

< text 16110 >

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 2 a und 2 b:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksache 16/6000 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksache 16/6001 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind im Rahmen der Haushaltsberatungen für die heutige Aussprache im Anschluss an die einstündige Einbringung des Haushalts sechseinhalb Stunden, für Mittwoch siebendreiviertel Stunden, für Donnerstag sieben Stunden und für Freitag drei Stunden vorgesehen. Ich nehme an, dass es auch dazu keinen Widerspruch gibt - in weiser Vorahnung, dass es am Ende jeweils vermutlich etwas länger dauern wird. - Dann ist das so beschlossen. Ich erteile nun das Wort zur Einbringung des Haushaltes dem Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident hat daran erinnert: Heute auf den Tag genau vor sechs Jahren fanden die heimtückischen Terrorakte in New York und Washington statt. Seitdem ist nichts mehr so, wie es war, vor allem in den USA, wo bei diesen Anschlägen Tausende von Menschen umgekommen sind, derer wir nicht nur heute gedenken. Es ist auch nichts mehr so in der übrigen Welt, wohin sich die politischen, die wirtschaftlichen und auch die psychologischen Schockwellen, die für unsere inzwischen hochgradig vernetzte und globalisierte Welt charakteristisch sind, mit sehr großer Geschwindigkeit ausgebreitet haben.

Unbestreitbar ruft diese globalisierte Welt bei vielen Menschen Unsicherheit, ja gelegentlich sogar ausgeprägte Angst hervor. Dennoch oder gerade deshalb erscheint es mir unverantwortlich, bei den Menschen den Eindruck zu vermitteln, man könne Globalisierung quasi zurückdrehen, man könne sich gegen Globalisierung und ihre unerwünschten Folgewirkungen - während man gleichzeitig die erwünschten Folgewirkungen gern in Kauf nimmt - abschotten, oder es würde reichen, an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland quasi das Rollo herunterzulassen. Wer so argumentiert, streut den Menschen Sand in die Augen.

Deutschlands Wirtschaft, die über 40 Prozent ihrer Wertschöpfung über Ex- und Importe erzielt, ist eng mit der Weltwirtschaft verbunden. Das heißt, 40 Prozent unseres Wohlstandes gewinnen wir durch Globalisierung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die Entwicklung

der letzten Jahrzehnte einer der großen Gewinner dieser Globalisierung.

Wenn wir unsere Verknüpfungen mit der Weltwirtschaft schwächen oder beschädigen, wenn wir sie belasten, verlieren wir Arbeitsplätze, verlieren wir Wohlstand und Wachstum, und wahrscheinlich könnten wir unser soziales Sicherungssystem immer weniger auf dem Niveau finanzieren, wie wir es heute noch können. Stimmen, die zumindest unterschwellig mit dem Motto „Wohlstandssicherung durch Abschottung“ eine politische Rendite zu gewinnen versuchen – teilweise übrigens auch mit nationalistischen Untertönen –, handeln angesichts unserer faktischen Verflechtung in einem zusammenwachsenden Europa und weltweit, wie ich glaube, verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wissen, dass Globalisierung anstrengend ist. Unser Zeitalter ist von Beschleunigung, von raschen Veränderungen und zunehmender Komplexität gekennzeichnet. Damit müssen wir umgehen lernen. Dabei dürfen wir die Menschen nicht verschrecken, sondern müssen sie zur Teilnahme und Teilhabe befähigen. Das ist in meinen Augen die erforderliche politische Verantwortungsethik. Aktuelles Beispiel: Seit einigen Wochen haben wir es mit erheblichen Verunsicherungen und einer sehr großen Nervosität an den internationalen Finanzmärkten zu tun. Keine Frage: Was wir dort erleben, ist sehr ernst zu nehmen. Dennoch sollten wir die Lage jenseits jeder Verharmlosung, die nicht angebracht ist, nicht dramatisieren. Wir brauchen jetzt weder Verharmlosung noch Hysterie, sondern wir brauchen verantwortungsbewusstes Handeln und die Reifezeit, um Lerneffekte zu erzielen und Konsequenzen aus dieser Entwicklung zu ziehen. Ich will an dieser Stelle deutlich machen, dass ich sehr zufrieden bin mit der professionellen und sehr raschen Reaktion der Vertreter der Banken aller drei Säulen unseres deutschen Kreditwesens. Ich möchte ihnen an dieser Stelle namentlich danken: Herrn Müller für die privaten Geschäftsbanken, Herrn Haasis für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und Herrn Pleister für die Genossenschaftsbanken. Ich möchte dem Bundesbankpräsidenten, Herrn Weber, und dem Präsidenten der BaFin, Herrn Sanio, dafür danken, dass das Zusammenwirken dieser wichtigen Partner der deutschen Finanzwirtschaft in einer sehr zugespitzten, krisenhaften Situation funktioniert hat und dadurch nach Lage der Dinge Schlimmeres verhindert wurde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte auch den großen Zentralbanken einschließlich der Europäischen Zentralbank danken. Sie haben schnell und effektiv insbesondere auf dem Markt für Unternehmensanleihen eine Liquiditäts- und Kreditklemme und damit Schlimmeres verhindert. Dadurch wurde insbesondere die drohende Gefahr abgewendet, dass sich die Realwirtschaft an der Entwicklung auf den Finanzmärkten ansteckt, was zu Eintrübungen der wirtschaftlichen Entwicklung hätte führen können. Wir sind jetzt dabei, diese Krise sorgfältig aufzuarbeiten und dann – aber erst dann – Konsequenzen für die Bankenaufsicht und bezogen auf andere Problemfelder zu ziehen. Es

sollte nichts überstürzt werden.

Meine Damen und Herren, ohne dass es zynisch klingt, will ich hinzufügen: Man kann der jüngsten dramatischen Entwicklung auch etwas Gutes abgewinnen und sie als eine Art Normalisierung auf den Finanzmärkten nach einer Phase der absoluten Maßlosigkeit, der Überhitzung und der Übertreibungen bewerten. Die Chance dieser Krise liegt darin, dass sie endlich wieder zu einem angemesseneren Risikobewusstsein der Akteure führt, dass sich Kreditrisiken wieder deutlicher in der Höhe der Risikoprämien niederschlagen und sich das eine oder andere Bankenmanagement vielleicht nicht mehr mit hochkomplexen Produkten am Markt bewegt, von denen es weitaus weniger versteht als größere Kreditinstitute. Der deutsche Finanzmarkt hat genug Reserven, um die derzeitigen Spannungen zu überstehen. Ebenso wichtig ist, dass die realwirtschaftlichen Grunddaten in Deutschland nach Einschätzung vieler Verbandsvertreter, vieler renommierter Ökonomen und auch aus Sicht der wirtschaftswissenschaftlichen Expertise weiterhin positiv und stabil sind, sowohl in Deutschland als auch weltweit. Was die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland angeht, sehe ich wie die Mehrzahl der Experten keinerlei Anzeichen für eine ernsthafte Eintrübung. Um die deutsche Konjunktur steht es nach wie vor gut.

Meine Damen und Herren, nicht nur der deutsche Konjunkturmotor läuft rund; auch der Standort Deutschland klettert in den internationalen Rankings nach oben. Was in Deutschland noch vor einigen Jahren in einem verbreiteten Lamento für sehr unwahrscheinlich gehalten wurde, ist heute Realität. Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Wir sind nicht mehr diejenigen, die die rote Konjunkturlaterne tragen. Inzwischen ist die Wirtschaft Deutschlands eine von mehreren Lokomotiven der europäischen Konjunktur.

Angesichts der fast schon selbstzerstörerischen Selbstbespiegelung, die wir in den letzten Jahren teilweise erlebt haben, überraschen die Fakten inzwischen positiv und tragen endlich auch zu einer Veränderung der mentalen Einstellung der Menschen in unserem Land bei. Es ist vielleicht hinzuzufügen, dass die Lage in der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung unseres Landes in den letzten Jahren nie so schlecht gewesen sind, wie wir es uns selbst eingeredet haben. Die vollständige Botschaft lautet allerdings: Wir sind keineswegs bereits so gut aufgestellt, wie wir es zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen sein müssten. Dies könnte eine ausgewogene, ausbalancierte Beurteilung unserer Lage sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Um im Telegrammstil auf einige Fakten einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, dass eine Befragung der renommierten Unternehmensberatung Ernst & Young bestätigt: Für international tätige Unternehmen ist Deutschland inzwischen wieder der attraktivste Standort in Europa und der drittattraktivste Standort weltweit, und zwar nicht nur wegen der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und nicht nur wegen der Lohnstückkostenentwicklung,

sondern auch wegen seiner nach wie vor sehr guten Infrastruktur, der Attraktivität und Größe des deutschen Marktes, unserer Wirtschaftsgeografie, auch vor dem Hintergrund der erweiterten Europäischen Union, der Qualität von Forschung und Entwicklung sowie der hohen Qualifikation und Motivation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinzu kommt die gesellschaftliche Stabilität, die es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nach wie vor gibt. Das ist ein Wert, der sich kaum messen lässt, aber mit zu den positiven Standortfaktoren dieser Republik gehört.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Über die erfreulich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft habe ich schon gesprochen. Es bleibt zu ergänzen, dass einer der großen Pluspunkte nach wie vor ein sehr starker Mittelstand ist, der sich insbesondere im Vergleich zu europäischen Partnerländern als immer gewichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland herausstellt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Als einziger G-7-Staat konnte Deutschland seinen Welthandelsanteil in den letzten zehn Jahren auf einem hohen Niveau ausbauen. Viermal in Folge Exportweltmeister, das ist schon ein sensationeller Erfolg.

Eine weitere Tatsache: Die Arbeitslosigkeit ist innerhalb eines Jahres auf den niedrigsten Stand seit 1999 gesunken.

Mit inzwischen 3,7 Millionen Arbeitslosen liegen wir um gut 670 000 unter dem Vorjahreswert und sind damit von der erschreckenden Rekordmarke von 5 Millionen Arbeitslosen im Jahre 2005 weit entfernt.

Ich weiß, dass dies nicht reicht; aber der Trend ist wichtig und weist nach unten.

Auch wenn es viele immer wieder überrascht, unsere Steuer- und Abgabenquote liegt unter dem Durchschnitt der 25 europäischen Mitgliedstaaten, wenn ich die neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien einmal außen vor lasse. Die Belastung über die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland ist im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich und nicht überdurchschnittlich.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere wichtige Botschaft, die in ordnungspolitischen Debatten gelegentlich ignoriert wird, lautet, dass es inzwischen in Deutschland - wahrscheinlich in diesem Jahr schon - weniger Staat gibt als zum Beispiel im

Vereinigten Königreich, einem Land im angloamerikanischen Bereich, dem immer unterstellt wird, dass dort der Staat sehr viel weniger imperialistisch und krakenartig etwas von der Wirtschaftsleistung für sich in Anspruch nimmt. Bereits im letzten Jahr lag unsere Staatsquote mit 45,4 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Dies sollte endlich auch diejenigen beeindrucken

- sie sollten es wenigstens zur Kenntnis nehmen

-, die keine Gelegenheit auslassen, den Staat als

fatigen Moloch zu diskreditieren. Die Wahrheit ist: Dieser Staat wird schlanker und effizienter. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass er über diese Entwicklung nicht handlungsunfähig wird, sondern weiterhin ein handlungsfähiger Staat bleibt, der den Menschen die Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die sie brauchen, um die Stabilität dieser Gesellschaft zu erreichen, und

ihre großen Lebensrisiken absichert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Eine weitere Tatsache ist, dass wir das Maastrichter Verschuldungskriterium weit unterschreiten. Während unsere Verschuldung im Jahre 2005 - Sie erinnern sich - noch 3,2 Prozent betrug, wird sie in diesem Jahr auf voraussichtlich ein halbes Prozent sinken. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass wir 2008 eine schwarze Null schreiben werden.

Schließlich wird mit mehr als 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland mehr Geld für Forschung und Entwicklung investiert als in den meisten anderen europäischen Partnerländern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Einige sind uns allerdings immer noch voraus, insbesondere die Skandinavier, deren Prozentanteil zum Teil bei 3,5 bis 4 liegt. Unser Ziel bleibt, die Dreiprozentmarke zu erreichen, die erforderlich ist, um Deutschland global weiterhin wettbewerbsfähig zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die wiedergewonnene Stärke der deutschen Volkswirtschaft wird auch dadurch eindrucksvoll bestätigt, wie sie die konjunkturell unzweifelhaft belastende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung weggesteckt hat. Gut acht Monate nach ihrem Inkrafttreten sind alle Horrorszenarien, die in der Vergangenheit auch an die Wände dieses Hohen Hauses gemalt worden sind - Stichwort: Gift für die Konjunktur - zerplatzt.

Ich bin noch einmal in die Reden insbesondere von Oppositionspolitikern der letzten Monate eingestiegen und finde dort folgende Zitate: „Die wirtschaftliche Belebung im Jahr 2007 wird kaputt gemacht“, „Die Neuverschuldung wird in den nächsten Jahren nicht abgebaut“, „Das Konsumklima wird eingetrübt“ oder „Hoffnung auf Wachstum wird sich mit dem rot-schwarzen Haushalt nicht erfüllen“, „Der Haushalt 2007 ist nicht solide“. Letzteres stammt von Herrn Koppelin.

(Beifall bei der FDP)

Herr Solms prognostizierte: „Die Binnenkonjunktur wird 2007 einbrechen.“ Noch einmal Herr Solms: „Die Löcher in den öffentlichen Haushalten werden sich weiter öffnen.“

(Beifall bei der FDP - Jürgen Koppelin [FDP]: Stimmt doch auch!)

Was ist aus diesen Einschätzungen geworden? Wenn Sie sich in Ihren vergangenen Haushaltsreden so geirrt haben, warum sollten wir Ihnen im Rahmen dieser Haushaltsdebatte bevorstehenden Beiträgen Glauben schenken?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Lachen der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Nichts von dem, was Sie prophezeit haben, ist eingetreten: weder das mit Blick auf die Haushaltslücken noch das bezogen auf die Konjunktur, noch das bezogen auf die anderen Faktoren, die Sie angesprochen haben. Die finanzpolitische Strategie der Großen Koalition hat funktioniert. Es war richtig, 2006 alles zu unterlassen, was den konjunkturellen Himmel erkennbar in trübere

Farben hätte bringen können, und erst 2007 mit einer nachhaltigen Konsolidierung zu beginnen. Ich bleibe dabei: Die Anhebung der Mehrwertsteuer war und ist der am wenigsten schädliche einnahmeseitige Beitrag zur strukturellen Konsolidierung der Staatsfinanzen, und den Zeitpunkt für diese Erhöhung hat die Große Koalition richtig gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Lachen bei Abgeordneten der FDP - Jürgen

Koppelin [FDP]: Die Merkel-Steuer war das!)

- Ach! - Das, was meistens auch von Ihnen verdrängt wird, ist, dass es mit dem weitergereichten Mehrwertsteuerpunkt möglich gewesen ist, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 auf 4,2 Prozent deutlich zu senken.

Wir werden diesen Weg weitergehen. Das hat allein im laufenden Jahr zu einer Entlastung von 17 Milliarden Euro, paritätisch für Arbeitgeber und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, geführt. Dadurch sind die Bruttoarbeitskosten in Deutschland tendenziell gesunken, und die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei um immerhin 8,5 Milliarden Euro gestiegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dies ist in meinen Augen nicht die einzige dringend notwendige Maßnahme gewesen. Und ich bin mir ziemlich sicher: Wenn die FDP im November 2005 die Chance gehabt hätte, Partner in einer Koalition zu werden, (Zuruf von der FDP: Hatten wir!)

dann hätten Sie mit Blick auf die Mehrwertsteuer genau dieselbe Entscheidung getroffen wie die Große Koalition.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das haben Sie schon letztes Jahr erzählt!)

Diese Maßnahme ist nicht die einzige Maßnahme, um eine solidere Haushaltspolitik zu implementieren. Die Absenkung der Neuverschuldung erfolgt in dieser Legislatur zu 60 Prozent durch Ausgabenkürzungen, zum Beispiel im öffentlichen Dienst, auch mit Blick auf eine höhere Effizienz der Arbeitsmarktpolitik, auch in einzelnen Bereichen wie vornehmlich der Landwirtschaft, sowie durch die Streichung von Steuersubventionen.

40 Prozent des Konsolidierungsvolumens wird über Steuererhöhungen erbracht. Die Kritiker werden es selbstredend weiter verdrängen. Nicht verdrängt werden allerdings verständlicherweise die schmerzhaften Folgen dieser Kürzung von Steuersubventionen. Das führt ja in jüngster Zeit zu gewissen Beiträgen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Begriff aufgreifen, der in dem lesenswerten Buch Nervöse Zone von Lutz Hachmeister erwähnt wird; ich glaube, unter Bezugnahme auf die Journalistin Tissy Bruns. Dieser Begriff lautet „strukturelle Doppelmoral“. Ich will Folgendes sagen: Während weite Teile der Wirtschaft, wichtige Stimmen der Politik und viele Kommentatoren immer wieder tiefgreifende Reformen, teilweise radikale Reformen anmahnen, werden die Folgen selbst der zaghaftesten Reform auf der politischen Bühne und in medialen Berichten mit einem ausgeprägten Sinn für Dramatik geschildert und problematisiert.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Meist noch von denselben!)

- Meist von denselben; dies ist eine gewisse Schizophrenie.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will ein aktuelles Beispiel aufgreifen: Es gab und gibt einen abstrakten Konsens - auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung -, dass Steuersubventionen abgebaut werden sollen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Die Große Koalition hat dazu im November 2005 ein Tableau vorgelegt, das wir übrigens weitgehend, wenn auch mit vielen Schmerzen, realisiert haben. Dazu gehörte nicht die Kürzung der Pendlerpauschale, sondern die Abschaffung der Pendlerpauschale; denn in Wirklichkeit haben wir sie abgeschafft.

(Zuruf von der FDP: Dann machen Sie's doch!)

Wir haben das sogenannte Werktorprinzip eingeführt, was bedeutet, dass der Arbeitstag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn Sie so wollen, nicht mehr beim Verlassen des Wohnortes anfängt, sondern beim Passieren des Werktors.

(Jürgen Koppelin [FDP], auf die SPD deutend:  
Erklären Sie denen das mal!)

- Nein, nein, nein: Ich komme bei der Pendlerpauschale lieber auf Ihren Fraktionskollegen Solms zu sprechen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber Ihre Sozis begreifen das doch alle nicht!)

- „Meine Sozis“ sind da völlig konform mit mir.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Lachen bei Abgeordneten der FDP)

- Arbeiten Sie sich lieber an Ihren eigenen Widersprüchen ab!

Das heißt, wir haben die Pendlerpauschale abgeschafft und dafür, wie in den Koalitionsverhandlungen abgesprochen, eine Härtefallregelung für Fernpendler eingeführt, übrigens aufgrund des maßgeblichen Einflusses von Unionspolitikern und SPD-Politikern, die Flächenländer repräsentieren. Diese Maßnahme ist damals getroffen worden. Schon der erste verfassungsrechtliche Zweifel - der, wie ich finde, heute zunehmend reflexhaft und inflationär gegen fast alles vorgebracht wird, und zwar meistens unter Verbrämung von Gruppeninteressen - führt unter Umständen dazu, dass sich der Konsens, der damals auch in Ihren Reihen bestand, verflüchtigt und die Lage unübersichtlich wird. Auf diese Art und Weise untergräbt man leistungsfähige Politik.

(Widerspruch bei der FDP)

Ich füge in diesem Zusammenhang hinzu: Weder Finanzgerichtshöfe noch der Bundesfinanzhof entscheiden darüber, was in Deutschland verfassungskonform ist. Das geschieht allein durch das Bundesverfassungsgericht.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Sie aber auch nicht! - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Der Bundesfinanzminister aber auch nicht!)

- Auch der Bundesfinanzminister nicht. Aber das entspricht der geltenden Rechtslage, die auch weiterhin gilt und die im Übrigen parlamentarisch legitimiert ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Unbenommen notwendiger Prüfungen auch im Hinblick darauf, wie wir unbürokratisch mit einem möglichen Einspruchsverhalten umgehen - das werden wir mit den Ländern sicherlich auch zur Zufriedenheit der Steuerbürger lösen -, reden hier einige leichthin davon, dass man für den Bund 1,15 Milliarden Euro aufgeben solle. Auf der einen Seite fordert mich Herr Fricke von der FDP-Fraktion auf, Steuersubventionen weiter abzubauen. (Otto Fricke [FDP]: Sind Sie dafür?)

Ich soll übrigens auch die Sozialleistungen weiter kürzen und die Neuverschuldung noch schneller senken.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ja! Das ist richtig!)

Auf der anderen Seite vertritt Herr Solms nur Positionen, die das derzeitige Transfersystem massiv zementieren.

In einer sehr statischen Betrachtung listet er nur die Zumutungen im Einzelnen auf - auch bei der Pendlerpauschale - und, wenn ich es richtig sehe, insinuiert, wir dürften an der Pendlerpauschale keine Änderungen zulasten des Haushaltes vornehmen. Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Fricke darüber, wie ich mich angesichts dieses Abgrunds bewegen soll, in den hoffentlich nicht ich hineinfallen werde, sondern Sie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es entspricht der strukturellen Doppelmoral, dass mich der eine aus der Fraktion auffordert, Steuersubventionen abzubauen, und mir vorwirft, ich sei bei der Absenkung der Nettokreditaufnahme viel zu wenig ehrgeizig, während sich der andere das Empörungspotenzial der Menschen zu eigen macht, die verständlicherweise am liebsten die alte Regelung beibehalten hätten. Er zementiert aber damit genau das System staatlicher Transferzahlungen, gegen das Sie doch sonst immer ordnungspolitisch argumentiert haben, Herr Solms. Was denn nun? Das ist nicht konzise. Eine solche Position kann sich der Finanzminister in seinem Verantwortungsbereich nicht zu eigen machen.

Mit den Reformen der Agenda 2010 hat die frühere Bundesregierung unter Gerhard Schröder begonnen, das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft zu reformieren.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das sieht Ottmar Schreiner anders!)

Ich will an dieser Stelle mit Absicht daran erinnern, dass die Agenda 2010 sehr viel mehr ist als Hartz IV. Sie fördert Investitionen über Steuersenkungen; sie hat dazu beigetragen, die Situation der Kommunen zu stabilisieren; sie hat den Mittelstand gefördert; sie setzt Schwerpunkte bei Forschung und Entwicklung, und sie hat auch einen ersten Impuls bei dem Ausbau der Kinderbetreuung gegeben. Das ist, wie ich finde, auch ein standortpolitisches Thema vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir in Deutschland durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einer höheren Erwerbstätigenquote der Frauen kommen müssen. Darauf ist diese Republik angesichts der demografischen Entwicklung zwingend angewiesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Große Koalition hat auf diesen Reformen aufbauend gleich zu Beginn der Legislaturperiode unter anderem



mit einem 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm  
- das die Länder übrigens mit einem weiteren 12,5-Milliarden-Euro-Programm unterstützt haben, sodass es um einen Impuls von immerhin 37,5 Milliarden Euro geht - weitere Impulse gesetzt. Wir haben eine Unternehmensteuerreform verabschiedet. Wir bleiben dabei, dass wir die Vererbung betrieblicher Vermögen durch Nachfolgeregelungen im Mittelstand weiter fördern wollen. Wir haben eine Gesundheitsreform verabschiedet, von der ich den Eindruck habe, dass sich die Kritikpunkte zunehmend verflüchtigen, weil einige merken, dass das Vorhaben doch Hand und Fuß hat. Mit der Debatte um die Föderalismusreform II werden wir auch weitere Beiträge zur Reform des deutschen Föderalismus leisten. Wir fahren jetzt die Ernte dieser teilweise auch schmerzhaften Anstrengungen ein, ich gebe zu: mit einer für Strukturreformen üblichen Zeitverzögerung. Die Große Koalition hat den Anspruch, die Auswirkungen sich wandelnder Rahmenbedingungen nicht einfach nur zu erleiden und zu erdulden, sondern die Herausforderungen der Globalisierung einer zukunftsbelastenden Staatsverschuldung oder einer älter werdenden Gesellschaft anzunehmen. Wir sind kein Opfer sich wandelnder Zeiten; vielmehr wollen wir notwendige Veränderungen gestalten und dabei wirtschaftlich-technische Dynamik mit sozialer Teilhabe und Aufstiegsperspektiven für die Menschen in dieser Republik zusammenbringen. Einen Gestaltungsanspruch erhebt auch die von mir vertretene Haushalts- und Finanzpolitik. Das erstreckt sich nicht nur auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Bereiche, die wichtig für die Zukunft dieses Landes sind. Dabei geht es vielmehr auch um die Fragen, wie wir mit eventuell unerwünschten Einflussnahmen staatlich gespeister großer Anlagefonds umgehen und wie wir feststellen können, ob dabei nationale Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden. Oder nehmen Sie als hochaktuelles Beispiel die Möglichkeit von Staaten, verbindliche Regelungen zur Sicherung der internationalen Finanzstabilität zu verankern. Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Liberalisierung und die enorme Dynamik des globalen Finanzsystems prinzipiell zu einer Machtverschiebung führen. Die Möglichkeiten einzelner Staaten werden tendenziell geringer, Regeln zu setzen und zu überwachen, nach denen das globale Finanzsystem funktioniert. Gleichzeitig bekommen private Anlage- und Renditeinteressen mehr Durchsetzungsmacht. Diese Machtverschiebung an sich ist für mich kein Grund dafür, dass Staaten als Interessensachwalter des Gemeinwohls der jeweiligen Gesellschaften die Segel streichen und das Schicksal des globalen Finanzsystems allein der Logik einer weltweit agierenden Finanzindustrie überlassen. Notwendig ist vielmehr, dass die Staatengemeinschaft in den Stand versetzt wird, auf Augenhöhe mit der Finanzindustrie zu sein und internationale Regeln zu vereinbaren. Man kann sie Standardsetzungen, Guidelines oder Verhaltenskodex nennen, wie auch immer. Das geht aber nur in entsprechenden internationalen Gremien wie der Eurogruppe, im Ecofin-Rat oder im Rahmen der G 7 oder des Internationalen Währungsfonds.

Es wird nicht durch Kraftmeierei auf den heimatlichen Marktplätzen gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Chancen, hier voranzukommen - es ist diese Bundesregierung gewesen, die während ihres G-7-Vorsitzes und ihrer EU-Ratspräsidentschaft zum ersten Mal diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat -, stehen besser denn je. Das erhoffe und erwarte ich unter dem Eindruck der jüngsten Turbulenzen und krisenhaften Zuspitzungen. Auch im angloamerikanischen Raum wird zunehmend wahrgenommen, dass die potenziellen systemischen Risiken auf die Finanzmärkte zurückschlagen könnten und dass man im Sinne von Prävention und Prophylaxe Vereinbarungen mit der Finanzindustrie treffen muss.

Wir haben in diesem Land einen guten Zwischenstand erreicht. Die guten Zahlen des Jahres 2007 dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Problemdruck im Kessel nach wie vor hoch ist. Die guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt oder aus der Wirtschaft dürfen nicht wie Valium wirken, sondern müssen Adrenalin für weitere Anstrengungen sein. Dabei ist es leicht, aber für das breite Verständnis der Bevölkerung für Reformen eine sehr schädliche Haltung, anderen viel abzuverlangen, zum Beispiel den Gürtel enger zu schnallen, wenn man selber ziemlich beleibt ist. Die radikalsten Reformrufer - weg mit der Erbschaftsteuer; runter mit dem Einkommensteuerspitzensatz; weg mit dem Kündigungsschutz; Streichung von Sozialleistungen - sind in meinen Augen die größten Reformblockierer, weil ihnen der Sinn für gesellschaftlichen Ausgleich, der Sinn für gesellschaftliche Balance - man kann auch sagen: der Sinn für soziale Gerechtigkeit - verloren gegangen ist. (Beifall bei der SPD)

Das gilt umso mehr, als wir wissen, dass der Aufschwung in den letzten zwei Jahren noch immer in erster Linie jenen zugute kommt, die einen qualifizierten Arbeitsplatz haben, und dass er noch nicht ausreichend jenen zugute kommt, die seit über einem Jahr erwerbslos sind oder deren Niedriglöhne nicht ausreichen, ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung zu bestreiten.

Das Bundeskabinett hat bei seiner Klausur in Meseberg das Programm für die kommenden zwei Jahre unter das Motto „Aufschwung für alle“ gestellt. Das bedeutet für mich zuallererst deutlich weniger Arbeitslosigkeit und Chancengerechtigkeit vor allem für Kinder und Jugendliche bei der Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Dafür ist eine gestaltende Finanzpolitik nach meinem Verständnis bereit, Geld zur Verfügung zu stellen. Einen wichtigen Schritt haben wir bereits geschafft. Ein Aufschwung für viele - nicht für alle - ist in greifbarer Realität, zum Beispiel für die 800 000 Menschen, die seit Beginn dieser Legislaturperiode einen Arbeitsplatz gefunden haben, für die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich heute erkennbar weniger Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen müssen, für alle, die mehr Lohn in der Lohntüte haben, weil es zum ersten Mal seit langem reale Lohnsteigerungen gibt,

sowie für alle Kinder und junge Menschen, die von den Verbesserungen im Betreuungs- und Bildungsbereich profitieren. Das reicht von dem 4-Milliarden-Euro-Programm zum Ausbau der Tagesbetreuung in Grundschulen über die Förderung von Betreuungsplätzen der unter Dreijährigen bis hin zur Einrichtung zusätzlicher Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes. Es gilt nicht zuletzt für die vielen Menschen in unserem Land, die durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit Gemeinnutz über Eigennutz stellen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb haben wir mit unserem Programm „Hilfen für Helfer“ zumindest ein Zeichen der Anerkennung gesetzt, auch materiell unterlegt. Aufschwung für alle bedeutet auch, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass sich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als bisher in Deutschland an ihren Unternehmen beteiligen können. Beide Koalitionsfraktionen arbeiten an diesem Thema.

Die für mich entscheidende Frage lautet: Gelingt es uns über die erreichten Zwischenerfolge hinaus dauerhaft, mehr Menschen an den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben zu lassen? Das ist nichts weniger als die Frage nach der Verbindung von Förderung der Wirtschaftsdynamik auf der einen Seite und der Förderung einer gerechten Gesellschaft auf der anderen Seite. Beides zusammenzubringen, ist die entscheidende politische Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Steuersenkungen auf Pump gehört nicht zu meiner Definition einer gerechten Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erstens ist die Staatsverschuldung generell die größte Umverteilung von unten nach oben, und zweitens sind Steuersenkungen auf Pump nicht generationengerecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir jetzt brauchen, sind nicht Steuersenkungen auf Pump, sondern solide Haushaltspolitik verbunden mit mehr Zukunftsinvestitionen vor allem in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Energieeffizienz und Klimaschutz. Unsere Verpflichtung gegenüber den ärmsten Ländern dieser Welt und gegenüber der Bundeswehr im Rahmen ihrer internationalen Mandate will ich bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen.

Ich kann den Spannungsbogen nicht auflösen - ich habe den Eindruck, niemand kann ihn auflösen -, nämlich auf der einen Seite möglichst rasch keine neuen Schulden zu machen und parallel dazu in die wichtigsten Zukunftsfelder dieser Republik mehr zu investieren. Die in meinen Augen richtige, ausgewogene Balance macht den Erfolg aus. Diese verlieren wir, wenn wir die Steuern weiter senken, bevor wir keine neuen Schulden machen.

Deshalb wird die Bundesregierung ihre bisherige erfolgreiche wirtschafts- und finanzpolitische Strategie - Sanieren, Investieren, Reformieren - fortsetzen.

Dass dieser Kurs nicht zur Disposition steht, wurde auch bei der Kabinettsklausur in Meseberg durch zwei wichtige und klare Bestätigungen unterstrichen. Erstens

erhält die Haushaltskonsolidierung eine überragende Bedeutung, und zweitens bilden der Haushaltsplan 2008 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 den unverrückbaren Mindestrahmen für alle kostenwirksamen Vorschläge. In diesem Rahmen mag es aus Respekt gegenüber dem Souverän zu Veränderungen kommen. Finanzielle Spielräume für neue Maßnahmen ergeben sich nur dann, wenn es gegenüber den bisherigen Schätzungen zusätzliche Steuermehreinnahmen geben sollte. Von denen sollten wir allerdings, wie bisher erfolgreich in der Großen Koalition getan, den überwiegenden Teil zur beschleunigten Rückführung der Nettokreditaufnahme verwenden, dann aber auch einen anderen Teil, dem Gestaltungsanspruch der Koalition folgend, zur Verfügung stellen. Das ist uns gemeinsam bisher recht gut gelungen. Darauf haben wir uns gemeinsam verständigt. Deswegen war ich auch wenig von manchen Stimmen in der Sommerpause begeistert. Einzelne fordern von mir noch mehr Tempo bei der Rückführung der Nettoneuverschuldung, während andere zur selben Zeit für Steuersenkungen oder für eine Aufstockung der Regelsätze beim ALG II - da gibt es eine völlig ungeklärte Aufstockungsproblematik - plädieren oder auch die Abschaffung des Soli fordern. Nur, um Ihnen einmal die Proportionen zu verdeutlichen: Der Soli steht ausschließlich dem Bundeshaushalt zu. Er dürfte nächstes Jahr 11 bis 12 Milliarden Euro betragen. Jemand, der für die Abschaffung des Soli plädiert, aus welcher momentanen Regung heraus auch immer, stellt so eben einmal 12 Milliarden Euro Einnahmen für den Bundeshaushalt infrage.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Derjenige, der den Soli um 1 oder 2 Prozentpunkte senken möchte, stellt 2 oder 4 Milliarden Euro zur Disposition. Wie soll ich bei solchen Vorschlägen mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung Kurs halten?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine solche Einstellung ist nicht gut. Auch folgende Arbeitsteilung in der Koalition ist nicht möglich: Die einen fordern fröhlich Unvereinbares, aber Populäres. Die andere Seite muss sich auf der mühsamen Ebene der Erklärungsarbeit bewegen und den Menschen sagen: Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU] - Zuruf des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Das politische Muster darf nicht dem amerikanischen Gangsterfilme - „good cop and bad cop“ - entsprechen. Im Zweifelsfall soll dann nämlich der Bundesfinanzminister der „bad cop“ sein, und alle fragen mich, weshalb ich so unfreundlich aussehe.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Haushaltsentwurf 2008 und der Finanzplan bis 2011 sind Ausdruck unserer finanzpolitischen Strategie, den Haushalt einerseits zu sanieren und andererseits Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Damit leistet die Bundesregierung bis zum Jahre 2010 ihren Beitrag, zum Beispiel das Drei-Prozent-Ziel bei der Forschung und Entwicklung zu erreichen. Hierzu stellen wir

pro Jahr zusätzlich 220 Millionen Euro zur Verfügung. Zum 1. Januar dieses Jahres haben wir das Elterngeld eingeführt. Das Elterngeld ist übrigens deutlich höher als das Erziehungsgeld. Für das bisherige Erziehungsgeld waren, glaube ich, 2,6 Milliarden Euro veranschlagt, für das Elterngeld 4 Milliarden Euro. Die Menschen bekommen auf diese Weise also mehr Geld, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

Aber wir wollen mehr. Unser Ziel ist, dass bis zum Jahre 2013 Betreuungsmöglichkeiten für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bereitstehen. Damit bekommen gerade die Kinder aus sozial schwachen Familien die Chance auf eine frühkindliche Betreuung und damit auf bessere Bildungschancen und Lebensperspektiven.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Bund hat deshalb sehr früh angeboten, sich mit 4 Milliarden Euro an den Gesamtkosten des notwendigen Ausbaus dieser Betreuungsplätze für die Kinder unter drei Jahren zu beteiligen. Auch wenn die Verhandlungen mit den Ländern zäh gewesen sind, freue ich mich zusammen mit der Kollegin Frau von der Leyen, dass uns eine Lösung mit den Ländern gelungen ist. Sie kennen diese im Einzelnen, weshalb ich Sie nicht mit vielen Zahlen belästigen muss. Uns ist sehr daran gelegen, diese 4 Milliarden Euro auf Investitionsförderung und die notwendige Unterstützung bei der Finanzierung von Betriebskosten aufzuteilen und das Ganze an einen Rechtsanspruch ab 2013 zu koppeln. Ich freue mich für die vielen Kinder und Eltern, die davon profitieren werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Für die Einrichtung eines Sondervermögens wird die Bundesregierung selbstverständlich einen Nachtragshaushalt vorlegen.

(Otto Fricke [FDP]: So selbstverständlich war das gar nicht!)

- Das war immer so selbstverständlich. Sie, Herr Fricke, mussten das nur noch einmal fordern, damit Sie eine Nachricht in den Zeitungen darüber finden.

(Widerspruch bei der FDP)

Dieser Nachtragshaushalt wird sich allerdings nach Auffassung der Bundesregierung auf der Ausgabenseite ausschließlich auf die Einrichtung dieses Sondervermögens konzentrieren. Ich werde ihn im Lichte der aktuellen Steuerentwicklung - die nächste Steuerschätzung wird Anfang November stattfinden - zum gegebenen Zeitpunkt über das Kabinett dem Bundestag vorlegen. Im zentralen Zukunftsbereich der Bildung werden wir die Bedingungen der Studierenden durch eine deutliche Anhebung der BAföG-Sätze verbessern. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht diesbezüglich gegenüber 2007 schon deutliche Mehrausgaben vor. Diese Erhöhung ist mir gerade vor dem Hintergrund der Einführung von Studiengebühren in vielen Ländern wichtig. Ich hoffe nämlich, dass wir damit verhindern können, dass immer mehr Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien nicht in der Lage sind, zu studieren. Wir brauchen sie alle.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Akademikerquote in Deutschland ist nicht zu hoch,

die Akademikerquote in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu niedrig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die parlamentarischen Bestrebungen zu weiteren Erhöhungen sind mir sehr geläufig. Wenn der gesamte Rahmen des Haushalts dadurch nicht gesprengt wird, Herr Vorsitzender, nehme ich diese Bemühungen respektvoll zur Kenntnis.

Die Bundesregierung stellt sich ferner mit dem Energie- und Klimapaket den Herausforderungen des Klimawandels. Hierfür werden wir die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten verwenden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Einnahmen - ich suche jetzt den Kollegen Gabriel auf der Regierungsbank - höher sind.

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Er ist bei der Klimakonferenz! - Jürgen Koppelin [FDP]: Der ist doch mit der Flugbereitschaft unterwegs!)

- Er ist auf der Klimakonferenz. Wenn die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel höher sein sollten, gibt es zusätzliche Spielräume, um das Energie- und Klimapaket zu finanzieren.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Der Gabriel konnte noch nicht mit der Flugbereitschaft aus Hannover landen!)

Die Bundesregierung legt einen Finanzplan vor, mit dem wir, die Bundesebene, realistischsterweise spätestens im Jahre 2011 erstmals seit 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt erreichen werden. Jemand, der dies schon für das Jahr 2008 oder 2009 verspricht, der begeht den alten Fehler des Zweckoptimismus. Wenn es denn 2010 so sein sollte, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, dann gebe ich einen aus:

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber dann sind Sie doch gar nicht mehr im Amt!)

für die beiden Koalitionsfraktionen zwei Flaschen Saint-Émilion - -

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Okay, je.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Oppositionsfraktion bekommen je eine Flasche Kalterer See.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen deutsche Weine!)

- Es kann auch Lambrusco sein. Er ist vornehmlich deutscher Wein, wie ich vermute, große Lage.

Ich freue mich über die Tatsache, dass der gesamtstaatliche Haushalt, also der Haushalt von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen - es ist sehr schwer, dem Publikum den Unterschied zwischen Bundeshaushalt und gesamtstaatlichem Haushalt verständlich zu machen; die meisten setzen „gesamtstaatlicher Haushalt“ mit „Bundeshaushalt“ gleich -, wahrscheinlich

schon im nächsten Jahr ausgeglichen sein wird. Dies wird jedenfalls früher als erwartet sein. Ich freue mich, dass nach Lage der Dinge 10 von 16 Ländern vor 2010 einen ausgeglichenen Haushalt haben können. Festzuhalten ist allerdings, dass die Struktur des Bundeshaushalts ganz anders als die Struktur der Länderhaushalte aussieht und dass unsere diesbezüglichen Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels, insbesondere vor dem Hintergrund, dass 55 Prozent des Bundeshaushalts Sozialausgaben sind, sehr viel schwieriger sind. Im Übrigen füge ich hinzu, dass die Haushaltslage von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen sich deutlich günstiger als die Haushaltslage des Bundes entwickelt. Die Länder konnten bereits 2006 ihr Finanzierungsdefizit im Vergleich zu 2005 um - halten Sie sich fest! - 57 Prozent abbauen, während der Bund seines nur um 10 Prozent abbauen konnte. Auch die Kommunen haben 2006 einen Haushaltsüberschuss von nahezu 3 Milliarden Euro erzielt, und das nach einem Finanzierungsdefizit von 2,2 Milliarden Euro ein Jahr zuvor. Erstmals seit 1989 konnten die öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2007 in gesamtstaatlicher Betrachtung, also bezüglich der vier von mir genannten Komponenten, einen Überschuss erzielen, was mich für die anderen Gebietskörperschaften freut. Dazu ist der Bund aber nach wie vor nicht in der Lage. Deshalb füge ich an dieser Stelle sehr bewusst hinzu: Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen ist meine Bereitschaft, Kompromisse mit den Ländern immer häufiger dadurch zu erzielen, dass der Bund der Zahlmeister ist, zunehmend unterentwickelt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das haben Sie doch gerade gemacht!)

Wenn ich Ihnen angesichts dessen spätestens für 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt in Aussicht stelle, dann weiß ich, wie die Reflexe aussehen - Frau Hajduk deutet das gerade an -: Der Steinbrück ist nicht ambitioniert genug; der müsste viel ehrgeiziger sein; der macht es sich leicht; das ginge alles noch viel schneller.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Hajduk, Sie brauchen mir gar nicht Ihr Manuskript zu geben. Diese Rede kann ich auch halten, nachts um drei auf Knopfdruck.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das ist im parlamentarischen Schlagabtausch nun einmal so üblich. Rituelle Elemente sind gelegentlich nicht ganz von der Hand zu weisen.

Jeder Finanzminister ist sehr gut beraten, den Mund nicht zu voll zu nehmen. Die Erfahrung vieler Finanzminister zeigt einem, dass die Bürger dies zu würdigen wissen, weil sie des Wortgeklingels in diesem Zusammenhang gelegentlich ziemlich müde sind.

Ich bleibe dabei: Gerade die Finanzpolitik muss von realistischen, eher vorsichtigen Annahmen getragen sein, so wie wir das im Koalitionsvertrag verabredet haben

und so wie wir das als Große Koalition bisher immer gehandhabt haben, und zwar mit einer wichtigen vertrauensbildenden Auswirkung: Wir haben uns am Ende der vergangenen Jahre zugunsten und nicht mehr zulasten der Bundesrepublik Deutschland verschätzt, und dies ist für die weiteren Debatten vertrauensbildend.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Haushaltsausgleich 2011 oder früher, fest steht: Mit dem vorliegenden Finanzplan haben wir - auch wenn es pathetisch klingt - eine historische Chance, nämlich die Chance, nach 40 Jahren Politik auf Pump aus dem Hamsterrad einer immer weiter steigenden Verschuldung mit einer entsprechenden Zinslast - wir zahlen nach wie vor über 40 Milliarden Euro Zinsen - herauszukommen. Diese Verschuldung drückt uns aktuell mit 1 500 Milliarden Euro. Das ist eine Zahl, die kein Mensch mehr verstehen kann. 1 500 Milliarden Euro Schulden, das bedeutet, dass jeder Bürger in Deutschland - 80 Millionen Einwohner, vom Baby bis zum Greis - Schulden in der Größenordnung des Wertes eines Mittelklassewagens von 18 000 bis 20 000 Euro hat. Das ist das, was auf uns gemeinsam lastet. Dafür fallen immer mehr Zinsen an. Die Zinsen sind inzwischen der zweitgrößte Ausgabenblock. Sie liegen uns wie eine Schlinge um den Hals. Wenn wir von diesem Zinsblock herunterkämen, hätten wir mehr Geld für Bildung, mehr Geld für Familie, mehr Geld für Infrastruktur, mehr Geld für die Zukunftsinvestitionen, von denen unser zukünftiger Wohlstand und unsere zukünftige Wohlfahrt abhängen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben die historische Chance, damit aufzuhören, unseren Kindern und Enkelkindern immer mehr Wackersteine in den Rucksack für ihr Leben zu legen - will sagen: immer mehr Lasten aufzubürden -, übrigens zusätzlich zu den Lasten einer älter werdenden Gesellschaft. Eines ist klar: In dem Umfang, in dem wir das nach wie vor tun, führt das zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben.

Wir sind deshalb in meinen Augen an einer entscheidenden finanzpolitischen Wegmarke angelangt, die eine klare politische Entscheidung von uns verlangt. Zugespitzt - das gebe ich zu - lautet die Alternative für die Finanzpolitik: kurzfristiger Rausch oder langfristige Rendite. Wir können uns entscheiden: Geben wir weiter Geld mit vollen Händen aus, solange der Aufschwung trägt, und vergrößern wir den Schuldenberg immer noch, oder machen wir im Hinblick auf konjunkturell mal wieder schlechtere Zeiten - hoffentlich später als früher - jetzt Ernst mit dem Einstieg in den Schuldenabbau und vergrößern damit Schritt für Schritt und langfristig unsere finanzpolitischen Gestaltungsspielräume?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Andere Länder haben das geschafft. Die Finnen haben es geschafft. Die Schweden haben es geschafft. Warum soll die Bundesrepublik Deutschland dies nicht schaffen? Mir ist sehr bewusst, dass es natürlich auch in diesem Hohen Haus einige gibt, die es sich leicht machen und den Menschen vormachen, sie bräuchten sich nicht für eine Alternative zu entscheiden und bräuchten



sich nicht anzustrengen. Ich meine jene, die vielen alles versprechen - das kann ich auch -: den Rentnern, den Facharbeitern, den Arbeitslosen, den Familien - ganz wie in der Werbung: Ich will alles, und zwar gleich. - Eine solche Rede zu halten, fällt nicht schwer. Allerdings: Ohne dabei auf die Rechnung zu schauen, die ja irgendjemand bezahlen muss, ist es eine nicht sehr aufrichtige politische Rede.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich danke der SPD-Bundestagsfraktion dafür, dass sie das einmal ausgerechnet hat. Allein die Forderungen von PDS oder Linken summieren sich auf eine stattliche Mehrausgabensumme von 155 Milliarden Euro pro Jahr. Wenn wir alle diese Forderungen berücksichtigen würden, müsste der Bundeshaushalt um 54 Prozent steigen. Das würde die Belastbarkeit der Unternehmen, insbesondere der mittelständischen Unternehmen, und der Mittelschicht zerstören. Diese Gruppen brauchen wir aber dringend, weil sie die Solidarität gewähren und bezahlen müssen, die wir doch leisten wollen. Sie würden davon als Erste betroffen werden.

Mit Ihren Rezepten - hohe Lohnzusatzkosten, höhere Steuern, Einschränkung des Wettbewerbs - würden Sie Arbeitsplätze und damit Wohlstand in Deutschland vernichten, weil Sie nicht nur die sogenannten Reichen, diese Schimäre, treffen, sondern ganz empfindlich den gesamten Mittelstand in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will nur zwei Beispiele für die wirtschaftlichen Widersprüche erwähnen, die sich dort auf tun: Erstens. Ihr Vorschlag zur Änderung des Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer. Diese Änderung des Tarifverlaufs hätte nicht nur Einnahmeverluste von 12 Milliarden Euro zur Folge - das wäre noch nicht einmal der entscheidende Punkt -; Sie würden damit auch die Mittelschichten massiv zur Kasse bitten;

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

denn nach Ihrem Tarif wäre die Grenzsteuerbelastung schon ab einem zu versteuernden Einkommen von 39 600 Euro deutlich ungünstiger als bei dem, was heute gilt. Sie würden damit die Facharbeiterebene treffen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gesine Löttsch

[DIE LINKE]: Genau andersrum!)

Zweitens. Ihr Vorschlag, die Rentenreformen von 2001 und 2004 sowie die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters rückgängig zu machen. Natürlich weiß ich, dass niemand gern länger arbeitet. Natürlich weiß ich, dass wir alle weniger Steuern zahlen wollen. Ihr alle zahlt aber ganz richtig und angemessen Steuern.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Genau! Machen wir!)

Ihr Vorschlag ist generationenungerecht. Die heutigen 40-Jährigen und die Jüngeren wissen ganz genau, dass sie länger arbeiten müssen, weil anders alles nicht zu bezahlen ist. Darüber ist natürlich niemand begeistert, aber es ist unverantwortlich, so zu tun, als ob man es ändern könnte.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie mit einer solchen Voodoo-Ökonomie nicht sehr weit kommen. Die Menschen haben ein sehr feines Gespür dafür, was Mogelpackungen

sind, nicht nur in der Werbung, sondern auch in der Politik. Die Menschen wissen, dass es nichts umsonst gibt. Die Menschen wissen, dass man zwar heute über seine Verhältnisse leben kann, aber eines Tages dafür die Rechnung zu bezahlen hat.

Meine Damen und Herren, eine robuste Konjunktur, gestützt von einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Großen Koalition, ein ausgeglichener Haushalt - jedenfalls in greifbarer Nähe -: Man könnte glauben, all das müsste den Finanzminister sehr zufriedenstellen. Aber es fehlt noch etwas. Auf dem Weg zu dauerhaft tragfähigen öffentlichen Finanzen kann das nur ein erster Schritt sein. Schon die erste Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich unter maßgeblicher Mitwirkung von Karl Schiller und Franz Josef Strauß an die Reform der Finanzverfassung gemacht. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom Juni 1967 ist ziemlich genau 40 Jahre her. Zwei Jahre später fand diese Reform mit der übrigens heute noch gültigen Schuldenregel in Art. 115 Grundgesetz ihren Abschluss. Der Unterschied zwischen damals und heute beträgt 900 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich um den Anstieg der Verschuldung allein des Bundes, nämlich von 24 Milliarden Euro 1967 auf 930 Milliarden Euro heute. An dieser Tatsache wird deutlich, dass wir als zweiten Schritt nach dem Erreichen eines strukturell ausgeglichenen Haushalts eine neue Schuldenregelung in unserer Verfassung brauchen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese Schuldenregel muss verhindern, dass in dem Augenblick, wo das strukturelle Defizit endlich null beträgt, wir dieselben Fluchtbewegungen wie früher auch unternehmen und in die Spiralbewegung einer wieder zunehmenden Verschuldung hineingeraten. Sinn der neuen Schuldenregelung ist, das zu verhindern.

Es ist heute vielleicht noch zu früh, ein bestimmtes Modell für diese Schuldenregel vorzustellen. Ich freue mich jedoch, dass es in den Debattenbeiträgen hierzu zunehmend Annäherung auch zwischen den beiden Koalitionsfraktionen gibt. Aus meiner Sicht muss eine Neuregelung

des Art. 115, die in dieser Legislaturperiode mit den uns zur Verfügung stehenden Mehrheiten im Bundesrat und Bundestag erreicht werden muss, folgenden

Kriterien genügen:

Erstens sollte sie mit den Bestimmungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Übereinstimmung zu bringen sein.

Zweitens. Sie muss eine ökonomisch plausible Begrenzung der strukturellen Neuverschuldung sicherstellen.

Drittens. Sie muss auch ein Atmen der öffentlichen Haushalte bei konjunkturellen Veränderungen oder bestimmten Notlagen, zum Beispiel nach einer Flutkatastrophe, ermöglichen.

Viertens muss sie insbesondere gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdig in dem Sinne sein, dass ihre Einhaltung wirksam kontrolliert und sanktioniert wird.

Die Ausrufung der Abwehr des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes alleine darf nicht mehr ausreichend sein, um die Ausnahmemöglichkeiten des

Art. 115 in Anspruch zu nehmen. Wie wir damit bisher umgegangen sind, war doch zu leichtfüßig. Wie Sie wissen, wird in der öffentlichen Diskussion das Thema Schuldenregel mit der Frage der Haushaltsnotlagenproblematik diskutiert. In der Tat, wenn es uns gelingt, die gesamtstaatliche Nettoneuverschuldung wirksam zu begrenzen und einzudämmen, werden wir damit natürlich auch automatisch Haushaltsnotlagen bei uns und in den Ländern verhindern können. Wir haben in der gegenwärtigen politischen Konstellation und mit dem günstigen konjunkturellen Rückenwind die, wie ich glaube, seltene, vielleicht sich über lange Jahre nicht wieder auftuende Chance, entscheidende Schritte in Richtung dauerhaft tragfähiger öffentlicher Finanzen zu gehen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Wir dürfen diese in meinen Augen kostbare Chance für eine grundlegende Reform der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht verpassen, sondern müssen sie entschieden und konsequent nutzen: Für unser Land und seine Menschen hängt davon sehr viel ab. Meine Damen und Herren, gute Handwerker wissen: Ein Dach deckt man am besten, solange die Sonne scheint. Wir haben jetzt während eines guten konjunkturellen Wetters die historische Chance, unsere Haushalte finanziell in Ordnung zu bringen. Ich stelle die Frage, wer nachfolgenden Generationen erklären möchte, warum wir heute nicht konsequent genug waren, einen nachhaltigen Weg zu beschreiten, obwohl wir mitten in einer erfreulichen Wachstumsphase sind. Wer will dies unseren Kindern und Enkelkindern erklären? Ich für meinen Teil möchte das nicht. Wenn wir beim nächsten konjunkturellen Abschwung nicht sofort wieder in die Schuldenfalle, in dieses Hamsterrad, hineingeraten wollen, müssen wir heute vorsorgen und den Weg einer soliden Haushaltspolitik gehen. Der Entwurf für den Haushalt 2008 und für die mittelfristige Finanzplanung geht diesen Weg. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Weg gemeinsam mit der Bundesregierung gehen würden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst für die FDP-Fraktion dem Kollegen Jürgen Koppelin.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Bundesfinanzminister, ich will gar nicht so sehr auf Ihre Rede eingehen. Man hatte den Eindruck, Sie hatten drei Redenschreiber: einen aus dem Finanzministerium, einen aus dem Willy-Brandt-Haus und einen aus der Bundestagsfraktion der SPD; so war das anscheinend aufgeteilt. Dass Sie Ihrer SPD-Bundestagsfraktion die Weltwirtschaft erklären müssen, ist Ihre Sache; vielleicht haben die es nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will auf einen Punkt eingehen, weil Sie da die große Keule vor allem gegen die FDP und Kollegen meiner Fraktion herausgeholt haben. Wissen Sie, Herr Bundesfinanzminister: Sie sind der schlechteste Kronzeuge für Glaubwürdigkeit. Sie, Ihre Fraktion und Ihre Partei haben vor der Bundestagswahl erklärt, die Merkel-Steuer, also eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, komme mit Ihnen auf keinen Fall infrage. Anschließend haben Sie die Mehrwertsteuer jedoch um drei Punkte angehoben. Wenn Sie das den Wählern vorher gesagt hätten, säßen in Ihren Reihen 40 Abgeordnete weniger.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Eigentlich sind es gute Zeiten für einen Finanzminister: Die Einnahmen des Bundes sprudeln, die Medien berichten sogar von Überschüssen. Außerdem haben wir - in dem Punkt hat der Bundesfinanzminister recht - eine gute Konjunktur; das schafft Steuereinnahmen. Aber für diese gute Konjunktur - das ist mit keinem Wort erwähnt worden; wenn man aber als Bundesregierung selbstkritisch ist, hätte man das eigentlich tun müssen - haben Sie selber keinen Handschlag getan. Dafür ist die Wirtschaft verantwortlich. Ich will ausdrücklich auch die Gewerkschaften loben, die mit moderaten Abschlüssen bei den Gehältern dazu beigetragen haben.

Was wäre, wenn diese Bundesregierung etwas getan hätte? Dann hätten wir ja noch mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang muss man die Aktivitäten des Bundesfinanzministers und der Bundesregierung sehen: Sie haben die Mehrwertsteuer um drei Punkte angehoben. Da haben Sie ordentlich abkassiert; das gilt auch für Sie, Herr Kauder. Und weil der Bundesfinanzminister und die Bundesregierung beim Abkassieren gerade in Übung waren, haben sie das auch bei der Bundesagentur für Arbeit getan. So wollen Sie Ihren Haushalt sanieren; so kommt es zu diesen Mehreinnahmen. Aber man fragt sich - darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen -: Wie kommt eine Bundesregierung dazu, jetzt weitere Ausgaben zu beschließen, vor allem im sozialen Bereich, die auch Folgekosten nach sich ziehen werden, und zwar fast in der Höhe, in der Sie jetzt Schulden aufnehmen? Insofern hat der Kollege Hermann Otto Solms recht: Sie machen immer wieder neue Haushaltslöcher auf. Sie sind nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, obwohl der Haushalt 2008 nach unserer Auffassung ohne Neuverschuldung möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP)

Nun kann man politisch zu Dingen stehen, die Sie als Koalition beschlossen haben. Wer wollte gegen Krippenplätze sein? Aber solche Vorhaben müssen solide finanziert sein und dürfen nicht durch neue Schulden gedeckt werden. Die Kollegin von der Leyen aus Ihrer Koalition hat natürlich etwas Gutes im Sinn gehabt; aber eines hat sie nicht bedacht, was aber für eine Familienministerin ganz wichtig wäre: Diejenigen, die eines Tages einen Krippenplatz bekommen und sich darüber wahrscheinlich freuen, werden, wenn sie arbeiten, diesen Krippenplatz selber bezahlen müssen, weil Sie dann so viel

Schulden aufgenommen haben. Da haben Sie als Familienministerin eine große Verantwortung, auch gegenüber den jungen Generationen, die die Schulden bezahlen müssen, die Ihr Finanzminister und diese Koalition aufbürden.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte weitere Beispiele nennen. Der Bundesfinanzminister ist zum Beispiel überhaupt nicht darauf eingegangen, wie er zukünftig all das finanzieren will, was mit der Gesundheitsreform beschlossen wurde; ich erinnere an die erheblichen Steigerungen. Hier muss der Bund Milliarden in die Gesundheitskasse zahlen. Gleichzeitig wollen Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Wie wollen Sie das bezahlen? Das ist auch heute noch nicht geklärt; dazu sagen Sie kein Wort. Sie gehen davon aus, dass die Konjunktur weiterhin so positiv verläuft, wie es heute der Fall ist. Über den heutigen Zustand freuen wir uns natürlich. Aber Sie erkennen nicht, dass am Horizont durchaus kritische Dinge zu beobachten sind.

Wer sagt uns, dass die Konjunktur so bleibt, wie sie zurzeit ist? Es gibt Anmerkungen der Bundesbank und anderer Einrichtungen, die sehr kritisch darauf hinweisen, dass die Konjunktur nicht so weiterlaufen wird.

Herr Minister, Sie selbst haben auf bestimmte Schwächen hingewiesen und die Probleme der IKB genannt.

Man hätte auch noch auf die Probleme der Sachsen-LB hinweisen können. Das sind Anzeichen, die man ernst nehmen muss. Sie aber tun so, als hätten wir weiterhin eine gute Konjunkturentwicklung. Wir alle hoffen dies, da sind wir mit Ihnen. Man hat aber darauf zu achten, dass es für die Konjunktur auch Risiken geben kann. Zu den Schwächen der Konjunktur sage ich: Sie tun so, als hätte die Mehrwertsteuererhöhung überhaupt nichts Negatives gebracht. Dabei lassen Sie aber völlig außer Acht, dass das Konsumklima in Deutschland und damit auch die Binnenkonjunktur nachgelassen haben.

Schauen Sie sich nur einmal an, was in der Bauwirtschaft los ist. Die Probleme dort kommen von der Mehrwertsteuererhöhung. Das können Sie nicht leugnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Bundesfinanzminister, Sie sind nicht mit einem Wort auf die Ausgabenseite eingegangen. Warum haben Sie sich nicht die Ausgabenseite angeschaut? Wir Freien Demokraten haben Jahr für Jahr ein Sparbuch vorgelegt und Ihnen gesagt, wo man Einsparungen vornehmen könnte. Nach unserer Auffassung könnte man in diesem Haushalt mindestens 5 Milliarden Euro einsparen. Von Ihrer Seite gibt es hier keinerlei Anstrengungen. Stattdessen gibt es eine Ausgabensteigerung.

Da Sie unsere Vorschläge immer so schnell wegwischen, nenne ich einige Punkte: Warum mussten die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung noch einmal gesteigert werden? Wieso muss es Entwicklungshilfe für China geben? Wieso bekommen Organisationen Geld, die sich für Fledermäuse einsetzen? Das sind nur kleine Beispiele. Wieso muss die Bundeswehr weiter Munitionskästen instand setzen, die sie überhaupt nicht braucht? Wieso müssen Deutsche beraten werden, die ins Ausland abwandern wollen? All das

zahlen wir aus dem Bundeshaushalt. Ich könnte auch in die Richtung der Frau Entwicklungshilfeministerin schauen, die kürzlich in Syrien Entwicklungshilfe versprochen hat. Ich dachte, das sei ein Schurkenstaat. Sie tätigt noch andere Ausgaben, aber darüber werden wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen noch unterhalten. Herr Bundesfinanzminister, ich komme zu einem Punkt, der gerade uns Freien Demokraten wichtig ist. Ich sage dies, damit Sie sehen, wo Sie Geld sparen könnten. Ihre sozialdemokratische Fraktion äußert sich jetzt in der Öffentlichkeit zur Forderung nach Onlinedurchsuchungen durch Innenminister Schäuble. Die dort vertretene Ansicht ist auch unsere Meinung. Wir begrüßen das. Endlich unterstützen Sie uns hier.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie sollten Herrn Schäuble danken!)

Wie sind Sie eigentlich dazu gekommen, Herrn Schäuble im Jahr 2007 und in diesem Bundeshaushalt das Geld für die Onlinedurchsuchung zu geben? Die Sozialdemokraten haben im Haushaltsausschuss und hier im Plenum des Deutschen Bundestages zugestimmt. Tun Sie doch nicht so, als seien Sie dagegen! Also: Kümmern Sie sich um die Ausgabenseite! Darauf haben Sie nicht einen Blick geworfen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Diether Dehm (DIE LINKE))

Man muss feststellen, dass die Ausgabenseite des Bundeshaushalts um 5 Prozent wächst. Das hätten Sie als Finanzminister nicht zulassen dürfen. Das ist doch unverantwortlich. Sie wären in der Lage gewesen, für 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das haben Sie nicht getan. Vielleicht hat ein Machtwort der Kanzlerin gefehlt, vielleicht konnten Sie sich auch nicht wehren. Sie sind nach der Methode verfahren: Wenn der schwarze Minister etwas bekommt, dann muss auch die rote Ministerin etwas haben; wenn die schwarze Ministerin etwas bekommt, dann muss auch der rote Minister etwas bekommen. Am Ende hatten wir eine Ausgabensteigerung von 5 Prozent. Man kann ganz offen sagen:

Die Koalition war in allerbesten Spendierlaune. Sie hat Geld ausgegeben, weil sie die Steuerschätzung gesehen hat. Sie hat Geld ausgegeben, das sie noch nicht in der Tasche hat. Ich wiederhole: Von der Kanzlerin gab es kein Wort dazu. Auch unter dem Stichwort Glaubwürdigkeit sage ich: Frau Bundeskanzlerin, hatten Sie nicht im Wahlprogramm der Union vor der Bundestagswahl auch versprochen, die Menschen in unserem Land zu entlasten und ihnen Geld zurückzugeben? Nichts davon ist geschehen. Sie haben die Menschen stärker belastet. Auch das ist ein Beispiel zum Thema Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Für uns als Freie Demokraten ist es wichtig, dass wir es bei den Haushaltsberatungen schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. Wir sind bereit, dazu unseren Beitrag zu leisten, auch wenn damit unangenehme Entscheidungen und Anträge verbunden sind, durch die es zu Streichungen kommt. Wir erwarten aber auch von der Koalition, dass sie Beiträge dazu leistet. Ich weiß, dass die Haushaltspolitiker der Koalition vielleicht dazu bereit wären. Ich achte dies. Wir wollen sehen,

was Sie im Haushaltsausschuss machen. Herr  
Bundesfinanzminister - -

(Bundesminister Peer Steinbrück bespricht sich  
mit Parl. Staatssekretär Ulrich Kasparick)

- Hallo!

(Zuruf von der FDP: Das könnten Sie eigentlich  
im Kabinett machen!)

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt,  
dass die Koalition und die Regierung zu solchen Beiträgen  
nicht in der Lage waren. Hier setzen wir auch auf die  
Abgeordneten der Koalitionsfraktionen im Haushaltsausschuss.  
Herr Bundesfinanzminister, Sie haben Ihrer  
eigenen Partei kürzlich eine Heulsusenmentalität vorgeworfen.  
Ich kann nur sagen: Sie hätten mit gutem Beispiel  
vorangehen können. Sie hätten Ihrer Fraktion Mut  
machen können. Sie hätten sagen können: Ich, der  
Finanzminister, bin in der Politik hart. - Das wäre positiv  
gewesen. Vielleicht hätten Sie die Heulsusenmentalität  
in Ihrer Fraktion damit ein Stück weit abbauen können.

(Beifall bei der FDP)

Die Ratschläge von Bundesbank und Finanzplanungsrat  
sind in den Wind geschlagen worden. Die Bürger  
werden das teuer bezahlen müssen, wenn man nicht  
Änderungen am Haushalt 2008 vornimmt.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner für die CDU/CSU-Fraktion ist der  
Kollege Dr. Michael Meister.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Olaf Scholz [SPD])

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst  
einmal fühle ich mich als Vertreter der Großen Koalition  
und der Unionsfraktion durch den Redebeitrag des Kollegen  
Koppelin bestärkt. Wir haben gesehen: Die Große  
Koalition legt ein geschlossenes Konzept vor, um das  
Wachstum zu stärken, den Haushalt zu konsolidieren  
und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wo das denn?)

Wir haben punktuelle Kritik, aber kein Alternativkonzept  
gehört. Daraus schließe ich, dass wir grundsätzlich  
auf dem richtigen Weg sind und dass wir Kurs halten  
sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte ausdrücklich, auch für meine Fraktion, sagen,  
dass ich Dank und Anerkennung für die Akteure am  
Finanzmarkt teile. Wir haben in den vergangenen Tagen  
und Wochen einige Turbulenzen erlebt. Ich glaube,  
das besonnene und überlegte Verhalten der Akteure hat  
dazu geführt, dass der Schaden begrenzt werden konnte  
und wir in der Lage sind, mit Blick auf den Finanzplatz  
Deutschland gestärkt aus diesen Turbulenzen hervorzugehen.  
Ich möchte in diesem Zusammenhang das, was  
Herr Steinbrück gesagt hat, im Namen meiner Fraktion  
ausdrücklich unterstreichen. Wir sind gut aufgestellt und  
befinden uns auf einem guten Weg. Wir sollten in Ruhe  
überlegen, welche Konsequenzen notwendig sind, um  
uns für die Zukunft weiter zu stärken.

Ich will eine zweite Feststellung treffen. Zum einen

ist der Finanzmarkt, der auch Arbeitgeber ist, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zum anderen gibt es indirekte Auswirkungen auf die Realwirtschaft bei der Finanzierung. Wir müssen sehr aufpassen und dafür sorgen, dass wir die angesprochenen Risiken weiter begrenzen. Wir dürfen aber nicht verhindern, dass sich Unternehmen weiterhin vernünftig - und zwar außerhalb der Fremdkapitalschiene - finanzieren können. Die Möglichkeit, sich Zugang zu neuem Eigenkapital zu verschaffen, dürfen wir nicht beschneiden, sondern diese müssen wir ausbauen. Darin liegt ein massiver Beitrag zu mehr Wachstum, zu mehr Arbeitsplätzen und zu mehr Chancen für unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Angesichts unserer Debatte über den Haushalt 2008 möchte ich Folgendes zitieren:

In der Politik gibt es einen unstillbaren Drang, sich zu verschulden, weil die Kosten von den Nachkommenden getragen werden, der Nutzen aber in der Gegenwart anfällt.

So der Staatsrechtler Hans Meyer, ehemaliger Präsident der Humboldt-Universität.

Die Große Koalition tritt mit dem Haushaltsentwurf 2008 den Beweis des Gegenteils an. Wir wollen damit Schluss machen, dass der Nutzen von heute zulasten zukünftiger Generationen geht. Damit muss es ein Ende haben. Deshalb setzen wir uns für Haushaltsausgleich ein - nicht einmalig, sondern dauerhaft und nachhaltig. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden den Staatshaushalt voraussichtlich im nächsten Jahr ausgleichen. Wir werden es aber - auch das haben wir schon gehört - für den Bundeshaushalt nicht schaffen. Ich möchte ob der Diskussion der letzten Tage eine Bemerkung dazu machen. Wenn Sie die Finanzplanung bis 2011 und den Haushalt 2008 mit dem vergleichen, was wir vor einem Jahr zum Bundeshaushalt 2007 diskutiert haben, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass in der jetzigen Vorlage eine Reduzierung der Schuldenaufnahme über den gesamten Finanzplanungszeitraum von 54 Milliarden Euro gegeben ist.

Wer sagt, hier werde nichts Erhebliches geleistet in Richtung Konsolidierung, wer fordert, wir müssten kurzfristig noch mehr tun, der erkennt nicht an, welche riesige Leistung dahintersteht. Ich glaube, wir sollten im Sinne von Glaubwürdigkeit und Vertrauen darauf setzen, dass wir das, was wir ankündigen, auch einhalten können, und sollten nicht Versprechen machen, bei denen wir nicht die Gewähr dafür bieten können, dass sie eingehalten werden. Deswegen plädiere ich für einen weiterhin seriösen und vernünftigen Kurs. Er schafft Vertrauen und die Grundlage für neues Wachstum. Diesen Kurs wollen wir erfolgreich fortführen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen natürlich nicht nur das Delta bei der Finanzierung betrachten und es auf null zurückführen, sondern wir müssen auch die Belastungen der Menschen sehen. Hier wird gelegentlich suggeriert, als würde die Belastung ansteigen. Natürlich haben wir einige Zumutungen



auf den Weg gebracht. Diese waren aber ob der Haushaltssituation, die wir vorgefunden haben, notwendig. Aber es ist auch richtig, dass die Belastung der Menschen in dem Haushalt, den wir jetzt beraten, auf den Stand zurückgeführt wird, wie wir ihn 1989, vor der deutschen Wiedervereinigung, hatten. Das, was Gerhard Stoltenberg damals erreicht hat, erreichen wir jetzt wieder. Dazu müssen wir den Menschen sagen: Auch damit werden Rahmenbedingungen geschaffen, die es wieder attraktiv machen, in Deutschland etwas zu leisten, etwas zu unternehmen, etwas zu tun. Betrachtet man die Gesamtbilanz, heißt das: Wir belasten die Menschen nicht, sondern entlasten sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Koppelin, ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren, dass wir nicht allein für die Verbesserung der Situation verantwortlich sind; ich habe die Stichworte „Vertrauen“ und „Glaubwürdigkeit“ genannt. Ich will daran erinnern: In Genshagen wurde das Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung beschlossen.

Es wurde übrigens von Ihnen nicht unterstützt. Es hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass gerade im Mittelstand in Deutschland die Konjunktur angesprungen ist, neue Bewegung hineinkam und Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Deshalb ist es aus meiner Sicht kein Verdienst am jetzigen Aufschwung“, und andererseits die Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, zu kritisieren. Sie sollten sich einmal für eine Linie und für die Wahrheit entscheiden.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir diesen Kurs weiterführen sollten. Dies bedeutet zusätzlich dazu, dass wir die Konjunktur angeschoben haben, den Klimaschutz anzugehen. In diesem Zusammenhang werden wir gerade im mittelständischen Bereich die Situation verbessern, indem wir die Förderprogramme zur CO<sub>2</sub>-Einsparung mit Maßnahmen zum Beispiel des Gebäudesanierungsprogramms so verbinden, dass dies auch wirtschaftlich eine positive Auswirkung hat. Das Ganze ist deshalb kein Widerspruch, sondern ergänzt sich und trägt sich gegenseitig.

Wir sollten auch darüber reden, was das alles den Menschen bringt. Wenn wir die Ausbildungsplatzlage im Lande anschauen, dann ist festzustellen: Sie ist besser als vor einem Jahr. Sie ist nicht zufriedenstellend; aber sie ist besser. Das heißt, junge Menschen haben größere Chancen, eine Ausbildung zu finden und damit ihre Existenz zu sichern. Die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, ist besser als vor einem Jahr. Im Vergleich zu der Lage vor zwei Jahren sind 1 Million Menschen weniger arbeitslos. Das heißt, auch hier wurden die Chancen gesteigert. Mittlerweile kommt bei denjenigen, die eine Beschäftigung haben, auch etwas im Geldbeutel an. Wir haben den Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt und wollen dafür sorgen, dass er weiter sinkt. Frau Bundeskanzlerin, hierzu sage ich: Mir geht der Beschluss von Meseberg nicht weit genug. Ich bin für einen niedrigeren Beitragssatz als den geplanten von 3,9 Prozent, nämlich für einen Beitragssatz von 3,5 Prozent.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Satz sollte nachhaltig und dauerhaft gesenkt werden, um den Menschen etwas zugutekommen zu lassen und die Arbeitsplätze zu sichern.

Wir haben eine Unternehmensteuerreform zustande gebracht, die die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandortes Deutschland und des Arbeitsplatzstandortes Deutschland wesentlich verbessert. Hierzu will ich sagen: Auch das muss im Haushalt finanziert und abgebildet werden. Darüber besteht mittlerweile keine Diskussion mehr. Wir haben das mit eingebaut.

Ich will darauf hinweisen, dass wir jetzt natürlich überlegen müssen: Wo können überhaupt neue Arbeitsplätze entstehen? Da haben wir zum einen den Bereich Forschung und Entwicklung. Trotz der Tatsache, dass wir ein Staatsdefizit haben, trotz der Tatsache, dass wir sparen müssen, versuchen wir, die Haushaltspositionen im Bereich Forschung, Innovation und Entwicklung zu stärken und dort das 3-Prozent-Ziel von Lissabon zu erreichen. Wir, die Unionsfraktion, stehen ausdrücklich dahinter. Denn wir sind der Meinung: An dieser Stelle können wir im Hinblick auf Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts und Zukunftschancen nur gewinnen. Dies ist gut ausgegebenes Geld. Wir setzen es an dieser Stelle gerne ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt einen weiteren Bereich. Wir werden nicht nur versuchen können, an der Spitze Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen auch versuchen, in anderen Bereichen, gerade bei den Dienstleistungen, mehr Arbeitsplätze zu generieren. Deshalb werben wir dafür – wir hoffen, dass wir auch in der Koalition hierbei zu einem Ergebnis kommen –, den Bereich der Privathaushalte als Arbeitgeber weiter zu stärken. Dies sollte einerseits im Sinne der Vereinfachung der Regelungen, die es dort gibt, geschehen und andererseits zur Erhöhung des Volumens, das dort besteht. Denn wir glauben, dass an dieser Stelle ein Beitrag dazu geleistet werden kann, Schwarzarbeit abzubauen. Darüber hinaus liegt dort noch ein riesiger Schatz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will einen weiteren Punkt nennen. Wir versuchen, die Balance im Haushalt zwischen dem, was wir konsumieren, und dem, was wir investieren, etwas zu verschieben. Es ist doch eine Verschiebung von Lasten in die Zukunft, wenn wir mehr als 90 Prozent unserer Mittel nicht investieren, sondern, was die Infrastruktur betrifft, von der Substanz leben. Deshalb müssen wir darauf hinwirken, dass die Investitionsquote im Haushalt deutlich steigt.

Ich bin deshalb dankbar, dass im Entwurf der Bundesregierung an dieser Stelle eine entsprechende Akzentuierung gesetzt wird und die Investitionsmittel gestärkt werden. Wir sollten uns in den Haushaltsberatungen darum bemühen, dass diese Stärkung fortgeführt wird und wir eine weitere Verschiebung vom Konsum in Richtung Investitionen hinbekommen. Das ist nämlich hilfreich, wenn es um die Zukunftsvorsorge geht. Das ist aber auch kurzfristig hilfreich; ich sage das mit Blick auf die Lage am Arbeitsmarkt.

(Beifall des Abg. Dr. Heinz Riesenhuber  
[CDU/CSU])

Ich will zum Abschluss auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir sehr wichtig ist. Ich habe vorhin von nachhaltiger Haushaltskonsolidierung gesprochen. Wir wollen hier nicht nur über kurzfristige Ziele diskutieren, wir wollen nicht nur über den Haushalt 2008 diskutieren, wir wollen nicht nur über die mittelfristige Finanzplanung diskutieren, sondern wir wollen auch darüber diskutieren, dass wir die aus meiner Sicht einmalige Chance haben, ein Regelwerk in die Verfassung aufzunehmen, das dafür sorgt, dass dauerhaft keine strukturellen Defizite mehr geschaffen werden können. Wenn wir diese Aufgabe nicht lösen, delegieren wir sie an die nächste Generation; das ist ein Zeitraum von 25 bis 30 Jahren. Wir stehen in der Verantwortung und müssen diese Chance nutzen. Ich möchte am Ende der Diskussion ein Regelwerk haben, das vorgibt, dass das strukturelle Defizit bei null liegen muss, und das, abgesehen von Ausnahmefällen wie Katastrophen und Ähnlichem, keine Ausnahmen vorsieht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen das vernünftig fassen. Ich bin kein Verfassungsjurist, sondern nur bescheidener Mathematiker; daher hoffe ich auf die Hilfe der Rechtsgelehrten. Ich hoffe, dass Bund und Länder eine Verantwortungsgemeinschaft bilden; denn diese Aufgabe kann nur gemeinschaftlich von Bund und Ländern gelöst werden.

Wir müssen das, was wir Konjunktur nennen, vernünftig fassen. Ich glaube, dass wir von dem einen oder anderen Land in unserer Nachbarschaft lernen können, wie dort konjunkturelle Entwicklungen aufgefasst werden. Über den konjunkturellen Anteil an der Staatsverschuldung dürfen wir nicht nur dann diskutieren, wenn Schulden gemacht werden. Wir müssen auch dann darüber sprechen, wenn die Konjunktur positiv verläuft; denn dann muss Vorsorge für den nächsten Abschwung getroffen werden. In diesem Sinne müssen wir in Art. 115 des Grundgesetzes ein neues Regelwerk schaffen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir gemeinschaftlich unserer Verantwortung gerecht.

Ich möchte jeden einladen, mit Ideen und alternativen Vorschlägen dazu beizutragen. Ich warne aber davor, eine solch wichtige Diskussion durch kleingeistige und kleinkarierte Kritik zu zerreden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Gesine Löttsch ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Stellen Sie sich vor, Sie beobachten in einem Einkaufszentrum einen Taschendieb, der gerade einen Passanten dreist um eine beträchtliche Summe erleichtert. Doch dann rennt er nicht weg. Nein, er hält die Geldscheine in die Höhe und strahlt über das ganze Gesicht. Jeder würde doch denken: Dieser Mann ist verrückt. Nicht so in der Politik.

Die Bundesregierung hat mit der umfangreichsten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik den Bürgern kräftig in die Tasche gegriffen, und nun sehen wir den Finanzminister aus allen Zeitungen strahlen. Er freut sich über sein gelungenes Gesellenstück. Erstaunlich ist nur, dass keiner ruft: Haltet den Dieb!

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hat nicht nur die Mehrwertsteuer erhöht, sondern auch die Versicherungssteuer. Sie hat die Entfernungspauschale und den Sparerfreibetrag verringert, und auch der Beitragssatz für die Renten- und Krankenversicherungen stieg im Januar. Verwundert es da, dass sich keiner so richtig mit Herrn Steinbrück freuen kann? Wie wir heute in einer Zeitung lesen können, genießt er das gesammelte Misstrauen der SPD.

Doch eine Ausnahme gibt es: Die Unternehmensteuerreform tritt im nächsten Jahr in Kraft und wird vor allem die großen Konzerne um mindestens 10 Milliarden Euro entlasten.

In vielen Zeitungen kann man ausführliche Analysen lesen, warum die SPD in der Wählergunst so schlecht dasteht. Doch das kann man sich eigentlich sparen, wenn man nur zwei Sachverhalte zur Kenntnis nimmt: Erstens. Die Konzerne, die sich vor Profiten kaum retten können, werden weiter finanziell entlastet. Wahrhaft sozialdemokratische Politik, sage ich dazu nur.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Die Arbeitslosengeld-II-Empfänger sollen trotz der gestiegenen Lebensmittelpreise und der Explosion der Energiepreise keinen Cent mehr bekommen.

„Kalt und streberhaft“ nennt der Politikwissenschaftler Franz Walter die Politik der SPD, und immer mehr SPD-Wähler teilen diese Ansicht. Die aktuelle Studie Die Ängste der Deutschen 2007 kommt zu dem Ergebnis, dass die Deutschen am meisten Angst davor haben, dass alles teurer wird. Das ist natürlich nicht im Sinne von CDU und CSU. Besonders Herr Schäuble hat sich zum Ziel gesetzt, dass spätestens im nächsten Jahr die Angst vor dem Terror an erster Stelle in den Umfragen stehen soll. Denn die Bundesregierung weiß, dass sich ein Land einfacher regieren lässt, wenn die Menschen Angst haben. Das ständige Schüren von Angst ist nötig, um die gigantischen Ausgaben im Kampf gegen den Terror zu rechtfertigen. Ich will Sie nur daran erinnern, dass das 132-Millionen-Euro-Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit, das der Innenminister in einer Nachtund-Nebel-Aktion durch den Bundestag geschleust hat, hier schon fast totgeschwiegen werden soll.

Der weltweite Antiterrorkampf hat natürlich auch den Appetit des Verteidigungsministers angeregt. Für seinen Haushalt sind 29 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist mehr, als die Bundesregierung für zivile Investitionen ausgibt, und damit eine wirkliche Schiefelage.

(Beifall bei der LINKEN)

Der ehemaliger CDU-Generalsekretär Geißler antwortete auf die Frage eines Journalisten, was Konservatismus heute ausmacht, wie folgt - ich zitiere die Berliner Zeitung vom 6. September 2007 -:

Es ist schon erstaunlich, welche Widersprüche sich

da so aufzutun: ein starker Staat für die innere Sicherheit, ein schwacher Staat für die soziale Sicherheit - merkwürdige Vorstellungen der sogenannten Neokonservativen. Ich fordere Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, nehmen Sie sich diese Worte Ihres ehemaligen Generalsekretärs zu Herzen, und denken Sie darüber nach!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linke haben gute Vorschläge, wie man die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger besser und vor allen Dingen gerechter ausgeben kann. Herr Struck hat den untauglichen Versuch unternommen, uns nachzuweisen, dass unsere Finanzierungsvorschläge unseriös seien. Zum Ausdruck und Beweis seiner eigenen Seriosität meinte Herr Steinbrück, unsere Vorschläge als Voodoo-Ökonomie bezeichnen zu müssen. Ich glaube, eine billigere Propaganda kann man sich gar nicht vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

In ihrer Rechnung hat die SPD-Führung nämlich völlig außer Acht gelassen, dass wir Gegenvorschläge und auch sehr viele schöne Kürzungsvorschläge - insbesondere hinsichtlich des aufgeblähten Verteidigungshaushaltes - haben. Aber auch hinsichtlich der Einnahmen haben wir viele Vorschläge für eine gerechtere Steuerpolitik. Unsere Vorschläge zur Abschaffung des Mittelstandsbauches haben Sie, Herr Steinbrück, genau umgekehrt dargestellt. Sie haben behauptet, wir wollten den Mittelstand belasten. Die Wirklichkeit ist anders: Der Mittelstand und die Facharbeiter würden durch unsere Vorschläge entlastet.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fordere Sie hier noch einmal auf: Nehmen Sie die Unternehmensteuerreform zurück, werfen Sie den Unternehmen das Geld nicht hinterher! Wir werden unsere Vorschläge in den Haushaltsberatungen und in der Öffentlichkeit vortragen. Ich bin mir sicher: Auch wenn die Vorschläge hier in diesem Haus nicht die Mehrheit finden sollten, ihre Wirkung in der Öffentlichkeit werden sie nicht verfehlen. Das können Sie nicht zuletzt an unseren Umfragewerten ablesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Löttsch, zunächst ein Satz zu Ihnen. Sie haben den Vergleich mit dem Taschendieb angestellt. In der Tat: Sie bewegen sich wie eine Taschendiebin: unterhalb der Gürtellinie, und zwar moralisch wie gedanklich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie hier sagen und die Bilder, die Sie hier bringen, sind eine Zumutung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Mit dieser Art von Politik, mit der Sie Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen alles versprechen und in der Realität nichts halten können, täuschen Sie die Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie verlieren jeden ernsthaften Anspruch auf Gestaltung.  
Das wird noch deutlicher werden als in der Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/  
CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-  
NEN)

Ich will gar nicht auf einzelne Stichworte eingehen.  
Aber zur Unternehmensteuerreform möchte ich etwas  
sagen: Ja, wir beseitigen eine Gerechtigkeitslücke.  
Es kann doch nicht sein, dass 100 Milliarden Euro an  
Gewinnen in Deutschland erzielt und im Ausland versteuert  
werden. Das ändern wir; das ist richtig so. Wir  
beseitigen Gerechtigkeitslücken und schaffen keine  
neuen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der  
LINKEN)

Deswegen: Die Auseinandersetzung mit Ihnen darf man  
nicht übertreiben. Aber wir werden Sie Zug um Zug entlarven.  
Die von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte  
Zusammenstellung zu den finanziellen Auswirkungen  
Ihrer Anträge und Initiativen war ein erster Schritt dazu.  
(Zurufe von der LINKEN)

Wer vor eineinhalb Jahren vorhergesagt hätte, wie gut  
sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im  
Mittelstand, und die Situation der öffentlichen Haushalte,  
insbesondere in den Kommunen, entwickeln würden,  
der wäre doch als Fantast bezeichnet und verspottet  
worden. Jeder von uns, der vorhergesagt hätte, dass wir  
im September dieses Jahres auf der Grundlage der vorliegenden  
Zahlen würden beraten können, wäre verspottet  
worden. Deswegen sage ich Ihnen: Eine Rede wie  
die, die Bundesfinanzminister Peer Steinbrück heute gehalten  
hat, konnte seit fast 20 Jahren kein Finanzminister  
in Deutschland mehr halten. Eigentlich sollte von allen  
Seiten dieses Hauses begrüßt werden, dass es ihm möglich  
war, eine solche Rede zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem von Peer Steinbrück eingebrachten Haushaltsentwurf  
bleibt die Koalition sich selbst und ihrer  
Doppelstrategie treu, die erforderliche Haushaltskonsolidierung  
und die notwendige politische Gestaltung  
Hand in Hand zu betreiben.

Das erfolgreiche 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm  
fortzusetzen, die Mittel für Forschung und Entwicklung  
zu erhöhen, die BAföG-Erhöhung und den  
Hochschulpakt zu finanzieren, die Mittel für Klimaschutzprogramme  
hochzufahren und das Programm zum  
Ausbau der Krippenplätze zu starten, all das bringt unsere  
Wirtschaft und unsere Gesellschaft Schritt für  
Schritt voran. Diese Maßnahmen werden sich auch in  
fiskalischer Hinsicht auszahlen; das gilt übrigens auch  
für die Unternehmensteuerreform.

Konsolidieren und Gestalten, das ist die richtige Strategie,  
die auch in Zukunft verfolgt werden muss. Das  
heißt aber auch, dass die fiskalischen Spielräume, die  
sich ergeben, konsequent und glaubwürdig zur Rückführung  
der Verschuldung genutzt werden müssen. Wir  
müssen unsere Defizitziele im nächsten Jahr und in den  
folgenden Jahren erreichen. Wir haben die Chance, das  
gesamtstaatliche Defizit im nächsten Jahr auf null zu

fahren. Ich finde, dass das Tempo des stattfindenden Defizitabbaus bemerkenswert ist.

Die Haushaltspolitik muss ökonomische und gesellschaftliche Erfordernisse im Blick behalten; ansonsten ist sie letztlich zum Scheitern verurteilt. In diesem Sinne werden wir die anstehenden parlamentarischen Haushaltsberatungen führen.

Die Haushaltspolitiker der Koalition haben sich das Ziel gesetzt, die von der Bundesregierung beschlossene und im Etatentwurf für 2008 aufgeführte maximale Höhe der Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 12,9 Milliarden Euro zu verringern. Wir streben an, dieses Ziel zu erreichen. Allerdings ist bereits der Betrag von 12,9 Milliarden Euro die niedrigste jährliche Verschuldung des Bundes seit fast 20 Jahren. Wer uns in dieser Situation vorwirft, wir seien bei der Haushaltskonsolidierung nicht ehrgeizig genug, der muss schon sehr konkrete und umsetzbare Konsolidierungsvorschläge vorlegen.

(Beifall des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Bisher konnte ich nicht erkennen, dass solche Vorschläge gemacht wurden, weder von der FDP noch – das kann Frau Hajduk gleich ändern – von den Grünen. Wenn wir hier streiten, dann sollten wir das bitte auf der Grundlage realitätstüchtiger Vorschläge und nicht im Wolkenkuckucksheim tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die derzeit günstige wirtschaftliche Entwicklung anhält – es gibt durchaus Anzeichen der Unsicherheit, über die heute schon gesprochen wurde –, dann werden wir voraussichtlich spätestens im Jahre 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen können.

Wenn wir all diese Ziele – gute Entwicklung von Wirtschaft, Beschäftigung und Haushaltskonsolidierung – erreichen wollen, ist es allerdings notwendig, dass über Jahre hinweg die richtigen Entscheidungen getroffen und die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Ich will zwei Beispiele nennen.

Erstens. Bereits jetzt wird immer wieder gefordert bzw. sogar angekündigt, dass in der nächsten Legislaturperiode die Einkommensteuer oder andere Steuern gesenkt werden. Herr Kollege Kampeter, die Medien berichten, dass auch in Strategiezirkeln von CDU und CSU, und zwar weit über das Ministerium des Bundeswirtschaftsministers hinaus, Konzepte für massive Steuersenkungen erarbeitet werden. Offensichtlich wird hier gezielt versucht, sich eine populäre Ausgangsposition für die Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner in anstehenden Wahlkämpfen aufzubauen.

Da wir heute eine haushaltspolitische Debatte führen, ist zu fragen: Wie ernst meinen es diejenigen, die schon heute für einen nicht sehr weit in der Zukunft liegenden Zeitpunkt Steuersenkungen in Aussicht stellen, eigentlich mit der Haushaltskonsolidierung, die in dieser Legislaturperiode noch nicht abgeschlossen werden kann?

Wenn in einem Jahr keine neuen Schulden gemacht werden müssen, heißt das nicht, dass alle Probleme bereits gelöst sind. Meine Damen und Herren, müssten wir nicht angesichts der verbesserten Haushaltslage endlich auch

in die Tilgung der Altschulden einsteigen?  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Das scheint für diejenigen, die solche Steuersenkungsvorschläge machen, offenbar nicht im Vordergrund zu stehen. Erst wird die Verschuldung über Jahre hinweg als große Staatskrise dargestellt - wir haben das erlebt -, aber dann hat man es mit der Tilgung der Altschulden plötzlich nicht mehr so eilig. Das ist widersprüchlich. Ich habe an alle, die derartige Vorschläge in ihren Köpfen haben, die herzliche Bitte, darüber nachdenken, ob es nicht zu widersprüchlich ist, davon zu sprechen, dass die Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder der Erbschaftsteuer möglich wäre, wenn die politische Konstellation eine andere wäre. Nein, vor dem Hintergrund von gesamtstaatlichen Schulden in Höhe von immer noch 1,5 Billionen Euro geht dies nicht.

Auch was die Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern angeht, dürfen keine unbedachten Entscheidungen gefällt werden. Ich begrüße ausdrücklich die Kriterien, die Peer Steinbrück in diesem Zusammenhang genannt hat, will aber auch auf folgenden Punkt hinweisen: Meines Erachtens krankt die Diskussion bisher daran, dass grundlegende Fakten und Zusammenhänge nicht beachtet werden. Viele Teilnehmer der Diskussion sind davon überzeugt, dass die unbestreitbar zu hohe öffentliche Verschuldung eine Folge vor allem unzureichender Verfassungsregeln sei. Diese Auffassung übersieht, dass es für die öffentliche Kreditaufnahme und die Finanzpolitik sowohl des Bundes als auch der Länder beachtliche andere Gründe gab und gibt: vor allem die Bewältigung der deutschen Einheit, aber auch die Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik. Auch ist bisher weitgehend unklar, was die einzelnen Vorschläge zur Modifikation des Art. 115 Grundgesetz konkret an Politik erfordern und konkret bewirken. Deshalb halte ich es für dringend erforderlich, dass fundierte Berechnungen vorgelegt werden, mit denen die Veränderungsabsichten gestützt werden müssen und die die ökonomischen Auswirkungen der einzelnen Vorschläge genau aufzeigen. Es darf nicht dazu kommen, dass mit einer Modifikation der Verfassung das gerade gefundene Gleichgewicht von wirtschaftlicher Impulsgebung, Zukunftsgestaltung und Haushaltskonsolidierung, das wir in den letzten beiden Jahren so erfolgreich erprobt haben, möglicherweise wieder infrage gestellt wird. Das heißt, neue Regeln, für die wir alle eintreten, müssen realitätstüchtig sein; sie müssen sich in der Realität unserer Ökonomie auch bewähren können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Das Wort hat nun die Kollegin Anja Hajduk,  
Bündnis 90/Die Grünen.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
Sehr geehrter Herr Steinbrück, Sie haben angenommen,  
schon zu wissen, was die Opposition heute zu sagen  
hat. Da Sie es wissen, weiß ich nicht, ob Sie schon



wild entschlossen sind, sich unsere Ausführungen nicht ernsthaft anzuhören. Aber ich werbe doch noch einmal um Ihr Gehör.

Worum geht es, wenn wir sagen, die gute Situation, die wir jetzt haben - die gute konjunkturelle Entwicklung, die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt -, sollte genutzt werden, um unsere Schulden abzubauen? Worum geht es, wenn wir darum werben, die historische Chance wahrzunehmen und vier gute Jahre zu nutzen, um 2009 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben?

Was macht Sie so gewiss, dass Sie ein Abonnement auf eine positive Dauerkonjunktur bis 2011 haben?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Erfahrung, die Rot-Grün in den Jahren 1999 und 2000 gemacht hat, erinnere ich Sie an Folgendes: Damals haben wir vielleicht zu einem falschen Zeitpunkt im Boom Ausgabensteigerungen im Haushalt und Steuersenkungen beschlossen, die konjunkturell nicht die richtige Strategie darstellten.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Deswegen geht es mir jetzt nicht um ein bisschen schneller, ein bisschen höher und ein bisschen weiter, sondern um die Verantwortung, die auch Sie für sich in Anspruch nehmen: Packen wir doch der nächsten Generation nicht den Rucksack mit Wackersteinen von Schulden voll, sondern nutzen wir einen Konjunkturboom, der sage und schreibe vier Jahre lang ein reales Wachstum von im Schnitt knapp 2 Prozent verspricht! Angesichts der Steuermehreinnahmen in Höhe von 45 Milliarden Euro - das sind die Steuermehreinnahmen Ihrer Finanzplanung; ich habe den im Moment absehbaren Konjunkturbonus von zusätzlichen 8 bis 10 Milliarden Euro noch gar nicht aufgeschlagen, wahrscheinlich sind es in dieser Legislaturperiode also Steuermehreinnahmen von mehr als 50 Milliarden Euro - frage ich Sie, warum die Einnahmen nicht ausreichen sollen. Erklären Sie einmal der deutschen Bevölkerung, warum Ihnen 50 Milliarden Euro nicht ausreichen sollen, um ein Defizit von 30 Milliarden Euro auszugleichen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Ich nenn Ihnen den Grund: Die Große Koalition hat erfolgreich am Steuerrad gedreht. In einigen Punkten unterstützen wir das auch; wir schlagen uns nicht in die Büsche, wenn es um Subventionsabbau geht, der die Bürgerinnen und Bürger auch einmal belastet. Sie haben sich aber auch verdammt viele Ausgabenwünsche genehmigt.

(Jörg-Otto Spiller [SPD]: Welche denn?)

Die passen nicht in eine Zeit guter Konjunktur; so etwas muss man sich für schlechtere Zeiten reservieren. Ebendarin liegt die strategische Panne, die Schwäche Ihrer Politik, Herr Steinbrück; da können Sie sie noch so gehaltvoll und erhaben vortragen. Die Konsequenzen tragen die Bürgerinnen und Bürger.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Was soll gestrichen werden?)

Deswegen werben wir für eine Veränderung dieser Strategie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP - Joachim Poß [SPD]: Welche Vorschläge? Elterngeld?)

- Sie müssen nicht aufgeregt rufen, Herr Poß. Ich komme noch zu den Vorschlägen. Im Übrigen haben wir das in den letzten Jahren immer so gehalten. Ich möchte beispielhaft auf das Jahr 2007 eingehen. Damit komme ich auch zu einem konkreten Vorschlag, Herr Poß. Für das Jahr 2007 ist geplant, 19 Milliarden Euro Schulden aufzunehmen. Der Steuerschätzung nach werden wir 10 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass es bis zu 15 Milliarden Euro sein werden, und das ist noch nicht die Spitze der Prognosen. Dann muss man doch erwarten, dass Sie dieses Jahr statt 19 Milliarden Euro nur 6 Milliarden, 7 Milliarden oder 8 Milliarden Euro neue Schulden machen. Doch nein, es ist angekündigt: Wir brauchen einen Teil dieser Steuermehreinnahmen für den Fonds zum Ausbau der Kinderbetreuung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sind Sie gegen Kinder?)

- Nein! Jetzt wird es wieder billig bei Ihnen! - Wenn es um eine gute Sache und Ausgabe geht, nehmen Sie dafür die konjunkturellen Steuermehreinnahmen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine Einmalausgabe, liebe Kollegin!)

So hat Frau Merkel schon im letzten Jahr konjunkturelle Steuermehreinnahmen für die Gesundheitsversicherung verwendet.

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben Ihnen ein sehr vernünftiges Konzept vorgelegt, wie man aus dem Ehegattensplitting ein Familiensplitting macht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aha! Sie wollen es den Familien wegnehmen!)

- Hören Sie einmal zu! - Dann kann man die Kinderbetreuung sehr gut finanzieren. Dann kann der Bund seinen Anteil an den Investitionen tragen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann können die Länder statt dieser Fehlsubvention - ich sehe schon, Sie stimmen mir zu, Herr Kampeter; das erkenne ich an Ihrem Lachen -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein, nein, nein!)

mit den Steuermehreinnahmen, die sie haben werden, die Betriebskosten finanzieren, und Herr Steinbrück müsste nichts zwischen Bund und Ländern aushandeln und den Bund bei den Mehrwertsteuereinnahmen nicht strukturell schlechter stellen, ihn zusätzlich belasten. Kurz gesagt: Wir haben ein Konzept für die Kinderbetreuung. Wir werben für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, und zwar nicht erst ab irgendwann, sondern ab dem nächsten Jahr. Wir können das umsetzen, wir haben eine Gegenfinanzierung. Sie bedienen sich dagegen, wie immer, schlicht bei der guten Konjunktur; das ist langfristig nicht tragfähig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der belegt, dass nicht so leicht gesagt werden kann: Es macht nichts, wenn man sich mit der Konsolidierung des Haushalts und dem Haushaltsausgleich bis 2011 Zeit lässt, statt ihn in dieser Legislaturperiode, für die Sie Verantwortung

übernommen haben, zu erreichen. Ich nenne das, was Sie machen, eine künstliche Streckung des Haushaltsausgleichs. Man kann das an den Zinszahlungen sehen:

Wir machen einen Sprung um 2,8 Milliarden Euro von knapp über 40 Milliarden Euro auf über 43 Milliarden Euro. Ich glaube, auch das ist Rekord. Das ist Folge Ihrer Politik, weil Sie bei der Verschuldung nicht die nötige Strenge walten lassen. Deswegen sage ich Ihnen: Ihre Strategie sieht im Lichte der gegenwärtig guten Konjunktur gut aus, aber sie ist nicht konsequent und auch nicht verantwortungsvoll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Thema. Herr Steinbrück, ich bin froh – das sind auch die Kollegen, die zuvor gesprochen haben –, dass die Große Koalition wenigstens in einem Punkt bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, nämlich dass Sie die Zweidrittelmehrheit, die Sie im Bundesrat und im Bundestag organisieren können, nutzen wollen, um unsere gesetzlichen Regeln für die Schuldenaufnahme zu überarbeiten.

Wir Grünen haben aus der Verschuldungsspirale, in der wir in den letzten Jahren gefangen waren, Konsequenzen gezogen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem wir nach dem Beispiel der Schweiz, aber an deutsche Verhältnisse angepasst, in Deutschland eine Schuldenbremse vorsehen, die uns vorschreibt, in guten Zeiten Überschüsse zu erwirtschaften, um für schlechte Zeiten vorzubeugen. Ich wiederhole mich, Herr Meister – man kann es nicht oft genug sagen –: Wir müssen uns in konjunkturell guten Zeiten darum bemühen, die Verschuldung zu begrenzen. Ich habe Sie gerade dazu eingeladen, das schon im Haushalt 2008 endlich wahrzumachen.

Wir wollen, dass eine entsprechende Regelung ins Grundgesetz aufgenommen wird. Unser Regelwerk erfüllt folgende Anforderungen: Es ist Maastricht-konform – das halte ich für notwendig – und „atmet“ mit der Konjunktur. Es lässt auch Ausnahmen zu, wenn es im Katastrophenfall erforderlich ist. Dafür haben wir aber strikte verbindliche Regelungen vorgesehen, bei denen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag notwendig wäre, um ausnahmsweise den Kreditrahmen zu erweitern.

Ich bin froh, dass Sie Ihren Willen deutlich gemacht haben, in dieser Legislaturperiode zu neuen Schuldenregeln zu kommen, und halte das auch für notwendig. Ich nehme diesen Anspruch als Maßstab für die Vereinbarungen, zu denen wir in der Föderalismuskommission II kommen werden. Es kann nicht sein, dass es bei diesen Ankündigungen bleibt. Der Bund muss hier vorangehen. Insofern verstehe ich Ihren Beitrag an dieser Stelle als positive Aufforderung und hoffe, dass Sie auch dem von uns vorgelegten Vorschlag näher treten können.

Ich möchte noch zu zwei weiteren Punkten kommen, die mir wichtig sind. Herr Steinbrück, als Finanzminister erwarte ich von Ihnen, dass Sie sehr sorgfältig abwägen, wenn es um Privatisierungen geht. Was Sie zur Bahnprivatisierung vorgelegt und im Kabinett beschlossen haben, hält nicht dem Stand, was ich von einem verantwortungsbewussten Finanzminister erwarte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie die Schienennetze 15 Jahre an die DB übertragen

wollen, hat einen großen Haken. Wenn wir die Netze 15 Jahre übertragen und eine Mitgift in Höhe von 37,5 Milliarden Euro finanzieren, dann bedeutet das eine Teilprivatisierung, die eine Subventionsgarantie aus dem öffentlichen Haushalt für die privaten Betreiber vorsieht. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man bei einer Teilprivatisierung solch einen risikolosen Profit auf Kosten des Bundes zulässt. Die Kritik Ihres Parteifreundes Thilo Sarrazin ist mehr als berechtigt. Wenn wir aus den Privatisierungserlösen heute vielleicht 6 Milliarden bis 8 Milliarden Euro erzielen und 3 Milliarden bis 4 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt gewinnen, dann aber 10 Milliarden Euro jährlich an die Bahn zurückfließen lassen und das Schienennetz nach 15 Jahren vielleicht zu einem doppelten oder dreifachen Preis zurückkaufen müssen, dann wäre das ein verantwortungsloser Umgang mit öffentlichem Vermögen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist noch nett gesagt!)

Ich fordere Sie auf, an dieser Stelle neu zu überlegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Insbesondere fordere ich die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf, diesem Vorhaben aus ordnungspolitischen Gründen und vielleicht auch aus anderen grundsätzlichen Erwägungen, was Privatisierungen angeht, nicht zuzustimmen. Auch das gehört in eine Haushaltsdebatte des Bundestages.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Bei einem Thema hätte ich mir von Ihnen mehr Ehrlichkeit gewünscht, Frau Merkel.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie hat doch noch nichts gesagt!)

Es ist mittlerweile klar geworden, dass die Bundesagentur für Arbeit wegen der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Geld im Überfluss hat. Es ist mehr als klar, dass die Bundesagentur die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von über 6 Milliarden bzw. knapp 7 Milliarden Euro nicht benötigt hätte, um ihre Arbeit zu leisten und die Beiträge zu senken. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass Sie dem Vorschlag des Kollegen Steinbrück gefolgt wären, die Mehrwertsteuereinnahmen aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit herauszunehmen und den Haushalt der Bundesagentur und den Bundeshaushalt zu trennen. Aber nein: Um zu vertuschen, dass Sie die Mehrwertsteuereinnahmen nicht für die Beitragssenkung gebraucht haben – die Beitragssenkung um 2,3 Prozentpunkte ist durch die BA selber finanzierbar –, konstruieren Sie jetzt einen künstlichen und seltsamen Finanzierungskreislauf zwischen BA und Bundeshaushalt. Ich finde, das ist maßlos intransparent. Eigentlich hätten Sie sich einen Ruck geben müssen und das der Öffentlichkeit gegenüber zugeben können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe leider etwas überzogen. – Letzter Satz.

Haushaltspolitik ist eigentlich ganz einfach. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! Oder: Wenn du eine Gehaltserhöhung von 8 Prozent bekommst, wie es bei den Steuereinnahmen der Fall ist, dann überziehe nicht weiter deinen Dispo, sondern löse ihn ab, statt einen neuen Leasingvertrag zu unterschreiben. Das versteht doch jeder Mensch.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das gerade zitierte schöne Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ ließe sich übrigens auch bei der Bewirtschaftung von Redezeiten sinnvoll zur Anwendung bringen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wusste gleich, dass Sie das nutzen!)

Das war sozusagen eine generelle Empfehlung, weil wir uns noch eine ganze Woche mit diesem Thema werden auseinander setzen dürfen.

Nun hat das Wort der Kollege Steffen Kampeter für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über den Haushaltsentwurf 2008 gibt die Möglichkeit, einmal auf das zurückzuschauen, was bisher erreicht wurde. Ich möchte mit einem Dank an die Menschen in Deutschland beginnen, die es in den letzten zwei, drei Jahren - gemeinsam mit der Politik - durch ihre Arbeit, ihren Einsatz und ihr Engagement geschafft haben, dieses Land wirtschaftlich nach vorne zu bringen,

(Jürgen Koppelin [FDP]: Trotz der Bundesregierung!)

und erheblich dazu beigetragen haben, dass wir eine große finanzpolitische Erfolgsgeschichte bei der Sanierung der öffentlichen Staatsfinanzen vorweisen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich sind die Bundesregierung, insbesondere der Bundesfinanzminister, sowie die Koalition hier ebenfalls aktiv. Aber der Einsatz der Menschen wird nun damit belohnt, dass wir wieder ausschütten können, nachdem wir abverlangt haben. Wir können zwar nicht mehr ausgeben, wohl aber zurückgeben.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wo denn?)

Ich will belegen, warum ich glaube, dass diese Sanierung mit Perspektive eine kluge Form der Bewirtschaftung öffentlicher Finanzen ist. Wir sind 2006 mit einem strukturellen Defizit gestartet, das ausweislich öffentlicher Erklärungen vor der Bundestagswahl bei

30 Milliarden Euro und nach der Bundestagswahl bei 55 Milliarden Euro lag. Der von uns aufgestellte Haushalt 2007 weist die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung auf. Wir haben in der Koalition und im Haushaltsausschuss für eine weitere massive Senkung gesorgt. Es ist kein Geheimnis, dass wir die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr nicht in vollem

Umfang in Anspruch nehmen müssen, weil die Entwicklung wahrscheinlich sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmeseite besser ist.

Wir haben den vom Bundesfinanzminister mit einer guten Rede vorgestellten und eingebrachten Haushaltsentwurf 2008 unter das Motto „Sanieren mit Perspektive“ gestellt. Dieser Haushalt weist wieder die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung auf. Carsten Schneider und ich haben gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Haushaltsgruppe der Koalition den Ehrgeiz, hier noch einmal nachzuarbeiten und noch weniger Schulden aufzunehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Bei den Ausgaben oder bei den Einnahmen?)

Ich will in aller Klarheit sagen: Die erzielten Sanierungserfolge sind nicht selbstverständlich. Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten haben deutlich gemacht, dass die Sanierung jede Woche und jeden Monat erneut erkämpft werden muss. Aber unsere Haushaltspolitik nutzt den Menschen in Deutschland, weil sie etwas davon haben. Ich will darauf hinweisen, dass kein Land, in dem es wirtschaftlich aufwärts geht, ruinierte Staatsfinanzen hat. Solide Staatsfinanzen, die Vertrauen bei Investoren und Konsumenten schaffen, flankieren unseren Aufschwung und schaffen Möglichkeiten, den Menschen wieder etwas zurückzugeben.

Wir wollten den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ein Stück weit senken. Wir senken ihn nun noch weiter. Der Kollege Meister hat gesagt, dass die Zielgröße 3,5 Prozent sei. Das entspräche einer Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um insgesamt 3 Prozentpunkte, wenn ich richtig gerechnet habe. Das ist die größte Senkung in einem sozialen Sicherungssystem, die es jemals in so kurzer Zeit gegeben hat. Wo wir das Geld nicht benötigen, geben wir es den Menschen zurück. Auch das ist eine Dividende, ein Ergebnis dieser Sanierungsschritte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schulden von heute – diese Erkenntnis vermittelt jedes wirtschaftliche Seminar – sind die Steuererhöhungen von morgen. Wenn wir Schulden senken und die Null-Neuverschuldung anstreben, dann verhindern wir nicht nur Steuererhöhungen, sondern schaffen auch Spielräume für Steuersenkungen.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Herr Kollege Poß, je früher wir die Null-Neuverschuldung haben, umso eher können wir uns Gedanken darüber machen, in welchem Maße wir Schulden abbauen und in welchem Maße wir den Menschen die gezahlten Steuern zurückgeben. Wir haben das Projekt Stoltenberg im Sinn, wonach den Menschen nicht das Geld aus der Tasche gezogen werden soll, um es ihnen in komplizierten Verfahren wieder zurückzugeben; wir wollen ihnen vielmehr das lassen, was sie für ihr Leben brauchen, und ihnen nur das wegnehmen, was wir ihnen gut begründet wegnehmen müssen, um wichtige Aufgaben zu finanzieren. Das ist legitim und vermittelbar. Unsere Perspektive für die nächste Legislaturperiode ist es, nach der Null-Neuverschuldung auch über Steuersenkungen weiter nachzudenken. Das ist unser fester Wille.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will noch eines sagen: In dem Umfeld von solideren Staatsfinanzen, das wir jetzt haben, fangen auch andere an, wieder Vertrauen zu gewinnen. Es ist kein Zufall, dass gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und eines sinkenden Schuldenstands die Tarifvertragsparteien zum ersten Mal seit langem wieder Lohnsteigerungen in einer vernünftigen Größenordnung vereinbaren. Das kommt bei den Menschen an. Die Stabilität der Rahmenbedingungen schlägt sich auch in Mut und Zuversicht bei den Tarifvertragsparteien nieder. Das ist eine ganz konkrete Dividende, das ist ein ganz konkreter Erfolg von Stabilisierungs- und Konsolidierungspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

An dieser Stelle will ich aus Anlass des bösen Begriffs des Kaputtsparens bzw. des Ins-Koma-Sparens festhalten: Ich halte es mit der Kollegin Hajduk, die gerade der Debatte nicht zuhört, sondern telefoniert: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! - Ich finde, man muss etwas zurücklegen können. Der Grundgedanke der Schuldenregel, die der Kollege Meister, aber auch der Kollege Poß im Kopf haben, ist, dass wir demnächst für schlechte Zeiten Geld aus Haushaltsüberschüssen - das heißt technisch: Ausgleichskonto - zurücklegen. Da kommen wir zueinander.

Trotzdem ist zu diesem Zeitpunkt nicht alles finanzierbar. So wünschenswert es für die Betroffenen sein mag, Regelleistungen in bestimmten Sozialversicherungssystemen, zum Beispiel Hartz IV, auszuweiten; ich halte das unter einem bestimmten Gesichtspunkt für nicht mehr sozial gerecht, ja für unsozial. Sozial ist das, was in diesem Land Beschäftigung schafft. Nelson Rockefeller hat einmal festgehalten: Wohltätigkeit ist nur dann unschädlich, wenn sie den Empfänger dazu anleitet, von ihr unabhängig zu werden. - Deswegen werden wir von der Union diesen Forderungen nicht nachgeben. Wir erkennen die schwierige Situation derjenigen an, die in diesem Regelkreis sind, aber wir konzentrieren uns nicht darauf, dass die Regelleistungen kontinuierlich ansteigen. Wir konzentrieren uns vielmehr durch eine Reform unserer Arbeitsmarktpolitik darauf, wieder Brücken in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bauen. Darin müssen wir Geld investieren. Ich glaube, das ist soziale und beschäftigungsfreundliche Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich warne in diesem Hause auch vor Populisten, die unterwegs sind. Die sind auf der linken Seite dieses Hauses unterwegs. Kollege Struck hat den Taschenrechner angeworfen und festgestellt, dass 174 Milliarden Euro jedes Jahr fehlen würden.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
154!)

- 154, Entschuldigung. - Ich will aber auch auf die von mir aus gesehen rechte Seite des Hauses hinweisen: Morgens fordert der Kollege Fricke Subventionsabbau und Null-Neuverschuldung.

(Otto Fricke [FDP]: Richtig oder falsch?)

- Ich finde, das ist eine solide Forderung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dann kommt der Kollege Solms und beklagt, dass wir die

Mehrwertsteuer erhöht haben, dass die Familienleistungen geändert wurden und das Erziehungsgeld eingeführt worden ist, und er erwähnt die Kürzung der Pendlerpauschale. Das sind Leistungen von zusammengekommen etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, was das soll. Bisher dachte ich, Liberalismus sei das Eintreten für die Freiheit. Wenn man aber unter Liberalismus die Freiheit versteht, jeden finanzpolitischen Unsinn erzählen zu können, dann habe ich Liberalismus bisher falsch verstanden. Entweder man fordert wie der Kollege Fricke die Null-Neuverschuldung, oder man äußert Kritik wie der Kollege Solms, die, würde man die Kritik aufgreifen, zur Folge hätte, dass sich die Kreditaufnahme jedes Jahr um 30 Milliarden Euro erhöhen würde. Es ist unseriös, was Sie in diesem Bereich machen. Populismus auf der linken und auf der rechten Seite ist schädlich. Dem werden wir keinesfalls folgen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Joachim Poß [SPD]: Das ist eine gute Einstellung für die Gespräche heute Abend!)

Die Perspektive bei der Sanierung besteht darin, dass wir, obwohl wir die Spenderhosen im Schrank lassen und die Sparstrümpfe heraushängen, in bestimmten Bereichen Schwerpunkte setzen.

Ich will zwei erwähnen: Ein Schwerpunkt sind für uns die Familien, wobei es dabei nur vordergründig um Geld geht. Im Kern geht es uns um einen Wandel des gesellschaftlichen Klimas gegenüber den Menschen, die sich in diesem Land für eine Familie und Kinder entscheiden. Dieser Klimawandel drückt sich im Haushalt konkret aus - im Elterngeld und in der Betreuungsinfrastruktur -, vor allen Dingen aber in der veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmung der Familienpolitik, wie sie von dieser Großen Koalition, wie sie von Ursula von der Leyen betrieben wird.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Als ob die Gesellschaft Sie dafür gebraucht hätte, Herr Kollege!)

Das ist ein großer perspektivischer Gewinn, der trotz Haushaltskonsolidierung möglich wird. Das setzt ein Zeichen und gibt eine Perspektive.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das rohstoffarme Land Deutschland muss in die Köpfe seiner Menschen investieren. Deswegen ist unsere Investition in Bildung und Forschung als eine Partnerschaftsaufgabe zwischen öffentlicher und privater Hand schon auf einem guten Weg. 2,5 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts fließen in diesen Bereich. Michael Glos und Annette Schavan sind die beiden Minister, die dafür stehen. Dies ist eine Zukunftsinvestition, die auch während der Konsolidierung möglich ist. Man kann beides miteinander verbinden: sparsam sein und trotzdem an die Zukunft denken. Das ist der Kern der Haushaltspolitik der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will eine letzte Perspektive dieser Haushaltspolitik ansprechen: die Null-Neuverschuldung. Es ist mehrfach schon gesagt worden, dass man sich diesbezüglich nicht festlegen soll. Aber sie ist greifbar und es wird keiner



in diesem Hause ausgelacht, der behauptet, sie käme jetzt bald. Wir würden damit rund 40 Jahre Verschuldungspolitik in Deutschland erstmals - hoffentlich auch dauerhaft - beenden. Ich will mit einem Zitat schließen, das ungefähr so alt wie unsere Verschuldungspolitik ist. Dieses Zitat stammt von Ludwig Erhard, dem Bundeskanzler und langjährigen Wirtschaftsminister einer unionsgeführten Regierung:

Die Menschen haben es zwar zuwege gebracht, das Atom zu spalten, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, jenes eherne wirtschaftliche Gesetz aufzusprengen, das uns mit unseren Mitteln haushalten heißt, d. h., das uns verbietet, mehr zu verbrauchen als wir erzeugen können ...

Das ist die eigentliche Verheißung. Dieses konservative, nachhaltige Prinzip der Haushaltspolitik, (Otto Fricke [FDP]: Das ist nichts Konservatives!)

das Ludwig Erhard formuliert hat, als wir angefangen haben, Schulden zu machen, ist die Mission der Haushaltspolitik der Großen Koalition. Das ist die Mission, die die Union kräftig unterstützen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächster spricht der Kollege Dr. Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP freut sich über die begonnene Haushaltskonsolidierung und über den Abbau der Arbeitslosigkeit genauso wie die Regierungsfractionen. Da gibt es keinen Zweifel. Wir haben nur den Verdacht - der durch die Reden heute bestätigt worden ist -, dass Sie sich hinter dieser entstandenen Konsolidierung, für die Sie überhaupt nichts können, verbergen und Ihre Hausaufgaben nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Aufgabe wäre es, den Haushalt durch Einsparungen zu konsolidieren. Das wäre eine mutige Politik, die einer Großen Koalition würdig wäre. Aber Sie erweisen sich als schwache und kleinmütige Koalition. Das beweisen die Zahlen: 2006 beliefen sich die Ausgaben auf 261 Milliarden Euro, 2007 auf 270 Milliarden Euro und 2008 auf 283 Milliarden Euro. Sie legen jedes Jahr etwas darauf. Würden Sie das nicht tun, könnten wir im nächsten Jahr natürlich leicht einen ausgeglichenen Haushalt haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir wehren uns dagegen, dass Sie diese Konsolidierung - immer mit schönen Worten verbrämt - einseitig zu Lasten der Bürger in diesem Lande durchführen.

(Beifall bei der FDP)

Die Bürger zahlen die Zeche, obwohl sie am Erfolg beteiligt werden müssten.

Im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Finanzminister, gesagt haben, blüht die Konjunktur nicht. Die Exportkonjunktur läuft, aber die Binnenkonjunktur lahmt.

Das ist kein Wunder, weil die Bürger in diesem Lande

durch gewaltige Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer, bei der Einkommensteuer, bei der Versicherungsteuer, bei Steuern auf biogene Kraftstoffe und durch den Abbau von Steuervergünstigungen insgesamt in Höhe von 40 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich belastet werden. Dann haben sie natürlich nicht mehr das Geld, um ihren Konsum, ihre Altersvorsorge oder sonstige Investitionen zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eben so. Wenn Sie einen dauerhaften konjunkturellen Aufschwung möglich machen wollten, müssten Sie die Konsolidierung auf der Ausgabenseite fortführen und die Bürger von den zusätzlichen Belastungen nach und nach befreien. Das ist unsere Strategie. Herr Finanzminister, wir haben den Menschen vor der Bundestagswahl tatsächlich gesagt: Wir wollen die steuerlichen Vergünstigungen kategorisch abbauen, allerdings gegen Entlastungen im Tarif und nicht als reine Zusatzbelastung.

(Beifall bei der FDP)

Eine so hohe Mehrbelastung können viele Bürger gar nicht verkraften.

Wir haben einige Beispiele rechnerisch dargelegt. Diejenigen, die sich dafür interessieren, weise ich auf meine Homepage hin: Hermann minus Otto minus Solms.de.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Minus, die sind schlecht!)

Wenn man diese Beispiele nachvollzieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass der normale Arbeitnehmerhaushalt in Deutschland durch die Maßnahmen dieser Regierung pro Jahr in einem Bereich zwischen 1 000 und 2 000 Euro mehr belastet ist; manche Haushalte sind noch höher betroffen. Das verfügbare Einkommen dieses Haushalts ist also entsprechend geringer.

Das passt sehr gut zur gesamten Steuerpolitik dieser Bundesregierung. Die Unternehmensteuerreform war eine absolute Katastrophe, und das wird sich noch auswirken. Mittlerweile haben die Unternehmen nämlich angefangen, zu rechnen. Mir liegen beispielsweise Rechnungen aus dem Handel vor, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Einbeziehung der Mieten in die steuerliche Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer dazu führt, dass die Steuerbelastung von Handelsunternehmen, die in Mietobjekten ansässig sind, steigt - von heute etwas über 40 Prozent auf nahezu 70 Prozent -, und Sie haben ihnen Steuerentlastungen versprochen.

Wenn die Gewinne dieser Unternehmen sinken, dann steigt die Steuerbelastung auf 80, 90 und sogar auf über 100 Prozent. Was ist denn das für eine Steuerpolitik?!

Herr Meister, aus Ihrem Land - aus unserem gemeinsamen Land -, aus Hessen, kommen die dämlichsten

Vorschläge: die Einführung der Zinsschranke, die Einbeziehung von Mieten und Pachten in die Gewerbesteuergrundlage, zur Funktionsverlagerung und zum Mantelkauf.

All diese Vorschläge kommen von Herrn Koch und Herrn Weimar. Das ist steuerpolitisch völlig widersinnig, unsystematisch, kompliziert, und es macht den Standort schwächer und nicht stärker.

(Beifall bei der FDP)

Das wussten Sie genauso gut wie ich. Sie hätten das in

Ihrem Landesverband einmal sagen sollen, anstatt das alles hier zu vertreten.

Erbschaftsteuer: bis heute keine Antwort. Seit zwei Jahren diskutieren Sie darüber. Die Menschen sind total verunsichert. Sie wissen nicht mehr, wie sie ihren Nachlass regeln sollen, weil Sie sich nicht einigen können. Jahressteuergesetz. Ich erinnere nur an das, was darin wieder geregelt ist: § 42 der Abgabenordnung soll so geändert werden, dass die Bürger einen Nachweis erbringen und sich ihre privaten Entscheidungen quasi vom Finanzamt genehmigen lassen müssen. Wenn ein Paar also im Dezember heiraten möchte, dann muss es zum Finanzamt gehen und fragen, ob es das darf, weil es das Ehegattensplitting für das Jahr der Eheschließung noch in Anspruch nehmen könnte. Negativ betroffen sind natürlich noch viel mehr die Investitionsprozesse von Unternehmen. (Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Gut, dass Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

- Doch, das steht darin. Sie haben es nicht gelesen. Das kann ich mir gut vorstellen; schließlich liest man einen solchen Unsinn nicht gern.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Letzte Bemerkung. Mit der zentralen Lohnsteuerkartei, die eingerichtet werden soll, schafft man den gläsernen Bürger, und zwar von der Wiege bis 20 Jahre nach dem Tod. Öffentliche Stellen haben Zugriff auf diese Kartei. Es gibt keine Kontrolle und keine Information für den Bürger. Auch Private, wie Arbeitgeber, können darauf Zugriff nehmen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

All das zeigt, dass die verfassungsrechtlich geschützte Privatheit von dieser Koalition ausgehöhlt wird. Das machen wir nicht mit.

(Joachim Poß [SPD]: Sie wollten die Steuerhinterziehung schon immer schützen!)

- Es geht nicht um Steuerhinterziehung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Ihnen geht es darum, den Bürger von der Wiege bis zur Bahre zu kontrollieren und zu überwachen. Das ist mit unserer Vorstellung von einem liberalen Rechtsstaat nicht in Einklang zu bringen, und das lehnen wir grundsätzlich ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt der Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Bundeshaushalt, den der Finanzminister heute eingebracht hat, und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 sind nicht nur der Marken-Kern der Großen Koalition, sondern sie bieten auch Anlass, eine Bilanz der vergangenen zwei Jahre - ich erinnere an die negativen Vorhersagen der FDP, die der Finanzminister heute zitiert hat - zu ziehen. Sie sind vor allen Dingen ein Ausblick

auf das, was wir in den nächsten zwei Jahren in diesem Land noch zu tun gedenken.

Ich finde, dass der Haushalt 2008 insgesamt eine sehr gute Vorlage ist. Ich möchte dem Finanzminister dazu gratulieren, dass es ihm gelungen ist, gegen die widerstrebenden Einzelinteressen, die es im Kabinett natürlich und berechtigterweise gibt, durchzusetzen, dass wir spätestens 2011 im Bundeshaushalt bei der Neuverschuldung eine Null stehen haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

eine Null, was zusätzliche Kredite betrifft.

Den Zeitungen und manchen Reden hier zufolge müssten wir im Geld schwimmen. Im Unterschied dazu muss man das sehen, was real hereinkommt. Es ist richtig: Wir haben eine sehr gute Konjunktur, gestützt vor allen Dingen auf die Reformen der Jahre 2002 bis 2005, verstärkt durch die vergangenen zwei Jahre, insbesondere durch die Impulse, die wir gegeben haben, durch das Vertrauen, das die Bevölkerung in die Bundesregierung gesetzt hat, und durch eine Finanzpolitik, die sich nicht nur dadurch auszeichnet, Nein zu sagen. Das klassische Haushälter-Nein ist zu einem Gestaltungs-Ja geworden. Dieses Gestaltungs-Ja heißt, dass man nicht nur spart und kürzt, so wie das von den Kollegen der FDP gefordert wurde, sondern auch wichtige Zukunftsbereiche stärkt.

Ich glaube, dass dem Kabinett damit insgesamt ein Entwurf gelungen ist, der sehr ausgewogen ist. Ich nenne Bereiche wie Forschung und Entwicklung, aber auch Infrastruktur. Ich denke an unsere internationalen Verpflichtungen im Rahmen der ODA-Quote. Diese Ausgaben sind maßvoll und tragen zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes bei.

Wir planen im Jahr 2008 eine Nettokreditaufnahme von 12,9 Milliarden Euro. Unser Ziel als Haushälter ist es – der Kollege Kampeter hat schon darauf hingewiesen –, diese möglichst noch zu senken; denn jeder Euro Kredit, den wir in einem Jahr mehr aufnehmen, heißt mehr Zinsen im nächsten Jahr und weniger Spielraum. Wir wollen aber wieder Spielraum zurückgewinnen. Spielraum wurde uns ja auch genommen, nämlich durch Entscheidungen der vergangenen 30 Jahre, die von allen Fraktionen hier – da sind wir nicht schuldlos – mitgetragen wurden. Es ist richtig, dass wir mit der Finanzplanung und mit dem Kurs, den der Finanzminister vorgegeben hat, aus der Schuldenfalle herauskommen. „Raus aus der Schuldenfalle“ heißt nicht, dass wir dann, wenn wir einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreicht haben, stehenbleiben können. Wenn ich an das Grundsatzpapier von Wirtschaftsminister Glos denke, sehe ich da einen Dissens; den muss man klar benennen. Mein Ziel und das Ziel der SPD ist es, dass wir dazu kommen, Schulden zu tilgen, nachdem wir in guten Zeiten den Ausgleich erreicht haben werden, das heißt 2011, hoffentlich schon früher, mit den Mitteln, die wir einnehmen, auch auskommen. Jede Verschuldung von heute ist die Steuererhöhung von morgen.

Ich möchte an dieser Stelle den Präsidenten des Bundesrechnungshofs zitieren, der heute in der Frankfurter Rundschau ein sehr bedenkenswertes Interview gegeben

hat, was die Frage von Steuersenkungen angeht; Kollege Kampeter hat das schon angesprochen. Das ist ein bisschen unreal. Wir sind im Jahr 2008. Wir nehmen noch neue Schulden auf. Ich habe den Eindruck, dass sich die Union schon auf die Wahlauseinandersetzung vorbereitet. Das ist noch zwei Jahre hin, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben noch tüchtig zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Interview heißt es:

Immer lauter wird der Ruf nach Steuersenkungen. Selbst die Bundesbank spricht sich dafür aus. Sie auch?

Ganz offen:

Nein. Wir haben keine Luft, jetzt schon wieder die Steuern zu senken. Sollten wir wirklich irgendwann einen Bundeshaushalt mit Überschüssen bekommen, müssten wir doch endlich damit anfangen, unsere Schulden zurückzuzahlen.

- Jeder Normalbürger würde dies auch tun.

Warum ist es besser, das Defizit statt die Steuern zu senken?

Erstens muss der Bund seine drückende Zinslast mindern. Zweitens ... muss Schluss sein mit der Haltung: Wir machen den Gürtel weiter, aber bezahlen muss es die künftige Generation.

Die Verschuldungsregel hat im Laufe der Debatte heute schon eine Rolle gespielt. Ich stimme mit den Kriterien, die der Bundesfinanzminister hier genannt hat, eins zu eins überein. Ich bin mir auch sicher, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen, das es uns künftig ermöglicht, auch in schlechten Zeiten noch politisch tätig zu sein und in guten Zeiten mit dem Geld nicht nur auszukommen, sondern letztlich auch von der bedrückenden Schulden- und Zinslast herunterzukommen.

Hier nur ganz kurz die Zahlen: Wir haben im Jahr 2007 Ausgaben für Zinsen in Höhe von knapp 40 Milliarden Euro und am Ende des Zeitraums der Finanzplanung in Höhe von fast 46 Milliarden Euro.

Was könnte man mit diesem Geld alles anfangen, und wo könnte man nicht überall zusätzliche Investitionen vornehmen? Ich denke an den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Erhöhung des BAföG-Satzes, was für uns als SPD-Fraktion ein wichtiger Punkt ist. Von daher finde ich, springt man zu kurz, wenn man, wie Herr Glos es vorgeschlagen hat, dabei stehen bleiben würde, statt in guten Zeiten Vorsorge zu treffen.

Diese widersprüchliche Auffassung wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich: Herr Kampeter und Herr Meister haben die Frage der Höhe des Arbeitslosenversicherungsbeitrages angesprochen und eine Senkung von 3,5 Prozent anheimgestellt.

(Otto Fricke [FDP]: „Auf“! - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Wenn er um 3,5 Prozent gesenkt würde, wären wir auch nicht dagegen!)

- „Auf“ 3,5 Prozent, ich korrigiere mich. - Nun sind wir in einer sehr guten konjunkturellen Situation. Der Überschuss bei der Bundesagentur hat maßgeblich auch mit den Reformen bei der Arbeitsverwaltung zu tun. Ich finde, gerade in guten Zeiten müssen wir Vorsorge für

schlechte Zeiten treffen. So haben wir in den vergangenen zehn Jahren etwa 40 Milliarden Euro aus Steuermitteln an die Bundesagentur für Arbeit überwiesen. Wenn wir den Beitragssatz jetzt senken, müssten wir ihn in schlechten Zeiten sofort wieder erhöhen. Ist es nicht sinnvoller, logischer, plausibler und auch gerechter, in guten Zeiten Vorsorge für kommende schlechte Zeiten zu treffen?

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]: Wie viel?)

Ich bin der Auffassung, das sollten wir tun. Im Übrigen muss die Bundesagentur ja auch ihre Arbeit machen können. Das ist wichtig gerade für strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. So bin ich froh, dass im nächsten Jahr für aktive Arbeitsmarktpolitik 6,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Diese sollten wir auch möglichst gezielt zum Nutzen der Menschen einsetzen.

Ich möchte zum Abschluss noch auf ein Missverhältnis zu sprechen kommen, das in diesen Tagen immer wieder unter dem Stichwort „gesamtstaatlicher Haushaltsausgleich“ debattiert wird. Ja, wir werden spätestens 2008 einen gesamtstaatlichen Haushaltsausgleich haben. Das heißt, alle staatlichen Ebenen und die Sozialversicherungen zusammengenommen werden genauso

viel einnehmen wie sie ausgeben. Hier gibt es aber Unterschiede:

Der Bund zum Beispiel wird noch weiterhin ein Defizit haben. Das ist manchmal schwer zu erklären, ist aber Folge der Verhandlungen im Bundesrat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, die im Hinblick auf die Aufgaben immer zulasten des Bundes ausgingen. So kommt es zustande, dass die Kommunen insbesondere aufgrund der Stärkung der Gewerbesteuer, die wir im Rahmen der Unternehmensteuerreform vorgenommen haben - das ist in Richtung der Linken gesagt -, einen Überschuss aufweisen und somit die Möglichkeit haben, vor Ort Sozial- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, und ebenso auch die Länder in diesem Jahr einen Überschuss erzielen, wahrscheinlich in Höhe von etwa 7 Milliarden Euro, während der Bund ein Defizit aufweist. Ich will einmal fragen - heute ist kein Vertreter des Bundesrates anwesend; sie scheinen alles bekommen zu haben -, ob im Zusammenhang mit den Deckungsquoten jede staatliche Ebene auch den Ausgleich auf der Einnahmeseite bekommt, der ihr für ihre Ausgaben zusteht.

Denn es steht uns als Bund ein Mehrwertsteuerpunkt in Höhe von 7 bis 8 Milliarden Euro zu. Auch möchte ich den Bundesfinanzminister nachhaltig in seiner Auffassung unterstützen, dass weitere Zusagen in Richtung der Länder oder der Kommunen seitens des Bundes nicht möglich sind, da wir insgesamt die schlechteste Finanzierungsstruktur und das höchste Defizit haben. Wer

hätte denn gedacht, dass ein Land wie Berlin, das vor nicht allzu langer Zeit wegen Haushaltsnotlage gegen den Bund geklagt hat, aber vom Bundesverfassungsgericht nicht Recht bekommen hat, plant, im Jahre 2009 ohne neue Schulden auszukommen? Dies alles sollte uns nachdenklich stimmen.

Wir als Haushälter werden uns bemühen, diesen guten Entwurf der Regierung noch ein bisschen besser zu

machen, auch die Intentionen des Parlaments einzubringen  
(Otto Fricke [FDP]: Auf der Ausgabenseite? -  
Ulrike Flach [FDP]: Wie viel denn?)

und möglichst das Defizit des Bundes zu senken. Ich  
denke, wir sind dabei auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dr. Dietmar Bartsch spricht jetzt für die Linke.

Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE):

Gerade jetzt geht die Bundeskanzlerin, wo jemand  
aus ihrem Bundesland spricht.

(Zuruf von der FDP: Die hat Angst vor Ihnen!)

- Ja, wahrscheinlich hat sie Angst; das wird es sein.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Koalitionsvertrag steht so schön: „Deutschland  
braucht einen Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und  
Investieren.“ Frau Merkel betont das immer wieder, und  
auch Herr Steinbrück hat das heute in seiner Rede angesprochen.  
Das klingt sehr schön und ist auch richtig.

Aber das Stück, das Sie den Menschen seit 2005 vorspielen,  
ist nicht so harmonisch. Es ist für viele Menschen  
in diesem Land schlecht.

Zunächst zwei Klarstellungen zu Ihrer Rede. Die  
erste: Nicht Sie, Herr Bundesfinanzminister, nicht die  
Bundesregierung, sondern die Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Hartz-  
IV-Empfänger und diejenigen, die kein Hartz IV bekommen,  
obwohl sie arbeitslos sind, sowie der Mittelstand,  
das sind diejenigen, die zu den besseren Ergebnissen des  
Bundeshaushalts beigetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zweite Klarstellung bezieht sich auf Ihre Reformen.  
Ich will nur auf eine in Kürze eingehen, die Gesundheitsreform,  
über die Sie gar nicht mehr reden. Ich  
finde, allein das sagt sehr viel. Die Gesundheitsreform  
macht Kranke und Pflegebedürftige nicht schneller gesund;  
aber sie führt dazu, dass die medizinische Versorgung  
für die Menschen teurer und die Zweiklassenmedizin  
weiter verfestigt wird. Die Finanzierung ist unklar,  
und die Krankenkassenbeiträge sind gestiegen. Das ist  
das einzige Ergebnis dieser Reform.

Warum ist die Haushaltslage besser? Wir alle wissen,  
dass die Steuergesetze der Bundesregierung das Kernstück  
sind. Ich will auf das zurückkommen, was auch  
von der FDP schon erwähnt worden ist: Die Mehrwertsteuererhöhung  
entzieht den Konsumenten 20 Milliarden

Euro. Wissen Sie, was Voodoo-Ökonomie ist, Herr  
Steinbrück? Wenn die SPD vor der Wahl von 0 Prozent  
Mehrwertsteuererhöhung spricht, die CDU von 2 Prozent  
Mehrwertsteuererhöhung und das Ergebnis dann bei  
3 Prozent liegt. Das ist Voodoo-Ökonomie, und nicht  
das, was Sie den Linken vorwerfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Entfernungspauschale, die die Betroffenen im  
Übrigen auch 2,5 Milliarden Euro kostet, ist es ähnlich.  
Nicht Sie oder ich oder das Haus entscheiden, ob das  
verfassungskonform ist; das wird das Verfassungsgericht  
feststellen. Mir ist nur wichtig, dass Sie das haushalterisch  
berücksichtigen. Das wäre sinnvoll und notwendig.  
Ich will noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen.

Wer musste beim Sparerfreibetrag die Kosten in Höhe von 750 Millionen Euro tragen? Diejenigen, die etwas für ihre Altersvorsorge getan haben, denn die trifft diese Reduzierung. Es geht also wieder gegen die sozial Schwächeren. Das gilt auch für die Kindergeldzahlungen. Den Eltern werden in diesem Jahr 700 Millionen Euro genommen. Wenn das jemanden wie mich trifft - zweimal im Übrigen -, dann ist das nicht so schlimm. Aber viele Kinder von sozial Schwächeren können deshalb nicht mehr studieren. Das ist das Problem Ihrer Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will ein weiteres Missverständnis, das man zur Halbzeit der Legislaturperiode auch in der Öffentlichkeit häufig hört, ausräumen. Die Große Koalition hat in den Jahren 2006 und 2007 neue Schulden in Höhe von über 40 Milliarden Euro aufgenommen. Mit dem Haushalt 2008 wollen Sie weitere 12,9 Milliarden Euro Schulden aufnehmen. Damit plant die Bundesregierung, die Zinszahlung von 37,5 Milliarden Euro auf 42,1 Milliarden Euro zu schrauben. Wir leben zulasten unserer Kinder und Enkel. Das ist keine Generationsgerechtigkeit. Da haben Sie ausnahmsweise recht. Das ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, weil die Banken davon profitieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist ein Riesenfehler, dass Sie nur so geringe Investitionen planen. Jährliche Steigerungsraten von 300 Millionen Euro sind viel zu wenig. Da hat Herr Kampeter ausnahmsweise recht. Wenn Sie die Investitionen bis 2011 sogar um 600 Millionen Euro senken wollen, dann ist das unverantwortlich. Die Linke fordert ein Zukunftsprogramm für Jugend und Innovation. Wir fordern Investitionssteigerungen, um Arbeitsplätze zu schaffen und weitere zu initiieren. Ihr politisches Credo ist dafür verantwortlich, dass immer mehr Arme trotz Konjunktur ärmer werden, dass es die erschreckende Kinderarmut gibt und dass die Reichen immer zahlreicher in diesem Land werden. Die Bundesregierung strebt offensichtlich danach, beim Wachstum der Zahl der Superreichen Spitze zu sein. Das ist unsozial und unsolidarisch. Das muss nicht sein, es geht anders.

Es ist falsch, wenn Sie behaupten, in Deutschland sei nicht mehr Geld für eine soziale Politik vorhanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. 2006 stieg die Zahl der Vermögensmillionäre in Deutschland um über 4 Prozent auf 798 000. Zur gleichen Zeit stieg das Bruttoinlandsprodukt nur um 2,3 Prozent. Das ist Ausdruck Ihrer Politik: mehr Vermögensmillionäre, deren Zahl immer deutlicher steigt.

Das ist nicht nur sozial ungerecht, sondern viel schlimmer.

Sie sagen immer, wir würden keine Vorschläge machen.

Aus Zeitgründen will ich nur einen einzigen machen,

und zwar, weil der auch in der Diskussion ist, die Erbschaftsteuer. Manche sagen, man müsse sie abschaffen.

In den nächsten Jahren werden nach Berechnungen

der Dresdner Bank in Deutschland 1,3 Billionen

Euro vererbt. Es ist die Pflicht der Politik, die haushaltsund verteilungspolitische Funktion der Erbschaftsteuer



für das Gemeinwesen zu nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen muss es darauf ankommen, hier Mehreinnahmen zu erzielen, bei hohen Freibeträgen und so, dass keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Das ist völlig richtig.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, einmal die Erbschaftsteuer in den USA anzuschauen. Hätten wir eine vergleichbare Regelung, dann würden wir in den nächsten Jahren 50 Milliarden Euro mehr in den Kassen haben. Das wäre eine richtige Politik. Wir brauchen eine sozial verantwortliche Reform der Erbschaftsteuer mit - dies betone ich ausdrücklich - angemessenen Freibeträgen. Herr Steinbrück, Sie sanieren zu wenig, Sie reformieren zulasten der Mehrheit, und Sie investieren zu wenig. Das bringt Ihr Haushalt zum Ausdruck.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Georg Fahrenschohn das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Georg Fahrenschohn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Woche ist dadurch gekennzeichnet, dass wir den Bundeshaushalt 2008 einbringen. Das bedeutet, dass in den kommenden Wochen jeder Einzelplan durchgearbeitet wird und dass wir noch einmal versuchen, den Regierungsvorschlag in jedem einzelnen Punkt zu optimieren. Warum gehen wir guten Mutes daran? Wir tun dies, weil wir nach zwei Jahren zur Halbzeit der laufenden Periode durchaus erfolgreich und zufrieden auf die Zusammenarbeit der Großen Koalition zurückblicken können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lieber Kollege Bartsch, ich will versuchen, dies in vier Punkten unter der Überschrift „Was haben die Menschen im Land von der Politik der Großen Koalition?“ noch einmal darzustellen. Als Erstes ist hier die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahresschnitt zu nennen. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag dieser Wert bei mageren 0,9 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 2006 lag er bei 2,8 Prozent. Im laufenden Jahr schaffen wir vielleicht sogar einen Wert mit einer 3 vor dem Komma. Die Prognose ist weiterhin gut. Wir haben in diesem Land weiterhin Wachstum. Das heißt, wir haben einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und an Beschäftigung. Wir geben den Menschen in diesem Land eine Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens nenne ich die Arbeitslosenzahlen. Im Durchschnitt des Jahres 2005 gab es 4,86 Millionen Menschen, die ohne Lohn und Brot und damit ohne Perspektive waren und ohne Zukunft in unserem Land gelebt haben. Wir haben diese Zahlen auf nur noch 3,7 Millionen - das ist der Wert für August - reduzieren können. Die Prognose lautet, dass wir die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter senken. Wir geben den Menschen eine Perspektive. Wir geben den Menschen eine Zukunft. Das ist eine weitere gute Nachricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens nenne ich das Defizit. Im Jahr 2005 erfolgte

mit einem Defizit von über 3 Prozent der wiederholte Bruch des Europäischen Stabilitätspaktes. Der genaue Wert lag bei 3,2 Prozent. In diesem Jahr lautet die Prognose, dass dieser Wert bei 0,5 Prozent liegen wird. Gesamtstaatlich gesehen, könnten wir sogar schon in diesem Jahr einen Ausgleich schaffen. Das heißt, wir haben in diesem Jahr ein Defizit abgebaut. Endlich halten wir in Europa wieder Verträge ein. Wir kommen wieder unserer Vorbildfunktion nach. Das ist ein gutes Zeichen für die Menschen. Die Prognose lautet auch hier, dass wir auf dem besten Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viertens komme ich zur Nettokreditaufnahme.

Noch im Jahr 2005 waren wir in einer Situation, in der wir gezwungen waren, neue Schulden in Höhe von 31,2 Milliarden Euro aufzunehmen. Die Große Koalition hat diesen Bedarf an Haushaltsunterdeckung in den letzten zwei Jahren halbieren können. Diesen Weg gehen wir weiter. Das erklärte Ziel der CDU/CSU-Fraktion ist es, noch in dieser Periode ohne die Aufnahme von neuen Schulden auszukommen. Dies erst 2011 zu erreichen, ist uns zu spät. Wir wollen das früher erreichen. Das ist in den nächsten Wochen das wesentliche Ziel unserer Haushaltsarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür haben wir gute Gründe, denn wir sind der festen Überzeugung, dass wir uns in der jetzigen guten wirtschaftlichen Situation anstrengen müssen, um uns auf schlechtere Zeiten, die wieder drohen, vorzubereiten. Um dies zu erläutern, habe ich nach einem passenden Bild gesucht. Wir alle sind aus dem Sommerurlaub zurück; die einen waren am Meer, die anderen waren in den Bergen. Ich glaube, der Bergsport liefert ein gutes Bild. Warum ist die Eigernordwand so eine große bergsportliche Herausforderung? Warum gibt es viele Menschen, die versuchen, diesen Berg zu bezwingen? Natürlich ist ein Grund das Gefühl, es geschafft zu haben, auf dem Gipfel zu stehen, nach unten zu schauen und zu sagen: Ich habe eine Leistung vollbracht. Der wesentliche Punkt aber ist die Vorbereitung. Was macht die Eigernordwand so schwierig? Was macht sie einerseits so herausfordernd, andererseits aber auch so gefährlich? Es sind nicht nur einzelne Kletterpassagen, sondern es ist die Tatsache, dass man in der Eigernordwand mit plötzlichen Wetterumschwüngen rechnen muss. Außerdem muss man sich mit der Länge der Route auseinandersetzen. Deshalb passt das Bild von der Besteigung der Eigernordwand, einer der interessantesten Berge, die wir in Europa haben, auch zu den Arbeiten am Bundeshaushalt 2008.

Ja, die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist positiv. Der Weg der Haushaltskonsolidierung einerseits und die gezielte Wachstumsförderung andererseits haben sich als richtige Instrumente erwiesen, das zu Beginn der Legislaturperiode stagnierende Wirtschaftswachstum wieder in Schwung zu bringen und vor allen Dingen auf hohem Niveau zu stabilisieren. Das hat auch der aktuelle Stresstest gezeigt, den wir gerade durchleben. Die Tatsache, dass die dramatische Krise am US-Subprime-Markt uns in Deutschland zwar in Mitleidenschaft zieht, aber

es zu keinem Flächenbrand gekommen ist, zeigt, wie stark der Finanzplatz Deutschland ist.

Von dieser Stelle aus gilt mein besonderer Dank nicht nur dem Bundesfinanzminister, sondern insbesondere auch dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, weil er im Rahmen des Krisenmanagements an zentraler Stelle dafür gesorgt hat, dass keine Bank zusammenbricht und dass der deutsche Finanzmarkt aus dieser wirklich schwierigen Situation gut herausgekommen ist.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese positive Stimmung darf uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht. Denn auch im kommenden

Jahr besteht nach wie vor ein strukturelles Defizit in Höhe von immerhin 23,5 Milliarden Euro. Deshalb ist es gerade in konjunkturell guten Zeiten, also sozusagen bei einer guten Wetterlage, von großer Wichtigkeit, die weiterhin bestehenden Haushaltsungleichgewichte rasch zu beseitigen und, der Intention der europäischen Haushaltsregeln folgend, eine ausgeglichene Haushaltsposition zu erreichen und zu sichern.

Die Grundregel gilt: Nur eine Überschussposition bei günstiger Konjunkturlage ermöglicht auch bei schlechtem Wirtschaftsklima, die nationalen und europäischen Vorgaben einzuhalten. In diesem Sinne, Herr Bundesfinanzminister, sagen wir: Wir brauchen eine Regel, die atmende Haushalte ermöglicht. Dazu gehört aber, dass wir in guten Zeiten Überschüsse erwirtschaften, dass wir in normalen Zeiten einen ausgeglichenen Haushalt haben und dass wir nur in speziellen Ausnahmefällen ins Defizit gehen.

Ich komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das wäre gut.

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

Solide Staatsfinanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind die unumgängliche Voraussetzung zur Wiedergewinnung der haushaltspolitischen Spielräume, die wir zur Finanzierung von zentralen Zukunftsinvestitionen und zur weiteren Rückführung der Steuerbelastung brauchen. Nur mit Wachstum schaffen wir den Verschuldungsabbau. Wer glaubt, wir könnten uns die unendlich große Summe von 1 500 Milliarden Euro an gesamtstaatlicher Verschuldung aus den Haushalten schwitzen, der irrt. Wir müssen auf Wachstum setzen, weil wir nur durch Wachstumsimpulse in die Lage versetzt werden, die Verschuldung abzubauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, das muss jetzt Ihr letzter Satz gewesen sein.

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

Wir haben meines Erachtens schon schwierige Passagen hinter uns gebracht und den richtigen Weg eingeschlagen. Zum Ausruhen ist es jedoch zu früh. Wir müssen jetzt bei gutem Wetter Vorkehrungen gegen kommende schwierige Passagen und auch gegen schlechtes Wetter treffen. Denn es liegt noch ein langes Stück Weg vor uns.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wetter und  
Haushalt gut!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe jetzt dem Kollegen Jörg-Otto Spiller für die  
SPD-Fraktion das Wort.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Herr Kollege Fahrenschon, das Bild von der Eigernordwand  
ist etwas heikel. Mir würde es im Zusammenhang  
mit dem Schuldenberg reichen, wenn wir uns  
in Richtung Brocken bewegen würden. Das wäre mir lieber;  
die Eigernordwand ist mir ein bisschen zu steil und  
zu massiv.

Deutschland befindet sich in einem soliden wirtschaftlichen  
Aufschwung, wie wir ihn seit geraumer Zeit  
nicht mehr gehabt haben. Das reale Wirtschaftswachstum  
betrug im vorigen Jahr rund 2,8 Prozent. In diesem  
Jahr erwarten Bundesbank und die Wirtschaftsforschungsinstitute  
ähnlich wie für 2008 ein reales Wachstum  
in der Größenordnung von 2,5 Prozent.

Herr Kollege Dr. Solms, erfreulicherweise hat sich  
auch bei den Komponenten des Wachstums, also bei der  
Nachfrage, ein Wandel ergeben. Wir haben nicht mehr  
ausschließlich eine starke Auslandsnachfrage. Hauptträger  
des Wachstums in diesem Jahr ist vielmehr die hochofreuliche  
Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen der  
deutschen Wirtschaft.

Alles spricht dafür, dass im zweiten Halbjahr 2007  
und im Jahre 2008 die Belebung des privaten Verbrauches  
hinzukommt, sodass wir schon jetzt sagen können:  
Wir haben eine solide Basis des Wachstums, die sich  
nicht ausschließlich auf unsere erhöhte Wettbewerbsfähigkeit  
und die starke Auslandsnachfrage stützt, sondern  
breit gestreut ist. Die Basis ist solide. Das ist meiner Ansicht  
nach ein großer Vorteil.

Es besteht die Situation - das ist neu -, dass es bei einem  
Wachstum von gut 2 Prozent eine deutliche Belebung  
der Beschäftigung gibt. Wir haben heute rund  
500 000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse  
als vor einem Jahr. Bei der Arbeitslosigkeit  
ist ein Rückgang von fast 700 000 im Vergleich  
zum August 2006 zu verzeichnen. Das darf man nicht  
beiseiteschieben. Ich behaupte ja nicht, dass es ausschließlich  
Verdienst der Politik gewesen ist, dass wir  
diese Entwicklung erreicht haben. Viele haben dazu beigetragen;  
einige Kolleginnen und Kollegen haben es  
vorhin schon angesprochen. Zur Wiedererlangung der  
preislichen Wettbewerbsfähigkeit weltweit beispielsweise  
haben Arbeitnehmer und Unternehmen erheblich  
beigetragen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Tarifvertragsparteien!)  
Zur Verbesserung der Situation hat aber auch beigetragen,  
dass wir in der vorigen Wahlperiode den Mut gehabt  
haben, Reformen am Arbeitsmarkt durchzusetzen,  
die überhaupt nicht bequem waren und die uns viel Streit  
und Auseinandersetzungen eingebracht haben, die sich  
jetzt aber auszahlen und die greifen. Es ist eine Zunahme  
der Beschäftigung zu verzeichnen. Bei einer erhöhten  
Zahl von offenen Stellen ist es leichter geworden, einen

neuen Job zu bekommen. Besonders erfreulich finde ich:  
Der Rückgang bei der Langzeitarbeitslosigkeit ist überproportional hoch. Dies hat zwei Gründe: Zum einen dauert es nicht mehr sehr lange, bis jemand aus der Arbeitslosigkeit heraus eine neue Anstellung findet. Zum anderen hat inzwischen - das ist aber noch steigerungsfähig - im Bereich des Arbeitslosengeldes II ein Rückgang von gut 11 Prozent stattgefunden.  
Das ist überhaupt nicht selbstverständlich. Darauf können wir, so finde ich, stolz sein. Das sage ich als Sozialdemokrat mit besonderem Bewusstsein; dazu haben ja mehrere beigetragen. Es ist ein Erfolg der vorangegangenen Regierung, dass wir diese Entwicklung am Arbeitsmarkt haben.

Angesichts der Situation beim Wachstum und der Zunahme der Beschäftigung ist es kein Wunder, dass die Steuerquellen relativ kräftig sprudeln. Es ist nicht in erster Linie der notwendigen Erhöhung der Mehrwertsteuer und dem Abbau von Steuervergünstigungen an verschiedenen Stellen zu verdanken, dass es heute eine kräftigere Zunahme der Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden gibt. Dies ist vielmehr ein Spiegelbild der besseren wirtschaftlichen Entwicklung. Ich schließe mich dem an, was Kollege Fahrenschon gesagt hat: Wirtschaftliches Wachstum ist eine Grundvoraussetzung für die Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich drehe das allerdings auch um: Ohne solide Staatsfinanzen wird es schwierig werden, auf Dauer ein nachhaltiges Wachstum in Deutschland zu erreichen.

Zum Stichwort „Verschuldung“. Kollege Koppelin hat so getan - er ist leider nicht mehr anwesend -, als sei die FDP, die in Deutschland eine Weile mitregiert hat - es war nicht viel mehr als drei Viertel der Zeit, seit es diese Bundesrepublik gibt -, für die heutigen Schulden im Bundeshaushalt nicht verantwortlich.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Das war aber im letzten Jahrhundert! - Iris Gleicke [SPD]: Jahrtausend!)

- Herr Kollege Dr. Solms, von den heutigen Schulden des Bundes stammen 80 Prozent aus Zeiten, in denen die FDP im Bund mitregiert hat.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Mit euch!)

Ich werfe Ihnen das gar nicht vor. Der Ehrlichkeit halber sollte man aber nicht so tun, als hätte Herr Koppelin gar nichts damit zu tun, bloß weil er erst 1990 in den Bundestag gewählt wurde. Das stimmt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch eine kleine Erwiderung bzw. Korrektur: Sie, Herr Dr. Solms, haben gefragt, wann die Große Koalition endlich einen Entwurf zur Reform der Erbschaftsteuer vorlegt. Wir müssen ihn schon solide erarbeiten.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Seit zwei Jahren!)

- Nein. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Januar dieses Jahres seine Entscheidung vorgelegt. Sie müssen auch die Begründung lesen; es reicht nicht, nur die zwei Leitsätze zu lesen. Man muss sich die Entscheidung schon genau anschauen. Der Bund bzw. die Große Koalition und die Länder haben eine solide Vorarbeit geleistet.

Daher werden wir eine vernünftige Regelung finden.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Habt ihr es jetzt gelesen?)

- Das haben wir schon vor geraumer Zeit getan. Wenn Sie darauf hoffen, dass die Erbschaftsteuer abgeschafft wird, muss ich Sie enttäuschen. Dazu wird es nicht kommen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Das haben wir nicht gefordert!)

- Das ist schön. Dann haben wir ja Ihre Unterstützung. Das freut mich.

Ich möchte das, was die Kollegen Schneider, Poß und der Bundesfinanzminister gesagt haben, unterstreichen: Wenn der Haushalt in einem Jahr ausgeglichen ist, haben wir die Schulden trotzdem noch lange nicht abgebaut. Es ist schon ein Problem, wenn man einen solchen Brocken vor sich hertragen muss. Die Verpflichtung, jedes Jahr Zinsen zu zahlen, engt natürlich den Handlungsspielraum der künftigen Generationen ein. Gleichwohl sage ich: Wir müssen auch die für das Wachstum entscheidenden Komponenten stärken; es ist richtig, dass wir für Forschung und Entwicklung sowie für Bildung mehr Geld ausgeben als in der Vergangenheit. Es ist notwendig, dass wir die Handlungsfähigkeit des Staates in den Bereichen innere und äußere Sicherheit gewährleisten; ich sage das bewusst am 11. September.

Dass wir es geschafft haben, hinsichtlich der Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder zwischen einem und drei Jahren eine Verständigung zu erzielen

- 35 Prozent eines jeden Jahrgangs sollen einen solchen Betreuungsplatz erhalten -, und dass ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, sind große Leistungen, die der Zukunftssicherung dienen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich mir den Einfluss der sozialdemokratischen Sozialpolitik auf die Reformen in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der vergangenen Wahlperiode und in diesem Jahr ansehe und wenn ich die von der Koalition insgesamt getragene Entwicklung hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachte, muss ich ganz freimütig sagen: Ich bin froh, dass so viel sozialdemokratische Handschrift in der Politik dieser Regierung zu erkennen ist.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Kollege Dr. Solms, möglicherweise hängt die Zukunft von den heutigen Friedensgesprächen zwischen FDP und Union ab. Es könnte ja sein, dass Herr Westerwelle der Kanzlerin morgen wieder vorwirft, sie bzw. ihre Politik sei zu sozialdemokratisch. Wir können damit leben. Unsere Handschrift lässt sich erkennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun zu dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Einzelplan 10.

Als Erster hat das Wort der Kollege Bundesminister

Horst Seehofer für die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe bei aufgehender Sonne zum Einzelplan 10 auch frohe Botschaften. Nach dem Weggang unseres bisherigen Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Paziorek, der ja bekanntlich Regierungspräsident geworden ist, haben wir jetzt bei uns im Hause, also im Agrar- und Verbraucherschutzministerium, eine neue Staatssekretärin: unsere Kollegin Ursula Heinen, der ich auch hier vor dem Parlament noch einmal gratulieren möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bitte um gute Zusammenarbeit.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Michael Goldmann  
[FDP])

Der Einzelplan, den ich zu verantworten habe, steht unter guten Vorzeichen. Wir haben jetzt knapp zur Halbzeit dieser Legislaturperiode alles, was diese Koalition vereinbart hat, entweder längst erledigt, verabschiedet oder es steht kurz vor der Verabschiedung.

Das gilt zum Beispiel – das freut mich am meisten – dafür, dass der Haushaltsplan 2008 nach über zehn Jahren Kürzungen im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zum ersten Mal wieder einen Aufwuchs der Mittel für die Agrarstruktur vorsieht. Das bedeutet im Grunde nichts anderes, als dass wir mit unserer politischen Aussage Ernst machen, nämlich dass wir die ländlichen Räume wieder stärker fördern und nicht nur gut über die ländlichen Räume sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Mittel werden in diesem Bereich von 615 auf 660 Millionen Euro aufwachsen. Das ist eine Komplementärfinanzierung mit den Bundesländern. Es ist nach Beginn der Kürzungen in diesem Bereich unter der Regierung Helmut Kohl und in Fortsetzung unter der Regierung Schröder zum ersten Mal seit über zehn Jahren wieder so, dass die Mittel nicht gekürzt werden oder stagnieren, sondern dass zusätzliches Geld verwandt wird.

Wir werden diese Mittel sehr stark in einem Bereich konzentrieren – dort sind sie auch gebunden –, und zwar auf die Breitbandversorgung, auf den Anschluss von strukturschwachen Räumen an das Internet. Ich glaube, es ist für die Entwicklung des ländlichen Raumes einer der zentralen Punkte, dass wir ihn ans Internet anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der andere Teil der Mittel wird verstärkt in der Energieversorgung eingesetzt werden. Wir diskutieren sehr viel über CO<sub>2</sub>. Ich persönlich bin ein großer Anhänger einer stärkeren dezentralen Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Mittelverwendung hätte zur Folge, dass wir nicht nur viel für den Klimaschutz tun und viele Zukunftsperspektiven für die Landwirte eröffnen, sondern dass wir auch dafür sorgen, die

Wertschöpfung im ländlichen Raum zu verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der erste große Punkt, der mich freut. Der zweite Punkt, der mich freut, sind die nachwachsenden Rohstoffe. Das ist mittlerweile eine feste Größe in der deutschen Agrarkultur. Wir bebauen etwa 13 Prozent der Ackerflächen mit nachwachsenden Rohstoffen. Unsere Vorstellung ist, dass wir diesen Anteil verdoppeln. Auch hier haben wir einen Mehrfacheffekt, nämlich den Beitrag zum Umweltschutz, die Einkommensmöglichkeiten für die Bauern und wiederum eine Stärkung des ländlichen Raumes.

Ich darf Sie unterrichten, dass wir vor wenigen Wochen gemeinsam mit dem Kollegen Tiefensee in Leipzig den Startschuss für das Deutsche Biomasse-Forschungszentrum gegeben haben. Das war ein wichtiger Punkt in unserer Koalitionsvereinbarung. Es hat etwas gedauert; aber ich bin immer dafür, dass man so etwas erst dann auf den Weg bringt, wenn Personal, Finanzierung und Organisation nicht nur für den Augenblick des Pressetermins, sondern auch nachhaltig für die nächsten Jahre gewährleistet sind. Das ist mittlerweile ein großes Gemeinschaftswerk: Der Bund, der Freistaat Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, die Wirtschaft und die Wissenschaft engagieren sich hier. Es ist schön, dass das Deutsche Biomasse-Forschungszentrum in Leipzig am 1. Januar des nächsten Jahres endgültig seinen Betrieb aufnehmen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Wenn ich gleichzeitig sehe, dass im Bundeshaushalt 2008 erneut 50 Millionen Euro für den Bereich „Nachwachsende Rohstoffe“ bereitgestellt werden, dann glaube ich, ist das ein guter Beweis dafür, dass wir diesen Sektor ernst nehmen. Die Biomasse – das wissen viele nicht – deckt mittlerweile rund 70 Prozent der regenerativen Energien in Deutschland ab. Man hat ja immer nur die Windräder, die Sonnenkollektoren oder die Wasserkraft im Auge. Aber mittlerweile ist es die Biomasse, die rund 70 Prozent des Bedarfs deckt.

Der dritte Punkt, der mir wichtig ist, ist die agrarsoziale Sicherung. Ich bitte unseren Koalitionspartner um Nachsicht, dass ich sage: Wir sind jetzt zum ersten Mal seit sehr vielen Jahren in der Lage, die Höhe der Zuschüsse des Bundes zur agrarsozialen Sicherung beizubehalten. Wir müssen sie also nicht kürzen.

Das ist gegenüber den Bäuerinnen und Bauern gerechtfertigt. Sie haben nämlich einen sehr großen Strukturwandel erlebt, mit der Folge, dass es auf der einen Seite viele Leistungsempfänger aus der Vergangenheit gibt – die Fachleute nennen sie: die Altlasten – und dass auf der anderen Seite die Zahl der Beitragszahler aufgrund des Produktivitätsfortschritts immer geringer geworden ist. Insofern ist es für die bäuerlichen Familien sehr wichtig, dass der Bund seine Zusage einhält. Wir lassen die Höhe der Zuschüsse unverändert; darauf können sich die Bauern verlassen.

Würden wir beispielsweise unseren Zuschuss zur Unfallversicherung streichen, würde das für die meisten bäuerlichen



Familien bedeuten, dass ihre Beiträge zu dieser Sozialversicherung um 50 Prozent erhöht werden müssten; das sind bei Jahresbeiträgen von 4 000 bis 5 000 Euro keine zu vernachlässigenden Größen.

Ich bin froh, dass der Staat seine Verlässlichkeit an dieser Stelle vorexerziert. Wir werden die Zuschüsse aufrechterhalten. Wir sind uns in der Koalition einig, dass auch die landwirtschaftliche Krankenversicherung teilhaben soll, wenn die allgemeine Krankenversicherung höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt bekommt.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Darauf warten wir ja noch!)

Eine Behauptung, die immer wieder aufgestellt wird, möchte ich korrigieren: Es bleibt bei der beitragsfreien Versicherung der Kinder in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung; auch das ist pausenlos infrage gestellt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir gehen jetzt eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung an; sie ist bereits vom Kabinett beschlossen worden. Nach allem, was ich höre, wird diese Reform im Parlament noch zu intensiven Diskussionen führen, insbesondere was den Verwaltungsaufwand und die Organisation der landwirtschaftlichen Unfallversicherung betrifft; auch dieses Thema haben wir auf den Weg gebracht.

Drei Bereiche, die unmittelbar mit dem Haushalt bzw. mit Finanzen zusammenhängen – die GAK, also die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, die nachwachsenden Rohstoffe und die Verlässlichkeit in der agrarsozialen Sicherung –, wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 sehr gut gelöst.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir außerdem eine umfassende Reform der Ressortforschung auf den Weg gebracht haben, mit dem Ziel, dass wir nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene Reputation erwerben, und zwar auf allen Feldern: von der Pflanzenzucht bis hin zur Tiergesundheit.

Ich bin sehr froh, dass das in meinem Hause die Zustimmung des Personalrats gefunden hat, obwohl es mit personellen Veränderungen, mit Personalabbau und Ähnlichem verbunden ist. Bemerkenswert ist, dass mir der Personalrat, die Personalvertretung der Beschäftigten, immer wieder gesagt hat: Uns sind die Nachhaltigkeit und die Verlässlichkeit, dass es in den nächsten Jahren in die richtige Richtung geht und wir unser Tun stolz nach außen vertreten können, wichtiger als das Festhalten und Festklammern an einigen Planstellen. Ich halte eine solche Einstellung eines Personalrats in unserer Zeit für sehr bemerkenswert; denn gelegentlich wird das Gegenteil gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Ressortforschung werden wir in den nächsten Wochen hier im Parlament beraten, allerdings – das habe ich beiden Koalitionsfraktionen zugesagt – mit einer Ausnahme, mit der wir uns noch beschäftigen müssen; dieses Thema

lassen wir gerade vom Bundesrechnungshof überprüfen. Es geht um die Frage, ob die Bundesforschungsanstalt für Fischerei ihren Sitz in Hamburg oder Bremerhaven haben wird. Bis auf diese eine Ausnahme ist mittlerweile einvernehmlich mit den betroffenen Bundesländern über alle anderen Institute und Einrichtungen entschieden worden.

Ich bin froh, dass das Verbraucherinformationsgesetz in der nächsten Woche im Bundesrat zur Abstimmung steht. Das war eine sechsjährige Odyssee. Wäre sie früher beendet worden, hätte uns das in den aktuellen Problemfällen, was die öffentliche Nennung von Namen betrifft, sehr gedient. Dann hätte auch diese sechsjährige Odyssee, zu der ich nur eineinhalb Jahre beitragen konnte,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vorher haben Sie ja noch dagegengestimmt!)

ein Ende. Ich glaube, dass ein ohnehin verfassungsgemäßes Gesetz jetzt noch verfassungskonformer geworden ist, und hoffe, dass der Bundespräsident seine Unterschrift unter dieses Gesetz setzen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird noch schwer!)

Ich darf darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass wir auch das ungeheuer sensible Thema Gentechnik nach sehr langen Beratungen in der Koalition vor dem Auftakt der parlamentarischen Beratungen zu einem vorläufigen Abschluss gebracht haben.

Ich glaube, wir können drei Dinge festhalten:

Erstens. Im Haftungsrecht bleibt es bei der verschuldensunabhängigen Haftung.

Zweitens. Wir haben in der Koalition vernünftige Regeln zum Abstand zwischen GVO-Anbau, Bioanbau und konventionellem Anbau festgelegt; der Abstand beträgt in dem einen Fall 150 Meter, in dem anderen Fall 300 Meter. Dadurch wird gewährleistet, dass die Koexistenz ihren Namen verdient. Koexistenz bedeutet nach dem Brockhaus nämlich das „gute Nebeneinander von zwei Dingen“; politisch könnte man auch sagen: das friedliche Nebeneinander von zwei Dingen. Da wir Abstandsregelungen getroffen haben, durch die gewährleistet wird, dass es im Regelfall nicht zur Auskreuzung kommt, glaube ich, dass wir hier im Sinne der Verlässlichkeit einen ganz gewaltigen Schritt vorangekommen sind.

Ich sage ein Drittes: Wir wollen auch die Forschung in Deutschland voranbringen. Wir wären gut beraten, die sich in den Bereichen Entwicklung und Sicherheit stellenden Fragen durch Forschung in Deutschland zu beantworten, anstatt uns sozusagen künstlich unwissend zu halten. Letzteres wäre nicht in Ordnung.

Da es meine Nachredner wahrscheinlich dazu verleiten wird, etwas zu Gammelfleisch und Vogelgrippe zu sagen, noch wenige Sätze dazu.

Wir haben es bei der Vogelgrippe mit einer sehr ernsten Situation zu tun; dies verschweige ich nicht. Ich wünsche mir mehr Aufmerksamkeit für diese H5N1-Problematik, da sie für die Gesundheit der Menschen von ungleich größerer Bedeutung - hier lasse ich niemanden

in Zweifel - als manches ist, was sonst im Lebensmittelbereich diskutiert wird. Wir sind mit Hochdruck dabei, zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Dieses gigantische Naturgeschehen hat mittlerweile große Nutzgeflügelbereiche in Bayern erreicht. Vom Impfstoff bis zur Ursachenforschung müssen wir alles tun, um die Gefahr für die Lebensmittelkette zu bannen. Ich erwähne dies nicht, weil wir hier etwa neue gesetzgeberische Maßnahmen brauchen, sondern weil ich den Blick darauf lenken will, dass die Herausforderung durch das H5N1-Virus um ein gewaltiges Stück größer ist als das, was wir gelegentlich unter dem Stichwort „Ekel-“ oder „Gammelfleisch“ diskutieren. Hier geht es wirklich um eine potenzielle Gesundheitsgefährdung auch von Menschen durch Nutztierhaltung.

Meine Damen und Herren, zum Thema Gammelfleisch werden wir in der nächsten Woche im Ausschuss vorstellen, was wir von unseren 13 Punkten wie umgesetzt haben und was möglicherweise auf europäischer Ebene noch zu leisten ist. Aber eines mache ich bereits heute deutlich: Wir müssen mit der Übung aufräumen, dass bei jedem Vorkommnis - es gibt nicht an jedem Tag ein Vorkommnis; das ist eher selten - reflexartig nach neuen Paragrafen gerufen wird. Denken Sie bitte daran, dass jeder neue Paragraf die Anständigen in dieser Szene bestraft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es ist übrigens in allen Bereichen des Strafrechts selbstverständlich, dass man Rechtsumgehungen oft nur mithilfe der Bevölkerung aufklärt. Daher habe ich großen Respekt vor dem Lkw-Fahrer, der trotz einer gewissen arbeitsrechtlichen Gefährdung für sich selbst die Zivilcourage aufgebracht hat, zu erklären, er mache da nicht mehr mit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Uwe Benneter [SPD]: Schlagen Sie ihn doch für das Bundesverdienstkreuz vor!)

- Ja, Herr Kollege, mein Staatssekretär ist beauftragt, zu schauen, für welche öffentliche Auszeichnung wir den Lkw-Fahrer vorschlagen können. Das hat er auch verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber damit beherrscht man natürlich nicht die Situation!)

Ein zweiter Grund, warum ich dagegen bin, dass man in diesem Bereich schon wieder reflexartig nach Paragrafen und Richtlinien ruft, ist, dass es in diesem Fall Hinweise der Nachbarschaft gegeben hat. Für solche Fälle einer komplexen Gesetzesumgehung haben die Bayern eine interdisziplinär besetzte Taskforce eingerichtet, die sich nicht darauf beschränkt, Fleisch optisch zu begutachten oder Laboruntersuchungen auszulösen, sondern die das tun kann, was hier notwendig gewesen wäre. Wenn 100 Tonnen und mehr Fleisch innerhalb Deutschlands verfrachtet werden, diese Verfrachtung aber in den Büchern nicht festgehalten wird, dann bedarf es einer sehr intelligenten, bei den Finanzämtern üblichen Durchforschung der Bücher. Wie kann es sein, dass

150 Tonnen, 180 Tonnen Fleisch verfrachtet werden, aber der Eingang und möglicherweise auch das Geld für dieses Fleisch in den Büchern nicht zu finden ist? Um so etwas nachzuvollziehen, muss man sich einige Tage hinsetzen. Dafür haben die Bayern die interdisziplinäre Gruppe. Nur, wenn die örtliche Behörde - das hat jetzt nichts mit der Bayerischen Staatsregierung zu tun - diese Taskforce nicht anfordert, weil man glaubt, man könne das Feuer aus eigener Kraft löschen, obwohl man Hilfe von außen braucht, dann hilft der schönste Paragraph nichts. Das ist in diesem Fall der zentrale Punkt. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bin ich froh, dass die Sonne, die aufgegangen ist, als ich an das Rednerpult getreten bin, bis zum Ende meiner Rede geschienen hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Hans-Michael Goldmann spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Seehofer! Liebe Kollegen Parlamentarische Staatssekretäre! Herzlichen Glückwunsch, Ulla Heinen! Ich habe dir sogar einen Brief geschrieben, weil ich diesen Glückwunsch fristgerecht zum Ausdruck bringen wollte. Denn wir werden sicherlich noch Diskussionen haben, bei denen wir in der Sache unterschiedlicher Auffassung sind.

Herr Minister Seehofer, Sie haben eben zum Schluss so flapsig zwei, drei Sätze zu Gammelfleisch und Vogelgrippe gesagt. Wissen Sie, das ist der Kardinalunterschied zwischen meiner Arbeitshaltung und Ihrer: Ich beschäftige mich zunächst mit den wichtigen Dingen, die die Menschen beschäftigen, mit den Dingen, die Auswirkungen haben.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Der erneute Gammelfleischskandal - interessanterweise wieder in Bayern - hat Auswirkungen auf die gesamte Branche, hat Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in diesem Bereich. Das Problem der Vogelgrippe berührt eine große Anzahl von Menschen. Wenn ein paar Hunderttausend Tiere getötet werden müssen, geht das an den Menschen Gott sei Dank nicht spurlos vorüber. Deswegen ist es Ihre Kernaufgabe, sich in besonderer Weise diesen Aufgabenfeldern zu widmen. Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang im Rahmen einer sogenannten Halbzeitbilanz einmal sagen, was bei Ihnen herumgekommen ist.

Denn das ist erschreckend wenig, es ist enttäuschend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Nehmen wir das Beispiel Gammelfleisch. Sie waren es doch, Herr Minister Seehofer, der das Aktionsprogramm erfunden und die Sofortzusammenkunft organisiert hat, und Sie sind es doch, der mit einem bescheidenen - um es vorsichtig zu formulieren - Verbraucherinformationsgesetz keine Schranke eingeschoben hat, die uns hilft, den - wenigen - kriminellen Elementen in diesem Bereich zu begegnen. Herr Minister Seehofer, Sie hätten doch die Möglichkeit gehabt, das Fleisch einfärben zu lassen. Es ist doch

falsch, wenn Sie sagen, dass Sie das nicht hätten tun dürfen. Es ist schlicht falsch, wenn Sie erklären, dass es den kriminellen Elementen nicht entgegengestanden hätte, wenn Sie das Fleisch hätten einfärben lassen. Veterinäre haben dieses Fleisch wieder freigegeben. Wenn es eingefärbt gewesen wäre, hätte man es nicht freigeben können, und es wäre eben nicht dort gelandet, wo es den Menschen Schaden zufügt. Wenn Sie jetzt erklären: „Super, Klasse, diese Taskforce vor Ort!“, dann sage ich Ihnen: Sie waren es doch, der die Bundestaskforce wollte. Ich habe Ihnen gesagt, dass das dummes Zeug ist, weil sich die Situation vor Ort durch Leute, die einreisen, nicht kontrollieren lässt. Sie muss vor Ort im Auge behalten werden.

Beim Thema Gammelfleisch haben Sie also bis jetzt versagt.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich kann Sie nur dringend bitten, deutliche Verbesserungen herbeizuführen.

Nehmen wir das nächste Thema, die Vogelgrippe. Ich habe Sie gestern Abend auf Phoenix gesehen. Es ist nicht so, wie Sie es darstellen: dass man sich gegen Impfungen sperren müsse. Wir müssen uns auf den Weg machen, zu impfen. Das hat man zur Bekämpfung der Schweinepest gemacht, das muss man zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche machen, und das muss man auch bei der Vogelgrippe machen. Es ist eben nicht mehr so, dass das Virus irgendwann vorbeikommt; das Virus ist permanent unter uns. Deswegen müssen wir die hochunternehmerischen Bereiche, aber auch die anders orientierten Bereiche – die Freilandhaltung zum Beispiel, die Vogelzucht, die Hobbyhaltung, die Zootierhaltung – durch Impfen schützen. Da müssen wir einmal über den Tellerrand hinausschauen. Wir können doch nicht so tun, als ob die Niederländer mit ihrem Impfen ein bisschen blöd wären.

Die Niederländer gehen intelligente Wege. Diesen intelligenten Wegen müssen wir gemeinsam den Weg ebnen und dafür sorgen, dass dies auf europäischer Ebene und international Anerkennung findet. Wir müssen verhindern, dass ein Land aus Eigeninteresse nicht geimpftes Material nicht mehr von uns abnehmen will – nicht aus Angst davor, dass die Vogelgrippe eingeschleppt wird, sondern um einen Marktvorteil missbräuchlich zu nutzen. Dafür müssen Sie sich auf europäischer Ebene einsetzen. Dann brauchen Sie auch nicht mehr die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung der ländlichen Räume einzusetzen. Der ländliche Raum kann sich dann nämlich aus eigener Kraft stärken. Unser politischer Ansatz sollte darin bestehen, unternehmerischen Landwirten Rückenwind zu geben und sie bei den anstehenden Herausforderungen zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will noch einen anderen Bereich ansprechen. Das ist, um ganz ehrlich zu sein, eine Geschichte wie aus dem Tollhaus. Dass Sie in einer Situation, in der ganz Deutschland über die Milchquote diskutiert, kein Wort zu Ihrer Position zur Milchquote sagen, ist ein Witz.

(Beifall bei der FDP – Peter Bleser [CDU/CSU]:

Doch!)

Wie soll denn ein deutscher Landwirt Vertrauen in Ihre Arbeit und in die Rentabilität seiner Investitionen bekommen, wenn Sie zu diesem Komplex nicht klipp und klar sagen, dass die Quote nichts gebracht hat und abgeschafft werden muss, damit unternehmerische Landwirte den Segen der globalen Entwicklung in diesem Bereich für sich in Anspruch nehmen können?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es nicht mehr mit dem alten Problem der Überproduktion von Milch und Butter zu tun. Heute gibt es zu wenig Milch für gute Milchprodukte wie Butter. Wenn wir in unserem alten Quotensystem verharren, dann werden wir die Chance zur Weichenstellung für die Stärkung des ländlichen Raumes verspielen. Ich kann Sie aus meiner Sicht nur entschieden davor warnen, in dieser Frage Ihren Weg der Zögerlichkeit weiterzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich verstehe das auch nicht richtig. Dass Sie CSUVorsitzender in Bayern werden wollen, ist zwar Ihr gutes Recht, aber Sie können nicht Ihre fachliche Position an dieser persönlichen Interessenlage ausrichten. Sie können von mir aus der Meinung sein, der beste CSU-Vorsitzende zu sein. Aber Sie können nicht auf dem Deutschen Bauerntag in Bamberg den Ausstieg aus der Quote ankündigen und feststellen, dass Sie die Position des Deutschen Bauernverbandes in Begleitung dieses Ausstiegs akzeptieren, um dann kurze Zeit später Ihre eigene Position grundsätzlich infrage zu stellen und zu signalisieren, dass Sie noch nicht wissen, ob Sie am Ausstieg aus der Quote festhalten wollen. Das führt zu dem, was in der Landwirtschaft gegenwärtig festzustellen ist. Der Landwirtschaft geht es trotz Ihrer Politik zurzeit sehr gut, weil die globale Entwicklung hervorragend ist.

(Beifall bei der FDP – Peter Bleser [CDU/CSU]:

Jetzt hast du überdreht!)

Ja, das ist so. Du kommst doch viel herum, Peter, und weißt selber, wie die Landwirte über die Politik von Herrn Seehofer denken. Das wissen wir alle. Wir brauchen uns doch nichts vorzumachen. Sie sind maßlos enttäuscht.

(Beifall bei der FDP)

Das wird auch in den Fachkreisen transportiert. Sie sind deshalb enttäuscht, weil in Deutschland nicht konsequent die Weichen für gutes, praktisches Handeln mit der Chance zur Teilhabe an der globalen Expansion im Lebensmittelbereich im Hinblick auf Qualität und Sicherheit gestellt werden.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das müsste aber jetzt gelingen!)

Diese Weichenstellung ist erforderlich. Die Weichen werden aber nicht über den Haushalt, sondern über eine gute, zukunftsorientierte Politik gestellt. Dabei sind Sie aber aus meiner Sicht und aus der Sicht der FDP fast alles schuldig geblieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht die Kollegin Waltraud Wolff für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte schon den Eindruck, wir diskutieren über den Agrarbericht. Aber soweit mir bekannt ist, beraten wir heute den Haushalt. Insofern danke ich Ihnen, Herr Minister Seehofer, dass Sie den Haushalt kurz umrissen haben, und möchte nach der Rede von Herrn Goldmann auch wieder auf den Haushalt zurückkommen. Wir haben einen Aufwuchs von 108 Millionen Euro. Das sichert - darauf hat Herr Minister auch hingewiesen - auf jeden Fall die Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Damit bin ich schon beim ersten Punkt im Haushalt angelangt. Wir haben darin etwas unterschiedliche Auffassungen. Das haben Sie auch schon deutlich gemacht.

Wir haben - das haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt - eine große Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung vor uns. Das hatten wir uns in die Hand versprochen. Was wurde uns in diesem Sommer präsentiert? Wir haben eine Einigung bekommen, die mithilfe der Bundesländer möglich war. Das heißt, wir bekommen keine große, fortschrittliche Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Wir hatten schon in den vergangenen Legislaturperioden an dieser Stelle zu kämpfen. Mein Appell geht nicht an das Ministerium. Die Verantwortung dafür, dass der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nach 2009 Beitragssatzsteigerungen ins Haus stehen, haben vielmehr die Bundesländer. So geht es nicht weiter. Es kann nicht sein, dass der Bund ständig die Mittel in voller Höhe bereitstellt. Schließlich haben die Bundesländer die Hoheit über die Aufgabenverteilung. Aber sie tun nichts. Sie wollen sogar noch einen Lastenausgleich bei der Beitragsgestaltung. Nicht mit diesem Parlament!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die Bundesländer hier in Zukunft noch etwas zu tun haben.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Ökolandbau. Biologische Produkte erleben einen riesengroßen Boom in Deutschland. Sicherlich hätten die Bauern in den letzten Jahren hier viel stärker ins Feld ziehen können. Wir importieren nun viele Biolebensmittel. Das finde ich sehr schade. Dennoch ist es nicht der richtige Weg, hier die Mittel zu kürzen, sodass nur noch 10 Millionen Euro für den Ökolandbau vorgesehen sind. Wir haben im parlamentarischen Verfahren bis zur zweiten und dritten Lesung des Haushalts die Möglichkeit, Korrekturen vorzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass wir uns in den Fraktionen über einen zukunftsweisenden Weg im Ökolandbau verständigen.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, zu den nachwachsenden Rohstoffen. Wir alle wissen, dass es eine Konkurrenz zwischen Lebensmitteln und Tierfutter einerseits sowie nachwachsenden Rohstoffen für Biotreibstoffe und Biogasgewinnung andererseits gibt. Wir können dem entgegentreten, indem wir sagen: Orientiert euch doch an Bio; wir helfen euch seitens des Bundes zumindest auf gleichem Niveau weiter. Ich denke, das ist

eine Möglichkeit, noch eine Marke zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist ein breitbandiger Internetzugang. Das ist etwas ganz Neues. Die SPD hat schon seit Jahren gesagt: Ländliche Entwicklung ist mehr als Landwirtschaft. Genau aus diesem Grund bedanke ich mich sehr herzlich, Herr Seehofer, dass Sie hier einen neuen Weg über die GAK gehen. Ich hoffe, dass wir die Möglichkeit bekommen, Mittel aus dem Strukturfonds und dem Etat des Bundeswirtschaftsministeriums zu akquirieren und so die weißen Flecken in Deutschland beim Internetzugang zu beseitigen. Die jungen Leute, die auf der Zuschauertribüne sitzen und vielleicht irgendwo in der Pampa wohnen, - -

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP -

Hans-Michael Goldmann [FDP]: Oje! In der Pampa! Ländlicher Raum gleich Pampa!)

- Okay, der Lacher ist auf Ihrer Seite. Aber nun habe ich Ihre volle Aufmerksamkeit. Auch ich komme aus dem ländlichen Raum. Ich revidiere mich.

Wenn man sich mit Studenten unterhält, stellt man manchmal fest, dass viele in die nächstgrößere Stadt ziehen müssen, weil sie ohne Internetzugang keinen Arbeitsplatz zu Hause einrichten können. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der letzte Punkt, den ich aus dem Haushaltsentwurf aufgreifen will, ist der Klausurtagung des Kabinetts geschuldet. Frau Bundeskanzlerin Merkel hat für die Regierung die Klimaschutzziele ziemlich hoch gehängt. Ich glaube, dass wir der Landwirtschaft Antworten für die Zukunft geben können. Ich erwähne das Biomasseforschungszentrum. Wir haben den Weg für Forschung und Entwicklung frei gemacht. Ich glaube, dass es wichtig und richtig ist, hier ganz entschieden vorzugehen und auf der einen Seite Monokulturen in Deutschland zu verhindern - das ist eine Aufgabe -; auf der anderen Seite müssen wir aber darauf achten, den Raubbau in den ärmsten Ländern der Welt zu verhindern. Daher ist die Zertifizierung ein wichtiger Punkt. Wir müssen im Zusammenhang mit der künftigen EEG-Novelle über alle biologischen Restprodukte nachdenken, angefangen von Rübenhackschnitzeln über Getreideschlempe bis hin zu tierischen Fetten, und wir müssen sehen, was wir für die Treibstoffgewinnung und die Energiegewinnung festlegen können.

Der Einzelplan 10 ist kein spektakulärer Haushaltstitel in diesem Jahr, aber wir können unsere Arbeit ganz solide fortsetzen. Deshalb lade ich Sie ein, bei den Beratungen mitzumachen und in der zweiten und dritten Beratung unserem Haushaltsplan zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Roland Claus hat jetzt das Wort für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister, ich finde es völlig in Ordnung,



dass wir die Haushaltsberatungen für das Jahr 2008 mit dem Etat für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz beginnen, hat doch schließlich schon Karl Marx festgestellt, dass sich der Mensch erst ernähren und kleiden muss, ehe er sich mit Politik, Religion und Philosophie beschäftigen kann.

(Beifall bei der LINKEN - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das hättet ihr mal politisch beachten sollen!)

Nun erklärt uns der Minister, der Aufschwung sei überall, auch auf dem Lande. Ich habe es täglich mit einer Uns-geht-es-gut-Berichterstattung zu tun. Wenn man sich heute einmal die Mühe macht, eine Tageszeitung von vor 18 Monaten zu lesen, dann hat man den Eindruck, man lebe in einer ganz anderen Republik. Die Menschen im ländlichen Raum allerdings - ich werde nicht über Einzelheiten reden; das werden auch Sie wissen - fragen sich: Wann kommt dieser Aufschwung zu uns, wann gelingt es uns, den Abwanderungstrend zu stoppen, wann kommt das, was die Regierung als Erfolg und Fortschritt verkündet, tatsächlich bei mir an? Sie erleben es nicht in dem Maße.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss nach wie vor ausdrücklich darauf hinweisen, dass Beschäftigte in der Landwirtschaft benachteiligt sind. Wir haben es mit einem durchschnittlichen Monatsverdienst von 1 550 Euro zu tun. Das ist gerade einmal ein bisschen über dem, was meine Fraktion als Mindestlohn fordert. Der Verdienst liegt durchschnittlich 1 000 Euro unter den Verdiensten im verarbeitenden Gewerbe. Deshalb sage ich Ihnen: Ein Aufschwung - auch wenn sie ihn noch tausendmal predigen -, der bei den Leuten auf dem Lande nicht ankommt, hat diesen Namen nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will deshalb eines der, wie ich finde, Grundprobleme dieser Regierungspolitik benennen. Ich glaube, dass bei Ihnen die Entwicklungslogik für die Metropolen mit der Entwicklungslogik für die ländlichen Räume nicht zusammenpasst. In der Äußerung des Ministers, dass man die ländlichen Räume jetzt wieder stärker beachten wolle, empfinde ich ein gewisses Verständnis für meine Kritik. Aber, Herr Minister, ich will auch so fair sein und Sie in Ihrem innerparteilichen Wahlkampf nicht mit meiner Zustimmung belasten.

(Beifall bei der LINKEN - Heiterkeit im ganzen Hause)

Das, womit wir es zu tun haben und womit wir fertig werden müssen, sind ein Wettbewerbsdruck und ein Preiskrieg bei Nahrungsgütern und Futtermitteln, die zu einer Selbstausbeutung der Landwirte bei uns und zu erheblichen Naturzerstörungen in der sogenannten Dritten Welt führen. Deshalb muss immer wieder deutlich gesagt werden: Eine Globalisierung ohne soziale und ökologische Verantwortung gefährdet die Welt. Wir brauchen eine soziale Gestaltung der Globalisierung. Ein Beispiel: Biomasse als Energiequelle und nachwachsende Rohstoffe - 50 Millionen Euro Förderung; volle Unterstützung - sind aus dem belächelten Nischendasein zu einem dynamischen Wirtschaftsfaktor geworden.

Wir sehen jetzt aber auch die Grenzen. Fast 20 Prozent der Ackerflächen werden bereits für die Erzeugung dieser nachwachsenden Rohstoffe genutzt, bei einem Anteil von 3 Prozent an der Gesamtenergieerzeugung. Selbst wenn man jeden Quadratmeter Acker dafür nutzte, käme man nur auf einen sehr überschaubaren Prozentsatz des Gesamtaufkommens. Deshalb ist in der Tat die einzige Stellschraube, die uns zur Verfügung steht, die Effizienzsteigerung beim Einsatz von Biomasse. Deshalb ist es völlig richtig, dieses Forschungszentrum zu installieren. Ich finde es gut, dass es zum Standort Leipzig gefunden hat, nicht nur wegen der schlichten geografischen Verortung und unserer Zuständigkeit für die neuen Bundesländer, sondern auch deshalb, weil inzwischen ein riesiges Erfahrungspotenzial im Umgang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen im Osten vorliegt, aber nicht abgerufen wird.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: „Unsere Zuständigkeit für die neuen Bundesländer“!)

Wir sind der Meinung, dass, wenn man sich einmal die Herausforderung und ihre Größenordnung anschaut, diese 5 Millionen Euro zu wenig sind. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen – das wird Sie nicht wundern –, dass –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

Roland Claus (DIE LINKE):

– die Agrargenossenschaften auch im Osten nicht benachteiligt, sondern weiter gefördert werden.

Ich möchte, da nicht nur in meinem Wahlkreis die fünfte Jahreszeit, also die Weinlese, angebrochen ist, eine letzte Bitte an den Herrn Minister richten:

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das ist nicht die fünfte Jahreszeit!)

Lassen Sie uns gemeinsam noch einmal etwas dafür tun, dass die europäische Weinmarktordnung nicht so wird, wie es der Entwurf noch vorsieht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Julia Klöckner

[CDU/CSU]: Die Weinlese ist nicht die fünfte

Jahreszeit! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]:

Das weiß er nicht, er kommt nicht aus dem Rheinland!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Cornelia Behm für Bündnis 90/Die Grünen.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte, dass ich zuerst Frau Heinen ganz herzlich zu ihrem neuen Amt gratuliere.

Jetzt komme ich aber zum Haushalt. Herr Minister, Sie versuchen auch bei Ihrem dritten Agrarhaushalt, durch Buchungstricks und Intransparenz von den Unzulänglichkeiten Ihrer Finanzpolitik abzulenken.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Welche Vorlage haben Sie gehabt?)

– Ich werde Ihnen dazu einiges erzählen. – Die vollmundig verkündete Aufstockung der Mittel für die Förderung des ländlichen Raumes um 45 Millionen Euro entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein ungedeckter

Scheck. Denn der Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 weist den gleichen Ausgabenposten aus wie der für das laufende Jahr, nämlich 615 Millionen Euro. Er wird lediglich durch die Bemerkung ergänzt, dass eine Erhöhung der Mittel um 45 Millionen Euro durch Vermögensverkäufe möglich ist. Versprechungen auf der Grundlage ungedeckter Schecks sind jedoch keine Aufstockung. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist auch kein Ausdruck von Ehrlichkeit, wenn Sie sich mit dem Argument zu schmücken versuchen, dass das die erste Aufstockung der GAK seit vielen Jahren wäre.

Herr Minister, ich darf Sie daran erinnern, dass seit Ihrer Regierungsübernahme für die zweite Säule jährlich 400 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als zu rot-grünen Zeiten. Damit entziehen Sie vielen arbeitenden Menschen auf dem Lande ihre Lebensgrundlage. Herr Minister, mit einem Placebo ändern Sie überhaupt nichts. Aber gleichzeitig binden Sie Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für neue Infrastrukturprogramme. Das fasse ich nicht. Auch uns Grünen liegt die flächendeckende Anbindung der ländlichen Räume in Deutschland an das Breitbandnetz am Herzen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: An die Radwege!) Das betrifft im Übrigen auch die von Ihnen erwähnte Energieversorgung, also die Versorgung durch Nahwärmenetze. Aber, Herr Minister, der ländliche Raum ist eine Querschnittsaufgabe. Da frage ich mich schon, warum Sie nicht Ihren Kollegen Tiefensee in die Verantwortung nehmen und stattdessen das Geld aus der GAK herausziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schon jetzt reichen die Mittel für das vorhandene Förderangebot nicht aus. Ich möchte nur kurz die stark gesunkenen Förderprämien für den Ökolandbau erwähnen. Dadurch haben unsere Landwirte wichtige Marktanteile in Deutschland verloren. Das Ergebnis Ihrer Politik ist Jahr für Jahr gleich: Die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik wird konsequent abgewickelt. Ich komme zur Unfallversicherung der Landwirte. Da wenden Sie das Prinzip an, das Sie auch schon bei der GAK anwenden: Intransparenz und Verschönerung von Vermögen. Sie wollen die Hälfte des Ansatzes, 100 Millionen Euro, durch Veräußerungserlöse finanzieren. Wer die Sozialversicherungssysteme über den erhofften Verkauf von Vermögenswerten des Bundes finanziert, handelt aber nicht seriös. Zumal Sie bis 2009 weitere 400 Millionen Euro für die Abfindung von Kleinrenten brauchen. Es ist wohl nicht ganz zufällig, dass Sie dieses Geld im Haushalt nicht ausweisen. Liebe Kollegen, schauen Sie in den Haushalt einmal hinein! Von Haushaltswahrheit und -klarheit halten Sie, Herr Minister, offensichtlich gar nichts. Wenn Sie Ihr Haus spätestens 2009 verlassen müssen, werden Sie sein Vermögen durchgebracht haben. Mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Man sollte sich in diesem Zusammenhang einmal den 21. Subventionsbericht der Bundesregierung anschauen.

Die Bundesregierung verkündet stolz eine Senkung der Subventionen im Agrarbereich von 1,3 Milliarden Euro auf 0,9 Milliarden Euro zwischen 2005 und 2008. Das hat den Deutschen Bauernverband sofort veranlasst, darauf hinzuweisen, dass die Landwirtschaft überproportional zum Subventionsabbau beiträgt. Doch schaut man in die Haushaltsvermerke, dann stellt man fest, dass die - vermeintlich gestrichenen - Subventionen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung nicht nur nicht korrekt bilanziert werden, sondern auch in einer Fußnote wieder auftauchen. Diese Verschleierungstaktik fruchtet. Zumindest den Verfassern des Subventionsberichts ist nicht aufgefallen, dass sie die Agrarsubventionen in Wirklichkeit gar nicht verringern.

Kommen wir noch einmal zum ökologischen Landbau. Dieser scheint Ihnen außerhalb von Fototerminen wirklich ein Dorn im Auge zu sein. Nach den Kürzungen um 4 Millionen Euro im Bundesprogramm Ökologischer Landbau im letzten Jahr setzen Sie nun noch eins drauf und streichen weitere 6 Millionen Euro. Damit haben Sie die Mittel dieses Haushaltstitels innerhalb von zwei Jahren halbiert. Sie strafen damit Ihre eigenen Ankündigungen, alle Landwirtschaftsbereiche gleich zu behandeln, Lügen. Sie tun das Gegenteil dessen, was Sie angekündigt haben: Sie stellen weniger Geld für die Forschung im boomenden Ökolandbau und mehr Geld für die von der Bevölkerung abgelehnte Agrogentechnik zur Verfügung. Herr Minister, ich frage Sie: Ganz ehrlich, wessen Interessen vertreten Sie eigentlich?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Georg Schirmbeck hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich war als Parlamentsabgeordneter schon einmal Mitglied einer Oppositionsfraktion. Daher kann ich mich in die Situation der Opposition ein bisschen hineindenken. Es gehört zum demokratischen Kräftespiel: Für eine Opposition ist nichts schlimmer, als dass der Regierung etwas gelingt. Wir haben einen Bundesminister, dem etwas gelingt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was denn?)

Alles, was er anfasst, gelingt ihm.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Lachen bei der FDP)

Herr Goldmann, ich finde es toll, dass Sie in so einer Situation als Liberaler sagen: Es gibt da immer noch einen Kriminellen, der mit Gammelfleisch handelt. Wenn es doch noch solch einen Kriminellen gibt, will ein Liberaler dann jeden Tag ein neues Gesetz oder eine neue Verordnung erlassen? Ein Liberaler vertraut doch erst einmal den Menschen! Auch wenn man noch so spezielle Gesetze verabschiedet, wird man immer wieder feststellen, dass es einige gibt, die ausbüxen und das machen, was sie eigentlich nicht machen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Herr Claus, ich wollte eigentlich einen ganz anderen Schwerpunkt setzen; aber Sie haben mich dazu animiert, auf etwas anderes einzugehen. Sie haben gesagt - ich sage es mit meinen Worten -: Erst kommt das Fressen, und dann kommen Ethik, Moral und Religion. Darauf möchte ich Ihnen entgegen: Da, wo ethisch, moralisch und religiös alles am Boden liegt, hilft auch das beste Fressen nicht mehr; da geht es in die Pampa, da geht es den Berg runter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bringe Ihnen einmal ein Beispiel. Ich habe einen Freund. Er heißt Albert Focke. Er ist Landrat in einem Landkreis in Norddeutschland, im Landkreis Vechta. Da sind die Kirchen voll. Da werden die meisten Kinder in Deutschland geboren. Da boomt die Landwirtschaft. Da boomt die Landtechnik. Da boomt alles, was wir bei diesem Einzelplan zu bereden haben. Ich sage Ihnen: Vielleicht hat das doch eine Verbindung, nämlich dass da, wo ethisch-moralisch-religiös die Dinge voreinander sind, auch gesellschaftlich alles voreinander ist. Ländlicher Raum ist nicht Pampa, sondern eigentlich der Bereich, wo neue Entwicklungen, neue Ideen entstehen, wo Zukunft gestaltet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen des Abg.)

Hans-Michael Goldmann [FDP] - Dr. Edmund

Peter Geisen [FDP]: Nenn mal den Umkehrschluss!

Lieber Michael Goldmann, ich war gestern beim Landesbauerntag.

Ich kenne da viele Leute oder sogar die allermeisten.

Da war beste Stimmung.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Es wird Geld verdient, unternehmerisch Geld verdient.

Das ist eine tolle Sache. Die einzelnen Aspekte müssen wir unterstützen. Das heißt überhaupt nicht, dass überall heile Welt ist. Natürlich haben die Ferkelzüchter Probleme.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber hallo!)

Da muss man sich im Detail anschauen, was man an der einen oder anderen Stelle tun kann. Es gibt in diesem Bereich aber auch Unternehmer, die sagen: Tut uns einen Gefallen: Fangt nicht an, irgendetwas zu reglementieren! Der unternehmerische Landwirt will in Ruhe gelassen werden, will sich seine Märkte suchen können, will etwas gestalten können.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig!)

Er will nicht jeden Tag irgendein neues Gesetz oder eine neue Verordnung von uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Hans-Michael Goldmann [FDP]: Du bist also gegen die Quote?)

Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Ernährungswirtschaft boomen. Wir waren mit einer Delegation des Haushaltsausschusses in Kiew.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo?)

Wir haben uns auch in Russland angesehen, wie sich Landwirtschaft dort entwickelt. Wir können feststellen, dass die deutschen Berater, die wir über diesen Einzelplan finanzieren, da nicht nur gute Arbeit leisten, sondern sogar die beste Investitionsförderung betreiben, die überhaupt denkbar ist. Sie sorgen dafür, dass deutsche Landmaschinen, deutsche Forsttechnik, deutsches Saatgut, deutsche Pflanzen, deutsche Produktionsverfahren

und -anlagen sowie deutsche Tiere dort begehrt sind und nach dorthin verkauft oder exportiert werden.

Voraussetzung dafür, dass diese Geschäfte weiter boomen, sich weiterentwickeln, ist, dass wir eine liberale Handelspolitik betreiben.

(Dr. Edmund Peter Geisen [FDP]: Sehr gut!)

Dazu gehört auch, dass wir uns einmal überlegen, ob die Visapolitik,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch

[DIE LINKE])

die wir in diesem Zusammenhang betreiben, so ist, wie sie für diese Unternehmen sein müsste. Wenn wir in Kiew und in Moskau neun Wochen brauchen, damit ein ukrainischer Unternehmer bei Claas in Harsewinkel einen Mähdrescher kaufen kann, dann ist irgendetwas falsch. Wenn unsere Botschaft in der Ukraine Claas in Harsewinkel quasi auf eine Liste setzt, sodass die keine Handelsbeziehungen mehr pflegen können, dann ist etwas falsch. Das haben uns beide Botschafter dort vorgetragen. Das sind Handelshemmnisse, die vom Auswärtigen Amt verursacht werden. Wenn ich nach einem Vierteljahr vom Auswärtigen Amt dazu noch keine zufriedenstellende Stellungnahme habe, dann ist das etwas, was ich auch als Vertreter der Regierungskoalition hier kritisieren muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der LINKEN - Ulrich Kelber [SPD]: Das

wollten Sie doch so haben!)

Wir haben im Zusammenhang mit diesem Einzelplan zu reden über Projekte wie „Ernährung und Bewegung“, wirtschaftlichen Verbraucherschutz, Mittel für Küstenschutz und Schutz vor Binnenhochwasser, mittelfristige Finanzplanung für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Breitbandversorgung im ländlichen Raum, vor allen Dingen die Baumaßnahme des Friedrich-Loeffler-Instituts auf der Insel Riems und die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Seien wir doch mal ehrlich! Man kann natürlich über alles polemisch reden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Man merkt

es gar nicht!)

Ich nehme aber einmal das Beispiel der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Wir alle wissen, dass wir gerade bei diesem Punkt auch regionale Probleme haben, weil es regional sehr unterschiedliche Strukturen gibt. Deshalb ist es schwierig, hier einen gerechten Ausgleich zu finden. Ich bin sicher, dass Ernst Bahr und ich, unterstützt durch die Fachleute, nach ausgiebigen Diskussionen einen guten Weg finden werden. Wir werden in der zweiten und dritten Beratung gute Vorschläge machen. Ich freue mich auf die Beratungen in den Fachausschüssen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Ulrich Kelber [SPD]: Aber das mit den Visa müssen Sie noch einmal nachlesen! - Weiterer

Zuruf von der SPD: Ja, da gab es eine Geschichte!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Edmund Geisen spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Würde ich meine Rede aus dem letzten Jahr hier halten - niemand würde es merken. Immer noch stehen die gleichen ungelösten Probleme auf der Agenda: Gammelfleisch, Vogelgrippe, LUV, also landwirtschaftliche Unfallversicherung, Erntehelferregelung, Grüne Gentechnik usw.

Aus dem frischen Reformwind, der mit Horst Seehofer in die Agrarpolitik Einzug halten sollte, ist eine echte Reformflaute geworden,  
(Beifall bei der FDP)

vielleicht auch deswegen, weil anscheinend hinter den Kulissen die schwarz-roten Auseinandersetzungen zum Teil orkanartige Ausmaße angenommen haben.

(Widerspruch bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die FDP bringt es nur auf heiße Luft!)

- Scherz beiseite. - Fakt ist, dass viele für die Landwirte existenziellen Themen entweder nur halbherzig angegangen wurden oder es sogar zu Verschlechterungen kommt, so bei der Gesundheitsreform, bei der Biodieselbesteuerung oder ganz aktuell bei den Plänen zur Erbschaftsteuer. Wirksame Reformen sehen anders aus, meine Damen und Herren!

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Nicht so aufregen!

- Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Wart's doch mal ab!)

Nun zum Dauerbrenner „landwirtschaftliche Unfallversicherung“: Es ist meines Erachtens ein Trauerspiel, mit ansehen zu müssen, wie diese schwarz-rote Koalition mit groß angekündigten Reformvorhaben umgeht.  
(Beifall bei der FDP)

Verehrter Herr Minister, Ihre Reformschwäche geht sowohl zulasten der Landwirte als auch zulasten des Haushalts und damit zulasten aller Steuerzahler. Ihre Abfindungsaktion für Kleinrenten ist für mich reine Geldverschwendung.

(Beifall bei der FDP)

Sie stecken in den nächsten beiden Jahren 800 Millionen Euro in ein längst nicht mehr finanzierbares System und werden sich wundern, wenn wir 2010 erneut vor leeren Kassen stehen werden. Die FDP setzt sich stattdessen mit ihrem Vorschlag zur Kapitaldeckung

(Zuruf von der SPD: Funktioniert doch nicht!

Das wissen Sie doch!)

für einen nachhaltigen, zukunftsfesten Umgang mit Steuermitteln ein.

(Beifall bei der FDP - Waltraud Wolff [Wolmirstedt]

[SPD]: So viel Beratungsresistenz

hätte ich Ihnen nicht zugetraut, Herr Geisen!)

Sehr verehrte Damen und Herren, wir stehen wieder vor der Obst- und Weinernte. Wieder müssen wir feststellen: Die Eckpunkteregeung ist ein Flop.

(Beifall bei der FDP)

Davon konnte ich mich bei der Kirschernte im Rheinland selbst überzeugen. Sie hilft nicht den Arbeitslosen, nicht den Saisonarbeitskräften, nicht den Bauern. Nein, sie verdirbt wieder die Ernte.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Da haben Sie recht!)

Die FDP-Fraktion fordert erneut: erstens weg mit der Eckpunkteregelung, zweitens volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und drittens bilaterale Vereinbarungen mit Ländern wie Serbien, Weißrussland und der Ukraine.  
(Beifall bei der FDP)

Haushalterisch gesprochen: Geben Sie den Landwirten endlich ihre unternehmerische Freiheit zurück, dann brauchen Sie sich auch nicht ständig für Ihre Subventionspolitik zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch davor warnen, vor lauter Klimawandelstrategien die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland aufs Spiel zu setzen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD)

Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass - bei allen berechtigten Forderungen zum Klimaschutz - auch in Zukunft die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel zu fairen Preisen möglich bleibt, faire Preise übrigens für beide Seiten: für die Landwirte ebenso wie für die Verbraucher.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie müssen zum Ende kommen.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Mein letzter Satz: Die FDP hat im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz viele konkrete Lösungen vorgelegt. Auf Ihre Vorschläge, Herr Minister, warten wir noch, hoffentlich nur bis Ende September! Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Manfred Zöllmer für die SPD-Fraktion.

Manfred Zöllmer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Heinen, auch von dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg in der neuen Aufgabe sowie uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Welt jenseits von Gammelfleisch und Vogelgrippe. Ich möchte gerade im Zusammenhang mit diesem Haushalt die Aufmerksamkeit ein bisschen auf diese Welt lenken. Die Herausforderungen an eine aktive und gestaltende Verbraucherpolitik sind größer und wichtiger als je zuvor. Wir wissen, dass sich das Wirtschaftsleben auf globaler Ebene abspielt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen jetzt in vielen Bereichen zusätzlich Eigenverantwortung übernehmen, etwa im Bereich der Altersversorgung. Hierdurch ergeben sich neue Möglichkeiten und Chancen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch große Aufgabenfelder für die Verbraucherpolitik.

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat Minister Seehofer am 15. März die Charta Verbrauchersouveränität in der digitalen Welt vorgelegt. Damit hat er wichtige Standards für ein verbraucherfreundliches digitales Wirtschaftsleben benannt. Immer mehr wird das Internet zum Handelsplatz: Waren werden ersteigert, Onlinebankgeschäfte getätigt. Deshalb ist das Vertrauen in die Sicherheit und Zuverlässigkeit der



Informationstechnologie ein besonders wichtiger Aspekt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass die vertraulichen Daten geschützt werden. Verbraucherschutz und Datenschutz sind in der digitalen Welt inzwischen Zwillinge geworden. Wir brauchen faire Nutzungsmöglichkeiten für digitale Medien. Insoweit stehen wir vor einer Anpassung des Datenschutzes. Wir müssen die Verantwortlichkeiten von Diensteanbietern neu definieren und europaweite Vertragsstandards ermöglichen. Mit diesem Vorhaben hat die Bundesregierung insgesamt - denn hier sind verschiedene Ministerien beteiligt - deutlich gemacht, dass sie sich auf diesen Weg begeben will. Es ist - das wurde schon deutlich - sehr zu begrüßen, wenn im Haushalt 10 Millionen Euro eingestellt werden, um die Versorgung ländlicher Regionen mit Breitbandanschlüssen voranzutreiben. Viele Unternehmen sind auf diese Breitbandanschlüsse angewiesen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Regionen in Deutschland abgekoppelt sind. Das stellt für die Wirtschaft eine Wachstumsbremse dar. Strukturförderung und ländliche Entwicklung werden mit dieser Position im Haushalt in die richtige Richtung gedrängt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Der Telekommunikationssektor ist ein weiterer für uns ganz wichtiger Bereich. Erst Anfang dieses Monats ist das neue Telekommunikationsgesetz in Kraft getreten, mit dem wir den Kundenschutz signifikant verbessert haben: Preisansageverpflichtung, Preistransparenz usw. Dennoch macht uns die Branche weiterhin Sorgen. Ich nenne nur drei Punkte: belästigende und verbotene Telefonwerbbeanrufe, das Problem ewiger Warteschleifen bei Hotlines - der Minister hat es vor kurzem angesprochen - und Callcenter, die aggressive Verkaufsstrategien verfolgen. Günter Wallraff hat in seinem neuesten Buch die Praktiken und Arbeitsbedingungen der schwarzen Schafe in dieser Branche deutlich beschrieben. Ihnen muss das Handwerk gelegt werden.

Deshalb wird diese Bundesregierung entschieden gegen die sogenannten Cold Calls vorgehen. Eine Rufnummerunterdrückung darf es in Zukunft nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wer gegen das bereits jetzt geltende Verbot im UWG verstößt, muss mit Bußgeld belegt werden. Wir müssen alle Verträge, die telefonisch geschlossen werden, ausnahmslos einem Widerrufsvorbehalt unterziehen. Darüber hinaus lassen sich weitere zivil- und vertragsrechtliche Möglichkeiten denken.

Aber auch die Wirtschaft muss stärker Verantwortung übernehmen. Werbestrategien einzelner Unternehmen müssen überdacht werden. Die Unternehmen müssen sich zu bestimmten Standards verpflichten. Es muss Zertifizierungen für Callcenter geben. Wir dürfen die Wirtschaft hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Das Gleiche gilt für die Warteschleifenproblematik; jeder kennt sie. Es ist unerträglich, wenn man, während der Gebührenzähler tickt, 95 Knöpfe drücken und zehn Minuten warten muss, bis man, wenn man Glück hat, endlich ein menschliches Wesen auf der anderen Seite am Apparat hat. Das kann auf Dauer so nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Peter Bleser [CDU/CSU])

Verbraucherpolitik ist und bleibt Querschnittsaufgabe. Daher will ich nicht versäumen, der Bundesministerin Frau Zypries ausdrücklich dafür zu danken, dass sie mit ihrem Entwurf einer Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens und dem geplanten Pfändungsschutzkonto eine Verbesserung für viele überschuldete Menschen in unserem Land durchsetzen wird. Damit wird es in Zukunft auch sehr viel einfacher werden, das Recht auf ein Girokonto für jedermann gegenüber den Banken durchzusetzen.

In der Energiepolitik sind wir mit einer Vielzahl von gesetzlichen Initiativen und Maßnahmen auf einem guten Weg zu einem funktionierenden Wettbewerb. Energiewirtschaftsgesetz, Unbundling, Missbrauchsaufsicht im GWB, Vorschriften zur Verbesserung im Bereich des Anbieterwechsels, zur Anreizregulierung und zur Kraftwerks-Netzanschlussverordnung seien hier genannt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

Manfred Zöllmer (SPD):

Verbraucherpolitik ist bei dieser Bundesregierung in guten Händen. Wir werden auch in Zukunft gemeinsam daran arbeiten, sie voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt gebe ich Karin Binder für Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Unsere Debatte über den Haushalt des Verbraucherschutzministeriums wird auch in diesem Jahr von unerfreulichen Ereignissen überlagert. Mittlerweile liegen Meldungen über mehr als 220 Tonnen Gammelfleisch in Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein vor. Widerlich! Hatten wir vor einem Jahr nicht die gleiche Situation? Auch damals war die Haushaltsdebatte von einem Ekelfleischskandal geprägt. Herr Minister Seehofer hat uns auch während der letzten Debatte erläutert, dass sein Maßnahmenpaket bereits weitgehend realisiert sei. Ich frage nun: Wenn das damalige 10-Punkte-Programm des Ministers doch schon weitgehend realisiert war oder ist, wie kommt es dann, dass auch heute noch Fleischabfälle in der Gastronomie landen? Im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher wird es Zeit, dass Schlachtabfälle auch als solche gekennzeichnet und eingefärbt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nur so werden sie mit einiger Sicherheit nicht mehr in den Verkehr gelangen.

Diese Forderung kommt auch aus der internationalen Tagung der Lebensmittelkontrolleure, die zurzeit in Berlin tagt. Lebensmittelkontrollen müssen personell und materiell besser ausgestattet werden. Schulungen müssen für den aktuellen Kenntnisstand sorgen. Nur so können wir die Lebensmittelsicherheit langfristig verbessern. Wir brauchen dafür aber bundeseinheitliche Qualitätsstandards und endlich verbindliche, länderübergreifende

Qualitätssicherungssysteme.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu müssen die Verbraucherminister am kommenden Donnerstag verpflichtet werden. Von Ihnen, Herr Minister Seehofer, erwarten wir, dass Sie Ihre verfassungsgemäßen Kompetenzen ausschöpfen und auf Umsetzung drängen. Die hier oft beschworene Eigenkontrolle und Selbstregulierung der Lebensmittelindustrie funktioniert eben nur dürftig. Dies war in diesem Fall erneut sichtbar. Nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch die ehrlichen Firmen mit guten Produkten und hohen Qualitätsansprüchen würden von einer verbesserten Lebensmittelkontrolle profitieren. Sie würden ebenso von einem endlich umgesetzten Verbraucherinformationsgesetz profitieren. Die Behörden dürften dann bei Bekanntwerden solcher Probleme endlich öffentlich die Betrüger nennen. Leider aber parkt die schwarz-rote Bonsai-Version des VIG noch im Bundesrat. Für mich stellt sich dabei die Frage: Hat das Ministerium deshalb noch keine Mittel im Haushalt eingestellt, um das Gesetz einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen? Meine Damen und Herren, nur wer seine Rechte kennt, der kann sie auch in Anspruch nehmen. Damit das Gesetz seinen Zweck erfüllen kann, Markttransparenz herzustellen und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken, muss es kommuniziert werden. Das ist die Aufgabe der Regierung, und dafür müssen Mittel eingeplant werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Im vorliegenden Haushalt setzt das Ministerium verbraucherpolitisch fast ausschließlich auf Maßnahmen im Ernährungsbereich. Verbraucherschutz in wirtschaftlichen und finanziellen Belangen oder bei den ständig neuen Kommunikationstechniken spielt damit so gut wie keine Rolle. Angesichts der Unzahl geprellter Anlegerinnen und Kreditnehmer, betrogener Telekommunikationsnutzerinnen, zugemüllter Mail-Accounts und abgefischter Kontodaten ist das nicht nur unzeitgemäß, sondern in jedem Fall ungenügend. Auch deshalb möchte ich am Ende meiner Rede auf die Verbraucherberatung eingehen. Wir alle sind uns darin einig, wie wichtig und unverzichtbar eine unabhängige Verbraucherberatung ist. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die bestehenden Strukturen finanziell abgesichert werden. Das ist zwar nur bedingt über den Bund möglich, aber nicht einmal das, was möglich wäre, wird gemacht. Die Stiftung Warentest soll künftig zum Beispiel mit einer halben Million Euro weniger auskommen, obwohl auch ihre Aufgaben eher wachsen. Den Verbraucherzentralen wiederum wurde noch vor Kurzem signalisiert, dass man sich um die Finanzierung ihrer Projekte zum wirtschaftlichen Verbraucherschutz bemühen würde. Davon ist im aktuellen Zahlenwerk aber nichts zu finden. De facto fehlen hier 2,5 Millionen Euro. Das heißt, Personal muss entlassen und Angebote müssen eingestellt werden.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Erst informieren, dann reden!)

Wenn wir jetzt noch zwei Jahre warten müssen, bis eine Studie zur Finanzierung der Verbraucherberatung

erstellt wird, dann sind die Strukturen der Verbraucherzentralen bis dahin zerbröseln. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wichtige Expertinnen und Experten sind dann abgewandert.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Fürchten Sie das mal nicht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Haushalt bleibt weit hinter den aktuellen Anforderungen eines gesundheitlichen, wirtschaftlichen und digitalen Verbraucherschutzes zurück. Mit diesem Haushalt stärken Sie die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Julia Klöckner [CDU/CSU]: Sehr abenteuerlich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Bärbel Höhn für Bündnis 90/Die Grünen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Frau Kollegin, Coppenrath & Wiese hat gerade für 100 Millionen Euro bei uns gebaut! Dank Ihrer Unterstützung!)

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Die Haushaltberatungen 2008 finden zur Halbzeit der Legislaturperiode statt.

Nach zwei Jahren kann man Bilanz ziehen. Die Bilanz nach zwei Jahren Seehofer sieht so aus: große Ankündigungen und kleine Taten. Die entscheidende Frage ist nämlich: Was kommt für die Menschen dabei herauf?

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Erzählen Sie doch etwas zu Coppenrath & Wiese!)

Ich fand interessant, was Minister Seehofer zum Gammelfleischskandal gesagt hat. Das Einzige, was ihm bei diesem Skandal einfiel - immerhin der dritte während seiner Amtszeit -, war, dem mutigen Lkw-Fahrer herzlich zu danken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wie viele Skandale hatten Sie eigentlich?)

Es war zwar gut, dass er ihm gedankt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist genau der richtige Ansatz!)

Aber ist es nicht ein Armutszeugnis, dass man auf mutige Lkw-Fahrer und mutige Mitarbeiter angewiesen ist, weil die Kontrollen nicht funktionieren?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Darauf ist man immer angewiesen!)

Mit der Frage, warum die Kontrollen nicht funktionieren, muss sich die Politik beschäftigen.

Herr Seehofer hat vor anderthalb Jahren selber gesagt:

Wenn wir feststellen, dass es zu wenig Kontrolleure gibt, müssen wir selbstverständlich aufstocken. - Vor einigen Monaten hat auf meine Frage, wie es denn jetzt nun mit dem Personal sei, sein Ministerium zugeben müssen, dass der Bundesregierung keine konkreten Informationen über die Aufstockung des Personals bei den für die Durchführung der Lebensmittelüberwachung zuständigen Ländern vorliegen. Wer den Mund so voll nimmt, muss damit rechnen, dass seine Taten an dem gemessen werden, was er vorher gesagt hat. Da sieht die

Bilanz sehr mager aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt: Fahrgastrechte. Minister Seehofer hat im Juli 2006 angekündigt, er wolle eine Verbesserung bei den Fahrgastrechten. Was lese ich jetzt? Die Kollegin Zypries hat letzte Woche versprochen, ein Gesetz vorzulegen. Ankündigung, Ankündigung, Ankündigung. Das nützt den Menschen in diesem Land nichts. Sie werden an Ihren Taten gemessen und nicht an Ihren Worten.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sie haben doch gar nichts gemacht!)

Nächster Punkt: Bioprodukte. Die Verbraucherinnen und Verbraucher fragen immer mehr Bioprodukte nach. Was passiert? Immer mehr Bioprodukte werden aus dem Ausland eingeführt. Auch das ist eine schlechte Tendenz. Wer Bioprodukte kauft, will, dass diese Produkte in der Nähe produziert werden und dass unsere Bauern eine Chance haben, sie anzubauen. Auch das haben Sie verschlafen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Zuruf von der SPD: Die grünen Entwicklungspolitiker sehen das aber völlig anders!)

Nächster Punkt: Tierseuchen. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass über 350 000 Tiere getötet werden mussten - die größte Tötungsaktion in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist das Ergebnis eines fehlenden Tierseuchenkonzeptes. Immer nur auf Tötungen zu setzen, ist nicht die Lösung. Schauen Sie auf die Niederlande! Dieses Land hat die größte Erfahrung mit Tierseuchen in der EU. Dort wird es anders gemacht; denn dort wird geimpft. Es wäre angemessen, auch in Deutschland freiwillige Impfungen durchzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende werden Sie, Herr Minister Seehofer, in der Tat daran gemessen, wie Sie öffentlich dastehen. Sie werden aber nicht an selbstgefälligen Reden und Schönrederei gemessen. Schauen wir einmal, wie die Öffentlichkeit mittlerweile über Sie urteilt. Sie, Herr Seehofer, haben selber gesagt, es gebe zwei Sorten von Menschen: Handwerker und Mundwerker.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wo würden Sie sich denn einordnen?)

Was haben Sie nicht alles verkündet! In der Monatszeitschrift Capital wurden Sie kürzlich als „Untätigkeitsminister“ bezeichnet. Untätigkeitsminister heißt in der Tat: viel ankündigen und wenig tun.

Sie haben bewiesen, dass Sie mit dem Mund gut sind. Dass Sie aber Ihr Handwerk beherrschen, müssen Sie noch beweisen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das Handwerk läuft bestens!)

Es wäre für die Menschen gut, wenn es Ihnen gelingen würde. Bis jetzt fällt Ihre Bilanz sehr mager aus. Das ist schade; denn es ist nicht gut für die Bevölkerung in Deutschland.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht der Kollege Peter Bleser für die CDU/

CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Manchmal kommt man sich vor, als wenn man im falschen Saal wäre. Frau Höhn, was Sie gerade vorgetragen haben, hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann sollten wir mal über die Realität reden!)

Ich nenne das Thema Seuchen gleich beim Namen: Keine Bundesregierung zuvor hat so viel in das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems investiert, wie diese es getan hat und noch zu tun vorhat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort wird wissenschaftlich an der Lösung des in diesem Zusammenhang bestehenden Problems gearbeitet. Wenn es zurzeit keinen Markerimpfstoff gibt, dann kann man einen solchen auch nicht herbeireden. Aber wir sind sehr hoffnungsvoll, dass es demnächst gelingt, einen solchen einsetzen zu können.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt doch Impfstoffe!)

Es ist schon merkwürdig, Herr Goldmann: Haben nicht auch Sie die Stimmung aufgenommen, die sich in der Landwirtschaft und der Bevölkerung nicht nur in Bezug auf unser Fachthema, sondern insgesamt wegen der guten Konjunkturentwicklung, der Arbeitsmarktzahlen und der positiven Entwicklung des Haushaltes, über den wir heute diskutieren, breit macht? Haben Sie diese Stimmung nicht wahrgenommen?

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Doch, habe ich!

Doch sie könnte noch viel besser sein!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das Agrarkonjunkturbarometer, das seit einigen Jahren erhoben wird, ist mittlerweile bei der Punktzahl 32 angekommen. Frau Höhn, zu Zeiten Ihrer Kollegin Künast lag es bei minus 18. Da haben sich in der Zwischenzeit Welten verändert.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das sind Fakten!)

Das zeigt am deutlichsten die Entwicklung, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden hat.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das kommt durch das EEG! Das weißt du!)

Es ist nun einmal so: Neue Ideen, Verlässlichkeit und Kontinuität sind die Markenzeichen dieser Bundesregierung und unseres Ministers Seehofer. Das zeigt sich wieder bei der Vorlage dieses Haushaltes. Wir sind sehr stolz darauf und sehr zufrieden, dass dies auch draußen so gesehen wird.

Ich will die Schwerpunkte zusammenfassen: Wir haben die Haushaltsansätze für die Durchsetzung der Verbraucherrechte und des Verbraucherschutzes erhöht. Wir haben zum Beispiel vorgesehen, dass die Verbraucherzentralen in den Ländern - dies sollte eigentlich in diesem Jahr auslaufen - auch im nächsten Jahr 2,5 Millionen Euro für projektbezogene Verbraucherberatung aufwenden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Das ist ein echter Fortschritt. Das haben wir jetzt eingeplant. Herr Kollege Bahr, ich weiß, dass Sie dabei mitgeholfen haben.

Wir haben die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erstmals wieder aufgestockt; der Minister hat darauf hingewiesen. In den nächsten drei Jahren dürfen bis zu 50 Millionen Euro für die Förderung von Breitbandanschlüssen in ländlichen Regionen, in unseren schönen Dörfern, liebe Waltraud Wolff, aufgewendet werden. Genau das wollen wir. Wir wollen die Chancengleichheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen sicherstellen. Das wird damit am ehesten erreicht. Dies führt zu Investitionen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein weiterer Punkt - er ist genauso wichtig - ist die Agrarsozialpolitik. Hier hat es in den letzten Jahren immer wieder Einschnitte und Belastungen gegeben. Das ist, wenn der Haushalt so beschlossen wird, im dritten Jahr in Folge nicht mehr der Fall. Wir haben auch hier die Mittel aufgestockt; auch hier ist Planungssicherheit geschaffen worden. Ich sage an dieser Stelle aber auch - Frau Wolff, da bin ich mit Ihnen einig -: Dazu gehört eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die über mehrere Jahre Bestand hat. Da müssen unsere Länder noch etwas nachlegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich stimme mit Ihnen völlig überein: Man kann es nicht beim Status quo belassen. Das sehen wir genauso. Ich bin erfreut, dass wir in der Koalition darüber Einigkeit haben.

Manchmal sind kleine Zeichen viel wichtiger für die Bewertung einer Lage als umfangreiche Statistiken. Für mich ist ein solches Zeichen die Tatsache, dass die Zahl der Auszubildenden in den 15 grünen Berufen - ich meine die richtigen grünen Berufe, Frau Höhn - auf 42 000, also um 1,3 Prozent, gestiegen ist. Das ist eine Trendwende. Das sind die wahren Zeichen der Hoffnung und der Zuversicht, die wir in der Bevölkerung feststellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehört natürlich auch Verlässlichkeit. Ich will deswegen noch etwas ansprechen, was in den letzten Monaten in der öffentlichen Diskussion häufig eine Rolle gespielt hat: die Milchquote. Wir bleiben bei der Verlässlichkeit unserer Aussage: 2015 endet sie. Wir wollen aber vorher wissen, wie das Ausstiegsszenario aussieht, bevor wir das endgültige Go geben.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: So ist es! - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Gestalte es doch!)

Das ist völlig in Ordnung. Das muss draußen auch so vertreten werden.

Nun möchte ich noch etwas ansprechen, was mir auf dem Herzen liegt. In den letzten Wochen hat ein großes Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel - ich nenne den Namen: Aldi - in für mich vorbildlicher Weise agiert, indem es den Molkereien aus der Not geholfen hat, als die Kosten für die weiße Ware Frischmilch,

Joghurt und ähnliche Produkte in Konkurrenz zu Magermilchpulver und Butter nicht mehr wettbewerbsfähig waren.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss. – Offen die Verbraucher zu informieren, dass man die erhöhten Rohstoffkosten weitergeben muss, und dann auch nur diese weiterzugeben, halte ich für vorbildlich. Damit ist eine Verbesserung der Einkommenslage der milchproduzierenden Landwirtschaftsbetriebe erreicht worden. Auch das ist ein positives Zeichen. Die Politik der Bundesregierung wirkte unterstützend. Da der Staatssekretär Gerd Müller hier sitzt, möchte ich zum Abschluss sagen: Die Stabsstelle Exportförderung, für die er rackert, hat tolle Erfolge hervorgebracht. Auch das dürfen wir uns auf die Fahne schreiben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß für die SPD-Fraktion.

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 liegt uns vor. Da sich die Wirtschaft weiterhin gut entwickelt, wollen wir an den großen Zielen Konsolidierung und Wachstumsförderung festhalten.

Wir wollen aber auch an dem Bemühen festhalten, die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken; denn eine gute wirtschaftliche Entwicklung und aufgeklärte, mündige Konsumenten gehören zusammen, vor allen Dingen, wenn diese Entwicklung nachhaltig sein soll. Verbraucherpolitik ist schließlich – das wissen wir alle – Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite. Deshalb ist es wichtig, dass im Verbraucherministerium auf der Ausgabenseite zukunftsorientierte Maßnahmen und Programme gestärkt werden und gleichzeitig im Verwaltungsbereich gespart wird.

Aufklärung und Information der Verbraucher sind ein Schwerpunkt. Deshalb unterstütze ich den Ansatz, die Mittel für entsprechende Projekte nicht zu kürzen. Ich finde es richtig, dass Minister Seehofer an der Schlichtungsstelle Mobilität festhalten will, auch wenn Frau

Bundesministerin Zypries inzwischen erfreulicherweise Eckpunkte für ein Gesetz zur Verbesserung der Fahrgastrechte von Bahnfahrerinnen und Bahnfahrern vorgestellt hat. Solange die Einhaltung der Rechte von Personen auf Flug-, Schiffs- und Busreisen nicht ausreichend gewährleistet ist, darf diese Projektförderung nicht eingestellt werden. Es muss aber auch ein Weg gefunden werden, die Projektförderung in den 16 Verbraucherzentralen der Länder für wenigstens zwei Jahre fortzuführen.

Wir wissen, dass es leider einige Bundesländer gibt, die sich zunehmend aus der Verantwortung gestohlen haben.

Nicht nur das belastete Spielzeug aus China sollte die Verantwortlichen in den Ländern aufhorchen lassen.



Eine warenkundliche Verbraucheraufklärung wird in allen Bereichen zunehmend nachgefragt und tut not. Die Länder sind, so denke ich, dazu verpflichtet. Gift im Spielzeug unserer Jüngsten, bleibelastete Barbies aus China, Wachsmalstifte mit einem Schwermetallgehalt, der den zulässigen Höchstwert um das 17-Fache übersteigt, Spieltelefone, die Hörschäden verursachen – vor all diesen gefährlichen Produkten müssen wir unsere Kinder schützen und über sie müssen wir die Verbraucher entsprechend aufklären.

Auch Kinder und Jugendliche sind Verbraucher. Ein beträchtlicher Teil des Taschengeldes wird in Handys, Klingeltöne, Kleidung und Fast Food gesteckt. Kinder und Jugendliche werden mit einer speziell auf sie ausgerichteten Werbung umworben. Die Wirtschaft hat sie längst als Zielgruppe entdeckt. Es ist an der Zeit, dass die Verbraucherpolitik das ebenfalls tut. Nicht nur unsere Sicherheits- und Gesundheitsstandards müssen sich an den Kleinsten und Schwächsten unserer Gesellschaft orientieren; auch die Verbraucheraufklärung muss stärker auf sie ausgerichtet werden, wenn sie zu kritischen, selbstbestimmten Marktteilnehmern heranwachsen sollen. Auch junge Verbraucherinnen und Verbraucher müssen besser über das Angebot auf dem Markt informiert werden, zum Beispiel über die Zusammensetzung der Produkte, über ihre Wirkung, aber auch über die Umstände, unter denen sie erzeugt werden, und zwar sowohl über die sozialen als auch über die umwelt- und gesundheitsrelevanten Aspekte. Das gilt für beinahe alle Bereiche; denn Verbraucherpolitik – wir haben es schon mehrfach gehört – ist ein Querschnittsthema. Das gilt für Ernährung, für Warenkunde, für Verträge, für Finanzdienstleistungen sowie für den Umgang mit Medien und Telekommunikation.

Ein zukunftsfähiges Angebot auf dem Markt setzt eine nachhaltige Nachfrage voraus. Dafür müssen wir die Verbraucher von morgen fit machen. Wir müssen sie vor üblen Angeboten von heute schützen: vor Gift im Spielzeug, vor Gammelfleisch im Döner, vor Blei in der Kleidung, vor nicht zugelassenem Gentech-Reis und vor Pestiziden im Obst. Neben verstärkten und effektiveren Lebensmittel- und Produktkontrollen und harten Sanktionen bei Verstößen sind Aufklärung und Transparenz die wichtigsten Instrumente gegen solche Skandale.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wo die freien Kräfte des Marktes wirken, muss die Seite der Nachfragenden durch Schutzrechte, durch Information und Aufklärung gestärkt werden. Wir sollten dabei verstärkt und zielgruppengerecht auch unsere jüngsten Verbraucher im Auge haben und dies bei der Gestaltung des Haushaltes berücksichtigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPDFraktion.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss der Debatte zu diesem Einzelplan im Rahmen der Einbringung des Haushaltes möchte

ich noch ein paar Anmerkungen zu zwei Themen machen.

Erstes Thema: die sogenannte Grüne Gentechnik.

Ich glaube, man muss in der Mitte einer Legislaturperiode und im Anschluss an einen Sommer, in dem Sie alle gehört haben, dass die Große Koalition eine Einigung über die Fortentwicklung des Gentechnikrechts erzielt hat, in der Tat ein paar Punkte dazu nennen. Es ist relativ normal, dass eine Opposition im Deutschen Bundestag Kritik äußert, wenn die Regierungsfractionen zu einer Einigung gekommen sind. Manchmal kritisiert man Details, manchmal sagt man - das ist fast schon Usus -, dass die gesamte Regelung falsch sei. Aber hierbei sind wir auf eine übermäßig starke Kritik gestoßen. Deswegen möchte ich einen kurzen Augenblick dabei verweilen.

Die FDP kritisierte - ich fasse dies kurz zusammen -, dies sei der Untergang der deutschen Forschungslandschaft (Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ist es auch!)

und Deutschland nutze seine Chancen auf den Äckern nicht.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Trifft zu!)

Den zweiten Punkt sollten Sie in der FDP unbedingt beibehalten, weil ich es immer gut finde, wenn die FDP gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung - in diesem Fall 80 Prozent - Politik betreibt; denn das macht es dann leichter für die anderen Parteien.

Ich komme zur Forschungslandschaft zurück. Man muss einfach die FDP-Pressemitteilung neben die Einschätzung der Forschungsinstitute legen. Dann sieht man den Unterschied zwischen Parteiideologie und Realität in diesem Land. Denn die Forschungsinstitute haben gesagt, dass es gut war. Sie haben seltsamerweise in der letzten Woche feststellen müssen, dass es FDP-mitregierte Bundesländer waren, die manche der Erleichterungen für die Forschung im Agrarausschuss des Bundesrates ablehnen wollen. Da, wo wir Anzeigepflichten gefordert haben, sollen Genehmigungspflichten gelten. Das ist völlig unverständlich und passt nicht zu dem, was Sie behauptet haben.

Die Kritik von Grünen und Linkspartei war in etwa gleichlautend. Auch da wurde behauptet, dies sei die völlige Öffnung gegenüber der Grünen Gentechnik, es gebe keinerlei Koexistenz mehr, die Verbraucherinnen und Verbraucher würden im Stich gelassen. Das waren die Stichworte. Auch das sollte man neben die Kritik von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden legen, deren erste Zusammenfassung - ich beziehe mich hier auf die des Kampagnenzusammenschlusses - lautete: „Der angekündigte Durchmarsch der Gentechnik findet nicht statt.“ Das war der erste und entscheidende Satz auf der Webseite von Campact. Das ist auch richtig. Denn - jetzt müssen meine Koalitionspartner die Ohren einmal kurz halb schließen -

(Heiterkeit des Abg. Peter Bleser [CDU/CSU])

wir haben beim Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und bei der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der unter SPD und Grünen erzielten Rechtslage noch etwas drauflegen können, insbesondere

bei der Frage der Kennzeichnung. In Zukunft ist auch bei tierischen Produkten zu erkennen, ob sie von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Organismen gefüttert worden sind oder nicht.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Setzt euch erst mal durch!)

Das ist ein deutlicher Fortschritt, der gerade von den Verbraucher- und den Umweltschutzverbänden einstimmig unterstützt wird.

Wir haben im Bereich der Haftung für die gentechnikanwendende Landwirtschaft keine Veränderungen vorgenommen.

Der einzige Punkt, der angesprochen wurde, waren die sogenannten privatrechtlichen Vereinbarungen.

Sie werden am Ende in einem sehr geringen Umfang angewandt werden und auch nichts anderes, als man heute über Umgehungstatbestände schon tun könnte, und zwar aus einem einfachen Grund: Jeder Landwirt, der eine privatrechtliche Absprache trifft, muss sofort vollständig kennzeichnen, weil er nicht alles Vermeidbare in Bezug auf die Abstände getan hat.

Es ist sehr leicht, mit dieser Kritik umzugehen. Denn diejenigen, die etwas von diesem Thema verstehen, die Expertinnen und Experten, sagen: Alles, was ihr mit eurem nationalem Recht zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und zur Erhaltung der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher tun konntet, habt ihr getan.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und was ist mit dem Abstand? 50 Meter! -

Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Das, was ihr da macht, ist Etikettenschwindel!)

Weil das, was man mit nationalem Recht machen kann, Grenzen hat, wird die SPD nach der Verabschiedung des Haushalts weitere Vorschläge vorlegen, wie das europäische Recht weiterentwickelt werden kann, um das, womit wir auf nationaler Ebene begonnen haben, im Rahmen einer Veränderung des europäischen Rechts fortzusetzen.

Der zweite Aspekt sind die gestiegenen Lebensmittelpreise; wenn Peter Bleser dieses Thema nicht angesprochen hätte, wäre es in dieser Debatte wahrscheinlich gar nicht erwähnt worden. Das wäre schade gewesen, weil diejenigen, die Landwirtschaftspolitik, Ernährungspolitik und Verbraucherschutz betreiben, hierzu Stellung nehmen müssen; denn dieses Thema steht mindestens einmal pro Woche auf der Tagesordnung.

Wir müssen - nicht nur mit Blick auf die Situation der Landwirtinnen und Landwirte - sagen: Es war an der Zeit, dass die Erzeugerpreise ein faires Niveau erreicht haben, dass sie also etwas gestiegen sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man sich ansieht, wo die Erzeugerpreise gelegen haben, muss man feststellen: Auf diesem Niveau waren auf Dauer weder Qualität noch Lebensmittelsicherheit, noch eine gesunde Entwicklung des ländlichen Raums und der Kulturlandschaft möglich. Deswegen ist es gut, dass die Einnahmen aus den Preissteigerungen - zumindest ein Teil von ihnen - bei den Landwirten in den verschiedenen Regionen Deutschlands angekommen sind.

Genau hinsehen muss man bei denjenigen, die so etwas zu nutzen versuchen, indem sie ihre Preise stärker anheben, als es aufgrund der Veränderung der Rohstoffpreise und der Erzeugerpreise eigentlich notwendig wäre. Um dem zu begegnen, gibt es im Kartellrecht und an anderen Stellen geeignete Mittel. Insbesondere die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf achten, dass sie nicht in diese Falle gehen und überhöhte Preise zahlen. Vielmehr müssen sie den Wettbewerb nutzen, um die Preise auf ein angemessenes Niveau zu drücken. Damit würden sie auch dazu beitragen, dass die Einnahmen bei den Landwirten ankommen.

Ich bitte diejenigen, die Landwirtschaftspolitik betreiben, eines nicht außer Acht zu lassen: Zu verzeichnen sind gestiegene Erzeugerpreise, aufgrund des EU-Kompromisses nach wie vor ungekürzte Direktzahlungen und deutliche Kürzungen der Mittel für die ländliche Entwicklung und die ökologische Landwirtschaft. Wer diese drei Aspekte miteinander verbindet, der stellt fest: Das schreit danach, dass über diesen Zusammenhang noch einmal diskutiert wird, allerdings aus dem Blickwinkel der deutschen Landwirtschaft, nicht aus europäischer Perspektive über Deutschland.

Man darf nicht erst aufgrund des Drucks von außen etwas ändern. Wir sollten nicht zulassen, dass man sagt: Wir werden die Direktzahlungen - draußen werden sie übrigens Subventionen genannt - in beliebiger, vorher festgelegter Höhe beibehalten, obwohl sich die Einnahmesituation verbessert hat. - Wir müssen uns darüber unterhalten, wann wir Korrekturen vornehmen wollen, ob wirklich bis 2009 oder bis 2013, und wie wir es schaffen können, mehr Mittel für die Entwicklung der ländlichen Räume und insbesondere für eine Beschleunigung der Umstellung auf ökologischen Landbau bereitzustellen. Das ist eine gemeinsame Verantwortung.

Man muss dazusagen: Der geringe Zuwachs im Jahr 2007 ist auf diejenigen zurückzuführen, die schon im Jahr 2004 mit der Umstellung begonnen haben. Es besteht schon seit mehreren Jahren die Situation, dass zu wenig umgestellt wird. Das ist eine geteilte Verantwortung. Geteilte Verantwortung heißt, dass wir gemeinsam die Aufgabe haben, diesen Prozess in den Ländern zu beschleunigen, die dringend wieder Umstellungshilfen zahlen müssen. Außerdem sollte der Bund das Förderprogramm in ungekürzter Höhe fortführen. Das verlangen die Märkte. Wir verspielen im Augenblick einen Milliardenmarkt. Das darf nicht die Politik der Bundesrepublik Deutschland sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Einzelplan 16.

Das Wort hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel.

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz

und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Umweltschutzausgaben im Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2008 betragen insgesamt 4,7 Milliarden Euro, davon allein fast 1 Milliarde Euro im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - dies betrifft unsere Entwicklungszusammenarbeit mit vielen anderen Ländern im Bereich des Umweltschutzes -, über 300 Millionen Euro im Bereich des Bundesfinanzministeriums, vor allen Dingen für die Altlastensanierung in der ehemaligen DDR, und über 700 Millionen Euro im Forschungsministerium zum einen für umweltbezogene Grundlagenforschung und zum anderen fast zur Hälfte - über 330 Millionen Euro - für die Klimaforschung, ein, wie ich finde, außerordentlich wichtiger Beitrag im Rahmen der internationalen Klima- und Energiedebatte.

Da im Haushalt des Bundesumweltministeriums von diesen 4,7 Milliarden Euro nur 845 Millionen Euro veranschlagt sind, darf man, wenn man sich die umweltpolitischen Leistungen des Bundeshaushalts anschauen will, nicht nur begrenzt auf das BMU schauen, sondern muss das BMZ, das BMWi, das Forschungsministerium, das BMF und das Verkehrsministerium hinzunehmen.

Da es in den letzten Sitzungen immer wieder eine Rolle gespielt hat - wenn ich mich richtig erinnere, insbesondere aus der FDP heraus -, mache ich darauf aufmerksam, dass im Haushalt des BMU zum ersten Mal knapp 28 Millionen Euro für die Einrichtung von Schacht Konrad ausgewiesen werden. Ich sage das nur, damit Sie in diesem Punkt keine Zweifel mehr an unserem Willen hegen müssen, hier etwas zu tun.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist gut, reicht aber noch nicht!)

Nun, da es rechtskräftig ist, gehen wir natürlich auch an die Umsetzung heran.

Die 845 Millionen Euro im Haushalt des Bundesumweltministeriums sind ein bisschen untertrieben; denn durch den Beschluss der Koalitionsfraktionen zur Auktionierung von Emissionszertifikaten gibt es eine Einnahmefähigkeit in der Größenordnung von 400 Millionen Euro, die dem Bundesumweltministerium für seine Ausgaben zufließen. Insofern hat der Beschluss der Koalitionsfraktionen dazu beigetragen, dass im Jahre 2008 der Haushalt des Bundesumweltministeriums immerhin um knapp 50 Prozent steigen wird. Das ist eine gewaltige Steigerungsrate. Sinnvollerweise sollten diese Mittel dort eingesetzt werden, wo sie sozusagen abgeschöpft werden, nämlich für den Bereich Klimaschutz. Sicherlich werden wir in den Ausschussberatungen noch einige Arbeit leisten müssen, um präzise zu definieren, in welchen Bereichen das Parlament gemeinsam mit der Regierung Schwerpunkte bei den nationalen und internationalen Klimaschutzmaßnahmen setzen will.

Als Bundesregierung schlagen wir bislang vor, von den 400 Millionen Euro, die an erwarteten Einnahmen im Haushalt des BMU veranschlagt sind, 120 Millionen Euro in den internationalen Klimaschutz zu geben. Das ist, glaube ich, ein starkes Signal für die Debatte über Adaptation, Anpassung an den Klimawandel. Ein

Signal dieser Größenordnung werden Sie weltweit in keinem anderen Staat finden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Jedenfalls wird dies auch von anderen Ländern so gesehen. Ein weiterer Vorschlag besagt, 180 Millionen Euro vor allen Dingen für den Ausbau der erneuerbaren Wärme zu verwenden. Bei der Formulierung eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes gibt es insbesondere vonseiten der CDU/CSU den Vorschlag, eine Mischung aus Ordnungsrecht und Förderung aus Haushaltsmitteln zu beschließen.

Weitere 100 Millionen Euro sollen nach Vorschlag der Bundesregierung für den nationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Hier werden wir sicherlich ein Stück Arbeit in den Ausschussberatungen vor uns haben; denn es macht ja wenig Sinn, diese Summen zu veranschlagen, ohne sicher sein zu können, dass sie auch im selben Haushaltsjahr verausgabt werden können. Von daher haben sowohl das Ministerium als auch die Politikerinnen und Politiker im Umweltausschuss großes Interesse daran, die genannten Maßnahmen zu konkretisieren. Hier geht es um eine neue Entwicklung, die wir bisher im Haushalt noch nicht hatten.

Sie sollten wissen, dass der Bundesfinanzminister mit dem Bundesumweltministerium die Verabredung getroffen hat, dass das BMF seinen Haushaltsvorschlag für 2009 so gestalten wird, dass die realen Nettoeinnahmen der Auktionierung aus dem Jahre 2008 als Veranschlagung für den Haushalt 2009 aufgenommen werden. Da wir derzeit sehr vorsichtig von einem Preis am CO<sub>2</sub>-Markt von 15 Euro pro Tonne ausgegangen sind und etwa 30 Prozent wegen geringerer Steuereinnahmen abgezogen haben, kommen wir netto auf die genannten 400 Millionen Euro im Haushaltsvoranschlag für 2008. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Betrag angesichts der Preise am CO<sub>2</sub>-Markt überschritten werden wird, ist relativ hoch. Diese Vereinbarung mit dem BMF bedeutet für das BMU eine ausgesprochen gute Ausgangslage für das Haushaltsjahr 2009. Wir werden sicherlich darüber zu beraten haben, wie steigende Einnahmen der Auktionierung dann sinnvoll für den Klimaschutz eingesetzt werden sollen. Ich sage hier offen: Das ist zwar derzeit im Haushalt des BMU veranschlagt. Aber es macht ja Sinn, Aufgaben, deren Umsetzung dringend notwendig ist - beispielsweise im Bereich kleiner, mittelständischer Unternehmen die Energieeffizienz zu fördern -, in kooperativer Weise auch über andere Haushalte zu fördern. Das ist eine Aufgabe, die noch vor uns liegt. Wir haben einen richtig großen neuen Posten im Haushalt, bei dem wir miteinander Erfahrungen sammeln müssen. Ich glaube, das ist eine gute Entwicklung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich ist der Klimaschutz der Bereich im Haushalt des Umweltministeriums, der von der Debatte und davon, dass die Große Koalition hier einen Schwerpunkt gesetzt hat, am meisten profitiert. Im Jahre 2005 waren für den Klimaschutz im Gesamthaushalt ganze 875 Millionen Euro vorgesehen. Jetzt sind es 2,6 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Steigerung der Klimaschutzausgaben

um rund 200 Prozent. Ich glaube, auf diesen Beleg, dass Klimaschutz ein Schwerpunkt ihrer Politik ist, kann die Große Koalition tatsächlich stolz sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Überhaupt ist es ganz interessant, zu sehen, wie sich der Bereich des Umweltschutzes und insbesondere des Klimaschutzes unter der Großen Koalition entwickelt hat. Ich habe bereits gesagt: 875 Millionen Euro 2005 - 2,6 Milliarden Euro 2008, Tendenz steigend. 2005 waren es 45 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, jetzt liegen wir bereits bei über 93 Millionen Euro. Wir sind dabei, diese Mittel mehr als zu verdoppeln: Wir werden die Mittel für das Marktanreizprogramm im Rahmen des geplanten Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch den Einsatz der bei der Auktionierung erzielten Erlöse gegenüber 2006 um immerhin 150 Millionen Euro erhöhen.

Ich sage das deshalb, weil in einer vorangegangenen Debatte ein Oppositionskollege gesagt hat, wir würden die Mittel für das Marktanreizprogramm kürzen. Im Haushalt für 2008 mag das so aussehen, weil für das Marktanreizprogramm 44 Millionen Euro weniger als 2007 veranschlagt sind. Da wir aber beabsichtigen, dies aus den Mitteln für die nationalen Klimaschutzprogramme - dafür gibt es 400 Millionen Euro - um 150 Millionen Euro aufzustocken, reden wir in Wahrheit über eine Erhöhung der Mittel für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Wärme um mehr als 100 Millionen Euro. Ich glaube, auch das ist ein Beweis, dass Klimaschutzpolitik und erneuerbare Energien eindeutig zur Habenseite der Großen Koalition gehören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Hinter diesen Zahlen - Haushaltspolitik ist ja sozusagen in Zahlen gegossene Politik - steht natürlich ein konkretes Programm zur Umsetzung der anspruchsvollen Klimaschutzziele. Wir haben hier nicht nur mit der Regierungserklärung vom April deutlich gemacht, wo die Messlatte hängt, sondern auch mit den Ergebnissen des Energiegipfels. Die Bundesregierung will die internationalen Klimaschutzverhandlungen auf Bali Ende des Jahres mit dem Ziel beginnen, dass die Industrienationen ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahre 2020 um 30 Prozent reduzieren. Wir wissen - auch aus dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom Oktober 2006 und aus der Enquete-Kommission von Mitte der 90er-Jahre -, dass das für Deutschland bedeutet, dass wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent senken müssen. Das ist die Position, die wir eingenommen haben - wohlwissend, dass es nicht einfach ist, 2007 die Punktlandung für das Jahr 2020 zu beschreiben. Selbstverständlich werden wir mindestens alle anderthalb bis zwei Jahre immer wieder überprüfen müssen, wie weit wir mit der Umsetzung gekommen sind.

Aber man kann, glaube ich, ohne übertriebenes Pathos sagen: Die Bundesregierung hat in Meseberg das größte Klima- und Energiepaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben dort vereinbart, wie wir die Kraft-Wärme-

Kopplung ausbauen und in welcher Weise das EEG beim Strom ausgebaut wird. Ich erinnere: Bisläng hatten wir das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Jetzt sind wir sicher, dass wir uns auf 30 Prozent zubewegen. Wir haben angekündigt, wie wir mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz umgehen wollen, nämlich dass wir den Anteil der erneuerbaren Energien am Wärmeverbrauch bis 2020 auf mindestens 14 Prozent erhöhen wollen.

(Zuruf von der LINKEN: Wollen, wollen, wollen!)

- Es wäre gut, wenn Sie einmal vortragen würden, wie Sie das, was Sie öffentlich fordern, finanzieren wollen. Das wäre ein hilfreicher Beitrag der Linken zur Parlamentsdebatte. Bisher haben Sie sich das aber nicht getraut. Sie fordern uns zwar immer wieder auf, mehr zu tun, aber vor Ort verlangen Sie dann mehr Verschmutzungsrechte für die Braunkohle. Das ist doch die Politik der Linken zum Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Des Weiteren wollen wir den Anteil der Biokraftstoffe auf immerhin 17 Prozent erhöhen. All das, was wir in Meseberg beschlossen haben - die Umstellung der Kfz-Steuer, die Verschärfung der energetischen Anforderungen in der Energieeinsparverordnung um 30 Prozent, die Weiterentwicklung des Gebäudesanierungsprogramms und das Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz - wird die Regierung im Herbst dieses Jahres als Gesetzespaket ins Kabinett einbringen.

Das heißt, die Regierungsbeschlüsse sollen in die entsprechenden Rechtsverordnungen und Gesetzgebungsverfahren im Parlament münden, und zwar bevor wir uns zur internationalen Klimakonferenz nach Bali begeben. Das ist von großer Bedeutung, weil wir dort zeigen wollen, dass wir nicht nur von anderen fordern, sich auf den Weg zu machen, sondern dass wir auch bereit sind, das bei uns umzusetzen, um zu zeigen, dass wirtschaftlicher Wohlstand, wirtschaftliches Wachstum, zusätzliche Arbeitsplätze und Klimaschutz selbstverständlich miteinander vereinbar und in Wahrheit zwei Seiten einer Medaille sind.

Ich glaube, dass man auf dieses Paket der Bundesregierung mit Blick auf das, was andere bislang auf den Weg gebracht haben, sehr stolz sein kann. Wir wissen, dass wir von den 40 Prozent bis 2020 mit dem Klimapaket „nur“ 35 bis 36 Prozent abbilden können. Die übrigen 4 bis 5 Prozent werden wir in den Beratungen der kommenden Jahre über die Fragen, welche Förderprogramme wir zusätzlich auf den Weg bringen können, was im Gebäude- und Energiebereich weiter zu tun ist und wie wir mit der dritten Handelsperiode im europäischen Emissionshandel vorankommen, angehen müssen. Aber 90 Prozent unseres Ziels bilden wir mit dem Meseberger Klima- und Energiepaket ab. Es kommt jetzt darauf an, dieses Paket im Deutschen Bundestag zu beschließen. Die Finanzierung der 90 Prozent ist durch den Haushaltsplanentwurf gesichert. Das belegt, dass wir nicht nur darüber reden, was wir wollen, sondern auch mit dem Haushaltsplanentwurf entsprechende Finanzierungsvorschläge



vorlegen.

Sie werden feststellen - vielleicht kann das auch der eine oder andere Beobachter des Gleneagles-Dialogs, einer Tagung mit den 20 größten CO2-Emittenten, bestätigen, die soeben in Berlin zu Ende gegangen ist -, dass das international große Aufmerksamkeit verursacht hat. Es gibt weltweit kein anderes Land, das seine klimapolitischen Vorstellungen - selbst wenn sie ähnlich ambitioniert sind wie die deutschen - in einen konkreten Instrumenten-, Methoden- und Maßnahmenkatalog umgesetzt hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur im Hinblick auf ihre Zielsetzungen weltweit führend, sondern auch hinsichtlich ihrer Bereitschaft, diese mit finanziellen Mitteln und konkreten Maßnahmen zu unterlegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dafür, dass daran alle mitgewirkt haben, möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Das gilt insbesondere für die Koalitionsfraktionen, ohne deren finanzielles Backing auch in der Debatte um die Auktionierung wir das nicht ermöglicht hätten. Ich richte den Dank aber auch ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, die Klimaschutz nicht allein als Aufgabe des Umweltministers begriffen haben, sodass wir mit dem Kollegen Tiefensee, der Forschungsministerin und dem Kollegen Glos zusammengearbeitet haben, der mit mir um den richtigen Weg gerungen hat, weil er aus seiner Sicht nicht nur für Effizienz im Klimaschutz sorgen will, sondern auch - das ist völlig klar - für Effizienz in der Frage der Kosten.

Ich schließe aber auch ausdrücklich den Finanzminister in den Dank ein, der an dieser Stelle ebenfalls gesehen hat, dass neben dem Konsolidierungskurs dieses neue Politikfeld mit finanziellen Mitteln unterlegt werden muss. Es war, glaube ich, eine gute Gesamtleistung des Kabinetts. Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen dafür. Hoffentlich lästert der Staatssekretär nicht über das, was ich eben gesagt habe. Wenn ich euch schon lobe, dann sollt ihr euch auch darüber freuen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Michael Kauch das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Michael Kauch (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glos gegen Gabriel, das war das Schauspiel, das uns die Regierung in der Sommerpause geboten hat. Dann kam der Showdown in Meseberg, und der scheinbare Durchbruch erfolgte. Ein integriertes Klimaschutz- und Energieprogramm wurde uns versprochen und aufgetischt.

Wenn man es sich aber genau anschaut, dann stellt man fest, dass es sich leider um einen faulen Kompromiss handelt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Umweltverbände haben recht: Das Verfehlen der Klimaziele ist durch zahlreiche Hintertüren vorprogrammiert. In der Welt mahnend vor den Gletschern in die Kameras schauen, das ist das eine. Das andere ist, die

Versprechen, die man den Bürgern gegeben hat, zu halten. Ich habe meine Zweifel, ob das mit dem vorgelegten Programm gelingen wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch etwas anderes ist kritikwürdig. Schwarz-Rot setzt bei diesem Programm vor allem auf Dirigismus und Subventionen und nicht auf marktwirtschaftliche Anreize. Minister Gabriel hat ein staatsorientiertes Programm vorgelegt. Das Ergebnis ist, dass der Klimaschutz unnötig teuer und bürokratisch gemacht wird.

(Beifall bei der FDP)

An die Adresse der Union muss man die Frage stellen, was denn eigentlich der Wirtschaftsminister in diesem Prozess gemacht hat. Statt klare Gegenmodelle zu liefern, hat er schrittweise vor allem für neue Ausnahmeregelungen im Regierungsprogramm gesorgt in der Hoffnung, damit die Kosten zu senken. Das Ergebnis sind mehr Bürokratie und mehr Willkür. So endet ein Wirtschaftsminister der Union, dem ein klares ordnungspolitisches Konzept für den Klimaschutz völlig fehlt.

(Beifall bei der FDP)

Nehmen wir als Beispiel die erneuerbare Wärme. Hausbesitzer werden zur Nutzung der erneuerbaren Wärme verpflichtet, egal wie hoch die Kosten für das einzelne Gebäude sind. Es ist aber ein Unterschied, ob man eine Solaranlage in Flensburg oder in Freiburg betreibt; der Output ist unterschiedlich hoch. Das müsste man berücksichtigen. Außerdem ist Ihr Programm an dieser Stelle erneut bürokratisch; denn wenn man eine Nutzungspflicht für jeden Standort in Deutschland festlegt, dann braucht man auch eine umfangreiche Kontrollbürokratie, letztlich in jedem Haushalt. Vielleicht kann der GEZ-Kontrolleur hier eine Vorbildfunktion haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig wird das Konzept durch zahlreiche Härtefall- und Ausweichklauseln zerlöchert. Beamte werden einmal so oder einmal so entscheiden. Das ist ein Schlag gegen die Rechtssicherheit. Damit erweisen Sie der Markteinführung erneuerbarer Energien einen Bärendienst.

(Ulrich Kelber [SPD]: Warum hat die FDP in Baden-Württemberg zugestimmt?)

Dass die Bundesregierung selbst nicht an den Erfolg ihres Konzeptes glaubt, zeigt die Tatsache – der Minister hat es angekündigt –, dass erneut 350 Millionen Euro mehr für Subventionen eingestellt werden sollen. Ich erinnere daran, welches der Ausgangspunkt war, an das, was wir alle gemeinsam beim Thema erneuerbare Wärme erreichen wollten, nämlich ein Förderinstrument zu schaffen, unabhängig vom Bundeshaushalt. Das Gegenteil wird mit diesem Bundeshaushalt erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Ein anderer Punkt. Die vom Umweltminister befürwortete Nebenkostenkürzung im Mietrecht ist in der Tat ein gutes Programm für Anwälte und Prozesshanseln, die gerne zu den Gerichten laufen. Es ist aber kein Programm, das der Verbesserung der Energieeffizienz dient. Besser wäre es, Vermietern zu ermöglichen, Betriebskosteneinsparungen zu garantieren und im Gegenzug die Investitionen bis zur Höhe der Einsparungen auf die

Miete umzulegen. Das nützte sowohl Vermietern als auch Mietern und wahrte den Rechtsfrieden in Deutschland.  
(Beifall bei der FDP)

Interessant ist, was in Meseberg nicht beschlossen wurde. Zum Beispiel wurde keine klare Linie festgelegt, die deutlich macht, wie die Bundesregierung im EUMinisterrat verhandeln will, wenn es um die Weiterentwicklung des Emissionshandels in der EU nach 2012 geht. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass sie bald Vorschläge machen will. Die Bundesregierung sollte eigentlich sagen, wie sie dazu steht. Wir als FDP sagen ganz klar: Wir wollen eine Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Wärme und Verkehr, wir wollen eine weitgehende Versteigerung der Emissionszertifikate, und vor allen Dingen wollen wir ein Ende der Kleinstaaterei in diesem Politikfeld. Wir brauchen einheitliche Regelungen und einheitliche Allokationspläne auf europäischer Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Andere ökologische Probleme blendet der Umweltminister aus. Die Frage der nuklearen Endlagerung wird nur ansatzweise angegangen. Der Entwurf über Regelungen für die Feinstaubbelastung durch Holzheizungen liegt seit Monaten auf Eis. Bei der geplanten Biodiversitätsstrategie fehlen nachprüfbare Indikatoren. Zu der Lärmbelastung der Anwohner von Schienenstrecken fällt Ihnen erneut nichts anderes als ein Subventionsprogramm ein. Sie lehnen lärmabhängige Trassenpreise ab. Herr Gabriel, das sind die Stiefkinder des Umweltschutzes. Ich würde mich freuen, wenn wir auch hierzu etwas hören würden; denn auch hierfür beantragen Sie Geld im Bundeshaushalt 2008, das wir Ihnen genehmigen sollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun die Kollegin Katherina Reiche das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern beraten in Berlin die Energie- und Umweltminister aus den 20 wichtigsten Energieverbrauchsländern über Strategien für einen nachhaltigen Umbau ihrer Energiesysteme. Im Mittelpunkt steht ganz klar die Verbesserung der Energieeffizienz. Es geht also darum, wie wir zukünftig Wachstum haben können und trotzdem weniger Energie verbrauchen. Bundeswirtschaftsminister Glos hat hierzu treffende Worte gefunden. Ich zitiere ihn:

Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit können gleichzeitig erreicht werden. Der Schlüssel dazu sind insbesondere effiziente Energietechnologien, mit denen wir den besten Klimanutzen bei größtmöglicher Kosteneffizienz erreichen.

Ich glaube, dass dieses Ministertreffen ein wichtiges Signal aussendet und eine wichtige Vorarbeit zu der schon vom Bundesumweltminister erwähnten UN-Klimakonferenz im Dezember in Bali leistet. Dort wird sich

entscheiden, ob die Weltgemeinschaft die Kraft findet, an einem Strang zu ziehen, damit wir die Weichen für ein Kioto-Nachfolgeabkommen für die Zeit nach 2012 stellen. Das ist eine ganz große Herausforderung, weil die Interessen der Staaten divergieren.

Ich möchte deshalb der Bundeskanzlerin ganz herzlich für ihr Klimaschutzengagement danken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr ist es wie keiner Politikerin vorher gelungen, den Klimaschutz ganz oben auf die internationale Agenda zu setzen. Sowohl während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des Vorsitzes der G 8 als auch bei der letzten Asienreise der Bundeskanzlerin hat der Klimaschutz eine große Rolle gespielt. Die Menschen haben ihr zugehört, das Thema steht ganz oben auf der Agenda, und das hilft auch uns hier in Deutschland bei der Umsetzung dessen, was unter anderem in Meseberg vereinbart wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer müssen beim Klimaschutz an einem Strang ziehen. Nur dann werden wir erfolgreich sein. Bundespräsident Köhler hat diese Länder bei einer Rede in Schanghai im Mai dieses Jahres als „Schicksalsgemeinschaft“ bezeichnet. Ich glaube, er hat recht. Nehmen wir zum Beispiel China: China ist weltweit der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen und wird die USA weit überholen. Es ergibt sich aber ein differenziertes Bild, wenn man den Pro-Kopf-Ausstoß betrachtet: 3,5 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Einwohner in China, 10 Tonnen in Europa und 20 Tonnen in den USA. Dass man über diese unterschiedlichen Emissionsniveaus nicht einfach hinweggehen kann, versteht sich eigentlich fast von selbst. Deshalb war es wichtig und richtig, dass Angela Merkel auf ihrer Asienreise dieses Thema auf die Agenda gesetzt und den Vorschlag gemacht hat, den Pro-Kopf-Ausstoß als Maßstab zu diskutieren. Das ist ein wichtiges Signal an die Schwellenländer, dass wir ihre Bedenken ernst nehmen. Dieser Ansatz lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen, aber wir sollten ihn weiter verfolgen.

Die wichtigste Aufgabe der Europäer, auch von uns Deutschen, wird meines Erachtens sein, dass wir eine Vorbildfunktion und eine Vorreiterrolle zum Beispiel bei der Technologieentwicklung und bei dem Einsatz und Export erneuerbarer Energien einnehmen. Wir müssen zeigen, dass Energieversorgung und Klimaschutz sowie Wohlstand zwei Seiten einer Medaille sind.

Man muss sich - wie im Sport - Ziele setzen. Damit wir vorankommen, brauchen wir ehrgeizige Ziele. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der G 8 ist es unter dem Vorsitz von Angela Merkel gelungen, wichtige Pflöcke einzuschlagen. Nun müssen die vereinbarten Ziele umgesetzt werden.

Auf der Klausurtagung in Meseberg - das ist schon angesprochen worden - hat die Bundesregierung ein ehrgeiziges Energie- und Klimaprogramm beschlossen. Ich glaube, dass die Financial Times recht hat, wenn sie das als „Fitnessprogramm“ bezeichnet. Die Financial Times schrieb am 28. August 2007:

So viel Umbau war nie. Werden die Maßnahmen verwirklicht, wird Deutschland im Jahr 2020 nur noch rund 730 Millionen Tonnen Treibhausgase ausstoßen, verglichen mit rund einer Milliarde Tonnen heute. Pro erwirtschaftetem Euro wird die deutsche Wirtschaft deutlich weniger, vielleicht sogar nur halb so viel Energie verbrauchen und bezahlen müssen.

Wir als Unionsfraktion haben übrigens schon im April dieses Jahres ein sehr ehrgeiziges Papier verabschiedet. Viele Elemente, die wir im April aufgeschrieben haben, finden sich heute im Klimaprogramm der Bundesregierung; darüber sind wir natürlich sehr froh. Ich nenne als Beispiele die Fortführung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms, die Aufstockung des Marktanzreizprogramms und die Verbesserung der Energieeffizienzstandards. Diese Punkte unterstützen wir unter anderem deshalb, weil ihnen eines gemeinsam ist: die Marktnähe. Wir vertrauen darauf, dass Verbraucher und Wirtschaft durch staatliche Unterstützung einander näher kommen. Das ist gerade nicht die von Ihnen, Herr Kauch, angesprochene Subventionierung, sondern es sind marktwirtschaftliche Instrumente. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für uns stehen folgende Leitlinien im Vordergrund: Kosten und Nutzen müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Aufwand und Ertrag müssen stimmen. Stellt sich heraus, dass eine Maßnahme keinen nennenswerten Fortschritt beim Klimaschutz erzielt, aber dazu führt, dass die Bürger übermäßig belastet sind, dann müssen Alternativen auf den Tisch. Auch darüber muss man reden. Aber eine Kosten-Nutzen-Analyse berücksichtigt eben auch Arbeitsplatzeffekte, Exportchancen sowie Technologie- und Entwicklungspotenziale. Klimaschutz – das muss klar sein – wird es nicht zum Nulltarif geben. Wir werden investieren müssen, und diese Investitionen werden sich auszahlen. Davon bin ich überzeugt. Denn wenn es gelingt, weniger Energie zu verbrauchen, sinken unsere Energiekosten und unsere Abhängigkeit von Energieimporten.

Es stehen noch in diesem Halbjahr einige große Gesetzesvorhaben an. Ich nenne nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz, mit dem wir die Weichen für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien stellen, insbesondere bei der Stromerzeugung. Herr Gabriel hat erwähnt, dass wir uns einen Anteil von 30 Prozent bis zum Jahr 2020 vorgenommen haben, was sehr ehrgeizig ist. Wir müssen zudem die Kosten für die Verbraucher berücksichtigen. Die Grundstruktur des EEG wollen wir erhalten, aber es muss auch marktwirtschaftliche und wettbewerbsorientierte Elemente im EEG geben. Es gibt inzwischen überförderte Bereiche. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass einige Technologien sehr viel schneller wachsen, als wir alle das vermutet haben. Das ist gut und zeigt, dass das EEG gewirkt hat. Aber aus diesem Grund bedarf es Anpassungen, über die wir zu reden haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gilt der Grundsatz: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. Dieser Grundsatz gilt für die gesamte Energiepolitik. Deshalb empfinde ich die jüngsten Diskussionen zur Kernenergie als unglücklich. Die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke steht nicht infrage.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Da müssen Sie einmal zu Ihrem Minister hinüberblicken! Das glaubt der Ihnen auch nicht so recht!)

Wenn dem tatsächlich so wäre, hätten die Behörden längst handeln und Anlagen endgültig vom Netz nehmen müssen. Alle Kernkraftwerke in Deutschland, egal wie alt sie sind, müssen dieselben Sicherheitsanforderungen erfüllen. Das Alter allein ist nicht der Sicherheitsmaßstab.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Klopfen Sie auf Holz!)

Ich gebe sofort zu, dass die Kommunikation der Betreiber im Sommer äußerst mangelhaft war. Aber wenn die Antwort der Politik Populismus ist, dann erreichen wir auch keine zukunftsweisende Energiepolitik. Auch diesbezüglich brauchen wir wieder mehr Sachlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte noch einmal das Thema eines Endlagers ansprechen. Die Entscheidung für Schacht Konrad steht nun fest. Wir als Union werden bei den Haushaltsberatungen darauf achten, dass im Haushalt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass dieses Endlager genutzt wird. Ich bin mir sicher, dass wir bei der Behandlung dieser Fragen einen gewaltigen Schritt nach vorn machen.

Ein letztes Thema. In dieser Woche beginnt in Frankfurt die IAA. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto „Sehen, was morgen bewegt“. Die Automobilbranche ist in den letzten Wochen und Monaten oft hart kritisiert worden. Das Zeichen, das der neue Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Matthias Wissmann, gesetzt hat, ist wichtig: Auch die Automobilindustrie in Deutschland will in der Klimadebatte in die Offensive gehen. Dieses Signal ist deshalb wichtig, weil unsere Automobilindustrie eine Schlüsselindustrie ist. Wenn sie jetzt ansetzt, beim Klimaschutz zu überholen, dann werden wir sie dabei unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Eva Bulling-Schröter das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich sagen, dass ich mich über das Klimaschutzprogramm sehr gefreut habe.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Durch den zweiten Blick wurde meine Freude allerdings etwas getrübt, und zwar nachhaltig. Mit dem Energieund Klimaschutzprogramm will die Bundesregierung im Vergleich zu 1990 den Ausstoß von Kohlendioxid bis 2020 um 40 Prozent senken.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist ein Beitrag

dazu!)

Sie räumt aber selbst ein, dass damit nur rund 35 Prozent zu schaffen sind. Auch das wäre schon revolutionär, (Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD] und es würde weit über das hinausgehen, was Rot-Grün damals geschafft und bewegt hat.

Umweltverbände und Wissenschaftler sind allerdings weitaus skeptischer, was die Wirkung des aktuellen Pakets angeht; schließlich wurde an vielen wichtigen Stellschrauben nicht oder nur wenig gedreht. Wirtschaftsminister Glos hat eben wenige Ambitionen, sich mit Stromkonzernen, Hauseigentümern und Automobilherstellern wirklich ernsthaft anzulegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigen auch zahlreiche Ausnahmeregelungen und unklare Fristen, die das Ganze aufweichen. Herr Kauch, Sie haben das kritisiert: Das ist kein Bürokratismus, sondern das ist einfach eine Notwendigkeit.

Zudem: Wer quasi sämtliche Maßnahmen ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt stellt, muss sich nicht wundern, wenn das Ganze als reines Ankündigungsfeuerwerk wahrgenommen wird. Ob es am Ende als solches weitgehend verpufft oder ob das Programm tatsächlich eine Kurskorrektur in der Klimapolitik der Bundesregierung bedeutet, wird nicht zuletzt der nächste Bundesetat zeigen. Im vorliegenden, vor der Sommerpause erstellten Entwurf steht dazu noch nichts. Ich hoffe, da wird nachgebessert. Die neuen Zahlen werden auf den Tisch kommen, und wir wünschen uns diesbezüglich einiges, ganz klar. Weil wir diese Zahlen eben noch nicht detailliert diskutieren können, möchte ich noch einmal auf das Klimaschutzprogramm zu sprechen kommen.

Ursprünglich war vorgesehen, einen Ersatz der stromfressenden Nachtspeicheröfen vorzuschreiben. Das sollte mit klar festgelegten Fristen und finanzieller Unterstützung geschehen. An dieser Stelle hätte ich gesagt: Bravo, sinnvoll, richtig. Doch das Glos-Ministerium hat später leider Befreiungs- und Härtefallregelungen hineinverhandelt und zudem die Fristen im Unklaren gelassen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das sind die Bayern halt!)

Vor allem aber soll nun erst einmal eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft geprüft werden, Nachtspeicheröfen gegen Wärmepumpen auszutauschen. Selbstverpflichtungen werden in der Regel - darüber haben wir schon des Öfteren diskutiert - nicht eingehalten, auch nicht von der vielgelobten Automobilindustrie, die hier gerade gepriesen wurde.

Wir brauchen also klare Regelungen und klare Fristen.

Die Haushalte derjenigen, die die Umstellungen durchführen wollen und eben nicht das notwendige Geld haben, müssen finanzielle Unterstützung bekommen.

Wir wollen wissen, wie es mit dem Emissionshandel ab 2012 weitergehen soll, Stichwort „100-prozentige Versteigerung“.

Wir wollen noch einmal über die Sondergewinne, über die Windfall-Profits, über CDM und über anrechenbare Klimaschutzprojekte in Dritte-Welt-Ländern diskutieren. Wir haben dazu eine Anhörung durchgeführt, und es waren eben keine „Linksradikalinskis“, sondern gestandene Marktwirtschaftler, die sich für

diese Projekte eingesetzt haben. Ich bitte Sie, sich die entsprechenden Unterlagen anzuschauen; sie befinden sich in meinem Büro.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Minister Gabriel hat uns vorgeworfen, wir würden das Geld zweimal ausgeben, wir seien populistisch. Die Vorgaben wurden in der Sommerpause schriftlich an alle Sozialdemokraten gegeben. Ich kann hier nur sagen: Wir wissen schon, woher das Geld kommen könnte. Ich nenne die Windfall-Profits oder auch die Ökosteuerprivilegien, die 3,3 Milliarden Euro ausmachen. Da kann ich mir sehr vieles vorstellen. Wir wollen das Geld nicht zweimal ausgeben, sondern an der richtigen Stelle. Ganz zum Schluss noch: Holen Sie Soldaten aus Afghanistan heim! Auch das wäre Klimaschutz. Am Samstag ist die große Demo. Auch damit könnten wir Geld einsparen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir machen Vorschläge. Wir sind nicht populistisch, auch wenn Sie es noch hundertmal sagen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Populismus!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Anna Lührmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier wurde heute schon sehr viel vom Klimaschutz geredet. Nur, was steckt wirklich dahinter? Was steht wirklich im Bundeshaushalt und nicht nur in den Redemanuskripten der Großen Koalition?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

In Meseberg haben Sie stolz verkündet, jetzt ein Klimaschutzprogramm im Umfang von 2,6 Milliarden Euro

auflegen zu wollen. Das war das Ergebnis - Sie erinnern sich vielleicht noch, meine Damen und Herren - eines lang inszenierten Streits zwischen Herrn Gabriel und Herrn Glos. Ich habe einmal in den Bundeshaushaltsentwurf vom Juni - das war deutlich vor Meseberg - geschaut.

Darin standen auch 2,6 Milliarden Euro. Worüber haben sich die beiden Herren also gestritten? Ich würde sagen: Das Klimaschutzprogramm von Meseberg ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Alter Wein in neuen Schläuchen schmeckt lecker!)

Außerdem muss man bei diesen 2,6 Milliarden Euro zwei Projekte eindeutig sozusagen in Klammern setzen. Das erste ist das Gebäudesanierungsprogramm. Wer sich die Summen, die die Regierung angibt, genau anschaut, stellt fest: Da werden Ausgaben, die in künftigen Haushaltsjahren für das Gebäudesanierungsprogramm getätigt werden, zusammengerechnet. Es wird so getan, als würde man das auf einmal ausgeben. Dabei geht es um 600 Millionen Euro.

Das Zweite, was ich in Klammern setzen muss, sind die Einnahmen aus dem Emissionshandel. Da setzt die Regierung nur die Hälfte des Betrages an, von dem die Experten momentan, gemessen an den aktuellen Future-Preisen, ausgehen.



(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist vorsichtige Haushaltsführung!)

Wenn man das alles zusammenrechnet, kommt man auf 1,6 Milliarden Euro Steuergelder, die im Haushaltsjahr 2008 von der Regierung ausgegeben werden sollen.

Da gibt es aber noch drei Vorbehalte. Wenn Sie einmal genau hinschauen, stellen Sie das fest. Der größte Teil dieses Geldes wurde erstens schon in Programmen im letzten Haushaltsjahr ausgegeben - das ist eigentlich genau das Gleiche -, oder die Gelder stehen zweitens unter einem Finanzierungsvorbehalt von Steinbrück, oder es gibt drittens noch ein Kosten-Nutzen-Gutachten von Minister Glos.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das letzte ist irrelevant!)

Da können wir alle uns vorstellen, wie das am Ende aussieht. Ernst gemeinter Klimaschutz, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Ihr Verständnis von Klimaschutz an der Stelle ist: viel heiße Luft statt konkreter Taten. Ich möchte Ihnen sagen: Die globale Erderwärmung wartet nicht auf den schwerfälligen Tanker der Großen Koalition, darauf, dass sich Glos und Gabriel mal einigen; wir müssen jetzt handeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wollen wir grüne Haushälter der Regierung einmal konkret zeigen, wie substanzieller Klimaschutz aussehen soll. Wir werden einen Klimaschutzhaushalt aufstellen, in dem mit konkreten Haushaltsanträgen belegt wird, wie man die Ausgaben für Klimaschutz mehr als verdoppeln kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ulrich Kelber [SPD]: Wie man verdoppeln kann, wissen wir auch!)

Wir wollen 2 Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutz ausgeben. Dabei geht es um Stichworte wie einen Stromsparmofonds für energieeffiziente Geräte, Klimaforschung, Ökubeschaffung, Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge und andere Projekte, auf die wir in den Haushaltsberatungen ganz konkret eingehen werden.

Das Beste an diesem Klimaschutzhaushalt ist aber - darauf bin ich als Haushaltspolitikerin besonders stolz -, dass die Ausgaben für Klimaschutz auch mehr als gegenfinanziert sind. Wir machen konkrete Vorschläge für den Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen in der Finanzplanperiode von insgesamt mehr als 21 Milliarden Euro. Es sind drei konkrete Punkte: der Abbau von Subventionen für die stark stromverbrauchende Industrie - das sind 1,2 Milliarden Euro allein im nächsten Haushaltsjahr -, die Streichung der Subventionen für Kerosin und für die Luftfahrtindustrie von 900 Millionen Euro allein im nächsten Haushaltsjahr sowie eine Reduzierung und ökologische Reform des Dienstwagenprivilegs; das heißt, dass dicke Chefdreckschleudern in Zukunft nicht mehr vom Steuerzahler subventioniert werden sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind drei konkrete Beispiele, mit denen wir klarmachen wollen, dass die Regierung viel vom Klimaschutz redet, aber ganz konkret immer noch Geld für Klimaverschmutzung ausgibt. Dieser Zustand muss endlich beendet

werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Ulrich Kelber [SPD]: Die Bundesratsmehrheit  
dafür organisieren Sie auch?)

- Für eine Große Koalition sollte das Organisieren einer  
Bundesratsmehrheit doch wirklich kein Problem sein,  
Kollege Kelber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen  
Koalition, Sie haben jetzt die große Chance, zum Beispiel  
indem Sie eine Bundesratsmehrheit organisieren,  
zu zeigen, dass Sie es wirklich ernst meinen mit dem  
Klimaschutz und Ihre Reden hier im Plenum nicht nur  
heiße Luft sind, sondern ihnen auch konkrete Taten folgen.  
Wir werden Ihnen dafür in den Haushaltsberatungen  
ganz konkrete Anregungen geben. Wie immer gilt:  
Das Kopieren unserer Anträge ist ausdrücklich erwünscht.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Petra Hinz für die SPD-Fraktion.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eigentlich beschämend  
für die Opposition: Seit einem halben Jahr reden  
wirklich alle, seien es Industrievertreter, Verbraucher,  
wir Parlamentarier, die Bundesregierung oder die  
Landesregierungen, vom Klimaschutz. Die Opposition  
hat jetzt in der ersten Lesung des Haushalts nichts anderes  
zu tun, als darüber zu sprechen, worüber man noch  
hätte reden können.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wäre es nicht viel besser, Sie würden das anerkennen  
und das honorieren, was jetzt tatsächlich in diesem halben  
Jahr auf den Weg gebracht worden ist?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zu Ihnen, Frau Lührmann: Ich finde es schon interessant,  
dass Sie als Haushälterin ein Klimaschutzprogramm  
in unsere Haushaltsberatung einbringen wollen.  
Ich frage mich da in der Tat, was Ihr Kollege oder Ihre  
Kollegin im Umweltausschuss macht. Warum findet er  
bzw. sie keine Möglichkeit, um sich dort konstruktiv einzubringen,  
wo doch da derzeit die Themen beraten werden?

Das finde ich schon sehr verwunderlich.

(Michael Kauch [FDP]: Das können Sie doch  
nicht wissen! Sie sind doch nie da!)

Nach den bisherigen Beratungen zum Haushalt 2007  
wundert es mich noch mehr, zumal der Minister sehr eindeutig,  
klar und präzise dargelegt hat, wie viele Milliarden  
wir über die Ministerien hinweg jetzt schon für den  
Bereich Klimaschutz, CO<sub>2</sub>-Minderung und alles, was  
damit zusammenhängt, ausgeben. Dass Sie das so  
penetrant ignorieren, finde ich schon bemerkenswert. Ich  
bin deshalb jetzt schon gespannt, wie Ihr Klimaschutzprogramm  
dann tatsächlich aussehen wird.

Nun zu den Rahmendaten des uns hier jetzt vorliegenden  
Entwurfs zum Haushalt 2008: Wir beraten über  
ein Haushaltsvolumen von 845,6 Millionen Euro. Hier  
kann ich als Haushälterin sehr stolz sagen: Wieder einmal  
wurde - das steht in Kontinuität zu den früheren

Jahren - genau bei dem Ressort draufgesattelt, in dessen Zuständigkeitsbereich tatsächlich Innovationen stattfinden und Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierzu kann ich nur sagen: Wir haben in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich die richtigen Prioritäten gesetzt, und an diesen orientiert sich die Koalition auch weiterhin. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man könnte zum Haushalt auch Folgendes sagen: keine Überraschungen, eher konsequentes Handeln. So war es auch im zurückliegenden Halbjahr: Wir haben viele Themen und viele Projekte seit den ersten Beratungen des Haushalts bis zur heutigen ersten Lesung des Haushalts eingebracht, und zwar Projekte in den Bereichen Umwelt, Energie und Naturschutz. Wir haben ganz neue Berufsfelder entwickelt bzw. zumindest dafür die Rahmenbedingungen geschaffen. Ich selber habe mich am Montag in der Arbeitsagentur meines Wahlkreises überzeugt. Dort hat man mir gesagt, dass es mit unseren Anreizprogrammen - es geht also nicht um Subventionsprogramme! - gelungen ist, ganz neue Felder zu erschließen. Die Industrie macht davon sehr intensiven Gebrauch. Wenn auch Sie, Frau Flach, das Gespräch mit der Agentur gesucht haben, dann wissen Sie, dass gerade in unserer Region Essen/Mülheim (Ruhr) in Form der Schaffung neuer Berufe zukunftsweisende Wege beschritten werden.

Die EU-Ratspräsidentschaft und der G-8-Gipfel waren erfolgreich. Es ist nicht so, wie die Opposition es hier darzustellen versucht, dass es einfach nur viele Versprechungen gegeben hat und dass alles heiße Luft war.

Nein, die Konferenzen haben Erfolge mit sich gebracht, die natürlich viele Mütter und Väter haben. Natürlich gibt es immer eine oder zwei Personen, die das nach vorne tragen. Aber ich möchte auch das herausstreichen, was unser Parlament im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft und des G-8-Gipfels auf den Weg gebracht hat. Denn nicht nur die Regierung hat ihren Beitrag geleistet, wenn im Rahmen dieser Konferenzen gepunktet werden kann, sondern auch wir, das Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Wir haben sowohl der Kanzlerin als auch dem Bundesumweltminister im Rahmen der Haushaltsberatungen

2007 einen ganz klaren Verhandlungsauftrag erteilt. Die Ergebnisse haben wir in Heiligendamm und auch im Rahmen der EU-Präsidentschaft deutlich gesehen.

Einen Erfolg möchte ich besonders hervorheben, nämlich dass wir einen weiteren Verbündeten im Klimaschutz gewonnen haben, und zwar die USA, die den Prozess als das zentrale Instrument anerkennen, um Klimaschutzmaßnahmen zu verabreden. Präzise gesagt ist das nicht die USA insgesamt - es gibt dort sehr viele Staaten, die mit großem Know-how arbeiten und gerade in der Umwelttechnologie Fortschritte zu verzeichnen haben -, aber der Präsident hat sich in den zurückliegenden Jahren sehr zögerlich verhalten und in erster Linie seine eigenen Interessen vertreten.

(Michael Kauch [FDP]: SPD-Verbot!)

Die Staats- und Regierungschefs haben die Grundlage

für ein langfristiges Ziel geschaffen. Die Klimaerwärmung ist Realität; ich glaube, darüber brauchen wir in dieser Debatte nicht mehr zu streiten. Auch in der internationalen Klimaforschung besteht darüber keinerlei Zweifel. Selbst wenn wir sofort die Emissionen stoppen würden, würde der Meeresspiegel weiter ansteigen. Wir haben in der Sommerpause viel darüber hören und lesen können.

Bei allen Herausforderungen sollte eines deutlich werden: dass wir in Deutschland Vorreiter in Sachen Klimapolitik sind. Beim Blick nach vorn sollte man, gerade in den Haushaltsberatungen, auch einmal zurückschauen, um zu erkennen, wie lange manche Prozesse dauern. Jeder von Ihnen kann sich innerhalb seiner Fraktion fragen, zu welchem Zeitpunkt er sich an welchem Ort hätte stärker einbringen können. Ich aus dem Ruhrgebiet (Heiterkeit der Abg. Ulrike Flach [FDP])

- wir aus dem Ruhrgebiet, Frau Flach - kann sagen: Bereits im April 1961, also vor 46 Jahren, hat Willy Brandt gemahnt, der Himmel über der Ruhr müsse wieder blau werden. Recht hat er gehabt!

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP] - Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Wir haben es geschafft!)

- Wir haben es gemeinsam geschafft. Dabei denke ich, dass Willy Brandt - ohne seine Bemühungen hintanstellen zu wollen - die Tragweite des Ganzen gar nicht so bewusst war.

Das galt natürlich für alle Ballungsräume weltweit, so zum Beispiel auch für London, in den 50er-Jahren der größte Smogverursacher. Zu dem Zeitpunkt gab es noch keine CO2-Debatte; damals war noch nicht klar, wie sehr Industrie- bzw. Wohlstandsemissionen zu unserem Treibhausklima beitragen.

1992 war die Rio-Konferenz, die eine weitere Phase im Klimaschutz eröffnete.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Frau Merkel!)

Die Kommission hatte eindringlich auf den Handlungsbedarf der internationalen Völkergemeinschaft hingewiesen.

Dann folgten die Klimaschutzkonvention, die Artenschutzkonvention, die Walddeklaration und die Agenda 21; gerade dieses Programm wird in den Kommunen sehr intensiv beraten und umgesetzt. Seit Rio sprechen wir, fast inflationär, von Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkeln ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Zusammenspiel hinterlassen.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde im April 2001 von Gerhard Schröder berufen. Die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel hat die Strategie und die Arbeit des Rates fortgesetzt. Eine gute Entscheidung; ich kann sie dazu nur herzlich beglückwünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn dieser Rat schreibt uns für unsere Arbeit Verschiedenes ins Stammbuch. Er verfolgt weiterhin die Standpunkte und Vereinbarungen von Rio und hat mit dazu beitragen, dass das Thema Klimaschutz hier in dieser Form diskutiert wird.

Unsere Leitidee ist eine nachhaltige Entwicklung. Sie

ist die Antwort auf die Herausforderung. Sie stellt nicht nur klare Reduktionsziele auf und konzentriert die technologischen Stärken und das Know-how auf den Klimaschutz, sondern eröffnet den Menschen auch die Perspektive von Sicherheit und Gerechtigkeit im Modernisierungsprozess der Industriegesellschaften.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dies möchte ich ganz besonders betonen. Ohne Klimaschutz, ohne Rohstoffe und ohne gerechte Nahrungsmittelverteilung gibt es auch keinen Frieden. Moderne Umweltpolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze. Viele Rednerinnen und Redner haben das vorhin schon deutlich gemacht. Ich sage es noch einmal: Gerade in der Umweltpolitik stecken Innovationen und neue Arbeitsplätze. Jeder Euro, den wir in den Bereich des Klimaschutzes investieren, ist keine Subvention, sondern eine Anschubfinanzierung. Diejenigen, die die Programme abrufen, investieren ein Vielfaches. Dies sollte man nicht schlecht- oder kleinreden. Vielmehr brauchen wir dies in dieser Form.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Kommen wir auf das 400-Millionen-Euro-Programm zu sprechen. Auch hier ist schon deutlich gemacht worden, in welchem Verhältnis die Mittel verausgabt werden sollen: 280 Millionen Euro für nationale Maßnahmen, 120 Millionen Euro für internationale Maßnahmen. Wir haben uns für die Koalition im Vorfeld darauf verständigt, dass wir dem so, wie es hier diskutiert wird, zustimmen wollen. Wir erwarten aber eine Berichtspflicht. Wir erwarten, dass wir nachvollziehen können, wo die Gelder investiert werden.

Ich komme noch einmal auf die internationale Finanzierung zurück. Die globale Öffnung der Märkte hat in einer Vielzahl von Schwellenländern für einen fantastischen Aufschwung gesorgt. Wir wollen das; und wir haben mit dafür gesorgt. China wird im Moment immer wieder als Beispiel genannt, und auch ich möchte es nennen. Wenn sich deutsche Unternehmen aus der Wasserwirtschaft, aus der Autoindustrie oder egal welchem Industriezweig in China niederlassen und dort nicht den Stand der Technik umsetzen, sondern den Stand des nationalen Rechts, dann gibt das Anlass zu Fragen. Wir könnten beim Klimaschutz schon viel weiter sein. Ich erwarte, dass der Minister im Rahmen seiner Tätigkeiten und im Rahmen von internationalen Konferenzen seinen Einfluss entsprechend geltend macht.

Es gibt darüber hinaus im Einzelplan noch andere Themen, etwa: die Bereiche Personal, Öffentlichkeitsarbeit, Endlager und Atomenergie, wobei die CDU nicht müde wird, dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, obwohl es hier ganz klare Beschlüsse gibt, an denen auch nicht gerüttelt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden unabhängig davon weiter versuchen, kontinuierlich zu prüfen, zu optimieren und die Politiker in den Fachausschüssen inhaltlich zu begleiten. In diesem Sinne wünsche ich uns bis zur zweiten und dritten Lesung gute Haushaltsberatungen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Ulrike Flach das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Bundesumweltministers ist wie immer klein, aber fein. Irgendwie erinnert er mich doch an den Minister, der für diesen Haushalt zuständig ist. Er ist sozusagen ein verstecktes Schwergewicht, wartend auf den großen Sprung.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Gabriel, Sie haben eben darauf hingewiesen: Ihr Haushalt ist nur scheinbar bescheiden. Er steigt um lediglich 1,6 Millionen Euro. Sie erwarten aber für den Haushalt aus der Versteigerung von Emissionsrechten 280 Millionen Euro für das Marktanzreizprogramm und weitere 120 Millionen Euro für das neue Projekt Klimaschutz und Biodiversität. Das heißt, auf den zweiten Blick ergibt sich ein Gesamtetat von 1,24 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von 50 Prozent. Herr Gabriel, Sie haben es erneut geschafft, sich um die globale Minderausgabe herumzudrücken. Unter dem Strich ist dies also ein Haushalt, der sich sehen lassen kann. Wenn ich aber genauer hinschaue, dann erinnert er mich an vielen Stellen etwas an eine Blackbox; denn das, was Sie in Meseberg beschlossen haben, ist etwas, was über alle Ressorts verteilt ist, was vom Finanzminister allerdings zu Recht unter einen entsprechenden Finanzierungsvorbehalt gestellt worden und vom Wirtschaftsminister ebenfalls zu Recht mit einer Kosten-Nutzen-Analyse belegt worden ist. Frau Lührmann, wir sind auf 1,8 Milliarden Euro gekommen. Ich bin völlig Ihrer Meinung: Dieses Gutachten wird zeigen, was dabei herauskommt. Es wäre interessant gewesen, wenn Sie uns an dieser Stelle gesagt hätten, wann das Gutachten in Auftrag gegeben worden ist und wann wir mit einem Ergebnis rechnen können. Denn all dieses ergibt nur einen Sinn, wenn es zwischen den beiden Ministerien vernünftig abgestimmt worden ist und von der gesamten Regierung getragen wird.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Emissionsrechten. Herr Minister, Sie haben eben versucht, uns einen Marktpreis darzustellen. Jeder in diesem Haus weiß, wie volatil die Märkte sind. Wir wissen nicht, was dabei herauskommt. Das heißt, Sie hantieren hier im Zusammenhang mit einem Programm mit Zahlen, wobei wir alle, gerade wir Haushälter, an keiner Stelle wissen, mit welchen Risiken für den Haushalt wir es zu tun haben. Sie haben einen Leertitel eingestellt. Frau Hinz, Sie haben das mitgetragen. Aber Sie wissen nicht, was an anderer Stelle wirklich dabei herauskommt.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Sylvia Kötting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für uns Liberale war es ganz interessant, in den Sommermonaten die Diskussion im Zusammenhang mit dem

Kollegen Glos zu beobachten. Bis zum heutigen Tag stehen die 70 Milliarden Euro, die der Kollege Glos als Kosten für die deutsche Wirtschaft in der Folge des in Meseberg verabredeten Programms beziffert hat, im Raum. Sie selbst haben von 2,8 Milliarden Euro gesprochen. Die Regierung wird sich irgendwann einmal einigen müssen.

Wir haben den Eindruck, Sie leben in zwei verschiedenen Welten. Wie verschieden diese Welten sind, haben wir bei der Rede von Frau Reiche wieder gesehen. Jedes Jahr um diese Zeit erleben wir regelmäßig, dass Sie sich bei den für ein Umweltministerium wichtigen Punkten - wie viel Geld gibt man aus? Wie geht man mit der Kernkraft um? - nach wie vor offensichtlich nicht einig sind. Angesichts der Tatsache, dass Sie in diesem Jahr für den Schacht Konrad 28 Millionen Euro bereitgestellt haben - das finden wir positiv -, fragen wir uns natürlich, Frau Reiche, wie Sie angesichts Ihres standhaften Eintretens für die Kernkraft damit umgehen, dass für Gorleben nichts im Haushalt eingestellt wurde.

(Beifall bei der FDP)

Wie steht die CDU/CSU dazu, dass der Umweltminister nach wie vor nicht einmal im Traum daran denkt, die Kernkraft so zu behandeln, wie Sie es vorhaben?

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Träumen tut er schon davon!)

- Das wäre sehr schön.

Was den Haushalt insgesamt angeht, Herr Gabriel, muss ich sagen, dass Sie offensichtlich im Vertrauen auf zukünftige Einnahmen Ihren Personalbestand deutlich ausgeweitet haben. Frau Hinz, ich bin erstaunt, dass Sie dies alles so mitgetragen haben. Immerhin handelt es sich um 180 neue Stellen, und das in einer Zeit, in der wir eigentlich sparen wollen. Heute Morgen haben wir von Herrn Steinbrück zu Recht gehört, wie wichtig Sparen ist. Wenn ich an Herrn Kampeter denke, dann klingeln mir jetzt noch die Ohren. 180 neue Stellen, ein Nettoaufwuchs von 83 Stellen - das ist schon beeindruckend. Ich denke, wir haben noch viel zu tun.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zum Thema Marktanreizprogramm sagen. Wenn Sie, Frau Hinz, als Gutmensch sagen - ich unterstelle einmal, dass Sie einer sind -, dies sei keine Subvention, dann mag das so sein. Aber Ihre eigene Regierung spricht im Subventionsbericht davon, dass es sich um eine Subvention handelt.

Die FDP geht in diese Haushaltsberatung mit dem erklärten Willen, 20 Prozent bei den Subventionen einzusparen.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen irgendwann einmal an die Substanz dieses Not leidenden Haushalts herangehen. Das werden Sie aber mit dieser Art von Begrifflichkeit - wenn es gut für die Umwelt ist, dann ist es keine Subvention - nicht erreichen. Herr Minister, ich habe mit dem Bild vom Schwergewicht angefangen und möchte mit einem anderen Bild aufhören. Für die FDP ist der Haushalt eine Art Eisberg, bei dem nur ein Teil über der Wasseroberfläche sichtbar ist; ein großer Teil ist unter der Wasseroberfläche. Wir wissen aus leidvoller Erfahrung mit dem Klimawandel, dass Eisberge abschmelzen. Ich kann Ihnen von der Großen Koalition versichern, dass die FDP-Haushälter alles

tun werden, dass dieser Eisberg deutlich abschmilzt.  
(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Bernhard Schulte-Drüggelte das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass die sachbezogene Zusammenarbeit der letzten Zeit auch in den vorbereitenden Beratungen fortgesetzt wurde. Ich möchte einen Punkt herausgreifen. Wir haben in der letzten Debatte gefordert, dass der VN-Campus in Bonn aus dem Einzelplan 16 herausgenommen und dem Haushalt des Außenministeriums zugeschlagen wird. Ich finde, das war ein sehr vernünftiger Vorschlag.

(Beifall der Abg. Petra Hinz [Essen] [SPD])

Das ist inzwischen geschehen. Ich bedanke mich dafür.

Ich bedanke mich auch bei meinem Kollegen Berti Frankenhauser, der das unterstützt hat; wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf.

Gerade wurde der Schacht Konrad angesprochen; auch ich will das tun. Sie finden im vorliegenden Entwurf im Vergleich zum Haushalt 2007, in dem Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro bereitgestellt wurden, einen Ansatz von 53 Millionen Euro. Ich möchte deutlich sagen: Damit kann endlich der Ausbau des Endlagers für schwach radioaktive Stoffe begonnen werden. Ich begrüße das.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Um es deutlich festzustellen: Unser haushaltspolitisches Ziel ist ein ausgeglichener Bundeshaushalt. Die Konsolidierung steht an erster Stelle. Ich meine, dass auch dieser Haushalt einen Beitrag dazu leistet. Der Umfang des Bundeshaushaltes steigt allgemein um 4,7 Prozent. Wenn man die Einnahmen, die sich aus dem Verkauf der Emissionsrechte ergeben, herausnimmt, so kommt man im Umweltbereich auf einen Zuwachs von 0,2 Prozent. Unser Ziel wird also auch in diesem Haushalt erreicht.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber das ist nicht das Ziel des Ministers!)

Es wurde gerade gesagt: Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe.

Vier weitere Ministerien sind daran

beteiligt: das Bundesministerium für Bildung und Forschung,

das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung, das Bundesministerium

der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft

und Technologie. Man kann es vielleicht als eine konzertierte

Aktion für den Klimaschutz bezeichnen, was diese

Regierung hier vorhat. Das ist eine sehr gute Sache.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, den Sie, Frau Flach, vorhin angesprochen haben. Das Volumen des Haushaltes wird sich voraussichtlich durch den Verkauf von Emissionszertifikaten vergrößern.

(Ulrike Flach [FDP]: Fragt sich nur, was Sie dafür kriegen!)



- Das kann man ja ruhig einmal sagen. - Dabei handelt es sich voraussichtlich um einen Betrag von 400 Millionen Euro. Wenn man sieht, dass dieser Haushalt 845 Millionen Euro umfasst, dann erkennt man die Dimension dieser neuen Einnahmen.

Als Parlamentarier möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass diese 400 Millionen Euro nur in einem Haushaltsvermerk dargestellt werden.

(Ulrike Flach [FDP]: Gott sei Dank!)

Es wurde eine Leerstellenstruktur gewählt. Ich möchte deutlich fordern, dass das parlamentarische Budgetrecht gewährleistet wird. Diese Forderung sollten wir als Parlamentarier stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe dieser Regierung. Wir unterstützen das. Es ist richtig, dass voraussichtlich zusätzlich 280 Millionen Euro im nationalen und 120 Millionen Euro im internationalen Bereich für den Klimaschutz eingesetzt werden. Es ist gut, dass die mediale Wirkung dieser Diskussion groß ist. Das fördert natürlich die Durchsetzung solcher Beschlüsse. Es ist richtig, dass derjenige, der den Klimaschutz für wichtig hält, etwas tun möchte, zum Beispiel sein Haus dämmen, und dafür Geld investiert, gefördert wird. Aber man darf bei all diesen Forderungen nicht vergessen, dass dies Geld kostet und sich dies auch langfristig für den Häuslebauer rechnen muss. Daher sind die entsprechenden Förderungen anzupassen.

Ich finde es richtig, dass der Minister vor ein paar Wochen die Fördersätze im Marktanzreizprogramm, das im Augenblick ein bisschen schwächelt, angepasst hat. Das war die richtige Maßnahme, um auf diese Entwicklung zu reagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen darauf achten, dass sich dieses Programm stetig weiterentwickelt, dass sich die Menschen darauf verlassen können und motiviert werden, in regenerative Energien zu investieren.

Ein anderer Bereich, der vielleicht auch gefördert werden sollte, ist die Steigerung der Energieeffizienz. Ich spreche in diesem Zusammenhang nur energieeffiziente Haushaltsgeräte an. Auch hier ist in den letzten Jahren eine Entwicklung zu verzeichnen, die nicht sehr positiv ist, die aber durch Anreize vielleicht wieder umgekehrt werden kann.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der am Rande angesprochen worden ist - Sie, Frau Flach, haben es erwähnt -: das Thema Personal. Sie haben es freundlicherweise korrigiert: Es sind nicht real 180 Stellen, sondern natürlich weniger. Wir sind uns zwar darin einig gewesen, dass pauschale Stellenkürzungen nicht sehr effektiv sind. Wir haben aber trotzdem gesagt, dass wir die Zahl der Stellen um 0,75 Prozent kürzen sollten. Im vorliegenden Entwurf sind jedoch neue Stellen vorgesehen; das ist ganz klar. Wir müssen klären, wie dies zu den pauschalen Stellenkürzungen, die wir vorhaben, und zu einem Bericht des Bundesministeriums der Finanzen von April dieses Jahres darüber, wie sich die Stellen entwickelt haben, passt. Wir müssen überprüfen, ob es da

nicht Widersprüche gibt.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Denn dort steht, dass es einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Stellen gibt.

Ich möchte noch einen Punkt im Personalbereich ansprechen:

Für das Forschungsbergwerk Asse sind zwei Stellen vorgesehen. Dieses Forschungsbergwerk befindet sich im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Wie passt das zusammen?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schulte-Drüggelte, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Frau Hinz, aber immer doch.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Danke. - Mit Ihrer Erlaubnis komme ich noch einmal auf den Punkt Personal zurück. Personal ist in der Tat immer wieder ein großes Thema bei den Haushaltsberatungen.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frage!)

- Meine Frage kommt. Man muss manchmal erst zuhören, um verstehen zu können.

Im Entwurf ist jetzt von Mehrstellen die Rede. Ist es richtig, dass die eine oder andere Mehrstelle möglicherweise durch Gebühren refinanziert wird? Habe ich den Entwurf richtig interpretiert, oder habe ich das falsch verstanden?

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Wie immer haben Sie das richtig verstanden, Frau Hinz. In dem Entwurf steht auch, wie sich die Personalsituation in den letzten Jahren entwickelt hat. Einschließlich aller Behörden verfügt das Umweltministerium jetzt über 2 770 Stellen.

Sie haben die Stellen erwähnt, die refinanziert werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang speziell das Bundesamt für Strahlenschutz ansprechen. 27,5 Stellen sind für den Schacht Konrad ausgewiesen. Es ist von Bedeutung, ob diese Stellen wirklich notwendig sind; denn nur, wenn nachgewiesen wird, dass diese Stellen notwendig sind, werden sie refinanziert. Das werden wir in den Beratungen überprüfen.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU] - Ulrike Flach [FDP]: Das war eine weise Antwort!)

- So ist es doch. Wir müssen das überprüfen, und wenn es nötig ist, wird es refinanziert, und wenn nicht, müssen wir uns darüber noch einmal unterhalten.

Ich möchte noch die Verstärkung im Personalbereich der Deutschen Emissionshandelsstelle ansprechen. Ich darf Ulli Petzold für seine Initiative danken, die zu mehr Planungssicherheit bei den Mitarbeitern geführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein anderes Thema, über das wir reden müssen, ist der Planfeststellungsbeschluss für das Endlager Morsleben. Der Planfeststellungsbeschluss wird immer weiter nach hinten verschoben. Vor einigen Jahren wurde gesagt, er würde im Jahr 2008 gefasst werden. Im letzten Jahr war die Rede von 2010, in diesem Jahr von 2011. Diesbezüglich muss eine Entscheidung getroffen werden;

denn das kostet uns 60 Millionen Euro pro Jahr, und das wird nicht refinanziert.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Es gibt also reichlich Gesprächsstoff. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Lutz Heilmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Werte Gäste! Herr Minister, Sie nennen meinen Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine einen Scheinriesen der deutschen Politik, der umso kleiner werde, je näher man ihm komme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Michael Kauch [FDP])

Herr Minister, wer sich so weit aus dem Fenster lehnt, der muss damit rechnen, dass man sich genau anguckt, wer sich da so weit aus dem Fenster lehnt. Ich möchte jetzt nicht in der Vergangenheit wühlen; denn dann müsste ich feststellen, dass Oskar Lafontaine im Gegensatz zu Ihnen als Spitzenkandidat unter anderem Landtagswahlen gewonnen hat.

Da stellt sich mir die Frage nach Ihrer Erfolgsbilanz.

Bleiben wir bei Ihrer Arbeit als Umweltminister. An offensiver Rhetorik und flotten Ankündigungen mangelt es

Ihnen nicht; das gebe ich zu. Was folgte aber daraus?

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen verdeutlichen:

Die nationale Strategie zum Schutz der Artenvielfalt und die Eckpunkte für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm sehen auf den ersten Blick beeindruckend

aus. Je genauer man hinschaut, desto mehr verblasst dieser Eindruck aber. Ich könnte auch sagen: Je näher man ihnen kommt, desto kleiner werden sie.

Die Biodiversitätsstrategie liest sich zwar schön, fast wie ein Grimm'sches Märchen, sie wird aber weitgehend wirkungslos bleiben. Die tollen Ziele sind unverbindlich und nicht überprüfbar.

(Beifall des Abg. Michael Kauch [FDP])

- Danke schön. - Diese Strategie wird zu keinem wirksamen Schutz der Arten führen. Sicher kann man diese Strategie auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention

im Mai 2008 in Bonn gut präsentieren.

Ich habe auch nichts dagegen, dass Sie für diese Konferenz über 8 Millionen Euro locker machen. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen: Wir sind reich genug, um uns Naturschutz zu leisten. - Aber ich habe sehr wohl etwas dagegen, dass Sie die Konferenz überwiegend mit Mitteln finanzieren wollen, die bislang dem praktischen Naturschutz zur Verfügung standen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Ulrike Flach [FDP]: Das ist wohl wahr!)

Wenn Sie auf Konferenzen schöne Reden schwingen und schöne Hochglanzbroschüren präsentieren, im Alltag

aber den Naturschutz finanziell ausbluten lassen, dann sind Sie, Herr Minister, nicht glaubwürdig. Sie waren doch selbst in Naturschutzgebieten unterwegs, wenn ich es richtig gelesen habe. Sie wissen doch, dass dort in allererster Linie Geld fehlt. Wenn Sie ehrliche Politik machen wollen, dann muss sich das im Bundeshaushalt endlich widerspiegeln.

Noch einmal zum schon erwähnten Eckpunktepapier. Der Umfang ist beachtlich. Im Verkehrsbereich finden wir allerdings nichts Spektakuläres und erst recht nichts Neues. Das einzig wirklich wirksame Instrument ist die EU-Kraftfahrzeugstrategie, die Sie nun unterstützen wollen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn vorher haben Sie sich so massiv für VW und Co. eingesetzt, dass die Ziele verwässert wurden. Die einfachste und billigste Maßnahme hat die Große Koalition versenkt: ein allgemeines Tempolimit. Da ist eindeutig Fehlbescheid. (Ulrich Kelber [SPD]: Die Abschaffung der Entfernungspauschale!)

Dienstwagen haben einen Anteil von über 50 Prozent an den verkauften Neuwagen. Hier wollen Sie mit der Regelung zur Besteuerung abwarten, bis auf EU-Ebene die CO<sub>2</sub>-Strategie beschlossen ist. „Abwarten und Tee trinken“ würde der Engländer sagen. Dort gibt es übrigens eine steuerliche Regelung, mit der die Dienstwagen deutlich sparsamer geworden sind. Während die Firmen in unserem Land geschont werden, darf es wieder einmal der kleine Mann berappen. Die Reform der Kfz-Steuer für Neuwagen wollen auch wir. Schade ist nur, dass das, was Sie machen wollen, fast nichts bringt. In einigen Fällen kann es sogar so weit kommen, dass Spritfresser nach Ihren Vorstellungen weniger und nicht mehr zahlen müssen. Das kann nicht sein. Ich sage Ihnen: Spritfresser müssen zukünftig ordentlich zur Kasse gebeten werden. (Beifall bei der LINKEN)

So viel zu Ihrer Arbeit in Sachen Naturschutz und Verkehr. Ich frage mich angesichts dieser Bilanz: Wer ist hier eigentlich der Scheinriese?

Zum Abschluss noch zwei Sätze zur IAA, die sich den Klimaschutz groß auf die Fahnen geschrieben hat. Die deutsche Autoindustrie hat mit Ihnen, Herr Minister, gemein, dass sie sich in Ankündigungen übertrifft. Fest steht aber, dass die Autoindustrie die Selbstverpflichtung zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung nicht eingehalten hat. Ich bin gespannt, wie die neuerliche Vereinbarung der europäischen Autoindustrie aussehen wird, die heute verabschiedet werden soll.

Ich möchte noch etwas zu Frau Kollegin Reiche sagen. Ich empfehle Ihnen, eine Woche Bildungsurlaub in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel zu machen. Vielleicht haben Sie dort einen Erkenntnisgewinn darüber, welche Sorgen und Nöte die Menschen vor Ort haben, wenn ihnen so ein Meiler beinahe um die Ohren fliegt.

(Katherina Reiche [Potsdam] [CDU/CSU]:  
Nur, wenn Sie mitkommen!)

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Sylvia Kotting-Uhl für die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Gesamthaushalt hat einen deutlich höheren Umfang als in den vergangenen Jahren. Wir haben eine Bundeskanzlerin, die den Klimaschutz zur Cheffinnensache macht und alles daransetzt, den Ruf der obersten Klimaschützerin zu erobern. Das sind beste Voraussetzungen für ambitionierte Umwelt- und Klimaschutzpolitik – sollte man zumindest meinen.

Man glaubt erst einmal, man sei im falschen Film, wenn man dann nachrechnet, dass der Umweltetat im Gegensatz zum Gesamthaushalt, der um 4,7 Prozent steigt, nicht einmal um 0,2 Prozent steigt. Aber, Herr Minister, wir haben natürlich noch das Klimaschutzpaket von Meseberg, das größtenteils unter dem Finanzierungsvorbehalt des Finanzministers steht. Frau Merkel, Herr Gabriel, wie sollen wir das verstehen? Sind die Ziele doch nicht so ganz ernst gemeint, oder konnten Sie sich gegenüber Ihrem Finanzminister nicht durchsetzen? Denn bei Ihrer schönen Rechnung, Herr Minister Gabriel, bei der Sie auf die 400 Millionen Euro kommen, möchte ich daran erinnern, dass Emissionszertifikate auch schon einmal für 50 Cent an der Börse gehandelt wurden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bringt der Emissionshandel ordentlich etwas ein? Darf das für den Klimaschutz ausgegeben werden? Darauf bezogen sich übrigens die einzigen drei Sätze, die dem Finanzminister in seiner einstündigen Rede der Komplex Umwelt und Klima wert war. Dieser Steinbrück'sche Kuhhandel ist letztlich nicht mehr und nicht weniger als Basargefeilsche. Wir brauchen aber zuverlässige Investitionspolitik, Herr Investitionsminister Gabriel, als der Sie selber sich so gerne sehen. Ich will Sie noch einmal an Ihren Sündenfall erinnern, (Jörg Tauss [SPD]: Na, na!)

Ihren unseligen Hang zur Kohle. Bei Ihrem Basargefeilsche haben Sie akzeptiert, dass Ihre Geschenke an die Kohleindustrie im Rahmen des Emissionshandels direkt den erneuerbaren Energien und damit dem Klimaschutz ein zweites Mal im Wege stehen werden. Anna Lührmann hat Ihnen vorgerechnet, wie es gehen kann. Ein ambitionierter, konsequenter Klimaschutz ohne Halbherzigkeiten und in guter Haushältermanier führt unterm Strich auch in finanzieller Hinsicht zu einem besseren Ergebnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umweltschutz ist nichts, was man sich leisten können muss. Umweltschutz rechnet sich, wenn man das Wort „Nachhaltigkeit“ richtig versteht und anwendet und wenn die Regierung eine Politik macht, die in sich schlüssig ist und sich nicht von Ressort zu Ressort widerspricht. Allerdings will ich gerne zugestehen: Mit Herrn Glos zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge zu kommen, ist sicherlich nicht ganz einfach. Für den Klimaschutz gilt weiterhin: große Worte, kleine Taten und unter Finanzierungsvorbehalt stehende Taten. Die Aufgaben der Umweltpolitik und des Umweltministers

hören aber nicht beim Klimaschutz auf.

Die Biodiversität hat derzeit gute Chancen, im Ranking der Rhetorik des Ministers bald Platz zwei nach dem Klimaschutz zu belegen. Das ist wohl nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass Deutschland im Jahr 2008 Gastgeber der COP 9 ist. Das ist gut so. Aber was ist es für eine Absurdität, dass die Finanzierung der Durchführung dieser Vertragsstaatenkonferenz größtenteils zulasten des nationalen Natur- und Artenschutzes geht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Das ist eine gelungene Demonstration des Stellenwerts, den das Thema der Konferenz in unserem Land tatsächlich hat. Reicht es uns, zu sagen: Gut, dass wir darüber geredet haben? Fazit: große Worte, keine Taten.

Am Einzelplan für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fällt auf, dass die Mittel für die internationale Zusammenarbeit bzw. die Mittel des Titels „Internationale Sicherheit“, zum Beispiel beim Strahlenschutz, und die Beiträge an internationale Organisationen gekürzt werden. Wie kann das sein? Führen Sie, Herr Minister, nicht zu Recht das Wort im Mund, dass Umweltprobleme keine Grenzen kennen? Haben Sie Forsmark schon vergessen? Wie wollen wir Problemen wie der Vermüllung der Meere, die nicht in nationale Zuständigkeiten fallen, beikommen? Wird darüber nicht einmal mehr geredet? Keine Worte, keine Taten?

Ihr Ministerium lädt heute und morgen zu einem Kongress zum Thema Bioraffinerie ein. Das ist in meinen Augen im Hinblick auf den zukunftsfähigen Umgang mit Ressourcen ein unverzichtbares Projekt. Wo findet sich Entsprechendes im Haushaltsentwurf? Es werden insgesamt 33 Millionen Euro für Pilotprojekte im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe bereitgestellt, allerdings im Einzelplan des Ministerium Ihres Kollegen Seehofer. Wollten wir hier so viel tun wie die USA, müssten wir auf Basis einer Pro-Kopf-Berechnung rund 100 Millionen Euro in den Haushalt einstellen.

Nein, Herr Minister, Ihr Umwelthaushalt ist angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel, angesichts der Ansprüche der Kanzlerin und Ihrer großen Worte keine Glanzleistung. Er ist bescheiden, er akzeptiert die Randrolle, die ihm der Finanzminister zugewiesen hat, und er macht sich klein, obwohl die Umweltproblematik im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und der zu lösenden Aufgaben steht.

Der nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehende Investitionszuschuss für die Entwicklung von Erneuerbare-Energien-Technologien in Höhe von 40 Millionen Euro ist angesichts der Aufgaben lächerlich gering. Geothermie, Meeresswellentechnologie und die bestehenden Möglichkeiten zur Speicherung von Windenergie müssen marktreif gemacht werden, um dem Mantra der Energiekonzerne von der Unverzichtbarkeit der Atomkraft den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass diese Segel aus Illusion und wissentlich falscher Argumentation zusammengeflickt sind, wissen auch die Segler, spätestens dann, wenn sie auf die Homepage des weltweit zweitgrößten Brennstofflieferanten NUKEM

schauen, der unter dem Schlagwort „Vergesst die Renaissance der Atomkraft“ darlegt, dass uns der Peak-Uranium noch vor dem Peak-Oil erreicht.

Umwelt- und Klimaschutz sind mit konsequenter Politik möglich. Umweltpolitik ist notwendig. Sie braucht das Wort, die Überzeugung, aber auch die Tat und das entschlossene Handeln.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ja! Aber keine Ideologie!)

Der Haushaltsplan für das Jahr 2008 lässt diese Entschlossenheit bisher nicht erkennen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Kottling-Uhl, Sie müssten bitte zum Schluss kommen.

Sylvia Kottling-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gerne zum Schluss. - Es besteht die Chance, dass er sich nach den Ausschussberatungen anders darstellt. Vielleicht gelingt es uns im Umweltausschuss, den Klimaschutz im Haushalt auf einen realen Boden zu stellen, anstatt ihn an die Börse zu schicken. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat der Kollege Josef Göppel das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Josef Göppel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich empfinde die Debatte heute als richtig erfreulich. Alle Rednerinnen und Redner sind für mehr Umwelt und Klimaschutz, und die von der Opposition suchen nach Möglichkeiten, wie man es noch besser machen kann.

(Ulrike Flach [FDP]: So kann man das definieren!)

Zweifellos ist das Thema Umwelt wieder im Zentrum der politischen Debatte angelangt. Wenn man die Zeit etwa von 1970, als das erste europäische Naturschutzjahr ausgerufen wurde, bis heute überblickt, dann muss man sagen, dass die Probleme immer drängender geworden sind. Ich erinnere mich - etliche unter uns sicherlich auch - noch an das Jahr 1973, an die erste Ölkrise und die autofreien Sonntage, die Willy Brandt damals verordnet hat. Das war wie ein erstes Aufleuchten am Horizont. Danach haben wir uns wieder in Sicherheit gewiegt. Jetzt ist die Knappheit der Rohstoffe und der Energiequellen so eklatant geworden, dass die Preise stetig steigen. Nun, da die Menschen es am eigenen Geldbeutel spüren, ist dieses Thema Teil des allgemeinen Volksbewusstseins geworden. Angesichts dessen hat die Politik einerseits bessere Voraussetzungen, um eine gute Umweltpolitik umzusetzen, aber andererseits auch eine größere Verantwortung.

Ich muss sagen: Wir Deutsche können froh sein - dies sage ich mit Freude und voller Überzeugung -, dass wir eine Kanzlerin haben, die in der Sache so sattelfest ist, dass sie auf den internationalen Konferenzen die anderen mitziehen kann, und die gleichzeitig ihre Umwelt- und Klimaschutzpolitik aus dem Zieldreieck der Nachhaltigkeit heraus betreibt: eine Politik, die mehr wirtschaftliche

Chancen schafft und die Menschen auch sozial nicht überfordert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei dieser Gelegenheit beziehe ich unseren gemeinsamen Umweltminister ein. Herr Kollege Gabriel, die Absprache mit Michael Glos war gute Arbeit; das kann man gar nicht anders sagen.

(Zuruf von der LINKEN)

- Michel Glos ist natürlich ein harter Verhandlungspartner, der die Interessen seines Amtes sorgfältig wahrnimmt. Das gehört sich auch so.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich halte übrigens gar nichts davon, dass manche von SPD-Ministern und Unionsministern reden. Wir haben eine Bundesregierung, die, von uns gemeinsam getragen, bis 2009 einen Erfolg gegenüber den Wählern vorweisen will.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Programm von Meseberg wird noch eine gewaltige Schubkraft entfalten. Hier richte ich einen Appell an uns alle: Wir beobachten jetzt eine große Kaufzurückhaltung bei Anlagen für erneuerbare Energien und bei den Wärmedämmungen in den Häusern. Die Menschen warten darauf, was sich konkret in Gesetzen und Verordnungen niederschlagen wird. Sie sagen, wenn sie jetzt investierten, wüssten sie noch nicht, ob ihre Investitionen letztlich dem Standard entsprechen würden. Wir müssen diese Unsicherheit noch in diesem Jahr beenden und Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ich spreche das Marktanzreizprogramm an, das eine tolle Geschichte ist. Nur dürfen wir dabei kein ständiges Herauf und Herunter zulassen. Wenn es einen Antragsüberhang gibt, dürfen nicht gleich die Sätze gesenkt werden, um sie sofort wieder heraufzusetzen, wenn niemand mehr das Programm abrufen will, weil es zu wenig Anreize bietet. Damit schaffen wir Unzufriedenheit bei denen, die gerade ein paar Tage vorher einen Antrag eingereicht haben. In dieses Programm muss also, Herr Kollege Gabriel, unbedingt eine Verstetigung hineingebracht werden. Ich hoffe, dass dies mit den Verkaufserlösen aus den Emissionszertifikaten auch gelingt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich komme nun auf das mehrfach erwähnte Thema Automobilindustrie zu sprechen. Ich habe gelesen, dass VDA-Präsident Wissmann gesagt hat, die IAA werde keine Grüne Woche. Ich muss sagen: Wenn sich die Automobilindustrie gegen die Festlegungen unserer Kanzlerin und unserer Bundesregierung wehrt und dagegen angeht, dann werden wir von der Union das nicht unterstützen.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Oh!)

Wenn die Automobilindustrie will, dass die Europäische Kommission und die Bundesregierung nicht in die technische Entwicklung eingreifen, dann muss sie ihre Selbstverpflichtungen entschlossen umsetzen. Das ist der Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten



der CDU/CSU)

Ein Letztes: die Biotreibstoffe. Es gibt jetzt die Diskussion, angefacht vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, dass Biotreibstoffe von der Energiebilanz her nicht so gut abschneiden wie Biogas oder der Einsatz von Biomasse zur Wärmegewinnung. Das ist prinzipiell richtig. Aber ich frage diejenigen, die gegen Biotreibstoffe sind, welche Alternativen sie anbieten können. Ich rate uns allen, die Festlegungen, die die Koalition getroffen hat, einzulösen und die entsprechenden Anteile, wie beschlossen, zu realisieren. Dazu ist es nötig, dass wir vor dem 1. Januar 2008 das Gesetz über die Besteuerung der Biokraftstoffe ändern. Denn es darf nicht sein, dass im Jahr 2008 die Biotreibstoffe an der Tankstelle teurer sind als der aus Erdölgewonnene Treibstoff.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das würde den Markt abwürgen.

Ich will bei dieser Gelegenheit sagen: Ich finde die Vorschläge, die jetzt aus verschiedenen Arbeitsgruppen unseres Koalitionspartners, der Sozialdemokraten, kommen, gut, nämlich auch eine Unterkompensation einzuführen und den öffentlichen Nahverkehr freizustellen.

Ich denke, dass wir auf dieser Basis zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen können.

Ein letzter Punkt, der mir sehr am Herzen liegt - -

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Göppel, das müssen Sie dann bitte in Ihren Beratungen in der Koalition fortführen. Sie sind über die Redezeit.

Josef Göppel (CDU/CSU):

Hier steht: noch 45 Sekunden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ein Minus steht davor.

(Heiterkeit)

Josef Göppel (CDU/CSU):

Ich wünsche einen schönen Nachmittag und gemeinsame Anstrengungen für die Umwelt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir sind, wie Sie richtig festgestellt haben, noch nicht am Ende der Beratungen. Wir werden sicherlich alles austauschen können.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen uns nicht vor.

Damit kommen wir nun zum Geschäftsbereich des

Bundesministeriums des Innern, Einzelplan 06.

Das Wort hat der Bundesminister des Innern,

Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Jahrestag des 11. September ist es wichtig, in aller Klarheit zu sagen, dass wir mit der Geißel der terroristischen Bedrohung auf absehbare Zeit werden leben müssen. Wir wissen das seit Jahren. Wir haben in den letzten Jahren zunehmend gesehen, dass wir auch in Europa bedroht sind, dass wir alle Teil dieses weltweiten Gefahrenraums sind.

Wir haben in der vergangenen Woche die Gefährlichkeit

der Planungen, die mitten in unserem Land betrieben werden, auch von Menschen, die hier geboren sind, immer hier gelebt haben, gesehen. Wir haben zugleich gesehen, dass unsere Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gut aufgestellt sind. Deswegen ist es wichtig, mit großer Klarheit zu sagen: Die Bedrohung dauert an; sie ist durch die Verhaftung nicht abgeschlossen. Deswegen warne ich davor, zu erleichtert zu sein. Zugleich sage ich aber: Wir können darauf vertrauen, dass der Sicherheitsverbund von Bund und Ländern gut funktioniert. Wir werden alles daransetzen auch hinsichtlich der technologischen Entwicklung, um bei der Nutzung moderner Technologien - auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie - den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit zu verschaffen, auf eindeutiger rechtlicher Grundlage mit klarer verfassungsrechtlicher Begrenzung in diesem Wettlauf, den es in der Kriminal- und Polizeigeschichte der Menschheit immer gegeben hat, Schritt zu halten. Das sind keine einfachen Fragen; wir führen intensive Beratungen darüber. Es geht nicht darum - das ist in der Debatte der letzten Monate etwas schiefgelaufen -, dass irgendjemand in diesem Lande plant, die Freiheitsrechte abzuschaffen oder auch nur einzuschränken.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Es geht vielmehr darum, in der Verbürgung unserer freiheitlichen Verfassung das notwendige Maß an Schutz, das ein Rechtsstaat gewährleisten muss, zu gewährleisten. (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Fritz Rudolf Körper [SPD])

Das bedeutet im Einzelfall schwierige Abwägungen, aber es wird möglich und auch notwendig sein, aber nicht flächendeckend - das ist völlig verzerrt dargestellt worden; es ist eine völlig falsche Wahrnehmung -, sondern in eng begrenzten Ausnahmefällen als Ultima Ratio, wie der Präsident des Bundeskriminalamtes gesagt hat, in die Strukturen moderner und sich weiter entwickelnder Kommunikation einzudringen.

Wie gesagt, die technischen wie die rechtlichen Fragen sind nicht einfach. Wir arbeiten intensiv daran und haben auch unterschiedliche Meinungen. Auch das ist wahr. Warum sollte man nicht darüber reden?

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird seit einem Jahr nur darüber geredet! Das kann ich jeden Montag im Spiegel lesen!)

- Sie haben sich bisher nicht durch ein Übermaß an Entschlossenheit, diese Regelung einzuführen, hervorgetan.

Lassen wir das so stehen. Ich finde, es tut der freiheitlichen Demokratie keinen Abbruch, wenn man über schwierige Fragen notfalls auch streitig debattiert und dann zu einem Ende kommt.

Wichtig ist nach den Erfahrungen der vergangenen Woche nicht nur, dass wir der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden vertrauen können, sondern, dass wir auch auf sie hören müssen, wenn sie unter bestimmten Umständen etwas als Ultima Ratio für nötig halten. Dafür werbe ich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Übrigen sind wir in den letzten Jahren auch im Sicherheitsverbund von Bund und Ländern gut vorangekommen.

Wir haben nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Antiterrordatei zustande gebracht. Sie funktioniert gut. Wir haben das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum aller Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eingerichtet. Die Zusammenarbeit im GTAZ auch in diesen langen Monaten - sie war von Anfang an schwierig, und viele unserer ausländischen Partner haben besorgt gefragt, ob wir das in unseren föderalen Strukturen leisten könnten; die Antwort lautet: wir können es - trägt dazu bei, auch im Alltag mehr Vertrauen zueinander zu finden.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Deshalb haben wir auch die gemeinsame Datei gemacht!)

- Auch die gemeinsame Antiterrordatei. Darauf habe ich schon hingewiesen.

Wir kommen auch mit der Einführung des Digitalfunks für die Behörden für öffentliche Sicherheit voran. Das war ebenfalls mit jahrelangen Auseinandersetzungen verbunden, die wir jetzt zu einer Lösung gebracht haben. Wir führen den Digitalfunk jetzt schrittweise ein. Das heißt: Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Ich glaube, dass wir diesen Weg weiter beschreiten können und auch mit aller Entschiedenheit weiter beschreiten müssen.

Gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung zu den großen Entwicklungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werbe dafür, dass wir alle auch dabei unserer Verantwortung gerecht werden. Manche meinen, dass die Freiheit immer weiter eingeschränkt wird. Ich finde, die tatsächliche Entwicklung geht dahin, dass wir immer mehr Freiheit haben. Das drückt sich in vielem aus. Die europäische Entwicklung - die Tatsache, dass es keine Grenzkontrollen mehr gibt und dass wir zum Ende dieses Jahres die Kontrollen an allen unseren Landgrenzen abschaffen werden - ist ein großer Fortschritt und auch ein großer Freiheitsgewinn.

Ich sage Ihnen voraus: Je näher das Datum der Erweiterung des Schengen-Raumes kommt, desto mehr wird es in der Bevölkerung, insbesondere in der betroffenen Region, Ängste vor einem Sicherheitsverlust geben. Deswegen wird es wichtig sein, dass wir klarmachen, dass die Abschaffung der Grenzkontrollen keinen Verlust an Sicherheit für die Menschen bedeutet. Das gilt auch für die Grenzregionen. Wir werden durch verstärkte nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit den polnischen und tschechischen Behörden, so wie wir es mit den französischen, belgischen und niederländischen Behörden seit vielen Jahren halten, nicht zu weniger, sondern zu mehr Sicherheit kommen. Die Öffnung der Grenzen in Europa bedeutet keinen Verlust an Sicherheit, sondern einen Gewinn an Freiheit und Sicherheit zugleich. Die europäische Entwicklung ist alternativlos. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben zu diesem Zweck eine schwierige - und für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur einfache - Reform der Bundespolizei auf den Weg gebracht. Die muss sein. Die Bundespolizei muss

auf die neuen Aufgabenschwerpunkte vorbereitet sein. Deswegen ist die Reform der Bundespolizei notwendig. Sie hat im Übrigen auch das Ziel, dass wir bei gleichem Stellenbestand bei der Bundespolizei mehr Beamte für den polizeilichen Vollzug gewinnen, indem wir die Führungsstrukturen schlanker und effizienter gestalten.

Auch dafür bitte ich um entsprechende Unterstützung. Wir werden das im Haushalt 2008 im Rahmen der bestehenden Ansätze leisten. Ich füge vorsichtig hinzu: 2009 und 2010 wird wahrscheinlich eine gewisse Erhöhung nicht zu vermeiden sein, wenn die Bundespolizei diese Reform bewältigen soll.

Ich will noch ein Wort - weil es mir wichtig erscheint - zum Themenbereich Katastrophenschutz sagen. Wir haben an der schrecklichen Erfahrung unseres europäischen Partnerlandes Griechenland mit der Waldbrandkatastrophe gesehen, wie dankbar wir für die breiten Strukturen in unserem Katastrophen- und Bevölkerungsschutz mit der Kombination von Hauptamt und Ehrenamt, mit unserem hochleistungsfähigen Technischen Hilfswerk, aber auch mit unseren hervorragenden Berufs- und Freiwilligenfeuerwehren überall im Land sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch hier bewähren sich föderale Grundstrukturen, bewährt sich das Subsidiaritätsprinzip, auch mit dem Vorrang ehrenamtlicher Organisationen. Wir haben das Programm für den ergänzenden Katastrophenschutz. Das hat keine ganz einfache Geschichte, auch nicht im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Begründung. Es ist aber in mühevollen Verhandlungen mit den Innenministern der Bundesländer gelungen, die Vereinbarung zu erzielen, dass dann, wenn der Bund seine Mittel für dieses Programm nur in begrenztem Umfang zurückführt, die Bundesländer ihre Mittel entsprechend aufstocken, sodass wir den Gesamtbestand an ehrenamtlichen Helfern in den Freiwilligen Feuerwehren erhalten können. Wir erwiesen unserem Land einen schlechten Dienst, wenn wir das ehrenamtliche Engagement in unserem Land schwächten. Deswegen werbe ich sehr dafür, dass wir dieses Programm unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Frank Schäffler [FDP]: Sie kürzen!)

- Wir kürzen nicht. Im Gegenteil: Im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung stocken wir erheblich auf.

Herr Kollege, schauen Sie es sich an! Unterstützen Sie es! Dann machen wir gemeinsam einen wichtigen Schritt und tun etwas Gutes für die Sicherheit in unserem Lande.

Wir haben vielfältige Debatten darüber geführt, was wir tun können, um die Tendenzen zu Extremismus, insbesondere zu Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt bis hin zu Neonazismus zu bekämpfen.

Wir haben viele Programme; diese müssen wir fortführen.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir den jungen Männern in den Regionen Angebote machen, in denen es gelegentlich heißt, die Rechtsextremen hätten die attraktivsten Freizeitangebote. Das kann nicht wahr sein.

Zum Beispiel hat das Technische Hilfswerk in diesem Sommer Ferienlager durchgeführt. Ich glaube, dass diese praktische Arbeit - zusammen mit den Sportverbänden - mit der richtige Weg ist, diese Tendenzen zu bekämpfen. Deswegen bitte ich um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben in aller Kürze die Konsequenzen aus der Evaluierung der Integrationskurse gezogen. Es geht um die Verbesserung der Integration. Mit unserem neuen Zuwanderungsrecht, das nun dabei ist, sich in der Praxis zu bewähren - all der Streit in vergangenen Monaten ist längst vergessen -, sind wir auf dem richtigen Weg und fördern und fordern Integration. Wir ziehen auch in diesem Haushalt die Konsequenzen aus der Evaluierung der Integrationskurse, um entsprechende Verbesserungen durchzusetzen.

Da das Innenministerium eine große Fülle von Zuständigkeiten hat, möchte ich nur noch ein paar Stichworte nennen. Stichwort Sport: Wir stehen vor der doppelten Herausforderung, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Sportler, die in einem härter werdenden internationalen Wettbewerb stehen - ich habe die Weltmeisterschaften der Kanuten und Ruderer sowie der Turner in den letzten Wochen gesehen; es war wirklich wunderschön; Stuttgart ist auch eine tolle Sportstadt, das ist wahr -,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

zu erhalten und ihnen faire Wettbewerbschancen zu geben und zugleich den Kampf gegen den Missbrauch leistungsfördernder Mittel weiter zu verstärken. Deswegen erhöhen wir die Mittel für die Dopingbekämpfung. Ich füge allerdings hinzu: Wir werden weiterhin darauf angewiesen sein, dass die Sportorganisationen ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir haben zwar einiges gesetzgeberisch auf den Weg gebracht. Aber wir müssen von den Verantwortlichen - selbst im Radsport - die notwendige Entschiedenheit und Klarheit einfordern. Ich sehe, dass noch nicht überall die Überzeugung vorherrscht, dass ein wirklicher Neuanfang notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Letzte Bemerkung. Im Grunde geht es bei allem, was in meinem Geschäftsbereich liegt, darum, im Alltag unter Beweis zu stellen, dass unser föderales System und das Subsidiaritätsprinzip eine Freiheitsordnung garantieren, die besser als jede andere den Menschen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten kann. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Gisela Piltz für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gisela Piltz (FDP):

Verehrtes Präsidium! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Worum geht es eigentlich heute, am 6. Jahrestag von 9/11, beim Thema „innere Sicherheit“? Worum geht es dabei genau? Nach der öffentlichen Meinung geht es offensichtlich darum, wer am meisten Sicherheit verspricht.

Das war in der Vergangenheit der ehemalige Innenminister, Herr Schily; das ist jetzt der amtierende Innenminister, Herr Schäuble. Herr Schäuble, zu den Zwischentönen, die Sie heute hier haben anklingen lassen, und dazu, dass Sie zurückgerudert sind und das zurückgenommen haben, was Sie in dem einen oder anderen Interview angesprochen haben, kann ich nur sagen: Die Worte hör ich wohl, allein mein Glaube beschränkt sich auf die Annahme, dass das heute ein Zugeständnis an die SPD war, nicht aber an unseren Staat und unsere Freiheit. Wir sind sehr gespannt, wie Sie damit weiter umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Im Versprechen von Sicherheit sind Sie groß, aber - das muss man ganz klar sagen - absolute Sicherheit wird es niemals geben. Das ist eine bittere, aber wahre Erkenntnis, zu der man stehen muss. Absolute Sicherheit gibt es mit keinem neuen Gesetz, mit keiner neuen Vorschrift, mit keiner neuen Technik und mit keinem neuen Programm.

Apropos Programm, Herr Minister: Im letzten Herbst, etwa vor einem Jahr, haben Sie in letzter Minute im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes das Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit vorgelegt, das von der Großen Koalition verabschiedet wurde. Mit diesem Programm nahm das Schicksal der Onlinedurchsuchung seinen Lauf. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir als FDP das ausgegraben haben. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es gab niemanden von Ihnen, der das verurteilt hätte, (Jörg Tauss [SPD]: Na, na!) im Innenausschuss nicht und im Haushaltsausschuss nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben das toleriert, Sie waren dafür. Ob es eine Rechtsgrundlage dafür gibt oder nicht, war Ihnen genauso wie damals dem Innenminister völlig egal.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wussten nicht, was das ist!)

Heimliche Durchsuchung - das ist eine Methode im deutschen Rechtsstaat, die wir bisher nicht kennen, und zwar in keinem einzigen Fall. Das in einem Handstreich und möglichst auch noch heimlich einführen zu wollen, ist aus der Sicht der FDP eines Verfassungsministers nicht würdig.

(Beifall bei der FDP)

Zurück zum Programm. Der Bericht des Bundesrechnungshofes, der es untersucht hat, spricht eine sehr deutliche Sprache. Er ist eigentlich eine schallende Ohrfeige für die Umsetzung des Programms. Kein Wunder, dass Sie lieber über heimliche Onlinedurchsuchungen als über das Programm sprechen; denn das ist schon durchgefallen. Der Bundesrechnungshof führt aus - wenn ich kurz zitieren darf -: Bei der Mehrzahl der untersuchten Maßnahmenpakete ist nicht erkennbar, dass die Bundespolizei ihre Ziele in absehbarer Zeit erreichen kann. Es sind Beschaffungen vorgesehen, die den parlamentarisch bewilligten Umfang deutlich übersteigen. Folgekosten bleiben unberücksichtigt, und Konzeptionen für spätere Evaluierungen gibt es erst gar nicht. - Nicht, dass uns

das mit den Evaluierungen wundern würde, der Rest aber schon. Sie versprechen mit Ihren Maßnahmen Sicherheit und halten Ihre Versprechungen nicht einmal mit dem, was der Bundestag Ihnen zur Verfügung gestellt hat. Wie wollen Sie dann den Bürgern eigentlich noch klarmachen, wie Sie für Sicherheit sorgen wollen? (Beifall bei der FDP)

Es geht noch weiter: Seit dem 11. September 2001 sind in Deutschland 10 000 Polizistenstellen und dazu noch einmal 7 000 Tarifbeschäftigte bei den Polizeien eingespart worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht beim Bund!)

Das ist wirklich ein Wort in Sachen Sicherheit. Computer, die heute im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, Kinderpornografie oder auch islamistischem Terrorismus beschlagnahmt werden, liegen teilweise zwei Jahre in den Kellern der Behörden, weil dort kein Personal ist. Macht das dieses Land sicherer? DNA-Spuren warten teilweise Jahre auf die Auswertung, und das alles, weil es an Ressourcen und Personal fehlt. Wo bleiben da bitte schön Ihre warnenden Worte, Herr Minister?

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Ich wusste, dass Sie sich das leicht machen. Wenn Sie sich jetzt auf die fehlenden Zuständigkeiten berufen, dann frage ich Sie: Ist eine IMK wie die am Freitag dann eigentlich nur noch eine Show-Veranstaltung? Es ist ja schön, wenn Sie sich mit den Landesinnenministern auf einen Straftatbestand für den Besuch von Terrorcamps einigen. Diesbezüglich möchte ich Sie aber auf zwei Sachen hinweisen: Erstens sind die Landesinnenminister dafür gar nicht zuständig. Einzig und allein der Bundestag kann das beschließen, nicht die IMK; das muss ganz klar sein. Sie können vieles beschließen, was der Bundestag dann umsetzen soll. Ich habe aber noch kein warnendes Wort von Ihnen an die Landesinnenminister gehört, dass diese bei der Polizei und den entsprechenden Ressourcen dringend aufstocken müssten. Wenn eine IMK Sinn ergeben soll, ist auch das ein Thema, das auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Da habe ich Ihre Stimme wirklich vermisst. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist uns klar, dass mehr Polizei und bessere Ausstattung viel Geld kosten. Aber innere Sicherheit darf aus unserer Sicht nicht am Geld scheitern. Das ist eine ganz klare Haltung meiner Fraktion, und wir würden uns freuen, wenn die anderen das so umsetzen würden. In Nordrhein-Westfalen, wo ein liberaler Innenminister die Verantwortung übernommen hat, werden mehr Polizisten eingestellt als in jedem anderen Bundesland. (Sebastian Edathy [SPD]: Was ist denn da mit der Onlinedurchsuchung?)

Ich frage mich, ob Ihre sogenannte Große Koalition da funktioniert.

Zum Schluss noch eine Aufforderung an das ganze Parlament: Der Wettlauf um die besten Vorschläge nach einem vereitelten Anschlag hat aus meiner Sicht wirklich nichts mit seriöser Politik zu tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist eine Missachtung derjenigen - im Fall der letzten Woche waren es 300 Beamtinnen und Beamten -, die Tag und Nacht gearbeitet und einen Erfolg vorzuweisen haben. Das erste, was Sie machen, sind neue Vorschläge, statt diesen Menschen ausführlich zu danken und in Ruhe neue Vorschläge zu überdenken. Das hat aus meiner Sicht mit ruhiger Politik nichts zu tun.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Das haben wir gemacht!)

Zweitens frage ich mich, warum Sie diese Vorschläge, wenn sie denn so toll sind, nicht schon längst gemacht haben.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Machen wir doch!)

Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Uns geht es nicht darum, absolute Sicherheit zu versprechen, uns geht es darum, größtmögliche Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu erreichen. Das ist die bessere Alternative.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Fritz Rudolf Körper von der SPD-Fraktion.

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich - gerade in diesen Tagen - eine Bemerkung machen, die mir sehr wichtig ist: Deutschland kann stolz sein, dass es im internationalen Vergleich eines der sichersten Länder der Welt ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bitte dies bei allen Debatten, die wir über die Sicherheitslage führen, nicht zu vergessen. Wir müssen alles daran setzen, dass Objektivität und Subjektivität - die objektive Ausgangsposition und das subjektive Empfinden der Bürgerinnen und Bürger - zusammengeführt werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Statt Hysterie!)

- Das kann man hinzufügen, Herr Kollege Tauss: statt Hysterie. - Ich finde es ganz wichtig, dass wir mit der Sicherheitslage sorgfältig und objektiv umgehen und dass keine falschen Schlussfolgerungen gezogen werden. Die jüngsten Tage haben deutlich gemacht, wie erfolgreich unsere Sicherheitsbehörden mit dem vorhandenen Instrumentarium arbeiten können. Dafür sei ihnen herzlich gedankt!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank Rot-Grün!)

Diese Aktionen machen auch deutlich, wie wichtig unsere Fähigkeiten im Vollzug sind. Denn es kommt nicht nur auf die Gesetze an, sondern darauf, wie gut wir im polizeilichen Vollzug sind.

Liebe Frau Kollegin Piltz, Sie haben zu Recht festgestellt, dass die Länder bei der Polizei ihre Personalkontingente reduziert haben. Aus meiner Sicht wäre es aber



ein Gebot der Fairness gewesen, hinzuzufügen, dass der Bund dies eben nicht getan hat, sondern seine Polizei in den zurückliegenden Jahren personell und materiell besser ausgestattet hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Piltz, es ist immer ein bisschen schwierig, mit Steinen zu werfen, wie Sie es getan haben. In Bezug auf das, was Sie zum Thema Onlinedurchsuchungen gesagt haben, bedarf es folgenden Hinweises: Warum liegt diese Sachfrage in Karlsruhe vor? Weil es ein Landesverfassungsschutzgesetz gibt, das diese Regelung enthält. Dieses Gesetz wurde in Nordrhein-Westfalen beschlossen, und zwar mit Zustimmung der FDP und des dortigen FDP-Innenministers. Sie sollten daher ganz vorsichtig sein, über diese Durchsuchungen zu richten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Hans-

Peter Uhl [CDU/CSU]: Immerhin ein Gesetz und keine Dienstvorschrift! - Dr. Max Stadler [FDP]: Der Staatssekretär weiß gar nicht, was er unterschrieben hat! - Gisela Piltz [FDP]: Sie haben in Ihrer Zeit im Ministerium nicht einmal eine Rechtsvorschrift geschaffen!)

- Meine Bemerkung hat offensichtlich gesessen. - Wir, die rot-grüne Bundesregierung, haben dieses Instrument übrigens nicht angewendet.

Ich halte es für einen beachtlichen Vorgang - auch das will ich deutlich machen -, dass in der Öffentlichkeit keine Bemerkung gemacht worden ist, die die Ermittlungen gefährdet hätte, obwohl Hunderte von Beamten an den Maßnahmen beteiligt waren, die zu den Verhaftungen geführt haben. Es ist festzustellen, dass sich das Terrorabwehrzentrum - wir haben dafür gesorgt, dass sich die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern an einen Tisch setzen - bewährt hat: Es war entscheidend, um den Vollzug zu effektivieren und um zu diesen Ergebnissen zu kommen. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist wichtig, dass wir nicht immer wieder nach neuen Instrumenten rufen. Manch ein Ruf überlebt keine 24 Stunden. Wir sollten vielmehr mit den bewährten Instrumenten sehr sorgfältig umgehen, und wir sollten klären, was wir darüber hinaus noch tun müssen. Ich finde es ganz richtig und wichtig, dass wir das Bundeskriminalamt zukünftig mit einer sogenannten Präventivkompetenz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausstatten. Das ist nämlich die richtige Antwort auf die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Clemens Binninger [CDU/CSU]: Mit Onlinedurchsuchungen!)

Was die Frage der Onlinedurchsuchungen anbelangt: Das ist nach meinem Dafürhalten zwar eine wichtige, letztlich aber nur eine Detailfrage, die wir nicht überhöhen sollten.

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD])

Ich finde es richtig und wichtig, dass wir an der Beantwortung dieser Frage sorgfältig arbeiten. Ich halte es auch für notwendig, die Karlsruher Entscheidung einzubeziehen. Ich denke, das ist die richtige Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD)

Unser ausdrückliches Angebot ist, über das BKA-Gesetz möglichst zügig zu beraten und zu entscheiden.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie es doch nächste Woche! Das können Sie doch als Fraktion!)

Herr Kollege Schäuble, ich verstehe allerdings nicht, dass dem Bundeskriminalamt nach der Haushaltsvorlage 8 Millionen Euro genommen werden, um sie der Bundespolizei zukommen zu lassen. Ich habe die Neuorganisationsmaßnahmen im Bereich der Bundespolizei immer so verstanden, dass es nicht zu einer Vermehrung von Personalkosten kommen soll. Angesichts der Herausforderungen im Bereich des internationalen Terrorismus sind diese 8 Millionen Euro beim Bundeskriminalamt besser eingesetzt als bei der Bundespolizei.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen noch einmal darüber reden, Kollege Uhl, wie wir das Thema der Neuorganisation der Bundespolizei grundsätzlich angehen. Mir stellt sich die Frage: Welche Synergieeffekte kann man bei Bundeskriminalamt und Bundespolizei nutzen? Ich nenne beispielsweise den kriminaltechnischen Bereich oder den IT-Bereich. Es geht darum, wie wir das bei einer Neuorganisation forcieren können. Doppelstrukturen bei BKA und Bundespolizei halte ich nicht für sonderlich sinnvoll.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Gisela Piltz [FDP])

Wir möchten noch einmal grundsätzlich über die Neuorganisation der Bundespolizei reden – das sage ich ganz deutlich –; denn die Auswirkungen, wie sie sich darstellen können, sind unserer Auffassung nach nicht geeignet, polizeiliche Arbeit zu effektivieren und zu forcieren. Deswegen ausdrücklich noch einmal dieses Gesprächsangebot. Es ist notwendig, das Bundespolizeigesetz zu ändern.

(Gregor Amann [SPD]: So ist es! – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nächste Koalitionskrise, oder was?)

Das bedarf der Zustimmung dieses Hauses. Das Interesse an einer Effektivität der Neuorganisation ist selbstverständlich. Herr Kollege Schäuble, Sie haben das Technische Hilfswerk und den Katastrophenschutz angesprochen. Auf das Technische Hilfswerk und die Arbeit, die von den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen dort geleistet wird, können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es eine solche Einrichtung nicht gäbe, müsste sie eigentlich erfunden werden.

Das Technische Hilfswerk zeichnet sich dadurch aus, dass es eine besondere Kombination von Ehrenamtlichkeit auf der einen Seite und Hauptamtlichkeit auf der anderen Seite gibt. Es ist dann gut, wenn es zwischen den Ehrenamtlichen und den Hauptamtlichen gut funktioniert.

Die Planungen des Bundesinnenministeriums, von 800 Hauptamtlichen 100 Hauptamtliche einzusparen, halte ich schlichtweg für falsch.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hartfrid Wolff [Reims-Murr] [FDP])

Es kommt hinzu, dass das Technische Hilfswerk eine globale Minderausgabe in Höhe von 7 Millionen Euro erwirtschaften soll. Ich bitte insbesondere die Haushälter, da noch einmal genau hinzuschauen; denn das können wir dem Technischen Hilfswerk weder materiell noch personell zumuten. Meine herzliche Bitte wäre, eine verbesserte finanzielle Situation für das Technische Hilfswerk zu erreichen.

(Beifall bei der SPD - Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich mache mit!)

Ob wir im Bereich des Katastrophenschutzes gegenüber den Ländern ohne rechtliche Grundlage so großzügig sein sollten, will ich zumindest mit einem Fragezeichen versehen.

Der Innenhaushalt ist sehr facettenreich. Ich will eine kurze Bemerkung zum Thema Sport machen. Sie haben das Rudern angesprochen. Wir müssen feststellen: Im Rudern sind wir im Moment nicht so erfolgreich, wie wir waren.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber im Frauenfußball!)

Warum sind wir im Rudern der Männer nicht so erfolgreich? Weil wir ein Problem haben, was den beruflichen Übergang der Athleten anbelangt. Sie haben gesagt: Wir können uns das quasi beruflich nicht leisten. - Da wäre es ganz wichtig, noch einmal den Hinweis an den Bundesverteidigungsminister zu geben, die Mittel, die er für den Leistungssport und die Sportlerinnen und Sportler zur Verfügung stellt, nicht unbedingt zu reduzieren. Das wäre ein guter Beitrag für den Sport in Deutschland. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Ulla Jelpke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder Haushaltsentwurf gibt die Grundrichtung an, in die eine Regierung gehen will. Wir sagen an dieser Stelle ganz klar: Die Grundrichtung, die hier vorgegeben wird, Herr Innenminister, ist grundfalsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Falsch ist der Galoppsritt zum Überwachungsstaat. Falsch ist die Weigerung, Einwanderern und Flüchtlingen endlich ernsthafte Integrationsangebote zu machen. Wir haben vor wenigen Wochen anlässlich des G-8-Gipfels einen erschreckenden Anschauungsunterricht darin erhalten, wie der Staat aussieht, den sich diese Regierung wünscht.

(Dr. Michael Luther [CDU/CSU]: Aber auch ein Staat, den Sie sich wünschen!)

Um den legitimen Protest gegen den Gipfel zu verhindern,

sind der Protest und der Widerstand über Monate hinweg diffamiert worden, Sitzblockaden wurden als Gewalttaten verunglimpft. Rund um den Gipfel herrschte ein pauschales Demonstrationsverbot, und wir alle haben die Käfige gesehen. Die Bundeswehr hat sich mit Spähpanzern und Tornados an der Überwachung und Einschüchterung von Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligt.

Die G-8-Szenen zeigen aber auch, dass es Protest und Widerstand gegen diese Entwicklung gibt, und das ist gut so. Zehntausende von Demonstrantinnen und Demonstranten haben trotz willkürlicher Verbote ihre Grundrechte wahrgenommen und demonstriert.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Protest wird von unserer Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Meine Damen und Herren, zwei Drittel des gesamten Etats für die Innenpolitik, insgesamt 3,3 Milliarden Euro, fließen in den Bereich Sicherheit.

(Dr. Michael Luther [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

2008 sollen es noch einmal 270 Millionen Euro mehr werden. Schauen wir uns einmal genauer an, was hier eigentlich finanziert wird: Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten ist mit der Einrichtung des Antiterrorzentrums und der sogenannten Anti-Terror-Datei weitgehend aufgehoben worden. Passfotos werden schon gespeichert und ab 1. November auch die Fingerabdrücke von allen, die Reisepässe haben wollen. Die nächsten Überwachungsmaßnahmen sind schon vorbereitet. Das Bundeskriminalamt wird zur Geheimpolizei mit weitreichenden Befugnissen

(Sebastian Edathy [SPD]: Das ist aber ein problematischer Begriff, den Sie da anwenden, Frau Kollegin!)

zur Telefonüberwachung, zur Verwanzung von Wohnungen und zur heimlichen Onlinedurchsuchung, die ja schon Gegenstand dieser Debatte war.

Wer an die Beschwichtigung des Innenministers glaubt, es gehe ja bloß um zehn Computer im Jahr, der ist selbst schuld und meines Erachtens naiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn erst die rechtliche Grundlage da ist, werden die technischen Mittel ausgebaut. Dann drohen immer mehr Computerschnüffeleien. Genauso war es im Übrigen beim Großen Lauschangriff auf Wohnungen,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Gerade nicht!)

der ja, bevor er vom Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde, weidlich ausgeweitet wurde.

An dieser Stelle möchte ich gerne Heribert Prantl zitieren, der vor wenigen Tagen im NZZ Folio die Logik des Überwachungsstaats folgendermaßen beschrieben hat:

Jeder Einzelne gilt als potentiell verdächtig - so lange, bis sich durch die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen seine Entlastung ergibt.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Finde ich auch!)

Mit dem Rechtsstaatgedanken, an dem die Linksfraktion

nach wie vor festhält, hat das nichts mehr zu tun. Daran muss man gerade auch heute, am 11. September, erinnern. Meine Damen und Herren, wie falsch die Gelder angelegt wurden – die Kollegin Piltz ist schon darauf eingegangen –, die angeblich der Sicherheit dienen sollen, hat der Bundesrechnungshof gerade gerügt. Von 17 Millionen Euro, die voriges Jahr für den Ausbau von Videoüberwachung bewilligt worden waren, sind erst 600 000 Euro ausgegeben worden,  
(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 570 000!)

und zwar nicht, weil die Regierung so sparsam ist, sondern weil sie niemals Vorstellungen für konkrete Projekte entwickelt hatte. Erst wird mit Angstmache Alarm geschlagen, dann wird dringender Handlungsbedarf behauptet, Gelder werden eingefordert, und am Ende stellt sich heraus, dass die Bundesregierung völlig konzeptionslos agiert, so zum Beispiel beim Feldversuch am Hauptbahnhof in Mainz, wo mit Videokameras eine automatische Gesichtserkennung erprobt wurde, die sich als großer Flop erwiesen hat und damit eine riesige Geldverschwendung darstellt.

Die Linke hat andere Vorstellungen davon, wo Gelder eingesetzt werden müssten. Letztes Jahr hat die Bundesregierung hier mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ein spontanes Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit mit einem Volumen von 130 Millionen Euro beschlossen. Die Linke fordert jetzt ein ähnliches Sofortprogramm, und zwar zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.  
(Beifall bei der LINKEN)

Herr Schäuble, meine Damen und Herren, niemand kann ernsthaft bestreiten, dass die größte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zurzeit von den Neofaschisten und Rechtsextremisten ausgeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das sind aber nicht die Einzigen!)

Das hat vor einigen Tagen besonders die rassistische Hetzjagd in Mügeln gezeigt. Das Beispiel Mügeln hat auch gezeigt, dass es falsch war, die Verantwortung für die Projekte gegen Rechts an die Kommunen zu delegieren. Die örtlichen Amtsträger wollen das Problem des Rechtsextremismus oftmals nicht sehen. Basisinitiativen und Beratungsteams gegen Rechtsextremismus müssen ständig um ihre weitere Finanzierung bangen. Etliche Projekte wurden schon eingestellt, weil sie nicht mehr finanziert werden.

Da läuft doch wirklich etwas falsch. Während Linke stets mit dem § 129 a StGB bedroht sind und damit rechnen müssen, als terroristische Vereinigung zu gelten, verüben Rechtsextremisten Tausende von rechtsextremistischen Straftaten, ohne dass die Bundesregierung ernsthafte Gegenmaßnahmen anzubieten hätte.

Die Linke fordert deswegen: Wenn schon 270 Millionen Euro zusätzlich für sogenannte Sicherheitsausgaben bereitstehen sollen, dann muss dieses Geld voll und ganz in den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus fließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die schon vor Jahren vom Bundestag beschlossene unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechts muss endlich

geschaffen werden. Das könnte dazu beitragen, dass auch Dunkelziffern rechter Gewalt offengelegt würden und tatsächlich mehr Sicherheit zu erreichen wäre, insbesondere was den Schutz der potenziellen Opfer angeht. Noch ein paar Worte zur Integrationspolitik. Die Sprachkurse für Neuzuwanderer und Flüchtlinge sind eindeutig unterfinanziert. Notwendig wären eine höhere Stundenzahl, kleinere Kurse und eine bessere Entlohnung des Lehrpersonals. Wir wollen, dass auch sogenannte Geduldete und Asylsuchende diese Kurse besuchen dürfen. Selbst das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Rambøll-Gutachten geht von einem Mehrbedarf von fast 60 Millionen Euro aus. Veranschlagt sind aber nur 14 Millionen Euro. Wir sagen hier ganz klar: Wer Integration zur nationalen Aufgabe erklärt, wie das vor allen Dingen die CDU/CSU tut, muss auch entsprechende Mittel bereitstellen, damit diese Integrationskurse optimal ausgestaltet werden können.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Während die Regierung weiterhin bei der Integration spart, wird die sogenannte EU-Grenzschutzagentur Frontex weiter aufgerüstet. Deren Schiffe und Hubschrauber sollen Flüchtlinge abschrecken, was in der Praxis bedeutet, dass noch mehr Menschen gefährdete Fluchtrouten benutzen müssen. Die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ hat am Tag des Flüchtlings erklärt: Wer das Sterben vor den Toren Europas wirklich verhindern möchte, muss sich Gedanken darüber machen, wie Flüchtlinge und Migranten gefahrenfrei und legal auf dem Territorium der EU ankommen können. Das wäre meiner Meinung nach wirklich ein humanitärer Akt. Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist von all diesen Dingen nichts zu finden. Die Linksfraktion fordert vor allem, die Zusammenlegung von Polizei und Geheimdiensten ebenso wie die Inlandseinsätze der Bundeswehr sofort zu stoppen. Streichen Sie die Millionen für Hightechüberwachungsanlagen, stoppen Sie den Aufbau des Schnüffelstaates, und investieren Sie Gelder in den Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine humanitäre Flüchtlingspolitik!

Zuletzt weise ich darauf hin, dass am 22. September hier in Berlin eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt den Überwachungswahn“ gegen Vorratsdatenspeicherung und den Abbau von Bürgerrechten stattfindet. Wir als Linke werden uns auf jeden Fall an diesen Protesten beteiligen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Ralf Göbel [CDU/CSU]: Viel Vergnügen dabei!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Ich erteile das Wort Kollegin Silke Stokar, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen. Zunächst gratulieren natürlich auch wir den Frauen der Fußballnationalmannschaft, die gestern mit 11 zu 0 hervorragend gegen

Argentinien gewonnen haben. Das ist eine hervorragende Leistung, die ganz ohne Doping erreicht wurde und die hier im Hause auch gewürdigt sein soll.

(Beifall)

Meine zweite Bemerkung richtet sich an die parlamentarische Verantwortung in diesem Haus. Ich vertrete nicht die Auffassung, dass der BKA-Präsident Ziercke dem Parlament über öffentliche Interviews sagen sollte, was die Polizei braucht. Ich glaube, es ist im demokratischen Rechtsstaat gute Tradition, dass das Parlament der Polizei auch Grenzen setzt und dass wir bestimmen, wo das Ende der Wunschliste der Polizei ist.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke

[DIE LINKE])

Das sollten wir hier nicht durch einige laxer Bemerkungen des Innenministers in das Gegenteil umkehren lassen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/

DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch sagen: Gleiches gilt für die IMK. Selbstverständlich haben die Innenminister der Länder das Recht, sich zu versammeln. Selbstverständlich haben sie auch das Recht, den Herrn Bundesinnenminister als Gast dazu einzuladen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist

gnädig!)

Gesetzgeber zur Bundesinnenpolitik ist jedoch der Deutsche Bundestag; Gesetzgeber ist das Parlament und sonst niemand. Dieses Selbstverständnis sollten zumindest wir hier unten in den Reihen alle miteinander teilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo ist der Streit?)

Weiterhin möchte ich eine Frage an Sie, Minister Schäuble, richten. Wir sind in den Haushaltsberatungen. Ich frage Sie: Was machen Sie eigentlich mit dem Geld, das Ihnen das Parlament zur Verfügung stellt? Es ist vonseiten der Opposition von einigen Rednern angesprochen worden: Zum Haushalt 2007 haben Sie ein zusätzliches Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit gefordert und es nach den zum Glück vereitelten Kofferbombenanschlägen von der Mehrheit des Hauses auch erhalten. Von diesen 26 Millionen Euro haben Sie nach einem Bericht des Bundesrechnungshofs lediglich 3,4 Prozent für die Terrorismusbekämpfung ausgegeben. Für mich ist dieser Vorgang ein Skandal. Für mich ist dieser Vorgang eine Missachtung des Haushaltsrechts des Parlaments. So geht das nicht! Der Begriff Terrorismusbekämpfung wird für Sie zum Sesam-öffne-dich der Steuerkasse. Anschließend verschwindet das Geld in den schwarzen Kassen des BMI, und Sie sagen uns nicht, was Sie mit diesem Geld konkret gemacht haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Kollegin,

erzählen Sie doch nicht so ein dummes Zeug!)

Vor diesem Hintergrund wundert es mich überhaupt nicht, dass mein Antrag auf Akteneinsicht zur Sicherheitszentrale der Bahn seit zwei Monaten im Übrigen rechtswidrig vom BMI nicht beantwortet wird. Wir wollen wissen, wie es um die Videoüberwachung der Bahnhöfe steht. Wir wollen es nicht länger zulassen, dass der

Bundesinnenminister öffentlich überall mehr Videoüberwachung fordert. Wir sind nicht der Auffassung, dass dies der richtige Weg ist, wenn der Minister dann in seinem Zuständigkeitsbereich der Bahnsicherheit das zur Verfügung gestellte Geld nicht ausgibt, wofür er eine Rechtsgrundlage hat. Dort, wo er Verantwortung trägt, handelt er nicht. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir haben die Schnauze voll von Denkanstößen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Präsident, was passiert mit der Sprache? Da bin ich ja harmlos!)

Wir haben keine Lust mehr auf Ankündigungen im Bereich der Innenpolitik. Wir haben auch keine Lust mehr auf das innenpolitische Theater, das wir seit zwei Jahren hier verfolgen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen: Sechs Jahre nach den verheerenden Anschlägen des 11. Septembers ist die Lage viel zu ernst, als dass wir es uns hier in Deutschland leisten könnten, dass der Bundesinnenminister im Wochentakt - man könnte fast sagen: im Stundentakt - eine Forderung in den Raum stellt. Die Justizministerin sagt dann: Nein, das mache ich nicht. Herr Uhl oder Herr Edathy spielen das ganze Spiel ab und zu noch öffentlich mit. Ihre Bilanz nach zwei Jahren als Innenminister sieht so aus - ich verstehe das ein Stück weit; denn Sie wollten diesen Job nie haben -: Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie zwei Gesetze, die noch von Rot-Grün auf den Weg gebracht wurden, zu Ende geführt. Seitdem gibt es nichts: keinen Gesetzentwurf, kein Konzept, keine Pläne und keine Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen. Das Einzige, was es gibt, sind Hardlinersprüche in der Presse und ein Riesengezänk in der Großen Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Was wollen Sie denn haben?)

Lassen Sie mich zu zwei der umstrittenen Projekte etwas sagen. Wir wollen keine Onlinedurchsuchungen. Herr Kollege Uhl, der Unsinn, den Sie dazu gesagt haben, ist eigentlich nur Ausdruck Ihrer Desinformation. Was ist denn schon heute alles möglich? Selbstverständlich kann das BKA im Internet nach Bombenbauanleitungen fahnden; selbstverständlich kann der BND die E-Mail-Kontakte zwischen Deutschland und Pakistan überwachen; selbstverständlich hat das BKA auch schon heute bei Terrorismusverdacht die Möglichkeit, versandte E-Mails zu überwachen. All dies sagen Sie der Bevölkerung nicht.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Reden Sie mal mit Ihrem Herrn Ströbele! Der weiß mehr darüber!)

Herr Schäuble will das Eindringen in private Computer mit einer staatlich entwickelten Spionagesoftware ermöglichen. Ich lehne diese Maßnahme nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Ich möchte, dass

Bundeskanzlerin Merkel auf dem nächsten IT-Kongress einmal der IT-Wirtschaft erklärt, wie Internetsicherheit in Deutschland hergestellt werden soll. Ich möchte, dass die Bundeskanzlerin erläutert, zu welchem ökonomischen Schaden die Umsetzung von Schäubles Plänen



- nach meiner Auffassung führen sie zu Internetgefahr made in Germany - führen kann.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bundesinnenminister Schäuble, Frau Kollegin!)

Wenn Sie mir an diesem Punkt nicht glauben, kann ich Ihnen nur sagen: Chip, eine der besten deutschen Computerzeitschriften, forderte auf ihrer Titelseite den „Schäuble-Blocker“. Die Computerzeitschrift Chip beschreibt sehr genau die ökonomischen Schäden, die entstehen, wenn der Staat Spionagesoftware entwickelt. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass diese Spionagesoftware auch in kriminellen Händen ist und dass damit zum Beispiel Onlinebankkonten leergeräumt werden. Das ganze Vorhaben ist Unsinn und kein Beitrag zu mehr Sicherheit. Meine Damen und Herren - ich wende mich insbesondere an die SPD - ich kann Ihre Begeisterung für die Novelle des BKA-Gesetzes wahrlich nicht nachvollziehen. Die Novelle führt zu einer grundlegenden Änderung der Sicherheitsstruktur in Deutschland, hin zu mehr Zentralismus. Das BKA wird zukünftig, ohne in Kooperation und Kommunikation mit den Landeskriminalämtern treten zu müssen, in eigenem polizeilichen Ermessen, befreit von der Kontrolle durch die Bundesanwaltschaft, ermitteln können. Damit werden Wünsche erfüllt, die das BKA schon in den 70er-Jahren hatte. Um im ganzen Land agieren zu können, bedarf es nur der Zauberformel „Terrorismusverdacht“. Vor dem G-8-Gipfel haben wir gesehen, wie in Deutschland nach wie vor mit dem Begriff „Terrorismusverdacht“ umgegangen wird. Wir wollen nicht, dass das BKA sozusagen alleine, ohne Richterbeschluss, auch nachts, Häuser in Deutschland durchsuchen kann.

Irgendwer wird mir vielleicht einmal erläutern, was man mit einem Platzverweis für Terrorverdächtige erreichen will. Ich habe erst überlegt, ob ich darüber lachen soll; aber offensichtlich meinen Sie das ernst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Ihre Redezeit ist vorbei, Frau Stokar!)

- Nein.

Zu den Themen Integration und Rechtsextremismus ist hier einiges gesagt worden, auch von der Bundesregierung. Es gab ein großes öffentliches Tamtam, großes Theater. Es wurde ein nationaler Integrationsgipfel ins Leben gerufen. Die Ergebnisse der Evaluation der Integrationskurse - Sie haben die Evaluation selbst in Auftrag gegeben - werden nicht ernst genommen. Sie setzen nicht die erforderlichen Mittel ein, um Ihre eigene Forderung - Zuwanderer sollen Deutsch lernen - in die Tat umzusetzen. Zum Deutschlernen braucht man Kurse. Dazu benötigt man ausreichend bezahltes und qualifiziertes Lehrpersonal und eine Kinderbetreuung. Was machen Sie? Erst kürzen Sie die Haushaltsmittel erheblich; dann legen Sie wieder etwas drauf. Aber Sie wissen ganz genau, dass diese Haushaltsmittel nicht ausreichend sind,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Mittel wachsen doch auf! Sagen Sie das doch mal!)

um vernünftige Integrationskurse, die wir in Deutschland dringend brauchen, zu finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich; das Stichwort „Mügeln“ ist schon gefallen. Sie haben es innerhalb von kürzester Zeit geschafft, die guten Programme gegen Rechtsextremismus, mit denen eine Struktur der Gegenwehr gerade in den neuen Bundesländern aufgebaut worden ist, kaputtzumachen. Sie leiten die Gelder in die falschen Hände.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt muss die Zeit aber wirklich abgelaufen sein!)

Sie haben den Begriff „Rechtsextremismus“ aus der Überschrift dieser Programme gestrichen. Sie unterscheiden sich nicht sehr von dem Bürgermeister in Mügeln; denn in der Realität meinen Sie es gar nicht ernst mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das meint der Präsident ernst!)

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich möchte zum Schluss eine Bitte an alle Fraktionen richten. Wir haben erneut einen Brief von der liberal-jüdischen Gemeinde bekommen mit der Bitte, uns im Bundestag dafür einzusetzen, dass das Abraham-Geiger-Kolleg – es bildet Rabbiner nach der liberal-jüdischen Tradition aus – endlich ausreichend aus Bundesmitteln finanziert wird. Ich bin der Meinung, dass wir fraktionsübergreifend mit einem Antrag zugunsten dieses Projektes in die Haushaltsberatungen eingreifen sollten und dafür sorgen sollten, dass dieses Rabbiner-Kolleg mit Bundesmitteln anständig finanziert wird.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Michael Luther, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Luther (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um die Einbringung des Haushaltes des Bundesinnenministers; als Mitglied des Haushaltsausschusses will ich ein paar Dinge dazu sagen. Der Haushalt hat ein Volumen von 4,85 Milliarden Euro. Das sind 360 Millionen Euro oder 8 Prozent mehr als 2007. An dieser Stelle stelle ich fest: Unser Minister Schäuble hat gegenüber dem Finanzminister einen guten Job gemacht. Ich habe nicht den Eindruck, dass er seine Arbeit nicht gerne macht.

Der Haushalt – das ist ein wichtiges Signal – weist keine globale Minderausgabe mehr aus. Es ist für uns als Mitglieder des Haushaltsausschusses ausgesprochen wichtig gewesen, dies zu erreichen. Denn das Damoklesschwert, das im Laufe des Jahres immer über den einzelnen Kapiteln hing – das THW wurde angesprochen –, wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Der überdurchschnittliche Zuwachs ist durch die innere Sicherheit begründet. Es werden 230 Millionen Euro mehr ausgegeben. Es ist nun einmal so: Das Innenministerium ist das Sicherheitsministerium unseres Landes.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass dafür das meiste Geld ausgegeben wird. Ich denke, gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung bleibt eine Aufgabe ganz wichtig: dass das Ministerium seine Verantwortung für die Sicherheit der Menschen wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass das notwendig ist, hat gerade die letzte Woche gezeigt, in der drei militante Islamisten festgenommen worden sind, die, wenn man das nicht gemacht hätte, einen Anschlag mit ungeahnten Folgen für die Bürger unseres Landes hätten ausführen können.

Heute ist ein denkwürdiger Tag: der sechste Jahrestag des sogenannten 9/11. Damals wurde der Welt gezeigt, wie Terrorismus funktioniert. Daher ist heute der richtige Zeitpunkt, darüber zu reden. Ich will es ganz klar sagen: Dass es bei uns bislang keine Anschläge wie in Madrid oder London gegeben hat, kann man vielleicht unter dem Stichwort „Glück gehabt“ abhaken.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Nicht nur!)

Aber das liegt ganz wesentlich auch an unseren Sicherheitsbehörden in Deutschland,

(Dr. Max Stadler [FDP]: So ist es!)

die eine gute Arbeit leisten und bislang an der einen oder anderen Stelle Schlimmeres verhindern konnten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn man Sicherheit als wichtiges Thema erkennt, dann weiß man, dass es der haushaltsmäßigen Untersetzung bedarf. Ich bin Haushälter, und jeder weiß, dass ich grundsätzlich eher für weniger bin. An dieser Stelle aber bin ich für die Zurverfügungstellung von Mitteln in ausreichender Höhe, gegebenenfalls von mehr. Der Deutsche Bundestag sollte nicht Gefahr laufen, sich eines Tages vorwerfen lassen zu müssen, wir hätten zu wenig für die Sicherheit der Menschen getan und einen Anschlag, den man hätte verhindern können, aus finanziellen Gründen nicht verhindert.

An dieser Stelle will ich klar sagen: Man darf technologisch nicht stehen bleiben. Die Erfolge, die heute mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden können, können morgen nur dann erreicht werden, wenn den Sicherheitsbehörden auch die Mittel von morgen zur Verfügung stehen. Wir dürfen technologisch nicht stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will noch ein anderes Thema ansprechen. Das Bundesministerium des Inneren wird seine Immobilien bis Ende dieses Jahres an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übergeben. Damit wird das Bundesinnenministerium das erste Ministerium sein, das das geschafft hat. Die Auswirkungen – das will ich an dieser Stelle klar sagen – sind im Einzelplan noch nicht vollständig etatisiert; das werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen tun. Mit der Umstrukturierung wurde ein wichtiges Signal gesetzt: Zukünftig wird das Ministerium sehr darauf achten, dass nur die Objekte angemietet bzw. genutzt werden, die tatsächlich benötigt werden. Man wird darauf achten, nur so viel Miete zu zahlen wie nötig; schließlich sollen alle Aufgaben des Ministeriums

erfüllt werden können.

Als Haushälter muss ich noch einen Satz zum BOSDigitalfunk sagen. Es ist ein großer Erfolg des Bundesinnenministers, dass es ihm letztendlich gelungen ist, die Fäden zusammenzuführen und das Projekt auf den Weg zu bringen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war auch sehr schwierig!)

Im Haushaltsausschuss und im Plenum des Bundestages haben wir schon oft darüber geredet. Allerdings kann erst jetzt gesagt werden – das muss man bedauerlicherweise feststellen –, welche finanziellen Mittel für die Erfüllung dieser Aufgabe notwendig sind. Die mittelfristige Finanzplanung sieht für die nächsten Jahre momentan 1,1 Milliarden Euro vor. Das ist zu wenig. Bis 2021 brauchen wir mehr Geld. In den Haushaltsberatungen werden wir auch darüber reden müssen.

Der Katastrophenschutz ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Auch ich will etwas dazu sagen.

Der Bund hat die erforderlichen Einsatzfahrzeuge für die Feuerwehren vor Ort jahrelang finanziert. Im Rahmen der Föderalismusreform wurde klar geregelt, welche Aufgaben Bund und Länder wahrzunehmen haben. Die Länder haben diesbezüglich jetzt eine größere Verantwortung. Der Bund hat in diesem Zusammenhang aber

– das sage ich ganz klar, und diesbezüglich bin ich mit meiner Fraktion einer Meinung – eine Koordinierungsfunktion wahrzunehmen, damit die Einheitlichkeit des Katastrophenschutzes gewährleistet werden kann.

Das Ergebnis der Verhandlungen über ein angepasstes Katastrophenschutzkonzept von Bund und Ländern ist meiner Ansicht nach interessant. Der Bund zahlt nunmehr zwei Drittel und die Länder ein Drittel. Mit Verlaub: Ich hätte mir das auch andersherum vorstellen können. Ich halte das aber für einen Erfolg; denn die Länder beteiligen sich jetzt immerhin zu einem Drittel an dieser Aufgabe. Auch das ist ein Erfolg der Verhandlungen von Herrn Schäuble. An dieser Stelle möchte ich ihm meinen herzlichen Dank dafür aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In den letzten Haushaltsberatungen haben wir oft über das Thema Integration geredet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh ja! Frau Kollegin Hagedorn!)

Wir haben gesagt, dass wir die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müssen. Es gab den Integrationsgipfel, der auch im Haushalt 2008 eingeplant ist. Gleichwohl muss ich sagen, dass mich das Ergebnis überrascht hat. Es gibt zwar ein Mehr, aber nur ein Mehr von 10 Prozent. Auf der anderen Seite zeigt das aber, dass wir die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt haben.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tolle Rechnung! Zwei Drittel streichen, ein Drittel zurück, und das ist mehr!)

Gleichwohl sage ich, dass ich mich mit diesem Thema noch nicht ausreichend beschäftigt habe. Wir werden das im Rahmen der Haushaltsberatungen noch tun. Wir müssen dieses Thema noch einmal anpacken; denn die Sprachförderung bleibt für die Union ein wichtiges

Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einen letzten Satz zur Sportförderung sagen: 17,3 Millionen Euro mehr sind ein gutes Signal an den Spitzensport. Gerade im Bereich der Sommersportarten müssen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Ich denke, der Haushalt 2008 ist ein gutes Signal für unsere Athleten, die Deutschland im nächsten Jahr bei den Olympischen Spielen in Peking vertreten werden.

Wir haben in den Haushaltsberatungen viel vor uns.

Packen wir es an!

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Max Stadler, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Max Stadler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte einen Gedanken von Minister Schäuble aufgreifen. Herr Minister, Sie haben gesagt: Wir können auf die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden vertrauen.

Der Meinung sind wir als FDP auch.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir kontrollieren sie auch!)

Der Fahndungserfolg der letzten Woche war ein Beleg für die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Aber die Sicherheitsbehörden brauchen dafür auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Durch die Politik der letzten Monate mit einem unangebrachten Stakkato von unausgegorenen Verschärfungsvorschlägen wurde gerade dieses Vertrauen gestört.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will versuchen, Ihnen an einem Beispiel deutlich zu machen, welche Fehlentwicklung die Innenpolitik hier nimmt. Sie sagten heute in Ihrer Rede hier und auch zuvor im Morgenmagazin, die umstrittene Onlinedurchsuchung sei eine Maßnahme, die in nur ganz wenigen Fällen im Jahr in Betracht komme. Das glaubt nach den Erfahrungen, die die Bürgerinnen und Bürger mit der Innenpolitik machen mussten, niemand.

Ich nenne folgende Beispiele:

Dieser Bundestag hat einmütig beschlossen, dass wir keine Speicherung der Telekommunikationsdaten, der Daten von Millionen unverdächtiger Bürgerinnen und Bürger, auf Vorrat haben wollen. Die Bundesregierung beschließt auf EU-Ebene genau das Gegenteil mit.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Aber erst, nachdem der Bundestag gefragt wurde!)

Erinnern wir uns an den Onlinezugriff auf Bankdaten. Dieser Onlinezugriff war ursprünglich zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geplant. Er kann heute jede Bürgerin und jeden Bürger treffen.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Das ist die Entwicklung.

Herr Minister Schäuble, Sie persönlich waren es, der

bei dem Thema Mautdaten in gleicher Weise agierte. Dieser Bundestag hat bei Einführung der Lkw-Maut einstimmig beschlossen, dass die dabei erhobenen Daten nur für Abrechnungszwecke verwendet werden sollen. Die CDU/CSU hat übrigens besonderen Wert auf diesen Passus im Gesetz gelegt. Als ein schlimmes Verbrechen an einer Autobahnraststätte geschah, haben Sie, Herr Minister Schäuble, als einer der Ersten verlangt, dass die Daten selbstverständlich auch für polizeiliche Zwecke zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Welche denn?)

Ich will gar nicht darüber diskutieren, ob es richtig oder falsch ist. Mir geht es darum, dass hier von der Bundesregierung, aber auch von der Mehrheit im Parlament immer wieder versprochen wird, dass eine bestimmte Maßnahme die Ausnahme bleibt. Am Ende wird diese Ausnahme dann immer weiter ausgeweitet, und ganz am Schluss ist es eine Standardmaßnahme. Das ist die Realität, auf die wir uns einstellen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jan Korte [DIE LINKE])

Wem das noch nicht genügt, der möge einen Blick in § 100 a Strafprozessordnung werfen, der die Telefonüberwachung regelt. Damit hat man im Jahr 1968 begonnen; bezüglich vier schwerer Delikte war Telefonüberwachung zulässig. Ich habe jetzt einmal in diesen ellenlangen Paragrafen die möglichen Delikte gezählt. Bei 90 Delikten habe ich aufgehört, zu zählen. So ist das ausgeweitet worden.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Das sind alles schwere Straftaten!)

Herr Minister Schäuble, daher besteht unser Misstrauen. Sie sagen: Regt euch nicht auf, ein Eingriff in die Privatsphäre ja, aber für wenige Fälle im Jahr. Später werden immer mehr Fälle dazukommen; es wird immer mehr ausgeweitet. Der hessische Datenschutzbeauftragte, ein angesehener Professor für öffentliches Recht, Michael Ronellenfitsch - installiert von der Regierung Koch -, hat davor gewarnt, indem er in einer Fachzeitschrift schrieb:

Sind Zugriffsmöglichkeiten einmal geschaffen, verselbständigen sie sich leicht gegenüber ihrem ursprünglichen Zweck.

Dagegen müssen wir als Opposition angehen.

Herr Minister, Sie haben heute - das sei zugestanden - eine relativ moderate Rede gehalten.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht er immer!)

Aber es ist noch nicht sehr lange her - deswegen muss man hier im Hohen Haus nach der Sommerpause daran erinnern -, dass Sie Interviews gegeben haben, wie etwa im Spiegel, die - ich sage das einmal vorsichtig - grenzwertig waren: mit der Relativierung der Unschuldsvermutung, mit dem Aufwerfen der Frage der gezielten Tötung von Terrorverdächtigen und anderem.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das ist falsch! Sie können nicht lesen!)

Minister Schäuble hat sich darauf berufen, er habe Fragen aufgeworfen und das dürfe man doch wohl noch.

Wir sagen: Das reicht uns nicht. Von einem Verfassungsminister erwarten wir Antworten,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

und zwar Antworten, die Freiheit und Sicherheit miteinander verknüpfen. Diese Antworten von Ihnen vermissen wir.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Gabriele Fograscher, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Fograscher (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der 11. September; das ist schon mehrfach erwähnt worden. Ich denke, dieses Datum hat in der heutigen innenpolitischen Debatte eine besondere Bedeutung. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hat nach dem 11. September 2001 reagiert. Sie hat umfassende Sicherheitspakete beschlossen, die den Sicherheitsbehörden ein effektives Instrumentarium an die Hand gegeben haben. Dass die geplanten Anschläge in der letzten Woche vereitelt werden konnten, hat gezeigt: Die Sicherheitspakete haben sich bewährt.

Herr Minister Schäuble, Sie haben zu Recht hervorgehoben, dass die gute Zusammenarbeit zwischen den Länder- und Bundesbehörden für den Fahndungserfolg ausschlaggebend war. Das kam nicht von selbst, sondern es mussten zuerst Strukturen geschaffen werden. Dieser Erfolg ist das Ergebnis des Zusammenführens dieser Behörden im gemeinsamen Terrorabwehrzentrum.

Maßstab war und ist für uns, dass es auch in Zukunft eine Balance zwischen den Sicherheitsanforderungen und den individuellen Bürgerrechten, die unsere Demokratie ausmachen, geben muss. Dies gilt vor allen Dingen dann, wenn neue Instrumente geschaffen werden sollen.

Hinter dem Schlagwort „Onlinedurchsuchung“ verbergen sich ganz erhebliche rechtliche und technische Probleme, für deren Klärung wir uns die nötige Zeit nehmen müssen; wir werden sie uns auch nehmen.

Ganz sicher kein Beitrag zur Stärkung der inneren Sicherheit war der Vorschlag, das Alter für den Erwerb großkalibriger Waffen von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen. Es ist gut, dass dieser Vorschlag schnell zurückgezogen wurde.

Zum Haushalt. Das Volumen dieses Haushalts nimmt im kommenden Haushaltsjahr um gut 8,2 Prozent zu. Umso unverständlicher ist, warum es in einigen für uns wichtigen Bereichen zu Kürzungen oder Umschichtungen kommt; der Kollege Fritz Rudolf Körper hat dies im Hinblick auf BKA und Bundespolizei bereits angesprochen, der Kollege Sebastian Edathy wird beim Thema Integration darauf eingehen.

Ich will noch etwas zum Katastrophenschutz sagen. Im Haushaltsentwurf sind dafür ohne gesetzliche und konzeptionelle Grundlage weitere 30 Millionen Euro eingeplant. Allerdings wird das THW, das in originärer

Zuständigkeit des Bundes ist, bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe überproportional, nämlich in einem Umfang von 7,3 Millionen Euro, herangezogen. Ich darf daran erinnern, dass es die Länder in den Beratungen der Föderalismuskommission bislang abgelehnt haben, dem Bund mehr Kompetenzen bei der Bewältigung überregionaler Katastrophen zu übertragen. Warum also kommt es in diesem Bereich zu einer Aufstockung, beim THW dagegen zu einer Kürzung?

Ich unterstreiche ganz ausdrücklich das, was Sie, Herr Minister, zum THW sowie zu seiner Struktur des Ehrenamtes und des Hauptamtes gesagt haben. Hervorheben möchte ich die Jugendarbeit, die vom THW geleistet wird. Die Sommercamps sind schon angesprochen worden. Das THW ist für Jugendliche aufgrund der Kombination von Engagement und Umgang mit Technik attraktiv. Es bietet sinnvolle Freizeitbeschäftigungen an. Dort entwickeln sich Freundschaften, es wird gesellschaftliches Engagement betrieben, und die Zivilcourage wird gestärkt. Damit leistet das THW einen Beitrag gegen Extremismus, insbesondere gegen Rechtsextremismus. Deshalb ist die Kürzung in diesem Bereich wirklich unverständlich. (Beifall bei der SPD)

Ebenfalls einen Beitrag zur Bekämpfung von Extremismus bzw. Rechtsextremismus leistet das im Jahr 2000 gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Mehr als 1 000 Organisationen und Initiativen haben sich unter dem Dach dieses Bündnisses zusammengeschlossen. Damit engagieren sie sich für Demokratie und Toleranz. Mitglieder aller Bundestagsfraktionen sind in seinem Beirat vertreten. Im letzten Jahr konnten wir auch auf Drängen der SPD-Haushälter erreichen, dass der Haushalt für das Bündnis auf 1 Million Euro aufgestockt worden ist. Im Entwurf des Haushalts 2008 sind die Mittel für das Bündnis wieder auf 700 000 Euro gekürzt worden; dies entspricht einer Kürzung um 30 Prozent, was für uns ebenfalls unverständlich ist. Für mich und meine Fraktion steht außer Frage, dass das Bündnis gute und notwendige Arbeit leistet und personell und finanziell gestärkt werden muss. Wir dürfen in unserer Beratungs- und Aufklärungsarbeit nicht nachlassen. Im Gegenteil: Wir müssen unsere Arbeit verstärken. Hinsichtlich der Kritik an den Programmen, die im Familienministerium angesiedelt sind, kann ich Ihre Auffassung in Teilen sicherlich bestätigen. Wir haben immer davor gewarnt, allein den Kommunen das Antragsrecht zu überlassen. Aber die Programme jetzt in Bausch und Bogen zu verdammen, Frau Stokar, wird ihnen nicht gerecht. Wir haben erreicht, dass die Mittel für die mobile Krisenintervention um 5 Millionen Euro heraufgesetzt wurden, und müssen diesen Teil des Programms zum Laufen bringen. Dann wird es auch Wirkung zeigen.

(Beifall bei der SPD – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Programme sind gut, aber die Richtlinien sind schlecht!)

– Wir schauen durchaus auf die Umsetzung. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung steht



wieder vor Mittelkürzungen. Laut Entwurf soll sie 133 000 Euro weniger erhalten. Auch dies werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Wenn wir Jugendliche und junge Menschen nicht in die Fänge von Rechtsextremisten geraten lassen wollen, müssen wir die Werte unserer Demokratie besser vermitteln. Für diese Aufgabe ist die Bundeszentrale ganz sicher eine wichtige Institution. Allerdings sind politische Bildung und die Bekämpfung von Extremismus – vor allem des Rechtsextremismus – nicht alleinige Aufgabe des Bundes. Hier brauchen wir auch mehr Engagement von Ländern und Kommunen; diesbezüglich vermissen wir eine deutliche Aufforderung des Bundesinnenministers. Zum Sport ist heute schon einiges gesagt worden. Wir unterstützen die Mittelaufstockung für den Sport. Wir müssen wettbewerbs- und konkurrenzfähig sein, um bei den Olympischen Spielen und bei der Leichtathletik-WM, die 2009 in Berlin stattfinden wird, mithalten zu können. Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung des Behindertensports. Leider führen wir zum Thema Spitzensport und Doping erneut eine Diskussion. Die Aufgabe der Nationalen Anti-Doping-Agentur ist es, Doping im Sport zu unterbinden. Der Bund kommt hier seinen Verpflichtungen nach; aber die zugesagten Mittel der Sponsoren, des organisierten Sports und der Länder sind noch nicht in der Weise eingetroffen, wie wir es uns wünschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Haushaltsrecht ist ein Parlamentsrecht. Deshalb bin ich mir sicher, dass wir einige Schief lagen, die im Entwurf des Haushalts enthalten sind, in den anstehenden Beratungen noch korrigieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegen Hans-Peter Uhl, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als vor sechs Jahren die schrecklichen Anschläge in New York stattfanden, war das noch weit weg. Seit letzter Woche wissen wir, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in Deutschland ganz konkret ist.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Seit einem Jahr! – Gisela Piltz [FDP]: Das wussten wir schon vorher!)

Der Unterschied zwischen den Kofferbomben-Attentätern und den Tätern, die jetzt festgenommen worden sind, ist der, dass Letztere hochprofessionell und hochkonspirativ tätig waren. Wir wissen, dass sie in Pakistan ausgebildet wurden und dass sie ihre Befehle aus Pakistan erhielten. Sie haben ihre Anleitungen zum Bombenbau aus dem Internet bezogen und sich daran lehrbuchmäßig gehalten. Sie wurden angewiesen, zum heutigen Jahrestag ihr schreckliches Handwerk in Deutschland auszuüben. Aber wir wissen auch, dass nur drei festgenommen

wurden und es eine ganze Reihe von Gefährdern gibt, die in Deutschland noch unter uns sind und die natürlich den Auftrag haben, in allernächster Zeit den verhinderten Anschlag in Deutschland nachzuholen. Wir werden uns im Innenausschuss noch in dieser Woche von den Fachleuten, Frau Stokar, genau erklären lassen müssen, was technisch benötigt wird, um diese Gefahren zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Wir werden - das ist unsere Aufgabe - die rechtlichen und die finanziellen Möglichkeiten schaffen, damit wir gewappnet sind. Es wird ein Wettlauf mit diesen hoch konspirativen, technisch versierten Leuten, Herr Stadler. Wir dürfen nicht den Kürzeren ziehen. Das heißt, die FDP wird sich entscheiden müssen: Wird Ihre Sorge davor, dass der Staat die Onlinedurchsuchung oder andere Fahndungsmaßnahmen missbräuchlich anwendet, größer sein? Werden Sie dafür sein, dass das Internet für Terroristen ein rechtsfreier Raum zur Vorbereitung ihrer Aktivitäten bleibt? Sie müssen sich entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Widerspruch bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Silke Stokar von Neuforn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn!  
Dumme Propaganda!)

Was ist Ihnen wichtiger? Wollen Sie Angst schüren vor übereifrigen Beamten und damit den Terroristen das Handwerk erleichtern?

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Propaganda, nichts anderes!)

- Rufen Sie nicht so laut dazwischen, Frau Stokar!

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kennen Sie das Artikel-10-Gesetz?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Auf den komme ich gerade zu sprechen; dann soll er die Zwischenfrage stellen.

Frau Kollegin Stokar, fragen Sie bitte einmal Herrn Ströbele, ob er, als er in dem zuständigen Gremium mit dem Gedanken und der politischen Absicht konfrontiert wurde,

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber redet er nicht! Das ist geheim!)

die Onlinedurchsuchung in Kraft treten zu lassen, dazu etwas gesagt hat oder ob er geschwiegen hat.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist geheim!)

Sollte er antworten: „Ich habe geschwiegen“, dann fragen Sie sofort weiter: War dir, Kollege Ströbele, bewusst, dass du durch Schweigen der Onlinedurchsuchung zustimmst?

(Lachen des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in der rot-grünen Regierungszeit die Grünen durch Schweigen der Onlinedurchsuchung zugestimmt haben?

(Beifall bei der CDU/CSU - Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So

ein Quatsch! - Klaus Uwe Benneter [SPD]:

War das denn das Thema, oder wie?)

Jetzt kann Herr Ströbele seine Frage stellen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Ströbele, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Uhl, kann es sein, dass Sie von PC- und Internetnutzung noch weniger verstehen als ich - (Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kann sein, ist aber auch schwer!)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Ich weiß nicht, was Sie davon verstehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- und dass Sie deshalb vorhin nicht verstanden haben, was die Kollegin Stokar auch Ihnen mitzuteilen versucht hat: dass es selbstverständlich schon heute, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, möglich ist, die Internetverbindungen, die Sie eingehen - vielleicht, wenn Ihnen jemand hilft - oder die ich eingehe, mitzubekommen?

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zufällig habe ich das Artikel-10-Gesetz mit behandelt!)

Haben Sie das nicht verstanden, oder wollen Sie das nicht verstehen? Oder warum behaupten Sie, dass der Internetverkehr für den Staat nicht tabu sein darf?

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Hat er doch nicht gesagt! - Gegenruf des Abg. Jerzy

Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es hieß: „rechtsfreier Raum“!)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Kollege Ströbele, schon in dem einschlägigen Gremium, aus dem ich vorhin nicht berichtet habe, (Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Von dem Sie berichtet haben! - Fritz

Rudolf Körper [SPD]: Sehr grenzwertig!)

aber auf das ich zu sprechen kam, habe ich verstanden, dass wir beide von der Technik der IT-Kommunikation ziemlich wenig verstehen.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Sie verstehen wenig davon!)

Aber wir beide haben so viel verstanden, dass es dabei zweierlei Dinge zu trennen gilt: Es geht zum einen um Kommunikation per Internet und zum anderen um den Zugriff auf, wenn Sie so wollen, geronnene, auf der Festplatte fixierte, stattgefunden habende Kommunikation oder nicht einmal dies. Das habe ich verstanden und Sie, glaube ich, auch.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hat er nicht!)

Jetzt geht es darum, dass Sie damals möglicherweise deswegen geschwiegen haben - ich weiß es ja nicht -, weil Sie nicht verstanden haben, dass man den Zugriff auf die Festplatte rechtlich möglich machen wollte,

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Das Problem ist, Sie verstehen es heute noch nicht!)

und somit zugestimmt haben.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Unsinn!)

- Die Grünen haben zugestimmt, Frau Stokar.  
Ist das die ausreichende Antwort auf das Thema?

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Wie soll er sich denn dazu äußern?

Das ist doch geheim! - Klaus Uwe  
Benneter [SPD]: Herr Präsident, so geht es  
nicht: dass er aus einem geheimen Gremium  
berichtet und hier Fragen stellt, die andere  
nicht beantworten können!)

- Herr Präsident, läuft die Zeit weiter?  
Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Sie können weiterreden.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):  
Bei mir läuft die Zeit weiter und Herr Ströbele sitzt,  
gut.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Nicht Herr Ströbele befindet über Ihre Redezeit.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):  
Lassen Sie mich wieder ernst werden. Es ist schwer  
zu ertragen, wenn hier von einer Hopplahopp-Gesetzgebung,  
neuen Erkenntnissen und neuen technischen und  
rechtlichen Fragen die Rede ist. Ich möchte daran erinnern,  
dass vor dreieinhalb Jahren die Anschläge auf die  
Vorortzüge in Madrid stattgefunden haben. Unmittelbar  
danach hat der damalige Bundesinnenminister Schily  
- übrigens zu Recht - gefordert, dass die Internetkommunikation  
und alles, was damit zusammenhängt - bis  
hin zur Festplatte, Herr Ströbele - durchsucht werden  
können.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Unsinn!)

Daraufhin wurden alle rechtlichen und technischen Fragen  
in diesem Zusammenhang von Grund auf geprüft. In  
einem langen Gutachten wurde abschließend festgestellt,  
dass die Durchsuchung technisch möglich und rechtlich  
zulässig ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage  
der Kollegin Stokar?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):  
Wenn es sein muss, Frau Stokar.  
Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN):

Herr Kollege Uhl, Sie sind auch Mitglied im Innenausschuss  
des Bundestages. Über den anderen Ausschuss  
dürfen wir hier nicht reden - das wissen Sie sehr  
genau -; denn er ist zur Geheimhaltung verpflichtet.  
Über den Innenausschuss des Bundestages dürfen wir  
aber sicherlich reden.

Ich frage Sie: Können Sie sich daran erinnern, dass  
wir und auch andere Mitglieder der Opposition vor der  
Sommerpause dreimal schriftlich beantragt haben, dass  
der damals zuständige Staatssekretär, Herr Diwell, im  
Innenausschuss erläutern möge, was es mit seinem ominösen  
Erlass bzw. seiner Richtlinie auf sich hat, die bis  
heute keiner - wahrscheinlich auch Herr Staatssekretär  
Diwell selber nicht - versteht. Auf jeden Fall gibt es widersprüchliche  
Aussagen des Staatssekretärs und zum  
Beispiel der Geheimdienste.

Sie haben als Abgeordneter und mit der Mehrheit der Großen Koalition dreimal hintereinander verhindert, dass Herr Diwell die Fragen der Opposition beantwortet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt nicht!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen zur Frage kommen.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage Sie, ob Sie sich daran erinnern und das bestätigen können. Stattdessen stellen Sie in der Öffentlichkeit erneut die falsche Behauptung auf, die Grünen hätten einer Onlinedurchsuchung zugestimmt. Stimmen Sie mir zu, dass das Propaganda ist -

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Billige Propaganda!)

- billige Propaganda -

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, die Frage ist gestellt.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- und dass Ihr Verhalten im Innenausschuss bzw. die Verhinderung, der Wahrheit näher zu kommen, ein schlechter politischer Stil ist?

Danke.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie gleich noch eine zweite Zwischenfrage der Kollegin Hagedorn? Dann können Sie zusammenhängend antworten. Das verlängert Ihre Redezeit ohnehin. - Bitte.

Bettina Hagedorn (SPD):

Herr Kollege Uhl, Sie haben es eingangs so dargestellt, als sei es vor allen Dingen Aufgabe der politischen Parteien und der Fraktionen, beim Thema Onlinedurchsuchung in die Puschen zu kommen. Geben Sie mir recht, dass in Wahrheit die Onlinedurchsuchungen und die notwendigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung schon Bestandteile des Sicherheitspaketes für den Haushalt 2007 gewesen sind, über den hier schon mehrfach gesprochen worden ist? Geben Sie mir recht, dass bei den Beratungen über dieses Sicherheitspaket die Verfassungskonformität

dieser Haushaltsansätze kritisch diskutiert und hinterfragt worden ist,

(Gisela Piltz [FDP]: Nein! Nicht von Ihnen!

Kein einziges Mal!)

dass das Innenministerium Unterlagen dazu vorgelegt hat und wir als Koalitionsfraktion auf diese Angaben vertraut haben und dass die Tatsache, dass Gelder bisher nicht ausgegeben worden sind, nur mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Februar zu tun hat? Es hat nichts mit den Parlamentariern und den Fraktionen zu tun. Geben Sie mir auch recht, dass die Behebung nur möglich ist, wenn ein mehrheitsfähiger Gesetzentwurf vorgelegt wird, was Sache des Ministers ist? Stimmen Sie mir darin zu?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Frau Kollegin Hagedorn, Frau Kollegin Stokar, ich gebe Ihnen nur sehr begrenzt recht bei dem, was Sie gefragt haben. Zunächst komme ich zu Herrn Lutz Diwell, der mehrfach erwähnt wurde. Es ist richtig, dass Sie sich

darum bemüht haben, dass er im Innenausschuss erläutern möge, was er damals gesagt und getan hat. Das ist ein legitimes Ansinnen. Auch ich habe mir diese Frage bis heute schon öfter gestellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist schon eine Gemeinsamkeit!)

Frau Kollegin Stokar, es ist richtig, dass ich im Innenausschuss in der Tat dreimal mitgestimmt habe, als es darum ging, dass Herr Kollege Lutz Diwell nicht kommen wollte, und zwar mit wechselnden Begründungen. Aber es gibt in der Koalition eine Art kollektive Solidarität mit Menschen, die in Bedrängnis geraten sind.

(Lachen bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Silke Stokar von Neuforn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kollektive

Solidarität war die Vertuschung der Wahrheit!)

Allein dieses samariterhafte Verhalten hat mein Handeln geprägt. Ich bleibe dabei, dass Sie den Antrag stellen sollten, dass sich der Kollege äußern möge. Ich weiß nicht, wie das Ganze enden wird. Aber irgendwann wird er sicherlich sagen, was er damals gedacht und getan hat und warum er heute möglicherweise andere Briefe schreibt. Ich weiß es jedenfalls nicht. Ich kann Ihnen nicht helfen.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie ihn doch im Innenausschuss reden!)

Frau Kollegin Hagedorn, Sie haben die finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit der Internetüberwachung und -kontrolle angesprochen. Das ist nicht Kern des Themas. Was Sie gesagt haben, ist zwar alles richtig. Aber es geht um die bis zum Überdruß gestellten Fragen, ob es technisch möglich ist, ob es rechtlich zulässig ist und was wir überhaupt machen sollen. Diese Fragen hat Herr Bundesinnenminister Schily vor dreieinhalb Jahren gestellt. Sie wurden durch sein Haus mit Ja beantwortet. Es ist technisch möglich und rechtlich zulässig. Man schritt daraufhin zur Tat

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Außer Herrn Schily wusste das

keiner!)

und hat die Onlinedurchsuchung eingeführt. Auf welche Weise, in welchem Gremium und mit welcher Begründung, dazu habe ich aus gutem Grund nichts gesagt. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Ich möchte noch gerne auf andere Themen zu sprechen kommen, obwohl es sehr wichtig war, dass einmal gesagt wurde, wie mit dem Thema Onlinedurchsuchung in den letzten dreieinhalb Jahren während der rot-grünen Regierungszeit umgegangen wurde.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie provozieren viele Zwischenfragen.

Jetzt will der Kollege Fritz Rudolf Körper Sie etwas fragen. Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Ja, bitte.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kollektive Solidarität wird gefordert!)

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Herr Kollege Uhl, Sie machen es einem schwer, weil Sie aus einem Gremium berichten, -

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Eben nicht.

Fritz Rudolf Körper (SPD):

- aus dem Sie in dieser Form und Konkretion nicht berichten dürften, insbesondere was den Kollegen Ströbele anbelangt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle Ihnen die Frage, ob Sie diese Verfahrensweise für kollegial und korrekt halten. Ich halte sie jedenfalls für nicht kollegial und korrekt.

Ich will Ihnen noch eine andere Frage stellen. Ist es richtig, dass der von Ihnen erwähnte Erlass, basierend auf § 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, nur eine einzige Anwendung gefunden hat, und zwar im Jahre 2006? Soviel ich weiß, hat die SPD damals nicht den Innenminister gestellt.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab auch kein Rot-Grün!)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Kollege Körper, Sie müssen schon stehen bleiben. Sonst läuft meine Uhr weiter.

Zu Ihrer ersten Frage: Ich habe nicht aus dem Gremium berichtet, sondern Frau Stokar geraten, einmal Herrn Ströbele zu fragen, ob er in einem einschlägigen Gremium geschwiegen habe.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Ich habe ihr einen Rat gegeben, wen sie befragen soll.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Aufforderung zum

Geheimnisverrat! - Fritz Rudolf Körper [SPD]: Das ist nicht korrekt!)

- Regen Sie sich doch nicht so auf!

Ich habe des Weiteren gesagt: Wenn er sagt, er habe geschwiegen, solle sie ihn fragen, ob er sich bewusst gewesen sei, dass er der Onlinedurchsuchung zugestimmt habe. Das war meine Rede. Ich weiß, was ich sage.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Entschuldigung, Sie haben unterstellt, dass er in dieser Situation geschwiegen hat!)

Nun zu Ihrer zweiten Frage: Sie haben etwas gesagt, was ich weder bestätigen noch verneinen kann, nämlich dass von dem damals eingeführten Instrument der Onlinedurchsuchung einmal Gebrauch gemacht worden sei. Das haben Sie gesagt, nicht ich.

Dies sei in einem Zusammenhang geschehen, als Herr Schily - das sagen Sie -, der die Onlinedurchsuchung eingeführt hat - das sage ich -, nicht mehr im Amt gewesen sei. Das stimmt doch?

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Das konnte aber doch nur geschehen, nachdem Herr Schily die Onlinedurchsuchung mit Ihrer Unterstützung, Herr Kollege Körper, eingeführt hat. Habe ich recht? - Danke.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war kollektive Solidarität! -

Klaus Uwe Benneter [SPD]: Kommen Sie zum Schluss!)

Quod erat demonstrandum, was zu beweisen war, Herr Körper. Darum ging es mir in meiner Rede.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt Politik in Deutschland! Toll!)

Jetzt komme ich noch auf etwas anderes zu sprechen: home-grown terrorism. Der Umstand, dass der Terror für jeden erkennbar bei uns angekommen ist, zeigt auch, dass es höchste Zeit war, das zu tun, was Innenminister Schäuble mit großer Energie und großem Erfolg begonnen hat, nämlich die Islamkonferenz einzuberufen. Die Islamkonferenz ist der Beginn eines dringend nötigen Dialogs mit dem Islam, um zu klären, welche Werte in unserer Gesellschaft gelten und welche Position der Islam auch in Bezug auf Terror und Sicherheitsgefährdungen einnehmen muss. Diese Islamkonferenz hat mehrfach stattgefunden und muss fortgeführt werden. Das ist ein Erfolg dieser Koalition.

Die Gewaltbereitschaft und die Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund nehmen zu. Das wissen wir seit vielen Jahren. Wir müssen heute zugeben - ich glaube, darin sind wir uns einig -, dass das auch das Ergebnis einer jahrzehntelang versäumten konsequenten Integrationspolitik ist.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Fassen Sie sich an die eigene Nase!)

Jetzt haben wir mit den Zuwanderungsgesetzen und mit der Integrationspolitik ernst gemacht. Wir haben gesagt: Integration heißt nicht nur Fördern, sondern auch Fordern. Wer der Forderung nicht nachkommt, kann Sanktionen zu spüren bekommen. Ich halte das für sehr wichtig. Das wird uns weiterbringen. Nur, wir lernen dabei: Ernst genommene Integration - das ist vielleicht auch der Grund, warum jahrzehntelang nichts gemacht wurde - ist mit all den Sprachkursen und Staatsbürgerkursen ein sündhaft teures Geschäft für den Staat. Dennoch müssen wir es machen. Hunderte von Millionen Euro werden wir ausgeben müssen, weil alles andere uns noch mehr Probleme schafft.

Der Visamissbrauch ist allen noch in Erinnerung. Wir haben im Koalitionsvertrag beschlossen, dass zusätzliche Berater der Bundespolizei für Sicherheitsfragen im Visumverfahren zur Verfügung stehen sollen. Das zuständige Innenministerium und das Auswärtige Amt haben lange verhandelt, wer das bezahlen soll. Die Verhandlungen sind übrigens noch nicht abgeschlossen. Frau Hagedorn, ich bitte Sie, Ihr Augenmerk darauf zu richten, dass nicht ein Buchhalterstreit zwischen zwei Ministerien fortgesetzt wird. Wir wollen gemeinsam die zusätzlichen Kontrolleure in den Visastellen haben. Das darf nicht daran scheitern, dass sich zwei Häuser bekriegen und ein Haus dem anderen die Kosten aufbürden will. Ich bitte, das Thema im Auge zu behalten. Wir bestehen darauf, dass die Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte zum Schluss noch ein wichtiges Projekt der Bundesregierung ansprechen, nämlich den Aktionsplan Deutschland Online und E-Government.



(Gisela Piltz [FDP]: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Ziel der Bundesregierung ist die elektronische Kommunikation sowohl zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen als auch mit den Bürgern. Die muss verbessert werden.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei E-Government? Wer macht das denn noch bei Bundestrojanern?)

- Das wird gemacht. - Frau Stokar, ein wichtiger Bestandteil dieses Programms ist, dass wir die IT-Systeme harmonisieren und verbessern.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bundestrojaner mit der Steuererklärung!)

Das ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland wichtig.

Zum E-Government gehört auch die bereits beschlossene Einführung des elektronischen Reisepasses mit biometrischen Merkmalen. Weiter wird die Einführung der

elektronischen Personalausweise mit digitaler Signatur dazugehören. Dies alles ist ein Sicherheitsgewinn und ein Effizienzgewinn, worauf wir großen Wert legen.

Dies werden wir in der nächsten Zeit einführen.

Wir sollten bei der Gelegenheit nicht versäumen, uns für all das zu bedanken, was die Sicherheitsbehörden

und das Innenministerium im Verbund mit uns im Innenausschuss für die Sicherheit Deutschlands getan haben.

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Sebastian Edathy von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Edathy (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine besondere Herausforderung, nach dem sehr geschätzten Kollegen Dr. Uhl sprechen zu dürfen. Ich komme nicht ganz umhin, noch ein Wort zur Onlinedurchsuchung zu sagen. Es ist eine Frage der politischen Klugheit und des seriösen Umgangs mit einer tatsächlich vorhandenen terroristischen Bedrohung, nicht überstürzt Gesetze zu machen, wenn zugleich noch technische und vor allen Dingen verfassungsrechtliche Fragen völlig offen sind. Es ist ein Gebot der Klugheit, gerade in schwierigen Zeiten Gesetze mit Besonnenheit zu machen. Gerade in Zeiten, in denen die Öffentlichkeit sehr bewegt ist von dieser Thematik, dürfen wir uns diese Hektik und Erregtheit nicht zu eigen machen, sondern müssen mit Klugheit entscheiden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Gleichung, dass mehr Gesetze zwangsläufig mehr Sicherheit schaffen, stimmt nicht; und wir wissen nicht erst seit Friedrich Dürrenmatts Buch Die Physiker, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft nicht alles machen dürfen, nur weil es technisch möglich ist. Das technisch Mögliche sollten wir dann tun, wenn es verhältnismäßig und zielführend ist und sich in unsere Rechtsordnung einfügen lässt, zu der es gehört, immer die Balance zwischen der Wahrnehmung von Sicherheitsbelangen und der Verteidigung von Bürgerrechten

im Auge zu behalten. Wir müssen sehr großen Wert darauf legen, dass diese Balance nicht verloren geht in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben noch viele Möglichkeiten, im Rahmen der bestehenden Rechtslage Sicherheitslücken zu schließen. Wir werden noch einmal, wie Herr Körper das angedeutet hat, darüber reden müssen, ob es gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung vertretbar ist, für das Bundeskriminalamt im nächsten Haushaltsjahr 8 Millionen Euro weniger zu verausgaben als im laufenden Haushalt. Da klafft zwischen der öffentlichen Darstellung und dem Haushaltsentwurf eine Lücke, die man schließen sollte.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Ich finde es sehr gut, dass wir im nächsten Jahr für die Verbesserung und Finanzierung der Gepäck- und Personenkontrollen an den deutschen Flughäfen 17 Millionen Euro mehr ausgeben werden. Das muss aber mit einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Menschen, die dort arbeiten, einhergehen. Es war der hessische Innenminister, der mit Blick auf den Flughafen Frankfurt gesagt hat, dass es aus seiner Sicht zu viele Kontrolllücken gebe, weil die Leute im privaten Sicherheitsgewerbe schlecht bezahlt würden, man deshalb nicht besonders gut qualifizierte Leute finde, weil sie nicht motiviert seien und viele Überstunden machten. Wir brauchen gerade an den Kontrollstellen der Flughäfen höchstmögliche Sicherheit. Um das zu gewährleisten, müssen wir im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung noch verschiedene Gespräche führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will in meinem Beitrag zwei Punkte vertieft ansprechen. Innenpolitik heißt auch, die Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu verfolgen. Zusammenhalt zu gewährleisten heißt, dass Teilhabe garantiert werden muss. Teilhabe für die Menschen, die als neue Mitbürger zu uns gekommen sind, bedeutet, dass wir natürlich – wie Herr Uhl gesagt hat – darauf achten müssen, dass sie integrationswillig sind, dass wir ihnen aber auch Angebote machen müssen, damit sie Integrationsleistungen erbringen können.

Einen Punkt finde ich korrekturbedürftig. Der Vorteil eines Haushaltsentwurfs ist ja, dass er das Parlament in der Regel nicht in der Form verlässt, in der er in dasselbe eingebracht wurde. Ich finde es ein wenig merkwürdig, dass es in diesem Jahr eine große Debatte über den Integrationsgipfel gibt, wobei sich alle einig zu sein scheinen, dass man für die Integration mehr machen muss, insbesondere bei den Integrations- und Sprachkursen aufstocken und stärker differenzieren muss und Angebote für Frauen mit Kindern braucht, zum Beispiel durch Kinderbetreuung während dieser Kurse.

Es gibt ein Gutachten aus dem Bundesinnenministerium, das besagt, dass 50 Prozent der Besucher der Sprach- und Integrationskurse besonders förderbedürftig seien. Wir müssten für diese 50 Prozent eigentlich das Stundenkontingent von bisher 630 Stunden auf 930 Stunden aufstocken.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Dem trägt der Haushaltsentwurf nicht Rechnung.  
Dort ist lediglich die Aufstockung von 140 Millionen  
Euro um 14 Millionen Euro auf 154 Millionen Euro vorgesehen.  
Wir brauchen im nächsten Jahr eher 40 Millionen  
Euro als 14 Millionen Euro mehr, um dieser großen  
Aufgabe Rechnung tragen zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Edathy, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
des Kollegen Grindel?

Sebastian Edathy (SPD):

Gerne.

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Herr Kollege Edathy, wenn man solche Aussagen  
macht, wäre es schon ganz schön, sich über die Sachverhalte  
kundig zu machen.

Ist Ihnen bekannt, dass bis zum Ende des Monats  
Juni 2007 von den 140 Millionen Euro, die wir im Bundeshaushalt  
2007 für Integrationskurse vorgesehen haben  
- aus bestimmten Gründen wollte ich diese Zahl eigentlich  
nicht nennen -, tatsächlich nur 52 Millionen  
Euro abgeflossen sind? Das hängt damit zusammen, dass  
wir folgendes Problem bekommen werden: Die Anzahl  
derjenigen, die die Integrationskurse freiwillig besuchen,  
wird immer geringer - es ist schlicht und ergreifend so,  
dass sie mit dem Absolvieren dieser Kurse langsam fertig  
sind -, ohne dass wir gleichzeitig in ausreichendem  
Maße diejenigen, die es besonders nötig hätten, an Integrationskursen  
teilzunehmen, zur Teilnahme verpflichten.  
Wir wissen, dass in den Urlaubsmonaten Juli und  
August fast gar keine Integrationskurse stattfinden.  
Stimmen Sie mir vor diesem Hintergrund zu, dass für  
diese Kurse am Jahresende hochgerechnet etwa 100 Millionen  
Euro abgeflossen sein werden? Das sollten wir  
den Haushaltspolitikern übrigens nicht durch solche  
- ich muss das einmal so nennen - fahrlässigen Bemerkungen,  
wie Sie sie gemacht haben, noch auf die Nase  
binden.

Es werden genau die 50 bis 60 Millionen Euro übrig  
bleiben, die Sie hier eingefordert haben. Wenn man  
wirklich die Fakten kennt, weiß man, dass das, was wir  
im Haushalt 2008 vorsehen, ausreichend sein wird. Den  
gewaltigen Sprung, den wir trotz zurückgehender Inanspruchnahme  
der Kursmittel machen werden, reden Sie  
hier schlecht, anstatt zu sagen, dass wir bei den Integrationskursen  
wirklich einen gewaltigen Qualitätssprung  
nach vorne machen können. Ich verstehe das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sebastian Edathy (SPD):

Lieber Herr Kollege Grindel, ich weise zunächst die  
Unterstellung der Fahrlässigkeit oder des Äußerns der  
Unwahrheit ausdrücklich zurück.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Schlecht informiert!

- Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]:

Es geht um den Vorwurf des Schlechtredens!)

- Auch den Vorwurf des Schlechtredens weise ich zurück.

Ich rede das nicht schlecht, sondern, ganz im Gegenteil,  
ich begrüße es ausdrücklich, dass wir - auch im

Innenausschuss - parteiübergreifend große Einigkeit erzielt haben, im Bereich der Integrationskurse etwas voranzubringen. Der Bedarf, den Sie prognostizieren, muss sich allerdings an den Parametern messen lassen, die wir bei der qualitativen Verbesserung der Kurse zugrunde legen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: 30. Juni!)

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang einmal einige Punkte nennen.

Das Bundesinnenministerium geht bezüglich dieses Haushaltsansatzes davon aus, dass wir den Stundensatz der Lehrkräfte marginal anheben. Ich finde, man kann sich sehr wohl darüber unterhalten, ob 2,35 Euro pro Stunde und Teilnehmer ausreichen, um motiviertes und qualifiziertes Personal zu bekommen. Wenn man da einen höheren Wert veranschlagt, wächst automatisch der Bedarf.

Herr Kollege Grindel, dem Eckpunktepapier des Bundesinnenministeriums ist zu entnehmen, dass die Aufstockung der Stundenzahl von 630 auf 930 lediglich für die Alphabetisierungs- und Jugendkurse vorgesehen sei.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Ich weiß!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Bedarf weit größer ist. Wir, die Mitglieder des Innenausschusses - er ist mitberatend -, haben noch die Gelegenheit, uns dieser Frage vertieft zu widmen. Ich bezweifle jedenfalls, dass diese marginale Aufstockung um 10 Prozent ausreichen wird, um den einen von uns allen gewollten qualitativen Sprung nach vorne zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich einen Punkt ansprechen, der mir besonders am Herzen liegt. Wir können seit Jahren beobachten, dass jüdisches Leben in Deutschland wieder erstarkt. Vor wenigen Wochen hat die größte deutsche Synagoge - sie befindet sich hier in Berlin, in der Rykestraße - wieder eröffnet. Im letzten Jahr haben erstmals Rabbiner eine Ausbildung an einer Bildungseinrichtung des liberalen Judentums abgeschlossen. Dafür können wir dankbar sein.

Ich finde es ganz hervorragend, dass im Entwurf des Haushalts des Bundesinnenministeriums vorgesehen ist, die Mittel für die sehr gute Arbeit des Zentralrats der Juden von 3 Millionen Euro auf 5 Millionen Euro zu erhöhen. Durch den Bundeshaushalt wird diese Arbeit also unterstützt. Ich freue mich auch, dass es gelungen ist, das von mir eben angesprochene Abraham-Geiger-Kolleg, in dem die Rabbinerausbildung betrieben wird, verstetigt finanziell zu fördern und zudem zu gewährleisten, dass die dort jüngst begonnene Kantorenausbildung ebenfalls Unterstützung bekommt. Wir können über diese Entwicklung froh und dankbar sein.

Wenn es zu der fälligen Neuverhandlung zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat der Juden über die Frage „Wer wird von den erhöhten Mittelansätzen begünstigt?“ kommt, sollten wir aber auch sicherstellen, dass jüdisches Leben in Deutschland gleich behandelt und gleich gefördert wird, unabhängig von seiner Ausprägung. Vielleicht ist es auch ganz gut, bei einer solchen Debatte, bei der es die eine oder andere Kontroverse gegeben hat, noch einmal festzuhalten: Antisemitismus und

Rechtsextremismus, das sind Themen, die sich nicht für die parteipolitische Instrumentalisierung eignen; es sind Themen, bei denen wir als Demokratinnen und Demokraten in der gemeinsamen Verantwortung stehen, etwas sicherzustellen: Das Grundversprechen dieses Staates ist, dass jeder in diesem Land ohne Angst sicher leben können muss. Dazu gehört, dass organisierte Menschenfeindlichkeit hier und da vielleicht Realität ist; sie ist aber nichts, was wir als Demokraten jemals als Normalität betrachten werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen  
Reinhard Grindel, CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Herr Kollege Edathy, damit das nicht - meines Erachtens nicht ganz korrekt - stehen bleibt, will ich zwei Punkte ansprechen. Es ist nicht so, dass das Eckpunktepapier 930 Stunden nur für Jugend- und Alphabetisierungskurse vorsieht. Bei den Alphabetisierungskursen kann man sogar auf 1 200 Stunden kommen. Es ist vielmehr so, dass jeder, der den Kurs nach 630 Stunden verlässt und nicht das Sprachniveau B 1 erreicht hat, weitere 300 Stunden bekommen soll. Das ist die Regelung. Wenn jemand nach 600 Stunden das Niveau B 1 geschafft hat, ist das Ziel erreicht. Wenn jemand es da nicht geschafft hat, soll er es nach 900 Stunden bzw. 930 Stunden erreichen. Das heißt, dass man bei den Alphabetisierten sogar auf 1 200 Stunden kommen wird.

Was Sie da erwähnt haben, ist insofern also nicht in Ordnung. Das ist die Zielsetzung, die wir verfolgen.

Zweiter Punkt. Die 2,35 Euro sind nach den Ergebnissen der Ramboll-Untersuchung ausreichend. Sie müssen zugestehen, dass wir eine noch bessere Bezahlung bei den Kinder-, Jugend- und Frauenkursen, gerade wenn es um Betreuung von Kindern geht, vorsehen.

Wir können im Übrigen - insofern sind die Papiere, die Ihnen jetzt dazu vorliegen, auch von relativer Bedeutung - doch eines miteinander festhalten: Die Integrationskursverordnung ist noch nicht geändert. Wir können

dabei über alles reden. Ich hoffe, dass der Bundesinnenminister uns als Abgeordnete an diesen Diskussionen beteiligt.

Die Frage der Bezahlung der Lehrkräfte zum Beispiel entscheidet sich nicht danach, wie viel wir für den Kurs ausgeben, sondern unter anderem danach, ob wir so etwas wie Mindesthonorare vorsehen, wofür ich wäre. Daher sollten wir der Öffentlichkeit durchaus sagen: Die Integrationskursverordnung ist noch nicht geändert. Das ist offen. Wir können vernünftige Lösungen für alle Beteiligten finden.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung machen, weil Sie die Frage der Rabbinerausbildung angesprochen haben. Sie haben nach Mügeln ein Stakkato von Interviews gegeben. Das ist in Ordnung. Das, was dort vorgefallen ist, war ein schlimmes Verbrechen. Ich hätte mir aber eigentlich gewünscht, dass Sie nach dem Messerattentat auf den Rabbiner in Frankfurt öffentlich auch einmal

ein Wort dazu gesagt hätten.

Herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/  
CSU] – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Das haben wir doch gemacht!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Edathy, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Sebastian Edathy (SPD):

Zum ersten Punkt, den Sprachkursen, brauche ich nicht viel zu sagen. Ich bin recht sicher, dass bei uns in der Koalition auch nach dem Integrationsgipfel gilt, dass wir nicht nur die Lippen spitzen, sondern auch zu pfeifen bereit sind. Wir müssen über die Frage der Honorarzah lung für die Lehrkräfte und darüber sprechen, ob der Sprung von 2,05 Euro auf 2,35 Euro hinreichend groß ist, um zu einer wirklichen Verbesserung der Situation der Beschäftigten zu kommen. Im Gutachten wird von bis zu 3 Euro gesprochen. Darüber können wir einmal in Ruhe mit den Haushältern, aber auch im Innenausschuss sprechen.

Dann will ich etwas zu dem zweiten Punkt sagen, den Sie angesprochen haben. Sie haben dargelegt, ich hätte mich zu den Ereignissen von Mügeln geäußert, wo sich Menschen in einem Haus verbarrikadieren mussten, um nicht noch schwerere Schadenseinwirkungen erdulden zu müssen; ich hätte mich nicht zu dem Attentat auf einen Rabbiner in Frankfurt geäußert. Das trifft mich schon. Ich will Ihnen dazu zwei Punkte sagen.

Der erste ist: Was Sie mir unterstellen, nämlich ich würde mich nur äußern, wenn bestimmte Gruppen zu Opfern würden, weise ich zurück. Das ist falsch. Sie wissen, wie es in der Medienlandschaft ist. In der Regel macht man nicht eine Pressemitteilung, sondern in der Regel wird man von Journalisten gefragt. Da stellt sich die Frage vielleicht eher in eine andere Richtung. Das Zweite, was ich Ihnen dazu sehr deutlich sagen will, weil das Relativieren ein bisschen mitschwang: Hans Magnus Enzensberger hat einmal sehr zutreffend formuliert, dass man Unrecht nicht gegeneinander aufrechnen darf, sondern dass sich Unrecht summiert. Ich hoffe, dass dieser Konsens hier in diesem Hause von niemandem infrage gestellt wird.

(Beifall bei der SPD, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Damit kommen wir schließlich zu dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz, Einzelplan 07.

Das Wort hat Bundesministerin Brigitte Zypries. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie doch bitte Platz oder setzen Sie Ihre Gespräche außerhalb des Plenarsaals fort. Wir wollen doch die Beratungen fortsetzen. So, ich glaube, jetzt ist es so weit. – Bitte, Frau Zypries.

Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir reden

jetzt über den Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und damit über den Haushalt, von dem jeder Finanzminister träumt. Es ist ein Haushalt mit geringen Ausgaben, aber hohen Einnahmen. Wer hätte das nicht gerne in seinem Bereich?

Der Einzelplan 07 ist einerseits der kleinste Haushalt unter den Ministerien. Sie wissen wahrscheinlich, dass der Anteil schwankt. Bei diesem Haushalt beträgt unser Anteil 0,16 Prozent.

(Jörg van Essen [FDP]: Und das bei einem der wichtigsten Häuser!)

- Das ist wahr. - Andererseits haben wir die höchste Deckungsquote. Ohne die Versorgungsausgaben können wir 96 Prozent der Ausgaben durch eigene Einnahmen decken. Das ist eine Bilanz, die wir schon seit mehreren Jahren hier immer wieder gerne verkünden.

Jetzt gibt es im nächsten Jahr einen Ausgabenzuwachs um 2,2 Prozent. Dem steht allerdings auch ein Einnahmewachstum gegenüber - wie sollte es auch anders sein? - um voraussichtlich, so prognostizieren wir wenigstens, 4,3 Prozent. Wir brauchen diese zusätzlichen Mittel - das sind ja schon wenig genug - für den Justizhaushalt aus drei Gründen: Der eine ist, wir müssen unseren Anteil zu den Versorgungslasten erbringen.

Der zweite ist, wir müssen uns weiter um das Deutsche Patent- und Markenamt kümmern; das ist ein wichtiges Thema. Der dritte ist, wir bekommen im Bereich des Gesellschaftsrechts neue Aufgaben, die durch zusätzliches Personal abgedeckt werden müssen.

Zu den Versorgungsausgaben: Sie wissen, dass es künftig bei den einzelnen Ministerien jeweils einen sogenannten Versorgungsfonds geben wird. Für einen Haushalt wie den Justizhaushalt, der besonders durch Personalausgaben geprägt ist, stellt das natürlich eine hohe Zusatzbelastung dar. Deswegen haben wir für die Sicherung der späteren Versorgung von Menschen, die wir jetzt neu im Ministerium einstellen, 5,5 Millionen Euro veranschlagt.

Der zweite Bereich, für den wir mehr Geld brauchen, betrifft das Deutsche Patent- und Markenamt. Diesen Punkt sprechen wir in jeder Haushaltsrede an. Er soll auch dieses Mal nicht fehlen. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist eine Behörde, die uns besonders am Herzen liegt, nicht nur, weil sie eine der wenigen nachgeordneten Behörden im Geschäftsbereich ist - da gibt es im Justizbereich ja auch so gut wie keine -, sondern auch, weil dieses Amt in einem Bereich tätig ist, der ganz besonders wichtig ist. Es kümmert sich nämlich um den Schutz des geistigen Eigentums in Deutschland, indem es Patente erteilt und Markenrechte verleiht. Dabei ist die Zuständigkeit auf zwei Standorte aufgespalten: Patente in München, Markenrechte in Jena.

Der Umgang mit geistigem Eigentum ist ja ein Thema, das die Bundesregierung in diesem Jahr schon bei vielen Gelegenheiten angesprochen hat und um das sie sich auch immer weiter kümmert. Dies war Gegenstand beim G-8-Treffen, auf europäischer Ebene haben wir es während unserer Präsidentschaft zum Gegenstand gemacht, aber auch auf nationaler Ebene ist es immer wieder Thema: So befindet sich das Gesetz zur Umsetzung

der sogenannten Enforcement-Richtlinie, bei der es auch um den Schutz des geistigen Eigentums geht, derzeit im Gesetzgebungsverfahren des Deutschen Bundestages. Ein anderes Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums, das die Novellierung des Urheberrechts zum Thema hatte, hatten wir noch kurz vor der Sommerpause verabschieden können. Das gehört damit quasi zu den schon erbrachten Leistungen in diesem Jahr. Für die Zukunft soll der Schutz des geistigen Eigentums eine wichtige Aufgabe bleiben, auch das Thematisieren dieser Problematik gegenüber anderen Ländern, von denen wir wissen, dass die Gewährleistung dieses Schutzes dort nicht so stark verfolgt wird wie in Deutschland. Das ist in der Regel keine Frage der Gesetzgebung in den anderen Ländern, denn wenigstens die Staaten, die der Welthandelsorganisation beigetreten sind, haben das schärfere Recht übernommen; in vielen Fällen ist es eine Frage der Umsetzung. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass mein chinesischer Kollege in Bezug auf den diesjährigen Rechtsstaatsdialog zwischen Deutschland und China gleich eingewilligt hat, als wir das Thema „Schutz des geistigen Eigentums“ vorgeschlagen haben. Wir werden uns in 14 Tagen in München, der deutschen Hauptstadt des geistigen Eigentums, treffen und dort drei Tage miteinander diskutieren. Ich freue mich, dass auch einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages dabei sein werden. Dies alles ist ein Grund, weshalb das Deutsche Patent- und Markenamt vernünftig ausgestattet sein muss. Sie wissen, dass die Behörden des nachgeordneten Bereichs mindestens ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, unter der linearen Stelleneinsparung leiden, die wir in den letzten Jahren ständig durchzuführen hatten. Ich möchte mich deshalb beim Finanzministerium bedanken, dass allzu große Defizite vermieden werden konnten. Die Tatsache, dass beim Deutschen Patent- und Markenamt noch ungefähr 180 Stellen fehlen, die man bräuchte, um richtig gute Arbeit leisten zu können, möchte ich gern nutzen, um kurz zu thematisieren, dass die Modernisierung im Bereich des Haushaltsrechts, die in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, immer noch nicht ausreicht. Das Silvesterfieber – oder wie immer man das nannte – besteht zum Glück nicht mehr; jetzt können Ausgabenreste übertragen werden. Auch andere Verbesserungen haben wir erzielt. Dass wir jedoch immer noch nicht in der Lage sind, eine vernünftige volkswirtschaftliche Berechnung zu einzelnen Ressorts durchzuführen, finde ich schade. In den Jahren 2001 bis 2006 haben wir den sogenannten Stauabbau durchgeführt, also das Konzept, das wir für das Deutsche Patent- und Markenamt entwickelt hatten, um die enorme Menge der aufgelaufenen Arbeiten abzubauen. In diesen fünf Jahren haben wir 64 Millionen Euro Mehrausgaben für Personal im Zuge des Stellenausbaus gehabt. Die Einnahmen für die Erteilung von Patenten, an der diese Leute gearbeitet haben, lagen in diesem Zeitraum bei 187 Millionen Euro. Das ist deutlich mehr als das Doppelte der Ausgaben. Deswegen habe ich die herzliche Bitte, dass wir dafür sorgen – ich weiß nicht genau, wer sich darum wie kümmern



müsste -, dass solche gesamtwirtschaftlichen Betrachtungen endlich Eingang in die Betrachtung der Einzelhaushalte finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, das würde uns allen hier im Hause sehr nützen und könnte auch in anderen Bereichen zum Tragen kommen. Es würde uns allen erleichtern, die anfallende Arbeit vernünftig zu leisten. Denn wir arbeiten ja nicht für das Bundesministerium der Justiz, ein anderes Ministerium oder irgendein Amt, sondern für eine funktionierende rechtsstaatliche Verwaltung in dieser Gesellschaft. Sie machen die Vorgaben, aber wir müssen die Verwaltung übernehmen. Dafür brauchen wir die entsprechenden Mittel.

Der dritte Grund, warum wir mehr Geld brauchen, sind die Mehraufgaben im Gesellschaftsrecht, die uns zugewachsen sind. Das hängt damit zusammen, dass wir die Unternehmen in Deutschland verpflichtet haben, künftig ihre Bilanzen offenzulegen. Das gilt künftig nicht nur für die großen DAX-Unternehmen, die ohnehin schon dazu verpflichtet sind, sondern auch für die kleinen Aktiengesellschaften und die kleinen GmbHs. Das ist eine Verabredung auf europäischer Ebene, und dafür gibt es ein elektronisches Register, das in Bonn geführt wird. Es geht um ungefähr 1 Million Firmen, die davon betroffen sind. Deswegen an dieser Stelle die herzliche Bitte an Sie als Abgeordnete: Wenn Sie in Ihren Wahlkreisen mit diesen Firmen reden, werben Sie bitte dafür, dass sie dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen. Denn je mehr Firmen in Deutschland dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, desto weniger Personal brauchen wir, um sie dazu anzuhalten. Wir reden hier über Mittel im Haushalt für das Personal, das erforderlich ist, um diese Aufgabe zu erfüllen: säumigen Offenlegern zu sagen, dass sie offenlegen müssen. Wir werden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit dafür etwas tun. Wir können eine öffentliche Kampagne leider nicht so gestalten, wie wir es gerne machen würden, weil wir in unserem Etat so gut wie kein Geld für Öffentlichkeitsarbeit haben. Wir können nicht - andere können das - große Anzeigen schalten. Wir werden aber natürlich auf unserer Ebene mithilfe von Presseartikeln usw. dafür werben. Meine herzliche Bitte ist: Unterstützen Sie uns dabei! Verstehen Sie bitte, dass es hierbei um die Umsetzung eines aufwendigen Verfahrens, eines Ordnungsgeldverfahrens, geht, das wir nach Beschluss des Deutschen Bundestages eingeführt haben. Dieses Verfahren ist aufwendiger als das von uns vorgeschlagene Bußgeldverfahren und verursacht deshalb mehr Kosten.

Ich möchte sehr darum bitten, keine Debatte anzufangen, in der behauptet wird, wir führten bewusst eine Kampagne gegen den Osten; damit hat das überhaupt nichts zu tun. Die Aufgabe ist uns zugewachsen. Als das Bundesamt geplant wurde, wussten wir noch nichts von dieser Aufgabe, die auf Bundesebene, aber nicht notwendigerweise auf ministerieller Ebene wahrgenommen werden muss. Wahrscheinlich hätten wir jetzt das Bundeszentralregister damit beauftragt, diese Aufgabe wahrzunehmen,

wenn wir nicht das Bundesamt für Justiz eingerichtet hätten.

Es geht hierbei um Stellen, die wieder abgebaut werden. Ich habe es eben schon einmal gesagt: Es geht darum, in den Köpfen der Geschäftsführer den Gedanken zu implementieren, dass die Bilanzen offenzulegen sind. Sobald diese Aufgabe erfüllt ist, braucht man nicht mehr das Personal. Das heißt, dass schon jetzt Stellen mit einem kw-Vermerk versehen werden, um dem beschriebenen Dilemma Rechnung zu tragen. Ich denke, wir haben insofern eine vernünftige Regelung gefunden. Es gibt einen anderen Themenbereich, für den bisher kein Geld in den Haushalt eingestellt ist. Ich würde aber gerne dafür werben, dass wir - besser gesagt: Sie, der Haushaltsgesetzgeber - dafür in den kommenden drei Jahren noch jeweils 250 000 Euro in den Haushalt einstellen. Es geht um ein Projekt der Charité, das mit den Worten beworben wurde: „Lieben Sie Kinder mehr, als Ihnen lieb ist?“

(Jörg van Essen [FDP]: Ein vernünftiger Ansatz!)  
Es geht um ein großes Projekt, das an der Charité durchgeführt wird und bei dem man versucht, mit möglichen Tätern vorbeugend zu arbeiten, um Kindesmissbrauch zu verhindern. Ich meine, um Kindesmissbrauch zu verhindern, sollten uns dreimal 250 000 Euro nicht zu viel sein.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Projekt hat schon jetzt zu einem guten Erfolg geführt. Es hat eine Anschubfinanzierung von der Volkswagen-Stiftung erhalten; die Stiftung finanziert das Projekt jetzt nicht weiter. Damit hängt das Projekt in der Luft. Ich habe die herzliche Bitte: Verankern Sie das Projekt in unserem Haushalt! Sie können sicher sein, dass wir das Geld weiterleiten, dass wir das Projekt entsprechend begleiten. Bringen Sie das Projekt nicht in einem anderen Haushalt unter, in dem es sehr viele freie Mittel gibt, sodass man nicht so richtig weiß, ob die Mittel vielleicht doch einmal den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Ich muss jetzt noch ein paar Worte zu dem Thema sagen, das vorhin schon im Bereich der Innenpolitik recht kontrovers besprochen wurde: die Frage, wie wir die innere Sicherheit schützen, wie wir in diesem Bereich weiter vorgehen. Sie erwarten sicherlich, dass ich zu diesem Thema etwas sage. Sie erwarten aber sicherlich auch, dass wir eine andere Tonlage verwenden, wenn wir im Bereich der Rechtspolitik darüber sprechen.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist richtig!)  
Die Tonlage ist im Bereich der Rechtspolitik generell etwas anders: Wir sprechen sachlich miteinander, nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch - so ist es Tradition - mit der Opposition. Traditionell werden die Gesetze im Bereich der Rechtspolitik mit einer großen Mehrheit des Hauses verabschiedet. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen recht herzlich dafür bedanken, dass diese sachlichen Diskussionen möglich sind, dass es immer sachliche Auseinandersetzungen gibt. Im Bereich der Sicherheit nehmen wir Änderungen

vor. Wir haben eine Neufassung der Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung vorgelegt, mit denen wir - so meine ich zumindest - deutlich gemacht haben, dass man Sicherheit auf rechtsstaatlich hohem Niveau gewähren kann. Wir verbessern nämlich die Rechte der Betroffenen. Wir verbessern die Rechte derjenigen, die besondere Berufsgruppen aufsuchen. Wir verbessern die Verfahrensregelungen, indem wir eine Zuständigkeit für die Anordnung beim Ermittlungsrichter am Sitz der Staatsanwaltschaft schaffen. Wir schreiben zum Beispiel ausdrücklich einen absoluten Schutz für den Kontakt zwischen Verteidigern und Beschuldigten fest. Damit haben wir einen Weg gefunden, mit dem wir die Voraussetzungen für die erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen rechtsstaatlich schaffen können.

Wir setzen mit diesem Gesetz auch die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung um, und zwar in dem Mindestmaß, wie es die europäische Richtlinie erfordert. Ich meine, dass es bei dem, was jetzt übrig bleibt, nicht angezeigt ist, allzu emotionale und aufgeregte Diskussionen zu führen. Denn es geht im Grunde nur darum, dass man Daten, die heute freiwillig für drei Monate gespeichert werden, künftig sechs Monate speichert, also um eine Einschränkung, von der ich meine, dass wir damit leben können.

Dieses eher unaufgeregte Sachliche sollten wir auch beibehalten, wenn es um die Frage geht, welche Konsequenzen aus den gerade verhinderten Anschlägen zu ziehen sind. Zunächst einmal auch von meiner Seite der Dank an die Ermittlungsbehörden, vor allen Dingen auch für die erfolgreiche Präventionsarbeit. (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Denn es ist ein bisschen untergegangen, dass die Fahnder schon lange vorher die mit Wasserstoffperoxid gefüllten Fässer ausgetauscht hatten und eine reale Gefahrenlage für die Menschen deshalb schon lange nicht mehr bestand. Das sollte man einmal honorieren und sagen: Da hat jemand wirklich mit Weitsicht gehandelt. Genauso unaufgereggt sollten wir die Dinge für die Zukunft prüfen. Das gilt beispielsweise für die Onlinedurchsuchung, über die wir schon längere Zeit diskutieren. Das ist aber auch richtig, wie ich meine; denn es handelt sich hierbei sowohl technisch als auch rechtlich um ein sehr komplexes Thema und um völliges Neuland. Die Frage, welche Grundrechte davon betroffen sein könnten, ist verfassungsrechtlich völlig ungeklärt. Deswegen ist es erforderlich, über dieses Thema unaufgereggt zu diskutieren.

Es ist auch erforderlich, dass man sich Gedanken über ganz praktische Veränderungen macht. Deshalb habe ich vorgeschlagen: Lassen Sie uns einmal schauen, ob wir nicht in der Frage, an wen solche Chemikalien verkauft werden können, Regelungen treffen.

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Sehr guter Vorschlag!)

Denn es macht doch wohl keinen Sinn, dass jeder, der möchte, hochgefährliche Chemikalien kaufen kann und sich aus dem Internet die Bauanleitung für Sprengstoff herunterlädt, aber gleichzeitig jeder Fluggast am

Flughafen auf sein Eau de Toilette im Handgepäck untersucht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch völlig widersinnig. Lassen Sie uns deswegen ganz praktisch an dieser Stelle anfangen und überlegen: Nützt eine Regelung hier etwas?

Ich habe darüber mit Sigmar Gabriel gesprochen, der für die Chemikalienverordnung zuständig ist. Unsere Mitarbeiter haben heute zusammengesessen und werden hoffentlich bald einen Vorschlag machen. Ich sage: Nach dem, was ich heute in den Tickern von den Fachleuten in diesem Bereich gelesen habe, gab es nur zustimmende Meinungen.

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Auch wir sind dafür!)

Deswegen hoffe ich, dass wir hier etwas erreichen können. Wenn sich herausstellen sollte, dass das aus irgendwelchen Gründen nicht funktioniert, dann muss man es lassen. Aber es muss zumindest möglich sein, solche Vorschläge einmal unaufgeregt zu prüfen.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist prüfenswert!)

Ich würde zwar gerne noch viele Dinge im Hinblick auf das Ministerium ansprechen, habe meine Redezeit aber schon zwei Minuten überzogen. Wenn ich jetzt nicht aufhöre, wird Herr Stünker böse.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Mechthild Dyckmans, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Mechthild Dyckmans (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat in den vergangenen beiden Jahren einiges an Arbeit geleistet. Ich möchte daher die heutige Rede auch zum Anlass nehmen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusseksretariats sehr herzlich für ihre Arbeit zu danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich im Rechtsausschuss stets konstruktiv beteiligt. Einige Initiativen aus Ihrem Haus, Frau Ministerin, konnten im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens wesentlich verbessert werden, sodass die FDP-Fraktion am Ende zustimmen konnte. Ich nenne hier nur das Gesetz zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes, das Gesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität sowie das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft.

Es gab aber auch eine Reihe von Initiativen, die große Kritik herausgefordert haben. Ein besonders gutes Beispiel für eine handwerklich misslungene Gesetzgebungsarbeit war das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP bleibt dabei: Dieses Gesetz ist handwerklich mangelhaft, in sich widersprüchlich und mit vielfältigen bürokratischen und finanziellen Belastungen für die Unternehmen verbunden.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Die Praxis spricht eine andere Sprache!)

Bereits Ende letzten Jahres hat die FDP eine Große Anfrage

zum AGG vorgelegt. Wir haben gerade in den letzten Tagen die Antwort der Bundesregierung darauf bekommen. Lassen Sie mich nur eine Antwort zitieren, nämlich die auf die Frage nach den finanziellen Auswirkungen des Gesetzes für die Wirtschaft. Ich zitiere:  
... zeitaufwändige Erhebungen mussten unterbleiben, weil das Gesetzgebungsverfahren zur Vermeidung erheblicher Strafzahlungen an die Europäische Union wegen verspäteter Richtlinienumsetzung spätestens bis August 2006 abzuschließen war.

Ich halte dies für einen beispiellosen Vorgang. Dieser verantwortungslose Umgang mit den legitimen Interessen der Wirtschaft ist ein Skandal.

(Beifall bei der FDP)

Auch an anderer Stelle hat die Bundesregierung unserer Meinung nach in der Rechtspolitik versagt. Insbesondere beim Zollfahndungsdienstleistungsgesetz werden wichtige Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ignoriert. Im Vorwort zum Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 zum Einzelplan 07 heißt es:

Das Bundesministerium der Justiz ist außerdem „Verfassungsressort“. Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern hat es zu gewährleisten, dass gesetzliche Regelungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Frau Ministerin, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie Ihre Funktion als Verfassungsministerin wieder ernst! Die Reform der Telekommunikationsüberwachung, über die wir in den kommenden Monaten intensiv beraten werden, wird ein erneuter Test für die Bundesregierung sein, der zeigen wird, inwieweit sie bereit ist, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und die Prinzipien des Grundgesetzes zu berücksichtigen. Wir glauben, dass da noch einige Änderungen notwendig sind.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich noch kurz auf die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich der Justiz eingehen. Sie, Frau Ministerin, sind mit großen Plänen in diese EU-Ratspräsidentschaft gestartet. Sie wissen, dass die FDP Sie dabei unterstützt hat. Es ist für uns daher enttäuschend, dass die Bilanz so mager ausgefallen ist. Die Ergebnisse in den Bereichen Zivil- und Wirtschaftsrecht sind eher zufällig in den Zeitraum Ihrer Präsidentschaft gefallen. Die Vorarbeiten hatten schon vor Jahren begonnen. Bei den von Ihnen selbst angestoßenen und für Sie sehr wichtigen Initiativen, wie beispielsweise der Initiative zur Herstellung von europaweit einheitlichen Mindeststandards in Strafverfahren, sind Sie leider gescheitert. Im Namen der FDP erkenne ich an, dass es Ihnen ein großes Anliegen war, diesbezüglich zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen. Wenn man aber nur mit einer Minimalforderung in die Verhandlungen geht, darf man sich meines Erachtens nicht darüber wundern, dass man keinen Verhandlungsspielraum hat und letztlich scheitert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist so nicht richtig!)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den Sie erwähnt

haben, nämlich die heimlichen Onlinedurchsuchungen. Auf die zahlreichen verfassungsrechtlichen Probleme in diesem Zusammenhang möchte ich jetzt gar nicht eingehen. Ich möchte den Bezug zur Internetsicherheit ansprechen. Frau Ministerin, Sie haben sich immer, auch in Ihren früheren Funktionen, für eine Stärkung und den Ausbau von E-Government eingesetzt. E-Government ist eine gute Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger stärker an den staatlichen Entscheidungen partizipieren zu lassen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein sicheres Internet. Wenn Sie Onlinedurchsuchungen zulassen, müssen die Schutzprogramme Sicherheitslücken lassen.

Die FDP-Fraktion fordert Sie auf, alles zu tun, um die Internetsicherheit zu verbessern. Tun Sie alles, um Computerkriminalität zu bekämpfen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Das haben wir gemacht!)

Mit Freude habe ich gelesen, dass Sie, Frau Ministerin, unseren Vorschlag aufgreifen, die Musterwiderrufsbelehrung für Internetgeschäfte gerichtsfest zu machen. Das bestätigt mich in der Hoffnung, dass die Bundesregierung wieder zu einer vernunft- und sachorientierten Rechtspolitik zurückkehrt. In den kommenden zwei Jahren können Sie das unter Beweis stellen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Das Wort hat nun Kollege Jürgen Gehb, CDU/CSU-Fraktion.  
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den diesjährigen Haushaltsberatungen läuten wir nicht nur die zweite Jahreshälfte ein, sondern auch die zweite Halbzeit der Legislaturperiode. In der ersten Hälfte haben wir jedenfalls auf dem Gebiet der Rechtspolitik große Vorhaben angepackt und zu Ende geführt. Das werden wir auch in der zweiten Hälfte mit Kraft und Willen tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Mechthild Dyckmans, bevor du gleich Kritik anmeldest: Es handelt sich übrigens um das Zollfahndungsdienstgesetz und das Rechtsdienstleistungsgesetz.

Du hattest dich ein bisschen verlesen und warst wohl schon beim nächsten Absatz. Das nur einmal zur Richtigstellung, damit klar ist, worüber wir hier reden.

Ich will daran erinnern, dass wir vor der Sommerpause Änderungen des Urheberrechts und des Versicherungsvertragsrechts verabschiedet haben. Das sind wahrlich

keine Petitessen, sondern große Kaliber in der Rechtspolitik. Auch damit werden wir fortfahren.

Ich sage: Wir stehen nicht nur im Wettbewerb bei der Erbringung von Dienstleistungen und Erzeugung von Waren, sondern wir stehen auch im Wettbewerb mit den Rechtsordnungen anderer Länder. Es ist eine große Herausforderung für den nationalen Gesetzgeber und insbesondere für uns Rechtspolitiker, im Konzert der Rechtsordnungen mithalten zu können. Es wird internationaler, zumindest europäischer. Wir waren vor einem Jahr in

Frankfurt bei einer Veranstaltung der IHK mit dem schmissigen Titel European and German Law goes Hollywood. Dieser Titel hatte schon seinen Sinn. Wir merken zum Beispiel, wie wir durch europäische Vorgaben immer mehr präjudiziert werden.

Ich will die Antidiskriminierungsrichtlinien und unser AGG ansprechen. Ich habe immer gesagt - dazu stehe ich auch -: Diese Antidiskriminierungsrichtlinien aus Europa kommen mir vor wie ein stinkender Handkäse.  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man kann ihn entweder elegant in einen Parfümflakon stecken oder in Zeitungspapier einwickeln. Das olfaktorische Grundunbehagen bleibt auf jeden Fall gleich.  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So haben wir auch andere europäische Vorgaben. Ich nenne einmal die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie, die uns in Deutschland an den Rande der Wettbewerbsfähigkeit bringen. Wenn ich mir überlege, dass ich in Kassel an der A 44 im 20. Jahr nach der Wiedervereinigung immer noch darum kämpfen muss, drei Kilometer Straße zu bauen, dann muss ich Ihnen eines sagen: Wir lösen uns immer mehr von unserem anthropozentrischen Grundverständnis, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, wenn die Lastwagen bei uns auf der B 7 entlangfahren und mit ihren Rückspiegeln die Hecken touchieren, sodass die Tassen daheim im Schrank umfallen, nur damit der Kammmolch und irgendein Hirschkäfer unbeschadet durch einen Tunnel kriechen können. So kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen sage ich: Wir müssen aufpassen, dass wir bei der Umsetzung europäischen Rechts nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Ich will auch ganz kurz erwähnen, ohne wie ein Lohnbuchhalter alles stakkatohaft abzuarbeiten, dass während der Sommerpause im Kabinett mehrere Vorhaben auf den Weg gebracht worden sind. Drei möchte ich herausheben. Wir begrüßen es als Union ganz besonders, Frau Ministerin, dass jetzt die Vaterschaftsfeststellung so auf die Füße gestellt wird, dass nicht nur ein Ehemann, der nach zwölf Monaten Abwesenheit auf einer Bohrinsel von seiner Frau mit einem farbigen Kind abgeholt wird, endlich einen Anspruch hat, die Abstammung des Kindes zu klären.

Die Hürden waren extrem hoch. Jetzt haben wir eine doppelgleisige Möglichkeit, nämlich einmal die Möglichkeit, festzustellen, wer wirklich der Vater ist, und die spätere Möglichkeit, die Vaterschaft anzufechten. Das ist eine Vorgabe vom Bundesverfassungsgericht. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich diesen Vorschlag schon einmal im Februar 2005 im Spiegel gemacht. Ich finde, das ist eine vernünftige Regelung und wird den Kindern, den Müttern, den tatsächlichen und auch den präsumtiven Vätern endlich gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ebenso unterstützen wir, dass Sie jetzt sozusagen unsere Idee aufgenommen haben, auch bei nach Jugendstrafrecht verurteilten Straftätern die nachträgliche Sicherungsverwahrung verhängen zu können. Die Diskussion wird ja ganz quer geführt. Hier geht es nicht darum,

dass ein Jugendlicher im Alter von 16 Jahren gleichzeitig mit der Verurteilung zur Sicherungsverwahrung geschickt wird, sondern hier geht es darum, ob jemand, der zum Beispiel mit 16 Jahren jemanden ermordet hat und dafür zehn Jahre Freiheitsstrafe bekommen hat, mit 26 Jahren - dann ist er ein erwachsener Mann - daraufhin überprüft werden kann, ob er immer noch eine tickende Zeitbombe ist oder nicht. Darin unterscheidet er sich überhaupt nicht von demjenigen Täter, der erwachsen ist. Ich finde es toll, dass die Bundesregierung das aufgenommen hat, wengleich ich mir gewünscht hätte, dass eine Anlasstat ab einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und nicht erst von sieben Jahren gereicht hätte. Aber das ist eher eine Kritik im Einzelnen. Ich freue mich auch, dass vernachlässigten und verhaltensauffälligen Kindern in Zukunft früher die Hilfe durch die Familiengerichte angedeiht werden lassen kann, als es bisher der Fall war. So denke ich, dass das Kabinett in der Sommerpause durchaus die eine oder andere Gesetzesvorlage auf den Weg gebracht hat, die wir demnächst parlamentarisch beraten werden. Es gibt aber nicht nur Themen, bei denen wir gerade erst mit der Diskussion begonnen haben, oder Themen, mit denen wir uns demnächst befassen, sondern es gibt auch Gesetzesvorhaben, die kurz vor der Reife stehen, in das Bundesgesetzblatt aufgenommen zu werden. Ich erinnere nur an das Rechtsdienstleistungsgesetz. Ich denke, dass wir auch das Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts irgendwann in das Bundesgesetzblatt aufnehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Aber nur, wenn Sie verheiratete und nicht verheiratete Mütter gleichstellen!) Dafür muss es erstens verfassungsfest sein, und zweitens müssen auch all diejenigen zufrieden sein, die ein bisschen Sorge haben, dass die Ehefrauen dabei schlechter wegkommen.

Dieses Vorhaben ist schwierig; das gebe ich gerne zu. Auch innerhalb meiner Fraktion gibt es hierzu unterschiedliche Auffassungen. So ist das nun einmal: Die einen haben eine hohe Streitkultur, und die anderen streiten sich nicht. Ich finde, dass man im Diskurs die besten Lösungen findet. Wir werden sie finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Meine Damen und Herren, ich will einen Schwenk machen. Heute ist kein ganz gewöhnlicher Tag, sondern der Jahrestag von 9/11. Vor sechs Jahren sind nicht nur die Twin-Towers angegriffen worden - das haben Sie alle noch in Erinnerung -, sondern man konnte endgültig die Hoffnung aufgeben, dass mit dem Ende des Kalten Krieges, in dem sich Kombattanten gegenüberstanden, ein Zustand des Friedens auf der Welt erreicht worden ist. Das ist nicht der Fall.

An dieser Stelle sage ich Ihnen, Frau Ministerin, im Namen meiner Fraktion, zumindest aber im Namen der Arbeitsgruppe Recht, großen Dank: sowohl dafür, dass Sie uns während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gut vertreten haben, als auch dafür, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrem Hause hervorragend funktioniert



und menschlich in einer Superatmosphäre verläuft.  
Frau Dyckmans, zu Ihrem Dank an die Mitarbeiter möchte ich sagen: Diese machen das nicht unentgeltlich, denn sie sind nicht ehrenamtlich tätig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem kann man ihnen natürlich danken; dafür ist die Zeit immer günstig. Das tue auch ich.

Einen kleinen Wermutstropfen muss ich Ihnen trotzdem mit auf den Weg geben. Es gibt in der Rechtspolitik eigentlich nur einen großen Streitpunkt, nämlich das kleine Scharnier Rechtspolitik/Innenpolitik.

(Otto Fricke [FDP]: Klein?)

Zum Thema Onlinedurchsuchung ist in der Debatte zum vorherigen Einzelplan in den letzten 75 Minuten eigentlich alles Wichtige gesagt worden. Es gibt aber noch ein anderes Feld: die Strafbewehrung des Besuchs der sogenannten Terrorausbildungslager. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung festgehalten, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen wollen. Mittlerweile sind knapp zwei Jahre vergangen. Ich selbst habe vor wenigen Tagen in der Welt gesagt, dass es schwierig ist, einen Straftatbestand zu zimmern, der den Erfordernissen des Bestimmtheitsgebots genügt.

(Jörg van Essen [FDP]: Ganz genau! Das Bestimmtheitsgebot ist das Problem!)

An dieser Stelle möchte ich den Besserwisser Heribert Prantl erwähnen. In der Süddeutschen Zeitung schreibt er - das hat mich heute geärgert -, ein Blick ins Gesetz erleichtere die Rechtsfindung und übrigens auch die Gesetzgebung.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist typisch! Aber dieser Satz könnte auch von Ihnen sein!)

Ich kann Heribert Prantl nur mit auf den Weg geben: Ein Blick in einen Strafrechtskommentar und die Lektüre der einschlägigen Entscheidungen würden verhindern, dass man auf so überhebliche Art und Weise falsche Informationen an die Bevölkerung weitergibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn er im Jahre 1959 - damals könnte er gerade seinen großen Schein im Strafrecht gemacht haben - im zwölften Band der Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gelesen hätte, wäre ihm aufgefallen, dass es für die Verabredung zu einer Straftat einer gewissen Konkretisierung bedarf. Es würde nicht ausreichen, wenn wir beide, Herr Danckert, vereinbaren würden, gemeinsam eine Bank zu knacken. Wir müssten genau sagen, dass wir uns am Donnerstag um 17 Uhr vor der Berliner Sparkasse treffen,

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Da kann ich leider nicht! - Heiterkeit)

und müssten verabreden, wer das Brecheisen mitbringt. Wenn diese Konkretisierung fehlt, handelt es sich um ein abstraktes Gefährdungsdelikt, das nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht bestraft werden kann. So viel dazu, wenn Besserwisser meinen, sie müssten den Leuten einen einschenken.

Ich sehe mit Schrecken, dass ich nur noch 35 Sekunden Redezeit habe. Frau Präsidentin, können

Sie nicht meine Redezeit verlängern? - Also nicht.

(Heiterkeit - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]:

Reden Sie doch auf Kosten von Neškovic! -

Daniela Raab [CDU/CSU]: Oh ja! Auf Kosten von Neškovic! Das würde ich befürworten!)

Noch ganz kurz: Wir Rechtspolitiker sollten uns überlegen, ob wir nur an der Vielzahl der Gesetzentwürfe, die wir verabschieden, gemessen werden wollen, oder ob es nicht manchmal besser ist, etwas nicht zu regeln. Ich habe das schon in meiner letzten Rede zum Haushalt vor einem Jahr gesagt, damals in Bezug auf die, wie ich meine, hypertrophe Neigung, immer mehr Staatsziele in das Grundgesetz aufnehmen zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Daniela Raab [CDU/CSU]: Ja! Sehr richtig! -

Dr. Peter Danckert [SPD]: Vorsichtig!)

Noch eine Bemerkung zum Nichtraucherschutz. Ich möchte die Diskussion über die Raucher nicht schon wieder führen. Aber eines möchte ich sagen: Sofern dieses Gesetz dem Schutz der Nichtraucher dient, findet es meine volle Unterstützung. Wenn damit aber, zumindest als Konnotation, auch beabsichtigt ist, den Raucher zu seinem Glück zu zwingen - wenn es also eine Art Beglückungsgesetz sein soll - ,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU

und der SPD)

dann fehlt nicht mehr viel, bis wir irgendwann auch noch regeln, was die Menschen essen sollten.

Neulich hat jemand verlangt - ich habe erst gedacht, das sei Spaß -, dass es in Diskotheken leiser sein müsse.

Es gibt einen alten römischen Rechtsgrundsatz: „volenti non fit iniuria“, dem Freiwilligen geschieht kein Unrecht. Wer also in eine laute Diskothek geht, der muss damit rechnen, dass es laut ist. Wer selber raucht, wird vielleicht irgendwann krank sein. Wir müssen dem Rauchen den Kampf ansagen, aber nicht als Gesetzgeber, sondern mit Aufklärungsbroschüren. Deswegen ist auch in der Rechtspolitik weniger manchmal mehr. Wie hat es schon Montesquieu gesagt?

Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es nötig, keines zu erlassen.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, und einen schönen Abend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Wolfgang Neškovic für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 30. März des vergangenen Jahres nannte ich Frau Justizministerin Zypries die Chefin des Rechtsstaatsministeriums. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass die Wahrung rechtsstaatlicher Errungenschaften und die Abwehr von Angriffen auf diese Errungenschaften auch im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums liegen. Nachdem die Justizministerin dieser Aufgabe zunächst, wie ich meine, zaghaft und verhalten nachging, ist sie insbesondere während der Sommerpause dann doch noch in Fahrt gekommen.

Man gewinnt den Eindruck, Herr Schäuble und Frau Zypries proben in diesen Tagen die kabinettsinterne Variante eines neuen Jobsharing-Konzepts. Es agieren Rechtsstaatsministerin und vermeintlicher Verfassungsminister als „job sharing good girl and bad boy“, wenn es um die Werte unseres Grundgesetzes geht.

(Jörg van Essen [FDP]: Once again, please!)

Seit über einem halben Jahr reihen der Innenminister und seine Hilfstruppen, rechtsstaatlich gesehen, eine ungeheuerliche Überlegung an die nächste. Als Herrn Schäuble im Sommer wegen der öffentlichen Erwägung von gezielten Tötungen eine Welle der Kritik und Empörung über den Kopf schlug, gab er weinerlich zum Besten, man habe ihn furchtbar missverstanden;

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: So war es doch auch!)

es gehe doch nur darum, die rechtlichen Grundlagen für neue Handlungsinstrumente zu diskutieren und zu schaffen, und er sei ein glühender Anhänger des Rechtsstaats. Ich weiß nicht, wofür unser Innenminister glüht; aber der Rechtsstaat ist es gewiss nicht. Verfassungsbruch und rechtsstaatliche Unerträglichkeiten lassen sich nicht in rechtliche Grundlagen fassen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das einzig Unerträgliche ist Ihre Rede!)

Wer das Unerträgliche will, wird selbst untragbar. Die wichtigste Sicherheitsfrage unserer Tage ist doch die Frage, wie sicher der Innenminister im Umgang mit der Verfassung ist oder – noch zutreffender – wie sicher die Verfassung vor unserem Innenminister ist.

(Joachim Stünker [SPD]: Sie sind im falschen Film, glaube ich! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Einzelplan 07!)

Der Kollege Struck drückte diese Kritik in seinem Sommerbrief an seine Fraktionskollegen etwas freundlicher aus, als ich es tue. Er schrieb sinngemäß, die Vorschläge des Innenministers seien Angriffe auf den Rechtsstaat, dessen Schutz aber die eigentliche Aufgabe des Verfassungsministers sei. Man habe den Eindruck, die Freiheit solle durch einen Überwachungsstaat abgeschafft werden. – Das hat die SPD gesagt. Wir hoffen, dass es sich bei dieser SPD-Kritik nicht nur um ein bloßes Taktieren handelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch ist es uns nicht entgangen, dass die SPD den gewünschten Onlinedurchsuchungen nicht etwa ein entschiedenes Nein entgegengesetzt, sondern lediglich Skepsis formuliert und auf die Hilfe des Verfassungsgerichts hofft.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Das ist doch der richtige Weg!)

Wir werden deshalb genau beobachten, ob der Widerstand der SPD und der Justizministerin anhält, ob sie – nicht zuletzt angesichts der Ereignisse der vergangenen Woche – standhaft bleiben oder am Ende doch wieder einknicken. Ich wünsche Ihnen, Frau Ministerin, die Standfestigkeit einer Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die ihren Widerstand gegen den sogenannten großen Lauschangriff so weit betrieb, dass sie bereit war, dafür ihr Amt aufzugeben, was sie schließlich getan hat. Diese

Standfestigkeit wünsche ich Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Stünker  
[SPD]: Und gekommen ist er trotzdem!)

– Ja, gekommen ist er trotzdem, aber mit deutlichen Einschränkungen.  
(Lachen bei der SPD)

Von Frau Zypries konnte man in der Onlineausgabe  
der Frankfurter Rundschau vom 28. Juli die folgende  
wichtige Feststellung lesen:

Nicht die Verteidigung der Bürgerrechte bedarf der  
Rechtfertigung, sondern deren Einschränkung.

Frau Zypries, dem schließen wir uns ausdrücklich an.  
(Zuruf des Abg. Siegfried Kauder [Villingen-  
Schwenningen] [CDU/CSU])

Denn es ist dieser kleine Satz, der die aktuelle Debatte in  
unserem Land vom Kopf zurück auf die Füße stellt. Der  
Rechtfertigungsbedarf liegt nicht bei den Kritikern unseres  
Innenministers, sondern bei ihm und seinen Anhängern.

Es gilt: Nicht die Befürworter lang gewachsener  
rechtsstaatlicher Grundsätze sind in Erklärungsnot, sondern  
diejenigen, die diese Grundsätze aufweichen und  
beseitigen wollen.

Soweit diese Begründungen liefern, ist ihnen gemeinsam,  
dass immer nur der Zweck der angestrebten Maßnahme  
ins Auge gefasst wird. Sie gründen sich allesamt  
auf die kreuzgefährliche Behauptung, im Grunde genommen  
könne man kaum zu viel tun, wenn es um den  
Schutz unseres Staatswesens geht. Jedem dieser Vorschläge  
liegt die Behauptung zugrunde, es gebe eine  
neue, nie dagewesene Bedrohung für unser Gemeinwesen,  
auf die man folglich mit neuen, nie dagewesenen  
Mitteln zu reagieren habe.

Zur Frage der verbindlichen Grenze für solches Vorgehen  
erklärte der Bundesinnenminister im Spiegel-Interview  
vom 9. Juli, eine rote Linie gebe es: die Verfassung  
– und die könne man ändern. Zum Glück irrt Herr  
Schäuble, was seine Möglichkeiten und was die Möglichkeiten  
dieses Parlaments angeht.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Wieso?)

Frau Ministerin Zypries, ich darf Sie bitten, Herrn  
Schäuble einmal die Bedeutung des Art. 79 Abs. 3 des  
Grundgesetzes zu erläutern. Dann müsste ihm aufgehen,  
dass der dort gegen Veränderung geschützte Art. 1 eine  
verbindliche Demarkationslinie für seine Angriffe auf  
die Verfassung darstellt.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-  
Brömer [CDU/CSU]: Ist das schlecht!)

Der nicht veränderbare Art. 1 ist es, der verhindert, dass  
jemals zivile Luftfahrzeuge vom Himmel abgeschossen  
werden können. Der nicht veränderbare Art. 1 ist es, der  
den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung verlässlich  
gegen jedwede Überwachungsmaßnahme schützt.

Technische Schwierigkeiten bei Überwachungsmaßnahmen  
rechtfertigen es nicht, diesen Schutz außer Acht zu  
lassen.

Insofern ist die eben zitierte These der Justizministerin  
dringend ergänzungsbedürftig. Denn wesentlich ist  
nicht nur die Frage, wer sich zu rechtfertigen hat, sondern  
auch, welchen Inhalt diese Rechtfertigung aufweist.  
Das gilt im Übrigen auch für den Teil der Verfassung,  
der tatsächlich geändert werden kann. Denn bei der

Rechtfertigung freiheitsbeschränkender Maßnahmen genügt es keinesfalls, sich vom Zweck einer Maßnahme leiten zu lassen – ansonsten würde der Zweck die Mittel heiligen. Vielmehr ist der Zweck der Maßnahme in Abwägung zu bringen zu dem Verlust der Freiheit, der mit der Durchführung der beabsichtigten Maßnahme einhergeht. Das übersieht Herr Schäuble – wie Herr Schäuble insgesamt die Funktion der Grundrechte im Verhältnis zum Staat übersieht und verkennt. Die Grundrechte stellen – als Abwehrrechte – institutionalisiertes Misstrauen gegen den Staat dar; das ist ihre Kernfunktion. Herr Schäuble hingegen geht von einem grundsätzlichen Misstrauen des Staates gegenüber seinen Bürgern aus. Hier liegt der Kerndissens zwischen ihm und uns und, noch entscheidender, zwischen ihm und der Verfassung. (Beifall bei der LINKEN – Dr. Peter Danckert [SPD]: Sehen Sie sich einmal Einzelplan 07 an!)

Es ist daher Ihre Aufgabe, Frau Zypries, Herrn Schäuble dabei zu helfen, diese Trübung seiner verfassungsrechtlichen Sichtweise zu beheben,

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dem ist nicht zu helfen!)

und dabei gleichzeitig deutlich zu machen, welche inhaltliche Position die SPD hierbei konkret einnimmt.

Abschließend ist festzustellen: Die von Herrn Schäuble erklärte Strategie, einer Bedrohung des Rechtsstaats mit dem Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien zu begegnen, ist widersinnig. Der Rechtsstaat wird nicht dadurch geschützt, dass man ihn abschafft. Ebenso gut könnte einer sein eigenes Haus abbrennen, um seine Habe vor Einbrechern zu schützen.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen]

[CDU/CSU]: Das ist eine ganz üble Unterstellung!

Dass Sie sich nicht schämen!)

Vor Diebstahl wäre der ehemalige Hausherr nunmehr effizient geschützt.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Was ist das für ein Vergleich?!)

Allerdings entzieht er seine Habe nicht nur dem Dieb, sondern auch sich selbst. Er verliert, was er doch beschützen wollte, und erweist sich als schlechter Beschützer.

(Zuruf von der CDU/CSU: Scheinheilig!)

Frau Zypries, ich darf Sie bitten: Stellen Sie diesem Unsinn Ihre Vernunft entgegen und bleiben Sie dabei standhaft!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Daniela Raab

[CDU/CSU]: Amen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist nun der Kollege Jerzy Montag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wolfgang Neškovic

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Bundesjustizministeriums ist in der Tat ein Haushalt, um den Sie jedes Ministerium beneiden kann, Frau Zypries. Sie haben erneut einen Deckungsgrad von etwa 70 Prozent bei einer Ausgabensteigerung von 2 Prozent und einer Einnahmensteigerung von 3 Prozent.

Über die Zahlen Ihres Hauses lässt sich auch vonseiten der Opposition nicht meckern. Das will ich auch nicht tun.

Ich will nur darauf hinweisen, dass wir uns in den Haushaltsberatungen intensiv mit der erheblichen Erhöhung der Zahl der Stellen im Bundesamt für Justiz auseinandersetzen werden müssen. Sie haben dazu Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass diese Erhöhung mit neuen Aufgaben korrespondiert. Ich habe aber in Erinnerung, dass wir vor einem Jahr darüber gesprochen haben, dass das Bundesamt für Justiz durch Übertragung von Stellen aus anderen Bundesbehörden, auch aus Ihrem Haus, langfristig stellenneutral gehalten werden kann. Dies ist so nicht eingetroffen, und wir werden uns intensiv über die Gründe unterhalten müssen. Trotzdem muss man im Zusammenhang mit der Justiz und dem Rechtsstaat auch immer über Geld reden. Der Rechtsstaat kostet die Bürgerinnen und Bürger wahrlich nicht viel Geld, aber er ist nicht billig zu haben. Als ich vor einem Jahr davon gesprochen habe, dass für die Ausstattung der Gerichte die Länder zuständig sind, dass aber - wenn man den Rechtsstaat nicht nur proklamiert, sondern auch faktisch durchsetzen und stärken will - die Bundesjustizministerin in der Aufgabe steht, auf die Länderebene einzuwirken, damit dort endlich mehr Geld, mehr Personal und eine bessere Ausstattung für die Justiz bereitgestellt werden, hat der Kollege Stünker gerufen - den Zwischenruf kann man im Protokoll nachlesen -: „Doch! Doch!“

Tatsächlich ist aber nichts geschehen. Das größte Amtsgerichts der Bundesrepublik Deutschland - das Amtsgericht München, meiner Heimatstadt - hätte vor einigen Monaten eigentlich Konkurs anmelden müssen. Die Situation, dass die Justiz mit den zur Verfügung gestellten Mitteln keine qualitativ angemessene rechtsstaatliche Arbeit leisten kann, ist auch in der Fläche hoch dramatisch. Deswegen glaube ich, dass wir auch an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam machen müssen, dass die Landesfinanzminister endlich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müssen, um den Rechtsstaat auch auf Landesebene mit Leben zu erfüllen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesjustizministerin Zypries hat den Koalitionsvertrag seinerzeit mit den Worten kommentiert, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsschutz seien der strikte Maßstab, an dem sich die Große Koalition messen lassen müsse.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Der Satz ist doch richtig!)

Man muss sich einmal zu Gemüte führen, wie wunderbar dieser Satz ist.

Aber nun zu den Fakten: Wenn sich Herr Minister Schäuble in Interviews zu Wort meldet, lässt er in rechtsstaatlicher Hinsicht alle Hüllen fallen. Sie, Frau Zypries, bemühen sich dann, mehr schlecht als recht die dadurch entstandenen Blößen zu bedecken, und werden dabei auch noch von Kollegen aus der Koalition bzw. der Union übel angegangen.

Kollege Bosbach - er ist leider nicht mehr anwesend -, den ich sonst als galanter eingeschätzt habe, hat über Sie

gesagt, Frau Zypries, Sie würden sich in diesen Fragen mit der Geschwindigkeit einer Wanderdüne bewegen. Der Kollege Uhl, der für das Größere zuständig ist - er ist ebenfalls nicht mehr im Saal -, hat hinsichtlich Ihrer Person und des Koalitionspartners gesagt, Sie würden sich schuldig machen. Gemeint hat er - dieser Eindruck sollte in der Öffentlichkeit erweckt werden -, dass Sie sich schuldig machen würden, sollte es doch zu einem Terroranschlag kommen und Opfer geben und sollte sich die SPD und die Justizministerin nicht genügend bewegt haben. In dieser Situation wäre es richtig, wenn Sie sich, Frau Zypries, gar nicht bewegten und wenn Sie Ihre Standpunkte zum Schutze der Rechtsstaatlichkeit und Ihre Aufgabe als Verfassungsschutzministerin tatsächlich ernst nähmen.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Tut sie doch!)

- Nein, das tut sie nur sehr verhalten, sehr eingeschränkt. Aus der Fülle der Fälle, über die diskutiert werden muss, will ich an dieser Stelle einige wenige aufgreifen. Frau Zypries, Sie haben einen Vorschlag zur Neuauflage der Kronzeugenregelung gemacht. Erstaunlicherweise hat der Bundesrat dazu in der Sommerpause in einer Stellungnahme festgestellt, dass die von Ihnen vorgeschlagene Kronzeugenregelung dazu führen wird, dass es - erster Vorwurf - keine schuldangemessenen Strafen mehr geben wird, dass es - zweiter Vorwurf - in Zukunft einen Handel mit der Gerechtigkeit geben wird und dass die Gefahr des Missbrauchs dieser Vorschrift - dritter Vorwurf - sehr groß ist. Diese Argumente könnten aus einem Papier der grünen Bundestagsfraktion abgeschrieben sein. Insbesondere die Schlussfolgerung des Bundesrates sollte man sich zu Gemüte führen. Ich darf zitieren: ... dass der Gesetzentwurf dem rechtsstaatsfeindlichen Denunziantentum Vorschub leisten wird, weshalb die Aussagekraft und der Beweiswert derartig einseitig motivierter Offenbarungen besonders kritisch zu hinterfragen und auch in Gänze in Zweifel zu ziehen sein dürften.

Der Deutsche Richterbund hat sich ähnlich kritisch geäußert. Wenn die Liste der sachlichen Kritiker von den Grünen über den Deutschen Richterbund bis hin zum Bundesrat reicht, ist das ein Grund, zu sagen: Eine solche Kronzeugenregelung machen wir nicht. Stattdessen schlagen Sie sie dem Bundestag vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Montag, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauder?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Aber gerne.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Herr Kollege Montag, bedeutete das nicht, dass man in konsequenter Fortführung Ihrer Auffassung § 31 BtMG, mit dem wir gute Erfahrungen gemacht haben, ersatzlos streichen müsste?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Kauder, ich weiß nicht, wen Sie mit „wir“ meinen, wenn Sie von guten Erfahrungen mit § 31 BtMG sprechen. Die Erfahrungen, die ich, der ich

genauso ein Praktiker des Strafrechts bin wie Sie, kenne, gehen in die völlig entgegengesetzte Richtung. Wir brauchen weder eine Kronzeugenregelung bei der Bekämpfung der Geldwäsche noch eine Kronzeugenregelung beim Antiterrorkampf noch eine Kronzeugenregelung beim Betäubungsmittelrecht.

Dem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland wäre gedient, wenn wir die gesamte Kronzeugenregelung auslaufen ließen und sie aus dem Strafgesetzbuch streichen würden. Diese Forderung erhebe ich für die Grünen an dieser Stelle ausdrücklich. Wir würden dadurch bei der Rechtssicherheit nichts einbüßen. Denjenigen Täterinnen und Tätern, die aus Reue über ihre Tat oder aus welchen Gründen auch immer einen Beitrag zur Aufklärung von anderen Straftaten leisten, kann man schon jetzt nach geltendem Recht bei der Strafzumessung entgegenkommen. Dafür brauchen wir die rechtsstaatlich höchst problematische und höchst kontrovers diskutierte Kronzeugenregelung nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich von den vielen Punkten, zu denen ich etwas sagen wollte, nur noch einen Punkt herausgreifen. Frau Zypries, es wird darüber diskutiert, ob § 129 a StGB durch weitere Regelungen angereichert werden soll. Vonseiten der Konservativen kommt der törichte Vorschlag, Einzeltäter als terroristische Vereinigungen zu behandeln. Was das außer Meinungs- oder Gesinnungsterror oder Hate-Crime nach amerikanischem Muster bringen soll, weiß ich nicht. Aber es wird auch diskutiert - da haben Sie eben nicht klar Nein gesagt, sondern lediglich die Prüfung in Ihrem Hause zugesagt -, den sogenannten Besuch von Terrorcamps unter Strafe zu stellen. Herr Gehb, Sie sind darauf auf Ihre Art und Weise eingegangen. Ich will Ihnen sagen: Der belgische Kesselschmied Duchesne ist im 19. Jahrhundert nicht nach Afghanistan gefahren - da gab es keine Terrorcamps -, sondern nach Paris zum katholischen Bischof und wollte Geld haben, um Bismarck zu töten. Er hat das Geld nicht bekommen. Aber dieser Vorfall war der Grund dafür, dass 1876 der § 30 - Versuch der Beteiligung - ins deutsche Strafgesetzbuch eingeführt worden ist. Wir sagen Ihnen von dieser Stelle: Das ist das, was rechtsstaatlich richtig und hinnehmbar ist, wohingegen der Besuch von irgendwelchen Terrorcamps in Afghanistan, der von niemandem gewollt ist und unterstützt wird, nicht als Straftat ausgestaltet werden kann, wenn Sie überhaupt noch einen Rest an Rechtsstaatlichkeit, an Bestimmtheit der Normen im deutschen Strafrecht haben wollen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, ich muss Sie jetzt an Ihre Redezeit erinnern. Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da meine Redezeit zu Ende ist, will ich an dieser Stelle zum Schluss Folgendes sagen: Ich erkenne sehr wohl - da bin ich weniger positiv gestimmt als mein Vorredner Herr Kollege Neškovic -, dass Sie, Frau Zypries, gegen die rechtsstaatswidrigen Anfeindungen Ihres Kollegen aus dem Innenministerium ankämpfen, aber ich erkenne auch sehr wohl, dass es in der Koalition



mit der Union mit einer rechtsstaatlichen Rechtspolitik nicht sehr weit her ist.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Gemach, Herr Kollege!)

Deswegen wünsche ich mir und Ihnen, dass Sie von diesem Koalitionspartner bald befreit werden können.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Joachim Stünker für die SPD-Fraktion.

Joachim Stünker (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es tut mir leid, seit einer guten halben Stunde habe ich das Gefühl, dass in diesem Hohen Hause eine Phantomdiskussion geführt und zum Einzelplan 7 nicht mehr gesprochen wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich darf den Damen und Herren von den drei Oppositionsparteien eines versichern: Die Sozialdemokraten in diesem Hause sind jetzt im zehnten Jahr für die Rechtspolitik in diesem Land verantwortlich, und wir führen bzw. führten mit zwei Ministerinnen das Bundesministerium der Justiz. Wir brauchen uns von niemandem vorwerfen zu lassen, dass wir in diesen neun Jahren bei einer einzigen Sachfrage, die zu entscheiden war, auch nur ein einziges Mal die Rechtsstaatlichkeit in diesem Land aufs Spiel gesetzt hätten, auch nicht in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sechs Jahre ist es seit 9/11 her. Auch damals sind wir in der Lage gewesen, in der Rechts- und in der Innenpolitik genau die Waage zu halten, die zwischen Sicherheit und Freiheit zu halten ist. Wir haben die Sicherheit nicht über die Freiheit gesetzt, was Sie uns in Ihren Reden jedes Mal vorzuwerfen versuchen.

Beenden Sie die hypothetischen Debatten, die hier geführt werden, und lassen Sie uns doch in der Mitte der Legislaturperiode ganz nüchtern anschauen, was wir in der Rechtspolitik in diesen zwei Jahren geleistet haben! Lassen Sie uns anschauen, wie es mit den Freiheitsrechten des Einzelnen aussieht. Ich sage Ihnen: Diese Koalition hat mit ihrer Rechtspolitik immer einen Ausgleich zwischen dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und ihrem Recht auf Freiheit geschaffen. Ich füge hinzu: Auch in Zukunft werden wir den rechtlichen Rahmen garantieren, um Kriminalität in allen Erscheinungsformen wirksam zu bekämpfen. Gleichzeitig muss aber der Charakter unserer Rechtsordnung als Fundament unserer freiheitlichen Demokratie gewahrt bleiben. Dazu gehören für uns unabdingbar die Freiheitsrechte des Einzelnen, und die werden wir in dieser Koalition weiter wahren. Da bin ich absolut sicher.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einige Beispiele dafür nennen, was wir in den zwei Jahren dieser Koalition geleistet haben, damit Sie, Herr Neškovic, und Sie, Herr Montag, die Sie sich so ereifert haben, wieder auf den Boden der Tatsachen kommen. Wir haben mit der Novellierung des Zollfahndungsdienstgesetzes den Kernbereich der privaten

Lebensgestaltung bei der Überwachung von Post und Telekommunikation wirksam geschützt. Darin waren wir uns alle gemeinsam weitgehend in diesem Hause einig.

Wir haben mit dem Gesetz über die Regelung der Vermögensabschöpfung bei Straftaten vor allem eine nachhaltige Stärkung des Opferschutzes in die Strafprozessordnung implementiert. Wir haben im Wege des Straftatbestandes des sogenannten Stalking erstmals die fortgesetzte Verfolgung oder Belästigung einer anderen Person und damit auch den Opferschutz wirksam in das Strafgesetzbuch implementiert. Das bedeutet mehr Freiheit für viele belästigte Opfer.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Auch die Novellierung der Führungsaufsicht bewirkt verbesserten Schutz vieler Menschen vor allen Dingen vor rückfälligen Sexualstraftätern. Das Gleiche gilt für die Reform des Rechts der Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern und Entziehungsanstalten. Das alles sind Reformen, die wir in den vergangenen zwei Jahren in diesem Hause umgesetzt haben. Auch wenn es einigen wehtun wird, das zu hören, bewirken wir mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz den Schutz vieler Menschen vor Diskriminierungen jeder Art in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Eine entsprechende Gleichbehandlungsstelle steht zur Information und Unterstützung der Betroffenen bereit.

(Jörg van Essen [FDP]: Wieder mehr Bürokratie!)

Mit der Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes haben wir die Eigentumsrechte der einzelnen Wohnungseigentümer nachhaltig gestärkt und Schutz vor Querulanten und Rechtsmissbrauch geschaffen.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Sehr gutes Gesetz!)

Wir haben mit dem Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge und zur Anpassung des Rechts der Insolvenzanfechtung vor allem die Altersvorsorge wirksamer abgesichert, als es bisher der Fall gewesen ist.

Mit dem zweiten Korb zur Reform des Urheberrechts haben wir das Recht des geistigen Eigentums erneut an die Bedingungen des digitalen Zeitalters angepasst. Hierdurch werden insbesondere die berechtigten Ansprüche der Urheber im Medienzeitalter verbessert.

Schlussendlich – es ist schon darauf hingewiesen worden – haben wir mit dem neuen Versicherungsvertragsgesetz das 100 Jahre alte Versicherungsvertragsrecht nachhaltig und insbesondere verbraucherfreundlich in das 21. Jahrhundert befördert. Es hat den Schutz von Millionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor dem übermächtigen Vertragspartner auf der anderen Seite gestärkt.

Das sind praktische Beispiele für Rechtspolitik in zwei Jahren Großer Koalition. Ich glaube, Sie alle geben mir darin recht, dass wir den Rechtsstaat dabei in jedem Einzelfall gewahrt und die Rechte des Einzelnen in dieser Gesellschaft gestärkt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist eine überzeugende Halbzeitbilanz der Großen Koalition. Ich bedanke mich bei der Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz. Es ist eine Bilanz, die anschaulich zeigt und beweist, dass der individuelle Rechtsschutz des einzelnen Mitbürgers im Mittelpunkt unserer Politik stand und nicht das Gegenteil. Auch weiterhin werden wir dafür eintreten.

Diese Bilanz zeigt, dass die von der Opposition auch heute wieder wortgewaltig vorgetragenen Kassandrarufer reiner Populismus und Stimmungsmache sind. Mit der rechtspolitischen Wirklichkeit haben sie hingegen wenig zu tun. Dieser Linie werden wir auch in den vor uns liegenden zwei Jahren treu bleiben. Da können Sie, die Skeptiker, ganz sicher sein. Wir werden in den vor uns liegenden Entscheidungen, die teilweise sicherlich schwierig sind, rechtsstaatliche Grundsätze nicht infrage stellen.

Lassen Sie mich beispielhaft nennen, was wir federführend zu erledigen haben: die Reform der Telefonüberwachung und die Vorratsdatenspeicherung, die FGG-Reform und die Reform des familiengerichtlichen Verfahrens sowie die Kronzeugenregelung, die wir, Herr Kollege Montag, mit Sicherheit rechtsstaatskonform gestalten werden, übrigens auf der Grundlage eines Entwurfs, der vor einigen Jahren unter Rot-Grün erarbeitet worden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Da muss man aber genau hinschauen! - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber mit enormen Änderungen!)

- Das ist doch gar nicht wahr, Herr Montag. Dazu kommen wir später noch. Das ist damals nur am Kollegen Ströbele gescheitert, der noch mehr wollte, sodass wir nicht mehr mitmachen konnten. Das andere war schon alles in trockenen Tüchern mit ihm.

Das Vaterschaftsfeststellungsverfahren werden wir regeln, ebenso die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche, die Verständigung im Strafverfahren, die Reform des Kontopfändungsschutzes und die Entschuldung mittelloser Personen durch Änderung des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Wir werden eine wirtschafts- und verbraucherfreundliche GmbH-Reform machen und die Beratungen zum Entwurf eines Rechtsberatungsgesetzes in den nächsten Tagen abschließen.

Das ist eine riesige Menge an Reformen, die wir zur Hälfte schon hinter uns, zur Hälfte aber auch noch vor uns haben. Wir haben also viel Arbeit und ein anspruchsvolles Programm für die nächsten zwei Jahre vor uns.

Ich bin sicher: Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir die Freiheits- und Bürgerrechte der Menschen in unserem Land weiter gestärkt, ausgebaut und nicht eingeschränkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Gleichzeitig werden wir das Notwendige für die innere Sicherheit tun. Bei diesem leidigen Thema, das hier seit bald zwei Stunden eine Rolle spielt, werden wir - das garantiere ich Ihnen - zu rechtsstaatskonformen Lösungen kommen.

Meine Überzeugung ist - nachdem einige hier ihre Redezeit überschritten haben, möchte ich von meiner Redezeit etwas abgeben -, dass es keine individuelle Freiheit ohne Sicherheit vor äußerer fremder Gewalt gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es gibt keine Freiheit ohne wirksamen staatlichen Schutz vor Straftaten. Dabei müssen wir immer die Balance wahren, also auch die individuellen Freiheitsrechte im Blick behalten. Das werden wir mit Augenmaß tun. Von diesem Weg werden wir auch im zehnten Jahr, in dem Sozialdemokraten die Rechtspolitik in diesem Land bestimmen, nicht abweichen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stünker, Sie haben die SPD-Rechtspolitik hier hoch gelobt.

(Joachim Stünker [SPD]: Zu Recht!)

Sie haben gesagt, die Opposition mache hier Kassandrarufo. Nachdem Herr Körper Ihnen gerade wahrscheinlich erklärt hat, dass Cassandra nachher recht bekommen hat, hoffe ich nur, dass es der SPD-Rechtspolitik nicht so geht wie Troja. Das wäre jedenfalls ganz gut.

(Beifall des Abg. Dr. Max Stadler [FDP])

Außerdem haben Sie hier erzählt, wie fantastisch die SPD die Bürgerrechte in den vergangenen Jahren geschützt hat.

(Christoph Strässer [SPD]: Sehr richtig!)

Wie viele Verfassungsgerichtsentscheidungen musste die SPD in den letzten Jahren eigentlich einstecken?

(Joachim Stünker [SPD]: Das war in Ihrer Regierungszeit!)

- Ich bestreite nicht, dass das zu unserer Regierungszeit auch einmal so war; aber Sie sind seit zehn Jahren an der Regierung, Herr Stünker. Sie hätten all die verfassungswidrigen Gesetze ändern können. Sie hatten dazu Zeit, als Sie mit den Grünen eine Koalition bildeten, und Sie haben jetzt, da Sie mit der CDU/CSU eine Koalition bilden, dazu Zeit. Insofern würde ich bei der Beantwortung der Frage, wer hier der Hüter und Schützer ist, ganz vorsichtig sein. Es gibt an dieser Stelle keinen, der nicht Fehler macht. - Sich selber herauszustellen und zu sagen: „Wir sind diejenigen ...“, halte ich angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in den vergangenen zehn Jahren für vollkommen unangebracht.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang Neškovic [DIE LINKE])

Frau Ministerin, wenn man als Oppositionspolitiker über den Haushalt redet, dann liegt es erst einmal nahe, auf Angriff zu setzen. Aber angesichts dessen, was Sie an der Rechtsstaatsfront im Moment auszuhalten haben - meistens von der linken Seite dieses Hauses -,

möchte ich Ihnen ein wenig Schonung gewähren. Es ist schade, dass der Kollege Schäuble nicht da ist. Sie haben zugehört, als der Haushalt seines Ministeriums beraten wurde. Er kann nun leider nicht anwesend sein. Für den Haushalt des Justizministeriums gilt natürlich, dass er die Rechtspolitik selber nicht allzu sehr abbildet. Was Kosten angeht, findet diese Abbildung - Sie haben es gesagt - an vielen Stellen in den Ländern statt. Herr Montag, ich will ausdrücklich sagen: Ich hoffe, dass mit Ihren berechtigten Forderungen bezüglich der Ausstattung der Justiz in den Ländern nicht dasselbe passiert, was mit dem passiert ist, was Frau von der Leyen durchzusetzen versucht hat: Der Bund soll einiges bezahlen, was außerhalb seiner Zuständigkeit liegt. Das ist nicht gut; denn wann immer der Bund etwas bezahlt, was außerhalb seiner Zuständigkeit liegt, hat er für andere Dinge kein Geld. Ich denke, das ist nicht Ihr Impetus gewesen.

Das Deutsche Patent- und Markenamt ist weiterhin der Teil unseres Justizwesens, der einen hohen Deckungsgrad gewährleistet. Hier ist über Jahre gesagt worden, dass zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung große Fehler gemacht worden sind, dass eine Bugwelle entstanden sei und dass man sie nun beseitige. Dem ist nicht so. Wir stellen fest: Es gibt weiterhin eine hohe Bugwelle. Wir stellen fest, Herr Stünker: Entscheidend ist nicht, ob das Justizministerium in Händen der SPD oder der FDP ist; vielmehr handelt es sich um ein systematisches Problem.

Die Unterdeckung von 200 Stellen, mit der wir es hier zu tun haben, bereitet wirkliche Sorgen. Frau Ministerin, Sie haben gefragt, wie man dieses Problem lösen kann. Ich glaube, dass man es nur lösen kann, indem man ganz klar sagt, dass wir mit Einsparungen von Stellen in einer Behörde mit einem hohen Einnahmeanteil - diese Behörde „finanziert sich selbst“ - anders umgehen müssen. Ich bin der Meinung: Wenn wir einen klaren betriebswirtschaftlichen Plan haben, dann müssen wir diesen Behörden mehr Möglichkeiten geben, ihre Stellen so zu besetzen, wie sie es selbst für angemessen halten. Diesbezüglich müssen Sie mit Herrn Diller einmal ein bisschen reden; er ist dazu durchaus bereit. Die Unterstützung des Haushaltsausschussvorsitzenden an dieser Stelle haben Sie.

Das Bundesamt für Justiz ist zu Recht angesprochen worden. Wie wir gehört haben, soll es eigentlich beim Status quo bleiben. Wir müssen ehrlich sein: Wir haben eine neue Aufgabe bekommen, und man muss sich fragen, warum die Europäische Union ein weiteres bürokratisches Verfahren durchführt. Fest steht: Zu diesem Verfahren wird es kommen. Ob die Anzahl der Stellen richtig ist, das weiß ich noch nicht. 98 Stellen kommen hinzu. Nur ein Teil dieser Stellen ist mit einem Wegfallvermerk versehen. Ich möchte ausdrücklich kritisieren, dass diese Stellen am Standort Bonn angesiedelt sind. Auch das ist richtig. Es ist ebenfalls richtig, dass sie beim Bundesamt für Justiz sind, weil es keine originäre Aufgabe ist, die man in Berlin erfüllen muss. Nur, wo ist der Ausgleich? Wir bringen 98 neue Stellen nach Bonn. Bekommen wir dafür auch einen Effizienzgewinn

an anderer Stelle, in Berlin? Wir haben immer gesagt: Bonn hat Probleme. Nur, wenn wir jetzt hier neue Stellen aufbauen, dann bitte ich doch darum, effizientere Arbeit möglich zu machen. Ich weiß, dass gegenwärtig noch über 30 Leute des BMJ in Bonn sind.

Man könnte auch daran denken, diese nach Berlin zu versetzen.

Im Übrigen empfehle ich, bei den 98 Stellen durchaus zu schauen, ob wir wirklich alle brauchen und ob wir hierbei nicht mit einer qualifizierten Sperre arbeiten sollten nach dem Motto: Lasst uns einmal sehen, wie die Entwicklung verläuft. - Der Haushaltsausschuss könnte dann nach einer entsprechenden Vorlage sagen: Den Rest bekommt ihr, je nachdem, wie die Entwicklung verläuft und wie die Unternehmen reagieren.

Wir haben beim letzten Mal die Vereinfachung der Rechtssprache thematisiert; Kollege Schröder hat das angesprochen. Ich habe bisher noch keinen Bericht gesehen. Ich bin mir sicher, es gibt einen Zwischenbericht. Ich würde mich freuen, wenn die Haushälter diesen Zwischenbericht bekommen würden. 160 000 Euro, das mag eine kleine Summe im Verhältnis zur Größe des Haushalts sein, aber sie ist nicht unwichtig. Ich bitte darum, dass uns das, was vorliegt, zugeht.

Zum Abschluss doch noch einmal ein kurzes liberales Mantra. Es fällt mir sehr stark auf, dass wir immer wieder darüber im Wettbewerb stehen, wer am meisten Sicherheit gibt, oder in umgekehrter Weise darüber, wer schuld ist, wenn die Sicherheit nicht absolut garantiert werden konnte. Die Frage, wer absolute Sicherheit garantieren kann, können wir nicht beantworten. Wir als Parlament hätten eigentlich die Verpflichtung, zu sagen: Wir alle bemühen uns, entsprechend unserer politischen Überzeugung ein vernünftiges Maß an Sicherheit zu erreichen. Jeder, der mit seinen Maßnahmen absolute Sicherheit verspricht, hat den Bürger in dem Moment eigentlich schon belogen.

Letzter Punkt, Frau Ministerin. Wenn es jetzt zu weiteren Haushaltsverhandlungen kommt, dann möchte ich Sie bitten, anders als im letzten Jahr auf etwas zu achten. Wenn seitens des Innenministeriums wieder neue Haushaltswünsche kommen, darf es nicht wieder heißen: Wir haben im Haushaltsausschuss nicht so genau gewusst, dass das Geld für Maßnahmen ist, die wir rechtsstaatlich eigentlich nicht wollten. - Hier sind Sie als Wächterin über den Rechtsstaat noch weit mehr gefragt als in den letzten Jahren.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Ole Schröder für CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden Einzelpläne, die wir jetzt beraten, haben sich im Vergleich zum Vorjahr, was die Größe und die Struktur angeht, nicht wesentlich verändert. Nach wie vor dominieren natürlich die Personalausgaben. Trotz des geringen Haushaltsvolumens verdienen diese Einzelpläne bei den Haushaltsberatungen besondere

Beachtung. Zum einen bilden die Institutionen, die aus diesen beiden Einzelplänen finanziert werden, Grundpfeiler unseres Rechtsstaats - ich denke hierbei natürlich an den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht -; zum anderen sind Behörden wie das Deutsche Patent- und Markenamt ganz entscheidend für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre schon Thema im Plenum gewesen. Wir haben es jetzt geschafft, mit zusätzlichen Prüfern den Anmeldestau bei den Patenten zu beseitigen. Das ist wichtig für den Technologiestandort Deutschland.

Den Haushälter freut es natürlich, dass wir die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums der Justiz zu einem so großen Teil, zu fast 75 Prozent, aus eigenen Einnahmen decken können. Wir sind gerade dabei, das Haushaltsrecht so zu reformieren, dass wir künftig auch abbilden können, was die einzelnen Einrichtungen kosten und was sie erbringen, damit wir eine wirtschaftliche Rechnung aufstellen können, um hier noch besser steuern zu können.

Viel wichtiger für den Technologiestandort Deutschland als die Einnahmen ist aber, dass die Anmeldung von Patenten schnell und rechtssicher funktioniert. Wenn ein Unternehmen eine wertvolle Erfindung gemacht hat oder eine wertvolle Marke entwickelt hat und sie gegen nicht unerhebliche Gebühren schützen lässt, dann muss dies zügig geschehen; ansonsten ist die Marke oder das Patent nicht viel wert.

Im Bereich der Patente funktioniert das hervorragend. Die Zahl der Patentanmeldungen beim DPMA war in den vergangenen Jahren mit 60 000 Anmeldungen weitgehend stabil geblieben. Wir bewegen uns damit auf höchstem Niveau. Wir haben die höchsten Anmeldezahlen, die ein nationales Patentamt in Europa hat. Im Bereich der Marken müssen wir dagegen aufpassen, dass wir unseren Standard halten. In diesem Bereich sind die Anmeldungen nach einem Tiefstand im Jahr 2002 mit 57 400 Anmeldungen auf mittlerweile über 72 000 Anmeldungen gestiegen. Deshalb werden wir uns in den Beratungen über einen erhöhten Personalbedarf unterhalten müssen. Ich hätte mir gewünscht, dass ein solcher Personalbedarf - dass es den gibt, erkennen wir ja an - auch schon im Kabinettsentwurf abgebildet worden wäre und das nicht erst in den Haushaltsberatungen nachgeholt würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge der Beratungen für den Haushalt 2007 hat uns ja das Bundesamt für Justiz beschäftigt. Die Gründung dieses Amtes hat sich positiv ausgewirkt: Das Ministerium kann sich jetzt auf seine Kernaufgaben konzentrieren, während Aufgaben des nachgelagerten Bereichs im Bundesamt für Justiz gebündelt werden können. Im Rahmen der Einführung der Offenlegungspflichten von Unternehmen im Elektronischen Handelsregister aufgrund von EU-Recht zeigt sich, dass wir eine solche zentrale Stelle brauchen. Nur so können wir nämlich den international gestiegenen Anforderungen gerecht werden. Es war richtig, dass wir uns entschieden haben, Unternehmer nicht gleich zu

kriminalisieren, wenn sie ihren Offenlegungspflichten nicht nachgekommen sind. Deshalb haben wir uns ja für ein Ordnungsgeldverfahren entschieden. Es kommt nun darauf an, dass wir in einem ersten Schritt die Unternehmen aufklären und über die Regelungen informieren sowie für deren Umsetzung werben. In einem zweiten Schritt müssen wir aber auch dafür sorgen, dass mögliche Ordnungsgeldverfahren auch zügig durchgeführt werden. Gemäß den früheren Strukturen wäre diese Aufgabe beim Bundeszentralregister angesiedelt worden. Das wäre, wie ich denke, nicht optimal gewesen. Jetzt haben wir eine Organisationseinheit, die das leisten kann. Wir werden uns sicherlich in den Beratungen noch darüber unterhalten müssen, wie viele Stellen wir für die Wahrnehmung dieser Aufgabe letztendlich brauchen. Es ist natürlich auch sehr schwierig, abzuschätzen, inwieweit die angekündigte Informationskampagne bei den Unternehmen auch wirklich Erfolge zeigen wird. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu einer Institution kommen, die bisher bei uns hier in den Plenarberatungen, wenn überhaupt, relativ wenig Beachtung gefunden hat, die aber für die Rechtspflege in Deutschland von immer größerer Bedeutung sein wird. Ich meine die Europäische Rechtsakademie in Trier. Die Europäische Rechtsakademie bildet Richter, Anwälte und Justizbedienstete der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des europäischen Rechts aus. Der Bedarf an solchen Fortbildungsangeboten steigt aufgrund der Erweiterung der EU und der immer umfangreicher und komplexer werdenden EU-Gesetzgebung immens. Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, diese Akademie in Deutschland zu halten und zu stärken. Wir können nicht zuletzt damit auch für eine Verbesserung der europäischen Rechtsanwendung sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollten wir nach Wegen suchen, um mit der Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz der Rechtsakademie eine Erweiterung zu ermöglichen, ohne den sowieso sehr engen Haushalt des Bundesministeriums der Justiz übermäßig zu belasten. Es freut mich, dass das Modellprojekt für eine verständliche Sprache in Gesetzen jetzt anläuft, wie ich höre, sehr erfolversprechend. Zusammen mit der Gesellschaft für deutsche Sprache werden im BMJ Gesetze auf verständliche Sprache überprüft und wird mit dem Fachministerium im Gesetzgebungsverfahren an verständlicher Sprache gearbeitet. Wir sollten dieses Modellprojekt im nächsten Jahr zum Abschluss bringen, damit die Fachpolitiker die entsprechenden Ergebnisse evaluieren können und wir gemeinsam die notwendigen Schlussfolgerungen daraus ziehen können. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam an einer besseren Rechtsetzung und an einer guten Rechtspflege arbeiten. Ich freue mich auf die gemeinsamen Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist nun die Kollegin Daniela Raab für die CDU/CSU-Fraktion.



Daniela Raab (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Ich denke, der Kollege Gehb und der Kollege Stünker haben sehr eindrucksvoll dargelegt, dass die Rechtspolitik allen Unkenrufen zum Trotz in der Großen Koalition erstaunlich gut aufgehoben ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Wir sind da nicht erstaunt!

- Marianne Schieder [SPD]: Selbstverständlich!

Wieso erstaunlich?)

- Ich gehe gern darauf ein, warum ich das für erstaunlich halte. Ich gestehe, ich hatte am Anfang etwas Bedenken, aber inzwischen macht es mir sehr großen Spaß, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich hoffe, Sie verstehen das richtig. - Ich finde, dass wir in vielen großen Gesetzesvorhaben ausgesprochen gut vorankommen. Das Versicherungsvertragsgesetz ist schon erwähnt worden. Dabei handelt es sich um einen großen Bereich, der für uns schwer zu regeln war, weil auch die Finanzmaterie sehr stark davon betroffen ist. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass es sicherlich auf die Union zurückgeht, dass wir hier einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Verbraucherschutz einerseits, der dem BMJ bei dieser Angelegenheit über die Maßen wichtig war, und der Funktionstüchtigkeit des Versicherungsstandortes Deutschland andererseits gefunden haben. Wir haben - die Ministerin hat es angesprochen - in sehr sachorientierten, vernünftigen und im Ton anständigen Verhandlungen mit allen Beteiligten einen sehr guten Kompromiss gefunden. Das ist nur ein Beispiel für die wirklich erfolgreiche Arbeit der letzten zwei Jahre.

Aber es gibt natürlich noch immer nicht ganz erfüllte Wünsche, die durchaus ein Mehr an Bewegung erfordern würden. Der Kollege Gehb hat es schon angesprochen. Am 18. Juli wurde der Kabinettsentwurf bezüglich der nachträglichen Sicherungsverwahrung für durch Jugendstrafrecht verurteilte Straftäter gebilligt. Wir haben als Union sehr lange gefordert, diese ganz klare Gesetzeslücke zu schließen. Ich weiß, dass es vielen aus der Fraktion des Koalitionspartners nicht leicht gefallen ist, sich auf dieses Thema einzulassen. Eine bayrische Initiative gibt es seit mittlerweile über einem Jahr im Bundesrat, und es gab sie auch in den vergangenen Legislaturperioden. Ich denke, wir haben hier die Pflicht, vorwärtszukommen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist in weiten Teilen zustimmungsfähig. Ich kann mich aber nur dem Kollegen Gehb anschließen: Wir hätten uns bei der Anlasstat, die sozusagen Voraussetzung für die Überprüfung der Anordnung einer Sicherungsverwahrung ist, ein bisschen mehr Konsequenz und ein bisschen mehr Mut gewünscht. Sieben Jahre Jugendstrafe ist eine sehr hohe Strafe, die vermutlich in nicht sehr vielen Fällen ausgesprochen wird. Wir hätten uns da durchaus fünf Jahre vorstellen können. Denn auch die anderen Voraussetzungen für die Anordnung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung bei im Ursprung jugendlichen Straftätern sind sehr hoch. Von daher wären die fünf Jahre sicherlich vertretbar gewesen. Aber - ich sage das noch einmal ganz ausdrücklich - wir erkennen an, dass es hier eine deutliche Bewegung gegeben hat, und wir unterstützen und begrüßen diese Bewegung.

Ich will jetzt nicht zum wiederholten Male das Thema Onlinedurchsuchung oder Terrorcamps ansprechen. Mich verwundert allerdings ein bisschen, dass der Aufenthalt in einem Terrorcamp von Teilen dieses Parlaments ganz offensichtlich bagatellisiert werden soll. Das verstehe ich nicht ganz. Herr Montag, Sie meinen, dass dieser Aufenthalt durch die Verabredung zu einer Straftat abgedeckt sei. Ich teile Ihre Auffassung nicht. Ich glaube schon, dass wir mit solchen Dingen sehr vorsichtig umgehen müssen; wir haben es erst in den letzten Wochen wieder vor Augen geführt bekommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die intensiven Diskussionen in den Jahren 2002 und 2003 über den § 129 a StGB und die Frage, ob es strafbar sein muss, für eine Terrorvereinigung zu werben oder zum Dschihad aufzurufen. Wir haben als Union damals, leider als einzige Fraktion in diesem Parlament, die Meinung vertreten, dass diese Strafbarkeit im Gesetz verankert bleiben muss. Sie ist zwingend erforderlich. In Bezug auf solche Straftatbestände darf es keine Bagatellisierung im deutschen Strafrecht geben. Rot-Grün hat das anders gesehen und sehr bewusst die Werbung für solche terroristischen Vereinigungen als Straftatbestand aus dem Gesetz herausgenommen. Die Konsequenz kennen Sie: Der BGH hat im Mai dieses Jahres über die Fortsetzung einer Untersuchungshaft eines Beschuldigten zu befinden gehabt, der im Internet Werbung für al-Qaida gemacht hat, und zwar mehrfach und in deutlicher Art und Weise. Der BGH hat in seinem Urteil deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Beschuldigte Gott sei Dank auch noch versucht hat, Mitglieder zu werben; denn wenn die Fortsetzung der U-Haft nur darauf hätte gestützt werden müssen, dass er zum Heiligen Krieg aufgerufen hat, hätte er freigelassen werden müssen. Ich meine, daraus sollten wir Konsequenzen ziehen. Wir sollten die Werbung für terroristische Vereinigungen und den Aufruf zu terroristischen Anschlägen wieder ganz bewusst unter Strafe stellen. Das wäre eine konsequente Reaktion auf das BGH-Urteil vom Mai dieses Jahres und auf das, was wir jetzt direkt vor unserer Haustür erleben. Ich möchte dringend darum bitten, dass wir uns sehr genau damit beschäftigen. (Beifall bei der CDU/CSU - Zustimmung des Abg. Dr. Peter Danckert [SPD]) Ich weiß, dass das schwierig ist. Ich habe mit großem Interesse verfolgt, was insbesondere der Kollege Neškovic hier von sich gegeben hat. Die Unterstellungen insbesondere gegenüber dem Bundesinnenminister halte ich für politisch und menschlich grob unanständig. (Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Sie sind juristisch begründet! Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!) - Es kommt bei Ihnen immer im juristischen Deckmantel daher, wenn Sie unanständig werden; dadurch klingt es ein bisschen besser, aber es wird nicht besser. - Sie reden immer von Schutzpflichten des Staates; ich würde mir - das sage ich Ihnen auch ganz klar - eine Schutzpflicht vor solchen Reden wünschen. (Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Es gilt aber die Meinungsfreiheit!  
Das muss man doch aushalten können!)  
Die Regelungen müssen natürlich immer auf rechtsstaatlicher Grundlage getroffen werden. Auf der Regierungsbank sitzen zwei Minister - Ministerin Zypries und Minister Schäuble -, bei denen wir in sehr guten Händen sind. Die Überprüfung dessen, was wir ins Strafgesetzbuch aufnehmen wollen - sei es ein Verbot des Besuchs von Terrorcamps oder ein Verbot von Werbung für terroristische Vereinigungen -, muss sorgfältig und mit Augenmaß durchgeführt werden; sie muss sich aber auch an dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen orientieren. Kollege Stünker hat so treffend aus dem CDU/CSU-Programm zitiert: Keine innere Sicherheit ohne äußere Sicherheit. - Diesem Grundsatz fühlen wir uns verpflichtet. Wir haben noch viel vor.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Peter Danckert [SPD])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Mittwoch, den 12. September, 9 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

</ text >

< text 16111 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle herzlich zum zweiten Tag der Haushaltsberatungen.

Wir setzen die gestern eröffneten Haushaltsberatungen

- Tagesordnungspunkt 2 - fort:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die

Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksache 16/6000 -

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksache 16/6001 -

Ich darf daran erinnern, dass wir gestern für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt siebendreiviertel Stunden beschlossen haben. Ich möchte schon jetzt alle Rednerinnen und Redner dringend bitten, die möglichst präzise Einhaltung dieser Gesamtredezeit im Auge zu behalten.

Wir beginnen die heutigen Haushaltsberatungen mit dem Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04.

Als erstem Kollegen erteile ich das Wort dem Kollegen Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich im Namen der FDP-Bundestagsfraktion

Herrn Minister Gabriel recht herzlich zum Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

(Beifall)

Wir alle freuen uns, dass die Weltkonjunktur noch immer recht stabil ist. Wir alle freuen uns, dass dadurch bedingt auch bei uns die Arbeitslosenzahlen zurückgehen.

Dafür kann zwar die Regierung wenig - es sind Windfall-Profits anderer -, aber wir freuen uns darüber. Es ist höchste Zeit, diesen Schwung von außen für immer noch nötige Strukturreformen zu nutzen. Aber die Regierung ist in eine Partylaune verfallen. Seit Monaten macht sie Politik à la Woodstock: Jeder darf einmal spielen, was er will.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Das muss der Weinkönig gerade sagen!)

Alle wollen die Welt verbessern, und Geld spielt keine Rolle. In Woodstock kam aber am Ende der große Regen. Das wichtigste Projekt dieser Regierung scheint derzeit zu sein, den Bundesadler durch den Eisbären zu ersetzen. Klimaschutz am Nordpol ist ohne Zweifel wichtig, aber das Reformklima in Deutschland eben auch.

(Beifall bei der FDP)

Der Aufschwung muss bei den Bürgern ankommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das hat zwar auch der Bundeswirtschaftsminister erkannt, aber ein einzelner Zwischenruf im Kabinett reicht nicht. Von der Teilhabe der Bürger am Aufschwung ist weit und breit nichts zu sehen.

Groß war diese Regierungskoalition in den vergangenen zwei Jahren nur bei den Steuererhöhungen. Die Bürger können aber nur dann am Aufschwung teilhaben, wenn sie bei Steuern und Abgaben entlastet werden.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt ist die Zeit für Steuersenkungen. Damit würde das Wachstum gestärkt und der Aufschwung verstetigt. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Professor Rürup, sagt, dass die Binnennachfrage flach wie ein Brett ist. Das hat mit der großen Mehrwertsteuererhöhung und mit dem Zickzack dieser Regierungskoalition zu tun.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar

Lafontaine [DIE LINKE])

Frau Bundeskanzlerin, wann setzen Sie die Steuersenkung um, die auch Ihr Wirtschaftsminister fordert?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das hätten Sie doch gestern besprechen können!)

Sie reden davon, den Aufschwung stärken zu wollen. Wenn Sie entsprechend handeln wollen, dann sollte sich die Bundesregierung die Vorschläge zur Steuersenkung aus dem Wirtschaftsministerium zu Herzen nehmen und umsetzen. In diesem Fall bedeutet von Glos zu lernen, besser zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Trotz sprudelnder Steuerquellen behauptet der Finanzminister, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen gibt. Dabei führen niedrigere Steuern zu mehr Investitionen, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und mehr Konsum. All dies bringt auch mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Für neue Ausgabenprogramme hat die Regierung Geld. Die Ausgaben des Bundes sollen um 4,7 Prozent gesteigert werden. Die Schminkkoffer der Regierung werden prall gefüllt. Da müssen sich die Bürger doch verschaukelt vorkommen. Das Geld für die Entlastung der Bürger ist nicht da. Aber neue Ausgabenprogramme, das Füllen der Schminkkoffer können Sie finanzieren. Das ist die falsche Politik.

(Beifall bei der FDP)

Die gute Konjunktur sorgt dafür, dass die Mängel der Regierungspolitik nicht sofort auffallen. Das 50-Punkte-Programm der Grillparty von Meseberg verdeckt aber nur notdürftig, dass die Regierung ihr Pulver verschossen hat. Ins Schwarze getroffen haben Sie mit Ihrer Politik bisher kaum.

Es ist ein historischer Fehler dieser Koalition, dass sie ihre großen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat nicht konsequent nutzt. Dies ist ein Rückfall in die politischen Fehler früherer Zeiten. Sie machen wissentlich große Fehler. Die Fehler werden beschönigt; dem Bürger wird Sand in die Augen gestreut. Sie hätten die Chance, notwendige Veränderungen in Deutschland vorzunehmen. Aus unterschiedlichen Motiven in den beiden Parteien spielen Sie mit kleiner Münze, statt Ihrer Aufgabe, große Veränderungen zu schaffen, zu entsprechen. Es ist Ihre historische Fehlleistung, dass Sie Chancen verpassen, statt sie zu ergreifen und umzusetzen. Das Land ist gut, die Regierung schwach.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden unser Land nicht schlecht. Aber als größte Oppositionspartei ist es unsere Aufgabe, die Schwächen der Regierung aufzuzeigen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist unsere demokratische Pflicht; denn es geht um unser Land. Der Dornröschenschlaf und das Herummogeln um wichtige Entscheidungen können so nicht weitergehen. Nehmen Sie sich das zu Herzen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie immer die Opposition es dreht und wendet: Deutschland hat wieder allen Grund zur Zuversicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind dabei, eine lange Durststrecke zu überwinden. Die Wirtschaft wächst so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Seit Regierungsantritt ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 1 Million gesunken. Das ist der tiefste Stand seit 1995, das heißt seit nunmehr zwölf Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben 1 Million mehr Erwerbstätige. Das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Ebenfalls erstmals seit der Wiedervereinigung sind wieder ausgeglichene Staatshaushalte ohne neue Schulden in Sicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind die Fakten; darauf bauen wir auf. Das ist eine großartige Entwicklung.

Es geht dabei im Übrigen um mehr als nur um ein paar positive Wirtschaftsdaten. Es geht um etwas ganz Grundsätzliches - ich spüre das wie viele andere auch bei meinen Besuchen vor Ort -: Deutschland ist dabei, aus eigener Kraft Schritt für Schritt die Lasten und auch manches Versäumnis der letzten eineinhalb Jahrzehnte aufzuarbeiten. Das ist die Botschaft der Zuversicht an die Menschen.

Alle Industrieländer waren in den 90er-Jahren einem massiv erhöhten Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung ausgesetzt. Doch Deutschland war zugleich in einer historisch einmaligen Situation. Der Prozess der deutschen Einheit gehörte und gehört ohne Zweifel zu den glücklichsten Entwicklungen unserer Geschichte. Allerdings band er auch Ressourcen, Kraft und Aufmerksamkeit, wie sie kein anderes Land zu bewältigen hatte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In seinem Kern erzählt der Aufschwung, den wir jetzt erleben, eine großartige Erfolgsgeschichte: die Geschichte, wie Deutschland gleichzeitig Aufbauleistungen für die neuen Bundesländer und die Globalisierung bewältigen konnte. Meine Damen und Herren, wer das geschafft hat, dem braucht auch vor den Veränderungen des 21. Jahrhunderts nicht bange zu sein. Das ist der Geist, in dem wir Politik machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt sind wir dabei, die Chancen der Zukunft zu beschreiben und sie zu nutzen. Die Financial Times aus London schrieb von einem neuen Wirtschaftswunder.

Ich sage: Nein, das ist kein Wunder, sondern der Lohn von harter Arbeit und Anstrengung, der Lohn der mit der Agenda 2010 eingeleiteten Reformen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und der Lohn der Reformen dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vor allem ist dieser Aufschwung der Lohn der Arbeit der Menschen in Deutschland: der Lohn von wagemutigen Unternehmern und gut ausgebildeten Arbeitnehmern, von engagierten Erziehern, Lehrern und liebevollen Eltern, von international renommierten Wissenschaftlern und kreativen Ingenieuren. Sie alle sind es, die diesen Aufschwung möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Aufgabe der Politik ist es dabei, die Weichen richtig zu stellen

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

und dafür zu sorgen, dass das Land seine Kräfte bündelt. Genau das macht die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne haben wir vor zwei Jahren den Kurs „Sanieren, Investieren, Reformieren“ eingeschlagen und ihn gegen Kritik verteidigt. Diese Kritik war zum Teil vernichtend, und die Aussichten waren trübsinnig. Aber wir haben uns nicht beirren lassen. Die Daten von heute zeigen: Es war richtig,

diesen Kurs einzuschlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt wird sichtbar: Die Strategie wirkt. Ich sage ausdrücklich: Das ist kein Grund zu Übermut, wohl aber zu Selbstvertrauen, und zwar zu einem Vertrauen darauf, dass sich Anstrengung lohnt. Wir ruhen uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Deutschland ist noch nicht überall so gut, wie wir es uns wünschen. Dass wir heute bei Investitionen und Bildung im internationalen Mittelfeld liegen, ist gut, aber nicht ausreichend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vor allen Dingen: Da wir immer noch 3,7 Millionen Arbeitslose haben, heißt unsere Devise: 3,7 Millionen Arbeitslose sind 3,7 Millionen zu viel. Es muss unser Ziel sein, hier voranzukommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daraus leitet sich unsere Aufgabe für die kommenden Jahre ab: nach innen die Grundlagen des Aufschwungs stärken, Teilhabechancen verbessern und Quellen neuen Wohlstands erschließen und nach außen für faire Regeln und offene Märkte sorgen.

Auf der Kabinettsklausur in Meseberg haben wir beschlossen, in fünf Zukunftsbereichen neue Impulse zu setzen:

Erstens. Wir wollen die Grundlagen des Aufschwungs stärken. Was heißt das? Der Aufschwung und seine Fortsetzung beruhen vor allen Dingen auf Vertrauen. Vertrauen braucht Verlässlichkeit. Deshalb ist eine solide Finanzpolitik das Fundament, auf dem wir mit weiteren Maßnahmen aufbauen.

Es ist gestern in der allgemeinen Finanzdebatte gesagt worden: Allein der Bund hat über 900 Milliarden Euro Schulden, und die Zinszahlungen betragen 40 Milliarden Euro pro Jahr. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Deshalb hat die Bundesregierung dem Finanzminister ihre Unterstützung zugesagt, wenn es darum geht, spätestens 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dann können wir sagen: Endlich leben wir nicht mehr über unsere Verhältnisse. Das muss dann auch in den Ergebnissen der Föderalismuskommission II verankert werden, damit das dauerhaft so bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb beruht die Fortsetzung des Aufschwungs natürlich auch auf Entlastung dort, wo es möglich ist. Wir haben zum Beispiel gesagt: Wenn es nachhaltig vertretbar ist, werden wir versuchen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf unter 3,9 Prozent zu senken. Vertrauenzerstörend wäre es aber, jetzt irgendetwas zu versprechen, was man nicht einhalten kann. Der Erfolg dieser Bundesregierung besteht darin, dass wir nichts versprochen haben, was wir nicht halten konnten, und die Dinge so gemacht haben, dass sie am Ende im Zweifel besser waren. Das ist der Erfolg dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Widerspruch bei der FDP - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil haben Sie gemacht!)

Wir werden alles daransetzen, den Menschen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt durch Hinzuverdienstregelungen und die Bündelung der Arbeitsmarktinstrumente

möglich zu machen. Wo immer es Spielräume gibt, werden wir sie nutzen.

Wir werden den Aufschwung natürlich auch dadurch fortsetzen, dass wir wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen. Dazu gehört die Unternehmensteuerreform, die wir bereits beschlossen haben. Dazu gehört die Arbeit an der Erbschaftsteuerreform, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht einfacher geworden ist, bei der wir aber nicht aus dem Auge verlieren, dass wir den mittelständischen Unternehmen, den Familienunternehmen den Übergang im Erbfall erleichtern wollen, um Arbeitsplätze hier in Deutschland zu erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehört die Arbeit des Normenkontrollrates, der sich dem Bürokratieabbau verschrieben hat.

Zweitens. Wir wollen, dass alle Menschen am Aufschwung teilhaben können. Der Schlüssel zur Teilhabe ist heute zum einen Arbeit, zum anderen der Zugang zu Bildung. Deshalb haben wir eine nationale Qualifizierungsoffensive gestartet, die wir auch weiterführen werden.

Wir wissen, dass wir – zum Teil aus dem Aufschwung resultierend – bereits einen Mangel an Fachkräften haben.

Wir sagen: Zuerst müssen wir alles daransetzen, die Möglichkeiten, die wir hier im Lande durch Qualifizierung haben, zu nutzen. Das gilt für alle Bereiche: für die einfachen genauso wie für die qualifizierten Tätigkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sagen dann aber auch: Wenn wir einen erkennbaren Mangel in bestimmten Bereichen haben, wenn zum Beispiel in speziellen Ingenieurbereichen gar keine eigenen Arbeitskräfte vorhanden sind, dann ist es doch, ehe die Betriebe ins Ausland abwandern, vernünftig, zum Beispiel Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten mit diesen speziellen Qualifizierungen das Arbeiten bei uns zu erlauben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben dann festgelegt, dass wir ein mittel- und langfristiges Konzept erarbeiten, das auf dem Gedanken beruht, dass es keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme von Deutschland geben soll, sondern

dahin, wo die Besten der Welt gebraucht werden. Offenheit bei gleichzeitiger Qualifizierung aller Menschen in unserem Land – das ist unsere nationale Bildungs- und Qualifizierungsinitiative, und die ist wichtig.

(Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Wir werden neue Wege der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Investivkapital gehen.

Dazu werden wir in den nächsten Wochen Vorschläge unterbreiten. Für mich ist dies deshalb so wichtig, weil die Bindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Kapitalzuwachs ihres eigenen Unternehmens ihnen die Möglichkeit gibt, neben der Lohnentwicklung auch am Wachstum teilzuhaben. Deshalb ist das ein ganz wichtiger Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist kein Geheimnis, dass wir in der Koalition durchaus darüber diskutiert haben, in welcher Weise wir einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, die Erhaltung von Arbeitsplätzen und gleichzeitig faire Löhne umsetzen



können. Sicherlich gibt es da Unzufriedenheit. Aber ich will darauf hinweisen: Wir haben uns für den Herbst Schritte vorgenommen, die genau diesem Ziel dienen sollen. Es geht auf der einen Seite um die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und dort, wo Tarifpartner nicht mehr in der Lage sind, Löhne festzulegen, um das Mindestarbeitsbedingungsgesetz. Auf der anderen Seite werden wir immer aufpassen, dass dann, wenn Menschen Arbeit haben, diese Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Das ist der Weg dieser Bundesregierung. Drittens. Wir wollen die Quellen des Wohlstands von morgen erschließen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Wissenschaft und Forschung auszugeben. Die Bundesregierung leistet hierzu ihren Beitrag. Das wird in den Haushaltszahlen deutlich. Denn es ist natürlich klar: Wirtschaftswachstum führt dazu, dass auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen müssen. Das findet seine Berücksichtigung im Bundeshaushalt. Derzeit liegt Deutschland hier bei knapp 2,7 Prozent. Der Bund schafft jetzt seinerseits die Voraussetzungen für einen Anteil von 2,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Wirtschaft und Länder müssen allerdings nachziehen; auch darauf werden wir ganz konsequent achten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben uns Leuchtturmprojekte vorgenommen. Eines davon wird im Bereich der Gesundheitsforschung liegen. Ich glaube, damit wir Menschen für Forschung begeistern können, müssen wir ihnen sagen, was Forschung leisten kann. Deshalb möchte Deutschland das Land sein, das gerade im Bereich der Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei der Forschung an Maßnahmen gegen die Krankheit Alzheimer, eine Spitzenstellung in der Welt einnimmt. Wir wollen dort vorne sein. Das nehmen wir uns vor, und wenn wir es uns vornehmen, werden wir es auch schaffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir richten unsere Energie- und Klimapolitik neu aus, weil wir glauben, dass hier die Arbeitsplätze der Zukunft liegen, dass wir hier unserer globalen Verantwortung gerecht werden und wir gleichzeitig die Voraussetzungen im Lande schaffen, um unsere Energieversorgung mit größtmöglicher Unabhängigkeit gewährleisten zu können. Dazu haben wir - der Wirtschafts- und der Umweltminister gemeinsam - ein Paket von Maßnahmen entwickelt, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Dazu haben wir unsere Position in Europa eingebracht und dazu werden wir uns auf der internationalen Bühne natürlich auch für ein Abkommen im Anschluss an das Kioto-Protokoll einsetzen.

Dabei spüren wir schon: Unser Weg kann nicht sein, den Ärmern in dieser Welt Wohlstandsverzicht zu predigen und gleichzeitig in einer Art karitativer Veranstaltung als reichere Länder etwas beizutragen. Die Zukunft wird vielmehr darin liegen, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und damit die Standards für die Zukunft setzen, gleichzeitig technologische Führer sind und damit dann auch Exportchancen für Deutschland eröffnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Damit bin ich bei meinem vierten Punkt. Wir wollen

der sozialen Marktwirtschaft einen internationalen Ordnungsrahmen geben. Wir alle kennen die Diskussionen dieser Tage. Wir spüren, auf dieser Welt kann nahezu nichts mehr passieren, ohne dass es uns beeinflusst: Wenn in China mehr Milch getrunken wird, hat das auch auf unsere Milchpreise Auswirkungen. Wenn es eine Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt, wirkt sich das auch auf unsere Märkte aus. Deshalb sage ich ganz klar: Deutschland wird niemals protektionistisch sein. Wir sind Exportweltmeister. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass unsere Unternehmen überall auf der Welt Chancen haben. Aber ich sage auch: Wir werden uns schützen - das gilt auch für die Europäische Union -, wenn andere uns keine freien Investitionsbedingungen geben, und wir werden dafür Sorge tragen, dass die Finanzmarktregeln international transparent sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Denn wir werden den Menschen in unserem Land nicht erklären können, dass immer wieder Finanzmarktprodukte entstehen, deren Herkunft man nicht kennt, die man nicht durchschaut, die aber letztlich auf den Einzelnen in unserem Land und in vielen anderen Ländern zurückwirken. Die Demokratie kann nur erhalten werden, wenn ein Höchstmaß an Transparenz gegeben ist; das gilt heute nicht nur national, das gilt heute auch international. Dafür wird sich Deutschland einsetzen, der Bundesfinanzminister genauso wie ich als Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen, dass wir auf dem Weg, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, eine Vielzahl von eigenen Maßnahmen ergreifen müssen, bevor wir uns dem internationalen Rahmen zuwenden können. Deshalb haben wir die Lohnzusatzkosten gesenkt; deshalb haben wir Subventionen abgebaut. Deshalb haben wir schon zwei Mittelstandsentlastungsgesetze beschlossen; deshalb haben wir uns damit beschäftigt, wie wir das Auslaufen des deutschen Steinkohlenbergbaus vernünftig und sozialverträglich regeln können. Wir haben mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Wir werden uns mit der Bahnprivatisierung befassen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns bei Airbus für eine marktkonforme Lösung eingesetzt.

Der wichtigste Indikator ist - daran kommt niemand vorbei -: Die Staatsquote ist heute auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2005 lag sie bei 46,9 Prozent. 2007 sind es 44,5 Prozent. Wenn sich die Dinge weiter vernünftig entwickeln, können wir 2009 42,5 Prozent schaffen. Das heißt, wir haben einen starken, aber auch effizienteren Staat. Das ist es, woran wir arbeiten, um den Menschen möglichst viel Freiheit zu geben, sich in der Globalisierung zu entfalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Fünftens. Wir wollen den Zusammenhalt und die Solidarität in Zeiten des Wandels stärken. Wir wissen: Wirtschaftlicher Erfolg ist entscheidend für die Frage, wie wir unseren Wohlstand in unserem Land erhalten können. Aber wer Ludwig Erhard gelesen hat, weiß:

Wachstum und wirtschaftlicher Erfolg sind kein Selbstzweck.  
(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Es geht um ein lebenswertes Deutschland und eine freie und gerechte Gesellschaft unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Aber nur dann – wir haben es in den letzten zwei Jahren erlebt –, wenn die sozialen Sicherungssysteme besser dastehen, wenn mehr Menschen

Arbeit haben und in diese Systeme einzahlen, kann das allen zugutekommen. Es wird oft so getan, als könne die Teilhabe aller irgendwie vom Staat zentral geregelt werden. Nein, nur dadurch, dass wir unsere Institutionen und sozialen Sicherungssysteme auf eine gute Basis stellen, können wir alle Menschen am Wohlstand teilhaben lassen. Deshalb ist Arbeit für alle der Schlüssel für das weitere soziale Zusammenleben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft reden, dann hat die Familie natürlich eine Schlüsselbedeutung.

Wir stehen vor großen Herausforderungen,

die wir auch angepackt haben. Wir haben gesagt:

Wir wollen die Wahlfreiheit für Eltern, Beruf und Familie so zu gestalten, wie sie es möchten. Dabei ist erkennbar, dass insbesondere bei der Betreuung von unter Dreijährigen heute keine Wahlfreiheit gegeben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir gesagt: Hier machen wir einen großen Schritt. Wir wollen den Rechtsanspruch bis zum Jahr 2013 umsetzen. Wenn wir das geschafft haben, dann können wir uns auch wieder mit denen beschäftigen, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Das heißt, prioritär bis 2013 ist erst einmal die Betreuung der Kinder unter drei; das ist die klare Verabredung. Danach machen wir einen weiteren Schritt und sagen: Auch diejenigen, die sich anders entscheiden, bekommen ein Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Entscheidender Maßstab für die Menschlichkeit ist auch der Umgang mit den Älteren und Schwächeren.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle Folgendes sagen: Es gibt in diesen Tagen zwar viel Kritik an einzelnen Pflegeheimen und bestimmten Zuständen. Das müssen wir aufnehmen; das macht die Bundesgesundheitsministerin.

Aber die überwältigende Mehrheit der Menschen, die von Pflegekräften gepflegt werden, wird gut behandelt. Diesen Pflegekräften gilt ein herzliches Dankeschön genauso wie denen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen.

Das ist eine Leistung der Menschlichkeit für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unseren Nationalen Integrationsplan fortentwickeln. Er ist ein Beispiel für eine sehr gute gemeinsame Arbeit von Bund, Ländern und Kommunen.

Zum ersten Mal ist es gelungen, hier eine Systematik hineinzubringen und zu sagen: Diejenigen, die bei uns leben und einen ausländischen Hintergrund haben, sind nicht irgendwelche Gäste auf kurze Zeit. Sie werden länger bei uns sein, und deshalb müssen wir sie integrieren.

Integration ist keine Einbahnstraße; sie erfordert von allen in der Gesellschaft etwas. Aber dass wir uns jetzt einig sind, dass das Beherrschen der Sprache die Voraussetzung für die Integration ist, ist ein großer Fortschritt in Deutschland. Das wird sich in Maßnahmen auf allen Ebenen wiederfinden, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben einen klaren Wertekanon für unser Zusammenleben in Deutschland. Das Bekenntnis zu unserer nationalen Identität und Weltoffenheit sind überhaupt keine Gegensätze. Aber wir wissen: Wir leben in einer Welt, in der es neue Bedrohungen gibt. Gestern war der 11. September, der sechste Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center. Es waren damals am 11. September 2001 Anschläge von Menschen, die die Art, wie wir leben wollen, und unseren Wertekanon, von dem ich gesprochen habe, nicht akzeptieren und ihn vernichten wollen, und zwar mit aller Konsequenz.

Wir wissen, dass in dieser Woche vielleicht ein schrecklicher Anschlag in Deutschland hätte stattfinden sollen. Glücklicherweise wurde er verhindert. Das ist ein großer Erfolg der Sicherheitsbehörden. Ein herzliches Dankeschön an alle, die daran mitgearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass in den letzten Jahren sieben Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund verhindert worden sind oder ihre Ausführung gescheitert ist. Das heißt, wir leben in einer gefährdeten Sicherheit. Unsere Demokratie hat bisher bewiesen – das ist die gute Botschaft –, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, wenn es um den Schutz der Sicherheit der Bürger geht. Entscheidend ist bei allen Ängsten und Ungewissheiten, die der 11. September mit sich gebracht hat, dass es uns stets gelungen ist – natürlich mit kontroverser Diskussion –, die Balance von Schutzmaßnahmen und Freiheitsrechten zu erhalten. Wir haben eben kein Klima der lähmenden Angst zugelassen, sondern wir haben Offenheit und Realitätssinn bewiesen. Die Befürchtungen oder die Vorwürfe, Deutschland werde zu einem Polizei- oder Sicherheitsstaat, sind offensichtlich Unsinn.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin deshalb auch optimistisch, dass es uns gelingt, das, was das Bundeskriminalamt an Terrorbekämpfung leisten muss, in einem Gesetz zusammenzufassen. Ich verhehle nicht, dass für mich auch die Onlinedurchsuchung dazugehört.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich empfehle uns, die Diskussion in einem Klima zu führen, in dem wir nicht falsche Fronten aufmachen, sondern in dem wir uns alle gemeinsam – das ist das Bekenntnis der großen Mehrheit dieses Parlaments – für Freiheit und Sicherheit gleichermaßen entscheiden. Aber wir sollten uns auch vergegenwärtigen, dass es keine Räume in dieser Gesellschaft geben darf, wo die Sicherheitsbehörden keine Möglichkeit des Zugriffs haben, natürlich

immer auf rechtsstaatlicher Basis.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sicherheit ist nicht nur im Zusammenhang mit dem Terrorismus wichtig, sondern Sicherheit gehört zu dem Grundlebensgefühl, das wir brauchen, um überhaupt in Freiheit leben zu können. Deswegen möchte ich heute einmal die Gelegenheit nutzen, den Polizisten auf den ganz normalen Polizeirevieren in den Dörfern und den Städten für ihre tägliche Arbeit zu danken. Das Sicherheitsgefühl, das sie ermöglichen, bedeutet Lebensqualität für Millionen Deutsche, und zwar täglich rund um die Uhr. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die rechtzeitigen Festnahmen in der vergangenen Woche haben des Weiteren gezeigt - das ist ganz wichtig -: Bei uns haben die Sicherheitsbehörden gut gehandelt. Aber wir haben auch erlebt, dass es eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden verschiedener Länder gibt. Damit kommen wir auf einen Punkt, der in einer global vernetzten Welt von entscheidender Bedeutung ist: Wenn wir Hilfe bekommen, muss man sich auf Deutschland verlassen können, dass es auch Hilfe leistet. Wenn wir also die Lehren aus dem 11. September und den geplanten Anschlägen ernst nehmen, dann ist der Weg nach Afghanistan nicht weit. Wir müssen alles tun, damit Afghanistan nie wieder in die Situation kommt, dass Taliban und al-Qaida von dort aus - sozusagen frei und ohne Struktur von staatlicher Stelle - agieren können. Afghanistan zeigt uns deutlich, dass Sicherheit und Entwicklung untrennbar verbunden sind. Das ist auch das Credo des Berichts der Bundesregierung über die nachhaltige Entwicklung in Afghanistan: keine Sicherheit ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Der Deutsche Bundestag wird in den nächsten Wochen wieder eine intensive Diskussion über die Fortsetzung der Bundeswehreinätze in Afghanistan führen. Ich will dieser Debatte an dieser Stelle nicht vorgreifen, aber genauso wenig will ich heute Morgen mit meiner Meinung hinter dem Berg halten. Erinnern wir uns daran, wie die Situation in Afghanistan vor dem Fall der Taliban war. 23 Jahre Bürgerkrieg und Krieg unter der Herrschaft der Taliban haben das Land an den Abgrund gebracht. Die Menschenrechte wurden mit Füßen getreten. Al-Qaida fand in Afghanistan einen Ausbildungs- und Rückzugsraum. Nur weil es quasi keine funktionierenden staatlichen Strukturen in Afghanistan gab, waren die Anschläge vom 11. September mit Tausenden Menschen als Opfer möglich.

(Zuruf von der LINKEN: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Gemessen an dieser Ausgangssituation, haben wir Erhebliches erreicht.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Es gibt wieder staatliche Strukturen. Drei Viertel der Menschen können heute auf eine medizinische Grundversorgung zurückgreifen. Die Zahl der Schüler hat sich

seit 2001 auf circa 6 Millionen mehr als verfünffacht. Davon sind ein Drittel Mädchen. Die Infrastruktur hat sich deutlich verbessert.

Aber ich will gar nicht herumreden: Das sind die guten Fakten. Dennoch bestreitet niemand, dass es trotz dieser sichtbaren Erfolge in Afghanistan beträchtliche Herausforderungen gibt. Die Sicherheitssituation lässt mancherorts mehr als zu wünschen übrig. Die afghanischen Sicherheitskräfte - das ist der Punkt - sind noch nicht so weit, ihre Aufgaben allein erfüllen zu können. Der Aufbau der staatlichen Institutionen, insbesondere in der weiten Fläche des Landes, stockt, und die Entwicklung der Drogenproduktion ist mehr als unbefriedigend.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Die Bundesregierung hat deshalb im Rahmen einer hervorragenden Kooperation des Außenministers, des Verteidigungsministers, der Entwicklungsministerin und des Innenministers den Schluss gezogen, dass wir natürlich einen Schwerpunkt auf den zivilen Wiederaufbau Afghanistans legen müssen. Deshalb werden wir darum bitten, die Mittel für die Wiederaufbauhilfe für dieses Land aufzustocken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eines der wichtigen politischen Projekte war die Initiative des Bundesaußenministers im Rahmen unserer G-8-Präsidentschaft, Afghanistan und Pakistan an einen Tisch zu bringen; denn nur wenn diese beiden Länder vernünftig zusammenarbeiten, wird es gelingen, die Quellen des Terrorismus zu bekämpfen. Deshalb gibt es eine große Unterstützung für diese Initiative.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Das gilt sowohl für den militärischen Bereich als auch für den Polizeiaufbau. Wir haben wegen der Größe der Aufgabe EUPOL gebeten, diese wichtige Aufgabe auf mehr Schultern zu verteilen. Wie häufig in Europa, sind Anfangsschwierigkeiten nicht völlig auszuschließen. Aber wir werden mit großem politischen Nachdruck dafür sorgen, dass die Arbeit, die von Deutschland geleistet wurde, jetzt in europäischer Zusammenarbeit stattfindet. Ich muss ganz unumwunden sagen: Solange die afghanischen Sicherheitskräfte nicht selbst für ein sicheres Umfeld sorgen können, halte ich die internationale Truppenpräsenz für weiterhin notwendig. So lange halte ich auch den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan für notwendig.

Unser erfolgreicher zivil-militärischer Ansatz mit den sogenannten Provincial Reconstruction Teams in Kunduz und Faizabad im Norden Afghanistans ist allgemein anerkannt. Damit unterstützen wir eine Vielzahl von Aufgaben und Projekten zusammen mit unseren Partnern. Ich möchte deshalb heute Morgen die Gelegenheit nutzen, allen Angehörigen der Bundeswehr, Polizisten, Diplomaten und Wiederaufbauhelfern aus Deutschland für die Arbeit ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Gelegenheit ebenfalls nutzen, im Rahmen dieser Debatte an diejenigen zu erinnern, die ihr Leben

bei der Aufbauarbeit verloren haben. Wir werden sie nicht vergessen, und ihr Einsatz war nicht vergebens. Ich möchte an die Adresse derjenigen, die glauben, durch Geiselnahmen unsere Entschlossenheit beim Wiederaufbau in Zweifel ziehen, ganz unmissverständlich sagen:

Wir tun alles Menschenmögliche, um Geiseln zu retten, aber erpressbar ist Deutschland nicht, und erpressbar wird Deutschland nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter den gegebenen Umständen halte ich deshalb die anstehende Verlängerung der drei Bundeswehrmandate als Komponenten, die wir brauchen, für erforderlich. Als drittgrößter Truppensteller für ISAF haben wir im Norden Afghanistans regionale Führungsverantwortung übernommen. Der in diesem Haus noch vor sechs Monaten heiß diskutierte Tornado-Aufklärungseinsatz hat sich als Erfolg erwiesen. Die NATO und die afghanische Regierung schätzen ihn. Er leistet einen wichtigen Beitrag zum Gesamtauftrag. Die Bundeswehr wird auch in Zukunft den Schwerpunkt ihres Einsatzes im Norden haben und nur fallweise, wenn es nach Lage der Dinge unabweisbar und notwendig ist, in anderen Regionen tätig werden. Allerdings warne ich vor der Vorstellung, wir könnten uns im Norden vom Rest Afghanistans abkoppeln. Der Erfolg kann nur die Gesamtoperation ISAF sein, und deshalb stehen wir in voller Solidarität zu dieser Gesamtoperation. Ich weiß, dass über die Antiterroroperation OEF in diesem Hause wie auch in der Bevölkerung unseres Landes die größten Sorgen bestehen. Diese Sorgen nehme ich sehr ernst.

Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von OEF erfolgt, wie wir wissen, auf Grundlage von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen und von Art. 5 des Nordatlantikvertrages. OEF - auch daran möchte ich erinnern - wurde in mehreren UN-Sicherheitsratsresolutionen bestätigt und bekräftigt und wird auch von der afghanischen Regierung unterstützt.

Ich bin überzeugt: Solange die Gefahr eines Wiedererstarkens von al-Qaida oder der Taliban nicht gebannt ist, muss die Stabilisierung des Landes durch ISAF weiterhin von OEF flankiert werden. Dass dabei eine Gefährdung der Zivilbevölkerung so weit wie möglich ausgeschlossen werden muss, will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir alles unternehmen, um genau das zu verbessern, insbesondere die Kontakte zwischen ISAF und OEF.

In Afghanistan steht viel auf dem Spiel. Deutschland hat 2001 auf dem Petersberg richtigerweise versprochen, sich langfristig für den Wiederaufbau in Afghanistan zu engagieren. Die Bundesregierung der Großen Koalition fühlt sich an diese Verpflichtung gebunden. Es ist der einzige Weg, zu zeigen, dass wir Terroristen bekämpfen,

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das ist er nicht!)

und zwar entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Entschlossenheit und multilaterale Einbindung, das

ist das, was unsere Außenpolitik insgesamt kennzeichnet, ob es um die Frage des Atomprogramms des Iran geht, ob es um die Stabilisierung des Libanon geht, ob es um die Weiterentwicklung der zarten Hoffnungsschimmer im Hinblick auf die Gespräche im Nahen Osten zwischen Premierminister Olmert und dem palästinensischen Präsidenten geht.

Ich werde in wenigen Tagen an der Generalversammlung der UNO in New York teilnehmen. Für uns ist die Frage „Wie können wir die Herausforderungen bewältigen?“ immer verknüpft mit einer starken und handlungsfähigen UN und damit auch mit einem starken und handlungsfähigen UN-Sicherheitsrat. Nur gemeinsam können wir das durchsetzen, was wir versprochen haben, zum Beispiel die Erreichung der Millenniumsziele. Im Haushalt findet dies durch die Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben seinen Niederschlag. Wir gehen damit einen Schritt in die richtige Richtung. Wir haben internationale Verpflichtungen, und wir sind internationale Verpflichtungen eingegangen. Es ist jetzt unsere Aufgabe - es geht dabei um unsere Glaubwürdigkeit -, die Erfüllung dieser Verpflichtungen auch wirklich durchzusetzen.

(Beifall der Abg. Gabriele Groneberg [SPD])

Durch unsere G-8-Präsidentschaft weiß ich, dass die Menschen auf der Welt genau hinschauen, ob die Versprechen der Industrieländer leere Versprechen sind oder ob wir das, was wir versprochen haben, auch einhalten. Dem gerecht zu werden, gehört zur Glaubwürdigkeit und zu unserem Wertekanon.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Gewichte in der Welt verschieben sich. Wir spüren das, wenn wir das Wirtschaftswachstum von China und Indien sehen, und wir spüren es, wenn wir uns die Bevölkerungsentwicklung der Welt anschauen. Während am Anfang des 20. Jahrhunderts jeder Vierte ein Europäer war, so wird es am Ende des 21. Jahrhunderts nur jeder Vierzehnte sein.

Wenn wir unsere Art, zu leben, wenn wir unsere Vorstellung von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt durchsetzen wollen, dann müssen wir entschlossen dafür eintreten. Deshalb steht diese Bundesregierung für eine wertebewusste Politik und für einen Kurs der Orientierung am einzelnen Menschen. Wir wollen mehr Chancen für alle. Wir betreiben eine zukunftsfähige Politik, indem wir weniger Schulden machen. Wir schaffen Raum für Nähe und Geborgenheit in unserer Gesellschaft durch eine Politik für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige. Wir stärken die soziale Marktwirtschaft, insbesondere in der internationalen Dimension, und wir übernehmen internationale Verantwortung, indem wir für unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und unsere Sicherheit die neue Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik erkennen und gestalten.

Dieser Kurs bringt Deutschland voran, nach innen genauso wie nach außen. Damit schaffen wir die Fundamente unseres Wohlstands, und damit können wir die Erfolgsgeschichte dieser Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Wir tun dies im Interesse und zum Wohle der Menschen in unserem Land.



Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU -  
Anhaltender Beifall bei der SPD - Dr. Guido  
Westerwelle [FDP]: Ist die Zeit gestoppt worden?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, selbstverständlich.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist sie auch bei  
der SPD gestoppt worden? - Heiterkeit)

- Herr Kollege Westerwelle, ich versichere Ihnen feierlich,  
dass ich auch Ihre Zeit stoppen werde,

(Heiterkeit)

falls Sie beabsichtigen, im Laufe des Tages das Wort zu  
ergreifen.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Bei der FDP braucht nicht gestoppt zu werden!)

Zunächst erhält nun aber das Wort der Vorsitzende der  
Fraktion Die Linke, Oskar Lafontaine.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Deutschland hat wieder allen Grund zur Zuversicht.“

Mit diesem Satz hat die Bundeskanzlerin ihre Erklärung  
zum Haushalt heute begonnen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr zu Recht!)

Frau Bundeskanzlerin, wir würden diesem Satz gern zustimmen,  
wir können ihm aber nicht zustimmen, weil

wir die Frage aufwerfen müssen: Wer ist „Deutschland“?

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard Brinkmann

[Hildesheim] [SPD]: Ihr nicht!)

Verstehen Sie unter „Deutschland“ auch die Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmer, zu denen ich gleich etwas

sagen werde? Gehören zu „Deutschland“ auch die

Rentnerinnen und Rentner, zu denen ich gleich etwas sagen

werde? Gehören zu „Deutschland“ auch die Empfänger

sozialer Leistungen, zu denen ich gleich etwas sagen

werde? Und gehören zu „Deutschland“ auch die

2,5 Millionen Kinder, die in Armut leben? Haben die

Grund zur Zuversicht? Wen haben Sie denn gemeint,

verehrte Frau Bundeskanzlerin, als Sie hier vollmundig

von Zuversicht gesprochen haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich beginne mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

und zitiere die Tageszeitung Die Welt, damit

nicht irgendjemand auf die Idee kommt, ich würde hier

oppositionelle Texte verbreiten, die böswillig verfasst

sein, um Ihre tolle Bilanz infrage zu stellen. Sie konnten

darin vorgestern über die Entwicklung des Arbeitsmarkts

in Deutschland lesen:

Als „prekäre Beschäftigung“ bezeichnen Soziologen

unsichere, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Nach Zahlen des DGB

breitet sich die prekäre

Beschäftigung immer weiter aus. So hat sich

die Zahl der Zeitarbeiter seit 2003 auf 650 000 verdoppelt;

18 Prozent der Erwerbstätigen sind Minijobber,

weitere 600 000 Menschen arbeiten als Ein-

Euro-Jobber, und 440 000 Vollzeitbeschäftigte verdienen

so wenig, dass sie auf Hartz IV angewiesen

sind. Mit den Arbeitsmarktreformen sei ein „unerträgliches

Maß“ an Deregulierung erreicht worden,

kritisiert der DGB.

Sie haben sich hier hingestellt und die Arbeitsmarktreformen als Grundlage für die Zuversicht Deutschlands dargestellt. Sie reden völlig über die Köpfe der Menschen hier in Deutschland hinweg.

(Beifall bei der LINKEN)

Millionen sind in prekären Arbeitsverhältnissen. Wir haben keinen Grund zur Zuversicht. - Falls die Menschen Sie jetzt sehen könnten, Frau Bundeskanzlerin, hätten sie kein Verständnis dafür, dass Sie an dieser Stelle lächeln.

Ich möchte hier noch einmal sagen, was prekäre Arbeitsverhältnisse eigentlich bedeuten; ihre Zahl nimmt

weiter zu. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat einmal gesagt: Prekäre Arbeitsverhältnisse rauben den Menschen die Zukunftsplanung. - Das müsste jeder nachvollziehen können, der sich einmal die Mühe macht, das nachzuempfinden.

Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man noch genug Geld hat, um Nahrungsmittel einzukaufen?

Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man Geld hat, um die Miete zu bezahlen? Was heißt es, wenn man am Monatsende nicht weiß, ob man Geld hat, um die Stromrechnung zu bezahlen? Und wie demütigend ist es für Eltern, wenn sie feststellen müssen, dass sie ihrem Kind den Schulausflug nicht bezahlen können? Das hat nichts mit Zuversicht zu tun.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Diese Menschen haben keine Zukunft. An dieser Stelle müssen wir mit Reformen beginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ergänzend ist hier noch auszuführen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland vom

Wohlstandszuwachs abgekoppelt sind. Seit zehn Jahren gibt es in Deutschland keinen realen Lohnzuwachs, und auch die relativ guten Tarifabschlüsse in diesem Jahr können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein anderer Prozess weitergeht, nämlich der Prozess der permanenten Lohnsenkung. Deswegen wäre es eine wichtige Reform, einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland durchzusetzen, wie in Frankreich 8,44 Euro. Was in Frankreich geht, geht auch in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.

Steffen Reiche [Cottbus] [SPD] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Ausbeutung, die in Deutschland aufgrund Ihrer Zögerlichkeit und Ihrer Handlungsunfähigkeit nach wie vor Wirklichkeit ist, nicht zu beenden. Ein humanes Land, ein Land, in dem Zuversicht herrschen soll, muss die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beenden, die für unter 2 Euro beschäftigt werden. Wo leben wir eigentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zum zweiten Punkt, den Rentnerinnen und Rentnern.

Wenn sie Ihnen zugehört haben, werden sie nicht unbedingt Ihre Auffassung geteilt haben, dass sie Grund zur Zuversicht haben. Die Rentnerinnen und Rentner mussten in den letzten Jahren Nullrunden verkraften. Sie

haben in diesem Jahr eine lächerliche Erhöhung bekommen, die noch nicht einmal die Preissteigerung ausgleicht. Wenn man mit Rentnerinnen und Rentnern spricht, dann wird man nicht hören, dass sie dies als Grund zur Zuversicht empfinden.

Aber an einer Stelle ist Ihre Bemerkung geradezu obszön, nämlich dann, wenn es um die Zukunftserwartung derjenigen Menschen in Deutschland geht, die niedrige Löhne haben. Die OECD hat festgestellt, dass diese Menschen - die Zahl nimmt zu; es sind Millionen - die schlechteste Rentenerwartung aller Industriestaaten haben. Das ist doch kein Grund zur Zuversicht, sondern der Nachweis, dass Ihre Rentenpolitik total gescheitert ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn alle seriösen Prognosen nachweisen, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner in Zukunft Armutsrenten haben werden - das sind nicht 10 Prozent; das sind nicht 20 Prozent; das sind mehr -, dann ist völlig unvorstellbar, wieso Sie sich hier hinstellen und sagen können: Deutschland hat Grund zur Zuversicht.

Wir müssen die Rentenformel in Deutschland wiederherstellen. Die Dämpfungsfaktoren müssen wieder zurückgenommen werden. Der Rückschritt in das vorletzte Jahrhundert war ein sozialer Kahlschlag ersten Ranges. Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, haben einen Anspruch auf armutsfeste Rente. Die Linke wird nicht aufhören, dies hier immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zu den Menschen, die arbeitslos sind. Es sind immer noch - hierin stimme ich Ihnen zu - viel zu viele, die in Deutschland arbeitslos sind. Aber wir können nicht darüber hinwegsehen, dass die Lebensbedingungen dieser Menschen durch Ihre verfehlte Politik, die Sie hier auch noch ausdrücklich gelobt haben, erheblich beschädigt worden sind. Sie haben gelobt, dass man beispielsweise die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes erheblich gekürzt hat. Sie haben gelobt, dass man Hartz IV durchsetzt und beispielsweise Menschen zwingt, zu Bedingungen zu arbeiten, zu denen sie vorher nicht arbeiten mussten. Sie haben gelobt, dass man Menschen ihr Vermögen nimmt, das sie fürs Alter gespart haben. Das alles haben Sie hier gesagt. Glauben Sie tatsächlich, diese Menschen hätten Grund zur Zuversicht?

Wenn jemand Angst hat, arbeitslos zu werden, über 50 ist und dann gleich nach einem Jahr nach Hartz IV zurückfällt, hat er keinen Grund zur Zuversicht; dann hat er Angst. Deshalb muss Hartz IV weg, deshalb muss es überwunden werden, und ein erster Schritt dazu wäre ein längerer Bezug von Arbeitslosengeld, wie es im Übrigen auch viele Kollegen aus den Koalitionsfraktionen öfter gefordert haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Im Übrigen, um noch ein aktuelles Thema aufzugreifen: Sie haben die Zahlen hier ausgebreitet, aber zu den prekären Arbeitsverhältnissen gehört eben auch die Leiharbeit. Ich sage hier einmal, was Leiharbeit heißt.

Kürzlich hat mir der Betriebsratsvorsitzende eines Metallbetriebes in Saarbrücken gesagt, dass der niedrigste Lohn in der Belegschaft 15 Euro pro Stunde ist, dass aber die Leiharbeiter mit der Hälfte dessen entlohnt werden, nämlich 7,50 Euro pro Stunde. Dies betrifft nicht nur einen einzelnen Betrieb. Diese Methode, Kosten zu senken, breitet sich immer weiter aus. Stimmen Sie doch dem Antrag der Linken zu, endlich durchzusetzen, dass Leiharbeiter genauso wie die Stammbeslegschaft bezahlt werden müssen! Dann würden Sie hier einmal eine Reform durchführen, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zur Kinderarmut. Wie können Sie bei 2,5 Millionen Kindern, die in Armut leben, sagen, Deutschland habe Grund zur Zuversicht? Sind Millionen Kinder nicht auch Deutschland? Wäre es nicht unsere Aufgabe, eben für diese Kinder etwas zu tun? Warum gab es in der Sommerpause Diskussionen aus den Koalitionsfraktionen, man solle den Kinderzuschlag erhöhen?

Wir haben diese Diskussion begrüßt. Aber warum ist dem nichts gefolgt? Warum lehnen Sie den Antrag der Linken ständig ab, den Kinderzuschlag zu erhöhen?

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Kinderbetreuung, Herr Lafontaine!)

Das, was in diesem Antrag enthalten ist, wäre wirklich einmal ein Fortschritt für Millionen Kinder, die in Deutschland in Armut leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben Sie hier mit viel Stolz verkündet - oder der Referent hat es Ihnen aufgeschrieben -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!

Schäbig!)

dass wir eine niedrige Staatsquote haben. Ich habe hier schon mehrfach an Sie die Frage gestellt, welche Steuer- und Abgabenquote Sie eigentlich für Deutschland anstreben. Das ist eine Kernfrage jeder Haushaltsberatung. Wenn man die nicht beantworten kann, sollte man eigentlich nicht zum Haushalt sprechen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oberlehrer Napoleon!)

Die Antwort auf diese Frage bestimmt ja letztendlich die Möglichkeiten, was man in Deutschland tun kann, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Eines ist auf jeden Fall klar: Wenn die Politik der Umverteilung von unten nach oben - Mehrwertsteuererhöhung plus Unternehmensteuersenkung - fortgesetzt wird, dann verarmen immer mehr Menschen in Deutschland, sehen keine Zukunft mehr in Deutschland und haben keine Zuversicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir wollen natürlich auch an die Facharbeiter und die Kleinbetriebe denken. Deshalb möchte ich hier noch einmal einen Vorschlag wiederholen, den ich schon in zwei früheren Debatten vorgetragen habe: Wir wollen den sogenannten Bauch im Steuertarif beseitigen; wir wollen einen linearen Steuertarif. Dieser lineare Steuertarif würde Facharbeiter und Kleinbetriebe entlasten. Jedem, der wie der Bundesfinanzminister sagt, das könnten wir uns jetzt nicht erlauben, halte ich entgegen: Dann müssen

wir eben den Spitzensteuersatz wieder anheben, um so die Verluste auszugleichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auf jeden Fall ist es nicht zulässig, Facharbeiter und Kleinbetriebe überproportional zu belasten.

Dies wäre nun wirklich eine Struktur- bzw. Steuerreform, die ökonomische Wirkung entfalten und insbesondere diejenigen belohnen würde, die in Deutschland etwas leisten. Leistung lohnt sich in Deutschland schon lange nicht mehr. Sie lohnt sich nicht für diejenigen, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung auf Hartz IV angewiesen sind, und sie lohnt sich nicht für die Facharbeiter, die überproportional zur Kasse gebeten werden. Leistung soll sich wieder lohnen in Deutschland. Damit würden wir die Kräfte freisetzen, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Gang bringen können.

(Beifall bei der LINKEN)

An ein Zweites möchte ich in diesem Zusammenhang noch erinnern: Die Unternehmensteuer muss natürlich so gestaltet werden, dass Investitionen begünstigt werden. Ich fordere hier noch einmal für meine Fraktion, die degressive Abschreibung wieder einzuführen. Es ist unsinnig, mit der Gießkanne Steuergeschenke zu verteilen. Sinnvoll wäre es, den investierenden Unternehmer zu belohnen und beispielsweise den spekulierenden zu bestrafen und zur Kasse zu bitten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das wäre eine sinnvolle Steuerreform. Deshalb habe ich dies hier noch einmal angesprochen.

Nächster Punkt: Obwohl da und dort etwas getan wird, liegt die Quote der öffentlichen Investitionen in Deutschland viel zu niedrig. Wir haben es immer wieder angemahnt: Wer wirklich für die Zukunft vorsorgen will, muss die Quote der öffentlichen Investitionen in Deutschland anheben. Da gibt es ein Maß, an dem sich jeder orientieren kann: Das ist das Maß der Europäischen Gemeinschaft. Deutschland als moderner Industriestaat sollte doch den Ehrgeiz haben, bei den öffentlichen Investitionen in Infrastruktur zumindest den Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen. Das ist doch nicht zu viel verlangt. An dieser Stelle war das systematische Kürzen von Investitionen aus Spargründen falsch. Mit öffentlichen Investitionen sichert man auch die Zukunft. Wir fordern: Zieht mit dem europäischen Durchschnitt gleich!

(Beifall bei der LINKEN)

Nächster Punkt: Bei den Bildungsausgaben sollten wir den Ehrgeiz haben, nicht den Durchschnitt der Ausgaben in den OECD-Staaten zu erreichen, sondern vielleicht noch etwas mehr.

(Otto Fricke [FDP]: Da dann doch mehr?)

Wir wurden einmal von einer französischen Schriftstellerin als Land der Dichter und Denker bezeichnet. Ich weiß nicht, ob sie das heute noch so formulieren würde, wenn sie denn noch leben würde. Auf jeden Fall können wir eines nicht zulassen, nämlich dass die Bildungsausgaben ständig unter dem Durchschnitt der Ausgaben in den OECD-Staaten liegen. Wir müssen an dieser Stelle

etwas tun. Hier ist das fröhliche Bekenntnis zu einer niedrigen Staatsquote völlig fehl am Platz. Wir sollten mit Blick auf diesen Bereich eine höhere Staatsquote anstreben und mehr Ausgaben für Bildung tätigen; dann würden wir auch bei PISA nicht derartige Ergebnisse erzielen.  
(Beifall bei der LINKEN)

Können Sie sich vorstellen, dass irgendein Regierungschef eines nordischen Staates hier einen entsprechenden Vortrag halten würde? Was glauben Sie, warum in Dänemark, Schweden und Finnland weitaus bessere Bildungsergebnisse erreicht wurden? Etwa, weil die eine niedrige Staatsquote haben und wenig Geld für Bildung ausgeben? Auf eine solche Idee käme dort niemand. Ich rate dazu, doch einmal die Schülerweisheit anzuwenden, dass man, wenn man selbst nicht weiß, wie es gemacht wird, beim Nachbarn, der es besser weiß, abschreiben sollte. An dieser Stelle wäre das dringend geboten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, gar nichts dazu gesagt, dass man international nicht mehr der Auffassung ist, dass die Konjunktur sehr gut läuft. Vielleicht war das in der Presse heute Morgen noch nicht deutlich genug. Denn international wird mittlerweile darauf hingewiesen, dass die amerikanische Hypothekenkrise Auswirkungen auf die Weltkonjunktur hat. Mittlerweile beraten andere Staaten bereits Gegenmaßnahmen. Deshalb rate ich dazu, dass auch wir überlegen, was wir tun können, um solche Krisenentwicklungen zu vermeiden.

Nun haben Sie hier gesagt - das ist lobenswert; vor Jahren wurde das von Ihrer Partei noch als völliger Unsinn verworfen -, wir bräuchten einen internationalen Ordnungsrahmen. Ich kann dem nur zustimmen. Wir brauchen einen internationalen Ordnungsrahmen, der der Weltwirtschaft Regeln auferlegt, nach denen sie funktioniert. Solche Regeln fordern wir schon seit vielen Jahren. Nur genügt es dann nicht, wenn man brav mehr Transparenz fordert. Meinen Sie, irgendein Hedgefonds interessiert sich für solche braven Forderungen? Meinen Sie, irgendeine Private-Equity-Gesellschaft interessiert sich dafür?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nein, wir brauchen Regeln, nach denen die internationalen Finanztransaktionen abgewickelt werden; sonst werden wir niemals Ordnung in die Weltfinanzmärkte bekommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir hätten von Ihnen gern wenigstens eine Andeutung gehört, wie Sie sich das vorstellen. Ich frage Sie: Sind Sie beispielsweise für die Stabilisierung der Wechselkurse, wie es die Bretton-Woods-Kommission, an der Leute wie Lambsdorff, Pöhl und andere mitgewirkt haben, schon vor vielen Jahren vorgeschlagen hat? Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen? Oder wollen Sie weiterhin der weltweiten Spekulation Tür und Tor öffnen? Sind Sie bereit, wie es etwa James Tobin vorgeschlagen hat und wie es auch viele Staatsmänner der Welt gefordert haben, die internationalen Finanztransaktionen

durch eine Steuer einzudämmen?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles alte Hüte, Herr Lafontaine!)

Sind Sie bereit, zur Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs andere Regeln vorzuschlagen? Wir hätten gern irgendetwas dazu gehört. Lediglich mehr Transparenz zu fordern, ist angesichts der Zustände auf den internationalen Finanzmärkten schlicht naiv.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Transparenz ist die Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit von Märkten!)

Das gilt im Übrigen auch für die Europäische Gemeinschaft. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, dass die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Sarkozy besser sind als das, was von Ihrer Regierung geäußert wird. Wenn beispielsweise der französische Staatspräsident und viele andere fordern, die Europäische Zentralbank nicht nur auf Preisstabilität zu verpflichten, sondern auch auf Wachstum und Beschäftigung, dann hat er recht. Wenn Sie den antiquierten Standpunkt der Preisstabilität vertreten, dann haben Sie unrecht. Europa hat in den letzten Jahren Wachstumseinbußen gehabt, weil die Europäische Zentralbank es nicht der amerikanischen Notenbank gleichgetan hat. Es wäre gut, wenn Sie Ihren Standpunkt an dieser Stelle revidieren und auf Frankreich zugehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn der französische Staatspräsident beispielsweise fordert, eine europäische Wirtschaftsregierung einzusetzen, um die Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten zu koordinieren, dann findet er unsere Unterstützung. Bei immer enger verflochtenen europäischen Volkswirtschaften ist das nur logisch. Es wäre sinnvoll, die Investitionen und die Finanzpolitik aufeinander abzustimmen, ebenso die Lohnpolitik, damit das Lohndumping nicht fortgesetzt wird. Sinnvoll wäre auch, die Steuerpolitik abzustimmen; dazu hätten wir ebenfalls gern etwas gehört. Wir brauchen eine Steuerharmonisierung in Europa, damit das Dumping an der Steuerfront nicht fortgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn der französische Staatspräsident beispielsweise etwas zum Stabilitätspakt sagt, dann sollte man ihn nicht so abbügeln, wie es laut Presse jetzt geschehen ist. Wir hatten schon einmal eine Regierung, der man sagen musste, dass eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich vielleicht besser sei als das ständige Schüren von Konflikten; das liegt schon etwas zurück. Irgendwann hat man das gelernt. An dieser Stelle rate ich dringend dazu, einen engeren Schulterschluss mit Frankreich zu suchen. Aus Zeitgründen nur noch ein paar Worte zur Außenpolitik. Wir, die Fraktion Die Linke, befürworten eine andere Außenpolitik. Wir befürworten eine Außenpolitik, die das Völkerrecht zu ihrer Grundlage macht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass Deutschland das

Völkerrecht nicht zur Grundlage der Außenpolitik macht.

Ich beginne mit dem Irakkrieg. Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen bescheinigt, dass Sie am Irakkrieg mittelbar beteiligt sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen bescheinigt, dass dies ein Bruch des Völkerrechts ist. Sie tun so, als ginge Sie das alles nichts an. Es ist etwas Neues in Deutschland, dass eine Regierung von einem höchsten Gericht bescheinigt bekommt, das Völkerrecht zu brechen, und dass sie dafür nur ein Achselzucken übrig hat. Das ist eine Fehlentwicklung, die korrigiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dasselbe gilt für Afghanistan. Es genügt nicht, auf ISAF zu verweisen. Wir müssen auch „Enduring Freedom“ und den Tornadoeinsatz in diesem Hause diskutieren. Daran darf man sich nicht vorbeimogeln. Es ist ja richtig, dass das eine oder andere von den Soldaten in Afghanistan positiv auf den Weg gebracht worden ist. Wer wollte das bestreiten? Für meine Fraktion aber ist es nicht hinnehmbar – ich sage dies hier noch einmal in aller Klarheit –, dass auf der Grundlage von Fotos, die mithilfe deutscher Tornados aufgenommen werden, unschuldige Menschen umgebracht werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn dies nicht der Fall ist, dann seien Sie Frau genug, sich hier hinzustellen und zu sagen: Das stimmt nicht; die von diesen Tornados aus aufgenommenen Fotos werden nicht für die NATO-Bombardierungen verwandt. Solange Sie dies aber nicht sagen können, ist die Vorgehensweise, die in den letzten Monaten an den Tag gelegt worden ist, völlig unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir reklamieren nach wie vor eine Außenpolitik, die ein Kanzler im Deutschen Bundestag einmal mit dem Wort „Gewaltverzicht“ begründet hat. Das Wort „Gewaltverzicht“ ist in den letzten Jahren aus der öffentlichen Diskussion in Deutschland verschwunden; das muss Gründe haben. Für den Fall, dass jemand eine begrenzte Auslegung des Wortes „Gewaltverzicht“ vortragen möchte, sage ich: Dieser Kanzler hat das Wort nicht nur auf den Ost-West-Konflikt bezogen. Nein, dieser Kanzler hat das Wort „Gewaltverzicht“ für den Frieden auf der ganzen Welt formuliert. Es gilt auch für die Lösung von Konflikten in Afghanistan, im Irak oder sonst wo.

(Beifall bei der LINKEN)

Gewaltverzicht sollte die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein. Wir sollten uns an einer Tradition orientieren, die nach meiner Auffassung die gebündelte Schlussfolgerung aus unserer Geschichte im letzten Jahrhundert ist. Wenn es darum geht, den Frieden in der Welt zu erreichen, dann sollte sich Deutschland auf den Satz verpflichten: Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])



Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion,  
Dr. Peter Struck.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Dr. Peter Struck (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie uns zu seriöser Politik zurückkehren!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der FDP - Lachen bei der  
LINKEN)

Ein persönliches Wort an meinen Vorredner: Wenn einer  
nicht das Recht hat, sich auf Willy Brandt zu berufen,  
dann sind Sie es, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Finanzminister hat einen guten Haushaltsentwurf  
vorgelegt; dazu gratuliere ich der Regierung. Das heißt  
aber nicht - ich spreche für meine Fraktion, aber wohl  
auch für die Kolleginnen und Kollegen von der CDU/  
CSU -, dass wir ihn unverändert beschließen werden.

Ich möchte nur zwei Punkte ansprechen, um gleich klarzumachen, wo wir dem  
Minister noch helfen wollen, wo

wir uns beim Finanzminister nicht durchsetzen konnten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt kommen  
sicherlich Sparvorschläge, Herr Kollege!)

Erstens. Wir, jedenfalls die SPD-Fraktion, sind dafür,  
das BAföG um 10 Prozent zu erhöhen, nicht nur, wie es  
im Haushaltsentwurf steht, um 5 Prozent.

(Beifall bei der SPD)

Das ist längst überfällig. Es hat lange keine BAföG-Erhöhung  
gegeben. Außerdem glaube ich, dass wir den

Studentinnen und Studenten helfen müssen, gerade im  
Hinblick darauf, dass es leider einige Länder gibt, die  
Studiengebühren eingeführt haben, was wir nicht wollten.

Das Zweite ist ein eher unwichtiger Punkt, der aber  
für die Betroffenen von Bedeutung ist. Wir sind auch dafür,  
dass der Wehrsold der Wehrpflichtigen der Bundeswehr  
erhöht wird. Sie haben das für die Arbeit, die sie  
zur Unterstützung der Bundeswehr zu Hause erbringen,  
verdient.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen  
auch über andere Dinge zu reden haben. Manches steht  
zur Debatte; manches ist in den Zeitungen zu lesen, zum  
Beispiel, was die Finanzierung der Staatsoper in Berlin  
angeht. Ich sehe der Entwicklung mit Interesse entgegen.  
Es gibt noch weitere Projekte. Wir werden sehen, wie  
wir den Haushalt nach der Bereinigungssitzung des  
Haushaltsausschusses letztlich gestalten.

Ich möchte ein persönliches Wort an die Mitarbeiterinnen  
und Mitarbeiter in den Ministerien richten. Ich

weiß, dass in den vergangenen Jahren - ich glaube,  
schon zu Helmut Kohls Zeiten beginnend - Abschlüsse  
beim Personal gemacht worden sind, Stelleneinsparungen  
in deutlichem Umfang. Ich weiß aus vielen Ministerien,  
dass die Grenze der Zumutbarkeit erreicht ist. Jetzt  
muss Schluss sein mit weiteren Stellenkürzungen. Die  
Ministerien müssen in der Lage sein, ihre Arbeit ordentlich  
erledigen zu können. Wir stehen an der Seite der  
vielen Personalräte, die sich an uns gewandt haben. Das

wollte ich nur zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Koalition hat eine Menge auf den Weg gebracht. Mit Interesse habe ich manche Kommentare von Journalisten gelesen, die vor der Klausurtagung des Kabinetts in Meseberg geschrieben haben: Jetzt machen sie einen neuen Koalitionsvertrag, jetzt kommt wieder etwas Neues. - Es ist kein neuer Koalitionsvertrag geschlossen worden. Das war auch gar nicht möglich, weil es eine Kabinettsitzung war und die Koalitionsfraktionen gar nicht dabei waren. Wir haben eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die uns schwer gefallen sind. Es war aber notwendig, diese Beschlüsse zu fassen; die Erfolge zeigen sich jetzt. Ich will es noch einmal darstellen, ohne dass ich wieder die alte Debatte beginnen möchte, wem der Erfolg eigentlich zuzurechnen ist oder wer derjenige ist, der den Aufschwung begründet hat: Dass durch die Agenda 2010 von Gerhard Schröder die Grundsteine für den Aufschwung gelegt worden sind, steht doch eigentlich völlig außer Frage. Das wird doch niemand bestreiten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck

[Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen Teil hat die Union mitgetragen, auch über Vermittlungsverfahren und dergleichen. Was war denn die Agenda 2010? Sie hat das Startsignal für den Ausbau der Kinderbetreuung gegeben, hat dazu beigetragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeführt werden konnte, die Zahl der Existenzgründungen steigt, der Mittelstand gefördert und die Kommunen gestärkt wurden. Heute war ein Interview mit dem Oberbürgermeister von Düsseldorf zu lesen, in dem er darauf verwiesen hat, wann der Aufschwung für die Kommunen begonnen hat. Auch der Hinweis darauf, dass die Unternehmensteuerreform die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen stabilisiert hat, ist im Hinblick auf die Kommunalpolitik in Deutschland sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Die Agenda 2010, die auch in meiner Partei und in meiner Fraktion durchaus umstritten war, hat die Grundlagen für die Senkung der Arbeitslosigkeit geschaffen; das ist gar keine Frage. Natürlich haben auch viele Menschen dazu beigetragen, dass wir einen Aufschwung zu verzeichnen haben. Mit der Agenda 2010 sind zugleich die Grundlagen für die Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme gelegt worden. Wenn wir nichts gemacht hätten, wäre die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme angesichts der demografischen Entwicklung gegen die Wand gefahren worden. Das kann doch niemand bestreiten. Inzwischen bestreitet es auch niemand mehr aus den Reihen der Gewerkschaft.

Ich will auch ein Thema ansprechen, das uns im Augenblick beschäftigt: die Auswirkungen der Rente mit 67.

Dass diese Entscheidung richtig war, ist gar keine Frage.

(Lachen bei der LINKEN)

Dass die Menschen länger arbeiten müssen, weiß jeder. Angesichts der demografischen Entwicklung kann es nicht sein, dass man so früh in Rente geht wie heute oder gestern und die gleiche Rente bekommt wie bisher. Wir müssen prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Altersregelungen

wie Teilrente bzw. Altersteilzeit auszugestalten. Das Ministerium hat Vorschläge dazu vorgelegt, über die wir zu diskutieren haben werden. Ich will aber klipp und klar sagen: Es war eine schwierige Entscheidung, die unser Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht gerade beflügelt hat. Trotzdem stehen wir zu dieser Entscheidung; da wird nichts rückgängig gemacht, sie war richtig.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsentwurf, über den jetzt im Haushaltsausschuss beraten wird, steht unter dem Dreiklang „Investieren, Sanieren, Reformieren“. Bezüglich des Themas Reformen will ich auf den Bereich der Familien- und Kinderpolitik zurückkommen. Diese Koalition hat das Elterngeld eingeführt. Die entsprechenden Regelungen gelten seit dem 1. Januar dieses Jahres. Wir alle machen leider den Fehler, dass wir zwar zur Kenntnis nehmen, wenn wir etwas erreicht haben, dass wir aber nicht mehr darüber reden. Das Elterngeld ist ein großer Erfolg der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland; das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben jetzt über die Krippenplätze zu entscheiden. Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf vorlegen, über den wir zu beraten haben werden. Ich will es ganz klar sagen: Für die SPD ist entscheidend, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gibt.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden zwar auch über andere Vorstellungen, zum Beispiel über ein Betreuungsgeld - ich lese durchaus, was Kolleginnen und Kollegen dazu sagen -, aber es ist klar, dass darüber nicht jetzt entschieden wird, sondern im Jahre 2013. Jetzt wird über den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge an dieser Stelle als Mitvorsitzender der Föderalismuskommission II, die sich mit den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu befassen hat, ein: Dass sich der Bund bereit erklärt hat, Personalkosten und Betriebskosten von Krippen zu finanzieren, ist eine Maßnahme, die im Grunde genommen über das hinausgeht, was der Bund machen müsste. Inhaltlich gesehen ist es aber absolut richtig. Wir schaffen mehr Krippenplätze, damit der Rechtsanspruch verwirklicht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine kurze Bemerkung zu einigen Themen aus der Innenpolitik. Sie wissen - das ist allgemein bekannt -, dass es zwischen den Koalitionsfraktionen und innerhalb der Regierung eine Debatte über die Frage gibt, ob es in Deutschland einen Mindestlohn geben muss. Meine feste Überzeugung ist, dass es einen Mindestlohn geben wird. Daran führt kein Weg vorbei. Wir werden dafür kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, mit dieser Koalition geht es nicht. Aber wir haben einige Punkte beschlossen, die vielleicht dahin führen. Dazu gehört das Entsendegesetz, das auch die Kanzlerin in ihrem Debattenbeitrag vorhin angesprochen hat.

Ich will klipp und klar sagen: Was im Bereich der Postzustellung zwischen der Post und Verdi vereinbart worden ist, ist ein sehr guter Weg. Wir werden in der nächsten Woche in der Bundestagsfraktion beschließen, dass diese Regelung jetzt in das Entsendegesetz aufgenommen werden soll, Herr Arbeitsminister.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion werden diesen Weg mitgehen. Es ist ein großer Erfolg. Wenn wir das nicht machen würden, ergäben sich im Zuge der Liberalisierung, die ab dem 1. Januar des nächsten Jahres kommt, erhebliche soziale Benachteiligungen für die Briefzusteller in Deutschland. Das wollen wir nicht. Deshalb soll das Entsendegesetz um den Bereich der Postzustellung erweitert werden.

Zum Thema „innere Sicherheit“. Dass Koalitionsfraktionen miteinander diskutieren, ist klar; das gab es in jeder Regierung. Wir führen eine Debatte über das Recht zur Onlinedurchsuchung durch das Bundeskriminalamt.

Kollege Kauder, Kollege Ramsauer, Kollege Schäuble und Kollegin Zypries haben gestern darüber gesprochen.

Ich will klipp und klar festhalten: Wenn Onlinedurchsuchungen für die Bekämpfung der terroristischen Aktivitäten in Deutschland erforderlich sind, sind wir nicht dagegen.

Ich möchte nur wissen, unter welchen rechtlichen Bedingungen sie stattfinden sollen. Deshalb warte ich auf ein Urteil aus Karlsruhe. Dann weiß ich ganz genau, was wir in das Gesetz hineinschreiben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Volker

Beck [Köln] (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das war der Rückzug auf Raten!)

Es bleibt dabei, dass wir nicht generell dagegen sind. Die Kanzlerin hat ihre Meinung dazu gesagt; ich habe meine gesagt. Wir werden dieses Thema in aller Ruhe beraten und dann im Frühjahr nächsten Jahres darüber entscheiden.

Was bei der Fahndung nach Terroristen in der letzten Woche gelungen ist, ist ein großer Erfolg. Das zeigt aber auch, dass die Instrumente, die wir haben, um terroristische Aktivitäten in Deutschland aufzuklären, ausreichend vorhanden sind. Das ist ein großer Erfolg der Polizei.

Herzlichen Glückwunsch an die Polizeibeamten, die die geplanten Verbrechen aufgedeckt haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin

[FDP])

Dass wir in Deutschland bisher von solchen Anschlägen verschont geblieben sind, hat nichts mit dem Ansehen Deutschlands in der Welt zu tun. Das ist Glück. Die Kofferbombenattentate in Köln und die jetzt geplanten Attentate sind zum Glück aufgedeckt worden. Dass wir im Visier von Terroristen sind, wissen wir. Das muss man hier auch sagen. Unsinn ist die Behauptung des Vorsitzenden der Fraktion der Linken, wir würden uns durch unsere Aktivitäten in Afghanistan den Terrorismus ins Land holen. Das ist absoluter Quatsch. Wir haben sowieso mit Terrorismus zu rechnen, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden uns in Deutschland damit beschäftigen müssen, dass wir Gegenstand von terroristischen Aktivitäten sein werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sind!)

Man kann nicht jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland vor solchen Anschlägen schützen. Das geht nicht. Das muss man wissen.

Wir können auch unsere Soldatinnen und Soldaten nicht vor jedem Anschlag schützen. Ich bin öfter in Afghanistan gewesen als in Amerika oder anderswo. Auch dort ist man nicht gegen Selbstmordattentäter geschützt. Wie denn auch? Das heißt, jeder Soldat und jede Soldatin, die den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan wahrnehmen, wissen, dass dadurch ihr Leben gefährdet ist. Deshalb will ich an dieser Stelle allen, die bei diesem Einsatz ihr Leben für ein gutes Ziel in Afghanistan riskieren, meinen Respekt und meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich weiß, dass am Wochenende in Berlin eine Demonstration unter der Überschrift „Raus aus Afghanistan“ stattfindet.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Am Sonnabend!)

Diejenigen, die zu dieser Demonstration gehen, sollten Folgendes wissen: Seit 2001 – ich rede über die Zeit nach den Taliban – sind 3 500 Schulen in Afghanistan errichtet worden. Die Zahl der Schüler hat sich auf 6,5 Millionen verfünffacht. Es sind 30 000 Lehrer ausgebildet worden. Allein im Jahr 2005 wurden 500 000 Mädchen erstmals zum Schulbesuch angemeldet. Allein diese Zahlen zeigen, dass unser Engagement in Afghanistan richtig ist. Die Menschen danken es uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie

des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Widerspruch der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Wie kann man so etwas ignorieren? Was würde es wohl bedeuten, wenn wir aus Afghanistan herausgingen? Was, glauben Sie, würde passieren? Glauben Sie, die Mädchen dürften in der Schule bleiben, wenn die Taliban wieder an die Macht kommen? Glauben Sie, die Schulen würden wieder geöffnet? In welcher Welt leben Sie eigentlich? Die Menschen haben ein Recht darauf, dass wir ihnen helfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der SPD-Fraktion hatten wir in der letzten Woche die afghanische Frauenministerin zu Gast, Frau Dr. Ghazanfar, die uns ihr Leben geschildert hat. Sie ist Professorin für Literatur. Sie wurde von den Taliban eingesperrt und gezwungen, im Keller ihres Hauses zu bleiben. Sechs Jahre lang durfte sie das Haus und den Keller nicht verlassen. Jetzt ist sie Frauenministerin. Allein diese Tatsache, so sagt sie, ist ein Beweis dafür, dass die internationale Hilfe dringend erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Lafontaine hat in einer ARD-Talkshow am 20. Mai 2007 gesagt:

Wir können aber niemals Terror durch Terror bekämpfen, also sollten wir dies jetzt einstellen, und

zwar unverzüglich.

Herr Kollege Lafontaine, wer Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit Terroristen gleichstellt, versündigt sich gegenüber dem, was die Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan tun. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dirk

Niebel [FDP]: Das gilt auch für die Gleichstellung mit dem Schießbefehl!)

- Das greife ich gern auf. Wer so wie Sie auftritt, der sollte sich fragen lassen, ob das, was manche Ihrer Leute zum Schießbefehl gesagt haben, wirklich zu verantworten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Kollege Bisky, Sie haben gesagt, dass es keinen Schießbefehl gab. Das ist doch wohl absurd. Dass geschossen werden musste, das weiß doch wohl jeder. Das weiß sogar ich, und ich war nicht Mitglied der Nationalen Volksarmee.

Ein Kollege der Linkspartei, Landesvorsitzender von Hessen, Altkommunist Peter Metz, hat in der Debatte über die Leugnung des SED-Schießbefehls gesagt, dass, wer wirklich etwas gegen den Schießbefehl habe, seinen Einfluss auf Minister Jung geltend machen müsse. Er hat den SED-Tötungsbefehl an der Mauer mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verglichen. Da sieht man einmal, mit welchen Leuten Sie arbeiten wollen. Er soll Ihr Spitzenkandidat in Hessen werden. Das ist unglaublich. (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich will etwas zu einem Thema sagen, das im Bundestag und in der Bundesregierung sicherlich nicht ganz unumstritten ist - ich will meine Meinung dazu aber nicht verschweigen -: dem NPD-Verbot. Das Verbotsverfahren ist auch deswegen gescheitert, weil die zuständigen Behörden, die vielen Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Verfassungsschutz, nicht wussten, wie viele V-Leute der anderen Behörden wo tätig waren. Der Senat war zu Recht verärgert darüber, dass jeden Tag eine Meldung kam: Wir haben noch einen! - Wer aber sagt, dass diese Partei verfassungswidrig ist, der muss das in Karlsruhe klären lassen, der kann nicht einfach sagen: „Die sind verfassungswidrig“, und das war es. Ich möchte nicht, dass diese Partei weiterhin 1,5 Millionen Euro vom Staat kassiert und damit ihren Kampf gegen den Staat finanziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, dass manche öffentliche Äußerung schon ausreicht, um den Verbotsantrag zu begründen, sodass man auf V-Leute nicht Bezug nehmen muss.

Natürlich werden sich die Innenminister der Länder mit dem Thema zu beschäftigen haben; aber ich bitte die Bundesregierung, den zuständigen Innenminister - viel leicht auch die Justizministerin -: Herr Kollege Schäuble, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, dass innerhalb einer Frist von einem halben

Jahr von den 16 Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz ein Bericht über diesbezügliche Erkenntnisse an das zuständige Gremium des Bundestages, das Parlamentarische Kontrollgremium, übergeben werden könnte. Dann können wir beraten, ob es Grundlagen für ein Verbotsverfahren gibt. Aber es einfach hinzunehmen, dass die NPD so weitermachen kann, bin ich nicht bereit zu akzeptieren. Das will ich klar festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch auf das Thema Föderalismusreform, das Kollege Steinbrück gestern ebenfalls angesprochen hat, eingehen. Wir haben als Große Koalition und angesichts der großen Mehrheit im Bundesrat die enorme Chance - die wird es so schnell nicht wieder geben -, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen. Kollege Oettinger und ich sind uns als Vorsitzende darin einig. Am Donnerstag und Freitag beginnen wir zu beraten. Auch die Obleute aller Fraktionen - das schließt den Kollegen Ramelow ein - sind der Meinung, dass wir eine Chance haben, etwas zu erreichen. Worum geht es? Wir wollen die Debatte über die Begrenzung der Verschuldung zu einem Ergebnis führen. Es muss klar sein, unter welchen Bedingungen die Verschuldungsgrenze erreicht ist, wie weit sich ein Staat verschulden darf. Dass Art. 115 des Grundgesetzes, den wir jetzt haben, nicht ganz geeignet ist, hat uns der Bundesrechnungshof bescheinigt; das ist auch durchgängig politische Meinung. Die weite Auslegung des Investitionsbegriffs, wie von vielen Regierungen praktiziert, geht so nicht weiter. Ich bin der Auffassung, dass wir über eine Verschuldungsgrenze à la Schweiz und andere Modelle reden müssen. Der Vorschlag vom Kollegen Oettinger und mir wird sein, die Frage „Wie begrenzen wir die Aufnahme von Schulden?“ zu klären, und zwar so rechtzeitig, dass noch in dieser Legislaturperiode in Bundestag und Bundesrat über Grundgesetzänderungen, wenn sie erforderlich sein sollten, abgestimmt werden kann.

In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage auf, ob das, was wir für den Bund regeln, auch für die Länder gelten kann. Wir müssen also mit dem Bundesrat klären, wie unsere Regelungen in die 16 Landesverfassungen übernommen werden. Ich bin sehr dafür, dass für den Bund und für die Länder die gleichen Regelungen gelten. Aber dies wird schwierig.

Ein zweites Thema - auch das hat Peer Steinbrück angesprochen - sind die Altschulden. Dass wir eine Menge Altschulden haben, hat Peer Steinbrück gesagt. Insgesamt beträgt die staatliche Gesamtverschuldung 1 500 Milliarden Euro. Aber was machen wir damit? Es gibt Debatten darüber zu versuchen, alle Länder auf den gleichen Stand zu bringen. Kollege Oettinger hat die Einrichtung eines Fonds vorgeschlagen, in den die reichen Länder einzahlen und aus dem die armen Länder Geld bekommen, wenn sie ihre Schulden abbauen: pro abgebautem Euro Schulden 1 Euro aus dem Fonds. Peter Harry Carstensen hat andere Vorschläge gemacht, auch Thilo Sarrazin. Die Frage, wie wir mit den Altschulden fertig werden, ist schwieriger. Aber wir müssen das

Thema angehen. Es ist völlig klar, dass die Schuldenlast abgebaut werden muss; der Bund muss allein 42 Milliarden Euro an Zinsen zahlen.

Das dritte Thema, das uns beschäftigt, ist die Steuerautonomie der Länder. In der Föderalismuskommission vertreten manche Länder die Auffassung: Wir wollen eine eigene Steuerautonomie. Hier stellt sich die Frage, ob Ländersteuern weiterhin vom Bund beschlossen werden müssen. Beispiel: die Erbschaftsteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

- Vorsicht! - Nehmen wir einmal an, die Länder hätten das Recht, die Erbschaftsteuer selbst zu bestimmen. Dann würde Bayern sagen: Bei uns gibt es keine Erbschaftsteuer; wir haben genug Geld.

(Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Gutes Beispiel!)

Was sagt Bremen? - Wir brauchen Erbschaftsteuer. Mit anderen Worten: Jeder, der in die Situation kommt, etwas zu vererben, geht nach Bayern. Das will ich nicht, und das geht auch überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssten dann klären - das ist eine absurde Debatte -, ob die 16 Bundesländer untereinander Doppelbesteuerungsabkommen schließen müssten. Dies zeigt schon, dass das schwierig wird.

Ich bin dafür, dass wir die Erbschaftsteuer seitens des Bundes für alle Länder gleich festlegen sollten, damit keine Ungleichheiten, kein Wettlauf „Arm gegen Reich“ stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Die Experten klatschen; das ist auch richtig. Es gibt eine gute Chance, dazu etwas zu schaffen.

Insgesamt muss ich sagen: Die Medien in Berlin berichten darüber, wer sich mit wem in welchem Haus trifft und wer mit wem essen geht. Es ist lächerlich, was für die Presse wichtig ist. Kollege Kauder und ich treffen uns sehr oft. Wenn wir immer sagen würden, dass wir uns irgendwo treffen, würde in der Zeitung stehen: Kauder und Struck treffen sich.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja! Dann wären die Seiten voll! - Gegenruf des Abg.

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Allerdings mit nichts! Mit gar nichts! - Dirk Niebel [FDP]: Genau! Denn da passiert nichts!)

Ich will klipp und klar sagen: Diese Koalition ist eine große Chance für Deutschland. Die Große Koalition muss große Aufgaben erledigen. Das hat sie teilweise schon gemacht; das ist gar keine Frage. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert - das war schwierig genug - und uns mit der Steuerpolitik beschäftigt. Aber wir haben in den nächsten zwei Jahren bis 2009 noch eine Menge zu tun.

(Dirk Niebel [FDP]: Oh ja! Da hat er allerdings recht!)

Dennoch sagen alle, die beteiligt sind - Frau Kanzlerin, ich weiß nicht, ob auch Sie das sagen; ich glaube, Ihnen geht es momentan ganz gut -: 2009 soll diese Koalition zu Ende sein. Ich muss dazusagen: nicht aus inhaltlichen Gründen. Ich jedenfalls sehe keine; denn über alle Punkte, die strittig sind, können wir diskutieren,



und wir werden Lösungen finden. Vielmehr ist es im Interesse der parlamentarischen Demokratie, wenn einer starken Regierung eine fast ebenso starke Opposition gegenübersteht. Große Koalitionen müssen in Deutschland eine Ausnahme bleiben; dafür bin ich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Sie haben ja so recht! Sie sind so klug, Herr Struck!)

- Herr Westerwelle, dass Sie gerne in die Regierung kommen würden, kann ich verstehen. Irgendwann wird es auch für Sie einmal Zeit. Dass auch Sie gerne einmal auf der Regierungsbank sitzen möchten, kann ich nachvollziehen.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU -

Jürgen Koppelin [FDP]: Genau! Aber ganz vorne! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ja! Ganz vorne!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Struck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm?

Dr. Peter Struck (SPD):

Nein, von Dehm nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will Ihnen sagen: Wir haben noch ein großes Kapitel zu erledigen, ein Kapitel, das auf einige Initiativen der Bundeskanzlerin zurückzuführen ist. Es geht um das Thema Klimaschutz. An dieser Stelle gratuliere ich Sigmar Gabriel, der heute Geburtstag hat, herzlich.

(Dirk Niebel [FDP]: Zuhören, Gabriel!)

- Ja. Kollege Gabriel, Sie müssen zuhören.

(Heiterkeit - Jürgen Koppelin [FDP]: Der bucht gerade seine nächsten Flüge!)

Das, was in Heiligendamm, dann in Brüssel und vor kurzem in Meseberg beschlossen worden ist, ist für die Bundesrepublik Deutschland ein sehr dicker Brocken. Ich weiß schon jetzt, was passieren wird, wenn wir anfangen, die entsprechenden Gesetzentwürfe zu formulieren und die Maßnahmen umzusetzen. Ich begrüße, dass die Automobilindustrie mit Matthias Wissmann an der Spitze - das ist der gute Einfluss der Politik -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein! Das ist der Einfluss der CDU!)

offenbar bereit ist, diesen Weg mitzugehen. Die Umsetzung der Klimaschutzziele der Bundesregierung ist allerdings eine sehr große Aufgabe. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass das gelingt. An der SPD-Fraktion und an Gabriel wird das nicht scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Die Klausurtagung in Meseberg war ein Erfolg. Die Bundesregierung kann sich auf die SPD-Fraktion verlassen. Wir werden diese Regierung stützen. Natürlich werden wir auch eigene Akzente setzen. Denn wir sind dafür, dass im Jahr 2009 das Gleiche passiert wie im Jahr 1969. Damals ist im Anschluss an die große Koalition ein Sozialdemokrat Bundeskanzler geworden. Dass das auch 2009 geschieht, dafür werbe ich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt hat er eine halbe Stunde gearbeitet und mit dem letzten Satz alles abgeräumt! - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Er hat so lange geredet, aber ihr von der Union klatscht noch nicht einmal alle! Los jetzt, klatschen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält das Wort der Kollege Dr. Diether Dehm.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Oh nein!)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Werter Kollege Struck, ich kann damit leben, wie schnodderig Sie mit Zwischenfragen umgehen.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Heul doch! -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau! Andere würden jetzt „Heulsuse“ sagen!)

Tun Sie aber bitte nicht so, als ob es in diesem Haus irgendjemanden gibt, der nicht mit Empörung auf den Befehl reagiert, auf unschuldige Menschen zu schießen:

nicht in meiner Fraktion und nicht in irgendeiner anderen

Fraktion des Deutschen Bundestages. Außerdem

muss ich Ihnen sagen: Es gibt eine Grenze zwischen

Texas und Mexiko, an der viel mehr Menschen erschossen

worden sind. Auch sie müssen erwähnt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mauer nicht vergessen!)

Es muss auch erwähnt werden, dass zum Befehl, auf unschuldige Menschen zu schießen, in Afghanistan hinzukommt,

dass, bevor Hochzeitsgesellschaften bombardiert

wurden, Aufklärungsfotos aus den Tornados erstellt

worden sind. - Wenn es nicht so ist, dann widersprechen

Sie der Aussage des Kollegen Lafontaine. - Deswegen

nämlich treffen sich am Samstag um 12 Uhr die Demonstranten

vor dem Roten Rathaus.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Jetzt wissen es alle!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen, Fritz Kuhn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man nach zwei Jahren - also zur Halbzeit der Legislaturperiode

- den Bundeskanzlerin-Haushalt bespricht, geht es im Kern um die Frage:

Was ist richtig gelaufen,

was muss anders laufen, und wie sieht die

politische Führung des Landes durch das Kanzleramt

aus? Dieser Frage will ich mich widmen, allen anderen

Fragen an anderer Stelle.

Wir verfallen nicht in das Schema, nur weil wir gerade

in der Opposition sind, alles, was gegenwärtig stattfindet,

schlecht zu finden und herunterzureden. Im Namen

meiner Fraktion möchte ich insbesondere sagen,

dass Deutschland von der Kanzlerin und dem Außenminister

in der Welt respektabel repräsentiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der SPD)

Ich sage nichts über einzelne Schritte der Außenpolitik,

aber viele Leute - darunter auch unsere Wählerinnen

und Wähler - denken so.

Zweitens - hören Sie genau zu! - finden wir es gut,

dass der Klimaschutz inzwischen bei den Regierungsfractionen

als Thema angekommen ist. Zu den einzelnen

Regelungen, die Sie umsetzen, werde ich nachher noch etwas sagen. Drittens ist es natürlich positiv, dass der Aufschwung da ist - eher vom Export als vom Binnenmarkt getragen -, denn dies erleichtert generell das politische Handeln.

Auf der Basis, dass es Positives gibt, erstaunt mich schon, dass Sie, Frau Merkel, mit dem Satz: „Alle Menschen haben jetzt Grund zur Zuversicht“, alle schwierigen und kritischen Fragen sowie die strukturellen Probleme unseres Landes nach dem Motto verpackt haben: „Keine Sorge, die Große Koalition wird es schon richten.“ Dies ist ein Fehler, weil die Voraussetzung guten politischen Handelns ist, gerade während einer Verbesserung der Entwicklung darauf zu achten, was strukturell eigentlich noch schlecht läuft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einige Bemerkungen zu den wichtigsten politischen Feldern machen.

Im Hinblick auf das Klima haben Sie erst einmal einiges beschlossen, was in die richtige Richtung geht. Aber Ihre Klimaschutzpolitik wird die Ziele - auch das 40-Prozent-Ziel - systematisch nicht erreichen, weil die gesetzliche Umsetzung sowie das, was Sie in Meseberg beschlossen haben, ihnen nicht hinreichend Rechnung tragen, sondern einem Slalomlauf zwischen Tabuzonen ähneln. Wir reden zwar heute nicht nur über Klimaschutz, aber ich will zwei Bereiche erwähnen.

Bei der Energieeffizienz - vorgestern hat auch die IEA dargestellt, dass der Stromverbrauch in Deutschland massiv ansteigt - sind Sie in Meseberg eindeutig zu kurz gesprungen. Für Nachtspeicheröfen gibt es kein Konzept. Auch für Elektrogeräte gibt es keinen Top-Runner-Ansatz. Die Kennzeichnung von Elektrogeräten soll nur freiwillig erfolgen, und es gibt keine Einschränkungen für den Stand-by-Betrieb. Sie vermeiden systematisch die Ordnungspolitik und setzen weiterhin auf freiwillige Vereinbarungen oder verschieben Entscheidungen, die heute getroffen werden müssten, in die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind die 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Einsparung, die Sie im Hinblick auf die Effizienz von Elektrogeräten im Haushalt im Acht-Punkte-Programm noch veranschlagt hatten, auf nur noch erreichbare 8 Millionen Tonnen zusammengeschrumpft. Dies wurde in dieser Woche im Umweltministerium auch so bilanziert. Sie springen an dieser Stelle zu kurz. Das, was Sie sonntags verbal an Klimaschutzziele formulieren, schaffen Sie werktags nicht, weil Sie sich den Lobbys - wie sie zum Beispiel Herr Glos im Parlament und in der Regierung vertritt - beugen.

Bei der Verkehrspolitik herrscht in der Regierung immer noch absolute Funkstille. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, morgen zur IAA gehen, müssen Sie dort klarmachen, dass jetzt die Stunde der Ordnungspolitik geschlagen hat und wir verbindliche Verbrauchsobergrenzen brauchen, und nicht, wie Herr Wiedeking jetzt wieder gefordert hat, eine Verschiebung von 2012 auf 2015. Wenn Sie das zulassen, wird der Verkehrsbereich keinen Beitrag zu den Klimaschutzbemühungen leisten können, und wir werden die Ziele insgesamt nicht erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in Deutschland - ich sage das mit Blick auf die IAA - müssen alle Fahrzeughersteller neben den einzelnen ökologischen Pilotprojekten in der Breite - bei den großen wie bei den kleinen Fahrzeugen - systematisch von dem hohen CO2-Ausstoß wegkommen. Dazu brauchen wir Ordnungspolitik und nicht diesen Mist der freiwilligen Vereinbarungen, der offensichtlich gescheitert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, was uns bei Ihrer Rede fast amüsiert hat, war, wie Sie in einem Sätzchen mit dem Thema Bahn umgegangen sind. Sie haben gesagt: Mit dem Börsengang der Bahn werden wir uns auch noch beschäftigen. - Erst einmal - es ist ja ein Gesetzentwurf durch das Kabinett gegangen -: Ich hoffe schon, dass Sie sich auch vorher damit beschäftigt haben. Doch der Satz in Ihrer Rede war auf die Zukunft bezogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie bisher im Kabinett beschlossen haben, ist nach unserer Überzeugung ordnungspolitischer Wahnsinn: Sie verschleudern Volksvermögen. Insgesamt sind 130 Milliarden Euro in der Bahn, insbesondere im Schienennetz und in den Bahnhöfen, investiert, Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie haben eine Privatisierung vor, bei der Sie vielleicht 8 Milliarden Euro Erlösen werden. 4 Milliarden Euro gehen an den Bund, der Rest geht an die Bahn. Sie verpflichten sich, 15 Jahre lang 2,5 Milliarden Euro in das Schienennetz zu investieren, macht 37,5 Milliarden Euro. Nach dem heutigen Stand müsste der Bund, wenn wir nach 18 Jahren wieder wirtschaftlicher Eigentümer des Netzes sein wollten, immerhin 7,5 Milliarden Euro Wertausgleich zahlen. Da fragt sich doch jeder, der nur ein bisschen rechnen kann: Was soll das Ganze? Was ist eigentlich die Begründung für diesen ordnungspolitischen Unsinn, mit dem Sie, Frau Kanzlerin, sich erst in der Zukunft beschäftigen wollen, obwohl Sie ihn schon beschlossen haben?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt nur ein Argument, warum wir die Schieneninfrastruktur aufgeben sollen: weil Herr Mehdorn Geld braucht, um als internationaler Player eine internationale Bahn AG aufzuziehen. Was wir dagegen in Deutschland brauchen, ist eine bessere Bahn, schon aus Klimaschutzgründen. Was wir in Deutschland brauchen, ist mehr Bahnbetrieb in der Fläche, auch mehr Güterverkehr auf der Schiene, damit die Straßen entlastet werden und die Leute vernünftig reisen können. Doch dann können wir nicht die Infrastruktur verschleudern, wie Sie, Frau Merkel, es offensichtlich vorhaben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Aufgabe - das ist die Führungsaufgabe einer Kanzlerin; das können Sie nicht auf einen Tiefensee, der mit diesem Thema überfordert ist, abschieben -

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

soll der Staat denn haben, wenn nicht die, die Infrastruktur, die alle brauchen, in Schuss zu halten, über sie zu verfügen? Sie darf nicht ohne Sinn und Verstand den Interessen

des Kapitalmarktes preisgegeben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, da treffen wir den Kern Ihrer politischen Überzeugung. Ich finde, dass konservativ sein heißt, dass man bewahrt, was in der Vergangenheit geschaffen worden ist, dass man es erneuert, aber eben nicht, dass man es verschleudert. Deswegen ist es gut, dass Sie sich mit diesem Thema noch einmal beschäftigen wollen.

Ich will zum Bereich Wirtschaft, Haushalt, Arbeitsmarkt kurz etwas sagen. Die Konjunktur ist gut. Sorgen machen muss, dass sie zu sehr exportgeleitet ist und am Binnenmarkt zu wenig zieht. Über die Mehrwertsteuer will ich mich nicht streiten; darüber kann man insgesamt lange reden. Sie haben gestern den Finanzminister eine Haushaltskonsolidierung feiern lassen, die wir für unambitioniert halten. Dazu haben Sie heute nichts Vernünftiges gesagt, Frau Kanzlerin. Wenn man jetzt, im Jahr 2007, sagt: „2011 kommen wir auf die Nullverschuldung“, und man hat massiv Steuern erhöht - es ist ja nicht nur die Mehrwertsteuer: da ist die Versicherungsteuer, und viele Abschreibungsmöglichkeiten wurden abgebaut -, dann kann man sich nicht als Konsolidierungsregierung feiern. Der entscheidende Punkt ist, dass Sie es nicht rechtzeitig schaffen, aus der Neuverschuldung herauszukommen, weil Sie nicht bereit sind, die notwendigen Investitionen - es gibt notwendige Investitionen - durch Subventionsabbau zu finanzieren, sondern sie aus der Konjunktur heraus schöpfen. Solange Sie dies tun, ist die ganze Nummer der Konsolidierungsregierung nicht viel wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wiederholen Sie nicht - ich meine das ernst, nicht kokett - den Fehler von Rot-Grün, die wir 2000 und 2001 eher zu wenig gespart haben und dann, als es dicke kam, versucht haben - das ist am Bundesrat immer gescheitert -, in die abnehmende Konjunktur hinein zu sparen. Dies kann nicht funktionieren. Deswegen sage ich: Politische Führung heißt, dass Sie in der Finanzpolitik mehr Vorsorge treffen für die Zeit, wenn es mit der Konjunktur wieder schlechter gehen sollte.

An Ihrer Beschönigung der Verhältnisse hat mich ein Punkt gestört. Sie haben gesagt, der Aufschwung komme bei allen an. Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen aber, dass der Aufschwung bei den Dauerarbeitslosen noch nicht ankommt. Daran können wir in diesem Hause nicht vorbeireden, nur weil es ein schwieriges Thema ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inzwischen gibt es in Deutschland 1,3 Millionen Dauerarbeitslose. In keinem anderen Land Europas außer der Slowakei hat sich die Dauerarbeitslosigkeit so verfestigt wie bei uns. Jeder zweite Arbeitslose in Deutschland ist länger als ein Jahr arbeitslos. Deswegen halte ich die Ankündigung eines neuen Programms - sozusagen Hartz Y mit einem neuen Kombilohnmodell für Zielgruppen - im Herbst für zu kurz gesprungen, wenn man die Situation bilanzieren will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten sich auch der Frage der Qualität des Aufschwungs stellen müssen.

Ich finde, dass es an der Zeit ist, Hartz IV zu bilanzieren. Wir von den Grünen stehen zu den wesentlichen Elementen, vor allem zu der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe; denn sie hat vielen Menschen - vor allem Alleinerziehenden mit Kindern - viel genützt. Das vergisst die PDS/Linke gerne, aber an dieser Stelle war die Reform richtig.

Aber das Arbeitslosengeld II ist noch nicht die Grundsicherung, von der wir gesprochen haben. Die Menschen im Land - daran können wir nicht vorbeigehen, Frau Merkel - haben nicht das Gefühl, dass sie im Falle einer länger als ein Jahr dauernden Arbeitslosigkeit durch eine solidarische Grundsicherung aufgefangen werden und gute Brücken zurück in die Erwerbsarbeit vorfinden. Der Kreis der ALG-II-Empfänger wächst, weil es keinen Mindestlohn gibt. Das ist der Grund, der die Menschen systematisch in die Angst treibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, dass Sie mit diesen Debatten nach dem Muster „Wir machen im Herbst noch etwas“ dem Grundproblem, dass die Menschen Angst davor haben, zu Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu werden, weil das Fördern nicht klappt und es keine Brücken zurück in die Erwerbsarbeit gibt, nicht gerecht werden, Frau Merkel. Ich hätte von Ihnen mehr erwartet als ein allgemeines Statement zum Aufschwung.

Beim Fachkräftemangel haben Sie recht. An dieser Stelle muss man etwas tun. Was in Meseberg beschlossen wurde, ist aber zu kurz gesprungen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn 100 000 Fachkräfte fehlen, dann müssen Sie das Zuwanderungsrecht ändern. Dann brauchen wir die Punkteregelung und müssen die Grenze beim Jahreseinkommen von Hochqualifizierten, die einwandern wollen, von 85 000 auf 40 000 Euro senken.

Beide Fraktionen der Großen Koalition fordere ich auf: Geben Sie endlich die ideologischen Vorbehalte auf, die es unmöglich machen, dass Hochqualifizierte nach Deutschland einwandern können! Denn die 100 000 Fachkräfte, die uns fehlen, bedeuten auch viele hunderttausend Arbeitsplätze für Deutsche. Insofern darf man nicht auf der ideologischen Bremse stehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP - Max

Straubinger [CDU/CSU]: Die können ja einwandern!)

Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zum Verbraucherschutz, Frau Merkel. Ich wünsche mir, dass

Sie im Kabinett besser aufpassen. Ich habe den Eindruck, dass Herr Seehofer auf alles Mögliche Bock hat, nur nicht auf Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Es gibt einen Gammelfleischskandal nach dem anderen

- alle im Wesentlichen in Bayern -, aber Sie kümmern sich nicht um die Frage, ob der Zehn-Punkte-Plan vom Herbst 2005 umgesetzt wird. Die Große Koalition funktioniert an dieser Stelle nicht, weil auch die Länder bremsen und nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen wollen.

Eine einfache wirtschaftliche Frage aus der Landwirtschaft,

um die sich Herr Seehofer nicht kümmert - vielleicht kümmern Sie sich als Kanzlerin darum -, betrifft den Ökolandbau. Im Ökolandbau sind auf der Nachfrageseite Zuwächse von 20 Prozent zu verzeichnen. Der Zuwachs der Fläche im Ökolandbau beträgt 2 Prozent. Das heißt, der Nachfragezuwachs in den Läden wird vom Ausland abgeschöpft, weil Sie seit Beginn der Großen Koalition die Umstellung auf die ökologische Landwirtschaft in den Ländern und beim Bund nicht richtig fördern. Auch in diesem Bereich könnte man den einen oder anderen Arbeitsplatz schaffen. Ich bitte Sie, sich darum zu kümmern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte, da wir über über Strukturprobleme reden, auf das Thema Gesundheit und Pflege zu sprechen kommen. Frau Merkel, ich biete Ihnen jede Wette darüber an - über den Einsatz können wir noch sprechen -, dass Sie den Gesundheitsfonds nicht zum 1. Januar 2009 einrichten werden. Darüber reden Sie schon gar nicht mehr, weil Sie es nicht gerne hören, dass Sie da Murks gemacht haben. Es glaubt doch niemand, dass Sie im Wahljahr noch einmal mit diesem Monster antreten wollen, das Sie in den ersten zwei Jahren in Ihrer Regierungszeit beschlossen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Probleme der Gesundheitsreform spielen in Ihrem Denken offensichtlich keine Rolle. Ich finde, das muss sich ändern.

Dass Sie in Ihrer Rede für die Pflegekräfte im Wesentlichen nur ein Dankeschön übrig hatten, während offenkundig ist, dass in Deutschland massive Menschenrechtsverletzungen in der Pflege alter Menschen stattfinden, ist, wie ich finde, ein bisschen dürftig. Aber das hat offensichtlich nicht in Ihr Schema gepasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wird die Regierung machen, nachdem über die Skandale in der Pflege berichtet wurde? Sie hat gesagt, es werde eine Sachverständigenkommission zur Qualitätssicherung in der Pflege geben, die erste Berichte bis zum 31. Dezember 2008 liefern werde. Erste Ergebnisse seien Mitte 2009 zu erwarten. Ich frage mich, wo die Große Koalition bei der Lösung sozialer Probleme und der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen geblieben ist, wenn sie erst 2009 mit einem Bericht zur Qualitätssicherung aufwarten will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Pflegereform quasi in einem billigen Konsens über eine Beitragserhöhung versteckt. Ansonsten haben Sie sich gegenseitig blockiert, zum Beispiel bei der Frage, welchen Beitrag die privaten Krankenkassen leisten müssen. Frau Merkel, unter Ihrer Führung ist kein Schritt zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger in Deutschland gelungen. Davon haben Sie nichts gesagt. Ein Dank an die Pflegekräfte ist für eine Bundeskanzlerin zu wenig, die sich diesem Thema stellen und widmen will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch etwas zur Außenpolitik und zum Thema Afghanistan sagen. Es ist unstrittig - hier gibt es einen Unterschied nur zur Linkspartei -, dass man das afghanische

Volk beim Aufbau, der in einer Kombination aus Sicherheit und Entwicklung erfolgt, nicht im Stich lassen darf. Wer fordert: „Raus aus Afghanistan!“, aber nicht sagt, was dort mit den Menschen passieren soll, der handelt zynisch und hat nur einen billigen innenpolitischen Erfolg im Auge, handelt aber nicht verantwortlich in Bezug auf die Menschen in diesem geschundenen Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der CDU/CSU und der SPD)

Dennoch ist die Frage relevant - sie wird zunehmend relevanter -, ob wir hier die richtige Strategie verfolgen.

Wir stehen als Fraktion zum ISAF-Mandat. Aber es reicht nicht aus, dieses Mandat zu befürworten und gleichzeitig zu sagen: OEF machen die Amerikaner. Wir glauben - durch viele Besuche im Land und Berichte vor Ort sind wir bestätigt -, dass die Art der Kriegführung, der strategische Aufbau der Luftschläge, systematisch die Glaubwürdigkeit der ISAF-Mission untergräbt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Verantwortung und müssen in der Diskussion prüfen, ob das stimmt, was ich sage, oder ob Sie mit Ihrer Behauptung recht haben, dass das ein unverzichtbarer Baustein sei.

Frau Merkel, ich kritisiere Sie dafür, dass Sie an der Stelle, wo es um die Strategie von OEF geht - das gilt auch für Ihren Kabinettsbeschluss zu Afghanistan insgesamt -, nicht systematisch die kritische Auseinandersetzung mit denjenigen suchen, die OEF so weiterführen wollen wie bisher. Auf dieser Ebene sind keine Veränderungen bekannt. Es gibt nur Veränderungen bei der NATO, was ISAF angeht. Sie sagen weder hier noch im Ausschuss, was Sie vorgetragen haben, was Sie erreicht haben und welche Strategieänderungen vorgenommen werden sollen.

Sie haben auf die Ausrufung des Verteidigungsfalls nach dem 11. 9. hingewiesen. Das ist in völkerrechtlicher Hinsicht eine schwierige Frage; denn die damalige Begründung lautete, dass der Angriff auf die Vereinigten Staaten in Afghanistan aufgrund der dort befindlichen Terrorlager, von den Taliban zugelassen und von al-Qaida betrieben, organisiert werde. Aber das geschieht heutzutage nicht in Afghanistan, sondern in vielen Regionen in der Welt, insbesondere in Pakistan. Diese Begründung können Sie also nicht mehr anführen. ISAF hat dagegen - darauf legen wir Wert - eine andere Begründung. Diese Mission dient dazu, die zivile Entwicklung und den Aufbau von Sicherheit miteinander zu verbinden. Das zeigt auch die Praxis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, wenn Sie sich hier - das haben Sie in einem Nebensatz getan - zur multilateralen Perspektive der deutschen Außenpolitik bekennen, dann müssen Sie auch da, wo unilateral entschieden wird - dies ist bei OEF im Unterschied zu ISAF der Fall -, ganz deutlich sagen, welche Wünsche diejenigen haben, die insgesamt ein multilaterales Vorgehen gegen den Terrorismus für richtig und gut halten und dieses begrüßen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten hier im Haus intensiv darüber diskutieren.

Ich komme zum Schluss, weil meine Redezeit abgelaufen ist. Ich will Folgendes sagen, Frau Merkel: Vielleicht muss man als Bundeskanzlerin in der Aufschwungphase die Lage irgendwie positiv darstellen.

Das ist logisch. Selbst wir sagen nicht, dass alles mies ist. Aber Sie haben es versäumt - das ist ein Element politischer Führung -, hart und klar auf die Strukturprobleme dieses Landes hinzuweisen und Vorschläge zu machen, wie Sie sie beheben wollen, und Sie haben in Ihrer smoothen Rede darüber hinweggesehen. Das war zu wenig für die politische Führung, die wir von Ihnen eigentlich verlangen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Deutschland hat - dies zeigt der Bundeshaushalt, der jetzt eingebracht wird und der ein Zwischenbericht und ein Ausblick auf die kommenden zwei Jahre dieser Großen Koalition ist - nach einer längeren schwierigen Phase wirtschaftlich wieder Tritt gefasst. Dies ist eine große Gemeinschaftsleistung, eine Leistung, die auf dem beruht, was in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün richtig gemacht worden ist und woran wir beteiligt waren. Lieber Kollege Struck, wir als Union haben kein Problem damit, die richtigen Punkte der Agenda 2010 zu vertreten, aber Sie in der SPD müssen dafür sorgen, dass man sich zu dem Richtigen bekennt. Dort liegt das Problem, nicht bei uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir erleben, dass in Deutschland wieder aus eigener Kraft Wachstum geschaffen werden kann. Das durchschnittliche Wachstum in den Jahren 2006 bis 2008 wird viermal höher sein als in den drei Jahren zuvor. Dies beruht - das ist das Bemerkenswerte - nicht allein auf dem Export, vielmehr ist der Beitrag der Binnenwirtschaft zum Wachstum im Jahr 2006 zum ersten Mal seit längerem wieder größer gewesen als der Beitrag der Außenwirtschaft, und zwar vor allem wegen kräftiger privater Investitionen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diesen Kurs gilt es weiterzusteuern. Deshalb sagen wir in der Regierung und in den Koalitionsfraktionen: Aufschwung stärken, jeder muss mitgenommen werden. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die Bundeskanzlerin hat uns gesagt, wie viele zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Ich kann nur denjenigen von ganz links außen sagen: Jeder von diesen Hunderttausenden bzw. von der 1 Million Menschen, die in der Regierungszeit der Großen Koalition einen Arbeitsplatz bekommen haben, hat am Aufschwung teilgenommen, hat neue Perspektiven und neue Chancen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Kollege Lafontaine, es lohnt sich eigentlich nicht, sich mit Ihren Aussagen auseinanderzusetzen, aber eines muss ich schon klar sagen: Ich habe Ihre Reden in den letzten zwei Jahren gehört und mitbekommen, wie Sie polemisiert und gegen alle Perspektiven, die wir aufgezeigt haben, angeheult haben. Jetzt bringen Sie es nicht einmal fertig - der Kollege Kuhn bringt es fertig! -, zu akzeptieren, dass Ihre Prognosen zu hundert Prozent danebengelegt haben, dass wir neue Perspektiven für die Menschen geschaffen haben. Ausschlaggebend dafür war nicht Ihr Gerede, sondern das Handeln der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn ich mir die PISA-Ergebnisse anschau, bin ich hundertprozentig sicher: Wenn wieder jemand durch Deutschland fährt und sich dieses Land anschaut, wenn er vor allem sieht, was wir in Technologie, Wissenschaft und Forschung vorhaben, dann wird er wieder zu dem Ergebnis kommen, dass Deutschland das Land der Dichter und Denker ist. Ich kann nur hoffen, Herr Kollege Lafontaine, dass er nicht auf Sie trifft; denn dann könnte das Urteil anders ausfallen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der auf Wachstum und Stärkung des Aufschwungs ausgerichtete Kurs - der Aufschwung muss bei jedem ankommen - ist in der nächsten Zeit das zentrale Thema in der Großen Koalition. Ich bin sicher, dass diese Große Koalition da noch eine ganze Menge leisten kann. Deswegen, lieber Kollege Struck, haben wir allen Grund, zu sagen: Diese Große Koalition ist stark genug, die Aufgaben, die vor ihr liegen, zu erfüllen. Daher rate ich dazu, jetzt nicht mit irgendwelchen Spekulationen über das, was nach 2009 ist, zu kommen. Die Menschen sollen nicht den Eindruck haben, dass wir entsprechend unseren Machtperspektiven diskutieren. Ich will den Menschen vielmehr zurufen: Uns geht es darum, Ihre Lebenschancen zu verbessern. Wir schauen jetzt nicht auf 2009, sondern wir schauen auf das, was wir im Jahr 2008 für unser Land und für die Menschen in diesem Land bewegen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was 2009 anbelangt, lieber Kollege Struck, haben wir diametrale, also völlig entgegengesetzte Auffassungen über die Kanzlerschaft. Ich bin mir sicher, dass wir gute Voraussetzungen dafür schaffen können, dass die erfolgreiche Arbeit für unser Land unter einer erfolgreichen Kanzlerin auch 2009 fortgeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Worum geht es in der nächsten Zeit? Aufschwung stärken; jeder muss davon profitieren. Ein großer Teil hat schon davon profitiert. In unseren Veranstaltungen spüren wir es doch. Noch vor einem Jahr war die Sorge der Menschen groß, ihre Arbeit zu verlieren. Sie hatten Angst, Verluste zu erleiden. Das hat sich geändert. In vielen Branchen haben wir sogar schon einen Fachkräftemangel. Die Menschen spüren doch, dass ihre Arbeitsplätze sicherer geworden sind. Aber wir ruhen uns darauf nicht aus.

Eine der Voraussetzungen für das Anhalten dieser Entwicklung ist natürlich, dass der Haushalt weiter konsolidiert wird. Deswegen müssen wir den Sparkurs klar und deutlich fortsetzen. Dabei unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesfinanzminister. Wir haben klar gesagt - das wird in dem Haushalt deutlich -: Der größte Teil der Steuermehreinnahmen wird zur Haushaltskonsolidierung verwandt. Da zu sagen: „Da ist nichts erreicht worden“, ist blanker Unsinn. Noch im Jahr 2005 gab es ein strukturelles Defizit von 60 Milliarden Euro. In diesem Haushalt ist eine Nettoneuverschuldung von 13 Milliarden Euro vorgesehen. Wir haben also viel erreicht. Wir sind noch nicht über den Berg. Wir müssen mit unseren Reformanstrengungen weitermachen. Aber wir können auch sagen: Wir haben konsolidiert, und damit sind wir auf dem Weg zu politischer Stabilität in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In einigen weiteren Punkten werden wir Menschen unterstützen - da stimme ich dem Kollegen Struck zu -, beispielsweise durch eine BAföG-Erhöhung. Um dem Finanzminister entgegenzukommen, soll die 10-prozentige BAföG-Erhöhung in zwei Stufen vonstatten gehen. Dies ist in Ordnung. Eine solche BAföG-Erhöhung wäre schon ein großer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich verweise auf die Aufgaben der Bundeswehr. Ich werde den Vorschlag unserer Haushälter, den Wehrsold um 2 Euro pro Tag zu erhöhen, unterstützen. Diese Erhöhung wäre eine schöne Anerkennung der Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden unseren erfolgreichen Kurs fortsetzen, die Menschen entlasten und dabei helfen, Arbeitsplätze aufzubauen. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung gesagt hat: Wir wollen den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 3,9 Prozent senken. - Wir in der Unionsfraktion sehen aber weiteren Spielraum. Wir müssen alles tun, was möglich ist. Wir hoffen deshalb, dass das Ziel, das wir haben, nämlich einen Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 Prozent festzulegen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch erreichbar ist, und bitten die Bundesregierung dabei um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen leichter, noch leichter in Arbeit kommen, und wollen deshalb die Vermittlungsarbeit stärken. Dazu gehört für uns, dass wir die große Zahl von Instrumenten in der Arbeitsmarktpolitik - sie ist fast unübersichtlich - überprüfen und reduzieren, um die Vermittlung einfacher zu machen, damit sie schneller funktioniert. Wir freuen uns darüber, dass die Bundesregierung in Meseberg eine solche Überprüfung beschlossen hat. Aus über 80 Instrumenten sollen maximal 10 werden. Das wäre eine große Vereinfachung und würde die Arbeit erleichtern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen Wirtschaft fördern, auch dort, wo im Augenblick

ein kleiner Durchhänger vorhanden ist. Wir sehen, dass im privaten Wohnungs- und Einfamilienhausbau zurzeit eine Art Stillstand eingetreten ist. Wir meinen, dass wir da etwas tun sollten.

(Rainer Brüderle [FDP] und Jürgen Koppelin [FDP]: Mehrwertsteuererhöhung!)

- Wir meinen, dass wir da etwas tun sollten, nicht mit solchem Gerede, sondern mit klaren Botschaften.

Was erwarten die meisten Menschen? Sie erwarten, dass Wohnungseigentum eine sichere Grundlage auch für die Altersvorsorge ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, müssen wir in der Großen Koalition das Thema „Wohnungseigentum in staatlich geförderter Altersvorsorge“ jetzt zu einem guten Abschluss bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt im sogenannten ländlichen Raum. Im ländlichen Raum findet ein Großteil der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes statt. Im ländlichen Raum ist ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze aufgebaut worden, weil dort der Mittelstand stark vertreten ist. Deswegen ist es richtig, dass wir den Mittelstand fördern.

(Otto Fricke [FDP]: Wo denn?)

Aber Mittelstandsförderung findet nicht nur über den Arbeitsmarkt, über die Unternehmensteuer und über die Erbschaftsteuer - das sind alles wichtige Punkte - statt, sondern Mittelstandsförderung findet natürlich auch über Entwicklungsmöglichkeiten statt.

Wir sind für Umweltschutz. Wir sind für Naturschutz. Wir haben deshalb natürlich die FFH-Richtlinie - die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - umgesetzt. Aber wir brauchen in unseren ländlichen Räumen auch Entwicklungschancen. Es darf nicht nur die Ballungsgebiete geben.

Nicht nur diese dürfen immer fetter werden. Wir brauchen die ländlichen Räume. Deswegen sage ich Ihnen:

Wenn der europäische Vertrag schon voll in Kraft wäre, müssten wir eine Subsidiaritätskontrolle mit Subsidiaritätsklage hinsichtlich der sogenannten Bodenschutzrichtlinie erreichen. Mit der Bodenschutzrichtlinie, die Europa plant, geht Europa ganz klar über seine Möglichkeiten hinaus. Deswegen bitten wir die Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht.

Das ist nicht die Aufgabe Europas. Das ist eine nationale Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben das Ziel, die Wirtschaft zu stärken, um Chancen für die Menschen zu schaffen. Daneben wollen wir natürlich auch, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und der Zusammenhalt der Generationen erhalten bleiben. Für die junge Generation haben wir Möglichkeiten geschaffen, eine Altersvorsorge aufzubauen. Aber wir kümmern uns auch um die ältere Generation.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie ist das mit der Pflegeversicherung?)

Deswegen haben wir dafür gesorgt, dass es in der Pflegeversicherung neue Möglichkeiten gibt, beispielsweise für eine Gruppe von Menschen, die für die Familien eine große Herausforderung bedeuten, nämlich für

die Demenzkranken; auch sie erhalten Leistungen aus der Pflegeversicherung. Wir haben die Leistungen für diejenigen verbessert, die zu Hause ambulant betreuen und pflegen. Aber selbst wenn die Ergebnisse, wie die Studien zeigen, in der letzten Zeit besser geworden sind, kann es uns nicht ruhen lassen, wenn auch heute noch jeder dritte oder vierte ältere Mensch in den Pflegeheimen nicht sachgerecht gepflegt wird. Das dürfen wir nicht zulassen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen, Frau Schmidt, bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar, wenn Sie sagen, dass wir auf diesem Gebiet zu mehr Kontrollen kommen müssen.

Eines zeigt die Wirklichkeit aber auch: Allein mit Bürokratie, mit Überprüfungen, mit Pflichten zur Dokumentation sind wir nicht weitergekommen. Es reicht nicht, Dokumentationen zu überprüfen; vielmehr müssen wir auf die Menschen schauen. Das muss das Ergebnis der Überprüfungen in der Pflege sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Bei einem wichtigen Thema, das sowohl unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Arbeit und Chancen als auch unter dem des Zusammenhalts von Menschen, von Generationen bedeutsam ist, haben wir miteinander einen wichtigen Schritt getan, nämlich in der Familienpolitik. In diesem Bereich hat die Große Koalition einen großen Schritt getan, indem sie gesagt hat: Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf maßgeblich fördern. Natürlich sehen wir, dass bei der Ganztagsbetreuung von Kindern unter drei Jahren ein erheblicher Bedarf besteht. Unabhängig davon, ob der Bund zuständig ist oder nicht, war es eine Notwendigkeit und daher richtig, zu sagen: Jawohl, wir machen da etwas. - Wir erwarten jetzt von Ländern und Kommunen, dass sie ebenfalls sehr schnell ihren Beitrag zusagen, damit der Aufbau stattfinden kann.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Diese Betreuung ist wichtig. Wir stehen für Wahlfreiheit. Wir wollen nicht, dass der Staat Familien vorschreibt, wie sie zu leben haben. Weil wir Wahlfreiheit wollen, wollen wir jetzt, dass die Ganztagsbetreuung aufgebaut wird. Aber ich sage auch in aller Klarheit: Die große Mehrzahl der Familien erzieht und betreut ihre Kleinkinder zu Hause, und auch dies hat unseren ganzen Respekt verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über den Zusammenhalt der Gesellschaft sprechen, lieber Kollege Struck, so gehört dazu auch, dass wir nicht zulassen, dass Rechtsextremismus unsere Gesellschaft durcheinandertreibt. So sehr ich dafür Verständnis habe, dass man über ein NPD-Verbot reden kann, so kann ich nur empfehlen, weniger darüber zu reden, aber intern zu prüfen, wie groß die Erfolgchancen sind. Ein zweites Debakel vor dem Bundesverfassungsgericht wäre eine Katastrophe. Deswegen sind vorschnelle Diskussionen, dass man dies betreiben müsse, mit mir nicht zu machen. Erst muss man prüfen und sich vergewissern, ob es geht, um es dann zu tun, aber man

darf nicht leichthin „man sollte“ sagen. Das ist in dieser Situation einfach brandgefährlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Afghanistan ist von der Bundeskanzlerin eigentlich alles gesagt worden. Wir stehen zu den drei Mandaten, weil wir wissen, dass sie notwendig sind, weil wir in der Union gelernt haben, dass Menschenrechte nicht teilbar sind, Herr Lafontaine. Jeder weiß, was passieren würde, wenn wir uns aus Afghanistan zurückzögen. Wir haben noch Bilder aus Vietnam in unseren Köpfen und davon, was dort alles passiert ist. Das haben die Menschen nicht verdient. Was heute hier über die Frauen und Mädchen in den Schulen gesagt worden ist, stimmt alles. Deswegen werden wir als eine Partei, die für Menschenrechte eintritt, in unserem Engagement nicht nachlassen. Wenn es darum geht, Menschenrechte zu verteidigen, dann darf uns Afghanistan nicht egal sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört natürlich auch die Bekämpfung des Terrors. Darin sind wir uns einig. Terrorbekämpfung findet auch in Afghanistan statt. Der Terror ist aber mittlerweile bei uns in Deutschland angekommen. Wolfgang Schäuble hat es immer wieder formuliert. Wir haben deshalb aus gutem Grund neue Kompetenzen bei der Terrorbekämpfung auf den Bund übertragen. Dazu muss jetzt ein BKA-Gesetz gemacht werden. Das Bundeskriminalamt muss die zur Terrorbekämpfung notwendigen Instrumente an die Hand bekommen. Dazu gehört nach meiner Auffassung und der meiner Fraktion auch die Onlinedurchsuchung in einem ganz klaren rechtlichen Rahmen: Ohne Richter geht nichts, aber mit Richter muss die Onlinedurchsuchung auch in eng begrenzten Fällen möglich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Struck, wir haben uns gestern nicht einigen können. Wir bleiben aber im Gespräch.

Die Große Koalition muss auf die wirklich dramatische Sicherheitslage die richtige Antwort finden, damit die Menschen wissen: Sie können sich auf uns auch in dieser schwierigen Situation verlassen. Deswegen rate ich dringend dazu, dass wir als Gesetzgeber – auf uns kommt es ja an – nicht ein schlecht gemachtes Gesetz in einem Bundesland zur Benchmark unserer Entscheidungen machen und nicht sagen: Wir warten einmal darauf, bis in Karlsruhe etwas geschieht. – Nicht Karlsruhe trägt die Verantwortung für die innere Sicherheit, sondern der Deutsche Bundestag und insbesondere diese Große Koalition. Ich hoffe, dass wir hier sehr bald zu Ergebnissen kommen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese Große Koalition hat ein schweres Stück Arbeit hinter sich, vor allem, wenn man bedenkt, dass es in den Jahren 2005 und 2006 gar nicht so einfach war, zusammenzufinden. Ich meine, dass wir eine wirklich gute Arbeit gemacht haben. Die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Ergebnisse

sollten und müssen Grundlage für das, was jetzt kommt, sein. Da haben wir noch einiges Schwere vor uns. Es wird sich zeigen müssen, ob wir das miteinander hinbekommen. Ich bin überzeugt, Peter Struck, dass wir das miteinander hinbekommen, Opposition hin oder her. Auf die Opposition kommt es bei der Lösung der Probleme jetzt nämlich nicht an, sondern auf uns kommt es an: bei der Erbschaftsteuer und vielen anderen Fragen, die anstehen.

Ich sage deshalb an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und an die Menschen in unserem Land draußen an den Bildschirmen gerichtet: Diese Große Koalition denkt in erster Linie daran, was wir tun können, um das Land voranzubringen und den Menschen zu helfen, und blickt nur aus einem ganz kleinen Augenwinkel auf das Jahr 2009. Jetzt geht es darum, zu handeln und das Land voranzubringen. Man kann sich darauf verlassen: Diese Große Koalition unter der Führung von Angela Merkel - den SPD-Teil der Regierung möchte ich natürlich nicht verschweigen - hat Kraft genug, dieses Land weiter auf Erfolgskurs zu führen - im Interesse der Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -  
Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion,  
Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
So wie Herr Kollege Kauder Bilanz gezogen hat über die ersten zwei Jahre dieser Regierung - wir werden sehen, wie viele denen noch folgen werden; jedenfalls ist klar, dass mindestens die Hälfte der größten anzunehmenden Amtszeit dieser Koalition herum ist -, so wollen auch wir Bilanz ziehen. Ich möchte mit dem beginnen, was uns in diesem Hause verbindet.

Frau Bundeskanzlerin, Herr Außenminister, Sie haben in diesen ersten zwei Jahren wirklich große außenpolitische Herausforderungen meistern müssen. Das waren in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft und die G-8-Präsidentschaft. Wir möchten ausdrücklich anerkennen, dass die Regierung Merkel/Steinmeier in der Außen- und Europapolitik klug und überzeugend gearbeitet hat. Wir sind froh darüber, dass diese Regierung auch Irrtümer der früheren rot-grünen Regierung korrigiert hat. Wir begrüßen, dass sie das transatlantische Verhältnis wieder ins Lot gebracht hat. Wir finden es richtig, dass diese Regierung, anders als die Regierung Schröder/Fischer, beim Thema Menschenrechte, übrigens auch in Moskau, wieder den aufrechten Gang pflegt. Wir erkennen das an.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns darüber einig sein, dass damit die außenpolitischen Aufgaben dieser Regierung und, sofern es um Sicherheitsfragen geht, des Deutschen Bundestages nicht abschließend behandelt sind. Wir haben noch außenpolitische

Aufgaben vor uns. Ich will zwei Bemerkungen machen und dann etwas Grundsätzlicheres sagen. Wir wissen, dass in Deutschland immer noch, gewissermaßen als Überbleibsel des Kalten Krieges, amerikanische atomare Waffen stationiert sind. Wir fordern auch von dieser Stelle aus die Regierung auf, in Gesprächen mit unseren Verbündeten auf den vollständigen Abzug dieser atomaren Waffen hinzuwirken.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Atomwaffen könnten von ihrer Reichweite her nur unsere unmittelbaren Nachbarn, die mit uns in einer Europäischen Union verbunden sind, treffen. Es ist höchste Zeit, dass diese Waffen abgezogen werden.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich ist es aus unserer Sicht nach wie vor erforderlich, dass Sie fortsetzen, was Sie begonnen haben:

Die Raketenstationierungspläne im Rahmen der sogenannten Raketenabwehr in Tschechien und Polen dürfen nicht nur als Angelegenheit der NATO, insbesondere nicht nur als Angelegenheit von Prag, Warschau und Washington, behandelt werden, sondern müssen als gesamteuropäisches Anliegen angegangen werden. Wir

Europäer haben kein Interesse daran, dass auf dem europäischen Kontinent, gewissermaßen vor der Haustür Deutschlands, ein neuer Rüstungswettlauf beginnt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas zu dem Afghanistan-Einsatz sagen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sehr klare Worte gefunden. Man hat spüren können, dass diese Worte in Wahrheit nicht an die Opposition gerichtet waren; bei dieser Frage gibt es, jedenfalls in weiten Teilen, eine große Übereinstimmung in diesem Hause. Sie haben Ihr klares Bekenntnis zur Fortsetzung des militärischen Engagements in Afghanistan in Wahrheit vor allen Dingen an die eigenen Reihen gerichtet, an die Damen und Herren der Unions- und der SPD-Fraktion, insbesondere der SPD-Fraktion. Wir hatten ursprünglich vor, in der Frage der Afghanistan-Politik im Oktober im Rahmen einer großen Debatte hier über alle drei Mandate zu entscheiden. Es ist ein trauriges Ergebnis, dass, weil die SPD sich selbst nicht einig ist, bei einer so fundamentalen Frage unserer nationalen Sicherheit jetzt ein zerstrittener SPD-Parteitag abgewartet werden muss, bevor dieses Hohe Haus entscheiden kann. Führungskraft sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das ist Demokratie!)

- Sie rufen, das sei Demokratie. Aber dieser Deutsche Bundestag hat kein imperatives Mandat. In Fragen unseres Friedens und unserer Sicherheit, in Fragen des Afghanistan-Einsatzes erfüllen Sie bitte nicht, quasi als ausführendes Organ, das, was Parteitage beschließen! Sie sind Ihrem Gewissen verpflichtet, wenn es in diesem Hohen Hause um Krieg und Frieden geht, und nichts anderes steht hier zur Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)



Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass wir als FDP-Fraktion nahezu geschlossen - es wird immer abweichende Meinungen geben; das wirft ja auch niemand irgendjemandem vor

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

- natürlich nicht; aber es ist notwendig, dass wir zu einer Entscheidung kommen - unterstützen, dass das Engagement, auch Deutschlands, in Afghanistan fortgesetzt wird.

Man liest gelegentlich, nichts sei gewonnen, nichts sei gelungen, alles sei verloren. Herr Kollege Kauder, Ihr Vergleich mit Vietnam, den Sie soeben gezogen haben, ist in meinen Augen sehr unzutreffend. Denn im Falle Vietnams ging es um eine Konfrontation von Blöcken. Hier geht es darum, dass eine friedliche Völkergemeinschaft gemeinsam den Terrorismus besiegen will. Das ist ein fundamentaler Unterschied; der historische Vergleich passt in keiner Weise.

(Beifall bei der FDP)

Umgekehrt muss denjenigen, die schreiben, es sei nichts gewonnen, von dieser Stelle aus noch einmal gesagt werden: In Afghanistan werden keine Menschen mehr aufgehängt, weil sie Fußball spielen. Frauen werden nicht mehr unterdrückt. Frauen, die vergewaltigt worden sind, werden nicht mehr gesteinigt, nach dem Motto: selber schuld. Die Menschen werden nicht mehr an Kränen hochgezogen, möglichst langsam, damit der Weg zum Tod besonders qualvoll ist.

Das sind in Wahrheit die Bilder und die Dinge, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Wer heute behauptet, in Afghanistan sei nichts gewonnen, alles sei verloren, der vergisst, wie viele menschliche Schicksale unter den Taliban grausam zu Ende gekommen sind.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bleiben wir dabei: Das ist ein humanitärer Auftrag der Menschlichkeit, der hier notwendig ist; er muss militärisch geschützt werden. Kein Entwicklungshelfer könnte in Afghanistan wirken und arbeiten, wenn es nicht den Schutz der Soldaten gäbe. Sie alle wären längst umgebracht worden; das gilt gerade für die westlichen Entwicklungshelfer.

In diesem Zusammenhang sage ich aber eines ganz klar - Herr Verteidigungsminister, ich halte es für notwendig, dass Sie das in Ihren Gesprächen ausdrücklich zum Thema machen -: Wir verbitten uns die wiederholten öffentlichen Belehrungen des NATO-Generalsekretärs.

Der Deutsche Bundestag ist nicht ausführendes Organ des Generalsekretärs der NATO. Es ist ja wohl noch so, dass er ein Angestellter der NATO ist und wir nicht seine Befehlsempfänger sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das muss klar zum Ausdruck gebracht werden.

Frau Bundeskanzlerin, so wie die Regierung in der Außen- und Europapolitik eine überwiegend erfolgreiche Bilanz vorweisen kann, so ist es erstaunlich, dass Sie

sich in der Innenpolitik von dem, was Sie einmal in Ihrer ersten Regierungserklärung als Motto Ihrer Regierungsarbeit ausgegeben haben, vollständig verabschiedet haben. Die erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Hohen Hause hatte die Überschrift: Mehr Freiheit wagen. Zwei Jahre später stehen Sie zur Bilanz an diesem Pult, und das Motto „Mehr Freiheit wagen“ kommt nicht einmal mehr als rhetorische Floskel bei Ihnen vor, geschweige denn, es würde mit Inhalt gefüllt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist aus unserer Sicht ein Kardinalfehler dieser Regierung. Beide Koalitionsfraktionen haben sich in Wahrheit von dem verabschiedet, was ihnen mittlerweile peinlich ist. Die SPD verabschiedet sich unter Schmerzen und lautem Getöse von der Agenda 2010. Die Union verabschiedet sich von den Beschlüssen ihres Leipziger Reformparteitages, leise, aber leider auch konsequent. Beides sind historische Fehler.

Man kann noch verstehen, dass Sie sagen, der Aufschwung in Deutschland komme von Ihrer Politik; wenn Sie das ernsthaft glauben, dann hat Deutschland wirklich ein Problem.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Ihre ganzen guten Zahlen sind das Ergebnis einer fabelhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung. Statt sich mit fremden Federn zu schmücken, müsste sich Deutschland die Frage stellen: Wie kann es eigentlich sein, dass die Weltwirtschaft seit vier Jahren wächst und der Aufschwung erst jetzt in Deutschland ankommt?

(Beifall bei der FDP)

Die Zeitverzögerung zeigt uns doch, dass wir strukturell immer noch nicht richtig aufgestellt sind. Sie haben hier die Erfolgsbilanz vorgetragen. Sie haben in Ihrer Rede ausdrücklich gesagt: Erst einmal war es die Regierung, dann waren es die arbeitenden Menschen. Das ist eine interessante Reihenfolge. Die Art, wie Sie das hier vortragen, zeugt von einem interessanten Selbstverständnis. Der entscheidende Punkt ist: Sie sagen, das sei Ihr Aufschwung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat keiner gesagt, Herr Kollege Westerwelle! Sie widerlegen eine nicht gemachte Behauptung!)

Ich persönlich habe da ein Déjà-vu: Bundeskanzler Schröder 1999/2000. Das war genau dasselbe. Heute streiten Sie sich darüber, ob es ein Schröder-Aufschwung oder ein Merkel-Aufschwung ist. Damals war Herr Schröder frisch im Amt, und schon war es sein Aufschwung. Das ist besonders gefährlich, gerade in einer heiklen weltwirtschaftlichen Situation; wenn das nämlich Ihr Aufschwung ist, Frau Merkel, dann ist der nächste Abschwung auch Ihr Abschwung. Der nächste Abschwung kommt bestimmt. Es wäre besser, wir würden jetzt strukturelle Reformen durchsetzen, damit uns der nächste Abschwung nicht doppelt hart trifft.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind immer noch nicht gut aufgestellt. Wir sind aus der konjunkturellen Krise heraus; aus der strukturellen Krise sind wir es noch lange nicht.

Sie haben nicht mehr Freiheit gewagt. Vielmehr haben

Sie, Frau Bundeskanzlerin, mit Ihrer Bundesregierung in Wahrheit mehr Unfreiheit über die Menschen gebracht, und zwar schon allein, was das persönliche Verfügen der Bürgerinnen und Bürger über ihr Einkommen angeht. Sie verantworten die größte Steuererhöhung in der Geschichte dieser Republik. Noch keine Regierung vorher hat eine so hohe Steuererhöhung beschlossen: Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag, Eigenheimzulage und vieles mehr.

Durch Ihre Politik steigen die Rentenbeiträge, die Beiträge zur Krankenversicherung und die Beiträge zur Pflegeversicherung. Mit anderen Worten: Eine vierköpfige Familie in Deutschland wird in diesem Jahr im Durchschnitt um 1 400 Euro mehr belastet als im Jahr zuvor.

(Dirk Niebel [FDP]: Pfui!)

Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der Deutschen das Gefühl hat, der Aufschwung gehe an ihnen vorbei. Sie müssen endlich einmal diejenigen entlasten, die dieses Land tragen, die den Karren ziehen. Sie reden über Heuschrecken und über Unterschichten. Aber denken Sie doch einmal an die Mitte dieses Landes, die als Leistungsträger überhaupt erst dafür sorgt, dass dieser ganze Wohlstand einschließlich der sozialen Gerechtigkeit erwirtschaftet werden kann. Auch diese Menschen müssen einmal etwas vom Aufschwung haben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Lafontaine, intellektuell hat Ihre Rede – das muss Ihnen jetzt nicht peinlich sein – mit den Reden der Damen und Herren der Regierungsfractionen eines gemeinsam: Sie alle setzen soziale Gerechtigkeit mit staatlicher Umverteilung gleich. Für Sie wächst die soziale Gerechtigkeit eines Landes, wenn die Umverteilung durch den Staat wächst.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Nein!)

Deswegen sieht der Haushalt auch so aus. Noch niemals in der Geschichte hat es einen Haushalt mit derart hohen Steuereinnahmen gegeben. Übrigens wird immer mehr in den Sozialstaat hineingezahlt, obgleich die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Trotzdem kommt bei den tatsächlich Bedürftigen weniger an. Dass die Kinderarmut wächst, obwohl die Ausgaben für den Sozialstaat steigen, zeigt doch eines: Soziale Gerechtigkeit hängt vor allen Dingen von der Treffsicherheit der Maßnahmen und nicht von dem Umverteilungsquotienten in dieser Republik ab.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Lafontaine, ich kann verstehen, dass Sie dem nicht zustimmen wollen. Es würde mich andererseits auch einigermaßen schockieren. Wenn Sie die Frage stellen: „Wer ist Deutschland?“, so rufe ich Ihnen zu: Auch Sie, Herr Lafontaine, sind Deutschland.

(Zuruf von der CDU/CSU: Kuba!)

Das ist manchmal schwierig, aber auch Sie sind Deutschland. – Übrigens nicht Kuba, Herr Lafontaine. Kuba ist es nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben nicht mehr Freiheit gewagt, wenn es um die Lebenslage unserer

Bürgerinnen und Bürger geht. Sie haben die Steuern erhöht, die Beiträge steigen, und das nennen Sie Reform. Da ist es kein Wunder, dass das Wort Reform allmählich zu einem Angstbegriff in der Bevölkerung wird. Mehr Freiheit wagen bedeutet aber zu Beginn dieser mutmaßlich zweiten Hälfte der Legislaturperiode leider auch eine erhebliche Diskussion über den Abbau von Bürgerrechten in Deutschland. Onlinedurchsuchungen von privaten Computern, bis hin zu der Tatsache, dass der Bundesinnenminister öffentlich über die Unschuldsvermutung diskutiert, das öffentliche Erörtern des Tötens auf Verdacht, all das hat in diesen Monaten stattgefunden. Von einem Verfassungsminister erwarten wir etwas anderes.

Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen - denn auch Sie haben den Protest in Ihren eigenen Reihen gehört -, es gebe keine Denkverbote, so ist das in meinen Augen ein seltsames Amtsverständnis. Sie tun so, als ob der Innenminister ein Philosoph wäre, der ein paar Steine ins Wasser werfen könnte, und anschließend darf er sich an den Wellen ergötzen. Von einem Innenminister erwarten wir, dass er Freiheit und Sicherheit sieht. Man kann die Freiheit der Bürger nicht schützen, indem man sie aufgibt, meine Damen und Herren. Das ist ein kardinales Missverständnis, das bei Ihnen vorherrscht. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen dramatischen Abbau von Bürgerrechten zu verzeichnen. Mich wundert, dass das in dieser Debatte überhaupt kein Thema mehr ist. Stichwort gläserner Bankkunde: Das Bankgeheimnis ist faktisch aufgehoben; man muss es so sagen. Wir erleben, dass der gläserne Patient vorbereitet wird. Die Datenschützer haben sich eindeutig geäußert. Jetzt gibt es auch noch den gläsernen Steuerbürger. Früher hieß es: Von der Wiege bis zur Bahre Formulare, Formulare. Wenn das, was Sie beschlossen haben, Realität wird, dass nämlich die Daten des Steuerzahlers auch noch 20 Jahre nach dem Tod gespeichert werden sollen, dann heißt es: Von der Wiege bis zur Bahre plus 20 Jahre Formulare, Formulare. Das ist es, worüber wir reden. All das ist nicht „mehr Freiheit wagen“. Das ist in Wahrheit mehr Unfreiheit. Unter Freiheit verstehen wir nicht die Freiheit von Politikern, hier ihren Lieblingsprojekten nachgehen zu können. Unter Freiheit verstehen wir die real existierende Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, und zwar einschließlich der sozialen Freiheit vor Not. Aus unserer Sicht ist das völlig klar.

(Beifall bei der FDP)

Mehr Freiheit wagen müsste heute bedeuten, Forschung und neue Technologien zu unterstützen. Darauf gehen Sie aber gar nicht mehr ein. Das ist für eine Naturwissenschaftlerin erstaunlich. Ich weiß ja, dass Sie das anders sehen. Aber so, wie Sie beim Thema Afghanistan mit Ihrer Meinung nicht hinter dem Berg halten, könnten Sie doch auch einmal beim Thema neue Technologien die Meinungsführerschaft übernehmen. Gerade als Naturwissenschaftlerin könnten Sie etwas mehr den Verstand

einschalten.

(Beifall bei der FDP)

Die Bio- und Gentechnologie werden weiter abgewickelt. Das Gentechnikgesetz könnte genauso gut von Frau Künast geschrieben worden sein. Es steht jetzt nur Seehofer darunter.

(Dirk Niebel [FDP]: Die sehen sich auch immer ähnlicher!)

Es hat sich substanziell nichts geändert.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Jetzt wird es ungenau!)

Das wollte ich zu den neuen Technologien sagen. Ich kann diesen Bereich leider nur streifen. Auch Sie kennen das Problem mit der kurzen Redezeit.

Wir bedauern, dass bei der Kernkraft in Wahrheit Stellvertreterdiskussionen stattfinden. Ich möchte einmal zitieren, was der alte Bundeswirtschaftsminister - so alt ist er noch gar nicht; jedenfalls ist er sehr jung im Kopf -, Wolfgang Clement, in diesem Monat geschrieben hat:

Dessen ungeachtet betreibt die Bundesregierung, namentlich der Umweltminister, einen in Europa einmaligen Kreuzzug gegen die heimischen Energieunternehmen und eine beispiellose Verteufelungskampagne gegen die Nutzung der Kernenergie.

Er fügte übrigens hinzu:

Die gelernte Physikerin im Kanzleramt jedenfalls lässt die Dinge ... treiben.

Präsident Putin hat in Australien Uranverträge abgeschlossen und kündigt an, er baut zu Hause 30 neue Kernkraftwerke. China will bis zum Jahre 2020 jedes Jahr ein Kernkraftwerk bauen. Frankreich fordert uns auf, endlich von unserem Ausstiegskurs Abschied zu nehmen, weil es dem Klimaschutz dient. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen führt, dann ist es schlichtweg Geisterfahre, dass Sie nur noch eines in der Energiepolitik im Schilde führen, nämlich diese Erfolgstechnologie in Deutschland abzuwickeln. Wir brauchen beides: regenerative Energien - ja, dafür sind wir - und die friedliche Nutzung der Kernenergie, auf die wir im Interesse des Umweltschutzes und der Wirtschaft nicht verzichten können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich geht es um die Frage, ob wir in Deutschland denn wirklich die Kurve gekriegt haben oder ob wir sie noch kriegen müssen. Sie sprechen von der Transparenz der Finanzmärkte; es ist vernünftig, dass Sie dieses Thema ansprechen. Sie sollten aber nicht so tun, als sei es damit getan, ein paar Regeln vorzuschlagen, und das Thema sei damit auf internationaler Ebene erledigt. Das ist unsachlich. Wenn Sie zu Recht anmahnen, dass die internationalen Finanzmärkte im Sinne von größerer Transparenz kontrolliert werden müssen - es wird Sie wundern, aber Sie hätten uns auf Ihrer Seite -, dann sage ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie dort anfangen müssen, wo Ihre eigene Regierung etwas zu sagen hat, nämlich bei den Staatsbanken, die im Augenblick auf den Finanzmärkten ein heilloses Durcheinander zulasten des deutschen Mittelstandes anrichten.

(Beifall bei der FDP)

KfW, IKB und Sachsen LB sind die Stichworte, die Sie alle kennen. Wer über Finanztransparenz spricht, sollte also erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Da, wo Sie Macht haben, müssen Sie sie einsetzen. Das tut der Finanzminister bedauerlicherweise nicht.

(Beifall bei der FDP)

Man kann festhalten, dass Sie in diesem Bundeshaushalt im Grunde genommen eine weitere Umverteilungspolitik beschließen. Sie steigern die Einnahmen über höhere Steuern und machen trotzdem noch Schulden. Das widerlegt übrigens auch Ihre These, es sei eine solide Finanzpolitik. Die junge Generation kann sich nur grausen, wenn sie sieht, dass die Steuern steigen und trotzdem noch mehr Schulden gemacht werden. Der Finanzminister sagt, er gibt uns einen aus, wenn es schon im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt gibt. Er sagt das nur, weil er weiß, dass er dann nicht mehr Finanzminister ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wir wollen es umgekehrt machen: Herr Steinbrück, wir geben Ihnen einen aus, wenn Sie es in dieser Legislaturperiode noch angehen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Mit etwas mehr Ehrgeiz könnten Sie es schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie schaffen es aber nicht, weil die Devise dieser Regierung lautet: Bekommt ein schwarzer Minister mehr Geld, muss auch ein roter Minister mehr Geld bekommen. Das genau ist der Grund, warum es in Deutschland falsch läuft. Die Zeche zahlen die Bürger, weil die Steuern steigen. Der Staat hat nicht zu wenig Geld, er hat genug Geld. Er verplempert es aber in Bereichen, aus denen er sich besser raushalten sollte. Das ist das eigentliche Problem in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP)

Das haben wir alles schon einmal gehabt: Hans im Glück! Peer im Glück! Wir wissen, wie es kam: Die UMTS-Lizenzen wurden versteigert, und 100 Milliarden Mark kamen rein. Die Strukturen wurden aber nicht verändert, und ein Jahr später hatten wir 5 Millionen Arbeitslose und die Staatsfinanzen waren völlig kaputt. Man müsste jetzt die gute Chance nutzen, jetzt die gute Konjunktur nutzen, um die für Deutschland wichtigen Hausaufgaben zu erledigen, damit wir, wenn es schlechter läuft, vorgesorgt haben, damit auch dann noch die Staatsfinanzen stimmen, damit auch dann noch Arbeitsplätze geschaffen werden, damit auch dann noch investiert wird.

Deswegen ist Ihr Beitrag zur Diskussion über die Erbschaftsteuer nur als rückwärtsgewandt zu bezeichnen. Österreich, Frankreich, alle zeigen uns, wie es geht. Sie schaffen die Erbschaftsteuer faktisch ab, und wir haben nicht einmal den Mut, die Verantwortung für die Erbschaftsteuer denen zu übertragen, die die Steuereinnahmen erhalten, nämlich den Ländern. Wo ist eigentlich Ihr föderales Bewusstsein, Männer und Frauen des Deutschen Bundestages?

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen: 2011 ausgeglichener Haushalt. Es gibt eine

einfache Regel: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Denn wer weiß, wie die Konjunktur im Jahr 2011 aussehen wird? Das ist zwar alles wohlfeil, aus unserer Sicht ist die Richtung aber falsch. Es ist schon verrückt, wofür diese Regierung Geld hat. Wir geben China und Indien Entwicklungshilfe, nennen es nur nicht mehr so. Syrien – ausgerechnet Syrien – werden auf der Reise der Entwicklungshilfeministerin mal eben 44 Millionen Euro zugesagt. Die Steinkohlesubventionen steigen, werden nicht etwa abgebaut.

Die Subventionen insgesamt steigen. Denken Sie an die Wirtschaftszuwendungen! Auch sie werden nicht abgebaut. Der allergrößte Hammer ist, dass Sie sogar bei den Investitionen Ihren Aufgaben nicht nachkommen. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass eine schwarz-rote Regierung für Investitionen in den Straßenbau weniger ausgibt als eine rot-grüne zum Schluss ihrer Amtszeit. (Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Sofort.

Dagegen geben Sie viel Geld für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus. Das ist wohl wahr. Da steigern Sie die Ausgaben. Allein im Auswärtigen Amt steigt die Zahl der Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von 45 auf 113. Und da rätselt die Presse noch, wer Kanzlerkandidat wird. Sie brauchen sich doch nur den Haushalt anzusehen. Sie müssen nur schauen, wo Pressesprecher eingestellt werden, dann wissen Sie schon Bescheid. Fragen Sie mich doch! Ich sage es Ihnen doch. (Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Auch der Kollege Struck hat gesagt, dass es darum geht, ab 2009 einen sozialdemokratischen Kanzler zu haben.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ich bitte darum!)

Ab sofort wartet Deutschland nur noch gespannt auf die Antwort auf die Frage: Wer soll es denn werden?

(Dr. Peter Struck [SPD]: Kann ich Ihnen sagen, Herr Westerwelle!)

Wir würden es an dieser Stelle gerne einmal hören. Dann können wir weiterreden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle!

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ein letzter Satz, bitte, Herr Präsident.

Es ist, wie es immer ist.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Schau'n wir mal!)

Das Erstaunliche aber ist, dass es bei Ihnen schon nach zwei Jahren so ist. Die Große Koalition ist zwar eine Zwangsehe, aber schon nach zwei Jahren geht es SPD und Union in dieser Regierung wie einem alten Ehepaar: Sie werden sich immer ähnlicher. Es ist ihnen Gott sei Dank noch peinlich.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Olaf Scholz von der SPD-Fraktion.

Olaf Scholz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung:

Es ist heute schon mehrfach über die Frage gesprochen worden, wie wir mit rechtsextremistischen Entwicklungen in diesem Lande umgehen und was wir gegen das Wirken der NPD tun können, dagegen, dass eine Partei mit öffentlichen Geldern rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten kann und die Organisationsstrukturen für rechtsextremistische Tätigkeiten liefert. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat heute gesagt, was uns alle gemeinsam bewegt: Wir müssen eine gute Untersuchung haben. Die Ämter für Verfassungsschutz in den Ländern und das Bundesamt sollen in den nächsten sechs Monaten einen Bericht vorlegen, aus dem wir ersehen können, was für verfassungswidrige und verfassungsfeindliche Aktivitäten die NPD betreibt, ohne dass auf nachrichtendienstliche Quellen zurückgegriffen werden muss. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat gesagt, das könne er sich gut vorstellen. Ich bin dafür, dass wir schnell zu einer Vereinbarung über ein solches Vorgehen der Innenminister in Bund und Ländern kommen. (Beifall bei der SPD)

Herr Westerwelle hat zum Thema Afghanistan angemerkt, dass hier ein gewisses Durcheinander herrsche. Das kann ich nicht wahrnehmen. Allerdings sind ein paar Informationen, die er als Ausgang seiner Bemerkungen genannt hat, falsch. Es handelt sich um die Information, dass wir alle hier uns verabredet hätten, im Herbst alle drei Mandate auf einmal zu verlängern. Ich war an einer solchen Verabredung nicht beteiligt. Ich kenne auch niemanden, der solch eine Verabredung getroffen hat. Es ist vielmehr umgekehrt. Wir haben gesagt: Dann, wenn diese Mandate auslaufen und ihre Verlängerung ansteht, soll auch darüber entschieden werden. Das ist genau der Weg, den man mit großer Besonnenheit für die Zukunft dieses Einsatzes gehen muss. Wir müssen alles dann entscheiden, wenn es an der Zeit ist, und nicht dann, wenn irgendjemand es auf den Terminplan setzt.

(Beifall bei der SPD)

Große Debatten zu diesem Thema hat es übrigens auch außerhalb dieses Hauses gegeben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich sehr sorgfältig vorbereitet. Wir haben vor der Sommerpause in mehreren langen Sitzungen darüber diskutiert. Viele unserer Abgeordneten - und nicht nur diejenigen, die in den zuständigen Ausschüssen Mitglied sind - sind nach Afghanistan gefahren und haben sich dort ein eigenes Bild verschafft. Wir haben jetzt auch noch mit Vertretern der afghanischen Regierung diskutiert. Das war für uns alle sehr beeindruckend. Deshalb sind wir auf die Anträge der Bundesregierung gut vorbereitet. Wir sind auch sicher, dass es vernünftig ist, diesen Anträgen zuzustimmen. Das ist jedenfalls die Meinung der Führung der Fraktion der SPD und der Bundesregierung. Ich glaube, dass es auch so kommen wird, wenn die Entscheidungen jeweils anstehen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Westerwelle, es macht keinen Sinn, von Führungsunsicherheit zu sprechen, wenn man selber zum Beispiel in der Frage UNIFIL ein großes Durcheinander organisiert hat. Ich jedenfalls erinnere mich an eine Äußerung



von Herrn Niebel, der gesagt hat, die FDP wolle dem Mandat zustimmen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie erinnern sich falsch!)

Dann erinnere ich mich an Aufrufe aus China von Herrn Hoyer, dass das alles so nicht gehen kann. Jetzt ist es wieder so, dass Sie sich diesem Mandat nicht unterstützend zur Seite stellen können. Das ist ein bisschen symptomatisch.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Durcheinander!)

Denn es ist so: Einerseits wollen Sie zeigen, dass Sie eine vernünftige außenpolitische Linie haben. Andererseits suchen Sie kleine Punkte, bei denen Sie zeigen können, dass Sie auch anderer Meinung sind. Ich finde, das ist nicht führungsstark, sondern ein Durcheinander. Sie sollten das in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sanieren, Reformieren und Investieren und dabei die Lasten gerecht auf die Schultern verteilen - das ist das Motto des Koalitionsvertrages. Sanieren, Reformieren und Investieren und dabei die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen - das ist auch das Thema der Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten seit 1998. Wenn im nächsten Jahr die Sozialdemokratische Partei die Regierung dieses Landes seit zehn Jahren getragen haben wird, wird man die große Konstanz der sozialdemokratischen Bemühungen feststellen. An der Stelle hat Herr Westerwelle recht: Was die Kanzlerin heute gesagt hat, hätte sie auf dem Leipziger Parteitag als CDU-Vorsitzende nicht gesagt; aber heute hat sie recht. Das finden wir Sozialdemokraten in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sanierend, reformierend und investierend

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und abkassierend!)

Ist es uns gelungen, unser Land wieder zukunftsfähig zu machen. Ich finde, dass man das feststellen darf und muss, auch wenn man gleichzeitig erkennen kann, dass ein großer Teil unserer Menschen von dieser besseren Entwicklung noch nichts mitbekommen hat. Es ist absurd, eine Rede zu führen, die lautet: Alles ist gut. Aber es ist genauso absurd, eine Rede zu führen, die lautet: Alles ist schlecht. Keinem, der eine solche Rede hält, kann man irgendetwas glauben. Kein Bürger und keine Bürgerin kann auf einen Politiker, der so ein undifferenziertes Zeug erzählt, setzen. Die große Zahl der Bürger wird das auch nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich ist es unsere gemeinsame Aufgabe, unsere Erfolge zu beschreiben, weil sie der Ansporn für die nächste Zeit sind, und gleichzeitig zu sagen, dass noch etwas zu tun ist, damit alle Menschen in diesem Lande am Aufschwung teilhaben können. Aufschwung für alle, auch das ist eine sozialdemokratische Forderung, die viele andere jetzt übernommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu unserer Tätigkeit seit 1998 gehört, dass wir die Haushalte strukturell konsolidiert haben und damit die Grundlage dafür geschaffen haben, dass der Staat seine Aufgaben im Interesse unseres

Gemeinwesens auch in Zukunft erfüllen kann. Ich glaube, wir sollten bei dieser Haltung bleiben. Deshalb begrüße ich sehr, dass sich im Rahmen der Beratungen der Föderalismuskommission unter dem Stichwort Schuldenbremse offenbar ein Konsens abzeichnet.

(Joachim Poß [SPD]: Ja!)

Ich bin übrigens dafür, dass wir dieses Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode in Angriff nehmen. Wenn wir einen geeigneten Weg finden, sollte der Beschluss, den wir dann fassen, auch für die nächste Legislaturperiode gelten. Denn das würde dazu führen, dass manche Pläne im Hinblick auf den nächsten Bundestagswahlkampf, über die schon jetzt berichtet wurde, gleich wieder in den Schredder wandern könnten.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja, das stimmt!)

All die Versprechungen von Steuersenkungen, die von dem einen oder anderen gemacht worden sind, passen nicht zur öffentlichen Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse. Ich glaube, dass in manch einer Parteizentrale - das sage ich insbesondere mit Blick auf unseren Koalitionspartner - neue Pläne erarbeitet werden müssten, wenn wir im Rahmen der Föderalismusreform beschließen, eine Schuldenbremse einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger würden dann allerdings einen fairen Wahlkampf erleben. Denn jeder von uns wüsste: Es erwischt ihn, wenn er den Mund zu voll nimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben die sozialen Sicherungssysteme saniert. Wir haben dafür gesorgt, dass die Höhe der Einnahmen und die Höhe der Ausgaben wieder zusammenpassen und dass die Beitragssätze, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Unternehmen gelten, zwar hoch sind - keine Frage -, aber doch so erträglich, dass sie bereit sind, bei diesen Schritten mitzumachen, und dass die Leistungen, die davon finanziert werden, so vernünftig sind, dass man sich auf den Sozialstaat in diesem Lande verlassen kann.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Wir haben - auch das gehört zu den Reformen - die Arbeitsvermittlung reformiert. Recht haben all die, die sagen: Deutschland hat vor allem deshalb ein Problem, weil es so viele Menschen gibt, die lange Zeit arbeitslos sind. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass wir es als unsere wichtigste Aufgabe ansehen, die Bundesagentur für Arbeit zur am besten funktionierenden öffentlichen Institution zu machen, die den Menschen zur Seite steht und ihnen durch die Arbeitsvermittlung hilft, dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu entrinnen.

Zur Politik, die seit 1998 gemacht wurde, gehört unter der Überschrift „Sanieren, Reformieren, Investieren“ auch, dass wir die Betreuung der Kinder verbessert und den Ländern und Gemeinden beim Aufbau des Systems der Kinderbetreuung geholfen haben. Das ist die Grundlage für die Situation, in der wir uns heute befinden.

Mir ist wichtig, zu betonen, dass wir dabei so vorgegangen sind, wie es auch Unternehmen, die in einer wirtschaftlichen Krise sind, tun. Ein Unternehmen, das in einer wirtschaftlich schwierigen Situation ist, muss saniert werden; es muss neu aufgestellt werden - auf unserem

Feld heißt das, dass es Reformen geben muss -, und es muss in die Zukunft investieren, damit es auch dann gut funktioniert. Genau das haben wir in Bezug auf unser Land geschafft. Bei einem Unternehmen, das seine Sanierung erfolgreich bewältigt hat, spricht man davon, dass ein Turnaround stattgefunden hat. Ziel von Sanierungen, Neuaufstellungen und Investitionen ist die Umkehr ins Positive, von einer Situation des Abschwungs in eine Situation des Aufschwungs. Das ist auch uns gelungen. Heute können wir berichten: Der Turnaround ist geschafft.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr wahr!)

Am wichtigsten ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass noch mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden. Es ist aber auch wichtig, dass der Sozialstaat wieder eine Zukunft hat. Die Menschen können sich auf die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Unfallversicherung wieder verlassen. Das hat übrigens auch politische Folgen - diesen politischen Turnaround vermag wahrscheinlich niemand so recht zu ermessen -: Plötzlich will die FDP neosozial sein.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja! - Joachim Poß

[SPD]: Nach ihren heutigen Reden wohl nicht

mehr! - Jürgen Koppelin [FDP]: Na, na! -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt hör' aber auf!)

Das wird schon irgendwie funktionieren. Unser Koalitionspartner möchte herausfinden, inwieweit „konservativ“ und „sozial“ zusammenpassen. Die Grünen bleiben ungefähr bei dem, was sie mit uns gemeinsam begonnen haben. Die sogenannte Linke sagt immer nur mehr, mehr, mehr.

Wenn man das aber alles zusammenfasst, stellt man fest: Es hat doch eine Änderung des Zeitgeistes gegeben. Während die Meinungsführer der Republik vor wenigen Jahren noch gesagt haben, der Sozialstaat habe keine Perspektive und man solle ihn abbauen, ist diese Meinung heute nicht mehr vorherrschend. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir sind in einer schwierigen Phase. Politisch ist nämlich das, was wohl für jedes Unternehmen gilt, nicht so selbstverständlich. Während ein Manager, der für sein Unternehmen einen Sanierungsplan entwickelt und durchsetzt, vorher den Moment beschreiben muss, in dem der Turnaround gelingen soll, und nachher stolz über ihn berichten darf, ist ein Politiker, der einen Turnaround ankündigt oder als geschafft vermeldet, in der politischen Gefahr, ins Abseits zu geraten. Denn Reformen zu sein verkommt doch - wenn man die politische Szene beobachtet - bei dem einen oder anderen immer mehr zu einem Ritual, bei dem man sich so gibt, als fordere man eine scharfe Reform. Aber tatsächlich ist das doch völlig unvernünftig.

Wenn wir uns auf den Weg machen, auch mit schwierigen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der Sozialstaat, auch der Sozialversicherungsstaat, wieder funktioniert, dann müssen und dürfen wir den Menschen auch sagen, dass der Turnaround gelungen ist und es jetzt um den

Ausbau von Maßnahmen geht. Deshalb hat der Parteivorsitzende der SPD völlig recht, wenn er sagt, die Zeit der Zumutungen sei vorbei. Das eine gehört zum anderen und bildet damit eine Einheit. Wir Sozialdemokraten haben es zustande gebracht, dass wir jetzt wieder über den Ausbau von Maßnahmen und Investitionen in die Zukunft, die wir benötigen, diskutieren können.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens passt das Programm von Meseberg gut dazu. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir in dieser Haushaltsdebatte noch ein paar Minuten darauf verwenden, das zu bedenken. Unserer Ansicht nach muss zum Beispiel dafür gesorgt werden, dass Menschen, die hart arbeiten und wenig verdienen, nicht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Wir brauchen weitere Branchen, die in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Nach der Bauwirtschaft und den Gebäudereinigern sollen das in diesem Herbst noch die Erbringer von Postdienstleistungen sein sowie alle diejenigen, die sich bis zum Frühjahr nächsten Jahres melden. Das wird Millionen Menschen, die es heute schwer haben, ein besseres Leben beschere. Es ist eine vernünftige Politik, die wir in diesem Zusammenhang entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Mindestarbeitsbedingungen und den Erwerbstätigenzuschlag. Mit großer Freude habe ich festgestellt, dass diese Idee, die wir vorangebracht haben, nicht nur in Meseberg eine Rolle gespielt hat, sondern jetzt auch von unserem Koalitionspartner auf seiner Klausurtagung am Wochenende unter einem ähnlichen Namen für gut befunden wurde. Es wird also gelingen, weitere Fortschritte zu machen. Das ist nicht nur gut für die Parteien, sondern vor allem für die Menschen, um die es geht; sie haben es bitter nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Wir investieren in die Zukunft, indem wir etwas für die Bildung tun. Darum wollen wir, dass die Menschen besser ausgebildet werden, sodass wir den Fachkräftemangel reduzieren können. Auch die Altbewerber wollen wir auf dem Berufsausbildungsmarkt besser unterstützen. Ferner müssen wir etwas für die Kinder tun, indem wir denjenigen Eltern helfen, die ihre Kinder in einer Einrichtung unterbringen wollen, in der sie nicht einfach abgestellt werden, sondern beste Betreuung bekommen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2013 ist ein großer politischer Fortschritt, der die Kultur des Zusammenlebens in unserem Lande wahrscheinlich mehr bewegen wird, als mancher sich angesichts dieser Formalie auszudenken vermag.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet, dass unser Land endlich zu den anderen Ländern Europas aufschließt, in denen es selbstverständlich ist, dass das, was die Eltern sich für ihre Kinder wünschen, zur Verfügung steht. Es wäre ein großer Erfolg, wenn wir das schaffen.

Wenn in dieser Großen Koalition vollendet werden kann, was wir 1998 begonnen haben, wäre das ein großer Themen- und Paradigmenwechsel in dieser Republik, der nicht alle Tage gelingt. Davon kann man als Erfolg

berichten.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Max Straubinger von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir, die Bundesregierung und natürlich die sie tragenden Fraktionen, können heute Bilanz ziehen. Es ist schon vielfältig angesprochen worden: Der Aufschwung in Deutschland hat sich verstetigt, es geht aufwärts in Deutschland. Damit werden die Zukunftschancen der Menschen natürlich besonders befördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies wird mit der Einbringung des Bundeshaushalts deutlich, mit dem wir unter dem Motto „Sanieren, Reformieren, Investieren“ in den verschiedensten Bereichen die Grundlagen für ein zukunftsfähiges Deutschland legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich ist die Einbringung des Haushalts für die Oppositionsparteien Anlass, in einzelnen Bereichen Kritik zu üben. Doch ich wende mich dagegen, dass den Menschen Zerrbilder gezeichnet werden, wie es heute wieder die linken Oppositionsfraktionen getan haben, insbesondere die Fraktion Die Linke, vor allen Dingen im Bereich der Sozialpolitik. Aber auch die FDP hat, was die Wirtschaft angeht, ein Zerrbild gezeichnet: Der Aufschwung in Deutschland rührt nicht von einem weltwirtschaftlichen Aufschwung her, sondern daher, dass die Bundesregierung seit ihrem Antritt die Wachstumskräfte mit den verschiedensten Programmen gestärkt hat: mit dem 25-Milliarden-Euro-Programm von Genshagen, durch verbesserte Abschreibungsbedingungen der Betriebe – Stichwort „degressive Abschreibung“ –; durch die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und dergleichen mehr. Das hat zum Aufschwung in Deutschland beigetragen und damit auch zu mehr Arbeitsplätzen in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Linke hat das kleingeredet, hat behauptet, wir hätten prekäre Arbeitsverhältnisse in Deutschland.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die haben wir!)

Sie hat kritisiert, dass wir 1-Euro-Jobs haben, dass wir Minijobs haben. Doch gerade wir als Union sind stolz darauf, dass wir die Möglichkeit der Minijobs geschaffen haben, weil diese für die Menschen in Deutschland eine Chance sind, wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie alle diese Arbeitsplätze nicht haben wollen, dann berauben Sie die Menschen in Deutschland ihrer Chancen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Jetzt, zwei Jahre nach Regierungsantritt, haben wir in einigen Bereichen einen Fachkräftemangel. Darüber

hinaus gibt es an mancher Stelle sogar einen Arbeitskräftemangel: Erst letzten Freitag hat mich ein Unternehmer angerufen, er braucht für seinen Betrieb unbedingt Arbeitskräfte, und zwar für leichte Tätigkeiten wie das Einpacken von Osterhasen bzw. Nikoläusen. Er findet keine Arbeitskräfte. Gut, ich komme aus einer Region, in der die Arbeitslosigkeit bei 3,7 Prozent liegt - auch ein Erfolg dieser Bundesregierung. So ist die Lage sicherlich nicht in allen Gegenden. Ich wünsche aber allen in unserem Land, dass sich die Aufschwungkkräfte so durchsetzen. Doch wenn, wie der Unternehmer berichtet hat, 31 Personen angeschrieben werden und sich 27 bei ihm überhaupt nicht melden, dann muss man darüber nachdenken, ob unsere Instrumentarien funktionieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Allerdings!)

Wir haben morgen Gelegenheit, uns darüber auszutauschen. Ein Zweites: Wir werden in dieser Großen Koalition, die sehr erfolgreich arbeitet, in der es bei einzelnen Themen natürlich unterschiedliche Ansichten gibt, intensiv über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, über den Mindestlohn und über Gesetze, die die Arbeitsbedingungen umfassen, diskutieren. Ich bitte aber, auch hier die Scheuklappen abzunehmen und auf die Realität einzugehen. In Freyung in Niederbayern hatten wir im Winter 1984 eine Arbeitslosigkeit von 42 Prozent. Jetzt haben wir eine Arbeitslosigkeit von 6 Prozent. Niederbayern hätte - davon bin ich überzeugt -, wäre unter den damaligen Gegebenheiten der hohen Verdienste im Ruhrgebiet, in Westdeutschland ein gesetzlicher Mindestlohn verordnet worden, den Aufstieg nicht so geschafft, wie wir ihn in der Zusammenarbeit mit den Menschen hier in Deutschland geschafft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch dies muss uns zu denken geben. Bei allem, was wir zukünftig an gesetzlichen Initiativen ergreifen, muss gelten: Sie müssen den Menschen dienen und die Chancen der Menschen vermehren. Sicherlich werden wir die Änderungswünsche, die die Fraktionen noch in einzelnen Bereichen haben werden, in diesem Bundeshaushalt berücksichtigen.

Was die Familienpolitik angeht, wollen wir den Eltern in unserem Land Wahlfreiheit ermöglichen. Wir haben das Elterngeld eingeführt und sind auch für einen Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz. Notwendig ist aber gleichermaßen ein Betreuungsgeld für diejenigen, die keine staatlichen Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Dieser Bundeshaushalt bietet die Grundlage dafür, den starken Aufschwungkkräften in Deutschland zukünftig wieder mehr Raum zu geben. Deshalb bitte ich alle in diesem Hause: Lassen Sie uns intensiv zusammenarbeiten, um die Zukunftsfähigkeit unseres schönen Landes zu stärken. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaas Hübner von der SPD-Fraktion.

Klaas Hübner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stimme meinem Vorredner ausdrücklich zu: Der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung hat auch etwas damit zu tun, dass wir – übrigens schon unter Gerhard Schröder – eine Reformpolitik eingeleitet haben, die erfolgreich war. Ich bin froh, dass wir auch in der Großen Koalition das, was wir unter Rot-Grün begonnen und als Agenda 2010 bezeichnet haben, konsequent fortsetzen.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wahr ist auch, dass der Aufschwung nicht allein durch die Politik bewirkt wurde. Wir wissen durchaus, dass die Unternehmen und insbesondere die Arbeitnehmer einen starken Beitrag dazu geleistet haben. Die Unternehmen haben sich in der Zeit der Stagnation so gut aufgestellt und so stark erneuert, dass sie die neuen Exportmöglichkeiten sofort wahrnehmen konnten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren durch eine sehr moderate Lohnpolitik mit dazu beigetragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestiegen ist. An der Stelle muss man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften dafür danken, dass sie daran mitgewirkt haben, dass Deutschland wirtschaftlich wieder an Stärke gewinnt. Ich bin froh, dass wir das tun. Wir haben gemeinsam vor, eine Form der Mitarbeiterbeteiligung zu finden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmungen beteiligen zu können. Wir haben das Vorhaben Deutschlandfonds genannt. Sie haben eine ähnliche Vorstellung. Ich bin sehr froh, dass es sich die Bundesregierung und die Große Koalition auf die Fahne geschrieben haben, die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Unternehmenserfolgen umzusetzen und voranzutreiben.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dass Politik durchaus wirtschaftliche Kräfte mobilisieren kann, zeigt sich auch, wenn wir Bilanz ziehen, was seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern passiert ist. Dort ist eine sehr große gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Leistung vollbracht worden. Wir haben in den neuen Bundesländern in kurzer Zeit die Infrastruktur neu geschaffen und die Wirtschaftskraft neu belebt. Dafür gibt es, wie ich glaube, in der europäischen Geschichte kein Beispiel. Es ist eine sehr starke Leistung, mit der die Politik bewiesen hat, dass man mit Entschlossenheit etwas voranbringen kann. Ich weiß, dass manche Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern manchmal etwas neidisch auf die vielen neuen Häuser und Straßen im Osten sind. Ich warne aber vor Neid. Im Gegenteil: Wir sollten stolz darauf sein. Es wäre doch ein Skandal gewesen, wenn das ausgegebene Geld nicht so gut investiert worden wäre.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam stolz auf diese gesamtgesellschaftliche Leistung sein, die wir dort vollbracht haben.

Es ist auch richtig, dass wir angefangen haben, den

Osten besonders zu fördern, weil in einem Wettbewerb der Regionen derjenige, der wie bei einem Wettlauf erst nach den anderen starten kann, unausgleichbare Nachteile hat. Dafür mussten wir einen Ausgleich finden.

Deswegen mussten wir eine Sonderförderung für die neuen Bundesländer einführen, damit sie die Chance haben, im Wettbewerb der Regionen zu bestehen.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir den von uns beschlossenen Solidarpakt unangetastet lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Solidarpakt degressiv ausgestaltet ist. Das heißt, ab dem Jahre 2009 werden die Zahlungen aus dem Solidarpakt an die neuen Bundesländer nicht wie im Moment ein wenig, sondern massiv zurückgehen. 2019 enden sie. Verschiedentlich wird schon jetzt eine Diskussion über fast alle Parteigrenzen hinweg darüber geführt, ob die Zahlungen noch früher eingestellt werden sollten. Wenn das geschieht, tun Sie den Finanzministern in den neuen Bundesländern keinen Gefallen; denn es sind gerade die neuen Bundesländer, die erkannt haben, wie schwierig ihre Lage ist. Wir haben es dort mit Haushalten zu tun – das kennen wir weder im Westen noch im Bund –, deren Umfang bis zum Jahre 2019 um 25 Prozent abnehmen wird. Ein Land wie Sachsen-Anhalt, das heute einen Etat von 10 Milliarden Euro hat, wird 2019 wegen der ausbleibenden Zahlungen aus dem Solidarpakt wahrscheinlich nur noch über 7,5 Milliarden Euro verfügen.

Vor diesem Hintergrund sind alle neuen Bundesländer dabei, ihre Haushalte zu konsolidieren, nicht nur für ausgeglichene Haushalte zu sorgen, sondern sogar Überschüsse zu erwirtschaften, um die Schulden abzubauen; denn sie wissen genau, dass ihnen die gewaltigen Zinslasten, die sie momentan zu tragen haben, später jede Möglichkeit aktiver politischer Gestaltung zunichte machen würden. Wir sollten daher keine Debatte über ein vorzeitiges Ende des Solidarpaktes führen, sondern die Finanzminister jeder Couleur in den neuen Bundesländern in ihren Bemühungen unterstützen. Die Zahlungen 2019 einzustellen, ist richtig. Sie dürfen aber nicht vorher enden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mir ist natürlich durchaus klar, dass viele Programme, die sich in den neuen Bundesländern bewährt haben, auch in den alten Bundesländern anzuwenden sind. Wir haben begonnen, dort, wo es sinnvoll ist, Programme für die alten Bundesländer zu öffnen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Gemeinschaftsaufgabe Ost, in die wir den Westen einbezogen haben. Das war richtig. Das ist in meinen Augen die zielgenaueste Wirtschaftsförderung, die wir betreiben können; denn dort werden gezielt Investitionen gefördert, wo Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sollten alles daran setzen, diese Förderung aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage an die Adresse der Bundesregierung: Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen GA-Mittel entgegen



dem Regierungsentwurf um 50 Millionen Euro angehoben. Herr Glos hat dies im nun vorliegenden Regierungsentwurf leider nicht fortgeschrieben. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Niveau gehalten worden wäre. Ich hoffe aber - ich habe Vertrauen in die Haushälter -, dass wir hier zumindest eine Korrektur im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt auch für den Stadtumbau Ost. Wir hatten große Schwierigkeiten, weil die Städte Ostdeutschlands unter einer starken Entvölkerung zu leiden hatten. Auch dieses Programm haben wir mittlerweile für Städte in Westdeutschland geöffnet - Stichwort Stadtumbau West -, weil diese vor ähnlichen Problemen stehen.

Uns ist vollkommen bewusst, dass wir nach 2019 nicht mehr über eine Ostförderung oder eine Westförderung reden werden, sondern dass wir über die Förderung strukturschwacher Regionen reden müssen, damit solche Regionen möglichst schnell Anschluss an strukturstarke Regionen finden. Das gilt für Gesamtdeutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund sage ich an die Adresse der Bildungsministerin: Es ist sehr lobenswert, was wir im Bereich Forschung und Entwicklung machen, auch im Hinblick auf die Exzellenzinitiative. Wir müssen aber bei den Ausschreibungsbedingungen aufpassen, dass wir nicht nur Geld dorthin fließen lassen, wo bereits gewaltige Stärken da sind. Vielmehr müssen wir diese Mittel dazu nutzen, schwachen Regionen eine Chance und einen Impuls zu geben, aus eigener Kraft zu wachsen und sich mit neuen Produkten auf neuen Märkten zu etablieren. Hier müssen wir auf Ausgeglichenheit achten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schwache Regionen haben in der Regel kaum eine Chance, aus eigener Kraft neue Industrien anzusiedeln und in Bereiche zu investieren, in denen schon gesättigte Märkte bestehen. Ein Verdrängungswettbewerb wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Deshalb ist es entscheidend, dass gerade in den innovativen Bereichen etwas für strukturschwache Regionen - diese liegen momentan noch überwiegend in Ostdeutschland - getan wird.

Wir haben aber auch Erfolgsgeschichten zu verzeichnen.

Im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie, haben wir mittlerweile Cluster in den neuen Bundesländern gebildet, die eine echte Vorreiterrolle einnehmen. Ein Beispiel: Zehn Jungunternehmer haben sich vor fünf Jahren in meinem Wahlkreis aufgemacht und ein Solarzellenwerk gegründet. Sie haben mit zehn Beschäftigten begonnen. Heute sind es 1 500. Mittlerweile sind weitere Investoren aus Kanada und den USA dorthin gezogen, sodass an diesem Standort 5 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wahrscheinlich werden es 10 000 bis zum Jahr 2010 sein. Es lohnt sich also, solche Impulse durch staatliche Förderung zu geben. Das macht für strukturschwache Regionen Sinn; denn sie können dadurch an eigener Kraft deutlich gewinnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Insgesamt gesehen sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - auch in den neuen Bundesländern - gar nicht schlecht. Man soll auch nicht alles kaputt- und schlechtreden. Durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten hat die Bevölkerung der Europäischen Union um 20 Prozent, die Wirtschaftskraft aber nur um 5 Prozent zugenommen. Daran zeigt sich, welch enormes Expansionspotenzial in der Öffnung der osteuropäischen Märkte liegt. Natürlich haben wir alle Möglichkeiten, dieses Potenzial in den Nachbarländern auszuschöpfen. Eine Studie der Hypo-Vereinsbank sagt, dass gerade die neuen Bundesländer davon profitieren werden. Sie prognostiziert einen Anstieg des Exports von 20 Prozent. Das ist etwas Gutes, und ich finde, auch das soll man sagen. Man muss den Menschen Mut machen und ihnen sagen, welche Chancen in der Öffnung Osteuropas liegen. Man darf das nicht immer nur schlechtreden und Angst machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will in diesem Zusammenhang auf eine Schwachstelle in der ostdeutschen Gesellschaft eingehen: Das ist die Anfälligkeit für rechtsradikale Handlungen und deren teilweise Verharmlosung. Ich bin für eine deutliche Ansprache an dieser Stelle. Ich weiß und kann ein bisschen verstehen, dass manche Landesväter dieses Problem lieber schönreden, aber das bringt nichts. Wenn Probleme da sind, müssen sie benannt werden. Die Benennung ist die Grundlage für die Bekämpfung eines Problems. Wir gewinnen nichts, wenn wir irgendetwas verharmlosen. Ich bin in den letzten drei Wochen vorwiegend in den neuen Bundesländern viel unterwegs gewesen und habe mit vielen Bürgermeistern und Landräten gesprochen. Alle sagen, dass in dieser Beziehung Gefährdungen bestehen, gegen die etwas getan werden muss. Wenn wir nichts tun, dann hat das übrigens auch Einfluss auf die Attraktivität für ausländische Investoren. Darum sollten wir etwas tun.

Das NPD-Verbot ist sehr dezidiert diskutiert worden. Ich weiß um die Schwierigkeit dieser Thematik, und ich weiß auch, dass wir sehr vorsichtig vorgehen müssen. Aber insgesamt ist der Wunsch von fast allen Politikern auf allen Ebenen gewesen, dass wir ein NPD-Verbot wirklich ernsthaft, wenn auch mit aller Vorsicht, angehen; denn es kann nicht sein, dass wir dieser Partei aus Steuermitteln einen finanziellen Nährboden geben, sodass diese im Osten weiter ihr Unwesen treiben kann. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin daher der festen Überzeugung, dass man auf die Berichte, die man von den Landesverfassungsschutzämtern und vom Bundesverfassungsschutz bekommen kann, zurückgreifen soll, also auf das, was frei erhältlich ist, und dass man sich nicht der V-Leute bedienen sollte. Dann kann man ernsthaft Fakten sammeln und schauen, ob man ein Verbotsverfahren anstrengen kann. Es ist übrigens - auch das will ich deutlich sagen - gerade in der jungen Demokratie der neuen Bundesländer wichtig, so etwas zu tun, weil eine solche Partei, wenn sie nicht verboten ist, leider in manchen Köpfen eine Form von

Legalität hat. In meinen Augen hat sie diese nicht; denn sie arbeitet gegen die Verfassung. Darum noch einmal mein Wunsch an das gesamte Haus und an die Bundesregierung: Lassen Sie uns entschlossen und trotzdem vorsichtig vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich Teilen der Linkspartei sagen: Man muss aufpassen, welchen Nährboden man manchmal mit bestimmten Reden bereitet. Wenn Ihr Fraktionsvorsitzender wie in Chemnitz, vielleicht im rhetorischen Überschwang, mit Begriffen wie Fremdarbeiter und ähnlichen jongliert, dann ist das nicht produktiv. Da sollte man vorsichtig sein und aufpassen. Damit wird nicht die demokratische Stimmung gefördert, die wir alle wollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da macht die Linke offenbar rhetorische Anleihen!)

Ich warne sehr davor, damit weiterzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt gesehen, so glaube ich, ist die Koalition auf einem guten Weg. Sie steht in der Kontinuität der Reformpolitik, die wir Sozialdemokraten 2003 begonnen haben und die wir gemeinsam mit der Union fortsetzen. Der Dreiklang von Sanieren, Reformieren und Investieren ist der richtige Dreiklang für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Ich bin sehr sicher, dass wir bis 2009 gemeinsam eine gute Politik für das Land machen können und machen werden. Ich bin guter Hoffnung, dass wir Sozialdemokraten nach einem knackigen Wahlkampf gut dastehen werden. Zunächst geht es aber darum, die nächsten zwei Jahre eine gute Arbeit zu machen. Wir sind dazu bereit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Staatsminister Bernd Neumann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits zum dritten Mal legt diese Bundesregierung einen Haushaltsentwurf im Bereich „Kultur und Medien“ vor, der eine Steigerung der Ausgaben vorsieht.

(Beifall der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU])

Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Das erkennt man, wenn man einen Blick auf Länder und Kommunen wirft. Seit dem Regierungswechsel wurden die Ausgaben des Bundes für die Kultur in Deutschland von 2005 bis 2008 um insgesamt 6,4 Prozent gesteigert. Ich denke, diese Zahlen sagen mehr als schöne Worte etwas darüber aus, welche Bedeutung die Bundesregierung der Kultur zumisst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe es bereits mehrfach gesagt - es steht auch in der Koalitionsvereinbarung -: Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Dies ist im ideellen wie im finanziellen Sinn gemeint. Das Beispiel unseres neuen Deutschen Filmförderfonds zeigt, dass Kulturförderung auch eine handfeste wirtschaftliche Seite hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Manche

sagen, der heiÙe Neumann-Fonds!)

Dieser Filmförderfonds hat bereits erhebliches zusätzliches Kapital nach Deutschland gezogen und eine beträchtliche Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze in den Studios geschaffen. Deutschland ist auch für internationale Produktionen attraktiv geworden. Die deutschen Filmstudios erleben derzeit einen beispiellosen Boom. Wenn dadurch beim deutschen Film Aufbruchstimmung herrscht, ist das ein Erfolg, auf den man ruhig hinweisen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Doris Barnett [SPD] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! Tue Gutes und rede darüber!)

Die Deutsche Welle war unter der Vorgängerregierung - man muss es so sagen - eher die Sparbchse des Kulturetats. Das war ein Fehler. Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir einen starken Auslandssender, eine unberhrbare deutsche Stimme für Freiheit und Demokratie.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das muss sein!)

Besonders wichtig ist das im arabischen Raum. Um die Präsenz der Deutschen Welle dort auszubauen, wollen wir dem Sender in 2008 4 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Dadurch kann die von uns allen gewünschte Kooperation von ARD und ZDF zur weiteren Verbesserung des Programms beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Beides muss sein!)

Gedenken und Erinnern sind Aufgaben, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Ich habe im Juli dieses Jahres einen Entwurf vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie die erfolgreiche Gedenkstttenarbeit des Bundes fortgesetzt werden soll. Für die Umsetzung dieses Konzepts wollen wir allein im nächsten Jahr zusätzliche 10 Millionen Euro ausgeben. Das bedeutet nahezu eine Verdopplung der Mittel.

Dem Völker mord an den europäischen Juden, der Singularität des Holocaust, kommt in unserer Erinnerungspolitik nach wie vor eine unvergleichbare Bedeutung zu. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur wollen wirverstrken und verbessern. Es ist nach wie vor unsere Aufgabe, an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Verantwortung für unsere Vergangenheit betrifft auch den Bereich der Rückgabe der von den Nationalsozialisten geraubten und beschlagnahmten Kulturgüter aus dem ehemaligen jüdischen Besitz. Hier sehe ich es als eine wichtige Aufgabe an, dies - unbeschadet der eigentlichen Kompetenz von Ländern und Kommunen für die Mehrzahl der Museen - zu unterstützen. Wir haben uns vorgenommen, im Rahmen eines Modells beträchtliche Hilfen für die notwendige Provenienzrecherche auszugeben. Das ist vonnöten, wenn man das einstmals beschlossene Washingtoner Abkommen ernst nimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine gute Initiative!)

Unser nationales Kulturerbe zu bewahren, ist eine der drängenden Aufgaben unserer Zeit. Wie wichtig diese Aufgabe ist, hat der verheerende Brand in der Anna-Amalia-Bibliothek gezeigt. An die schrecklichen Bilder vom September 2004 erinnern wir uns alle.

Ich freue mich sehr, dass diese Bibliothek am 24. Oktober wieder eröffnet werden kann. Der Bund hat für die Sanierung insgesamt 8,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Klassik-Stiftung Weimar steht in der ganzen Welt für unser nationales, also deutsches Kulturerbe. Deshalb steht hier nicht nur Thüringen, sondern Deutschland als Kulturnation in der Mitverantwortung. Daher beabsichtigen wir, ab dem Haushalt 2008 gemeinsam mit Thüringen – die Thüringer motivieren wir – die Mittel deutlich zu erhöhen. Die institutionelle Förderung steigt damit schrittweise um mehr als 20 Prozent. Das ist ein Signal, natürlich auch für die neuen Bundesländer, die wichtige kulturelle Schätze besitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister Neumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ilja Seifert?

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Mit der Zusatzbemerkung, dass mir das auf die Redezeit nicht angerechnet wird.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Beantwortung von Zwischenfragen wird nie auf die Redezeit angerechnet.

Bitte schön, Herr Seifert.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Staatsminister, Sie sprechen gerade von dem nationalen Kulturerbe, dessen Pflege eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Das sehe ich genauso. Gleichzeitig verweisen Sie darauf, wie toll es ist, dass Ihr Etat erhöht werden soll. Wieso wird gerade bei der Stiftung für das sorbische Volk gekürzt, und zwar nicht unbeträchtlich, und gleich noch dazugesagt: „Wir werden aller Voraussicht nach eine Haushaltssperre verhängen“?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir zahlen mehr, als wir müssen, Herr Kollege!)

Es geht doch immerhin um eine in Deutschland lebende nationale Minderheit. Die Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk müssten also eher aufgestockt werden. Sehen Sie das nicht genauso, nämlich als nationale Aufgabe des Bundes?

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Ja, das ist eine nationale Aufgabe des Bundes, der wir auch mit beträchtlichen Mitteln gerecht werden. Wie bei jeder Aufgabe des Bundes prüfen Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt jeweils, ob sie vielleicht von den Ländern oder ob der eine oder andere Teil, ein Projekt vielleicht, vom Bund zu erledigen ist. Hierzu gab es kritische Fragen. Trotz der Bemerkungen von Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt wegen nicht gegebener Totalzuständigkeit für alle diese Aufgaben

haben wir im neuen Haushaltsentwurf den Mittelansatz bei 7 Millionen Euro belassen. Das ist etwas weniger als vorher, aber deutlich mehr, als die uns begleitenden Institutionen gewollt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von daher stellen wir uns dieser Aufgabe.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister Neumann, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Kampeter?

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Sie wird sicherlich hilfreich sein, deswegen sage ich Ja, obwohl man es bei ihm nie so genau weiß.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Die soll hilfreich sein!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Staatsminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die beiden Berichterstatter der Koalition für den Kulturerbeetat, die Kollegin Merkel und ich, mit dem Thema der Sorben bereits intensiv und nicht nur vordergründig auseinandergesetzt haben und sehr sorgfältig prüfen werden, ob eine Erhöhung der Finanzmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatung möglich, finanzierbar und rechtlich absicherbar ist? Ich möchte Sie fragen, ob Sie bestätigen können, dass der Bund im Rahmen seiner Verantwortung in den letzten Jahren weit über das hinausgegangen ist, was im Finanzierungsabkommen tatsächlich Grundlage war - die zugesagten Finanzierungsteile für die Stiftung des sorbischen Volkes -, und dass der Eindruck, als würde es sich hier insgesamt um eine Kürzungsstrategie handeln, nicht richtig ist. Vielmehr ist es doch wahrscheinlich richtig - oder würden Sie mir da widersprechen? -, dass wir eine jahrelange Überzahlung aufgrund von Hinweisen von Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt politisch überprüfen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Herr Kollege Kampeter, zur Kenntnis nehmen muss ich ohnehin alles, was hier gefragt wird.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD -

Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Das ist Schicksal!)

Ihnen hier offiziell zu widersprechen, wäre unklug; denn ich brauche Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unbeschadet davon bestätige ich alles, was Sie gesagt haben. Ja, es ist richtig: Die Bundesregierung hat immer mehr veranschlagt. Ich muss auch bestätigen, dass in den Haushaltsberatungen die Haushälter das immer noch erhöht haben.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Das sind vernünftige Kollegen!)

Ich glaube deshalb schon, Kollege Seifert, dass wir da auf einem guten Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Präsident, ich gehe doch recht in der Annahme, dass mir diese Zeit nicht angerechnet wurde, aber dass meine Redezeit doch irgendwie endlich ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Staatsminister, Ihre Redezeit war nahezu abgelaufen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

In der Zwischenzeit hatte ich die Uhr angehalten. Jetzt habe ich sie wieder gestartet. Sie können gerne noch eine Schlussbemerkung machen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Jetzt hat er noch fünf Minuten! - Wolfgang Börnsen

[Bönstrup] [CDU/CSU]: Schönes kollegiales Umgehen miteinander!)

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2008

setzen die Koalitionspartner erneut ein positives Signal für Kultur und Medien in Deutschland. Ich danke vor allem den Berichterstattern im Haushaltsausschuss für ihre stete Hilfe und ihr Verständnis. Allen Fraktionen im Kulturausschuss bin ich für ihre grundsätzliche Unterstützung und Solidarität besonders dankbar. Ich gehe davon aus, dass wir die fruchtbare Zusammenarbeit fortsetzen. Einer der wichtigsten Rohstoffe unseres Landes ist die Kultur. Deutschland muss sie pflegen, weil in ihr die Grundlagen unserer Gemeinschaft heute und morgen liegen. Ich schlage vor, auch in der Zukunft die Allparteienkoalition für die Kultur fortzusetzen. Die Kultur in Deutschland wird davon den größten Nutzen haben und es uns danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine gute Rede und ein guter Staatsminister!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Lukrezia Jochimsen von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Staatsminister, ich kann Ihnen ein Lob der sogenannten Linken nicht ersparen, auch wenn das auf mein Redezeitkonto geht.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wieso sogenannte?)

- Weil hier im Laufe des heutigen Morgens so sehr viel von „sogenannt“ geredet worden ist.

Ja, Sie haben einen vergleichsweise guten Haushalt für die Kultur eingebracht und haben die Bedeutung der Kultur, seit Sie Staatsminister sind, tatsächlich ins Zentrum der Bundespolitik gerückt. Dafür ist Ihnen Achtung zu zollen.

Jetzt werde ich allerdings etwas grundsätzlich. Wir reden nämlich heute über die Förderung und den Schutz unserer Kultur in einer Zeit, da Unkultur, Gewalt, Rohheit, Jagd auf Minderheiten und die offene Verhöhnung der Demokratie Konjunktur haben. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Nazis wieder öffentlich durch unsere Städte marschieren, Brandreden halten und Konzerte veranstalten, die rattenfängerisch junge Leute in ihren

Bann ziehen sollen. Jedes Mal schwören wir dann, dass wir uns mehr, kontinuierlicher und intensiver mit den Initiatoren, Anhängern und vor allem den potenziellen Sympathisanten auseinandersetzen müssen. Wie, das allerdings wissen wir nicht so recht, und ich gestehe, dass auch ich hilflos bin und keine umfassende Strategie kenne.

Eine Forderung allerdings stelle ich hier im Zusammenhang mit der Debatte über den Kulturhaushalt zur Diskussion: Wir müssen die Gedenkstätten zur nationalsozialistischen Terrorherrschaft viel mehr und viel nachhaltiger unterstützen als bisher.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das ist im Konzept auch vorgesehen!)

10 Millionen Euro sind im Haushalt des Kulturstaatsministers für die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts zusätzlich eingestellt, und die KZ-Gedenkstätten Dachau, Flossenbürg, Neuengamme und Bergen-Belsen sollen dauerhaft gefördert werden. Das ist zu begrüßen. Erstens aber ist nicht klar, ob die Gedenkstätten durch diese institutionelle Förderung tatsächlich einen Euro mehr erhalten, während feststeht, dass die Projektförderung zum Beispiel für Neuengamme stark zurückgegangen ist.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das liegt aber an den beantragten Projekten!)  
Zweitens muss hier einmal beschrieben werden, wie der Status quo, wie die Alltagssituation dieser Gedenkorte aussieht: Dachau hat 800 000 Besucher jährlich, aber nur eine einzige pädagogische Stelle für die historische Aufarbeitung. Neuengamme hatte im letzten Jahr 1 500 Führungen zu organisieren, Mittelbau-Dora rund 1 400, und dies mit jeweils einer museumspädagogischen Stelle. Ehrenamtliche, Honorarkräfte, selbst Zivildienstleistende, was eigentlich gar nicht erlaubt ist, machen dort die Arbeit. Ein Drittel - ich bitte Sie! - der Anfragen nach Führung und Betreuung muss abgelehnt werden. In Neuengamme kosten die Führungen jetzt für Schülergruppen 20 Euro und für Erwachsene 40 Euro. Das ist der Alltag, und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Skandal steht im krassen Widerspruch zur Überschrift der Gedenkstättenkonzeption des Kulturstaatsministers, die da lautet: „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“. Wenn diese drei Aufgaben ernst genommen werden, setzten wir in der Auseinandersetzung mit den neuen Nazis, den Gewaltbereiten, den Fremdenhassern da an, wo unbedingt angesetzt werden muss,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber vergessen Sie nicht die SED-Aufarbeitung!)

nämlich bei dem Bestreben, bei jungen Menschen die Grundlagen für humanitäre und demokratische Haltung zu legen. Es muss uns gelingen, die Haltung, die Unverletzlichkeit der Person des anderen immer und überall zu respektieren, auch dann, wenn es Zivilcourage, ja sogar Mut kosten kann, jetzt in der Jugend zu verankern, und wenn es noch so viele Anstrengungen kostet.



(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich kann die Arbeit in den Gedenkstätten die Gesellschaft gegen Rechtsradikalität nicht immunisieren, aber eine kontinuierliche, vertiefende, aufklärerische Arbeit mit der Geschichte an den authentischen Orten der Geschichte heißt, jene Verantwortung wahrzunehmen, die das Gedenkstättenkonzept postuliert.

Ja, auch die SED-Diktatur muss aufgearbeitet werden, sehr einverstanden!

(Zustimmung bei der SPD)

Aber die Parallelität, von der hier immer die Rede ist, das Parallelitätsverhältnis zur Aufarbeitung der Geschichte der Nazidiktatur, wie es im Konzept heißt, ist geschichtlich falsch und heute ganz und gar nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die DDR nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt nicht zurück.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Na, na!)

Aber die neuen Barbaren, modern verkleidet, vernetzt, gut finanziert, sind auf dem Weg.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Nachfolgeorganisation sitzt doch hier im Parlament! -

Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sie sind sehr präsent!)

Dagegen müssen wir etwas tun. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Die DDR sitzt da drüben! -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine historische Verirrung, die Sie als Vertreterin der Nachfolgeorganisation der SED hier vortragen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Monika Griefahn von der SPD-Fraktion.

Monika Griefahn (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2010 ist noch eine Weile hin, aber im Ruhrgebiet wirft es schon Schatten voraus: Essen wird nämlich 2010 europäische Kulturhauptstadt. Der Bund begleitete diese Initiative bisher schon intensiv und wird das auch weiter tun. Schon jetzt zeigen sich trotz kleinen Inputs enorme Synergieeffekte: So ist die Love-Parade von Berlin nach Essen gezogen. Das ist zwar nicht gerade ein kulturelles Highlight, aber es zeigt, dass so eine Initiative eine ganze Region umgestalten und neues Leben hereinbringen kann. Wir müssen, wie ich glaube, immer wieder deutlich machen, dass Bundeskulturpolitik, auch wenn für sie nur wenig Geld zur Verfügung steht, Impulse setzen kann. Das ist uns bei vielen Dingen ganz wichtig.

Der Haushalt wächst um 1,3 Prozent. Das ist auf der einen Seite ein ganz gutes Ergebnis; auf der anderen Seite sind viele Punkte offen, die noch in Angriff genommen werden müssen. Vor der Sommerpause hat ja Staatsminister Neumann die Fortentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes vorgelegt. Wir haben dazu heute schon in mehreren Reden etwas gehört. Meine Kollegen

Scholz und Hübner haben dabei sehr deutlich gemacht, dass der Rechtsextremismus eine echte Bedrohung ist und wir etwas tun müssen, und zwar, wie ich glaube, in ganz Deutschland, nicht nur in Ostdeutschland. Mir begegnet da durchaus auch in meinem Wahlkreis manches.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Sehr richtig!)

Da ist das Gedenken an die Opfer ebenso wichtig wie das an Opposition und Widerstand in den Diktaturen. Das festigt das Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie. Ich denke, dass es wichtig ist, dieses aufzuarbeiten und voranzubringen. So kann nämlich Schülerinnen und Schülern gezeigt werden, wie es früher war, insbesondere auch während der nationalsozialistischen Diktatur bei uns. Es darf in den Gedenkstätten nicht an Möglichkeiten für den Besuch von Schülergruppen fehlen. Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer mit einer Klasse dorthin will, muss er bzw. sie die Möglichkeit dazu haben. Hier müssen wir unterstützend tätig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen wir nicht zulassen. Deshalb müssen wir diesen Erscheinungen auch mit aktiven Angeboten im Bereich der kulturellen Arbeit und der politischen Bildung entgegentreten. Auch das ist ein Teil unserer Arbeit, der sich in dem Konzept widerspiegeln muss. Gedenkstätten haben dabei als Gedenk- und vor allem Lernorte eine wichtige gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Wir brauchen aufbereitete pädagogische Angebote. Daneben sind Berichte von Zeitzeugen wichtig, aber die wird es nicht mehr lange geben. Jetzt können sie noch in Schulen gehen. Ich vermittele viele Zeitzeugen an Schulen. Das ist immer ein bewegendes Erlebnis. Daneben brauchen wir aber eben die Gedenkorte als Orte, die deren Erfahrungen bleibend pädagogisch vermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle den vielen Ehrenamtlichen danken, die vor Ort ihre Arbeit tun. Ich möchte auch den Lehrerinnen und Lehrern danken, die trotz der begrenzten Mittel immer wieder versuchen, diese Orte aufzusuchen und wirklich Arbeit in das Gedenken investieren. Im neuen Programm sollen durch eine verbesserte Darstellung die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur und der damalige Alltag deutlich gemacht werden. Auch das ist, wie ich glaube, ein wichtiger Punkt. Die unterbreiteten Vorschläge bilden dafür eine Grundlage. Wir werden aber noch über das Konzept diskutieren müssen, denn es ist finanziell unzureichend ausgestattet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Na, na!)

Ein Ort wie die Normannenstraße zum Beispiel ist im Moment überhaupt nicht berücksichtigt. Er muss zum einen baulich instandgesetzt werden, und zum anderen muss ein pädagogisches Konzept erstellt werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Gedenkstättenarbeit bekommt erheblich mehr Geld!)

- Im Moment ist Geld für die Mauergedenkstätten vorgesehen, Herr Kampeter.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da haben Sie

dem Staatsminister nicht zugehört!)

Das ist wichtig, richtig und auch gut; denn in zwei Jahren gibt es ja insoweit einen wichtigen Gedenktag. Aber das andere brauchen wir auch.

Ein weiteres Feld sind die vom Verfall bedrohten Einrichtungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Schon jetzt sind viele der Gebäude so sehr vom Einsturz bedroht, dass sie in Teilen für den Besucherverkehr geschlossen werden müssen. Hier gilt es, etwas zu tun, bevor sich der Zustand vieler Gebäude noch weiter verschlechtert und es zu spät ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Das gilt übrigens auch für zahlreiche historisch wertvolle Gebäude in der ganzen Republik. Ich denke da an Kirchen, alte Landhäuser, Museen. Da sollten wir prüfen, inwieweit wir ein neues Programm für die Hilfe zur Sanierung auflegen können, wie wir es früher schon einmal hatten mit „Dach und Fach“ für Ostdeutschland. Auch in Westdeutschland gibt es genügend Fälle, in denen Handlungsbedarf besteht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Haben Sie das alles mit Ihrem Finanzminister abgestimmt, was Sie hier versprechen?)

- Darüber werden wir in den parlamentarischen Beratungen diskutieren, Herr Kampeter.

Nicht nur bei der populären Musik, für die Sie sich besonders einsetzen - Sie haben für die „Initiative Musik“, die jetzt ihre Arbeit auf der Popkomm aufnehmen soll, 1 Million Euro zusätzlich erwirkt, worüber wir uns freuen -, sind wir auf einem guten Weg. Wir haben in unserem Antrag für den Bundestag klare Vorstellungen formuliert, die wir nun in konkrete Projekte umsetzen müssen. Ich denke da zum Beispiel auch an die stärkere Einbindung von Jazz in die öffentliche Förderung

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da sind wir uns seltsamerweise einig!)

oder die praktische Unterstützung von Nachwuchsbands, zum Beispiel durch Tourbusverleih.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ob das eine Bundesaufgabe ist, wage ich allerdings zu bezweifeln!)

- Die vielen zustimmenden Zuschriften, Herr Kampeter, die ich in den letzten Wochen bekommen habe, zeigen mir, dass wir hier das Richtige tun. Ich bin froh, dass wir unsere Vorschläge da einbringen können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten öfter auf meine Vorschläge hören, Frau Griefahn!)

- Sie hören ja auch auf meine; darüber freue ich mich.

Auch im Bereich der Computerspiele geht es voran.

Nachdem besonders gewalthaltige Computerspiele in den letzten Monaten im Fokus der Öffentlichkeit standen, wächst nun die Erkenntnis, dass man mit einer Förderung von wertvollen Inhalten mehr erreichen kann als mit Verboten, die in ihrer Wirkung äußerst umstritten sind und bei denen man sich auch über die Instrumente streitet.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sehr richtig!)

Mit zwei neuen kulturpolitischen Initiativen wollen wir

die Förderung erreichen. Zum einen soll mit dem Projekt „Netz für Kinder“ eine sichere Umgebung für Minderjährige angeboten werden, die zugleich ungefährliche und wertvolle Spiele herausstellt. Zum anderen soll es eine Stiftung geben, in der sich Spieleentwickler, Hersteller, Einzelhandel und Politik gemeinsam für eine bessere Akzeptanz des Mediums, für mehr Medienkompetenz und Jugendschutz sowie eine bessere Produktionsförderung bei hochwertigen Spielen einsetzen.

Ich denke, es fehlt nur ein Baustein: Wir brauchen einen Spielepreis, so wie den Filmpreis, mit dem wir öffentlich deutlich machen können, welche Computerspiele eine Bereicherung der Medienkultur sind, welche zu den besten ihrer Art gehören und so von Eltern ohne Bedenken für ihre Kinder gekauft werden können. Das gibt gleichzeitig einen wichtigen Impuls für die Branche, noch mehr solcher öffentlich ausgezeichneten Spiele zu produzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ein weiteres positive Element ist, dass wir dringend einen Medien- und Kommunikationsbericht brauchen.

Wir führen zwar aktuell keine Diskussion mehr über Pressefusion und Medienkonzentration, aber das Thema wird uns weiter verfolgen. Ich bin froh, dass der Kulturstaatsminister zugesagt hat, möglichst bald einen Medien- und Kommunikationsbericht vorzulegen. Daraus können wir dann auch weitere Tätigkeiten ableiten. Ich freue mich, dass – der Staatsminister hat es deutlich gemacht – die Deutsche Welle einen Aufwuchs von 4 Millionen Euro erfährt. Es ist der Deutschen Welle gelungen, Kooperationsverträge mit ARD und ZDF abzuschließen.

Von dem Geld können zum Beispiel Weltsenderechte gekauft und das arabische Programm ausgeweitet werden. Das sind beides sehr sinnvolle Investitionen. Damit komme ich zur auswärtigen Politik. Im vorliegenden Haushaltsentwurf zeigt sich, dass Kultur nicht nur im Inland Bedeutung hat, sondern auch im Ausland. Wir kommen zwar gleich noch zum Haushalt des Auswärtigen Amtes, aber es ist wert, auch in der Kulturdebatte erwähnt zu werden: Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik erhält zusätzlich 82 Millionen Euro. Das ist ein Aufwuchs von 15 Prozent gegenüber dem letzten Jahr. Das ist ein Erfolg.

Drei wichtige Initiativen aus dem Programm: Das Goethe-Institut wird in diesen Monaten mit einem neuen Konzept zukunftsfähig gemacht. Wir haben es geschafft, endlich die Budgetierung ab 2008 durchzusetzen.

Das war eine Arbeit von zehn Jahren, Lothar Mark. Außerdem können wir die Programmmittel ab dem nächsten Jahr um rund 10 Millionen Euro erhöhen. Das bringt die deutsche Kultur ins Ausland, und der Austausch und Dialog, den wir auf der Welt dringend brauchen, kann damit verstärkt werden. Ich finde, das ist ein großer Erfolg. Ich möchte mich beim Außenminister herzlich dafür bedanken, dass er das so unterstützt und vorgebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und

die Auslandsschulen!)

- Dazu komme ich jetzt.

Zum zweiten Punkt. Mit über 40 Millionen Euro werden wir eine große Schulinitiative durchführen. Das eröffnet die Chance, dass endlich wieder mehr Schülerinnen und Schüler auf der Welt Deutsch als Fremdsprache lernen und damit eine bessere Beziehung zu unserem Land aufbauen. Ich durfte den Ausschuss beim 150-jährigen Jubiläum der Deutschen Schule in Montevideo vertreten

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo Sie überall hinreisen, Frau Kollegin!)

und habe gesehen, welche wichtige Arbeit die Schule dort seit 150 Jahren leistet, wie wichtig die Anbindung an Deutschland über die deutsche Sprache und damit über die Deutsche Schule ist.

Die dritte Initiative heißt „Aktion Afrika“. Hier werden wir den deutsch-afrikanischen Dialog mit 20 Millionen Euro durch Schüleraustausche, Medienarbeit, Stipendien, Künstleraustausche oder Kulturprojekte verstärken. Damit soll eine stärkere Anbindung des Kontinents über Kulturaustausch erreicht werden, also eben nicht nur über Entwicklungsarbeit. Wir sehen immer wieder, wie wichtig es ist, nicht nur zu kommen und zu sagen, man müsse jetzt einmal helfen, sondern auch den Reichtum der Länder zu erkennen, sich mit ihnen zu verständigen und in einen Dialog einzutreten. Das ist etwas anderes, als zu kommen, nur um zu helfen.

Ich bin froh, dass wir mit diesem Haushalt zeigen können, dass die Themen der Kultur- und Medienpolitik sowohl im Inland als auch im Ausland wichtige Themen sind, Themen mit Zukunft, die wir als solche verstehen. Ich freue mich, dass wir in den Ausschüssen mit allen Fraktionen wirklich gut zusammengearbeitet haben. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich freuen auch wir uns über den Aufwuchs des Haushalts im Kulturbereich; daran gibt es nichts zu deuteln. Als Thüringerin freue ich mich ganz besonders über die Aufwüchse bei der Klassik-Stiftung Weimar. Es hat sich gezeigt, dass es hier eine gesamtstaatliche Verantwortung gibt, und das ist gut so.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt können Sie Ihre Rede beenden! Ich befürchte Schlimmes!)

Weil eine kurze Redezeit für die Opposition natürlich nicht dazu einlädt, zu langen Lobreden anzuheben, will ich an dieser Stelle auf das Thema Gedenkstättenkonzept und Erinnerungskultur zu sprechen kommen;

Herr Neumann, Sie haben es in Ihrer Rede kurz erwähnt.

Der Entwurf nennt sich zwar „Fortanschreibung der Gedenkstättenkonzeption“, weist aber doch einige sehr markante Unterschiede zu dem auf, was die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer Gedenkstättenkonzeption auf

den Tisch gelegt hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Danke! Es wird besser mit dem Lob!)

Es geht um Unterschiede, die man leicht übersehen kann, insbesondere wenn man weiß, dass es um 10 Millionen Euro mehr für die Gedenkstättenförderung geht. Dennoch: Erstens ist genaues Hinsehen angesagt, zweitens muss natürlich eine öffentliche Diskussion stattfinden; denn es geht um politische Gewichtung. An dieser Stelle möchte ich sagen: Ich bin sehr froh, dass der Kulturstatsminister nicht dem Gedenkstättenkonzept mit der Art von Erinnerungskultur folgt, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor einiger Zeit vorgelegt hat und das eine deutliche Verschiebung der Schwerpunkte vorgesehen hat.

Dennoch sind ein paar kritische Anmerkungen nötig. Insbesondere möchte ich einiges zum Gedenken und zur Aufarbeitung hinsichtlich des Nationalsozialismus sagen; Frau Jochimsen hat hier schon auf einiges hingewiesen. Natürlich ist es gut, wenn auch die westdeutschen KZ-Gedenkstätten in die institutionelle Förderung aufgenommen werden. Es fällt aber auf, dass im vorliegenden Entwurf die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Erinnerungskultur nicht mehr ausdrücklich erwähnt und gewürdigt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist ein Problem, weil dann gerade die zivilgesellschaftlichen Projekte im Bereich der Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht mehr möglich sind. Damit entsteht die Gefahr, eine Institutionalisierung der Erinnerungskultur in Gang zu setzen, nach dem Motto: Wir, die öffentlichen Institutionen, erledigen das mit der Erinnerungsarbeit schon für euch.

Ich möchte gern daran erinnern, dass sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der Nachwende-DDR die Aufarbeitung der Vergangenheit von der Zivilgesellschaft politisch erkämpft werden musste. Auch deswegen ist es dringend notwendig, dies zu würdigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gerade die Projekte, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen – wir alle wissen das –, sind besonders erfolgreich und tragen viel zur Erinnerungskultur bei. Ich nenne nur das Beispiel des Projekts „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig, an dem sich viele hier im Hause auf unterschiedliche Art und Weise beteiligt haben. Es muss freie Töpfe für zivilgesellschaftliche Projekte geben, ohne die wir in der Erinnerungskultur in Deutschland nicht auskommen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube übrigens, dass sich die paternalistische Art nach dem Motto „Wir regeln das schon für euch“ auch darin widerspiegelt, dass die inhaltliche Autonomie und die politische Unabhängigkeit der KZ-Gedenkstätten im vorliegenden Entwurf eben nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden. Das klingt ein bisschen danach, als ob man politisch Einfluss nehmen will. Damit komme ich zu den Kriterien bezüglich der

Förderungswürdigkeit. Natürlich ist es richtig, dass der nationale und internationale Stellenwert des Ortes entscheidend ist. Dann wird aber gleich als Kriterium, durch das dieser Stellenwert zum Ausdruck kommen soll, die Besucherzahl genannt. Wenn man sich überlegt, was es bedeutet, dass an der Besucherzahl gemessen wird, ob eine Gedenkstätte förderungswürdig ist, dann entsteht das Problem, dass aus den ehemaligen KZs und den heutigen Gedenkstätten Museen gemacht werden. Das ist aber nicht angemessen, weil es dort um die Auseinandersetzung mit den Orten unserer eigenen Erinnerung geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind übrigens auch riesige Friedhöfe. Auch mit Rücksicht auf die Opfer sollten wir nicht so tun, als ob die Besucherzahl das einzig relevante oder auch nur das erste Kriterium sein könnte.

Wir brauchen Evaluierung. Wir brauchen übrigens auch eine öffentliche Diskussion. Ich würde mir sehr wünschen, dass auch mit denjenigen, die in diesen Gedenkstätten arbeiten, über das Gedenkstättenkonzept diskutiert wird. Das ist bisher nicht geschehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unstreitig, Frau Kollegin!)

Wichtig ist im diesem Zusammenhang übrigens auch, dass wir die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochstehende wissenschaftliche Arbeit und für eine gute Bildungsarbeit dauerhaft sichern. Auch hierauf ist hingewiesen worden. Dies ist offensichtlich auch nötig, wie wir an dem Beispiel der ehemaligen NDR-Journalistin Eva Herman und übrigens auch an den Reaktionen auf ihre Äußerungen gesehen haben.

Wir brauchen diese Arbeit auch, wenn wir die neonazistischen Umtriebe bekämpfen wollen. Beides gehört zusammen: die Bildungsarbeit in den Gedenkstätten und das, was wir heute tun.

Ein letzter Punkt. Ich möchte nicht, dass es zu einer Verschiebung und zu einer Parallelisierung kommt, was die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die notwendig ist, angeht. Eine solche Verschiebung beziehungsweise Parallelisierung feiert hier und da fröhliche Urständ, wie sich an den Äußerungen aus den Reihen insbesondere der Linken zum Schießbefehl sehr deutlich zeigt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr, Frau Kollegin!)

Dennoch sind es zwei unterschiedliche Themen, die wir unterschiedlich behandeln sollten. Wir sollten nicht so tun, als ob wir das, was die Stasi-Unterlagenbehörde heute macht, für verzichtbar erklären könnten. Ich glaube, auch hierfür brauchen wir diesen Ort der Erinnerung. Wir brauchen die Fortsetzung dieser Arbeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Göring-Eckardt, Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten. Würden Sie trotzdem eine Zwischenfrage des Kollegen Börnsen zulassen? Dann könnte ich die Uhr stoppen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das kommt mir zugute, Herr Börnsen, in der Hoffnung, dass Sie die richtige Frage stellen.

(Zuruf von der SPD: War diese Frage abgesprochen?)

- Herr Börnsen und ich sprechen eigentlich nicht miteinander.

Diese Frage war also nicht abgesprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh!)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Wir haben gerade erst gestern Abend miteinander gesprochen.

(Heiterkeit - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Oh! Frau Göring-Eckardt sagt nicht die Wahrheit!)

Sehr angenehm! Es war kein Geheimgespräch zwischen

Christdemokraten und Grünen - noch kein Geheimgespräch.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wer

hier alles miteinander redet!)

- Tja.

Frau Vizepräsidentin, ich finde, dass Sie sehr nachdenklich

über das Konzept gesprochen haben, dass Sie

aber, wie es in einer Rede dann eben stattfindet, auch ein

wenig schwarz-weiß gemalt haben.

Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Konzept,

das der Staatsminister vorgelegt hat, sehr wohl zwischen

den Diktaturen, die wir erlebt und erlitten haben, differenziert

und auch sehr wohl deutlich macht, dass wir die

Erinnerungsüberlegungen hinsichtlich der NS-Herrschaft

in ihrer ganzen Brutalität verstetigen und verstärken

müssen und dass wir unabhängig davon auch einen

Aufholbedarf in der Frage der DDR-Geschichte haben?

Würden Sie Folgendes vielleicht noch einmal deutlich

machen: In keiner Zeile ist erwähnt, dass es einen

politischen Einfluss geben kann. Im Gegenteil: Wir haben

deutlich gemacht, dass es die Aufgabe der Zivilgesellschaft

ist, dafür zu sorgen, dass es wie in der Vergangenheit

eine gemeinsame Aufarbeitung der schlimmen

Erbschaften zweier Diktaturen gibt.

Dritter Punkt. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen,

dass man sich im Rahmen der Erinnerung an die Mauer

und der Erinnerung um das Brandenburger Tor herum

sehr wohl bemüht, ein Konzept vorzulegen, mit dem auf

die Symbolhaftigkeit der Erinnerung abgestellt wird?

Letzter Punkt. Würden Sie auch zur Kenntnis nehmen,

dass die beiden Koalitionsfraktionen und auch Ihre

Fraktion bei den ersten Überlegungen des Staatsministers

im Ausschuss für Kultur und Medien gesagt haben:

Wir benötigen ein großes Anhörungsverfahren mit allen

Betroffenen und Beteiligten, weil dieses Konzept es verdient,

gemeinsam diskutiert und von allen getragen zu

werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Göring-Eckardt, würden Sie Ihre Antwort

bitte mit den noch ausstehenden Schlussbemerkungen

verbinden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kollege Börnsen, ich möchte bemerken, dass Sie

sich für eine Zwischenfrage gemeldet, aber vier gestellt

haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU

und der FDP - Hans-Joachim Otto [Frankfurt]

[FDP]: So ist er!)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN):

Er hat sozusagen vier Antworten bestellt.

Ich freue mich sehr, dass wir uns einig sind, was das



zivilgesellschaftliche Engagement angeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das heißt nicht gleich Schwarz-Grün, Frau Kollegin!)

Es kann in der weiteren Diskussion des Konzeptes eine Rolle spielen. Wenn es aufgenommen wird, kommen wir an diesem Punkt sicherlich weiter. Ich würde mich darüber sehr freuen. Ich sage noch einmal, dass wir darauf definitiv nicht verzichten können.

Ich will auch etwas zu dem Punkt Parallelisierung der Aufarbeitung der NS-Diktatur und der Aufarbeitung der DDR-Geschichte sagen. In dem Konzept wird in der Tat zunächst auf die Unterschiede der beiden Systeme hingewiesen. Aber dann wird - auch was die Sprache angeht - doch eine Parallelisierung vorgenommen. Bei der Diskussion müssen wir deutlich machen, dass wir diese zwei sehr unterschiedlichen Weisen, mit der Geschichte umzugehen, brauchen. Wir sollten nicht so tun, als ob man einfach über zwei deutsche Diktaturen redet. Wenn wir uns darüber einig sind, dann kommen wir zusammen. Ich bin ganz sicher, dass wir eine öffentliche Diskussion brauchen. Deswegen ist die Anhörung wichtig. Wir brauchen aber nicht nur eine Diskussion in Fachkreisen, sondern wir müssen uns selbst darüber klar werden, wie wir mit unserer eigenen Geschichte umgehen. Dafür brauchen wir die Zivilgesellschaft. Aber auch die Debatte im Ausschuss und im Deutschen Bundestag sowie die öffentliche Debatte sind wichtig. Dies gilt besonders angesichts des braunen Mobs, der zurückkehrt. Das ist übrigens nicht nur ein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem, dem wir uns stellen müssen.

Wir dürfen die KZ-Gedenkstätten nicht zu Museen machen, sondern wir müssen sie zu Orten lebendiger Erinnerung machen. Sie müssen unabhängig bleiben, weil die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Bildungsarbeit so in einer freien Atmosphäre stattfinden können. Das halte ich für einen ganz zentralen Punkt. Ich glaube, wenn wir all diese Punkte in unserer Diskussion berücksichtigen, dann werden wir das, was wir gesellschaftlich so dringend nötig haben, zusammen hinbekommen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Hans-Joachim Otto das Wort.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die FDP hat der Kultur keine Redezeit zuerkannt!)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Teil der Debatte, der sich auf die Kultur bezog, beinhaltete sicherlich einen Strauß von Themen. Bemerkenswert ist allerdings, dass in einer Haushaltsdebatte zu der Position des Haushalts, die mit Abstand den größten Anteil aufweist, kein Wort gesagt wurde. Die Hauptstadtkulturförderung macht mehr als 50 Prozent des Etats von Staatsminister Neumann aus. Aber keiner der vier von mir geschätzten Vorredner hat hierzu ein Wort verloren.

(Monika Griefahn [SPD]: Die Deutsche Welle gehört dazu!)

- Nein, die Hauptstadtkulturförderung hat auch ohne die

Deutsche Welle einen Anteil von über 50 Prozent, Frau Kollegin Griefahn.

Es bestünde durchaus ein aktueller Anlass, zur Hauptstadtkulturförderung mehr als nur ein Wort zu verlieren.

Denn nach Presseberichten, so jüngst im Spiegel, soll es zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung in Person von Herrn Neumann Verhandlungen darüber geben, dass der Bund seinen Anteil zur Unterstützung der Staatsoper Unter den Linden maßgeblich erhöht.

Nun weiß ich natürlich nicht, ob diese Presseberichte zutreffend sind. Aber es bestünde jedenfalls Anlass, einmal darüber zu reden, zumal es sich um haushaltsaktive Positionen handelt. Der Spiegel schreibt, dass der Bund bereit sei, erheblich mehr Geld zu geben. Mich würde schon interessieren, wie das haushaltstechnisch bewältigt werden soll.

Ein Weiteres. In Art. 22 des Grundgesetzes steht zur Hauptstadtkulturförderung - daran darf ich erinnern -: „Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.“ Können wir es zulassen, dass der Deutsche Bundestag an der Hauptstadtkulturförderung allenfalls marginal beteiligt wird, dass dieser Bereich durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Berlin und dem Bund geregelt wird?

Können wir es uns nicht herausnehmen, zu sagen, dass hier ein klarer Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Bund abgeschlossen werden muss, damit auch die Parlamentarier, und zwar sowohl im Abgeordnetenhaus von Berlin als auch im Bundestag, beteiligt werden? Auch wenn viele schöne Themen besprochen worden sind, muss ich bemängeln, dass dieses Thema in unserer heutigen Haushaltsdebatte fehlte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Es wird eine weitere Kurzintervention gewünscht, und zwar vom Kollegen Kampeter.

(Monika Griefahn [SPD]: Der hat doch die ganze Zeit interveniert!)

Er bezieht sich auf den Redebeitrag der Kollegin Göring-Eckardt.

Ich bitte Frau Kollegin Göring-Eckardt, ihm zuzuhören und ihre Aufmerksamkeit von Herrn Trittin abzuwenden, damit sie anschließend auf die Kurzintervention reagieren kann. - Bitte schön, Herr Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Auch ich will meine Enttäuschung darüber ausdrücken, dass die Kollegin Göring-Eckardt es versäumt hat, zu diesen wichtigen Fragen der Hauptstadtkulturförderung Stellung zu nehmen. Ich will in diesem Zusammenhang gerne auf einige Aspekte hinweisen:

Erstens. Der Bund steht zu seiner Verantwortung für Berlin als Hauptstadt und auch für deren kulturelle Funktion.

Zweitens. Sowohl bezogen auf Fragen der Kultur als auch bezogen auf Fragen der inneren Sicherheit gibt es sehr intensive Verhandlungen mit dem Land Berlin.

Drittens. Wenn ich den Sachstand richtig interpretiere, hat der Regierende Bürgermeister das sehr großzügige Angebot einer Investitionsförderung zugunsten der Berliner Staatsoper seitens der Regierung - sie hätte es dem Parlament wahrscheinlich später vorgelegt - abgelehnt.

Viertens. Ich gehe davon aus, dass alle Prozesse, die

als Bundesleistung für Berlin zu verstehen sind, bei den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag eine große Rolle spielen werden, sodass keinerlei Beschlussfassung am Parlament vorbei zu befürchten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, wollen Sie reagieren? - Sie müssen nicht, Sie dürfen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich weiß, dass ich antworten darf. - Ich freue mich natürlich sehr darüber, dass ausgerechnet ich dafür verantwortlich gemacht werde, dass die Hauptstadt Kultur in dieser Debatte keine Rolle gespielt hat.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kampeter, das finde ich sehr ehrenwert. Möglicherweise haben Sie immer noch das Gefühl, dass ich einer Regierungsfraktion angehöre. Das wird auch bald wieder so sein, und dann wird man dieses Thema hier entsprechend behandeln können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, Einzelplan 05.

Das Wort hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast bin ich versucht zu sagen: So viel Außenpolitik war nie. Das liegt nicht daran, dass wir in diesem Jahr zwei geeignete Bühnen, die G-8-Präsidentschaft und die EU-Präsidentschaft, zur Verfügung hatten. Wir haben diese Präsidentschaften - das haben Sie gesehen - nicht nur ertragen oder sind dabei, sie zu überstehen. Wir haben die kleinen und großen Gipfel in Berlin, Brüssel, Heiligendamm, Bremen, Hamburg, Nürnberg, Potsdam und wo immer sonst nicht nur protokollarisch bewältigt, sondern auch versucht, das zu tun, was von uns gefordert wurde: Wir haben die Präsidentschaften für eine kraftvolle politische Gestaltung genutzt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das hat, wie ich finde, geholfen. Das hat geholfen, Europa wieder aus der Krise zu führen, und das hat dazu beigetragen, dass Europas Stimme in der internationalen Politik wieder wahrnehmbarer geworden ist. Dafür haben in erster Linie nicht wir uns, sondern andere uns gelobt. Auch deshalb stehen wir weiterhin in der Verantwortung, diese Politik auch unabhängig von einer Präsidentschaft voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch etwas ist uns gelungen - nicht in den letzten

sechs Monaten, aber in den letzten zwei Jahren -: Ohne das deutsche Engagement bei den internationalen Konflikten auf dem Balkan, in Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika, wo wir gebraucht wurden, zu vernachlässigen, haben wir für ein neues Verständnis von Außenpolitik geworben. Wir haben dafür geworben, dass mit der Globalisierung neue Aufgaben auf die Außenpolitik zukommen, auf die wir uns jetzt und nicht irgendwann vorbereiten müssen.

Ich habe vor zwei Jahren auf der Münchener Sicherheitskonferenz - der eine oder andere von Ihnen war dabei, wie ich mich erinnere - ein Plädoyer für eine vorausschauende Außenpolitik gehalten: für eine Außenpolitik, die sich bereits jetzt um die zu erwartenden Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen wie Energie, Rohstoffe, Wasser und Nahrung kümmert, für eine vorausschauende Außenpolitik, die Instrumente dafür entwickelt, dass sich aus solchen Interessensgegensätzen keine Konflikte entwickeln, für eine Außenpolitik, die die guten Erfahrungen der Entspannungspolitik vergangener Tage nutzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich auch, dass dieses Plädoyer vor zwei Jahren von den alten NATO-Hasen auf der Münchener Sicherheitskonferenz noch etwas belächelt wurde. Heute lacht keiner mehr. Nur, die Rezepte, die jetzt vorgelegt werden, sind noch nicht die richtigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Vorschlag für die Schaffung einer „Energie-NATO“ nicht die richtige Antwort auf die Fragen ist, die sich uns stellen werden. Da müssen wir dickere Bretter bohren. Seien Sie sicher: Ich jedenfalls habe keine Scheu davor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu den weltweit knappen Gütern gehört - lassen Sie mich das so offen sagen - leider manchmal auch die Vernunft. Ich habe vor einigen Monaten hier im Deutschen Bundestag bei einer abrüstungspolitischen Debatte schon einmal darauf hingewiesen, welche Sorgen hier angezeigt sind. Ich bin froh - die Entwicklung der jüngsten Diskussionen zeigt dies -, dass ich mit dieser Auffassung nicht ganz allein bin.

Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen den Weckruf dreier großer amerikanischer Außenpolitiker gehört hat.

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Kissinger, Shultz und Nunn haben darauf hingewiesen, dass Abrüstung und Nonproliferation keine Themen von gestern sind,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

dass sie jetzt vielleicht fast noch brisanter sind als im Kalten Krieg. Das ist der Grund dafür, warum ich mich - ich bekenne das offen - trotz vieler Enttäuschungen und trotz mancher Frustrationen weiter geduldig um eine Lösung des Iran-Konflikts kümmern werde

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und warum wir auch weiterhin - hoffentlich gemeinsam mit den Amerikanern, Russen und Chinesen - versuchen

werden, den Iran von nuklearen Abenteuern abzuhalten, ihn endlich auf den richtigen Weg zu bringen und zu ermutigen, eine konstruktive Rolle bei der Lösung der Konflikte im Libanon, im Irak und auch in Afghanistan zu übernehmen. Entschiedenheit ist eine Voraussetzung dafür, und die haben wir.

Aber auch jenseits des iranischen Nuklearthemas gehören Abrüstung und Rüstungskontrolle aus meiner Sicht wieder auf die internationale Agenda. Es geht dabei nicht nur um Missile Defense oder die Vakuumbombe. Wir haben - lassen Sie mich das etwas nachdrücklicher sagen - ein europäisches Interesse daran, dass die über Jahrzehnte entwickelte Abrüstungsarchitektur nicht komplett rückabgewickelt wird. Solche Bedrohungen bestehen. Deshalb sage ich: Wir können diese Dinge nicht einfach laufen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fühle mich in der Pflicht, Vorschläge zu machen. Die deutsche Bundesregierung hat dies in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien etwa bezüglich der Reform des Nichtverbreitungsvertrages gemacht, um den nationalen Ehrgeiz verschiedener Länder zur Schließung des Brennstoffkreislaufs zu begrenzen und daraus resultierende Gefahren abzuwenden. Dieses europäische Interesse ist für mich auch der Grund, weshalb wir es nicht zulassen dürfen, dass Verträge, über die lange verhandelt wurde, wie zum Beispiel das Abkommen über die Begrenzung der konventionellen Rüstung, einfach so in die Tonne getreten werden. Wie viele andere ärgere auch ich mich darüber, dass wir jetzt in einer Situation sind, in der das Abkommen leichthin suspendiert wird. Natürlich wäre es am einfachsten, darauf mit Verbalattacken und mit dem Abbruch der Gespräche zu antworten. Würde man das tun, wären einem am nächsten Tag zumindest die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und die Schlagzeilen in den Zeitungen sicher.

Nur - das ist meine Herangehensweise -: Zu einer Lösung trägt all dies nicht bei. Deshalb ist es vernünftig, dass wir neue - sicher mühselige - Gespräche aufnehmen, um das ganz offenbar verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Ich habe für den nächsten Monat zu einer KSE-Konferenz nach Berlin eingeladen, um zu versuchen, das, was schon kaputtgegangen ist, einigermaßen zu reparieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum all das? Weil ich nicht einsehen kann, dass andere über europäische Interessen entscheiden. Wir haben hier ein gewichtiges Wort mitzureden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Ansätze der Vernunft und der Nutzung der Dialogmöglichkeiten werden wir auch im Rahmen der diversen Regionalkonflikte, über die heute Morgen schon gesprochen worden ist, verfolgen. Diesen Ansätzen werden wir treu bleiben.

Im Nahen Osten haben wir die Europäische Union - das konnten Sie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beobachten - als ernstzunehmenden Akteur zurück

an den Verhandlungstisch gebracht; damit haben wir viel erreicht, wenn auch noch keine Lösung gefunden worden ist. Das war nur deshalb möglich, weil wir dafür gesorgt haben, dass Europa seine Stellungnahmen verantwortungsvoll und vor allen Dingen geschlossen abgibt, damit im Nahen Osten nicht fünf, sechs unterschiedliche Meinungen aus Europa herumgeistern; denn das würde keinem helfen.

Ich glaube, wir haben mit dazu beigetragen, dass das Nahostquartett wieder aktiv geworden ist und in der arabischen Welt Partner gefunden hat. Niemand fragt uns heute noch: Was wollt ihr Europäer bzw. ihr Deutschen eigentlich im Nahen Osten? Vielmehr werden wir von Israel und von den Palästinensern aufgefordert, unser Engagement in dieser Region aufrechtzuerhalten bzw. es womöglich noch zu steigern. Vertrauen haben wir jedenfalls auf beiden Seiten gewonnen. Vielleicht sind wir sogar diejenigen, die auch mit schwierigen, für eine Gesamtlösung aber unverzichtbaren Partnern wie zum Beispiel Syrien reden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, dass das, was ich zum Nahostkonflikt gesagt habe, trotz aller Unwägbarkeiten auch für den Verlauf des Konflikts im Kosovo gilt. In den sechs Monaten unserer Präsidentschaft haben wir es immerhin geschafft, im Hinblick auf den Kosovo-Konflikt eine gemeinsame europäische Haltung zu bewahren - wahrlich nicht ohne Mühe, wahrlich nicht ohne Konflikte, am Ende aber erfolgreich. Als die Verhandlungen im Sicherheitsrat stockten und vorläufig scheiterten, waren es vor allem wir, die gesagt haben: Lasst uns jetzt dafür sorgen, dass keine Krise ausbricht - das Risiko der Gewaltanwendung war nämlich vorhanden -, und lasst uns einen Weg finden, einen neuen Verhandlungsprozess zu beginnen. Mittlerweile läuft dieser Prozess. Er dauert 120 Tage und findet unter dem Dach einer Troika bzw. unter dem Dach der VN statt. Dadurch konnte der offene Bruch, der zu befürchten war, vermieden werden. Ich hoffe, dass es uns gelingt, auf beiden Seiten die Kräfte zu mobilisieren, die für Mäßigung und für die Verfolgung gemeinsamer Interessen stehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu den zentralen Themen gehört unser Engagement in Afghanistan - viele von Ihnen haben sich dazu heute bereits geäußert -, über das wir in den nächsten Wochen in diesem Hause noch vielfach miteinander diskutieren werden. Deshalb möchte ich nur einige Sätze zu meinem Grundverständnis sagen. Das, worüber wir in diesem Zusammenhang diskutieren werden, ist für mich keine pure Realpolitik. Unser Engagement in diesem Land ist ein humanes und politisch-moralisches Projekt. Deshalb ärgert es mich ganz gewaltig, dass wir die Diskussion, die wir unter den politisch Verantwortlichen führen, immer auf den Streit um Mandatskürzel reduzieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Weltgemeinschaft hat Afghanistan im Jahr 2001 auf dem Bonner Petersberg und wiederholt auf anderen

internationalen Konferenzen versprochen, es aus der Spirale von Willkür, Rechtlosigkeit und Gewalt zu befreien.

Sie, Herr Westerwelle und Herr Struck, haben in diesem Zusammenhang Beispiele angeführt, die ich nicht wiederholen muss. Wir haben den Menschen in Afghanistan versprochen, ihnen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Mit dieser in ziviler Hinsicht immer stärker und in militärischer vielleicht immer schwächer werdenden Aufgabe sind wir noch nicht fertig. Das ist schlicht und einfach der Punkt.

Deshalb plädiere ich nicht für ein bloßes Weiter-so. Das war weder in der Vergangenheit meine Position noch ist sie es jetzt. Wir waren diejenigen, die das PRTKonzept entwickelt haben; das Stichwort ist heute Morgen schon gefallen. Wir waren es, die in den NATO-Gremien mit dafür gefochten haben, dass der zivile Wiederaufbau einen höheren Stellenwert erhält. Wir haben auch in den NATO-Gremien dafür gefochten, dass die Einsatzregeln für ISAF angepasst werden, dass der Schutz unschuldiger Zivilisten einen höheren Stellenwert bekommt. Man hat da auch auf uns gehört; das bitte ich nicht kleinzureden. Wir wollen, dass unsere Botschaften auch in Zukunft gehört werden.

Natürlich werden wir unser Engagement in Afghanistan immer wieder kritisch überprüfen und dort, wo es notwendig ist, anpassen; das haben Sie, glaube ich, bei den fortgeschriebenen Konzepten unseres Afghanistan-Engagements gespürt. Ich will diese Gelegenheit nutzen, um mich bei all denjenigen ausdrücklich zu bedanken, die in den letzten Wochen an Vorschlägen gearbeitet haben, die wir Gott sei Dank in das Papier, das Sie mittlerweile kennen, einarbeiten konnten.

Deutlich geworden ist doch eines: Wir erfüllen unsere Aufgabe in Afghanistan, wenn wir erfolgreich dafür sorgen, dass funktionierende staatliche Strukturen entstehen. Deshalb brauchen wir nicht nur ein Weiter-so, sondern mehr Elan bei der Ausbildung der afghanischen Armee, der afghanischen Polizei sowie – das wird gerne unterschlagen – der Richter und Staatsanwälte. Auch da sind wir engagiert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir brauchen ein wirkliches Engagement und nicht nur Lippenbekenntnisse. Deshalb, lieber Fritz Kuhn – ich schätze Dich; das weißt Du –, ist „halb rein und halb raus“ keine Antwort auf die Anforderungen, die dort an uns gestellt werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Ich komme zum Schluss, weil ich aufgrund meiner Redezeit zum Schluss kommen muss. Ich hätte gerne noch ein paar längere Ausführungen zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gemacht. Ich will nur, Monika Griefahn, ein kleines Beispiel nennen: Gerade hat der frühere französische Außenminister Hubert Védrine dem französischen Präsidenten, den wir erst diese Woche zu Gast hatten, einen Bericht vorgelegt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ein enger Freund des Finanzministers!)

Was steht in diesem Bericht? Es finden sich viele kritische

Bemerkungen über die französische Außenpolitik, aber auch ein Plädoyer für die Ausweitung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit all den Argumenten, die Sie von mir aus vergangenen Reden kennen. Das sind Investitionen in unsere eigene Zukunft. Ich bin froh, dass der Finanzminister das genauso sieht wie ich. Ich bedanke mich dafür und hoffe auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Werner Hoyer, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten sechs Monate waren geprägt von Gipfeln, Glanz und roten Teppichen. Jetzt sind die Mühen der Ebene in der Außenpolitik wieder erreicht. Die Bundesregierung hat - mein Fraktionsvorsitzender hat das heute Morgen klargemacht - diese Aufgaben gut bewältigt. Wir gratulieren dazu. Wir schließen in unseren Dank insbesondere Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die der anderen Häuser ein. Das war eine große Herausforderung, die bewältigt werden musste, und das ist gut gelungen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich hätte mich umso mehr gefreut, wenn Sie gerade unter diesen Gesichtspunkten den Antrag zu Strukturverbesserungen im Auswärtigen Amt, den die FDP eingebracht hat, nicht abgeschmettert hätten, obwohl die Außenpolitiker der Koalition und auch der Minister selbst sehr viele Sympathien dafür gezeigt haben. Wir kommen darauf zurück: Mein Kollege Koppelin wird nachher mit einigen ganz konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Situation des Auswärtigen Amtes aufwarten. Wir - nicht nur wir Liberale, sondern, wie ich denke, die große Mehrheit hier im Hause - hatten uns bei der europäischen Verfassung ambitioniertere Ziele gesetzt, als unter deutscher Präsidentschaft erreichbar waren. Trotzdem ist es gut, dass der Prozess wieder in Gang gekommen ist. Die EU muss demokratischer, transparenter, handlungsfähiger und bescheidener werden. Nicht alles, was im Juni beschlossen worden ist, geht in die richtige Richtung. Deshalb ist es umso wichtiger, jetzt keine weitere Verwässerung zuzulassen. Es erfüllt uns Liberale mit großer Sorge, dass einige Partner schon wieder bohren und Forderungen erheben, die mit den Ergebnissen vom Juni nicht vereinbar sind, insbesondere was die Vereinbarung in Sachen Grundrechtecharta, aber auch was die Abstimmungsprozeduren angeht. Diese Vereinbarungen müssen gewahrt werden.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus sage ich als Liberaler: Einem weiteren Kratzen an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und an der Verpflichtung auf unverfälschten, freien Wettbewerb werden wir Liberalen auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre im Übrigen fatal, wenn sich die Reform der Europäischen Union weiter hinzöge und mit den Verhandlungen über die Zukunft der EU-Finzen in Zusammenhang



geriete. Herr Minister, ich habe die große Befürchtung, das würde für den deutschen Steuerzahler sehr teuer werden.

Ein Wort zur europäischen Außenpolitik. Es ist ja nicht zu übersehen, dass es die immer stärker werdende Tendenz gibt, nationale Interessen über das Gemeinschaftsinteresse zu stellen. Es kann nicht sein, dass es, wie es im Falle der Verhandlungen Tschechiens und Polens mit den USA über die Stationierung eines Raketenabwehrsystems, wie es bei der Annäherung Spaniens an das Regime Fidel Castros auf Kuba oder wie es beim jüngsten französisch-libyschen Nuklearabkommen gewesen ist, keine Abstimmung im Kreise der 27 gibt. Für uns sind das elementare Fragen, die in den Rat der Europäischen Union gehören.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Übrigen muss ich sagen: Die Verbindung der von Ihnen sehr diskret vorverhandelten Freilassung der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen mit dem französisch-libyschen Nukleardeal desavouiert nachträglich Ihre anerkanntswerten Bemühungen. Ich finde, das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt erst recht, wenn hinterher in geradezu zynischer Weise von einem Spitzenfunktionär der libyschen Seite darauf hingewiesen wird, dass alle Vorwürfe, die die europäische Seite Libyen gemacht hatte, selbstverständlich zutreffen.

Dass der deutsch-französische Motor ins Stottern geraten ist, kann uns nicht fröhlich stimmen. Wenn in Frankreich nun schon regierungsamtlich durchgestochen wird, Angela Merkel gehe dem französischen Präsidenten auf die Nerven, dann verheißt das nichts Gutes für die Zukunft. Ich finde es ja gut, dass die Marginalisierung der kleinen und mittleren Staaten in Europa vorbei ist. Ich finde es gut, dass wir zurückkehren zu der Politik von Genscher und Kohl, für die die Ebenbürtigkeit der Staaten der Europäischen Union - unabhängig von Größe, Wirtschaftskraft, Lage und Zeit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union - immer entscheidend war. Trotzdem gilt es immer noch, zu beachten: Ohne deutsch-französischen Konsens läuft in der Europäischen Union nichts. Übrigens bleibt auch die zweite Lehre gültig: Deutschland darf sich niemals in die Situation bringen, zwischen Washington und Paris wählen zu müssen.

Der Prozess der Abnabelung von der Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer ist erfolgreich vollzogen; das anerkennen wir. Ich fand im Übrigen den Auftritt der Bundeskanzlerin in Peking herzerfrischend. Das war gewissermaßen der Schlusspunkt in einer Reihe von Auftritten: in Moskau zum Thema Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in Washington zum Thema Guantanamo Bay und jetzt in China. Das zeigt, dass man für die eigenen Werte und Überzeugungen, für das, was die ethische Grundlage unseres politischen Handelns ist, eintreten kann, ja dass man die Achtung des politischen Gegenübers verliert, wenn man nicht für

das eintritt, was man für richtig hält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Gerade in Menschenrechtsfragen ist der Kotau unangemessen, wirkt geradezu kontraproduktiv. Allerdings ist es eher ein Zeichen von Hilflosigkeit und Naivität, zu glauben, mit kräftigen Sprüchen und mit dem Androhen von Druck könnte man so gewichtige Partner bewegen.

(Lothar Mark [SPD]: Das gilt allgemein in der internationalen Politik!)

- Das gilt sehr allgemein, Kollege Mark, aber insbesondere im Umgang mit China.

Wir müssen kulturelle, religiöse und philosophische Grundlagen, aufgrund derer unsere Partner Politik machen, stärker ins Kalkül einbeziehen und uns darauf einstellen, wenn wir unsere eigenen Ziele definieren. Das gilt auch für ein so komplexes Land wie Afghanistan. Das ist ein Zeichen dafür, dass es hohe Zeit wird, mit mehr Demut an diese Fragen heranzugehen. Das gilt schon für die Definition von Zielen und erst recht für die Definition von Strategien, mit denen wir diese Ziele erreichen wollen. Wir werden nicht in kurzer Zeit eine perfekte Westminster-Demokratie erreichen, aber wir können Probleme eindämmen und möglicherweise einen Beitrag zur Problembewältigung über die Zeit leisten. Das setzt voraus, dass wir realistisch werden und nie vergessen, warum wir ein solches Engagement begonnen haben; das haben sowohl die Bundeskanzlerin als auch mein Fraktionsvorsitzender Guido Westerwelle heute Morgen sehr deutlich herausgearbeitet. Wir dürfen das nicht vergessen. Insofern ist Großes erreicht worden, aber das muss auch nachhaltig werden.

In Afghanistan und Pakistan gibt es nach wie vor die gefährlichste Basis für den Generalangriff auf unsere Lebensform und die fundamentalen Werte der aufgeklärten rechtsstaatlichen Demokratien des Westens. Deswegen ist dieses Engagement weiterhin erforderlich, auch wenn wir nicht einfach von Siegen oder Niederlagen sprechen können. Das heißt aber nicht, dass wir bei den Mandatsvorschlägen keinen Nachsteuerungsbedarf sähen, auch wenn wir als Liberale ihnen zustimmen werden. Das gilt für die Vernetzung unserer verschiedenen Politikbereiche und auch für die Vernetzung unserer Partner in der NATO.

Ich halte die Reduzierung der NATO auf die rein militärische Dimension - wie sie der NATO-Generalsekretär im Spiegel erneut bekräftigt hat - für falsch. Das ist nicht akzeptabel, weil wir im Ergebnis nur dann zum Erfolg kommen werden, wenn wir unsere militärischen und zivilen Aktivitäten stärker bündeln, und zwar im Gespräch mit den Partnern in der NATO.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Verweis auf die UNO geht hier völlig ins Leere. Auch wenn der NATO-Generalsekretär nicht nur uns, sondern auch der afghanischen Regierung mangelnde Bereitschaft vorwirft, erinnert mich das an die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten gegenüber den Irakern nach dem Motto: „Wir haben zwar eine große Katastrophe

angerichtet, aber für das, was jetzt zu bewältigen ist, seid ihr selber verantwortlich.“ Das funktioniert nicht. Auch in Afghanistan wird die UNO alleine es nicht richten.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung, Herr Präsident. Ich finde es gut, dass sich der Außenminister jetzt dem Thema Abrüstung zuwendet. Seit zwei Jahren beende ich jede Rede zur Außenpolitik mit diesem Aspekt der Politik. Ich wünsche mir nur, dass wir demnächst entsprechende Zeichen sehen werden. Sie werden den Vorsitz in der Nuclear Suppliers Group übernehmen und uns wahrscheinlich erklären, dass Sie den amerikanisch-indischen Nukleardeal unterstützen werden. Sie werden uns demnächst zu erklären haben, warum Sie den Antrag der FDP-Fraktion auf Bemühungen der Bundesregierung um den Abzug der taktischen amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland neulich abgelehnt haben und möglicherweise demnächst wieder ablehnen werden. Hier erwarten wir nicht nur Worte - die ich allerdings gerne gehört habe -, sondern auch Taten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Seit der letzten Haushaltsdebatte Ende des letzten Jahres können wir auf ein erfolgreiches Dreivierteljahr deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zurückblicken. Ich freue mich, dass dieses Urteil nicht nur von der Koalition geteilt wird - das ist zunächst einmal keine Überraschung -, sondern dass auch die Opposition - mit Ausnahme der Linkspartei - lobende Worte für die Bundeskanzlerin und den Außenminister gefunden hat.

Man sollte sich einmal vor Augen führen, wie die Ausgangslage vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft in den Monaten November und Dezember des letzten Jahres war: Damals wurde gesagt, dass von der deutschen EU-Präsidentschaft aus unterschiedlichen Gründen, der Schwierigkeiten des Verfassungsprozesses und der Wahlen in Frankreich, nicht viel zu erwarten sei. Nicht nur gemessen an diesem Maßstab, sondern objektiv daran, was erreicht worden ist - an dieser Stelle mein ausdrückliches Kompliment an die Kanzlerin und den Außenminister -, haben wir viel geschafft, und zwar mehr als das, was man im November oder Dezember letzten Jahres hat erhoffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt insbesondere für drei Felder. Der Klimaschutz ist ein Markenzeichen dieser Großen Koalition. Es ist uns gelungen, in der Europäischen Union zu verbindlichen Vorgaben zu kommen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, statt nur die Herausforderung des Klimawandels international zu beklagen. Das ist ein Ergebnis des von der Bundesregierung vorbereiteten und geführten EU-Gipfels. Das hat der damalige britische Premierminister

Tony Blair zu Recht als historisch bezeichnet.  
Der von vielen für tot erklärte Verfassungsprozess ist durch die deutsche Präsidentschaft so reanimiert worden, dass es nun eine Regierungskonferenz gibt, die - damit können wir rechnen - zum Erfolg führen wird. Auch das ist ein Ergebnis, mit dem man vor einigen Monaten noch nicht gerechnet hat. Die Bundesregierung hat zudem auf europäischer Ebene eine Initiative ergriffen, die dazu dient, uns auf die Herausforderungen vorzubereiten, die mit dem Aufstieg Asiens verbunden sind. Wir müssen uns darauf einstellen, dass in den nächsten Jahrzehnten die Weltwirtschaft vor allem vom asiatischen Wachstum, vom asiatisch-pazifischen Raum bestimmt wird.

Wir müssen auf zwei Herausforderungen reagieren. Zum einen müssen wir uns die Frage stellen, welche Fähigkeiten und welche komparativen Vorteile wir uns aneignen und weiterentwickeln sollen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein und das Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit zu garantieren, an das wir uns in Europa und insbesondere in Deutschland gewöhnt haben. Das ist vor allem, aber nicht nur eine Aufgabe der Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Zum anderen müssen wir uns die Frage stellen, welche Strukturen wir schaffen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Initiative zur Schaffung eines gemeinsamen transatlantischen Marktplatzes, die auf dem europäisch-amerikanischen Gipfel im April dieses Jahres vereinbart wurde. Globalisierung bedeutet, dass weltweite Entwicklungen unmittelbar Konsequenzen für die Art und Weise haben, wie wir in unserem Land leben und leben können. Das gilt für die wirtschaftlichen und die klimatischen Herausforderungen, aber auch und ganz besonders für die sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Damit kommt man automatisch zu Afghanistan. Ich will deutlich sagen: Wer nach den glücklicherweise gescheiterten Attentatsversuchen in den letzten Tagen, Wochen und Monaten nicht begreift, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zusammen mit unseren Verbündeten im Rahmen der NATO zuallererst unseren elementaren Sicherheitsinteressen dient, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Einsatz besteht im Wesentlichen aus zwei Elementen. Es geht um den Aufbau ziviler Strukturen. Es wurde schon zu Recht darauf hingewiesen, dass hier sehr viel erreicht wurde. Aber dort muss wesentlich mehr geschehen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung der Drogenwirtschaft. Wenn es uns nicht gelingt, für die Bauern in Afghanistan alternative Einnahmemöglichkeiten zu schaffen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So ist es!)

dann besteht die Gefahr, dass das, was wir bisher erreicht haben, erneut gefährdet wird. Das heißt, wir würden nicht nur auf dem Status quo verharren, sondern wir würden Gefahr laufen, auf den Status quo ante zurückzufallen. Deswegen brauchen wir dort ein stärkeres Engagement. Die Erhöhung der Mittel für den zivilen Aufbau

in Afghanistan um 20 Millionen Euro im Haushalt der Bundesentwicklungsministerin ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber das ist – präziser beschrieben – nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir gerade für den zivilen Aufbau – die Infrastruktur, den Straßenbau, die Wasser- und die Energieversorgung – deutlich mehr tun müssen, wenn wir die bisherigen Erfolge nicht gefährden wollen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eine Schlüsselrolle bei der Verbindung von zivilem Aufbau und militärischer Sicherheit nach dem Konzept der vernetzten Sicherheit kommt dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu. Das, was Deutschland vorschlägt, ist konzeptionell beispielgebend, aber die Mittel, die wir einsetzen, fallen hinter dem von uns selbst formulierten Anspruch und vor allem hinter dem, was in Afghanistan tatsächlich erforderlich ist, nach wie vor weit zurück. Wenn wir nicht auch beim Aufbau von Armee und Polizei unsere Bemühungen erheblich verstärken, gilt auch für diesen Bereich das, was ich zum zivilen Aufbau gesagt habe: Wir gefährden das, was wir bisher erreicht haben. Dass dieser Aufbau gar nicht mit so viel mehr finanziellen Mitteln verbunden sein muss, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass ein NATO-Soldat durchschnittlich 4 000 Euro am Tag kostet. Das sind Kosten von 120 000 Euro oder 150 000 Dollar im Monat. Ich weiß, dass sich die Kosten nicht eins zu eins übertragen lassen, aber mit 150 000 Dollar im Monat könnte man 1 000 afghanische Soldaten oder Polizisten mit einem Sold von 150 Dollar pro Monat einstellen und ausbilden. Dieser Sold würde weit über dem liegen, der heutzutage gezahlt wird.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das wäre das Fünffache!)  
Wenn wir uns jetzt einmal vor Augen führen, welchen Herausforderungen wir in Bezug auf die Sicherheitslage gegenüberstehen, so kann ich bei aller Wertschätzung für das Lob, das Sie, Herr Kollege Kuhn, der Bundesregierung gezollt haben, die Position der Grünen, aus OEF auszusteigen, nicht nachvollziehen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist kein Tauschgeschäft!)

Der Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Amtszeit zweimal die Vertrauensfrage gestellt, beide Male mit überzeugenden Argumenten, einmal, um sie zu gewinnen, und einmal, um sie zu verlieren. Als er sie noch gewinnen wollte,

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

am 16. November 2001, und sie gewonnen hat, hat er das mit der deutschen Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ verbunden. Es ist nicht allein Gerhard Schröder, der dafür geworben hatte, sondern es sind, wenn ich mich recht erinnere, auch Sie persönlich gewesen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Natürlich!)

Jetzt stellt sich die Frage, warum heute der Ausstieg aus OEF gerechtfertigt sein könnte. Dafür können drei Gründe ausschlaggebend sein. Der erste Grund wäre

eine so deutliche Verbesserung der Sicherheitslage, dass man auf die Terrorbekämpfung unter OEF verzichten kann. Das wird hier niemand ernsthaft behaupten wollen. Das zweite Argument, das immer wieder angeführt wird, ist, dass die deutsche Beteiligung an OEF nicht angefordert worden sei. Auch dieses Argument ist wenig überzeugend, wenn man sich vor Augen führt, dass deutsche Truppen seit 2005 nicht mehr unter OEF in Afghanistan sind. Es ist also nicht so, dass die Truppen abgezogen wurden, weil sie nicht mehr angefordert wurden, sondern eher umgekehrt: Sie wurden nicht mehr angefordert, weil sie nicht mehr vor Ort waren. Das hat mit den begrenzten Kapazitäten unserer KSK-Truppen zu tun. Also, auch das Argument, dass eine Beteiligung unter OEF nicht mehr erforderlich sei, weil es an der entsprechenden Anforderung fehle, stimmt nicht. Schließlich kommen wir zu dem dritten, am meisten vorgetragenen Argument, nämlich zu der sich angeblich von dem ISAF-Mandat so sehr unterscheidenden Operationsführung unter OEF. Auch dieses Argument ist falsch. Dieses Argument ist in erster Linie innenpolitisch motiviert. Es hat nichts mit den Verhältnissen und der Realität in Afghanistan zu tun; (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen selbst britische Soldaten, die im Süden eingesetzt sind! Die verstehen etwas davon!)

denn zu dem, was man euphemistisch „Kollateralschäden“ nennt, zu zivilen Opfern, ist es bedauerlicherweise sowohl unter ISAF als auch unter OEF gekommen. Nicht umsonst hat es entsprechende Äußerungen des NATO-Generalsekretärs gegeben. OEF ist heute vor allem eine Ausbildungsmission. Die milliardenschwere Investition, die insbesondere von den Amerikanern in Afghanistan für den Aufbau der Polizei und für den Aufbau der Armee geleistet wird, wird über OEF geleistet. Wer also für den Ausstieg aus OEF plädiert und gegen die Mandatsverlängerung stimmt, der stimmt auch gegen diese Ausbildungsmission (Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und müsste dann erklären, wie er diese Aufgabe übernehmen zu können glaubt. Das heißt, es ist in erster Linie innenpolitische Augenwischerei, wenn man sagt, man könne die beiden aufeinander angewiesenen Missionen in Afghanistan voneinander trennen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: ISAF und das damit verbundene Mandat, die afghanische Regierung zu unterstützen, sind auf den Erfolg von OEF angewiesen. Auch OEF wird in Afghanistan nur erfolgreich sein, wenn ISAF seinen Auftrag erfüllen kann. Beide militärischen Operationen werden ihr Ziel, für mehr Sicherheit zu sorgen, wiederum nur erreichen können, wenn wir beim zivilen Aufbau wesentlich mehr tun und deutlich erfolgreicher sind, als es bisher der Fall gewesen ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr von Klaeden, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nachtwei?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Ja, bitte sehr.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege von Klaeden, wir, die Obleute im Verteidigungsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss, haben

bis dato die Erfahrung gemacht, nie darüber unterrichtet worden zu sein, was OEF in Afghanistan konkret bedeutet. Über den Auftrag sind wir seit sechs Jahren informiert; er ist klar. Können Sie der Erfahrung, die ich seit inzwischen einigen Jahren mache, etwas entgegensetzen?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Kollege Nachtwei, ich kann Ihrer Erfahrung nichts entgegensetzen. Informationen durch das deutsche Verteidigungsministerium für die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses konnten vor allem zu der Zeit gegeben werden, als deutsche Soldaten im Rahmen von OEF in Afghanistan eingesetzt waren. Dieser Einsatz ist, wie ich gerade ausgeführt habe, im Oktober 2005, also in der Schlussphase Ihrer Regierungszeit, zu Ende gegangen. Deswegen hat es danach keine Informationen mehr gegeben.

Ich gebe Ihnen aber recht - ich nehme an, Sie wollen darauf hinaus -, dass der Informationsaustausch zwischen ISAF und OEF in Afghanistan deutlich verbessert werden muss; das ist für mich überhaupt keine Frage. Ich halte es bloß für etwas widersinnig, dass gerade diejenigen, die Wert darauf legen, dass die Weitergabe von Informationen von OEF an ISAF, zum Beispiel durch die Tornado-Flüge, besonders restriktiv gehandhabt, also eingeschränkt wird, sich hinterher darüber beklagen, dass es Mängel bei der Weitergabe von Informationen durch ISAF an OEF gibt.

Ich finde, wir müssen uns darauf einstellen, dass eine künstliche Trennung in Bezug auf die Kooperation beider Operationen in Afghanistan nur ins Verderben führen kann. Wir brauchen Kooperation, Abstimmung und insbesondere Informationsaustausch in beide Richtungen.

Das ist die Konsequenz dessen, was ich gerade gesagt habe: dass beide Operationen aufeinander angewiesen sind.

Ich darf insbesondere an diejenigen appellieren, die in der letzten Legislaturperiode Regierungsverantwortung getragen und - das will ich deutlich sagen - mit überzeugenden Argumenten die Auffassung vertreten haben, dass für den Erfolg in Afghanistan, für die Unterstützung des zivilen Aufbaus beide militärischen Operationen erforderlich sind: Sie sollten sich heute nicht mit fadenscheinigen Ausreden, insbesondere mit der Rücksichtnahme auf die eigene Wählerklientel, auf die innerparteiliche Situation oder auf Umfrageergebnisse aus dieser Verantwortung zu stehlen versuchen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das war eine gute Rede, Herr von Klaeden!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Monika Knoche, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin!

Meine sehr geehrten Herren und Damen! Herr von  
Klaeden, in einem stimme ich Ihnen zu: Es ist richtig,  
die heutige Oppositionsfraktion der Grünen auf ihre Verantwortung  
hinzuweisen, die sie mit dem Stellen der  
Vertrauensfrage und dem Erzwingen der Zustimmung  
der Fraktion zum Afghanistan-Krieg hat. Ich möchte ergänzen:  
Das KSK ist während der Regierungszeit von  
Rot-Grün eingesetzt worden; erst als die CDU an die Regierung  
kam, kam es nicht mehr zum Einsatz. Die diesbezüglichen  
Daten sind verschwunden.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Da sehen Sie  
mal an!)

Wir sind also gar nicht in der Lage, zu verifizieren, was  
unter der rot-grünen Regierung in Afghanistan im Rahmen  
von OEF eigentlich gemacht worden ist. Machen  
Sie von den Grünen hier bitte keine Schönfärberei!  
(Beifall bei der LINKEN)

Herr von Klaeden, aus Ihrer Rede habe ich deutlich  
herausgehört, dass Sie jetzt für eine Zusammenlegung  
von ISAF und OEF werben.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Quatsch!)

Ich nehme an, ich habe Sie da nicht missverstanden.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Doch! Sie  
haben mich missverstanden!)

- Okay; dann ist es gut. Uns liegt nämlich ein Verfassungsgerichtsurteil  
vor, in dem größter Wert darauf gelegt  
wird, dass die Trennung dieser Mandate beibehalten  
wird. Eines in der Debatte hat mich doch verwundert,  
Herr Hoyer, nämlich dass Sie davon sprechen, Afghanistan  
greife unsere Lebensform und unsere Lebensweise  
an. Das kann ich nicht teilen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das habe ich auch  
nicht gesagt! Insofern ist das auch nicht überraschend!

- Eckart von Klaeden [CDU/CSU]:

Der Terrorismus, hat er gesagt!)

Oft ist vom Clash of Civilisations die Rede. Es ist gut,  
sich von unserer Seite aus daran zu erinnern, dass er etwas  
mit dem Ressourcenzugriff in der islamischen Welt  
zu tun hat, dass es nicht nur um die aufgeklärte westliche  
Lebensweise, die der christlichen Kultur entstammende  
Lebensweise geht. Es hat eben auch etwas damit zu tun,  
wie die Zugriffe auf die Welt zur Sicherung der Ressourcen  
erfolgen.

Man muss sich einmal anschauen: Wie sieht das  
Weißbuch der Bundeswehr aus, was diesen Teil angeht?  
Die Position von Herrn Steinmeier, die er heute hier bezogen  
auf die Frage des Klimaschutzes und der Energieaußenpolitik  
dargelegt hat, bleibt in einem klaren Widerspruch  
zu der Position, die in der Großen Koalition  
seitens des Verteidigungsministeriums vertreten wird.  
Man muss einmal deutlich machen, dass das alles nicht  
zusammengeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin der Auffassung, dass es ganz wesentlich ist, in  
unseren außenpolitischen Debatten und Beratungen endlich  
das Thema „Klimawandel und Frieden“ in den Mittelpunkt  
zu stellen; denn ich bin zutiefst davon überzeugt:  
Nur bei Emanzipation von der Abhängigkeit von  
fossilen Energieträgern werden wir eine Friedensdividende  
bekommen. Das ist die eigentliche friedenspolitische



Aufgabe, die man bis hinauf in die UN-Ebene durchdeklinieren muss, wozu von der Regierung leider noch gar keine Vorschläge gemacht worden sind. Wir stehen jetzt parlamentarisch vor einer ganz wesentlichen Entscheidung der deutschen Außenpolitik. Die Frau Kanzlerin hat in ihrer außenpolitischen Betrachtung großen Wert darauf gelegt, eine Einschätzung zu Afghanistan abzugeben. Am Samstag, dem 15. September, werden hier in Berlin Tausende Menschen gegen den deutschen Militäreinsatz demonstrieren. Sie stehen für einen Großteil der Bevölkerung, die der Auffassung ist, dass Deutschland seinen Friedensauftrag in Afghanistan verfehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach sechs Jahren Krieg gegen Terror muss diesem eine Absage erteilt werden, weil es an der Zeit ist, einzugestehen, dass es nicht funktioniert, militärische oder zivil-militärische Operationen in Afghanistan zu führen. Das Scheitern dieser Strategie ist offenkundig. Wir sehen Bilder. Wir haben Informationen. Wir wissen es. Obwohl den ganzen Sommer über Werbefeldzüge für die ISAFMission geführt wurden, ist die Bevölkerung nicht zu überzeugen. Das zeugt von der Aufgeklärtheit der Menschen. Die Menschen verlangen eine andere außenpolitische Strategie, nämlich eine, die auf Militärpräsenz verzichtet und die Präsenz von Militär nicht zum Ausweis für die politische Unterstützung in einem Krisen- oder Kriegsgebiet macht. Das ist die Haltung, die in der Bevölkerung vertreten wird. Für alles, was zu weiteren Opfern in der Zivilbevölkerung Afghanistans und unter den Soldaten führt, wird die Linke die Hand nicht reichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch nicht möglich, ISAF zu einem Friedensengel zu erklären. Ich will nur anmerken: Ärzte ohne Grenzen hat nach 24 Jahren Afghanistan verlassen. Malteser International sagt: Nur ohne Soldaten ist Hilfe möglich. - De facto wissen alle, die dort waren: ISAF schützt nur sich selber. Die Zivilbevölkerung hat nahezu nichts davon. Jetzt müssen die Grünen und die SPD Debatten in den eigenen Reihen führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut! - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind ja nicht auf Kuba! - Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Unterschied zu euch! Ihr führt keine!)

Dabei ist mir einiges aufgefallen. Sie veranstalten einen Sonderparteitag. Das wurde hier im Haus bereits richtig kommentiert. Man wolle OEF auslaufen lassen, wird gesagt, um ISAF samt Tornado-Einsatz zu stärken. Ich finde das höchst verwunderlich; denn Deutschland hat überhaupt keinen Einfluss auf OEF. OEF machen die Amerikaner. Da ist Deutschland nicht gefragt. Da fragen uns die USA doch nicht, auch dann nicht, wenn wir über KSK Kombattanten bei OEF sind. Das muss man der Bevölkerung klar sagen.

Ich weiß gar nicht, welche Debatten Sie auf Ihrem Parteitag führen wollen. Hier wird doch offenkundig eine Schimäre, eine Mär verbreitet. Es geht nicht darum, es entweder zu lassen oder mehr zu tun; es geht darum,

ganz rational und humanitär an diese Probleme Afghanistans heranzugehen. Da ist vollkommen klar: Man bekommt keine Perspektive für Frieden und Befriedung in diesem Land, solange das Militär präsent ist. Sie müssen es einsehen: Diese Strategie ist gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schütterer Beifall!)

Sie wollen doch eine qualitative Aufwertung der ISAF-Mission vornehmen - diese Diskussionen werden ja heute schon geführt - und in das ISAF-Mandat OEF-Anteile überführen. Was ist das denn anderes, als in den operativen Krieg gegen den Terror einzusteigen? Es muss doch klar gesagt werden, dass hier Irreführung betrieben wird, wenn öffentlich erklärt wird, mit ISAF nur noch rein zivil arbeiten zu wollen, aber insgeheim gemeint wird, den operativen Teil der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Terror vor Ort in Afghanistan führen zu wollen. Dann wird man zum Beteiligten in diesem Konflikt, und das wollen wir auf gar keinen Fall. Eines ist mir vollkommen klar: Im Hinblick auf den Drogenanbau und den zivilen Aufbau wird man nicht umhinkommen, die bekannten Korruptionen in der Regierung Karzai zum Thema zu machen. Man kann Korruptionsbekämpfung in Abmachungen hineinschreiben, aber solange der jetzige Drogenanbau nicht in die Form eines lizenzierten, kontrollierten Drogenanbaus für medizinische Zwecke überführt wird, wird man den Drogensumpf nicht austrocknen können. Schon gar nicht wird es gelingen, in Afghanistan neben dem Krieg gegen den Terror nun auch noch den Krieg gegen Drogen zu führen. Dieses Konzept geht nicht auf. Man muss sich vielmehr mit den Anrainerstaaten um eine Lösung vor Ort bemühen; denn der westliche Zugriff auf Afghanistan und das Herbeizwingen von Lösungen haben nicht funktioniert und werden nicht funktionieren. Deshalb muss Deutschland dort als ziviler Friedensdienstleister aktiv werden und sich so seine Unterstützung in der Bevölkerung verdienen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Kerstin Müller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu Afghanistan komme - auch ich werde natürlich darüber sprechen -, beginne ich mit dem Ausgangspunkt für unser Engagement dort: dem schrecklichen Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001. Wir haben erst gestern wieder der vielen Toten gedacht, und es gab auch viele Berichte dazu.

Man muss ganz klar festhalten: Außenpolitisch war der 11. September eine Zäsur, in vielerlei Hinsicht. Die Vereinten Nationen gestanden den USA zu Recht ein Recht auf Selbstverteidigung gegen diesen schrecklichen Terroranschlag zu; die NATO rief auf dieser Grundlage erstmals den Bündnisfall aus, und die internationale Gemeinschaft

interveniente in Afghanistan. Die USA begannen in einer „Koalition der Willigen“ ihren Kampf – sie sprechen heute vom „Krieg“ – gegen den Terror. Wenn man dies sechs Jahre nach der Intervention in Afghanistan und vier Jahre nach dem Einmarsch im Irak bilanziert, dann muss man eines leider ganz klar feststellen – und das hat viele Gründe –: Die Welt ist nicht sicherer geworden. Der internationale Terrorismus ist heute stärker als je zuvor.

Herr Kollege von Klaeden, Sie haben recht: Der Gott sei Dank am letzten Dienstag vereitelte Terroranschlag hat noch einmal deutlich gezeigt, dass auch wir im Visier des Terrorismus sind. Kein Land der westlichen Welt ist davor geschützt; aber auch auf Teile der arabischen Welt trifft dies zu, wie der Anschlag in Algerien zeigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, da hilft es gar nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und zynisch zu behaupten: Wären wir nicht an den internationalen Einsätzen gegen den Terrorismus beteiligt, dann gäbe es keine Anschlaggefahr in Deutschland. – Das ist ein unverantwortliches Gerede, denn es ist klar: Wir waren von Anfang an im Visier der Terroristen, (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

weil der von al-Qaida und anderen erklärte Dschihad eben ein Kulturkampf gegen unsere westlichen Werte ist, gegen unsere Lebensweise, gegen unsere offenen Gesellschaften insgesamt. Mit dieser Vogel-Strauß-Politik verunsichern Sie nur die Bevölkerung in Deutschland noch weiter. Das halte ich für unverantwortlich, denn wir müssen ja gerade deutlich machen, warum es richtig ist, dass wir an den multilateralen Einsätzen, etwa in Afghanistan, beteiligt sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir hier heute auch über den 11. September und seine Folgen für die Welt diskutieren, dann kommen wir gerade angesichts der aktuellen Irak-Diskussion in den USA nicht umhin, klar festzustellen – das ist jedenfalls meine Bilanz als jemand, Herr von Klaeden, der diese Diskussionen von Anfang an hier mitgeführt hat –, dass der War on Terror der USA gescheitert ist; ich sage das bewusst so.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er ist nämlich leider mitverantwortlich dafür, dass heute der internationale Terrorismus nicht schwächer, sondern stärker geworden ist. Das war eine Befürchtung, die der frühere Außenminister Joschka Fischer immer hatte. Er hat mit dieser These leider, leider recht behalten.

(Zuruf von der LINKEN: Trotzdem machen wir mit!)

Nach Afghanistan hat der Terrorismus neue Rückzugsgebiete in Pakistan und vor allem im Irak gefunden. Er breitet sich vor allen Dingen in fragilen Staaten aus. Beispiele seien genannt: die Flüchtlingslager im Libanon, neue Netzwerke in Gaza, Angriffe im Jemen, die Anschlagserie im Maghreb und Strukturen in Somalia über

Bangladesch bis Indonesien.

Mitverantwortlich für die Stärkung ist das Irak-Desaster. Vertreter der Demokraten in den USA wie etwa der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses sprachen, bevor General Petraeus überhaupt mit seinem Bericht begann, von einem Fiasko. Die Mehrheit der Amerikaner will nur noch den Abzug. Leider bietet die amerikanische Regierung nur Durchhalteparolen. Damit kommt man, wie ich meine, im Irak nicht mehr weiter. Die dort angewandte Logik „Mehr Soldaten gleich mehr Sicherheit“ ist, übrigens wie in Afghanistan, nicht aufgegangen. Die Zahl der zivilen Opfer liegt leider auf demselben tragisch hohen Niveau wie im Januar. Man fragt sich, warum etwa so zentrale Empfehlungen wie die des Baker/Hamilton-Reports vom Dezember 2006 einfach in den Wind geschlagen wurden und man nicht ein Stück weit das umgesetzt hat, was dort gefordert wurde. Dort hieß es, dass ein politischer Prozess zur innerirakischen Versöhnung wichtig ist, dass die Nachbarn des Irak aktiv eingebunden werden müssen, dass eine konfrontative Politik gegenüber Syrien und Iran nicht mehr weiterführt. Fest steht jedenfalls das Dilemma, in dem wir stecken: Deutschland war nicht am Krieg gegen den Irak beteiligt, aber wir werden jetzt mit den Folgen konfrontiert. Solange der Irak nicht befriedet ist, stellt er ein Sicherheitsrisiko für Europa und damit auch für uns dar.

Wir müssen uns dringend Gedanken darüber machen, wie wir eine Stabilisierung im Irak unterstützen können. Keiner hat dafür den Stein der Weisen. Aber ich will ein Beispiel nennen: Es war eine Delegation von uns im kurdischen Norden. Ich verstehe nicht – das ist ein ganz kleiner Baustein –, warum Deutschland dort abstinent ist und wir nicht wenigstens mithelfen, diese Region zu stabilisieren. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt komme ich zur OEF, Herr Kollege von Klaeden. Der War on Terror ist eben nicht nur im Irak, sondern meines Erachtens auch in Afghanistan gescheitert. Es ist vor allen Dingen die Operationsführung – Sie haben sie angesprochen –, die hohe zivile Opfer zur Folge hat. Hier gelten eben nicht die NATO-Rules, gemäß denen – das wurde auch jetzt noch einmal ganz deutlich gesagt – zivile Opfer möglichst vermieden werden sollen. Das hat Hass und Gewalt vor allen Dingen im Süden und Osten des Landes, wo mehrheitlich paschtunische Bevölkerung lebt, geschürt und sie gegen die internationale Gemeinschaft aufgebracht. Ich sage es nochmals – das ist auch ganz klar das Fazit von Abgeordneten meiner Fraktion nach der Reise nach Afghanistan –: Das Vorgehen dort ist unabgestimmt und unsensibel. Es ist derart unsensibel, dass es inzwischen kontraproduktiv für den Erfolg der ISAF-Mission ist. Das ist unser Hauptargument. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Trittin hat in einer anderen Debatte den Vorfall von Shindand geschildert, wo OEF ISAF zu Hilfe rufen musste und die Italiener, die für die Region verantwortlich waren, erst in dem Moment von der OEF-Operation erfahren hatten. Diese „Hilfe“ führte zu so vielen Opfern, dass es darüber eine riesige Debatte in Afghanistan gegeben hat und das Oberhaus des afghanischen

Parlaments, der Senat, beschlossen hat, doch bitte schön diese Mission zu beenden und solche Aktionen künftig zu unterbinden bzw. mit den afghanischen Sicherheitskräften abzustimmen. Ich sage noch einmal:

Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir darüber nicht eine Debatte mit unseren amerikanischen Partnern führen - das ist unser Hauptargument -, dann gefährden wir die gesamte ISAF-Mission, auch die zivilen Aufbauprojekte, die wir dort durchführen. Deshalb meinen wir: OEF muss beendet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir haben immer wieder eine Unterrichtung über die Gesamtoperation OEF gefordert. Herr von Klaeden, wir haben neulich noch darüber gesprochen. Bisher haben wir sie nicht bekommen. Dass sie seit zwei Jahren nicht mehr abgerufen worden ist, heißt nicht, dass wir keine Informationen darüber bekommen müssten. Die Amerikaner führen diese Aktion so, wie sie wollen, und lassen sich nicht in die Karten schauen. Das kann nicht sein. Wir müssen aufpassen, dass nicht eine falsch verstandene Bündnistreue dazu führt, dass Afghanistan am Ende zum Irak der NATO wird. Das kann keiner von uns wollen. Das wollen auch wir Grünen nicht. Wir wollen, dass sowohl die UNO, die im Irak die Federführung hat, als auch die NATO mit der Mission der ISAF erfolgreich sind. Die ISAF-Mission ist inzwischen auf Gesamtafghanistan ausgedehnt. Auch das ist ein Argument, warum es Zeit wird, die OEF in Afghanistan zu beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen Ihre Rede beenden. Sie haben die Zeit bereits deutlich überschritten.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ein letzter Satz: Natürlich muss der zivile Aufbau ins Zentrum gestellt werden. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass auch die Menschen im Süden und im Osten die Friedensdividende zu spüren bekommen, damit sie erkennen, dass wir dort nicht als Besatzer sind, sondern Hilfe leisten wollen, damit der Aufbau, das große Projekt des Nation-Building in Afghanistan, ein Erfolg wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Eckart von Klaeden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Kollegin Müller, Sie haben mich mehrfach auf meine Ausführungen zur OEF angesprochen. Deswegen will ich Folgendes noch einmal klarstellen: Ich teile Ihren Wunsch nach einer besseren Information - und zwar nicht nur des Deutschen Bundestages, sondern auch der ISAF-Mission - über die Aktivitäten der OEF. Das setzt aber voraus, dass wir den Informationsaustausch von ISAF in Richtung OEF nicht beschränken. Deswegen mein Hinweis auf die Beschränkung im Bundestagsmandat, die restriktive Informationsweitergabe, die gerade auf Wunsch derjenigen aufgenommen worden ist, die

kritische Anfragen an OEF stellen.

Der zweite Punkt, den Sie genannt haben, die unterschiedlichen Einsatzregeln für OEF und ISAF in Afghanistan, ist schlicht falsch. Beide Operationen verfügen über dieselben Einsatzgrundsätze.

Der dritte und, wie ich finde, entscheidende politische Punkt ist die Analyse, es gebe in Afghanistan zwei Probleme, nämlich zum einen die Taliban und zum anderen die Operationsführung der Amerikaner. Diese Analyse ist nicht nur falsch,

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sie ist unfair!)

sondern führt auch dazu, dass unserem ISAF-Einsatz in Afghanistan die moralische Grundlage entzogen wird.

Das heißt, Sie begeben sich mit dieser Argumentation auf eine Rutschbahn, die nur darin enden kann, dass man sich ganz aus Afghanistan zurückzieht, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Aufgabe noch nicht erfüllt ist.

Das ist der eigentlich problematische Teil Ihrer Argumentation.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer

Argumentation deutlich machten, dass der Grund für die schrecklich hohe Zahl der zivilen Opfer nicht in erster Linie in der Operationsführung der Amerikaner liegt - auch vonseiten der NATO ist gesagt worden, dass das, was zu verbessern ist, verbessert werden soll -, sondern zuallererst in der Kriegsführung der Taliban, die Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchen. Der

zweite Grund - auch das gehört dazu - ist der Mangel an Bodentruppen; denn wenn wir, unter beiden Mandaten, mehr Bodentruppen hätten, würden diese nicht so schnell in Bedrängnis geraten - Sie haben ja gerade ein solches Beispiel geschildert - und müssten keine Luftunterstützung anfordern. Wenn Ihre Argumentation schlüssig sein soll, müssten Sie sich für einen stärkeren militärischen Einsatz unter ISAF, aber eben auch unter OEF aussprechen. Das tun Sie aber nicht.

Der letzte Punkt. ISAF selber hat in Afghanistan ungefähr 800 Spezialkräfte im Einsatz, die nichts anderes tun als die Spezialkräfte, die unter OEF eingesetzt werden.

Sie werden erhebliche Schwierigkeiten bekommen, sofern Sie Ihre Linie beibehalten wollen, wenn die Glaubwürdigkeit Ihrer Argumentation mit den tatsächlichen Verhältnissen in Afghanistan verglichen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie haben Gelegenheit zur Reaktion.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege von Klaeden, ich kann jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, die Sie genannt haben. Ich bin aber froh, dass wir diese Diskussion führen; Sie führen diese Diskussion ja nicht nur mit uns, sondern - das muss man der Ehrlichkeit halber ergänzen - auch in der Koalition. Es ist gut, dass diese Diskussion durch unsere Beiträge auch hier einmal thematisiert wird.

Ich möchte auf zwei Argumente eingehen. Erstens zur Operationsführung. Ich halte dies in der Tat für entscheidend. Wir können gerne unsere Quellen austauschen.

Wir verfügen über viele Quellen. Es gibt viele wichtige Leute - sei es der EU-Beauftragte Vendrell in Afghanistan,

seien es hohe ISAF-Offiziere, Briten, die dort unten sind -, die hier eine sehr deutliche Sprache sprechen. Die zuständigen Militärs sagen selbst, dass die OEF-Mission inzwischen kontraproduktiv ist. Ich bin zwar kein Militär, aber die zuständigen Militärs haben das berichtet, und zwar nicht nur unserer Delegation.

Ich möchte auch auf die Reaktion der Afghanen hinweisen.

Inzwischen hat dort ein Prozess stattgefunden

- wir sind eben nicht Besatzer; das wollen wir auch nicht -: Es gibt einen gewählten Senat, ein gewähltes Parlament, eine gewählte Regierung. Dort häufen sich Klagen und entsprechende Beschlussfassungen im Senat - ihre Zahl nimmt zu -, die sich auch gegen die Operationsführung richten. Es wird immer deutlich dazugesagt:

Wir wollen nicht, dass die internationale Gemeinschaft abzieht. Wir wollen, dass ihr bleibt. Wir wollen mit euch gemeinsam den Prozess der Schaffung einer selbsttragenden Sicherheit, des Aufbaus des Landes fortführen. Aber das, was da zum Teil passiert, ist so kontraproduktiv, dass es der eigenen Bevölkerung nicht mehr vermittelt werden kann.

Wenn wir uns dort einsetzen, handelt es sich immer um eine heikle und schwierige Gratwanderung. Wir müssen die Äußerungen ernst nehmen. Sie haben unter anderem zu unserem Schluss geführt, dass die Frage der Operationsführung entscheidend ist. Es gibt andere Experten - Sie haben das sicherlich auch gelesen -, etwa von der SWP, die ganz klar sagen: Nach der Gesamtausdehnung der ISAF, die erst 2006 abgeschlossen worden ist, gibt es noch weniger Argumente, zwei parallel laufende Missionen in Afghanistan durchzuführen.

Natürlich ist die Kriegsführung der Taliban eine der Ursachen für die Eskalation im Süden und Osten. Hinzu kommt, dass sich Taliban- und Al-Qaida-Kräfte in den Ausbildungslagern reorganisiert haben; sie führen - da gebe ich Ihnen recht - einen systematischen Kampf.

Aber was ist die Antwort darauf?

Klar ist jedenfalls - das habe ich auch dem Kabinettsbeschluss entnommen -: Wir müssen schauen, dass die militärische Präsenz im Süden und Osten den zivilen Aufbau absichert, dass dieser Aspekt wieder in den Mittelpunkt gelangt. Wir müssen auch von deutscher Seite die Mittel dafür mindestens verdoppeln, damit auch die Menschen im Süden und Osten eine Friedensdividende erhalten. Das scheint mir der allerwichtigste Punkt zu sein. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden Kräfte wie Taliban und andere hier einen fruchtbaren Nährboden finden und dann sind wir auch mit Militär auf verlorenem Posten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Walter Kolbow, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Walter Kolbow (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass der Außenminister auch von der verantwortungsbewussten Opposition breites Lob für das bekommen hat, was er in seiner Amtszeit zusammen mit der Großen Koalition außenpolitisch auf den Weg gebracht hat, nie reaktiv, immer aktiv, nie aufdringlich, an

den Hotspots dieser Welt, von denen es leider zu viele gibt, präsent, mit seinen Lösungsvorschlägen immer auf der Höhe der Zeit. Das gilt, wie Sie, Herr Außenminister, dargetan haben, für die schwierige Situation im Kosovo, aber auch für die nicht minder komplizierte Lage im Nahen Osten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch Ihrem Team zu verdanken, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, in Deutschland, aber auch in der Welt, denen wir von dieser Stelle aus unseren Dank für ihre Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dabei möchte ich insbesondere auf den Krisenstab in Ihrem Hause abstellen, der mit uns allen, mit Ihnen in Ihrer Verantwortung als Außenminister und auch mit der Frau Bundeskanzlerin, immer noch um das Leben der im Augenblick in Afghanistan gekidnappten Geisel ringt. Wir hoffen, dass wir sie gut zurückbekommen. Wir wissen um die Verantwortung, die bei diesen Fragen, bei denen es um Menschen geht, vorherrscht, sowie um die Verstrickungsprobleme, die bei der 30-jährigen Wiederkehr des deutschen RAF-Herbstes gerade auch durch die Äußerungen von Helmut Schmidt sehr authentisch in den Vordergrund gerückt sind. Wir wünschen eine glückliche, eine menschliche, eine erfolgreiche Hand.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Sie haben zusammen mit dem Umweltminister und mit Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul die Vorbereitungen für den G-8-Gipfel getroffen, sodass er von unserer Bundeskanzlerin erfolgreich durchgeführt werden konnte. Wir freuen uns, dass die Klimapolitik als wichtige Säule der Innenpolitik und die Problematik der Energiesicherheit nicht mehr von der Tagesordnung wegzudenken sind.

Es ist wichtig, in großen, aber auch in kleinen Ländern die Menschenrechte einzufordern. Es ist richtig, die Menschenrechte in China, in Russland, aber auch in den Vereinigten Staaten einzufordern, Erklärungen dazu abzugeben und sich mit den Partnern, die das möglicherweise anders sehen und andere Entwicklungen zulassen, auseinanderzusetzen. Aber ich meine, wir sollten und dürfen nicht die Einzelfälle aus dem Blick lassen. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass drei sozialdemokratische Bundeskanzler während ihrer jeweiligen Amtszeit Menschenrechte immer aktiv eingefordert und Einzelfälle auch erfolgreich gelöst haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU])

Es ist zu einfach, zu sagen: Jetzt ist es so, früher war es anders. - Das hat die rot-grüne Regierungskoalition nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen würde ich mich freuen, wenn bei Regierungsreisen ins Ausland auch die Parlamentsinitiativen einbezogen würden, zum Beispiel der vom Deutschen Bundestag gefasste Laogai-Beschluss. Dies tun wir bei jeder unserer Reisen. Sie haben es auch getan, als Sie mit Herrn Westerwelle unterwegs waren, ebenso wie die



Kollegen der CDU/CSU oder auch wir im Juni in China. Ich denke, dass Menschenrechtspolitik in einem engen Zusammenhang mit Rüstungs- und Abrüstungspolitik, mit Rüstungskontrollpolitik und mit Nonproliferation steht. Dabei stehen nicht nur die Themen der Nuklearwaffen und der Waffensysteme im Mittelpunkt. Weil es heute die sogenannten kleinen Waffen sind, die den Menschen in Kriegs- und Krisengebieten Tod und Verderben bringen, stehen auch die Bemühungen im Mittelpunkt, die Verbreitung von Kleinwaffen einzuschränken. Wir müssen die Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen, bei der wir im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt haben, dafür gewinnen, ein globales Waffenhandelsübereinkommen zu erzielen. Dies ist gegenwärtig in der Diskussion, muss aber beschlossen werden, um die unglückseligen Wirkungen zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vollständigkeit halber darf ich unterstreichen, dass Ihre Initiative und auch unsere aus der Großen Koalition gespeisten Anstrengungen bezüglich der Streumunition erfolgreich waren. Aber auch dort gilt es weiterzuarbeiten.

Die Nuklearproblematik im Hinblick auf den Iran treibt uns alle um. Sie haben es erwähnt: Unser politisches Ziel bleibt, den Zusammenhalt der Sechser-Gruppe zu bewahren und mit einer geschlossenen Haltung gegenüber dem Iran aufzutreten. Der Konflikt mit dem Iran muss politisch gelöst werden. Dass sich militärische Lösungen verbieten und diese Einsicht in die Überlegungen in den Hauptstädten dieser Welt Eingang gefunden hat, ist auch Ihnen und Ihren Aktivitäten auf den internationalen Konferenzen und hinter den Kulissen zu verdanken, Herr Außenminister.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die mittlerweile in greifbare Nähe gerückte politische Lösung der nordkoreanischen Atomkrise dazu beitragen kann, die Weiterverbreitung von Atomwaffen einzudämmen und eine Ursache für das regionale Wettrüsten in Südostasien zu beseitigen. Ein Erfolg in Nordkorea könnte auch Impulse für die festgefahrenen Gespräche im Zusammenhang mit der iranischen Atomkrise bieten. Davon würden auch die Gespräche der EU-Drei im Rahmen der Drei-plus-Drei-Initiative profitieren. Es gibt Signale, dass unsere diesbezüglichen Forderungen erfüllt werden.

Ich will darauf hinweisen - auch Sie, Herr Kollege Hoyer, haben das getan; ich kann das nachvollziehen -, dass wir natürlich aus abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischer Sicht die Entwicklung um das indisch-amerikanische Nuklearabkommen sehr aufmerksam betrachten.

Wir werden weder Indien noch Pakistan dazu bringen können, auf den gerade erlangten Status einer Atommacht zu verzichten. Unser Augenmerk muss jedoch darauf gerichtet sein, Herr Außenminister, unser Verhalten in der Nuclear Suppliers Group mit rüstungskontrollpolitischen Überlegungen zu vereinbaren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

Es wäre hier sehr hilfreich, wenn sich Indien zu bestimmten

rüstungskontrollpolitischen Zusagen und Verhaltensweisen entschließen könnte. Aber auch wir könnten mit unseren Möglichkeiten zu einer Lösung auf den Konferenzen beitragen, die unseren Anstrengungen, was den rüstungskontrollpolitischen Ansatz angeht, nicht hinderlich sein würde.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass wir nicht nur wegen der rüstungskontrollpolitischen Aspekte das Thema „strategische Raketenabwehr“ nach wie vor auf unserem politischen Schirm haben. Für uns stand immer die Frage im Mittelpunkt, ob Verteidigungsanstrengungen im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem vertragliche Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime tangieren, ob sie erhalten werden können und ob sie ausgebaut werden müssen. Dies hat immer auch eine wirksame und verifizierbare Verhinderung der Proliferation eingeschlossen.

Wir plädieren hier für einen kooperativen Ansatz, der sowohl Russland als auch - bei globaler Betrachtung - andere Länder wie zum Beispiel China einbeziehen muss. Unsere Position ist klar: Wir wollen eine neue Rüstungsspirale verhindern. Wie notwendig das ist, zeigen die Pläne der russischen Seite, eine Vakuumbombe zu entwickeln und die Entwicklung im Bereich der Mittel- und Langstreckensysteme voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Vor wenigen Minuten ist die russische Regierung zurückgetreten. Es kann sein, dass Herr Iwanow neuer Ministerpräsident wird. Wir vertreten unsere Position natürlich auch gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten, der möglicherweise an diese Position gesetzt wird, um die Putin-Nachfolge anzutreten. Umso wichtiger ist es, unsere Positionen auch an ihn zu adressieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatte hat gezeigt, dass uns alle die Afghanistan-Problematik umtreibt. Ich habe Respekt vor den Argumenten, die von den Kollegen der Grünen vorgetragen worden sind, Frau Kollegin Müller. Wir müssen uns nicht nur mit diesen Argumenten, sondern auch mit der Haltung unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage auseinandersetzen. Wir müssen eine Bestandsaufnahme machen und eine klare Analyse durchführen.

Der Anspruch der SPD-Bundestagsfraktion, sich eine verantwortungsbewusste Position zu den drei Mandaten zu erarbeiten, wird sich am Ende auszahlen. Wir debattieren intensiv nicht nur mit ausländischen Gästen, sondern auch unter uns und beziehen die nachteiligen Wirkungen der Mandate in unsere Überlegungen mit ein.

Wir wollen alles in einen Gesamtzusammenhang stellen, der Afghanistan nützt und der dem zivilen Wiederaufbau Rechnung trägt. Wir wissen, dass das ohne militärische Absicherung nicht geht. Wir müssen aber eine Situation schaffen, in der die Afghanen uns mehr und mehr zutrauen, mit ihnen ihr Staatsgründungsproblem zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Human Rights Watch empfiehlt, den ISAF-Einsatz fortzuführen, weil er gut ist. Das Gleiche wird im Afghanistan-Bericht der Bundesregierung empfohlen, in dem dankenswerterweise - wir haben das aber auch erwartet

- zahlreiche Fragen, die die Taskforce der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet und an die Bundesregierung gestellt hat, beantwortet worden sind. Der ISAF-Einsatz ist, glaube ich, unstrittig. Auf Reisen von Abgeordneten unserer Fraktion hat sich gezeigt, dass die Integration des Tornado-Einsatzes in dieses Mandat kein unüberwindbares Hindernis ist, und zwar aufgrund der Aufklärungs- und Schutzfunktion.

Wir wissen aber, dass es bei OEF Probleme gibt. Es gibt nicht nur ein Wirkungs- und ein Akzeptanzproblem, sondern auch Probleme, die daraus resultieren, dass OEF sich verändert hat. Da 6 000 der 8 000 Soldaten im Bereich der Ausbildung eingesetzt werden - darauf ist von Herrn von Kläden hingewiesen worden -, ist OEF quasi ein Ausbildungsprojekt geworden. In Kabul findet die Grundausbildung der Soldaten der afghanischen National Force, also der Armee, statt. Die anderen Soldaten, die im Übrigen aus 14 Nationen stammen, sind im Antiterrorkampf tätig. Redlicherweise muss man die Frage stellen, wie wir die wenigen Soldaten für die Antiterrorbekämpfung substituieren können.

Ich weiß, dass diese Frage schwer zu beantworten ist - das erfahren wir, wenn wir in unseren Wahlkreisen sind -; denn die Frage, ob Soldatinnen und Soldaten in größerer Zahl nach Afghanistan geschickt werden sollen, ist nicht nur emotional, sondern auch rational umstritten. Das gilt im Übrigen auch für andere westliche Demokratien; diesbezüglich sind die Niederlande nicht anders als Kanada. Das ist auch eine Frage der internationalen Solidarität; denn es geht um einen Wert. Deshalb sprechen wir mit unseren amerikanischen Freunden und weisen sie darauf hin, dass die veränderten Einsatzrichtlinien mit der entsprechenden Wirkung nicht nur bei ISAF, sondern auch bei OEF zum Tragen kommen müssen. Frau Kollegin Müller, Sie haben gesagt - das ist jetzt kein Vorhalt -, dass der Antrag auf Fortsetzung der OEF abgelehnt werden müsste, weil die neuen ISAF-Einsatzregeln nicht für OEF gelten. Im Umkehrschluss würde das aber bedeuten, dass eine Zustimmung möglich wäre, wenn die Einsatzregeln übertragen würden. Die Übertragung halte ich im Übrigen für geboten und auch für erreichbar. An dieser Stelle möchte ich resümieren - Herr Präsident, ich komme zum Schluss - und sagen, dass sich an der Wirkung unserer Auslandseinsätze deutlich macht, ob wir - ich schließe an die Ausführungen von Frau Müller an - im Kampf gegen den Terrorismus auch in Auslandseinsätzen bestehen können. Wenn es uns nicht gelingt, die Zustimmung zu unseren Auslandseinsätzen in eine Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer eigenen Regierung umzumünzen, dann sind die Auslandseinsätze von großen Mängeln hinsichtlich des politischen Erfolges geprägt. Dann steht insgesamt der Erfolg des Einsatzes, in diesem Fall: der Wiederaufbau in Afghanistan, infrage.

Wir sollten keine Barrieren aufrichten, indem wir schon vor der abschließenden Abstimmung ein absolutes Nein kundtun. Es kommt nämlich sehr darauf an, welche Schlussfolgerungen die Bundesregierung in ihrem Antrag an das Parlament aus unserer Debatte zieht. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne heute einen guten Beitrag

dazu geleistet haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Trotz meiner kurzen Redezeit ist es mir ein Bedürfnis – ich denke, das ist auch in Ihrem Interesse, da ich Hauptberichterstatteur für den Einzelplan 05 bin –, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes unseren Dank auszusprechen. Ich danke insbesondere denjenigen, die in den Botschaften, Auslandsschulen und Goethe-Instituten ihren Dienst leisten. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht und wissen, dass wir vor allen Dingen in unseren Botschaften ausgesprochen gute, teilweise sogar sehr gute Leute haben. Ich denke, zu dieser Debatte gehört auch, ihnen unseren Dank auszusprechen. (Beifall im ganzen Hause)

Herr Bundesaußenminister, als Haushälter achtet man natürlich sehr darauf, dass gespart wird. Da dieser Haushalt aber – das kann man auch aus der Opposition heraus ganz offen eingestehen – immer auf Kante genäht war, ist die Steigerung, die Sie jetzt erreicht haben, durchaus notwendig. Auf uns kommen viele Aufgaben zu, die zu erfüllen sind.

Ich bleibe beim Thema Personal. Wir alle loben die gute Konjunktur, die wir im Augenblick haben. Ich glaube, dass sich das Auswärtige Amt anstrengen muss, bei guter Konjunktur nach wie vor gute Leute einstellen zu können. Viele gehen in die Wirtschaft, vor allen Dingen angesichts der Belastungen, die es im Auswärtigen Dienst gibt. Insofern muss dieser Dienst attraktiver gemacht werden.

Ich will hier einen Punkt aufgreifen. Wir werden uns im Haushaltsausschuss, ebenso wie Sie im Auswärtigen Ausschuss und im Ministerium selber, überlegen müssen, wie wir zukünftig mit den Ehepartnern von Mitarbeitern, die in die Botschaften gehen, verfahren. Wir stellen fest, dass der Anteil der Frauen in den Botschaften überdurchschnittlich hoch ist. Das ist zu begrüßen. Aber wir haben das Problem, dass mitziehende Männer im Ausland keinen Job finden. Frauen sind – das haben wir eigentlich immer gewusst – etwas flexibler, wenn sie mit ihrem Ehepartner ins Ausland ziehen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Frauen sind sowieso flexibler als Männer!)

– Entschuldigung. Männer sind leider etwas sturer; das ist nun einmal so. – Wir müssen uns etwas einfallen lassen, damit der Wechsel ins Ausland attraktiver wird. So sehr wir jetzt auch schmunzeln: Wenn die Ehefrau in acht Jahren an zwei Botschaften war und der Mann in dieser Zeit keinen Job hatte, dann wird es für ihn sehr schwierig, in Deutschland wieder einen Job zu finden. Für diese Fälle müssen wir uns Programme überlegen. Ich darf, weil wir immer dafür sind, dass Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden, den einen oder anderen an dieser Stelle darauf hinweisen, dass seit 1994 700 Auslandsstellen und im Ministerium selber 200 Stellen

gestrichen wurden. Das sollte man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Dabei sind die Belastungen des auswärtigen Dienstes, sowohl im Ministerium als auch in den Botschaften, größer geworden; die Aufgaben sind schwieriger geworden. Das ist so nicht mehr hinzubekommen. Insofern müssen wir uns bezüglich des Personals etwas überlegen.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Es kommt noch ein Bereich hinzu, der dem einen oder anderen vielleicht nicht so bewusst ist. Wenn man eine Auslandsreise macht und an der Botschaft ist, sieht man es. Viele unserer Botschaften sind in den 50er-Jahren gebaut worden. Der Bauzustand ist teilweise katastrophal, das gilt bis hin zu den Gardinen und Teppichen. Hier besteht mit einem Schlag großer Nachholbedarf. Hinzu kommt - das will ich nicht vergessen -, dass viele Botschaften vor Terrorismus geschützt werden müssen. Ich habe eine große Bitte, die ich bei anderer Gelegenheit schon einmal geäußert habe - dieser Punkt ist mir als Haushälter sehr wichtig -: Ich bitte unsere Bundesbaugesellschaft aufs Dringendste, kein Spitzenreiter in Sachen Bürokratie zu sein, sondern flexibel zu sein und gemeinsam mit den Botschaften nach kostengünstigen Lösungen zu suchen, die auch schnell durchzuführen sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es kann nicht sein, dass immer nur blockiert wird. Wir als Politiker wollen, dass gehandelt wird, aber sie tut nichts. Sie hat anscheinend nur eine Aufgabe: dorthin zu reisen, um sich den Zustand anzusehen, und das Vorhaben anschließend abzulehnen oder zu verzögern. Das kann nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss gleich zum Schluss kommen, möchte aber noch eine andere Bitte aussprechen. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit zwischen dem BMZ und dem Auswärtigen Amt dringend einer Verbesserung bedarf. Ich habe nicht den Eindruck, dass BMZ und Auswärtiges Amt sehr harmonisch zusammenarbeiten; das muss nicht am Minister liegen. Die Außenpolitik und die Entwicklungshilfepolitik gehören zusammen und müssen abgestimmt werden. Es ist meine dringende Bitte, Herr Minister, dass dies geschieht. Ich begrüße es, dass Sie einen Teil des Geldes, das dem BMZ zusteht, zur Verwaltung ins Auswärtige Amt bekommen. Bei Ihnen ist es anscheinend besser aufgehoben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Herbert Frankenhauser, CDU/CSU-Fraktion.

Herbert Frankenhauser (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne die Befindlichkeiten und Schwierigkeiten, wenn Haushälter plötzlich in eine Etatdebatte eingreifen.

(Beifall des Abg. Lothar Mark [SPD])

Um dem Rechnung zu tragen, haben sich mein hochgeschätzter Mitberichterstatter, Kollege Lothar Mark, und ich darauf verständigt, dass ich heute sozusagen in Personalunion

für uns beide rede. Wir wollen das Hohe Haus nicht zu sehr mit haushälterischen Gesichtspunkten aufhalten.

(Zuruf von der FDP: Das ist eine wahre Große Koalition!)

Im Übrigen ist es, wenn einer für jemanden aus der anderen Fraktion spricht, natürlich ein untrügerisches Zeichen für die durch nichts zu überbietende Harmonie in dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der FDP: Herzlichen Glückwunsch!)

Ich befinde mich auf gewisse Weise in einer schwierigen Situation. Denn Haushälter müssen sich quasi berufsmäßig und naturgemäß - wenn vielleicht auch nicht angeboren - gegen jede Etaterhöhung wenden. Nach intensiver Prüfung bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Etaterhöhung, wenn überhaupt, im Einzelplan des Auswärtigen Amtes angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin des Weiteren zu der Erkenntnis gelangt, dass wir im Haushaltsverfahren, angelehnt an die ODAQuote, eigentlich so etwas wie eine AA-Quote einführen müssten,

(Heiterkeit bei der FDP)

um endlich beurteilen zu können, was eine angemessene finanzielle Ausstattung ist.

Meine herzliche Gratulation, Herr Außenminister, dass es Ihnen als erstem Amtsinhaber seit - ich weiß nicht, wie vielen - Jahren gelungen ist,

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Seit zehn Jahren!)

den Bundesfinanzminister davon zu überzeugen - einer Ihrer Vorgänger hat einmal gesagt: „Ohne Moos nix los.“ -, dass mehr Aufgaben mit weniger Geld auf die Dauer nicht zu bewältigen sind. An dieser Stelle sage ich auch dem Bundesfinanzminister für seine Einsicht vielen Dank.

Einsparmöglichkeiten gäbe es zum Beispiel dann, wenn wir, zumindest was den Bau von Botschaften betrifft - Kollege Koppelin hat das angesprochen -, die ohnehin überforderte Bundesbaugesellschaft entlasten

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

und eine Gesellschaft gründen würden, die für diese Bauten zuständig ist. Ich hoffe, dass wir nach der entsprechenden Beratung in den zuständigen Gremien für dieses Vorhaben auch Ihre Unterstützung bekommen werden.

Das Gesamtvolumen des Haushalts des Auswärtigen Amtes für das Jahr 2008 beträgt 2,816 Milliarden Euro. Der Haushalt dieses Ministeriums erreicht damit einen Anteil von 0,994 Prozent am Gesamthaushalt. Kollege Mark will immer die 1-Prozent-Marke erreichen, aber ich weiß nicht, ob uns das im Beratungsverfahren gelingen wird; wir wollen es zumindest versuchen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das wäre doch mal was!)

Das heißt, jeder Bundesbürger, ob groß, ob klein, wird für die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes mit einem

Betrag von 34 Euro belastet. Wenn man dem gegenüberstellt, dass jeder Bundesbürger für die Bundesschuld 527 Euro aufbringen muss, so denke ich, dass diese 34 Euro wirklich gut angelegt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die große Koalition und somit auch Herr Außenminister Steinmeier inhaltlich neue Akzente gesetzt haben. Der Stabilitätspakt für Afghanistan und der Stabilitätspakt für Südosteuropa sind wieder dort etatisiert, wo sie hingehören.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Es ist begrüßenswert, dass mit diesen Mitteln schnell, gezielt und sichtbar

(Lothar Mark [SPD]: Und unbürokratisch!)

- das betrifft das, was Sie, Herr Kolbow, angesprochen haben - auf akute Probleme und Bedürfnisse reagiert werden kann, damit auch die Bevölkerung erkennt, was wir unternehmen.

(Beifall des Abg. Walter Kolbow [SPD])

Völlig neu im Einzelplan 05 ist eine Dotierung in Höhe von 30 Millionen Euro für die Afrika-Initiative im Rahmen der deutschen G-8-Präsidentschaft. Im Übrigen, Herr Außenminister, werden 10 Millionen Euro für die African-Standby-Forces bereitgestellt. Wir haben uns überzeugen können, welche exzellente Arbeit im „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ geleistet wird.

Völlig neu ist auch der Nachbarschaftsinvestitionsfonds, NIF, der mit 12 Millionen Euro gespeist wurde.

Ich bin der festen Überzeugung, dieser Fonds musste dringend erfunden werden. Bei meiner heutigen Lektüre habe ich darüber hinaus festgestellt, dass die Bundesregierung unbedingt noch einen Beauftragten für die Erforschung der Fonds ernennen sollte, die es bei all diesen Institutionen gibt, damit wir endlich einmal erfahren, wo unser Geld überall verwendet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Die Mittel für humanitäre Hilfe haben wir fast verdoppelt. Besonders möchte ich auf die Schulinitiative unter dem Stichwort „Partner der Zukunft“ hinweisen, die der Außenminister ins Leben gerufen hat und für die 41,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Ich denke, dass insbesondere die deutschen Auslandsschulen und die Angebote, die deutsche Sprache zu erlernen, für die deutsche Außenpolitik von ganz herausragender Bedeutung sind.

Auch ist es gelungen, das Goethe-Institut, das in den letzten Jahren große Not gelitten hat, wieder auf die richtige Spur zu bringen. Von hier aus gratuliere ich dem neu gewählten Präsidenten, Herrn Professor Lehmann, ganz herzlich zu seiner Wahl.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind oft gescholten worden, wir würden das Goethe-Institut arm sparen. Der Haushaltsausschuss hat nie ein Institut geschlossen und wollte auch nie eines schließen. Wenn wir jetzt noch einmal über 27 Millionen Euro darauflegen und insgesamt 185 Millionen Euro für das

Goethe-Institut aufwenden, dann haben wir das Mögliche für eine ordentliche finanzielle Ausstattung und eine dauerhafte Konsolidierung des Goethe-Instituts getan. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass Qualität weder allein eine Frage des Geldes noch der Masse ist. Das gilt auch mit Blick auf die Absurdität mancher Programme, die leider Gottes angeboten werden.

Es gibt einen ganz kleinen Posten, den ich aber für sehr wichtig halte und deswegen einmal erwähnen möchte: Im Etat ist die Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland und damit die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge finanziell abgesichert. Es handelt sich um eine relativ kleine Position, die aber eine sehr hohe Bedeutung für viele unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie die Wirkung nach außen hat. Am vergangenen Wochenende haben deutsche und russische Soldaten zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam auf einem Soldatenfriedhof in Russland an deutschen und russischen Gräbern gearbeitet. Das mag zwar eine kleine Aktion gewesen sein, aber es ist ein sehr ermutigendes Zeichen dafür, dass es sich lohnt, geduldig und beharrlich für Verständigung, Versöhnung und Frieden zu arbeiten. Deswegen danke ich den vielen ehrenamtlichen Helfern, den Soldaten, die diese Arbeit verrichten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Leutert von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand den Eindruck haben sollte, dass sich meine Argumente aus der letzten Haushaltsberatung wiederholen, dann stimmt dieser Eindruck. Das hängt damit zusammen,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Weil Ihnen nichts Neues einfällt!)

dass die Politik der Großen Koalition heute immer noch so schlecht ist wie im letzten Jahr. Das möchte ich jetzt gern begründen.

Eigentlich freut sich das Herz des Haushälters, wenn 12,7 Milliarden Euro mehr zu verteilen sind. Das Auswärtige Amt bekommt davon 300 Millionen Euro ab. Das Problem ist bloß: Diese Mehreinnahmen kommen nicht durch eine kluge und gerechte Einnahmenpolitik zustande, sondern es handelt sich dabei letztendlich um das Geld, das wir den kleinen Leuten aus der Tasche gezogen haben; ich nenne nur das Stichwort Mehrwertsteuererhöhung. Das trübt natürlich den Blick auf den Haushalt und macht es schwer, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

Wenn man sich dann noch anschaut, wie das Geld verteilt wird, ist das einfach traurig. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes umfasst 2,8 Milliarden Euro, das ist nicht einmal 1 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Gegensatz dazu umfasst der Etat des Verteidigungsministers - zweitgrößter Etat - über 29 Milliarden Euro. Auf



diesen Etat ist einfach 1 Milliarde Euro daraufgepackt worden; das ist zehnmal so viel wie beim Auswärtigen Amt.

Das muss man sich aber noch genauer anschauen. Dem Auswärtigen Amt stehen 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon müssen 700 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen einschließlich der VN-Beiträge für Militäreinsätze abgezogen werden. Es bleiben also 2,1 Milliarden Euro für alle Aufgaben, die im Ausland entstehen, übrig. Das sind die Goethe-Institute, die angesprochene Afrika-Initiative, humanitäre Hilfe, Demokratisierungshilfe und natürlich die 220 Vertretungen im Ausland mit ungefähr 9 000 Bediensteten. Im Übrigen haben wir mittlerweile mehr Soldaten im Ausland stehen als Diplomaten. Der Verteidigungsminister hat also Ihnen, Herr Außenminister, mittlerweile den Rang abgelaufen. Er hat mehr Truppen im Ausland stehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit wann hat der Außenminister Truppen? Er ist doch Zivilist!)

Schon das zeigt, wie die Prioritäten in der deutschen Außenpolitik gesetzt sind. Es geht in der Außenpolitik nicht in erster Linie um zivile Instrumente, sondern es geht letztendlich um militärische Instrumente in der Außenpolitik. (Beifall bei der LINKEN)

Das kann man an dem derzeitigen Projekt der deutschen Außenpolitik, Afghanistan, durchexerzieren: In jedem Bereich muss abgerechnet werden, was welches Instrument gebracht hat, wie effektiv es gewesen ist. Bei Militärmissionen hingegen gibt es eine solche Abrechnung nicht.

Wir haben über OEF gesprochen: Bisher gibt es keine Auskunft darüber, wie der Auftrag, feindliche Kämpfer gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen, ausgeführt worden ist. Der OEF-Einsatz hat bisher über 800 Millionen Euro gekostet.

Wir haben auch keine vorzeigbaren Ergebnisse bei ISAF. Obwohl dieser Einsatz bisher 2,2 Milliarden Euro gekostet hat, hat sich die Lage in Afghanistan nicht stabilisiert: Jeden Tag sind massive Anschläge zu verzeichnen, und die Menschenrechtssituation ist immer noch bedrohlich.

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie da heraus?)

- Nein, es geht mir um das Verhältnis der zivilen und der militärischen Instrumente der Außenpolitik: Wenn 50 Millionen Euro im Rahmen des Stabilitätspaktes zur Verfügung gestellt werden, dem aber ISAF-Gesamtkosten von 2,2 Milliarden Euro gegenüberstehen, muss ich sagen: Ich halte das für einen schwerwiegenden Fehler. (Beifall bei der LINKEN)

Das zeigen uns auch die Ergebnisse, die wir derzeit in Afghanistan zu verzeichnen haben.

Die Folgerung, die die Regierung zieht - das kann man an den Haushaltszahlen sehen -, ist: Nichts passiert, es wird weitergemacht. Die Mehreinnahmen werden nicht dafür verwendet, den zivilen Sektor aufzustocken. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Um 1 Milliarde Euro wird der Verteidigungshaushalt erhöht; übrigens wird auch dieses Jahr weit über 1 Milliarde Euro für Rüstungsforschung

und wehrtechnische Erprobung eingestellt.

Immer wieder betonen die Vertreter von Regierung und Koalition, dass sie den zivilen Aufbau stärken wollten, dass sie die Demokratie, die Menschenrechte und den Frieden in der Welt sichern wollten. Das wird damit nicht erreicht, sondern konterkariert.

(Lothar Mark [SPD]: AA, BMZ, BMI, wir investieren schon!)

Mittlerweile, nach Afghanistan, müsste doch jeder kapiert haben, dass man Demokratie und Menschenrechte nicht mit militärischen Mitteln erzwingen kann.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Rainer Steenblock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Außenpolitik bewegt sich immer stärker in dem Spannungsfeld zwischen einer eigenständigen, bilateral orientierten deutschen Außenpolitik und der Einbindung in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wenn wir unsere Ziele, unsere Interessen, unsere Werte in den außenpolitischen Konflikten durchsetzen wollen, dann brauchen wir - davon bin ich überzeugt - eine stärkere Einbindung unserer Außenpolitik in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Der Außenminister unseres Landes ist aktiv dabei, das voranzutreiben. Wenn man sich die Ergebnisse der europäischen Außenpolitik anschaut, muss man sagen: Es gibt Erfolge, es gibt eine gute Kooperation, zum Beispiel was den Nahostkonflikt angeht; aber auch Iran ist sicherlich ein Beispiel für eine gute Kooperation. Es gibt aber auch viele Schwachstellen in der europäischen Außenpolitik: Ich nenne nur Kosovo als Beispiel. Auch in der Energieaußenpolitik haben wir große Probleme, die wir lösen müssen. Wenn EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Bulgarien dabei sind, das Fundament der Ressourcensicherung, die ein Teil der Energieaußenpolitik ist - für uns Grüne gehört viel mehr dazu -, zu zerstören, indem sie mit immer neuen Pipelines versuchen, die Gasvorkommen Russlands in ihr Land zu leiten, dann ist das ein Beispiel dafür, wie die EU-Mitgliedstaaten ihre außenpolitischen Interessen durch Vielstimmigkeit kaputt machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es wichtig, dass wir bei den zentralen Themen zusammensukommen versuchen.

Ein großes Problem, das wir im nächsten Jahr lösen müssen, ist, glaube ich, das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland. Es ist ein Kernpunkt vieler Konfliktfelder, die wir haben. Der Europäischen Union muss es gelingen - nicht nur wegen der Konflikte, die wir jetzt mit Polen hatten -, einen eigenen strategischen Ansatz, eine eigene Russlandpolitik zu entwickeln. Wir haben eine Zentralasienstrategie entwickelt. Wir haben den Außenminister in dieser Frage sehr unterstützt. Aber diese Zentralasienstrategie wird so lange zahnlos bleiben,

solange sie nicht durch eine Russlandstrategie komplementiert ist. Deshalb ist es wichtig, dass in unseren Strategien die Ressourcenpolitik immer mit der Frage nach Demokratie und Menschenrechten verbunden wird. Das gilt gerade auch für Russland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU])

Wenn wir schon über eine europäische Energiepolitik sprechen, dann muss ich feststellen, dass mich das letzte Treffen unserer Bundeskanzlerin mit Herrn Sarkozy nicht besonders erfreut hat. Zentrales Thema war sozusagen der Versuch, eine konservative Politik zu gestalten, um die europäischen Lobbyinteressen im Atombereich zu stabilisieren und zu stärken. Das ist hinsichtlich einer nachhaltigen Energiepolitik im europäischen Rahmen kontraproduktiv.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Gestatten Sie mir noch eine weitere Bemerkung. Auch der sogenannte Rat der Weisen geht dramatisch in die falsche Richtung. Wenn man anfängt, wieder über Vertrauensbildung bei den Menschen in Europa nachzudenken, dann braucht man keine Gremien hinter verschlossenen Türen, sondern demokratisch legitimierte Strukturen, zum Beispiel einen Konvent, um die Europäische Union weiterzuentwickeln. Wir brauchen keine zusätzlichen Expertengremien, sondern eine offene, transparente und demokratische Debatte (Dr. Werner Hoyer [FDP]: Und parlamentarische Debatte!)

um die Zukunft Europas.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zum letzten Punkt. Eines der zentralen Projekte des Reformvertrages war die Grundrechtecharta, in der viele soziale Grundrechte der Menschen in Europa verankert sind. Wenn ich jetzt in den Debatten höre, dass die Grundrechtecharta neu gewichtet und in ihrer Bedeutung abgewertet werden soll, dann gehen bei mir alle Warnlampen an.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Zu Recht!)

Die Menschen in Europa brauchen die Grundrechtecharta als verlässliches Element zur Bildung der europäischen Identität. Wir alle sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, dieser Grundrechtecharta einen hohen Rang in der europäischen Verfassung oder im Reformvertrag einzuräumen. Das dient unserer demokratischen Legitimation, aber auch dem Vertrauen in den europäischen Weg zur Lösung von Problemen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Fast zum Schluss der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes reden wir über Europapolitik. Das ist wichtig und richtig, weil es ein zentraler Teil Ihrer Arbeit ist, Herr Bundesaußenminister.

Zwei Punkte sind in diesem Jahr entscheidend. Zum einen brauchen wir in der EU den Zusammenhalt nach außen, auch um anderen Halt geben zu können. Was mit der Bremer Erklärung in der Ratspräsidentschaft gelungen ist, was vor allen Dingen die Menschen erwarten - das sage ich nach vielen Reisen auf den westlichen Balkan, vor allem auch im Kosovo, auf denen ich eine Reihe von Gesprächen geführt habe -, ist in der Europäischen Union insgesamt, aber auch hinsichtlich unserer deutschen Rolle nicht hoch genug einzuschätzen. Deswegen wird es wichtig sein, lieber Frank-Walter Steinmeier, dass es weiterhin gelingt, dass wir diese Europäische Union zusammenhalten - selbst wenn die Probleme im Kosovo größer werden -, weil wir im Falle einer Spaltung in Europa nicht in der Lage wären, für die Menschen und die gemeinsame Sache Erfolge zu erzielen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen brauchen wir den Zusammenhalt nach innen. Was zurzeit bei der Regierungskonferenz bewerkstelligt werden soll - das sollten wir ohne Übertreibung in aller Ruhe deutlich benennen -, ist das wichtigste Reformprojekt im institutionellen Bereich seit 15 Jahren und die grundlegendste Veränderung in 50 Jahren europäischer Verträge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir es schaffen, Europa auch zukünftig handlungsfähig zu machen, dann brauchen wir Veränderungen im Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Akteuren, auch zwischen Europäischem Parlament, der Kommission und dem Rat. Notwendig für die Stärkung ist auch, dass wir die Handlungsmöglichkeiten verbessern - Stichwort „dritter Pfeiler“ - und die Pfeilerstruktur überwinden und integrieren.

Wir brauchen dabei auch mehr direkte Demokratie.

Was Europa ausmacht, ist eben nicht nur eine Kopfgeburt, sondern es ist ein Projekt, das den Menschen zugewandt ist. Dafür ist es notwendig, dass wir die Elemente mit in den Verfassungsvertrag aufnehmen und entsprechend mit Leben erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise deshalb so eindringlich darauf hin, weil wir in einer schwierigen Situation sind. Das muss man trotz der vielen guten Botschaften über die Vorbereitung zum Abschluss der Regierungskonferenz, die wir zurzeit aus Brüssel von den Rechtskundigen bekommen, offen bekennen. Es ist noch nicht geschafft. Wir sind mit der Regierungskonferenz schon ein Stückchen zurückgegangen, gemessen an dem von Rainer Steinhilber zu Recht erwähnten Konvent im Jahr 2003. Trotz der Ratifizierung des Verfassungsvertrages in 18 Ländern haben wir einen Bruch erlebt. Mit den vertraglichen Grundlagen, die wir nun schaffen wollen, bewegen wir uns auf einem Niveau, das wieder ein Stückchen niedriger ist. Dennoch sind diese neuen vertraglichen Grundlagen das Wichtigste, was wir gemeinsam zustande bringen müssen.

Wenn aber nun einzelne Länder versuchen, noch mehr infrage zu stellen und Änderungen hin zu weniger Gemeinschaft zu bewirken, dann müssen wir alle in diesem Hohen Hause dazu Nein sagen und Ja zu dem, was wir gemeinsam erreicht und auf dem EU-Gipfel in Brüssel beschlossen haben. Das muss unser gemeinsames Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage das ganz offen als jemand, der bekennender Anhänger der direkten Demokratie ist: Wenn es Länder gibt, in denen nun ein Plebiszit ansteht, nicht nur verpflichtend in Irland und wahrscheinlich auch in Dänemark, oder in denen man nach einem Volksentscheid ruft, um gegen Europa votieren zu können, dann müssen wir uns auf gute Erfahrungen in Europa besinnen, die deutlich machen, wie wir mit solchen Konflikten umgehen können. Harold Wilson stand 1975 als Labour-Premier vor einem ähnlichen Problem. Er musste ein Stück neu verhandeln, um seiner eigenen Partei sowie den Wählerinnen und Wählern zu entsprechen, und musste gleichzeitig dazu beitragen, dass Großbritannien in der Europäischen Union bleiben konnte. Harold Wilson hat keine Volksabstimmung ausgerufen, um einmal zu testen, was die Bürgerinnen und Bürger meinen. Er hat gesagt: Diese Neuverhandlungen haben ein gutes Ergebnis gezeitigt. Sie haben unserem Land etwas gebracht. Ich werbe um Zustimmung. Aber ich sage auch klar: Wir haben die Alternativen, Ja in der EG oder Nein in der Volksabstimmung zu sagen und dann auszutreten. Ich appelliere an alle, die wollen, dass wir dieses Europa zusammenhalten, die zweite Chance mit der nun anstehenden Regierungskonferenz und der Ratifizierung zu nutzen. Denn in Europa ist es anders als im Sport: Wir haben keine drei Versuche, also keine zwei Fehlversuche, um dann das Gewicht im dritten Versuch zu stemmen. Wir müssen es jetzt schaffen. Ich denke, wir werden es schaffen. Der Deutsche Bundestag wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Der Außenminister wird eine hervorragende Rolle spielen.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Erika Steinbach, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erika Steinbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn wir heute über den Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes sprechen, können wir das durchaus unter erfreulichen Vorzeichen tun; denn der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes wurde nach vielen Jahren erstmals wieder angehoben, und das war dringend nötig. Davon profitieren nicht zuletzt auch die Menschenrechtsanliegen dieses Hauses. So ist zum Beispiel vorgesehen, den Mittelansatz im Titel „Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte“ um rund 3 Millionen Euro zu erhöhen. Diese Erhöhung spiegelt das gewachsene Engagement wider, das

Deutschland in den letzten Jahren bei der Sicherung des Friedens und der Wahrung der Menschenrechte gezeigt hat.

Die Herausforderungen, denen sich Deutschland auch im Menschenrechtsbereich gegenüber sieht, sind in den letzten Jahren nicht geringer geworden. In vielen Bereichen prallen heute religiöse, ethnische oder ideologische Vorstellungen verstärkter und aggressiver aufeinander als in den Jahrzehnten zuvor. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Menschenrechtsverletzungen von heute nicht selten die kriegerischen oder die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von morgen sind. Beides hat immer mehr oder weniger Auswirkungen auf unser Land, direkt oder indirekt. Deshalb ist Menschenrechtspolitik neben dem humanitären Anliegen auch immer Interessenpolitik unseres eigenen Landes.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Bundesregierung tut in Fragen der Menschenrechte mehr – Herr Kollege Kolbow, das sehe ich ein wenig anders als Sie – als alle Bundesregierungen zuvor. Das gilt nicht nur für die rot-grüne Bundesregierung, sondern auch für die, die davor waren. Das begrüße ich ausdrücklich. Förderprogramme zur Durchsetzung von Demokratie und von Menschenrechten sind wichtig. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Sie helfen den Menschen, und sie stabilisieren das globale politische Gesamtgefüge. Sie können aber nur dann ihre Wirkung wirklich entfalten, wenn das Bekenntnis zu den Menschenrechten von oberster Ebene mitgetragen und immer wieder eingefordert wird. Geld alleine reicht nicht, und Geld alleine hilft nicht nachhaltig. Menschenrechtspolitik braucht Politiker, die Missstände im Ausland mutig und ohne Schnörkel ansprechen. Das tun sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Herr Außenminister. Herzlichen Dank dafür. Von ihnen werden Menschenrechtsdefizite nicht ausgeklammert, sondern angesprochen. In der Vergangenheit war auch das nicht immer selbstverständlich. Wenn ich anfangs sagte, dass der Haushalt des Auswärtigen Amtes den höheren Stellenwert von Menschenrechten widerspiegelt, so trifft dies vor allem auf ein Land zu, das heute in der Debatte schon eine große Rolle gespielt hat, auf Afghanistan. Nirgendwo sonst hat sich Deutschland in den letzten Jahren auch unter menschenrechtlichen Aspekten so sehr verpflichtet wie in dieser Region. Es gibt heute Erfolge, aber nach wie vor auch Herausforderungen. Das Beispiel Afghanistan wähle ich deshalb, weil ich und wir alle sehr wohl wissen, dass es vielen Menschen hier im Land am liebsten wäre, wenn Deutschland sein Engagement dort baldmöglichst einstellen würde. Aber das wäre nicht nur aus der Menschenrechtsperspektive, sondern auch aus Gründen der innenpolitischen Sicherheit ein ganz kardinaler Fehler. Ohne Zweifel ist Afghanistan noch sehr weit von Zuständen entfernt, die wir mit unseren eigenen Maßstäben als rechtsstaatlich oder menschenrechtlich akzeptabel empfinden. Dennoch müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, wie verheerend die Menschenrechtsbilanz zu Beginn des multinationalen Engagements in Afghanistan ausgesehen hat. Frauen und Mädchen wurden massiv unterdrückt und sowohl aus dem politischen Prozess

als auch von Bildung, sogar von Schulbildung, ausgeschlossen. Es gab kein funktionierendes Justizwesen.

Genauso wenig wurden die allgemeinen Menschenrechte beachtet. All das war in diesem Lande nicht vorhanden. Die Talibanherrschaft hatte die Menschen dort im Griff. Ihre Herrschaft konnte inzwischen durch den internationalen Einsatz beendet werden. Die weitverzweigten terroristischen Nester, die es heute noch gibt, dürfen uns gleichwohl nicht gleichgültig sein. Von dort aus werden die zivilisierte Welt und auch die afghanische Regierung nach wie vor bedroht.

Zum befriedenden Prozess in Afghanistan hat Deutschland intensiv beigetragen. Erste Erfolge sind zweifellos sichtbar. 2004 wurden in der afghanischen Verfassung die Menschen- und Bürgerrechte fest verankert. Im Zuge des Verfassungsprozesses hat sich insbesondere die Situation von Frauen durch ihre rechtliche Gleichstellung gebessert. Zwangsehen und Ehrenmorde sind heute verboten. Wichtig ist jetzt eine konsequente Durchsetzung der vorhandenen Rechte. Dafür braucht die dortige Regierung Unterstützung. Das allgemeine Ziel, Sicherheit und Menschenrechte in Afghanistan zu stabilisieren, kann erreicht werden, wenn wir in unseren Bemühungen jetzt nicht nachlassen. Wie sehr sich aber die Situation seit Beginn des internationalen Hilfseinsatzes verbessert hat, lässt sich unter anderem daran messen, wie viele Exilafghanen inzwischen heimgekehrt sind. Seit 2002 sind es fast 5 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, die zurückkehren konnten, davon weit mehr als tausend aus Deutschland. Das ist ein Zeichen des Vertrauens in die Gegenwart und in die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland hat in diesem Bereich seinen Beitrag geleistet. Auch beim Minenräumen hat Deutschland engagiert eingegriffen.

Aber Afghanistan ist nur einer von vielen internationalen Brennpunkten, durch die menschenrechtliche Fragen berührt sind. Zahlreiche andere Länder und ihre Menschenrechtsdefizite beschäftigen uns tagtäglich. Ich nenne stellvertretend Darfur, Simbabwe, Iran, China, Belarus, Kuba, Zentralasien, Russland und nicht zuletzt den Nahen Osten. Überall dort leistet die Bundesregierung in ganz unterschiedlicher Art und Weise ihren Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde. All diejenigen, denen das Schicksal anderer Menschen auf diesem Erdball herzlich egal ist, die auch nichts von christlicher Nächstenliebe halten, all diejenigen, die glauben, deutsche Politik sollte sich aus allem, was es an Schrecklichem in dieser Welt gibt, heraushalten und sich selbstgenügsam zurückhalten, müssen sich vor Augen führen, dass sie damit ihren zum Teil sehr egoistischen Interessen selber mehr schaden als nutzen. Die Weltprobleme enden eben nicht am deutschen Tellerrand. Gewalt, Terror und Unterdrückung bleiben in unserer globalisierten Welt nicht in den Regionen, in denen sie entstanden sind. Sie schwappen über bis hin zu uns, ob in Wanderungsströmen oder durch Terrorakte. Auch deshalb ist es zwingend erforderlich, Demokratien zu stabilisieren und menschenwürdiges Leben in anderen

Teilen der Erde zu ermöglichen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Bevor wir zum nächsten Geschäftsbereich kommen, will ich die Parlamentarische Bundeswehr-Beschwerdekommision des österreichischen Nationalrats - das ist eine Institution, die dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vergleichbar ist - begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.

Ich erteile dem Bundesminister Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gestrige Tag hat der deutschen Öffentlichkeit wieder deutlich gemacht, dass sich die Bedrohungslage aufgrund der Anschläge in New York und in Washington auch für uns sehr konkret verändert hat. Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden. Durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen, durch Krisensituationen und durch Staatsverfall haben wir es heute mit einer besonderen Bedrohungslage zu tun. In dieser Hinsicht nimmt die Bundeswehr ihre Aufgaben wahr. Ich verweise konkret auf Afghanistan: Die Anschläge sind von Afghanistan ausgegangen. Deshalb ist es im Interesse von Stabilität, von friedlicher Entwicklung und von Menschenrechten, aber auch im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands richtig und wichtig, dass wir diesen Auftrag auch in Zukunft wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen in Afghanistan das drittstärkste Kontingent. Wir stellen das stärkste Kontingent in Bosnien-Herzegowina. Außerdem stellen wir das stärkste Kontingent im Kosovo. Wir werden im Kosovo auch weiterhin Präsenz zeigen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir die Statusverhandlungen im Hinblick auf Stabilität und Frieden zu einem guten Ergebnis führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Auf welcher rechtlichen Grundlage?)

Ich glaube, dass das nicht nur die Voraussetzung dafür ist, dass in dieser Region eine europäische Perspektive entwickelt wird, sondern auch dafür, dass in Zukunft Stabilität und Frieden vorherrschen.

Wir sind im Rahmen von UNIFIL vor der Küste des Libanon im Einsatz; wir debattieren gleich darüber. Wir sind im Rahmen des Mandats OEF auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung aktiv. Außerdem ist die Bundeswehr



am Horn von Afrika, Stichwort „Dschibuti“, im Einsatz. Hinzu kommt die Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer. Wir sind auch im Sudan. Wir haben Militärbeobachter in Äthiopien und in Eritrea. In Georgien sind wir im Bereich des Sanitätswesens vertreten. Ich zeige dies nur auf, um deutlich zu machen, in welcher Art und Weise die Bundeswehr heute einen Auftrag zur Stabilität und friedlichen Entwicklung, damit aber auch zur Sicherung der Situation in Deutschland erfüllt. Es ist notwendig, dass eine finanzielle Grundlage geschaffen wird, damit dieser Auftrag auch in Zukunft gut erfüllt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn solche Aufträge wahrgenommen werden, dann – das ist ein wichtiger Punkt – müssen unsere Soldatinnen und Soldaten dafür gut ausgebildet und gut ausgerüstet sein. Wir haben die Verpflichtung, ihnen den Schutz mitzugeben, den wir ihnen bei dieser schwierigen Aufgabe mitgeben können; denn gerade die Auslandseinsätze sind oft mit unmittelbarem Risiko für Leib und Leben verbunden. Wir haben die Verpflichtung, alles zu tun, um Schutzmaßnahmen zu ergreifen und die Soldatinnen und Soldaten so vor Angriffen zu schützen. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir entschieden haben, nur noch mit geschützten Fahrzeugen zu fahren. Deshalb haben wir die Aufklärung verstärkt. Wir brauchen die finanziellen Grundlagen, um diese Maßnahmen zu ermöglichen – im Interesse des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten bei diesen wichtigen Einsätzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daher bin ich froh darüber, dass wir in diesem Etat eine Steigerung um 918 Millionen Euro zu verzeichnen haben, was aber auch notwendig ist, um den Modernisierungsprozess und den Anpassungsprozess – das ist das, was wir „Transformationsprozess“ nennen – voranzutreiben. Als diese Bundesregierung ins Amt kam, hat noch niemand daran gedacht, dass wir einen Einsatz im Kongo zu leisten haben würden, wie das im letzten Jahr der Fall war. Wir haben ihn erfolgreich durchgeführt. UNIFIL vor der Küste des Libanon, die Tornados in Afghanistan, all das hat auch etwas mit finanziellen Fragen zu tun. Wir sind noch weit davon entfernt, die Forderung der NATO – 2-Prozent-Anteil am Bruttoinlandsprodukt – zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Bernd

Siebert [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

Mit diesem Haushalt legen wir die Grundlage dafür, dass wir den Modernisierungsprozess bzw. den Transformationsprozess auch in Zukunft positiv gestalten können.

Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg, auch was die finanzielle Ausstattung für die Bundeswehr angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser Ziel ist weiter, die Ausgaben für Investitionen zu steigern und die Betriebsausgaben zurückzufahren. Wir haben mittlerweile eine Situation erreicht, in der gerade im investiven Bereich Erhebliches geleistet wird. Ich denke etwa an die Situation unserer wehrtechnischen Industrie und an die Arbeitsplatzsituation. Wer sich vor Ort begibt und sich einmal anschaut, wie sich die Industrie

dort entwickelt, stellt fest: Die Planung im Hinblick auf die Zukunft der Bundeswehr, die wir vollzogen haben - im Weißbuch gemeinsam beschlossen -, ist auch eine Grundlage für die Fortentwicklung von Forschung, Entwicklung und wehrtechnischer Industrie. Das gewährleistet auch Arbeitsplätze in Deutschland.

Die Auslandseinsätze sind mit erheblichen Ansprüchen an unser Material verbunden. Es ist notwendig, die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Ich füge allerdings hinzu: Natürlich müssen wir auch im Hinblick auf den notwendigen Übungsbetrieb in Deutschland bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Ich habe von der Verpflichtung gesprochen, die wir im Weißbuch beschrieben haben. Wir haben in diesem Jahr beschlossen, die zivil-militärische Zusammenarbeit zum Schutz Deutschlands auf eine neue Grundlage zu stellen, die die föderalen Strukturen abbildet. Damit schaffen wir Verbindungskommandos, um beispielsweise im Bereich des Katastrophenschutzes noch effektiver zu helfen. Auch in dieser Hinsicht erfüllt die Bundeswehr in Zukunft ihre Aufgabe, was den Schutz Deutschlands anbetrifft. Wer hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsbereitschaft von den Soldatinnen und Soldaten verlangt, der muss auch dafür sorgen, dass die sozialen Rahmenbedingungen stimmen. Wir berücksichtigen diesen Punkt im vorliegenden Haushalt dadurch, dass wir den teilweise schlechten Zustand der Kasernen in den alten Bundesländern beseitigen wollen. Wir haben vor, ein Prioritätenprogramm für die Modernisierung der Kasernen aufzulegen; denn ich halte es für teilweise nicht mehr akzeptabel, dass Soldaten in der Art und Weise gefordert werden, wie sie gefordert sind, sie sich aber dann in einem sozialen Umfeld befinden, das wirklich nicht mehr angemessen ist. Deshalb bin ich dankbar, dass wir mit diesem Haushalt das eben genannte Prioritätenprogramm einleiten können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich füge einen Punkt hinzu: Wir haben bereits im Bundeskabinett beschlossen, Rahmenbedingungen zu verändern, die sich aus der konkreten Situation des Auslandseinsatzes ergeben haben. Ich spreche konkret das Thema Weiterverwendungsgesetz an. Meines Erachtens hat ein Staat, der von seinen Soldatinnen und Soldaten verlangt, derartig riskante und auch lebensbedrohliche Einsätze durchzuführen, auch die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen dann, wenn sie sich beispielsweise eine erhebliche Verletzung zugezogen haben, sie jedoch später gesundheitlich so wiederhergestellt sind, dass sie einer Beschäftigung nachgehen können, einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben und nicht nur als Versorgungsfälle abgeschoben werden. Auch dies wollen wir entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Weißbuch beschlossen, dass wir die Bundeswehr auch weiterhin als Wehrpflichtarmee entwickeln. Deshalb bin ich dankbar, dass die Regierungsfractionen beschlossen

haben, den Wehrsold um 2 Euro zu erhöhen. Aber auch unserer Verpflichtung unter dem Aspekt der Wehrgerechtigkeit sind wir ein Stück näher gekommen. Das Folgende sage ich ganz bewusst, weil ich teilweise zu viele Zahlen in der Öffentlichkeit sehe, die mit der Wahrheit nicht mehr viel zu tun haben. Tatsache ist, dass von über 400 000 Jugendlichen etwa 80 Prozent als tauglich gemustert werden, davon rund 31 Prozent den Wehrdienst verweigern und dann den Zivildienst ableisten und darüber hinaus nicht einzuberufende Wehrpflichtige zu berücksichtigen sind, beispielsweise bei der Feuerwehr Aktive, dritte Söhne und Verheiratete. Von den rund 150 000 Jugendlichen, die dann noch zur Verfügung stehen, sind 126 000 eingezogen worden, also 80 Prozent, sodass wir damit meines Erachtens dem Grundsatz der Einberufungsgerechtigkeit Rechnung tragen. Es ist wahr, dass die Zahlen in den letzten Jahres etwas zurückgegangen sind. Deshalb haben wir entschieden, jährlich 6 500 Wehrpflichtige mehr einzuziehen, um dem Gebot der Wehrgerechtigkeit nachzukommen. Denn ich bin der Auffassung, wir brauchen diese Wehrpflichtigen in den Auslandseinsätzen, aber wir brauchen sie auch im Hinblick auf die Erledigung unseres Auftrages, beispielsweise zum Schutz Deutschlands, und in der Katastrophenhilfe. Die Bundeswehr hat sich als Wehrpflichtarmee gut entwickelt. Deshalb ist es notwendig, dass die Einberufungsgerechtigkeit auch in Zukunft eine Rolle spielt, um die Wehrpflicht in vollem Umfang in dieser Legislaturperiode beizubehalten.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: In den unterschiedlichen Einsätzen – sei es für den Frieden in verschiedensten Ländern, sei es zum Schutz Deutschlands, den sie unmittelbar ausüben, sei es auch in anderem Zusammenhang – zeigen unsere Soldatinnen und Soldaten eine hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft. Sie werden, wie wir gerade wieder bei den Auslandseinsätzen feststellen konnten, im Ausland durch die Art und Weise, in der sie auftreten, den Grundsätzen der inneren Führung gerecht, die ein Merkmal der Bundeswehr darstellt: Dadurch, dass sie unsere Werte im Ausland vermitteln, tragen sie zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei. Sie haben meines Erachtens sowohl unseren Dank als auch die finanzielle Grundlage durch diesen von uns zu beschließenden Haushalt verdient, damit sie auch in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen können – im Interesse von Frieden und Freiheit und im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.  
Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Rednerin ist Elke Hoff für die FDP-Fraktion.  
(Beifall bei der FDP)

Elke Hoff (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben sehr eindrucksvoll das zahlreiche Engagement der deutschen Soldatinnen

und Soldaten im Ausland dargestellt. Es lässt sich inzwischen aber nicht mehr leugnen: Die materielle und finanzielle Ausstattung der Bundeswehr beeinträchtigt zunehmend die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. In wichtigen Bereichen – ich denke hier insbesondere an den Bereich des Lufttransportes – ist die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland durch die nicht mehr zu leugnenden Ausrüstungsdefizite immer weiter eingeschränkt. Der Fahrplan der Transformation ist aus dem Ruder gelaufen. Die Unzufriedenheit in der Bundeswehr nimmt dramatisch zu.

Trotz einer Erhöhung des Verteidigungsetats um 920 Millionen Euro haben Sie, Herr Minister, keinen Euro für die dringend notwendige Sanierung der Kasernen und für wichtige Ausrüstung übrig, obwohl diese im Einsatz über Leben und Gesundheit unserer Soldaten entscheiden kann. Um Ihren entschiedenen Widerspruch gleich vorwegzunehmen: Ja, wir haben registriert – Sie haben es eben auch ausgeführt –, dass Sie 116 Millionen Euro für das Programm „Sanierung der Kasernen West“ in den Haushaltsentwurf eingestellt haben. Aber Ihr Ministerium hat erst vor wenigen Wochen eingestanden, dass alleine im Jahr 2007 rund 1,4 Milliarden Euro für Instandsetzung und Investitionen in Liegenschaften der Bundeswehr fehlen. Daher ist Ihr Programm mit dem Volumen, das Sie eben vorgetragen haben, nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der FDP)

Alleine 300 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt kommen durch die erhöhte Mehrwertsteuer Ihrem Kabinettskollegen Steinbrück zugute. Ihre Prognose, dass die Kosten für die Auslandseinsätze sinken werden, ist ebenso an den Haaren herbeigezogen wie die Annahme, dass man weniger Mittel für weitere Beschaffung über den einsatzbedingten Sofortbedarf hinaus benötigen werde. Die Bundesregierung ist doch längst dazu übergegangen, wichtige Beschaffungsvorhaben zunächst in Minimalstückzahlen zu realisieren, um später den tatsächlichen Bedarf über das Instrument des kurzfristigen und einsatzbedingten Sofortbedarfs zu decken. Insofern stellen Ihre Prognosen eine Milchmädchenrechnung dar. Außerdem fressen die notwendigen Maßnahmen zum Materialerhalt mögliche Spielräume auf, die in der Vergangenheit nahezu ausschließlich durch Personalabbau erzielt werden konnten. In diesem Bereich sind die Einsparpotenziale aber weitgehend ausgeschöpft. Herr Minister, es reicht auch nicht aus, wenn Sie immer wieder vortragen, dass Sie die Kosten für den Betrieb weiter reduzieren und die Ausgaben für Investitionen steigern werden. Das erreichen Sie möglicherweise auf dem Papier, weil die Haushaltsabteilung Ihres Hauses die Ausgabenbereiche Materialerhalt, Betrieb und Betreiberverträge voll umfänglich dem Bereich „Militärische Beschaffungen“ zuschlägt. Damit schaffen Sie sich zwar ein Rüstungsplus von 600 Millionen Euro, aber mit Haushaltsklarheit und mit Haushaltswahrheit hat dies nichts mehr zu tun. Statt sich mit solchen Haushaltstricks über Wasser zu halten, fordern wir Sie daher auf, das im Verteidigungshaushalt vorhandene Geld intelligenter als bisher auszugeben. Spielräume können in

der Zukunft nur aus einer nachhaltigen Stückzahlanpassung bei Großprojekten wie dem Eurofighter und dem A400M bzw. durch den Verzicht auf Projekte wie MEADS erzielt werden. Die FDP fordert dies zu Recht seit vielen Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Unsere britischen Partner machen uns beim Eurofighter inzwischen vor, wie man intelligent auf neue Bedürfnisse reagiert. Man entscheidet sich in Kooperation mit der Industrie für geringere Stückzahlen, rüstet diese dann aber mit Fähigkeiten aus, die tatsächlich für den Einsatz benötigt werden. Dies führt in der Beschaffung zwar nicht unmittelbar zu Einsparungen, aber im Betrieb werden die Belastungen deutlich geringer. Das hat zur Folge, dass es in Großbritannien bald realistische Einsatzszenarien für den Eurofighter auch außerhalb von Rüstungsmessen geben wird. Spannend ist auch, dass sich neben den Briten andere Partner wie etwa Italien konditionierte Berechnungen für die dritte Tranche des Eurofighters vorlegen lassen, das heißt für die volle bzw. die halbe Stückzahl oder für einen kompletten Verzicht. Die Bundesregierung scheut sich aber vor Veränderungen bei den Stückzahlen, weil damit auch eine Reduzierung der fliegenden Verbände und Standortschließungen verbunden wären. Die Bundeswehr muss aber für die Notwendigkeiten des Einsatzes und nicht unter strukturpolitischen Gesichtspunkten ausgerüstet werden.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Richtig!)

Die Bundesregierung darf sich weiterhin nicht hinter vertraglichen Bindungen und drohenden Schadensersatzansprüchen verstecken. Die Erfahrungen unserer Partner in der NATO und der EU zeigen doch, dass gerade die Industrie ein Interesse an einem Verteidigungshaushalt mit finanziellen Spielräumen hat, um auch technologische Innovationen finanzieren zu können.

Dazu ist diese Bundesregierung jedoch weiterhin nicht bereit. Sie passt die Ausrüstungsplanung in keiner Weise an die Einsatzrealität an, führt sinnlose Großprojekte fort, streicht dafür aber eine Vielzahl von Kleinprojekten, die für die Überlebensfähigkeit und den Schutz unserer Soldaten im Einsatz oberste Priorität haben sollten. Ich denke dabei etwa an Geräte zur Freund-Feind-Erkennung, CSAR- und Aufklärungsfähigkeiten, geschützte Transportfahrzeuge oder die Triebwerksanpassung für den CH-53.

Herr Minister, die von Ihnen gefeierten zusätzlichen Mittel werden den allein seit 2004 entstandenen Substanzverlust in Höhe von 4,5 Milliarden Euro in keiner Weise kompensieren können. Der finanzielle Zugewinn entspricht der Finanzlinie des Bundeswehrplanes 2008, in dem sich der Generalinspekteur von der Durchführbarkeit eines transformatorischen Ansatzes verabschiedet, weil er keinerlei finanzielle Spielräume mehr für Veränderungen im Rahmen der Entwicklung und Beschaffung sieht. Der Bundeswehrplan 2008 ist das politische und militärische Eingeständnis, dass die Bundesregierung die Zielmarken der Transformation völlig aus den Augen verloren hat. In der Fachpresse wird er sogar als Insolvenzerklärung bezeichnet.

Seit Jahren können der NATO zugesagte Fähigkeiten

nicht zertifiziert werden. Ich will nur einige wenige Beispiele der Bundeswehrmängelliste nennen:

Bei den Rüstungsinvestitionen reicht das verfügbare Finanzvolumen nicht aus, um den Ausrüstungsbedarf der Bundeswehr kurz- oder mittelfristig zu decken. Im Zeitraum zwischen 2008 und 2015 kann ein Volumen von 14,9 Milliarden Euro planerisch nicht abgedeckt werden.

Die Beschaffung eines Selbstschutzsystems für den A400M wird erst 2014 eingeleitet. Damit wird der A400M vier Jahre nach Beginn seiner Einführung für Auslandseinsätze nicht einsatzfähig sein.

Die Beschaffung von Feldlagerschutzsystemen für Einsatzkontingente wurde gestreckt und verzögert. Erst ab 2008, 2012 und 2014 wird hier Abhilfe geschaffen. Bis dahin muss auf Behelfslösungen zurückgegriffen werden. Die Infrastrukturinvestitionen berücksichtigen rund ein Drittel der Maßnahmen nicht, die zur zeitgerechten Sicherstellung der Kernfähigkeiten der Streitkräfte erforderlich sind. Eine querschnittliche Verbesserung der Attraktivität der Liegenschaften ist somit mittelfristig nicht zu erreichen.

Darüber hinaus fehlt es an einer Anpassung der Rüstungsplanung an die Einsatzrealitäten. Den Anforderungen von ISAF, des über Jahre hinweg umfassendsten Auslandseinsatzes der Bundeswehr, wird in keiner Weise Rechnung getragen. Jeder, der in der Bundeswehr mit Ausrüstungs- und Einsatzplanung beschäftigt ist, weiß, dass die Bundeswehr in Afghanistan neben einer effektiven Schutzrüstung vor allem moderne Aufklärungs- und Lufttransportfähigkeiten benötigt.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch so kleine Vorhaben wie der Lastengleitfallschirm werden nicht realisiert, obwohl dessen Beschaffung dringend notwendig wäre. Denn wenn deutsche Soldaten in Afghanistan aufgrund von widrigen Witterungsbedingungen oder Angriffen von der Außenwelt abgeschnitten wären, könnte man sie damit punktgenau aus der Luft versorgen. Von mehr geschützten Transportfahrzeugen oder der Beschaffung von unbemannten Luftfahrzeugen ganz zu schweigen. Die Spielräume für eine einsatzorientierte Ausrüstung wird die Bundesregierung aber nicht mit einer Beibehaltung des Status quo erzielen. Ähnlich uneinsichtig wie bei der Ausrüstungsplanung zeigen sich die Bundesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen bei Strukturentscheidungen, von denen die wichtigste ohne Frage die Wehrpflicht ist.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abschaffen!)

Mit dem halbgenen Antrag, den die SPD auf ihrem Parteitag beschließen wird, eine sogenannte freiwillige Dienstpflicht einzuführen, gäbe es im Deutschen Bundestag erstmals eine parlamentarische Mehrheit gegen einen Vollzug der Wehrpflicht.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Bundestagsfraktion beantragt seit dem Jahr 2000 alljährlich im Deutschen Bundestag, die Wehrpflicht auszusetzen,

(Johannes Kahrs [SPD]: Das war jedes Mal ein

Fehler!)

da sie sicherheitspolitisch nicht mehr zu begründen ist. Hier im Hause hat nur noch die CDU/CSU-Fraktion etwas gegen die Aussetzung der Wehrpflicht, für die jedoch nur ein einfacher Mehrheitsbeschluss im Parlament benötigt wird.

(Johannes Kahrs [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

- Sie sagen, wir hätten es nicht verstanden. Es ist auch wirklich sehr kompliziert, das nachzuvollziehen. Deswegen hoffe ich, dass nach Ihrem Parteitag Aufklärung erfolgt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Lesen bildet, Denken hilft!)

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich den Weg für eine zukunftsfähige Bundeswehr freizumachen. Diese muss dann aber so attraktiv sein, dass sich diejenigen qualifizierten jungen Menschen für einen Dienst in der Bundeswehr gewinnen lassen, die für die immer schwieriger werdenden Aufgaben tatsächlich benötigt werden. Stehen Sie weder einer neuen Laufbahnregelung, die die bestehenden Beförderungs- und Verwendungsstaus ausschließt, noch einem eigenen Besoldungsrecht, das die Besonderheiten des Soldatenberufs berücksichtigt, länger im Wege!

Herr Minister, ich finde es gut, dass Sie hier die Erhöhung des Wehrsolds als besonderes Verdienst der Bundesregierung hervorgehoben haben. Die Erhöhung ist eine alte FDP-Forderung, die wir seit vielen Jahren postulieren. (Beifall bei der FDP)

Endlich haben wir es geschafft, (Johannes Kahrs [SPD]: Wieso Sie?)

durch eine Erhöhung um 2 Euro pro Tag ein gewisses Mindestmaß an Attraktivität zu erzielen.

Auch das Weiterverwendungsgesetz haben wir von der FDP immer unterstützt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Als Sie regiert haben, haben Sie es aber nicht gemacht!)

Es war eine lange und schwierige Geburt; aber wir sind trotzdem froh, dass dieses wichtige Gesetz jetzt auf dem Weg ist.

Herr Minister, Ihre Politik verliert in der Bundeswehr immer mehr an Rückhalt. Die Stimmung, mit der ich bei Truppenbesuchen konfrontiert werde, ist ernüchternd. Beleg dafür sind auch die Ergebnisse der Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes zur Berufszufriedenheit in der Bundeswehr. Die Angehörigen der Bundeswehr fühlen sich oft nicht mehr mitgenommen, wenn es um die Veränderungsprozesse in der Bundeswehr geht. Auf großen Unmut stößt zu Recht auch, dass der zuständige Minister die Augen vor den offensichtlichen Missständen verschließt. Ich denke hier insbesondere an den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Immer noch zu leugnen, dass der Sanitätsdienst hinsichtlich seiner Ausrüstung sowie der Personalausstattung nur bedingt einsatzfähig ist, löst bei den Betroffenen nur noch Kopfschütteln aus. Sie handeln getreu dem Motto: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Der Begriff der Transformation ist in weiten Teilen der Bundeswehr inzwischen zum Reizwort geworden oder ruft allenfalls ein müdes Lächeln hervor. Sie formulieren

zwar immer wieder konkrete Ziele der Transformation;  
aber wenn Sie Gewissheit haben, dass diese  
nicht zu erreichen sind, passen Sie Ihre Ziele an den erreichten  
Stand an und schieben die Begründung hinterher,  
dass die Transformation doch ein dynamischer Prozess  
sei. Das ist in meinen Augen nichts anderes als  
Beliebigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, den unseligen Dreiklang „unzufrieden,  
unmotiviert und schlecht ausgerüstet“ können Sie nicht  
mit Schönheitsreparaturen wie jenen, die Sie gerade in  
Ihrer Rede angeführt haben, beseitigen. Sie benötigen  
endlich einen deutlichen Kurswechsel in Ihrer Politik.  
Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Ulrike  
Merten.

Ulrike Merten (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In dieser Debatte ist schon mehrfach auf die Einsatzrealität  
unserer Bundeswehr hingewiesen worden. Wir blicken  
inzwischen auf 15 Jahre Einsatzerfahrung unserer  
Streitkräfte zurück. Das heißt, seit eineinhalb Jahrzehnten  
gibt es ein Bemühen und ein Ringen darum, die Einsatzrealität  
nicht immer wieder nur zu beschreiben, sondern  
sie auch im Haushalt wirklich abzubilden.

Seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten dauert der nicht  
zuletzt durch die deutsche Einheit bedingte Reformprozess  
an; er ist noch lange nicht zu Ende. Der Reformprozess  
erfordert von den zivilen Mitarbeitern und den  
Soldatinnen und Soldaten ständige Veränderungsbereitschaft.

Dieser Umgestaltungsprozess ist für alle Beschäftigten  
der Bundeswehr mit großen Belastungen verbunden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihnen zu  
danken und sie unserer breiten parlamentarischen Unterstützung  
ihrer Arbeit, nicht zuletzt in den Einsätzen, zu  
versichern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir den vorgelegten Einzelplan 14 mit den Einzelplänen  
der vergangenen Jahre vergleichen, sehen wir,  
dass zwar der Anteil der Investitionen am Plafond  
steigt, aber nur in sehr geringem Maße. Das bleibt unbefriedigend;  
das ist überhaupt keine Frage. Hinzu kommt,  
dass der Großteil der Investitionen sehr langfristig angelegt  
ist, wodurch der Spielraum für kurzfristige planerische  
Vorhaben oder für Reaktionen auf veränderte Bedarfe  
praktisch gegen null geht. Parallel dazu sinkt der  
Ansatz für die einsatzbezogenen Zusatzaufgaben von  
642 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro in 2008.  
Sicherlich kommt bei der Verringerung zum Tragen,  
dass sich der Verteidigungshaushalt parallel zum Transformationsstand  
der Bundeswehr doch zunehmend zu einem  
„Einsatzhaushalt“ entwickelt hat, in dem die für die  
Einsätze erforderlichen Mittel für die personelle und materielle  
Befähigung zunehmend aus den originären Titeln  
finanziert werden. Doch ich hoffe, dass sich diese beiden  
Momente nicht gegenseitig verstärken, wenn drängende



Beschaffungen größeren Umfangs anstehen. Dabei setze ich vor allem auf die sehr weit gehende Deckungsfähigkeit im Titel der einsatzbedingten Sofortbeschaffungen.

Es ist oft, nicht zuletzt vom Generalinspekteur, darauf hingewiesen worden, dass es einer noch konsequenteren Ausrichtung auf die Einsätze bedarf, wenn es um Beschaffungen geht. Hierbei muss der Schutz der Soldaten und Soldatinnen ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Es ist gut, dass der GTK Boxer im Zulauf ist und dass die Produktion einer größeren Anzahl von Dingo 2 bewilligt ist. Ich rege aber an, darüber nachzudenken, wie die Versorgung mit geschützten Fahrzeugen noch stärker optimiert werden kann. Nach meinem Kenntnisstand wird nicht nur der Dingo in Boxbauweise produziert. Das bedeutet relativ wenige Stückzahlen pro Jahr dieser bewährten Fahrzeuge. Durch höhere Abnahmen könnte eine Umstellung auf die Produktion am Fließband erfolgen. Auf diese Weise würden die Zulaufzeiten deutlich verkürzt. Im Übrigen hätte das auch Auswirkungen auf die Preisgestaltung.

Zum anderen hat sich angesichts der infrastrukturellen und geografischen Gegebenheiten und für die Erfüllung verschiedener Aufgaben der mit unseren zurzeit vorhandenen Transportkapazitäten sehr gut verlegbare und weniger schwere Typ Wolf bewährt. Diese Fahrzeuge besitzen ein eher geringes Schutzniveau, wurden und werden jedoch bereits in verschiedenen Stufen nachgerüstet.

Ich begrüße die Anstrengungen des BWB, diese Umrüstungen zu vollziehen und noch schneller voranzutreiben. Sollte der Bedarf dennoch nicht gedeckt werden können, wären weitere Überlegungen anzustellen, wie der Zulauf intensiviert werden könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zum Schutz und Ausbau von Feldlagern. Besonders natürlich in Afghanistan ist es nötig, sowohl den passiven Schutz als auch den aktiven Schutz über Aufklärung und Abwehr schnell und wirkungsvoll weiter zu verbessern. Der für den Frühling 2008 angekündigte Zulauf des Flugabwehrsystems Skyshield wird dringend erwartet und darf sich als ein wichtiges Element des aktiven Lagerschutzes nicht verzögern.

In diesem Zusammenhang möchte ich das Thema Unterbringung nicht vergessen. Mein Kollege Kahrs wird darauf noch näher eingehen, aber ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass es der Wehrbeauftragte gewesen ist, der auf den enormen Bedarf an Reparatur hingewiesen hat, nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine attraktiv bleibende Bundeswehr. Mir geht es an dieser Stelle jedoch eher um die Unterbringung im Einsatz in unseren Feldlagern, wo ich Nachbesserungs- und auch Erweiterungsbedarf sehe.

Sehr erfahren sind wir inzwischen mit länger dauernden Missionen. Das Camp Marmal in Mazar-e-Sharif oder das Camp Warehouse in Kabul sind Beispiele für zweckmäßige und sichere Unterbringung. Mit der EUFOR-Mission Kongo haben wir erstmals auch Erfahrungen mit dem Bedarf an Unterkünften in Kurzzeiteinsätzen gesammelt. Erstmals wurde das Feldlagersystem öffentlich und europaweit ausgeschrieben. Das heißt, mit der Unterbringung, mit der Verpflegung und mit den

Serviceleistungen für alle im Kongo und in Gabun eingesetzten EUFOR-Truppen war ein ziviles Dienstleistungsunternehmen betraut. Dabei ist es – auch das hat der Wehrbeauftragte von einer Reise als Information mitgebracht – vor allem in den Anfangswochen zu vielen Reibungsverlusten gekommen, weil das Unternehmen noch über keine Erfahrungen verfügte und weil die Versorgungslage vor Ort anders eingeschätzt wurde. Der Vollständigkeit halber weise ich aber auch darauf hin, dass es in Afghanistan ebenfalls Anfangsschwierigkeiten gegeben hat. Das ist keine Besonderheit des Einsatzes im Kongo.

Warum führe ich den Punkt Feldlager aus? Auch hier kommen wir an der Definition „Armee im Einsatz“ nicht vorbei. Wir sollten uns möglichst kurzfristig umfassende Konzepte für unsere Soldaten – Unterbringung, baulicher und militärischer Schutz, Lagebild, Selbstverteidigung, Versorgung, Klima usw. – in kurz und länger dauernden Einsätzen ohne regionale Begrenzung überlegen und abrufbare Vorsorge treffen. Ich hege große Sympathie für ein eigenes Bausteinfeldlagersystem. Ich weiß aber auch, dass wir aus personellen Erwägungen heraus mittelfristig auf die Unterstützung erfahrener ziviler Dienstleister nicht verzichten können. Ich meine, dass unsere Erfahrungen im Kongo uns nicht dazu bringen dürfen, einseitige Annahmen für die Zukunft zu implizieren. Manchmal sind es aber auch taugliche Kleinigkeiten, die die Stimmung und damit die Motivation verbessern und so große Wirkung entfalten können. Dazu gehören zum Beispiel im Einsatz die standardmäßige Ausstattung mit Pistolenhalftern, eine neue Generation von Schutzwesten, die es erlaubt, sich bei Patrouillengängen deutlich besser bewegen zu können, eine stärkere Einbeziehung von mit Sicherheitssoftware ausgestatteten und inzwischen vor Ort schon gängigen Handys für die Kommunikation.

Die Einsätze im erweiterten Aufgabenspektrum erfordern auch eine Veränderung des Charakters militärischen Dienens und des soldatischen Selbstverständnisses. Im Rahmen der Konfliktverhinderung oder Krisenbeherrschung werden Fähigkeiten verlangt werden, die bislang nicht gefordert waren. Das Eignungsprofil unserer Soldatinnen und Soldaten wird künftig gekennzeichnet sein durch Beherrschung handwerklicher militärischer Fähigkeiten, moralisch-ethische Integrität, geistige Flexibilität und lebenslanges Lernen. Sprachenkenntnis, interkulturelle Kompetenz, Innovationsfähigkeit, technisches Verständnis, soziale Kompetenz, Leistungs- und Einsatzbereitschaft, Kostenbewusstsein sowie psychische und physische Belastbarkeit sind dabei wichtige Forderungen an den Soldaten.

Ich will an dieser Stelle besonders hervorheben, dass sich der seit Anfang der 90er-Jahre vollziehende Geburtenrückgang ab 2008 deutlich auf das Bewerberaufkommen für einen Dienst in den Streitkräften niederschlagen wird. Im Ergebnis wird der demografische Wandel fast unvermeidlich zu einer Umkehrung der Wettbewerbsposition führen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden schon in wenigen Jahren ein knappes Gut sein. Deshalb sind schon heute erhebliche Anstrengungen und neue

Konzepte erforderlich, um in Zukunft ausreichend qualifizierten Nachwuchs für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dafür bleibt die Wehrpflicht eine der Möglichkeiten, die Auswahlkriterien in der Breite zu erhalten und die Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen, die wir in den Einsätzen brauchen. Wir brauchen nämlich nicht diejenigen, die aufgrund fehlender Lebensperspektiven keine andere Chance sehen, sondern wir brauchen diejenigen, die in der Lage sind, die von mir eben beschriebenen komplizierten Aufgaben und Anforderungen zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe darauf hingewiesen, dass auch dieser Haushalt ein Ringen um das Setzen der richtigen Prioritäten bleibt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Ulrike Merten (SPD):

Ja, ich komme zum Schluss. - Ich will noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, den Haushaltsansatz erheblich zu erhöhen. Wir konnten gegenüber dem Bundesfinanzminister deutlich machen, dass wir größere Spielräume brauchen, um die Intensität der Einsätze aufrechtzuerhalten. Dass dies gelungen ist, ist nicht nur für die Soldatinnen und Soldaten gut, sondern es zeigt auch, welche Schwerpunkte wir setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Paul Schäfer spricht jetzt für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Oktober vergangenen Jahres eine spannende Debatte geführt. Der Bundesaußenminister hat mir damals beigeplüschigt, als ich sagte, dass Abrüstung wie ein Stichwort aus längst vergangener Zeit klingt. Er hat heute noch einmal bekräftigt, hier müsse etwas geschehen und Deutschland müsse eine aktive Abrüstungspolitik verfolgen. Das hat mir zwar gut gefallen, aber ich frage mich: Waren wir damals in der Abteilung „wohlfeile Deklaration“, und sind wir jetzt im richtigen Leben gelandet?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Rüstungsetat wird um circa 920 Millionen Euro erhöht, das heißt, es wird kräftig draufgesattelt. Es passt doch nicht zusammen, wenn man draußen für Abrüstung wirbt und hier drinnen bei den Finanzmitteln kräftig draufsattelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

920 Millionen Euro mehr bei gleichzeitig um 670 Millionen Euro sinkenden Personal- und Betriebsausgaben; das heißt, es wird kräftig investiert. Wir kriegen jetzt schöne, neue Flugzeuge, den A400M und den Eurofighter. Das ist aber noch längst nicht das Ende der Fahnenstange. Es folgen die schönen, neuen Kriegsschiffe. Deshalb

ist es konsequent, noch viel mehr zu fordern. Eine entsprechende Steigerung ist im Haushalt eingeplant. Für mich ist interessant, dass Sie die öffentlichen Investitionen zwar insgesamt gesehen auf einen historischen Tiefstand gefahren haben, aber just in diesem Bereich investieren. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ein weiterer Punkt muss an dieser Stelle genannt werden. Die vertraglichen Verpflichtungen belaufen sich derzeit auf 51 Milliarden Euro. Durch diese gewaltige Summe, durch diese Verpflichtungsermächtigungen ist der Verteidigungshaushalt im Grunde auf Jahre hinaus verpfändet und die parlamentarisch-demokratischen Gestaltungsspielräume gehen gegen null. Ich finde, das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Man könnte es so formulieren - auch wenn das sehr zugespitzt klingt -: Die Streitkräfte sind auf Expansionskurs, und zwar sowohl bezogen auf die Ausgaben als auch bezogen auf die Aufgaben. Die Expansion hat mit der Entgrenzung des Verteidigungsbegriffs angefangen. Die Verteidigung beginnt nicht mehr in Hindelang, sondern am Hindukusch. Die Entgrenzung geht jetzt aber noch viel weiter. Man kann von einer Entgrenzung der sicherheitspolitischen Philosophie sprechen. Das stellt man beim Lesen von NATO-Dokumenten fest, das kann man aber auch im Weißbuch nachlesen. Die NATO will sich auf die Fahne schreiben, als globaler Akteur aufzutreten und global militärische Macht zu entfalten. Je mehr man betont, dass man aber trotzdem kein Weltpolitiker sein wolle, umso mehr hat man das Gefühl, dass es genau darum geht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Schauen wir uns die Aufgaben an: globaler Krieg gegen den Terror, weltumspannende Sicherung unserer Rohstoffe und Ressourcen - in Klammern: die Formulierung „unsere Rohstoffe und Ressourcen“ ist verräterisch und bringt die ganze westliche Arroganz zum Ausdruck -,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

sogenannte gescheiterte Staaten auf den rechten Weg bringen - Afghanistan und andere Länder -, die Grenzen der Wohlstandsfestungen gegen Armutsflüchtlinge sicher machen; auch das ist heute im Katalog der Streitkräfte enthalten. Das ist der abgesteckte Rahmen, und dem dient die Transformation der Bundeswehr.

Es ist natürlich nicht zu bestreiten, dass diese extra breite Auftragsdefinition an die Analyse weltpolitischer Risiken anknüpft und dass auf die offenen Fragen Antworten gefunden werden müssen. Ihre Antworten sind aber grundfalsch. Ich will nur drei Beispiele herausgreifen. Gegen die dramatische Verknappung der Energieressourcen bei stark steigender Nachfrage - wir reden über Öl und Gas - helfen keine militärischen Planspiele zur Sicherung der weltweiten Transportwege, zum Beispiel zur Überwachung von Pipelines. Hier helfen erneuerbare

Energien, verbesserte Energieeffizienz und  
Energiesparen. Wir brauchen die Energiewende.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Außerdem brauchen wir eine kooperative Außenpolitik,  
um die Ressourcen gerecht verteilen zu können. Es passt  
nicht zusammen, wenn der Außenminister einerseits für  
eine Energie-KSZE, also für einen kooperativen Ansatz  
wirbt, und der Verteidigungsminister andererseits - siehe  
Weißbuch - die deutsche Marine um den Globus schicken  
will, um die Transportwege militärisch zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Gegen die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen  
helfen keine Raketenabwehrsysteme,  
sondern nur die Verschrottung der vorhandenen  
Atomwaffen und eine Politik, die die aufstrebenden Regionalmächte  
ernst nimmt. Das bedeutet: Auch bei uns  
müssen Atomwaffen abgezogen und muss die nukleare  
Teilhabe beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Gegen die Gefahren des Terrorismus hilft kein Einsatz  
militärischer Gewalt. Man muss vielmehr die Verhältnisse  
ändern, aus denen Terroristen immer wieder  
ihre scheinbare Legitimation ziehen und die ihnen immer  
wieder neue Anhänger zutreiben. Das hat nicht zuletzt  
der Militäreinsatz in Afghanistan gezeigt. Deshalb  
sind wir dafür, das militärische Engagement dort zu  
beenden. Wir wollen, dass der Truppenabzug eingeleitet  
und die zivillorientierte Aufbauhilfe deutlich verstärkt  
wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist gut, wenn viele Menschen das am Samstag auf der  
Straße kundtun.

Wir bleiben dabei: Der Wehretat ist entschieden überdimensioniert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Das Geld wird an der falschen Stelle ausgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es geht in die überambitionierten Beschaffungsprojekte  
statt an die Soldatinnen und Soldaten, die in den letzten  
Jahren zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen mussten.

Das schrecklich späte Programm „Sanierung Kasernen  
West“ wird hinten und vorne nicht ausreichen. Davon  
bin ich überzeugt.

Das Geld wird für falsche Zwecke verwandt. Statt  
sich auf Verteidigung und die Stärkung der UNO zu konzentrieren,  
orientiert sich die Regierung auf überlebte  
und zudem gefährliche globale Machtpolitik. Wir dagegen  
wollen Mittel einsparen - bei Militärinterventionen,  
bei den Großprojekten - und diese Summen in mehr  
Entwicklungszusammenarbeit und in die längerfristige  
Umstellung vom Militärischen zum Zivilen stecken.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist  
Schmarrn, was Sie da erzählen!)

Aktive Abrüstungspolitik ist richtig. Das wäre zukunftsorientiert.  
Ihr Haushalt ist es nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Alex Bonde.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss zu Beginn kurz auf Afghanistan zu sprechen kommen. Denn, Kollege Schäfer, Ihren Ansatz für die Lösung der Situation in Afghanistan konnte ich nicht nachvollziehen. Es klingt so, als wollten Sie Ihre hessische Lösung vorschlagen: So lange wählen, bis das Ergebnis passt. Aber Außen- und Sicherheitspolitik funktioniert anders als die Schauspiele, die Sie innerparteilich veranstalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich teilen wir an vielen Stellen Ihre skeptischen Bemerkungen. Aber am Ende muss man in einer verantwortlichen Außen- und Sicherheitspolitik eine Linie finden, die tatsächlich Lösungen für die Probleme, die sich stellen, bietet. An dieser Stelle - wir sprechen hier ja zur Halbzeitbilanz des Verteidigungsministers nach zwei Jahren - ist einiges in die Richtung der Regierung zu sagen. Wir erleben den Verteidigungsminister seit zwei Jahren als eine Art menschgewordene Durchhalteparole. Wir haben hier einen Einzelplan, der in Zahlen gegossen einen Stillstand in vielen Bereichen dokumentiert. Wir haben in den Haushaltsverhandlungen erlebt, dass mehr Geld nicht immer bedeutet, dass der Reformeifer zunimmt, und dass für diese Koalition zwischen der Bereitschaft, bestehende Probleme zielführend zu analysieren, und der Bereitschaft, im Sinne der Effizienz tatsächlich Veränderungen herbeizuführen, in sich kein logischer Zusammenhang besteht. Das erleben wir auch bei diesem Einzelplan. Wir erleben, dass 918 Millionen Euro mehr in den Einzelplan 14 des Verteidigungsministers gesteckt werden. Aber an den entscheidenden Punkten ergeben sich keine Veränderungen.

Der Stillstand beginnt bei der Frage der politischen Linie. Damit bin ich wieder bei Afghanistan, wo der Minister mit großem Beharrungsvermögen Probleme aussitzt, die es aufgrund der dramatischen Veränderungen der Situation in Afghanistan gibt, wo die Bundesregierung nicht bereit ist, zu erkennen, dass das Mandat „Enduring Freedom“ inzwischen kontraproduktiv wirkt und dass nach der Ausdehnung von ISAF auf Gesamtafghanistan die nicht in den Wiederaufbauprozess eingebundene Antiterrormission mehr Widerstand schürt als bekämpft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die politische Schwäche der Bundesregierung wird auch bei der Frage, wie wir einen Strategiewechsel bei den Partnern einfordern, deutlich, wenn ich mir ansehe, wie die Führungsstruktur von ISAF aussieht. Die herausgehobene Funktion Deutschlands im Stab von ISAF gehört bald der Vergangenheit an. Der Minister hat einen glorreichen Coup gelandet, indem Deutschland zukünftig den Pressesprecher von ISAF stellt. Jetzt mag der Minister es für richtig halten - so hat er es bisher bei der Bundeswehr getan -, lieber die Presse zu bedienen als

die Bundeswehr zu führen, aber in Afghanistan wird Pressearbeit nicht ausreichen, um dem Land eine sinnvolle Perspektive zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliche Betonköpfigkeit zeigen Sie aktuell in der Frage des Bombenabwurfplatzes in Wittstock. Sie haben sich vor Gericht eine blutige Nase geholt. Sie haben bisher eine halbe Million Euro in Gerichtsverfahren investiert. Anstatt der Bevölkerung jetzt die notwendigen Signale für eine wirtschaftliche Perspektive, zum Beispiel für Tourismus in der Region, zu geben, haben Sie schon angekündigt, dass auch hier gilt: Durchhalten, koste es, was es wolle. Die nächste juristische Instanz ist zuständig, Sie in Ihrem Drängen aufzuhalten.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das nennt man Prozesshanserei!)

Was die Bundeswehrstruktur angeht, kommt nichts voran. Interessant war, dass in diesem Sommer auch aus der SPD sehr harsche Kritik an der Struktur der Verwaltung der Bundeswehr und am Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung geäußert wurde. Daran wurde deutlich, dass Sie die Reformen Ihres Vorgängers in diesen Bereichen, wenn überhaupt, nur mit gequälter Miene durchführen. Etwas Neues gibt es bei Ihnen nicht. Alles wird so betrieben wie bisher. Insofern haben die 918 Millionen Euro, um die dieser Etat aufgestockt wird, einen faden Beigeschmack. Um es Ihnen als Winzersohn noch deutlicher zu sagen: Ihr Wein korckt ordentlich, Herr Minister.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundeswehr ist aufgrund ihrer Struktur für die Erfüllung der Aufgabe, die sie hat, nicht fit. Ihre Aufgabe, eine Armee im Einsatz zu sein, wird in der Realität nicht in der Struktur der Bundeswehr abgebildet. Insgesamt gibt es knapp 250 000 Soldatinnen und Soldaten. Sie haben auf unsere Anfrage geantwortet, dass ungefähr 23 Prozent von ihnen bisher tatsächlich in Auslandseinsätzen waren; davon gehören gerade einmal 2 Prozent zum Zivilpersonal.

Auch wenn eine Bundeswehr im Einsatz viele Menschen braucht, die in der Heimat arbeiten und sie von dort aus unterstützen, ist klar, dass die Bürgerinnen und Bürger die Frage stellen: Wenn die Kernaufgabe der Bundeswehr von heute die Stabilisierung im Auftrag der UN ist, was machen dann die 77 Prozent der Soldatinnen und Soldaten, die mit dieser Aufgabe offensichtlich nichts zu tun haben, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aber einen Großteil der Mittel dieses Einzelplanes kosten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Damit sind wir bei der Wehrpflicht. In diese Debatte ist ein wenig Wind gekommen, als die SPD versucht hat, die beiden unvereinbaren Pole der „freiwilligen Wehrpflicht“ zusammenzuführen. Insofern besteht dieser Wind eher in einem windigen Konzept.

(Johannes Kahrs [SPD]: Na, na!)

Nichtsdestotrotz nehmen wir diesen Debattenanstoß

dankbar an. Das strukturelle Problem lösen Sie mit Ihrem Konzept allerdings nicht. Es besteht darin, dass durch die Wehrpflicht in erheblichem Umfang Ressourcen gebunden werden, Großteile der Infrastruktur und des Materials darauf ausgerichtet werden müssen und in der Ausbildung massiv Personal gebunden wird. Genau das sind die Punkte, über die wir eigentlich sprechen müssten, wenn wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erklären wollen, welche Struktur der Bundeswehr wir in der heutigen sicherheitspolitischen Situation brauchen und welche Elemente wir uns - mit Verlaub - schenken können, weil sie alte militärische Zöpfe sind, die unter Traditionsgesichtspunkten kostenpflichtig am Leben erhalten werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was die Rüstungsbeschaffung angeht, ist die Situation noch schlimmer; die Kollegin Hoff hat das sehr deutlich angesprochen. Von Bundeswehrsoldaten, die in Einsätzen sind, bekommt man auf die Frage, wie die Situation im Hinblick auf ihre Ausrüstung ist, die Antwort: Ganz ehrlich, die Abteilung Rüstung/Nutzung und das BWB machen doch nur Industriepolitik. Daran wird deutlich, in welcher Situation wir inzwischen sind. Sie beschaffen nach dem Produktkatalog der Rüstungsindustrie, Sie gehen dabei nach dem Gießkannenprinzip vor, und Sie beschaffen manchmal zum denkbar höchsten Preis.

Kurz vor dem Sommer dieses Jahres haben Sie noch die Fregatte 125 durchgewinkt. Sehen wir uns die Situation an: kein Wettbewerb, Abnahmegarantie gegenüber den Werften und letztlich ein Preis, der dreimal so hoch ist wie der, den unsere Verbündeten für vergleichbare Schiffe zahlen. Angesichts eines Stückpreises von 656 Millionen Euro muss man sich wirklich fragen: Geht es Ihnen eigentlich noch um die Ausrüstung der Bundeswehr zur Erledigung der Aufträge, die sich heute in sicherheitspolitischer Hinsicht stellen, oder sind Sie der stellvertretende Wirtschaftsminister der Bundesregierung?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Eindruck wird dadurch erhärtet, dass Ihre bisherigen Reisen oft genug Handlungsreisen im Interesse der Rüstungsindustrie waren. Die Exportrate im Rüstungsbereich hat sich verdoppelt. Sie hatten, was kritische Länder angeht, eine geringe Hemmschwelle. Sie wollen Eurofighter nach Indien und U-Boote ins instabile Pakistan liefern.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wahr!)

Herr Jung, das Bild, das wir von Ihnen bekommen, wird immer deutlicher. Aber es passt nicht zur Ankündigung von Außenminister Steinmeier, dass das Thema Abrüstung wieder ins Zentrum der Politik der Bundesregierung rückt. Es passt nicht zusammen, dass der Außenminister herumreist, um sich für die Abrüstung einzusetzen, und dass Sie herumreisen, um dafür zu sorgen, dass genau das geliefert wird, was man abrüsten könnte.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Der Verteidigungsminister liefert



nämlich die Waffen!)

Hier muss sich die Regierung irgendwann einmal entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zur Beschaffung. Beim Einsatzgruppenversorger droht angesichts der monopolartigen Werftenkonsortien, die Sie hier ins Spiel bringen, ein ähnliches Preisdesaster. Beim Thema Eurofighter fehlt Ihnen der Mut, endlich Verhandlungen über die dritte Tranche aufzunehmen. Deutschland ist wieder einmal die einzige Nation, die sich von der EADS willfährig über den Tisch ziehen lässt.

Wirklich eng wird es in Bezug auf geschützten Transportraum. Wann haben Sie schon einmal die Situation, dass es im Haushaltsausschuss relativ breit, über alle fast Fraktionen hinweg eine Initiative gibt, bei der gefragt wird, ob wir nicht mehr für den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten in gefährlichen Einsätzen – wie bei der Stabilisierung in Afghanistan – tun können. Die Antwort Ihres Hauses ist: Das haben wir alles, und das, was wir nicht haben, wird schon kommen, macht euch keine Sorgen, alles ist da. Die Realität in den Einsatzländern ist eine andere. Wenn Sie mit den Soldatinnen und Soldaten sprechen, wenn einmal keine Presseoffiziere danebenstehen, dann werden Sie hören, dass das nicht der Fall ist. Sie müssen endlich anfangen, Prioritäten bei der Ausgabe des Geldes zu setzen, und Sie müssen akzeptieren, dass die Einsätze heute andere sind, als es früher der Fall war.

Im Transportbereich gibt es eine andere Fähigkeitslücke. Der A400M entwickelt sich immer mehr zu einer lahmen Ente, die nicht vom Boden wegkommt. Wenn Sie uns heute erzählen, dass es Ihrer Ansicht nach keine Verzögerungen in der Auslieferung geben werde, dann kann ich Ihnen nach oben hin offene Wetten darauf anbieten, dass das natürlich der Fall sein wird.

Was die Nachfolgedebatte über den Transporthubschrauber CH-53 angeht – den Lastesel in allen humanitären Missionen, zum Beispiel bei der Erdbebenhilfe in Pakistan, aber auch bei Einsätzen der Bundeswehr wie in Afghanistan –, möchte ich nicht wissen, was dabei am Ende wieder herauskommt. Auch da sind Sie wieder im Begriff, etwas in den Sand zu setzen.

Zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren muss man sich auch noch einmal kurz die Bilanz Ihres Hauses in Erinnerung rufen. Wir haben beim G-8-Gipfel erlebt, dass die mecklenburgische Polizei vorübergehend die Befehlsgewalt der Luftwaffe übernommen hat. Per Handy hat die Polizei vor Ort Einsätze dirigiert, und der Bundesverteidigungsminister wusste nicht, was die eigene Luftwaffe macht, denn er war in Indien und Pakistan im Zusammenhang mit besagten Rüstungsdeals unterwegs. Aber es wird immer offenkundiger, was in entscheidenden Fragen – im genannten Beispiel handelte es sich um eine Frage, die Sie selbst zu einer entscheidenden Erklärung haben – geschehen ist. Sie haben die halbe Luftwaffe wegen potenzieller Terrorgefahr beim G-8-Gipfel in Mobilität versetzt. Aber Sie wussten offensichtlich nicht, was passiert, weil Sie im Ausland waren. Da frage ich mich schon: Haben Sie den Laden eigentlich im Griff?

Abschließend möchte ich sagen, dass Sie viele Baustellen haben, mit denen Ihr Haus fertig werden muss und bei denen Sie aufhören müssen zu glauben, man könne alles so weiterführen wie immer. Sie müssen anfangen, in den großen Linien umzudenken. Sie müssen sich klar werden, was das, was Sie selbst immer „comprehensive approach“ nennen, für die Bundeswehr bedeutet, was es für ihre Orientierung und Ausrüstung bedeutet. Sie müssen diese Fragen im Umgang mit Entscheidungen ernst nehmen.

Ich fürchte, dass die 918 Millionen Euro, die der Finanzminister Ihnen jetzt vom Aufschwung abgegeben hat, die letzten Reste von Reformbereitschaft bei Ihnen ersticken werden. Ich fände das dramatisch, weil wir am Ende alle einen außen- und sicherheitspolitischen Preis werden zahlen müssen, wenn Sie nicht auf die Reformschiene kommen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zahlen schon heute einen hohen Preis dafür, dass Sie die zentralen Reformen im sicherheitspolitischen Bereich aussitzen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich hoffe, dass Sie die zweite Halbzeit nutzen werden, um aus dem sicherheitspolitischen Schläfchen aufzuwachen. Es gibt viel zu tun. Wir warten darauf, von Ihnen auch einmal Antworten zu hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe jetzt das Wort Susanne Jaffke für die CDU/CSU-Fraktion.

Susanne Jaffke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Gott, Alex, wenn ich Sie nicht kennen würde, hätte ich das wirklich alles nicht geglaubt. Wer hat Ihnen diese Rede aufgeschrieben?

(Beifall bei der CDU/CSU - Jürgen Trittin

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht er selber!)

In diesen Tagen wird aus aktuellem Anlass vielfältig an die Geschehnisse des 11. September 2001 erinnert. Männer und Frauen - nicht nur US-Staatsbürger, sicher Menschen aller Glaubensrichtungen - fanden dabei den Tod, auch Deutsche. Mehrfach haben sich ähnliche Ereignisse in Europa wiederholt. Erinnert sei an die Anschläge von Madrid und London. Vor wenigen Tagen konnten unsere Sicherheitsbehörden geplante Anschläge in Deutschland erfolgreich verhindern. Über Ursachen und Hintergründe solchen für uns unzivilisatorischen Handelns gibt es viele Analysen und Interpretationen. Ich will das nicht vertiefen. Aber eines ist wichtig: Diese Einsätze bestimmen seither wesentlich unser verteidigungspolitisches Handeln. Nicht erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und nicht erst seit dem Ausbruch der ethnischen Konflikte auf dem Balkan, sondern seit ebendieser letztgenannten Zeit haben sich die Anforderungen an unsere Streitkräfte verändert.

Gestatten Sie mir deshalb, dass ich mich ganz herzlich bei all den Soldatinnen und Soldaten bedanke, die auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika

oder vor der Küste Libanons ihren Dienst versehen. Sie wissen, dass sie in diesen Regionen der Welt unsere gemeinsamen Werte - unsere freiheitliche parlamentarische Demokratie, basierend auf dem christlichen Menschenbild - nicht nur verteidigen, sondern dass sie zugleich als Botschafter für diese demokratischen Werte, für Toleranz und Anerkennung des Lebens miteinander im Einsatz sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dafür stehen unsere Soldatinnen und Soldaten ein, dafür üben sie in der Heimat, dafür bringen ihre Familien Verständnis auf. Es lohnt sich, das hier im Parlament immer wieder zu erwähnen. Im Alltagsgeschehen ist das schon ein Stück Routine geworden. So werden meine Fernmelder in Neubrandenburg gerade mit einem Appell zu ihrem Einsatz auf dem Balkan verabschiedet. Ich bin hier, kann nicht da sein; ich nehme diese Aufgabe an. Auf diese neuen Herausforderungen werden die Bundeswehrplanungen ausgerichtet. Auf diese Herausforderungen sollen die Strukturanpassungen, genannt „Transformation“, zielen, und dem soll auch die auszuplanende und umzusetzende Zielstruktur der zivilen Verwaltung dienen. Die Beschäftigten brauchen diese Strukturen, damit sie endlich wissen, wo ihre zukünftige Tätigkeit sein wird.

Der Einzelplan 14, den wir hier in erster Lesung beraten, soll dem Anspruch gerecht werden, die Investitionen in Sicherheit im Einsatz - verbunden mit optimalen Übungsmöglichkeiten in der Heimat einerseits und andererseits natürlich mit der Landesverteidigung - zu gewährleisten. Dass dazu in den letzten Jahren eine Reihe von Beschaffungsvorgängen vorbereitet und auf den Weg gebracht wurden, ist bekannt. Dass der Haushalt eng ist, wissen die Insider. Dass es noch einiger Projekte dringend bedarf - zum Beispiel des geschützten Transportfahrzeugs Puma und des dritten Einsatzgruppenversorgers -, ist ebenso bekannt und erklärtes strategisches Ziel.

In der mittelfristigen Finanzplanung des Wehretats ist ein Etataufwuchs vorgesehen. Das ist erfreulich, dennoch nicht üppig. Investiven Nachholbedarf gibt es ebenso bei der Kasernensanierung West. Die Koalition wird darauf bei den Etatberatungen besonderes Augenmerk legen. Geplante Ausgabenaufwüchse ergeben sich in dem zu beratenden Etat bei der Modernisierung der IT-Ausstattung - Projekt „Herkules“ - und im Bereich von Materialerhaltung und -instandsetzung. Sowohl beim Investitionsvorhaben „Herkules“ als auch bei der Erhaltung und Instandsetzung von wehrtechnischem Material sollen Auftragsausgestaltung und -vergabe in enger Partnerschaft mit mittelständischen Betrieben organisiert werden. Auch darauf wird die Koalition besonderes Augenmerk legen.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zur Wehrgerechtigkeit. Ich stehe zur Wehrpflicht. Sie steht im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode, sollte aber auch darüber hinaus gelten. Verbunden mit der Wehrpflicht sind in unserem Land nämlich vielfältige andere soziale Dienstleistungen. Selbstverständlich kann ein junger

Einzuberufender in den vielen Einrichtungen der Sozialdienste auch Zivildienst leisten, der mit Sicherheit eine körperliche und mentale Herausforderung darstellt. Aber auch Ehrenamtorganisationen wie Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Johanniter und andere profitieren von dem bewährten System der Wehrpflicht. All diese gesellschaftlichen Leistungen durch Hauptamtliche erbringen zu lassen, würde unsere öffentlichen Haushalte überfordern. So sollten wir uns auch hier zur allgemeinen Wehrpflicht bekennen. Die Koalition wird nach Wegen der Finanzierung der Wehrsoldanpassung, die überfällig ist, suchen und sie ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allen in diesem Hause, die sich mit der Organisationsstruktur des Einzelplans 14 auskennen, wissen, dass dieses Zahlenwerk dringend einer organisatorischen Umgestaltung bedarf. Alle Berichterstatter sind in diesem Zusammenhang aktiv geworden und haben der Verwaltung aufgegeben, das Zahlenwerk übersichtlicher, in Kapitel und Titel, zu strukturieren, die Zahl der Deckungsvermerke einzuschränken und damit die Transparenz zu erhöhen. Dennoch bleibt dieser Etat in gewisser Weise unparlamentarisch, weil der Verwaltung durch Deckungsverbände große Flexibilität bei Ausgabenanforderungen gegeben wird.

Die Koalition wird auch weiterhin ihr Augenmerk darauf richten, dass die parlamentarisch gebilligten Mittel dort eingesetzt werden, wo die Politik die Schwerpunktsetzung vorgenommen hat. Dies dient nicht nur der erwähnten Transparenz, sondern sichert den effizienten Einsatz der Mittel.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss zu den Einzelplanberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Johannes Kahrs für die SPD-Fraktion.

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Verteidigungshaushalt umfasst 29,3 Milliarden Euro. Das sind 918,5 Millionen Euro mehr als 2007 und entspricht einer Steigerung von 3,2 Prozent. Trotzdem sinkt der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt. Ein genauer Blick in den Haushalt zeigt, dass der Anteil der Personalausgaben gegenüber dem letzten Haushalt deutlich sinkt, dass der Abbau der Zahl der Zivilbeschäftigten planmäßig vorangeht und die Betriebsausgaben gesenkt werden. Die Ausgaben für Materialerhalt steigen. Dies ist kritisch, weil teilweise auch neues Gerät mit höheren Betriebsausgaben verbunden ist als altes. Das betrifft insbesondere den Materialhaushalt.

Wir alle wissen, dass der gesamte Bereich der Betreiberverträge anwächst. Frau Hoff hat es bereits erwähnt.

Das liegt insbesondere daran, dass das IT-Projekt „Herkules“ zum ersten Mal in vollem Umfang im Haushalt dotiert ist.

Wir kennen die Zahlen. Der Minister ist vielfach kritisiert worden. Wir alle kennen das Problem: Der Etat ist,

wie er ist. Die Bundeswehr hat Probleme. Diese Koalition versucht aber, Schwerpunkte zu setzen, um diese Probleme zu beheben. Das wird man nicht sofort hinbekommen, aber wir verfolgen eine gute Linie. Der Verteidigungsetat wächst, wie gesagt, um 3 Prozent. Im Großen und Ganzen wird die Linie von Peter Struck fortgesetzt. An dieser Stelle möchte ich Peer Steinbrück danken, der es ermöglicht hat, diesen Aufwuchs umzusetzen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich mit diesem Haushalt beschäftigt, dann erinnert man sich an mancher Stelle an ein altes Gedicht aus dem Dreißigjährigen Krieg, das folgendermaßen lautet: Gott und den Soldaten ehrt man in Zeiten der Not - und nur dann!

Denn ist die Not vorüber und die Zeiten gewandelt, wird Gott schnell vergessen und der Soldat schlecht behandelt.

Das gilt in Teilen leider auch für die Bundeswehr. Daran können das Ministerium und die Koalitionen - wie auch immer sie aussehen - arbeiten, aber das Problem wird weiter fortbestehen. Das ergibt sich schon aus der Größe der Bundeswehr, der planwirtschaftlichen Struktur, die wir uns selber auferlegt haben, aus den Verwaltungsstrukturen und den Gesetzen und Vorschriften, die wir selber beschlossen haben und die es uns manchmal unmöglich machen, das zu erreichen, was wir selber wollen.

Für die Bundeswehr sind drei Bereiche besonders wichtig, um zukunftsfähig zu sein und das Personal anzuwerben, das wir brauchen. Dazu gehören erstens die Besoldung der Soldaten, zweitens ihre Unterbringung - das hat etwas mit der Infrastruktur zu tun - und drittens die Ausrüstung. Das alles führt im besten Fall zu einer gewissen Berufszufriedenheit, die wiederum zur Folge hat, dass sich Menschen dafür entscheiden, den Beruf des Soldaten zu ergreifen.

Die Koalition bemüht sich, in diesen Bereichen etwas zu tun. Die Anhebung des Wehrsoldes um 2 Euro ist nicht weltbewegend, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig wollen wir uns langfristig bei der Besoldung der Soldaten konzeptionell eher an der Bundespolizei orientieren als an der gegenwärtigen Situation in der Bundeswehr. Otto Schily hat die Bundespolizei hervorragend ausgestattet. Angesichts der Gehaltsstrukturen kann man nur wünschen, dass sie irgendwann auch auf die Bundeswehr übertragen werden.

Strukturveränderungen bei den Beamtenbesoldungen - wie sie zum Beispiel derzeit im Bundesinnenministerium geplant werden - dürfen nicht zu Belastungen der Mannschaftsdienstgrade - der Feldwebel mit und ohne Portepee - bei der Bundeswehr führen. Das ist für uns in dieser Koalition im Verteidigungsbereich nicht akzeptabel. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Thema Infrastruktur hat man manchmal das Gefühl, dass der Soldat schlecht behandelt wird. Es gibt insbesondere im Westen Bundeswehrstandorte, in denen in den letzten Jahren nichts passiert ist. Darüber kann man lange diskutieren. Ich habe mir in den letzten Wochen und Monaten unzählige Standorte angesehen. Zum Beispiel der Standort Schwarzenborn in Hessen und viele andere mehr stehen dafür. Ich glaube, wir alle werden

etwas tun müssen, um hier für Verbesserungen zu sorgen.

Frau Hoff hat gesagt, dass die 123 Millionen Euro, die die Koalition zusätzlich einstellt, nur ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Wir könnten noch viel mehr drauflegen. Aber das änderte im Kern nichts. Das Problem, das wir mit den veralteten, teilweise maroden Kasernen aus den 60er- und 70er-Jahren haben, besteht darin, dass die Strukturen nicht funktionieren. In einer Kaserne ist üblicherweise der S 3 für entsprechende Anforderungen zuständig. Wenn er nicht gerade im Ausland ist, wenn er nicht gerade anderweitig überlastet ist und wenn er nicht gerade einer Battle-Group oder anderen zur Verfügung stehen muss, passiert das irgendwann auch. Danach kümmert sich der Infrastrukturstab darum. Darauf folgt die Wehrverwaltung mit ihren neu geschaffenen Servicecentern in der einen oder anderen Variante, mit der einen oder anderen Stufe. Darauf folgt die Landesbauverwaltung. Hier gibt es unterschiedliche Qualitäten.

Das sollten wir uns einmal vor Augen führen: Wir finanzieren Landesbauverwaltungen, die die Bundesländer selber nicht mehr nutzen und die uns teilweise nur mäßig dienen. Ich könnte auch Positives anmerken. Aber in letzter Zeit habe ich eher Negatives feststellen müssen. Im Ergebnis wird dann ausgeschrieben. Wer die Ausschreibung gewinnt, kümmert sich um die Infrastruktur.

Die Landesbauverwaltung kontrolliert das. Die Soldaten selber haben nicht einmal Zugang zu der Baustelle in ihrer eigenen Kaserne. Man darf nicht vergessen, dass auch das Bundesfinanzministerium eine Rolle spielt. Es muss jeden Quadratmeter absegnen. Das sind Strukturen, die es eigentlich unmöglich machen zu bauen. Wir sollten uns also in nächster Zeit um die Strukturen kümmern; denn dort versickert das Geld. Hierdurch werden Soldaten frustriert und entstehen Zustände wie beispielsweise in Schwarzenborn und Fritzlar. Das darf nicht sein. Hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal den dritten Bereich an, die Ausrüstung. Die Bundeswehr, die Verwaltung und der Minister bemühen sich, die Soldaten bestmöglich auszustatten. Wir haben zu diesem Zweck einmal den Einsatzbedingten Sofortbedarf geschaffen, ein hervorragendes Instrument, von der Verwaltung aber nicht geliebt, weil es in großem Maße verwaltungsfrei ist. Die Mittel zur Deckung des Einsatzbedingten Sofortbedarfs wurden aber in den letzten Jahren zunehmend zurückgefahren oder teilweise nicht ausgeschöpft. Das liegt unter anderem daran, dass die Verwaltung die Vorschriften für den Einsatzbedingten Sofortbedarf verschärft hat mit der Begründung, dass man das auch über die normalen Versorgungswege schaffen könne. Wer im Einsatz war, weiß, dass das nicht geht. Man wird also darüber nachdenken müssen, ob es nicht sinnvoll ist, den Mittelansatz zur Deckung des Einsatzbedingten Sofortbedarfs wieder auf das ursprüngliche Niveau anzuheben und dafür zu sorgen, dass es in diesem Bereich keine Deckungsfähigkeiten gibt und die Mittel einzig und allein dafür ausgegeben werden. Man sollte das Ganze relativ einfach

gestalten, damit die Kollegen aus den Ausschüssen, wenn sie im Einsatzgebiet sind, reagieren können, wenn es notwendig ist. Unsere eigene Verwaltungsstruktur darf uns nicht behindern.

Wir haben uns jahrzehntelang - wer die Bundeswehr kennt, weiß das - auf den großen vaterländischen Krieg vorbereitet. Er ist nicht gekommen. Nun stimmen die Strukturen nicht. Wir arbeiten an der von der Kollegin Jaffke vorbereiteten Transformation. Das ist ausgesprochen schwierig. Das hängt damit zusammen, dass wir Beschaffungsstrukturen haben, die durch ein Nebeneinander von zivilem und militärischem Bereich gekennzeichnet sind. Man möge sich in diesem Zusammenhang einmal das Grundgesetz anschauen. Art. 87 b ist in großen Teilen verzichtbar. Ich würde mich freuen, wenn der Minister das aufgreifen würde. Die SPD hat das schon einmal gefordert. Im Ergebnis ist es nicht einsichtig, warum das Nebeneinander von zivilem und militärischem Strang fortbestehen sollte. So wird oft etwas doppelt produziert. Man sollte die beiden Stränge zusammenführen. Es ist derzeit so, dass in der Rüstungsabteilung Zivilisten und Soldaten gut zusammenarbeiten. Diese Doppelstruktur wird gerade verändert; denn das ist schizophoren. Nutzer und diejenigen, die die Geräte beschaffen, gehören zusammen, nicht auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Die weiteren Probleme möchte ich hier nur kurz anreißen. Zum Beispiel haben wir selber beschlossen, die Zahl der Transporthubschrauber vom Typ CH-53 von über 100 auf 90 bzw. demnächst auf 80 zu reduzieren. Wer heute in die Einsatzgebiete geht, weiß, dass wir den CH-53 brauchen. Dieser wird international immer wieder angefordert; denn Hubschraubertransportkapazitäten sind knapp. Wir sollten darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, den Beschluss, die Zahl auf 80 zu reduzieren, zurückzunehmen und den Bestand bei 90 Stück zu halten. Wenn es drei oder vier mehr sind, ist das auch nicht schlimm; denn das sind wertvolle Maschinen, und neue schwere Transporthubschrauber wird es lange nicht mehr geben. Wir alle wissen, dass wir von einer großen europäischen Firma Hubschrauber erwarten, die seit Jahren nicht kommen bzw. zu spät angeliefert werden.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sie haben jetzt etwas übertrieben!)

Unsere alten Hubschrauber werden schneller ausgephast, als neue in Dienst gestellt werden. Wenn die neuen nicht kommen, dann muss man die Ausphasung verschieben.

Ich komme zum Ende und habe noch eine kurze Anmerkung. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist das Letzte, was die Bundeswehr braucht. Die SPD steht zur Wehrpflicht und zur Wehrpflicht plus, nämlich zur Freiwilligkeit. Menschen müssen dazu animiert werden, zur Bundeswehr zu gehen. Das muss man ihnen leicht machen. Das wollen wir auch in dieser Koalition.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Linke hat das Wort die Kollegin Inge Höger.

(Beifall bei der LINKEN)

Inge Höger (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Politik der Bundesregierung führt unser Land hochgerüstet in die militärische Sackgasse. Wir müssen uns klarmachen, worüber wir hier gerade reden. Der Einzelplan 14 ist kein Verteidigungshaushalt mehr. Nein, es geht hier in weiten Teilen um einen Rüstungshaushalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundeswehr wird für Kriege und Besatzung überall auf diesem Globus fit gemacht.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Aus einer Armee, deren größter Erfolg darin bestand, nicht eingesetzt zu werden, aus einer Armee, für die Frieden der Ernstfall war, haben deutsche machtpolitische Ambitionen eine Armee im Einsatz gemacht. Von einem „Einsatzhaushalt“ war schon die Rede. Krieg und Besatzung gibt es nicht zum Nulltarif. Viele bezahlen, wenige profitieren. Faktisch sind viele Projekte nichts anderes als Subventionen für die Rüstungsindustrie. Allein die Praxis der Preisfortschreibung sichert den Unternehmen regelmäßig Extragewinne in Millionenhöhe. Die Zeche für diese haushaltspolitisch und inhaltlich verfehlte Politik zahlen unter anderem die Menschen in den Einsatzgebieten, nicht zuletzt dadurch, dass zwar Geld für den Militäreinsatz zur Verfügung steht, jedoch nicht in ausreichendem Maße für zivile Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Zeche zahlen die Anwohnerinnen und Anwohner von militärisch genutzten Flughäfen und Übungsplätzen wie dem Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide bei Magdeburg. Lärm und Umweltzerstörung sollen zukünftig durch einen weiteren Ausbau des Übungsgeländes noch zunehmen. Die dafür veranschlagten 34 Millionen Euro für das Jahr 2008 wären sinnvoller in die Renaturierung des Geländes investiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Zeche zahlen aber auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und das, obwohl die Mehrheit der Menschen in diesem Lande eindeutig gegen die militärische Außenpolitik ist. Eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr stellt fest: 68 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik bejahen den Satz – hören Sie jetzt gut zu –: Konflikte innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten lassen sich immer mit friedlichen Mitteln lösen. Die größte Bedrohung sehen die Befragten in der Kürzung der Sozialleistungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Erwartungen der Bevölkerungen werden von der Regierung bewusst ignoriert. Stattdessen wird in gefährliche und teure Rüstungsprojekte investiert, von denen ich hier drei Projekte beispielhaft anführen möchte. Für 2,6 Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren vier Fregatten vom Typ F 125 gebaut werden. Die Fregatte F 125 ist ein Kriegsschiff im gefährlichsten Sinne. Die Fregatte wird zukünftig auch als Aktionsplattform



für Einsätze von Spezialkräften dienen. Die F 125 ist in der Lage, Angriffe und Überfälle auf feindliches fremdes Territorium durchzuführen, zu unterstützen und aufrechtzuerhalten. Die Anschaffung der Fregatte wird unter Berücksichtigung von Preissteigerungen, zusätzlicher Bewaffnung und Infrastruktur schnell weit über 3 Milliarden Euro verschlingen. Die Linke lehnt dieses und weitere Marinerüstungsprojekte ab. Wir wollen keine deutsche Kriegsflotte.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auch das unsägliche Eurofighterprojekt für insgesamt mehr als 20 Milliarden Euro sei hier noch einmal genannt. Die gigantische Geldverschwendung und das Sponsoring der Rüstungsindustrie durch dieses Projekt kritisiert die Linke schon seit Jahren. Nun wird durch die Aufrüstung des Eurofighters für die sogenannte Mehrrollenfähigkeit der ursprüngliche Abfangjäger zur Angriffswaffe mit Befähigung zu Flächenbombardements.

Dies ist eine Kriegsmethode, die zwangsläufig zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen muss und jeden Konflikt nur anheizen kann. Wir brauchen den Eurofighter nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Airbus A400M sollen deutsche Soldaten zukünftig in Auslandseinsätze verfrachtet werden. Wer die Bundeswehr nur zur Verteidigung einsetzt, der braucht nicht über 9 Milliarden Euro für strategische Verlegbarkeit der Soldatinnen und Soldaten ausgeben. Solchen gigantischen Ausgaben für Projekte, die aggressive und gefährliche Out-of-area-Einsätze ermöglichen, kann und wird die Fraktion Die Linke nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die effektivste Sicherheitspolitik nach innen und nach außen ist Armutsbekämpfung. Stoppen Sie den Rüstungswahnsinn! Stoppen Sie die Auslandseinsätze und investieren Sie in zivile Alternativen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur geänderten Bedrohungslage, in der wir uns befinden, hat vor wenigen Tagen Walter Laqueur, der als Vater der internationalen Terrorismusforschung gilt, einen bemerkenswerten Beitrag in der Welt geleistet. Er schreibt:

Der Terrorismus ist in unserer Zeit ... die mehr oder weniger normale Form von Gewalt zwischen und innerhalb von Staaten.

Dazu stellt er fest, dass es im 19. Jahrhundert noch so etwas wie einen terroristischen Ehrenkodex gegeben habe.

Dieser Kodex von Anarchisten habe festgelegt, dass Attentate nur auf verhasste führende Persönlichkeiten ausgeübt würden und dass man zu vermeiden versuche, dass Unschuldige Opfer werden. Heute herrsche dagegen wahlloses Morden, das den Fortbestand unserer Zivilisation infrage stellt.

Damit ist sehr deutlich umschrieben, dass die Verwundbarkeit

offener Gesellschaften durch einige wenige nationalistisch oder religiös motivierte Fanatiker deutlich gestiegen ist. Die neuen Bedrohungen verlangen auch neue Antworten, und eine dieser Antworten lautet: Wir müssen neue Bedrohungen dort bekämpfen, wo sie entstehen. Das ist der Grund dafür, dass wir deutsche Soldatinnen und Soldaten in Krisengebiete schicken. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Afghanistan, an einem unserer wichtigsten Einsatzorte, wird die Sicherheitspräsenz der internationalen Gemeinschaft sowohl im zivilen als auch im militärischen Sektor weiterhin erforderlich sein, solange Afghanistan nicht selbst in der Lage ist, eigenverantwortlich und ausreichend wirksam gegen Terroristen vorzugehen. Deshalb befürwortet die CSU-Landesgruppe die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an OEF wie an der ISAF-Mission.

Die afghanische Bevölkerung kennt die Differenzierung, die in der Diskussion in Deutschland gemacht wird, übrigens nicht. Sie nimmt den Einsatz der internationalen Gemeinschaft als Ganzes wahr, also ohne zwischen OEF und ISAF zu unterscheiden. Ich meine, wir sollten keine Zweifel an der Solidarität Deutschlands mit seinen NATO-Partnern durch eine Diskussion über einen einseitigen Rückzug aus OEF wecken.

Die Perspektive muss vielmehr sein, die Frage zu beantworten: Was braucht dieses Land, Afghanistan? Ich glaube, wir müssen als unser Ziel definieren, die afghanische Regierung in die Lage zu versetzen, sobald wie möglich aus eigener Kraft gegen Aufständische und Terroristen in ihrem Land vorzugehen. Dazu ist es notwendig, dass wir die afghanischen Sicherheitskräfte stärken und dass wir mehr für die Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Armee und der Polizei tun. Herr Bundesverteidigungsminister, ich freue mich, dass es gelungen ist, diese Aspekte im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung zu verankern.

Wir müssen allerdings auch dafür sorgen, dass die deutschen Soldatinnen und Soldaten, die wir in Auslandseinsätze schicken, optimal ausgebildet und bestmöglich ausgestattet sind, im Übrigen nicht nur im Einsatz, sondern auch bei der Vorbereitung auf Einsätze. Dazu sind ausreichende Finanzmittel notwendig. Die Höhe dieser Finanzmittel müssen wir nach den Erfordernissen der Einsätze bemessen. Wenn der Bundestag Auslandseinsätze beschließt, dann ist es auch unsere Verpflichtung, dafür zu sorgen, ausreichende Finanzmittel für ebendiese Einsätze zur Verfügung zu stellen.

Insoweit begrüße ich ausdrücklich, dass es gelungen ist, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen, um 3,2 Prozent auf 29,3 Milliarden Euro. Das setzt ein wichtiges Signal: Der Deutsche Bundestag unterstützt die Streitkräfte, damit sie ihren Auftrag erfüllen können.

Der Aufwuchs des Verteidigungsetats wird es ermöglichen, die Umsetzung des Vorhabens, geschützte Fahrzeuge zu beschaffen, zu erleichtern und die Modernisierung der Kasernen anzugehen. Das ist im Übrigen nicht nur ein Problem der letzten zwei Jahre; vielmehr werden diese Kasernen seit vielen Jahren vernachlässigt.

Jetzt endlich gelingt es, hier vorwärtszukommen.  
Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir vonseiten des Bundestags die Initiative ergriffen haben, den Wehrsold zu erhöhen, der seit 1999 nicht mehr verändert worden ist. Das ist ein positives Signal an die Bundeswehr und aus meiner Sicht ein Einstieg in eine verbesserte Finanzlinie für den Verteidigungshaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich kurz auf das Thema Einsatz-Weiterverwendungsgesetz eingehen; der Bundesverteidigungsminister hat es vorhin angesprochen. Ich möchte es ausdrücklich erwähnen, weil ich denke, dass die bisherige Situation – wir haben Lücken in der Versorgung von Soldaten, die in einem Einsatz versehrt worden sind – untragbar ist. Es ist eine zwingende Folge des Wandels der Bundeswehr hin zur Armee im Einsatz, dass wir diese Versorgungslücken schließen. Deswegen ist es gerechtfertigt, dass wir einen Anspruch auf unbefristete Weiterbeschäftigung nicht nur für Soldaten einführen, die im Einsatz dauerhaft geschädigt wurden, sondern ebenso für Zivilpersonal der Bundeswehr und anderer Bundesressorts sowie auch für die Mitglieder des Technischen Hilfswerkes. Dies alles ist ein erheblicher Fortschritt, den wir in diesem Haus unterstützen sollten.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Zukunft der Wehrpflicht machen. Ich meine, dass die Wehrpflicht im 50. Jahr ihres Bestehens von zentraler Bedeutung für unsere Sicherheitsvorsorge bleibt. Sie ist weiterhin die Basis für die Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs. Gerade dieses Argument sollte man nicht gering schätzen; ich verweise auf die Probleme unserer NATO-Partner bei der Rekrutierung von Nachwuchs für ihre Berufsarmeen.

Die Wehrpflicht gewährleistet außerdem, dass die Bundeswehr weiterhin in der Gesellschaft verankert bleibt. Es ist ebendiese Bundeswehr, die mit Wehrpflicht organisiert ist, die sich bei ihren Einsätzen im Ausland höchste Anerkennung erworben hat.

Ich bin schon der Ansicht, dass die Wehrpflicht auch dazu beiträgt, die Verantwortung der Bevölkerung für die Wahrung unserer Sicherheit aufrechtzuerhalten. Deswegen lehnt die CSU Pläne ab, die de facto auf eine Abschaffung der Wehrpflicht hinauslaufen.

Ich bin allerdings auch der Ansicht, dass wir das Thema Wehrgerechtigkeit sehr ernst nehmen müssen. Es handelt sich nach meinem Dafürhalten nicht nur um eine verfassungsrechtliche Frage. Es gibt auch im Rahmen des verfassungsrechtlich noch Zulässigen so etwas wie eine gefühlte Wehrgerechtigkeit, deren wir uns annehmen. Allerdings ist nach meiner Einschätzung der Bedarf an Diensten für unsere Sicherheit gewachsen und nicht kleiner geworden. Deswegen rege ich an, darüber nachzudenken, die Wehrpflicht eher zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht weiterzuentwickeln, wenn nur so die Wehrgerechtigkeit aufrechterhalten werden kann.

Es ist nicht nur der Wehrdienst, der unserer Sicherheit

dient; es sind auch Dienste im Zivilschutz und - wenn die Bundesländer mitmachen - im Katastrophenschutz; aber auch die Entwicklungshilfe kann man dazuzählen, wenn man einen weiten Sicherheitsbegriff wie den der präventiven Sicherheit zugrunde legt.

Wenn dazukommt, dass wir Freiwilligendienste großzügiger auf eine solche Dienstpflicht anrechnen - das ist das, was heute im Bereich des Zivildienstes schon möglich ist -, dann würde ein solches Modell einer sicherheitspolitisch motivierten Dienstpflicht mehr Wehrgerechtigkeit schaffen, und sie wäre ohne eine Verfassungsänderung umsetzbar.

Im Ergebnis möchte ich feststellen: Sicherheitsvorsorge lässt sich jedenfalls nicht outsourcen und nicht privatisieren; sie geht uns weiterhin alle an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich erteile das Wort jetzt dem Kollegen Gert Winkelmeier.

Gert Winkelmeier (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Minister Jung, was macht ein Minister, wenn er das Parlament davon überzeugen will, dass sein Ressort unterfinanziert ist? Er appelliert an das Mitleid der Abgeordneten.

In den 1970er-Jahren nahm dies schon einmal ausgesprochen skurrile Züge an. Da wurde allen Ernstes eine Blattobergrenze für Toilettenpapier pro Soldat und Tag erwogen; man musste ja sparen. Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen: Das Jammern des BMVg nach mehr Steuergeldern ist überhaupt nichts Neues. Deswegen müssen wir genau hinsehen, wofür die öffentlichen Gelder im Verteidigungshaushalt verwandt werden.

Der Verteidigungsetat ist mit 29 Milliarden Euro der drittgrößte Haushaltsposten. Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Er umfasst 29 Milliarden Euro, und es gibt nicht eine einzige reale oder sich abzeichnende Bedrohung für unser Land, die mit militärischen Mitteln abgewendet werden könnte. Dies gilt für den Terrorismus ebenso wie für das organisierte Verbrechen. Dass die Vorgängerregierung der NATO-Strategie zugestimmt hat, die Flüchtlinge als Bedrohung einzustufen, kann wohl auch kein Mensch mit klarem Verstand verstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schlussendlich ist auch die Landesverteidigung auf der Prioritätenliste Ihres Weißbuchs ganz nach unten gerutscht, denn wir sind nur noch von Freunden umzingelt, wie dies schon einer Ihrer Amtsvorgänger sagte. Dieses Bonmot gefällt mir übrigens wesentlich besser als das eines anderen Amtsvorgängers, das sich auf die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch bezog.

Nun werden Sie einwenden: Aber wir müssen doch in Krisenregionen den Frieden wieder herstellen und für den Wiederaufbau zerfallener Staaten sorgen. - Nehmen wir einmal an, dass es Ihnen tatsächlich darum geht, so kann ich Ihnen nur erwidern: Damit sind Sie schon im Kosovo und auch in Afghanistan hereingefallen. Wie viele Versuche und Irrtümer brauchen Sie denn noch?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Bevölkerung ist da in ihrem friedenspolitischen Denken bereits wesentlich weiter als die Bundesregierung. Sie hat offenbar keine Lust auf die vom stellvertretenden Chefredakteur der Zeit, Herrn Ulrich, in der Nummer 35 empfohlenen „Experimente, auch mit Menschenleben“. Nun zum Positiven dieses Haushaltentwurfs: Herr Minister, Sie erhalten in den nächsten vier Jahren rund 2 Milliarden Euro zusätzlich. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie dies zum Anlass nehmen, endlich die teils katastrophalen Zustände in den Kasernen zu beseitigen, die Sie ja nicht zu verantworten hatten, auch wenn mit den dafür in den kommenden vier Jahren jeweils vorgesehenen 175 Millionen Euro der Investitionsstau von 2 Milliarden Euro bei der Infrastruktur nicht vollständig aufgelöst werden kann. Auch die Wehrsolderhöhung um 2 Euro pro Tag, was circa 46 Millionen Euro pro Jahr ausmacht, war seit Jahren überfällig.

Das war es aber auch schon mit dem Positiven. Schließlich sind diese rund 221 Millionen Euro pro Jahr für Soziales in den nächsten vier Jahren nun wirklich Peanuts beim Vergleich mit denjenigen Summen, die Sie in den kommenden Jahren für neue Rüstungsvorhaben ausgeben wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das, was Sie damit vorhaben, passt überhaupt nicht zu den ständigen Beteuerungen, es gehe der Bundesregierung ausschließlich darum, anderen Ländern unter die Arme zu greifen, ihnen Demokratie, Stabilität und Frieden zu bringen.

Braucht man dazu 180 Eurofighter, dieses Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, für 16 Milliarden Euro plus Entwicklungskosten? Braucht man dazu Fregatten F 125 mit der Möglichkeit, zwei Jahre lang ununterbrochen Seekrieg führen zu können, wofür der Steuerzahler 2,6 Milliarden Euro ausgeben muss? Braucht man dazu U-Boote für 2,8 Milliarden Euro? Braucht man für die Demokratie in anderen Ländern ein paar Korvetten für 1 Milliarde Euro? Braucht man dazu Panzerhaubitzen für 1 Milliarde Euro, die gegen die Armeen des Warschauer Vertrages entwickelt wurden, den es seit 1991 überhaupt nicht mehr gibt? Diese Waffen braucht man für Demokratie und Frieden nicht.

Ein Blick in Ihr Weißbuch zeigt, worum es Ihnen in Wirklichkeit geht. Nach dem Vorbild der US-Marines – Stichwort Marines Expeditionary Force – soll die Marine eine Expeditionsmarine werden; ergänzt um strategischen Lufttransport und Einsatzgruppenversorger, wollen Sie dann weltweite Machtprojektionen im klassischen Sinn machen. Das offiziöse Marineforum schwärmt geradezu von der Hochseekriegsführung mit einem Expeditionskorps – früher auf der falschen, heute vermeintlich auf der richtigen Seite –, um politischen Druck zu machen und die Rohstoffversorgung der Wirtschaft notfalls militärisch sicherzustellen, im Schulterschluss und technisch kompatibel mit der NATO.

Was die Führungsmacht aus der NATO machen will, hat die US-Botschafterin bei der NATO, Frau Nuland, eine führende Neokonservative, der Financial Times im Januar 2006 verraten: Die USA wollen ein völlig anderes – wörtlich sagte sie: animal, also Tier –, also

eine völlig andere NATO, und zwar unter Einschluss Japans, Neuseelands und Australiens.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Gert Winkelmeier (fraktionslos):

Ich komme zum Ende. - Dieser Kurs bringt eine Defacto-Marginalisierung der UNO mit sich, und die Einkreisung vermeintlicher Rivalen verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Die Bundeswehr steht unter dreifachem Druck:

Erstens. Sie ist im Auslandseinsatz täglich gefordert und muss über Jahre durchhaltefähig sein. Das ist heute der Ernstfall.

Zweitens. Die Bundeswehr wird von Grund auf modernisiert.

Wir nennen das Transformation. Aber auch mit solch einem modernen Etikett geschieht das nicht von selbst. Da ist Tag für Tag viel Arbeit und Antiarbeit zu leisten. Für die, die den Begriff „Antiarbeit“ nicht kennen: Damit wird die Arbeit bezeichnet, die geleistet werden muss, um die Folgen der Arbeit anderer Leute zu beseitigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Drittens. Es ginge vieles leichter, wenn mehr Geld da wäre. Ist es aber nicht. Wir sind heute froh, dass der Finanzminister über die alte Linie hinaus 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Das ist mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, aber für die Bundeswehr natürlich zu wenig, um wirklich attraktiv dastehen und ausreichend Ausrüstung beschaffen zu können. Ich will einen Maßstab nennen, welcher Betrag aus meiner Sicht ausreichend wäre: Zu Zeiten des Kalten Krieges, als die Bundeswehr noch 500 000 Mann stark war, hatte der Verteidigungsetat einen Anteil von 20 Prozent am Gesamthaushalt des Bundes. Heute sind unsere Streitkräfte genau halb so groß, nämlich 250 000 Soldaten, und der Anteil des Verteidigungshaushaltes liegt bei 9 Prozent. Der Bundeswehretat ist also schneller geschrumpft als die Bundeswehr selbst. Ich meine, 10 Prozent des Bundeshaushaltes für die Bundeswehr, also genau die Hälfte von früher, stellten eine Größenordnung dar, die okay wäre. Der vorliegende Haushalt ist ein Schritt in diese Richtung. Herr Minister, Sie kommen voran. Dazu beglückwünsche ich Sie. Das war nicht selbstverständlich. Das musste verhandelt werden.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung. Wir hören oft Klagen darüber, auch aus der Generalität, die Bundeswehr sei mit den laufenden Auslandseinsätzen strukturell überfordert. Die Einsätze störten den ordnungsgemäßen Grundbetrieb, sie störten die anspruchsvolle Ausbildung, und sie störten die Transformation. Dazu muss man sagen: Entschuldigung, das war von der Politik

anders gemeint. Der Grundbetrieb, die Ausbildung und die Transformation sollten eigentlich dazu dienen, die Auslandseinsätze zu ermöglichen, statt sie zu behindern. Stimmt da vielleicht irgendetwas nicht? Streitkräfte, die so sehr mit sich selbst beschäftigt wären, dass sie keine Aufträge entgegennehmen könnten, wären falsch organisiert. Das ist ja auch bei der Bundeswehr nicht so. Man sollte also auch aufhören, so zu tun, als ob der Ausbildungsbetrieb einer ganzen Brigade in Deutschland lahmgelegt würde, wenn 30 zusätzliche Ausbilder nach Afghanistan gingen. Wenn so etwas tatsächlich eintritt, dann stellt das sicherlich ein Problem dar, aber eines der militärischen Organisation; und das lässt sich abstellen.

Ein letztes Wort zum Bereich des Grundsätzlichen: Das Stichwort heißt „Redundanz“. Wir alle gemeinsam betreiben manchmal einen Kult der Betriebswirtschaft. Wir verabsolutieren das ökonomische Denken und vergessen manchmal, dass es auch andere und ganz eigene Kriterien militärischer Rationalität gibt. Redundanz ist eines davon, das heißt, mehr von dem Gleichen bzw. Ersatzvorhaltungen. Betriebswirtschaftlich wäre es gewiss am kostengünstigsten, alle Transportflugzeuge und Hubschrauber der Luftwaffe an einem Ort zu konzentrieren, quasi die deutsche Drehscheibe für Lufttransport zu schaffen. Das wäre ideal, solange nichts passiert. Aber die Bundeswehr ist dazu da zu funktionieren, auch wenn etwas passiert. Sie muss auch dann, wenn einzelne Kapazitäten ausfallen, ihren Auftrag erfüllen. Deshalb gibt es ein paar Flugzeuge mehr, ein paar Dienstposten mehr und ein paar Stützpunkte mehr, als es betriebswirtschaftlich ideal wäre. Daran sollten wir festhalten. Die Strukturen sollten und müssen robust sein und Durchhaltefähigkeit ermöglichen. Das ist der Sinn der Transformation. Wo das in manchen Teilstreitkräften oder Organisationsbereichen noch nicht erreicht wird, muss nachgesteuert werden.

Es ist gut, dass das Nachsteuern gegebenenfalls durch die gleiche Hand erfolgen kann wie das Planen und Durchsetzen. Es ist gut, dass Generalinspekteur Schneiderhan bleibt und sein Hauptwerk zu Ende bringen kann. Dabei weiter viel Erfolg!

Ich will einiges zu den Themen Materialerhaltung und -beschaffungen sagen. Wir wundern uns manchmal bei unseren Besuchen, sei es in Masar-i-Scharif, in Limassol oder in Dschibuti, mit wie viel Geschick, Einfallsreichtum, Energie und kluger Voraussicht manche Einsatzkontingente ihr Material verfügbar halten. Die Klarstände der Transall, der CH-53, der Seakings und der Tornados in den verschiedenen Friedensmissionen sind hart erkämpft und vorbildlich. Aber es ist oft Gerät, für das die Nachfolgemuster schon bestellt sind; nur werden sie nicht fertig. Der Hubschrauber NH-90 hat fünf Jahre Verzug, und ob aus der maritimen Variante MH-90 für die Bundeswehr überhaupt noch etwas wird, ist inzwischen nicht mehr sicher. Der Kampfhubschrauber Tiger hat vier Jahre Verspätung. Über die Verzögerungen beim Eurofighter, der früher Jäger 90 hieß, weil er in den 90er-Jahren zulaufen sollte, ist hier schon gelegentlich diskutiert worden. Jetzt verfolgen wir gebannt

die Wasserstandsmeldungen für den Transall-Nachfolger A400M. Das erste Jahr Zeitverzug ist inzwischen angemeldet. Schauen wir mal.

Das alles kann passieren. Internationalität ist ja nicht gerade ein Beschleunigungsmittel. Auch unsere nationalen Bedarfsträger und Beschaffer haben manchmal Zusatzforderungen, die Zeit kosten. Aber es ist eben oft auch die Industrie, die wohlfeile Versprechungen macht, die sie nicht halten kann. Und nicht selten ist es dieselbe Industrie, die die Nutzungsdauer unseres alten Geräts für teures Geld verlängert, das Produkt verbessert oder schlicht die immer teureren Wartungsarbeiten durchführt. Ich kann die Fachleute im Ministerium nur ermuntern, diesen Zusammenhang von Verzögerungen auf der einen Seite und lukrativem Zusatzgeschäft auf der anderen Seite in den entsprechenden Industrieverhandlungen zu thematisieren. Jedenfalls fällt auch im Parlament durchaus auf, dass die Materialerhaltungstitel, insbesondere für fliegendes Gerät, immer weiter steigen, obwohl die Stückzahlen drastisch reduziert werden. Das ist die falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Schluss ein Wort zur Wehrpflicht. Eine freiwillige Pflicht gibt es nicht; das ist wie ein schwarzer Schimmel ein Widerspruch in sich. Darüber haben sich schon viele weise Beobachter lustig gemacht - herzlichen Glückwunsch! Was es aber gibt, ist ein Vorschlag des SPD-Parteivorstandes, der besagt: Wenn wir in Zukunft weniger Wehrpflichtige aus einem Jahrgang brauchen, dann nehmen wir erst einmal die, die das auch wollen. Freiwilligkeit so weit wie möglich, Pflicht so weit wie nötig. Jeder wird erfasst, jeder wird gemustert, und dann wird nach der Motivation gefragt. Wenn genügend Wehrpflichtige wollen, dann muss niemand gegen seinen Willen eingezogen werden. Dafür können und sollten wir zusätzlich den einen oder anderen Anreiz und Bonus schaffen. Geht die Rechnung nicht auf, müssen wir nichts neu erfinden; die Wehrpflicht gilt. Dann wird eingezogen nach Tauglichkeit und Bedarf, wie heute.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, der Kollege Eckart von Klaeden hat den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Würden Sie sie zulassen?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):  
Gern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Bitte schön.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Kollege Bartels, was mich an Ihrem Modell der jetzt doch nicht so freiwilligen Wehrpflicht - vielleicht finden Sie ja noch einen eingängigeren Namen dafür - besonders interessiert: Führt der von Ihnen geschilderte Fall, dass sich nicht genügend Freiwillige melden, sodass dann aus dem Kreis der Gemusterten gezogen werden muss, nicht zu einer wesentlich größeren Wehrungerechtigkeit als die, die Sie durch Ihr Modell beseitigen wollen?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):



In dem Fall hätten wir den Zustand, den wir heute haben. Sie werden ja nicht unterstellen wollen, Herr Kollege Klaeden, dass alle, die über die Wehrpflicht in die Bundeswehr kommen, total dagegen sind, das nie gewollt haben und nur durch Zwang dazu bewegt werden können, der Einberufung Folge zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch heute gibt es viele, die das richtig und gut finden und auf der Grundlage der Wehrpflicht freiwillig kommen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Aber wenn es doch schon so ist, was wollen Sie denn dann ändern?)

- Ich will die Möglichkeiten, die dadurch entstehen, dass wir in Zukunft eine geringere Zahl von Wehrpflichtigen brauchen, nutzen. Aber ich erkläre es Ihnen gern ein bisschen genauer; dazu gibt es noch zwei, drei Aspekte. Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

In den Koalitionsrunden!

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Warum ist es heute möglich, die Wehrpflicht zu reformieren, sie weiterzuentwickeln? Weil wir nicht mehr wie zu Zeiten des Kalten Krieges jedes Jahr 250 000 junge Männer neu in die Bundeswehr holen müssen - Herr von Klaeden, das richtet sich immer noch auch an Sie, aber Sie können gern sitzen bleiben -, auch nicht mehr 120 000 wie noch 2003, sondern künftig nur noch gut 70 000 Grundwehrdienstleistende, freiwillig länger Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten benötigen; darunter werden übrigens immer auch einige Tausend Frauen sein.

Unser Modell ist intelligenter als das klassische Downsizen der Zahlen durch die Tauglichkeitskriterien. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 wurden 46 Prozent der gemusterten Wehrpflichtigen aussortiert. Das ist absurd; so krank ist unsere Gesellschaft nicht. Der Vorschlag des Ministers, 6 700 Soldaten außerhalb von Dienstposten zusätzlich einzuberufen, ist gewiss ein Hinweis auf das zu lösende Problem, aber doch wohl keine Dauerlösung.

Gut ist hingegen, dass wir in der Koalition verabredet haben, den Wehrsold nach Jahren der Stagnation endlich wieder anzuheben. Dabei geht es gar nicht um gewaltige Summen, sondern eher um ein Signal. Das Signal lautet: Die Wehrpflicht bleibt das Fundament unserer Bundeswehr.

Vielen Dank.

</ text >

< text 16112 >

Wir setzen die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt 2 - fort:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksache 16/6000 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksache 16/6001 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Am Dienstag haben wir für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt sieben Stunden vereinbart.

Wir beginnen die heutige Beratung mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit

und Sozialordnung, Einzelplan 11. Als erster Redner

hat der Bundesminister Franz Müntefering das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition ist mit ihrer Politik auf einem richtigen Weg; das hat sich auch in den Beratungen dieser Woche gezeigt. Gestern ist das noch einmal so schön plastisch geworden, als ich die Opposition gehört habe. Die Ratlosigkeit, was Alternativen angeht zu dem, was wir als Koalition vorgeschlagen haben, war sehr offensichtlich. Ich glaube, dass gestern Abend in allen Wohnzimmern klar wurde: Deutschland wartet nicht darauf, dass Westerwelle und Lafontaine hier auf die Bühne treten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das muss die Große Koalition schon alleine machen, und wir wollen das auch.

Wir wissen um die Verantwortung, die wir tragen. In diesem Bewusstsein haben wir uns in Meseberg darüber abgestimmt, was in den beiden Jahren bis 2009 im Wesentlichen noch zu tun ist. Es geht um die Notwendigkeit, gemeinsam die Ziele zu beschreiben, um den Weg, der zu ihnen führt, zu finden: suchend, auch streitend - wir sollten uns, wo es nötig ist, nicht davon abhalten lassen -, aber auch fähig zu Kompromissen, die konstruktiv sind und in die richtige Richtung führen.

Wir haben in Meseberg noch einmal gemeinsam festgestellt:

Es geht darum, den Wohlstand in diesem Land dauerhaft auf hohem Niveau zu halten und ihn gerecht zu verteilen; alle sollen etwas davon haben. Das ist das gemeinsame Ziel. Dieses beschreibend, muss man versuchen, den Weg dahin zu finden. Dabei ist für alle im Kabinett, für die Bundesregierung insgesamt, aber auch für die Große Koalition klar, dass das nur gelingen kann, wenn wir Ökonomie, Ökologie und Soziales gleichgewichtig und miteinander abgestimmt zu einer guten Politik harmonisieren. Alle drei Dinge gehören zusammen:

Nur wenn wir ökonomisch erfolgreich sind, werden wir die nötigen Grundlagen für ein hohes Niveau im sozialen Bereich haben. Umgekehrt gilt aber auch: Nur wenn wir in diesem Lande im sozialen Bereich Stabilität haben - soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau -, können auch die Ökonomie und die Ökologie funktionieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese drei Dinge gehören unvermeidlich zueinander.

Vor diesem Hintergrund will ich ein paar Punkte herausgreifen

- alles kann ich nicht ansprechen -, über die wir in Meseberg geredet haben, die uns in den nächsten Wochen und Monaten begleiten werden und die etwas

mit dem Haushalt zu tun haben, über den wir jetzt beraten. Noch vor dem 1. November 2007 werden wir eine wichtige Entscheidung in Bezug auf die Fachkräfte treffen. In den letzten Wochen und Monaten gab es Meldungen, dass uns Ingenieure - Maschinenbauingenieure und Elektroingenieure - fehlen. Das ist auch offensichtlich so. Es kommen auch in den nächsten Jahren weniger neue, frische Ingenieure von den Fachhochschulen und Universitäten, als in Rente gehen. Wir in Deutschland müssen uns an dieser Stelle umsehen, was wir tun können. Wir haben in Meseberg als Koalition drei Punkte dazu festgelegt: Erstens - zweitens und drittens: die eigene Substanz im Lande nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen das gesamte Potenzial in diesem Lande nutzen und versuchen, die Arbeit, die es in Deutschland gibt, mit den Menschen zu tun, die legal in Deutschland leben. Sie brauchen Bildung, sie brauchen Ausbildung, und sie brauchen Qualifizierung. Das alles muss sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Darüber müsste man lange sprechen; aber ich will hier das Konzept deutlich machen. Deshalb, der zweite Punkt, der dahinter kommt, heißt: Wir werden eine Kommission, einen Rat, bilden, der sich dauerhaft um die Frage kümmern wird, welche Notwendigkeit bezogen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes besteht, an qualifizierte Fachkräfte zu kommen. Man wird dann immer auf ein, zwei, drei Jahre im Voraus zu werten haben, wie viele es sein sollten und wie viele es sein könnten und wen man einlädt, zu kommen.

Diejenigen, die dann kommen, sind keine Gastarbeiter mehr in dem Sinne, wie das früher gemeint war - jemand kommt und soll nach drei Jahren wieder weg -, sondern das sind Leute, die hier integrierbar sind, integriert werden sollen und sich am Arbeitsmarkt bewegen.

Dazu gehört auch, dass sie keinen festen Arbeitsplatz haben müssen, wenn sie kommen.

Das ist eine Sache, die wir in diesem und im nächsten Jahr gut vorbereiten müssen. Und was wir jetzt - drittens - machen zum 1. November 2007, sind zwei relativ kleine Schritte: zum einen die sektorale Öffnung für Maschinenbau- und Elektroingenieure für die zwölf neuen Länder der EU - diese können schon jetzt kommen, aber es gilt das Prinzip der Nachrangigkeit; ab Anfang November können sie sich gleichrangig auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewegen -; zum anderen können sich die ausländischen Studenten nach Abschluss ihres Studiums ein Jahr lang bemühen, eine Arbeit zu finden, um dann hier in Deutschland in ihrem Beruf zu arbeiten.

Dazu hat Herr Westerwelle in Halbkenntnis der Zusammenhänge, wie das manchmal so ist, gesagt, wir hätten das auf drei Jahre beschränkt. Das ist falsch. Schon heute können sich Studenten in dem Bereich, in dem sie studiert haben, für drei Jahre einen Job suchen. Sie sind dann aber nachrangig am Arbeitsmarkt. Das wird jetzt geändert; die Nachrangigkeit fällt weg, und sie können gleichrangig hier im Lande bleiben und arbeiten.

Herr Westerwelle hat auch gesagt, wir würden die Intelligenz aus dem Land treiben. Ich habe das als Ankündigung verstanden, dass er auf absehbare Zeit nicht mehr

ins Ausland fährt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Er bleibt im Sauerland!)

Jedenfalls sollten Sie sich den Zusammenhang einmal ein bisschen genauer angucken.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Herr, schick Hirn!)

- Bleiben Sie gelassen!

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Herr, schick Hirn auf Müntefering!)

- Sagen Sie es lauter, dann können das alle hören. - Die Regelungen zu den Fachkräften werden wir also zum 1. November 2007 treffen.

Wir werden in der nächsten Woche damit beginnen, den Mindestlohn im Postbereich zu realisieren. Dann haben die Tarifparteien gestern den entsprechenden Antrag gestellt. Damit ist das erfüllt, was wir gemeinsam vereinbart haben. Wir in der Bundesregierung möchten, dass noch im Verlauf dieses Jahres für alle Postdienste Mindestlöhne zustande kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir im Kabinett und danach sicherlich auch in den Fraktionen und im Bundestag zu beraten haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist die Verlängerung des Postmonopols!)

Dann kommt im November, Dezember die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu den Dingen, die die Tarifparteien miteinander vereinbart haben.

Wir werden in diesem Herbst das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz so weiterentwickeln, wie wir das vereinbart haben, und werden dann im nächsten Jahr Branchen einladen, in Sachen Mindestlohn ihr Interesse anzumelden, um dann auch aufgenommen zu werden.

Im Augenblick sprechen die verschiedenen Ministerien, die davon betroffen sind, über die Idee eines Erwerbstätigenzuschusses verbunden mit einer entsprechenden

Kinderkomponente. Das heißt, wir wollen versuchen, dass Menschen, die vollzeit- oder vollzeitnah beschäftigt sind, die aber mit ihrem Einkommen trotzdem angewiesen sind auf zusätzliches Arbeitslosengeld II, Aufstocker, außerhalb des Arbeitslosengeldes II verbleiben und deshalb auch nicht den Regeln des Arbeitslosengeldes II unterliegen müssen.

(Zuruf von der LINKEN: Sehr gut!)

Das ist die Idee des Kinderzuschlags, die seinerzeit entwickelt worden ist. Die wollen wir weiter ausbauen.

Und wir wollen das verbinden zu einem Erwerbstätigenzuschuss für alle, die in dieser entsprechenden Größenordnung betroffen sind, und diese dann in die Idee des Erwerbstätigenzuschusses aufnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Darüber müssen wir vielleicht noch einmal reden!)

- Von Herrn Kampeter kommt gerade der Einwurf, dass wir darüber noch reden müssen. Das ist richtig. Das ist so. Aber das ist das, was ich vorhin beschrieben habe. Wenn man gemeinsam Ziele vereinbart, dann muss man den Weg dahin suchen, wenn nötig, auch streitig. Ich

gehe dem ja nicht aus dem Weg. Aber es ist ein vernünftiger Gedanke, dass man Menschen, die in diesem Grenzbereich sind - die voll arbeiten, aber nicht genug Geld verdienen -, dass man die stabilisiert jenseits der Hilfebedürftigkeit von Arbeitslosengeld II. Das ist ein vernünftiger Gedanke, der bei Ihnen im Kinderzuschlag ja auch mitgetragen ist. Wir sollten versuchen, gemeinsam daraus etwas Gutes zu machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir werden im November dieses Jahres über die Frage zu sprechen haben, ob die Anpassungsmechanismen bei den Eckregelsätzen für Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II noch stimmen oder ob man da etwas verändern muss. Da gibt es ja Ankündigungen von Preiserhöhungen. Auf dieser Grundlage haben wir eine Überprüfung ausgelöst: Stimmt das eigentlich noch von der Höhe her? Das werden wir dann wissen, und dann werden wir darüber zu sprechen haben, wie man an dieser Stelle Armut einschließlich Kinderarmut bekämpfen kann.

Ich glaube, dass vor allem vier Dinge wichtig sind, wenn man Armut bekämpfen will: Erstens: Arbeit schaffen, den Menschen Arbeit geben und sie fair bezahlen; ein ordentlicher Lohn! Das Zweite: Die Eckregelsätze und die Anpassungsmechanismen müssen stimmen. Das Dritte ist dieser Erwerbstätigenzuschuss, den ich eben beschrieben habe. Und das Vierte ist die Frage, ob man für die Kinder nicht weitere konkrete Hilfen über das Maß hinaus erreichen kann, das es bereits heute gibt. Viele Länder und Kommunen sind dabei, auf diesem Gebiet Gutes zu tun. Aber wir müssten einmal sehen, ob man das nicht weiter systematisieren kann.

Wenn wir zu dem Ergebnis kämen, wir müssten die Eckregelsätze für Kinder erhöhen, um 10 Euro bei den unter 14-, unter 15-jährigen, dann müssten wir dafür etwa 500 Millionen Euro einsetzen. Die Frage ist, wenn wir diese 10 Euro pro Kind zusätzlich an die Bedarfsgemeinschaften geben: Kommt das bei den Kindern so an, dass die Kinder wirklich das haben, was sie eigentlich haben müssten? Deshalb müssen wir die konkrete Umsetzung - preisgünstig in Ganztageseinrichtungen gehen zu können, sei es Krippe, Kita oder Schule, preisgünstig gesund essen zu können, vernünftig eingerichtet zu sein, wenn man in die Schule kommt - mit einbeziehen in die Überlegung, wie man Kinderarmut bekämpfen kann. Da werden wir in diesem Herbst dran sein und hoffentlich zu guten gemeinsamen Entscheidungen kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden Anfang nächsten Jahres ein Konzept zur Humanisierung der Arbeitswelt vorlegen. Da geht es um die Frage, wie wir altengerechte und altersgerechte Arbeit möglich machen - Initiative 50 plus hin auf dem Weg zum Renteneintrittsalter 67. Dazu gehört die Frage, die wir uns alle stellen müssen: Was kann man tun, damit die Menschen leistungsfähig älter werden, und was kann man für die Humanisierung der Arbeitswelt tun?

Wir haben es in Deutschland erreicht, die Anzahl der schweren Unfälle deutlich zu reduzieren. Da liegen wir

europaweit ganz weit vorn. Aber es ergeben sich neue Krankheitsbilder, die man anders angehen muss - Rücken, Augen, Haut, Psyche. Das sind Dinge, die man schwerer präventiv aufhalten kann als manche großen und schweren Unfälle, mit denen wir früher zu tun gehabt haben. Man kann Maschinen sehr sicher machen. Aber die Menschen immun zu machen gegen Erkrankungen der Augen, des Rückens und der Psyche - das ist schon etwas, das neue Herausforderungen mit sich bringt. Wir müssen da Lösungen finden. Wir werden Anfang nächsten Jahres eine ausführliche Diskussion darüber führen müssen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit am Tisch. Wir werden Anfang nächsten Jahres in der Koalition auch etwas entscheiden müssen zum Bereich Zeitarbeit. Außer dass Zeitarbeit-Arbeitgeber und -Arbeitnehmer auch gerne in die Mindestlohnregelung möchten, müssen wir prüfen - das ist auch Aufgabe von Meseberg -, dass die Ausbauchungen, die im Zeitarbeitsbereich stattfinden, in eine vernünftige Bahn gelenkt werden. Zeitarbeit ist inzwischen eine solide Branche geworden. Das wollen wir auch so. Wo aber Zeitarbeit zur Dauerarbeit wird, und zwar mit künstlich herbeigeführten niedrigen Löhnen, ist das nicht im Sinne der Erfinder. Wir müssen alle miteinander darüber sprechen, was man da verändern kann.

(Beifall bei der SPD)

Außer über die soziale Situation in Deutschland haben wir in Meseberg auch darüber gesprochen, was weltweit stattfindet. Der Anspruch, der sich mit der europäischen Präsidentschaft und der G-8-Präsidentschaft verbindet, ist: dass wir ILO-Standards für menschengerechte Arbeit in der Welt unterstützen und versuchen, das umzusetzen; dass wir Mindeststandards geben, was die Lebensverhältnisse der Menschen in der Welt angeht. Das ist nicht nur soziales Denken, das ist auch eines, das vorbeugend ist für Konflikte und Kriege auf der Welt. Wir fühlen uns mitverantwortlich dafür, dass wir diese Standards nicht nur bei uns im Lande, sondern - entsprechend deren Entwicklung - in den Ländern weltweit forcieren. Dass es Kinder- und Sklavenarbeit nicht geben darf, darin werden wir uns alle einig sein; dass es sie tatsächlich gibt, ist aber leider eine Wahrheit. Deshalb müssen wir in diesem, aber auch in anderen Punkten dazu beitragen, dass wir die Standards in der Welt so verändern, dass die Menschen menschenwürdig arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben zum 1. Januar des nächsten Jahres den Start in das persönliche Budget für behinderte Menschen. Das ist eine Herausforderung, weil Deutschland das bisher nicht kannte. Das ist eine Sache, die in den skandinavischen Ländern üblich ist. Behinderte Menschen werden sehr viel mehr als bisher das Geld, das wir als Sozialtransfers für sie ausgeben, zur eigenen Entscheidung bekommen. Sie werden entscheiden können, was sie damit machen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Hoffentlich ist das auch so, dass man das entscheiden kann!)

Es wird nicht leicht sein, das zu organisieren; es ist aber

ein richtiger Schritt. Wir müssen ihn begleiten und dafür werben. Wir müssen dafür sorgen, dass das gelingt. Behinderte Menschen müssen in größtmöglichem Maße souverän über das Geld, das ihnen zur Verfügung steht, entscheiden können. Das wollen wir erreichen. Das Bewusstsein dafür wollen wir stärken. Da wollen wir im nächsten Jahr eine ordentliche Bewegung haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein letztes Wort zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und zur Vorbeugung. Wir haben in meinem Haus - wenig besprochen, aber wirkungsvoll, meine ich - ein Programm laufen, das unter der Überschrift „Xenos“ sich an junge Menschen richtet, an Kinder aus Migrationssituationen, aber auch an andere, in besonderer

Weise an Kinder in Hauptschulen und Sonderschulen.

Wir versuchen, sie gegen Rechtstendenzen zu immunisieren und sie für die Demokratie zu gewinnen, vor allen Dingen aber ihnen eine eigene Lebensperspektive zu bieten. Diese Sache bleibt eine gemeinsame, die, so glaube ich, für alle in diesem Hause von großer Bedeutung ist. Wir müssen den jungen Menschen die Botschaft vermitteln: Ihr habt die Chance. Wir wollen, dass ihr eine Chance habt. Wir sorgen dafür. Wir helfen euch. Wir fördern euch. Wir fordern euch heraus. Wir helfen alle miteinander, damit die Rechtsextremisten in diesem Land keine Chance mehr haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Einige wichtige Aufgaben, die sich mit dem Haushalt „Arbeit und Soziales“ befassen! Das andere werden wir im Ausschuss noch einmal sicher mit größerer Intensität beraten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Claudia Winterstein von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Minister, die positiven Zahlen, in denen Sie sich zurzeit sonnen, sind leider nicht Ihr Verdienst. Vielmehr bringt die boomende Weltkonjunktur jetzt endlich auch den deutschen Arbeitsmarkt in Schwung. Ihre Aufgabe wäre es nun, diese Entwicklung nach Kräften zu fördern, indem Sie beispielsweise die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vorantreiben. Bei dieser Aufgabe versagen Sie jedoch völlig.

(Beifall bei der FDP)

Sie tun vielmehr alles, um diese positive Entwicklung zu stoppen. Sie ziehen durch die Lande und reiten Ihr Steckenpferd Mindestlohn. Der Mindestlohn ist für Sie zum Allheilmittel geworden. Sogar Ihre Haushaltsprobleme meinen Sie mit diesem populistischen Wahlkampfstrategie lösen zu können. Mit einem Mindestlohn können Sie Ihren Haushalt aber nicht entlasten, Herr Minister; (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!) im Gegenteil: Mit einem Mindestlohn zerstören Sie die Arbeitsplätze, die es den Menschen jetzt erlauben, wenigstens

einen Teil ihres Lebensunterhalts selbst zu verdienen.  
(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Steffen  
Kampeter [CDU/CSU])

Aus Sicht des Haushalts wäre der Mindestlohn also eher  
mit Mehrkosten als mit Einspareffekten verbunden.  
Das beste Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist  
eine Senkung der Lohnnebenkosten. Dafür tut die Regierung  
aber zu wenig. Die von Ihnen auf den Weg gebrachte  
Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung  
ist längst überfällig. Eine Senkung auf  
3,9 Prozent ist allerdings nur ein Trippelschritt. Eine  
Senkung auf 3,5 Prozent wäre ohne Weiteres sofort  
möglich.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Sehr richtig! Dafür setzt sich die  
Union ja auch ein!)

Die Beitragsgelder müssen denen zurückgegeben werden,  
die sie gezahlt haben. Stattdessen planen Sie weiterhin  
eine Umleitung von Beitragsgeldern aus der Arbeitslosenversicherung  
in den Bundeshaushalt. So wie es der  
Haushaltsentwurf jetzt vorsieht, bereichert sich der Arbeitsminister  
mit 5,5 Milliarden Euro aus den Taschen  
der Beitragszahler.

(Dirk Niebel [FDP]: Pfui!)

Er verzichtet zwar endlich auf den jetzt auf 2 Milliarden  
Euro geschrumpften verfassungswidrigen Aussteuerungsbetrag,  
will aber nun stattdessen von der Bundesagentur  
einen Eingliederungsbeitrag in Höhe von  
5 Milliarden Euro kassieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist doch  
wohl nur recht und billig, Frau Kollegin!)

Im Entwurf versteckt er dann noch eine weitere halbe  
Milliarde Euro, um die er seinen Haushalt auf Kosten  
der Bundesagentur entlasten will.

Unsere klare Forderung lautet: Beitragssenkung statt  
Beitragsklau. Die Überschüsse der Bundesagentur gehören  
den Beitragszahlern. Lassen Sie endlich die Finger  
davon, Herr Minister!

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere massive Schwäche Ihrer Arbeitsmarktpolitik  
ist der ungebremste Wildwuchs von Maßnahmen.

Die Regierung ist nicht fähig, diesen Wildwuchs  
zu begrenzen; im Gegenteil: Jobperspektive, Qualifizierungskombi,  
Erwerbstätigenzuschuss, Ausbildungsbonus,  
Einstiegsqualifizierung, Beschäftigungspakte und  
was es nicht noch alles an Plänen und Beschlüssen gibt.  
In Ihrer Koalitionsvereinbarung hatten Sie sich etwas  
ganz anderes vorgenommen: Sie wollten die Instrumente  
der Arbeitsförderung durchforsten und unwirksame  
Maßnahmen abschaffen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Machen wir! Sie  
hätten Herrn Kauder zuhören müssen!)

Nichts davon ist geschehen. Im Gegenteil: Immer neue  
Programme werden aufgelegt. In Meseberg haben Sie  
sich nun wieder vorgenommen, die Instrumente zu straffen.  
Wer soll Ihnen das jetzt eigentlich noch glauben?

Die von der Regierung selbst in Auftrag gegebene Überprüfung  
der Wirksamkeit hat für den größten Teil der Arbeitsmarktinstrumente  
verheerende Ergebnisse gebracht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist wohl



wahr!)

Es ist geradezu fahrlässig, dass Sie daraus bisher überhaupt keine Konsequenzen gezogen haben.

(Beifall bei der FDP)

Vor kurzem berichtete die FAZ über eine neue Studie der Universität St. Gallen über den Erfolg der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Das traurige Ergebnis lautet - ich zitiere -: Es wurde

„keine Arbeitsmarktmaßnahme gefunden ... die positive Effekte hatte, dafür aber eine Menge von Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit eher verfestigen.“

Herr Minister, eine schlechtere Bewertung Ihrer Maßnahmen ist wohl kaum möglich.

(Beifall bei der FDP)

Zwei Jahre lang hat die Koalition hier nichts bewirkt.

Packen Sie diese Aufgabe endlich an!

Statt solide Arbeit zu leisten, betreiben Sie Volksverdummung.

Ich meine damit die Debatte über die sogenannten

Aufstocker. Diese Menschen bekommen Ihrer

Meinung nach nur deswegen ergänzend Arbeitslosengeld

II, weil es in Deutschland keinen allgemeinen Mindestlohn gibt. Ich finde diese Debatte unglaublich.

(Elke Ferner [SPD]: Unglaublich, dass es keinen Mindestlohn gibt!)

Dies betrifft vor allem die Beliebigkeit, mit der Zahlen verdreht werden. Angeblich geht es um

1,3 Millionen Beschäftigte, die neben ihrem Einkommen Hartz IV beziehen. Alle Minijobber sind da eingerechnet.

Diese Zahl beweist also überhaupt nichts. Es gibt

auch eine Zahl der Bundesagentur für Arbeit. Sie spricht in ihrem jüngsten Monatsbericht von 502 000 Aufstockern, also Arbeitslosengeld-II-Beziehern mit einer

sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigung. Aber sozialversicherungspflichtig

ist auch eine Teilzeitarbeit mit

einem Verdienst von 401 Euro. Je nach Familiensituation

bleibt da Bedarf nach ergänzender Unterstützung.

Auch diese Zahl kann Ihre Argumentation also nicht stützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Stützen könnte sich diese Debatte - wenn überhaupt -

nur auf die Zahl der vollzeitbeschäftigten Alleinstehenden,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Wieso alleinstehend?)

die von ihrem Lohn den Lebensunterhalt nicht bestreiten

können und deshalb zusätzlich Hartz IV beziehen. Wissen

Sie was? Das sind 47 000 Menschen.

Ich finde es wichtig, hier einmal die Dimension klarzumachen,

die Herrn Müntefering veranlasst, für einen

bundesweit einheitlichen Mindestlohn zu kämpfen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja! Sehr richtig!)

Es geht in dieser Debatte über die Aufstocker nicht um

1,3 Millionen oder 502 000, es geht um 47 000 Arbeitnehmer.

Hierbei handelt es sich vielfach um Menschen,

die mit besonderen Problemen zu kämpfen haben, weil

sie beispielsweise keine Berufsausbildung haben. Ihnen

ist mit einem Mindestlohn nicht geholfen, wenn sie als

Konsequenz ihren Arbeitsplatz verlieren.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Herr Minister, Ihre Argumentation, was die Aufstocker angeht, ist einfach falsch. Wenn Menschen, die bisher gar nicht gearbeitet haben, eine Teilzeitarbeit aufnehmen, dann erhöht sich selbstverständlich die Zahl derer, die teilunterstützt werden, also die der Aufstocker. Das bedeutet aber zugleich, dass mehr Menschen zumindest einen Teil ihres Lebensunterhalts selbst verdienen. Diese Entwicklung würgen Sie mit Ihrem Mindestlohn ab.

Der Entwurf des Haushalts des Arbeitsministeriums für das Jahr 2008 enthält, wie üblich, erhebliche Risiken. In der Debatte über den Haushalt 2007 haben Sie, Herr Minister, hier gestanden und versprochen: Wir kommen 2007 mit dem Geld für Hartz IV aus. - Ihre Versprechungen waren falsch. Sie hätten es schon damals besser wissen müssen.

(Dirk Niebel [FDP]: Er weiß es immer noch

besser! - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]:

Na ja, das war immerhin fast richtig!)

Trotzdem setzen Sie diesen Posten im Haushalt für das Jahr 2008 wieder unsolide an. Knapp 23 Milliarden Euro werden in diesem Jahr voraussichtlich gebraucht; das sind ungefähr 1,5 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2007 vorgesehen. Im Haushaltsentwurf für 2008 sind trotz dieser Entwicklung nur 21 Milliarden Euro veranschlagt. Die Lücke ist wieder absehbar. Meine Damen und Herren, im Vorfeld des Kabinettsbeschlusses zum Haushalt hat der Finanzminister geklagt, er sei „umzingelt“ von Ausgabewünschen. Sie als Arbeitsminister machen bei diesem gefährlichen Spiel in vorderster Linie mit. Erwerbstätigenzuschuss, Kommunalkombi und Hartz-IV-Erhöhung:

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Er hat doch gar keine Erhöhungen verlangt! Bloß Überprüfungen!)

Ideen zum Geldausgeben haben Sie reichlich. Das ist sozialdemokratische Verteilungspolitik. Solide Politik ist es jedenfalls nicht.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Ilse Falk von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ilse Falk (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute den Einzelplan des Bundeshaushalts, angesichts dessen Volumen jeder zusammenzuckt: Der Betrag von 129,5 Milliarden Euro ist nicht nur eine gewaltige Summe - 45 Prozent des Gesamtetats -, sondern er macht auch deutlich, dass sowohl unser Sozialsystem als auch der Arbeitsmarkt nach wie vor großer Unterstützung bedürfen.

Wir alle sind natürlich über die deutlich gesunkenen Arbeitslosenzahlen froh. Wir freuen uns über jeden der fast 1 Million Menschen, die wieder oder überhaupt zum ersten Mal eine Arbeit gefunden haben. Beschäftigung bietet den Menschen nicht nur finanzielle Sicherheit, sondern stärkt auch das Selbstwertgefühl und gibt dem Leben einen Sinn.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gut ist, dass allmählich Bewegung in die Bereiche kommt, die uns besonders große Sorgen bereiten. So war allein in den letzten zwölf Monaten ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 666 000 Personen zu verzeichnen, unter denen 100 000 Jugendliche unter 25 Jahren und 100 000 ältere Arbeitnehmer über 55 Jahren waren. Das bedeutet, dass sich die Perspektiven für Jung und Alt gleichermaßen verbessert haben. Hinzu kommt, dass es 355 000 Langzeitarbeitslose weniger gibt als vor einem Jahr. Das heißt, der Aufschwung erreicht auch die Sockelarbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Außerdem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zur Situation vor einem Jahr um 526 000 gestiegen. Es sind also neue reguläre Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Dadurch fließt wieder mehr Geld in die Sozialkassen, was zu deren Stabilisierung führt. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht mit 39,79 Millionen ein Rekordniveau. So hoch war diese Zahl seit der Wiedervereinigung noch nie.

Mit dem Dreiklang „Investieren, Sanieren, Reformieren“ haben wir frühzeitig massive Wachstumsimpulse gesetzt und zukunftsorientierte Investitionen in Forschung, Entwicklung und Bildung getätigt. Das zahlt sich jetzt aus.

Wir haben auch unpopuläre, angesichts der demografischen Entwicklung aber notwendige Reformen auf den Weg gebracht, zum Beispiel die ab 2012 beginnende schrittweise Anhebung der Rentenregelaltersgrenze um zwei Jahre, die Rente mit 67. Angesichts eines Bundeszuschusses zur Rentenkasse in Höhe von 78,6 Milliarden Euro und immer längerer Rentenbezugszeiten wäre es unverantwortlich gegenüber der jungen Generation gewesen, hier nicht zu handeln.

Das allein reicht aber noch nicht aus, um Sicherheit im Alter zu garantieren. Deshalb ist es unbedingt notwendig, weiterhin Anreize zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu bieten bzw. weitere Anreize zu schaffen. So wollen wir zum Beispiel die Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung beibehalten sowie Verbesserungen bei der Unverfallbarkeit von Anwartschaften durch das Betriebsrenten-Förderungsgesetz erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Hinblick auf die private Altersvorsorge ist die vereinbarte Erhöhung der Kinderzulage bei der Riester-Rente ab 1. Januar 2008 von 138 Euro auf 185 Euro bzw. auf 300 Euro für nach dem 1. Januar 2008 geborene Kinder ein wichtiger Baustein.

Insgesamt haben wir die Lebensbedingungen in Deutschland mit einer Fülle von Maßnahmen verlässlich und nachhaltig verbessert. Jetzt gilt es, dies weiter zu verstetigen, neue Impulse für fortdauerndes Wachstum zu geben und die spürbare Teilhabe möglichst aller Menschen daran zu ermöglichen.

Das Ziel muss bleiben, möglichst jeden Menschen in Arbeit zu bringen. Auch 3,7 Millionen Arbeitslose sind noch entschieden zu viele. Die Politik kann keine Arbeitsplätze

schaffen - das ist eine Binsenweisheit -, aber sie kann die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Beschäftigung verbessern. Dazu gehört die weitere Senkung der Lohnnebenkosten. Dies ist im Rahmen unseres Einzelplanes, des Einzelplanes 11, durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung möglich. Es ist der Union ein dringendes Anliegen, den Beitrag über das schon fest vereinbarte Ziel von 3,9 Prozent hinaus um weitere 0,4 Prozentpunkte auf 3,5 Prozent zu senken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Angesichts der von der Bundesagentur für Arbeit vorgelegten Zahlen sollte dies machbar sein und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter stärken.

Neue Beschäftigungsimpulse können außerdem von steuerlichen Anreizen zur Stärkung der Rolle privater Haushalte als Arbeitgeber ausgehen. Wer einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz schafft, sollte dies zu den gleichen Bedingungen können, wie sie für jeden Betrieb gelten. Davon profitieren die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber und nicht zuletzt der Staat, weil wir Licht in das Dunkel der Schwarzarbeit im privaten Sektor bringen könnten.

Wir müssen den Aufschwung nutzen, um insbesondere sogenannte Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Angesichts von weit über 1 Million offenen Stellen frage ich Sie: Wann, wenn nicht jetzt, soll dies gelingen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben deshalb beschlossen, die Förderung bestimmter Personengruppen zu verstärken. Dazu gehört der Kombilohn zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für Menschen unter 25 Jahren. Ferner gehört das auf die Jugend abzielende Konzept Jugend, Ausbildung und Arbeit der Bundesregierung dazu, das noch in diesem Jahr vorgelegt werden soll.

Auch Langzeitarbeitslose mit multiplen, besonders schweren Vermittlungshemmnissen sollen mit einer intensiven persönlichen Betreuung schrittweise wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Dafür ist ebenfalls ein Kombilohn beschlossen worden.

Das alles kostet viel Geld, aber wir sind überzeugt, dass es gute und wichtige Investitionen in Lebenschancen für junge und schwer vermittelbare Menschen sind. Das rechnet sich letztlich auch für den Staat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein wichtiges Thema, das uns beschäftigen muss, ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. Diesbezüglich gibt es noch erhebliche Barrieren,

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Wohl wahr!)

nicht nur in Bezug auf die Bereitschaft zur Anstellung dieser Menschen, sondern auch hinsichtlich der Gesetzeslage. Des Weiteren muss es uns gelingen, die Potenziale älterer Menschen - insbesondere angesichts des eben angesprochenen Fachkräftebedarfs - stärker auszuschöpfen.

Die Initiative 50 plus ist inzwischen auf Erfolgskurs und gibt älteren Arbeitssuchenden neuen Lebensmut. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass

es uns besonders wichtig ist, jegliche Frühverrentungsanreize vonseiten des Staates schnellstmöglich abzuschaffen.

Wir können angesichts der demografischen Entwicklung überhaupt nicht auf die Erfahrung bewährter Arbeitskräfte verzichten.

Auch die großen Potenziale von Frauen auf dem Arbeitsmarkt könnten noch stärker genutzt werden. Inzwischen erreichen Frauen vergleichbare oder bessere Bildungsabschlüsse als Männer und möchten in ihrem

Beruf arbeiten und gleichzeitig eine Familie haben. Mithilfe des Elterngeldes und des in Angriff genommenen weiteren Ausbaus der Kinderbetreuungsmöglichkeiten schafft die Bundesregierung erstmals echte Wahlfreiheit.

Dabei ist mir eines wichtig: Frauen und Männer, die Beruf und Familie vereinbaren möchten, sollen dies können, ohne dass diejenigen, die sich vorübergehend oder dauerhaft ausschließlich ihrer Familie widmen möchten, diskriminiert werden. Wir haben hohe Achtung vor ihrem Engagement und sind uns ihrer Leistung wohlbewusst. In dieser Diskussion wünsche ich uns allen deutlich mehr Gelassenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Generell sind noch stärkere Bemühungen bei der Aktivierung und Integration der in den Bereich des SGB II fallenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt nötig. Hier geht es vor allem um eine Verbesserung der Betreuung in den Jobcentern. Wir hören immer wieder Klagen über mangelnde Leistungsfähigkeit der neuen Behörde, über unfähige Mitarbeiter. Die mag es geben. Aber erstens zeigen uns neueste Umfragen, dass sich die Bewertung deutlich bessert, und zweitens darf man nicht vergessen, welch gewaltigen Umstrukturierungsprozess die Arbeitsverwaltung hinter sich hat und was den Mitarbeitern auf diesem Weg zum Teil zugemutet wurde. Deshalb will ich an dieser Stelle ausdrücklich denjenigen danken, die unter oft schwierigen, nicht unbedingt vergnügungsteuerpflichtigen Bedingungen hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir könnten ihnen sicher helfen, wenn wir den Wildwuchs von Maßnahmen konsequent lichteten und ihnen mehr Entscheidungskompetenz zutrauten. Die Union fordert daher seit langem eine ehrliche Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums im Hinblick auf Wirksamkeit und Kosten. Wir brauchen hier mehr Transparenz und eine Bündelung der erfolgreichen Instrumente für eine zielgenauere Handhabbarkeit. Maximal zehn Instrumente sollten eine ausreichende Grundlage sein. Das Ministerium und die Bundesagentur arbeiten daran. Wir hoffen, bald zu guten Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Klaus Brandner [SPD])

Neben dem Aspekt des Förderns, der wichtig ist, darf das Fordern nicht in den Hintergrund geraten. Es muss das Ziel bleiben, jedem Menschen zu ermöglichen, seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu bestreiten. Deshalb ist es wichtig, dass bei den Arbeitsvermittlern

vor Ort der Gleichklang von Fordern und Fördern - beides - konsequent umgesetzt wird, bei offensichtlicher Arbeitsverweigerung notfalls auch mit Druck. In den Fällen, in denen deutlich wird, dass angebotene Möglichkeiten nicht wahrgenommen werden, muss gehandelt werden. Der Kombination aus optimierter Arbeitszeit und staatlichem Zuschuss bei gleichzeitiger maximaler Freizeit für illegale Zusatz Tätigkeiten müssen wir ein Ende bereiten. Wir brauchen deshalb Anreize für Vollzeittätigkeit, unter anderem durch veränderte Hinzuverdienstregelungen, wie von der Union bereits seit geraumer Zeit gefordert. Gleichzeitig müssen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung durch Kontrollen konsequenter verhindert und bekämpft werden.

Eine angemessene Versorgung derer, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, muss selbstverständlich sein.

Oberste Priorität haben für uns aber die Verbesserung der Beschäftigungschancen und Teilhabe für alle Menschen. Deshalb muss unser wichtigstes Ziel sein - sowohl aus der Sicht der Betroffenen als auch aus der Sicht der Solidargemeinschaft -, möglichst viele Menschen aus dem Bezug staatlicher Transfers und somit aus finanzieller und gedanklicher Abhängigkeit herauszuholen. Wir können und wollen nicht zulassen, dass es regelrechte Sozialhilfekarrieren über mehrere Generationen gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch das ist eine Frage der Menschenwürde. Dafür müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Wirtschaft und Politik ihre Kräfte bündeln zum Wohle unseres Landes und der Menschen, die hier leben.

Für den Einzelnen bedeutet Beschäftigung Sicherheit und Lebensperspektive. Für den Staat bedeutet Beschäftigung Wachstum und finanzielle Spielräume für diejenigen, die der Hilfe bedürfen. Immer aber sollten soziale Leistungen als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden und unbegrenzt nur denen vorbehalten bleiben, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Gesine Löttsch von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde schon gesagt: Der Arbeitsminister verfügt über fast die Hälfte des Bundeshaushaltes. Selbst wenn man die Zuschüsse zu den Rentenkassen abzieht, sind es immer noch etwa 45 Milliarden Euro, die Herr Müntefering nächstes Jahr verteilen kann. Die SPD verweist gerne auf diese riesige Summe, um zu zeigen, wie sozial ihre Haushaltspolitik sei. Doch das ist sie nicht. Im Gegenteil: Es ist wirklich erschreckend, wie wenig Positives dieses viele Geld auf dem Arbeitsmarkt bewirkt. Ich würde sogar weitergehen: Der Arbeitsminister richtet mit den Steuergeldern mehr Schaden als Nutzen an.

(Lachen bei der SPD)

Das liegt an der falschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der alten und der jetzigen Bundesregierung. Die Agenda 2010 macht den Arbeitsmarkt kaputt und hat eine verheerende Spirale des Lohndumpings ausgelöst, die zu menschenunwürdigen Bedingungen geführt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Das glaubt doch keiner mehr!)

Jeder von uns - auch die Kollegen auf der rechten Seite des Hauses - kennt Unternehmen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Minijobs zerstückelt haben.

Jeder von uns kennt Unternehmen, die Leiharbeiter zu Hungerlöhnen beschäftigen und ihren Mitarbeitern so wenig zahlen, dass sie ihren Lohn durch das Sozialamt aufstocken lassen müssen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Die Linke!)

Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN - Klaus Brandner [SPD]: Prekariat!)

Das Politikmagazin Fakt berichtete über folgenden Vorfall: Ein Maurer, der 43 Jahre Berufserfahrung hat und gerade zwei Monate arbeitslos war, wurde von der Arbeitsagentur zu einer Trainingsmaßnahme zur Eignungsfeststellung bestellt. Der Maurer durfte dort - ohne einen Cent verdient zu haben - 14 Tage schuften. Dann wurde er gefeuert. Das ist eine unerträgliche Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Politik der Agenda 2010 hat aus Arbeitnehmern Freiwild für skrupellose Unternehmen gemacht. Diesen Machenschaften muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Hier müssen Sie handeln, Herr Müntefering.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein persönlicher Wahlslogan 2005 lautete: „Von Arbeit muss man leben können“. Man wirft uns gerne vor, wir seien populistisch.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sicher! - Zuruf von der SPD: Das sind Sie doch auch!)

Doch was ist an dieser Forderung populistisch? Eigentlich müsste jeder Politiker - dazu zählen wir alle in diesem Saal -, der für die sorgsame Verwendung von Steuergeldern Verantwortung trägt, mir zustimmen, dass diese Forderung nicht nur human, sondern auch haushaltspolitisch zwingend ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es so weitergeht, dass Unternehmen ihre Lohnkosten senken und ihre Beschäftigten zum Sozialamt schicken, dann geht dieser Staat irgendwann Bankrott.

(Dirk Niebel [FDP]: Mit Staatsbankrott kennen Sie sich ja aus!)

Immer mehr Menschen müssen zum Sozialamt gehen und Zuschüsse beantragen, weil ihr Lohn ihnen kein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Ihre Arbeitsmarktpolitik ruiniert die Menschen und die Staatsfinanzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das beste Mittel, um die Selbstbedienungsmentalität der Unternehmen zu stoppen, ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, und zwar nicht nur für einzelne Branchen, sondern flächendeckend ohne Ausnahme, auch wenn es der rechten Seite des Hauses nicht

gefällt. Bei dieser Forderung geht es nicht nur darum, die Armut zu bekämpfen, sondern der Mindestlohn verhindert auch, dass die Unternehmen von Mitnahmeeffekten profitieren.

Es ist zynisch, wenn immer wieder behauptet wird, dass Mindestlöhne den Arbeitsmarkt kaputt machen, wie es von der rechten Seite des Hauses gerne getan wird. (Zuruf von der FDP: Mit Recht!)

Im Gegenteil: Der Arbeitsmarkt geht kaputt, weil viele Unternehmen keine Mindestlöhne zahlen. Jeder, der gegen Mindestlöhne ist, sollte sich einmal in Europa umschauen - interessanterweise gab es bei den vorhergehenden Redebeiträgen entsprechende Zurufe aus den Reihen der SPD -: In allen 20 Mitgliedstaaten der EU, in denen es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, wurden die Mindestlöhne in diesem Jahr sogar erhöht. Daran sollten wir uns orientieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe bisher noch nicht gehört, dass die Länder, in denen es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, den Notstand ausgerufen hätten.

Ich habe nicht genügend Zeit, um alle Details des Arbeitshaushaltes zu behandeln. Das ist aber auch nicht nötig.

Ich habe nur das Beispiel Mindestlohn herausgenommen, um zu zeigen, wo der Systemfehler in der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung liegt. Am Beispiel des Mindestlohnes, verehrter Kollege Steinbrück, kann man auch Ihre Vorwürfe an uns Linke entkräften, dass wir immer nur mehr Geld ausgeben wollten.

(Waltraud Lehn [SPD]: Das ist richtig!)

Denn der Mindestlohn kostet den Staat keinen Cent. Im Gegenteil: Er bringt sogar Geld in die Kassen.

(Beifall bei der LINKEN - Gitta Connemann

[CDU/CSU]: Aber keine Arbeitsplätze!)

Ich denke, auch Sie können das nachrechnen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Milchmädchenrechnung!)

Herr Kollege Müntefering, Sie haben öffentlich erklärt, dass die zweite Hälfte der Legislaturperiode sozialdemokratisch werden soll. Beweisen Sie es doch wenigstens in dieser Frage und setzen Sie den gesetzlichen Mindestlohn durch, und zwar nicht nur für einzelne Branchen, sondern für alle!

(Beifall bei der LINKEN)

Dann tun Sie etwas Gutes, und dafür werden Sie unsere Unterstützung bekommen, aber nur, wenn Sie entschlossen darangehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Brigitte Pothmer vom Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Falk, Sie haben die drei Kombilohnmodelle, die Sie mit den letzten beiden Gesetzen eingeführt haben, sehr positiv bewertet. Ein weiterer Kombilohn ist in Vorbereitung. Das heißt, innerhalb kürzester Zeit haben Sie vier neue Instrumente geschaffen. Gleichzeitig propagieren Sie, dass der Instrumentenkasten auf maximal zehn Instrumente reduziert werden soll.



(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Das passt schon zusammen, keine Sorge!)  
Ich glaube, Ihr Programm heißt: Mit Widersprüchen leben lernen. Arbeiten Sie daran, aber verschonen Sie die Gesellschaft bitte mit diesen Widersprüchen!  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ich möchte gern auf die Klausur von Meseberg zurückkommen; denn dort hat die Regierung festgelegt, was sie sich in den nächsten zwei Jahren vornehmen will.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr Vernünftiges!)

Die Überschrift lautet „Aufschwung, Teilhabe, Wohlstand“ für alle. Ich finde, das ist ein überaus ehrgeiziges Ziel. Das ist ein großes Versprechen. Parallel zu diesem großen Versprechen häufen sich die Meldungen über Kinderarmut und die zunehmende Zahl an Suppenküchen. Herr Müntefering, ich kann im Haushalt nicht erkennen, wie und mit welchen Instrumenten Sie dieses große Versprechen halten wollen.

Ich will an die Adresse der CDU/CSU-Fraktion sagen: Wer sagt, wir wollen uns für Wohlstand für alle einsetzen, sich dann aber noch nicht einmal für Mindestlöhne für alle einsetzt, der ist in dieser Frage nicht wirklich glaubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich jedenfalls habe den Verdacht, dass das Versprechen „Wohlstand für alle“ ungefähr so wenig Substanz hat wie der Spruch von Helmut Kohl von den blühenden Landschaften. Beides ist Propaganda. Von beidem können sich die Menschen leider nicht viel kaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Dann machen Sie es doch!)

Herr Müntefering, Sie haben heute auf den Erwerbstätigenzuschuss hingewiesen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie ein bisschen genauer erklärt hätten, was Sie sich vorstellen.

(Jörg van Essen [FDP]: Das wissen die doch selber nicht!)

Nach welchen Kriterien soll der Erwerbstätigenzuschuss gewährt werden? Unter dem Kinderzuschuss von Frau von der Leyen kann ich mir noch etwas vorstellen. Aber ein Erwerbstätigenzuschuss droht doch zu einem flächendeckenden Kombilohn zu werden. Wie Sie das abgrenzen wollen, müssen Sie uns einmal erklären.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Das werden wir machen!)

Lassen Sie mich zu einem anderen Versprechen kommen: einen Ausbildungsplatz für jeden. In den Ausführungen von Meseberg lassen sich altbekannte Prüfaufträge und Planspiele finden. Das neue Ausbildungsjahr steht vor der Tür. 160 000 junge Menschen suchen weiterhin einen Ausbildungsplatz. Hinzu kommen 300 000, die sich in Warteschleifen befinden. Wenn Sie Ihr Versprechen wirklich einlösen wollten, müssten Sie sich intensiver für die jungen Menschen einsetzen. Das tun Sie aber leider nicht.

Sie versprechen Aufstiegsmöglichkeiten für jeden. Ich frage mich, wie diese für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose aussehen sollen. Sie wissen genauso gut wie ich: Der Schlüssel zum Aufstieg ist in dieser Republik eine gute Qualifikation. Ihre vielbeschworene Qualifizierungsoffensive besteht aber im Wesentlichen aus Appellen an die Bundesländer. Das hat natürlich damit zu tun, dass Sie durch die Föderalismusreform fast alle Kompetenzen - diese hätten Sie eigentlich behalten bzw. ausbauen müssen - an die Bundesländer abgegeben haben. Insofern sind das wohlfeile Versprechen. Dort, wo Sie selber Verantwortung tragen, nämlich bei der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, ist von dieser Offensive aber auch nicht viel zu spüren.

(Klaus Brandner [SPD]: Das stimmt nicht!)

Die Ressourcen der Bundesagentur für Arbeit für Qualifizierung und Weiterbildung sind in den letzten Jahren drastisch zurückgefahren worden. Der Anteil der Geringqualifizierten an der Gruppe, die an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, liegt bei nur 27 Prozent.

Aber genau das ist die Gruppe, auf die wir uns im Wesentlichen konzentrieren müssen. Wir schlagen Ihnen deswegen vor, eine doppelte 50-Prozent-Quote einzuführen, also die Hälfte der Weiterbildungsangebote für Geringqualifizierte zur Verfügung zu stellen und die andere Hälfte mit Berufsabschlüssen zu verbinden. Ich glaube, dann tun Sie wirklich etwas dafür, dass diese Gruppe Aufstiegsmöglichkeiten hat. Sie täten aber noch etwas Weiteres: Sie würden einen echten Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrer Strategie der doppelten Weigerung, nämlich der Weigerung, echte Zuwanderung zuzulassen, und der Weigerung, wirkliche Qualifizierung zu erreichen und Weiterbildung zu verbessern, sind Sie auf dem besten Weg, den Aufschwung abzuwürgen und damit das Problem für die Arbeitslosen zu vergrößern.

Solange Sie diese absurd hohe Hürde von 84 000 Euro Einkommen aufrechterhalten, so lange werden Sie in Sachen Zuwanderung nicht wirklich vorankommen und so lange werden die qualifizierten Fachkräfte ihre Fähigkeiten in anderen Ländern anbieten, in denen die Bedingungen für sie weitaus besser sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Das jedenfalls ist kein Konzept, um den Wettbewerb um die besten Köpfe zu gewinnen. Legen Sie verdammt noch einmal die ideologischen Scheuklappen ab! Machen Sie eine vernünftige Zuwanderungspolitik möglich! Dann tun Sie wirklich etwas für die Arbeitslosen hier im Lande, die dann auch von der Zuwanderung profitieren. Der Widerspruch, der immer behauptet wird, existiert nämlich nicht.

Sie haben Wohlstand für alle versprochen. Zu Wohlstand und Aufschwung gehört auch ein auskömmlicher Lohn. Für viele heißt es aber leider: Armut trotz Arbeit. 4 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten für Niedriglöhne. Sie haben sich in der Koalition nach sehr zähen Verhandlungen darauf verständigt - wir alle konnten das in den Medien verfolgen -, einzelne Branchen in das

Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen, vorausgesetzt dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer darauf verständigen und dass 50 Prozent der Beschäftigten dieser Branche davon betroffen sind. Das sind genau die Bedingungen, die die Postdienstleistungsbranche jetzt erfüllt hat. Nun denkt der geneigte Leser bzw. die geneigte Leserin, dass damit alles in trockenen Tüchern wäre. Weit gefehlt, der Streit geht weiter. Die Vereinbarung, die Sie miteinander getroffen haben, ist ganz offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht; denn sonst müssten Sie zu streiten aufhören. Das tun Sie aber nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Redezeit ist leider weitgehend abgelaufen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Vielleicht gibt Herr Brauksiepe eine Minute ab!)

- Auch ich finde das schade. Ich sehe, dass Sie mir gerne zuhören.

Herr Müntefering, Sie werden mit den Worten zitiert, das Kabinett werde sich jetzt verstärkt für den Ausgleich zwischen Wirtschaft und Sozialem einsetzen. Ich habe allerdings das Gefühl, dass es der Großen Koalition im Wesentlichen um den Ausgleich zwischen Union und SPD geht. Nichts, aber auch gar nichts deutet darauf hin, dass das in Zukunft anders werden wird. Die Leidtragenden sind die Arbeitslosen in diesem Land, die in diesem Gerangel zerrieben werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Waltraud Lehn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Gibt es was Neues von Tante Käthe, Frau Lehn?)

Waltraud Lehn (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, Tante Käthe gibt es heute nicht, heute gibt es Onkel Otto. (Klaus Brandner [SPD]: Da seid ihr überrascht, nicht?)

Eigentlich wollte ich gar nicht so einsteigen, aber Ihre Ausführungen haben mich wirklich dazu veranlasst, Sie mit Onkel Otto bekannt zu machen. Onkel Otto war kein Mensch, Onkel Otto war unser Hausschwein.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Onkel Otto stand in einem Stall, und der Futtertrog befand sich in einem Stall daneben.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das eine Landwirtschaftsdebatte?)

Wenn es Futter gab, klopfte meine Oma an den Futtertrog, und das Schwein schoss durch die Tür an diesen Futtertrog heran.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie der Müntefering! -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wie Pawlow mit seinem Hund!)

Aus baulichen Gründen wurde diese Tür zugemacht, und der Ausgang wurde an eine andere Stelle verlegt. Was machte Onkel Otto? Onkel Otto raste ständig gegen die Wand.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie der Münzfeiring, das sage ich ja!)

Genau das ist Ihr Problem: Sie stehen in einem Stall mit fünf Ausgängen. Was machen Sie? Sie knallen ständig mit der Birne vor die Wand.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Güte, das muss doch wehtun. Ich kann die FDP nur dringend auffordern, einmal zur Kenntnis zu nehmen: Es gibt Türen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch etwas zur PDS sagen. Die PDS steht aus meiner Sicht im gleichen Stall und ist dabei, jede vorhandene Öffnung zuzumauern.

(Dirk Niebel [FDP]: Mit Zumauern kennt sie sich ja aus!)

Man kann geradezu sehen, dass alle Ausgänge irgendwann zu sind und das Schwein verhungert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Lehn, ich unterbreche Sie ungern. Aber der Kollege Meckelburg möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Wie ich sehe, erlauben Sie das.

Bitte, Herr Meckelburg.

Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU):

Frau Kollegin Lehn, Sie haben in der letzten Haushaltsberatung die Geschichte Ihrer Tante Käthe erzählt.

Nun kommen Sie mit Onkel Otto. Ist Ihre Verwandtschaft sehr groß,

(Heiterkeit im ganzen Hause)

und dürfen wir die Aufarbeitung Ihrer Familiengeschichte auch in den nächsten Jahren erleben?

(Heiterkeit im ganzen Hause - Klaus Brandner

[SPD]: Wenn es der Sache dient, mit Sicherheit!)

Waltraud Lehn (SPD):

Herr Kollege, ich bin die Älteste von elf Kindern.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Wer wie die PDS allein in dem Bereich Arbeit und Soziales zusätzlich pro Jahr 26,4 Milliarden Euro ausgeben will, wer den Rentenversicherungsbeitrag auf 28 Prozent erhöhen will, der zieht nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieses Landes das Geld aus der Tasche, sondern er erhöht auch fahrlässig die jährliche Zinslast um mindestens 1 Milliarde Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Zurufe von der LINKEN)

- Ich kann verstehen, dass Sie das irritiert.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Aber Sie müssen bei den Fakten bleiben!)

Sie sind nicht nur Trautmäntler - würde man Sie so bezeichnen, wäre das wirklich geschmeichelt -, sondern Sie sind in dem, was Sie machen, absolut fahrlässig.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Klaus Brandner [SPD]: Es gibt nicht nur Überflieger, es gibt auch Unterflieger!)

In den letzten 18 Monaten ist die Zahl der arbeitslosen Menschen in Deutschland um 1,3 Millionen zurückgegangen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr um eine halbe Million gestiegen. Diese Zahlen machen doch Mut. Diese Zahlen sind doch der Lohn für Anstrengung und Arbeitsleistung der Menschen in diesem Land. Diese positive Entwicklung geht doch nicht nur auf die Weltwirtschaft zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich haben auch die weltwirtschaftliche Situation und die Reformleistungen dieser Bundesregierung und die ihrer Vorgängerin dazu beigetragen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Bis zu 28 Prozent sind auch bereit, Ihnen das zu danken!) Möglich gemacht haben das aber vor allen Dingen die Menschen in diesem Land, die arbeiten, die sich aufmachen, die sich umorientieren, die Lohnverzicht geübt haben und die viel Negatives eingesteckt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In dieser Situation dürfen wir uns nicht zurücklehnen nach dem Motto: Auftrag erledigt. Die Menschen dürfen zu Recht erwarten, dass wir weitere Anstrengungen unternehmen. Viel zu viele sind noch arbeitslos. Sie haben recht: Viel zu viele warten vergeblich auf einen Ausbildungsplatz. Ich glaube, dass da wirklich noch eine ganze Menge zu tun ist.

In letzter Zeit wird viel darüber gesprochen, dass man den arbeitslosen Menschen mehr Geld zahlen muss. Ich unterstütze die Initiative von Franz Müntefering, den Regelsatz objektiv zu überprüfen. Noch viel besser, noch wirkungsvoller ist es aber, die Menschen in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Hier sehe ich zwei Handlungsfelder: mehr und zielgenauere Förderung auf der einen Seite und eine erhöhte Anpassungsfähigkeit des Sozialstaates auf der anderen Seite.

Was heißt das nun? Ich sage: Die Maßnahmen müssen zielgenauer sein. Ich verweise zum Beispiel auf das von uns beschlossene Programm, das direkt auf Langzeitarbeitslose und Jugendliche zielt. Das ist der richtige Ansatz.

Wir brauchen Instrumente, mit denen wir die Problemgruppen direkt ansprechen; denn besondere Probleme erfordern spezielle Lösungen.

Deswegen ist es wichtig und richtig, dass vor Ort im nächsten Jahr mehr Geld für Eingliederung, also für Förderung, zur Verfügung steht als jemals zuvor. Insgesamt werden wir 6,4 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um erwerbsfähige Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II wieder in Arbeit zu bringen. Der Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales macht mit 124 Milliarden Euro - das haben wir heute schon mehrfach gehört - über 40 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes aus. Jeder zweite Euro, den wir ausgeben, ist ein Euro für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Es ist aber nicht die Höhe dieser Ausgaben, die darüber entscheidet, wie die Qualität des Sozialstaats ist.

Das bringt mich zu einem weiteren Punkt, zu der

Anpassungsfähigkeit des Sozialstaats. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen lassen soziale Probleme in den Hintergrund treten und neue entstehen. Ein Sozialstaat ist umso besser, je mehr, aber vor allen Dingen auch je schneller er sich auf veränderte Bedürfnisse einstellt. Insgesamt arbeiten derzeit mehr als 1 Million Menschen, ohne dadurch ihren Bedarf decken zu können. Deswegen erhalten sie ergänzend Arbeitslosengeld II; sie sind - so der Fachbegriff - sogenannte Aufstocker. Dieser Begriff verschleiern jedoch die Realität. Hieran wird deutlich - das sage ich auch in Richtung unseres Koalitionspartners -, dass eine schlechte Bezahlung nicht nur den Beschäftigten, sondern auch dem Staat, das heißt dem Steuerzahler, teuer zu stehen kommt.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das habe ich doch gerade gesagt!)

Unternehmen profitieren hier nahezu verdeckt und unerkannt, klammheimlich bis sittenwidrig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Genau so ist es!)

Der geplante Erwerbstätigenzuschuss ist für die Betroffenen ein richtiger Schritt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wie soll das denn gehen, Frau Lehn?)

Er soll verhindern, dass Menschen ergänzend Arbeitslosengeld II erhalten müssen, wenn ihr Lohn das Existenzminimum nicht sichert.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die erscheinen ja nicht mehr in der Statistik!)

Aber das Problem selbst kann auch dieses Instrument nicht lösen. Wo Sozialpartner keine existenzsichernden Löhne vereinbaren, da sind wir als Gesetzgeber gefragt. Wenn Unternehmen nicht bereit sind, die Beschäftigten trotz steigender Gewinne anständig zu bezahlen, werden sie zu Schwarzfahrern unserer Gesellschaft. Sie nutzen staatliche Maßnahmen - Steuersenkungen, Infrastrukturmaßnahmen, Bildungsstandards - aus, ohne sich an den Kosten zu beteiligen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum haben Sie ja eine Unternehmensteuerreform gemacht, die Milliarden kostet!)

Deswegen wollen wir den Mindestlohn, und wir werden uns auch weiter dafür einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu einem anderen Thema sagen, das, glaube ich, viele von uns sehr beschäftigt. Mit großer Sorge haben wir in den letzten Wochen die Zahlen über Kinderarmut in Deutschland lesen müssen. Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass es in unserem Land Kinderarmut ausgeprägt schon lange gibt, allerdings in sehr verdeckter Form.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Das macht es ja nicht besser!)

Als es noch die Trennung zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II gab, wurde über diese Zahlen nicht in dem Maße geredet, wie ich mir das manchmal gewünscht hätte; es ist eben verdeckt gewesen. Heute, auch dank der Reformen, ist transparent, wer unter diesen Bedingungen lebt. Das ist deswegen gut, weil es uns

zwingt, weil es mehr Menschen zwingt, darüber nachzudenken, was man tun kann.

Wir von der SPD-Fraktion unterstützen ausdrücklich die Überlegung der Bundesregierung, Unterstützungsleistungen für Kinder im System der Grundsicherung anzupassen.

Es muss uns gelingen, hierfür schnell wirksame Lösungen zu finden. Wenn Kinder allgemein als unsere Zukunft bezeichnet werden, dann müssen wir dafür sorgen, dass unsere Zukunft nicht arm ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun garantiert eine Erhöhung der Sätze allein aber nicht, dass Kinder davon profitieren.

(Andrea Nahles [SPD]: So ist es!)

Wir müssen Hilfen entwickeln - der Minister hat bereits darauf hingewiesen -, die den Kindern direkt zugute kommen. Es ist eine direkte Hilfe, wenn arme Kinder kostenfrei im Kindergarten betreut werden,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

wenn sie alles erhalten, was sie zum Schulbesuch brauchen, also eine echte Lernmittelfreiheit,

(Beifall bei der SPD)

wenn sie ein gesundes Frühstück bekommen, wenn Familienhelfer dazu beitragen, dass Kinder regelmäßig und pünktlich zur Schule gehen, wenn Schulveranstaltungen und Klassenfahrten kostenfrei sind oder wenn das Erlernen eines Instruments oder der Sport nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist: Für viele dieser Fragen sind die Städte, die Gemeinden, die Länder, aber auch die Gesellschaft - zum Beispiel die Vereine - insgesamt zuständig. Deswegen müssen Lösungen auch gemeinsam vereinbart werden. Wer Kinderarmut wirklich wirkungsvoll bekämpfen will, der muss vernetzt denken und handeln, und Zuständigkeiten müssen geklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist gut für die Menschen in unserem Land. Dennoch liegen Aufgaben vor uns, die wir entschlossen anpacken müssen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf schaffen wir diese Voraussetzungen. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Heinrich Kolb von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bisherige Aufschwung ist nicht der Aufschwung der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Bevor Sie sich aufregen, Frau Nahles: Dieser Satz stammt nicht von mir, auch wenn ich ihn inhaltlich voll teile, sondern von Jürgen Thumann, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Thumann sagt weiter:

... insgesamt jedoch hat die Bundesregierung aus den verbesserten Wirtschaftsperspektiven zu wenig

Reformkapital geschlagen.

Dann kommt er zu dem Ergebnis:

Wesentliche Strukturreformen liegen noch vor uns. Das Reformtempo muss nicht gedrosselt, sondern erhöht werden, der Rückenwind der guten Konjunktur muss konsequent genutzt werden. Dass im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs auch die Zuversicht und das Zukunftsvertrauen der Bürger deutlich gestiegen sind, ist dabei die Chance der Politik.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein klar umrissenes Bild der Handlungsnotwendigkeiten zur Mitte der Legislaturperiode. Es gilt, in die Hände zu spucken und nicht die Hände in den Schoß zu legen.

(Beifall bei der FDP)

Im krassen Gegensatz dazu stehen die Ankündigungen aus der Koalition, insbesondere der SPD, die nicht eine Fortsetzung der Reformen, sondern das Ende der Reformpolitik nahelegen. Kurt Beck, nicht der Onkel Otto, sondern eher der Problembär der SPD, hat es so formuliert: Die Zeit der großen Zumutungen muss erst einmal vorbei sein.

(Waltraud Lehn [SPD]: Recht hat er!)

Noch krasser geht Ottmar Schreiner mit den Ergebnissen der Großen Koalition ins Gericht: Wir brauchen kein Weiter so, sondern einen Bruch mit einer gescheiterten Politik. Wen wundert es angesichts derart schwindenden Mutes noch,

(Beifall bei der LINKEN)

dass das Wort Reform in dem Abschlusspapier der Regierungsklausur von Meseberg mit ganz wenigen Ausnahmen keine Rolle mehr spielt?

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Werben Sie jetzt für die Konzepte von Herrn Schreiner?)

Das haben Sie offensichtlich übersehen. Auch wenn Sie eine Große Koalition der kleinen Schritte sein wollen, die Füße müssen Sie schon noch heben. Das habe ich in Meseberg vermisst.

(Beifall bei der FDP)

Um es auf den Punkt zu bringen: Die schwarz-rote Bundesregierung, die sich von Koalitionsrunde zu Koalitionsrunde und von faulem Kompromiss zu faulem Kompromiss quält, will sich offensichtlich in den kommenden zwei Jahren auf die Verteilung der konjunkturellen Windfall-Profits beschränken, anstatt den Rückenwind der wirtschaftlichen Erholung für weitere Reformen zu nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eindeutig zu wenig; denn auch dieser Aufschwung wird wie alle vorhergehenden einmal zu Ende gehen. Die Aufgaben, die angepackt werden müssen, damit wir im nächsten Abschwung keine allzu harte Landung erleben, liegen offen auf dem Tisch.

Nehmen wir die Sozialversicherung: Ihre Halbzeitbilanz ist hier, Herr Müntefering, wirklich ein Trauerspiel:

In allen Zweigen der Sozialversicherung mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung wurden unter der Großen Koalition die Beiträge erhöht, oder es stehen Erhöhungen unmittelbar bevor. Selbst da, wo Sie Senkungen



vorgenommen haben, wurden die Spielräume nicht oder nur unzureichend genutzt.

Mit der Geschicklichkeit eines Hütchenspielers, Herr Müntefering, verschieben Sie vor den Augen der Öffentlichkeit im Bundeshaushalt Einnahme- und Ausgabepositionen der Sozialversicherung, sodass einem schon vom Zuschauen ganz schwindlig wird. Noch schwindlicher wird aber den Bürgern unseres Landes, wenn sie am Ende des ganzen Zaubers feststellen, was ihnen tatsächlich im Portemonnaie verbleibt. Eine vierköpfige Familie muss in diesem Jahr ganze 1 400 Euro Mehrbelastung verkraften. Das sind keine Peanuts. Das ist viel Geld. Deswegen fordere ich, Herr Müntefering, im Namen der FDP-Bundestagsfraktion und auch der Menschen in diesem Lande: Münze, rück' die Kohle raus!

(Beifall bei der FDP)

Geben Sie den Menschen, wo immer möglich, ihr Geld zurück! Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung kann mindestens auf 3,5 Prozent, wahrscheinlich sogar auf 3,2 Prozent gesenkt werden. Worauf warten Sie eigentlich noch?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Dr. Kolb, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Niebel?

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Sehr gerne.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hatten Sie keine Fraktionssitzung?)

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege. - Sie haben ja gerade die Spielräume für Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung beschrieben. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir erklären könnten, ob ich das richtig in Erinnerung habe,

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Der hat sich total vom Herrn Thumann briefen lassen!)

dass die CDU im Bundestagswahlkampf gesagt hat, sie wolle die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen und das dadurch eingenommene Geld zu 100 Prozent in die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stecken.

(Andrea Nahles [SPD]: Ist das eine Frage?)

Herr Müntefering sagte, die Merkel-Steuer würde teuer, und wollte das verhindern. Er hat dann aber einer Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte zugestimmt, wobei dann die Einnahmen in Höhe von 1 Prozentpunkt zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet werden sollten.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Wo ist die Frage?)

Nun hat das Bundeskabinett ein Gesetz beschlossen

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Frage!)

- die Frage habe ich am Anfang gestellt, Herr Fuchtel -, durch das die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,9 Prozent gesenkt wurden. Daraufhin wurde aber auch beschlossen,

(Zuruf von der LINKEN: Frage!)

die der Arbeitslosenversicherung zugeflossenen Mehreinnahmen aus dem 1 Prozentpunkt bei der Mehrwertsteuer

in den Haushalt von Herrn Steinbrück umzulenken.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Er hat wohl keine Redezeit erhalten!)

Habe ich es also richtig verstanden, dass von den ursprünglich für die Arbeitslosenversicherung vorgesehenen Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung, die ja zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung genutzt werden sollten, bei der Arbeitslosenversicherung nichts mehr verblieben ist?

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Das haben Sie nach meiner Kenntnis richtig verstanden, Herr Kollege Niebel. Das ist so.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Deswegen sagte ich ja, das, was hier zutage tritt, entspreche der Manier eines Hütchenspielers.

Was mich in diesem Zusammenhang auch sehr stört, ist, dass sich die Koalition offensichtlich nicht mehr an die eigenen Festlegungen im Koalitionsvertrag gebunden fühlt. Der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung sollte dauerhaft auf unter 40 Prozent gesenkt werden.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ist er schon!)

Wir stehen heute bei 40,9 Prozent. Deswegen wäre genau jetzt der Zeitpunkt für eine größtmögliche Beitragssenkung auch in der Arbeitslosenversicherung.

(Beifall bei der FDP - Hartwig Fischer [Göttingen])

[CDU/CSU]: Vielleicht sprechen Sie

in der Fraktion mal wieder miteinander!)

Nehmen wir die Arbeitsmarktpolitik: Volker Kauder hat gestern an dieser Stelle gesagt, jetzt gehe es darum, zu handeln und das Land voranzubringen. Ich frage mich nun, wie sich mit dieser Absichtserklärung die skurrile Debatte um einen Mindestlohn, die jedenfalls aus Sicht der SPD rein wahltaktisch begründet ist, vereinbaren lässt. Schon ganz allgemein darf festgestellt werden, dass Mindestlöhne unser Land nicht voranbringen, sondern vielen schaden, und zwar insbesondere den Menschen mit einer geringen Qualifikation,

(Widerspruch bei der SPD)

die durch Mindestlöhne dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP])

In den letzten Tagen, seit der Regierungsklausur von Meseberg, treibt dieses Thema nun besondere Blüten. Es soll jetzt nämlich in der Branche der Postdienstleistungen ein Tariflohn als Mindestlohn eingeführt werden, den der Arbeitgeberverband Postdienste - das ist im Wesentlichen die Deutsche Post - und die Gewerkschaft

Verdi vereinbart haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Einführung dieses Mindestlohns, die Sie, Herr Müntefering, mit Macht betreiben, vor allem Wettbewerber der Post vom Markt fernhalten soll und damit zumindest indirekt die Liberalisierung verhindert werden soll.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das ist eine Hypothese!)

Man kann es auch so formulieren: Die Einführung eines von der Post bestimmten Mindestlohns bei gleichzeitiger Fortführung der Mehrwertsteuerbefreiung der Deutschen Post ist die Fortführung des Postmonopols mit anderen

Mitteln. Das schadet unserem Land.

(Beifall bei der FDP)

Die Kunden, die eine solche Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen, werden am Ende die Zeche zu zahlen haben. Herr Kauder, es geht Ihnen hier wie dem Zauberlehrling in Goethes gleichnamigem Gedicht: Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los!

Ich sage Ihnen voraus, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, Sie werden von der SPD beim Thema Mindestlohn Stück für Stück über den Tisch gezogen werden. Es war eine Schnapsidee, anzunehmen, der ordnungspolitische Sündenfall, den Sie schon im Koalitionsvertrag zugelassen haben, könne begrenzt und eingedämmt werden.

Besonders pikant wird das Ganze - das richtet sich jetzt an die Adresse der SPD -, wenn man weiß, dass bei der Vergabe der Versendung der Berliner Behördenpost die luxemburgische PIN Group, die deutlich unter der Deutschen Post entlohnt, den Zuschlag des - wohlgemerkt: rot-roten - Berliner Senats für ein weiteres Jahr erhalten hat. Dazu kann ich nur sagen: Das ist verlogen und erinnert mich in fataler Weise daran, dass die SPDFraktion, obwohl sie längst Forderungen nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro erhoben hatte, eigene Mitarbeiter deutlich schlechter bezahlte. So geht das nicht.

(Beifall bei der FDP)

Aber es geht noch weiter: In den letzten Tagen haben sich die DGB-Gewerkschaften zunehmend auf die boomende Zeitarbeit eingeschossen. Anstatt sich zu freuen, dass allein im letzten Jahr fast 180 000 Menschen, von denen viele zuvor arbeitslos waren, über Zeitarbeit eine neue Beschäftigung gefunden haben, werden nun Forderungen erhoben, den rechtlichen Rahmen für die Zeitarbeit wieder enger zu fassen und die Einstellung von Leiharbeitern überhaupt von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig zu machen. Das ist absurd und verkennt eindeutig Ursache und Wirkung.

Ich sage Ihnen: Wer nicht bereit ist, beim Kündigungsschutz die Weichen neu zu stellen, darf sich am Ende nicht wundern, wenn die Unternehmen in einem erfreulichen, aber sicher auch endlichen Konjunkturhoch in die Zeitarbeit ausweichen. Was ist denn die Alternative? Für mich gilt: Ein Arbeitsplatz in einem Zeitarbeitsunternehmen ist allemal besser als Arbeitslosigkeit.

Für mich steht außer Zweifel, dass alle Betroffenen, die vor genau dieser Alternative stehen, das ebenso sehen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Letztes. Seit einiger Zeit wird eine Debatte über sogenannte gute Arbeit geführt. Hier muss sich der DGB fragen lassen, ob er nicht pharisäerhaft handelt. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die Gewerkschaften, die mit ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ganz maßgebend zu einem Anstieg des Arbeits- und Zeitdrucks in den Unternehmen beigetragen haben, diesen Umstand scheinheilig beklagen.

Ich meine, solange in Deutschland 3,7 Millionen Menschen ohne jede Arbeit sind, sollten wir keine Diskussion über sogenannte gute Arbeit beginnen. Denn was ist denn die Konsequenz, wenn jemand keine gute Arbeit hat? Ist sie dann unzumutbar? Besteht für denjenigen,

der unverschuldet keine gute Arbeit hat, Anspruch auf staatliche Unterstützung? Der Grundton dieser Diskussion erinnert mich an Pippi Langstrumpf: Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt. - Mit der Realität einer Volkswirtschaft in einer globalisierten Welt hat diese Diskussion nichts, aber auch wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Fazit: Zur Mitte der Legislaturperiode präsentiert sich die Große Koalition als Verein zur Verhinderung eines dauerhaften Aufschwungs und zur nachhaltigen Reformverweigerung. Wichtige Reformbaustellen werden nicht bearbeitet. Dort, wo es Bewegung gibt, geht sie in die falsche Richtung. Aber mit Selbstgefälligkeit allein werden Sie und wird unser Land die Zukunft nicht gewinnen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Ralf Brauksiepe von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Knapp 130 Milliarden Euro umfasst der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Wenn man den gesamten Bereich der sozialen Sicherung, also auch diejenigen Leistungen der sozialen Sicherung, die in anderen Haushalten enthalten sind, einbezieht, dann kann man feststellen: 49,7 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes fließen in diesen Bereich. Dieses Land hat zwar soziale Probleme; dieses Land hat aber vor allem auch einen gut ausgebauten Sozialstaat. Wer etwas anderes behauptet, täuscht die Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Situation für die Opposition hier im Hause immer verzweifelter.

(Lachen bei der FDP und der LINKEN)

Diese Verzweiflung kommt auch in den Reden, die wir hier gehört haben, zum Ausdruck. Herr Kollege Kolb, in der Vergangenheit haben Sie noch behauptet, es seien Jürgen Klinsmann und der milde Winter gewesen, die die Lage auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt hätten. Jetzt trauen Sie sich das nicht mehr zu sagen, sondern verstecken sich hinter anderen und sagen, diese hätten dies behauptet.

Frau Pothmer läuft mit Scheuklappen durch das Land.

Frau Pothmer, Sie sollten die blühenden Landschaften, die es in diesem Land gibt, einmal wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der größte Fachkräftemangel besteht bei den Arbeitsmarktpolitikern Ihrer Fraktion; das muss man einmal

feststellen. Dort gibt es einen Fachkräftemangel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Wahrheit ist doch: Politik ist, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeht, nicht allmächtig und nicht ohnmächtig. Wenn die Politik keinen Einfluss hätte, wäre es unsinnig, dass wir uns bei den Wählerinnen

und Wählern um ein Mandat bewerben. Wahr ist auch: Wir haben nie für uns in Anspruch genommen, dass wir das, was geschafft worden ist, alleine geschafft haben. Das ist eine große Gemeinschaftsleistung in diesem Land, an dem diese Bundesregierung und die Große Koalition ihren Anteil haben.

Ich möchte die Zahlen noch einmal in Erinnerung rufen: 666 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, 633 000 Erwerbstätige mehr, 526 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr. Ich möchte auch den Zweijahresvergleich nennen: Verglichen mit der Zeit vor zwei Jahren, als die Grünen noch in der Regierung waren, haben wir 1 023 000 Arbeitslose weniger und 702 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr, etwa die Hälfte in Vollzeitstellen.

Dazu sage ich Ihnen, Herr Kollege Kolb: Wir, die CDU/CSU, sind stolz auf diese Bilanz. Im Übrigen freuen wir uns über jeden zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz, egal in welcher Branche.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]:

Wir auch!)

Wir sind stolz auf die erreichte Entwicklung. Wir haben über 1 Million offene Stellen in Deutschland; das sind 185 000 mehr als vor einem Jahr. Deswegen ist es richtig, dass wir die Politik des Förderns und Forderns fortsetzen; denn 1 Million Stellen sind immer noch zu wenig für 3,7 Millionen Arbeitslose. Es gibt aber erhebliche Potenziale, die Menschen zu den offenen Stellen zu bringen. Deswegen ist Fördern und Fordern weiterhin das richtige Konzept.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In der Diskussion darüber, wie weit wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken, ist zu unseren Forderungen hier das Nötige gesagt worden. Wenn wir diese Debatte führen, müssen wir immer sehen: Es ist eine absolute Luxusdiskussion, die wir hier führen können. Es geht nämlich um die Frage: Wohin mit den Überschüssen? Was hat denn über Jahre hier die Diskussion bestimmt? Da ging es doch um die Frage: Wie stopfen wir neue Löcher, die sich ergeben haben? Unter dieser Bundesregierung wird solide kalkuliert, werden Erwartungen im positiven Sinne übertroffen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es gehört auch zur Wahrheit, dass wir die Lohnzusatzkosten schon jetzt unter 40 Prozent gesenkt haben. Wenn wir es schaffen, einen Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 3,5 Prozent zu erreichen, dann führt das über die Jahre der Großen Koalition zu einer Gesamtentlastung der Beitragszahler um über 20 Milliarden Euro.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Den größten Teil des Weges dorthin sind wir schon gegangen. Das ist genau die richtige Botschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Brauksiepe, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kolb?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Bitte schön, Herr Kolb.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Brauksiepe, können Sie mir das einmal vorrechnen? Ich komme für das Jahr 2007 auf einen

Gesamtsozialversicherungsbeitrag

- da lasse ich die Unfallversicherung

sogar außen vor - von 40,9 Prozent. Für

das Jahr 2008, nach Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

und Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrags

- das ist ja der Sinn der Übung -, komme ich

auf einen Gesamtbeitrag von 40,85 Prozent, vorbehaltlich

zu erwartender Beitragserhöhungen in der gesetzlichen

Krankenversicherung. Können Sie mir sagen, wie

Sie behaupten können, die Lohnzusatzkosten lägen

schon heute unter 40 Prozent?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Kollege Kolb, wir haben Ihnen das schon mehrfach vorgerechnet.

(Jörg van Essen [FDP]: Noch nie überzeugend!)

Wenn Sie die Beiträge zur Rentenversicherung, die

durchschnittlichen Beiträge zur Krankenversicherung,

den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und zur Pflegeversicherung

zusammennehmen, dann kommen Sie,

insbesondere was den Arbeitgeberbeitrag angeht - darum

geht es Ihnen ja insbesondere, dieser liegt Ihnen besonders

am Herzen -, auf klar unter 20 Prozent. Wir

werden diesen Weg der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

weitergehen.

Diese Regierung senkt die Sozialversicherungsbeiträge.

Sie können zwar immer sagen, das reiche Ihnen alles

nicht; aber Sie sollten zumindest zur Kenntnis nehmen,

dass dies unser Weg ist: Wir senken die

Abgabenbelastung; wir haben das schon getan und wir

werden das auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Erlauben Sie eine Nachfrage des Kollegen Kolb?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Ja, wenn es nicht die gleiche Frage ist, dann bin ich

dazu bereit.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Es geht nicht um die gleiche Frage. Herr Kollege

Brauksiepe, Sie müssen schon davon ausgehen, dass wir

Ihren Koalitionsvertrag gelesen haben. Da ist die Rede

davon, dass der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung

dauerhaft unter 40 Prozent gesenkt werden soll; da ist

nicht die Rede davon, dass der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung

dauerhaft unter 20 Prozent gesenkt

werden soll. Die Menschen, die in der Krankenversicherung

mit einem Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent belastet

werden, müssen diesen sehr wohl zahlen. Wir reden hier

nicht über Luft, sondern über konkrete Belastungen der

Menschen. Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge

deutlich über 40 Prozent. Deswegen ist jetzt jeder Spielraum für Beitragssenkungen auszunutzen. Stimmen Sie mir zu?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Kollege Kolb, ich stimme Ihnen nicht zu. Wir sind hinsichtlich des Ziels, die Beiträge zu senken, auf dem richtigen Weg; wir haben da auch schon etwas erreicht. Ich stimme Ihnen in einem Aspekt zu: Wir werden, soweit es Spielräume dafür gibt, das seriös zu finanzieren, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung weiter senken. Ich bitte, das doch auch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir reden doch nicht über das Ob, also nicht über die Frage, ob wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken, sondern wir reden nur noch über die Frage, in welchem Ausmaß wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung über das hinaus senken, was im Koalitionsvertrag steht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja, und wann!)

Dort stehen 4,5 Prozent. Wir sind bei 4,2 Prozent und werden mindestens auf 3,9 Prozent heruntergehen. Wir wollen ihn aber noch weiter senken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das müsste eigentlich auch der Kollege Kolb merken!)

Diesen Weg sollten Sie eigentlich anerkennen, Herr Kollege Kolb.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen natürlich, dass der Aufschwung die verschiedenen Gruppen am Arbeitsmarkt bisher unterschiedlich erreicht hat. Diejenigen, die gut qualifiziert und erst kurze Zeit arbeitslos sind, sind schneller wieder in Arbeit zu vermitteln, als Menschen, die langzeitarbeitslos sind. Deswegen sage ich hier auch ganz deutlich: Wir werden das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium weiter durchforsten. Wir werden es übersichtlicher gestalten und die Zahl der Instrumente reduzieren; das ist richtig. Wir haben das beispielsweise bei der Förderung von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit auch schon getan. Wir haben Ihre Ich-AG abgeschafft und aus zweien eins gemacht. Wir werden den Weg weitergehen.

Wir bekennen uns aber auch dazu, dass wir für die Gruppen, die besondere Probleme am Arbeitsmarkt haben und durch die Marktkräfte allein nicht in Beschäftigung gebracht werden können, etwas tun. Deswegen haben wir besonders für Jugendliche und für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose neue, zusätzliche Maßnahmen ergriffen, die in diesen Tagen, so denke ich, auch Zustimmung im Bundesrat finden werden und dann in Kraft treten. Das sind Programme für Menschen, die weiterhin unsere Hilfe brauchen. Dafür schämen wir uns nicht. Es ist richtig, dass wir als Große Koalition dies getan haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden die geschlossenen Vereinbarungen - auch zu den tariflichen Mindestlöhnen - umsetzen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiß Herr Kauder das?)

Sie werden durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Modernisierung des Gesetzes

über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen im Gesetzgebungsverfahren konkretisiert. Ich sage Ihnen voraus: Dies wird auch ein wichtiger Beitrag dafür sein, dass dort, wo es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst wollen und vereinbaren, auf tarifliche Weise verhindert wird, dass es Armutslöhne in Deutschland gibt. Wir wollen, dass für jeden in Deutschland gilt, dass derjenige, der eine anständige Arbeit macht, dafür auch anständig bezahlt wird.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das können die Tarifparteien besser als der Staat. Deswegen haben wir diese Vereinbarung getroffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Brauksiepe, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pothmer?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Aber gerne, Frau Pothmer.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jede Verlängerung der Redezeit ist willkommen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Brauksiepe, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie mit Ihrer Aussage den Arbeitsminister Müntefering auffordern, dem Antrag, den die Postgewerkschaft und die Postdienstleister gestellt haben, nämlich ihren Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären, stattzugeben?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Frau Kollegin Pothmer, Sie haben mich dann richtig verstanden, wenn Sie verstanden haben, dass das gilt, was die Koalition vereinbart hat und was auch in Meseberg vereinbart worden ist.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer weiß das denn?)

Es wird zu prüfen sein, inwieweit die Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Prüfung nehmen wir vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Seien Sie sich ganz sicher: Das werden wir sorgfältig und gleichzeitig zügig tun.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Auch die Frau Kollegin Pothmer würde gerne noch eine Nachfrage stellen. Erlauben Sie das?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sind Sie der Auffassung, dass die Behauptung von Herrn Kauder, dass diese Vereinbarung nicht dem entspricht, was in Meseberg besprochen worden ist, falsch ist?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Frau Kollegin Pothmer, es ist unsere gemeinsame Auffassung in der Großen Koalition, dass wir das tun, was in Meseberg vereinbart worden ist. Dort wurde vereinbart, dass die Postdienstleistungen noch in diesem Jahr ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden, wenn die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Das ist unsere gemeinsame Auffassung.



Sie sind natürlich wie immer ein bisschen schlauer. Sie haben die Prüfung schon abgeschlossen; das ist klar. Wir prüfen im Gegensatz zu Ihnen sorgfältig. Darum wird es noch ein paar Wochen dauern. Dann werden wir dieses Problem gelöst haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nach zweijähriger Amtszeit der Großen Koalition möchte ich auch noch etwas zu den sozialen Sicherungssystemen - insbesondere auch zur Rentenversicherung - sagen; denn wir haben gerade in diesen zwei Jahren gemerkt: Die beste Sozialpolitik ist eine gute Arbeitsmarktpolitik und eine gute Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftliche Dynamik, die in diesem Land wieder entfaltet worden ist, hat positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme. Erinnern wir uns an den Herbst des Jahres 2005, als die Wählerinnen und Wähler die Grünen zur kleinsten Fraktion in diesem Hause gemacht haben. Im November 2005 gab es ein Loch in der Rentenkasse in Höhe von 636 Millionen Euro. Erstmals in ihrer Geschichte brauchte die Rentenversicherung ein Darlehen des Finanzministers.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: So war es! Genau!)

Sie von den Grünen waren mit Ihrer Politik maßgeblich daran beteiligt, dass es bei der Rente zu ständigen Finanzkrisen, zu Nullrunden für die Rentner und gleichzeitig zu einem Abbau der Rentenrücklage kam.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Das waren die Grünen!)

Sie haben allein zwischen 2002 und 2005 die Rücklage um 12 Milliarden Euro abgebaut. Das ist das Gegenteil von nachhaltiger und generationengerechter Politik. Dafür können Sie sich heute noch schämen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben in der Großen Koalition den gegenteiligen Weg beschritten. Die Rentnerinnen und Rentner nehmen wieder am wirtschaftlichen Aufschwung teil.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Schon mal was von Inflationsrate gehört?)

Auch hier stellt man fest, dass die Bundesregierung eher vorsichtiger kalkuliert, als sie es nach den vorliegenden Zahlen eigentlich müsste. Wir konnten noch im Rentenbericht 2006 nicht davon ausgehen, dass vor dem Jahr 2009 Rentensteigerungen möglich sind. In diesem Jahr ist die erste - wenn auch geringe - Rentensteigerung wieder möglich gewesen. Heute lesen wir, dass das Kieler Institut für Weltwirtschaft für das nächste Jahr einen deutlichen Rentenanstieg erwartet. Wir versprechen das heute noch nicht, weil die endgültigen Zahlen noch nicht vorliegen. Aber wir können klipp und klar feststellen: Es geht auch für die Rentnerinnen und Rentner in diesem Lande wieder aufwärts, wenn es insgesamt wirtschaftlich aufwärts geht.

Wir haben den Beitragssatz stabilisiert und haben mit dem Aufbau einer Rentenrücklage begonnen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Jahren eine Rücklage von 1,5 Monatsausgaben erreichen werden.

Wir haben mit der Rente mit 67, die wir gegen erhebliche

Widerstände eingeführt haben, die gesetzliche Rente letztlich langfristig zukunftssicher und generationengerecht ausgestaltet. An der Stelle sei auch gesagt - Ehre, wem Ehre gebührt -, dass die Grünen die einzige Oppositionsfraktion waren, die hier anerkannt haben, dass es bei einer längeren Lebenserwartung natürlich notwendig ist, dass die, die es können, länger arbeiten. Sie von der FDP drücken sich leider bis heute um diese Frage herum. Sie sagen zwar, jeder solle mit 60 in Rente gehen können. Um die Antwort auf die Frage, wo eigentlich die Grenze liegt, von wo an Zuschläge gewährt und Abschläge fällig werden, drücken Sie sich aber bis heute.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Zuschläge!)

Wir machen uns da keinen schlanken Fuß. Wir haben in dem Wissen, mit dieser Entscheidung keine Popularitätspreise gewinnen zu können, die Weichen mit der Rente mit 67 richtig gestellt. Wir haben das in einer Situation geschafft - auch daran sei noch einmal erinnert -, in der wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit insgesamt von 15,2 Prozent haben, bei den über 50-Jährigen einen Rückgang um 15,7 Prozent und bei den über 55-Jährigen einen Rückgang um 18,2 Prozent. Das heißt, unsere Rentenpolitik und unsere Politik für mehr Beschäftigung auch für Ältere haben sich ausgezahlt. Auch darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Brauksiepe, Sie haben mit Ihren letzten Ausführungen beim Kollegen Kolb den Wunsch nach einer Zwischenfrage ausgelöst. Sind Sie bereit, diese entgegenzunehmen? Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kolb.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der will uns jetzt das gute Rentenkonzept der FDP erläutern!)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Ich bedanke mich für das forsche Ja.

Herr Kollege Brauksiepe, Sie haben die Rente mit 67 und dankenswerterweise auch das Konzept der FDP angesprochen.

Ja, wir wollen einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, der ab 60 beginnen soll, bei Wegfall der Zuverdienstgrenzen, die heute viele Rentner davon abhalten, aus eigener Kraft sich ihren Lebensstandard zu sichern. Wir wollen Zuschläge für diejenigen, der länger arbeitet, und wir wollen keine, wie es heute der Fall ist, Abschläge, die heute von einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren und künftig von 67 Jahren ausgehend berechnet werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zuschläge auf welcher Basis, Herr Kollege? - Elke Ferner [SPD]: Das ist doch nur die halbe Wahrheit!

Sie sehen doch auch Abschläge vor in Ihrem Konzept! Lügen Sie doch hier nicht herum!)

Wir haben in der Vergangenheit ältere Menschen aus dem Erwerbsleben regelrecht herausgedrängt. Sie tragen da eine maßgebliche Verantwortung.

(Klaus Brandner [SPD]: Da waren Sie doch dabei! Da waren Sie in der Regierungsverantwortung! Heucheln Sie doch nicht herum! Sie haben es mit Blüm gemacht! Da waren Sie Staatssekretär! - Waltraud Lehn [SPD]: Wer nicht denken kann, hat auch kein Gedächtnis!)  
Wir wollen, dass Menschen auf der Basis dessen, was sie sich individuell für das Alter erarbeitet haben, bestimmen können, wie sie den Übergang gestalten.  
Meine Frage lautet: Stimmen Sie mir zu, dass das FDP-Konzept das viel intelligentere und modernere Konzept ist als die starre Anhebung einer Regelaltersgrenze?  
(Dirk Niebel [FDP]: Herr Müntefering ist auch über 67 und arbeitet noch!)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Kollege Kolb, wir machen keine Politik, die Frühverrentungsanreize setzt. Wir setzen klare Rahmenbedingungen in der Rentenpolitik. Ich will die Schwammigkeit Ihres Konzepts nur an dem von Ihnen angesprochenen Thema Hinzuverdienste deutlich machen. Jeder, der im gesetzlichen Rentenalter ist, kann in Deutschland zu der Rente so viel hinzuverdienen, wie er will. Grenzen bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten bestehen nur für diejenigen, die in Frührente sind. In Ihrem Konzept müssten Sie erst einmal definieren, wer Frührentner ist. Ist der 60-Jährige nach Ihrer Definition gar kein Frührentner mehr, weil man ja mit 60 in Rente gehen kann? Ist in Zukunft der 65-Jährige noch Frührentner, weil das Renteneintrittsalter bei 67 liegt, oder nicht? Sie haben diese Frage überhaupt nicht beantwortet.

(Elke Ferner [SPD]: Reden Sie nicht so einen Schwachsinn, Herr Kolb!)

Herr Kolb, Sie haben sich auf mehreren Parteitage mit dieser Frage beschäftigt. Vermutlich brauchen Sie noch ein paar Parteitage; denn bisher drücken Sie sich um die Wahrheit herum.

(Elke Ferner [SPD]: Nein! Er erzählt nur die halbe Wahrheit!)

Ich finde, wir können stolz auf das sein, was wir in der Großen Koalition auf diesem Gebiet geleistet haben.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Katja Kipping von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Sommer haben verschiedene Politiker für eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze geworben, und zwar insbesondere aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise. Ich finde es sehr erfreulich, dass auch in den Reihen von CDU und SPD die Erkenntnis angekommen ist, dass 347 Euro im Monat einfach viel zu wenig sind, um an dieser Gesellschaft teilhaben zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ärgerlich ist aber, dass die Bundesregierung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf den bisherigen Kurs von Hartz IV zementiert. Damit zementiert die Bundesregierung Verarmung, Verelendung und Entmündigung.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Völliger Blödsinn!)

Frau Lehn, Sie haben uns Fahrlässigkeit vorgeworfen, haben aber selbst kostenfreie Schulspeisungen, Klassenfahrten und Kitas gefordert. Ich würde mich freuen, wenn wir tatsächlich gemeinsam für kostenfreie Schulspeisungen, Klassenfahrten und Kitas kämpfen könnten.

In dieser Debatte drängt sich einem aber der Verdacht auf, dass das für Sie nur ein Ablenkungsmanöver ist; denn erst haben Sie mit Ihrer Steuerpolitik für eine Verarmung der Kommunen gesorgt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD -

Waltraud Lehn [SPD]: Das ist nun wirklich lächerlich!  
Das ist schon blöd!)

dann haben Sie im Rahmen der Föderalismusreform dafür gesorgt, dass sich der Bund an den laufenden Kosten für Kindertagesstätten und Schulen überhaupt nicht mehr beteiligen kann, und jetzt stellen Sie sich hier hin und fordern lieber kostenfreie Kitas, anstatt die Regelsätze zu erhöhen. Leider können wir jetzt nicht frei darüber reden, was die Kommunen besser machen könnten.

(Waltraud Lehn [SPD]: Neben Trauertanzerei jetzt auch noch Wahrheitsfälschung! Das ist wirklich ein bisschen sehr viel!)

- Liebe Frau Lehn, Sie stimmen mir doch sicherlich zu, dass die Tagesordnung die Debatte über den Entwurf des Bundeshaushaltes ausweist und wir hier nicht darüber sprechen, was die Kommunen anders machen könnten. Deswegen müssen wir jetzt über die Höhe der Regelsätze reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Verarmt, verunsichert, ausgegrenzt und ohne Perspektive - das ist das Fazit einer aktuellen Studie zu den Auswirkungen von Hartz IV. Im Auftrag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat die Sozialwissenschaftlerin Anne Ames die Auswirkungen von Hartz IV untersucht. Das zentrale Ergebnis dieser Studie ist, dass 85 Prozent aller Befragten ihre sozialen Beziehungen als belastet erleben. Für die Pflege von sozialen Kontakten fehlt schlicht und ergreifend das Geld. Von Arbeitslosengeld II leben zu müssen, bedeutet leider für viele ein Leben in Isolation und Einsamkeit.

Wenn wir uns ernsthaft mit der Höhe des Regelsatzes beschäftigen, dann müssen wir Folgendes zur Kenntnis nehmen: Der Regelsatz reicht noch nicht einmal für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wollen Sie wirklich, dass das so bleibt?

(Andrea Nahles [SPD]: Warum gucken Sie eigentlich immer hier hin? - Gegenruf des Abg.

Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE  
LINKE]: Getroffene Hunde bellen!)

- Auch Ihre Zwischenrufe ändern nichts an dieser Erkenntnis. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung des Institutes für Kinderernährung der Universität Bonn verweisen - das Folgende hat sich nicht meine Fraktion ausgedacht, sondern das ist die Erkenntnis der Universität Bonn -: Der gegenwärtige Regelsatz weist für 14- bis 18-Jährige pro Tag nur 3,42 Euro für Nahrung und Getränke aus. Für eine ausgewogene Ernährung

eines Teenagers sind pro Tag jedoch mindestens 4,68 Euro notwendig, und das auch nur unter der Voraussetzung, dass man ausschließlich bei Billigdiscountern einkauft. Deswegen fordert die Linke, dass die Regelsätze von Hartz IV umgehend erhöht werden, und zwar auf mindestens 435 Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre im Übrigen auch finanzierbar. Sie müssten nur auf einige Steuergeschenke an die Unternehmen im Rahmen der Unternehmensteuerreform verzichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke kritisiert aber nicht nur die Höhe des Regelsatzes, sondern fordert auch: Die Sanktionen und die 1-Euro-Jobs müssen weg. Wir können die Augen doch nicht davor verschließen, dass 1-Euro-Jobs zunehmend reguläre Arbeitsplätze verdrängen.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben den großen Posten im Haushaltsentwurf verdient auch eine kleinere Haushaltsstelle unsere Beachtung; denn sie ist bezeichnend. Für die „kommunikative Begleitung der Implementierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ - hier zitiere ich aus dem Haushaltsentwurf - plant die Bundesregierung 1 Million Euro ein.

Das muss man sich einfach einmal auf der Zunge zergehen lassen: Es geht um die kommunikative Begleitung der Implementierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Zu Deutsch: Sie wollen die Werbetrommel für Hartz IV rühren, für ein Gesetz, das so einen schlechten Ruf hat, dass man in Talkshows kaum noch jemanden findet, der dafür verantwortlich sein will.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Geld könnten wir wirklich sinnvoller einsetzen, zum Beispiel für die Unterstützung von unabhängigen Erwerbsloseninitiativen. Nehmen Sie doch zur Kenntnis: Kein Werbefilm der Welt macht aus der Verelendungsgeschichte Hartz IV eine Erfolgsstory.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinter den vielen Zahlen, die wir im Zuge der Haushaltsberatungen beschließen werden, stehen ganz konkrete Schicksale, Schicksale von Männern, Frauen und Kindern. Eine dieser Frauen möchte ich am Ende meiner Rede zu Wort kommen lassen. Ich zitiere aus der erwähnten Studie:

[Mir ist wichtig,] dass die Öffentlichkeit endlich begreift, dass es jedem passieren kann. Ich habe zwei prekäre Arbeitsverhältnisse und komme trotzdem nicht aus der Hartz-IV-Geschichte heraus. Ich wünsche mir, dass wir nicht als Sozialschmarotzer hingestellt werden. Ich war selbst vor zwei Jahren noch Leistungsträgerin der Gesellschaft, und ich habe es mir nicht ausgesucht, arbeitslos zu werden. Ich denke, dieses Zitat spricht für sich. Ziehen wir also bei den weiteren Haushaltsberatungen die notwendigen Schlüsse! Ein „Weiter so“ in puncto Hartz IV darf es auf keinen Fall geben.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaus Brandner von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Brandner (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bundesminister Müntefering und auch mein Kollege Ralf Brauksiepe haben bereits auf die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen. Deshalb muss ich die Daten nicht wiederholen. Aber ich will ganz deutlich sagen, dass in gut zwei Jahren über 1 Million Arbeitsplätze entstanden sind, und das, ohne die Arbeitnehmerrechte abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Arbeit und Soziales gehören eng zusammen. Das Soziale, die Arbeitnehmerrechte haben einen eigenen Wert. Das Soziale muss nicht geschleift oder gar geopfert werden, um zu mehr Arbeitsplätzen zu kommen.

Das ist die Erkenntnis des Prozesses der letzten zwei Jahre. Darauf muss man in der heutigen Debatte ganz deutlich hinweisen.

Die SPD steht. Sie ist ein Garant für fortschrittliche Arbeitnehmerrechte. Wir haben nicht zugelassen, dass der Kündigungsschutz geschleift wird; wir haben nicht zugelassen, dass das Betriebsverfassungsgesetz ausgehöhlt wird, und wir haben auch nicht zugelassen, dass die Tarifautonomie durch gesetzliche Maßnahmen unterlaufen wird.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ralf

Brauksiepe [CDU/CSU])

Ich hoffe sehr, dass sich das diejenigen merken, die, wenn es ein bisschen schlechter geht, behaupten, das erste Rezept zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sei der Abbau von Arbeitnehmerrechten. Genau diesen Irrweg machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Pothmer

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das eine Rede an Ihren Koalitionspartner?)

Interessant ist auch - das will ich an dieser Stelle sagen -, welche Bedeutung dem Flächentarifvertrag wieder zukommt. Viele, die noch gestern nach dem Ausstieg gerufen und betriebliche Bündnisse als das Wunderwerk, mit dem man Tarifverträge unterlaufen könne, proklamiert oder die Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne tarifliche Bindung forciert haben, erkennen zwischenzeitlich den Wert des Flächentarifvertrags angesichts stärkerer Bedeutung von Berufsverbänden wie Cockpit, Ärztevereinigungen oder auch den Lokführerverbänden ganz neu. Selbst BDA-Präsident Hundt erwartet von uns, dass wir die Unternehmen vor der neuen Gefahr schützen und sogar gesetzlich eingreifen, um genau das, wonach man vorher gerufen hat, möglichst schnell zu verhindern. Für uns - das will ich hier deutlich sagen - hat der Flächentarifvertrag eine große Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung, für die Verlässlichkeit der Arbeitsbeziehungen und für den sozialen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Politik ist gut für die Menschen, für das Wachstum und die Beschäftigung in unserem Land und auch für die Sozialkassen. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bei der Bundesagentur für Arbeit um

2,6 Prozentpunkte und die Vorziehung der Fälligkeit der Zahlbeträge haben allein in diesem Jahr eine Entlastung um 20 Milliarden Euro mit sich gebracht. Das ist ein wesentliches Konjunkturprogramm, durch das die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Investitionskraft der Unternehmen nachhaltig gestärkt werden.

Nun zur Frage: Ist eine weitere Senkung möglich, und hat sie Priorität? Ich sage ganz deutlich: Unsere oberste Priorität besteht darin, dafür zu sorgen, dass wir genügend Mittel für Weiterbildung und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung haben. Das muss unser erstes Ziel sein, wenn es um die Höhe der Beitragssätze geht. Denn 300 000 Altbewerber, bei denen es oft große Vermittlungshemmnisse gibt, brauchen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance. Auch Ältere brauchen eine besondere Chance.

Ich sage ganz deutlich: Eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten bringt denen, die benachteiligt sind, keine neuen Arbeitsplätze. Dieser Personenkreis braucht besondere Hilfen. Die SPD steht dafür, diese Hilfen rechtzeitig und umfassend zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Thema haben wir heute schon manches Märchenstündchen gehört. Frau Dr. Winterstein, ich fand es übrigens ein bisschen unverschämt, dass Sie dem Bundesarbeitsminister im Hinblick auf die Sozialversicherungsbeiträge Bereicherung vorgeworfen haben. Hier haben Sie sich aus meiner Sicht in Ihrem Ton und im Inhalt Ihrer Aussage vergriffen.

(Dirk Niebel [FDP]: Wieso das denn? Er hamstert doch das Geld anderer Leute!)

Ich finde, hier und heute muss der deutliche Akzent gesetzt werden, dass wir nicht prinzipiell gegen Beitragssatzsenkungen sind.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja, ja! Nur nicht jetzt! Das kennt man ja von Ihnen!)

Nein, wir werden jeden Spielraum für Beitragssatzsenkungen nutzen. Wichtig ist aber, dass zuerst die Inhalte abgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben ermöglichen.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Aber das könnten Sie auch anders haben! Was Sie machen, ist Beitragsklau!)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist nicht „Billiger“, sondern „Mehr Qualität“. Wir wollen keine Billig-Arbeitslosenversicherung. Wir wollen eine Arbeitslosenversicherung, die nachhaltig dabei hilft, die Beschäftigungssituation zu stärken. Das ist in erster Linie dadurch zu erreichen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit durch qualifizierte Mitarbeiter gesteigert wird.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Dann nehmen Sie doch die 5,5 Milliarden Euro für Beitragssatzsenkungen!)  
Wir müssen besser statt billiger werden. Wir brauchen bessere Produkte und besseren Service. Damit können wir punkten, aber nicht, wenn wir der Mär Glauben schenken, dass eine Senkung des Beitragssatzes um

1 Prozentpunkt 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze bringt. Das würde nämlich auch den Schluss zulassen, dass wir, wenn wir die Arbeitslosenversicherung auf null herunterfahren würden, 400 000 Arbeitslose weniger hätten, dann aber nichts mehr für die 3,3 Millionen Arbeitslosen tun könnten, die es dann immer noch gäbe. Dadurch würden wir gerade denen unsere Hilfe entziehen, die sie brauchen. Deshalb sollten wir solchen Automatismusformeln nicht anhängen, sondern sehr gezielt prüfen, wohin das Geld fließt und wofür es verwendet wird. Die positive finanzielle Entwicklung bei der Bundesagentur für Arbeit ist eine große Chance für mehr Qualität in der Beratung und Vermittlung und für mehr Qualität in der Weiterbildung insbesondere derjenigen, die eine besondere Chance brauchen. Dafür ist nun Spielraum vorhanden, den wir jetzt offensiv nutzen sollten. Wir wollen Chancen für alle, erst recht in einer Situation, in der die Konjunktur dies erleichtert. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung an einem Teil der Menschen vorbeigeht. Deshalb hat Minister Müntefering im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für den Eingliederungstitel Mittel in Höhe von 6,4 Milliarden Euro bereitgestellt, und das ohne Sperrvermerk. Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren: Wir haben 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung, und zwar ohne Sperrvermerk.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Oh ja! Es ist wirklich etwas ganz Besonderes bei Ihnen, dass der Sperrvermerk fehlt! - Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt also keine Unsicherheiten mehr. Insofern ist auch für die Arbeit der Fallmanager vor Ort Planungssicherheit gewährleistet. Das ist das klare Signal, dass wir mehr Weiterbildung fördern, indem wir für das Fördern umfangreiche Mittel zur Verfügung stellen. Für uns war immer klar: Druck auf die Arbeitslosen auszuüben, das allein reicht nicht aus. Für uns gilt: An erster Stelle steht das Fördern, und das Fördern ist die Legitimation für das Fordern. Jetzt stehen für bestimmte Gruppen genug Mittel zur Verfügung.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Brandner, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pothmer?

Klaus Brandner (SPD):

Bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Frau Pothmer.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Brandner, ist Ihnen bekannt - das ist auch ein Hinweis an Frau Lehn -, dass auch im Haushalt für 2007 für diesen Bereich Mittel in Höhe von 6,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden sind und dass, als die Einbringungsreden gehalten wurden, damals von einem Sperrvermerk weit und breit nichts zu hören war?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN -

Waltraud Lehn [SPD]: Oh doch! Ich habe ihn angesprochen! Ich habe das gesagt!)

- Aber nicht bei der Einbringung des Haushalts.



Klaus Brandner (SPD):

Natürlich.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie versichern uns jetzt, dass das, was an dieser Stelle beschlossen wird, tatsächlich für die Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wird. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Klaus Brandner (SPD):

Frau Pothmer, nehmen Sie uns doch einfach beim Wort! Ich habe gesagt, dass 6,4 Milliarden Euro im Wiedereingliederungstitel ohne Sperrvermerk zur Verfügung stehen werden. Das ist es, was wir vertreten und was wir auch in der zweiten Lesung vertreten werden. Sagen Sie das den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen draußen im Land, damit sie sich auf diese Situation einstellen können!

(Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hat wieder Platz genommen)

- Sie können ruhig stehen bleiben, wenn ich Ihnen antworte.  
- Ganz besonders liegt mir das Steckenpferd der SPD am Herzen - leider haben die Linken dem nicht zugestimmt; Sie haben das kritisch begleitet -, die „Job-Perspektive“.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die SPD reitet ihre Steckenpferde!)

Die „JobPerspektive“ braucht diesen finanziellen Spielraum. Die Leute vor Ort brauchen Planungssicherheit dergestalt, dass für Personen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen - das sind diejenigen, die trotz guter arbeitsmarktpolitischer Fördermaßnahmen keine Chance auf eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben - künftig genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Genau das sieht der Haushalt vor. Insofern: Seien Sie mit die Botschafterin dafür, dass vor Ort die Vorbereitungen für sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen getroffen werden! Damit haben wir für einen besonderen Personenkreis etwas Gutes getan.  
(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen insbesondere einen Mentalitätswechsel, wenn es darum geht, Ältere wieder stärker in die Arbeitswelt einzugliedern. Als große Koalition haben wir bessere Rahmenbedingungen dafür vorgesehen. Die SPD-Initiative für altersgerechtes Arbeiten ist ein weiteres Stichwort, auf das ich verweisen möchte. Es geht uns im Kern darum, die Bedingungen zum Erreichen der Rente durch altersgerechtes Arbeiten zu verbessern. Wo das nicht gleich möglich ist, wollen wir gleitende Übergänge organisieren, und zwar durch eine echte Altersteilzeit und nicht vorrangig durch verblockte Zeit, durch eine bessere Teilrente. Darüber ist in den letzten Tagen sehr viel geschrieben worden, und ich freue mich ausdrücklich, dass der ZDH, der DIHK und der DGB die Pläne, die wir dazu diskutieren, ausdrücklich begrüßen und für richtig befinden. Deshalb gilt es, die Teilrente zu modernisieren,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ist das! Da können Sie ruhig mal bei uns nachlesen!)

bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten zu schaffen und damit ein flexibles Element des Übergangs vom Arbeitsleben

in den nächsten Lebensabschnitt zu organisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir stellen damit keineswegs - das will ich klar sagen - das notwendige Projekt der Anhebung der Lebensarbeitszeit - die Rente mit 67 - insgesamt infrage. Vielmehr müssen wir die Bedingungen verbessern, damit die Menschen in Würde ein höheres Renteneintrittsalter erreichen können. Das ist unser Ziel; denn diese Veränderungen sind zwingend und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Peter Rauert [CDU/CSU])

Es ist wichtig, dass wir uns der Ausbildungssituation stärker widmen. Der Ausbildungspakt zeigt allmählich positive Wirkungen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Konjunktur!)

Wir haben ein deutliches Plus bei den gemeldeten Ausbildungsstellen.

Ich will Ihnen aber klar sagen, dass der Anstieg in erster Linie aufgrund öffentlich geförderter Ausbildungsstellen zu verzeichnen ist. Es gibt nur 12 900 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze. Das Klagen einiger Unternehmen über den Fachkräftemangel muss in Schall und Rauch aufgehen, wenn sie nicht selbst genug für die Ausbildung in den Betrieben tun, wenn sie sich selbst nicht den Erfordernissen der Weiterbildung stellen.

Die Bundesagentur für Arbeit muss - solange die finanziellen Mittel in der gegenwärtigen Größenordnung zur Verfügung stehen - zuerst dabei helfen, jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Wichtig und richtig ist aber - das soll hier deutlich gesagt werden -: Die Verantwortung bleibt bei den Unternehmen. Wir dürfen ihnen diese Verantwortung langfristig nicht abnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei der Weiterbildung gibt es in Deutschland große Schwächen. Die Zahl der Unternehmen, die sich den Herausforderungen der betrieblichen Weiterbildung stellen, ist weiter zurückgegangen. Dass die Unternehmen dieses Thema in einer Situation so sträflich vernachlässigen, in der unsere wichtigsten Ressourcen Qualifikation, Weiterbildung und die Fähigkeit, sich auf neue Herausforderungen einzustellen, sind, ist nicht zu verzeihen.

Es ist für uns als Bundesregierung, die Initiativen zum Beispiel zur Förderung der Techniker- und Meisterausbildung gestartet hat, nicht verzeihlich, dass diese gut ausgebildeten Kräfte in Betrieben sehr häufig an Arbeitsplätzen für Angelernte belassen werden, ihnen keine Aufstiegsmöglichkeiten gegeben und sie damit nicht adäquat eingesetzt werden. Diesen Unternehmen müssen wir nahelegen, dass sie zuerst auf die vorhandenen Qualifikationen zurückgreifen sollen. Damit hätten sie für viele Menschen in diesem Lande etwas Gutes getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Weiterbildung und Qualifizierung sind ein wichtiges Thema. Das gilt aber auch für die Leiharbeit, die ich als letztes Stichwort kurz ansprechen möchte. Die Leiharbeit ist ein wesentliches Sprungbrett, um in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu kommen. Doch was wir dabei zwischenzeitlich erleben, können wir Sozialdemokraten

nicht bejubeln. Leiharbeit, Zeitarbeit ist ein Schritt auf Zeit, aber nicht dazu gedacht, dauerhafte Leiharbeitsverhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass die Zeitarbeit dazu benutzt wird, um Stammarbeitsplätze abzubauen. Das ist kontraproduktiv. Ich kann das an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht weiter ausführen, will aber ganz deutlich sagen: Es ist im Interesse der Zeitarbeitsbranche, dass sie selbst ein Zeichen setzt, den Verleihzeitraum begrenzt und Outsourcing-Prozesse, die zu nichts anderem als Lohndumping führen, nicht durchführt. Die Zeitarbeit ist wichtig, um Auftragsspitzen abzufangen und Stammarbeitsplätze zu sichern, darf diese aber nicht ersetzen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Markus Kurth von Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Klaus Brandner, der Versuch, die Wirklichkeit und die Beschreibung derselben in Übereinstimmung zu bringen, muss nicht immer glücken. Es ist ja richtig, dass Sie im Haushalt wieder 6,4 Milliarden Euro für die Förderung, für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorsehen. Aber eines muss man schon zur Kenntnis nehmen: Wir sind jetzt im dritten Jahr - am Anfang hat das noch Rot-Grün beschlossen -, in dem für die Förderung im Bereich Hartz IV bzw. Sozialgesetzbuch II 6,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im dritten Jahr werden wir es nicht erreichen, die zur Verfügung gestellten Mittel auszuschöpfen. Das muss man auch einmal sagen, anstatt es schon für etwas Besonderes zu halten, dass die Leistungen jetzt ohne Sperrvermerk zur Verfügung gestellt werden. Dass Sie schon so kleine Brötchen backen, ist bezeichnend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Klaus Brandner [SPD]: Kollege Kurth, Sie haben positiver von „wir“ gesprochen! Sie haben damit auch daran erinnert, wer die Verantwortung für die Ausgaben hat!)

Herr Brauksiepe, Sie haben der Opposition, insbesondere uns als Grünen, vorgeworfen, wir hätten Scheuklappen auf, seien verzweifelt. Verzweifelt bin ich eigentlich nur, wenn Sie versuchen, vorzurechnen, wie man beim Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf unter 40 Prozent kommt, wenn er bei 41 Prozent liegt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN und der FDP - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Gute Rechnung! - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Gute Mathematik!)

Das mit den Scheuklappen fällt also auf Sie zurück.

Wir leugnen gar nicht, dass der Aufschwung positive Folgen hat. Ich halte es da mit unserem Vorsitzenden Fritz Kuhn, der ja gestern ganz offen gesagt hat: Sie haben bestimmte günstige Rahmenbedingungen. - Das wollen wir durchaus zur Kenntnis nehmen, und wir sehen

auch die günstige Perspektive für die Politik in Deutschland. Aber gerade wenn man günstige Rahmenbedingungen und einen guten konjunkturellen Hintergrund hat, muss man in den Bereichen etwas tun, bei denen man sich Sorgen machen muss, und dort die Scheuklappen abnehmen. Wenn ich mir als sozialpolitischer Sprecher meiner Fraktion über etwas Sorgen mache, dann sind das die Kinder, die dauerhaft in Armut leben und deren Zahl trotz des Aufschwungs weiter wächst.

(Beifall des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE])

Ich muss Ihren Fraktionsvorsitzenden Kauder ernst nehmen können, wenn er sagt: Jeder soll beim Aufschwung mitgenommen werden. Doch er geht mit keinem Wort auf die Zahl der Kinder ein, die von Leistungen nach SGB II, Arbeitslosengeld II, leben. Ihre Zahl hat im April 2007 den Höchststand von 1,9 Millionen erreicht. Nach den vorläufigen Zahlen für August 2007 sind es weiterhin 1,8 Millionen Kinder. Wenn wir noch diejenigen berücksichtigen,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Klar: Wenn wir die Sätze erhöhen, sind es noch mehr!)  
die sich verdeckt, ohne das Geld zu beantragen, auf ähnlichem materiellen Niveau befinden, sind wir bei über 2,5 Millionen Kindern. Wenn wir dann noch auf die Großstädte fokussieren, insbesondere auf Berlin, das Ruhrgebiet, die Ballungsräume, stellen wir fest, dass in Berlin 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Haushalten leben, die Arbeitslosengeld II beziehen. Wenn von den 25 000 Kindern, die Ende August in Berlin eingeschult wurden, 40 Prozent in Haushalten leben, die Arbeitslosengeld II erhalten, dann heißt das, es gibt Schulklassen, in denen über die Hälfte der Kinder vom Arbeitslosengeld II lebt. Das müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen!

Vor diesem Hintergrund ist eine Regelsatzdebatte mehr als überfällig und absolut gerechtfertigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN - Dr. Ralf Brauksiepe  
[CDU/CSU]: Sie haben die Mechanismen nicht verstanden!)

Man muss diese Debatte nüchtern führen. Aus meiner Sicht reichen vage Hinweise wie „Wir müssen schauen, ob die Ecksätze stimmen“, wie der Minister in seiner Auftaktrede festgestellt hat, nicht aus. Die Länderkollegen sind teilweise schon weiter. Ich denke zum Beispiel an Herrn Laumann aus Nordrhein-Westfalen - wir haben ihn noch aus der letzten Legislaturperiode in guter Erinnerung -, der vor einigen Monaten im Mai 2007 in einer Debatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen hat, dass es nicht zutreffen kann, dass ein Kind von 14 Jahren nur 60 Prozent von dem verzehrt, was ein Erwachsener zu sich nimmt; als Vater von drei Kindern könne er das beurteilen.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Da hat er recht!)

Auch wenn ich vieles an Herrn Laumann kritisieren kann, gefällt mir sein von der Lebenswelt geprägter Zugang zur Politik in diesem Zusammenhang durchaus.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ist ja auch ein guter Mann!)

Er hat auch Konsequenzen gezogen - dafür muss man ihn loben - ,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So sind wir in Nordrhein-Westfalen! Eine sehr gute Landesregierung!) indem er eine unabhängige Kommission eingerichtet hat, die die Legitimität der Regelsätze überprüfen soll. Ich wünsche mir, dass wir das auch auf Bundesebene machen und unabhängig von mathematischen Rechenmodellen überprüfen, ob mit dem Betrag von 208 Euro für unter 14-Jährige ein vernünftiges Leben überhaupt darstellbar ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles, was dieser Landesminister oder auch Ministerpräsidenten wie Herr Althaus und Herr Stoiber machen - der als Abschiedsgruß festgestellt hat, dass der Regelsatz für Kinder erhöht werden muss - , wird allerdings zur Heuchelei, wenn die Ministerpräsidenten der Länder Wohltaten fordern, was Sie dann aber auf Bundesebene ignorieren. Auf diese Weise führen Sie die Bürgerinnen und Bürger hinters Licht.

Sie sollten sich einmal mit den Folgen der Kinderarmut befassen. Erst gestern hat der Präsident der größten Krankenkasse dargelegt, dass 22 Prozent der Kinder psychische Verhaltensauffälligkeiten zeigen, die bei ärmeren Kindern konzentriert auftreten. Die größte Krankenkasse gibt jährlich 50 Millionen Euro für psychotherapeutische Behandlungen aus. Weitere 25 Millionen Euro - auch das konzentriert sich bei den Ärmern - werden für logopädische Behandlungen erstattet. Diese Folgekosten muss man in die Gesamtberechnung einbeziehen. Darauf habe ich schon mehrfach hingewiesen. Das wird aber nachhaltig ignoriert.

Stattdessen lassen Sie sich einen Kinderzuschlag einfallen, der nur die Erwerbstätigen erfasst und diejenigen ausschließt, die dauerhaft arbeitslos sind.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Der Präsident verlässt fluchtartig den Raum! - Präsident Dr. Norbert Lammert übernimmt den Vorsitz)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte um Nachsicht, aber ich folge dem Finale Ihrer Rede mit gespanntem Interesse.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es hatte sich eine Zwischenfrage ergeben, die wahrscheinlich beim Präsidentenwechsel untergegangen ist.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Noch kann es keine Zwischenfrage gegeben haben.

Sie kann allenfalls angemeldet worden sein. Aber ich verstehe Ihren dezenten Hinweis als das ausgeprägte Interesse, durch Zulassung dieser Zwischenfrage Ihre Redezeit zu verlängern. - Bitte schön, Frau Falk.

Ilse Falk (CDU/CSU):

Herr Kollege Kurth, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass eine Anhebung des Regelsatzes für Kinder die geschilderten Probleme löst. Sie müssen doch einerseits den Hintergrund sehen, warum Kinder in die Situation kommen, Transferleistungen zu beziehen. Der Hintergrund besteht darin, dass Eltern aus Gründen, die ich

jetzt nicht zu bewerten habe, in Arbeitslosigkeit geraten sind und selber von der Transferleistung abhängig sind. Die Leistungen, die sie für ihre Kinder bekommen, sollten in aller Regel ausreichen. Wenn das nicht der Fall ist, liegt die Ursache häufig darin, dass Eltern nicht in der Lage sind, mit dem Geld umzugehen und ihren Kindern zu Hause die richtigen Rahmenbedingungen zu bieten, (Zuruf von der LINKEN: Das ist eine Frechheit!) damit sie aufwachsen können, ohne psychisch belastet zu werden und psychische Defizite zu entwickeln, wie es vielfach der Fall ist. Wir müssen in die Familien hineingehen und ihnen helfen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sie hatten sich zu einer Zwischenfrage gemeldet, Frau Kollegin.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Keine übermäßige Strenge!)

Ilse Falk (CDU/CSU):

Das hängt alles zusammen. Ich will nur deutlich machen, dass die Frage darauf abzielt, dass die finanzielle Leistung alleine nicht ausschlaggebend sein kann, sondern dass viele andere Hilfen nötig sind. Sind Sie mit mir dieser Meinung?

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es speziell für Kinderarmut - wie auch für Armut im Allgemeinen - viele Ursachen gibt und dass finanzielle Transferleistungen alleine nicht ausreichen, um die Armutssituation dauerhaft zu überwinden. Aber ich lehne es ab, strukturelle Hilfen in den Bereichen Bildung und Erziehung sowie Familienhilfen gegen eine Erhöhung des Regelsatzes auszuspielen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Grundlage ist die materielle Sicherheit, auf der andere Hilfen und zusätzliche Unterstützung aufbauen können.

Ich möchte noch kurz auf Ihren Hinweis eingehen, dass das nicht reiche. Das Ergebnis einer von Margot Münnich für das Statistische Bundesamt erhobenen Studie über die Einkommensverhältnisse armer Familien ist, dass Eltern in der Regel alles tun, um ihre Kinder vor Armut zu bewahren, und zuerst bei ihren Ausgaben sparen, bevor sie bei den Kindern sparen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es wird behauptet, die Hilfen kämen oft nicht bei den Kindern an, oder die Eltern seien daran schuld, dass die Unterstützung nicht den Kindern zugute komme. Das mag in bestimmten Fällen so sein. Aber das ist keineswegs empirisch belegt.

Ich komme zum Schluss. Von dem Kinderzuschlag, den Sie vorschlagen, profitieren nur diejenigen, die bereits arbeiten. Aber wir müssen für die 2,2 Millionen, die trotz aller Unterstützungsmaßnahmen leider mehr oder minder dauerhaft Arbeitslosengeld II beziehen, Lösungen finden. Dazu gehören eine Erhöhung des Regelsatzes und natürlich auch ergänzende Hilfen für Essen und Lernmittel, Frau Lehn. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen haben in der Vergangenheit zwei Anträge gestellt mit der Forderung, den Jobcentern im Rahmen einer Kannbestimmung

zumindest die Möglichkeit zu eröffnen, Essen, Lernmittel und Fahrtkosten zu bezuschussen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Warum haben Sie es früher nicht selbst gemacht?)

Aber Sie haben das abgelehnt. Bevor Sie wohlfeile Forderungen an Länder und Kommunen stellen, sollten Sie sich an die eigene Nase fassen und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Wir können dies tun. Wir sollten keine Sonntagsreden halten und Forderungen stellen, die wir schon längst hätten erfüllen können.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN - Dr. Ralf Brauksiepe

[CDU/CSU]: Anträge gestellt, weil Ablehnung gesichert!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Hans-Joachim Fuchtel ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der

CDU/CSU: Das Stärkste, was die CDU zu bieten hat! - Heiterkeit)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als langjähriger Haushälter verrate ich Ihnen:

(Dirk Niebel [FDP]: Aber immer bei der Wahrheit bleiben!)

Wenn es dem Einzelplan 11 gut geht, dann geht es dem gesamten Bundeshaushalt gut.

(Dirk Niebel [FDP]: Das klingt logisch!)

Ich habe heute von niemandem gehört, dass sich die Situation nicht stabilisiert habe. Die Wahrheit ist, dass wir erste Entlastungstendenzen verspüren. Dies ist insgesamt gut für dieses Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Verehrte Frau Kollegin Dr. Winterstein, Sie haben vorhin manches gesagt, was ich mittragen kann. In einem Punkt muss ich Ihnen aber deutlich widersprechen.

Die Entlastung ist nicht nur das Ergebnis der guten Konjunktur.

Sie kommt vielmehr auch durch die strukturellen Veränderungen, die durch die Gesetzgebung bewirkt wurden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sonst führte die SPD beispielsweise nicht eine Diskussion über die Agenda 2010.

(Dirk Niebel [FDP]: Wo denn? Beispiele!)

Es geht darum, wie wir die Gestaltungsräume nutzen.

Ich darf die Prioritäten kurz skizzieren: erstens weitere Entlastung der Beitragszahler - ich bin mir ganz sicher,

dass wir hierüber noch ins Gespräch kommen -, zweitens Fortsetzung der Konsolidierung und drittens die

Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dazu ist

heute sehr wenig gesagt worden. Aber wer eine nachhaltige Sozialpolitik gestalten möchte, muss auch Reserven

für die Stabilisierung schaffen. Am Ende des

Jahres werden wir Reserven in Höhe von circa 16 Milliarden Euro in der Arbeitslosenversicherung und

der Rentenversicherung aufgebaut haben. Hier sollten

Sie von den Grünen einmal gut zuhören. Als Sie aus der Regierung ausgeschieden sind, gab es null Reserven.

Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schwarz-Rot erfüllt das, was Rot-Grün versprochen hat.

Der Aufbau der Reserven ist ein Beispiel dafür, dass die Stabilisierung gelungen ist.

Das vierte wichtige Projekt, das wir in der jetzigen guten Situation voranbringen müssen, damit Deutschland ein moderner Sozialstaat bleibt, ist der weitere Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. Es ist natürlich ein sehr wichtiger Punkt, wenn 7,3 Millionen Menschen von Hartz IV betroffen sind. Diese Zahl müssen wir reduzieren. Dem wird Priorität eingeräumt.

Die Union wird in den nächsten Monaten einige Impulse geben. Zunächst einmal wollen wir nicht mit dem Kopf durch die Wand, aber wenn es die Herbstzahlen zulassen, dann reden wir - da sind wir mit dem Minister einig - über eine weitere Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung.

Wenn mir Herr Kollege Kolb

dazu Zwischenfragen stellen würde, würde ich ihm im Einzelnen erläutern, warum das nicht so einfach geht.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn sich der Trend bei den Herbstzahlen fortsetzt, dann wird eine Senkung des Beitrags von 3,9 Prozent auf 3,5 Prozent möglich werden. Das werden wir ernsthaft anstreben.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich mache in der Zwischenzeit vorsichtshalber darauf aufmerksam, dass ich so offensichtlich bestellte Zwischenfragen nicht zulassen würde.

(Heiterkeit)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Diese Zwischenbemerkung wurde mir aber nicht auf meine Redezeit angerechnet, Herr Präsident?

Ein anderes Thema ist die Schaffung weiterer Liquidität.

Wir wollen, dass eine Entrümpelung der Arbeitsmarktinstrumente stattfindet. Statt 80 Einzelprogrammen

wollen wir eine Neufassung mit weniger

Programmen. Das beseitigt Bürokratie und wird die Abläufe beschleunigen. Als nächsten Schritt werden wir als

Union auf eine bedingungslose Evaluierung jedes Arbeitsmarktprogramms hinarbeiten. Wir müssen - das

sage ich uns allen - stärker den Spruch beherzigen:

Wenn das Pferd tot ist, muss man auch absteigen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Der nächste Punkt betrifft die Privathaushalte. Wir müssen die Privathaushalte als Arbeitgeber entdecken.

Herr Minister Müntefering, herzlichen Dank für

das Interview, das Sie der Welt am Sonntag vor zwei Wochen gegeben haben. Endlich entdecken auch die Kollegen

in der Koalition, dass hier ein großes Potenzial besteht.

Hier kann man noch Arbeitskräfte aktivieren, und

hier gibt es eine Nachfrage, wenn man die Rahmenbedingungen richtig gestaltet. Ich darf zusammenfassend

sagen: Herr Minister, die Union steht für einen großen Wurf auf diesem Gebiet bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe von der FDP: Oh!)

Wir hoffen, dass wir nicht in ideologische Diskussionen verfallen, sondern dass wir die Chancen nutzen. Ich persönlich denke, dass man auf eine Obergrenze von monatlich



2 500 Euro inklusive Sachbezüge kommen kann, wenn man alle Instrumente zusammenführt. Dann werden wir eine große Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen, was den Arbeitsmarkt entlasten wird. Wir rechnen zurzeit nach und werden konkrete Vorschläge machen. Das möchte ich hier ankündigen.

Diese Zeit ist auch die Stunde einer verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit. Auch das ist heute noch nicht angesprochen worden. Während die Politesse heutzutage den Parksünder mit digitalen Geräten verfolgt und ihm Strafzettel ausstellt, kämpfen unsere tapferen Beamten der Finanzverwaltung gegen die Schwarzarbeit in unserem Hightechland mit der Hand am Arm an. Wir müssen auch hier digitale Instrumente einführen und unsere Ressourcen nutzen. Das ist im Interesse der Kultur der sozialen Marktwirtschaft, des regulären Arbeitsmarkts und der öffentlichen Kassen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das verknüpfen wir dann mit der Konvertitendatei!)

Das Thema der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ist ganz kurz angesprochen worden. Für uns intern war die Entscheidung über die Entgeltumwandlung sehr schwierig. Wir reden hier nicht von kleinen Brötchen, sondern von richtig großen Broten. Wir schätzen, dass wir einen Beitragsausfall in Höhe von bis zu 2,4 Milliarden Euro haben werden, wenn wir die bisherige Form der Freistellung von der Sozialversicherungspflicht beibehalten. Das aber ist für die junge Generation ein Angebot. Deswegen machen wir das.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Union wird am Investivlohn dranbleiben. Partnerschaft in der globalen Wirtschaft braucht eine stärkere Arbeitnehmerbindung an den Betrieb. Vermögensbildung muss konkret sein und darf nicht in anonymen Fonds stattfinden. Mich als Haushälter hat am meisten das Schuler-Modell überzeugt. Das kostet den Staat wenig und bringt dem Einzelnen viel. All diese Zukunftsprojekte stehen natürlich unter dem Signum äußerster Sparsamkeit; denn die guten Arbeitslosenzahlen bieten keinen Anlass zur Euphorie. Eines muss man nämlich hervorheben: Allein der Bund gibt über 35 Milliarden Euro für die Grundsicherung aus. Hinzu kommen 8 Milliarden Euro, die die Länder für den Wohnungsbereich zur Verfügung stellen. Insgesamt bringt der Staat also 43 Milliarden Euro auf, und dann kommen Sie und machen das schlecht. Sie sollten froh sein, dass der deutsche Steuerzahler die Kraft hat, so viel Geld für diese Aufgabe einzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weder SPD noch Union brauchen Nachhilfeunterricht über die Zusammensetzung des Kreises der Empfänger von Mitteln nach dem Sozialgesetzbuch II. Bei allen Bemühungen um eine Vereinfachung der Instrumente ist klar, dass wir die Situation mit konkreten Programmen - sie sind bereits dargestellt worden - noch differenzierter angehen. Als Haushälter sage ich: Ideenreichtum ist gefragt. Er darf allerdings nicht mehr als insgesamt 6,4 Milliarden Euro kosten.

Zur Rentenversicherung brauche ich nicht viel zu sagen.

Hier ist eine Entlastung und Entspannung eingetreten. Der Koalition ist es nach so vielen turbulenten Jahren Gott sei Dank gelungen, auf diesem Gebiet für Stabilität zu sorgen. Das ist ganz wichtig. Zum Schluss möchte ich sagen: Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist sicher nicht unbedingt die Hauptgemeinsamkeit dieser Koalition.

(Zuruf von der SPD: Kann man so sagen!)

Wenn man aber sieht, dass es gelungen ist, dafür zu sorgen, dass es über 1 Million zusätzliche Erwerbstätige gibt, dann muss man feststellen, dass das ein ganz gutes Ergebnis ist. Wir können darüber im Interesse der Menschen in diesem Land froh sein. Das sollte uns alle, auch die Menschen draußen im Lande, ermutigen, daran zu arbeiten, dass es noch besser wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner in der Aussprache zu diesem Einzelplan ist der Kollege Stefan Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wie viele Verwandte haben Sie denn, Herr Müller?)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Dr. Kolb hat mich gerade aufgefordert, etwas über meine Verwandtschaft zu erzählen. Mein Vater hat acht Geschwister; ich habe das gerade schon eingeworfen. Ich wüsste jetzt gar nicht, wo ich da anfangen soll; aber ich behalte mir das einmal vor. Ich kann jedenfalls noch viele Haushaltsberatungen mit Anmerkungen zu Onkeln und Tanten bestreiten.

Wenn man diese Debatte verfolgt, zumindest die Reden der Opposition, dann hat man ein bisschen den Eindruck, als hätte man das alles schon einmal gehört.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist bei der Koalition ganz anders!)

Frau Lehn gehört zwar nicht der Opposition an, hat aber immerhin etwas Neues gebracht: Sie hat von Onkel Otto erzählt. Im letzten Jahr hat sie noch über Tante Käthe berichtet. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen, viel Neues kam von Ihnen nicht.

Die FDP sagt: Das ist ja alles schön und gut; aber der Aufschwung ist nicht der Aufschwung der Großen Koalition. Die Grünen sagen: Das ist alles schön und gut; aber es ist alles noch nicht ausreichend. Die Linke sagt: Alles ist schlecht; Hartz IV muss im Übrigen sowieso weg.

Herr Kolb, Sie haben diverse Wünsche geäußert. Ich will darauf gern eingehen. Ich möchte aus Ihrer Haushaltsrede vom vergangenen Jahr zitieren. Sie haben damals als Kronzeugen Ihrer Aussagen den Wirtschaftssachverständigen Gustav Horn angeführt. Sie haben ihn zitiert: Der negative Impuls, der sich aus der saldierten Wirkung von Mehrwertsteuererhöhung und Änderung der Beitragssätze ergebe, führe zu einem Wachstumsverlust von über 1 Prozent.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja!)

Wie Sie vorgerechnet haben, müsste es im Jahr 2007 zu

einem Wachstum von 1,5 Prozent minus X kommen.  
Herr Kolb, ich stelle fest, dass die Wirtschaftssachverständigen in diesem Jahr davon ausgehen, dass unser Wirtschaftswachstum nicht bei 1,5 minus X, sondern bei 2 Prozent plus X liegt; 2,3 Prozent sind prognostiziert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich empfehle Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, sehr, sich als Kronzeugen für das, was Sie in Ihren Reden behaupten, bessere Sachverständige zu suchen.

(Widerspruch bei der FDP)

Sie haben weiterhin darauf verwiesen, dass die positive Entwicklung, insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, im Verlauf des Jahres 2007 sich wieder umkehren werde und dass wir unterm Strich weniger hätten. Die Zahlen brauche ich hier nicht mehr vorzutragen. Wenn die letzten Arbeitsmarktdaten, die ich gesehen habe, richtig sind, dann hatten wir zwischen August 2006 und August 2007 einen Zuwachs von weit über 600 000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: So ist das!)

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten wenigstens einmal Ihrer Freude darüber Ausdruck verliehen, dass die Menschen, die letztes Jahr arbeitslos waren, in diesem Jahr wieder eine Beschäftigung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Kolb hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.  
- Bitte schön.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Lieber Kollege Müller, wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, konnten Sie unter anderem feststellen, dass ich mich sehr darüber gefreut habe, dass 180 000 Menschen, die zuvor arbeitslos waren, einen Arbeitsplatz in der Leiharbeit gefunden haben. Ich freue mich auch sonst über jeden, der einen sicheren und gut entlohnten Arbeitsplatz gefunden hat.

Nun sagen Sie, die Opposition habe in der Vergangenheit die Dinge schlechtgeredet. Nein, wir mahnen - das ist unsere Aufgabe -, und wir mahnen auch jetzt: In der Zeit, in der wir eine wirklich gute konjunkturelle Entwicklung und hohe Beitragseinnahmen haben, ist es wichtig, Vorsorge für den Fall zu betreiben, dass dieses Konjunkturohoch wieder zu einem Ende kommt. Das wird passieren. Ich will mich hier jetzt nicht als Cassandra betätigen, aber jeder Konjunkturzyklus hat irgendwann ein Ende. Die Frage ist, welches Niveau an Sockelarbeitslosigkeit dann zurückbleibt.

Der Aufschwung könnte stärker sein, wenn Sie nicht diesen negativen Impuls in die Volkswirtschaft gegeben hätten. Deutschland liegt im EU-Vergleich deutlich unter dem Schnitt. Das ist Fakt. Dazu haben Sie mit Ihrer Politik ganz deutlich beigetragen. Stimmen Sie dem zu?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Ich stimme Ihnen ausdrücklich nicht zu, Herr Kollege

Dr. Kolb.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Genau!)

Ich stelle fest, dass zu Beginn der Amtszeit der unionsgeführten Bundesregierung unsere Volkswirtschaft im Vergleich der EU-Staaten ein ganzes Stück schlechter abgeschnitten hat, als das heute der Fall ist.

(Otto Fricke [FDP]: Immer noch unter dem Schnitt der EU!)

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich hier hinstellen und das einfach einmal zugeben würden.

Der Herr Kollege Kurth hat uns immerhin zugebilligt, dass es Verbesserungen gegeben hat. Ich billige Ihnen wiederum zu, dass Sie sagen: Als Opposition muss man auch mahnen. - Der Auffassung kann man durchaus sein. Aber tun Sie doch nicht so, als wäre hier in den letzten zwei Jahren nichts passiert, um die Rahmenbedingungen auch für Arbeitsplätze in Deutschland zu verbessern!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen einfach zugeben, dass wir heute sehr viel besser dastehen als noch vor einigen Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Frau Kollegin Pothmer hat das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Ich will dazu gern etwas sagen, weil ich mich über die Debatte, die in den letzten Wochen und Monaten geführt worden ist - das Thema hat auch heute bereits eine Rolle gespielt -, schon etwas wundere. Das Problem ist unbestritten: Wir haben einen Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Die Bundesregierung hat bei ihrer Klausurtagung das eine oder andere dazu auf den Weg gebracht bzw. sie will es noch auf den Weg bringen. Sie können sagen, das alles sei nicht ausreichend. Klar ist: Wir wollen Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Ich persönlich kann mir, ehrlich gesagt, aber nicht vorstellen, dass wir angesichts von 3,7 Millionen Arbeitslosen in Deutschland darauf angewiesen sind, Fachkräfte aus dem Ausland in einer hohen Anzahl nach Deutschland zu holen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bevor wir auf ausländische Fachkräfte zugreifen, muss zunächst einmal - der Meinung bin ich - das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es geht darum, dass Geringqualifizierte qualifiziert werden müssen. Es geht darum, dass wir Ältere länger im Erwerbsleben halten. Es geht darum, dass die jüngeren Menschen in unserem Land eine Chance haben müssen, ausgebildet zu werden.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Der beste Schutz vor Fachkräftemangel ist, den eigenen Fachkräftenachwuchs heute selbst auszubilden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wer heute nicht ausbildet, darf sich morgen nicht darüber beklagen, dass es einen Fachkräftemangel gibt, dass man keine qualifizierten Leute findet.

Nun will ich nicht bestreiten, dass wir auf dem

Arbeitsmarkt - das zeigen die Zahlen - eine zweigeteilte Entwicklung haben; das ist auch schon angesprochen worden. Wer heute neu arbeitslos wird, aber über entsprechende Qualifikationen verfügt, hat in aller Regel keine Probleme, auch wieder eine neue Beschäftigung zu finden. Das hat etwas damit zu tun, dass in den vergangenen Jahren Einstellungshemmnisse abgebaut worden sind. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Vermittlungsarbeit der Bundesagentur für Arbeit besser geworden ist. Das hat aber auch damit zu tun, dass die Unternehmen in diesem Land in den letzten Jahren wieder dazu übergegangen sind, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und Investitionen zu tätigen. Der Standort ist nicht so schlecht, wie er in den vergangenen Jahren dargestellt worden ist; er ist immer wieder schlechtgeredet worden, insbesondere von der Opposition. Es hat auch etwas damit zu tun, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Lohnverzicht in den vergangenen Jahren ihrerseits dazu beigetragen haben, dass Arbeitsplätze wieder wettbewerbsfähig sind. Das sollte man bei einer solchen Debatte auch einmal würdigen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unbestritten ist, dass wir ein Problem bei denen haben, die schon lange arbeitslos sind, die vielleicht über zu geringe Qualifikationen verfügen. Aber auch dort gibt es einen Rückgang. Es ist falsch, zu behaupten, dass es dort keine Entwicklung, keinen Abbau gegeben hätte. Es hat dort einen Abbau gegeben. Auch da tut sich etwas. Wir haben die politische Aussage, dass wir uns gerade um diejenigen, die schon seit langem arbeitslos sind, besonders kümmern wollen. Es ist nicht so, dass wir in der Hinsicht nichts getan hätten. Ich erinnere an all das, was wir in den letzten zwei Jahren für ältere Langzeitarbeitslose zu einem Kombilohn für Schwervermittelbare, zu verschiedenen Sonderprogrammen der Bundesagentur für Arbeit oder auch - was noch ansteht - zu einem Kombilohn für Regionen mit einer besonders hohen Arbeitslosigkeit beschlossen haben.

Im Übrigen ist eine solche zweigeteilte Entwicklung keine Überraschung. Es ist völlig normal, dass in einem solchen Konjunkturverlauf diejenigen als Erste davon profitieren, die leichter in den Arbeitsmarkt vermittelbar sind, und erst dann diejenigen, die über geringere Qualifikationen verfügen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Müller, möchten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth beantworten?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):  
Bitte.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben gerade ein neues Kombilohnmodell angekündigt, das Sie noch auflegen wollen, und haben im gleichen Satz die Vielzahl der Kombilohnmodelle und Arbeitsmarktprogramme genannt, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Wie verträgt sich die Ankündigung neuer Modelle mit den eben von Herrn Fuchtel so fuchtig beschriebenen Bestrebungen, die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente zu verringern, ja gar zu entrümpeln, wenn ich ihn zitieren darf?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Kollege, das eine schließt das andere ja nicht aus.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich haben Sie recht: Wenn ich auf der einen Seite Arbeitsmarktinstrumente zurückführen will oder sinnvoll zusammenfassen möchte und auf der anderen Seite neue einführe, dann müssen wir uns genau ansehen, was kommt. Ich kann Sie aber beruhigen: Es gibt intensive Gespräche über das Thema, wie wir die Instrumente der Bundesagentur weiter verbessern können. Wir werden die BA auf dem Weg unterstützen, die Instrumente genauer auszurichten.

Es ist im Übrigen schon einiges passiert. Das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen. Der Kollege Brauksiepe hat bereits den Gründungszuschuss erwähnt, der seit gut einem Jahr in Kraft ist.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seitdem gibt es keine Gründungen mehr!)

Dort haben wir zwei Instrumente zusammengeführt, wodurch wir heute mit weniger Geld Existenzgründungen von Arbeitslosen noch besser fördern können. Das ist ein Vorbild für das, was noch in diesem Herbst ansteht, nämlich dass wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente noch besser ausrichten, indem wir bestehende Instrumente verbessern und auch - was der Kollege Fuchtel angekündigt hat - indem wir wirkungslose Arbeitsmarktinstrumente abschaffen werden.

Insgesamt geht es darum, diese Arbeitsmarktinstrumente wirkungsvoller und effizienter auszugestalten. Es geht um mehr Transparenz,

(Zuruf von der CDU/CSU: Weniger ist mehr!)

um Deregulierung und auch um eine bessere Vermittelbarkeit und Handhabbarkeit bei den Vermittlern vor Ort sowie bei denjenigen, die diese Instrumente in Anspruch nehmen sollen.

Ich sage bei der Gelegenheit ausdrücklich: Es geht nicht - jedenfalls mir nicht - darum, dass wir in einem hohen Ausmaß versuchen, Gelder einzusparen. Darum geht es ausdrücklich nicht. Es geht nicht um eine massive Kosteneinsparung, sondern um eine bessere Handhabbarkeit. Seien Sie gespannt, was da noch auf Sie zukommt; wir werden das Richtige auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Haushalt der Bundesagentur für Arbeit sagen, weil das heute auch eine Rolle gespielt hat: Wir haben in den letzten zwei Jahren die finanziellen Spielräume genutzt, um den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent zu senken; eine weitere Senkung auf 3,9 Prozent ist verabredet. Wir wünschen uns noch etwas mehr, und es ist sehr wahrscheinlich, dass wir auf bis zu 3,5 Prozent hinunterkommen.

Das wird einen Impuls für weitere und mehr Beschäftigung in unserem Land setzen. Wir werden damit Einstellungshemmnisse abbauen. Das sorgt letztlich dafür, dass bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr übrig bleibt, dass der Aufschwung endlich bei den

Leuten, vor allem bei den Arbeitnehmern, ankommt.  
Unser Problem ist doch heute, dass zwischen dem, was oben auf dem Gehaltszettel steht, und dem, was unten netto herauskommt, eine zu große Differenz besteht.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist ein Problem, weswegen wir in Deutschland mit Schwarzarbeit zu kämpfen haben.

Wir haben einige spannende Wochen an Haushaltsberatungen vor uns. Ich will nur abschließend daran erinnern, dass wir das alles nicht zum Selbstzweck machen, sondern der Haushalt letztendlich das unterstützen soll, was wir politisch auf den Weg bringen wollen. Wir haben uns für 2008 einiges vorgenommen. Wir wollen erreichen, dass die Arbeitslosigkeit weiter sinkt. Wir wollen, dass endlich auch die in Arbeit kommen, die heute noch keine Arbeit haben und schon lange arbeitslos sind. Wir wollen also, dass der Aufschwung bei allen ankommt. Ich würde mir wünschen, dass nicht nur die Koalitionsfraktionen mit der Regierung an diesem Ziel arbeiten, sondern uns auch die Opposition dabei nach Kräften unterstützt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Einzelplan 17.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Einzelplan und erteile das Wort zunächst der Bundesministerin

Dr. Ursula von der Leyen.

Vielleicht warten wir noch einen Moment, Frau Ministerin, bis der Schichtwechsel eine ordnungsgemäße gemeinsame Beratung ermöglicht. - Herzlichen Dank.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Familie investiert, und wir wollen weiter in Familie investieren. Der Einzelplan 17, den wir jetzt beraten, macht das sehr deutlich. Er umfasst allein für 2008 ein Ausgabevolumen von rund 6,2 Milliarden Euro. Das sind rund 1 Milliarde Euro mehr als in diesem Jahr.

Im Wesentlichen liegt das am Elterngeld. Allein 4 Milliarden Euro sind dafür veranschlagt. Nach den ersten Auswertungen lässt sich durchaus sagen: Das Elterngeld erfüllt die darin gesetzten Erwartungen. Fast jede Familie, die in diesem Jahr ein Kind bekommen hat, beantragt und erhält das Elterngeld. Im ersten Halbjahr wurden allein über 200 000 Elterngeldanträge bewilligt.

Ich freue mich vor allem darüber, dass das Elterngeld Elternzeit für die Väter attraktiv gemacht hat. Bisher hatten nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit genommen. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres hat sich die Zahl mehr als verdoppelt, nämlich auf 8,5 Prozent. Diese Zahl steht dabei nur für die ganz frühen Trendsetter, nämlich diejenigen Väter, die mit der Geburt ihres Kindes sofort Elternzeit nehmen und nicht erst bis zum Ablauf von zwölf Elterngeldmonaten warten. Ich denke,

das ist ein Erfolg. Das ist ein positives Zeichen für das Thema Erziehung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Elterngeld ist ein wichtiger Baustein, um die Kinder- und Familienarmut zu bekämpfen. Von der höheren Geringverdienerkomponente, die uns in den Beratungen sehr wichtig gewesen ist, profitieren 20 Prozent der Familien. Damit erhalten sie in diesem Jahr echtes Einkommen.

Gerade Familien mit kleinem Einkommen werden damit in ihrer Erwerbsbereitschaft unterstützt. Es handelt sich ja vielfach um Eltern, die bienenfleißig das Einkommen für ihre Familie verdienen und so, wie ich finde, ihren Kindern ein prägendes Vorbild sind. Die müssen wir darin unterstützen.

Das ist auch der Grundgedanke des Kinderzuschlags. Der Kinderzuschlag setzt einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Anreiz und gibt eine familiengerechte Antwort auf das drängende Problem der Kinderarmut; denn der Kinderzuschlag hilft den Familien, in denen die Eltern aus eigener Kraft ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können, aber in denen es für die oft vielen Kinder nicht oder noch nicht reicht. Gerade bei Familien mit sehr kleinem Einkommen und insbesondere bei kinderreichen Familien verhindert der Kinderzuschlag, dass sie, nur weil sie Kinder haben, zu ALG-II-Empfängern werden. Ich denke, gerade an dieser Stelle muss gelten: Arbeit lohnt sich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Wir wollen mit dem Kinderzuschlag etwa eine halbe Million Kinder erreichen. Dazu muss das Antragsverfahren deutlich verbessert und entbürokratisiert werden, und die entsprechenden Regelungen müssen flexibilisiert werden. Das zentrale Thema – das war schon in der Debatte zuvor ein spannendes Thema –, den Menschen unbürokratisch und flexibel mit dem richtigen Arbeitsanreiz zu helfen, damit sie wieder gewiss sein können, dass sich Arbeit überhaupt und dass sich auch mehr Arbeit lohnt, betrifft den gesamten Niedriglohnsektor. Im Einzelplan 17 sind die Mittel für den Kinderzuschlag auf Basis der heutigen Rechtslage zwar noch mit 150 Millionen Euro veranschlagt. Ich bin aber mit dem Bundesarbeitsminister in sehr guten Gesprächen darüber, wie wir einen verbesserten, flexibleren und entbürokratisierten Kinderzuschlag im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Niedriglohnsektor ermöglichen können. Ich denke, es ist ein lohnendes Ziel, das in diesen Wochen dingfest zu machen.

Kinderarmut ist eines der beschämendsten Probleme in unserem Land.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Da haben Sie recht!)

Das Entscheidende ist, was man dagegen tut. Wir müssen vor allem auf drei Feldern tätig werden: Der erste Baustein ist die bessere Teilhabe der Familien am Konjunkturaufschwung, das heißt am Arbeitsmarkt. Der zweite wichtige Baustein sind bessere Chancen auf frühe Bildung von Kindern, also die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, damit der Teufelskreis der über mehrere Generationen vererbten sogenannten Bildungsarmut



durchbrochen wird.

Der dritte Baustein ist eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter; das hilft vor allen Dingen den Alleinerziehenden.

Dazu braucht es eine gute und flexible Kinderbetreuung.

Die maßgeblichen Weichen sind jetzt gestellt.

Der Beitrag von 4 Milliarden Euro, den die Bundesregierung für den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen bereitstellt, ist nicht im Einzelplan 17 etatisiert.

Dennoch gehört der Ausbau der Kinderbetreuung mit zu den zukunftsentscheidenden Investitionen für Familien, Kinder und Bildung. Das ist ein großer Schritt, den diese Große Koalition gemeinsam geschafft hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mein Dank geht deshalb vor allem an all diejenigen hier im Raum, aber auch in den Ländern und Kommunen, die dies mit politischer Kraft und mit Leidenschaft für die Realisierung unserer familienpolitischen Ziele möglich gemacht haben. Von Herzen Dank für diesen gemeinsamen Einsatz, in relativ kurzer Zeit so etwas auf die Beine zu stellen! Wir werden damit endlich ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen und bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren zum europäischen Durchschnitt aufschließen.

Wir haben vereinbart, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung besteht und ein Betreuungsgeld eingeführt wird. Es ist wichtig, dass sich Eltern darauf verlassen können, dass sie Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren können. Es ist mir ebenso wichtig, dass wir die Erziehung von Kindern zu Hause in hohem Maße wertschätzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Das Entscheidende ist: Wir dürfen die Eltern nicht spalten. Wir dürfen nicht die eine Wahl der Eltern gegen die andere ausspielen, sondern müssen gemeinsam hinter dem Bemühen der Eltern stehen, ihr Lebensmodell in verschiedenen Phasen auch wirklich umsetzen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Ich denke, es ist wichtig, uns vor Augen zu führen:

Die allermeisten Eltern wollen ihre Kinder so gut wie irgend möglich ins Leben hinausbegleiten. Ob die Eltern einen Monat, ein Jahr oder zehn Jahre zu Hause bleiben oder ob sie nach einem Monat, nach einem Jahr oder nach zehn Jahren wieder Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen: Wir müssen ihnen dabei helfen. Wir müssen ihren Einsatz noch sehr viel mehr wertschätzen, als das bisher der Fall gewesen ist. Ich bin sicher: Auch dies wird die Große Koalition schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich zum Einzelplan 17 für 2008 zurückkommen.

Wir bündeln in der Titelgruppe Stärkung der Zivilgesellschaft verschiedene Initiativen und Maßnahmen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und machen sie dadurch im Haushalt sichtbar. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste flexibler und attraktiver gestalten und die generationenübergreifenden Freiwilligendienste weiterentwickeln.

Wir bekämpfen nachhaltig und konsequent jede

Form von Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Das wird daran deutlich, dass es in 60 Kommunen lokale Aktionspläne gibt und dass wir mit 30 Modellprojekten bereits jetzt dichte Netze gegen Rechtsextremismus und Gewalt geflochten haben. Wir bauen dieses Programm in den nächsten Monaten auf 90 lokale Aktionspläne und 90 Modellprojekte aus. Hier liegt der Schwerpunkt vor allem auf den neuen Bundesländern, die seit Juli dieses Jahres über Beratungsnetzwerke und mobile Interventionsteams verfügen.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir nehmen den Kampf gegen den Rechtsextremismus sehr ernst. Wir werden die Mittel für die neuen Programme dauerhaft finanzieren; wir haben sie in der Finanzplanung für die kommenden Jahre fortgeschrieben. Damit setzen wir ein deutliches Signal gegen den Rechtsextremismus und für die Nachhaltigkeit unseres Einsatzes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Haushalt 2008 haben wir ein Zeichen für Familien gesetzt. Die Familienpolitik ist für die Zukunft gut aufgestellt. Dazu haben alle hier im Saal mit ihrer Arbeit beigetragen. Vielen Dank für diesen Einsatz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Ina Lenke für die FDP-Fraktion.

Ina Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau von der Leyen, es ist Ihr Verdienst, dass bundesweit über Familienpolitik diskutiert wird. Auch in der CDU/CSU gehört es jetzt zum guten Ton, sich für eine außerhäusliche Betreuung für Kinder unter drei Jahren einzusetzen.

(Otto Fricke [FDP]: Bei den meisten!)

Die FDP möchte, dass die 145 familienbezogenen Leistungen analysiert werden, ehe eine weitere Sozialleistung versprochen wird. In Norwegen hat das Betreuungsgeld zu dem geführt, was die FDP befürchtet: In der Betreuung ist der Anteil der Kinder nichtwestlicher Einwanderer, die sprachlich weitergebildet werden müssen, konstant geblieben; die Bildungs- und Betreuungsangebote sind nicht vermehrt in Anspruch genommen worden, aber das Geld.

Die Ausgaben im Haushalt des Familienministeriums haben sich durch die Einführung des Elterngeldes erhöht.

Den Systemwechsel hin zu einer lohnbezogenen Leistung trägt die FDP grundsätzlich mit. Aber bereits im ersten Jahr des Elterngeldes zeigen sich Fehler im Gesetz: Warum erhält eine Frau, die sich mit einem Schreibbüro selbstständig macht und über 30 Stunden arbeitet, kein Elterngeld, wohl aber die ALG-II-Empfängerin 300 Euro Elterngeld monatlich? Das Gesetz ist in sich nicht schlüssig.

Auch Frauen in Steuerklasse V werden von der Koalition unfair behandelt. Erwerbstätige Ehefrauen in Steuerklasse V mit einem Verdienst von 2 000 Euro brutto müssen beim Elterngeld im Vergleich zur Steuerklasse III Verluste in Höhe von 390 Euro monatlich hinnehmen. Es ist schon erstaunlich, dass es vonseiten der SPD dazu keinen Protest gibt.

Sie haben sich endlich auf eine Finanzierung der

Kleinkindbetreuung geeinigt. Bei den vorangegangenen Verhandlungen saßen die Kommunen nicht einmal am Katzentisch, und das, obwohl sie schließlich für die Umsetzung vor Ort verantwortlich sind. Bis 2013 wollen Sie 4 Milliarden Euro für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren einsetzen. Das ist auch gut so; da stimmen wir mit Ihnen überein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Herr Singhammer, meine Frage an Sie: Wie viel von diesem Geld wird denn für das Jahr 2008 ausgeschüttet? Lediglich 400 Millionen Euro für Investitionen.

(Kerstin Griese [SPD]: Lediglich? Das ist eine ganze Menge!)

Das ist eine lächerlich kleine Summe. Dabei sollte es doch im nächsten Jahr so richtig losgehen.

Die FDP hat Ihnen einen besseren, unbürokratischen und verfassungsgemäßen Vorschlag zur Finanzierung über die Umsatzsteuer vorgelegt. Bei uns geht das Geld direkt an die Kommunen.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Sagt das mal den Ländern! Das ist doch das Problem!)

Die Politiker der Großen Koalition - das stelle ich immer wieder fest - machen das ganze Jahr über Versprechungen, die sich mit keinem Cent im Haushalt wiederfinden:

kostenfreie Kitaplätze, Familiensplitting oder, wie von Herrn Pofalla gefordert, 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Pampers. Die Vorschläge sind gut. Aber wo bleibt nach der Pressemitteilung der konkrete Vorschlag hier im Bundestag?

(Beifall bei der FDP)

Nun will die Bundesregierung die Ausweitung des missglückten Kinderzuschlages. Die Ministerin hat vergessen, zu erwähnen, dass nur 12 Prozent der Antragsteller Geld aus dem Topf erhalten. Alle anderen Anträge werden abgewiesen. Der Verwaltungsaufwand beläuft sich auf 18 Prozent der Gesamtkosten - das hat die Ministerin ja gesagt -

(Sibylle Laurischk [FDP]: Das ist der eigentliche Skandal!)

der Antrag auf Kinderzuschlag umfasst 27 Seiten. Kinderarmut wird durch den Kinderzuschlag nicht beseitigt.

Frau Ministerin nannte es einen Baustein. Das mag ja sein. Aufgrund dieser Zahlen sollten Sie sich aber überlegen, ob Sie nicht nach einem neuen Konzept suchen sollten.

(Beifall bei der FDP)

Um den Familien zielgenauer helfen zu können, brauchen wir die Wirkungsanalyse des Kompetenzzentrums hinsichtlich der 145 familienbezogenen Leistungen mit 185 Milliarden Euro an Ausgaben, die immer noch fehlt. Die Opposition will endlich erste Ergebnisse sehen. Eines steht aber schon fest: Durch die größte Steuer- und Abgabenerhöhung aller Zeiten sind die Familien erst einmal auf der Verliererstraße.

Der Einzelplan 17 beinhaltet auch Ausgaben für Zivildienst und Freiwilligendienste. Das Entwicklungshilfeministerium hat dafür eben mal 25 Millionen

Euro und für das darauffolgende Jahr 70 Millionen Euro bereitgestellt. Sie schaffen es nicht einmal, die

Jugendfreiwilligendienste im Inland kontinuierlich auszubauen. Die überfraktionelle Einigung in der 14. Legislaturperiode haben Sie bisher noch nicht umgesetzt.

Die SPD bereitet sich mit dem Vorschlag der freiwilligen Wehrpflicht faktisch auf den Ausstieg aus dem Wehrdienst und damit aus dem Zivildienst vor. Ich will hier für meine Fraktion ganz deutlich sagen: Die FDP fordert die Aussetzung der Wehrpflicht. Sie wollen in dieser Legislaturperiode mehr Wehr- und Zivildienstgerechtigkeit. Gleichzeitig reduzieren Sie den Soldansatz für den Zivildienst und verschärfen die Wehrungerechtigkeit damit noch einmal. Nur 17 Prozent aller tauglichen jungen Männer leisten den Wehrdienst ab, knapp 60 Prozent leisten weder Wehr- noch Zivildienst. Nur die CDU/CSU klammert sich noch an den Pflichtdienst.

Ina Lenke

Ich komme zum Schluss. Mein Kollege Otto Fricke wird sich zu weiteren Ungereimtheiten in diesem Einzelplan 17 äußern. Die Gruppe der FDP-Abgeordneten im Familienausschuss wird die Arbeit der Regierung mit Augenmaß und Sinn für Realität wie immer konstruktiv und kritisch begleiten.

(Beifall bei der FDP - Christel Humme [SPD]:

Das wäre etwas Neues, Frau Lenke! - Weiterer Zuruf von der SPD: Da sind wir mal gespannt!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Nicolette Kressl für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Lenke, ich weiß ja, dass in einer Haushaltsdebatte immer Kritik geübt werden soll.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Muss! - Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Dann fangen Sie einmal an!)

So ist Parlamentarismus angelegt. Angesichts der Situation, in der wir uns heute befinden, nämlich dass es eine, wie ich finde, herausragende Einigung zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen gibt, sollten aber eigentlich alle Herz zeigen und sagen: Das ist ein richtig großer Schritt zur Verbesserung der gesellschaftlichen und der bildungspolitischen Situation in Deutschland. Das wäre eigentlich auch Aufgabe der Opposition.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was zwar nicht in diesem Haushalt vereinbart wurde, aber seinen Niederschlag im Nachtragshaushalt finden wird, ist, dass wir den Ausbau der Kinderbetreuung in ein rundes und stimmiges Konzept fassen, wodurch sowohl den Eltern als auch den Kommunen und dem Bund Sicherheit gegeben wird. Ich bin davon überzeugt, dass wir dadurch im Verbund der europäischen Staaten, wo es bildungspolitisch und hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch Defizite gibt, einen Riesensprung nach vorne machen. Dieser Schritt wird uns ökonomisch helfen, bildungspolitisch weiterbringen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr stark verbessern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will deutlich machen: Es ist aus Sicht der Kinder ein stimmiges Konzept. Uns ist ganz wichtig, dass es nicht um die Sicht der Eltern, sondern um die Sicht der Kinder geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung werden wir dafür sorgen, dass bereits Kleinkinder – insbesondere in überforderten Familien, aber nicht nur in diesen Fällen – bezüglich Integration und Vermittlung von sozialen Fähigkeiten auf Wunsch frühzeitig gefördert werden. Damit wecken wir die Potenziale der ganz Kleinen. Es besteht von staatlicher Seite schon lange die Verantwortung, dafür die besten Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal wird ein Zerrbild gezeichnet, indem die Behauptung aufgestellt wird, das Angebot einer frühen Förderung und Betreuung richte sich gegen Kinder und nutze nur den Eltern. Ich bin überzeugt, das Gegenteil ist der Fall. Eltern müssen nicht mehr hetzen, um ihre Kinder bei der Tante, der Nachbarin oder der Tagesmutter abzugeben. Stattdessen können sie entspannt die gemeinsame Zeit mit ihren Kindern verbringen und ihnen ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit geben. Insofern ist es ganz wichtig, deutlich zu machen, dass es nicht darum geht, Lebensmodelle gegeneinander auszuspielen. Mit diesem Schritt, den wir gehen werden, wollen wir die Chancen von Eltern und Kindern verbessern. Das ist in Deutschland ein längst überfälliger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch ein stimmiges Konzept für Eltern. Ich habe es vorhin schon angesprochen: Die Garantie eines Betreuungsplatzes bewirkt, dass sich die Eltern in aller Ruhe zusammensetzen und selber entscheiden können, wer welche Aufgabe und welche Rolle in der Familie übernimmt. Das wollen wir; das verstehe ich unter Wahlfreiheit. Die Entscheidung der Eltern soll nicht durch äußere Bedingungen beeinflusst werden. Wenn es keinen Betreuungsplatz gibt, ist eine selbstbestimmte Entscheidung der Eltern nicht möglich. Ich will noch einmal ganz deutlich machen: Wir glauben nicht, dass die Politik ein bestimmtes Lebensmodell vorschreiben darf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Gegenteil: Wir schaffen jetzt die Möglichkeit, dass sich die Eltern gemeinsam für ein bestimmtes Lebensmodell entscheiden können.

Es ist für mich auch deshalb ein stimmiges Konzept für Eltern, weil wir damit nicht allein an die Symptome gehen, sondern das Armutsproblem auch an der Wurzel packen. Wir wissen aus allen Armutsberichten, dass in Deutschland die Alleinerziehenden am meisten von Armut betroffen sind. Wer glaubt, dass man allein – ich sage ausdrücklich: allein – durch höhere Transferleistungen Abhilfe schaffen könne, der täuscht sich. Eine bessere Kinderbetreuung ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Frauen eine angebotene Arbeit annehmen können. Damit sorgen wir dafür, dass Armut vermieden wird. – Man sieht, es gibt verschiedene Aspekte, warum der von uns vereinbarte Ausbau der

Kinderbetreuung so wichtig und so entscheidend ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das vereinbarte Konzept ist auch für Bund, Länder und Kommunen stimmig. Der Bund – Frau Lenke, in diesem Punkt täuschen Sie sich – stellt nicht nur 4 Milliarden Euro bis zum Jahre 2013 als Aufbaufinanzierung bereit. Es ist nämlich noch vereinbart, dass ab 2013 der Bund über einen Umsatzsteuervorwegabzug dauerhaft 770 Millionen Euro pro Jahr über die Länder an die Kommunen gibt. Wir sollten also nicht nur die 4 Milliarden Euro zur Aufbaufinanzierung im Kopf haben, sondern auch die Tatsache, dass der Bund die Länder und die Kommunen in diesem Bereich dauerhaft unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich halte diese Maßnahme für gerechtfertigt: Wenn der Bund will, dass es einheitliche Lebensverhältnisse gibt, dann hat er sich an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu beteiligen. Ich betone noch einmal: Was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, ist ein rundes und stimmiges Finanzierungskonzept, zu dem wir ausdrücklich stehen. Ich sage nicht ohne Stolz: Dieses Konzept kommt dem, was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion frühzeitig vorgeschlagen hatte, sehr nahe.

Darüber freuen wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Das Konzept ist auch aus Sicht der Kommunen stimmig.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Da bin ich sehr gespannt!)

Wir haben immer auf die Kombination mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bestanden. Inzwischen ist folgende Situation entstanden: Die Länder erhalten einen Teil des Umsatzsteueraufkommens, und zwar in Form eines Vorwegabzugs, aber das ist mit dem Rechtsanspruch gekoppelt. Dadurch ist geklärt, dass dieses Geld zwar frei verwendet werden kann, aber in den Ausbau der Kinderbetreuung gehen muss. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Länderverfassungen inzwischen ein Konnexitätsprinzip enthalten. Das heißt, die Länder müssen den Rechtsanspruch umsetzen und die Mittel an die Kommunen weiterleiten. Ich gehe davon aus, dass in allen Ländern so früh wie möglich zwischen den Landesregierungen, den Parlamenten und den Kommunen

Gespräche stattfinden werden.

(Otto Fricke [FDP]: Das wäre das erste Mal! –

Sibylle Laurischk [FDP]: Das ist das Prinzip

Hoffnung! – Gegenruf der Abg. Ilse Falk

[CDU/CSU]: Prinzip Vernunft!)

Es handelt sich also um ein schlüssiges Prinzip.

(Zuruf)

– Sie haben offensichtlich noch nichts über das Konnexitätsprinzip in Verfassungen gelesen.

Das Konzept, das wir jetzt gemeinsam vereinbart haben, wird so zügig wie möglich umgesetzt, und zwar in vier Schritten – Frau Lenke, weil Sie immer nach konkreten Schritten rufen, will ich das noch einmal deutlich machen – : Der erste konkrete Schritt ist der Aufbau des Sondervermögens, in das die 2,15 Milliarden Euro für die Investitionskosten fließen werden; das ist bereits auf dem Weg. Der zweite Schritt ist die Formulierung einer

Verwaltungsvereinbarung, die dafür sorgen wird, dass dieses Geld abfließen kann. Im dritten konkreten Schritt wird durch die Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes der Rechtsanspruch verankert, um sicherzustellen, wohin die Gelder gehen. Im vierten konkreten Schritt wird durch eine Änderung des Finanzausgleichgesetzes dafür gesorgt, dass die Mittel über den Vorwegabzug bei der Umsatzsteuer auch tatsächlich bei den Ländern ankommen.

Wir haben dafür Sorge getragen - das lag im Interesse des Bundes -, dass nur das Gesamtpaket greift. Ich will es noch einmal sagen: Es sind keine Einzelmaßnahmen, sondern in diesem Gesamtpaket wurden alle föderalen Ebenen berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Vereinbarung bringt uns im europäischen Vergleich endlich voran. Während der Haushaltsdebatte in den letzten Tagen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass Deutschland sich auf ökonomischem Gebiet gut entwickelt hat. Ich finde, es zeugt von einem wunderbaren Gleichschritt, dass wir jetzt auch im gesellschaftspolitischen Bereich einen großen Schritt nach vorne machen. Es ist immer gut, wenn sich Ökonomie und Gesellschaftspolitik im Gleichschritt bewegen. Es ist auch gut, dass wir auf diese Art und Weise den Weg für starke Eltern, für starke Kinder und damit für eine starke Gesellschaft bahnen. Wir freuen uns, dass dies gelungen ist. Es wäre schön, wenn Sie sich mit uns freuen würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Diana Golze, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Diana Golze (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Bundes soll laut Ihrer Aussage, Frau Ministerin, ein Zeichen für Familien setzen. Schauen wir uns also an, welche Pläne Union und SPD im Bereich Ihres Ministeriums haben und wie sie auf die Situation im Land reagieren wollen. Wie sieht sie aus, die Situation im Herbst 2007? Die Kinderarmut in der Bundesrepublik steigt auf Rekordniveau. Mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Deutschland in Familien, die auf das Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Im sächsischen Mügeln wurden im August indische Mitbürger durch die Stadt gejagt und mit ausländerfeindlichen Parolen bedroht. Der FDP-Bürgermeister durfte das Verhalten auf diesem Fest in den Medien - bis hin zur Jungen Freiheit - als normalen Stammtischjargon relativieren und verharmlosen. Gleichzeitig mehren sich die Forderungen nach einer besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund im Bildungswesen. All das sind Bereiche, die im Einzelplan 17 des Bundeshaushaltes Widerhall finden müssten.

In dieser Situation und vor allem vor dem Hintergrund

der medienwirksamen und vollmundigen Versprechungen der Familienministerin von der Leyen ist der Einzelplan 17 entweder eine Umkehrung der Realität oder er zeugt davon, welchen Stellenwert Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Bundesrepublik wirklich haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Entwurf ist aus meiner Sicht keinerlei Widerspiegelung dessen zu finden, was jede Bürgerin und jeder Bürger mit einem normalen Informationsstand aus Presse und Fernsehen täglich sehen kann. Die Bundesregierung beweist vielmehr einmal mehr, dass sie keine Antworten auf die Fragen hat, die die Bürgerinnen und Bürger stellen. Stattdessen feiern Mann und Frau auf der großen Regierungsklausur Dinge, die entweder schon Gesetzgebung sind, wie der schon vor Jahren beschlossene Kindertagesstättenausbau, oder Dinge, die aus dem eigenen Aufgabenkatalog – Koalitionsvertrag genannt – stammen, nämlich die Evaluierung des Kinderzuschlages. Beides findet sich jedoch im vorgelegten Haushaltsentwurf gar nicht wieder. Der Ausbau der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren soll über ein erst noch zu schaffendes Sondervermögen finanziert werden.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Jetzt kommt's!)

Zum Kinderzuschlag findet sich folgende Aussage im Beipackzettel zum Einzelplan 17:

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung konnte wegen fehlender Etatreife noch nicht berücksichtigt werden.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, nee!)

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, das ist für mich eher eine politische Ohrfeige als die Erfüllung Ihres Koalitionsvertrags.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Studien, Erhebungen und Analysen braucht es eigentlich noch, um Sie endlich aufzurütteln? Ich kann Ihnen diese Lektüre nur empfehlen. Denn sie macht deutlich, wie verfehlt Ihre Sozialpolitik in den vergangenen zwei Jahren gewesen ist. Geschönt durch die überfällige Angleichung des Ostregelsatzes beim ALG II waren Sie es, die die Situation der betroffenen Familien weiter verschärft haben.

Die Kinderarmut in Deutschland ist hausgemacht.

Der Haushaltsansatz für das kommende Jahr bietet aber wieder keine Lösungen. Die vagen Ankündigungen der Ministerin von der Leyen zur eben genannten Evaluierung des Kinderzuschlages lassen mich zwar hoffen, aber von diesen Ankündigungen sind in den vergangenen Monaten leider viele im politischen Nirwana dieses Hauses verlorengegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hoffen wir, dass diese Überarbeitung tatsächlich gemacht wird und zur Folge hat, dass mehr Familien diese Leistungen bekommen können und dass man als beantragende Eltern nicht über Rechtsanwaltswissen verfügen muss, um den Antrag auszufüllen. Hoffen wir auch, dass diesem Schritt schnell und vielleicht ausnahmsweise



einmal ohne großen Streit in den Medien weitere Schritte folgen. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, brauchen wir eine Grundsicherung für Kinder, die den Bedürfnissen eines Kindes entspricht und nicht einfach 60 Prozent des Regelsatzes eines alleinstehenden 50-jährigen Mannes abbildet.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen Weg zu gehen, muss politisch gewollt sein. Mut brauchen Sie dafür nicht viel, Frau von der Leyen; denn Sie würden dafür zahlreiche Unterstützung hier im Parlament, aber vor allem in der Bevölkerung bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kinder auf der Schattenseite des Lebens standen zumindest am Anfang Ihrer Amtszeit auf Ihrem Programm. Fraglich ist inzwischen, ob es immer noch so ist. Ihre bisherigen politischen Unternehmungen sprechen leider eine andere Sprache. Mit der Einführung des Elterngeldes in diesem Jahr, das einen beachtlichen Teil des Aufwuchses im Einzelplan 17 hervorruft, hatten Sie die Chance, endlich eine Balance zwischen den verschiedenen Elterngruppen zu schaffen. Ich befürworte die Einführung des Elterngeldes als emanzipatorisch wertvolle Initiative, weil sie Müttern und Vätern gleichermaßen die Möglichkeit gibt, sich in den ersten Lebensmonaten um ihr Kind zu kümmern. Dass Sie es nicht vermocht haben, sich auch für die Eltern einzusetzen, die über wenig oder kein Einkommen verfügen, und diese sogar noch schlechter gestellt haben als beim Erziehungsgeld, bleibt ein Makel an diesem Gesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorschläge, diesen Makel abzubauen oder aufzuheben, haben wir gemacht. Die Fraktion Die Linke wird diese als Forderung nach einer sozial gerechten Form des Elterngeldes in die Haushaltsberatungen einbringen.

Auch ein anderes Prestigeobjekt Ihres Hauses richtet sich ausschließlich an Eltern, die sich in Erwerbstätigkeit befinden. Sie begründen den notwendigen Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren stets mit der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was aber ist mit den Kindern, deren Eltern keine Erwerbstätigkeit oder adäquate Beschäftigung nachweisen können? Von einem Rechtsanspruch, wie ihn inzwischen nicht nur wir, sondern auch die SPD gern möchte, ist das weit entfernt.

(Lachen bei der SPD)

Nichts von der nötigen Beschleunigung der Bemühungen ist im vorgelegten Bundeshaushalt zu finden. Stattdessen haben Sie gemeinsam mit Herrn Steinbrück in den vergangenen Wochen auf Ihren Pressekonferenzen so getan, als wäre Ihnen das Problem gerade erst vor die Füße gefallen. Zu allem Übel erklären Ihnen nun auch noch die Länder und Kommunen, dass sie nicht bereit sind, die Umsetzung dieses Gesetzes in diesem Maße mitzufinanzieren. Der Kompromiss, den Sie in den vergangenen Wochen in der Presse gefeiert haben, wird aus unserer Sicht zu Recht als nicht ausreichend kritisiert.

(Beifall bei der LINKEN - Nicolette Kressl)

[SPD]: Von wem? Das habe ich noch nicht gelesen!)

Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass Sie die

ostdeutschen Länder immer deshalb lobend erwähnen, weil die Betreuungsquote dort zum Glück noch hoch ist, ist zu befürchten, dass genau diese Länder mit den Aufgaben, die mit dem Erhalt der Kindertagesstätten verbunden sind, in Zukunft ziemlich allein dastehen könnten

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht! Alles falsch, was Sie da erzählen!

- Nicolette Kressl [SPD]: Nein!

Stimmt nicht!)

oder dass diese Länder die Ausbildung der dringend benötigten qualifizierten Erzieherinnen und Erzieher schultern müssen, von einer angemessenen Bezahlung der Fachkräfte - ob in den Kitas oder in der Tagespflege - ganz zu schweigen.

(Otto Fricke [FDP]: Jawohl! Mehr Geld für alle!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Golze, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kressl?

Diana Golze (DIE LINKE):

Natürlich.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte schön.

Nicolette Kressl (SPD):

Frau Kollegin, bevor sich hier Unwahrheiten festsetzen: Sie sollten eigentlich gelesen bzw. gerade von mir gehört haben, dass wir es sehr bewusst nicht nur über die Investitionskosten, sondern auch - das ist ganz besonders im Interesse der neuen Bundesländer - über den Anteil an der Umsatzsteuer ermöglichen, dass die Qualifikation, die Erhaltung, die Sicherung und die Beteiligung an den laufenden Betriebskosten vom Bund mitfinanziert werden. Ich bitte Sie dringend, solche Aussagen wie die, die Sie gerade gemacht haben, nicht zu verbreiten, da wir es in einem durchaus schwierigen Prozess - auch im Gespräch mit dem Finanzminister - erreicht haben, dass diese Mittel frei verfügbar sind und dadurch insbesondere für die neuen Bundesländer Sicherheit gewährleistet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Diana Golze (DIE LINKE):

Obwohl das keine Frage war, will ich gerne auf das, was Sie gesagt haben, eingehen.

Erstens. Sie wissen sehr genau, dass die Förderung erst 2009 beginnt. Das heißt, dass gerade die ostdeutschen Bundesländer, die jetzt mit der Situation zu kämpfen haben, dass die Erzieherinnen und Erzieher im Durchschnitt ein Alter von über 50 Jahren haben und daher sofort in die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erzieher investiert werden müsste, wenn überhaupt, erst ab 2009 davon profitieren werden.

(Nicolette Kressl [SPD]: Sie haben behauptet, es gebe nichts!)

- Jetzt bin ich dran. Ich habe das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage meiner Fraktion nicht einmal anerkannt, dass es hier Handlungsbedarf gibt, was zum Beispiel den Fachkräftebedarf und die Bezahlung der in

diesem Bereich beschäftigten Personen betrifft. Das nehmen Sie überhaupt nicht zur Kenntnis.

(Abg. Nicolette Kressl [SPD] nimmt wieder Platz)

- Ich bin immer noch bei der Beantwortung Ihrer nicht gestellten Frage.

(Nicolette Kressl [SPD]: Ich finde nicht, dass das noch zur Antwort gehört!)

- Sie haben ja keine Frage gestellt. Was soll ich denn da machen?

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Die Wahrheit sagen!)

Entschuldigung, Herr Präsident. Ich bin immer noch bei der Beantwortung dieser Anregung.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nachdem Sie gerade erläutert haben, dass Sie bei der Beantwortung einer nicht gestellten Frage sind, können wir uns vielleicht gemeinsam darauf verständigen, dass Sie schlicht mit Ihrer Rede fortfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diana Golze (DIE LINKE):

Dann möchte ich, dass geprüft wird, wie lange hier nach der Geschäftsordnung Fragen beantwortet bzw. Anregungen gegeben werden dürfen.

(Lachen bei der CDU/CSU - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt bin ich einmal gespannt! Da muss ich ja fast lachen! In der Geschäftsordnung steht doch ganz klar drin:

Das liegt im Ermessen des Präsidenten! -

Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Es kann ja wohl nicht sein, dass die Leute Fragen stellen, die keine Fragen sind!)

Ich möchte auf die Qualität der Ausbildung der Fachkräfte zurückkommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Gelingen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung von der Qualität der Ausbildung abhängt. Die Linke wird dem Ausbau der Kindertagesbetreuung nur dann zustimmen, wenn unter anderem auch Tagesmütter und Tagesväter endlich eine Absicherung durch eine zertifizierte Ausbildung erhalten, wenn dazu bundesweit geltende rechtliche Regelungen geschaffen werden und wenn sie eine angemessene Entlohnung bekommen.

(Beifall bei der LINKEN - Christel Humme

[SPD]: Da sind wir aber wirklich überrascht, so etwas gerade von den Linken zu hören!)

Einer Billigvariante des geplanten Ausbaus der Kinderbetreuung werden wir nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin gespannt, ob bzw. wie die Bundesregierung in den kommenden Monaten das wachsende Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsextremismus auf die Tagesordnung bringt. Es wird wohl nicht ausreichen, in die Schlagzeilen gekommene Kommunen und ihre Bürgermeister letztlich doch in das entsprechende Bundesprogramm aufzunehmen. Ich bin mir nicht sicher, ob der Gemeinde Müßeln dies allein helfen wird.

Die Politik der Bundesregierung sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, die Träger der freien Jugendhilfe, die Vereine und Verbände zu stärken, sodass dort ein gutes Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen

entsteht. Denn das ist die Grundvoraussetzung für das Gelingen eines solchen Bundesprogramms. Abschließend ein paar Worte zu einem Politikfeld, das zumindest noch in der Bezeichnung des Ministeriums eine Rolle spielt. Beim Lesen des Haushaltsentwurfs fragt man sich allerdings, ob dieses Themengebiet dort überhaupt noch beackert wird. Die Ministerin gibt nämlich gern viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit aus. Ein gutes Beispiel ist die PR-Aktion zu den Mehrgenerationenhäusern. Was aber das Politikfeld Frauen betrifft, gibt der Haushaltsentwurf sehr zu denken. In den nächsten vier Jahren möchte Frau Ministerin jährlich 392 000 Euro für Infobörsen für Frauen ausgeben. Das ist für mich Selbstbeweihräucherung, die die Bundesrepublik gleichstellungspolitisch keinen Deut weiterbringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum finanzieren Sie mit dem Geld nicht ein Projekt zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen nach der Elternzeit?

(Beifall bei der LINKEN)

Ein bisschen weniger Show und ein bisschen mehr Handeln würden nicht nur diesem Haushalt guttun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Britta Haßelmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, ich möchte einmal so beginnen: Manchmal gilt selbst für die Opposition: Lob und Ermutigung beschleunigen den Lernfortschritt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Lob ist immer gut!)

Das erhoffe ich mir bei Ihnen in vielen familienpolitischen Fragen.

Ich fange mit dem an, was an Ihrem Etat zu begrüßen ist. Uns als Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker kann es sicherlich freuen, dass der Etat von 5,2 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden Euro gestiegen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist gut so. Denn die vielen strukturellen Probleme im Hinblick auf eine verlässliche Kinderbetreuung, die Herausforderungen des demografischen Wandels, eine zukunftsfähige Altenpolitik, eine konsequente Frauenpolitik, die mehr bedeuten muss als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und eine konzeptionell fundierte Jugendpolitik brauchen ein solides Fundament. Da haben Sie reihenweise Nachholbedarf.

Aber, Frau Ministerin, Sie können von uns nicht erwarten, dass wir Sie allein dafür besonders loben, dass Sie in der Familienpolitik richtige und notwendige Schlussfolgerungen ziehen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

obwohl Sie von der familienpolitisch lernverzögerten CDU kommen. Von der CSU rede ich erst gar nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Wir nehmen uns die Freiheit, Ihre Politik schlicht und ergreifend

anhand von Fakten zu beurteilen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Kollegin, Ihnen ist nur das Feindbild verloren gegangen!)  
Ich sage an Sie persönlich gerichtet - nicht nur an die programmatischen Grundlagen der CDU/CSU - ,

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Wie waren denn die Fakten unter Rot-Grün?)  
dass längst nicht alles Gold ist, was glänzt und sich öffentlich wunderbar in Geschenktüten verpacken lässt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ich möchte nun die Zahlen bewerten: Die hohe Steigerung des Gesamtetats geht zu einem Großteil auf das Konto des Elterngeldes; das haben Sie eingangs selbst betont.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das ist ja auch gut so!)  
Ein Elterngeld macht familienpolitisch aus meiner Sicht erst dann Sinn, wenn nach der Elternzeit auch wirklich eine Anschlussbetreuung gewährleistet ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei der FDP - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Viel schneller geht es nicht!)  
Frau Ministerin, selbst wenn wir noch so viel Geld in Ihren Etat pumpen, hilft das nichts, wenn Sie Ihre Familienpolitik nicht konzeptionell unterlegen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen jetzt endlich wieder Lob hören, Frau Kollegin!)  
sodass eine Maßnahme in die andere greift und im Ergebnis schlüssig ist. Es gilt die Erkenntnis: Geld allein macht nicht glücklich. Wir brauchen nicht nur eine nominale Erhöhung des Etats des Familienressorts, wir brauchen auch eine qualitative Steigerung Ihrer Politik in den verschiedenen Ressorts; ich denke vor allen Dingen an die Jugendpolitik.

Von Ihren zahlreichen öffentlichen Erklärungen, dass wir mehr Kinderbetreuungsplätze in unserem Land brauchen, ist noch kein einziger Kinderbetreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren vor Ort eingerichtet worden. Liebe Nicolette Kressl, Sie können so wütend sein, wie Sie wollen, aber es ist schlicht ein Fakt, dass die Kommunen, nachdem sie sich diesen wunderbaren Kompromiss angesehen haben, merken, dass die Länder längst nicht all das nachvollziehen, was auf Bundesebene vereinbart worden ist. Es gibt in den Kommunen jede Menge Widerstand, weil man Angst hat, dass die Kosten für die Umsetzung des Rechtsanspruchs bei ihnen hängen bleiben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Diana Golze [DIE LINKE])  
Es war nun zu hören, dass das Bundeskabinett sich am 28. August mit den Ländern geeinigt hat. Die Zahlen sind im Hinblick auf Investitionskosten und Betriebskostenzuschüsse klar. Ab 2014 sollen die laufenden Kosten in Höhe von 770 Millionen Euro von Bundeseite mitfinanziert werden. Das ist gut so. Haushaltsrechtlich ist aus meiner Sicht allerdings Kritik angebracht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie hatten doch Lob versprochen!)  
Nennen Sie mir doch einen sachlichen Grund dafür, bereits jetzt für Ausgaben in den Jahren 2008 bis 2013

Geldabflüsse in ein Sondervermögen auf den Weg zu bringen. Es sind ja genügend Haushälter da, die gleich noch reden werden. Auf die Auflösung bin ich gespannt. (Nicolette Kressl [SPD]: Warum auch nicht?)

Eltern brauchen Sicherheit, sie müssen mit verlässlicher Unterstützung rechnen können, und zwar schon bald; sie wollen nicht bis 2013 auf die Realisierung warten. Was wollen Sie denn denjenigen Familien sagen, die Sie jetzt mit dem Elterngeld beglücken? „Seht her, ihr bekommt das Elterngeld; einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt es aber erst ab 2013“? „Eure Enkelkinder haben einen Betreuungsplatz sicher“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden über Geld, über viel Geld. Dieses Geld muss gut angelegt sein. Beenden Sie deshalb endlich den Unfug mit dem Betreuungsgeld! Eine Herdprämie – auch wenn sich manche über diesen Begriff echauffieren – bleibt eine Zuhausebleibprämie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bei der FDP – Johannes Singhammer

[CDU/CSU]: Nehmen Sie das zurück! Das ist eine Beleidigung der Eltern! – Norbert Barthle  
[CDU/CSU]: Zahlen Sie künftig statt Kindergeld „Herdgeld“?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Haßelmann, darf Ihnen der Kollege Kampeter kurz vor Schluss noch eine Zwischenfrage stellen?

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lassen Sie mich gerade zur Herdprämie zu Ende sprechen; dann kann Herr Kampeter fragen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, das kann er eben nicht; denn dann ist Ihre Redezeit vorbei.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kampeter, bitte.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Kollegin, Sie haben noch einmal die Finanzierung der Investitionskosten angesprochen und deutlich gemacht, dass Sie das noch nicht verstanden haben. Deshalb bitte ich Sie, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Mit der Einbringung dieses materiellen Teils ist verbunden, dass wir 2,15 Milliarden Euro möglichst nah an die Gemeinden bringen wollen.

Sie haben in Nordrhein-Westfalen an der Umsetzung des TAG politisch mitgewirkt. Als Sie aus der politischen Verantwortung ausgeschieden sind, war die Ausstattung für die Betreuung der unter Dreijährigen relativ schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Zusammenhang mit dem jetzigen Gesetzgebungsverfahren geht es auch um die nahezu vor dem Abschluss stehende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, über die wir hier im Parlament im Oktober ringen werden. Anders als beim TAG soll es – dazu diese Verwaltungsvereinbarung – Erfolgskontrollen und eine Rückzahlungsoption geben für den Fall, dass die Länder das Geld nicht in den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen stecken. Das ist ein qualitativer Unterschied gegenüber allen bisherigen Fördermaßnahmen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Peer Steinbrück, dass er eine solch ambitionierte Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern ausgehandelt hat.

Meine Frage lautet: Wann sind Sie endlich bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kampeter, um Ihre Frage zu beantworten: Ich habe verstanden, dass wir mit unseren finanziellen Ressourcen sehr verantwortungsvoll umgehen müssen. Deshalb halte ich Ihre Idee des Betreuungsgeldes für besonders fahrlässig: Milliarden Geschenke für die CSU, nur um ihre ideologischen familienpolitischen Vorstellungen durchzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich frage die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen: Warum sagen Sie da eigentlich nicht: „Das läuft mit uns nicht!“? Nach meiner Information ist im Begründungsteil des Gesetzentwurfs ein Sollbetrag für das Betreuungsgeld vorgesehen. Sind Sie ernsthaft gewillt, so etwas mitzumachen, während Sie öffentlich über das Betreuungsgeld reden?

Zu dem zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Kampeter: Ich habe sehr wohl verstanden, was Sie mit dem Sondervermögen vorhaben. Deshalb frage ich auch, wie Sie das haushalterisch erläutern wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Abg. Otto Fricke [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Zuletzt zum Thema Kinderarmut. Beim Thema Kinderarmut machen Sie den Leuten etwas vor. Seit Wochen und Monaten wird öffentlich darüber geredet, dass es Kinderarmut in Deutschland gibt, dass 2,5 Millionen Kinder davon betroffen sind. Ich bitte Sie: Im Rahmen des Haushaltes - sowohl bei Arbeit und Sozialem als auch bei Familie - können Sie unter Beweis stellen, dass Sie das, was Kurt Beck, was Ihre Familienpolitikerinnen, was CDU-Politikerinnen und -Politiker sagen, ernst meinen. Unterlegen Sie das mit einer finanziellen Ausstattung, anstatt es bei der Ankündigung, gegen Kinderarmut in diesem Land etwas zu tun, zu belassen!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält der Kollege Dr. Ole Schröder für die CDU/CSU-Fraktion das Wort,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

bevor der Kollege Fricke nach zwei gescheiterten Versuchen, nach Ablauf der Redezeit des jeweiligen Redners noch eine Zwischenfrage zu stellen, seine Ausführungen nun in seiner eigenen knappen Redezeit unterbringen muss.

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt ja langsam, dass Schwung in die familienpolitische Diskussion gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das haben wir Ihnen zu verdanken, Frau Ministerin von

der Leyen. Sie haben es geschafft, die Familienpolitik in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion zu stellen und sie vor allen Dingen dort auch zu verankern. Noch wichtiger: Sie haben die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Der Bedeutungszuwachs der Familienpolitik lässt sich an diesem Haushalt sehr gut nachvollziehen. Gegenüber dem Vorjahr ist für den Einzelplan 17 eine Steigerung von 18 Prozent zu verzeichnen. Trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung setzt die Große Koalition hier einen wichtigen Akzent. Die Förderung von Kindern und Familie ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Sie, Frau Ministerin, haben Ihr Ministerium, das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zum Zukunftsministerium gemacht.

(Ina Lenke [FDP]: Zivildienst!)

Das Elterngeld wird gut angenommen. Darauf ist bereits hingewiesen worden. Auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Vätermomate steigt. Das Bewusstsein, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht allein Sache der Frauen ist, sondern eine Herausforderung, der sich Männer und Frauen gleichermaßen stellen müssen, wächst.

(Beifall der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

So hat sich schon in den ersten Monaten der Anteil der Männer erheblich erhöht, die bereit sind, für die Kindererziehung für einen bestimmten Zeitraum auf eine berufliche Tätigkeit zu verzichten. Insgesamt schaffen wir mit dem Elterngeld im ersten wichtigen Jahr nach der Geburt Sicherheit für die Familien. Jungen Paaren wird es damit leichter gemacht, sich für Kinder zu entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gleiche Ziel verfolgen wir auch mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Mit der Einigung zur Finanzierung mit den Ländern und Kommunen ist nun der Weg frei, dass wir die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige auf 750 000 verdreifachen. Das Sondervermögen ist wichtig, damit wir den Mittelabfluss direkt an die Kommunen zielgenau organisieren können, sodass das Geld nicht bei den Finanzministern, sondern bei den Kommunen vor Ort und den Familien landet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Ina Lenke [FDP]: Das hätten Sie auch über die Umsatzsteuererhöhung machen können! - Otto Fricke [FDP]: Dann hätte man das Geld auch den Kommunen direkt geben können!)

Wir vergessen auch nicht die Eltern, die ihr Kind selbst betreuen wollen und dafür auf ihre Berufstätigkeit verzichten. Die Familienpolitik hat die Aufgabe, auch diese Eltern besser zu unterstützen.

Ein weiteres zentrales Ziel der Unionsfraktion ist die bessere Bekämpfung der Kinderarmut. Es freut mich daher, dass sich die Familienministerin dieser Aufgabe stellt und das Instrument des Kinderzuschlags

(Ina Lenke [FDP]: Ein falsches!)

endlich so ausgestaltet, dass mehr Familien davon profitieren. Besonders wichtig ist mir schon aus haushaltspolitischen



Gründen, dass wir die unterschiedlichen familienpolitischen Maßnahmen besser aufeinander abstimmen, damit das Geld bei den Eltern und Familien ankommt, statt in der Förderbürokratie zu versickern.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lührmann?

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Bitte schön.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, ich möchte Ihnen eine Frage zu dem Sondervermögen stellen, das Sie eben als sehr gut bezeichnet haben.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das ist es auch!)

Inwieweit können Sie das mit Ihrer Vorstellung von Generationengerechtigkeit verbinden? Nach meiner Auffassung hat das Sondervermögen vor allem den einen Zweck, die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr möglichst hoch zu halten, um sie in den nächsten Jahren langsam zu senken.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr! Genau das ist der Grund!)

Ich führe dafür als Beleg ein Zitat aus dem Handelsblatt aus der vergangenen Woche an:

Steinbrück will unter allen Umständen vermeiden, dass die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr unter die Planzahl von 12,9 Milliarden Euro für das nächste Jahr rutscht. „Das wäre politisch problematisch. Die Neuverschuldung sollte besser Schritt für Schritt abgebaut werden“, sagte Steinbrücks Sprecher.

Deshalb frage ich noch einmal: Ist das Sondervermögen nicht vielmehr ein Haushaltstrick, um die Nettokreditaufnahme möglichst hoch zu halten?

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Überhaupt nicht. Wir sichern mit dem Sondervermögen, dass die Mittel dann zielgenau an die Kommunen fließen können, wenn die Kommunen es benötigen, und nicht abhängig von der Haushaltslage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat der

Steinbrück sehr gut gemacht! - Otto Fricke

[FDP]: Also wisst ihr nicht, ob ihr es nächstes Jahr noch habt!)

Wir werden damit Planungssicherheit für die Kommunen erzielen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Möchten Sie vielleicht auch Frau Lenke noch mit einer Zwischenfrage zu Wort kommen lassen?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jede Verlängerung der Redezeit für eine gute Politik ist höchst willkommen!)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Bitte schön.

Ina Lenke (FDP):

Herr Kollege, meinen Sie, dass das Konzept des Kinderzuschlags richtig ist, wenn Sie sehen - ich meine das ernst; das hat mit Parteipolitik nichts zu tun -, dass es

notwendig ist, 27 Seiten auszufüllen, um den Zuschlag zu erhalten, dass 18 Prozent der Mittel zur Deckung der Gesamtkosten für Bürokratie draufgehen, dass nur 12 Prozent der Anträge genehmigt werden und dass über 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, bei denen Sie große Erwartungen erwecken, enttäuscht sein werden, wenn sie den Kinderzuschlag, der bis zu 150 Euro betragen kann - das können in manchen Fällen auch nur 10 oder 20 Euro sein -, nicht erhalten? Meine Frage ist folgende: Fällt Ihnen nichts Besseres ein als dieser missglückte Vorschlag, der auf dem alten Kinderzuschlag aufbaut? Ich bitte Sie herzlich, andere Antworten zu finden. Wir von der Opposition werden das dann nicht ausschachten.  
Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Frau Lenke, Sie haben völlig recht: Die bisherige Regelung des Kinderzuschlags ist viel zu bürokratisch; das ist ein bürokratisches Monstrum. Ich habe in den letzten Haushaltsdebatten immer wieder angesprochen und angemahnt, dass wir diese Regelung unbedingt reformieren müssen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!  
Jetzt ändern wir das!)

Ich habe daher eben positiv erwähnt, dass wir das nun machen. Wir sollten in den Beratungen gemeinsam darauf achten, dass wir den Kinderzuschlag nicht nur erhöhen und dafür sorgen, dass mehr Eltern davon profitieren, sondern dass wir ihn auch entbürokratisieren. Sie haben völlig recht: Es ist unzumutbar, dass so viele Anträge - ich habe in Erinnerung: neun von zehn - abgelehnt werden. Wir brauchen dringend schlankere Organisationsformen, um den Eltern und Kindern tatsächlich zu helfen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unser Schröder hat das längst erkannt!)

Das Geld soll schließlich bei den Eltern und Kindern ankommen und nicht in der Förderbürokratie versickern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um sich der Veränderung der Altersstruktur umfassend zu stellen, sind bessere Rahmenbedingungen für Kinder und Eltern nur eine Seite der Medaille. Genauso wichtig ist es, die Alterung der Gesellschaft positiv aufzunehmen und die Politik auf einen höheren Anteil an Senioren auszurichten. Genau dies geschieht mit Maßnahmen zum Thema „Wirtschaftsfaktor Alter“, der Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ oder mit der Förderung von Seniorenorganisationen, um nur wenige Beispiele aus dem Haushalt zu nennen. Auch die im Einzelplan 17 geförderten Mehrgenerationenhäuser sind ein wichtiges Projekt. Sie helfen die Bindungen zu stärken, die die Gesellschaft zusammenhalten. Ältere Menschen können hier ihre Kompetenzen und Erfahrungen besser einbringen. Die Vielfalt an Umsetzungen, die wir vor Ort erleben, zeigt, dass wir hier auf einem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Darüber hinaus müssen wir aber auch an die älteren Menschen denken, die nicht mehr so aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Es bleibt unsere Aufgabe, für die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen eine bessere Politik zu betreiben. Die von der

Bundesregierung geplante Pflegereform ist hierzu ein erster Schritt. In vielen Einrichtungen herrschen nach wie vor unbefriedigende Zustände. Hauptursache hierfür ist vor allem in der Dementenbetreuung fehlendes Personal. Daher haben wir, die wir heute über den Einzelplan 17 diskutieren, die Aufgabe, uns Gedanken über die Zukunft des Zivildienstes machen. Zivildienstleistende übernehmen wichtige Betreuungsaufgaben. Sie helfen älteren Menschen beim Essen. Sie gehen mit Demenzkranken spazieren. Sie übernehmen Fahrdienste. Das sind sehr wertvolle Dienste, die bei der gegebenen Finanzausstattung zurzeit nicht allein von regulär Beschäftigten übernommen werden können. Auch wenn ich die Wehrpflicht nicht mit dem Zivildienst begründen möchte, möchte ich anmerken, dass die CDU/CSU-Fraktion in diesem Haus die einzige politische Kraft ist, die an der Wehrpflicht und damit auch am Zivildienst festhält. (Otto Fricke [FDP]: Das sollte uns zu denken geben!)

Jeder, der diese Dienste abschaffen will, muss sich darüber Gedanken machen, wie er die dann entstehenden Betreuungslücken schließen und das finanzieren will. (Beifall bei der CDU/CSU)

Bei allen wichtigen Investitionen in eine gute Familienpolitik dürfen wir ein zentrales Ziel nicht aus den Augen lassen, das für die Handlungsfähigkeit der jungen Generation von entscheidender Bedeutung ist: Das ist die Haushaltssanierung. Wir müssen daher so schnell wie möglich zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Der jetzige Finanzplan setzt ein positives Signal, aber angesichts des enormen Schuldenbergs des Bundes von über 900 Milliarden Euro dürfen wir diesen Pfad der Sanierung auf gar keinen Fall verlassen. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich freue mich auf die gemeinsamen Ausschussberatungen, die hoffentlich sehr konstruktiv verlaufen, damit wir auch im Jahr 2008 eine noch bessere Politik für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestalten können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ja, ja - nein, nein, so könnte man diesen Haushalt, jedenfalls was dieses Ministerium angeht, zusammenfassen. Wir haben an vielen Stellen richtige Entwicklungen. Es war auch dringend Zeit. Ich muss immer wieder sagen, dass die „Entwicklungshilfeministerin“ von der Leyen bei der CDU/CSU sehr viel erreicht hat.

(Beifall bei der FDP)

Aber es reicht nicht, das Elterngeld einzuführen, und es reicht nicht, die Betreuung der unter Dreijährigen stärker auszubauen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat auch keiner behauptet!)

Das sind richtige Dinge, aber man muss das alles auf

Dauer richtig machen. Da fällt mir eines auf: Wir wissen jetzt seit mehreren Jahren, dass wir über 180 Milliarden Euro - es gibt dazu unterschiedliche Angaben - für Familienleistungen im weitesten Sinne ausgeben.

Irgendwann muss man doch sagen: Okay, wir brauchen neue Leistungen. Wir hinken da hinterher, weil meine Partei etwas länger gebraucht hat. - Man muss sich aber auch fragen, welche der Leistungen falsch ist, wenn man feststellt, wie hoch die Kinderarmut bei uns ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Evaluation läuft doch, Herr Kollege Fricke!)

Frau Ministerin, ich erwarte von Ihnen spätestens noch im Laufe dieses Jahres eine klare Identifizierung der Leistungen, die Sie für falsch halten, weil sie nicht bei den Betroffenen ankommen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu sind Sie - ich bleibe dabei - verpflichtet; denn Sie sind es, die die Kinder davor schützen muss, dass diejenigen, die heute Leistungen bekommen, später für diese Leistungen doppelt und dreifach bezahlen. Sie müssen Ihren Kabinettskollegen sagen: Hört auf, mehr zu fordern! Das müssen sonst die Kinder, denen ich zu helfen versuche, damit sie in der Zukunft weitere Chancen haben, bezahlen, wenn sie erwachsen sind. -

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein kluger Gedanke, Herr Kollege Fricke!)

Ich bleibe dabei, dass die Konstruktion des Elterngeldes nicht zu Hartz IV passt. Da gibt es so viele Widersprüche, dass wir uns damit sicher noch einmal befassen müssen.

Zum Sondervermögen. Der Kollege Kampeter hat sehr geschickt zu vermeiden versucht, zu sagen, warum man das 2007 macht. Das ist - die Kollegin Lührmann hat recht - ein schlichter Trick. Man will lieber in diesem Jahr etwas mehr ausgeben, damit man im nächsten Jahr und im folgenden Jahr behaupten kann, etwas weniger ausgegeben zu haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Keine Angst, Ihre Redezeit wird von mir nicht verlängert! Der Trick zieht nicht!)

Es wird eine Geschichte fortgeschrieben, anstatt das Ganze so schnell wie möglich abzuschreiben. Kollege Schröder sagt, er wolle das schon jetzt machen. Vielleicht hat die Koalition Angst, dass ihr in den nächsten Jahren das Geld nicht mehr zur Verfügung steht, und sichert es deswegen lieber in diesem Jahr ab. Notwendig wäre das nicht gewesen. Es wäre besser gewesen, wenn man den Kommunen das Geld direkt gegeben hätte.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

- Erzählen Sie doch keine Geschichten, die nicht stimmen!

- Das hätte man auch über das Finanzausgleichsgesetz machen können. Es sind den Kommunen doch schon wiederholt Umsatzsteuerpunkte gegeben worden. Sie haben die Finanzierung deswegen über die Länder organisiert - das ist kein Vorwurf an die Koalitionsfraktionen -, weil die Länder ihre klebrigen Finger daran halten wollen und weil die Länder die Kommunen kontrollieren wollen. Es ist doch nichts anderes.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau, keine Gießkanne!)  
Ich finde es dennoch gut, dass sich die Regierung dazu entschlossen hat, das Ganze in einem Nachtragshaushalt zu regeln. Ich bin gespannt, in welcher Weise wir dann hier über den Nachtragshaushalt debattieren werden. Insofern ist wenigstens das Parlament als Haushaltsgesetzgeber geachtet worden.

Ich will zu der sogenannten Herdprämie nur eines sagen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!)

- Sie wird so genannt, und man muss sich überlegen, warum sich der Begriff hält. - Es wird viel darüber diskutiert. Die SPD bestreitet, dass sie kommt, die CSU behauptet, sie vereinbart zu haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Diskriminieren

Sie nicht die Erziehungsleistung der Eltern!)

Für die Bürger draußen: In einer Formulierungshilfe der Bundesregierung steht in der Begründung, dass man so etwas in Zukunft vorhabe. In der Begründung könnte auch stehen, dass Angela Merkel im Jahre 2013 noch Bundeskanzlerin ist. Der Effekt ist der gleiche: Es ist nur beschriebenes Papier, nicht mehr. Deswegen sollte die CDU/CSU einfach sagen, dass sie in dieser Beziehung rechtlich noch gar nichts erreicht hat. Ein Gesetz müsste es geben, wenn Sie dieses Geld auf Dauer für Familien ausgeben wollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es hat nie jemand etwas anderes behauptet!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Pieper?

Otto Fricke (FDP):

Aber selbstverständlich.

Cornelia Pieper (FDP):

Herr Kollege Fricke, geben Sie mir recht, dass insbesondere die Liberalen bemüht sind, Bildung mit Kinderbetreuung und frühkindlicher Erziehung zu verbinden und dass das mit der „Herdprämie“ nichts zu tun hat? Können Sie mir einmal erklären, warum es gerade in den neuen Bundesländern seit der deutschen Einheit einen mit Bildung verknüpften Rechtsanspruch auf Krippen- und Kindergartenplätze gibt, obwohl der Bund damals keine größeren Zuschüsse gegeben hat? Nach der Wiedervereinigung, als der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahre eingeführt wurde, haben die neuen Länder den Kommunen übrigens keinerlei Einnahmen aus der Umsatzsteuer weitergereicht. Diese Regierungskoalition will den Rechtsanspruch auf Krippenplätze erst 2013, also erst in der übernächsten Legislaturperiode, verwirklichen. Für mich ist das eine „Vergackeierung“ der Wähler.

Otto Fricke (FDP):

Frau Kollegin Pieper, ein Grundproblem der gesamtdeutschen Gesellschaft ist, dass der westliche Teil gedacht hat, dass alles, was aus der DDR kommt, schlicht falsch ist, und das wiederum war falsch. Über die Frage „Ab wann setzt Bildung ein?“ hat die westliche Gesellschaft unseres Landes lange nachgedacht. Wenn man in Diskussionen bei uns zu Hause vor zehn Jahren gesagt

hat: „Bildung fängt schon bei den unter Dreijährigen an“, dann wurde man angeschaut, als wäre man von einem anderen Planeten. Insofern können die neuen Bundesländer stolz sein, dass sie im vereinigten Deutschland eine Vorreiterrolle bezüglich der Frage der vorschulischen Bildung spielen.

Die neuen Bundesländer hätten sich - gerade weil die Bundeskanzlerin aus den neuen Ländern kommt - schneller durchsetzen können. Wenn ich mir den Kollegen Kampeter anschau, dann bin ich sicher, dass er mit der Bundeskanzlerin noch darüber reden wird, an welcher anderen Stelle man einsparen kann, um für so etwas in Zukunft mehr und vor allen Dingen schneller Geld in die Hände zu nehmen. Oder Kollege Kampeter?

Ich komme zum letzten Punkt, weil meine Redezeit langsam zu Ende geht. In der Debatte über Kinder, aber eben auch über Soziales hat der Kollege Kurth von den Grünen gesagt, man müsse die Hartz-IV-Regelsätze erhöhen. Es geht immer wieder um Geld. Der Präsident - er ist leider nicht mehr anwesend - hat gestern Abend bei einer Veranstaltung mit jungen Christen gesagt: Der christliche Wert der Nächstenliebe ist in der Politik sehr wichtig. Er hat aber auch gesagt, dass wir Politiker viel zu oft meinen, Nächstenliebe sei nur etwas, was wir durch mehr soziale Leistungen zustande bringen können. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ein Fehlschluss!)

Ich warne ausdrücklich davor, diesem Gedanken zu folgen. Es ist schön, wenn es durch finanzielle Leistungen zu einem gerüttelt Maß an zusätzlicher Freiheit und zu mehr, was die Kinder erreicht, kommt. Wir dürfen aber nicht glauben, dass wir dadurch, dass wir mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, auch mehr Nächstenliebe geben.

(Der Redner hält ein Buch hoch)

Durch das, was Pastor Bernd Siggelkow - er arbeitet bei der Arche - in dem Buch Deutschlands vergessene Kinder geschrieben hat, habe ich gelernt: Wir werden über finanzielle Leistungen niemals dafür sorgen können, dass wir bei dem Thema Kinderbetreuung in irgendeiner Weise Ruhe bekommen, sodass wir sagen können: Wir haben genug getan.

Wir müssen uns in der nächsten Zeit - Frau Ministerin, ich würde mich freuen, wenn Sie dabei einen Schwerpunkt setzten - mit der Frage „Liebe, Zuneigung, Nähe“ viel mehr beschäftigen, und wir dürfen uns nicht nur mit abstrakten Fragen wie „finanzielle Mittel“ befassen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Christel Humme, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Christel Humme (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen!

Ein bisschen verwundert mich diese Debatte schon.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, uns auch!)

Vor einem Jahr habe ich hier gestanden und gefordert: Wenn der bedarfsgerechte Ausbau von Betreuungsplätzen

für unter Dreijährige bis 2010 nicht kommt, dann muss es einen Rechtsanspruch geben. Heute, nur ein Jahr später, stehe ich hier und kann sagen: Dieser Rechtsanspruch kommt, und das nicht 2010, sondern wir regeln ihn jetzt. Deshalb bitte ich Sie von der Opposition, sich mit uns zu freuen. Erkennen Sie an, dass wir dank des Engagements von Peer Steinbrück und Frau von der Leyen neue Wege gehen.

(Zuruf der Abg. Ina Lenke [FDP])

Neue Wege sind: erstens Unterstützung durch den Bund bei den Investitionskosten – wann hat es das bei der Betreuung unter Dreijähriger schon einmal gegeben? –, zweitens Unterstützung bei den Betriebskosten, und zwar so, dass das Geld tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Sie unterstellen da etwas. Durch den Rechtsanspruch ist gewährleistet, dass das Geld, 770 Millionen Euro jährlich ab 2013, tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Darauf können wir mit Recht stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Britta

Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Also doch nicht jetzt!)

Wir wollen damit natürlich den Ausbau etwas beschleunigen.

Da gebe ich Ihnen von der Opposition

recht: Das Ganze geht in der Tat nur im Schnecken tempo

voran. Wir brauchen das Betreuungsangebot aber

schnell. Am 1. Januar 2008 wird unser Elterngeld ein

Jahr alt. Alle, die nach einem Jahr Elternzeit wieder ihre

Berufstätigkeit aufnehmen wollen, müssen natürlich einen

adäquaten Betreuungsplatz haben. Mit unseren

Maßnahmen helfen wir diesen Vätern und Müttern. Sie

brauchen mehr Wahlfreiheit, was Familie und Beruf angeht;

Frau Kressl hat das vorhin schon gesagt. Wahlfreiheit

haben sie – das ist entscheidend – heute nämlich

nicht. Diese Ungerechtigkeit müssen wir so schnell wie

möglich aus der Welt schaffen. Deshalb gebe ich der

Kanzlerin recht, die gesagt hat: Unsere erste Priorität ist,

bis 2013 mit einem finanziellen Kraftakt von

12 Milliarden Euro – das sage ich noch einmal ganz

deutlich – 750 000 Betreuungsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in den ersten Tagen der Haushaltsdebatte hat

sich wieder gezeigt, dass wir keine Gelegenheit auslassen,

zu sagen: Gute Deutschkenntnisse sind eine wichtige

Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Darum

müssen wir die richtigen Konsequenzen ziehen.

Allein Sprachtests, ohne vorher eine Förderung zu organisieren,

machen wenig Sinn. Fehlende Bildungsintegration

ist nicht nur ein Problem der Kinder mit Migrationshintergrund,

sondern auch zunehmend ein Problem

deutscher Kinder. Allen Kindern müssen wir die größtmögliche

Förderung zukommen lassen – und das von

Anfang an. Das ist unsere zentrale Aufgabe.

Das Projekt „Die 2. Chance“ des Familienministeriums

zur Unterstützung Jugendlicher ohne Schulabschluss

ist zurzeit notwendig und richtig und wird von

uns ausdrücklich begrüßt. Zusammen mit den in Meseberg

verabschiedeten Einstiegsprogrammen für mehr

Ausbildung sind das heute die richtigen Ansätze, um

jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. Für die Zukunft

heißt das aber auch: Wir dürfen gar nicht erst zulassen,

dass es Schulabbrecher gibt, wie das heute der Fall ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sibylle Laurischk [FDP])

Auch das ist nur mit einem qualitativ guten Bildungs- und Betreuungsangebot von Anfang an zu erreichen. -

Das sind unsere Vorstellungen von Chancengleichheit.

Zu diesen Vorstellungen von Chancengleichheit gehört natürlich auch, dass Bildung von Anfang an kostenfrei gestellt werden muss - das ist unser langfristiges Ziel -; denn nur so erreichen wir, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben, ob arm oder reich, Deutsche oder Ausländer.

(Beifall bei der SPD)

Chancengleichheit, das schließt auch ein - wir haben das heute an vielen verschiedenen Stellen gehört -, dass wir unsere Anstrengungen zur Armutsprävention fortsetzen müssen. Wir haben gehört, dass es in der Tat Familien gibt, die ein so geringes Einkommen haben, dass es nicht ausreicht, den Unterhalt der Kinder zu decken.

Ihnen helfen wir zurzeit mit dem von der SPD am 1. Januar 2005 eingeführten Kinderzuschlag. Ich gebe allen recht, die gesagt haben: Das muss reformiert werden, weil es viel zu kompliziert und bürokratisch ist.

(Ina Lenke [FDP]: Seit Jahren ist das so!)

Ich gebe allen recht, die sagen: Das System muss vereinfacht werden. Genau deshalb ist in Meseberg beschlossen worden, ein Gesamtkonzept für Familien mit Kindern vorzulegen, um sie dann zu unterstützen, wenn ihr Einkommen nicht ausreicht, für ihre Kinder zu sorgen. Das wollen wir, weil wir im Vergleich zu heute mehr als doppelt so viele Kinder aus der Armut holen wollen. Das ist ein wichtiges Ziel, das wir verfolgen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage auch: Wer es mit der Bekämpfung von Kinderarmut wirklich ernst meint, der muss sich der Frage stellen, wie wir erreichen, dass existenzsichernde Löhne gezahlt, dass gesetzliche Mindestlöhne auf den Weg gebracht werden; denn gesetzliche Mindestlöhne bekämpfen meiner Ansicht nach wirkungsvoll Kinderarmut.

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe dabei: Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mehr gute Betreuungsplätze und die damit verbundene Erhöhung der Frauenerwerbsquote sind die besten Instrumente, Familienarmut zu verhindern.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen. Auch hier muss das Prinzip der fairen Entlohnung gelten, nämlich: gleicher Lohn bei gleicher Arbeit. Ich wünsche mir, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, im Familienministerium angesiedelt, ihr Augenmerk auch darauf richtet. Wir haben für diese Stelle gekämpft, damit endlich auch in Deutschland die Akzeptanz von Vielfalt selbstverständlich wird.

Für diese wichtige Arbeit muss die Stelle voll arbeitsfähig sein. Dafür sind im Gleichbehandlungsgesetz

5,6 Millionen Euro vorgesehen, bisher sind im Haushalt aber lediglich 2,8 Millionen Euro eingestellt. Darüber müssen wir noch reden, da müssen wir noch nachjustieren.

Die Stelle hat einen ambitionierten Auftrag: Sie soll unter anderem über Öffentlichkeitsarbeit ein Bewusstsein



für Toleranz und gegen Ausgrenzung schaffen. Ausgrenzung findet bei uns leider täglich statt und zeigt ihr hässliches Gesicht in Vorfällen wie in Mügeln als Spitze des Eisbergs. Rechtsextreme Gewalt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ist die schlimmste Form von Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe und braucht dauerhafte Strukturen.

(Beifall bei der SPD)

- Ja, da darf ruhig applaudiert werden. Strohfeuermaßnahmen immer dann, wenn gerade etwas Furchtbares passiert ist, helfen nicht.

Im letzten Jahr hat die SPD erkämpft, die Mittel für Programme gegen Rechtsextremismus um 5 Millionen Euro auf insgesamt 24 Millionen Euro aufzustocken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Kollegin, wir haben das gemeinsam beschlossen!)

- Ich kenne die Debatte sehr gut, Herr Kampeter. - Wir wollten mit den zusätzlichen 5 Millionen Euro die Arbeit von mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen sichern.

Frau von der Leyen, wir müssen jetzt alles daransetzen, dass die Programme gegen rechts konsequent fortgeführt werden können; denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass es mehr zivilgesellschaftlicher Initiativen bedarf, wenn Rechtsextremismus erfolgreich bekämpft werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich auf die Debatte über den Haushaltsplan 2008; denn er zeigt eindeutig, Frau Lührmann - ist sie noch da? -, dass beides geht: auf der einen Seite die niedrigste Nettoneuverschuldung und damit die Konsolidierung des Haushalts, auf der anderen Seite Investitionen in die Zukunft über Bildung. Beides machen wir im Interesse der Familien, der Senioren, der Kinder und auch der Enkelkinder.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Christel Humme (SPD):

Ich höre sofort auf. - Zum Abschluss möchte ich sagen: Der wichtige Bereich der Seniorenpolitik ist in meiner Rede, der Zeit geschuldet, zu kurz gekommen. Ich lade Sie alle ein: In der nächsten Woche gibt es eine ausführliche Debatte zum Fünften Altenbericht. Dort werden wir das Ganze noch einmal aufrollen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Monika Lazar, Bündnis 90/ Die Grünen. Bevor ich Ihnen aber das Wort gebe, Frau Kollegin, gratuliere ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause zu Ihrem 40. Geburtstag.

(Beifall)

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank! - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Wochen kennt hier wahrscheinlich fast jeder - meine Vorrednerin ist auch schon darauf eingegangen - die sächsische Kleinstadt Mügeln. Mitte August ereignete sich ein Vorfall auf dem Stadtfest: Acht Inder flohen vor einer Gruppe von Deutschen in eine zum Glück nahegelegene Pizzeria. Rufe wie

„Ausländer raus!“ begleiteten den Übergriff. Es gab Verletzungen, die Opfer waren traumatisiert. Die mediale Empörung war groß - und kurz. Dies ist leider beispielhaft für den beschämenden Umgang mit rassistischen Übergriffen in unserem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die immer wieder zu beobachtende Strategie heißt: Leugnen und Beschwichtigen. Es sei gar kein rechtsextremer Übergriff gewesen, meinte sogar der Bürgermeister Deuse aus Mügeln. Er verstieg sich gar zu Aussagen wie: „Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen.“

(Jan Mücke [FDP]: Nein, das hat er nicht gesagt!)

- Doch! - Dazu kann ich nur sagen: Für solch eine Äußerung habe ich kein Verständnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Wer so etwas nie denkt, dem kommt es auch nicht über die Lippen, egal ob nüchtern oder betrunken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dass der Mügelner Bürgermeister seine Relativierungen ausgerechnet in einem Interview mit der rechtslastigen Zeitung Junge Freiheit wiederholte, ist ein Beispiel für den alltäglichen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. Warum gehört das alles nun zur Debatte über den Familienhaushalt? Weil es dort die beiden Bundesprogramme Vielfalt tut gut und Förderung von Beratungsnetzwerken

- -

(Zuruf von der FDP: Ist der Bürgermeister vielleicht auch Rassist?)

- Der ist von der FDP. Ich bin extra nicht darauf eingegangen. Also lassen Sie mich bitte fortfahren.

(Otto Fricke [FDP]: Aber jeder weiß es!)

- Ja, jeder weiß es. Aber sind Sie darauf stolz? Ich hoffe, nicht. Die sächsische FDP hat sich somit nicht mit Ruhm bekleckert.

(Otto Fricke [FDP]: Meinen Sie etwa, ich wäre darauf stolz?)

- Nein, das habe ich nicht behauptet. Ich bin darauf nicht eingegangen. Deshalb können Sie sich beruhigen. Sie haben schon gesprochen. Das ist doch okay.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, ja, aber ansprechen! -

Jan Mücke [FDP]: Sie müssen bei der Wahrheit bleiben!)

- Herr Mücke, bitte!

An beiden Programmen gibt es Kritik von uns. Am Beispiel Mügeln lässt sich das gut verdeutlichen. Etablierte Initiativen können sich um längerfristige Förderung nicht selbst bewerben. Nur noch Kommunen und Landkreise dürfen Anträge stellen. Was aber, wie wieder das Beispiel Mügeln zeigt, wenn die Bürgermeister selbst Teil des Problems sind? Der Landkreis Torgau-Oschatz, in dem Mügeln liegt, beantragte Mittel für einen lokalen Aktionsplan, erhielt sie aber nicht, weil es in Sachsen wie in anderen Ländern mehr Anträge gab, als bewilligt werden konnten.

Nach den blutigen Auseinandersetzungen will Frau Ministerin von der Leyen plötzlich doch noch Fördermittel

freigeben. Makaber, dass erst Menschen verletzt werden müssen, damit die Arbeit gegen Rassismus unterstützt wird.

(Zuruf von der SPD: Nicht wahr! Quatsch!)

Ich hoffe, der Landkreis bezieht nun die Initiativen vor Ort mit ein. Einen offiziellen Anspruch darauf haben sie nicht. Das muss sich ändern. Das Programm muss umstrukturiert werden, damit zivilgesellschaftliche Projekte wieder selbst Gelder beantragen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich fordere die Große Koalition auf: Blockieren Sie die demokratischen Projekte vor Ort nicht länger! Ändern Sie jetzt in diesem Haushaltsverfahren die Förderrichtlinien. In diesem Jahr gab es genügend negative Beispiele. In den Tagen nach dem Mügelner Vorfall gab es etliche Stimmen, auch vonseiten der SPD, die forderten, die Mittel für die Bundesprogramme zu erhöhen. Denen schließen wir uns an: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hier haben Sie uns auf Ihrer Seite. Lassen Sie uns in den nächsten Wochen gemeinsam darum kämpfen, dass der Haushaltsansatz erhöht wird, damit Opfer, Aussteiger aus der Naziszene, überforderte Eltern und ratlose Lehrer in Ost und West im nächsten Jahr mehr Beratungsangebote bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Johannes Singhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer im Februar dieses Jahres 2007 behauptet hätte, dass im September dieses Jahres 4 Milliarden Euro in Berlin für den Ausbau der Kinderbetreuung abholbereit liegen, der wäre als Märchenerzähler verspottet worden. Heute liegt das Geld bereit. Diese Bundesregierung, diese Ministerin, diese Große Koalition, diese Fraktion der CDU/CSU haben es geschafft, was Millionen von Menschen und insbesondere Eltern sehnsüchtig erwartet haben: ein größeres Angebot an Kinderbetreuung mit einer gesicherten finanziellen Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die Sorge um die Zukunft der Familien vom Gedöns hin zu einem politischen Spitzenthema befördert. Vom ersten Tag in der Großen Koalition an war es unser fester Wille, mit Siebenmeilenstiefeln bessere Bedingungen für Familien in Deutschland zu schaffen.

(Nicolette Kressl [SPD]: Herr Singhammer, wollen Sie auch von uns Beifall hören?)

Denn nichts wird die Entwicklung unseres Landes nachhaltiger bestimmen, Frau Kollegin Kressl, als das Wohlergehen der Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir als Allererstes das Elterngeld durchgesetzt. Im Haushaltsjahr 2008 wird das Elterngeld

erstmalig voll zum Tragen kommen. Mit gut 4 Milliarden Euro jährlich unterstützen wir Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes, und zwar alle Eltern, die das wünschen. Gegen zunächst erhebliche Widerstände haben wir durchgesetzt, dass ein sogenanntes Mindestelterngeld, ein Sockelelterngeld, von 300 Euro pro Monat gezahlt wird. Siehe da, die ersten nachprüfbaren Zahlen zeigen: Das Sockelelterngeld, das Mindestelterngeld, ist der Renner des Jahres. 54 Prozent der Mütter und Väter erhalten diese 300 Euro im Monat. Das sind nicht weniger als derzeit 108 000 Eltern. Die meisten hätten nach einem früheren Entwurf keinen einzigen Cent gesehen. Dieses Elterngeld fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; das ist unser Ziel. Es unterstützt aber auch die Alleinverdienerfamilie, junge Studenten

(Ina Lenke [FDP]: Was?)

und Erwerbslose, die nach der ursprünglichen Fassung leer ausgegangen wären. Ich sage das deshalb, weil damit der rote Faden der Unionspolitik deutlich wird. Wir wollen den Familien keine Vorschriften machen, wie sie zu leben haben. Wir wollen alle Familien und damit die Vielfalt der Lebensmodelle unterstützen und ihnen mehr und nicht weniger Wahlfreiheit geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lenke?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Sehr gerne.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt aber mal

Lob, Frau Lenke!)

Ina Lenke (FDP):

Herr Kollege, ich glaube, ich habe Sie nicht ganz richtig verstanden. Sie haben gesagt, es sei auch für Studenten gut, dass sie Elterngeld bekämen. Ich will Sie einmal aufklären: Wenn Sie das entsprechende Gesetz durchlesen, können Sie feststellen: Jetzt, nach dem System des Elterngelds, werden nur zwölf Monate lang 300 Euro an betroffene Studenten gezahlt, während nach dem alten System des Erziehungsgeldes 24 Monate lang 300 Euro gezahlt worden sind. Wir haben den Vorschlag eines Baby-BAfÖG gemacht, damit Studenten länger Unterstützung erhalten. Darauf sind Sie nicht eingegangen. Für Studenten ist dieses Elterngeld also kein Fortschritt. Was sagen Sie dazu?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Kollegin Lenke, Sie haben mich, glaube ich, sehr gut verstanden. Ich habe ausgeführt, dass entgegen den ursprünglichen Planungen, in denen kein Mindestelterngeld, kein Sockelbetrag, vorgesehen war, die von Ihnen beschriebene Gruppe, also Studentinnen, ein Elterngeld von 300 Euro erhalten.

(Ina Lenke [FDP]: Aber nur zwölf Monate!)

Jeder, der es beantragt, bekommt das Elterngeld. Das ist ein Fortschritt im Vergleich zu früheren Planungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Ina

Lenke [FDP]: Es waren aber 24 Monate! -

Weiterer Zuruf von der FDP: Es ist weniger als früher!)

Echte Wahlfreiheit bedeutet - jetzt komme ich auf

den entscheidenden Punkt zu sprechen -, dass mehr Kinderbetreuungsplätze vorgehalten werden. Denn wer keine Chance hat, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu finden, kann auch keine Wahl treffen. Deshalb wollen wir, wie versprochen, die Verdreifachung des Angebots an Kleinkinderbetreuung. Daher haben wir eine entsprechende Finanzierung auf den Weg gebracht. Wir sagen aber auch, dass parallel dazu ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld eingeführt werden soll. Manchmal wird der Eindruck erweckt, Kinder zu Hause zu erziehen, sei eine vergleichsweise bequeme Angelegenheit, die man in der Hängematte erledigen könne. Doch Familienmanagerin oder Familienmanager zu sein, hat wenig mit Freizeit und Erholung zu tun, aber viel mit täglichem Stress und täglicher Arbeit. Ich möchte heute hier meinen Respekt, meine Hochachtung und meine Dankbarkeit gegenüber denjenigen Müttern und Vätern zum Ausdruck bringen, die diese schwierige, aber sicher auch wunderschöne Arbeit tagtäglich bewältigen. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Respekt und Schulterklopfen genügt jedoch für die meisten dieser Familien nicht; sie brauchen auch Bares, finanzielle Unterstützung. Das Betreuungsgeld hat ein Ziel: den Familien mehr Raum, mehr Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Freiheit zu geben, ihr Familienmodell zu leben und zu gestalten.

In der Diskussion werden immer wieder Bedenken vorgebracht, das Betreuungsgeld werde möglicherweise nicht zum Wohl der Kinder eingesetzt. Dazu sage ich: Ja, es stimmt, dass es bei Steuergeldern leider immer wieder vorkommt, dass sie nicht bestimmungsgemäß eingesetzt werden. Es stimmt, dass uns immer wieder Meldungen von spektakulären Kindesvernachlässigungen oder gar Kindesmisshandlungen erreichen. Es stimmt, dass es Problemfamilien gibt. Es stimmt auch, dass es Einwandererfamilien guttut, wenn ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen möglichst rasch Deutsch lernen.

Es wäre aber verhängnisvoll, wenn wir den Blick nur auf Problemfamilien, auf Schwierigkeiten richten würden und die Millionen von Familien aus dem Blick nähmen, die sich darum bemühen, ihre Kinder sorgfältig und mit Liebe zu erziehen, die oft viel mehr Geld einsetzen, als sie überhaupt aufbringen können, die sich jeden Tag krumm machen, damit sie es finanziell einigermaßen packen. Für diese Millionen von Familien ist das Betreuungsgeld eine echte Erleichterung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist nichts Unrechtes, wenn man Vertrauen in die Eltern setzt; denn sie wissen am besten, was ihre Kinder brauchen.

(Ute Kumpf [SPD]: Frage!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Mir ist nur gerade der Name der Kollegin nicht eingefallen. Entschuldigung.

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Kollegin Gruß. - Bitte sehr.

Miriam Gruß (FDP):

Schönen Gruß an dieser Stelle. - Sehr geehrter Herr

Kollege Singhammer, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass jede Familie aufgrund anderer von der Großen Koalition beschlossener Reformen bereits seit einigen Monaten 136 Euro mehr im Monat zu zahlen hat? Wären Sie also geneigt, darüber nachzudenken, wie sich Reformen, die Sie in anderen Politikbereichen vollziehen, auf Familien auswirken, bevor Sie ein Betreuungsgeld planen, das letzten Endes wahrscheinlich nicht bei den Kindern ankommt, obwohl dies wünschenswert wäre?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Kollegin Gruß, es freut mich, dass Sie die Erfolge der Bundesregierung loben und zu Recht konstatieren, dass hier vieles getan worden ist. Ich meine, dass wir diesen Weg fortsetzen müssen.

Sie haben gerade wieder die Bedenken angesprochen, die Eltern würden gerade das geplante Betreuungsgeld möglicherweise missbräuchlich einsetzen. Deshalb möchte ich noch einmal darauf eingehen.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das hat sie doch gar nicht gefragt! - Ute Kumpf [SPD]: Da sieht man mal, wie Sie hinhören!)

- Gleich! - Wir diskutieren heute in dieser Debatte auch über die Frage des Kinderzuschlags in Höhe von 140 Euro. Beim Betreuungsgeld ist ein Betrag von 150 Euro in der Diskussion. Jetzt bitte ich Sie, meinem Gedankengang zu folgen: Die Argumentation, beim Kinderzuschlag sei das Risiko gering, dass ein Euro missbräuchlich - möglicherweise für Alkohol oder Flachbildschirme - verwendet und nicht zum Wohl der Kinder eingesetzt werde, während dieses Risiko beim Betreuungsgeld ungeheuer groß sei, kann man nicht als seriös betrachten. Das ist eine Unterstellung.

(Miriam Gruß [FDP]: Sie haben mich nicht verstanden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist jedenfalls richtig, dass wir die Kinderbetreuung in dem vorgeschriebenen Tempo ausbauen und dass das Betreuungsgeld zeitgleich mit dem Rechtsanspruch im Jahre 2013 fixiert wird. Darauf wartet auch die Mehrheit der Eltern. Mit unserer Familienpolitik verfolgen wir zwei Ziele: Wir wollen es den Familien in Deutschland leichter machen, mit ihren Kindern zu leben und sich für Kinder zu entscheiden, und wir wollen in der Politik Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Vielfalt der Familien und der unterschiedlichen Lebensentscheidungen von Familien nicht eingeengt wird, sondern dass sie neuen Freiraum gewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Petra Hinz, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast einem Jahr hat die Ministerin, Frau von der Leyen, die erste Lesung des Haushalts damit begonnen: Geld ist zwar nicht alles, aber im Rahmen der Haushaltsberatung redet man auch über Geld. - Genau

das werde ich jetzt tun.

Viele von Ihnen haben einzelne Positionen im Haushalt des Familienministeriums aufgeführt. Ich möchte mich auf einige wenige beschränken. Wer sich im Wahlkreis umtut – ich gehe davon aus, dass wir alle uns in den sitzungsfreien Wochen im Wahlkreis bewegen –, wird sicherlich oft gefragt: Was habe ich eigentlich von dem, was ihr in den Haushaltsberatungen beschließt? – Ich finde es legitim, dass die Menschen, die uns in dieses Parlament geschickt haben, uns das fragen.

Die Maßnahmen und Projekte, die im Haushalt des Familienministeriums aufgeführt sind, erreichen die Menschen unterschiedlicher Generationen sofort und unmittelbar, weil die Menschen die Förderung – sei es in Bezug auf die Kindergartenplätze oder die Mehrgenerationenhäuser, um nur zwei Beispiele herauszugreifen – in ihren Familien unmittelbar erleben. Das Ministerium ist erlebbar, und die Menschen erfahren sofort Unterstützung oder Ablehnung.

Wir haben uns in der Großen Koalition als großes gesellschaftliches Ziel vorgenommen, mehr für Familienförderung und Chancengleichheit in Bildung und Entwicklung der Kinder, der jungen Erwachsenen, der Männer und Frauen, der Migranten, kurz: der Familien, zu investieren. Dies muss allerdings eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen sein. Ich widerspreche meiner Kollegin Nicolette Kressl eigentlich sehr ungern.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Ah, jetzt wird es aber interessant!)

Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und habe bei der jetzigen Landesregierung sehr wohl einen anderen Eindruck, nämlich dass der Ministerpräsident bei den Geldern, die an die Kommunen weitergeleitet werden sollen, in der Tat sehr klebrige Finger hat. Dort werden seit 2005 insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung – gerade im Sozialbereich; wir diskutieren jetzt über den Bereich Kibiz – Kürzungen vorgenommen. Das meine ich mit einer gemeinsamen Anstrengung. Ob Bund, Land oder Kommune: Wir müssen ein Ziel verfolgen, nämlich die Förderung der Familien und der Kinder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist schon viel darüber gesagt worden, welche Ansätze und Rahmenbedingungen wir in unserem Ministerium für den Haushalt 2008 vorfinden. Ich möchte als Haushälterin auf eines aufmerksam machen – das ist unsere Aufgabe; so verstehe ich meine Aufgabe als Haushälterin –: Das, was die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in den Gremien beschlossen und auf den Weg gebracht haben, wird von der Regierungsbank insgesamt – auch von unserer Ministerin – umgesetzt.

(Otto Fricke [FDP]: Wenn es bezahlbar ist!)

Ich greife ein Projekt heraus: das Mehrgenerationenhaus. Herr Schröder, Sie haben zu Recht darauf aufmerksam gemacht – deswegen will ich hier gar nicht ins Detail gehen –, wie wichtig gerade dieses Projekt ist. Durch Mehrgenerationenhäuser wird eine Verbindung, eine Brücke zwischen Jung und Alt gebaut, zwischen Menschen, die im Arbeitsprozess stehen, und anderen,

die diesen hinter sich haben, sich aber noch einbringen können. Dieses Projekt wird in diesem Jahr wie auch im Vorjahr, also unverändert, mit 20,5 Millionen Euro gefördert. Insgesamt stehen für dieses Projekt 98 Millionen Euro zur Verfügung. 200 Anträge liegen zur Bewilligung vor. 157 sind bereits bearbeitet worden.

Frau Ministerin, ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im Klaren sind, dass von den 98 Millionen Euro 10 Millionen Euro an externe Unternehmen gehen. Rund 10 Prozent des operativen Etats werden also von Ihrem Haus für PR, Imagekampagnen und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben.

(Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin:

Evaluation! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Man sollte mit dem Steinmeier einmal darüber reden!)

Sind das vielleicht verdeckte Personalkosten? Wir können uns gerne im Rahmen der Haushaltsberatungen damit beschäftigen. Mit diesen 10 Millionen Euro könnten wir 30 bis 50 weitere Projekte unterstützen.

Dieses Vorhaben soll ein Beispiel dafür sein, dass Mittel, die für sinnvolle Förderprogramme bereitgestellt werden, auch zu hundert Prozent sachbezogen ausgegeben werden sollten. Es darf im Rahmen der Haushaltsberatung kein Tabu geben. Ich sage es noch einmal: Die Prioritäten, die das Parlament setzt und die im Fachausschuss beraten werden, müssen von dem Ministerium beachtet werden.

Jung und Alt, Migranten, Frauen und Männer, Seniorinnen und Senioren müssen sich insgesamt wiederfinden.

Sie müssen eine Antwort auf die Frage bekommen - ich habe sie eingangs erwähnt -, was sie von den Haushaltsberatungen haben. Dann werden die Menschen draußen erkennen, was wir im Parlament für sie im Rahmen der Projektförderung auf den Weg bringen.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und auf die Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir auch, Frau Kollegin!)

</ text >

< text 16113 >

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt 2 - fort:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksache 16/6000 -

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksache 16/6001 -

Am Dienstag haben wir für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt drei Stunden beschlossen.

Wir beginnen die heutige Haushaltsberatung mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft



und Technologie, Einzelplan 09.

Als erster Redner hat das Wort der Bundesminister Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einen schönen guten Morgen! Wir haben allen Grund, fröhlich zu sein: Wir haben in Deutschland einen Aufschwung. Das Wirtschaftswachstum hat im letzten Jahr um fast 3 Prozent zugelegt. Für dieses Jahr werden von meinem Haus 2,3 Prozent vorausgeschätzt. Wir sind damit wieder auf der sicheren Seite. Schaut man sich die Veröffentlichungen an, so stellt man fest: Vorher gab es großen Optimismus. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat alle überboten und über 3 Prozent geschätzt. Jetzt sind alle wieder dabei, ihre Schätzungen zurückzunehmen. Ich glaube, wir liegen immer noch gut und werden dies im Herbst präzisieren.

Allerdings gibt es Licht und Schatten. Licht haben wir insofern, als wir 1 Million weniger Arbeitslose als vor einem Jahr haben. Schatten besteht darin - das ist noch erstaunlicher -: Wir kämpfen mit einem Mangel an Facharbeitern. Ich bin dem Herrn Kollegen Müntefering sehr dankbar, dass er die Initiative, die wir gemeinsam gestartet haben, sehr rasch umgesetzt hat, nämlich dass jetzt Ingenieure, insbesondere Elektroingenieure und Maschinenbauingenieure, aus den zwölf neuen EU-Staaten ohne Vorrangprüfung bei uns arbeiten können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Ulrike Flach [FDP]: Das ist zu wenig!)

Wir müssen natürlich in allererster Linie immer wieder darum kämpfen - darin sind wir uns einig -, das in Deutschland vorhandene Potenzial auf dem Arbeitsmarkt auszuschöpfen. Dazu gehört - dafür bedanke ich mich herzlich -, dass mehr ausgebildet wird als in der Vergangenheit. Wir haben Sonderprogramme aufgelegt, die auch denjenigen, die in den letzten Jahren nicht ausgebildet worden sind, eine Ausbildung ermöglichen.

Gerade die Zukunft lehrt uns, dass wir noch mehr darum kämpfen müssen, dass in Deutschland vor allem die Ausbildung in den wichtigen technischen Berufen stärker ausgebaut und häufiger das Studium der Ingenieurwissenschaften aufgenommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Am Konjunkturrhimmel ziehen Wolken auf; ich nenne nur das Stichwort „amerikanische Hypothekenkrise“. Sie schlägt auf das gesamte Finanzsystem durch. Ich persönlich bin der Meinung: Diese Turbulenzen sind noch lange nicht ausgestanden. Ich war in der letzten Woche in New York und habe mich mit führenden Investmentbankern an der Wall Street unterhalten. Auch da spürt man die Unsicherheit, die auf unserem gesamten Weltfinanzsystem lastet. Ich bin der Allerletzte, der zu Pessimismus aufruft; ich gebe auch keine Börsentipps. Als ich nach meiner Meinung gefragt worden bin, als der

Bundesminister Michael Glos

DAX bei 8 500 Punkten stand, habe ich gesagt: Meine bescheidene Erfahrung als Kleinspekulant

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aha!)

hat mir gezeigt, dass von Gewinnmitnahmen noch niemand zugrunde gegangen ist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich finde, man muss die Gier an den Märkten etwas unter Kontrolle halten. Mir kommen diese Börsianer manchmal wie Galeristen vor, die eine Zeit lang irgendetwas hochjubeln, ohne dass unbedingt große Substanz dahinter ist, um es dann wieder fallen zu lassen, wenn ein anderes Geschäft besser läuft.

(Martin Zeil [FDP]: Das haben sie mit manchem Politiker gemeinsam!)

- Vielen Dank für den Zwischenruf. Sie sind ja ein erfahrener Liberaler. Ich wiederhole den Zwischenruf. Sie haben gesagt: „Das haben sie mit den Politikern gemeinsam.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU - Martin

Zeil [FDP]: Mit „manchem“ Politiker!)

Ich bedanke mich herzlich für Ihr Outing. Ich glaube aber, dass das ein Stück weit für uns alle gilt. Auch der hohe Ölpreis macht Sorgen. Wir sind jetzt wieder, um ein Beispiel zu bringen, Exportweltmeister im Bereich des Maschinenbaus. Das letzte Jahr war das beste Jahr seit 20 Jahren. Zum Teil beruht das natürlich auf Exporten gerade in die Staaten, die durch ihren Rohstoffreichtum sehr zahlungskräftig sind. Wir wissen aber auch, wie konjunkturrempfindlich dieses Geschäft ist. Der hohe Ölpreis wird derzeit ein Stück weit durch den starken Euro kompensiert. Für die Exportwirtschaft befürchte ich auf der einen Seite, dass der Euro so stark bleibt und sich die Dollarschwäche möglicherweise noch ausbreitet. Auf der anderen Seite hilft uns das natürlich bei unseren Energieimporten, die wir in Dollar bezahlen müssen.

Es würde auch keinen Sinn machen, wenn wir Deutsche nur nach Fehlern suchen würden, die andere in der ganzen Welt machen, sondern wir hier in Deutschland müssen unsere Hausaufgaben machen. Das ist unsere Pflicht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir müssen alles tun, damit die Turbulenzen an den Finanzmärkten nicht auf die Realwirtschaft durchschlagen. Deutschland hat sehr viel dazu beigetragen - wir möchten auch weiterhin dazu beitragen -, dass es eine breite Schneise des Aufschwungs auch und vor allen Dingen in Europa gibt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir haben auch erreicht, dass wir unsere Konjunktur wieder ein Stück weit aus eigener Kraft beeinflussen können, insofern auch der private Konsum hier wieder zunimmt.

Ich gebe dem Kollegen Steinbrück bzw. allen, die ihn vertreten, recht - er muss selbstverständlich nicht persönlich da sein; ich bin ja sein engster Verbündeter - -

(Zuruf von der CDU/CSU: Er ist extra gekommen!)

- Ist er extra gekommen?

(Bundesminister Peer Steinbrück erhebt und verbeugt sich - Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Lieber Herr Kollege Steinbrück, ich als Ihr engster Verbündeter, (Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

insofern, als ich alles dafür tue, dass Ihre Steuereinnahmen weiter steigen, darf Sie hier begrüßen.

Ich freue mich über die jüngsten Rekordmeldungen.

Natürlich hat diese Medaille zwei Seiten: Einmal muss die Wirtschaftspolitik so angelegt sein, dass die Steuern sprudeln, also die Finanzpolitik unterstützt wird. Zum anderen ist Sparen angesagt. So ist die Steigerungsrate bei meinem Haushalt sehr gering.

(Ulrike Flach [FDP]: Na ja, 2,1 Prozent!)

Ich habe vorher in der Zeitung gelesen, wie sehr hoch sie sei. Hinterher ist das leider ein bisschen anders gewesen.

Ich freue mich also, dass wir bei den öffentlichen Haushalten einem ausgeglichenen Zustand entgegengehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann nur sagen: Auch das ist für die weitere Wirtschaftsentwicklung sehr notwendig. Wenn ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird, müssen wir den Zustand festnageln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!

Nicht nur einmal! - Gegenruf der Abg. Ulrike

Flach [FDP]: Das ist deine Aufgabe! - Gegenruf

des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Oder unsere!)

Ich habe gelesen, was Sie, Herr Steinbrück, gestern in der Föderalismuskommission gesagt haben. Ich kann das alles unterstreichen. Ich habe die gute Hoffnung, dass man gemeinsam einsieht, dass die Verankerung einer Schuldenbremse auf allen Ebenen gerade für ein Land, dessen Bevölkerung älter wird und in dem immer weniger Junge nachkommen, ungeheuer wichtig ist. Es macht keinen Sinn, sich immer stärker zu verschulden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Alles, was auf Pump finanziert wird, lehne ich natürlich ab. Das heißt natürlich zugleich, dass wir sehr stark aufpassen müssen, in diesen wirtschaftlich guten Zeiten nicht wieder neue Ausgaben zu schaffen, die dauerhaft wirken und uns, wenn die Konjunktur dann nicht mehr so gut sein wird, sehr belasten.

Bundesminister Michael Glos

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich muss mich hier oftmals wundern: Einige verdammen die Entlastung der Steuer- und Abgabenzahler als Teufelswerk und möchten eine immer höhere Staatsquote. Gleichzeitig wollen sie aber konjunkturell bedingte Mehreinnahmen für dauerhaft konsumtive Staatsausgaben verwenden. Das halte ich für den falschen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Zu unserem guten wirtschaftlichen Zustand, den die Große Koalition mit herbeigeführt hat, haben die Unternehmensteuerreformen, wie ich meine, einen wichtigen

Beitrag geleistet. Denn das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, weil wir nun international wettbewerbsfähige Steuersätze haben, hat uns dabei selbstverständlich geholfen.

Wir müssen jetzt sehen, dass wir das, was wir bei der Erbschaftsteuer versprochen haben, einlösen. Sonst zerstören wir vorhandenes Vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht ja in allererster Linie darum, Unternehmensnachfolgen zu erleichtern. Das gilt gerade für die Handwerksbetriebe und für die kleinen mittelständischen Betriebe.

Aber es werden sich nicht alle Wünsche erfüllen lassen, beispielsweise das Vermögen, das im Ausland angelegt wurde, auszunehmen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass bei den Gesprächen mit der Bundeskanzlerin eine Lösung gefunden wird. Wenn die großen Wirtschaftsbesitzer bei der Bundeskanzlerin sind, sind sie, wie ich aus Erfahrung weiß, ein ganzes Stück kleiner, als wenn sie mit normalen Abgeordneten oder Ministern reden.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, ich bin überzeugt, Sie kriegen das selbstverständlich hin.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal sagen: Wir müssen die öffentlichen Haushalte durch Wachstum konsolidieren. Ich bin der Meinung, der beste Konsolidierungsfaktor besteht darin, Wachstum zu fördern. Schuldenabbau um jeden Preis kann möglicherweise wachstumshemmend sein. Wir müssen also immer wieder Spielräume schaffen, damit neben den Investitionen, die wir anregen müssen, auch privater Konsum stattfindet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Regieren mit Perspektive!)

Wenn es uns gelingt - das ist das Ziel der von mir angestoßenen wachstumsfördernden Politik -, die Steigerungsraten der öffentlichen Haushalte unter den Steigerungsraten des Bruttosozialproduktes zu halten, dann ergibt sich die Konsolidierung eigentlich von selbst. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir eine langfristig angelegte Politik machen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zu einer funktionierenden Wirtschaft gehört vor allen Dingen auch ein funktionierender Wettbewerb. Wir dürfen nichts tun, was den Wettbewerb einschränkt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Wir müssen uns Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung von staatlich verordneten Mindestlöhnen, sehr sorgfältig überlegen.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Das stimmt! - Martin Zeil [FDP]: Was ist mit der Post?)

- Ich habe gerade im Zwischenruf das Stichwort „Post“ gehört. Wir sind auf der einen Seite in Europa bei der Liberalisierung unseres Postmarktes vorangegangen. Andere europäische Partner sind uns nicht gefolgt. Auf

der anderen Seite spüren wir aber schon die segensreichen Auswirkungen des Wettbewerbs, den es auf diesem Gebiet gibt. Dieser Wettbewerb hat dazu beigetragen, dass sehr viele Dienstleistungen billiger geworden sind. Die Lohnhöhe ist in allererster Linie Sache der Tarifpartner. Wenn quasi ein Mindestlohn verankert werden soll, muss natürlich auch ein Tarifpartner vorhanden sein, der die Monopolstrukturen nicht einseitig zementiert, sondern alle Wettbewerber müssen einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind daher gut beraten, wenn wir uns das alles sehr sorgfältig anschauen.

Allein über das Thema Energie könnten wir stundenlang reden. Ich bin der Meinung, hier muss man auch den Geldbeutel der Leute im Blick haben. Die Bild-Zeitung macht heute mit der Überschrift „Strom ist zu billig“ auf. Herr Bernotat drückt es im Interview etwas differenzierter aus, als es auf der ersten Seite der Bild-Zeitung steht. Er hat nämlich „eigentlich zu billig“ gesagt (Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und dabei auf die segensreichen Wirkungen des Stroms verwiesen. Herr Bernotat hat auch gesagt, dass er und seine Familie nun ein Haus beziehen - ich muss ehrlich sagen, bei seinem Einkommen hätte er dies schon länger machen können -, das 80 Prozent weniger Energie verbraucht. Wir müssen aber auch an die Leute denken, die nicht die gleiche Kaufkraft haben wie Herr Bernotat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden zwar all das, was ich mit dem Kollegen Gabriel in Meseberg und in der Zeit davor vereinbart habe, durchziehen, aber dabei auch sehr sorgfältig die Wirkungen beachten. Wir müssen immer schauen, dass Bundesminister Michael Glos der Wettbewerb nicht nur in Europa und weltweit - es gibt ja weltweit einen Kampf um die Energieressourcen - funktioniert, sondern auch bei uns funktioniert. Wenn er so gut funktioniert wie in diesem Interview dargestellt, brauchen die großen Konzerne doch überhaupt keine Angst vor unserer Kartellgesetznovelle zu haben - genauso wenig wie jemand, der nie vorhat, einen Menschen umzubringen, Angst davor haben muss, wenn die Strafen für Mord verschärft werden.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP - Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der alte Michael!)

Ich finde es also gut, wenn es entsprechende gesetzliche Regelungen gibt. Deswegen bedanke ich mich hier für die Unterstützung. Ich habe das alles im Interesse der Stromverbraucher auf den Weg gebracht - nicht etwa, um die großen Konzerne, die sich jetzt gequält fühlen, zu ärgern.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Verbraucherschutz!)

Wenn wir nun aber merken, dass - sogar mit staatlicher Hilfe und Unterstützung - immer größere Energiekonzerne in Europa entstehen, müssen wir zusehen, dass auch unsere leistungsfähigen Energiekonzerne die

gleichen Wettbewerbsbedingungen haben. Deswegen bin ich gegen diese quasi zwangsweise Zerschlagung, wie sie jetzt von der Europäischen Union beabsichtigt ist. Die EU soll sich erst einmal die Wettbewerbsverhältnisse zum Beispiel in Frankreich genauer anschauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf dieser Basis werden wir sicher einen vernünftigen Weg finden.

Ich komme zum letzten Kapitel beim Thema Energie; ich habe leider sehr wenig Redezeit.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist schade! - Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Die ist auch schon vorbei!)

Ich halte es für einen großen Fortschritt - das ist ein Zeichen, dass wir insgesamt nach vorne wirtschaften -, dass wir gemeinsam einen Weg zu einem sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten deutschen Steinkohlebergbau gefunden haben. Es liegt zwar noch ein Stück Weg vor uns, bis das alles vollzogen ist. Aber es gibt jetzt Planungssicherheit. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben. Zugleich erreichen wir damit, dass im Haushalt für Zukunftstechnologien nun mehr ausgegeben wird als für Vergangenheitstechnologien. Die Steinkohleförderung in Deutschland ist nun einmal eine Vergangenheitstechnologie.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das zeigt auch, dass steter Wandel in die richtige Richtung erfolgreich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der CDU/CSU: Inklusive Kreativwirtschaft!)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die breite Unterstützung, die es in diesem Hause gibt. Vor allen Dingen bedanke ich mich bei den Wirtschafts- und Haushaltspolitikern der SPD, die meine Politik hier immer mit unterstützt haben.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach ja? - Zuruf von der FDP: Das ist ja unglaublich! Wir können auch anders, Herr Minister!)

- Dass ich von den Abgeordneten dieser Seite ständig unterstützt werde, ist selbstverständlich. Euch musste man ja nicht zu einer vernünftigeren Wirtschaftspolitik umschulen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Umschulung ist schön!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen allerletzten Punkt ansprechen: Ich bin der Meinung, dass wir gerade den Wandel, den wir immer wieder erleben, unterstützen müssen. Wir können ihn nicht alleine gestalten. Wir behindern ihn vielleicht sogar. Wir müssen sehen, welche Dynamik dahintersteckt. Gestern hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern der Kreativwirtschaft zu sprechen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihrer Werbeagentur?)

- Sie sind nur kreativ in schlechten Zwischenrufen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie sollten sich einmal mit etwas beschäftigen, was noch

viel kreativer ist als Sie. - Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat zum Beispiel inzwischen zehn Mal so viel Beschäftigte wie die Stahlindustrie. Das wird von uns aber gar nicht wahrgenommen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Von uns schon! Von der Regierung nicht!)

weil wir in unserem Denken zu viel an Altem festhalten und zu wenig berücksichtigen, dass der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland - trotz der Tatsache, dass unsere Energiewirtschaft wieder gut funktioniert; sie schafft aber nicht mehr Arbeitsplätze in unserem Land - immer weitergeht. So werden wir immer dafür Sorge tragen, dass wir Modernem gegenüber aufgeschlossen sind, und es unterstützen, wo immer es geht.

Meines Erachtens müssen wir die gute Zeit, die wir derzeit haben, nutzen, um für wirtschaftlich schlechte Zeiten vorzusorgen, indem wir jetzt die nötigen Reformen durchführen. Ich bedanke mich für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung dabei und hoffe auf wohlwollende Beratung meines Haushaltes im Haushaltsausschuss.

Manche Notwendigkeit, die der Finanzminister bislang nicht so gesehen hat - zum Beispiel in Bezug auf regionale Wirtschaftsförderung -, wird im Haushaltsausschuss sicher noch umgesetzt.

(Heiterkeit des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Bundesminister Michael Glos

Als alter Haushälter weiß ich, dass kein Haushalt das Parlament so verlässt, wie er dem Parlament zugeleitet worden ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Rainer Brüderle von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Glos, Sie haben das Zitat gebracht, dass der Strom zu billig sei. Ich sage Ihnen: Der Staat macht den Strom zu teuer. Der Staat ist der größte Preistreiber beim Strom. Die Zusammenhänge sind genau andersherum, als Sie sie beschrieben haben.

(Beifall bei der FDP)

Vor 25 Jahren hat der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff mit seinem berühmten Papier einen aufrüttelnden Weckruf für mehr Freiheit, weniger Staat und mehr Markt verfasst. Anders als damals haben wir heute eine relativ stabile Weltkonjunktur. Heute geht die Arbeitslosigkeit zurück. Damals gab es Gegenwind, heute Rückenwind durch die Konjunktur.

Trotz der Freude über die derzeit gute Wirtschaftsentwicklung müssen wir feststellen: Die Strukturprobleme unseres Landes sind nicht kleiner geworden; viele Hausaufgaben sind immer noch nicht erledigt; die Staatsquote liegt mit 45 Prozent immer noch viel zu hoch; die Sozialversicherungsabgaben verharren trotz aller Ankündigungen bei mehr als 40 Prozent; der überbordende Sozialstaat wird nicht in seinen Fehlentwicklungen zurückgestutzt, sondern weiter ausgebaut; keines

unserer sozialen Sicherungssysteme ist wirklich zukunftsfest. Zu einer Politik, die nicht verlässlich ist, können die Bürger kein Vertrauen haben. Deshalb kann es niemanden verwundern, dass die Bürger trotz der guten Wirtschaftsentwicklung ihr Geld zusammenhalten und dass, laut Aussage von Professor Rürup vom Sachverständigenrat, der Konsum flach wie ein Brett ist. Die strukturellen Probleme müssen endlich angegangen werden.  
(Beifall bei der FDP)

Herr Bundeswirtschaftsminister, diese Bundesregierung hätte einen marktwirtschaftlichen Brandbrief dringend nötig. Ihre Forderung, Herr Minister Glos, die Steuern und Abgaben zu senken, ist richtig. Sie sollten das aber nicht auf die nächste Legislaturperiode verschieben. Machen Sie es jetzt. Lassen Sie den Aufschwung endlich bei den Menschen in Deutschland ankommen.  
(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Grundelemente der sozialen Marktwirtschaft: Sozial ist die Marktwirtschaft, weil sie für wirtschaftliche Dynamik, für Arbeitsplätze sorgt. Wenn man dafür sorgt, betreibt man eine gerechtere Sozialpolitik, als wenn man auf Transferleistungen und ABM-Maßnahmen setzt. Die beste Sozialpolitik ist ein Arbeitsplatz. Sozial ist die Marktwirtschaft, weil sie Machtkonzentration und Ausbeutung verhindert. Das beste Entmachtungsinstrument ist der Markt. Sozial ist die Marktwirtschaft, weil sie Newcomern, neuen Ideen eine Chance gibt. Sozial ist die Marktwirtschaft nicht zuletzt, weil durch die Ermöglichung des wirtschaftlichen Erfolgs von Menschen ein Steueraufkommen entsteht, das die Möglichkeit bietet, Bedürftigen zu helfen.

Der Staat muss sich wieder stärker auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren: Er muss den Rahmen setzen. Er darf keine Politik für Großkonzerne betreiben und dabei den Mittelstand vergessen.  
(Beifall bei der FDP)

Sie haben zu Recht angesprochen, dass die OECD, die EU-Kommission und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel ihre Wachstumsprognosen nach unten korrigiert haben. Das ist nicht dramatisch. Wir wissen noch nicht, wie sich die Turbulenzen auf den Weltfinanzmärkten auf die deutsche Wirtschaft auswirken werden. Unser Land muss aber auf Krisen in der Weltwirtschaft vorbereitet sein. Deshalb müssen wir unser Land jetzt stärken, indem wir für mehr Wettbewerb und international für Freihandel kämpfen. Wir müssen die Chancen der Globalisierung nutzen und dürfen sie nicht verspielen. Ja, wir brauchen mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten. Wir brauchen internationale Wettbewerbsregeln, zum Beispiel unter dem Dach der WTO.

Die soziale Marktwirtschaft war so erfolgreich, weil sie klare Wettbewerbsregeln und ein starkes Kartellamt, das auf die Einhaltung der Spielregeln achtet, vorsieht. Das müssen wir auf die internationale Ebene übertragen. Auch in der internationalen Politik brauchen wir eine Ordnungspolitik. Wir müssen unsere soziale Marktwirtschaft exportieren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])



Unser Exportschlager Ordnungspolitik droht aber im eigenen Land unter die Räder zu kommen. Der starke Mittelstand war immer Garant für wirtschaftlichen Erfolg. Das Aufpöppeln nationaler Champions durch den Staat gehört nicht zum Instrumentenkasten einer sozialen Marktwirtschaft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Macht ja auch keiner!)

Wollen wir jetzt Monopoly statt Mittelstand? Wollen wir dem Beispiel Frankreichs folgen und eine Politik für Großkonzerne machen?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein!)

In Europa ringen unterschiedliche Philosophien miteinander: Neomerkantilismus in Frankreich und soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Hier gilt es, engagiert aufzutreten und zu kämpfen. Das Wachstum in Frankreich ist reich ist übrigens kein Anlass zum Jubeln; Frankreich fällt dabei deutlich zurück.

Zurück zu Deutschland. Der geplante Mindestlohn für Postdienstleistungen ist eine Fortsetzung des Postmonopols mit anderen Mitteln. Die SPD versucht gar nicht, das zu verschleiern.

(Beifall bei der FDP)

Das Elend bei der Privatisierung der Bahn zeigt, dass weite Teile der Bundesregierung keinen echten Wettbewerb wollen. Es geht ihnen nicht um bessere Produkte oder um günstige Preise für die Verbraucher. Bei der Beteiligung der KfW an der Privatbank IKB kommt endlich ein Umdenken in Gang, wobei die Regierung und die KfW Getriebene der Entwicklung der Märkte sind. Es war immer fragwürdig, wenn sich eine staatliche Förderbank an einer privaten Bank beteiligt. Das ist nicht ihre Aufgabe. Sie ist für andere Dinge gegründet worden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um den Mittelstand zu stärken, hilft es nicht allein, ein paar Förderprogrammchen aufzulegen, so sinnvoll sie vielleicht sind. Wir brauchen andere Veränderungen: betriebliche Bündnisse für Arbeit, mittelstandsfreundliche Fortentwicklung und Modernisierung des Betriebsverfassungsrechts sowie Bürokratieabbau. Amtlich wurden die Kosten der Bürokratie festgestellt: 40 Milliarden Euro. Die Fortschritte durch die schwarz-roten Mittelstandsentlastungsgesetze bewegen sich also im Promillebereich.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ihr Taschenrechner ist kaputt, Herr Kollege Brüderle!)

Sie wollten mehr Freiheit wagen, Frau Bundeskanzlerin. Weniger Arbeitsplätze als Ergebnis der Einführung von Mindestlöhnen bedeuten weniger Freiheit für Arbeitssuchende. Betriebsaufgaben wegen hoher Erbschaftsteuer bedeuten weniger Freiheit. Gläserne Bankkonten, um die Bürger zu durchleuchten, sind das Gegenteil von Freiheit. Sie müssen Ihren Kurs korrigieren. Jetzt kommt auch noch das Gespenst des Protektionismus zurück. Es ist richtig, in den Wirtschaftsbeziehungen auf Gegenseitigkeit zu achten und ein Augenmaß bei der Öffnung der Märkte zu haben. Aber es darf

zu keinem Rückfall in Wirtschaftsnationalismus, zu keinem Rückfall in Abschottung kommen. Als Exportnation sind wir auf Freihandel angewiesen. Das hat unsere Stärke ausgemacht. Das dürfen wir nicht vernachlässigen.  
(Beifall bei der FDP)

Ich warne ganz deutlich vor den Grenzschildern mit der Aufschrift „Ausländische Investoren unerwünscht“. So weit darf es in Deutschland nicht kommen. Meldepflichten für ausländische Investitionen tragen nicht zu mehr Wachstum bei. Mauern um sogenannte strategische Bereiche wie Telekommunikation und Medien tragen nicht zu mehr Wachstum bei. Die neueste Idee der Regierung, Kapitalsammelstellen zu initiieren, um Unternehmensübernahmen durch strategische Investoren zu verhindern, stellt keinen Beitrag für offene Wirtschaftsbeziehungen dar. Das hat nichts mit einer Politik für Wachstum zu tun.

In Branchen, in denen Wettbewerb herrscht, brauchen wir keine Angst vor ausländischen Staatsfonds zu haben. Wo es keinen Wettbewerb gibt, müssen wir Wettbewerb schaffen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Einer der größten - möglicherweise der größte - Staatsfonds, der in Deutschland investiert ist, kommt aus Norwegen, das seine Ölgelder zum Glück in Deutschland anlegt. Wollen wir den Norwegern sagen, dass ihr Staatsfonds hier nicht mehr willkommen ist, sein Kapital aus Deutschland abziehen und nach Amerika umschichten solle?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es geht nicht darum, Kapital zu beschränken!)

Wir sollten doch glücklich sein, dass sie das Geld in Deutschland investieren und so Arbeitsplätze für die Zukunft sichern.

Protektionismus ist des Teufels. Fairer Handel ist besser als eine neue Beggar-my-Neighbour-Policy. Das bringt unsinnige Folgen mit sich.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles richtig! Trifft aber auf den Fall nicht zu!)

Der eine fängt damit an, der nächste setzt es fort, und am Schluss sind alle ärmer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie sollten die elementaren Aussagen hierzu von Adam Smith aus dem 18. Jahrhundert nachlesen. Die gelten auch heute noch. Nur einige in der Regierung wollen das nicht wahrhaben und wollen zurück in die finsternen Schützengräben von vorgestern. Das ist nicht der Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:  
Herr Kollege Brüderle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rainer Brüderle (FDP):

Letzter Satz, Herr Präsident! - Wir stehen an einer Wegscheide. Wir müssen uns entscheiden, ob wir mehr Wettbewerb oder mehr Staatswirtschaft wollen. Ich fürchte, die Regierung neigt zu mehr Staatswirtschaft. Wir kämpfen für mehr Wettbewerb, weil wir das Land stark machen, mehr Arbeitsplätze schaffen und den Menschen eine Zukunft geben wollen. Mut und nicht

Angst hilft in die Zukunft hinein.

(Beifall bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle  
[FDP]: Jetzt wähle ich FDP!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Ludwig Stiegler von der  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege  
Brüderle ist ein Meister im Aufbau von Pappkameraden.  
Er baut wunderbare Kulissen auf, rennt wie ein  
Ritter in die Pappe hinein und lässt sich dann als Held  
feiern. Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wie ein Feldherr,  
nicht wie ein Ritter! Machen Sie ihn nicht  
so klein! Von wegen „Ritter“! Wie ein General!)  
Insgesamt hat Herr Brüderle aber die falsche Rolle  
angenommen. Er übt sich in Beckmesserei.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das Wort  
„Beckmesserei“ von der SPD zu hören, das ist  
irgendwie doppeldeutig! - Fritz Kuhn  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht  
ihr doch schon selber!)

Lassen Sie sich einmal von Frau Merkel über die Rolle  
des Herrn Beckmesser aufklären, Herr Brüderle. Er hat  
die Eva nämlich nicht gekriegt. Diese Rolle aus den  
Meistersingern passt nicht zu Ihnen. Daher sollten Sie  
sie nicht annehmen. Lassen Sie das lieber den Niebel,  
den Westerwelle oder den Koppelin machen. Sie sind für  
diese Rolle besser geeignet, und Sie würden eher als  
Hans Sachs taugen. Er hat ja - ethisch hochstehend -  
verzichtet und eine ordentliche Analyse abgeliefert.  
Also, Herr Brüderle, lassen Sie uns das in Zukunft anders  
angehen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle  
[FDP]: Können Sie mir das mit dem Beckmesser  
noch einmal erklären?)

Machen Sie es wie Michael Glos. Er hat eine Fortbildung  
in Kreativwirtschaft gemacht; jetzt weiß er, was  
das ist. Herzlichen Glückwunsch! Dieser Bildungsgutschein  
hat sich gelohnt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zuruf)  
- Das hast du davon, wenn du zu frech bist! -  
(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU -

Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das nächste Mal  
musst du da auch hingehen, wenn du so weitermachst!

- Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Es  
herrscht ja so viel Liebe zwischen den Sozialdemokraten  
von Schwarz und Rot! Ach, ist das  
schön!)

Meine Damen und Herren, es gab in diesem Hause im  
Hinblick auf den Bundeshaushalt schon schwierigere  
Ausgangssituationen. Zurzeit sind wir auf einem guten  
Weg. Wir konsolidieren den Haushalt durch Wachstum.  
Wir haben immer gesagt, dass wir aus unseren Problemen  
„herauswachsen“ wollen. Dass das gelingt, ist kein  
Glück, sondern der Erfolg des Mutes und der Tüchtigkeit  
in der Haushaltspolitik und in der Investitionspolitik;

darüber können wir froh sein. Diesen Ansatz haben wir immer verfolgt.

Er scheint zu gelingen. Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die öffentlichen Finanzen gesunden. Die Arbeitseinkommen steigen. Die Renteneinkommen werden im nächsten Jahr ebenfalls steigen.

Die Entstehungsseite des Sozialprodukts ist in Ordnung. Seine Verteilungsseite ist allerdings noch nicht in Ordnung. Denn noch hat der Anteil, den die Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen haben, nicht das Niveau erreicht, das wir gerne erreichen würden. Aber auch das wird besser.

Dazu gehört auch das Thema Mindestlöhne. Seit dem 1. Juli dieses Jahres gelten Mindestlöhne für Gebäudereiniger, für fast 1 Million Menschen, die nun keine Schrottlöhne mehr erhalten. Auch bei den Briefdiensten werden wir Mindestlöhne einführen.

Eigentlich wären sie schon heute fällig. Aber der Bundeswirtschaftsminister - allerdings nicht nur Herr Glos; das haben auch seine Vorgänger gemacht - schaut immer nur dabei zu, wenn die Bundesnetzagentur bei der Vergabe von Lizenzen nicht darauf achtet, ob die wichtigsten Arbeitsbedingungen eingehalten werden; das ist der Fakt. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei der Bundesnetzagentur eine Bestandserhebung durchführen und tarifliche Mindestlöhne einführen. Ich warne Pin und andere davor, sich eine Schmutzgewerkschaft zu suchen und mit ihr Hungerlöhne zu vereinbaren, wie es im Bereich der Leiharbeit gelegentlich geschieht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir werden engagiert daran mitarbeiten, dass Franz Müntefering seine „Mia“ im Gesetz verewigt, und wir werden uns gemeinsam über die Mindestarbeitsbedingungen verständigen. Wenn es darum geht, für alle Menschen anständige Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist auch die Fleischindustrie gefragt, die sich in letzter Zeit weiß Gott nicht ruhmvoll hervorgetan hat. Wir wollen, wie es in Meseberg hieß, einen „Aufschwung für alle“. Allerdings gibt es einige Bevölkerungsgruppen, die noch den Anschluss an das Mittelfeld finden müssen. Meine Damen und Herren, dass sich die Situation verbessert hat, ist eine Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmern, Tarifpartnern, Arbeitgebern, Unternehmen, aber auch von der Politik. Zwar meinen manche, an einem Abschwung sei nur die Politik schuld, und an einem Aufschwung seien nur die Manager schuld. Aber diese „Arbeitsteilung“ lassen wir uns nicht gefallen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Selbst das Institut der deutschen Wirtschaft war so gütig, zu sagen, zu einem Drittel seien wir immerhin ursächlich. Wenn selbst das Institut der deutschen Wirtschaft mit seinem bekannten Unterschätzungsfaktor das meint, können wir uns durchaus die Hälfte zuschreiben. Diese Anerkennung sollten wir auch einfordern. Es muss ein Ludwig Stiegler

Ende haben, dass in der Wirtschaftspolitik der Staat immer nur für das Schlechte verantwortlich gemacht wird und die anderen immer nur die Besten sein wollen. Wenn es schlecht läuft, wollen nicht sie die Deppen gewesen

sein, die spekuliert haben, sondern wir sollen die Schuldigen sein, weil wir sie haben spekulieren lassen. Es gibt jetzt sogar Personen, die sagen: Hättet ihr uns nur die notwendigen Regeln gegeben! - Als wir ihnen aber Regeln geben wollten, haben sie alle getobt. So kann man nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben aber keinen Grund zur Selbstgefälligkeit und Entspannung.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Wohl wahr!)

Am Horizont ziehen schwere Gewitterwolken auf. Manche sagen, man sollte nicht darüber reden. Das wäre ähnlich wie die Schafe im Stall, die nicht darüber reden wollen, ob das Tier vor der Stalltür ein Wolf oder ein Schäferhund ist. - Nein, lasst uns darüber reden!

(Ulrike Flach [FDP]: Dann tun Sie es mal!)

Uns wird derzeit auf den Geld- und Finanzmärkten die Rechnung für die Sünden der Vergangenheit präsentiert, und zwar gewaltig.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Einführung von Hedgefonds!)

Es hieß, es gäbe eine geringe Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis, wenn es aber eintreten sollte, dann mit hohem „impact“. Genau das erleben wir jetzt. Wir müssen uns nicht unbedingt wegen der Spekulanten die Augen ausweinen. Aber die Folgen für die Realwirtschaft müssen uns wahrlich bekümmern. Wir müssen dafür sorgen, dass das Pendel, das erst in Richtung vollkommener Risikovergessenheit ausgeschlagen ist, jetzt nicht in die Richtung übergroßer Risikosensibilität zurückschlägt und damit wieder Zehntausende von mittelständischen Existenzen gefährdet werden. Es kann nicht sein, dass die Banken, die so risikofreudig diese Mist-Coupons gekauft haben, jetzt beim Mittelstand „die Laus um den Balg scheren“. Das müssen wir mit den Verbänden der Kreditwirtschaft besprechen. Das wird aber noch geraume Zeit dauern.

Dazu kommen die Öl- und Rohstoffpreise. Wir können also auf der Einnahme- wie auf der Ausgabenseite betroffen sein. Wir haben dabei ein paar wichtige Ziele zu verfolgen: Die Kreditbedingungen für den Mittelstand dürfen sich nicht verschlechtern. Es gibt einige Hinweise, dass manche Banken aus Sorge um ihre Liquidität schon mit Kreditrestriktionen beginnen. Das wäre der Anfang vom Ende des Aufschwungs, und das soll und darf so nicht sein!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD)

- Natürlich!

Wir brauchen auch in Zukunft ABS für den Mittelstand, allerdings solide ABS und keine Schrott-ABS, wie sie aus anderen Regionen der Welt gekommen sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Erklären Sie doch einmal den Unterschied, Kollege Stiegler!)

- Solide heißt, dass, wenn „AAA“ draufsteht, auch „AAA“ drin sein muss.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist in Ordnung!)

Beim Mittelstand war auch immer „AAA“ drin; bei anderen war nicht „AAA“, sondern „DDD“ drin. Das ist

der Unterschied.

Wir sind froh, dass die KfW erklärt hat, das IKBAbenteuer führe nicht zu einer Beeinträchtigung der Wirtschaftsförderung durch ERP-Sondervermögen und die KfW. Das ist eine ganz wichtige Botschaft für die kleinen und mittleren Unternehmen. Daran sollten wir alle miteinander festhalten und mit dem ERP-Gesetz die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass dieser Bereich, der bei sich ändernden Kreditkonditionen jetzt immer wichtiger wird, auch funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir danken denjenigen, die das Krisenmanagement gut hinbekommen haben:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ulrike

Flach [FDP]: Ja, das hätte aber deutlich besser sein können!)

dem Finanzminister, dem Wirtschaftsminister, Frau Matthäus-Maier, aber auch allen drei Säulen der deutschen Bankwirtschaft, die nicht aus Liebe zur IKB, sondern aus Klugheit und um Schaden von ihren eigenen Instituten und der Volkswirtschaft abzuwenden, gehandelt haben. Dafür ein herzlicher Dank an die Beteiligten! Die liberalen Beckmesser waren nicht dabei und nicht erreichbar, als es Beratungsbedarf gab. Aber das ist immer so bei Ihnen: Erst nicht dabei sein, nicht mitberaten und hinterher motzen. Dabei sollten Sie, bitte schön, auch bleiben!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ulrike

Flach [FDP]: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Der Bundeshaushalt im Ganzen ist vielleicht nicht unbedingt besonders Aufschwung gebend, sondern eher akkommodierend.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Vertrauen gibt der Aufschwung!)

Einiges aus dem 25-Milliarden-Euro-Programm ist noch darin enthalten. Aber es läuft zum Beispiel die Investitionsfinanzierung aus. Wir haben aufzupassen, dass die Haushälter hier herangehen, dass zumindest die Stellen markiert werden. Dann kann man reagieren, falls es anders kommen sollte als erwartet. Es ist ganz wichtig, dass wir die Bereitschaft, antizyklisch zu handeln, aufrechterhalten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Keynes ist tot!)

Ludwig Stiegler

Dabei weise ich darauf hin, dass die GA-Förderung dramatisch unterfinanziert ist.

(Beifall des Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Es liegen unglaublich viele Anträge vor, die bewilligungsreif sind. Doch wir haben nicht einmal 20 Prozent der Mittel, die für die Bedienung der Anträge erforderlich wären. Deshalb, liebe Haushälter: Wann sollen wir in den Regionen etwas tun, wenn nicht jetzt, wo die Anträge und die Initiativen vorliegen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der LINKEN)

Ich fordere alle auf, dem bei den Beratungen Vorrang zu geben, damit wir nachhaltige öffentliche und private Investitionen voranbringen.

Ansonsten möchte ich sagen: Wir starten gut, das Wetter ist schön, und wir decken das Dach, bevor der

Regen kommt. So sind wir auch dann ordentlich beieinander.  
Glückauf!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Roland Claus von der Fraktion  
Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Auch Minister Glos will uns erzählen, Deutschland  
habe allen Grund zur Zuversicht. Er setzt noch einen  
drauf und meint, wir sollten fröhlich sein.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ohne Fröhlichkeit  
des Herzens ist alles nix!)

Die meisten kleinen und mittelständischen Unternehmen  
und Existenzgründer - besonders im Osten, aber nicht  
nur im Osten - stellen fest: Wir können wohl nicht gemeint  
sein, wir sind wohl nicht dieses Deutschland; denn  
wir haben es mit einer anderen Realität zu tun.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Das ist völliger Blödsinn, Herr  
Claus, und das wissen Sie auch! Reden Sie

Deutschland nicht schlecht!)

Ihre Realitätsbeschreibung erinnert an den gigantischen  
Fauxpas von Helmut Kohl, der feststellte: Die Wirklichkeit  
ist etwas anderes als die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

In meinem Wahlkreis im südlichen Sachsen-Anhalt  
gibt es keine CDU-Abgeordneten; sie werden da auch  
nicht vermisst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN -

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Was ist mit  
der SPD? Von der ist schon lange nicht mehr  
die Rede!)

Also muss ich den Job der CDU in Sachen Unternehmensförderung  
mit machen, und ich mache das natürlich  
gern. Ich habe gute Kontakte zu den meisten Unternehmen.  
Ich achte ihr Engagement für die Region. Ich stelle  
fest: Es gibt ein wiedergewonnenes Selbstbewusstsein  
im Osten. Die Unternehmen ringen hart um Arbeitsplätze  
und Marktanteile, und ich freue mich mit ihnen  
über jeden Erfolg. Nur, eines würden diese Unternehmen  
nie unterschreiben, Herr Minister: Das ist Ihre platte Art  
von Erfolgspropaganda. Denn für diese gibt es in der Tat  
keinen Anlass.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch auf zwei Dinge eingehen: auf Forschung,  
Entwicklung und Innovation sowie auf die Lage  
in den neuen Bundesländern.

Auch Ihr Eigenlob in Sachen Innovationsförderung  
ist unbegründet. Herr Minister, Sie haben sich hier als  
Kleinspekulant geoutet - in Sachen Schönreden sind Sie  
allerdings ein Megaspekulant; das müssen Sie sich einmal  
sagen lassen!

(Beifall bei der LINKEN)

Selbstverständlich ist es richtig, innovative Technologien  
und Produkte zu fördern. Doch was Sie mit Ihren  
Programmen bieten, ist ein einziges kommunikatives  
Durcheinander der beteiligten Ministerien und Förderprogramme.  
Wechselnde Titel - Genshagen, Innovationsprogramm

-, unterschiedliche Förderhöhen - 25-Milliarden-  
Programm -, Eifersüchteleien zwischen den  
Ministerien - wer darf was? Wer hat welche Kompetenzen?  
Ist es nicht vielleicht wichtiger, das Ministerium  
sauber zu halten, als jemanden zu fördern? - behindern  
die Verwirklichung dieses Programms. Das alles wäre  
nicht so schlimm, wenn sich damit nur die Bundesregierung  
blamierte. Aber das Problem ist, dass gerade  
Existenzgründer bzw. kleine und mittelständische Unternehmen  
die Gekniffenen sind, weil sie keine Chance  
mehr haben, durch Ihren Förderdschungel durchzusteigen.  
Ein kleines Beispiel ist das Patentamt in München.  
(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Welches?

Es gibt zwei!)

Wegen Differenzen zwischen dem Justizministerium und  
dem Wirtschaftsministerium ist das Wirtschaftsministerium  
nicht bereit, dem Patentamt in München etwas  
mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie wissen wie  
ich: Jeder Euro, den wir dort investieren, kommt den  
Existenzgründern zugute, weil eine Erfindung nicht  
mehr nur geschützt wird, wie es jetzt der Fall ist, sondern  
schneller zur Marktreife gebracht werden kann. Das  
muss doch unser Ziel sein!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es schlimm genug, dass Ihnen das alles ein  
Sozialist erklären muss, weil Sie nicht selbst darauf  
kommen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE  
LINKE] - Widerspruch bei der SPD)

Roland Claus

Ich will noch auf die Situation in den neuen Bundesländern  
eingehen. Herr Stiegler hat schon darauf hingewiesen.  
Sie reduzieren die Mittel zur Gemeinschaftsaufgabe  
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt  
doch gar nicht!)

Das Gegenteil wäre richtig, und zwar vor allem aus  
einem Grund: Wir haben es inzwischen beileibe nicht  
nur im Osten mit strukturschwachen Regionen zu tun,  
sondern zunehmend auch im Westen. Gerade an dieser  
Stelle wäre es erforderlich, die gewonnenen Erfahrungen  
auch zu nutzen.

Sie haben leider auch versäumt, unserem Vorschlag  
zu folgen und einen Ausschuss für die neuen Bundesländer  
und strukturschwachen Regionen im Westen zu bilden.  
Ich erinnere daran, dass nur 7 Prozent der Industrieforschung  
in den neuen Bundesländern angesiedelt  
sind. So kann der Osten nicht auf die eigenen Füße kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun schickt sich der Exportweltmeister an - vor  
allem im Osten, aber nicht nur dort -, auch in puncto  
schlechtbezahlter Arbeit Weltmeister zu werden. In einem  
Drittel der ostdeutschen Betriebe stellen die 1-Euro-  
Jobber inzwischen die Mehrzahl der Beschäftigten. Ich  
finde, das ist ein Skandal, den man so nicht hinnehmen  
kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Antwort des Bundesministers darauf lautet - ich  
zitiere -: „Zeitarbeit, befristete Verträge und andere flexible  
Arbeitsformen haben zum jüngsten Beschäftigungsaufbau



beigetragen.“

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt ja auch!)

Ich erinnere Sie daran, dass in der Zeitung stand, es gebe 100 000 neue Jobs, und ein Betroffener dazu feststellt: Ja, ich habe sechs davon. – Wo soll das denn hinführen? Vernünftiger wäre es in der Tat, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Alle 20 EU-Staaten, in denen es bereits einen Mindestlohn gibt, werden diesen im Jahr 2007 erhöhen. In sechs dieser Staaten wird er auf über 8 Euro pro Stunde erhöht.

Das ist der Vorschlag der Linken im Bundestag. Deshalb fordere ich Sie auf: Folgen Sie mit Ihrer Politik der wirtschaftspolitischen Vernunft der Linken!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Kerstin Andreae vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das kann jetzt eigentlich nur besser werden!)

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister Glos, zu Ihrer Rede muss ich feststellen, dass an manchen Stellen ökonomischer Sachverstand und Seriosität fehlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen! – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Etwas gedämpfter, bitte!)

Die Finanzmarktentwicklung derart auf die leichte Schulter zu nehmen, wie Sie es gemacht haben, ist unseriös. Nicht zu wissen, dass die Unternehmensteuerreform erst nächstes Jahr greift, sondern jetzt schon die positiven Auswirkungen dieser Reform zu loben, zeugt nicht von ökonomischem Sachverstand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben festgestellt, dass die Konjunktur gut verläuft, und das freut uns. Aber warum ist das der Fall? Ist das Ihr Verdienst?

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja!)

Wir sagen: Nein. Es ist nicht Ihr Verdienst. Sie könnten den weltwirtschaftlichen Aufschwung nicht nutzen – er würde völlig verpuffen –, wenn Rot-Grün nicht heiße Eisen angepackt und wichtige Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, in der Energiepolitik und im Handwerk durchgeführt hätte.

(Iris Gleicke [SPD]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Ohne die rot-grünen Reformen könnte Schwarz-Rot heute keine wirtschaftspolitischen Erfolge feiern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Strukturreformen waren notwendig; sie müssen aber weitergehen. Und was macht die Große Koalition? Der Aufschwung kommt bei den Langzeitarbeitslosen und bei den Geringqualifizierten nicht an. Bereits in den letzten Herbstferien gab es eine Urlaubssperre für viele Mitglieder der Großen Koalition, weil ein Konzept zur Förderung der geringqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgearbeitet werden sollte. Bis heute

liegt aber nichts vor.

Wir haben mit dem Progressivmodell einen Vorschlag zur Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich vorgelegt. Das nutzt den Geringqualifizierten.

Es nutzt den Arbeitnehmern wie auch den Arbeitgebern.

Solche Strukturreformen müssen Sie umsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Gesundheitsreform schaffen Sie ein bürokratisches Monster. Die strukturellen Probleme bleiben. Die Kosten werden steigen. Die Wirtschaft wird belastet. Die Reform der Pflegeversicherung kommt überhaupt nicht voran. Diese Hypothek auf die Zukunft wird zunehmend größer; dazu haben Sie gar nichts gesagt. Das belastet aber die Wirtschaft. Ein Wirtschaftsminister, der angesichts dieser drängenden Probleme und Zukunftsfragen keine Antworten findet, hat seine Aufgabe nicht verstanden. Sie müssen ökonomischer Vorreiter sein. Aus unserer

Sicht ist der Wirtschaftsminister hier ein Schweigeminister.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundeshaushalt weist ein strukturelles Defizit auf. In dieser Situation philosophieren Sie, Herr Minister Glos, darüber, ob wir die Steuern senken können, mit der Begründung, dass Sie die Menschen am Aufschwung beteiligen wollen. Aber es geht Ihnen nicht um die Menschen, die dringend am Aufschwung beteiligt werden müssen. Sie schlagen die Streichung der Erbschaftsteuer und einen Spitzensteuersatz bei 40 Prozent vor. Wir brauchen aber nicht mehr Geld für Menschen, die Geld haben. Wir brauchen vielmehr eine Wirtschaftspolitik, die die Teilhabe der Ausgegrenzten ermöglicht. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die den Fokus auf die Langzeitarbeitslosen und die geringqualifizierten Beschäftigten richtet.

Finanzminister Steinbrück hat gestern deutlich gesagt, dass er mit der von Ihnen vorgeschlagenen Abschaffung des Solidaritätszuschlags überhaupt nicht einverstanden ist. Das hört sich vielleicht in Bayern gut an, kostet aber 12 Milliarden Euro. Sie entlarven sich doch selbst. Der Abbau der Verschuldung gehört nicht mehr zu Ihrer Agenda. Sie wollen mit Steuersenkungsvorschlägen in den Wahlkampf ziehen. Das ist das gleiche populistische Niveau, das wir von der Linkspartei an anderer Stelle kennen. Hier hätten Sie besser geschwiegen, Herr Minister.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben Sie in einer hellen Stunde ein Gutachten zum Fachkräftemangel in Auftrag gegeben. Die Forscher haben Ihnen einen schonungslosen Lagebericht geschrieben. Die Zahl der Stellen für Hochqualifizierte, die nicht oder nur verspätet besetzt werden können, liegt bei über 100 000. Die Verluste für die Wirtschaft haben Sie selbst auf 20 Milliarden Euro beziffert. Die Studie ist gut. Aber was passiert? Sie legen kein Konzept vor. Vorschläge zu Veränderungen wurden in einem anderen Ministerium erarbeitet. Aber auch hier bleibt man auf halber Strecke stehen. Wir brauchen ein Punktesystem für qualifizierte Einwanderer, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Senkung der Einkommensschwelle für Hochqualifizierte. Sie wissen genauso gut wie ich, dass ein Hochqualifizierter hier zwei neue Arbeitsplätze

schafft. Das alles müssen Sie anpacken. Aber das tun Sie nicht. Sie bleiben auf halber Strecke stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Der Bürokratieabbau ist das Lieblingsthema der Union vor allem im Wahlkampf. Bisher haben Sie nur Institutionen zum Bürokratieabbau aufgebaut, aber in der Substanz keinen Bürokratieabbau erreicht. Sie formulieren nicht einmal den Anspruch, in dieser Wahlperiode einen substanziellen Bürokratieabbau zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das reicht noch nicht einmal Ihrem Mittelstandsbeauftragten. Herr Schauerte sagt selber, er sei damit nicht zufrieden. Selbst mit der Messung der Bürokratiekosten kommen Sie nicht planmäßig voran. Zum 30. Juni sollte ein Bericht vorliegen. Er ist bis heute nicht fertiggestellt. Schweigen im Walde!

Wir Grüne haben eine lange Liste mit Vorschlägen zum Bürokratieabbau schon zum ersten Mittelstandsentlastungsgesetz eingebracht. Sie haben aber alles abgelehnt.

Setzen Sie unsere Vorschläge um, dann betreiben Sie substanziellen Bürokratieabbau! Entwickeln Sie das Teilzeit- und Befristungsgesetz weiter! Es kann doch nicht sein, dass jemand, der befristet eingestellt war, noch zwei Jahre später in derselben Firma keine Stelle bekommen kann. Legen Sie ein Arbeitsgesetzbuch vor, mit dem Sie mehr Klarheit schaffen! Das geltende Arbeitsrecht ist unübersichtlich. Führen Sie die Handwerksreform fort! Wir haben den Meisterzwang in vielen Handwerksberufen abgeschafft.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Wer wollte denn das AGG? Am allermeisten die Grünen!)

Dort gibt es die meisten Neugründungen. Aber noch immer stehen 41 Berufe unter Meistervorbehalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie haben Sie denn beim AGG abgestimmt?)

Es ist ja nicht so, dass der Minister nicht tätig ist. Aber das führt dann zu mehr Bürokratie.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sind wir nun tätig oder nicht?)

Derzeit lassen Sie, Herr Minister Glos, für 20 000 Euro ein Gutachten über den Umgang mit Brötchentüten erstellen. Es geht darum, wie Brötchentüten in Zukunft entsorgt werden. Ein solches Gutachten lassen Sie erstellen, Herr Glos! Sie haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2011 die Bürokratielasten um 25 Prozent zu senken. Das könnte 20 Milliarden Euro bringen; das haben Sie uns selber vorgerechnet. Ich kann Ihnen als Schwäbin nur den guten Tipp geben: Fangen Sie einmal mit diesen 20 000 Euro an! Das rechnet sich auch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen fehlt auch eine klare ordnungspolitische Zielsetzung. Die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung und damit auch von Ihnen ist durch eine Strategie der nationalen Champions geprägt, und dies vor allem im Energiesektor. Hier dominieren nach wie vor die großen Exmonopolisten. Sie verfügen über die Netze, und damit verfügen sie über die Macht, Wettbewerber vom Markt fernzuhalten. Am 20. August hat der

Wirtschaftsminister verkündet - ich finde, er hat das zu Recht getan -:

Die Preiserhöhungen zeigen: Wir brauchen dringend mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt! ...

Ich werde keine Strom- und Gaskartelle zulassen.

Die Preise dürfen nicht ungebremst weiter steigen.

Der Minister hat wenige Tage später gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen laut Welt vom

7. September Folgendes gesagt:

Kerstin Andreae

Wir sehen keine positive Verbindung zwischen den Strompreisen, den Investitionen und der Entflechtung.

Das ist ein klarer Widerspruch zu dem, was Sie zwei

Wochen zuvor gesagt haben. Sie haben keine ordnungspolitische Orientierung.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Sie haben uns vorhin gesagt, Sie wollten den Wettbewerb vor allem auf dem Energiemarkt fördern. Wissen

Sie, wo Sie das jetzt tun können, wo Sie jetzt Standfestigkeit beweisen können? Bei der Anreizregulierung.

Zur Anreizregulierung hat der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates einen aus unserer Sicht verheerenden Beschluss

gefasst, einen Beschluss, der nicht dazu dient, den Wettbewerb auf den Energiemärkten voranzubringen.

Wenn Sie wirklich für Wettbewerb eintreten wollen,

dann müssen Sie es schaffen, dass dieser Beschluss,

den der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates gefasst hat, nicht umgesetzt wird. Da können Sie Standfestigkeit

beweisen. Wenn Sie hier wieder schweigen, dann stimmt

das, was Sie gesagt haben, nämlich dass Sie Wettbewerb auf den Energiemärkten schaffen wollen, nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie eine gesunde ökonomische Entwicklung wollen, die auch wir wollen, dann brauchen Sie heutzutage auch eine gesunde ökologische Entwicklung.

Spätestens seit dem Bericht von Nicholas Stern wissen wir, was es uns kostet, wenn wir Klimaschutz betreiben,

nämlich ungefähr 1 Prozent des BIP. Wir wissen aber

auch, was es uns kostet, wenn wir keinen Klimaschutz

betreiben, nämlich ungefähr 20 Prozent des BIP. Das

sind klare ökonomische Zahlen, die deutlich machen,

was passiert, wenn wir nicht gegensteuern. Es wundert

doch nicht, dass die Ölpreise und andere Ressourcenpreise

ansteigen. Wir wissen doch nicht erst seit gestern,

dass die Ressource Öl knapper wird, dass Angebot und

Nachfrage den Preis bestimmen und wir mit steigenden

Preisen zu rechnen haben. Was aber tun wir? Wir haben

die Kohlepartei SPD, wir haben die Atompartei CDU,

aber es gibt keine Politik, die auf Energieeinsparung,

Energieeffizienz und erneuerbare Energien gerichtet und

damit zukunftsfähig wäre.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wovon reden

Sie überhaupt?)

Kohlekraftwerke, die größten Klimakiller, lassen Sie

weiter bis 2018 laufen. Der Ausstieg bis 2012 wäre möglich.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Rot-Grün hat da

nichts gemacht! Die Grünen haben da nichts

reduziert!)

Die hohen Subventionen müssen in den Ausbau der

erneuerbaren Energien, in die Finanzierung von Zukunftstechnologien und in den Klimaschutz gesteckt werden. Zukunftsfähigkeit schreibt sich anders. Ich empfehle Ihnen, das Papier Grüne Marktwirtschaft zu lesen. Dann kommen Sie auf andere Gedanken, und dann können Sie nach vorne blicken und eine ökologische Wirtschaftspolitik betreiben, die wir für eine ökonomische Entwicklung brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Geschichtsklitterung! Wer war denn gegen den Ausstieg?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächster Redner hat der Kollege Kurt Rossmanith von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Jetzt steigt das Niveau der Debatte wieder!)

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Wachstumsbedingungen in Deutschland weiter stärken - das ist die Politik, der wir uns verschrieben haben. Diese wachstumsfreundliche Politik trägt Früchte, und diese Politik wird konsequent in der Zukunft umgesetzt. Bundesminister Michael Glos, das Haus, die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen leisten eine ganz wichtige Arbeit.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hervorragende Arbeit!)

Ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister, und allen Mitarbeitern Ihres Hauses herzlich danken. Ich weiß, was Sie gerade in der jetzigen Zeit leisten, damit diese Politik in unserem Land fortgesetzt wird. Wir haben über 1 Million neuer Arbeitsplätze geschaffen, damit 1 Million Familien neue Einkommensquellen erschlossen, und wir haben ihnen damit auch Angst genommen. Ich glaube, dass der Haushaltsentwurf 2008 für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eine solide Basis darstellt, wenn auch - Sie, Herr Bundesminister, haben es gesagt - der Haushalt letztendlich anders aus dem Parlament herauskommt, als er hineingegangen ist. Aber Sie brauchen nicht zu befürchten, dass wir Ihren Haushalt so stark kürzen werden, wie unsere Redezeit durch Ihre Vorgabe eingeschränkt worden ist. Meine Redezeit - eigentlich waren es acht Minuten - ist nun um 25 Prozent kürzer. Sie brauchen keine Kürzung um 25 Prozent zu befürchten. Wir werden in den Haushaltsberatungen angemessen vorgehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unser Wirtschaftswachstum lag zuletzt bei 2,5 Prozent.

Das Wachstum, das wir in diesem Jahr erreichen, wird ebenfalls in dieser Größenordnung liegen, auch wenn es vielleicht etwas bescheidener ausfällt. Man bedenke, dass es auch dann immer noch drei- oder viermal so groß sein wird wie in den Jahren vor 2006.

The Economist hat Ende August geschrieben:

Deutschlands Wirtschaft scheint wieder zur Lokomotive Europas zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kurt J. Rossmanith

Grund dafür ist eine handwerklich gute und verlässliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

(Ulrike Flach [FDP]: Na!)

Trotz dieser Daten sind Sie der Meinung, lieber Kollege Rainer Brüderle, wir befänden uns auf einer Fahrt in die Staatswirtschaft. Der Kollege Roland Claus will uns ob dieser Daten gleich die Fröhlichkeit verbieten. Ich halte es hier mit dem heiligen Don Bosco, der gesagt hat: Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Don Bosco als wirtschaftspolitisches Ziel!)

Lieber Herr Kollege Claus, wir werden weiter fröhlich sein. Wir werden weiter Gutes tun, und wir lassen Sie auch entsprechend pfeifen. Das wollen wir Ihnen nicht verbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Plafond des Haushalts des Wirtschaftsministeriums für 2008 liegt bei - Frau Kollegin Andreae hat es angesprochen - 6,1 Milliarden Euro. Ein Drittel - über 2 Milliarden Euro - wird nach wie vor zur Subventionierung des Steinkohlebergbaus verwendet. Ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie in dieser Hinsicht einmal Vorschläge gemacht hätten; schließlich haben Sie im Jahr 2005, vor zwei Jahren, also vor gar nicht so langer Zeit, noch Regierungsverantwortung getragen. Was den Abbau der Steinkohleförderung angeht, hatten und haben Sie nichts zu bieten. Aber jetzt stellen Sie sich hierhin und jammern über unsere Politik. Ich bedaure das.

Frau Kollegin Andreae, Sie fallen in die Rhetorik der Anfangszeit der Grünen zurück, als man mit dem Argument, dass der Strom aus der Steckdose komme, gegen die Kernenergie protestierte. Kernenergie ist für Sie des Teufels, Steinkohle ist für Sie des Teufels, alles ist für Sie des Teufels. Da der Strom aus der Steckdose komme, besteht Ihrer Auffassung nach keinerlei Notwendigkeit, den von uns vertretenen Ansatz zu verfolgen. Ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie sich von den sehr unklugen Äußerungen,

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

die Sie damals gemacht haben, hier etwas stärker distanzieren. Wie in der Vergangenheit setzt unsere Politik auch in Zukunft einen Schwerpunkt auf Mittelstand, Forschung und Entwicklung. Dafür sind in diesem Haushaltsentwurf - ich glaube, wir sind uns einig, dass wir daran keine allzu großen Änderungen vornehmen - rund eine halbe Milliarde Euro veranschlagt.

Wir sind nach wie vor Exportweltmeister, und wir wollen das auch bleiben. Die Außenwirtschaftsförderung ist daher ein ganz wichtiger Bereich. Wir müssen dafür sorgen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen - um sie geht es bei der Außenwirtschaftsförderung; es geht doch nicht um die Konzerne; sie erhalten diese Förderung nicht - in der Lage sind, sich auf den Weltmärkten zu behaupten. Für mittelständische Unternehmer ist das heute das A und O.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Über die Gemeinschaftsaufgabe - sie wurde angesprochen,

auch vom Kollegen Stiegler - werden wir uns noch intensiv und in objektiver Art und Weise unterhalten müssen. Es hilft überhaupt nichts, einfach plakativ darüber hinwegzuspringen.

Lassen Sie mich einen letzten Bereich ansprechen: die Luft- und Raumfahrt, die im vergangenen Jahr und auch bis heute fast immer mit negativen Schlagzeilen behaftet war und ist. Es handelt sich um eine Hochtechnologie, die notwendig und erforderlich ist und die ganz wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der technischen Führungsstellung, die wir weltweit innehaben, beiträgt.

Aber, Herr Bundesminister Michael Glos, um eines bitte ich Sie herzlich: Der letzte Bericht des Koordinators für Luft- und Raumfahrt stammt aus dem Jahre 2002, vom damaligen Koordinator und Parlamentarischen Staatssekretär Siegmund Mosdorf. Es ist also höchste Zeit für einen neuen Bericht. Ich weiß, dass die entsprechenden Vorbereitungen schon laufen, aber dieser Bericht muss Ende dieses Jahres, spätestens zu Beginn des nächsten Jahres vorliegen. Es ist - aufgrund der Ereignisse und aufgrund dessen, was wir auf diesem Felde noch vor uns haben - zwingend notwendig, dass wir diesem Bereich, einem ganz wichtigen Aspekt, weiterhin Bedeutung zumessen.

Was die Haushaltsberatungen anbelangt, bin ich zuversichtlich. Ich bedanke mich schon jetzt bei den Kolleginnen und Kollegen für das Miteinander und für das Verständnis, das wir im Sinne unseres Vaterlandes für die zukünftige Entwicklung aufbringen werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Ulrike Flach von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Glos, Sie haben uns heute wieder einmal in bemerkenswerter Weise gezeigt, wie gut Sie vor allen Dingen rhetorisch in der Lage sind, die Welt etwas zu schönen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er hat sie ehrlich dargestellt! Keine Schlechtederei hier!)

Heute haben Sie uns die Facette „Wir wollen dem Bürger alles zurückgeben“ vorgetragen. Noch vor wenigen Tagen haben Sie über den „Tugendkreislauf“ gesprochen.

Ich zitiere Sie:

Zeitlichen Vorrang hat in jedem Fall der Defizitabbau.

Ulrike Flach

Nun frage ich mich natürlich: Womit werden wir leben?

Weder das eine noch das andere ist bisher bei Ihnen zum Tragen gekommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Defizitabbau geht doch vor!)

Sie geben dem Bürger nichts zurück, die Steuern werden nicht gesenkt, und der Defizitabbau ist - das sieht man gerade auch an Ihrem Haushalt - alles andere als Realität.

(Beifall bei der FDP)

Der Einzelplan 09, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums,

weist Ausgabensteigerungen um 2,1 Prozent auf. Das verstehe ich nicht unbedingt unter tugendsamem Sparen. Gleichzeitig - das muss man als Haushälter klar sehen - schieben Sie nicht unbeträchtliche Haushaltsrisiken vor sich her.

Schauen Sie sich einmal das Beispiel Steinkohle an. Ich bin immer wieder entzückt, wenn die Grünen über Steinkohle reden. Sie hatten viele Jahre Gelegenheit - gerade auch in Nordrhein-Westfalen -, ihren Teil dazu beizutragen.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das kann man wohl sagen!)

Es musste erst eine schwarz-gelbe Regierung geben, um den Subventionsabbau endlich in trockene Tücher zu bringen. Dabei ist jedoch etwas passiert, was ich als Haushälter des Bundes mit großer Sorge betrachte, Herr Minister. Sie haben bei den sogenannten Ewigkeitslasten des Bundes einen Blankoscheck mit einer nach oben nicht begrenzten Gewährleistung ausgestellt, für den Fall, dass das Börsenvermögen der RAG-Stiftung nicht ausreicht. Darin liegen erhebliche Risiken begründet. Der Rechnungshof hat sich dazu geäußert. Ich bin gespannt, wie sich die Bundesregierung in den nächsten Tagen dazu äußern wird. Angesichts dessen kann ich nicht gerade mit frohem Gesicht in die Zukunft schauen. Zweiter Punkt: mangelnde Haushaltsdisziplin. Dies betrifft in besonderem Maße die mehr als wirren Pläne einer nationalen Mondmission, die wissenschaftlich aus Sicht vieler Fachleute sicherlich mehr ein Wohlfühlprojekt ist. Nationale Alleingänge in der Raumfahrt machen, wie wir alle wissen - ich sehe einmal in Richtung von Frau Bulmahn -, wenig Sinn und werden uns auch kaum voranbringen. Was wir brauchen, ist eine Einbindung in die Europäische Union. Das jedoch bedeutet für den Haushalt, dass Sie neben dem Projekt Galileo, bei dem wir im Haushalt von Herrn Tiefensee Risiken von mehr als 4 Milliarden Euro vermuten, ein weiteres Projekt vor sich herschieben, das uns viel Geld kostet. Wir brauchen mit Sicherheit nicht „Michels Mondfahrt“, wie es so schön genannt wird. Wir brauchen ein kluges Konzept auf der EU-Ebene. Vor allen Dingen brauchen wir endlich Pläne, die wir dann auch umsetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Tugendsamer sind Sie bei dem Thema Evaluierung geworden. Sie haben offensichtlich gelernt, dass man Programme evaluieren muss. Aber Sie haben etwas getan, was man als Haushälter immer mit großem Grauen betrachtet: Sie haben alles in einen Topf geschüttet. Das heißt, wir werden im nächsten Jahr nicht mehr genau wissen, wo etwas abfließt und wo nichts abfließt. Unter haushälterischer Wahrheit und Klarheit verstehe ich etwas anderes, Herr Glos.

An dieser Stelle bitte ich darum, dass wir es in Zukunft wirklich detailscharf erkennen können, wenn Sie Programme durchführen, von denen der Mittelstand nicht profitiert. Nur 8 Prozent des deutschen Mittelstands lebt von der Förderung aus dem Bundeshaushalt.

Diese Zahl hat vor wenigen Tagen das IW veröffentlicht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, dass man das als eine tolle Förderung



des Mittelstands auf dem Technologiegebiet bezeichnen kann.

(Beifall bei der FDP)

Die Zeit der FDP hier ist leider viel zu kurz.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Ist fast vorbei!)

Lassen Sie mich deshalb zum Schluss kommen. Herr Minister, Sie verstecken die Subventionen in diesem Haushalt geschickt in Ihrem Topf.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Topfgucker!)

Sie wissen, dass wir als FDP ausgesprochen aggressiv an die Subventionen herangehen werden. Wir werden in diesem Jahr beantragen, Subventionen im Umfang von ungefähr 1,4 Milliarden Euro, verteilt über alle Ressorts, abzubauen. Ich wäre mehr als erfreut, wenn die Bundesregierung uns dabei folgen würde. Ich setze in dem Fall natürlich vor allen Dingen auf die Unionshaushälter. Das ist das Volumen, in dem wir die Subventionen abbauen und um das wir das Defizit drücken können. So können wir den Menschen in diesem Land wirklich etwas zurückgeben. Wenn Sie dem folgen würden, dann wären wir mit Ihnen zufrieden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Rainer Wend von der SPD-Fraktion.

Dr. Rainer Wend (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben völlig recht: Immer dann, wenn Sie eine kluge Wirtschaftspolitik formulieren, haben Sie die SPD-Fraktion ganz fest an Ihrer Seite.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber eine große Anstrengung! - Weitere Zurufe)

- Ich habe nicht gesagt „nur dann“, sondern ich habe gesagt „immer dann“. - Das gilt insbesondere dann, Herr Glos, wenn Sie der Konsolidierung des Bundeshaushalts Vorrang geben und nicht schon Steuererleichterungen und sonstige Geschenke ankündigen, bevor diese Aufgabe bewältigt ist. Bei uns bleibt es bei der Priorität der Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eines doch noch sagen - die Kollegin Flach hat es bereits angedeutet -: Es ist Grundschulwissen, dass wir nicht gleichzeitig den Haushalt konsolidieren, Steuern senken und mehr Geld für Investitionen ausgeben können. Wer den Menschen diesen Dreiklang verspricht, der macht ihnen etwas vor. Wir müssen Prioritäten setzen, und die Priorität heißt im Interesse künftiger Generationen: Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich kurz dem Thema „internationale Finanzsysteme“ widmen und mich noch einmal mit Ihnen, Herr Kollege Brüderle, darüber auseinandersetzen, da Sie in diesem Zusammenhang den Markt gepredigt haben.

Eine kleine Sache vorweg - sie steht nicht im Zentrum, sie ärgert mich nur -, und zwar zu Ihrer Kritik an

der Beteiligung der KfW an der Mittelstandsbank IKB. Sie wissen, dass ich kein Befürworter solcher indirekter staatlicher Beteiligung bin und dass ich auch dafür bin, dass wir sie schnell abstoßen. Die ganze Wahrheit aber ist: Im Jahr 2001 wollten die Münchener Rück und die Allianz ihre Anteile an der IKB loswerden. Alle - der BDI, die BDA, die Finanzpolitiker aller Fraktionen - haben darum gebeten, dass dieser Anteil nicht an internationale Investoren geht, sondern hier im Land bleibt, weil es sich um eine Mittelstandsbank handelt. Daraufhin ist die KfW eingesprungen. Deshalb hat sie heute nicht die Kritik verdient, die Sie hier üben.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Fonds und dem internationalen Finanzsystem. Wir reden über Bedrohungen, wir reden über Schwierigkeiten; das ist richtig. Aber ich sage eines vorweg - da sind wir uns, glaube ich, wieder einig, Herr Kollege Brüderle -: Internationale Investoren sind in Deutschland erwünscht und willkommen. Wir wollen, dass bei uns im Land investiert wird. Wir wollen keinen Zaun um unser Land, sondern sagen: Ihr seid uns willkommen. Legt euer Geld in unserem Land an; dort ist es gut angelegt! Gleichzeitig müssen wir uns aber mit folgender Situation auseinandersetzen. Wir haben zurzeit weltweit Hedgefonds in einer Größenordnung von 1,8 Billionen Euro. Das ist etwa das Sechsfache des deutschen Bundeshaushaltes. Wir haben darüber hinaus weltweit Staatsfonds in einer Größenordnung von bis zu 3 Billionen Euro. Der IWF schätzt, dass wir in etwa sechs bis sieben Jahren eine Größenordnung von 12 Billionen Dollar Staatsfonds haben werden. Das ist eine gewaltige finanzielle, wirtschaftliche und damit auch politische Macht. Ich sage als Sozialdemokrat: Da nur den Markt zu predigen und uns diesen Mächten auszuliefern, kann nicht Perspektive bundesdeutscher Wirtschaftspolitik sein, Kollege Brüderle.

(Beifall bei der SPD - Ulrike Flach [FDP]:

Wer sagt das denn?)

Was sind unsere Möglichkeiten an dieser Stelle? Ich nenne zunächst das Stichwort Transparenz. Wir müssen beispielsweise wissen, in welche Risiken diese Hedgefonds investiert haben. Wir brauchen klare Transparenzrichtlinien auf der europäischen Ebene, um dort zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Wir müssen uns über Ratingagenturen Gedanken machen, die teilweise versagt haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Umfassend, nicht nur teilweise!)

Wir müssen überlegen, ob wir auf europäischer Ebene eine Ratingagentur einrichten. Ich weiß, dass das schwer zu finanzieren ist. Ich finde übrigens, dass die Bankenaufsicht so schlecht nicht funktioniert hat. Die Kriseninterventionen in den letzten Wochen sind gelungen. Ich bin allen dankbar, die an der Stelle geholfen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einfache Rezepte sind leicht. Wir werden noch schwierige Wege vor uns haben. Geben wir uns Mühe, nicht ritualisierte Antworten zu geben! Setzen wir uns mit den neuen internationalen Realitäten auseinander! Keine staatliche Abschottung, aber auch keine freie Auslieferung

an die Märkte!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Herbert Schui von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wend, gut und schön: Stabilisieren wir die Finanzmärkte. Vielleicht können wir uns auf zwei Gesichtspunkte einigen: Wenn Finanzierung nicht die Finanzierung von realen Investitionen und damit Produktion ist, dann ist es Aufgabe der Politik, den Markt einzuengen und die Transaktionen zu verteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle Gesetzgebung muss sich darauf konzentrieren. Dann kommen wir ein Stückchen weiter. – Dabei würde ich mich auch nicht von Zurufen wie „Die Märkte müssen offenbleiben“ einschüchtern lassen; denn es geht um Produktion und nicht darum, durch das Hin- und Herwenden von Geldvermögen zu Einkommen zu gelangen.

(Beifall bei der LINKEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Schui, wir brauchen funktionsfähige Finanzmärkte! Das wissen Sie eigentlich auch!)

Nun zu dem, was mich eigentlich beschäftigt. Die beiden Koalitionsparteien haben unter gegenseitigem Schulterklopfen einen Aufschwung festgestellt, der, nüchtern betrachtet, nichts weiter ist als ein höheres Wirtschaftswachstum, das nicht andauern wird. Ich erinnere an die US-Konjunktur, mögliche Auswirkungen der Finanzkrise, normale Wirtschaftszyklen. Andauern aber werden bei dieser Regierung Hartz IV, niedrige Löhne und eine Rente mit 67. Infolgedessen kann von Aufbruch nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel hat uns vorgestern die Ursachen des Aufschwungs erklärt. Dieser Aufschwung ist, so sagt sie

– Zitat –

der Lohn der Arbeit der Menschen in Deutschland: der Lohn von wagemutigen Unternehmern und gut ausgebildeten Arbeitnehmern, von engagierten Erziehern, Lehrern und liebevollen Eltern, von international renommierten Wissenschaftlern und kreativen Ingenieuren.

Fragen: Für viele ist der preisbereinigte Lohn in der letzten Zeit gesunken, auch wenn sie hart gearbeitet haben. Haben sie nun weniger zum Aufschwung beigetragen als die anderen?

(Beifall bei der LINKEN)

Waren die Eltern vor zwei Jahren weniger liebevoll, als sie es jetzt sind?

(Heiterkeit bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Waren die Ingenieure weniger kreativ, die Wissenschaftler dümmer? Wenn ja, hat es eine Massenerweckung gegeben,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

ging als Folge von Schröders Agenda 2010 ein Ruck durch das Land? All das ist Parapsychologie, Kitsch,

Politiksch, hat aber nichts mit seriöser Analyse und seriöser Politik zu tun.

(Beifall bei der LINKEN - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben doch keine Ahnung!)

Den Titel „Dr. h. c.“ im Fach Psychologie bekommt die Frau Bundeskanzlerin hinterher.

Wie in vielen anderen Ressorts wird auch im Wirtschaftsministerium ein Mangel deutlich: Es fehlt an guter

Planung,

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau, Planwirtschaft!)

insbesondere was die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts angeht. Ein Beispiel: Der Wirtschafts- und der Umweltminister haben gemeinsam für Dezember ein Energie- und Klimaprogramm angekündigt. Warum nicht jetzt? Warum nicht schon längst? Die Ausgaben des Wirtschaftsministeriums zur Förderung der Energieforschung in Höhe von 160 Millionen Euro sind so gut wie nichts. Statt die brennende Frage des Klimaschutzes und der Energieeinsparung anzupacken, verlegt sich das Wirtschaftsministerium bei diesem Programm schon jetzt aufs Bremsen. Der Gebäudeenergiepass ist nun auf Betreiben des Wirtschaftsministers so ausgedünnt worden, dass der Mieter nur noch dürftig über die Energieeffizienz des Hauses, in dem er wohnt, informiert wird. Ebenfalls wird das Wirtschaftsministerium einer Verschärfung der Energieanforderungen für Neubauten wahrscheinlich nicht zustimmen. Hier hat der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer gesiegt.

Ein anderes Beispiel ist die Kraft-Wärme-Koppelung. Die Arbeitsgruppe Energie will den Anteil dieser Stromerzeugung von 12,5 auf 25 Prozent der Stromerzeugung insgesamt steigern. Das schränkt natürlich das Geschäft der großen Stromversorger ein; deren Großkraftwerke laufen ohne Wärmenutzung. Und schon kündigt das Ministerium seinen Widerstand gegen eine Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau an. Die Gruppe der Gewinner wurde wohl von Eon angeführt; Eon ist ja bekanntlich der Lieblingskonzern des Wirtschaftsministers und der Bundeskanzlerin.

(Lachen des Abg. Dr. Rainer Wend [SPD] -

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: So einen

Blödsinn, den Sie da erzählen, hört man selten!)

Meine Frage an Sie: Wer regiert denn hier eigentlich?

(Beifall bei der LINKEN)

Es lässt sich erraten, was aus dem gemeinsamen Energie- und Klimaprogramm werden wird: nicht viel. Wenn dieses Programm wirken soll - so viel ist sicher -, muss mehr ressortübergreifende, planvolle Arbeit geleistet werden. Es reicht nicht, über noch so raffinierte Rahmenbedingungen nachzudenken. Im Rahmen einer solchen Politik wird es nicht so kommen, dass der Markt und der Wettbewerb das besorgen, was man eigentlich wünscht. Nein, man muss doch planen!

(Gudrun Kopp [FDP]: Aha, Planwirtschaft!)

- Nein, Politik sollte immer planvoll sein. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht planvoll ist, kann man in der Pfeife rauchen.

(Beifall bei der LINKEN - Ernst Hinsken  
[CDU/CSU]: Aber nur planen ist zu wenig!  
Man muss auch handeln!)

- Nein, Politik muss Gegenpol des Marktes sein. Wenn  
der Markt alles besorgen würde, bräuchten wir gar keine  
Politik. Dann könnten wir uns hier abschaffen. Das ist  
doch einleuchtend.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum sind Sie denn so gegen Planung? Schließlich planen  
doch auch Großkonzerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schui, bedenken Sie die Redezeit.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Oh ja.

Ich möchte in den mir verbleibenden 30 Sekunden einen  
letzten Punkt ansprechen.

(Zuruf des Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU])

- Lassen Sie die DDR in Frieden ruhen; die gibt es jetzt  
nicht mehr. - Für die Erzeugung von mehr alternativer  
Energie brauchen wir einen Markt. Der Markt wird sich  
dann öffnen, wenn die alternative Energie billig ist. Es  
ist allerdings so, dass bei jeder Energieproduktion außerordentlich  
viel Kapital fixiert werden muss, um eine Einheit  
herzustellen. Wenn man eine marktübliche Rendite  
haben will, dann muss der Preisaufschlag auf die Kosten,  
der nötig ist, um einen Gewinn zu erzielen, enorm hoch  
sein. Wenn wir die alternative Energie gemeinwirtschaftlich  
produzieren würden, könnten wir auf einen solchen  
Preisaufschlag verzichten.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber wer zahlt es denn  
dann?)

Sie wäre billig, -

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schui!

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

- konkurrenzfähig und könnte sich durchsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Ute Berg von der SPDFraktion.

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der  
Wirtschaftsweise Peter Bofinger hat im Frühjahr dieses  
Jahr daran erinnert, dass vor einigen Jahren Bücher mit  
Titeln wie Ist Deutschland noch zu retten? oder Abstieg  
eines Superstars in Deutschland Konjunktur hatten. Er  
stellte zufrieden fest, dass sich die Stimmung und auch  
die Lage im Land inzwischen geändert haben. Dieses  
Land hat das Potenzial zum Wachstum. Das ist etwas  
sehr Erfreuliches, hat er gesagt. Wo er recht hat, hat er  
recht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ganz offensichtlich ist Deutschland also zur Dynamik  
fähig. Durch kluges politisches Handeln sind wir alle  
aufgerufen, diese Dynamik zu unterstützen. Die Förderung  
von Forschung und Entwicklung ist dabei entscheidend.  
Zum wiederholten Mal: Durch einen Euro für  
Forschung und Entwicklung, vom Staat investiert, werden  
zwei Euro aus der privaten Wirtschaft mobilisiert.

Das war jedenfalls in der Vergangenheit so. Auch in Zukunft müssen Staat und Wirtschaft in dieser Form miteinander kooperieren. Beide Partner dürfen nicht schwächeln. Um es ganz deutlich zu sagen: Die immer wieder beschworenen zusätzlichen 6 Milliarden Euro bis 2010 reichen nicht mehr aus; denn das Bruttoinlandsprodukt wächst und damit auch der 3-Prozent-Anteil für Forschung und Entwicklung, den wir gemeinsam verabredet haben.

(Ulrike Flach [FDP]: Sie reden immer noch von etwas aus dem Jahr 2003!)

Auf zwei Projekte möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal besonders eingehen: erstens auf das Projekt Pro Inno, ein ganz wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Kooperationsprojekt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, wodurch vor allem die Innovationsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen und damit die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten gestärkt werden sollen. Herr Brüderle hat davon offenbar noch nichts gehört; sonst hätte er das, was er eben gesagt hat, nämlich dass sich diese Regierung nicht um den Mittelstand kümmert, nicht sagen können.

(Rainer Brüderle [FDP]: Der Mittelstand hat davon noch nichts gemerkt! - Ulrike Flach [FDP]: Es wäre schön, wenn er davon etwas merken würde!)

Insgesamt wurden durch Pro Inno in den letzten Jahren 5 000 Projekte von Unternehmen gefördert. Der fünftausendste positive Bescheid wurde kürzlich erlassen, und zwar in Bayern. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, Herr Minister. Rund 1,5 Milliarden Euro für FuEInvestitionen wurden dadurch angeregt. Die Mehrzahl der beteiligten Unternehmen hat Umsatz und Gewinn gesteigert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Hier zeigt sich noch einmal, wie wichtig es ist, dass Forschungsentwicklungen sofort in den Markt integriert werden, nachdem sie die Marktreife erlangt haben. Hierbei soll durch Pro Inno geholfen werden.

Zweitens möchte ich, obwohl das nicht zum klassischen Teil des Wirtschaftshaushaltes gehört, noch einmal das Projekt der Forschungsprämie ansprechen, das auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute kommt. Der Bund zahlt Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Forschungsaufträge von diesen Unternehmen ausführen, eine Prämie in Höhe von 25 Prozent des Auftragsvolumens. Damit wird die wichtige Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert. Hier findet nicht nur Forschungsförderung, sondern auch echte Wirtschaftsförderung statt.

Bereits seit Jahresbeginn profitieren Universitäten und von Bund und Ländern geförderte Wirtschaftseinrichtungen von dieser Prämie. Mit der Forschungsprämie II, wie wir sie genannt haben, sollen ab Januar 2008 auch gemeinnützige Forschungseinrichtungen unterstützt werden. Das ist insbesondere für die ostdeutschen Länder wichtig.

Noch eine Bemerkung zu einer strukturellen Veränderung im Ministerium selbst. Dass es dort jetzt eine eigene

Technologieabteilung gibt, in der die Innovationsförderung für den Mittelstand konzentriert werden soll, ist natürlich eine wichtige Maßnahme, um die Programme nutzerfreundlicher und ihre Abwicklung effizienter zu machen. Ich gehe davon aus, dass sich Wirtschaftsminister Glos in Zukunft auch als Technologieminister profiliert. Unsere Unterstützung dafür hat er ganz bestimmt. Zum Schluss möchte ich aber noch ein Problem ansprechen, das uns nicht erst seit gestern begleitet - es wurde schon erwähnt -, nämlich den Fachkräftemangel. Einiges von dem, was Frau Andreae eben gesagt hat, kann ich durchaus unterstützen.  
(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön!)

Bereits jetzt verlieren wir 20 Milliarden Euro an Kaufkraft jährlich, weil uns qualifizierte Fachkräfte fehlen. Dass angesichts dieser Entwicklung Stimmen aus Politik und Wirtschaft lauter werden, die dieses Problem durch Zuwanderung lösen wollen, ist natürlich bedenklich.  
(Ulrike Flach [FDP]: Warum? - Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso? Ist doch gut!)

- Frau Flach, Zuwanderung an sich ist nicht bedenklich. Das wollte ich damit auch nicht sagen. Natürlich brauchen wir ausländische Fachkräfte, genauso wie von unserer Seite Fachkräfte ins Ausland gehen sollen. Wir brauchen den Austausch. Aber wenn man ein Problem, das so deutlich zutage tritt, hauptsächlich dadurch lösen will, dann ist das bedenklich. Dabei bleibe ich. Im Grunde war diese Entwicklung abzusehen. Deshalb wundert es mich, dass manche jetzt anfangen, zu weinen. Kluge Unternehmer haben hier vorgebaut und entsprechend ausgebildet.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber es gibt eben auch andere. Ich appelliere an die Unternehmer, die ausbilden könnten, es aber nicht tun: Sorgen Sie im Interesse der jungen Generation, aber auch im ureigenen ökonomischen Interesse mit dafür, dass junge Menschen aus- und ältere Arbeitnehmer zu qualifizierten Fachkräften weitergebildet werden! Ihre Unternehmen und die Gesellschaft brauchen sie dringend. - Unsere Zukunft liegt nicht in Billigprodukten. Wir punkten mit hochwertigen Artikeln, die von gut ausgebildeten Frauen und Männern hergestellt werden. Schließlich zum Haushalt insgesamt. Der vorliegende Entwurf trägt dem Anspruch Rechnung, mit der Förderung von Innovationen Zukunftsgebiete zu erschließen. Dadurch wird es uns gelingen, die günstige Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen und zu verstetigen. Nur so bekommen wir weiteres Wachstum hin, das wir auch brauchen, um eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Auf Dauer streben wir natürlich nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt an; auf Dauer wollen wir auch den Schuldenberg, der sich über Jahrzehnte aufgebaut hat, abbauen. Das ist finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch geboten. Ich möchte nämlich nicht, dass wir weiterhin so viel Geld für Schuldzinsen aufbringen müssen, an dem andere verdienen und das an anderen Stellen fehlt.

Schulden sind bekanntermaßen die Steuererhöhungen der Zukunft, und die können wir überhaupt nicht gebrauchen. Zum Schluss noch einmal zu Peter Bofinger. Wir müssen alles daran setzen, dass Bücher wie - ich habe sie eingangs erwähnt - Ist Deutschland noch zu retten? oder Abschied eines Superstars wegen fehlender Parallelen zur Wirklichkeit keine Absatzmärkte mehr finden. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Laurenz Meyer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Der Wirtschaftsminister hat heute Morgen in sehr gelöster Stimmung vorgetragen. Das zeigt, wie gut die Wirtschaftslage ist.

Die Inlandskonjunktur ist unser nächstes Thema; auch das hat er angesprochen. Die andauernd gute wirtschaftliche Entwicklung führt jetzt dazu, dass über die Schaffung von Arbeitsplätzen und über die Lohnzuwächse - damit verbunden ist auch das in starkem Maße gewachsene Vertrauen der Menschen in die Arbeitsplatzsicherheit - eine gute Inlandskonjunktur herrscht.

Diese hilft uns Gott sei Dank, die von außen an uns herangetragenen Risiken in den Begriff zu bekommen. Der wichtigste Unterschied zu früher ist, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung, in die Stabilität und in die Sicherheit ihres eigenen Arbeitsplatzes haben.

Erstmalig haben wir wieder - ich bitte alle Kritiker, dies zu berücksichtigen, auch die von der Linken - (Zuruf von der CDU/CSU: Die verstehen das nicht!)

einen Kamineffekt am Arbeitsmarkt. Die qualifizierten Kräfte, die als Erste wieder in den Arbeitsmarkt hineingekommen sind, wechseln auf andere Positionen. Dadurch werden Stellen frei, die im verstärkten Maße von Leuten aus dem Arbeitslosengeld-II-Bereich besetzt werden, die so aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauskommen. Das ist genau die Entwicklung, die wir wollen und die wir stärken müssen; denn diese Menschen bilden die Hauptproblemgruppe am Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Müntefering, da haben wir schon Verschiedenes auf den Weg gebracht. Wir müssen daran arbeiten, dass dieser Kamineffekt anhält. Deswegen müssen wir alle Prozesse, die dabei helfen, verstetigen.

Viele kritische Äußerungen, die noch in letzter Zeit über die Zeitarbeit gemacht worden sind, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Sehen Sie sich einmal die Zahlen an! Hier wird nicht nur die Flexibilisierung, die in unserem Arbeitsmarkt teilweise nicht vorhanden ist, von den Unternehmen in gewisser Weise genutzt. Zusätzlich stellen wir jetzt einen Wechsel aus den Zeitarbeitsunternehmen in reguläre Beschäftigung in den Unternehmen fest. Ein Drittel derer, die über die Zeitarbeit einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, ist laut



Aussage der Bundesagentur inzwischen in den Unternehmen angekommen, und zwar entweder in den Unternehmen, in denen sie zeitweilig beschäftigt waren, oder in anderen Unternehmen. Deswegen müssen wir diesen Prozess weiterhin stützen und dürfen ihn nicht bremsen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ganz klar sagen: Herr Müntefering, wir wollen gemeinsam auch nach Branchen differenzierte Sozialstandards schaffen, damit keine Verwerfungen am Arbeitsmarkt entstehen. Zum Beispiel beim ausgehandelten Posttarifvertrag gibt es etliche kritische Fragen, die sich alle unter einem Stichwort subsumieren lassen: Es darf nicht sein, dass die Diskussion über das Entsendegesetz und Branchenlösungen zu Wettbewerbsverhinderung führt und die Arbeitgeber dieses Instrument nutzen, um Wettbewerb auszuschalten. Diesen Weg wollen wir nicht mitgehen. Dort wollen wir keinen Präzedenzfall schaffen; das sage ich hier in aller Klarheit. (Beifall bei der CDU/CSU)

Das heute zum Beispiel von den Grünen zur Zuwanderung Gesagte kann ich nur begrüßen. In der Tat muss man auch schauen, welche Qualifikation jemand mitbringt und was er bei uns beitragen kann. Das zeigt, dass das Thema „Arbeitsplätze und Fachkräftemangel“ sehr viel breiter ist. In diesem Zusammenhang reden wir über Einwanderung, Qualifizierung und nicht zuletzt auch über Kinderbetreuung; denn es geht darum, dass die jungen qualifizierten Frauen im Arbeitsmarkt bleiben können, wenn sie es denn wollen. Dies ist eine der wichtigen Aufgaben, die wir vor uns haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich auch noch auf das Thema Energie eingehen, zumal die Grünen es gerade angesprochen haben. Die Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung ist sehr umfassend. Wir werden uns in diesem Herbst intensiv mit den Vorschlägen zu beschäftigen haben, die der Umweltminister und der Wirtschaftsminister auf den Tisch legen werden. Nachdem jetzt die Rahmendaten zur CO<sub>2</sub>-Minderung und die Rahmendaten darüber festliegen, wie viele alternative, nachwachsende Energien eingesetzt werden sollen, werden wir das Konzept daran messen, dass die Lösung möglichst sozialverträglich und effizient erfolgt.

Das Wort „sozialverträglich“ nenne ich ganz bewusst. An dieser Stelle geht es darum, auch in den energieintensiven Bereichen Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Außerdem geht es darum, dass die Menschen das Ganze noch bezahlen können, insbesondere diejenigen, die sich möglicherweise ein so teures Haus, wie es eben angesprochen wurde, nicht leisten können.

„Effizient“ heißt, dass wir bei der Energieeinsparung und der Wärmeeinsparung auf vorhandenen Strukturen aufbauen. Es muss unser großes Ziel sein, dort Anreize zu schaffen. Wie jetzt auch die Automobilindustrie zeigt, sind Anreize allemal besser als irgendwelche Vorgaben. Ich darf Sie nur an den Quatsch erinnern, den Ihre Kollegin Künast erzählt hat, die gesagt hat: Der einzige Weg ist, dass wir japanische Autos kaufen. – Diese Position wurde noch vor kurzem geäußert. Da dachte man nur:

Was geht eigentlich in diesen Köpfen vor? Jetzt erleben wir, wie insbesondere aus Deutschland neue Lösungen angeboten werden, die uns auch international weiterhelfen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch über das Thema Kernenergie diskutieren, das Sie vorhin angesprochen haben, Frau Andreae. Wie wollen Sie die 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die durch den Wegfall der Kernenergie bis 2020 zusätzlich entstehen, vermeiden? Wie wollen Sie auf dem Weg der CO<sub>2</sub>-Reduktion vorankommen, wenn nur 30 Prozent Alternativenergien möglich sind? Da sind wir uns doch einig. Mehr stand auch nicht in Ihrem Konzept; sogar noch nicht einmal so viel, sondern nur 25 Prozent. Jetzt haben wir eine Größenordnung von 30 Prozent. Woher sollen die restlichen 70 Prozent kommen? Wenn die Kernenergie aufgegeben wird, werden sie zum großen Teil aus dem Bereich Kohle kommen müssen. Dann werden wir die Klimaziele kaum erreichen können. Deswegen bitte ich alle Kollegen, noch einmal darüber nachzudenken. Kernkraftwerke, die unsicher sind, müssen sofort geschlossen werden, nicht erst in drei oder vier Jahren. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kernkraftwerke, die sicher sind, sollten wir aber doch nicht abschalten, wenn wir gleichzeitig von Klimaverbesserung reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Meyer, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Ja. Ich bin sofort fertig.

Ich möchte Ihnen noch eine Sache mit auf den Weg geben und dafür sorgen, dass der Herr Wirtschaftsminister mit seinem Gutachten zurechtkommt. Sie haben beschlossen, dass ein Bäcker, der seine Brötchen in Brötchentüten verkauft, an den Grünen Punkt zahlen muss, weil das der Verpackungsverordnung entspricht. Das halten wir, auch unter dem Stichwort Entbürokratisierung, für Quatsch. Kein Mensch kommt auf die Idee, eine Brötchentüte zum Bäcker zurückzubringen. Das ist reine Schröpferei und kein Beitrag zum Umweltschutz. Wenn die Brötchentüte im Hausmüll landet, wie das normalerweise der Fall ist, dann sollten wir diesen Umstand akzeptieren und das, was Sie beschlossen haben, ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wäre ein Beitrag zum Bürokratieabbau, der eines der Hauptstichworte für diesen Herbst ist.

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Die Erfolge zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Der Wirtschaftsminister hat bei seiner Politik unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Annette Faße von der SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

Annette Faße (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Tourismus ist eine innovative und wachstumsstarke Branche, die den wirtschaftlichen Aufschwung stärkt und Arbeits-

und Ausbildungsplätze schafft.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Rede zu zwei Punkten ganz klar Position beziehen:

Erstens: Stichwort Ausbildungsplätze. Die SPD steht zum Jugendarbeitsschutzgesetz. Wir wollen die Arbeitszeit für unter 18-Jährige nicht verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Auch für die Tourismusbranche, für das Hotel- und Gaststättengewerbe muss gelten: Mindestlöhne statt Minilöhne. Bezüglich dieser Branche müssen wir uns ernsthaft mit unserer Forderung nach Mindestlöhnen auseinandersetzen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Beim Haushalt?)

Bei den ausländischen Gästen steht das Reiseland Deutschland höher im Kurs denn je. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben im ersten Quartal 2007 9,9 Millionen ausländische Gäste in Deutschland übernachtet. Das entspricht einem Gesamtplus von 7 Prozent. Rechnet man die Übernachtungen im Zusammenhang mit der Fußball-WM im letzten Jahr heraus, bleibt ein Plus von 5 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch im Inland tut sich etwas. Professor Opaschowski sagt klar und deutlich:

Die Deutschen wollen wieder mehr verreisen und die Krisenstimmung der letzten Jahre hinter sich lassen.

Das ist ein positives Zeichen für die Menschen in unserem Land.

Es gibt also einen Aufwärtstrend. Auch in diesem Jahr profitieren die Bundesländer von der steigenden Übernachtungszahl. Ganz besonders profitieren Berlin - Städtetourismus - und Mecklenburg-Vorpommern. Diese beiden Bundesländer stehen an der Spitze der Übernachtungsstatistik.

Arbeitnehmer, Unternehmer, Verbände und die Politik haben gemeinsam zum Erfolg beigetragen. Im Rahmen von Haushaltsberatungen ist aber die hervorragende Arbeit der Deutschen Zentrale für Tourismus besonders hervorzuheben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ohne sie hätten wir nicht so viele ausländische Gäste, ohne sie hätten wir aber auch keine so erfolgreiche Inlandswerbung. Deshalb freue ich mich besonders, dass dieser Haushaltstitel um 500 000 Euro aufgestockt wurde, und zwar nicht nur bezogen auf dieses Jahr. In der mittelfristigen Finanzplanung ist vorgesehen, den Titel immer wieder um diesen Betrag aufzustocken. Es ist hervorragend, dass das gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere die Unternehmen und die Länder, die zur Finanzierung der DZT beitragen, auf, das Handeln des Bundes als Vorbild zu nehmen und auch ein paar Euro mehr lockerzumachen. Sie sollten sagen: Da wird gute Arbeit geleistet; auch wir sind bereit, mehr Geld einzubringen. Die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Weiterbildungsbereich wird durch die kontinuierliche Förderung unterstützt. Auch in diesem Bereich ist ein Aufwuchs zu verzeichnen, und zwar

um 100 000 Euro.

Dem Tourismus helfen GA-Mittel. Darum unterstütze ich die Forderung meines Kollegen Stiegler: Wir sollten im Rahmen der Haushaltsberatungen überlegen, ob wir hierfür nicht eine höhere Summe zur Verfügung stellen können. Auch die ERP-Förderung hilft dem Tourismus. Wenn wir uns als Querschnittsausschuss verstehen und uns bei Haushaltsberatungen auch die anderen Haushalte ansehen, dann stellen wir fest, dass wir hier Schwerpunkte unserer inhaltlichen Arbeit haben. Darum sage ich noch einmal deutlich: Wir finden die Familienerholungsstätten, den Jugendaustausch und die Förderung der Jugendherbergen in einem entsprechenden Haushalt. Es gibt den Urlaub auf dem Bauernhof, zahlreiche Projekte im Rahmen der Entwicklungshilfe und - das ist für mich ganz besonders wichtig - zahlreiche Projekte im Bereich des Bundesministeriums für Umwelt. Wir als Touristiker müssen es uns zum Auftrag machen, die Anforderungen von Klimaschutz und Tourismus zusammenzubringen. Hier haben wir eine große Aufgabe vor uns, die wir gern in Zusammenarbeit mit diesem Ministerium in Angriff nehmen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Bereich Kultur - er ist nicht im Wirtschaftsministerium angesiedelt - sehr wichtig für unseren Tourismus ist.

Wir werden uns ernsthaft mit weiteren Themen zu befassen haben: der Sicherheit des Reisens, den Naturkatastrophen in Entwicklungsländern und ihren Auswirkungen auf unsere Touristen. Ich sage ganz klar und deutlich: Wir haben auch noch Hausaufgaben mit unseren Bundesländern zu machen, was die Ausweitung der Sommerferienregelung betrifft. Die Umfrage bei den Ministerpräsidenten dazu war nicht sehr ermutigend. Aber hier müssen wir am Ball bleiben. Tourismus boomt. Wir sind daran beteiligt. Wir machen diese Arbeit konsequent weiter.

Danke schön.

Annette Faße

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es wäre aber noch viel zu sagen, Herr Präsident!)

Deshalb kommen wir jetzt zur Schlussrunde. Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Bundesfinanzminister, Peer Steinbrück.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorbereitung auf diese Schlussrunde im Rahmen der ersten Lesung habe ich versucht, mir zu überlegen: Was sind in den Beiträgen der Opposition die Reibungspunkte, die mich zu guter Form auflaufen lassen könnten? Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, es gibt fast keine. Die Medien haben ebenfalls berichtet, dass es eher eine gemächliche und ruhige Haushaltsdebatte gewesen ist. Ich füge hinzu: Diejenigen, die eigentlich Würze und Alternativen in eine solche Haushaltsdebatte bringen müssen, sind die Oppositionsfraktionen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stimmt!)

Wenn diese Debatte eines gezeigt hat, dann war es, dass es diese Würze nicht gibt. Sie haben politisch und ökonomisch keine besseren Antworten als die Große Koalition und die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Tunnelblick!)

Es sind im Wesentlichen drei Pferde, die Sie bis zur eigenen Erschöpfung reiten. Das ist erstens der Überbietungswettbewerb: Wann kommen wir bei der Nettoneuverschuldung auf null? Das ist zweitens die Frage: Darf man der Bundesregierung, der Großen Koalition das Verdienst zusprechen, dass sie auch ein wenig an der guten Situation, die wir im Augenblick in Deutschland haben, beteiligt sind? Das wird natürlich mit dem Ausdruck der Abscheu und der Empörung von Ihnen zurückgewiesen. Das ist drittens die Kombination der rasanten Geisterfahrt im vorhin genannten Überbietungswettbewerb bei der Absenkung der Nettoneuverschuldung mit empörten Stimmen, wenn es um Subventionsabbau geht. So geschehen, wie ich fand, in einem bemerkenswerten Spannungsbogen zwischen Herrn Solms - entschuldigen Sie bitte, Herr Präsident -, der, wenn ich es richtig verstanden habe, Subventionsabbau bei der Pendlerpauschale massiv in Zweifel gestellt hat, sich auf die Seite derer geschlagen hat, die über eine mögliche Abschaffung frohlocken und dabei spielend 1,2 Milliarden Euro weniger für den Bundeshaushalt in Kauf nimmt, und Herrn Fricke, der mich in derselben Woche auffordert, ich müsse mehr Subventionsabbau betreiben, einschließlich Steuersubventionsabbau. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Wer hat denn recht?)

- Ich sage, dass Sie recht haben und dass Sie auf anderem Wege die von Ihnen selbst geforderte schnellere Sanierung der öffentlichen Finanzen nicht hinbekommen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie schon Dienstag alles erzählt! Was ist denn hier los? Warum bin ich denn dann gekommen?)

Lassen Sie mich diese drei Punkte kurz aufgreifen. Mit Blick auf die Frage, wann ein ausgeglichener Bundeshaushalt möglich ist, sage ich: Nicht die Ankündigung, sondern das Ergebnis ist wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Glaubwürdige Finanzpolitik ist von ihrer Zuverlässigkeit abhängig. Deshalb werde ich mich an einem solchen Überbietungswettbewerb nicht beteiligen. Denn derjenige, der eines Tages für falsche Ankündigungen verantwortlich gemacht werden kann, wird auch daran gemessen, wie glaubwürdig und zuverlässig er darin ist. Dies ist kein Oppositionspolitiker, sondern nach Lage der Dinge der Bundesfinanzminister.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das war bei Herrn Eichel auch so!)

- Daraus kann man vielleicht lernen; das ist gar nicht so abwegig. Das gilt übrigens unabhängig davon, dass die Rahmenbedingungen, mit denen er es zu tun hatte, deutlich schlechter waren als die, mit denen ich es erkennbar

zu tun habe. Deshalb habe ich nach wie vor Respekt vor seiner Leistung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der nächste Punkt hat mit dem alten Sprichwort „Vorsicht ist die Mutter der Porzellanbox“ zu tun. Ich erinnere daran: Als die Bundesregierung im Juli dieses Jahres den Entwurf des Haushaltsplans 2008 verabschiedet hat, ist sie von den dramatischen, zumindest aber sehr ernstzunehmenden Nachrichten über Verwerfungen und krisenhafte Zuspitzungen auf den Finanzmärkten noch nicht erreicht worden. Dass wir mit Blick auf die Währungsrelation insbesondere zwischen Euro und Dollar eventuell in eine Situation kommen könnten, die auf jeden Fall ernster zu nehmen ist als die Situation bei den uns bisher bekannten Wechselkursraten, was die Auswirkungen auf die Exportaktivitäten angeht, ist auch nicht so geläufig gewesen. Das sind zwei sehr vorsichtige Hinweise darauf, dass man besser aufgestellt ist, wenn man sich nicht der Euphorie hingibt und sich nicht an einem Überbietungswettbewerb beteiligt.

Im Übrigen hält die Große Koalition daran fest, beides gleichzeitig zu tun: zu konsolidieren und zu sanieren. Weil ich weiß, dass es hier einen Dissens gibt, kann ich nur immer wieder betonen: Auf der einen Seite müssen wir konsolidieren, auf der anderen Seite dürfen wir nicht warten, Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, von denen der Wohlstand und die Wohlfahrt dieses Landes in den nächsten Jahren abhängig sind. Wir müssen beides gleichzeitig tun: Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben und sanieren. Entscheidend ist – das ist der eigentliche Ehrgeiz, jedenfalls soweit ich ihn für mich definieren kann –, dass wir es endlich schaffen, die Neuschuldung auf null zu fahren und einen Mechanismus verfassungsrechtlich zu verankern, der eine Wiederholung einer solchen Spiralbewegung in die Verschuldung nach oben verbietet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Es wird sehr stark darauf ankommen, dass wir unsere gemeinsamen Beratungen über den Entwurf des Haushaltsplans für die Jahre 2008 und 2009 und über die mittelfristige Finanzplanung vernetzen und komplettieren, indem wir auch die Diskussionen aufgreifen, die im Rahmen der Föderalismuskommission II geführt werden und vornehmlich darauf gerichtet sind, in Deutschland eine Verschuldungsregel für Bund und Länder verfassungsrechtlich zu verankern, damit wir im Sinne der Generationengerechtigkeit eines Tages das Tempo der Verschuldung durchbrechen und endlich in die Tilgung unserer wahnsinnigen 1,5 Billionen Euro Schulden einsteigen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte, betrifft die Frage: Wem gehört der Aufschwung? Ich habe noch nie ein Mitglied der Koalitionsfraktionen oder der Bundesregierung getroffen, das diesen Aufschwung als politisches Verdienst für sich selbst reklamiert hat.

(Lachen der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Das ist ein Pappkamerad, den Sie aufbauen, damit Sie wie Sir Lancelot auf den Turnierplatz reiten können, um irgendeine Strohuppe aus dem Sattel zu heben. Nichts anderes tun Sie.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wir haben Frau Merkel noch nie als Strohuppe bezeichnet!)

Das Einzige, worauf wir hinweisen, ist, dass die Politik aufgrund der Reformen, die im Rahmen der Agenda 2010 von der Vorgängerregierung eingeleitet wurden, und aufgrund einer Reihe sehr wichtiger Maßnahmen, die die jetzige Bundesregierung durchgeführt hat, an diesem Aufschwung in der Tat beteiligt ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Koppelin [FDP]:

Ottmar Schreiner sieht das anders!)

– Herr Koppelin, glauben Sie, dass ich vor Ehrfurcht erstarre, nur weil Ottmar Schreiner das anders sieht, oder was soll Ihr Zuruf?

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich würde das aber tun! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Das geht bei Ihnen ja sowieso nicht! Eine Haltung wie Ehrfurcht kennt ihr ja gar nicht!)

Es geht nicht allein um den relativ bescheidenen Satz, darauf hinzuweisen, dass die richtigen Weichenstellungen erfolgt sind. Zu meiner Freude sind relativ neutrale und zumindest aus Sicht der SPD sehr unverdächtige Stimmen wie das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln oder die Initiative Neue soziale Marktwirtschaft sogar zu dem Ergebnis gekommen: Ein Drittel dieses Aufschwungs geht auf das Konto politischer Reformen. Immerhin! So weit würde ich gar nicht gehen.

Aber es wäre eine glaubwürdigere Darstellung auch mancher Einlassungen aus der Opposition, wenn auch Sie die ungeheure Souveränität besitzen würden, einmal darauf hinzuweisen bzw. zuzugeben, dass das, was in den vergangenen fünf Jahren gemacht worden ist, nicht so verkehrt gewesen ist.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, natürlich! Deswegen haben wir ja auch zugestimmt!)

Drittens will ich auf das zurückkommen, was ich in meiner Einbringungsrede „strukturelle Doppelmoral“ nannte und was auch in meinen heutigen Eingangsbemerkungen schon eine Rolle spielte: Es ist immer wieder mit Erstaunen festzustellen, dass von vielen viel weitergehende und im Sinne der Haushaltskonsolidierung schärfere Einschnitte erwartet werden, sie sich dann aber auf die Seite derer schlagen, die opportunistisch die damit verbundenen Folgen beklagen. Das ist die strukturelle Doppelmoral, von der ich rede.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Auf der einen Seite werden Bundesfinanzminister und Bundesregierung aufgefordert, das müsste alles viel schneller gehen, eigentlich schon im letzten Jahr, und man könnte, wenn man das alles richtig machen würde, auch schon 2007 oder 2008 eine Neuverschuldung von null erreichen. Aber dann wird in das Klagelied eingestimmt: Sparen tut weh, bleibt nicht ohne Spuren, und Haushaltskonsolidierung ist mit Anstrengungen verbunden.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

- Dann würde ich mir aber von der FDP - namentlich von der wichtigen Person, die hinter mir sitzt - wünschen, dass sie nicht einfach irgendwelche Listen aufstellt, in denen sie in statischer Weise alle Tatbestände zusammenpanscht und dann zu dem Ergebnis kommt, dass der Abbau von direkten Subventionen und Steuersubventionen fatale Folgen für bestimmte Fallbeispiele von Haushalten hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Keine Kritik am Präsidenten! - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Bundesfinanzminister, Sie wissen, ich darf von dieser Stelle aus nicht in die Sachdiskussion eingreifen.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Das nutze ich gerade gnadenlos aus.

(Heiterkeit bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Aber wir werden uns hinterher noch darüber unterhalten können, Herr Präsident, und ich weiß, dass das sehr kollegial geschehen wird.

Nachdem wir die Einkommensteuersätze massiv gesenkt haben - übrigens auch zum Nutzen von Personengesellschaften

-,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Auch die Mehrwertsteuersätze?)

nachdem wir die Körperschaftsteuersätze gesenkt haben

über die Unternehmensteuerreform dieser großen Bundesregierung

-, dieser Großen Koalition - groß ist sie

sonst auch - -

(Heiterkeit bei der SPD)

- Das war ja nicht falsch.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, überhaupt nicht!)

- Eben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie hätten auch „großartig“ sagen können!)

Nachdem wir die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer verbessert haben, nachdem wir in unserer Festlegung unverbrüderlich sind, die Vererbung betrieblicher Vermögen zu erleichtern, gibt es auf absehbare Zeit keine Steuersenkungen auf Pump. Wir werden keine kurzfristige Politik machen. Wir werden für eine nachhaltige Finanzpolitik sorgen. Wir werden über diesen Kurs dafür Sorge tragen, dass es eines Tages für kommende Generationen nicht zu Steuererhöhungen, sondern möglicherweise zu Steuersenkungen kommt. Ich will auf einige wenige Einzelpunkte eingehen, dies aber nicht zu einem Zahlenfriedhof machen und auch nicht jedes Gegenargument aufgreifen. Herr Brüderle hat sich natürlich wieder zu der Aussage verstiegen, wir würden mit dem Geld aasen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Da hat er recht!)

- Nein, da hat er nicht recht. - Seine Darlegungen wären vollständig gewesen, wenn er gesagt hätte, dass in der Ausgabensteigerung um 4,7 Prozent drei Einmaleffekte enthalten sind. Wenn er die Fairness gehabt hätte, dies mitzuerklären, hätte ich gesagt: Hut ab! Dies hat er aber nicht getan, weil er sonst seine Botschaft beschädigt hätte und mit dieser hier, vor dem Schaufenster der Öffentlichkeit, nicht so durchgedrungen wäre.



Er hat verschwiegen, dass in den 4,7 Prozent drei einmalige Effekte enthalten sind. Ein Jahr lang wird sich das Erziehungsgeld mit dem Elterngeld überlappen. Die Durchreichung eines Prozentpunktes der Mehrwertsteuererhöhung an die Bundesagentur für Arbeit hat automatisch einen Staubsaugereffekt zulasten des Bundeshaushaltes zur Folge.

(Otto Fricke [FDP]: Wer hat das denn beschlossen?)

Das alles wissen Sie, erwähnen es bei solchen Anlässen aber nicht. Bei der Postbeamtenversorgung werden wir ebenfalls wieder zur Kasse gebeten werden.

Wenn Sie diese drei Effekte herausrechnen, kommen Sie auf eine Zuwachsrate von 1,9 Prozent. Diese liegt deutlich unter unserem Wirtschaftswachstum und den steuerlichen Mehreinnahmen. Deshalb halte ich einen solchen Zuwachs mit Blick auf die wichtigen Felder, die wir mit zusätzlichem Geld bedienen wollen - Forschung und Entwicklung, Hochschulpakt, Kinderbetreuung, Verkehrsinfrastruktur oder Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungshilfe -, für absolut angemessen und gerechtfertigt. Das kommt in der Rede von Herrn Brüderle natürlich nicht vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich will noch auf den Zeitplan für die Erbschaftsteuerreform eingehen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Da müssen Sie nachsitzen!)

obwohl Herr Solms auch dazu im Augenblick keine Zwischenfrage stellen kann. Aber er müsste sie auch nicht stellen. Der Zeitplan für die Verabschiedung dieser Erbschaftsteuerreform wird im Wesentlichen durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes geprägt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie haben bis Ende nächsten Jahres Zeit!)

- Nein, wir wollen uns sehr viel schneller bewegen.

(Widerspruch bei der FDP - Carl-Ludwig

Thiele [FDP]: Im Schweinsgalopp!)

- Das ist geradezu extrem. Jetzt wirft mir Herr Thiele Schweinsgalopp vor, nachdem mir zwei Tagen vorher vorgeworfen wurde, wir seien zu langsam. Was ist denn nun richtig?

(Otto Fricke [FDP]: Ein langsamer Schweinsgalopp!)

- Die Beliebigkeit des kritischen Standortes muss irgendwann einmal aufgelöst werden. Nehmen Sie doch einen ein, und stehen Sie dann dazu!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Zeitplan ist geprägt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Bewertungsmaßstäben. Wir

werden diese Problematik ohne schuldhaftes Zögern

- wie ich vermute, in der überschaubaren Zeit der nächsten vier bis sechs Wochen - lösen. Ich sage den Interessierten in der Wirtschaft: Was Herr Koch und ich definitiv nicht machen werden, ist, Ihnen hier im Parlament ein Modell zur Verabschiedung vorzulegen, das der Großteil der Begünstigten selber nicht will. Es ist nicht einsehbar, warum wir so etwas tun sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wichtige Stimmen derjenigen, die wir bei der Vererbung der betrieblichen Vermögen begünstigen wollen

- die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft -, zu dem Ergebnis kommen, dass sie die derzeitige Beschlusslage des Bundeskabinetts - Sie wissen, das läuft unter der Überschrift des sogenannten Abschmelzmodells - ablehnen, dann sollen sie uns das sagen. Dann werden wir darauf aufbauend andere Modelle entwickeln.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Die wollen übermorgen wieder etwas anderes!)

Wir werden dabei an dem Grundsatz festhalten, dass die Vererbung betrieblicher Vermögen entlastet und erleichtert werden soll.

Ich stelle ähnlich wie Herr Stiegler fest: Man hat es am laufenden Band mit Pappkameraden zu tun. Herr Brüderle ist geradezu glänzend begabt darin, diese Pappkameraden aufzubauen, um dann dagegen anzukämpfen.

Allein der Vorwurf, was die KfW mit der IKB gemacht habe! Wie sich viele erinnern werden, hat seinerzeit, ich glaube, vor fünf oder sechs Jahren, die KfW die Anteile an der IKB gar nicht zwingend haben wollen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

- Diejenigen, die sich mit dieser Geschichte auskennen, können Ihnen das bestätigen. Zwei große Versicherungsunternehmen haben damals diese Anteile an einer Mittelstandsfinanzierungsbank nicht mehr halten wollen. Es

gab Kreditinstitute, die in ihrem Anlageverhalten mit Mittelstandsfinanzierung nichts zu tun haben wollten; das darf man dabei einmal erwähnen.

Auch der ständige Verweis auf das „gläserne Konto“

- Stichwort „Kontoabfrage“ - erübrigt sich mit dem, was die Große Koalition mit der Abgeltungsteuer beschlossen hat. Das erwähnt Herr Brüderle ebenfalls nicht.

Oder die Steueridentifikationsnummer, die auch in einigen Beiträgen eine Rolle gespielt hat: Können Sie mir sagen, warum die Bundesrepublik Deutschland bei der Steueridentifikationsnummer etwas anderes machen sollte als alle anderen OECD-Länder? Worin soll bei dieser Steueridentifikationsnummer das Problem bestehen? Wir hinken in Deutschland im Hinblick auf Entbürokratisierung, aber auch im Hinblick auf Steuerehrlichkeit eher hinterher, so etwas einzuführen, wenn wir sogar die TIN-Nummer auf die Zuständigkeiten der Steuerverwaltung beschränken, während andere OECDLänder diese Steueridentifikationsnummer längst auch für andere Zwecke nutzen, zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder im Bereich von Sozialtransfers. Warum die Aufregung? Ich kann das nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Minister, der Kollege Hermann Otto Solms würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Da hat Herr Solms aber rechtzeitig den Platz gewechselt.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Genau. Wir machen das immer so.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Minister, nach zwei Stunden ist der normale

Wechsel im Vorsitz fällig, und er hat stattgefunden.  
Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Sie sind gerade noch schnell herübergegangen.  
(Heiterkeit)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):  
Von dieser Stelle aus habe ich jetzt das Recht, eine  
Frage zu stellen -

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Bitte sehr.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):  
- oder einen Kommentar in eine Frage einzubinden.  
(Heiterkeit - Beifall bei Abgeordneten der  
FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Aber Sie erinnern sich noch, dass es drei Minuten  
nicht überschreiten darf.  
(Heiterkeit)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):  
Ja. - Wenn ich dabei nicht unterbrochen werde,  
schaffe ich das auch.  
(Heiterkeit)

Ich wollte nur auf einen Punkt hinweisen und Sie an  
die Kurzrede erinnern, die ich in der Finanzdebatte zur  
Entfernungspauschale gehalten habe. Der Unterschied  
liegt nicht darin, dass ich kritisierte, dass Sie das Werktorprinzip  
eingeführt und damit die Entfernungspauschale  
abgeschafft haben; das hat die FDP schon vor der  
Bundestagswahl gefordert, im Gegensatz zur SPD und  
zur CDU/CSU. Wir finden allerdings, dass die Abschaffung  
dieser und anderer Steuerbegünstigungen in eine  
Steuerreform eingebunden werden muss,  
(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])  
die zu einem vereinfachten Steuerrecht führt und bei der  
die Belastungen gleichzeitig durch eine Tarifabsenkung  
wieder ausgeglichen werden.

Der zweite Kommentar, den ich machen wollte, ist:  
Wir halten es für verfassungsrechtlich bedenklich, wenn  
als Schwelle eine völlig beliebige Entfernungszahl von  
20 Kilometern eingeführt wird. Denn das widerspricht  
offenkundig dem Gleichheitsgrundsatz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der LINKEN)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Was das Letztere betrifft: Niemand kann Sie daran  
hindern, das für bedenklich zu halten. Die Frage ist nur,  
ob ich in vorauseilendem Gehorsam gegenüber solchen  
Bedenken die jetzige Rechtslage ändern sollte. Das tue  
ich nicht. Denn nach unserer Einschätzung, auch nach  
Abwägung mit den anderen Ministerien, ist die verfassungsrechtliche  
Konformität gegeben. Wir haben die  
Entfernungspauschale abgeschafft; insofern fallen keine  
Werbungskosten mehr an. Es steht, wie ich glaube, dem  
Gesetzgeber frei, darauf aufbauend eine Härtefallregelung  
für Fernpendler zu erlassen. Das ist die Rechtsposition,  
die wir haben.

Wir sind zuletzt in Abstimmung mit den Ländern daran  
gegangen, der Masse von Einsprüchen damit zu begegnen,  
dass die Freibeträge eingetragen werden können.  
Das ist ein Service für die Bürgerinnen und Bürger,  
mit dem wir verhindern, dass wir im Verfahren unnötige

Komplikationen bekommen. Insofern noch einmal: Der Streit ist dort auszufechten, wo er hingehört: Er ist nicht Sache des Bundesfinanzhofes, sondern gehört vor das Bundesverfassungsgericht. Insofern habe ich manche Wellen der Empörung in den letzten Tagen eher skeptisch gesehen. Aber ohne Zweifel sind Ihre verfassungsrechtlichen

Bedenken - wie andere auch - erlaubt.

(Zuruf von der FDP: Worin liegt denn der Widerspruch, den Sie behauptet haben?)

- Der Widerspruch liegt darin, dass Herr Solms meines Wissens - das geht auch aus Veröffentlichungen hervor - zusätzlich dazu auch viele andere Auswirkungen von Steuersubventionen in sehr statischen Fallbeispielen zusammenfasst und insinuiierend suggeriert, welchen Tott die Große Koalition den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern durch die Folgen dieser Einsparung angetan hat, während er mich gleichzeitig an anderer Stelle auffordert, die Konsolidierung schneller voranzutreiben und generell Steuersubventionen abzuschaffen. Dann bitte ich aber auch darum, in der Öffentlichkeit diesbezüglich konsistent zu argumentieren.

Dasselbe habe ich mit einer Boulevardzeitung erlebt, die am vergangenen Freitag das Thema Entfernungspauschale stark dramatisiert und mir am Montag auf Seite 2 zu erkennen gegeben hat, dass ich mit einer Neuverschuldung in Höhe von 13 Milliarden Euro nicht ehrgeizig genug sei.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das Letztere stimmt!)

Das alles zeigt die Beliebigkeit, die ich angesprochen habe. Eine handlungsfähige Finanzpolitik kann aber keine Beliebigkeit gebrauchen, sondern erfordert Stehvermögen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bevor Herr Solms seine Zwischenfrage gestellt hat, waren wir bei der Pappkameradenkonstruktion stehen geblieben, die Herr Brüderle heute auch zum Thema Protektionismus aufgebaut hat. Ich weiß überhaupt nicht, wen in der Bundesregierung er damit meint. Man kann so nicht argumentieren, nur weil diese Bundesregierung - übrigens mit einem starken Nachzugseffekt - genauso handelt, wie es seitens der amerikanischen, der britischen und der französischen Regierung längst der Fall ist, wenn es um die Frage geht, welche Risiken und Vorgehensweisen sich möglicherweise bei Kollision nationalstaatlicher Interessen mit dem Anlegerverhalten von exponentiell dynamisch wachsenden Staatsfonds aus anderen Ländern - es geht dabei nicht um Norwegen - ergeben, deren gesellschaftliche oder politische Systeme uns nicht durchgängig sympathisch sind (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das müssen Sie aber auch mal Herrn Schröder sagen!)

und von denen man sich vorstellen kann, dass möglicherweise nicht nur Renditeinteressen, sondern ganz andere Zielsetzungen dahinterstehen. Wenn es je dazu kommen würde - beispielsweise zu Bemühungen um einen Technologieabzug aus Deutschland, zur Übernahme eines großen Medienunternehmens, um unternehmerischen Einfluss in Deutschland zu gewinnen und die öffentliche

Meinung zu beeinflussen, oder zum plötzlichen Abzug von Netzinfrastrukturen aus Deutschland aufgrund von Mitentscheidungsmöglichkeiten -, dann würde doch die Opposition als erste fragen, warum sich die Regierung nie prophylaktisch mit diesem Thema beschäftigt hat. Das steht dahinter.

Einen Spannungsbogen aufzubauen, wie es Herr Brüderle heute getan hat, entbehrt meiner Ansicht nach jeder Zugangsmöglichkeit. Wozu war es notwendig, noch einmal sozusagen in großer Ritterrüstung wie Lancelot auf den Turnierplatz zu reiten, um eine Strohpuppe aus dem Sattel zu heben?

Auch die anderen Stichworte wie die Entwicklungshilfe an China wiederholen Sie in jeder Haushaltsdebatte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie haben diese Rede doch auch schon einmal gehalten, Herr Steinbrück!)

Vielleicht lassen Sie sich noch einmal von Frau Wieczorek-Zeul erklären, dass es dabei auch um wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Förderung von deutschen Exportinteressen geht.

(Otto Fricke [FDP]: Dann gehört es zu Herrn Glos!)

Das Thema ist ein Dauerbrenner, der immer wieder vorgebracht wird.

Das gilt auch für die Aussage, die Straßenbauinvestitionen hätten abgenommen. Das war eine weitere Behauptung von Herrn Solms, mit der ich mich nicht länger aufhalten will, weil es sonst uferlos wird. Die Behauptung stimmt aber nicht; die Straßenbauinvestitionen nehmen im Jahresdurchschnitt sogar zu.

Es würde zur Qualitätssteigerung beitragen, sich gelegentlich etwas stärker an die Fakten zu halten und - das gilt auch für eine Haushaltsdebatte - weniger auf den Effekt zu achten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Erlauben Sie mir eine abschließende Bemerkung - ich wiederhole mich -:

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das merkt man!)

Wir haben jetzt die historische Chance, auch auf der Basis des Haushaltsplanentwurfs 2008 und der mittelfristigen Finanzplanung, in Deutschland nach 40 Jahren die Neuverschuldung auf Null zu senken und dann zusammen mit der Föderalismuskommission für ganz Deutschland einen Mechanismus festzulegen, der eine Wiederholung des früheren Tempos in die Verschuldung verhindert. Das ist meiner Ansicht nach eine verantwortliche Finanzpolitik im Sinne von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Ich bin dankbar für die Unterstützung der beiden Koalitionsfraktionen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt gebe ich das Wort dem Kollegen Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich Jürgen

Koppelin gratulieren, der als Schleswig-Holsteiner selbst an seinem Geburtstag die Rede eines anderen Schleswig-Holsteiners hier - so möchte ich es formulieren - hören durfte.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD:  
Eines Hamburgers!)

- Der politische Schwerpunkt dieses Mannes und die politische Menschwerdung lagen doch weitgehend in Schleswig-Holstein, denke ich.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen jetzt nicht von Nordrhein-Westfalen reden!)

Ich habe gedacht, dass ich, wenn wir über den Haushalt 2008 reden, meine Rede nicht wieder damit anfangen muss, darauf hinzuweisen, dass der wesentliche Anzeiger dessen, ob man spart oder nicht, wieder so ausgeschlagen ist, wie er es nun getan hat, nämlich mit den Ausgaben. Wir können uns vor der Bevölkerung hundertmal drehen und wenden und sagen: Die Neuverschuldung ist nicht mehr so hoch. Das stimmt zwar, aber entscheidend bei der Beantwortung der Frage, ob Politik spart oder nicht, sind allein die Ausgaben und die Ausgabensteigerungen, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich mir die Zahlen anschau, stelle ich fest, dass das Wachstum der Ausgaben doppelt so hoch ist wie das des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts dessen können Sie noch so oft wiederholen, das seien Sondereffekte, das sei ausnahmsweise so. Es ist im Jahr 2007 so. Es wird im Jahr 2008 so sein. Die Finanzplanung für 2009 und 2010 sieht zwar eine Reduzierung des Ausgabenwachstums vor. Aber welches ist denn der eigentliche Grund, warum die Ausgaben ständig wachsen? Es liegt an den von dieser Bundesregierung und diesen beiden Koalitionsfraktionen beschlossenen politischen Maßnahmen. Diese Entscheidungen führen zu solchen Ausgabensteigerungen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört auch - das müssen sich die Grünen an dieser Stelle anhören, weil dieser Sondereffekt vom Finanzminister immer hervorgehoben wird - dieser komische Deal mit den Postpensionskassen. In einem Jahr beschließt die Bundesregierung: Heute machen wir ein bisschen Gewinn. Das führt im Jahre 2008 aber zu enormen Ausgabensteigerungen. Aber dann können Sie, Herr Minister, 2008 nicht sagen: Ich gehe einmal zur Seite; denn das war ich alles nicht. - Das ist dann die Regierung gewesen, aber auch Sie sind die Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Nun könnte man denken: Gut, die Ausgaben steigen, aber vielleicht machen Sie es richtig, und die Ausgaben steigen an der richtigen Stelle, nämlich bei den Investitionen, was laut unserer Verfassung immer noch das Signal ist - ich gebe zu, dass es nicht das richtige ist -, das zeigt, wohin es in Zukunft geht. Es geht also um die Investitionsquote. Sie macht deutlich, wie viel Prozent dessen, was der Steuerzahler an Steuern entrichtet, für Investitionen in die Zukunft des Landes verwendet werden. Aber diese Quote steigt nicht, sondern sinkt, auch in der Planung. Es wird also mehr ausgegeben, allerdings nicht für Investitionen; diese Ausgaben nehmen ab. Nun behaupten Sie, das alles seien Einmaleffekte. Aber ich

befürchte, dass dies die dauerhafte Einstellung dieser großen Kompromisskoalition ist.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele

[FDP]: Leider wahr!)

Herr Minister, verehrte Koalitionskollegen, ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie sich in der angeblich geringen Neuverschuldung sonnen und dabei nicht merken, wie Sie sich selber die Füße weghauen. Sie werden in den Debatten in den nächsten Wochen - ich habe hier viele Einzeldebatten verfolgen dürfen - erleben, wie Ihre Kollegen aus den Fachausschüssen zusammen mit der insbesondere für einen Finanzminister gefährlichen zweiten Reihe dieser Bundesregierung Ausgabenerhöhungen planen werden. Die von mir sehr geschätzten fachkundigen Kollegen Kampeter und Schneider haben hier erklärt,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Kollege,

jetzt ist meine Karriere beendet!)

sie sorgten für eine nochmalige Verbesserung der Verschuldungssituation.

Ich darf die beiden Herren fragen,

ob das heißt, dass Sie bereit sind, die Ausgaben spürbar zu kürzen, oder ob Ihr sogenanntes Sparen nur darin besteht - das kann man heute auch in der Zeitung lesen -, dass Sie die erwarteten Steuermehreinnahmen zusätzlich ausgeben und damit möglicherweise die Erhöhung der Ausgaben auf 5 Prozent treiben? Sie können hier gerne widersprechen. Aber meine Befürchtung ist, dass dem so ist. Die FDP wird Sie jedenfalls daran messen, ob Sie in der Lage sind, die Ausgaben herunterzufahren.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie versuchen ständig, den Kollegen Solms, den Doyen der Steuerpolitik, und mich, den kleinen Haushaltsausschussvorsitzenden, als Hauser und Kienzle darzustellen. Das ist aber nicht der Fall. Herr Solms hat zwar einen Schnurrbart, aber mit Hauser habe ich keinerlei optische Ähnlichkeit. Was Sie bei alledem vergessen, ist - Herr Wend hat versucht, es so darzustellen -, dass der Dreiklang bei der FDP nicht nur aus allgemeinen Gesprächen über Steuern und Haushalt besteht.

Wir machen noch etwas, was Sie ständig ärgert, nämlich Einsparvorschläge. Wir zeigen auf, wo man sparen kann, und beziffern das Einsparvolumen.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass Sie sich schon auf unser neues Sparbuch freuen; Sie haben schon nachgefragt. Das ist der Unterschied: Eine Partei kann nur dann die Ausgaben und die Neuverschuldung senken und gleichzeitig das Steuersystem reformieren, wenn sie die Kraft hat - die haben Sie leider nicht -, an die Ausgaben heranzugehen und zu sagen - Herr Minister, ich glaube, hier meinten Sie mehr die eigenen Leute -, wo gespart werden soll.

Diese Kritik - Stichwort Dummsparen - passt überhaupt nicht. Es muss jetzt gespart werden. Wir sind jetzt in der Phase, in der wir sparen müssen. Wenn die Konjunktur später einmal schlechter läuft, dann kommt doch aus der Ecke, aus der immer entsprechende Argumente kommen, der Einwand, wir könnten doch nicht jetzt noch mehr sparen und nicht jetzt unseren Sozialstaat umbauen. Das kann es nicht sein!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Fricke, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kampeter zulassen?

Otto Fricke (FDP):

Aber selbstverständlich. Ich hatte sie schon viel früher erwartet.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Fricke, Sie erwecken den Eindruck, als sei der einzige Indikator für die Spar- und Konsolidierungsbereitschaft der Großen Koalition das Senken der Ausgaben.

Otto Fricke (FDP):

Das habe ich zwar nicht, aber okay.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Sind Sie bereit, einige Fakten zur Kenntnis zu nehmen?

Es geht bei der Haushaltskonsolidierung im Kern darum, dass der Anteil des Staates am volkswirtschaftlichen Geschehen zurückgenommen und der Anteil des Bürgers ausgeweitet wird. Der Indikator dafür ist die Staatsquote.

Otto Fricke (FDP):

Nein.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Die Staatsquote, also die staatliche Inanspruchnahme des Bürgers, sinkt kontinuierlich. Das heißt, der Staatshaushalt steigt langsamer - dass er steigt, will ich gar nicht bestreiten - als die wirtschaftliche Leistung. Ich weise deswegen darauf hin, weil es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch dann, wenn die FDP Regierungsverantwortung trug, immer anders war. Es gab nie ein FDP-geführtes Ministerium, beispielsweise das Außenministerium, das sich in den letzten 50 Jahren durch besondere Sparanstrengungen ausgezeichnet hätte. Wir nehmen den Bürger weniger in Anspruch.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte!)

Wir geben ihm mehr Freiheit und mehr Handlungsmöglichkeiten.

Der enorme Konsolidierungserfolg zeigt sich daran, dass wir relativ rasch zu ausgeglichenen Haushalten kommen werden. Wenn ich diese Tatsachen auf den Tisch lege, dann werden die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wissen, dass wir die öffentlichen Finanzen konsolidieren. Das verhindern auch solche Falschdarstellungen wie die, die Sie geliefert haben, nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Otto Fricke (FDP):

Kommen wir zur Antwort auf die drei Punkte. Erstens.

Ich glaube, Herr Kollege Kampeter, wir waren uns schon immer darin einig, dass in der Vergangenheit keiner ohne Schuld war, was den Aufbau der hohen Verschuldung betrifft. Es hat niemand in dieser Bundestagsfraktion der FDP jemals etwas anderes behauptet. Ich hoffe, dass auch Sie mit mir darin konform gehen, dass alle hier anwesenden Parteien zum hohen Schuldenstand beigetragen haben, wenn sie Verantwortung getragen haben. Deswegen wollen wir alle die Schulden abbauen.

Zweitens. Sie meinen, dass diese Koalition die Bürger weniger in Anspruch nimmt. Ich glaube nicht, dass Sie einen Bürger finden, der angesichts der Erhöhung der



Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte sagt, er könne sich nicht daran erinnern, dass der Staat ihm mehr aus der Tasche nehme. Ich erinnere weiterhin an die Kürzung der Pendlerpauschale und die Einschnitte bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten für ein Arbeitszimmer. Es gibt Kürzungen an allen möglichen Stellen. Es ist doch so, dass die Koalition schon zu Beginn von der Öffentlichkeit mit Recht deswegen kritisiert worden ist, weil sie dem Steuer- und Abgabenzahler immer weiter in die Tasche gegriffen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Ich komme jetzt zu der volkswirtschaftlichen Frage. Ich weiß, dass die Beantwortung leicht in eine Vorlesung über volkswirtschaftliche Theorie ausarten kann. Herr Kollege Kampeter, ich glaube, wir könnten lange mit dem Finanzminister, dem Kollegen Schneider und anderen Kollegen über die Staatsquote reden. Ein Land wie unseres, das von der Globalisierung profitiert, bei dem Exporte und Importe zum Glück enorm steigen, was zeigt, wie sehr wir die Globalisierung brauchen, um Arbeitsplätze in diesem Land zu sichern, wird immer dafür sorgen, dass die Staatsquote etwas geringer ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Als die FDP regiert hat, lag sie bei 50 Prozent!)

Im Übrigen habe ich das Gefühl, dass Ihr Koalitionspartner mit der Staatsquote nicht so besonders glücklich ist. Bei dem Vergleich von Staatsquoten müsste man übrigens alles einrechnen, was in einem Haushalt so verschwindet. Herr Kollege Thiele hat das einmal im Detail nachgerechnet. So wird zum Beispiel das Kindergeld, das zur Staatsquote gehört, gar nicht in die Staatsquote für Deutschland eingerechnet. Wenn wir eine ehrliche Staatsquote errechnen würden, dann erhielten wir ganz andere Zahlen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist nicht zutreffend, Herr Kollege!)

Für mich als Haushälter – für Sie sollte das auch gelten – ist entscheidend, dass wir alle wissen: Je mehr der Staat ausgibt, desto mehr hat er den Wunsch, noch mehr auszugeben. Wenn die Steuereinnahmen sprudeln, was aktuell der Fall ist, werden noch mehr Ausgaben getätigt. Das wollen wir beide doch sicherlich verhindern, Herr Kollege Kampeter.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte die Koalition und vor allem die Bundesregierung aber auch ein wenig loben, was das formale Verfahren angeht. Ich spreche von dem Nachtragshaushalt für das Sondervermögen für die Betreuung der unter Dreijährigen. Es wird zwar gesagt, man habe das schon immer vorgehabt, aber es wurde doch über Wochen und Monate gesagt, man würde das irgendwie auch so hinkriegen. Herr Minister, ich sage ausdrücklich, dass ich es richtig finde, dass Sie dem Parlament diesen Nachtragshaushalt vorlegen. Sie tun es natürlich deswegen gerne, weil Sie gleichzeitig noch einmal die Steuermehreinnahmen darstellen können.

Das System, in das dieses Sondervermögen eingebettet ist, halte ich allerdings für hoch riskant. Dahinter

steckt nichts anderes als Ihr Nachgeben gegenüber Ihrer Familienministerin, die gesagt hat: Mehr Geld für die Kinder; von wem, weiß ich zwar nicht; ich bin auch nicht zuständig; aber ich möchte dieses Geld gern geben. Wenn man schon Geld gibt, dann wäre es besser gewesen, es den Kommunen zu geben und nicht irgendeinem Fonds, der schlecht kontrollierbar ist und in Bezug auf den wir noch gar nicht genau wissen, wie wir den Abfluss der Mittel korrekt kontrollieren können.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, liebe Koalitionäre, ich erinnere mich an die Debatten über die Zinsen; das sei alles kein Problem; 40 Milliarden Euro und dabei bliebe es.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat nie einer behauptet!)

Die Finanzplanung ist lange Zeit genau davon ausgegangen, Herr Kollege Kampeter. Auf einmal - nach nur einem Jahr - sind 3 Milliarden Euro mehr veranschlagt. Frau Familienministerin, wenn Sie diese 3 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung jetzt schon hätten, dann wären Sie wahrscheinlich wahnsinnig glücklich. Aber leider haben sämtliche Zinsanstiege, mit denen wir es zu tun haben, Konsequenzen gehabt. Was können wir machen? Was kann die Große Koalition machen? Nichts kann sie dagegen machen. Sie kann noch nicht einmal etwas anderes beschließen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was kann die große FDP machen?)

- Auch die große FDP kann nichts dagegen machen. Und deswegen macht die große FDP was, Herr Kollege Kampeter? Sie plädiert für die Kürzung anderer Ausgaben, bei denen dies politisch möglich ist. Die Große Koalition tut dies nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Minister sagt: Keine weiteren Steuersenkungen; das gehe 2008 und danach nicht mehr. Herr Minister, die Unternehmensteuerreform - sie ist auch eine Steuersenkung, auch wenn sie an vielen Stellen wirklich sehr schlecht gemacht worden ist - tritt im Jahre 2008 in Kraft. Das heißt, diese Regierung behauptet zwar, es gebe keine Steuersenkungen, gibt aber selber zu, Steuersenkungen für das nächste Jahr beschlossen zu haben.

Das Grundprinzip ist also nicht falsch. Sie sollten Ihre Kraft deshalb darauf verwenden, im Lohn- und Einkommensteuerbereich in genau dieselbe Richtung zu gehen.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle möchte ich auch einmal das Thema Föderalismus kurz ansprechen. Die Föderalismusreform hakt im Moment. Es kommen immer mehr Vorschläge, auch vonseiten des Finanzministeriums. Ich begrüße ausdrücklich, dass man sich nicht festlegt; denn sobald die Regierung sich festlegt - Herr Struck, als Fraktionsvorsitzender wissen Sie das -, stellt sich für die Mitglieder der Koalitionsfraktionen sofort die Frage, ob sie die Regierung im Stich lassen oder nicht.

Mir fällt immer häufiger auf, dass diejenigen, die gesündigt haben, jetzt auf einmal daran zweifeln, dass diese oder jene Lösung richtig ist. Der einzige Lösungsvorschlag, den diejenigen machen, die viele Schulden haben, lautet im Moment: Na ja, gut, wenn ihr unsere

Schulden übernehmt, dann können wir noch einmal darüber reden, aber mehr nicht. Auch im Lichte des Verfahrens, das der Kollege Kampeter und ich vor dem Verfassungsgericht geführt haben, sage ich: Egal was herauskommt, es müssen zwei Ziele erreicht werden: Erstens. Wir müssen eine Regelung finden, durch die dafür gesorgt wird, dass die Politik diese Grenzen nicht leicht umschiffen kann.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Denn die Politik wird es immer wieder versuchen, egal wer an der Regierung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Zweitens. Wir dürfen nicht mehr zulassen - ich glaube, da besteht zwischen dem Minister und mir Einklang -, dass diejenigen, die stets nur mehr Geld fordern, vor dem Bürger immer als die Guten dastehen, während diejenigen, die darauf hinweisen, dass man nur das Geld ausgeben sollte, das man auch hat, die Bösen sind. Es muss so sein, dass diejenigen, die mehr ausgeben wollen, klarmachen, aus wessen Tasche man das Geld nehmen will.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme deshalb immer mehr zu der Erkenntnis, dass ein Neuverschuldungsverbot - Ausnahmen wären nur angesichts besonderer Situationen erlaubt - letztlich das richtige Ziel ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Dabei wende ich mich eher dem linken Teil des Hauses zu. Wen trifft es eigentlich am meisten, wenn ein Staat überschuldet ist? Die Reichen trifft es nur minimal: Sie sind schlimmstenfalls etwas weniger reich. Solange wir einen Sozialstaat haben, der nach einem möglichen Bankrott wieder funktioniert, sind von staatlicher Überschuldung auch nicht diejenigen betroffen, die allein von Transferzahlungen abhängig sind. Staatliche Überschuldung trifft am meisten die verlorene, vergessene Mitte, also diejenigen, die arbeiten, ansparen und versuchen, ihre Altersvorsorge sicherzustellen. Das sind genau diejenigen, die diesen Staat stabilisieren. Aus genau diesem Grunde wendet sich die FDP dagegen, die Politik der Neuverschuldung fortzuführen. Ich wiederhole: Durch diese Politik werden insbesondere diejenigen geschädigt, die die Mitte unserer Gesellschaft ausmachen und für ihre Stabilität entscheidend sind.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, ist ein Schönwetterhaushalt, weil Sie schön viele Einnahmen haben. Wir könnten viel darüber reden, woher diese Einnahmen kommen und wer das alles zahlt. Aber Sie wissen, wir haben dunkle Wolken am Horizont. Jedes Institut schraubt gerade wieder - Institute sind nun einmal so - seine Prognose für das Wirtschaftswachstum Stück für Stück herunter. Wenn am Finanzmarkt keine Klärung erfolgt, werden wir in den zwei bis drei nächsten Monaten erleben, wie es Stück für Stück so weitergeht.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Reden Sie es doch nicht schlecht!)

Das kann ganz schnell kommen. Wir wollen das nicht, aber wir alle wissen ganz genau, auf welchem dünnem Eis wir uns im Moment bewegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber mit einem solchen Gerede fördern Sie es!)

- Nein, ich förderte es dann mit meiner Rede, wenn ich sagen würde, es wird so kommen. Wenn wir jedoch wissen, dass wir vorsichtig sein müssen, müssen wir diese Vorsicht auch auf den Haushalt anwenden und dürfen nicht zusätzliche Ausgaben beschließen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will mit dem folgenden Bild enden. Herr Minister, Sie haben eine einmalige Chance. Ich weiß, Sie streben - zur Überraschung der eigenen Fraktion - die Nachfolge von Franz Josef Strauß an.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Was?)

- Ja, natürlich, nämlich in der Frage, wer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann!

Wenn Sie diese einmalige Chance jedoch nicht nutzen und wenn die Bundesregierung die Chance nicht nutzt, die sie jetzt hat, nämlich in diesen guten Zeiten vorzusorgen, werden Sie, wenn das Absacken erst nach 2009 beginnt, möglicherweise bis zur nächsten Wahl noch einigermaßen gut überleben. Aber danach werden Sie in den Geschichtsbüchern als jemand genannt werden, der leider eine riesengroße Chance verpasst hat. Die FDP-Fraktion wird Ihnen Vorschläge unterbreiten und Sie unterstützen, damit Sie diese Chance nicht verpassen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dr. Barbara Höll hat jetzt für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

- Frau Höll, wollen Sie doch nicht sprechen?

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nein, Frau Präsidentin, Herr Ramsauer spricht!)

- Verzeihung, ich hatte Sie sozusagen schon optisch wahrgenommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh, Frau Präsidentin!)

- Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Man sollte niemals den Ramses unterschätzen!)

- Nein, auf keinen Fall.

Herr Dr. Ramsauer, bitte, Sie haben für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Wo mein parlamentarischer Geschäftsführer Hartmut Koschyk recht hat, da hat er recht. Man trifft bei Ihnen nicht immer auf das gleiche Maß an Einsicht, Frau Präsidentin, aber in diesem Fall bedanke ich mich ganz herzlich für die spontane Bereitschaft, mich ans Pult treten zu lassen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Wir hatten in dieser Woche in der Tat eine eher ruhige, aber meiner Meinung nach ausgesprochen sachliche Debatte, eine Debatte, die auch der Öffentlichkeit, die uns genau beobachtet, sehr viel Transparenz gebracht

hat. Insofern war es eine gute Debatte. Aber eines hat mich unglaublich geärgert, und das war die Art und Weise, mit welcher Demagogie, mit welcher Hetze, mit welcher Diffamierung die Linke in diesem Hause in der Debatte aufgetreten ist, allen voran der Oberdemagoge, unser Kollege Oskar Lafontaine.

(Zuruf von der CDU/CSU: Einen Kollegen würde ich ihn nicht nennen!)

Leider ist er heute nicht da, aber Sie können es ihm sagen. Ich finde es zum Beispiel allerhand, wenn er unserer Bundeskanzlerin vorhält, dass sie das FDJ-Hemd getragen habe, er aber nicht.

(Zuruf von der LINKEN: Da hat er doch recht!)

Ich finde das unglaublich.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der LINKEN: Das stimmt aber!)

- Ja, Moment! Aber hat er das moralische Recht dazu, wo er jetzt doch ausgerechnet bei denjenigen gelandet ist, die, wie Wolf Biermann es schreibt, am liebsten das klassenlose Paradies - wenn es sein muss, auch noch blutig - herbeigezwungen hätten?

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

- Ja, ich weiß, Wolf Biermann hören Sie nicht gerne. Es gibt auch noch andere, aber er bringt es natürlich immer ganz besonders auf den Punkt.

Nachdem ich mir heute Vormittag wieder angehört habe, was der Kollege Claus zu den wirtschaftspolitischen Konzepten gesagt hat, kann ich nur sagen: Nichts gelernt! Planen! Sie lassen die Rollläden vor dem weltweiten Wettbewerb, vor den weltwirtschaftlichen Verflechtungen mit all ihren Chancen herunter.

Wer das zum wirtschaftspolitischen Programm erhebt, der muss wieder eine Mauer bauen, aber diesmal um ganz Deutschland herum. Das wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man wird immer wieder gefragt: Kommen denn die Früchte des Aufschwungs bei den Menschen an? Ich sage klipp und klar: Für mich ist jeder neue Arbeitsplatz für einen Arbeitslosen eine konkrete Frucht des Aufschwungs.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für mich ist jede Investition, die zusätzlich getätigt wird, eine Frucht des Aufschwungs. Für mich ist jeder Euro, den ein Arbeitnehmer als Abgabe an die Sozialversicherungen weniger zu leisten hat, eine ganz konkrete Frucht des Aufschwungs im Geldbeutel unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für mich ist jede mögliche mittel- und langfristige Steuersenkung, wie sie jetzt wieder denkbar ist, eine Frucht des Aufschwungs. Für mich ist beispielsweise auch das Elterngeld - mit dem Grundbetrag von 300 Euro - und möglicherweise später ein Betreuungsgeld eine Frucht des Aufschwungs. Darauf sollten wir alle stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ebenso gilt das für die Kinderbetreuung. Es liegt auf der Hand, dass ich dazu etwas sage. Ich bin unserer Familienministerin

- Ihnen, liebe Frau von der Leyen -,  
ausgesprochen dankbar dafür, dass sie in dieser Woche  
mehrmals, auch in ihrer Haushaltsrede, betont hat: Eines  
muss man dieser Debatte um Gottes willen vermeiden,  
nämlich das Spalten. - Wir dürfen nicht spalten. In dieser  
Debatte gibt es nur eines: alles dafür tun, dass man  
zusammenführt - im Interesse unserer jungen Väter, unserer  
jungen Mütter, unserer Kinder, unserer Familien.  
Es spalten diejenigen, die die einen als Rabenväter  
oder -mütter brandmarken. Es spalten diejenigen, die die  
anderen als dumme Heimchen am Herd brandmarken.  
Es spalten auch diejenigen - ich sage das ganz deutlich  
-, die das Elterngeld und ein Betreuungsgeld als  
Herdprämie diffamieren. Das darf man nicht. Wer so redet,  
der spaltet; er sollte sich seiner Verantwortung bewusst  
sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben einen ganz klaren Fahrplan - ich darf das  
noch einmal klarstellen, auch für meine Fraktion -: Erst  
bauen wir das Angebot auf 750 000 Betreuungsplätze  
aus. Das steht bis 2013 im Vordergrund. Das ist prioritär,  
wie es die Bundeskanzlerin gesagt hat. Dann, im Jahr  
2013, wenn das erledigt ist, kommen der Rechtsanspruch  
und das Betreuungsgeld, klipp und klar, und wir werden  
geeignete gesetzliche Formulierungen dafür finden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Wort zur Steuerpolitik. Herr Minister Steinbrück,  
Sie haben in Ihrer Einbringungsrede gesagt - ich hoffe,  
ich habe es am Dienstag richtig mitgeschrieben -: Von  
den zusätzlichen Steuermehreinnahmen werden wir einen  
Teil in die Rückführung der Nettoneuverschuldung  
geben, aber einen anderen Teil dem Gestaltungswillen  
der Koalition zur Verfügung stellen. - Ich verstehe das  
nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig. Das  
heißt, dass wir den Spielraum, den wir sehen, in dieser  
Legislaturperiode auch für das eine oder andere nutzen,  
und zwar klug nutzen. Einige Beispiele hat der Finanzminister  
in seiner Rede vorhin genannt: gerade im sozialen  
Bereich, im Familienbereich, aber auch im investiven  
Bereich.

Wir sollten den Blick weiter nach vorn richten. Das  
sollten wir gerade im Hinblick auf junge Menschen tun,  
die ihre Zukunft planen. Viele junge Menschen, junge  
und motivierte Leistungsträger, die verdienen wollen,  
die etwas für ihre Leistung haben wollen, für die sich  
Leistung lohnen soll, überlegen sich: Bleibe ich in  
Deutschland, oder gehe ich lieber woandershin? Meist  
wurde auf Forschungsmöglichkeiten usw. verwiesen.  
Ein Aspekt in dieser Debatte wird aber immer vergessen,  
nämlich dass solche jungen Leistungsträger auch fragen:  
Wie hoch ist die Belastung meines Einkommens durch  
Abgaben in Deutschland, und wie hoch ist diese Belastung  
in anderen Ländern? Solchen jungen Menschen,  
den heute 25-, 30-Jährigen, sollten wir durchaus eine  
mittelfristige Perspektive geben.

Deswegen sage ich klipp und klar: Wenn wir einen  
ausgeglichene Haushalt haben, wenn es keine neuen  
Schulden mehr gibt und die Unternehmensteuerreform  
wirkt, die zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten  
wird, dann sollten wir auf der Grundlage des Gestaltungswillens

der Koalition und ihres Grundsatzes, Spielräume zur Verfügung zu stellen, mit Blick auf die nächste Legislaturperiode - vor 2011/2012 schafft man das nicht; das kann man erst nach der Bundestagswahl machen - überlegen, welche Gestaltungsmöglichkeiten wir im Einkommensteuertarif haben und ob man den Solidaritätszuschlag sozusagen darin aufgehen lassen kann.

Das wäre ein gutes Signal an die Leistungsträger der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So wollte ich meine Einlassungen zu Beginn dieser Woche verstanden wissen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Ramsauer, der Kollege Poß würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Herr Kollege Poß, bitte schön.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der will wissen, was Steuersenkungen sind!)

Joachim Poß (SPD):

Bezogen auf Ihre letzten Ausführungen habe ich die Frage, Herr Dr. Ramsauer, ob Sie bestätigen können, dass wir sowohl - isoliert betrachtet - mit unserer Steuerquote als auch - insgesamt - mit der Steuer- und Abgabenquote unterhalb des europäischen Durchschnitts liegen.

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Da antworte ich mit einem bekannten deutschen Grundsatz: Das Bessere ist der Feind des Guten. Ein besserer Tarifverlauf ist der Feind eines guten Tarifverlaufs. - Die Frage ist damit erschöpfend beantwortet; Sie können sich wieder setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Das war Oscar Wilde!)

- Vielen Dank, Herr Westerwelle. Aber auch etwas von Oscar Wilde kann zu deutschem Sprachgut werden. Das ist ja keine Schande für Oscar Wilde, den ich im Übrigen sehr schätze und dessen Werke ich in meiner Schulzeit teilweise auswendig lernen musste - ich meine, wollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Und auch konnte! - Die Zwischenfrage war nicht bestellt; aber ich hätte gerne öfter solche Fragen zum Gestaltungswillen und zu investiven Aspekten von meinen neuen Freunden von der SPD,

(Heiterkeit)

meinen vorübergehenden Freunden.

(Heiterkeit - Jürgen Koppelin [FDP]: Ich hätte

jetzt noch gerne gewusst, wie lange!)

Ich wollte dem Kollegen Westerwelle verbal etwas Gutes tun.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wir haben mit den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ ein Investitions- und Infrastrukturvolumen in den neuen Ländern geschaffen, auf das wir alle ausgesprochen stolz sein können. Das war erforderlich und ist weiterhin erforderlich. Ich habe in dieser Woche im Zusammenhang mit den steuerpolitischen Erwägungen klargestellt, dass es bis 2019 überhaupt kein Rütteln am Solidarpakt II gibt. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, dass eine Reihe von

Ausbaufiziten und Mängeln in der Bestandserhaltung bei den Bundesfernstraßen in den alten Bundesländern nicht zu leugnen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier gibt es längst überfällige Ausbaumaßnahmen und Lückenschlüsse. Jeder kennt die maroden Fahrbahnbeläge, die zum Teil baufälligen Brücken, die dringend saniert werden müssen, und vieles mehr. Deswegen gebe ich zu bedenken, ob wir nicht mittelfristig ein gezieltes Programm zur Verbesserung der Bundesfernstraßen in den alten Bundesländern ins Leben rufen sollten, im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haushalterisch haben. Ich glaube, das würde uns allen in gesamtdeutscher Hinsicht guttun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiteres Thema ist die Erbschaftsteuer. Dieses Thema hat auch der Bundesfinanzminister in seiner Rede angesprochen. Kollege Struck hat in seiner Rede dazu ebenfalls einen Aspekt eingebracht, den ich sehr interessant finde. Er hat angeregt - das hat er dann zwar wieder verworfen, aber immerhin in die Debatte eingebracht -, im Rahmen der Föderalismusreform II zu erörtern, ob wir nicht die Erbschaft- und Schenkungsteuer in die Steuerhoheit der Länder geben sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich gebe dies hier bewusst zu bedenken; man muss noch keine abschließende Beurteilung vornehmen. Kollege Struck hat dann geschlussfolgert, dass das sehr zum Schaden solcher Länder sein könnte, die schlecht bei Kasse sind.

(Otto Fricke [FDP]: Die haben gar keine Erbschaftsteuereinnahmen!)  
- Genau, die haben wahrscheinlich keine Erbschaftsteuereinnahmen, wenn sich die Menschen in diesen Ländern ökonomisch vernünftig verhalten. Das tun Gott sei Dank immer mehr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es aber einem Land finanziell dreckig geht, dann liegt das garantiert nicht - zumindest nicht wesentlich - an der Erbschaftsteuer. Wer stolz darauf ist, von sich sagen zu können, er sei zwar arm, aber sexy, dem nützt das Erbschaftsteueraufkommen am Ende auch nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn sich mögliche Erblasser von solchen Ländern abwenden und ihren Wohnsitz wechseln, dann habe ich dafür Verständnis.

Ein Wort zur berühmten Onlinedurchsuchung. In dieser Woche ist einige Male an den 11. September 2001 - wir hatten in dieser Woche den Jahrestag - erinnert worden. Ich kann mich gut daran erinnern, wie wir alle hier am 11. September im Jahre 2001 gesessen sind. Auch an diesem Tag wurde eine Haushaltsdebatte geführt. Wenn ich heute manche Stimmen zur Onlinedurchsuchung höre, dann kann ich nur sagen: Haben die alles vergessen? Haben die keine Lehren daraus gezogen, welche Einsichten wir damals hatten? Dies ist erst sechs Jahre her. Manche glauben offensichtlich, dass solche Terroristen wildgewordene, dumpfbackige Raufbolde und Höhlenmenschen - so wie sich Bin Laden manchmal ablichten lässt - sind.



Es sind aber technologisch bestens ausgerüstete, zu allem entschlossene Verbrecher, für die das Internet das wichtigste Kommunikationsmittel geworden ist. Zur Bekämpfung dieses Kommunikationsweges haben wir keine bundesgesetzliche Grundlage. Die Abwägung zwischen den beiden Polen der individuellen Freiheit und der Sicherheit – die Unionsparteien sind sowohl die Parteien der individuellen Freiheit als auch die der Sicherheit – geht eindeutig zugunsten eines Instruments: zugunsten der Onlinedurchsuchung. Dieses Instrument brauchen wir.

Ich bin dem Kollegen Struck dankbar, dass er klar gesagt hat: Wenn Onlinedurchsuchungen für die Bekämpfung der terroristischen Aktivitäten in Deutschland erforderlich sind, sind wir nicht dagegen. Dann hat er gesagt, er wolle nur auf das Urteil aus Karlsruhe warten. Dies ist zwar richtig; aber der Gesetzgeber sind wir. Wir müssen die Normen setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir entwerten uns selbst, wenn wir nach Karlsruhe schielen.

Die erste Lesung des Entwurfs des Haushalts für das Jahr 2008 geht zu Ende. Wir gehen zu den Haushaltsberatungen über. Wir müssen den Haushalt konsolidieren,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen!)

damit wir Zukunftschancen und wieder mehr Spielräume für Investitionen schaffen und das realisieren können, was wir uns in der Präambel unseres Koalitionsvertrages für diese Legislaturperiode vorgenommen haben: Sanieren, Reformieren und Investieren für eine gute Zukunft in unserem Lande.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Barbara Höll für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen zur Hälfte der Legislaturperiode: Die Kanzlerin strahlt, und der Minister droht mit einem „Weiter so!“. Er hat Stehvermögen in einer Steuer- und Finanzpolitik, die Reich und Schön belohnt und Arm und Alt bestraft. Frau Präsidentin, ich hätte gerne die 15 Minuten Redezeit von Herrn Ramsauer genutzt, um mich mit dieser Haushalts- und Finanzpolitik auseinanderzusetzen. Da unterscheide ich mich wesentlich von Ihnen, Herr Steinbrück; denn Sie weichen der inhaltlichen Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen aus.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Interessanterweise konnten wir am Dienstag von Herrn Steinbrück hören, die alternativen Vorschläge der Linken seien „Voodoo-Ökonomie“.

Herr Minister, als Atheistin möchte ich Ihnen sagen, dass es gut wäre, seine Worte sorgsamer zu wählen. Der Voodoo-Glaube ist in einigen afrikanischen Ländern und auch in Nordamerika immerhin eine weit verbreitete Religion. In Benin ist sie offiziell anerkannt. Achtung vor

religiösen Anschauungen anderer sollte immer Grundsatz unseres politischen Handelns sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich Sie jedoch richtig verstanden habe, geht es Ihnen um den Geist, um das, was unsere Anträge in ihrem Inneren zusammenhält. Das können wir uns doch einmal anschauen: Wir sind für eine Rente ab 65 Jahren, durch die der Lebensstandard im Alter tatsächlich gesichert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind für eine sofortige Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, wir sind für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für apothekenpflichtige Medikamente und für Waren und Dienstleistungen für Kinder.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind auch für die Abschaffung der Praxisgebühr. Diese Vorschläge sind tatsächlich in einem Geist für soziale Gerechtigkeit, für eine Umverteilung von oben nach unten und für reale Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verfasst. Davon haben Sie sich als Finanzminister und anscheinend auch fast die gesamte Führung der Sozialdemokratie verabschiedet. Wenn ich mich recht entsinne, habe ich gelesen, dass ein Drittel der Anhänger der SPD meint, der Herr Finanzminister sei CDU-Mitglied. Spätestens das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben auch Vorschläge dafür, wie man das, was wir wollen, finanzieren kann. Wir sind für eine Wiedererhebung der Vermögensteuer. Wir sind für eine Reform der Erbschaftsteuer, zu der nicht einfach gesagt wird, dass man kein Geld mehr einnehmen wolle, sondern die bei den tatsächlich Reichen ansetzt. Herr Minister, am Dienstag haben Sie gesagt, die sogenannten Reichen seien eine Schimäre. Ich glaube, Herr Ackermann ist sehr konkret. 35 000 Euro Tageseinkommen – ich wiederhole: Tageseinkommen – ist eine sehr konkrete Form von Reichtum.

(Beifall bei der LINKEN – Otto Fricke [FDP]:

Wie viele Ackermanns gibt es denn?)

Herr Minister, in dem Papier der SPD-Fraktion steht einfach: Das ist derzeit nicht realisierbar. – Dadurch haben Sie sich wirklich von jeglichem Gedanken der Umverteilung grundsätzlich verabschiedet. Das ist äußerst bedauerenswert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht in dieser Debatte natürlich um die Grundausrichtung der Ökonomie unseres Landes. Es geht darum, ob es ein „Weiter so!“ geben kann, ob man also nur darauf setzen kann, dass Deutschland eine starke Exportwirtschaft hat, während man die Binnenwirtschaft völlig vernachlässigt. Vorhin wurde meinem Kollegen vorgeworfen, wir würden uns mit unseren wirtschaftspolitischen Vorschlägen abschotten. Eine Abschottungspolitik betreiben Sie. Wer schottet denn bei den Fragen zum Mindestlohn ab? Deutschland. Im Gegenteil: Sie befördern

eine Politik des Lohndumpings und betreiben eine Politik des Steuerdumpings.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann verkünden Sie auch noch, dass Sie stolz darauf sind, dass die Steuer- und Abgabenquote bei uns als der stärksten Wirtschaftskraft in Europa unterdurchschnittlich ist. Dadurch üben wir Druck auf die anderen Staaten aus und drängen sie in einen Senkungswettbewerb. Im Ergebnis haben deshalb natürlich alle Gesellschaften, alle Staaten, weniger Geld zur Verfügung, um unser Leben gemeinschaftlich zu gestalten.

Herr Steinbrück, Sie mahnten am Dienstag Aufrichtigkeit in der politischen Rede an. Gleichzeitig - einige Sätze später - haben Sie hier behauptet, dass wir mit der Umsetzung unseres Vorschlags zur Reform des Einkommensteuertarifs den Mittelstand und die Facharbeiter mehr belasten würden. Das ist schlicht eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir könnten jetzt natürlich mit dem Durchschnittsteuersatz und dem Grenzsteuersatz jonglieren. Schauen wir uns aber doch einmal die Zahlen an. Das interessiert die Facharbeiterin und den kleinen Unternehmer. Nach unserem Vorschlag würde jeder und jede mit einem zu versteuernden Einkommen - also dem, was für die Steuerberechnung wirklich herangezogen wird - von bis zu 64 000 Euro weniger Einkommensteuer zahlen müssen. Das ist die Realität.

Für eine aufrichtige Debatte wünsche ich mir, dass Sie endlich den Mut haben, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen, und dass Sie dabei dann vielleicht auch einmal richtig rechnen. Falls Sie das nicht können: Wir helfen gerne.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Anna Lührmann für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt einer Bundesregierung ist immer Ausdruck der politischen Schwerpunktsetzung einer Koalition. In der Sommerpause hat die Koalition sehr viel über das Thema Klimaschutz geredet. Aber was steckt wirklich dahinter? Was steht also wirklich im Bundeshaushalt und nicht nur in den Redemanuskripten der Großen Koalition?

In Meseberg haben Sie stolz verkündet, die Bundesregierung werde ein Klimaschutzprogramm in Höhe von 2,6 Milliarden Euro auflegen. Das war Ergebnis - Sie erinnern sich - eines lang inszenierten Streites zwischen Glos auf der einen und Gabriel auf der anderen Seite. Ich habe mir von der Regierung aufschlüsseln lassen, wie sich dieses 2,6-Milliarden-Programm genau zusammensetzt. Das Ergebnis ist, dass sämtliche Mittel, die in diesen 2,6 Milliarden Euro enthalten sind, auch schon vorher, also vor Meseberg, im Juni im Entwurf des Bundeshaushalts enthalten waren. Worüber haben sich die beiden Herren also gestritten? Vielleicht über den nächsten Tagungsort der Regierungsklausur, aber sicherlich nicht über zusätzliche Haushaltsmittel für den Klimaschutz.

Das Klimaschutzprogramm von Meseberg ist also nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Alter Wein kann gut schmecken!)

Außerdem muss man von diesen 2,6 Milliarden Euro noch zwei Projekte ausnehmen. Das erste ist das Gebäudesanierungsprogramm.

Wenn man sich die Summen der

Regierung einmal ganz genau anschaut, dann sieht man, dass dort die Gelder, die in zukünftigen Haushaltsjahren ausgegeben werden sollen, zusammengerechnet wurden, als würde man sie schon im Haushalt 2008 ausgeben.

Dabei geht es um nicht zu vernachlässigende 600 Millionen Euro. Das zweite Projekt, das ich in Klammern setzen muss, sind die Einnahmen aus dem Emissionshandel von 400 Millionen Euro. Wenn man diese Zahlen zusammenrechnet, dann kommt man nur noch auf 1,6 Milliarden

Euro zusätzliche Steuergelder, die die Regierung im Haushaltsjahr 2008 für Klimaschutz ausgeben wird.

Da gibt es aber immer noch drei Vorbehalte: Erstens.

Die meisten Programme gab es auch schon in vorherigen Haushaltsjahren, auch unter Rot-Grün. Zweitens. Es gibt einen Finanzierungsvorbehalt von Steinbrück. Drittens.

Minister Glos wird noch ein Kosten/Nutzen-Gutachten erstellen lassen. Ernstgemeinter Klimaschutz sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Verständnis von Klimaschutz ist: viel heiße Luft und wenig konkrete Taten. Die globale Erderwärmung wartet aber nicht auf den schwerfälligen Tanker der Großen Koalition. Wir müssen jetzt handeln.

Deshalb wollen wir grüne Haushälter der Regierung einmal zeigen, wie substanzieller Klimaschutz ganz konkret aussehen kann. Wir werden einen Klimaschutzhaushalt aufstellen und mit konkreten Haushaltsanträgen belegen, wie man die Ausgaben für Klimaschutz mehr als verdoppeln kann. Wir wollen 2 Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutz ausgeben. Dabei geht es um Projekte wie einen Stromsparfonds für energieeffiziente Geräte, Klimaforschung, Ökobeschaffung, Plug-in-Hybridfahrzeuge und vieles andere mehr, was wir mit konkreten Anträgen belegen werden.

Das Beste an unserem Klimaschutzhaushalt ist aber - darauf bin ich als Haushälterin besonders stolz -, dass die Ausgaben für Klimaschutz mehr als gegenfinanziert sind. Wir machen also konkrete Vorschläge für den Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen in der Finanzplanperiode in Höhe von mehr als 21 Milliarden Euro.

Dafür möchte ich drei Beispiele geben. Erstens. Der Abbau von Subventionen für die stromintensive Industrie macht mehr als 1,2 Milliarden Euro allein im nächsten Haushaltsjahr aus. Zweitens. Die Streichung der Subventionen für Kerosin und für die Luftfahrtindustrie spart allein im nächsten Haushaltsjahr mehr als 900 Millionen Euro ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Eine Reduzierung und ökologische Reform des Dienstwagenprivilegs bewirkt, dass dicke Chefdreckschleudern

in Zukunft nicht mehr vom Steuerzahler subventioniert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen hingegen fehlt der Mut, diese Reformen anzupacken. Die Regierung redet viel vom Klimaschutz, aber sie gibt immer noch Geld für Klimaverschmutzung aus. Das ist die Wahrheit an dieser Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei einem anderen Kernbereich der Nachhaltigkeit ist bei der Bundesregierung mehr Schein als Sein zu finden - Stichwort: „die solide Haushaltspolitik“. Der Schein ist, dass weniger Schulden gemacht werden.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Stimmt!)

Es ist keine Kunst, weniger Schulden aufzunehmen, wenn die Steuereinnahmen sprudeln und die Konjunktur brummt. Im Gegenteil: Es sollte für eine Regierung selbstverständlich sein, weniger Schulden zu machen, wenn die Konjunktur gut läuft. Das ist kein Grund zum Jubeln.

Was bedeutet eine wirklich nachhaltige Haushaltspolitik in Zeiten guter wirtschaftlicher Entwicklung?

Einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden oder sogar einen Überschuss erwirtschaften, um für schlechte Zeiten etwas zurücklegen zu können!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Wir warten auf Ihre Vorschläge!)

Sie aber wollen erst 2011 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Warum eigentlich 2011 und nicht 2010, 2012 oder 2013? Das ist eine willkürliche Festlegung.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Weil

wir seriös kalkulieren und nicht nach dem Motto: „Wer bietet mehr?“!)

- Wenn Sie schon so seriös kalkulieren: Wer sagt Ihnen denn, dass die Konjunktur bis 2011 so weiterläuft wie jetzt? Sagt Ihnen das etwa Ihr Wirtschaftsminister?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Das haben die so im Gefühl!)

Damit kann man meines Erachtens nicht kalkulieren.

Deshalb werden wir Ihnen in den Haushaltsberatungen mit Anträgen ganz konkret belegen, dass ein ausgeglichener Haushalt spätestens 2009 möglich ist. Wenn man nur will, kann man das machen.

Herr Steinbrück, vielleicht schenken Sie mir für ein paar Minuten Ihr geschätztes Gehör. Ich glaube nämlich, dass Sie gar nicht konsolidieren wollen. Ich kann Ihnen das auch belegen. Sie sind der erste Finanzminister, der öffentlich zugibt - vielleicht auch in dem Gespräch mit Frau Merkel, das Sie im Moment führen -, dass Sie nicht sparen wollen. Das wird in einem Zitat aus dem Handelsblatt von letzter Woche deutlich. Dort steht:

Steinbrück will unter allen Umständen vermeiden, dass die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr unter die Planzahl von 12,9 Milliarden Euro für das nächste Jahr rutscht. „Das wäre politisch problematisch. Die Neuverschuldung sollte besser Schritt für Schritt abgebaut werden“, sagte Steinbrücks Sprecher.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Kommt darin das Wort „sparen“ vor? Das habe ich

nicht gehört!)

Herr Steinbrück, entweder sollten Sie Ihren Pressesprecher rauswerfen, oder Sie sind der erste Finanzminister, dem es nicht so wichtig ist, weniger Schulden zulasten der künftigen Generationen aufzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Äußerung des Finanzministeriums von letzter Woche wird endlich klar, warum die Koalition ein Sondervermögen für die Kinderbetreuung auflegen möchte, statt das Geld wie von der Bundeshaushaltsordnung vorgesehen Jahr für Jahr zu investieren. Sie wollen sich künstlich arm rechnen, meine Damen und Herren. Indem Sie 2,15 Milliarden Euro in einem Sondervermögen parken, verpassen Sie die Chance, schon dieses Jahr ganz konkret die Schuldenaufnahme zu senken. Mit diesem optischen Trick verringern Sie außerdem den Druck, in den nächsten Jahren beim Schuldenabbau schneller voranzukommen.

Auch der zweite Baustein Ihrer Krippenfinanzierung, nämlich der Punkt zur Umsatzsteuer, bringt zwei sehr große Probleme mit sich.

Erstens. Wie wir alle wissen, haben die Länder klebrige Hände. Wenn Sie versuchen, im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung über die Länder Geld an die Kinder

vor Ort weiterzugeben, ist es relativ wahrscheinlich, dass in den Länderhaushalten etwas davon kleben bleibt.

Zweitens. Ihr gesamtes Konzept zur Krippenfinanzierung ist nicht gegenfinanziert. Das bedeutet, dass Sie den Kindern zwar einen Betreuungsplatz geben, aber auch mehr Schulden bei ihrem Start ins Leben mitgeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne haben hingegen ein Konzept vorgelegt, mit dem der notwendige Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige auch nachhaltig finanziert werden kann.

Im ersten Schritt wollen wir das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag umwandeln. Das wäre auch verfassungsfest. Damit haben Bund und Länder insgesamt 5 Milliarden Euro mehr für Kinderbetreuung zur Verfügung. Das heißt unter dem Strich, dass 4 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden.

Der zweite Schritt ist, dass der Bund eine Kinderbetreuungskarte schafft, die dafür sorgt, dass Leistungen direkt an die Eltern gehen - nicht über den Umweg der klebrigen Hände der Länder. Das funktioniert auch mit einem Geldleistungsgesetz; diese Frage haben wir prüfen lassen.

Mit unserem Konzept würde jedes Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz bekommen - und keine zusätzlichen Schulden dazu. Das ist nachhaltige Haushaltspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel dafür, dass Sie keine nachhaltige Haushaltspolitik betreiben, ist der geplante Börsengang der Bahn. 130 - 37,5 - 4: Das sind die Zahlen, auf die es in dieser Debatte ankommt. 130 Milliarden Euro hat der Bund seit der Bahnreform 1994 in das System Schiene gesteckt. 37,5 Milliarden Euro ist der Bund nach dem Börsengang verpflichtet, der Bahn allein in den nächsten 15 Jahren zu zahlen. Ausbauzuschüsse und Regionalisierungsmittel

kommen hinzu. Bei diesem krummen Deal bleiben für den Bundeshaushalt erst einmal nur 4 Milliarden Euro übrig, vorausgesetzt, Sie finden bei dieser Art des Börsengangs überhaupt einen Käufer. Herr Steinbrück, der Bund hat in den letzten Jahren 130 Milliarden Euro bezahlt, verpflichtet sich, in Zukunft mindestens weitere 37,5 Milliarden Euro auszugeben und unterm Strich bleiben 4 Milliarden Euro übrig. Mit solider Haushaltsführung hat das nun wirklich nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf lange Sicht bleibt es wahrscheinlich noch nicht einmal bei der Einnahme in Höhe von 4 Milliarden Euro. Wahrscheinlicher ist, dass der Bund noch etwas drauflegen muss. Das liegt an dem sehr komplizierten Eigentumssicherungsmodell. Wie immer, wenn Sie sich in der Großen Koalition nicht auf ein einfaches, transparentes und nachvollziehbares Modell einigen konnten, ist ein ganz fauler Kompromiss herausgekommen: Der Bund kann das Netz nach 18 Jahren zurücknehmen - das war der Wunsch der CDU/CSU -; dafür muss er aber mindestens 7,5 Milliarden Euro als Wertausgleich auf den Tisch legen. Herr Steinbrück, das wäre so, als wenn Sie mir Ihr Haus leihen würden

(Zuruf von der CDU/CSU: Das haben wir schon gestern gehört!)

- das Beispiel wurde gestern schon gebracht; das ist ein sehr gutes Beispiel -, ich das wirtschaftliche Eigentum am Haus erhalten würde, keine Miete zahlen würde, Sie jedes Jahr für Ausbau und Renovierung zahlen würden und Sie mir am Ende Geld geben müssten, damit ich Ihnen das Haus zurückgebe, das Ihnen gehört hat. Das ist wirklich keine solide Haushaltspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir so! Das hört sich gut an!)

Herr Steinbrück, wenn Sie Ihr Amt als Finanzminister ernstnehmen würden, würden Sie diesem Deal, der zulasten des Bundeshaushalts geht, nicht zustimmen, sondern Sie würden ihn verhindern. Herr Steinbrück, Sie haben in Ihrer Rede vorhin gesagt, dass eine handlungsfähige Finanzpolitik Stehvermögen erfordert. Nun zeigen Sie uns doch einmal Ihr Stehvermögen, Herr Steinbrück!

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Stehen Sie einmal auf, bitte! - Bundesminister Peer Steinbrück erhebt sich - Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Verhindern Sie den Börsengang in dieser Form! Warten Sie mit dem Ausgleich des Bundeshaushaltes nicht bis 2011! Beweisen Sie Mut beim Abbau der klimaschädlichen Subventionen! Das würde von einer handlungsfähigen Finanzpolitik zeugen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Jetzt spricht für die SPD-Fraktion der Kollege Bernhard Brinkmann.

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte  
zunächst bestätigen, dass wir von Dienstag bis heute,  
circa 12 Uhr - das wird sich auch nicht ändern -, eine  
durchaus sachorientierte Haushaltsdebatte geführt haben.  
Das liegt unter anderem daran, dass diese Große  
Koalition der Opposition wenig Munition, wenig Zündstoff  
geliefert hat.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Da haben Sie  
nicht richtig zugehört!)

Der Bundeshaushalt 2008 und der Finanzplan des  
Bundes 2007 bis 2011 sind eine gute Grundlage für die  
in der nächsten Woche beginnenden Beratungen im  
Haushaltsausschuss. Die eine oder andere Veränderung  
wird es natürlich noch geben; darauf ist schon hingewiesen  
worden. Der Kollege Fricke hat die haushaltspolitischen  
Sprecher von SPD und Union gelobt. Das war ein  
gutes Signal und lässt hoffen, dass das dicke „Sparbuch“  
mit 350 oder mehr Seiten

(Otto Fricke [FDP]: Mehr!)

etwas dünner gestaltet wird und der eine oder andere Antrag,  
der aus populistischen Gründen gestellt wird, letztendlich  
nicht in die Beratungen einfließt.

Als ich heute Morgen über meinen Redebeitrag nachgedacht  
habe, sagte ich mir: Das hat etwas mit Nettoneuverschuldung  
und mit Verschuldungspolitik, das heißt,  
mit dem, was sich in den letzten Jahren angehäuft hat, zu  
tun.

(Otto Fricke [FDP]: Nicht noch einmal die  
Leier!)

Mit der Kollegin Flach von den Freien Demokraten habe  
ich mich abgestimmt und gesagt, dass ich mich neutral  
verhalten werde. Wir sollten uns darauf einigen, dass wir  
alle beim Schuldenmachen dabei waren.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass wir so schnell  
wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt haben. Wir  
sollten nicht in einen Wettbewerb um den frühestmöglichen  
Zeitpunkt eintreten. Der Bundesfinanzminister hat  
in vielen Ausführungen deutlich gemacht, warum. Ich  
halte es für besser, wenn wir einen vernünftigen Weg beschreiten.  
Sonst muss man hinterher womöglich eingestehen,  
dass man sich hinsichtlich des Zeitfensters geirrt  
hat.

Ich will zum Bundeshaushaltsplan 2008 Folgendes  
feststellen: Um die deutsche Konjunktur steht es nach  
wie vor gut. Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten  
Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die  
Arbeitslosigkeit geht Schritt für Schritt, von Monat zu  
Monat zurück. Sie ist innerhalb eines Jahres auf den  
niedrigsten Stand seit 1999 gesunken. Das ist eine Entwicklung,  
über die wir uns durchaus freuen sollten und  
auf die wir ein wenig stolz sein können. Ich will aber  
auch hinzufügen, dass wir noch lange nicht am Ziel sind.  
Daher sind weitere gewaltige Kraftanstrengungen aller  
an diesem Prozess Beteiligten von besonderer Bedeutung.  
Wer sich mit den aktuellen Zahlen der Bundesagentur  
für Arbeit beschäftigt, der wird feststellen, dass das eingetreten  
ist, was noch vor Monaten von einigen bestritten



wurde: Die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land geht massiv zurück, und die Beschäftigung älterer Menschen nimmt zu. Das ist eine gute Entwicklung, die man bei Haushaltsberatungen in den Fokus der Öffentlichkeit stellen sollte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit einer entsprechenden Benotung ist es so wie im täglichen Leben: Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, ist die Politik schuld; geht es der Wirtschaft gut, hat sie es alleine gemacht.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wie bei einer Fußballmannschaft!)

- Genau, Herr Kollege Zöllner, das ist wie bei einer Fußballmannschaft. Das ist richtig.

Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, schiebt man die Verantwortung dem Arbeitsminister zu. Wenn sie sinkt, hat er nichts dazu beigetragen. So sagte es jedenfalls gestern die von mir geschätzte Kollegin Frau Dr. Winterstein - sie sitzt gerade hinter mir -, die sich, ähnlich wie vorhin Herr Solms, in dieser Frage jetzt nicht rechtfertigen kann.

Ich will eines deutlich machen: Bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit haben viele in unserem Land mitgeholfen. Ich möchte heute die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter ausdrücklich loben. Sie haben nach vielem, was wir ihnen zugemutet haben, wertvolle Arbeit geleistet und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Eine weitere Tatsache ist, dass wir die Maastricht-Verschuldungskriterien weit unterschreiten. Wir werden in diesem Jahr bei etwa einem halben Prozent liegen und 2008 - die Chancen stehen jedenfalls gut - bei einer schwarzen Null. Das ist in diesem Falle positiv. Wer hätte vor Monaten gedacht, dass wir diese gute Entwicklung auch in diesem Bereich erreichen können?

Ich habe mir die Redebeiträge einiger Kolleginnen und Kollegen der Freien Demokraten angesehen, die in der Debatte gesprochen haben, als es darum ging, dass wir nicht ehrgeizig genug seien, die Nettoneuverschuldung zu senken und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

(Otto Fricke [FDP]: Das ist immer gut!)

- Herr Kollege Fricke, jetzt kommt etwas, das nicht mehr gut ist. -

(Ulrike Flach [FDP]: Das kann nicht sein!)

Sie haben gesagt: Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zunichtegemacht.

Ich stelle fest: Fehlanzeige, wobei ich hinzufügen will, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Zumutung war, die wir den Menschen in Deutschland abverlangen mussten.

(Ulrike Flach [FDP]: Das merkt man ja auch!)

Das, was Sie prognostiziert haben, ist nicht eingetreten:

(Otto Fricke [FDP]: Habe ich „zunichte“ gesagt?)

Das Konsumklima trübt sich ein - Fehlanzeige.

(Otto Fricke [FDP]: Das tut es doch!)

Die Verschuldung wird steigen - Fehlanzeige, sie sinkt.

Die Löcher in den öffentlichen Haushalten werden größer - Fehlanzeige; die Bundesländer haben letztendlich viel schneller als erwartet einen ausgeglichenen Haushalt. (Ulrike Flach [FDP]: Aber der Bund nicht!)

Auch wir werden unsere konsequente Haushalts- und Finanzpolitik fortführen.

Obwohl das alles so eingetreten ist, kann man natürlich nicht erwarten, dass sich die Freien Demokraten hierhin stellen und das loben. Das verlange ich auch nicht. Aber Sie sollten es zumindest zur Kenntnis nehmen oder selbstkritisch eingestehen, dass das, was Sie vor Monaten noch unters Volks gestreut haben, letztendlich nicht so eingetreten ist.

Wenn die Zahlen gut sind, gibt es einen Wettlauf bezüglich weiterer Steuer- und Abgabensenkungen. Ich will meine Meinung dazu deutlich sagen. Wir sollten mit weiteren Steuer- und Abgabensenkungen erst dann anfangen und sie konkret werden lassen, wenn wir nicht mehr auf Pump leben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Haushalt 2008 hat noch eine Neuverschuldung zur Folge. Wer jetzt durchs Land zieht und den Bürgerinnen und Bürger suggeriert, es könnte über das hinaus, was in Meseberg beschlossen worden ist, zu weiteren Steuer- und Abgabensenkungen kommen, macht den Menschen etwas vor.

(Ulrike Flach [FDP]: Ihr müsstet eure Ausgaben senken!)

Ich will noch etwas zu den sozialen Sicherungssystemen sagen. Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat dazu beigetragen, dass der Druck, der auf den sozialen Sicherungssystemen lastete, beträchtlich reduziert werden konnte. Bald werden wieder Überschüsse zu verzeichnen sein. Das ist in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen. Das hat etwas mit der Agenda 2010 zu tun.

(Otto Fricke [FDP]: Das stimmt!)

Das hat aber auch mit den finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu tun, die die neue Bundesregierung auf den Weg gebracht hat.

(Otto Fricke [FDP]: Das stimmt weniger!)

Jetzt will ich auf die Vorschläge eingehen, die von der linken Seite dieses Hauses im Hinblick auf die gesetzliche Rentenversicherung gemacht worden sind. Als ich diese Vorschläge gehört habe, dachte ich zunächst, ich träume. Letztendlich habe ich sie aber doch als Realität hinnehmen müssen.

(Heiterkeit des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU])

Da spricht Ihr Chefökonom, der heute nicht hier ist,

(Otto Fricke [FDP]: Der ist schon wieder in Kuba!)

davon, dass es ohne Weiteres möglich wäre, den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 28 Prozent zu erhöhen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das vorschlägt und meint, er könne so dafür sorgen, dass die Wirtschaft einen größeren Beitrag dazu leistet, dass die gesetzliche Rentenversicherung Einnahmen erzielt, der irrt sich.

Man darf nicht vergessen, dass die Rentenversicherung

paritätisch finanziert wird. Nach Ihren Vorschlägen würde der Beitragssatz um roundabout 9 Prozentpunkte steigen. Ich mache Ihnen an einem Beispiel deutlich, welche Folgen das hätte: Jemand, der 2 500 Euro im Monat verdient, hätte, wenn das, was Herr Lafontaine vorgeschlagen hat, umgesetzt würde, Monat für Monat netto 125 Euro weniger in der Tasche. Eine solche Idee kann man nur zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das geht eindeutig zulasten der Beschäftigten. Daher ist dieser Vorschlag überhaupt nicht durchsetzbar und völlig realitätsfremd.

An dieser Stelle muss man darauf hinweisen, dass die Alterssicherung durch die staatliche Förderung der Riester-Rente und aller anderen Systeme der betrieblichen Altersversorgung gewährleistet wird. Dass die Riester-Rente und alle anderen Maßnahmen, die dazugehören, eine Erfolgsstory sind, wird dadurch bewiesen, dass in Deutschland auch Einkommensschwache den vereinbarten Eigenbeitrag leisten können. Auch ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger, dessen Eigenanteil pro Jahr 60 Euro, also 5 Euro pro Monat, beträgt, hat Zuschüsse in einer Größenordnung von fast 600 Euro zu erwarten. Zum 1. Januar 2008 wird die Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge ausgeweitet.

Das ist genau der richtige Weg.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2008 wird nun an den Haushaltsausschuss überwiesen. Ich freue mich auf gute Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention rufe ich den Kollegen Gregor Gysi auf.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Herr Brinkmann, ich möchte an Ihrer Rede nur eines richtigstellen: Wir fordern keinen Beitragssatz in Höhe von 28 Prozent, sondern wir sagen: Es sollte langsam zu einer paritätischen Finanzierung kommen. Das heißt, 14 Prozent sollten die Unternehmen finanzieren, 14 Prozent die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Heute ist es so, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 10 Prozent für die gesetzliche Rentenversicherung und 7 Prozent für die Riester-Rente zahlen.

Ihre Belastung beträgt also 17 Prozent. Käme es zu einer paritätischen Finanzierung, würde das eine Reduzierung ihrer Belastung um 3 Prozentpunkte bedeuten.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings müsste die Belastung der Unternehmen dann um 4 Prozentpunkte steigen. Bis die SPD etwas von den Unternehmen verlangt, vergeht wahrscheinlich noch eine lange Zeit. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der LINKEN - Otto Fricke [FDP]:

Die Riester-Rente würden die Arbeitnehmer bei Ihnen doch gar nicht mehr kriegen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Jochen-Konrad Fromme für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Das Konzept „Investieren, Sanieren, Reformieren“ ist voll aufgegangen, trotz aller Unkenrufe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass die Steuereinnahmen steigen, ist ein Ausdruck dessen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sind weitere wichtige Signale.

Im Rahmen dieser Haushaltsdebatte wurde deutlich, dass eigentlich alle in diesem Hause bis auf eine Gruppe diese Einschätzung teilen. Diese Gruppe wäre allerdings erst dann zufrieden, wenn die Leute am 1. jedes Monats ihr Gehalt abliefern und dann auf die Zuteilung warten müssten. Nur, wohin das führt, das haben wir 1990 erlebt. Unter den Folgen haben viele Arbeitnehmer noch heute bitter zu leiden. Das zeigt sich an den Steuern und Beiträgen, die sie zu zahlen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Gregor Gysi  
[DIE LINKE]: Wer hat denn die Mehrwertsteuer erhöht?)

Das Wirtschaftswachstum ist sehr stabil. Es liegt weit über dem Niveau, das wir lange Zeit für möglich gehalten haben. Das ist wichtig; das müssen wir pflegen. Wir befinden uns in der zweiten Phase, der des Sanierens und Reformierens.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Man darf sich nicht darauf ausruhen - eine Schwalbe macht noch keinen Sommer -, dass wir jetzt steigende Steuereinnahmen und eine geringere Nettoneuverschuldung haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Strukturelle

Defizite! - Otto Fricke [FDP]: Sehr gut!)

Es ist völlig falsch, sich auf die Nettoneuverschuldung zu kaprizieren. Wir sind erst dann am Ziel angekommen, wenn wir mehr einnehmen, als wir ausgeben. Das ist aber noch lange nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Seit 2006 haben wir uns Jahr für Jahr verbessert und mühsam vorwärtsgearbeitet. Wir haben aber in diesem Haushalt immer noch ein strukturelles Defizit von 23 Milliarden Euro. Erst wenn das beseitigt ist und wir anfangen können, Schulden zu tilgen, haben wir den angestrebten Zustand erreicht. Deshalb dürfen wir im Hinblick auf die Reformen nicht nachlassen. Wer den Eindruck erzeugt, die Phase der Zumutungen sei vorbei und man brauche nicht mehr zu reformieren, der handelt populistisch. Denn wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, dass das Ziel noch längst nicht erreicht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Werner Finck hat einmal gesagt, dass der Staatshaushalt ein Haushalt ist, in dem alle essen wollen, aber keiner das Geschirr spülen will. Wir sind jetzt in der Phase, in der wir denjenigen finden müssen, der das Geschirr spülen wird.

Natürlich ist es das Recht der Opposition - auch wenn sie im Wesentlichen alles gutheißt -, mehr zu fordern.

(Ulrike Flach [FDP]: Weniger!)

Wir hätten auch gern alles schöner, höher, größer und besser. Aber dann muss man auch ganz klar sagen, für welche Posten das gelten soll. Sie haben gefordert: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr gut!)

In Bezug auf die Bundesagentur für Arbeit machen wir das. Sie haben gesagt: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Für die Krippen legen wir Geld zur Seite, damit wir sie morgen finanzieren können. Genau das machen wir.

Kollege Koppelin ist jetzt leider nicht da.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der feiert Geburtstag!)

- Das sei ihm gegönnt; herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. - Kollege Koppelin hat gefordert, das Bundespresseamt abzuschaffen. Ich habe noch nie gehört, dass in einer Regierung, in der die FDP mitregiert hat, das Amt des stellvertretenden Regierungssprechers abgeschafft werden sollte oder dass in einer Landesregierung die Pressestelle abgeschafft wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Eines möchte ich ganz besonders hervorheben: Wir geben mehr aus, als wir einnehmen. Das liegt daran, dass wir in der Vergangenheit riesige Staatsschulden angehäuft haben.

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

Wenn nicht 43 Milliarden Euro an Zinsen den Haushalt belasten würden, hätten wir einen Primärüberschuss von 18 Milliarden Euro, mit dem wir Politik machen könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Weil das so ist, müssen wir uns anstrengen, endlich einmal offenzulegen, wie es zu der Kreditaufnahme gekommen ist. Zu der Kreditaufnahme konnte es nur kommen, weil wir in Wahrheit ganz viele konsumtive Ausgaben mit Krediten finanziert haben. Das hat uns das System erlaubt.

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

Deswegen müssen wir in der Föderalismuskommission dafür sorgen, dass dieser Mechanismus verschwindet.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Dafür müssen wir entsprechende Instrumente schaffen. Denn Politiker sind auch nur Menschen. Menschen sind aber schwach und werden immer wieder versuchen, auf den bequemsten Weg auszuweichen.

(Otto Fricke [FDP]: Genau so ist es!)

Deswegen brauchen wir ein entsprechendes Instrument.

Ich will Ihnen einmal schildern, wie es zu der Kreditaufnahme kommen konnte: Seit 1969 dürfen wir Investitionen mit Krediten finanzieren. Wir kaufen zum Beispiel seit 1972 Autos auf Kredit. Was heißt das aber?

Wenn wir ein Auto kaufen, ändert sich die Vermögenslage überhaupt nicht. Es entstehen nur ein paar mehr Schulden, und es kommt ein Vermögensgegenstand hinzu. Wenn das Auto aber gebraucht wird, tritt ein Wertverlust ein, den wir im Staatshaushalt überhaupt nicht erfassen. Dennoch findet konsumtives Ausgabeverhalten mit Krediten statt. Das ist genau der Mechanismus,

den wir abschaffen müssen. Wir zahlen heute noch für die Dienstwagen von 1972 Zinsen, obwohl man nicht einmal mehr den Staub und die Asche dieser verrosteten Wagen sieht.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sollten wir nicht mehr tun! Sehr gut!)

Das muss sich ändern. Dafür müssen wir den Mut aufbringen. Wir brauchen ein anderes Denken und andere Rechnungsstrukturen. Manche mögen vielleicht sagen, das sei nur Doping oder Technik. Aber es ist nicht nur Haushaltstechnik, sondern es bestimmt das Denken der Politik, der Ministerien und der Administration, wie man mit diesen Dingen umzugehen hat. Genau deshalb müssen wir unseren Blick auf diese neuen Instrumente richten. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir das ändern müssen, um uns selbst ein Handlungskorsett anzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich spüre noch nicht im ganzen Haus die Bereitschaft, sich offen auf diese Dinge einzulassen. Viele wollen keine großen Veränderungen, sondern lieber kleine Schritte. Man mag auch mit drei kleinen Schritten zum Ziel kommen; doch das kostet möglicherweise unnötig viel Geld. Wenn man erkannt hat, dass man etwas verändern muss, dann muss man diese Veränderung vornehmen und darf nicht zögerlich sein.

Ich will zu zwei Fragen, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, etwas sagen. Da ist die Frage: Wollen wir Hartz IV erhöhen? Ich lasse diese Frage einmal offen. Aber in diesem Zusammenhang wird immer gesagt, wir müssten kontrollieren, dass das Geld auch bei den Kindern ankommt. Meine Damen und Herren, ich bin für den mündigen Bürger.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Wir können doch nicht pauschal jedem Bürger gegenüber misstrauisch sein. Wenn Sie das einmal zu Ende denken, dann bedeutet das, dass man, wenn man die Vermutung hat, das Geld kommt dort nicht an, dazu übergehen müsste, bei allen Haushaltsposten zu kontrollieren, ob das Geld richtig eingesetzt wird. Diesen Schnüffelstaat will ich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Jemand hat einmal gesagt, er will die Lufthoheit über die Kinderbetten. Ich kann nur sagen: Die Lufthoheit über die Kinderbetten gehört nicht der Politik - weder der SPD noch der CDU/CSU noch sonst wem -, sie gehört den Teddybären und den Mobiles.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.

Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Ich stelle mir vor, einige Politiker hätten nachts die Lufthoheit über die Betten meiner Kinder gehabt - meine Kinder hätten Albträume bekommen müssen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen sollten wir auf den mündigen Bürger vertrauen.

Natürlich müssen wir uns um die kümmern, bei denen etwas auszusetzen ist. Aber wir dürfen nicht pauschal allen das Misstrauen aussprechen. Wenn wir mit

diesem Gedanken an die Haushaltsdebatte herangehen, haben wir eine gute Grundlage. Alle sind eingeladen, Vorschläge zu machen – was gut ist, kann noch besser werden –, aber bitte Vorschläge, die umsetzbar sind, nicht Vorschläge, die man, wie man genau weiß, nicht umsetzen muss, weil man nicht die Mehrheit hat und deshalb meint, Fantasieforderungen erheben zu können. Das geht nicht.

Sie sind herzlich eingeladen, mitzuberaten. Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht für die Fraktion Die Linke die Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Wenn Sie sich das Medienecho dieser Haushaltswoche im Bundestag anschauen, dann müssen Sie den Eindruck bekommen, dass es nur noch eine Oppositionspartei gibt: die Linke. Das ist zwar bedauerlich; aber wir stehen das durch.

(Beifall bei der LINKEN – Bernhard

Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Das stand wohl im Neuen Deutschland! – Otto Fricke

[FDP]: Ein rotes Rumpelstilzchen, das ist die Linke!)

Ich weiß jetzt, dass Herr Niebel mit Herrn Pofalla Hirsch aß und dass die FDP jederzeit bereit ist – eigentlich schon seit 40 Jahren –, mit der CDU/CSU eine Koalition einzugehen.

(Otto Fricke [FDP]: Wir hatten in den letzten 40 Jahren auch mit anderen eine Koalition! –

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie verlieren mit den Sozialdemokraten! Seien Sie vorsichtig da vorn!)

Auch Herr Kuhn von den Grünen lobte die Kanzlerin so sehr, dass ich noch einmal nachgeschaut habe, wann die Bundestagswahl eigentlich stattfindet. Sie ist erst im Jahre 2009; aber FDP und Grünen sind die Oppositionsbänke offensichtlich schon jetzt zu hart.

(Ulrike Flach [FDP]: Na, na!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf eine klare und kritische Opposition, und die bekommen sie von uns.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ihr sitzt in Berlin ganz schön weich auf den Bänken!)

Der Hauptvorwurf des Finanzministers gegen die Linke lautet, dass wir allen alles versprechen. Das, verehrter Kollege Steinbrück, ist natürlich grober Unfug, um einmal bei Ihrer Wortwahl zu bleiben. Wir versprechen der Allianz Versicherung gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gegenteil: Wir fordern, dass die Unternehmensteuerreform, mit der Sie den Konzernen Milliarden Euros an Steuern erlassen wollen, gestoppt wird. Wir wollen, dass die riesigen Gewinne, die die Versicherungen mit der Riester-Rente gemacht haben, besteuert werden.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Wer hat Ihnen denn den Blödsinn aufgeschrieben?)

Wir versprechen auch Herrn Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank, nichts. Im Gegenteil, wir als Linke wollen, dass er und die anderen Besserverdienenden in Zukunft einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent zahlen.  
(Beifall bei der LINKEN)

Wir versprechen auch Enron und Vattenfall nichts. Im Gegenteil, wir wollen eine Sondersteuer zur Abschöpfung der leistungslos erzielten Gewinne aus dem Emissionshandel.  
(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinbrück, den Teil der Gesellschaft, der von Ihnen nach allen Regeln der Kunst verwöhnt wird, den wollen wir wirklich fordern und fördern. Für diese Bundesregierung gilt die Formel „Fordern und Fördern“ dagegen nur im Hinblick auf die Arbeitslosen, nicht im Hinblick auf die Unternehmen. Das ist eine Schieflage.  
(Beifall bei der LINKEN)

Ich fand den Einwurf von Bundespräsident Köhler richtig, der von den Unternehmen gefordert hat, sie sollten doch einmal selber Vorschläge machen, wie die Subventionen, die sie erhielten, gesenkt werden könnten. Ich nahm das zum Anlass, im Wirtschaftsministerium, bei Herrn Glos, eine Anfrage zu stellen.  
(Zuruf von der CDU/CSU: Hier ist er, in den Reihen der Abgeordneten!)

- Mein Lieblingsminister, ja. -

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe ihn gefragt, ob ihm denn Vorschläge der Wirtschaft zum Subventionsabbau vorliegen. Sie erinnern sich sicherlich an Ihre Antwort, Herr Glos. Die Wirtschaft hat keine Vorschläge zum Abbau der Subventionen vorgelegt. Sie macht immer nur Vorschläge zulasten der sozial Schwachen. Das ist nicht in Ordnung.  
(Beifall bei der LINKEN)

Die Regierung vermittelt immer den Eindruck, dass nur wir als Linke Steuergelder umverteilen wollen. Das ist aber nicht richtig. Die rot-grüne und auch die schwarz-rote Regierung haben ein gigantisches Umverteilungskarussell angeschoben. Herr Eichel, der Vorgänger von Herrn Steinbrück, nannte die Zahl von 60 Milliarden Euro Steuerausfall durch Umverteilung. Wir wollen dieses Karussell erst einmal anhalten und die wieder aufnehmen, die aus der Bahn geworfen wurden. Das bedeutet zum Beispiel die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro und ein gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit geringem Einkommen.  
(Beifall bei der LINKEN)

Doch es geht nicht nur um Umverteilung - wie immer behauptet wird -, sondern wir fordern auch mehr Geld für öffentliche Investitionen. Ich wiederhole: Es ist ein Skandal, dass der Verteidigungshaushalt wesentlich größer ist als der Umfang der Mittel für die öffentlichen Investitionen. Auch diese Schieflage wollen wir beseitigen.  
(Beifall bei der LINKEN)

Es geht aber nicht nur darum, Investitionen zu tätigen, sondern auch darum, sie zu schützen. Es geht nicht an, dass die Deutsche Bahn, die die Menschen jahrzehntelang



mit ihren Steuern subventioniert haben, jetzt zu einem Bruchteil ihres Wertes verschert werden soll. Das ist Betrug an den Menschen. Dem stellen wir uns entgegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen Schluss machen mit der Umverteilung von unten nach oben, der Finanzierung von Kriegen und der Zerstörung der Umwelt. Es ist Zeit für eine haushaltspolitische Wende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Otto Bernhardt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Koalition hat sich in ihrer Finanzpolitik von Anfang an zwei Ziele gesetzt, die sie gleichzeitig erreichen wollte: erstens die nachhaltige Sanierung der öffentlichen Finanzen und zweitens die Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft. Bei beiden Aufgaben haben wir in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode Enormes geleistet. Ich glaube, dass sich die Leistungen in beiden Bereichen sehen lassen können. Es ist unser Ziel, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode weiter erfolgreich an beiden Aufgaben zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch wenn es unpopulär ist, sage ich sehr deutlich:

Ohne die Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre dies nicht möglich gewesen. Das gilt insbesondere für die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Es ist zwar richtig, dass im ersten Halbjahr die Sozialversicherungen wie auch die Haushalte der Kommunen und Länder im Durchschnitt einen leichten Überschuss aufweisen. Ohne die Mehrwertsteuererhöhung wäre dies aber nicht möglich gewesen. Deshalb entgegne ich allen – vor allem aufseiten der FDP –, die das Thema auch in dieser Debatte wieder erwähnt haben: Entweder können Sie nicht rechnen, oder Sie sind in dieser Frage böseartig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD –

Ulrike Flach [FDP]: Na, na!)

Die Union hat sich vor Jahren unter dem Motto „Drei mal 40 Prozent“ drei sehr ehrgeizige Ziele im Bereich der Finanzpolitik gesetzt. Unser erstes Ziel war und ist, die Sozialabgaben auf 40 Prozent zu beschränken. Auch diesem Ziel sind wir ein ganzes Stück näher gekommen. Die Sozialabgaben liegen derzeit bei knapp über 40 Prozent.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir sehen noch Reserven bei der Arbeitslosenversicherung und hoffen, noch im Laufe dieser Legislaturperiode das Ziel von 40 Prozent zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das zweite Ziel war, die Staatsquote auf 40 Prozent zu senken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Projekt Stoiber!)

Wir haben immer gesagt, dass die Erreichung dieses Zieles

viele Jahre dauern wird. Im Zusammenhang mit der Staatsquote ist auch in dieser Debatte wiederholt mein Vorgänger im Wahlkreis, Gerhard Stoltenberg, erwähnt worden. Ihm ist es seinerzeit als Finanzminister gelungen, innerhalb von sechs Jahren die Staatsquote von 47,5 Prozent auf 43 Prozent zu senken. Das war der niedrigste Wert über Jahrzehnte. Im Rahmen der Wiedervereinigung hat sich die Staatsquote dann der 49-Prozent-Marke genähert; das war klar. Aber wir sind auch hier auf dem richtigen Weg. Die Staatsquote liegt nun bei 45 Prozent, Tendenz sinkend. Der Minister hat recht, wenn er sagt: All das Gerede, der Staat werde immer fetter, ist nicht richtig. Der Maßstab ist die Staatsquote. Hier befinden wir uns auf dem richtigen Weg. 45 Prozent sind ein gutes Zwischenergebnis. Unser Ziel sind aber 40 Prozent. Beim dritten Ziel sind wir in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode nicht weitergekommen. Mit der dritten 40 haben wir gemeint, dass der Spitzensteuersatz bei 40 Prozent liegen soll. Die 50 Prozent, die Sie, Frau Kollegin Löttsch, eben nannten, haben wir heute praktisch. Wenn man zu den 42 Prozent Spitzensteuersatz den Solidaritätszuschlag, die Kirchensteuer und die besonderen Abgaben für hohe Einkommen hinzurechnet, dann stellt man fest, dass wir uns hier der 50-Prozent-Marke nähern. Ich sage daher sehr deutlich: Eine zentrale Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode ist für uns eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer mit dem Ziel, eine deutliche Senkung herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich weiß, dass es hier im Hause eine Reihe von Kollegen gibt – bei der FDP, aber vereinzelt auch bei uns –, die die Einkommensteuer gerne noch in dieser Legislaturperiode senken würden. Ich sage es sehr deutlich: Das geht nicht. Der Kollege Fromme hat eben darauf hingewiesen: Wir haben noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 23 Milliarden Euro. Wir haben eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 13 Milliarden Euro geplant. Ich glaube, in dieser Situation wäre es unverantwortlich, nun durch weitere Steuersenkungen das Erreichen des Ziels, das wir schon vor Augen haben, nämlich endlich wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, zu gefährden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb sollte man zurzeit keine Aussagen in diese Richtung machen.

Aus meiner Sicht hat die Haushaltsdebatte deutlich gemacht, dass die Große Koalition mit ihrer Finanzpolitik auf dem richtigen Weg ist. Ich habe von den drei Oppositionsfraktionen keine nachvollziehbaren Alternativen gehört.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das ist wahrscheinlich eines der entscheidenden Ergebnisse dieser Haushaltsberatungen. Deshalb sage ich sehr deutlich für die Union – ich denke, ich spreche hier für die Große Koalition insgesamt –: Wir werden die bisher betriebene Finanzpolitik – nachhaltige Sanierung der Haushalte und Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft – auch in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode fortsetzen, um dann mit hervorragenden Ergebnissen

vor die Wähler zu treten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2008 und des Finanzplans des Bundes 2007 bis 2011 auf den Drucksachen 16/6000 und 16/6001 an den Haushaltsausschuss vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 19. September 2007, 13 Uhr, ein.

Nehmen Sie die gewonnenen Einsichten und genießen Sie das Wochenende!

Die Sitzung ist geschlossen.

</ text >

< text 16125 >

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir kommen damit zur Frage 14 der Kollegin Nina Hauer:

Welchen Anklang finden die im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ausgearbeiteten internationalen Regeln zur Eigenkapitalausstattung von Banken, die am 1. Januar 2007 in Deutschland in Kraft getreten sind, in der Finanzbranche, und welche Erfahrungen konnten aus den internationalen, europäischen und nationalen Verhandlungen zu Basel II für zukünftige internationale Gespräche zu Eigenkapitalstandards für Banken gewonnen werden?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Den ersten Teil Ihrer Frage möchte ich wie folgt beantworten:

Nach unserem Eindruck stoßen die neuen Eigenkapitalregeln für Banken, die man gemeinhin als Basel II bezeichnet, im Kreditgewerbe inzwischen auf breite Akzeptanz. Sie werden gegenüber dem Basel-IStandard, der bis dahin galt, als deutlicher Fortschritt empfunden. Insbesondere besteht vor dem Hintergrund der seit Sommer dieses Jahres andauernden Diskussionen über die Turbulenzen an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf den Verbriefungsmarkt die Überzeugung, dass durch Basel II einige dieser Probleme wahrscheinlich hätten begrenzt werden können. Zum Beispiel dürfen Verbriefungen nach Basel II nicht mehr außerbilanziell erfolgen; dies war eines der Probleme, das auch in dem einen oder anderen deutschen Kreditinstitut zu Beunruhigung geführt hat.

Aufgrund der bis 2006 bestehenden Unsicherheit, wie die Regeln in Detail ausgestaltet werden, haben viele Kreditinstitute in Deutschland die Implementierung von Basel II nicht zum 1. Januar 2007 abschließen können. Sie haben daher von der eingeräumten Übergangsregelung Gebrauch gemacht, die neuen Eigenkapitalregeln erst ab dem 1. Januar 2008 anzuwenden.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage kann ich Ihnen mitteilen:

Sowohl auf internationaler als auch auf europäischer und nationaler Ebene hat sich gezeigt, dass im Hinblick auf die sachgerechte Ausgestaltung und Formulierung der neuen Eigenkapitalanforderungen ein enger Dialog mit der Kreditwirtschaft von großem Nutzen ist. Diese Erfahrung wird von den entsprechenden Gremien bei der Weiterentwicklung der Bankenregulierung berücksichtigt. Auf nationaler Ebene haben BaFin und Deutsche Bundesbank bereits frühzeitig einen Arbeitskreis mit nachgeordneten Fachgremien ins Leben gerufen. Auf diesem Wege kann mit der Kreditwirtschaft laufend über Fragen der Implementierung der bestehenden Regelung diskutiert werden. Außerdem konnten und können dadurch Überlegungen vonseiten der Banken zu anstehenden Regulierungsvorhaben berücksichtigt werden. Was die internationalen Verhandlungen zu Basel II angeht, hat sich erwiesen, dass durch die frühzeitige und sehr sachkundige Beratung dieses Themas im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und durch die daraus folgenden Entschlüsse des Deutschen Bundestages in den Jahren 2000 und 2001, die in diesem Hause mit großer Mehrheit verabschiedet worden sind, den Verhandlungsführern von Bundesbank und BaFin eindeutig der Rücken gestärkt wurde. Mit diesem Mandat haben sie gute Verhandlungserfolge erzielen können. Die Tatsache, dass Basel II in den Vereinigten Staaten noch immer nicht eingeführt wurde und dass zurzeit fraglich ist, wann es eingeführt wird - sicherlich wird es irgendwann eingeführt -, ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich der amerikanische Kongress mit diesen Fragen erstens viel zu spät und zweitens nach meinem Eindruck zu wenig sachkundig befasst hat.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre erste Nachfrage, bitte.

Nina Hauer (SPD):

Frau Staatssekretärin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Aktivitäten der Bundesregierung und des deutschen Parlaments inklusive des Geschicks der damaligen Verhandlungsführer dazu beigetragen haben, dass die Regelungen zu Basel II, die wir mittlerweile in nationales Recht umgesetzt haben, eine deutliche Mittelstandskomponente aufweisen bzw. eine große Mittelstandsfreundlichkeit zum Ausdruck bringen?

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Ja, Frau Kollegin Hauer, das kann ich bestätigen. Es ist so, dass Bankkredite in Höhe von bis zu 1 Million Euro in den sogenannten Retail-Bereich fallen. Die Kreditnehmer werden also behandelt, als wären sie Privatkunden und nicht Unternehmenskunden, und Privatkunden müssen weniger Eigenkapital hinterlegen als Unternehmenskunden. Das hat zur Folge, dass die Bedingungen im Hinblick auf Kredite in der Größenordnung von bis zu 1 Million Euro im Vergleich zum bisher geltenden Recht verbessert worden sind. Kredite in dieser Größenordnung sind für den ganz überwiegenden Teil der mittelständischen Unternehmen völlig ausreichend. Die meisten dieser Unternehmen leihen nicht mehr als 1 Million Euro aus. Allerdings hätten sie die Möglichkeit, sich bei verschiedenen Banken jeweils

1 Million Euro zu leihen. Selbst dann würden ihre Kredite noch wie Privatkredite behandelt werden; denn diese Kredite bilden das Verhältnis des Kunden zur einzelnen Bank ab. Wenn sich ein Unternehmen zum Beispiel bei drei Banken jeweils 1 Million Euro leihen würde, würde es immer noch wie ein Privatkunde behandelt werden.

Diese Regelung beruht in der Tat auf dem Geschick der deutschen Verhandlungsführer, namentlich des Präsidenten der BaFin, Herrn Sanio, und des damals zuständigen Mitglieds des Vorstands der Deutschen Bundesbank, Dr. Edgar Meister.

Im Übrigen ist es gelungen, die deutsche Kreditvergabekultur in den Regelungen zu Basel II abgebildet zu bekommen. Die angelsächsische Kreditvergabekultur ist eine Kurzfriskultur; in diesen Ländern werden nur sehr kurzfristige Kredite vergeben. Deshalb hat man unsere Kreditvergabekultur misstrauisch beäugt. Man wollte langfristige Kredite eigentlich mit mehr Eigenkapital hinterlegt sehen als kurzfristige. Vor dem angelsächsischen Hintergrund kann man das verstehen. Unsere Kultur ist aber geradezu umgekehrt: Wenn eine in Deutschland ansässige Bank oder Sparkasse einem Geschäftskunden einen langfristigen Kredit gibt, bringt sie damit gerade zum Ausdruck, dass sie ihm traut. Insofern muss es dann nach unserer Auffassung keine extra hohe Eigenkapitalhinterlegung geben. Dies ist in den Verhandlungen auch durchgesetzt worden.

Nina Hauer (SPD):

Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Schäffler hat eine Nachfrage.

Frank Schäffler (FDP):

Frau Staatssekretärin, Sie haben gerade das Hohelied auf die deutsche Kreditwirtschaft gesungen. Können Sie mir erklären, wieso die IKB, an der der Bund eine 38-prozentige Beteiligung hält, an ihre irländische Zweckgesellschaft Rhineland Funding Kreditlinien mit einer Fristigkeit von 364 Tagen vergeben hat, also auch sehr kurzfristige, mit dem einzigen Ziel, diese Kredite nicht mit Eigenkapital zu unterlegen? Ist das aus Sicht der Bundesregierung ein vernünftiger Umgang mit Risiken? Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Die Bundesregierung zieht daraus die Schlussfolgerung, dass außerbilanzielle Verbriefungen nicht mehr stattfinden sollen. Dies ist in Basel II geregelt, sodass die Risiken durch die Aufsicht in der Tat besser abgebildet werden können.

Auch die Wirtschaftsprüfer, die uneingeschränkte Testate gegeben haben, haben die Risiken offenbar nicht gesehen; das muss man leider sagen. Es handelte sich letztlich um die Auswirkungen der Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten. So hat es in den Vereinigten Staaten, zum Beispiel im Immobilienmarkt, Kreditlinien bis zu 130 Prozent des Wertes gegeben, sodass die Menschen noch anderen Konsum damit finanzieren konnten.

Ferner hat es in den USA die sogenannten Liars' Loans

gegeben, also an Lügner verliehenes Geld. Die Verleihenden haben das selber so genannt. Sie haben nämlich ihre Kunden gefragt: Wie viel verdienen Sie denn so, was ist Ihr regelmäßiges Einkommen? Aber so genau müssen Sie das nicht sagen. - So ist das sinngemäß gelaufen, so sind diese sogenannten Liars' Loans zustande gekommen, vermehrt seit dem Jahre 2006. Dies hat in der Tat mit dem Verbriefungsgeschäft zu tun gehabt und mit dem Hunger nach neuen Produkten, die insbesondere von den Hedgefonds nachgefragt worden sind. Es sind also schlechte Kredite vergeben worden, um diese in Päckchen zusammenzupacken und an Hedgefonds zu verkaufen, die wiederum ein neues Finanzmarktprodukt daraus machen.

(Frank Schäffler [FDP]: Wieso hat die IKB die gekauft?)

Das ist jetzt etwas vereinfacht ausgedrückt; aber es stellt den Mechanismus einigermaßen dar.

Solches Handeln ist in Deutschland zum Glück unüblich - es ist in Europa eher wenig gebräuchlich - und wird sich nach dieser Subprime-Krise sicherlich nicht weiter verbreiten. Im Übrigen haben wir auch dafür den Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung von Risiken auf dem Kapitalmarkt vorgelegt. Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede  
zur Beratung der Anträge:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investmentgesetzes und zur Anpassung anderer Vorschriften (Investmentänderungsgesetz)

- Offene Immobilienfonds - Marktstabilität sichern, Anlegervertrauen stärken

(123. Sitzung, Tagesordnungspunkt 11 a und b)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE): Eine Änderung der Investmentbedingungen, wie sie durch das Investmentänderungsgesetz erfolgt, ist aus Sicht der Fraktion

Die Linke hinsichtlich der Stärkung des Verbraucherschutzes zu beurteilen, wobei der Begriff Verbraucherschutz in unserem Sinne sowohl einen individuellen als auch einen gesamtwirtschaftlichen, stabilitätspolitischen Aspekt umfasst.

Stabilitätspolitisch ist das Änderungsgesetz vor dem Hintergrund des Crashes eines offenen Immobilienfonds in Deutschland 2005, des Beinahe-Crashes zweier weiterer solcher Fonds im Jahre 2006 sowie der aktuellen Finanzmarktkrise zu bewerten. Angesichts der riesigen in solchen Fonds aufgelaufenen Vermögen - über eine Billion Euro - haben diese Fonds beträchtlichen Einfluss auf das Wohl und Wehe der deutschen, aber auch der europäischen Volkswirtschaft. Die in dem Gesetz immer wieder durchscheinende Sichtweise, welche sich überwiegend an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitalstandorts orientiert, greift daher stabilitätspolitisch zu kurz.

Bereits in der vorausgegangenen Novelle wurde der Fehler begangen, dass Hedgefonds, deren destruktive Geschäftsgebaren im Zuge der aktuellen Finanzkrise eindrucksvoll bestätigt werden, in Deutschland zugelassen wurden. Das war aus unserer Sicht eine schwerwiegende Fehlentscheidung der Regierungskoalition, die auch im vorliegenden Entwurf zu unserem Bedauern

nicht korrigiert wird.

Abgeordnete(r)

entschuldigt bis

einschließlich

Amann, Gregor SPD 14.11.2007

von Bismarck, Carl-

Eduard

CDU/CSU 14.11.2007

Bodewig, Kurt SPD 14.11.2007

Brunkhorst, Angelika FDP 14.11.2007

Claus, Roland DIE LINKE 14.11.2007

Dr. Eid, Uschi BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

14.11.2007

Fischer (Karlsruhe-

Land), Axel E.

CDU/CSU 14.11.2007

Dr. Flachsbarth, Maria CDU/CSU 14.11.2007

Fuchtel, Hans-Joachim CDU/CSU 14.11.2007

Großmann, Achim SPD 14.11.2007

Hettlich, Peter BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

14.11.2007

Knoche, Monika DIE LINKE 14.11.2007

Kotting-Uhl, Sylvia BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

14.11.2007

Kuhn, Fritz BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

14.11.2007

Laurischk, Sibylle FDP 14.11.2007

Leutert, Michael DIE LINKE 14.11.2007

Lips, Patricia CDU/CSU 14.11.2007

Müntefering, Franz SPD 14.11.2007

Petzold, Ulrich CDU/CSU 14.11.2007

Raidel, Hans CDU/CSU 14.11.2007

Schaaf, Anton SPD 14.11.2007

Dr. Schockenhoff,

Andreas

CDU/CSU 14.11.2007

Strothmann, Lena CDU/CSU 14.11.2007

Winkelmeier-Becker,

Elisabeth

CDU/CSU 14.11.2007

Dr. Wodarg, Wolfgang SPD 14.11.2007

Wöhrl, Dagmar CDU/CSU 14.11.2007

Wolf (Frankfurt),

Margareta

BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

14.11.2007

Abgeordnete(r)

entschuldigt bis

einschließlich

Bis vor kurzem hätte ich gesagt, das ist Schnee von gestern, belassen wir es also fürs Erste dabei. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise kann ich jetzt jedoch nur hoffen, dass Sie endlich den Mut finden, sich auch national zu Regulierungen dieser Investmentvehikel durchzuringen. Hören Sie auf, mit Verweis auf die angeblich

nur internationale Wirksamkeit von Regulierungen auf nationaler Ebene die Hände in den Schoß zu legen. Was aber tun Sie also jetzt ungeachtet der Hegdefonds-Problematik hinsichtlich Stabilität und Verbraucherschutz auf dem Kapitalmarkt? Positiv ist hervorzuheben, dass Sie in punkto Kostenvorausbelastung gegenüber den Forderungen der Lobbyisten standhaft geblieben sind. Auch ist gegen die Einführung von Mikrofinanzfonds als neuer Anlageform sicher nichts einzuwenden.

Viel mehr Positives gibt es allerdings nicht zu vermelden, Sie waren sogar schon mal weiter. Das vorliegende Gesetz stellt, verglichen mit dem ursprünglichen Entwurf, eine eindeutige Verschlechterung des Schutzes der Anleger dar. Von den dort in vielen Bereichen noch positiven Ansätzen hinsichtlich des Verbraucherschutzes ist wenig übrig geblieben.

Lassen Sie mich bei den Defiziten einige Punkte herausgreifen: Erstens. Sie haben Fortschritte bei der Offenlegung der Transaktionskosten aus dem nun vorliegenden Entwurf herausgenommen. Das hat zum einen zur Folge, dass es für den Anleger oder die Anlegerin nach wie vor sehr schwer ist, den für ihn oder sie kostengünstigsten Fonds zu erkennen. Zum anderen wird so mangels ausreichender Markttransparenz ein fairer Wettbewerb der Fonds untereinander erschwert.

Zweitens. Eine notwendige Trennung der Depotbank und der Kapitalanlagegesellschaft ist weiterhin nicht gewährleistet. Durch die fehlende Trennung entfällt die Kontrollfunktion der Depotbank, und es entsteht eine Blackbox der Kosten, die zuungunsten der Anleger genutzt werden kann. Dem muss dringend ein Riegel vorgeschoben werden.

Drittens. Zwar ist es begrüßenswert, dass nun ein unabhängiger Vertreter im Aufsichtsrat der Kapitalanlagegesellschaft sitzt. Dies nutzt jedoch wenig, wenn er nicht über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und nicht den Anlegerschutzorganisationen verbunden ist. Letzteres haben Sie versäumt festzulegen.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Aus der Perspektive des Anlegerschutzes liegt hier vieles im Argen! Aber nicht nur das: Unter der Maßgabe der Produktinnovation wird die neue Anlageform – sogenannte Assetklasse – der Infrastrukturfonds eingeführt. Damit wird die weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge des Staates vorangetrieben, mit den bekannten Konsequenzen einer häufig verminderten Qualität von Leistungen einerseits und Nachteilen zulasten der Beschäftigten andererseits. Dies tun Sie ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Ratingagentur Standard & Poor's international von einer Blase auf diesem Markt spricht. Die bekannten Begleiterscheinungen von Überbewertung und überhöhter Fremdfinanzierung sind bereits sichtbar. Diese Assetklasse ist nicht nur überflüssig, sondern Sie vergreifen sich darüber hinaus noch im Timing. Mir ist nicht klar, was daran innovativ sein soll!

Insgesamt haben Sie es mit der Gesetzesnovelle versäumt, den Anlegerschutz sowohl gesamtwirtschaftlich als auch einzelwirtschaftlich zu stärken. Wir werden ihr daher nicht zustimmen.



</ text >

< text 16126 >

Anlage 17

Zu Protokoll gegebene Reden  
zur Beratung eines Gesetzes über die Feststellung  
des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens  
für das Jahr 2008 (ERP-Wirtschaftsplangesetz  
2008) (Tagesordnungspunkt 25)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU): Es ist eine  
Tatsache: Die deutsche Wirtschaft ist wieder auf Wachstumskurs.  
Dafür verantwortlich ist in allererster Linie  
der deutsche Mittelstand; denn die Arbeitsplätze, die neu  
und zusätzlich geschaffen worden sind, sind vor allem  
im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen  
entstanden. Mit über 30 Millionen Beschäftigten wird  
die höchste Beschäftigungsquote seit der deutschen Einheit  
erreicht. Bis 2009 könnte die Zahl der Arbeitslosen  
nach Ansicht der Experten sogar auf 3 Millionen sinken.  
Es zeigt sich mehr und mehr, dass Reformen Früchte tragen,  
und es wird deutlich, was in Deutschland steckt,  
wenn Rahmenbedingungen verbessert und Kräfte freigesetzt  
werden.

Wir sind deshalb für den Aufschwung gut beraten,  
wenn wir eine weitere Stärkung des Mittelstandes für  
mehr Wachstum und Beschäftigung erzielen. Der Mittelstand  
ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Rund  
3,3 Millionen kleine und mittlere Unternehmen sowie  
Selbstständige in Handwerk, industriellem Gewerbe,  
Handel, Tourismus, Dienstleistungen und freien Berufen  
prägen die deutsche Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen  
stellen 99,7 Prozent aller Unternehmen in  
Deutschland dar, tätigen 40,8 Prozent aller steuerpflichtigen  
Umsätze, bieten 70,2 Prozent aller Arbeitsplätze an  
und bilden 81,9 Prozent aller Lehrlinge aus. Der  
Schwerpunkt unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik  
muss deshalb eine Politik zur Stärkung des Mittelstandes  
sein. Der Strukturwandel macht vor dem Mittelstand  
nicht halt. Statt mit Rohstoffen wird sich der Mittelstand  
im globalen Wettbewerb nur mit Wissen, innovativen  
Produkten und marktfähigen Dienstleistungen und Investitionen  
behaupten können.

Dazu gehört auch, dass wir eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen  
für den Mittelstand erreichen.

Nach wie vor haben vor allem kleine und mittelständische  
Unternehmen, aber auch Unternehmerpersönlichkeiten,  
die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen,  
ein zu geringes Eigenkapitalpolster oder Probleme bei  
der Fremdfinanzierung. Der Innovations- und Mittelstandsförderung  
kommt bei Gründungen und Investitionen  
nach wie vor große Bedeutung zu. Wenn ich mit Unternehmerinnen  
und Unternehmern gerade auch über  
Gründungen von Unternehmen spreche, dann sagen sie  
mir: Das zentrale Problem ist die Finanzierung.  
Somit kommt dem ERP-Wirtschaftsplangesetz eine  
hohe Bedeutung zu. Das ERP-Wirtschaftsplangesetz  
2008 wird nun erstmals nach den Regelungen des geänderten  
Gesetzes über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens  
aufgestellt. Die Änderungen traten mit dem

Gesetz zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung am 1. Juli in Kraft. Gegenüber den bisherigen Wirtschaftsplänen ergeben sich umfangreiche Neuerungen, da die Wirtschaftsförderung zukünftig aus den Erträgen des ERP-Sondervermögens und nicht mehr durch Darlehen finanziert wird. Das Ringen um die Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die KfW hat Erfolg. Der Substanzerhalt wird auch für die Zukunft gewährleistet. Aus ERP-Mitteln wird in 2008 die Zinsbegünstigung von Darlehen und Beteiligungskapital für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes, sowie für Freiberufler mit einem Volumen von rund 4 Milliarden Euro finanziert. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Erstens. Im ERP-Wirtschaftsplan 2008 werden für die Gründung von Unternehmen 450 Millionen Euro angesetzt. Die Absenkung im Plan 2008 im Programm „ERPKapital für Gründung“ von 700 Millionen Euro in 2007 auf 450 Millionen Euro entspricht den Erfahrungen aus der Praxis, da das Programm in den letzten Jahren nie das vorgesehene Volumen erreicht hat. Derzeit wird es überarbeitet und attraktiver gestaltet.

Zweitens. Bei der Absenkung des Planansatzes 2008 im Programm „ERP-Kapital für Wachstum“ von 400 Millionen Euro in 2007 auf 200 Millionen Euro wurden die gleichen Überlegungen angestellt. Da aber auch das Wachstumsprogramm überarbeitet wird, ist hier ein Planwert von 200 Millionen Euro angesetzt worden, um über entsprechende Spielräume zu verfügen.

Drittens. Die Anhebung der Planwerte 2008 im Umweltprogramm auf 1,45 Milliarden Euro hängt ebenfalls damit zusammen, dass in den letzten Jahren die tatsächlichen Zusagewerte stets deutlich höher ausgefallen sind als die Planwerte. Während die Planwerte in der Regel bei 900 Millionen Euro gelegen haben, entwickelten sich die Zusagewerte auf deutlich über 2 Milliarden Euro. Ab Anfang 2008 soll das neue Umweltprogramm „Energieeffizienz in KM“ starten; es ist mit circa 350 Millionen Euro eingeplant. Gleichzeitig wird an einer neuen Aufteilung der Förderung von Umweltschutz und Energieeinsparung zwischen ERP-SV und KfW gearbeitet. Insgesamt sind im Planansatz daher 1,45 Milliarden Euro eingestellt wurden. Dieser Ansatz dürfte bei Nutzung der gegebenen Flexibilitäten ausreichend sein, um alle sinnvollen Umwelt- und Energiesparvorhaben mitfinanzieren zu können.

Ziel des ERP-Wirtschaftsplanes 2008 ist es, die größtmögliche Transparenz der Wirtschaftsförderung zu erhalten. Praxisnähe und Effizienz der Wirtschaftsförderung müssen stattfinden. Die finanziellen Ansätze müssen der wirklichen Nachfrage angepasst werden. Eine spezielle Werbung für die Nutzung von Gründerkapital muss stattfinden. - Das haben wir erreicht. Der ERP-Wirtschaftsplan 2008 orientiert sich tatsächlich mehr an den erreichten Förderzahlen, beweist mehr Flexibilität und ein hohes Maß an Transparenz. Der ERP-Ausschuss wird im kommenden Jahr vor Ort den Förderunternehmen Besuche abstatten, um den Erfolg der Wirtschaftsförderung und die Programmgestaltung weiter voranzubringen. Ich glaube, meine Ausführungen haben Ihnen die Bedeutung

der Förderung des Mittelstandes aus den ERP-Mitteln deutlich vor Augen geführt. Mir war die Erstellung des Berichts des Bundesrechnungshofs besonders wichtig; ich bedanke mich ausdrücklich für die umfassende Unterstützung zur sachgerechten Bewertung.

Nachdem in der abschließenden Sitzung des ERP-Ausschusses am Mittwoch alle noch offenen Fragen zufriedenstellend geklärt werden konnten, gab es für das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2008 eine breite Zustimmung. Ich

kann Ihnen heute hier versichern, dass wir uns im Ausschuss gemeinsam weiter dafür einsetzen werden, dass dem Mittelstand weiterhin so viel Förderung wie möglich zugute kommt; denn eines weiß ich als erfahrener Unternehmer nur zu gut: Die Gründung und der Erhalt eines Unternehmens und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen und fallen mit der Finanzierung.

Garrelt Duin (SPD): Wenn man sich die Geschichte der ERP-Förderung anschaut, liest sie sich wie die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Angefangen mit dem rudimentären Wiederaufbau über die Unterstützung exportintensiver Industrien bis hin zum Umweltschutz und Beteiligungskapital für technische Innovationen ist das ERP ein Erfolgsmodell. Anhand dieser Entwicklung wird ganz klar, welche Bedeutung das ERP für zahlreiche Wirtschaftsunternehmen, aber auch für die wirtschaftliche Position Deutschlands weltweit hat.

Heute besprechen wir das erste Wirtschaftsplangesetz nach der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung. Der neue Wirtschaftsplan 2008 ist deshalb mit denen der Vorjahre nicht mehr vergleichbar. Mit der KfW wurde ein im Bereich Mittelstandsförderung besonders kompetenter Partner mit ins Boot genommen. Durch diese Zusammenarbeit erreichen wir Effizienzsteigerung und Bürokratieabbau. Vorrangiges Ziel ist und bleibt es, die Investitionsfähigkeit mittelständischer Unternehmen langfristig zu sichern und die Gründung neuer Unternehmen zu unterstützen. Das Fördervolumen und die Förderintensität des ERP bleiben dabei bestehen. Das in der KfW angelegte Sondervermögen bleibt der Wirtschaftsförderung weiterhin ausdrücklich erhalten.

Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition versuchen wieder einmal den Eindruck zu erwecken, die Bundesregierung gefährde den Substanzerhalt des ERP-Vermögens.

Das ist reine Angstmacherei und soll von dem Erfolgsmodell ERP und seiner Neuordnung ablenken.

Denn auch der Bundesrechnungshof bestätigt uns, dass mit der Umsetzung des ERP-Wirtschaftsplans 2008 der Substanzerhalt des ERP-Vermögens nicht in Gefahr ist.

Trotz der Probleme der IKB-Bank ist die für die Überlassung von Eigenkapital gewährte Vergütung bzw. die für das Nachrangdarlehen gewährte Verzinsung in Höhe von mindestens 590 Millionen Euro jährlich gewährleistet. Wir wollen mit der Umsetzung des Wirtschaftsplans 2008 weiterhin zukunftsorientierte Akzente setzen. Unsere Politik setzt eindeutige Zeichen für nachhaltige Belebung und Stützung der wirtschaftlichen Dynamik im Mittelstand. Mit dieser bedarfsorientierten Förderung haben wir genau ins Schwarze getroffen. Die ERP-Förderung von Existenzgründern sowie kleinen und mittleren

Unternehmen stärkt den Standort Deutschland und damit unsere Position im europäischen und globalen Standortwettbewerb.

Nicht zuletzt stellt sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme dar. Denn neue Betriebe und die Ausweitung mittelständischer Unternehmen wirken sich positiv und nachhaltig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Finanzierung von betrieblichen Umweltprojekten und neuen Energiequellen leistet einen wichtigen Beitrag für unsere ökologischen Zielsetzungen. Gerade in strukturschwachen Regionen ist das ERP-Sondervermögen ein wichtiges Fördermittel, besonders für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. In Gesprächen mit Vertretern der Sparkassen in meiner Region wurde deutlich, dass bei Krediten für die KMU fast zu 100 Prozent auf die Kreditmöglichkeiten des ERP zurückgegriffen wird.

Es gab in den vergangenen Jahren auch Zeiten, in denen das anders war, als Kredite aus den ERP-Programmen kaum genutzt wurden. Seit einiger Zeit wird aber

wieder verstärkt investiert. Dies ist sicherlich auf den wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch auf die günstigen Bedingungen der ERP-Förderung zurückzuführen.

Das ist doch genau das, was wir mit unserer Politik erreichen wollen: Wir wollen den Mittelstand stärken und die Menschen in Deutschland am Aufschwung teilhaben lassen.

Martin Zeil (FDP): Der ERP-Wirtschaftsplan 2008 ist bekanntlich aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung ein Plan unter völlig neuen Prämissen. Wir standen und stehen dieser Neuordnung skeptisch gegenüber, und der vorliegende Plan ist nicht gerade geeignet, diese Skepsis zu zerstreuen.

Lassen Sie mich zunächst auf die politischen Akzente eingehen, die der Wirtschaftsplan setzt und die sehr aufschlussreich sind. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält grundlegende Umsteuerungen bezüglich der Verteilung der Fördermittel. So erfolgt eine massive Reduzierung der Mittel für die Gründung von Unternehmen, und zwar um rund 36 Prozent. Auch das ERP-Kapital für Wachstum wird erheblich heruntergefahren: 50 Prozent weniger als bisher will man dafür ausgeben. Das sind schon ganz beträchtliche Kürzungen und zwar ausgerechnet im Bereich „Unternehmerkapital“, in dem Programm, das dazu da ist, der immer wieder betonten Eigenkapitalschwäche des Mittelstandes abzuhelpfen.

Ebenfalls starke Einbußen hinnehmen muss das Regionalförderprogramm, das auf 30 Prozent der früheren Förderung verzichten muss. Hierbei handelt es sich um ein Instrument, das vor allem den Investitionsbedürfnissen gestandener Unternehmen in den neuen Ländern entgegen kommt, die zu hegen und pflegen es viele Gründe gibt, zum Beispiel den, dass sie immer noch viel zu rar gesät sind.

Schließlich und letztlich sei die Reduzierung des Beteiligungskapitals um 20 Prozent genannt. Dabei ist es für den Mittelstand und seine Wettbewerbsfähigkeit sehr wichtig, zu wachsen, und hilfreich, dafür Kapitalspritzen zu bekommen.

Eine erhebliche Aufstockung, ja, eine regelrechte Aufblähung

hingegen erfährt das ERP-Umweltschutzprogramm, bei dem der Mitteleinsatz um ganze 61,1 Prozent zulegt. Nicht, dass wir etwas gegen den Umweltschutz hätten. Ganz im Gegenteil. Aber eine dermaßen einseitige Akzentuierung des ERP-Förderprogramms erscheint uns als deutlich überzogen. Wir können auch nicht erkennen, wieso das unbedingt dem Mittelstand nutzt und frommt. Es dient vielmehr zuerst und vor allem der Umsetzung der äußerst ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung. Die Bundesregierung begründet die erheblich veränderten Mittelansätze damit, dass sich auch die Nachfrage nach Fördermitteln in den einzelnen Bereichen geändert habe und dass sie dem mit einem angepassten Mittelansatz zu entsprechen suche. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Sieht man sich die Vergleichszahlen an, so stellt man fest, dass die reale Nachfrage nach dem Regionalförderprogramm und nach Beteiligungskapital von 2006 zu 2007 gestiegen ist. Bei beiden ist aber der Mittelansatz für 2008 zurückgefahren worden.

Was wir hier konstatieren, ist, dass sich die ERP-Förderung immer mehr von der klassischen Mittelstandsförderung entfernt. Statt Beteiligungskapital für mehr Wachstum zu erhalten, wird der Mittelständler mit Beihilfen für energiesparende Maßnahmen und Umweltinvestitionen beglückt. Diese können ihm möglicherweise helfen, Kosten zu senken, aber sein naturgemäß viel stärker ausgeprägtes Anliegen, zu investieren, um zu wachsen, befriedigen sie nicht.

So viel zu den aus unserer Sicht zweifelhaften und nicht voll nachvollziehbaren Schwerpunktsetzungen des Gesetzentwurfs.

Auch sonst lässt er einiges zu wünschen übrig. Das hat der Bericht des Bundesrechnungshofes zum Gesetzentwurf sehr deutlich gemacht. Es mangelt dem Entwurf an Transparenz und Klarheit. Beides liegt aus meiner Sicht in der Bringschuld der Bundesregierung gegenüber dem Parlament, und zwar ganz besonders vor dem Hintergrund der Neuordnung, die viele Änderungen mit sich bringt, die erklärt und verstanden werden wollen. Es ist mir in diesem Zusammenhang unverständlich, warum das Wirtschaftsministerium nicht bereits von sich aus Informationen zur geplanten Zinsverbilligung je Förderprogramm und die sich daraus ergebenden Zinsausgaben geliefert hat, sondern dass es dazu erst des Anstoßes durch den Bundesrechnungshof brauchte. Die nachträglich gelieferte Aufstellung unterstreicht übrigens noch einmal, dass das Umweltprogramm mit einer Zinsverbilligung von fast 9 Milliarden Euro alle anderen Positionen deutlich übertrifft, die Zinsverbilligung des Unternehmerkapitals zum Beispiel um rund 5 Milliarden Euro.

Erfreulich ist auch, dass die Bundesregierung nachträglich eine Plausibilitätsbetrachtung geliefert hat, die die Förderung des Jahres 2008 in die Zukunft fortschreibt. Die Rechnung enthält allerdings etliche Unbekannte und ist nicht mehr als ein Schätzwert, der sich auch anders als erwartet entwickeln kann.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung alle Anregungen des Bundesrechnungshofes auf- und angenommen hat, gleichzeitig aber in gewisser Weise auch ein

Armutzeugnis, dass es der „Nachhilfe“ durch den Bundesrechnungshof bedurft hat, um mehr Licht in das ERP-Fördergeschäft zu bringen.

Trotzdem werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf der Stimme enthalten, weil wir die Fördermittelverteilung für nicht voll nachvollziehbar halten und zudem immer noch große Zweifel daran haben, dass in den nächsten Jahren Einnahmen und Ausgaben in geplanter Weise in Übereinstimmung zu bringen sind.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE): Der ERP-Wirtschaftsplan für das Jahr 2008 sieht zinsverbilligte Finanzierungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von vier Milliarden Euro vor. Die Linke stimmt diesem Gesetzentwurf zu. Das ERP-Programm hebt sich positiv ab von der allgemeinen wirtschaftspolitischen Linie der Bundesregierung.

Erstens setzt es das Eingeständnis voraus, dass volkswirtschaftliche Effizienz von freien Kapitalmärkten

nicht zu erwarten ist. Private Beteiligungsfonds setzen hohe Summen für die Übernahme etablierter Unternehmen ein, die Beteiligung an jungen Unternehmen in der Gründungs- oder Startphase liegt im kaum messbaren Bereich. Unter dem Strich entziehen die Kapitalmärkte mit ihrer Renditeerwartung den Unternehmen häufig mehr Mittel, als sie ihnen zur Verfügung stellen.

Zweitens werden die ERP-Kredite zweckgebunden für Investitionen vergeben, darunter auch für Forschung und Entwicklung. Dies steht in wohltuendem Kontrast zur allgemeinen Entwicklung auf dem Finanzsektor.

Finanztransaktionen dienen heute nicht in erster Linie realen Investitionen, sondern der Erzeugung von Rechtstiteln, die bereits bestehendes Produktivvermögen tributpflichtig machen. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Sommer dieses Jahres wuchs das Kreditvolumen für schuldenfinanzierte Unternehmensübernahmen und waghalsige Spekulationsgeschäfte von Hedgefonds stark an. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung durch die Liberalisierung der Finanzmärkte befördert. Eine Alternative ist die zinsgünstige öffentliche Kreditvergabe unter der Bedingung, dass die Mittel für Realinvestitionen verwendet werden.

Drittens besteht die ERP-Förderung aus zurückzuzahlenden Krediten an investierende Unternehmen. Dies ist deutlich besser als allgemeine Steuergeschenke an den Unternehmenssektor, die durch Mehrwertsteuererhöhungen gegenfinanziert werden. Die blauäugige Hoffnung, dass steigende Gewinne automatisch zu mehr Investitionen und mehr Beschäftigung führen, sollte man inzwischen aufgeben haben.

Weitere politische Anstrengungen sind nötig, um die Wirksamkeit des ERP-Sondervermögens zu erhalten:

Erstens darf das Sondervermögen nicht mehr als Liquiditätsquelle für den Bundeshaushalt missbraucht werden. Die Neuordnung des Sondervermögens in diesem Jahr hat die Substanz geschwächt und die Liquidität verringert.

Zweitens sollte das Sondervermögen nicht für die Förderung von Großkonzernen wie EADS eingesetzt werden. EADS benötigt statt öffentlichen Krediten und

Subventionen eine öffentliche Kapitalerhöhung, damit die geplanten Notverkäufe von Airbuswerken unterbunden werden können.

Drittens muss die parlamentarische Kontrolle über die effiziente Verwendung der ERP-Mittel gestärkt werden, erst recht nach der Übertragung auf die KfW. In Zukunft muss genau evaluiert werden, welche Wirkungen die einzelnen Förderprogramme in Bezug auf Innovation und Beschäftigung gebracht haben. Die bisherige Planungspraxis ist verbesserungswürdig. Planzahlen und Istzahlen für die einzelnen Programme haben meist wenig miteinander zu tun.

Viertens muss die notwendige Verzinsung des Sondervermögens in der KfW sichergestellt werden, damit das Fördervolumen beibehalten werden kann. Die Finanzspekulationen der IKB haben der KfW schwer geschadet. Eine Präzisierung des Aufgabenbereichs der KfW kann dazu beitragen, ähnliche Verluste in Zukunft zu verhindern.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ERP-Sondervermögen spielt eine zentrale Rolle in der Förderung des Mittelstandes, des Umweltschutzes und von Innovationen. Das zu verabschiedende Gesetz legt den ERP-Wirtschaftsplan für 2008 fest. Insgesamt werden 363 Millionen Euro für Förderzwecke und die damit verbundenen Kosten bereitgestellt.

Aufgrund der großen Bedeutung des ERP-Sondervermögens hatten wir die weitgehende Übertragung des ERP-Sondervermögens an die KfW im Sommer dieses Jahres sehr kritisch betrachtet. Die Finanzkrise hat schon wenige Wochen nach der Übertragung gezeigt, dass auch Anlagen in der KfW nicht ohne jedes Risiko sind und dass es problematisch ist, sein Portfolio weitestgehend auf eine Bank zu konzentrieren.

Bis heute können wir nicht abschätzen, wie weit die KfW von der Finanzkrise betroffen sein wird und welche Auswirkungen dies auf die Förderkraft des ERP-Sondervermögens haben wird. Nichtsdestoweniger werden wir der konkreten Vorlage des ERP-Wirtschaftsplans zustimmen. Der Wirtschaftsplan hat einige positive Punkte.

Insbesondere begrüßen wir, dass für Umweltschutztechnologien sowie für das Innovationsprogramm für 2008 deutliche Aufwüchse vorgesehen sind. Sowohl das Umweltprogramm als auch das Innovationsprogramm sind in den letzten Jahren sehr gut gelaufen. Daher ist es folgerichtig, hier weitere Akzente zu setzen. Positiv ist aus unserer Sicht auch die Entwicklung des ERP-EIF-Dachfonds. Dieser hat inzwischen in eine Reihe von Venture-Capital-Unternehmen investiert und die gewünschte Hebelwirkung erzielt. Das heißt, die Venture-Capital-Unternehmen konnten mit der Unterstützung des Dachfonds ein Vielfaches an Mitteln einwerben. Über 1 Milliarde Euro Venturecapital konnte damit generiert werden, die für Investitionen in Start-ups zur Verfügung stehen. Ich denke, wir sollten diese Erfolgsgeschichte fortsetzen. Daher begrüßen wir die Ankündigung der Bundesregierung mit dem EIF in Gespräche einzutreten, die Dachfondsmittel aufzustocken. Es war sehr vorausschauend, dass dafür Mittel im Rahmen der Neustrukturierung reserviert wurden. Ein weiterer Grund für unsere

Zustimmung ist die Zusicherung der Bundesregierung, dass das ERP-Vermögen und die Förderung erhalten bleiben sowie die zugesagten Erlöse im Wirtschaftsplan auftauchen. Wir werden uns dies auch in Zukunft genau ansehen. Der Bundesrechnungshof hat in der Vergangenheit seine Skepsis zum Ausdruck gebracht, dass das Vermögen tatsächlich erhalten bleibt. Wir werden im Unterausschuss weiter unsere parlamentarische Kontrollfunktion ausüben. Anlage 24

Zu Protokoll gegebene Reden  
zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur  
Modernisierung der Aufsichtsstruktur der Bundesanstalt  
für Finanzdienstleistungsaufsicht  
(Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz) (Tagesordnungspunkt  
32)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vor zwei Jahren haben wir uns in der Großen Koalition bezüglich der deutschen Finanzmarktaufsicht eine klare Aufgabe gestellt - ich darf zitieren -:

Im Lichte der Erfahrungen seit Schaffung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Allfinanzaufsicht sind die Ergebnisse zu bewerten und gegebenenfalls

1. Arbeitsabläufe und
2. Organisation anzupassen.

Mit dem heute zur ersten Lesung anstehenden Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz kommt die Bundesregierung einem Teil dieses Arbeitsauftrages nach: Sie passt die Organisation der BaFin an die heutigen Erfordernisse an.

Der zweite Teil des Arbeitsauftrages aus dem Koalitionsvertrag muss allerdings noch abgearbeitet werden.

Ich hoffe, dass wir hier im ersten Quartal 2008 weiterkommen:

Es geht um die Anpassung der Arbeitsabläufe und dabei vor allem um die Überprüfung der Zusammenarbeit von Bundesbank und BaFin bei der Bankenaufsicht.

Hierzu hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Gutachten in der vergangenen Woche einen interessanten Diskussionsbeitrag geleistet: Für die Bankenaufsicht - so der Rat - verfüge die Deutsche Bundesbank aufgrund ihrer Marktnähe über erhebliche komparative Vorteile. Es spreche daher vieles dafür, alle aufsichtsrechtlichen Kompetenzen bei der Deutschen Bundesbank zu bündeln.

Ich möchte der Bundesregierung gar nicht empfehlen, sich diesen Vorschlag bis ins Letzte zu eigen zu machen. Allerdings sollte die Einschätzung des Sachverständigenrates hinsichtlich der Expertise der Deutschen Bundesbank bei der Bankenaufsicht sehr wohl ernst genommen werden. Die hervorragende fachliche und praktische Kompetenz der Deutschen Bundesbank - die im Übrigen von den beaufsichtigten Instituten selbst so eingeschätzt wird - muss bei der noch ausstehenden Anpassung der Aufsichtsrichtlinie berücksichtigt werden. Die Bundesbank muss in dem bestehenden System der Allfinanzaufsicht durch BaFin künftig in der Bankensäule wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. So sollte die Bundesbank auch bei den Sonderprüfungen - soweit möglich - einen Prüfungsvorrang gegenüber externen Wirtschaftsprüfern



erhalten.

Doch kommen wir zum ersten Teil der BaFin-Reform, der mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf umgesetzt werden soll: die Organisationsreform der BaFin, das heißt konkret die Reform der Führungsstruktur. Die Bundesregierung schlägt vor, die Präsidialführung der BaFin durch ein Kollegialmodell in Form eines fünfköpfigen Direktoriums zu ersetzen. In der Union unterstützen wir diesen Vorschlag ausdrücklich. Wir sind davon überzeugt, dass ein Direktorium den gewachsenen und stetig weiter wachsenden Aufgaben einer Allfinanzaufsicht besser gerecht wird als eine reine Präsidialführung. Die Entscheidung für die Präsidialstruktur war bei Gründung der BaFin getrieben von dem Gedanken einer integrierten Finanzaufsicht, die sich auch in der auf einen Präsidenten zugeschnittenen Führungsstruktur widerspiegeln sollte. In dieser Präsidialstruktur bestimmte und bestimmt der Präsident nicht nur alleine die strategische Ausrichtung der BaFin. Er hat auch die alleinige Organisations-, Finanz- und Personalhoheit über alle drei Säulen: die Bankenaufsicht, die Versicherungsaufsicht und die Wertpapieraufsicht. Eine derartige Aufgabenfülle ist gerade angesichts der seit Gründung der BaFin im Jahre 2002 stetig steigenden Anforderungen an den Präsidenten in den europäischen und internationalen Gremien nicht mehr sachgerecht.

Die Betriebswirtschaft lehrt uns, dass es das Ziel jeder Aufbauorganisation und damit auch implizit jeder Führungsstruktur ist, erstens einen reibungslosen Ablauf des Betriebsgeschehens zu gewährleisten, zweitens die Arbeitsleistung und Produktivität der Mitarbeiter zu steigern und somit drittens erhöhte Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Diese betriebswirtschaftlichen Ziele können in der BaFin mit einer Präsidialstruktur heute nicht mehr umfassend erreicht werden. Ein Aufsichtspräsident, der zunehmend in wichtigen internationalen Gremien eingebunden ist - von der IOSCO bis zum Financial Stability Forum -, kann nicht gleichzeitig seine Behörde alleinverantwortlich nach innen führen und letzt- und alleinverantwortlich sein für effiziente Arbeitsabläufe.

Es ist daher nur sachgerecht, wenn wir dem Präsidenten künftig vier Exekutiv-Direktoren zur Seite stellen: einen Direktor für die Bankenaufsicht, einen Direktor für die Versicherungsaufsicht, einen Direktor für die Wertpapieraufsicht und einen Direktor für die innere Verwaltung und damit verbundenen Grundsatzfragen. Mit dem Direktorium wollen wir den Präsidenten also keinesfalls schwächen. Nein, wir wollen die BaFin als Organisation insgesamt stärken und effizienter machen - das ist unser Ziel.

Denjenigen, die dennoch fürchten, dass die Einrichtung eines Direktoriums auf internationaler Bühne als Schwächung des Präsidenten wahrgenommen werden könnte, will ich klar und deutlich sagen: Auch die britische Financial Services Authority, FSA, und die US-Notenbank Fed, Federal Reserve System, werden von einem Direktorium geleitet. International ist das Direktoriumsmodell also durchaus bekannt und anerkannt. Damit die Einrichtung eines Direktoriums in der BaFin tatsächlich auch zu den von uns beabsichtigten

Zielen - mehr Effizienz und Steigerung der Synergieeffekte zwischen den drei Säulen - führen kann, müssen die Direktoren mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden. Ansonsten bliebe die neue Führungsstruktur wirkungslos. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung den Direktoren die Ressortverantwortung für ihre Bereiche zuteilt. Dazu gehört neben der Zuständigkeit für die Sachentscheidungen des jeweiligen Geschäftsbereichs konsequenterweise auch die Organisations-, Finanz- und Personalhoheit.

Die Richtlinienkompetenz, das heißt die Entscheidung über die strategische Ausrichtung der BaFin, verbleibt hingegen beim Präsidenten. Das ist genauso richtig wie die Verteilung der Ressortverantwortung auf die einzelnen Direktoren. Darüber hinaus verbleibt die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der BaFin beim Präsidenten. Dazu gehört vor allem die Interessenvertretung Deutschlands in den internationalen Gremien.

So wie Finanzmärkte zunehmend nicht mehr national funktionieren, so gewinnt auch die Entwicklung von internationalen Aufsichtsstandards an Bedeutung. Um diese wichtige Entwicklung mit zu prägen und zu konditionieren, bedarf es einer starken deutschen Vertretung auf internationaler Bühne. Dieser aktiven Repräsentation kann sich der Präsident künftig noch stärker widmen, ohne dass dabei die Organisation seiner Behörde nach innen vernachlässigt würde.

Ebenso wichtig wie die Verteilung der einzelnen Verantwortlichkeiten auf fünf Schultern ist für mich die Verbreiterung der Legitimationsbasis von wichtigen Beschlüssen.

Laut Regierungsentwurf soll das Direktorium als tatsächliches Kollegialmodell funktionieren. Das heißt, das Direktorium fasst seine Beschlüsse - beispielsweise über den Erlass von Verwaltungsvorschriften - mit einfacher Mehrheit. Einzig bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag. Gerade angesichts der komplexer werdenden Anforderungen an die BaFin halte ich es für sachgerecht, dass wichtige Entscheidungen künftig nicht mehr von einem Präsidenten alleine, sondern - nach eingehender Beratung - von einem fünfköpfigen Direktorium gefällt werden.

Wie jede Organisation, so wird auch der Erfolg der neuen Führungsstruktur der BaFin von den handelnden Personen abhängen. Daher ist es unerlässlich, für die neuen Direktoriumsposten kompetentes Fachpersonal zu gewinnen. Dafür bedarf es einer angemessenen Bezahlung. In der Union begrüßen wir es deshalb sehr, dass die Besoldungsgruppe für die Direktoriumsmitglieder von B 6 auf B 8 angehoben werden soll.

Insgesamt unterstützen wir das heute zur ersten Lesung anstehende Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz.

Das anstehende Gesetzgebungsverfahren werden wir nutzen, um die Einzelheiten der Organisationsregelungen zu prüfen und gegebenenfalls Details zu modifizieren.

Dabei werden wir möglicherweise auch noch einmal die Frage diskutieren, ob die Besetzung des Verwaltungsrates sowie des Fachbeirates noch zeitgemäß ist oder heute nicht doch noch eine zusätzliche Beteiligung von Wertpapierhandelsbanken und Finanzdienstleistungsinstituten geboten wäre.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die Organisationsreform der BaFin nur einen Teilbereich der notwendigen BaFin-Reform darstellt. Der zweite Teil der Reform, die Modernisierung der materiellen Bankenaufsicht, muss zeitnah folgen.

Erlauben Sie mir dieses ebenso simple wie richtige betriebswirtschaftliche Fazit: Eine gute Aufbauorganisation der BaFin - wie sie im heutigen Gesetz angelegt

ist - ist nichts wert ohne eine mindestens ebenso gute Ablauforganisation, das heißt konkret in der Bankenaufsicht: eine bessere Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Bundesbank und BaFin. Dafür müssen wir mit dem zweiten Teil der BaFin-Reform im nächsten Jahr die Weichen stellen. Ich erwarte, dass sich sowohl die BaFin als auch die Bundesbank an dieser Weichenstellung konstruktiv beteiligen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Der vorliegende Gesetzentwurf mit der sprachlich verunglückten Überschrift erhebt nicht den Anspruch, eine umfassende Stärkung der deutschen Finanzmarktaufsicht zu bewirken oder gar schon die nötige und ausreichende Reaktion auf die jüngsten Turbulenzen des Marktes zu sein. Aber er ist ein wichtiger Schritt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, besser bekannt unter der Kurzbezeichnung BaFin, erhält mit diesem Gesetz eine neue Führungsstruktur. An die Stelle der bisherigen Präsidentialleitung tritt ein Kollegialorgan, das Direktorium, dem neben dem Präsidenten vier weitere Mitglieder angehören, Exekutivdirektoren genannt, einer von ihnen in der Stellung eines Vizepräsidenten. Der Präsident hat die Richtlinienkompetenz oder, wie es dazu im Entwurf heißt, „er bestimmt die strategische Ausrichtung“ der BaFin. Innerhalb dieses Rahmens leiten die Exekutivdirektoren ihren jeweiligen Geschäftsbereich eigenverantwortlich. Oberstes Beschlussorgan ist das Direktorium. Der bisher für seine gesamte Behörde allumfassend verantwortliche Präsident wird zum Primus inter Pares.

Vieles spricht dafür, dass eine solche vermehrt auf sektorale Eigenverantwortung einerseits und kollegiale Führung andererseits ausgerichtete Leitungsstruktur, die sich außerhalb der Behördenwelt als weitverbreitetes Organisationsprinzip Tag für Tag höchst erfolgreich bewährt, die BaFin stärken kann. Bei kluger Handhabung der neuen Struktur kann sogar die Stellung des Präsidenten wachsen, weil er sich vermehrt auf das wirklich Wesentliche konzentrieren kann.

Im Detail wird über die eine oder andere der im Entwurf vorgesehenen Regelungen noch nachzudenken sein, beispielsweise über das Erfordernis der Einstimmigkeit bei einigen Beschlüssen des Direktoriums. Der tatsächlich Erste unter den Gleichen muss der Präsident schon sein können.

Erwähnt sei auch, dass die beabsichtigte Besoldungsanhebung für die Direktoriumsmitglieder voll gerechtfertigt erscheint. Eine ergänzende Bemerkung darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht fehlen: Das im Vergleich zu den beaufsichtigten Unternehmen deutlich niedrigere Gehaltsniveau ist keine Besonderheit der Leitungsebene. Die Zwänge des öffentlichen Tarif- und Besoldungsrechts

beeinträchtigen die BaFin an ganz vielen Stellen. Die Lehrergehälter, die sie bieten kann, sind für erfahrene Kenner des Bank-, Versicherungs- und Börsenwesens wenig attraktiv.

Wie eingangs gesagt, ist der heute behandelte Gesetzentwurf nur ein erster Schritt. Die große Aufgabe, die von BaFin und Bundesbank getragene deutsche Finanzmarktaufsicht so zu ertüchtigen, dass sie den tatsächlichen Herausforderungen gewachsen ist, liegt noch vor uns.

Hierzu heute nur wenige Anmerkungen. In der durch die US-Hypothekenkrise ausgelösten Erschütterungen der Finanzmärkte hat sich das Rüstzeug von Bundesbank und BaFin als ebenso unzulänglich erwiesen wie das der Finanzaufsichtsbehörden aller übrigen Länder.

Nörgeldebatten über Zuständigkeitsverteilungen zwischen Bundesbank und BaFin sind überflüssig. Die Bundesbank ist schon seit langem an der Bankenaufsicht beteiligt. Die laufende Überwachung der Kreditinstitute obliegt ihr. So bestimmt es § 7 des Kreditwesengesetzes, der die Zusammenarbeit von Bundesbank und BaFin regelt.

Im Detail wird diese Zusammenarbeit zu verbessern sein, und beide Instrumente sind zu erweitern, aber die organisatorische Grundstruktur, insbesondere die Errichtung der Allfinanzaufsicht hat sich bewährt. Verbessert werden müssen vor allem die Fähigkeiten zur Früherkennung und Frühwarnung.

Im Übrigen gilt: Finanzmarktstabilität beginnt mit der eigenverantwortlichen Risikokontrolle durch die Kreditinstitute selbst. Dies ist eine Kernaufgabe von Vorständen und Aufsichtsräten und – nicht zu vergessen –, der von den Gesellschaften für teures Geld beauftragten Wirtschaftsprüfer.

Frank Schäffler (FDP): Der vorliegende Entwurf eines Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetzes ist nur ein halber Gesetzentwurf. Er befasst sich mit der Reform der Leitungsstruktur der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, die Reform der Bankenaufsicht klammert er aus. Dies geschieht deshalb, weil Sie sich innerhalb der Koalition nicht einig sind, wie die Bankenaufsicht künftig aussehen soll.

Eine Schwächung der Rolle der Bundesbank, wie sie im ursprünglichen Referentenentwurf vorgesehen war, ist jedenfalls mit der FDP nicht zu machen. In dem Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums, der das Kabinett nicht erreichte, hieß es – daran möchte ich noch mal erinnern -: „Die Änderung bedeutet eine Klarstellung hinsichtlich des Umfangs der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.“ Mit diesem Satz wurde lapidar begründet, dass die Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums auf die Bundesbank ausgedehnt werden sollte. Diese sogenannte Klarstellung bedeutete jedoch eine weitgehende materiell-rechtliche Änderung, die wir sowohl aus rechtlichen als auch aus politischen Erwägungen ablehnen. Es erhob sich nach Bekanntwerden des Referentenentwurfs dann auch ein Sturm der Entrüstung.

Dass die Unterstellung der Bundesbank unter die Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums sich nicht im vorliegenden Gesetzentwurf wiederfindet,

hat jedoch rein formale Gründe. Ob sie daran inhaltlich festhält, ließ die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion vor zwei Wochen offen und verwies darauf, dass sie derzeit noch prüfe, wie die Bankenaufsicht modernisiert werden könne. Die aktuellen Auswirkungen der Hypothekenkrise in den USA auf den deutschen Bankenmarkt zeigen gerade, wie wichtig eine starke Bundesbank ist, die gleichzeitig die Geldwertstabilität und die Bankenaufsicht im Blick hat. In den USA war es gerade die Verknüpfung von billigem Geld und einer riskanten Kreditvergabe, die das Ausmaß der Hypothekenkrise herbeigeführt hat. Deshalb ist es für die FDP-Fraktion ein zentraler Punkt bei der Reform der Bankenaufsicht, dass die Bundesbank, die ja ausweislich des DIW-Gutachtens eine hohe Wertschätzung bei den Kreditinstituten genießt, nicht geschwächt wird. Im Gegenteil läuft ja die öffentliche Diskussion, wenn wir auf unser Nachbarland Österreich schauen oder auch in das in der letzten Woche vorgelegte Gutachten des Sachverständigenrates, eher dahin, die Bundesbank bei der Bankenaufsicht zu stärken. Der vorliegende Gesetzentwurf reagiert nicht auf diese Diskussion, das konnte er auch gar nicht, sondern er reagiert nur auf die internen Betrugsfälle bei der BaFin. Die Konsequenz, die Sie seitens der Koalition daraus ziehen, ist die Entmachtung des BaFin-Präsidenten Jochen Sanio.

Neben dem Verhältnis zwischen Bundesbank und BaFin gibt es weitere zentrale Fragen, die Sie weder im vorliegenden Gesetzentwurf noch im ursprünglichen Referentenentwurf angesprochen haben: Wie soll die Finanzierung der aufsichtsfremden Aufgaben der BaFin künftig aussehen? Wie soll die Staatshaftung geregelt werden? Und die wichtigste Frage, die sich aufgrund der Hypothekenkrise stellt: Wie kann die Bankenaufsicht sich auf die wirklichen Risiken konzentrieren und gleichzeitig unnötige Bürokratie abgebaut werden?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): „Ein starker Finanzplatz erfordert eine starke Aufsicht.“ So lautet die Problemanalyse zu Beginn des vorliegenden Gesetzesentwurfs.

Ja, genau, herzlich gern! Dann tun Sie aber bitte auch was zur Stärkung der Finanzaufsicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen. Anders als viele andere Gesetzentwürfe der Koalition leidet der vorliegende Entwurf nicht daran, dass er in die falsche Richtung geht, sondern daran, dass er gar keinen Schritt tut. Von Ihrem großspurig zur Verbesserung der Finanzdienstleistungsaufsicht und des Zusammenspiels von Bundesbank und BaFin angekündigten Gesetz ist letztlich nicht mehr übrig geblieben als die Schaffung eines zusätzlichen Direktoriums für die BaFin. Ein solches Direktorium ist für sich aber nur so viel wert, wie es konkrete Instrumente an die Hand bekommt, um die Finanzmärkte auch zu beaufsichtigen und wirksam zu kontrollieren. Mit Ihrem Entwurf fallen Sie selbst hinter die ohnehin sehr bescheidenen Reformziele des entsprechenden Eckpunktepapiers des Bundesfinanzministers zurück, der seinerseits nicht gerade für drakonische Finanzmarktregulierung bekannt ist. Die Fachwelt ist sich

einig, dass die Folgen und Risiken der aktuellen Hypothekenkrise für die Konjunktur noch nicht seriös abgeschätzt werden können. Aber statt als Lehre daraus die offensichtlich mangelhafte Regulierung zum Beispiel von Zweckgesellschaften - Stichwort IKB und Sachsen LB - anzugehen, schieben Sie die nötigen Schritte auf die lange Bank. Zum jetzigen Zeitpunkt nicht wenigstens klarzustellen, wie die Kontrollkompetenzen zwischen Bundesbank und BaFin abgegrenzt werden, erhöht die Unsicherheit auf den Finanzmärkten. Dieser Gesetzentwurf leistet damit nicht nur keine Stärkung der Finanzaufsicht, er schwächt sie sogar noch.

Als Linksfraktion würden wir zweifellos die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lieber gestärkt sehen als die Bundesbank, aber keine von beiden zu stärken ist die schlechteste aller möglichen Entscheidungen. Der vorliegende Gesetzentwurf leistet daher nur eins: Im Laufe zukünftiger Finanzkrisen wird es neben dem Präsidenten oder der Präsidentin der BaFin zusätzlich vier Exekutivdirektoren geben, die sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben können. Das ist quasi die Schaffung von Sündenböcken auf Vorrat, ohne die Sünde selbst begrenzen zu wollen. Denn wirksame Instrumente zur Verhinderung der Krisen werden der BaFin, wie gesagt, nicht mit auf den Weg gegeben. Als Linksfraktion machen wir gerne konkrete Vorschläge in dieser Hinsicht. So sollten zum Beispiel die Banken auch die noch nicht gezogenen Kreditlinien an Zweckgesellschaften transparent machen müssen und die Kredite selbst wegen des hohen Risikos mit mehr Eigenkapital unterlegen müssen. Des Weiteren müssen die Zweckgesellschaften selbst, wie die Banken, Eigenkapitalunterlegungsvorschriften unterworfen werden. Nur dadurch ist die unmögliche Situation zu beenden, dass Banken ihre riskanten Kredite einfach in Zweckgesellschaften auslagern und damit ihre Bilanzen schönen.

Es werden aber nicht nur die richtigen Spielregeln gebraucht, sie müssen auch umgesetzt werden. Das erfordert eine starke und kompetente demokratische Aufsicht. Insbesondere durch den Verwaltungsrat der BaFin, in dem auch fünf Abgeordnete dieses Hauses vertreten sind, ist eine parlamentarische Kontrolle der Aufsicht angelegt. Das ist im Fall der Bundesbank leider nicht so. Auch wenn leider weder unsere Fraktion noch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen personell bei der Besetzung des BaFin-Verwaltungsrats zum Zuge kamen, so plädieren wir dennoch gerade wegen der parlamentarischen Kontrolle dafür, die Aufsichtskompetenzen der BaFin und nicht der Bundesbank auszubauen. Aber leider können wir uns hier nicht einmal darüber streiten, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie stärken - traurig genug, dass Ihnen die Linksfraktion das sagen muss - nicht einmal die Bundesbank.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz soll einer Verbesserung der Finanzaufsicht dienen. Dazu soll zunächst die Führungsebene der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) neu strukturiert werden.

Inhaltliche Änderungen, die etwa das Zusammenspiel von BaFin und Bundesbank bei der Bankenaufsicht betreffen,

hat die Bundesregierung frühestens für Anfang 2008 in Aussicht gestellt. Während wir das Ziel einer effektiven Arbeit der BaFin unterstützen und auch Reformbedarf sehen, lehnen wir den von der Bundesregierung gewählten Weg entschieden ab. Die Bundesregierung macht den zweiten Schritt vor dem ersten. Anstatt zuerst politische Ziele einer effektiven und verbraucherorientierten Allfinanzaufsicht festzulegen, beschäftigt sie sich mit der formalen Leitungsstruktur der BaFin.

Unter Aufgabe des Präsidialmodells soll die Führungsebene der BaFin verbreitert werden. Die Leitung der BaFin, die bisher ausschließlich dem Präsidenten oblag, nimmt nunmehr ein fünfköpfiges Direktorium wahr, dem der Präsident angehört. Neben den bisherigen Direktoren für die Geschäftsbereiche Wertpapier-, Versicherungs- sowie Bankenaufsicht wird zudem ein weiterer Posten für den Bereich der Grundsatzfragen und Angelegenheiten innerer Verwaltung geschaffen. Entscheidungen werden dann von diesem Gremium mit einfacher Mehrheit beschlossen. Das Organisationsstatut des Direktoriums muss sogar einstimmig beschlossen werden.

Diese Neuorganisation der Leitungsstruktur findet aus mehreren Gründen nicht unsere Zustimmung. Zunächst ist die Reorganisation der Führung kontraproduktiv. Der BaFin-Präsident würde durch eine solche Umstrukturierung nicht entlastet, sondern geschwächt. Gerade die noch andauernde Finanzmarktkrise hat vor Augen geführt, wie bedeutsam es ist, dass die Beaufsichtigten eine zentrale Ansprechperson bei der BaFin haben, die mit den Befugnissen ausgestattet ist, flexibel und zügig zu handeln. Eine Mehrheitsentscheidung durch ein Direktorenmodell trägt nicht zu einer effektiveren Handlungsweise bei. Das Krisenmanagement der BaFin hat sich bei den Turbulenzen durch US-Subprime-Kreditderivate bewährt. Die Fehler des Aufsichtssystems liegen an anderer Stelle. Sie betreffen insbesondere die Aufgabenverteilung zwischen Bundesbank und BaFin sowie das materielle Aufsichtsrecht.

Die Notwendigkeit für ein Direktorium wird auch mit der Komplexität der jeweiligen Geschäftsbereiche begründet, deren Gesamtführung eine einzelne Person überfordere. Dass die Aufsicht über den Versicherungs-, den Wertpapier- und den Bankensektor anspruchsvoll ist und sich in einer Zeit moderner Finanzinstrumente zunehmend verkompliziert, ist nicht in Abrede zu stellen.

Diese Bereiche wurden aber bisher von den Direktoren erfolgreich gemanagt. Sollte also das vorliegende Modell der Exekutivdirektoren unter Erweiterung um einen Bereich der inneren Verwaltung eher dem Untreuefall und der Bestechlichkeit eines BaFin-Mitarbeiters geschuldet sein? Damit würden Fragen der effektiven Leitung der BaFin mit Aspekten der internen Kontrolle vermennt. Um der internen Ungereimtheiten Herr zu werden, genügt jedoch die Einrichtung einer Compliance-Abteilung. Eine solche Maßnahme kann durch simple Abänderung der Geschäftsordnung der BaFin erfolgen. Dafür ist kein neues Leitungsmodell erforderlich. Des Weiteren verwässert der vorliegende Gesetzesentwurf

die Idee einer integrierten Finanzmarktaufsicht. Eine Trennung zwischen Wertpapier-, Versicherungs- und Bankenaufsicht ist anachronistisch. Daher wurde mit der BaFin eine Allfinanzaufsicht geschaffen. Wenn nunmehr Vertreter der einzelnen Aufsichtsbereiche bei der Leitung der BaFin eine stärkere Rolle einnehmen sollen, dann ist das ein Rückschritt. Damit würde eine Eigenständigkeit der jeweiligen Geschäftsbereiche betont und dem Prinzip entgegengewirkt, die Bereiche durch zunehmende Querschnittsabteilungen zu verzahnen. Sollte eine Reform der Leitungsstruktur schließlich dazu dienen, die Macht des Präsidenten durch die Einbindung in ein Direktorium bewusst zu begrenzen, so geht die Maßnahme unnötig auf Kosten einer effektiven Leitung der BaFin. Hat man denn in der Krise, die wir derzeit an den Finanzmärkten erleben, wirklich nichts Besseres zu tun, als den Leiter der Finanzaufsicht zu schwächen? Besser wäre es, die Kontrolle des BaFin-Präsidenten über den Verwaltungsrat sowie über das Parlament und damit die Öffentlichkeit zu stärken. Zudem müssten die Personalstruktur, die Qualifikation der Mitarbeiter sowie ihre Bezahlung und die Ausstattung der BaFin verbessert werden. Nur so kann sie ihren Aufgaben auch tatsächlich gerecht werden. Des Weiteren ist der Verwaltungsrat der BaFin zu verkleinern und mit unabhängigen Experten zu besetzen.

Das Aufsichtsmodernisierungsgesetz, das Sie heute vorlegen, würde dem Finanzplatz Deutschland mehr schaden als nützen. Das Präsidialsystem hat sich bewährt. Umstrukturierungen bei der BaFin müssen, wenn überhaupt, in einem einheitlichen Gesetzesvorhaben mit materiellen Änderungen bei der Bankenaufsicht festgelegt werden. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf zäumt die Bundesregierung das Pferd von hinten auf.

</ text >

< text 16128 >

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt I:

Eidesleistung des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Der Herr Bundespräsident hat mir mit Schreiben vom

21. November dieses Jahres Folgendes mitgeteilt:

Gemäß Artikel 64 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland habe ich heute auf Vorschlag der Frau Bundeskanzlerin den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Franz Müntefering, aus seinem Amt als Bundesminister entlassen und Herrn Olaf Scholz zum Bundesminister für Arbeit und Soziales ernannt.

Nach Art. 64 Abs. 2 des Grundgesetzes leistet ein Bundesminister bei der Amtsübernahme den in Art. 56 vorgesehenen Eid.

Herr Bundesminister Scholz, ich darf Sie zur Eidesleistung zu mir bitten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Minister, ich darf Sie bitten, den Eid zu leisten.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden



von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

(Beifall im ganzen Hause - Abgeordnete aller Fraktionen beglückwünschen Bundesminister Olaf Scholz)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Meine Damen und Herren, der neue Bundesminister Olaf Scholz hat den vom Grundgesetz vorgeschriebenen Eid geleistet. Ich darf Ihnen, Herr Minister Scholz, im Namen all der Kolleginnen und Kollegen, die jetzt nicht persönlich zur Regierungsbank vordringen konnten, alle guten Wünsche für die Wahrnehmung Ihres Amtes aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Lieber Kollege Müntefering, ich will die Gelegenheit gern nutzen, Ihnen für die Arbeit als Vizekanzler und als Bundesminister für Arbeit und Soziales, die Sie in den vergangenen Jahren geleistet haben, den herzlichen Dank des ganzen Hauses auszusprechen.

(Langanhaltender Beifall - Die Abgeordneten erheben sich)

Lieber Kollege Müntefering, die Art und Weise, wie Sie Ihr Amt ausgeübt haben, und der Grund, aus dem Sie es aus eigener Entscheidung aufgegeben haben, haben vielen Menschen sehr imponiert, mir auch. Die Einsicht, dass es jenseits der Politik Dinge gibt, die mindestens genauso wichtig sind und manchmal eben noch wichtiger, stellt hoffentlich einen nachhaltigen Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes dar. Ihnen und insbesondere Ihrer Frau gelten alle guten Wünsche aller Mitglieder dieses Hauses. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte II.a und b auf:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)  
- Drucksachen 16/6000, 16/6002 -
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011  
- Drucksachen 16/6001, 16/6002, 16/6426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Wir kommen zur Beratung der Einzelpläne, und zwar zunächst der drei Einzelpläne, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.1 auf:

Einzelplan 01

Bundespräsident und Bundespräsidialamt

- Drucksachen 16/6401, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Herbert Frankenhauser

Ewald Schurer  
Jürgen Koppelin  
Dr. Dietmar Bartsch  
Anja Hajduk

Wer stimmt für den Einzelplan 01 in der Ausschussfassung?  
- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der  
Stimme? - Dann ist der Einzelplan 01 einstimmig angenommen.  
Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.2 auf:

Einzelplan 02  
Deutscher Bundestag  
- Drucksachen 16/6402, 16/6423 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Norbert Königshofen  
Gunter Weißgerber  
Jürgen Koppelin  
Dr. Gesine Löttsch  
Anja Hajduk

Wer stimmt für den Einzelplan 02 in der Ausschussfassung?  
- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der  
Stimme? - Dann ist der Einzelplan 02 mit breiter Mehrheit  
gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.  
Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.3 auf:

Einzelplan 03  
Bundesrat  
- Drucksachen 16/6403, 16/6423 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Jens Spahn  
Johannes Kahrs  
Otto Fricke  
Dr. Dietmar Bartsch  
Alexander Bonde

Wer stimmt für den Einzelplan 03 in der Ausschussfassung?  
- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? -  
Damit ist der Einzelplan 03 wiederum mit breiter Mehrheit  
bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.  
Ich rufe die Tagesordnungspunkte II.4 a und b auf:

a) Einzelplan 08  
Bundesministerium der Finanzen  
- Drucksachen 16/6408, 16/6423 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme  
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)  
Ulrike Flach  
Dr. Gesine Löttsch  
Anja Hajduk

b) Einzelplan 20  
Bundesrechnungshof  
- Drucksachen 16/6423, 16/6424 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Norbert Barthle  
Petra Merkel (Berlin)  
Dr. Claudia Winterstein  
Michael Leutert  
Anja Hajduk

Zum Einzelplan 08 liegt ein Änderungsantrag der  
Fraktion der FDP vor.

Außerdem rufe ich den Tagesordnungspunkt II.4 c  
auf:

c) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung  
eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes

über die Feststellung eines Nachtrags zum  
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr  
2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

- Drucksachen 16/6390, 16/6391 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses  
(8. Ausschuss)

- Drucksache 16/6427 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vor.

Für die gerade genannten Beratungsgegenstände ist  
eine Aussprache von insgesamt zwei Stunden vorgesehen.

- Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst  
dem Kollegen Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu

Beginn, Herr Bundesminister Scholz, auch von der FDP-Fraktion  
alles Gute für Ihre neuen Aufgaben, und Ihnen,

Herr Kollege Müntefering, den Respekt der FDP-Bundestagsfraktion!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU und der SPD)

Es ist aber nun einmal so: In dieser Sitzungswoche  
sprechen wir über den Haushalt. Das heißt, zurückzukehren

zu unserer täglichen Arbeit. Zwei Jahre Große

Koalition: Wir sind in der Halbzeit angekommen. Im

Fußball bedeutet Halbzeit, dass die Mannschaft bespricht,  
was gut war und was schlecht gelaufen ist. In

den Bereichen, in denen man Schwächen hatte, versucht

man, in der zweiten Halbzeit besser zu sein. Auf jeden

Fall will man erreichen, dass das Publikum am Ende mit

dem Einsatz der gesamten Mannschaft zufrieden ist.

Nicht so in der Großen Koalition. Für diese Koalition

bedeutet Halbzeit nicht, dass man bespricht, welche Fehler

gemacht worden sind. Vielmehr bleibt die Mannschaft

auf dem Spielfeld, und jeder wirft dem anderen

vor, zu viele Fouls begangen und gar keinen Mannschaftsgeist

zu haben. Dass das geschieht, erleben wir

täglich in den Medien. Dieses Bild gibt unsere Regierungsmannschaft  
zur Halbzeit ab.

Interessant ist, dass jedes Mitglied dieser Mannschaft

erklärt, wenn das Spiel zu Ende sei, also auch die zweite

Halbzeit um ist, dann müsse eigentlich die Mannschaft

aufgelöst werden; denn unter diesen Voraussetzungen

könne man nicht weiter zusammenspielen. Ich sage Ihnen,

liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn die

schwarz-rote Mannschaft so in die zweite Halbzeit geht,

wäre sie gut beraten, vorzeitig das Feld zu räumen.

(Beifall bei der FDP)

Für die schlechte Aufstellung unserer Regierungsmannschaft

ist der Bundeshaushalt 2008, den wir diese

Woche beraten, ein markantes Beispiel. Es ist richtig,

dass die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2008 im

Vergleich zu früheren Zeiten geringer ausfällt. Festzuhalten

bleibt aber, dass seit dem Amtsantritt dieser Regierung neue Schulden in Höhe von rund 58 Milliarden Euro gemacht worden sind, und das trotz hoher Steuermehreinnahmen, die in den letzten zwei Jahren jeweils etwa 50 Milliarden Euro betragen. Das ist die Bilanz dieser Koalition.

Am Wochenende hat die Kanzlerin erklärt, die Bundesregierung sei bei der Haushaltssanierung erfolgreich; denn, so die Kanzlerin, diese Regierung mache ja weniger Schulden und belaste damit die kommenden Generationen weniger. Aber, Frau Bundeskanzlerin, Schulden bleiben Schulden, auch dann, wenn weniger Schulden gemacht werden. Diese müssen von den kommenden Generationen bezahlt werden, wenn wir nicht selber anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Anpacken vermissen wir beim Bundeshaushalt 2008.

Die Koalition hat die große Chance vertan, bereits im Jahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Lachen des Abg. Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

Das hätte zwar noch keinen Abbau der Staatsschulden, der dringend notwendig ist, mit sich gebracht, aber das wäre das deutliche Signal an die Bürgerinnen und Bürger gewesen, dass sich die Bundesregierung die Haushaltssanierung tatsächlich zum Ziel gesetzt hat.

Die Dringlichkeit der Haushaltssanierung bestätigt übrigens auch der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Haushalt 2008. Da ich weiß, dass der Bundesfinanzminister das, was die Opposition vorschlägt, aber auch das, was viele aus der Regierung äußern, nicht so ernst nimmt, weil er ja sowieso der Größte ist und keinen Ratschlag annimmt, will ich die Stellungnahme des Bundesrates zitieren. In seiner Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2008 vom 10. Oktober dieses Jahres hat der Bundesrat nämlich darauf hingewiesen, dass die derzeit ausgesprochen günstige Entwicklung des Steueraufkommens kein Dauerzustand sein wird.

In der Diskussion über das Haushaltsbegleitgesetz 2006 entgegnete der Bundesfinanzminister auf eine Bemerkung meiner Kollegin Flach, dass es keine Diät ohne Anstrengungen gebe. Deshalb meinen er und die schwarz-rote Regierung, beim Bürger ordentlich abkassieren zu können; die Mehrwertsteuererhöhung ist ein Beispiel dafür. Ja, es ist wahr: Eine Diät ohne Anstrengungen gibt es nicht. Wieso jedoch verordnet diese Regierung unseren Bürgern, den Gürtel enger zu schnallen, wenn sie selbst das Geld mit vollen Händen ausgibt?

(Beifall bei der FDP)

Davon, dass der Gürtel enger geschnallt wird, ist bei dieser Bundesregierung nichts zu merken. Stattdessen übt sich die Koalition in Prasserei.

Ich will nur ein Beispiel für Prasserei nennen und für die Tatsache, dass Sie nicht in der Lage sind, auf der Ausgabenseite zu sparen, sondern noch draufsatteln: Sie schaffen 73 neue Planstellen für Planungsstäbe in den Ministerien, hoch bezahlt selbstverständlich. Wieso muss eigentlich der deutsche Steuerzahler dafür zahlen,

dass sich mehrere Minister - egal, ob schwarz oder rot - mit neuen Planstellen in ihren Planungsabteilungen für den Wahlkampf fit machen wollen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie wollen Sie eigentlich dem deutschen Steuerzahler erklären, dass der neue Vizekanzler Steinmeier nun plötzlich einen zusätzlichen Staatssekretär bekommt?

Der neue Staatssekretär - so heißt es - soll den Bundesaußenminister innenpolitisch beraten. Es ist schon sehr merkwürdig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein deutscher Außenminister durch einen zusätzlichen Staatssekretär innenpolitisch beraten werden muss. Weder Hans-Dietrich Genscher noch Klaus Kinkel, auch nicht Joseph Fischer, brauchten einen solchen Staatssekretär.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der FDP: Willy Brandt auch nicht!)

Wie sagte der CSU-Landesgruppenchef, Peter Ramsauer, zutreffend? „Dass Steinmeier einen dritten Staatssekretär ins Auswärtige Amt holt, ist höchst anrühlich.“ - Recht hat er.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Habe ich das gesagt?)

Ich frage mich, weshalb die CSU-Abgeordneten im Haushaltsausschuss dieser Stelle zugestimmt haben. Ich bin gespannt, was der Kollege Ramsauer morgen in seiner Rede dazu erklären wird; denn er hat recht und wird sicher noch darauf eingehen.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Glauben Sie!)

Wir haben beim Bundeshaushalt 2008, der uns heute vorliegt, eine fast 5-prozentige Ausgabensteigerung zu akzeptieren. Eine solche Ausgabensteigerung gab es zum letzten Mal, als Oskar Lafontaine Finanzminister war. Der Bundeshaushalt 2008 zeugt von einer Koalition der Unwilligen, die nicht bereit ist, sich bei den Staatsausgaben wirklich nur auf das Notwendige zu beschränken.

Diese Koalition steht für die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und nimmt trotzdem neue Schulden auf. Das ist das Ergebnis der Haushaltsberatungen 2008. Es bleibt festzustellen: Diese Koalition lebt auf zu großem Fuß. Beim Geldausgeben sind Sie wirklich eine ganz große Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Der Bundesfinanzminister sagte kürzlich: Ein roter Finanzminister legt endlich wieder schwarze Zahlen vor. - Ich finde, davon sind wir noch weit entfernt. 2008 legt er jedenfalls keinen ausgeglichenen Haushalt vor; den verspricht er erst für 2011. Wie wollen Sie eigentlich 2011 - dann werden Sie ja gar nicht mehr regieren; aber nehmen wir es einmal an, es wäre so - einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, wenn diese Koalition weiterhin laufend zusätzliche Ausgaben beschließt?

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Bundeszuschuss zur Gesundheitsreform eines Tages auf 14 Milliarden Euro steigt, dann ist doch selbst die Konsolidierung des Bundeshaushalts und damit ein

ausgeglichener Haushalt im Jahre 2011 stark gefährdet. Man muss auch den stellvertretenden Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten, Peer Steinbrück fragen, wie er zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen will, wenn alle Beschlüsse seines SPD-Parteitages verwirklicht würden. Würden Sie einmal auflisten, was die Umsetzung all dieser Beschlüsse kosten würde, dann müssten Sie wirklich im wahrsten Sinne des Wortes rot werden. Das können Sie doch gar nicht verantworten. (Beifall bei der FDP)

Deshalb ist nach Meinung der Freien Demokraten eine Diskussion über Möglichkeiten zur erfolgreichen Begrenzung der Staatsverschuldung nötiger denn je. (Joachim Poß [SPD]: Und gleichzeitig Steuersenkungen!) Das sage ich auch mit Blick auf die Grünen und ihre Parteitagsbeschlüsse. Der Bundeshaushalt 2008 ist durch vier starke Merkmale gekennzeichnet: Steuereinnahmen in bisher nie dagewesener Größenordnung, Bereicherung der Bundesregierung am Haushalt der Bundesagentur für Arbeit, mangelnder Ehrgeiz bei der Haushaltskonsolidierung mit erneuter Schuldenaufnahme von fast 12 Milliarden Euro und Disziplinlosigkeit auf der Ausgabenseite. (Beifall bei der FDP - Dr. Peter Struck [SPD]: Nicht übertreiben! - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Statt auf der Ausgabenseite zu sparen, wie es notwendig wäre, ist dieser Bundeshaushalt 2008 zum Selbstbedienungsladen der schwarz-roten Koalition geworden. (Widerspruch bei Abgeordneten der SPD) - Sie können sich die Anträge, die die Koalition in der Bereinigungssitzung vorgelegt hat, gerne noch einmal ansehen. Von der Schlacht bei Minden will ich gar nicht reden; die haben wir nun schon oft genug erwähnt. (Beifall des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass Einsparungen auf der Ausgabenseite möglich gewesen wären, haben die Haushälter der Freien Demokraten und die FDP-Bundestagsfraktion eindeutig bewiesen. Wir haben in mehr als 400 Anträgen aufgezeigt, dass 11,8 Milliarden Euro auf der Ausgabenseite eingespart werden könnten.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Das ist fast genau der Betrag, den Sie als Schulden aufnehmen. Sie können das alles abtun; aber lesen Sie einfach die Anträge durch! Die Bürgerinnen und Bürger sind vielleicht klüger als Sie; sie haben die Gelegenheit, im Internetauftritt der Freien Demokraten jeden unserer Anträge nachzulesen, und können dann sehen, dass wir glaubwürdige und ernsthafte Arbeit als Haushälter betrieben haben.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich nun einige Sparvorschläge der Liberalen herausgreifen - aufgrund der Redezeit nur einige wenige -: 5 Milliarden Euro könnten Sie einsparen durch effiziente Arbeitsmarktpolitik, durch den Abbau von Doppelstrukturen. Rund 600 Millionen Euro könnten Sie einsparen, wenn Sie die Finanzhilfe nur um 10 Prozent kürzen würden. 850 Millionen Euro könnten Sie einsparen bei den Verwaltungskosten des Bundes.

Selbst - das muss man sagen - beim Etat des Bundesverteidigungsministers könnten Sie einsparen: Bei MEADS und bestimmten anderen Beschaffungsmaßnahmen könnten Sie mindestens 350 Millionen Euro einsparen. Das sind unsere Vorschläge gewesen. Und - das sage ich Ihnen auch - wir haben Zweifel an der Sinnhaftigkeit der hohen Summe für die Öffentlichkeitsarbeit dieser Bundesregierung. Wenn Sie das zumindest entgegennehmen.

Sie können sich die Etatliste ja gerne anschauen. Weitere Einsparungen wären also möglich.

Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD, die Minister von CDU/CSU und SPD verkünden landauf, landab, dass nach Ende dieser Legislatur mit der Großen Koalition Schluss sei. Das ist vielleicht noch die beste Botschaft für die Menschen in unserem Land. Denn je eher diese Koalition beendet wird, desto weniger Schulden werden später aufgenommen werden. Jede andere Regierung wird den Ernst der Lage erkennen, wird erkennen, wie wir haushaltspolitisch dastehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Deshalb kann ich von diesem Pult aus den Bürgerinnen und Bürgern nur zurufen: Haltet durch! In zwei Jahren ist diese Koalition zu Ende.

(Dirk Niebel [FDP]: Spätestens!)

Haushaltspolitisch ist diese Koalition schon am Ende, oder, um beim Haushalt zu bleiben: Diese Große Koalition ist pleite.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Carsten Schneider, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Koppelin, Sie selbst haben das Bild des Fußballspiels bemüht. Wenn ich Trainer wäre und es wäre Halbzeitpause, würde ich sagen: Auswechseln!

(Beifall des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU] - Beifall bei Abgeordneten der LINKEN

- Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:

Eigentor! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Es geht nicht immer gut mit jedem Bild!)

Meine Damen und Herren, der Bundeshaushalt 2008, den wir Ihnen als Haushälter heute vorlegen und zur Zustimmung empfehlen, ist gekennzeichnet von einer starken wirtschaftlichen Dynamik in 2007, die 2008 weiter fortschreiten wird. Wir sind in einer guten Verfassung: 2 Prozent Wirtschaftswachstum sind prognostiziert. Das ist oberhalb des Potenzialwachstums unserer Wirtschaft. Das ist eine Grundlage für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Die trägt in dieser Regierung einen Namen:

Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dem Bundesminister der Finanzen sehr dankbar, dass er schon mit dem Etatentwurf der Regierung einen Haushalt vorgelegt hat, der durch zwei Maßgaben bestimmt ist: zum einen dadurch, das strukturelle Defizit des Bundes, das noch bei über 20 Milliarden Euro liegt - wir haben nämlich noch über 10 Milliarden Euro geplante Privatisierungserlöse zu berücksichtigen -, deutlich zu reduzieren. Dass das gelingt, wird bei einem Vergleich

mit 2007 und vor allen Dingen dann deutlich, wenn Sie als Bezugsgröße den Haushalt 2006 nehmen. Zum anderen zeigt sich, dass wirtschaftliche Stimulierung - auch durch politisches Handeln - und maßvolle Ausgabenpolitik einander bedingen. Konsolidierung nur durch Sparen geht nicht, sondern Konsolidieren geht nur in Verbindung mit starkem Wachstum. Von daher bin ich sehr froh, dass der Entwurf - ich habe das in der ersten Lesung bereits angekündigt - durch die Weisheit des Parlaments noch verbessert werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir senken die Kreditaufnahme um weitere 1 Milliarde Euro. Das ist mehr als das, was uns durch die Steuermehreinnahmen - laut Steuerschätzung 800 Millionen Euro - zur Verfügung stand.

Es gibt für die wirtschaftliche Entwicklung durch den hohen Kurs des Euro gegenüber dem Dollar, durch die Ölpreisentwicklung und auch durch die Finanzmarktkrise natürlich Risiken, die wir nicht beeinflussen können; das zu sagen ist wichtig, gerade für eine große Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik, die stark von der Weltwirtschaft abhängt. Wir können nur hoffen, dass sich diese Risiken nicht realisieren. Vor allen Dingen haben wir als Staat die Aufgabe, zu versuchen, das zu kompensieren, und die Binnennachfrage zu stärken. Auch die Wirtschaftsweisen haben in ihrem Gutachten vor drei Wochen in der Binnennachfrage den Hauptakzent, den Haupttreiber der wirtschaftlichen Entwicklung in 2008 gesehen. Mit diesem Haushalt führen wir zwei Maßnahmen durch, die, so glaube ich, für die Binnennachfrage sehr entscheidend sind:

Das ist zum einen die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent, was nahezu eine Halbierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent aus dem Jahr 2005 darstellt.

Das ist ein sensationelles Ergebnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wann hat es eine Bundesregierung jemals zuvor geschafft, einen Sozialversicherungsbeitragssatz um die Hälfte zu reduzieren? Das ist Ausdruck und Ergebnis der klugen Reformpolitik - auch der rot-grünen Jahre. Sie könnten ruhig klatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist auch das Ergebnis der Arbeitsmarktreformen und einer Steuerpolitik, die insbesondere für Familien mit unteren Einkommen zu einer deutlichen Senkung der Einkommensteuer geführt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Familie mit zwei Kindern kann heute 38 000 Euro brutto verdienen, ohne einen Cent Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen.

Die andere Maßnahme - neben der Entlastung der Arbeitnehmer durch die Senkung des Sozialversicherungsbeitrages - ist die Stärkung der Investitionen. Ich denke, dass insbesondere auch der Bund vor der Aufgabe steht, die Qualität der Staatsausgaben zu verbessern. Qualität heißt hier, in die Zukunft zu investieren. Bei Investitionen in die Zukunft denke ich nicht nur



an den blanken, pauschalen Investitionsbegriff, der im Grundgesetz steht oder in der Finanzwirtschaft verwendet wird, nämlich an Investitionen in Beton, sondern vor allen Dingen an Investitionen, die Bildungschancen und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Das sind wichtige Zukunftsaufgaben für mich.

(Beifall bei der SPD)

Das gelingt uns. Ich nenne zwei Punkte: Insbesondere auch durch die Initiative meines Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, dem ich sehr dankbar dafür bin, ist es uns erstens gelungen, das BAföG um 10 Prozent zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

10 Prozent sind in der heutigen Zeit - ich möchte es so sagen - schon fast sensationell. Als Haushälter sage ich: Ich habe dieser Erhöhung sehr gern zugestimmt,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil ich glaube, dass es für einen Staat eminent wichtig ist, jedem Jugendlichen und jedem Kind die gleichen Chancen zu ermöglichen, egal, ob aus einem reichen oder einem armen Elternhaus stammend. Jeder muss das Beste aus sich machen können.

(Beifall bei der SPD)

Durch BAföG wird ein Studium oftmals erst ermöglicht. Das ist also ein wichtiger Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Ich selbst weiß, wie es ist, wenn man aus einem nicht ganz so reichen Elternhaus kommt und sich fragt, ob man sich das leisten kann, und dann vielleicht doch erst eine Lehre macht und dort hängen bleibt. Der zweite Punkt betrifft die ganz Kleinen. Sie müssen erst einmal so weit kommen, dass für sie BAföG infrage kommen. Das können sie ja nur, wenn sie Abitur machen. Die Ergebnisse der PISA-Studie waren ernüchternd: Gerade diejenigen, die es eigentlich am nötigsten haben, erhalten die schlechtesten Chancen. - Aus diesem Grund erhöhen wir mit dem Nachtragshaushalt die Investitionen in die Kleinsten. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist mit Sicherheit ein Meilenstein. Ich bin der Auffassung, dass man das auch schon viel früher hätte haben können und haben müssen. Wir tun das jetzt aber. 2,15 Milliarden Euro werden in den nächsten Jahren für Investitionen in die Infrastruktur, sodass neue Kindergärten gebaut und die alten, die es gibt, saniert werden können, sowie insgesamt weitere 2 Milliarden Euro bis 2013 für Investitionen in die Qualität der Betreuung verwendet. Anlässlich des bundesweiten „Vorleseabends“ - das war sehr spannend - war ich in der vorigen Woche auch in Kinderkrippen. Ich konnte dort erleben, was es heißt, wenn eine Erzieherin gemäß dem Betreuungsschlüssel 19 bis 20 Kinder aus der Gruppe der Fünf- bis Sechsjährigen zu betreuen hat. Das ist meines Erachtens nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Um die Kleinsten zu fördern und um auch diejenigen, die die größten Schwächen haben, die zum Beispiel gar nicht Deutsch können, wenn sie in den Kindergarten kommen, tatsächlich heranzuführen und ihnen die besten

Möglichkeiten zu geben, muss sich auch in der Qualität der Betreuung einiges verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen beteiligen wir uns als Bund dort sehr stark. - Das zur Zukunft.

Ich will noch zwei Punkte ansprechen, die Herr Kollege Koppelin eben erwähnt hat. Er sagte, es gebe eine große Ausgabensteigerung und wir würden mit dem Geld um uns schmeißen. Herr Koppelin, das ist nicht der Fall.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Doch!)

Der größte Ausgabenblock ist mit 124 Milliarden Euro der Bereich Arbeit und Soziales - dort wollen Sie kürzen -, den der Kollege Scholz jetzt übernommen hat. An die Leistungen für diejenigen, die die Schwächsten in der Gesellschaft sind - ich denke, wir sind uns darüber einig, dass das die Empfänger von Arbeitslosengeld II sind -, wollen Sie herangehen. Sie haben so schön über effiziente Strukturen gesprochen. Ich kann Ihnen einmal sagen, welche Anträge Sie gestellt haben. Wir wollen die Eingliederung und die Aktivierung von arbeitssuchenden Menschen. Dafür haben wir 6,4 Milliarden Euro etatisiert, real 1 Milliarde mehr als in 2007. Wir wollen diese 1 Milliarde Euro mehr für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, damit sie Lohnkostenzuschüsse, Weiterbildung und Qualifizierung bekommen. Das ist gerade in Zeiten von Fachkräftemangel absolut notwendig. Genau hier wollen Sie kürzen. Sie wollen 1,5 Milliarden Euro weniger für diejenigen ausgeben, die es am nötigsten brauchen. Damit ist in der SPD kein Staat zu machen. Das ist soziale Kälte. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD - Bernhard Brinkmann

[Hildesheim] [SPD]: Das nennt man Sozialpolitik à la FDP!)

Wir legen ein neues Programm auf, Kommunal-Kombi, nämlich 143 Millionen Euro für Regionen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, wo die Quote der strukturellen Arbeitslosigkeit bei über 15 Prozent liegt. Hier wollen Sie die Mittel komplett streichen und kein anderes Angebot machen.

Sie wollen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger das Elterngeld streichen und so 360 Millionen Euro sparen.

Das ist mit uns nicht zu machen. Das ist keine soziale Politik.

(Beifall bei der SPD - Thomas Oppermann

[SPD]: Unsittlich!)

Der größte Ausgabenblock nach dem Sozialbereich, den wir alle mitzuverantworten haben, sind die Zinsen, nämlich 42 Milliarden Euro in 2008. Wenn wir diese Ausgaben nicht hätten, dann könnten wir den Mehrwertsteuersatz um knapp 6 Prozent senken - das wäre sensationell - oder die Qualität der Ausgaben verbessern. Das ist leider nicht möglich. Ich wünschte mir, dass wir das Ziel, das der Finanzminister mit 2011 vorgegeben hat, früher erreichten.

(Beifall des Abg. Lothar Mark [SPD])

Das liegt aber vor allem an uns. Das sage ich nicht nur in Richtung Finanzminister, sondern vor allen Dingen in Richtung des Parlaments, weil wir die Leistungsgesetze zum großen Teil beschließen.

Herr Bundesfinanzminister, die SPD-Fraktion steht klar an Ihrer Seite. Die unsoziale Politik des Verteilens von unten nach oben machen wir nicht mit. Wer sind denn diejenigen, bei denen der Bund Schulden hat? Das sind zu 98 Prozent Banken, Versicherungen, institutionelle Anleger.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Richtig!)

Das ist nicht der Kleinanleger. Davon wollen wir weg. Ich bin allerdings anderer Meinung als der Wirtschaftsminister. Er hat gesagt, er wolle noch keine Tilgung, sondern der Gesamtschuldenstand könne so bleiben; dies wachse sich relativ zum BIP heraus. Die Zinsausgaben würden in dieser Größenordnung bestehen bleiben. Ich will aber, dass wir auch mit der Schuldentilgung anfangen und die Schulden komplett abbauen. Ich hoffe, dass uns auch die CDU auf diesem Weg folgt. (Beifall bei der SPD sowie des Abg. Norbert Barthle [CDU/CSU])

Die Ausgaben steigen um insgesamt 1,1 Prozent. Das ist weniger als die Inflationsrate, wenn Sie die Sondereffekte herausrechnen. Das heißt, wir sind sehr maßvoll.

(Zuruf von der FDP: Wir sind bei 4 Prozent!)

Des Weiteren sind wir nachhaltig. Die Kreditaufnahme sinkt auf 11,9 Milliarden Euro. Das ist die geringste Kreditfinanzierungsquote seit 1973. Meine Damen und Herren, das ist eine Sensation. Die Kreditfinanzierungsquote beträgt nur noch 4,2 Prozent. Der Gesamtschuldenstand sinkt auf 63 Prozent.

Ich finde, dass wir mit dem Bundeshaushalt ein sehr solides Paket - man nennt es manchmal auch das Schicksalsbuch der Nation - auf den Weg gebracht haben, dass dies aber - wir sind ja in der Halbzeit der Legislaturperiode - noch nicht reicht. Hier möchte ich einen kritischen Punkt innerhalb der Koalition ansprechen, wo wir noch gut sparen könnten. Sie wissen, es gibt Meinungsunterschiede beim Postmindestlohn. Ich als Sozialdemokrat bin der Auffassung, dass wir nicht nur einen Postmindestlohn, sondern einen generellen Mindestlohn brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Das würde uns im Bundeshaushalt sehr viel Geld sparen. Ich hoffe, dass wir uns als Koalition noch darauf einigen. Nehmen Sie alleine den Bereich Arbeitslosengeld II. Etwa 1,3 Millionen Menschen sind sogenannte Aufstocker. Über die Hälfte dieser Personen bekommt für ihre normale Arbeit, 40 Stunden in der Woche, weniger, als ihnen als ALG-II-Empfänger zur Verfügung stehen würde. Diskussionen darüber, dass Menschen nicht arbeiten wollen und dass sie faul wären, gehen vollkommen an der Realität vorbei. Diese Menschen müssten nicht arbeiten; sie würden das gleiche Geld bekommen. 1,3 Millionen Menschen arbeiten freiwillig für das gleiche Geld, nur um integriert zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Bei mir in Thüringen betragen die Löhne im Friseurbereich 3,50 Euro pro Stunde. Das ist unsozial.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Volker Kauder [CDU/CSU]: Welche Gewerkschaft

hat das vereinbart?)

Es ist auch nicht sozial, wenn im Endeffekt der Bund die Zeche zahlt, denn die Aufstockung der normalen Löhne zahlen wir aus dem Steueraufkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre ein guter Sparbeitrag für den Bundeshaushalt, wenn wir davon entlastet würden, indem die Arbeitgeber einen entsprechend angemessen hohen Lohn zahlen würden und die Menschen von dem, was sie erarbeiten, auch leben könnten. Dann wären wir, was die Schulden angeht, schneller bei null.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Löttsch ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Viele Menschen haben die bittere Erfahrung gemacht, dass der wirtschaftliche Aufschwung bei ihnen nicht ankommt. Sie fragen sich: Was hat die Bundesregierung unternommen, damit an dem Aufschwung alle teilhaben können? Wenn man sich die geplanten Ausgaben der Koalition für 2008 anschaut, dann stellt man fest, dass sich CDU/CSU und SPD diese Frage erst gar nicht gestellt zu haben scheinen. Der Haushalt 2008 ist vor allen Dingen ein Wahlkampfhaushalt. Bestes Beispiel ist die Arbeitsmarktpolitik der Koalition. Die Anhebung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für eine Gruppe von älteren Arbeitslosen ist ein sehr kleines Zugeständnis an die SPD. Die Kriterien für die längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I sind nämlich so rigide, dass nur wenige Menschen im Westen und kaum Menschen im Osten davon profitieren. Auch Frauen und Mädchen in prekären Arbeitsverhältnissen sind von einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I faktisch ausgeschlossen. Das ist keine soziale Arbeitsmarktpolitik, sondern Sozialkosmetik.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Arbeitslosengeld-II-Empfängern, die zum größten Teil in Ostdeutschland leben, bietet die Koalition gar keine Verbesserung an, nicht einmal einen Inflationsausgleich. In Anbetracht der Mehrwertsteuererhöhung und der steigenden Preise für Grundnahrungsmittel ist aus unserer Sicht die Anhebung des Arbeitslosengeldes II jetzt - und nicht erst später - dringend notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe Herrn Müntefering in den Haushaltsberatungen darauf angesprochen. Eine Anhebung soll 2009 geprüft werden. Das heißt im Klartext: Wenn die Koalition nicht vorher zusammenbricht, wird es erst zur Bundestagswahl 2009 einen Inflationsausgleich für die Empfänger von Arbeitslosengeld II geben. Wir als Linke fordern die Anhebung auf 435 Euro, und zwar nicht erst 2009, sondern 2008.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung will im nächsten Jahr die Beiträge

zur Arbeitslosenversicherung senken. Auch das ist ein nettes Wahlkampfgeschenk, über das sich vor allen Dingen die Unternehmen freuen. Die Unternehmen werden allein durch die überflüssige Unternehmensteuerreform 2008 um über 10 Milliarden Euro entlastet.

Durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden den Unternehmen weitere 3,8 Milliarden Euro geschenkt. Frau Barbara Höll aus meiner Fraktion wird darauf noch näher eingehen.

Die Unternehmensteuerreform und die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind jedoch nicht die einzigen Geschenke an die Arbeitgeber. Viel zu wenig Beachtung findet die Tatsache, dass rund 8,5 Milliarden Euro - 8,5 Milliarden Euro! - an die sogenannten Aufstocker gezahlt werden. Carsten Schneider ist darauf bereits eingegangen. Allerdings hat seine Fraktion leider keine Konsequenzen gezogen. Weil die Bundesregierung nicht bereit ist, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen, werden die Steuerzahler gezwungen, Hungerlöhne mit Steuermitteln aufzustocken. Das ist wirklich ein Skandal in unserem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke fordern - ich will das hier wiederholen - einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro pro Stunde. Der positive Nebeneffekt wäre die Einsparung von 8,5 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Das entspricht fast den Gesamtausgaben des Bundes für Bildung und Forschung. Das muss man sich einmal vorstellen!

Wir als Linke haben eine Reihe weiterer Sparvorschläge in anderen Bereichen gemacht, zum Beispiel im Rüstungsbereich. Ich habe die Bundesregierung gefragt, welche großen Rüstungsprojekte nach Ende des Kalten Krieges eingestellt wurden, da sich doch die gesamte Weltlage und damit wohl auch die Bedrohungssituation grundlegend geändert haben. Raten Sie einmal, welches die Antwort der Bundesregierung war! Kein einziges Rüstungsprojekt wurde beendet. Da entsteht doch der Eindruck, dass es nicht um die Sicherheit geht, sondern um die Bedienung der Rüstungslobby, die augenscheinlich sehr effektiv arbeitet. Dieses Geld können wir für soziale Zwecke besser verwenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke sehen im Haushalt des Verteidigungsministeriums ein Einsparvolumen von mindestens

2,6 Milliarden Euro; dazu aber morgen mehr im Detail.

Wenn es um die Sparsamkeit der Koalition geht, wird mit unterschiedlicher Elle gemessen. Zwei Beispiele: Ich habe Verständnis dafür, dass ein langjähriger Ministerpräsident von der Bundesregierung ordentlich verabschiedet wird. Aber hätten es nicht auch ein Blumenstrauß und ein schöner Bildband über Berlin getan?

Nein, das Abschiedsgeschenk für Herrn Stoiber ist etwas teurer ausgefallen: 925 Millionen Euro. Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist nämlich der völlig überflüssige Bundeszuschuss für den Münchener Transrapid.

Das ist ein Abschiedsgeschenk, das mit einer sparsamen Haushaltsführung nichts zu tun hat. Da können Sie, Herr Ramsauer, mir doch sicher recht geben.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Peter Ramsauer

[CDU/CSU]: Ich hätte mir jetzt was anderes

einfallen lassen! Das war ein schlechtes Beispiel!)  
Zweites Beispiel: Das Berliner Schloss soll 520 Millionen Euro kosten. Davon sollen 80 Millionen Euro durch Spenden aufgebracht werden. Der zuständige Minister, Herr Tiefensee, hat bereits angekündigt, dass dann, wenn die Spenden nicht kommen sollten, der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Auf meine Nachfrage hat mir Herr Tiefensee bestätigt, dass er weder einen Überblick hat, wie viele Spenden bereits gesammelt wurden, noch eine Vereinbarung abgeschlossen hat, wie viele Spenden zusammenkommen sollen - so seine Auskunft auf meine Frage. Es kann doch wohl nicht sein, dass nur deshalb, weil einige Politiker sich ein Denkmal setzen wollen, alle Regeln der sorgfältigen und sparsamen Haushaltsführung in den Wind geschrieben werden.

Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: In der Schweiz soll noch etwas sein! Da kann man noch etwas holen!)

An einer Stelle allerdings will ich die Koalition loben. Sie, liebe Kollegen, haben einen Fehler eingesehen, sind unserem Vorschlag gefolgt und haben die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur um 50 Millionen Euro angehoben. Es hätte mehr sein können, aber diese 50 Millionen Euro sind ein richtiger Schritt. Daran sehen Sie, dass wir Ihre Leistung differenziert bewerten können und sie nicht pauschal ablehnen.

Wir haben in einem Entschließungsantrag sehr genau unsere Vorschläge aufgeführt. Abschließend will ich feststellen: Dieser Haushalt produziert dort Armut, wo schon Armut ist, und er schafft dort Reichtum, wo schon Reichtum ist. Es ist ein Zweiklassenhaushalt. Der einfache Steuerzahler soll sparen, eine Minderheit wird weiter fürstlich bedient. Einen solchen Haushalt wird die Linke selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Meister für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Löttsch, wir haben in den vergangenen zwei Jahren über eine Million Menschen neu in Arbeit gebracht. Wir haben jungen Menschen zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet. Damit schaffen wir über den Aufschwung Zukunftschancen. Die Menschen bekommen den Aufschwung mit, und es wäre gut, wenn Sie das zur Kenntnis nehmen würden. Ihre Vorschläge zerstören Perspektive, wir schaffen Perspektive.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte zunächst einmal im Namen meiner Fraktion dem Bundesfinanzminister gratulieren. Er ist von der Financial Times zum Finanzminister 2007 gewählt worden. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Es waren ja auch Hunderte von Bewerbern!)

- Lieber Herr Westerwelle, Herr Koppelin hat vorhin darauf hingewiesen, dass beim SPD-Bundesparteitag in Hamburg zusätzliche Ausgaben von über 10 Milliarden Euro beschlossen worden sind. Ich möchte Herrn Steinbrück zusagen: Wir als Unionsfraktion werden alles dafür tun, dass er seine Titelchance für 2008 wahrte und dass uns mehr Ausgaben in Deutschland erspart bleiben. Wir werden uns als Stabilitätsanker der Koalition erweisen. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich darf vielleicht noch einmal den Ausgangspunkt dieser Koalition deutlich machen, weil hier gesagt wird, wir hätten noch keinen ausgeglichenen Haushalt. Wir sind vor zwei Jahren mit einer Unterdeckung unseres Budgets von 25 Prozent gestartet, und es ist eben von Herrn Schneider zu Recht darauf hingewiesen worden, dass wir jetzt bei unter 5 Prozent liegen. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorne. Das ist die niedrigste Neuverschuldung, die der Bund seit der Wiedervereinigung hat. Deshalb sollten wir zunächst einmal sagen: Das ist eine positive und gute Entwicklung, die wir in den vergangenen zwei Jahren in Gang gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir mittlerweile, gesamtstaatlich gesehen, den Haushaltsausgleich im Jahr 2007 erreicht haben. Ich sage aber auch: Der Bundesebene müssen jetzt die Länder, Kommunen und Sozialkassen folgen. Wir müssen das Ziel, in 2011 einen Haushaltsausgleich zu erreichen, ernsthaft ins Auge fassen. Ein Haushaltsausgleich soll aber nicht nur in 2011, sondern dauerhaft erreicht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir zu Beginn der Wahlperiode ein - wie ich meine - gutes Konzept vorgelegt, nämlich: sanieren, investieren, reformieren. Der Haushalt 2008 folgt dieser Linie. Deshalb ist er für die Menschen auch keine Zumutung; denn durch den Haushalt 2008 werden für die Menschen neue Perspektiven geschaffen. Daher werden wir diesem Bundeshaushalt aus fester Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Herbstgutachten würdigt den Weg, den wir zurückgelegt haben. Der Titel, den die Sachverständigen gewählt haben, besagt aber auch - ich will es einmal wie folgt formulieren -: Wir verspielen das Erreichte, wenn wir vom eingeschlagenen Kurs abweichen. Deshalb möchte ich dazu auffordern, dass wir auch in der zweiten Halbzeit Kurs halten.

(Beifall bei der CDU/CSU - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Es gibt genügend Arbeit!)

Ich darf einmal auf das hinweisen, was heute in der Bild-Zeitung steht. Einem kleinen Artikel ist zu entnehmen, dass man eine Umfrage unter 2 000 deutschen Unternehmen gemacht hat. Danach sagt ein Drittel der Unternehmen, dass sie die Absicht haben, in 2008 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist eine gute Botschaft für dieses Land. Damit eröffnen wir Zukunftschancen für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Ein Drittel sagt aber auch, dass sie die Absicht haben, Arbeitsplätze abzubauen!)

Ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent in 2008 wäre aus meiner Sicht ein ordentlicher Wert. Das ist insbesondere im Vergleich zur ersten Hälfte dieser Dekade ein gutes Ergebnis.

Wir werden uns mit einigen Gewitterwolken, die am Horizont aufziehen, auseinandersetzen müssen: Frühindikatoren, die einen Rückgang anzeigen, dem hohen Ölpreis, der Währungsrelation Euro/Dollar und auch der

Nervosität, die mittlerweile an den Börsen eintritt. Wir werden uns darauf konzentrieren müssen, trotz der Gewitterwolken Kurs zu halten und mehr in Richtung Sanierung, Investitionen und Reformen zu gehen, damit wir trotz dieser Bedrohungen bei der Beschäftigung und beim Aufschwung, das heißt: beim Wohlstand für die Menschen, weiter vorankommen. Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen, sondern wir müssen in der zweiten Halbzeit weiter kräftig arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass das, was wir bei der Arbeitslosenversicherung getan haben, richtig war. Ich möchte an dieser Stelle dem neuen Bundesarbeitsminister, Herrn Scholz, namens meiner Fraktion zu seinem Amtsantritt ganz herzlich gratulieren. Wir gehen davon aus, dass wir bei der Frage, wie man mehr Menschen in Deutschland in Beschäftigung bringen kann, konstruktiv zusammenarbeiten. Die Zahl von 3,5 Millionen Arbeitslosen kann uns nach wie vor nicht zufriedenstellen. An dieser Baustelle müssen wir gemeinsam arbeiten, um das Problem zu lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben einen gewaltigen Schritt vereinbart und auch umgesetzt, nämlich die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Dies senkt die Lohnnebenkosten zum ersten Mal auf unter 40 Prozent. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorne, ein positives Signal für den Standort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Er hilft aber auch den betroffenen Menschen. Ein Arbeitnehmer, der 2 500 Euro im Monat verdient, wird aufgrund der beiden Senkungsschritte, die wir beschlossen haben, um 480 Euro pro Jahr entlastet. Man sollte hier nicht nur über Belastungen und Zumutungen reden, wie es vorhin geschehen ist, sondern auch einmal über die größte Beitragssenkung in der Geschichte der Republik und darüber reden, dass damit im Geldbeutel der Menschen direkt etwas ankommt. Wir hoffen, dass dies auch ein Stück weit zur Stärkung der Binnenwirtschaft, die nach wie vor notleidend ist, beiträgt.

(Beifall bei der CDU/CSU -Jürgen Koppelin

[FDP]: Das habt ihr ihnen vorher abgenommen!)

Es gibt eine weitere Entwicklung, die positiv verläuft, nämlich die Entwicklung hinsichtlich der Staatsquote. Wir haben früher sehr intensiv darüber diskutiert. Ich will darauf hinweisen, dass wir 2008 eine Quote von unter 44 Prozent erreichen werden. Das ist das beste Ergebnis



seit drei Jahrzehnten. Das heißt, es gibt auch an dieser Stelle eine positive Entwicklung, indem wir private Initiative stärken und dafür sorgen, dass mehr Freiheit und individuelles wirtschaftliches Handeln zu mehr Investitionen und mehr Jobs in Deutschland führen. Deshalb sind wir hier auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe jetzt viel über das Thema Konsolidierung gesagt. Wir stärken mit diesem Haushalt aber auch die Investitionen, zum Beispiel dadurch, dass wir mehr für den Verkehr tun. Mehr tun wir darüber hinaus - auch darauf hat der Kollege Schneider hingewiesen - in dem wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung. An dieser Stelle entscheidet sich, ob die Menschen in Deutschland auch in Zukunft Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, ob unsere Volkswirtschaft auch in Zukunft Wohlstand garantieren kann. Deshalb ist das Geld, das wir hier für Forschung, Entwicklung und Innovationen ausgeben, gut angelegt.

Wir müssen dem einen einen zweiten Schritt folgen lassen. An dieser Baustelle setzen unsere Reformen an. Wir müssen dafür sorgen, dass dem staatlichen Geld privates Geld hinzugefügt wird, damit diejenigen Firmen, in denen Innovationen stattfinden, wachsen können, Stichwort „Wagniskapital“. Wir müssen darauf hinwirken, dass innovative Ideen umgesetzt werden. Ich möchte an dieser Stelle dazu aufrufen, etwas mutiger zu sein, als wir es bisher gewesen sind, damit Erfolgsgeschichten wie beispielsweise die von SAP auch in diesem Jahrhundert in Deutschland möglich sind, damit gute Ideen zu großen, weltweiten Erfolgen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme auf das Thema „Privathaushalt als Arbeitgeber“ zu sprechen. Meine Fraktion hat dazu vor einigen Wochen einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen versuchen, legale Arbeit in den Privathaushalten durch bessere steuerliche Rahmenbedingungen und durch eine übersichtlichere Förderung attraktiver zu machen. Wir sind jetzt aufgefordert, auch diesen Baustein umzusetzen, um neue Beschäftigungspotenziale im Bereich der privaten Haushalte zu erschließen und damit letztendlich einen positiven Return on Investment zu bekommen; denn durch legale Beschäftigungsverhältnisse fließt mehr Geld in die Sozialkassen und in die Steuerkassen. Deshalb glauben wir, dass sich die Umsetzung dieser Überlegungen für die Menschen, aber auch für den Staat am Ende rechnen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir möchten, dass die Menschen in diesem Land nicht nur über ihren Lohn, sondern auch über die Teilhabe an dem Unternehmen, für das sie arbeiten, die Chance bekommen, an diesem Wohlstandszuwachs, an diesem Wachstum teilzuhaben. Deshalb diskutieren wir in der Koalition - wir erhoffen uns auch dort einen Erfolg - über das Thema „Mitarbeiterbeteiligung an den Unternehmen“. Ich glaube, die Verbesserung dieser Mitarbeiterbeteiligung bietet Menschen die Chance, an diesem Aufschwung, an dieser positiven Entwicklung

teilzuhaben. Deshalb setzt sich die Koalition dafür ein, dass diese Teilhabe gestärkt wird.

Ich möchte auf das Thema Bürokratiekosten eingehen.

Bei jedem Gesetz muss jetzt seitens der Bundesregierung darauf hingewiesen werden, welche Ent- oder Belastung damit verbunden ist. Damit wird auf sauberer Grundlage zunächst einmal in den Fokus gerückt, welche bürokratischen Konsequenzen die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs hat. Ich glaube, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Ich hoffe und wünsche, Frau Bundeskanzlerin, dass wir auch bei den von uns verabredeten Zielsetzungen für 2011 - es geht um die Frage „Welche Informationspflichten und Statistiken bestehen schon?“ - vorankommen, damit die Unternehmen wirklich von Bürokratie entlastet werden.

Wir haben zwei Mittelstandsentlastungsgesetze auf den Weg gebracht und verabschiedet. Das dritte soll jetzt folgen. Ich wünsche mir, dass die Menschen sagen werden: Das ist eine wirkliche Erleichterung. Das, was man aus einem Rucksack herausgenommen hat, spürt man nicht mehr. Man spürt immer nur das, was in einem Rucksack noch vorhanden ist. Wichtig ist, dass man zur Kenntnis nimmt: Im Bereich Bürokratieabbau ist wirklich etwas vorangebracht worden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Dank Michael Glos!)

Ich will abschließend zwei Themen ansprechen, die aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung sind. Es geht zunächst einmal um das Thema Public-Private Partnership. An dieser Stelle haben wir die Chance, bessere Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Öffentlichen und Privaten zu setzen. Herr Kollege von Stetten leitet eine Querschnittsarbeitsgruppe unserer Fraktion. Ich weiß, dass mit den Kollegen der SPD-Fraktion ein intensiver Dialog dazu stattfindet. Wir versuchen, noch bestehende Hindernisse zu beseitigen und die Möglichkeit zu schaffen, dass mehr öffentlich-private Partnerschaften gelebt werden. Damit können wir auch im Bereich der Infrastruktur vorankommen. Trotz der Stärkung, die wir im Bundeshaushalt vornehmen, haben wir dort nach wie vor riesige Defizite. Zur Nachhaltigkeit gehört, eine ordentliche Infrastruktur aufzubauen und sie für künftige Generationen zu bewahren. Deshalb wollen wir auch an diesem Punkt etwas auf den Weg bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf die Föderalismuskommission II. Ich glaube, dass wir es an dieser Stelle - mit dieser Koalition und angesichts der Situation, dass alle öffentlichen Körperschaften tendenziell ausgeglichene Haushalte haben - mit einer historischen Chance zu tun haben: Wir können jetzt dafür sorgen, dass wir das, was wir 40 Jahre lang falsch gemacht haben, nämlich immer neue Schulden zu machen, durch eine gemeinsame Vereinbarung von Bund und Ländern unterbinden, damit die künftigen Generationen nicht zusätzlich belastet werden. Dadurch erreichen wir das, was auch Sie erreichen wollen, Herr Koppelin: nicht nur die Begrenzung der Neuverschuldung und eine Debatte über die Schulden, die in der Vergangenheit angehäuft worden

sind, sondern auch die Rückzahlung der vorhandenen Schulden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

In den nächsten beiden Jahren haben wir die Chance, dieses Ergebnis zu erreichen. Dies sollten wir uns im Interesse künftiger Generationen, im Interesse von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit vornehmen;

wir dürfen diese einmalige Chance nicht vertun.

Ich bitte Sie alle, sowohl beim Haushalt 2008 als auch bei diesem Zukunftsprojekt mitzuwirken. Herzlichen Dank an den Finanzminister, aber auch an die Haushälter der Koalition, die für den Haushalt 2008 Großes geleistet haben!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Anja Hajduk ist die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: 60 Milliarden, sage ich nur! - Volker Kauder [CDU/CSU]: 60 Milliarden!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Kauder!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Erklären Sie uns jetzt mal Ihre Parteitagsbeschlüsse!)

Ich will hier für die grüne Fraktion zum Haushalt Stellung beziehen

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Distanzieren

Sie sich hier mal von Ihren Parteitagsbeschlüssen!)

und will zunächst einmal auf das sogenannte 60-Milliarden-Euro-Paket eingehen, weil ich nicht kneifen, sondern

- im Gegenteil - Missverständnissen vorbeugen

und auch ein bisschen Interpretationshilfe geben will.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: 60 Milliarden sind kein Missverständnis, Frau Kollegin!)

Mehr als die Hälfte von den von meiner Partei beschlossenen 60 Milliarden Euro, die über einen mehrjährigen Zeitraum verausgabt werden sollen, nämlich 30 bis 35 Milliarden Euro, wollen wir in die Bildungsinfrastruktur investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Wo kommt es her?)

Wir wollen damit unseren unterdurchschnittlichen Platz unter allen OECD-Ländern in der Bildungsfinanzierung verlassen

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Opposition ist schön, da kann man so schön unseriös sein! -

Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Bei den Grünen fällt Manna vom Himmel!)

und einen richtigen Sprung machen. Vielleicht werden

wir noch nicht an Norwegen und Schweden anschließen

können; aber wir wollen es mit diesen 30 Milliarden

Euro schaffen, bei den öffentlichen Bildungsinvestitionen einen deutlichen Sprung nach vorn zu machen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Reden Sie

hier bloß noch einmal über solide Finanzpolitik!)

Ich frage Sie: Wer von Ihnen ist dagegen, dass wir diesen

Weg gehen? Herr Steinbrück, sind Sie dagegen?  
Sind Sie von der CDU/CSU dagegen? Sind Sie von der  
SPD dagegen? Ich denke, niemand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Joachim Poß [SPD]: Frau Hajduk, Angriff ist  
die beste Verteidigung! Sie haben sich aus der  
seriösen Diskussion verabschiedet, das wissen  
Sie doch selbst!)

Man muss diese Mittel durch Umschichtung gegenfinanzieren.  
Dieses Prinzip gilt für die Grünen. Dazu sage  
ich Ihnen eines: Wir müssen eine solche Umschichtung  
in Bildungsinvestitionen vornehmen, wenn wir in Anbetracht  
der demografischen Herausforderungen die öffentlichen  
Mittel effizienter einsetzen wollen. Dies können  
wir Grüne gar nicht alleine stemmen; dazu brauchen  
wir Bund, Länder und Gemeinden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo sie recht hat,  
hat sie recht! Ein Anflug von Selbstkritik!)  
- Sie sollten jetzt einmal etwas ruhiger werden und zuhören,  
weil dies ein Thema ist, das auch unsere Gesellschaft  
bewegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wir brauchen hier auch einen großen Sprung in der  
Föderalismuskommission; denn diese Aufgabe, was  
die Bildung angeht, müssen insbesondere Länder und  
Kommunen finanzieren. Ich erwarte von der Föderalismuskommission,  
dass die Bockigkeit eines niedersächsischen  
Finanzministers und die Bockigkeit eines hessischen  
Finanzministers aufgegeben wird und wir eine  
einheitliche Bundessteuerverwaltung bekommen, die  
laut Bundesrechnungshof einen um 14 Milliarden Euro  
effizienteren Mitteleinsatz ermöglicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)  
Über so etwas muss auch einmal in diesem Hause geredet  
werden, nicht nur über kleine Karos. Das sage ich an  
dieser Stelle ganz selbstbewusst.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber die Steuern  
wollen Sie auch erhöhen!)  
- Ich bitte die Kollegen von der FDP um ein bisschen  
mehr Mäßigung bei ihrer Kritik an uns. Wir haben uns  
noch nie gescheut, unsere haushaltspolitischen Vorstellungen  
zusammen mit unserer Steuerpolitik zu vertreten.  
Sie aber reden immer nur von Haushaltsausgleich und  
lassen Ihre steuerpolitische Nettoentlastung, die noch  
mehr Schulden brächte, erst einmal weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/  
CSU])

- Da klatscht auch die Union. - Bringen Sie das erst einmal  
zusammen und verhalten Sie sich uns gegenüber etwas  
maßvoller.

Wir Grünen stehen dazu, dass wir am Wochenende  
beschlossen haben - ein Punkt davon ist auch in die aktuelle  
Haushaltsplanung für 2008 eingegangen -, bei der  
Existenzsicherung die Regelsätze für das Arbeitslosengeld  
II zum Zwecke der Armutsbekämpfung zu erhöhen.  
Ja, das machen wir; dafür kann uns die SPD gerne kritisieren.  
Da sind Sie wohl falsch beraten; darauf komme  
ich später noch zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für meine Partei gilt: Alles, was wir vorgeschlagen haben - das ist auch Gegenstand des Beschlusses -, wollen wir gegenfinanzieren. Wir haben keine Angst, den Bürgerinnen und Bürgern auch zu sagen, wo wir umschichten wollen.

Ich komme jetzt zum Haushalt 2008. Die Ausgaben steigen in diesem Haushalt um 4 Prozent, die Einnahmen um 2,7 Prozent. Daran kann jeder erkennen, dass in gutem konjunkturellen Umfeld keine Vorsorge für schlechtere Zeiten getroffen wird, sondern Mehrausgaben produziert werden. An dem, was die Kollegen aus der Großen Koalition seit September gemacht haben, ist erkennbar, dass die Höhe der Ausgaben, nämlich 283 Milliarden Euro, vom Anfang bis zum Ende der Beratungen exakt gleichgeblieben ist.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Die Nettokreditaufnahme wurde um 1 Milliarde Euro gesenkt, weil zum Glück mehr Steuereinnahmen da sind; sonst hätten Sie die Kraft dazu gar nicht gehabt. Das entspricht ziemlich genau der Steuermehreinnahme. Was Sie dann gleich wieder großzügig ausgeschüttet haben, sind die anderen Windfall Profits, unter anderem dadurch, dass Sie auf eine konjunkturelle Entlastung bei der Rentenversicherung setzen und mit weniger Zinsausgaben rechnen. Sie haben sich innerhalb dieser Beratungen rund 1 Milliarde Euro Mehrausgaben genehmigt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist ein Beweis von Schwäche, und das konterkariert Ihre Aussagen, Herr Kampeter und Herr Schneider, das muss ich leider sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man Windfall Profits in guten Zeiten ausgibt, dann muss man sich doch einmal Folgendes vergegenwärtigen: Wenn die Konjunktur schwächer wird, dann werden die Einnahmen sinken und die Ausgaben im Bereich des Arbeitsmarkts und bei der Rente wieder ansteigen. Dafür muss man Vorsorge treffen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Indem man 60 Milliarden Euro neue Ausgaben beschließt, so wie Ihr Parteitag!)

Deswegen muss man eine strukturelle Gesundung des Haushalts herbeiführen. Wissen Sie, was Sie machen? Eine sehr genaue Betrachtung des Haushalts 2007 und des Haushalts 2008 zeigt, dass Sie im Haushalt 2007 Folgendes erreichen werden: eine Nettokreditaufnahme von 14,4 Milliarden Euro.

Wenn Sie die Privatisierungserlöse hinzurechnen, die Sie in diesem Jahr nach Ihrem Nachtragshaushalt erreichen wollen, dann werden Sie sozusagen ein strukturelles Defizit von 19 Milliarden Euro haben, das sich durch Privatisierungserlöse plus Nettokreditaufnahme errechnet. Bilden Sie die Summe der Privatisierungserlöse und der Nettokreditaufnahme im Haushalt 2008, so erreichen Sie über 22 Milliarden Euro. Das heißt, das strukturelle Defizit im Bund liegt in 2007 unter 20 Milliarden Euro, in 2008 aber deutlich über 20 Milliarden Euro. Ist das strukturelle Gesundung eines Haushalts, Herr Steinbrück?

Das können Sie doch nur Leuten erzählen, die nicht rechnen können, oder Sie sagen nicht die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind hier nicht auf einem richtigen Konsolidierungspfad, sondern segeln mit konjunkturellem Rückenwind, und das ist mit Blick auf die Zukunft zu wenig.

(Joachim Poß [SPD]: Sie machen doch nur Scheinrechnungen, Frau Hajduk!)

- Das sind keine Scheinrechnungen; das ist Ihr Nachtragshaushalt.

(Joachim Poß [SPD]: Auf Ihrem Parteitag haben

Sie nur Scheinrechnungen gemacht!)

Jetzt möchte ich gern weitersprechen, auch wenn es Herrn Poß wehtut, und auf die Gesamtstrategie Ihrer Haushaltspolitik eingehen.

(Joachim Poß [SPD]: Sie leben von Scheinrechnungen, Frau Hajduk!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Poß, ich glaube, Sie bekommen noch die Gelegenheit, ausführlicher darzustellen, was Ihnen an den Darlegungen alles nicht gefällt, sodass wir jetzt vielleicht doch Frau Hajduk die Gelegenheit zu einem zusammenfassenden Vortrag geben sollten.

(Joachim Poß [SPD]: Ich entschuldige mich!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte weiterreden und bitte darum, dass die Große Koalition erträgt, wenn die Opposition hier etwas vorzutragen hat. Dann seien Sie doch einmal ganz ruhig!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Seit Regierungsbeginn haben Sie Steuermehreinnahmen in Höhe von 48 Milliarden Euro. Insofern müssen Sie einmal erklären, warum diese 48 Milliarden Euro nicht ausreichen, um ein Haushaltsdefizit von 30 Milliarden Euro zu schließen. Wir verlangen nicht, dass Sie das schon in 2008 schaffen. Wir verlangen aber von Ihnen, dass Sie einen großen Schritt machen, der nicht nur eine Minireduzierung der Schuldenaufnahme auf 11,9 Milliarden Euro vorsieht - 2009 sollen es dann 10,5 Milliarden Euro werden -; nein, wir schlagen Ihnen eine Halbierung der Nettokreditaufnahme auf rund 6 bis 7 Milliarden Euro vor, damit noch in dieser Legislaturperiode, nämlich in 2009, ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann. Sie wollen diesen Haushaltsausgleich bis 2011 schleppen; ich halte das für eine riskante Wette auf die Konjunktur. Bei den vier guten Jahren, die Sie haben, hätte die Große Koalition mehr schaffen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP - Joachim Poß [SPD]: Wir hatten erst zwei!)

Folgendes aber ist wichtig: Hören Sie auf, den Haushalt auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme zu entlasten. Sie haben das schon ganz am Anfang der Legislaturperiode gemacht. Damals haben Sie über 2 Milliarden Kosten vom Haushalt in die Rentenkasse verschoben, um die Rentenbeiträge der Arbeitslosengeld-II-Empfänger finanzieren zu lassen.

Heute haben Sie sich hier für die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung sehr gefeiert.

10,8 Milliarden Euro ist die zusätzliche Belastung für die Bundesagentur für Arbeit im nächsten Jahr. Das

kommt zustande, weil Sie fragwürdige Verlagerungen aus dem Bundeshaushalt in den Agenturhaushalt vornehmen und weil Sie den Beitragssatz auf 3,3 Prozent senken. Ich habe hier immer die Meinung vertreten, dass das Senken der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen im Prinzip richtig ist, aber Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, Frau Merkel - Herrn Steinbrück ist das doch persönlich von Herrn Rürup gesagt worden, wenn ich richtig unterrichtet bin -: Alles das, was Sie in der Koalitionsrunde zum Bereich Arbeitsmarktpolitik beschlossen haben, war falsch.

Sie bringen die Bundesagentur durch die übermäßige Senkung des Beitragssatzes auf 3,3 Prozent und durch zusätzliche Belastungen in eine Situation, dass, sobald sich die Konjunktur eintrübt, im Konjunkturabschwung der Beitragssatz wieder erhöht werden muss. Das war genau die Bedingung, Herr Steinbrück, unter der Sie zugestimmt haben. Sie wollen nämlich verhindern, dass wieder Forderungen auf den Haushalt zukommen.

Um im Konjunkturhoch bei den Lohnnebenkosten irgendwie unter 40 Prozent zu kommen, führen Sie eine Situation herbei, in der Sie bei einer konjunkturellen Eintrübung im Abschwung den Beitragssatz erhöhen müssen. Das ist doch keine vernünftige Politik. Das ist nicht die Argumentation allein von Anja Hajduk oder von den Grünen; das ist die Argumentation vom Sachverständigenrat. Deswegen ist die einseitige Belastung der Sozialversicherungen, durch die Sie sich gesundrechnen, nicht glaubwürdig und nicht nachhaltig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zu unseren grünen Alternativen kommen. Wir Grünen schlagen Ihnen einen Zukunftshaushalt vor, bei dem wir die Nettokreditaufnahme senken, und zwar um die Hälfte.

(Zuruf von der SPD: Luftbuchungen!)

Prioritäten für Bildung und Sozialpolitik sind in unserem Finanztableau gegenfinanziert. Diejenigen, die hier immer rufen, gerade aus der SPD - darüber wundere ich mich -

(Joachim Poß [SPD]: Was denn?)

dass das Luftbuchungen seien, frage ich: Wollen Sie denn nicht darum kämpfen - da bin ich mit Ihrem Finanzminister vielleicht sogar mehr einig -, dass klimaschädliche Subventionen für die gewerbliche Wirtschaft zurückgeführt werden und stattdessen lieber in Bildung investiert wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wollen Sie sich nicht auf diesen Weg machen? Wollen Sie das wirklich „Luftbuchungen“ nennen? Herr Poß, das ist doch ein sozialdemokratisches Armutszeugnis! Sie können im Haushalt 2008 einen Subventionsabbau in Höhe von 3,7 Milliarden Euro leisten. Ich weiß, dass ich mit Herrn Steinbrück nie einig werde, was die Kohlesubventionen angeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da werden

Sie vertragsbrüchig, sonst nichts! - Joachim

Poß [SPD]: Scheinrechnung!)

Sie haben im Steinkohlefinanzierungsgesetz eine zusätzliche Ausnahmeregelung zugunsten der RAG gerade noch eingefügt, nach der nicht die Weltmarktpreise Maßstab

für die Höhe der Subventionen sind. Sie haben einen zusätzlichen Ausnahmetatbestand geschaffen, durch den die RAG entlastet wird. Das summiert sich auf 700 Millionen Euro. Ich weiß, dass auch viele SPD-Mitglieder im Haushaltsausschuss da Bauchschmerzen hatten.

Wir plädieren nicht für einen Subventionsabbau bei der Kohle nach dem Motto „Von heute auf morgen ist Schluss“, aber wir argumentieren im Sinne der Steuerzahler und nicht im Sinne der RAG, und das ist verantwortungsvoll. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir legen einen Klimaschutzhaushalt vor, der es über die Finanzplanperiode ermöglicht, Subventionen in erheblichem Maße abzubauen. Das summiert sich auf 28 Milliarden Euro. Ich fordere Sie auf, sich das anzuschauen! 28 Milliarden Euro Subventionsabbau - dabei geht es gerade auch um umweltschädliche Subventionen - und Neuinvestitionen von über 10 Milliarden Euro - da wollen wir gar nicht kleckern; da wollen auch wir klotzen -, das schafft eine Win-win-Situation. Das erste „win“ bezieht sich auf das Klima. Dann gibt es noch das zweite „win“: Damit schaffen wir auch einen Gewinn für die öffentlichen Kassen, und zwar ebenso in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist Münchhausen-Politik, was Sie da machen! Das mit der Doppeldividende klappt so einfach nicht!)

Gerade Sie, Frau Merkel, die Sie sich das Thema Klimaschutzpolitik ja so gern zu Herzen nehmen, fordere ich auf: Nehmen Sie sich unseren Klimaschutzhaushalt zu Herzen! Dann kommen Sie weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Grünen gilt das Prinzip: Gegenfinanzierung ist wichtig. Gegenfinanzierung ist nicht einfach. Da muss man bereit sein, sich mit bestimmten Lobbys anzulegen. Das sollte Maßgabe für eine gute Politik sein. Unsere für die Kinderbetreuung vorgesehenen Mittel sind durch eine Reform des Ehegattensplittings gegenfinanziert. Unsere Entwicklungshilfeausgaben sind durch die Idee einer Ticket-Tax gegenfinanziert, wogegen man wohl nichts haben kann. Zum Subventionsabbau habe ich schon genügend gesagt.

Der Bundesfinanzminister hat sich im Handelsblatt dazu geäußert, dass der Haushalt ausgeglichen werden soll. Sie schlagen vor, dass das im Jahr 2011 erfolgen soll; wir fordern das für das Jahr 2009. Sie sagen, wenn das nicht gelinge, bedeute das einen großen Kompetenzverlust im Hinblick auf die Regierung. Ich glaube, dies würde nicht nur für die Große Koalition, sondern für die Politik insgesamt gelten.

Deswegen mahne ich Sie: Wir brauchen eine Schuldenbremse, sodass es zukünftig nicht gestattet ist, in konjunkturell guten Zeiten die Ausgaben so wachsen zu lassen, wie das leider im Moment geschieht.

(Joachim Poß [SPD]: Damit machen wir das 60-Milliarden-Programm!)

Ich muss leider feststellen, dass Sie Ihre Ansprüche, zwei Drittel der zusätzlichen Steuereinnahmen in die Schuldentilgung zu stecken und nur ein Drittel zu investieren, nicht einhalten. Sie landen höchstens bei fiftyfifty.



Insofern sage ich Ihnen noch einmal: Wir brauchen einen wirklichen Mentalitätswandel, der darin besteht, in guten Zeiten Überschüsse zu erzielen. Nur innerhalb der Großen Koalition auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, reicht nicht aus.

Wir dürfen die Reformdividende der Vorgängerregierung nicht verspielen, hat die Kanzlerin gesagt. Deswegen fordere ich Sie mit Blick auf den Arbeitsmarkt - ich erinnere an die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I; darüber wird am Donnerstag zu reden sein - auf, keine kontraproduktiven Entscheidungen zu treffen. Es wird vielmehr darum gehen, die Menschen weiter dazu zu aktivieren, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Wir Grünen stehen - das habe ich zu Beginn meiner Rede gesagt - zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes II.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Wir stehen dazu nicht, um Transferleistungen auszuzahlen, sondern, um Existenzen zu sichern. Wenn man das erfolgreich umsetzen will, braucht man dazu die Einführung eines Mindestlohnes. Ich freue mich schon, am Donnerstag über die lückenhafte Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition weiterzudiskutieren. Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 400 Jahren hat ein britischer Staatsphilosoph und Aufklärer, nämlich Thomas Hobbes, gesagt, dass für den Wohlstand der Menschen zweierlei Dinge nötig sind: Arbeit und Sparsamkeit. Das war vor 400 Jahren und ist bis auf den heutigen Tag richtig und gültig. Wir würden das heute vielleicht etwas anders bezeichnen; wir würden von Wachstum und Beschäftigung sowie von Haushaltskonsolidierung reden. Aber diese Vorgabe wurde schon vor 400 Jahren gemacht. Ich denke, dass die Arbeit der Großen Koalition jenseits der sehr selektiven Wahrnehmung, die in Oppositionsreden immer eine Rolle spielt, in den letzten zwei Jahren auf zwei Gebieten eine durchaus erfolgreiche Bilanz vorzuweisen hat.

Zum Faktor Arbeit. Als Hartz IV eingeführt wurde, gab es 5,08 Millionen Arbeitslose. Als die Große Koalition die Regierung übernahm, gab es 4,53 Millionen Arbeitslose. Heute sind laut Oktoberstatistik 3,43 Millionen Menschen arbeitslos. 1,5 Millionen Menschen mehr - bedenken Sie, was das für deren Familien bedeutet - sind in Lohn und Brot im Vergleich zu dem Zeitpunkt, als Hartz IV eingeführt wurde. Wir haben über 1,1 Millionen Arbeitslose weniger als zu dem Zeitpunkt, als diese Regierung im November 2005 ihr Amt übernahm.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben zwischen Januar 2006 und Oktober 2007 insbesondere bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

- sprich: bei den 50- bis 65-Jährigen - die Arbeitslosenzahl um 400 000 abbauen können. Die Arbeitslosenzahl ist bei diesen Menschen von ungefähr 1,2 Millionen auf 800 000 heruntergegangen. Wir haben gerade bei diesen Älteren die Erwerbstätigenquote - dies gilt mehr denn je vor dem Hintergrund unserer demografischen Entwicklung und der uns willkommenen Fachkräfte - auf 52 Prozent anheben können, womit wir langsam wieder Anschluss an die Spitzenposition in Europa im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Viel wichtiger, als es diese Zahlen ausweisen - einschließlich der guten Perspektiven, die Herr Meister aufgrund der jüngsten Angaben der deutschen Wirtschaft und deren Bereitschaft, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, zum Ausdruck gebracht hat -, ist, dass es Millionen von Frauen und Männern gibt, die weniger Angst haben müssen, den Job zu verlieren, den sie haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das alles spielt in den Reden von Frau Löttsch, aus sehr durchsichtigen Gründen, keine Rolle. Aber dies ist eine Teilhabe - in meinen Augen noch nicht zureichend, aber immerhin - breiter Bevölkerungsschichten an dem Aufschwung, an dem diese Bundesregierung mitgewirkt hat.

Zweites Stichwort: Sparsamkeit. In diesem Parlament ist vor etwas mehr als anderthalb Jahren - wegen des Zeitverzuges aufgrund der Bundestagswahl - ein Haushalt debattiert worden, bei dem wir über eine Nettokreditaufnahme im Soll von 38,2 Milliarden Euro gesprochen haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Zwei Jahre später soll das Soll 11,9 Milliarden Euro betragen. Da bitte ich doch um ein etwas ausgewogeneres Bild kritischer Darstellung der Oppositionsfractionen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben - für diejenigen, die Soll und Ist gerne unterschieden haben wollen - die Nettokreditaufnahme im Haushaltsplanentwurf dieses Jahres von 38,2 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro gesenkt; im nächsten Jahr sind es 11,9 Milliarden Euro. Wahrscheinlich wird das diesjährige Ist ziemlich identisch mit dem Soll sein, also das faktische Ergebnis von 2007 mit dem, was geplant ist.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Und die Steuermehreinnahmen?)

Wir haben zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine gesamtstaatliche Defizitquote von null in der Bundesrepublik Deutschland aufzuweisen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben es mit positiven Finanzierungssalden der Länder und der Kommunen sowie mit Rücklagenbildungen und Entschuldungen der sozialen Sicherungssysteme zu tun. Das darf in einer Rede vorkommen, Herr Koppelin, unabhängig davon, dass die Rede immer nach demselben Muster läuft, seitdem ich hier das erste Mal ein Ministeramt übernehmen durfte.

Wir haben es inzwischen mit einer Steuerquote in Deutschland zu tun, die im guten Mittelfeld Europas liegt und daher mit Blick auf den Wettbewerb von Steuersystemen,

wie ich glaube, Frau Löttsch, wichtig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu erhalten. Wir haben es mit einer Staatsquote zu tun - also bezogen auf das, was der Staat von der Wirtschaftsleistung in Anspruch nimmt -, die in diesem Jahr wahrscheinlich geringer sein dürfte als die Staatsquote des Vereinigten Königreiches, also der Briten.

Wir haben es mit einer sinkenden Sozialversicherungsabgabenlast zu tun. Herr Meister hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Lohnzusatzkosten gestiegen sind.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Gesunken sind!)

- Gesunken sind; das ist eine wichtige Verbesserung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Sie dürfen nicht immer nur sozialdemokratisch denken, Herr Minister!)

Ich könnte die Reihe der Beispiele fortsetzen; aber das läuft dann vielleicht in einer Art Huberei auf eine Bilanzierung hinaus, die zu langatmig ist und langweilig wirkt. Aber mir ist daran gelegen, dass diese Realitäten auch in einer politischen Auseinandersetzung nicht aus dem Auge verloren werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich weiß ich, dass eine robuste konjunkturelle Entwicklung dabei nach wie vor hilfreich ist. Niemand bestreitet das. Niemand steckt sich da fremde Federn an den Hut oder an irgendeinen anderen Teil, den er trägt.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Was soll das denn heißen?)

Aber man darf darauf hinweisen, dass die Strategie der Bundesregierung und der Großen Koalition - Sanieren, Reformieren, Investieren - aufgegangen ist, und man darf darauf hinweisen, dass das, was ich als die finanzund wirtschaftspolitische Doppelstrategie bezeichnet habe - auf der einen Seite Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen und eben nicht jeden Euro nur in die Absenkung der Nettokreditaufnahme zu stecken,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber auf der anderen Seite zu konsolidieren -, erfolgreich gewesen ist.

Dies belegen auch einige, die die Bundesregierung gegebenenfalls durchaus kritisch ansprechen. Der Sachverständigenrat hat uns eine ganze Reihe von Mahnungen mit auf den Weg gegeben. Das stelle ich gar nicht in Abrede, Frau Hajduk. Aber dann darf man den Sachverständigenrat auch zitieren, wenn er ausdrücklich den Beitrag der Politik zu der derzeitigen guten Verfassung der deutschen Wirtschaft lobt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich zitiere:

Die Politik hat mit zum Teil sehr weit reichenden Reformen auf den Feldern der Besteuerung, des Arbeitsmarktes und der Sozialen Sicherung zum wirtschaftlichen Comeback Deutschlands beigetragen

...

Im Übrigen sieht der Sachverständigenrat auch klare Hinweise - daran ist mir sehr gelegen - auf eine tiefgehende, nicht nur zyklische Erholung unserer Wirtschaft.

Dies hat die Bundesbank auszurechnen versucht: Wie entwickelt sich diese Wirtschaft stetig, auch jenseits von

Inflationsentwicklungen, in ihrem sogenannten Potenzialwachstum? Es hat viele Wirtschaftswissenschaftler gegeben, die bedenklich eingeschätzt haben, vor fünf Jahren sei das Potenzialwachstum in Deutschland auf 1 Prozent zurückgegangen. Heute stellt die Bundesbank dar, dass dieses Potenzialwachstum inzwischen bei 1,75 Prozent liegt. Das bedeutet, dass der nächste konjunkturelle Abschwung - der kommen wird; das haben Konjunktoren so an sich - nicht wieder auf ein so niedriges Niveau sinkt, dass wir erkennbar dieselben Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen haben wie in den Jahren 2003, 2004 und 2005.

Ich will es mit anderen Worten sagen: Die deutsche Wirtschaft ist gegenüber negativen konjunkturellen Einflüssen sehr viel widerstandsfähiger geworden, und sie ist sehr viel wettbewerbsfähiger. Das begründet meine Annahme, die sich aus einer realistischen Betrachtung ergibt, dass der Aufschwung durch die höheren Risiken in seiner Dynamik zwar etwas eingetrübt wird, wir es aber nach wie vor mit einer robusten konjunkturellen Erholung zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir sollten uns in diesem Zusammenhang nicht um Kopf und Kragen reden. Dass die Stimmungslage - das ist eine deutsche Neigung - innerhalb von drei, vier Monaten zwischen himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt schwankt, ist furchtbar. Etwas mehr Stetigkeit und etwas mehr Kontinuität in den Einschätzungen sowie etwas mehr Selbstbewusstsein täten uns ganz gut. Wir müssen betrachten, was gelungen ist, und nicht nur, was misslungen ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Bürger erwarten, dass wir den Haushalt konsolidieren. Sie gehen dabei ziemlich stark von ihren privaten Lebensbedingungen aus. Sie sagen: Man kann nicht auf Dauer mehr ausgeben, als man eingenommen hat.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Sie sagen klipp und klar: Ich muss Schulden irgendwann einmal zurückzahlen. Warum sollen die öffentlichen Haushalte sie nicht zurückzahlen? Sie sagen: Gegebenenfalls müssen Anschaffungen je nach Portemonnaielage verschoben werden. Sie sagen: Meinen Kindern soll es eines Tages besser gehen. Deshalb sind sie auch bereit, etwas in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren.

(Zuruf)

- Das tun wir ja. Das tun wir alles.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gegebenenfalls kommen sie manchmal zu dem Ergebnis, dass eine gewisse Vorsorge für das Alter, für die Pflege und für die Gesundheit wichtiger ist als die Erfüllung des gegenwärtigen Wunschzettels.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Dr. Peter Ramsauer

[CDU/CSU]: Da sind wir auf ihrer Seite!)

Manchmal verhalten sie sich rationaler als wir Politiker. Ich rufe noch einmal in den Raum: Schließt Riester-Verträge ab! Fast 10 Millionen Riester-Verträge wurden schon abgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn diesbezüglich mit vielen Oppositionspolitikern ewig ein Dissens bestehen wird, bedeutet das, dass es richtig gewesen ist, dass die Bundesregierung für bestimmte Schwerpunkte mehr Geld ausgegeben hat. Die Tatsache, dass wir dieses Geld ausgegeben haben, war nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich und strategisch.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hajduk, Sie fragen ewig: Wie hoch waren die Steuermehreinnahmen? Könnten Sie die Nettokreditaufnahme ein oder zwei Jahre eher auf null fahren? - Nein! Wir fanden es richtig, mehr für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir fanden es richtig, mehr für die Infrastruktur auszugeben. Wir fanden es richtig, dass wir mehr für Kinderbetreuung und für das BAfÖG - wir brauchen eine höhere Akademikerquote - ausgeben. Wir fanden es richtig, dass wir im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen mehr für die Entwicklungshilfe ausgegeben haben. Ja, all das ist von dieser Bundesregierung gewollt und reduziert den Spielraum für eine Reduzierung der NKA.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Erlauben Sie mir einen Hinweis: Ich habe gehört, dass auf dem Parteitag der Grünen ein Zusatzprogramm mit einem Volumen von 60 Milliarden Euro aufgelegt wurde; übrigens einschließlich einer Erhöhung der ALG-II-Regelleistungen um insgesamt 5 Milliarden Euro. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie mir mal eben über den Tisch hinweg sagen, dass Sie in der Lage sind, die Nettokreditaufnahme zu halbieren. Bevor Sie mir Anweisungen geben, wie ich die Nettokreditaufnahme reduzieren kann, müssen Sie mir erzählen, wie Sie die 60 Milliarden Euro gegenfinanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Gegenfinanzierungsvorschläge sind sehr windig. Angesichts dessen ist es, das muss ich ehrlich sagen, couragiert, der Bundesregierung zu empfehlen, die NKA mal eben auf 6 Milliarden Euro herunterzufahren. Das war ein sehr mutiger Auftritt angesichts des Beschlusses auf Ihrem Bundesparteitag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Anja

Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe Ihnen das erklärt! Wenn Sie das nicht verstehen!)

Wir werden einiges auch in der fünften oder sechsten Debatte nicht vom Tisch kriegen. Insofern sollten wir das endlich einmal abhaken. Herr Koppelin und andere von Ihnen wissen genau, dass das Ausgabenwachstum auf drei Sondereffekten beruht, insbesondere dem einmaligen Zusammenlaufen von Erziehungsgeld und Elterngeld. Sie wissen natürlich auch, dass, wenn der BA ein Mehrwertsteuerpunkt gegeben wird, es zu einer Teilhabe an der Dynamik des aufwachsenden Mehrwertsteuerpunktes kommt, wir also 1,1 Milliarden Euro mehr überweisen müssen.

Ich habe schon einmal gesagt, dass die Rechnung ganz einfach ist: Ich gebe Herrn Koppelin 20 000 Euro als Spende an die FDP.

(Beifall bei der FDP - Jürgen Koppelin [FDP]:

Sehr gut! Angenommen!)

Und Sie leiten diese Spende natürlich, treu wie Sie sind, an die FDP weiter. Das erhöht zwar Ihre Ausgaben, aber Sie haben gar nichts davon.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, ich empfehle Ihnen aber dringend, bevor Sie dem Gedanken nähertreten, die Vereinbarkeit mit dem Parteiengesetz noch einmal sorgfältig zu prüfen.

(Heiterkeit)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Ich werde mich streng danach richten, Herr Präsident, und Sie vorher informieren.

Ich will auf Folgendes hinaus: Ja, wir sollten uns darauf einstellen, dass sich die sehr gute Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007 im Jahr 2008 nicht mehr in dieser Dynamik darstellen wird. Sie wissen um die Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Sie wissen über die Energiepreissteigerung Bescheid. Sie wissen, dass es in der Tat zumindest in den USA eine Entwicklung gibt, die dazu führt, dass man darauf setzen, vielleicht eher hoffen muss, dass es aufgrund der Entwicklung in Asien zu kompensatorischen Effekten kommt. Aber dieses Parlament sollte sich sehr bewusst sein, dass die zukünftigen Steuerschätzungen nicht mehr denselben Spielraum vorsehen wie die vergangenen. Das bedeutet: Um diese Doppelstrategie aufrechtzuerhalten, ist es in meinen Augen unvermeidlich und für diese Große Koalition von konstitutiver Bedeutung, die Ziellinie einer Nettokreditaufnahme von null spätestens 2011 zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich plädiere sehr dafür, dass zu diesem Zeitpunkt eine neue Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen wird, die die Funktion eines Deckels hat, damit eine ähnliche Spiralbewegung wie in den vergangenen Jahrzehnten – übrigens zulasten der jungen Menschen; auch sie hören uns hier zu – nicht wieder in Gang gesetzt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Staatsverschuldung ist eine Verletzung der Generationengerechtigkeit.

Darüber müssen wir uns, die wir

in dieser Generation die Verantwortung tragen, sehr bewusst sein. Denn es ist die folgende Generation, die in der Zukunft andere Optionen hat als wir, weil sie den Kapitaldienst für Schulden in Höhe von 1,5 bis 1,6 Billionen Euro zu leisten hat.

Insgesamt stelle ich fest, dass die Bundesregierung mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik auf einem guten Weg ist.

(Otto Fricke [FDP]: In die falsche Richtung!)

Wir sind noch längst nicht am Ziel angekommen, aber wir sind diesem Ziel in den ersten zwei Jahren dieser Großen Koalition sehr viel näher gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Herr Steinbrück, bei einer Politik, die Schulden zu reduzieren und den Haushalt dauerhaft zu sanieren, hätten Sie die FDP-Opposition voll auf Ihrer Seite. Aber das rosige Bild, das Sie hier zeichnen, hält doch den Fakten, die wir in Ihrem Finanzbericht lesen können, überhaupt nicht Stand.

(Beifall bei der FDP)

Ich will nur einmal daran erinnern, wie das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben aussieht. In dieser Legislaturperiode sind die Einnahmen durch dramatische Steuererhöhungen insgesamt um 47 Milliarden Euro gestiegen. Die Neuverschuldung ist nur um 19 Milliarden Euro zurückgeführt worden. Was ist denn mit den restlichen 28 Milliarden Euro passiert? Das ist doch kein Sparvorgang gewesen. Sie haben vielmehr mit vollen Händen Geld ausgegeben.

(Beifall bei der FDP)

Das sind doch keine Sparpolitik und keine seriöse Haushaltspolitik. Sie haben hier von Wunschzetteln gesprochen. Es stimmt: Mit ihrer Forderung nach Mehrausgaben in Höhe von 60 Milliarden Euro haben sich die Grünen aus einer ernstzunehmenden ökonomischen Diskussion entfernt; sie sind den Linken nähergekommen, von uns haben sie sich entfernt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie jedoch zusammenrechnen, was die Mitglieder Ihres Kabinetts an Mehrausgaben gefordert haben, dann kommen Sie auf 30 Milliarden Euro bis 2011. So viel besser sieht es im Kabinett also nicht aus.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Wir haben keinen Cent nachgegeben!)

Das Problem ist, dass Aussagen immer von Fakten getragen werden müssen. Das scheint mir in diesem Fall nicht so zu sein.

Herr Meister hat die Investitionsquote angeführt. Es wäre ja schön, wenn es so wäre, wie Sie es darstellen, aber die Investitionsquote als Anteil am Haushalt ist gesunken und nicht gestiegen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und zwar exakt von 9,1 Prozent auf 8,6 Prozent. Auch hier stimmt das Bild, das Sie zeichnen, nicht.

Wenn Sie das jetzt aus dem Blickwinkel des normalen Bürgers betrachten - das ist das Entscheidende; wir sind gewählt worden, um die Interessen der Bürger zu realisieren -, dann stellen Sie fest, dass für die Masse der Bürger die ökonomische Entwicklung bis jetzt in ihrem Portemonnaie überhaupt nicht stattgefunden hat. Sie sind höher belastet und nicht weniger,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und zwar - trotz der Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung - im Schnitt um 1 400 bis 1 600 Euro pro Haushalt bei einem typischen Haushalt mit vier Personen.

Natürlich ist es richtig, dass diejenigen, die arbeitslos waren und jetzt Arbeit gefunden haben, besser dastehen.

Dies betrifft - wenn die Zahl stimmt - 1,5 Millionen.

Das ist - das gebe ich zu - aus unserer Sicht eine sehr erfreuliche Entwicklung. Aber die 27 bis 29 Millionen Arbeitnehmerhaushalte sind mehr belastet. Sie zahlen die

Zeche. Das dürfte doch nicht sein. Das Missverhältnis

von Steuererhöhungen und Steuerbelastungen für die Bürger und Ausgabensenkung ist so groß, dass es keinen Grund gibt, dass Sie sich hier stolz in die Brust werfen und sagen: Wir haben alles richtig gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen: Wer ist denn für die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt verantwortlich?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Na, die FDP!)

Ich kenne keine Entscheidung dieser Regierung, die dazu beigetragen hätte.

(Beifall bei der FDP)

Da Sie darauf hingewiesen haben, dass die Lohnstückkosten gesunken sind, frage ich Sie: Wer ist denn dafür verantwortlich?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Natürlich auch die FDP!)

Das sind die Tarifvertragsparteien, die mit ihrer maßvollen Tarifpolitik seit dem Jahr 2000 dafür gesorgt haben, dass die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik im Vergleich zu unseren EU-Partnerländern am geringsten gestiegen sind; das ist richtig. Aber das ist nicht die Leistung der Bundesregierung.

Jetzt geht es darum, wie wir die Zukunft gestalten.

Wir haben erneut ein beeindruckendes Sparbuch

(Lachen der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE] und des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

vorgelegt - dafür bin ich unseren Haushältern besonders dankbar -, das 400 Anträge enthält, mit denen wir nachweisen: Es ist möglich, den Haushalt schon jetzt ausgeglichen zu gestalten. Dafür braucht man natürlich ein bisschen Mut, und gelegentlich muss man auch einmal Parteifreunde überzeugen. Sie haben diesen Mut nicht. Obwohl Sie im Deutschen Bundestag über eine Mehrheit von etwa 70 Prozent verfügen, legen Sie jetzt wieder einen Schuldenhaushalt vor. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, für uns, die Freien Demokraten, kommt es darauf an, dass wir die Entlastung der Bürger mit einer soliden Haushaltspolitik verbinden; das ist machbar.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Genau!

Das machen wir!)

Man kann beide Ziele gleichzeitig verfolgen. Dafür braucht man allerdings eine ökonomische Richtschnur, an der man sich orientiert. Die einzelnen Entscheidungen, die man trifft, müssen immer daraufhin überprüft werden, ob sie der Zielerreichung dienen.

Wir haben einen Vorschlag, der beide Ziele miteinander verbindet, vorgelegt. Wir schlagen vor, dort zu sparen, wo es nicht wehtut, wo es zumutbar ist und wo der Investitionsprozess nicht gebremst wird. Gleichzeitig wollen wir bei den normalen Arbeitnehmerhaushalten für steuerliche Entlastung sorgen, damit die Bürger wieder mehr Geld in die Hand bekommen, das sie für den Konsum, für Investitionen, zum Beispiel in ein Eigenheim oder in ein neues Auto, oder für die Ausbildung ihrer Kinder ausgeben können. Würden wir so vorgehen, würde der konjunkturelle Aufschwung, den wir erleben,



bei den Bürgern ankommen. Genau das haben Sie verhindert.  
Der Aufschwung ist nicht bei den Bürgern angekommen.  
Die Bürger am Aufschwung teilhaben zu lassen,  
das ist unsere Aufgabe für die Zukunft.  
Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Eduard Oswald ist der nächste Redner, und zwar für  
die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Herr Kollege Solms, bei all dem, was Sie gesagt haben,  
muss ich darauf hinweisen: Tatsache ist und bleibt, dass  
der Bundesfinanzminister hier und heute nicht nur eine  
gute Rede gehalten, sondern auch eine ausgezeichnete  
Bilanz der Großen Koalition vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Bundesminister Steinbrück, das haben wir gemeinsam  
erreicht. Ich sage Ihnen: Es ist doch gut, dass die  
Union Ihr Partner ist.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Norbert

Röttgen [CDU/CSU]: Allerdings! Das weiß er  
auch!)

Wenn wir wollen, können wir noch manches erreichen.  
Ihre Rolle als stellvertretender SPD-Vorsitzender kann  
Ihnen dabei durchaus behilflich sein. Denn um das, was  
Sie vorhaben, umzusetzen, werden Sie noch den einen  
oder anderen aus Ihren eigenen Reihen überzeugen müssen.  
Deutschland steht heute so gut da wie seit langem  
nicht mehr. Dies ist zuallererst der Erfolg der Menschen,  
die diesen Aufschwung durch ihre Leistungen ermöglicht  
haben, also ein Erfolg der Arbeitnehmer und der  
Arbeitgeber,

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: So ist es!)

aber auch der Erfolg richtiger politischer Weichenstellungen  
und Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Peter

Ramsauer [CDU/CSU]: Ganz genau! Sowohl  
als auch!)

Bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und  
bei der gezielten Förderung des Wirtschaftswachstums  
haben wir in den vergangenen zwei Jahren deutliche  
Fortschritte erzielt. Wir haben Deutschland steuerpolitisch  
wettbewerbsfähig gemacht. Das Konzept des Dreiklangs  
von Sanieren, Reformieren und Investieren ist  
und bleibt erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese positiven Entwicklungen müssen erwähnt werden,  
damit uns allen bewusst wird: Deutschland ist vorangekommen.  
Es muss aber auch klar sein: Es ist allenfalls  
ein Anfang gemacht. Wir haben noch eine gute  
Wegstrecke vor uns. Deshalb muss unsere Richtschnur  
für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode sein, erstens  
die Wachstumskräfte weiter zu stärken und zweitens  
den Beschäftigungsaufbau weiter voranzutreiben.  
Unsere Finanzpolitik ist darauf ausgerichtet, gesamtstaatlich  
spätestens im Jahr 2011 einen strukturell ausgeglichenen  
Haushalt vorzulegen, also einen Haushalt  
ohne neue Schulden; das ist heute bereits bestätigt worden.

Schaffen wir dies, so bleiben gesamtstaatlich immer noch die in den vergangenen Jahrzehnten aufgelaufenen öffentlichen Schulden in Höhe von insgesamt 1 500 Milliarden Euro, die wir natürlich abtragen müssen. Ziel muss es sein, die öffentlichen Haushalte so zu konsolidieren, dass wieder Zukunftsinvestitionen möglich werden. Für jeden Euro Staatsschulden, den wir abtragen, müssen wir in Zukunft keine Zinsen und Zinseszinsen mehr aus Steuergeldern zahlen.

Es kommt hinzu: Heute fließt jeder sechste Euro, den der Bund einnimmt, in den Schuldendienst. Der Bund müsste also beim jetzigen Zinsniveau selbst ohne Neuverschuldung jedes Jahr 40 Milliarden Euro Zinsen aufbringen.

Wenn die Durchschnittsverzinsung für diese Schulden nur um einen Prozentpunkt steigt, bedeutet das Mehrausgaben von rund 15 Milliarden Euro. Angesichts dieser Zahlen wird jedem deutlich, dass es gut ist, die Neuverschuldung schnellstmöglich und schleunigst auf null zurückzuführen, dass es darüber hinaus aber für unser Land und seine Zukunft auch wichtig ist, den Schuldenberg abzutragen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, bei allen bisherigen Erfolgen und trotz der weiterhin ehrgeizigen Anstrengungen bei der Konsolidierung müssen nicht nur wir Finanz- und Haushaltspolitiker eines im Auge behalten: Die steigende Inflation, im Wesentlichen verursacht durch die Preisentwicklung bei Öl und Benzin, macht den Bürgerinnen und Bürgern schon heute zu schaffen, und die Kursentwicklung unserer Währung, des Euro, stellt insbesondere an unsere exportorientierte Wirtschaft große Herausforderungen. Wir wissen uns hier bestens vertreten durch die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank. Der Finanzausschuss wird heute in einer Woche in Frankfurt mit beiden entsprechende Gespräche führen.

Finanzpolitik ist nur dann langfristig erfolgreich, wenn strukturelle Konsolidierung und Förderung von Wachstum und Beschäftigung Hand in Hand gehen. Deshalb war die beschlossene Reform der Unternehmensbesteuerung ebenso notwendig wie die Mehrwertsteuererhöhung und die Senkung der Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen den Erfolg der Föderalismuskommission II. Wir haben hier die große Chance, eine Schuldenbremse einzuführen und eine Regelung zum Schuldenabbau zu treffen. Hier liegt für die Große Koalition eine sehr große Chance und Aufgabe. Es ist eine Herkulesaufgabe, die föderalen Finanzbeziehungen neu zu ordnen. Es bleibt also genug Arbeit für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode.

Für mich ist die Staatsquote ein Hinweis darauf, ob Reformpolitik erfolgreich ist. Es ist gut, dass der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt von 2003 bis 2006 um 3 Prozentpunkte gesenkt werden konnte. Trotzdem ist die Quote heute noch immer zu hoch. International liegen wir im Mittelfeld; Michael Meister hat darauf hingewiesen. Unser Motto muss sein: Wir setzen auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative und nicht auf die

Rundumversorgung durch den Staat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Gleichzeitig nehmen wir uns auch der Sorgen der Menschen

an, die sich selbst nicht helfen können. Wir müssen

weiter daran arbeiten, dass alle Menschen in unserem

Land Vertrauen in den Staat haben, dass sie aber

natürlich zuerst einmal Vertrauen in sich selbst haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzstandort

Deutschland belegt im europäischen Vergleich in den

großen Segmenten der Bank- und Versicherungsgeschäfte

den ersten oder zweiten Platz. Auch bei den Kapitalprodukten

wie Aktien und Investmentfonds liegen

wir vorn. Wir haben das REITs-Gesetz auf den Weg gebracht.

In der kapitalmarktnahen Unternehmensfinanzierung

haben wir ungenutzte Potenziale. Ich bin davon

überzeugt, dass wir im Bereich von Beteiligungs- und

Wagniskapital vorankommen. Sie sind die Hauptfinanzierungsquellen

für auf Innovation und neuer Technologie

basierte Unternehmen und damit von hoher Bedeutung

für Wachstum und Beschäftigung. Hier müssen sich

manche eben noch ein bisschen bewegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute wissen wir:

Die Ursachen für die US-Hypothekenkrise und ihre rasche

globale Ausbreitung sind vielschichtig. Wesentlich

dazu beigetragen haben dürften die Gewöhnung an lange

Zeit günstige globale Wachstumsperspektiven, eine international

sehr großzügige Liquiditätsausstattung sowie

institutionelle Schwächen bei der Risikobewertung, die

durch Finanzinnovationen noch verschärft wurden. Für

mich gilt aber der Satz: In jeder Krise steckt auch eine

Chance. Ich glaube, dass sich die Finanzaufsicht in

Deutschland und Europa durchaus bewährt hat – was

nicht heißt, dass man in Einzelpunkten nicht nachjustieren

muss. Für mich ist völlig klar: Wenn ein Kreditinstitut

einen Kredit verleiht und schon bei der Vergabe weiß,

dass es diesen Kredit verkaufen, ihn also nicht bis zum

Ende der Laufzeit halten wird, dann wird es bei der Vergabe

möglicherweise nicht so genau hinschauen.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Das heißt, für uns muss das Thema Kreditverkäufe ein

Thema sein, dessen wir uns weiterhin annehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Es gilt, die gestaltende Finanzpolitik fortzusetzen,

den Weg, den Peer Steinbrück heute beschrieben hat.

Haushaltskonsolidierung schafft dann Spielräume für

eine durchschlagende Wachstumspolitik. Vom Aufschwung

müssen alle profitieren – das ist der Wille von

CDU und CSU –, natürlich auch die, die ihn erwirtschaftet

haben. Mit unserer soliden Finanz- und Haushaltspolitik

stärken wir den Standort Deutschland, und ein starker

Standort ist die beste Investition in die Zukunft.

Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen, das ist und

bleibt unser Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Barbara Höll, Fraktion

Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Deutschland ist auf gutem Wege? 2,5 Millionen Kinder leben in Armut. Alle zehn Jahre verdoppelt sich die Anzahl der Kinder, die in Armut leben müssen - in unserem reichen Lande! Deutschland ist mit Ihrer Koalition auf gutem Wege? 1,5 Millionen Menschen arbeiten täglich mindestens acht Stunden, doch ihr Lohn reicht nicht aus, um den eigenen Lebensunterhalt zu decken. Deutschland ist auf gutem Wege? Bei immer noch - offiziell - über 3 Millionen arbeitslosen Menschen, und das trotz konjunktureller Belebung? Das kann es ja wohl nicht sein!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es eine Unverschämtheit, wenn Herr Steinbrück meiner Kollegin Frau Löttsch sagt, wir seien nicht bei den Problemen. Sie haben die Regierungsverantwortung. Stellen Sie sich den Problemen in diesem Lande!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Herr Steinbrück hier verkündet, ein roter Finanzminister legt als Erster endlich wieder schwarze Zahlen vor und diese Politik sei gut für unser Land, so kann man nur sagen: Er ist weitab von der Realität. Er kann nicht unser Land, nicht all die Menschen gemeint haben, die ich eben aufgezählt habe.

Immer dann, wenn ein kleiner Restschimmer vom Anspruch sozialer Gerechtigkeit aufscheint, wenn Herr Steinbrück das Wort „rot“ in den Mund nimmt, muss geschaut werden: Was dann? Großspurige verbale Trommelwirbel, doch auf die politische Umsetzung können wir lange warten - siehe Entfernungspauschale oder siehe das Theater um den Mindestlohn. Beziehen Sie hierzu klipp und klar Stellung! Sie hatten mehrmals die Möglichkeit, entsprechend abzustimmen, meine Damen und Herren von der SPD: Wir haben Ihnen unsere Anträge dazu vorgelegt. 8 Euro Mindestlohn könnten längst Realität in Deutschland sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach zwei Jahren Konjunkturbelebung erklären Sie hier, ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt sei das Ergebnis Ihrer Politik. Da muss man fragen: Ja, welche Ansprüche haben Sie denn an sich? In einer Zeit, wo sich die Konjunktur belebt, ist es doch das Mindeste, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass wir hier entsprechende Ergebnisse sehen. Ich muss allerdings auch feststellen, dass wir nur von Konjunkturbelebung reden können und nicht von Konjunkturaufschwung. Deutschland bleibt bei der realen wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Das ist nicht verwunderlich. Denn wer in seiner Wirtschaftspolitik weiter nur auf Exportüberschuss setzt, alles dahin gehend für die Unternehmen tut und dafür in Kauf nimmt, dass die Binnennachfrage weiter stagniert, ja sie sogar durch 3 Prozent Mehrwertsteuererhöhung schädigt, der braucht sich nicht zu wundern, wenn wir keinen Aufschwung bekommen und wenn die Belebung, die wir haben, nicht wegen der Politik, sondern trotz der Politik der Bundesregierung zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Steuerquellen sprudeln in diesem Jahr, und auch für das nächste Jahr werden Mehreinnahmen erwartet. Vor diesem Hintergrund muss man natürlich etwas genauer hinschauen, und man muss sich fragen: Warum ist denn der Bundeshaushalt nicht ausgeglichen? Der gesamtstaatliche Haushalt ist ja nur deswegen ausgeglichen, weil Kommunen, Länder und Sozialversicherungen das Defizit des Bundes durch Überschüsse kompensieren.

Der Finanzminister sagt jetzt, dass er 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt haben möchte. Ich vermisse schmerzlich die Angabe, ab wann wir wirklich von einer Konsolidierung – sprich: einem realen Schuldenabbau – reden können. Sie wählen den Zeitraum bis 2011. Abgesehen davon, dass mindestens noch eine Wahl zum Deutschen Bundestag dazwischenkommt, ist klar, dass die konjunkturelle Belebung wohl kaum bis 2011 anhalten wird.

Es gibt die Finanzmarktkrise in den USA, die bei Weitem noch nicht ausgestanden ist. Wenn man sich nur einmal die Meldungen der letzten Woche anschaut, dann weiß man, dass die Analysten der Investmentbank Goldman Sachs sagen, dass in den nächsten Monaten mit Abschreibungen von 15 Milliarden Dollar bei der Citigroup zu rechnen ist. Sie gehen von einem Wertverlust von insgesamt 150 Milliarden Dollar aus und rechnen damit, dass die Weltwirtschaft mindestens ein Jahr bis anderthalb Jahre für die Erholung der Finanzbranche brauchen wird.

Wie sind Sie auf eine anstehende Konjunkturflaute vorbereitet? Überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehen wir uns nur einmal die Bundesagentur für Arbeit an. In diesem Jahr hat sie reale Überschüsse. Was fällt Ihnen ein? Ihnen fällt nichts weiter als eine Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ein. Damit nehmen Sie bewusst in Kauf, dass die Bundesagentur für Arbeit in der Phase einer Konjunkturschwäche mit zu niedrigen Einnahmen zu kämpfen hat. Das heißt, die Prinzipien der finanziellen Nachhaltigkeit und der konjunkturellen Gegensteuerung lassen Sie völlig außer Acht. Ihnen wird dann nichts weiter einfallen, als entweder den Beitragssatz wieder zu erhöhen oder die Leistungen weiter zu kürzen.

Was tun Sie denn konkret? Sie haben die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik gekürzt. Herr Meister erwähnte eine Entlastung von 40 Euro im Monat. Das ist sicher sehr hoch gegriffen. Wenn man einmal das Durchschnittseinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten heranzieht, dann kommt man auf eine Zahl von 11 Euro im Monat. Das verkünden Sie jetzt hier als große Entlastung.

Nehmen wir doch einmal die Änderungen bei der Entfernungspauschale. Sie kosten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer monatlich viel mehr als Ihre im Gegensatz dazu kleine Entlastung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben den Menschen eine Verkürzung der Bezugsdauer des Kindergeldes vom 27. auf das 25. Lebensjahr

zugemutet. Sie muten den Menschen eine Zwangsverrentung zu, weil Sie nicht bereit sind, die 58er-Regelung zu verlängern. Das bedeutet für diese Menschen einen Rentenabschlag von 18 Prozent vom Zeitpunkt der Zwangsverrentung an bis zum Lebensende. Das ist die Realität Ihrer Politik.

Statt eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben und aktive Weiterbildungsangebote zum Beispiel auch für die Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger - das ist eine große Gruppe insbesondere von Frauen - zu machen, sagen Sie einfach, dass Sie senken müssen. Sie müssen aber nicht senken, weil Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern etwas geben wollen; nein, Sie wollen die Arbeitgeber entlasten. Das ist Ihre Politik. Sie wollen hier praktisch eine indirekte Lohnsenkung durchführen. Mit dieser Politik setzen Sie einfach das fort, was Sie mit der Unternehmensteuerreform schon beschlossen haben.

Ich sage Ihnen: Sie nehmen damit weiter eine Schwächung der Binnennachfrage in Kauf und setzen alles auf den Export. Ich frage Sie: Denken Sie wirklich, dass es sich die anderen Ländern noch ewig gefallen lassen werden, dass wir unsere Probleme nach außen verlagern und immer mehr Produkte exportieren wollen? Ich glaube, die Dollarschwäche, die Kursentwicklung, ist schon ein deutliches Zeichen dafür, dass das nicht unbegrenzt gehen wird. Sie sind hier auf dem falschen Weg, und es ist notwendig, für den Haushalt 2008 endlich sofort zu handeln. Es ist Geld für eine Grundsicherung in Höhe von 435 Euro, für eine reale Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und für eine Fortsetzung der 58er-Regelung vorhanden.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Populismus pur!)

Trauen Sie sich, die rote Farbe tatsächlich stärker zu betonen! Nehmen Sie reale Umverteilungen in Angriff, und hören Sie auf, weiter von unten nach oben zu verteilen! Kehren Sie hier um!

Bei der Erbschaftsteuer haben Sie die erste gute Möglichkeit, hier etwas zu tun. Tun Sie etwas bei der Einkommensteuer! Heben Sie den steuerfreien Grundbetrag real an! Das würde allen Menschen, die tatsächlich arbeiten und lohnabhängig beschäftigt sind, helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Höll, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Sie können sich sicher sein: Wir werden nicht nachlassen. Je stärker wir Sie mit unseren Forderungen konfrontieren, desto größer ist unsere Chance, Rot tatsächlich wirken zu lassen.

Diese Fragen stehen hier im Bundestag weiter auf der Tagesordnung. Bekennen Sie sich endlich zu einer sozialen Politik, die der Mehrheit der Menschen dieses Landes wirklich nutzt!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Gunter

Weißgerber, SPD-Fraktion.

Gunter Weißgerber (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage an den Kollegen Koppelin: Kommt in das schöne Buch, das er uns jährlich zeigt, jedes Mal ein neues Deckblatt hinein, oder ist das tatsächlich aktuell? (Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vom Gewicht und vom Volumen her kommt mir das ziemlich ähnlich vor.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Koppelin möchte gerne die gestellte Frage beantworten, obwohl die Geschäftsordnung eigentlich die umgekehrte Versuchsanordnung vorsieht. Wollen Sie die Frage zulassen, Herr Kollege Weißgerber?

Gunter Weißgerber (SPD):

Ja natürlich, weil mich das wirklich interessiert.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident, ich weiß gar nicht, wie Sie Gedanken lesen können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Im Laufe der Zeit hat man da eine gewisse Erfahrung.

Jürgen Koppelin (FDP):

Ich wollte nicht die Frage beantworten, weil mir das nicht zusteht, sondern ich wollte eine Frage an den Kollegen Weißgerber stellen, nämlich ob er bereit wäre, das Sparbuch entgegenzunehmen. Er kann dieses Buch natürlich auch als CD-ROM bekommen wie jeder andere Bürger in Deutschland auch. Dann könnte er sich die Frage selber beantworten. Es sind alles neue Anträge, und das Deckblatt ist auch neu.

(Iris Gleicke [SPD]: Vielleicht hätten Sie besser das Papier gespart!)

Gunter Weißgerber (SPD):

Wenn es der kleinen FDP eine große Freude bereitet, dann gib es mir.

(Abg. Jürgen Koppelin [FDP] übergibt dem Redner ein Schriftstück - Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf von der CDU/CSU: Gunter, jetzt hast du eine tragende Rolle!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommt voran. Die Steuereinnahmen steigen, und die Nettokreditaufnahmen sinken in beachtlichen Größenordnungen.

Die Große Koalition, die vom Wahlergebnis 2005 zur Zusammenarbeit verpflichtet wurde, hatte sich auf einen haushaltspolitischen Dreiklang - Investitionssteigerung in Wissenschaft, Technologie, Infrastruktur, Energieeinsparung; Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Einnahmesteigerung und Schuldenabbau - geeinigt, der sich selbstverständlich auf dem Arbeitsmarkt positiv niederschlagen sollte, was er auch getan hat. Wir stellen fest, die Effekte sind auch unter günstigen Weltmarktbedingungen genauso eingetreten wie beabsichtigt.

Deshalb kann ich nur an die Bundesregierung appellieren, weiterhin zum vereinbarten Dreiklang zu stehen und

nicht jedem Ausgabenwunsch nachzugeben. Es bleibt dabei: Jeder Euro, der statt in die Schuldentilgung besser in Investitionen, Bildung und Wissenschaft gehen kann, ist ein gut angelegter Euro. Privat würde sich jedenfalls die große Mehrheit genauso verhalten.

Der Bundeshaushalt 2008 ist ein nächster Schritt zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung. Spätestens 2011 sollte dieses Ziel erreicht sein. Angesichts des jahrzehntelangen Anwachsens der Nettokreditaufnahme und der damit verbundenen hohen Zinszahlungen kann die wesentlich kürzere Phase des Abbaus der Nettokreditaufnahme nur zu großer Anerkennung führen.

Die wichtigsten Eckdaten des Haushaltes für 2008 sind: 283,2 Milliarden Euro gegenüber 270,5 Milliarden Euro in 2007 für Ausgaben; 24,658 Milliarden Euro gegenüber 23,957 Milliarden Euro für Investitionen; 11,9 Milliarden Euro gegenüber 19,58 Milliarden Euro für die Nettokreditaufnahme - der deutlich niedrigste Wert seit 1990.

(Beifall bei der SPD)

In den Ausschussberatungen konnten die Koalitionsfraktionen weitere Verbesserungen erreichen. Wir haben die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung auf dem hohen Niveau von 6,5 Milliarden Euro stabilisiert. Diese Mittel stehen zudem ohne Einschränkung zur Verfügung, da der Deckungsvermerk von 1 Milliarde Euro zugunsten ALG II aufgehoben wurde. Die BAFÖGBedarfssätze wurden um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent erhöht. Der Wehrsold wird um 2 Euro pro Tag erhöht. Gegenüber dem Regierungsentwurf wurden die Investitionen um 362 Millionen Euro auf 24,658 Milliarden Euro gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

Zusätzlich haben wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 300 Millionen Euro für den Bereich Schiene und Straße sowie 80 Millionen Euro für den Klimaschutz eingestellt. In den Verkehrsinvestitionen sind zusätzlich 225 Millionen Euro für den Bereich der Neubau- und Renovierungsmittel und für die Fortsetzung des Programms zum Lückenschluss und zur Staubeseitigung eingestellt.

Die Mittel der GA, die vorwiegend dem Aufbau Ost zugute kommen, haben wir um 50 Millionen Euro erhöht. Nach einem zähen und sehr langwierigen Vorlauf beschloss die Bundesregierung die Einrichtung eines Biomasseforschungszentrums in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD)

Das sind mindestens zwei gute Signale, eines für die Ökologie und die Nachhaltigkeit, das andere für den Forschungsstandort Ostdeutschland.

(Iris Gleicke [SPD]: So ist es!)

Für 2009 ist an dieser Stelle Klotzen statt Kleckern angesagt. Der nächste Betrag wird ein Vielfaches der 4 Millionen Euro bedeuten, die jetzt eingestellt sind. Regelmäßig wird in der öffentlichen Debatte der Solidaritätszuschlag thematisiert. Wer diesen Zuschlag in Abrede stellt, der muss sagen, wie er die 12,1 Milliarden Euro anderweitig aufbringen will.

(Beifall bei der SPD)

Denn eines muss allen klar sein: Es liegt im Interesse



ganz Deutschlands, dass die ostdeutschen Bundesländer finanziell auf eigenen Füßen stehen können.

(Beifall bei der SPD)

Damit die neuen Bundesländer dauerhaft vom Dauertropf abgehängt werden können, müssen sie bis 2019 die zugesagten Finanzhilfen bekommen.

Als Sachse sage ich: Auch mir wäre es lieber, mein Bundesland wäre in der Lage, Geld in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen, statt aus diesem Mittel zu erhalten.

Allerdings gebe ich zu bedenken: Bayern war bis 1990 Versorgungsempfänger. Sollten die ostdeutschen Länder ab 2020 auf eigenen Füßen stehen können, dann werden sie bis zu diesem Stand ein Jahrzehnt weniger als die Bayern benötigt haben. Das sollte dann schon unserer Anerkennung wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen können wir konstatieren, dass die neuen Bundesländer mit den Finanzhilfen verantwortlicher umgehen. Die verbesserte finanzielle Ausstattung wird zunehmend zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme statt für konsumtive Zwecke verwendet. Einziger Ausreißer an dieser Stelle ist Berlin. Doch auch hier wird die Einsicht wachsen müssen. Im Gesamtzusammenhang bleibt festzustellen: Beispielsweise Sachsens Aussage, bereits jetzt einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, hat vornehmlich im Westen zu Irritationen geführt. Das klingt nämlich wie „ausgesorgt“ und ist es doch überhaupt nicht. Die Aussage, nur mit den Mitteln aus dem Solidarpakt den eigenen Haushalt ausgleichen zu können, ist eine der Wahrheit näherkommende Mitteilung und weckt keine Begehrlichkeiten. Denn noch ist es so, dass mein Bundesland – genauso wie die anderen ostdeutschen – nahezu die Hälfte seiner Ausgaben aus Finanzhilfen finanzieren muss. Diese Hilfen versetzen die sich noch im Aufbau befindlichen Bundesländer erst in die Lage, ihre Nettokreditaufnahme nicht ständig erhöhen zu müssen bzw. sogar abzusenken.

Wir haben uns im Bundeshaushalt 2008 viel vorgenommen. Packen wir es an!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Übrigens, Jürgen, ich nehme das Sparbuch mit.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte, die Unterlagen auf dem Pult immer vollständig wegzuräumen, damit die nächsten Redner eine vergleichbare Wettbewerbssituation vorfinden.

Der nächste Redner ist der Kollege Jochen-Konrad Fromme für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Cicero!)

Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrottgehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten,

statt auf öffentliche Rechnung zu leben.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

So schon Cicero 55 Jahre vor Christi Geburt.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Guter Mann!)

Dass wir so entspannt in diese Haushaltsberatungen eintreten können, hat mit der Lage zu tun, in der wir uns befinden, mit der Regierungskoalition und ihrer Bilanz nach zwei Jahren Arbeit. Das müssen wir wieder deutlich machen. Es ist klar, dass die Opposition sagt: Schöner, besser, größer. – Wer wollte nicht mehr Schulden abbauen? Wer wollte nicht mehr für die Menschen tun? Aber darum geht es nicht. Dass Sie sagen, es sei mehr möglich, ist der Beweis dafür, dass wir große Fortschritte gemacht haben; denn sonst wäre das gar nicht möglich. Aber wir wollen gezielt, nachhaltig und langfristig vorgehen. Wir wollen keine sprunghafte Politik betreiben, sondern berechenbar sein.

Die Koalition hat viel erreicht. Alle Fakten sind bereits genannt worden. Ich will es noch einmal deutlich machen: Mehr als 40 Millionen Menschen sind in sozialversicherungspflichtiger

Arbeit und Beschäftigung. Das

ist ein Rekord und eine Leistung. Das hat positive Folgen, nämlich dass wir höhere Steuereinnahmen haben, dass die Krankenkassenbeiträge stabil geblieben sind und dass der Druck auf die Sozialversicherungen geringer geworden ist. Wir haben Kurs gehalten. Das werden wir weiterhin tun. Es muss heißen: Arbeit für alle. Das ist das oberste Ziel.

Kollege Schneider, ein Mindestlohn wird uns nicht helfen, sondern eher Arbeitsplätze kosten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn das Existenzminimum muss durch den Staat garantiert werden, während die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen muss. Aber die Wirtschaft kann nur so viel an Löhnen zahlen, wie sie erwirtschaftet.

(Joachim Poß [SPD]: Es ist klar: Die können

Lohndumping machen! Einladung zum Lohndumping!)

Wenn Sie den Mindestlohn zu hoch setzen, dann werden Arbeitsplätze verloren gehen und keine geschaffen. Deswegen werden wir diesen Kurs, bei dem es darum geht, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, sauber durchhalten.

Nun komme ich zu dem berühmt-berüchtigten Sparbuch, lieber Kollege Koppelin. Damit betreiben Sie Rosstäuscherei; denn ein Sparbuch ist eigentlich eine Urkunde, die verbrieft, dass man bei der Bank Geld hat, das man auf die Seite gelegt hat. In Ihrem Buch ist aber kein Guthaben aufgelistet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Insofern betreiben Sie Rosstäuscherei. Sie nehmen das selber nicht ganz ernst; denn sonst wäre es mir möglich gewesen, das Buch im Internet zu lesen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Es ist seit gestern 14 Uhr im Internet!)

– Ich habe heute Morgen ins Internet geschaut. Man musste jede Seite einzeln aufrufen. Dabei ist mir die Lust vergangen; denn in einem Buch kann man normalerweise blättern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wollen Sie auch eines haben?)

- Schönen Dank, ich nehme es gerne mit.

(Abg. Jürgen Koppelin [FDP] übergibt dem Redner ein Schriftstück)

Jetzt habe ich wenigstens eine tragende Rolle, und Sie haben bald keine Bücher mehr, die Sie verteilen können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich glaube, es ist jetzt gut. Weitere Interessenten melden sich bei der Fraktionsgeschäftsstelle und werden dann ganz gewiss beliefert.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Herr Kollege Koppelin, Sie müssen aber auch glaubwürdig bleiben. Ihre Kollegen haben in keinem Land, in dem sie in der Regierung sitzen, daran mitgewirkt, dass die Ausplünderung des Bundeshaushalts durch die Länder ein Ende nimmt. Keinem Antrag haben sie widersprochen; vielmehr haben sie im Bundesrat immer neue Forderungen gestellt.

Der letzte Punkt ist eigentlich der gravierendste Punkt. Sie müssen zunächst einmal sagen, dass das ein Einsparbuch ist. Sie müssen den Leuten klarmachen, dass Sie Eingriffe machen wollen, und dürfen nichts Positives versprechen. Eigentlich müssten Sie sagen, dass das ein Beitragserhöhungsbuch ist; denn Sie wollen den Zuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen streichen, und das bedeutet automatisch Beitragserhöhung. Dazu haben Sie hier kein Wort gesagt. Sie erzeugen ein völlig falsches Bild.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Kollegen von der Linken scheinen offensichtlich noch nichts dazugelernt zu haben. Sie wollen immer nur ausgeben, ohne deutlich zu machen, woher das Geld kommt.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Wie gut ginge es uns, wenn wir die Zinsen nicht dafür bezahlen müssten, dass wir 50 Jahre Kommunismus beseitigen mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Widerspruch bei der LINKEN)

Von den 43 Milliarden Euro Zinsen, die wir heute zahlen, könnten wir etliche Milliarden den Menschen geben.

Sie sind wenig glaubwürdige Zeugen.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Aber auch die Grünen sind wenig glaubwürdige Zeugen.

Sie haben sich eigentlich die Nachhaltigkeit auf Ihre Fahnen geschrieben. Trotzdem haben Sie keine nachhaltige Finanzpolitik betrieben. Was Sie zugelassen haben, als Sie sieben Jahre in der Verantwortung waren, war Folgendes: Sie haben erhebliche Steuermehreinnahmen gehabt und nicht das gemacht, was Sie uns heute empfehlen, was wir aber schrittweise durchaus tun. Sie wollen ein neues Programm in Höhe von 60 Milliarden Euro auflegen. Herr Raffelhüschen, der nicht gerade verdächtig ist, zu uns zu gehören,

(Joachim Poß [SPD]: Doch!)

hat gesagt, Sie müssten die Mehrwertsteuer auf 25 Prozent anheben, um dieses Programm finanzieren zu können.

Das sollten Sie den Menschen ehrlich sagen. Sie sollten deutlich machen, was Sie wollen. Dann können Sie dafür eintreten.

Auf Schuldenbergen können Kinder schlecht spielen.

Deswegen müssen wir mit einer nachhaltigen Finanzpolitik umsteuern und dafür sorgen, dass wir in unserer Volkswirtschaft irgendwann - zu einem nicht allzu fernen Zeitpunkt - nur noch das ausgeben, was wir einnehmen. Der Abbau der Nettoneuverschuldung ist der erste Schritt, aber noch lange nicht das Ziel. Das Ziel haben wir erst dann erreicht, wenn wir nicht mehr verbrauchen, als wir einnehmen. Wir haben die Investitionen gesteigert; das ist erfreulich. Aber vieles von dem, was wir als Investitionen im Haushalt ausweisen, ist doch in Wahrheit Konsum. Erst dann, wenn wir auch diesen aus originären Einnahmen finanzieren können, haben wir einen sanierten Staatshaushalt.

Es ist gut, dass wir schrittweise vorankommen. Wir haben den Primärhaushalt zunächst einmal so gestaltet, dass wir nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Primärsaldo heißt aber: ohne Zinsen. Der zweite Schritt muss sein, dass wir auch die Zinsen aus den Einnahmen finanzieren. Davon sind wir noch eine ganze Ecke entfernt. Das werden wir nur schaffen, wenn wir tatsächlich Arbeit für jeden schaffen; denn Arbeit für jeden bedeutet erstens weniger Sozialaufwand und zweitens mehr Steuereinnahmen und mehr Einnahmen bei den Sozialversicherungen. Dann können wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Hier wurde kritisiert, dass wir Stellen geschaffen haben. Zunächst einmal: Per saldo haben wir Stellen abgebaut. Aber an einigen Stellen mussten wir mehr Stellen schaffen. Wenn wir zum Beispiel im Geschäftsbereich des Entwicklungshilfeministeriums die Zusage einhalten und erheblich mehr Geld ausgeben, dann muss mit dem Geld auch vernünftig umgegangen werden. Dafür braucht man Personal. Das Gleiche gilt für das Umweltministerium und für das Kanzleramt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Nimm doch mal den Außenminister und seinen Staatssekretär!)  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt dabei: Wir haben einen Haushalt aufgestellt, der einen großen Schritt in die richtige Richtung weist. Aber wir sind lange noch nicht am Ziel. Zum Ziel können wir nur mit einer ordnungspolitischen klaren Haltung kommen, indem wir für Arbeit für alle sorgen. Ich sage es noch einmal: Wir sind einen großen Schritt weitergekommen. Es gibt über 1 Million weniger Arbeitslose und 40 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das ist ein Rekord. Folgen Sie uns bei den weiteren ordnungspolitischen Schritten! Unterstützen Sie uns! Stimmen Sie diesem Haushalt zu! Dann geht es einen Schritt in die richtige Richtung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Jörg-Otto Spiller spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit Haushaltskonsolidierung gelingt: Man braucht Disziplin

und eine gedeihliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung.  
Beides liegt vor.

Die Koalition hatte den Mut, den konjunkturellen Aufschwung zu fördern, als die Einhaltung der Maastricht-Kriterien noch nicht so ganz selbstverständlich war; das darf man sich zugute halten. Das war ein Beitrag für die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Vor allem aber zahlen sich jetzt die strukturellen Reformen aus, die in der vorangegangenen Legislaturperiode gegen viel Widerstand durchgesetzt worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da ging es nicht um Strohfeuer, sondern um die strukturellen Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und zunehmende Beschäftigung.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem letzten

Gutachten in bemerkenswerter Deutlichkeit darauf hingewiesen, wie sich diese strukturellen Reformen auszahlen.

Der Bundesfinanzminister hat das vorhin schon erwähnt.

Ich erlaube mir, daran anzuknüpfen.

Die Politik hat mit zum Teil sehr weitreichenden Reformen ... zum wirtschaftlichen Comeback

Deutschlands beigetragen, ...

schreibt der Sachverständigenrat. Er präzisiert das dann, indem er ausführt, es gebe klare Hinweise auf eine tiefergehende, nicht nur zyklische Erholung.

Der starke Anstieg der Vollzeitbeschäftigung, eine höhere Beschäftigungsintensität des Aufschwungs, der überdurchschnittlich hohe Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses von offenen Stellen zu Arbeitslosen ... sind Indizien, die in der Zusammenschau auf mehr als eine nur konjunkturelle und damit lediglich temporäre Belebung am Arbeitsmarkt hindeuten, sondern auf eine nachhaltige Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials und einen Abbau der verfestigten Arbeitslosigkeit.

Er fasst das dann in einem Satz zusammen:

Die ... Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, in den Systemen der Sozialen Sicherung und bei der Lage der Öffentlichen Haushalte sowie die deutlich gestiegene Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sind ... Befunde, die nicht allein durch zyklische Faktoren erklärt werden können, sondern deutliche Hinweise darauf, dass es eine Reformdividende gibt. Eine Reformdividende!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So viel Lob ist selten, und ich sage ganz offen: Als Bundeskanzler Schröder noch regiert hat, hat sich der Sachverständigenrat so deutlich lobend noch nicht geäußert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wird Gründe haben! - Eduard Oswald [CDU/CSU]:

Er wird schon gewusst haben, warum! Es sind Sachverständige!)

Es gibt vielleicht auch bei wissenschaftlichen Räten gelegentlich eine Erkenntnisverzögerung, die die Chance eröffnet, dass der Sachverständigenrat in ein paar Jahren mit gleicher Intensität auch die Politik der jetzigen Regierung lobt.

(Beifall bei der SPD)

Er hätte jedenfalls Grund, dies zu tun.

Die Chancen, dass sich die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2008 fortsetzt, sind gut. Das liegt unter anderem daran, dass die Breite der Auftriebskräfte zugenommen hat. Es sind eben nicht nur die starke Auslandsnachfrage und die seit einiger Zeit sehr lebhaften Ausrüstungsinvestitionen, sondern auch die seit kurzem stärkere Nachfrage der privaten Haushalte, die die Konjunktur tragen. Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich das Wachstum und die Zunahme der Beschäftigung 2008 fortsetzen.

Ich will allerdings nicht leugnen, dass es auch Risiken gibt. Ein Risiko ist der Wechselkurs, die Schwäche des Dollar und die Stärke des Euro. Ich darf aber darauf hinweisen, dass ein großer Teil unserer Exporte in dem eigenen Währungsraum getätigt wird: Gut 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Eurozone. Betrachtet man die Europäische Union insgesamt, dann sind es gut 60 Prozent. Nimmt man, was in diesem Fall möglich ist, die Schweiz hinzu, dann kann man sagen: Zwei Drittel unseres Exports gehen nach Europa. Das dämpft das Risiko von Wechselkursentwicklungen.

Ich will auch aufgreifen, was der Kollege Oswald vorhin erwähnt hat. Natürlich machen uns die Finanzmarkturbulenzen Sorge, die sich auf den Wechselkurs ausgewirkt haben und die weitere Folgewirkungen haben können. Ich will daraus nur eine einzige Schlussfolgerung ziehen: Wir müssen die Bankenaufsicht stärken.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Es hat überhaupt keinen Sinn, daraus abzuleiten, dass es einen eifersüchtigen Streit zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, und der Deutschen Bundesbank gibt. Die Bundesbank ist seit eh und je für die laufende Kontrolle der Banken zuständig. Wenn es Schwächen gab, dann gab es sie bei der Bundesbank genauso wie bei der BaFin und wie bei allen Aufsichtsbehörden dieser Welt. Wir müssen allerdings auch Wert darauf legen, dass in den Instituten selbst das Verantwortungsbewusstsein und das Risikobewusstsein gestärkt werden. Die Wirtschaftsprüfer dürfen nicht nur teure und wertlose Arbeit liefern, sondern müssen auch auf Risiken hinweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Sie sind ein Hilfsorgan der Aufsichtsgremien, und sie müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Es darf nicht sein, dass nur der Staat und das Parlament für Stabilität zuständig sind, während die Banken sich zurücklehnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Norbert Barthle spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfang September berieten wir in diesem Hohen Hause den von der Regierung eingebrachten Entwurf des Bundeshaushalts 2008. Seitdem sind Wochen

und Monate vergangen, in denen wir diesen Entwurf intensiv diskutiert haben; 1 043 Änderungsanträge mussten beraten und entschieden werden. In dieser Woche kann dieser Entwurf vom Parlament verabschiedet werden. Man kann sicherlich sagen, dass dieses Parlament gut gearbeitet hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Um es in der Rhetorik des heute verabschiedeten ehemaligen Bundesarbeitsministers Franz Müntefering zu sagen: Arbeit gut, Haushalt gut!

Lassen Sie mich als letzter Redner zu diesem Bereich ein kleines Resümee ziehen. Was haben wir heute gehört?

Die FDP macht Einsparvorschläge in Höhe von 11,8 Milliarden Euro,

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

um mit brachialer Gewalt zu beweisen, dass eine Nullverschuldung bereits jetzt möglich wäre. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Luftnummer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man muss sich nur den Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von 2,5 Milliarden Euro anschauen. Wenn Sie ihn streichen, dann wissen Sie genau, was passiert:

(Otto Fricke [FDP]: Das steht in Ihrem Koalitionsvertrag!)

Die Beiträge müssten steigen,

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Die steigen so oder so!)

das kostete wieder Arbeitsplätze. Weniger Arbeitsplätze bedeuteten höhere Sozialausgaben und weniger Steuereinnahmen. Damit wären wir genau dort, wohin wir nicht wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alle anderen Vorschläge lasse ich einmal beiseite: Eingliederungstitel, Entwicklungshilfe, Elterngeld usw.

Herr Koppelin, nicht diese Koalition ist haushaltspolitisch am Ende; die Vorschläge der FDP sind so langsam am Ende.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zu den Grünen sagen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, lassen Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Koppelin zu, bevor Sie zu den Grünen kommen?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Aber bitte, immer gern.

Jürgen Koppelin (FDP):

Lieber Kollege, damit Ihnen die Beantwortung nicht so schwer fällt - ich will Ihnen gar nicht erst unser neues Sparbuch schenken; Sie können es sich aber nachher abholen -, beschränke ich mich auf eine kurze Frage: Warum musste die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung noch einmal eine Steigerung erfahren, und warum muss ein Friedhofsmuseum in Kassel mit einer halben Million finanziert werden?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Herr Kollege Koppelin, ich erspare es Ihnen, alle Ihre Änderungsanträge im Detail zu diskutieren. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir die Öffentlichkeitsarbeit über Jahre hinweg in die pauschalen Kürzungen einbezogen haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eben!)

10 Prozent!)

Das war auch bei diesem Mal so. Im Übrigen habe ich in den vergangenen Jahren schon gesagt: Wenn Sie mir ein solches Sparbuch überreichen wollen, dann bitte in Form einer CD-ROM und nicht in diesem veralteten Telefonbuchformat. (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Wort noch zu den Grünen: Frau Kollegin Hajduk, Sie schlagen vor, mit einem Erhöhungsritual, das die Maut, den Emissionshandel usw. betrifft, Ausgaben in Größenordnungen zu finanzieren, die nach Ihren Parteitagebschlüssen, über die heute schon gesprochen

wurde, enorme Dimensionen annehmen. Das ist mit uns nicht zu machen, zumal Sie auch bei den Beschaffungen von Waffen und Munition streichen wollen. Wir dürfen die Sicherheit unserer Soldaten nicht gefährden. Das ist also mit unserer Fraktion mit Sicherheit nicht zu machen. (Beifall des Abg. Jochen-Konrad Fromme

[CDU/CSU])

Nebenbei bemerkt: Einer Ihrer Vorgänger, der Kollege Oswald Metzger, hat an dieser Stelle schon manche Haushaltsrede gehalten und dabei durchaus bewiesen, dass er von der Sache etwas versteht. Wenn er sich von Ihren Parteitagebschlüssen öffentlich distanziert, müsste es Ihnen eigentlich zu denken geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu den Linken oder der PDS oder der SED, oder wie auch immer man die Kommunisten bezeichnen soll, will ich nur sagen:

(Widerspruch bei der LINKEN)

Steuerfinanzierte Mehreinnahmen von 30,7 Milliarden Euro, um damit soziale Wohltaten zu finanzieren, die letztendlich in den Ruin führen, bezeichnen eine Politik, die in krassem Gegensatz zu dem steht, was Sie hier in Berlin zeigen. Dort knicken Sie immer ein. Wenn Ihre Politik so erfolgreich sein soll, wie Sie es beanspruchen, dann zeigen Sie es in Berlin.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kauder

[CDU/CSU]: Lieber nicht! Da richten sie noch mehr Schaden an!)

Lassen Sie mich zu unserem Haushalt zurückkommen.

Der Entwurf der Bundesregierung, der schon gut war, wies immer noch ein strukturelles Defizit von 23,6 Milliarden Euro und neue Schulden in Höhe von 12,9 Milliarden Euro auf. Wir haben sowohl das strukturelle Defizit als auch die Nettokreditaufnahme auf 11,9 Milliarden Euro reduziert. Vor zwei Jahren betragen das strukturelle Defizit noch 54,4 Milliarden Euro und die Nettokreditaufnahme 31,2 Milliarden Euro. Jetzt ist das strukturelle Defizit mehr als halbiert, und die Nettokreditaufnahme

ist auf ein Drittel dessen, was im

Durchschnitt der letzten Legislaturperiode zutage trat, zurückgeführt. Angela Merkel hat als neue Kapitänin auf dem Schiff gemeinsam mit Finanzminister Steinbrück das Ruder entschlossen herumgerissen und uns auf den Weg geführt, der erfolgreich ist. Dafür sind wir dankbar. Dennoch ist es nicht einfach, diesen Kurs beizubehalten. Erinnern wir uns: Seit der Einbringung des Entwurfs im September gab es Mehrforderungen in der Größenordnung von fast 7 Milliarden Euro. Einige dieser Mehrforderungen



haben wir akzeptiert, weil sie sinnvoll sind:  
bei den Familien, bei Bildung und Forschung, insbesondere  
aber auch bei der Infrastruktur. Ich sage auch als  
Baden-Württemberger ganz bewusst: Bei der Infrastruktur,  
beim Straßenbau haben wir erheblichen Nachholbedarf.  
Wenn es künftig Spielräume für neue Ausgaben  
gibt, dann sollten sie dafür verwendet werden.  
Damit erhöhen wir gleichzeitig unsere Investitionsquote,  
was innerhalb des Gleichgewichts dieses Haushalts ausgesprochen  
sinnvoll ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben diesen Mehrforderungen entsprochen,  
ohne das Limit von 283 Milliarden Euro erhöht zu haben.  
Die Ausgaben bleiben gleich, die Ausgabensteigerung  
ist moderat - der Finanzminister hat es dargelegt;  
ich will es nicht wiederholen -; denn wir haben umgeschichtet  
und in einzelnen Etats - das vergisst die Opposition  
immer wieder zu erwähnen - ganz konkret gespart  
und gekürzt. Nur so waren Mehrausgaben an anderer  
Stelle möglich.

Insgesamt zeigen wir mit diesem Haushaltsentwurf,  
dass wir die Leitlinien des Konsolidierens, des Reformierens  
und des Investierens ernsthaft umsetzen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und des Sparens?)

Das ist der Weg des Erfolges. Das schafft mehr Beschäftigung,  
mehr Arbeit, und jeder Arbeitende mehr erzeugt  
mehr Steuereinnahmen und verursacht weniger Sozialausgaben.  
Das ist die Grundlage unseres Erfolgs. Auf  
diesem Weg wollen wir fortschreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich erlaube mir an dieser Stelle folgende Anmerkung:  
Herr Kollege Spiller, Sie haben ja durchaus recht, wenn  
Sie sagen, die Maßnahmen der vergangenen Legislaturperiode  
seien insbesondere in Bezug auf den Arbeitsmarkt  
erfolgreich gewesen. Dann ist es aber falsch, diesen  
Weg zu verlassen. Dann müssen wir auf diesem Weg  
weitergehen, um auch weiterhin die Grundlagen für erfolgreiche  
Politik in diesem Lande zu schaffen.

Herr Minister Steinbrück, in den vergangenen Wochen  
und Monaten sind Sie mir manchmal vorgekommen  
wie ein Boxer im Ring, der es auch noch mit mehreren  
Gegnern gleichzeitig zu tun hat.

(Zuruf von der FDP: Das ist aber eher  
Catching!)

Jetzt, nachdem die Hälfte der Runden vorbei ist, kann  
man sagen: Unser Finanzminister macht nach wie vor  
den Eindruck eines gut Trainierten.

(Beifall bei der SPD)

Er hat schon manche Treffer einstecken müssen, zum  
Beispiel die bereits angesprochene Bankenkrise  
- nimmt man die Äußerungen von Herrn Sanio von gestern  
ernst, dann sind sie durchaus als Warnung zu betrachten,  
dass dies auch in Deutschland noch nicht ganz  
überwunden ist -, der Dollar-Euro-Kurs und der Ölpreis.  
So manche linke Gerade ist an Ihrem Kinn gelandet,  
Herr Finanzminister, aber sie zeigen bisher Gott sei  
Dank noch keine Wirkung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Durch unsere  
Unterstützung! - Joachim Poß [SPD]: Rechter  
Haken von Kampeter!)

Wenn in der zweiten Hälfte der Runden die Ermüdungserscheinungen eintreten, die da bei Boxern immer beobachtet werden, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Kommen Sie in unsere Ecke, in die Ecke der CDU/CSU-Fraktion. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! - Lachen bei der SPD - Joachim Poß [SPD]: Er fordert zum Parteibruch auf! Das geht aber zu weit!)

Wir stärken Ihnen den Rücken, wir bauen Sie wieder auf, und dann werden Sie auch die weiteren Runden überstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Eines muss man immer wieder festhalten, bei allem Erfolg, den wir verzeichnen können: Anlass zur Entwarnung besteht noch nicht. Auch 2008 haben wir noch ein strukturelles Defizit von 22,6 Milliarden Euro. Wir müssen diese Lücke schließen, im Interesse der nachwachsenden Generation, im Interesse der Menschen dieses Landes. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ausgeglichene Haushalte bekommen und den Schuldenabbau angehen können. Dabei unterstützt uns die Bundeskanzlerin, dabei unterstützen uns die beiden Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Peter Struck, und dabei unterstützen uns die Haushaltspolitiker der Koalition. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreichen werden.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Abg. Jürgen Koppelin [FDP] überreicht dem Redner eine CD-ROM - Joachim Poß [SPD]: Der Koppelin kriegt jetzt eine Leistungszulage bei der FDP!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Nach dieser vorweihnachtlichen Bescherung schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen zunächst über den Einzelplan 08 - Bundesministerium der Finanzen - in der Ausschussfassung ab. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7293? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag bei Zustimmung der FDP, Gegenstimmen der Koalition und Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 08. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 20 - Bundesrechnungshof - in der Ausschussfassung ab. Wer stimmt dafür? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Einzelplan ist einstimmig angenommen.

Wir kommen an dieser Stelle zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Nachtragshaushalts. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/6427, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/6390 und 16/6391 in der Ausschussfassung

anzunehmen. Ich bitte jetzt diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? -

Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und Ablehnung der Oppositionsfraktionen angenommen.

Wir kommen zur dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, mögen sich bitte erheben. -

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Beratung mit dem gleichen Stimmverhältnis wie vorher angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Drucksache 16/7294. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Damit ist der Entschließungsantrag bei Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP sowie Ablehnung des Hauses im Übrigen abgelehnt.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt II.5 auf:

Einzelplan 30

Bundesministerium für Bildung und Forschung

- Drucksachen 16/6420, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Klaus Hagemann

Klaus-Peter Willsch

Ulrike Flach

Michael Leutert

Anna Lührmann

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort der Kollegin Ulrike Flach für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Ulrike Flach (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Einzelplan 30 hat erneut einen Aufwuchs zu verzeichnen, den wir als Liberale ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben aus diesem Grunde wie in den letzten Jahren auf Kürzungsanträge weitgehend verzichtet. Die FDP steht für eine Bildungs- und Forschungspolitik, die sich dessen bewusst ist, dass wir steigende Investitionen in diesem Bereich brauchen. Der Einzelplan 30 ist aus diesem Grunde der einzige Ressorthaushalt, den wir nicht ablehnen.

Wir haben Erhöhungsanträge von Ihnen bewusst mitgetragen, zum Beispiel beim Hochschulpakt. Wir halten es auch für gut, dass die Bundesregierung nach sechs Jahren endlich einen Entwurf vorgelegt hat mit dem Ziel, das Bafög zu erhöhen.

(Beifall des Abg. Uwe Barth [FDP])

Ich habe mich allerdings etwas gewundert, als wir hörten, das sei eine besondere Leistung in diesem Jahr. Wir haben zusammen mit den Studenten sechs Jahre auf diese Erhöhung gewartet. Es ist wirklich Zeit gewesen, dass dieser Schritt getan wurde.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Der Finanzminister hat es im Regierungsentwurf

auch abgelehnt! Das will ich mal festhalten! Klaus Hagemann [SPD]: Anträge haben Sie nie gestellt! - Jörg Tauss [SPD]: Anträge habe ich aber nie gesehen! - Wir hatten auch Anträge dazu. Ich erinnere zum Beispiel an das Jahr 1998, lieber Herr Tauss; (Jörg Tauss [SPD]: 1998! Ja, ja!) da haben wir milliardenschwere Erhöhungen gefordert. Wir wollen die Mittel da kürzen, wo sie nicht abfließen, beispielsweise beim Programm „Neue Medien in der Bildung“ oder bei der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung. Dort waren Ende Oktober erst 67 Prozent ausgegeben; übrigens waren auch nur 80 Prozent festgelegt. Ganz offensichtlich stimmt an diesem Programm etwas nicht, Frau Schavan; es ist unrund. Unter dem Strich, Frau Ministerin, haben Sie einen ordentlichen Haushalt vorgelegt. Trotzdem müssen Sie sich natürlich fragen lassen, ob Sie damit den Anforderungen der Zukunft wirklich gerecht werden. Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang drei Fragen stellen, von denen wir meinen, dass sie die entscheidenden für die nächsten Jahre sind:

Erstens. Ist es Ihnen gelungen, den Arbeitsmarkt für wissensbasierte Jobs zu vergrößern? - Nein, Frau Schavan. Sie haben 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze versprochen. Die Ergebnisse sind nach wie vor nicht messbar. Sie haben an dieser Stelle - das ist deutlich - keinen Erfolg gehabt.

Die nächste Frage lautet: Ist es Ihnen gelungen, den kleinen und mittleren Unternehmen den Weg zur Forschungslandschaft zu ebnen? Dies ist eine Forderung, die immer wieder in diesem Hause aufgestellt wird. Auf diese Frage antworten wir: Nein, ganz offensichtlich nicht. Nur 8 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen erhielten in den letzten fünf Jahren Forschungsförderergelder. Nachdem die Forschungsprämie jetzt endlich eingeführt worden ist, stellt sich heraus, dass sie offensichtlich falsch konzipiert ist. Eine steuerliche Förderung gibt es ganz offensichtlich nur in Ihren Reden. Dies alles wird übrigens gleichzeitig von einer Unternehmensteuerreform begleitet, die alles andere als forschungsfreundlich ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir, die FDP, sind der festen Überzeugung, dass wir eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, wie es sie übrigens in fast allen unseren Wettbewerbsländern gibt, brauchen. Sie muss unbürokratisch sein. Sie muss Mitnahmeeffekte vermeiden, und vor allem muss sie - das ist wichtig für uns - einen Großteil der Gießkannenprogramme ersetzen, die derzeit in den technologiefördernden Ministerien dieser Regierung gang und gäbe sind.

(Beifall bei der FDP)

Die nächste Frage lautet, Frau Schavan: Ist es Ihnen gelungen, den Hochschulpakt so zu gestalten, dass wir langfristig international mithalten können? Ich muss Ihnen zugutehalten, dass es Ihnen im Gegensatz zu Ihrer Vorgängerin ganz offensichtlich gelungen ist, mit den Ländern überhaupt zu einem Pakt zu kommen. Das ist definitiv ein Verdienst. Aber ich will in diesem Zusammenhang

Frau Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, zitieren, die sagt, dass die deutschen Hochschulen trotz des Hochschulpaktes nach wie vor chronisch unterfinanziert seien.

(Klaus Hagemann [SPD]: Aber da sind die Länder gefordert! Da sind Sie doch dabei!)

- Auch Sie sind dabei. Deshalb haben Sie doch einen Pakt geschlossen, Herr Hagemann.

Nach den Erhebungen der OECD gibt der Hochschulbereich in Deutschland circa 8 500 Euro pro Studierenden und Jahr aus. In der Schweiz zum Beispiel sind es 19 000 Euro. Kanada kommt auf 14 700 Euro, lieber Herr Hagemann. Deutschland finanziert sein Hochschulsystem also nicht nur relativ schlecht, sondern muss sich natürlich besonders mit der Tatsache auseinandersetzen, dass andere Industrienationen, aber auch Schwellenländer ihre Aufwendungen für höhere Bildung massiv erhöhen.

(Beifall bei der FDP)

Die notwendige Schlussfolgerung kann nur eine deutliche Steigerung der Investitionen in den Hochschulbereich sein, will man in diesem Wettbewerb bestehen.

Diesem Ziel sind Sie - Länder hin, Länder her - wirklich nur marginal nachgekommen. Dabei gibt es übrigens für uns eine Möglichkeit - das sage ich auch mit Blick auf Ihre Protestrufe gerade -, da besonders einzugreifen. Natürlich kann der Bund zum Beispiel die sogenannte Programmpauschale erhöhen, und zwar auf ein Niveau, wie

es in anderen Ländern gang und gäbe ist. Sie haben an dieser Stelle gerade einmal eine Erstattung von 20 Prozent vorgesehen. Die internationale Konkurrenz liegt inzwischen bei zum Teil 100 Prozent. Das ist eine Sache, die Sie in diesem Haushalt stemmen könnten.

Wir fordern Sie auf, dies auch zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Exzellenzinitiative gefeiert; das war in den Medien ein Erfolg für Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Schavan, Sie werden uns am Ende der beiden folgenden Jahre aber sagen müssen, wie Sie diese Initiative fortführen. Sie werden uns sagen müssen, wie Sie mit dem Pakt für Forschung vorankommen.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber selbstverständlich sagen wir das!)

Genau dies steht noch aus. Wir wissen nicht, wie Sie dies langfristig und nachhaltig finanzieren wollen. Auch daran werden Sie zu messen sein.

Wir werden das, wie Sie wissen, weiterhin ausgesprochen positiv begleiten. Wir hoffen sogar, dass Sie erfolgreich sein werden. Das wäre für dieses Land und diesen Wissenschaftsstandort von erheblicher Bedeutung. Aber bisher sind wir nur einen kleinen Schritt weitergekommen. Ich hoffe, dass wir in den nächsten beiden Jahren deutlich mehr erleben werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Klaus-Peter Willsch spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war nun

wirklich ein Auftakt der Debatte um Bildung und Forschung nach Maß. Wenn die Opposition nur noch über das Tempo der Schrittfolge der Regierung, aber nicht mehr über die Richtung an sich spricht, (Ulrike Flach [FDP]: Über die Zukunft habe ich geredet!)

dann sind wir alle hier im Parlament auf dem richtigen Wege.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und das von Frau Flach!)

So soll das auch in dem wichtigen Bereich Forschung und Bildung sein.

Wir müssen uns in unserem Lande wesentlich stärker der Zukunftsfinanzierung und weniger der Vergangenheitsfinanzierung stellen. Deshalb ist es wichtig, dass es im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erneut zu einer deutlichen Steigerung der Mittel kommt. Wir haben schon im Entwurf eine Steigerung um 8 Prozent vorgesehen gehabt und können nun, nach der Bereinigungssitzung und den Einzelberatungen im Haushaltsausschuss, feststellen, dass der Haushalt des BMBF mit 9,35 Milliarden Euro, einem Aufwuchs von fast 10 Prozent, ein Rekordniveau erreicht. Das ist gut so; es ist wichtig, dass wir in diesem Bereich Schwerpunkte setzen. Wir danken Ministerin Schavan und dem ganzen Haus für die engagierte Arbeit, die in diesem Bereich gemacht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Großteil dieses erneuten Aufwuchses im Rahmen der Beratungen ist natürlich auf die BAföG-Erhöhung zurückzuführen. Darauf werden meine Kolleginnen und die Frau Ministerin sicher noch detaillierter eingehen. Die Mittel für die Projektförderung werden um 18 Prozent auf 3,049 Milliarden Euro erhöht. Diese Kennzahl verdeutlicht, dass die Bildungs- und Forschungspolitik dieser Regierung bei unserer Ministerin Annette Schavan in der richtigen Hand ist.

Der größte Anstieg ist bei Forschung und Entwicklung zu verzeichnen. Hier sind für das nächste Jahr Ausgabensteigerungen um 580 Millionen Euro vorgesehen.

Die Instrumente der im letzten Jahr aufgelegten Hightech-Strategie wurden in diesem Jahr ausgestaltet und sind auf den Weg gebracht worden; Stichworte: Forschungsprämie I, Forschungsprämie II und Spitzencluster-Wettbewerb. Frau Flach, ich danke Ihnen für Ihre Fokussierung in diesem Zusammenhang. Wir sind uns miteinander einig, dass wir, auch durch entsprechende Haushaltsvermerke dokumentiert, uns mehr Forschungsförderung beim Mittelstand wünschen. Wir werden beim Ministerium abfragen, wie die Quoten, die wir festgeschrieben haben, erreicht werden.

Wir bewegen uns mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf, den wir heute beschließen werden, weiter in Richtung Umsetzung der Lissabon-Strategie; das heißt, wir wollen bis 2010 erreicht haben, dass 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden. Die insgesamt günstige Konjunkturentwicklung und das stärkere Wirtschaftswachstum machen diese Aufgabe zu einer noch

größeren Herausforderung. Denn von einem gewachsenen Bruttoinlandsprodukt 3 Prozent aufzuwenden, ist eine größere Herausforderung, als von einem gleichbleibenden Bruttoinlandsprodukt 3 Prozent aufzuwenden. Wir haben – das erhöht für uns alle, die wir mit diesen Zahlen hantieren, die Übersichtlichkeit – eine neue Struktur des Haushalts. Neben den Kap. 3001, „Ministerium“, und 3067, „Versorgung“, ist in drei weiteren Kapiteln klar strukturiert, wie die Mittel im Forschungsministerium veranschlagt werden. Im Kap. 3002, „Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung“, sind alle Maßnahmen zusammengefasst, die dem Einzelnen zugute kommen, sowie weitere strukturstärkende Maßnahmen. In Kap. 3003, „Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems“, sind alle Maßnahmen zur Stärkung ebendieses Systems zusammengefasst. Neben dem Schwerpunkt Hochschulen

– Stichworte: Hochschulpakt und Exzellenzinitiative – sind hier Geisteswissenschaften und Querschnittsmaßnahmen enthalten. Die Verknüpfung zu institutionellen Einrichtungen wird durch Einbeziehung von DFG, Max-Planck-Gesellschaft, Blaue-Liste-Einrichtungen sowie europäischen Forschungseinrichtungen erreicht. Im Kap. 3004 „Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie“, sind alle Maßnahmen enthalten, die im BMBF im Rahmen der Hightech-Strategie gebündelt und koordiniert werden, ganz gleich aus welchem Haushalt sie im Einzelnen kommen. Mit der Helmholtz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft haben wir die anwendungsorientierte Forschung einbezogen. Wir wissen um die Verantwortung für unsere Kinder. Sie sollen mit Blick auf die Berufswelt bestmögliche Startchancen erhalten. Wenn junge Menschen vor der Frage stehen, welche Ausbildung für sie geeignet ist, verspürt man immer wieder große Unsicherheit. Wir haben uns lange mit dem Thema der Altbewerber auseinandergesetzt, also mit der Frage: Wie finden wir für junge Menschen, die noch keinen beruflichen Weg eingeschlagen haben, eine geeignete berufliche Verwendung? Hier haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen einen großen Schritt getan. Zusammen mit der Handwerksorganisation wollen wir mit 15 Millionen Euro vom Bund und 15 Millionen Euro von den Ländern Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung durchführen. In der 8. Klasse soll Schülerinnen und Schülern Gelegenheit gegeben werden, durch praxisnahe Einblicke und Berufserprobung in mindestens drei Berufsfeldern rechtzeitig ihre beruflichen Neigungen zu erkennen. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich glaube, es ist richtig, dass wir hier ansetzen. Wir wollen Altbewerber gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen, dass die Jugendlichen rechtzeitig, bevor sie ihre Schullaufbahn beenden, in einen Beruf hineinschnuppern können, um zu schauen, was zu ihnen passt, wofür sie geeignet sind. Sie sollen herausfinden, wie sie ihren beruflichen Weg machen können, welche beruflichen Fähigkeiten und Neigungen sie haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Hochschulpakt ist zwischen Bund und Ländern geschlossen worden, um der erhöhten Zahl von Studienanfängern

- die Kinder der Baby-Boom-Jahrgänge nehmen jetzt ein Studium auf - Rechnung zu tragen, um angemessene Ausbildungsmöglichkeiten in den Hochschulen zu schaffen. Damit soll das Potenzial gehoben werden, das in unserer Gesellschaft schlummert und das angesichts der zurückgehenden Geburtenzahl dringend gehoben werden muss. Die Bundesregierung und der Haushaltsgesetzgeber stellen hierfür allein im Jahr 2008 241,5 Millionen Euro zur Verfügung und ermöglichen gleichzeitig den Einstieg in die Vollkostenfinanzierung, die sogenannte Overheadfinanzierung; Frau Flach, Sie haben es angesprochen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Großer Erfolg!)

Wir gehen Schritt für Schritt den als richtig erkannten Weg weiter, ohne uns aus dem Konzept bringen zu lassen. Wir machen Deutschland fit. Mit der Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen sorgen wir dafür, dass Elite, dass Spitze bei uns wieder erkennbar ist und gefördert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die neuen Instrumente in den Bereichen Forschung und Innovation - Stichwort: Hightech-Strategie - sind bereits angesprochen worden. Wir haben die Aufgabe, bei den Firmen und Einrichtungen in unseren Wahlkreisen dafür zu werben, dass die neuen Instrumente auch angenommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen das zu unserem Anliegen machen. Wir müssen hinausgehen und den Firmen sagen: Es gibt diese Möglichkeiten. Arbeitet mit der Fachhochschule zusammen! Arbeitet mit dem Forschungsinstitut zusammen!

Arbeitet mit der Universität zusammen! Wir fördern das ausdrücklich und fordern euch auf, diese Möglichkeiten zu nutzen, weil wir wissen, dass Deutschland nur dann eine Chance hat, wenn wir bei Verfahren, Technologien und Produkten vorne sind. Wir müssen schneller werden. Der Weg von der Wissenschaft in die Produktion muss kürzer werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ilse Aigner

[CDU/CSU]: So ist es!)

Nur so haben wir eine Chance, Deutschland als Hochlohnstandort zu erhalten, weiter auszubauen und das Wachstum zu generieren, das wir brauchen, um unsere Zukunftsaufgaben bewältigen zu können.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen. In der Titelgruppe 40 haben wir die Bereiche Klima, Energie und Umwelt zusammengefasst. Dazu gehört natürlich auch das Thema „Zukunft der Energie“. Bei allen ideologischen Verhärtungen, die es bei diesem Thema gibt,

(Jörg Tauss [SPD]: Die sind ganz sachlich, nicht ideologisch!)

rate ich, gelegentlich einen Blick auf die europäische Ebene zu werfen. Im Europäischen Parlament haben wir eine Debatte über die friedliche Nutzung der Kernenergie geführt. Ein erheblicher Teil der dortigen Fraktion unseres Koalitionspartners sprach sich darin für einen realistischen Weg aus und nahm eine den technologischen Herausforderungen gerecht werdende



Position ein.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, wir sind noch ziemlich am Anfang der Debatte, aber Sie wissen, dass diese Redezeit dann Ihren Kollegen fehlt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Das ist der letzte Satz.

Wir müssen uns gerade unter den Kautelen der Klimapolitik der Frage stellen, wie wir grundlastfähige Energie, die die Voraussetzung für einen Wirtschafts- und Industriestandort ist, in Deutschland erhalten wollen, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!) ohne weiter CO<sub>2</sub> in Massen zu produzieren. Langfristig werden wir um eine friedliche Nutzung der Kernenergie nicht herumkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Aufgabe bleibt bestehen. Diese Koalition wird sie jetzt nicht lösen können, weil unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Das bleibt eine Aufgabe für Deutschland. Es ist gut, dass wir in diesem Bereich forschungsmäßig auf der Höhe der Zeit bleiben; denn es wäre fahrlässig, den Vorsprung, den wir auf diesem Gebiet haben, aufzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Abschließend danke ich dem Ministerium herzlich für die gute Zusammenarbeit im Verfahren. Ich glaube, dass wir in Deutschland aufgrund der Steigerung der Ausgaben in diesem Bereich auf einem guten Weg sind. Ich wünsche mir eine breite Unterstützung im ganzen Haus für diesen Einzelplan.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Jörg Tauss [SPD]: Bei der Energie machen wir etwas Modernes, nicht das alte Zeug!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Volker Schneider hat das Wort für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltspolitik der Bundesrepublik, so wie sie sich hier niederschlägt, (Jörg Tauss [SPD]: Ist gut!)

ist doch im Wesentlichen durch zwei Merkmale gekennzeichnet. Einerseits spendieren Sie Ihren Leuchttürmen neue starke Lichtanlagen, damit diese möglichst weit und hell strahlen können.

(Ulla Burchardt [SPD]: Das ist besser, als im Dunkeln zu tappen!)

Andererseits drehen Sie den Dörfern rund um diese Leuchttürme die Beleuchtung auf Sparflamme. Im Großen und Ganzen scheinen Sie zu hoffen, dass die Einwohner schon froh darüber sein werden, dass sie ab und zu ein besonders helles Licht streift.

Dabei ist die Exzellenz nur eine Zielsetzung Ihrer Hochschulpolitik, wie Sie sie im Koalitionsvertrag beschreiben. Ich kann Ihnen bestätigen: Sie leisten ganze Arbeit. Sie wenden immer mehr Milliarden Euro für die von Ihnen bevorzugten elitären Projekte wie Exzellenzwettbewerb, Pakt für Forschung und Innovation, Hightech-Strategie - und wie sie alle heißen - auf. Außerhalb

des gleißenden Lichts dieser Leuchttürme liegen die Hochschulen eher im trüben Licht bildungspolitischer Sparflammen. Angesichts der bescheidenen Mittel für die Kompensationaufgabe Hochschulbau und Hochschulpakt muss von einer Unterfinanzierung der Hochschulen gesprochen werden.

(Klaus Hagemann [SPD]: Das ist doch Ländersache!)  
Meine Kollegin Hirsch wird auf diesen Bereich noch detaillierter eingehen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur einen Aspekt ansprechen. Von den zehn besten Universitäten dieser Welt, so sagt man, stehen die meisten in den USA; die meisten der 500 schlechtesten allerdings auch. Um hier aufzuschließen, sind wir wirklich auf einem guten Weg. Das meine ich allerdings leider eher für die Breitenwirkung Ihrer Politik.

Wie diese konkret wirkt, konnte man im März dieses Jahres im Politmagazin Monitor unter dem Titel „Wie an deutschen Hochschulen für 1 Euro geforscht und ohne Lohn gelehrt wird“ bewundern. Während auf der einen Seite für die Spitzenforscher nichts zu schade ist, wird auf der anderen Seite Forschung und Lehre von einem immer größeren Teil prekär Beschäftigter geleistet. Beschäftigte müssen in befristeten Stellen – nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, sind es zwischenzeitlich 70 Prozent – nebenberuflich und zu Löhnen, die – berücksichtigt man Vor- und Nachbereitungszeiten – unter denen angelernter Arbeiter liegen, der Lehre und Forschung dienen.

Dabei markieren diese nicht einmal das untere Ende der Skala. Dort finden wir die akademischen Sklaven, die als 1-Euro-Jobber zum Einsatz kommen oder die als Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren zur unentgeltlichen Lehre verpflichtet sind, um ihren Status nicht zu verlieren, weil sie nur so eine Chance haben, auf eine Professur berufen zu werden. So also sieht es aus, wenn Sie im Koalitionsvertrag versprechen:

Wir wollen junge Talente und Nachwuchswissenschaftler fördern und ihnen Karriereperspektiven eröffnen. Die Besten aus aller Welt müssen in Deutschland attraktive Studien- und Arbeitsbedingungen vorfinden.

Sie reden von Wettbewerb und stören sich nicht daran, dass die Hochschulen diesen auf dem Rücken der Beschäftigten austragen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Pfui!)

Sie versprechen mehr Autonomie und Freiheit für die Hochschulen und sehen weg, wenn diese Freiheit dafür genutzt wird, dass Stellen nicht neu besetzt werden, Personal abgebaut wird, Löhne gedrückt und Tarife unterlaufen werden. Das ist die andere Seite Ihrer schönen neuen Welt der Leitbilder für das Hochschulwesen der Zukunft, die Sie in Ihrem Koalitionsvertrag propagieren. Lassen Sie mich noch kurz auf einen zweiten Bereich eingehen, in dem bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit deutlich auseinanderklaffen.

Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems machen und mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen eine Weiterbildung mit System etablieren.

Das schreiben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag. So wie ich das sehe, sind Sie bei diesem Projekt bis heute nicht aus den Startlöchern gekommen. Schlimmer noch, Sie sind nicht einmal an den Start gegangen. Wahrscheinlich sitzen Sie noch immer in der Umkleidekabine. Ich befürchte, dort werden Sie bis zum Ende der Legislaturperiode nicht rauskommen.

Ich will mir ersparen, hier einmal mehr die Daten und Fakten anzusprechen, die zeigen, wie sehr wir im Weiterbildungsbereich international hinterherhinken. Ich

will mir auch ersparen, erneut zu belegen, in welchem Maße die soziale Herkunft für die Inanspruchnahme von Weiterbildung und für den Umfang, in dem Teilnehmer von dieser Weiterbildung profitieren können, wesentlich ist.

Es ist wie immer. „The same procedure as last year, könnte man frustriert feststellen. Lesen Sie doch einmal im Berichtssystem Weiterbildung:

Nicht nur die Teilnahmequoten gehen zurück. Auch der Durchschnittswert der für berufliche Weiterbildung aufgewendeten Zeit sinkt deutlich. Es erscheint durchaus plausibel, dass die Kombination aus einer verstärkten Sparpolitik öffentlicher Haushalte und des gestiegenen Kostendrucks in den Betrieben zu weniger förderlichen Rahmenbedingungen für eine Expansion der formal organisierten beruflichen Weiterbildung geführt hat.

Reicht Ihnen das nicht als Hinweis darauf, dass die Weiterbildung Opfer des öffentlichen Spardrucks ist? Ich kann an Ihrem Haushalt nicht erkennen, dass Sie daran irgendetwas ändern wollen. Weder versuchen Sie, die Fördermöglichkeiten beim Meister-BAfÖG auf weitere Personengruppen auszuweiten, noch heben Sie die Ausgaben für die berufliche Weiterbildung im Einzelplan 30 an. Auch an der Weiterbildungspolitik der Bundesagentur für Arbeit, welche seit Jahren einer beispiellosen Mittelkürzung ausgesetzt ist, wird nichts geändert, obwohl die Teilnehmerzahl zwischen 2001 und 2006 von 350 000 auf 120 000 Personen gesunken ist.

Stattdessen veranstaltet Frau Schavan eine Pressekonferenz, auf der sie eine Qualifizierungsorientierung verspricht, die konkret so aussieht, dass Haushaltsposten neue Namen bekommen und die Mittel für Weiterbildung unter der neuen Überschrift „Stärkung des Lernens im Lebenslauf“ von 40 Millionen Euro auf 25 Millionen Euro gekürzt werden. Das versteht kein Mensch mehr. Das Absurdistan Ihrer Weiterbildungspolitik tragen wir Linken nicht mit.

Ich komme zum Schluss. Sie werden Ihre Leuchttürme nicht so hell erstrahlen lassen können, dass sie die großen, hässlichen Flecken Ihrer Bildungspolitik überstrahlen. Jeder noch so kleinen und noch so vernünftigen Änderung des Haushalts haben Sie Ihre Zustimmung verweigert.

Wir, die Linke, werden diesem Haushalt daher nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der nächste Redner ist Klaus Hagemann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Hagemann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schneider, ich muss feststellen: In Ihrer Rede war noch nicht einmal ein einziger Lichtfunke oder Lichtstrahl zu erkennen.

(Elke Ferner [SPD]: Genau! Und fröhlich war sie auch nicht!)

Alles, was Sie gesagt haben, war schwarz in schwarz, obwohl der Haushalt, den wir heute vorlegen, in der Breite viele Leuchttürme enthält, aber auch sehr weit ins Feld ausstrahlt. Das sollte man zumindest anerkennen, Herr Schneider.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zu den Fakten gehört, dass wir beispielsweise das Bafög deutlich erhöhen - darauf komme ich noch zu sprechen - und die Berufsausbildung fördern. Diese Fakten sollte man zumindest anerkennen, wie es Frau Flach getan hat. Es ist keine Lösung, nur schwarz in schwarz zu malen und Trübsal zu blasen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Einzelplan 30 des Haushalts zeigt deutlich auf, dass nicht gekleckert, sondern geklotzt wurde und dass wir etwas geleistet haben. Von Frau Schavan ist ein guter Entwurf vorgelegt worden, den wir in unseren Beratungen verbessert und aus dem wir einen sehr guten Entwurf gemacht haben. Diesen stellen wir jetzt zur Abstimmung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schon im Regierungsentwurf war eine Erhöhung der Mittel dieses Einzelplans um 7,8 Prozent vorgesehen. Die Beratungen im Haushaltsausschuss haben dazu geführt, dass diese Mittel jetzt um 9,8 Prozent erhöht werden.

(Elke Ferner [SPD]: So ist es!)

Wir packen auf die bereits vorgesehene Erhöhung weitere 163 Millionen Euro obendrauf; das sollte man anerkennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hat die Koalition erreicht, obwohl sie bereits einiges geleistet hat. Wir haben unter anderem die Nettokreditaufnahme zurückgeschraubt und die Investitionen gesteigert.

Man muss anerkennen und zur Kenntnis nehmen, dass hier ein Versprechen erfüllt worden ist.

Noch nie - Kollege Willsch hat darauf hingewiesen - war der Umfang der Mittel, der in einem Bundeshaushalt für Bildung und Forschung vorgesehen war, so groß.

Noch nie wurde in den parlamentarischen Beratungen so viel Geld obendrauf gepackt. Von diesem Haushalt gehen die starken Impulse aus, dass Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung getätigt werden können. Ich kann für die SPD und, wie ich glaube, für die gesamte Koalition sagen: Wir sind stolz darauf, dass wir das erreicht haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mit diesen Leitzielen, die wir uns gesetzt haben, stärken wir den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir bauen ihn aus und fördern ihn. Mit diesem Haushalt tragen wir dazu bei, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung besser und schneller in weltmarktfähige Produkte umgesetzt werden können,

dass kleinere und mittlere Unternehmen gestärkt und Arbeitsplätze gesichert bzw. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Schließlich erreichen wir durch die Erhöhung und Verbesserung bei der Studienförderung, beim Bafög, und durch die Ausweitung der Stipendien und der Begabtenförderung sowohl im studentischen Bereich als auch im Ausbildungsbereich, dass möglichst alle jungen Menschen ihre Begabungen und Fähigkeiten nutzen und weiterentwickeln können. Das war ein weiteres Leitziel, das wir erreichen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir beobachten im Gegensatz zu dem, was Herr Schneider vorgetragen hat, doch eine Veränderung im Denken und auch in der Darstellung der Situation von Forschung und Bildung in unserem Lande. Lassen Sie mich nur wenige Zitate bringen, die in den letzten Tagen und Wochen in den Medien zu lesen waren: „Chancen werden besser bewertet als Bedenken.“ Für Deutsche ist das schon ein großer Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

„Der Forschungsstandort ist längst besser als sein Ruf.“ Auch eine solche Meldung in der Presse ist ein riesiger Fortschritt. Ein anderes Zitat, das erwähnt werden muss, lautet: „Überall mischen deutsche Institute in der Weltspitze mit.“

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich zitiere noch den Nobelpreisträger Ertl, der sagte: „Die deutsche Forschung wird manchmal schlechtgeredet, aber sie braucht sich nicht zu verstecken.“ Recht hat Herr Professor Ertl, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese positive Entwicklung wurde natürlich schon unter der SPD-geführten Bundesregierung eingeleitet und mit Bundesmitteln unterstützt.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]:  
Toll!)

Wir wollen diese Entwicklung fortsetzen und deshalb die guten Ansätze im Regierungsentwurf ausbauen und umschichten. Als Vertreter der SPD-Fraktion kann ich sagen: Unsere Handschrift, unsere sozialdemokratische Handschrift, kann man auch hier deutlich erkennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als eines von wenigen Beispielen nenne ich die Exzellenzinitiative, die bereits angesprochen wurde. Im Rahmen der Exzellenzinitiative stellen wir 1,9 Milliarden Euro für Universitäten zur Verfügung. Dieses Programm, das wir jetzt umsetzen, wird – ich rufe Frau Flach als meine Kronzeugin auf – auch weltweit zur Kenntnis genommen; das konnten wir während unserer Reise in den USA und in Kanada feststellen. Das ist gut so, und das möchte ich noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Das zuzugeben fällt schwer, aber es stimmt!)

Dadurch wurden auch in den deutschen Universitäten, die nicht zum Zuge gekommen sind, große Initiativen ausgelöst. Da durch die Exzellenzinitiative nicht die

Breite der guten Universitäten erreicht wird, haben wir ein neues Programm gestartet, auch auf Anregung unseres Sprechers Carsten Schneider und weiterer Kollegen aus Ostdeutschland, mit dem auch die anderen guten Universitäten erreicht werden. Wir haben für dieses neue Förderinstrument einen Titel geschaffen und stellen in den nächsten Jahren 45 Millionen Euro bereit, um auch die Universitäten zu fördern, die von der Exzellenzinitiative eben nicht profitieren, sodass auch von dort eine gewisse Motivation ausgehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die deutsche Grundlagenforschung genießt weltweit einen hervorragenden Ruf – das sollten wir immer wieder in Erinnerung rufen –, aber es fehlt oft am schnellen Transfer der bahnbrechenden Ideen in marktreife Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Hier brauchen die Wissenschaftler Unterstützung.

Deshalb haben wir angeregt, auch in die Validierungsforschung einzusteigen und einen entsprechenden Fonds zu gründen. Diese Anregung soll nun umgesetzt werden.

(Ulrike Flach [FDP]: Das haben wir aber erst einmal gesperrt!)

– Ja, weil noch kein Programm vorliegt. Es ist doch logisch, dass die Mittel zunächst gesperrt sind. Das ist keine Schande. Erst müssen Ideen entwickelt werden, dann kann man sie darstellen, liebe Kollegin Flach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es darf nicht wieder so kommen, dass neue Ideen zwar bei uns geboren werden, wie wir es beim MP3-Player oder vor einigen Jahren beim Faxgerät festgestellt haben, dann aber nicht in deutschen Betrieben umgesetzt werden. Deshalb brauchen diejenigen, die sich hier engagieren wollen, Unterstützung. Wir wollen hierfür in den nächsten Jahren, beginnend ab 2008, immerhin mehr als 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit neue Ideen auch in der Praxis umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für kleine und mittlere Unternehmen, von denen wir wissen, dass sie die meisten Arbeitsplätze schaffen. Deswegen wollen wir das vom Ministerium vorgeschlagene Programm „KMU innovativ“ entsprechend finanziell besser ausstatten und damit verstärkt kleine und mittlere Unternehmen unterstützen.

(Beifall der Abg. Ilse Aigner [CDU/CSU])

– Jawohl, das findet auch die Unterstützung seitens der CSU und der ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen. – Das Gleiche gilt für die Forschungsprämie II, die wir auf den Weg gebracht haben.

Auch die gesundheitlichen Herausforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz müssen berücksichtigt werden. Deswegen haben wir für das Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ mehr Mittel zur Verfügung gestellt, damit in der Arbeitsforschung weitere Schritte gegangen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kollegin Ulla Burchardt ist hier mit an der Spitze. Wir haben in diesem Haushalt auch eine Verstärkung

der Mittel für den Bereich „lebenslanges Lernen“ vorgenommen.  
Herr Schneider, man kann natürlich immer sagen,  
die Mittel reichen nicht aus.

Wir haben in diesen Haushaltsberatungen auch einen  
gordischen Knoten durchschlagen, der uns lange Zeit beschäftigt  
hat.

(Ulrike Flach [FDP]: Oh!)

- Genau, Frau Flach. - Es geht darum, dass die Lizenzzerträge  
der Fraunhofer-Stiftung aus der Erfindung des  
MP3-Players für eine verbrauchende gemeinnützige  
Stiftung zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns in  
der Koalition entschlossen, dem zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der  
CDU/CSU)

Ich bin meinem Kollegen Klaus-Peter Willsch sehr  
dankbar, dass wir es zusammen erreicht haben, dass  
diese Mittel nicht mit anderen Bundeszuweisungen verrechnet  
werden, sondern dass sie für die Forschung eingesetzt  
werden. Das soll ein Präzedenzfall sein und zum  
Nachahmen anregen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/  
CSU sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Der Vorstandsvorsitzende der BASF in Ludwigshafen  
hat kürzlich folgenden Satz gesagt: Land der Ideen zu  
sein, ist gut, Land des tatkräftigen Unternehmertums zu  
sein, ist noch besser. - Recht hat Herr Hambrecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er soll seine Kolleginnen und Kollegen alle dazu aufrufen,  
diesem zu folgen, damit wir das Ziel, das wir uns  
gemeinsam vorgenommen haben - 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
für Forschung -, erreichen. Hier muss  
auch die Industrie ihrer Verpflichtung nachkommen und  
ihre 2 Prozent erbringen. Genauso müssen die Länder ihren  
Anteil erbringen. Ich freue mich darauf, Frau Ministerin,  
dass wir nächste Woche im Haushaltsausschuss Ihren  
Bericht dazu diskutieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der  
CDU/CSU)

Es wurde schon festgestellt - ich möchte damit zum  
Bildungsteil überleiten -, dass es nicht auf das Portemonnaie  
der Eltern ankommen darf, wenn es darum  
geht, dass alle Reserven im Bildungsbereich ausgenützt  
werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen haben wir uns stark gemacht, die Studierendenförderung  
auszubauen. Im Wahlkampf 2005 hieß es  
noch bei der CDU/CSU, das Bafög solle abgeschafft  
werden. Dann haben wir von Frau Schavan gehört, eine  
kleine Bafög-Novelle sei notwendig. Später hieß es: Wir  
erhöhen das Bafög im nächsten Jahr um 5 Prozent und  
die Freibeträge um 4 Prozent. - Wir haben uns in der  
Koalition - zusammen mit den Bildungspolitikern und  
mit unserem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck - durch  
Argumente durchgesetzt und haben erreicht, dass wir die  
Bedarfssätze um 10 und die Freibeträge um 8 Prozent  
anheben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der  
CDU/CSU)

Liebe Kollegin Hirsch, ich erinnere mich: Als ich das  
bei unserer ersten Beratung angedeutet hatte, haben Sie

gelächelt, vielleicht auch ein bisschen hämisch.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Weil es zu wenig ist!)

Sie haben gesagt: Ihr bringt das sowieso nicht fertig. - Nun, wir haben es hinbekommen, Frau Hirsch: Die Studentinnen und Studenten haben große Vorteile, ihre Situation wurde verbessert, sie können auf die SPD vertrauen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie sagen natürlich wieder: Reicht nicht, es braucht wesentlich mehr.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Ist doch wahr!)

Das ist klar. Aber woher Sie das Geld nehmen wollen, das sagen Sie in diesem Zusammenhang natürlich nicht.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Das sagen wir sehr wohl! - Gegenruf der Abg. Ulrike Flach [FDP]: Immer von den Reichen!)

Es wird nicht nur das studentische BAföG erhöht, es wird auch das Meister-BAföG erhöht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

die Stipendien werden erhöht, die Begabtenförderung wird erhöht. Das macht die 2 Prozent, die wir mehr ausgeben, zu einem großen Teil aus.

Das gilt auch für die Berufsausbildung. Leider kann ich aus Zeitgründen nicht näher darauf eingehen. Ich verweise auf das Programm, das wir gemeinsam mit den Kammern starten wollen. Kollege Willsch ist bereits darauf eingegangen.

Ich komme zum letzten Satz. Wir sind froh und dankbar, dass unsere Handschrift, die der SPD, auch in diesem Haushalt zu sehen ist. Deswegen werden wir ihm voller Begeisterung zustimmen. Bildung und Forschung sind Zukunftsinvestitionen und sichern unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit und somit auch Arbeitsplätze und tragen damit zu unserem Wohlstand und dem unserer Kinder bei. Deswegen stimmen wir zu. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielleicht müssen wir doch noch einmal den Unterschied zwischen „letztem Satz“ und „letztem Absatz“ klären.

Jetzt hat jedenfalls das Wort der Kollege Kai Gehring für Bündnis 90/Die Grünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Immer mehr Bildungsverlierer im selektiven Schulsystem, viel zu viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive, viel zu wenig Studierende, wachsender Akademiker- und Fachkräftemangel - das ist die traurige bildungspolitische Realität, vor deren Hintergrund wir heute über den großkoalitionären Einzelplan 30 diskutieren.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist aber das Erbe von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen!)

Dass Sie sich für den Bildungshaushalt heute hier gegenseitig auf die Schultern klopfen, zeigt angesichts der enormen Herausforderungen, dass Sie sich offensichtlich



mit zu wenig zufriedengeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE] - Dorothee Bär [CDU/  
CSU]: Das hat Rot-Grün in den letzten Jahren  
alles versemzelt!)

Ja, Sie haben die Mittel erhöht. Genau betrachtet sind  
Ihre Initiativen allerdings zögerlich und halbherzig. Die  
junge Generation in diesem Land hat mehr Investitionen  
in ihre Zukunft verdient. Das Motto der heutigen Debatte  
muss sein: Mehr Bildung und nicht mehr Selbstlob  
wagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
René Röspel [SPD]: Nicht den Willy zitieren!  
Der Willy gehört uns, und das bleibt auch so!)  
Nehmen wir das Beispiel Hochschulpakt. Er ist und  
bleibt unterfinanziert, und er bleibt zu unverbindlich. Damit  
verbauen Sie Studienberechtigten den Weg auf den  
Uni-Campus, anstatt breite Zugänge zu schaffen. Pro  
Studierenden und Jahr wollen Sie nur 5 500 Euro in die  
Hand nehmen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das  
weder für ein Bachelorstudium im ingenieur- und naturwissenschaftlichen  
Bereich noch für einen anschließenden  
Masterabschluss reicht.

Meine Fraktion orientiert sich stattdessen an der Kostenschätzung  
des Wissenschaftsrates. Das bedeutet:

Wenn Sie mehr als Billigstudienplätze minderer Qualität  
schaffen wollen, dann brauchen Sie allein im kommenden  
Jahr 320 Millionen Euro mehr für den Hochschulpakt.  
Das haben wir hier beantragt und im Übrigen auch  
solide gegenfinanziert. Zulasten der Studierenden haben  
Sie das leider abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Angesichts des erwarteten Ansturms auf die Hochschulen  
bleiben die von Ihnen zur Verfügung gestellten Mittel  
ein Tropfen auf den heißen Stein. Schauen Sie heute  
einmal darauf, was in Frankreich beschlossen wurde.  
Davon kann sich die Große Koalition wirklich eine  
Scheibe abschneiden.

Ihr Hochschulpakt droht auch deshalb zum Luftschloss  
zu werden, weil gleichzeitig immer höhere Zugangshürden  
den Weg zur Hochschule versperren. Es  
reicht nicht, einfach nur mehr Studierende zu wollen,  
wenn gleichzeitig lokale NCs dramatisch steigen, Studiengebühren  
fällig sind, Schuldenberge aus Studienkrediten  
drohen und das BAföG viel zu zögerlich an die gestiegenen  
Lebenshaltungskosten angepasst wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier macht die Große Koalition nur kleine  
Schritte. Ja, Sie haben sich endlich zu einer spürbaren  
BAföG-Erhöpfung durchgerungen. Gut so, kann man da  
nur sagen. Den fast einjährigen schwarz-roten Konflikt  
darüber haben Sie aber auf dem Rücken der Studierenden  
ausgetragen. Wenn Sie sich nur halb so schnell auf  
eine BAföG-Anpassung geeinigt hätten wie auf die Diätenerhöhung  
zum Beispiel, dann hätten alle BAföG-Empfänger  
das zusätzliche Geld längst in der Tasche. Da  
Sie die BAföG-Sätze aber erst zum nächsten Herbst und  
damit ein Jahr zu spät erhöhen, müsste man der Fairness

halber gleich noch 2 Prozent mehr drauflegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles in allem besteht also kein Grund, die Hände in den Schoß und die Debatte über eine zukunftsfähige Studienfinanzierung ad acta zu legen.

Neben dem Hochschulpakt und dem BAfÖG ist die Exzellenzinitiative ein drittes Beispiel für die große Koalition der Halbherzigkeiten. Exzellente Forschung zu fördern, ist richtig; herausragende Lehre zu ignorieren, ist aber falsch. Wir als Fraktion wollen die Lernbedingungen an den Hochschulen verbessern, das Ansehen der Lehre steigern und stärkere Anreize für innovative Hochschuldidaktik setzen.

Bereits vor über einem Jahr haben wir eine Qualitätsoffensive und einen Wettbewerb für herausragende Lehre gefordert. Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, lassen keine Gelegenheit aus, die Bedeutung guter Lehre zu betonen. Doch wenn es dann wirklich um ganz konkrete Maßnahmen geht, dann regiert wieder der Hasenfuß. Unsere grünen Anträge haben Sie immer abgelehnt.

(Jörg Tauss [SPD]: Das sollten Sie denen sagen, die hier auf der Bundesratsbank sitzen sollten! Pinkwart und andere! - Gegenruf der Abg. Ulrike Flach [FDP]: Sie haben doch zugestimmt!)  
Was schlagen Sie, Herr Tauss, in der Großen Koalition und Frau Schavan als Ministerin eigentlich vor, um Lehre und Studienbedingungen an den Hochschulen zu verbessern?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in Ihrem schwarz-roten Bildungshaushalt übrigens auch Posten, bei denen Sie nicht nur halbherzig agieren, sondern ganz falsch liegen. Ein Beispiel ist das Freiwillige Technische Jahr. Ich möchte das hier noch einmal ansprechen. Wir sagen ganz klar: Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels trägt ein staatlich alimentiertes Langzeitpraktikum nun wirklich nicht bei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt 4 Millionen Euro für eine weitere Warteschleife zwischen der Schule und der Ausbildung zu verschwenden und dafür das positive Markenzeichen „Freiwilliges Jahr“ zu missbrauchen, sollten Sie sich endlich wirksam gegen prekäre und unfaire Praktika einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrer nationalen Qualifizierungsoffensive wollen Sie den Fachkräftemangel bekämpfen. Wenn Ihnen die Brücke über die Fachkräftelücke aber wirklich ein Anliegen ist, dann dürfen Sie als Bundesregierung auch vor den Fallstricken von Studiengebühren nicht die Augen verschließen; denn bis zu einem Drittel der Studienberechtigten, die nicht studieren wollen, führen dies auch auf die Campusmaut zurück. Das ist ein dramatisches Warnsignal. Dies müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung erklärt sich aber für das Thema Studiengebührenmonitoring schlicht für nicht zuständig, und das bei Fachkräftemangel und 40-Prozent-Ziel hin oder her.

(Jörg Tauss [SPD]: Das Bundesverfassungsgericht!)

- Wenn Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

richtig lesen, dann stellen Sie fest, dass Situationen eintreten können - -

(Jörg Tauss [SPD]: Ich habe es leider lesen müssen! Das war ja mein Problem!)

- Darin steht, dass eine gesamtstaatliche Verantwortung besteht und sozial- und bildungspolitische Nebenwirkungen eintreten können, die ein Eingreifen des Bundes erforderlich machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bei der LINKEN - Jörg Tauss [SPD]: Jetzt jubeln Sie das nicht hoch!)

Die sind definitiv da. Lesen Sie einmal unsere Kleine Anfrage. Über die Antwort des Ministeriums musste ich mich ärgern. Wegducken geht bei Studiengebühren nicht; denn dadurch werden sie nicht weniger abschreckend. Man muss sie vielmehr ganz klar evaluieren.

Wenn Sie die Bundeskompetenz für Bildungsforschung haben, dann sollten Sie sie auch gefälligst nutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesfinanzminister Steinbrück hat hier vor zwei Wochen im Rahmen der Bafög-Debatte gesagt, dass es grotesk und unsinnig ist, dass Bildungsausgaben konsumtive statt investive Ausgaben sind.

(Jörg Tauss [SPD]: Da hat er recht!)

- Da hat er recht. - Wir erwarten deshalb vom Bundesfinanzminister, dass er im Rahmen der Föderalismusreform

II konkrete Vorschläge einbringt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Jörg Tauss [SPD]: Das wird er tun!)

wie Bildungsausgaben künftig als Zukunftsinvestitionen berücksichtigt werden können. Da müssen den Worten auch wirklich Taten folgen. Eine Debatte darüber ist notwendig. Die Bundesregierung muss aus ihren eigenen Ankündigungen Konsequenzen ziehen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Für künftige Bildungshaushalte und für zukunftsfähige Haushalte insgesamt ist das ein wichtiger Schritt.

Ich komme zum Schluss. Eine Bildungspolitik muss Teilhabegerechtigkeit und Entwicklungschancen in den Mittelpunkt stellen und darf die Augen vor Zugangshürden nicht verschließen, sondern sie muss entschlossener in Studienplätze, Studienfinanzierung und Studienbedingungen investieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat das Wort die Bundesministerin Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Gehring,

Sie können froh sein, dass ich nicht für Studiengebühren zuständig bin. Wäre ich nämlich zuständig, gäbe es sie überall.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Jörg

Tauss [SPD]: Dann hätten wir eine Koalitionskrise!

- Weitere Zurufe von der SPD)

Wir sollten in diesem Hause ehrlich sein. Es hat doch gar keinen Sinn, darum herumzureden. Das ist schlicht eine Frage der Gerechtigkeit. Ist es richtig, dass der Kfz-Mechaniker, und zwar schon der Auszubildende und dann der Geselle, mit seinen Steuern das Studium des künftigen Ingenieurs bezahlt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Jörg Tauss [SPD]: Aber er muss seinen Kindern die Studiengebühren zahlen! Das ist auch nicht gerecht!

- Weitere Zurufe von der SPD)

Ist es gerecht, dass die Krankenschwester mit ihren Steuern das Studium des künftigen Chefarztes bezahlt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Jetzt seid mal nicht so zimperlich. Die Debatte muss man führen. In allen Ländern, von deren Hochschulsystemen wir immer schwärmen, zum Beispiel USA und Großbritannien, ist das selbstverständlich.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht in Skandinavien!)

- Skandinavien, toll, da haben wir ein Beispiel. Wir messen uns aber bezüglich der Wissenschaftssysteme nicht mit Skandinavien, sondern mit anderen Staaten dieser Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Wie es gerade passt!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Schavan, es gibt zwei Wortmeldungen zu Zwischenfragen.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das war jetzt meine Vorbemerkung. Nun komme ich zum Haushalt, nachdem Herr Tauss mir eine Frage gestellt hat.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Tauss und Frau Sitte möchten gern je eine Frage stellen. Zunächst Herr Tauss, bitte.

Jörg Tauss (SPD):

Ungeachtet der Tatsache, dass wir uns bezüglich der Studiengebühren, selbst wenn wir 150 Jahre alt werden, nicht einigen werden, möchte ich folgende Frage stellen: Halten Sie es für gerecht, dass die Kinder der Krankenschwester wegen der Studiengebühren nicht mehr studieren können und die Hochschule dann dem Kind des Universitätsprofessors vorbehalten bleibt?

(Beifall bei Angeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der FDP)

Halten Sie es für richtig, dass in den Ländern, die Sie angesprochen haben - genauso wie in den USA -, breite Teile des Mittelstands nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder in die Universitäten zu schicken, weil die Studiengebühren sie davon abhalten? Wenn wir über Gerechtigkeit diskutieren, dann sollten wir das insbesondere unter diesem Gesichtspunkt tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Erstens. Lieber Herr Tauss, wenn es so wäre,

(Jörg Tauss [SPD]: Es ist so!)

wäre es nicht gerecht. Aber Sie müssten dann die Frage beantworten, warum über 40 Jahre in Deutschland Kinder von Krankenschwestern im Schnitt deutlich seltener studiert haben als Kinder von Akademikern, obgleich es keine Studiengebühren gegeben hat.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das wiederum hat etwas mit unserem Schulsystem zu tun!)

Zweitens. Wie Sie wissen, gibt es überhaupt keinen Zusammenhang zwischen den Studienanfängerzahlen sowie der sozialen Herkunft und Studiengebühren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden es sehen, wenn wir die Studienanfängerzahlen des Wintersemesters 2007/08 bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]:

Frau Präsidentin, darf ich die Frage beantworten?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das geht nicht.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Man kann sich die Dinge nicht immer so zurechtlegen, wie man sie braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Tauss, Sie sind nun fertig. – Jetzt haben wir noch die Zwischenfrage von Frau Sitte. Bitte schön.

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Frau Ministerin, sind Sie nicht der Meinung, dass Sie mit Ihrer Politik einen neuen Widerspruch produzieren?

Wir hören oft, dass die Finanzierungspolitik in den Bereichen der Bildungsförderung und des Bildungssystems

in sich nicht stimmig ist. Viele Menschen fragen sich:

Warum soll ich für einen Platz in einer Kindertagesstätte 200 bis 300 Euro zahlen, während ein Studium gebührenfrei ist? Nun werden Studiengebühren eingeführt.

Ihre Bundesregierung diskutiert gemeinsam mit Landesregierungen darüber, wie man möglichst viele Plätze in

Kindertagesstätten kostenlos zur Verfügung stellen kann.

Wäre es nicht der bessere Weg gewesen, den letzten

Schritt, Studiengebühren einzuführen, auszulassen und

für eine stimmige Finanzierung im Bildungswesen insgesamt

zu sorgen, sodass die Ungerechtigkeit nicht

schon in der Kindertagesstätte beginnt, sich im dreigliedrigen

Schulsystem fortsetzt und nun aufgrund der

Studiengebühren in den Universitäten und Hochschulen

Einzug hält?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Sitte, jeder in der Politik ist exakt für das verantwortlich, was er zu verantworten hat. Ob Kindergartengebühren

erhoben werden, hängt von den freien Trägern

und den Kommunen ab. Interessanterweise tut im Moment

niemand so viel für die Kindertagesstätten wie

diese Bundesregierung. Sie stellt nämlich 4 Milliarden

Euro zur Verfügung. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der

SPD)

- Wir bleiben unterschiedlicher Meinung; das ist überhaupt nicht schlimm. Wenn Herr Gehring aber schon bedauert, dass ich nicht die Kompetenz habe, dann sage ich ehrlicherweise, was ich täte, wenn ich sie hätte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Schavan, Frau Flach möchte noch eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie diese zulassen?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Mir wird das ja nicht auf die Redezeit angerechnet, oder?

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nein. Das kann über Stunden gehen, wenn es noch mehr Zwischenfragen gibt, kein Problem.

(Heiterkeit)

Bitte, Frau Flach.

Ulrike Flach (FDP):

Danke schön, Frau Ministerin. - Wie Sie wissen, sind wir bei den Studiengebühren mit Ihnen einer Meinung.

(Iris Gleicke [SPD]: Das haben wir befürchtet!)

Aber wir haben die Einführung von Studiengebühren immer mit der Forderung nach Stipendien verbunden.

Im Bundesrat gibt es zurzeit einen entsprechenden Vorstoß des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich möchte gerne wissen, wie Sie sich positionieren. Was haben wir vonseiten des Bundes zu erwarten?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich kenne den Antrag, den Herr Pinkwart für das Land Nordrhein-Westfalen in den Bundesrat eingebracht hat. Ich habe mit Herrn Pinkwart darüber gesprochen. Eine klassische FDP-Lösung wäre eigentlich, Stipendien für 10 Prozent der Studierenden aus der Mitte der Bürgerschaft und von Unternehmen bereitstellen zu lassen.

Darin sind Herr Pinkwart und ich uns eigentlich einig.

(Jörg Tauss [SPD]: Und wie viel kommt von der Wirtschaft?)

Aber die Vorstellung, dass neben dem BAföG und der Begabtenförderung - die Mittel hierfür sind gerade verdoppelt worden - sowie dem einen oder anderen Akzent, der möglicherweise noch gesetzt wird - Stichwort „Aufstiegsstipendium“ - , 10 Prozent seitens des Staates für

Stipendien zur Verfügung gestellt werden, während der Rest der Gesellschaft zuschaut, halte ich für falsch.

(Klaus Hagemann [SPD]: Das hat sie recht!)

Unsere Unternehmen wollen mehr Akademiker und sagen, hier müsse noch viel mehr getan werden. Dazu kann ich nur sagen: Tut das Gleiche wie in vielen anderen Ländern und stellt Stipendien zur Verfügung!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Schavan, langsam hat das ein bisschen Gag-Charakter, aber jetzt würde Herr Gehring gern eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie die zulassen?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Wir können das noch ein bisschen weiterspielen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie bemerken die Erleichterung in über der Hälfte des Hauses darüber, dass Sie für Studiengebühren nicht zuständig sind.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das kann ich gut verstehen. Das finde ich okay.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich vorhin gemeint habe, dass Sie für die Bildungsforschung zuständig sind und Sie deshalb nicht die Antwort auf die Frage verweigern sollten, welche Auswirkungen Studiengebühren - sie richten einen Schaden bei sozial schwachen, einkommensarmen und bildungsfernen Schichten an - haben, und Sie diese Auswirkungen untersuchen sollten?

Ich würde darüber hinaus gerne wissen, wie Sie das Bund-Länder-Programm von Minister Pinkwart beurteilen.

Ich habe es so verstanden, dass einerseits der Bund die Zeche zahlen soll und andererseits Einnahmen aus Studiengebühren, die eigentlich die Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen erhalten sollen, eingeplant werden. Er will sich komplett aus der landespolitischen Verantwortung ziehen. Wie stehen Sie eigentlich dazu? Es wäre doch absurd, wenn eine Quersubventionierung von Studiengebühren durch den Bund erfolgen würde.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Erstens zur Bildungsforschung: Ich verspreche Ihnen, dass ich mich der Pflicht, die Frage zu beantworten, nicht entziehen werde. Ob daraus dann ein Problem wird oder nicht, sollten wir beide heute offenlassen. Ich bin sicher - es laufen längst Untersuchungen -, dass wir hierzu schon anhand der Daten zum Wintersemester 2007/08 mehr Anhaltspunkte bekommen, als vielleicht dem einen oder anderen sympathisch ist.

Zweitens zum Pinkwart-Modell: Ich habe meine Position dargelegt. Ich finde, die reine FDP-Lehre wäre, dass jetzt die Bürgergesellschaft gefragt ist. Wir warten nun die Diskussion im Bundesrat ab. Ich kann mir nicht vorstellen, dass aus dem Bundesrat heraus - auch noch vom Land Nordrhein-Westfalen - die Vorstellung kommt, dass der Bund 100 Prozent einer neuen Stipendiensorte zahlt; denn bekanntlich wird schon das BAföG gemeinsam von Bund und Ländern getragen. Ich sage Ihnen aber auch: Der Anstoß, dass jetzt im ganzen System der Bildungsfinanzierung auch die Säule der Stipendien stabiler werden muss, ist richtig. Egal wie der Anstoß angelegt ist, er wird zu einer Debatte führen. Das halte ich für richtig. Die Vorstellung, dass die Finanzierung des Wissenschaftssystems zu 100 Prozent eine Sache nur der öffentlichen Hand ist, gibt es nur in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer erfolgreiche Systeme will, braucht mehr. Würden amerikanische Universitäten nur von öffentlichen Mitteln existieren, wären sie in einer vollständig anderen Situation, als sie tatsächlich sind. All das Positive, das über die Universitäten der Vereinigten Staaten gesagt wird,

könnte dann nicht gesagt werden. So weit meine Bewertung.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Einzelplan 30 für das Haushaltsjahr 2008 spiegeln sich drei zentrale Zielsetzungen dieser Regierungskoalition und der sie tragenden Parteien wider, nämlich erstens die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern, zweitens das Wissenschaftssystem weiter zu modernisieren und drittens den Forschungsstandort Deutschland zu stärken. Die Bundesregierung hält Wort: Wir erweitern nochmals die Investitionen für Forschung und Entwicklung im Blick auf das 3-Prozent-Ziel der Lissabon-Strategie. Die Bundesregierung leistet mit der Steigerung der Ausgaben ihren Beitrag, damit Deutschland im Jahr 2008 einen Anteil von 2,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung erreichen kann.

Es ist zu Recht von einigen gesagt worden, dass nun die Frage entscheidend ist, wie es sich mit den Partnern, nämlich den Ländern einerseits und den Unternehmen andererseits, verhält. Alle Zahlen, die uns vorliegen, zeigen deutlich: Die Stimmung in den Unternehmen hat sich deutlich verändert. Noch im Februar 2004 haben nur 40 Prozent gesagt, dass die Innovationsbedingungen einigermaßen sind. Heute sagen 83 Prozent: Die Innovationsbedingungen in Deutschland sind gut. - Das ist ein wichtiger Indikator. Die Unternehmen fügen hinzu, dass sich in den Unternehmen der Stellenwert der Investitionen für Forschung und Entwicklung deutlich verbessert hat. Die Zahlen sind klar. Die Investitionen sind prozentual und in absoluten Zahlen deutlich gestiegen. Frau Flach, selbstverständlich wird das Auswirkungen - die gibt es bereits jetzt - auch auf die Schaffung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen haben.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber nicht im gewünschten Ausmaß!)

Bei der Konferenz zur Bilanz der Startphase der Hightech-Strategie war sehr deutlich spürbar - das ist unisono bestätigt worden -: Die Instrumente, die jetzt angeboten werden, sind geeignet, um die Ziele zu erreichen, die wir erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Allein der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative bedeuten in Deutschland in den nächsten Jahren faktisch ein Plus von allein 10 000 Stellen im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Das wird nur durch diese beiden Maßnahmen erreicht. Ich rede überhaupt noch nicht von den Innovationsallianzen, bei denen 1 Euro des Bundes 5 Euro der Unternehmen mobilisiert. Daher muss man sagen: Das, was wir hier geschaffen haben, ist in den Unternehmen angekommen. Aber ich stimme allen zu - das liegt in der Natur der Sache -, die sagen: Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir befinden uns in einer Startphase. Jetzt kommt es darauf an, das, was sich an Stimmung verändert hat, was an Dynamik entstanden ist, in den nächsten Jahren zu halten und die konkreten Maßnahmen weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines will ich auch noch einmal sagen: Am Anfang



Ihrer Rede, Herr Gehring, habe ich gedacht, jetzt beginnt eine Beerdigungsrede. Wissen Sie, wenn jemand außerhalb Deutschlands einen solchen ersten Satz eines Parlamentariers über den Forschungsstandort Deutschland im Jahre 2007 hört, dann hat er Mitleid mit uns.

(Zuruf von der SPD: Minister sollten Abgeordneten keine Kopfnoten verteilen, Frau Ministerin!)

- Minister können schon sagen, wie sie bestimmte Dinge einschätzen. - Ich glaube, dass darin eine große Versuchung steckt, die generell auch zu dem gehört, was für die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in Deutschland und für die Motivation in der Wissenschaft schwierig ist, nämlich den Eindruck zu erwecken, die Verhältnisse in Deutschland seien so, dass sich für junge Leute der Einstieg in die Wissenschaft eigentlich nicht lohnt.

Ich sage mit Blick auf die Perspektiven der nächsten Jahre: Aufgrund der Situation können wir nicht nur werben, sondern können guten Gewissens sagen: Da sind Zukunftsperspektiven; da sind die Weichen richtig gestellt. Es ist wichtig, dass wir die nächste Generation dazu motivieren, die Wege in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zu gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein zentraler Schwerpunkt dieses Haushalts ist mit rund 2,6 Milliarden Euro all das, was das Paket Bildung angeht. Wir unterstützen die frühkindliche Bildung, indem wir 80 000 Erzieherinnen in Weiterqualifizierungsmaßnahmen bringen. Wir werden wissenschaftlich das begleiten - Stichwort „Bildungsforschung“ -, was an neuen Ansätzen zur besseren Verbindung zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten entsteht. Ich bin davon überzeugt, der Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in einem massiven Ausbau und der deutlichen Stärkung der frühkindlichen Bildung, und zwar flächendeckend in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben - auch darüber ist gesprochen worden - eine deutliche Verbesserung der Studienfinanzierung und deutliche Akzente zur Modernisierung des BAföG: Kinderbetreuungszuschlag, Auslandsstudien, die ab dem ersten Semester gefördert werden und, was überfällig war, BAföG auch für Studierende mit Migrationshintergrund. Schließlich spiegeln sich in diesem Haushalt auch neue Akzente wider; Stichwort „Professorinnenprogramm“, womit auch die Auswahl von besonders guten und wirksamen Gleichstellungs- und Gleichberechtigungskonzepten in den Universitäten verbunden ist. Zu nennen ist auch der Research in Germany Award, die Möglichkeit also, mit erheblichen Finanzmitteln Spitzenwissenschaftler nach Deutschland zu holen.

Ich erinnere auch an die beiden Großprojekte Petra III und XFEL in Hamburg und an FAIR in Darmstadt. Deutschland geht voran, wenn es um europäische Großforschungsinfrastruktur geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Internationalisierung in Wissenschaft und

Forschung - auch das steht im Koalitionsvertrag - wollen wir weitere Akzente setzen. Dazu gehört zum Beispiel die finanzielle Unterstützung des Aufbaus einer deutsch-vietnamesischen Universität gemeinsam mit dem Land Hessen, um Internationalisierung nicht nur in Form von Partnerschaften, Studentenaustausch und Forschungsprojekten zu befördern, sondern auch neue Kooperationen in Form von Universitäten zu schaffen, die mit Konzepten arbeiten, die ganz stark deutschen Konzepten entsprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses.

Ich danke den beiden Regierungsfraktionen für die Unterstützung dieses Haushaltes, der ein gutes Fundament zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation ist und der wichtige innovative Impulse für einen starken Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland enthält.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Uwe Barth das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Uwe Barth (FDP):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! „Bildung ist die Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts.“ Diesen Satz hat jeder, der mit Bildungspolitik zu tun hat, in dieser oder einer abgewandelten Form schon einmal gesagt. Der Bundeshaushalt 2008 sieht nun Ausgaben für Bildung und Forschung in Höhe von über 9,3 Milliarden Euro vor. Das sind fast 900 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP] sowie der Abg. Ilse Aigner [CDU/CSU])

Für sich betrachtet, ist das in der Tat sehr viel Geld. Setzt man diese Zahl allerdings einmal ins Verhältnis, dann sieht man, dass es gerade einmal 3,2 Prozent des Gesamthaushalts sind. Das wiederum ist nicht sehr viel.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Andererseits geben wir in diesem Haushalt 125 Milliarden Euro für den Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales aus. Das sind rund 14-mal mehr, als wir in Bildung und Forschung investieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Was schließen Sie daraus?)

Ich kann angesichts dieses Verhältnisses die Einschätzung nicht teilen, dass wir in diesem Land zu wenig Geld für Soziales ausgeben.

(Jörg Tauss [SPD]: Seid ihr gegen Renten und gegen Arbeitslosengeld?)

Natürlich begrüßt die FDP-Fraktion die Erhöhung im Einzelplan 30; schließlich sehen wir die dringende Notwendigkeit, Mittel in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren. Nur so hat Deutschland anerkanntermaßen eine Chance, im internationalen Wettbewerb langfristig zu bestehen. Natürlich machen es die sprudelnden Steuereinnahmen dieses Jahres - Rekordsteuereinnahmen! - der Bundesregierung einfacher, zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen.

Allerdings muss man feststellen, dass eine klare Linie bei der Ausgestaltung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik

nicht erkennbar ist.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel Bafög: Natürlich ist es für die Studentinnen und Studenten erfreulich, dass sie nun etwas mehr Geld zur Sicherung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung haben.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Eine nachhaltige Politik sieht aber anders aus. Wir haben darüber hier in der Bafög-Debatte diskutiert. Das Bafög ist eben kein Zukunftsmodell.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach, ihr auch?)

Statt ein Gesamtkonzept für eine zukunftssichere Studien- und Hochschulfinanzierung zu entwerfen, gibt sich die Koalition mit Reparaturen am alten System zufrieden. Frau Ministerin, es geht natürlich nicht darum, dass 100 Prozent der Stipendien von der öffentlichen Hand vergeben werden. Das Geld, das wir durch den Bundeshaushalt ausgeben, ist aber ebenfalls Geld der Bürgergesellschaft und soll deswegen im Sinne der Bürger ausgegeben werden. Wir finden daher, dass der Staat sich daran beteiligen sollte, auch im Sinne einer Vorbildwirkung.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Hochschulfinanzierung hat meine Kollegin Flach bereits vorhin das Wesentliche ausgeführt. Das Hochschulwesen ist und bleibt dramatisch und chronisch unterfinanziert. Der Hochschulpakt ist ein richtiger Schritt; aber der Stein der Weisen ist er nicht.

(Beifall bei der FDP - René Röspel [SPD]:

Den hat noch keiner gefunden!)

Während wir das Bafög und die Hochschulfinanzierung trotz Bedenken mittragen und unterstützen, stellt sich die Situation insbesondere in den Bereichen „lebenslanges Lernen“ und „Begabtenförderung in Schule, Betrieb und Hochschule“ ganz anders dar. Diese Bereiche dümpeln trotz vollmundiger Proklamationen in Absichtserklärungen, in Zukunftskonzepten und in Innovationszirkeln vor sich hin.

Die hauseigene Öffentlichkeitsabteilung der Ministerin, die für diese Proklamationspolitik maßgeblich zuständig ist, schneidet im neuen Haushalt recht gut ab.

Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit werden um 150 Millionen Euro gesteigert. Das ist übrigens ein Sechstel der gesamten Steigerung der Haushaltsmittel im Einzelplan 30.

(Ulrike Flach [FDP]: Einer unserer Streitpunkte!)

Schauen wir uns den Forschungsbereich an. Sehr geehrte Frau Ministerin, gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie die Zuständigkeit für so wichtige Bereiche wie Energie, Luft- und Raumfahrt, Schifffahrt, Meerestechnik, aber auch Verkehr und Bau weitgehend kampflos abgegeben.

All diese Bereiche sind jedoch Kernbereiche Ihrer Hightechinitiative. Zersplitterung ist keine Stärke, liebe Frau Ministerin, auch wenn Sie das Gegenteil noch so oft wiederholen. Ich bitte Sie, nicht permanent zu versuchen, uns zu erklären, dass ausgerechnet in dieser Koalition viele Köche einen wohlgeschmeckenden Brei zubereiteten.

(Beifall bei der FDP)

Wie steht es also nun um die Hightechinitiative? Die Energietechnologien leiden nach wie vor unter Forschungsverböten in der Kernenergie-, Sicherheits- und

Endlagerforschung.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach Gott, ach Gott, ach Gott!)

Über dem Zukunftsfeld „Pflanzen“ liegt der Schleier des Gentechnikgesetzes. Die Gesundheitsforschung ist im Würgegriff der Debatte um die Stammzellenforschung, und diese ist im Begriff, sich von der internationalen Entwicklung abzukoppeln.

(René Röspel [SPD]: Was?)

All diese Strategien nützen nichts, wenn die Politik nicht bereit ist, ideologische Barrieren abzubauen und Freiheit zu gewähren. Sie, liebe Frau Ministerin, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Koalition, haben die Möglichkeit, entscheidende Signale zu setzen. Wer jedoch einerseits eine Hightechinitiative propagiert und andererseits die Forschungsfreiheit einschränkt, setzt falsche Signale und verbaut sich wichtige Zukunftsfelder.

(Beifall bei der FDP)

Auch zur Forschungsprämie hat Kollegin Flach vorhin das Wesentliche gesagt. Natürlich müssen wir über die Forschungsprämie hinausdenken. Noch gilt für uns das Lissabon-Ziel in der Forschungspolitik. Wir wollen in Deutschland bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für FuE aufwenden. Hier muss die Wirtschaft mitziehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir ein innovationsfreundliches Klima schaffen. Die steuerliche FuEFörderung wäre aus unserer Sicht hierzu ein ausgezeichneter Weg.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend noch eines anmerken: Immer wenn es um

Bildung geht, sprechen wir auch über Chancengerechtigkeit sowie darüber, dass wir jungen Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen wollen und müssen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Wenn ich nun sehe, dass dieser Haushalt trotz erheblicher Steuermehreinnahmen, trotz Rekordsteuereinnahmen, eine Neuverschuldung in Höhe von 12 Milliarden Euro vorsieht, dann erreichen wir in Wahrheit genau das Gegenteil. Wir verbauen den nächsten Generationen Zukunftschancen. Meine Fraktion hat mit vielen Einzelanträgen, die gebunden und als CD-ROM erhältlich sind, gezeigt, dass ein schuldenfreier Haushalt möglich ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Was ihr vorgelegt habt, ist ein Horrorkatalog!)

Bei aller Freude über etwas mehr Geld für Bildung und Forschung ist die steigende Verschuldung eine Belastung für die nächsten Generationen und eine Einschränkung der Gestaltungsspielräume für die nächsten Jahrzehnte, die, gerade weil sie so unnötig ist, so unverantwortlich ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ulla Burchardt hat jetzt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ulla Burchardt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Barth, Sie sprachen davon, dass diese Koalition den

Stein der Weisen nicht gefunden habe. Ich kann Ihnen versichern: Harry Potter gibt es nicht wirklich, und wir sind alle nur Muggels. Darin ist auch die FDP eingeschlossen. (Beifall bei der SPD Jörg Tauss [SPD]: Muggels?)

- Wer die Muggels nicht kennt, sollte Harry Potter lesen. (Otto Fricke [FDP]: Die Frage ist nur: Wer ist Lord Voldemort?)

- Ich wusste doch, dass Ihnen das Spaß macht. Den Einzelplan 30 verbuchen wir als Erfolg für die Koalition. Das Plus von fast 10 Prozent auf deutlich über 9 Milliarden Euro kann sich sehen lassen. Gutes kann noch besser werden. Dafür haben sich die Koalitionsfraktionen im parlamentarischen Verfahren erfolgreich stark gemacht. Über 40 Änderungsanträge belegen eindrucksvoll, dass das Haushaltsrecht das Königsrecht des Parlaments ist und bleibt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn Sie das immer so sähen, Frau Burchardt!)

- Wir kommen auf die Details später noch zu sprechen, Herr Kollege.

Geld ist wichtig, aber es ist nicht die einzige Voraussetzung für eine gute Forschungs- und Innovationspolitik. Unlängst haben der Wissenschaftsrat und der Stifterverband Empfehlungen zur Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft vorgelegt, was notwendige Bedingungen für die Innovationsförderung sind. Eine dieser an uns alle gerichteten Empfehlungen lautet: Das Wichtigste in der Forschungspolitik ist Kontinuität. Da ich als Abgeordnete auf eine ganze Anzahl von Jahren in diesem Hause zurückblicken kann, versichere ich Ihnen, dass diese Kontinuität 1998 durch die rot-grüne Politik begründet worden ist, die Reformen auch im Bereich der Forschung auf den Weg gebracht hat.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Da ist die gute Kontinuität unterbrochen worden!)

Ich empfinde es als gut, dass wir unter Schwarz-Rot diese Kontinuität gewährleisten können, und bin den Kolleginnen und Kollegen dafür ausgesprochen dankbar. Dafür nenne ich folgende Beispiele: Die Exzellenzinitiative schreibt Wissenschaftsgeschichte, hat Frau Ministerin nach der zweiten Wettbewerbsrunde zu Recht erklärt. Ich nehme im Namen meiner Fraktion dieses Lob gern an. Ich gebe zu: Als Frau Bulmahn damals diesen Meilenstein ins Rollen gebracht hat, waren wir noch nicht alle ganz überzeugt; aber wir können dem Lob, das Sie ausgesprochen haben, jetzt voll zustimmen. (Beifall bei der SPD)

Das damals begonnene Reformprogramm ist gut dokumentiert und liegt in der Antwort der rot-grünen Bundesregierung auf die Große Anfrage der Union - damals noch Opposition - „zur Lage der Forschung in Deutschland“ aus dem Jahr 2005 vor. Ab und zu lohnt es sich, auch einmal in diese Dokumente hineinzuschauen. Darin ist nachzulesen, dass vom SPD-geführten Forschungsministerium die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft auf der Tagesordnung ganz nach oben gesetzt und mit konkreten Maßnahmen unterfüttert wurde. Ich begrüße es, wenn Frau Schavan jetzt mit der BLK 200 neue Professorinnenstellen schaffen will.

(Beifall bei der SPD)

Auch verkrustete Strukturen haben wir schon vor Jahren aufgebrochen, mit dem Pakt für Forschung, der Juniorprofessur, der W-Besoldung und mehr Eigenverantwortung für die Forschungsorganisationen. Das Programm EXIST und der Hightechgründerfonds sorgen bis heute dafür, dass der Innovationsmotor – das sind die vielen innovativen Ausgründungen und Start-ups – gestartet wurde und auch in der jetzigen Konstellation am Laufen gehalten wird.

Auch die Clusterförderung ist keine Erfindung des letzten Jahres, sondern geht auf die letzten Legislaturperioden zurück.

(Ulrike Flach [FDP]: Dafür hat sie aber spät angefangen!)

Deswegen begrüßen wir als SPD-Fraktion diese Förderung und unterstützen deren weitere Stärkung auch in dieser Wahlperiode.

In dem Wissen, dass die besten Ideen wenig nützen, wenn sie nicht in marktreife, anwendbare Produkte und Lösungen umgesetzt werden – Kollege Willsch hat das auch alles gesagt –, haben wir 1998 begonnen, entsprechende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, zum Beispiel das Aktionsprogramm „Wissen schafft Märkte“.

Auch in dieser Koalition wollen und können wir deutsche Marktführerschaften in der Welt weiter ausbauen, und wir knüpfen an unsere strategischen Weichenstellungen an: Die Hightech-Strategie ist der richtige Ansatz, privates Kapital für mehr Investitionen in Innovationen zu mobilisieren. Die Forschungsunion „Wirtschaft Wissenschaft“ ist ein wichtiger Multiplikator. Die Forschungsprämie wird Wissenschaft und Unternehmen näher zusammenbringen; gut Ding will Weile haben. Ich kann nur alles das unterstreichen, was Kollege Willsch vorhin dazu gesagt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist zur Mitte der Legislaturperiode in vielen wichtigen Bereichen Kontinuität festzustellen. Die Hightech-Strategie ist richtig, wir unterstützen sie, und es gibt auch andere Maßnahmen, die unsere volle Unterstützung finden.

Aber wir müssen auch keinen Hehl daraus machen – Frau Schavan hat es gerade vorgeführt –, dass es in zentralen Fragen Kontroversen gibt. Das ist gut so, denn daraus können auch in der öffentlichen Debatte die verschiedenen Positionierungen erkennbar werden, ebenso, wo bestimmte Ideologien bestimmte Maßnahmen begründen oder auch nicht. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

In zahlreichen Publikationen der Innovationsforschung, immer dann, wenn es um die Frage geht, was eigentlich noch alles zu einer guten Innovations- und Förderpolitik gehört, in Studien des TAB wie auch in der jüngsten Vergleichsstudie der Hans-Böckler-Stiftung zu Innovationsbedingungen ist gut belegt, dass Technologieförderung eine notwendige, aber keine hinreichende Erfolgsbedingung für Innovationen ist. Innovationen werden von Menschen gemacht, und deshalb gehört in eine systematische wie ganzheitliche Förderpolitik erstens das Ziel, gute Arbeit auch mit Forschung zu fördern, und zweitens, mehr und bessere Bildung für alle von Anfang an und ein

Leben lang voranzutreiben, und zwar ohne neue Hürden aufzubauen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gute Arbeit, das heißt vor allem auch gute Arbeitsforschung. Es existiert eine exzellente Forschungslandschaft mit der richtigen Breite, nur leider zu wenig an Wertschätzung des Ministeriums, wenn es um ganz konkrete Maßnahmen geht. Gute Arbeitsforschung ist mehr als individuelle Kompetenzentwicklung, sagen wir mit Blick auf die Neuformatierung des Programms und im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften, auch mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, die der Unionspartei angehört.

Dank geht an Klaus Hagemann, dass der Titel noch einmal um 1 Million Euro aufgestockt wurde. Wir werden die Verwendung der ESF-Mittel genau überprüfen, um sicherzustellen, dass auch die Ansätze des präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zu mehr Bildung und Chancengleichheit als einer Voraussetzung, um dem Facharbeitermangel zu begegnen und um wirklich alle Innovationspotenziale, die dieses Land hat, tatsächlich ausschöpfen zu können. Wir wollen Aufstieg durch Bildung für alle; das ist sozialdemokratische Kernkompetenz. Wir freuen uns, dass Frau Ministerin unsere Semantik übernommen hat, zuletzt im Interview mit der Passauer Neuen Presse. Der kleine, aber entscheidende Unterschied ist, dass wir sagen: „Aufstieg durch Bildung für alle“, das geht nur mit Solidarität,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber nicht dann, wenn man jedem Einzelnen erklärt: Sieh doch zu, wie du klarkommst! Wir geben dir die Prämie, und wir ermöglichen das Weiterbildungssparen. – Das wird nicht ausreichen, um die Weiterbildungsbeteiligung der Benachteiligten drastisch zu erhöhen und im internationalen Vergleich mitzuhalten. Dafür ist eine ganze Menge mehr zu tun.

Ich gebe zu: Wir sind ungeduldig. Wir haben schon seit zwei Jahren gemahnt, dass endlich mehr passiert. Es reicht nicht, einen neuen Gesprächskreis einzurichten, wo doch alle Expertenvorschläge seit vielen Jahren auf dem Tisch liegen. Wir haben kein Defizit an Wissen; wir haben ein Defizit an Umsetzung.

Wir Sozialdemokraten haben darauf gedrängt, dass der Weiterbildungsdschungel gelichtet wird. Weiterbildungstests der Stiftung Warentest werden auch nach 2007 fortgesetzt. Es gibt mehr Geld im Haushalt. Um die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, wollen wir eine Weiterbildung mit System.

Wir haben das BAföG im Koalitionsvertrag gerettet.

Frau Schavan, Sie haben in Koalitionsverhandlungen festgestellt, das BAföG sei ein Auslaufmodell; wenn wir mehr Geld dafür haben wollten, sollten wir es erbringen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Was soll denn

das? Das ist so peinlich! – Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Das ist eine kleinkarierte Debattenform!)

Wir haben dieses Geld erbracht, und deswegen ist das

ein sozialdemokratischer Erfolg.

(Beifall der Abg. Christel Humme [SPD] -  
Dorothee Bär [CDU/CSU]: Es traut sich keiner  
mehr, zu klatschen!)

Alle Potenziale ausschöpfen und mehr Chancengleichheit  
fördern - wer das wirklich will, der kann das  
Hochschulrahmengesetz nicht ersatzlos abschaffen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Wie unsere Anhörung im Ausschuss eindrucksvoll gezeigt  
hat, sind unbürokratische bundeseinheitliche Regelungen  
zur Sicherung von Qualität, Mobilität und  
Transparenz dringend notwendig. Darin waren sich bis  
auf Minister Frankenberg, glaube ich, alle anwesenden  
Experten einig. Das war auch die Ausgangsfrage der  
Fraktionen, als wir diese Anhörung konzipiert haben.  
Deswegen sage ich im Namen der SPD-Fraktion:  
Ohne bundeseinheitliche Regelungen für Zulassung und  
Abschluss als Ersatz für das Hochschulrahmengesetz  
wird es unsere Zustimmung zum vorgelegten Gesetzentwurf  
nicht geben.

Zum Schluss: Der Weg vom Talent zum Patent führt  
über die Schulbank. Da wir hier gerade schon über Studiengebühren  
geredet haben

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Man muss  
sich mal überlegen, ob man regieren oder opponieren  
will, Frau Kollegin!)

- ich greife das nur auf -: Es ist hinreichend belegt, dass  
das größte Innovationshemmnis in der Bundesrepublik  
das selektive dreigliedrige Schulsystem ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Klaus-Peter  
Willisch [CDU/CSU]: Das ist Quatsch!)

- Das ist eindeutig belegt. Das haben alle begriffen,  
selbst CDU-regierte Gemeinden im Münsterland. In den  
Gemeinden Schöppingen und Horstmar möchten CDUBürgermeister  
die Gemeinschaftsschule einführen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wir sind hier  
nicht im Kreistag, sondern im Deutschen Bundestag!

- Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es  
gibt Grenzen der Zumutbarkeit!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.  
Ulla Burchardt (SPD):

Sie können das nachlesen. - Die Gemeinden haben  
den Antrag bei der Landesregierung gestellt. Herr  
Rüttgers sagt njet -

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Da wünscht man  
sich den Tauss nach vorn!)

gegen die Freiheit, auf Kosten der Autonomie der Schulen  
und auf Kosten der Lebenschancen junger Menschen.

Zuletzt gehe ich noch auf das Stichwort Studiengebühren  
und die etwas eigenwillige Auslegung des Begriffs  
Gerechtigkeit ein. Ich empfehle Ihnen, einmal in  
das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages  
„Zu den Umverteilungswirkungen staatlicher  
Hochschulfinanzierung“ zu schauen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Oberlehrerin,  
danke! Setzen!)

Dort können Sie nachlesen, wie abenteuerlich diese  
Gerechtigkeitsbegründung  
ist. Dort können Sie auch nachlesen,



was eine gerechtere Verteilung ermöglichen würde als Studiengebühren, nämlich eine höhere Progression bei der Einkommensteuer.

(Beifall des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE] - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Setzen Sie sich doch gleich zur Linkspartei, Frau Burchardt!)

Dies träfe Akademiker erst, wenn sie ihr Studium beendet und ein hohes Einkommen haben.

Studiengebühren verhindern, dass Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien ein Studium aufnehmen können. Sie sehen das jetzt bei den Neuimmatrikulationen an den Universitäten, auch in Nordrhein-Westfalen. Sie sind unter dem Strich nichts anderes als eine Begründung dafür, dass die Privilegien von bestimmten Schichten gesichert werden und alle anderen außen vor bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das kann sich dieses Land nicht mehr leisten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Nele Hirsch für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Jetzt kommt jemand aus der gleichen Richtung!)

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hagemann hat vorhin Wert darauf gelegt, dass wir alle zusammen stärker die Fakten anerkennen und keine Schwarzmalerei betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe Ihnen da vollkommen recht. Deshalb möchte hier genau so einsteigen.

(Jörg Tauss [SPD]: Also bessern Sie sich!)

Die Linke hält es allerdings nicht für Schwarzmalerei, wenn an dieser Stelle von einer Ausbildungsmisere gesprochen wird. Wir sind nämlich in einer Situation, in der jeder zweite Bewerber, jede zweite Bewerberin keinen Ausbildungsplatz findet, aber schon über ein Jahr auf Suche ist. Das ist keine Schwarzmalerei. Das ist einfach Realität.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir halten es auch für richtig, darauf hinzuweisen, dass entgegen den Beteuerungen der Ministerin, die Zahl der Studienanfängerinnen zu steigern, diese Zahl in der Realität zurückgeht. Das alles sind Fakten, die man zur Kenntnis nehmen muss. Vor allen Dingen darf man die Augen nicht vor dem Skandal im deutschen Bildungssystem verschließen, dass die soziale Herkunft ganz maßgeblich über den Bildungserfolg entscheidet und wir bei dieser Koppelung im Vergleich zu anderen Industrienationen traurigerweise an der Spitze stehen.

Das alles sind Realitäten. Wir Linke erkennen diese Realitäten. Wir sagen Nein zu diesem Haushaltsentwurf, weil er auf diese ganzen Schwierigkeiten keinerlei Antworten gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man sich den Haushalt im Bildungsbereich und Ihre Bildungspolitik, Frau Ministerin, anschaut, wird als

Erstes deutlich, dass sehr viele Bereiche von Nichtstun geprägt sind und Sie sich schlichtweg jeglicher Verantwortung entziehen. Das beste Beispiel ist: Wir haben über die Ausbildungsmisere diskutiert. Wie lautet die Antwort darauf? Die Linke hat gesagt: Es ist dringend notwendig, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage einzuführen, damit sich die Unternehmen nicht immer weiter ihrer Verantwortung entziehen können und wir so etwas wie ein Recht auf Bildung sicherstellen können. (Beifall bei der LINKEN)

Alle anderen Fraktionen haben diesen Vorstoß abgelehnt. Der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz hat Deutschland besucht. Er hat in seinem Bericht festgestellt, dass das Recht auf Bildung in der Bundesrepublik Deutschland missachtet wird. Wir haben die Bundesregierung gefragt, wir haben ganz speziell Sie, Frau Ministerin Schavan, gefragt, wie Sie mit einer solchen Aussage umgehen. Ihre Antwort war: Tut mir leid, dafür sind die Länder zuständig. Da kann ich nichts machen. - Ich frage Sie wirklich, ob Sie nicht meinen, dass sich Menschen, die solche Aussagen von Ihnen hören, reichlich veralbert vorkommen, wenn ein so elementares Grundrecht missachtet wird, das vonseiten der UNO schwarz auf weiß anerkannt wird. Ihre einzige Aussage dazu aber ist: Da müssen die Länder eben mehr tun.

Ein weiteres passendes Beispiel hierfür - darüber haben wir schon diskutiert - ist das Thema Studiengebühren; dieses Stichwort ist in Ihrer Rede bis auf ein Vorgeplänkel zu Beginn Ihrer Rede gar nicht mehr gefallen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bundesrepublik den sogenannten Sozialpakt der UNO unterzeichnet hat. Darin steht, dass das Studium gebührenfrei zu halten bzw. Schritt für Schritt gebührenfrei zu gestalten ist. Wenn Ihre Antwort, konfrontiert man Sie damit, einzig und allein lautet, dass Sie fest davon ausgingen, dass die Länder schon sozialverträgliche Studiengebühren einführen würden, dann ist uns das deutlich zu wenig. Es ist uns auch deutlich zu wenig, dass die SPD-Fraktion - nimmt man einmal an, dass sie es mit ihrer Ablehnung von Studiengebühren ernst meint - eine solche Aussage vonseiten der Ministerin einfach so durchgehen lässt. (Beifall bei der LINKEN - Jörg Tauss [SPD]: Entschuldigung, wir haben hier eine Debatte geführt!)

Wenn wir auf der einen Seite das Nichtstun in Ihrer Bildungspolitik kritisieren, geben wir auf der anderen Seite offen zu, dass teilweise etwas getan wird. Nur leider sind es überwiegend nicht mehr als minimale Trippelschritte. Das ist beim BAföG so, das Kollege Hagemann angesprochen hat und das erst im kommenden Jahr erhöht wird, aber nicht um einen Betrag, der eigentlich notwendig wäre, um bedarfsdeckende Sätze zu ermöglichen. Als ein zweites Beispiel ist der Hochschulpakt anzusprechen, wozu sogar die Hochschulrektorenkonferenz, die Ihnen doch eigentlich relativ wohlgesonnen ist, sagt: Das Ganze ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein drittes Beispiel ist: Im Berufsbildungsbericht wird Ihnen nahegelegt, dass gerade in Ostdeutschland die Ausbildungssituation katastrophal ist. Sie aber kürzen die Mittel für Ausbildungsförderprogramme im Osten radikal zusammen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach, jetzt aber! Das ist doch albern!)

Das hat mit einer guten Bildungspolitik wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Tauss [SPD]:

Das hat mit der Realität nichts zu tun!)

Schließlich haben wir neben diesem Nichtstun und den Trippelschritten als Drittes noch Bereiche, in denen Sie sehr aktiv sind. Nur leider werden hier komplett falsche Prioritäten gesetzt und wird eine falsche Politik gemacht. Frau Burchardt, Sie sprechen von Kontinuität in dieser Politik. Das ist leider eine sehr traurige Kontinuität. Begonnen wurde diese Politik in der Tat schon von Rot-Grün. Es wäre aus unserer Sicht aber wichtiger, eben nicht auf dieser Kontinuität zu beharren, sondern vielleicht doch zu einer sozial gerechteren Politik zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das bezieht sich auf die Exzellenzinitiative und die Aufstockung der Mittel für die Begabtenförderung. Damit zementieren Sie eine Spaltung im Bildungssystem. Damit zementieren Sie eine Zweiklassenbildung. Das möchte die Linke definitiv nicht, und deshalb wird dieser Haushaltsplan von uns auch abgelehnt.

Besten Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Katherina Reiche spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie

des Abg. Jörg Tauss [SPD] - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt ist Schluss mit

dem Rumgekeife hier!)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was die Tonalität aus Larmoyanz, Pessimismus, Jammer und Weltuntergangsstimmung, die hier angeschlagen wurde, betrifft: Welchen jungen Menschen wollen Sie eigentlich erreichen? Denjenigen, der sich mit ein bisschen Optimismus in die Hochschulen begibt, in die Forschung begibt und etwas für unser Land erreichen möchte? Mit dieser Tonalität drücken Sie das völlige Gegenteil von dem aus, was Sie möglicherweise erreichen wollten. Es passt jedenfalls nicht zu diesem Land und zur Stimmung, wie wir sie jetzt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Ulrike Flach [FDP]: Das hat früher immer die SPD gesagt, Frau Reiche!)

Wir haben ein großartiges Jahr für die Wissenschaft in Deutschland erlebt: zwei Nobelpreise, einen für Physik und einen für Chemie. Das sind die Vorbilder, die die junge Forschergeneration braucht und an denen sie sich orientieren möchte. Denn Nobelpreise sind Ausdruck für intellektuelle und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Wir brauchen diese exzellenten Leistungen; denn sie sind Grundstein für weitere wissenschaftliche Erkenntnisse, die wiederum bahnbrechend für die Projekte und Produkte sind, die unser Leben bereichern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Sport wie in der Wissenschaft gilt: Spitzenleistungen sind kein Zufall. Sie sind Folge von Begabung, Bildung

und Ausstattung, aber eben auch von Anstrengung und Ausdauer. Komischerweise kommen die Begriffe Anstrengung, Ausdauer und Leistung bei Ihnen nicht vor. Unter Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist das Ministerium - da widerspreche ich Ihnen ganz ausdrücklich, Frau Burchardt -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich hoffe, nicht nur da, Frau Kollegin!)

weiterentwickelt worden, nämlich von einem Schulministerium zu einem Bildungs- und strategischen Forschungsministerium.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn nur wenn Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Lehre, wenn lebenslanges Lernen und Weiterbildung als großes Ganzes begriffen werden, dann kann tatsächlich das Fundament von Innovationen für Wachstum und für Wohlstand gelegt werden.

(Ulla Burchardt [SPD]: Das wussten wir auch schon vorher!)

Wir können es uns nicht leisten, Talente brachliegen zu lassen. Das ist nicht nur ökonomisch unvernünftig; es gefährdet am Ende auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

René Röspel [SPD])

Wir brauchen eine möglichst frühe individuelle Förderung für Kinder, ein begabungsgerechtes Schulsystem und passgenaue Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugendlichen. Wir haben unser Augenmerk nicht nur auf die neuen Länder gelegt, sondern eben auch auf die Altbewerber im Ausbildungsmarkt, um ihnen Chancen zu ermöglichen.

Wenn eingefordert wurde, dass wir die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen steigern müssen, dann kann ich nur sagen: Ein gemeinsamer Antrag zum Bildungssparen der Koalitionsfraktionen liegt vor. Wer auf der Bremse steht, ist Herr Steinbrück. Vielleicht sollten Sie mit Ihrem eigenen Minister reden, damit die Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ulla Burchardt

[SPD]: Sie haben doch ein Jahr gebraucht, um die Eckpunkte zu formulieren!)

Das Hauptaugenmerk des Ministeriums liegt aber auf der strategischen Forschungsförderung, und das ist gut so. Der wohl wichtigste und ein zukunftsweisender Schritt ist die Umsetzung der Hightech-Strategie. Der Präsident des Stifterverbandes, Arend Oetker, hat gesagt, eine Innovationspolitik aus einem Guss, die das Neben-, Gegen- und Durcheinander der Bundesressorts in der Technologiepolitik beendet, war überfällig.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Reiche, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss zulassen?

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Nein, danke, sonst haben wir hier wieder eine endlose Debatte, und ich glaube nicht, dass uns das jetzt weiterbringt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wobei er heute noch nicht so oft dazwischengerufen hat!)

Zum ersten Mal hat eine Bundesregierung über alle Ressorts hinweg eine nationale Strategie entwickelt, um Deutschland an die Weltspitze der wichtigsten Zukunftsmärkte

zurückführen. Alle Politikbereiche, die Forschung und Entwicklung berühren, werden auf ein klares Ziel ausgerichtet. Die Innovationspolitik rückt ins Zentrum. 15 Milliarden Euro werden wir insgesamt für Spitzentechnologien bereitstellen, um dem gemeinsamen 3-Prozent-Ziel näherzukommen. Wir setzen dabei auf Köpfe, Konzepte, Kapital und ein positives Klima. Der Einzelplan 30 steigt auf fast 9,35 Milliarden Euro; das ist ein Plus von 832 Millionen Euro. Das ist wirklich ein Spitzenhaushalt für Spitzenforschung. Die Forschungsprämie wird privates Geld mobilisieren. Sie kann das Eis zwischen Hochschulen und Unternehmen brechen. Aber wir haben hier definitiv noch Spielraum für die Mobilisierung privaten Kapitals. Wir müssen Gas geben, wenn es darum geht, Wagniskapital in Deutschland zu mobilisieren. Der Kollege Riesenhuber kann hiervon ein Lied singen, sicherlich manchmal ein Klagelied. Hier haben wir jedenfalls Spielraum. Zu den Konzepten: Deutschland genießt in der internationalen Forschung ein hohes Ansehen. Es gibt aber nichts, was nicht noch besser werden kann. Deshalb haben wir einen ganzen Baukasten mit vielen Bausteinen in Form von Maßnahmen und Initiativen entwickelt: die Hightechstrategie - sie wurde schon angesprochen -, die Exzellenzinitiative für die Hochschulen, den Spitzenclusterwettbewerb, den Hochschulpakt und das Hochschulfreiheitsgesetz, das jetzt auf den Weg gebracht wird. All das wird uns wissenschaftspolitisch auf die Überholspur bringen. Es gilt aber auch, das zu stärken, was bis heute den Erfolg Deutschlands ausmacht: den Ideenreichtum der Menschen in unserem Land; ihren Willen, zu lernen und zu forschen; die hohe Kunst unserer Ingenieure, für komplexe Probleme Lösungen zu finden. Folgendes möchte ich noch ergänzen: Es ist gut, wenn man gemeinsam zu der Erkenntnis kommt, dass es sinnvoll ist, mehr für kleine und mittelständische Unternehmen zu tun. Ich möchte aber noch einmal deutlich machen, dass es unsere Fraktion war, die gesagt hat: Wir müssen mehr für kleine und mittelständische Unternehmen tun, sie stärker an die Forschung heranzuführen und den Haushalt entsprechend anpassen. (Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Klaus Hagemann [SPD]: Beide Fraktionen, Frau Kollegin!) - Ich habe ja gesagt, dass es gut ist, wenn wir gemeinsam zu der Erkenntnis kommen. (Klaus Hagemann [SPD]: Wie bei anderen Bereichen auch!) Wir haben allerdings den Anstoß gegeben. Der Wettbewerb um die besten Köpfe ist längst ein globaler, auch angesichts der demografischen Entwicklung. Wohl dem Land, das selbst für gut ausgebildeten, motivierten Nachwuchs sorgt. Das gilt sowohl für Facharbeiter in den Unternehmen als auch für Wissenschaftler an den Hochschulen. Erstmals seit sechs Jahren sind wieder mehr als 300 000 Beschäftigte in den Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung tätig. Um genau zu sein: 305 000 Menschen arbeiten in diesem Bereich. Somit ist eine magische Schallgrenze überschritten

worden. Das zeigt, dass die Unternehmen nicht nur wieder investieren, sondern auch auf Forschung und Entwicklung setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mittlerweile sind wir das drittattraktivste Land der Welt für Studenten aus aller Welt. Jeder zehnte Studierende kommt aus dem Ausland.

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Schön!)

Noch ein Wort zum Programm: Hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen gehören in Spitzenpositionen. Es ist richtig, dass Frau Bulmahn auf das Problem hingewiesen hat - sie hat darüber gesprochen -, aber Annette Schavan hat gehandelt. Jetzt werden diese Stellen geschaffen. Mit 9 Prozent weiblichen Führungskräften im Bereich Wissenschaft ist Deutschland Schlusslicht. Diese Position ist also ausbaufähig.

(Beifall der Abg. Ulla Burchardt [SPD])

Ein letztes Wort zum Klima: Wir brauchen in diesem Land ein Klima, in dem sich Forschung und Entwicklung lohnen. Die beste Strategie bleibt wirkungslos, wenn es keine Innovationskultur gibt. Das heißt, wir müssen positiv über neue Technologien und Strategien sprechen, aber auch eindeutige gesetzliche Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Es gilt, mit Ausdauer, Entschlossenheit und Mut zu handeln. Wir brauchen Entschlossenheit, um eine Konzentration von Mitteln auf bestimmte Bereiche zu erreichen.

Das haben wir gemacht. Wir müssen mit Ausdauer nach neuen Erkenntnissen und besseren Lösungen suchen. Wir brauchen aber auch den Mut, kreative Forschungs- und Entwicklungsprojekte finanziell zu unterstützen, um sie nach vorne zu bringen. All das zeigen wir in diesem Haushalt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Anna Lührmann von Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Reiche, als Sie vorhin das Thema Klima ansprachen, dachte ich: Nun will endlich einmal jemand von der Koalition etwas zum Thema Klimaschutz sagen.

(Jörg Tauss [SPD]: Was heißt „endlich einmal“?)

Die Ministerin hat in der Presse ja eine groß angelegte Klimaforschungsinitiative angekündigt,

(Jörg Tauss [SPD]: Gut!)

im Haushalt sind dafür aber keine zusätzlichen Mittel zu finden.

(Klaus Hagemann [SPD]: Aber in allen Einzelplänen gemeinsam!)

Meine Fraktion hingegen hat einen Klimahaushalt beantragt. Wir wollen allein im nächsten Haushaltsjahr 250 Millionen Euro für die Klimaschutzforschung ausgeben.

Das wäre zukunftsfähige Forschungspolitik. Von Ihnen ist da allerdings nicht viel zu sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich in meiner Rede auf das wichtige Thema

Weiterbildung konzentrieren. Ich möchte zunächst auf Aussagen der Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Frau Burchardt von der SPD, eingehen. Sie haben letzte Woche in einem Interview zum Thema Weiterbildung gesagt - ich zitiere -:

Die Halbzeit der Wahlperiode ist jetzt überschritten und trotzdem kommt Bundesbildungsministerin Annette Schavan nicht in die Puschen.

Weiterhin sagte sie:

Eine Gesamtstrategie ist überfällig.

Besser könnte ich es auch nicht ausdrücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich haben Sie das hier ja auch noch einmal wiederholt, Frau Kollegin. Nur, liebe Frau Burchardt, diesen Schuh müssen auch Sie sich anziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Burchardt gehört nicht der Opposition an! Das muss man der Ordnung halber sagen!)

Ich weiß zwar noch, wie schwer es ist, als kleinerer Koalitionspartner etwas durchzusetzen, aber Sie hätten zumindest im Haushaltsausschuss, wo das Verfahren konkret im Parlament auf der Tagesordnung steht und nicht nur die Ministerin gefragt ist, Erhöhungen der Mittel für Weiterbildung durchsetzen können. Dazu kamen keine Anträge vonseiten Ihrer Fraktion. Aber wir sind es ja gewöhnt, dass es schöne Rhetorik von der Koalition gibt, die selten in konkrete Taten mündet.

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Das ist doch falsch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Ulla Burchardt (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Liebe Frau Kollegin, ist es richtig, dass Sie in der letzten Legislaturperiode und in der davor nicht Mitglied des Bildungs- und Forschungsausschusses waren?

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Haben Sie vielleicht dennoch mitbekommen, dass es die Bildungs- und Forschungspolitiker Ihrer Fraktion waren, die alle Initiativen der SPD-Fraktion, im Bereich Weiterbildung voranzukommen und eine nationale Offensive zu starten, torpediert haben?

(Klaus Hagemann [SPD]: Frau Hinz! - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Oh! Oh!)

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Frau Kollegin, es ist richtig, dass ich Mitglied im Haushaltsausschuss bin. Dort wird über das Geld für Forschung entschieden. Ich habe nicht mitbekommen, dass dort von unserer Seite etwas blockiert worden ist. Im Gegenteil: Wir haben als einzige Fraktion jetzt ganz konkrete Vorschläge vorgelegt, zum Beispiel für Bildungssparen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Das stimmt nicht so ganz! Da gibt es noch andere!)

Ich werde gleich darauf zu sprechen kommen. Wir haben

auch ganz konkrete Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht. Ich werde jetzt genauer darauf eingehen, was wir uns darunter vorstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Ulla Burchardt [SPD]: Gut!)

Die Lage spitzt sich ja zu. Der Fachkräftemangel steigt. Die Gruppe der Bildungsverlierer wächst ebenso. Fast ein Viertel der Jugendlichen verlässt die Schule mit Lese- und Schreibkompetenzen auf Grundschulniveau. Die Abbrecherquote ist viel zu hoch. Schlechtqualifizierte haben, wie wir alle wissen, bekanntermaßen auch schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. So hat sich die Arbeitslosenquote von Menschen ohne Abitur und ohne Berufsabschluss zwischen 1991 und 2005 fast verdreifacht. Wenn die Kanzlerin - sie ist bei dieser Debatte ja nicht anwesend - ihren Spruch „Sozial ist, was Arbeit schafft“ wirklich ernst meint, dann sollte sie sich hier an dieser Stelle vielleicht einmal darum kümmern; denn jetzt ist eine Kraftanstrengung notwendig. Wir alle müssen uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen. Jedem muss klar werden: Lernen hört nicht mit dem Ende der Schulzeit oder dem Ende der Ausbildung auf, lernen muss man das ganze Leben lang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb - darauf bin ich eben schon kurz eingegangen - haben wir Grüne im Haushaltsausschuss eine umfassende Weiterbildungsstrategie mit einem Umfang von 212,5 Millionen Euro vorgelegt. Wir haben entsprechende Änderungsanträge gestellt, die über Einsparungen vor allen Dingen bei den Kohlesubventionen mehr als gegenfinanziert sind. Dazu nenne ich drei Beispiele: Erstens. Wir wollen das Meister-BAföG zu einem Erwachsenen-BAföG ausbauen, damit alle Menschen, die eine zweite Chance brauchen, im Erwachsenenalter die Möglichkeiten haben, einen Schul- oder Berufsabschluss nachzuholen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir wollen die Einführung von Bildungssparen. Wir wollen nicht nur darüber reden, sondern es auch konkret einführen, um einen Mentalitätswechsel zu befördern, damit sich Investitionen in Bildung für jeden Einzelnen lohnen. Gegenfinanziert werden kann das zum Beispiel durch einen Wegfall der Wohnungsbauprämie. Drittens. Wir schlagen spezielle Anreize und Beratung für kleine und mittlere Unternehmen vor, um Weiterbildung in den Unternehmen nachhaltig zu verankern.

Was macht die Große Koalition? Nichts Neues. Die Titel zur Weiterbildung bleiben im Prinzip so, wie sie waren. Sie haben sogar noch 4 Millionen Euro von den Titeln zur Weiterbildung abgezweigt für ein Freiwilliges Technisches Jahr, ein konzeptionell unausgegorenes Langzeitpraktikum für Schulabgänger. Das wird ein ausuferndes Warteschleifenangebot.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt scheint es mir so, dass sich der Fachkräftemangel auch in der Großen Koalition sehr deutlich zeigt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege René Röspel von der SPDFraktion.



(Beifall bei der SPD)

René Röspel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon von vielen meiner Vorredner Gutes, Sinnvolles und sicherlich auch Erfreuliches über den Haushalt gehört.

(Ute Kumpf [SPD]: Jetzt kommt das Beste!)

Das gilt auch für die Redner der Opposition. Ich sage ausdrücklich: Frau Flach, das war fair, wie Sie das bewertet haben. Chapeau! - Ihr Kollege Barth kann an dieser Stelle sicherlich noch etwas dazulernen.

(Uwe Barth [FDP]: Das gilt doch wohl für uns

alle! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das gilt aber auch für manche Ihrer Kollegen da drüben, oder?)

Ihre Aussage, dass der Haushalt für Bildung und Forschung einen Umfang von 9,5 Milliarden Euro hat, der für Arbeit und Soziales hingegen von 125 Milliarden Euro, kann man so nicht stehenlassen. Denn allein der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung beläuft sich auf 80 Milliarden Euro.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, und?)

- Wenn Sie sagen: „Ja, und?“, Herr Fricke, dann müssen Sie den Rentnerinnen und Rentnern mitteilen, dass entweder ihre Rente gekürzt oder der Beitragssatz erhöht wird. Hier machen Sie es sich etwas einfach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Otto Fricke [FDP]: Nein! So ist das nicht! Sie machen es sich einfach!)

Der Kollegin von den Grünen muss ich sagen: Wenn Sie im Haushalt keinen Hinweis darauf gefunden haben, dass wir mehr für den Klimaschutz tun, dann sollten Sie ihn sich wohl einmal genauer ansehen. Einfach zu fordern, dass die Steinkohlesubventionen noch stärker gekürzt werden sollten, ist sehr einfach und populistisch. Die Steinkohlesubventionen befinden sich nämlich schon in einem regelrechten Sinkflug.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier müssen wir im Sinne derer, die in dieser Branche abhängig beschäftigt sind, eine sozialverträgliche Regelung treffen. Wenn Sie fordern, dass wir noch stärkere Kürzungen vornehmen sollten, dann müssen Sie sich auch vor die Familien im Ruhrgebiet stellen und ihnen sagen: Euer Arbeitsplatz ist in einigen Wochen weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das brauchen Sie aber nicht zu tun, weil Sie Landeslistenabgeordnete sind.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Röspel, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lührmann?

René Röspel (SPD):

Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Da sie selbst gerade erst das Wort hatte, sollte das allerdings die Ausnahme sein. - Bitte schön.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da ich direkt angesprochen worden bin, muss ich an dieser Stelle nachfragen: Herr Kollege, ist Ihnen bewusst,

dass die Weltmarktpreise für Steinkohle deutlich gestiegen sind und dass die rot-grüne Koalition mit RAG die Vereinbarung getroffen hat, dass dann, wenn die Weltmarktpreise steigen – das ist ja auch logisch –, geringere Subventionen gezahlt werden? Ist Ihnen bewusst, dass Ihre Koalition von dieser Vereinbarung abgewichen ist, indem sie nicht auf diese Regelung bestanden hatte, und damit allein in diesem Haushaltsjahr auf Zuschüsse in Höhe von mehr als 700 Millionen Euro verzichtet?

René Röspel (SPD):

Das ist mir sehr wohl bewusst. Das hat mit Verlässlichkeit und mit getroffenen Absprachen zu tun. Wenn die Weltmarktpreise sinken würden, wäre die Situation nämlich wieder eine andere; dann müsste man nachfinanzieren.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN – Otto Fricke [FDP]: Nein! Wie kann

man so etwas nur behaupten? – Ulrike Flach

[FDP]: Eben nicht! Das ist falsch! Das stimmt nicht!)

Von daher glaube ich, dass Ihre Forderung eine sehr populistische Forderung ist, die sich immer dann sehr einfach aufstellen lässt, wenn man den Leuten, die davon in erster Linie betroffen sein würden, nicht gegenübersteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ohne allzu viel korrigieren zu wollen, möchte ich auch noch der Kollegin Reiche einen kurzen Hinweis geben:

Das Konzept zum Weiterbildungssparen hängt nicht im Finanzministerium, sondern im Wirtschaftsministerium fest. Dort kommen wir nicht weiter, weil es im Hinblick auf die Vermögensbildung Probleme gibt.

Wir haben heute schon über sehr viele Themen diskutiert.

(Uwe Barth [FDP]: Ja! Sie haben bis jetzt aber nur dummes Zeug beigetragen!)

Wir sind uns sicherlich einig, dass Investitionen in Bildung und Forschung unverzichtbar sind. Auch der Einsatz der öffentlichen Hand ist in diesem Bereich unverzichtbar; denn sie – leider nicht die Wirtschaft – ist derjenige Akteur, der die Grundlagenforschung, die in der Regel unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht erfolgreich ist, zum größten Teil finanziert. Lassen Sie mich ein paar Beispiele anführen, um das konkret zu belegen:

Erstes Beispiel. Bundesforschungsministerin Bulmahn hat im Jahr 2005 den Bau von PETRA III auf den Weg gebracht. Gestern hatte Frau Bundesministerin Schavan die Gelegenheit, in Hamburg das Richtfest für die Experimentierhalle von PETRA III zu feiern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein erfreuliches Beispiel für Kontinuität im Dienst der Sache. PETRA III wird die weltweit stärkste Speicherringquelle für Synchrotronstrahlung sein. Mit harter Röntgenstrahlung werden künftig kleinste Proben untersucht werden können. Das ist noch Grundlagenforschung. Anwendungspotenziale sind aber vorhanden.

Der ganze „Spaß“ kostet uns 225 Millionen Euro. 90 Prozent davon zahlt der Bund, 10 Prozent das Land Hamburg.

Die Wirtschaft beteiligt sich nicht an diesen Kosten.

Das zweite Beispiel. Morgen lädt das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung zur Feier „25 Jahre Forschungs- und Versorgungsschiff

Polarstern" ein.

(Otto Fricke [FDP]: Wer zahlt denn die Feier?)

Man könnte sich fragen: Warum muss ein Steuerzahler, der im Sauerland oder in Bayern lebt, ein Polarforschungsschiff finanzieren? Die Antwort ist schnell gegeben:

Dieses Schiff liefert wichtige Erkenntnisse, zum Beispiel in den Bereichen Geologie, Biologie, Meteorologie, Geophysik, Chemie und Glaziologie. Diese Erkenntnisse sind für die Wirtschaft möglicherweise nicht in jedem Fall interessant. Aber für die Gesellschaft und für viele andere Länder, die davon profitieren, sind sie unverzichtbar. Daher ist es Aufgabe des Staates, sich hier zu engagieren.

(Beifall bei der SPD)

Warum fördert der Staat die Erforschung des GMR bzw. des Riesenmagnetowiderstandseffekts? Nicht nur, damit Professor Grünberg vor einigen Wochen der Nobelpreis zuerkannt werden konnte, sondern auch, um dafür zu sorgen, dass schnellere Computer entwickelt werden; dazu hat diese Technologie beigetragen.

Im Bundesforschungsbericht 2006 wird zu Recht festgestellt:

Der Erfolg von Produkten „made in Germany“ war insbesondere auf die staatliche, mit der Wirtschaft abgestimmte Grundlagenforschung zurückzuführen. Allerdings haben wir hier im Hause und in den Ausschüssen immer wieder gemeinsam festgestellt, dass es Probleme beim Übergang von der Forschung in die Anwendung gibt. Da hapert es. Da gibt es eine strukturelle Lücke. Wir haben zwar eine konkurrenzfähige Grundlagenforschung – ich glaube, das steht außer Frage –, aber häufig fehlt den akademischen Forschungsergebnissen die notwendige Reife für eine wirtschaftliche Umsetzung in Produkte.

An diesem Punkt hat die SPD angesetzt. Kollege Klaus Hagemann hat schon angedeutet, dass wir die Initiative ergriffen haben, um mit der Validierungsforschung diese strukturelle Innovationslücke zwischen Forschungsergebnis und anwendbarem Produkt zu schließen. Zielsetzung ist eine schnellere Umsetzung von Wissen in marktfähige Produkte und Verfahren. Dass die Haushälter das auf den Weg gebracht haben, dafür danke ich ihnen ausdrücklich noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsaufwuchs ist gut und erfreulich. Es geht aber nicht nur um die Quantität – das ist die eine Sache –, sondern auch um die Qualität. Darauf achten wir. Es ist nicht nur die Frage, wie viel, sondern wofür man Geld ausgibt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist immer so!)

Die Qualität von Forschung kann nur gesichert werden, wenn man weiter in Bildung und Ausbildung investiert. Das sind die zentralen Pfeiler unseres Erfolgs und Wohlstands.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt. Wir haben einerseits vor einigen Jahren zusammen mit den Grünen ein Programm mit einem Umfang von 4 Milliarden Euro zur Errichtung von Ganztagschulen auf den Weg gebracht. Auf der anderen Seite gehen wir auch mit der BAföG-Erhöhung

den richtigen Weg und investieren mehr in Bildung und Ausbildung. Wir wollen Bildung unabhängig von der Herkunft. Die Kollegin Schmidt hat mich in der letzten Bafög-Debatte mit ihrem Satz beeindruckt, wir müssten mit dem Prinzip brechen, dass aus Akademikerkindern Akademiker und aus Arbeiterkindern Arbeiter werden. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen und ist ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

Mit Entsetzen schaue ich deswegen in einige Bundesländer, die genau das Gegenteil machen. Über die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen wird wieder eine soziale Verschärfung herbeigeführt. Ich bin froh darüber - das war ein wichtiger Erfolg -, dass Vizekanzler Müntefering in Meseberg das Programm „Jugend in Arbeit und Ausbildung“ in der Koalition durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht hinnehmen, dass immer mehr Jugendlichen der Zugang in diese Gesellschaft dadurch verwehrt wird, dass sie keine Ausbildung bekommen. Jeder einzelne Jugendliche ohne Ausbildungsplatz ist ein Skandal, aber wenn 300 000 Jugendliche Altbewerber sind, also schon im letzten Jahr keine Ausbildungsstelle bekommen haben, dann besteht die Gefahr, dass sich hier sozialer Sprengstoff entwickelt. Für uns als SPD bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

Der Haushalt ist in Ordnung. Wir werden mit Olaf Scholz und zusammen mit der Ministerin an den Problemfeldern Altbewerber, Ausbildungsplätze und Chancen der Jugend weiterarbeiten. Wir freuen uns, dass wir ab morgen für den nächsten Haushalt wieder gut arbeiten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf von der FDP: Sechs! Setzen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Kollegin Dorothee Bär von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau

Burchardt, diese Rede war doch wirklich nicht Ihr Ernst.

Ich finde, Sie sollten sich bei unserer Fraktion oder bei der Koalition insgesamt für Ihren Auftritt hier entschuldigen.

(Widerspruch bei der SPD - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Klimakatastrophe!)

Sie als Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und

Forschung haben hier eine ganz wichtige Chance vertan.

Wenn ich es mit Erlaubnis des Präsidenten dürfte, würde

ich den Auftritt als peinlich bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Widerspruch bei der SPD)

Herr Tauss, von Ihnen als Sprecher hätte ich mir an dieser Stelle Ihre sonst immer so empörten Zwischenrufe gewünscht. Während Ihre Kollegin sprach, wären sie wirklich angebracht gewesen.

(Uwe Barth [FDP]: Der kriegt ja gar keine Redezeit

mehr! - Jörg Tauss [SPD]: Jetzt reduziert euch einmal ein bisschen!)

Insgesamt finde ich es schade. Der Etat für Bildung und Forschung ist wirklich einer der wichtigsten Etats, den wir in dieser Woche zu beraten haben. Es wäre gut gewesen, wenn in dieser Beratung die Vorsitzende des Ausschusses die nötige Ernsthaftigkeit an den Tag gelegt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vorhin hat einer der Kollegen - ich weiß nicht, wer es war und von welcher Fraktion er war - sinngemäß gefragt: Ist diese Frau, die da vorne spricht, bei Bildung und Forschung für das „und“ zuständig, bei der Kompetenz, die da an den Tag gelegt wird?

(Ulla Burchardt [SPD]: Ihre demonstrieren Sie ja gerade! - Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Sagen Sie, was falsch war!)

Mir war es wirklich sehr unangenehm, Ihren Ausführungen zuhören zu müssen. Ich finde es schade, dass Sie schon zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl meinen, ausschließlich Wahlkampf machen zu müssen.

(Zuruf von der LINKEN: Uns hat das hier ganz gut gefallen!)

- Das ist das Entscheidende, genau. Bei Ihren Ausführungen klatschte nur die Linke. Da weiß man dann ja, woher das Gedankengut der Kollegin kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mich bei unserer Ministerin ganz herzlich bedanken. Unsere Ministerin hat ihren Haushalt mit der nötigen Ernsthaftigkeit und mit dem nötigen Nachdruck vorgestellt. Vielen herzlichen Dank, Annette Schavan! Ich möchte mich persönlich bei Ihnen und Ihrem Haus, aber auch bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bedanken, dass es bei den Mitteln für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt im Vergleich zum Vorjahr einen so starken Aufwuchs gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

René Röspel [SPD])

Ich unterstütze auch ausdrücklich Ihre Kritik an denjenigen Kollegen, die hier nur Schwarzmalerei betreiben.

Das bringt unseren Standort Deutschland im Bereich von Bildung und Forschung nicht weiter.

Ich denke, dass uns allen daran gelegen sein sollte, mehr Geld für Bildung und Forschung in die Hand zu nehmen. Wir haben bei der Novellierung des BAföG und bei der Exzellenzinitiative bewiesen: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Dass die Bundesregierung - selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den Koalitionsfraktionen, insbesondere unter großer Beteiligung der Unionsfraktion - es geschafft hat, mehr Geld für die Erhöhung des BAföG zur Verfügung zu stellen, hat zunächst niemand glauben können. Ich bin froh, dass wir den Bundesfinanzminister davon haben überzeugen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die BAföG-Leistungen - das konnten wir in der letzten Sitzungswoche diskutieren - um 10 Prozent erhöht. Deswegen wird jeder BAföG-berechtigte Student ab nächstem Jahr wesentlich mehr Geld in der Tasche haben.

Für die Exzellenzinitiative werden fast 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt; 75 Prozent davon allein der Bund. Ich hätte mir gewünscht, dass das Haus diesem Einzelplan 30 gemeinsam zustimmen könnte angesichts der Tatsache, dass wir uns alle darin einig sind, dass wir in den nächsten Jahren noch mehr Geld für großartige Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellen werden.

Bayern zum Beispiel verfügt mit dem Forschungsreaktor Garching, der auf eine Idee des damaligen Bundesministers Franz Josef Strauß zurückgeht, über eines der modernsten Forschungszentren der Welt. Der Forschungsstandort Deutschland wurde damals von Franz Josef Strauß begründet. Wir haben das Ganze in den letzten Jahren weitergeführt, auch wenn das die Grünen in den letzten Jahren ihrer Regierung verhindern wollten. (Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich sehr, dass in Bayern durch CSU-Minister gute Grundsteine in der Bildungs- und Forschungspolitik gelegt wurden.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Ich hoffe, dass in den nächsten Jahren wieder die Vernunft einziehen wird, auch bei den Kollegen von der SPD, die heute Chancen vertan haben. Wenn nicht, freue ich mich, in zwei Jahren mit der FDP regieren zu können. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Klaus

Hagemann [SPD]: Sie werden doch nicht Generalsekretärin!)  
Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf von der FDP: Nicht lächeln, Herr Präsident, das könnte man als Parteilichkeit auslegen!)

- Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte; das ist meistens so.

(Zuruf von der LINKEN: Dann freuen sich weitere!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 30 - Bundesministerium für Bildung und Forschung - in der Ausschussfassung. Wer stimmt für den Einzelplan 30 in der Ausschussfassung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 30 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von der Linken und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.6 auf:  
Einzelplan 12

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

- Drucksachen 16/6412, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Roland Claus

Bartholomäus Kalb

Norbert Königshofen

Dr. Frank Schmidt

Dr. Claudia Winterstein

Anna Lührmann

Zum Einzelplan 12 liegen drei Änderungsanträge der

Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP vor, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe als erster Rednerin das Wort der Kollegin Dr. Claudia Winterstein von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Tiefensee, der Abschluss der Haushaltsplanberatungen ist immer ein guter Anlass, um eine Bilanz der Regierungsarbeit zu ziehen. Ihre Bilanz, Herr Tiefensee, sieht allerdings ziemlich schlecht aus: Rücktrittsforderungen vom Koalitionspartner, Kritik aus den eigenen Reihen; selbst die Mitarbeiter Ihres eigenen Ministeriums zweifeln an Ihrer Kompetenz.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Mit was?

Mit Recht!)

Sie erleben eine politische Schlappe nach der anderen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Anton

Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da ist zunächst die Dauerbaustelle Bahnprivatisierung.

Sie konnten sich mit Ihrem Eigentumssicherungsmodell gegenüber Ihren Genossen nicht durchsetzen.

Das war gut so; denn Ihre Niederlage auf dem SPD-Parteitag hat verhindert, dass ein Milliardenvermögen zum Spottpreis verschleudert worden ist.

(Beifall bei der FDP - Petra Weis [SPD]: Das

glauben Sie doch selber nicht!)

Dass Sie sich daraufhin aber um 180 Grad gedreht und das Volksaktienmodell Ihrer linken Genossen einen klugen Vorschlag genannt haben, war alles andere als gut.

Die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien ist für Investoren nämlich völlig uninteressant. Damit ist das Modell nicht geeignet, um genügend Kapital für die Bahn

zu mobilisieren. Das sollten auch Sie wissen, Herr Minister.

Nun haben Sie die Federführung beim Thema

Bahnprivatisierung an Ihren Kollegen Peer Steinbrück

abgegeben. Das war wiederum sehr gut.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Sagen Sie doch etwas

zum Haushalt!)

Steinbrück favorisiert das Holdingmodell. Damit sind wir endlich auf dem richtigen Weg; denn das Netz muss beim Bund bleiben. Die Transport- und Logistiksparte kann privatisiert werden. Dieses Modell entspricht überwiegend auch dem Vorschlag der FDP-Fraktion.

15 externe Gutachten zur Bahnprivatisierung hat Ihr Ministerium in Auftrag gegeben. Diese haben insgesamt 5 Millionen Euro gekostet. Ich finde, das ist viel Geld und verdeutlicht eigentlich nur den Mangel an Kompetenz in Ihrem Hause. Dieses ewige Hin und Her um die Bahnprivatisierung ist beispielhaft für Ihre fehlende Führungsqualität.

(Rainer Fornahl [SPD]: Reden Sie doch über den Haushalt, Frau Winterstein!)

- Das kommt noch.

(Lachen bei der SPD)

Auch auf der zweiten Großbaustelle, nämlich bei den Verkehrsinvestitionen, haben Sie die Leitung verloren und konnten Sie sich gegenüber Ihren Kollegen in der Regierung nicht durchsetzen. Ihr Einzelplan umfasst über die Hälfte der Investitionen des gesamten Bundeshaushaltes. Die Tatsache, dass deren Anteil am Gesamthaushalt seit Jahren kontinuierlich zurückgeht, spricht nicht gerade für Sie, Herr Minister.

Im Haushalt 2005 lag die Investitionsquote noch bei 9 Prozent. Im Jahre 2008 wird sie schon auf 8,7 Prozent rutschen, und für das Jahr 2011 sind 8,2 Prozent geplant. Die Investitionsquote ist jedoch ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Das wissen Sie sehr wohl. Der Rückgang öffentlicher Investitionen sollte von daher ein Alarmzeichen für uns sein. Bei den öffentlichen Investitionen steht Deutschland in der Europäischen Union auf dem vorletzten, nämlich dem 26. Platz von 27. Die Regierung scheint das aber nicht zu interessieren.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Tja, sie ist mit sich selbst beschäftigt! Das ist das Problem!)  
Hauptursache für diese peinliche Tatsache sind die zu geringen Verkehrsinvestitionen. Trotz der Rekordeinnahmen aus der Lkw-Maut - das sind immerhin 3,4 Milliarden Euro, die ursprünglich ja als zusätzliche Mittel für Verkehrsinvestitionen geplant waren -

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Sehr wahr!)  
investiert der Bund heute unter Schwarz-Rot sogar weniger als zu Zeiten von Rot-Grün, als es die Maut überhaupt noch nicht gab.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Skandal!)  
Sie betreiben seit Jahren Mautbetrug, indem Sie mit den Mauteinnahmen einfach Haushaltsmittel ersetzen. Das belastet natürlich vor allem auch die Spediteure und Logistikdienstleister. Diese sollen immer mehr zahlen, müssen aber immer schlechtere Bedingungen hinnehmen.

(Beifall bei der FDP)  
Dabei bildet gerade die Logistikbranche eine wichtige Grundlage für den Erfolg unserer Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist die jetzt geplante Mauterhöhung schlichtweg eine einzige Frechheit.  
Herr Minister, wir könnten weitere Millionen in die Infrastruktur investieren, wenn Sie zum Beispiel der Bahn Darlehen statt Zuschüsse gewähren würden. Ihr eigenes Ministerium beziffert die Einnahmeverluste aus den fehlenden Rückzahlungen der Bahn auf 750 Millionen Euro jährlich. Wir haben deswegen den Antrag gestellt, die Finanzierung der Schienenwege wieder von Zuschüssen auf Darlehen umzustellen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wie es im Gesetz steht!)

- Genau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Trend zu immer weniger Investitionen muss gestoppt werden. 2003 lagen die Investitionen in die Verkehrswege noch bei 9,7 Milliarden Euro. In den nächsten Jahren werden sie auf etwa 9 Milliarden Euro sinken. Insbesondere die Straße leidet unter dieser Entwicklung. 2005 lagen die Investitionen



noch bei 5 Milliarden Euro. Bis 2011 sollen es dann nur noch 4,5 Milliarden Euro jährlich sein. Dabei erlebt jeder Autofahrer täglich, wie dringend die Sanierung und der Ausbau des Straßennetzes sind. Hinzu kommt die Belastung durch die weltweit steigenden Rohstoffpreise. Dadurch wird ein Teil der Investitionssumme aufgefressen, und die realen Investitionen sinken.

Seit Jahren schaut der Verkehrsminister zu, wie die Gesamtausgaben des Bundes steigen, aber nicht die Investitionen. Weiterhin setzt die Regierung in der Haushaltsplanung die falschen Prioritäten. Der Anteil von Zins-, Personal- und Sozialausgaben an den Gesamtausgaben ist weiterhin viel zu hoch, der Anteil der Investitionen viel zu niedrig. Ein schwacher Verkehrsminister, der sich in der Regierung nicht durchsetzen kann, trägt daran einen großen Teil der Mitschuld.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Frank Schmidt von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Winterstein, wenn man Ihre Rede Revue passieren lässt, dann muss man sich fragen, ob Sie wirklich Mitglied im Haushaltsausschuss sind.

(Beifall bei der SPD)

Waren Sie nicht dabei, als wir die Verkehrsinvestitionen hochgestuft, die Verpflichtungsermächtigungen heraufgesetzt und darüber gesprochen haben, wie wir mehr in dieses Land investieren können?

(Zuruf von der FDP: 1 Milliarde Euro mehr wollten Sie einstellen!)

Ich finde, Sie sollten den Realitäten ein bisschen mehr Aufmerksamkeit schenken und nicht über Dinge reden, die nicht zutreffen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP:

1 Milliarde Euro mehr wollten Sie investieren! - Weitere Zurufe von der FDP)

An dieser Stelle sollten wir dem Verkehrsminister Dank sagen dafür, dass er und sein Haus die Dinge zur rechten Zeit vorangebracht haben. Da bringt es auch nichts, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ab und zu etwas dazwischenzurufen. Ich danke Ihnen, lieber Herr Verkehrsminister, dafür, dass die Dinge hinsichtlich der Verkehrsinvestitionen, der Bautätigkeit, aber auch der Problembereiche Stadtschloss und Galileo endlich auf den Punkt gebracht und gelöst werden.

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]:

Galileo ist ein „toller“ Erfolg!)

Das ist Teil unserer Regierungsarbeit. Hier werden Dinge angepackt und gelöst und nicht einfach so dahingesagt. Es gibt Tage, an denen es richtig Spaß macht, über Investitionen vonseiten des Bundes zu reden. Heute ist ein solcher Tag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn wir können feststellen: Mit 13,2 Milliarden Euro haben wir einen Rekordhaushalt, was die Investitionen des Bundes betrifft.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schmidt, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Otto Fricke von der FDP-Fraktion?

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Aber natürlich.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte sehr, Herr Fricke.

Otto Fricke (FDP):

Lieber Kollege Schmidt, Sie haben eben gesagt, Galileo sei ein Erfolg. Ich würde mich erstens freuen, wenn Sie der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen, die die ganze Zeit etwas ganz anderes wollten, kurz erklären würden, warum Galileo für die Bundesrepublik Deutschland, wie es jetzt vereinbart worden ist, ein Erfolg ist.

Zweitens möchte ich Sie fragen, ob die Investitionsquote, die die Bundesregierung im Jahre 2008 erreicht, eine Rekordinvestitionsquote ist.

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Lieber Kollege Otto Fricke, zunächst muss festgestellt werden, dass wir in den Verhandlungen über Galileo natürlich eine andere Position hatten. Unter dem Strich ist aber klar, dass das Ergebnis in den Detailverhandlungen als sehr positiv anzusehen ist, wenn die Ausschreibung so abläuft, wie der Präsident der EU-Kommission es zugesagt hat. Das muss man als Erstes feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man Galileo als notwendiges europäisches System ansieht, dann muss man im Hause eine klare Position zu diesem System haben. Dieses System ist für uns wichtig. Wir brauchen in dieser Sache eine europäische Lösung - es ist klar, dass wir nicht alles zahlen können -, um nicht in Abhängigkeit von anderen Staaten zu geraten, was nicht wünschenswert wäre.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Verhandlungen waren notwendig, um unsere Position deutlich zu machen, auch wenn das Ergebnis im Detail nicht zu 100 Prozent das ist, was wir wollen. Aber die Ziellinie, dass Europa zu einer Einigung kommt, ist richtig.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Bezogen auf den Gesamthaushalt gebe ich Ihnen recht. Wenn ich mir aber den Verkehrshaushalt anschau, dann stelle ich fest, dass die Investitionsquote bei 54,1 Prozent liegt. Es ist lange her, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Einzelplan 12 einen so hohen Investitionsanteil hatte. Das ist ein Rekord; darauf können wir stolz sein. Das soll entsprechend dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest, dass wir einen Investitionsaufwuchs von 4,1 Prozent im Vergleich zum Einzelplan im Jahr 2007 zu verzeichnen haben. Dies ist ein deutliches Signal für mehr Investitionen und nicht für weniger, Frau Winterstein. Dies ist ein deutliches Signal für Mobilität. Dies ist auch ein deutliches Signal für nachhaltiges Bauen. Wohnungspolitik an sich ist wichtig. Aber sie muss nachhaltig und innovativ sein. Eine solche Politik betreibt diese Regierung.

Wir, die Koalition, haben im Rahmen des Dreiklangs aus Konsolidieren, Reformieren und Investieren die richtigen Akzente gesetzt. Man hätte im Rahmen der Haushaltsberatungen

auch andere Entscheidungen treffen können. Aber aufgrund dessen, was nach der Steuerschätzung auf uns zukam, haben wir die richtigen Entscheidungen getroffen. Im Bereich der Verkehrsinvestitionen haben wir einen deutlichen Aufwuchs zu verzeichnen. Es gibt nicht nur - das war schon im Entwurf vorgesehen - einen Anstieg von 370 Millionen Euro im Vergleich zur Finanzplanung. Hinzu kommen im Haushalt 2008 200 Millionen Euro und die Umwidmung der Transrapidmittel, die mit 150 Millionen Euro veranschlagt und im investiven Teil geblieben sind. Sie hätten auch für andere Dinge ausgegeben werden können. Das heißt, insgesamt stehen 2008 für den Verkehrsbereich 11,35 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist ebenfalls Rekord. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir geben also für den Verkehrsbereich 650 Millionen Euro mehr aus, und zwar nicht nur im Haushaltsjahr 2008, sondern auch in den darauffolgenden Haushaltsjahren. Damit ist der Einzelplan 12, wie ich bereits sagte, klarer Gewinner der Etatberatungen 2008. Das muss entsprechend herausgestellt werden. Wir handeln eindeutig, nachhaltig und solide. Andere Fraktionen in diesem Hause wie die Fraktion Die Linke wollten ausweislich ihrer Anträge im Haushaltsausschuss mit den Verkehrsinvestitionen ganz anders umgehen. Danach sollten 2,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen aus der Maut eingestellt werden, ohne zu wissen, ob man diese Summe überhaupt erzielt. Es ist sicher, dass wir 650 Millionen Euro, solide finanziert, mehr für Verkehrsinvestitionen aufwenden. Das ist ein deutliches Votum vonseiten des Haushaltsausschusses für Verkehrsinvestitionen in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet im Detail: Wir haben 300 Millionen Euro mehr für Neubau und Erhalt im Straßenbereich. Es ist nicht unwichtig, für den Erhalt mehr auszugeben. Sie alle kennen die Situation auf unseren Autobahnen und stimmen mir sicherlich zu, dass die Erhaltungsmaßnahmen ausgeweitet werden müssen. Wir schauen nicht zu, sondern tun etwas. Wir stellen aber nicht nur 300 Millionen Euro mehr für die Straße ein, sondern auch 350 Millionen Euro mehr für die Schiene. Klare Priorität hat dabei die Hinterlandanbindung der Häfen mit 250 Millionen Euro. Das ist ein Essential in diesem Haushalt; das muss man so herausstellen. Das bedeutet, dass wir die Container aus unseren Häfen gut abtransportieren können. Dies ist ein Zukunftsprogramm. Wer in Europa die richtigen Voraussetzungen schafft, hat die Zukunft gewonnen. Das ist ein richtiger Akzent, der mit diesem Haushalt gesetzt wird, eine richtige Entscheidung, die diese Koalition getroffen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben im Bereich des kombinierten Verkehrs mit fast 110 Millionen Euro einen hohen Ansatz etatisiert. Wir haben zudem wieder 100 Millionen Euro für die Lärmsanierung an der Schiene eingestellt. Dabei werden Mittel gebunden, die in den Bereichen K-Sohle und LL-Sohle Verwendung finden. Wir sind gerade den Anrainern

am Rhein und in ähnlich engen Bereichen in unserer Republik schuldig, nicht nur zuzuschauen und abzuwarten, bis in Europa irgendetwas geschieht, sondern bei unserem Wagenmaterial selber zu handeln. Wir haben die Voraussetzungen in diesem Bundeshaushalt geschaffen, dass in diesem Bereich etwas getan wird. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass man bei der Lärmsanierung nicht nur etwas vor Ort macht, sondern auch beim Wagenmaterial ansetzt. Da steigen wir jetzt ein, und das ist richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch eine Menge für die Sanierung von Bahnhöfen getan. Wir sanieren jetzt im Bereich des Ruhrgebietes die Bahnhöfe Duisburg, Essen und Dortmund. Wenn man in den Haushalt schaut und sich die Zuordnung ansieht, dann muss man sich allerdings fragen, ob Münster im Ruhrgebiet liegt. Denn auch der Bahnhof Münster wird saniert. Diese Zuordnung soll Münster nicht zum Schaden gereichen. Es war eine richtige Entscheidung der Koalition, diese Bahnhöfe zu sanieren. Es ist wichtig, im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf hinzuweisen,

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Sagen Sie mal was zur Maut!)

dass insbesondere im Bereich der Stadtsanierung und Städtebauförderung wichtige Dinge entschieden worden sind. Hier werden deutliche inhaltliche Impulse gesetzt. Zum einen haben wir die Verstärkung und Verstärkung der Maßnahmen im Bereich der Städtebauförderung, zum anderen die Verstärkung unseres Programms „Soziale Stadt“. Das ist in der Zwischenzeit ein richtiger Renner in dieser Republik geworden, weil dem nicht nur ein Bauansatz, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz zugrunde liegt. Es geht nicht um das Bauen an sich, sondern es geht darum, diejenigen, die dort leben und arbeiten, mit ins Boot zu holen. Deswegen ist dieses Programm ein richtiges Erfolgsprogramm, das weitergeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben des Weiteren neue Programme, die dem gestiegenen Anspruch in Sachen Denkmalschutz insbesondere im Westen Deutschlands Rechnung tragen. Dafür stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben auch neue Programme mit aktiver Stadt- und Ortsteilzentrenförderung. Ferner gibt es Programme im Bereich des Investitionspaktes von Bund, Ländern und Kommunen, der vonseiten des Hauses sehr stark gefördert worden ist. Das ist gut so. Denn was nützt es, zinsverbilligte Kredite anzubieten, wenn die jeweilige Kommune sie gar nicht nutzen kann, weil sie unter verschärfter Finanzaufsicht steht? Diese Frage verlangt eine Antwort.

Diese Antwort geben wir mit diesem Investitionspakt. So bekommen die Kommunen, die sich noch nicht einmal Kredite leisten können, einen direkten Zuschuss, um Städtebauförderung zu betreiben. Das ist die richtige Antwort auf die Lage der Kommunen. Ich würde mir wünschen, dass auch das eine oder andere Bundesland diese Lage erkennt. Wir handeln auch für die Kommunen, die sich das sonst nicht leisten könnten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.)

Bartholomäus Kalb [CDU/CSU])

Es ist vor allen Dingen noch darauf hinzuweisen, dass wir unser Programm zur CO2-Gebäudesanierung ausweiten. Es gibt kaum ein anderes Erfolgsprogramm, das so gut wie dieses Programm angenommen wird. Von 2001 bis 2005 haben wir im Rahmen dieses Programms 312 527 Wohnungen sanieren können. Allein im Haushaltsjahr 2006 sind es 265 000 Wohnungen gewesen.

Das bedeutet eine Einsparung an CO2-Ausstoß von 1 Million Tonnen nur im Jahr 2006. Es gibt kein einziges Programm in diesem Bundeshaushalt, das so erfolgreich ist wie dieses Programm. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Und das ist gut für das Handwerk!)

Damit komme ich auf das zu sprechen, was mein geschätzter Kollege Bartholomäus Kalb gerade gesagt hat:

Wer ist es denn, der davon profitiert? Es ist nicht nur die Umwelt, es sind auch das Handwerk, der Mittelstand und die Menschen, weil es um Arbeitsplätze und Wohnqualität geht. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz, ein nachhaltiges Programm für die Menschen und für die Gesellschaft. Deswegen ist es gut für unser Land, dass wir dieses Programm mit 1,4 Milliarden Euro, durch die Steuerförderung ergänzt, aufgelegt haben. Das muss weiter ausgebaut werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schmidt, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Bitte sehr.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Schmidt, Sie haben gesagt, es gebe kein einziges Programm, das den CO2-Ausstoß so stark reduziert wie das CO2-Gebäudesanierungsprogramm. Sie haben recht, das ist ein ganz gutes Programm. Aber ich frage Sie: Warum hat die Große Koalition nicht ein zweites Programm, das zweieinhalb Mal so viel CO2 reduzieren würde, gestartet und sofort ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen eingeführt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Das wäre nämlich ohne Kosten möglich gewesen.

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Liebe Frau Kollegin Höhn, nicht alles, was Sie hier zum Besten geben, muss sofort umgesetzt werden. Tatsache ist, dass wir hier über den Einzelplan 12 und die Bauinvestitionen sprechen. In diesem Bereich ist das, was dieses Programm liefert, bahnbrechend. Über alles andere kann man im Detail dann reden, wenn man die entsprechenden Mehrheiten hat. Dabei begrüße ich Sie dann gerne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Volker

Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Mehrheit ist vorhanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dieser Bundeshaushalt zeigt - im Gegensatz zu dem, was Frau

Kollegin Winterstein hier gesagt hat -: Die Regierung handelt. Der Bundesminister handelt. Die Staatssekretäre handeln. Die Regierungskoalition handelt.  
(Zuruf von der FDP: Die Regierung handelt mit Zitronen!)

Es gibt die beste Symbiose aus Investitionen, Innovationen und Nachhaltigkeit. Man kann in der Tat feststellen: Der Haushalt ist gut, die Innovationen sind es ebenfalls. Die Koalition steht. Heute ist ein guter Tag für Innovationen. Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dorothee Menzner von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 12 sieht vor, für den Transrapid München in den kommenden Jahren jeweils 100 Millionen Euro auszugeben. Nun ja, wir wissen alle, Minister Tiefensee versucht, den Ländern den Verkauf der Bahn schmackhaft zu machen. Statt 550 Millionen Euro will er für das verkehrspolitisch aberwitzige Prestigeprojekt Transrapid nun über 900 Millionen Euro verplempern. Eine solide Bahnanbindung des Münchner Flughafens wäre aber für Reisende und für die Region viel wichtiger.

(Beifall bei der LINKEN)

Baden-Württemberg soll Stuttgart 21 erhalten, Thüringen den Thüringer-Wald-Tunnel einige Jahre früher. Allein diese drei Projekte kosten weit mehr, als der Verkauf von Bahnaktien jemals einbringen könnte. Die Linke lehnt diese Milliardenverschwendung ab. Deshalb stellen wir heute den Antrag zur Streichung der Transrapidgelder.

(Beifall bei der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Bundeshaushalt ist kein Selbstzweck, sondern eine Vorgabe, um Steuergelder sinnvoll einzusetzen. Trotzdem stand im Haushalt nichts von dem, was angeblich so dringend nötig ist, nämlich Sofortmaßnahmen im Gleisnetz der Bahn. Herr Mehdorn und seine Vorstandskollegen werden nicht müde, uns zu erläutern, dass sie dringend 300 Millionen Euro extra brauchten.

Stattdessen regiert die Große Koalition scheinbar mit dem Zauberstab. Ein Strauß dringend nötiger Verkehrsausgaben für Schiene und Straße wurde aus dem Hut gezogen und - Simalabim - dafür eine zusätzliche Milliarde bereitgestellt. Diese soll aus den geschätzten Steuermehreinnahmen fließen. Doch wir sind hier nicht bei

Harry Potter. Keiner von uns hat einen Zauberstab. Was ist dann, wenn die Steuermehreinnahmen deutlich geringer ausfallen? Unter seriöser Haushaltsführung verstehe ich etwas anderes, nämlich das, was wirklich notwendig ist, auch solide zu finanzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, was wir brauchen, ist ein klares Bekenntnis zum System Schiene, und zwar aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen. Das muss sich im Haushalt widerspiegeln, was aber leider

nicht zu erkennen ist.

Die aktuellen Spritpreise schaffen für viele Anreiz und auch Notwendigkeit, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. An uns liegt es nun, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und attraktive Angebote realisieren zu helfen.

Im Güterverkehr steht das Barometer schon länger auf Sturm. Der Containerboom überrollt uns schon heute sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße. In zehn Jahren werden doppelt so viele Stahlkisten durch das Land rollen, hoffentlich alle auf der Schiene. Aber dafür müssen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen. Längere Züge wären eine schnell umzusetzende Maßnahme. Außerdem brauchen wir - es ist schon angesprochen worden - leisere Drehgestelle unter den Güterwaggons, mehr Gleisanschlüsse für das produzierende Gewerbe und mehr lokale Güterzentren. Das alles sind dringend notwendige Gemeinschaftsaufgaben, die kein privater Investor lösen wird.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Privatisierung der Autobahnraststätten und -tankstellen, die ohne die Parkplätze privatisiert wurden. Die Firma Tank & Rast schöpft jetzt die Erträge ab, und der Bund darf zusehen, wie er die dringend notwendigen neuen Lkw-Stellplätze finanziert. Kein Kaufmann würde solche Geschäfte machen.

Wer die bundeseigene Bahn den Renditevorgaben privater Investoren unterwirft, wird am Ende draufzahlen. Die Bahn ist heute längst nicht so, wie wir es uns alle wünschen. Nur wenn sie im öffentlichen Eigentum bleibt, können wir bestimmen, in welche Richtung die Reise geht, und dem Verfassungsauftrag gerecht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke schlägt deshalb vor - da bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit -, erstens die DB Holding aufzulösen, zweitens die Schenker-Logistik auszugliedern und, getrennt von der Bahn, in der globalisierten Logistikwelt als sprudelnde Einnahmequelle beim Bund zu belassen sowie drittens die übrigen Teile der Deutschen Bahn in zwei - und zwar bundesunmittelbare - Unternehmen zusammenzufassen, in eines für Infrastruktur und in ein weiteres für den rollenden Betrieb. Nichts von der Bahn gehört in die Hände von privatem Kapital und seiner Renditeinteressen.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit schließt sich der Kreis. Nicht in Einzelplan 12, sondern in Einzelplan 60 steht, was die Bundesregierung 2008 an Erlösen aus Privatisierungen erwartet: mehr als 10 Milliarden Euro. Den Löwenanteil nach Einzelplan 60 sollen Erlöse aus der Kapitalprivatisierung der Bahn bringen. Die aber ist - das erscheint nicht nur uns so - fraglicher denn je. Damit werden beim Bund einige Milliarden Euro an Einnahmen fehlen. 3 oder 4 oder 5 Milliarden Euro, die fehlen, sind kein Pappenstiel, sondern ein großes Haushaltsloch.

Dieser Haushalt ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Privatisierung oder Aktienverkauf würden diese Luftblasen allenfalls für ein Jahr füllen können. Danach ist das, was Generationen von Steuerzahlern und Bahnern geschaffen haben, aber verschleudert. Demokratischer Einfluss

auf die Gestaltung von Verkehr ist dann gleich mit weg. Es geht um Verkehr, den sich jeder leisten können muss, um Verkehr, der die Bedürfnisse der Menschen und der produzierenden Betriebe aufgreift, um Verkehr, der ökologisch sinnvoll ist.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Bartholomäus Kalb von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 12 ist mit über 24 Milliarden Euro nun einmal der Investitionsetat des Bundes. Wir haben versucht - Kollege Dr. Frank Schmidt hat es schon dargestellt -, die Investitionen weiter zu stärken, und es ist uns auch gelungen. Ich werde darauf ebenfalls eingehen. Wir mussten natürlich auch das Oberziel beachten, nämlich die Nettokreditaufnahme des Bundes weiter zu senken. Wie in der Debatte heute Vormittag dargestellt, wollen wir in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Wir konnten die Investitionsquote etwas anheben.

Frau Kollegin Winterstein, ich gebe zu, dass eine Investitionsquote von 8,7 Prozent noch nicht das ist, was wir erreichen wollen und müssen. Wir werden in den nächsten Jahren stetig daran arbeiten, dieses Ziel zu erreichen, das heißt, die Investitionsquote zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Verkehrsinfrastruktur ist nach wie vor einer der ganz positiven Standortfaktoren der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen tragen wir hier eine ganz besondere Verantwortung. Auf der anderen Seite haben wir angesichts der sich positiv entwickelnden Wirtschaft feststellen müssen, dass die Verkehrsinfrastruktur mittlerweile auch in der Bundesrepublik Deutschland da und dort zum begrenzenden Faktor wird. Deswegen haben wir im Haushaltsausschuss gern alle Anstrengungen unternommen, um weitere Verstärkungen im Bereich der Straßenbauinvestitionen vorzunehmen - Kollege Schmidt hat es bereits dargestellt -, aber auch im Bereich der Schienenwege, Stichwort Seehafenhinterlandverkehre usw. Dies bezieht sich aber nicht nur auf Norddeutschland; es geht nämlich im Grunde genommen darum, alle bekannten Engpässe auf den Schienenwegen möglichst schnell zu beseitigen, um das Schienennetz insgesamt leistungsfähiger zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben bereits im Haushaltsentwurf eine Verstärkung der Investitionen im Bereich Binnenwasserstraßen vorgefunden. Mit einer entsprechenden Personalentscheidung haben wir dafür gesorgt, dass die verfügbaren Mittel in Anspruch genommen werden können. Wir müssen gerade die Binnenwasserstraßen noch mehr nutzen. Ich hoffe, dass es gelingt, die Ideologie etwas beiseitezuschieben, damit im Hinblick auf die wichtigen Wasserstraßen wie Elbe und Donau auch in Zukunft tragfähige Entscheidungen getroffen werden können.



(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

„Nicht in Beton, sondern in Bildung investieren“ war aus meiner Sicht einer der dümmsten Sprüche, der je von klugen Leuten gekommen ist;

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch Beton hat Kopf, nicht?)

denn die Verkehrsinfrastruktur – dazu kommen heute natürlich die modernen Daten- und Kommunikationsnetze – ist die notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche und für regionale Entwicklung. Wir brauchen nur in die neuen Bundesländer zu schauen, die sich wirtschaftlich entwickeln mussten; erst mit der Infrastruktur kam dort die Entwicklung. Die Verkehrsinfrastruktur ist auch die Voraussetzung dafür, dass mehr in Bildung, Forschung und soziale Absicherung investiert werden kann. Die Bildung selbst erfordert natürlich auch Mobilität. Ziel muss es sein, dass wir unsere Infrastrukturinvestitionen weiter verstetigen und verstärken, damit wir Engpässe beseitigen und die Substanz erhalten können. Wir müssen Substanzverzehr verhindern. Deswegen haben wir im Haushaltsausschuss, Herr Staatssekretär Diller, über das Problem gesprochen, den Finanzplan insbesondere bei den Fernstraßeninvestitionen entsprechend anzupassen und dabei darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir mittlerweile über Einnahmen aus der Lkw-Maut verfügen, die den Verkehrsinvestitionen zugeführt werden sollen. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, die uns die VIFG bietet, hier noch effizienter und flexibler zu werden. Im Haushaltsausschuss haben wir ferner haushaltsrechtliche Vorkehrungen dafür getroffen, dass die Privatisierung der Bahn vorgenommen werden kann. Ich hoffe, dass sie im Interesse des Unternehmens, des Bundes und des Verkehrs- und Logistikstandortes Bundesrepublik Deutschland gelingen wird.

Auch haben wir im Haushaltsausschuss gern nachvollzogen, was die Bundesregierung mit dem Freistaat Bayern zum Thema Transrapid vereinbart hat. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass in Deutschland eine nationale Anwendungsstrecke gebaut werden kann, die wir dringend brauchen. Natürlich braucht auch der Raum München dringend diese Strecke, weil dort zwei große Verkehrsdrehscheiben des Südens, der Flughafen München und der Hauptbahnhof München, miteinander verbunden werden müssen. Der Flughafen München hat keine Fernbahnanbindung; sie ist, realistisch betrachtet, auch kaum herzustellen. Aber es muss Verbindung zum Flughafen geben, und dafür eignet sich der Transrapid in ganz besonderer Weise. Er stellt die günstigste, attraktivste und umweltschonendste Möglichkeit dar, um dieser Aufgabe nachzukommen.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber auch die billigste, oder?)

– Wenn Sie in Rechnung stellen, dass Sie ein anderes System ebenfalls laufend subventionieren müssen, ja. Sie sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass wir aus den Kassen des Bundes 1,37 Milliarden Euro bereits in Forschung und Entwicklung investiert haben.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt müssen Sie doch nicht schlechtem Geld gutes Geld hinterherschmeißen!)

Es wäre doch töricht, diese Forschungsergebnisse ungenutzt anderen zu überlassen und nicht im eigenen Land zur Anwendung zu bringen, zumal wir damit ein verkehrspolitisches Problem lösen können, ohne andere Nahverkehrsmaßnahmen in Bayern zu verdrängen. Es liegt ganz eindeutig im industriepolitischen, technologiepolitischen und wirtschaftspolitischen Interesse des Standorts Bundesrepublik Deutschland, über eine nationale Anwendungsstrecke zu verfügen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht sollten wir gerade in dieser Frage ein bisschen mehr nach Frankreich schauen. Mir fällt schon auf, dass es die Franzosen verstehen, wichtige Technologiefelder zu besetzen, beginnend mit der Luft- und Raumfahrt über Kernenergie und Kernfusion bis hin zur Bio- und Gentechnologie, weil sie eine ganz entschiedene Industrie- und Technologiepolitik betreiben.

Da meine Redezeit leider abgelaufen ist, will ich zum Schluss nur noch Ihnen, Herr Minister Tiefensee, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses für die angenehme Zusammenarbeit während der Beratungen ganz herzlich danken. Einen ebenso herzlichen Dank sage ich den Kolleginnen und Kollegen Berichterstattem für den Einzelplan 12.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Winfried Hermann von Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute findet die 7. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung statt, und während wir hier über Verkehrs- und Baupolitik sprechen, hält die Bundeskanzlerin gerade erneut eine große Rede zum Thema Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Danke für den Beifall.

Sie wird auf dieser Konferenz sagen, dass die Bundesregierung alles tut, um den Klimawandel zu bekämpfen, dass man bis zum Jahr 2020 auf jeden Fall ein Minus von 40 Prozent bei Treibhausgasen erreichen muss und ihre Regierung alles tun wird, um das tatsächlich zu schaffen. Dafür wird sie viel Beifall bekommen. - Bei Ihnen bekommt sie ihn nicht, und das zeigt, dass bei den Verkehrspolitikern das Thema eben nicht angekommen ist,

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Sind Sie jetzt ein Schwarz-Grüner, oder was ist hier los?)

denn tatsächlich ist eigentlich dieser Haushalt der Kernhaushalt der Klimaschutzpolitik im Gebäude- wie im Verkehrsbereich.

Was bedeutet ein Minus von 40 Prozent? Das sind etwa 250 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Unsere Aufgabe ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die diese Reduktion erbringen. Gut 100 Millionen Tonnen davon - Herr Minister, Sie werden die Zahl bestätigen können - muss der Gebäudewärmebereich bis 2020 erbringen, und der Verkehrsbereich wird eine Verminderung um etwa 50 Millionen

Tonnen erbringen müssen.

Ich sage dies bewusst so, weil vorhin der Kollege Schmidt von der SPD mit stolzer Brust verkündet hat: Wir haben ein richtig tolles Erfolgsprogramm, (Dr. Frank Schmidt [SPD]: Das ist es ja auch!) das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Dann haben Sie ausgeführt, was dieses Programm bringt: 1 Million Tonnen CO<sub>2</sub> weniger Jahr für Jahr. Schön, aber das ist verdammt wenig, und dies ist Ihre einzige Maßnahme, von der Sie sagen können, dass sie 1 Million Tonnen weniger bringe.

Wissen Sie, was das Schlimme ist? Diese 1 Million ist gar nicht sicher; vielmehr bezieht sie sich auf das Jahr 2006. Auf unsere Kleine Anfrage, in der wir nachfragten, wie die Situation in diesem Jahr ist und ob die Mittel abgerufen werden, hat die Bundesregierung geantwortet, man habe festgestellt, dass bis zur Mitte des Jahres im Vergleich zum Vorjahr nur die Hälfte der Mittel abgerufen wurde. Die Antwort lautete, das sei halt so, weil im Jahr zuvor Investitionen vorgezogen worden seien, womit Mehrwertsteuer gespart werden sollte, die Leute also mehr gebaut und beantragt hätten. Faktisch ist also Ihr Flaggschiff des Klimaschutzes, die Reduktion um 1 Million Tonnen CO<sub>2</sub>, nicht einmal sicher; es könnte diesmal auch nur die Hälfte sein. Angesichts dessen frage ich mich: Was ist mit all den anderen Bereichen? Kommen wir einmal zu anderen Feldern der Verkehrspolitik, beispielsweise zum Flugverkehr. Alle von Ihnen wissen genau, dass wir hierbei Wachstumsraten haben, die hinsichtlich des Klimaschutzes besorgniserregend sein müssen. Wo bleiben Ihre Maßnahmen, um in diesem Bereich irgendetwas zu steuern, irgendetwas zu reduzieren? Sie setzen darauf, dass in technischer Hinsicht irgendetwas kommt; wir hingegen haben Vorschläge gemacht. Man könnte zumindest an die Steuerbegünstigungen - Stichworte: Mehrwertsteuer für innereuropäische Flüge und Kerosinsteuer, ein Skandal der ungleichmäßigen Besteuerung - herangehen. Sie machen nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben aber auch keine Gegenvorschläge.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wer war denn Ihr zuständiger Minister in den letzten sieben Jahren?)

Kommen wir zum Bereich Pkw-Verkehr. Sie haben mit großem Tamtam die kleine Maßnahme Tempolimit abgelehnt, denn 2,5 Millionen Tonnen Reduzierung seien ja nicht wirklich viel. Dann heißt die Gegenfrage: Wo sind Ihre Maßnahmen, die 2, 3, 4 oder 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen? Es gibt keine; nicht in einem einzigen Bereich haben Sie irgendetwas vorgelegt. Bei der Kfz-Steuer könnte man sagen, deren Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-Steuer bringe etwas. Was liegt vor? Ein Eckpunktepapier, in dem man nur erkennen kann, dass es sich um eine lineare Besteuerung handelt. Wissen Sie, wenn Sie das so umsetzen, wie es bisher geplant ist, wird es nicht wirklich eine Reduktion bringen, sondern nur eine Umstellung sein. Also gilt auch hier: Fehlanzeige.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir den dritten Bereich, die Bahninfrastruktur.

Wir haben jetzt den Unterausschuss eingerichtet, und alle Fraktionen sind sich einig: Wir haben in den vergangenen Jahren den Güterschienenverkehr vernachlässigt. Wir müssen dringend etwas tun; wir müssen da nachlegen.

Sie haben im Ausschuss ein Programm zur Förderung des Hafenhinterlandverkehrs vorgelegt. Sie wollen 300 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen und lassen das im Ausschuss beschließen, übrigens nebst zahlreichen anderen Maßnahmen, zum Beispiel Erhöhung der Mittel für den kombinierten Verkehr. Ich könnte Ihnen alle Zahlen vorlesen, die Sie im Verkehrsausschuss beschlossen haben. Jetzt kann man im Einzelnen feststellen, was im Rahmen der Haushaltsberatungen davon wirklich übrig geblieben ist. Von der 1 Milliarde Euro insgesamt sind gerade mal 350 Millionen Euro übrig geblieben.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Plus Verpflichtungsermächtigungen!) Der Rest sind Verpflichtungsermächtigungen. Kollege Barthle, wie Sie wissen, ist das aber keine Erhöhung für das nächste Jahr, sondern das ist lediglich eine Zahlenspielerei; es steht nur fest, dass das kommt.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Gerade hier braucht man Kontinuität!)

Es ist nicht wirklich mehr, sondern es ist ein Rechenrick, um uns vorzugaukeln, Sie würden in dem Bereich insgesamt mehr ausgeben.

Tatsache ist: Beim Hafenhinterlandverkehr sind von 300 Millionen Euro plus nur 25 Millionen Euro plus übrig geblieben. Das ist ein Witz. Damit haben Sie nicht einmal ein Zehntel der Bauplanungskosten für „Stuttgart 21“ beieinander. Das ist eine lächerliche Summe, die dem, was wir gemeinsam als Problem ausgemacht haben, nicht annähernd gerecht wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hier umsteuern will, der muss wirklich mehr tun; der darf nicht nur Geld ausgeben, sondern muss sich auch darum kümmern, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Zum Beispiel muss meines Erachtens die Situation bei der Maut dringend verändert werden. Man kann nicht nur die Schwerlast mit der Maut belegen. Man kann die Maut nicht auf die Autobahnen beschränken. Sie muss auch auf autobahnähnlichen Bundesstraßen erhoben werden.

Weil Sie von der SPD eben dagegengeschossen und gesagt haben, das mit der Maut sei ein unvernünftiger Vorschlag, weise ich darauf hin: Sie haben auf Ihrem Parteitag selbst beschlossen, dass die Lkw-Maut erhöht werden soll, weil das vernünftig sei. Hier wird es so dargestellt, als wäre das Unvernunft pur.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Im Rahmen der Wegekostenrechnung! Anders geht es gar nicht!)

Ich muss zum Schluss kommen. - Gemessen an der Herausforderung, dass man im Verkehrs- und Gebäudebereich ziemlich viel an CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren muss, ist außerordentlich mager, was das Ministerium und auch die Große Koalition vorgelegt haben. Es ist außerordentlich peinlich, wie Sie als Einziges kleine Projekte, die man ganz gut finden kann, hochhalten, um vorzutäuschen, Sie würden wirklich etwas tun. Aber das, liebe

Kolleginnen und Kollegen, wird zum Klimaschutz nicht reichen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaas Hübner von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaas Hübner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kollegin Menzner, Sie haben unter anderem über solide Haushaltsführung gesprochen. Sie haben im Haushaltsausschuss einen Finanzierungsvorschlag für die von Ihnen beantragten Ausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden Euro eingebracht. Die Mittel erwarten Sie aus einem Schiedsgerichtsverfahren zur Maut. Wir kennen das Ergebnis noch gar nicht, und Sie setzen das sozusagen als echten Einnahmetitel an. Das ist das Gegenteil von solider Haushaltsführung. Sie verabschieden sich damit aus dem Kreis derjenigen, die sich wirklich bemühen, hier einen ordentlichen Haushalt vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Jan

Mücke [FDP]: Seriöser als die Milliarden, die Sie eingestellt haben!)

Die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Monaten brachte in vielen Bereichen Entspannung.

Bund, Länder und Kommunen freuten sich über steigende Steuereinnahmen, Beschäftigung suchende Menschen freuten sich über den Zuwachs an Arbeitsplätzen und Unternehmer über die gut gefüllten Auftragsbücher.

Das ist sicherlich nicht nur, aber auch der Politik der Großen Koalition geschuldet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In jedem Fall aber ist es der Tatsache geschuldet, dass wir eine funktionsfähige Infrastruktur haben. Ohne eine funktionsfähige Infrastruktur ist eine gute Wirtschaftspolitik bzw. Industriepolitik nicht machbar. Darum ist der Etat, den wir gerade besprechen, nicht nur der Verkehrsetat, sondern ein Etat mit einer ganz starken wirtschaftlichen und industriepolitischen Bedeutung. Wir tragen dem Rechnung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben gesehen, dass es im Bereich der Logistik zu Engpässen kommt. Wir hatten gerade den Streik der GDL. Man möchte meinen, dass die Spediteure hierüber erfreut gewesen wären; waren sie aber nicht. Sie haben gesehen, dass sie gar nicht genügend Kapazitäten haben, um all das abzudecken, was möglich gewesen wäre.

Wenige Zahlen zeigen den Ernst der Lage. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres wurden im kombinierten Verkehr fast 20 Prozent mehr Container bewegt als im Vorjahr. Bereits heute haben wir im Hafenhinterlandverkehr die Prognosezahl für 2015 erreicht. Bis 2050

- so eine aktuelle Studie - wird sich die Güterverkehrslast in Deutschland mehr als verdoppeln. Darum bin ich den Haushältern dieser Koalition ganz besonders dankbar, dass sie etwas getan haben, dass sie 255 Millionen Euro sozusagen in die Hand genommen haben, um die Seehafenhinterlandanbindung zu ertüchtigen. Denn das ist die einzige Möglichkeit, den dort bestehenden Engpass

zu beseitigen. Die Häfen können nicht mehr wachsen.  
Wir müssen daher einen schnelleren Durchlauf hinbekommen.  
Vielen Dank, dass die Haushälter der  
Großen Koalition diese Mittel zur Verfügung gestellt haben!  
Das ist ein positives Signal für die deutsche Wirtschaft.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit wird deutlich: Verkehrspolitik ist und bleibt  
der Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung. Für ausländische  
Investoren ist die Qualität der Infrastruktur der  
wichtigste Faktor bei Standortentscheidungen. Für den  
Handel und die produzierende Wirtschaft sind Verkehrswege  
schlichtweg Lebensadern. Dem tragen wir in unserem  
Verkehrsetat dadurch Rechnung, dass wir die Mittel  
dort hinlenken, wo Engpässe vorhanden sind. Über  
13,2 Milliarden Euro investieren wir im kommenden  
Jahr. Wichtiger noch: Auch in den Folgejahren werden  
wir dieses Investitionsniveau halten. Wir setzen damit  
also den Schwerpunkt unserer Politik auf Investitionen,  
auf Wachstum.

Wir haben diese guten Ansätze in der Bereinigungssitzung  
noch einmal um insgesamt 650 Millionen Euro  
anheben können. Damit machen wir im Rahmen des parlamentarischen  
Verfahrens klar, dass wir auf der einen  
Seite durchaus die Nettokreditaufnahme gesenkt und auf  
der anderen Seite dennoch die Investitionen gesteigert  
haben. Das ist doch ein guter Ausweis von Parlamentarismus.  
Hiermit hat das Parlament bzw. die Große Koalition gezeigt, dass es sehr  
sorgfältig mit den Mitteln  
umgeht, die richtigen Akzente setzt und einerseits  
Generationengerechtigkeit  
durch Schuldenreduzierung und  
andererseits Investitionen in Zukunft und Wachstum  
durch den Aufwuchs des Verkehrsetats verwirklicht.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Mindestens genauso wichtig ist aber die Vorsorge.  
Wir wollen die Verkehrspolitik stärker zukunftsorientiert  
ausrichten. Das Instrument dazu ist der Masterplan  
Güterverkehr und Logistik. Das Bundesministerium  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung arbeitet an einem  
Meilenstein der Verkehrspolitik. Deshalb war es richtig,  
die Mittel hierfür für das kommende Jahr um  
600 000 Euro aufzustocken. Es kann nämlich nicht darum  
gehen, den Verkehr künftig durch Preis- und Lenkungsmaßnahmen  
zu bremsen; denn damit wird auch die  
wirtschaftliche Entwicklung gebremst. Das Gegenteil ist  
richtig: Wir müssen den Verkehr der Zukunft möglichst  
effizient und flüssig organisieren. Nur wenn der Verkehr  
fließt, kann die Wirtschaft wachsen. Wenn er steht, kann  
sie es nicht.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Zum wirtschaftlichen Erfolg hat auch die Entwicklung  
in den neuen Bundesländern beigetragen. Sie wissen,  
dass der Minister sowie ich und andere immer wieder  
gefordert haben: Lasst uns das zielgenaueste  
Instrument der Wirtschaftsförderung für die neuen Bundesländer,  
die sogenannten GA-Mittel, auf dem Niveau  
dieses Jahres verstetigen. Ich bin sehr dankbar, dass der  
Haushaltsausschuss eine Korrektur der ursprünglichen

Pläne des Wirtschaftsministers vorgenommen hat und die Mittel um die 50 Millionen Euro, die gefehlt haben, wieder aufgestockt hat. Damit haben wir jetzt eine gute Plattform, weiterhin in den neuen Bundesländern ein entsprechendes Wachstum zu generieren. Es gibt kein Instrument, das zielgenauer sowie besser auf Investitionen und Arbeitsplätze ausgerichtet ist als die GA-Mittel. Insofern: Herzlichen Dank! Hier haben wir etwas sehr Gutes getan - nicht nur für die neuen Bundesländer, sondern auch für Deutschland insgesamt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dennoch möchte ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass ein zweites wichtiges Instrument für die neuen Bundesländer die Investitionszulage ist. Ich möchte darum bitten, dass wir diese Investitionszulage über das Jahr 2009 hinaus erhalten. Die Investoren brauchen Planungssicherheit. Sie müssen ihre Investitionen auch langfristig planen können. Insofern hoffe ich, dass das Haus sich durchringen wird, diese Mittel auch über 2009 hinaus zu verstetigen.

Insgesamt hat der Einzelplan 12 einen klaren roten Faden. Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir eine gute Infrastruktur. Dafür brauchen wir Investitionen in die Zukunft. Dafür stehen wir mit diesem Etat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Patrick Döring von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Patrick Döring (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich erwartet, dass ich die Gelegenheit bekomme, auf den Bundesminister zu antworten, wie das in den Debatten vorher üblich war. Aber mit seinen drei Staatssekretären im Rücken zieht er es vor, am Ende der Debatte zu reden. Das soll mir auch recht sein.

Herr Kollege Hübner, Sie haben eben erneut fälschlicherweise von einem Anstieg der Mittel im Einzelplan 12 gesprochen. Offenbar berauschen sich einige zu sehr an dem Unterschied zwischen dem Entwurf und den jetzt vorliegenden Zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Als jemand, der als Unternehmer tätig ist, möchte ich mich mehr an den Istzahlen orientieren. Die Wahrheit ist, dass der Einzelplan 12 in 2007 ein Volumen von 24,6 Milliarden Euro hat und in 2008 ein Volumen von 24,1 Milliarden Euro haben soll.

(Klaas Hübner [SPD]: Aber die Investitionen steigen!)

Damit sind die Mittel im Einzelplan 12 nicht gestiegen, sondern gesunken. Wenn Sie behaupten, Herr Kollege Schmidt, dass der Minister ein Gewinner der Etatberatungen sei, obwohl der Gesamthaushalt um insgesamt 5 Prozent ansteigt und dies einer der wenigen Einzelpläne - wahrscheinlich der einzige Einzelplan - ist, der in diesem Umfang sinkt, dann ist das Hohn gegenüber dem eigenen Minister und hat mit der politischen Wirklichkeit

nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP - Dr. Frank Schmidt

[SPD]: Lernen Sie mal rechnen!)

- Ich kann sehr wohl rechnen, Herr Kollege; denn nur darum geht es.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Hier geht es um Investitionen!)

- Nein, es geht eben nicht nur um Investitionen, wie wir an einigen Stellen deutlich gemacht haben; aber es geht auch um Investitionen. Wir können also gerne über Investitionen sprechen.

Sprechen wir über die Entwicklung in den letzten Jahren.

Der Kollege Hübner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Entwicklung nur erfolgreich verlaufen kann, wenn wir gute Verkehrswege haben. Angesichts der Tatsache, dass in diesem Jahr die Wirtschaft um 2,3 Prozent und der Güterverkehr auf der Straße um 8 Prozent wächst und dass für das nächste Jahr 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum und ein Wachstum des Güterverkehrs auf der Straße von mehr als 5 Prozent prognostiziert werden, sind die Antworten, die Sie hier geben, einfach zu mickrig. Sie machen deutlich, dass Sie den Akzent in Ihrer Investitionspolitik nicht richtig setzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will dafür ein Beispiel geben. Sie haben beim Thema Schiene ebenfalls einen Aufwuchs vorgesehen. Mit Blick auf die Hafenhinterlandanbindung ist das ja auch völlig richtig. Insgesamt sind das über 3,6 Milliarden Euro. Dann gibt es eine Stelle im Haushalt, die - ich habe es mir extra aufgeschrieben, um keinen Fehler zu machen - „Überwachung und Bewertung ... des Netzzustandes“ heißt. Über dieses Thema haben wir im Unterausschuss, aber auch im Verkehrsausschuss in den letzten Wochen intensiv diskutiert: dass der Deutsche Bundestag, obwohl er jährlich mehr als 3,6 Milliarden Euro in das System Schiene gibt, keinerlei Vorstellung vom Zustand des Netzes hat. Dieser Titel ist mit 0 Euro versehen. Das macht deutlich, dass Sie nicht begreifen, an welcher Stelle die wirklichen verkehrspolitischen Probleme existieren. Es sind zwar Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten beiden Jahre von 5 Millionen Euro zur Feststellung des Netzzustandes enthalten. Aber das zeigt mir: Sie, auch die Verkehrspolitiker der Koalition, haben nicht verstanden, deutlich zu machen, dass wir einen eigenen Netzzustandsbericht brauchen, unabhängig von der DB AG.

(Beifall bei der FDP - Uwe Beckmeyer [SPD]:

Alles dummes Zeug!)

- Das ist kein dummes Zeug; das beweisen die Zahlen. Jetzt will ich noch einen Punkt aufgreifen, den Sie beim Thema Straße erwähnt haben; denn es lohnt sich, sich die Zahlen einmal im Detail anzuschauen. Es gibt Aufwüchse bei den Investitionen, aber es gibt auch Verminderungen bei den einzelnen Titeln. Ich nehme einmal den Titel „Erhaltungsmaßnahmen an Bundesautobahnen“. Gegenüber dem Entwurf ist da ein Aufwuchs zu verzeichnen; das ist nicht Streitig. Aber für Erhaltungsmaßnahmen an Bundesautobahnen werden 130 Millionen Euro weniger geplant als im Ist 2007. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der FDP)



Das ist ein Umgang mit Substanz, den man in diesen Zeiten einfach nicht durchgehen lassen darf. Deshalb ist es einfach nicht vernünftig, die Zahl von 650 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre immer wieder zu betonen, wenn man nicht akzeptieren will, dass die Wirklichkeit im Jahr 2007 - die schon traurig genug war - noch weiter unterboten bzw. nicht wesentlich überboten wird.

Ich stelle fest: Der Verkehrsminister - allein über die Spitznamen des Herrn Tiefensee hätten wir hier sechs Minuten lang debattieren können; der Herr Kollege Kampeter, der jetzt nicht da ist, hat heute einen weiteren hinzugefügt - ist mit diesem Etat, dem Kerninvestitionsetat dieses Haushaltes, garantiert nicht der Gewinner dieser Haushaltsplanberatungen. Das ist auch ein Ausweis der politischen Bedeutung derjenigen, die an der Spitze dieses Hauses stehen.

Wir lesen jeden Tag Meldungen in den Zeitungen über neue Programme zur Verminderung von CO2 und Feinstaub im Haushalt und an Gebäuden; zu Recht, wie die FDP-Fraktion meint. Man kann über Einzelmaßnahmen streiten, aber die Grundrichtung ist richtig. Ich frage mich nur: Ist der Bundesbauminister eigentlich Herr Minister Gabriel, oder ist der Bundesbauminister Herr Minister Tiefensee? Ich habe das Gefühl, dass wesentliche Teile dessen, was eigentlich in diesem Etat beraten und konzeptionell unterlegt werden müsste, im Bundesumweltministerium behandelt werden. Das zeigt mir, dass zu den Gewinnern der Etatberatungen 2008 sicher nicht dieses Ministerium gehört und sicher auch nicht der Einzelplan 12.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Norbert Königshofen von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Uwe Beckmeyer [SPD]: Norbert, denk an den Bahnhof in Essen! - Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich denke ich an den Bahnhof in Essen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich finde, dass es eine Großtat bei diesen Haushaltsberatungen war, dass wir in den Erläuterungen die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung der Bahnhöfe von Essen, Duisburg, Dortmund und Münster - aus dem Orbit gesehen ist ja alles dicht beisammen - bis 2010 aufgenommen haben. Ich darf mich auch im Namen der Essener noch einmal herzlich dafür bedanken.

Im Haushaltsplan 2008, den wir am kommenden Freitag hier beschließen werden, sind 10,7 Milliarden Euro Privatisierungserlöse vorgesehen. Das ist ein gewaltiger Brocken. Das entspricht fast der Nettokreditaufnahme. Ein Großteil dieser Privatisierungserlöse soll aus dem Verkehrsbereich stammen. Über den Daumen gepeilt bezieht sich rund ein Drittel auf die Deutsche Bahn AG und die DFS, die Deutsche Flugsicherung GmbH.

Bei Einbringung des Haushaltes im September habe ich mich kritisch zum Gesetzentwurf zur Neuordnung der Eisenbahnen geäußert.

(Zuruf von der SPD: Sehr kritisch!)

Ich kann nur noch einmal sagen, dass ich ebenso wie viele Kollegen, ich glaube sogar, wie die Mehrheit der Kollegen hier im Haus, möchte, dass die Infrastruktur der Eisenbahn zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes bleibt. Das ist, glaube ich, nach wie vor über alle Fraktionsgrenzen hinweg Konsens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur den Genossen nicht!)

Kollege Hermann, dem Bürger könnte man nicht erklären, warum wir beispielsweise 3,8 Milliarden Euro pro Jahr in das Schienennetz stecken, wenn bei einem Überschuss - das Netz hat im Jahr 2006 100 Millionen Euro Überschuss, Gewinn, wie man sagt, erwirtschaftet - das Geld als Dividende an die neuen, privaten Miteigentümer flösse. Das will sicherlich niemand hier.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Das wollte auch bisher niemand!)

Sicherlich will auch niemand, dass wir, falls wir das Netz zurückkaufen müssten, 7,5 Milliarden Euro zahlen müssten, nachdem wir vorher die Hälfte der DB AG für nur 3 bis 4 Milliarden Euro verkauft haben. Das will niemand. Ich glaube, dass das mittlerweile Konsens ist. Inzwischen gibt es ja auch einen Beschluss des SPD-Bundesparteitages und damit eine neue Situation.

Sprechen wir über das sogenannte Steinbrück-Holdingmodell.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch ein Mehdorn-Modell!)

Ich sage, das ist ein vertretbarer Kompromiss. Mir wäre - das sage ich deutlich - eine klare Trennung von staatlicher Infrastruktur und unternehmerischer Transportverantwortung lieber.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie es doch!)

Man muss aber gemeinsam eine Lösung finden. Mit dem Steinbrück-Modell, sofern es realisierbar ist, könnten wir zweierlei erreichen: Einerseits bliebe das Eigentum am Netz und an den Bahnhöfen zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes, und andererseits könnten die Transport- und Logistikbereiche teilkapitalprivatisiert werden. Das bedeutet Einnahmen für den Bund und fresh money für die DB AG.

Ich glaube, dass das die letzte Chance ist, die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Deswegen kann ich insbesondere die beiden tragenden Parteien der Koalition nur bitten, diese Chance zu nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Was ist mit der CSU?)

- Sie haben recht. So viel Zeit muss sein. Mit „beide Parteien“ meinte ich natürlich die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Damit auch Sie von der FDP es mitbekommen: CDU und CSU bilden eine Einheit.

(Beifall bei der CDU/CSU - Bartholomäus

Kalb [CDU/CSU]: Er wollte nur den Schrägstrich zur FDP haben!)

Längst überfällig ist ein neuer Vorschlag für die Weiterentwicklung der Deutschen Flugsicherung. Wir benötigen eine Rechts- und Strukturanpassung. Die EU-Verordnungen zur Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Luftraumes, Single European Sky, bedeuten eine radikale Abkehr von dem bislang fast ausschließlich national orientierten und organisierten Flugsicherungsumfeld. Wir haben dort eine Trennung regulativer und operativer Aufgaben. Ich glaube, dass wir, wenn wir das im Auge haben, trotz des Parteitagebeschlusses der SPD eine Lösung finden können.

Die Harmonisierung der Strukturen, der Verfahren und der eingesetzten Technik der europäischen Flugsicherungsanbieter ist geboten. Die Flugverkehrskontrolldienste sollen nicht mehr durch nationale Grenzen beschränkt sein, sondern sich an den europäischen Verkehrsströmen orientieren. Wir bilden sogenannte funktionale Luftraumblöcke. Alle zertifizierten Anbieter, also auch die DFS, sollen überall dort tätig sein können, wo es betrieblich und im Sinne einer besseren Verkehrsabwicklung vernünftig ist.

Die Ziele sind eine grenzenlose Steuerung von Verkehrsströmen, dadurch die Vermeidung von Umwegen und, lieber Kollege Hermann, dadurch auch eine Begrenzung der Schadstoffemissionen, man spricht von einer CO<sub>2</sub>-Ersparnis in Höhe von 10 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nach geltendem Recht ist der DFS ein derartiges kooperatives und grenzüberschreitendes Engagement faktisch durch das Bundeshaushaltsrecht verwehrt. Deswegen muss dort etwas getan werden. In Deutschland sind bereits heute neben der DFS verschiedene Flugsicherungsorganisationen tätig, so die österreichische Austro Control und die schweizerische Skyguide.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Königshofen, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Menzner von den Linken?

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Aber gerne. Immer.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Herr Kollege Königshofen, verstehe ich Sie richtig, dass nicht nur das Bundeshaushaltsgesetz dem entgegensteht, sondern dass Sie auch darauf anspielen, dass für eine Privatisierung der Flugsicherung eine Änderung des Grundgesetzes notwendig wäre?

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Sie sind außerordentlich eilig. Von einer Privatisierung habe ich noch nicht gesprochen. Es geht jetzt zunächst einmal darum, die DFS überhaupt in die Lage zu versetzen, am europäischen Gestaltungsprozess teilzuhaben. Es geht zweitens darum – das wollte ich noch ausführen; das mache ich jetzt mit Ihrer Erlaubnis –,

(Zuruf von der CDU/CSU: Redezeit gewonnen!)

den gesetzwidrigen Zustand, den wir im Augenblick haben, zu beenden. Es heißt ja, dass bei uns in Deutschland nur in bundeseigener Verwaltung Flugsicherungsdienste betrieben werden dürfen. Tatsächlich machen es aber die Skyguide, Austro Control, die Dänen usw. Da müssen

wir Abhilfe schaffen. Die Privatisierung ist ein nächster Schritt. Auf den komme ich dann in meinem letzten Absatz zu sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der LINKEN: Das war arrogant!)

- Nein, das ist nicht arrogant. Ich wollte es nur erklären. Ich verstehe mich mit Frau Menzner sehr gut.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Norbert!)

- In vielen Dingen verstehe ich die Einwände. Ich verstehe auch manche Einwände der Grünen, auch wenn sie immer an einem scheitern: Sie bringen das Geld, das man dafür benötigt, nicht mit, obwohl von ihnen der Satz stammt: Ohne Moos nix los.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Das geltende Verfassungsrecht deckt diesen Zustand nicht. Grenzüberschreitende arbeitsteilige Zusammenarbeit ist aber gerade in grenznahen Lufträumen sinnvoll und sachgerecht. Auch deswegen brauchen wir eine Rechtsanpassung.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Königshofen, Herr Beck würde auch noch gerne eine Zwischenfrage stellen.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Ach, wenn er eigens dafür gekommen ist, gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön. - Aber anschließend müssen Sie zum Schluss kommen.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Ja, ich bin praktisch schon bei den letzten Sätzen, Herr Präsident.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben gerade gesagt: Ohne Moos nix los. Die Mittel in diesem Haushaltstitel wurden ja, wie man hört, erhöht.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Welcher Haushaltstitel? Sagen Sie einmal die Nummer!

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es geht um den Einzelplan, der hier zur Diskussion ansteht. Ich habe die Einzelpläne nicht auswendig gelernt. Wir sind beim Einzelplan 12, falls Sie die Übersicht verloren haben.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Nein, habe ich nicht! Da gibt es eine ganze Reihe von Titeln! Sie haben recht!

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe gehört, dass das zu Diskussionen in Ihrer Fraktion geführt hat. Ich möchte gern wissen, ob die Information der Bild-Zeitung stimmt, dass der Kollege Kampeter gesagt hat, man habe das erhöht, obwohl der Minister eine Transuse sei. Es würde uns interessieren, ob das der Diskussionsstand der Fraktion der CDU/CSU ist.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Erstens will ich Ihnen sagen, Herr Beck, dass ich die Bild-Zeitung nicht lese.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie sind vielleicht in der Fraktionssitzung zugegen!)

Zweitens weiß ich deshalb nicht, was heute in der

Bild-Zeitung steht.

Drittens kann ich mir gar nicht vorstellen, dass Herr Kampeter so etwas sagt; ich denke, dass das aus dem Zusammenhang gegriffen ist.

(Heiterkeit - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hat er es vielleicht doch gesagt!)

Viertens. Gehen Sie davon aus, dass zwischen uns und dem Herrn Minister kein Blatt passt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! Es darf also nicht gesagt worden sein, was gesagt worden ist! So ist das also!)

Herr Präsident, darf ich noch einen Schlusssatz sagen?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte, natürlich.

Norbert Königshofen (CDU/CSU):

Wir erwarten eine Gesetzesinitiative der Regierung, durch die der rechtswidrige Zustand innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes beseitigt wird und die es der Deutschen Flugsicherung ermöglicht, am Europäisierungsprozess teilzunehmen. Und, Frau Menzner: Wenn es darüber hinaus gelingt, mit der SPD eine Teilkapitalprivatisierung zu beschließen, dann hätte sogar unser Haushalt etwas davon. In diesem Sinne wünsche ich uns weiterhin gute Beratungen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Heidrun Bluhm von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Wie die Haushalte der Länder und Kommunen ist auch der Haushalt des Bundes die in Zahlen gegossene Politik der Regierung. Aus der Sicht meiner Fraktion lässt sich festhalten, dass dieser Guss eine Menge schadhafter Einschlüsse enthält.

Die Linke stellt fest: Der Haushalt 2008 enthält insgesamt zu wenige Investitionen. Selbst wenn der Nachtragshaushalt berücksichtigt wird, gibt die Bundesregierung weniger aus als 2007. Im Jahr 2007 waren es 26,5 Milliarden Euro, im Jahr 2008 sollen es nur noch 24,7 Milliarden Euro sein, und die Mittel, die für den Einzelplan 12 veranschlagt sind, sind noch viel geringer; darauf hat Herr Döring in seinen Ausführungen bereits hingewiesen.

Lieber Herr Kollege Schmidt, auch die Linke hat sich natürlich an den Haushaltsberatungen beteiligt.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Aha! - Otto Fricke [FDP]: Welche Haushälter von Ihnen sind jetzt eigentlich hier?)

Genau deshalb sagen wir: Bei den Verkehrsinvestitionen werden 300 Millionen Euro mehr ausgegeben als 2007.

Es müsste aber mindestens 1 Milliarde Euro sein, Herr Schmidt; hier ist Herrn Knipper vom Hauptverband der

Deutschen Bauindustrie voll und ganz zuzustimmen. Denn die jetzige Anhebung reicht in der Tat nicht einmal aus, um, wie Herr Knipper formulierte, den realen Gehalt der Investitionslinie Verkehr auf dem Vorjahresniveau zu erhalten.

Herr Knipper meint weiter, in der Bundesregierung hätten sich die Verteilungspolitiker durchgesetzt. Und da teile ich seine Meinung ausdrücklich nicht. Durchgesetzt haben sich diejenigen, die von unten nach oben umverteilen wollen. Die zu niedrige Investitionssumme geht auch auf zu niedrige Einnahmen zurück, die den längst bekannten Steuergeschenken an Großunternehmen, an Spitzenverdiener und große Vermögen geschuldet sind. In der Folge der zu niedrigen Investitionssumme kommt es gerade dort zu einer einschneidenden Kürzung, wo es um die infrastrukturelle Daseinsfürsorge und um ökologische Verträglichkeit geht: beim Bahnverkehr, bei der Schiene. Von diesem Mangel ist vor allem der Osten betroffen. In Thüringen zum Beispiel stehen pro Kilometer Schiene in der Summe aller Fonds 301 Euro zur Verfügung, in Hessen hingegen sind es 720 Euro; das ist nachweisbar. So ist ein Streckennetz nicht zu erhalten, und so ist schon gar nicht der Aufholprozess des Ostens gegenüber dem Westen zu organisieren.

(Beifall bei der LINKEN - Uwe Beckmeyer [SPD]: Da haben wir doch die ganze Zeit neue Strecken gebaut! Haben Sie das denn gar nicht mitgekriegt? „Gebrauchte“ Strecken kann man nämlich nicht bauen! Also, so etwas!)  
- Die Zahlen sprechen für sich, Herr Beckmeyer.  
(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Ja! Wenn man sie lesen kann!)

Staatsnahe Monopolisten machen uns auch an anderer Stelle das Leben schwer. Es ist beschämend, dass sich die Bundesregierung auch da vorführen lässt. Daimler-Chrysler und die Deutsche Telekom haben in Sachen Autobahnmaut schlechte Arbeit geleistet; das wissen wir alle. Das hat dem Staat Einnahmeverluste in Milliardenhöhe gebracht. Von Reue oder Wiedergutmachung ist bei den Konzernen aber auch heute nichts zu hören.

(Otto Fricke [FDP]: Sollen die denn noch mehr Leute entlassen, oder was wollen Sie?)

Herr Hübner und Herr Schmidt, Sie beide haben darauf hingewiesen, dass wir an dieser Stelle 2,5 Milliarden Euro gefordert haben. Das sind die Gelder, die uns heute fehlen. Sie waren in der Kalkulation angesetzt, sind aber nach wie vor nicht da.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Reine Luftbuchungen!)  
Stattdessen gibt es Anzeichen dafür, dass die Verzögerung der Schiedsverfahren von Ihnen mitgetragen wird.

(Dr. Frank Schmidt [SPD]: Das ist jetzt aber eine Unterstellung!)

Es muss dem Parlament erlaubt sein, von der Bundesregierung zu fordern, zumindest diese beiden Unternehmen von allen staatlichen Förderungen auszuschließen.

Sehr geehrter Herr Minister, der Stadtumbauprozess in den neuen Bundesländern rechtfertigt aufgrund des Tempos des demografischen Wandels und aufgrund des enormen Anpassungsdrucks auf den Wohnungsbestand keine Kürzung der Fördermittel. Dennoch haben Sie, zumindest

was den Osten des Landes betrifft, erneut eine Kürzung der Mittel zugelassen. Deshalb haben wir an dieser Stelle auch einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt.

Abriss, Rückbau und Wohnumfeldverbesserung sind zudem wichtige Instrumente zur Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums vor allem in den Städten, und das nicht nur in Ostdeutschland. Immer wieder betonen wir, die Erfahrungen Ost auch zu Erfahrungen West zu machen, und zwar ausdrücklich und namentlich. Warum nutzt die Bundesregierung nicht endlich die Chance, ihre Feiertagsreden über die deutsche Einheit einmal mit ganz konkreten Beispielen der Technologie- und Erfahrungstransfers von Ost nach West zu untersetzen? Das würde den Bürgerinnen und Bürgern im Westen des Landes auch einmal das Gefühl vermitteln, in den Genuss der Erfolge im Osten zu kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch ein Trostpflaster für Sie gefunden. Ohne Frage ist das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ein sinnvolles Projekt des Bundes, eine Erfolgsstory, wie unser Minister immer zu sagen pflegt. Es verbinden sich mit der Umsetzung dieses Programms klima- und umweltpolitische Ziele zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland und zum sparsamen Umgang mit Energieressourcen. Wir sehen ebenso die Potenziale für die deutsche Bauwirtschaft und das Handwerk und die Beschäftigungseffekte durch ein solches Programm.

Wir haben angesichts zum Teil drastisch gestiegener und weiter steigender Energiepreise aber auch die Erwartung, dass die Belastungen durch Heizkosten insbesondere für jene Mieterinnen und Mieter mit kleineren Einkommen sinken. Gerade sie wohnen in preiswertem, meist kaum oder schlecht saniertem Wohnraum. Das vor allem stellen wir heute auch im Westen der Republik fest.

Wir fordern deshalb mit unserem Änderungsantrag eine weitere Aufstockung der Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms und verbinden damit die Forderung, Heizungssysteme auf Basis regenerativer Energieträger und Blockheizkraftwerke zu fördern.

Abschließend bleibt zu sagen, dass dem Verkehr und Bauhaushalt insgesamt der besondere Charakter nachhaltiger, sozial ausgewogener Politik fehlt. Deshalb wird meine Fraktion ihn ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Wolfgang Tiefensee.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Einzelplan 12 ist ein guter Einzelplan. Wir haben einen hervorragenden Haushalt, einen Haushalt für die Zukunft. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den Haushältern, insbesondere bei den Berichterstattern,

und dafür, dass wir in den letzten Wochen und Tagen noch eine zusätzliche Verstärkung erfahren haben. Herzlichen Dank dafür! Ein Dank auch an meine Mitarbeiterschaft, die so hervorragend mitgearbeitet hat. Dass ich in der Rednerfolge ein wenig später dran bin, gibt mir endlich einmal Gelegenheit, auf dieses oder jenes zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Als Erstes freue ich mich, dass Sie, Herr Königshofen - für mich einigermaßen überraschend, aber immerhin doch -, gesagt haben, zwischen uns beide passe kein Blatt Papier. So viel Lob von Ihrer Seite - ganz prima. Vielen herzlichen Dank!

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Wissen Sie, aus welchem Zusammenhang das gerissen war?)

Schwieriger ist es mit dem, was ich insbesondere aus der FDP und von der Linken zu diesem Haushalt gehört habe. Ich gestatte mir, ein paar Dinge gerade zu rücken. Frau Winterstein, Herr Döring, wie kann man hier ernsthaft behaupten, dieser Haushalt sei allein deshalb schlecht, weil er in der Summe sinkt, obwohl die Investitionen steigen? Was ist das für eine Darstellung? Endlich ein Haushalt, der Bürokratie abbaut, der bei der Verwaltung den Gürtel enger schnallt und mehr Investitionen tätigt - und das soll kein Beleg dafür sein, ob ein Minister erfolgreich ist oder nicht? Ich kann nur sagen: Es ist ein Erfolg, mit weniger Personal und weniger Konsumtion mehr investive Leistungen hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wie kann man in diesem Hause sagen, es habe keinen Aufwuchs gegeben? Wir beraten den Haushalt 2008 und nicht den Haushalt 2011. Im Jahre 2008 legen wir für die drei Verkehrsträger 9,4 bis 9,5 Milliarden Euro in die Waagschale. Wie viel hatten wir 2007? Da waren es 8,9 Milliarden. Deshalb muss man sich hier hinstellen und sagen: Das ist ein Aufwuchs, der sich sehen lassen kann. Er ist gut, und wir haben ihn aushandeln können, obwohl wir konsolidieren müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt in Richtung der Linken. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man zum Beispiel die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit 8.1 und 8.2 in einem Atemzug mit möglichen Einsparungen nennt. Was ist das für eine Ostpolitik? Warum formulieren Sie in Ihrem Antrag nicht, dass Sie auf die Finanzierung der A 14 von Magdeburg nach Schwerin verzichten wollen? Sagen Sie in der Öffentlichkeit, dass das Ihre Unterstützung für die Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Aufbaus Ost ist.

Wir machen das anders, und die Regierungskoalition will auf diesem Wege weiter fortfahren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist Zeit nach einem halben Jahr, Bilanz zu ziehen. Den Meckerern und Nörglern, die das am Haus oder sogar an Namen festmachen, sei gesagt: Die Erfolgsbilanz ist da, ob sie in der Zeitung steht oder nicht. Wir haben den Masterplan „Güterverkehr und Logistik“ auf den



Weg gebracht, damit wir Strategie betreiben. Wir haben ein nationales Stadtentwicklungsprogramm und die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt niedergeschrieben, damit wir auch dort Strategie betreiben.

Wir haben im letzten Monat den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit vorgestellt, in dem wir die strategischen Linien für den Aufbau Ost beschreiben. Dahinter stehen Einzelmaßnahmen, die sich sehen lassen können, auch auf europäischer Ebene. „Galileo“ ist angesprochen worden. Das ist auf gutem Wege,

(Otto Fricke [FDP]: Ist das schon sicher?)

allein weil wir dadurch für die deutsche Industrie die Aufträge sichern, die sie braucht, damit die Technologieentwicklung auch in Deutschland weiter zusammen mit Europa geschehen kann.

(Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich bin froh um eine Zwischenfrage, damit sich die Redezeit, die knapp bemessen ist, etwas verlängert. Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Kollege Hermann, stellen Sie die Zwischenfrage.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Minister. Es freut mich, dass Sie sich freuen. Sie haben jetzt über Infrastruktur gesprochen und darüber, was alles erreicht wurde. Nun ist Ihr Ministerium auch für andere Fragen zuständig, zum Beispiel für Fragen des Umweltschutzes im Verkehr. Heute geht ja der Skandal mit den nicht funktionierenden Dieselrußfiltern durch die Medien, und die Vorwürfe sind groß, dass die Regierung nicht rechtzeitig davor gewarnt hat.

Mir stellt sich die Frage: Wann war Ihr Haus, wann waren Sie mit der Sache befasst? Schließlich sind diese Filter vom Kraftfahrt-Bundesamt genehmigt worden. Jetzt ist für die nicht funktionierenden Filter die Genehmigung entzogen worden. Doch mittlerweile sind etwa 40 000 nicht funktionierende Dieselrußfilter verkauft worden. Die Leute haben Geld ausgegeben, die Leute haben Geld bekommen von der Regierung; aber sie haben jetzt einen nicht funktionierenden Katalysator. Sie haben sogar die grüne Plakette bekommen, die sie dazu berechtigt, in die Umweltzone hineinzufahren. Das ist ein Skandal ersten Ranges. Da stellt sich mir schon die Frage, warum Sie dazu nichts sagen, obwohl das gerade in aller Munde ist.

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Vielen Dank für die Frage; sie gibt mir Gelegenheit, auf den konkreten Fall einzugehen und ganz nebenbei die CO2-Politik im Verkehr anzusprechen.

Der Skandal ist, dass solche Filter produziert und eingebaut wurden. Der Skandal liegt bei denjenigen, die solche Filter in Verkehr bringen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Unser Haus hat sofort reagiert, zusammen mit dem Umweltministerium, als wir im August von diesem Skandal gehört haben. Wir sind dabei - das ist sicherlich auch in Ihrem Interesse -, für diejenigen, die geschädigt worden sind - das gilt sowohl für die Kfz-Besitzer als auch für

die Werkstätten -, eine gute Lösung zu finden. In unserem Interesse ist es, dass Dieselrußfilter eingebaut werden, weil wir die Belastung mit Feinstäuben minimieren müssen. Wir arbeiten unter der Federführung meines Kollegen Gabriel intensiv daran, das fortzusetzen. Das ist im Übrigen nicht die einzige Maßnahme, die wir im Sinne der Minimierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ergreifen wollen. Wir wollen im Luftverkehr - auch das ist eine strategische Maßnahme - die Landeentgelte emissionsabhängig machen, abhängig vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß

bzw. vom Schadstoffausstoß. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Luftverkehr in den Emissionshandel einbezogen wird. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mit Single European Sky - das ist von Herrn Kollegen Königshofen angesprochen worden - Warteschleifen verhindert werden. Wir wollen uns dafür einsetzen - Sie haben es angesprochen -, dass eine Kerosinsteuer eingeführt wird; das müssen wir allerdings europaweit machen. Wir wollen uns dafür einsetzen, die Kfz-Steuer nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu staffeln. Wir wollen uns dafür einsetzen, einen Kfz-Klimapass einzuführen. Das sind alles Maßnahmen im Verkehrsbereich, die dazu führen werden, dass wir den Ausstoß von CO<sub>2</sub>, Stickoxiden, Kohlenmonoxid und Feinstäuben verringern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich neben dem Verkehrssektor und neben dem Projekt „Galileo“, das ich angesprochen habe, kurz mit Stichworten benennen, was wir geschafft haben: Wir haben große Bauprojekte, die lange nicht vorangekommen sind, endlich in trockenen Tüchern: Die Finanzierung der Fehmarnbelt-Brücke ist geklärt, die Finanzierung von Stuttgart 21 ist geklärt. Stuttgart 21 gehört, wie Sie wissen, Frau Menzner und Frau Bluhm, zu einer europäischen Transversale, nämlich zum transeuropäischen Netz Nr. 17 - einem Projekt, das von immenser Bedeutung ist, um die neuen EU-Mitgliedstaaten, zum Beispiel Ungarn, anzuschließen.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Stuttgart 21 bekommt kein TENGeld! Die TEN-Gelder sind für die Strecke, Herr Minister!)

Im Stadtbereich gilt das Gleiche. Wir haben neben unserem nationalen Stadtentwicklungskonzept dafür Sorge getragen, dass die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm - ein wichtiges Instrument, um Klimaverbesserungen zu schaffen - weiter verstetigt werden.

Wir haben uns darum gekümmert, dass das Projekt „Soziale Stadt“ zur Beseitigung von Disparitäten zwischen den Stadtteilen auf hohem Niveau fortgeschrieben wird. Wir haben uns auch darum gekümmert, dass Pilotprojekte für den familien- und den altersgerechten Bau von Wohnungen und Stadtquartieren in Gang gesetzt werden. Das alles ist für die städtische Entwicklung wichtig.

(Abg. Lutz Heilmann [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Präsident, lassen Sie mich noch eine Zwischenfrage beantworten?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das ist jetzt aber die letzte Zwischenfrage, weil das

kein Dialog sein soll; vielmehr sollen hier Reden vorgetragen werden. - Bitte schön.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier in einer Debatte, dachte ich!)

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sprachen gerade die Fehmarnbelt-Querung an. Als unmittelbar betroffener schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter habe ich dazu eine Nachfrage.

Sie sagten, dass die Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung jetzt in trockenen Tüchern ist. Tatsächlich wurde in der letzten Woche ja verkündet, dass die Europäische Union über die TEN-Mittel 350 Millionen Euro zur Verfügung stellen will.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Frage!)

Nun wurde im Vorfeld aber immer gesagt, dass für die Fehmarnbelt-Querung 1,5 Milliarden Euro beantragt werden.

Können Sie mir sagen, wo der Rest der Summe herkommen

soll? Haben Sie mit der Europäischen Union

für die nächste Periode ab 2013 schon verabredet, dass dann die restlichen 1,15 Milliarden Euro kommen?

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Das kann ich Ihnen gerne beantworten. Es gibt eine klare Schnittlinie zwischen dem, wofür Deutschland, und dem, wofür Dänemark verantwortlich zeichnet. Diese Schnittlinie ist der erste Pfeiler der Fehmarnbelt-Querungsbrücke auf deutschem Gebiet.

Die TEN-Gelder sind für die Brücke, die den Fehmarnbelt überspannt, und die Hinterlandanbindung in Dänemark beantragt. Diese Angelegenheit hat mit Deutschland nichts zu tun. Wir haben das so klug und so gut verhandelt, dass die Fehmarnbelt-Querung mit relativ geringen TENZuschüssen gebaut wird - verbürgt durch das dänische Königreich - und dass die Hinterlandanbindung von Dänemark erstellt wird. Auf deutscher Seite führen wir die sowieso nötigen Maßnahmen durch, nämlich die Verbreiterung der Straße von zwei auf drei Spuren und die Elektrifizierung einer eingleisigen Eisenbahnstrecke, die ohnehin notwendig ist, wenn man bedenkt, dass jetzt von der Elektrolok auf die Diesellok umgespannt werden muss, was selbst dann ein unhaltbarer Zustand gewesen wäre, wenn weiterhin Fährverkehr betrieben worden wäre.

Das ist eine ganz wunderbare Einigung. Das Geld, das außerhalb der TEN-Finanzierung aufgebracht werden muss, nämlich etwa 4 Milliarden Euro für die Brücke und die dänische Hinterlandanbindung, wenn ich das richtig im Kopf habe, muss von der dänischen Regierung, vom dänischen Volk, zur Verfügung gestellt bzw. über die Mauteinnahmen, die auf dieser Brücke und der Hinterlandanbindung anfallen, refinanziert werden. Ich meine, das ist eine gute Lösung für unseren Haushalt und für dieses Projekt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ganz zum Schluss darf ich auch noch einmal auf den Aufbau Ost zu sprechen kommen. Die Gemeinschaftsaufgabe und deren Verstärkung ist ein großer Wurf. Er hat dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren Tausende

von Arbeitsplätzen neu entstanden und stabilisiert worden sind. Wir kämpfen darum, dass die Dauer der Investitionszulage verlängert wird, und es bestehen gute Aussichten, dass das gelingt.

Wir reden immer über Milliardenbeträge, aber wir haben auch solch kleine Programme wie „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ aufgestockt und mit 6 Millionen Euro verstetigt, und wir haben der Helmholtz-Gemeinschaft 45 Millionen Euro mehr gegeben, damit sie in den neuen Bundesländern investieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Verkehrsbereich, im Städtebau und im Baubereich haben wir, genauso wie beim Aufbau Ost, die strategischen Linien gelegt. Wir wissen, was wir wirtschaftlich, ökologisch und in Bezug auf die Lebensqualität und die sozialen Standards tun müssen. In den ersten zwei Jahren dieser Legislaturperiode ist Immenses geleistet worden, was es vielleicht nicht auf die Titelseiten schafft, für die einzelnen Menschen und Regionen aber trotzdem von eminenter Bedeutung ist. Wir haben es nicht dabei belassen, sondern ganz konkrete Projekte in Gang gesetzt, auf die wir stolz sein können.

Dieser Einzelplan 12 ist eine hervorragende Grundlage für das Jahr 2008.

Ich will nicht verhehlen: Sollte es im Jahre 2009 wiederum einen Aufwuchs über das hinaus geben, was wir bereits jetzt im Soll 2008 stehen haben, sollte also 2009, 2010 ein deutlicher Aufwuchs stattfinden, sehr verehrte Haushälter, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dann ist das Geld in unserem Haus und im Einzelplan 12 sehr gut angelegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Anton Hofreiter von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Bundeskanzlerin hat inzwischen eingesehen, dass der Klimawandel ein reales Problem ist. Wir haben das bereits vor 20 Jahren erkannt und freuen uns, dass die beiden großen Fraktionen inzwischen diese Erkenntnis nachvollzogen haben. Wir wären dankbar, wenn es bei den weiteren Erkenntnissen nicht wieder 20 Jahre dauern würde, bis Sie sie nachvollziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bundesminister, wenn man sich Ihren Haushalt betrachtet, dann könnte man denken, wir leben in diesem Land in interessanten Parallelgesellschaften. Auf der einen Seite gibt es eine Debatte über den Klimawandel und auf der anderen Seite einen Verkehrshaushalt, der das nicht im Geringsten abbildet. Sie loben sich hier dafür, dass Sie viel Geld, Milliarden, für Investitionen ausgeben; die Rede war von 9,4 Milliarden Euro für Verkehrswege. Man muss sich natürlich fragen, ob das Geld verkehrlich und volkswirtschaftlich sinnvoll angelegt wird. Bringen diese Investitionen etwas für den Klimaschutz, oder betoniert man nur den falschen Weg weiter fort?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal den Straßenbau an! Dort werden für mehrere Milliarden Euro Neubau- und Ausbaumaßnahmen vorgenommen. Jetzt könnte man sagen:

Wunderbar, das ist ja wenigstens verkehrlich sinnvoll. Aber fragen Sie doch einmal bei den Speditionen nach, ob es dort verkehrlich sinnvoll ist, wo die teuersten Projekte stattfinden. Nein, die finden dort statt, wo am lautesten geschrien wird, wo man glaubt, politisch etwas holen zu können, und nicht dort, wo es verkehrlich sinnvoll ist.

(Zuruf von der FDP: Wer entscheidet das?)

Wenn man sich anschaut, nach welchen Prioritäten diese Projekte ausgewählt werden, dann stellt man fest, dass im Straßenbauplan Projekte mit einem Nutzen-Kosten-Faktor - von Ihrem eigenen Ministerium ausgerechnet - von drei in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wurden und Projekte mit einem Nutzen-Kosten-Faktor von 27 überhaupt nicht im Straßenbauplan enthalten sind, sondern in den weiteren Bedarf verschoben sind. Ist es verkehrlich sinnvoll, dass man die sinnvollen Projekte nach hinten schiebt und die unsinnigen Projekte vorzieht? Lesen Sie doch in Ihren eigenen Plänen nach!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den demografischen Wandel und den Unterhaltungsrückstand von 25 Milliarden Euro angeht, wird es noch spannender, was dieses Ministerium macht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Hofreiter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kalb?

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kalb.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Kollege, jetzt bin ich richtig neugierig geworden. Ich würde gerne wissen, welche konkreten Projekte Sie nennen können, die einen Kosten-Nutzen-Faktor von eins zu 27 haben.

(Annette Faße [SPD]: Das möchte ich auch mal wissen!)

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das sind unterschiedliche Projekte im Ausbaubereich.

(Zuruf von der SPD: Welche?)

Ein Projekt mit einem Nutzen-Kosten-Faktor von eins zu 27 ist, glaube ich, ein Ausbauprojekt an der A 6. Dann haben wir noch Projekte im weiteren Bedarf mit einem Nutzen-Kosten-Faktor von 20 und 30. Wir haben das alles in einer schönen Liste zusammengestellt, die ich Ihnen gerne überlassen kann. Es sind fünf, sechs Projekte mit einem solch hohen Faktor zwischen 20 und 27, die alle im weiteren Bedarf sind. Wenn Sie es nicht glauben, dann kann ich es Ihnen schriftlich geben. Sie können die PRINS-Daten nachlesen. Das ist alles nachprüfbar. Es ist schade, dass Sie das anscheinend nicht wissen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Widerspruch bei der SPD)

In Ihrem Haushalt finden wir weitere unsinnige Projekte.

925 Millionen Euro sind für den Transrapid veranschlagt, und das vor dem Hintergrund, dass die EU sagt: Wir haben bereits 20 Zugsicherungssysteme, sechs verschiedene Stromspannungen, vier Spurbreiten. Sie führen ein weiteres inkompatibles Projekt für 925 Millionen Euro durch. Das ist letztendlich sinnlos und nichts anderes als Geldverschwendung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Alternativhaushalt vorgelegt. Danach widmen wir im Straßenbaubereich 500 Millionen Euro für den Neubau zu Mitteln für Unterhaltsmaßnahmen um. Der Straßenbauansatz sinkt auch bei uns nicht signifikant; das geben wir zu. Aber wir sehen den hohen Unterhaltsbedarf und geben entsprechend Geld aus. Sie hingegen verschieben alles immer weiter in die Zukunft, lassen Brücken verfallen und Autobahnen weitgehend verkommen. Sie wollen ständig neu bauen, was in klimapolitischer Hinsicht negativ ist.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Was ist das eigentlich für ein Bild, das Sie da malen?)

Unser Haushalt berücksichtigt auch Vorschläge für die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans. Dafür stellen wir 30 Millionen Euro ein, unter anderem für eine Fahrradakademie. Ich gebe zu, dass das nicht sehr viel Geld ist. Aber in diesem Bereich könnte man auch mit wenig Geld sehr viel erreichen. Aber nicht einmal dazu reicht es bei Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Innovative Ideen wie ein bundeseinheitliches ÖPNV-Ticket – hier wollen wir 5 Millionen Euro in die Hand nehmen, um das durchzusetzen – würden den Fahrgästen sehr viel nutzen. Aber auch hier: Fehlanzeige bei Ihnen. Ihr Haushalt ist ein schönes Beispiel dafür, dass Sie zwar vom Klimaschutz reden, dass es sich aber, wenn es darauf ankommt, ihn mit harten Zahlen zu unterlegen, um eine Nullstelle handelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaus Hofbauer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des Einzelplans 12 ist heute bereits hinreichend unterstrichen und dargelegt worden. Der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur ist von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Er sichert und schafft Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir die Verkehrsinfrastruktur stärken und weiter ausbauen.

Wir alle haben mitgeholfen, dass die Investitionen im Einzelplan 12 gestärkt werden. Sehr geehrter Herr Kollege Döring, es ist richtig, dass wir Verkehrspolitiker noch mehr wollten; darüber müssen wir nicht diskutieren. Wir haben aber im Zusammenwirken mit Herrn Minister Tiefensee einiges erreicht. Bereits im Haushaltsansatz sind 400 Millionen Euro zusätzlich gegeben worden. Nun haben wir dankenswerterweise 350 Millionen Euro zusätzlich bekommen, genauso wie 305 Millionen Euro als VE-Mittel. Natürlich ist das nicht ausreichend. Ich

habe bereits zugegeben, dass wir Verkehrspolitiker wesentlich mehr wollten. Aber wir sind auf einem guten Weg, unheimlich viel zu erreichen. Das sollte man betonen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Verkehrshaushalt, der Einzelplan 12, ist einer der wenigen Haushalte, die deutlich aufgestockt wurden. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bau von Straßen, insbesondere von Umgehungsstraßen, um Stau abzubauen und die Menschen zu schützen, trägt ganz entscheidend zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei. Dadurch erreichen wir einiges.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das einmal vorrechnen?)

Das muss man wegen der vielen Umfahrungsstraßen beispielhaft rechnen!)

- Herr Kollege Hermann, das CO<sub>2</sub>-Programm, das ein großer Erfolg ist, lassen wir uns von den Grünen nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Winfried Hermann

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! Das ist klein! Es reicht nicht!)

- Das CO<sub>2</sub>-Programm hilft den Menschen, spart Energie ein und trägt vor allen Dingen dazu bei, dass im mittelständischen Bereich Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Deshalb ist dieses Programm ein großartiger Erfolg. Das will ich hier deutlich unterstreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte im Bereich Wohnungsbau noch einen Punkt ansprechen, und zwar die Programme zur Stadtsanierung und zum Stadtumbau. Ich möchte das ergänzen, was Sie, Herr Minister, gesagt haben. Ich stelle fest, dass gerade in kleinen Kommunen ganze Netzwerke entstehen, dass die Menschen aufeinander zugehen und versuchen, das Programm umzusetzen, dass eine Bewegung von unten entstanden ist. Die Programme sind so wertvoll, weil sie vor Ort ankommen und dort einiges bewegen. Wir können stolz darauf sein, was die Bundespolitik in den Gemeinden umsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich haben wir noch einiges zu tun; der Minister hat es angesprochen. Wir haben einige Schwierigkeiten. Wir brauchen insgesamt für die Verkehrsinfrastruktur mehr Geld. Schauen Sie sich den zusätzlichen Verkehr an, der allein im Rahmen der EU-Osterweiterung entstanden ist. Wenn Europa zusammenwachsen und wirtschaftlich eine Einheit werden soll, dann brauchen wir optimale Verkehrsverbindungen. In den letzten zehn Jahren gab es beispielsweise am Grenzübergang Waidhaus eine Zunahme des Güterverkehrs von 300 000 auf 2,1 Millionen. Das kann man mit dem jetzigen Straßennetz nicht bewältigen. Wir brauchen hier eine gewaltige Zunahme.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Es handelt sich zwar um ein kleineres Thema, aber wir müssen auch das Thema „Parkplätze entlang der Bundesautobahnen und an Bundesstraßen“ angehen. Wir haben die Lenk- und Ruhezeiten eingeführt. Das war eine Maßnahme zur Verkehrssicherheit. Aber die Situation

auf den Parkplätzen und um die Parkplätze herum ist unerträglich geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind dem Ministerium daher sehr dankbar, dass eine Bestandsaufnahme gemacht und Initiative ergriffen wird. Es geht nämlich nicht an, dass wir Lenk- und Ruhezeiten einführen, die Lkw aber keine Parkplätze mehr finden und zum Teil auf den Autobahnen und Nebenstrecken stehen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden auch das Thema Lärmschutz weiter verfolgen.

Hier geht es um Akzeptanz, hier geht es um das Zusammenwirken der Menschen mit den Anliegern.

Ich möchte noch eine Bemerkung zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, zur sogenannten

VIFG, machen. Wir, die Koalitionsfraktionen, sind dabei, diese Einrichtung zu stärken. Wir brauchen neue Wege in der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Wir brauchen neue Möglichkeiten, damit wir flexibler werden. Wir müssen in längeren Zeiträumen denken und handeln, nicht nur in Haushaltsjahren. Ich glaube, das ist von entscheidender Bedeutung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine letzte Bemerkung darf ich in drei Punkten zusammenfassen:

Wir brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung für die Verkehrsinfrastruktur, wir

müssen die erfolgreichen CO2-Programme fortsetzen, und wir müssen die VIFG stärken, um die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Für die SPD-Fraktion hat nun Kollege Uwe Beckmeyer das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Uwe Beckmeyer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man die Debatte verfolgt hat, stellt man fest,

dass - möglicherweise auch funktionsbedingt - Opposition

und Koalition hier unterschiedliche Wahrnehmungen

zum Ausdruck bringen. Nur, an Fakten kommt man

nicht vorbei. Die Fakten sind, so glaube ich, das Entscheidende,

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

gerade wenn man sich zur Verkehrsinfrastruktur äußert.

Herr Döring, es kann nicht angehen, dass Ihr Fraktionsvorsitzender

heute Morgen und gestern - durch

Presseverlautbarungen vorbereitend - ankündigt: „Wir

als FDP haben das große Sparbuch mit allem Drum und

Dran“

(Otto Fricke [FDP]: Haben wir ja auch!)

und Sie in die Bütt gehen und genau das Gegenteil erzählen.

Morgen werden wir wieder erfahren, dass Ihre

Fachkollegen in anderen Haushaltsbereichen keine Einsparungen,

sondern Mehrausgaben fordern. Das genau

ist die Spreizung, die Sie hier ständig vorführen. Auf der

einen Seite gaukelt die FDP dem deutschen Volk vor, sie



sei die Spartei, und auf der anderen Seite fordert sie vom Minister und von den Fachkollegen zusätzliche Investitionen, um Politikgestaltung aus ihrer Sicht vornehmen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unaufrichtig.

Ich denke, in ähnlicher Form gilt das auch für die Linkspartei, die in dieser Frage ein sehr diffuses Bild abgibt. Auf der einen Seite sagt sie, der Osten sei zu schlecht weggekommen. Auf der anderen Seite lehnt sie Verkehrsinfrastrukturprojekte im Osten dezidiert ab. Dabei nimmt sie nicht zur Kenntnis, dass wir gerade in den vergangenen 15 Jahren in großem Maße Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in den ostdeutschen Ländern durchgeführt haben. Wir haben neue Bundesstraßen, neue Autobahnen und neue Eisenbahnverbindungen geschaffen. Die Infrastruktur ist da, und sie ist - Gott sei Dank - neu. Das ist wichtig für die Mobilität von Gütern und von Menschen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat hier schon zum Ausdruck gebracht, dass wir mit diesem Haushalt eine besondere Aufgabe für Deutschland wahrnehmen. Ich will das, was ich bei der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs gesagt habe, nicht wiederholen, sondern es nur noch einmal auf den Punkt bringen: Im Grunde ist dieser Ressorthaushalt der konjunkturstimulierende Bereich, mit dem Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Deutschland überhaupt erst ermöglicht werden.

Wenn der Blutkreislauf, die Mobilität in Deutschland zusammenbricht - wir sehen es aktuell daran, wie wichtig die Frage ist, ob bei der Bahn gestreikt wird oder nicht -, dann haben wir die größten Probleme, was die Ökonomie und die Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen Strukturen angeht. Insofern darf die Bedeutung dieses Bereichs für den Standort Deutschland nicht kleingeredet werden. Wir sind Motor für das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Wir sorgen für Beschäftigung. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten eine Verdoppelung der Güterverkehrsleistungen zu vergegenwärtigen haben. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Es ist auch unsinnig, wenn gesagt wird - wie es hier geschehen ist -, dass wir nur neu bauen, Herr Hofreiter. Mehr als 50 Prozent der Straßenbaumittel werden für Unterhaltung und Sanierung eingesetzt. Das ist es doch, was wir momentan in überwiegendem Maße tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie über deutsche Autobahnen fahren, werden Sie feststellen, dass schon sehr viele Baukolonnen unterwegs sind, die Brücken reparieren, Strecken erneuern und dafür sorgen, dass das, was da ist, künftig in einem guten Zustand ist.

Zum Klima. Herr Hermann, natürlich haben wir auch die Klimafolgen zu beachten. Auch der Verkehr muss für den Klimaschutz einen wichtigen Beitrag leisten. Aber ich fordere Sie auf: Leisten Sie ihn mit uns gemeinsam!

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Vorschläge gemacht!)

Der Kollege Königshofen hat vorhin etwas sehr Bedenkenswertes

ausgeführt, als er darüber sprach, was aktuell im Luftverkehr passiert. Die Strecke von Frankfurt nach Madrid ist, wenn Sie die reine Luftlinie nehmen, 1 100 Kilometer lang. Die Flugzeuge der Lufthansa oder anderer Gesellschaften fliegen aber 1 500 Kilometer. Mit jedem Flug fliegen sie rund 400 Kilometer mehr. Wenn man diese Umwege abschaffen will, braucht man in Europa einen funktionalen Luftraumblock, in dem es nicht nationale Flugsicherungen gibt, die auch noch Sicherheitsprobleme mit sich bringen. Auf diese Art und Weise

- hören Sie zu -

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mir alles bekannt!)

könnten pro Jahr 11 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden. Das ist ein Fünftel dessen, was wir im Verkehrsbereich insgesamt einsparen müssen.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lassen Sie es uns doch tun!)

Ich bitte Sie, in dieser Frage nicht blind zu sein und nur einseitige Forderungen zu stellen, sondern uns auch bei dieser Angelegenheit zu unterstützen,

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich!)

damit wir in dieser Frage gemeinschaftlich vorgehen. Es geht hier nicht um Teilprivatisierung. Es geht um Funktionalitäten, es geht ums Sparen. Es geht um die Minderung von CO2-Emissionen und darum, dass wir grundgesetzlich unhaltbare Zustände beseitigen. Wenn ich höre und lese, dass wir circa 20 - im Grunde illegale - Luftraumzuständigkeiten

in Deutschland haben, die mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmen, dann muss ich mich doch fragen, ob da irgendetwas falsch läuft.

(Jan Mücke [FDP]: Wann kommt die Grundgesetzänderung?) Das bedeutet, dass wir in dieser Frage in Deutschland Handlungsbedarf haben.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Wir müssen zusätzlich zu dem, was ich eben ausgeführt habe, dafür sorgen - der Haushalt des Bundesverkehrsministers ist dementsprechend ausgestaltet -, dass die Akzeptanz der Verkehrsinfrastruktur seitens der Bevölkerung erhöht wird, und zwar durch Lärmschutz, Minderung der CO2-Emissionen, Staubminderung und durch all das, was damit zusammenhängt. Ich glaube, wir sind auf diesem Wege gut vorangekommen. Die Investitionen, die wir zum Zwecke der Minderung des Lärms an Schienen und Straßen getätigt haben, können sich sehen lassen. Ich denke, da müssen wir weiterarbeiten.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun Kollege Arnold Vaatz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Einzelplan 12 ist keiner der schlechtesten. Wir haben meines Erachtens eine gute Basis für die Arbeit im Jahre 2008 gelegt. Ich halte es auch für wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir bei den wichtigsten

Förderprogrammen tatsächlich Kontinuität erreicht haben. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Allerdings hätten wir uns insbesondere für den Verkehrsbereich noch etwas mehr Mittel gewünscht. Wie jeder weiß, sollten die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ ursprünglich etwas schneller durchgeführt werden. Insbesondere die Strecke Berlin-Prag sowie die Ost-West-Strecke Leipzig-Dresden-Breslau sind für uns sehr wichtige Erschließungsadern. Wir haben ein großes Interesse daran, dass sie schnellstmöglich fertiggestellt werden. 913 Millionen Euro für diesen Bereich, das ist eine durchaus beachtliche Summe, für die wir dankbar sein können.

Frau Bluhm hat auf den leichten Rückgang der Mittel im Rahmen des Wohnraumförderprogramms hingewiesen. Frau Bluhm, das, was Sie da festgestellt haben, ist sicher nicht ganz falsch. Dies aber aus Ihrem Munde zu hören, ist eine Unverschämtheit. Ich will Ihnen erklären, warum: Sie waren ausweislich des Bundestagshandbuchs seit 1977 Mitglied der SED. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit - das habe ich Ihnen vor 15 Jahren vorgeworfen, das habe ich Ihnen vor zehn Jahren vorgeworfen, das werfe ich Ihnen heute vor, und das werde ich Ihnen auch in zehn Jahren noch vorwerfen -: Hätte Ihre Partei nicht ein katastrophales Fehlplanungsprogramm des gesamten Wohnungsbaus hingelegt, hätten wir das heutige Problem, den Stadtumbau in Ostdeutschland, gar nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Heidrun Bluhm)

[DIE LINKE]: Das ist falsch!

Hätten Sie das Eigentum geachtet, hätten Sie nicht zentralistisch geplant, hätten Sie nicht am Bedarf vorbeigebaut, hätten wir in jedem Jahr mindestens eine halbe Milliarde Euro sparen können. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Blicken Sie einmal zurück auf die Zeit bis zum Jahre 1990! Dann stellen Sie fest, wie viele Mittel für soziale Wohltaten Sie den Ostdeutschen nur durch das, was Sie zu DDR-Zeiten verbockt haben, entzogen haben.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Vaatz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Menzner von der Linksfraktion?

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Wird mir das auf meine Redezeit angerechnet?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nein. Sie kennen doch die Regeln. - Frau Menzner, bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Herr Kollege Vaatz, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die Abwanderungsbewegung in den letzten 17 Jahren auch

Gründe für den Stadtumbau Ost sind? Dieser Stadtumbau hat beileibe nicht nur mit eventuellen Fehlentwicklungen in früheren Jahren zu tun, die es, ganz nebenbei gesagt, auch in den alten Bundesländern gab.

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Kollegin, diese Auffassung teile ich. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass der Hauptgrund für

die Abwanderungen in den letzten Jahren die infrastrukturellen und die gesellschaftlichen Differenzen sind,  
(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Wer ist denn daran schuld?)

die in 40 Jahren in Ostdeutschland entstanden sind.

Auch dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Abg. Dorothee

Menzner [DIE LINKE] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

- Eine weitere Zwischenfrage gestatte ich nicht, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass die nach unten offene Richterskala eine weitere Steigerung zulässt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen den Einzelplan 12 nicht isoliert betrachten. Auch in einer Reihe anderer wichtiger Einzelpläne, die wir ebenfalls noch beschließen werden, sind große Teile des Aufbaus Ost versteckt.

Wir können die Qualität des Einzelplans 12 in Bezug auf den Aufbau Ost nur dann richtig beurteilen, wenn wir erkennen, wie er mit anderen Einzelplänen korrespondiert. So ist es im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums gelungen, die geplante Kürzung der GAMittel

um 50 Millionen Euro rückgängig zu machen und damit die Mittel auf dem Niveau des vorigen Jahres zu verstetigen. Das haben wir uns vorher fast selbst nicht zugetraut; deshalb kann man hier von einer großen schwarz-roten Leistung reden. Insofern ist in dem roten Faden, von dem Sie gesprochen haben, Herr Kollege Hübner, auch noch ein schwarzer Faden enthalten. Das ist also eine gute Gemeinschaftsleistung gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es gibt aber auch noch Investitionsförderleistungen allein für Ostdeutschland von über 120 Millionen Euro und im Bildungs- und Forschungsministerium ein Ausbildungsplatzsonderprogramm

für Ostdeutschland in Höhe von 71 Millionen Euro. Ferner gibt es eine regionenorientierte Innovationsförderung in Höhe von 52 Millionen Euro, die ebenfalls hundertprozentig nach Ostdeutschland fließt.

Nicht vergessen dürfen wir etwas, was viel zu wenig erwähnt wird: Allen Treuhandnachfolgefinanzierungsnotwendigkeiten wird bis heute Jahr für Jahr treu und brav nachgekommen. Dies macht im Haushalt des Finanzministeriums insgesamt immerhin 280 Millionen Euro aus. Dafür, dass dies möglich ist, sind wir ebenfalls sehr dankbar; denn dies hält sehr viele Menschen in Arbeit und verändert die Regionen in Ostdeutschland zum Positiven.

Des Weiteren ist es gelungen, beim Bundeskulturminister einen Nachtragshaushalt für Ostdeutschland zu erreichen, wofür insbesondere dem Kulturausschuss zu danken ist. Die Zuteilung für die Klassik-Stiftung Weimar kann im nächsten Jahr mit 45 Millionen Euro beginnen, und für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sind insgesamt 77,5 Millionen Euro vorgesehen. Wichtig ist auch, dass der für den Aufbau Ost zuständige Bundesverkehrsminister deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass er für eine Verlängerung der Frist für die I-Zulage bis zum Jahr 2009 kämpfen wird. Dies sollte

unser gemeinsames Anliegen sein; denn es ist ein sehr wichtiges Instrument zur Revitalisierung unserer Wirtschaftsinfrastruktur in Ostdeutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

All dies kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Ostdeutschland noch eine ganze Reihe struktureller Probleme gelöst werden müssen. Dies nehmen wir mit diesem Haushalt in Angriff. Hartz IV greift; die Arbeitslosigkeit bewegt sich langsam, aber stetig und unübersehbar zurück. Auf der anderen Seite werden hochqualifizierte Arbeitskräfte in Ostdeutschland rar. Deshalb sind hier sehr viel Fantasie und Tatkraft gefragt. Deshalb wird es auch sehr darauf ankommen, mit welcher Qualität das Ausbildungsplatzsonderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung umgesetzt werden wird.

Die Länder sind in der korrekten Verwendung von Solidarpaktmitteln – auch dies sollte hier einmal deutlich gesagt werden – beträchtlich vorangekommen. Sie sind besser als in den Vorjahren, was Anerkennung verdient und letztlich auf unseren Druck zurückzuführen ist. Die Steuerdeckungsquote hat sich nach jahrelanger Stagnation bei 45 Prozent zum ersten Mal über die 50-Prozent-Marke bewegt, aber das ist noch lange nicht genug. Wir bleiben dabei, dass der Solidarpakt im Jahre 2019 auslaufen wird. Wenn bis dahin das Ganze im Osten funktionieren soll, dann brauchen wir einen Aufwuchs der Steuerdeckungsquote um mindestens 15 Prozent. Dafür müssen wir alle Anstrengungen unternehmen. Außerdem ist es notwendig, dass wir auf die demografische Entwicklung in Ostdeutschland angemessen reagieren. Hier kann ich nur an die Länder appellieren, frühzeitig entsprechende Strukturen zu schaffen, sodass nicht die demografische Entwicklung neue finanzielle Engpässe und Bürden für die Länder schafft, auf die sie nicht vorbereitet sind. An dieser Stelle ist es meines Erachtens sehr wichtig, die Dinge, die auf uns zukommen, frühzeitig anzugehen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass wir einige Wachstumskerne etablieren konnten. Allerdings reicht es nicht aus, solche Kerne in Ostdeutschland zu etablieren; wir müssen sie auch konkurrenzfähig halten. In der gegenwärtigen Situation behindern uns die europäischen Beihilferegulungen, die ursprünglich dafür bestimmt waren, Konkurrenzverzerrungen innerhalb Europas einzudämmen, jetzt, da wir weltweit konkurrieren, zum Beispiel mit Amerikanern und Japanern. An dieser Stelle muss etwas geschehen, damit wir unsere Standorte erhalten können.

Zum Schluss habe ich noch die dringliche Bitte an Sie, Herr Verkehrsminister, den Korridor von Rostock bis nach Prag doch noch in die TEN-Anmeldung 2008 einzufügen. Kombinieren Sie das mit EFRE-Mitteln, so wie Sie das bei den Streckenabschnitten 8.1 und 8.2 getan haben! Dann sind wir uns beide einig. Das wäre ein großer Erfolg für uns alle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegin Heidrun

Bluhm das Wort.

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Herr Kollege Vaatz, anhand Ihrer Aussprache stelle ich fest, dass Sie auch aus den neuen Bundesländern kommen müssten.

(Otto Fricke [FDP]: Was ist das denn?)

Deshalb frage ich Sie hier, wo Sie in der Zeit bis 1990 gewohnt haben.

Es ist richtig, wenn Sie feststellen, dass ich seit 1977 Mitglied der SED war. Ich bin heute in der Linken, weil ich kein Wendehals werden wollte.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die DDR permanent unter Wohnungsnot gelitten hat, und zwar bis zur Wende - daher auch meine Frage, wo Sie sich in der Zeit aufgehalten haben -; denn erst der XII. Parteitag 1990 sollte das Wohnungsproblem als soziales Problem in der DDR lösen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis,

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Nein, wir nehmen es nicht zur Kenntnis!)

dass der Überschuss an Wohnraum erst nach der Wende entstanden ist,

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wir sind doch nicht in der Volkskammer!)

und zwar im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland, spätestens Ende der 90er-Jahre, 1998, 1999 und 2000. Auch weil zudem der demografische Wandel zugeschlagen hat, müssen wir feststellen, dass der Wohnungsüberschuss heute nicht mehr nur ein Phänomen der ostdeutschen Länder ist, sondern mittlerweile längst auch ein Phänomen der westdeutschen Bundesländer geworden ist. Deshalb habe ich meine Ausführungen in diesem Zusammenhang so gemacht, wie ich sie tätigte. Ich wollte hier nur die Geschichte geraderücken, damit Sie mit Ihren laxen Bemerkungen nicht so durchkommen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Vaatz, Sie haben die Möglichkeit zur Reaktion.

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Kollegin Bluhm, Sie haben gefragt, woher ich komme. In der Tat - Sie haben meine Aussprache richtig geortet -, ich bin in Thüringen geboren und wohne in Sachsen.

Meine Wohnsituation, auf die Sie hier abheben, gestaltete sich so, dass ich bis zu meiner Inhaftierung im Jahr 1982 mit meiner Frau und einem Kind in der Futterküche eines Bauernhofes gewohnt habe. Nach meiner Inhaftierung wurde mir mit meiner Familie - inzwischen hatte ich zwei Kinder - eine Wohnung außerhalb des Dorfes zugewiesen, die während unserer Anwesenheit - zwölf Jahre haben wir dort gewohnt - nach und nach zerfallen ist und am Ende bis zur Decke mit Schimmel und Pilz bedeckt war, weil es unten leider nicht trocken war. Sie ist jetzt nach langer Zeit endlich ordentlich renoviert worden; allerdings wohnen wir nicht mehr dort. Dieses ganze Martyrium hat ungefähr 16 Jahre lang gedauert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - in der Ausschussfassung. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7295? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Linken und der Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7296? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung der Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7297? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen wie zuvor abgelehnt.

Wer stimmt nun für den Einzelplan 12 in der Ausschussfassung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 12 ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.7 auf:

Einzelplan 10

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Drucksachen 16/6410, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Georg Schirmbeck

Ernst Bahr (Neuruppin)

Jürgen Koppelin

Roland Claus

Alexander Bonde

Zum Einzelplan 10 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Kollegen Hans-Michael Goldmann, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen im Liberalen Sparbuch will die FDP die äußerst günstige Einnahmesituation des Bundes nutzen, um schon jetzt einen schuldenfreien Haushalt zu erreichen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

- Kollege Kelber, auch Sie können sicherlich durch Zuhören schlauer werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aber nicht durch den Kollegen Goldmann!)

Der Kollege Beckmeyer hat das eben schon durcheinandergebracht.  
- Es ist eigentlich ganz einfach: Wenn der Haushalt des Bundes 2008 insgesamt 283 Milliarden Euro umfasst und wir Einsparungen im Umfang von 12 Milliarden Euro vorschlagen, dann ist das genau der Beitrag, der dazu führt, dass schon dieser Haushalt wesentlich solider finanziert ist, als Sie das im Moment und möglicherweise auch zukünftig vorhaben.

(Beifall bei der FDP)

Wir schlagen diese Einsparungen nicht zum Schaden wichtiger Weichenstellungen vor, sondern mit der notwendigen Gewichtung, um den Haushalt für den Ernährungsbereich, den landwirtschaftlichen Bereich und den Verbraucherschutz insgesamt qualitativ zu steigern. So fordern wir beim Verbraucherschutz zusätzliches Geld, damit die Bürgerinnen und Bürger sich informieren und qualifizierte Marktentscheidungen treffen können. Ihre Haushaltsansätze, Herr Minister Seehofer, sind zum Teil kurzatmig - wie bei der Sicherung bzw. Nichtsicherung der agrarsozialen Sicherungssysteme -, sie sind zum Teil auch Augenwischerei. So haben Sie darauf hingewiesen, dass 10 Millionen Euro eingesetzt werden sollen, um die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum voranzubringen. Allein im Landkreis Emsland, in dem ich zu Hause bin, kostet diese Verkabelung 30 Millionen Euro.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Das ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Das sind Dinge, die uns meiner Meinung nach in diesem Bereich nicht weiterhelfen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit heute ein Stück weit zu einer generellen Halbzeitbilanz nutzen. Die Große Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, große Lösungen herbeizuführen. Leider ist das Gegenteil der Fall.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: So ist es!)

Aufgrund der unterschiedlichen Ausrichtung von Sozialdemokraten und CDU/CSU müssen Sie sich immer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, was sehr schmerzhaft ist für den einen oder anderen aus den Reihen der CDU/CSU. Sie sind eine Koalition der Zerstrittenheit. Diese Zerstrittenheit - bei allen positiven Entwicklungen, die es im Agrarbereich durchaus gibt - schlägt durch und führt zu Verunsicherung. Vertrauen in Ihre Politik im Agrarbereich, insbesondere im Verbraucherschutz, kommt nicht zustande. Die Menschen sind verunsichert. Es gibt keine guten Weichenstellungen in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP)

Das ist sicherlich auch für Sie relativ einfach nachzuvollziehen. Schauen Sie sich einmal Ihren Standpunkt zum sogenannten Health-Check zur Halbzeitbewertung an. Der eine Teil von Ihnen möchte eine Deckelung der Ausgleichszahlungen. Der andere Teil sagt: Auf keinen Fall eine Deckelung! Der eine Teil sagt: Die Modulationsmittel müssen angehoben werden. Der andere Teil sagt: Die Modulationsmittel dürfen auf keinen Fall zum Schaden der Landwirtschaft angehoben werden. Der eine Teil möchte mehr Geld für den ländlichen Raum, und der andere Teil sagt: Wir brauchen Planungssicherheit;



das haben wir den Bauern versprochen.  
Oder nehmen Sie Ihre Position zur Milchmarktreform.  
Der eine Teil schreit: Wie furchtbar, die Milchpreise steigen. Der andere Teil sagt: Was machen wir denn jetzt eigentlich mit der Milchmarktreform? Gehen wir dieses Thema an, oder lassen wir es weiter schleifen?  
- Die gleiche Situation besteht bei Ihren Positionen zur Gentechnik, zu den Biokraftstoffen und dem Pflanzenschutzgesetz.  
Vor kurzem hatten Sie sogar die Idee, am Montag um 10 Uhr eine Sondersitzung abzuhalten. Kurz nach 10 Uhr wird diese Sondersitzung dann wieder abgesagt. Sie bekommen die Dinge nicht voreinander.  
Nehmen Sie das Thema Nährwertkennzeichnung.  
Herr Seehofer sagt: auf keinen Fall eine Ampel! Einige aus den sozialdemokratischen Reihen sagen: Wir brauchen auf jeden Fall die Ampel. Herr Seehofer sagt: Es soll eine freiwillige Kennzeichnung geben. Andere sagen: So weit kommt das noch, jeder Hersteller muss kennzeichnen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Unglaubliches Chaos!)

Diese Dinge sind sehr strittig bei Ihnen; das ist völlig klar. Sie haben es vorhin wieder deutlich gemacht: Sie keilen sich zum Teil wie die Kesselflicker und glauben dann, dass draußen im Land eine saubere Botschaft überkommt. Das alles brauchen wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Seehofer, ich glaube, Sie wissen, dass ich Sie schätze.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Oh!)

- Warum nicht? - Sie machen aber fachliche Dinge, von denen ich zum Teil schon erschüttert bin; ich habe das eben zum Ausdruck gebracht. Darüber sollten Sie wirklich nachdenken. Wenn zum Beispiel der Stern sagt, dass Sie ein Minister im Aussitzstreik sind, und wenn dann die Bild-Zeitung bei allen Peinlichkeiten, die sie zum Teil aus Ihrem privaten Bereich transportiert, im Ministervergleich bei Ihnen mit dem Daumen nach unten zeigt, dann ist das ein Zeichen dafür, dass Sie im Grunde genommen in der Verbraucherpolitik sowie im Bereich des wirtschaftsbezogenen und des rechtlichen Verbraucherschutzes total abgetaucht sind.

Wenn wir darüber diskutieren, wie wir verhindern, dass Spielzeug, das in China hergestellt worden ist und zum Schaden der Kinder ist, unter dem Weihnachtsbaum landet, dann sind Sie nicht dabei. Wenn wir darüber diskutieren, wie wir es hinbekommen, dass gute und schlechte Kredite nicht willkürlich zum Nachteil der Kreditnehmer, der Mittelständler, weiterveräußert werden, dann sind Sie nicht dabei. Sie werden Ihren Ansprüchen, die im Koalitionsvertrag stehen - „Die Position der Verbraucher stärken“, „Lebensmittelsicherheit hat Priorität“ -, nicht gerecht. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der FDP - Waltraud Wolff [Wolmirstedt])

[SPD]: Das ist nicht nur unfair, das ist auch falsch, Herr Kollege Goldmann!)

Lassen Sie mich als Letztes ein aktuelles Beispiel ansprechen: das Thema Weinmarktreform. Wenn die Reform der Weinmarktordnung auf europäischer Ebene nicht deutlich verbessert wird, dann werden Sie Ihren

Ansprüchen, die in Ihrer Aussage: „Wir brauchen ein Reinheitsgebot für Wein“, zum Ausdruck kommen und die hoffentlich dazu beitragen, dass es der Weinwirtschaft in Deutschland dauerhaft gut geht, nicht gerecht.

(Gustav Herzog [SPD]: Das ist nun wirklich uralt! Legen Sie mal eine neue Platte auf!)

Zerstrittenheit schafft kein Vertrauen. Liebe Parteifreunde von der Großen Koalition, werden Sie sich erst einmal einig und machen Sie dann eine gute Politik! Die Agrarwirtschaft, die Ernährungswirtschaft und der Verbraucherschutz werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Georg Schirmbeck, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Minister Seehofer und seinen Mitarbeitern aus dem Ministerium sowie bei den Mitarbeitern aus dem Rechnungshof für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken.

Ich darf mich auch ganz herzlich für die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Bahr bedanken.

Kollege Goldmann hat von Zerstrittenheit gesprochen.

Wir haben bei den Beratungen nachgewiesen, dass man uns zwar alles vorwerfen kann, aber gerade dies nicht. Dazu stehen wir auch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Heute habe ich gelernt: Wir haben in dieser Woche zwar Haushaltsberatungen; aber man kann in diesem Zusammenhang eigentlich über alles sprechen, zu all dem, was einem gerade einfällt. Ich werde mich bemühen, etwas zu den Zahlen zu sagen, die im Bundeshaushaltsplan 2008 aufgeführt sind.

Der Einzelplan 10 umfasst 5,28 Milliarden Euro; das ist ein Aufwuchs von 2,1 Prozent oder 109 Millionen Euro. Aus Sicht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht das in die richtige Richtung. Die Investitionen betragen 547 Millionen Euro; davon sind etwa 9 Millionen zusätzliche Investitionen.

Auch das geht in die richtige Richtung.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt über die dauerhafte Finanzierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gesprochen. Aufgrund der unterschiedlichen

Agrarstruktur in Deutschland war es sehr schwierig, dort einen Weg zu finden. Wir haben einen

Kompromiss gefunden, der so aussieht, dass wir in den Jahren 2008 und 2009 zusätzlich 400 Millionen Euro in die Hand nehmen. Damit können wir Klein- und Kleinstrenten herauskaufen. Wenn alle mitmachen, wenn alle dafür werben, sind wir in der Lage, die Beiträge in Deutschland dauerhaft auf dem jetzigen Stand zu halten.

Wenn nicht alle mitmachen, haben wir in der Tat ein Haushaltsrisiko von 100 Millionen Euro. Das könnte schlimmstenfalls bedeuten, dass Beitragserhöhungen notwendig werden. Deshalb lohnt es sich, wenn alle in der Land- und Forstwirtschaft mitmachen und dafür werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein zentraler Punkt bei den Investitionen schließlich ist die Gemeinschaftsaufgabe, die GAK. Dort haben wir in diesem Jahr einen Aufwuchs von 615 Millionen auf 660 Millionen Euro zu verzeichnen. Das sind Mittel, die ganz wesentlich der Strukturverbesserung im ländlichen Raum dienen.

Hier ist eben die Breitbandverkabelung angesprochen worden. Die Breitbandverkabelung ist in der Tat gerade im ländlichen Raum ein großes Problem. Dass man, wie angesprochen worden ist, mit 10 Millionen Euro die Probleme nicht bundesweit lösen kann, ist sicherlich richtig. Ich habe aber festgestellt, dass, nachdem dieses Stichwort auf Bundesebene gefallen ist, in vielen Landkreisen jetzt an Konzepten gearbeitet wird, mit denen man die Probleme im ländlichen Raum lösen kann. In dem Entwurf, den wir gleich beschließen werden, ist vorgesehen, dass wir mindestens 10 Millionen Euro von den 660 Millionen Euro für die GAK zur Verfügung stellen wollen. Das heißt, der PLANAK ist sehr wohl in der Lage, erheblich mehr Mittel in die Hand zu nehmen. Wir erwarten natürlich auch eine Mitfinanzierung durch die Länder. Ich füge hinzu, dass wir uns gerade diesen Punkt im nächsten Jahr noch einmal vornehmen müssen; dann wollen wir erheblich mehr Mittel dafür ansetzen. Wenn wir Chancengleichheit in den verschiedenen Strukturen, in den verschiedenen Räumen haben wollen, dann müssen wir mittelfristig noch erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Von der Opposition ist in der Vergangenheit immer aufgezeigt worden, was wir weniger tun als die Vorgängerregierung. Ich kann hier feststellen, dass wir aufgrund von Fraktionsbeschlüssen für den Ökolandbau 6 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine Chance für den Ökobauern!)

Diese Mittel sollen besonders in die Forschung und Entwicklung fließen. Das heißt, wir haben hier mehr Mittel zur Verfügung, als Frau Künast eingeplant hatte. Auch dies geht also in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schorsch, du hast uns alle überzeugt!)

Wir haben eine vergleichbare Entwicklung bei der Verbraucherinformation. Hier werden wir weitere 3 Millionen Euro zur Verfügung stellen, besonders für den Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“. Es wäre schön, wenn diese zusätzlichen Mittel nicht nur in Papier fließen würden, sondern das eine oder andere in gesellschaftlichen Gruppen, vielleicht in Schule oder Familie getan würde, damit wir das umsetzen können, was wir eigentlich alle schon wissen, nämlich dass man sich mäßiger und richtig ernähren und sich mehr bewegen soll. Das ist das Beste, was man für ein gesundes Leben tun kann. Das muss nicht unbedingt mehr Geld kosten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden die nachwachsenden Rohstoffe weiter auf einem hohen Niveau fördern. Das ist, wenn wir über allgemeine Agrarpolitik in Deutschland sprechen, ein Thema, zu dem es sicherlich unterschiedliche Meinungen

zwischen SPD und CDU/CSU, aber vielleicht auch innerhalb der einzelnen Parteien gibt.

Ich glaube, dass wir ohne Grüne Gentechnik den Hunger in der Welt dauerhaft nicht besiegen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Ulrich Kelber [SPD]: Das glaube ich auch!)

Deshalb tun wir gut daran, wenn wir uns ein umfangreiches Wissen auf diesem Gebiet erarbeiten, weiter forschen und entwickeln und mit diesen Erkenntnissen dann die Grüne Gentechnik in der Welt durchsetzen.

Wir werden auf der Insel Riems in der Ostsee das Friedrich-Loeffler-Institut weiter ausbauen. Wir haben mit dem Friedrich-Loeffler-Institut heute schon eine Forschungsstätte zur Tiergesundheit eingerichtet - Tierseuchen sind weltweit zu einer Plage geworden -, in der Weltklasseleistungen vollbracht werden.

Wir werden diese Forschungsstätte in einem beispiellosen Kraftakt weiter ausbauen. Wir werden sie zum Mekka oder, wenn man so will, zum Rom der Forschung machen. Mittelfristig werden wir mehr als 119 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Wie offen wir dem Umwelt-, dem Landschafts- und dem Naturschutz gegenüberstehen, sehen Sie daran, dass wir den Deutschen Verband für Landschaftspflege institutionell fördern werden. Dieser Verband hat in der

Vergangenheit schon immer Mittel bekommen. Durch die institutionelle Förderung wird er zukünftig aber in der Lage sein, eine berechenbare Personalplanung vorzunehmen.

Das wird zu einer Verstetigung und zu einer weiteren Verbesserung seiner Arbeit führen.

Schließlich und endlich stehen uns in unserem Einzelplan erstmalig Mittel aus dem Verkauf der CO<sub>2</sub>-Zertifikate zur Verfügung. Sie sollen in den Gartenbau fließen.

Ich gehe davon aus, dass wir auch in den folgenden Jahren Mittel aus dem Zertifikatsverkauf erhalten werden, sodass in den Bereichen Gartenbau und Forstwirtschaft weitere Initiativen gefördert werden können.

Der Umbau der Ressortforschung geht in der Öffentlichkeit ein wenig unter. Man kann, glaube ich, sagen,

dass dies ein Aufbruch in eine neue Zeit ist. 2 700 Menschen sind an vielen Standorten in Deutschland in diesem

Bereich beschäftigt. Es gibt auch den einen oder anderen, der Danke sagt. Wenn Standorte umorganisiert

werden müssen, heißt das, dass viele Menschen ihren Wohnort verlegen müssen und an der einen oder anderen

Stelle Standorte geschlossen werden müssen. Der Kollege Carsten Müller aus Braunschweig beispielsweise

hat mir gesagt: Danke für das, was ihr für den Forschungsstandort Braunschweig tut. Das darf man einmal

positiv erwähnen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Insgesamt ist zu sagen, dass dieser Umbruch erforderlich ist, um die Spitzenstellung der Forschung in Deutschland weiter auszubauen.

Zum Schluss möchte ich einem Mann, der die Politik in den vergangenen Jahrzehnten besonders gut beraten hat, etwas ganz Persönliches sagen. Die Ressortforschung ist ein Gebiet, auf dem er sich besonders engagiert hat. Er hat viele Jahre dafür gearbeitet, dass diese Neukonzeption umgesetzt werden kann. Seit 1988 hat er

als Leiter des Haushaltsreferates, seit 1998 als Beauftragter/  
Unterabteilungsleiter für den Haushalt gearbeitet.  
Quasi nebenbei, aber mit ganzer Hingabe, wie es in Beamtengeetzen  
steht, hat er sich in den Wendejahren um  
die Verwirklichung der deutschen Einheit gekümmert  
und nebenbei drei Jahre lang die Bundesforschungsanstalt  
für Ernährung und Lebensmittel in Karlsruhe kommissarisch  
geleitet. Die Zusammenarbeit mit ihm hat  
nicht nur mir, sondern allen, die konkret beteiligt waren,  
immer Spaß gemacht. Er war auch sachlich erfolgreich.  
Deshalb möchte ich mich im Namen vieler in diesem  
Hohen Haus ganz außerordentlich bei Herrn Fritz  
Johannes für seine Arbeit bedanken und ihm unseren Respekt  
und unseren Dank aussprechen. Alles, alles Gute  
für die Zukunft, lieber Fritz Johannes!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile nun das Wort Kollegin Kirsten Tackmann,  
Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und  
Kollegen! Liebe Gäste! Die Sache mit dem Aufschwung  
hat immer etwas mit der Perspektive zu tun, vor allen  
Dingen bei der Antwort auf die Frage, wer von diesem  
Aufschwung profitiert.

Ja, es gibt landwirtschaftliche Betriebe, die als Kronzeuge  
für den Aufschwung dienen. Vor allem reine  
Ackerbaubetriebe profitieren von den steigenden Erzeugerpreisen.  
Die Verlierer dieses Aufschwunges sind die  
Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV, Niedriglöhnen  
und Armutsrenten und ihre Familien.

Ja, die Linke ist für kostendeckende Erzeugerpreise,  
aber die müssten auch bezahlt werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb darf die Agrarpolitik nicht die Augen vor der  
wachsenden Armut in diesem Land verschließen. Ein  
Blick auf die Ferkelerzeuger, die Milchviehbetriebe und  
die kleinen Biokraftstoffproduzenten zeigt: Der Aufschwung  
hat nur einige Gewinner, aber viele Verlierer.  
Dafür sind auch bundespolitische Entscheidungen verantwortlich.  
Ein Beispiel: Wer den gesetzlichen Mindestlohn  
verhindert, trägt dazu bei, dass erstens die  
Kaufkraft in den Dörfern zunehmend schwindet, zweitens  
fehlende existenzsichernde Arbeitsplätze die Landflucht  
beschleunigen und drittens sich der Fachkräftemangel  
auch in der Landwirtschaft zuspitzt. Auf meiner  
Sommertour durch landwirtschaftliche Betriebe in der  
Prignitz, meinem Wahlkreis, habe ich die Standardfrage  
gestellt: Wie stehen Sie zum Mindestlohn? Die Antwort  
lautete unisono in allen Betrieben: Wir würden gern  
8 Euro zahlen, aber wir können das nur, wenn alle das  
müssen. Ein so klares Votum ist für mich ein klarer  
Handlungsauftrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Andererseits ist aber auch richtig: Auf die eigentliche  
Agrarpolitik hat die Bundesebene nur begrenzten Einfluss.  
Hier dominieren Brüssel und die Bundesländer. Insofern  
ist der Bundesagrарhaushalt relativ schnell besprochen.  
Die Linke begrüßt die Beibehaltung des Bundeszuschusses

an die landwirtschaftliche Sozialversicherung von 3,7 Milliarden Euro. Damit ist bei einem Gesamtetat von 5,3 Milliarden Euro das meiste Geld gebunden. Der Ausbau der Breitbandversorgung in den ländlichen Räumen – das ist schon genannt worden – ist sehr wichtig. Aber auch wir sehen das – da sind wir mit der FDP einer Meinung – mit 10 Millionen Euro absolut unterfinanziert. Außerdem ist das nicht nur ein Problem der ländlichen Räume. Deswegen, denken wir, gehört es eigentlich in den Etat von Herrn Tiefensee.

Beim Blick auf die Agrarressortforschung muss ich erneut meine Verwunderung bezeugen. Die Verdoppelung der Bausumme für den Institutsneubau auf der Insel Riems – Herr Schirmbeck hat das schon genannt – von 151 Millionen Euro auf 315 Millionen Euro ist relativ großzügig. Ja, auch die Linke befürwortet diesen Neubau. Wir erwarten dieselbe Flexibilität aber auch bei anderen Projekten, die nicht Prestigeobjekte und nicht Exzellenzforschung sind. Die größten Wissensdefizite haben wir nämlich im Moment nicht in der Exzellenzforschung, sondern in der angewandten Forschung. Ich denke, auch die muss aus dem Schattendasein heraustreten können. Wir brauchen hier also dringend eine Neubewertung. In einigen Fällen könnten wesentlich größere Probleme mit weniger Geld gelöst werden. Unter dem Strich kann man über den Einzelplan 10 sagen: Er ist wenig ambitioniert, aber er richtet auch keinen großen Schaden an.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD)

Es reicht nicht, damit wir ihm zustimmen, aber ist angesichts des Gesamthaushaltes schon fast ein Lob.

(Lachen bei der SPD)

Die aktuellste Bedrohung für die Landwirtschaft kommt allerdings aus Brüssel. Die ländlichen Räume haben seit 2005 20 bis 40 Prozent der EU-Fördermittel und jährlich 60 bis 100 Millionen Euro Bundesmittel plus Kofinanzierungsmittel der Länder verloren. Nun will die EU-Kommission vorzeitig die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe kürzen. Allein Mecklenburg-Vorpommern würde dadurch über 80 Millionen Euro verlieren. Dieser Vorschlag bedroht die wirtschaftliche Existenz vor allem ostdeutscher Betriebe. Er verkennt völlig ihre real schwierige wirtschaftliche Situation und die Besonderheiten Ostdeutschlands. Durch die sogenannte Modulation geben die Landwirtschaftsbetriebe bereits jetzt Direktzahlungen an den ländlichen Raum ab. Laut aktuellem Agrarbericht reduziert das bei den ostdeutschen Betrieben den durchschnittlichen Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent. Altschulden, Flächenerwerb, Eigenkapitalschwäche und die Vielzahl von Eigentümern sind weitere Stichworte für die ostdeutsche Landwirtschaft.

Deshalb meine dringende Aufforderung an Minister Seehofer: Verhindern Sie diesen Wortbruch! Die Betriebe brauchen Verlässlichkeit, und die Dörfer brauchen die Betriebe. Sie sind oft die letzten sicheren Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.)

Hans-Michael Goldmann [FDP])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Ernst Bahr, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ernst Bahr (Neuruppin) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Situation, in der wir leben, ist heute schon mehrfach geschildert worden. Wir haben eine Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung, die sich erfreulich darstellt. Auch der Landwirtschaftssektor hat einen Anteil daran und hat sich gut entwickelt. Was gerade zur Situation der ostdeutschen Landwirtschaft gesagt wurde, ist aus meiner Sicht ganz anders. Das ist aber jedes Mal in einer solchen Debatte hier so. Alle Eigentumsformen der ostdeutschen Landwirtschaft haben sich sehr gut entwickelt, haben sich stabilisiert, sind in einer Situation, die sich von der Produktivität, von der Auslastung und von der Zuverlässigkeit her sehen lassen kann. Das schwarzgemalte Bild, das hier eben geschildert wurde, kann ich absolut nicht bestätigen. Ich freue mich, dass es so ist.

Ich sehe, dass wir immer wieder durch verschiedene konkrete Maßnahmen, zum Beispiel die Versorgung mit Breitbandkabeln, dazu beitragen, dass der ländliche Raum als solcher gefördert und unterstützt wird. Denn nicht nur die Landwirte leben dort, sondern auch ein ganz großer Teil der Bevölkerung lebt dort bzw. möchte dort leben. Dafür wird dieses Ministerium mit seinem Haushalt einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dass die Erzeugerpreise in den letzten Wochen und Monaten gestiegen sind, hat natürlich zu öffentlichen Diskussionen geführt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Landwirte dadurch zum Teil in die Situation kommen, endlich kostendeckend produzieren zu können.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig!)

Nun können sie wieder mit etwas mehr Sicherheit investieren.

Zum ersten Mal seit 40 Jahren sind die Preise auf dem Weltmarkt höher als die Preise in Europa. Diese Besonderheit wird in den öffentlichen Diskussionen oft übersehen. Die Nachfrage nach Lebensmitteln auf dem Weltmarkt hat auch dazu geführt, dass der Wert von Lebensmitteln in Deutschland nun etwas höher eingeschätzt wird, als es bisher der Fall war. Seit über 20 Jahren sind die Lebensmittelpreise fast nur gesunken. Das hat zwar den Verbraucher gefreut, aber die Landwirte sind dadurch eher in Schwierigkeiten geraten. Dass sich ein gestiegener Rohstoff- bzw. Erzeugerpreis sofort auch im Preis des Endprodukts, beispielsweise des Brotes, widerspiegeln muss, würde ich eher bezweifeln. Der Rohstoff Mehl zum Beispiel hat an einem Laib Brot, den man produziert, einen Anteil von etwa 4 Prozent. Es stellt sich die Frage, ob sich eine Erhöhung des Mehlpriees zwingend in einer drastischen Brotpreiserhöhung niederschlagen muss. Dies ist eher zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Gustav Herzog [SPD]: Nein! Das muss sich nicht durchschlagen, Herr Kollege! - Ulrich

Kelber [SPD]: Das müssen Sie einmal dem

Bundeswirtschaftsminister erklären! Der ist ja Bäcker!)

Die Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Produkte trägt erfreulicherweise zunehmend dazu bei, dass sich die Landwirte selbst um ihre Existenzsicherung kümmern können. Das führt auch im ländlichen Raum zu Wachstum. Ich denke, darüber sollten wir alle sehr froh sein. Wenn die Landwirte das gesamte Spektrum von Nahrungsmittelproduktion, Rohstoffproduktion und neuerdings auch Energieproduktion nutzen können, dann wird es auch hier zu mehr Sicherheit kommen. Mit den Agrarreformen der letzten Jahre haben wir darauf hingearbeitet. Nun zeigt sich auch bei den Landwirten ein Bewusstseinswandel. Sie stellen sich diesen Veränderungen und versuchen, ihnen Rechnung zu tragen.

Das wollen wir auch im Rahmen des Haushalts tun. Der Aufwuchs im Vergleich zum vorigen Haushaltsplan in Höhe von 100 Millionen Euro macht deutlich, dass wir uns den neuen Herausforderungen stellen wollen. Da der Kollege Schirmbeck dankenswerterweise schon alle Zahlen genannt hat, kann ich dazu vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle interpretierend Stellung nehmen. Ich möchte unterstreichen, dass wir einen immer größer werdenden Teil für Zukunftsinvestitionen bereitstellen. Dabei geht es um Forschung und Entwicklung, um die agrarsoziale Sicherung, um eine zuverlässige Verbraucherpolitik und nicht zuletzt um den ländlichen Raum, für den wir im Rahmen zukunftsichernder Maßnahmen Geld zur Verfügung stellen.

Die Ressortforschung nimmt hier einen besonderen Stellenwert ein. Sie ist innerhalb der Landwirtschaft wichtig, hat aber auch außerhalb der Landwirtschaft im Sinne des Verbraucherschutzes für die gesamte Gesellschaft eine Bedeutung. Deshalb ist es ein erfreuliches Ergebnis, dass es Ihnen, Herr Minister, in sehr konstruktiver Zusammenarbeit mit allen Beteiligten gelungen ist, die Diskussionen über die Standorte und über die Neugestaltung der Ressortforschung so reibungslos über die Bühne zu bringen, dass die Ergebnisse jetzt umgesetzt werden können. Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Strukturveränderungen in den nächsten Jahren so zu gestalten, wie wir es uns vorgestellt haben.

Die Mittel für die Forschungsinstitute werden in eigenen Haushaltskapiteln veranschlagt. Insgesamt geht es bei den vier Säulen Pflanze, Tier, Ernährung und Lebensmittel sowie ländliche Räume um 250 Millionen Euro.

Das, was gerade zum Friedrich-Loeffler-Institut gesagt wurde, stimmt so nicht. Es wird immer von einer Verdopplung der Kosten gesprochen. Das ist aber nicht richtig. Es gab verschiedene Projektideen, deren jeweilige Kosten ermittelt wurden. Für das neueste Projekt, das seit etwa einem halben Jahr in Rede ist, fand eine einmalige Kostenabschätzung statt, die im Vergleich zu früheren Projekten eine deutliche Erhöhung der Kosten zum Ergebnis hatte. Dabei handelt es sich aber nicht um eine Verdopplung der Kosten eines einzigen ursprünglich einmal erstellten Projekts. Insofern ist das richtigzustellen. Wer die Ressortforschung in diesem Bereich so gestalten will, wie wir sie aufgrund der weltweiten Warenströme haben müssen - es gibt eine größere Gefahr



von Tiersuchen und eine größere Gefährdung der Lebensmittel und damit der Menschen -, der muss investieren.

Wir brauchen einen weltweit anerkannten Standort.

Es lohnt sich, dafür Geld zur Verfügung zu stellen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es ist erfreulich, dass wir die Mittel für die GAK erhöhen konnten. Auch ist es erfreulich, dass wir die

Verbraucherschutzzentralen der Länder weiter fördern

können; das ist ein wesentlicher Punkt. An dieser Stelle

müssen wir allerdings sagen: Hier müssen auch die Länder

ihrer Verpflichtung nachkommen und ihren Beitrag

leisten. Sie sind gefordert, sich an der Finanzierung der

Erhöhung, die wir vornehmen, zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir werden die Bedingung formulieren, dass wir unsere

Zahlungen nur dann fortsetzen, wenn sich auch die Länder

angemessen beteiligen.

Zum Schluss möchte ich mich dem Dank des Kollegen

Schirmbeck an den Minister, an seine Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter und auch an die Berichterstatter insgesamt

anschließen. Lieber Kollege Schirmbeck, herzlichen

Dank für die straffe Führung der Verhandlungen, in

denen wir deutlich machen konnten, dass wir um konstruktive

Arbeit bemüht sind und die Berichterstattergespräche

da führen, wo sie geführt werden müssen.

Einen letzten Gruß noch an Herrn Fritz Johannes auch

von mir.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU - Peter

Bleser [CDU/CSU]: Er lebt doch noch!)

Wir werden uns nachher noch sehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: „Ein letzter

Gruß“?)

- Ich denke, der Gruß kommt so an, wie ich ihn gemeint

habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der

CDU/CSU)

Ich danke jedenfalls sehr für die konstruktive Zusammenarbeit

in den vergangenen Jahren. Wir werden uns

sicherlich hier und da wieder treffen, auch wenn du jetzt

aus dem Dienst ausscheidest.

Herzlichen Dank Ihnen allen, liebe Kolleginnen und

Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Ulrike Höfken, Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke

mich - die anderen mögen es mir verzeihen - bei

Herrn Johannes. Er hat sehr charmant immer tapfer jeden

Cent des Bundes verteidigt. Er kann ja nichts dafür,

dass die Weinbaureisortforschung in Bernkastel-Kues

zum Dienstleister mit Mindeststandard mutiert wurde

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Abwarten!)

oder dass in Traben-Trarbach die Arbeitsplätze abgebaut

wurden. Herr Johannes, vielen Dank!

(Gustav Herzog [SPD]: Frau Kollegin, Sie

wissen, dass das Land Rheinland-Pfalz viel

mehr Arbeitsplätze geschaffen hat! Das ist

doch Unsinn, was Sie hier erzählen! Immer die alte Leier!)

- Ja, das tut weh.

(Gustav Herzog [SPD]: Ja, wenn man Unsinn hört!)

Jedenfalls ist es so, dass Herr Seehofer sich feiert und sagt, er habe vieles erreicht. Wir suchen immer noch die Erfolge, und auch die Verbraucher scheinen hier Probleme zu haben; denn nur 40 Prozent sind mit der Arbeit von Herrn Seehofer zufrieden.

Die Unzufriedenheit wird sich noch verstärken, wenn die Verbraucher jetzt zu Weihnachten in ihren Taschen kramen und merken: Da ist nichts. Dann werden sie sich noch einmal daran erinnern, dass diese Bundesregierung den Verbrauchern durch die Mehrwertsteuererhöhung 22,5 Milliarden Euro weggenommen hat. Das ist eine Menge Geld, und es trifft vor allem die sozial Schwachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann auch mit wenig Geld erfolgreiche Politik machen. Man muss nicht immer Milliarden bewegen.

Wir, die Kollegin Dobrinski-Weiß, Frau Klöckner und andere, waren gerade mit dem baden-württembergischen Minister Hauk in Dänemark und haben dort die dänische Politik für die Verbraucher begutachten können. Bei der Umsetzung des „Smiley“ sieht man, dass eine erfolgreiche Verbraucherpolitik sehr wohl möglich ist. Sie haben ja leider aus dem Verbraucherinformationsgesetz, einem vielleicht einmal scharfen Schwert gegen die schwarzen Schafe im Betrugsbereich, ein Häkeldeckchen gemacht, und das übrigens ganz besonders im Bereich der Produktsicherheit bei den Spielzeugen. Heute lesen wir wieder in der Zeitung über die Plüschtiere. Daran sieht man, wie recht wir hatten, übrigens auch die Kollegen von der SPD,

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Und von der CDU! - Peter Bleser [CDU/CSU]: Da sind wir uns alle einig!)

mit unseren Hinweisen, dass eine vernünftige Ausgestaltung des Verbraucherinformationsgesetzes, die Ausdehnung auf alle Produktbereiche, wirklich etwas bewirkt hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei uns kommt auf 1 Million Einwohner - so sagt die Bundesregierung in Beantwortung unserer Anfrage - ein Kontrolleur. Letztendlich werden durch diese Waren, die in unseren Geschäften lagern, Milliardenschäden angerichtet und die Sicherheit unserer Kinder gefährdet.

Auch bei der Nährwertkennzeichnung muss man leider sagen: Sie ist mehr eine Verbraucherdesinformation. Eine einfache Ampelkennzeichnung hätte dazu beigetragen, auch die großen, übrigens sehr teuren Probleme wie Folgekosten ernährungsbedingter Krankheiten zu beheben. Heute finden die Verbraucher nur einen Wirrwarr von Kennzeichnungen in den Regalen vor.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Aber unter Künast war das nicht besser!)

Ich erwähne auch noch einmal den Abbau der Schutzstandards beim Gentechnikgesetz. Wir können schon jetzt absehen, dass als Folge dieses Gesetzes eine Flut

von Klagen und Problemen, übrigens auch kostenmäßig, auf diejenigen zukommen wird, die gentechnikfreie Erzeugung betreiben wollen.

Kommen wir zur Agrarpolitik. Viele neue Herausforderungen wie Ernährungssicherheit, Qualität, Klimaschutz, erneuerbare Energien, Arbeitskräfte, ländlicher Raum, Tierseuchen sind erwähnt worden. Was macht Herr Seehofer, was macht die Bundesregierung? Da kommen wir dann zur GAP. Frau Kollegin, es ist immer noch so, dass die Mitgliedsländer entscheiden, was in Brüssel passiert. Es ist nicht so, dass die „Bedrohung“ über uns käme. Was passiert also bei der GAP? Sehen wir uns einmal die Verteilungswirkung an!

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Da brauchen wir keine Belehrung von den Grünen!)

Die Transparenz will Herr Seehofer ja partout nicht herstellen, höchstens zwangsweise.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schulmilch, Frau Höfken!)

Aber wenn man den Stern-Artikel liest, sieht man: Wer hat, dem wird gegeben: Campina Köln bekommt 12,7 Millionen Euro, Humana 3,87 Millionen Euro, VanDrie Group 3,4 Millionen Euro, Denkvit 2,3 Millionen Euro, RWE Power 2,14 Millionen usw. usf. Und das sollen unsere Steuerzahler bezahlen!

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Das hat doch Frau Künast veranlasst! Was soll das?)

Ich denke, wenn wir hier jetzt den Anlass haben, auch die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik, die ansteht, zu behandeln, muss doch gefordert werden: Wir brauchen eine vernünftige Verteilungswirkung. Die Zuwendungen müssen ja nicht gekappt werden. Aber wir brauchen eine Bindung an die Arbeitskraft, damit das Geld da ankommt, wo es hin soll. Denn die Verbraucher sind ja bereit, die Bauern zu unterstützen, etwas für Klima, etwas für Landwirtschaft, etwas für Ernährungssicherheit zu tun.

Das heißt, die zweite Säule zu stärken und die Kommission zu unterstützen, dieser mehr Geld zu geben.

Dann kommt auch der Ökolandbau besser weg. Dazu will ich noch einmal ganz konkret sagen: Sie haben dieser zweiten Säule und dem Ökolandbau genauso wie den qualitätsorientierten Landwirten mit Ihren Aktionen in Brüssel die Planungssicherheit völlig genommen: Etwa 500 Millionen Euro an Mitteln, die in diese Bereiche, in die umweltverträgliche und verbraucherfreundliche Landwirtschaft, geflossen wären, fehlen jetzt jedes Jahr. Die paar Millionen, die Sie jetzt drauflegen, retten das alles nicht. Wir müssen umsteuern, auch bei der GAK. Da macht gleich mein Kollege weiter.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Peter Bleser, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Peter, mach da weiter, wo die Kollegin Höfken aufgehört hat!)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Agrarhaushalt 2008 ist die konsequente Finanzierung einer

perspektivischen Politik,  
(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ui!)  
einer Politik, die nach zwei Jahren CDU-geführter Koalition  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD - Ulrich  
Kelber [SPD]: Peter!)  
erfolgreich für die Beschäftigung und das Einkommen in  
der gesamten Agrarbranche ist, erfolgreich bei der Verbesserung  
der Lebensmittelsicherheit,  
(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist schon Wahlkampf?)  
erfolgreich bei der Stärkung der Verbraucherrechte.  
(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])  
Wir haben, liebe Frau Höfken, nach Künast die  
Agrarwende und die Verbraucherschutzpolitikwende geschafft.  
Darauf können wir alle zusammen stolz sein.  
(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)  
Dieser Stolz, dem an einem solchen Tag, nach der Halbzeit,  
durchaus einmal Ausdruck verliehen werden darf,  
wird natürlich von vielen reklamiert. Ich darf an erster  
Stelle unseren Minister Seehofer nennen, der mit seiner  
vorausschauenden Politik einen wesentlichen Anteil daran  
hat. Ich bin aber auch so selbstbewusst, das Verdienst  
unserer beiden Arbeitsgruppen, der Arbeitsgruppen der  
Koalitionsparteien, zu erwähnen.  
Herr Kollege Goldmann, wenn Sie bei uns Zerstrittenheit  
entdecken wollen,  
(Hans-Michael Goldmann [FDP], auf Zeitungsartikel  
verweisend, die er in der Hand  
hält: Ich lese das hier!)  
dann muss man den Zusammenhang sehen: Wenn es bei  
Sachfragen darum geht, in einem öffentlichen, demokratischen  
Disput um den besten Weg zu ringen, dann ist  
das keine Zerstrittenheit, sondern eine gute demokratische  
Kultur, bei der es darum geht, das Beste für die  
Menschen in diesem Land zu erreichen.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie die Protokolle aus der letzten  
Legislaturperiode!)  
Wenn es dabei nach der Maxime geht: „Nichts, was  
gegen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit  
geht!“, wenn es dabei nach der Maxime geht: „Nichts,  
was die Lebensmittelsicherheit verschlechtert!“ und  
wenn es dabei nach der Maxime geht: „Den Verbraucherschutz  
verbessern!“, dann ist das eine gute Ausrichtung.  
Das haben wir bei allen Gesetzesvorhaben und  
sonstigen Beschlüssen immer eingehalten. Auch darauf  
sollten wir stolz sein.  
(Beifall bei der CDU/CSU)  
Die Dynamik der letzten zwei Jahre wird auch mit  
dem Haushalt 2008 dokumentiert. Wir haben - das ist  
schon genannt worden - die Finanzierung der Verbraucherschutzzentralen  
für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz  
wieder mit 2,5 Millionen Euro sichergestellt.  
Wir haben den Schwerpunkt in diesem Haushalt auf Investitionen  
gelegt. So ist erstmals seit Jahren der Titel

für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ von 615 auf 660 Millionen Euro angehoben worden. Das ist ein Zeichen für Investitionen und für eine Politik, die an die Zukunft dieser Branche glaubt. Es werden erstmals 10 Millionen Euro für die Breitbandverkabelung des ländlichen Raumes ausgewiesen: Da mag man sagen, dass das eine verhältnismäßig geringe Summe ist. Das ist in der Tat so.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mindestens 10 Millionen Euro!)

Ich habe aber wie Sie alle festgestellt, welche Initiativen durch die Bereitstellung dieser Mittel im ländlichen Raum ausgelöst werden. In allen Bundesländern beschäftigt man sich jetzt mit diesem Thema. Durch den Agrarhaushalt wurden hier die Initiativen ergriffen. Auch darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Verlässlichkeit ist das zweite Markenzeichen unserer Politik. Das ist durch die wiederholte Zurverfügungstellung von 200 Millionen Euro für die Finanzierung der Altenlast in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung deutlich geworden. Zum dritten Mal hintereinander ist damit die Beitragssatzstabilität garantiert, Kollege Kampeter. Auch dafür ein Dankeschön der Arbeitsgruppe Haushalt.

(Beifall des Abg. Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU])

Wir haben aber noch eines draufgesetzt. Wir machen die landwirtschaftliche Unfallversicherung zukunftsfähig. 400 Millionen Euro wurden bereitgestellt, um Altrenten herauszukaufen, mit dem Ziel, Beitragssatzstabilität für viele Jahre in der Zukunft zu sichern. Unsere Hoffnung ist sogar - da wollen wir aber vorsichtig sein -, rückläufige Beiträge zu erreichen. Das ist ein ganz toller Erfolg, den wir gemeinsam in dieser Koalition erreicht haben. Das hilft den Landwirtinnen und Landwirten draußen sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht zu viel versprechen!)

Ich will in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt ansprechen, der nicht im Fokus der allgemeinen Betrachtung liegt, nämlich die Neuorganisation der Ressortforschung. Herr Kollege Herzog, es ist richtig, dass gerade das, was im Bereich des Weinbaus in Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz getan wird, zukunftsweisend ist, weil man dort die Kapazitäten bündelt. Das hilft den Betroffenen und muss für uns der Grund zur Ausrichtung sein.

Wir haben die Säulen Pflanze, Tier, Ernährung und Lebensmittel sowie ländliche Räume, Wald und Fischerei neu eingerichtet und damit die Forschung in diesem Bereich perspektivisch neu geordnet. Auch das dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensmittelsicherheit in diesem Land zu verbessern.

Meine Damen und Herren, all diese Entscheidungen, die wir in den letzten zwei Jahren getroffen haben, haben zu einer Bewertung aus dem Mund von Bankern geführt, die, so glaube ich, besondere Beachtung finden kann. Die DZ-Bank schreibt nämlich aufgrund einer

Umfrage wörtlich, dass sich die Stimmung in der Landwirtschaft explosionsartig aufgehellt hat. Mehr kann man dazu nicht sagen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: „Explosionsartig“ ist schon richtig!)

Der Anteil der Agrarunternehmen, die von einer guten und sehr guten Geschäftsgrundlage sprechen, liegt jetzt bei 86 Prozent. Das ist kaum noch zu steigern. Ich weiß gar nicht, was ich in den nächsten Jahren hier erzählen soll. Das kann kaum noch besser werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist gegenüber dem Vorjahr wiederum eine Steigerung von 13 Prozent.

(Otto Fricke [FDP]: Anderes Spektrum!)

Ich will jetzt nicht das Agrarkonjunkturbarometer anführen, das bei 38 Punkten steht. Bei Künast stand es bei minus 18 Punkten.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Vor allen Dingen bei den Schweine-Leuten!)

Wir machen weiter. Deswegen bin ich sehr froh, dass Staatssekretär Müller gestern ein Veterinärabkommen mit China unterzeichnet hat, das uns weitere Exportchancen in diesem sehr lukrativen Markt ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Das ist ein toller Erfolg in der konsequenten Fortsetzung unserer Exportinitiativen.

Aufgrund der vielen Möglichkeiten der Belobigungen, die ausgesprochen werden sollten, bin ich leider am Ende meiner Redezeit. Ich will nur so viel sagen: Wir haben in den nächsten Jahren noch vieles vor uns. Sie können sich darauf verlassen, dass unsere Koalition im Sinne der Ziele, die Verbraucherrechte zu stärken, die Lebensmittelsicherheit zu verbessern, die Zahl der Beschäftigten in der Agrarwirtschaft zu erhöhen, und damit den Menschen in diesem Bereich eine Zukunft zu bieten, weiterarbeiten wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als nächste Rednerin spricht Kollegin Christel

Happach-Kasan, FDP-Fraktion, zu uns.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

§ 28 der Geschäftsordnung besagt, dass nach der Rede eines Mitgliedes der Bundesregierung eine abweichende Meinung - sprich: ein Oppositionspolitiker - zu Wort kommen soll. Offensichtlich trauen Sie Ihren Ministern nicht zu, dass sie so überzeugend für die Regierungspolitik eintreten, dass Sie den Oppositionspolitikern gestatten können, danach zu reden. Ich muss sehr deutlich sagen: Ich finde, das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Michael

Goldmann [FDP]: Das ist die Große Koalition!

So mutig ist sie!)

Landwirtschaft hat Zukunft. Landwirtschaft ist aus dem Mauerblümchendasein heraus. In den ländlichen

Räumen können Landwirte bessere Einnahmen erzielen.  
Ich finde das gut. Bei landwirtschaftlichen Produkten bestimmt die Nachfrage den Preis. Die Preise sind gestiegen. Dieses kommt den landwirtschaftlichen Betrieben bei uns in Deutschland zugute.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dies ist beileibe kein Erfolg Ihrer Politik. Wir haben schlechte Regierungspolitik und gute Preise für die Landwirtschaft. Sie sollten sich nicht mit fremden Federn schmücken.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Stellen Sie sich vor, das wäre umgekehrt!)

- Herr Kollege Schirmbeck, Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen. Das macht sich einfach wesentlich besser. - Ich wollte mich gerade bei Ihnen bedanken, dass Sie einmal hervorgehoben haben, wie wichtig die Grüne Gentechnik und das, was hier in Deutschland geforscht wird, für die Welternährung und für die weitere Entwicklung unseres Hightechstandortes Deutschland ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es gut, dass Sie die Traute hatten, das hier zu sagen, und freue mich, dass es auch den einen oder anderen Kollegen in der CDU/CSU-Fraktion gibt, der sich dafür ausspricht. Schade, dass Minister Seehofer diese Überzeugung nicht teilt und dass Sie keine Überzeugungskraft gegenüber Ihrem roten Koalitionspartner haben.

Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf von der CDU/CSU)

Im Rahmen der gestrigen Anhörung ist sehr deutlich geworden, Herr Kelber, dass gerade die DFG - anders, als Sie hier im Plenum behauptet haben - und die Max-Planck-Gesellschaft mit Ihrem Gentechnikgesetz nicht zufrieden sind. Ich glaube, dass dies dem Wissenschaftsstandort Deutschland schadet.

(Beifall bei der FDP)

Mein Kollege Michael Goldmann hat sehr deutlich gemacht: Diese Regierung ist zerstritten. Wie zerstritten sie ist, das hat man gestern auf dem Kongress „Kraftstoffe der Zukunft 2007“ sehr deutlich gemerkt. Noch nicht einmal über den Kraftstoffbericht kann sich diese Regierung einigen. Dieser ist vor sechs Wochen vom Finanzminister vorgelegt worden, und noch immer gibt es keinen abgestimmten Bericht. Ich halte dies für ein Armutszeugnis. Der Kollege Schindler hat sehr deutlich gemacht, dass Sie sich über Ihre weitere Biokraftstoffstrategie vermutlich bis Weihnachten nicht einigen werden.

(Zuruf von der FDP: So ist das leider!)

Ich meine, dass Sie den Betrieben einen wirklichen Tott antun. Bedenken Sie bitte, dass wir 2004 im Deutschen Bundestag mit der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe sehr deutlich gemacht haben, dass wir diese Entwicklung wollen, und dass Sie bereits 2005 durch die Ersetzung der Steuerbefreiung durch den Beimischungszwang diese Entwicklung total kaputt gemacht haben. Anfang des Jahres gab es den Zusammenbruch der Aktienkurse und erste Unternehmenspleiten. Wir müssen feststellen, dass bestimmte Betriebe stillgelegt sind und

damit die Kapazitäten nicht ausgenutzt werden. Ich halte dies für eine falsche Politik.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie zwei Zwischenfragen, zunächst Kollege Kelber und dann Kollegin Höfken?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Ich gestatte.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Kollegin, Sie haben angeführt, dass aus Ihrer Sicht die Maßnahmen, die die Große Koalition im Bereich der Biokraftstoffe getätigt hat, nicht ausreichen. Ich möchte Sie daher fragen, ob Sie die Debatte in der letzten Sitzungswoche verfolgt haben, als Ihr umweltpolitischer Sprecher, Herr Kauch, vorgetragen hat, dass die Förderung der Biokraftstoffe durch die Große Koalition maßlos übertrieben sei und die FDP als Fraktion beschlossen hätte, diese zurückzuführen, insbesondere die steuerliche Förderung. Würden Sie mir, da Sie gerade über Zerstrittenheit geredet haben, bitte erläutern, welchen Teil der FDP Sie heute vertreten und wie die Beschlusslage Ihrer Fraktion exakt ist?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Michael Kauch und ich haben eine gemeinsame Stellungnahme zur Regierungserklärung sowohl von Herrn Seehofer als auch Herrn Gabriel herausgegeben. Hier haben wir deutlich gemacht, dass wir die Steuerbefreiung so, wie sie im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, bis 2009 wollen und danach eine proportionale Besteuerung, wie sie auch die Verkehrsministerkonferenz möchte.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Genau das hat Herr Kauch gesagt!)

Das ist Beschlusslage der FDP-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Höfken.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Happach-Kasan, ich möchte Sie fragen, ob Sie auch den Artikel „Von der Zukunftsfabrik zur Millionenruine“ gelesen haben. Wie beurteilen Sie das? Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass die Beschlüsse der Bundesregierung dazu führen, dass statt einer Entwicklung im mittelständischen Bereich eine Entwicklung zugunsten der Mineralölkonzerne stattfindet, sodass es vielleicht besser wäre, die Erhöhung der Besteuerung auszusetzen und von dem Beimischungszwang, der stattdessen eingesetzt wurde, Abstand zu nehmen, weil dieser zu höchstproblematischen Importen führt, die wir eigentlich nicht wollen können?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Kollegin Höfken, ich freue mich, dass wir in einem Punkt absolut einer Meinung sind. Durch die Beschlüsse der Großen Koalition ist genau das eingetreten, was Sie beschrieben haben: Die mittelständische Biokraftstoffbranche gerät letztlich in die Abhängigkeit der großen Mineralölkonzerne und hat damit keine Möglichkeiten, sich am Markt zu behaupten. Wir haben schon jetzt eine Importrate von 66 Prozent bei den Biokraftstoffen, insbesondere bei subventionierten Biokraftstoffen des B-99-Bereiches aus den USA. Es ist zu



befürchten, dass aufgrund des bei uns geltenden Beimischungszwangs Regenwälder abgeholzt werden, um die Soja- und Palmölproduktion voranzubringen. Damit ist meines Erachtens dem Klimaschutz in Deutschland in keiner Weise gedient. Das ist ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Weil wir den US-Kongress beeinflussen, wie viel Steuern er auf B 99 beschließt!)

- Herr Kollege Kelber, Sie sollten bedenken, dass B-99-Kraftstoffe aufgrund ihres Beimischungszwangs zunehmend importiert werden. Das ist die Ursache für die fatale Situation.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der bereits erwähnt wurde: die Ressortforschung.

Ich kann mich dem Dank an Herrn Johannes nicht anschließen. Herr Kollege Schirmbeck, in der Haushaltspolitik darf man nicht nur auf die Haushaltszahlen schauen, sondern man muss auch die Entscheidungen der Bundesregierung berücksichtigen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Es schadet aber nichts, wenn man auch über den Haushalt redet!)

- Können Sie nicht einmal den Mund halten?

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Oh!)

- Kollege Schirmbeck, das kann man durchaus einmal sagen.

Ich möchte deutlich machen, dass es haushaltspolitisch falsch ist, gut funktionierende Strukturen, wie sie beispielsweise an der Universität Kiel und in der dortigen Ressortforschung bestanden haben, zu zerschlagen und die Institute, die dort bestens verankert sind, zu verlagern. Die Politik hat enorme Fehler gemacht und hat sich überhaupt nicht an dem orientiert

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das ist aber eine Einzelmeinung!)

- habe ich das Wort? -, was in den letzten zehn Jahren in Kiel, aber auch an anderen Standorten gewachsen ist.

Man kann nicht nach einem Modell von 1995 die Ressortforschung im Jahr 2007 reformieren. Man muss vielmehr das Wissenschaftsgutachten aus dem Jahr 2006 berücksichtigen, das klare Leitlinien vorgibt.

Das alles haben Sie nicht getan. Daher meine ich, dass Ihre Reform der Ressortforschung für die Forschung in Deutschland schlecht ist, Strukturen zerschlagen und die landwirtschaftliche Forschung kaputtgemacht hat.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So kann Forschung nicht gefördert werden, Herr Kollege Schirmbeck.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich erteile das Wort Kollegen Gustav Herzog, SPD-Fraktion.

Gustav Herzog (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich

habe gerade bei den beiden Vorrednerinnen den Eindruck, dass es eher um Standorte als um Konzepte in der Forschungspolitik geht. So viel dazu.

(Beifall bei der SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das trifft überhaupt nicht auf Rheinland-Pfalz zu!)

Die Zeiten sind gut und werden besser. Ich habe mir einmal das zweifelhafte Vergnügen gemacht und die Haushaltsreden des letzten Jahres nachgelesen. Damals hat sich insbesondere die Opposition über den Fleischskandal, die Kontrolle der Kühlhäuser und die Geflügelpest ereifert. Das waren damals die bestimmenden Themen in der Haushaltsdebatte. Heute sieht es ganz anders aus. Wir diskutieren viel näher an der Sache und beschreiben die Realität viel besser. Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Wir haben mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Wir hören, dass viel mehr junge Menschen eine Ausbildung in den sogenannten grünen Berufen beginnen. Das ist ein Zeichen dafür, dass wieder Zuversicht da ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Glauben an die Zukunft!)

Eine Folge dieser guten Entwicklung ist, dass wir mehr Geld zur Verfügung haben.

(Otto Fricke [FDP]: Nein, mehr Schulden!)

Der Bundesfinanzminister ist zusammen mit den Haushältern gut beraten gewesen, zwei Drittel für eine geringere Schuldenaufnahme und ein Drittel für zukunftsweisende Investitionen zu verwenden. Wenn ich mir das Sparbuch der FDP anschau, dann muss ich sagen: Bargeld in den Sparstrumpf der Oma und dann das Ganze unter das Bett legen, das ist wohl eine effizientere Anlagemöglichkeit als das FDP-Sparbuch für den Haushalt.

(Beifall bei der SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Oh! Das war aber hart!)

Heute Morgen, um 3.40 Uhr, hat dpa eine Meldung herausgegeben, aus der ich zwei Sätze zitieren möchte: „Die Landwirtschaft boomt. Die Stimmung unter den Bauern verbessert sich stetig“, und das unter dieser Koalition! Wir sind dafür verantwortlich, auch wenn der Bauernverband meint, das sei auf weniger Einfluss der Europäischen Union und mehr Dynamik auf den Weltmärkten zurückzuführen. Das Argument, dass die Europäische Union weniger Einfluss hat, ist schon richtig; man muss aber auch sehen, dass wir, als wir 1999/2000 über mehr Marktnähe gesprochen haben, dafür heftig vonseiten des Berufsstandes kritisiert worden sind. Es ist auch richtig, dass mehr Dynamik auf den Weltmärkten herrscht, wenn wir auch nicht vergessen dürfen, dass die gestiegenen Futterkosten dem einen oder anderen Landwirt schon Probleme bereiten. Aber auch wir als Politiker haben unseren Anteil an der deutlich besseren Lage und besseren Stimmung. Dies spiegelt sich in diesem Haushalt wider. Meine Kollegin Waltraud Wolff wird noch etwas zu der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sagen, die den größten Posten einnimmt. Vieles andere ist ebenfalls festgelegt.

Wenn ich über zwei im Verhältnis zum Gesamthaushalt

kleine Positionen rede, dann ist dazu zu sagen, dass es auch das Geld des Steuerzahlers ist, das wir sinnvoll ausgeben wollen. Ich nenne das Stichwort „Breitbandversorgung“. Herr Kollege Goldmann, ich bin über Ihre Äußerung dazu schon etwas irritiert. Sie haben da offenbar etwas missverstanden. Glauben Sie wirklich, wir würden den großen Versorgungsunternehmen der Telekommunikation diese 10 Millionen Euro hinterherwerfen, damit diese das Emsland verkabeln? Welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben Sie?

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen zur Erklärung ein Beispiel. Ich war letzte Woche in einer kleinen Gemeinde meines Wahlkreises, in der – Stichwort „demografische Entwicklung“ – jetzt ein Schulhaus frei geworden ist. Der Bürgermeister der Gemeinde Essweiler, Peter Gilcher, hat mir geschildert, (Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das gibt jetzt ein Bier!)

dass er eine Anfrage aus der Stadt hatte. Ein Architekturbüro aus Kaiserslautern will aufs Land, weil es dort wirklich schön ist. Auf die Frage, wie es mit der Breitbandversorgung aussehe, musste der Ortsbürgermeister sagen: Es tut mir leid, mehr als ISDN können wir nicht bieten. – Dann war es aus, Feierabend. Deswegen ist das wirklich ein zentrales Thema. Wir müssen schauen, dass wir diese Versorgung im Sinne der Entwicklung des ländlichen Raumes hinbekommen. Wir brauchen das Geld nicht, um Investitionen zu fördern, sondern wir brauchen ein Instrumentarium, um für die Leute vor Ort, für die Landräte und die Bürgermeister, eine maßgeschneiderte Lösung zu finden.

Was den ökologischen Landbau betrifft, Frau Kollegin Höfken, so sind wir unserem Wort treu geblieben. Während in der mittelfristigen Finanzplanung noch 10 Millionen Euro vorgesehen waren, beläuft sich der Betrag jetzt auf 16 Millionen Euro.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: So ist das!)

Wir haben die Haushälter beraten, dieses Geld überwiegend in die Forschung zu stecken. Wir brauchen das, um die gestiegene Nachfrage wieder in ein Gleichgewicht zum Angebot zu bringen. Als Letztes sage ich an die Kolleginnen und Kollegen aus der FDP: Frau Kollegin Happach-Kasan, wenn Sie im Bereich GVO ein solches Vertrauen und solche Zuwachsraten hätten, wie wir sie im ökologischen Landbau haben, dann würden Sie hier Pirouetten wie ein Brummkreisel drehen. Ich denke, wir haben den richtigen Weg eingeschlagen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Karin Binder, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! In der ersten Lesung zu diesem Haushalt hatte ich noch kritisiert, dass die Arbeit der Verbraucherzentralen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes gefährdet sei. Ich bin hocherfreut,

dass diese Arbeit nun durch den Einsatz von Restmitteln des Bundes weiter finanziert wird. Gerade in diesem Bereich wächst der Bedarf von vielen Menschen nach einer unabhängigen und qualifizierten Beratung. Hohen Beratungs- und Aufklärungsbedarf gibt es allerdings auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel über das zum nächsten Jahr in Kraft tretende Verbraucherinformationsgesetz, über die Nährwertkennzeichnung, über die Lebensmittelkontrolle, über den Allergieplan usw. Leider liegt der dafür zur Verfügung stehende Betrag im Haushalt des Ministeriums im Promillebereich. Daran wird deutlich, dass große Vorhaben zunächst einmal vor allem aus großen Überschriften bestehen. Oft wird am lautesten dort getönt, wo Sie, Herr Seehofer, aufgrund der Länderkompetenz gar nicht unmittelbar in der Verantwortung stehen.

Angesichts meiner begrenzten Redezeit kann ich diese Kritik leider nur an einem Beispiel deutlich machen. Erfreulicherweise werden mit diesem Haushalt des Ministeriums zusätzliche Mittel für den Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“ eingesetzt. In der Beschlussfassung zu diesem Aktionsplan wurden unter anderem zu erwartende hohe Kosten für unser Gesundheitssystem als Folgen von Übergewicht und seinen Begleiterscheinungen angeführt. Wir müssen derzeit davon ausgehen, dass bundesweit vermutlich 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche übergewichtig oder gar fettleibig sind. Deshalb muss hier dringend etwas getan werden. So weit, so gut, Herr Seehofer. Aber das reicht nicht. Ein weiterer Aspekt wurde im Bericht des Ausschusses zum gerade beschriebenen Aktionsplan aufgeführt: die Mangelernährung. Da heißt es nämlich: Auch die Zahl der unterernährten Kinder und Jugendlichen in Deutschland wächst ständig und hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt.

Und weiter:

Vor dem Hintergrund der Fehl- und Mangelernährung ist der Prävention und der Gesundheitsförderung ein hoher Stellenwert einzuräumen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Aufgabe der Politik ist es hierbei, Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Deshalb haben wir auch das Präventionsgesetz verabschiedet!)

Das war es dann aber auch zum Thema Mangelernährung in dem mehrseitigen Papier. Nun frage ich Sie, Herr Minister: Wie sieht denn Prävention gegen Unter- und Mangelernährung vor dem Hintergrund aus, dass in Deutschland um die 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche an bzw. unter der Armutsgrenze leben und dass immer mehr Kinder vom Schulleben abgemeldet werden, weil ihre Eltern die Mittel für die damit verbundenen Kosten nicht mehr aufbringen können? Damit werden sämtliche guten Ansätze für eine gesunde und hochwertige Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas für diese Kinder zunichte gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kinder, die dieses Angebot am dringendsten

brauchen, können nicht daran teilnehmen. Hier ist die Politik gefordert, die die vorher erwähnten Rahmenbedingungen zu schaffen hat.

(Otto Fricke [FDP]: Bund, Land oder Kommunen?)

Sie darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und das Thema auf die jeweils andere politische Ebene abschieben, wie es vor wenigen Tagen die zuständige baden-württembergische Staatssekretärin in einer Pressemitteilung gemacht hat.

Ich frage Sie, Herr Minister, welche Vorschläge Sie haben, um Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Ländern und in den Kommunen in den Aktionsplan einzubinden; denn dies wird nötig sein, um die hehren Ziele, die von Ihnen gesteckt wurden, zu erreichen. Kinder aus einkommensschwachen Familien - das sind weit mehr als 2,8 Millionen - haben von diesen Plänen nur etwas, wenn Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas kostenfrei abgegeben wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nach meiner Auffassung das Ziel, das voraussichtlich jedoch nur mit einem weit höheren Einsatz auch von Bundesmitteln zu erreichen wäre. Damit würde die beste Grundlage für Theorie und Praxis einer hochwertigen Ernährungsbildung an unseren Schulen geschaffen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Kollege Alexander Bonde, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in dieser Debatte einen Landwirtschaftsminister, wie wir ihn seit Jahren kennen: In den Medien drängelt er sich nach vorne, und im Parlament kann es gar nicht lange genug gehen, bevor er den Mund aufmacht. So setzt er sich auch heute an das Ende der Debatte. Unsere Kritik, Herr Minister, können Sie damit allerdings nicht aussitzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie der Abg.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

So, wie Sie sich heute der Debatte verweigern, haben Sie sich in Ihrem Haus den zentralen Fragen nicht gestellt. Sie stellen sich nicht den zentralen Fragen des ländlichen Raumes. In Sachen Klimaschutz ist Ihr Haus inzwischen zum Totalausfall mutiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde bereits die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ angesprochen. Dazu haben Sie zu Beginn der Legislaturperiode eine große Reform angekündigt. Es haben Kongresse stattgefunden. Die Buffets sind leergegessen, die Spesen bezahlt. Aber auf die Ergebnisse und die Reform warten wir noch immer. So, wie wir es sehen, werden wir darauf wohl auch noch nach dieser Legislaturperiode warten müssen.

Sie wissen, dass Sie im Zusammenhang mit der zweiten Säule der Agrarpolitik eigentlich viel gestalten können und viel gestalten müssen. Uns allen ist bekannt, dass die mit den ländlichen Räumen verbundenen Herausforderungen

weit über das hinausgehen, was bisher zu leisten war. Wir stehen in den ländlichen Regionen in einer erheblichen Verantwortung: Es geht darum, mehr Wertschöpfung zu schaffen und die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu stabilisieren. Wir müssen das aktiv angehen. Von Ihnen erleben wir da wenig.

Was wir erleben, ist ein systematischer Abbau der Gemeinschaftsaufgabe. Diese Gemeinschaftsaufgabe wandeln Sie nicht in eine Gemeinschaftsaufgabe „ländlicher Raum“ um. Sie bringen sie also qualitativ nicht voran. Sie haben die zweite Säule in den letzten Jahren durch Kürzungen auf europäischer Ebene, die Sie mit verantworten, und durch Kürzungen der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe systematisch ausbluten lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, was Sie damit anrichten. Ich rede hier als Schwarzwälder. Auch viele andere aus ländlichen Regionen wissen genau, wie wichtig diese Mittel sind. Gerade zu Fragestellungen wie „Agrarumweltmaßnahmen“ und „Übergang zwischen Landwirtschaft, Klimaschutz und Umweltschutz“, genau an dieser wichtigen Schnittstelle, die sofortiges Handeln verlangt, schweigen Sie, Herr Minister.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Zuruf von der SPD: Er hat doch noch gar nicht geredet!)

Sie schweigen an einer Stelle, die für den Klimaschutz von entscheidender Bedeutung ist. Sie wissen, dass die Landwirtschaft der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen ist. Wir reden nicht nur über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern auch über andere Emissionen. Wenn wir die Maßnahmen der Bundesregierung anschauen, dann stellen wir fest, dass nichts passiert. Es passiert nichts im Bereich der Gewächshäuser; das Öl wird dort sprichwörtlich zum Glasdach herausgeheizt. Sie unternehmen keine Anstrengungen, um der Branche dabei zu helfen, sich umzustellen und sich den mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen positiv anzupassen.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

- Wenn die FDP da lacht, dann kann ich nur sagen: Wer im Glashaus heizt, darf nicht mit Klimaankündigungen um sich werfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche erleben wir in Sachen Ökolandbau. Der Minister ist munter mit einem Haushalt angetreten, durch den der Ökolandbau richtig rasiert wird.

(Gustav Herzog [SPD]: Das ist doch Quatsch, was Sie erzählen! Das ist doch Unsinn! - Weitere Zurufe von der SPD)

Es brauchte erheblichen Druck, um die Mittel für das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau“ wieder aufzustocken. Offensichtlich haben Sie Ihren Koalitionspartner nicht einmal informiert. Anders kann ich mir das Geschrei aus der SPD hier gar nicht erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Alex! Alex!)

Ich kann gut nachvollziehen, dass Sie stolz darauf sind, dass Sie diese Kürzungen auf unseren Druck und den der Fachverbände hin zurückgenommen haben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der SPD - Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: So viel Selbstüberschätzung! - Ulrich Kelber [SPD]: Der unglaubliche Druck von Alexander Bonde!)

Das kann ich gut verstehen. Aber erlauben Sie nicht auch noch, dass wir Sie hier als Helden feiern. Ich finde, Sie sollten hier als reuiger Sünder auftreten. An dieser Stelle ist ein bisschen Abbitte zu leisten. Sie sollten sich nicht auch noch dafür feiern lassen, dass wir Sie von einer Katastrophe abgehalten haben, liebe SPD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben noch nichts zum Thema gesagt, Herr Bonde! Wo waren Sie denn? Lautsprecherseminare ersetzen keine Fachkenntnis!)

- Es ist interessant, zu sehen, wie sich die SPD an dieser Stelle immer wieder aufregt. Es ist natürlich das Einzige, worin Sie sich hier noch einig sein können: in einer platten Verteidigung einer Regierungslinie, von der Sie selbst am besten wissen, dass sie auf Dauer nicht trägt. Wir machen uns große Sorgen darüber, dass Sie nicht erkannt haben, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Akteur im Klimaschutz ist. Wir stellen fest, dass die Menschen in dieser Erkenntnis wesentlich weiter sind, dass auch die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, wesentlich weiter sind.

Ich fordere Sie auf: Setzen Sie endlich die anständigen Programme um, um den Menschen zu helfen. Sie wissen: Wir brauchen Agrarumweltprogramme. Sie wissen: Die Umrüstung in Richtung Biolandbau ist notwendig. Sie wissen auch, dass wir der Branche der Betreiber von Gewächshäusern Umstellungshilfe gewähren müssen. Sie sitzen das alles aus. Auch an dieser Stelle wird deutlich, wie wenig ernst man die Klimapolitik dieser Bundesregierung nehmen kann. So geht es nicht weiter. Wir erwarten da deutliche Änderungen. Springen Sie an dieser Stelle einmal nicht immer nur dann in die Medien, wenn es um Kandidaturen geht, sondern kümmern Sie sich um Ihr Haus und um die anstehenden Aufgaben! Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Mechthild Rawert, SPDFraktion. Mechthild Rawert (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die heutige Debatte zum Anlass nehmen, den Bereich Verbraucherschutz, für den wir, die Sozialdemokratie, uns - auch mit Ihnen gemeinsam - besonders eingesetzt haben, zu würdigen. Verbraucherpolitik ist Gerechtigkeitspolitik und gehört somit ganz originär zur Sozialdemokratie. Aus diesem Grunde war es für uns sehr wichtig, diesen Bereich auch im Haushalt zu stärken. Dies ist uns gemeinsam gelungen.

Als Verbraucherschützerin begrüße ich es sehr, dass wir in der Titelgruppe 2, Verbraucherpolitik, 3 Millionen Euro mehr angesetzt haben. Die entsprechende Summe liegt bei 17 Millionen Euro. Wir tun dies, um eine Forderung umzusetzen, nämlich dafür zu sorgen, dass Verbraucherschutz und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe agieren können. Dies werden wir erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte dies an vier kleinen Beispielen deutlich machen. Jede und jeder von uns spürt Verbraucherschutz und Verbraucherrechte im Alltag. Es ist uns gelungen, das Thema Aufklärung und Beratung im Bereich der häuslichen Pflege und der Pflegeversicherung in den Haushaltsplan aufzunehmen. Im kommenden Jahr wird die Pflegeversicherung in Kraft treten.

(Zuruf von der LINKEN: Die ist schon in Kraft!)

Zur Qualitätssicherung und zur Verbesserung der Standards müssen noch viele Informationen gegeben werden. Dieser Förderschwerpunkt hilft der Bevölkerung sehr. Wir nehmen auch noch eine weitere gesellschaftspolitische Herausforderung, bei der es der Aufklärung bedarf, in den Blick. Jeder fünfte Jugendliche in Deutschland hat Schulden: bei der Bank, beim Mobilfunkanbieter, bei den Eltern oder Freunden oder beim Versandhaus. Viele wissen nicht, dass sie bei der Schufa mit Negativmerkmalen gemeldet sind. Sich zu verschulden scheint bei einigen so dazuzugehören wie bei anderen das Sparen. Die Vermittlung von Finanzkompetenz ist extrem notwendig. Wir werden hier einen weiteren Aufklärungsschwerpunkt setzen, weil der gegenwärtige Zustand im Hinblick auf die Zukunft der betroffenen Jugendlichen auf Dauer nicht hingenommen werden kann.

Der wirtschaftliche Verbraucherschutz wurde schon erwähnt. 2008 stehen weitere 2,5 Millionen Euro für die Verbraucherzentralen zur Verfügung. Als Berichterstatterin für diesen Bereich bin ich darüber besonders froh; auch freue ich mich, dass dies die Zustimmung der Opposition gefunden hat. Über dieses Thema haben wir in der Anhörung am 20. Juni ausführlich diskutiert. Eines, was meine Kolleginnen und Kollegen hier schon erwähnt haben, bedarf der Wiederholung: Wir dürfen die Bundesländer nicht aus der Pflicht entlassen, da sie für die Finanzierung der Verbraucherzentralen originär verantwortlich sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg.

Hans-Michael Goldmann [FDP])

Es ist nicht die vorrangige Aufgabe des Bundes; aber dieses Thema ist uns wichtig. Ich wiederhole die Forderung des Kollegen Bahr: Wir brauchen eine Finanzierung durch die Länder. Dann werden wir uns auch unserer Pflicht nicht entziehen.

Der Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“ wurde schon erwähnt. Wir haben hier die Mittel um 3 Millionen Euro aufgestockt. Das Ziel dieser Maßnahme ist ebenfalls bereits genannt worden: Es sollen das Ernährungs- und Bewegungsverhalten nachhaltig verbessert, die Zunahme des Übergewichts bei Kindern gestoppt und die Verbreitung von Übergewicht verringert werden. Auch hier freue ich mich als zuständige Berichterstatterin für Sport und Bewegung über diesen Erfolg.

Kollegin Binder, ich freue mich, dass Sie unseren Antrag so intensiv gelesen haben. In ihm haben wir niedergelegt, dass wir die „Soziale Stadt“-Programme unterstützen, den Bereich Verbraucherbildung stärken und insbesondere Maßnahmen für Kinder und Jugendliche



durchführen wollen. Infolgedessen sage ich Ihnen:  
Nachplappern allein bringt es auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen aber auch, dass das Verhalten und die Verhältnisse in eine Beziehung zu bringen sind. Dies bedeutet, dass eine Aufforderung an die einzelnen Individuen nicht ausreicht, sondern dass wir tatsächlich verschiedenste gesetzliche Regelungen brauchen, insbesondere das Präventionsgesetz, um hier langfristig Strukturen aufbauen zu können.

Verbraucherpolitik ist Gerechtigkeitspolitik. Ich habe aber noch einen Traum. Politikerinnen dürfen durchaus einen Traum haben, solange sie ihn mit Leidenschaft, mit Verantwortungsgefühl und, was das Bohren dicker Bretter angeht, auch mit Geduld verfolgen. Mein Traum ist, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam das Thema Gender Budgeting auch beim Ressort Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aufgreifen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Auf Deutsch!

Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

Insoweit freue ich mich auch schon auf die Debatte im Jahr 2008.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bundesminister Horst Seehofer.

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe auch einen Traum,

(Mechthild Rawert [SPD]: Wunderbar! - Zuruf

vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen

wir gar nicht so genau wissen!)

nämlich, dass nichts so überzeugend ist wie die Realität und dass wir uns, Herr Goldmann, mehr an der Realität orientieren sollten.

Mir liegen die neuesten Zahlen über die Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe im landwirtschaftlichen

Bereich im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2006

und 2007 vor. Dort zeigt sich ein Plus von 13,8 Prozent.

Das heißt, die Einschätzung - das Konjunkturbarometer

in der Landwirtschaft zeigt so hoch nach oben wie nie

zuvor, die Stimmung in der Landwirtschaft ist so gut wie

nie zuvor - wird jetzt auch durch die ganz konkreten Ergebnisse gestützt: plus 13,8 Prozent.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Im Haushalt?)

Das zeigt: Die Landwirtschaft ist ein Leistungsträger unserer Volkswirtschaft, und wir haben mit unserer Politik und ihren Entscheidungen in den letzten Monaten richtig gelegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wird immer gefragt, was die Politik damit zu tun habe. Nun will ich Sie nicht mit den Maßnahmen der letzten 24 Monate konfrontieren.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Die gibt es

auch nicht! - Zuruf vom BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN: Was haben Sie denn entschieden?)

- Von der Vorsteuerpauschale bis zur Aufstockung der GAK; ich wiederhole es nun doch.

Ich komme jetzt nur auf die jüngste Maßnahme zu sprechen, denn wenn man so in Europa unterwegs ist, wie ich es gestern war, und über Gentechnik, die Kennzeichnung, die Förderung, über Health Check und vieles andere diskutiert und dann zurückkommt, ist man schon erstaunt, warum die Europäer oft über unsere Diskussion im Lande den Kopf schütteln, denn in den meisten Fällen folgen sie uns.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Health Check?)

Die jüngste Maßnahme, die dazu beitragen wird, dass wir auch in einem Jahr solche Zahlen haben werden, besteht darin, den Bauern angesichts der schwierigen Verhältnisse auf dem Schweinemarkt zu helfen. Viele haben dies vor wenigen Wochen für unmöglich gehalten; selbst bei mir im Hause war die Meinung, das sei ordnungspolitisch und marktpolitisch ein bisschen bedenklich.

Wir haben es trotzdem gemeinsam mit den Franzosen in Europa betrieben,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Die sind aber auch nicht gerade ein Ausbund an Marktwirtschaft!) und ich kann heute sagen: Die Europäische Union wird den Bauern helfen, und zwar erstens - das steht schon seit einigen Tagen fest - bei der Lagerhaltung und zweitens - das ist seit heute bekannt - auch durch Exportsubventionen. Das sind ganz konkrete politische Entscheidungen, die den Bauern helfen, nicht wie die schönen Worte hier, die oft von der Realität etwas entfernt sind. Außerdem haben wir jetzt mit China in einer nicht ganz einfachen gesamtpolitischen Situation ein Abkommen über Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Pflanzensicherheit abgeschlossen. All diese Maßnahmen sind notwendig, damit wir in der Landwirtschaft und bei deren ökonomischer Entwicklung im positiven Bereich bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine schöne Geschichte. Manchmal hat man aber den Eindruck, je besser die Lage, desto kleiner sind die Probleme, mit denen sich die Politik plötzlich beschäftigt. Ich beziehe dies, Frau Kollegin, auf die Situation in Kiel. Mich wundert schon, wenn die FDP auf der einen Seite bei wirtschaftspolitischen Debatten immer über die große Mobilität und die Bereitschaft zur Mobilität, zur Innovation und zur Flexibilität spricht, uns aber nicht unterstützt, wenn wir die Ressortlandschaft reformieren und die Ressortforschung mit struktureller Rücksichtnahme auf die einzelnen Bundesländer verbinden. Das heißt jetzt in Bezug auf Kiel: Es bleibt beim gleichen Personal, die Forschung bleibt in Kiel;

(Zuruf der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

das Einzige, was wir konzentrieren, weil wir hierbei an den weltweiten Maßstab anschließen wollen, sind die Inhalte der Forschung an verschiedenen Standorten. In Kiel bleiben aber der Standort und das Personal; es wird nur der Inhalt der Forschung etwas verändert. Wenn man jetzt pausenlos als politische Kraft für Flexibilität, für Innovation und für Mobilität eintritt, dann darf man doch den Wissenschaftlern vor Ort einmal im Leben zumuten,

dass sie den Inhalt und die Ausrichtung ihrer Forschung verändern. Sozial ist damit überhaupt nichts verbunden; da bleibt alles.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister - -

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich lasse da auch keine Zwischenfrage zu, weil das immer wieder missbraucht wird.

Auch das haben wir schon im Bundesrat gesagt: Die dort begonnenen Projekte - es geht um die Milch - können auch zu Ende geführt werden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber das ist doch keine Perspektive, Herr Seehofer!)

Selbst so großzügig sind wir noch. - Ich sage dies nur, damit wir in den Problemen, die wir hier diskutieren, nicht zu klein werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Nein, weil ich möchte, dass wir über die großen Linien diskutieren.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Als Letzter reden und dann nicht einmal eine Zwischenfrage zulassen, das ist das Letzte! - Weitere Zurufe von der FDP: Das ist unparlamentarisch! - Lächerlich!)

Es bleibt beim Inhalt, es bleibt beim Standort, es bleibt beim Personal.

Herr Kollege Bonde, bevor Sie ans Rednerpult gingen, habe ich gesagt: Das ist ein ganz netter Kollege, ein ganzer guter Kollege. - Ich bleibe trotz Ihrer Rede dabei. Herr Bonde, das können Sie nicht ernst gemeint haben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist schwach!)

Ich habe einen Haushalt der GAK übernommen, der in den Jahren zuvor so stark gekürzt worden war wie nie in der Geschichte der GAK.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und durch welche Ministerin? - Hans-Michael Goldmann [FDP]:

Das ist auch richtig! Das Geld ist nicht ausgegeben worden! Das wissen Sie auch!)

Es waren weit über 800 Millionen Euro. Ich habe ihn mit 615 Millionen Euro übernommen. Zum ersten Mal seit 15 Jahren werden die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ wieder erhöht, nämlich von 615 Millionen Euro auf 660 Millionen Euro; das ist richtige Politik für die ländlichen Räume.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist richtig, weil wir Geld für den Küstenschutz wollen!

- Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Ihr habt den Leuten doch Geld weggenommen!)

- Nein, wir haben gar nichts weggenommen. Es wurde von 615 Millionen Euro auf 660 Millionen Euro erhöht.

In diesen 660 Millionen Euro sind nicht nur die 10 Millionen Euro für die Breitbandverkabelung enthalten. Künftig - das werden wir morgen mit dem Wirtschaftsminister

vorstellen - werden wir Energieleitungen im ländlichen Raum, die Einspeisung von Biogas in die Erdgasnetze und den Anschluss des ländlichen Raums an das Zukunftsnetz Internet fördern.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig!)

Das - nicht die Kürzungen, die Sie vorgenommen haben - ist Politik für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich verweise auf unserer jetzt modernes und zukunftsfestes Sozialsystem. Da bin ich den Haushältern besonders dankbar. Dies ist seit 15 Jahren die erste Regierung bzw. Koalition, die die Zuschüsse zur Sozialversicherung um keinen einzigen Cent kürzt

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Seit 15 Jahren!)

- das gilt für mehrere Koalitionskonstellationen -, weder in der Altershilfe noch in der Krankenversicherung, noch in der Unfallversicherung. Ich bin dem Haushaltsausschuss in cumulo sehr dankbar - übrigens auch dem Finanzminister -, dass er bereit war, vom Bund dafür 670 Millionen zusätzlich einzusetzen. Herzlichen Dank an den Haushaltsausschuss!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Also keine Kürzung, sondern eine Erhöhung! Damit haben wir ein modernes, zukunftsfestes Sozialversicherungssystem. Wir wenden 50 Millionen Euro für nachwachsende Rohstoffe auf.

Überhaupt nicht erwähnt worden ist, was die Grünen längst hätten realisieren können, nämlich ein Biomasse-Forschungszentrum. Das ist in Leipzig eröffnet worden.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Es war aber unter Rot-Grün schon geplant!)

Es wird immer gesagt, wir täten nichts für den Klimaschutz. Das ist eine ganz konkrete Maßnahme, weil zwei Drittel der regenerativen Energien aus dem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen stammen. Das ist die Realität. Wir haben die Biomassenutzung eingeführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Mittel für den ländlichen Raum werden also erhöht.

Ich habe die nachwachsenden Rohstoffe genannt.

Das Biomasse-Forschungszentrum wurde in Leipzig gegründet.

Wir haben ein modernes und zukunftsfähiges Sozialversicherungssystem. Es gibt optimale Zahlen für die Landwirtschaft insgesamt.

Jetzt sage ich noch etwas zum Verbraucherschutz

- ich kann gar nicht alles aufführen -: Das Verbraucherinformationsgesetz ist nach sechseinhalb Jahren Diskussion in Kraft getreten.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU] -

Hans-Michael Goldmann [FDP]: Nulllösung! -

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN): Aber was für eines!)

Der Nichtraucherschutz ist durch die Bundesregierung durchgesetzt. Der Allergieplan ist vorgelegt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was?)

Der Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“ ist vorgelegt. Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelkennzeichnung wurden durchgesetzt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo denn?)

Ich nenne den digitalen Verbraucherschutz. Fahrgastrechte: Da kämpfen wir dafür, dass die Kunden für eine

Verspätung besser entschädigt werden. Dazu sind wir mit der Justizministerin in einem guten Gespräch. Illegale Telefonwerbung und Bußgeld: Da ist eine Bestätigungslösung auf dem besten Weg.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Nährwertkennzeichnung: Da wundere ich mich schon.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ich mich auch!)

Der Vorschlag, den die deutsche Regierung gemacht hat, wird jetzt von der Europäischen Kommission übernommen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Nein! Das stimmt nicht, was Sie da sagen!)

Die Ampel, die da gelegentlich genannt wird, wird in Großbritannien gerade abgeschafft. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Hans-Michael Goldmann

[FDP]: Sie wissen genau, dass das nicht stimmt! - Zuruf der Abg. Ulrike Höfken

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, das ist die Realität. Sie wird gerade abgeschafft, Frau Höfken; nur, damit wir da auf dem richtigen Stand sind.

Jetzt komme ich noch zum Health-Check. Ich hätte gern auch noch etwas zur Gentechnik gesagt, aber das verkneife ich mir vor Weihnachten.

Wir haben eine ganz klare Linie. Erstens sind wir für eine Vereinfachung des Europarechts. Wir haben da mit der Landwirtschaft begonnen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Da haben wir ja jetzt einen Bürokratieberauftragten aus Bayern!)

Das wird jetzt nicht nur formalrechtlich, sondern auch materiell-rechtlich vereinfacht.

Zweitens werden wir dafür sorgen - das haben die Deutschen gestern eingebracht; das ist von allen anderen Mitgliedstaaten übernommen worden; damit muss die Kommission jetzt beginnen -, dass die hohen Umwelt- und Tierschutzstandards, die wir den bayerischen, deutschen und europäischen Bauern auferlegen, auch unseren Hauptwettbewerbern in den Drittländern abverlangt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, damit in der Landwirtschaft faire Wettbewerbsregeln entstehen.

Drittens bin ich allen dankbar, die die Diskussion über die Finanzierung der Landwirtschaft sachlich und fair führen. Liebe Freunde, wir erlegen den Landwirten in Europa Pflichten auf - vom Umwelt- bis zum Gewässerschutz, vom Boden- bis zum Tierschutz -, wie sie kein anderes Land auf dieser Welt seinen Bauern abverlangt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das müssen Sie Gabriel sagen! Das müssen Sie Kelber sagen!)

Deshalb ist eine solche Finanzierung kein Almosen, sondern ein Ausgleich für die landeskulturelle Pflege und die Umweltstandards, die die Bauern in Europa einzuhalten haben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Begeisterung bei der SPD!)

Daher ist diese Ausgleichsleistung durch die EU auch gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Hans-Michael

Goldmann [FDP]: Herr Zöllmer, Sie haben geklatscht!  
Vorsicht!)

Die Kommission wird auf diesen Weg einschwenken.  
Ich warne davor, allein auf das Stichwort „groß“ abzustellen,  
weil es in den neuen Bundesländern größere Betriebe  
gibt als in weiten Bereichen der alten Bundesländer.  
Ich würde vielmehr darauf abstellen, wie viele  
Personen ein Betrieb beschäftigt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sehr richtig!)

Wenn ein großer Betrieb investiert hat und viele Leute  
beschäftigt, dann kann ich ihn nicht deshalb in der Öffentlichkeit  
an den Pranger stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei  
Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ich bin dafür, dass wir diese Firmen weiterhin fördern.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, Sie müssen zum Ende kommen.

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich komme zum Ende.

Mit Ausnahme des Standortes in Kiel wüsste ich eigentlich  
nicht, wo es eine substanzielle Kritik gegeben  
hat. Der Standort Kiel bleibt erhalten.

Herr Goldmann, Sie haben die Landwirtschaftspolitik  
dankenswerterweise völlig ausgeblendet. Ich war in Niedersachsen  
und in Hamburg im Wahlkampf. Die Stimmung  
ist prächtig.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Vor allem in  
Südoldenburg bei den Schweineleuten!)

- Ja, selbst bei den Schweineleuten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, Sie müssen zum Ende kommen.

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Auch beim Verbraucherschutz können wir Leistungen  
vorweisen.

Ich bedanke mich zum Schluss bei den beiden Berichterstattem,  
bei Georg Schirmbeck und Ernst Bahr. Es  
ist immer schwierig mit dem Aufsichtsrat. Aber wir haben  
uns nach sorgfältiger Diskussion wieder auf einen  
sehr guten Haushalt verständigt, der gewährleistet, dass  
wir auch in einem Jahr sehr positive Bilanzen und Zahlen  
werden vorlegen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegin  
Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Minister, ich bedanke mich dafür, dass Sie eingestanden  
haben, dass es zur Entscheidung über den  
Standort Kiel eine substanzielle Kritik gibt. Ich glaube,  
dass diese Kritik sehr substanziell ist.

Wir, die FDP-Bundestagsfraktion, haben von Anfang  
an mitgetragen, dass es eine veränderte Ressortforschung  
geben muss und dass wir eine Reform brauchen.

Als wir vor langer Zeit in einer schwarz-gelben Koalition  
waren, haben wir uns auf ein entsprechendes Konzept  
verständigt. Von einer Bundesregierung, die 2005  
ins Amt gekommen ist, erwarten wir aber, dass sie die

neuen Entwicklungen sehr wohl aufnimmt und dies 2007 in einem Konzept auch tatsächlich umsetzt. Dies ist von Ihrer Seite in keiner Weise erfolgt. Ich bin bereits seit Ende 2006 mit dem Ministerium in Diskussion insbesondere über den Standort Kiel. Ich bedauere die Entscheidung, die Sie getroffen haben, sehr. Diese Entscheidung richtet sich nicht nach der Zahl der Stellen. Sie richtet sich auch nicht danach, ob in Kiel noch etwas stattfindet oder nicht, sondern nach den Strukturen im Max-Rubner-Institut. Wenn wir die Ressortforschung im Bereich der Ernährung ernst nehmen, dann müssen wir dafür sorgen, dass es einen Standort gibt, der über eine Universität wie die Christian-Albrechts-Universität, eine Tierversuchsstation, um bestimmte Tierversuche durchzuführen, und ein Krankenhaus verfügt. Ich finde es sehr seltsam, dass die vom Wissenschaftsrat 2006 am meisten gelobte Institution, nämlich die Institute der Ressortforschung in Kiel, abgewickelt und nach Karlsruhe verlagert wird, obwohl klar ist, dass bestimmte Bereiche der Ressortforschung dort nicht durchgeführt werden können, weil es dort kein entsprechendes Krankenhaus gibt.

Ich bin entsetzt darüber, dass gerade derjenige Bereich der Ernährungsforschung, der wirklich bedeutend ist, nämlich die vorbeugende Ernährung im Bereich Diabetes zum Beispiel, damit völlig abgewickelt wird. Das heißt, dass die Forschung im Hinblick auf eine Krankheit wie Diabetes, die die höchsten Kosten überhaupt in Deutschland verursacht, nicht mehr im Ressortforschungsbereich stattfinden kann.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie die Clusterbildung in einem nördlichen Bundesland - möglicherweise aufgrund eines größeren Interesses für den Süden - aufbrechen. Dies wird nicht billig. Schauen Sie schlicht und ergreifend, was dort geleistet worden ist. Schauen Sie einmal dort hin, wo die beste Forschung im Bereich der Ressortforschung stattgefunden hat. Dass diese Standorte aufgelöst und verlagert werden, halte ich für nicht leistungsgerecht.

Deswegen habe ich den Kollegen Schirmbeck dahin gehend kritisiert, dass er im Hinblick auf den Haushalt nur Erbsen zählt, statt auf die richtigen Strukturen zu achten.

Ich bedauere die Entscheidung der Bundesregierung, die Institute in Kiel abzuziehen, sehr. Ich halte das für eine falsche Entscheidung.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, wollen Sie darauf reagieren? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich das Wort der Kollegin Waltraud Wolff, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz macht auch im Jahr 2008 wieder deutlich, dass wir ein verlässlicher Partner sind. Gleichzeitig haben wir wichtige Weichen gestellt. Das ist in der ganzen Debatte

deutlich geworden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich eines sagen: Die Anmerkungen von der Opposition betreffen marginale Dinge; sie wollte sich einfach an unserem guten Haushalt aufreiben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also wirklich! - Alexander Bonde

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie damit sagen, dass die SPD-Fraktion Klimaschutz inzwischen für marginal hält?)

Lassen Sie mich in Richtung des Kollegen Bonde einen Satz zum Ökolandbau sagen; alles andere hat dankenswerterweise Herr Minister Seehofer - ich sage es mal so - abgefrühstückt. Herr Kollege Bonde, in der mittelfristigen Planung unter Rot-Grün - Sie waren schon in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieses Hauses; ich habe es extra noch einmal nachgelesen - haben wir die Haushaltsmittel für den Ökolandbau auf 10 Millionen Euro festgeschrieben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber 500 Millionen fehlen!)

Diese Mittel sollten nach und nach abgeschmolzen werden; das Bundesprogramm sollte auslaufen. Was haben wir getan? Wir haben auf diese 10 Millionen Euro noch einmal 6 Millionen Euro draufgesattelt. Sich hier so zu echauffieren, ist einfach lächerlich. Da sieht man, wie gut unser Haushalt eigentlich ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU - Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der zweiten Säule haben Sie gekürzt ohne Ende!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort, wo wir Verantwortung übernehmen konnten, haben wir es getan.

Ich wünschte, auch die Länder würden ihre Verantwortung wahrnehmen - darum jetzt auch der Blick in Richtung der Länder - und nicht nur immer neue Kompetenzen fordern. Meine Kollegin Mechthild Rawert hat das für den Bereich Verbraucherschutz bereits angesprochen: Wenn es darum geht, die Verbraucherberatung zu unterstützen, dann ist das eben Ländersache.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Da kann man von dieser Stelle aus nur sagen: Liebe Länder, nehmt diese Verantwortung wahr! Diese Aufgabe kommt euch zu. Wer hier kürzt, der betreibt Politik gegen Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dasselbe gilt für die landwirtschaftliche Sozialpolitik. 3,7 Milliarden Euro stellen wir für das Jahr 2008 zur Verfügung. Dazu kommen noch die Erlöse aus den Forderungsverkäufen. Wir, Schwarz-Rot, stehen zu diesem Sondersystem. Deswegen haben wir ja auch die Landwirtschaftliche Sozialversicherung reformiert.

Was allerdings mittlerweile wirklich nur noch entsetzlich klingt, ist die Haltung der Länder.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert denn in den Ländern?)

Wer eine noch so kleine Reform verhindern will, wer das landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem an dieser Stelle infrage stellt, der macht letztendlich auch Politik gegen die Bauern.

Wir machen eine Politik für die Landwirtschaft, für



die ländlichen Räume und für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das bedeutet Verlässlichkeit, keine Frage. Das bedeutet aber auch, dass man Herausforderungen annehmen muss, dass man Lösungen entwickeln muss. Auch das spiegelt sich in unserem Haushalt wider. Wir stellen uns den Herausforderungen, und wir stellen die Weichen richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht erst seit im März die OECD ihren Prüfbericht zur Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ vorgestellt hat, wissen wir, dass wir die Ausrichtung unserer Politik für die ländlichen Räume neu diskutieren müssen. Wir haben mit dem Wettbewerb „Regionen aktiv“ beispielhafte Konzepte in der ganzen Bundesrepublik entwickelt. Hier ist es natürlich wichtig, die Strategie auch an der neuen ELER-Verordnung auszurichten. Politik für die ländlichen Räume ist für uns Politik für die Menschen, die dort leben.

Aus diesem Grund ist auch die ganze Diskussion, die hier schon zum Thema Breitband geführt worden ist, vollkommen richtig. Die Anmerkung, die Kollegin Tackmann und Kollege Goldmann gemacht haben, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, ist in der Diskussion schon eindeutig widerlegt worden. Wir bündeln die verschiedenen Fördermöglichkeiten und haben auch hier einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Wenn die Opposition meckert, dann nur, weil sie nicht selbst auf diese gute Idee gekommen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Klimawandel stellt im Moment und auf absehbare Zeit sicherlich die allergrößte Herausforderung für die Landwirtschaft dar, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit. Die Landwirtschaft befindet sich in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite können wir mit der landwirtschaftlichen Produktion Strom und Wärme erzeugen und von den Produkten etwas in die Motoren gießen. Auf der anderen Seite trägt die Landwirtschaft aber auch zum Klimawandel bei. Gerade der Verlust von CO<sub>2</sub>-Speichern, zum Beispiel durch den Humusabbau oder die Rodung von Wäldern, belastet die Klimabilanz der Landwirtschaft. Doch nicht zuletzt auch die Landwirtschaft selbst wird stark vom Klimawandel betroffen sein.

Das sind gute Gründe für die Förderung von Energieeffizienz in der Landwirtschaft, für die weitere Förderung des Ökolandbaus und für den Ausbau der Forschung. Gerade durch die Errichtung des Biomasseforschungszentrums in Leipzig sind die Weichen so gestellt worden, wie es notwendig ist. Es stand, Herr Minister Seehofer, durchaus auf meiner Agenda, hier auf das Biomasseforschungszentrum in Leipzig zu sprechen zu kommen.

Ich glaube, auch das macht wieder einmal deutlich, dass die Opposition Erfolge, die die Regierungskoalition erreicht hat, nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwei Jahre habt ihr gebraucht! Noch ist nichts Greifbares da!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Woche

hat die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Ich unterstütze die Kommission bei ihrem Ziel, mehr Mittel für die zweite Säule zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es richtig, verstärkt Mittel aus der ersten Säule dazu zu verwenden, um eine klima- und umweltschonende Landwirtschaft zu fördern.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was denn nun?)

Ich weiß, dass wir innerhalb und außerhalb der Koalition noch über viele Details streiten werden. Das ist ganz klar. Eine Stärkung der zweiten Säule steht für mich aber außer Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um noch einmal auf den Anfang der Debatte zu sprechen zu kommen: Sehr geehrte Frau Kollegin Happach-Kasan, Sie sprachen § 28 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, dass wir, wenn es darum geht, die Gelder verstärkt im Bereich der zweiten Säule einzusetzen, mit Herrn Minister Seehofer nicht unbedingt einer Meinung sind.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Diesbezüglich besteht noch viel Diskussionsbedarf, auch innerhalb der Großen Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Ulrich

Kelber [SPD]: Das war ein Redebeitrag nach § 28! - Otto Fricke [FDP]: Schöner Versuch!)

Unumgänglich ist für mich aber auch ein Verzicht auf Kappungsgrenzen und Degressionen. Es geht nicht darum, ob große oder kleine Betriebe besser sind. Es geht doch vielmehr darum, welche Leistungen ein Betrieb erbringt. Es geht an dieser Stelle auch überhaupt nicht darum, die Landwirtschaft gerade dort zu schwächen, wo eine Stärkung der ländlichen Räume nötig ist. Das Festhalten an Kappungsgrenzen und Degressionen steht auf jeden Fall für eine Politik gegen die Betriebe in Ostdeutschland und auch gegen die großen Betriebe in den alten Bundesländern. Dem können und wollen wir nicht zustimmen.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Ich komme zum Schluss.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo willst du die Mittel für die zweite Säule herholen?)

Alles in allem handelt es sich um einen abgerundeten Haushalt. Das haben wir an der Diskussion gesehen. An dieser Stelle danke ich Herrn Minister Seehofer, seinem Haus und den Berichterstattern im Haushaltsausschuss noch einmal ausdrücklich für die geleistete Arbeit. Wir haben fachlich und haushalterisch gut zusammenarbeiten können. Herzlichen Dank! Jeder kann diesem Haushalt eigentlich nur zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10, den Einzelplan des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, in der Ausschussfassung.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, über den wir zunächst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7298? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Wer stimmt nun für den Einzelplan 10 in der Ausschussfassung? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? -

Der Einzelplan 10 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt II.8 auf:

Einzelplan 15

Bundesministerium für Gesundheit

- Drucksachen 16/6414, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Ewald Schurer

Norbert Barthle

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Zum Einzelplan 15 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP und drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich würde gern die Aussprache eröffnen, bitte aber vorher diejenigen, die der weiteren Debatte nicht folgen wollen, ihre Gespräche nach Möglichkeit draußen fortzusetzen. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Dr. Claudia Winterstein das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der mit Abstand größte Ausgabeposten im Haushalt der Gesundheitsministerin ist der 2,5 Milliarden Euro schwere Steuerzuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung. Dieser Posten bedeutet auf Jahre eine schwere Hypothek für den Steuerzahler. Jahr für Jahr soll dieser Zuschuss um 1,5 Milliarden Euro anwachsen, bis auf die Summe von 14 Milliarden Euro im Jahr 2016.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Bis dahin sind noch Bundestagswahlen!)

Bis dahin entstehen im Bundshaushalt also Kosten in Höhe von 76,5 Milliarden Euro. Vorschläge, wie diese Summe finanziert werden soll, hat die Regierung bisher nicht vorgelegt. Wir halten es für verantwortungslos, Milliardenausgaben über Jahre hinweg ohne eine solide Gegenfinanzierung festzulegen. Das ist keine vernünftige Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Wir lehnen den GKV-Zuschuss nicht nur aus haushaltspolitischen Gründen ab. Unser Gesundheitssystem

braucht statt Pseudoreformen eine echte Reform, wenn wir auch in Zukunft für die Bürger eine umfassende Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau garantieren wollen.

Wir halten es daher für falsch, immer mehr Geld in ein marodes System zu pumpen. Dadurch sinkt nur der Druck, die Gesundheitsfinanzierung grundsätzlich zu reformieren und zukunftsfest zu machen. Statt dies zu machen, laden Sie, Frau Ministerin, die Kosten einfach beim Bürger ab und verschieben die Lasten in die Zukunft. Die erhofften Effekte Ihrer sogenannten Gesundheitsreform sind nämlich nicht eingetreten. Der Beitragssatz ist mit durchschnittlich 14,8 Prozent auf Rekordhoch. Von Wettbewerb zwischen den Krankenkassen kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heinrich L. Kolb  
[FDP]: Leider wahr!)

Von einem effizienten Gesundheitswesen sind wir nach wie vor weit entfernt.

Die gleiche kurzsichtige Politik erleben wir auch beim Thema Pflege.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Fehlanzeige!)

Auch hier machen Sie nichts weiter, als über höhere Beiträge mehr Geld ins System zu pumpen. Ein Konzept für eine langfristige Finanzierung bleiben Sie auch hier schuldig.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ist es!)

Da ist es schon bemerkenswert, wenn die Kanzlerin nur wenige Tage nach dem Beschluss der Pflegereform im Kabinett feststellt:

Wir wissen, es kommt der Tag, da müssen wir eine Kapitaldeckung einführen.

Ja, wann soll dieser Tag denn nun eigentlich kommen?

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Der nächste Tag kommt immer!)

Wie lange wollen Sie die Pflegeversicherung denn noch von der Hand in den Mund leben lassen? Bis zum Jahr 2030 werden wir etwa 3 Millionen Pflegebedürftige zu versorgen haben - ein Drittel mehr als heute.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Hört! Hört!)

Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung müsste dann bei etwa 4 Prozent liegen, also doppelt so hoch wie heute. Sehr geehrte Frau Ministerin, der Tag, an dem wir in die Kapitaldeckung einsteigen müssen, ist schon längst gekommen. Je früher wir das System umstellen, desto besser.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat schon längst ein Konzept vorgelegt, mit dem wir das umlagefinanzierte System nach und nach auf ein System mit Kapitaldeckung umstellen können.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Lieber gleich als nie! - Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Die Leute werden begeistert sein!)

So schaffen wir eine nachhaltige Finanzierung von Pflegeleistungen.

(Elke Ferner [SPD]: Was heißt denn das für die Beiträge?)

Meine Damen und Herren, all diese gescheiterten Reformvorhaben aus dem Hause Schmidt lassen sich im Kern auf eine einfache Ursache zurückführen: Es handelt sich um die Unfähigkeit von SPD und Union, wirkliche Reformen zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Bei all den Machtspielchen bleiben als politische Ergebnisse der Großen Koalition nur fade Kompromisse und Einigungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. In der Gesundheitspolitik ist dies besonders deutlich geworden. Mitunter kommt es überhaupt nicht zu Kompromissen, und Gesetzesvorhaben werden gleich wieder begraben, wie es jüngst bei der geplanten Errichtung der Deutschen Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur, der DAMA, der Fall war.

Gesundheitsmurks, Pflegemurks, gescheitertes DAMAErrichtungsgesetz!

Der nächste Flop aus dem Gesundheitsministerium

kündigt sich auch schon an: Nach jahrelanger

Diskussion liegen nun wieder einmal neue

Pläne für ein Präventionsgesetz vor. Wie bereits bei der

Gesundheitsreform wählen Sie auch hier den Weg der

zentralistischen Einheitslösung. Ein Fonds soll es wieder

einmal richten. Stolze 400 Millionen Euro wollen Sie

einsammeln, überwiegend von den Krankenkassen. Über

die Verwendung dieser Mittel soll dann aber zentral eine

Bundesstiftung entscheiden. Das bedeutet mehr Bürokratie

und weniger Mitsprache für die Kassen und die

Länder. Dabei findet Prävention vor Ort statt. Sie wollen

Gelder unter Ihre Kontrolle bringen, um weiterhin Ihre

Strategie der Volksbevormundung verfolgen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Elke

Ferner [SPD]: Es wird ja immer schlimmer!

Dümmer geht es wirklich nicht, Frau Kollegin!)

Aber auch beim Präventionsgesetz sind die Misstöne

zwischen Union und SPD schon wieder verdächtig laut.

Es darf also bezweifelt werden, ob in dieser Legislaturperiode

überhaupt noch ein Gesetz zustande kommt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Abwarten!)

Schon zur Halbzeit von Schwarz-Rot lässt sich für

den Bereich der Gesundheitspolitik feststellen: Ob Gesundheit,

Pflege oder Prävention - gestritten wurde viel,

geschaffen wurde wenig, und zu tun bleibt noch eine

ganze Menge. Dazu fehlt dieser Koalition allerdings die

Kraft.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege

Ewald Schurer.

(Beifall bei der SPD)

Ewald Schurer (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Einzelplan

Gesundheit des Haushalts 2008 werden die bisher bekannten

und bewährten Schwerpunktsetzungen beibehalten.

Die Kollegin Winterstein hat die pauschale Abgeltung

der Aufwendungen der Krankenkassen für

gesamtgesellschaftliche Aufgaben als nicht verantwortungsvoll

bezeichnet. Im Gegensatz zu dieser Aussage

sehe ich darin ein sehr verantwortungsvolles Vorgehen.

Dieser Posten wird jetzt mit 2,5 Milliarden Euro ausgestattet.

Bis 2016 kommen jährlich jeweils 1,5 Milliarden

Euro hinzu, bis der anvisierte Betrag von 14 Milliarden

Euro erreicht ist.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Wofür eigentlich?)

Die Gegenfinanzierung, meine Damen und Herren, ist durch die Einnahmen des Bundeshaushalts jetzt und für die Zukunft definitiv sichergestellt.

(Lachen des Abg. Martin Zeil [FDP])

Lassen Sie mich an dieser Stelle zunächst einmal dem Ministerium, der Frau Ministerin, den Staatssekretären und den Mitarbeitern des Hauses für die gute Zusammenarbeit recht herzlich Danke sagen. Bedanken möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen Berichterstattern und innerhalb der Koalition beim Kollegen Barthle.

Um das Gesamtvolumen des Haushalts in Höhe von knapp 2,9 Milliarden Euro richtig einschätzen zu können, muss man erst einmal die bereits erwähnten 2,5 Milliarden Euro veranschlagen. Wenn man das getan hat, kommt man zu dem Schluss, dass der eigentlich substanzielle Teil dieses Einzelplans die verbleibenden 400 Millionen Euro sind.

Die Strukturanalyse zeigt Folgendes auf: Circa 70 Millionen Euro sind für das Ministerium selbst eingeplant.

124 Millionen Euro werden für die allgemeinen Bewilligungen ohne den Pauschbetrag benötigt. Damit Sie sich das vorstellen können: In diesem Bereich sind beispielsweise Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz angesiedelt, hiervon wird der Aktionsplan „Gesundheitliche Prävention durch Ernährung/Bewegung“ finanziert, hiervon werden Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger und die so wichtigen Ausgaben für die Aidsbekämpfung finanziert.

186 Millionen Euro sind für die fünf sogenannten nachgelagerten Institute des Bundesgesundheitsministeriums vorgesehen.

Weitere 18 Millionen Euro stehen für Versorgungsausgaben des Gesundheitsministeriums zur Verfügung.

Für Titel mit eigentlichem Programmcharakter werden insgesamt 66 Millionen Euro veranschlagt.

Der finanzielle Schwerpunkt wird bei der Prävention gesetzt. Unsere Anstrengungen in diesem Bereich setzen wir also fort, verbunden sogar mit gewissen Erhöhungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allein 21,4 Millionen Euro werden zur Bekämpfung von HIV/Aids und zur Bekämpfung des Suchtmittel- und Drogenmissbrauchs ausgegeben. Dies ist vor dem Hintergrund leider nach wie vor steigender Ansteckungszahlen insbesondere im Bereich HIV/Aids zu sehen.

Lassen Sie mich deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der heutigen Debatte darauf hinweisen, dass das Robert-Koch-Institut für das erste Halbjahr 2007 1 334 neu diagnostizierte HIV-Infektionen vermelden musste, immerhin 9 Prozent mehr als im entsprechenden Vergleichszeitraum von 2006. Das sind natürlich alarmierende Zahlen. Deswegen ist es sicherlich angebracht, zu sagen, dass auch den Menschen draußen immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden muss: HIV/Aids ist und bleibt absolut tödlich. Es ist zu einer globalen Bedrohung geworden, und der nationale Kampf muss in internationale Maßnahmenbündel eingebettet sein.

Für uns zählt bei dieser Debatte das Erreichen der internationalen Millenniumsziele. Die Zunahme der Infektionen

muss gestoppt werden. Insgesamt gesehen brauchen wir eine Trendumkehr bei dieser lebensbedrohenden Epidemie, die sich weltweit ausbreitet.

Die Maßnahmen der Politik bedürfen einer massiven Unterstützung vonseiten aller, die im Gesundheitswesen tätig sind. Das sind aber nicht nur die Kassen oder die üblichen Verdächtigen wie Gesundheitsagenturen. Nein, ich rufe an dieser Stelle alle in diesem Lande auf, die professionell mit Kommunikation zu tun haben – das sind die Medien, die Presse, die Kommunikationsagenturen –, sich diesem Thema noch mehr als bisher zu widmen, es aktiv aufzugreifen und den Menschen wirksam und verantwortungsvoll nahezubringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine letzte Aussage hierzu: Egal, welche sexuelle Orientierung oder Disposition Menschen in diesem Lande oder anderswo in der Welt haben – es hilft nur eines: Die Menschen müssen sich wirksam und verantwortungsvoll schützen. HIV/Aids bedarf ganzjährig einer großen Aufmerksamkeit, die weit über den am 1. Dezember wieder ins Haus stehenden Welt-Aids-Tag hinausgeht. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, einen großen Beitrag für die Gesundheit der Bevölkerung leisten die fünf schon erwähnten nachgelagerten Behörden des Gesundheitsministeriums. Das sind die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information, das Paul-Ehrlich-Institut, das Robert-Koch-Institut und nun doch wieder, entgegen den ursprünglichen Planungen, die noch in der ersten Lesung hier im Mittelpunkt standen, das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, also das BfArM. Für alle Institute gemeinsam haben wir, wie schon gesagt, im Haushalt 186 Millionen Euro in Ansatz gebracht. Leider ist der an dieser Stelle in der ersten Lesung angekündigte Transfer des BfArM in eine Deutsche Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur nicht gelungen. Das DAMA-Errichtungsgesetz war schon sehr weit gediehen. Der Bundesrat hatte bereits am 16. Februar dieses Jahres seine Zustimmung signalisiert. Ziel dieser Agenturlösung war es, bessere und schnellere Zulassungsverfahren zu erreichen und trotzdem die Arzneimittelsicherheit nicht zu verringern, sondern zu erhöhen sowie die Wettbewerbsfähigkeit einer deutschen Agentur auf dem europäischen und internationalen Markt entsprechend zu verbessern.

Wir Sozialdemokraten wollten und wollen dabei immer eine eigenständige Pharmakovigilanz, zwar unter dem Dach einer neuen Agentur DAMA – so war es angestrebt –, aber rechtlich und steuerfinanziert als unabhängige Bundesstelle. Kurzum: Wir wollten eine eigenständige und öffentlich finanzierte Pharmakovigilanz, die die Erfassung, Bewertung und Abwehr von Arzneimittelrisiken absolut sicherstellt. Alle anderen Interpretationen, leider auch in Pressemeldungen des geschätzten Koalitionspartners CSU, waren an der Stelle nicht richtig und lagen von der Tendenz her eher etwas – so würde ich sagen – daneben.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie waren zielführend!)

Das kurzfristige Veto unserer Freunde von der CSU

stoppte unsere Pläne. Als Hauptberichterstatter für Gesundheit im Haushaltsausschuss bedauere ich dies sehr. Wir haben deshalb in der Bereinigungssitzung vom 15. November das Kapitel 1510 wieder aktiviert. Das war die einzige Chance, die wir nach dieser Aktion hatten. So ergeben sich jetzt wieder Ausgaben in Höhe von insgesamt 60,6 Millionen Euro für das revitalisierte BfArM. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen in Höhe von 42 Millionen Euro gegenüber, sodass die Wiederaktivierung des Kapitels 1510 haushaltsneutral abgelaufen ist.

Zum Schluss möchte ich noch betonen: Wir werden an den Zielen festhalten. Auch künftig müssen die Prozessabläufe der Zulassung optimiert werden. Wir brauchen verbesserte Zulassungsbedingungen. Wir brauchen zeitlich attraktive Bedingungen, und wir müssen international auch mit einem BfArM absolut konkurrenzfähig sein.

Lassen Sie mich abschließend hinzufügen, dass eines, was uns als Haushältern sehr wichtig war, geräuschlos und gut gelaufen ist: Es ist uns gelungen, das Robert-Koch-Institut mit 49 neuen Stellen auszustatten, dies deswegen, weil die Herausforderungen bei der Gesunderhaltung der Bevölkerung gestiegen sind. Die Bundesregierung muss zur Bewältigung bekannter und neu hinzukommender Krankheiten oder Erreger oder Resistenzen oder möglicher biologischer Anschläge in der Lage sein, entsprechende Vorsorge zu treffen. Deswegen war es richtig und wichtig, das RKI mit 49 Stellen zu verstärken. Weitere Stellen werden folgen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Ewald Schurer (SPD):

Fazit: Der Haushalt ist solide. Er entspricht den inhaltlichen Anforderungen an eine moderne Gesundheitspolitik.

Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Frank Spieth für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Frank Spieth (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 15, Gesundheit, ist einer der eher kleineren Haushalte im Bundeshaushalt; aber die in diesem Bereich gemachte oder unterlassene Politik ist für die Menschen in diesem Land mit erheblichen Folgen verknüpft. Frau Ministerin - das sage ich an dieser Stelle auch -, wir werden sehr wahrscheinlich mit unseren Vorschlägen scheitern. Dabei hätten wir Ihnen gern mehr Geld für Ihren Haushalt zur Verfügung gestellt, um die großen Projekte, die in der Koalitionsvereinbarung vorgeschlagen sind, tatsächlich zu realisieren.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie werden uns wieder die Finanzierung schuldig bleiben!)

Ich glaube nicht, dass sich insbesondere die Kollegen aus der CDU/CSU hier dazu hinreißen lassen. Aber wir werden es sehen.



(Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie haben die Finanzierung nicht hinbekommen!)

Wir werden heute sehr kritisch Bilanz ziehen. Ich habe mir vorgenommen, auch im Namen meiner Fraktion, auf einige Punkte einzugehen.

Ich möchte damit beginnen, dass ich auf das Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz eingehe,

das vor einem Jahr quasi als Wunderwaffe gegen Preissteigerungen im Arzneimittelsektor angepriesen wurde.

Heute können wir feststellen: Ziel verfehlt. Die Ausgaben der Kassen für Medikamente steigen im Jahr 2007

um weitere 2 Milliarden Euro, also um schlappe 8 Prozent.

Die gesetzlichen Krankenkassen geben mittlerweile für Medikamente mehr aus als für alle Arztpraxen zusammen – ein unerträglicher Zustand!

(Beifall bei der LINKEN)

Einige Maßnahmen des Gesetzes waren ja richtig, zum Beispiel die Möglichkeit, Rabattverträge abzuschließen, und die Regelung, dass die Patienten für besonders günstige Medikamente nichts zuzahlen müssen.

Dennoch wird der Preistreiberi der Pharmakonzerne nicht ausreichend Einhalt geboten. Die Pharmafirmen können den Krankenkassen bei Neuzulassungen nach wie vor die Preise diktieren. Die 15 000 Pharmareferenten nehmen täglich massiv Einfluss darauf, was Ärzte verschreiben. Der Beitragszahler muss blechen, und die Patienten können nur noch schlucken.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke fordert deshalb, dass endlich die Positivliste eingeführt wird. Dann müssen nur noch die Medikamente von den Kassen bezahlt werden, deren Nutzen belegt ist. Damit beenden wir außerdem den Unsinn, dass der Arzt im letzten Monat eines Quartals keine Medikamente mehr verschreiben kann, weil sein Budget überschritten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderes Thema: Die Zweiklassenmedizin in den Krankenhäusern hat sich durch die Einführung der Fallpauschalen noch weiter verschlimmert. Die Krankenhäuser können bei den Kassen nicht mehr die Zahl der Behandlungstage abrechnen, sondern nur noch einen pauschalen, je nach Krankheit festgelegten Eurobetrag, egal wie lange der Patient im Krankenhaus liegt. Gewinne machen damit die Krankenhäuser, die die Leute möglichst frühzeitig nach Hause schicken, weil die Aufenthaltsdauer zum Kostenfaktor geworden ist. Wir haben deshalb die Bundesregierung gefragt: Führt dieses Finanzierungssystem zur sogenannten blutigen, also vorzeitigen Entlassung, ohne dass die Patienten genesen sind, und welche Folgen hat das für die gesundheitliche Versorgung der Patienten? Die Antwort der Bundesregierung ist erschreckend: Sie besitze dazu keine belastbaren Informationen.

Seit drei Jahren gibt es aber den gesetzlichen Auftrag, die Folgen dieser neuen Finanzierung durch Fallpauschalen für die Patienten und für die Qualität der Versorgung zu erforschen. Wir haben den Eindruck, dass infolge der Fallpauschalen die gesetzlich Krankenversicherten in den Krankenhäusern anders behandelt werden als privat Versicherte. Auch das ist ein Skandal in

Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitswesens steigt die Gefahr, im Krankenhaus richtig krank zu werden. Die Bundesregierung versagt dabei, das Problem der multiresistenten Keime in Krankenhäusern zu lösen. Das bewirkt, dass Menschen, deren Abwehrkräfte geschwächt sind, zum Teil kranker aus einem Krankenhaus herauskommen, als sie hineingegangen sind, weil allgemein anerkannte Hygienestandards, zum Beispiel die Händedesinfektion zwischen zwei Patientenkontakten, schlicht und ergreifend nicht eingehalten werden. In den Niederlanden funktioniert das besser. Dort hatte man das gleiche Problem, und man hat dieses Problem gelöst. Wir haben deshalb die Bundesregierung auch gefragt, warum das Problem bei uns immer größer wird und was sie dagegen macht. Antwort: Die Zuständigkeit liege bei den Ländern. - Frau Ministerin, das reicht nicht aus. Der Bund ist in der Pflicht und hat dafür zu sorgen, dass dieses Problem auch in Deutschland gelöst wird. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch etwas läuft schief: Etliche Krankenhäuser sind mittlerweile in einem erbärmlichen Zustand. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft geht von einem Investitionsstau in Höhe von über 50 Milliarden Euro aus. Die Länder und Kommunen sind völlig überfordert, diesen Batzen alleine zu schultern. Im Interesse der Patienten und der dort Beschäftigten haben wir deshalb den Antrag gestellt, dass sich der Bund über ein Zukunftsinvestitionsprogramm an den Kosten zur Hälfte beteiligen soll. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll damit der Investitionsstau abgebaut werden. Das heißt, der Bund müsste jährlich 2,5 Milliarden Euro dafür bereitstellen. Das würden wir ihm gerne geben.

(Otto Fricke [FDP]: Wo nehmen Sie die denn her?)

- Dazu haben wir auch Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht. Das müssten Sie wissen. In den Bereinigungssitzungen im Ausschuss haben Sie das ja ausführlich behandelt.

(Otto Fricke [FDP]: Die sind heute Morgen schon verbraucht gewesen! - Norbert Barthle [CDU/CSU]: Steuermehreinnahmen!)

Wenn unser Gesundheitssystem auch in 20 Jahren noch funktionieren soll, dann muss die Gesundheitspolitik endlich präventiv ausgerichtet werden. Ich musste meinen Redebeitrag kurzfristig ändern, weil wir vorhin aus der Presse erfahren haben, dass Sie, Frau Ministerin, jetzt offenkundig auf die CDU/CSU zugegangen sind und wesentliche Positionen der SPD aufgegeben haben. Offenkundig soll ein zukünftiges Präventionsgesetz jetzt doch auf den Weg gebracht werden. Die Blockadehaltung der CDU/CSU, die das Gesetz schon unter Rot-Grün blockiert hat - im Bundesrat ist es am schwarzen Veto gescheitert -, soll so überwunden werden. Es ist allerhöchste Zeit, dass wir dieses Präventionsgesetz bekommen; denn die Lebenserwartung des ärmsten Fünftels der Bevölkerung liegt etwa neun bis zehn Jahre niedriger als die des reichsten Fünftels in dieser Gesellschaft. Auch dies ist aus unserer Sicht unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist an der Zeit, dass nicht nur Krankheiten, sondern auch krankmachende Verhältnisse bekämpft werden. Erfolgreiche Prävention muss deshalb insbesondere bei Menschen mit geringem Einkommen ansetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weitere Musterbeispiele der unbefriedigenden Politik sind der Bundeszuschuss an die Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben – davon war hier schon die Rede – und die Senkung der Beiträge für Arbeitslose. Auch dies sollte genannt werden.

Die Absenkung der Beiträge für Arbeitslose an die Krankenkassen hat dort zu einem Einnahmeausfall von 7,1 Milliarden Euro geführt. Diese zusätzliche Belastung muss die Versichertengemeinschaft über höhere Beiträge solidarisch schultern. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, dass anstelle der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung den Krankenkassen wieder der erforderliche höhere Beitrag zugeführt wird. Davon hätten viel mehr Menschen einen Nutzen. Das wurde aber abgelehnt.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wir bringen die Leute in Arbeit!)

Der von Rot-Grün eingeführte Bundeszuschuss zur Finanzierung gesellschaftlicher Leistungen ist im letzten Haushalt auch geändert worden. Den Kassen sollten damit ursprünglich die Mutterschaftsleistungen aus Steuermitteln ersetzt werden. Nur 2006 haben sie einmalig den vollen Zuschuss erhalten. Im Haushalt 2007 wurde ihnen jedoch eine massive Kürzung in Höhe von über 2,5 Milliarden Euro zugemutet. Dies ist keine verlässliche Politik, sondern eine Politik der Unzuverlässigkeit auf dem Rücken der Patienten und der Versicherten. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb haben wir in unserem Änderungsantrag eine Wiederaufstockung um 1,7 Milliarden Euro auf 4,2 Milliarden Euro gefordert.

Die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens führt zunehmend zur Rationalisierung sowie zur Rationierung, und sie macht Angst. Dies wurde mir in Briefen und Veranstaltungen – zum Beispiel gestern Abend in Dresden – von vielen Beschäftigten und Patienten geschildert. Die Regierung redet zwar darüber, ändert aber nichts an der Entwicklung – im Gegenteil. Die Linke wird es nicht akzeptieren, dass privat Krankenversicherte mehr Leistungen erhalten, weniger zuzahlen und nie warten müssen, während gesetzlich Krankenversicherte immer weniger Leistungen bei gleichzeitig immer höheren Zuzahlungen erhalten, immer länger auf einen Termin warten müssen und bei manchen Spezialisten schon gar nicht mehr vorgelassen werden. Kollege Lauterbach hat dies in seinem jüngsten Buch richtig beschrieben. Aber die Regierung treibt den Keil mit den Wahltarifen noch tiefer. Sie tragen mit dem Teilkaskotarif für Gesunde und dem Vollkaskotarif für Kranke zu einer zusätzlichen Spaltung bei den gesetzlich Krankenversicherten bei. Sie machen damit aus der Zweiklassenmedizin, die bisher gesetzlich und privat Versicherte spaltete, eine Dreiklassenmedizin. Die Linke will das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine solidarische und soziale Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, damit Privilegien, Rosinenpickerei und Spaltung beendet werden - in der Kranken- wie in der Pflegeversicherung.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Der nächste Redner ist der Kollege Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ewald Schurer [SPD])

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich in den Einzelplan 15 einsteige, möchte ich mich zunächst bei Frau Ministerin Schmidt, ihrem Hause, allen Beteiligten, die an der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs beteiligt waren, und vor allem auch bei meinen Mitberichterstattekollegen unter Führung von Ewald Schurer bedanken. Wir waren uns mit wenigen Ausnahmen in den meisten Punkten immer einig, wie wir vorgehen wollen. Das prägt unsere Zusammenarbeit. Dies zeigt sich auch daran, dass es mit einer Ausnahme zu diesem Etat keine Änderungsanträge aus unserer Kreise gab.

Der Regierungsentwurf mit einem Volumen von 2,9 Milliarden Euro war ein recht guter Entwurf. Rechnet man die 2,5 Milliarden Euro Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung heraus - aber nicht im Sinne einer Streichung, wie es die FDP macht; das wäre ein riesengroßer Fehler -, dann bleiben wir mit 398 Millionen Euro bei einem überschaubaren, aber wichtigen Etat. Eine ganz zentrale Rolle innerhalb dieses Etats nimmt die Vorsorge und die Aufklärung ein. Dafür geben wir 66 Millionen Euro aus. Wichtigster Posten dabei ist die Aidsbekämpfung. Auch ich - mein Kollege Schurer hat bereits darauf hingewiesen - möchte für meine Fraktion betonen, dass dies für uns ein Schwerpunkt ist. Deshalb haben wir die dafür zur Verfügung stehenden Mittel sukzessive auf jetzt 15,8 Millionen Euro erhöht, natürlich auch deshalb, weil die Zahl der Neuinfizierten in Deutschland von Jahr zu Jahr zunimmt. Lagen wir 2004 noch bei 2 300 Neuinfizierten, so schätzt das RKI für das Jahr 2007 bereits 3 000. Das muss uns zu denken geben. Wer mit der Aidshilfe vor Ort spricht - ich habe das in meinem Wahlkreis gemacht -, der erfährt, dass sich zunehmend eine Präventionsmüdigkeit breitmacht, dass das Risikobewusstsein mehr und mehr sinkt und dass eine Bedrohung aus Osteuropa hinzukommt, die sich insbesondere im Bereich der Hausfrauenprostitution niederschlägt. Schaut man sich dann noch die dramatische Situation hinsichtlich Aids in Afrika an - rund 3 Millionen Tote im Jahre 2006, rund 5 700 Tote pro Tag -, dann wundert man sich, warum in der deutschen Öffentlichkeit diese Katastrophe so sehr im Stillen vor sich geht. Dabei erkennt man in Afrika, dass die Frage, wie man mit dieser Bedrohung umgeht, einen ganz entscheidenden Einfluss auf die Zahl der Neuinfizierten hat. Deswegen legen wir so großen Wert auf Aufklärung und Prävention. Ein zweiter Bereich, in dem Aufklärung und Prävention sehr bedeutsam ist, ist der Drogen- und Suchtmittelmissbrauch.

16,3 Millionen Euro stellen wir für Aufklärung und Prävention zur Verfügung. Das sind 300 000 Euro mehr als im Vorjahr, obwohl nach Auskunft der Drogenbeauftragten der Drogenkonsum zurückgeht. Allerdings steigt der Alkoholmissbrauch vor allem bei Jugendlichen – Berichte über Flatrate-Partys gingen durch die Presse – an. In dem Bereich müssen wir dafür sorgen, dass ein verantwortungsvoller, pflichtbewusster und mäßiger Umgang mit Alkohol auch bei den Jugendlichen Platz greift.

Ein weiterer Punkt, in dem Prävention ganz entscheidend ist, ist das Übergewicht. Rund 50 Prozent unserer Bevölkerung sind übergewichtig. Zunehmend mehr Jugendliche und Kinder müssen leider dazugerechnet werden.

Oft treten bei ihnen motorische Defizite auf. Auch hier ist Aufklärung von ganz entscheidender Bedeutung. Anderenfalls droht uns eine Lawine einzuholen, deren Kosten in den Folgejahren unabsehbar sind.

Lassen Sie mich auf zwei Dissenspunkte innerhalb unserer Beratungen eingehen. Ich will ganz kurz die Diamorphinsubstitution ansprechen. Ich habe mich zusammen mit den Fachpolitikern davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, das nicht zur Regelleistung in der GKV zu machen, sondern den Modellversuch fortzuführen,

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Modelle bis in alle Ewigkeit!)

weil es noch offene Fragen gibt, insbesondere was die Zahl der Anspruchsberechtigten, aber auch was die Ausstiegsszenarien und die Therapiemöglichkeiten anbelangt.

Es kann nicht sein, dass Heroin auf Krankenschein eine Dauerlösung auf Lebenszeit ist. Ich denke, hier gibt es bessere Rezepte.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind die unionsregierten Länder schon schlauer!)

Ich möchte noch das Drama um die DAMA ansprechen.

Ich hatte in der ersten Lesung zwei Kriterien aufgestellt und gesagt: Einerseits muss aus der Umformung mittelfristig ein Gewinn für den Haushalt resultieren. Es muss also ein Einsparvolumen geben.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wir brauchen mehr Patientensicherheit und mehr Arzneimittelsicherheit!)

Andererseits muss die Leistung besser werden. Wenn die Leistung nicht besser wird, braucht man nichts umzubauen.

So lauteten meine Worte im September. Schauen Sie mir nun die Fakten an, die das Bundesministerium für Gesundheit veröffentlicht hat, komme ich zu dem Ergebnis, dass kein Handlungsdruck mehr besteht; denn das BfArM konnte seine Position im europäischen Vergleich deutlich verbessern.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Neulich wart ihr noch für Reformen!)

Bei den zentralen Zulassungsverfahren lag es 2005 auf Position zwei und 2006 bereits auf Position eins. Im europäischen Vergleich gehört das BfArM bereits heute in die Spitzengruppe der Zulassungsstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe mich von meinem Fachkollegen unterrichten und belehren lassen, dass es in der DAMA einen Konflikt zwischen den Bereichen Zulassung und Pharmakovigilanz

hätte geben können. Die Stellungnahmen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Bundesärztekammer und der GKVEn muss ich nicht noch einmal zitieren. Die Bedenken der Union konnten jedenfalls nicht ausgeräumt werden. Demzufolge bleibt das BfArM erhalten. Ich wünsche an dieser Stelle dem neuen Leiter des BfArM, Herrn Professor Löwer, guten Erfolg für seine Arbeit. Unsere besten Wünsche begleiten ihn. Ich will nicht verschweigen, dass die DAMA aus Sicht des Haushälters, aus wirtschaftlicher und finanzieller Perspektive vielleicht noch effektiver hätte arbeiten können. Das mag sein, aber im Gesundheitsbereich muss immer die Devise gelten: Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit. (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Frank Spieth [DIE LINKE])

Als letzten Posten innerhalb des „großen“ Haushalts möchte ich die Personalkosten ansprechen. Über 166 Millionen Euro bzw. rund 41 Prozent des gesamten Etats werden für Personal aufgewendet. Wir haben im Bereich des BMG das Robert-Koch-Institut mit 49 neuen Stellen ausgestattet. Wir wollen bis zum Jahr 2011 weitere 98 Stellen schaffen, weil wir der Auffassung sind, dass das Robert-Koch-Institut eine Behörde ist, die besonders gefördert und zu einem Bundesinstitut ausgebaut werden muss, damit es umfassende Gesundheitsaufgaben für die Bevölkerung wahrnehmen kann.

Damit beweist die Große Koalition, dass sie mit Augenmaß spart und dort investiert, wo es notwendig ist. Wir nehmen auch im Bereich des Gesundheitswesens unsere Devise „Investieren, Sanieren, Reformieren“ ernst und sind auf einem guten, erfolgreichen Weg. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist nun die Kollegin Birgitt Bender für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was in den Reden der Koalitionshaushälter nur zart aufscheint, wird bei den Gesundheitspolitikern eher im O-Ton formuliert: So macht Gesundheitspolitik keinen Spaß. Das sagt nicht etwa die Opposition, sondern einer der Gesundheitspolitiker der Union – ich schaue Sie an, Herr

Spahn –,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das nicht etwa nachts in der Kneipe, sondern am helllichten Tag, sodass alle es nachlesen können.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Unerhört!)

Die SPD keilt inzwischen zurück. Was wir in der Gesundheitspolitik, so wie auf vielen anderen Politikfeldern auch, besichtigen können, sind Szenen einer zerrütteten Ehe.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Haben Sie da Erfahrungen, Frau Bender?)

Schon am Anfang der Legislaturperiode haben wir gesehen, dass „Große Koalition“ eben nur „kleine Reformen“ heißt, Frau Widmann-Mauz. Inzwischen muss man schon bezweifeln, dass Sie überhaupt das noch zustande bringen. Sehen wir uns an, was allein in den letzten

Monaten angewachsen ist: eine Liste des Scheiterns.  
Die Überführung des Bundesinstituts für Arzneimittel  
und Medizinprodukte in eine moderne Agentur ist gescheitert.  
(Frank Spieth [DIE LINKE]: Gott sei Dank!)

Im Dauerclinch liegen Sie bei der Behandlung von Drogenkranken.  
Sie kommen da einfach nicht heraus. Abgebrochen  
wurden die Koalitionsverhandlungen zum Präventionsgesetz.  
Die Ministerin muss schon damit  
drohen, einen nicht konsentierten Gesetzentwurf einzubringen.  
(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Unzumutbar für Frau Schmidt!)

Schließlich: Dass in dieser Wahlperiode noch eine umfassende  
Reform der Krankenhausfinanzierung zustande  
kommt, glauben selbst notorische Optimisten nicht  
mehr.

Trotzdem wird die Koalition in dieser Legislaturperiode  
die Arbeit auf dem Feld der Gesundheitspolitik nicht  
einfach einstellen können, das schon deswegen nicht,  
weil sie sich selber mit dem GKV-WSG einen Tornister  
mit Hausaufgaben vollgeladen hat, an dem sie jetzt  
schwer trägt. Besonders deutlich wird das bei der erstmaligen  
Festsetzung eines Einheitsbeitrags für die Krankenversicherung;  
denn dafür muss die Bundesministerin  
im nächsten Herbst die notwendige Verordnung vorlegen.  
Dann werden die unterschiedlichen ordnungspolitischen  
Ausrichtungen und Zielkonflikte in der Koalition  
wieder deutlich werden.

Die Ministerin hat mehrfach erklärt, der Beitrag solle  
so festgesetzt werden, dass im Wahljahr vermieden wird,  
dass eine Krankenkasse den Zusatzbeitrag erheben  
muss. Die Union hingegen wird darauf drängen, dass  
dieser Einheitsbeitrag möglichst niedrig angesetzt wird,  
weil die Arbeitgeber nicht belastet werden sollen  
(Max Straubinger [CDU/CSU]: Die Arbeitnehmer!)

und weil es ihr gerade recht wäre, wenn ein Zusatzbeitrag  
erhoben wird; denn sie will, dass aus dem kleinen  
Zusatzbeitrag möglichst bald eine große Kopfpauschale  
wird.

Darüber hinaus stehen beide Koalitionspartner bei  
den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten im Wort.  
Denen haben sie kräftige Honorarsteigerungen versprochen.  
Von 2,5 Milliarden Euro war zuletzt die Rede. Die  
Koalition steht also im nächsten Jahr vor den Herausforderungen,  
erstens den Ärzten höhere Honorare zu ermöglichen,  
zweitens die Lohnnebenkosten stabil zu halten  
und drittens die Versicherten nicht weiter zu  
belasten.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Wie soll das gehen?)

Das alles soll geschehen, ohne dass eine Finanzreform  
zustande kommt. Da kann ich Ihnen nur empfehlen:  
Vielleicht ersetzen Sie die Ministerin lieber durch den  
Magier David Copperfield. Der könnte das vielleicht bewirken.  
Politisch wird das kaum möglich sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Dr. Hans Georg Faust [CDU/CSU]: Der hat  
Ärger genug! - Annette Widmann-Mauz  
[CDU/CSU]: Der sitzt doch!)

Angesichts der ineinander verbissenen Koalitionspartner  
sind größere Reformen in den nächsten beiden

Jahren nicht zu erwarten. Insbesondere - das ist besonders bedauerlich - wird die Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf Wiedervorlage in der nächsten Wahlperiode liegen. Stattdessen werden wir eine missmutige Umsetzung Ihrer Gesundheitsreform erleben: Einheitsbeitrag, Einheitskassenverband, Gesundheitsfonds und krankheitsbezogener Risikostrukturausgleich. Auf all diesen Baustellen werden Sie wieder anfangen, sich zu streiten. Die Gefahr ist, dass Sie allein um des Machterhalts willen wieder schiefe Kompromisse formulieren. Kompromisse aber - das haben wir jetzt vielfach erlebt -, die allein aus Gründen der koalitionspolitischen Optik geschlossen werden, hinterlassen im Gesundheitswesen tiefe Flurschäden.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das haben Sie in Nürnberg bewiesen mit Ihrem Kompromiss!)

Wir werden als Opposition wachsam sein, um Schlimmeres zu verhüten. Im Übrigen wird es darauf ankommen, sich auf den Tag vorzubereiten, an dem endlich wieder politische Handlungsfähigkeit in die deutsche Gesundheitspolitik einzieht. Wir als grüne Opposition werden das tun - ganz ohne magische Kräfte, aber mit viel politischem Sachverstand. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat nun die Bundesministerin Ulla Schmidt das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit:  
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Frau Kollegin Bender, das unterscheidet uns vielleicht:  
Ich bin nicht in die Politik gegangen, um mich immer wohlfühlen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber um etwas zu tun!)

Ich finde, dafür werden wir zu gut bezahlt.

Das Zweite ist: Ich habe immer nach schweren Tornistern getrachtet und nicht nach leichten.

(Zuruf von der FDP: Das ist aber ungesund!)

Sie sehen, ich bin daran nicht zerbrochen. Das geht alles ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst einmal bei den Haushältern und vor allem auch bei den Berichterstattern der Koalitionsfraktionen bedanken. Ich glaube, ihre Aufgabe, angesichts der einzuhaltenden Haushaltsdisziplin nach einem geeigneten Weg zu suchen, war nicht einfach. Aber sie haben durch ihre Beratungen und Entscheidungen dazu beigetragen, dass wir einen Haushalt auf den Weg bringen können, der wichtige Weichenstellungen für die Zukunft im Gesundheitswesen enthält.

Ich glaube, es ist mit diesem Haushalt gelungen, die zur Verfügung stehenden Mittel in Projekte zu investieren, die uns Anregungen für eine gute Gesundheitsversorgung geben können, die uns helfen, Untersuchungen darüber zu finanzieren, wie denn in dem immer schwieriger und komplexer werdenden Gesundheitswesen gute



Hilfe am besten möglich ist und wie wir auf neue Herausforderungen reagieren müssen. Es sind überall im Haushalt Eckpunkte dafür gesetzt worden, dass wir in diesem Bereich weitergehen können. Herzlichen Dank dafür.

Sicherheit und Bezahlbarkeit guter Gesundheitsleistungen sind die Leitlinien der Politik der Bundesregierung. Dazu gehört für uns, dass wir so viel Vorsorge wie möglich und so früh wie möglich auf den Weg bringen, dass wir Rehabilitation auch im hohen Alter so früh wie möglich zur Verfügung stellen und dass wir medizinische Behandlung in bester Qualität durch gut ausgebildete Ärzte und Ärztinnen und gut ausgebildete Pflegekräfte sicherstellen. Das ist der Weg, den die von der Koalition zu verantwortende Gesundheitspolitik einschlägt. Gerade in einer Gesellschaft, die immer älter wird, wird es immer wichtiger, die Weichen dafür zu stellen, dass Gesundheitspolitik bezahlbar bleibt, dass sie für die Menschen sicher und auch kalkulierbar bleibt. Eine solche Kalkulierbarkeit und Sicherheit gibt es letztlich nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Kollegin Winterstein, zur Gerechtigkeit gehört auch, dass gesamtgesellschaftliche Leistungen, Leistungen für die Familien nicht allein von Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern, sondern auch über Steuermittel finanziert werden. Deshalb ist der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig, die Mittel für Leistungen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung Schritt für Schritt und planbar über Steuern zu erhöhen, um das, was für Familien jenseits der direkten medizinischen Versorgung getan wird, von der gesamten Gesellschaft mitfinanzieren zu lassen. Das ist der Weg, den wir gehen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Was war denn bei der Tabaksteuer?)

Wir haben uns hier zu einem Schritt entschlossen, durch den auch für die zukünftigen Haushalte sichergestellt wird, dass wir nach vorne gehen werden.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das Motto hör' ich wohl!)

Ich bleibe dabei und sage das ganz deutlich auch für meine Person - auch wenn dies derzeit nicht mehrheitsfähig ist -, dass Gerechtigkeit auf Dauer im Gesundheitswesen nur umgesetzt werden kann, wenn sich alle in diesem Land entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten der Gesundheitsversorgung beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich besuche sehr viele Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und andere medizinische Einrichtungen. Entgegen dem, was oft geredet wird, treffe ich dort auf viele engagierte, tüchtige und ihre Ideale bewahrende Menschen jeder Altersgruppe. Das sind Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger und viele andere. Dazu gehören auch Menschen in nicht medizinischen Berufen, die sich dort engagieren. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Die Menschen, auf die wir dort bauen können, sind ein ganz großer Schatz in unserer Gesellschaft. Ich möchte ihnen auch von dieser Stelle aus im Namen der Bundesregierung einmal unseren herzlichen Dank aussprechen.

Wenn es diese Menschen nicht gäbe, wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer. Bei allen unseren Diskussionen über Dinge, die besser oder anders gemacht werden können, ist zu bedenken: Tag für Tag und Nacht für Nacht gibt es Menschen in diesem Land, die für andere einstehen, die sich um sie sorgen, die sie medizinisch und pflegerisch behandeln. Viele setzen sich ehrenamtlich dafür ein, dass das Gesundheitswesen funktioniert. Ich glaube, wir sind ihnen allen an dieser Stelle zu Dank verpflichtet. (Beifall im ganzen Hause)

Ich habe auch viel Vertrauen in diese Menschen. Wir, die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen, wollen, dass die Rahmenbedingungen für die Arbeit dieser Menschen verbessert werden. Wir setzen uns daher intensiv dafür ein, dass es eine neue Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte gibt. Das Anliegen der Ärztinnen und Ärzte, in einem transparenten und kalkulierbaren System zu arbeiten, ist berechtigt. Transparenz, Kalkulierbarkeit, angemessene Bezahlung medizinischer Leistungen und Beachtung der Tatsache, dass in einer älter werdenden Gesellschaft mehr Menschen medizinische Hilfe brauchen, setzen voraus, dass das entsprechende Geld zur Verfügung gestellt wird, auch wenn es Mehrkosten bedeutet. Ein gutes Gesundheitswesen wie das unsere hat seinen Preis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Frank Spieth [DIE LINKE]: Aber auch für die Krankenschwestern!)

- Auch für die Krankenschwestern. Das ist absolut richtig, Herr Kollege Spieth. Auch wenn ich mit Ihnen sonst nie einer Meinung bin: In dieser Frage bin ich es wirklich. (Frank Spieth [DIE LINKE]: Sie sind es immer öfter!)

Es geht um die Frage, was die Pflege wert ist, Stichwort „Honorierung der Ärzte“. Ich bin fest entschlossen, dass wir uns intensiv damit befassen. In Meseberg ist uns ein Auftrag erteilt worden: Die Bundesregierung hat beschlossen, dass wir uns intensiv damit befassen, wie wir den Dienst am Menschen in dieser Gesellschaft besser honorieren und besser achten können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Denn wir brauchen Menschen, die ihre Arbeit im Bereich der Pflege leisten.

Wir müssen entbürokratisieren; das werden wir tun.

Wir müssen darüber hinaus verhindern, dass mancher, der Tag und Nacht sehr schwere Arbeit macht, mit relativ wenig Geld nach Hause geht. Ich finde, unser Gesundheitssystem ist weltweit spitze. Aber das, was den Menschen gezahlt wird, die in der Pflege oder in ähnlichen Berufen tätig sind, ist leider nicht spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber müssen wir uns unterhalten. Wir müssen Wege finden, damit sich das ändert; sonst gibt es in Zukunft nicht genug, die diese Arbeit machen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der für mich wichtig ist. Wir müssen in Prävention investieren. Wir werden ein Präventionsgesetz vorlegen.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Wir sind uns darin einig, dass es notwendig ist, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Wir diskutieren

über Mechanismen und Instrumente, aber nicht über grundsätzliche Punkte. Allen, die etwas anderes glauben, kann ich sagen: Wir werden uns in der Koalition über neue Wege der Gesundheitsvorsorge einigen.

Wir müssen dafür sorgen, dass vermeidbare Krankheiten nicht auftreten. Wir müssen alles dafür tun, dass alle Kinder in diesem Land die gleichen Chancen haben, gesund aufzuwachsen. Gesunde Kinder lernen besser, und Kinder, die gut lernen, haben bessere Chancen im Leben. Das wollen wir, und dafür werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Bundesregierung hat beschlossen, ein Präventionsgesetz vorzulegen. Wir werden darüber debattieren. Wir werden vor diesen Problemen nicht zurückschrecken. Die Große Koalition ist sich da ihrer Verantwortung bewusst, (Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön wär's!)

und wir werden gemeinsam voranschreiten.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt für die Pflegereform. Hier haben wir mittlerweile vieles auf den Weg gebracht, damit Menschen, die andere zu Hause pflegen, unterstützt werden. Wir müssen alles tun, dass diejenigen, die diese Arbeit machen, nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen, und dass ihre Leistungen besser honoriert werden. Wir müssen denjenigen, die demenziell Erkrankte betreuen, Hilfe anbieten. Die Familien müssen diese Aufgaben und vieles mehr wahrnehmen können.

Kollegin Winterstein, zwei Punkte dazu: Ich empfehle Ihnen erstens, unsere Gesetze in beiden Bereichen zu lesen, und zweitens, auseinanderzuhalten, ob Frau Dr. Merkel etwas als Kanzlerin und damit als Vertreterin der Bundesregierung sagt oder ob sie als CDU-Vorsitzende spricht. Dann nämlich beschreibt sie die Positionen ihrer Partei so wie es der SPD-Vorsitzende für seine Partei tut, wenn er die Einführung der Bürgerversicherung fordert. Das sind zweierlei Paar Schuhe. Wenn aber zwei Parteien eine Koalition eingehen, haben sie noch lange nicht das gleiche Programm.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Wir bleiben bei unseren unterschiedlichen Programmen und werben darum, dafür Mehrheiten zu gewinnen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Nach wie vor Streit in der Koalition!)

Als Letztes bedanke ich mich dafür, dass es gelungen ist, die Mittel für die Bekämpfung von HIV/Aids zu erhöhen. Das ist sehr wichtig, weil wir wieder feststellen mussten, dass es in Deutschland auch in diesem Jahr wieder mehr Neuinfektionen gibt. Bis heute gibt es nichts, was diese Krankheit bekämpft und heilt.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Aids holt man sich!)

Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass wir zusätzliche Mittel bekommen haben, um unseren Nachbarn in Osteuropa zu helfen, geeignete Infrastrukturbedingungen zu schaffen. Überall geht es darum, dass Menschen, die infiziert sind, Hilfe bekommen, dass ihnen bezahlbare Arzneimittel, die auf der Höhe des medizinischen Fortschritts

sind, zur Verfügung stehen und ihnen der Zugang zu Tests ermöglicht wird. Wir sind dort auf einem guten Weg, auf einem besseren, als ich im März noch geglaubt hatte.

Auch bei uns werden wir in Prävention und in die Bereitstellung von Angeboten investieren müssen; denn eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es gibt noch keine Heilung, es gibt keine Hilfe zur Rettung der betroffenen Menschen. Wir können die Menschen nur aufklären und gegen Diskriminierung und Stigmatisierung kämpfen. Deshalb sage ich: Danke schön, dass Sie uns dazu Gelegenheit geben und uns das benötigte Geld zur Verfügung stellen; wir werden es gut einsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Daniel Bahr für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Daniel Bahr (Münster) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Bundesgesundheitsministerin hat gezeigt, dass Union und SPD immer noch keine gemeinsame Richtung finden.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Genau! Sehr richtig!)

Die Koalition beschäftigt sich weiterhin mit sich selbst, kümmert sich aber nicht um die Probleme im Lande.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Worüber hat die Ministerin gerade geredet? Über sich selbst?)

Frau Schmidt, es geht nicht darum, dass CDU/CSU und SPD von unterschiedlichen inhaltlichen Konzepten ausgehen, sondern darum, dass nach zwei Jahren dieser Koalition CDU/CSU und SPD gerade in der Gesundheitspolitik immer noch darüber streiten, welche Richtung sie eigentlich einschlagen wollen. Sie haben keine Vision über das zukünftige Gesundheitswesen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Birgitt Bender [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Ausnahmsweise hat er recht!)

Schauen wir uns einmal die Projekte an, die Sie sich vorgenommen haben. Da sieht es sehr dünn aus. Das DAMA-Errichtungsgesetz und damit die Umwandlung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte - das ist schon erwähnt worden - sind gescheitert. Die Gesundheitsreform, bei der die Richtung nicht klar war, zeigt, wie schwer die Punkte umzusetzen sind, auf die Sie sich geeinigt haben. Die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, für die wir uns immer eingesetzt haben, weil dies den Betroffenen hilft, ist in der Koalition gescheitert.

(Zuruf von der FDP: Leider!)

Das Präventionsgesetz ist zumindest zunächst einmal auf Eis gelegt. Die elektronische Gesundheitskarte, die in dieser Legislaturperiode eines der Megaprojekte für Sie sein sollte, ist, was den Zeitplan angeht, noch lange nicht in der Umsetzungsphase. Ich kann nur erkennen, dass die Projekte, die Sie sich selbst vorgenommen haben, noch weit davon entfernt sind, wirklich erfolgreich umgesetzt zu werden.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele  
[FDP]: So ist es! Leider!)

Nehmen wir das Präventionsgesetz: Hier sollten Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, höllisch aufpassen. Ich weiß, dass Sie sich dagegen wehren, dass Beitragsgelder für Aktionismus - damals rot-grünen Aktionismus - und Modellprojekte verwendet werden sollen. Mit Interesse habe ich gestern wahrgenommen, dass ein Referentenentwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium in der Öffentlichkeit gestreut wird, in dem eine wesentliche Änderung vorgenommen worden ist. Jetzt heißt es zwar nicht mehr „Stiftung für Prävention“, sondern „Nationaler Rat für Prävention“. Im Endeffekt geht es aber um dasselbe, nämlich darum, das Geld der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung wegzunehmen, um damit Aktionismus und Modellprojekte zu finanzieren. Weil es unverändert bei diesem Problem bleibt, sollten Sie von der CDU/CSU höllisch aufpassen, dass nicht irgendwelche Wunschprojekte der SPD vom Ministerium zweckentfremdet finanziert werden.

(Beifall bei der FDP - Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Danke, Herr Bahr!)

Frau Ministerin Schmidt, auch wir haben applaudiert, als Sie gesagt haben, dass wir uns alle für die Menschen einsetzen sollten, die sich Tag für Tag in der Pflege wie im Gesundheitswesen um das Leben anderer Menschen kümmern. Das unterstützen wir, dazu haben wir unsere Vorstellungen geäußert. Aber wo sind denn die Ansätze und die Debatten, die Sie auf die Tagesordnung setzen, wenn es um Ärztemangel und die Frustration gerade junger Kräfte im Pflege- und Gesundheitswesen geht, die darunter leiden, dass sie von Ihnen immer mehr Vorgaben bekommen, und denen immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden?

Ich verweise nur auf das Thema Arbeitszeitgesetz: Unser Ansatz, Frau Widmann-Mauz, geht aus dem Antrag hervor, den wir in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Darin führen wir aus, wie wir die Krankenhäuser finanziell unterstützen wollen, das Arbeitszeitgesetz umzusetzen, damit junge Ärzte eine attraktivere Tätigkeit im Krankenhaus bekommen. Was macht diese Koalition? Sie belastet weiter die Krankenhäuser. Schauen Sie sich einmal an, wie sie finanziell dastehen, wie sie händeringend junge Ärzte suchen und im Moment Stellen nicht besetzen können, wie sie zum Teil gar nicht die Finanzmittel haben, das Arbeitszeitgesetz umzusetzen, damit der Arztberuf auch im Krankenhaus attraktiv ist.

Das, was Sie hier sagen, sind doch nur Allgemeinplätze. Die konkreten Probleme in den Krankenhäusern und im Pflegewesen zeigen, dass gerade Ihre Ansätze diejenigen sind, die die Situation im Gesundheitswesen und im Pflegewesen für die jungen Ärzte und die jungen Pflegekräfte eher erschweren und die Perspektive für sie immer weiter verschlechtern.

(Beifall bei der FDP)

Ferner haben Sie angesprochen, Probleme einer alternden Bevölkerung lösen zu wollen. Ich mag ja gar nicht aussprechen, wie der vollständige Titel des GKVWSG

heißt. Mit Wettbewerb hat dieses Wettbewerbstärkungsgesetz nichts zu tun.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Sie haben den Krankenkassen den Wettbewerbsparameter weggenommen. Sie dürfen ihren Beitragssatz nicht selbst festlegen, stattdessen wird die Politik, die Bundesregierung, demnächst entscheiden, wie viel Geld dem Gesundheitswesen quasi zugeteilt wird. Das ist eine Gesundheitspolitik nach Zuteilung und Kassenlage. Prost Mahlzeit! Ich freue mich auf die Debatten, wenn wir uns streiten, wie viel Geld dann dem Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt wird.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das GKV-WSG, die große Gesundheitsreform, hat es nicht geschafft, erstens die Bürokratie abzubauen und zweitens die Lohnzusatzkosten zu senken. Im Gegenteil, die Krankenkassenbeiträge sind auf das Rekordniveau von 14,8 Prozent gestiegen. Drittens ist die Nachhaltigkeit mitnichten ins System gekommen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Das, was die alternde Bevölkerung betrifft, wird doch von Ihnen gar nicht thematisiert, sondern weggedrückt. Die Lasten werden durch Ihre Gesundheitspolitik weiter auf kommende Generationen verschoben.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

Wir ziehen die Lasten überhaupt nicht vor, wir stärken Vorsorge nicht, wir stärken den Bereich der Altersrückstellungen nicht.

Letzter Punkt: Sie haben den Zusammenhang von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und Steuermitteln angesprochen.

Auch wir als FDP haben immer gesagt, gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie beispielsweise

Mutterschaftsleistungen und Kinderkosten sollen auch von der gesamten Gesellschaft über Steuermittel finanziert werden. Aber das machen Sie doch nicht. In Ihrem Gesetzentwurf stehen drei unterschiedliche Begründungen, wofür das Geld bestimmt sein soll. Erstens ist davon die Rede, es sei für versicherungsfremde Leistungen vorgesehen. Auf Seite 3 des GKV-WSG heißt es, es sei für gesamtgesellschaftliche Aufgaben bestimmt, und auf Seite 580 der Begründung heißt es, es sei für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern gedacht. Wenn es für die Kinderkosten bestimmt ist, dann muss es selbstverständlich auch für diejenigen Kinder bezahlt werden, deren Eltern privat versichert sind.

(Beifall bei der FDP)

Weil Sie sich das nicht trauen, ist der Zuschuss, den Sie an die gesetzliche Krankenversicherung zahlen, nichts anderes als ein Kaschieren des an sich höheren Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das gilt auch für die kleinen Beamten!)

Ihnen geht es nur darum, keinen hohen Beitragssatz zu haben. Ihnen geht es doch gar nicht darum, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben auch gesamtgesellschaftlich getragen werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Widmann-Mauz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Im Moment könnte man in der Debatte wirklich den Eindruck gewinnen, in der Opposition sei der finanzund sozialpolitische Sachverstand ausgebrochen.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele

[FDP]: Für die FDP stimmt das auch!)

Wenn wir uns aber anschauen, was sich vor den Türen dieses Hauses abspielt, dann stellen wir fest, dass Ihnen selbst Ihre Experten davonlaufen. Ich denke an den ehemaligen Kollegen Oswald Metzger, der die Grünen aus Protest gegen deren sozialpolitische Vorstellungen verlässt. Lieber Kollege Bahr, auch Sie sind noch meilenweit von Ihrem Projekt 18 entfernt, und deshalb sollten Sie hier im Haus mit konkreten, guten Vorschlägen überzeugen. Ich glaube, dann wären wir schon viel weiter, denn dann hätten wir etwas Konkretes zu diskutieren.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ich dachte, ihr wollt beim nächsten Mal zusammen regieren!)

Meine Damen, meine Herren, wir halten am Kurs der Haushaltssanierung fest. Nach zwei Jahren der Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel haben wir mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land erreicht. Wir sanieren den Haushalt, um in unserem Land Generationengerechtigkeit zu schaffen und die Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zu sichern. Das gilt auch für andere Bereiche als den Haushalt im engeren Sinne. Der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren zieht sich auch durch unsere Gesundheitspolitik und ist ein ganz wesentlicher Teil der Reformarbeit der Großen Koalition.

Wir sanieren das Gesundheitswesen, indem wir zum Beispiel die Schulden bei den Krankenkassen abbauen. Herr Bahr, Sie und Ihre Kollegen erinnern sich vielleicht noch: Über 8 Milliarden Euro betrug die Schulden im Jahre 2003. Für das nächste Jahr besteht die Erwartung, dass wir den Schuldenstand abgebaut haben werden. Das sind Erfolge. Das sind Leistungen, die diese Regierung mit möglich gemacht hat.

Wir reformieren die Strukturen bei der gesetzlichen und bei der privaten Krankenversicherung, indem wir Verantwortung, Transparenz und Wettbewerb stärken. Wir investieren in mehr Lebensqualität und Leistungsgerechtigkeit, indem wir die Budgets abbauen, Bürokratie verringern und die Versorgung der Menschen durch mehr Pflege, Rehabilitation und Prävention verbessern. Die Halbbilanz der Großen Koalition ist gut, und die Arbeit lohnt sich. Ich sage das, auch wenn die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in den vergangenen zwei Jahren nicht immer leicht war. Das ist kein Geheimnis. Doch, das will ich auch in Anwesenheit der Gesundheitsministerin ausdrücklich sagen: SPD und Union kommen aus unterschiedlichen Richtungen. Wir haben unterschiedliche Überzeugungen. Niemand hat geglaubt - Sie hier im Hause schon gar nicht -, dass wir es zusammen schaffen können, aber wir haben immer einen neuen Weg gefunden,

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Die Koalition zu erhalten!)

um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Das werden wir auch in der Zukunft schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sanieren. Die neuesten Finanzschätzungen auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse des dritten Quartals in der gesetzlichen Krankenversicherung prognostizieren für dieses Jahr einen Überschuss von bis zu 1,5 Milliarden Euro.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Nach massiven Beitragserhöhungen!)

Die Orts- und die Ersatzkassen - Sie sitzen doch in einer, lieber Kollege - gehen von Beitragssatzstabilität im Jahr 2008 aus.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Nachdem sie Anfang des Jahres erhöht haben! - Gegenruf des

Abg. Max Straubinger [CDU/CSU]: Nur weil sie in der Vergangenheit immer Schulden gemacht haben!)

Das heißt, die Entschuldung ist vorangekommen. Wir werden hier weiter fortschreiten. Die Entschuldung ist der erste Schritt zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzierung. Ich sage auch ganz klar: Weitere Schritte müssen folgen. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Sozialversicherungen von der demografischen und vor allem von der konjunkturellen Entwicklung unabhängiger werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zum Stichwort Reformieren etwas sagen. Wir können jetzt schon feststellen, dass mit der Gesundheitsreform der Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung konsequent ausgebaut wurde. Das Wettbewerbsstärkungsgesetz hat seinen Namen verdient. Es wurde ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel der Union umgesetzt. Transparenz, Wettbewerb und Wahlfreiheit, das sind für uns wesentliche Elemente eines zukunftsfähigen Gesundheitswesens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit der neuen Finanzierung über den Fonds und den Zusatzbeitrag schaffen wir ab 2009 Transparenz über die Leistung und die Wirtschaftlichkeit der Kassen - und das in Euro und Cent. Diese Transparenz ist auch die Grundlage für die Vergleichbarkeit. Das stärkt die Wahlmöglichkeiten der Versicherten und die Verantwortung der Kassen für die Kosten und für die Verträge.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben damit die große Chance, durch gute Qualität zum besseren Preis die Versorgung wirtschaftlicher und effizienter zu gestalten und vor allen Dingen den Nutzen für die Versicherten und für die Patientinnen und Patienten zu vergrößern.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Dann hören Sie sich mal an, was die Bundesärztekammer zur Situation der Krankenhäuser sagt! Die reden von industrieller Massenproduktion!)

Es lässt sich jetzt schon feststellen, dass die Möglichkeiten, die wir in der Gesundheitsreform eröffnet haben, von den Akteuren zunehmend genutzt werden. Die Marktmechanismen zeigen schon erste positive Wirkungen. Wirtschaftlich



agierende Krankenkassen nutzen ihre Chancen durch die Möglichkeiten der größeren Vertragsfreiheit ganz konsequent aus. Wir werden insbesondere erleben, wie Qualitätsangebote der Versorgung im Wettbewerb zum Durchbruch kommen.

Schauen wir uns die Situation bei den Arzneimitteln an! Sie erinnern sich an die heißen Diskussionen um das AVWG im letzten Jahr. Was ist die Folge? Wir haben eine Preisreduzierung zu verzeichnen mit der Folge, dass 24 000 Arzneimittel in Deutschland mittlerweile zuzahlungsfrei sind. Das sind 78 Millionen Euro weniger an Zuzahlungen. Das sollte sich die PDS bzw. die Linke einmal hinter die Ohren schreiben! Das sind nämlich Entlastungen für Menschen mit geringem Einkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schauen wir uns die Ausschreibungen und die Rabattverträge an, die zwischen den Kassen und den Herstellern jetzt möglich sind!

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Die Pharmakonzerne freuen sich!)

Mittlerweile haben 238 Kassen Rabattverträge abgeschlossen - mit Hunderten Millionen Euro Einsparpotenzial. Die großen Tanker sind also in Bewegung gekommen. Sie haben einen Kurswechsel in Richtung einer Politik niedrigerer Preise geschafft, und das ist auch gut so.

Es gab natürlich Anlaufschwierigkeiten; das wollen wir nicht verschweigen. Ich hätte mir gewünscht, dass gerade dann, wenn sich alle Beteiligten auf neue Rahmenbedingungen einstellen müssen, die Betroffenen frühzeitig einbezogen und vor allen Dingen rechtzeitig informiert worden wären.

Viel Ärger, Verunsicherung und auch manches Unbehagen hätten dadurch verhindert werden können. Aber diese ersten Schwierigkeiten sind überwunden. Die Patienten profitieren insbesondere von den vielfältigen Zuzahlungsbefreiungen. „Wahltarife“ ist ein weiteres Stichwort. Durch die neuen Wettbewerbs- und Vertragsmöglichkeiten werden sie Realität. So viel Freiheit war nie.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist wohl wahr! Zulasten der Solidarität!)

Ob Hausarzttarife, Kostenerstattung oder integrierte Versorgung - vieles ist machbar, und immer mehr wird angeboten. Das ist für viele - zugegebenermaßen - eine große Umstellung. Aber völlig klar ist: Das ist kein Zwang, sondern ein Kann. Unabhängig davon, wie sich die Menschen heute oder in Zukunft entscheiden: Es bleibt bei einem umfassenden Versicherungsschutz. Dafür stehen wir als Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kommen wir zu einem weiteren Bereich: zu den Investitionen. Wir wissen, dass im Gesundheitswesen Kostendämpfung allein nicht weiterführt. Wir müssen die Ursachen für Krankheit und damit die Ausgabensteigerungen bekämpfen und deshalb in Gesundheit investieren. Daher verbessern wir gerade die Prävention und die Rehabilitation.

Schutzimpfungen sind zur Pflichtleistung geworden.

Es ist doch schön, dass mittlerweile 40 Prozent der Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren in Berlin die Impfung

gegen Gebärmutterhalskrebs erhalten haben. Das sind doch wirklich Fortschritte. Dafür haben wir gekämpft; dies haben wir umgesetzt.

Stichwort „medizinische Rehabilitation“. Wir haben sie zur Pflichtleistung gemacht. Jetzt muss es sich bis zur letzten Krankenkasse herumsprechen, dass die alten Regeln nicht mehr gelten und Pflichtleistung auch heißt, dass bewilligt werden muss, außer der Medizinische Dienst der Krankenversicherung erhebt Einwände. Wir wissen, hier können und müssen wir vorankommen. Das hilft den Menschen.

Zur Budgetierung. Wir wissen, dass dies auf Dauer Rationierung bedeutet und in der Zweiklassenmedizin und in Abwanderung endet. Deshalb investieren wir in die Köpfe, in diejenigen, die eine hochqualifizierte Versorgung erbringen und in der Fläche gewährleisten. Hier hat die Selbstverwaltung im Oktober bewiesen, dass sie ihre Hausaufgaben machen kann. Wir sind auf einem guten Weg zu mehr Verlässlichkeit und mehr Leistungsbereitschaft sowie zu einer leistungsgerechten Honorierung der Ärzteschaft. Das ist wichtig, das brauchen wir; denn das ist die Grundlage dafür, dass die medizinische Versorgung in unserem Land überhaupt funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einen Ausblick in die Zukunft geben. Wir legen eine Pflegeversicherungsreform vor, in der wir das Thema anpacken, das die Menschen in der Pflege am meisten berührt: das Thema Demenz. Wir verbessern zum ersten Mal seit Einführung der Pflegeversicherung die Pflegeleistungen und werden am Ende zu einer Dynamisierung kommen. Das hat die Vorgängerregierung nicht geschafft. Wir kommen hier voran. Denken Sie an das Leuchtturmprojekt Demenz, das die Bundesregierung voranbringt und für das wir umfangreiche Mittel aufwenden, um zur Entwicklung und Erprobung neuer Pflegekonzepte beizutragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch die Prävention ist für uns ein zentrales Koalitionsprojekt; denn Prävention stärkt die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitswesens.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es so zentral ist, warum zofft ihr euch wie die Kesselflicker?)

Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung an prioritären Zielen orientieren und keine unsinnigen Wellnessangebote finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen die Kooperation der Akteure und der Maßnahmen fördern und dabei Bewährtes stärken und weiterentwickeln, anstatt bestehende erfolgreiche Strukturen zu zerschlagen. Wir wollen die Qualität in der Prävention voranbringen, ohne neue aufwendige Bürokratie aufzubauen. Wir wollen mit unserem Konzept die Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft stärken.

Darauf kommt es an. Wir wollen keinen Flickenteppich, keinen Einheitsbrei. Wir wollen keinen Etikettenschwindel, sondern Prävention, Vorbeugung und Gesundheitsvorsorge im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch wenn es manchmal im Gebälk kracht: Erfolg

lässt sich nicht am Weg, sondern am Ende nur am Ergebnis feststellen, und das ist gut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist nun die Kollegin Elisabeth Scharfenberg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor etwa zwei Monaten haben wir in der ersten Beratung zum Haushaltsplan 2008 unter anderem über die Pflegereform gesprochen. Ich habe nicht damit hinter dem Berg gehalten, dass der Entwurf eines Gesetzes zur Pflegereform einige wirklich gute Ansätze enthält. Schon damals war aber klar, dass „gut gedacht“ nicht gleichbedeutend mit „gut gemacht“ ist.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Das ist wohl wahr!)

Gerade die Umsetzung muss stimmen; denn wir alle hier werden letztendlich an unseren Taten und nicht an unseren Worten gemessen.

Leider ist die derzeitige Diskussion um den Entwurf des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes überaus erschreckend. Positive Ideen und Überlegungen werden schlechtgeredet und vermutlich schlecht umgesetzt. Ich will hier nur zwei Beispiele nennen: Vernünftige Lösungen für die Pflegestützpunkte und die Pflegeberater rücken in immer weitere Ferne.

(Zuruf von der SPD: Für uns nicht!)

Wir brauchen solche Strukturen der individuellen Begleitung und Beratung. Das weiß wirklich jeder hier im Haus, der im Land unterwegs ist und mit den Menschen spricht.

(Mechthild Rawert [SPD]: Deswegen werden sie auch kommen!)

Aber diese Strukturen müssen unabhängig und neutral sein. Sie wollen diese Beratungen an die Kranken- und Pflegekassen anbinden. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. Kranken- und Pflegekassen können als Finanzier nicht unabhängig sein, selbst wenn sie es vielleicht wollten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Umsetzung werden Pflegeberaterinnen und Pflegeberater zu Kontrolleuren und Kosteneinsparern gemacht. Das hat mit Beratung nichts mehr zu tun.

Die Unionsfraktion will die Pflegestützpunkte am liebsten gar nicht haben und kommt stattdessen mit in meinen Augen abwegigen Gutscheinmodellen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist wahre Wahlfreiheit!)

Damit lassen Sie die Menschen im Regen stehen, die wirklich Beratung brauchen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Eben nicht! -

Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist ein Ablasshandel, nicht mehr und nicht weniger!

Aber das kennen die Kollegen von der CDU gut!)

Diese Menschen brauchen nicht irgendwelche Berater, die sich auf dem Markt tummeln; sie brauchen verlässliche

und unabhängige Unterstützung. Ich habe solche Situationen der Hilfs- und Kopflosigkeit in einer für die Bedürftigen absoluten Ausnahmesituation erlebt. Beratungsgutscheine sind - das kann ich Ihnen wirklich sagen - da wenig hilfreich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Apropos Unterstützung: Ambulant vor stationär, Unterstützung der Angehörigen - ich höre bei Ihnen immer nur warme Worte.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wir haben es noch wärmer!)

Wenn es an die Umsetzung geht, schaut die Realität für die Betroffenen ganz anders aus: gesetzliche Pflegezeit sechs Monate ohne Lohnersatzleistung. Wo leben Sie denn? Weiter weg von der Realität geht es ja nun wirklich nicht. Wer soll sich denn das leisten können? Auch weiterhin soll die Pflegezeit bei Ihnen zur Übernahme von Pflege genutzt werden. Wenn wir aber die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wirklich fördern wollen, müssen wir Angehörige dabei unterstützen, Pflege zu organisieren, nicht dabei, sie zu übernehmen. Sonst wird die Pflegezeit zum Einstieg in den Berufsausstieg. Ich wiederhole gerne meine Frage vom letzten Mal: Wer eigentlich soll es sich leisten können, eine unbezahlte Pflegezeit in Anspruch zu nehmen und bis zu sechs Monate auf sein Gehalt zu verzichten?

Frau Ministerin, die zehntägige bezahlte Freistellung in akuten Pflegefällen, den sogenannten Pflegeurlaub, haben Sie gegen die Union nicht durchsetzen können. Ich zitiere hier gerne einmal Herrn Spahn. Am 13. September diesen Jahres gab er Folgendes zum Besten:

Wenn nahe Angehörige im plötzlichen Pflegefall der eigenen Eltern zum Beispiel - wenn auch nicht jeder Pflegefall plötzlich eintritt - drei oder vier Tage ihres eigenen Urlaubs aufwenden müssen, um eine Unterkunft für sie zu finden, finde ich das zumutbar.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Herr Spahn ist im Moment nicht hier. Mit dieser Aussage hat er aber gezeigt, wes Geistes Kind die Union wirklich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn es geht doch hier überhaupt nicht darum, eine Unterkunft zu organisieren. Es geht darum, eine neue Lebenssituation zu gestalten. Gerade da sitzen doch zu Recht die großen Ängste bei uns allen. Wir wollen auch im Alter eine menschenwürdige Versorgung, ob in der Wohnung, der Wohngemeinschaft oder einem Pflegeheim. Ebenso wollen wir dies mitbestimmen. Nur „eine Unterkunft finden“ entspricht da nicht meinem Begriff von menschenwürdiger Pflege.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Sehr geehrte Damen und Herren, da dies eine Haushaltsberatung ist, komme ich jetzt noch aufs Geld zu sprechen. Wir Grüne schlagen eine Pflegezeit von bis zu drei Monaten vor. Das reicht aus, um eine gute Pflege zu organisieren. In dieser Zeit sollen die freigestellten Beschäftigten eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung

von 50 Prozent des Nettogehaltes, maximal aber 1 000 Euro erhalten.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. - Nach unseren Schätzungen kostet das circa 200 Millionen Euro pro Jahr. Das wäre allemal sinnvoller verwendetes Steuergeld als so manches Geschenk, das diese Koalition verteilt.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das wären Schulden, nicht Steuergelder!)

Als bayerische Abgeordnete kann ich da wohl den Transrapid in München als besonders plastisches Beispiel anführen. Ich höre schon die Rufe: Alles viel zu teuer! Das Geld in der Pflegeversicherung reicht nicht aus! - Das stimmt.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Haben Sie uns nicht eine umfassende Finanz- und Strukturreform in Aussicht gestellt? Auf die Finanzreform warten wir. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben!

Wir Grünen werden einen Antrag einbringen. Wir hoffen, dass Sie im Sinne der Sache entscheiden, das heißt, den Antrag unterstützen und nicht nur Klientelpolitik betreiben werden. Frau Ministerin, Ihnen wünsche ich, dass Sie den guten Gesetzentwurf durchbringen, und den Kolleginnen und Kollegen von der SPD wünsche ich ein bisschen mehr Mut und Durchsetzungskraft. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort die Kollegin Jella Teuchner für die SPD-Fraktion.

Jella Teuchner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Zu Beginn dieses Jahres wurden mit der Verabschiedung der Gesundheitsreform die Weichen im Gesundheitssystem neu gestellt. Heute beraten wir erneut über einen sehr zentralen Punkt der Gesundheitspolitik, nämlich über den Haushalt 2008 und seine Ausgestaltung. Zunächst einmal möchte ich kurz auf meine Vorredner von der Opposition eingehen. Wie ich den Reden entnehmen kann, scheint es zwischenzeitlich üblich geworden zu sein, dass man einfach nur grundsätzlich sagt:

Wir sind dagegen. Sie befinden sich diesbezüglich in Gesellschaft mit einigen Verbänden, verschiedenen Organisationen und anderen Institutionen, die beleidigt sind, weil sie entweder nicht beteiligt wurden oder ihre Interessen nicht durchsetzen konnten, und deswegen alle Vorschläge zur Bewältigung der gesundheitspolitischen Herausforderungen für falsch halten.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wir machen euch doch Vorschläge! Die lehnt ihr doch ab!)

Denjenigen, die dagegen sind, möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen: Ihnen haben die Wählerinnen und Wähler keinen Regierungsauftrag erteilt. Mit ihrer Wahl

haben sie der Großen Koalition den Auftrag gegeben, Reformen auf den Weg zu bringen und die Probleme in unserem Land zu lösen.

Das Gesundheitssystem steht vor ganz wesentlichen Herausforderungen: die demografische Entwicklung, die Veränderung der Erwerbsbiografien und der medizinische Fortschritt. Diesen Herausforderungen müssen wir gerecht werden, damit das Ziel unseres Regierungshandelns gesichert bleibt: Alle Menschen in diesem Lande müssen unabhängig von ihrem Geldbeutel eine gute gesundheitliche Versorgung erhalten. Alle müssen unabhängig von ihrem Geldbeutel am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Für alle Menschen in unserem Lande, egal ob sie im Norden, Osten, Süden oder Westen leben, müssen Medizinerinnen und Mediziner für die Versorgung da sein. Das Gleiche gilt für Menschen, die in der Pflege tätig sind. Das sicherzustellen, ist unsere Aufgabe.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ja!)

Wie Sie wissen, werden die strukturellen Veränderungen, die von der Vorgängerregierung in Gang gesetzt wurden, konsequent fortgesetzt. Das beinhaltet, dass die integrierte Versorgung fortgesetzt wird, dass medizinische Versorgungszentren gefördert werden und dass die Patientenbeteiligung und der Bereich der Prävention ausgebaut werden. Das beinhaltet auch, dass wir die Bindung der Beiträge an sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse lockern werden. Diese Bindung trägt nicht mehr, weil es in den letzten Jahren - leider - einen starken Abbau an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gab. Daher ist es zu begrüßen, dass Steuermittel in das Gesundheitssystem fließen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr froh, dass die gesundheitliche Aufklärungsarbeit auf konstant hohem Niveau weitergeführt wird. Kurz vor dem 1. Dezember will ich HIV/Aids erwähnen: Trotz moderner Medikamente ist noch niemand geheilt worden. Die Sorglosigkeit bei jungen Menschen nimmt leider weiter zu.

Auch die Probleme im Drogen- und Suchtbereich werden von uns ernst genommen. Die erfolgreiche Politik wird fortgesetzt. Wir stärken die Arbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Für Aufklärungsarbeit und Modellprojekte stehen weiterhin 13 Millionen Euro zur Verfügung. Wir sind uns bewusst, dass wir nur durch stetige Arbeit eine Verhaltensänderung bewirken können.

Leider werden immer mehr Menschen von den legalen Drogen Tabak, Alkohol und Medikamente abhängig.

Es war geplant, dass das DAMA-Errichtungsgesetz im kommenden Jahr in Kraft tritt. Im Vorfeld gab es aber leider keine Einigung mit unserem Koalitionspartner. Das bedauere ich sehr; denn wir standen kurz vor dem Ziel. Mit dem Umbau des Bundesinstitutes für Arzneimittel- und Medizinprodukte zur DAMA wäre das Personal entsprechend der Auftragslage besser einsetzbar gewesen. Diese Chance wurde leider vertan.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Und das ist gut so!)

Wahrscheinlich wird jeder zustimmen, wenn ich sage,

wie wichtig die Prävention für einen selbst ist. Auf der einen Seite haben wir eine Erhöhung der Lebenserwartung. Das ist erfreulich für jeden von uns. Prävention ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft wettbewerbsfähig bleibt und dass schwere Erkrankungen im Alter weniger häufig auftreten. Das ist ebenso erfreulich für die Ausgabenstruktur des Gesundheitswesens. Auf der anderen Seite wissen wir, dass chronische Krankheiten zunehmen. Falsche Ernährung und zu wenig Bewegung sind unter anderem die Ursachen.

Das Präventionsgesetz wurde auf den Weg gebracht mit dem Wissen, dass das Gesundheitssystem kein reiner Reparaturbetrieb bleiben soll. Wir wollen der Prävention genauso viel Bedeutung beimessen wie der Behandlung, der Rehabilitation und der Pflege. Ansonsten steigen die Kosten, oder es besteht die Gefahr, dass bei einer solidarischen Finanzierung Leistungen gestrichen werden müssen.

Ich will daran erinnern, dass das Gesundheitsministerium bei der Kabinettsklausur in Meseberg den Auftrag erhielt, noch 2007 einen Gesetzentwurf für ein Präventionsgesetz vorzulegen. Ich wünsche mir, dass Sie sich mit uns zusammen für eine verbesserte Prävention stark machen unabhängig von der Frage: Stiftung ja oder nein? Ich denke, die Menschen erwarten das zu Recht von uns.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nach vorne schauen, sehen wir, dass wir die Reform der Pflegeversicherung noch vor uns haben. Auch da erwarte ich, dass die Union nicht kurz vor der Zielgeraden alles infrage stellt. Diese Reform ist dringend notwendig. Wir wollen die Finanzierung der Pflegeversicherung auf tragfähige Fundamente stellen und notwendige Anpassungen vornehmen.

Wir wollen vor allem die Menschen unterstützen, die oft bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu Hause, im Familien- oder im Verwandtenkreis pflegebedürftige Angehörige, Partnerinnen und Partner oder Freundinnen und Freunde, zum Beispiel demenziell erkrankte Menschen, rund um die Uhr betreuen. Ohne die Leistungen der Familien wäre gar nicht daran zu denken, das zu schultern, was die Gesellschaft im Pflegebereich zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden deshalb die Pflege reformieren und das Präventionsgesetz auf den Weg bringen. Für die zukünftigen Haushalte wird es daher eine große Aufgabe sein, den Anforderungen unserer Gesellschaft an die Gesundheitspolitik gerecht zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Max Straubinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

In der heutigen Debatte über den Gesundheitshaushalt wird deutlich, welche großartige Leistung in den vergangenen

zwei Jahren im Gesundheitssystem erbracht worden ist.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja! In der Tat!)

- Ja natürlich, Frau Kollegin Bender.

Es war eine große Herausforderung. Ich glaube, dass wir feststellen können: Die Bürgerinnen und Bürger haben eine gute gesundheitliche Versorgung, um die sie in vielen Ländern wohl beneidet werden. Das muss man bei allen Kritikpunkten, die man vielleicht in einzelnen Bereichen anführen kann, einmal feststellen. Die Menschen in vielen anderen Ländern der Welt wären froh, wenn sie eine so herausragende und vor allen Dingen unabhängig ihres Standes und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit so gute gesundheitliche Versorgung hätten wie die Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland leben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Herausforderung wird mit zwei Entwicklungen bestätigt. Kollegin Widmann-Mauz hat bereits darauf hingewiesen, dass sich erstens die Versicherten im nächsten Jahr auf stabile Beiträge einstellen können. Es ist entscheidend und wichtig, dass es Gesundheit zu bezahlbaren Preisen gibt, und zwar in höchster Qualität, und dass die Kassen auch in diesem Jahr wieder einen Überschuss erwirtschaftet haben, um letztendlich die Grundlagen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes zu erfüllen, das vorsieht, dass am Ende des nächsten Jahres alle Kassen entschuldet sind. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass die gesetzlichen Krankenkassen 2003 mit rund 8 Milliarden Euro verschuldet waren, dass 2006 aber bereits 185 Kassen keine Schulden mehr hatten und dass wir im Jahr 2008 das gesteckte Ziel erreichen werden. Das ist ein Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung und vor allen Dingen zur Generationengerechtigkeit. Herr Kollege Bahr, es ist meines Erachtens entscheidend, dass die Schulden abgebaut worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Die Entwicklung der Arzneimittelkosten ist immer im Blickfeld der Öffentlichkeit. Mit dem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz haben wir dafür gesorgt - Kollegin Widmann-Mauz hat darauf hingewiesen -, dass die Versicherten bzw. die Patientinnen und Patienten mittlerweile 24 000 Arzneimittel ohne Zuzahlung erhalten können. Das ist ein großartiger Erfolg, den man diesem Gesetz seinerzeit gar nicht zugetraut hatte; das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Frank Spieth [DIE LINKE]:

Ja! Aber das ist massiv subventioniert!)

Hätten wir diese gesetzlichen Maßnahmen nicht ergriffen, Herr Kollege Spieth, wäre bei den Arzneimittelausgaben heute eine ganz andere Entwicklung festzustellen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ach ja?)

Dann würden wir wahrscheinlich entweder mit Defiziten oder mit zusätzlichen Beitragserhöhungen zu kämpfen haben. Ihr Reformvorschlag, die Einführung einer Positivliste, erinnert mich im Prinzip an die Rationierung der



Arzneimittel in der früheren DDR; das ist völlig klar.  
(Lachen bei der LINKEN – Frank Spieth [DIE LINKE]: Das musste ja wieder kommen! Ich hatte eigentlich schon vor, heute eine Karte zu malen, damit Sie diesen Satz nicht sagen müssen!)  
Wir wollen den Ärzten die Entscheidungsfreiheit lassen, ihren Patientinnen und Patienten die Arzneimittel zu verschreiben, die sie für geeignet halten.

Wenn wir auch über hohe Arzneimittelkosten klagen, gehe ich immer noch davon aus, dass die Patientinnen und Patienten die Arzneimittel, die ihnen verschrieben werden, tatsächlich benötigen und dass sie sich nicht einfach nur Arzneimittel verschreiben lassen, um sie dann in irgendeinem Schrank verschwinden zu lassen. Arzneimittel sollen den Gesundungsprozess der Patienten befördern bzw. ihre Gesunderhaltung gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Frank Spieth [DIE LINKE]: Ja! Und die der Pharmakonzerne und deren Gewinne!)

Werte Damen und Herren, dieses Gesetz hat für die Versicherten bzw. für die Patienten sehr viel Positives gebracht. Daran müssen wir nun weiterarbeiten. Eine unserer Aufgaben wird sein, bis Ende nächsten Jahres die Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen zu regeln;  
(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das müssten Sie eigentlich schon gelöst haben! Dazu steht etwas im Gesetz!)

eigentlich hätten wir das schon bis zum Ende dieses Jahres tun müssen. Diesen Auftrag müssen wir erfüllen. Ich sage ganz bewusst: Wenn die Kassen nicht mehr die Finanzhoheit haben, wenn die Finanzhoheit also an anderer Stelle angesiedelt ist, dann muss auch im Hinblick auf die notwendigen Rückstellungen für die Altersversorgung der Bediensteten eine adäquate und für die Länder tragbare Lösung gefunden werden. Das ist meines Erachtens entscheidend.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ja! Darum geht es! Sie sollen endlich von der Sicherung befreit werden! Das ist der Punkt! Sonst nichts! Ihr wollt die Länder aus der Haftung nehmen!)  
Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist die künftige Ausgestaltung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs. Darüber hinaus geht es darum, eine Regelung zur richtigen Umsetzung der Konvergenzklausel zu finden; dieser Punkt ist insbesondere für die CSU von Bedeutung.

All das sind sicherlich sehr schwierige Aufgaben. Ich bin allerdings überzeugt, dass die Große Koalition trotz unterschiedlichster Ausgangsstandpunkte in der Gesundheitspolitik in der Lage ist, in den kommenden zwei Jahren gute und vor allen Dingen zukunftsweisende Ergebnisse zu erzielen;

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Oh ja! Das befürchten wir auch!)

hier bin ich zuversichtlich. Ich bin mir sicher, dass wir den Versicherten bzw. den Patientinnen und Patienten weiterhin eine hochwertige gesundheitliche Versorgung in unserem Land bieten können.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten)

der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15 - Bundesministerium für Gesundheit - in der Ausschussfassung. Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Zunächst geht es um den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/7304. Wer stimmt dafür?

- Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Wer stimmt nun für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/7305? - Wer ist dagegen?

- Enthaltungen? - Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

Wir kommen nun zu drei Änderungsanträgen der Fraktion Die Linke. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7301? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen?

- Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Fraktion Die Linke, die für den Antrag gestimmt hat.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7302? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen?

- Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7303? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Wer stimmt für den Einzelplan 15 in der Ausschussfassung?

- Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der

Einzelplan 15 ist damit angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Mittwoch, den 28. November

2007, 9 Uhr, ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

</ text >

< text 16129 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle herzlich.

Wir setzen unsere Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das

Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksachen 16/6000, 16/6002 -

b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(8. Ausschuss) zu der Unterrichtung  
durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksachen 16/6001, 16/6002, 16/6426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Dazu rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt II.9 auf:

Einzelplan 04

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

- Drucksachen 16/6404, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Petra Merkel (Berlin)

Jürgen Koppelin

Roland Claus

Alexander Bonde

Anna Lührmann

Zu diesem Einzelplan liegen zwei Änderungsanträge  
der Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegen ein Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP und ein Entschließungsantrag  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vor, über die wir am Freitag nach der Schlussabstimmung  
abstimmen werden.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir über diesen  
Einzelplan später namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache dreieinhalb Stunden vorgesehen. - Dazu  
höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.  
Das ist dann etwa auch die Zeit, zu der mit der namentlichen  
Abstimmung zu rechnen ist.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst  
dem Kollegen Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Zöllner [CDU/  
CSU]: Das hätte so ein schöner Tag werden  
können!)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dank der  
Weltkonjunktur ist unser Aufschwung noch stabil. Die  
Steuereinnahmen sprudeln. Der Bundesfinanzminister  
kann sich freuen. Nur die Menschen freuen sich nicht;  
die Deutschen haben das Gefühl, dass der Aufschwung  
bei ihnen nicht ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Das heutige Jackpot-Fieber wundert mich nicht. Die  
Menschen wollen sich ihre Aufschwungsdividende jetzt  
selbst holen. Sie sagen sich: Beim Lotto gewinnt vielleicht  
einer, bei Schwarz-Rot gewinnt keiner.

(Beifall bei der FDP)

Im Vergleich zu Ihrer Politik sehen die Menschen im  
Lotto fast schon eine sichere Form der Vermögensbildung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP - Petra  
Merkel [Berlin] [SPD]: So ein Miesmacher!)

Die Regierung befindet sich im Dauerstreit. Die

CDU/CSU wirft der SPD vor, der Wirtschaft und dem Aufschwung zu schaden. Die SPD wirft der Union Wortbruch und koalitionsuntreues Verhalten vor. Das wird garniert mit Ausdrücken, die der Präsident hier im Parlament nie zulassen würde.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

So sieht es in unserer Bundesregierung aus. Nach zwei Jahren ist der Wahlkampf zwischen Schwarz und Rot bereits voll im Gange.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt streitet sich die Koalition sogar über die Außenpolitik gegenüber China und Russland. Wenn man sich schon außenpolitisch nicht einigen kann, wie soll es dann innenpolitisch weitergehen? Immer öfter fallen die Worte Stillstand und Rückschritt. In den wenigen Punkten, in denen sich die Regierung einigen kann, ist von einer Politik für den Aufschwung nichts zu merken. Im Gegenteil: Überall setzt die Regierung auf mehr Staat. Sie gibt mehr aus, sie betreibt interventionistische Politik und macht Märkte kaputt.

Sie könnten den Haushalt bereits jetzt ausgleichen.

Unsere Haushälter haben in mühevoller Arbeit 400 Anträge erarbeitet. Wenn Sie die darin vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen, können Sie fast 12 Milliarden Euro einsparen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Lächerlich!)

Das wird ignoriert, weil Sie gar nicht sparen wollen. Sie gehen in die Vollen, Sie treiben den Haushalt hoch. Sie haben 47 Milliarden Euro Mehreinnahmen; trotzdem gehen Sie weiter in die Verschuldung hinein. Das ist keine Politik für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Bei Ihnen macht sich eine Staatsgläubigkeit breit. Die Sozialdemokraten entdecken ihr Programm „Demokratischer Sozialismus“ neu.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Gut so! -

Heiterkeit bei der FDP)

Die Union macht bei einer solchen Politik auch noch mit. Die Bahnreform kommt aufs Abstellgleis, die Regierung denkt nach Medienberichten über eine Verstaatlichung der Bundesdruckerei nach, und bei EADS steht die Bundesregierung mehr als kurz davor, politisch Einfluss zu nehmen.

Es ist zu lesen, dass sich die CDU jetzt klarer positionieren und die Reformpolitik fortsetzen will. Der Generalsekretär der Union wirft der SPD dabei vor, den Staat als gigantische Umverteilungsmaschinerie zu missbrauchen. Das Problem der Union ist aber, dass sie das alles mitmacht.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben jetzt zwei Parteien, die für einen demokratischen Sozialismus sind. Beim Ausgeben sind sie voll mit dabei, bei der Verkomplizierung sind sie voll mit dabei, und beim Griff in die Kasse der Bundesagentur für Arbeit sind sie voll mit dabei. Sie haben das Antidiskriminierungsgesetz mitbeschlossen, und Sie haben die Zinsschranke und die Funktionsverlagerung als Verkomplizierung des Steuerrechts eingeführt. Das führt zu einem Beschäftigungsprogramm für Rechtsanwälte, bringt aber keine Rechtsklarheit für Investitionen und führt

nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland.  
Das ist Ihre gemeinsame Politik.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin hat hier einmal das Lippenbekenntnis abgelegt: weniger Staat, mehr Freiheit. Wir haben mehr Staat. Jedes neue Gesetz, durch das die Handlungsfreiheit der Bürger eingeengt wird, bedeutet mehr Staat und ist ein Schritt in Richtung mehr Reglementierung und weniger Freiheit.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Von Freiheit zu reden und das Gegenteil zu tun, ist kein Fortschritt.

(Beifall bei der FDP)

Mit was beschäftigt sich diese Koalition? Sie beschäftigt sich mit Mindestlöhnen und Höchstgehältern von Managern. Sie schwankt zwischen Populismus und Protektionismus. Es geht im Streit zwischen dem Finanzund dem Wirtschaftsministerium doch nur noch darum, welche Variante des Protektionismus Sie betreiben. Die einen wollen Kapital sammeln, um zu verhindern, dass Ausländer investieren, die anderen wollen das Außenwirtschaftsgesetz manipulieren, um dies zu verhindern.

Beides ist falsch. Setzen Sie auf den Markt und nicht auf Reglementierung und Interventionismus! Das ist immer unsere Stärke gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Die Mietkosten werden jetzt besteuert. Ich frage mich, wann Sie anfangen, auch die Personalkosten zu besteuern.

(Heiterkeit bei der FDP)

Sie sind doch falsch programmiert. Sie denken falsch, Sie müssten sich anders orientieren. Ich trage hier einmal ein Zitat aus der Süddeutschen Zeitung zu dem, was Sie machen, vor. In der letzten Woche stand dort wörtlich: Die Hauptstadt Berlin entwickelt sich mehr und mehr zum Biotop für wirtschaftspolitische Dummheiten. Genau so ist es.

(Beifall bei der FDP)

Sie machen es falsch. Draußen in der Welt gibt es Turbulenzen, Dollarkrise und Finanzmarktkrise. Führt die wirtschaftliche Entwicklung der USA nur zu einer Delle, oder gibt es eine Rezession? Wir betreiben keine Vorsorge dafür. Was wir immer gesagt haben, beweisen Sie erneut: Große Koalitionen sind nur scheinbar große Koalitionen. Sie haben große Mehrheiten, sie sind aber kleinmütig, gehen komische Kompromisse ein und bringen das Land nicht voran. Sie behindern Deutschland.

Das ist die Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und weiter mit aller Klarheit wirken. Es muss in Deutschland noch eine Partei geben, die ihren wirtschaftspolitischen Sachverstand nicht an der Garderobe abgegeben hat.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie folgen dem Mainstream, gehen nach links und laufen Lafontaine nach.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist doch gar nicht hier!)

Es muss noch jemanden geben, der Ludwig Erhard kennt und weiß, wie Marktwirtschaft funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, wir wollen Wachstum erzielen, und wir wollen Fortschritt, damit Demagogen und Rattenfänger in der deutschen Politik keinen Boden bereitet bekommen, auf dem sie Resonanz finden. Es geht auch um die demokratische Zukunft Deutschlands.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ende März haben wir hier in Berlin den 50. Jahrestag der Römischen Verträge gefeiert. Dabei ist uns allen noch einmal deutlich geworden, wie lange ein geeintes, in Frieden und Freiheit verbundenes Europa ein bloßer Traum war, ein Traum, der aus schmerzlicher Erfahrung später auf wunderbare Weise Wirklichkeit geworden ist. Heute - so haben wir es dann in der Berliner Erklärung geschrieben - sind wir Europäer zu unserem Glück vereint. Ich sage das, weil in anderen Regionen der Welt ein friedliches Miteinander der Völker nach wie vor in weiter Ferne liegt. Insbesondere im Nahen Osten sucht die Weltgemeinschaft - und dies jetzt seit Jahrzehnten - nach Möglichkeiten für eine umfassende Friedenslösung. Hierzu einen Beitrag zu leisten, das war ein Schwerpunkt der zurückliegenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands. Das ist und bleibt auch ein Schwerpunkt der gesamten Bundesregierung.

Jetzt scheint es neuen Grund zur Hoffnung zu geben, dass der Traum eines friedlichen Miteinanders von Israel und Palästina doch wahr werden könnte. Auch wenn die Erfahrungen mit früheren Lösungsversuchen einen allzu naiven Optimismus verbieten: Die Friedenskonferenz in Annapolis ist die Chance auf einen neuen Verhandlungsprozess, an dessen Ende die Vision einer Zweistaatenlösung mit Leben gefüllt werden könnte. Das ist ein hoffnungsvolles Signal. Der Bundesaußenminister wird heute noch darüber berichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es kann uns hier in diesem Parlament nicht ruhen lassen, dass Israel und die gesamte Region in einem unsicheren, instabilen Zustand sind. Ich bekenne mich ausdrücklich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit und Existenz Israels.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP

und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Eintreten für die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson Deutschlands und eine Konstante der deutschen Außenpolitik.

Im kommenden Jahr feiert der Staat Israel den 60. Geburtstag seines Bestehens. Noch immer ist die Sicherheit dieses Staates bedroht. Die Führung des Iran stellt das Existenzrecht Israels in unerträglicher Weise infrage. Insbesondere das Nuklearprogramm gibt Anlass zu großer Sorge. Deshalb setzen wir uns mit diplomatischen

Mitteln für ein Einlenken des Iran ein. Das heißt:  
Bei Nichtkooperation des Iran sind weitere und schärfere  
Sanktionen unausweichlich; bei Kooperation wiederum  
liegen sehr gute Angebote für den Iran auf dem Tisch.  
Damit wir Erfolg haben, sind zwei Dinge unabdingbar:  
Entschlossenheit und Geschlossenheit der internationalen  
Gemeinschaft. Das ist der Schlüssel zum Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Entschlossenheit und Geschlossenheit brauchen wir  
auch bei einem anderen Konflikt, der in ganz besonderer  
Weise Europa betrifft, nämlich beim Kosovo. Die Europäische  
Union hat in Bezug auf die Stabilität auf dem  
westlichen Balkan eine ganz besondere Aufgabe. Die  
Weltgemeinschaft schaut an dieser Stelle auf uns. Daher  
war es richtig, dass wir noch einmal Verhandlungsprozesse  
eingeleitet haben. Herr Ischinger hat nicht nur unseren  
Dank verdient, sondern auch unsere gesamte Unterstützung,  
alles zu versuchen, um hier zu einer  
vernünftigen Lösung zu kommen. Ich möchte von dieser  
Stelle aus noch einmal an die Vernunft aller Beteiligten  
appellieren, einen Weg zu gehen, der für die Stabilität in  
Gesamteuropa verantwortlich ist.

Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen,  
dass wir weiterhin den Einsatz der Bundeswehr innerhalb  
der NATO-Mission im Kosovo brauchen. Wir werden  
die rechtlichen Grundlagen dafür immer wieder abchecken,  
sollten die Verhandlungsprozesse nicht so  
erfolgreich sein, wie wir es uns erhoffen. Genauso werden  
wir uns aber an einer zivilen europäischen Sicherheits-  
und Verteidigungsmission beteiligen, die das Polizei-  
und Rechtswesen aufbaut.

Das heißt: Deutschland und die Europäische Union  
haben hier allergrößte Verantwortung. Der Bundesaußenminister  
und ich werden in den kommenden Räten  
alles dafür tun, um das, was wir auf dem westlichen Balkan  
schon geschafft haben, weiterzuentwickeln und zu  
einem friedlichen Miteinander zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese drei Beispiele - Naher Osten, Iran und Kosovo -  
zeigen genauso wie die anderen Aktivitäten unserer Außenpolitik:  
Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung ist immer auf  
Werten aufgebaut. Sie ist  
wertebezogen. Deutsche Außenpolitik findet nicht im  
luftleeren Raum statt. Deshalb gilt: Menschenrechtspolitik  
und das Vertreten ökonomischer Interessen sind zwei  
Seiten einer Medaille und dürfen niemals gegeneinander  
gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der  
FDP)

Das ist auch und gerade die Grundlage dafür, dass wir  
uns für faire Handelsbedingungen im Rahmen der Welthandelsorganisation  
einsetzen. Das ist die Grundlage dafür,  
dass wir uns für den Schutz geistigen Eigentums einsetzen.  
Das ist die Grundlage dafür, dass wir auf dem  
afrikanischen Kontinent insbesondere eine faire Rohstoffpolitik  
gegenüber den Ländern betreiben wollen, die  
einen wirtschaftlichen Aufschwung brauchen. Das ist  
auch die Grundlage, auf der wir eine Novelle zum  
Außenwirtschaftsgesetz erarbeiten. Denn es heißt heute  
in einer globalen Welt, sich auch um die Sicherung der

eigenen, kritischen Infrastruktur zu kümmern. Das machen die Vereinigten Staaten von Amerika. Das macht Großbritannien. Das macht Frankreich. Warum soll Deutschland dies nicht tun? Dies hat mit Protektionismus nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auf dieser Grundlage haben wir durch unser gemeinsames Engagement in der Koalition das Ansehen Deutschlands in der Welt in den letzten zwei Jahren gemehrt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deutschland konnte sein Ansehen und sein Gewicht auch deshalb mehren, weil wir wirtschaftliche Leistungskraft wieder zurückgewonnen haben. Man sollte sich keine Illusionen machen: Unsere internationale Reputation und die wirtschaftliche Lage Deutschlands hängen für viele Menschen auf der Welt auf das Engste zusammen. Das wird jetzt im Inland und im Ausland bestätigt. Die deutsche Wirtschaft zieht die europäische Wirtschaft wieder mit nach vorne. Wir sind aus der Rolle des Letzten herausgekommen. Das Wirtschaftswachstum lag im letzten Jahr bei 2,9 Prozent. Dieses Jahr können wir 2,4 Prozent erwarten, nächstes Jahr um die 2 Prozent. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit nimmt zu. Wir sind vom World Economic Forum von Platz sieben auf Platz fünf hochgestuft worden. Das ist das Ergebnis der Reformen. Das sind die Erfolge der Unternehmen. Das sind in ganz besonderer Weise die Ergebnisse der Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun wissen wir: Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit allein sind nicht alles. Es ist etwas anderes ganz wichtig. Aus Wachstum entstehen wieder Arbeitsplätze. 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze seit Amtsantritt dieser Regierung! 1 Million weniger Arbeitslose seit Amtsantritt dieser Regierung! Weniger ältere Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben! Der Beschäftigungsaufbau geht - das sagen auch die Unternehmen - 2008 weiter. Weniger Menschen müssen Angst um ihren Job haben. Das heißt, es passiert etwas, was wir in diesem Land brauchen, etwas, das man nicht in Euro und Cent berechnen kann: Der Aufschwung kommt bei den Menschen an, bei immer mehr Menschen. Das ist eine gute Botschaft für Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Zuversicht der Menschen ist gewachsen, eine Zuversicht, deren Grundlage natürlich mit jedem neuen Arbeitsplatz, mit jeder geglückten Wiedereingliederung in das Arbeitsleben verbreitert werden kann. Mit anderen Worten: Die Politik dieser Bundesregierung wirkt. Sie wirkt schon im dritten Jahr. Das heißt nicht, dass wir leichtfertig werden dürfen. Das heißt nicht, dass wir uns auf irgendwelchen Lorbeeren ausruhen dürfen. Es gilt für uns nur eine Devise: Wir müssen die Grundlagen des Aufschwungs stärken, um mehr Menschen in diesem Land Chancen zu geben, die sie allemal verdient haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Dafür gibt es für uns in dieser Bundesregierung einen zentralen Maßstab: Wir beschließen Maßnahmen, mit denen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, und unterlassen alles, was Arbeitsplätze gefährdet. Das ist der Maßstab unseres Handelns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt werden Sie sagen, dass wir darum manchmal in dieser Koalition ringen. Ja, das tun wir - das gebe ich ganz freimütig zu -, aber immer in dem Geist, dass wir Arbeitsplätze schaffen und alles verhindern wollen, was Arbeitsplätze kostet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden das fortsetzen, weil wir wissen, dass es Sorgen gibt. Es gibt Fragen, ob die Verwerfungen auf den internationalen Märkten auch unseren Aufschwung in Gefahr bringen könnten. Die amerikanische Immobilienkrise, der hohe Ölpreis, der starke Euro, steigende Lebensmittelpreise - das alles kennen wir. Wir können nicht versprechen, dass durch die Politik der Bundesregierung diese Risiken nicht eintreten werden. Das wäre unredlich. Aber ich bin von einem überzeugt, und das ist die gute Botschaft dieses Jahres: Wir haben genug Stärke wiedergewonnen, um die Herausforderungen, die vor uns liegen, wirklich gut bewältigen zu können. Davon sind wir überzeugt, und in diesem Geist machen wir Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das bestimmt unsere Arbeit für Deutschland, die sich in fünf Grundsätzen zusammenfassen lässt.

Erstens. Wir wollen die Grundlagen des Aufschwungs stärken. Das bedeutet: Sanierung der Staatsfinanzen.

Was haben wir erreicht? Wir werden erstmals seit der Wiedervereinigung in etwa einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen.

(Widerspruch bei der FDP)

Das Haushaltsdefizit des Bundes - ob es Ihnen passt oder nicht - ist in den letzten zwei Jahren halbiert worden. Die Maastricht-Kriterien werden seit 2006 wieder eingehalten. An diesen Fakten lässt sich nicht vorbeireden. Sie sind da, sie sind gut, und sie sind richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun gibt es Forderungen - die werden auch hier erhoben -, dass jeder zusätzliche Cent aus konjunkturbedingten Mehreinnahmen in den Abbau der Verschuldung gesteckt werden sollte, unabhängig davon, ob das in den kommenden Jahren durchzuhalten ist, unabhängig davon, ob der Staat dann noch Gestaltungsspielraum und Investitionsmöglichkeiten hat. Ich sage freimütig: Genau das machen wir nicht.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Stattdessen haben wir uns für einen langfristigen und verlässlichen Abbaupfad entschieden, der zusätzlichen Haushaltsspielraum lässt und wonach auf der Basis der Steuerschätzungen zwei Drittel der Einnahmen in den Schuldenabbau, aber ein Drittel in Investitionen für die Zukunft gesteckt werden. Wir sind von diesem verlässlichen Abbaupfad überzeugt. Ich danke dem Finanzminister,

ich danke den Haushältern, und ich danke den Fraktionen für die Kooperation auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben dabei ein ganz klares Ziel vor Augen, nämlich 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen.

Diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet.

Wir hören auch die Forderungen aus der Opposition, wir sollten Steuern senken, kostet es, was es wolle.

Meistens fordern das die Gleichen, die vorher das Geld schon einmal für die Senkung der Neuverschuldung verplant haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch hier sagen wir: Wir machen eine verlässliche Steuerpolitik.

Das spiegelt sich in zwei Maßnahmen wider,

die wir ergriffen haben: An der Erbschaftsteuer arbeiten wir noch, die Unternehmensteuerreform ist verabschiedet.

Wenn Sie sich den Haushalt für das Jahr 2008

anschauen, dann wissen Sie natürlich, dass sich die Entlastungen für die Unternehmen in diesem Haushalt widerspiegeln.

Wir sind überzeugt davon, dass das richtig

ist, weil mehr Investitionen in Deutschland mehr Arbeitsplätze für unser Land schaffen. Deshalb haben wir

uns zu diesem Weg entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen, dass Gewinne wieder stärker in Deutschland versteuert werden, weil es attraktiver ist, sie hier statt im Ausland zu versteuern. Aber was wir nicht versprechen

können - auch dazu haben wir uns ganz bewusst entschlossen

-, ist, dass wir alle Steuergestaltungs- und Steuervermeidungsmodelle der Vergangenheit überleben

lassen. Das ist nicht im Interesse des Gemeinwohls. Deshalb haben wir an einigen Stellen Bremsen eingezogen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bei der Erarbeitung der Reform der Erbschaftsteuer

- jeder weiß, wie schwierig das nach dem Urteil des

Bundesverfassungsgerichts geworden ist - wollen wir

vor allen Dingen die Nachfolge innerhalb eines Familienunternehmens erleichtern. Genau das werden wir in den

weiteren Beratungen immer wieder deutlich machen.

Wir wollen sicherstellen, dass diejenigen, die das Rückgrat

der Wirtschaft in Deutschland sind - die kleineren

und mittelständischen Betriebe, die Familienunternehmen,

die oft über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland

ihre Heimat haben -, in einer globalen Welt eine faire,

gute Chance in diesem Lande haben und dieses Land

nicht verlassen müssen. Das ist unser Ziel, und das werden wir durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der zweite Grundsatz neben der Sanierung der Finanzen

heißt: Grundlagen für mehr Beschäftigung fortentwickeln

und dadurch auch mehr Teilhabe für Menschen

in diesem Land ermöglichen. Was haben wir

erreicht? Mit 40 Millionen Erwerbstätigen, 40 Millionen

Menschen, die sich ihr Geld verdienen können, haben

wir ein Rekordniveau erreicht. Ich habe es schon gesagt:

Die über 55-Jährigen profitieren jetzt davon. Wir haben

ein Minus von 20 Prozent bei den älteren Arbeitslosen.

Wir kommen endlich wieder in die Situation, zu den

Besseren in Europa zu gehören. Es ist bei der Lebenserwartung,

die wir heute haben, doch kein Zustand - darüber

sind wir uns hier auch alle einig -, dass Menschen über 55 keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Deshalb halte ich diese Botschaft für ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Was sind die Ratschläge? Es ist, wie es immer ist: Die einen sagen, wir könnten eigentlich alle Arbeitsmarktreformen zurücknehmen; denn die Wirkungen zeigen, dass wir auf dem richtigen Pfad sind. Die anderen sagen, die Arbeitsmarktreformen seien gar keine echten Reformen; es müsste alles viel härter zugehen. Ich glaube, dass beides mit der Stimme der Vernunft wenig zu tun hat. Wir werden deshalb auch nichts von dem machen, sondern auch hier auf unserem Weg weitergehen.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir die Arbeitslosenversicherungsbeiträge Schritt für Schritt gesenkt haben. Anfang des Jahres 2008 werden sie sich innerhalb von zwei Jahren halbiert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist nicht richtig, dass wir darüber die Solidität der Finanzen der Bundesagentur außer Acht gelassen hätten. Wir haben uns vorgenommen - wir haben das in Meseberg als Bundesregierung beschlossen und dafür in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 Vorsorge getroffen -, für die Bundesagentur Rückstellungen für die Alterslasten, die auch für eine Bundesagentur entstehen - davon ist früher nie die Rede gewesen -, zu bilden. Wir sind froh darüber, dass wir zum ersten Mal sagen können: Es gibt eine Trendwende bei den Lohnzusatzkosten nach unten. Wir schaffen es, unter 40 Prozent zu kommen. Das ist eine gute Botschaft, die im Übrigen zeigt, dass wir erreicht haben, was wir uns in dem Regierungsprogramm vorgenommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir folgen konsequent dem Prinzip von Fördern und Fordern. Es hat eine breite Debatte über die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere gegeben. Wir haben eine Einigung gefunden, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Ältere länger brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt wieder vermittelt zu werden. Ältere erhalten die Chance, besser vermittelt zu werden, indem wir Eingliederungszuschüsse gewähren, um jedem die Möglichkeit zu eröffnen, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das, finde ich, ist die gute Botschaft für die Älteren. Deshalb bin ich außerordentlich einverstanden mit der Reform des Arbeitslosengeldes I.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen in der Rentenpolitik so vorgehen, dass wir wieder ein Reservepolster anlegen. Die Schwankungsreserve, das heißt die Vorsorge, ist jetzt wieder bei 0,7 Monatsbeiträgen angelangt. Wir wollen sie bis auf eineinhalb Monatsbeiträge aufbauen.

Ich sage ganz eindeutig: Wir stehen zu der Entscheidung bezüglich der Rente mit 67. Allen Experten, die glauben, jeden Tag noch etwas Neues sagen zu müssen, sage ich aber: Die Menschen haben mit uns Verlässlichkeit für die Zukunft bekommen, was die Notwendigkeit der Rente mit 67 anbelangt. Darüber hinaus gibt es keine Verunsicherung durch diese Bundesregierung; auch das

ist wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden im nächsten Jahr die Aufgabe haben, die beschlossene Gesundheitsreform so umzusetzen, dass die Lohnzusatzkosten auch Ende des Jahres 2008 die 40 Prozent nicht übersteigen. Ich glaube, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Krankenkassen im Rahmen dieser Gesundheitsreform im Augenblick Schritt für Schritt wächst.

Ich weiß, viele Menschen machen sich Sorgen: über den eigenen Job, ob die Rente ausreicht oder ob wirklich ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Genau deshalb sagen wir: Arbeit ist die beste Form der Teilhabe; Arbeit ist die beste Form der Chancengerechtigkeit. Die Linie der Bundesregierung ist daher auch für das nächste Jahr und das übernächste Jahr „Sanieren, Reformieren, Investieren“. Das ist tatsächlich ein Dreiklang, und zwar ein richtiger, mit dem wir voranschreiten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Aufschwung wird Schritt für Schritt in der Breite immer mehr spürbar. Das Wachstum des dritten Quartals 2007 ist zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Die Lohnzusatzkosten sinken, sodass trotz der Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge der Durchschnittsverdiener im Jahr 2008 netto 270 Euro mehr in der Tasche haben wird. Das sind die ersten Erfolge der Politik der Bundesregierung nach der Sanierung des Bundeshaushalts.

Ich will hier daran erinnern, womit wir begonnen haben: Wir haben mit einem strukturellen Defizit von 50 bis 60 Milliarden Euro begonnen. Faktisch war das Defizit bei über 30 Milliarden Euro. Dass wir bei Wachstum, Beschäftigung und Haushaltssanierung heute so dastehen, wie wir dastehen, ist nur durch den Dreiklang „Sanieren, Reformieren und Investieren“ möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Für all die, die dauernd davon reden, wie viel der Staat eingreift, ist die wirklich „schlechte“ Nachricht die vom Sinken der Staatsquote. Welche Zahl zeigt eigentlich besser als die Staatsquote, wie viel Spielräume die Bürgerinnen und Bürger wieder haben? Im Jahre 2005 lag die Staatsquote bei 46,9 Prozent. Im Jahre 2008 wird sie bei 43,3 Prozent liegen. Wer einen Vergleich zu den Staatsquoten der anderen europäischen Länder zieht, der weiß, dass Deutschland damit gut dasteht und dass wir damit einen guten Platz haben. Das Sinken der Staatsquote bedeutet nichts anderes, als dass die Menschen mehr Freiräume haben für das, was in sie in ihrem Leben selber gestalten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden den Weg für mehr Beschäftigung weitergehen. Wir wollen die Arbeitnehmerbeteiligung in Form des Investivlohns. Wir wollen die Sanierung der öffentlichen Gebäude voranbringen. Wir wollen die Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen vereinfachen und verbessern, weil wir gerade im Bereich der einfachen Tätigkeiten Chancen für Arbeitssuchende sehen. Wir werden den Bürokratieabbau vorantreiben. Die

Bundesregierung ist die erste, die jemals nach den Maßstäben des Normenkontrollrats die Informationspflichten systematisch erfasst hat: Es sind 10 900. Die Bundesregierung hat klar gesagt: Die Bürokratiekosten sollen um 25 Prozent sinken. Sie tritt dafür ein, dass sich derselbe Prozess auf europäischer Ebene wiederholt. Wir, die Bundesregierung, haben uns vorgenommen, die Hälfte der Wegstrecke bis zur Erreichung dieses Ziels bis zum Ende dieser Legislaturperiode zurückzulegen. Das ist nachprüfbar, das ist messbar, das ist systematisch. Eine solche Form des Bürokratieabbaus hat es in Deutschland noch nicht gegeben, und das ist ein Erfolg der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich leitet uns die Frage: Wie bekommen wir mehr Beschäftigung, aber auch Beschäftigung zu fairen Bedingungen bei der Entlohnung? Damit meine ich auch die Frage der Mindestlöhne und alles, was damit zusammenhängt.

Erstens. Bei der Post sehe ich nach wie vor Möglichkeiten, zu einer Einigung zu kommen.

Zweitens. Obwohl wir unterschiedliche Auffassungen haben, haben wir mit der Entscheidung, ein Mindestarbeitsbedingengesetz

zu entwickeln und das Arbeitnehmer-

Entsendegesetz im Frühjahr des nächsten Jahres

auszuweiten, die Weichen dahin gehend gestellt, dass mehr faire Löhne gezahlt werden, ohne dass die Tarifautonomie zerstört wird. Mehr Menschen wird die Chance gegeben, eine Arbeit zu finden.

Unser Wohlstand lebt ganz wesentlich von der Innovationskraft.

Deshalb lautet unser dritter Grundsatz:

Wir wollen den Wohlstand von morgen durch Investitionen in Forschung, in Bildung und in die Familien sichern.

Der Etat der Forschungsministerin profitiert von den hohen Wachstumsraten: plus 8 Prozent. Die Mittel für die Projektförderung steigen sogar um 16 Prozent.

Wir haben uns nämlich entschlossen, durch den Bundesanteil dazu beizutragen, dass für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben Mittel in Höhe von 3 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stehen. Wir geben

dabei nicht einfach mehr Geld in das System, sondern

haben eine Vielzahl neuer Instrumentarien entwickelt,

die wirklich dafür Sorge tragen, dass die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ihrer Verantwortung bei Forschung und Entwicklung besser gerecht werden kann.

Deswegen ist die Wissenschaftsunion eine ganz wichtige Initiative.

Meine Damen und Herren, die Exzellenzinitiative

hat in Deutschland auch im Hinblick auf den Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen eine große

Bewegung gebracht. Eine schöne Botschaft, die ich einfach

mit einer Gratulation verbinde: Zwei Nobelpreise

für Physik und Chemie in diesem Jahr zeigen: In

Deutschland kann man Spitzenforschung - -

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das war auch

die Regierung? Bravo!)

- Lieber Herr Westerwelle, das war natürlich nicht die Regierung.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber es zeigt doch, dass die Bedingungen dafür, in Deutschland zu forschen, so sind, dass man auch als Deutscher in Deutschland und nicht nur als Deutscher in Amerika einen Nobelpreis bekommen kann. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist doch in keinem Interview mit den beiden Nobelpreisträgern versäumt worden, dreimal nachzufragen, wie oft sie schon darüber nachgedacht hätten, nach Amerika oder sonst wohin zu gehen. Sie haben jedes Mal erklärt, die Großforschungseinrichtungen in Deutschland seien gut. Daran müssen Sie doch nicht herummeckern; das haben Sie doch zum Teil mit gestaltet. Meine Güte, wirklich!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind dabei nicht am Ende. Wir werden den nächsten IT-Gipfel durchführen und für einen Spitzenclusterwettbewerb sorgen. Vor allen Dingen werden wir - das ist für die Akzeptanz von Forschung und Entwicklung wichtig - Leuchttürme aufbauen: Spitzenprojekte in den Bereichen Klimaforschung, Energieeffizienz, Medizin und Medizintechnik sowie Verkehrsleittechnik. Je besser die Rahmenbedingungen und Strukturen für Beschäftigung werden, umso stärker macht sich ein neues Problem bemerkbar: Wie sieht es aus mit unseren Fachkräften, mit der Bildungssituation und mit der Ausschöpfung dessen, was wir an menschlicher Kraft in unserer Gesellschaft haben? Deshalb wird auch in den Jahren 2008 und 2009 das Thema Bildung von ganz besonderer Bedeutung sein. Der Ausbildungspakt in diesem Jahr hat gewirkt. Ich bin deshalb auch dagegen, dass wir hier Zwangsabgaben miteinander vereinbaren.

(Zuruf des Abg. Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE])

- Mein Gott, wir wissen ja Bescheid.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In diesem Jahr sind 60 000 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden; die Wirtschaft hat ihre Versprechungen erfüllt. Trotzdem gibt es noch ein riesiges Problem aus den vergangenen Jahren, weil junge Leute in sogenannten Warteschleifen sind.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Aha!)

Deshalb müssen wir uns überlegen - dies tun wir auch in der Bundesregierung -

(Zuruf von der LINKEN: Wann denn?)

wie wir genau diesen jungen Leuten helfen können; denn es darf uns kein junger Mensch in diesem Lande verloren gehen, zumal dann nicht, wenn wir anschließend wieder über Fachkräftemangel sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen auch über den Zusammenhang von Integration und Ausbildung Bescheid. Wir wissen, was es für die Notwendigkeit der Integration und den Fachkräftebedarf bedeutet, wenn heute in Großstädten die Hälfte aller Kinder bei der Einschulung Kinder mit Migrationshintergrund sind. Daher haben wir eine nationale Qualifizierungsoffensive geschaffen, die wir Schritt für Schritt weiter mit Leben erfüllen werden. Wir müssen und werden

auch mit den Ländern über die Schnittstellen zwischen Bildungspolitik der Länder und Ausbildung sprechen; denn es kann nicht sein, dass 80 000 junge Menschen in Deutschland aus der Schule herauskommen und nicht in der Lage sind, anschließend eine Ausbildung aufzunehmen, sodass es die erste Aufgabe der Bundesagentur ist, aus Beitragsgeldern diese jungen Menschen zu qualifizieren. Auch hier werden wir für weitere Fortschritte sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben in die Familien investiert - das wird niemand bestreiten -: Elterngeld, Erhöhung der Kinderzulage in der Riester-Rente, um hier mehr Generationengerechtigkeit zu verwirklichen, wesentliche Schritte zum Ausbau der Kinderbetreuung, Hilfe an die Bundesländer bei einer Aufgabe, die wir als national wichtige Aufgabe qualifiziert haben. Aber wir wissen auch, dass uns das Thema Kinderarmut nicht ruhen lassen kann. Wir wollen, dass niemand wegen der Kinder in die Bedürftigkeit fällt; deshalb muss der Kinderzuschlag weiterentwickelt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Wegen der Kinder“?)

- Ja, wegen der Kinder nicht in die Bedürftigkeit fällt, Frau Künast. So ist es. - Deshalb werden wir den Kinderzuschlag erhöhen und vereinfachen. Das Bundesfinanzministerium wird im Jahre 2008 turnusmäßig den Existenzminimumbericht vorlegen. Wir werden dann aber nicht ein ganzes Jahr warten, um zu überlegen, was wir zusätzlich für Familien tun können, sondern schnell - im Herbst des Jahres 2008 - daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben es trotzdem mit bedrückenden Zuständen zu tun, wenn wir an Kinder in Deutschland denken. Der Todesfall der verhungerten Lea-Sophie war ein letztes aufrüttelndes Beispiel. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ehrlich: Ich halte relativ wenig von diesen schnellen Schuldzuweisungen, wer an welcher Stelle die Verantwortung trägt. Wir stehen vor einer Situation, in der wir denen, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden können, helfen müssen, ohne gleich die gesamte Gesellschaft für unmündig zu erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Um hier im föderalen System die richtigen Antworten zu finden, bedarf es der Kraftanstrengung aller. Ich bitte darum, keine schnelle, sondern die richtige Antwort zu finden, um den Kindern in Deutschland wirklich zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt neben der mangelnden Fürsorge für jüngere Menschen, für Kinder, noch etwas, das bedrückend ist. Das ist die Vereinsamung und Vernachlässigung älterer Menschen. Die Pflegereform versucht, auf diese Fragen eine bessere Antwort zu geben, indem wir verstärkte Prüfaufträge und Qualitätsberichte über Pflegeheime einführen, die jeder einsehen kann und über die sich jeder ein Urteil bilden kann, und Kontrollen ermöglichen, bei denen nicht alles vorher angekündigt wird. Ich

glaube, das ist ein richtiger Schritt. Deshalb ist die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung richtig, weil die Pflegeversicherung Menschen in Not, Menschen im Alter und Menschen, die diese Republik aufgebaut haben, hilft. Diesen Weg werden wir auch weitergehen. Ob es Alzheimer, Demenzerkrankung oder vieles andere betrifft: Ich glaube, dass wir mit der Pflegeversicherung einen richtigen Schritt gegangen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser vierter Grundsatz lautet, die Zukunft nicht zu verbauen. Das hat etwas mit Klimaschutz und Energiepolitik zu tun, die unauflösbar zusammengehören. In wenigen Tagen findet die Bali-Konferenz statt. Selbst bei kritischster Betrachtung müssen, glaube ich, alle in diesem Hause anerkennen, dass Deutschland beim Klimaschutz sowohl seine Hausaufgaben gemacht hat als auch seine internationalen Aufgaben im Rahmen von G 8 und der EU-Präsidentschaft erledigt hat und wir bei diesem Menschheitsthema ein Riesenstück vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Bundesumweltminister wird mit einem Maßnahmenpaket für nationale Vorhaben, das wir nächste Woche im Kabinett beschließen werden, nach Bali reisen. Ich will daran erinnern - man kann das heute nachlesen -, dass Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Kioto-Abkommen nach allen Voraussagen bis 2012 nachkommen wird. Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, das zu tun. Ich kann uns nur alle auffordern, in der Europäischen Union diese Diskussion verstärkt zu führen. Denn unsere Vorreiterrolle europäischerseits wird in vielfacher Weise infrage gestellt werden, wenn wir unsere eigenen Verpflichtungen aus Kioto in Europa nicht erfüllen. Deshalb wird das auch eine schwierige Diskussion innerhalb der Europäischen Union werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen vor uns, sowohl auf der europäischen als auch auf der deutschen Ebene. Ich glaube, wir müssen es schaffen - auch darum wird die Diskussion gehen -, die Nachhaltigkeit zu unserem Leitprinzip zu erklären, das heißt Wirtschaftlichkeit, soziale Verträglichkeit und Umweltschutz immer wieder in einen vernünftigen Einklang zu bringen. Darüber wird es im Einzelfall sicherlich auch Diskussionen geben; aber diesen Pfad der Nachhaltigkeit als den Grundpfad unserer Politik anzulegen, halte ich für die richtige Weichenstellung für die Zukunft.

Steigende Preise bei Öl, Gas und Strom versprechen, die Klimadebatte wieder lebendiger zu machen. Ich sage an dieser Stelle - weil dazu manches geäußert wird -: Strom und Energie sind nicht zu billig. Die Menschen im Lande leiden zum Teil darunter. Unsere Ansage muss sein: mehr Energieeffizienz, mehr Energiesparen, Verbrauch senken. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir einen vernünftigen Pfad der Energie finden, auch für unsere nationale Energieversorgung. Ich will nicht verhehlen, dass ich mit einer gewissen Sorge verfolge, welche



Formen der Energieversorgung jetzt allesamt auf den Prüfstand kommen. Wenn wir keine Kohlekraftwerke mehr wollen und zudem die Kernkraftwerke abschalten wollen, was nicht meine Position ist - das ist bekannt -, dann sehe ich doch erhebliche Probleme für die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mit mir wird es nicht dazu kommen, dass man überall in Europa Kohlekraftwerke baut, in Deutschland die Kernkraftwerke abschaltet und sich anschließend wundert, dass wir kein Energieerzeugerland mehr sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen also die globale Herausforderung sehen. Das Klimathema ist ein globales Thema. Das entscheidet sich nicht an der Frage, ob in Saarbrücken oder in Lubmin ein Kohlekraftwerk steht oder nicht, sondern daran, dass wir international, global zu Reduktionen kommen, den Verbrauch senken und die Effizienz steigern. Das muss der Maßstab des Handelns sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, am Thema Klima sehen Sie exemplarisch wie wahrscheinlich an keinem anderen Thema, dass große Herausforderungen der Menschheit heute nicht mehr dadurch zu lösen sind, dass wir Innen- und Außenpolitik als zwei völlig getrennte Bereiche der Politik behandeln. Vielmehr gehört beides zusammen. Die Frage, wie das geistige Eigentum international geschützt wird, und die Frage, wie sich auch die Schwellenländer in die Problematik des Klimawandels einklinken und Verantwortung übernehmen, sind genauso wichtig, und an deren Lösung muss genauso viel gearbeitet werden wie für die Frage, wie wir effiziente Autos bauen und vernünftige Gebäudesanierung durchführen. Dies erleben wir nicht nur bei dem Thema Klima und im gesamten Bereich der klassischen Außenpolitik, sondern natürlich auch bei der gesamten Sicherheitspolitik, bei der Herausforderung des internationalen Terrorismus und bei der Frage, wie wir ihn in unserem Lande bekämpfen. Deshalb kommen auch hier internationale Kooperation mit unseren Partnern in der Welt zum Tragen, die Öffnung Europas - ich erinnere nur daran, dass jetzt die Grenzübergänge im Rahmen des Schengen-Abkommens auch in Richtung Mittel- und Osteuropa geöffnet werden - und eine vernünftige Terrorismusbekämpfung in Deutschland, zu der natürlich auch das Projekt der Onlinedurchsuchung in unserem Regierungsprogramm hinzukommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb heißt der fünfte Grundsatz: Innen- und Außenpolitik sind nicht mehr zu trennen, sondern sie wachsen zusammen, und dies macht unsere Politik aus.

Meine Damen und Herren, nach zwei Jahren können wir sagen: Der Dreiklang von „Investieren, Sanieren, Reformieren“

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und Abkassieren!)

hat sich bewährt. Weil er sich bewährt hat, bleibt er auch die Richtschnur der nächsten zwei Jahre unserer Arbeit.

Wir wissen: Nichts von dem, was wir erreicht haben, ist selbstverständlich. Millionen Menschen auf der Welt stehen

jeden Morgen auf und überlegen für sich und ihre Länder, wie sie ihren Wohlstand verbessern können. Deshalb wäre es die falsche Antwort - wir können auf die entsprechenden Fragen auch gar nicht mehr allein als Deutschland eine Antwort geben -, die Hände in den Schoß zu legen. Dies ist uns bewusst, aber bewusst ist uns vor allen Dingen, dass diese Große Koalition einen Auftrag hat, den Menschen in Deutschland in diesem globalen Wettbewerb eine gute Perspektive zu geben. Deshalb werden wir unsere Arbeit fortsetzen: entschlossen, geschlossen, gemeinsam ringend um die richtigen Antworten, ja, ringend um die richtigen Antworten, aber mit der Entschlossenheit, für dieses Land etwas zu tun.  
Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist Dr. Gregor Gysi, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst durften wir hier Herrn Brüderle hören. Nur mit zwei Sätzen von ihm will ich mich auseinandersetzen. Sie haben zum einen der Union unterstellt, auch demokratisch-sozialistisch zu sein. Ich glaube, es hilft nichts: Ich muss Ihnen irgendwann einmal erklären, was demokratischer Sozialismus ist.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der FDP -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber nicht heute!)

- Nicht heute, Herr Kauder; Sie können ganz beruhigt sein.

Zum anderen haben Sie gesagt, es gebe glücklicherweise eine Partei in diesem Hause, die ihren wirtschaftlichen Sachverstand nicht an der Garderobe abgegeben hat. Das stimmt: Das ist die Linke. Diesem Satz wollte ich ausdrücklich zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der

CDU/CSU und der FDP - Volker Kauder

[CDU/CSU]: Wir sind aber nicht im Deutschen Theater!)

- Ich wusste, dass Sie sich freuen. Ich wollte Ihnen am Anfang eine kleine Freude machen. Aber jetzt wird es anders.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, jetzt haben Sie zwei Ankündigungen gemacht, die Sie im Rahmen Ihrer Redezeit nicht werden abarbeiten können. Darauf mache ich vorsichtshalber aufmerksam.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Aber ich bitte darum, dass Sie Ihre Zwischenbemerkung nicht auf meine Redezeit anrechnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, kommen wir einmal zur Außenpolitik.

Sie stören sich zum Teil daran, wie China versucht, Weltmacht zu werden, und Russland versucht, wieder Weltmacht zu werden. Sie vergessen nur, darauf hinzuweisen, dass der Westen, und zwar in Form der USA, Großbritanniens,

Frankreichs, Deutschlands und anderer Länder, seinen Anteil daran hat. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatten, die wir im Bundestag geführt haben, als man meinte, Bomben auf Belgrad werfen zu müssen, um Menschenrechte herzustellen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich weiß, Sie wollen davon nichts hören.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Scharping sagte, er werde sich davon nicht durch ein Veto Chinas abhalten lassen. Verstehen Sie, was das Problem ist? Jelzin wollte das nicht. Der Premierminister musste mit seinem Flugzeug umkehren, weil ihn keiner zum Gespräch empfing. Was war denn die Schlussfolgerung der beiden Führungen? Die Schlussfolgerung war eben nicht: Wir ziehen uns bescheiden zurück. Die Schlussfolgerung war vielmehr: Unser Nein oder unser Ja hat nur dann eine Relevanz, wenn dahinter auch Macht steht, nämlich Weltmacht. - Mit dieser Politik haben wir es jetzt zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Daran hat doch Deutschland seinen Anteil; das können wir doch nicht leugnen.

Nehmen wir die Kriegspolitik; Sie haben dazu kaum etwas gesagt. Ich sage es noch einmal: Sie werden Terrorismus nicht wirksam mit Krieg bekämpfen können.

Krieg erzeugt immer neuen Hass und damit neue Bereitschaft zum Terrorismus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man sich im Übrigen den Irak, Afghanistan und vor allen Dingen die Drohung der USA in Bezug auf den Iran ansieht, dann weiß man: Es geht immer auch um Ressourcen. Es geht um Erdöl und Erdgas. Als ob wir seit Jahrhunderten nichts dazugelernt hätten! Immer wieder Kriege aus wirtschaftlichen Gründen!

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere Sache. Ich bin wirklich sehr für Frauenrechte und froh darüber, dass sich in Afghanistan etwas verbessert. Aber ich nehme Ihnen Ihre Ehrlichkeit diesbezüglich nicht ab vor dem Hintergrund, dass der König von Saudi-Arabien hier ist und Sie zu den Frauenrechten kein einziges öffentliches Wort sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dann geht es mir darum, dass die Schweiz jetzt gesagt hat, sie ziehe ihre Soldaten aus Afghanistan ab. Es gibt drei Felder - das muss ich Ihnen einmal sagen -, auf denen wir von der Schweiz lernen können. Erstens müssen dort alle mit einem Erwerbseinkommen Beiträge - dies bezogen auf ihr vollständiges Einkommen - in die Rentenversicherung einzahlen. Zweitens kennt man in der Schweiz Volksentscheide, und drittens zieht sie ihre Soldaten ab, weil sie sagt: ISAF dient nicht mehr der Friedenssicherung.

- In dieser Hinsicht könnte Deutschland etwas schweizerischer werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dann zu den Menschenrechten. Frau Bundeskanzlerin, da hatte ich bei Ihnen wirklich auf eine Änderung gehofft. Man kann ja unterschiedliche Wege gehen.

Schröder, Schmidt und andere haben immer gesagt: Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, vielleicht in internen Gesprächen, aber nicht öffentlich. - Das ist der eine Weg.

Sie haben in Russland etwas anderes gemacht. Sie haben mit China etwas anderes gemacht. Ein anderer Weg ist, dass man sagt: Ich spreche das öffentlich an, auch wenn Putin dabei ist. - Das kann man machen, Frau Bundeskanzlerin. Aber nun hatte ich gehofft, dass Sie nicht einseitig sind, und habe darauf gewartet, was Sie auf der Ranch von Bush sagen. Da haben Sie öffentlich nichts gesagt, kein Wort zu Guantánamo.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich bitte Sie, Frau Bundeskanzlerin: Guantánamo ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Da sitzen Menschen seit Jahren. Sie wissen nicht, wie lange noch. Sie haben keine Verteidiger. Es gibt für sie kein Recht. Sie sind rechtlos. Das ist überhaupt nicht hinnehmbar. Sie werden weder als Kriegsgefangene noch als Beschuldigte behandelt.

Der Höhepunkt waren - das muss ich Ihnen sagen - Geheimgefängnisse der CIA in Osteuropa. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Da sitzen Menschen, die gar nicht wissen, wo sie sind. Sie können keine Briefe an Angehörige schicken. Es gibt keinen Verteidiger, keinen zuständigen Richter und keinen zuständigen Staatsanwalt. Sie wissen nicht, ob sie dort ihr Leben lang oder nur kurze Zeit einsitzen. Sie wissen gar nichts. Hätte ein untergegangener Staat so etwas gehabt, wir hätten ganze Kommissionen und Komitees gebildet, um das auszuwerten, und Sie sagen dazu auf der Ranch nicht ein Wörtchen. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das ist die Einseitigkeit, wie ich sie seit Jahrzehnten kenne. Beim Gegenüber stellt man immer Menschenrechtsverletzungen fest, und bei Freunden schweigt man dazu. Das ist keine Lösung des Problems. Das ist ein instrumentelles Verhältnis zu Menschenrechten.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber kommen wir zur Innenpolitik. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben den schönen Satz gesagt: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an, bei immer mehr Menschen.“ Offenbar haben Sie nur Kontakt zu 10 Prozent der Menschen

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ja Blödsinn!)

und zu 90 Prozent der Menschen nicht. Was glauben Sie, was die Rentnerinnen und Rentner denken, wenn sie hören, dass der Aufschwung bei ihnen ankommt? Wir hatten gerade eine Rentensteigerung von 0,5 Prozent und eine Inflation von 3 Prozent. Das macht ein Minus von 2,5 Prozent. Da sind die Rentnerinnen und Rentner aber begeistert von dem Aufschwung!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie haben auch einen Satz aufgegriffen, den ich schon von Herrn Kauder kannte. Er hat in der Sendung Hart,

aber fair gesagt: Sozial ist alles, was Arbeit schafft, und unsozial ist alles, was Arbeit vernichtet. - Sie machen sich das viel zu einfach. Es gibt auch Arbeit in Unwürde. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die ist nicht sozial. Wir brauchen gute Arbeit, wir brauchen Arbeit in Würde. Das ist ein großer Unterschied.

Ich will Ihnen einmal sagen, bei wem alles der Aufschwung nicht ankommt. Fangen wir einmal mit der

Vermögensverteilung in Deutschland an, bei der die Ungleichheit übrigens unter Ihrer Verantwortung, Frau Bundeskanzlerin, noch zugenommen hat. 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen zwei Drittel des Vermögens, und zwei Drittel der Bevölkerung besitzen kein Vermögen. Das waren einmal weniger. Der Reichtum hat zugenommen, und die Armut hat zugenommen.

Wir sind von sozialer Gerechtigkeit weiter entfernt als zu Beginn Ihrer Koalition. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

2,6 Millionen Kinder leben in Armut. Sie haben keinen Satz dazu gesagt, was Sie dagegen tun wollen.

7,4 Millionen Menschen in Deutschland leben - entweder ausschließlich oder zusätzlich - von ALG II. Die merken nichts von dem Aufschwung, gar nichts. Darunter sind 1,3 Millionen Aufstocker. Deren Zahl hat zugenommen.

Das muss man sich einmal überlegen - Herr

Kauder, Sie sagen, das sei sozial -: Aufstocker sind Leute, die einen Vollzeitjob haben, aber von dem Lohn nicht leben können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aufstocker arbeiten nicht Vollzeit! Das wissen Sie, Herr Gysi!)

Deshalb müssen sie zusätzlich Sozialleistungen beantragen. Das ist überhaupt der Gipfel. Sie sagen immer: weniger Staat, mehr Markt. Aber die Risiken der Marktwirtschaft soll der Staat tragen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen Steuern bezahlen, damit wir die Löhne wieder aufstocken. Das wollen Sie auch noch vertiefen; Sie wollen ja den Kombilohn erst richtig einführen. Ich kann nur sagen: Das ist unserer Meinung nach ein völlig falscher Weg.

Den gesetzlichen Mindestlohn lehnen Sie ab. Der würde das beseitigen. Dann wäre klar, was mindestens gezahlt werden muss. Dann gäbe es keine Aufstocker mehr, und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssten nicht zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen. Aber das machen Sie nicht, obwohl der Mindestlohn so wichtig wäre. Sie führen ihn nicht einmal bei den Briefzustellerinnen und Briefzustellern ein. Wir haben dafür noch eine Woche im Dezember Zeit; ich bin sehr gespannt, ob Sie in dieser Zeit eine Lösung finden.

Sie haben nichts gegen den Verdacht unternommen, Frau Bundeskanzlerin, dass die beiden Konkurrenzkonzerne, die gerne viel Geld verdienen und an denen Springer beteiligt ist, bei Ihnen vorstellig wurden und gesagt haben, sie wollten den Mindestlohn nicht. Nun muss ich Springer einmal verteidigen. Ich verstehe ja, dass sie mit Billiglöhnen eine hohe Rendite erzielen wollen. Ich verstehe

sogar, dass sie Sie anrufen und sagen, dass sie das gerne weiterhin verdienen wollen. Das Einzige, was ich nicht verstehe, ist, dass Sie nicht den Mut und die Kraft haben, zu sagen: Das ist ganz nett, aber wir machen das nicht; wir werden den gesetzlichen Mindestlohn für die Briefzustellerinnen und Briefzusteller einführen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das ist das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

Zum Kombilohn sagt selbst der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, dass er lieber einen gesetzlichen Mindestlohn hätte als die Lohndrückerei über Kombilöhne. Jeder kann sich vorstellen, was in unserer Wirtschaft passiert, wenn Sie per Gesetz regeln, dass Sie den Rest sowieso immer draufzahlen. Dafür haben wir ja die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Auch die 6,6 Millionen Menschen in Minijobs merken übrigens nichts von Ihrem Aufschwung. Deren Zahl hat ebenfalls zugenommen. Außerdem sind inzwischen 800 000 Menschen in Leiharbeit. Ich sage Ihnen noch einmal: Das ist eine moderne Form der Sklaverei.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es geht nicht an, dass man zwischen einem Drittel und der Hälfte von dem verdient, was andere für dieselbe Arbeit verdienen. Ebenso geht es nicht an, dass die Stammebelegschaften schrittweise ausgewechselt werden, weil sie über die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter unter Druck gesetzt werden.

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Wir können ja gerne zu mehr sozialer Gerechtigkeit kommen: Für die ALG-II-Empfänger haben wir einen Weihnachtzuschlag beantragt. Aber die christliche Partei sagt natürlich Nein zum Weihnachtzuschlag. Am 24. Dezember werden Sie aber schwülstige Reden halten. Sie hätten Ja sagen müssen zum Weihnachtzuschlag für ALG-II-Empfänger.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Regelsatzerhöhung haben Sie abgelehnt. Die Inflationsrate beträgt 3 Prozent, Sie erhöhen aber trotzdem nicht den ALG-II-Regelsatz. Die Kindergelderhöhung haben Sie verschoben. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier die Entscheidung für das Elterngeld und Frau von der Leyen gewürdigt. Ich muss Ihnen einmal sagen, was da Übles passiert ist: Die Ärmeren bekamen zwei Jahre lang 300 Euro Erziehungsgeld pro Monat. Die Bezugsdauer haben Sie jetzt halbiert. Sie haben dafür gesorgt, dass sie nur ein Jahr lang Elterngeld erhalten. Dafür erhalten die Besserverdienenden bis zu 1 800 Euro Elterngeld pro Monat. Ich sage Ihnen: Das ist die direkteste Umverteilung von Arm zu Reich, die hier je beschlossen worden ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Über die Hälfte derjenigen, die Elterngeld beziehen, erhalten nur 300 Euro. Die Bezugsdauer ist aber um zwölf Monate verkürzt worden. Das hat mit sozialer Gerechtigkeit wirklich überhaupt nichts zu tun.

Zu den Rentnerinnen und Rentnern - ich habe sie

ja schon angesprochen -: Sie haben die Formel verändert. Es gibt keine Beteiligung der Rentnerinnen und Rentner an der Produktivitätsentwicklung mehr. Auch an der Lohnentwicklung sind sie kaum noch beteiligt. Wir haben Nullrunde für Nullrunde gehabt. Real sind das immer Minusrunden, weil es immer Beitrags- und Preissteigerungen gab. Auch in diesem Jahr hatten wir letztlich eine Minusrunde, nichts anderes - das ist doch ganz klar -, weil die Preise viel stärker steigen als die Renten. Es geht den Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland - das sind Millionen Menschen - wieder schlechter. Das ist die Wahrheit. Und es wird ihnen auch im nächsten Jahr nicht besser gehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dann haben Sie noch beschlossen, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Frau Bundeskanzlerin, das ist doch nichts anderes als eine Rentenkürzung. Sie wollen einfach zwei Jahre lang keine Rente zahlen. Das ist alles, was dahintersteckt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die SPD hat da mitgemacht.

Kommen wir nun zur Zwangsverrentung. Frau Bundeskanzlerin, ich appelliere noch einmal an Sie: Wir haben in diesem Jahr noch eine Sitzungswoche. Wir können da noch etwas machen. Ich will das so seicht wie möglich machen.

(Joachim Poß [SPD]: „Seicht“ war schon sehr richtig! Von Ihnen kommt sehr viel Seichtes!)

Diese Zwangsverrentung ist wirklich nicht hinnehmbar. Jährlich sollen 120 000 bis 150 000 Menschen zwangsverrentet werden. Diesen Menschen nimmt man die Entscheidungsfreiheit. Einem älteren Menschen von beispielsweise 60 Jahren, der ALG II erhält, sagen Sie: Du darfst nicht länger ALG II beziehen. Du musst in Frührente gehen, und zwar mit Abzügen, die dein Leben lang gelten. - Ich halte das für grundgesetzwidrig.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich habe die Auswirkungen an einem Beispiel ausgerechnet: Nehmen wir einen Durchschnittsverdiener, der 40 Berufsjahre hinter sich hat. Er hätte Anspruch auf eine Rente von 1 051 Euro. Wenn Sie ihn, weil er arbeitslos ist, jetzt zu einer Frühverrentung zwingen und der höchste denkbare Abzug von 18 Prozent greift - das entspricht einem Abzug von 190 Euro -, bekommt er statt 1 051 Euro nur 861 Euro Rente, und zwar auch, wenn er 88 oder 89 Jahre alt ist. Wenn Sie mit einer Rente in dieser Größenordnung leben müssten, wüssten Sie, dass das ein Verlust ist, der einfach nicht hinnehmbar ist. Den Menschen jede Entscheidungsfreiheit zu nehmen, halte ich wirklich für indiskutabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich appelliere noch einmal an Sie: Es gibt noch eine Sitzungswoche in diesem Jahr. Lassen Sie uns hier eine Lösung finden. Wir sind diesbezüglich für eine namentliche Abstimmung. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können bei diesem Thema nicht mit der

Koalitionsdisziplin kommen. Sie müssen dann jährlich 120 000 bis 150 000 Leuten erklären, warum Sie mit dafür gesorgt haben, dass sie zwangsverrentet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Noch eine Anmerkung, die das Thema Rente betrifft: Schröder hat ja noch die Riester-Rente eingeführt. Mit der Riester-Rente hat man der Wirtschaft im Grunde gesagt: Ihr braucht nicht mehr mitzubezahlen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen das alles alleine bezahlen.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: So einen Schwachsinn habe ich lange nicht gehört!)  
- Moment. - Das ist doch ein großes Geschäft für die privaten Versicherungen. Die privaten Versicherungen haben sich doch als dankbar erwiesen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Allianz-Versicherung hat im Juli 2007 an die CSU 60 001 Euro gespendet, an die CDU 60 001 Euro gespendet, an die SPD 60 001 Euro gespendet und - man höre und staune - an die Grünen 60 001 Euro gespendet. Herr Westerwelle, was Sie falsch gemacht haben, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Sie haben nur 50 001 Euro bekommen. Die Strafe von 10 000 Euro habe ich nicht verstanden. Meine Partei hat gar nichts bekommen.

(Zurufe: Oh!)

Ich muss Ihnen sagen: Ich bin froh, dass es noch eine nicht von der Allianz gesponserte Partei im Deutschen Bundestag gibt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihr habt das Vermögen von der alten SED übernommen!)

Nun kommen wir zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der Aufschwung soll ja so stark sein. Nehmen wir einmal das Pro-Kopf-Einkommen. Ich habe wirklich gestaunt, als ich die neue OECD-Statistik gelesen habe. Es ist interessant, so etwas zu lesen. Nach dieser neuen OECD-Statistik ist es so, dass wir in Deutschland im Vergleich der 15 alten EU-Mitgliedsländer beim Pro-Kopf-Einkommen auf Platz 11 liegen. Die OECD sagt: Im nächsten Jahr überholt uns Spanien; dann liegen wir auf Platz 12. Darauf sind Sie stolz, Frau Bundeskanzlerin? Das ist wirklich kein Grund, stolz zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die UNO hat gestern eine neue Statistik herausgebracht, in der sie feststellt: Wir sind hinsichtlich der Lebensqualität um einen Platz nach hinten gerutscht. Wir sind jetzt auf Platz 22. Im Durchschnitt ist die Lebensqualität in Italien, Spanien und den USA höher als in Deutschland. Das hat die UNO festgestellt, nicht die Linke. Verstehen Sie? Sie reden hier, als ob in Deutschland alles blühend sei. Davon kann doch gar keine Rede sein!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Zurufe von der FDP)



Wir hatten in den letzten zehn Jahren - daran waren übrigens auch Sie beteiligt; seien Sie von der FDP einmal nicht so laut - in Deutschland einen Reallohnverlust von 6 Prozent. In denselben Jahren gab es eine Reallohnsteigerung in Frankreich von 10 Prozent, in den USA von 23 Prozent, in Großbritannien von 24 Prozent und in Schweden von 29 Prozent. Daher resultiert doch unser Abstieg im internationalen Vergleich.

Bei uns boomt nur die Exportwirtschaft, nicht die Binnenwirtschaft. Denn die Kaufkraft ist nicht gestiegen. Was passiert jetzt? Jetzt erleben wir den Verfall des Dollars. Damit kommt die Exportwirtschaft wieder ins Schlingern. Sie haben binnenwirtschaftlich nichts vorbereitet, um dafür einen Ausgleich zu haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Jetzt sage ich Ihnen - da werden Sie sich wundern -: Nicht nur für die armen Schichten in Deutschland besteht eine große Gefahr, sondern auch für die Mittelschicht. Sie zerstören die Schicht der durchschnittlich Verdienenden, Sie zerstören die Mittelschicht. Ich nenne Ihnen dafür zwei Beispiele. Das eine Beispiel ist: Sie wissen, Sie haben den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Das kostet uns übrigens jährlich 11 Milliarden Euro. Das sage ich, damit die Leute einmal wissen, auf wie viel Geld Sie da verzichtet haben. Aber okay, das haben Sie gemacht. Sie haben die Steuer beim Einkommen allerdings nicht linear gestaltet, sondern es gibt einen sogenannten Steuerbauch. Das heißt, dass die durchschnittlich Verdienenden stärker in Anspruch genommen werden, weil Sie bei den Bestverdienenden nachgelassen haben. Damit zerstören Sie sozusagen die Schicht der Normalverdienenden, die Mittelschicht.

Ich komme zum zweiten Beispiel. Das betrifft die Beiträge zur Sozialversicherung, und zwar aus folgendem Grund: Sie alle haben eine Beitragsbemessungsgrenze beschlossen und gesagt: Für ein höheres Einkommen muss man nicht mehr einzahlen. Wenn Sie sagen, für ein höheres Einkommen müsse man nicht mehr einzahlen, dann müssen Sie beim Normalverdienst den Prozentsatz erhöhen, damit das Geld reicht. Wieder trifft es die durchschnittlich Verdienenden. Sie müssen auf ihr ganzes Einkommen Beiträge zahlen, während die Bestund Besserverdienenden nur auf einen Teil ihres Einkommens Beiträge zahlen müssen.

Ich kann Ihnen Punkt für Punkt belegen, wie Sie gerade die durchschnittlich Verdienenden in Deutschland immer stärker zur Kasse bitten. Auch das hat nicht nur die Linke festgestellt, sondern die OECD hat jetzt gesagt, dass die niedrigen und die durchschnittlichen Einkommen in Deutschland im internationalen Vergleich übermäßig stark belastet sind, während die hohen Einkommen im internationalen Vergleich stark entlastet sind. Das ist das Ergebnis der Politik von Union und SPD.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was hat sich für die Ostdeutschen verbessert? Frau Bundeskanzlerin, auch Sie sind Ostdeutsche. Gibt es einen

einzigem Schritt zur Angleichung der Renten, einen  
einzigem Schritt zur Angleichung der Löhne und Gehälter,  
einen einzigen Schritt zur Angleichung der Arbeitszeiten?  
Es gibt ihn nicht. Die Transferleistungen sind  
vereinbart; das ist okay. Aber davon müsste man – das  
will ich nicht machen; ich will es nur ansprechen – jetzt  
wieder abrechnen, dass Sie bei den übrigen Fördertöpfen  
den Osten immer benachteiligen,  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Blödsinn!)  
zum Beispiel bei Wissenschaft und Forschung und auf  
anderen Gebieten.

Es gibt noch eine Schwäche. Sie machen nichts für  
strukturschwache Regionen, ganz egal ob in Ost oder  
West. Die Kommunen strukturschwacher Regionen  
brauchen eine Investitionszuschuss, damit sie eigene  
Wirtschaftskreisläufe in Gang setzen können.  
(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Kommen wir einmal zu den Steuern, weil darüber  
immer diskutiert wird. Uns wird Populismus vorgeworfen.  
Dazu muss ich Ihnen etwas sagen. Die Körperschaftsteuer  
haben Sie allesamt von 45 Prozent auf inzwischen  
ab 1. Januar 2008 15 Prozent gesenkt. Aber  
Sie vergessen immer, zu erwähnen, dass die Körperschaftsteuer  
in Großbritannien 30 Prozent, in Frankreich  
33,3 Prozent und in den USA 35 Prozent beträgt.  
(Peer Steinbrück, Bundesminister: Die zahlen  
auch keine Gewerbesteuer! – Bernhard  
Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Da gibt es  
auch keine Gewerbesteuer! Aber das weißt du  
nicht! Keine Ahnung!)

Ich habe schon gesagt: Den Spitzensteuersatz haben  
Sie von 53 auf 42 Prozent gesenkt.  
Ich erwähne noch einmal, dass ein Unternehmen, das  
etwas verkauft, eigentlich Steuern auf Veräußerungserlöse  
zahlen muss. Der Bäckermeister muss heute das  
Doppelte zahlen, die Deutsche Bank aber gar nichts  
mehr. Diese Steuer haben Sie unter Schröder einfach gestrichen.  
Damals haben Sie von der Union gemeckert,  
wieder eingeführt haben Sie diese Steuer aber nicht.  
(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Es gibt in Deutschland keine Vermögensteuer, wie es  
in anderen Ländern der Fall ist. Es gibt in Deutschland  
keine Börsenumsatzsteuer, wie es in anderen Ländern  
der Fall ist. Die deutsche Erbschaftsteuer ist lächerlich.  
Da ich Beispiele liebe, habe ich einmal Folgendes berechnen  
lassen: Auf ein Firmenvermögen von 4 Millionen  
Euro zahlt man in Deutschland eine Erbschaftsteuer  
von 168 000 Euro, in der Schweiz zahlt man  
262 000 Euro, in Frankreich zahlt man 660 000 Euro, in  
den Niederlanden zahlt man 1,2 Millionen Euro, und  
– gleich fallen Sie wahrscheinlich um – in den USA  
muss man darauf eine Erbschaftsteuer von umgerechnet  
1,6 Millionen Euro zahlen. Unsere Erbschaftsteuer ist lächerlich,  
aber Sie korrigieren daran so gut wie gar  
nichts!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos] – Steffen  
Kampeter [CDU/CSU]: Aha! Sie fordern also

amerikanische Verhältnisse! Das ist ja interessant!)  
Eine Steuer haben Sie allerdings erhöht - das muss man Ihnen lassen -: die Mehrwertsteuer.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Diese neue Erkenntnis ist wirklich erstaunlich! Sie überraschen mich immer wieder!)

Die Mehrwertsteuererhöhung trifft wieder die durchschnittlich Verdienenden, sie trifft die Armen, sie trifft die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen usw., während es die anderen nicht weiter stört.

Nun komme ich auf das Thema Populismus zu sprechen.

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ihre ganze Rede war eine populistische Inszenierung!)  
- Für Sie ist soziale Gerechtigkeit populär, für mich auch. Sie sollten allerdings einmal versuchen, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist das Problem, über das wir streiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte etwas zur durchschnittlichen Steuer- und Abgabenquote in der EU sagen; ich beziehe mich also nicht nur auf die Höhe der Steuern. Damit das niemand vergisst: Diese durchschnittliche Quote, die auch die Steuer- und Abgabenquote der Slowakei, Polens, Lettlands, Litauens, Estlands, Bulgariens und Rumäniens berücksichtigt, liegt bei 40,8 Prozent. Das wirtschaftlich stärkste Land der EU, Deutschland, hat eine Steuer- und Abgabenquote von 36,3 Prozent. Es ist also nicht etwa so, dass Deutschland an der Spitze liegt, wie man es erwarten würde, sondern wir liegen sogar unter dem Durchschnitt. Würde Deutschland bei dem, was ich gerade genannt habe, im europäischen Durchschnitt liegen, dann hätten wir jährliche Mehreinnahmen von 120 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD: Ui! Ui! - Toll! - Na, so etwas!)

Damit ließe sich all das bezahlen, was wir vorgeschlagen haben. Genau das lehnen Sie aber ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie ich gehört habe, hat die SPD einen Linksruck hinter sich,

(Dr. Peter Struck [SPD]: So, so!)

weil sie eine geringe Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I beschlossen hat. Ich erinnere daran, dass Union und FDP einmal eine 32-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I eingeführt haben, nicht bloß eine 24-monatige. Wenn die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf 24 Monate einen Linksruck bedeutet, dann müssen Union und FDP damals wohl linksextremistisch gewesen sein. Vor diesem Ruf will ich Sie aber in Schutz nehmen!

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Und Sie waren einmal links-staatstragend! - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch wirklich dummes Zeug, was Sie da reden!)

Sie haben den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung gesenkt, und zwar zunächst von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent und jetzt von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent; damit will ich mich heute allerdings nicht näher auseinandersetzen.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Das ist auch schwierig für dich! - Weitere Zurufe

von der SPD: Ach, nein? - Warum denn

nicht? - Mach doch mal! Los!)

Da nach einem Aufschwung immer ein Abschwung

folgt, möchte ich Sie nur fragen: Was machen Sie im

Abschwung,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: So ist es!)

also dann, wenn die Arbeitslosenzahlen wieder steigen?

Ich kann mir schon jetzt vorstellen, dass es in den Debatten,

die wir dann führen werden, wieder heißen wird:

Wir können doch die Beitragssätze nicht erhöhen. Wir

müssen also die Leistungen kürzen. - Das, was Sie hier

beschlossen haben, wird sich für die Arbeitslosen wieder

nachteilig auswirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Entwicklung ist mittlerweile allen deutlich geworden

- das ist übrigens eine vernünftige Entwicklung -:

Je stärker die Linke ist, desto sozialdemokratischer wird

die SPD.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Sehr richtig!)

Je stärker die Linke ist, desto sozialer und friedenspolitisch

engagierter werden die Grünen. Nur bei der Union

erleben wir die umgekehrte Entwicklung: Die CDU hat

für ihren Parteitag einen Leitantrag beschlossen, in dem

gefordert wird: -

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, denken Sie bitte an die Redezeit.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- kein Mindestlohn, keine Einschränkung der Zeitarbeit,

keine Einheitsschule! - Frau Bundeskanzlerin, wir

beide haben eine Gemeinschaftsschule besucht. So

schlecht sind wir doch gar nicht ausgebildet!

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie

bei Abgeordneten der SPD - Wolfgang

Meckelburg [CDU/CSU]: Sie überschätzen

sich mal wieder ein wenig, Herr Kollege!)

Damit haben Sie sich dagegen entschieden, bei der Bildung

für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Außerdem

haben Sie sich gegen ein Aufweichen der Rente mit 67

gewandt. Mit anderen Worten: Sie wollen die Armut erhöhen

und den Reichtum stärken. Genau das ist nicht unsere

Linie. Deshalb bin ich froh, dass es in diesem Hause

eine linke Opposition gibt.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Peter Struck ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Dr. Peter Struck (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Wenn Politik nur so einfach wäre, wie der Kollege

Gysi es gerade dargestellt hat: höhere Rente, weniger

Steuern, keine weiteren Abgaben. So kann man Politik

nicht machen, Herr Kollege Gysi. So kann sich ein

Land wie Deutschland nicht verhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben einmal durchgerechnet, was die Verwirklichung Ihrer Vorstellungen und Ihrer politischen Alternativen zum Haushalt, die Sie auch in den Debatten hier im Bundestag vorgetragen haben, kosten würde.

(Rainer Fornahl [SPD]: Solide durchgerechnet!)

Ich kann Ihnen nachweisen, Herr Kollege Gysi – und zwar nicht so flach, wie Sie es hier darstellen, sondern fundiert –, dass die Verwirklichung Ihrer Vorschläge 150 Milliarden Euro Mehrausgaben pro Jahr für den Staat bedeuten würde. Das ist nicht finanzierbar; das ist doch völlig klar. Sie versprechen eine Politik nach dem Motto: „Im Himmel ist Jahrmarkt; ich führe euch alle hin.“ So kann man unser Land doch nicht regieren. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich wären auch wir für eine Rentenerhöhung. Natürlich wären auch wir dafür, vieles anders und besser zu machen. Aber es muss auch finanziell möglich sein; es muss auch darstellbar sein. Das, was Sie hier als Alternative vorlegen, ist keine Alternative.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das ist eine Frechheit! 25 Milliarden Unternehmensteuern geschenkt!)

Zu zwei Punkten, die Sie mit Recht angesprochen haben, will ich ganz konkret etwas sagen, weil wir darüber Gespräche führen. Die Koalitionsfraktionen sind mit der Bundesregierung im Gespräch über eine Neuregelung der Frühverrentung. Sie haben das Thema angesprochen. Gehen Sie davon aus, dass wir noch in der nächsten Sitzungswoche dazu ein Gesetz beschließen werden, das den Menschen, die davon betroffen wären, hilft. Die Koalition ist sich darin einig. Das ist ein großer Erfolg für unsere gemeinsame Arbeit und auch für den neuen Arbeitsminister Olaf Scholz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden Ihnen unsere Entscheidung dazu in der nächsten Woche mitteilen, und wir werden in der nächsten Sitzungswoche im Bundestag auch eine entsprechende Regelung beschließen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eine Rede gehalten, die mir heute sehr gut gefallen hat. Das ist ja nicht immer so.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Heute! Die Betonung liegt auf „heute“! „Heute hat sie gefallen“, wollen Sie sagen!)

– Ich habe es ja gesagt: Es ist nicht immer so. – Trotzdem kann ich es sagen: Ich unterstütze Ihre Politik, so wie Sie sie dargestellt haben, voll und ganz, wenngleich wir natürlich in manchen Fragen schon noch Differenzen haben. Das ist ja auch kein Geheimnis.

Ich will ein Thema offen ansprechen. Wir haben unterschiedliche Auffassungen zum Thema Mindestlohn.

Die SPD ist der Meinung, dass es in Deutschland einen Mindestlohn geben muss. Sie ist der Meinung, dass jemand, der den ganzen Tag arbeitet, auch davon leben können muss, ohne Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

– Die Union klatscht nicht. Sie sieht das anders. Das ist

normal in einer Koalition. Wir müssen über bestimmte Dinge reden, um herauszufinden, wo es Möglichkeiten für eine Einigung gibt.

Wir hatten eine schwierige Debatte zum Thema Postmindestlohn, die nach dem jetzigen Stand noch nicht beendet ist. Ich gehe davon aus, dass wir in den anstehenden Gesprächen die große Chance haben, doch noch eine Einigung über einen Postmindestlohn zu erreichen, sodass der Deutsche Bundestag in der nächsten Sitzungswoche beschließen kann, die Briefdienstleister in das Entsendegesetz aufzunehmen. Das wäre ein Erfolg für alle, die in diesen Unternehmen beschäftigt sind. Wir haben einen guten Weg verabredet. Davon können wir ausgehen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hartmut

Koschyk [CDU/CSU] - Dr. Dagmar Enkelmann

[DIE LINKE]: Da klatscht bei der CDU keiner!)

Ich weiß, dass dazu noch Gespräche unter den Beteiligten zu führen sind, aber wir sind auf einem guten Wege.

Die Kanzlerin hat dargestellt, dass eine Reihe von Branchen beim Arbeitsminister Anträge auf Aufnahme in das Entsendegesetz stellen können, zum Beispiel das Bewachungsgewerbe, Zeitarbeitsfirmen, Gartenbaufirmen und viele andere. Ich bin schon der Auffassung, dass wir eine Regelung finden müssen, um diesen Branchen zu helfen. Es geht ja nicht nur darum - das ist mein erster Ansatz -, dass die Menschen für die harte Arbeit, die sie leisten, einen ordentlichen Lohn bekommen, sondern es geht mir auch um die Unternehmen und die Unternehmer, die darunter leiden, dass andere ihnen über Dumpinglöhne die Aufträge wegnehmen. Es gibt also ein beiderseitiges Interesse, einen bestimmten gesetzlichen Mindestlohn zu vereinbaren. Wir lassen von diesem Thema jedenfalls nicht ab, meine Damen und Herren, wenn es sein muss, bis zur Bundestagswahl im Jahre 2009.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich des Arbeitsmarktes macht mir ein Problem große Sorgen: die Ausweitung der Leiharbeit in Deutschland. Wenn ich höre, dass in einem großen Automobilwerk in Ostdeutschland inzwischen 40 Prozent der Beschäftigten über Leiharbeitsfirmen in dieses Unternehmen gehen, dann ist in Deutschland etwas nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Leiharbeit war gedacht als Möglichkeit, in bestimmten Sondersituationen zusätzliches Personal zu beschäftigen, mit dem die Firmen nicht dauerhaft belastet sind. Leiharbeit bedeutet aber nicht, dass normale Arbeitsplätze outgesourct werden und die Kollegen die gleiche Arbeit wie vorher zu schlechteren Bedingungen leisten. Das darf nicht sein, das wollen wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben darüber gesprochen, wie lange das Arbeitslosengeld I gezahlt werden soll. Das ist, wie Sie wissen, eine schwierige Debatte, auch in meiner Partei und in meiner Fraktion. Ich will an dieser Stelle ein Wort zu Franz Müntefering sagen, der heute nicht mehr hier ist. Ich danke Franz Müntefering, der als Arbeits- und Sozialminister viel bewegt hat in unserem Land. Ich

glaube, da spreche ich nicht nur für meine Fraktion, sondern auch für viele andere in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kanzlerin hat zum Thema Arbeitslosengeld I das Richtige gesagt. Es ging nach meiner Auffassung auch darum, dass man zum Beispiel den Menschen, die älter als 60 Jahre sind und lange eingezahlt haben, das Gefühl vermitteln muss, dass sie anders behandelt werden als diejenigen, die weniger eingezahlt haben und jünger sind. Das heißt, der Übergang von ALG I zu ALG II sollte nicht so abrupt sein. Wir haben eine Regelung dafür gefunden. Ich hoffe, dass die Menschen das auch in Anspruch nehmen. Wir wissen genau, dass wir im Augenblick die Chance haben, bessere Vermittlungsmöglichkeiten für ältere Arbeitslose zu erreichen. Die Zahlen sind genannt worden. Wir sind auf einem guten Weg. Es war eine schwierige Debatte; aber das Ergebnis, das die Koalition hier erreicht hat, ist ein gutes Ergebnis. Wir haben dazu Arbeitsminister Olaf Scholz den Auftrag gegeben, ein entsprechendes Gesetz vorzubereiten. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass dieses Gesetz eine solche Wirkung entfaltet, auch rückwirkend, dass die, die gemeinhin davon betroffen sind, von dieser Verbesserung beim Arbeitslosengeld I etwas haben. Es gibt einen Kommunalkombi, es gibt viele Förderungsinstrumente. Ich finde es richtig, dass vereinbart worden ist, dass der Arbeitsminister uns einen Vorschlag macht, wie man die Zahl der vielen Förderinstrumente der Arbeitspolitik komprimieren kann. Das Ministerium ist dabei, und wir werden in Kürze etwas vorlegen. Ein Kommunalkombi für Kommunen, die eine höhere Arbeitslosigkeit als 15 Prozent haben, ist absolut richtig. Das hat eine gute Steuerungswirkung, gerade im Osten, Kollege Gysi. Auch da müssen wir solche Förderungsmaßnahmen ansetzen. Es gibt gar keinen Zweifel, dass wir das tun werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir - auch die Kanzlerin und andere - haben viel über die Zukunft geredet. Was sind die Zukunftsfragen des Landes? Ich glaube, die Große Koalition hat wegen der breiten Mehrheit, die wir hier haben, und wegen ihrer breiten Mehrheit im Bundesrat eine große Verantwortung. Das kann übrigens nicht heißen, dass wir die nächsten beiden Jahre, weil angeblich alles abgearbeitet sei, nur Wahlkampf machen. Das würden uns die Menschen nicht verzeihen. Wir sind für andere Aufgaben gewählt worden: etwas für die Menschen in Deutschland zu tun.

Ich nehme als Beispiel die Kinder. Wir haben hier eine Menge gemacht, zum Beispiel das Elterngeld eingeführt. Wir diskutieren über den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Und über das Betreuungsgeld!)

und werden den Gesetzentwurf von Frau von der Leyen, der auf dem Weg ist, in Kürze, denke ich, verabschieden. Es ist ein großer Erfolg, dass wir ab dem Jahr 2011 750 000 Plätze in Krippen haben werden und der Bund

dies mitfinanziert. Normalerweise ist das nämlich keine Aufgabe des Bundes.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir diskutieren das gerade in der Föderalismuskommission; dazu komme ich noch. Dass wir als Bund bereit sind, Geld zu geben, damit Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für ihre Kinder bekommen, ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir führen eine Debatte über das Betreuungsgeld. Ein Partner in der Koalition will auf jeden Fall ein Betreuungsgeld festlegen, und zwar schon jetzt. Ich sage dazu:

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Dass es kommt!)

Es ist völlig klar, dass über die Frage, ob es ein Betreuungsgeld gibt für die Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Krippe geben wollen, im Jahre 2013 entschieden wird – nicht in diesem Jahr und nicht im nächsten Jahr. Das muss klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen will ich auch an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass ich Frau von der Leyens Politik in vielen Fällen fast hundertprozentig unterstütze, nämlich weil sie die gleiche Politik macht, wie sie Renate Schmidt gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Das werden Sie nicht bestreiten, Frau von der Leyen. Ich glaube, Sie haben bei uns manchmal mehr Unterstützung als in Ihrer eigenen Fraktion oder in Ihrer eigenen Partei. Aber das ist ja egal, das Ergebnis zählt, und das ist ein gutes.

Wir haben in der letzten Koalitionsrunde über einen Erwerbstätigenzuschuss diskutiert und eine Vereinbarung getroffen, dafür aus den Mitteln der Bundesagentur mehr als 1 Milliarde Euro bereitzustellen sowie 200 Millionen Euro für einen Kinderzuschlag, also besondere Leistungen für besonders förderungsbedürftige Familien. Wir haben natürlich über die üblichen Punkte zu diskutieren. Die Opposition sagt, wir müssten das Kindergeld erhöhen. Ein entsprechendes Verfahren gibt es schon. Eine Frage dazu möchte ich hier aber doch öffentlich stellen – wir sind hier ja in der Öffentlichkeit –: Ist es sinnvoll, das Kindergeld, wenn es an der Zeit ist, um 6 Euro oder um 10 Euro zu erhöhen, oder ist es nicht besser, dieses Geld für besondere Anforderungen, die im Bereich der Familienförderung entstehen, bereitzustellen? Als Beispiel nenne ich ein Schulpaket. Wir wollen, dass auch die Kinder von Eltern, von denen wir wissen, dass sie das Kindergeld nicht für die Zwecke benutzen, für die es gedacht ist, eine Hilfe erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen zum Beispiel eine Schulspeisung und ein Schulpaket ermöglichen, sodass Kinder beispielsweise auch in die Schule gebracht werden. Darüber werden wir noch debattieren.

Ich sage nicht, dass manche Eltern nicht mit ihren Kindern umgehen können. Wie könnte ich das sagen?

Ich weiß aber auch, dass es Situationen gibt, in denen



der Staat zum Beispiel auch über eine solche Maßnahme regulierend eingreifen muss. Es ist strittig, und wir werden darüber diskutieren. Ich bin aber optimistisch, dass wir das schaffen.

Zur Nachhaltigkeit und zur Zukunftssicherung gehört natürlich auch die Finanzpolitik. Das ist gar keine Frage. Herr Kollege Gysi, was Sie zu den Finanzen gesagt haben, ist schon sehr absurd. Es ist klar, dass wir beim Abbau der Neuverschuldung auf einem guten Weg sind.

Ich möchte wissen, was Sie gesagt hätten - oder was der Kollege Westerwelle sagen würde, der ja noch reden wird -, wenn wir nicht eine so geringe Nettokreditaufnahme hätten. Wir sind stolz darauf, dass es mit Steinbrück und den Haushältern gelungen ist, die Nettokreditaufnahme auf unter 12 Milliarden Euro zu drücken.

Das ist ein großer Erfolg. Bis 2011 wollen wir bei null sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dass wir die Schulden abbauen müssen, ist doch völlig klar. Wir haben jetzt eine jährliche Zinslast von 43 Milliarden Euro. Man kann nicht wie Gysi und andere, zum Beispiel die FDP - hier sind Sie sich ja einig -, einfach nur fordern, die Steuern zu senken. Das geht doch gar nicht. Das ist überhaupt nicht möglich.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir haben von Steuern gar nicht gesprochen!)

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese Situation auch rechtlich in den Griff bekommen.

Sie alle wissen, dass wir in der Föderalismuskommission II über genau diese Frage diskutieren: Wie können wir eine Schuldengrenze einbauen? - Kollege Burgbacher ist gerade nicht da, aber ich sehe im Augenblick eine breite Übereinstimmung im Parlament, dass wir im Zuge der Neuordnung des Art. 115 Grundgesetz hierzu etwas tun werden. Wir als Bundespolitiker erwarten von den Landespolitikern in dieser Kommission, dass eine Regelung hinsichtlich der Begrenzung der Nettokreditaufnahme, die wir festlegen, möglichst auch auf die Länderhaushalte übertragen wird. Das wäre ein guter Weg. Ob man das schafft, weiß ich nicht. Kollege Günther Oettinger und ich wollen als Vorsitzende dieser Kommission Anfang des Jahres einen Vorschlag dazu vorlegen.

Zu zwei Bereichen will ich noch etwas sagen. Zunächst zum Thema Klimaschutz. Umweltminister Sigmar Gabriel macht eine ordentliche Arbeit. Ich hoffe, dass sich das auch dann auszahlen wird, wenn wir hier im Parlament über die Umsetzung der Gesetze zu diskutieren haben.

Das KWK, das EEG und andere Gesetze sind vorgelegt worden. Es ist ein bisschen schwer, den Menschen zu erklären, was das alles heißt. Man kann es meiner Meinung nach so zusammenfassen: Wenn man eine Veranstaltung zum Thema Klimaschutz durchführt, muss man betonen, dass das das Zukunftsproblem ist.

Ich will hinzufügen: Wenn ich nicht so alt wäre, würde ich mir gerne noch einen Traum verwirklichen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ach, das kann man so nicht sagen! - Weitere Zurufe von der FDP: Oh!)

- Nein, warte einmal ab, was ich sagen will. - Ich würde die Erde gerne einmal vom Weltraum aus sehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: John Glenn war über 70 Jahre alt! Chancen sind also da!)

Das Geld dafür habe ich nicht, und das Alter ist auch schon hoch. Ich kann mich erinnern, dass Gagarin, der erste Mensch, der im Weltraum war, das auch einmal gesagt hat: Wenn man sich die Erde vom Weltraum aus anschaut, dann fragt man sich schon, warum wir die Erde durch Klimaverschmutzung und Kriege kaputtmachen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das kann man sich hier unten auch fragen!)

Wie gehen wir mit unserem Planeten um?

Deshalb sage ich - das möchte ich deutlich festhalten

-: Wir haben gegenüber unseren Enkeln, Urenkeln usw. eine Verantwortung dafür, dass wir ihnen einen ordentlichen Planeten hinterlassen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das heißt übrigens auch, dass wir heute damit anfangen müssen, uns einzuschränken. Das ist doch völlig klar.

Die Kanzlerin hat es gesagt: Wir müssen Energie sparen. Wir müssen effizienter mit Energie umgehen. Wir müssen alternative Energien nutzen. Das alles geht allerdings auch nicht an dem Geldbeutel der normalen Menschen vorbei; überhaupt nicht.

Wir werden Schwierigkeiten mit der Automobillobby und den Gewerkschaften, die die dort Beschäftigten vertreten, haben, wenn wir jetzt sagen: Ihr müsst andere Autos bauen. - Natürlich müssen wir andere Autos haben. Wir müssen auch über ein Tempolimit diskutieren. Das haben wir ja diskutiert. Irgendwann kommt es auch. Da gebe ich Fritz Kuhn recht: Das kommt irgendwann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es stellt ja wirklich eine Möglichkeit dar, Energie einzusparen. Ich persönlich bin der Auffassung, dass es richtig ist, das zu machen.

Frau Kanzlerin, Sie haben dankenswerterweise gesagt - es ist auch gut, dass wir da mit offenen Karten spielen -, dass wir unterschiedliche Auffassungen zum Thema Kernenergie haben. Dabei bleibt es auch. Die SPD wird sich nicht vom Ausstieg aus der Atomenergie abbringen lassen. Er ist unverrückbar. Daran werden wir nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben eine andere Auffassung dazu. Man muss sehen, ob Sie dann eine andere Regierung bilden können oder ob wir eine andere Regierung bilden. Auf jeden Fall bleibt es bei dem Ausstieg aus der Kernenergie. Das ist im Übrigen auch ein Hinweis darauf, wie man Energiepolitik in Deutschland machen muss: mit Steigerung der Effizienz, Einsparungen und alternativen Energien. Zur Außenpolitik nur einige Worte: Weil dieses Thema aktuell ansteht, danke ich zunächst Außenminister Steinmeier für seine Beteiligung an der Annapolis-Konferenz. Ich glaube, es war wichtig, dass auf Anregung von Herrn Steinmeier Syrien beteiligt worden ist. Ohne Syrien passiert in dieser Region nämlich gar nichts; das wissen wir. Das ist ein großer Erfolg, den Sie erreicht haben, Herr Außenminister.

(Beifall bei der SPD)

Ich beschäftige mich lange Jahre mit Israel. Ich bin auch Vorsitzender des Gesprächskreises Israel meiner Fraktion und bin oft in diesem Land. Ich glaube, viele Unwägbarkeiten und Gefahren in dieser Region gehen von diesem ungelösten Konflikt aus. Daran hängt dann alles: Iran, Irak - Greater Middle East.

Von Präsident Bush ist wieder ein Versuch unternommen worden. Wir begrüßen das. Was Europa bzw. Deutschland dazu leisten kann, soll es auch leisten, um diesen Prozess mit zu beschleunigen. Ich bin mir auch ganz sicher, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin und Herr Außenminister, das gemeinsam tun werden. Wir, die Koalitionsfraktionen, unterstützen jedenfalls diesen Weg.

Dabei ist völlig klar, dass auch für uns das Existenzrecht Israels überhaupt nicht auf dem Spiel steht - überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage: Große Koalition heißt große Verantwortung. Ja, wofür denn eigentlich? Für die Sicherheit vieler Menschen.

Was erwarten sie? Sie erwarten Sicherheit vor Krankheit.

Was also passiert mit ihnen, wenn sie krank werden?

Da haben wir mit der Gesundheitsreform einen Versuch gemacht. Er ist nicht ganz gelungen. Ulla Schmidt und ich und andere in meiner Fraktion sagen: Wir wollen eine Bürgerversicherung. - Die Union sagt: Wir wollen eine Kopfpauschale. - Der Streit war nicht zu entscheiden. Trotzdem haben wir mit der Gesundheitsreform einen guten Weg gefunden, die Krankenversicherungsbeiträge zumindest für die nächsten Jahre stabil zu halten.

Was erwarten sie noch? Sie erwarten Sicherheit vor Arbeitslosigkeit. Dazu habe ich einiges gesagt. Die von uns vorgelegten Programme können sich sehen lassen, finde ich. Wir dürfen damit aber nicht aufhören. Natürlich wollen wir um die unter 25-jährigen Arbeitslosen kämpfen. Dafür werden Programme vorgelegt. Die Anzahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss wird ja immer größer. Auch da werden wir Akzente setzen. Ich sage zu diesem Bereich: Es ist gut, dass wir einerseits Geld für die Förderung von Kleinkindern in die Hand nehmen, andererseits aber auch Geld für besondere Programme wie „U 25“ in die Hand nehmen.

Ich füge gleich an - auch mit einem gewissen Stolz auf die Leistung zunächst der SPD-Fraktion und anschließend von Frau Schavan -: Dass wir das Bafög erhöht haben, ist auch ein großer Erfolg, der zur Verbesserung der Bildungschancen in Deutschland beiträgt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nach anfänglichem Widerstand von Herrn Steinbrück!)

Die Menschen erwarten auch Sicherheit vor der Situation, dass sie zu einem Pflegefall werden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tiefensee!)

Dazu haben wir auch etwas beschlossen. Es wird umgesetzt. Ich habe bei vielen Veranstaltungen zu diesem Thema gelernt, dass die Kinder, die heute geboren werden

- mein jüngstes Enkelkind ist ein knappes Jahr alt -,  
eine Lebenserwartung zwischen 80 und 90 Jahren haben -  
vielleicht noch mehr.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:  
Mädchen von 100 Jahren!)

- Ja, Mädchen von 100 Jahren. - Man muss sich doch  
auf diese Situation einstellen und darf nicht einfach den  
folgenden Satz daneben stellen, den ein befreundeter  
Arzt, auf die Frage, was man gegen Demenz und Alzheimer  
tun könne, als Antwort gab, nämlich: Früher sterben.

- Die Entwicklung, dass die Menschen zunehmend  
älter werden, fordert die Politik massiv heraus. Wir haben  
dazu Vorschläge vorgelegt, auch was die Pflegeversicherung  
angeht. Das können aber nur erste Schritte  
sein. Hier müssen wir mehr tun.

Letzter Punkt. Die Menschen erwarten äußere und innere  
Sicherheit vor Terror. Ich glaube, dass das, was die  
Bundeswehr im Ausland - in Afghanistan, Dschibuti  
und anderswo - leistet, ein hervorragender Beitrag auch  
zur Stärkung der Sicherheit in unserem Land ist. Ich  
bleibe bei meinem Satz: Deutschlands Sicherheit wird  
auch am Hindukusch verteidigt. Der Satz ist richtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ich bedauere, dass manche diesen Weg überhaupt nicht  
mitgehen können. Was wir in Afghanistan machen, ist  
kein Krieg, absolut nicht, Herr Kollege Gysi. Sie müssen  
nur mit den Menschen dort reden. Dann wüssten Sie es.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ihre Bemerkung zu Jugoslawien und Milošević war ja  
nichts anderes als peinlich. Da haben Sie einen ganz  
dunklen Fleck auf Ihrer Weste.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Die Menschen erwarten auch Sicherheit im Innern.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Vor Selbstmordanschlägen  
ist niemand in Deutschland geschützt. Der

Staat kann nicht neben jeden Menschen jemanden stellen,  
der kontrolliert. Das ist völlig ausgeschlossen. Das  
muss man wissen. Aber wir können natürlich die gesetzlichen  
Voraussetzungen schaffen, die sicherstellen, dass

wir möglichst viel im Griff behalten. Ich habe überhaupt  
keinen Grund, an der Arbeit der Sicherheitsorgane

- Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz,  
Landeskriminalämter usw. - zu zweifeln. Ich

will diesen Organen das Instrument der Onlinedurchsuchung  
geben, allerdings unter engen rechtsstaatlichen

Bedingungen. Die Freiheit der Bürger in Deutschland ist  
ebenfalls ein hohes Gut, das wir bewahren müssen, wenn

es um die innere Sicherheit geht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Herr Schäuble und ich haben lange Debatten über den  
Einsatz der Bundeswehr im Innern geführt, auch hier im

Plenum. Ich will deutlich festhalten, Herr Kollege  
Volker Kauder: Sie können die Änderung des Art. 87 a

des Grundgesetzes so oft fordern, wie Sie wollen, die  
SPD wird die Bundeswehr im Innern nicht einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Thema, bei dem wir kein Einvernehmen erzielen

können. Also müssen wir uns damit befassen, wenn es wieder auf der Agenda steht. Mit uns ist diese Änderung jedenfalls nicht zu machen.

Ein persönlicher Abschluss: Wir haben jetzt zwei Jahre Große Koalition hinter uns. Der Anfang war schwierig, weil die Unterschiede ein bisschen größer waren, als wir alle gedacht haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist immer noch schwierig!)

Trotzdem kann sich das, was wir in den zwei Jahren geleistet haben, sehen lassen. Unser Land ist auf einem guten Weg. Auf diesem guten Weg werden wir weitergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Renate Künast, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Merkel, Herr Struck, das waren zwei bemerkenswerte Reden, die sich durch Selbstbeweihräucherung und ewige Wiederholungen wie bei einer tibetanischen Gebetsmühle ausgezeichnet haben. Sie haben gesagt, wir seien auf einem guten Weg, und uns erklärt, was Sie wollen und tun werden. Aber Sie haben nichts Konkretes gesagt. Sie haben nicht gesagt, wie Sie dieses Land – auch mithilfe des Haushaltes 2008 – weiter umbauen wollen. Ein Totalausfall war das heute Morgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP –

Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Dann müssen wir die Reden noch einmal halten!)

Sie haben wiederholt auf den Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren hingewiesen. Darüber muss ich wirklich lachen

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann lachen Sie einmal!)

angesichts der Tatsachen, dass Sie in zwei Jahren 50 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, aber die Neuverschuldung gerade einmal um 28 Milliarden Euro senken, oder dass die Einnahmen um 2,7 Prozent steigen, aber die Ausgaben um 4 Prozent steigen. Ich habe zwar keinen Nobelpreis für Mathematik

(Joachim Poß [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

und viele draußen auch nicht, aber ich weiß, dass das nicht Sanieren ist. Sie leben vielmehr über Ihre Verhältnisse und auf Kosten folgender Generationen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Das haben Sie, Frau Merkel, dadurch organisiert, dass Sie am Anfang der Legislaturperiode den Bürgerinnen und Bürgern durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ordentlich in die Tasche gegriffen haben. Das verteuerte den Lebensalltag. Wir alle sehen doch, dass im Augenblick die Teuerungsrate steigt und das Geld immer weniger wert ist. Da können Sie doch nicht behaupten, Sie seien auf einem guten Weg, oder von Wohlstand für alle reden. Die Menschen haben faktisch weniger, und Sie helfen ihnen nicht aus ihrer Lage heraus.

Was mich ärgert, wenn ich den Haushalt betrachte,

ist, dass man keinen Mut hat, an der einen oder anderen Stelle Subventionen zu streichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Land werden immer noch Dienstwagen in einer Größenordnung von bis zu 50 000 Euro subventioniert, es gibt immer noch Ausnahmen von der Ökosteuer, und es gibt immer noch den faulen Kohlekompromiss. Sie verstecken sich hinter dem Ruhekissen einer noch funktionierenden Konjunktur, aber saniert wird hier gar nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben - das haben die Reden gezeigt - überhaupt kein gemeinsames Leitbild und gar keine gemeinsamen Werte. Das Wohin ist gar nicht definiert. Es geht schlicht und einfach darum, diese Legislaturperiode bis zum Jahr 2009 irgendwie auszuhalten. Aber in Zeiten der Globalisierung, des demografischen Wandels, des Klimawandels und anderer existenzieller Fragen haben Sie nach zwei Jahren nicht einmal eine Vision, wohin dieses Land soll und wie Sie an das Ziel kommen wollen. Ihr Motto ist: Weiter so und durchwurschteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich um dieses Land Gedanken macht, muss sich die zentrale Frage stellen, wie wir 2010, 2020 oder 2030 leben wollen. Die richtige Antwort darauf gab nicht die Rede von Herrn Struck als Ergänzung zu der der Kanzlerin. Ich habe in diesen Wochen nur eine wirkliche Beschreibung von Frau Merkel gelesen, und das war die in Newsweek. Newsweek hat sie als „Lost Leader“ betitelt, also als „verlorene Führerin“. Sie, Frau Merkel, sind keine Reformkanzlerin, auch wenn Sie sich hin und wieder so gerieren. Sie repräsentieren - schade für Herrn Köhler; dieses Amt war ja eigentlich schon vergeben -, ein Foto ist schöner als das andere, Sie sagen die Dinge so schön, Frau Bundeskanzlerin, aber am Ende ist das alles nichts anderes als ganz großes Kino. Dabei bleibt die Reform des Landes auf der Strecke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kein Neid! -

Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will Ihnen auch sagen, warum das so ist. Es gibt immer wieder verbal, in schöne Worte gefasst, eine ganz große und radikale Aufgabendefinition. Dem folgt aber am Ende nie eine radikale Praxis, dem folgt nie der angemessene radikale Wandel, der Umbau der Strukturen.

Aber wir wissen: Wenn Sie das Land umbauen und wirklich Klimaschutz betreiben wollen, dann müssen Sie sich an diesen radikalen Wandel machen, dann müssen Sie die Oligopole auflösen, und dann müssen Sie eine dezentrale Energiewirtschaft schaffen, sonst erreichen Sie das propagierte Ziel von minus 40 Prozent nie im Leben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen doch sehr gut, dass Sie mit der Denkweise und den Strukturen von gestern oder heute dieses Land und diese Welt nicht ändern können. Sie müssen den Mut haben, etwas Neues zu denken: Denken Sie die CO2-freie Gesellschaft!

(Patrick Döring [FDP]: Dann können Sie das Ausatmen einstellen! - Weitere Zurufe von der FDP)

- Dass Sie von der FDP wieder hinter der Zeit sind, weiß

auch ich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei Ihnen zählt nicht die Zukunft, sondern es zählen Steuersenkungen für die, die schon haben. - Wir müssen lernen eine CO2-freie Gesellschaft zu denken, um zu wissen, wie die Städte funktionieren sollen, wie wir produzieren und wie wir Mobilität herstellen können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sprechblasen sind auch CO2-haltig, Frau Kollegin!)

Frau Merkel hat sich ja mit vielen Beratern umgeben.

Einer der Berater für Klimaschutz ist Professor Schellnhuber. Der hat nicht weniger gesagt als:

Es geht um die Neuerfindung der modernen Welt.

Der Klimawandel kann nur aufgehalten werden, wenn sich die Gesellschaften weltweit so radikal ändern wie zuletzt im 19. Jahrhundert.

Wenn man Schellnhuber, dem Kanzlerinberater, folgen will, reicht es eben nicht, bei der UN zu sagen, bis 2050 müssen wir die CO2-Emissionen um 50 Prozent reduzieren, sondern dann muss man hier und jetzt anfangen und den Mut haben, den Vorständen bei den Automobilkonzernen und den Vorständen bei den vier Energieversorgern auch einmal reinen Wein einzuschenken und von ihnen zu verlangen, sich zu verändern. Sonst ist Ihre Politik ein Potemkinsches Dorf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Max Stadler [FDP]: Wollen Sie eine CO2-freie Gesellschaft?)

- Wer war denn der Zwischenrufer von der FDP? Wissen Sie was, kleiner Nachhilfeunterricht: Klicken Sie einmal im Internet an, welche Forschungsaufträge die Europäische Union vergibt. Dann kommen auch Sie von der FDP endlich im Jahr 2007 an. Bei allen jetzt ausgelobten Forschungsaufträgen geht es um „carbon-free society“. - Guten Morgen, FDP!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Max Stadler [FDP]: Wollen Sie eine CO2-freie Gesellschaft?)

- Dafür, dass Sie kein Englisch können, kann ich jetzt auch nichts.

(Unruhe bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Aber Verhandlungssprache im Deutschen Bundestag bleibt Deutsch, Frau Kollegin Künast.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hochmut kommt vor dem Fall, Frau Kollegin!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Diese Regierung baut einen - -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine Entschuldigung wäre jetzt wohl angemessen!)

- Wissen Sie was, er kann es immer wieder dazwischenquäken und zicken. Aber mehr als fünf Mal kann ich ihm nicht sagen, dass alle Welt Aufträge für eine CO2-freie Gesellschaft ausschreibt. Wenn er dann noch einmal ruft, können Sie ja mit ihm reden. Ich kann doch nichts dafür, dass die FDP selbst dieses nicht merkt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Eine billige Nummer!)

Diese Kanzlerin geriert sich als Klimaqueen. Aber, Frau Merkel, wir haben uns gefragt, ob das, was Sie in Ihren Reden sagen, auch wirklich in den Papieren steht.

In den Papieren vom G-8-Gipfel steht das, was Sie behauptet haben, nicht drin. Die USA haben sich nicht - das sehen wir auch wieder an ihrem derzeitigen Handeln - zu dem bereit erklärt, was Sie behaupten. Es gibt keine Bereitschaft für ein aktives Vorgehen in einem multilateralen Prozess.

Sie haben, Frau Merkel, wenn Sie über Klimaschutz reden und große Worte machen, am Ende nur die aktuelle Kostenfrage für die Wirtschaft im Kopf. Wir sagen aber, in diesem Land muss, wenn es funktionieren soll, die Wirtschaft auch selber ihren Beitrag leisten. Es kann nicht sein, dass man regelmäßig Provisionen bekommt, wenn man Teile der Firma verkauft, wenn man Arbeitsplätze abbaut. Ich meine, ein Vorstandschef sollte nur Provision bekommen, wenn er - das ist heute schon technisch möglich! - den Energieverbrauch seines Unternehmens um mindestens 30 Prozent senkt. Das würde Sinn machen. Das wäre „Eigentum verpflichtet“ in praktischer Anwendung,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es an dieser Stelle die Gemeinwohlbindung gibt.

Die Unternehmen sollten meines Erachtens aufhören, Lobbyarbeit zu machen, und stattdessen CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Energieverbrauch senken.

Wenn wir uns jetzt angucken, wie diese Koalition konkret agiert, dann stellen wir fest: Es gibt bei dieser Kanzlerin den sozialen und ökologischen Wortbruch, den sozialen beim Mindestlohn. Ich muss sagen, das, was Sie da jetzt erzählt haben, reicht mir immer noch nicht aus, auch wenn Herr Struck andeutet, man sei auf einem guten Weg.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Haben Sie keine Argumente in der Sache?)

Aber beim Klimaschutz opfern Sie sich, Ihre Politik und dieses Land den Lobbyinteressen. Es reicht nicht aus, über Klima zu reden und dann nachher einen Deal wie Herr Glos zu machen: Als Dank für die Schaffung von ein bisschen mehr Transparenz kämpft er nun in Brüssel gegen die Trennung von Produktion und Netz bei den großen Energieversorgern. Aber gerade diese Trennung wäre ein zentraler Punkt für eine andere Klimapolitik. Es geht auch nicht, dass man behauptet, eine Reduktion um 40 Prozent vornehmen zu wollen, aber noch nicht einmal ein Programm dafür vorlegt. Ganz unmöglich ist schließlich, dass der Bundesumweltminister nun seine Agenten losschickt oder selber fährt, um überall in der Republik die Leute von Kohlekraftwerken zu überzeugen. Damit machen Sie keinen Klimaschutz!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was für Agenten schickt Ihnen denn Herr Gabriel? Welche vom CIA?)

Hinzu kommt, dass Frau Merkel Ole von Beust in seinem Bemühen unterstützt, dass von Vattenfall in Hamburg-Moorburg ein neues Kraftwerk gebaut wird, durch das aber die Emissionen in Hamburg um 40 Prozent erhöht und nicht etwa gesenkt werden. Das ist doch kein Klimaschutz. Das ist eher eine Versündigung am Klima.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was sind denn



das für Argumente?)

Wir kennen nur ein klimaschonendes Kohlekraftwerk in dieser Republik, und zwar das in Ensdorf. Dort haben die Bürgerinnen und Bürger durch ein definitives Nein entschieden, dass kein Kraftwerk gebaut wird. Ich kann die Bürgerinnen und Bürger nur auffordern, zum einen das zu tun, was die Bürgerinnen und Bürger in Ensdorf gemacht haben, und zum anderen, den Stromanbieter zu wechseln. Wenn die Regierung bestimmte Änderungen nicht herbeiführt, dann müssen die Bürger das selber tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben in diesen Haushalt trotz vollmundiger Ankündigung keinerlei zusätzliche Mittel für den Klimaschutz eingestellt. Zur Verfügung stehen wie im vorherigen Haushalt nicht mehr als 400 Millionen Euro.

75 Prozent der Mittel sind ohne konkrete Bedingungen gesperrt. Diese Sperre besteht, um die Möglichkeit zu haben, Gabriel am Nasenring durch die Republik zu führen, vorneweg durch Herrn Glos, den kurzfristige Wirtschaftsinteressen leiten. Insgesamt haben Sie weniger als die Hälfte dessen, was man durch die Versteigerung der Zertifikate einnehmen wird, für Klimaschutzmaßnahmen in den Haushalt eingestellt. Das ist zu wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist dummes Zeug!)

Wir brauchen einen Klimaschutzhaushalt. Unser Vorschlag lautet, dass der entsprechende Haushalt 2,9 Milliarden Euro umfasst. Finanziert werden könnte dies durch die Einstellung aller Erlöse aus der Versteigerung von Zertifikaten, durch Umschichtungen im Gesamthaushalt und durch die Kürzung von umweltschädlichen Subventionen. So macht es Sinn. Wir könnten mit einem solchen Paket ab 2011 weitere 33 Millionen Tonnen CO2 einsparen. Weder durch Ihre Reden noch durch Ihre Vorschläge - ich habe mich gewundert, dass die Kanzlerin den Klimaschutz so weit hintanstellt -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da ist sie relativ unverdächtig, Frau Kollegin!)

kommt es zu Änderungen in der Politik.

Jetzt will ich auf das Thema Sozialpolitik zu sprechen kommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schon wieder eine Drohung!)

Auch an dieser Stelle nimmt die Koalition keine gemeinsame Analyse vor und trifft keine Festlegung. Ich habe schon gemerkt, dass die Kanzlerin ein paar Dinge angesprochen hat und dass Herr Struck nachher sagte, man sei sich nicht einmal bei der Frage des kostenlosen Mittagessens einig. Sie analysieren die Situation in den Städten nicht. Das vordringlichste Problem in den Städten dieser Republik sind nicht die ALG-I-Empfänger, sondern die Hartz-IV-Empfänger und deren Kinder, die in Armut leben, die ohne Frühstück in die Schule gehen und dort kein Essen bekommen. Es geht um Familien, in denen Armut Generation für Generation vererbt wird. Denen haben Sie in Ihrem Haushalt 2008 keine Angebote gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Etwas fahrig,  
Frau Kollegin! Sehr, sehr fahrig! Sie haben Ihren  
Parteitag noch nicht ganz verdaut!)  
Auch an anderen Stellen - dort, wo es um die finanziell  
schwachen und die bildungsfernen Schichten geht - machen  
Sie keine Angebote.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Stimmt ja gar nicht!)  
Nehmen wir einmal die Präventionsstiftung: Es ist  
schon auffallend, über welch lange Zeit sich dieser Prozess  
hinzieht. Dabei wären wegen der Vielzahl von chronischen  
Krankheiten gerade die Kinder und die Erwachsenen  
aus den bildungsfernen Schichten auf eine gute  
Präventionsarbeit angewiesen. Eine solche Arbeit ist  
aber gar kein Bestandteil Ihrer Sozialpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie halten Sonntagsreden und haben nicht den Mut, auszurechnen,  
wie hoch Ihre Investitionen sein müssten.

Wir haben auf unserem letzten Parteitag den Beschluss  
gefasst - dazu ist schon ein Zwischenruf gemacht  
worden -, dafür einzutreten, dass 60 Milliarden  
Euro in den Sozialbereich investiert werden. Wir haben  
uns die Mühe gemacht, aufzuzeigen, wie für den Bildungsbereich,  
für die Infrastruktur, für den Bereich  
„Kinder und Familien“ 31 Milliarden Euro aufgelegt  
werden können. Wenn dem Folge geleistet würde, läge  
Deutschland gerade einmal etwas über dem Durchschnittswert  
der OECD. Damit wären wir bei den Investitionen  
für Kinder noch lange nicht so weit wie Dänemark.

Wir sagen: Wir brauchen in diesem Land  
15 Milliarden Euro für bessere Schulen sowie  
16 Milliarden Euro für die Kinder- und Jugendhilfe und  
für eine bessere Betreuung. Diese Betreuungsangebote  
brauchen wir so schnell wie möglich, am besten jetzt  
und nicht erst 2011.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle muss ich Ihnen, Frau Merkel, vorhalten,  
dass Sie sich ein bisschen um das Thema herumgedrückt  
haben. Wahrscheinlich haben Sie in Anspielung auf aktuelle  
Todesfälle gesagt, wir brauchten keine vorschnellen  
Reaktionen. Das ist aber nicht der alleinige Kern dieser  
Haushaltsfrage. Im Haushalt für das nächste Jahr  
muss dafür gesorgt werden, dass die armen Kinder eine  
Chance bekommen. Dies bezieht sich sowohl auf Kinder-  
und Jugendhilfe als auch auf Bildung, und das Geld  
muss jetzt her.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Steinbrück muss die Beratungen der Föderalismuskommission  
für eine Verbesserung der Bildungsfinanzierung  
nutzen. Unterstützen Sie die Länder, auch  
wenn es eine Landes- und Kommunalaufgabe ist, zum  
Beispiel durch frei werdende Mittel aus dem Soli-Zuschlag.  
Sie könnten dort bis 2019 frei werdende Mittel in  
Höhe von 30 Milliarden Euro - -

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wann denn?)

- Sie werden in den nächsten Jahren systematisch frei.  
Bitte informier dich darüber! - Diese Mittel kann und  
muss man in diesem Land für die Bildungsfinanzierung  
nutzen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Sie sind zweckgebunden!

- Zurufe von der LINKEN)

Ich bin mir sicher: So wie die Menschen bereit waren, für den Aufbau Ost einen Soli-Zuschlag zu zahlen, so sind sie auch bereit, einen nächsten Schritt für die Bildung in diesem Land zu tun, damit jedes Kind eine Chance hat und wir endlich das realisieren, was wir brauchen: gut ausgebildete, geförderte Kinder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Führen Sie eine Bundessteuerverwaltung ein. Damit könnten Sie 15 Milliarden Euro einnehmen. Auch dies kann zur Herstellung von Chancengerechtigkeit für alle genutzt werden.

Wir haben auch beschlossen, dass wir nicht auf spätere Erhöhungen warten wollen, sondern wir wollen, dass die Existenzsicherung bei Hartz IV jetzt gegeben sein muss. Deshalb ist es richtig, den Hartz-IV-Satz auf 420 Euro zu erhöhen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Summe, die die Wohlfahrtsverbände errechnet haben. Was kann daran falsch sein, meine Damen und Herren? Wir machen auch entsprechende Finanzierungsvorschläge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss will ich ein Wort zur Außenpolitik sagen.

Das Problem unserer Außenpolitik ist, dass es weder ein konzertiertes Vorgehen noch Absprachen zwischen dem Außenminister und der Bundeskanzlerin gibt. Die Konflikte zeigen, dass es kein Konzept gibt: Das Auswärtige Amt geht in die eine Richtung, die Bundeskanzlerin geht, manchmal sogar ganz klandestin, in die andere Richtung, und dann kritisiert man sich dafür. Den Dalai-Lama zu empfangen, es aber nicht abzusprechen und dadurch öffentliche Kritik auszulösen, ist doch ein klassischer Fehler gewesen. So macht man keine Außenpolitik zugunsten Tibets, zumindest wirkt sie nicht so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den saudischen Kronprinzen zu hofieren, hinsichtlich der Situation der Frauen zu schweigen und nichts zu den Hinrichtungen zu sagen, Frau Bundeskanzlerin, stellt ebenfalls infrage, ob Sie es mit Ihrer Menschenrechtspolitik wirklich durchgängig ernst meinen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie

des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Sie sollten hier mit Ihrer Koalitionsnabelschau aufhören und zu konzertierten Aktionen kommen.

Beim Thema Außenpolitik gibt es nur eine Gemeinsamkeit in diesem Haus; sie betrifft Russland. Ich fordere Sie auf, sich gemeinsam mit der EU für die Freilassung von Kasparow und gegen die Verurteilung anderer friedlicher Demonstranten einzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt - Frau Merkel hat ihn wirklich nur kurz gestreift - ist die Innenpolitik. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Innenpolitik geht anders, als es Herr Schäuble macht. Ich wäre froh, wenn Frau Merkel an dieser Stelle einmal aktiv würde und Herrn Schäuble auf den Boden des bewährten Grundgesetzes zurückholte. Mittlerweile kritisieren sogar Verfassungsrichter, dass Herr Schäuble eine Art intellektueller Lust am antizipierten Ausnahmezustand habe und den Ausnahmezustand in diesem Land zum Normalzustand machen wolle. Denken Sie nur an das Internet und das

Handy! Wenn wir zum Beispiel auf China blicken, sagen wir immer, dies seien Instrumente der Freiheit. Unter Schäuble sind das Internet und das Handy keine Instrumente der Freiheit mehr; vielmehr werden sie im wahrsten Sinne zu Wanzen in unseren Wohnungen. Dies wird so nicht gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Elendig dummes Zeug!)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab. Er ist die Papier gewordene Darstellung, dass diese Große Koalition ihren Aufgaben nicht gerecht wird und keine Ziele hat. Sie doktern ein bisschen herum. Sie ändern nicht die Wirtschaftsweise und die Strukturen. Sie haben nicht den Mut zu Verhaltensänderungen. Frau Merkel, Sie baden in vielen warmen Worten.

Ich glaube, dass man Ihre Politik, auch wenn Sie noch so sehr den Dreiklang beschwören, nur so beschreiben kann: Sie sanieren nicht; Sie reformieren nicht.

Hugo Müller-Vogg, der politische Kommunist  
(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

- Entschuldigung, Kolumnist; dieser Versprecher wird ihn hart getroffen haben - der Bild-Zeitung, der in der Newsweek Frau Merkel als Politikerin ohne innenpolitischen Kompass bezeichnet hat, hat recht. Dieser Haushalt macht das Land nicht gerechter, sozialer und ökologischer, und er macht dieses Land auch nicht zu einem Marktplatz für kreative Ideen. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Peter Ramsauer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist besonders erbaulich, den Oppositionsreden zuzuhören.

Denn in einigen - nicht wenigen - Fällen hat man den Eindruck, als handele es sich bei den Oppositionsfraktiönchen um Realitätsverweigerer.

Herr Gysi, wenn Sie die Auslandsreisen - insbesondere die USA-Reise - der Bundeskanzlerin kommentieren, dann meint man, Sie wären dabei gewesen.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Das war öffentlich! Warum nicht?)

Lassen Sie sich eines sagen: In Sachen Menschenrechte und Durchsetzung von Menschenrechten brauchen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in der linken Fraktion als historische Verlängerung der Kommunisten in der ehemaligen DDR unserer heutigen Bundeskanzlerin keinerlei Nachhilfeunterricht zu erteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Man kann mit geschickter Diplomatie, wie Angela Merkel sie betreibt, hinter den Kulissen viel mehr für bedrohte Völker und für die Menschenrechte tun, als wenn man alles gleich an die große Glocke hängt.

(Beifall des Abg. Hans Eichel [SPD])

Wir sind nicht an Ihrer sachfremden Hetze, sondern an

effektiver Menschenrechtspolitik interessiert, die die Kanzlerin und ihr Außenminister betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Joachim Poß [SPD])

Lassen Sie mich einen anderen Punkt ansprechen. Ich verstehe nicht - aber vielleicht liegt die Erklärung in Ihrer Ideologie -, dass Sie hier anprangern, dass die Abgabenquote in Deutschland bei 37 Prozent liegt, und eine wesentlich höhere Quote einfordern. Was soll das? Sie wollen den Menschen in die Tasche greifen.

(Widerspruch des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Wir sind stolz darauf, dass wir eine so niedrige Abgabenquote haben, weil wir als Staat den Menschen nur das abverlangen sollten, was wir für die Erfüllung unserer staatlichen Obliegenheiten brauchen, und keinen einzigen Euro mehr. Es offenbart ein ganz besonderes Verständnis vom mündigen Bürger Ihrerseits, wenn Sie dem Bürger an den Geldbeutel wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg.

Frank Spieth [DIE LINKE])

Lieber Kollege Brüderle, eines habe ich dick, nämlich meine liberalen Freunde zu kritisieren. Ich möchte aber etwas klarstellen. Sie haben nur von der Weltwirtschaft als Lokomotive gesprochen. Es war zwar nicht allein die Politik der Großen Koalition, die zu den heutigen ausgesprochen guten Befunden auf dem Arbeitsmarkt, beim Budget, beim Wirtschaftswachstum und in anderen Bereichen beigetragen hat. Es war aber auch nicht allein die Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaft, die Vernunft der Tarifpartner und die Restrukturierungsanstrengungen der Wirtschaft selber, aber auch die Politik der Großen Koalition und manches, was wir als Union über den Vermittlungsausschuss bei der Agenda 2010 mitbewirkt haben, haben zu dem geführt, mit dem wir heute Gott sei Dank aufwarten können.

Sehr geehrte Frau Kollegin Künast, Sie hätten doch gern zumindest ein einziges Mal in Ihrer Regierungszeit eine solche Halbzeitbilanz oder Bilanz vorgelegt, wie wir sie heute vorlegen können.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Sie hätten nichts lieber getan, als einmal eine Zwischenbilanz oder eine Bilanz vorzulegen, nach der Sie die Arbeitslosigkeit innerhalb von zweidreiviertel Jahren um ein Drittel gesenkt hätten,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Hans Eichel [SPD])

nämlich von 5,1 Millionen auf 3,4 Millionen. Wie hätte sich Joschka Fischer aufgebläht,

(Zuruf von der FDP: Das hat er gemacht!)

wenn es zu seiner Zeit ein gesamtstaatliches Defizit gleich null, also einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt, gegeben hätte, wenn in einem wichtigen Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung innerhalb von einem Jahr plus einem Tag der Beitragssatz halbiert worden wäre und wenn es über 40 Millionen Erwerbstätige gegeben hätte.

Ich mache, wahrscheinlich genauso wie Sie, die Erfahrung:

Wenn man in Gesprächen, bei Versammlungen

draußen an der Basis über diese Dinge spricht, dann bekommt man oft die Gegenfrage gestellt: Warum sagt das niemand? Warum sagt ihr das nicht? Man kann doch diese Tatsachen nicht oft genug nennen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Künast, als Sie in der Regierung waren, waren Sie nicht in der Lage, jemals eine solche Bilanz vorzulegen - eben weil Sie Ihr Gedankengut in die Regierung eingebracht haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also wirklich! Bauern verdienen wegen meiner Politik mehr Geld!)

Sie haben im Zusammenhang mit tariflichen Lohnuntergrenzen - andere nennen es Mindestlöhne - von Wortbruch gesprochen. Ich halte Ihnen entgegen, was während der Klausurtagung des Kabinetts am 23. oder 24. August dieses Jahres beschlossen worden ist. Dort heißt es - ich zitiere -:

Im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Postmärkte zum 1.1.2008 wird die Branche der Postdienstleistungen noch in 2007 in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen, wenn die Tarifpartner einen entsprechenden gemeinsamen Antrag stellen.

Dann kommt ein wichtiger zweiter Satz:

Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass über 50 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Postbranche tarifgebunden sind.

Ich erkläre hiermit auch für meine Fraktion: Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, dann werden wir uns selbstverständlich daran halten. Wo es hier Wortbruch geben soll, das müssen Sie einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Kollegin Künast, was Sie sich auf Ihren Parteitag alles geleistet haben, ist ja auch höchst bemerkenswert. Vor einigen Wochen auf Ihrem Zerwürfnisparteitag in Göttingen haben Sie sich von der Außenpolitik verabschiedet, die Sie früher betrieben haben und die immer noch einigermaßen vernünftig gewesen ist. Jetzt haben Sie sich auch noch von einer einigermaßen pragmatischen Wirtschafts- und Sozialpolitik verabschiedet. Der Parteiaustritt Ihres Kollegen Metzger spricht Bände; er ist einer der Letzten, die Vernunft bewahrt haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Möchten Sie ihn haben?)

Ich rufe all diejenigen in Ihren Reihen, die noch einen Rest von wirtschafts- und sozialpolitischer Vernunft haben, auf, die Grünen nicht zu verlassen. Es wäre schade drum.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie den Metzger haben?)

Umverteilung ist die Überschrift dessen, was Sie beschlossen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

- Das ist zu viel erwartet, Herr Kollege Westerwelle. - Es sind Ladenhüter, die Sie zur Finanzierung vorschlagen, wie der Griff in die Taschen der Menschen. Herr Bütikofer hat gesagt, im Kern gehe es um die Frage, ob

man etwas gegen die soziale Verunsicherung unternehme.  
Wenn es so ist, dann kann ich nur sagen: Das Beste gegen soziale Verunsicherung liegt darin, dass wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, dass wir für Investitionen in unserem Land sorgen und dass wir solide öffentliche Haushalte vorlegen. Das dient der Bekämpfung sozialer Verunsicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Überschrift eines Kommentars einer großen deutschen Boulevardzeitung lautet heute: „Die Zahl der Arbeitslosen muss weiter sinken!“ Das ist vollkommen richtig.

Bütikofer sagt weiterhin, die Sozialpolitik der Grünen müsse visionär und politisch praxistauglich sein. Dazu kann ich nur sagen, Frau Künast: Sie ist weder praxistauglich noch visionär. Sie wollen die Partei der Vordenker sein. Ich kann nur sagen: Es ist kein Vordenken, sondern schlicht und einfach fantasielos, wenn man nur umverteilen will, was andere erwirtschaften.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist noch nicht einmal Nachdenken!)

Jetzt komme ich auf Franz Müntefering zu sprechen. Dem Spiegel war ein Zitat zu entnehmen, das ich mir gemerkt habe. Müntefering hat gesagt:

Wer glaubt, soziale Gerechtigkeit definiert sich im Wesentlichen durch Verteilung, der irrt.

Ich kann nur sagen: Franz Müntefering hat vollkommen recht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Guter Mann!)

Man kann bei so vielen sozialen Utopien wie bei den Grünen und den Linken nicht oft genug in Erinnerung rufen, was eigentlich eine Binsenweisheit sein sollte, nämlich dass der Staat, die öffentliche Hand nur so viel umverteilen kann, wie vorher von denjenigen erwirtschaftet wurde, die jeden Tag früh aufstehen, malochen und an der Wertschöpfung in unserem Land mitarbeiten. Deswegen gilt für mich: Wenn umverteilt wird, dann dürfen diejenigen, die dies erwirtschaften, nicht die Dummen sein. Die Leistungsträger dürfen nicht die Dummen in unserem Land sein, weil sie sich sonst verschaukelt vorkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt müsst ihr es nur noch machen!)

Wenn umverteilt wird, müssen zunächst die Leistungsträger bedient werden und dann die Bedürftigen. Wir brauchen einen sauberen Ausgleich zwischen Leistungsgerechtigkeit einerseits und sozialer Gerechtigkeit andererseits.

Noch etwas anderes: Wir können uns einen sozial und ökologisch starken Staat nur leisten - das haben viel zu viele einfach vergessen -, wenn wir das dafür Notwendige auch tatsächlich vorher erwirtschaften - nichts anderes. Der Sozialstaat ist nur so stark und unsere sozialen und ökologischen Standards können nur so hoch sein wie der Gegenwert, den wir vorher erwirtschaften. Die Kraft, die zur Aufrechterhaltung des Sozialstaates und zur Einhaltung hoher ökologischer Standards nötig ist, dürfen wir nicht andauernd durch Gängelung mit Füßen

treten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage vor allen Dingen die Linken: Ist es unsozial, wenn nach wie vor jeder dritte Euro des Bruttoinlandsprodukts für soziale Zwecke ausgegeben wird? Ist es ungerecht und unsozial, wenn die oberen 50 Prozent der Einkommensverdiener 92 Prozent des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften?

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wer zahlt die restlichen Steuern? Das ist doch Unsinn!)

Ich sage: Dies ist nicht ungerecht. Von Ungerechtigkeit kann hier überhaupt keine Rede sein. Wer hier von einer ungerechten Verteilung spricht, ist ein Realitätsverweigerer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben in der ersten Halbzeit dieser Legislaturperiode eine große Fülle von Themen abgearbeitet. Wenn man das in der Öffentlichkeit, zum Beispiel auf Versammlungen, anspricht, blickt man oft in erstaunte Gesichter, weil diese Dinge unglaublich schnell vergessen werden. Ich erinnere an die Genshagener Beschlüsse des Kabinetts zu Beginn des letzten Jahres, an deren Zustandekommen Volker Kauder, Peter Struck und ich als Fraktionschefs beteiligt waren. Es war vorbildlich, was hier im Einzelnen umgesetzt worden ist und welche Wachstums- und Arbeitsmarkimpulse davon ausgegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denken Sie an das 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm, an die energetische Gebäudesanierung, die steuerliche Absetzbarkeit der Beschäftigung in Privathaushalten und der Handwerkerrechnungen. Liebe Frau von der Leyen, wir alle können stolz darauf sein, dass wir mit dem Elterngeld Maßstäbe gesetzt haben. Junge Väter und junge Mütter können sich nun im ersten Lebensjahr eines Kindes zu Hause um ihr Baby kümmern.

Ich wehre mich - ich sage es immer wieder - dagegen, dass dieses Elterngeld und die Basiszahlung, die wir verabredet haben, als „Herdprämie“ diffamiert oder, noch schlimmer, als, wie es in einer Zeitung geschehen ist, „Aufzuchtprämie“ gebrandmarkt werden. Das lasse ich mir nicht gefallen, weil es eine Beleidigung der jungen Väter und Mütter in Deutschland ist, die sich um ihre Kinder kümmern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir halten es für eine ganz besonders große gesellschaftliche Errungenschaft, wenn sich Familien zu Hause um die Pflege ihrer alten, pflegebedürftigen Familienmitglieder kümmern. Manche krepeln dafür ihr ganzes Berufsleben um. Wenn aber die Pflege pflegebedürftiger Familienmitglieder gesellschaftlich erstrebenswert ist, dann kann es doch zumindest nicht verwerflich sein, wenn sich junge Väter und Mütter zu Hause um ihre kleinen Kinder im Vorkindergartenalter kümmern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn das verwerflich sein soll, passen diese beiden Vorstellungen nicht zusammen.

Lieber Peter Struck, ich bin dankbar für eine Bemerkung, die Du bzw. die Sie gemacht haben

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wechselt das



bei euch?)

- das ist mir so herausgerutscht; warum soll man hier anders reden als im sonstigen Umgang miteinander? -, nämlich dass wir nicht in diesem oder im kommenden Jahr ein Betreuungsgeld einführen, dass das also noch nicht kassenwirksam wird, aber dass wir im Koalitionsausschuss die klare Verabredung, die jetzt so auch im Gesetzentwurf steht, getroffen haben, das Betreuungsgeld einzuführen, wenn der Rechtsanspruch in Kraft tritt; das ist im Jahr 2013 der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine Reihe von anderen Reformen haben wir beschlossen: Rentenreform, Gesundheitsreform, Unternehmensteuerreform.

Die Beendigung der Kohlesubventionierung gehört auch dazu. Das ist hochinteressant:

Jahrzehntlang ist von - das gebe ich zu - revierfernen Ländern, vom Bund der Steuerzahler und von den Wirtschaftsliberalen gefordert worden, dass diese größte Subvention abgeschafft wird. Sang- und klanglos ging das vor wenigen Wochen im Rahmen der Gesetzgebung hier bei uns im Haus über die Bühne. Ich habe darüber noch nicht einmal etwas in den Medien gelesen. Aber auch das ist ein Beispiel - es war zugegebenermaßen schwierig, weil es unterschiedliche Interessenlagen gab - für das, was wir, SPD, CDU und CSU, zusammen fertiggebracht haben. Ich möchte heute solche Leistungen der Großen Koalition in Erinnerung rufen. Ein Dank auch an die Vernunft allerer, die davon vielleicht negativ betroffen sind.

Ob bei der Arbeitslosenversicherung oder in anderen Bereichen: Ich glaube, wir haben überall, lieber Peter Struck, faire Kompromisse gefunden. Eines wussten wir in der Großen Koalition von Anfang an: Wenn wir diese Große Koalition eingehen, dann müssen wir politikfähig sein, sonst brauchen wir es nicht zu tun. Wenn wir politikfähig sein wollen, dann müssen wir auch kompromissfähig und kompromissbereit sein. Wir haben uns da weiß Gott nicht wenig abverlangt; wir haben uns viel abverlangt. Aber es ist ein ständiges Geben und Nehmen.

So ist es in der Politik, genauso wie im Wirtschaftsbereich. Wir sind zu diesen fairen Kompromissen gelangt.

Ein Wort noch zur Außenpolitik, die wiederholt angesprochen worden ist, insbesondere von der Kollegin

Künast. In dieses Jahr fallen die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und die G-8-Präsidentschaft.

Da kann man nur eines sagen: Für die Bewältigung dieser herausfordernden Problemstellungen, die mit beiden Aufgaben verbunden waren - neben all den innenpolitischen Herausforderungen -, eine glatte Eins mit Stern für die Bundeskanzlerin!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie hat die Europäische Union aus einer schwierigen Lage herausgeführt mit dem Reformvertrag, der, ungeachtet seiner verbliebenen Mängel, jetzt auf dem Tisch liegt. In der G 8 wurden klare Zeichen gesetzt. Im Grunde genommen war nur mit viel Fantasie zu erwarten, dass Sie, liebe Frau Bundeskanzlerin, in der G 8 plus den fünf Schwellenländern, die dabei waren, das Begehren nach einer weltweiten Klimaschutzpolitik endlich mit auf

Rang 1 der weltpolitischen Tagesordnung setzen konnten. Wenn es die G-8-Gipfel nicht gäbe - das sage ich an die Adresse der Globalisierungsgegner und der Tausenden von gewalttätigen Demonstranten, die unsere Polizisten in Heiligendamm verhauen wollten und verhauen haben, was eine Schande ist; das nur als Nebenbemerkung

-,

(Beifall bei der CDU/CSU)

müsste man diese Gipfel erfinden. Wo sonst, wenn nicht auf solchen weltweiten Foren, sollte man globale Herausforderungen denn besprechen? Wo sonst, wenn nicht unter den 8 plus 5 Staaten, die die Substanz dieser Probleme am ehesten erkennen und erörtern können?

Das gilt zum Beispiel für die Frage weltweiter Mindeststandards hinsichtlich sozialer Normen. Gerade

Deutschland als führende Exportnation, die wie kaum ein anderes Land mit dem rauen Wind globaler Auseinandersetzungen in der Weltwirtschaft konfrontiert ist, hat ein Interesse an weltweit gültigen Standards im Umweltbereich, an weltweit gültigen Standards für den Umgang mit Energieressourcen, an weltweit gültigen Fairnessregeln für den Handel. Wir müssen doch das allergrößte Interesse daran haben, dass vernünftige Lösungen gefunden werden. Wir brauchen daher nicht weniger, sondern mehr G 8. Das liegt im ureigenen Interesse Deutschlands.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In den nächsten zwei Jahren liegt noch viel vor uns.

Ich will die 20 politischen Teilgebiete jetzt nicht im Einzelnen erörtern; das wäre die reinste Litanei. Unser gemeinsamer großkoalitionärer Freund Hubertus Heil hat die Union ermahnt. Er hat gesagt: „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Union zur Reformbremse wird.“ Ich antworte ihm: Sie aber auch nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen miteinander weiter an Reformen arbeiten.

Wir dürfen auf keinen Fall das tun, was zwei Oppositionsfraktionen wollen, nämlich den Rückwärtsgang einlegen.

Wir stellen uns mit Augenmaß und in verantwortungsvoller Weise den Herausforderungen der nächsten

zwei Jahre, damit wir der Erwartung, die die Wählerinnen und Wähler vor zwei Jahren hatten, gerecht werden, nämlich unser Land nach vorne zu bringen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, bevor ich Ihre Rede gehört habe, habe ich mir die Freude gemacht, die Rede, die Altbundeskanzler Gerhard Schröder im September des Jahres 2000 gehalten hat, also zwei Jahre nachdem er ins Amt gekommen ist, noch einmal durchzulesen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Die war gut!)

Die Lage war der jetzigen sehr ähnlich: gute Konjunktur und ordentliche Staatsfinanzen;

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen kamen zusätzlich 100 Milliarden DM - damals gab es noch die D-Mark - in die Staatskasse. Herr Schröder hat damals genau so gesprochen, wie Angela Merkel heute im Namen der Regierung spricht und handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn die Opposition irgendetwas kritisiert, dann redet sie, so die Bundeskanzlerin, das Land schlecht. Alles muss zur eigenen Ehre und zum eigenen Lob erhalten. Das Selbstlob dieser Koalition hatte auch heute penetrante Züge.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es wurde damals so getan, als ginge alles auf ewig so weiter: Die Konsolidierungspolitik hat begonnen! Wir haben sie in die Tat umgesetzt! Das ist eine Politik, die diesen Namen wirklich verdient! - Es wurde aber verschwiegen, welche dunklen Wolken am Horizont aufziehen.

Genau das machen Sie heute auch. Sie reden nach zwei Jahren Regierungszeit so, wie Schröder nach zwei Jahren Regierungszeit gesprochen hat. Wenn das Ihr Aufschwung ist, dann - das sage ich Ihnen voraus - werden Sie auch haften müssen, wenn es in den nächsten Monaten oder Jahren abwärtsgeht.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Etwas mehr Bescheidenheit

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

und vor allen Dingen etwas mehr Anerkennung der Umstände, von denen Ihre Politik derzeit getragen wird, wären richtig und angemessen.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:

Das ist Ihre Tugend - Bescheidenheit!)

Mindestens genauso spannend ist das, worüber Sie nicht gesprochen haben. Sie haben nicht über die Kinderarmut, die sich in Deutschland verdoppelt hat, gesprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie hat den Kinderzuschlag erwähnt! Sie haben nicht zugehört!) Sie haben nicht über das Handwerk gesprochen, das Umsatzeinbrüche in Höhe von ungefähr 20 Prozent hat. Sie haben nicht über den Rückgang beim Bau von Einund Zweifamilienhäusern um sage und schreibe etwa 43 Prozent gesprochen. Sie haben nicht über die Neuzulassungen im Kfz-Bereich gesprochen, die mittlerweile etwa 8 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Sie haben auch nicht über das gesprochen, was jeden Deutschen bewegt, nämlich die Tatsache, dass wir im November dieses Jahres eine Preissteigerungsrate in Höhe von 3 Prozent haben. Wenn es eine soziale Politik in diesem Lande gibt, dann ist es die, dafür zu sorgen, dass der Euro auch im Inland etwas wert ist und dass man sich dafür etwas kaufen kann. Inflation ist unsozial. Diese 3 Prozent müssten Sorgenfalten auf Ihrer Stirn hinterlassen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stattdessen schmücken Sie sich hier mit allem, zum

Beispiel mit der Weltwirtschaft. Sie schmücken sich auch mit Dingen, die wirklich lange vor Ihrer Zeit erreicht worden sind, beispielsweise mit den Nobelpreisen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Jetzt wird es kleinkariert!)

Es war für mich tief beeindruckend, dass sogar die Nobelpreise jetzt erhalten müssen. Sie werden nämlich als Zeugnis dafür angegeben, wie toll der Forschungsstandort Deutschland ist. An die Physikerin im Kanzleramt gerichtet, sage ich: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, den einen Nobelpreis gab es für eine Leistung aus dem Jahr 1988, den anderen für eine Leistung aus dem Jahr 1981. Entschuldigung, da waren Sie noch nicht Bundeskanzlerin; man mag es nicht glauben, aber es ist so. Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie sich mit den Nobelpreisen von heute schmücken, dann ist das ungefähr so, als würde sich die spanische Regierung mit der Entdeckung Amerikas von vor 500 Jahren auszeichnen wollen. Das ist wirklich nur noch albern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!)

Frau Bundeskanzlerin und meine Damen und Herren von der Koalition - es macht ja Freude, Ihre Reaktionen hier zu hören -, ich will nun auf das eingehen, was die Redner der Regierungsfractionen hier gesagt haben. Herr Kollege Ramsauer, weil Sie von „Oppositionsfraktiönchen“ gesprochen haben, wollen wir eines festhalten: In diesem Hohen Hause ist keine Partei kleiner als die CSU.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Peter Struck [SPD] - Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Wir reden von Fraktionen, lieber Freund!)

Das wollte ich nur einmal an die Adresse des stellvertretenden Fraktiönchenvorsitzenden sagen.

Ich will an das erinnern, was die Damen und Herren der Regierungskoalition uns hier alles erzählt haben. Das hat ja viel Freude gemacht. Sie haben in den ersten zweieinhalb Stunden der Debatte das Hohelied Ihres Erfolges gesungen. Sie haben gesagt, wie großartig und erfolgreich diese Große Koalition, wie Sie sich selbst nennen, war. Dann stellt sich aber für den unbefangenen Beobachter eine entscheidende Frage: Wenn das alles so toll war, warum lesen wir dann jeden Tag in den Zeitungen, dass Sie da raus wollen? Wenn das alles so toll war, warum bezichtigen Sie sich dann gegenseitig des Wortbruchs und bedenken sich mit allen möglichen weiteren Beschimpfungen, die man als mitteleuropäisch erzogener Mensch hier gar nicht vortragen möchte? Da ist unter der Gürtellinie ausgeteilt worden. So brutal - wie Sie in dieser Regierung - miteinander umgehen, das würde sich von den Mitgliedern der bescheidenen Opposition niemand wagen. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, es gibt doch überhaupt gar nichts mehr Gemeinsames.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abg. Dr. Peter Struck [SPD], an den Abg. Volker Kauder [CDU/CSU] gewandt)

- Jetzt kommt wieder die Geschichte: Mein Freund

Volker.

(Heiterkeit bei der FDP und der LINKEN - Volker Kauder [CDU/CSU]: Nur kein Neid!)

Leute, Leute! Regierung schlägt sich, Regierung verträgt sich. Mit Verlaub gesagt: Das, was ihr hier abliefern, ist eine völlig unglaubwürdige Nummer. Jeder Zuschauer weiß doch: Ihr hasst euch wie die Pest.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Hier etwas von großem Frieden und großem Erfolg zu erzählen, ist einfach nur noch albern. Früher haben die Kanzler gerufen: Ich will da rein. Sie rufen mittlerweile: Ich will da raus. Mit Verlaub gesagt: Das ist doch nicht ernst zu nehmen; das ist Kulisse.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Aber Sie sind ernst zu nehmen?)

Wenn diese Reformpolitik für die Menschen in Deutschland wirklich so erfolgreich war, dann stellt sich doch die Frage: Warum wollen Sie Ihre Reformen in diesen Wochen und Monaten rückabwickeln? Denn das ist das Ergebnis des Beschlusses des SPD-Parteitages und Ihrer Beschlussfassungen im Deutschen Bundestag!

(Beifall bei der FDP - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Nach dieser Rede kann man Sie aber auch nicht mehr ernst nehmen!)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Hinsken. Weil Sie gerade dazwischengerufen haben, möchte ich Ihnen ganz offen sagen: Nachdem der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder im Rahmen der Agenda 2010 marktwirtschaftliche Reformen durch den Deutschen Bundestag gebracht hat, hätte ich mir vor zwei Jahren nicht vorstellen können,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dass das mit uns so gut klappt!)

dass diese Reformen dann von einer christdemokratisch geführten Bundesregierung

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Aber ohne euch!)

rückabgewickelt werden. Das ist verkehrte Welt!

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hinsken, Ihnen nehme ich ja ab, dass auch Sie das furchtbar finden.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ihr müsst das aber auch einmal sagen! Mannesmut vor der Königin Throne! Seid ab und zu auch einmal mutig, Jungs!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Das, was ihr macht, ist ein Witz.

Lassen Sie uns jetzt einmal über das Sanieren reden; auch das macht Freude. Ihr Motto lautet ja: Sanieren, Reformieren, Investieren.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und abkassieren!)

Zum Reformieren habe ich bereits gesagt: Die Agenda 2010 wird von Ihnen rückabgewickelt, und das merkt jeder.

Reden wir also über das Sanieren. Sanieren heißt: solide sein. Man saniert etwas, was schlecht läuft. Meine Damen und Herren von der Großen Koalition, Sie haben bei Übernahme der Regierung ein Defizit von 30 Milliarden

Euro vorgefunden. Dann haben Sie 50 Milliarden Euro mehr eingenommen als erwartet. Trotzdem haben Sie immer noch 12 Milliarden Euro Schulden gemacht. Sie können nicht mit Geld umgehen! Darüber müssen wir hier sprechen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Früher musste man das immer der SPD vorwerfen. Mittlerweile muss man diesen Vorwurf aber auch an die Union richten. Wenn es darum geht, mit Geld umzugehen, dann ist Schwarz ein sehr dunkles Rot;

(Beifall bei der FDP)

insofern hat Herr Müntefering recht. Die Union macht es nämlich genauso wie die SPD. Sie machen Schulden in Höhe von 12 Milliarden Euro, obwohl Sie lottogewinnähnliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe zu verzeichnen haben, mit denen kein Mensch gerechnet hat, nicht einmal wir als geborene rheinische Optimisten. Deutschland muss wissen, dass Sie 12 Milliarden Euro Schulden machen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erfahren: Der Staat hat Geld wie Heu. Aber er verplempert es zu oft in Bereichen, aus denen er sich lieber heraushalten sollte. Wer trotz der größten Steuererhöhung in der Geschichte dieser Republik immer noch solche Schulden macht, der kann nicht mit Geld umgehen. Das trifft nicht mehr nur auf die Genossen zu, sondern längst auch auf die schwarzen Genossen, die in diesem Hohen Hause sitzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen immer, unser Sparbuch, das 400 Anträge mit Sparvorschlägen enthält, sei nicht solide, und das alles könnten wir nicht leisten. Deswegen sollten wir einmal über ein paar Dinge reden. Reden wir doch einmal darüber, wofür Sie Geld ausgeben; denn das ist erstaunlich. Ich hätte gerne folgende Frage beantwortet: Wenn Sie wirklich sparen wollen - Sie behaupten ja, dass Sie sparen -, warum beschließen Sie dann in einer Sitzung des Haushaltsausschusses mal eben und in der Dunkelheit der Nacht, in den Ministerien 74 neue Planstellen zu schaffen, die mit Personen besetzt werden, die nichts anderes als Wahlkampf machen sollen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Außerdem soll es einen dritten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geben. Willy Brandt kam mit zwei Staatssekretären aus, Hans-Dietrich Genscher kam mit zwei Staatssekretären aus, und Joseph Fischer kam mit zwei Staatssekretären aus. Schätzen Sie sich denn um so viel schwächer ein, Herr Außenminister, dass Sie jetzt einen dritten Staatssekretär brauchen? Das ist doch albern!

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann höre ich immer in Anbetracht dieser ganzen Milliardenbeträge - das macht mich mittlerweile kirre, und darüber ärgere ich mich auch -, das seien ja alles nur kleine Summen. Wenn Sie die Summen mit 400 multiplizieren, kommen Sie auf 12 Milliarden. Eine Summe ergibt sich beispielsweise aus den Kopfstellen. Sie schaffen 74 Stellen neue Stellen. Das kostet die Steuerzahler jedes Jahr 6 Millionen Euro mehr. 6 Millionen Euro jedes Jahr mehr, nur damit Sie sich in den Ministerien

mit mehr Personal für den Wahlkampf aufrüsten können.

Wir wollen das einmal übersetzen, meine Damen und Herren. 3 750 Familien müssen ein ganzes Jahr lang arbeiten, um so viel an Einkommensteuer aufzubringen, wie Sie in einer einzigen Haushaltsnacht für Ihre Wahlkämpfe mit der Schaffung von Spitzenstellen in den Ministerien verplempert haben.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

3 750 Familien arbeiten in Deutschland ab jetzt für Ihre Verplempung von Steuermitteln für Wahlkampfzwecke.

Als ob die Parteien nicht finanziert würden!

Meine Damen und Herren, wir wollen auch einmal über die größeren Beträge reden, beispielsweise über Ihre Schlacht in Minden, Herr Kollege Kampeter. Jeder meint ja, es ginge um Hermann den Cherusker. Das ist ein Treppenwitz. Da werden mal eben 1,5 Millionen Euro nach Minden mit nach Hause gebracht für eine Schlacht, von der bisher kein Mensch irgendetwas gehört hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Blödsinn!)

Auch wenn Sie dafür zuhause gefeiert werden, Steuergeldverschwendung bleibt es trotzdem. Das wollen wir an dieser Stelle festhalten.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Wie ist das eigentlich mit dem Beethoven-Haus in Bonn?)

- Sie rufen „Beethoven in Bonn“ dazwischen? Wenn Sie den Unterschied zwischen Ludwig van Beethoven und Ihrer Pipi-Schlacht in Minden nicht kennen, dann gehen Sie bitte noch einmal auf die Schule, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Kommen wir zu den größeren Summen, zu den wesentlichen Sachen, weil es ja immer heißt, sie würden sanieren. Nichts sanieren Sie. Ich möchte gerne den Damen und Herren des Deutschen Bundestages und vor allem natürlich auch der geneigten Öffentlichkeit einmal vortragen, wie viel zum Beispiel für einen unserer schärfsten Wettbewerber in der Weltwirtschaft ausgegeben wird.

In der letzten Woche wurde veröffentlicht, dass China uns mittlerweile auf Platz drei der führenden Wirtschaftsnationen in der Welt abgelöst hat. China hat uns als drittstärkste Wirtschaftsnation in der Welt jetzt überholt. China hat Währungsreserven von ungefähr 1 200 Milliarden Euro. Das ist ungefähr so viel wie die gesamten Staatsschulden auf allen Ebenen in Deutschland. Trotzdem zahlen wir jedes Jahr, auch in diesem Jahr wieder, Millionenbeträge an Entwicklungshilfe und weiterer Hilfe nach China. Wir zahlen reine Entwicklungshilfe in Höhe von 67 Millionen Euro, und wenn man alle offiziellen Zahlungen an China zusammenrechnet, zahlen wir insgesamt in diesem Jahr 187 Millionen Euro nur an China.

Meine Damen und Herren, auch das möchte ich einmal übersetzen. Ganz Oldenburg oder ganz Göttingen arbeitet ungefähr ein komplettes Jahr nur dafür, dass wir die Steuermittel bekommen, die wir anschließend nach

China schenken. Sie vertreten die Meinung: Das muss so sein. – Das ist Ihr gutes Recht; Sie werden das ja auch so beschließen. Wir sagen Ihnen dazu: Ein Land, das solche Währungsreserven hat, ein Land, das uns auf Platz drei der Wirtschaftsnationen in der Welt ablöst, dann auch noch mit deutschen Hilfsgeldern zu unterstützen, das ist einfach Irrsinn gegenüber dem Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP)

Ganz Osnabrück arbeitet ein ganzes Jahr nur für die Entwicklungshilfe an China. Darüber müssen wir hier reden, das versteckt sich hinter diesen Zahlen.

Meine Damen und Herren, Frau Bundeskanzlerin, wir und auch Sie in der Koalition sprechen viel über Mindestlöhne und über die Rückabwicklung einiger Teile der Agenda 2010. Zu den Mindestlöhnen möchte ich noch eine Bemerkung machen. Herr Kollege Gysi, ich habe Ihnen mit Interesse zugehört. Es ist immer interessant und auch unterhaltsam, Ihnen zuzuhören; das wollen wir gar nicht bestreiten. Ich persönlich glaube aber, dass Sie in einem Punkt in Ihrer Einschätzung einen wirklich massiven Fehler machen. Sie koppeln jedes Mal die soziale Gerechtigkeit unseres Landes von der Leistungsgerechtigkeit ab. Sie spielen soziale Gerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit gegeneinander aus. Wir sagen Ihnen: Wer die Leistungsgerechtigkeit seines Landes vergisst, der wird die soziale Gerechtigkeit seines Landes verlieren. Das wird zwingend die Folge einer solchen Politik sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will Ihnen die Zahlen noch einmal nennen, weil sie auch für unsere Zuschauer wichtig sind: Die oberen 50 Prozent der deutschen Steuerzahler erwirtschaften etwa 94 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens der Republik. Sie belasten diejenigen, die den Karren ziehen, immer mehr. Ich sage Ihnen, wer dabei unter die Räder kommt: die Ärmsten der Armen, die Schwächsten der Schwachen. Die leiden unter Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch eine Bemerkung zu den Mindestlöhnen machen, weil ich natürlich ahne, Herr Kollege Struck – nicht nur nach Ihrer heutigen Rede, sondern auch nach den Reden von gestern –, dass das Ihr tragendes Thema sein wird. Ich glaube, dass diese Diskussion zu kurz gegriffen ist. Erstens einmal finde ich es nicht in Ordnung, dass man, wenn man das Fehlen von Mindestlöhnen kritisiert, verschweigt, dass die niedrigen Tariflöhne im Osten immer unten rechts die Unterschrift einer Gewerkschaft tragen. Das wollen wir festhalten!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Immer, wenn wir hier über Dumpinglöhne sprechen, hat ein Genosse der Gewerkschaft unten rechts unterschrieben. Bei der Post ist das so, und auch in den anderen Branchen ist das so. Da ist die Frage doch eine ganz andere, eine ordnungspolitisch fundamentale Frage. Jeder hier ist der Meinung: Wer ordentlich arbeitet, muss davon auch leben können. Ich bin mit Ihnen der Meinung: Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, nachlässige Unternehmer oder schwarze Schafe in der Unternehmerschaft



quasi noch dafür zu bezahlen, dass sie sich so schlecht verhalten; darüber sind wir uns völlig einig. (Joachim Poß [SPD]: Ja!)

Nur, wohin führt es, wenn wir als Politiker künftig die Löhne und die Mindestlöhne festsetzen? Ich sage Ihnen voraus: Dann werden wir das erleben, was Sie im Kanzleramt am Montag letzter Woche gemacht haben, nämlich Lohnverhandlungen in der Politik. Die Union sagt: Wir sind bereit, 8 Euro Mindestlohn zuzugestehen. Die SPD sagt: Unter 9,80 Euro ist mit uns nichts zu machen. - Dann sind wir nicht mehr in der sozialen Marktwirtschaft mit Tarifautonomie, wo Vertragsparteien sich einigen müssen, dann machen wir in Wahrheit Lohndiktat. Mindestlöhne? Maximallöhne, Obergrenzen für Managergehälter? Demnächst vielleicht noch Obergrenzen für Energiepreise? Mindestpreise für Agrarprodukte? Das ist mir, offen gestanden, zu viel DDR. Ich bleibe Anhänger der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Petra Merkel [Berlin])

[SPD]: Egal wer unter die Räder kommt!)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen, dass Sie die Maastricht-Kriterien einhalten. Das ist in der Sache falsch. Sie halten ein einziges Maastricht-Kriterium ein, nämlich das Staatsdefizit von 3 Prozent. Die Schuldenstandsquote von 60 Prozent wird mit 63 Prozent unverändert überschritten; auch das muss gesagt werden.

Zur Innenpolitik noch eine Bemerkung. Meine Damen und Herren von der Linken in diesem Hause - damit meine ich auch die SPD; das meine ich nicht polemisch, sondern als Beschreibung der Sitze hier in diesem Hause - ,

(Zuruf von der SPD: Wir haben damit kein Problem!)

wenn Sie sagen, dass die Leiharbeit besorgniserregend zunimmt, dann haben Sie eine Entwicklung beschrieben, die uns - über die Parteigrenzen in diesem Hohen Hause hinweg - auf Dauer nicht gefallen kann. Nur, wie wir dagegen vorgehen, das unterscheidet uns. Warum nimmt denn die Leiharbeit zu? Weil unser Arbeitsrecht in Wahrheit immer noch zu starr und zu bürokratisch ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Flexibilisieren Sie endlich! Dann haben Sie auch entsprechend positive Effekte. Bei den Preisen ist genau dasselbe zu sagen: Es ist wahr, die Preise steigen. Deswegen kommt der Aufschwung bei den Bürgern auch nicht an. Nur, jemand von der Regierung, der die Preissteigerungen beklagt, obwohl er doch mit Steuererhöhungen ebendiese Preissteigerungen bewirkt, hat kein Recht, dies zu beklagen.

(Beifall bei der FDP)

Nun sagen Sie, Sie würden den Durchschnittsarbeitnehmer im nächsten Jahr um 240 Euro entlasten. Das mag ja stimmen. Aber Sie verschweigen, dass Sie zu Anfang dieses Jahres die Arbeitnehmer durchschnittlich um weitere 1 600 Euro belastet haben. Das ist doch keine faire Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie nehmen den Bürgern das Schwein vom Hof, geben ein Kotelett zurück und sagen ihnen: Jetzt seid mal

schön zufrieden! Kein Wunder, dass die Bürger das nicht mit sich machen lassen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will mit einer Bemerkung zu einem Thema schließen, über das wir heute Nachmittag, soweit ich weiß, und morgen noch lange reden werden, nämlich über die Innen- und Rechtspolitik. Auch das muss an dieser Stelle noch angesprochen werden.

Wir erleben nämlich nicht nur mehr staatliche Bevormundung in der Wirtschaft, sondern wir haben in diesen ersten zwei Jahren der sogenannten Großen Koalition auch einen atemberaubenden Abbau von Bürgerfreiheiten und Bürgerrechten erlebt. Ich habe nicht die Absicht, das hier unerwähnt zu lassen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass man die Freiheit unseres Landes nicht schützen kann, indem man die Freiheit unserer Bürger immer mehr aufgibt. Das ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage an dieser Stelle: Herr Schäuble setzt in Wahrheit geradezu dramatisiert eine Politik fort, die unter Rot-Grün mit Herrn Schily begonnen wurde. Auch das ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Freiheit muss der Maßstab unserer Republik bleiben. Freiheit steht an erster Stelle, und zwar nicht die Freiheit von Verantwortung, sondern die Freiheit zur Verantwortung. Soziale Marktwirtschaft ist allemal besser als jeder Weg in Richtung Planwirtschaft oder bürokratische Staatswirtschaft. Das ist unser Auftrag, und das ist die geistige Auseinandersetzung, die in diesem Lande überfällig ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Joachim Poß von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Westerwelle, Sie haben mit Ihrer Rede deutlich gemacht, dass Ihnen die günstige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande missfällt. Ihnen missfallen die Erfolge am Arbeitsmarkt, obwohl Sie sich doch wie wir über jeden freien müsstest, der Arbeit gefunden hat und jetzt in Lohn und Brot steht. Über 1 Million Menschen hat in den letzten Jahren zusätzlich Arbeit gefunden. Was missfällt Ihnen denn daran, Herr Westerwelle?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was missfällt Ihnen daran, dass wir bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte so erhebliche Fortschritte erzielen konnten? Was missfällt Ihnen daran eigentlich?

Herr Westerwelle, Sie stehen für die „dunklen Wolken“ – das Wort haben Sie selbst benutzt – in der deutschen Politik. Da sollen Sie auch stehen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ulrike

Flach [FDP]: Ach, Gott!)

Der deutschen Bevölkerung ist nicht zuzumuten, dass Sie aus diesem Schatten auf die politische Sonnenseite wechseln. Das werden wir im Jahre 2009 hoffentlich auch verhindern können. Ich werde jedenfalls alles dafür tun, und ich bin mir sicher, die Sozialdemokratie insgesamt auch.

Mit den Beispielen, die Sie gebracht haben - Zahlenbeispiele von China und anderem -, verzerren Sie die Wirklichkeit in grotesker Weise. Wer so redet, der kann nicht verantwortlich Politik gestalten. Das ist die Wahrheit, Herr Westerwelle, und das müssen Sie sich schon ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Norbert Barthle [CDU/CSU])

Ich habe es bereits in der ersten Lesung gesagt: Wenn jemand von uns vor zwei Jahren diese günstige Entwicklung vorhergesagt hätte, dann wäre er oder sie als Phantast bezeichnet worden. Das ist die Wahrheit.

Im Verlauf dieser Woche wird man feststellen können:

Wir haben den besten Bundeshaushalt seit 1989.

Das ist die schlichte Wahrheit und ein Grund zur Freude.

Damit leugnen wir vorhandene Probleme nicht. Wir blenden diese Probleme doch nicht aus. Wenn man wie Frau Künast oder Herr Westerwelle Kritik übt, dann sollte man in der Sache aber auch ein bisschen sattelfest sein.

Frau Künast, Sie haben gesagt, wir würden keine Subventionen abbauen. In dieser Legislaturperiode bauen wir 19 Milliarden Euro an Subventionen ab. Herr Westerwelle sagte, wir würden 74 Stellen draufpacken. Dabei verschweigt er, dass wir in 2008 fast 2 000 Stellen im Bundeshaushalt abbauen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Verschweigen Sie den Menschen das doch nicht! Sie erzählen doch bestenfalls immer nur die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Künast sagte, es würden beim Soli Mittel freiwerden.

- Wo denn? Wollen Sie als Bundespolitikerin den Bund weiter belasten und die Länder weiter aus ihrer Verantwortung entlassen? Beim Soli werden in den nächsten Jahren leider keine Mittel frei. in absehbarer Zeit jedenfalls nicht.

Die Rechnungen, die Sie auf Ihrem Parteitag beschlossen haben, können Sie doch nicht aufstellen. Sie als Milchmädchenrechnungen zu bezeichnen, wäre noch gestrunzt. Wie kann man den Menschen denn solche unseriösen Rechnungen präsentieren? Und wie kann man kritisieren, wir täten nichts für den Klimaschutz?

(Beifall bei der SPD)

Welche Regierung hat denn ein besseres Klimaschutzprogramm beschlossen als die jetzige Regierung? Das muss man doch sagen, auch in kritischer Rückschau auf rot-grüne Zeiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf die roten Zeiten!)

Man muss hier doch die Wahrheit aussprechen dürfen,

meine Damen und Herren.

Sofern hier von der Opposition Kritik gekommen ist - egal ob von Herrn Westerwelle oder Frau Künast -, war diese Kritik mit politischer Substanz nicht verbunden. Von Herrn Gysi will ich gar nicht erst reden. Er macht jedes Mal dieselben Luftnummern. Ich glaube aber, dass die Menschen das zunehmend auch erkennen werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie doch einmal zum Inhalt!

Von der Luft zum Inhalt!)

Frau Künast, die Nettokreditaufnahme 2008 beträgt 11,9 Milliarden Euro. Das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Das ist der Fakt. Was sagen eigentlich die grünen Haushälter zu ihren eigenen Parteitagsbeschlüssen, Frau Künast?

Auch die Konsolidierungsperspektive bleibt bei uns unverändert. Die Nettokreditaufnahme wird weiter abgesenkt, und zwar bis auf null. Da wird nichts zurückgedreht, Herr Kollege Westerwelle; da wird keine Politik zurückgedreht, so wie Sie es hier dargestellt haben. Im Jahre 2008 wäre - das ist richtig - eine etwas schnellere Rückführung der Nettokreditaufnahme möglich gewesen. Das ist nicht zu bestreiten. Darauf haben wir aber verzichtet, und zwar aus guten Gründen. Bisher ist nämlich unsere Strategie, auf der einen Seite zu konsolidieren und auf der anderen Seite Geld für Zukunftsinvestitionen in die Hand zu nehmen, aufgegangen.

Diese Strategie ist - wenn man ehrlich ist - so gut aufgegangen, wie wir es vielleicht selbst nicht erwartet hätten.

Warum sollten wir eine erfolgreiche Strategie in 2008 verändern? Dazu gibt es überhaupt keinen Anlass.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Steuermehreinnahmen zur Rückführung der Neuverschuldung und in bestimmten Bereichen zur gezielten Erhöhung von Bundesmitteln genutzt. Dahinter steht das gemeinsame Verständnis in der Koalition und - zumindest bei mir und vielen anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - auch die Überzeugung, dass gute und vernünftige Budgetpolitik mehr sein muss als nur die Zurückführung von öffentlichen Aufgaben und Ausgaben. Peer Steinbrück spricht hier von „Konsolidieren und Gestalten“. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eine lediglich fiskalistische Budgetpolitik zu falschen Ergebnissen führt.

Budgetpolitik muss angesichts der aufgebauten hohen Verschuldung natürlich die öffentliche Kreditaufnahme abbauen. Sie muss aber auch bestehende Ungerechtigkeiten und große soziale Ungleichheiten verringern. Budgetpolitik muss auch die Wachstumskräfte erhalten und stärken. Sie muss die Mittel für den Kampf gegen die großen Gefahren für unsere Umwelt bereitstellen. Das tun wir mit dem Klimaschutzprogramm.

Frau Kollegin Künast, ich würde mich sehr wundern, wenn sich die Grünen von den von mir gerade dargestellten Zielen distanzieren würden. All das kostet aber Geld, und zwar viel Geld, das nicht an anderer Stelle eingespart werden kann, es sei denn, wir gingen an solche Posten wie die Rente, um es offen zu sagen. Aber offenkundig wollen auch Sie das ja nicht.

Wir sind auf einem guten Wege. Nur wenn wir jetzt in den Klimaschutz investieren, werden wir den nachfolgenden Generationen auch eine lebenswerte Welt überlassen können. Man darf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht allein auf die Reduktion der öffentlichen Verschuldung verengen. Das ist zumindest nicht unsere Sichtweise.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bekommt der Umweltminister mehr Geld. Deswegen kann Frau Schavan für die Erhöhung des Bafög mehr Geld ausgeben. Deswegen haben wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erhöht. Deswegen verstärken wir die Verkehrsinvestitionen.

Damit reagieren wir auf drängende Probleme, die für unsere Zukunft von großer Bedeutung sind. Wir geben nicht einfach Geld aus. Wir reagieren auf drängende Probleme unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist etwas komplizierter als schwarz-weiß. Man nennt das Policy-Mix.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Das ist nicht der Versuch, es allen recht zu machen, sondern die Kunst, verschiedene Politikziele sinnvoll unter einen Hut zu bekommen.

Auch bei der Föderalismusreform II darf es nicht dazu kommen, dass mit der angestrebten Modifikation der Schuldenregel der Verfassung das gerade gefundene erfolgreiche Gleichgewicht von wirtschaftlicher Impulsgebung, Zukunftsgestaltung und Haushaltskonsolidierung möglicherweise wieder infrage gestellt wird. Eine Schuldenbremse muss realitätstüchtig sein; wir werden eine solche bekommen. In diesem Sinne werden wir im nächsten Jahr die Beratungen in der Föderalismuskommission - hoffentlich mit Ihrer Zustimmung - sicherlich zu einem guten Ergebnis führen.

Es ist der klare Ansatz der SPD in der Regierungskoalition, immer darauf zu drängen, dass die soziale und die ökologische Dimension der Politik nicht vergessen werden. Das geht weit über Haushaltspolitik hinaus.

Franz Müntefering hat das immer genau im Blick gehabt.

Noch vor Eintritt in die Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU hat er ganz wichtige gesellschaftspolitische und sozialdemokratische Essentials durchgesetzt, unter anderem den Erhalt der Tarifautonomie.

Wir sind für die Tarifautonomie, Kollege Westerwelle.

Die Mindestlöhne, die uns vorschweben, untergraben die Tarifautonomie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Oder wollen Sie etwa behaupten, dass 22 von 27 Staaten in der Europäischen Union, darunter auch England, keine soziale Marktwirtschaft bzw. Marktwirtschaft haben?

Was Sie gerade behauptet haben, ist doch abstrus. Nein, wir werden in unserem Bestreben nicht nachlassen, zu verhindern, dass Lohndumping von der Gemeinschaft der Steuerzahler noch honoriert wird. Das kann ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Franz Müntefering hat, wie gesagt, schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen Wichtiges für die Arbeitnehmerschaft

dieses Landes durchgesetzt. Das gilt auch für den Erhalt der Steuerfreiheit von Sonn-, Nacht- und Feiertagszuschlägen. Dafür gebührt ihm der Dank der gesamten Arbeitnehmerschaft bzw. - das hätte ich früher so pathetisch gesagt - der gesamten Arbeiterbewegung.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist für mich völlig unverständlich, wie Franz Müntefering auf manchem Gewerkschaftskongress behandelt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht kein Zweifel: Ohne die Sozialdemokraten würde die Politik einer anderen von Frau Merkel geführten Bundesregierung sicherlich an vielen Stellen anders aussehen. Das konnte man auch wieder bei der Rede von Herrn Westerwelle feststellen. Lesen Sie auch den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Leitantrag für den CDU-Parteitag in der nächsten Woche!

Wir, die Sozialdemokraten, werden in dieser Koalition nicht zulassen, dass das Thema Mindestlohn auf die rein betriebswirtschaftliche Dimension reduziert wird.

Es geht beim Mindestlohn um ein zentrales gesellschaftspolitisches und soziales Problem,

(Beifall bei der SPD)

nämlich darum, dass jeder vollzeitarbeitende Mensch von seiner Arbeit leben können muss. Dafür sollten wir alle in diesem Hause arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Am anderen Ende der Gehaltsskala sind die Verhältnisse auch nicht in Ordnung. Herr Westerwelle, ich habe bei Ihnen einen Hinweis auf die pervers hohen Managergehälter und -abfindungen vermisst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bleibe dabei: Die Millionenabfindungen für Konzernmanager sind zu hoch. In die Lohnfindung können wir als Gesetzgeber nicht direkt eingreifen. Es herrscht Vertragsfreiheit. Aber die Aufsichtsräte, in denen auch Gewerkschafter sitzen, sollten ermuntert werden, an die Bemessung der Managergehälter etwas kritischer heranzugehen, als das in den letzten Jahren geschehen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es müssen auch keine Bonusprogramme aufgelegt werden.

Ich stimme dem Kollegen Gerald Weiß oder auch dem saarländischen Ministerpräsidenten zu: Wir sollten die steuerliche Anerkennung viel zu hoher Abfindungen überprüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das hat mit Neid und Populismus nichts zu tun, sehr wohl aber damit, den Auswüchsen des Raubtierkapitalismus zu begegnen und mehr gesellschaftliches Augenmaß herbeizuführen.

Auch bei der anstehenden Erbschaftsteuerreform ist ganz deutlich, dass die soziale Dimension und die Gerechtigkeitsfrage eine ganz wichtige Rolle spielen. Eine

Erbschaft bedeutet ganz ohne Zweifel einen Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beim Erben. Dies auch steuerlich zu erfassen - natürlich bei gleichzeitiger Gewährung angemessener Freibeträge -, ist ebenso ein Gebot der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Vernunft.

Völlig zu Recht hat die OECD unsere Nachbarn in Österreich

wegen der Abschaffung der Erbschaftsteuer gerügt;  
denn die Kehrseite dieser Wohltat für die ganz Reichen  
ist eine übermäßige Belastung des Faktors Arbeit in  
Österreich, wohl gemerkt: in Österreich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kurzum: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen  
die Zeche. Diesen Irrweg werden wir in Deutschland  
nicht mitgehen, auch wenn in einigen Köpfen hier im  
Saal noch entsprechende Gespenster ihr Unwesen zu  
treiben scheinen. Die Eckpunkte für eine Reform der  
Erbschaftsteuer, die die Koalition in der Arbeitsgruppe  
Steinbrück/Koch erarbeitet hat, sind ein ordentlicher  
Kompromiss. Da gibt es jetzt keinen Grund mehr zur  
Unruhe, und ich kann nur dringend davor warnen, das  
geschnürte Paket in seinen tragenden Elementen nachträglich  
wieder anfassen zu wollen. Dieses Paket bleibt  
zu, und zwar auch unter dem Weihnachtsbaum.

(Beifall bei der SPD)

Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden doch gebraucht.  
Bildung und Betreuung, um nur zwei Stichworte  
zu nennen, sind doch wahrlich Zukunftsaufgaben,  
für die sich in den Ländern und Kommunen in den kommenden  
Jahren große Anstrengungen lohnen.

Dass wir Sozialdemokraten unseren Blick aber auch  
auf die ökonomischen Rahmenbedingungen richten,  
lässt sich vielfach und eindeutig belegen. Ich komme  
zum Stichwort Unternehmensbesteuerung. Kollege  
Gysi, da geht es nicht um Geschenke für Konzerne oder  
für die Wirtschaft, sondern darum, dass wir endlich  
Schluss mit dem skandalösen Zustand machen, dass Gewinne  
von bis zu 100 Milliarden Euro in Deutschland erwirtschaftet  
und im Ausland versteuert werden. Das  
wollen wir ändern. Das ist die Gerechtigkeitslücke, um  
die es geht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Lukrezia  
Jochimsen [DIE LINKE])

Das ist der Kern unserer Unternehmensteuerreform.  
Wir Sozialdemokraten haben außerdem mit Unterstützung  
der kommunalen Spitzenverbände dafür gesorgt,  
dass in der Unternehmensteuerreform die Gewerbesteuer  
verbreitert wurde. Und von dem Kompromiss,  
den die SPD-Bundestagsfraktion 2003 herbeigeführt hat,  
profitieren die Städte Gott sei Dank bereits seit Jahren.  
Schauen Sie sich die Entwicklung der Gewerbesteuer  
an! Wenn Sie das kritisieren, dann werden Sie demnächst  
etwas präziser! Wir können uns aber auch unter  
vier Augen darüber unterhalten, damit Sie nicht in jeder  
Talkshow immer den gleichen Unsinn erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Wir betreiben mit Augenmaß eine Politik der ökonomischen  
Vernunft. Ich finde es bemerkenswert, dass der  
Anteil der Agenda 2010 am aktuellen wirtschaftlichen  
Aufschwung von vielen immer öfter und immer stärker  
gewürdigt wird. Die vorgebrachte Behauptung, wir würden  
mit den Weichenstellungen von Gerhard Schröder  
brechen wollen, ist eine böartige und in der Regel taktisch  
motivierte Unterstellung. Hier soll die SPD aus der  
politischen Mitte und in die Nähe der Linkspartei gedrängt  
werden. Das werden wir aber nicht zulassen.  
Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]:  
Wir auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Lukrezia Jochimsen von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Lieber Kollege Westerwelle, eines vorweg: Wir koppeln soziale Gerechtigkeit keineswegs von der Leistungsgerechtigkeit ab. Sie haben gesagt, Sie hätten Gregor Gysi gut zugehört. Ihnen ist entgangen, dass er ausdrücklich die überdurchschnittliche Belastung der Normalverdiener und der Mittelschicht hier in diesem Hause kritisiert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist ganz klar, dass wir soziale Gerechtigkeit nicht von Leistungsgerechtigkeit abkoppeln.

Jetzt einige Worte zum Kulturhaushalt. Da hat die Opposition durchaus zu loben: Nach bitteren Sparjahren gibt es jetzt endlich mehr Geld für die Kultur. Als thüringische Abgeordnete mit Standort in Weimar freue ich mich besonders über die 45 Millionen Euro, die die Klassik Stiftung Weimar erhält. Damit kann ein bedeutendes Kulturprojekt Wirklichkeit werden, dem ganzen Land nützend. Dies gilt auch für die Mehrzahl der übrigen Investitionen.

Eines aber ist für uns angesichts der Abkehr vom bisherigen Kaputtsparen unverständlich: die Unterfinanzierung der Stiftung für das sorbische Volk.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland hat sich mit großem Elan für die UNESCO-Konvention zum Schutz der Vielfalt von kulturellen Ausdrucksformen engagiert und sie vor einem halben Jahr ratifiziert. Da ist es wahrhaft kein gutes Beispiel, wenn in der innenpolitischen Realität eine Minderheit finanziell ausgehungert wird. Da geht es um den Erhalt einer uralten, identitätsstiftenden Sprache, es geht um zweisprachige Bildung, den Erhalt eines Theaters, eines Verlags, eines Instituts. Im Prinzip geht es darum, wie die Mehrheit mit einer ihrer autochthonen Minderheiten umgeht. Im Detail geht es um 600 000 Euro. Eine kleine Summe, wenn man an die 400 Millionen Euro denkt, aber viel Geld für die sorbischen Kultureinrichtungen, wenn es ausbleibt. Es gibt nur ein deutsch-sorbisches Theater. Wenn es schließen muss, geht ein kulturelles Unikat verloren. Kulturelle Vielfalt in einem reichen Land sieht anders aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern also, dass der Bundeszuschuss auf 8,2 Millionen Euro angehoben wird. Das ist die Summe, die die Stiftung zur Fortsetzung ihrer Arbeit als unverzichtbar ansieht.

Da das derzeit geltende Finanzierungsabkommen zum Jahresende abläuft, fordern wir außerdem, dass endlich ein neues Abkommen zustande kommt, mit dessen Hilfe die Kultur der Sorben gepflegt und erhalten werden kann. Alles andere käme einer Assimilierungspolitik gleich.



Eine zweite Position innerhalb des Kulturhaushalts halten wir für unverantwortbar. Schon im vergangenen Jahr wurden die Mittel der Kulturstiftung des Bundes um 3 Millionen Euro verringert. Nun sollen für 2008 nochmals 2 Millionen Euro weniger zugewiesen werden. Als die Stiftung errichtet wurde, wurde ihr zugesichert, sie jährlich mit 38 Millionen Euro auszustatten. Diese Zusicherung sollte unbedingt eingehalten werden. Die Stiftung leistet hervorragende Arbeit, insbesondere da, wo sie in die kulturelle Bildung unserer Kinder investiert. In diesem Bereich ist noch viel zu tun, gerade für den Bund. Das ist seit langem ein Anliegen meiner Fraktion. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren beiden Änderungsanträgen zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Steffen Kampeter von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist an der Zeit, zur Halbzeit der Arbeit dieser Koalition Zwischenbilanz zu ziehen. Ich glaube, dass die unionsgeführte Bundesregierung eine erfolgreiche Bilanz vorlegen kann. Mit unserem Land geht es in vielen Bereichen, beispielsweise auch beim Haushalt, voran. Die Vorfahrtsregel, die heute beschrieben worden ist, muss auch für die zweite Hälfte der Legislaturperiode gelten, nämlich das zu tun, was unserem Land nutzt und die Menschen nach vorne bringt, und das zu unterlassen, was den Aufschwung in diesem Land gefährdet. Das, glaube ich, ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wichtig ist auch, noch einmal deutlich auszusprechen, dass der Aufschwung, über den wir hier schon mehrfach diskutiert haben, bei den Menschen ankommt. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland steigt in die Nähe von 40 Millionen. Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Wir haben erfreuliche Ergebnisse bei der Erwerbsbeteiligung Älterer am Arbeitsmarkt; diese steigt deutlich an, und die Langzeitarbeitslosigkeit sinkt. Auch der Ausbildungspakt wirkt. Das heißt, wir haben einen sehr soliden Anstieg bei den Ausbildungschancen junger Menschen. Das alles bedeutet viele neue Chancen für viele Menschen in diesem Land. So lautet die Halbzeitbilanz der Großen Koalition. Das ist höchst erfreulich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Haushaltsdebatte kann man es, glaube ich, nicht besser ausdrücken, als Uli Schäfer es heute in der Süddeutschen Zeitung getan hat: „Stabilität lohnt sich.“ Es lohnt sich für die Menschen, dass wir diese Politik in Deutschland betreiben. Es zahlt sich im Inland wie im Ausland aus.

Ich erinnere daran, wo wir vor rund zwei Jahren beim Haushalt standen. Der Staatsbankrott drohte. Das waren damals die Schlagzeilen in den Zeitungen. Ich erinnere mich daran – ich weiß gar nicht, ob es in den Koalitionsverhandlungen

oder öffentlich war -, dass Peer Steinbrück gesagt hat, so schlimm, wie es mit den Staatsfinanzen tatsächlich ist, habe er sich das nicht vorstellen können. Damit hat er eine zutreffende Beschreibung der finanzpolitischen Leistungen der Vorgängerregierung abgegeben.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Na, na! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Diese Sozis!)

Deutschland saß in der Europäischen Union auf der Anklagebank. Jede Woche wurde aufgrund unserer miesen finanziellen Situation vom Strafverfahren geredet. Heute, nach zwei Jahren, haben wir das strukturelle Defizit von etwa 60 Milliarden Euro halbiert. Noch im Frühjahr dieses Jahres haben wir angenommen, dass wir für den Haushalt 2008 21,5 Milliarden Euro Schulden brauchen. Wir werden ihn Ende dieser Woche mit 11,9 Milliarden Euro neuen Schulden beschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das sind 11,9 Milliarden Euro zu viel. Aber es sind immerhin 10 Milliarden Euro weniger, als wir im Frühjahr noch gemeinsam zu benötigen glaubten.

Die Staatsquote wird im nächsten Jahr auf das Niveau von vor der Wiedervereinigung sinken. Damals war Gerhard Stoltenberg Finanzminister eines noch nicht wiedervereinigten Deutschlands. Das macht deutlich: Der Staat zieht sich aus dem privaten Bereich zurück. Weniger Staatsquote bedeutet mehr Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne ist es ein weiterer Beleg für den Erfolg der bisherigen Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unser Ziel, 2011 ohne neue Schulden auszukommen, wird kritisiert. Als damals, beim letzten Mal, ein Null-Schulden-Haushalt angekündigt wurde, lautete die Kritik, ein solcher Haushalt sei unrealistisch. Heute ist die Opposition der Auffassung, ein solcher Haushalt sei früher möglich. Das heißt, es wird gar nicht infrage gestellt, dass diese Große Koalition es schaffen kann, ohne neue Schulden auszukommen. Man mäkelte lediglich an der Geschwindigkeit herum. Wer hätte das vor zwei oder drei Jahren angesichts eines drohenden Staatsbankrotts in diesem Hause eigentlich ernsthaft glauben wollen?

(Beifall bei der CDU/CSU - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD - Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Na, na! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Diese Sozis!)

Ich will an dieser Stelle auch deutlich machen: Entgegen anderslautenden Behauptungen wird es am Ende des nächsten Jahres 2 400 Stellen weniger in der Verwaltung des Bundes geben, weil wir unseren Kurs des Stellenabbaus in der öffentlichen Verwaltung konsequent fortsetzen. Wir haben ihn gegenüber dem Regierungsvorschlag noch verschärft.

Das bedeutet nicht, dass wir in bestimmten politischen Bereichen keine Schwerpunkte gesetzt haben.

Herr Kollege Westerwelle, das ist im Übrigen auch aufgrund von Anregungen der FDP, denen wir folgen konnten - die Koalition hat einen entsprechenden Antrag eingebracht -, geschehen. Deswegen sollten Sie mit Ihren sehr personalisierten Angriffen in der Sache sehr vorsichtig

sein. Sie haben ja auf die Schröder-Rede nach zwei Jahren seiner Kanzlerschaft verwiesen. Leider haben Sie bei dieser Debatte nicht geredet. Ich möchte Ihnen einmal ins Stammbuch schreiben, was der Kollege Brüderle damals gesagt hat: Flegelhaftigkeit ist kein Stil der Politik. - Das will ich hier im Hinblick auf Ihre Rede einmal in aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Jörg Tauss [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)  
Kollege Brüderle von der FDP hat ausgerechnet, dass vonseiten der Bundesregierung Mehrforderungen in Höhe von 30 Milliarden Euro - ich sage das mit einem leichten Augenzwinkern in Richtung Kabinettsränge - erhoben worden sind. Wir haben in diesen Haushaltsberatungen keinen Cent draufgelegt; das muss man einmal deutlich machen. Natürlich gab es Wünsche; aber die Haushälter dieser Großen Koalition haben Kurs gehalten. Wünsche gibt es immer in dieser Großen Koalition und auch in kleinen Koalitionen. Aber wie man damit umgeht, ob man Kurs hält, das ist entscheidend. Wir haben entschieden: Trotz Mehrforderungen in Höhe von 30 Milliarden Euro - das ist die Rechnung der FDP - wird dieser Haushalt gegenüber dem Regierungsentwurf um keinen einzigen Euro aufgestockt. Das ist eine klare Kante in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zusätzlich ist es uns gelungen, 1 Milliarde Euro weniger Schulden, als von Steinbrück vorgeschlagen, zu machen. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der schon angesprochen worden ist, nämlich auf die Kulturpolitik. Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern wir setzen auch auf diesem Gebiet Akzente. In den beiden Haushalten, die wir in dieser Woche beraten, wird das größte nationale Kulturinvestitionsprogramm mit einem Volumen von 400 Millionen Euro auf Kurs gebracht. Das ist ein wichtiges Signal. Als Beispiel nenne ich die Klassik Stiftung Weimar oder die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Dieses Programm ist ein Angebot an das Land Berlin, nach Abschluss der Bund/Berlin-Verhandlungen Investitionen in Berlin zu tätigen. Außerdem ist es ein Angebot an die Stadt Bonn, für die auch Sie, Herr Kollege Westerwelle, sich eingesetzt haben. Man kann hier nicht einerseits Ausgaben geißeln und andererseits diejenigen loben, für die man selber eingetreten ist. Ich finde, diese Art und Weise des Umgangs miteinander ist einfach unredlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat 39 Millionen Euro für den Bau des Festspielhauses „Ludwig van Beethoven“ bewilligt. Selbstverständlich ist Beethoven ein nationales Ereignis. Wenn Sie die Varusschlacht und den Siebenjährigen Krieg durcheinanderwerfen, dann will ich Ihnen das gerne durchgehen lassen. Aber das eine gegen das andere auszuspielen, geht nicht. Früher hatten Sie einmal eine „18“ unter dem Schuh; heute scheinen mir da kleine Karos zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

So sollte der Umgang zukünftiger Koalitionspartner

nicht sein, die in Nordrhein-Westfalen im Übrigen erfolgreich zusammenarbeiten.

Wir haben in diesem Haushalt Vorsorge für das Stadtschloss getroffen.

(Ulrike Flach [FDP]: Auch für die wachsenden Kosten?)

Wir haben deutlich gemacht: Wir wollen den Wiederaufbau des barocken Stadtschlusses, und wir können dafür einen festen Kostenrahmen ermöglichen. Allerdings schließen sich Kostenmanagement und kulturelles Bewusstsein in diesem Falle überhaupt nicht aus.

Ein Drittes haben wir in diesem Zusammenhang gemacht:

Wir haben für eine Investition in mehrere Aspekte der Moderne - auch des 21. Jahrhunderts - gesorgt und die Mittel für die Kulturhauptstadt Europas 2010 verstärkt. Dies ist ein wichtiger Beitrag für die kulturelle Identität unseres Landes im 21. Jahrhundert.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kampeter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Börnsen?

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Selbstverständlich, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Börnsen. - Anschließend bitte ich, zum Schluss zu kommen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Gutes Timing!)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich habe bei Ihrer Rede mit Aufmerksamkeit verfolgt, dass Sie die großartigen finanzpolitischen Leistungen meines schleswig-holsteinischen Landsmanns Gerhard Stoltenberg, die Orientierung auch für diese Regierung gewesen sind, noch einmal erwähnt haben.

Sie haben nun den Gedanken aufgegriffen, dass der Haushaltsausschuss - Sie persönlich, Frau Merkel und alle anderen Mitglieder - gesagt habe, wir müssten verstärkt in den Kulturstandort Deutschland investieren, weil wir wüssten, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland dadurch eine stärkere Attraktivität erhält. In diesem Zusammenhang hat Ihre Vorrednerin mitgeteilt - -

(Zurufe von der FDP: Frage!)

- Ist es richtig, dass sie mitgeteilt hat,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

dass die autochthone Minderheit der Sorben trotz der Verbesserungen im Kulturbereich schlechter abschneiden? Ist diese Information richtig? Vielleicht können Sie uns auch noch darüber aufklären, dass in alle Bereiche der Kultur sehr wohl gerecht und umsichtig investiert worden ist.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Börnsen, erstens stimme ich Ihnen zu, dass die Zusammenarbeit mit der Kollegin Merkel ausgesprochen angenehm ist und in der Sache erfolgreich voranschreitet. Ich bin in einer etwas schwierigen Situation, da ich hier mit zwei Damen Merkel aus unterschiedlichen Fraktionen zurecht kommen muss.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber bisher ist dies relativ erfolgreich gelungen.

Was die Sorben angeht, halte ich in Beantwortung Ihrer

Frage Folgendes fest:

Erstens. Der Bund hat in den vergangenen Jahren für die sorbische Volksgruppe über seine Verpflichtungen aus dem Finanzierungsabkommen hinaus zusätzliche Leistungen an die Stiftung gezahlt. Wir sind weit über das hinausgegangen, was wir mit den Ländern Brandenburg und Sachsen vereinbart hatten.

Zweitens. Wir haben in einem von allen Fraktionen unterstützten Antrag eine Aufstockung des Zuschusses an die Stiftung für das sorbische Volk in Höhe von - ich habe das jetzt nicht im Kopf -

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: 600 000!)

600 000 Euro beschlossen und dies mit einem klaren Verhandlungsauftrag an den Staatsminister für Kultur und Medien verbunden, der einer der erfolgreichsten Minister dieser Bundesregierung ist, was zu Anfang dieser Legislaturperiode viele gar nicht glauben wollten. Dies wird aber jetzt an Themen wie der Filmförderung oder der Bundeskulturstiftung deutlich. Der klare Verhandlungsauftrag besagt, mit den Ländern Sachsen und Brandenburg ein neues Finanzierungsabkommen auszuhandeln, in ihm die vielen kritischen Anregungen des Bundesrechnungshofes und des Bundesverwaltungsamtes aufzugreifen, die die Zusammenarbeit zwischen Bund, Sachsen, Brandenburg und der Stiftung für das sorbische Volk betreffen, und anschließend dem Deutschen Bundestag dieses Finanzierungsabkommen mit der Perspektive einer fairen Lastenverteilung zwischen den Beteiligten vorzulegen.

Als Union und als Große Koalition stehen wir zu unserer Verantwortung für die autochthone Minderheit der Sorben. Wir haben ein entsprechendes Verhandlungsangebot auch materiell untermauert. Ich halte es für richtig, dass alle Fraktionen des Deutschen Bundestages zumindest im Haushaltsausschuss diesem Verhandlungsangebot zugestimmt haben, und ich bin zuversichtlich, dass es Bernd Neumann, unserem Staatsminister für Kultur und Medien, mit seinem Verhandlungsgeschick und seinem Charme gelingen wird, die Verhandlungspartner zusammenzuführen und mit ihnen gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit in diesem Bereich der Kulturpolitik, aber auch im Bereich der Haushaltspolitik insgesamt. Das Ergebnis, das am Freitag zur Abstimmung stehen wird, kann sich sehen lassen. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung auf ausgeglichene Haushalte und eine nachhaltige Finanzpolitik. Dies muss ein Markenzeichen nicht nur der Union, sondern auch jeder Regierung sein, an der die Union aktiv beteiligt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Katrin Göring-Eckardt vom Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Das ist heute ein schönes Happening.

(Jörg Tauss [SPD]: Früher war ein Happening

etwas anderes!)

- Nein, das meine ich ernst. 400 Millionen Euro mehr für die Kultur: Darüber kann man sich wirklich freuen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Ich gebe allerdings zu: Ich würde mich gerne mitfreuen, ohne dass das Ganze ein Geschmäcke hat. Wenn man nach 24 Uhr im Haushaltsausschuss etwas einbringt, was schon am nächsten Tag in einer Regionalzeitung als beschlossen dargestellt wird - die Zeitung hat also schon gewusst, was beschlossen werden wird, bevor es im Haushaltsausschuss überhaupt auf dem Tisch lag -, dann hat das für mich ein Geschmäcke. Das ist nicht sinnvoll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wer hat das denn gemacht?)

Herr Kampeter, ich will Ihnen auch sagen, warum ich das nicht sinnvoll finde. Sie haben eben die Varusschlacht erwähnt und Herrn Westerwelle belehrt - das ist in Ordnung; politische Bildung soll es im Deutschen Bundestag ja auch geben -, aber ich glaube, dass die Klassik Stiftung Weimar und auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten es nicht verdient haben, dass der Eindruck erweckt wird, man schiebe nachts etwas über den Tisch nach dem Motto „Für mich Varus und für dich Goethe“. Das haben sie nicht verdient. Sie sind mehr wert. Sie sind deutsches Kulturerbe. Das kann man nicht um Mitternacht verhandeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das eine ist der Haushalt 2008, das andere ist der Nachtragshaushalt 2007!)

- Das ist der entscheidende Punkt. Das eine ist der Haushalt 2008, das andere der Nachtragshaushalt 2007, mal kurz über den Tisch geschoben. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung hat von einer Kriegskasse geredet. Ich glaube, das ist keine sinnvolle Haushaltspolitik, und es ist der Projekte, um die es geht, und unseres kulturellen Erbes nicht würdig. Wir haben etwas anderes verdient. Sie hätten Ihre Vorschläge eher vorlegen und deutlich machen können, welche Wichtigkeit das hat, statt Deals zu verabschieden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle aber vor allem über einen anderen Punkt reden, den ich noch viel wichtiger finde, wenn wir in diesem Hause über die Kulturpolitik reden, und zwar die Erinnerungskultur. Auch bei diesem Thema sind die Haushaltsberatungen nicht leicht gewesen. Salomon Korn hat während Haushaltsberatungen in der Zeit darauf hinweisen müssen, dass in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald nur 50 Prozent der Führungen stattfinden können. Das halte ich für einen absoluten Skandal, wenn es um Vergangenheitsaufarbeitung und Erinnerungskultur in Deutschland geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Auch dabei gab es ein langes Hin und Her, ob man

der Gedenkstätte wenigstens 400 000 Euro mehr gewähren sollte. Es hat einer riesigen Anstrengung bedurft, aber es ist jetzt beschlossen worden. Dafür bin ich froh und dankbar.

Was die Erinnerungskultur angeht, will ich mit Blick auf die Zukunft ausdrücklich vorwarnen - in der gleichen Zeit hat nämlich im Kulturausschuss die Anhörung zur Erinnerungskultur stattgefunden -: Wir können uns in der Erinnerungskultur keine Schwerpunktverschiebung weg von der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit leisten. Ich glaube, das gebietet die Verantwortung, die wir in Deutschland für unsere eigene Geschichte haben.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das hat die Anhörung sehr deutlich gemacht. Wenn man über das Jahrhundert des Totalitarismus und die beiden deutschen Diktaturen redet, dann sind wir auf dem falschen Weg. Das halte ich für sehr gefährlich in einer Zeit, in der Neonazis überall in Deutschland versuchen, sich zu verankern. Ich halte das für gefährlich in einer Zeit, in der wir einen Neuanfang bzw. einen Neuaufbruch brauchen, gerade weil viele überlebende Zeitzeugen bald nicht mehr da sein werden. Wir brauchen einen Neuaufbruch für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle für unser kritisches Geschichtsbewusstsein spielt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht an, bei der Zivilgesellschaft zu streichen und nach dem Motto zu verfahren, an ihrer Stelle werden es schon die Institutionen in Deutschland machen. Es geht auch nicht, auf der einen Seite zulasten eines kritischen Geschichtsbewusstseins zu streichen und auf der anderen Seite davon auszugehen, dass sich die Bedeutung der Gedenkstätten danach bemessen wird, wie wirtschaftlich sie sind. Sprich: Eine Gedenkstätte ist umso wichtiger, je mehr Besucherinnen und Besucher sie hat. Auch das hat für mich nichts mit kritischem Geschichtsbewusstsein und mit der Bedeutung zu tun, die wir in Deutschland aus meiner Sicht mit diesen Gedenkstätten verbinden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als Letztes: Wenn es um die Aufarbeitung unserer DDR-Geschichte in Deutschland geht, macht es keinen Sinn, so zu tun, als ob es da nur Repression, Anpassung, Abhängigkeit, Ausgrenzung und Widerstand gegeben hätte.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Aber verniedlichen wollen wir auch nicht!)

- Ganz bestimmt nicht. Ich bin bestimmt nicht die Richtige, der Sie das sagen müssen, dass wir nicht verniedlichen wollen, nein.

Aber der Punkt ist genau, dass wir über das andere ebenso reden müssen: über Loyalitäten, über ideologische Überzeugung. Nur dann, wenn wir in Gänze darüber sprechen, werden wir nämlich verhindern, dass die Vergangenheit verniedlicht und bagatellisiert wird. Wem wir damit einen Gefallen täten, das wissen wir hier im Hause ganz genau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davor müssen wir auf der Hut sein. Wir haben zwei wichtige Debatten dazu vor uns. Ich will das an dieser

Stelle wegen der Zeit nur in Stichworten sagen: Das eine ist die Debatte um das sichtbare Zeichen, das andere die Debatte um das Denkmal für Einheit und Freiheit. Beides gehört auch in diesem Sinne zusammen, und ich hoffe sehr, dass wir mit kritischem Geschichtsbewusstsein dafür sorgen, hier nicht eine Schlagseite zu bekommen, die der Geschichtsaufarbeitung, die wir in der Vergangenheit hatten und die wir so dringend brauchen, zuwiderläuft. Wir stehen hierbei in einer Verantwortung, die mehr ist, als die Debatte hierzu am heutigen Tag gezeigt hat.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Merkel von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, die Haushaltsberatungen in diesem Jahr waren sehr erfreulich.

(Lachen bei der FDP)

Was in diesem Jahr erfreulich war, sind die Fakten, die hier schon oft genannt worden sind und die ich auch nicht verschweigen will: Dass die Nettokreditaufnahme erheblich gesenkt werden konnte - von 19,5 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro in diesem Jahr; im nächsten Jahr soll sie auf höchstens 11,9 Milliarden Euro festgeschrieben werden -, ist ein Erfolg. Dass unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, näherrückt - spätestens im Jahr 2011 -,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

ist ebenfalls ein Erfolg. Dass die Steuereinnahmen höher sind als erwartet, ist auch gut, und dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert hat - das Zeichen dafür sind über 1 Million Arbeitsplätze mehr -, ist auch etwas, das als Erfolg bezeichnet werden kann. Das lassen wir auch nicht kleinreden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Kampeter, wer wie Sie nach zwei Jahren Regierungserfahrung glaubt, man müsse nur an einer Stellschraube drehen, um Erfolg zu haben, der greift meines Erachtens zu kurz. Dieser Erfolg ist auch darauf zurückzuführen, dass die rot-grüne Koalition - auch zusammen mit der CDU/CSU im Bundesrat - Reformen in Gang gesetzt hat, die jetzt Wirkung zeigen. Rot-Grün hat damit angefangen, die Große Koalition hat dies erfolgreich fortgeführt,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber Ihr Parteitag hat sich doch davon verabschiedet, Frau Kollegin Merkel!)

und das ist auch ein Ergebnis von konsequenter Politik, auf deren Kontinuität zumindest die Sozialdemokraten stolz sein können; denn sie war erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Weniger Schulden zu machen, ist ein richtiges und ein wichtiges Ziel, das wir auch weiterhin verfolgen. Wichtig ist aber auch, dass es nicht das einzige und alleinige Ziel ist, sondern ein Mittel, die Notwendigkeit dafür,



wieder Luft zu bekommen, Handlungsspielräume zu erschließen und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.  
Richtig ist: Haushalts- und Finanzpolitik muss Begehrlichkeiten abwehren können, muss aber auch Impulse geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir schmeißen kein Geld zum Fenster hinaus, sondern investieren angesichts der stabileren Lage in Bereiche, die die Stabilität sichern und weiter festigen sollen. Umso erfreulicher ist es, wenn die Einnahmen höher sind als erwartet; umso erfreulicher ist, dass wir durch den Nachtragshaushalt 2007 aufgrund höherer Einnahmen nun auch zusätzliche Mittel hatten, die wir gezielt einsetzen konnten.

Durch die Steuermehreinnahmen konnten wir mit dem Nachtragshaushalt wichtige Vorhaben finanzieren und Schwerpunkte setzen. Mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige konnten wir einen wesentlichen Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik leisten. Das ist ein wesentlicher Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren in Köpfe und somit in Zukunft. Das tun wir auch mit dem Haushalt 2008 durch die Erhöhung der BAFöG-Bedarfssätze um 10 Prozent und der Freibeträge um 8 Prozent.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Sehr gut!)

Auch das Meister-BAFöG steigt. Damit bringen wir spürbare Verbesserungen und sorgen für mehr Chancengleichheit. Meine Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen, welche weiteren Schwerpunkte wir im Bereich Bildung und Forschung setzen konnten. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben den Etat in den Haushaltsberatungen um 163,3 Millionen Euro erhöht.

Mein Hinweis auf die anderen Einzelpläne ist noch nicht zu Ende. Ein Programm, das mir besonders wichtig ist, weil es auf eine Initiative von uns Haushältern, Steffen Kampeter, zurückgeht, ist: Im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird nun ein Programm zur Umsetzung kreativ-wirtschaftlicher Konzepte neu gestartet. Mit insgesamt 5 Millionen Euro sollen so kreativ-wirtschaftliche Projekte aus allen Bundesländern gefördert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme jetzt zu einem meiner Etats aus dem Bundeskanzleramt, zum Kulturhaushalt. Neben diesen eben genannten Investitionen konnten wir in den Kulturhaushalt weitere Mittel einstellen.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Sehr gut!)

So fließen - das haben Sie von der Opposition schon angemerkt - zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro als Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen. Auf eines möchte ich an dieser Stelle ganz besonders hinweisen: Dies geschah im Parlament und durch das Parlament.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Dieses Geld kam nicht durch den von mir durchaus geschätzten Herrn Staatsminister in den Haushalt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der hat aber die Vorbereitung gemacht!)

Dass Sie sich, Herr Neumann, über diese Mittel, die Ihrem Etat zugutekommen, freuen, ist verständlich; das tue auch ich. Sie haben einen unverhofften Geldsegen erhalten, für den Sie nichts tun mussten.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Aber das Geld kommt vom Steuerzahler, nicht vom Parlament!)

Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel war ein Wunsch des Parlaments und ist auf eine Initiative des Parlaments zurückzuführen. – Das war zur Klarstellung nötig.

(Beifall bei der SPD)

Diese Mittel sind für mich ein gutes Beispiel, wie Gelder gezielt eingesetzt werden können, um Impulse und Prioritäten zu setzen. Zunächst einmal sind diese Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen an die Kofinanzierung durch Länder und Kommunen sowie Private gekoppelt. Das heißt, es fließen mehr Mittel, als wir einstellen.

Teil dieses Programms sind Mittel für die Sanierung der Staatsoper in Berlin, für die Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Festspielhaus Beethoven in Bonn und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Über die Staatsoper müssen wir noch reden!)

Hier ganz gezielte Investitionen zu leisten, ist uns mit diesem großen Programm gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Alle Mittel sind gesperrt, weil wir im Haushaltsausschuss die Entsperrung der Mittel für alle diese Projekte erst freigeben werden.

Wir haben auch ein Programm für den Denkmalschutz in Höhe von 40 Millionen Euro aufgelegt.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Sehr gut! Das ist notwendig!)

Dies wird vielen Ländern und Kommunen zugutekommen.

Wir haben gemerkt, dass sich die Länder und Private daran beteiligen. Dies sind Investitionen, die in den einzelnen Regionen einen Anker setzen. Das schafft zusätzliche Arbeit und kommt dem Mittelstand zugute.

Diese Art der Impulssetzung streben wir an; deswegen stellen wir diese 40 Milliarden zur Verfügung.

(Zurufe von der CDU/CSU: Millionen!)

– 40 Millionen, richtig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Milliarden wären auch gut, sind aber nicht möglich!)

– Richtig, das kommt vielleicht beim nächsten Mal, wenn es so weitergeht.

Wir begleiten Projekte, auch solche, die eines sehr sensiblen Umgangs bedürfen. Das „sichtbare Zeichen“ ist für mich so ein Projekt. Es steckt gerade in den Anfängen und benötigt meiner Meinung nach eine sorgsame und sensible Begleitung. Als „sichtbares Zeichen“ soll auf der Grundlage der vom Bonner Haus der Geschichte konzipierten Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“

eine Dauerausstellung in Berlin eingerichtet werden.

An dieser Stelle erlaube ich mir die persönliche Bemerkung, dass über die derzeit ins Auge gefasste Unterbringung der geplanten Dauerausstellung im Deutschlandhaus noch einmal diskutiert werden muss, und zwar sowohl im Kulturausschuss als auch im Haushaltsausschuss.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das können wir gerne prüfen!)

Dieser Standort muss meiner Meinung nach überprüft werden. Die SPD-Fraktion war immer der Auffassung, dass diese Dauerausstellung in die bestehende Museumslandschaft eingebettet werden müsse und die europäische Einbindung von zentraler Bedeutung sei.

Ich gebe Folgendes zu bedenken: Eine räumliche Nähe des „sichtbaren Zeichens“ zum Landesverband der Vertriebenen in Berlin im Deutschlandhaus könnte zu Recht den Verdacht erwecken, dass eine inhaltliche Nähe zu dem vom Bund der Vertriebenen geplanten Zentrum gegen Vertreibung geschaffen werden soll. Das widerspräche nach meiner Auffassung der Koalitionsvereinbarung.

Eine deutliche Abgrenzung des „sichtbaren Zeichens“ von einem Zentrum gegen Vertreibung -sowohl räumlich als auch inhaltlich - ist - da bin ich sicher - für die SPD-Bundestagsfraktion Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieses Projekts. Sie sehen: Es besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Haben Sie denn einen Alternativvorschlag?)

Ich möchte noch ein Beispiel für den Bereich des Reformierens geben. In diesem Zusammenhang darf ich auf die Föderalismuskommission II eingehen. Dort arbeiten wir daran, neue, wirksamere Grenzen und Begrenzungen der Verschuldung zu definieren und zu vereinbaren. Wir haben uns vorgenommen, die Finanzbeziehungen und Verwaltungsaufgaben zwischen dem Bund und den Ländern neu zu ordnen und dadurch Einsparungen zu erzielen.

Ein Bereich, in dem wir meiner Meinung nach tätig werden können und sollten, ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Während der zweiten Expertenanhörung der Föderalismuskommission II wurde deutlich, dass die Einrichtung einer solchen Bundessteuerverwaltung sehr wohl interessant ist.

Ich halte es für ein gutes und wichtiges Instrument, durch eine Bundesbehörde Steuern einzuziehen. Entscheidend ist, dass sich dann kein Land herausmogeln und auf seinem Gebiet Betriebsprüfungen vernachlässigen kann. Kein Bundesland sollte damit punkten, dass es weniger Mitarbeiter bei der Steuerverwaltung und Steuerprüfung gibt. Sie alle wissen, was das für ein fatales Signal ist. Laxes Auslegen der Steuergesetze darf nicht als Standortfaktor genutzt werden.

(Beifall bei der SPD - Jörg Tauss [SPD]: Wie in Baden-Württemberg!)

Da sage ich als Haushälterin: So nicht!

Neben den gleichen Bedingungen für die Durchführung in den Ländern, die wir durch eine Bundessteuerverwaltung

schaffen könnten, gefällt mir besonders ein charmanter Gedanke: nämlich dass die Effektivitätsgewinne, die Mittel, die man durch Bürokratieabbau beim Einziehen von Steuern erhält - das sind ungefähr 10 Milliarden Euro -, sowohl dem überschuldeten Bund als auch den überschuldeten Ländern zugutekommen. Es gab die Überlegung, dabei auch den Abbau von Altschulden einzubeziehen. Alle würden davon profitieren: der Bund, die Länder und die Kommunen. Wir sollten weiterhin darüber nachdenken, ob das nicht ein Weg ist, den wir gemeinsam gehen können.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir solche Reformen in Angriff nehmen können. Wir haben jetzt aufgrund der Haushaltssituation gute Bedingungen dafür.

Wir haben ein Zeitfenster, das wir nutzen sollten. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in diese Richtung gehen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Monika Grütters von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht selbstverständlich, dass beim Kanzleramt die Kultur ressortiert. Aber daran sehen wir: Hier geht es um Grundsätzliches, um die Einsicht nämlich, dass nationale Identität vor allem aus dem Kulturleben eines Landes wächst, aus dem traditionellen Erbe übrigens ebenso wie aus der künstlerischen Avantgarde. Diese Bundesregierung mit Bernd Neumann als Staatsminister für Kultur und Medien kann eine stolze und auch, wie es in einer Zeitung stand, fröhliche Zwischenbilanz ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch nie stieg der Kulturetat so steil an wie seiner, und noch nie hat eine Bundesregierung die Rolle der Kultur so eindrucksvoll auch im Haushalt gestärkt wie diese, lieber Steffen. Seit der Wende gab es übrigens auch keine Bundesregierung, die die kulturpolitische Rolle der Hauptstadt so souverän anerkannt hat wie die Regierung Merkel.

Der Kulturetat ist 2006 um 2,1 Prozent gestiegen, 2007 um weitere 3,5 Prozent und jetzt zum dritten Mal in Folge um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dass darüber hinaus im zweiten Jahr seiner Amtszeit ein nationaler Kulturinvestitionsplan in Höhe von 400 Millionen Euro gelingen konnte, hat Bernd Neumann zu Recht staunende Bewunderung eingebracht:

Vom „Wunder von Bernd“ ist die Rede,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

von Neumanns „Kampfdiplomatie“ und vom „Neumann im Glück“. Chapeau, Herr Staatsminister, dass dieses Lob auch noch vom immer nörgelnden Deutschen Kulturrat kommt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Immer nörgelnd!

Das ist wohl zutreffend!)

Das ist doch ein wahrer Ritterschlag.

Ein Glück für uns ist ebenso, dass die CDU/CSU in

Steffen Kampeter einen wahren Kulturfreund als Chefhaushälter hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist auch ein Gewinn für die Kultur in unserem Land, für deren Bedeutung so das Bewusstsein geschärft wird - nicht nur mit der entsprechenden Finanzierung vieler Maßnahmen, aber eben auch nicht ohne sie. Ich darf zum Beispiel daran erinnern, dass nach 30 Jahren Hängepartie endlich die UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz umgesetzt sowie die Übereinkunft zur kulturellen Vielfalt vom Kabinett verabschiedet wurde. Bernd Neumann hat - das wissen Sie - die Filmförderung und mit der EU-Fernsehrichtlinie auch die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt sowie die Deutsche Welle nach langen Jahren der Kürzung endlich wieder angemessen finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ist das hier eine Werbeeinblendung?)

Frau Göring-Eckardt, es ist richtig, dass Erinnerungskultur hier eine zentrale Bedeutung hat. Aber ich muss Sie korrigieren: Bei der Anhörung war es die Mehrheit der Anzuhörenden, die das Konzept der Regierung zur Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts unterstützt hat. Es geht darum, die Unterstützung der Bundesregierung für national bedeutsame Gedenkstätten der NS-Terrorherrschaft zu verstetigen, aber gleichzeitig die Aufarbeitung der SED-Diktatur in angemessener Weise zu verstärken.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:

Genau so war das!)

Das ist von fast allen Anzuhörenden getragen worden. Hierzu gehört auch - Frau Merkel hat es erwähnt - das sichtbare Zeichen gegen Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Jetzt, nachdem das Konzept vorliegt, ist es Sache des Parlaments, dieses wichtige Vorhaben zum Erfolg zu führen. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen des Kulturstaatsministers zu nennen, um in Fragen der Restitution von Kulturgut möglichst zu bundesweit einheitlichen, moralischen Maßstäben entsprechenden und transparenten Lösungen zu kommen. Die Verbesserung der Provenienzforschung ist Voraussetzung dafür. Dafür liegt ein neues, solide finanziertes Konzept vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Außer zur Initiative „Ein Netz für Kinder“ oder zum NRW-Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ möchte ich als Berliner Abgeordnete - sehen Sie es mir bitte nach - Folgendes sagen: Bernd Neumann hat - dafür danke ich ihm - ein großes Herz für die Hauptstadt. Das Bode-Museum wurde im Oktober 2006 wiedereröffnet. Für die Errichtung des neuen Eingangsgebäudes auf der Museumsinsel sind immerhin zusätzliche Mittel in Höhe von 73 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden.

(Klaus Hagemann [SPD]: Hat das der Neumann gemacht?)

Was lange währt, wird bekanntlich endlich gut. Daher bin ich zuversichtlich, dass die Verhandlungen des Bundes mit Berlin in Sachen Staatsoper - auch hier geht es immerhin um 200 Millionen Euro - erfolgreich zu Ende

gebracht werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wenn der Senat mitmacht!)

- Wenn der Senat mitmacht.

Das Bekenntnis zur Kultur ist für uns immer auch ein Bekenntnis zu den Wertegrundlagen unserer Gesellschaft. Kultur ist kein dekorativer Luxus, den sich eine Gesellschaft leistet, sondern eine Vorleistung, die, so meine ich, allen zugute kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Monika Griefahn [SPD] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Diese Regierung hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie die Bedeutung der Kultur für die Kulturnation Deutschland erkannt hat. Daher darf, wie ich meine, nicht nur die Frankfurter Rundschau unseren Kulturstaatsminister getrost als den „Herbstmeister der Großen Koalition“ würdigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Einzelplan hat das Wort die Kollegin Monika Griefahn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Monika Griefahn (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Jahren ist es gute Tradition geworden, dass wir im Rahmen der Debatte über den Kanzlerhaushalt auch eine Kulturdebatte führen. Da der Staatsminister für Kultur und Medien im Kanzleramt residiert, kann der Kulturhaushalt in diesem Zusammenhang besprochen werden.

Der Haushalt des Kulturstaatsministers wurde schon mehrfach erwähnt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gelobt wurde er!)

Auch vom „Wunder von Bernd“ wurde schon gesprochen.

Ich möchte meiner Kollegin Merkel ausdrücklich zustimmen. Ohne das Bemühen des Staatsministers schmälern zu wollen, muss ich jedoch sagen: Die Erfolge sind eher ein Wunder des Parlamentes. Das ist unser Job, und das ist unsere Rolle.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang

Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei den Kollegen im Haushaltsausschuss bedanken, insbesondere bei Petra Merkel. Ohne das Engagement der Haushälter im Ausschuss kann man solche Projekte nicht auf die Beine stellen. Ganz herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Petra, ich danke dir ganz besonders für deinen Einsatz.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Geldsegen ist gut angelegt. Mit diesen Mitteln werden wichtige Investitionen finanziert, die überfällig sind. Frau Merkel hat die anstehende Sanierung der Staatsoper in Berlin, das Denkmalschutzprogramm und anderes erwähnt. In den Haushaltsberatungen war uns insbesondere die Förderung des Lepsius-Hauses in Potsdam und die Erhöhung der Mittel für das Projekt „Kulturhauptstadt

Essen 2010" wichtig. Das sind Projekte,  
die nicht auf der Strecke bleiben sollen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang  
Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Der Denkmalschutz ist uns ein besonderes Anliegen,  
weil er auch aus strukturpolitischer Sicht eine große Bedeutung  
hat. 2003 endete das sogenannte Dach- und  
Fachprogramm der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.  
Zwar gab es im Bereich des Denkmalschutzes  
weiterhin Bundesfördermittel, sie hatten jedoch keine  
Breitenwirkung und entfalteten keine Strahlkraft. Dabei  
sind gerade der Denkmalschutz und die Erhaltung des  
kulturellen Erbes Bereiche, in denen die Länder bei aller  
Kulturhoheit auf die Unterstützung des Bundes angewiesen  
sind. Viele Gemeinden können die für die Erhaltung  
einer Kirche oder eines denkmalgeschützten Fachwerkhauses  
erforderlichen Mittel nicht aufbringen. Solche  
Gebäude sind aber neben den großen Leuchttürmen wie  
den preußischen Schlössern und Gärten wichtig, gerade  
für die Menschen vor Ort. Deswegen freue ich mich über  
dieses Programm ganz besonders.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist unser Anliegen, diesen Bereich für ganz  
Deutschland auszubauen. Dabei sollte man wissen, dass  
Denkmalpflege und Denkmalerhaltung auch zentrale  
Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren sind. In diesem  
Bereich sind viele kleine und mittelständische Unternehmen  
tätig, die oftmals hochgradig spezialisiert sind.  
Dadurch bleiben zudem Handwerksberufe erhalten, die  
sonst wahrscheinlich aussterben würden, wie zum Beispiel  
Stukkateure oder Steinmetze. Wie wichtig diese  
selten gewordenen Handwerkskünste sind, war bei der  
Herstellung der Spiegel im Grünen Gewölbe in Dresden  
zu erleben, das vor einem knappen Jahr von der Bundeskanzlerin  
wiedereröffnet wurde. Hier wurde eine Technik  
angewendet, die nur noch ganz wenige Experten beherrschen.  
Deswegen ist es wichtig, dies weiterhin zu  
fördern. Wir sind beim Handwerk weltweit Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des  
Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/  
CSU])

Das heißt, wir stützen mit dem kulturellen Erbe nicht  
nur das materielle Erbe, sondern eben auch das kreative  
Erbe, das Wissen und die Tradition. Es ist ganz wichtig,  
das im Rahmen von Kulturpolitik immer wieder deutlich  
zu machen und Spitzentechnologie und Tradition hier  
gemeinsam zu verankern. Unsere lebendige Gesellschaft  
lebt von dem Wissen und den Fähigkeiten. Wir müssen  
diese weitervermitteln. Kulturpolitik ist eben auch immer  
Bildungs- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD] sowie  
des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup]  
[CDU/CSU])

Kulturpolitik ist gestaltende Politik. Das ist ein wichtiger  
Punkt.

Stichwort: Grünes Gewölbe und Dresden. In diesem  
Zusammenhang muss ich leider noch eine Randbemerkung  
machen. Während Deutschland für seinen Denkmalschutz  
weltweit gelobt und beneidet wird, verspielen  
wir gerade beim Streit um die Waldschlösschenbrücke

in Dresden diese Anerkennung. Kompromisse zur Lösung des Streits sind möglich. Der Bund würde diese sogar mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Mittlerweise gibt es mehr als 20 000 Unterschriften dafür, mit einem neuen Bürgerentscheid eine Kompromisslösung herbeizuführen und einen Tunnel zu bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Einzig die Landesregierung in Sachsen hat bisher keine ernsthaften Bemühungen um einen Kompromiss unternommen. Das finde ich sehr bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN  
- Jörg Tauss [SPD]: Kulturlos!)

An die Adresse der Bundesregierung möchte ich hinzufügen: Die Bundesrepublik steht hier insgesamt in der Verantwortung. Denn das schlägt auf uns zurück, übrigens auch auf die anderen Bundesländer

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.  
Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

und auf die, die weitere Anträge auf Kulturerbestandorte stellen. Mir blutet das Herz, wenn ich sehe, dass durch das Fällen von mehr als hundert Jahre alten Eichen unwiderrufliche Tatsachen geschaffen werden. Das sind übrigens Bäume, die in Sachsen einmalig sind. Hier werden gewachsene Strukturen zerstört. Das ist keine gestaltende, sondern zerstörerische Politik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie  
des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt]  
[FDP])

Nun wieder zum Erfreulichen, zu den Steigerungen im Haushalt 2008. Hier wurden schon die Mittel für die Gedenkstätten Buchenwald und Dachau erwähnt. Gedenkstätten sind Lernorte und wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Es ist erfreulich, dass die Besucherzahlen in den Gedenkstätten zunehmen und dass wir uns über Geschichte informieren. Das spricht für ihre Arbeit. Jedoch müssen die Gedenkstätten in die Lage versetzt werden, mit den damit verbundenen Anforderungen umzugehen. Sie müssen mehr Führungen anbieten und mehr Personal beschäftigen können. Auch wenn wir jetzt schon Verbesserungen erreichen konnten, liegen die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Gedenkstättenförderung durch den Bund noch vor uns. Wir diskutieren darüber; das wurde schon erwähnt. Vorgeschlagen wird unter anderem, die Gedenkstätten in den westlichen Bundesländern in die institutionelle Förderung aufzunehmen. Wir als SPD-Fraktion unterstützen dieses Ansinnen sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen uns darüber klar sein, dass im nächsten Jahr wahrscheinlich zusätzliche finanzielle Mittel dafür nötig sein werden. Das müssen wir bei den zukünftigen Haushaltsverhandlungen im Auge haben, damit wir genau diese Lernorte für unsere Kinder und auch andere Menschen erhalten. Die Kinder werden heute schon durch entsandte Lehrer unterrichtet. Aber die anderen Menschen, die in diese Lernorte kommen, haben die Schwierigkeit, dort keine Führung zu bekommen. Das



müssen wir vorsehen; das ist ganz wichtig.  
Es gibt weitere politische Schwerpunktthemen, die uns im nächsten Jahr beschäftigen werden. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wird in der nächsten Sitzungswoche ihren Abschlussbericht vorlegen. Wir werden hier darüber diskutieren. Darin werden viele Bereiche unserer vielfältigen Kulturlandschaft beschrieben, die sonst eher nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehen. Es ist wichtig, dass sich das im Haushalt wiederfindet, zum Beispiel in Form der soziokulturellen Zentren, die oftmals im ländlichen Raum oder in städtischen Schwerpunkten das einzige kulturelle Angebot darstellen. Hier werden mit wenigen finanziellen Mitteln vielfältige kulturelle Angebote ermöglicht, die sich stark an den Interessen und Bedürfnissen sowohl der Bürger als auch der Künstler orientieren. Diese Arbeit wird an Bedeutung zunehmen. Die Stärkung der kulturellen Bildung findet in den soziokulturellen Zentren statt; dort wird Kultur als Teil von Integration berücksichtigt. Deswegen müssen wir sie unterstützen. Etablierte Kultureinrichtungen haben eine wichtige Vorbildfunktion. Daher müssen Einrichtungen wie Bibliotheken und Musikschulen erhalten werden, gerade im ländlichen Raum. Diesen wichtigen Aspekt müssen wir weiterhin im Blick haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine grundsätzliche Anmerkung zum Haushalt: Wir freuen uns über die bereitgestellten Mittel. Wir müssen uns aber immer fragen: Geben wir das Geld an der richtigen Stelle aus? Welche Ideen und Vorstellungen verbinden wir damit, dass wir für die Erhaltung des kulturellen Erbes Geld ausgeben? Dabei geht es also um Strukturfragen. Im Bericht der Enquete-Kommission werden viele Anstöße zur Lösung der vor uns liegenden Aufgaben gegeben. Es stellt sich die Frage, welche Schwerpunkte wir in Zukunft beim Einsatz unseres Geldes setzen. Darüber müssen wir im nächsten Jahr intensiv diskutieren. Da ich gerade über den richtigen Einsatz des Geldes spreche, möchte ich die „Initiative Musik“ ansprechen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Im Jahr 2008 wird hierfür erneut 1 Million Euro zur Verfügung gestellt, obwohl mit den konkreten Förderprojekten noch nicht begonnen wurde. Wir tun das, weil wir überzeugt sind, dass wir der Rock-, Pop- und Jazzszene mit diesem Instrument wichtige Anreize geben können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erste Ziele wie der Spielstättenpreis für Jazzmusik oder die Tourbusförderung haben wir in dem Antrag, den wir in den Bundestag eingebracht haben, formuliert. Es wird höchste Zeit, dass diese nun durch den Aufsichtsrat unterstützt durch Fachleute aus den jeweiligen Bereichen umgesetzt werden. Zentral ist: Mit 1 Million Euro wollen wir nicht die bestehende Musikwirtschaft finanzieren, sondern durch Anreize gerade Nachwuchsprojekten, die es sonst nicht geben würde, eine Chance geben. So sind die Mittel richtig eingesetzt.

Ich habe mich persönlich sehr darüber gefreut, dass wir einen Preis für qualitativ hochwertige und kulturell sowie pädagogisch wertvolle Computerspiele initiiert haben;

(Zuruf von der SPD: Das ist auch gut so!)

daran arbeite ich zusammen mit anderen Medien- und Kulturpolitikern der SPD schon seit vielen Jahren. Jetzt stellen wir 300 000 Euro zur Verfügung, und die Branche hat zugesagt, sich in einer ähnlichen Größenordnung zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle möchte ich der Kollegin Petra Merkel und dem Kollegen Jörg Tauss, die hier besonders engagiert mitgewirkt haben, ganz herzlich danken.

Schon im nächsten Jahr kann eine unabhängige Jury in verschiedenen Kategorien wie „Kinder- und Jugendspiel“, „Nachwuchs“ oder „Innovation“ Preise für besonders positive Spiele verleihen. Die Preisgelder müssen wieder für die Entwicklung neuer Spiele eingesetzt werden. So unterstützen wir den Bereich der hochwertigen Computerspiele. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, Anreize zu setzen und Neues und Kreatives zu fördern. Das hat auch für die Kulturwirtschaft einen Wert. Ein Problem haben wir immer noch: die Erforschung der Wirkung von Medien und ihrer Konzentration. Der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung liegt noch immer nicht vor. Wir hoffen, dass wir darüber im nächsten Jahr diskutieren und konkrete Maßnahmen umsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kulturpolitik findet natürlich nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland statt. Ein wichtiger Bereich, der beim Kulturstaatsminister angesiedelt ist, ist die Deutsche Welle. Ich freue mich, dass wir für die Deutsche Welle 4 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen konnten. Nun können das arabische Programm endlich auf acht Stunden pro Tag ausgeweitet und die Verbesserung von Deutsche Welle TV durch die Kooperation mit ARD und ZDF besser finanziert werden. Dass das Instrument des internationalen Dialogs wichtig ist, erlebe ich immer wieder, wenn ich im Ausland bin. Der einzige Wermutstropfen ist, dass die Abwicklung teurer Altlasten wie des Senders Nauen noch nicht finanziert werden konnte. Diese Belastung hätte ich der Deutschen Welle gern erspart; denn sie muss in die Zukunft und darf nicht in die Vergangenheit investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Deutsche Welle ist ein Instrument der Außenpolitik. Gott sei Dank haben wir auch im außenpolitischen Bereich eine Erhöhung der Mittel erzielen können; an dieser Stelle möchte ich dem Kollegen Lothar Mark danken, der sich hier besonders engagiert hat. Wir haben eine Erhöhung der Mittel um 82 Millionen Euro erreicht. Mit über 40 Millionen Euro werden wir eine Schulinitiative durchführen. 20 Millionen Euro stellen wir für die „Aktion Afrika“ zur Verfügung, in deren Rahmen Schüleraustausche, Medienarbeit, Stipendien und Kulturprojekte finanziert werden. Ich glaube, das ist sehr sinnvoll angelegtes Geld. Denn durch jeden Euro, den man in Bildung, Ausbildung und Dialog investiert, kann man sich Investitionen in Krisenprävention oder militärische Einsätze ersparen. Darauf müssen wir unser Augenmerk viel stärker als bisher richten. Das ist wirklich gut investiertes Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Goethe-Institut wird ab dem nächsten Jahr die komplette Budgetierung eingeführt, für die sich Lothar Mark und ich schon seit zehn Jahren einsetzen. Ich bin froh, dass kein Goethe-Institut geschlossen werden musste, sondern dass, im Gegenteil, in Skopje und in den Golfstaaten sogar zusätzliche Präsenzen eröffnet werden konnten. Bibliotheken in Bangalore und Mumbai werden ausgebaut und die Sprachangebote vor Ort verbessert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn es ist uns nach wie vor ein Anliegen, die deutsche Sprache in anderen Ländern zu vermitteln. Auch das trägt zum Dialog bei.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Monika Griefahn (SPD):

Ich bin beim letzten Satz. - Ich freue mich, dass wir diese Aufwüchse erreicht haben und dass die Kultur auch im Haushaltsausschuss als wichtig erachtet wird. Ich hoffe, dass das nächste Jahr in Deutschland ein Jahr der Kultur und der Kunst und der Kulturschaffenden werden kann.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04, Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt, in der Ausschussfassung.

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion

Die Linke vor, über die wir zunächst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache

16/7309? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP bei Zustimmung der Fraktion Die Linke und Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache

16/7311? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist mit gleichen Stimmenverhältnissen abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Einzelplan 04 in der Ausschussfassung.

Bevor ich die Abstimmung eröffne, möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir direkt im Anschluss an die namentliche Abstimmung eine Gremienwahl und unmittelbar danach noch eine namentliche Abstimmung durchführen werden. Ich bitte Sie also, hier zu bleiben.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Plätze einzunehmen. - Sind die Urnen besetzt? - Es fehlen noch Schriftführer vonseiten der Koalition. - Ich eröffne die Abstimmung.

Gleichzeitig gebe ich Ihnen bekannt, dass eine schriftliche Erklärung der Kollegin Michalk nach § 31 der Geschäftsordnung vorliegt, die wir zu Protokoll nehmen.1)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die

Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Interfraktionell ist verabredet worden, die heutige Tagesordnung um die Beratung des Zusatzpunktes 1 - Nachwahl zu verschiedenen Gremien - zu erweitern. - Damit sind Sie ganz offensichtlich einverstanden.

Ich rufe damit Zusatzpunkt 1 auf:

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Wahl eines Mitgliedes des Gemeinsamen Ausschusses

gemäß Artikel 53 a des Grundgesetzes

Wahl eines vom Deutschen Bundestag zu entsendenden

Mitgliedes des Ausschusses nach

Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)

Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen

Kontrollgremiums gemäß §§ 4 und 5 Abs. 4 des

Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle

nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes

(Kontrollgremiumsgesetz - PKGrG)

- Drucksache 16/7287 -

Die Fraktion der SPD schlägt auf Drucksache 16/7287

vor, den Kollegen Thomas Oppermann als Nachfolger

für den Kollegen Olaf Scholz erstens in den Gemeinsamen

Ausschuss nach Art. 53 a des Grundgesetzes, zweitens

in den Ausschuss nach Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes

- Vermittlungsausschuss - sowie drittens in das

Parlamentarische Kontrollgremium zu wählen.

Wir kommen zunächst zur Wahl zum Mitglied des

Gemeinsamen Ausschusses und des Vermittlungsausschusses.

Wer stimmt für diesen Wahlvorschlag? - Gegenstimmen?

- Enthaltungen? - Damit ist dieser Vorschlag

mit den Stimmen des ganzen Hauses, ohne

Gegenstimmen und ohne Enthaltungen, angenommen.

Jetzt kommen wir zur Wahl zum Mitglied des Parlamentarischen

Kontrollgremiums. Hierfür ist laut Gesetz

die Mehrheit der Mitglieder des Hauses erforderlich.

Wer stimmt für diesen Wahlvorschlag? - Gegenstimmen?

- Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag

mit der erforderlichen Mehrheit, und zwar mit den Stimmen

des gesamten Hauses, angenommen.

Damit ist der Kollege Oppermann in diese Gremien gewählt.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt IV auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/

CSU und der SPD

Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates

gegen das Gesetz zur Vorbereitung eines

registergestützten Zensus einschließlich einer

Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz

2011 - ZensVorbG

2011)

- Drucksachen 16/5525, 16/6455, 16/6456, 16/6728,

16/7085, 16/7222 -

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 9. November

gegen das genannte Gesetz Einspruch eingelegt.

Bevor wir zur Abstimmung über diesen Antrag kommen,

bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise

zum Abstimmungsverfahren: Es ist namentliche

Abstimmung verlangt. Nach Art. 77 Abs. 4 Satz 2 des

Grundgesetzes bedarf die Zurückweisung des Einspruchs

des Bundesrates, der einstimmig erfolgt ist, einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Wer den Einspruch zurückweisen will, muss mit Ja stimmen. Bitte achten Sie darauf, dass die Stimmkarte, die Sie verwenden, Ihren Namen trägt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/7222. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Plätze erneut einzunehmen. - Sind alle Urnen besetzt? - Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, auch hier mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Wir haben das Ziel, jetzt die Haushaltsberatungen fortzusetzen. Das ist nur möglich, wenn diejenigen, die an den Beratungen nicht teilnehmen und stattdessen anderen wichtigen Dingen nachgehen wollen, den Raum verlassen und die anderen sich hinsetzen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt II.10:

Einzelplan 05

Auswärtiges Amt

- Drucksachen 16/6405, 16/6423 -

Berichterstattung:

1) Anlage 2 Abgeordnete Jürgen Koppelin

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

Herbert Frankenhauser

Lothar Mark

Michael Leutert

Alexander Bonde

Zum Einzelplan 05 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Es ist verabredet, zwei Stunden zu debattieren. -

Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem

Kollegen Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Hauptberichterstatter für den Etat des Außenministers (Jörg Tauss [SPD]): Sie haben das dicke Buch vergessen!)

- das Thema ist zu ernst für solche Zwischenrufe, Herr Kollege - möchte ich mich ganz herzlich bedanken: zum einen für die gute Zusammenarbeit mit den Haushältern, aber auch mit dem ganzen Haus, zum anderen bei allen Mitberichterstattern, egal von welcher Fraktion. Ich glaube, wir haben sehr gute Arbeit geleistet; denn wir haben vieles gemeinsam angeschoben und gestärkt.

Ich nenne hier einiges, das wir alle gemeinsam getragen und für das wir uns stark gemacht haben, zum Beispiel die auswärtige Kulturpolitik; das Goethe-Institut ist ein Stichwort, aber auch die deutschen Schulen. Ich will ausdrücklich auch den Kollegen Mark loben, der sich hierfür immer sehr engagiert. Wir haben uns auch bemüht,

verstärkt Mittel für die Sanierung und Renovierung der deutschen Botschaften zur Verfügung zu stellen. Viele Botschaftsgebäude stammen aus den 50er- und 60er-Jahren und sind jetzt dringend renovierungsbedürftig. Auch das haben wir alle gemeinsam mitgetragen.

(Beifall bei der FDP)

Bevor ich jetzt einige kritische Anmerkungen mache, will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass sich diese Anmerkungen nicht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums richten, sondern zum einen an den Finanzminister und zum anderen natürlich an den Außenminister.

Aus Sicht meiner Fraktion kritisch zu sehen ist die Personalsituation im Auswärtigen Amt. Sie ist, sehr direkt gesagt, äußerst unbefriedigend. Wenn man verlangt, dass Deutschland eine wichtige Rolle in der Welt spielt, dann muss man die Botschaften entsprechend mit Personal ausstatten; daran geht kein Weg vorbei. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Botschaften ist immens gewachsen, die Personalausstattung ist gesunken. Wir haben den gleichen Personalstand wie zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung. Das entspricht nicht dem, was wir brauchen. Die Herausforderungen sind einfach zu groß. Die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Botschaften ist - das muss ich einfach sagen - an eine Grenze gekommen. Da gibt es kein Vertun. Hier müssen wir etwas machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, in unseren Diskussionen und auch im Ausschuss unterstützen Sie uns; da sind wir uns alle einig. Wenn es aber ans Eingemachte geht, dann haben wir Ihre Unterstützung leider nicht. Deswegen sahen wir uns genötigt, einen Änderungsantrag vorzulegen, in dem wir auf die Personalsituation hinweisen. Wir bitten Sie herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. Bitte unterstützen Sie uns nicht nur mit Worten, sondern in der Abstimmung hier auch mit Taten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt einen weiteren Punkt. Wenn wir uns darin einig sind, dass die Botschaften personell knapp ausgestattet sind, dann geht auch kein Weg daran vorbei, zu sagen: Der Abbau von Planstellen und Stellen im auswärtigen Dienst darf nicht in der bisherigen Form fortgesetzt werden.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr richtig!)

Wenn wir schon jetzt einen Mangel haben, können wir nicht noch weiter abbauen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des gesamten auswärtigen Dienstes meinen Dank und meine Anerkennung für ihre großen Leistungen auszusprechen.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Stinner [FDP])

Es mag die eine oder andere Kritik geben - so habe ich es gelesen -, zum Beispiel am Krisenstab. Wenn die Kritik berechtigt ist, dann ist das zu beheben. Insgesamt

aber leistet unser Krisenstab - unter manchmal erschwerten Bedingungen - ganz hervorragende Arbeit; das sollte man nicht in der Öffentlichkeit zerreden. Hier finden sich hoffentlich wieder alle zusammen, unter der Leitung des Ministers, der bereits im Gespräch angekündigt hat, dass da etwas geschieht. Der Krisenstab hat in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Wir sprechen ihm unsere Anerkennung aus.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, was wir zu kritisieren haben, ist eindeutig; der Kollege Westerwelle hat das vorhin schon angesprochen. Sie müssen uns heute hier erklären, warum Sie einen weiteren Staatssekretär brauchen. Warum brauchen Sie einen innenpolitischen Berater? Warum brauchen Sie weiteres Führungspersonal? In den Botschaften wäre mehr Personal notwendig gewesen, aber doch nicht für Sie für den Wahlkampf. Das ist für den deutschen Steuerzahler einfach zu teuer. Das sollten Sie uns erklären.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Wenn wir in den Botschaften gutes Personal haben wollen, dann müssen wir es vernünftig bezahlen, auch unsere Botschafter. Insofern freue ich mich, dass man zumindest in einem Punkt der FDP gefolgt ist und die sehr wichtige Botschafterposition in Tel Aviv angehoben hat. Ich sage der Koalition herzlichen Dank dafür, dass sie meinem Vorschlag gefolgt ist. Vielleicht sollten wir uns im nächsten Jahr alle Botschafterstellen angucken. Man bekommt, gerade in Konkurrenz zur Wirtschaft, nur dann gute Leute, wenn man sie vernünftig bezahlt, gerade bei dem Job, den unsere Botschafter machen müssen.

Ich möchte in aller Kürze noch ein Thema aufgreifen, zu dem Sie heute ebenfalls Stellung nehmen müssen. Das ist die Diskrepanz, die ich in Ihren Äußerungen zum Dalai Lama festgestellt habe. Sie ziehen sich jetzt darauf zurück, dass Sie sie in Ihrer Eigenschaft als stellvertretender Parteivorsitzender gemacht hätten. Auch als Vertreter der FDP, die mit ihrer Friedrich-Naumann-Stiftung dem Dalai Lama sehr eng verbunden ist, sage ich: Es kann nicht sein, dass ein Außenminister die Kanzlerin kritisiert und sich dann darauf beruft, er habe nicht als Außenminister gesprochen, sondern als stellvertretender Parteivorsitzender. Ich sage Ihnen ganz offen: Mir ist eine Kanzlerin lieber, die den religiösen Führer Dalai Lama empfängt, als ein Kanzler, der Herrn Putin als aufrechten Demokraten bezeichnet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Lothar Mark spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Lothar Mark (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Mit Freude kann ich Ihnen heute berichten, dass es in den Haushaltsberatungen gelungen ist, den Ansatz für den Haushalt 2008 des Auswärtigen Amtes in der Bereinigungssitzung um zusätzlich 43,4 Millionen Euro anzuheben.

Das heißt, in diesem Einzelplan sind nun Mittel

in Höhe von knapp 2,86 Milliarden Euro etatisiert. Im Vergleich zu 2007 bedeutet dies einen Aufwuchs um 348 Millionen Euro oder um 13,9 Prozent. Die Mittel für die deutsche Außenpolitik machen damit einen Anteil am Gesamthaushalt von 1,01 Prozent im Vergleich zu 0,92 Prozent 2007 aus, was angesichts der gestiegenen internationalen Anforderungen an die Bundesrepublik seit langem vom Auswärtigen Amt, von meinem Unionsberichterstatteerkollegen Herbert Frankenhauser und von mir als zuständigem Berichterstatte für die SPD-Fraktion angemahnt wurde. Damit kommen wir auch einer Forderung nach, die vom Auswärtigen Ausschuss in den vergangenen Jahren immer wieder erhoben wurde.

Die mit dem Haushalt 2007 eingeleitete Trendumkehr bei der Stellenausstattung des Auswärtigen Dienstes konnte für das Haushaltsjahr 2008 fortgesetzt werden, lieber Kollege Koppelin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Seit Beginn der linearen Stellenkürzungen hat sich eine Schere zwischen den wachsenden außenpolitischen Aufgaben und der schrumpfenden Personalausstattung aufgetan.

Um die Handlungsfähigkeit des Auswärtigen Dienstes auch in Zukunft sichern zu können, bedarf es einer angemessenen Personalausstattung. Dabei ist hervorzuheben, dass das Auswärtige Amt Anstrengungen unternommen hat, um die eigenen Strukturen zu modernisieren und zu verschlanken.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Der Auswärtige Dienst muss für die besten Köpfe in unserem Land weiterhin attraktiv bleiben. Die Forderung nach einer angemessenen Ausstattung mit Stellen zur strategischen Postenvorbereitung blieb auch in diesem Jahr leider unerfüllt. Gerade im Auswärtigen Dienst, wo die Beschäftigten der Rotation unterliegen, ist die sorgfältige Vorbereitung auf den nächsten Posten unverzichtbar. Angesichts der knappen Stellenlage erfolgt meines Erachtens eine strategische Postenvorbereitung nicht in ausreichendem Maße.

Die Aufstockungen der Ansätze für die politischen Aufgaben mit 21,5 Millionen Euro wie für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mit 15,6 Millionen Euro sind das zentrale Ergebnis des Haushaltsaufstellungsverfahrens für 2008.

(Beifall bei der SPD)

Diesem wachsenden Gestaltungsspielraum muss aber auch ein Zuwachs bei den Betriebsmitteln entsprechen. Der ODA-Aufwuchs im Haushalt des Auswärtigen Amtes beträgt 272 Millionen Euro. Gemessen an den zusätzlichen Mitteln, die aus dem Bundeshaushalt in den ODA-Bereich geflossen sind - das sind insgesamt 750 Millionen Euro -, sind das 36,6 Prozent. Damit wird die langjährige Forderung des Auswärtigen Amtes nach einer proportionalen Teilhabe an zusätzlichen ODA-Mitteln erfüllt. Der ODA-Aufwuchs kommt einer Reihe von Haushaltsposten zugute, zum Beispiel der humanitären Hilfe, der Krisenprävention, dem Stabilitätspakt für Afghanistan, dem G-8-Afrikaprogramm sowie dem Sonderprogramm Afrika in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der



CDU/CSU)

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wird 2008 einen ODA-Anteil von insgesamt 600 Millionen Euro umfassen. Viele Aufgabenwahrnehmungen des Auswärtigen Amtes sind für die Entwicklung in verschiedenen Ländern von großer Bedeutung. Das gilt ganz besonders für die Wirkung der Kulturarbeit in Entwicklungsländern. Es ist nur folgerichtig, dass ein ausgewogener Anteil am ODA-Zuwachs im Bundeshaushalt auf das Auswärtige Amt entfällt, damit das Gleichgewicht zwischen den sehr umfassenden wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie den viel geringer angesetzten Kulturprojekten nicht weiter aus dem Lot gerät. Das bedeutet aber nicht, dass das Auswärtige Amt Arbeit des BMZ übernimmt.

Unabhängig vom Haushalt des Auswärtigen Amtes möchte ich darauf hinweisen, dass die Budgetierung im Gesamthaushalt stärker forciert werden müsste. Erfreut bin ich, dass der Flexibilisierungsgrad und die gegenseitige Deckungsfähigkeit in den einzelnen Titelgruppen im Gesamthaushalt zugenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Trotzdem will ich anregen, dass der Aufgabenkritik in allen Ministerien mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

(Herbert Frankenhauser [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Der Titel „Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte“ wurde um 2,25 Millionen Euro auf über 20 Millionen Euro erhöht. (Beifall bei der SPD)

Mit der Aufstockung der Mittel für die Ausstattungshilfe wird das Auswärtige Amt in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung 2008 in der Lage sein, die sehr sinnvollen laufenden Projekte finanziell ausreichend zu unterfüttern. Die Ausstattungshilfe steht für eine besonders effiziente Form der Entwicklungshilfe im Bereich „Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium“. Der Ansatz „Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe“ wurde um 2,2 Millionen Euro auf inzwischen 95,6 Millionen Euro angehoben. Die Mittel sollen die vom Kabinett bereits vorgesehenen 10 Millionen Euro für das humanitäre Minenräumen verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sind uns einig, dass hier in Zukunft noch mehr getan werden muss.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die „Leistungen im Rahmen der Stabilitätspakte Afghanistan und Südosteuropa der Bundesregierung“ wurden auf 80 Millionen Euro erhöht und in der Bereinigungssitzung für die zwingend erforderliche Intensivierung der Maßnahmen zum Wiederaufbau der Polizei in Afghanistan um weitere 15,7 Millionen Euro aufgestockt. Als Haushälter bin ich sehr erfreut, dass damit dem zivilen Aufbau in Afghanistan immer mehr Bedeutung beigemessen wird.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Herbert Frankenhauser [CDU/CSU])

Im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit wurden die Mittel jetzt auch im auswärtigen Haushalt etatisiert. Auch das sehe ich als einen Erfolg von Herbert Frankenhauser, mir und vielen anderen, die im Haushaltsausschuss dafür gekämpft haben.

Die Bundesregierung sollte sich überlegen - hier spreche ich auch im Namen meines Berichterstattekollegen Herbert Frankenhauser -, ob sie nicht, wiederum im Sinne von Haushaltsklarheit und -wahrheit, in Zukunft einen neuen Titel „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ einrichten will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser sollte unserer Meinung nach mit 1,5 bis 2 Milliarden Euro ausgestattet werden und alle Mittel enthalten, die aus den verschiedenen Ressorts wie AA, BMI, BMZ und BMVg in diese Aufgaben fließen. Es geht dabei nicht um eine Aufstockung der Mittel, sondern um eine Bündelung der Bundesgelder in einem Titel. Da das Auswärtige Amt in dem Bereich die Hauptverantwortung trägt, sollte es mithilfe dieses Haushaltstitels schnell und strategisch abgestimmt auf verschiedene Krisensituationen und den dringendsten Bedarf reagieren können.

In der Bereinigungssitzung wurde auch der Titel „Gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen“

um 1,7 Millionen Euro erhöht. Mit ihrer operativen Arbeit ergänzen die Stiftungen seit vielen Jahren die Außenpolitik der Bundesregierung. Das zusätzliche Geld soll die erfolgreiche Arbeit der Stiftungen unterstützen und dafür sorgen, dass sie eine verlässliche und berechenbare Planungs- und Finanzierungsgrundlage haben.

Lassen Sie mich hier ein anderes Problem ansprechen:

Die neuen EU-Mitgliedstaaten und Industriestaaten wie Südkorea und Israel sind keine Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Fortsetzung der Förderung durch das BMZ birgt die Gefahr, dass unsere Partner sich durch die Einstufung als Entwicklungsländer vor den Kopf gestoßen fühlen. Die Berichterstatter für das Auswärtige Amt und das BMZ müssen deshalb mit den Stiftungen darüber reden, ob die Förderzuständigkeit für die neuen EU-Länder und weitere Industrie- und Transformationsländer - selbstverständlich einschließlich der Mittelübertragung - künftig in das Auswärtige Amt verlagert werden oder beim BMZ bleiben.

Von den Haushaltsberichterstatteern der Koalition wurde auch der Ansatz „Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung“ um 1 Million Euro erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Diese Investitionen - genau wie die in unsere Auslandsschulen - sind rentierliche Investitionen, weil dadurch nachhaltige Bindungen an Deutschland entstehen, die sich nicht nur strategisch und partnerschaftlich, sondern auch ökonomisch auswirken. Der Ansatz für „Zuwendungen an Schulen im Ausland“ wurde um 3,4 Millionen Euro auf 37 Millionen Euro erhöht.

Bildung ist das Schlüsselthema des 21. Jahrhunderts.

Ein wichtiges Ziel der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bleiben die Stärkung und der Ausbau des Netzes deutscher Auslandsschulen einschließlich der Unterstützung von Neugründungen in strategisch wichtigen und Wachstumsregionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

An dieser Stelle ist auch die Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ des Auswärtigen Amtes zu nennen, für die nicht nur in diesem Titel, sondern insgesamt zusätzlich 41,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Ziel dabei ist die Etablierung eines erweiterten Netzes von circa 1 000 Partnerschulen.

Im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit werden künftig fast alle dem Goethe-Institut zufließenden Mittel in einem Titel erfasst. Endlich ist ab 2008 auch die weltweite Budgetierung des Goethe-Instituts gelungen, nachdem das Pilotprojekt Italien erfolgreich verlaufen ist. Dafür habe ich, seit ich im Haushaltsausschuss für den Einzelplan 05 zuständig bin, gemeinsam mit meiner Kollegin Monika Griefahn gestritten; ich wurde jüngst von allen Berichterstatterkollegen unterstützt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die im vergangenen Jahr beschlossene Reform des Goethe-Instituts als größter AKBP-Mittlerorganisation ist gemäß Regierungsentwurf nun mit einem institutionellen Förderbeitrag von knapp 120 Millionen Euro pro Jahr abgesichert. Das Gesamtbudget beträgt jetzt rund 186 Millionen Euro.

An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten sowohl beim Goethe-Institut als auch im Auswärtigen Amt und meinem Kollegen Herbert Frankenhauser sehr für ihren Einsatz im Zusammenhang mit dem 2006 eingeleiteten Strategie- und Reformkonzept danken, das bereits erste klar erkennbare Früchte trägt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Damit ist eigentlich alles gesagt!)

Ich habe viele Einzelpositionen aus Zeitgründen weggelassen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: 15 Minuten!)

Summa summarum ist festzuhalten, dass wir im parlamentarischen Verfahren innerhalb des Einzelplans Mittel im Gesamtumfang von 13,16 Millionen Euro umgeschichtet haben. Die Aufstockungen in diesem Einzelplan wurden möglich durch Kürzungen bei den Titeln „Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen“, „Öffentlichkeitsarbeit“, „Ständiger Internationaler Gerichtshof“ – ohne dass wir hier unsere Aufgaben vernachlässigen; denn ein neuer Zahler ist mit Japan hinzugekommen – sowie beim Titel „Deutscher Beitrag im Rahmen der G-8-Initiative zur Abrüstungs- und Nichtverbreitungszusammenarbeit“.

Abschließend möchte ich den Haushältern im Auswärtigen Amt und allen uns immer wieder spontan und gewissenhaft zuarbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Außenminister und meinen Berichterstatterkollegen Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Alexander Bonde und Michael Leutert sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Dank sage ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Auswärtigen Amt für ihre exzellente Arbeit für Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe Ihnen jetzt die von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelten Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, und zwar zunächst zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushalts für das Haushaltsjahr 2008, Einzelplan 04, Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes: Abgegeben worden sind 578 Stimmen.

Mit Ja haben gestimmt 422 Abgeordnete. Mit Nein haben gestimmt 156 Abgeordnete. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

</ text >

< text 16130 >

Wir setzen unsere Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksachen 16/6000, 16/6002 -

b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

- Drucksachen 16/6001, 16/6002, 16/6426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Dazu rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt II.13 auf:

Einzelplan 11

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- Drucksachen 16/6411, 16/6423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Waltraud Lehn

Hans-Joachim Fuchtel

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Zum Einzelplan 11 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst die Kollegin Dr. Claudia Winterstein für die FDP-Fraktion. (Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Konrad Adenauer hat einmal gesagt: In der Politik ist es nie zu spät; es ist immer Zeit für einen Neuanfang. Ich begrüße den neuen Arbeitsminister, für den die

Haushaltsberatung heute eine Premiere ist. Herr Scholz, Sie übernehmen den größten Einzeletat des Bundes in Höhe von 124 Milliarden Euro. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute und einen klaren Blick; denn Sie übernehmen damit eine große Verantwortung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ein personeller Neuanfang bedeutet ja auch immer die Chance einer inhaltlichen Neuausrichtung. Auf diese hoffe ich natürlich sehr, weil ich sie für notwendig halte.

Zwei Probleme kennzeichnen diesen Haushalt:

Erstens. Die Bundesagentur für Arbeit wird immer mehr zum Selbstbedienungsladen für den Bundeshaushalt.

(Beifall bei der FDP)

Den Aussteuerungsbetrag schafft die Koalition zwar ab, weil er verfassungswidrig ist und außerdem nur noch eine geringe Summe erbringt; zugleich aber greift die Regierung dem Beitragszahler noch unverschämter in die Tasche als je zuvor.

Die Beschlüsse zur Arbeitsmarktpolitik – das betrifft den Eingliederungsbeitrag, den Beitragssatz und das Arbeitslosengeld I – bilden sich im Haushalt des Arbeitsministers recht einseitig ab. Im Haushalt des Arbeitsministers findet eine Entlastung statt, im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit eine Belastung. Mit dem Eingliederungsbeitrag bereichert sich der Arbeitsminister

mit über 5 Milliarden Euro aus den Taschen der Beitragszahler.

Es zahlt die Bundesagentur für Arbeit. Der

Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird gesenkt.

Es zahlt die Bundesagentur für Arbeit. Das

Arbeitslosengeld I wird verlängert. Es zahlt die Bundesagentur für Arbeit.

(Dirk Niebel [FDP]: Eigentlich zahlen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Das ist noch schlimmer!)

Die Koalition verübt auch beim Arbeitslosengeld I Betrug am Beitragszahler.

(Beifall bei der FDP)

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I sollte nämlich kostenneutral erfolgen. Stattdessen gibt der Bund lediglich 270 Millionen Euro zu den insgesamt mindestens 800 Millionen Euro Mehrkosten hinzu.

Zur Kritik an dem politischen Vorhaben selbst will ich nur die Bundesbank zitieren. Sie nennt die längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I einen „Rückschlag im Bemühen um günstigere Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung“.

(Beifall bei der FDP)

Kurzum: Sie treffen die falschen Beschlüsse, Sie richten Schaden statt Nutzen an, und Sie bezahlen das mit dem Geld der Beitragszahler.

Zweitens. Die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik werden erhöht, aber die nötigen Schlussfolgerungen aus der Evaluierung werden nicht gezogen. In der Koalitionsvereinbarung 2005 hieß es:

Die Vielzahl unterschiedlicher Förder-Instrumente ist für die Menschen kaum noch überschaubar. Vieles deutet darauf hin, dass einzelne Maßnahmen und die damit verbundenen, teilweise umfangreichen Mittel der Arbeitslosenversicherung zielgenauer,

sparsamer und effizienter eingesetzt werden können.

(Beifall bei der FDP - Dirk Niebel [FDP]: Da haben Sie im Koalitionsvertrag mal etwas Gutes geschrieben, und dann machen Sie es nicht!)

Die Erkenntnis war richtig. Geschehen ist bisher jedoch so gut wie nichts. Es wird also nach wie vor Geld verschwendet. Der bisherige Arbeitsminister hat sich jetzt mit der Zusage verabschiedet, dass der Bericht zu den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik in diesem Herbst vorgelegt wird. Das hat er im letzten Jahr auch schon versprochen. Herr Scholz, ich hoffe, dass Sie dieses Versprechen jetzt tatsächlich einlösen.

(Beifall bei der FDP - Dirk Niebel [FDP]: Wir setzen ganz große Hoffnungen in den Minister!)  
Im Haushalt 2008 wird der Maßnahmenschunzel nicht gelichtet. Im Gegenteil: Es kommen immer weitere neue Arbeitsmarktinstrumente hinzu. Die Koalition handelt nach dem Motto „Viel hilft viel“. Das ist, wie die Untersuchungen gezeigt haben, völlig falsch. Das Geldausgeben fällt Ihnen umso leichter, weil alle Wohltaten zur Hälfte von der Bundesagentur für Arbeit mitfinanziert werden, und zwar ohne dass diese in irgendeiner Form ein Mitspracherecht hätte. Es ist leicht, das Geld anderer Leute zu verschwenden. Das ist das Motto der Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben im liberalen Sparbuch vorgeschlagen, diesen finanziellen Verschiebepark endlich zu beenden. Der Vorschlag lautet: Die Bundesagentur für Arbeit zahlt keinen Eingliederungsbeitrag an den Bund, und der Bund überträgt auch keinen Mehrwertsteuerpunkt an die Bundesagentur für Arbeit. Mit dem Verschieben von Milliarden zwischen den beiden Stellen muss endlich Schluss sein. Wir brauchen eine klare und saubere Trennung. Die Bundesagentur würde - das wurde in den Haushaltsberatungen sehr deutlich - einen solchen Schritt begrüßen.

Wir haben außerdem gefordert, der Bundesagentur keine neuen Lasten aufzubürden; denn dadurch wäre es möglich, den Beitragssatz auf 3 Prozent zu senken. Das halten wir für sehr richtig.

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss will ich eine Personalangelegenheit ansprechen. Die Stelle des dritten Staatssekretärs, der zum neuen Vizekanzler ins Außenministerium wandert,

(Dirk Niebel [FDP]: Unglaublich!)

wurde im Stellenplan des Arbeitsministeriums übrigens nicht gestrichen,

(Dirk Niebel [FDP]: Aha!)

sondern nur gesperrt. Als neuer Arbeitsminister könnten Sie, Herr Scholz, ein Signal setzen: Verzichten Sie doch auf die Besetzung dieser Stelle! Das wäre ein erster guter Schritt.

Auf die weiteren Schritte bin ich gespannt. Wir helfen mit unserem Sparbuch gerne weiter, damit diese Schritte in die richtige Richtung gehen.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei den Berichterstattern und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses

für die gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium in den vergangenen Wochen bedanken. Ich war - das muss nicht geheimnisvoll verborgen werden - die meiste Zeit nicht als Arbeits- und Sozialminister dabei, aber ich habe mir von meinen Mitarbeitern berichten lassen, dass die Kooperation gewohnt gut verlaufen ist. Deshalb hoffe ich auf gute Zusammenarbeit auch in der Zukunft.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bereich Arbeit und Soziales ist entscheidend für den Erfolg der Bundesregierung, für die wirtschaftliche Prosperität und für die Entwicklung des Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft. Franz Müntefering hat das Ressort mit großer Umsicht geleitet und viele bedeutende Weichen gestellt. Auch an dieser Stelle geht mein großer Dank an Franz Müntefering für seine Arbeit als Minister.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nahtlos dort fortfahren, wo Franz Müntefering aufgehört hat. Es geht in dem Ressort nicht um abstrakte Politik, sondern um Einzelschicksale, um individuelle Chancen, um Teilhabe und um Selbstbestimmung. Da kommen wir voran.

Ein Beispiel sind die Arbeitsmarktzahlen, die die Bundesagentur für Arbeit heute präsentiert: die niedrigsten in einem November seit 1992. Wir haben derzeit 3,38 Millionen Arbeitslose, über 600 000 weniger als vor einem Jahr, über 1 Million weniger als vor zwei Jahren. 40 Millionen Menschen sind in Arbeit, über 27 Millionen davon in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

und - das darf nicht vergessen werden - es gibt knapp 1 Million Stellen, die zum Teil sofort besetzt werden können - eine gute Hoffnung für die Menschen, die Arbeit suchen. Das sind Erfolge, auf die wir alle stolz sein können und die für die Menschen natürlich wichtig sind, weil es nicht nur um Zahlen geht, sondern auch um Möglichkeiten, sein Leben zu verbessern.

Wachstum ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir diese Entwicklung verstetigen können. Das brauchen wir, damit neue Arbeit entsteht und mehr Menschen die Chance auf Arbeit haben. Denen, die geringere Aussichten und Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, wollen wir gezielt mit Programmen helfen. Das sind vor allem Jüngere, Ältere, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen. Wir haben ein paar Ziele, die man ganz klar verfolgen muss: Kein junger Mensch soll von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geraten. Die Chancen „50 plus“ müssen weiter wachsen. Die Beschäftigungsquote

der über 55-Jährigen liegt derzeit bei  
52 Prozent. Das ist viel zu wenig. Wir wollen das ändern.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mehr Chancen auf Arbeit, das ist auch der Maßstab  
für die Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.  
Der Instrumentenkasten muss kleiner werden,  
(Otto Fricke [FDP]: Sehr gut!)

um arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger besser und  
zielgerichteter zu unterstützen. Ich kann Ihnen versichern  
- Sie haben nachgefragt -: In wenigen Wochen  
werden Ihnen die Vorschläge des Ministers und der Koalitionsparteien  
dazu vorliegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wer hat denn da  
die ganze Zeit blockiert? - Dirk Niebel [FDP]:  
Einfach machen!)

Vor allem aber will ich dafür sorgen, dass die  
Arbeitsvermittlung in Deutschland die leistungsfähigste  
Institution wird, denn die Menschen in diesem  
Land sind darauf angewiesen. Es darf keine Behörde,  
keine öffentliche Einrichtung in Deutschland geben, die  
leistungsfähiger ist als die Bundesagentur für Arbeit und  
die Arbeitsgemeinschaften.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie wollen Sie denn alle anderen  
Verwaltungen so weit runterziehen?)

Niemand auf der Welt soll uns berichten können, dass er  
es besser organisiert hat, als es in diesem Land der Fall  
ist. Das ist eine große und ständige Aufgabe.

Ich glaube, dass wir mit den Reformen der letzten  
Jahre gute Fortschritte gemacht haben, aber ich bin auch  
ganz sicher, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben  
- praktische Arbeit und nicht immer nur Gesetzgebungsarbeit  
-, damit die Menschen, die arbeitslos werden oder  
die nach der Schule das erste Mal einen Arbeitsplatz suchen,  
sagen können: Ich weiß, da wird mir mit allen  
Möglichkeiten geholfen. Die Leute haben Verständnis  
für meine Probleme, und sie werden alles tun, damit ich  
so schnell wie möglich Arbeit finde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Arbeit ist die Grundlage dafür, dass der Sozialstaat  
auch in Zukunft soziale Sicherheit durch die Sozialversicherungen  
gewährleisten kann. Dieses Modell der organisierten  
Solidarität, in dem Menschen für Menschen  
einstehen, hat in über 100 Jahren bewiesen, dass es krisenfest  
und leistungsstark ist. Ich will an dieser Stelle  
ausdrücklich sagen: Das wird auch in Zukunft im Mittelpunkt  
der sozialen Sicherheit der Menschen in diesem  
Land stehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Da wir schon bei Traditionen sind: Zu den Erfolgsbedingungen  
unserer Wirtschaftsverfassung gehört für  
mich auch die Sozialpartnerschaft. Es gibt Leute, die  
diese Tradition verachten und die Suche nach Konsens  
zwischen den Parteien des Arbeitslebens eher beklagen.  
Ganze Leitartikel sind zu diesem Thema geschrieben  
worden. Aber Deutschland ist gut damit gefahren, dass  
Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihre Interessen  
zum Ausgleich bringen. Ich will an diese Erfahrung  
anknüpfen und die Sozialpartnerschaft wieder stärker  
mit Leben füllen. Gleiche Augenhöhe zwischen Arbeitnehmern



und Arbeitgebern - das ist eine Errungenschaft, auf die wir in Deutschland stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Kornelia Möller [DIE LINKE])

Wir wollen, dass Arbeit gute Arbeit ist und eben keine Arbeit, die erst mit Sozialtransfers erträglich wird. Mehr Chancen auf gute Arbeit, darum geht es uns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die gute Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt ist auch ein Ergebnis der politischen Anstrengungen der letzten Jahre. Wir sind im Jahre 2003

auf einen Reformkurs gegangen, der vielen einiges abverlangt hat, der sich aber jetzt auszahlt. Das war eine

Notoperation. Ein weiterer Aufschub war damals nicht möglich. Es ging darum, die Systeme zu stabilisieren, damit sie für die Zukunft funktionsfähig bleiben. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das am 14. März 2003

ganz richtig begründet:

Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.

Meine Damen und Herren, das bleibt nach wie vor richtig.

(Beifall bei der SPD)

Es gab in unserem Land viel aufzuarbeiten - bis in die Zeit der Großen Koalition. Aber daraus ist Gutes erwachsen, obwohl ich die schmerzlichen Einschnitte, die damit verbunden waren, keineswegs kleinreden will.

Das war nicht leicht. Am leichtesten war es für die Politik.

Aber es war natürlich für viele Menschen schwierig, die mit diesen Reformen unmittelbar konfrontiert waren.

Heute aber sind sie wirksam geworden, und wir können sagen: Wir waren erfolgreich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich sind Reformen eine konstante Aufgabe für die Politik, wie Willy Brandt das gesagt hat:

Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der

LINKEN - Dirk Niebel [FDP]: Dann macht das doch!)

- Man darf nicht bei einer Meinung, die man 1970 schon einmal hatte, stehen bleiben, Herr Niebel. - Die Welt dreht sich weiter. Die Dinge verändern sich. Globalisierung, demografischer Wandel und die technologische Entwicklung stellen uns vor große Herausforderungen.

Aber Reformen - das gilt genauso - dürfen nicht zum Selbstzweck werden. Reformen sind Schritte hin zu einem Ziel. Es geht darum, etwas zu erreichen. Wer das außer Acht lässt und die schmerzhafteste Reform zur Attitüde des Regierens werden lässt, wer glaubt, dass Forderungen nach immer härteren und tieferen Einschnitten nötig sind, der leistet der Modernisierung unserer Gesellschaft einen Bärendienst, weil er das nötige Vertrauen in den Sinn von Veränderungen zerstört, statt Vertrauen aufzubauen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Beispiel sind die jüngsten Forderungen nach einer Rente mit 70 oder 77. Alle Experten - von Rürup bis

Raffelhüschen - sagen uns, dass wir mit der Rente mit 67 unsere Hausaufgaben gemacht haben. Wir halten damit bis 2030 die gesetzlichen Beitragssatz- und Niveausicherungsziele ein. Wir sorgen für eine generationengerechte Verteilung.

Das macht ein Vergleich der Beitragsjahre mit der Rentenbezugszeit deutlich. Der Vorsitzende des Sozialbeirats für die Rentenversicherung, Bert Rürup, hat es jetzt vorgerechnet: Wer 1970 aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist, bezog danach im Schnitt noch mehr als elf Jahre Rente. Das entsprach rechnerisch 25 Prozent der Zeit, in der er zuvor eingezahlt hatte. Heute beträgt die Rentenbezugsdauer annähernd 40 Prozent der Lebensarbeits- und Beitragszeit. Durch die allmähliche Anhebung des Renteneintrittsalters drücken wir diese Relation wieder auf 35 Prozent im Jahre 2030. Wir liegen auch in 2050 noch unter den 40 Prozent von heute. Das heißt, die Kosten der steigenden Lebenserwartung werden nachhaltig generationengerecht verteilt. Wir stabilisieren die Statik des Rentensystems nicht nur, wir verbessern sie sogar.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Statt also Ängste mit neuen Forderungen zu schüren, sollte man besser sagen: Auftrag ausgeführt! Wir haben unser Ziel erreicht. Das Rentensystem steht wieder auf stabileren Füßen.

Natürlich gibt es noch Felder und Aufgaben, die wir beackern müssen. Da geht es vor allem um die altersund alternsgerechte Arbeit. Das ist die große Aufgabe der Zukunft. Da werden viele Vorschläge zu erörtern sein, zum Beispiel, wie man Altersteilzeit und Teilrente gut miteinander verzahnen kann. Dazu gehört auch, dass wir - darüber haben sich die Koalitionsfraktionen jetzt verständigt - eine vernünftige Anschlussregelung für die sogenannte 58er-Regelung finden. Auch das ist ein guter, leise und vernünftig diskutierter Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Aber die wichtigste Aufgabe jetzt ist es, das Vertrauen in die Rentenversicherung zu stärken. Die Beitragszahler müssen wissen, dass ihre Beiträge zu der erwarteten Rente führen. Diese Ankündigung muss wieder an Plausibilität gewinnen. Das wird Zeit brauchen; denn die Bürgerinnen und Bürger haben in Sachen Rente zu viele hohle Versprechungen gehört. Deshalb sollte niemand erwarten, dass das in einem oder zwei Jahren alles wieder anders sein wird. Wenn man viele Jahre enttäuscht war, dann braucht man auch viele Jahre, um das Vertrauen zurückzugewinnen.

Aber eins ist auch völlig klar: Wir werden nie neues Vertrauen gewinnen, wenn wir nach der Reform schon wieder das Werkzeug auspacken und die nächste Renovierung angehen wollen, bloß um damit Geschäftigkeit beweisen zu können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Teilhabe am Aufschwung und am Wohlstand für alle möglich ist. Die Reformen zahlen sich aus, und ich finde, davon sollen alle etwas haben. Ich will ein paar Beispiele nennen, wie das in nächster Zeit geschieht:

Erstens. Wir senken zum 1. Januar des nächsten Jahres

den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent. Das ist, verglichen mit den 6,5 Prozent im Jahr 2005, fast eine Halbierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer 2 000 Euro brutto im Monat verdient, hat künftig 384 Euro im Jahr mehr in der Tasche als 2005. Das ist ein Fortschritt für alle Menschen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Kornelia Möller [DIE LINKE]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Zweitens. Wir haben mit den Arbeitsmarktreformen viel erreicht: mehr Menschen in Arbeit, mehr Chancen auf Arbeit durch ein gerechteres System des Förderns und Forderns, weniger Frühverrentung. Weil das so ist, können wir den Gerechtigkeitsvorstellungen unserer Bürgerinnen und Bürger entsprechen und einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes ermöglichen: 15 Monate für über 50-Jährige, 18 Monate für über 55-Jährige, 24 Monate für über 58-Jährige. Das ist ein guter Fortschritt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Wir setzen uns für Mindestlöhne ein,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Die ganze Regierung?)

immer noch im Bereich der Briefdienste, wo wir dringend eine soziale Flankierung für den Fall des Briefmonopols brauchen. Ich sage voller Optimismus allen Skeptikern hier im Haus: Das werden die Koalitionsparteien noch miteinander hinbekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Dirk

Niebel [FDP]: Das ist zu befürchten!)

Aber wir werden Mindestlöhne nicht nur in diesem Bereich einführen müssen. Wir haben vereinbart, dass es branchenspezifische Mindestlöhne über die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und über die Aktualisierung des Mindestarbeitsbedingengesetzes geben soll. Das werden die Gesetzesvorhaben der nächsten Zeit sein; daran arbeiten wir. Der Grund dafür liegt übrigens, liebe Freunde und Freundinnen von der FDP, auf der Hand:

(Dr. Peter Struck [SPD]: Freunde und Freundinnen?

Nicht übertreiben!)

Wettbewerb darf nicht über Dumpinglöhne stattfinden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Noch eine Ergänzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer können mehr. Sie können auch Wettbewerb über besseres Management, intelligente Erfindungen und bessere Dienstleistung für ihre Kunden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wer hart arbeitet, der muss dafür auch einen anständigen Lohn bekommen. 3,18 Euro pro Stunde sind keine Basis für Teilhabe am Wohlstand.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft verlangt es: Der Mindestlohn kommt!

(Beifall bei der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]:

Das finde ich ein bisschen übermütig!)

Viertens. Wir haben den Auftrag, die staatlichen Unterstützungen für Geringverdiener neu zu durchdenken.

Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und der geplante Erwerbstätigenzuschuss stehen nebeneinander. Zwischen diesen Instrumenten gibt es viele Zusammenhänge. Deshalb macht es Sinn, dass wir über ein Gesamtkonzept diskutieren. Das ist kompliziert. Wer für Schnellschüsse ist, berät alle falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb brauchen wir - und nehmen sie uns auch - Zeit bis in das Frühjahr, um ein vernünftiges Gesamtkonzept zu entwickeln, in dem all diese einzelnen Instrumente zusammenpassen. Aber eines ist dabei ganz klar, nämlich das Ziel, um das es geht: Wir wollen Arbeit attraktiver machen und sicherstellen, dass kein Mensch, der arbeitet, auf Arbeitslosengeld II angewiesen ist; jeder soll mithilfe dieser zusätzlichen Instrumente gut zurechtkommen. Das hat auch etwas mit dem Stolz unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Fünftens. Wir wollen die Beteiligung der Mitarbeiter am Betrieb verbessern. Erwin Huber und ich bereiten in einer Koalitionsarbeitsgruppe ein entsprechendes Konzept vor. Wir haben von SPD-Seite aus einen Deutschlandsfonds vorgeschlagen. Auch im Konzept der Union gibt es eine Fondslösung. Deshalb bin ich ziemlich sicher, dass wir Anfang des nächsten Jahres eine gemeinsame Lösung finden werden. Es wäre ein guter Fortschritt, wenn in Deutschland in Zukunft nicht mehr so wenige Menschen an ihren Betrieben beteiligt wären, wie das heute der Fall ist. Da gibt es internationale Vorbilder, denen wir nachstreben können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sechstens. Wir fördern die betriebliche und private Altersvorsorge. Bis zum Jahresende werden wir weit mehr als 10 Millionen Riester-Verträge haben. Auch die Betriebsrenten boomen. Das ist ein ganz toller Erfolg. Wir sollten jetzt alles dafür tun, um diese Dynamik aufrechtzuerhalten. Deshalb ist es gut, dass die Entgeltumwandlung von Sozialabgaben befreit bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb ist es gut, dass jedem ab Januar 2008 geborenen Kind 300 Euro Riester-Zuschlag zustehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist es gut, dass die Eckpunkte für ein Wohn-Riester-Modell stehen.

Und ich finde den Vorschlag immer noch gut, dafür zu sorgen, dass es einen Riester-Bonus für Berufseinsteiger gibt, damit sie sich am Anfang ihres Berufslebens daran gewöhnen, dass eine Zusatzvorsorge notwendig ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Seifert beantworten?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ja.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben die ganze Zeit eine programmatische Rede gehalten. Sagen Sie doch bitte einmal

ganz konkret: Was wollen Sie am Ende des europäischen Jahres der Chancengleichheit, in dem wir die Chancengleichheit nicht hergestellt haben, tun, damit im nächsten Jahr wenigstens diejenigen, die es schwerer haben, also Menschen mit Behinderungen, mit Migrationshintergrund und andere, tatsächlich in Arbeit kommen? Bisher sehe ich die Programme nicht.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales: Dass Sie die Programme nicht sehen, finde ich etwas verwunderlich; denn es gibt eine große Menge einzelner Programme, die die Bundesagentur für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaften umsetzen, um insbesondere denen, die es besonders schwer haben, einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ich glaube, dass wir gute Ausgangsbedingungen geschaffen haben. Sie wissen, dass ich mit dafür gesorgt habe, dass Deutschland ein Antidiskriminierungsgesetz auf gutem Niveau hat, auf das sich die Menschen berufen können. Sie wissen, dass es schon jetzt ein paar Fortschritte gibt. Damit komme ich zum siebten und abschließenden Punkt; er passt zu der Beantwortung Ihrer Frage. Ab dem nächsten Jahr wird das persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen flächendeckend eingeführt. Das ist aus meiner Sicht ein ganz großer Fortschritt, weil die Leistungsempfänger dann selbst entscheiden können, wen sie einstellen wollen. Sie können als Arbeitgeber ihrer Unterstützer auftreten. Das ist etwas, was mit Selbstachtung und Würde zu tun hat. Es ist gut, dass wir hier eine Veränderung hingekriegt haben: weg vom Fürsorgestaat und hin zu einem Staat, der auf die Selbstaktivierung der Bürgerinnen und Bürger setzt. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss. Wir haben einen großen Fortschritt gemacht auf dem Weg, das zu realisieren, was die Parteien dieser Koalition sich im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, nämlich das Vertrauen der Menschen in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. Ich sehe meine Aufgabe darin, mich darum zu kümmern, dass dieses Vertrauen ständig weiter wächst. Voraussetzung dafür ist, dass die Koalition eine Politik macht, die gerecht und solidarisch ist, eine Politik, in der wirtschaftliche Dynamik und soziale Vernunft gleichrangig nebeneinander stehen. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geht es nicht um Luftschlösser, sondern um Verbesserungen auf dem harten Boden der Realität. Für diese Verbesserungen möchte ich gerne mit Ihnen zusammen arbeiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kornelia Möller ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kornelia Möller (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Scholz, ich gratuliere Ihnen herzlich zur Berufung in dieses schöne Amt und hoffe, dass den wundervollen Worten, die wir gerade gehört haben, wirklich gute Taten folgen werden; denn die haben wir alle nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Erinnern Sie sich eigentlich noch daran, was Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, den Menschen versprochen haben?

(Otto Fricke [FDP]: Fast so viel wie ihr!)

Der von Ihnen im November 2005 geschlossene Koalitionsvertrag hat den schönen Titel „Mit Mut und Menschlichkeit“. Mut und Menschlichkeit – das klingt heute für viele wie Hohn.

Ja, es ist wahr, meine Damen und Herren Koalitionäre, Sie brauchen viel Mut, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern Ihre Mär von einem Aufschwung erzählen. Denn dieser Aufschwung kommt bei den meisten Menschen in diesem Land nicht an. Von Menschlichkeit kann bei Ihrer Politik für Millionen von Menschen gar keine Rede sein: Sei es bei der ungenügenden Höhe des Regelsatzes, sei es bei der Weigerung, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen – ich habe jetzt wieder schöne Worte von der SPD gehört; schauen wir, was dabei herauskommt – oder beim Festhalten an und Verschärfen von Hartz IV.

Die Folgen Ihrer Politik haben für die Menschen verheerende Auswirkungen. So ist in Neumarkt-Sankt Veit eine Frau verbrannt. Am 20. November dieses Jahres hieß es in der Münchner AZ: Hartz-IV-Empfängerin stirbt bei Großbrand, Kein Geld für Strom, Sie beleuchtete ihr Haus mit Kerzen. – Warum das Ganze? Wegen Stromschulden in Höhe von 600 Euro. Ein Mensch musste sterben, weil Hartz IV nicht zum Leben reicht. Das ist nicht nur ein Skandal, das ist einfach grauenhaft. Haben Sie schon einmal über die vielfach würdelosen Verhältnisse für die Betroffenen von Erwerbslosigkeit, Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung nachgedacht? Im Alltag bedeutet das: Mehrere Jobs zu Dumpingpreisen, die trotz alledem nicht zum Überleben reichen, oder als Leiharbeiterin oder Leiharbeiter ausgebeutet zu werden und rechtlos zu sein und dann zur Arge gehen und alle persönlichen Verhältnisse offenlegen zu müssen. Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zerstören gesellschaftliche und familiäre Beziehungen. Sie machen Menschen krank.

Die Linke sagt: Das ist eine Schande für ein reiches Land wie die Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir könnten uns wirklich gute Arbeit leisten, wenn Sie, meine Damen und Herren, das auch wollten. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang: Lesen Sie unser Manifest für gute Arbeit. Darin können Sie wichtige Anregungen finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt endlich aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, veranstalten Sie hier Rechenspiele auf dem Rücken erwerbsloser Menschen. Sie wollen die Bezugsdauer des ALG I für ältere Erwerbslose verlängern, was an sich ein guter Ansatz wäre, wenn Sie sich an unsere Vorgaben gehalten hätten. Aber bei Ihnen verkommt dieser gute Ansatz zur Sozialkosmetik. Sie gestalten die Kriterien für ältere Erwerbslose so, dass vermutlich nur sehr wenige Menschen im Westen und kaum Menschen im Osten in den Genuss dieser Verlängerung kommen. Vor dem, was Sie noch in dieses Paket geschnürt haben,

warnen nicht nur der Sachverständigenrat und der DGB, vor Ihrem Paket graust es auch jeden halbwegs vernünftigen Menschen. Sie senken den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent, obgleich Fachleute Ihnen versichern, dass Sie die BA damit in die roten Zahlen führen. Dann schließen Sie auch noch einen Zuschuss des Bundes bis 2011 aus. Das bedeutet im Klartext: Steuergeschenke in Höhe von 3,8 Milliarden Euro an die Unternehmen - denn so viel bringt die Beitragssatzsenkung den Unternehmen - stehen nun einer Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage gegenüber. Die Erwerbslosen müssen die Zeche zahlen, wenn das Geld für sie und ihre arbeitsmarktpolitischen Bedürfnisse nicht mehr reicht.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Da stimmt kein einziger Satz!)

Haben Sie eigentlich schon einmal etwas vom Fachkräftemangel in diesem Land gehört? Das scheint nicht der Fall zu sein. Denn sonst müssten auch Sie begreifen, dass das Geld für Aus- und Weiterbildung sowie für die Schaffung von öffentlich finanzierter Beschäftigung verwendet werden muss. Meine Fraktion, Die Linke, spricht sich nicht nur gegen die Beitragssatzsenkung aus, sondern sie hat Ihnen auch immer wieder aufgezeigt, wo Geld für diese Gesellschaft und für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Gesellschaft nutzbringend eingesetzt werden muss.

Ich verweise auf unseren Änderungsantrag zum Haushalt 2008. Die Linke fordert die Erhöhung der Regelsätze auf 435 Euro, die Beibehaltung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft mindestens in der Höhe von 2007, die Deckungsfähigkeit von passiven zu aktiven Leistungen, damit Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden kann, und die Streichung des Eingliederungsbeitrags der BA, damit das Geld für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit Mut und Menschlichkeit und Sie den Haushalt 2008 entlasten wollen, dann schlage ich Ihnen vor, endlich in den von uns geforderten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 Euro einzuwilligen. Vielen Menschen bliebe erspart, zu Hungerlöhnen zu arbeiten und daneben auch noch ergänzend ALG II beantragen zu müssen. Der Bund könnte rund 8,5 Milliarden Euro sparen; denn so viel kostet die Lohndrückerei der Unternehmen die Steuerzahler. Meine Kollegin Gesine Löttsch hat Sie am Dienstag zu Recht als Lohndrückerkoalition bezeichnet. Denn Sie unterstützen mit Ihrer Weigerung, angemessene Lohnuntergrenzen festzulegen, die Gier vieler Unternehmer.

Mut und Menschlichkeit - meine Damen und Herren der Koalition, handeln Sie endlich entsprechend!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hans-Joachim Fuchtel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir

zunächst eine angenehme Aufgabe, namens der Unionsfraktion dem neuen Bundesarbeitsminister zu seiner Ernennung zu gratulieren. Ich darf Ihnen, Herr Bundesminister, sagen: Sie werden in der größten Fraktion dieses Hauses umso mehr Rückhalt haben, je mehr Sie die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zur Richtschnur Ihrer Politik machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte es nicht versäumen, auch dem bisherigen Bundesarbeitsminister von dieser Stelle aus im Namen der Unionsfraktion zu danken. Da jetzt auch der langgediente Staatssekretär Gerd Andres a. D. ist, (Gerd Andres [SPD]: Sei vorsichtig, was du sagst!)

möchte ich ihn in diesen Dank einbeziehen. Er ist ein sehr erfahrener Politiker. Er hat es ohne Probleme geschafft, von der rot-grünen Koalition in unsere Koalition zu wechseln,

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das war für ihn bestimmt nicht einfach!)

und er hat dabei eine gute Figur gemacht. Herzlichen Dank für das kollegiale Miteinander! Das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten zwei Jahren, also seitdem die Union an der Regierung ist, hat sich sehr vieles zum Positiven gewandelt; das ist schon gesagt worden. Ich möchte an die Situation der Rentenkasse erinnern. Als wir die Regierung übernommen haben, war dort Ebbe. Die Rücklage betrug nur noch 0,02 Monatsausgaben, und das Tafelsilber war verkauft. Jetzt beträgt die Rücklage immerhin schon wieder 0,7 Monatsausgaben, und wir streben 1,5 an. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Beitragssatz zur Rentenversicherung senken.

Die Große Koalition hat mit ihrer Reformbereitschaft eine verlässliche Linie eingeschlagen. Wir haben verstanden, dass strukturelle Probleme durch strukturelle Veränderungen beseitigt werden müssen und nicht hinter einer Verbesserung der konjunkturellen Situation versteckt werden dürfen. Das haben wir erreicht. Das ist wichtig für unsere Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die gesetzliche Krankenversicherung erzielt in diesem Jahr Überschüsse. Die Arbeitslosenversicherung braucht mittlerweile keinen Zuschuss mehr. In den letzten Jahren war es üblich, dass wir in diese Versicherung jedes Jahr einen Zuschuss von 10 bis 20 Milliarden Euro hineinbuttern mussten. Auch hier haben wir nun einen Nullstand erreicht. Das ist sehr wichtig. Denn das hat zur Folge, dass es keine Zukunftsbelastungen durch neue Schulden und Zinsen mehr gibt. Damit sorgen wir für mehr Flexibilität.

Insgesamt kann man also sagen: Die Lohnzusatzkosten sinken. Dies ist für unsere soziale Marktwirtschaft sehr wichtig. Es ist auch sehr wichtig, dass dadurch mehr Verlässlichkeit in die Politik einkehrt. Die Koalition



schafft mehr Vertrauen in die Politik. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger, und das gilt insbesondere für die Unternehmen. Ein wichtiges Indiz ist die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Wie wir heute gehört haben, wird die Zahl der Arbeitslosen im Monat November nochmals leicht sinken. Das ist ein sehr gutes Zeichen, mit dem wir ins neue Jahr starten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben immer gesagt: Es ist eine große Leistung, dass die Zahl der Arbeitslosen in zwei Jahren um 1,1 Millionen gesunken ist. Ich habe allerdings manchmal das Gefühl, als würde ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu mehr Diskussionen über Armut führen.

Das kann doch nicht wahr sein! Wenn 1 Million mehr Menschen in Arbeit gekommen sind,

(Zurufe von der LINKEN)

dann ist die Arbeitslosigkeit gesunken, und, ob Sie das hören wollen oder nicht, dann ist die Relevanz des Themas Armut geringer. Diesen Zusammenhang können

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Zurufe von der LINKEN: Wo

leben Sie denn? - Das ist ja der größte Unsinn, den Sie da erzählen! - So einfach ist das nicht!)

- Ich lebe wie Sie in Deutschland. Ich schreie bloß nicht so laut, und ich mache vor allem eines nicht: Ich verspreche den Menschen nicht irgendetwas Großartiges, das wir in diesem Land und mit diesem Haushalt im Augenblick nicht leisten können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir müssen jetzt einmal an diejenigen denken, die das Ganze erwirtschaften: die 27 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gerichtet an die Adresse dieser linken Partei, der Nachfolgepartei der PDS, deren Vorgängerin die SED war, sage ich:

(Widerspruch bei der LINKEN)

Eine Politik auf Pump führt in die Armut; das wäre das volkswirtschaftliche Ergebnis! Deswegen sind Ihre Vorschläge für die aktuelle Politik überhaupt nicht brauchbar.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der

FDP - Widerspruch bei der LINKEN)

Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, und zwar nicht in Mikroschritten, sondern in einem Makroschritt, von immerhin 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent, also eine Senkung um die Hälfte, hätte man der Großen Koalition nicht zugetraut. Aber nur so kommt auch etwas im Geldbeutel des Einzelnen an.

(Zuruf der Abg. Kornelia Möller [DIE LINKE])

- Sie hätten ihr das schon gar nicht zugetraut. Aber es ist gelungen, und ich darf in aller Bescheidenheit sagen: Dies trägt die Handschrift der Union in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Irmingard

Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat ja auch gar nichts mit der Konjunktur zu tun!)

Meine Damen und Herren, immerhin sind es rund

400 Euro, die, wie wir vorhin gehört haben, beim Einzelnen in der Tasche bleiben. Es ist richtig - statt immer nur zu verwalten -, den Menschen selber entscheiden zu lassen. Das muss weitergeführt werden.

(Kornelia Möller [DIE LINKE]: Lesen Sie die Untersuchungen dazu!)

Wenn es neue Spielräume gibt, werden wir die Beiträge auch weiter senken, um den Menschen noch mehr Geld in den Taschen zu lassen. Darauf ist die Politik ausgerichtet. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Zweites ist wichtig, dabei unterscheiden wir uns etwas von der FDP. Zwar können wir bei der Bundesagentur für Arbeit und beim Bundeshaushalt noch mehr sparen.

(Otto Fricke [FDP]: Kann man!)

Das ist keine Frage. Aber es stellt sich die Frage, wie wir die Sockelarbeitslosigkeit aufknacken können und wie es uns gelingen kann, noch mehr Leute in Arbeit zu bringen. Es ist keine Lösung, die Zahl von 3,4 Millionen Arbeitslosen zu kultivieren, sodass jeder von diesen Menschen sehen muss, wo er bleibt, und auf der anderen Seite Leute aus dem Ausland zum Arbeiten ins Land zu holen.

(Otto Fricke [FDP]: Richtig! Stimmt!)

Nein, meine Damen und Herren, die Potenziale in Deutschland müssen ausgeschöpft werden, und es muss auch Geld dafür eingesetzt werden, dass dies gelingt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Otto Fricke [FDP]: Wo ist denn da der Unterschied? Das habe ich nicht verstanden!)

- Der Unterschied liegt darin, dass Sie vorhin gesagt haben, man müsse überall noch mehr sparen und die Programme einfach abschaffen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein!)

- Dann ist das ja umso schöner. Dann stimmen Sie unserm Haushalt doch zu, und lehnen Sie ihn nicht ab! Das wäre doch die Konsequenz.

(Otto Fricke [FDP]: Der Grund ist die SPD!)

- Ich kann mich nicht auf einen Dialog mit Ihnen einlassen, sonst verschwende ich meine ganze Redezeit auf solche Diskussionen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch deutlich machen - es ist sehr wichtig, das einmal zu sagen -, dass keine Regierung bisher so viele treffsichere Instrumente zur Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit entwickelt hat, wie die große Koalition es in diesem Haushaltsplan getan hat.

(Dirk Niebel [FDP]: Welche denn? Nennen Sie doch einmal eines!)

- Ich kann Ihnen da eine ganze Reihe nennen, zum Beispiel die Initiative „50 plus“.

(Dirk Niebel [FDP]: Hat nicht funktioniert!)

- Ja, das ist Ihre Meinung, aber nur, weil das bei Ihnen im Kopf vielleicht nicht funktioniert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Initiative „50 plus“ hat immerhin dazu geführt, dass wir in zwei Jahren über 20 000 ältere Langzeitarbeitslose in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermitteln konnten. Davon wurden rund 81 Prozent in sozialversicherungspflichtige

Beschäftigungsverhältnisse und mehr als 57 Prozent in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse integriert. Noch Fragen dazu, lieber Herr Niebel? (Dirk Niebel [FDP]: Ja! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD!)

- Wenn Sie noch mehr hören wollen, dann stehen Sie auf und stellen Sie mir Fragen. Dann beantworte ich sie gerne. Sonst geht mir zu viel Zeit dafür verloren. (Abg. Dirk Niebel [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

- Bitte schön, Herr Niebel.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ganz so einfach geht das nicht. Bilaterale Vereinbarungen vor, während und nach den Plenardebatten sind in unserer Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Ich lasse das jetzt ausnahmsweise einmal zu, weise aber darauf hin, dass wir daraus keine ständige Übung machen werden. Bitte schön, Herr Kollege Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Fuchtel, ich komme Ihrer Anregung gerne nach und stelle Ihnen die nächste Frage: Nennen Sie mir bitte ein weiteres von dieser Regierung entwickeltes arbeitsmarktpolitisches Instrument, das positiv gewirkt hat.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Ich nenne Ihnen den Qualifizierungs-Kombi für Jüngere, womit wir auch gute Ergebnisse erzielt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich nenne Ihnen den Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose. Ich nenne Ihnen die Maßnahmen der Eingliederungshilfe, die dazu führen, dass vermehrt Leute von ALG II direkt in den ersten Arbeitsmarkt kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das hat immerhin eine Verschiebung von 51 000 Fällen ergeben; das ist ein sehr positives Beispiel. Damit beende ich die Aufzählung, weil ich weiß, dass auch die Redner nach mir ihre Redezeit benötigen.

Ich möchte noch etwas zu einem Thema sagen, das in der Vergangenheit zu vielen Briefen an uns Abgeordnete geführt hat. Das ist die Deckelung der Eingliederungszuschüsse und Eingliederungshilfen, die im letzten Jahr galt. Dieses Jahr haben wir uns dafür entschieden, das in die Verantwortung der Beteiligten zu geben. Wir haben den gesamten Betrag - immerhin 6,4 Milliarden Euro - freigegeben, damit die Leute planen können. Ich sage den Beteiligten aber auch, dass sie mit diesem Geld auskommen müssen; auch das ist das erklärte Ziel dieser Koalition. Es ist ein großer Betrag, der hier zur Verfügung steht, um den Leuten zu helfen, aus Arbeitslosigkeit in Arbeit zu kommen. Es kann nämlich nicht darum gehen, die Leute in der Arbeitslosigkeit zu kultivieren, Subkulturen zu schaffen, Leute, die mit dem Geld irgendwie zurechtkommen. Die Aufgabe, die wir haben, ist vielmehr, zu erreichen, dass die Menschen eine Zukunft haben, dass sie eine Arbeit haben, in der sie Erfüllung finden und mit der sie am gesellschaftlichen Leben beteiligt sind. Darauf ist unsere Politik ausgerichtet.

Auf zwei Themen möchte ich abschließend hinweisen.  
Erstens. Für die Unionsfraktion ist noch ganz wichtig, Herr Bundesarbeitsminister, dass wir bei der Mitarbeiterbeteiligung weiterkommen. Dieses Ei muss die Große Koalition noch legen. Es wird von immenser Bedeutung dafür sein, dass es gelingt, mehr Menschen an der Vermögensentwicklung und an unternehmerischen Entwicklungen in Deutschland verstärkt zu beteiligen. Das muss der Sinn einer freiheitlichen Gesellschaft sein: den Einzelnen an diesen Entwicklungen teilhaben zu lassen.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens, der Privathaushalt als Arbeitgeber. Das haben Sie erfreulicherweise auch angesprochen. Insoweit hoffen wir, dass wir gemeinsam eine Lösung finden, die ein großer Wurf wird. Hier sind nämlich Potenziale vorhanden, die wir im Interesse aller Beteiligten schöpfen können und schöpfen müssen. Dieses Ziel müssen wir erreichen. So werden viele Leute, die anders nicht in den ersten Arbeitsmarkt kommen, eine sinnvolle Arbeit aufnehmen können. Auf diese Weise können wir unsere familienpolitischen Konzeptionen ergänzen. In diesem Zusammenhang muss man das Ganze sehen; deshalb lohnt sich das mit Sicherheit.

Damit sind die wesentlichen Punkte umschrieben. Ich kann Ihnen zusichern, dass sich der Haushaltsausschuss mit diesen Fragen des Sozialen intensiv befasst hat, und will allen danken, die uns zugearbeitet haben. Es war manchmal nicht ganz stressfrei; aber wir haben ein gutes Ergebnis erzielt, mit dem wir in die Zukunft schauen können.

Danke für die Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Für eine Kurzintervention erhält die Kollegin Dagmar Enkelmann das Wort.

(Dirk Niebel [FDP]: Empörung!)

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):  
Herr Kollege Fuchtel, in der Bundesrepublik ist inzwischen über 1 Billion Euro an Schulden angehäuft worden. 15 Prozent der Gesamtausgaben dieses Haushaltes, den wir gerade beraten, gehen allein für Zinsen drauf, mit steigender Tendenz. Wer lebt hier eigentlich auf Pump, wer lebt hier eigentlich auf Kosten der künftigen Generationen?

Ein Zweites. Altersarmut ist eine Tatsache. Eine Tatsache ist auch, dass in diesem reichen Land 2,6 Millionen Kinder in Armut leben. Es ist eine Schande, dass diese Regierung nichts dagegen tut, und es ist eine Schande, dass Sie in Ihrer Rede diese Tatsachen ignorieren.  
(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Zur Erwiderung Herr Fuchtel.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):  
Ich bekomme von meinen Kollegen gerade viele Vorschläge, was ich antworten sollte.

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Die meisten können Sie wegen der begrenzten Zeit nicht aufgreifen.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):  
Allein dass ganze 2 Prozent der Rentner in Deutschland

von der Grundsicherung Gebrauch machen müssen, sollte doch zeigen, dass man die Probleme – die sicherlich vorhanden sind – nicht dramatisieren sollte. Man muss das Gesamte sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält die Kollegin Anja Hajduk, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Dirk Niebel [FDP]: Jetzt erklären Sie uns einmal das Grundeinkommen!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Arbeitsminister Olaf Scholz, es freut mich, dass Sie gesagt haben, Sie könnten nahtlos – ich unterstelle einmal, dass Sie das auch wollen – an die Arbeit Ihres Vorgängers Franz Müntefering anknüpfen.

Ich kann Ihnen sagen: Wir von den Grünen wünschen uns, dass Sie auch ebenso kraftvoll dagegenstehen, wenn die Große Koalition anfängt, Unsinn zu machen oder die Reformen wieder zurückzudrehen. Uns hat an Franz Müntefering imponiert, wie er gegen die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I eingetreten ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wenn Sie diese Widerständigkeit und Kraft aufbringen, dann werden Sie auch von uns ab und zu einmal gelobt werden.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ab und an!)

Außerdem möchte ich bemerken, dass in dieser Haushaltswoche auffällt, dass der Großen Koalition die analytische Kraft fehlt, einzuschätzen, warum es dem Haushalt und dem Arbeitsmarkt besser geht. Man lobt sich immer für die guten Zahlen; die Politik sei zwar vielleicht nicht allein, aber auch dafür verantwortlich. Es ist offenkundig, dass aufgrund der guten Konjunktur unglaublich hohe Steuermittel fließen und der Arbeitsmarkt belebt wird und dass es deswegen, lieber Hans-Joachim Fuchtel, den Rentenkassen besser geht.

(Elke Ferner [SPD]: Warum läuft denn die Konjunktur?)

Strukturell haben Sie den Haushalt und auch die Sozialversicherungen eher belastet. Das will ich Ihnen jetzt einmal erklären. Deswegen: Bringen Sie einmal mehr Selbstkritik auf und sonnen Sie sich nicht immer nur in der Konjunktur. Weder mit Blick auf den Haushalt noch mit Blick auf den Arbeitsmarkt haben Sie eine vorbeugende Politik zustande gebracht. Das will ich Ihnen jetzt auch einmal begründen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP – Andrea Nahles [SPD]: Das ist Oppositionsmentalität!)

Sie machen Folgendes: Sie verschieben wiederholt – das gilt gerade auch hinsichtlich der Bundesagentur für Arbeit – Milliarden an Kosten in die Sozialversicherungen, um den Haushalt zu entlasten.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Die Grünen kritisieren das, was sie selber falsch gemacht haben!)

Das haben Sie bei der Rente getan – da waren es 2 Milliarden Euro –, und das machen Sie jetzt beim Arbeitsmarkt

- vom Haushalt des Bundesarbeitsministers  
in die Bundesagentur für Arbeit - in einer noch größeren  
Dimension.

Zum Beispiel die jüngste Änderung beim  
Arbeitslosengeld I. In der jetzigen guten konjunkturellen  
Lage kalkulieren Sie hier mit Kosten von 1 Milliarde  
Euro. Jeder weiß: Wenn die Konjunktur wieder etwas  
schwächer wird, betragen die Kosten bis zu 3 Milliarden  
Euro.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Sagt die BA!)

- Diese Zahlen wurden von der BA und nicht von uns allein  
gerechnet. - Das wissen Sie auch. Wenn Sie behaupten,  
dass Sie das sauber gegenfinanziert haben, weil Sie  
für diese passive Leistung die Integrationsmittel in ähnlicher  
Höhe kürzen, dann kann ich die Sozialdemokraten  
nur fragen: Wo sind Sie eigentlich gelandet? Wollen Sie  
wieder passive Mittel ausgeben, statt in die aktive Förderung  
und Aktivierung zu investieren? Das, was Sie da  
entschieden haben, ist doch arbeitsmarktpolitisch Unsinn.  
Herr Minister, ich bedauere es sehr, dass Sie darauf  
so positiv Bezug genommen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP)

Wir können aber noch weitergehen: Als Sie diesen  
Kompromiss hinsichtlich des Arbeitslosengeldes I geschmiedet  
haben, haben Sie entschieden, den Beitragssatz  
zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent zu  
senken. Ich finde es peinlich, dass die SPD, die das nicht  
wollte, das hier heute feiert. Das ist nicht glaubwürdig.  
Sie wissen, dass die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung  
auf vielleicht 3,5 bis 3,7 Prozent solide  
finanziert wäre. Die 3,3 Prozent waren sozusagen ein  
Geschenk an die CDU/CSU.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: An die Arbeitnehmer!)

Der Sachverständigenrat hat Ihnen erklärt, dass das  
nicht nachhaltig ist. Das bringt die Bundesagentur für  
Arbeit bei der nächsten konjunkturellen Delle in den  
Zugzwang, im Abschwung die Beiträge erhöhen zu müssen.  
Das ist wirtschaftlich eine falsche Politik. Wie gesagt:  
Der Sachverständigenrat hat Ihnen das auch klipp  
und klar gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Hajduk, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
des Kollegen Weiß?

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Kollegin Hajduk, Sie haben soeben in Ihrer Rede  
versucht, den Eindruck zu vermitteln, dass die von der  
Großen Koalition beschlossene Verlängerung der Bezugsdauer  
des Arbeitslosengeldes I für ältere und langjährig  
versicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
zulasten der Eingliederungstitel, also der Mittel ginge,  
die für die Aktivierung von Arbeitslosen zur Verfügung  
stehen.

(Otto Fricke [FDP]: Und das stimmt! - Britta

Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Schauen Sie einmal in den Haushalt! - Brigitte

Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Stimmt auch!)

- Nein.

Laut dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit sind für Eingliederungsmaßnahmen in diesem Jahr rund 2,7 Milliarden Euro verausgabt worden und stehen im nächsten Jahr 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Also trifft doch eher das Gegenteil dessen zu, was Sie vorgetragen haben. Wir verlängern das Arbeitslosengeld I und stellen gleichzeitig mehr Mittel zur Verfügung, um Arbeitslose durch aktivierende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wieder in Arbeit zu bringen.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Kollege, dass Sie im letzten Jahr und vielleicht auch in diesem Jahr zu wenig Mittel für die Integration in Arbeit verausgabt haben, ist leider wahr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das macht die Zahlen aber nicht besser.

Allerdings müssen Sie in Verbindung mit dem Ziel, das Sie sich setzen, die Bundesagentur für Arbeit im nächsten Jahr in den Stand zu versetzen, das Arbeitslosengeld I zu bezahlen, diese Finanzierungssumme von den Integrationsmitteln abziehen. - Das entspricht der Antwort des ehemaligen Bundesarbeitsministers Müntefering im Haushaltsausschuss. Es tut mir leid; so ist aber die Faktenlage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich setze jetzt meine Ausführungen zum Punkt „Bundesagentur für Arbeit“ fort. Insgesamt belasten Sie die Bundesagentur für Arbeit im nächsten Jahr netto mit 10,8 Milliarden Euro. Das ist ungefähr ein Viertel des Haushalts der BA. Deswegen sage ich Ihnen: Das ist eine riskante Wette auf die Konjunktur. Wie ich schon deutlich gemacht habe, steht die Befürchtung an, dass Sie ihre Beitragssätze im Abschwung wieder erhöhen müssen.

Für die Grünen erkläre ich ganz eindeutig: Das Senken von Lohnnebenkosten fanden und finden wir richtig. Jetzt ist es aber an der Zeit, den Schwerpunkt insbesondere dort zu setzen, wo die Probleme am größten sind, nämlich im Niedriglohnsektor, um die Langzeitarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Deswegen schlagen wir vor, dann, wenn man schon milliardenschwere Mittel in die Hand nimmt, diese in einem sogenannten Progressivmodell für den Niedriglohnbereich einzusetzen, sodass die Sozialversicherungsbeiträge bei Einkünften bis zu 2 000 Euro erst langsam und stufenlos steigen. Das macht Sinn. So etwas wäre eine intelligente Politik. Dazu haben Sie aber leider nicht die Kraft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Dafür fehlt das Geld!)

Nun komme ich zu der von Herrn Weise im Ausschuss vorgestellten Kalkulation zu der Frage: Gehen diese widersprüchlichen Entscheidungen der Großen Koalition eigentlich für die Bundesagentur für Arbeit gut aus? - Es ist deutlich geworden, dass es ein Problem ist,

weil er im nächsten Jahr natürlich ein Defizit hinnehmen muss. Aber er hat ja hohe Rücklagen. Herr Weise und auch der ehemalige Bundesarbeitsminister haben deutlich gemacht, dass die Beschlüsse der Großen Koalition dazu führen, dass die finanzielle Ausstattung der Bundesagentur für Arbeit für die gesamte Finanzplanperiode auf Kante genäht ist; sie habe zwar Rücklagen gebildet, aber bei großen Ausschlägen werde es riskant. Dabei ist eines aber noch gar nicht berücksichtigt. Sie planen ja, im nächsten Jahr einen Erwerbstätigenzuschuss für Empfänger von geringen Löhnen einzuführen, der aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden soll. Das soll auch ein milliardenschweres Paket werden. Insgesamt geht das doch gar nicht mehr auf. Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie überstrapazieren die Bundesagentur für Arbeit. Vor allen Dingen aber hängen Sie einer falschen Idee nach.

Wir haben mit Blick auf die vielen Menschen, die ihr zu geringes Einkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen, schon quasi einen Kombilohn mit Steuermitteln. Wenn Sie jetzt den Erwerbstätigenzuschuss einführen - so wünschenswert es ist, dass die Menschen nicht Transferleistungen beziehen müssen -, macht es doch keinen Sinn, diesen zweiten Kombilohn mit Sozialversicherungsbeiträgen einzurichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie zu diesen Kombilöhnen mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen greifen müssen, liegt nur daran, dass Sie eine entscheidende Blockade in der Großen Koalition nicht aufbrechen können und nicht eine wirklich neue Reform schaffen, die da heißen soll: statt milliardenschwerer Lohnsubventionen endlich einmal ein Mindestlohn. Dieser Aufgabe wollen Sie sich ja stellen, Herr Scholz. Aber dass Sie dieses Ziel nicht erreichen, kostet die Steuerzahler - das sind auch Zahlen aus Ihrem Hause - mindestens 1,5 Milliarden Euro.

Deswegen möchte ich aus einem ordnungspolitischen Verständnis heraus zum Thema Mindestlohn auch in Richtung von FDP und CDU/CSU, die da ja mehr als skeptisch sind, fragen: Was ist denn daran richtig, dass der Staat jemandem, der voll arbeiten geht, den Lohn so aufstockt, damit er das Existenzminimum erreicht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssen Sie sich doch einmal bewegen! Das kann doch keine Frage der Ideologie sein. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf viele Nachbarländer, insbesondere auf die angelsächsischen, die sicherlich nicht berühmt dafür sind, einen ausufernden Sozialstaat zu haben oder zu starke staatliche Regulierungen vorzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Westerwelle hat in seiner gestrigen Rede hier gesagt, er wolle keinen Wettlauf der politischen Parteien um die richtige Höhe des Mindestlohns. Damit hat er sicherlich recht. Aber das will auch niemand. Vorgeschlagen ist, eine unabhängige Kommission mit Arbeitnehmervertretern, Arbeitgebervertretern und anderen Experten einzurichten. Diese sollen sich auf einen



Mindestlohn einigen, der dann gesetzlich verankert wird. Ich kann Sie von der Union nur auffordern: Zeigen Sie sich an dieser Stelle beweglicher! Dann erzielt die Große Koalition vielleicht einen Erfolg. Das muss die Grünen nicht unbedingt scheren. Wenn es aber der Gesellschaft nutzt, dann ist das ein richtiges und wichtiges Ziel. Dafür würden wir Ihnen sogar Beifall zollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ein gesetzlicher Mindestlohn sorgt nicht nur für mehr Gerechtigkeit, sondern auch für eine deutliche Entlastung im Bundeshaushalt; denn es gibt schon 1 Million Menschen, die Arbeitslosengeld II als aufstockende Hilfe benötigen, obwohl sie arbeiten. Die Hälfte davon sind Menschen, die Vollzeit arbeiten. Daran sieht man schon, wie notwendig es ist, dass wir hier vorankommen. Das würde, wie gesagt, auch den Bundeshaushalt um einen Milliardenbetrag entlasten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker Blumentritt [SPD])

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen anderen wichtigen Punkt hinweisen. Ich bin überzeugt: Es ist richtig, dass wir uns der Aufgabe stellen, die Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind zu Beginn dieser Woche für unseren Parteitagebeschluss sehr gescholten worden. Es ist in der Tat manchmal schwierig, Parteitagebeschlüsse zu verstehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD - Andrea Nahles [SPD]: Allerdings! - Anton Schaaf [SPD]: Vor dem Hintergrund Ihrer Rede ist es noch schwieriger!)

- Dass gerade die Sozialdemokraten am lautesten lachen, zeigt die Irritation. - Lesen Sie doch einmal den Artikel „Weniger Armut ist möglich“ von Franz Müntefering in der Frankfurter Rundschau vom 20. September! Ich kann fast sagen: Das ist die Grundlage, auf der man die Beschlüsse der Grünen am besten verstehen kann. In diesem Artikel macht Herr Müntefering ganz deutlich, dass fehlende Bildungschancen und fehlende Infrastruktur Kinder am meisten gefährden. Von den 60 Milliarden Euro für das auf mehrere Jahre angelegte Programm für Bund, Länder und Gemeinden müssten mindestens 35 Milliarden Euro in die Verbesserung der von Herrn Müntefering angesprochenen Bereiche fließen. Ich erwarte, dass die Sozialdemokraten hier mitmachen. Sie wissen, dass das Ihre Aufgabe wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Herr Poß, der hier - wahrscheinlich aus Ahnungslosigkeit - so geschimpft hat, sollte sich einmal klarmachen, dass die Erhöhung der Regelsätze nicht nur eine Angelegenheit der Linken - sie haben sich schon lange klar positioniert - und der Grünen ist, sondern dass darüber mindestens seit August in der Großen Koalition diskutiert wird. Herr Seehofer hat bereits im Sommer darauf hingewiesen, dass die Regelsätze angepasst werden müssen, wenn es die Inflation notwendig macht. Herr Althaus fordert ebenfalls einen regelmäßigen Inflationsausgleich, genauso wie Herr Stoiber. Auch Herr

Pofalla hat sich noch am 11. August offen gezeigt und gesagt, dass man bereit sei, die Regelsätze zu erhöhen, wenn entsprechende Erkenntnisse vorlägen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

Für uns war es daher eine Enttäuschung, dass Sie quasi nur auf der Verfahrensebene gesagt haben: Wir sind dabei, das zu überprüfen, und wollen die Einkommens- und Verbraucherstichprobe im nächsten Jahr abwarten. Erst dann können wir aufgrund neuer Erkenntnisse über eine Anpassung der Regelsätze entscheiden, die wahrscheinlich ab 2010 greift. – Wenn Sie dies bis 2010 auf die lange Bank schieben, ist das unsozial.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das sage ich nicht nur mit Blick darauf, dass wir Grüne mit einer Erhöhung auf 420 Euro wahrscheinlich, was die Zahl angeht, völlig richtig liegen. Wir haben uns an den Erkenntnissen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes orientiert. Ich sage Ihnen: Ein reiner Inflationsausgleich auf der Basis des Jahres 2003 macht schon heute einen Regelsatz von 380 Euro erforderlich. Dass Sie hier gar nichts tun, ist ein Armutszeugnis. Dass Sie leugnen, dass das wichtig ist, ist unehrlich.

Wir Grüne schlagen einen Dreiklang für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik vor. Staatliche Leistungen sollen nachrangig sein. Dafür ist ein Mindestlohn notwendig. Ein Progressivmodell für die Sozialversicherung und eine Erhöhung der Regelsätze sind ebenfalls sinnvoll. Ich hoffe, dass Sie diesen Ideen irgendwann näher treten und mit einer Sache nächste Woche Schluss machen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme wirklich zum Schluss. Ich danke Ihnen für Ihre Rücksichtnahme.

(Heiterkeit)

Die Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen muss nächste Woche vom Tisch, sonst machen Sie nicht nur den nächsten arbeitsmarktpolitischen Unsinn, sondern Sie begehen auch die nächste sozialpolitische Ungerechtigkeit. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Otto Fricke [FDP])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erlaube mir für die nachfolgenden Redner die kleine Anregung, dass das, was man auf jeden Fall sagen wollte, besser nicht für den Schluss, sondern gleich für den Anfang vorgesehen wird. Dann kann es nämlich sicher vorgetragen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Nun hat die Kollegin Nahles für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann fange ich direkt einmal damit an: Ich erlaube mir, auch im Namen meiner Fraktion, dem neuen

Arbeitsminister eine gute Zusammenarbeit anzubieten. Im Gegensatz zu den Vorrednern sind wir uns sicher, dass Olaf Scholz auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft für mehr sozialdemokratische Politik und vor allem soziale Gerechtigkeit kämpft.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist eigentlich schon eine Drohung!)

Wir loben auch aktive SPD-Minister, nicht nur nicht aktive SPD-Minister. Das sage ich an die Adresse der Grünenfraktion. (Beifall bei der SPD)

Auf gute Zusammenarbeit und viel Erfolg! Das wünsche ich gerade deswegen, weil das Thema, das wir hier behandeln, ein Kernthema für viele Menschen in diesem Land ist. Wenn wir bei diesem Thema erfolgreich sind, dann ist das positiv für eine ganze Reihe von Menschen im Land.

Die gute Finanzsituation ist für die Opposition natürlich ein hartes Brot. Die BA hatte im letzten Jahr Überschüsse in Höhe von 11,2 Milliarden Euro, dieses Jahr werden es 6,5 Milliarden Euro sein.

(Dirk Niebel [FDP]: Die haben richtig Geld verdient!)

Wir haben den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent senken können. Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II vermindern sich um 3,7 Milliarden Euro. Frau Hajduk, ich kann Ihnen nur sagen: Es ist einfach falsch, zu behaupten, dass die Handlungsspielräume beim Eingliederungstitel geringer geworden sind. Denn wir haben 6,5 Milliarden Euro ohne Sperrvermerk im Eingliederungstitel, und zwar für weniger Betroffene, um das einmal sehr deutlich zu sagen. Somit können wir im Rahmen der aktiven Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sehr viel mehr auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das haben Sie unterschlagen.

Es ist schlicht und ergreifend so, dass zur guten Finanzlage hinzukommt - deswegen versucht die Opposition den ganzen Vormittag, ein Haar in der Suppe zu finden

-,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit den Regelsätzen? -

Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sagen Sie mal was zum Sachverständigenrat!)

dass wir bei der Vermittlung erfolgreich waren. Wir haben tatsächlich 600 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr. Wir haben 268 000 Langzeitarbeitslose weniger.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herzlichen Glückwunsch! Toll gemacht!)

Das sind klare Erfolge unserer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ja, das hat auch mit der guten Konjunktur zu tun. Wer ist für die gute Konjunktur denn verantwortlich? Daran haben wir unseren Anteil. Den beanspruche ich ganz selbstbewusst.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht die SPD!)

Darüber hinaus nehmen wir uns vor, weiter daran zu

arbeiten. Wir werden in diesem Haushalt Programme wie die Initiative „50 plus“ um drei Jahre verlängern. Wir werden die „Job-Perspektive“ weiter finanzieren, die ab 1. Oktober dieses Jahres für 100 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose eine echte Perspektive darstellt. Wir werden mit einem Kommunal-Kombi in Regionen mit einem hohen Prozentsatz von Langzeitarbeitslosen – das betrifft weiß Gott nicht nur Regionen in Ostdeutschland – kommunale Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zur Verfügung stellen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Zwangsverrentung? Es ist höchste Zeit, dass Sie da etwas tun!)

Wir haben aus meiner Sicht noch eine Anstrengung bei der Ausbildung und bei der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitslosen zu unternehmen. Wir haben eine Verdoppelung der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze auf 93 000 Plätze erreicht. Dafür tragen wir die Verantwortung. Die Lage wird aber nur dann gut, wenn die Unternehmer in diesem Land beim Übernehmen von Verantwortung Schritt halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen leider feststellen, dass wir bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen einen Tiefststand haben. Mittlerweile bilden nur noch 21 Prozent der Betriebe in Deutschland überhaupt aus. Das kann und darf nicht so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns deshalb im nächsten Jahr auf einen Bonus für Ausbildung verständigen, um Betrieben, die über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden, eine starke Unterstützung zu geben, weil die Jugendlichen mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz mehr anfangen können als mit allem, was der Staat leisten kann.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne lautet mein Appell an die Unternehmen: Der Ausbildungspakt ist schön und gut, aber man kann sich nicht darauf ausruhen.

(Elke Reinke [DIE LINKE]: Ausbildungsplatzumlage!)

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht wichtig, im nächsten Jahr auch die Weiterbildungsanstrengungen zu erhöhen. Die Tendenz zur Weiterbildung ist leider sinkend. Insgesamt nur 6 Prozent der Geringqualifizierten bekommen überhaupt ein Weiterbildungsangebot. Auch hier ist eine gemeinsame Anstrengung nötig.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen gute Arbeit unterstützen. Sie haben es gehört: Bei dem Mindestlohn für Postbedienstete gibt es Bewegung, die vor allem aufseiten der Tarifpartner zu beobachten ist. Es braucht aber auch eine klare politische Unterstützung dieser tariflichen Vereinbarungen. Die 200 000 Postbotinnen und Postboten in Deutschland machen jeden Tag bei Wind und Wetter einen guten Job. Für diesen guten Job verdienen sie auch einen guten Lohn. Deswegen setzen wir uns ganz klar für einen Mindestlohn in der Postdienstleistungsbranche ein.

(Beifall bei der SPD)

Ich will hinzufügen, dass aus meiner Sicht auch bei der Zwangsverrentung die Empörungswellen wieder langsam abebben können. Wir werden Ihnen dazu eine

Regelung vorlegen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist seit einem halben Jahr versprochen!)

Ich bin ganz sicher, dass Sie mit uns an dieser Stelle ein bisschen zufrieden sein werden.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dass wir mit Ihnen zufrieden sein werden?)

Eine letzte Bemerkung von meiner Seite. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass wir uns hier ganz eindeutig dazu äußern und den Leuten – auch was diese Frage angeht – signalisieren: Jeder, der arbeiten will, muss, auch wenn er älter ist, von unserer Seite aus alle Möglichkeiten der Aktivierung und Integration in den Arbeitsmarkt erhalten. Die Rente kann wirklich nur die zweitbeste Lösung sein; das ist uns wohl bewusst. Deshalb wird es hier eine Lösung geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Heinrich Kolb von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir mit Andrea und Olaf heute Morgen hier zusagen das A und O des demokratischen Sozialismus erleben durften,

(Beifall bei der FDP – Elke Reinke [DIE LINKE]:

Wenn es denn mal so wäre!)

haben wir eine Idee von der Richtung bekommen, in die die SPD die Koalition ziehen möchte, nämlich hin zu mehr Staat, mehr Intervention, weniger Wettbewerb, mehr sozialen Wohltaten. Herr Minister Scholz, das stimmt mich sehr besorgt.

(Beifall bei der FDP)

Das Wichtige soll man am Anfang bringen. Deshalb möchte ich es nicht versäumen, Ihnen viel Erfolg für Ihr neues Amt zu wünschen. Es ist ein wichtiges Amt. Sie tragen die Verantwortung für den mit 124 Milliarden Euro größten Einzelplan des Bundeshaushalts. Daher kommt es schon darauf an, dass die Dinge in die richtige Richtung bewegt werden. Zunächst einmal möchte ich jedoch etwas feststellen – dafür können Sie noch nichts –: Der Einzelplan 11 ist trotz der immer wieder betonten Erfolge am Arbeitsmarkt – auch die Vertreter der Großen Koalition haben dies regelmäßig gesagt –, was die Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit anbelangt, praktisch unverändert. Es werden weiterhin 42,6 Milliarden Euro bereitgestellt, obwohl die Langzeitarbeitslosigkeit um 10 Prozent – um 268 000 Betroffene – zurückgegangen ist. Eine Erklärung dafür ist sicher, dass ein sehr ineffizientes arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium auch für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser genutzt wird.

Sie sehen: Ein Handeln der Koalition ist hier mehr als überfällig. Seit zwei Jahren warten wir auf Ihre Vorschläge. Herr Minister Scholz, Sie haben zu unserem großen Erstaunen gesagt, dass jetzt alles sehr schnell gehen werde; das sei in wenigen Wochen auf dem Tisch.

Ich frage mich: Warum so plötzlich? Wer hat eigentlich die ganze Zeit die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen blockiert? Wie auch immer: Es ist höchste Zeit, dass hier etwas passiert. Beitragsgelder dürfen nicht weiter verschleudert werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Scholz, Sie haben in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom gestrigen Tage auf die Frage, was Ihre ersten Vorhaben im neuen Amt seien, geantwortet:

Wir müssen zu einer Lösung beim Post-Mindestlohn kommen.

Das war einer der sechs Punkte, die Sie heute hier vorgestellt haben. Einige Sätze später haben Sie hinzugefügt:

... was man politisch fordert, sollte man in dem Glauben fordern, dass es zu einer Verbesserung führt.

Der Minister hat gerade leider nicht die Zeit, zuzuhören; man möge es ihm berichten.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Er ist noch da!)

Herr Minister Scholz, unabhängig von der Frage, ob der Postmindestlohn wirklich das drängendste sozialpolitische Problem dieses Landes ist, möchte ich Sie bösgläubig machen und auf Folgendes hinweisen: Die Einführung von Mindestlöhnen ist, volkswirtschaftlich gesehen, ein ähnlich kapitaler Fehler wie die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vor etwas mehr als 20 Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Wir erinnern uns: Die damaligen Rationalisierungen in den Betrieben haben dazu geführt, dass viele Arbeitsplätze für einfache Beschäftigungen dauerhaft weggefallen sind und die Sockelarbeitslosigkeit angestiegen ist.

Herr Minister, ich sage Ihnen voraus: Auch die Einführung von Mindestlöhnen wird den betroffenen Menschen nicht helfen, sondern dazu führen, dass ganze Arbeitnehmergruppen - nämlich die Arbeitnehmer mit

geringerer Qualifikation oder Leistungsfähigkeit - auf Dauer aus dem ersten Arbeitsmarkt herausgedrängt werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Speziell für den Bereich der Postdienstleistungen gilt, dass der Mindestlohn zu weniger Wettbewerb und - die Anhörung im federführenden Ausschuss hat das gezeigt - zu einem Wegfall von mindestens 20 000 Arbeitsplätzen führt. Herr Minister Scholz, wenn Sie es mir nicht glauben, dann hören Sie, was der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Gutachten in unmissverständlicher Deutlichkeit dazu gesagt hat - Zitat -:

Besonders eklatant sticht die Absicht ins Auge, mit einem Mindestlohn die Deutsche Post AG und ihre Töchter von lästigem Konkurrenzdruck zu befreien. ... Letztlich soll damit das Anfang 2008 entfallende Briefmonopol der Deutschen Post AG durch die Hintertür wieder eingeführt werden ... Daher rät der Sachverständigenrat dringend davon ab, die Pläne zur Einführung dieses Mindestlohns weiter zu verfolgen.

Angesichts dessen habe ich - das muss ich auch an

die Adresse der Kollegen von der Union sagen - kein Verständnis dafür, dass die Bundeskanzlerin gestern an diesem Pult erklärt hat:

Bei der Post sehe ich nach wie vor Möglichkeiten, zu einer Einigung zu kommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU])

Wir hatten wirklich gehofft, dass dieser Spuk nach der Koalitionsrunde am letzten Montag ein Ende findet.

Bundeskanzlerin Merkel hat aber gestern auch gesagt: Dafür gibt es für uns in dieser Bundesregierung einen zentralen Maßstab: Wir beschließen Maßnahmen, mit denen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, und unterlassen alles, was Arbeitsplätze gefährdet.

Wenn das ernst gemeint war - das will ich hier klipp und klar sagen -, dann darf der Mindestlohn bei den Postdienstleistungen nicht kommen.

(Beifall bei der FDP)

Der Mindestlohn führt ohnehin nur im Ministerium selbst zu mehr Arbeitsplätzen: Insgesamt zehn Planstellen werden für den Bereich Arbeitnehmer-Entsendegesetz/Mindestarbeitsbedingengesetz neu ausgewiesen. So weit zu Theorie und Praxis.

Zur Rente. Ich beurteile die Entwicklung der Rentenfinanzen zurückhaltender, als es der Rentenversicherungsbericht tut. Trotz sprudelnder Beitragsquellen beträgt der Überschuss in diesem Jahr gerade einmal 1,2 Milliarden Euro. Wir lesen und staunen, dass sich die Überschüsse in der Zukunft prächtig entwickeln werden; je weiter der Zeitpunkt in der Zukunft liegt, desto günstiger - das kennen wir schon - sind die Prognosen. Das soll jetzt aber nicht mein Punkt sein.

Ich will für meine Fraktion sehr deutlich sagen: Wir tragen den Aufbau einer Nachhaltigkeitsrücklage mit, die der Rentenversicherung wieder eine größere Unabhängigkeit verschafft. Da allerdings in der Koalition schon wieder Vorschläge laut werden, welche Wohltaten man mit dem vielen Geld in der Kasse finanzieren könnte - Stichwörter: Erleichterung des Zugangs zu EM-Renten, Aufwertung der Beitragszahlungen von über 60-Jährigen -, sage ich deutlich: Beitragssenkung geht vor Leistungsausweitung. Wenn es Spielräume in der Rentenkasse gibt, dann sollten wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, auch schon vor 2011 eine Beitragssenkung zu ermöglichen und die Beitragszahler in der Rentenversicherung von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich beurteile es sehr skeptisch, dass der Sozialbeirat jetzt fordert, man möge Selbstständige in die Rentenversicherung einbeziehen. Das würde nämlich kurzfristig die Überschüsse weiter steigern und zu noch mehr Begehrlichkeiten führen. Das kann nicht die Leitlinie sein.

Nein, Herr Minister Scholz, Sie sollten wirklich das tun - das muss erste Priorität haben -, was den konjunkturellen Aufschwung verstetigt und Rückenwind für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bringt. Wir brauchen keine zusätzlichen sozialen Wohltaten, sondern eine Absenkung

von Beschäftigungsschwellen am Arbeitsmarkt.  
Nur so werden wir weiter vorankommen. Hierfür - aber  
auch wirklich nur hierfür - wünsche ich Ihnen eine  
glückliche Hand.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin  
Ilse Falk.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ilse Falk (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Minister, ich sage auch meinerseits  
von dieser Stelle aus einen herzlichen Glückwunsch zu  
Ihrem neuen Amt. Herzlich willkommen an Bord! Die  
Rede, die Sie eben gehalten haben, ist eine gute Basis für  
eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der zweiten Hälfte  
der Legislaturperiode.

Mit dem Einzelplan 11, Bundesarbeitsministerium,  
steht der Haushalt in zweiter Lesung zur Debatte, der mit  
129,5 Milliarden Euro nicht nur der größte ist, sondern  
auch derjenige, der besonders viele Menschen betrifft.  
Zugleich handelt es sich um den Haushalt, an dem besonders  
deutlich wird, dass sich Reformen auszahlen.

Wenn dann auch noch Wachstum und Aufschwung die  
Konjunktur beflügeln, können wir mit Recht eine gute  
Zwischenbilanz ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie können sich vorstellen, dass dabei immer wieder  
die guten Arbeitsmarktzahlen im Vordergrund stehen.  
Ich will sie hier gar nicht in allen Einzelheiten wiederholen  
- sie sind in den letzten beiden Tagen schon oft genug  
genannt worden -; trotzdem muss immer wieder  
deutlich gemacht werden, wie wichtig und erfreulich es  
ist, dass zum Beispiel Jugendliche unter 25 Jahren, ältere  
Arbeitslose über 55 Jahre und viele Langzeitarbeitslose  
wieder den Weg in Arbeit gefunden haben. Dies macht  
besonders Hoffnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Zahlen sind natürlich auch das Ergebnis erfolgreicher  
Vermittlungstätigkeit der Jobcenter.  
Die Zahl der Erwerbstätigen ist ebenfalls deutlich gestiegen.  
Auch dies bedeutet Hoffnung für die Zukunft.  
Die vielen offenen Stellen geben denen Aussicht auf Arbeit,  
die bis jetzt noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben.  
Jetzt gilt es, Kurs zu halten, damit noch viel mehr  
Menschen in unserem Land eine Chance auf Beschäftigung  
haben. Denn auch 3,36 Millionen Arbeitslose - das  
ist die Zahl, die gerade eben veröffentlicht worden ist -  
sind immer noch 3,36 Millionen Arbeitslose zu viel.  
Eines darf man nicht vergessen: Hohe Arbeitslosigkeit  
gefährdet das System der solidarischen Versicherung,  
wie wir in den vergangenen Jahren leidvoll erfahren  
mussten. Beiträge und damit die Lohnzusatzkosten  
steigen, Leistungen sinken, Menschen weichen in  
Schwarzarbeit und unsichere Beschäftigungsverhältnisse  
aus, was natürlich auch auf deren Versicherungsansprüche  
Auswirkungen hat. Sinkende Arbeitslosigkeit und  
steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
bedeuten mehr Geld in den Sozialkassen und damit mehr



Sicherheit, mehr Leistungen und mehr Solidarität mit denjenigen, die unserer Hilfe bedürfen, weil sie sich nicht selber helfen können. Also profitieren auch sie von mehr Beschäftigung.

Ein ganz wichtiger Punkt ist deshalb für uns die Verbesserung der Einstellungsbedingungen durch Senkung der Lohnzusatzkosten; das hat weiterhin oberste Priorität. Deswegen ist es so gut, dass es gelungen ist, bei der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von ursprünglich 6,5 Prozent auf nunmehr 3,3 Prozent eine Einigung zu erzielen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies gibt den Arbeitgebern Handlungsoptionen, und die Arbeitnehmer haben dadurch eine größere Verfügungsmasse. Das Volumen der Einzelpläne Arbeit und Soziales ist nicht nur von der Entwicklung des Arbeitsmarktes, sondern in besonderer Weise auch von den gesellschaftlichen Entwicklungen abhängig. Deshalb kann man ihn nicht isoliert betrachten. Ich denke da vor allem an die Schnittstelle zwischen Familien- und Sozialpolitik und an die Kosten, die von denjenigen ausgelöst werden, die in zweiter oder gar dritter Generation in Abhängigkeit von Sozialleistungen leben und sich irgendwie darin eingerichtet haben. Zahlreiche Faktoren wie fehlende oder mangelhafte Bildung, versagende Familien, denen es an jeglicher Lebens- und Alltagskompetenz fehlt, Suchtverhalten und vieles mehr führen zu Ausgrenzung und Passivität. Hier ist der Ruf nach Erhöhung der Transferleistungen schlicht realitätsfern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aufsuchende Hilfen und umfassende Präventionen sind gefragt, um den Teufelskreis, in dem sich manche befinden, zu durchbrechen.

Diese Menschen sind glücklicherweise eine Minderheit in unserer Gesellschaft. Wir sollten alles tun, um ihnen zu helfen; aber wir sollten nicht zulassen, dass sie die mediale und politische Diskussion in einer Weise dominieren, als gäbe es nicht auch die große Mehrheit der Leistungserbringer, die das Geld erarbeiten, das solidarische Handeln erst möglich macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Elke Ferner [SPD])

Ihnen gegenüber stehen wir in der Verantwortung. Sie erwarten von uns zu Recht, dass wir alles tun, um das zur Verfügung stehende Geld klug zu verwenden. Darüber sollten vielleicht auch die Linken nachdenken, die immer meinen, sie seien die Einzigen, die den Schlüssel für eine soziale und gerechte Politik hätten. Wollen Sie wirklich, dass die Menschen noch mehr Steuern zahlen? Dann sagen Sie ihnen auch deutlich, dass die von Ihnen bisher geforderten Leistungen, die sich auf 150 Milliarden Euro summieren, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 20 Prozentpunkte auf 39 Prozent nach sich ziehen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Genau die würden wir nicht erhöhen! -

Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Börsenumsatzsteuer! Erhöhung des Spitzensteuersatzes!)

Käme noch der von Ihnen geforderte Rentenbeitrag

von 28 Prozent hinzu, dann könnten wir in der Tat gleich zum Sozialismus zurückkehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Das wollen die doch!)

- Das muss aber ab und zu auch deutlich gesagt werden.

In diesen Tagen war viel von der sogenannten Zwangsverrentung die Rede. Es werden Horrorszenarien von Arbeitslosen entwickelt, die in Zukunft mit 60 einen Rentenantrag stellen und lebenslänglich auf 0,3 Prozent Rente pro Monat - auf fünf Jahre bezogen sind das 18 Prozent - verzichten müssten.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ist das nun wahr oder nicht?)

An einer Stelle gibt es tatsächlich eine Schieflage, und zwar bei den Frauen - noch für einige wenige Jahre - und bei den Schwerbehinderten.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, auch bei den anderen!)

Über diese Schieflage wird es in diesen Tagen eine Verständigung zwischen den Koalitionspartnern dahin gehend

geben, dass keiner und keine vor dem

63. Lebensjahr auf die Rente verwiesen werden darf.

Das bedeutet, dass kein Arbeitsloser mit Abschlägen von mehr als 7,2 Prozent rechnen muss, sofern nach

Unbilligkeitsgesichtspunkten

ein solcher Schritt überhaupt

vollzogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Vereinbarung erhält noch einige weitere Punkte

zum Verfahren und wird im Einzelnen zu diskutieren

sein. Ich denke aber, dass wir insgesamt zu einer guten

Entscheidung kommen werden, durch die erneute Frühverrentungsanreize vermieden werden.

Unsere Sozialpolitik muss darauf ausgerichtet bleiben,

dass möglichst viele Menschen Teil der arbeitenden

Mehrheit in unserer Bevölkerung sein können. Wir brauchen

daher für die Gruppe der Arbeitsuchenden Wege

in die Arbeit. Dazu gehören in erster Linie Bildungs- und

Qualifizierungsangebote, wo fehlende oder unvollständige

Ausbildung Einstellungschancen mindern. Notwendig

ist aber auch die individuelle Begleitung, insbesondere

von Langzeitarbeitslosen, die über rein

verwaltungstechnische Vermittlungsarbeit hinausgeht.

Diese Begleitung sollte fördern, aber auch fordern.

Bei knapp 1 Million offener Stellen muss auch die

Mobilität Arbeitsuchender stärker in den Blick genommen

werden. Was von der arbeitenden Mehrheit erwartet

wird, muss grundsätzlich auch für Arbeitsuchende gelten.

Wenn es um die Verbesserung von Beschäftigungschancen

geht, darf es keine Tabuthemen geben.

Wir brauchen in Deutschland soziale Sicherheit, aber

auch Flexibilität. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen,

dass viele Arbeitnehmer erst über die Zeitarbeit

wieder in die Arbeitswelt und in eine Festanstellung zurückfinden.

Auch für die Wirtschaft ist die sogenannte

atmende Beschäftigung sehr hilfreich. Deshalb darf Zeitarbeit

nicht wieder abgewürgt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der FDP)

Für uns gilt auch: Wer Vollzeit arbeitet, muss mehr

haben als jemand, der nicht arbeitet. Er soll selbstverständlich davon leben können. Wo dies nicht erarbeitet werden kann, greift die Mindesteinkommensicherung des Staates. Das ist gut so. Wer aber Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt im Ergebnis dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen und sich die Chancen gerade der Schwächeren verschlechtern. Für staatlich verordnete Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, können wir im Interesse der Menschen daher nicht die Hand reichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn die angelsächsischen Länder immer wieder als Beispiel herangezogen werden, muss die Frage erlaubt sein, zum Beispiel an Frau Hajduk, ob das auch für andere arbeitsrechtliche Regelungen wie den Kündigungsschutz gilt.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Frage ist auch erlaubt!)

Auch wenn das Ziel, Menschen in Beschäftigung zu bringen bzw. zu halten, oberste Priorität hat, so dürfen wir die Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der 40 Millionen Erwerbstätigen nicht außer Acht lassen. Hier geht es neben der erwähnten Senkung der Lohnzusatzkosten um die weitere Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung. Deswegen ist ein zentrales Thema der politischen Agenda der Großen Koalition die Mitarbeiterbeteiligung. Die Politik kann die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmer mehr als bisher die Möglichkeit erhalten, ihre Mitarbeiter an den Ergebnissen ihrer Arbeit teilhaben zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Neben finanziellen Aspekten geht es auch um eine humane Arbeitswelt. Der Erhalt von physischer und psychischer Gesundheit sowie Fitness der arbeitenden Menschen sind von fundamentaler Bedeutung. Hier geht es nicht um ein paar Yogakurse, sondern es geht um frühzeitige und kontinuierliche Gesundheitsprogramme.

(Beifall des Abg. Karl Schiewerling [CDU/CSU])

Die demografische Entwicklung und die längere Lebensarbeitszeit führen zwangsläufig dazu, dass wir uns intensiver mit der Frage nach altersgerechten Arbeitsplätzen beschäftigen müssen und werden. Ein Land wie Deutschland, das von seinem Wissen lebt, kann es sich gar nicht leisten, auf die Erfahrung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu verzichten.

Genauso wichtig ist auch, dass wir die familiengerechte Ausgestaltung von Arbeitsplätzen als zentrale Herausforderung für Wirtschaft und Politik begreifen, damit Väter und Mütter, wenn sie es wünschen, erwerbstätig sein und trotzdem Familie leben können. „Haushalt als Arbeitgeber“ ist da ein Stichwort. Weil das schon angesprochen worden ist, will ich mit meinen Ausführungen nun zum Ende gekommen; der Präsident mahnt schon.

Zum Abschluss will ich einen hoffnungsvollen Ausblick geben. Ziel der Arbeits- und Sozialpolitik kann eigentlich nur sein – das muss unser wichtigstes Anliegen sein –, diesen großen Haushalt herunterzufahren, zu versuchen,

von den hohen Kosten herunterzukommen; denn das wäre der beste Ausdruck einer guten Arbeits- und Sozialpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Elke Reinke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Elke Reinke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Seit fast drei Jahren ist das menschenunwürdige Hartz-IV-Gesetz in Kraft und wird an lebenden Personen ausprobiert. Es wurde von SPD und Grünen euphorisch eingeführt, durch CDU/CSU und SPD massiv verschärft; wenn die FDP könnte, würde sie die Daumenschrauben für die Erwerbslosen noch fester anziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hat es den Menschen gebracht, dieses tolle Gesetz? Genau das, wovon Linke, Sozialverbände, Gewerkschaften, Erwerbslose und die Montagsdemos Sie eindringlich gewarnt haben: Lohndrückerei, Arbeit zum Hungerlohn, Ausgrenzung und Armut.

Schon in der vergangenen Sitzungswoche hat es meine Fraktion, Die Linke, gewagt, unter anderem wegen der enormen Preissteigerungen wenigstens eine Anhebung der sogenannten Grundsicherung von 347 Euro auf 435 Euro zu fordern. Fast durchgängig reagierten Sie mit Beleidigungen, mit unerträglicher Überheblichkeit oder Ignoranz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anhebung der Regelsätze fordert nicht nur die Linke. Auch Sozialverbände, Gewerkschaften und soziale Bewegungen verlangen umgehend eine Erhöhung.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst die Grünen als Mitverursacher dieser Verarmungswelle haben wohl begriffen, dass menschenwürdige Existenz viel mehr ist als rein körperliches Überleben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, die Anhebung der Regelsätze kostet Geld, aber das Geld ist sogar da. Verzichten Sie einfach auf Ihre üppigen Steuergeschenke ab 2008! Sorgen Sie dafür, dass Art. 14 Abs. 2 Grundgesetz mit Leben erfüllt wird! Darin heißt es nämlich: „Eigentum verpflichtet“.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben über 2,5 Millionen arme Kinder in Deutschland. Aber Sie tun nichts. Sie sind nicht bereit, die Regelsätze anzuheben, um Armut zu lindern. Ja, Sie wollen einmal prüfen, ob da vielleicht etwas geht, so ab Frühjahr 2008 oder 2009. Aber die Erhöhung der Diäten von uns Abgeordneten halten Sie in dieser Situation für angemessen. Ohne Bedarfsprüfung haben Sie diese von einer Woche auf die andere durchgedrückt. Mit 350 Euro haben wir ab 2008 circa so viel zusätzlich, wie Sie einer Einpersonenbedarfsgemeinschaft im Monat zum Überleben zugeteilt haben. Ich finde, das ist unverschämt und an Zynismus nicht zu überbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht mal zu einer Weihnachtspauschale von 40 Euro für

Hartz-IV-Betroffene konnten Sie sich durchringen.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Sie stellen auch keinen Antrag zum Haushalt dazu!)

Herr Straubinger, Sie erzählten uns in Ihrer Rede am 15. November, dass mit der momentanen Regelsatzhöhe ein menschenwürdiges Leben möglich sei und dass die Koalition die Chancen der Menschen großartig verbessert habe. Wenn es so wäre, wie kommt es dann, dass sich die Zahl der armen Kinder seit Einführung von Hartz IV verdoppelt hat, dass Suppenküchen und Wärmestuben aus den Nähten platzen, dass Tafeln und Kleiderkammern Hochkonjunktur haben und die Wohnungslosigkeit zunimmt?

Und Sie, Herr Haustein, Sie plappern hier wiederholt von Sonderbedarfen wie Kühlschrank oder Waschmaschine, die einfach so auf Antrag verteilt werden. Das ist absoluter Blödsinn! Seit Hartz IV sind die einmaligen Beihilfen Geschichte. 1,39 Euro pro Monat sieht der Regelsatz für einen Kühlschrank vor. Das heißt, man muss acht Jahre sparen, um sich einen Kühlschrank für 135 Euro leisten zu können. Sie sollten Ihr Supergesetz endlich einmal lesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Empfehlung richte ich auch an einige Angestellte der Bundesagentur für Arbeit. Es wird immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, unabhängige Sozialberatungsstellen zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch ein Vorschlag: Besuchen Sie statt des x-ten parlamentarischen Abends von Wirtschaftslobbyisten doch einfach einmal Selbsthilfevereine der Erwerbslosen. Letzte Woche haben mich die Erwerbslosen in Merseburg, Sachsen-Anhalt, gebeten, Sie dazu einzuladen. Liebe Hartz-IV-Gutfinder im Saal, versuchen Sie, sich das einmal vorzustellen: Ihr Kind hat nach über 100 Versuchen einen Ausbildungsplatz ergattert, und Sie müssen von der Ausbildungsvergütung, die Ihr Kind erhält, mit durchgefüttert werden. - Ich glaube, das übersteigt Ihre Vorstellungskraft.

Viele Betroffene meinen auch, Abgeordnete sollten einmal ein Jahr von Hartz IV leben müssen, um zu begreifen, was es heißt, überflüssig zu sein: Offenbarungseid, Sanktionen, Existenzangst, Sozialschnüffler in der Wohnung, Verzweiflung, Resignation, traurige Kinderaugen, Armut, Hunger und Krankheit.

(Zuruf von der FDP: Das ist in der DDR gewesen! Genau das!)

Nein, meine Damen und Herren, auch Ihnen wünsche ich ein solches Leben nicht.

Ich fordere Sie auf: Tun Sie endlich etwas! Ihre Politik geht auf Dauer nicht gut. Sie gefährden mehr und mehr den sozialen Frieden im Land. Dass Sie Ähnliches befürchten, zeigte unter anderem die Reaktion von Frau Connemann auf unseren Antrag, das Recht auf politischen Streik in das Grundgesetz aufzunehmen. Ich zitiere aus der Rede von Frau Connemann:

Ein Druck - durch wen auch immer - darf nicht auf uns ausgeübt werden.

Wovor fürchten Sie sich? Haben Sie Angst vor dem eigenen Volk?

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte diejenigen Kollegen, die jetzt für die nach dem übernächsten Redner stattfindende namentliche Abstimmung in den Plenarsaal kommen, Platz zu nehmen und einen ruhigen Abschluss dieser Debatte zu ermöglichen. Wolfgang Grotthaus ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Grotthaus (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 5,2 Millionen Arbeitslose, die Beschäftigungsquote Älterer über 50 Jahre knapp über 40 Prozent, die Ausbildung junger Menschen mehr als miserabel – das war Anfang 2005.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Da habt ihr schon regiert! Da hattet ihr schon sieben Jahre Regierungsverantwortung!)

Das war vor dem Inkrafttreten des ach so miserablen Hartz-IV-Gesetzes.

Wie sieht es nach dem Inkrafttreten, knapp drei Jahre später, aus? Die Arbeitslosenzahlen haben sich auf circa 3,4 Millionen reduziert. Die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen ist auf 52 Prozent angewachsen. Der Ausbildungspakt greift; mehr junge Menschen kommen in Arbeit. Die Erwerbstätigenzahl bewegt sich auf einem Rekordniveau von über 40 Millionen Menschen.

Stolze Zahlen, finde ich. Trotzdem gilt es, die Hände nicht in den Schoß zu legen und sich auszuruhen. Vielmehr müssen für die jungen Menschen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, für jeden Menschen ohne Arbeit, für alle, die mit körperlichen Handicaps ins Berufsleben einsteigen wollen, die Rahmenbedingungen so geschaffen werden, dass ihre Situation erleichtert wird und dass sie ihrem Wunsch folgen können, einen Beruf zu erlernen oder in einen Job zu kommen. Sie wollen Teilhabe:

Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an der Möglichkeit, das Geld für die eigene Familie selber zu verdienen. Teilhabe an finanziellen Leistungen des Staates wollen sie nur – das sage ich insbesondere an die Adresse der Linken –, wenn sie tatsächlich nicht die Chance haben, ins Berufsleben einzutreten. Entscheidend ist also Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt und nicht so sehr an finanzieller Unterstützung und Alimentierung durch den Staat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ins Berufsleben zurückzufinden, trägt auch zur Selbstverwirklichung bei. Selbstverwirklichung findet nicht statt, wenn man auf Almosen seitens des Staates angewiesen ist.

Mit dem Haushalt senden wir hierzu wichtige Signale. Dies gilt vor allem für den Bereich „Arbeit und Soziales“. Insgesamt 124 Milliarden Euro stellen wir im nächsten Jahr für diesen Bereich zur Verfügung. Die gute Nachricht für den Arbeitsmarkt ist: Die Arbeitsmarktpolitik wird trotz Entlastung auf dem Niveau der letzten Jahre weitergeführt und in Schwerpunktbereichen sogar verstärkt. Senken können wir die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II. Bei den ins Berufsleben Eintretenden

kommt inzwischen die Hälfte aus dem Arbeitslosengeld-II-Bezug; noch vor einem Jahr war es ungefähr ein Drittel.

Auch bei der Rentenversicherung gibt es gute Nachrichten. Deshalb können die staatlichen Zuschüsse für die Rentenversicherung um 400 Millionen Euro abgesenkt werden.

Ausgabensenkung ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, dass wir die Ausgaben in Schwerpunktbereichen verstärken, um den Abbau der Arbeitslosigkeit weiter zu unterstützen. Dadurch wird der Bundeshaushalt mittelfristig entlastet.

Wir haben das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ neu in den Haushalt eingestellt. So können ungefähr 50 000 Menschen mit entsprechenden Komplementärmitteln aus den Kommunen im nächsten Jahr in Arbeit gebracht werden. Wird dieses Programm von den Kommunen angenommen, wird diese Maßnahme auch in 2009 weitergeführt. Dann werden wir mit den entsprechenden Mitteln dafür sorgen können, dass 100 000 Menschen eine bessere Zukunft bekommen.

Ähnliches gilt für die Förderung der Beschäftigung Älterer. Die Entscheidung von Franz Müntefering, einen Schwerpunkt auf die Integration von Menschen über 50 Jahren zu setzen, ist richtig und war bisher außerordentlich erfolgreich. Die Arbeitslosenquote bei den über 50-Jährigen ist gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gesenkt worden. Ein erfolgreiches Programm, so meinen wir, das auch in den nächsten drei Jahren fortgesetzt wird. Außerdem werden wir für ältere Empfänger von Arbeitslosengeld I Eingliederungsgutscheine einführen, wodurch noch mehr Menschen über 50 Jahre in Beschäftigung kommen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf eine weitere Entscheidung möchte ich hier deutlich hinweisen: Wir haben den Eingliederungstitel nicht gekürzt. Damit steht bei weniger Arbeitslosen, aber gleichen finanziellen Aufwendungen für den einzelnen Arbeitslosen mehr Geld zur Eingliederung zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier also behauptet, es werde gekürzt und weniger Geld zur Verfügung gestellt, der beherrscht die vier Grundrechenarten nicht. Dem würde ich auch nicht empfehlen, beim PISA-Test mitzumachen; denn das würde das negative Ergebnis noch verstärken. Von daher würde ich all die Abgeordneten, die hier solche Rechnungen aufmachen, bitten, sich zumindest Grundschulkenntnisse im Rechnen anzueignen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Eines muss hier auch deutlich gesagt werden: Wir erwarten, dass die Mittel, die für den Eingliederungstitel zur Verfügung gestellt werden, im nächsten Jahr auch vollständig ausgeschöpft werden, dass vor Ort die Vermittlung, die Eingliederung noch stärker forciert wird.

Hier müssen sich die Träger der Grundsicherung im nächsten Jahr noch mehr einsetzen. Kein Arbeitsloser darf das Gefühl haben, dass vor Ort auf seine Kosten gespart wird. Die Bundesregierung hat an dieser Stelle ihre Hausaufgaben gemacht.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Satz zu der Kollegin Hajduk sagen. Die Kollegin Hajduk hat behauptet, dass wir nicht richtig analysiert haben. Sie hat gefragt, wodurch die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen tatsächlich zustande gekommen ist. Ich habe das zwar schon einmal gesagt, ich will es aber wiederholen: Ja, durch die Konjunkturverbesserung. – Von der Kollegin Hajduk hätte ich aber erwartet, dass sie zumindest die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Republik, erwähnt. Ich füge hinzu: Auch die Agenda 2010, zu der Sie damals Ihre Zustimmung gegeben haben, hat zu einem großen Teil dazu beigetragen. Seien Sie nicht so zurückhaltend! Bekennen Sie sich zu den Erfolgen, auch wenn sie erst jetzt oder später zum Tragen kommen! (Beifall bei der SPD)

Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden diesen Weg unbeirrt weitergehen. Wir werden uns nicht treiben lassen. Von daher werden Sie, ähnlich wie bei der Zwangsverrentung, die eine oder andere Überraschung mit uns erleben. Sie werden sagen können: Aha, in der Großen Koalition bewegt sich doch etwas. – Wir hoffen, dass Sie uns dann auch zustimmen werden. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte die inzwischen eingetroffenen Kollegen, Platz zu nehmen. Die namentliche Abstimmung findet nicht anstelle der Debatte statt, sondern nach der Debatte, sicher nicht vorher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Stefan Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, nachdem wir heute die aktuellen Arbeitsmarktdaten haben zur Kenntnis nehmen dürfen, können wir sagen: Das ist ein guter Tag für Deutschland. Das ist vor allem ein guter Tag für diejenigen, die bisher arbeitslos waren. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem November des vergangenen Jahres um über 600 000 zurückgegangen.

An dieser Stelle darf ich sagen: Wir freuen uns mit all denjenigen, die letztes Jahr noch auf staatliche Fürsorge angewiesen waren und in diesem Jahr wieder von ihrer eigenen Arbeit leben können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir entscheiden heute über nicht weniger als über die Verteilung von 124 Milliarden Euro, über den Haushalt des Bundesarbeitsministeriums. Ich nenne diese Zahl ganz bewusst, weil man angesichts der Debatten in diesem Hause und angesichts von Parteitagsbeschlüssen in den letzten Wochen den Eindruck gewinnen konnte, dass es neben diesen 124 Milliarden Euro noch weitere Mittel zu verteilen gäbe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, auf Ihrem Parteitag in Nürnberg haben Sie es nicht nur geschafft, Ihren kompetentesten Finanzfachmann aus dem Weg zu räumen, sondern Sie haben es auch geschafft,



sich mit Ihren Beschlüssen von seriöser Sozialpolitik, von seriöser Politik insgesamt zu verabschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Tatsache, dass Sie den Bürgern 60 Milliarden Euro für soziale Wohltaten versprechen, zeigt, dass Sie in höchstem Maße an Realitätsverlust leiden.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn mit den Kindern ohne Schulabschluss?)

Vor diesem Hintergrund erscheint es außerordentlich skurril, wenn Sie uns in Ihrem Entschließungsantrag zu diesem Einzelplan vorwerfen, wir wären der Meinung, wir hätten ein haushaltspolitisches Schlaraffenland. Das Gegenteil ist richtig: Das Schlaraffenland versprechen Sie den Menschen und nicht wir.

In Ihrem Entschließungsantrag kritisieren Sie außerdem die Lastenverschiebung zwischen Bundeshaushalt und Bundesagentur. Dieser Meinung kann man durchaus sein; das ist Ihr gutes Recht. In Ihrem Antrag rechnen Sie uns vor, wodurch die Bundesagentur zusätzlich belastet wird. Sie kommen auf 10,8 Milliarden Euro. Sie fordern, dass diese zusätzlichen Belastungen nicht mehr durch die BA gegenfinanziert werden. Im Gegenzug soll die BA die Einnahmen aus einem Mehrwertsteuerpunkt nicht mehr erhalten. Da gibt es aber einen kleinen Rechenfehler, der mir aufgefallen ist: Nach Ihrer Meinung wird die Bundesagentur mit 10,8 Milliarden Euro zusätzlich belastet. Die Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerpunkt betragen aber nur 7,5 Milliarden Euro. Sie beantworten nicht die Frage, woher die weiteren über 2 Milliarden Euro kommen sollen. Mir jedenfalls ist nicht bekannt, dass Sie einen entsprechenden Antrag im Haushaltsausschuss gestellt haben.

Zu einem weiteren Thema in Ihrem Entschließungsantrag. Sie schreiben, die BA müsse von ihren Reserven zehren. Da muss ich Ihnen leider widersprechen. Die BA muss nicht von ihren Reserven zehren, sie muss auch keine Rücklagen aufbrauchen. Richtig ist, dass von dem, was in den letzten Jahren an Überschüssen durch zusätzliche Beitragseinnahmen eingenommen wurde, in den nächsten Jahren etwas weggenommen wird. Es gibt keine zusätzlichen Belastungen, weil wir erstens die Beiträge gesenkt haben

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

und weil wir zweitens Rücklagen gebildet haben. Ich sage ausdrücklich: Dieser Weg ist richtig. Die BA bildet zum ersten Mal eine Rücklage für ihre Pensionäre, damit künftige Beitragszahler davon nicht mehr belastet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist auch richtig, dass überhaupt eine Liquiditätsrücklage gebildet werden soll. Das ist ein Beitrag dazu, um die Lohnzusatzkosten in der Zukunft nicht weiter zu erhöhen. Wir stehen für niedrige Lohnnebenkosten, für niedrige Sozialabgaben, damit den Menschen mehr übrig bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir, die Regierungsfractionen, wollen den Sozialstaat erhalten und sichern. Wir wollen aber nicht mehr versprechen als das, was gehalten werden kann. Wir sind

dafür, dass Leistungsträger nicht überfordert werden und dass Schwache, die sich selbst nicht helfen können, unterstützt werden. Das heißt: Oberstes Ziel in der Innenpolitik der nächsten Jahre muss weiterhin sein, dass Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden, dass die Arbeitslosigkeit abgebaut und zusätzliche Beschäftigung geschaffen wird. Wir wollen gerade diejenigen unterstützen, die von diesem Aufschwung noch nicht profitiert haben, nämlich Langzeitarbeitslose, jüngere und auch ältere. Mit diesem Haushalt setzen wir - mit Ihnen, Herr Bundesarbeitsminister - die entsprechenden Akzente dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen eine solide Sozialpolitik, die über Jahre Bestand hat. Dazu müssen wir die Interessen der Generationen verbinden. Das gilt insbesondere für die Rentenversicherung, die auch in diesem Jahr einen hohen Zuschuss in Höhe von fast 80 Milliarden Euro bekommt. Der Generationenvertrag war über Jahrzehnte Garant für Stabilität und Solidarität der Generationen. Das soll auch in Zukunft so sein. Aber wir müssen den Veränderungen in unserer Gesellschaft Rechnung tragen und die Frage beantworten: Wie schaffen wir es, dass sich die Generationen nicht gegenseitig überfordern? Wir haben auf der einen Seite die Älteren, die um erworbene Ansprüche fürchten, und auf der anderen Seite die Jüngeren, die sich als Verlierer des Systems fühlen. All denen müssen wir sagen: Eure Befürchtungen sind unberechtigt. Wir tun alles, um das Rentensystem zu stabilisieren. - Deswegen ist der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung gerechtfertigt, und deswegen war auch die Rente ab 67 ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem von klugen Wissenschaftlern immer wieder vorgebrachten Vorschlag „Rente ab 70“. Ich halte von dieser Diskussion - da bin ich mir mit meinen Kollegen und Kolleginnen aus der Union einig - überhaupt nichts. Es macht keinen Sinn, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und sofort eine Diskussion über eine weitere Erhöhung anzuzetteln. Der Schritt „Rente ab 67“ war richtig. Wir haben ihn getan; das stabilisiert das System.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir führen gelegentlich Debatten über unseren Sozialstaat. Er steht angesichts seiner konkreten Ausgestaltung und seines Leistungsvolumens oftmals in der Kritik. Dennoch stellen wir fest, dass er sich einer hohen und stabilen Wertschätzung in der Bevölkerung erfreut. Erfolgreiche Sozialpolitik ist die Voraussetzung für innenpolitische Stabilität. Sie ist die Voraussetzung für sozialen Frieden. Wir leisten mit diesem Bundeshaushalt einen entscheidenden Beitrag, um den sozialen Frieden in Deutschland zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11 - Bundesministerium für Arbeit und Soziales - in der Ausschussfassung. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der

Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7317 vor, über den wir zuerst abstimmen. Die Fraktion Die Linke hat hierzu namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mir zu signalisieren, ob alle Plätze besetzt sind. - Das ist offenkundig der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Gibt es ein Mitglied des Hauses, das seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? - Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Nach Neubesetzung der Matadore werden wir die Aussprache fortsetzen und uns die Ergebnisse der Abstimmung nach dem bewährten Verfahren während der Debatte mitteilen lassen. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist offensichtlich der Fall.

Ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir die Debatte nicht sofort fortsetzen können, weil wir die Abstimmung über diesen Einzeletat formal korrekt erst dann durchführen können, wenn über den Änderungsantrag abgestimmt worden ist. Die Abstimmung hat zwar gerade stattgefunden, und wir ahnen das Ergebnis, aber wir kennen es noch nicht. Deswegen unterbreche ich die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt. Sobald das der Fall ist, fahren wir mit den Beratungen fort.

(Unterbrechung von 11.00 bis 11.04 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten

Katja Kipping, anderer und der Fraktion Die Linke zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008, hier: Einzelplan 11, Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6411, 16/6423 und 16/7317, bekannt: Abgegebene Stimmen 571. Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 521, keine Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegen je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Dr. Max Stadler von der FPD-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Max Stadler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Schon nach zwei Jahren ihres Bestehens ist die Große Koalition in der Innenpolitik praktisch handlungsunfähig.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Oh! - Hartfrid Wolff

[Reims-Murr] [FDP]: Recht hat er!)

- Doch. Der Tagesspiegel hat am Samstag unter der Überschrift „Koalition des Misstrauens“ zu Recht geschrieben: Die Innenpolitiker von SPD und Union misstrauen

sich von Herzen ... Es ist hier gut zu beobachten,  
wie aus Partnern Opponenten geworden sind ...

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Andere Journalisten  
sind da anders informiert!)

Das ist eigentlich ein verheerender Befund über den Zustand  
dieser Regierung.

Aber Politik ist manchmal paradox: Man muss geradezu  
froh sein, dass sich Union und SPD nicht mehr auf  
neue Gesetze einigen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE  
GRÜNEN)

Denn was die Koalition in den bisherigen zwei Jahren in  
der Gesetzgebung gemacht hat, war ja nichts anderes als  
eine Kaskade von Einschnitten in die Grundrechte. Mit  
ihrer bürgerrechtsunfreundlichen Politik hat diese  
Koalition nahtlos die Politik der rot-grünen Vorgängerregierung  
fortgesetzt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der LINKEN)

Die innere Zerrissenheit der Koalition zeigt sich im  
Großen wie im Kleinen. Sie streiten ja nicht nur über  
zentrale Themen wie die heimliche Onlinedurchsuchung,  
sondern wir haben hier im Plenum auch oft die  
Spannungen in dieser Koalition live miterlebt, wenn sich  
die Kontrahenten aus Union und SPD beispielsweise  
über das Ausländerrecht coram publico gestritten haben.  
Sie sind nicht in der Lage, eine wirkliche Modernisierung  
des öffentlichen Dienstes auf den Weg zu bringen,  
und greifen die Vorschläge und Eckpunkte, die Otto  
Schily zusammen mit dem Deutschen Beamtenbund und  
mit Verdi vereinbart hat, eben gerade nicht auf. Sie versuchen,  
die Organisation der Bundespolizei neu zu regeln.  
Das hat bisher hauptsächlich zu Unruhe bei den  
Polizeibeamten geführt, aber nicht mehr Sicherheit produziert.  
Jetzt zeigt sich, wie der Spiegel am Montag geschrieben  
hat, Herr Körper:

Nach monatelangem Stillhalten torpediert die SPD  
- der eigene Koalitionspartner! -  
nun die Reform der Bundespolizei.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Wir machen eine  
gute Reform!)

Ein letztes Beispiel würde man vielleicht eher als eine  
Begebenheit am Rande einstufen; es wirft aber ein bezeichnendes  
Schlaglicht auf den Zustand dieser Koalition.

Sie wissen, dass in der Vorgängerregierung durch  
eine Verfügung des damaligen Staatssekretärs Lutz  
Diwell heimliche Onlinedurchsuchungen erlaubt worden  
sind. Wir haben im Innenausschuss den Wunsch,  
dass Herr Diwell uns dies persönlich erklärt; denn er hat  
nachher öffentlich gesagt, ihm sei gar nicht bewusst gewesen,  
was er da unterschrieben hat. Das scheint mir bei  
einem solchen Grundrechtseingriff doch ein sehr beachtlicher  
Vorgang. Daher haben wir Auskunft von Herrn  
Diwell im Innenausschuss erbeten.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Mehrfach!)

Die CDU/CSU hat unserem Ansinnen vernünftigerweise  
zugestimmt - sehr zum Missfallen der SPD.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Nein!)

Das ist nur eine Begebenheit am Rande, die aber, wie ich glaube, doch zeigt, wie es um den Zustand dieser Koalition bestellt ist.

(Beifall bei der FDP – Reinhard Grindel

[CDU/CSU]: Er ist sehr, sehr gut! –

Dr. Michael Bürsch [SPD]: Herr Diwell hat doch schriftlich Auskunft gegeben!)

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt aber zur zentralen Kritik der FDP an der Innenpolitik dieser Koalition, kommen wir zum alles entscheidenden Thema in der Innenpolitik, nämlich dem Verhältnis von Sicherheit und Freiheit.

Ich möchte durchaus feststellen, dass es um die innere Sicherheit in Deutschland alles in allem befriedigend steht –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Gut! – Reinhard Grindel [CDU/

CSU]: Man kann auch sagen: Gut!)

dank der guten Arbeit der Sicherheitsbehörden.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Und des Ministers!)

Beispielsweise hat die Verhaftung von drei Verdächtigen, die offenbar einen Bombenanschlag geplant hatten, gezeigt, dass unsere Polizeibehörden eine gute Arbeit leisten,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das gelang wegen der akustischen Wohnraumüberwachung!)

und zwar auf der Basis der bestehenden Gesetze und ohne heimliche Onlinedurchsuchungen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Aber mit der akustischen Wohnraumüberwachung! –

Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Die FDP war auch dagegen!)

Um die innere Sicherheit mache ich mir daher keine so großen Sorgen, um die innere Liberalität in diesem Land aber schon.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dies zum wiederholten Male festzustellen: Der Schutz der Grundrechte ist bei Ihnen nicht in den besten Händen. Ich nenne Ihnen beispielhaft ein Zitat, das Ihnen doch zu denken geben müsste. Der renommierte Staatsrechtler und Verfassungsrichter Professor Udo di Fabio hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben – ich zitiere wörtlich aus der Süddeutschen Zeitung, was er gesagt hat –: Ich halte es für eine Krankheit, dass ständig unser System in Frage gestellt wird.

Das war an die Adresse dieser Großen Koalition gerichtet, und das müsste Ihnen doch endlich zu denken geben; denn Professor di Fabio hat recht.

Das erkennen wir an dem jüngsten Beispiel, nämlich der Vorratsdatenspeicherung. In der Debatte hier vor knapp zwei Wochen – am 16. November 2007 – war eines wirklich nicht nachvollziehbar: Die Redner der Großen Koalition haben entweder nicht verstanden oder nicht verstehen wollen, dass mit der Vorratsdatenspeicherung jetzt eine neue Qualität der Überwachung gesetzlich eingeführt worden ist; denn Sie sind damit von einem wichtigen Grundsatz abgewichen. Dieser Grundsatz lautet: Eingriffe in Bürgerrechte sind dann gerechtfertigt, wenn es konkrete Verdachtsmomente gegen konkrete

Beschuldigte oder Verdächtige gibt. Das ist die notwendige Begrenzung, damit nicht uferlos und schrankenlos in die Grundrechte eingegriffen wird.

Wenn jemand konkret in Verdacht steht, eine schlimme Straftat zu planen, dann mag es richtig sein, sein Telefon zu überwachen oder die Telefonverbindungsdaten zu speichern. Es ist aber etwas fundamental Neues und anderes, die Daten von Millionen unverdächtigen Bürgerinnen und Bürgern zu speichern.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Sie werden doch zurzeit schon gespeichert!)

Das ist der Systemwechsel, den Udo di Fabio Ihnen vorwirft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister Schäuble, deswegen sind wir auch bei Ihren zahlreichen Interviewäußerungen misstrauisch. Ich nehme eine heraus, die öffentlich vielleicht wenig bemerkt worden ist, mir aber sehr verdächtig erscheint.

Nur Sie selber wissen, was Sie gemeint haben - mir ist das nicht ganz klar -, als Sie am 9. Juli 2007 im Spiegel erklärt haben:

Wir sollten versuchen, ... Rechtsgrundlagen zu schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten.

Was soll das eigentlich heißen? Haben wir denn die nötigen Rechtsgrundlagen nicht?

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Nein! -

Norbert Barthle [CDU/CSU]: Keine ausreichenden!)

Der Rechtsstaat ist wehrhaft. Er kann sich auf der Basis der geltenden Gesetze zur Wehr setzen.

Wenn ich mir noch einmal das Stakkato, wie der Bundespräsident es bezeichnet hat, Ihrer Interviewäußerungen

vor Augen führe, in denen Sie über Inhaftierung auf Verdacht, gezielte Tötungen - targeted killing - und anderes gesprochen und die Unschuldsvermutung relativiert haben, muss ich Ihnen sagen: Ein solcher Satz,

mit dem Sie Freiheiten bei der Terrorismusbekämpfung beanspruchen, weckt in uns Liberalen den Verdacht, dort solle einem neuen Feindstrafrecht das Wort geredet werden, wie es manche in der strafrechtlichen Literatur verlangen. (Zuruf von der CDU/CSU: Kaffeesatzleserei!)

Auch dagegen hat sich Udo di Fabio in seinem Beitrag in der Welt massiv verwahrt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen keinen Systemwechsel.

Wir wollen, dass der Rechtsstaat sich so bewährt, wie er von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes gestaltet worden ist.

In dem eingangs zitierten Artikel des Tagesspiegel hieß es am Schluss, mit der FDP in einer Regierung wäre es in der Innenpolitik auch schwierig. Meine Damen und Herren, das nehmen wir erstens als Kompliment; denn wenn es darum geht, die Grundrechte zu bewahren, muss man sperrig sein. Zweitens sage ich Ihnen Folgendes: Mit uns ist einfach zusammenzuarbeiten, mit der FDP ist einfach zu regieren, wenn eine Politik betrieben wird, die sich strikt an den Grundrechten orientiert.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wie bei Herrn Wolf in Nordrhein-Westfalen!)  
Ihre Politik tut dies leider nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat der Kollege Dr. Michael Luther von der  
CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU))

Dr. Michael Luther (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und  
Kollegen! Herr Stadler, in einem Punkt irren Sie. Die  
Große Koalition ist im Bereich der Innenpolitik handlungsfähig.  
Das zeigt dieser Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum ersten Mal übersteigt der Innenhaushalt die 5-Milliarden-  
Euro-Grenze. Das ist eine ganz gewaltige Steigerung  
um 13 Prozent. Dies zeigt, dass die innere Sicherheit  
von der Großen Koalition ernst genommen wird.

An dieser Stelle will ich allerdings darauf aufmerksam  
machen, dass ein Teil der Steigerung technischer  
Natur ist. 2010 sollen alle bundeseigenen Immobilien  
von der sogenannten BImA übernommen werden. Die  
Nutzer von Immobilien werden dann zu Mietern. Langfristig  
bietet das für uns fiskalische Vorteile, weil dann  
jedes Bundesministerium im Interesse der eigenen Sparsamkeit  
darauf achten wird, dass es seinen Raumbedarf  
optimiert.

2008 beginnt das Innenministerium mit der Bundespolizei,  
diese Strukturveränderung durchzuführen.

Technisch notwendig ist dann allerdings - und zwar  
für den Bundeshaushalt insgesamt ausgabenneutral -,  
dass eine Anfangsmiete etatisiert wird. Das macht immerhin  
eine Steigerung von 108 Millionen Euro aus, die  
jetzt für Mietzahlungen etatisiert sind.

Eine weitere deutliche Ausgabensteigerung erfahren  
wir wegen der bedarfsgerechten Etatisierung des BOSDigitalfunks.

Die in der bisherigen mittelfristigen  
Finanzplanung vorgesehenen Mittel beruhen auf einer  
Schätzung, die eine andere Datengrundlage hatte. Wir  
wussten seit längerem, dass dies nicht mehr stimmig ist.  
Natürlich konnten wir aber erst dann Zahlen einstellen,  
als das Konzept etatreif war.

Uns als Haushaltsberichterstatern war es auch wichtig,  
dass dieses wichtige Investitionsprojekt gemeinsam  
mit dem Bundesrechnungshof durchgeführt wird.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Er muss und soll das Konzept akzeptieren. Deshalb  
konnten wir erst jetzt am Ende der Haushaltsberatungen  
die entsprechenden Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen  
für die nächsten 15 Jahre - insgesamt  
macht dieses Projekt immerhin 2,5 Milliarden Euro aus -  
einstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Wir werden dieses wichtige Investitionsprojekt des  
Bundes auch weiterhin aktiv begleiten. Ich will, dass  
dieser wichtige Modernisierungsschritt schnell kommt,  
weil sich damit die Kommunikation unserer Sicherheitskräfte  
bei ihrer Arbeit wesentlich verbessert.

Ein weiteres Thema ist der ergänzende Katastrophenschutz.

Es hat in den Haushaltsberatungen eine

wichtige Rolle gespielt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist auch gut so!)

Jahrzehntelang geübte Staatspraxis ist es, dass sich der Bund im Rahmen des ergänzenden Katastrophenschutzes an der Finanzierung der entsprechend benötigten Feuerwehrfahrzeuge beteiligt. Diese Feuerwehrfahrzeuge stehen dann ja vor Ort, zum Beispiel bei den freiwilligen Feuerwehren.

Der Bundesrechnungshof hat kritisiert, dass diese Finanzierung aufgrund der föderalen Struktur eigentlich den Bundesländern obliegt, es also an einer gesetzlichen Grundlage fehle. Gleichwohl sage ich für die CDU/CSU-Fraktion ganz klar: Wir wissen, dass sich der Bund nicht heraushalten kann, wenn der Katastrophenschutz leistungsfähig und einheitlich sein soll. Ich will an dieser Stelle zwei Beispiele nennen: das Hochwasser 2002 und den tagelangen Stromausfall im Winter 2005, von dem insbesondere Nordrhein-Westfalen betroffen war. Der Bürger fragt in solchen Situationen nicht, wer zuständig ist. Er will, dass der Katastrophenschutz gut organisiert wird, und zwar im Zusammenwirken von Kommune, Land und Bund. Deshalb haben sich Bund, Länder und Kommunen auf ein neues Katastrophenschutzkonzept verständigt,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

für dessen Umsetzung der Bund in den nächsten zehn Jahren 260 Millionen Euro zusätzlich bereitstellt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein faires Angebot!)

Mit diesem Konzept wird ein wesentlicher und nachhaltiger Schritt in Richtung der notwendigen Verbesserung des Katastrophenschutzes in Deutschland gegangen. Nächstes Jahr stehen 26 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Das ist das Signal seitens des Bundes, dass wir an einem Erfolg des Konzepts interessiert sind. Allerdings ist klar - ich verweise noch einmal auf den Bundesrechnungshof -: Ein Konzept allein reicht nicht aus. Wir brauchen eine verlässliche gesetzliche Grundlage. Ich hoffe, dass diese im nächsten Jahr geschaffen wird. Der Haushaltsausschuss fordert dies ein.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr][FDP]: Das klingt gut!)

Eine für den Katastrophenschutz wichtige Organisation ist das Technische Hilfswerk. Wenn es das Technische Hilfswerk nicht gäbe, müsste man es erfinden. Die Arbeit des THW wird nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland hoch geschätzt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das THW lebt vom Ehrenamt. 80 000 Freiwillige sind eine beeindruckende Zahl.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es hat einen hervorragenden Präsidenten!)

- Stimmt. - Allerdings ist klar: Man braucht eine funktionierende hauptamtliche Struktur, um diese 80 000 ehrenamtlichen Helfer zu führen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Zurzeit kommen etwa 100 Ehrenamtliche auf einen



Hauptamtlichen, es gibt also ein Verhältnis von 100 : 1.  
Nun das Problem: Seit Jahren reduzieren wir pauschal die Zahl der Beschäftigten des Bundes; das ist richtig. Aber das betrifft auch das THW. Gingen wir diesen Weg des Stellenabbaus weiter, müssten wir im Rahmen einer kegelgerechten Personalstruktur auch die Zahl der ehrenamtlichen Helfer reduzieren. Das darf nicht sein; denn wir brauchen die 80 000 Ehrenamtlichen. Das Verhältnis von 100 : 1 muss in etwa erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir haben es geschafft, mit diesem Haushalt entsprechende Schritte zu gehen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Eine heroische Tat!)

Zum einen gibt es einen Beschluss des Haushaltsausschusses, der keine weiteren Stelleneinsparungen beim THW vorsieht. Zum anderen haben wir 30,5 bestehende kw-Vermerke aufgehoben. Damit kann in etwa die Personalstruktur erhalten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wird die Opposition wahrscheinlich wieder als Geldverschwendung kritisieren!)

Des Weiteren stärken wir die Mittel für die THW-Jugend. Das THW weckt mit seiner Jugendarbeit Interesse für gesellschaftliche Verantwortung, ermöglicht eine sinnvolle Freizeitgestaltung und wirbt für das Ehrenamt. Eine Vielzahl von Maßnahmen, zum Beispiel Jugendcamps, wird durchgeführt. Ich finde, damit wird auch ein wichtiger, nachhaltiger Beitrag zur Bekämpfung des politischen Extremismus geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! Gegen links und rechts!)

Der Haushaltsausschuss hat in personeller Hinsicht auch den Weg für eine Bundespolizeireform frei gemacht. Noch ist der entsprechende Gesetzentwurf in der Fachberatung. Wenn das Gesetz aber im Laufe des nächsten Jahres in Kraft tritt, wird sich die neue Struktur auch im Personaltableau widerspiegeln müssen. Das hat uns im Haushaltsausschuss vor eine besondere Schwierigkeit gestellt: Obwohl es noch keine gesetzliche Grundlage gab, mussten wir uns vorbereiten, um entsprechend reagieren zu können, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Das ist nun möglich. Wir können die benötigten Stellen freischalten, wenn es so weit ist, und im Gegenzug die nicht benötigten Stellen wegfallen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So sieht kluge Haushaltspolitik aus!)

Zur Bundespolizei will ich noch einen anderen Gedanken äußern. Er betrifft die bevorstehende Erweiterung des Schengen-Raums. Gerade die Menschen in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien machen sich Sorgen, dass sich die Sicherheitslage verschlechtern würde.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Petke!)

Ich will Folgendes feststellen: Wer grenzüberschreitend kriminell sein will, nutzt wenn möglich nicht den

kontrollierten Grenzübergang,  
(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Das war schon immer so!)

sondern er organisiert seine Aktivität über die grüne Grenze. Aus diesem Grunde ist es viel wichtiger, im Hinterland zu kontrollieren und dazu das entsprechende Personal zur Verfügung zu stellen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das klingt überzeugend! - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da wird aber auch Polizei abgezogen!)

Damit gibt es nach dem Wegfall der Grenzkontrollen für die Bundespolizei eigentlich mehr Möglichkeiten, diese Aufgabe im Rückraum zu erfüllen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen zieht ihr die ab! Ist das die Logik? - Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Die haben ja noch nicht einmal Autos oder Sprit!)

Das ist Teil der Bundespolizeireform. Ich habe mich in Sachsen und Brandenburg informiert. Es wird genau diese Absicht verfolgt. Ich glaube, Sie, Herr Schäuble, sind hier auf einem richtigen Weg. Ich darf Sie an dieser Stelle bitten, besonders die Sicherheitsinteressen der Bürger im grenznahen Raum ernst zu nehmen und durch Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuwirken, dass die Menschen das Gespür bekommen, dass von unserer Seite tatsächlich alles für die Sicherheit getan wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will dazu folgendes Bild anführen: Die Lage an den Grenzen der neuen Schengen-Staaten ist nicht mit der Situation an den Grenzen zu anderen Staaten vergleichbar. Denn westlich von Frankreich ist der Atlantik. Zwischen Polen und dem Pazifik liegt aber noch ein „kleines“ Stück.

Lassen Sie mich einige Gedanken zum Sport ausführen. Der Sportförderetat steigt um gut 15 Prozent oder um 19 Millionen Euro. Allein die Gelder für den Spitzensport werden um über 14 Millionen Euro erhöht. Dieses Geld kommt der Traineroffensive des DOSB und der Förderung der Sportverbände zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 2010 in Vancouver und 2012 in London zugute. Der Behindertensport wird im Hinblick auf die Paralympics mit 1,4 Millionen Euro gefördert. Wir sichern die Arbeit der NADA, also der Nationalen Anti-Doping-Agentur,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ziehen keine Konsequenzen daraus!)  
mit einer Erhöhung des Stiftungskapitals um 4 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Stiftung Deutsche Sporthilfe stärken wir erstmalig mit 1 Million Euro, weil die Einnahmen aus der Glücksspirale und dem Verkauf von Sonderbriefmarken zurückgehen. Ich denke, gerade im Bereich des Sports lässt sich das Paket, das ich Ihnen eben vorgestellt habe, sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Vergessen Sie

nicht die 120 Stellen bei der Bundeswehr!)  
Auf die anderen Themen kann ich leider aus Zeitgründen nicht weiter eingehen. Deswegen möchte ich zum Schluss kommen. Ich möchte mich beim Ministerium und bei dem Haushaltsreferat, das mit uns diese Haushaltsberatungen - die waren nicht einfach - durchgeführt hat, bedanken. Das Ministerium muss wissen: Uns Haushälter sollte man ernst nehmen. Das Parlament bestimmt, wofür die Bundesregierung Geld ausgeben darf. Das Budget für 2008 steht fest. Herr Bundesminister, gehen Sie mit dem Geld des Steuerzahlers verantwortlich um!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wird er tun! Da bin ich zuversichtlich!)

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Jan Korte von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan Korte (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Haushalt des Bundesministeriums des Innern. Er steigt um fast 400 Millionen Euro.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das ist gut so!)

Das erfreut Sie. Uns macht das große Sorge, weil es in die völlig falsche Richtung geht, wie Innenpolitik in der Großen Koalition gemacht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wird vor allem mit Angst - die ist das Schmiermittel - betrieben, um bestimmte Maßnahmen durchzusetzen. Dafür bereiten Sie sich heute die finanzielle Grundlage. Ich will das an einigen Beispielen illustrieren. Die geplante Onlinedurchsuchung - ein altes Thema mittlerweile -, die Sie mit Vehemenz möglichst schnell durchzudrücken versuchen, ohne sich die Zeit zu nehmen, anstehende Gerichtsurteile abzuwarten, und ohne darüber zu diskutieren, inwieweit die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, ist schon angesprochen worden. Die Vorratsdatenspeicherung wurde in der letzten Sitzungswoche durchgepeitscht.

Man kann es nicht oft genug sagen: Bei der Onlinedurchsuchung geht es um einen wirklich enormen Eingriff in die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte, weil es hier um intimste Lebensbereiche geht, auf die Sie Zugriff haben wollen und in denen Sie herumschnüffeln wollen.

Deswegen fordern wir auch an dieser Stelle der Haushaltsberatungen: Stoppen Sie endlich Ihre Planungen für die Onlinedurchsuchung, stoppen Sie die Entwicklung des Bundestrojaners, denn all dies bringt weniger Freiheit und nicht mehr Sicherheit!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen: Wir bekommen hier im Wochenrhythmus neue Maßnahmen vorgestellt, was wir alles tun müssten, um größtmögliche

Sicherheit zu erhalten. Hinzu kommt, dass hier ein Sicherheitsversprechen gegeben wird, das nicht einhaltbar ist. Sie gehen sogar noch darüber hinaus, indem Sie Maßnahmen vorschlagen, die mehr Sicherheit bringen sollen, in der Realität aber zu weniger Sicherheit führen. Ich will das am Beispiel des biometrischen Passes deutlich machen. BKA-Präsident Ziercke - das Bundeskriminalamt steht nicht im Verdacht, eine Vorfeldorganisation der Linken zu sein - sagt auf unsere mehrfache Nachfrage hin - wir haben ungefähr 28-mal nachgefragt, warum wir die biometrischen Merkmale in den Pässen brauchen -, das sei notwendig, weil damit Schindluder getrieben werde und es enorm viele Fälschungen gebe. Die Bundesregierung sagt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, die deutschen Pässe - übrigens sowohl Personalausweis als auch Reisepass - seien die sichersten Pässe, die es auf der ganzen Welt gibt. Sie sind sozusagen ein Spitzenprodukt. Deshalb bringen biometrische Merkmale gar nichts. Das Gegenteil ist richtig. Sie bringen weniger Sicherheit, weil die Experten - übrigens auch vom BKA - gesagt haben, die Gefahr von Verfälschungen bei biometrischen Merkmalen sei eklatant größer als bei dem derzeitigen Reisepass. Auch deshalb fordern wir Sie auf: Stoppen Sie die Mittelbereitstellung für weitere biometrische Experimente, die weniger und nicht mehr Sicherheit bringen und ein Eingriff in die Bürgerrechte sind. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Mit einem Anteil von 11 Prozent machen die Mittel für die Umstrukturierung des Bundeskriminalamts den größten Posten in diesem Einzelplan aus. Was soll politisch erreicht werden? Sie haben sowohl in Interviews als auch bei der Vorlage für das BKA-Gesetz erkennen lassen, dass es Ihr Traum ist, das BKA in ein deutsches FBI umzuwandeln, also eine Vergeheimdienstlichung der Polizei, eine Zentralisierung der Polizeiarbeit und insgesamt der Sicherheitsbehörden vorzunehmen. Man muss einmal deutlich sagen, warum das politisch so verheerend ist. Es ist so verheerend, weil wir aus der Geschichte heraus die Erfahrung haben, dass die Verquickung von Polizei und Geheimdiensten zu katastrophalen Folgen führt und nicht mehr kontrollierbar ist. Deshalb muss es eine strikte Trennung von Polizeiarbeit und Geheimdienstarbeit geben. Diese muss dezentral sein. Sie machen genau das Gegenteil. Übrigens sind auch Föderalismusreformen völlig überflüssig, wenn Sie in der aktuellen Politik das Gegenteil machen. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was aber tun? Das ist eine altbekannte Frage. Wir fordern statt Aktionismus und unhaltbaren Sicherheitsversprechen sowie immer weiteren Eingriffen in die Grundrechte eine wirkliche Überprüfung der Maßnahmen dahin gehend, ob sie wirklich mehr Sicherheit bringen und ob sie im Verhältnis zu der Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten stehen. Weiterhin müssen wir darüber nachdenken, dass die Menschen in diesem Land keine tägliche Angst vor irgendeinem abstrakten Terrorismus haben, sondern ganz konkret Angst haben, wenn

sie nachts auf der Straße unterwegs sind. Sie haben Angst vor Überfällen usw. Da muss man sich doch fragen, ob die Steuerpolitik der Bundesregierung richtig ist, wenn in der Folge bis 2009 in den Ländern über 10 000 Polizeibeamte abgebaut werden, die vor Ort ganz konkret ansprechbar sind. Die Kontaktbereichsbeamten, die für die Menschen draußen ansprechbar sind, sind die ersten, die gestrichen werden. Diese Beamten kürzen Sie mit Ihrer verfehlten Politik weg. Hier sollte man auf Menschen statt auf Technik setzen. Das ist unsere Position. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich komme zu einem letzten Vorschlag, über den wir einmal nachdenken müssten, weil er wirklich mehr Sicherheit bringt. Es wurden durch die Bundespolizei diverse Kontrollen der Fluggastkontrollen an deutschen Flughäfen durchgeführt. Dort kam eine Fehlerquote von 30 bis 50 Prozent zutage. Man konnte durch die Fluggastkontrollen offensichtlich halbe Waffensysteme schleusen. Warum ist das so? Das liegt daran, dass die Fluggastkontrollen privatisiert worden sind und dort Dumpinglöhne gezahlt werden. Deshalb gibt es hier ein wirkliches Sicherheitsproblem. Wir fordern Sie daher auf, die Fluggastkontrollen wieder zu verstaatlichen. Das wäre sinnvoll. Im Übrigen hat dies auch die Gewerkschaft der Polizei richtigerweise gefordert. Das würde mehr Sicherheit bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss. Es ist wichtig, heute über das, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, Bilanz zu ziehen. Ich denke an die Vorratsdatenspeicherung, die Antiterrordatei und vieles anderes. Nun wäre es wirklich einmal an der Zeit – übrigens auch für die SPD, die auf ihrem Hamburger Parteitag beschlossen hat, wieder Bürgerrechtspartei zu sein –, eine Umkehr der völlig verfehlten Innenpolitik vorzunehmen. Lassen Sie den Worten Taten folgen und wagen Sie mehr Freiheit – das haben Sie angekündigt – und nicht weniger. Da würden wir Linken glatt mitmachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Bettina Hagedorn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Verehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr erleichtert – das nehmen mir sicherlich alle Mitglieder des Haushaltsausschusses sofort ab –, dass wir heute den Haushalt des Innenministeriums abschließend beraten; denn die letzten zwei Monate waren – wir wollen das gar nicht unter den Teppich kehren – von schwierigen Debatten zu etlichen Konfliktfeldern gekennzeichnet. Das Entscheidende ist aber, dass wir sie heute zu einem erfolgreichen Ende bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben den Etat mit einem Gesamtvolumen von über 5 Milliarden Euro – mein Kollege Michael Luther hat schon darauf hingewiesen – gegenüber dem Regierungsentwurf

um 215 Millionen Euro aufwachsen lassen.  
In fünf zusätzlichen Berichterstattegesprächen haben wir bis ins Detail geklärt, ob die Höhe der vorgesehenen Ausgaben des Innenministeriums gerechtfertigt ist und wo es wirklich Engpässe gibt. Wir haben es uns also wirklich nicht leicht gemacht. Wir haben die Prüfbemerkungen des Bundesrechnungshofs, die hier bei der Debatte im September, bei der Einbringung des Haushalts, von vielen Rednern angesprochen worden sind, solide abgearbeitet, haben Ansätze gekürzt und Mittel auf neue Schwerpunkte verlagert. Wir haben wohl fast 100 Berichte angefordert. Dabei wurden wir von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums, des Finanzministeriums und des Bundesrechnungshofs hervorragend informiert und unterstützt. Dafür möchte ich mich im Namen aller fünf Berichterstatte ganz herzlich und aufrichtig bedanken. (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Hauptgrund für den notwendigen Aufwuchs beim Innenministerium liegt in der nun endlich unmittelbar bevorstehenden bundesweiten Einführung des Digitalfunks. Der Bund stellt zusätzlich knapp 190 Millionen Euro bereit und verdoppelt damit in etwa seine Ansätze für 2008. Das ist eine gute Botschaft für alle, die in Bund, Ländern und Kommunen im Sicherheitsbereich, im Katastrophen- und Brandschutz haupt- und ehrenamtlich tätig sind. Viele, die sich bisher Tag und Nacht bei Feuerwehr, Sanitäts- und Rettungsdiensten, bei THW und Polizei mit den Tücken der veralteten Analogtechnik quälen müssen, sehen jetzt endlich Licht am Ende des Tunnels.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!  
Schäuble hat es erreicht!)

Jetzt liegt ein sehr ehrgeiziger Roll-out-Plan vor, der für jeden Zipfel der Republik detailliert festlegt, in welchen Etappen der Digitalfunk von 2008 bis 2010 aufgebaut wird. Um diesen ehrgeizigen Zeitplan einzuhalten, stellt der Bund für 2008 insgesamt knapp 390 Millionen Euro bereit. Außerdem haben wir für die Folgejahre die Verpflichtungsermächtigungen um circa 400 Millionen Euro auf 819 Millionen Euro erhöht. Davon sind allerdings 560 Millionen Euro gesperrt, sodass auch künftig eine enge parlamentarische Begleitung dieses Mammutprojekts gerade im Haushaltsausschuss sichergestellt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe sehr, dass auch alle Bundesländer und Kommunen solide Haushaltsvorsorge für die von ihnen zugesicherten Leistungen getroffen haben, damit der Digitalfunk schon bald die Arbeit der Sicherheits- und Rettungskräfte bis hin zur Feuerwehr optimal unterstützen kann.

Der größte Brocken im Haushalt des Innenministeriums ist aber zweifelsohne die Bundespolizei mit einem Etat von 2,2 Milliarden Euro; das ist immerhin knapp die Hälfte des kompletten Haushalts des Innenministeriums. (Zuruf von der CDU: Das ist gut angelegtes Geld!)

Für die circa 40 000 Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamten sowie die Angestellten sind Personalausgaben von 1,4 Milliarden Euro veranschlagt. Darin sind die Mittel für die Fortsetzung des Attraktivitätsprogramms zur Hebung von 635 Stellen enthalten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Bei den Beratungen der letzten Wochen stand dieser Bereich vor allem deshalb im Zentrum vieler Debatten, weil der Innenminister Ende April eine große Bundespolizeireform angekündigt hat, die zwar im Parlament noch nicht abschließend beraten ist, aber dennoch bereits ihre Schatten auf den Haushalt wirft.

Herr Minister, Sie reagieren mit dieser Reform zu Recht auf die Herausforderungen, die nach dem Wegfall der Grenze zu Polen innerhalb eines zusammenwachsenden Europas einerseits und angesichts der Zunahme der Brennpunkte gerade auf den großen Flughäfen und Bahnhöfen andererseits auf die Bundespolizei zukommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wiederholtes Lob für Bundesminister Schäuble durch Frau Hagedorn!)

Diese veränderte Situation bedeutet eine notwendige Schwerpunktverlagerung der Bundespolizei von Ost nach West, die für viele Beamte und Angestellte sowie ihre Familien mit einem Verlust ihres bisherigen Arbeits- und Lebensumfeldes verbunden sein wird. Dass dies verständlicherweise für Unruhe sorgt, dürfte allen klar sein. Deshalb ist es der SPD sehr wichtig, dass die geplanten Umstrukturierungen transparent verlaufen und auf das dienstlich und fachlich notwendige Maß begrenzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies sage ich, Herr Minister, nicht nur mit Rücksicht auf die Mitarbeiter und ihre Familien, sondern auch mit Blick auf den Haushalt. Sie kündigten an, diese Reform weitestgehend haushaltsneutral umsetzen zu wollen. Da stockte mir als Haushälterin ein bisschen der Atem, als ich in einem Bericht Ihres Hauses vor kurzem lesen musste, dass bis 2010 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 97,3 Millionen Euro allein für Reise- und Umzugskosten sowie Trennungsgeld gerechnet werden müsse.

Im Hinterkopf habe ich des Weiteren den dezenten Hinweis des Ministeriums, dass „künftige Forderungen nach bedarfsgerechter Unterbringung der Dienststellen ... in den nächsten Jahren umfangreiche finanzielle Mittel erfordern werden“. Ich denke hier zum Beispiel an das Polizeipräsidium in Potsdam, von dem immer die Rede ist, obwohl es keinen Standort, keine Beschlüsse und auch keine Haushaltsvorsorge gibt. Mit Verlaub, Herr Minister, das sind keine Peanuts. Für eine Reform, die eigentlich zum Ziel hat, die Behörde effektiver zu machen, und die weitestgehend haushaltsneutral umgesetzt werden sollte, ist dies doch sehr viel zusätzliches Geld. Herr Minister, Sie haben für Ihre Reform das Ziel formuliert, dass die Verwaltung verschlankt

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ein gutes Ziel! Sie sollten es loben, Frau Kollegin!) und die Organisation gestrafft werden sollen, um mehr Mitarbeiter „in die Fläche“ zu bringen, im Einsatz „nah bei den Menschen“ im operativen Dienst. Diesem Ziel

kann nicht nur ich, sondern können sicherlich wir alle hier im Parlament zustimmen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Dies vorangestellt, werden wir Abgeordneten uns allerdings sehr genau anschauen müssen, ob dieses Ziel auch auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg erreicht werden kann.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist doch selbstverständlich!)

Die von Ihnen vorgesehene Aufstockung in der B-Besoldung bei der Bundespolizei um mehr als das Doppelte passt jedenfalls auf den ersten Blick nicht zu diesem Ziel, zumal Sie diese Stellenaufstockung mit wegfallenden Stellen bei der Bundespolizei gegenfinanzieren wollen. Man könnte auch sagen: weniger Indianer für mehr Häuptlinge.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind aber keine roten Häuptlinge, sondern schwarze Häuptlinge!)

Der Haushaltsausschuss hat diesen Stellenaufwuchs vorläufig qualifiziert gesperrt. Wir werden darüber zu beraten haben, wie wir das bewerten. Ich bin gespannt, mit welchem Ergebnis sich die Fachpolitiker damit befassen werden und wie ihr mit dem Bundesrechnungshof abgestimmter Bericht an den Haushaltsausschuss zu diesem Thema aussehen wird.

Bei der Bundespolizei haben wir in den parlamentarischen Beratungen aber auch einen sehr erfreulichen Schwerpunkt setzen können, und zwar beim 2004 etablierten Maritimen Schulungs- und Trainingszentrum an der Ostseeküste, das 2005 mit ersten Lehrgangsteilnehmern gestartet ist. Dort wird nicht nur die gesamte maritime Aus- und Fortbildung der Bundespolizei gebündelt, sondern dort werden auch Schiffsbesatzungen anderer Bundes- und Länderbehörden trainiert, zum Beispiel die Mitarbeiter von Zoll und Wasserschutzpolizei. Dieses Zentrum haben wir jetzt mit zusätzlichen Sachmitteln und Personalmitteln ausgestattet, was einen Qualitätssprung für die Ausbildung und eine Kapazitätserweiterung ermöglicht. Angesichts der stark wachsenden Schiffsverkehre auf Nord- und Ostsee mit ihrem hohen Gefährdungspotenzial ist die verbesserte Ausbildung und Qualifizierung in diesem Zentrum eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört! Da spricht die Küstengang!)

Der Gewinner im Haushalt 2008 ist zweifelsohne der Spitzensport mit einem dicken Plus von 19 Millionen Euro. Da meine Kollegin Dagmar Freitag darauf nachher noch detailliert eingehen wird, will ich nur darauf hinweisen, dass ich ganz besonders froh darüber bin, dass die Mittel für die Dopingbekämpfung um 1,8 Millionen Euro erhöht werden konnten und dass zusätzlich 1 Million Euro in den Topf der Nationalen Antidoping-Agentur eingezahlt werden, nachdem wir Haushälter bereits vor einem Jahr dafür gesorgt haben, dass 2 Millionen Euro außerplanmäßig in diesen Topf hineinkamen. Allerdings halte ich es schon ein Stück weit für einen Skandal, dass die im Stiftungsvermögen der NADA vorhandenen



Mittel zu 82 Prozent vom Bund aufgebracht worden sind, obwohl sich alle Beteiligten bei Einrichtung der NADA einig waren, dass die Mittel vom Bund, von den Ländern und von der Wirtschaft zu gleichen Teilen aufgebracht werden sollen. Ich denke, daran sieht man ganz deutlich, dass diejenigen, die sich in Schaufensterreden gegen Doping aussprechen, mehr reden als handeln. Viel glaubwürdiger wäre das Engagement gerade vonseiten der Wirtschaft und auch der Länder, wenn sie sich finanziell am Stiftungsvermögen beteiligen würden. Das ist mein Appell.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Klaus Uwe Benneter [SPD]: Bei der Telekom ist doch gerade Geld frei geworden!)

Mein Kollege Michael Luther hat schon darauf hingewiesen, dass der ergänzende Katastrophenschutz in den Etatberatungen eine wichtige Rolle gespielt hat, Herr Minister.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war eine gute Rede vom Herrn Kollegen Luther!)

Das ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass der aktuelle Bundesrechnungshofbericht nicht von Pappe ist, der sich mit der Bund-Länder-Finanzierung beschäftigt, die auch in der Föderalismuskommission eine entscheidende Rolle spielt. Der Bundesrechnungshof hat zu der vorgesehenen Etataufstockung um 30 Millionen Euro pro Jahr auf zehn Jahre festgestellt: Die bisherigen, derzeitigen und vorgesehenen Ausgaben für den „Bevölkerungsschutz“ sind sachlich nicht begründet und ohne rechtliche Legitimation.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Dieses Zitat kann man als Haushälter unabhängig von der Parteizugehörigkeit nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Ich weise daher darauf hin, dass wir in den Haushaltsberatungen einen Entschluss gefasst haben, der Ihnen auf der einen Seite die Mittel, die Sie, Herr Minister, in der Innenministerkonferenz ausgehandelt haben, für 2008 zur Verfügung stellt; auf der anderen Seite legt er eine hohe Messlatte an Ihr für 2008 vorgesehenes Bevölkerungsschutzgesetz an. Denn es gibt die klare Erwartungshaltung, dass mit diesem Gesetz die rechtliche Grundlage dafür geschaffen wird, um diese Mittel in den nächsten Jahren verfassungskonform im Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Der entscheidende Punkt dabei ist, dass es zu einer zentralen Steuerung des Bundes kommen muss, um diese Mittel zu rechtfertigen. Denn nicht nur die Oderflut hat gezeigt, dass auch bei uns klimabedingte Umweltkatastrophen zunehmen und man sich in solchen

Situationen im Interesse der Menschen in Deutschland kein Kompetenzgerangel unter 16 Bundesländern leisten kann. In ähnlichen Fällen muss einer sozusagen den Hut aufhaben und im nationalen Interesse entscheiden können.

Diese zentrale Steuerungskompetenz haben die Länder dem Bund bisher verweigert. Das ist nicht im Interesse der Menschen, und es liegt uns Sozialdemokraten sehr am Herzen.

Wenn diese Länderblockade bliebe - was ich im Sinne der Menschen nicht hoffe -, dann dürfte der Bund

nach Gesetzeslage und Haushaltsrecht diese Finanzspritze eigentlich nicht gewähren. Darum haben wir im Haushaltsausschuss einen Beschluss gefasst, der Ihnen in den Verhandlungen den Rücken stärken soll. Denn wir wünschen uns, dass Bund und Länder den Bevölkerungsschutz künftig als gemeinsame Aufgabe begreifen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gemeinsam heißt allerdings auch, dass sich die Länder daran messen lassen müssen, welche Anstrengungen sie selbst beim Bevölkerungsschutz unternehmen. Sie müssen auch Transparenz in die Bereitstellung der zur Verfügung gestellten Mittel bringen und sich etwas aktiver beteiligen als bisher. Denn es darf nicht passieren, dass die Länder die Finanzspritze des Bundes vor allem als willkommene Gelegenheit auffassen, eigene Finanzmittel zu sparen. Dann wäre für den Bevölkerungsschutz nichts gewonnen.

Die herausragende Rolle, die das THW in unseren Beratungen gespielt hat, hat mein Kollege Luther schon dargestellt. Dem kann ich mich nur anschließen. Ich bin froh, dass wir bei den 800 hauptamtlichen Mitarbeitern bleiben, um die 80 000 Ehrenamtlichen auch in Zukunft gut zu organisieren.

(Beifall des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Ich bin auch froh, dass es parteiübergreifend gelungen ist, die Mittel für das Bündnis für Demokratie und Toleranz wie schon im Vorjahr zu erhöhen, und zwar um 43 Prozent auf 1 Million Euro. Ich erwarte jetzt allerdings, Herr Minister,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Dass die ordentliche Arbeit machen!)

dass Sie diesem Votum des Parlaments Rechnung tragen und im nächsten Regierungsentwurf 2009 das Geld nicht wieder kürzen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt im Übrigen auch für die Bundeszentrale für politische Bildung, deren Titel wir in diesen Haushaltsberatungen um 1 Million Euro stärken konnten. Je 500 000 Euro sind für die 340 Träger, die bildungspolitische Aufgaben in der gesamten Bundesrepublik wahrnehmen, und für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen und darin speziell für diejenigen in bildungsfernen Schichten vorgesehen. Ich freue mich besonders, dass es gelingen wird, 2008 die bewährte Ecopolicyade bundesweit einzuführen, weil sie sich gerade in der Arbeit von Hauptschulen und anderen Schularten sehr bewährt hat.

Ich bin auch glücklich, dass es uns gelungen ist, den Zuschuss für das Abraham-Geiger-Kolleg auf 200 000 Euro aufzustocken, und vor allen Dingen, dass uns endlich der Kraftakt gelungen ist, diese wunderbare Einrichtung institutionell zu fördern. Das gibt dem Abraham-Geiger-Kolleg Planungssicherheit, und das ist ein wunderbares Zeichen in der heutigen Zeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Schleswig-Holsteinerin freue ich natürlich darüber, dass es gelungen ist - auch das in parteiübergreifendem Konsens -, die Mittel für den Bund der Nordschleswiger um 100 000 Euro zu verstärken und damit eine Kürzung rückgängig zu machen. Das war ein einstimmiges Votum des Haushaltsausschusses. Herr Minister, nehmen Sie diese Aufstockung im Haushaltsentwurf 2009 bitte nicht wieder zurück!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich mich bei meinen vier Mitberichterstattem für die insgesamt sehr sachlichen Haushaltsberatungen bedanken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was heißt hier „insgesamt“?)

In den Beratungen haben wir eine Fülle an Informationen gemeinsam verantwortungsvoll abgearbeitet. Naturgemäß konnten wir nicht immer einer Auffassung sein, aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. Herr Minister, machen Sie das Beste daraus!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wird er!  
Keine Sorge!)

Alles Gute für den Haushalt!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Wieland von Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Jetzt kommt: „Die Koalition ist am Ende“! Wetten? - Heiterkeit bei der SPD)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Bürsch, ich nehme das auf. „Die Koalition ist am Ende“, sagen Sie. Die ist so am Ende, dass es Leichenschändung wäre, im Bereich der inneren Sicherheit noch auf sie einzuprügeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Setzen!)

Das kann man in jeder Zeitung lesen. Kollege Gunkel macht zur Reform der Bundespolizei nur Trickseriei und Täuscherei beim Innenminister aus.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Was?)

Also, das Beschimpfen überlassen wir euch untereinander.

Ich halte mich an Kurt Tucholsky: „Wo bleibt das Positive?“ und knüpfe zunächst einmal an das Positive an, das uns die Kollegin Hagedorn hier geschildert hat.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Sehr gut!)

- „Sehr gut“, sagen Sie. Eben. Es wird auch richtig gut.

Noch vor einem Jahr haben wir hier eine Debatte über Antiterrordatei und Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz geführt. Das war eine Debatte sozusagen

unter Fachleuten. Heute haben wir die Situation, dass Zehntausende auf die Straßen gehen, hier in Berlin, in Frankfurt am Main, in anderen Orten,

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Waren Sie etwa dabei?)

mit Transparenten „Meine Daten gehören mir“ und insbesondere auch gegen Sie demonstrieren, Herr Kollege Wiefelspütz.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Gegen mich?)

- Auch gegen Sie, Herr Kollege Wiefelspütz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Unglaublich!)  
Die Parolen der 80er-Jahre von Orwell und vom  
Überwachungsstaat gehen um. Wir hatten sie beinahe  
vergessen. Der Stern titelt wieder: „SOS - Freiheit in  
Deutschland“. Eine ganze Generation erklärt ihren Laptop  
per Aufkleber zur schäublefreien Zone. Deswegen,  
Kompliment, Herr Bundesinnenminister! Das haben Sie  
beinahe als Solist geschafft.

(Zuruf des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD])  
- Sie haben sich auch Mühe gegeben, aber Schäuble war  
noch besser, Herr Wiefelspütz. Glauben Sie es doch endlich!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Das ist eine Beleidigung!  
Unverschämtheit!)

Wir begrüßen diese Bürgerrechtsbewegung ganz außerordentlich.  
Sie hat so recht: Es ist die Gier nach Daten  
im Handy oder im Internet, auf biometrische Daten,  
die die Angst vor dem Überwachungsstaat virulent  
macht.

Es geht aber weiter. Der Bundesinnenminister will  
nicht nur überwachen. Er hat eine völlig andere Sicherheitsphilosophie  
und will eine völlig andere Sicherheitsarchitektur,  
als wir sie haben.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Weil vielleicht  
auch die Herausforderungen andere  
sind!)

„Meister der asymmetrischen Wortkriegsführung“, so  
hat ihn nicht etwa die taz genannt; so hat ihn die Frankfurter  
Allgemeine Zeitung genannt. Was meint sie denn  
damit? Sie meint damit, dass dieser Innenminister mobilmacht  
gegen jede Trennung von äußerer Sicherheit  
und innerer Sicherheit, gegen die Trennung von Polizei  
und Militär, gegen den Unterschied zwischen Krieg und  
Frieden und gegen den Unterschied zwischen ziviler  
Rechtsordnung und Kriegsrecht

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Absoluter  
Blödsinn!)

und folgerichtig bei der Frage der Liquidierung von Terrorverdächtigen  
landet.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: So schlimm  
waren die Grünen bei ihrer Gründung nicht!)

Ich wiederhole hier, gerade weil es die CDU/CSU so  
aufgeregt hat: Einen solchen Müll: „In den Metropolen  
herrscht Krieg“, „Wir sind Kriegsgefangene“ habe ich in  
diesem Land das letzte Mal von Andreas Baader gehört.  
Das war aber ein Terrorist, der das aus seiner Gefängniszelle  
heraus sagte.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!)

Hier redet der Verfassungsminister,  
(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Richtig! - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Pfui! - Bartholomäus Kalb  
[CDU/CSU]: Unverschämtheit!)

und der hat die Menschenwürde auch des terroristischen  
Straftäters zu garantieren, er hat ihn nicht zu liquidieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo kommen wir denn hin, wenn so etwas gesellschaftsfähig  
wird? Er hat doch keine Narrenfreiheit.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Entschuldigen Sie sich für diese Entgleisung! - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- Ich denke nicht daran. Ich habe ihn nicht gleichgesetzt, sondern gesagt: Solche Äußerungen und solche Töne haben wir in der Zwischenzeit nicht gehört.

Nicht umsonst empfiehlt er das Buch Selbstbehauptung des Rechtsstaates von Otto Depenheuer als seine Lieblingslektüre. Ich bin dieser Lektüreempfehlung gefolgt. Unentwegt wird Carl Schmitt, der Theoretiker des Ausnahmezustandes, zitiert, den viele aus guten Gründen für einen geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus gehalten haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unterstellen Sie das Kollegen Schäuble jetzt auch, Herr Wieland? - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- Das ist völlig unbestritten bei Carl Schmitt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ist das jetzt eine Analogie zu Herrn Dr. Schäuble?)

- Ich rede über eine Buchempfehlung, die er gegeben hat. Dies ist ein Buch, das ich mit Schaudern gelesen habe und das ich deswegen jedem empfehle, damit er weiß, welcher Geist dort inzwischen umgeht.

Es wird nicht nur Carl Schmitt, sondern auch Ernst Jünger zitiert:

Das tiefste Glück des Menschen besteht darin, dass er geopfert wird, und die höchste Befehlskunst darin, Ziele zu zeigen, die des Opfers würdig sind. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Nun sagt Depenheuer nicht, das sei ein für alle Mal richtig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aha!)

Er sagt vielmehr: Das war falsch und wurde zu verbrecherischen Zwecken eingesetzt. Aber heute gibt es ja das Bürgeropfer zu guten Zwecken, zur Terrorabwehr.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Was ist denn das für eine Analogie? Das ist doch unzulässig!

- Gegenruf der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht unzulässig!)

- Sie regen sich auf, weil ich darlege, welches Denken hier verbreitet wird.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist eine unanständige Rede!)

Es ist das Denken nach dem Motto: Not kennt kein Gebot. Es ist das Denken, dass der Zweck jedes Mittel rechtfertigt.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Ungeist des Innenministers!)

Das hat mit unserer Verfassung nichts zu tun.

Dieser Autor hat eine richtige Kampfschrift gegen das Bundesverfassungsgericht geschrieben, dem er - man höre und staune - Verfassungsautismus vorwirft. Dies ist eine Kampfschrift des Konservatismus, die grauenhaft ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Entsprechend geht man inzwischen gegen unsere obersten Richter vor. Man lässt sie nicht nur in Büchern

beschimpfen. Ein Beispiel ist der Vorsitzende Richter des 3. Strafsenats des BGH. Er hat gerade gestern die Entscheidung gefällt, wonach die nächtlichen Brandstifter der „militanten gruppe“ als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung und nicht als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung verfolgt werden müssen. Er hat die Unterscheidung, die der Gesetzgeber gemacht hat, nachvollzogen, verstanden und in einen Beschluss gefasst.

Dieser Richter hat sich bei Ihnen offenbar sehr unbeliebt gemacht. Der Spiegel schreibt, dass dieser Richter nach Ansicht der Union zu wenig konzilient sei und deswegen nicht als Präsident des BGH infrage komme. Dazu sage ich: Wenn Sie hier in Richtung amerikanische Verhältnisse gehen,

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Amerika!)

wenn Sie Richter für Entscheidungen, die sie gefällt haben, karrieremäßig bestrafen wollen, dann versündigen Sie sich an der Unabhängigkeit unserer Justiz. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Führen Sie doch mal eine andere seriöse Quelle an! Ihre Annahme ist falsch! Ihre Schlussfolgerung auch!)

Gleichzeitig geht diese Bundesregierung, insbesondere dieser Innenminister - die SPD hält teilweise dagegen -, den Weg der Zentralisierung. Es gibt das BKAGesetz. Das BKA soll tatsächlich zu einem deutschen FBI mit vollen geheimdienstlichen Kompetenzen ausgebaut werden. Darin ist alles enthalten, was schön teuer und schrecklich ist: IMSI-Catcher, Rasterfahndung, Schleierfahndung, verdeckte Ermittler, V-Leute. Es fehlt wirklich nichts aus dem Warenhauskatalog.

Man streitet sich offenbar - zu Recht - nur noch um die Onlinedurchsuchung. Aber auch was sonst noch darin steht, muss beachtet werden. Vor allem muss doch gesehen werden, dass die Länder völlig außen vor bleiben.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Keine Sorge, darauf achten wir!)

Sie dürfen nur noch Hilfsdienste und Amtshilfe leisten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist doch aber das Ergebnis der Föderalismusreform!)

Durch die Vorverlegung in den präventiven Bereich bleibt die Generalbundesanwaltschaft außen vor; sie muss noch nicht einmal mehr informiert werden, wenn ermittelt wird.

Das alles steht in diesem Gesetz. Es führt unsere Architektur, in der Polizei im Grundsatz Ländersache ist, ad absurdum, gerade in diesem Bereich, und das vor dem Hintergrund, dass die Erfolge, zum Beispiel die Festnahme im Sauerland, auf ein konzertiertes Nebeneinander

(Ralf Göbel [CDU/CSU]: Miteinander!)

von Bund und Ländern zurückzuführen waren. Das sehen Sie nicht. Sie tun so, als ob alles vom grünen Tisch in Wiesbaden aus zu regeln und zu lösen wäre. Das ist ein Irrweg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der SPD)

- Jetzt regt ihr euch auf.

Das gilt natürlich auch für die Bundespolizei. Die Polizisten, die in Frankfurt (Oder) demonstriert haben, haben doch nicht nur demonstriert, weil sie gerne dort wohnen bleiben möchten, aus eigensüchtigen Interessen, wie Sie hier unterstellt haben. Sie haben auch demonstriert, weil sie zum Ausdruck bringen wollten, dass das Doppelsignal - die Grenze fällt, was natürlich begrüßt wird und gewollt ist, und die Polizei geht - sinnlos ist. Das ist ein kriminalgeografischer Raum. Da muss man erst einmal sehen, ob und wie sich Kriminalität dort entwickelt. Das gehört doch zum kleinen Einmaleins.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung!)

Ich verstehe nicht, dass ausgerechnet ein Grüner das sagen muss. Aber er muss es offenbar sagen.

Erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung erfolgt vor Ort, in dezentralen Einheiten und nicht in gigantischen Apparaten, die diesem Innenminister vorschweben und die er Schritt für Schritt umsetzt. Auch dazu hätte ich gerne etwas von Ihnen gehört, Herr Dr. Luther; aber da kam wenig.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wenn Sie wenigstens zum Innenetat reden würden! Sie reden über alles andere, nur nicht über den Haushalt! - Dr. Michael Luther [CDU/CSU]: Ich habe über den Haushalt geredet!)

- Das ist alles zum Haushalt. Dafür werden die Gelder bereitgestellt. Genau dafür haben wir diesen Aufwuchs im Haushalt.

An anderer Stelle ist der Aufwuchs zu gering. Auch dazu will ich Ihnen etwas sagen. Ein Plus von 14 Millionen Euro ist bei dem Lieblingsthema Ihres Nachbarn zu verzeichnen, nämlich bei den Integrationskursen. Man könnte natürlich sagen: Tolle Sache, 14 Millionen mehr! - Die Mittel wurden aber zunächst zwei Jahre lang um 67 Millionen Euro gekürzt.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Das ist nicht ausgeglichen worden. Bei diesen Kursen besteht nach wie vor ein Mangel. Noch nicht einmal die Hälfte der Teilnehmer durchläuft die Kurse erfolgreich. Nur 45 Prozent bekommen am Ende das Zertifikat. Das wollten wir verbessern.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Tun wir ja auch!)

Dazu braucht man mehr Geld; das ist völlig klar. Es langt nicht, Integrationsgipfel zu veranstalten und Showveranstaltungen für die Kameras zu machen, sondern man muss wirklich etwas für die Integration tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat die Umsetzung der Novelle des Zuwanderungsgesetzes nicht erreicht. Das haben wir hier gehört. Es ist beeindruckend, dass der Kollege Edathy gesagt hat, er stimme einem Gesetz zu in der Hoffnung, dass Karlsruhe eine wesentliche Entscheidung kippt, nämlich dass die Ehepartner im Heimatland Deutsch lernen müssen. Das ist eine besondere Dialektik.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Wieland - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, ich komme zum Ende, Herr Präsident.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Ja, das tut Ihnen weh, wenn jemand Ihre Politik einmal richtig charakterisiert.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Dieser Haushalt gießt die falsche Politik der Zentralisierung und des Überwachungsstaats in Zahlen. Wir lehnen ihn vollständig ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ein chaotischer

Linker! - Weiterer Zuruf von der CDU/

CSU: Eine Phantomrede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Wieland, da Sie meine Literaturempfehlungen so aufmerksam aufgreifen, gebe ich Ihnen gleich wieder eine.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach herrje!)

Der Schriftsteller Daniel Kehlmann hat das wunderbare Buch Die Vermessung der Welt geschrieben. Dafür hat er den Welt-Literaturpreis bekommen. Bei der Preisverleihung hat er, wie es sich gehört, eine Dankesrede gehalten. In dieser hat er über das Verhältnis von Fakt und Fiktion gesprochen. Ihre Rede hat mich gerade sehr daran erinnert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erlauben Sie mir ein kurzes Zitat aus seiner Rede.

Daniel Kehlmann sagte:

Und dann druckt in einer renommierten Monatsschrift für Kultur jemand einen gediegenen Artikel über deutsches Bildungsgut ab und beschreibt ganz nebenher, wie Daniel Kehlmann in Wiesbaden einen Vortrag gehalten habe, angetan mit Anzug, Weste und wohlgebundener Fliege und brüsk alle berechtigten Fragen des Publikums nach dem Verhältnis von Fakten und Fiktionen in seinem Werk von sich gewiesen habe. Was für ein unangenehmer Mensch, denkt man, und dann erst fällt einem auf, dass man es ja selbst ist, und erinnert sich: Ja, man war allerdings in Wiesbaden, aber man hielt einen Vortrag über eben dies Verhältnis von Fakt und Fiktion, zu dem man laut Bericht die Auskunft verweigert habe, man hatte Jeans an, man besitzt keine Weste und hat schon deshalb noch nie eine Fliege getragen, weil man sie gar nicht zu binden wüsste; und es wird einem klar, dass jener Schreiber vielleicht gar nicht lügen wollte,

- sehen Sie, so milde bin ich zu Ihnen -

sondern statt den Dingen, wie sie nun mal sind in der Welt ..., das Zerrbild einer Reputation gesehen hat.

Daran haben Sie mich eben erinnert.



(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Anknüpfend an das, was der Kollege Stadler zu Beginn ausgeführt hat, will ich sagen: Es ist wahr, die Sicherheit in unserem Lande ist gut. Mit diesem Haushalt wird haushalterisch dafür Vorgesorge geleistet, dass das auch im kommenden Jahr so sein wird. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss, insbesondere bei den Berichterstattern, für eine intensive Arbeit. Da das Ganze vielfältig, zum Teil auch unterschiedlich, debattiert worden ist, will ich die folgende Bemerkung machen: Dass die Sicherheit in unserem Lande so gut ist, hat vor allen Dingen mit der bewährten Sicherheitsarchitektur unseres Grundgesetzes zu tun,

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD])

wonach die Länder die vorrangige Zuständigkeit haben und der Bund eine ergänzende. Wir machen das miteinander. Es ist merkwürdig: Auf der einen Seite wird kritisiert und gesagt, wir würden überhaupt nichts hinbekommen, und auf der anderen Seite wird gesagt, wir würden viel zu viel machen. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich wie immer in der Mitte.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren gerade im Zusammenwirken von Bund und Ländern eine Menge schwierigster Punkte, die jahrelang nicht lösbar erschienen, vorangebracht. Das spiegelt sich im Haushalt wider. Dass wir bei der Einführung des Digitalfunks für die Behörden bezüglich der öffentlichen Sicherheit endlich vorankommen, ist ein Erfolg im Zusammenwirken von Bund und Ländern. Das Ganze war zwar schwierig, aber es ist gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir die Antiterrordatei haben, ist ein Erfolg. Dass wir das Gemeinsame Antiterrorzentrum haben, ist ein Erfolg der gemeinsamen Arbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Wir werden auf diesem Weg weiter voranschreiten.

Die meisten Menschen in unserem Land und in der Welt haben uns nicht zugetraut, mit den unglaublichen Herausforderungen, die sich uns im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft gestellt haben - denken Sie an das Public Viewing -, fertig zu werden.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wir haben das hervorragend gemacht. Dass das ein Sommermärchen geworden ist, hat nicht zuletzt damit zu tun.

Ohne das Zusammenwirken von Bund und Ländern im Rahmen der föderalen Struktur wäre das nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch ohne Bundeswehr!)

- Wenn Sie den großen Beitrag, den die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in diesem Verbund geleistet haben, richtig würdigen, gehen Sie mit ihnen fair um.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Es geht um bewaffnete Einsätze!)

- Darum geht es doch gar nicht. Ich rede von dem Sicherheitsverbund.

Ich möchte gerne dafür werben, dass wir im Zusammenwirken von Ländern und Bund beim Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz genau diese guten Erfahrungen beherzigen. Der Bund ist nicht der Befehlsgeber der Länder. Das würde schiefgehen; das entspricht nicht der Architektur des Grundgesetzes. Der Bund hat eine ergänzende Funktion. Diese Aufgabe nehmen wir mit den Mitteln wahr, die wir für den Bevölkerungsschutz zur Verfügung stellen. Wir haben mit den Ländern darüber gesprochen, dass der Bund im Rahmen des Katastrophenschutzes neue Schwerpunkte wahrnehmen muss. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern. Ich bedanke mich sehr, dass Sie auch unter den schwierigen Voraussetzungen - der Rechnungshofbericht wurde erwähnt - in diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür geschaffen haben.

Nächste Woche tagt die Innenministerkonferenz. Wir werden in der gemeinsamen Verhandlung alles daransetzen, zu einem Zusammenwirken zu kommen, aber in dem Verständnis - dafür werbe ich in diesem Hohen Haus -, dass gemäß der richtigen Grundentscheidung unseres Grundgesetzes die prioritäre Zuständigkeit bei den Ländern ist und verbleibt und dass es so auch richtig ist. Von diesem Verständnis aus erreichen wir die großen Erfolge für die Sicherheit in unserem Lande. Zweite Bemerkung, die ich in diesem Zusammenhang dann auch machen möchte: Natürlich müssen wir versuchen, mit den vorhandenen, immer begrenzten Mitteln - natürlich sind sie begrenzt - möglichst viel zu erreichen und durch entsprechende Anpassungen, die den Menschen Veränderungen zumuten, auf neue Aufgaben die richtigen Antworten zu finden.

Ich finde es großartig - das sollte man mit positivem Unterton sagen -, dass wir am Ende des Jahres 2007 in einem Deutschland mitten in Europa leben, in dem wir mit all unseren Nachbarn solch gute Verhältnisse haben, dass wir an den Grenzen unseres Landes keine stationären Grenzkontrollen mehr durchführen müssen. Das ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin in einer Grenzregion - sie liegt an der deutsch-französischen Grenze - zu Hause. Wir waren lange Zeit benachteiligt. Das wissen die Jüngeren heute gar nicht mehr; Kollege Göbel, wir wissen, wovon wir reden. Ich weiß noch, dass Grenzregionen wegen ihrer Randlage generell benachteiligt waren.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Bayerischer Wald!)

Wenn Grenzen nicht mehr trennen, dann bekommen die Grenzregionen ganz neue Chancen. Das wird jetzt für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und auch Bayern der Fall sein.

Im Übrigen ist es so: Die Art von Kriminalität, die uns heute bedroht und die weitgehend grenzüberschreitend ist, wird durch die Grenzkontrollen, die wir heute haben - Kollege Michael Luther hat es sehr richtig gesagt -, überhaupt nicht behindert. Deswegen brauchen wir neue Formen polizeilicher Zusammenarbeit in Europa über die Grenzen hinweg. Da haben wir große

Fortschritte erzielt. Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Menschen in der Nachbarschaft zu Polen und Tschechien können darauf vertrauen, dass die Erweiterung des Schengen-Raums nicht weniger Sicherheit, sondern mehr Freiheit und mehr Sicherheit zugleich bedeuten wird. Deswegen freuen wir uns darauf, dass wir diesen Schritt am Ende des Jahres in Europa gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit den Polizeien der neuen Schengen-Vertragsstaaten, insbesondere mit Polen und Tschechien. Dafür will ich mich hier bedanken. Wir werden ab dem 17. Dezember dieses Jahres, also schon vor dem Wegfall der Grenzkontrollen, die gemeinsamen Zentren der polnischen, tschechischen und deutschen Polizei mit den jeweiligen Landespolizeien aus den vier Grenzländern in Betrieb nehmen, und zwar im 24-Stunden-Betrieb, sieben Tage in der Woche. Wir werden den Grenzraum gemeinsam intensiver bestreifen: polnische, tschechische, bayerische, sächsische, brandenburgische, mecklenburgische und Bundespolizei gemeinsam. Wir werden weniger Präsenz der Polizei an den Kontrollhäuschen, aber mehr Präsenz in der Region haben. Deswegen ist es ein Mehr an Sicherheit.

Dazu ist es notwendig - Frau Hagedorn hat es richtig gesagt -, dass wir die Bundespolizei umorganisieren. Das ist keine reine Freude für die Bundespolizei und für die Mitarbeiter. Deswegen haben wir gesagt: Wir machen es so, dass wir uns auf die neuen Aufgabenschwerpunkte konzentrieren. Wir machen es für das Personal so schonend wie möglich. Das Konzept wird in drei Jahren umgesetzt. Es ist, wie im Bundespolizeigesetz vorgesehen, mit allen Landesregierungen abgestimmt. Es macht die Ost-West-Verlagerung so erträglich wie möglich. Es führt übrigens dazu, dass wir bei der gegebenen Stärke der Bundespolizei rund 1 000 Polizeibeamte mehr aus den Städten heraus in den Vollzug bringen. Das ist ein Effizienzgewinn. Es stärkt die Leistungsfähigkeit der Bundespolizei und dient der inneren Sicherheit unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will trotz der gebotenen Kürze dieser Aussprache eine weitere Bemerkung machen. Es ist interessant: Vor einem Jahr war das große Thema, dass die Mittel für die Integrationskurse angeblich nicht ausreichen. Wir haben sie aufgestockt. Sie haben aber auch im vergangenen Jahr ausgereicht. Wir sind in dieser Regierung insgesamt auf einem guten Weg. Wir haben es am Beginn der Legislaturperiode gemeinsam zu einem Schwerpunkt unserer Politik gemacht, vorhandene Defizite in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund abzuarbeiten und zu bekämpfen. Wir kommen auf diesem Weg voran und stellen für den Haushalt 2008 die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

Es ist bereits gesagt worden - darauf werden die Kollegin Freitag und andere noch zu sprechen kommen -, dass wir im Haushalt die Mittel für die Sportförderung und für die Dopingbekämpfung erhöht haben; auch dafür

bedanke ich mich. Ich füge hinzu: Wir haben die große Sorge, dass das ungeheuer Attraktive, das der Sport in all seinen Erscheinungsformen für unser Land, für die Bevölkerung und für die Gesellschaft bedeutet, durch Übermaß bzw. Übertreibung zerstört wird. Auch die Auswirkungen der überzogenen Professionalisierung bis hin zum Missbrauch bei den Sportwetten, den es zu bekämpfen gilt - vom Doping ganz zu schweigen -, bereiten uns große Sorgen.

Wir müssen deshalb am richtigen Verständnis von Subsidiarität festhalten. Wir müssen die Eigenverantwortung der Sportorganisationen einfordern und stärken und vonseiten des Staates, der Politik und des Gesetzgebers, subsidiäre Unterstützung leisten. Wir dürfen aber nicht glauben, dass dann, wenn wir die Freiheit der Sportorganisationen durch staatliche Reglementierung ersetzen würden, irgendetwas besser würde. Dadurch würde die Situation nur schlechter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Detlef Parr

[FDP])

Meine letzte Bemerkung. Auch wenn Deutschland ein sicheres Land ist, haben sich die Bedrohungen unserer Sicherheit verändert. Die Welt verändert sich fort und fort, und die technologischen Entwicklungen schreiten immer weiter voran. Das ist in jeder fachlich einigermaßen ernsthaft geführten Diskussion Konsens.

Herr Kollege Stadler hat richtig beschrieben, was im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien in der vergangenen Legislaturperiode geschehen ist. Nun, nachdem der Bundesgerichtshof entschieden hat, müssen wir regeln, wie die Sicherheitsbehörden auf technologische Entwicklungen reagieren.

Als das Auto noch nicht erfunden war, brauchte die Polizei keine Kraftfahrzeuge; das ist wahr. Als das Auto aber erfunden war, brauchte die Polizei Kraftfahrzeuge. Wenn Kommunikation nicht mehr nur über das Telefon erfolgt, sondern in anderer Weise, dann müssen die Sicherheitsbehörden die Möglichkeit haben, unter Beachtung der gleichen engen Voraussetzungen - eine klare rechtliche Grundlage, die Entscheidung einer unabhängigen Stelle bzw. eines Richters im Einzelfall und dergleichen mehr - mit der technischen Ausstattung derjenigen, die unsere Sicherheit bedrohen, Schritt zu halten. Der Staat ist ein Rechtsstaat nur so lange, wie er in der Lage ist, das Recht durchzusetzen. Die Gesetzlosigkeit sichert nicht Freiheit und Grundrechte.

(Beifall des Abg. Hartwig Fischer [Göttingen]

[CDU/CSU])

Das ist kein Widerspruch, sondern ein notwendiger Schritt. Hier haben wir eine Verantwortung.

Wir haben gesagt: Dafür schaffen wir eine rechtliche Grundlage. - Deswegen: Kritisieren Sie nicht zu schnell diejenigen, die versuchen, für das, was als Folge der technischen Entwicklung notwendig ist, eine rechtliche Grundlage zu schaffen. Mein Verständnis vom Verfassungsstaat ist - hier lasse ich mich von niemandem beirren -, dass wir nur im Rahmen der Verfassung, auf der Grundlage klarer rechtlicher Regelungen, begrenzt auf

Ausnahmefälle, mit Transparenz und unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften, den Sicherheitsbehörden die rechtlichen Instrumente an die Hand geben dürfen, die sie brauchen, um nicht in Grauzonen handeln zu müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei allem Respekt: Ich halte nichts, aber auch gar nichts davon, dass uns Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts raten, wir sollten uns im Zweifel nicht an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts halten. Das entspricht nicht meinem Verständnis. Ich möchte, dass wir im Rahmen von Verfassung und Gesetz, und zwar nur im Rahmen von Verfassung und Gesetz, handeln. Hier müssen der Gesetzgeber und die politisch Verantwortlichen ihre Verantwortung übernehmen. Wir dürfen nicht einfach nur hoffen, dass sich im Zweifel irgendjemand bei der Polizei oder bei der Bundeswehr nicht an Verfassung und Gesetz hält. Das ist nicht unser Verständnis.

Wir dienen dem Rechtsstaat mehr, wenn wir offen, transparent und sachlich über die Frage diskutieren: Unter welchen Voraussetzungen muss wer in welcher Lage eine Entscheidung treffen, um Schaden von unserem Land zu wenden? Darum geht es - um nicht mehr und nicht weniger.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kritik an der Bundesregierung ist nötig. Ich glaube aber, dass Sie, Herr Kollege Wieland, sich eben vergaloppiert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Jan Korte [DIE LINKE]: Ach ja? Das glaube ich nicht!)

Die Stichpunkte, die Sie genannt haben, und die Vergleiche, die Sie gezogen haben, waren nicht erforderlich,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

um die existierenden Widersprüche in der Regierungspolitik deutlich zu machen.

Herr Innenminister Schäuble, Sie sagten gerade, dass Sie sich an das Gesetz - vor allem an das Grundgesetz - halten möchten. Interessant ist dabei, dass einige Personen - nicht nur Verfassungsrechtler - erhebliche Schwierigkeiten bei den Initiativen sehen, die Sie bisher vorgelegt haben. Die Vorratsdatenspeicherung harrt noch der Überprüfung. Ich habe aber große Zweifel, ob Sie an dieser Stelle Ihrem eigenen Ziel gerecht werden können.

(Beifall bei der FDP - Dr. Max Stadler [FDP]: So ist es!)

Die Widersprüche sind deutlich. Einerseits haben Sie neue Forderungen wie die Onlinedurchsuchung - übrigens gibt es auch da verfassungsrechtliche Bedenken -, die Videoüberwachung und Abhörmaßnahmen. Andererseits

wird die Einsatzfähigkeit und Motivation der Polizei durch Umstrukturierungen, Personalabbau sowie schlechte Bezahlung und Versorgung auf breiter Ebene konsequent reduziert.

Die Furcht vor Terroranschlägen wird von Bundesminister Schäuble mit seiner Panikmache verstärkt. Das Ziel ist, die Öffentlichkeit für Verschärfungen der Sicherheitsgesetze geneigt zu machen, die eigentlich nicht notwendig sind. Das fördert eine Angststimmung und schadet einer freiheitlichen Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP - Dr. Max Stadler [FDP]:  
So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, organisatorischer Aktionismus hilft nicht. Ein besonders unerfreuliches Kapitel ist dabei tatsächlich die Bundespolizeireform. Ohne Beteiligung der Betroffenen wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Leider wird das vorgegebene Ziel, den operativen Bereich der Bundespolizei zu stärken, nicht erreicht werden, indem die Zahl der Inspektionen und Verantwortlichen vor Ort nahezu halbiert wurde.

- Herr Körper nickt zu Recht. - Stattdessen wird in Potsdam ein gigantischer Wasserkopf geschaffen. Die Kosten der Reform in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro, die die Bundesregierung auf Anfrage der FDP schon zugegeben hat, sind kein Pappentier. Insofern danke ich Ihnen, Frau Hagedorn, für Ihren Hinweis.

Ich frage Sie, Herr Schäuble: Warum legen Sie schon seit Jahren keinen Bericht zur Bundespolizei mehr vor? Wo ist zum Beispiel Ihre Definition der Leitlinien über die Ziele der Bundespolizei nach der Schengen-Erweiterung?

Brauchen wir wirklich mehr hochdotierte Posten in der neuen Zentrale? Sie schaffen mit dem neuen Bundespolizeipräsidium in Potsdam Parallelstrukturen. Das

BKA und die Bundespolizei müssen zusammenarbeiten, statt sich gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität fehlt die Abstimmung. Der Zoll hat leider - ich sage ganz bewusst „leider“ - keine Erkenntnisse darüber, ob sich die organisierte Kriminalität zum Beispiel über den Zigarettenschmuggel ausweitet. Andererseits fordert das Innenministerium immer neue Gesetze zur Bekämpfung derselben. Das ist unabgestimmt, chaotisch, und, Herr Minister, Ihre Sicherheitsarchitektur gleicht einer Bruchbude.

Auch an vielen anderen Baustellen im Innenressort fehlt der Architekt. Beim Waffenrecht wusste das Ministerium nicht, was es tut. 2006 forderten Sie die Entwicklung des Instruments der Onlinedurchsuchung und haben im Haushaltsausschuss extra Mittel dafür beantragt, obwohl Ihre Geheimdienste dieses bereits seit 2005 rechtswidrig angewandt haben.

Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit Deutschlands benötigt keine panischen Gesetzgebungsattacken, sondern eine ruhige, entschlossene und überlegte politische Führung.

(Beifall bei der FDP)

Für die FDP gilt: Sicherheit ist nicht gegen, sondern nur in Zusammenarbeit mit den Bürgern zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Michael Hartmann von der SPD-Fraktion.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar für die maßvolle und abgewogene Rede, die Sie gehalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

Sie zeugt davon, dass manches Gespräch, das wir in den letzten Wochen in vielleicht etwas härterem Ton führen mussten, doch etwas genutzt hat. Vielen Dank, so können wir gut weitermachen, Herr Minister Schäuble.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in dieser Wahlperiode allen Unkenrufen zum Trotz allein im Bereich der inneren Sicherheit bereits 13 Gesetze verabschiedet. Es handelte sich um Gesetze, die nicht skandalträchtig waren, die uns aber in der Tat weitergebracht haben.

Lieber Herr Wolff, ich kann Ihnen das nicht ersparen: Es ist schon eine pikante und unangenehme Situation für einen Abgeordneten der FDP, wenn er hier zur inneren Sicherheit spricht. Denn es gibt ja ein Landesgesetz aus Nordrhein-Westfalen, das sich auf den Verfassungsschutz bezieht, mit dem Tür und Tor geöffnet werden, ohne dass bürgerliche Freiheitsrechte respektiert werden. Dieses Gesetz ist unter der Federführung eines FDPMinisters entstanden. Gehen Sie da in sich! Wir machen gründlichere und gute Gesetze.

(Lachen des Abg. Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP])

Warten Sie es ab: Das NRW-Gesetz wird in Karlsruhe tragisch scheitern.

(Sebastian Edathy [SPD]: Ein Wolf im Schafspelz ist das! – Gegenruf des Abg. Dr. Max Stadler [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Die Gesetzgebung im Bereich der inneren Sicherheit ist auch deshalb eine gute, lieber Herr Kollege Wieland, weil wir hier in einer Kontinuität stehen. Ich möchte jetzt gar nicht darauf hinweisen, dass das Luftsicherheitsgesetz, das vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist, auch mit den Stimmen der Grünen verabschiedet wurde.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Hört!

Hört! – Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Tun Sie also nicht so, als seien Sie bei all diesen Dingen nicht dabei gewesen, als hätten Sie schon immer Alarm gerufen, wenn vermeintlich Bürgerrechte angegriffen sind!

Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: Wir sind derzeit dabei – ganz in der Tradition von Rot-Grün und aufbauend auf dem, was an guter und solider Politik von Otto Schily und seinem Staatssekretär Fritz Rudolf Körper und vielen anderen vorbereitet wurde –,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das ist das Problem!)  
beispielsweise über eine Visawarndatei zu verhandeln. Die wird es geben; wir werden da gut vorankommen. Wir werden die innere Sicherheit dadurch stärken. Wir werden außerdem den elektronischen Personalausweis

auf den Weg bringen - auch einst ein rot-grünes Projekt -, und zwar nicht nur unter dem Aspekt der Sicherheit, sondern auch der Bürgerfreundlichkeit und der Serviceorientierung. Auch da sind wir in den Verhandlungen auf einem guten Weg. Das ist gute, solide Politik, und so werden wir weitermachen, lieber Herr Kollege Wieland. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir waren immer gegen Fingerabdrücke!)

Wenn wir über die große Herausforderung des Terrorismus reden, die begründetermaßen im Vordergrund von innenpolitischen Debatten steht, wird immer wieder zu Recht das Argument wiederholt: Die Bedrohungen sind asymmetrisch geworden, Staaten sind implodiert, die Situation ist nicht mehr wie einst, und wir müssen uns darauf einstellen. - Sehr richtig: Innen und außen haben nicht mehr die gleiche Bedeutung wie einst. Dennoch ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus eine Bedrohung durch Verbrecher, und Verbrechern legt man das Handwerk mit den Mitteln der Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb sagen wir Nein zu einer Militarisierung der Polizei und zu einer Verpolizeilichung des Militärs. Übrigens macht innere Sicherheit im subjektiven Sicherheitsgefühl der Menschen und in der objektiven Sicherheitslage mehr aus als nur den Kampf gegen den Terror. Denken Sie an die großen, dramatischen und tragischen Herausforderungen durch die organisierte Kriminalität, ob das nun das ekelhafte Feld der Kinderpornografie ist, ob wir über Datenklau in Firmen - eine Bedrohung für die Wirtschaft - oder Datenklau bei Privatpersonen - eine Bedrohung für jeden, der eine Scheckkarte besitzt - reden oder ob wir - Sie erinnern sich - an die schrecklichen Mafiamorde denken. Wir haben hier ein großes Feld, dessen wir uns annehmen müssen. Ich würde mir wünschen, dass wir nicht nach vorne gegen al-Qaida kämpfen, während im Rücken die organisierte Kriminalität tobt. Wir müssen in Zukunft genauso viel Energie auf diesen Bereich verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch bei diesen Tat- und Deliktfeldern ist das Internet - Herr Minister, auch darin stimmen wir weitgehend überein - ein wichtiges Medium zur Vorbereitung und Durchführung der Taten. Doch gleichzeitig geben wir als Privatpersonen leichtfertig oder unvorsichtig eine Menge von Daten im Internet preis: Bei jedem Kauf eröffnen wir der gewerblichen Wirtschaft unsere privatesten Neigungen und Interessen, oder wir legen unsere Finanzströme dar und vieles andere mehr. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir auch bei dem, was da geschieht und was wir alle leichtfertig zulassen - eine Entwicklung, die nicht aufhaltbar sein wird und auch ihr Positives hat -, viel mehr aufpassen müssen. Deshalb wollen wir uns als SPD gemeinsam mit unserem Koalitionspartner der Frage annehmen, ob wir einen Raum der Freiheit und der Sicherheit im Internet nicht genauso brauchen wie anderswo. Das scheint mir dringend geboten



und ein Projekt zu sein, das wir gemeinsam vielleicht noch in dieser Wahlperiode stemmen können. Wenn der Staat nur ein Achtel so viel Daten erfassen würde, wie wir leichtfertig im Internet preisgeben, gäbe es Demonstrationen durchs Brandenburger Tor. Deshalb müssen wir im Umgang mit der gewerblichen Wirtschaft viel stärker auf den Datenschutz achten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Jan Korte

[DIE LINKE]: Die gibt es jetzt schon!)

Bei aller Unterschiedlichkeit und bei allem - übrigens notwendigen - Ringen um den richtigen Standpunkt in der inneren Sicherheit bleibt eines klar: Kernaufgabe des Staates, des neuzeitlichen Verfassungsstaates, ist die Stiftung und Gewährleistung des innergesellschaftlichen Friedens in Freiheit. Diesem Ziel sind wir gemeinsam verpflichtet. Deshalb wird es immer gute Ergebnisse geben, auch wenn dafür manchmal länger diskutiert werden muss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Detlef Parr das Wort.

Detlef Parr (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eingangs der Debatte hat der Kollege Luther etwas zur Finanzierung des Sports gesagt und die Unterstützung der Deutschen Sporthilfe mit 1 Million Euro noch einmal herausgestellt. Ein Grund dafür, dass dort 1 Million Euro an Steuermitteln hineinfließen sollen, ist, dass unter anderem die Einnahmen der Glücksspirale weggebrochen sind. Auch der Herr Minister hat über den Wettbereich geredet und die Missbräuche angesprochen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, dass Deutschland im Moment im Jackpot-Fieber ist und wir vor der Frage stehen, ob sich dieses Fieber noch häufiger wiederholen wird oder ob es das letzte Mal ist, dass es hierzu kommt. Wir als Politiker sind nämlich dabei, den Menschen den Spaß am Spiel zu nehmen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in Sachen Sportwetten ein Urteil gesprochen und dabei die Suchtbekämpfung als Voraussetzung für die Beibehaltung des Glücksspielmonopols herausgearbeitet.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das jetzt ein Werbebeitrag für die privaten Wettanbieter?)

Werbeverbote, Verbote entsprechender Angebote im Internet und eine Begrenzung des Wettangebotes werden die Folge sein. Damit wird man bei der Finanzierung des Sports, der Kultur und anderer Gemeinwohlbelange in ganz große Probleme geraten.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß, dass Sie bei diesem Thema, das ich hier anspreche, sehr unruhig werden, weil es ganz unangenehm ist.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Kurzintervention!)

Wir wissen, dass der Staatsvertrag europarechtlich nicht

haltbar ist.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Herr Präsident!

- Klaus Uwe Benneter [SPD]: Herr Präsident!)

Wenn Sie gestern das Spiel Werder Bremen gegen Real Madrid gesehen haben, dann konnten Sie feststellen, dass Real Madrid mit Trikots mit der Aufschrift „bwin“ aufgelaufen ist. Dies ist bei uns verboten.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, ist das jetzt die Werbepause in der Haushaltsdebatte?)

Ob wir mit dem Glücksspielstaatsvertrag gut fahren, ist also die Frage.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Der Jackpot ist nicht geknackt!)

Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf bzw. bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken, dass der Bund hier in Verantwortung ist. Wir dürfen nicht abwarten, bis die Länder hier vor die Wand fahren, sondern wir müssen selber tätig werden.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wusste nicht, dass wir in der Haushaltsdebatte einen Werbeblock haben!)

Wir müssen den Sportwettenbereich aus dem Staatsvertrag herauslösen und dafür Sorge tragen, dass der Bund Konzessionsmodelle oder eine gewerberechtliche Lösung anbietet. Nur so werden wir die Sportförderung auf Dauer sichern können. Ansonsten werden wir alle die Verantwortung dafür tragen, dass die Sportförderung auf ganz schwache Füße gerät. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit noch einmal anmerken.

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP - Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Werbepause beendet!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Luther, wollen Sie erwidern? - Herr Bundesminister Schäuble, wollen Sie erwidern? - Nein, das ist nicht der Fall.

(Abg. Michael Hartmann [Wackernheim]

[SPD] meldet sich zu Wort)

- Herr Hartmann, Sie waren nicht angesprochen. Herr Luther und Herr Bundesminister Schäuble waren angesprochen.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Schauen Sie einmal in die Geschäftsordnung!)

Jetzt hat die Kollegin Petra Pau von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN - Fritz Rudolf Körper [SPD]: Sagen Sie etwas zum Jackpot!)

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Körper, Ihrem Wunsch kann ich nicht entsprechen.

Ich muss über den Inhalt der Kurzintervention noch einen Moment nachdenken. Dann können wir das klären.

(Beifall des Abg. Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD])

Mein erstes Thema ist ein anderes, nämlich der Rechtsextremismus und der Kampf dagegen. Er ist nach wie vor ein gesellschaftliches Problem - in Ost und West. In einigen Regionen verfestigt er sich - und das im

Osten und im Westen der Republik. Er ist eine permanente Gefahr, häufig auch für Leib und Leben, und er lässt sich nicht auf die Frage reduzieren, ob die NPD nun verboten werden soll oder nicht.

Die Zahlen bleiben alarmierend: Im bundesdeutschen Schnitt werden jede Stunde zweieinhalb rechtsextrem motivierte Straftaten registriert. Täglich werden im statistischen Schnitt zweieinhalb rechtsextrem motivierte Gewalttaten ausgewiesen. Mit den offiziellen Zahlen wird tiefgestapelt, auch deshalb, weil das Ausmaß rechtsextremer Gewalt noch immer verharmlost wird. Sachsen-Anhalt liefert dafür ein aktuelles Beispiel. Dadurch wird das Problem verschärft; denn wenn die Analyse nicht stimmt, dann kann auch die Lösung dagegen nicht stimmig sein. Deshalb fordert die Linke heute in einem Antrag eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Ich bitte alle Fraktionen, denen die Demokratie am Herzen liegt, diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der LINKEN)

Mein zweites Thema ist die Reform der Bundespolizei. Sie ist aus dem Bundesgrenzschutz hervorgegangen. Sie steht mit dem Beitritt weiterer Nachbarländer zur EU vor einer Sinnfrage. Diese wiederum soll mit einer großen Reform beantwortet werden. Das Bundesinnenministerium arbeitet eifrig daran - allerdings im Verborgenen - : Dienststellen werden aufgelöst und umorganisiert; neue Dienststellen werden geschaffen. Polizistinnen und Polizisten werden versetzt, ohne dass sie erfahren, warum und wozu. Die Gewerkschaften werden übergangen

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister:  
Alles gelogen!)

und nicht nur sie. Auch der Bundestag erhält bestenfalls spärliche Informationen, obwohl er als Gesetzgeber zuständig ist. Zugleich werden Tatsachen geschaffen. Ich weiß, dass der Kollege Bürsch mir gleich antworten wird: Wir führen dazu am 14. Januar eine Anhörung durch. Eine Anhörung erst im Jahre 2008 - jetzt wird aber die Bundespolizei umstrukturiert; jetzt werden Fakten geschaffen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihr habt die Anhörung im Dezember abgelehnt!)

Das halte ich für illegal und für eine grobe Missachtung der Beschäftigten der Bundespolizei, aber auch für eine grobe Missachtung des Bundestages.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.  
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, diese Praxis darf keine Schule machen; denn sie dient mitnichten der Sicherheit. Im Gegenteil: Sie schafft Unsicherheit, und sie beschädigt die Demokratie. Mein drittes Thema ist der Umgang mit der Verfassung, mit dem Grundgesetz. Der Bundesinnenminister wähnt sich dabei aus dem Schneider. Er hat im Frühsommer sinngemäß verkündet, dass das Grundgesetz mit seinen Bürger- und Grundrechten ein historisches Relikt und im Kampf gegen den Terrorismus oft ein Hemmnis ist. Das war, wie ich fand, ein starkes Stück. Für den Bürger Schäuble fällt eine solche Äußerung in die Kategorie

Meinungsfreiheit, für den Verfassungsminister, der seinen Dienst auf das Grundgesetz geschworen hat, allerdings nicht.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Diesen Hinweis müssen gerade Sie geben!)

Ob Vorratsdatenspeicherung, ob Onlineuntersuchung, ob Abschuss entführter Passagierflugzeuge – ich halte das alles für verfassungswidrig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann nur dringend an die SPD appellieren, den Begehren der Union nicht weiter nachzugeben. Sie sind seinerzeit schon Otto Schily zu weit gefolgt – übrigens gemeinsam mit den Grünen. Ich finde, wir sollten verbriefte Bürgerrechte gemeinsam besser schützen. Lassen Sie mich zum Schluss noch zu einem anderen Thema kommen, nämlich der Integration. Es ist unstrittig, dass Menschen, die in der Bundesrepublik leben und mitwirken wollen, der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Aber allein die Aufstockung der Mittel für Integrationskurse reicht hier nicht aus. Der Kollege Wieland hat den Taschenspielertrick gerade schon aufgedeckt. Es ist auch unstrittig, dass Menschen, die hier leben, das Grundgesetz achten und sich daran halten sollen. Allerdings ist Integration eben keine Einbahnstraße – und übrigens auch nicht nur eine Frage des Innenressorts. Integration heißt auch Ermöglichung von Teilhabe: von sozialer und demokratischer Teilhabe. Deshalb finde ich es sehr bedauerlich, dass wir noch immer kein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger haben und dass Sie unserem Antrag nicht zugestimmt haben.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat Herr Kollege Alois Karl von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.)

Dr. Michael Bürsch [SPD])

Alois Karl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister! Der Gesamthaushalt steigt um 4 Prozent, der Haushalt des Innenministers um 13 Prozent. Das ist für uns eine gute Nachricht. Auch wenn andere das anders sehen wollen – Ihr Beitrag hat das bewiesen, Herr Korte –: Diese Steigerung bedeutet auch ein Mehr an Sicherheit in unserem Lande. Das wollen wir. Dafür stehen wir. Herr Stadler, Sie haben zu Recht angesprochen, dass Sicherheitspolitik mit der Ausübung von Freiheitsrechten kollidiert. Beides gehört aber zusammen. Die Menschen wollen frei in unserem Lande leben, und sie wollen sicher in unserem Lande leben. Der Haushalt bringt beides zum Ausdruck.

2007 war ein gutes Jahr. Wir haben keine großen Terroranschläge zu beklagen gehabt. Wir wissen, dass Sicherheit nicht wie ein Lichtschalter ein- oder auszuknipsen ist. Vielmehr liegt das daran, dass unsere Politik richtig war. So wissen wir, dass es der Einsatzbereitschaft vieler Sicherheitsbehörden zu verdanken ist, dass heuer Terroranschläge vermieden werden konnten. Hierfür bedanken wir uns herzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass die Bedrohung oft nicht gesehen wird. Wir wissen, dass eine latente, eine labile Sorglosigkeit herrscht, gerade weil Terroranschläge in den letzten Jahren bei uns Gott sei Dank vermieden worden sind. Deshalb müssen wir heute die richtigen Entscheidungen treffen, damit wir auch in Zukunft in unserem Land sicher leben können. Wenn ich die Ausführungen der Kollegen der Opposition richtig verstanden habe, dann war die Quintessenz, dass die Bilanz nach zwei Jahren Große Koalition ernüchternd ist.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Etwas geschönt!)

In der Tat ist die Bilanz ernüchternd für jene, die Deutschland als ein schwächelndes Land ausmachen wollten, ernüchternd für jene, die in Deutschland den Terrorismus mit seinen internationalen Verflechtungen festsetzen wollten. Für uns ist die Bilanz glänzend: Deutschland ist heute sicherer als vor zwei Jahren; das ist die gute Nachricht. Darüber freuen wir uns. Dafür danken wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum arbeitet perfekt. Die Antiterrordatei ist ins Werk gesetzt. Für den BOS-Digitalfunk werden 190 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Allerdings gibt es noch kein neues BKAGesetz. Hier hat die Koalition noch Arbeit vor sich. Sehr gut hat mir gefallen, was der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Struck,

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Guter Mann!)

gestern gesagt hat: Onlinedurchsuchungen dürfe es nur unter engen Voraussetzungen geben. Ebenso sagte er, die Freiheit des Einzelnen sei ein hohes Gut, das vom Staat geschützt werden müsse. Das unterstützen wir. Ich denke, dass wir auf diesem Weg gut vorankommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon eine Schande, wie im Rahmen dieser Diskussion der Bundesinnenminister in den letzten Wochen und Monaten attackiert wurde. Lieber Herr Kollege Wieland, Ihre heutige Rede war schlimm.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es war völlig unerträglich, zu erleben, wie Sie Bundesinnenminister Schäuble rhetorisch in die Nähe von Andreas Baader gerückt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Eine bodenlose Unverschämtheit!)

Es war eine verworrene Argumentation, die Ihrer eigentlich nicht würdig ist, lieber Herr Kollege Wieland.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Es sind leider die gleichen Aussagen! –  
Gegenruf des Abg. Steffen Kampeter [CDU/  
CSU]: Jetzt wiederholt er den Mist noch!)

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, auch wenn manche meinen, kübelweise Spott und Hohn über Sie ausschütten zu müssen, darf ich Ihnen für die Unionsfraktion versichern: Wir stehen in dieser Sache auf jeden Fall auf Ihrer Seite. Wir haben Sie als starken Innenminister kennengelernt und wissen, dass den neuen Herausforderungen in der Tat mit entsprechenden Mitteln begegnet

werden muss.

Die Polizeipräsenz in der Nähe der Grenzen zu Polen und zur Tschechischen Republik wird nicht verringert, sondern verstärkt. Wir wissen, dass schon bislang vieles an den Schlagbäumen vorbei geschmuggelt wurde und viele ungebetene Gäste in unser Land gekommen sind. Die Bundespolizei wird ihre Aufgaben in Bayern und in anderen grenznahen Bundesländern sicherlich erfüllen. Ein Wort zur Situierung der neuen Polizeidirektion in Bayern, worüber wir schon viel gesprochen haben, lieber Herr Bundesinnenminister: Die Bayern fordern gemeinschaftlich, die geplante Polizeidirektion nicht in München, sondern in der Nähe der tschechischen Grenze zu errichten. Ich bitte Sie, das in Ihre Erwägungen einzubeziehen; denn alle Bayern gemeinschaftlich können nicht irren, Herr Bundesinnenminister. Darüber sollten Sie noch einmal nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Karl, bitte kommen Sie zum Schluss.

Alois Karl (CDU/CSU):

Meine Redezeit wurde etwas gekürzt.

Ein letztes Wort. Der Bundesinnenminister ist ja auch Sportminister. Wir freuen uns über die Erhöhung der Ansätze für den Sport. Es wurde bislang nur kurz erwähnt, dass wir 2,8 Millionen Euro mehr für die Dopingbekämpfung ausgeben. Wir dürfen nicht vergessen: Das Geld, das wir ausgeben, ist uns anvertraut.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Karl, Ihre Redezeit ist gekürzt worden, weil der Herr Bundesminister länger geredet hat. Das ist aber kein Grund, dass Sie sich jetzt die Zeit zurückholen. Das geht nicht.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alois Karl (CDU/CSU):

Ich komme zum vorletzten Satz, lieber Herr Präsident. Wir wollen mit jenen Sportlern, Betreuern und Funktionären nichts zu tun haben, deren oberstes Ziel offensichtlich die Befriedigung ihrer Gier ist. Wer dopt, ist ein Betrüger. Mit Betrügern wollen wir nichts zu tun haben.

(Beifall der Abg. Dagmar Freitag [SPD])

Betrüger subventionieren wir nicht. Das können wir uns nicht leisten.

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, für Ihr Engagement.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Karl, es reicht jetzt wirklich. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Alois Karl (CDU/CSU):

Herr Bundesinnenminister, ich hätte Sie noch mehr gelobt, wenn ich mehr Zeit gehabt hätte.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Bürsch von der SPD-Fraktion.

(Beifall der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Dr. Michael Bürsch (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kehre an den Anfang zurück. Herr Kollege Stadler, diese Koalition ist handlungsfähig. Sie arbeitet nach dem Prinzip: Das Bessere ist der Feind des Guten. – Das ist etwas, worüber man manchmal streiten muss. Wie es der Zufall will, ist die SPD diejenige Partei und Fraktion, die überwiegend das Bessere vorschlägt

(Beifall bei der SPD)

und sich am Ende auch in dieser Koalition gerne durchsetzt.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Möglich!)

Das Beispiel, an dem ich das belegen will, ist die Integration. Zunächst einmal das Lob: Die Mittel werden um 15 Millionen Euro angehoben. Das kommt der Integration und den Kursen zugute.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: In der Ausländerpolitik haben Sie sich durchgesetzt?)

Aber das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Ich werde das beweisen. Es bleiben noch Dinge zu tun.

Auch da gilt: Einiges können wir noch besser machen.

Gut ist jedenfalls, dass wir an der Stelle die Kurse differenzieren, dass wir zum Beispiel an einigen Stellen statt

600 Stunden 900 Stunden anbieten können,

(Zuruf des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass wir Kurse für Analphabeten anbieten und dass wir etwas mehr Gebühren für die Kurse zahlen.

Eines, was die SPD weiter fordern und wobei sie nicht zurückstecken wird, ist noch nicht ganz gelungen.

Die Einführung der Migrationserstberatung ist durchaus ein Erfolg gewesen. Die wollen wir fördern. Die Gruppe der etwa 50 000 benachteiligten Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss müssen wir auch etwas differenzierter betrachten. Man kann für diese Gruppe keine allgemeine Lösung finden. Da bedarf es der individuellen Betreuung.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Der Bundesagentur, oder was?)

Dazu erwähne ich zwei Beispiele aus Deutschland, die mir sehr imponiert haben.

In Köln gibt es mit der Initiative „Coach e. V.“ des Pädagogen Mustafa Bayram eine Initiative zur Bildung und Integration junger Migranten. Dieser betreut ungefähr 200 Jugendliche, die es sehr schwer haben, ohne eine entsprechende Ausbildung einen Ausbildungsplatz oder einen Beruf zu finden. Diese Initiative braucht Unterstützung und ein Stück weit auch öffentliche Förderung.

Das zweite Beispiel ist eine Initiative, die gestern Abend ausgezeichnet wurde. Sie nennt sich „Work and box“. Ein Unternehmer aus München, der Schreiner Rupert Voß,

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Aus Bayern?)

nimmt jedes Jahr 20 Jugendliche mit einer kriminellen Karriere, um die sich sonst kein Mensch kümmerte, auf.

Zu diesem Zweck hat er sogar das Boxen gelernt, weil das zunächst die einzige Sprache war, die diese Jugendlichen überhaupt verstanden haben. Von diesen 20 Jugendlichen pro Jahr hat er 18, manchmal auch 19, in eine Ausbildung gebracht. Das kostet Geld, und auch solche Initiativen müssen wir unterstützen. Das ist nämlich eine

sehr sinnvolle Initiative. Wenn diese jungen Menschen im Gefängnis wären, dann müsste man mit Kosten von 30 000 Euro pro Jahr rechnen. Das bedeutet im Zeitraum einer dreijährigen Ausbildung Kosten von rund 100 000 Euro. Wenn man sich vor Augen hält, dass diese Initiativen eine nur geringe Unterstützung erfordern, dann müssen wir in die Lage versetzt werden, diese Unterstützung zu geben.

Es gibt also noch einiges zu tun, insbesondere was Individualisierung und Differenzierung betrifft. Das sind die Beispiele dafür, was ich meine, wenn ich sage, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Insofern wird uns Integration weiter beschäftigen, und wir von der SPD werden an diesem Thema mit besonderem Interesse weiterarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Max Stadler [FDP]:

Sehr gut!)

Ich sage noch ein letztes Stichwort. Wir haben hier mehrfach über Zuwanderung und die Möglichkeit, die Zuwanderung zu steuern, geredet. Ich habe mit großer Freude gesehen, dass die Bundesregierung in Meseberg beschlossen hat, ein Konzept für eine Zuwanderung zu entwickeln,

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Viel zu kurz gegriffen!)

das - so heißt es -:

den Interessen unseres Landes auch in der nächsten Dekade Rechnung trägt. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollen quantitative und qualitative Instrumente geprüft und die Erfahrungen anderer Länder bei der arbeitsmarktbezogenen Steuerung von Zuwanderung einbezogen werden.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Stückwerk!)

Da rufe ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU zu: Bitte lassen Sie einmal weg, dass offenbar das Wort „Punkteregelung“ inzwischen ein Unwort geworden ist bzw. dass Sie damit etwas verbinden, was Ihnen nicht ins Konzept passt. Wir können das auch anders nennen; wir können das beispielsweise Auswahlverfahren nennen. Es ist aber von allen Experten einhellig gesagt worden, dass wir zwischen 2010 und 2020 einen Bedarf an 3 Millionen qualifizierter Facharbeiter haben werden. Diesen können wir nicht decken,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Reinhard

Grindel [CDU/CSU]: Bilden: Ausbildung,

Fortbildung, Weiterbildung!)

indem wir diese Menschen allein auf dem Binnenarbeitsmarkt aus- und fortbilden.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Können wir doch heute alles schon!)

Das wird nicht reichen. Es ist entscheidend, dass wir nach dem Prinzip „Sowohl-als-auch“ vorgehen und nicht ein Entweder-oder postulieren.

(Zuruf von der FDP: Setzen Sie es um!)

Das heißt, wir werden gut daran tun, auch Menschen mit Qualifikationen zu uns zu holen. Daneben sollten wir nicht vernachlässigen, alle, die es verdienen und können, hier in Deutschland weiterzubilden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Bürsch, bitte!

Dr. Michael Bürsch (SPD):



Auch hier richte ich den Appell an die Union: Denken Sie mit uns über die Einrichtung eines Auswahlverfahrens nach.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wird Deutschland zugutekommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Einzelplan hat die Kollegin Dagmar Freitag von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dagmar Freitag (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem eben etwas unerwartet der Werbeblock der FDP zum Sporthaushalt über uns hereingebrochen ist, möchte ich gern wieder zu unserem eigentlichen Thema zurückkommen, nämlich zu einem deutlich aufgestockten Haushalt für den Sport.

Vorab möchte ich sagen: Für die konstruktiven Beratungen gilt mein Dank den Sportpolitikern der Koalition sowie den Herren Ministern Schäuble und Steinbrück. Insbesondere gilt er aber den beiden zuständigen Berichterstattern der Koalition, dem Kollegen Norbert Barthle und meiner Fraktionskollegin Bettina Hagedorn. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist heute bereits erwähnt worden: Erstmals wird der Bund die Stiftung Deutsche Sporthilfe mit einer Summe von 1 Million Euro unterstützen.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Sehr gut!)

Dies tun wir aus der festen Überzeugung heraus, dass diese Summe gut angelegtes Geld ist, das den Sportlerinnen und Sportlern unmittelbar zugutekommt. Die Stiftung Deutsche Sporthilfe verdient und benötigt unsere Unterstützung; Koalition und Regierung stehen dazu.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Und zwar dauerhaft!)

Wir stärken einmal mehr die Nationale Anti-Doping-Agentur. Die Betonung liegt an dieser Stelle auf dem Wort „wir“. Es ist der Bund, der einmal mehr seiner Verantwortung gerecht wird und den berechtigten Forderungen an die Arbeit der NADA Taten folgen lässt. Es sind darüber hinaus die Mitglieder des Sportausschusses, die sich in Gesprächen mit der Wirtschaft um zusätzliche Gelder bemühen.

(Beifall bei der SPD)

Der Deutsche Olympische Sportbund, kurz DOSB, hatte die Bundesländer im Laufe des Jahres aufgefordert, sich ebenfalls an der Finanzierung der NADA zu beteiligen. Soweit mir bekannt ist, haben sich die Sportminister der Länder bislang nicht auf eine Zusage verständigen können. Das ist möglicherweise auch kein Wunder, da der Deutsche Olympische Sportbund im selben Atemzug seine eigene Finanzierung für 2008 flugs wieder halbiert hat. Das ist vielleicht ein schlechtes Signal, wenn man von anderen Geld eintreiben will.

Es stellt sich also wirklich die Frage: Sind immer nur die anderen für die Finanzierung des Anti-Doping-Kampfes zuständig?

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Sehr richtig, das ist nicht in Ordnung, was der DOSB da macht!)

Unsere Antwort ist eindeutig. Sie heißt Nein. Statt sich dieser Aufgabe endlich in aller Konsequenz zu stellen, lamentieren Spitzensportfunktionäre öffentlich über die Kosten für den Kampf gegen Doping. Nationales Schiedsgericht? Zu teuer. Nationaler Testpool? Zu teuer. Mehr und intelligente statt der bisherigen Zufallskontrollen? Zu teuer.

Da wird von Spitzensportfunktionären allen Ernstes als Gegenargument die Frage in den Raum gestellt: Wie sage ich es meinen Breitensportlern? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Haben solche Funktionäre immer noch nicht verstanden, dass jeder neue Dopingfall das Image und damit auch die Basis des Sports insgesamt zerstört

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Peter Danckert [SPD]: Sehr richtig!)

und dass Spitzen- und Breitensport letztlich in einem Boot sitzen? Ein von Dopingskandalen durchsetzter Sport wird in letzter Konsequenz dazu führen, dass sich die Menschen vom Sport abwenden und dass es sich Eltern dreimal überlegen werden, ob sie ihre Kinder noch in die Sportvereine schicken können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Ja, das muss Schäuble aber auch noch kapieren!)

Dass ein halbherziger Kampf gegen Doping den Sport in seinen Grundfesten gefährdet und erschüttert, das kann man den Breitensportlern in den Verbänden sehr wohl erklären. Man muss es nur wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erste Sponsoren ziehen die Reißleine. Ausbleibende Zahlungen, aber auch harte Strafen für überführte Doper und ihr Umfeld sind eine klare Ansage: Das ist eine Sprache, die die Leute aus der Szene verstehen. Frankreich wird nach meinen Informationen sein Antidopinggesetz überarbeiten. Wir werden die dortige Entwicklung mit größtem Interesse beobachten.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der von uns entwickelte Sporthaushalt bietet dem Sport beste Voraussetzungen für eine gezielte Vorbereitung der Athletinnen und Athleten auf die Großereignisse der kommenden Jahre. An die Bundeszuweisungen knüpfen wir allerdings eine klare Bedingung: staatliches Geld nur für einen sauberen, glaubwürdigen Sport.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Detlef Parr [FDP])

Das Bundesinnenministerium ist gefordert, die Einhaltung dieser Bedingung konsequent zu kontrollieren und die Gelder bei Verstoß ohne Wenn und Aber zurückzufordern. Ansonsten gilt: Sponsoren können sich zurückziehen. Das sollten sich alle vor Augen führen, die die Spitzensportförderung durch den Bund für eine schlichte Selbstverständlichkeit halten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06, Bundesministerium des Innern, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7320 stimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Zustimmung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.1)

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7321? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung der Fraktion Die Linke abgelehnt mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen.2)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06, Bundesministerium des Innern, in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 06 ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

</ text >

< text 16131 >

131. Sitzung

Berlin, Freitag, den 30. November 2007

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zum letzten Tag unserer Haushaltsberatungen.

Bevor wir die abschließenden Debatten zum Entwurf des Bundeshaushalts für das nächste Jahr fortsetzen, möchte ich Sie über eine Vereinbarung im Ältestenrat unterrichten. Der Ältestenrat ist übereingekommen, die langjährige parlamentarische Praxis, bei einzelnen Tagesordnungspunkten die Reden zu Protokoll zu geben, mehr als bislang zu formalisieren. Das Thema ist allen bestens vertraut und hängt kausal mit den ausufernden Tagesordnungen insbesondere donnerstags bis spät in den Abend zusammen.

Nach dieser Vereinbarung sollen künftig in der Plenartagesordnung die Punkte kenntlich gemacht werden, für die vorab im Ältestenrat vereinbart wurde, die Aussprache zu Protokoll zu nehmen. Eine Aussprache findet abweichend von einer solchen Vereinbarung dann statt, wenn sie bis 18 Uhr des Vortages von einer Fraktion oder von 5 Prozent der Mitglieder des Bundestages verlangt wird. Jede Fraktion kann im Regelfall einen Redebeitrag in angemessenem Umfang zu Protokoll geben

- das gilt naturgemäß für die Tagesordnungspunkte, für die dieses Verfahren vorgesehen ist -; der Umfang je Fraktion soll sich an den auf die Fraktionen entfallenden Redezeiten bei einer Debatte von 30 Minuten orientieren. Die Beiträge sollen dem Sitzungsvorstand spätestens

bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes vorliegen.  
Die neue Verfahrensweise wollen wir mit Beginn des kommenden Jahres im Hinblick auf eine eventuelle Änderung der Geschäftsordnung erproben. Wir werden sehen, wie das funktioniert und ob es gegenüber der bisherigen Übung einen spürbaren Fortschritt darstellt. Wenn das der Fall ist, dann werden wir die gerade vorgetragenen Regelungen in die Geschäftsordnung einfügen. Die Ausschüsse werden darüber hinaus gebeten, das Instrument der erweiterten öffentlichen Ausschussberatungen des § 69 a der Geschäftsordnung intensiver zu nutzen.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Der Ältestenrat hat im Übrigen vereinbart, in der nächsten Sitzungswoche keine Befragung der Bundesregierung durchzuführen. Sind Sie auch damit einverstanden?

- Ich sehe Erleichterung auf der Regierungsbank und Einvernehmen im Plenum. Dann ist das so beschlossen. Wir setzen die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)  
- Drucksachen 16/6000, 16/6002 -
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011  
- Drucksachen 16/6001, 16/6002, 16/6426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke  
Steffen Kampeter  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Dr. Gesine Löttsch  
Anja Hajduk

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt II.18:  
Einzelplan 09

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie  
- Drucksachen 16/6409, 16/6423 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Kurt J. Rossmann  
Klaus-Peter Willsch  
Volker Kröning  
Ulrike Flach  
Roland Claus  
Anna Lührmann

Präsident Dr. Norbert Lammert

Zum Einzelplan 09 liegen je ein Änderungsantrag der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat jetzt fast eine Woche lang ihre Politik

und ihren Haushaltsentwurf im Parlament gefeiert. Aber die schwarz-roten Festspieltage sind vorbei; die Götterdämmerung ist angebrochen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Aber Sie waren auch dabei!)

Dass die Kassenlage beim Bundesfinanzminister und bei den Sozialversicherungen derzeit vergleichsweise günstig ist, liegt am Aufschwung. Das liegt an der Weltkonjunktur, an der Restrukturierung unserer Wirtschaft und an vernünftigen Abschlüssen der Tarifvertragsparteien. Es geht Deutschland aber nur gut, wenn es auch der Wirtschaft gut geht. Dann sinkt die Arbeitslosigkeit. Das belegen die gestern veröffentlichten Zahlen zum Arbeitsmarkt eindrucksvoll.

Wichtigste politische Aufgabe ist es jetzt, den Aufschwung zu verstetigen und für schlechtere Zeiten vorzusorgen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die schwarz-rote Koalition ihre historische Chance der großen Mehrheit – sie hat eine Mehrheit von 73 Prozent im Deutschen Bundestag – nicht nutzt, kann es passieren, dass das Vertrauen der Deutschen in die Politik dauerhaft beschädigt wird. Sie laufen Gefahr, Ihren Amtseid zu brechen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Bleib auf dem Teppich!)

Sie müssen sich dem Wohl des deutschen Volkes widmen und seinen Nutzen mehren. Ihre Stillstandspolitik wendet aber nicht Schaden von unserem Land ab.

(Beifall bei der FDP – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Stillstand sieht anders aus!)

Für das kommende Jahr gelten moderate, reduzierte Wachstumsperspektiven. Das liegt an der Finanzmarktkrise, an dem hohen Ölpreis, dem schwachen Dollar und an den Risiken draußen in der Welt. Eine Inflationsrate von 3 Prozent wie in diesem Monat ist ein Alarmsignal. Zwei Effekte drohen: Inflation ist immer unsozial, weil die Kleinen enteignet werden; die Cleveren, die Windigen kommen durch. Auch der Konsumklimaindex sinkt deutlich.

Auch wissen wir nicht, wie stark die Auswirkungen der Turbulenzen auf den Weltfinanzmärkten sind. Nicht nur bei der Industriebank IKB, sondern auch bei anderen Banken tun sich neue Probleme auf. Es war schon immer fragwürdig, dass die staatliche Förderbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, sich an einer privaten Geschäftsbank beteiligt hat.

(Beifall bei der FDP)

Das rächt sich heute. Im Wirtschaftsministerium scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass dies falsch war und ist. Im Finanzministerium braucht man wahrscheinlich noch etwas Weiterbildung.

Muss es denn immer eine Krise geben, bis man den Marktkräften den Spielraum gibt, den sie brauchen? Besser wäre es, die Wachstumskräfte, bevor die Krise kommt, bevor Schwierigkeiten da sind, zu stärken. Wenn wir wieder in einem Abschwung sind, die Arbeitslosigkeit zunimmt, sich die Arbeitslosenzahlen wieder erhöhen, ist es zu spät. Wir wollen mehr Wachstum und mehr Wohlstand für alle.

Bei der Politik der Bundesregierung droht ein Abschwung für alle, wie es Herr Jörges im Stern dieser

Woche durchaus zutreffend formuliert hat. Durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird unsere Wirtschaft nicht gestärkt. Im Gegenteil: Sie wird geschwächt. Verlängerte Arbeitslosengeldzahlungen, staatlich initiierte Mindestlöhne für Briefträger, Abschottung gegen Staatsfonds, eine mangelnde Öffnung der Finanzmärkte, eine intransparente Unternehmensbesteuerung, ein Hin und Her bei der Erbschaftsteuer – das ist die Realität, wie wir sie erleben, ja erleiden müssen. Stärkt das das Wachstum? Schafft das Arbeitsplätze? Hilft das den Menschen? Nein, das hilft den Menschen nicht. Dies schafft keine Arbeitsplätze und stärkt auch nicht das Wachstum. Es lassen sich noch viele Beispiele dieser verfehlten Politik anführen.

Das ist der Standort Deutschland, wie er derzeit von Ihnen geprägt wird. Es reicht doch nicht aus, mehr in Bildung und Forschung zu investieren – so wichtig das ist –, wenn eine Erfindung anschließend wegen schlechter Standortbedingungen nicht in Deutschland, sondern draußen in der Welt, an anderen Standorten produziert wird. Wir wollen die Arbeitsplätze hier in Deutschland haben.

Bei der Steinkohlenförderung ist nach Jahrzehnten endlich ein Ende absehbar. Das dauert viel zu lange und ist viel zu teuer; aber ein Ende ist zumindest erkennbar. Wir hoffen, dass Sie nicht doch noch in letzter Minute von den Exit-Klauseln, den Ausstiegs-klauseln, Gebrauch machen.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Energiepolitik gibt es Streit zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium. Das Wirtschaftsministerium ist eher für die großen Stromkonzerne, das Umweltministerium für die Abspaltung der Netze. Klarheit besteht in der Energiepolitik nicht. Man weiß nicht, was die Bundesregierung will.

Die jetzt offensichtlich getroffene Vereinbarung zum Postmindestlohn ist nichts anderes als die Fortsetzung des Postmonopols mit anderen Mitteln.

(Beifall bei der FDP)

Mit marktwirtschaftlicher Erneuerung und Öffnung hat diese Vereinbarung absolut nichts zu tun. Ich habe noch die Reden der Kollegen von der CDU/CSU in der letzten Debatte zu diesem Thema im Ohr. Mindestlohn ist keine Lösung; das ist maximaler Unsinn. Mit dem Thema Mindesteinkommen muss man sich beschäftigen. Das Wort „Ordnungspolitik“ sollte die Union so schnell nicht mehr in den Mund nehmen. Sie ist beim Mindestlohn voll umgefallen. Es kommt so, wie ich es vorhergesehen habe: Sie macht mit Hurra mit.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Staatsfonds hat man sich relativ schnell darauf geeinigt, dass man eingreifen will. Das ist ein Rückfall in Renationalisierung, das ist Abschottung. Das gilt sowohl für das Außenwirtschaftsgesetz als auch für andere Regelungen. Man sollte von einem minimalinvasiven Eingriff – so wird es im Ministerium genannt – die Finger lassen. „Minimalinvasiv“ heißt auf Deutsch: kleines Loch, große Auswirkung. Das sollte man bedenken.

(Heiterkeit bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin hat hier am Mittwoch gesagt,

Deutschland müsse sich auch um die Sicherung seiner eigenen kritischen Infrastruktur - was immer eine kritische Infrastruktur ist - kümmern und eine Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes erarbeiten. Sie hat Frankreich als lobendes Beispiel erwähnt. In Frankreich werden aus nationalem Interesse sogar Joghurthersteller geschützt. Werden demnächst auch in Deutschland Joghurthersteller von Schutzmaßnahmen profitieren können? Das ist nun wirklich keine Öffnung in Richtung Zukunft, sondern ein Schritt zurück.

(Beifall bei der FDP)

Die Europäische Kommission -  
Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, Sie denken bitte an die Zeit.

Rainer Brüderle (FDP):

- der letzte Satz - hat zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angestrengt, weil sie den Wettbewerb verletzt sieht. Ich nenne als Beispiele das Schornsteinfegergesetz, das Telekommunikationsgesetz und die Wettbewerbsverzerrung bei den Postdiensten. Hier sollten Sie Abhilfe schaffen. Wir brauchen Mut zum Markt und dürfen uns nicht einigeln, abschotten und an den warmen Kachelofen setzen. Das erhöht nur die Infektionsgefahr. Wir müssen die Immunsysteme stärken. Mehr Markt, mehr Wachstum, mehr Wohlstand - das ist der Weg.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Kurt Rossmanith für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Ludwig Stiegler [SPD]: Guten Morgen, Herr Kollege!)

Ich freue mich, dass Sie nach den drei Tagen, in denen wir intensiv diskutiert haben, heute zu dieser relativ frühen Stunde schon so munter sind.

Lieber Kollege Brüderle, ich glaube, die Götterdämmerung, die Sie hier an die Wand gemalt haben, ist bei Ihrer Fraktion eingetreten. Das, was Sie gesagt haben, ist in Teilen richtig, aber Sie haben leider Gottes den völlig falschen Umkehrschluss gezogen. Wir haben uns die Maxime gegeben: Sanieren, Reformieren, Investieren.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Abkassieren!)

Genau deshalb können wir jetzt schon einen Erfolg einfahren. Sie haben dargestellt, dass der gestiegene Ölpreis auch die Inflationsrate antreibt. Der Höhenflug des Euro bedrückt uns natürlich im Bereich des Exports, wo wir nach wie vor Weltspitze sind, sehr. Dennoch können wir heuer und auch im nächsten Jahr, wenn auch in etwas schwächerer Form, weiterhin auf Wirtschaftswachstum setzen. Der Ifo-Geschäftsklima-Index und auch die aktuellen Umfragen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft haben gezeigt, dass auch das kommende Jahr ein positives Wirtschaftsjahr, ein Wachstumsjahr sein wird. Das ist gut und auch richtig. Als ein ganz wesentlicher Punkt hat die Konsolidierung des Haushaltes dazu beigetragen. Ein weiterer wesentlicher und wichtiger Punkt ist

die Halbierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Das heißt, die Bundesregierung und die Koalition handeln an dieser Stelle entsprechend.

Wir haben im Haushaltsausschuss auch die Nettoneuverschuldung in diesem Entwurf gegenüber dem Ansatz um etwa 1 Milliarde Euro auf jetzt 11,9 Milliarden Euro abgesenkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir kommen damit dem Ziel, spätestens im Jahre 2011 - das betone ich ausdrücklich - einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu haben, wesentlich näher. Ich glaube, dass wir, die Bundesrepublik Deutschland, durch diese Wirtschaftspolitik, die wir umsetzen, zum Wachstumsmotor in Europa und deshalb auch ein anerkannter Partner in der Welt geworden sind.

Sie haben die Arbeitslosenquote angesprochen: Sie ist im November gegenüber dem Oktober noch einmal gesunken. Natürlich wissen wir, dass 3,4 Millionen Arbeitslose 3,4 Millionen Arbeitslose zu viel sind. Wir müssen weiter daran arbeiten, diese Quote zu senken.

Sie wissen allerdings auch: Wir haben mit 40,4 Millionen Erwerbstätigen einen Rekordstand an Erwerbstätigen. Wir haben in der Zwischenzeit 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Mittlerweile wird in der Wirtschaft schon wieder davon gesprochen, dass Fachkräfte fehlen. 400 000 Fachkräfte fehlen uns derzeit in der Wirtschaft.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was tun! Nicht nur jammern!)

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat also den zentralen Auftrag, getragen von der Koalition, erfüllt. Das zeigen auch die Zahlen im Einzelplan.

Wir haben den Plafond in Höhe von 6,2 Milliarden Euro, der von der Bundesregierung im Entwurf für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorgesehen war, im Haushaltsausschuss - das legen wir heute mit der Bitte um Zustimmung dem gesamten Parlament vor - um rund 155 Millionen Euro erhöht. Wir haben das nicht gemacht, weil wir das Geld nur so rausschmeißen wollen. Wir müssen und wollen durch einen entsprechenden Mitteleinsatz etwas für die Stärkung der Wirtschaftskraft tun. Deshalb heißt es auch: Konsolidieren und Investieren. Diese 155 Millionen Euro sind für investive, nicht für konsumtive Ausgaben in diesem Bereich.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist das Entscheidende!)

Innovation und Technologie: 2,14 Milliarden Euro; das ist etwa ein Drittel des gesamten Haushalts des Bundesministeriums für Wirtschaft. Das Entscheidende ist - Sie sind darauf eingegangen, Kollege Brüderle -: Es ist das erste Mal, dass der Ansatz für die Steinkohle nicht der höchste im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist; der Mittelansatz für Innovation und Technologie ist höher. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mittelstandsförderung. Wir sind für alle Industrie- und Wirtschaftsbereiche, aber wir alle wissen natürlich, dass bei uns in der Bundesrepublik Deutschland der Mittelstand



das Herzstück, der Motor für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und -kraft ist. Deshalb haben wir die Mittel hierfür entsprechend angepasst. Das heißt, es werden 630 Millionen Euro wiederum für investive Ausgaben in diesem Bereich zur Verfügung gestellt.

Der Hochtechnologiestrategie der Bundesregierung bzw. der, wie es auf Deutsch heißt, Hightech-Strategie kommt eine Schlüsselrolle zu. Kernstück ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand - ZIM abgekürzt; bei uns muss man ja alles abkürzen -, für das 246 Millionen Euro eingesetzt werden. Das bringt Beschäftigungspotenzial. Positive Entwicklungen sind auch bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu verzeichnen. Dazu will ich einen Satz sagen. Wir haben lange miteinander gerungen, weil wir wussten, dass für die 50 Millionen Euro, die hier zusätzlich angesetzt werden sollten, nicht einfach durch Kürzung in anderen Bereichen ein Ausgleich geschaffen werden konnte.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist aber so!)

Die letztendliche Entscheidung, liebe Kollegin Flach, war pro. Die Länder, die anteilmäßig den gleichen Betrag ansetzen müssen, konnten in den Jahren 2004 bis 2006 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe rund 6,1 Milliarden Euro an Bewilligungen erteilen, was ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 30 Milliarden Euro angestoßen hat. Dadurch wurden fast 100 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen und knapp 215 000 Dauerarbeitsplätze gesichert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Leistung kann man nicht hoch genug einschätzen. Mit den 50 Millionen Euro zusätzlichen Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe können Investitionen in Höhe von bis zu 150 Millionen Euro angestoßen werden, die im Wesentlichen mittelständischen und kleinen Unternehmen zugute kommen.

Zur maritimen Wirtschaft wird sicherlich der Kollege Kröning noch etwas sagen. Auch hier geht es um eine Zukunftstechnologie; wir haben entsprechende Schwerpunkte gesetzt.

Die Außenwirtschaftsförderung ist ebenfalls ein Schwerpunkt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Alles Schwerpunkte!)

Hier sind wir allerdings noch nicht am Ende. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns alle darin einig sind, dass eine Novellierung bzw. eine Fortentwicklung unserer außenwirtschaftlichen Instrumentarien notwendig ist.

Zwei Sätze zu dem Änderungsantrag der FDP, für den ich durchaus viel Sympathie habe. Es geht um die Streichung des Mittelansatzes im Titel für die deutsche Unterstützung der Abrüstungsprojekte in Russland. Da muss ich Ihnen allerdings sagen: Wir müssen vertragstreu bleiben. Deshalb kann man den Mittelansatz nicht einfach streichen. Wir haben uns im Juni 2002 bei dem G-8-Gipfeltreffen in Kananaskis in Kanada mit den anderen G-8-Staaten vertraglich dazu verpflichtet. Aber - das wissen Sie auch aus dem Berichterstattergespräch - wir haben die Bundesregierung aufgefordert, uns bis

Mai kommenden Jahres, vor den Haushaltsberatungen 2009, darzulegen, wie hier eventuell eine Absenkung erfolgen kann. Die Abrüstung würde – das ist ein zweites Argument – deutschen Unternehmen übertragen. Das würde entsprechende Arbeitsplätze schaffen. Auch zur Luftfahrtförderung wäre viel zu sagen, ebenso zur Steinkohle.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, das geht aber nicht mehr.

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Ich sehe, dass das so ist, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es tut mir in der Seele weh.

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Den Änderungsantrag der Grünen müssen wir ablehnen.

Lesen Sie ihn einmal selber durch! Ich weiß nicht, wer Ihnen das aufgeschrieben hat. Das ist völliger Unfug, weil wir das alles schon gemacht haben. Übrigens lag das Jahr 2005, auf das sich Ihr Antrag bezieht, noch in Ihrer Regierungsverantwortung; da waren Sie selber mit dabei. Daran sollten Sie sich vielleicht erinnern. Abschließend darf ich mich bei allen sehr herzlich bedanken, die mitgewirkt haben: bei den Mitberichterstattem Volker Kröning, Klaus-Peter Willsch, Ulrike Flach, Kollegin Lührmann, Kollegen Claus; von der Bundesregierung bei dem Herrn Bundesminister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch, weil das immer wieder vergessen wird, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haushaltsarbeitsgruppen der Fraktionen und natürlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Haushaltsausschusses. Herzlichen Dank! Ich glaube, wir haben eine gute Bilanz im Haushaltsausschuss vorgelegt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege!

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Deshalb kann das ganze Haus dem Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es fehlte bedauerlicherweise der Dank an den amtierenden Präsidenten, der für den ausführlichen Dank so viel zusätzliche Redezeit eingeräumt hat.

(Heiterkeit – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]:

Ich bedanke mich, Herr Präsident!)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulla Lötzer, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Lötzer (DIE LINKE):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Brüderle, die Zeiten des Feierns sind vorbei. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist nicht frei von Risiken.

Es ist nicht zu übersehen, dass der Dollar fällt und Exporte teurer werden. Es ist nicht zu übersehen, dass die Krise in den USA noch nicht ausgestanden ist. Viele Käufe dort waren und sind Käufe auf Pump. Die USA werden nicht länger Wachstumslokomotive des Weltmarktes sein, was sie seit den 90er-Jahren waren. Die Preise für Güter des täglichen Bedarfs und die Rohstoffpreise steigen. – So weit stimme ich mit Ihnen überein; aber, keine Angst, bei den Maßnahmen hört es auf.

Herr Glos, Sie haben in dieser Woche in der Berliner Zeitung gesagt:

Wir haben in unserer Wachstumsprognose die Risiken berücksichtigt.

Es geht aber nicht darum, die richtige Prognose zu stellen. Sie sind nicht der Buchhalter der Nation, sondern als Wirtschaftsminister gefragt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht auch nicht darum, Schwarzmalerei zu betreiben und eine Weltwirtschaftskrise an die Wand zu malen. Es geht um die simple Frage, ob Sie die Zeit des Aufschwungs nutzen, um den Binnenmarkt jetzt oder in Zukunft zu stärken und die Exportabhängigkeit zu reduzieren. Es geht schlichtweg um die Frage: Sichern Sie die Konjunktur gegen Risiken ab? Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Rossmanith, muss ich diese Frage mit Nein beantworten. Schauen wir uns Ihr gefeiertes strategisches Dreieck an. Ein wichtiger Teil der Binnennachfrage sind die Investitionen. Der Kauf von Maschinen und der Bau von Gebäuden nehmen beim Wirtschaftswachstum eine Schlüsselstellung ein. Die verschiedenen Steuerreformen, die Lohnzurückhaltung und die Senkung der Lohnnebenkosten sollten Deutschland einen Investitionsboom bescheren. Doch davon ist die deutsche Wirtschaft weit entfernt. Das sind die Ergebnisse einer Analyse des Instituts für makroökonomische Forschung, die am Dienstag veröffentlicht wurden.

Trotz Aufschwungs und sprudelnder Gewinne fiel der Anteil der Nettoinvestitionen seit 1991 von 11 auf 4 Prozent zurück. Die USA und Großbritannien legten seit 1995 um 60 Prozent zu, Frankreich um 40 Prozent. Deutschland legte im gleichen Zeitraum um nur 7 Prozent zu. Die Zunahme im Jahr 2007 ändert an diesen Verhältnissen nichts.

Sie preisen Ihr Zukunftsprogramm für öffentliche Investitionen, obwohl Sie dabei erst recht eine schlechte Figur machen.

(Beifall bei der LINKEN)

1970 wurden noch fast 5 Prozent der Wertschöpfung für öffentliche Investitionen ausgegeben. Auch mit der für 2008 vorgesehenen Steigerung kommen Sie bei weitem nicht an diesen Wert heran. In den Folgejahren werden Sie das erst recht nicht schaffen. Bis 2011 wollen Sie den Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt auf unter 1 Prozent senken.

Nach wie vor ist Deutschland Schlusslicht. Das Geld fehlt für die Daseinsvorsorge, für Infrastrukturmaßnahmen, im Bereich Bildung und Forschung, für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Die geplanten Steuermehreinnahmen fehlen. Geld fehlt auch für die Sanierung des Haushalts. Deshalb fordern wir Sie zu einer Wende auf: Schaffen Sie Zukunftsinvestitionsprogramme auf europäischem Niveau! Das nutzt allen, auch dem sozialökologischen Umbau und der Wirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch eine Steigerung des privaten Konsums wird die Binnennachfrage nicht gestärkt. Wie auch? Laut Ihrer Aussage haben angeblich 1 Million Menschen keine Angst mehr vor Arbeitslosigkeit. Das ist eine Luftnummer. Airbus-Chef Enders holte letzte Woche die Beschäftigten

zusammen und sagte, dass der Dollarverfall Airbus 100 Millionen Dollar koste, das sei lebensbedrohlich. Ob mehr als die geplanten 10 000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, sagte er noch nicht. - Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in den Dollarraum sei der sicherste Weg, behaupten andere. Und Sie behaupten, die Menschen hätten keine Angst mehr vor Arbeitslosigkeit? Ja, es gibt einen Zuwachs bei der Beschäftigung. Er resultiert aber aus Leiharbeits- und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, die von Unsicherheit geprägt sind. Aber Unsicherheit macht den Menschen Angst. Wenn Sie ihnen diese Angst nehmen wollen, müssen Sie zumindest die Leiharbeit und die Möglichkeiten befristeter Beschäftigung begrenzen. (Beifall bei der LINKEN)

Die private Nachfrage ist nach wie vor von Konsumflaute geprägt. Trotz Konjunktur und zusätzlicher Beschäftigung weist der Einzelhandel im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzminus aus. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit wurden die Reallöhne auf einen Tiefpunkt gesenkt. In Frankreich erhalten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter einen Zuschlag von 10 Prozent als Risikoprämie. Hier verdienen sie 20 bis 50 Prozent weniger als Beschäftigte in der Stammebelegschaft. Durch die Inflation haben Hartz-IV-Bezieher seit 2003 7,5 Prozent ihres Einkommens eingebüßt. Das sind 26 Euro im Monat - angesichts dieser Grundsicherung ist das ein großer Batzen -, die für Essen, für lebensnotwendige Anschaffungen und für Weihnachtsgeschenke für die Kinder fehlen. Ihre Verweigerung der Einführung von Mindestlöhnen für alle, Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU, und Ihre Verweigerung der Anhebung der Grundsicherung für Hartz-IV-Bezieher machen Sie zu einer Regierung der Hungerlöhne und der Armut, nicht des Aufschwungs und der Teilhabe.

(Beifall bei der LINKEN)  
Es ist nicht nur eine Frage der Teilhabegerechtigkeit, auch eine wirtschaftspolitische Wende zur Stärkung der Binnennachfrage macht die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen von mindestens 8,44 Euro und eine Anhebung der Grundsicherung auf 435 Euro dringend notwendig. Sie machen eine Wirtschaftspolitik, die nach wie vor darauf setzt, mit anderen Ländern im Dumping zu konkurrieren, um ihnen Exportmarktanteile abzugeben. Wir wollen eine Wende in der Wirtschaftspolitik, die den Binnenmarkt stärkt, die Teilhabe der meisten Menschen am Aufschwung sichert und damit den Aufschwung gegen Risiken absichert.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Volker Kröning, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Volker Kröning (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Haushaltsberatungen, die vom Frühsommer bis zum Spätherbst dauern, kann man kaum noch etwas Neues sagen.

(Ulrike Flach [FDP]: Und das neun Minuten

lang!)

Außerdem drohen Haushaltsberatungen nach meinem Gefühl immer mehr zu denaturieren. Sind sie noch Haushaltsberatungen, oder sind sie nicht von Anfang bis Ende mehr fachpolitische Beratungen? Aus diesem Grund will ich mich ähnlich wie Kollege Rossmann auf unseren Job konzentrieren, den wir nämlich als Berichterstatter zu erledigen haben, weil es sich gegenüber dem Steuerzahler einfach nicht gehört, Haushaltspolitik bloß hinter verschlossenen Türen zu machen.

(Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Das ist wohl wahr!)

Jedes Ministerium gibt nach der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses einen Text und eine Tabelle heraus, so auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Abgesehen von einigen Bewertungen, über die man geteilter Meinung sein kann, liefert das Ministerium die entscheidenden Fakten. Sie finden sich – das sei auch den Zuhörerinnen und Zuhörern gesagt – im Internet. Was der Haushaltsausschuss zu dem Einzelplan 09 – so heißt der Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie – beschlossen hat, liegt Ihnen in den Drucksachen 16/6409 und 16/6423 vor und ist damit zu Protokoll gegeben.

Ich will im Wesentlichen Folgendes festhalten: Mit 6,2 Milliarden Euro Baransätzen für 2008 und 2,4 Milliarden Euro Verpflichtungsermächtigungen, über die im kommenden Jahr für die folgenden Jahre verfügt werden kann, steht das Ministerium mit seinen Behörden an sechster Stelle der 14 Ressorthaushalte. Dazu gehört – das muss klargestellt werden – eine stattliche Anzahl hoch profilierter Ämter, Anstalten und Agenturen, von denen im Parlament sehr wenig die Rede ist, die aber im Land eine sehr große Bedeutung haben. Was uns die Fachpolitiker der Koalition für den Haushalt mitgegeben haben, ist in unseren Vorschlägen berücksichtigt, und zwar im Wesentlichen bei der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“. Davon war schon die Rede.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es muss allerdings etwas Wasser in den Wein getan werden. Denn die globale Minderausgabe ist von 50 auf 75 Millionen Euro erhöht worden. Das Ressort muss im laufenden Haushaltsjahr also nach eigenen Vorstellungen einsparen, das heißt Prioritäten setzen.

(Ulrike Flach [FDP]: Genau das!)

Wir haben für mehr Transparenz und Effizienz bei Innovationen und Mittelstand gesorgt; davon war im Zusammenhang mit dem sogenannten ZIM schon die Rede.

Dem Ministerium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachabteilung und der Haushaltsabteilung gilt Dank, dass sie zur Schaffung von mehr Transparenz und mehr Effizienz beigetragen haben. Das neue stärker als bisher technologisch ausgerichtete Mittelstandsprogramm, genannt ZIM, unterlegt zum ersten Mal die Berechtigung der Ressortbezeichnung Wirtschaft und Technologie; dazu möchte ich das Haus beglückwünschen.

Weiter ausgebaut wird die technologische Kompetenz besonders in folgenden Feldern: der Luft- und Raumfahrt,

der maritimen Wirtschaft, der Informations- und Kommunikationstechnik und nicht zuletzt der Energie. Hier haben wir es in fast allen Fällen mit wichtigen Schnittstellen zwischen diesem Ministerium und anderen Ministerien zu tun. Ich nenne, ohne auf Einzelheiten einzugehen, beispielhaft das Verkehrsministerium und das Umweltministerium.

Im Haushaltsausschuss fällt uns auf, dass die Wirksamkeit der Haushaltspolitik und des Haushaltsvollzugs aus einer Hand an Bedeutung gewinnt. Ich will deshalb nicht anstehen, zu sagen, dass die Parlamentarischen Staatssekretäre, die sozusagen die Verbindungsleute zwischen dem Haus, dem Minister, dem Parlament und seinen Ausschüssen sind, einen sehr guten Job machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Außenwirtschaft bleibt ein Schwerpunkt des Ministeriums; darin sind sich der Minister, der tüchtig reist und dabei wichtige Kontakte knüpft, die Fachpolitiker und wir Haushälter einig. Welche Resonanz dies in der deutschen Wirtschaft hat, ist erst kürzlich beim Außenwirtschaftstag in Bremen deutlich geworden, der nach Auskunft der Industrie- und Handelskammern der erfolgreichste Außenwirtschaftstag seit Menschengedenken war. Es ist erstmals ein Länderschwerpunkt gesetzt worden, und der König von Jordanien hat teilgenommen. Auch sein anschließender Besuch bei der Bundeskanzlerin in Berlin in einer außenpolitisch durchaus wichtigen Zeit hat dies unterstrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Aufgabenkritik und Personalentwicklung sind in diesem Jahr im Haushaltsausschuss mehr als früher ein Beratungsschwerpunkt gewesen. Herr Kollege Rossmann, ich freue mich, dass dieses Thema in diesem Ressort ernst genommen wird. So konnte dem Bundeskartellamt, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, der Bundesnetzagentur und der Bundesagentur für Außenwirtschaft, genannt bfai, dabei geholfen werden, ihre wachsenden Aufgaben besser als bisher zu erfüllen. Was das Bundeskartellamt und die Bundesnetzagentur betrifft, so ist dies für den Kampf gegen überzogene Energiepreise besonders wichtig; ich glaube, das darf ich nicht nur für mich, sondern für uns alle sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Zusammenführung von Invest in Germany und der Bundesagentur für Außenwirtschaft, die wir uns für 2008/2009 vorgenommen haben, begleiten wir weiterhin verantwortlich. Was die Personalverstärkung in diesem Bereich angeht - Aufgabenkritik soll nicht nur Einsparung, sondern auch Verstärkung heißen -, so kann Ihr Haus, Herr Minister, der Arbeitsgruppe der SPD, glaube ich, besonders dankbar sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ich glaube, uns auch!)

Wie bedeutsam Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung sind, lässt sich an einem Beispiel ablesen, über das Sie wahrscheinlich alle überrascht sein werden, nämlich der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Diese Bundesanstalt ist kürzlich vom Wissenschaftsrat

evaluiert worden. Wie Sie wissen, hat der Haushaltsausschuss vor Jahren den Anstoß gegeben, die Ressortforschung zu evaluieren. Das ist ein großräumiger und langwieriger Prozess. Der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ist vom Wissenschaftsrat exzellente Arbeit attestiert worden; ich glaube, das verdient den Beifall des Parlaments.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Haushaltspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ohne die Überwachung des Haushaltvollzuges unvollständig. Der Haushaltsausschuss hat keineswegs nur im zweiten Halbjahr zu tun, sondern auch im ersten Halbjahr. Darum erlauben Sie mir einige Hinweise auf Anstrengungen, die uns im neuen Jahr bevorstehen und über die wir beizeiten Rechenschaft ablegen wollen. Wenn es darum geht, sogenannte qualifizierte Sperren auch und nicht zuletzt im Einzelplan 09 aufzuheben, werden wir besonders auf den Vollzug des Haushalts achten. Es geht eben nicht nur um pauschale Ausgabenermächtigungen, sondern es geht auch um die Kontrolle darüber, dass das Steuergeld sinnvoll und mit einem guten Ergebnis angelegt wird.

Zwei Themen brennen uns besonders unter den Nägeln: Erstens beschäftigt uns das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft sowie von Bund und Ländern bei der Umsetzung der Hightech-Strategie zur Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zu der wir uns auch im Rahmen der Europäischen Union verpflichtet haben. Zweitens geht es uns ganz entscheidend um die Umsetzung der neuen Förderlinie „Integrierte Technologieprojekte“ in der Luftfahrtforschung. Bei der Luftfahrtförderung machen wir nicht weiter wie bisher, sondern versuchen, stärker als bisher auch den Mittelstand über die Zulieferindustrie zu erreichen. Somit ist auch die Luftfahrtförderung nicht nur für große, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen durchaus ein Schwerpunkt. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu beiden Stichworten will ich dennoch auch ein kritisches Wort sagen. Nach den Weichenstellungen dieser Bundesregierung in Genshagen und Meseberg, aber auch der Vorgängerregierung für die FuE-Strategie ist es für mich fast unerträglich, dass nur Informationen über die Finanzbeiträge des Bundes im Vorgängerjahr pünktlich zu den Haushaltsberatungen für das nachfolgende Jahr vorliegen. Das geht so nicht weiter. Besonders die Beiträge der Länder müssen dem Bundesparlament genauso früh bekannt sein wie der Beitrag des Bundes. Von einer Ländergesamtheit kann nicht die Rede sein, wenn sie nicht auch bereit und in der Lage ist, ihre Ergebnisse zur FuE-Strategie aus dem Vorjahr zur Mitte des folgenden Jahres vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Man kann es auch anders ausdrücken: Es gibt keine einheitlichen, rechtzeitig verfügbaren verlässlichen Datengrundlagen für die Haushaltswirtschaft im Gesamtstaat;

in einem großen Unternehmen ist das eine Selbstverständlichkeit. Wir werden hier Abhilfe schaffen, und zwar nicht nur im Haushaltsausschuss. Herr Kollege Körper, der hier im Saal ist, wird das auch in der Bundesstaatskommission unterstützen. Es geht um sehr viel Steuergeld. Wenn die FuE-Strategie der Hauptpfad für nachhaltiges Wachstum ist, müssen wir auch in der Lage sein, den Bürgerinnen und Bürgern innerhalb der Dauer einer Wahlperiode darüber Rechenschaft abzulegen. Ein ebenso deutliches Wort möchte ich noch zur Aufstockung der Luftfahrtförderung sagen: Wir werden ihre Wirkung genau kontrollieren, und zwar unter den beiden Gesichtspunkten der Wertschöpfung in Deutschland und der Wertschöpfung in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik an den Standorten von Airbus, den Standorten der Zulieferindustrie und gerade auch an den Standorten der Unternehmungen, die jetzt in Gesprächen mit Airbus zum Erwerb einzelner Werke sind. Dies interessiert uns bei dem neuen Produkt A350 genauso wie bei dem jetzt endlich an den Markt gehenden Produkt A380.

An die Adresse der PDS, der sogenannten Linken, sage ich: Das hochpolitische Unternehmen Airbus bzw. EADS, das nach unserem Dafürhalten privat geführt und verantwortet werden muss, wird unsere Aufmerksamkeit weiterhin brauchen und auch erhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir werden Sie beim Wort nehmen!)

Neue Politikansätze wie die Kulturwirtschaft, die mehrere Ressorts - in diesem Falle sind es das Haus des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und das BMWT, wie ich gern anstelle des Kürzels BMWi sage - auszuführen haben, werden von den Kollegen Fachpolitikern begleitet werden. Was auf diesem Feld - ich möchte fast sagen: kreativ - im Sachhaushalt und im Personalhaushalt bewilligt worden ist - klein, aber oho -, werden wir uns dann beim Haushalt 2009 noch einmal ansehen.

Das Gleiche gilt für Probleme, die noch nicht gelöst sind. Damit meine ich auch die regionale Politik, die Strukturpolitik für Regionen und in den Regionen. So erfreulich es ist, dass wir die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erneut aufstocken konnten, so zweifelhaft sind doch die Verteilungswirkungen im gesamten Land, gerade dann, wenn Länder nicht in der Lage sind, zu kofinanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe kommen - das muss einmal klar ausgesprochen werden - im Verhältnis von 6 zu 1 dem Osten Deutschlands zugute. Bei aller Loyalität zum Aufbau Ost gestatte ich mir die Anmerkung:

Wir müssen lernen, über regionale Strukturschwächen in ganz Deutschland nachzudenken, auch in Teilen großer Länder wie Nordrhein-Westfalen. Wir müssen aber auch über solche Effekte nachdenken wie die, dass Länder die Mittel wegen mangelnder Finanzkraft gar nicht abrufen können.

(Ulrike Flach [FDP]: So ist es!)

Und wir müssen sehen, dass andererseits Länder wie



Bremen, die große Anstrengungen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft unternehmen, diese Leistungen in der Finanzkraft nicht wiedererkennen.

Noch zwei übergreifende Bemerkungen zur Bundesverwaltung; dann möchte ich gerne wieder der Fachpolitik Raum geben. Aufgabenkritik und Personalentwicklung in den einzelnen Ressorts wie in der gesamten Bundesverwaltung müssen und werden uns Haushälter weiter beschäftigen. Wir haben in diesem Jahr einen alle Einzelpläne übergreifenden Bericht erhalten, und wir haben beschlossen, der Bundesregierung den Auftrag für einen weiteren Bericht im nächsten Jahr zu geben. Unser Ziel ist es, die sattsam bekannte Rasenmähermethode durch mehr Aufgabenkritik und Aufgabenoptimierung abzulösen. Dass das eine wohltuende Wirkung entfaltet, hat sich gerade in diesem Jahr am Wirtschaftsministerium gezeigt.

Weit über die routinemäßige Ausgabenkontrolle und Ausgabensteuerung hinaus muss uns die Effizienz des staatlichen Aufgabenvollzugs interessieren, auch im bundesstaatlichen Verhältnis. Das Sondergutachten, das der Präsident des Bundesrechnungshofes kürzlich als Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt hat, liegt auch dem Haushaltsausschuss vor. Auf Nachfrage eines Mitglieds der Bundesregierung, nämlich des Chefs des Bundeskanzleramtes, in der Kommission hat der Bundesrechnungshof inzwischen auch die Wirkungen von mehr Aufgabenkritik und Aufgabenoptimierung im bundesstaatlichen Verhältnis quantifiziert: Die Wirkungen belaufen sich auf zweistellige Milliardenbeträge. Das dürfen wir nicht ignorieren, das dürfen wir nicht ausschlagen.

Die Bundeskanzlerin hat am Mittwoch den Bürokratieabbau und den Ansatz des Normenkontrollrates besonders gelobt. Ich bin überzeugt, dass auf dem Feld der Verwaltungsmodernisierung im Bundesstaat ein riesiges Potenzial liegt, das wir für neue Zwecke - sei es Haushaltskonsolidierung, sei es eine neue Verteilung im Bundesstaat oder auch für Steuer- und Abgabentlastungen - verwenden können. Bei der Sanierung der Staatsfinanzen dürfen wir diese Option nicht ignorieren, und schon gar nicht diese Koalition.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bitte, den Einzelplan in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Wir Koalitionäre gehen guten Gewissens in das neue Haushaltsjahr, in das neue Kalenderjahr, das uns Mögliche und vor allen Dingen das Nötige getan zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bundespräsident Köhler hat unlängst gesagt, dass sich die Wirtschaftspolitik eben nicht auf den Lorbeeren der

Konjunktur ausruhen darf. Auch der Sachverständigenrat hat angemahnt, dass wir weitere Reformen in diesem Land brauchen. Wir haben festgestellt, dass es diese in der Wirtschaftspolitik überhaupt nicht gibt. Deswegen besteht für die nächsten Jahre ein großes Risiko.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Der erste Teil war richtig, der zweite falsch!)

Herr Rossmanith, es ist richtig, zu betonen, dass der Mittelstand das Herzstück ist. Wenn man aber darüber nachdenkt, was vonseiten der Regierung in diesem Kontext insgesamt getan worden ist, dann muss man feststellen, dass die in den letzten Jahren beispielsweise im Bereich der neuen Energien und auch in der Medizintechnik entstandenen Arbeitsplätze deshalb entstanden sind, weil noch in der rot-grünen Zeit gute Rahmenbedingungen geschaffen worden sind. Diese guten Rahmenbedingungen haben gewirkt und zu 1,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen geführt, und das ist gut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD - Kurt J.

Rossmanith [CDU/CSU]: Diese Zahl müssen

Sie erst noch belegen! - Norbert Barthle

[CDU/CSU]: Da war noch etwas dazwischen!)

Sie aber versuchen, anstatt diese Entwicklung weiter

zu befördern, mit einem Klein-Klein Schwerpunkte zu

formulieren. Sie haben Schwerpunkte aufgezählt, aufgrund

deren ganz deutlich wurde, dass es in der Wirtschaftspolitik

der Großen Koalition eben keine Strategie

und keine klare Linie gibt, die zeigt, dass etwas dahintersteckt,

was die Leute mitreißt, wodurch man Lust bekommt,

zu investieren, und dass es mit dem Land vorangeht.

Sie verlieren sich stattdessen im Klein-Klein.

Das ist ein Problem für den Standort Deutschland,

weil sich - das können wir sehen - andere Länder weiterentwickeln

und es dort mittlerweile durchaus auch

mehr Innovationen als in der Bundesrepublik gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Frau Scheel, das

nehmen Sie sofort zurück! Das stimmt nämlich

nicht! - Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]:

Sanieren, Reformieren und Investieren!)

- Ich bitte Sie, der Spruch „Sanieren, Reformieren und

Investieren“ ist mittlerweile so was von abgedroschen,

man kann es fast nicht mehr hören. Es wäre ja gut, wenn

man diesen sogenannten Dreiklang inhaltlich füllen

würde. Als Beschwörungsformel - das ist er bei Ihnen

nur noch - stellt er aber keine gute Wirtschaftspolitik

dar. Auch das ist ein Problem, vor dem wir stehen; denn

eine Beschwörungsformel allein bedeutet eben nicht,

dass man auch eine gute Politik macht.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag beklagt

zu Recht, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland

400 000 Fachkräfte zu wenig haben. Ich bin einmal

gespannt, was der Minister zu dieser Situation sagt.

Wir wissen natürlich, dass auch die Wirtschaft ihren Teil

dazu beitragen muss, dass hier mehr ausgebildet wird. In

den verschiedenen Branchen der Wirtschaft müssen

mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Das ist klar. Die

Rahmenbedingungen müssen aber auch gesetzt werden.

Wir brauchen nicht nur eine bessere und mehr Ausbildung in den verschiedenen Sektoren, sondern wir brauchen auch zusätzliche Zugangsmöglichkeiten, Herr Minister Glos. Ich hoffe, dass Sie auch einmal darüber nachdenken, ob es nicht Sinn macht, die Zugangsmöglichkeiten für Hochqualifizierte aus aller Welt endlich zu verbessern, indem wir die Jahreseinkommensgrenze senken, um denjenigen mehr Chancen zu eröffnen, die in Deutschland letztendlich nicht nur arbeiten, sondern auch dafür stehen, dass in Deutschland weitere Arbeitsplätze entstehen können. Deswegen brauchen wir beides: Wir brauchen eine bessere Ausbildung hier, wir brauchen aber auch bessere Zugangsmöglichkeiten. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das darf man nicht gegeneinander ausspielen. Man darf in diesem Bereich nicht nur „Hü!“ sagen, sondern man muss auch „Hott!“ sagen und das irgendwie zusammenführen, damit das Ganze einen Sinn macht.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]:

„Hottehü“! – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]:

Nicht „Hü!“ und „Hott!“, sondern „gerade“! –

Ludwig Stiegler [SPD]: Zickzack!)

– Ich habe gesagt, man muss es zusammenführen. Wenn man es zusammenführt, dann fährt man gerade, lieber Herr Kollege Rossmanith.

Wir haben in dieser Woche auch gehört, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu der des Auslandes als schwierig bezeichnet hat. Das heißt, die Innovationsfähigkeit geht zurück. Aus diesem Grund meinen wir, dass hier die Investitionen gesteigert werden müssen, mit denen das Ziel einer ökologischer Modernisierung verfolgt wird, die wir in der Bundesrepublik Deutschland dringend brauchen. Hier entstehen die Arbeitsplätze, hier geht etwas voran. Man darf also nicht einfach nur Industrieunternehmen subventionieren. Ich schaue einmal meine Bayern hier an.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sagen Sie nichts gegen Bayern!)

Für den Transrapid stehen 925 Millionen Euro im Bundeshaushalt.

Sie sagen: Das ist eine super Industriepolitik.

Ich kann nur sagen: Das ist sie nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es äußerst problematisch, wenn die SPD oder die CSU hier die Industrieförderung abnickt und gleichzeitig in Bayern mit einem Volksbegehren gegen den Transrapid vorgeht. Das ist Doppelzüngigkeit, und zwar von beiden großen Fraktionen. Das muss man deutlich sagen.

(Beifall des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann nicht das Volksbegehren in Bayern unterschreiben und gleichzeitig hier die Mittel für den Transrapid in den Haushalt einstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Investitionsunsicherheit muss beseitigt werden.

Die Binnenkonjunktur muss gestärkt werden. Gleichzeitig müssen wir weiter reformieren, um voranzukommen.

Die Menschen wollen wissen, wohin die Reise geht. Wir wollen nicht, dass die betriebene Politik als Investitionsrisiko bezeichnet wird.

Herr Gros, bitte seien Sie kein Investitionsrisiko! Achten Sie darauf, dass es bei den Investitionen vorangeht! Treten Sie nicht auf die Bremse! Machen Sie eine Politik, die für die Zukunft unseres Landes gut ist und die sich nicht im Klein-Klein verliert!

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundeswirtschaftsminister Michael Gros.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Gros, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Erstes möchte ich die Angriffe der Frau Kollegin Scheel auf die SPD in Bayern mit Nachdruck zurückweisen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, erst recht nicht Wirtschaftspolitik. Sie muss den Menschen dienen. Wir

freuen uns, dass unsere Wirtschaftspolitik auch dazu geführt hat, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland nun auf dem niedrigsten Stand seit 14 Jahren ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mich freut ganz besonders, dass es aufgrund der besseren Wirtschaftslage gelungen ist, mehr jungen Leuten einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Dafür möchte ich mich bei der Wirtschaft ganz herzlich bedanken. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im Oktober 2007 um 9,4 Prozent im Vergleich zu Oktober 2006 gestiegen. Ich meine, das ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich verstehe die Opposition. Sie haben es bei den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause nicht leicht.

Aber ich kann Sie beruhigen: Wir sind ein Stück weit mit uns selber befasst, um uns zu koordinieren. Insofern machen wir manchmal Opposition in der Koalition, weil wir sogar das besser können als Sie.

Auch wenn es immer geleugnet wird: Der Aufschwung ist inzwischen bei den Menschen angekommen.

Die Reallöhne werden steigen genauso wie die Zahl der Arbeitsplätze. Beides schafft Nachfrage und stützt Wachstum. Daran wird sich nichts ändern. Es wird beklagt - das ging durch die Zeitungen -, dass wir vorübergehend leider einen - wie ich meine: nur kurzfristig wirkenden - stärkeren Preisanstieg von 3 Prozent zu verzeichnen haben. Das wird sich wieder normalisieren, insbesondere im nächsten Jahr, wenn der Basiseffekt der Mehrwertsteuererhöhung, die einen Preisanstieg um 1 Prozent bedingt hat, wegfällt. Dann werden wir wieder zu einer Preissteigerungsrate kommen, die leichter verkraftbar ist. Die momentane Entwicklung ist auf einen statistischen Effekt zurückzuführen.

Hinzu kommt, dass die gefühlte Preissteigerung höher ist, insbesondere bei Nahrungsmitteln - allerdings betrifft das nur einzelne Produkte -, obwohl diese von der Mehrwertsteuererhöhung gar nicht betroffen sind. Die

Menschen fühlen die Preissteigerung besonders stark bei den Energiepreisen. Die Öl- und Gaspreise sind hoch. Wir werden in der nächsten Woche im Kabinett ein Energiepaket verabschieden – das werden wir dann in den Bundestag einbringen –, das uns längerfristig von Energieimporten unabhängiger machen soll und das die Energieeffizienz verbessern soll. Aber machen wir uns nichts vor: All das ist natürlich nicht umsonst oder zum Nulltarif zu haben.

Die Weltwirtschaft birgt natürlich Risiken, die auch uns betreffen. Das will ich in keiner Weise bagatellisieren. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten sind aber nicht allein der amerikanischen Hypothekenbankkrise geschuldet. Auch die IKB in Deutschland steckt in einer Krise. Davon ist unsere Förderbank, die KfW, als Haupteignerin betroffen. Bei den Geschäften der IKB gab es sträflichen Leichtsinns. Wir werden das alles genau zu untersuchen haben. Wir haben heute eine Sondersitzung des Aufsichtsrates. Ich kann nur sagen: Bevor man die modernen Finanzinstrumente anwendet, muss man deren Wirkung genau kennen. Ich hoffe, dass die großen deutschen Geschäftsbanken und Landesbanken die Wirkungen genau gekannt haben, bevor sie solche Produkte angeboten haben. Zu den Risiken will ich sagen: Die hohen Energiepreise, insbesondere der steigende Ölpreis, der sich allerdings in dieser Woche wieder etwas abgeflacht hat, sind ein latentes Dauerrisiko für unseren Aufschwung. Zurück zu der Krise, die von den USA ausgeht: Sie geht mit einem sinkenden Dollar einher. Wir haben eine starke Aufwertung des Euro zu verkräften. Ich bin für stabile Währungen; es ist gut, wenn der Wert unserer Währung steigt. Aber wenn das zu rasch geschieht, dann gibt es Befürchtungen, dass der Export darunter leidet. Deswegen kann ich unseren Freunden in den Vereinigten Staaten nur sagen: Es bringt auf die Dauer nicht einmal der amerikanischen Volkswirtschaft etwas, wenn man den Dollarkurs zu sehr absacken lässt. Wenn der Boom nicht durch die notwendigen strukturellen Anpassungsmaßnahmen der US-Wirtschaft begleitet und das Erreichte nur durch die schwache Währung hervorgerufen wird, dann hat man letztlich mit Zitronen gehandelt. Der Euro bleibt eine Erfolgsgeschichte. Währungsrelationen müssen sich im Zeitablauf immer wieder anpassen können. Doch das, was im Moment abläuft, hat, wie gesagt, mit langsamer Wertkorrektur nichts zu tun. Wir müssen das alles einkalkulieren, wenn wir Wachstumsprognosen abgeben. Ich glaube, dass wir mit den 2 Prozent, die wir für das nächste Jahr angekündigt haben, immer noch auf der sicheren Seite sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Risiken für die Konjunktur gibt es nur eine Lehre: Statt den Reformkurs rückwärts abzuwickeln, brauchen wir weiterhin eine breite Schneise für Wachstum. Wir können uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Otto Fricke [FDP]: Mindestlohn!)

Ich möchte keinen Rückbau, wie es so schön heißt, wenn man in die Straßen Stolperschwellen einbaut. Ich möchte keine Stolperschwellen auf dem Weg zu mehr Wachstum

in Deutschland. Mit dem Aufschwung ist es so wie mit einer wertvollen Kristallvase: Wenn man sie fallen lässt, dann ist sie kaputt. Es wäre mühevoll, den Aufschwung wieder in Gang zu bringen.

Wir haben die Mahnungen des Sachverständigenrats, der uns berät und dessen Ratschläge wir ernst nehmen sollen – Frau Scheel, die Mitglieder des Sachverständigenrats sind immer noch dieselben, die in Zeiten einer anderen Regierung berufen worden sind; ich habe sie beibehalten, und insofern haben wir da eine Kontinuität –, ernster genommen, als das bei der Vorgängerregierung der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christine Scheel  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Jedenfalls ermutigt uns der Sachverständigenrat in seinem neuen Gutachten, das den Titel „Das Erreichte nicht verspielen“ trägt, an den richtigen Reformen, die gemacht worden sind, festzuhalten.

Ich meine, dass es ganz wichtig ist, dass der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung jetzt auf 3,3 Prozent abgesenkt worden ist. Das war von der Kassenlage der Bundesagentur für Arbeit her tragbar. Ich weise die Behauptung zurück, dass Münzfering nur zugestimmt habe, um seinen Nachfolger Scholz nicht in Versuchung zu führen, zu viele Maßnahmen mit den Überschüssen zu finanzieren. Die Senkung ist von den Zahlen her gedeckt. Aber was bedeutet das – da bin ich wieder bei den Verbrauchern – für die Kaufkraft im Land? Diese Absenkung gegenüber 2006 bedeutet, dass 11,5 Milliarden Euro weniger an Arbeitskosten für die Betriebe anfallen und 11,5 Milliarden Euro mehr netto direkt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung stehen und deren Kaufkraft stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich meine, dass man oft einfach darüber hinweggeht. Ich finde, man muss auch das hier nennen.

Die Arbeitskräfte und der Arbeitsmarkt sind angesprochen worden. Wir brauchen weiterhin einen Niedriglohnbereich.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Den haben wir in überreichem Maße!)

Das gehört nach wie vor auf unsere Agenda. Mein Haus hat dazu ein entsprechendes Modell vorgelegt. Das hat vor allen Dingen den Vorteil, dass es vernünftige Arbeitsanreize setzt, Sprungstellen im Einkommensverlauf vermeidet und Mitnahmeeffekte weitgehend ausschließt. Vor allem lässt es sich einfach in das Hartz-IV-System integrieren. Ich glaube, wir müssen um diese Dinge miteinander ringen.

Um die Konjunktur zu stützen, brauchen wir auch weiterhin Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb halte ich es für falsch, die Zeitarbeit zu beenden oder so zu regeln, dass sie uninteressant wird, ohne auf der anderen Seite die Arbeitsgesetzgebung flexibel zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU –Ulrike Flach [FDP]:  
Haben Sie das auch der SPD gesagt?)

Ein Letztes: Die Aufgaben meines Hauses sind sehr vielfältig. Wenn ich sie alle schildern sollte, brauchte ich meine Redezeit allein dafür. Wir werden weiterhin sehr

intensiv über die Energiepolitik diskutieren müssen, und zwar nicht nur wegen der hohen Preise, sondern auch wegen der Maßnahmen, die wir für den Klimaschutz ergreifen. Das muss so geschehen, dass diese Maßnahmen weiterhin Beschäftigung bringen, zum Beispiel für das Handwerk in der energetischen Gebäudesanierung. Das muss aber auch so geschehen, dass es für die Verbraucher bezahlbar bleibt. Wir haben die großen Energiekonzerne so hart angefasst, wie es noch nie eine Regierung getan hat. Herr Brüderle, insofern lagen Sie vollkommen daneben, als Sie mich als Paten der großen Energiekonzerne geziehen haben. Ich war bis jetzt die größte Enttäuschung der großen Energiekonzerne, weil noch niemand ein so hartes Kartellrecht auf den Weg gebracht hat. Ich bedanke mich dafür, dass es beschlossen worden ist, damit wir denen besser auf die Finger schauen können. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage beantworten?

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident, ich habe das gehört. - Ich kann nur wiederholt sagen: Energiekonzerne, lasst, was die angekündigten Preiserhöhungen anbelangt, die die Kirche im Dorf. Das muss nicht so sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Präsident, ich habe Ihre Mahnung ernst genommen. Ich bedanke mich herzlich auch bei all denen, die geholfen haben, dass der Einzelplan 09 rund geworden ist.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nicht immer, wenn der Präsident den Versuch unternimmt, zu Wort zu kommen, will er auf das unverzügliche Ende der Rede drängen. Manchmal will er Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben, die die Redezeit verlängert.

Nun hat das Wort die Kollegin Ulrike Flach von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, natürlich freut sich auch die FDP über eine boomende Wirtschaft, nur sehen wir natürlich an vielen Stellen, dass die Weltwirtschaft Ihnen ganz kräftig unter die Arme gegriffen hat.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Wir sind auch Teil der Weltwirtschaft!)

Wir sehen aber auch das, was Sie etwas bagatellisierend sagten, nämlich dass die Inflation in diesem Land dazu beitragen wird, dass die Menschen eine ganze Reihe von Misserfolgen haben werden. Diese wischen Sie gern einfach vom Tisch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Sie sagen, die Reallöhne seien gestiegen, dann müssen Sie gleichzeitig sagen, dass die Inflation diese Reallöhne in den letzten zwei Jahren aufgefressen hat.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben genau das nicht getan, was Sie eben am Schluss Ihrer Rede versuchten, den Energieunternehmen in die Tasche zu legen. Sie hätten zum Beispiel mit uns gemeinsam – übrigens auch mit Herrn Meister – dafür streiten können, dass die Stromsteuer gesenkt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben gestern mit Herrn Gabriel lange darüber diskutiert. An dieser Stelle haben Sie sich sozusagen in die Büsche des Wirtschaftsministeriums zurückgezogen. Gesiegt hat die SPD, nicht die CDU. Das ist nicht im Sinne dieses Wirtschaftsstandortes.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich etwas zur KfW sagen. Sie haben eben zu Recht gesagt, dass wir hier in Zukunft aufpassen müssen. Es wäre uns nur viel lieber gewesen, wenn Sie schon jetzt aufgepasst hätten. Herr Steinbrück ist hier an allererster Stelle zu nennen. Sie wissen, dass Sie Herrn Steinbrück in der Aufsicht im nächsten Jahr sozusagen begleitend ablösen werden. Ich rechne damit, dass die Sache dann besser wird. Es ist ein Skandal, was bei der KfW abläuft. Es ist gerade vor dem Hintergrund ein Skandal, dass dies eine Bank ist, die sich besonders für die Mittelstandsförderung einsetzen müsste.

Herr Glos, Sie haben schon in der letzten Debatte vollmundig gesagt, es gehe diesem Land gut. Schon damals haben Sie Bezug darauf genommen, was mit diesem Haushalt abläuft. Sie haben gesagt: Alles, was auf Pump finanziert wird, lehne ich natürlich ab. – Damit sind wir bei dem Thema des heutigen Tages. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass man nicht neue Aufgaben schaffen kann, die bei nachlassender Konjunktur zurückschlagen. Aber genau das – eine nachlassende Konjunktur – werden wir in den nächsten Monaten zu erwarten haben.

(Otto Fricke [FDP]: Leider wahr!)

Sie sind angesichts dessen eben nicht als Sparminister vorangegangen; vielmehr haben Sie und diese Bundesregierung – trotz Steuermehreinnahmen in den letzten zwei Jahren in Höhe von 50 Milliarden Euro – jedes Jahr neue Schulden gemacht: Der „ordnungspolitische Priester“ Glos hat seit 2005 dazu beigetragen, dass wir eine Neuverschuldung von 54 Milliarden Euro haben. Unter „ordnungspolitischem Gewissen dieser Regierung“ verstehe ich etwas anderes.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens waren Sie auch im Hinblick auf Ihr eigenes Ministerium nicht gerade ein Sparminister. Ich teile die Bedenken des Kollegen Kröning, was die Gemeinschaftsaufgabe – 50 Millionen Euro plus! – angeht. Ich weiß, dass auch Kollege Rossmann das sehr kritisch sieht. Ich vermute, dass Frau Bulmahn wegen dieser Angelegenheit eine schlaflose Nacht gehabt hat; denn ein Plus bei der Gemeinschaftsaufgabe bedeutet zwangsläufig ein Minus bei der globalen Minderausgabe. Davon betroffen sind natürlich genau diejenigen Titel, die Sie mit Ihrer Hightech-Strategie besonders fördern wollen. Sie reißen sozusagen mit dem Hinterteil das ein, was Sie mit den Händen angeblich aufgebaut haben.

(Beifall bei der FDP)



Das Thema Forschungsförderung hat uns in den letzten zwölf Monaten intensiv beschäftigt. Herr Glos, Sie haben gemeinsam mit Frau Schavan viel Geld in die Hand genommen; aber Sie kommen an dem Fakt einfach nicht vorbei, dass 8 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 1 Million Euro laut der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren eben keine Forschungsgelder erhalten haben, während jedes dritte Großunternehmen in den letzten fünf Jahren solche Gelder bekommen hat. Das heißt, an Ihrer Förderstrategie ist ganz offensichtlich etwas falsch.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie im Hinblick auf den Osten extrapolieren, dann werden Sie natürlich feststellen - das wird Ihnen jeden Tag in den Medien gesagt -, dass die von Ihnen bisher eingesetzten Mittel dort nicht so angekommen sind, wie Sie sich das vorstellen. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat letzte Woche noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen - auch Sie selbst haben es gesagt -, dass wir diese Lücke in absehbarer Zeit nicht werden schließen können.

Unter dem Strich gilt: Dieses Ministerium ist nach wie vor ein Subventionsministerium. Es ist offensichtlich nicht in der Lage, die Förderprogramme erfolgreich, effizient und Arbeitsplätze schaffend umzusetzen, wie es eigentlich der Fall sein sollte.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Roland

Claus [DIE LINKE])

Herr Glos - hören Sie mir ausnahmsweise einmal zu! -, Sie sind außerdem für einen sehr traditionellen Bereich zuständig, nämlich für den der Luft- und Raumfahrt. Wir haben in diesen Tagen in unseren Reihen so manche sorgenvolle Gesichter gesehen. Ich glaube, dass wir das Thema Airbus noch lange nicht abschließend behandelt haben. Denken Sie daran, dass Herr Enders darauf hingewiesen hat, dass er hier eine lebensbedrohende Situation sieht. Es geht auch dabei um Arbeitsplätze; da stimme ich dem Kollegen Kröning völlig zu.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Aber auch um Zukunftstechnologie, Frau Kollegin!)

- Lieber Kurt, du gibst mir das Stichwort:

Zum Abschluss möchte ich auf den Aspekt Mond eingehen. Ich will diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen und darauf hinweisen, dass Sie dabei sind, viel Geld in die Hand zu nehmen, um sozusagen auf den Mond zu fliegen:

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Um den Mond!)

„Peterchens Mondfahrt“ mit einer Sonde, lieber Kurt, die man eigentlich nicht brauchte, weil man sehr gut die anderer Länder benutzen könnte. Ich empfehle den Haushältern der Großen Koalition, sich zu überlegen, ob wir uns wirklich hinaus zum Mond, an den Mond heran, um den Mond herum bewegen sollten, während andere Länder dort oben Instrumente haben, an deren Nutzung man sich beteiligen könnte. Das sparte Kosten. Ich empfehle uns allen gemeinsam, im nächsten Jahr endlich einmal gemeinsam über eine Raumfahrtstrategie zu reden; denn dieses Land hat noch keine. Diese Gespräche

würden belegen, dass wir für Ihre Pläne viele Gelder ausgeben müssten.

Herr Glos, Sie sind an dieser Stelle gefordert, nicht nur Geld für Technologie auszugeben, sondern auch eine Strategie zu entwickeln und vernünftig zu planen. Da bin ich ganz bei Herrn Kröning: Wir wollen gute Ergebnisse; aber wir wollen auch, dass vorher gut überlegt und diskutiert wird. Ich hoffe, das wird in den nächsten zwölf Monaten endlich der Fall sein.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Dr. Rainer Wend ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Rainer Wend (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute wieder einmal die Aufführung des Kollegen Bruderle und der Kollegin Lötzer erlebt, wer die beste Cassandra geben, wer das grausigste Katastrophenszenario über uns Land legen kann. Gehen Sie beide doch einmal in einen Wettbewerb um konstruktive Vorschläge für die Verbesserung der Situation.

(Widerspruch der Abg. Ulla Lötzer [DIE LINKE])

Davon hätte unser Land mehr als von ständig wiederholten Katastrophenszenarien.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Auf einen Punkt muss ich eingehen, Herr Kollege Bruderle, weil Sie wieder das Thema IKB und KfW angesprochen und der KfW ihre Beteiligung an der IKB vorgeworfen haben. Wie war denn die Historie? Nachdem sich die Allianz aus dem Eigentümerkreis verabschiedet hat, lag die Wirtschaft doch auf Knien, dass die Beteiligung nicht ins Ausland gehen, sondern an der Mittelstandsbank hier in Deutschland gehalten werden möge, und die KfW wurde gebeten, sich daran zu beteiligen. Sie hat es getan; dann kann man sie aber heute nicht dafür kritisieren, dass sie es damals getan hat. Vielmehr sollte man dankbar sein, dass sie damals als Gesellschafterin in die IKB hineingegangen ist.

Dass bei der IKB die Dinge falsch gelaufen sind, weiß man, und insofern muss auch die Staatsanwaltschaft ermitteln. Das betrifft nicht nur die IKB. Das Gerücht, dass es vor allen Dingen öffentliche Banken seien, ist tatsächlich ein Gerücht, weil die privaten Banken mindestens in derselben Weise wie die öffentlichen Banken in die Subprime-Krise verwickelt sind. Die Ideologie sollte zurückstehen, und man sollte sehen, was man tun kann, um mit dieser Problematik fertig zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade die FDP muss sich fragen lassen, weil Sie Jahr um Jahr die Liberalisierung der Finanzmärkte gepredigt haben: Sollte es Ihnen denn nicht zu denken geben, was jetzt passiert ist? Sollten Sie denn nicht mit uns sagen: „Wir brauchen mehr Transparenz, wir brauchen mehr Kontrolle und nicht mehr Liberalisierung auf den Finanzmärkten“? Vor dieser Frage stehen wir doch.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP:

Beides!)

Also nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Der Haushalt

entwickelt sich positiv. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1993. Wir haben stabiles Wirtschaftswachstum.

Das ist gut; jedoch sagen uns die Sachverständigen:

Ruht euch nicht darauf aus, sondern macht

weiter. - Darin hat Kollegin Scheel recht: Wir müssen weitermachen. Wer glaubt, wir hätten in den letzten fünf Jahren, in denen wir viel Gutes erreicht haben - Steuerreform Hans Eichel, Arbeitsmarktreformenten Rot-Grün, Steuerreform Peer Steinbrück, Haushaltskonsolidierung Peer Steinbrück, alles gute Sachen, die wir auf den Weg gebracht haben -, genügend getan, und das sei es gewesen, der täuscht sich. Es ist ein dauernder Prozess von Reformen, mit denen wir unser Land wettbewerbsfähig halten müssen.

Zwei Dinge will ich nennen, die wir als Große Koalition vor uns haben und schaffen müssen. Das eine ist die Erbschaftsteuerreform. Wir sind auf gutem Wege und wollen dem Mittelstand helfen,

(Lachen bei der FDP)

Eigenkapital zu halten und Beschäftigung zu sichern.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Zum anderen wünsche ich mir, dass wir im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen besser werden.

Meine Damen und Herren, dort liegt Beschäftigungspotenzial brach; diese Tätigkeiten werden zurzeit in Schwarzarbeit oder in Improvisation geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei

Abgeordneten der CDU/CSU)

Dort können wir etwas tun, indem wir Haushalte wie andere Arbeitgeber behandeln und erklären, dass die Aufwendungen umfänglich steuerlich geltend gemacht werden kann.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Wend, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hoppe?

Dr. Rainer Wend (SPD):

Ja, selbstverständlich.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Kollege Wend, erlauben Sie mir, eine Sache anzusprechen, die im Haushaltsverfahren geschehen ist. Ich möchte gern wissen, wie Sie dazu stehen.

Im Haushaltsverfahren ist der Etat des Wirtschaftsministeriums um einen völlig neuen Haushaltstitel ergänzt worden, nur, um ein höchst umstrittenes Projekt

der Entwicklungshilfe im weitesten Sinne zu realisieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Außenwirtschaftsförderung, Herr Kollege!)

Ich spreche hierbei von dem Stadtbahnprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Saigon ist das!)

Dagegen hat sich das Entwicklungshilfeministerium mit Händen und Füßen gewehrt, weil es hierbei nicht um die Realisierung eines U-Bahn-Projektes, sondern darum geht,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Selbst die PDS war dafür!)

dass Siemens und nicht ein anderer Anbieter den Zuschlag bekommt. Im Haushaltsverfahren ist dieses Projekt dann in den Etat des Wirtschaftsministeriums ausgelagert

worden.

(Otto Fricke [FDP]: Weil Frau Wieczorek-Zeul es nicht wollte!)

Ich frage Sie als Fachpolitiker, wie Sie zu diesem Vorgang stehen.

Dr. Rainer Wend (SPD):

Wir haben das gut gemacht. Ich unterstütze es, (Beifall des Abg. Ludwig Stiegler [SPD] sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

weil das Außenwirtschaftsförderung ist, für die wir Sozialdemokraten immer in besonderer Weise gestanden haben. Es ist also eine gute Maßnahme. - Vielen Dank für diese Frage.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In dem Bereich haushaltsnahe Dienstleistungen können wir besser werden und Beschäftigung schaffen. Die Reformen müssen also weitergehen, um unsere Gesellschaft wettbewerbsfähig zu halten.

Es gibt aber auch eine andere Seite, und da bitte ich, nach Frankreich zu schauen, wo in den Vorstädten Autos brennen. Warum geschieht das? Das sind selbstverständlich Verbrechen, denen aber zugrunde liegt, dass sich ein zunehmender Teil der französischen Gesellschaft ausgegrenzt fühlt und sich nicht mehr mit dieser Gesellschaft identifiziert. In diesem Zusammenhang müssen wir uns fragen, ob nicht auch in Deutschland Tendenzen vorhanden sind, die eine fehlende Identifikation begründen können.

Wenn einerseits Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn von 3, 4 oder 5 Euro nach Hause gehen und andererseits die Manager von Unternehmen Millionärsgehälter kassieren, dann ist das ein Missverhältnis in unserer Gesellschaft. Mit einer solchen Gesellschaft kann man sich auf Dauer nicht mehr identifizieren. Wir müssen etwas gegen diese Ungerechtigkeit tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was können wir tun? Die Mindestlöhne sind ein Schritt. Wir freuen uns sehr, dass es gestern im Postbereich zu einer Verständigung gekommen ist. Herzlichen Glückwunsch an alle, die daran beteiligt waren! Das ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]: Da freut sich die CDU aber!)

Es ist ein Anfang. Es muss aber auch in weiteren Branchen vorangehen. Wir müssen umsetzen, was wir uns bis Ende März in der Koalition vorgenommen haben, nämlich auch im Bewachungsgewerbe und in der Zeitarbeit zu Mindestlöhnen zu kommen.

Herr Pofalla, der Generalsekretär der CDU, hat gesagt: Der Postmindestlohn war ein großer Erfolg für die CDU. - Wir gönnen ihm für die nächsten Monate noch viele weitere Erfolge im Mindestlohnbereich in vielen Branchen.

(Beifall bei der SPD)

Er hat uns an seiner Seite.

Wachstum und Beschäftigung sichern und soziale Gerechtigkeit sind für ein modernes Land zwei Seiten einer

Medaille. Die Große Koalition wird daran weiter arbeiten.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält die Kollegin Sabine Zimmermann,  
Fraktion Die Linke.

Sabine Zimmermann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Meine Damen und Herren! Herr Dr. Wend, wenn Sie  
sich beschwerten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
mit 5 Euro nach Hause gehen, während die  
Chefs der großen Unternehmen Millionen kassieren,  
dann muss ich Sie darauf hinweisen, dass Sie das noch  
gesetzlich absichern. Insofern ist es eine Unverschämtheit,  
wenn Sie das hier anprangern.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard

Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Was ist denn  
das für ein Blödsinn?)

Die Regierung spricht von einem Aufschwung für  
alle. Aber wer sind alle? Einer profitiert in jedem Fall  
davon: Porsche-Chef Wiedeking erhält dieses Jahr eine  
Vergütung von rund 50 Millionen Euro. Millionen Menschen  
sind dagegen froh, wenn sie ihr Einkommen  
halten können. Das betrifft nicht nur Arbeitnehmer, Arbeitslose  
und Rentner, sondern auch viele kleine Selbstständige.

An dieser Stelle macht die Regierung nichts.

Mir scheint, die Regierung hat den Ernst der Lage noch  
nicht erkannt. Es droht ein Absturz der Konjunktur.

Damit es nicht wieder heißt, die Linke übe sich in  
Schwarzmalerei, führe ich hier Otto Kentzler, den Präsidenten  
des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks  
an. Er sagte diese Woche, ihm werde angst und  
bange, wenn er sich die jüngsten Zahlen anschaut. Ich  
zitieren:

In einigen Gewerken bricht der Umsatz regelrecht  
ein - bei Sanitär, Heizung und Klima sogar um  
20 Prozent. Beim privaten Wohnungsbau sieht es  
ähnlich aus. Die öffentliche Hand investiert zu wenig  
in Tief- und Straßenbau und das Kfz-Handwerk  
kommt nicht auf die Beine. Da braut sich Unheil  
zusammen.

Lieber Kollege Glos, ich frage Sie: Warum hält die  
Bundesregierung stur an ihrem Sanierungskurs fest? Ist  
es nicht notwendig, die Staatsausgaben zu erhöhen, um  
die Binnennachfrage zu stärken?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Otto  
Fricke [FDP]: Noch mehr?)

Wenn Sie schon nicht auf die Linke hören wollen, dann  
hören Sie doch wenigstens auf den Zentralverband des  
Deutschen Handwerks.

(Ulla Lötzer [DIE LINKE]: Die öffentlichen  
Investitionen sind auf einem Tiefpunkt!)

Die Große Koalition ist nun zwei Jahre im Amt. In  
dieser Zeit hat sie Politik gegen die Mehrheit des Volkes  
gemacht. Dazu gehört auch die Mehrzahl der 3,4 Millionen  
kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Land.

Die Hälfte davon sind Einmannbetriebe, die sich kaum  
über Wasser halten können. Für die kleinen Handwerker  
vor Ort tut die Regierung nichts.

Ein Beispiel ist das Thema Breitband. Mehr als

2 000 Gemeinden haben immer noch keinen schnellen Internetanschluss. In Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel fehlt jedem vierten Gewerbegebiet ein schneller Anschluss. Vieles wird heute aber online erledigt. Ohne einen schnellen Zugang zum Netz hat man schlechte Geschäftsverbindungen zur Bank, zum Kunden, zum Auftraggeber bis hin zum Finanzamt. Ohne modernen Internetanschluss werden diese Regionen von der wirtschaftlichen Entwicklung einfach abgekoppelt.

Thema Fördermittel. Herr Rossmann hat es angesprochen und erklärt, wie wichtig die GA ist. In den strukturschwachen Regionen Deutschlands sind dieses Jahr dreimal mehr Gelder beantragt worden, als bewilligt werden können. Die Zielgruppe ist hier der Mittelstand. Was macht die Regierung? Erst kürzt sie den Haushaltstitel um 100 Millionen Euro. Dann stockt sie die Gelder wieder um 50 Millionen Euro auf, weil die Länder und Kommunen Druck gemacht haben. Schließlich feiern Sie dies als Erfolg, wohl wissend, dass mehr Mittel gebraucht werden. Die Linke fordert, die sogenannte Gemeinschaftsaufgabe, wie in der Koalitionsvereinbarung versprochen, in der Höhe des Jahres 2006 weiterzufinanzieren. Da haben wir sogar Herrn Tiefensee an unserer Seite.

(Beifall bei der LINKEN)

Thema Zahlungsmoral. Wir befinden uns im wirtschaftlichen Aufschwung. Dennoch stapeln sich bei jedem zehnten Betrieb unbezahlte Rechnungen in einem Ausmaß, dass die Existenz dieser Betriebe bedroht ist. Die Verursacher sind oft große Unternehmen, die ihre wirtschaftlich starke Position ausspielen. Die Linke fordert einen Handwerkerhilfsfonds für unverschuldet in Not geratene Kleinunternehmen. Die Regierung lehnt dies ab.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Pfui! - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Das Parlament lehnt das ab! Aber die 3 Milliarden wären nicht sinnvoll!)

Ein Wort noch zur Postliberalisierung. Die Teilliberalisierung hat bei uns zu einem beispiellosen Sozialdumping geführt. Ich möchte gar nicht daran denken, was ab Januar passieren wird, wenn die Regierung den Postmarkt völlig freigibt. Bereits vor einem Jahr gab es 10 000 Briefträger in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die so wenig verdienen haben, dass sie ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken mussten. Der Staat übernimmt hier einen Teil des Lohnes. Im Januar waren es 8,5 Milliarden Euro für 1 Million Menschen. Ich komme zum Schluss.

(Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Wird aber auch Zeit!)

Ihre Politik belastet nicht nur die Menschen, sie belastet auch den Haushalt. Da macht die Linke nicht mit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Anna Lührmann hat nun das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Ich möchte heute über eine Branche sprechen, deren Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland von 67 000 in 1998 auf 231 000 in 2006 gestiegen ist, eine Branche, deren Volumen am Weltmarkt sich von 30 Milliarden Euro in 2000 auf 60 Milliarden Euro in 2007 verdoppelt hat. Die Prognose ist: Es geht in den nächsten Jahren so weiter. Ich möchte über eine Branche in Deutschland sprechen, die sehr exportintensiv ist. Es gibt je nach Sparte Exportquoten zwischen 35 und 80 Prozent. Sie werden sich schon denken können, über welche Branche ich spreche: über die der erneuerbaren Energien. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes haben wir nicht nur den Anteil an klimafreundlichem Strom deutlich erhöht. Nebenbei sind auch ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig und eine ganze Menge Arbeitsplätze in Deutschland entstanden. Das ist nachhaltige Klimaschutz- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was macht der Wirtschaftsminister? Was macht Herr Gos? Man könnte doch eigentlich davon ausgehen, dass sich der Wirtschaftsminister mit einer solch erfolgreichen Entwicklung schmückt. Das Gegenteil ist der Fall. Ich will drei Überschriften aus den letzten Monaten aus Tickermeldungen und Zeitungen zitieren; es gäbe noch deutlich mehr zur Auswahl. Die AP schrieb: „Gos geht auf Distanz zu Gabriels Klima-Plänen“. Im Handelsblatt stand: „Gos lehnt EU-Emissionsvorgaben ab“. In der Berliner Zeitung stand: „Gos bremst den Ausbau umweltfreundlicher Kraftwerke“.

Herr Gos, damit verpassen Sie einen wichtigen Zukunftstrend und vernachlässigen einen relevanten Teil der deutschen Wirtschaft. Herr Gos, Sie sollten sich Fossil-Wirtschaftsminister nennen. Dann weiß gleich jeder, wie Sie in Deutschland Ihren Job verstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Rainer Wend [SPD]: Das ist aber gemein!

- Gegenruf der Abg. Christine Scheel

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber richtig!)

Vor allem bei der Unterstützung des Exportes erneuerbarer Energien, also deutscher Spitzentechnologie, schlafen Sie.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ho Chi Minh sagen wir nur!)

Die Welt schreibt am 23. Oktober 2007:

Die Deutsche Bank erwartet von der Bundesregierung Unterstützung beim weiteren Ausbau der Windenergie ...

Und dies vor allem beim Export.

Herr Gos, das ist Ihr Job und nicht, permanent im Kabinett auf die Klimabremse zu treten. Wir Grüne haben deshalb eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Exportinitiative Erneuerbare Energien gefordert, damit diese Erfolgsstory weitergehen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Fossil-Wirtschaftsminister kümmern Sie sich aber lieber um die weitere Förderung der Steinkohle. Damit komme ich auf den faulen Steinkohlekompromiss zu sprechen.

Erstens haben Sie einen Ausstieg eventuell für 2018 vereinbart. Es wäre ohne Weiteres möglich gewesen,

schon 2012 sozialverträglich auszusteigen. NRW will ja schon 2014 aussteigen. Durch einen früheren Ausstieg könnten allein bis 2018 8,4 Milliarden Euro eingespart werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warum hat das Ihr Kollege Trittin nicht gemacht?)

Das ist eine stolze Summe. Damit könnte man eine ganze Menge zukunftsfähige Arbeitsplätze fördern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Trittin war doch der größte Kohlefreund nach Fischer!

Fischer hat sogar noch mitdemonstriert! - Kurt

J. Rossmann [CDU/CSU]: Ich korrigiere: der allergrößte!)

Ein zweites Thema sind die Weltmarktpreise. Herr Rossmann, Sie haben das Thema in Ihrer Rede vorhin ja ganz kurz angesprochen. Da Sie jetzt immer dazwischen rufen, will ich Ihnen noch einmal erklären, was unter Rot-Grün vereinbart wurde. Auf Druck der Grünen wurde vereinbart,

(Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Keine Kohlekraftwerke?) dass steigende Weltmarktpreise automatisch zu weniger Subventionen führen.

(Ulrike Flach [FDP]: Sie hätten besser ganz aussteigen sollen!)

Ich will das kurz erläutern. Der für die Subventionen zugrunde gelegte Preis liegt bei 40 Euro pro Tonne, der Preis für Kohle aus Drittländern liegt nun aber bei 63 Euro pro Tonne. Das ist eine Differenz von 23 Euro pro Tonne. Es ist doch logisch, dass mehr Erlöse zu weniger Absatzbeihilfen führen müssen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Für welches Jahr gilt die Klausel denn, Frau Kollegin? Von welchem Jahr sprechen Sie?)

Herr Glos, Sie haben die Vereinbarung im Haushalt des letzten Jahres zumindest teilweise umgesetzt: Wegen der steigenden Weltmarktpreise haben Sie weniger Subventionen gezahlt. Mit dem Kohlekompromiss wurde diese sinnvolle Regelung einfach aufgehoben. Dadurch verzichten Sie allein in diesem Haushalt auf 711 Millionen Euro. Herr Glos, Sie haben sich von Ihrem Vorgänger Werner Müller über den Tisch ziehen lassen. Das können wir hier nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Trittin hat sich von Müller über den Tisch ziehen lassen? Das kann ich mir nicht vorstellen!)

- Herr Kampeter, wo Sie schon die ganze Zeit dazwischen rufen, sage ich Ihnen: Sie haben noch die Möglichkeit, diesen Fehler zu korrigieren. Sie können gleich einfach unserem Antrag zustimmen, in dem wir ganz klare Regelungen aufzeigen. Es geht um 711 Millionen Euro für den Bundeshaushalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten einmal meiner furiosen Abschlussrede lauschen!

Dann werde ich das gerade rücken!)

Drittens ist an diesem faulen Steinkohlekompromiss zu kritisieren, dass Sie für den Bund schlecht verhandelt haben. Wie ich bereits gesagt habe, steigt Nordrhein-



Westfalen schon 2014 aus. Für die verbleibenden vier Jahre übernimmt der Bund einfach die Subventionszahlungen. Wir haben es ja. Außerdem haben Sie ohne Not große Haftungsrisiken für den Bund übernommen. Das wäre auch nicht notwendig gewesen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es ist offenkundig, dass Sie von dem Sachverhalt keine Ahnung haben! - Gegenruf der Abg. Anja

Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämtheit!)

An einer Stelle sind wir noch relativ zufrieden, Herr Kampeter. Sie haben im Haushaltsausschuss auf unsere Kritik reagiert. Der Bundesrechnungshof darf jetzt zumindest prüfen, was in der Zukunft bei der Steinkohle passiert.

Aber noch aus einem anderen Grund ist dieser Kompromiss insgesamt schlecht zu bewerten: Sie haben nämlich eine Sprechklausel, eine Gesprächsklausel, eingeführt. So soll 2018 noch einmal darüber geredet werden, ob es auch wirklich beim Ausstieg aus der Steinkohle bleibt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, bis zum Jahr 2012 gibt es noch weitere Gelegenheiten, das zu erläutern, aber heute nicht mehr. (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das werde ich sicherlich auch tun, Herr Präsident. - Noch ein Hinweis zum Schluss: Werner Müller hat ganz klar gesagt, er gehe davon aus, dass ab 2012 weiter subventioniert wird. Damit ist ganz klar, Herr Glos: Sie werfen den fossilen Energieträgern die Kohle hinterher. Bei den Zukunftstechnologien pennen Sie allerdings. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie alle, unserem Antrag heute zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Der Strom kommt aus der Steckdose!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Laurenz Meyer, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]:

Der erklärt uns jetzt den Mindestlohn!)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gute Ausgangslage im Herbst 2007 ist hier vielfach erwähnt worden, auch wenn ein Teil der Oppositionsfraktionen sie immer noch nicht wahrnimmt. Dabei scheint es sich schlicht um Wirklichkeitsverweigerung zu handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Anders lässt sich das angesichts der Zahlen am Arbeitsmarkt und der innerhalb von zwei Jahren veränderten Verschuldungssituation nicht erklären.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das sagt eigentlich recht viel über den Zustand der Opposition!)

Herr Brüderle, es wäre schön gewesen, wenn Sie in Rheinland-Pfalz jemals ähnliche Tendenzen nur ansatzweise zu vertreten gehabt hätten. Aber das müssen Sie schon mit sich selber ausmachen. Vermutlich haben Sie

einfach die Rede, die Sie vor zwei Jahren gehalten haben, noch einmal aus dem Computer abgerufen und per Zufallsgenerator die Sätze in anderer Reihenfolge ausspucken lassen, sodass Sie die alte Rede jetzt wieder vortragen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte zu einigen ganz konkreten Punkten, die wir vor der Brust haben, Stellung nehmen und weniger zu dem, was Sie zur Vergangenheit gesagt haben. Die derzeitige Arbeitsmarktlage - das haben einige Kollegen in der vollen Schärfe noch nicht erkannt - ist natürlich zu wesentlichen Teilen darauf zurückzuführen, dass damals die rot-grüne Koalition gemeinsam mit uns wichtige Veränderungen vorgenommen hat - auch im Bereich der Zeitarbeit. Ich sage hier klipp und klar, dass wir die Erfolge, die hier zu verzeichnen sind, nicht gefährden werden. Bei Menschen in Zeitarbeit gibt es eine ganz klare Entwicklung: Zunächst fand bei ihnen kein Übergang in feste Beschäftigungsverhältnisse statt, aber seit Frühsommer dieses Jahres übernehmen Firmen diese Menschen in starkem Maße. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Wir werden alles tun, um diesen Kamineffekt zu fördern und ihn nicht zu stören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe den Eindruck - ich sage das aus Sicht eines Wirtschaftspolitikers -, dass wir uns ein klein wenig zu viel - manche sogar ausschließlich - mit der Lage der Transferempfänger in Deutschland beschäftigen und dass wir bei den Themen ein bisschen zu kurz springen, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht nur ein bisschen! - Zuruf von der FDP: Das ist wohl wahr!)

die etwas mit den Arbeitnehmern zu tun haben, deren Einkommen direkt oberhalb des Einkommens eines Transferempfängers liegt. Ich sage hier klipp und klar, dass wir als Unionsfraktion diese Gruppe ganz stark in den Blick nehmen. Angefangen haben wir schon mit der Veränderung beim Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Wir müssen nun alles tun, damit in dieser guten Lage Folgendes zum Tragen kommt: Wer arbeitet, soll mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet. Das ist unsere klare Philosophie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die muss auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen, beim Stichwort „haushaltsnahe Dienstleistungen“ usw. zum Ausdruck gebracht werden.

Lassen Sie mich an der Stelle ein ganz klares Wort zum Thema „Mindestlöhne bei der Post“ sagen.

(Zurufe von der FDP: Aha! - Da sind wir gespannt!)

Die Situation ist aufgrund der Gesetzeslage und formal völlig eindeutig. Die Koalition kann den Tarifvertrag beschließen; nach der Rechtslage müsste sie ihn sogar beschließen.

(Otto Fricke [FDP]: Jetzt beschließt die Große Koalition schon Tarifverträge!)

Die Frage ist schlicht und ergreifend, welche Schlüsse wir für die Zukunft daraus ziehen. Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Das Verhalten der Post - ich meine nicht die Arbeitnehmer, ich meine auch nicht Verdi - ist nur dadurch zu erklären, dass das Unternehmen die ganze Zeit über versucht hat, mit dem System „Mindestlöhne und

Entsendegesetz" Wettbewerbspolitik zu betreiben.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Es gibt keinen Wettbewerb zulasten der Arbeitnehmer! - Zuruf

von der FDP: Ihr habt zugestimmt!)

Diesen Punkt müssen wir im Auge behalten; denn für das, was ein paar Zehntausend Arbeitnehmer jetzt an sozialer Sicherung zusätzlich haben - das begrüßen wir -, trägt letztlich der Verbraucher die Last.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr! Und da machen Sie mit!)

Er hat wegen mangelnden Wettbewerbs nämlich mehr zu zahlen. Was die weiteren Branchen angeht, wo wir ja nicht auf der Basis des Postgesetzes argumentieren müssen, wo wir nicht zehn Jahre an eine bestimmte Situation gebunden sind, müssen wir im Auge haben, ob das nicht von den großen Arbeitgebern, von den großen Unternehmen in ähnlicher Art und Weise versucht werden wird.

Wir haben eine ganze Reihe von Punkten vor der Brust, an denen wir noch hart arbeiten müssen. Ich nenne das Stichwort Wagniskapital. Hier müssen wir zum Beispiel noch nacharbeiten, Herr Finanzminister. Ich verstehe Rechnungen des Finanzministeriums, ehrlich gesagt, überhaupt nicht, nach denen hier Steuerausfälle zu verzeichnen sein werden.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist aber doch so!)

Steuerausfälle kommen doch gar nicht zustande. Steuerausfälle kommen doch überhaupt nur in den Fällen zustande, in denen es um ein ertragreiches Unternehmen geht. Das zahlt aber hinterher Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Gewerbesteuer. Diese Beträge, die da hereinkommen, müssen mit den Aufwendungen verrechnet werden. Ich sage Ihnen: Die Rechnung geht immer positiv aus. Das führt nicht zu einer Mehrbelastung für den Staat, sondern zu Mehreinnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Meyer, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke beantworten.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):  
Bitte.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Meyer, Sie versuchen sich ja jetzt hier so ein bisschen als das letzte ordnungspolitische Feigenblatt der CDUler darzustellen, die noch glauben, zu wissen, wie Marktwirtschaft funktioniert. Das nehme ich Ihnen auch gerne ab. Sie haben beim Thema Mindestlohn hier schön ausgeführt, wie Sie der SPD nachgegeben haben. Sie haben aber nicht - da würde ich mich freuen, wenn Sie das jetzt hier coram publico tun - erklärt, dass Sie mit Ihrer Fraktion, mit der CDU/CSU, keine weiteren Mindestlohnvereinbarungen in dieser Legislaturperiode mitmachen. Können Sie mir diese beruhigende Auskunft geben?

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):  
Nein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die will ich auch nicht geben; das sage ich Ihnen ganz klar. Wir haben uns vorgenommen, in den Branchen, in

denen sozialunverträgliche Zustände herrschen oder nach Öffnung der Arbeitsmärkte drohen könnten, für Untergrenzen zu sorgen, die eine soziale Absicherung garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf von der FDP: Also überall?)

Das ist unser Vorhaben. Dabei wissen wir ganz genau, dass das ordnungspolitisch gesehen immer ein Ritt auf der Rasierklinge ist. Wir haben diese Gesetzeslage aber schon in der Vergangenheit, übrigens zusammen mit der FDP, geschaffen. Auch das Postgesetz, auf das sich diese Regelung bezieht, ist damals von einer Regierung aus Union und FDP beschlossen worden.

(Otto Fricke [FDP]: Aber nicht mit Mindestlöhnen!)

Die SPD, damals in der Opposition, hat daran mitgewirkt. Das war also ein Gemeinschaftswerk, das uns heute bindet. Aber unser Vorhaben, da, wo es notwendig ist, für soziale Mindestabsicherung zu sorgen, ist klar.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Wend [SPD])

Löhne von 3 oder 4 Euro wollen wir nicht vertreten.

Deshalb wollen wir hier Regelungen einziehen.

Wir wollen allerdings gleichzeitig den Wettbewerb in den Branchen erhalten. Deshalb werden wir dem Anliegen großer Arbeitgeber, die auf diese Weise die Konkurrenz der kleinen und mittleren Unternehmen ausschalten wollen, nicht Folge leisten.

Meine Damen und Herren, wir haben das Thema Erbschaftsteuer und das Thema Mitarbeiterbeteiligung vor der Brust. Hier gibt es positive Signale. Herr Minister Steinbrück - gestern haben wir zu diesem Thema zusammengesessen - , eine kleine Anmerkung: Achten Sie

doch bitte darauf, dass Mitarbeiterbeteiligungsmodelle nicht konterkariert werden, indem in den Regelungen zur Erbschaftsteuer zum Beispiel selbst Sachleistungen mit zu den beschlossenen 70 Prozent gezahlt werden. So könnte es passieren, dass keine Gewinnbeteiligung mehr zustande kommt, weil man fürchtet, darauf hinterher Erbschaftsteuer zahlen zu müssen.

Wir haben das Thema mehr Transparenz bei Unternehmensbeteiligungen vor der Brust. Herr Brüderle,

hier habe ich eine ganz klare - noch stärker als meine Fraktion - ordnungspolitische Sichtweise. Ich will nicht, dass der deutsche Staat sich an Unternehmen beteiligt, um politisch tätig zu werden. Wenn ich das aber nicht will, dann kann ich doch erst recht nicht dafür sein, dass sich der russische Staat oder der chinesische Staat an unseren Unternehmen beteiligt und politisch Einfluss nimmt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb bitte ich Sie, Ihre ordnungspolitischen Grundsätze an dieser Stelle einmal zu überdenken.

(Martin Zeil [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Dass man hier für Mindestbedingungen und mehr Transparenz sorgt, halte ich für völlig richtig und notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Den Vorschlag zum Thema Energie und CO<sub>2</sub>, der jetzt auf dem Tisch liegt, von dem wir aber noch nicht den Eindruck haben, dass das alles bis in die letzte Verwinkelung durchdacht ist, werden wir im Parlament

noch im Einzelnen durchzugehen und zu prüfen haben, ob er in sich stringent ist und vor allen Dingen einem genügt: die angestrebten und festgelegten Ziele so effizient wie eben möglich zu erreichen und die Belastungen für die Verbraucher in Grenzen zu halten, sodass die Programme in der Zukunft überhaupt noch mitgetragen werden.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, den Bereich Forschung und Entwicklung. Ich sage klipp und klar: Wir haben da viel erreicht. Herr Brüderle, Sie haben das Innovationsklima angesprochen, übrigens negativ, was ich überhaupt nicht verstehe. Schauen Sie sich die Zahlen zur Stimmungslage an: Am Ende der Regierungszeit der rot-grünen Koalition haben 40 Prozent der Unternehmen in Deutschland gesagt, in Deutschland herrsche ein Klima, das Innovationen, Forschung und Entwicklung möglich macht. Diese Zahl ist innerhalb von zwei Jahren auf 80 Prozent gestiegen. Das sind keine statistischen Zufälligkeiten, sondern Erfolge im Bereich Forschung und Entwicklung, (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

und zwar von allen gemeinsam: von Frau Dr. Schavan, Michael Glos und anderen, die das zu vertreten haben. Deshalb sage ich auch ganz klar, dass die Umsetzung von Projekten wie Transrapid und Galileo - Leuchttürme für unsere Forschung und Entwicklung! - (Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von uns möglich gemacht werden muss, um zu zeigen: Wir entwickeln nicht nur in Deutschland, wir forschen nicht nur in Deutschland, sondern wir sind auch bereit zur Umsetzung. Gewisse Leuchttürme braucht man in dem Zusammenhang allemal, um diese Politik auch in den Augen der Menschen sichtbar zu machen. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kriterium für die Unionsfraktion ist auch in der Großen Koalition: Es ist besser, mit 40 oder 50 Prozent in die richtige Richtung zu gehen, als es anderen zu überlassen, mit 100 Prozent in die falsche Richtung zu gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Einzelplan ist die Kollegin Andrea Wicklein, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Wicklein (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für Wirtschaft und Technologie setzt deutliche Schwerpunkte für Ostdeutschland. Der Aufwuchs bei den Förderprogrammen kann sich in jeder Hinsicht sehen lassen. Gerade jetzt, in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, lautet unsere Botschaft: Wir fördern weiter Investitionen, wir fördern die Forschung im Mittelstand, wir fördern Existenzgründungen und Forschungsnetzwerke und wir fördern die Markteinführung von Produkten. Dafür gibt es gute Gründe. Wir müssen erreichen, dass Ostdeutschland nach und nach auf eigenen Füßen stehen kann. Bis zum Auslaufen der EU-Förderperiode im Jahr 2013 und des Solidarpaktes im Jahr 2019 bleibt nicht mehr viel Zeit. Diese Zeit müssen

wir nutzen, um die ostdeutschen Regionen nach vorne zu bringen, damit die Menschen Arbeit haben und von ihrer Arbeit leben können.

Wenn wir uns die wirtschaftliche Situation in den ostdeutschen Ländern anschauen, wird zweierlei klar:

Einerseits nehmen sie eindeutig am Aufschwung teil. Daran besteht kein Zweifel. Die Auftragsbücher vieler Unternehmen sind voll. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet hohe Zuwachsraten. Der Export entwickelt sich positiv. Die Situation im Baugewerbe hat sich verbessert, was gut für die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist. Im November 2007 lag die Arbeitslosigkeit im Osten zwar immer noch bei 13 Prozent, 2005 waren es aber noch 19 Prozent.

Andererseits ist aber auch klar, dass die Schere zwischen Ost und West sich mittelfristig nur schließen lässt, wenn der Osten beim Wachstum die Nase vorn hat. Die Voraussetzungen dafür sind aber immer noch schwer zu erfüllen. Nach wie vor hat die ostdeutsche Wirtschaft strukturelle Nachteile, die sich nicht von heute auf morgen beheben lassen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt im Osten bei knapp 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner im Westen. Es gibt zu wenig Großbetriebe und zu wenig Unternehmenszentralen. Während im Westen jeder fünfte Beschäftigte in einem Großbetrieb arbeitet, ist es im Osten nicht einmal jeder zehnte. Dagegen hat Ostdeutschland deutlich mehr Klein- und Kleinstbetriebe. Diese haben vor allem bei Investitionen und im Bereich Forschung und Entwicklung Schwierigkeiten. Auf 10 000 Erwerbstätige kommen im Osten 46 FuE-Beschäftigte. Im Westen sind es fast doppelt so viele.

Der Haushalt 2008 des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie setzt genau hierfür die richtigen Schwerpunkte. Wir führen die Investitions- und Innovationsförderung fort und konzentrieren uns dabei auf Wachstumsbranchen. Wir setzen den Hebel bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen an und stärken sowohl die Industrieforschung als auch einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Wir unterstützen innovative Netzwerke und Forschungskooperationen. Was heißt das konkret? Die Förderung innovativer Wachstumsträger, Inno-Watt, wird um rund 5 Millionen auf 107 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kurt J. Rossmann [CDU/CSU])

Im Förderwettbewerb „Netzwerkmanagement-Ost“, NEMO, wird ebenfalls nochmals zugelegt. Die Fördersumme steigt auf fast 9 Millionen Euro. Die Fördersumme für die Forschungszusammenarbeit erhöhen wir um 34 Millionen Euro auf 209 Millionen Euro.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin vor allem sehr froh – das wurde hier schon mehrfach gesagt –, dass wir im Haushalt bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eine Kürzung verhindern konnten. Heute beschließen wir, dass Investitionen in strukturschwachen Regionen in Ost und West weiterhin mit insgesamt 650 Millionen Euro vom Bund gefördert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Auf diese Gemeinschaftsaufgabe sollte künftig ein Schwerpunkt gelegt werden, weil sie wesentlich effizienter und zielgenauer ist als andere Förderinstrumente. Hier wird nicht mit der Gießkanne gefördert, sondern nach Indikatoren, die von der EU zertifiziert sind. Ostdeutschland ist leider nach wie vor in Gänze Ziel-1-Gebiet. Deshalb fließen auch die meisten Fördermittel der GA nach Ostdeutschland. Wir haben dadurch mit dieser GA seit 1991 960 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 1,5 Millionen gesichert und mit unserer Bundesförderung Investitionen in Höhe von 192 Milliarden Euro angestoßen. Ich glaube, das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt zweifelsohne viele Erfolge in der Aufbauarbeit, aber es ist noch viel zu tun. Wir brauchen eine stärkere Dynamik. Das setzt neue Technologien und neue Produkte voraus und erfordert hoch motivierte, qualifizierte Fachkräfte. Die anhaltende Abwanderung von Fachkräften aus Ostdeutschland droht von daher zur Wachstumsbremse zu werden. Deshalb ist in Ostdeutschland der Mindestlohn ein wichtiges Thema. Wir haben dort im Vergleich zu den westlichen Bundesländern nach wie vor Lohnunterschiede von 20 bis sogar 40 Prozent. Das führt dazu, dass die guten Fachkräfte gehen. Das kann der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland nicht lange durchhalten.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Andrea Wicklein (SPD):

Herr Präsident, ich bin sofort am Ende meiner Rede. Mit dem Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie leistet die Regierungskoalition einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung Ost. Wir haben die entscheidenden Programme fortgeführt und ausgebaut. Die Rahmenbedingungen stimmen. Sie bilden die Voraussetzung dafür, dass wir noch mehr Arbeitsplätze und damit Perspektiven für die Menschen in Ostdeutschland schaffen. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu diesem Einzelplan. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/7339? - Wer stimmt dagegen? -

Wer enthält sich der Stimme? - Der Änderungsantrag ist mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/7329? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 09 in der Ausschussfassung ab. Wer stimmt für diesen Einzelplan? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Einzelplan 09 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.19 auf:

Einzelplan 32

Bundesschuld

- Drucksache 16/6421 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke

Jochen-Konrad Fromme

Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen also gleich zur Abstimmung über den Einzelplan 32 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dieser Einzelplan ist mit gleichen Mehrheiten angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.20 auf:

Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

- Drucksache 16/6422 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke

Jochen-Konrad Fromme

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Berichterstatter sind die gleichen Kollegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich nicht!)

- Ich weise darauf hin, dass der Kollege Kampeter, der hier gar nicht zu den Berichterstattern gehört, Wert darauf legt, in diesem Zusammenhang noch einmal genannt zu werden.

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 60, Allgemeine Finanzverwaltung, in der Ausschussfassung.

Hierzu liegen ein Änderungsantrag von der Fraktion der FDP und drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/7338? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7330? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Änderungsantrag ist mit breiter Mehrheit abgelehnt. Wer stimmt für den Änderungsantrag

auf Drucksache 16/7331? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Abgelehnt. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7332? - Wer stimmt dagegen?

- Wer enthält sich? - Auch dieser Änderungsantrag hat keine Mehrheit.

Wer stimmt für den Einzelplan 60, Allgemeine Finanzverwaltung, in der Ausschussfassung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Wiederum mit



den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.21 auf:

Haushaltsgesetz 2008

- Drucksachen 16/6424, 16/6425 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke

Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Wo ist Kollege Kampeter?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Der sitzt bei der Kanzlerin! Der bekommt neue Anweisungen!)

- Richten Sie ihm bitte aus, dass die Namen der Berichterstatter wunschgemäß vorgetragen wurden.

Eine Aussprache ist in der zweiten Beratung nicht vorgesehen. Also kommen wir sofort zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2008 in der Ausschussfassung. Auch hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zunächst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7333? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7334? - Wer stimmt dagegen? - Das war die gleiche Mehrheit.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein! Wir haben abgelehnt!

- Otto Fricke [FDP]: Die FDP hat dem ersten Antrag zugestimmt und den zweiten abgelehnt, Herr Präsident! - Dr. Rainer Wend

[SPD]: Die FDP ist der PDS an die Seite gesprungen!)

- Aha. Dieser Änderungsantrag ist also mit einer anderen Mehrheit als der vorherigen abgelehnt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ja! Das macht einen Unterschied für Deutschland, Herr Präsident!)

- Zumindest für die FDP; denn sonst hätten Sie diesen Zwischenruf nicht gemacht. Das halten wir gerne im Protokoll fest.

(Beifall bei der FDP)

Wer stimmt für das Haushaltsgesetz 2008 in der Ausschussfassung?

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Haushaltsgesetz 2008 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Wir kommen nun zum Finanzplan des Bundes 2007

bis 2011 auf den Drucksachen 16/6001 und 16/6002. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/6426, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? -

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt III auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die

Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

- Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6401 bis 16/6414, 16/6416, 16/6419 bis 16/6422, 16/6423, 16/6424, 16/6425 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke

Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Gesine Löttsch

Anja Hajduk

Es liegen insgesamt 16 Entschließungsanträge vor, über die wir nach der Schlussabstimmung abstimmen werden. Ich weise darauf hin, dass wir über das Haushaltsgesetz am Schluss der Debatte namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält die Kollegin Ulrike Flach für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird Sie vielleicht überraschen: Ich möchte heute ein Lob für einen Finanzminister aussprechen.

(Zurufe von der SPD: Ui! Ui! - Das fängt ja gut an! - Weiter so!)

Bevor Ihre Überraschung zu groß wird, weise ich darauf hin: Dieses Lob gilt nicht Ihnen, Herr Steinbrück, sondern Ihrem Vorgänger, Hans Eichel,

(Beifall des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der auch von uns immer sehr gerne als „Schulden-Hans“ bezeichnet wurde. Am heutigen Tag sollten wir allerdings einmal die Zahlen vergleichen. Denn was die Zahlen angeht, steht Hans Eichel trotz berechtigter Kritik über viele Jahre deutlich besser da als Sie, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der FDP)

Erstens. In sieben Jahren Rot-Grün, also sogar einschließlich des Intermezzos von Lafontaine, stiegen die Gesamtausgaben des Bundes nicht so stark wie in drei Jahren Steinbrück. Von 1999 bis 2006 war es eine Steigerung um 14,1 Milliarden Euro, von 2006 bis 2008 war es eine Steigerung um 22 Milliarden Euro. Es ist einfach, festzustellen, wer von beiden mehr Geld ausgegeben hat.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Zweitens. Die Ausgabenquote des Bundes steigt im Dreijahreszeitraum von 2006 bis 2008 um 1 Prozent, in der Ära Eichel sank sie um 1,3 Prozent.

(Klaus Hagemann [SPD]: Wie war es denn in der Ära Waigel, als die FDP mit an der Regierung war?)

Es findet ganz offensichtlich keine qualitative Konsolidierung statt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Sie, Herr Steinbrück, können zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 50 Milliarden Euro verzeichnen.

Ich wiederhole: 50 Milliarden Euro. Hans Eichel musste in den letzten Jahren, in denen er die Verantwortung trug, Jahr für Jahr mit schlechteren Einnahmen

leben, als prognostiziert war. Bei Ihnen ist es umgekehrt: Die Weltkonjunktur befindet sich im Aufschwung. Hans Eichel hingegen musste mit den Negativeffekten einer abschwingenden Konjunktur fertig werden. Viertens. Durch Ihre Steuererhöhungen haben Sie die Belastungen der Bürger in einem Ausmaß erhöht, wie es in den letzten 30 Jahren nicht der Fall war. Die Steuerquote stieg um 2,1 Prozentpunkte. Unter Eichel ist sie um - man höre und staune - 2,3 Prozentpunkte gesunken. Liebe Kollegen, von jemandem, der so viel Glück und wahrlich größere Anstrengungen zum Abbau der Neuverschuldung erwarten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre möglich gewesen, schon 2008 und nicht erst 2011 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung vorzulegen. Das haben Sie bis zum heutigen Tage aber nicht geschafft.

Was Sie, Herr Steinbrück, abliefern, lässt mich zum Schluss dieser Haushaltsberatungen sagen: Wenn wir schon keinen FDP-Finanzminister haben - was sehr schade für dieses Land ist -

(Thomas Oppermann [SPD]: Was Gott verhüten möge! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das wäre ganz schlimm für dieses Land!)

dann wäre es fast noch besser gewesen, Hans Eichel weiterhin als Finanzminister zu haben. Dann hätten wir zumindest einen Haushalt mit einer vernünftigeren Entwicklung.

(Beifall bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die Genossen klatschen ja gar nicht! -

Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wenn schon die FDP Rot-Grün zurückwill!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben nun eine Woche Haushaltsdebatte hinter uns.

Zu Beginn der Woche war ich noch ganz gespannt. Aber jetzt muss ich leider feststellen: So wenig Opposition war selten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr! -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt kommt die Rede aus dem letzten Jahr!)

Ich nehme Ihr Lob für Hans Eichel gern mit. Ich teile Ihre Einschätzung, was seine Person und was seine Finanzpolitik betrifft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben einen guten Redenschreiber, Herr Schneider!)

Ich teile aber nicht Ihre Einschätzung der Arbeit von Peer Steinbrück. Denn Peer Steinbrück ist nicht nur für diese Regierung, sondern auch für dieses Land einer der Stabilitätsanker.

(Beifall bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Stabilität der Schulden!)

Die von ihm verantwortete Finanzpolitik, über die wir heute zur Halbzeit der Großen Koalition beschließen werden - und ich denke, dass wir bei den guten Argumenten,

die vorgetragen wurden, eine Mehrheit dafür finden werden -, schließt nahtlos an die wirtschaftliche Entwicklung an. Als Ergebnis der Haushaltsberatungen haben wir nicht nur eine Verstärkung der Investitionen; (Otto Fricke [FDP]: Wie ist denn die Quote?) ich werde noch kurz auf die einzelnen Bereiche zu sprechen kommen. Vielmehr gibt es auch eine deutliche Senkung der Kreditaufnahme, und zwar nicht nur gegenüber dem, was die Regierung vorgeschlagen und beschlossen hat, sondern vor allen Dingen gegenüber dem Vorjahr. Denken Sie nur daran, wie wir 2005/2006 mit einem strukturellen Defizit von fast 60 Milliarden Euro in diese Regierung gegangen sind.

Auch durch die Einsicht unseres Koalitionspartners haben wir dazu beitragen, dass die Steuerquote von 19,9 Prozent im Jahr 2005 auf jetzt 22,2 Prozent gestiegen ist, was gerade einmal im Mittelfeld der europäischen Länder - also im EU-Durchschnitt - liegt. Frau Flach, Sie haben das gerade als etwas sehr Negatives angesprochen. Ich bin zwar grundsätzlich der Auffassung, dass man den Menschen von dem, was sie verdienen, möglichst viel belassen soll. Aber man muss auch dafür sorgen, dass der Staat ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung hat, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei den Bezugsgrößen mit vielen Zahlen umherhantiert. Ich will jetzt noch ein paar - diesmal aber richtige - hinzufügen: Hinsichtlich der Staatsausgaben ist nicht entscheidend, wie hoch die von Ihnen genannte Ausgabensteigerung ist, sondern die Staatsquote ist entscheidend, also der Anteil, den der Staat an der gesamten Wirtschaftsleistung hat.

(Zuruf der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Und die Staatsquote ist seit 1996 - da waren Sie im Übrigen noch in der Regierung - von einem Höhepunkt von über 48 Prozent auf jetzt 43,8 Prozent gesunken. Das ist ein sensationeller Wert. Wer hätte das gedacht? Als Sozialdemokrat muss man sich dann fragen, ob das so weitergehen soll, oder ob es nicht auch Bereiche gibt, in denen wir die Ausgaben verstärken sollten.

Sie kritisieren zu Unrecht die Bereiche, in denen wir mehr Geld ausgeben. Denn zum Beispiel die Erhöhung des BAFÖG um 10 Prozent ist eine Zukunftsinvestition.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Mehrausgaben von jeweils gut 2 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung - sowohl in die Infrastruktur und als auch in die Betreuung selbst - sind ebenfalls richtige und zukunftsweisende Investitionen.

Diese Woche gab es ja zwei markante Veröffentlichungen:

Zum einen ist die Arbeitslosigkeit im November noch einmal deutlich zurückgegangen auf eine Quote von 8,1 Prozent bzw. eine Zahl von 3,3 Millionen Arbeitslosen. Bei den unter 25-Jährigen und bei den über 55-Jährigen gab es im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Rückgang um jeweils 20 Prozent. Das sind deutliche Erfolge unserer Regierungspolitik - natürlich nicht nur unserer Regierungspolitik, aber doch zu einem angemessenen Teil.

Das Zweite war die Vorstellung der Ergebnisse der

neuen IGLU-Studie. Ich sage Ihnen als Haushälter - da ist man ja manchmal als Zahlenkasper verschrien -: Wir haben für Bildung durchaus schon einen größeren Ansatz. Ich zitiere einmal aus der Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz und des Bildungs- und Forschungsministeriums, die zu dem Schluss kommen:

Die Abhängigkeit der Kompetenzentwicklung von der sozialen Herkunft bleibt eine zentrale Herausforderung der Bildungspolitik.

Und unter dem Punkt „Soziale Unterschiede“ heißt es - ich zitiere weiter -:

Schüler aus den unteren und oberen sozialen Schichten unterscheiden sich in ihren Leseleistungen erheblich. Die Differenz liegt in Deutschland bei 67 Punkten und damit über dem internationalen Mittelwert.

Auch wenn die Ergebnisse besser geworden sind, reichen unsere Bemühungen also noch lange nicht aus. Um die soziale Spaltung in diesem Land zu überwinden, braucht man gerade im Bildungsbereich eine gute staatliche Infrastruktur. Denn Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung eines Menschen, dafür, dass er die Möglichkeit hat, etwas aus sich zu machen, seine Stärken zu stärken. Für diese Infrastruktur stellen wir im Nachtragshaushalt, wie erwähnt, 4 Milliarden Euro für Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der Frage des Betreuungsgeldes zugegebenermaßen einen Dissens mit unserem Koalitionspartner, der Union. Ich selbst bin der Auffassung - ich denke, ich bin da fast einig mit der Familienministerin -, dass wir tunlichst die Finger davon lassen sollten, ausgerechnet denjenigen, bei denen die Kinder Bildung am nötigsten haben, nämlich den sozial schwierigen Elternhäusern, finanzielle Anreize zu geben, ihre Kinder zu Hause zu lassen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und ihnen die frühkindliche Bildung vorzuenthalten, die Kindergarten und Krippe mit sich bringen. Es gibt mittlerweile empirische Belege, dass genau das eintritt, was befürchtet wird. Das Land Thüringen hat nämlich ein solches Betreuungsgeld von 150 Euro eingeführt für Eltern, die ihre Zweijährigen zu Hause lassen. Was ist das Ergebnis? Nun geben nicht mehr 80 Prozent, sondern nur noch 72 Prozent der Eltern ihr zweijähriges Kind in eine Krippe. Gerade diejenigen, deren Kinder es am nötigsten haben - ich habe es vorhin gesagt -, nehmen lieber die 150 Euro mit und sparen sich auch noch den Kindergartenbeitrag. Da wird aber an der falschen Stelle gespart, und das ist sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf die zweite Halbzeit dieser Regierungsperiode gut einleiten. Wir senken die Kreditaufnahme um weitere 1 Milliarde Euro. Damit sparen wir uns im nächsten Jahr Zinsausgaben in Höhe von 50 Millionen Euro. Es gibt ein starkes Vertrauen in die Finanzpolitik. Das ist auch für die Wirtschaftspolitik wichtig, insbesondere, was das Verbrauchervertrauen betrifft, aber auch was das Vertrauen derjenigen betrifft, die uns - zum Großteil sind das ja institutionelle

Anleger - ihre Mittel zur Verfügung stellen für die in den vergangenen Jahren horrende Kreditaufnahme. Wir liegen mittlerweile bei einer Verschuldung des Bundes von 925 Milliarden Euro. Aber wir haben das beste Rating aller Länder weltweit. Das heißt, es gibt ein großes Vertrauen der Anleger in die Bundesrepublik. Wir werden dieses Vertrauen rechtfertigen, indem wir - das ist mein persönliches Ziel - in die Phase kommen, unsere in den vergangenen drei Jahrzehnten angefallenen Schulden zu tilgen. Ich denke, dass wir damit in der Großen Koalition auf einem guten Weg sind, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Steinbrück hat am Dienstag in seiner Rede darauf verwiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Haushalt konsolidiert wird. Damit, Herr Steinbrück, sind wir vollkommen einverstanden. Wir als Linke sind allerdings der Auffassung, dass wir gar keine neuen Schulden aufnehmen müssten, wenn die Bundesregierung die Reichtümer besteuerte, die sich in diesem Land anhäufen, allerdings bei immer weniger Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch dazu fehlen dieser Bundesregierung der Wille und das Rückgrat.

Wir brauchen, um das noch einmal zu unterstreichen, eine Vermögensteuer, eine höhere Erbschaftsteuer und einen höheren Einkommensteuersatz. Keine Angst: Das sind, um dieses Missverständnis gar nicht erst aufkommen zu lassen, noch gar keine sozialistischen Forderungen. Denn all dies gibt es bereits in vielen hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie Großbritannien, Dänemark und den USA. Und dass in den USA der Sozialismus droht, davon haben wir, glaube ich, noch nichts gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Steinbrück verweist gern auf die Weisheit der Bürger, die Anschaffungen je nach Portemonnaieage gegebenenfalls verschieben. Ja, Herr Steinbrück, viele Bürger handeln so, nicht aber diese Koalition aus CDU, CSU und SPD. Die Koalition steht vor der Frage, welche Prioritäten sie setzen soll; denn für die Erfüllung aller Wünsche reicht es nie im Leben. Wollen Sie zum Beispiel die Kinderarmut in Deutschland bekämpfen, oder wollen Sie lieber ein paar große Anschaffungen im Rüstungsbereich tätigen?

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Für ein Kind eines ALG-II-Empfängers sehen Sie 2,50 Euro am Tag fürs Essen vor. Wäre es da nicht angemessen, den ALG-II-Satz für Kinder zu erhöhen oder wenigstens einen Weihnachtzuschlag zu zahlen? - Nein, die Koalition denkt nicht an die 2,6 Millionen armen Kinder in diesem Land, sondern macht lieber ein paar

große Anschaffungen, wie den Schützenpanzer Puma, der den Steuerzahler über 3,4 Milliarden Euro kosten wird. Das ist eine falsche Verteilung der Mittel.

(Beifall bei der LINKEN)

Um gleich beim Thema Kinder zu bleiben: Es gibt immer wieder Politikerinnen und Politiker von CDU und SPD, die sich gegen eine Kindergelderhöhung aussprechen und damit offensichtlich auch Erfolg haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie bitte?)

Sie sind der Meinung, dass das Geld nicht bei den Kindern, sondern bei den Vätern und Müttern ankommt, die sich davon Bier, Schnaps oder einen Plasmabildschirm kaufen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich glaube, das war ein Kollege von den Grünen!)

Sie nutzen die wenigen schlechten Beispiele als Vorwand, um einen Inflationsausgleich für Hartz-IV-Empfänger abzulehnen. Dabei wissen Sie alle, dass gerade die Menschen, die Hartz IV empfangen, seit dem Jahr 2003 einen Kaufkraftverlust von 26 Euro pro Monat hinnehmen mussten. Das ist für diese Menschen nicht zu verkraften.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie lehnen ein Weihnachtsgeld für die Kinder von ALG-II-Empfängern ab, Sie lehnen eine Kindergelderhöhung ab, und Sie kaufen lieber den Schützenpanzer Puma für mehr als 3,4 Milliarden Euro. Das ist eine verantwortungslose Politik.

Ich habe diesen Schützenpanzer Puma nur als ein Beispiel herausgepickt; denn es ist viel zu wenig bekannt, dass der drittgrößte Haushalt dieser Regierung mit knapp 30 Milliarden Euro der Rüstungshaushalt ist. Was könnte man mit 30 Milliarden Euro nicht alles Sinnvolles anfangen!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinbrück, dafür scheint immer Geld im Portemonnaie zu sein. Herr Finanzminister, wann haben Sie eigentlich einmal ein Rüstungsprojekt verschoben? - Sie können sich jetzt natürlich sehr intensiv mit Herr Steinmeier unterhalten. Das ist immer eine beliebte Methode. Trotzdem wird das an Ihr Ohr dringen. Sie haben ja zwei Ohren. Das wird schon gelingen. - Wann haben Sie eigentlich einmal ein Rüstungsprojekt verschoben, weil nicht genug Geld in der Kasse war? - Ich kann mich nicht daran erinnern. Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen: Wir als Linke wollen solche Anschaffungen nicht nur verschieben, wir wollen sie ganz verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen diesen Panzer ebenso wenig wie den Transrapid in München oder das Schloss in Berlin. Doch auf diese Anschaffungen wollen Sie ja auf gar keinen Fall verzichten. Um zu den Kindern zurückzukommen: Fallen Sie also nicht über die Eltern her, die ihr Leben nicht in den Griff bekommen, mit ihren Kindern überfordert sind und sich manchmal auch für sinnlose Anschaffungen verschulden. Sie sind nämlich keinen Deut besser.

Herr Pflüger, ein ehemaliger Kollege von uns und ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, jetzt Fraktionsvorsitzender der CDU in Berlin,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zukünftiger

Regierender Bürgermeister!)

- wir alle hier im Saal wissen, dass er niemals Regierender  
Bürgermeister Berlins wird -

(Beifall bei der LINKEN - Hartmut Koschyk  
[CDU/CSU]: Doch, doch!)

hat sich in einer Fernsehsendung während einer Diskussion  
mit mir dazu verstiegen, zu fordern, diesen Familien  
das Kindergeld zu kürzen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt sehen  
Sie einmal nach, was er wirklich gesagt hat,  
Frau Kollegin!)

Da frage ich Sie alle doch: Wem wäre mit solch einer  
Kürzung geholfen? Den Kindern etwa?

Meine Damen und Herren, ich habe übrigens schon  
zu Beginn dieser Legislaturperiode die Bundeskanzlerin  
aufgefordert, einen Kinderarmutsgipfel einzuberufen,  
doch leider hat sie diesen Gedanken nicht aufgegriffen.  
In Anbetracht von 2,6 Millionen armen Kindern und des  
Unwillens der Regierung, etwas gegen die Armut dieser  
2,6 Millionen Kinder zu tun, kann man diesen Haushalt  
wirklich nicht als Zukunftshaushalt bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vom Münchener Bischof Marx stammt der kluge  
Spruch: „Wer den Zeitgeist heiratet, ist morgen schon  
Witwer“.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er ist noch  
nicht in München! Aber wir betreiben bei Ihnen  
gerne Aufklärung hinsichtlich der Struktur  
der katholischen Kirche!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben 2005  
den neoliberalen Zeitgeist geheiratet und werden 2009  
als Witwer dastehen, wenn Sie sich jetzt nicht auf Ihre  
solidarischen Wurzeln besinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb empfehlen wir Ihnen: Gehen Sie ins Trennungsjahr,  
bevor es zu spät ist!

Die Linke lehnt den Haushalt ab.

(Beifall bei der LINKEN - Hartmut Koschyk  
[CDU/CSU]: Wir hätten auch was falsch gemacht,  
wenn die Linke zugestimmt hätte!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Norbert Röttgen für die  
Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hartmut Koschyk  
[CDU/CSU]: Endlich wieder eine geistvolle  
Rede!)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!  
Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Peter Struck,  
hat in der Kanzlerdebatte zu Recht ausgeführt: Große  
Koalition bedeutet große Verantwortung. - Weil das  
nach meiner Meinung stimmt und weil wir dem gerecht  
werden wollen, müssen wir genau bestimmen, worin die  
große Verantwortung dieser Großen Koalition besteht.

(Zuruf von der FDP: Das sollte man vorher  
wissen!)

Ich glaube, dass die Haushaltspolitik und die Haushaltswoche  
ganz besonders geeignet sind, deutlich zu machen,  
was die Aufgabe und die besondere Verantwortung  
der Großen Koalition ist.



(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wäre es, wenn Sie es täten?)

Wir haben in diesem Land seit über 40 Jahren über unsere Verhältnisse gelebt. Das ist ungefähr der Zeitraum zwischen den beiden großen Koalitionen. In diesem Zeitraum haben alle, die heute hier vertreten sind, regiert: Die CDU/CSU hat regiert. Die SPD hat regiert. Die FDP hat regiert. Die Grünen haben regiert; das ist noch gar nicht so lange her.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben versucht, zu regieren!)

Über die unrühmlichste Regierungszeit, meine Damen und Herren von der Linken, wollen wir am besten schweigen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hartmut Koschyk

[CDU/CSU]: Die hat uns aber auch viel gekostet!)

Dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, dass wir mehr ausgegeben als eingenommen haben, begann mit Millionenbeträgen, damals noch in D-Mark. Mit der parteiübergreifenden Methode, Probleme zu vertagen, statt sie zu lösen, haben wir es von Millionenbeträgen bei der Nettokreditaufnahme zu 40 Milliarden Euro Zinslast für aufgenommene Schulden gebracht. Das ist die Entwicklung in den letzten 40 Jahren. Der Unterschied besteht nun darin, dass die Oppositionsfraktionen heute an dieser Methode festhalten, während die jetzige Regierungskoalition einen Politikwechsel herbeigeführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie und insbesondere Ihre Führung waren auf Ihrem Parteitag mehr in Sorge um sich als um eine seriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich um sich selbst gekümmert und haben Ihren Anspruch an finanzielle Seriosität aufgegeben. Frau Hajduk, das ist eine langfristige Fehlinvestition, die Sie dort getätigt haben.

Die FDP fordert ganz nonchalant Steuersenkungen in Milliardenhöhe. Der Fraktionsvorsitzende kümmert sich bei der Gegenfinanzierung ausgiebig um die Entwicklungshilfe für China, die nach seinen Angaben im engeren Sinne 67 Millionen Euro ausmacht. Mit Haushaltskonsolidierung hat das alles nichts mehr zu tun. Dafür ist die Diskrepanz zwischen Forderungen und Gegenleistungen zu groß.

(Widerspruch bei der FDP)

Bei der PDS will ich erst gar nicht nachrechnen, welche finanziellen Folgen ihre Vorschläge hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich stelle in der Schlussrunde der Haushaltsberatungen fest: Die Große Koalition setzt dem anhaltenden Wettbewerb der Oppositionsfraktionen um Versprechungen das Prinzip der Generationenverantwortung entgegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist der politische Wechsel, der in Deutschland stattgefunden hat. Das Prinzip der Generationenverantwortung ist ein Leitmotiv der Großen Koalition unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es drückt sich im Haushalt aus; darauf wurde schon vielfach hingewiesen.

Man muss nur vergleichen - darauf hat bereits der Bundesfinanzminister hingewiesen -: Während der erste Haushalt, den die Große Koalition aufgestellt hat, als Erbe von Rot-Grün noch knapp 40 Milliarden Euro neue Schulden vorsah, also ungefähr so viel wie die zu tragende Zinslast, ist die Nettokreditaufnahme zwei Jahre später auf rund 12 Milliarden Euro, also auf weniger als ein Drittel, gesunken. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist zum Greifen nahe und wird wahrscheinlich 2011 erreicht. Dann wird es nach Jahrzehnten wieder ein ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben geben. Das ist nicht postulierte, sondern praktizierte Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Generationengerechtigkeit ist ein Leitmotiv nicht nur im Haushalt. Die Rente mit 67 stellt das gleiche Prinzip dar. Die Probleme in der Sozialversicherung wurden in der Politik ähnlich lange verdrängt. Diese Große Koalition handelt nun.

Wenn das Sozialstaatsversprechen auch noch für die nächste Generation, zum Beispiel für die meiner Kinder, gilt und diese sich darauf verlassen können soll, dann muss sich die Elterngeneration verändern und länger arbeiten. Dies ist ein alternativloser Weg. Darum sage ich all denjenigen, die gegen die Rente mit 67 sind, von der nach einem langfristigen Übergangsprozess die heute 40-Jährigen betroffen sein werden: Wer gegen diesen Prozess polemisiert, vergeht sich gegen die Generation unserer Kinder. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der LINKEN)

Generationenverantwortung betrifft genauso die Klimapolitik und die Familienpolitik. Generationenverantwortung ist ein Prinzip der Vernunft. Es ist ein moralisches Prinzip, auf das wir unsere Politik stützen. In dieser Kombination kann Politik nicht besser sein. Das ist aber auch ein demokratiepolitisches Thema, ein machtpolitisches Thema. Es ist darum ein Thema der Großen Koalition, dass sich die Großen zusammensetzen und sich an die Wähler von heute mit den Worten wenden: Wir verlangen und erbitten von euch eine Anstrengung im Interesse eurer Kinder und Enkelkinder. Ihr seid diejenigen, die heute über Macht und über Wahlen entscheiden. - Obwohl das machtpolitisch so ist, wollen wir etwas für die nächsten Generationen tun. Das ist ein großes Prinzip der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesem Prinzip haben wir Erfolg, einen enormen Erfolg. Das muss ich am Ende dieser Haushaltsdebatte als wirklich erfreulich konstatieren. Dieser Erfolg umfasst den Zeitraum vom SPD-Parteitag bis zum Vorabend des CDU-Parteitags. Mein Eindruck ist, dass wir alle inzwischen wieder sagen: Wenn wir schon erfolgreich sind, dann können wir das eigentlich auch gegenüber den Wählern zugeben. - So sollten wir gemeinsam entschlossen und freudig vor die Wähler treten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage aber auch: Zwei Jahre Erfolg sind gut, aber

nicht genug. Wir wollen weitermachen. Wir sind entschlossen, diesen Kurs fortzusetzen, und daran darf und wird es keinen Zweifel geben. Ich glaube, unsere Fraktion glaubt, dass wir das am besten mit dem Dreiklang von Bildung, Wachstum und Arbeit tun. Dieser Dreiklang prägt die Zukunftsprojekte unseres Landes. Das Zukunftsprojekt schlechthin unseres Landes heißt Bildung. Bildung ist die Schlüssel- und Schicksalsfrage unseres Landes. Bildung ist die Voraussetzung für die Entfaltung des Einzelnen. Diejenigen, die Gesellschaft und Staat vom Einzelnen her denken, müssen so anfangen: Bildung richtet sich an den einzelnen Menschen um seiner selbst willen, um ihn zur Entfaltung seiner Anlagen bringen zu können. Bildung ist die Bedingung des ökonomischen Erfolges unserer Gesellschaft. Bildung ist eine Bedingung für Gerechtigkeit in einer Gesellschaft. Ich gehöre zu denen, die dieses Wort nicht inflationär in der Politik verwenden. Gerade darum möchte ich sagen: Wir haben auf diesem Gebiet noch nicht genug Verbesserungen erreicht. Wenn immer noch 10 Prozent eines jeden Jahrgangs - das sind 80 000 junge Menschen - Jahr für Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen, dann programmieren wir sie zu beruflichen Verlierern. Wir dürfen uns damit nicht abfinden, und wir dürfen unsere Verantwortung auch nicht mit dem Hinweis auf verfassungsrechtliche Zuständigkeiten ablehnen. Bildung ist ein nationales Thema. Wir wollen keinem Zuständigkeiten wegnehmen, aber wir wollen die Probleme lösen, und auch das ist eine Verantwortung dieses Hauses. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir als CDU/CSU sind die Partei des Eigentums. Auch Erben gehört zum Eigentum. Vermögen soll und kann vererbt werden. In gleicher Weise möchte ich sagen: Chancen und Aufstieg dürfen keine Frage des Erbens sein, sondern sind eine Frage des Erwerbens, und zwar nicht nach Herkunft, sondern nach Leistung. Das ist unsere gesellschaftspolitische Grundauffassung. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

So, wie wir Bildung brauchen, brauchen wir Wachstum. Ohne Bildung kein Wachstum. Ohne Köpfe kein Wachstum. Es gibt noch andere Voraussetzungen für Wachstum, an denen wir weiter arbeiten wollen. (Otto Fricke [FDP]: Schuldenabbau!)

Nur weil wir zwei Jahre Wachstum hatten, haben wir kein Abonnement darauf; vielmehr müssen wir etwas dafür tun. So, wie wir Köpfe brauchen, brauchen wir übrigens auch Kapital für Wachstum. Wir brauchen es für Innovationen, für Investitionen und für Arbeitsplätze. Darum wäre es falsch, wenn wir ausländische Investitionen in unserem Land diskreditieren oder diffamieren würden.

Ich stelle hier fest: Wir wollen und wir brauchen in Deutschland auch ausländisches Kapital. Wir wollen weltweit ein attraktiver Investitionsstandort sein. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer Wachstum will, weil es den Menschen dient, der muss auch Wettbewerb wollen. Wir wollen Wettbewerb, wir wollen mehr Wettbewerb.

(Otto Fricke [FDP]: Bei der Post!)

- Danke für das Stichwort Post. Wir haben viel über die Post diskutiert. Vielleicht darf auch einmal festgestellt werden, dass wir, obwohl das Postmonopol noch um zwei Jahre hätte verlängert werden können, was viele andere Länder auch gemacht haben, jetzt auch im Briefdienstleistungsbereich den Wettbewerb eingeführt haben.

Das ist ein entscheidender Fortschritt für Wettbewerb, und wir werden auf den Energiemärkten das Gleiche tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden Bürokratie abbauen und wir brauchen noch weitere Reformen des Arbeitsmarktes. Wir werden diese auch durchführen. Arbeitsmarktreformen schaffen keinen Arbeitsplatz, aber sie senken die Schwelle des Wachstums, das sich auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Heute schon brauchen wir weniger Wachstum, um Beschäftigung zu erreichen. Das ist ein großer Erfolg.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Röttgen, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Ich will einen letzten Punkt ausführen. Der dritte Bereich ist Arbeit. Ich möchte mit einem Appell schließen: Wir dürfen uns nicht mit Arbeitslosigkeit abfinden. Wir waren und sind enorm erfolgreich bei dem Abbau von Arbeitslosigkeit und bei dem Aufbau von Beschäftigung, aber wir dürfen nicht die Haltung einnehmen, die sagt: Jetzt ist es genug. 3,3 Millionen Arbeitslose sind immer noch zu viel. Wir wollen die Bedingungen für Beschäftigung verbessern. Das ist unser wichtigstes Ziel.

Nicht die Alimention von Arbeitslosigkeit, sondern die Schaffung von Beschäftigung wird uns auch in den nächsten zwei Jahren verbinden, um diesen Kurs fortzusetzen. Eine Große Koalition mag ein Ausnahmefall sein. Eine Große Koalition ist in besonderer Weise auf Zeit angelegt, aber eine Große Koalition hat auch besondere Pflichten. Wir werden dieser Verantwortung und diesen Pflichten auch in den nächsten zwei Jahren nachkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/

CSU]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Volker Schneider das Wort.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Herr Kollege Röttgen, da Sie eben die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus angesprochen haben, die - wie Sie es genannt haben - gegen die Rente mit 67 polemisieren und das als unverantwortlich bezeichnen, erlaube ich mir festzustellen, dass Ihr Auftritt rhetorisch natürlich sehr stark war,

(Beifall bei der CDU/CSU)

dass dies aber nicht die Substanz Ihrer Aussagen ersetzt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist und bleibt, dass in der Endstufe der Rente mit 67 - also im Jahr 2029 - die Ersparnis der Deutschen Rentenversicherung

Bund bei gerade einmal 0,3 bis 0,5 Beitragspunkten liegen wird. Das hat die Deutsche Rentenversicherung Bund ausgerechnet. Ich weiß nicht, ob davon das Wohl und Wehe der deutschen Rentenversicherung abhängig ist. Sie selbst haben beschlossen, dass die Beiträge zu den Betriebsrenten beitragsfrei bleiben sollen. Das wird die Deutsche Rentenversicherung Bund 0,4 bis 0,8 Beitragspunkte kosten. Ich frage Sie: Ist das dann nicht genauso unverantwortlich?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Dr. Röttgen, Sie verzichten auf eine Erwiderung?

- Dann hat der Kollege Alexander Bonde für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Werter Kollege Röttgen, ich habe mit großem Interesse zugehört, wie Sie hier die Zukunftsfrage Bildung buchstabiert haben und wie Sie signalisiert haben, dass wir uns nicht mit dem abfinden dürfen, was wir im Moment in den Bereich der Bildung investieren. Wir haben eine große Verantwortung, dies anzugehen.

Wir sind hier in einer Haushaltsdebatte. Wenn ich dies ernst nehme und mitrechne, was das bedeutet; wenn ich mir anschau, was das für die Frage bedeutet, ob wir den Schnitt der OECD-Ausgaben erreichen, dann komme ich zu einer interessanten Zahl, und an dieser Stelle müssen Sie ehrlich werden.

Ein Großteil der auf dem Parteitag der Grünen beschlossenen Forderung von 60 Milliarden Euro, die Sie uns ankreiden, entspricht exakt den Summen, die Sie hier verkündet haben und bei denen Sie von der CDU sich weigern, ein Preisschild darauf zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das, was Sie hier verkünden, ernst meinen, dann geben Sie offen zu: Der überwiegende Teil dessen, was wir Grüne von Bund, Ländern und Kommunen einfordern, wird auch von Ihnen gefordert. Sie verschweigen aber den Preis, und Sie haben nicht den Mut, das hier offen zu sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dieser Haushaltswoche müssen wir eines feststellen:

An vielen Stellen fehlt der Mut, den zahlreichen Bekundungen und Zielvorgaben Taten folgen zu lassen. Sie haben am Anfang verkündet, Sie setzten auf den Dreiklang von Konsolidieren, Reformieren und Investieren. Wenn man sich am Ende dieser Haushaltswoche Ihre Zahlen genau anschaut, dann erkennt man, dass es eigentlich ein Dreiklang von Konsumieren, Referieren und Irritieren ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einnahmen Ihres Haushalts steigen um 2,7 Prozent, die Ausgaben dagegen um 4 Prozent. Schon daran erkennt man, wie viel Mut und wie viel Kraft tatsächlich in das Sparen gesteckt worden sind und an welchen Stellen Ausgabenwünsche das eigentliche Leitmotiv dieser Koalition sind.

Das ist noch genauer zu erkennen, wenn wir uns einmal anschauen, wie die strukturelle Lücke dieses Bundeshaushalts aussieht, also die Differenz zwischen Einnahmen

und Ausgaben. Dabei geht es darum, dass man nicht nur die Neuverschuldung, sondern auch die Erlöse aus Privatisierungen – also das Volksvermögen, das Sie „vervespern“, um Ihren Haushalt zu finanzieren – in die Rechnung einbezieht. Unter diesem Aspekt weist der Bundeshaushalt 2008 eine strukturelle Lücke von 22,6 Milliarden Euro auf. Der entsprechende Wert des Vorjahres lag noch bei 19 Milliarden Euro. Das heißt, Sie haben das strukturelle Defizit dieses Haushalts in einer Größenordnung von knapp vier Milliarden Euro vergrößert, anstatt es zu verkleinern, und das trotz bester Einnahmesituation und trotz bester Weltkonjunktur. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, ist nun wahrlich keine große haushaltspolitische Leistung.

Sie präsentieren uns hier eine nicht besonders ambitionierte Nettokreditaufnahme. Im Finanzplan 2009 ist für die Nettokreditaufnahme ebenfalls eine zweistellige Milliardensumme vorgesehen. 2010 soll sie dann endlich einmal eine einstellige Milliardensumme sein. Im Jahr 2011 soll mit der Neuverschuldung dann Schluss sein. Sie setzen bei all dem darauf, dass die Konjunktur weiterhin munter brummt. Die Eintrübungen, die die Steuerschätzer Ihnen bereits jetzt in die Bücher schreiben, haben nirgends in diesem Haushalt ihren Widerhall gefunden. Da sind Sie nicht bereit, vorzubauen. Nach den Prognosen werden die Steuereinnahmen auch 2008 wachsen, im Vergleich zu 2007 um etwa 2,7 Prozent. Wenn man sieht, wie Sie in diesem Jahr – es gab hohe zweistellige Wachstumsraten in den vorangegangenen Quartalen – operiert haben, dann muss man sich langsam Sorgen darüber machen, wie munter Sie auf dieser großen Konjunkturwelle schweben und hoffen, dass alles so bleibt. Herr Minister, erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen persönlichen Tipp. Wer auf einer großen Welle reitet, der läuft Gefahr, vor lauter Jubel nicht zu merken, dass die Welle bricht und er im Riff landet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt gibt es auch noch Surftipps!)

Wenn Sie weiterhin den Wellenreiter geben, dann verpassen Sie, die Chancen dieses Bundeshaushalts zu nutzen.

Wir Grüne haben in vielen Anträgen dokumentiert, dass man die Neuverschuldung deutlich schneller senken kann, wenn man bereit ist, in anderen Bereichen neue Akzente zu setzen. Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, mit denen man die Neuverschuldung dieses Jahr auf 6,4 Milliarden Euro senken kann, um damit in die Vorsorge für konjunkturell schwächere Zeiten einzusteigen.

Sie müssen die Reformaktivitäten, die Sie einfordern, natürlich auch unterstützen. Da bewegen Sie sich an vielen Stellen im Fahrwasser der Vorgängerregierung: Es kommt nichts Neues. Die Reformagenda ist groß, aber viele Probleme sind ungelöst. Ich verweise auf Bereiche wie Pflege, Arbeitsmarkt, Mindestlohn, Straffung der Arbeitsmarktinstrumente, Gesundheitsreform – da haben Sie nichts als Murks hinterlassen – und Unfallversicherung. In der Föderalismuskommission sitzt man seit mittlerweile

einem Jahr zusammen. Von der Ankündigung, dass große Mehrheiten große Taten vollbringen, ist bisher nur ein großes Warten geblieben. Wir sind sehr gespannt, was Sie da tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns Ihre Subventionspolitik anschauen, stellen wir fest: Auch da fehlt der Mut zu Handlungen und zu Reformen.

Unsere größte Kritik an Ihnen: Sie nutzen den Bundeshaushalt nicht, um über die Ressorts eine Linie zur Beantwortung der zentralen Fragen zu entwickeln. Am deutlichsten wird das in der Frage Klimaschutz. Es nutzt uns wenig, wenn der Umweltminister in den Zeitungen „Wir haben kaum noch Zeit“ verkündet, Ihr Haushalt aber eine andere Sprache spricht. Sie haben Ihr Versprechen, das Sie international gemacht haben, Deutschland werde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren, mit einem Klimaschutzprogramm in Höhe von 2,6 Milliarden Euro unterlegt. Das sind übrigens alles Ausgaben, die schon vor der Ankündigung des Programms im Haushalt standen. Insofern haben Sie etwas gut verpackt, aber nichts gemacht.

Analysieren wir das, was in diesem Haushalt möglich wäre, dann kommen wir zu dem, was wir Grüne Ihnen in Form eines Klimaschutzhaushalts vorgelegt haben. Dazu gehört die Anstrengung bei allen Einzelplänen und nicht der Glaube, der kleine Umweltausgaben die Aufgabe der CO<sub>2</sub>-Einsparung in Deutschland lösen. Wir sind die Etats durchgegangen, um Ihnen zu zeigen: Haushaltspolitik, wenn man sie ernst nimmt und bereit ist, sie als Instrument zu setzen, kann aktiv zum Klimaschutz beitragen. Wir haben Ihnen auch belegt, was der Haushalt in Sachen ökologischer Beschaffung mehr machen kann: in Sachen Forschung für Klimaschutz, in Sachen klimafreundlicher Mobilität und klimafreundlichen Wohnens, bei der Ökologisierung der Landwirtschaft wie auch hinsichtlich ökologischer und klimaschutzpolitischer Schwerpunkte in der internationalen Zusammenarbeit. Aber wir haben Ihnen auch gezeigt, dass der ökologische Aspekt von Subventionen, also die Beantwortung der Frage, wo wir heute umweltschädliches Verhalten subventionieren, und die Steuergesetzgebung entscheidende Hebel für eine positive Klimaschutzpolitik sein können. Sie weigern sich aber bisher, diese Hebel einzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die größten Steuervergünstigungen auch in diesem Bundeshaushalt und die größten Finanzhilfen gehen immer an die größten Klimasünder. Das ist die Klimapolitik der Großen Koalition.

Beim Abbau der ökologisch schädlichen Subventionen

- über die Steinkohle haben wir gerade schon diskutiert
- müssen wir noch einmal über die Problematik der Stromsteuer bei bestimmten Unternehmen sprechen. Es stellen sich Fragen zur Steuerbefreiung für Mineralölbelieferer und für grenzüberschreitende Flüge, die Sie noch immer von der Mehrwertsteuer ausnehmen. Ähnliches gilt an vielen anderen Stellen. Genau da, wo Subventionen ökologisch und fiskalisch schädlich sind, ökonomisch fragwürdige Effekte erzeugen und auch wettbewerbsverzerrende Wirkung haben, versagen Sie. Das ist

ökologisch falsch; aber es ist auch ordnungspolitisch falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den gezielten Maßnahmen - ich nenne nur den Stromsparfonds - ist die Frage: Wie bekommen wir es eigentlich hin, die Bestprodukte in Bezug auf den Stromverbrauch zu fördern? Auch an dieser Stelle herrscht in Ihrem Programm gähnende Leere.

Alle Maßnahmen, die wir Ihnen im grünen Klimaschutzhaushalt vorgeschlagen haben, haben wir gegenfinanziert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein!)

Wir spielen hier nicht ökologisches „Wünsch dir was“.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles Luftbuchungen!

Das wissen Sie besser!)

Es geht um Erlöse aus dem Emissionshandel und um Einsparungen durch den Abbau der genannten ökologisch schädlichen Subventionen. Wir zeigen Ihnen mit diesem Haushalt und dem von uns vorgelegten Entschließungsantrag, dass man in 2008 haushaltskonform 2,6 Milliarden Euro zusätzlich für ganz konkreten Klimaschutz ausgeben kann, wenn man es will.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Über die gesamte Finanzplanperiode können wir mit dem, was wir Ihnen vorschlagen, noch erheblich höhere Summen generieren. Mit dem grünen Klimaschutzhaushalt liegt eine haushaltspolitische Antwort auf die Frage vor, wie man 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen kann. Das entspricht der Jahresproduktion von fünf Kohlekraftwerken. Ich halte eine stärkere Reaktion von Ihnen auf unsere Vorschläge für angebracht. Trotz Ihrer internationalen Ankündigungen, liebe Bundesregierung, haben Sie in diesem Haushalt Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Klimaschutzhaushalt kostet nicht nur Geld, sondern eröffnet im Gegenteil durch eine andere Gestaltung der Subventionen ganz neue Spielräume. Damit kann dieser Haushalt auf eine produktive Schiene gebracht und können strukturelle Lücken geschlossen werden.

Auf einer guten Konjunktur, über die wir uns alle freuen, darf man sich nicht ausruhen. Vielmehr ist Handeln angesagt, nicht aber das große Geschachere, wie diese Koalition es macht.

Das große Geschachere hat in diesen Haushaltsverhandlungen Ausmaße angenommen, die wir noch nicht erlebt haben. Wir haben erlebt, wie von Vertretern dieser Koalition nachts um zwölf noch Ausgabenwünsche aus den Taschen gezogen wurden,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer war das?)

wie nachts um zwölf Minden, der Wahlkreis von Herrn Kampeter, millionenschwer bedacht wurde, wie die Häuser zum Schluss noch einmal mit Planstellen für Parteigenossen und Parteifreunde beschenkt wurden.

Sie haben in diesem Haushalt nicht saniert, Sie haben nicht konsolidiert, sondern haben sich schamlos selbst bedient; Sie haben jetzt auch noch die Dreistigkeit, sich hier hinzustellen, um Ihren Dreiklang von Sanieren, Konsolidieren usw. zu verkünden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)



Ich finde, diese Koalition weist eine unheimlich gute Bilanz auf, wenn es um das Mitnehmen geht. Ein Blick auf die Zahlen macht aber deutlich: Außer Spesen nichts gewesen. Ich habe den Eindruck, dass das Lob, das die Kollegin Flach dem Finanzminister Eichel gemacht hat, berechtigt war.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege Bonde, die Tatsache, dass Sie der letzte Redner Ihrer Fraktion sind, gibt Ihnen keinen Kredit bei der Redezeit.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bedanke mich für 30 Sekunden Dispens, liebe Frau Präsidentin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten dreieinhalb Tagen seit Beginn dieser Haushaltsdebatte viele ermutigende Reden, wie ich finde, gehört. Wir haben aber auch eine Reihe von Reden gehört, bei denen ich den Eindruck hatte, dass der Erkenntnisgewinn begrenzt war.

Wenn Sie, Frau Flach, die Courage gehabt hätten, meinen Vorgänger etwas früher zu loben,

(Beifall bei der SPD - Petra Merkel [Berlin]

[SPD]: Dann wäre einiges besser gelaufen!)

dann wäre das beeindruckend gewesen. Dann hätte ich gesagt: Donnerwetter, Sie zeigen Mumm. Aber meinen Vorgänger erst jetzt - nach vielen Ihrer Einlassungen, die ich ebenfalls noch im Ohr habe - zu loben, ist ein ziemlich durchsichtiger Beitrag.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie, Frau Löttsch, darauf hinweisen, dass mit den Linken die Nettokreditaufnahme sofort auf null gesenkt werden könnte, dann steht das in Kontrast zu den von Ihnen geforderten Mehrausgaben, die sich auf die schwindelerregende Summe von ungefähr 150 Milliarden Euro belaufen. Dabei habe ich den Eindruck, dass Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge schon theoretisch nicht annähernd in der Lage sind, die 150 Milliarden Euro Mehrausgaben, die gegenüber der Bevölkerung zu vertreten wären, abzudecken. Insofern präsentieren Sie ziemlich viel heiße Luft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie an die Erbschaftsteuer herangehen wollen, dann müssen Sie den Menschen sagen, um wie viel Sie sie erhöhen wollen.

(Zuruf von der LINKEN: Das machen wir doch!)

Das derzeitige Volumen beträgt ungefähr 4 Milliarden Euro. Sagen Sie den Menschen, dass Sie es auf 8 Milliarden, 12 Milliarden oder 15 Milliarden Euro erhöhen wollen, was nur etwa 10 Prozent der von Ihnen vorgeschlagenen Mehrausgaben von 150 Milliarden Euro entspricht.

Wenn Sie die Vermögensteuer wieder einführen wollen, deren Nettoeinnahme nach Abzug des administrativen Mehraufwands zum Zeitpunkt ihres Auslaufens 4 Milliarden bis 5 Milliarden Euro betrug, dann sollten Sie angeben, wie hoch der Steuersatz nach Ihren Vorstellungen sein soll. Wenn Sie den Einkommensteuerspitzensatz erhöhen wollen, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das auf den linear-progressiven Tarif und damit auch für Facharbeiterinnen und Facharbeiter in Deutschland hat, die diese Progressionszone sehr schnell erreichen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Wenn Sie dies alles im Rahmen einer solchen Haushaltsdebatte zusätzlich erklären würden, dann wäre Ihr Beitrag beeindruckender. Stattdessen beschränken Sie sich auf die Aussage, mit Ihnen könnte die Nettokreditaufnahme auf null gesenkt werden. Gleichzeitig sehen Sie 150 Milliarden Euro Mehrausgaben vor, weil diese Gesellschaft zu einer Vollkaskogesellschaft werden soll, in der alle von staatlichen Transferzahlungen profitieren sollen.

Ich habe den Eindruck, dass in manchen Beiträgen die Verdrängungsleistung größer war als ihre Substanz.

(Beifall des Abg. Erich G. Fritz [CDU/CSU])

Wenn ich der Versuchung widerstehe, die Verhältnisse schöner zu reden, als sie sind, könnten Sie von der Opposition sich gelegentlich dazu hinreißen lassen, die guten Entwicklungen zu beschreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Das machen wir jeden Tag!)

– Sie haben als mein Nachredner die Möglichkeit, Herr Fricke, zum Beispiel darauf hinzuweisen, was Herr Brüderle, Herr Koppelin und andere ausgelassen haben. Wir sind in den letzten Jahren im Standortranking besser geworden. Wir haben mitten in dieser Haushaltsdebatte die erfreuliche Nachricht vernommen, dass die Arbeitslosigkeit im November so niedrig ist wie seit 14 Jahren nicht mehr. Die Staatsquote ist deutlich gesenkt worden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen ist deutlich besser geworden. Das vorhandene Potenzial wächst schneller. Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen.

Wenn dies gelegentlich in die Reden der Opposition Eingang finden würde, dann würde ich nicht der Versuchung erliegen, von den Problemen abzulenken, die wir nach wie vor zu bewältigen haben. Das könnte solche Haushaltsdebatten übrigens auch interessanter machen, weil sie differenzierter wären.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir strengen uns an!)

Wenn wir aus diesem Ritual herausfinden würden – vielleicht können wir uns das für die Haushaltsdebatte in einem Jahr vornehmen –, dann wäre die Debatte sicherlich auch für unsere Zuhörer interessanter.

Dasselbe gilt mit Blick auf andere Beiträge heute Morgen. Wenn Herr Brüderle mit Blick auf die Erbschaftsteuer als Erstes begrüßt hätte, dass 85 Prozent des betrieblichen Vermögens nach zehn Jahren erbschaftsteuerfrei gestellt werden, dass also das Vorhaben der

Regierung ein Erbschaftsteuerprivileg für die Vererbung von Betriebsvermögen darstellt, und erst danach vielleicht einige Kritikpunkte angesprochen hätte, dann wäre die Reihenfolge richtig gewesen.

Dasselbe gilt mit Blick auf die Hinweise zu den Mindestlöhnen. Was die FDP dort vertritt, ist die systematische Ausbeutung deutscher Steuerzahler, die bei Niedriglöhnen durch Aufstockung obendrauf legen sollen. Wie sich das mit Ihrem ordnungspolitischen Weltbild vereinbaren lässt, ist mir ein absolutes Rätsel. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie erwarten, dass niedrige Löhne durch staatliche Transferleistungen aufgestockt werden. Das ist Ihr Plädoyer. (Otto Fricke [FDP]: Quatsch! Nein!)

- Warum stellen Sie sich dann gegen Mindestlöhne im Briefzustellbereich?

(Martin Zeil [FDP]: Staatswirtschaft!)

Im Übrigen habe ich nicht den Eindruck, dass in den vielen Ländern in Europa, die schon längst Mindestlöhne eingeführt haben, der Sozialismus eingezogen ist. (Otto Fricke [FDP]: Da ist aber nicht die SPD an der Regierung!)

Auch vor diesem Hintergrund verstehe ich viele Ihrer Einlassungen nicht.

Dasselbe gilt mit Blick auf die Staatsfonds. Können Sie sich nicht vorstellen, dass wir in Deutschland über die Chancen und Risiken solcher Investitionen nachdenken, nachdem die USA, das Vereinigte Königreich und die Franzosen das alles schon getan haben? Ist das so absurd? (Otto Fricke [FDP]: Wollen Sie deren Arbeitsrecht?)

- Ich weiß nicht, ob ich deren Arbeitsrecht will. (Otto Fricke [FDP]: Sehen Sie! Wir nicht!)

Ich weiß nicht, was das Arbeitsrecht damit zu tun hat, wenn ich mich mit dem Thema Staatsfonds beschäftige. (Lachen bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist das Problem!)

Die USA haben längst einen Instrumentenkasten entwickelt, nachdem sie sich mit dieser Frage beschäftigt haben. Die Briten und die Franzosen haben entsprechende rechtliche Regelungen erlassen, weil sie sich die Frage gestellt haben, wie bei einem rasant wachsenden Volumen dieser Staatsfonds mit eventuellen politischen Risiken umzugehen ist, wenn sie Technologie absorbieren, wenn sie zum Beispiel ein Medienunternehmen übernehmen und die politische Meinungsbildung in Deutschland beeinflussen wollen und wenn sie zum Beispiel in sensitive Netzstrukturen hinein wollen. All dies ist eine legitime Fragestellung, ohne dass dies unter dem Rubrum der Ordnungspolitik, man wolle ausländische Investitionen abwehren, debattiert wird. Das ist überhaupt nicht die Absicht, die sich damit verbindet.

Manche Ihrer Reden sind nach dem Motto geführt worden: Deutschland darf es nicht zu gut gehen, damit ich den Stoff für Oppositionsreden nicht verliere. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gebetsmühlenhaft wird immer wieder ein schnellerer Haushaltsausgleich angemahnt. Wir werden uns dort nicht einigen. Wenn die Bundesregierung von Ihnen aufgefordert

wird, im Jahre 2008 oder 2009 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, dann bedeutet dies weniger für Forschung und Entwicklung. Dies bedeutet weniger für BAFÖG und die Förderung der Akademikerquote. (Jürgen Koppelin [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Dies bedeutet kein Geld für die Exzellenzinitiative und den Hochschulpakt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Dies bedeutet kein Geld für Kinderbetreuung und kein Geld für die innere Sicherheit. Dies bedeutet kein Geld, um die Bundeswehr in den Stand zu versetzen, ihren ausländischen Verpflichtungen nachzukommen. Es gibt kein Gebäudesanierungsprogramm und keine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

(Otto Fricke [FDP]: So würden Sie das machen!)

Das ist Ihre Position.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So macht ihr das!)

- Nein, so machen wir das keineswegs, Herr Westerwelle! Sie wissen doch, dass wir allein für Forschung und Entwicklung 6,5 Milliarden Euro mehr ausgeben.

(Otto Fricke [FDP]: Haben wir mitgemacht!)

Sie wissen, dass wir mehr für das BAFÖG tun. Sie wissen, dass wir mehr für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ausgeben. Sie wissen, dass der Bund bereit ist, mehr Geld in die Kinderbetreuung zu investieren. Das ist Ihnen doch geläufig. Wo liegt da die Kritik? Wir folgen damit nach wie vor unserem Ansatz, dass die Haushaltskonsolidierung zwar erbracht werden muss, es deshalb aber nicht zum Stillstand der gestaltenden Politik kommen darf, die dieses Land voranbringt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie halten uns immer das Liberale Sparbuch vor, um damit entsprechende Fotos zu bewirken. Das erlebe ich jetzt das dritte Mal.

(Otto Fricke [FDP]: Sie meinen das?)

- Genau, das da. Ich weiß gar nicht: Ist eigentlich immer nur der Deckel neu oder auch der Inhalt?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Keiner fragt nach der Qualität dieser 400 Vorschläge.

Keiner fragt nach dem Realitätstest. Einige dieser Vorschläge sind übrigens haushaltsrechtlich überhaupt nicht umsetzbar. Einige sind so populistisch, dass man gar nicht weiß, ob Sie sie ernst meinen, zum Beispiel die Abschaffung des Bundespresseamtes. Schaffen Sie doch die Pressestelle der FDP ab, dann denken wir darüber nach!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Einige sind absolut unverantwortlich. Da werden zum Beispiel Kürzungen von insgesamt rund 80 bis 90 Millionen Euro im Bereich der humanitären Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe und im Bereich der Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf Gebieten der Krisenprävention, der Friedenserhaltung und der Konfliktbewältigung gefordert.

Ich halte es für unverantwortlich, was Sie dort vorschlagen.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Otto  
Fricke [FDP]: Weil es nicht abgeflossen ist!)  
Einiges ist schlicht und einfach rückständig. Aus meiner  
Sicht ist es unvertretbar, zu sagen: Wir kürzen die  
Leistungen für die Eingliederung in Arbeit um 1,5 Milliarden  
Euro. Was würde diese Rücknahme der Förderung  
bedeuten? Dies wäre absolut kontraproduktiv und  
wäre eine weitere Gefahr für die Entwicklung des Arbeitsmarktes.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Das sind aber Ihre Vorschläge; ich könnte sie noch weiter  
durchgehen.

Dasselbe gilt natürlich auch, Frau Hajduk - bei allem  
Respekt gegenüber Ihrem Kenntnisreichtum -,  
(Joachim Poß [SPD]: Das war aber ein sehr  
übertriebenes Kompliment!)

wenn Sie mir sagen, eine Halbierung der Nettokreditaufnahme  
könne man ganz schnell im nächsten Jahr erreichen.

Ihr 60-Milliarden-Euro-Programm, das Sie auf  
dem Parteitag beschlossen haben, wird Ihre Arbeit im  
Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ziemlich  
beschweren - das wissen Sie -,

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir setzen auf Ihre Föderalismusoffensive!)  
insbesondere mit Blick auf die Gegenfinanzierungsvorschläge,  
die ähnlich vage und kaum durchführbar sind  
wie die Vorschläge von der linken Seite.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Mal ehrlich! Es ist nichts dabei, was die  
Sozialdemokraten nicht wollen!)

Auch wenn ich Ihre Vorschläge ernster nehme als das,  
was ich von der linken Seite höre, besteht das Hauptproblem  
für mich darin, dass Sie mit einer solchen Summe  
von 60 Milliarden Euro den Menschen etwas vorgaukeln.  
In dieser Dimension ist das hoch gefährlich. Sie  
stellen den Menschen Verbesserungen in Aussicht, obwohl  
Sie genau wissen, dass es dem widerspricht, was  
Herr Röttgen richtigerweise dargestellt hat. Wir müssen  
nämlich den Menschen zunehmend signalisieren, dass  
wir nicht mehr über unsere Verhältnisse leben können,  
wenn wir die Regeln der Generationengerechtigkeit  
nicht verletzen wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
der Kollegin Hajduk?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Bitte sehr.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Finanzminister, darf ich hoffen, -  
Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Die Antwort lautet: Ja.

(Heiterkeit bei der SPD)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- dass Sie an einer Stelle mit uns gemeinsam arbeiten  
wollen? Denn es ist sinnvoll und richtig, der Gesellschaft  
auch zu sagen, dass es einen Preis hat, wenn wir  
in der Bildungspolitik gesamtstaatlich einen großen

Schritt nach vorne machen wollen, und dass es auch im Sinne von Transparenz nicht falsch sein kann, zu sagen, in welcher Dimension diese Investitionsnotwendigkeit besteht.

Darf ich auf Ihr Engagement hoffen, Bildungsinvestitionen als gesamtstaatliche Aufgabe auch im Rahmen der Föderalismuskommission voranzubringen? Herr Bonde hat schon ausgeführt, dass es sich hierbei um mindestens zwei Drittel der angegebenen Kosten handelt, die wir auf dem Parteitag als mehrjähriges Programm vorgeschlagen haben. Darf ich hoffen, dass Sie dies ebenfalls als eine wirksame neue Prioritätensetzung der Haushaltspolitik verstehen? Darf ich weiterhin hoffen, dass wir uns da im Hinblick auf eine Ziellinie annähern können?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Die Ziellinie ist nicht das Problem, Frau Hajduk, insbesondere bezogen auf notwendige Bildungsinvestitionen. Die Frage ist: Wie unterlege ich das mit einer Gegenfinanzierung, die nicht mit Kollateralschäden an anderer Stelle so verbunden ist, dass andere gemeinsame Zielsetzungen verletzt werden?

Ich sage: Sie gaukeln den Menschen damit etwas vor. Ich empfinde es als unseriös, gerade in einer Zeit, in der wir, wie ich glaube, den Menschen eher sagen müssen: Wir müssen uns gemeinsam ziemlich anstrengen, um solche Ziele zu erreichen. Vertraut nicht zu sehr darauf, dass der öffentliche Geldhahn immer weiter aufgedreht wird; denn dort sind wir bestimmten Beschränkungen unterworfen.

Solche Zahlen, wie Sie sie in die Welt setzen, sind in meinen Augen hoch gefährlich, weil die Menschen den Eindruck gewinnen könnten, es gehe so weiter wie bisher. Eigentlich müssten wir den Menschen sagen: Nein, es geht leider nicht so weiter wie bisher. – Das ist mein Einwand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich sehe, auch Herr Gysi ist inzwischen eingetroffen.  
Herr Gysi, herzlich willkommen!

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Nicht zu herzlich, Herr Minister!)

Herr Gysi, Sie sprachen zum wiederholten Mal von 15 Prozent Körperschaftsteuer. Damit wollen Sie natürlich den Menschen suggerieren: Guckt mal, wie niedrig die Unternehmensbesteuerung in Deutschland ist. – Ich weiß nicht, ob Sie das vorsätzlich im Sinne von Desinformation tun oder ob Sie es sagen, weil Sie es nicht besser wissen. Da Sie aber gemeinsam mit der Kanzlerin ein integriertes Schulsystem besucht haben, glaube ich, es ist vorsätzliche Desinformation.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie verschweigen dabei, dass es natürlich nicht nur um 15 Prozent Körperschaftsteuer geht. Es geht darüber hinaus auch noch um die Gewerbesteuer, die in anderen Ländern nicht zu zahlen ist, und um den Soli. Erlauben Sie mir noch den zusätzlichen Satz – er soll nicht pädagogisch klingen –: Sie müssen bei der Besteuerung auch noch zwischen der Gesellschaftsebene und der Gesellschafterebene

unterscheiden. Wenn Sie das alles berücksichtigen, kommen Sie auf eine Besteuerung der Kapitalgesellschaften von durchschnittlich 48 Prozent. Wenn Sie also beim nächsten Mal hier wieder von 15 Prozent Körperschaftsteuer sprechen, werde ich auf der Regierungsbank verzweifeln.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:

Das tun Sie doch jetzt schon!)

- Bei manchen Reden, ja, Herr Westerwelle. Es gibt auch Reden aus Ihren Reihen, bei denen ich verzweifelte.

(Heiterkeit bei der SPD - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Nur!)

Ich weiß um die Risiken, denen die wirtschaftliche Entwicklung ausgesetzt ist. Die Stichworte kennen Sie alle. Auf der anderen Seite gibt es aber auch viele gegenläufige Prozesse. Es ist bemerkenswert, wie die deutsche Wirtschaft den starken Euro bisher bewältigen konnte. Ich rate auch dazu, sich zu diesem Thema gelegentlich differenzierte Zahlen anzusehen. Der nominale Aufwertungseffekt des Euro liegt in der Tat bei 12,9 Prozent, aber der sogenannte - reale - handelsgewichtete Aufwertungseffekt liegt unter Berücksichtigung der verbesserten Importpreise für unser Land lediglich bei 4 Prozent. Das ist ein Hinweis darauf, dass man diese Debatte nicht allzu hysterisch, nicht allzu aufgereggt führen sollte. Das gilt ebenfalls mit Blick auf andere Erscheinungsformen. Fazit: Etwas mehr Vorsicht und etwas mehr Augenmaß auf allen Seiten!

Ich habe den Eindruck, man könnte das nächste Mal eine etwas ausgewogenere und differenziertere Haushaltsdebatte führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Gregor Gysi.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! - Hartmut

Koschyk [CDU/CSU]: Auch schon da?)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Auf jeden Fall freue ich mich, dass Sie sich freuen.

Herr Bundesfinanzminister, ich wollte zu Ihrem Zahlenspiel

gerne auf zwei Umstände hinweisen. Es gibt

eine OECD-Statistik, die zwei interessante Faktoren aufzeigt

- Sie sind darauf eingegangen -:

Erstens. In den OECD-Ländern liegen die Einnahmen

aus Grund-, Vermögen- und Erbschaftsteuer im Durchschnitt

bei 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in

Deutschland nur bei 0,9 Prozent. Das ist also weniger als

die Hälfte des Durchschnitts der OECD-Länder.

Zweitens zu den Unternehmensteuern - Sie legten

darauf Wert -: Der OECD-Durchschnitt liegt bei

3,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Deutschland

sind es 1,3 Prozent. Das ist deutlich weniger als die

Hälfte.

Sie kommen darum nicht herum: Im OECD-Vergleich

liegen Ihre Sätze für Vermögen- und Unternehmensteuer

deutlich unter dem Durchschnitt. Das ist unsere Kritik,

und die wird auch bestehen bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Gysi, die Frage ist: Was lehrt uns das jetzt? Sie haben recht damit, dass die sogenannte Substanzbesteuerung, also die Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente, in Deutschland niedriger ist als im OECD-Vergleich.

Aber wollen wir das angesichts der starken Mittelstandsabhängigkeit in Deutschland ändern? Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Tatsache ist, dass dieses besondere Segment, das in Frankreich, in Großbritannien und auch in anderen europäischen Ländern weniger ausgeprägt ist, von einer höheren Ertragsbesteuerung sehr viel stärker erwischt würde, als das in anderen Ländern der Fall wäre. Wenn Sie das wollen, müssen Sie das sagen. Nur müssen Sie in Ihren Reden dann auch die damit verbundenen Folgen darlegen; das tun Sie aber nie. Sie setzen einfach Ihr statistisches Wissen ein, um irgendetwas zu suggerieren oder zu insinuieren.

Bezogen auf die Steuer- und Abgabenquote befindet sich Deutschland nach den richtigen Maßnahmen dieser und der Vorgängerkoalition etwa im guten Mittelfeld in Europa. Dies ist vor dem Hintergrund des Steuerwettbewerbs, der in der EU nun einmal vorhanden ist, auch richtig, wenn wir zur Finanzierung öffentlicher Leistungen Steuersubstrat in Deutschland halten wollen. Da unterscheiden wir uns. So einfach ist das.

Der Hinweis darauf, dass die ertragsunabhängige Besteuerung bei uns niedriger ist, sagt allein noch nichts darüber aus, ob es mit Blick auf die Situation des deutschen Mittelstands wünschenswert wäre, zu dem zu kommen, wofür Sie plädieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das passt nicht in Gysis Stamokap-Theorien!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das Sparbuch nicht vergessen!)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Etwas ist von den Rednern bisher vergessen worden; das hole ich nach. Ich darf mich beim Sekretariat des Haushaltsausschusses für 52 Stunden Ausschusssitzungen mit über 1 000 Anträgen und Tausenden von Seiten ganz herzlich bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich darf mich dafür bedanken, dass die Leistung morgens um neun genauso gut war wie morgens um halb drei. Haushalt - das darf man nicht vergessen - ist auch Arbeit. Der Dank geht insofern natürlich auch an die Mitarbeiter des BMF, die ihren Teil dazu beigetragen haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich habe es jetzt zum ersten Mal erlebt, dass ich auf eine Frage eines Bürgers zum Thema Haushalt keine Antwort geben konnte. Er hat mich gefragt: Herr Fricke, wenn Sie jetzt Eichel und Steinbrück vergleichen: Wer von den beiden ist eigentlich der bessere Sparminister, wenn man überhaupt von Sparen sprechen kann? Ich bin



gespannt, ob die Große Koalition eine Antwort auf diese Frage hat. Ich selbst habe sie auch nach stundenlangen Beratungen hier im Plenum noch nicht gefunden. Ich versuche, einmal darzustellen, warum es darauf wahrscheinlich keine Antwort gibt.

Beim Abbau der Neuverschuldung, beim eisernen Sparkurs gibt es keine wirklichen Unterschiede, wenn man hinter die Werbefassade schaut. Herr Steinbrück, Hand aufs Herz: Würden Sie sich als Sparminister bezeichnen? Das würde mich interessieren.

Wenn wir dem Bürger erklären wollen, ob es dem Staat bei der Verschuldung gut geht, wird immer irgendeine Zahl herausgepickt. Das ist sehr schön. Dann wollen wir einmal vergleichen: 30 Milliarden Euro betrug die wirkliche Neuverschuldung am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün. Dazu sagt der Bürger: Ja, und?

Da gibt es doch Steuermehreinnahmen. - Dann sagt man dem Bürger: Die Große Koalition hat inzwischen bei euch 50 Milliarden Euro abkassiert. - Dann sagt der Bürger: Das ist ja toll, dann haben wir 2008 wahrscheinlich einen Überschuss von 20 Milliarden Euro! - Als Opposition muss man dann dem Bürger erklären: Lieber Bürger, diese Regierung kann nicht mit Geld umgehen. Sie hat nicht ein Plus von 20 Milliarden Euro, sondern ein Minus von 11,9 Milliarden Euro, sie hat weitere Schulden für dich und deine Kinder angehäuft. - Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Dabei könnte schon im Jahre 2008 die Null stehen. Herr Minister, der Vorschlag mit dem Sparbuch ärgert Sie. Aber warum ärgert er Sie? Weil er konkret ist. Würden wir keine Vorschläge machen, würden Sie sagen: Was höre ich denn von der FDP an Vorschlägen? - Sie hören welche; aber Sie können sie nicht mehr hören, weil Sie genau wissen, dass darin etwas steckt: Sparvorschläge über 11,8 Milliarden Euro. Würden Sie sie umsetzen, wären wir auf Null.

(Beifall bei der FDP)

Keine neuen Schulden, keine zusätzlichen Zinsen, nichts derart. Aber Sie kommen mit irgendwelchen Argumenten, wie schrecklich das sei.

Nehmen wir doch einmal das Presseamt des Bundes. Hierzu liegt ein Kürzungsvorschlag von 78 Millionen Euro vor. Wissen Sie, dass 37 000 Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von 30 000 Euro ihre gesamte Jahreslohnsteuer dafür zahlen müssen, dass dieses Presseamt existiert? Und wofür? Um zusätzliche Werbung zu machen, obwohl die eigentliche Pressearbeit über die einzelnen Ministerien läuft. Das ist nichts anderes als zusätzliches Geld, das der Bürger, der hart arbeiten muss, zahlen muss.

(Beifall bei der FDP - Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Die Familie zahlt keine Steuern mehr!)

Sie sagen, die Vorschläge aus dem Sparbuch würden nichts bringen. Wir als kleine Fraktion sagen, wo wir sparen wollen. Sie als große Fraktion haben an keiner einzigen Stelle in diesem Haushalt 2008 wirklich Ihre Ausgaben heruntergefahren. Im Gegenteil, Sie haben überall noch draufgesattelt.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Unter dem Strich keine Mehrausgaben,  
Herr Kollege Fricke!)

Sie sprechen immer von der niedrigsten Nettokreditaufnahme.  
Das ist, als würde man einen Bürger im Monat  
November fragen: Kommst du mit dem Geld aus? -  
Wenn er noch Weihnachtsgeld bekommen hat, sagt er:  
Ja, ich komme aus. - Aber das Jammern im Januar, wenn  
die Versicherungsbeiträge usw. fällig werden, ist riesengroß.  
Ihnen, liebe Großkoalitionäre, droht im nächsten Jahr  
das ganz böse Erwachen - leider; aber Sie sind, wie ich  
Ihnen zeigen werde, selber daran schuld, denn Sie haben  
keinerlei Vorsorge getroffen.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Politik, egal auf welcher Ebene, muss der  
Bürger beim Geld auf eine einzige Sache ganz genau  
schauen: Geben die Politiker mehr von meinem Geld  
aus? Steigen die Ausgaben? -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Das Wirtschaftswachstum ist dafür eine Orientierung.  
Diese Bundesregierung hat bisher nichts anderes betrieben,  
als die Ausgaben immer um 4 Prozent zu steigern,  
obwohl das Wirtschaftswachstum maximal 2,5 Prozent  
betrug. Daran zeigt sich, wo Sie die Fehler machen: Die  
Wirtschaft wächst weit langsamer als die Ausgaben, was  
nichts anderes heißt als: Das, was Sie jetzt ausgeben, ist  
das, was wir in den nächsten Jahren wieder an Schulden  
haben werden und irgendwann an Zinsen werden zurückzahlen  
müssen. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte noch denken, dafür wird in die Zukunft  
investiert. Das haben wir hier auch gehört. Übrigens, all  
den Anträgen, mit denen Sie kürzen wollen, hat die FDP  
zugestimmt, weil sie nämlich an den Stellen sparen will,  
wo nicht zukunftsgerichtet, sondern rückwärtsgerichtet  
agiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich will nicht wieder das Beispiel Entwicklungshilfe  
bringen. Aber dieses Denken - wir sind immer noch das  
tolle Deutschland, das der ganzen Welt, selbst wenn sie  
mit uns konkurriert, helfen muss - ist schlichtweg rückwärtsgerichtet.  
Gehen Sie in die Zukunft. Da machen wir  
mit. Wenn Sie in die Vergangenheit gehen, werden Sie  
uns nie an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei der FDP)

Ein zweiter Hinweis. Sie tun so, als gebe es in diesem  
Haushalt die niedrigste Nettokreditaufnahme. Sie haben  
dabei aber einen Trick angewendet. Sie haben am Dienstag  
mit dem Nachtragshaushalt für 2007 noch schnell  
2 Milliarden Euro angesetzt, die Sie eigentlich erst in  
späteren Jahren ausgeben. Wenn Sie in der Bereinigungssitzung  
nicht die Ausgabe zusätzlicher 2,5 Milliarden  
Euro beschlossen hätten, was Sie nicht hätten tun  
müssen, dann wären Sie schon im Jahr 2007 auf genau  
11,9 Milliarden Euro gekommen. Das heißt: Wir sind am  
Ende des Sparens; es geht eigentlich schon wieder aufwärts.  
Das nächste Jahr wird zeigen - da bin ich mir sicher  
-, dass wir wieder die alten Fehler machen.

(Beifall bei der FDP)

Die Probleme sind riesengroß: Die Zinsen sind hoch.

Sie können nicht gesenkt werden; ob sie steigen, ist noch die Frage. Die Inflationsrate ist hoch. Wir hoffen zwar, dass sie nicht so hoch bleibt, aber auch das wäre möglich. Sie haben gesagt, dass der hohe Eurokurs nicht so schlimm sei. Bis jetzt stimmt das. Der Eurokurs wird aber so hoch bleiben, und wir werden entsprechende Reaktionen erleben. Wenn die Amerikaner darauf reagieren, wird die Sache mit dem Eurokurs noch ein weiteres Stückchen schlimmer. Wir haben eine Bankenkrise. Herr Steinbrück, dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Zum Thema IKB hätte ich gerne etwas gehört. Warum fließen da noch einmal Milliarden an Steuergeldern hin? Sie hätten diesbezüglich für Klarheit sorgen können.

(Beifall bei der FDP)

Die Fragen, wessen Schuld das ist oder wer das gemacht hat, sind nicht entscheidend. Entscheidend ist: Das Geld ist weg, und der Steuerzahler blutet dafür!

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen, dass wir, wenn sich von dem, was als dunkle Wolken aufzieht, nur ein bisschen bewahrheitet und das Wachstum nur um 0,1 oder 0,2 Prozentpunkte sinkt, schon wieder nahe an 16, 17 oder 18 Milliarden Euro Neuverschuldung sind. Davon wollten Sie doch eigentlich wegkommen. Es wäre für Sie, für den Staat, selbst für die FDP das Schlimmste, wenn wir im Jahr 2008 eine höhere Verschuldung hätten als im Jahr 2007. Ich will aber nicht nur über Ihre Zukunftspläne sprechen. Ich will auch über das sprechen, was die Große Koalition gegenwärtig macht: Sie macht eine Echternacher Springprozeession - zwei vor, einen zurück; dann denkt sie, das könnte man auch umgekehrt machen: einen vor und zwei zurück. Beim Arbeitslosengeld I gehen Sie wieder zurück. Beim GKV-Zuschuss haben Sie sich inzwischen so gewunden, dass Sie gar nicht mehr wissen, wo Sie das Geld hernehmen wollen. Jetzt die Einigung beim Mindestlohn. Ich glaube, ich habe Herrn Müntefering erst jetzt richtig verstanden. Als Herr Müntefering sagte, dass Schwarz ein ganz tiefes Rot ist, wusste er schon, dass die CDU/CSU beim Mindestlohn einknicken und mitmachen würde. Das kann ich erst jetzt richtig verstehen.

(Beifall bei der FDP)

Steuersenkungen? Nein. - Halt! Eine Steuersenkung hat diese Große Koalition gemacht, aber nicht für die Schwachen. Was ist gesenkt worden? Der Mehrwertsteuersatz - halten Sie sich fest - für Skilifte. Wenn Hartz-IV-Empfänger künftig mal Skilifte nutzen - so zynisch ist das ja -, stellen sie fest, dass sie nicht mehr 19 Prozent, sondern 7 Prozent zahlen müssen. Auf Mineralwasser zahlen sie aber weiterhin 19 Prozent Mehrwertsteuer. Das halte ich für ein komisches Verständnis von Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg.)

Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]

Große Koalition - kleiner Mut; kleinere Fraktion - großer Mut. Eines muss man ganz klar sagen: Was Sie im nächsten Jahr erwarten wird, ist die Tatsache, dass diese Große Koalition anders handelt, als es der Finanzminister in einem seiner Bücher geschrieben hat. Er hat vom vorsorgenden Sozialstaat gesprochen. Zum vorsorgenden Sozialstaat gehört ein vorsorgender Haushalt,

der einem bei kleinen Krisen noch die Möglichkeit lässt, umzusteuern. Sie hätten selbst bei der kleinsten Krise nicht mehr die Möglichkeit, umzusteuern. Sie mögen vielleicht auf dem richtigen Weg sein, aber Sie gehen ihn in die völlig falsche Richtung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ernst Hinsken für die Unionsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Über diesen Bundeshaushalt wird nun seit mehr als drei Tagen diskutiert. Heute, in der Schlussrunde, ziehen wir ein Resümee. Eingangs möchte ich darauf verweisen – das ist der Tenor, der auch draußen vernommen werden kann –, dass das ein solider Haushalt ist und es wieder aufwärts geht. Die Bürger spüren das und gehen gerne mit.

Herr Kollege Brüderle, Sie haben heute Morgen von „schwarz-roten Festspieltagen“ gesprochen, die nun vorbei seien. Sie haben eine „Götterdämmerung“ angekündigt. Nein, wir haben allen Grund, zufrieden zu sein, weil vom Haushaltsausschuss und insbesondere vom Bundesfinanzminister Meisterarbeit geleistet wurde. Man konnte die positive Stimmung bei diesen Debatten nachhaltig spüren. Die Politik der Bundesregierung wirkt, und die Menschen haben wieder Hoffnung. Nun liegen zwei Merkel-Jahre hinter uns. Ich meine: Es waren zwei gute Jahre.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn ein positiver Punkt reiht sich an den nächsten: Die Reform der sozialen Sicherungssysteme, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung und der Ausbau der steuerlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Element sind wesentlich.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

In der Klimapolitik hat die Bundesregierung auf internationaler und europäischer Ebene Maßstäbe gesetzt. Die Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheit steht ganz oben auf der Agenda und ist bei unserem Bundesinnenminister Schäuble in besten Händen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir alle sollten heute zufrieden sein und uns darüber freuen, dass einige Aspekte verzeichnet werden können, die vor zwei, drei Jahren niemand erwartet hätte. Das Haushaltsdefizit des Bundes wurde in den letzten beiden Jahren halbiert, und die Maastricht-Kriterien werden wieder eingehalten. Das war in den vergangenen Jahren keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das war ein weiter Weg!)

2011 – das haben wir soeben gehört – wird es wieder einen ausgeglichenen Haushalt geben.

(Ulrike Flach [FDP]: Zu spät!)

Erinnern wir uns: Vor zwei Jahren mussten wir bei jeder Gelegenheit darauf verweisen, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland täglich 1 000 Arbeitsplätze

verlieren. Was können wir der Öffentlichkeit jetzt mitteilen?  
- Jeden Tag werden fast 2 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist auf die erfolgreiche Politik dieser Bundesregierung unter Angela Merkel zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 14 Jahren. Besonders für die Jugend freut mich, dass 60 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden konnten und dass erstmals 47 000 Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland bereit waren, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

300 000 fehlen immer noch!)

Diese Liste der Erfolge ist noch nicht zu Ende. Die Staatsquote sinkt von 46,9 Prozent in 2005 auf 43,3 Prozent in 2008. Die Lohnzusatzkosten, die vor allen Dingen die Wirtschaft belasten, werden auf circa 40 Prozent reduziert. Ein ganz besonderes Paradestück ist für mich, dass innerhalb von drei Jahren die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent reduziert werden; das bedeutet eine Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Größenordnung von jährlich 23 Milliarden Euro. Auch das muss hier vertreten und gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die stärkste Senkung von Lohnnebenkosten, die jemals von einer Bundesregierung beschlossen wurde. Ich meine, man sollte auch darauf verweisen, dass Wirtschaftsminister Glos ein besonderes Augenmerk auf den Mittelstand richtet.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die größte Geißel für den Mittelstand ist die enorme Bürokratie. Deshalb wurde mit den Mittelstandsentslastungsgesetzen der Hebel angesetzt, diese Bürokratie zurückzudrängen.

Es lohnt sich, bei dieser Gelegenheit auf Folgendes zu verweisen: In 20 Bereichen wurde in der Zwischenzeit die Bürokratie zurückgedrängt. Sicher, es ist noch viel zu tun. Es lohnt sich, weil gerade im Mittelstand die meisten Arbeitsplätze entstanden sind, 80 Prozent allein in den letzten zwei Jahren.

Lassen Sie mich zum Schluss - ich bin ja Tourismusbeauftragter der Bundesregierung - noch einen Punkt ansprechen: Der Tourismus ist ein Barometer der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir können feststellen, dass die Tourismuswirtschaft eine Aufwärtsentwicklung erfährt. Im vergangenen Jahr waren 351 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen. Diese Zahl wird in diesem Jahr gesteigert. Wir können uns glücklich schätzen, dass in diesem Jahr die Zahl der Urlaubsgäste, die aus dem Ausland nach Deutschland kommt, um fast 10 Prozent und die Zahl der Inlandstouristen um 4 Prozent gestiegen ist, und das, obwohl schon im letzten Jahr ein enormer Zuwachs zu verzeichnen war.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr gute Zahlen!)

Das lässt hoffen, und das freut mich.

Ich meine, wir befinden uns auf dem richtigen Weg.

Darum möchte ich sagen: Die Bundesregierung ist gut beraten, diesen Haushalt so auszufüllen, wie er aufgelegt ist. Das ist der richtige Weg und der richtige Fingerzeig für die Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr gern schließe ich mich namens meiner Fraktion dem Dank des Kollegen Otto Fricke an das Sekretariat des Haushaltsausschusses an. Ich gestatte mir - ich glaube, das tue ich im Namen aller Mitglieder des Haushaltsausschusses -, auch dem Vorsitzenden unseres Ausschusses, Otto Fricke, herzlich für seine Amtsführung zu danken.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und der FDP sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

- Den verspäteten Beifall des Kollegen Kampeter wollte ich gern abwarten.

Bevor ich etwas zum Haushalt sage, komme ich nicht umhin, mit einigen alten Hüten aufzuräumen, die Sie, Herr Bundesfinanzminister, herausholten, indem Sie behaupteten, wir würden Mehrausgaben in Höhe von 150 Milliarden Euro fordern. Wenn Sie einen Blick in unsere Anträge werfen, werden Sie feststellen: Was diesen Haushalt betrifft, geht es um 28 Milliarden Euro. Herr Bundesfinanzminister, ich stelle fest: Sie operieren im Deutschen Bundestag mit dem Übertreibungsfaktor fünf. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da ich weiß, dass Sie unser Steuerkonzept und unsere übrigen Vorschläge im BMF berechnen lassen, muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie alle Eckpunkte des Bremer Programms, das die SPD beschlossen hat, berücksichtigen, werden Sie in ähnlichen Dimensionen landen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wer ist eigentlich stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD?)

Deshalb ist es unredlich und unter Ihrem Niveau, uns so etwas zu unterstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich darf doch wohl fragen: War es ein anderer Peer Steinbrück, der als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen die Einführung der Vermögensteuer gefordert hat? War das ein anderer Peer Steinbrück als der, mit dem wir es jetzt zu tun haben? Herr Minister, lassen Sie sich das gesagt sein!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will auf den Zusammenhang zwischen dem Haushalt und der Lage in den neuen Bundesländern zu sprechen kommen. Denn was den Osten angeht, ist das, was die Bundesregierung abgeliefert hat, eine komplette Fehlanzeige. Ich finde, Sie machen einen gigantischen Doppelfehler, wenn Sie den Osten für erledigt erklären.

Erstens nutzen Sie nicht die riesigen Chancen und die Transformationserfahrungen, die im Osten in über 15 Jahren gesammelt wurden, und zweitens ignorieren Sie die Gefahren, die durch die Abkehr von der Demokratie in ganzen ostdeutschen Landstrichen anzutreffen sind.

Natürlich findet man in diesem Haushalt auch eine Menge vernünftiger Vorschläge zur Entwicklung der Lage in den neuen Bundesländern. Wir finden aber: Das Gute und Vernünftige, das Sie planen, planen Sie nur zögerlich und halbherzig - Stichwort: CO2-Sanierungsprogramm -, während Sie unsinnige und schlechte Vorhaben mit vollen Händen planen. Man kann also ganz schlicht und einfach sagen: Vom Guten zu wenig, vom Schlechten zu viel.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein paar Stichworte, um das zu belegen: Sie alle haben uns hier erklärt, dass es notwendig sei, eine neue Symbiose bzw. eine neue Verbindung von lebenslangem Lernen und Erwerbstätigkeit - wir fügen hinzu: und von sozialer Grundsicherung - herzustellen. Ich stelle dazu fest: Das föderale Bildungssystem der Bundesrepublik ist final gescheitert. Es wäre an der Zeit, endlich ein einheitliches Bildungssystem zu schaffen, das den Erfordernissen der Zukunft gerecht wird. Hier könnte man von der DDR manches lernen.

(Beifall bei der LINKEN - Ernst Bahr [Neuruppin])

[SPD]: Das glauben aber auch nur Sie!)

Ich habe mich darüber gefreut, dass es gestern beim Thema Postmindestlohn zu einem Kompromiss gekommen ist. Über eines ärgere ich mich aber: Warum verdammt noch mal musste es wieder einen Abschlag für den Osten geben?

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man in zwei Jahren ohnehin für eine Angleichung sorgen will, warum jetzt erneut diese Erniedrigung? Ich weiß, dass auch die Tarifpartner diese Vereinbarung akzeptiert haben. Daher klammere ich Verdi an dieser Stelle nicht von meiner Kritik aus. Auch die Kollegen von Verdi haben, was den Osten betrifft, die Schere im Kopf.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht hinnehmbar, wiederum eine solche Diskriminierung zu beschließen.

Wir fordern seit langem die Ost-West-Angleichung der Renten und haben Ihnen zahlreiche Vorschläge unterbreitet, wie die Benachteiligung ganzer Berufsgruppen überwunden werden kann. Wir freuen uns darüber, dass es gestern erste Signale gab, dass die von Ihnen beabsichtigte frühe Zwangsverrentung etwas später erfolgen soll. Wir stellen dazu fest: Die Politik der Linken wirkt. Erst vorgestern haben wir Ihnen angekündigt, dazu die namentliche Abstimmung zu fordern. Dass manche Medien nun gleich einen Linksruck bei den Agenda-Parteien sehen wollen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard)

Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Ein Ruck, Herr Claus, ist immer gut!)

Aber ich merke, dass die linke Politik wirkt, und wir

werden das Instrument der namentlichen Abstimmung weiter nutzen.

Ich komme zur Unternehmensförderung. Wenn man sich den Haushalt diesbezüglich genau anschaut - dazu hatte ich viele Gelegenheiten -, wird man feststellen, dass die allermeisten Mittel nicht dorthin gehen, wo sie am nötigsten gebraucht werden, sondern an staatsnahe Monopolisten. Sie bauen darauf, dass diese dann Wunderdinge vollbringen. Viel zu wenig Geld ist für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für Existenzgründer - insbesondere im Osten - eingeplant. (Joachim Poß [SPD]: Quatsch!)

- Das ist überhaupt kein Quatsch. Das können Sie an vielen Stellen nachlesen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulrike Flach [FDP]: Aber jetzt ist Schluss!)

Dieser Haushalt verpasst die Chance, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West voranzubringen, er verpasst die Chance, etwas für die Einheit zu tun. Frau Bundeskanzlerin, ich weiß, dass viele Ostdeutsche Ihre Amtsführung mit besonderer Sensibilität verfolgen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Claus, auch Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Roland Claus (DIE LINKE):

Mit diesem Haushalt haben Sie die meisten Ostdeutschen enttäuscht. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Bernhard Brinkmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Claus, in einem Punkt sind wir uns einig: Auch ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats, des Ministeriums und allen, die mitgeholfen haben, dass wir heute den Bundeshaushalt 2008 beschließen können, ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allerdings ist es dann schon vorbei mit den Gemeinsamkeiten. Denn wenn die Forderungen, die Sie zum Haushalt 2008 aufgestellt haben, Wirklichkeit würden, dann hätten wir es tatsächlich mit jährlich wiederkehrenden Ausgabensteigerungen in Höhe von 150 Milliarden Euro zu tun. Dazu gibt es eine Liste, die ich Ihnen gern liefere. Wenn Sie den Beweis antreten, dass es sich tatsächlich nur um 25 Milliarden Euro handelt, wie Sie eben angedeutet haben, dann hätten wir uns gewaltig vertan. Davon gehe ich aber nicht aus, weil da solide gerechnet worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, der in den Haushaltsberatungen ebenfalls schon eine Rolle gespielt hat. Es gibt ein Sparbuch der FDP-Fraktion.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Da ist aber nichts drauf!)



Als ich noch jünger war, haben meine Eltern mir beigebracht, dass ein Sparbuch etwas ist, worauf sich ein Guthaben befindet. In dem Buch der FDP gibt es aber kein Guthaben, sondern es finden sich Sparvorschläge in einer bestimmten Größenordnung darin.

(Zurufe von der FDP)

Wir kennen das seit vielen Jahren: Diese Sparvorschläge sind letztendlich in 90 Prozent aller Fälle nicht umsetzbar; auch darauf ist schon Bezug genommen worden.

(Otto Fricke [FDP]: Mit euch nicht!)

Ich will nur ein Beispiel herausgreifen, das deutlich macht, welche Luftbuchungen zum größten Teil dahinter stehen. Sie wollen allen Ernstes den Zuschuss an die Krankenversicherung streichen.

(Otto Fricke [FDP]: Wir haben uns euren Koalitionsvertrag angeschaut!)

Sie wollen die dafür vorgesehenen 2,5 Milliarden Euro streichen und nehmen damit billigend in Kauf

(Otto Fricke [FDP]: Stimmt doch nicht!)

- das ist so; das müssten Sie bei Ihrem wirtschaftspolitischen Sachverstand durchaus nachvollziehen können -, dass die Beiträge zur Krankenversicherung steigen. Wenn die Lohnnebenkosten steigen, dann geht das zulasten von Arbeitsplätzen, und die Arbeitslosigkeit steigt.

(Ulrike Flach [FDP]: Steigende Beiträge haben wir jetzt bei Ihnen!)

Das hat den weiteren Effekt, dass es weniger Einnahmen für die sozialen Sicherungssysteme gibt. Darum kann man diesen Vorschlag auch nur ganz deutlich zurückweisen.

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]: Steht das nicht in Ihrem Koalitionsvertrag?)

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, den man nicht oft genug erwähnen kann, auch wenn es einem hier immer wieder als Eigenlob vorgeworfen wird. Ich möchte nicht wissen, was wäre, wenn die Freien Demokraten mit auf der Regierungsbank sitzen würden

(Otto Fricke [FDP]: Werden! Werden!)

und wir diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hätten. Sie würden das jeden Tag groß feiern, Sie würden das jeden Tag in den Mittelpunkt Ihrer Ausführungen stellen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein, wir würden weiter arbeiten!)

Wir sind stolz darauf, dass die Arbeitslosigkeit um diese Größenordnung reduziert werden konnte, dass sie auch im November gesunken ist, dass sie bei den älteren Arbeitslosen sinkt,

(Otto Fricke [FDP]: Gut!)

dass sie bei den jungen Arbeitslosen sinkt. Wir werden diesen Weg, der mit der Agenda 2010 begonnen worden ist und den Franz Müntefering fortgesetzt hat, konsequent fortführen.

(Otto Fricke [FDP]: Agenda 2010 weg, Franz Müntefering weg!)

Olaf Scholz wird ihn ebenfalls sehr erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten endlich das Positive in den Fokus der Öffentlichkeit stellen und nicht in vielen Bereichen dieses Land schlechtreden! Wir sollten stolz darauf sein, dass die Menschen jeden Morgen mit ihrer Arbeit in den Betrieben,

in den Verwaltungen und wo auch immer diese Leistung erbringen. Ferner sollten wir auch denen danken, die dazu beigetragen haben, dass die Arbeitslosigkeit auf diesen Stand gesunken ist, nämlich den Betrieben, die eingestellt haben, und den vielen Beschäftigten bei der Bundesagentur und bei den Jobcentern. Sie leisten eine tolle Arbeit. Sie haben Dank und Anerkennung verdient und keine Kritik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Was würden Sie zu der Tatsache sagen, dass der Arbeitslosenversicherungsbeitragssatz fast halbiert worden ist? Die Arbeitgeber sind um 11,5 Milliarden Euro entlastet worden – das wollen Sie doch immer –, und auch die Arbeitnehmer sind um 11,5 Milliarden Euro entlastet worden. Das ist für die Binnenkaufkraft wichtig; auch das muss man noch einmal deutlich herausstellen.

(Beifall des Abg. Klaus Hagemann [SPD])

Wir haben 2007 erneut, nach 2005 und 2006, eine Rekordeinnahme bei der Gewerbesteuer. Das haben die Kommunen in unserem Land bitter nötig. Das trägt zur Entkrampfung der Finanzsituation der Kommunen in Deutschland bei.

Von der linken Seite dieses Hauses ist viel über Steuerpolitik gesprochen worden. Ich habe eine herzliche Bitte an Sie von der Linken: Würden Sie zumindest zur Kenntnis nehmen, dass die unteren Einkommensgruppen, für die Sie ja angeblich jeden Tag streiten,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nicht nur angeblich!)

noch 1998 einen Eingangssteuersatz von knapp 26 Prozent hatten? Jetzt liegt der Eingangssteuersatz bei 15 Prozent. Das ist eine Senkung um 40 Prozent. Das entlastet untere Einkommensgruppen, das kommt bei denen an, die jeden Euro bitter nötig haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch eines hinzufügen – auch das kann man nicht oft genug wiederholen –: Herr Kollege Fricke, die Familie mit zwei Kindern, die Sie vorhin angesprochen haben, kann dank der Steuerpolitik der Vorgängerregierung bis zu 37 500 Euro im Jahr verdienen, ohne Steuern zahlen zu müssen, wenn wir berücksichtigen, dass das Kindergeld dreimal angepasst worden ist.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Zuvor hat diese Familie noch Tausende Euros Steuern gezahlt. Ich gebe Ihnen gleich die Tabelle, aus der Sie ersehen können, dass die Entlastung bei 30 000 Euro Jahresbrutto eine Größenordnung von mehreren Tausend Euro erreicht.

(Otto Fricke [FDP]: Komisch, dass das keiner merkt!)

Auch das sollten wir den Menschen im Lande sagen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und ihnen nicht ständig die Steuererhöhungsorgie vor Augen führen.

(Otto Fricke [FDP]: Aber die haben Sie doch gemacht!)

Das verwirrt die Menschen und führt nicht dazu, dass die Stimmung in diesem Land besser wird.

Von der linken Seite dieses Hohen Hauses hört man ja oft, die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr führten einen völkerrechtswidrigen Krieg. Dazu will ich sagen: Meine Damen und Herren von der Linken, hören Sie bitte mit diesen Äußerungen auf! Schauen Sie sich einmal an, was unsere Soldatinnen und Soldaten bei ihren Auslandseinsätzen für wertvolle Arbeit leisten!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bin stolz darauf, dass sie diese wertvolle Arbeit leisten. Das sollten wir den Soldatinnen und Soldaten, die einen gefährlichen Einsatz leisten, auch einmal sagen. Also hören Sie bitte mit diesen Äußerungen auf! Fahren Sie nicht nur zu Herrn Milošević – das können Sie ja nicht mehr, er ist verstorben –, fahren Sie auch einmal zu den Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland im Einsatz sind, und schauen Sie sich an, was dort über Jahre geleistet worden ist: für die schwächsten Menschen der Gesellschaft in Afghanistan, Kosovo und an vielen anderen Plätzen der Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Flach, der Vorgängerfinanzminister, Hans Eichel, hat Ihr Lob mit Sicherheit zur Kenntnis genommen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wollen wir hoffen!)

Peer Steinbrück hat völlig recht: Wenn Sie das zur richtigen Zeit ausgesprochen hätten, wäre es noch redlicher gewesen.

(Ulrike Flach [FDP]: Noch besser wäre es, wenn er besser wäre!)

Aber ich sage es einmal so: Wenn die Financial Times Deutschland diesen Finanzminister zum besten Finanzminister Europas kürt,

(Zuruf von der FDP: Welchen?)

dann kann die Haushalts- und Finanzpolitik dieses Ministers, dieser Regierung und dieser Koalition wohl kaum schlecht sein. Es ist eine gute und solide Haushaltspolitik; auch darauf möchte ich an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich hinweisen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war auch dieser Finanzminister,

(Otto Fricke [FDP]: Wer jetzt? Eichel oder Steinbrück?)

der vor knapp einem Jahr für die Helden des Alltags, die 23 bis 24 Millionen ehrenamtlich tätigen Menschen in Deutschland, etwas getan hat.

(Otto Fricke [FDP]: Helden des Alltags sind die Familien!)

Wir sollten diesen 23 bis 24 Millionen Menschen in Deutschland sagen: Jeder angelegte Euro für die Verbesserungen beim Ehrenamt, die von dieser Koalition auf den Weg gebracht worden sind, ist ein gut angelegter Euro. Diese Helden des Alltags haben Dank, Respekt und Anerkennung verdient.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jens Ackermann [FDP])

Ich könnte noch viele weitere Punkte anführen. Sie sind heute Morgen auch schon zur Sprache gekommen.

(Otto Fricke [FDP]: Keine Zeit mehr!)

Zum Schluss möchte ich auf eines hinweisen: Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist in Sichtweite. Wir

setzen diese konsequente Haushalts- und Finanzpolitik sehr solide fort.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Haushalt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Steffen Kampeter das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU - Otto Fricke

[FDP]: Er erklärt uns jetzt etwas!)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich für die Haushaltsberatungen, die wir in den letzten Monaten durchgeführt haben, Dank aussprechen. Ich bedanke mich erst einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariates des Haushaltsausschusses, aber auch beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, der das entgegen allen Unkenrufen sehr fair, anständig und umsichtig gemacht hat, und bei den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit. Der erste übergreifende Impetus und die erste allgemeine Begeisterung kamen zu Beginn der Haushaltsberatung auf, als die Kollegin Lührmann ihre Vermählung bekannt gegeben hat. Wir waren uns einig, dass das ein herausragendes Ereignis der diesjährigen Sitzungsperiode ist.

Ich zolle der Bundesregierung meinen Respekt dafür, dass sie während der Bereinigungssitzung bis um halb drei morgens an den Beratungen des Parlamentes mitgewirkt hat. Selbst amtierende Kabinettsmitglieder waren bis in die frühen Morgenstunden sehr präsent. Ich finde, das hat sich gelohnt. Die Nettokreditaufnahme sinkt weiter. Dies ist die erste gute Botschaft dieser Haushaltsberatung. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Nettokreditaufnahme sinkt, und wir haben gemeinsam fest im Blick, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land spätestens im Jahre 2011 keine neuen Schulden mehr machen wollen. Danach wollen wir dazu überleiten, den Schuldenstand in der Bundesrepublik Deutschland erstmals seit Menschengedenken wieder abzubauen.

Die Staatsquote sinkt kontinuierlich - auch mit diesem Haushalt -: weniger Staat, mehr Freiheit und Entscheidungsfreiheit für die Bürger. Auch die Sozialversicherungsabgaben sinken, und zwar unter 40 Prozent.

Die Menschen haben hierdurch einen erheblichen Profit. Diese generationengerechte Stabilitätspolitik zahlt sich für die Menschen in unserem Lande aus. Sie spüren es. Gestern hat die Bundesagentur für Arbeit zwei Botschaften verkündet: Bei der Beschäftigung und der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland haben wir Höchststände zu verzeichnen, und wir haben die seit 14 Jahren niedrigste Arbeitslosigkeit in unserem Land.

(Ulrike Flach [FDP]: Und die höchste Inflation!)

Die Menschen kommen wieder in Arbeit - auch ältere. Die Beschäftigungsquote der Älteren steigt, und auch das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit bekommen wir in den Griff. Dies sind gute Botschaften aufgrund

unserer generationengerechten Stabilitätspolitik.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Ich habe in dieser Woche gelernt, dass die Realität der  
größte Feind der Fiktion ist. Das scheint mir auch für  
viele Beiträge aus der Opposition zu gelten. Sie haben  
eine etwas schwierige Wahrnehmung solch positiver  
Entwicklungen. Es ist ja nicht erforderlich, dass die  
Opposition unsere Arbeit lobt, aber sie darf auch kein  
fiktionales Bild von der Realität in diesem Land zeichnen,  
sondern sie muss diese positiven Entwicklungen im  
Interesse der Menschen, denen sie alle nutzen, auch einmal  
akzeptieren. Sie darf sich nicht in einer oppositionellen  
Scheinwelt ergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Es ist auch deutlich geworden, dass wir bei der Betrachtung  
dieser Realität nicht stehen bleiben, sondern  
im Interesse der Menschen für mehr Arbeit, für mehr  
Beschäftigung, für mehr Sicherheit und für mehr Bildung  
in diesem Land weitermachen wollen. Bei der Aufstellung  
dieses Haushaltes haben wir deswegen auch  
wichtige Entscheidungen im investiven Bereich getroffen.  
Ich nenne als Beispiel das Plus bei den Verkehrsinvestitionen.  
Ein leistungsfähiges Land braucht leistungsfähige  
Verkehrswege. Ich nenne als weiteres Beispiel die  
Investitionen in die Kinderbetreuungsinfrastruktur. Wir  
wollen den Menschen das Ja zur Familie auch organisatorisch  
erleichtern. Das sind gute Zukunftsentscheidungen,  
die mit diesem Haushalt getroffen worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Ich will nicht verschweigen, dass ich auch stolz darauf  
bin, dass wir in Kultur investieren. Wir sind das  
Land der Dichter und Denker.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Jetzt kommen gleich die Nobelpreisträger!)

Wir haben eine große historische Tradition. Dieser werden  
wir mit dem größten nationalen Kulturinvestitionsprogramm  
gerecht. Dies ist eine Politik, die weit über  
den Tag, weit über die Legislaturperiode hinaus unserem  
Land guttut. Dies ist eine erfolgreiche Politik im Interesse  
der Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie  
des Abg. Carsten Schneider [Erfurt]  
[SPD])

Vier Tage hatte die Opposition nun die Möglichkeit,  
ihre Alternativen zu dieser Politik aufzuzeigen.

(Otto Fricke [FDP]: Das hat sie weidlich genutzt!)

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, wirkte diese Opposition  
so lustlos, so langweilig, so schlecht aufgestellt,  
so substanzlos und vor allen Dingen so kleinkariert wie  
kaum eine Opposition zuvor. Gnade unserem Land,  
wenn so die Regierung von morgen aussieht! Eigentlich  
ist es die Funktion der Opposition, deutlich zu machen,  
dass sie es besser kann. Aber Sie können es leider nicht,  
leider für Sie, gut für unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Frau Künast, was Sie und Ihre Kollegen heute und in

den letzten Tagen geboten haben, stand sehr im Schatten Ihres Parteitages. Von jemandem, der den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes einen ungedeckten Scheck in Höhe von 60 Milliarden Euro präsentiert, nehmen wir keine Ratschläge entgegen, wie wir null Neuverschuldung für Deutschland machen können. Es darf nicht wahr sein, wie unseriös und unsolide Sie argumentieren. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es verwundert niemanden, wenn solche Leute wie Herr Metzger Ihre Partei verlassen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie ihn haben? Wollen Sie ihn?

Er passt zu Ihnen!)

Es ist beschämend, dass Ihre haushaltspolitische Sprecherin in dieser Woche auf die Frage, woher die 60 Milliarden Euro kommen sollen, lediglich zurückgefragt hat: Warum sind Sie denn gegen Bildungsausgaben?

Nein, wir sind natürlich nicht gegen Bildungsausgaben.

Aber wir sind gegen diejenigen, die eine Kuschelpolitik mit Freibieranspruch machen und dem Bürger nicht die Rechnung präsentieren. Das ist unseriös, unsolide und unverantwortlich gegenüber den Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Noch zwei Beispiele aus Ihren Anträgen, meine Damen und Herren von der Opposition, mit denen Sie angeblich die Nettokreditaufnahme senken wollen. Sie schlagen vor, weniger Geld für die Kohle auszugeben. Ich habe mir das angeschaut und mich gefragt, ob wir einen Fehler gemacht haben; denn ich war immer dafür, die Kohlesubventionen zu verringern. Nein, Sie schlagen vor, in bestehende rechtliche Zusagen einzugreifen und den Kohlekompromiss aufzukündigen. Das ist kein Einsparvorschlag; das ist Rechtsbruch. Das nutzt nicht dem Steuerzahler; das nutzt den Rechtsanwälten, die sich vor Gericht darüber streiten können. Das ist unsolide; das ist Blödsinn. So kann man als Opposition keine seriöse Politik betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Liberalen, deren Anspruch es ist, die Regierung von morgen zu stellen, haben uns zum wiederholten Mal ein Sparbuch vorgelegt. Als Erstes muss ich dazu anmerken: Das Sparbuch ist ein bisschen aufgeblasen. Anständigerweise bedruckt man Papier beidseitig. Aber bei diesem Sparbuch ist jede Seite nur einmal bedruckt. Das bedeutet nichts anderes, als dass dort mehr Schein als Sein drin ist. Das ist das Charakteristische dieses Sparbuches.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die unsolide Art wird noch an einer anderen Stelle deutlich. Wenn man den Zuschuss an die Krankenversicherung streicht, bedeutet das höhere Beiträge, netto weniger für die Menschen, mehr Arbeitslosigkeit und höhere Staatsausgaben. Das ist eine liberale Luftbuchung, kein Einsparvorschlag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Abg. Otto Fricke [FDP] hält ein Schriftstück hoch)

- Herr Fricke, ab und zu ist mal eine Seite beidseitig bedruckt; wahrscheinlich, weil es sonst zu dick geworden wäre.

Wie kleinkariert die Liberalen vorgehen, zeigt, dass sie die Mittel für die Kriegsgräberfürsorge um ein Drittel kürzen wollen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Ich glaube nicht, dass es am mangelnden historischen Bewusstsein der Liberalen liegt. Vielmehr wurde es um des Effekts willen ein bisschen schlampig gemacht, damit man eine weitere Einsparung vorweisen konnte. Ich glaube gar nicht, dass die Liberalen gegen die Kriegsgräberfürsorge sind. Aber das zeigt, wie solide dieses Sparbuch ist. Es ist kein Sparbuch, sondern ein dicker Schmierzettelblock, leider nicht mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dieses Sparbuch ist der Jäger 90 der Liberalen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Matthäus-Maier war auch einmal in der FDP. Das darf hier erwähnt werden. Sie hat uns jahrelang damit gequält. Wenn ich sie heute frage, dann schmunzelt sie mich an und weiß ganz genau, dass es unsolide war, den Jäger 90 damals als Argument anzuführen. Genauso unsolide ist es, jedes Jahr mit einem solch substanzlosen, „alternativlosen“ Buch zu nerven. Wo ist eigentlich die Opposition, die Alternativen aufzeigt und nicht mit Schmierzetteln den Deutschen Bundestag in die Irre führen will?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der FDP: Hier!)

Nun komme ich zum Konglomerat von ehemaligen SED-, PDS- und DKP-Funktionären.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Ihr Konzept ist relativ einfach: Abkassieren und Umverteilen. Ich will das dahin gehend zusammenfassen, dass jeder, der in Deutschland arbeitet oder arbeiten will, sich Sorgen machen muss, wenn diese Konzepte in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Sie sind ein Programm für Arbeitslosigkeit und weitgehende Verarmung. Sie sind populistisch und verantwortungslos.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Auch dieser Teil der Opposition ist von wenig Substanz geprägt. Wir werden die Erfolge, die wir bei Beschäftigung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Staatskonsolidierung haben, nicht fortsetzen können, wenn wir auch nur ein Jota dieses Populismus von DKP-Funktionären, SED-Altoberen und anderen übernehmen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der von Frau Kollegin Künast zum kommunistischen Kolumnisten geadelte Hugo Müller-Vogg schreibt in Bezug auf die Grünen - aber das gilt für alle -: Politik als Wunschkonzert, Programme als Geschenkkatalog ohne Preisangabe: In der Opposition machen die Grünen es sich bequem - und sich selbst völlig unglaubwürdig.

Das ist völlig zutreffend.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben doch eine Preisangabe gemacht! Das haben sie doch gerade kritisiert!

Sie blicken auch nicht mehr durch!)

Dem kann man eigentlich im Hinblick auf die Opposition nicht mehr viel hinzufügen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will schließen. Wir haben in dieser Woche mehrfach von der FDP ein Buch bekommen.

(Otto Fricke [FDP]: Haben Sie es gelesen?)

Wenn man ein Geschenk bekommt, dann soll man überlegen, ob man vielleicht etwas zurückschenken kann.

Der Kollege Westerwelle, der hinten mit der Bundeskanzlerin wichtige Gespräche führt, hat dokumentiert, dass er in Sachen Siebenjähriger Krieg und Varusschlacht im Jahre 9 Nachhilfe braucht. Er kommt wie ich aus Nordrhein-Westfalen. Ich habe mir das schwer erarbeiten müssen. Deswegen wollen wir zum Abschluss dieser Debatte dem Kollegen Westerwelle eine aktuelle Ausgabe einer Zeitschrift über die Varusschlacht übergeben. Sie ist bebildert und nicht sehr anspruchsvoll, auch für Abgeordnete geeignet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Damit bedanken wir uns für das Geschenk des Sparbuchs.

Wir antworten mit Varus.

In diesem Sinne wünschen wir weiterhin gute Beratung.

Jetzt steht Ihrer Abreise nichts mehr entgegen. Wir können abstimmen.

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2008. Das betrifft die Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6401 bis 16/6414, 16/6416 und 16/6419 bis 16/6425. Es ist namentliche Abstimmung verlangt.

Ich weise Sie darauf hin, dass nach dieser namentlichen Abstimmung noch weitere, einfache Abstimmungen über Entschließungsanträge folgen werden.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz? - Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zu den Entschließungsanträgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie an den Abstimmungen teilnehmen wollen, dann bitte ich Sie, Platz zu nehmen. Notwendige Gespräche können Sie vor dem Plenarsaal fortsetzen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das gilt auch für das Präsidium! Mit gutem Beispiel vorangehen!)

Wir setzen die Abstimmungen fort und beginnen mit der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD. Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7358? -

Die Gegenprobe! - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag



ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP angenommen. Wir fahren fort mit der Abstimmung über fünf Entschließungsanträge der Fraktion der FDP.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7308? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7312? - Die Gegenprobe! - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7322? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7336. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7337? - Die Gegenprobe! - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zu den drei Entschließungsanträgen der Fraktion Die Linke.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7315? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7328. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7335? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über sieben Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7299? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7306? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7307? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Antragsteller bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7316? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7318. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, der

SPD- Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7319? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Wer stimmt schließlich für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7323? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Soeben übermitteln mir die Schriftführerinnen und Schriftführer das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Ich danke ihnen recht herzlich für ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich muss die Sitzung also nicht unterbrechen und gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung, Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2008, bekannt: Abgegebene Stimmen 552. Mit Ja haben gestimmt 408, mit Nein haben 144 gestimmt, es gab keine Enthaltungen. Das Haushaltsgesetz 2008 ist angenommen.

</ text >

< text 16136 >

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:  
Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Zeil, Frank Schäffler, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Kreditanstalt für Wiederaufbau neu ordnen  
- Drucksache 16/6996 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion der FDP sechs Minuten erhalten soll. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Zeil, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Martin Zeil (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es besteht kein Zweifel: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau leistet seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag für die Förderung des deutschen Mittelstandes. Festzuhalten ist auch: Die riskanten Geschäfte, die die KfW vermutlich mehr als 5 Milliarden Euro kosten werden, hat nicht die KfW, sondern die IKB gemacht. Aber die KfW ist mit einem Anteil von 38 Prozent an der IKB beteiligt. Da fragt man sich schon: Wo war denn die Risikoabteilung der KfW?

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das Vertrauen in die KfW wiederherstellen wollen, müssen diese Vorgänge erst einmal lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichkeiten offengelegt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die bisherigen Erläuterungen seitens der KfW und vor allen Dingen die schleppende und unpräzise Beantwortung

unserer Anfragen an die Bundesregierung sind völlig ungenügend.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage sehr deutlich, meine Damen und Herren: Es ist zu einfach, wenn die von KfW und Bundesregierung entsandten Aufsichtsratsmitglieder so tun, als habe es keine Auffälligkeiten gegeben. Die Finanzkrise ist ja keineswegs so überraschend gekommen, wie heute manche tun.

Warum hat sich offenbar niemand dafür interessiert, dass ein IKB-Vorstandsmitglied, das die IKB im Jahr 2006 verlassen hat, vor den Gefahren der Hypothekenkredite gewarnt hat? Warum haben die in Tochtergesellschaften ausgelagerten Aktivitäten in zweistelliger Milliardenhöhe zu keinem Zeitpunkt nachhaltige Fragen auslöst? Warum haben die drei renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die im Auftrag der KfW geprüft haben, nichts gehört und nichts gesehen? Wieso haben die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat nicht darauf gedrungen, dass bei Haftpflichtversicherungen ein Selbstbehalt für die Vorstände vereinbart wurde, obwohl das den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entsprochen hätte?

(Beifall bei der FDP)

Ist das im Juli 2007 gegen unseren Widerstand in die KfW übertragene ERP-Vermögen wirklich dauerhaft gesichert? Wäre es nicht geboten gewesen, diese Übertragung nach Bekanntwerden der ersten Probleme unverzüglich zu stoppen?

(Beifall bei der FDP)

Es gibt Fragen über Fragen, aber nur wenige überzeugende Antworten. Dennoch ist dieser Vorgang bezüglich der IKB nur ein weiterer Anstoß, nicht der alleinige Grund für unseren Antrag. Jetzt müssen wir parallel zur Aufarbeitung der IKB-Probleme die nötigen Schritte zur Neuordnung der KfW einleiten. Die KfW muss endlich auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückgeführt werden. Auch wenn die Übernahme der Beteiligung an der IKB im November 2001 nachvollziehbar war, ist es nicht Aufgabe einer staatlichen Förderbank, sich an privaten Banken zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso wenig sollte eine staatliche Förderbank Finanzgeschäfte machen, von denen Wettbewerber deutscher Unternehmen profitieren. Es ist deshalb höchste Zeit, das 2003 abgeschaffte Subsidiaritätsprinzip wieder im KfW-Gesetz zu verankern. Mit dem Förderauftrag hat es nichts zu tun, dass der Finanzminister die KfW in den letzten Jahren mehr und mehr als regierungseigene Bank betrachtete und sie nutzte, um Aktienpakete eigentlich privatisierter Staatsunternehmen hin- und herzuschieben oder aktive Industriepolitik zu betreiben.

Der Finanzminister hat den Vorständen von Banken in der ihm eigenen Arroganz vorgeworfen, sie seien „der Komplexität dessen, was sie tun, nicht gewachsen.“

(Zuruf der Abg. Ute Berg [SPD])

- Frau Kollegin, wer die eigenen Finanzaktivitäten trotz unmittelbarer Aufsicht so wenig im Griff hat, der sollte

dies selbst beherzigen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir als Gesetzgeber dringend dafür sorgen, dass die KfW der Aufsicht der BaFin unterstellt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen vor allem verhindern, dass der Mittelstand die Zeche für diese nicht wahrgenommenen Verantwortlichkeiten zahlen muss.

Schon heute sind infolge dieser Krise eine Verknappung und Verteuerung der Firmenkredite zu spüren.

Ende Dezember letzten Jahres erklärten in einer Umfrage 20 Prozent der befragten Firmen, dass sie Neuinvestitionen aufgrund der restriktiven Kreditvergabe zurückstellen mussten. Das ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung kein gutes Omen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen besonderen Hinweis zu der von der Bundesregierung losgetretenen Diskussion über Managergehälter machen.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch vorhin Thema!)

Die entlassenen IKB-Vorstände erhielten mit Zustimmung der Regierungsvertreter nicht nur bis zum Jahresende ihr volles Gehalt, sondern für das Geschäftsjahr 2006/2007 auch noch Boni in Millionenhöhe. Die Bundesregierung ist also - lässt sich hier zusammenfassend sagen - mitverantwortlich dafür, dass Leute, die Milliarden aufs Spiel gesetzt haben, finanziell nicht nur nicht zur Verantwortung gezogen werden können, sondern auch noch belohnt werden.

So viel zu Ihrer Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren. Machen Sie erst einmal in Ihrem eigenen Bereich reinen Tisch und folgen Sie unserem Antrag, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Zeil und meine Damen und Herren der FDP, ich habe für Sie einmal einen Blick in den Duden geworfen und eine Redewendung nachgeschlagen, die mir auf Ihren Antrag, über den wir heute beraten, zuzutreffen scheint, nämlich „das Kind mit dem Bade ausschütten“. Das heißt, so der Duden wörtlich, „zu radikal vorgehen“, „übereilt“, im Übereifer „mit dem Schlechten zugleich auch das Gute verwerfen“. Diesen Eindruck, meine Damen und Herren der FDP, kann man beim Lesen Ihres Antrages in der Tat gewinnen.

Der Ausgangspunkt Ihres Antrages ist die aktuelle Krise der Deutschen Industriebank und die damit verbundene Einstandspflicht der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die aus ihrer 38-prozentigen Beteiligung an der IKB resultiert. Sie kritisieren diese Einstandspflicht für ein privates Kreditinstitut und fordern, die KfW möge sich von allen Beteiligungen an privaten Banken trennen. Bei dieser Forderung bleiben Sie nicht stehen, nein, Sie schütten das Kind mit dem Bade aus und nutzen den

Anlass für eine Art Generalabrechnung mit der aktuellen KfW-Politik. Sie fordern eine umfassende Reform sowohl der Organisationsstruktur als auch der Geschäftsmodelle der KfW.

Bevor ich zu Ihren Forderungen im Einzelnen inhaltlich Stellung nehme, sei mir am Rande eine Bemerkung zur Form Ihres Antrages erlaubt: Wenn Sie die drei komplexen Sachverhalte in einem solchen Antrag auf, wenn man von der Begründung einmal absieht, knapp einer Seite zusammenfassen, dann ist das der Themenstellung dieser drei zentralen Punkte in keiner Weise angemessen und von daher fehlgehend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg-Otto Spiller [SPD])

Ihr Antrag umfasst, wie gesagt, zwei Seiten. Sie formulieren Forderungen zum Teil ohne spezifische Begründung. Dies ist der Sache nicht angemessen.

Ich möchte jetzt auf einige Punkte zu sprechen kommen. Ihnen dürfte bekannt sein, dass im Herbst letzten Jahres auch der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion die Trennung von der IKB und insbesondere von der IPEXBank, die jetzt selber marktfähig geworden ist, gefordert hat. Herr Kollege Zeil, Sie haben eben gesagt, dass es nachvollziehbar war, dass die KfW damals sowohl die Anteile der Münchener Rück als auch der Allianz übernommen hat, sind aber schuldig geblieben, warum das nachvollziehbar war: nämlich weil der IKB sonst die Zerschlagung gedroht hätte und es die Funktion einer vom Bund dominierten Förderbank ist, in solchen Situationen einzuschreiten und das Phänomen, das drohte, zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dies - das muss man genauso kritisch sagen - ist selbstverständlich noch keine Begründung für das lange Festhalten. Die KfW hätte sich in der Tat rechtzeitig vor dieser Krisensituation, nach der Umstrukturierung, von dieser Beteiligung trennen können. Mittelfristig ist es ordnungspolitisch vollkommen richtig, dass sich die KfW von ihren Beteiligungen an IKB und IPEX-Bank trennt; das hat, wie gesagt, auch unser Fraktionsvorstand schon beschlossen.

In der aktuellen Situation von einem Verkauf der Anteile zu reden und dies auch zu fordern, ist nicht nur unverantwortlich, diese Forderung ist auch praktisch nicht umsetzbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Martin Zeil [FDP]: Das macht doch der Finanzminister!)

- Herr Kollege Zeil, wir alle wissen, dass der korrigierte Jahresabschluss 2006/2007 der IKB sowie die Zahlen zum dritten und vierten Quartal bedauerlicherweise immer noch nicht vorliegen. Solange diese Grundlagen für die Due Diligence und all diese Prozesse, die man im Anbieterverfahren vollziehen muss, nicht vorliegen, entbehrt Ihre Forderung wirklich jeder Realität.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das kommt ja auch erst einmal in den Ausschuss!)

Kommen wir zu Ihrer zweiten Forderung, nämlich die KfW der Bankenaufsicht und damit dem KWG zu unterstellen,

um, wie Sie sagen, eine bessere Kontrolle der Tätigkeit sicherzustellen.  
Auch innerhalb der Union gibt es Stimmen, die an der Umsetzung einer solchen Forderung durchaus interessiert sind

(Frank Schäffler [FDP]: Es gibt auch ein paar vernünftige! - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Starke Leute!)

und die die Effektivität der Aufsicht erhöhen wollen.  
(Ute Berg [SPD]: Durch die BaFin?)

Allerdings ist es sehr fraglich, ob die Unterstellung unter das Kreditwesengesetz dafür der richtige Weg ist. Damit würde die KfW auch unter den Anwendungsbereich der Großkredit- und Millionenkreditverordnung fallen, was ihre Fördertätigkeit erheblich einschränken würde. Betroffen wären davon auch Globaldarlehen an Banken, nämlich an die, mit denen sie angeblich im Wettbewerb steht. Das kann nicht im Interesse unseres Staates sein. Meine Damen und Herren der FDP, Ihr Interesse an einer Unterstellung der KfW unter das KWG ist nicht nachvollziehbar. Einerseits fordern Sie - das haben Sie ja eben schon betont -, sie möge kein Geschäft betreiben, das ebenso gut von der Kreditwirtschaft wahrgenommen werden könnte, andererseits soll die KfW aufsichtsrechtlich aber genauso behandelt werden wie

Kreditinstitute. Das ist an sich schon ein Widerspruch.  
(Martin Zeil [FDP]: Es geht um die Aufsicht!)

In Ihrem allzu knappen Antrag versuchen Sie auch nicht, diesen aufzulösen.

Sie sagen, dass keine banküblichen Geschäfte, wie sie die Kreditwirtschaft tätigt, betrieben werden. Das ist gerade der Grund, warum die anderen unter der Aufsicht der BaFin stehen. Wenn sie aber ein Spezialinstitut als Förderinstitut ist, dann ist der Tatbestand der Unterstellung unter das KWG in keiner Weise gegeben.

Sie versuchen hier, den Eindruck zu erwecken, als stünde die aktuelle KfW-Politik in sämtlichen Bereichen im diametralen Gegensatz zu ordnungspolitischen Prinzipien.  
(Martin Zeil [FDP]: Nicht sämtliche!)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen, eines vorweg: Die Union ist ebenfalls daran interessiert, dass die KfW beim normalen Geschäft nicht in Konkurrenz zu den anderen Kreditinstituten tritt. Im Gegensatz zur FDP erkennen wir aber auch die ordnungspolitische Funktion der KfW an. Diese Funktion besteht für uns vor allem darin, Marktprozesse in Gang zu setzen, strukturpolitisch gewünschte Entwicklungen zu beschleunigen, Innovationspotenzial zu mobilisieren und sich in den Bereichen zu engagieren, in denen der Markt nicht die gewünschten Ergebnisse erreicht - vor allem im Bereich der Mittelstandsfinanzierung.

(Martin Zeil [FDP]: Ja, genau das steht in unserem Antrag!)

Diese Forderungen beinhalten ein Subsidiaritätsprinzip, sodass man das nicht noch einmal ausdrücklich betonen muss. Unter Berücksichtigung dieser Funktion der KfW ist der Frontalangriff der FDP auf sämtliche Geschäftsaktivitäten der KfW nicht verständlich und zu weitgehend.

(Beifall des Abg. Christian Freiherr von

Stetten [CDU/CSU] - Martin Zeil [FDP]: Das steht doch gar nicht darin!

Kommen wir zur letzten Forderung der FDP in ihrem Antrag, nämlich der Forderung nach einer Reform der Organisationsstruktur. Meine Damen und Herren der FDP, Sie fordern in diesem Zusammenhang eine deutliche Verkleinerung des Verwaltungsrates, eine Besetzung des Verwaltungsrates mit Personen von hoher Fachkompetenz und die Einrichtung eines Beirates, über den die politische Interessenvertretung erfolgt.

Grundsätzlich sind wir in der Fraktion durchaus der Ansicht, dass die Kontrolle des Verwaltungsrates über die KfW verbesserungsfähig ist und effizienter gestaltet werden könnte und sollte.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Wir stimmen darin überein, dass Verbesserungen vor allen Dingen durch organisatorische Veränderungen, wie zum Beispiel die Verkleinerung des Verwaltungsrates, zu erreichen sein dürften.

Allerdings sind wir auch der Auffassung, dass dieser Punkt zu wichtig ist, um als ein Unterpunkt in einem Antrag abgehandelt zu werden.

Die Neuordnung des Verwaltungsrates sollte in Absprache mit den beteiligten Parlaments- und Ministeriumsmitgliedern erfolgen und nicht in Form von Tischvorlagen.

Gerne kann auch der Vertreter der FDP im Verwaltungsrat dazu beitragen, dass die Verkleinerung effizienter gestaltet wird.

Unabhängig vom konkreten Umfang der Verkleinerung des Verwaltungsrates muss allerdings klar sein:

Grundsätzlich muss das Parlament weiterhin in angemessener Form beteiligt werden.

(Martin Zeil [FDP]: Unbestritten!)

Dafür wird sich meine Fraktion einsetzen.

Abschließend komme ich noch einmal auf meine Eingangsbemerkung zurück: Wir möchten nicht durch eine pauschale Ablehnung Ihres Antrags das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern ihn im Ausschuss in angemessener Form weiter beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Carl-Ludwig Thiele [FDP]:

Herzlichen Dank!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Koppelin das Wort.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Kollege Dautzenberg, ich bin über Ihren Beitrag mehr als erstaunt. Über 1 Milliarde Euro wurden in den Sand gesetzt, verpulvert, der Risikofonds der KfW ist mit über 5 Milliarden Euro völlig ausgeschöpft, und die KfW erhöht von heute auf morgen ihren Anteil an der IKB durch eine Wandelschuldverschreibung von 38 Prozent auf 43 Prozent. Wir müssen alles daran setzen - das ist eine Aussage des Bundesfinanzministers -, dass die Krise der IKB nicht zu einer Krise der KfW wird. Das ist alles nicht ganz unwichtig.

Sie aber nehmen nur den FDP-Antrag auseinander.

Das ist natürlich Ihr gutes Recht. Mich hat aber erstaunt, dass Sie als Mitglied einer so großen Regierungsfraktion

in der augenblicklichen Situation nicht eine Alternative anbieten. Wo sind denn Ihre Vorschläge? Sie mögen ja sagen, dass die Vorschläge der FDP Ihnen nicht reichen, oder finden, dass sie nicht in Ordnung sind. Aber wo sind Ihre Vorschläge? Mein Eindruck von Ihrem Redebeitrag ist gewesen, dass Sie nach dem Motto „Augen zu und durch“ auf bessere Zeiten, in denen vielleicht alles wieder gut wird, hoffen.

So geht es nicht. Der Bund ist mit 80 Prozent an der KfW beteiligt. Darum ist es Aufgabe des Deutschen Bundestages, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir sind der Meinung, dass wir als Bundestag jetzt auch deshalb gefragt sind, weil die Bundesregierung in keiner Weise gehandelt hat. Deshalb finde ich Ihren Redebeitrag – bei aller Wertschätzung für Sie selbst – sehr bedauerlich. Denn Sie wissen es eigentlich besser. Sie hätten heute eine andere Rede halten müssen, als nur den FDP-Antrag auseinanderzunehmen. Kommen Sie bitte mit Ihren eigenen Vorschlägen! Aber es kommen ja noch Redner von Ihrer Fraktion, die das nachholen können. Ich will keine Krise herbeireden, aber die Lage ist auch für die KfW sehr ernst.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Kollege Kubicki,

(Zurufe von der FDP: Koppelin!)

– Entschuldigung: Herr Koppelin. Aber Schleswig-Holstein war schon die richtige Orientierung und auch Ihre Spontaneität ist vergleichbar.

Wenn ich die Ausführungen Ihrer Kurzintervention bewerte, muss ich feststellen, dass Sie bei meinem Redebeitrag nicht aufmerksam zugehört haben. Es ging nicht um ein – wie Sie sagen – Abbügeln des FDP-Antrages. Ich hoffe, dass ich konstruktiv auf einige Vorstellungen eingegangen bin, denen ich etwas abgewinnen kann. Generell warne ich aber vor Schnellschüssen. Die Forderung nach Verkauf der IKB bringt in der jetzigen Situation nichts.

(Martin Zeil [FDP]: Was auch so nicht im Antrag steht!)

Vielmehr muss sie sich erst konsolidieren.

Das könnte man auch so zum Ausdruck bringen. Aber wenn man auf einer einzigen Seite versucht, drei zentrale Bereiche in einem Schnellschuss darzustellen, um politisch gewisse Eindrücke zu erzeugen, ist das problematisch. Sie können davon ausgehen, dass wir in unserer Fraktion die wichtigen Punkte in angemessener Form beraten werden. Deshalb habe ich gesagt, dass wir uns im Ausschuss damit beschäftigen werden.

Sie stellen manche Punkte so dar, als würden wir nicht darauf eingehen. Ich sage Ihnen aber noch etwas zu dem Widerspruch in Ihrem Antrag: Wenn Sie keinen Wettbewerb zwischen der KfW und den Banken zulassen wollen, dann bleibt die KfW nach wie vor ein Spezialinstitut. Dann brauchen Sie sie auch nicht unter die Aufsicht der BaFin zu stellen. Wenn Sie weiterhin Globaldarlehen wollen, wovon auch die Kreditwirtschaft



und alle anderen Institute profitieren, dann können Sie die KfW nicht der BaFin unterstellen, weil sonst die Großkreditverordnung gelten würde und damit solche Darlehensformen nicht zulässig wären. Platzhaltergeschäfte sind auch dann sinnvoll - darin stimmen Sie mir hoffentlich zu -, wenn es zur Marktüberforderung kommt und Eigentum des Bundes am Markt platziert werden soll. Man sollte das nicht in einem Schritt, sondern durchaus in Tranchen vollziehen, um auch für den Bund Erträge zu erreichen. Solche Platzhaltergeschäfte wären in der normalen Kreditwirtschaft nicht möglich, weil dabei Eigenkapital gebunden würde, was wiederum aufsichtsrelevant wäre. Insofern müssen Sie sich entscheiden, ob Sie die KfW unter Aufsicht stellen wollen. Dann wären manche Geschäfte, die ihr jetzt als Bundesförderbank möglich sind, nicht mehr möglich.

Mit diesen Widersprüchen können wir uns gerne im Ausschuss beschäftigen. Ich warne davor, mit Schnellschüssen den Eindruck zu erwecken, dass man dadurch die Situation in manchen Bereichen des Kredit- und Finanzmarkts heilen kann. Dies ist nur durch konkrete und richtige Beschlüsse und ein entsprechendes Vorgehen möglich. Darüber sollte man tunlichst nicht immer in der Öffentlichkeit diskutieren, sondern in den zuständigen Gremien.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Herbert Schui, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fragen von Herrn Zeil sind völlig richtig gestellt. Ich könnte sie noch um einige Punkte ergänzen. Wir brauchen eine ordnungsgemäße Aufklärung über die jüngere Geschichte der IKB und vor allen Dingen der KfW. Das steht völlig außer Frage.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss aber auch fragen, was zu tun gewesen wäre, wenn die IKB in die Pleite geraten würde. Kann man das einfach laufen lassen? Wer legitimiert ist, Gewinn zu machen, ist schließlich auch verpflichtet, Verluste zu tragen. Solange nur ein einzelnes Unternehmen über den Deister geht, ist das in Ordnung, aber für den Fall, dass es eine Bankenkrise auslöst, muss man sich etwas einfallen lassen. Es reicht nicht aus, rigoros den Verkauf der IKB-Anteile zu fordern; man muss vielmehr einen Plan haben, wie das Finanzministerium, die Zentralbank und die große öffentliche Bank KfW in Fällen von allgemeinen Bankenkrisen tätig werden sollen. Das ist wiederum ein Riesenproblem. Denn wenn man diesen Plan veröffentlicht, nachdem man ihn geschmiedet hat, dann hat das zur Folge, dass sich der private Bankensektor auf den Staat als denjenigen verlässt, der das Risiko trägt, und noch waghalsigere Geschäfte eingeht. Darüber muss sehr intensiv nachgedacht werden.

Ich will noch auf einen weiteren Punkt eingehen, nämlich das Subsidiaritätsprinzip, dessen Einführung die FDP fordert. Das wäre ein Anlass, darüber zu philosophieren,

woher der Subsidiaritätsgedanke stammt.

(Martin Zeil [FDP]: Das steht im EUVerfassungsentwurf!)  
Thomas von Aquin hat sich in seiner Staatstheorie im hohen Mittelalter mit diesem Begriff befasst, der nun für das profane Bankgeschäft trivialisiert wird. Darauf gehe ich aber jetzt nicht näher ein.

Ich bin gegen die Einführung des Subsidiaritätsprinzips in dem Sinne, dass im Falle eines Marktversagens der öffentliche Bankensektor einspringen soll, und zwar aus folgendem Grund: Wir brauchen bestimmte Bereiche, in denen ein öffentlicher Bankensektor in Wettbewerb zu den privaten Banken tritt. Das ist außerordentlich wichtig.

Ich will dazu ein Beispiel anführen. Frankreich und Deutschland haben einen recht großen öffentlichen Bankensektor. In Deutschland gibt es die Sparkassen und die Postsparkassen, in Frankreich die Caisse des Dépôts et Consignations, die unserer KfW entspricht. Die Zinsspanne beträgt in Frankreich und Deutschland etwas über 1 Prozentpunkt, in Großbritannien 1,75 und in den USA 3,5 Prozentpunkte. Je kleiner der öffentliche Bankensektor ist, desto höher ist also die Zinsspanne. Die Zahlen sind auf das Geschäftsvolumen bezogen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das wird etwas mit Wettbewerb zu tun haben!)

- Ja, das ist mein Argument. Der öffentliche Sektor fördert den Wettbewerb. Dann kommt es zu einer niedrigeren Zinsspanne. Das ist wichtig für den gesamten realwirtschaftlichen Sektor, weil niedrige Kreditkosten im Allgemeinen ein gutes struktur- und industriepolitisches Instrument sind.

Mehr Wettbewerb führt darüber hinaus dazu, dass die Gebühren für Konten und andere Dienste nicht zu hoch sind. Es käme also darauf an, nicht nur die KfW neu zu organisieren, sondern dem gesamten öffentlichen Bankensektor eine einheitliche Struktur zu geben, das heißt, eine Verbindung zwischen der KfW, den Landesbanken und den Sparkassen zu schaffen. Wie genau das geschehen soll, darüber muss intensiv nachgedacht werden. Das lässt sich nicht in drei Worten umreißen. So viel dazu.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, nicht nur für mehr Wettbewerb im gesamten Bankenbereich zu sorgen. Vielmehr muss der öffentliche Sektor ein konkretes Instrument in der Hand haben, das geeignet ist, Strukturpolitik zu betreiben. Bei einer Neustrukturierung muss man darauf achten, dass der öffentliche Bankensektor nicht Zugang zu allen Geschäften hat. Das richtet sich sicherlich gegen das Interesse so manchen Sparkassenleiters, der meint, dass er den Marschallstab im Tornister hat, und der sich gelegentlich Videos von Herrn Ackermann anschaut. Aber an solchen Leuten dürfen wir uns nicht orientieren. Ich stimme der FDP in ihrer Forderung voll zu, den Verwaltungsrat zu verkleinern. Bei der Auswahl der Personen muss man allerdings Acht geben. Es sollten Fachleute sein; so viel ist klar. Es darf kein zusammengewürfelter Verwaltungsrat sein. Es sollten aber keine Fachleute aus dem privaten Bankensektor sein, die man sich entliehen hat und die bereits sechs Aufsichtsratsposten gesammelt haben und nun den siebten anstreben. Sie

könnten beispielsweise von der Bundesbank kommen, also aus einem Milieu, in dem sich Sachverstand mit einer gewissen Neutralität paart. Nur so kann man Förderpolitik betreiben.

Letzter Punkt. Ein Beirat für die politische Interessenvertretung ist die Lösung. Hier muss darüber debattiert werden, wer für die Besetzung des Beirates zuständig ist. Der Beirat sollte die Kompetenzen haben, die ihm das Parlament überträgt, oder der Beirat sollte - unter Hinzuziehung weiterer Personen - unmittelbar aus dem Parlament entstammen; das halte ich für die bessere Lösung. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Jörg-Otto Spiller, SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP wirft Nebelkerzen. Jahrelang haben uns die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Bundestagsfraktion erklärt, alles Übel an wirtschaftlicher Fehlentwicklung habe nur eine Quelle, nämlich ein Übermaß an staatlicher Regulierung.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So simpel haben wir das nie gesagt!)

- Herr Thiele, Sie haben uns immer gesagt, alles, was gut sei, könne nur durch absolute Freiheit des Marktes kommen. Das haben Sie immer gepredigt, Herr Thiele.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Von Ihnen habe ich nie etwas gehört, Herr Zeil. Verzeihen Sie, dass ich zumindest nichts in Erinnerung habe.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Thiele?

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Sehr gerne.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herr Kollege Spiller, wir arbeiten schon länger im Finanzausschuss zusammen. Sie können in den Protokollen nachlesen, dass ich immer erklärt habe, dass der Finanzmarkt ein reguliertes Element ist. Dort gibt es nicht nur freie Marktwirtschaft. Vielmehr brauchen wir im Interesse des Finanzplatzes Regulierung in der Finanzbranche. Dazu habe ich mich immer bekannt. Das halte ich für notwendig. Es ist nur erstaunlich, dass Regulierung in diesem Fall gar nicht das Problem darstellt. Vielmehr sind die Probleme in den Unternehmen entstanden, in denen die öffentliche Hand die Mehrheit hat. Das ist aber etwas anderes als das, was Sie uns unterstellen; denn die Regulierung ist da. Sie muss funktionieren. Dafür kämpfen wir und setzen wir uns weiter ein. Was Sie uns unterstellen, haben wir aber nie gesagt. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie selbst das korrigierten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Thiele, es freut mich sehr, dass Sie inzwischen zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Aber früher haben Sie das anders dargestellt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Oh nein!)

Wenn Sie wollen, werde ich Ihnen zeigen, dass Sie sich bei früheren Gelegenheiten im Finanzausschuss oder im Plenum – das gilt auch für die Finanzmärkte – für weniger Regulierung und für ein höheres Maß an Freiheit ausgesprochen haben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Für weniger, ja!)

Was Ihre Bemerkung angeht, es handele sich vor allem um Banken mit staatlicher Beteiligung oder um reine Staatsbanken, die bei diesem Zocken vornan standen, sage ich Ihnen einmal, wer in Europa das größte Spiel betrieben hat: Das war die größte Schweizer Bank, die UBS,

(Frank Schäffler [FDP]: Die ist aber nicht pleite!)

die vor wenigen Wochen einen Abschreibungsbedarf von 14,4 Milliarden Dollar angemeldet hat. Da ist sozusagen der liberale Geist voll zum Tragen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Was sagt die FDP dazu? Haben Sie ein Wort über das Entstehen dieser Finanzmarktkrise gesagt? Nichts!

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Doch!)

Sie haben sich nur über die Institution ausgelassen, die Schadensbegrenzung betrieben hat, nämlich die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

(Beifall bei der SPD – Carl-Ludwig Thiele [FDP]:

Frau Matthäus-Maier sagt dasselbe!)

Es ist absolut unehrlich und absolut inadäquat, bei dieser Finanzmarktkrise über die Feuerwehr zu reden, nicht aber über diejenigen, die gezündelt haben.

(Beifall bei der SPD – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: 5 Milliarden!)

Bei der Aufbereitung dieser Finanzmarktkrise müssen wir uns auf die Frage konzentrieren, wie wir ein besseres System von innerer Kontrolle in den Unternehmen erreichen können und wie wir die Bankenaufsicht, die von der Deutschen Bundesbank und der BAFin ausgeübt wird, stärken können. Aber es fängt bei den Unternehmen selbst an. Zu den Unternehmen selbst gehört auch das Hilfsorgan des Aufsichtsrats, nämlich die Wirtschaftsprüfer. Ich möchte Ihnen einmal einen Satz aus dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers der IKB vorlesen.

Die IKB hat ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr, das am 31. März endet. Deswegen hat der Wirtschaftsprüfer seinen Prüfungsvermerk Anfang Juni vorgelegt. Der letzte Satz dieses Vermerks lautet wie folgt:

Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 4. Juni 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft

Dann folgen die Namen der beiden Wirtschaftsprüfer.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schick von den Grünen?

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Ja, gerne.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Spiller, Herr Zeil hat am Ende seiner Rede die Frage aufgeworfen, wie zu bewerten sei, dass der Vertreter der Bundesregierung entsprechende Zahlungen an den IKB-Vorstand, der abtreten musste, unterstützt hat. Ich wäre dankbar, wenn Sie darauf noch eingehen könnten. Jörg-Otto Spiller (SPD):

Ihre Frage knüpft nicht unmittelbar an das an, was ich gerade sagte. Ich weiß nicht, ob Sie davon ablenken wollen. Ich will zu Ihrer Frage nachher gern etwas sagen. (Jürgen Koppelin [FDP]: Die Frage ist gut!)

Zuvor will ich auf das zurückkommen, von dem Sie jetzt wohl ablenken wollten.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich will nicht ablenken!)

Die Wirtschaftsprüfer - nicht irgendwer, sondern hochrenommierte Wirtschaftsprüfer - bescheinigen dem Vorstand der Industriekreditbank, alle Risiken seien ordentlich erfasst und ausgewiesen worden. Daher stellt sich natürlich schon die Frage, ob wir uns angesichts des heute gegebenen rechtlichen Rahmens, was die Haftung von Wirtschaftsprüfern und möglicherweise auch die Bilanzvorschriften angeht, einfach zurücklehnen und sagen können, wir beschäftigen uns lieber mit Nebenkriegsschauplätzen, reden über die Institution, die den Schaden begrenzt hat, und mäkeln an der Institution, die den Schaden begrenzt hat, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, herum. Vielmehr müssen wir doch fragen, wie wir die Risikokontrolle, das Risikomanagement in den Griff bekommen. Sie haben hier eine verwirrende Debatte angestoßen. Wir werden Ihnen aber nicht erlauben, dass wir die Debatte im Deutschen Bundestag nur darüber führen.

Zu Ihrer konkreten Frage, Herr Kollege: Ich weiß nicht, was die Ursache dafür war. Ich halte es nicht für überzeugend, dass ein Manager, der so offenkundig versagt hat, unter so fürstlichen Bedingungen seinen Hut nehmen kann. Ich fand das nicht in Ordnung, ich kenne aber nicht die Verträge. Ich weiß nicht, welche Verträge vorliegen. Ich finde das unbefriedigend.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte gerne noch einige Bemerkungen zu dem Antrag selbst machen. Mich überzeugt überhaupt nicht, dass Sie jetzt so tun, als wäre die Nichtunterstellung der Kreditanstalt für Wiederaufbau unter die Aufsicht der BaFin ein Problem. Das verstehe ich überhaupt nicht. Das hat mit der Finanzmarktkrise wirklich null zu tun.

(Martin Zeil [FDP]: Habe ich auch nicht behauptet!)

- Warum schreiben Sie das denn hinein?

(Heiterkeit bei der SPD - Martin Zeil [FDP]:

Es geht um die Neuordnung insgesamt!)

Sie taten so, als hätte der Antrag irgendeinen Anlass.

Wenn er keinen hat, dann war das nur ein Jux. Ich möchte das doch etwas ernsthafter betrieben wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Dautzenberg hat schon darauf hingewiesen, dass die Unterstellung unter die Aufsicht der BaFin heißt, dass natürlich das Kreditwesengesetz voll angewendet werden muss. Dann können Sie sich allerdings

von dem größten Teil des Fördergeschäfts verabschieden. Es wird dann auch nicht mehr möglich sein, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau in dem Maße und in der Art wie bisher in der Entwicklungszusammenarbeit die Funktion, die ihr das Parlament übertragen hat, ausfüllt. Das passt einfach nicht zusammen.

Natürlich muss man darüber nachdenken, in welchem Umfang eine Beteiligung an privaten Banken erforderlich ist. Ich glaube, dass man diese Beteiligung an der IKB nicht auf Dauer halten muss. Allerdings war es so: Die KfW hat sich nicht danach gedrängt. Das hat Herr Dautzenberg schon vorhin angedeutet. Im Übrigen ist der Einstieg Mitte der 80er-Jahre erfolgt. Damals hat die FDP den Bundeswirtschaftsminister gestellt. Die FDP hat auch den Bundeswirtschaftsminister gestellt, (Frank Schäffler [FDP]: Da ging es dem Land noch gut!)

als die KfW im Rahmen der Privatisierung der Postnachfolgeunternehmen zunächst einmal einen großen Teil der Aktien, die dem Bund gehörten, aufgenommen hat. Das geschah mit Beteiligung des FDP-Bundeswirtschaftsministers. Da dürfen Sie sich nicht einfach davonstellen. Letzte Bemerkung: Über eines müssen wir sorgfältig nachdenken. Sie sagen, die KfW soll nicht mehr kommerzielle Kreditfinanzierungen übernehmen. Diese Aktivitäten sind jetzt aus Wettbewerbsgründen ausgegliedert und in der IPEX zusammengefasst worden. Für diese Kreditfinanzierungen gelten kommerzielle Konditionen. Das ist der einzige Zweig der Geschäftstätigkeit der KfW, in dem die KfW Jahr für Jahr saubere Gewinne erwirtschaftet.

(Frank Schäffler [FDP]: Das war bei der IKB auch so! Saubere Gewinne jahrelang!)

- Nein, Herr Schäffler.

(Frank Schäffler [FDP]: Wer garantiert Ihnen, dass das bei der KfW nicht auch so ist? Die Besetzung des Verwaltungsrats?)

Die IPEX macht ihre Geschäfte insbesondere mit der Exportfinanzierung, die von der KfW seit langem mit sehr viel Erfolg und gewinnbringend betrieben wird. Wenn sie das nicht mehr machen kann und sie keine Erträge mehr erwirtschaften kann, wird die Fördertätigkeit bei der Mittelstandsfinanzierung entweder eingeschränkt werden müssen oder der Deutsche Bundestag muss ihr Mittel dafür bewilligen.

Das Kurze vom Langen ist: Ihr Antrag liegt völlig daneben. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort nun Kollegen Gerhard Schick, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir die Eingangsbemerkung: Ich finde, das ist eine ziemlich schräge Debatte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, dass weder die Finanzmarktkrise noch die KfW eine solche schräge Debatte verdient haben. Die

KfW ist eine durchaus erfolgreiche Förderbank, zu großen Teilen im Besitz des Bundes. Wenn Sie einen Antrag zur Zukunft der KfW stellen, dann sollten Sie die schwierige Abwägung zwischen dem, was eine solche öffentliche Förderbank im staatlichen Auftrag macht, und dem, was man Privaten überlassen soll, wirklich begründen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne Begründung einfach so en passant zu fordern, die IKB vollständig zu privatisieren - man leitet diese Forderung sozusagen ideologisch ab -, und das nach einem Jahr, in dem die KfW eine erfolgreiche Förderpolitik und Mittelstandsfinanzierung in einem großen Ausmaß betrieben hat - Sie sagen immer wieder, man müsse etwas für den Mittelstand tun -, das passt nicht. Auf die Finanzmarktkrise, die natürlich auch private Banken und damit die IKB erfasst hat, in dieser Form zu reagieren, ist völlig zu kurz gegriffen.

Wir sollten uns die Sache separat vornehmen und mit mehr Gründlichkeit vorgehen. Das, was Sie hier zusammengeschustert haben, gibt keine Antworten auf die verschiedenen Fragen. Ich finde es nicht zufriedenstellend.

Was ich gut fand, war die Kurzintervention des Kollegen Koppelin. Sie war ein Fingerzeig auf ein entscheidendes Defizit bei der Großen Koalition. Ich finde, das sollte für unsere weiteren Debatten im Ausschuss wie auch hier im Plenum eine Rolle spielen. Es gibt bisher nämlich keine Reaktion der Großen Koalition auf die Finanzmarktkrise, durch die klar würde, was wir jetzt auf den verschiedenen Ebenen machen und wie das alles zusammenpasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nachdem diese Krise seit einigen Monaten in diesem Land herrscht, ist es Zeit, dass diese Regierung einmal eine Analyse vorlegt, aus der hervorgeht, was eigentlich passiert ist, und in der dargestellt wird, wie wir reagieren, und zwar nicht nur international - auf dieser Ebene gibt es durchaus ein paar gute Initiativen -, sondern auch als nationaler Gesetzgeber, dem die Verwaltung untersteht. Das Einzige, was bisher vorliegt, ist der Entwurf eines Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetzes, über das Sie sich aber immer noch nicht verständigt haben. Ansonsten gibt es keine Perspektive, wohin die Reise geht.

Der FDP-Antrag enthält einen richtigen Punkt - Herr Spiller hat ihn aufgegriffen -: Natürlich muss die Frage beantwortet werden, wie das Controlling in öffentlichen Unternehmen eigentlich aussieht. Wir müssen schon feststellen: Die Fälle IKB und Sachsen LB müssen uns ein Lehrstück sein. Gerade dann, wenn mit öffentlichem Geld gewirtschaftet wird, muss das Controlling natürlich optimal sein. Deswegen können wir mit dem Vorschlag, den Verwaltungsrat zu verkleinern - muss im Verwaltungsrat wirklich jeder Verband vertreten sein? -, durchaus etwas anfangen.

Die zentrale Botschaft, die von dieser Debatte ausgehen sollte, ist: Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, bitte, geschätzte Bundesregierung, legen Sie einmal eine Antwort vor. Dann werden

wir diese Vorschläge systematisch und nicht in so einer schrägen Debatte, wie die, die die FDP heute ausgelöst hat, bewerten. Ich glaube, das haben die Bürgerinnen und Bürger, die einen Teil der Effekte dieser Krise zu tragen haben,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch die Unternehmerinnen und Unternehmer, die ebenfalls einen Teil dieser Effekte zu tragen haben, wirklich verdient.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letzter Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Kollegin Ute Berg, SPD-Fraktion, das Wort.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Niemand da von der Regierung!)

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im Wirtschaftsausschuss im letzten Monat die Gelegenheit, mit der Vorstandsvorsitzenden der KfW ausführlich über die Situation, die sich aus der IKB-Krise ergeben hat, zu diskutieren. Herr Zeil, wenn ich es nicht besser gewusst hätte, würde ich sagen: Sie sind nicht dabei gewesen.

(Martin Zeil [FDP]: Doch!)

Denn all das, was Sie jetzt angesprochen haben, haben Sie auch damals angesprochen.

(Klaus Barthel [SPD]: Ignorant!)

Sie haben Äußerungen von Frau Matthäus-Maier gehört, die eigentlich sehr überzeugend waren. Dennoch tragen Sie wieder gebetsmühlenartig dasselbe wie damals vor. Ich finde, jedenfalls am Ende der Sitzung war allen, die gut zugehört hatten, klar: Die KfW ist nicht das Problem, sondern sie trägt ganz entscheidend zur Lösung des Problems bei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit den Verbänden der Kreditwirtschaft hat sie mit insgesamt 4,8 Milliarden Euro die Vorsorge für Risiken der IKB übernommen. Sie hat damit – unter den gegebenen Umständen und zu dem kritischen Zeitpunkt, also zu einem Zeitpunkt, an dem noch nicht viele Informationen zur Verfügung standen – ein gutes und schnelles Krisenmanagement betrieben.

(Martin Zeil [FDP]: Unbestritten!)

Sie hat verhindert, dass der deutsche Mittelstand die Rechnung für die riskanten Experimente abenteuerlustiger Bankvorstände zahlen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Förderaktivitäten für den Mittelstand sind also nicht gefährdet. Selbst der Bundesrechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht unterstrichen, dass er keine Anzeichen für eine Gefährdung sieht. Sie wissen ganz genau, dass sich der Bundesrechnungshof im ERP-Unterausschuss dadurch auszeichnet, dass er sehr kritische Anmerkungen macht und Fragen stellt.

(Abg. Jürgen Koppelin [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich möchte jetzt weiterreden.

Meine Damen und Herren von der FDP, die KfW verausgabt



nicht „Steuermittel in Milliardenhöhe“. Sie bauen in Ihrem Antrag ein Bedrohungsszenario auf. Die KfW hat die Vorsorge für die übernommenen Risiken in Höhe von knapp 5 Milliarden Euro aus eigenen Mitteln gebildet; sie hat dafür einen Fonds eingerichtet.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Berg, es machte eben den Eindruck, als wollten Sie die Zwischenfrage nicht zulassen.

Ute Berg (SPD):

Herr Koppelin kann zum Schluss das Wort erhalten.

Ich bin gerade so schön im Schwung. Herr Koppelin, Sie machen gerne Interventionen. Machen Sie sie doch zum Schluss.

Noch einmal: Die KfW selbst ist nicht das Problem; sie trägt zur Lösung bei. Das war auch im Jahr 2001 so, als sich keine der privaten Banken für das Paket der IKB-Aktien, das Allianz und Münchener Rück angeboten haben, erwärmen konnte. Damals haben nicht nur der Vorstandsvorsitzende der IKB, sondern auch BDA und BDI händeringend die KfW darum gebeten, das Aktienpaket zu übernehmen. Es ist absurd, nun die Krise der IKB zu nutzen, um der KfW eins auszuwischen; schließlich hat sich die KfW erstens auf Drängen der Wirtschaft beteiligt und ist zweitens selbst überhaupt nicht in den Sog dieser Krise geraten.

Abschließend möchte ich betonen: Es ist irreführend und auch unfair, die KfW immer in einem Atemzug mit der aktuellen Bankenkrise zu nennen; denn die KfW hat die Krise, wie gesagt, definitiv nicht ausgelöst und ist nicht in ihren Sog geraten. Vielmehr hat die KfW da, wo sie tangiert war, besonnen gehandelt.

Wir sollten uns lieber auf die umfangreichen Leistungen konzentrieren, die die KfW auch für die Wirtschaft, besonders für den Mittelstand, erbringt. Sie gibt zinsgünstige Förderkredite. Sie hält innovative Programme vor, mit denen das Eigenkapital der Unternehmen gestärkt wird. Sie berät kleine und mittelständische Unternehmen in allen Entwicklungsphasen. Sie investiert in den Wohnungsbau, in Energiespartetechniken, in die kommunale Infrastruktur. Sie leistet Beiträge zur Entwicklungshilfe. Das war nur ein kleiner Ausschnitt ihrer Aktivitäten.

(Martin Zeil [FDP]: Wir müssen doch die Verantwortlichkeiten klären!)

Das Gesamtfördervolumen der KfW konnte zum Ende des dritten Quartals 2007 im Vergleich zum Vorjahreswert um rund 16 Prozent gesteigert werden. 2007 war das beste Förderjahr der KfW überhaupt. Das Gesamtvolumen lag bei rund 60 Milliarden Euro. Ich denke, diese Fakten überzeugen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ute Berg (SPD):

Ja.

Die KfW hat sich immer als verlässliche Partnerin erwiesen. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man sie jetzt auf die Anklagebank setzt und eine groß angelegte Umstrukturierung fordert. Der Duktus Ihres Antrages lautet: „Kreditanstalt für Wiederaufbau neu ordnen“. Da machen wir selbstverständlich nicht mit. Bei Detailänderungen, bei einer Straffung des Entscheidungsgremiums

etc. - es ist alles schon angesprochen worden - machen wir mit, aber nicht bei einer völligen Umstrukturierung. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Jürgen Koppelin das Wort.

Jürgen Koppelin (FDP):

Der Beitrag der Kollegin fordert mich richtig heraus; denn das war mehr Gesundheitserei als ein sachlicher Beitrag zur Diskussion.

Es geht der FDP nicht darum - das können Sie uns nicht unterstellen -, der KfW „eins auszuwischen“. Kollege Zeil hat in seinem Beitrag sehr richtig auch positive Seiten der KfW genannt. Insofern trifft dieser Vorwurf überhaupt nicht.

Sie haben die Gründe dafür, dass der Risikofonds der KfW mit einem Volumen von gut 5 Milliarden Euro ausgeschöpft ist, völlig ausgeblendet. Das liegt nur an der IKB. Der Risikofonds, der sonst für allgemeine Kredite vorgesehen ist, ist völlig ausgeschöpft. Er muss jetzt neu aufgefüllt werden. Die Situation bei der KfW ist nicht so, wie Sie es dargestellt haben.

Ich habe vorhin den Bundesfinanzminister zitiert. Wenn selbst er mit seinem SPD-Parteibuch erklärt - er hat das öffentlich getan; das ist kein Geheimnis -, wir müssten dringend aufpassen, dass die Krise der IKB nicht zu einer Krise der KfW werde, dann können Sie das doch nicht ausblenden, sondern müssen gerade als Sozialdemokratin dazu Stellung nehmen.

Wenn Sie Frau Matthäus-Maier, die ich wirklich sehr schätze und der ich mich fast freundschaftlich verbunden fühle, so in Schutz nehmen und sich auch im Ausschuss entsprechend äußern, dann muss ich ein Zitat von Frau Mätthaus-Maier wiedergeben. Das Zitat von Frau Matthäus-Maier ist noch nicht allzu alt, etwas über ein halbes Jahr. In Bezug auf die KfW hat sie in einem Interview erklärt - es war in der Frankfurter Allgemeinen -:

„Die IKB ist unser Ohr am Markt, ...“ Auch das ist ein Zitat von Frau Matthäus-Maier. Das müssen Sie ebenfalls zur Kenntnis nehmen. Das haben Sie aber natürlich ausgeblendet, und das kann ich gut verstehen.

Meine entscheidende Frage an Sie ist eine andere - darauf sind Sie nicht eingegangen, Sie haben alles schöngeredet -: Die KfW ist mit 38 Prozent an der IKB beteiligt. Wieso ist dann nur die KfW verpflichtet, das Risiko zu tragen? Andere Anteilseigner - Oppenheim und wie sie alle heißen - haben sich nicht daran beteiligt, dieses Risiko mit aufzufangen. Wieso ist da nur die KfW tätig geworden und nicht die anderen Anteilseigner, wenn sie nur einen Anteil von 38 Prozent hat?

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Berg.

Ute Berg (SPD):

Zunächst möchte ich kurz darauf eingehen, dass Sie mir vorgeworfen haben, ich würde Frau Matthäus-Maier zu sehr unterstützen. Sie hat das gar nicht nötig. Sie macht ihre Sachen gut. Ich habe eben schon beschrieben, dass sie in dieser Krise sehr überlegt und trotzdem schnell gehandelt hat. Ich füge noch hinzu, dass sie von sich aus ein Interesse daran hat, diesen großen, doch etwas

schwerfälligen Verwaltungsrat umzustrukturieren und ein kleineres Entscheidungsgremium zu schaffen. Das finde ich durchaus sinnvoll und richtig. Man kann an der Struktur der KfW natürlich noch einiges verbessern. Ich habe mich aber vor allem dagegen gewandt, dass Sie die KfW quasi in den Fokus Ihrer Kritik gerückt haben und nicht die IKB. Die IKB ist im Übrigen eine lupenreine Privatbank; das möchte ich noch einmal unterstreichen, weil Sie ja sonst sehr stark das Private unterstützen, fördern und in den Himmel heben. Die Fehler wurden ganz eindeutig dort gemacht. Die KfW hat sich daran beteiligt, Schaden zu begrenzen. Ich möchte noch etwas ansprechen. Sie haben gerade gesagt, der Fonds sei völlig ausgeschöpft. Dieser Fonds wurde für solche Fälle eingerichtet. Natürlich ist er für Risiken da; es ist ein Risikofonds. Er wird natürlich genutzt, wenn ein Risiko besteht bzw. wenn eine schwierige Situation auftritt. Ich habe mich ein bisschen gegen die Schwarz-Weiß-Malerei gewandt, die Sie gerade betrieben haben.

Zu Ihrer letzten Frage: Warum hat nur die KfW die IKB aufgefangen? Sie wissen selber, dass man in den Gremien eine Zweidrittelmehrheit braucht, um entscheiden zu können. Das war nicht anders hinzubekommen. Dies kann man sicherlich bedauern. Insgesamt ist Ihr Schuss gegen die KfW viel zu massiv gewesen. Ich finde, Herr Dautzenberg hat das Richtige gesagt: Sie haben eindeutig das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

</ text >

< text 16138 >

Vizepräsidentin Petra Pau:

Danke, Herr Staatssekretär.

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Zur

Beantwortung der Frage steht der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte zur Verfügung.

Ich rufe die dringliche Frage 4 des Kollegen Dr. Axel Troost auf:

Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der um sich greifenden weltweiten Börsenkrise auf Beschäftigung und Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland, und mit welchen Maßnahmen – wie zum Beispiel einem umfassenden Konjunkturpaket auf den Gebieten Arbeit, Bildung, Forschung und Infrastruktur – will die Bundesregierung gegensteuern? Bitte, Herr Staatssekretär.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Troost, die Antwort lautet: Die Schwankungen der Börsenkurse sind wiederkehrende Ereignisse der Kapital- und Finanzmärkte und in ihren Auswirkungen zunächst auf Kapitalvermögenswerte beschränkt. Die Bundesregierung sieht deswegen keine Notwendigkeit, aufgrund des jüngsten weltweiten Rückgangs der Aktienkurse die Wachstumserwartungen, die wir heute im Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt haben, von 1,7 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts zu verändern.

Im Übrigen gilt, dass hektische Reaktionen der Politik in solchen Situationen die bestehenden Unsicherheiten eher vergrößern als verkleinern. Wir planen kein Konjunkturprogramm.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu Ihrer ersten Nachfrage.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Von Hektik war gar keine Rede. Wir wissen jetzt schon, dass die Finanzmarkturbulenzen dazu führen, dass kleine und mittelständische Unternehmen Schwierigkeiten haben, Bankkredite zu bekommen. Wir können jetzt schon die Konsequenz absehen - wir diskutieren darüber auch im Finanzausschuss -, dass es einen Wertberichtigungsbedarf bei deutschen Banken in der Größenordnung von wahrscheinlich 15 Milliarden Euro gibt, was zu Steuermindereinnahmen in der Größenordnung von 5 Milliarden Euro - möglicherweise noch in diesem Jahr - führt. Diese Konsequenzen sind ja schon absehbar.

Dr. Axel Troost

Die Frage ist: Sehen Sie nicht doch, ähnlich wie in den USA, die Notwendigkeit, zumindest darüber nachzudenken, wie man versuchen kann, das Wachstum auf einem solchen Niveau zu halten, dass es nicht bereits in diesem Jahr zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich bleibe bei meiner Bemerkung, dass hektische Reaktionen schädlich sind. Ich halte es für erstaunlich, dass Sie schon drei Tage nach den negativen Auswirkungen an den Börsen von Erfahrungen sprechen können und davon, welche Schäden der Realwirtschaft in Deutschland dadurch zugefügt wurden. Meiner Meinung nach gibt es Auswirkungen im psychologischen Bereich, aber keine, die sich in den Fakten widerspiegeln. Wir sehen keine Kreditprobleme für den deutschen Mittelstand. Deswegen bleibe ich dabei: Jetzt zu spekulieren, was man alles tun könnte, verstärkt nur die Problematik. Wir gehen davon aus, dass die Situation in Deutschland stabiler sein wird als in den Vereinigten Staaten von Amerika, weil es in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren in Deutschland in allen Bereichen unserer Wirtschaft Gott sei Dank einige Fortschritte bei der Prosperität gab. Unser Markt ist weniger finanzmarktgesteuert als angelsächsische Märkte. Wir sind Gott sei Dank näher an der realen Wirtschaft geblieben.

Ich bleibe dabei: Jede Reaktion in der jetzigen Situation würde die Probleme nur vergrößern und nicht verkleinern. Auch weiter gehende Spekulationen würden diesen negativen Effekt haben. Deswegen beteilige ich mich weder in meinen Antworten noch in der Kommentierung von Sachverhalten an Spekulationen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu Ihrer zweiten Nachfrage.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Sie stimmen aber mit mir darin überein, dass das Problem der Finanzmarkturbulenzen nicht erst vor drei Tagen begonnen hat, sondern dass wir schon seit August in internationalen Finanzkrisen stecken. Die Entwicklungen bei der IKB, der Sachsen LB und der West LB sind

gravierende Fälle. Ähnliches gilt auch für andere Banken. Insofern wird das natürlich Konsequenzen haben. Was die Kreditvergabe angeht, liegen meiner Ansicht nach durchaus Erfahrungen vor.

Ich bleibe dabei: Bei einem Wirtschaftswachstum, das möglicherweise unterhalb der Beschäftigungsschwelle liegen wird, werden wir möglicherweise steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen haben.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Der Jahreswirtschaftsbericht sagt doch etwas anderes! Das haben doch alle Medien veröffentlicht!)

Ich warne davor, das durch Statistikmanipulationen zu korrigieren, zum Beispiel, indem man künftig alle 58-Jährigen aus der Arbeitslosenstatistik herausnimmt.

Ich stelle die Frage noch einmal: Sie meinen, man ist auf einem stabilen Kurs und es bedarf keinerlei Handlungen?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Es gibt jedenfalls keinen Anlass, sich jetzt in Spekulationen zu verlieren. Ich bleibe bei meiner Auffassung

- dann haben wir eben unterschiedliche Standpunkte -,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das stimmt!)

dass jede hektische politische Reaktion jetzt eher schädlich als nützlich wäre. Ich vertraue auf die Kraft des Standortes Deutschland und auf die Stabilitätserfolge, die wir in der Vergangenheit erzielt haben. Ich glaube, dass sich Deutschland stabiler präsentieren kann als viele unserer internationalen Mitwettbewerber.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Nachfrage stellt die Kollegin

Dr. Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Diese Bundesregierung neigt offenkundig sowieso nicht zur Hektik. - Ich hätte eine Nachfrage: Das Europäische Parlament diskutiert gerade heute über Möglichkeiten der Finanzmarktkontrolle. Was hält die Bundesregierung von möglichen Kontrollmechanismen?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Dass die Bundesregierung noch keine Meinung zu einer Diskussion haben kann, die heute im Europäischen Parlament stattfindet, werden Sie nachvollziehen können.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sehr bedauerlich!)

Dass wir in der Vergangenheit eine sehr intensive Diskussion über die Stabilität des Finanzmarktes Deutschland geführt haben, können Sie daran ablesen, dass, so behaupte ich, trotz der engen Verflechtungen der internationalen Finanzmärkte der deutsche Finanzmarkt einer der stabileren im Vergleich aller wichtigen Player ist. Deswegen haben wir keine Veranlassung, über bereits eingeleitete Maßnahmen und getroffene Entscheidungen hinauszugehen und in Hektik zu verfallen. An den Stellen, wo wir in der Diskussion sind, werden wir in der Diskussion bleiben. Bezüglich Fragen, bei denen das Parlament zu fragen ist, werden wir in vernünftigen Zeitabständen mit dem Parlament gemeinsam überlegen, wie die eine oder andere Optimierung der Stabilität erreicht werden kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Kollege Kolb.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Staatssekretär, die Börse hat seit Jahresbeginn bis zum gestrigen Tag 9 Prozent an Wert verloren. Nachdem gestern erneut ein Verlust von 6 bis 7 Prozent zu verzeichnen war, ist nun rund ein Sechstel der Marktkapitalisierung verloren gegangen. Mehr als 50 Milliarden Euro sind vernichtet worden. Glauben Sie wirklich, dass das keinen Einfluss auf das Konsumklima in Deutschland hat? Wie kann es sein, dass Sie sich in einer Situation, wo andere Länder über Steuersenkungen diskutieren bzw. die Zinsen senken, darauf beschränken, Ihre Wachstumsprognosen zu reduzieren? Das kann doch nicht die einzige Antwort der Bundesregierung sein.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Kollege Kolb, ich habe auf die Frage der Linken, die das entgegengesetzte Aktionsprogramm als Reaktion auf die jetzige Lage erwartet, geantwortet, dass ich von Schnellschüssen und hektischen Entscheidungen gar nichts halte.

(Lachen bei der LINKEN)

Das gilt genauso für Hoffnungen auf Steuersenkungen und ähnliche Gegenreaktionen. Wir bleiben auf Kurs. Der Jahreswirtschaftsbericht, den das Kabinett heute beschlossen hat, fordert genau das: Kurs halten. Wir werden die Veränderungen sorgfältig beobachten.

Wir haben auch nicht reagiert, als der DAX im Verlauf des Jahres 2007 einen Zugewinn von 22 Prozent verzeichnet hat. Wir halten das, was jetzt passiert, für Toleranzen, für Schwankungen, die an Börsen möglich sind, ohne dass die Politik deswegen sofort Kernfragen stellen und beantworten müsste.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die letzte Nachfrage stellt die Kollegin Koczy.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, es geht nicht um Hektik und auch nicht um Spekulationen. Meinen Sie nicht, dass es nötig ist, jetzt zu reagieren? Meinen Sie nicht, dass Handlungsbedarf besteht? Meinen Sie nicht, dass sich die Bundesregierung in der Diskussion, die schon seit Monaten in der Welt ist, bei der es um Transparenz, um Regulierungen, um Mechanismen und die Einbindung klarerer Regeln geht, nicht zurückzulehnen und das Problem aussitzen, sondern vorangehen sollte? Sollte sie nicht sagen: „Diese Krise, die wir seit Monaten begleiten, ist Anlass für einen echten Neuanfang in Richtung Schutz der Kleinanleger“?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Keine Hektik!)

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich bleibe dabei: Die Transparenzregeln, die wir in Deutschland haben, sind weitgehend. Es wird darüber diskutiert, ob sie optimiert werden können; aber das hat mit der gegenwärtigen Krise und ihrer Bekämpfung nichts zu tun.

Die Ausgangsfrage, ob wir ein Konjunkturprogramm auflegen wollen, habe ich eindeutig beantwortet. Sie fragen

ein neues Feld ab, nämlich ob es Überlegungen gibt, im Bereich des Finanzmarktes die Stabilität, die Transparenz und die Verlässlichkeit zu erhöhen. Das ist eine dauerhafte Aufgabe. Da beraten die Finanzpolitiker über eine Reihe von Maßnahmen, was man zusätzlich tun könnte. Aber wir haben keine Veranlassung, die bisherigen Beratungsergebnisse über Bord zu werfen und zu völlig anderen Ansätzen zu kommen. Diese Fragen werden vielmehr kontinuierlich weiterbearbeitet und sind, wie Sie ja wissen, nur noch sehr selten im engen Sinne national zu beantworten. Denn kaum ein Markt ist so international aufgestellt wie der Finanzmarkt. Insoweit ist da sehr viel internationale Abstimmung erforderlich. Auch hier gilt: Hektik schadet.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Genau! Keine Hektik!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Danke, Herr Staatssekretär.

Nachdem die dringlichen Fragen aufgerufen und beantwortet worden sind,

(Zuruf von der FDP: Mehr oder weniger!)

rufe ich jetzt die Fragen auf Drucksache 16/7792 in der üblichen Reihenfolge auf.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zur Beantwortung steht Herr Staatssekretär Erich Stather zur Verfügung.

Wir kommen zu Frage 1 der Kollegin Ute Koczy.

Bitte, Herr Staatssekretär.

Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Frau Präsidentin, nach meiner Information beantwortet das AA den ersten Teil der Frage.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das ist mir nicht signalisiert worden. Steht denn jemand aus der Bundesregierung zur Beantwortung zur Verfügung? Denn die Bundesregierung entscheidet ja, wer antwortet. - Ich bitte einen kleinen Moment um Geduld.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Keine Hektik!

Diskutiert das zeitnah!)

Die Bundesregierung wird sich sicherlich abstimmen können.

Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Es sind zwei Fragen, die auf einem Blatt abgedruckt sind. Die erste Frage beantwortet nach meiner Information, da sie den Haushalt des AA betrifft, das AA. Die zweite Frage beantwortet das BMZ. Auf die bin ich vorbereitet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Es ist zwar unüblich, ich gebe jetzt trotz alledem der Bundesregierung die Chance, sich abzustimmen und uns zu benachrichtigen, wer die Frage 1 der Kollegin Koczy beantwortet. Ich bitte Sie, Kollegin Koczy, noch einmal Platz zu nehmen.

Wir kommen in der Zwischenzeit zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Die Fragen 2 und 3 der Kollegin Kirsten Tackmann werden schriftlich beantwortet.

Damit sind wir schon beim Geschäftsbereich des Bundesministeriums

der Verteidigung. Zur Beantwortung hätte der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt zur Verfügung gestanden. Aber die Frage 4 des Kollegen Hans-Christian Ströbele soll ebenfalls schriftlich beantwortet werden.

Damit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth steht zur Beantwortung zur Verfügung.

Die Fragen 5 und 6 des Kollegen Dr. Anton Hofreiter werden schriftlich beantwortet.

Damit rufe ich die Frage 7 des Kollegen Hans-Michael Goldmann auf.

(Jörg Rohde [FDP]: Ebenfalls schriftlich, bitte!)

- Ich bitte, das vorher anzuzeigen. Unsere Regel besagt: Wer nicht anwesend ist bei Aufruf, bekommt keine Antwort.

</ text >

< text 16139 >

Ich rufe unseren Tagesordnungspunkt 3 auf:  
Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung

- Kurs halten

- Drucksache 16/7845 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. - Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Titel des Jahreswirtschaftsberichts heißt: „Kurs halten!“ Das ist etwas, was natürlich auch ein Fraktionsvorsitzender tun muss. Deswegen gratuliere ich dem Peter Struck auch von hieraus ganz herzlich zu seinem Geburtstag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun weiß ich aus eigener Erfahrung, dass man in einem



wichtigen Führungsamt im Parlament viel mehr Gelegenheit hat, von einem ganz strengen Kurs abzuweichen, und mehr Manövriermasse hat. Wenn man Regierungsmitglied ist, ist das - das weiß auch Peter - anders. Deswegen versuche ich, mich so weit als möglich exakt an den Kurs der Bundesregierung zu halten.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Soweit das möglich ist! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Gibt es den?)

- Soweit das möglich ist.

Kurs halten, das ist ein Appell, der sich, wie ich meine, an uns alle richtet, Herr Westerwelle. Wir sehen natürlich mit Sorge, was an den Börsen der Welt geschieht. Wir können das nicht direkt beeinflussen, sondern wir können nur durch unser eigenes Verhalten ein Stück weit ein Beispiel geben und vor allen Dingen den Menschen ein Stück weit Vertrauen in den Kurs unserer Wirtschaftspolitik geben.

Worauf es ankommt, ist - ich sage es noch einmal - Vertrauen in die Solidität unseres Banken- und Finanzsystems. Trotz der bekannten Einzelfälle kann es daran keinen Zweifel geben. Immer dann, wenn Banken in Deutschland in Krisensituationen geraten sind, haben die Sicherungsinstrumente ausgereicht, um sie zu stützen. Diese werden wir auch weiterhin nutzen. Wir hoffen allerdings, dass keine weiteren Fälle mehr auftreten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Des Weiteren: Vertrauen in die Wirtschaftspolitik. Wir müssen alles tun, um unsere Wirtschaft zu stärken und sie gegen Konjunkturrisiken zu impfen. Der Titel „Kurs halten!“ ist ein Appell an diejenigen, die in Deutschland wirtschaftspolitische Verantwortung tragen, betrifft also auch das ganze Haus hier. Dies ist aber auch erstens ein Appell an die Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern, und zweitens ein Appell an die Tarifparteien, ihre verantwortungsvolle Lohnpolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen. Die Tarifpartner wissen am allerbesten, wo Spielräume sind, wo man aufgrund der Gewinnentwicklung diese Spielräume besser nutzen kann und wo sich Spielräume möglicherweise verengen. Das verstehe ich unter einer verantwortungsvollen Lohnpolitik.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Dies ist drittens ein Appell an die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Auch wenn es uns die Bilder und die Nachrichten aus Bochum schwer machen: Wir müssen den Strukturwandel weiterhin als Chance begreifen und ihn da, wo wir können, aktiv gestalten.

„Kurs halten“ ist vor allen Dingen eine Aufforderung an uns selbst in der Koalition, bei unserem erfolgreichen Kurs zu bleiben; denn Deutschland ist insgesamt auf einem guten Kurs.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bilanz der Bundesregierung kann sich sehen lassen. Die Reformen der letzten Jahre zahlen sich aus: für den Staat in Form von gesunden Staatsfinanzen, für die Unternehmungen in Form von höherem Absatz und höheren Gewinnen.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

- Ich freue mich sehr, Herr Lafontaine, dass Sie sich darüber freuen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber würde ich mich aber nicht freuen! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Lläuft da was bei euch?)

Denn nur prosperierende Unternehmungen können erfolgreich sein und den Menschen Arbeit und die Sicherheit geben, die sie gerne hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Reformen zahlen sich auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form von zusätzlichen und sichereren Arbeitsplätzen aus,

(Ulla Lötzer [DIE LINKE]: Nokia!)

aber auch in Form von wieder günstigeren Einkommensperspektiven.

Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm mit einem Plus von 0,7 Millionen Personen oder 2,6 Prozent außerordentlich kräftig zu. Seit 2005 haben wir zusätzlich über 1 Million Menschen, die wieder in Lohn und Brot stehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das sind die Gewinner des Aufschwungs!)

Nun haben vom Aufschwung auch diejenigen profitiert, die es bisher schwer hatten, einen neuen Job zu finden: die Älteren, die Langzeitarbeitslosen und die Arbeitnehmer mit einfachen Qualifikationen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

aber vor allen Dingen die Jugendlichen, die sehr viel leichter wieder Lehr- und Ausbildungsplätze finden. Auch das ist das Ergebnis der guten Konjunktur und der besseren wirtschaftlichen Lage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diesen Erfolg dürfen wir nicht kaputtmachen. Wir dürfen das Erreichte nicht verspielen. So hat es der Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten formuliert.

Über dieses Gutachten diskutieren wir heute.

Die Ausgangslage ist nach wie vor gut. Das Jahr 2007

war für Deutschland ein hervorragendes Jahr. Das Wachstum war mit 2,5 Prozent besser als prognostiziert.

Der seit fast drei Jahren anhaltende Wachstumsprozess in Deutschland wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen.

Auch wenn die Risiken gestiegen sind und ein geringeres Tempo prognostiziert wird, geht es weiterhin vorwärts.

Die Immobilienkrise in den USA ist die Korrektur realwirtschaftlicher Entgleisungen. Der Vergleich zur Internetblase am Anfang des Jahrtausends drängt sich auf.

Jetzt ist der Gewinn- und Konsumrausch in den USA zunächst einmal vorbei. Wir sehen natürlich die Bemühungen,

neues Geld in den dortigen Markt zu pumpen. Wir begrüßen die Maßnahmen, die die Fed dort getroffen hat.

Wir Deutsche haben bisher über unseren Export und über die zusätzlichen Wachstumskräfte, die von dort ausgehen, von der Entwicklung in den USA profitiert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt wohl!)

Wer aber in die eine Richtung dabei war, kann nicht ausschließen, dass er auch in die andere Richtung ein Stück dabei ist. Wir wollen alles tun, was sich dagegen machen lässt. Aber Risiken sind einfach vorhanden. Wir kennen die genauen Folgen dieser Bereinigung, die jetzt zwangsläufig geschieht, nicht. Es gibt aber keinen Grund für Panikmache, wie sie von vielen selbsternannten Börsenexperten betrieben wird. Wir wissen, dass es an der Börse immer ein Auf und Ab gibt. Jeder, der sein Geld anlegt, muss wissen: Das ist keine Einbahnstraße. Der Gewinn ist nie garantiert. Es wird nicht geklingelt. Ich sage es noch einmal: Es gibt weder Grund für Panik noch Grund für Ignoranz.

Der Außenhandel verliert etwas von der treibenden Kraft, die er bisher für unseren Aufschwung darstellte. Wir müssen schauen, dass wir die Inlandskonjunktur stärken. Die deutsche Wirtschaft steht, wie gesagt, im Vergleich zu anderen gut da. Es zeigt sich zum Beispiel an der anhaltend guten Investitionstätigkeit, dass immer noch Vertrauen in unser Land besteht. Auch beim Konsum der privaten Haushalte erwarten wir wie auch andere - das ist nicht nur die Erwartung der Bundesregierung, sondern auch die vieler Forschungsinstitute -, dass es in diesem Jahr wieder einen klareren Impuls nach oben gibt.

Wir rechnen mit einem weiteren Arbeitsplatzaufbau in Deutschland. Das halte ich für ganz besonders wichtig. Wir rechnen damit, dass die Arbeitslosenzahlen im Jahresverlauf per saldo um 330 000 sinken werden. Auch das ist eine gute Nachricht.

Alles in allem erwarten wir für das Gesamtjahr einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes von 1,7 Prozent. Das liegt am unteren Ende der Spannbreite der aktuellen Prognosen. Sie wurden nicht unter kurzfristigen Eindrücken gemacht, wie sie zum Beispiel Bilder aus Indien auslösen, wo die Börsen geschlossen werden mussten. Sondern unsere Prognose beruht auf nüchternen, sachlicher Kalkulation und auf vieljähriger Erfahrung derer, die sie erarbeitet haben. Unsere Prognose im Jahreswirtschaftsbericht

ist damit vorsichtiger als unsere Prognose im Herbst. Die Risiken sind durchaus mit berücksichtigt worden. Umso wichtiger ist es - das sage ich noch einmal -, dass wir den eingeschlagenen Kurs halten. Deswegen ist „Kurs halten!“ genau der richtige Titel für den Jahreswirtschaftsbericht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen weiter dafür sorgen, dass Beschäftigungschancen entschlossen und flexibel genutzt werden können. Wir haben flexible Elemente im Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit, tarifliche Öffnungsklauseln, befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Minijobs und Zeitkonten. Das alles sind Instrumente, die wir weiter nutzen und erhalten müssen.

Ein wichtiges weiteres Reformziel ist es, die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu halten. Das ist immer eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Je mehr Menschen Arbeit haben und Beiträge in unser Sozialversicherungssystem zahlen, umso leichter lässt sich dieses Ziel erreichen. Deswegen muss die Beschäftigung im

Mittelpunkt unserer Maßnahmen stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben zum 1. Januar 2008 den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent senken können.

Dies hat noch der Kollege Müntefering ins Werk gesetzt. Dafür bedanken wir uns noch einmal ausdrücklich. Dies entlastet die Wirtschaft und stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig bleibt mehr Netto vom Brutto in den Geldbeuteln der Beschäftigten. Das ist ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wo immer Spielraum bleibt, müssen wir ihn für weitere Entlastungen nutzen. Gleichzeitig müssen wir die staatlichen Ausgaben so trimmen, dass mehr für Bildung, Forschung und wachstumsfördernde Infrastrukturen übrig bleibt. Nur so können wir das Erreichte halten und sichern; denn wir wissen, dass sich die Welt täglich ändert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Also weiter Vorfahrt für Wachstum!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mitarbeiter sind nur stark, wenn auch die Unternehmen stark sind. Das mag bei international tätigen Konzernen, die ausschließlich auf Gewinnmaximierung in der ganzen Welt Wert legen, anders sein.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Aber es ist gottlob so, dass die deutschen Unternehmen bis auf Ausnahmen beherzigen, dass sie nur so stark sind, wie ihre Mitarbeiter stark sind. Die Mitarbeiter wissen ebenfalls, dass sie nur so stark sind, wie ihre Unternehmen stark sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist Teil unserer Unternehmenskultur, und das muss auch so bleiben.

Wir haben mit der Unternehmensteuerreform international wettbewerbsfähige Steuersätze geschaffen. Das ist für die Investoren aus dem Ausland ganz besonders wichtig, um die wir ständig werben. Ich habe deswegen Invest in Germany noch einmal gestärkt und unsere Wirtschaftsförderinstrumente stärker unter einem Dach zusammengeschlossen. Wir müssen immer wieder selbst über unsere Stärken reden; andere werden es nicht tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen natürlich auch die Umsetzung von Versprochenem.

Wenn etwas, was versprochen wurde, nicht eintritt, dann gibt es Enttäuschung. So ist zum Beispiel eine Erbschaftsteuerreform angekündigt, die Unternehmensübergaben erleichtert. Ich bin sehr optimistisch, dass das Parlament dies in die Tat umsetzen und es zu Lösungen kommen wird, die hinterher nicht mehr Enttäuschungen als erfüllte Erwartungen übrig lassen. Es wird auf jeden Fall eine Reform werden, die entlastet.

Auch wenn nicht jeder einzelne Wunsch erfüllt wird, muss man das im Mittelpunkt sehen, worum es geht. Wir wollen insbesondere die Unternehmensübergänge erleichtern.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ein Letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren:

Die hohen Energiekosten machen mir Sorge. Der Wirtschaftsstandort

Deutschland muss sich im Wettbewerb bewähren. Dafür braucht unser Land eine sichere Energieversorgung und Preise, bei denen auch die energieintensiven Industrien in Deutschland noch eine Chance haben. Dort, wo die Vorschläge der Europäischen Kommission dies nicht entsprechend berücksichtigen, müssen wir dagegen kämpfen.

Wir haben ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm beschlossen. Es ist die richtige Antwort auf die anstehenden Herausforderungen. Wir müssen uns von importierter und fossiler Energie unabhängiger machen. Das ist gut für den Standort Deutschland und gleichzeitig gut für den Klimaschutz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Ministeramt zu übernehmen, heißt auch, ein Stück Kontinuität im Hinblick auf das zu übernehmen, was in diesem Haus geschehen ist. Ich kann nur sagen, dass ich mich, was Kontinuität angeht, stärker zu der Energiepolitik bekenne, die Wolfgang Clement gemacht hat, als zu der, die unter seinem Vorgänger Werner Müller gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine maritimen Kenntnisse sind zwar unterentwickelt - ich habe deswegen eigens eine Beauftragte für die maritime Wirtschaft -; aber ich weiß natürlich, dass Kurshalten bei schwerer See schwieriger als bei Sonnenschein ist. Wenn sich jetzt eine schwerere See zeigt, dann müssen wir das Ruder umso kräftiger halten. Dazu gibt es keine Alternative. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Nach Gloria kannst du gar nicht besser sein! - Dr. Rainer Wend [SPD]: Freiheit!)

Rainer Brüderle (FDP):

Das ist schon einmal richtig. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Finanzkrise hat die Banken in Deutschland und mittlerweile auch die Börse voll erreicht. Den freien Fall der Börsenkurse rund um die Welt hat die überraschend massive Zinssenkung der amerikanischen Notenbank zunächst gebremst. Die New York Times schreibt dazu, dass es keine Panik der Privatanleger, sondern eine Panik der Profis sei. Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsminister erklären dazu, es gebe in Deutschland keinen Grund zur Sorge, die Konjunktur sei stabil.

Allerdings haben Befürchtungen Hochkonjunktur, dass der Aufschwung schon bald zu Ende gehen könnte.

Die Menschen in Deutschland sorgen sich. Sie haben auch Grund dazu. Noch ist die Lage der Wirtschaft gut. Die Aussichten sind allerdings trüber geworden. Wir haben eine Vertrauenskrise. Die Menschen vertrauen den Banken nicht mehr so recht. Das liegt auch an einer zum Teil miserablen Informationspolitik. Die Banken vertrauen sich untereinander nicht mehr. Der Geldmarkt

drohte teilweise zusammenzubrechen.

Die Regierung aber betreibt keine Politik, die das Vertrauen wieder stärken könnte. Vertrauen gewinnt man nur mit Ehrlichkeit zurück. Die Bundesregierung rechnet sich allenfalls die Dinge schön. Das ist auch im Jahr der Mathematik, das gerade begonnen hat, nicht seriös.

In den Vereinigten Staaten geht das Gespenst der Stagflation um. Die Zinssenkung der Notenbank am Dienstag war eine Entscheidung zur Konjunkturstützung, die aber mit dem Risiko der Verstärkung der Inflationsgefahr verbunden ist. Wenn diese Aktion die drohende Rezession nicht auffangen kann, dann gerät Amerika in eine Stagflation.

Schon im letzten Jahr sind die Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten um über 4 Prozent gestiegen. Durch Zinssenkung immer mehr Geld in die Märkte zu pumpen, löst langfristig keine Probleme, sondern schafft neue. Der Druck auf den Dollar wird weiter wachsen. Das verteuert unsere Exporte in den Dollarraum und verstärkt die Tendenzen einer schwächelnden internationalen Wirtschaft. Die Ursache der Misere - die Immobilienkrise - ist noch längst nicht behoben.

Die Rezessionsgefahr in den Vereinigten Staaten ist der größte Risikofaktor für die deutsche Konjunktur. Professor Snower, der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, warnt - ich zitiere -:

Wenn es in den USA zu einer Rezession kommt, dann ist davon auch Deutschland mit höchstens einem Jahr Verspätung betroffen.

In Ihrem Jahreswirtschaftsbericht warnen Sie deutlich vor diesen Risiken, Herr Minister Glos. Die Bundesregierung hätte aber schon längst Vorsorge dagegen treffen können, nein: treffen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Schwarz-Rot hat sich aber lieber darauf verlassen, dass andere Länder die Konjunktur für uns in Schwung bringen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Welche denn, Herr Kollege Brüderle?)

Ein exportgetriebener Aufschwung ist schön; aber ohne eine dauerhafte und robuste Binnenkonjunktur kann das schnell zu einem Strohfeuer werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Regierung hat sich zu lange in der guten Konjunktur gesonnt und Zeit verspielt, statt Strukturreformen, die die Abwehrkräfte der Volkswirtschaft - sozusagen ihr Immunsystem - stärken, auf den Weg zu bringen. Selbst als die Gewitterwolken über Amerika schon erkennbar waren, hatte Schwarz-Rot nichts Besseres zu tun, als eine Politik des Abschwungs zu betreiben. Die Steuererhöhungen werden 2009 fortgesetzt, wenn für Millionen Anleger die Besteuerung der Wertsteigerung eingeführt wird. Die geplante Gesundheitsreform mit der Einführung des Gesundheitsfonds treibt die Kassenbeiträge in die Höhe.

Woher nimmt die Regierung die Hoffnung, dass die Bürger trotzdem mehr konsumieren werden? Der Jahreswirtschaftsbericht nennt das Risiko. Aber warum hat die Bundesregierung nicht längst die Einkommen- und

Lohnsteuer gesenkt, damit die Menschen netto mehr zur Verfügung haben und deshalb mehr Geld ausgeben und den Konsum fördern können? Nein, Sie haben nichts Besseres zu tun, als die Steuern zu erhöhen. Die Steuerbelastung ist seit Amtsantritt dieser Bundesregierung 2005 um 23 Prozent gestiegen.

(Zuruf von der LINKEN: Aber nicht für die Unternehmen!)

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage, wie sich die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte seit Amtsantritt der Regierung geändert haben, lautet: Sie sind um 0,4 Prozent gesunken. Die verfügbaren Einkommen in Deutschland sind nicht gestiegen, sondern gesunken. (Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

All diese Maßnahmen wie die Einführung der Mindestlöhne und die Mehrwertsteuererhöhung sind nicht geeignet, wirtschaftliche Impulse auszulösen. Mindestlöhne bedeuten Arbeitslosigkeit auf Termin.

(Beifall bei der FDP)

Damit kann allenfalls das Postmonopol zementiert werden. Die Bundesregierung ist in vielen Punkten zerstritten. Sie zankt sich öffentlich über den Mindestlohn. Herr Glos warnt zu Recht vor zu kräftigen Lohnerhöhungen in den anstehenden Tarifrunden. Seine SPD-Kollegen fordern landauf, landab, kräftig zuzulangen. Das ist genau das Gegenteil dessen, was der Bundeswirtschaftsminister sagt. Ich sage noch einmal: Wichtig ist, dass die Bürger netto mehr in der Tasche haben und dass der Aufschwung bei ihnen ankommt.

(Zuruf von der LINKEN)

Das, was Sie mit der Einführung von Mindestlöhnen betreiben, ist ein Angriff auf die Tarifautonomie. Wir brauchen mehr Selbstbestimmung in den Betrieben und mehr Lohnflexibilität. Flächendeckende, staatlich sanktionierte Löhne, wie sie der SPD vorschweben, führen zu staatlich festgelegten Preisen auch in anderen Sektoren. Das ist der Weg in Dirigismus und planwirtschaftliche Steuerung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben im vergangenen Jahr an dieser Stelle gesagt, Sie wollten den Aufschwung für Reformen nutzen. Was ist herausgekommen? Eine Unternehmensteuerreform, die es für die Unternehmer noch komplizierter macht und die viele Unsicherheiten birgt, eine Gesundheitsreform, die die Krankenkassenbeiträge nach oben treibt, ein Anschlag auf die Tarifautonomie und auf den Wettbewerb in unserem Land. Sie haben diesen Jahreswirtschaftsbericht mit den Worten überschrieben: „Kurs halten!“ Das klingt nett. Aber welchen Kurs überhaupt? Man kann nur einen Kurs halten, der erkennbar ist. Das Prinzip Hoffnung allein ist kein Konzept und kein Kurs in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Aber es ist doch ein erfolgreicher Kurs!)

Die Unternehmensnachfolge soll erleichtert werden, aber bei der Erbschaftsteuerreform ist bis zur Stunde nichts klar. Viele Betriebe müssen angesichts dessen, was diskutiert wird, befürchten, dass sie mehr Erbschaftsteuer

zahlen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Geben Sie Kompetenz an die Länder ab. Lassen Sie den Wettbewerb unter den Ländern dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer abgeschafft wird, was am besten wäre, weil sie eine unsinnige Steuer ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Wirtschaftsminister will ermöglichen, dass dem Mittelstand mehr Wagniskapital für Investitionen zur Verfügung gestellt wird. Gleichzeitig wird aber im Wirtschaftsministerium ein Gesetz vorbereitet, das ausländische Investitionen in Deutschland beschränken soll.

Drahtzäune sind kein Weg. Der Weg in Protektionismus, in Kapitalverkehrsbeschränkungen führt zu Gegenreaktionen anderer Länder und nicht zur Stärkung der deutschen Volkswirtschaft. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Prognose eines Wachstums von 1,7 Prozent 2 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen bedeutet. Die Berechnungen, die Sie hierzu vorgelegt haben, basieren auf einem Wachstum von 2 Prozent und sind somit falsch. Sie hätten den Bundeshaushalt rechtzeitig kräftiger konsolidieren können. Sie hätten den Haushalt ohne Neuverschuldung verabschieden können. Das haben Sie nicht gemacht. Die

einzige Vorsorge, die Sie gegen den drohenden Abschwung treffen, besteht darin, die Arbeitslosenstatistik zu schönen. Das ist aber keine Lösung. Was Sie tun müssten, ist, das Netto der Menschen zu erhöhen, indem

Sie sie steuerlich entlasten. Damit stärken Sie die Binnenkonjunktur und die eigenen Abwehrkräfte gegen drohende Gewitterwolken draußen in der Weltwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Präsident, es gibt etwas zu tun.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Hinsken möchte eine Zwischenfrage stellen, und der Kollege Brüderle will sie offenkundig gerne beantworten. - Bitte schön.

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Herr Kollege Brüderle, ich habe aufmerksam gelauscht und gehört, was Sie alles zu Steuererhöhungen und dergleichen mehr gesagt haben. Sie haben aber etwas für die Wirtschaft und die Mitbürger ganz Wichtiges vergessen, nämlich dass wir zum Beispiel den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung halbiert haben und dass wir dadurch in den Taschen der Wirtschaft und der einzelnen Mitbürger jährlich 23 Milliarden Euro mehr lassen.

Das sollte doch einer Erwähnung wert sein, wenn Sie einen sach- und fachgerechten Vortrag halten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Rainer Brüderle (FDP):

Sehr geschätzter Herr Kollege Hinsken, gern gehe ich auf Ihre Zwischenbemerkung ein. Ich hätte noch Vieles sagen müssen, aber das Zeitbudget ist leider begrenzt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Hinsken hat es gerade verlängert!)

Ich hätte zum Beispiel sagen müssen, dass Sie zum 1. Januar 2007 die größte Steuererhöhung aller Zeiten in



dieser Republik durchgeführt und damit bei den Menschen in einem Umfang wie noch nie abkassiert haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich sagte vorhin, dass wir heute in Deutschland eine um 23 Prozent höhere Steuerbelastung haben als 2005. Das ist fast ein Viertel mehr. Das bedeutet ein kräftiges Zulangen, das nicht ausreichend dadurch gerechtfertigt werden kann, dass Sie den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt haben. Sie haben vielmehr die Balance zwischen der Ermöglichung privater Eigenverantwortung und staatlicher Gestaltung nicht zugunsten der privaten, eigenverantwortlichen Gestaltung verändert. Mein Kernvorwurf ist, dass Sie keine Vorsorge getroffen haben, um die Volkswirtschaft zu stärken und die Menschen in die Lage zu versetzen, etwas aus eigener Kraft konkret für die Alterssicherung, die Gesundheitsvorsorge und die Pflege zu tun. Die Nettoeinkommen, die verfügbaren Einkommen der Menschen in Deutschland, sind – so die Antwort der Bundesregierung auf eine unserer Anfragen – gesunken. Sie haben die Kaufkraft also nicht gestärkt. Sie haben die Wirtschaft nicht stärker gemacht. Sie haben vielmehr den billigsten Weg gewählt. Sie haben nämlich versucht, den Haushalt durch Abkassieren zu konsolidieren. Statt an die Ausgaben heranzugehen, haben Sie den Haushalt kräftig aufgebläht um 13 Milliarden Euro. In Deutschland sparen nur die Bürger. Das ist zu wenig. Der Mittelstand in Deutschland hat eine bessere Politik verdient; denn er ist Träger der Zukunftserwartungen und der Arbeitsplatzchancen für Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Sie beabsichtigen hoffentlich nicht, nach der Beantwortung der Frage jenseits Ihrer Redezeit jetzt noch zu einem Schlusswort anzusetzen, Herr Kollege Brüderle; (Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Doch!) das könnte ich nämlich nicht zulassen.

Rainer Brüderle (FDP):

Leider hat sich kein Kollege für eine weitere Frage gefunden. Ich hätte noch viel zu sagen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Vorbereitung war früher auch schon mal besser, Herr Brüderle.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nächster Redner ist der Kollege Stiegler, SPD-Fraktion.

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bemerkungen des Präsidenten zur Rede des Kollegen Brüderle waren so treffend, dass ich jetzt gar nicht weiter darauf eingehen muss. Der Kollege würde sich wünschen, dass er mit seinem Wunschpartner die Ergebnisse feiern könnte, die die deutsche Wirtschaft rechtzeitig zum 65. Geburtstag von Peter Struck in gemeinsamer Anstrengung mit uns geliefert hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Hauptaufgabe besteht darin, jetzt zu verhindern, dass die Spekulationskrise und die Folgen der Betrügereien auf den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft durchschlagen. Wir haben es quasi mit zwei Reichen zu tun: der Welt der Spekulation, die nur immer behauptet,

sie schaffe Werte, und der Welt der Mittelständler, überhaupt der Unternehmen, bei denen für die Menschen Güter erzeugt und Dienstleistungen erbracht werden. Unsere Aufgabe ist, diese reale Welt der Arbeit vor den Folgen der Spekulationen zu schützen.

Man muss einmal daran denken, was manche dieser großmögenden Bankherren noch vor Jahren dazu gesagt haben, was sie an Werten geschaffen haben - alle diese Werte schmelzen jetzt dahin wie der Schnee in der Sonne -; nun bedrohen sie die Weltwirtschaft. Wer musste sie retten? Die Zentralbanken und letzten Endes die Staatsanleihen! Ohne die sicheren Häfen der Staatsanleihen wären alle diese Spekulanten abgebrannt. So sieht die Realität aus! Das gibt uns das Recht, diesen Herrschaften in Zukunft strenger auf die Finger zu schauen, damit sie die ordentliche Arbeit nicht verderben können.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber zum Thema: Der Jahreswirtschaftsbericht ist überschrieben mit „Kurs halten!“ und das Jahresgutachten mit „Das Erreichte nicht verspielen“. Ich habe wirklich meine hermeneutischen Künste bemüht, um herauszufinden, was uns die Dichter sagen wollen. Im Gutachten des Sachverständigenrats und zwischen den Zeilen des Wirtschaftsministers ist zu lesen, dass man die Sorge hat, man würde vom Kurs abweichen, weil man die Lage der Arbeitslosen verbessert habe. Dazu sage ich den Sachverständigen genauso wie ihren Sekundanten im Bundeswirtschaftsministerium: Wir wollen einen Aufschwung für alle. Dafür halten wir Kurs. Wir wollen mehr Freiheit durch gute Arbeit und nicht durch Hungerlöhne.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mehr Freiheit für die Menschen durch soziale Sicherheit.

Wir haben ein paar gute Jahre hinter uns. Es gibt durchaus Streit über die Ursachen, darüber, was die Henne und was das Ei ist. Die Sachverständigen schreiben: Nur weil viele Instrumente flexibilisiert worden sind, ist der Aufschwung gekommen. - Ich sage umgekehrt: Nur weil wir am Anfang dieser Legislaturperiode eine aktive Politik für mehr Nachfrage betrieben haben, konnte die Nachfrage in Arbeitsplätze umgesetzt werden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Mehrwertsteuererhöhung! Das glauben Sie selber nicht! Märchenstunde!)

Das ist das Entscheidende, anstatt hier erst alles zu zerbrechen und zu glauben, die Menschen würden schon, wenn man die Sozialleistungen um 30 Prozent und mehr absenken würde, wie Roland Koch und andere das wollen, wie Rebhühner im kalten Winter in die Küche laufen. Nein, meine Damen und Herren, wenn in der Küche nicht gekocht wird, dann haben auch die Rebhühner da nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Der Bundeswirtschaftsminister lobt die Anpassungsfähigkeit des flexibilisierten Arbeitsmarktes. So weit, so gut. Wir sehen aber auch die Schattenseiten dieser Flexibilisierung,

die wir in der Form, wie sie jetzt existiert, nicht gewollt haben. Bei „wir“ denke ich auch an die früheren Partner von den Grünen; ich sehe hier zum Beispiel Thea Dückert, die ja bei den Verhandlungen mit im Boot war. Wir wollten den Missbrauch bei der Leiharbeit, wie wir ihn heute beobachten können, nicht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie haben doch das Gesetz gemacht! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Hören Sie doch auf! Sie können doch nur motzen. Sie haben doch überhaupt keine Vorstellung von dem, was da läuft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Widerspruch bei der LINKEN)

Wir wollten mehr Flexibilität bei anständigen Tarifverträgen. Das war damals das Angebot. Daraus ist geworden, dass manche Konzerne unter Androhung von Auslagerungen und mithilfe von gelben Gewerkschaften Hungerlöhne vereinbart haben. Das hatten wir mit der Flexibilisierung bei der Leiharbeit nicht beabsichtigt. Das sind keine guten Arbeitsverhältnisse.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das war vorhersehbar! Das haben wir gesagt!)

Unserem Programm entspricht auch nicht die Ausweitung der Niedriglohnzone. Es gibt ja manche, die sie weiter ausweiten wollen. Sie ist nicht nur groß genug, sondern schon zu groß. Deshalb kämpfen wir gegen Hungerlöhne. Wir wollen die Unsicherheiten, mit denen Arbeitnehmer leben müssen, die in befristeten Beschäftigungsverhältnissen stehen oder zur Generation Praktikum gezählt werden, beseitigen. Diese Aufgaben stehen vor uns. Diese müssen wir lösen und werden wir lösen.

(Zurufe von der LINKEN)

- Sie können nur demonstrieren. Wir können handeln. Wer will, dass es in Deutschland besser wird, der muss auf die Sozialdemokratie und ihre Partner vertrauen. (Widerspruch bei der LINKEN)

Darum geht es letzten Endes.

(Beifall bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Mein Gott! Ist das eine Wahlkampfveranstaltung, oder haben Sie noch etwas zum Jahreswirtschaftsbericht zu sagen?)

Meine Damen und Herren, wir haben also dafür zu sorgen, dass der Aufschwung alle erreicht, dass Mindestlöhne auch gegen das Geschrei der FDP durchgesetzt werden.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ach, mein Gott!)

- Ja, das werden wir auch gegen Ihr Geschrei durchsetzen. Mit uns gibt es keine Hungerlöhne.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Demnächst sagen Sie noch, wir seien für die Sklaverei!)

Wir sehen auch, dass es nicht stimmig ist, wie das Bruttoinlandsprodukt verteilt wird. Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen stagniert.

Hier besteht Entwicklungsbedarf. Wie soll der private Verbrauch zunehmen, wenn die Arbeitnehmereinkommen nicht steigen? Wir erinnern auch an die

Ziffern 714 ff. ganz am Ende des Sachverständigengutachtens, wo schüchtern die Einkommensverteilung angesprochen wird. Wir stellen eine unverhältnismäßig hohe Konzentration von Einkommen und Vermögen bei einem ganz kleinen Personenkreis fest. So ist es kein Wunder, dass die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker steigen als die der Arbeitnehmer. Dieses Verteilungsverhältnis müssen wir wieder umdrehen: Die Arbeitnehmereinkommen bestimmen den privaten Verbrauch, der zugleich das größte Aggregat für unser Bruttoinlandsprodukt darstellt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleibt der Mindestlohn?)

Bei den Tarifrunden im Jahre 2008 muss dafür gesorgt werden - diese Forderung unterstützen wir -, dass die Arbeitnehmereinkommen wieder steigen. Demjenigen, der jetzt sagt, jetzt ziehen aber dunkle Wolken auf, entgegne ich: Die Ergebnisverbesserungen, die 2007 aufgrund der Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer eingefahren werden konnten, müssen nun fair verteilt werden. Dafür ist Platz. Das erfordert auch die soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch froh, dass die Bundesregierung ausdrücklich erklärt, dass sie die Initiative der beiden Koalitionsfraktionen, mehr Arbeitnehmerbeteiligung zu ermöglichen, unterstützt. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, mit der wir dafür sorgen, dass die Verteilungsschieflage unserer Volkswirtschaft begrenzt oder gar beseitigt wird. Wir müssen dafür sorgen, dass der Produktivitätsfortschritt auch bei den Arbeitnehmereinkommen ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich bin ganz froh, dass jetzt sogar Herr Piepenburg von der PIN Group sagt: Jawohl, ich stehe zu den Mindestlöhnen. - Interessant! Noch interessanter ist, dass er auf Folgendes hinweist: Viele Auftraggeber haben gesagt: Du bekommst keine Aufträge mehr, wenn du keine anständigen Löhne zahlst. Das ist die richtige Antwort der deutschen Wirtschaft auf die, die Geschäftsmodelle auf Hungerlöhnen aufbauen wollten. Das wollen wir nicht, und das werden wir verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es zum Beispiel gut, dass die IG Metall bei BMW und Audi dafür gesorgt hat, dass auch die Leiharbeiter anständig bezahlt werden. Früher war es häufig so, dass sich die Gewerkschaften und die Betriebsräte um ihre Kernbelegschaften gekümmert haben. Jetzt haben sie ihre schwächeren Brüder und Schwestern entdeckt und erfolgreich gehandelt. Herzlichen Dank dafür. Das ist ein richtiger Weg; wir kommen auf ihm voran. Die Aufnahme der Leiharbeit in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist einer der wichtigen nächsten Schritte, damit wir mehr soziale Gerechtigkeit im Aufschwung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist Politik für den Abschwung, Herr Kollege!)

- Natürlich ist das Politik für den Abschwung, und zwar bei denen, die meinen, dass die Leute quasi für Hungerlöhne arbeiten müssen und dass der Staat sie am Leben hält. Das ist keine Wirtschaft, wie wir sie wollen. Sie haben mir das richtige Stichwort gegeben. Ich habe mit meinem Kollegen Laurenz Meyer immer wieder heftige Diskussionen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zu Recht!)

Er sagt: Viele Unternehmer sind gegen die Mindestlöhne, weil sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Ich sage Ihnen dagegen: Ein Wettbewerb, der auf die Knochen der Arbeitnehmer geht, ist gegenüber den Arbeitnehmern nicht in Ordnung und ist auch volkswirtschaftlich nicht in Ordnung. Deshalb werden wir diesen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hartmut

Koschyk [CDU/CSU]: Ludwig, du bist doch nicht in einer hessischen Wahlkampfveranstaltung!)

Also werden wir miteinander in den nächsten Wochen an das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und an das „Franz-Müntefering-Jugendfreundin-Erinnerungsgesetz“, MiA, herangehen und werden die Mindestarbeitsbedingungen verbessern. Das wirkt noch nicht flächendeckend - das wissen wir -; die Union ist nämlich noch nicht so weit. Aber sie ist immerhin in Bewegung. Wir werden hier einen Schritt vorankommen.

Michael Glos hat gesagt: Starke Unternehmen garantieren starke Arbeitsplätze. Ich sage Ihnen daher aus aktuellem Anlass: Große Unternehmen, ob nationale oder internationale, müssen wissen, dass sie hier in Deutschland auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft und des Grundgesetzes agieren; Arbeitnehmer sind nicht irgendwelche Zahlen auf einem Excel-Sheet, sondern Menschen mit Würde und Achtungsanspruch. Wir müssen gerade im Zeitalter der Globalisierung eine Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat organisieren, die den Strukturwandel ordentlich begleitet und die Menschen nicht nur nach dem Prinzip „Heuern und Feuern“ behandelt. Das muss der Nokia-Vorstand hier lernen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen den Kurs halten, durch bessere Arbeit, durch einen Aufschwung für alle, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit einer hohen Teilnahme am Erwerbsleben, mit Qualifikation und Weiterbildung, mit Forschung und Entwicklung. So weit, so gut. Der Blick ist dabei in den Rückspiegel gerichtet, und wenn man den Blick allein in den Rückspiegel richtet, dann fährt man nicht gut vorwärts, weil es vor der Hacke duster ist, wie Peer Steinbrück immer zu sagen pflegt. Wir müssen sehen, dass der Aufschwung schon vor der Subprime-Krise an Kraft verloren hat, weswegen die Kurve in eine andere Richtung ging.

Wir müssen wissen: Nur Nachfrage schafft Arbeitsplätze. Alle, die den Keynesianismus für Teufelszeug halten, sollten sehen: Die Amerikaner sind dabei, wieder Keynesianer zu werden. Lassen Sie uns im Auge behalten: Nur dann, wenn wir die private und die öffentliche Nachfrage steigern, werden wir die notwendigen Arbeitsplätze sichern, nur dann werden wir aus der Staatsverschuldung herauswachsen. Wir können uns nicht herausparen.

Wir sind 2006 und 2007 durch Wachstum zu Ihrer Freude, Herr Kampeter, erfolgreich gewesen. Wenn wir damals Ihrem strengen Haushälterweg gefolgt wären, dann würden wir jetzt tief unten im Keller sitzen. Aber wir wollen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen weiter herauswachsen.

Wir haben noch eine Menge Pfeile im Köcher: private Investitionen, Gebäudesanierung und Klimaschutz, auch in der gewerblichen Wirtschaft. Vor allem müssen wir darauf aufpassen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen nicht Opfer der Bankspekulationen werden und Probleme mit der Kreditversorgung bekommen. Wir haben gemeinsam mit den Förderbanken von Bund und Ländern die Aufgabe, das zu verhindern. Gott sei Dank hat die KfW nach wie vor gute Kreditprogramme, mit denen wir arbeiten können. Daher müssen wir nicht heute schon überstürzt Aktionen ankündigen. Wenn die Hurrikanmeldungen kommen, kann ich aber nicht sagen: Er wird schon an uns vorbeigehen. Dann muss ich schauen, wie ich mein Dach dichtmachen kann, wie ich Vorsorge treffen kann. - Wenn der Sturm kommt, sind wir vorbereitet. Das muss in aller Stille geschehen, damit es uns nicht wie den unklugen Jungfrauen geht, sondern wie den klugen Jungfrauen in der Bibel.

Wir haben noch eines gelernt: Es kommt auch auf den Staat an. Die privaten Banken haben sich gegenseitig nicht mehr vertraut. Sie wären an ihrem gegenseitigen Misstrauen kaputtgegangen, wenn die Zentralbanken sie nicht gerettet hätten. Der Staat hat sichere Häfen geboten, ist lender of last resort, wie es in England heißt. Das heißt, wir können mit diesen Herrschaften in Zukunft etwas selbstbewusster umgehen; denn wenn sie sich verspekuliert haben, kommen sie zu uns und laden die Verluste bei Peer Steinbrück ab. Er muss nämlich ein Drittel dieser Spekulationsverluste tragen. Das möchten wir nicht. Herr Kampeter, das Geld soll lieber in die Kasse von Herrn Steinbrück fließen. Dafür zu sorgen, ist unsere Aufgabe. Rainer Wend wird nachher sagen, was wir von den Banken und den Aufsichtsbehörden erwarten, damit nicht private Gier und Spekulationen eine ganze Volkswirtschaft ins Elend stürzen. Im Reich der Realökonomie müssen wir die Lebensverhältnisse der Menschen auch in Zukunft durch gute Arbeit verbessern.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Oskar Lafontaine, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesminister für Wirtschaft, Herr Glos, hat gesagt, dass der Jahreswirtschaftsbericht unter der Überschrift „Kurs halten!“ steht. Für die Fraktion Die Linke möchte ich hier sagen: Wir möchten, dass der nächste Wirtschaftsbericht und Ihr Handeln unter einer ganz anderen Überschrift stehen, nämlich: Kurs wechseln!

(Beifall bei der LINKEN)

Denn wenn Sie den Kurs halten, dann setzen Sie all das fort, was in den letzten Jahren eingetreten ist.

Ich beginne mit Ihrem Jahreswirtschaftsbericht:  
„Deutschland ist auf gutem Kurs: mit einem Aufschwung für alle“. Wenn Sie hier feststellen, der Aufschwung sei für alle da, dann ist das eine Verarschung der Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine

80 Prozent der Menschen in Deutschland sagen: Der Aufschwung kommt bei uns nicht an. Aber Sie erdreisten sich, hier zu sagen: Aufschwung für alle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das kann man aber auch anders sagen!)

Erklären Sie das Wahlvolk für blöd, oder was ist Ihre Absicht? Wie können Sie so etwas sagen? Es gibt Gründe, warum die Bevölkerung sagt: Der Aufschwung kommt bei uns nicht an.

Im ersten Satz des Jahreswirtschaftsberichtes heißt es weiter, dass wir eine „Rekord-Beschäftigung“ haben. Das ist richtig. Die Frage ist nur: Was für eine Art von Beschäftigung ist das? Weil Sie diese Frage nicht stellen, wissen Sie nicht, dass der Aufschwung nicht bei allen ankommt. Wenn die Menschen nur noch befristete Arbeitsverträge haben, schlechte Löhne erhalten und nur noch Minijobs oder Leiharbeit ausüben können, dann ist das kein Aufschwung für alle. Den Menschen nutzt Ihre Beschäftigungsbilanz überhaupt nichts! Das ist das, was die Menschen denken, die Ihnen draußen zuhören müssen, wie Sie hier solche Sprechblasen in die Welt setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich gibt es Anzeichen für eine weltweite Krise. Die kann wirklich niemand mehr übersehen. Nun würde man vielleicht erwarten, dass der Bundesminister für Wirtschaft eine Idee hat, was er da machen könnte. Vielleicht hat die Bundeskanzlerin, die gerade in Gespräche vertieft ist, ja eine Idee; man soll die Leute ja nicht unbedingt überfordern. In der Financial Times Deutschland können wir lesen: „Glos denkt über Notfallplan nach.“ Bravo, Herr Bundesminister für Wirtschaft, die Fraktion Die Linke macht Ihnen ein Kompliment: Sie denken nach! Weiter ist aber zu lesen: „Die Schublade ist noch leer. Aber selbstverständlich muss man sich Gedanken machen.“ Bravo, muss man sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre natürlich nett, wenn die Schublade wenigstens ein bisschen voll wäre.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Sie sollten versuchen, zu erreichen, dass die Schublade ein bisschen voll wird, damit Sie irgendetwas haben, falls die exportgetriebene Konjunktur der letzten Jahre nun durch die weltweite Krise – das wäre logisch – beschädigt wird.

Es ist ja richtig – das hat ein Redner hier gesagt –, dass die Amerikaner wie selbstverständlich keynesianische Rezepte anwenden, wenn die Konjunktur nach unten rasselt. Die keynesianischen Rezepte, die hier immer von allen möglichen Fachleuten – ich will sie gar nicht alle zitieren – in großer Attitüde für falsch und überholt erklärt worden sind, heißen nun einmal: Wenn die Konjunktur schwächelt, setzt man die Geldpolitik ein. – Das ist überall auf der Welt so, nur in Europa ist es nicht so

gemacht worden. Das hat dann natürlich Folgen. Der Kommentator, der heute in der Financial Times Deutschland fragt, warum denn die Geldpolitik nicht einsetzt, hat recht. Wir können nachweisen, dass die verfehlte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank über viele Jahre mit dazu beigetragen hat, dass wir in Europa nicht Wachstumspotenziale erschlossen haben wie andere Industriestaaten dieser Welt.

Das Zweite, das man einsetzen kann, ist die Binnennachfrage. Sie haben dafür gesorgt, dass die Binnennachfrage über viele Jahre nur stranguliert und abgewürgt wurde. Ich möchte hier deutlich sagen, dass Steuersenkungen ein Instrument der Binnennachfrage sind. Die Amerikaner setzen dieses Instrument wie selbstverständlich ein, und zwar rechtzeitig. Wenn man wegen der Staatsfinanzen zögerlich ist, dann sollte man zumindest dem Antrag stattgeben, den wir hier schon mehrfach vorgetragen haben: Man sollte den Steuertarif glätten und insbesondere die mittleren Einkommen entlasten, das heißt die Facharbeiter und die Kleinbetriebe. Dann kann man den Steuertarif durchziehen, wenn man aufgrund der Einnahmeausfälle Probleme hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben das hier immer wieder vorgetragen. Es ist ungerecht und wirtschaftlich unvernünftig, Facharbeiter und Kleinbetriebe über Gebühr zu belasten.

Nun greife ich das auf, Herr Kollege Stiegler, was Sie hier gesagt haben. Natürlich geht Binnennachfrage nicht ohne steigende Löhne. Natürlich geht Binnennachfrage nicht ohne wachsende Renten. Natürlich geht Binnennachfrage nicht ohne steigende soziale Leistungen im Rahmen des Möglichen. Wenn man aber alles tut - da sind die meisten hier mitverantwortlich -, dass sowohl die Löhne und die Renten als auch die sozialen Leistungen sinken, dann trägt man die Verantwortung dafür, dass in Deutschland die Binnennachfrage über viele Jahre überhaupt nicht auf die Beine kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundeswirtschaftsminister hat auf seine liebenswerte Art hier vorgetragen: Die Tarifparteien sollen ihre verantwortungsvolle Lohnpolitik fortsetzen. Mit solchen Sprechblasen kann man über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Auch im letzten Jahr hatten wir stagnierende Reallöhne. Das sieht man, wenn man die Tarifvertragsabschlüsse ansetzt und mit der Inflation verrechnet. Was in Wirklichkeit passiert, ist etwas ganz anderes. Das erfassen wir ja statistisch überhaupt nicht. Das heißt, in Wirklichkeit hatten wir auch im letzten Jahr ein zurückgehendes Volkseinkommen. Ich denke an Arbeitnehmer, an Rentner und an die, die soziale Leistungen empfangen. Sie setzen diese Politik ununterbrochen fort. Kollege Stiegler, wenn Sie das alles beklagen, dann dürfen Sie diesem Bericht nicht zustimmen, dann dürfen Sie die Politik nicht in vollem Umfang mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Jahreswirtschaftsbericht steht, dass Sie weiterhin „Teilzeitarbeit und tarifliche Öffnungsklauseln, befristete Arbeitsverträge“ und Leiharbeit vorantreiben wollen. Die Leiharbeit nennen Sie im Bericht vornehmerweise „Zeitarbeit“. Als weitere Beispiele nennen sie



„Minijobs und Zeitkonten“. All dies wollen Sie weiter einsetzen, um Anpassungsflexibilität zu erreichen. Das heißt, Sie wollen das Programm zur Lohnsenkung weiter vorantreiben. Das ist die Botschaft des Jahreswirtschaftsberichtes. (Beifall bei der LINKEN)

An einer Stelle ist der Bericht dann auch ehrlich. Er zeigt – wie in all den vergangenen Jahren – schlicht und einfach eine unverschämte Bilanz der Umverteilung, an der sich überhaupt niemand mehr stört. In jedem Jahreswirtschaftsbericht steht: Arbeitnehmerentgelte nix, Rentenerhöhungen wird es nicht geben und soziale Transfers sowieso nicht. Die große Mehrheit der Bevölkerung – das steht im Bericht – ist vom wirtschaftlichen Zuwachs ausgeschlossen. Nichts anderes steht hier seit Jahren. Das sieht man, wenn man bereit ist, Zahlen zur Kenntnis zu nehmen.

Im Bericht steht zur Projektion, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen diesmal nur in Höhe von 5,6 Prozent steigen werden. 7 Prozent war die Projektion in den letzten Jahren. Aber das ist ja nur die Hälfte dessen, was passiert. Im letzten Jahr sind allein die Aktienkurse um über 20 Prozent gestiegen. Die Einkommen der Arbeitnehmerschaft sind gesunken. Andere Gewinnspannen möchte ich hier gar nicht vortragen.

Das alles schreiben Sie. Das ist weiterhin Ihre Absicht. Sie sind eine Große Koalition der Umverteilung. Wenn Sie das von den Erträgen der Arbeitnehmerentgelte usw. nicht ableiten wollen, dann schauen Sie nur Ihre Steuerpolitik an: Sie haben auf der einen Seite die große Mehrheit der Bevölkerung mit 20 Milliarden Euro pro Jahr durch die Mehrwertsteuererhöhung belastet und die Unternehmen – ich denke hier an Steuersenkungen und die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages – um 20 Milliarden Euro entlastet. Man muss kein großer Rechenkünstler sein, um zu wissen, dass hier eine reine Umverteilung vorgenommen wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte hier nun unsere Vorschläge zur Festigung der Konjunktur in Deutschland vortragen, die dann notwendig ist, wenn der Export nicht mehr läuft. Die Renten und die Löhne können noch so niedrig sein – wir könnten auch Sklavenlöhne einführen –: Der Export läuft trotzdem weiter. Aber die Binnenkonjunktur verkraftet die Philosophie, die in den letzten Jahren dominierte, nicht.

Das Erste, was wir brauchen, ist eine Lohnpolitik, mit der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich wieder am Wachstum der Volkswirtschaft beteiligt werden. Das muss als Allererstes geschehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt für uns: Im Gegensatz zur Entwicklung der letzten Jahre müssen die Löhne im Rahmen von Inflation und Produktivität steigen. Was nützt die Beschwörung der Produktivität, wie von Kollege Stiegler vorgetragen, wenn die Löhne in den letzten Jahren im Rahmen der Produktivität überhaupt nicht mehr gewachsen sind? Da muss man sich doch die Frage stellen, warum das der Fall war. Die Erklärung ist ganz simpel: Die Gewerkschaften wurden über Hartz IV, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit so systematisch geschwächt,

dass sie nicht mehr auf die Füße kamen. Sie haben mit der fatalen Gesetzgebung, die Sie zu verantworten haben, das Sinken der Löhne programmiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Zweites müssen die Armutsrenten zurückgenommen werden. Ich rede hier von der unsinnigen Rentenpolitik, die Sie über all die Jahre gemacht haben. Wie wollen Sie denn die Binnenkonjunktur bei sinkenden Realeinkommen und sinkenden Einkommen der Rentnerinnen und Rentner in Gang bringen? Diese hören uns heute zu, und sie wissen genau, dass sie an Kaufkraft verloren haben. Sie wissen auch, dass Sie immer weiter darüber nachdenken, wie Sie die Renten weiter kürzen können. Sie waren schließlich stolz darauf, dass Sie eine Rentenreform verabschiedet haben, mit der die Rente für viele weiter gekürzt wird. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass das Desaster, dass für die jetzt Beschäftigten in Zukunft Armutsrenten programmiert sind, bereits eingetreten ist.

Wenn selbst der Vater dieser Reformen, Herr Rürup, begriffen hat, was er angerichtet hat, und wenn er deshalb vorschlägt, eine steuerfinanzierte Grundrente einzuführen, um dieses Desaster zu vermeiden, dann ist dies ein Ausweis von Ratlosigkeit. Ändern Sie die Rentenformel, damit die Rentnerinnen und Rentner endlich wieder am wachsenden Wohlstand teilnehmen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Steuertarif habe ich bereits etwas gesagt. Ich möchte aber einen weiteren Punkt erwähnen. Wir brauchen gerade in der jetzigen Situation im Steuerrecht keine weiteren flächendeckenden Senkungen der Unternehmensteuern. Vielmehr brauchen wir im Unternehmensteuerrecht einen Umbau, der dazu führt, dass der investierende Unternehmer belohnt und der spekulierende Unternehmer nicht belohnt wird. Das heißt, die degressive Abschreibung von Investitionen muss wieder eingeführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es war ein großer Fehler, dieses bewährte Instrument, das über viele Jahre Kernelement des Handelns von Wirtschaftsministern war, die die Steuerung der Konjunktur noch im Programm hatten, abzuschaffen.

Was wir auch brauchen, sind Ausgaben in der öffentlichen Infrastruktur, um gegenzusteuern. Man kann es nicht oft genug sagen: Wir können es uns als Industriestaat nicht erlauben, dass die Investitionsquote in unseren öffentlichen Haushalten im Vergleich mit den europäischen Nachbarn nur halb so hoch ist. Das ist eine eindeutige Zahl. Wie lange, glauben Sie, können wir uns Versäumnisse auf einem Gebiet leisten, in dem die Zukunft des Staates definiert wird, nämlich bei den öffentlichen Investitionsausgaben? Die anderen sind nicht dümmer oder klüger als wir, aber sie haben teilweise deutlich bessere Ergebnisse.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine

Das, was ich gesagt habe, gilt natürlich auch für die Ausgaben in Bildung und Forschung, insbesondere für die Bildung. Das, was teilweise in den Ländern in den letzten Jahren geschehen ist - die Schulzeit wurde verkürzt,

um die Menschen möglichst schnell auf den Arbeitsmarkt zu werfen -, ist ein Wahn. Dahinter steht nicht mehr die Idee, dass Bildung die Entwicklung einer Persönlichkeit ermöglicht und dazu beiträgt, eigene Aktivitäten zu entfalten. Vielmehr geht es darum, die Menschen möglichst schnell für den Arbeitsmarkt auszubilden. Das ist ein Fehler. Das wird noch durch den Abbau von Lehrpersonal ergänzt. Die Lehrpläne sind überfrachtet. Viele Eltern beklagen sich mittlerweile darüber, man raube den jungen Menschen die Kindheit. Deshalb brauchen wir in Deutschland eine andere Schul- und Bildungspolitik. (Beifall bei der LINKEN - Peer Steinbrück, Bundesminister: Wie in anderen europäischen Ländern!)

- Herr Finanzminister, ich hätte gerne die Zeit, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Wir müssten eigentlich über all das reden, was Sie so auf den Finanzmärkten treiben. Ich kann Ihnen nur sagen: Was sollte hier eben das Gejammer über die Finanzmärkte, wenn Sie die Geldpolitik nach wie vor so missachten, wie das derzeit geschieht? Solange in Europa die aktuelle Verfassung der Zentralbank gilt, die im krassen Gegensatz zu den Verfassungen der Zentralbanken der übrigen Welt steht, insbesondere der amerikanischen Zentralbank und der britischen Zentralbank, so lange wird die Geldpolitik zur Steuerung der Konjunktur nicht eingesetzt werden können. Das aber geht zulasten der Beschäftigten in Gesamteuropa.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Ihnen sonst nichts einfällt, dann schreiben Sie einfach die Verfassung der amerikanischen Zentralbank ab. Ein weiterer Punkt ist die Regulierung der Finanzmärkte. Immer, wenn die Linke gefordert hat, die Finanzmärkte zu regulieren, dann haben Sie hier erklärt, dass das einzig Wichtige die Transparenz sei. Was meinen Sie mit Transparenz? Sie ist weitgehend vorhanden. Wir wissen, wo überall spekuliert wird. Wir wissen doch, wie unsicher die einzelnen Derivate sind. Wir wissen, wo die Risiken liegen. Nein, wir brauchen eine Reregulierung der Finanzmärkte, wenn wir wieder Ordnung in das Chaos der weltweiten Finanzmärkte bekommen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Reregulierung der Finanzmärkte müssen wir bei unseren eigenen Gesetzen beginnen. Wenn wir jetzt beklagen, dass Banken, die teilweise sogar in öffentlichem Besitz sind, Nebengeschäfte gemacht haben, dann müssen wir uns doch die Frage stellen, was wir da eigentlich versäumt haben.

Nebenbei möchte ich sagen: Es gibt auch bedeutende Aufsichtsratsvorsitzende, die gepennt haben. Sie haben dort, wo sie verantwortlich waren, nicht erkannt, dass in großem Umfang Nebengeschäfte getätigt und sogar bilanziert wurden. Wenn wir so sehr pennen, dann werden wir keine Ordnung in die internationalen Finanzmärkte bekommen. Wir müssen bei uns selbst anfangen, meine sehr geehrten Damen und Herren;

(Beifall bei der LINKEN)

ich hoffe, dass dieser Wink verstanden worden ist. Ich fasse zusammen: Natürlich könnte man diese Politik, die dem Export wenig schadet, fortsetzen. Auf

den Glanzfeldern unserer Wirtschaft - dem Automobilbau, dem Maschinenbau, der Chemieindustrie, der Elektrotechnik usw. - verfügen wir Gott sei Dank über gute Ingenieure und Konstrukteure, die dafür sorgen, dass unsere Produkte weltweit vermarktet werden können und Absatz finden. Das ginge aber auch bei sehr niedrigen Löhnen, weil diese Ziele dadurch überhaupt nicht gefährdet werden.

Wenn Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Binnenmarkt für die Volkswirtschaft einer großen Industrienation von Bedeutung ist, dann müssen Sie daraus Konsequenzen ziehen. Vor allen Dingen eines dürfen Sie nicht tun: eine verfehlte Politik, die zu sinkenden Löhnen, sinkenden Renten und sinkenden sozialen Leistungen führt, betreiben und dann noch die Frechheit besitzen, zu behaupten: Der Aufschwung kommt bei allen an.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Jahreswirtschaftsbericht, über den wir heute sprechen, hat den Titel „Kurs halten!“. Ich finde, wenn man Kurs halten will, muss man erst einmal einen Kurs haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir die Debatten über die aktuellen Probleme der Wirtschaftspolitik vor Augen führe, dann kann ich nicht feststellen, dass die Bundesregierung über einen gemeinsamen Kurs verfügt.

Wenn es um die Mindestlöhne geht, verfolgen Sie völlig unterschiedliche Konzepte; das gilt übrigens für Lohnfragen insgesamt. Die Union dilettiert beim Thema Mindestlohn. Zuerst wollte sie überhaupt keinen Mindestlohn. Dann hat sie gesagt: In ein oder zwei Branchen können wir ihn vielleicht einführen. Nun wundert sich die Union, dass auch andere Leute auf die Idee kommen und fragen: Was ist bei uns? - Manche reden schon von einem flächendeckenden Mindestlohn. Es geht ständig hin und her.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Nein! Es geht vorwärts!

Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

Ein anderes Beispiel ist Ihre Gesundheitspolitik.

Durch die geplante Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 werden die Beitragssätze zur Krankenversicherung wahrscheinlich um 0,7 Prozentpunkte steigen. Das ist doch einfach Murks, und man kann nicht

sagen, das sei ein Kurs. Einerseits senken Sie die Lohnnebenkosten durch eine Senkung des Beitragssatzes zur

Arbeitslosenversicherung. Andererseits machen Sie eine

Politik, die dazu führt, dass die Lohnnebenkosten im Gesundheitsbereich, nämlich beim Beitragssatz zur Krankenversicherung,

steigen. Das ist kein Kurs, sondern ein

unsystematisches Hin und Her, durch das unser Land

und unsere Wirtschaft nicht vorangebracht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahreswirtschaftsbericht von Michel Glos lesen wir: Diesmal soll es der Binnenmarkt richten, und das

trotz all der finsternen Wolken, die sich unter anderem über den USA am Horizont zeigen. Im Jahreswirtschaftsbericht ist für den Binnenkonsum von einem Wachstum in Höhe von 3,1 Prozent die Rede; preisbereinigt entspricht das einem Wachstum des Binnenmarktes um 1,4 Prozent. Herr Glos, ich muss Sie fragen: In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Leute bekommen gerade die Nachricht, dass die Preise in allen möglichen Bereichen steigen: beim Gas, beim Wasser, beim Öl usw. Wenn sie einkaufen gehen, stellen sie fest, dass auch die Preise für Grundnahrungsmittel steigen: bei der Milch, beim Fleisch und bei vielem, was die Familien in unserem Land brauchen. Sie aber sagen: Diesmal wird es der Binnenmarkt richten. Glauben Sie etwa, dass irgendjemand einkaufen geht, weil Sie in Ihrem Jahreswirtschaftsbericht schreiben „Wir wollen Kurs halten! Beruhigt euch, Leute!“? Wie stellen Sie sich das eigentlich vor?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem fordern Sie eine maßvolle Lohnpolitik. Das heißt für die Leute: Es wird nicht mehr Geld geben. Hören Sie auf mit der Märchenstunde, der Binnenmarkt, der private Konsum werde es diesmal richten! Es gibt keine empirische Evidenz, dass das so sein wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch was jetzt über die Börsenkrise zu lesen ist, wird nicht dazu beitragen, dass die Leute Vertrauen entwickeln. Wir gehören nicht zu denen, die es als eine Aufgabe der Opposition sehen, die Konjunktur schlechtzureden. Wir können dieser Versuchung widerstehen, Herr Lafontaine. Wir machen dieses Spiel nicht mit. Die kleinen Leute, bei denen der Aufschwung noch nicht ankommt, haben nämlich umso größere Chancen, je besser sich die Konjunktur entwickelt.

Wir bräuchten jetzt eine Bundesregierung, die mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik – das gehört ja zusammen – Vertrauen bei den Leuten schafft, dass der Aufschwung bei allen ankommt, auch bei denen, die sozial nicht so gut dastehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt herumzunölen, will ich Vorschläge machen und Ihnen sagen, wo Sie als Große Koalition agieren müssen und aufhören müssen, ihre Köpfe in den Sand zu stecken, Herr Glos: Das Erste ist die Frage der Lohnentwicklung, insbesondere die Frage, wie es bei den Mindestlöhnen weitergeht. Die Große Koalition kann sich nicht darauf einigen, wie das Prinzip, das ja alle bejahen – dass, wer ganztags arbeitet, von seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit leben können muss –, in die Praxis umgesetzt werden soll. Solange Sie sich nicht einigen können, was Sie wollen – Kombilöhne oder Mindestlöhne, flächendeckend oder wie auch immer –, kann es an dieser Stelle nicht aufwärtsgehen. Wir sagen, dass wir Mindestlöhne brauchen – aber branchen- und regionalspezifisch. Der Vorschlag, den Bundesarbeitsminister Scholz gemacht hat, ist nicht schlecht; er geht ja auf unseren Vorschlag, eine Mindestlohnkommission einzurichten, zurück. Aber man muss beides machen: Man muss das Entsendegesetz entsprechend ausweiten, eine

Mindestlohnkommission einrichten und, eines Tages, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen. Es darf nicht sein, dass jemand trotz Arbeit Aufstocker sein muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Leute können kein Vertrauen haben, Herr Meyer, wenn sie wissen: Du kannst ganztags arbeiten, aber leben kannst du davon nicht. - Auch wäre es ein falsches Signal an die Wirtschaft, aufzustocken und damit gewissermaßen einen flächendeckenden Kombilohn einzuführen. Es ist Murks und Unsinn, was die Union an der Stelle anbietet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite. Sie müssen sich endlich bemühen, doch mehr für den Mittelstand zu tun. Die Unternehmensteuerreform hat vielen Personengesellschaften, die Einkommensteuer zahlen, nichts gebracht. Im Gegenteil, Herr Steinbrück: Weil die Gewerbesteuer ausgedehnt wurde - es war ja richtig, Zinsen und Pacht einzubeziehen -, sind diejenigen Personengesellschaften, die, weil sie keine Einkommensteuer zahlen, Gewerbesteuer und Einkommensteuer nicht miteinander verrechnen können, sogar zusätzlich belastet worden. Deswegen sagen wir: Die Gewerbesteuer muss in diesem Sinne vorgetragen werden, damit die mittelständischen Betriebe in diesem Bereich tatsächlich entlastet werden.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Wenn einer keine Steuern zahlt, kann man ihn auch nicht entlasten!)  
- Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln! Hören Sie sich einfach einmal an, was die Mittelständler, die in dieser Situation sind, dazu sagen!

Das Dritte ist der Gesundheitsfonds. Es würde schon einen Schub für die Konjunktur bringen, wenn Sie einsehen würden, dass dieser Fonds Murks ist, und darauf verzichten würden, etwas einzuführen, was neun Monate später - wenn wir eine andere Gesundheitspolitik haben werden - ohnehin wieder abgeschafft wird. Auch das wäre gut dafür, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher Vertrauen entwickeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der FDP)  
Es gibt noch ein weiteres Thema, das wir wichtig finden. Darin unterscheiden wir uns massiv von Herrn Lafontaine, den ja das ganze Thema Lohnnebenkosten überhaupt nicht interessiert. Vieles, was er vorgetragen hat, ist schön und wünschenswert; aber es führt zu einer Steigerung der Lohnnebenkosten und damit zu einer Verschlechterung der Bedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze. In einem haben Sie allerdings recht, Herr Lafontaine, und da teilen wir Ihre Ansicht: Vor allem den Beziehern kleiner Einkommen bleibt zu wenig netto. Sie haben zwar einen Arbeitsplatz; aber sie verdienen zu wenig. Deswegen will ich unseren Vorschlag erneuern, die Lohnnebenkosten im unteren Bereich zu senken. Nicht überall haben wir hier ein Problem; aber den Geringverdienern bleibt zu wenig netto.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich, wann sich die Bundesregierung hier endlich bewegt. Wir Grünen haben zur Lösung dieses Problems ein Progressivmodell vorgeschlagen.

Herr Glos, an dieser Stelle ist für die Mittelschicht auch die kalte Progression zu nennen. Wir müssen die Steuertarife ändern, weil die Menschen bei einer Lohnerhöhung ansonsten nicht das in der Tasche haben, was sie eigentlich haben sollten, da ihnen die Lohnerhöhung durch die Steuer doppelt wieder weggenommen wird. Ich nenne ein Thema, das für die CDU/CSU und die SPD ganz unangenehm ist. Es geht nämlich um die Frage, ob sich die Riester-Rente wirklich in allen Fällen lohnt. Selbstverständlich ist hier eine Verunsicherung entstanden. Ich frage mich, ob Sie eine passende Antwort haben. Wir von den Grünen sagen: Es ist richtig, dass die Menschen mit der Riester-Rente zusätzlich etwas ansparen und sich so privat für das Alter stärken. - Aber natürlich sind die Leute verunsichert, weil sowohl beim Arbeitslosengeld II als auch bei der Rente - dann, wenn die Menschen eine Sozialrente erhalten - zu viel auf privat angespartes Geld für das Alter zugegriffen wird. Es ist einfach nicht okay, dass das dann verrechnet wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daraus folgt aber keine pauschale Polemik gegen die Riester-Rente, wie sie Lafontaine gerne verwendet, sondern daraus folgt, dass die Mittel, die die Leute durch ihre Altersvorsorgemaßnahmen privat erwirtschaftet haben, zum Beispiel auf ein Altersvorsorgekonto überwiesen werden sollten und eben nicht angetastet werden dürfen. Wenn Sie das nicht wollen, dann machen Sie das über Freibeträge. Man kann den Leuten doch nicht erzählen - gerade den kleinen Leuten -: „Spart im Rahmen der Riester-Rente!“, während diese Mittel selbstverständlich verrechnet werden, wenn sie zu wenig Rente erhalten und aufgestockt werden muss.

Mit Ihrer Verweigerung, eine neue Lösung auf den Tisch zu legen, verhindern Sie die Bewältigung des wichtigen Problems der privaten Altersvorsorge. Bei den Verhandlungen damals lagen ja viele Lösungen auf dem Tisch. Ich fordere Sie hier auf, sich an dieser Stelle zu bewegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Punkt nennen, der wichtig ist, wenn man etwas für die Wirtschaft tun will. Uns gehen in Deutschland viele Arbeitsplätze verloren, weil die Große Koalition nicht in der Lage ist, die Einwanderungsbedingungen für gut ausgebildete Arbeitskräfte zu erleichtern. Senken Sie die Grenze von 84 000 Euro, die man als Verdienst nachweisen muss, um hierher zu dürfen, und wir werden hochqualifiziertes Personal bekommen. Selbstverständlich wollen wir deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbilden, aber wir brauchen sofort Arbeitskräfte. In der Globalisierung kann man nicht sagen, dass man zwar überallhin exportieren, aber lieber keine Leute von woanders haben will, die eine gute Qualifikation haben. Das ist Wirtschaftspolitik von vorgestern, aus Gründen, die vielleicht mit Ihrer Politik im Innern zu tun haben. Wirtschaftspolitisch beweist dies jedenfalls keine Vernunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Glos, eines stört mich an Ihrem Bericht und Ihrer Kommentierung noch mehr. Wir haben doch erkannt,

dass es in Deutschland ein großes Wachstumsfeld gibt, nämlich die ökologische Modernisierung: Energie einsparen und effizienter mit Energie umgehen. - Sagen Sie doch einmal, dass Sie dies im Binnenmarkt zum Wachstumsfeld machen wollen, treten Sie nicht dauernd auf die Bremse und nölen Sie nicht dauernd gegen mehr Energieeinsparung und eine bessere Energiepolitik!

Mit grünen Ideen kann man schwarze Zahlen schreiben und Arbeitsplätze schaffen. Das muss auch der Wirtschaftsminister dieses Landes endlich kapieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie würden also Vertrauen schaffen - auch in den Binnenmarkt -, wenn Sie diese Vorschläge beherzigen würden. Ich sage aber noch einmal: Die Große Koalition hat bei keinem dieser Punkte eine gemeinsame Linie. Deswegen ist sie an der entscheidenden Stelle auch nicht handlungsfähig.

Zum Abschluss will ich noch etwas zur Börsenkrise, zur Immobilienkrise in den USA und dazu sagen, was das für uns bedeutet. Erst einmal: Die Entwicklung in den USA ist dramatisch. Das hat verschiedene Gründe. Die Zeit, dass man viel mehr ausgeben kann - auch im privaten Konsum -, als man systematisch einnimmt, ist jetzt endgültig vorbei. So gesehen findet dort auch eine Marktberreinigung statt, auf die man warten konnte, wenn man die Entwicklung in den letzten Jahren beobachtet hat.

Selbstverständlich wird dies Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben. Gott sei Dank werden sie nicht so drastisch und wahrscheinlich auch nicht so schnell eintreten wie in den USA, aber es soll hier doch niemand so tun, als würde dies nicht auch wachstumsdämpfend wirken. Ich sage Ihnen voraus, dass das Wirtschaftswachstum stärker als um die 0,3 Prozent sinken wird, die Sie in Ihrer Prognose heruntergegangen sind. Das kostet uns Milliarden Euro.

Ausgerechnet an einer solchen Stelle fängt die Bundesregierung - von der Bundeskanzlerin bis hin zu SPD - mit der unseligen Debatte über die Staatsfonds an, nach dem Motto: Jetzt bitte nicht ohne Weiteres ausländisches Geld von ausländischen Staatsfonds in die Bundesrepublik Deutschland. Andere Länder, wie die Schweiz, die aufgrund der Immobilienkrise auch Milliardenbeträge abschreiben mussten, werden gerade durch ausländische Staatsfonds gestützt. Ich kann wirklich nicht verstehen, warum Sie gerade in Zeiten - das ist gegen jede politische Vernunft -, in denen man Geld braucht, sagen: Bitte kein Geld von ausländischen Staatsfonds. - Das ist gegen jede ökonomische Vernunft. Das, was Sie hier veranstalten, ist Unsinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zockerökonomie, die wir zum Teil auf der Welt haben, ist zum Vertrauensproblem für die reale Ökonomie geworden. An die Adresse der Herrschaften von der FDP kann ich nur sagen:

(Otto Fricke [FDP]: Es sind auch Damen dabei, Herr Kuhn!)

Selbstverständlich brauchen wir neue und klare Regeln für die internationalen Finanzmärkte. Sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Kredite zu überschaubaren



und nachvollziehbaren Risiken an die Stellen kommen, wo Investitionen stattfinden. Dafür sorgen sie aber nicht mehr, wenn wir systematisch das Verstecken, Verbriefen und Auslagern von Risiken bei Banken und Finanzmarktinstitutionen so lange zulassen, bis bei keinem Institut mehr durchblickt wird, wo genau die Risiken liegen. Das muss sich ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich haben alle begriffen, dass wir neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte brauchen. Auch bei der Weltbank und dem IWF wird über nichts anderes mehr geredet, übrigens, Herr Lafontaine, weit mehr als über Transparenz. Die Einzigen, die es in Deutschland nicht begriffen haben, sind die Liberalen. Meine Damen und Herren von der FDP, ich fordere Sie daher auf, aufzuwachen und Vorschläge zu machen.

(Jörg van Essen [FDP]: Wenn man nicht im Wirtschaftsausschuss sitzt, hat man keine Ahnung!)  
Wir müssen selbstverständlich die Finanzmarktaufsicht in Deutschland stärken. Das Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz muss endlich auf den Weg gebracht werden. Union und SPD blockieren sich aber gegenseitig bei der Bewertung der Kompetenzverteilung zwischen BaFin und Bundesbank. Wir müssen die Risiken im Bankensektor auch in Deutschland besser wahrnehmen. Zweckgesellschaften der Banken müssen im Rahmen von Basel II in die Finanzmarktaufsicht einbezogen werden. Anders geht es nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist doch schon seit dem 1. Januar so!)

Dies muss systematisch sowie mit Ruhe und Kraft geschehen. Sonst kommt nur Unsinn dabei heraus. Die Hedgefonds und die Private-Equity-Gesellschaften müssen unter die Finanzaufsicht gestellt werden. Sie müssen weltweit registriert werden. Dabei sind auch viele nationale Fragen zu klären.

Wir müssen die Rolle der öffentlichen Banken in Deutschland überdenken. Ich frage mich schon lange, warum Landesbanken in der Weise spekulative Geschäfte auf internationaler Ebene tätigen müssen, wie es zum Beispiel in Sachsen und bei der West LB geschehen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht die genuine Aufgabe der Landesbanken. Ich erwarte von der Politik Schritte, das zu unterbinden. Vielleicht hilft es, wenn die Aufsichtsgremien nicht nach Parteibuch, sondern nach Sachverstand besetzt werden. Viele Probleme resultieren nämlich daraus, dass die Verwaltungsräte und Aufsichtsgremien nicht entsprechend agieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Herr Wirtschaftsminister, es gibt viel mehr zu tun, als zu beschwichtigen. Ich fordere Sie auf, den Schlafmichel aufzugeben und aktiv eine vertrauensschaffende Wirtschaftspolitik in Deutschland zu betreiben. Ihre Abwiegungsreden glaubt Ihnen sowieso niemand mehr.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Michael Meister, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über den Jahreswirtschaftsbericht 2008 vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der aktuellen Börsenentwicklung. Es gibt aus meiner Sicht zwei wesentliche Punkte, die dazu beigetragen haben, dass diese Entwicklungen so einsetzen. Das eine ist, dass man nach dem 11. September 2001 versucht hat, mit dem süßen Gift billigen Geldes konjunkturell wieder Fahrt aufzunehmen. Das andere ist, dass man auf dieser Grundlage komplexe Finanzprodukte entwickelt hat. Ich möchte massiv davor warnen, die Probleme, die zum Teil auf billiges Geld zurückzuführen sind, erneut mit billigem Geld lösen zu wollen. Das führte nur zu neuen Problemen in der Zukunft. Wir brauchen stabiles Geld. In diesem Zusammenhang möchte ich der Europäischen Zentralbank ein Kompliment machen; denn sie hat im Zeitraum von ihrer Errichtung bis heute einen Stabilitätskurs, einen für die Finanzmärkte stabilisierenden Kurs und einen Kurs für stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen verfolgt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Kollege Lafontaine hat ja massive Kritik am Bundesfinanzminister geübt. Ich möchte namens meiner Fraktion erklären: Ich freue mich, dass Herr Steinbrück nach wie vor seine Verantwortung, die sowohl in puncto Haushaltskonsolidierung wie auch in puncto Herausforderungen durch die Finanzmärkte schwierig ist, wahrnimmt. Er ist nicht bei Nacht und Nebel durch die Hintertür vor den Problemen geflüchtet, sondern er versucht gemeinsam mit der Koalition, die sich ergebenden Herausforderungen anzugehen.

(Zuruf des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das ist das, was wir von einem verantwortlichen Politiker in diesem Land erwarten: nicht groß reden, sondern Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben eine Wachstumsprognose von 1,7 Prozent. In dieser Debatte wurden sehr deutlich die Risiken vorgetragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist zu Recht geschehen. Ich will allerdings auch darauf hinweisen, dass die Wachstumsprognose auf Annahmen basiert, die schon von einem Ölpreis von 95 Dollar pro Barrel und einem Leitzins von 4 Prozent ausgehen. Was ich mit diesen beiden Beispielen sagen will: Ein Teil der genannten Risiken ist in den Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts abgebildet. Deshalb halte ich die Wachstumsprognose, die hier unterstellt wird, für einen vernünftigen und realistischen Wert. Meine Antwort lautet nicht, dass wir in dieser Situation mehr Verteilungspolitik brauchen, wie das heute Morgen schon verschiedentlich gefordert worden ist. Meine Antwort lautet an dieser Stelle: Wir müssen die Wachstumspolitik der vergangenen drei Jahre weiterführen,

indem wir bei einem klaren Reformkurs bleiben, für mehr strukturelles Wachstum in Deutschland sorgen und damit Wohlstand für alle, Wachstum für alle und Arbeit für alle in diesem Land schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt auch positive Anzeichen, die man in einer solchen Debatte nicht vergessen sollte: Die Zahl der Auftragseingänge in der Industrie ist im Zweimonatsvergleich um 5 Prozent gewachsen. Wenn man das in Verbindung mit dem Geschäftsklima sieht, das weiterhin auf einem ansprechenden Niveau ist, und wenn man sieht, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt – immerhin war im vergangenen Jahr bei der Beschäftigung ein Zuwachs von 600 000 Menschen zu verzeichnen, und der Ausblick zeigt, dass wir auf dem Arbeitsmarkt auch im laufenden Jahr eine positive Entwicklung haben werden –, dann ist klar: Es gibt durchaus Anlass zu einem optimistischen Blick auch auf die Binnenkonjunktur.

Deshalb sollten wir das nicht herunterreden, Herr Kuhn. Sie haben so getan, als würde die Regierung nichts für die Schaffung von Vertrauen tun. Wir müssen klarmachen, dass wir ein Konzept haben – das haben wir; das kommt auch im Jahreswirtschaftsbericht zum Ausdruck –, dass wir uns nicht durch irgendwelche Tagesmeldungen nervös machen lassen und dass wir unser Konzept Schritt für Schritt umsetzen. Wenn Sie sich die Arbeit der Koalition in den letzten beiden Jahren anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir unsere Agenda konsequent abgearbeitet haben. Wir haben nicht ständig korrigiert, wie Sie das in Ihrer Regierungszeit getan haben. Das schafft Vertrauen, und auf diesem Weg werden wir weiteres Vertrauen bei den Menschen gewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben, Herr Brüderle, durch Haushaltskonsolidierung, Unternehmensteuerreform und sinkende Lohnnebenkosten strukturelle Vorsorge für eine bessere Konditionierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland getroffen. Ich wundere mich, wenn Sie hier gegen diese Punkte polemisieren. Die Unternehmensteuerreform war nicht nur für die Aktiengesellschaften und GmbHs, sondern auch für den deutschen Mittelstand.

(Beifall des Abg. Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU] und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben sowohl bei den Steuersätzen als auch bei den Ansparmöglichkeiten für neue Investitionen entlastet, und wir haben bei der Gewerbesteuer dafür gesorgt, dass die Messzahl sinkt und dass die Anrechenbarkeit auf die Einkommensteuer verbessert wird. Das sind alles Maßnahmen, die im Mittelstand positiv ankommen. Wir sollten diese Ergebnisse nicht zerreden, sondern den Menschen deutlich machen, dass es an dieser Stelle seit 1. Januar wesentlich bessere Konditionen gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es gibt in diesem Haus Stimmen, die sagen, wir sollten jetzt endlich mit den Reformen innehalten. Es gibt auch Stimmen in diesem Haus, die sagen, wir müssten vielleicht einen Teil der Reformen wieder zurückdrehen. Meine Antwort ist: Wir sollten nicht innehalten und nicht zurückdrehen, sondern wir müssen den Reformweg

konsequent weiter vorangehen. Das ist das, was wir jetzt brauchen; ansonsten geraten wir auf einen Irrkurs. Unsere Fraktion steht zu weiteren Reformen, nicht zum Innehalten und nicht zum Zurückdrehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir halten an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung und des Haushaltsausgleichs im Jahr 2011 fest. Das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel, das wir dort formulieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen: Alle Wünsche nach Mehrausgaben, die gegenwärtig vorgetragen werden, müssen sich in den nächsten drei Jahren dem Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes unterordnen.

(Beifall des Abg. Otto Fricke [FDP])

Wir müssen auch an dieser Stelle Vertrauen in diesem Land schaffen. Das gelingt uns, wenn wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2011 erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Durch unsere Entscheidungen, speziell durch die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, haben wir die Quote bei den Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent gedrückt. Dieses Ziel, das wir jetzt erreicht haben, haben wir lange mit vielen harten Entscheidungen angesteuert. Ich will an dieser Stelle sagen: Auch bei den Entscheidungen, die in diesem Jahr vor uns liegen, müssen wir darauf achten, dass wir bei den Lohnnebenkosten unter der Grenze von 40 Prozent bleiben. Es steht noch die Entscheidung über den allgemeinen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung an. Es steht eine Entscheidung über die Pflegeversicherung an. Außerdem steht - hoffentlich - die Entscheidung an, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken, wenn die Beschäftigungssituation noch besser geworden ist.

In diesem Kontext müssen wir dafür sorgen, dass Arbeit in Deutschland weiterhin günstiger wird und dass die Menschen netto mehr in der Tasche haben. Das ist der Effekt von sinkenden Lohnnebenkosten. Dadurch kommt es zur Teilhabe aller Arbeitnehmer. Das ist eine Politik, bei der alle vom Aufschwung profitieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Heute Morgen ist auch das Thema Tarifverhandlungen angesprochen worden. Ich würde mir wünschen, dass wir Tarifautonomie großschreiben würden. Ich wundere mich darüber, dass zwar die Tarifautonomie im Grundgesetz vorkommt, die Politik aber bei vielen Gelegenheiten gute Ratschläge erteilt. Uns würde etwas mehr Zurückhaltung besser anstehen. Trotzdem müssen wir die Verantwortung derjenigen anmahnen, die die Tarifverhandlungen führen. Sie haben in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch eine solche tolle Bilanz haben, indem sie vernünftige Tarifergebnisse erzielt haben. Meine Bitte ist, dass sie diesen Weg der Vernunft gemeinsam weitergehen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Damit tun sie den Menschen in unserem Lande etwas Gutes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wird suggeriert, dass man für die Sicherheit der Arbeitsplätze etwas tun könnte, wenn man mehr Sicherheitsregeln und mehr Starrheit ins Arbeitsrecht einbaut.

Meine These ist: Das ist eine Scheinsicherheit. Wenn wir Arbeitsplätze in Deutschland sicherer machen wollen und wenn wir mehr Arbeit in Deutschland schaffen wollen, brauchen wir mehr Flexibilität. Durch mehr Flexibilität, aber nicht durch mehr Starrheit bekommen die Menschen eine größere Chance auf Arbeit. Wenn wir für die Menschen etwas tun wollen, sollten wir uns darum bemühen, dass wir an dieser Stelle mehr Flexibilität schaffen. Das gibt ihnen eine Zukunftsperspektive. Ein wesentliches Thema, das heute Morgen am Rande angeklungen ist, ist die Energiepreisentwicklung. Viele Menschen leiden unter dem Anstieg der Lebensmittelpreise und der Energiepreise. Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Entwicklung auch etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun hat. Die Nachfrage ist über einen gewissen Zeitraum relativ konstant. Aber auf der Angebotsseite wird permanent eingegriffen. Deshalb bin ich nicht der Meinung, dass wir Sozialtarife bei den Energiepreisen brauchen. Wir brauchen vielmehr soziale Energiepreise insgesamt, die wir hinbekommen können, indem wir die Politik der Angebotsverknappung beenden.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Jawohl!)

Wir brauchen eine Angebotserweiterung; denn die Angebotserweiterung führt zu günstigeren Tarifen für alle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin sehr wohl für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich halte es für verdienstvoll, dass man nicht nur die Produktion, sondern auch den Grundlastanteil erneuerbarer Energien ausbaut. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir nicht durch Herausnahme der Kernkraft aus dem Strommarkt und der Grundlast zu einer Angebotsverknappung kommen dürfen. Denn dadurch greift man den Menschen in den Geldbeutel. Das kostet die Menschen Wohlstand. Deshalb möchte ich eine solche Politik, die zulasten der Menschen in unserem Land geht, nicht verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich freue mich, dass der Bundeswirtschaftsminister in den vergangenen beiden Jahren eine sehr erfolgreiche Politik gemacht hat und einen realistischen Kurs bei der Energiepolitik in Deutschland eingeschlagen hat. Ich möchte ausdrücklich dafür Danke sagen, dass er nicht mit zu starken ordnungsrechtlichen Eingriffen, sondern mit Förderung und Marktanreizen versucht, die Ziele, die wir uns energiepolitisch und klimapolitisch gesetzt haben, zu erreichen. Das ist der Versuch, politische Ziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten in Deutschland umzusetzen. An dieser Stelle ist er auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir alle haben in den vergangenen Tagen mit großem Bedauern die Entwicklung bei Nokia in Nordrhein-Westfalen verfolgt. Ich glaube, unsere Antwort muss sein, zu versuchen, den Mittelstand in Deutschland mit seinen Talenten, seinen Fertigkeiten, seiner Flexibilität zu stärken. Deshalb will ich Ihnen hier

sagen: Wir als Union setzen eine Erbschaftsteuerreform um, die verfassungsgemäß ist und dafür sorgt, dass mittelständische Unternehmen günstiger an die nächste Generation weitergegeben werden können; dafür stehen wir. Damit schaffen wir ein Stück Vertrauen in diesem Land, und mittelständische Strukturen werden gestärkt.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sorgen dafür, dass über das Thema Mitarbeiterbeteiligung gesprochen wird. Das stärkt die mittelständischen Unternehmen, das stärkt die Arbeitnehmer. Wir

wollen ein mittelstandsfreundliches Vergaberecht, wir wollen den Abbau von Bürokratie, und wir wollen die Erfolgsgeschichte der Zeitarbeit weiterführen, um auch dort für mehr Flexibilität zu sorgen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Was für eine Erfolgsgeschichte? Das ist doch Unsinn!

Wenn wir das tun, dann werden neue, tragfähige Strukturen errichtet, und dann wird nicht nur über Strukturen gejammert, die leider momentan in Gefahr sind.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir gemeinsam tatkräftig an der Umsetzung arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Martin Zeil ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Martin Zeil (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Jahreswirtschaftsbericht trägt die Überschrift „Kurs halten!“. Der Sachverständigenrat sagt über die Politik dieser Regierung:

Es ist keine klare wirtschaftspolitische Strategie und Richtung erkennbar.

Das ist der Grund, warum viele Menschen gerade im Mittelstand das Motto „Kurs halten“ eher als Drohung empfinden.

(Beifall bei der FDP)

Haben Sie denn überhaupt einen Kurs und, wenn ja, einen, der gehalten werden sollte?

Ich nenne ein paar Beispiele: Sie machen ein bürokratisches Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen, statt endlich Barrieren beim Eintritt in den Arbeitsmarkt abzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Sie machen ein Steuerrecht, das immer komplizierter statt einfacher und gerechter wird. Sie haben es ja jetzt wieder vom Bundesfinanzhof um die Ohren gehauen bekommen: Was Sie machen, ist zum Teil auch verfassungswidrig. Sie treiben die Abgaben und Lohnnebenkosten in allen Bereichen – Rente, Pflege, Krankenversicherung – per saldo in die Höhe, statt sie wirklich spürbar abzusenken. Sie machen eine Unternehmensteuerreform überwiegend auf Kosten des Mittelstandes, Herr Wirtschaftsminister, statt den Mittelstand so zu entlasten, dass er es auch wirklich merkt.

(Beifall bei der FDP)

Sie legen eine Erbschaftsteuerreform vor, mit der Sie nicht nur hinter Ihre eigene Koalitionsvereinbarung zurückfallen, sondern die so bürokratisch, so übergabefeindlich, so arbeitsplatzgefährdend ist, dass sie geradezu

ein Schlag in das Gesicht der mittelständischen Familienunternehmen ist.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir sind heute alle durch die Entscheidung von Nokia betroffen, vor allen Dingen durch die Art und Weise. Wo aber ist die Glaubwürdigkeit der Regierung bei diesem Thema, wenn sie ein Vielfaches an Arbeitsplätzen durch gesetzlich verordnete Mindestlöhne vernichtet?

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus Ihrem konkreten Regierungshandeln. All das hat mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, mit dem Mut zu Reformen nicht das Geringste zu tun. Noch schlimmer: Mit diesem Zickzackkurs schaden Sie auch der Glaubwürdigkeit von Politik insgesamt. Nehmen wir nur das Thema Mindestlohn. Ich zitiere den Beschluss des CDU-Parteitages im Dezember letzten Jahres. Die Überschrift heißt: Was mit uns nicht zu machen ist

Dann kommt:

Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen.

Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben.

Nur eine Woche später hatten wir den ersten Mindestlohn.

(Beifall bei der FDP)

Sie brechen Ihr Wort und erwarten, dass die Menschen Ihnen noch glauben. Das kann nicht funktionieren und schafft kein Vertrauen.

Ich möchte noch ein Wort zur aktuellen Diskussion über Subventionen in Deutschland und Europa sagen.

Wir sollten über einen grundsätzlichen Politikwechsel nachdenken. Wäre es oft nicht besser, öffentliche Mittel in den Ausbau unserer Infrastruktur zu stecken und unsere Standorte nachhaltig zu stärken, anstatt eine Ansiedlungspolitik zu treiben, die das Risiko des Verfallsdatums schon in sich birgt?

(Beifall bei der FDP)

Der Bericht, den wir heute debattieren, soll mit schönen Überschriften verschleiern, dass diese Regierung längst einen Kurswechsel zu mehr Staat und weniger Marktwirtschaft eingeleitet hat. Damit kann man vielleicht vorübergehend Ängste dämpfen, aber man verspielt damit auch die Zukunftschancen der Menschen.

Soziale Marktwirtschaft heißt Verbindung von Freiheit, Wettbewerb und sozialem Ausgleich. Die soziale Marktwirtschaft hat sich als einzigartiges Erfolgsmodell erwiesen. Wir können aber die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nur dann glaubwürdig exportieren und ihre Beachtung auch von anderen erwarten, wenn wir sie im eigenen Land nicht ständig mit Füßen treten, sondern endlich wieder zur Geltung bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Spiller hat nun als Nächster für die SPDFraktion das Wort.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir schauen auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr 2007 zurück, das uns die besten Zahlen seit langem

gebracht hat: einen kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit, eine Zunahme der Beschäftigung insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, eine sehr mäßige Inflationsrate von um die 2 Prozent und einen brillanten Abschluss unserer Leistungsbilanz im Wirtschaftsverkehr mit dem Rest der Welt. Normalerweise bestünde nur Grund für Zuversicht und für Zufriedenheit über das Erreichte. Die Auftragsbücher der deutschen Unternehmen sind gut gefüllt, und die Wettbewerbsfähigkeit ist ungebrochen.

Aber es gibt weltweit und auch bei uns Krisensorgen. Sie resultieren - Herr Kollege Stiegler hat das am Anfang sehr deutlich dargestellt - aus unverantwortlichem Handeln bei spekulativen Bankgeschäften. Es ist geradezu bedrückend, dass genau in jenen zwei, drei Jahren, in denen wir im Deutschen Bundestag, aber auch in vielen internationalen Gremien darüber gesprochen haben, wie man sicherstellen kann, dass Kreditrisiken besser als bisher erfasst werden und Banken ein saubereres System der Risikoabschätzung und der Risikokontrolle einführen - Stichwort: Basel II; das ist, wie ich finde, nach langen Anstrengungen zu einem sehr eindrucksvollen und guten Ergebnis gebracht worden -, weltweit, aber eben auch in Deutschland bei den Kreditinstituten eine Welle des unverantwortlichen Zockens begonnen hat. Wir stehen jetzt in der wirklich bedrückenden Konstellation, dass die hervorragenden realwirtschaftlichen Grundlagen durch Sorgen in der Finanzwirtschaft gefährdet werden. Dies geht so weit, dass auch die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank abwägen müssen, ob sie ihre Geldpolitik an den primären Belangen von Geldwertstabilität ausrichten oder ob sie wie die amerikanische Notenbank sagen, sie müssten für mehr Liquidität sorgen, um weitere Erschütterungen an den Finanzmärkten zu vermeiden.

Was ist die Antwort? Was muss man in dieser Situation tun? Alles, was in der Vergangenheit über Deregulierung, lieber Herr Kollege Zeil,

(Martin Zeil [FDP]: Ein wichtiges Thema!) und die Freiheit der Marktwirtschaft gesagt worden ist, kann meines Erachtens nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Finanzwirtschaft klare Regelungen geben muss.

(Martin Zeil [FDP]: Unbestritten!)

Das fängt nicht mit der staatlichen Aufsicht an, sondern mit der Leitung der Institute selbst und der Verantwortung des Vorstandes. Die Vorstände müssen sich der Verantwortung dafür bewusst sein, was sie tun, wenn sie die dritte oder vierte Ableitung von irgendeinem Produkt für eine risikobewusste Anlage halten. Das setzt auch voraus, dass die vorhandenen Gremien - insbesondere der Aufsichtsrat - ihre Verantwortung wahrnehmen. Der Aufsichtsrat hat ein sehr wichtiges Hilfsorgan, nämlich die Wirtschaftsprüfer. Es ist niederschmetternd, dass bei jeder größeren Krise eines Unternehmens - insbesondere bei den Banken - der Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers bescheinigt, dass alles in Ordnung ist und die Risiken gut erfasst sind.

Wenn wir zu den Schlussfolgerungen kommen, dann müssen wir uns also nicht nur mit der Organisation der



Bankenaufsicht in Deutschland befassen, sondern auch mit den Aufgaben, der Haftung und vielleicht auch den Möglichkeiten von Wirtschaftsprüfern. Wir müssen auch zu einer Verbesserung der Bankenaufsicht in Deutschland kommen. Das ist nicht nur eine nationale Aufgabe, aber jeder muss in dem Bereich anfangen, für den er zuständig ist, und wir sind für die Bankenaufsicht in Deutschland zuständig.

Die Bankenaufsicht in Deutschland wird seit langem von zwei Institutionen getragen. Die laufende Kontrolle ist Aufgabe der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus gibt es die BaFin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die aus der Zusammenlegung der drei Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und den Wertpapierhandel hervorgegangen ist. Die beiden Institutionen, in denen viel Sachkenntnis vorhanden ist, versuchen zu Recht, sich möglichst selbstständig über ihre Richtlinien der konkreten Ausführung der Bankenaufsicht zu verständigen. Aber wir warten jetzt schon eine ganze Weile darauf, dass diese Verständigung zu einem Ergebnis führt. Ich erinnere daran, dass es nach dem Kreditwesengesetz möglich ist, dass der Bundesfinanzminister Vorgaben macht oder Beschlüsse fasst. Das mag der Bundesbank nicht recht sein, aber in diesem Bereich ist die Bundesbank keine autonome Behörde; sie ist an die Regeln des Kreditwesengesetzes gebunden. Auch das ist zu berücksichtigen, wenn es darum geht, zu einem Ergebnis zu kommen.

Ich bin sicher, dass wir in den nächsten Monaten zu einer umfassenden Neuregelung kommen müssen. Auch der Bundestag wird sich damit befassen müssen; er kann das nicht ausschließlich der Bundesbank und der BaFin überlassen.

Erlauben Sie mir noch eine Schlussbemerkung zu der Eigenverantwortung der Banken. Es gibt die große Sorge, dass sich die Unsicherheit bis in den Frühsommer hinein fortsetzt, weil die Hauptversammlungen zum Teil erst im Mai oder Juni stattfinden. Es wäre angemessen, wenn die Banken, die derzeit einander misstrauen - es ist ein Problem, dass die Banken nicht nur bei dem Rest der Wirtschaft und bei vielen Kunden Vertrauen verloren haben, sondern dass sie auch einander nicht mehr trauen -

(Ludwig Stiegler [SPD]: Die werden wissen, warum!)

zumindest die Termine ihrer Bilanzpressekonferenzen vorziehen. Es kann nicht sein, dass sich diese Unsicherheit bis in den Frühsommer fortsetzt.

(Beifall bei der SPD - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Laurenz Meyer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man sich die Debatte heute Morgen anhört, dann stellt man zunächst fest, dass es wohltuend ist, dass der

Wirtschaftsminister in einer sehr unaufgeregten Art  
(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):  
Er kann gar nichts anderes!)  
die Risiken, die am Horizont sind, behandelt und erklären  
kann - das unterscheidet uns von Vorgängerregierungen  
-, dass man sich bei den Prognosen im Jahreswirtschaftsbericht  
unter Beachtung der Risiken an dem  
unteren Ende der heute vorhandenen Prognosen zur  
Wirtschaftsentwicklung orientiert hat; denn die Verunsicherung  
in der Bevölkerung, die wir bisher hatten, lag zu  
guten Teilen darin begründet, dass immer wieder nach  
unten korrigiert werden musste. Dass die Bundesregierung  
diesen Weg nicht einschlägt, ist wirklich verdienstvoll.  
Das schafft Sicherheit über den Kurs und sorgt für  
Stabilität.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich verstehe manche Reaktionen zurzeit überhaupt  
nicht. Man konnte die Risiken in die Prognosen einbeziehen;  
denn wer sich als interessierter Laie nur halbwegs  
mit der Finanzierungssituation am amerikanischen  
Immobilienmarkt und mit der Verschuldungssituation  
amerikanischer Privathaushalte beschäftigt hat, der  
musste wissen, dass das System auf Dauer so nicht funktionieren  
kann, und der musste froh sein, dass wir in  
Deutschland ein solches System nicht haben und es deshalb  
bei uns solche Vorgänge nicht geben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich an der Stelle zwei Punkte sagen, in  
denen ich mich von dem Kollegen Bruderle unterscheide.  
Er ist gerade nicht da, aber er wird wahrscheinlich  
noch irgendwo sein.

(Martin Zeil [FDP]: Irgendwo ist er immer!)

Ich sage es trotzdem: Wir brauchen mehr Transparenz  
über die Vorgänge an den Finanzmärkten, und die Absicht  
der Bundesregierung, diese herzustellen, unterstützen  
wir als Fraktion nachdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Ich sage auch ganz klar zu dem, was er hier etwa zum  
Thema Staatsfonds vorgetragen hat: Die FDP sollte in  
sich gehen und ihre Haltung überprüfen. Ich sage Ihnen  
klipp und klar meine Meinung dazu: Wenn ich will  
- möglicherweise im Gegensatz zu der einen oder anderen  
Fraktion hier im Parlament -, dass sich der deutsche  
Staat aus deutschen Unternehmen zurückzieht und keinen  
politischen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen  
ausübt,

(Otto Fricke [FDP]: Er hat auch kein Geld!)

dann will ich erst recht nicht, dass ausländische Staaten  
mit ihren Staatsfonds auf deutsche Unternehmen politischen  
Einfluss nehmen. Dass wir da Beschränkungen  
vorsehen, Grenzen setzen und für Transparenz sorgen  
müssen, müsste, so glaube ich, jedem einleuchten, eigentlich  
auch der FDP, weil sie die Grundannahme teilt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lieber Herr Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
des Kollegen Fricke?

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Ja.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Meyer, es ist immer einfach, wenn man sich Vorurteile sucht und darauf die Argumentation aufbaut. Ich glaube, wir sind uns vollkommen darüber einig, dass wir nicht wollen, dass irgendeiner aus der Politik - sei er aus dem Binnenland, sei er aus dem Ausland - politischen Einfluss nimmt. Dazu will ich fragen: Heißt das, Sie wollen grundsätzlich nicht, dass ausländische Fonds, etwa aus Norwegen, sich an deutschen Unternehmen beteiligen, etwa an deutschen Banken, um den Bankenstandort zu sichern? Heißt das, Sie wollen, wenn es keinen politischen Einfluss gibt - den wollen wir beide nicht -, die Beteiligung trotzdem nicht, oder sagen Sie: Wenn es ohne politischen Einfluss geht, dann hätte ich sie gerne? Diese Differenzierung hätte ich recht gerne. Das andere wäre mir doch ein bisschen zu einfach.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Es ist klar gesagt worden - das haben wir in der bisherigen Diskussion auch zum Ausdruck gebracht, lieber Kollege Fricke -: Es geht darum, ob an irgendeiner Stelle entscheidend Einfluss genommen werden kann.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir wollen Transparenz darüber. Die Frage ist nicht, ob sich privatwirtschaftlich organisierte Fonds an deutschen Unternehmen beteiligen - auch da wollen wir Transparenz; wir wollen um die Vorgänge wissen und Kenntnis davon haben, wer dahinter steht -; vielmehr geht es um die Frage, inwieweit zum Beispiel Staatsfonds aus Russland, aus China oder aus anderen Ländern hier entscheidend Einfluss nehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Norwegen!)

- Norwegen müssen wir nach unserer Rechtslage selbstverständlich genauso behandeln wie andere auch. -

Wenn es um Staatsfonds geht, sollten ausländische Staatsfonds, wenn sie denn Anteile in einem Umfang erwerben, dass politischer Einfluss möglich ist, nicht anders behandelt werden als etwa der deutsche Staat und die übrigen EU-Staaten. Anders können wir im Übrigen gar nicht handeln. Wir müssen die Beteiligung aus Drittländern und die Beteiligung aus EU-Ländern gleich behandeln. Wir würden sonst Vertrauen in unsere Kapitalmärkte zerstören.

Der Kollege Stiegler hat vorhin zur Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen und der Kapitaleinkommen vorgetragen. Unter Bezugnahme auf die aktuelle Situation könnte man sagen: Lieber Ludwig Stiegler, alles das ist überholt. Innerhalb von zwei Tagen ist die Statistik, die Sie hier zitiert haben und aus der hergeleitet wird, was wir alles tun sollen, hinfällig geworden. Das hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Innerhalb von zwei Tagen hat sich das völlig geändert.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Die Differenz ist größer als 60 Milliarden!)

Manch ein Arbeitnehmer wird sich darüber freuen, dass er ein gesichertes Einkommen hat und nicht von solchen Einnahmen abhängig ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde aus dem Parlament hier, wir müssen uns mit der Grundfrage beschäftigen: Was ist die Lösung - das ist auch von Herrn

Kuhn angesprochen worden -, wenn man feststellt, dass die Arbeitnehmer netto letztlich zu wenig in der Tasche behalten?

(Rainer Brüderle [FDP]: Durch Ihre Politik!)

Das ist die Frage, die uns am meisten beschäftigt, wobei ich das eingrenzen will. Ich betone: Wir beschäftigen uns zu viel, in manchen Bereichen ausschließlich mit der Situation von Transferempfängern. Die eigentlich Gekniffenen in unserer Bevölkerung, die unsere höchste Aufmerksamkeit verdienen, sind die Arbeitnehmer, die kein BAföG mehr bekommen, die keine Energiekostenzuschüsse mehr bekommen, die für sich und ihre Familie mit ihrem Einkommen selbst sorgen müssen. Das ist die Gruppe, mit der wir uns beschäftigen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der FDP: Wer regiert denn?)

- Damit sind wir voll beim Thema.

Dazu haben Sie zwei Lösungswege aufgezeigt. Sie haben die Progression bei den Sozialversicherungsbeiträgen angesprochen und haben sich zum Mindestlohn geäußert.

Zunächst zu dem, was Sie zum Mindestlohn gesagt haben - ich hätte Ihnen gar nicht zugetraut, dass Sie das hier wirklich vortragen, weil ich Sie für einen intelligenten Menschen halte -: Niemand soll mehr Aufstocker sein in Deutschland. - Lieber Herr Kuhn, wollen Sie Mindestlöhne von 12 Euro für eine Familie mit zwei Kindern? Sie wissen doch - wenn nicht, dann lesen Sie das bitte in der Studie des IAB über die Zusammensetzung der Gruppe der Aufstocker nach -: Wenn wir von einem Mindestlohn von 7,50 Euro reden, geht es maximal um 60 000 Arbeitnehmer in Deutschland, und zwar alleinstehende Vollzeitbeschäftigte. Alle anderen sind von dieser Diskussion überhaupt nicht betroffen. Der Sozialminister führt immer die Zahl von 1,2 Millionen im Munde. Das ist eine Phantomdiskussion. Hier soll etwas geschürt werden, weil man ein bestimmtes politisches Ziel hat.

Wir müssen den Menschen sagen, dass sich in ihrem Portemonnaie überhaupt nichts ändert, wenn diese Pläne für einen flächendeckenden Mindestlohn umgesetzt werden. Maximal wird ein Teil der sozialen Transferleistungen, die der Bundesfinanzminister zur Verfügung stellen muss, gegen einen Teil, der vom Arbeitgeber kommt, ausgetauscht. Und für dieses Risiko sollen wir den Kollateralschaden von ein paar Hunderttausend wegfallenden Arbeitsplätzen einplanen? Das wird es mit der Unionsfraktion nicht geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu der Ankündigung, dass nach den Tarifverhandlungen bei der Bahn ein Antrag auf Mindestlohn gestellt werden soll - die Bitte war an Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, und Ihre Bundesregierung gerichtet; ich habe das heute Morgen im Fernsehen gesehen -, will ich klipp und klar sagen: Es gibt bei der Bahn anders als bei der Post kein Gesetz, das uns zwingt, irgendwelche Bedingungen zu schaffen. Wir werden bei der Bahn nicht bereit sein, die Tarife in einen Mindestlohntarifvertrag zu kleiden; das würde den aufkeimenden Wettbewerb, den es da in Ansätzen gibt, zerstören. Hier soll

Wettbewerb stattfinden. Den werden wir nicht kaputt machen. Das ist die Meinung der Unionsfraktion; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abwarten! -

Zuruf von der FDP: Nicht wieder umfallen!)

Wir müssen hier auch über den zweiten Punkt diskutieren, den Sie, Herr Kuhn, angesprochen haben, nämlich die Sozialversicherungsbeiträge. Da gehen Sie ja einen Schritt weiter als wir. Nach unserer Meinung sollte man die Krankenversicherungsbeiträge teilweise von den Arbeitnehmereinkommen abkoppeln. Deshalb unser Vorschlag zur Einführung einer Gesundheitsprämie. Sozial gestalten könnte man das, indem ein Ausgleich über steuerfinanzierte Leistungen stattfindet, also eine Umschichtung in der Form, dass man die für Sozialversicherungssysteme typische Bindung an die Arbeitnehmereinkommen aufhebt und das stärker über Steuern finanziert. Ich halte das für den richtigen Weg. Wir müssen in diesen Bereichen umschichten, damit insbesondere die, die wenig verdienen, mehr in der Tasche haben. Der Weg über steuerfinanzierte Leistungen ist da der richtigere, weil er der sozial gerechtere ist. Sie schlagen im Kern nichts anderes vor, als eine neue Steuer für Gesundheit einzuführen; das gilt ja auch für andere Bereiche wie die Pflege, während Sie bei der Rente diesen Weg nicht beschreiten wollen. Indem Sie nun fordern, eine neue Steuer für diesen Bereich einzuführen, gehen Sie noch einen Schritt weiter und treten für eine völlige Abkopplung ein. Man muss sich da über die Frage unterhalten - ich halte das für eine spannende Diskussion -, wie man das machen kann. Sinnvoll erscheint es mir auf alle Fälle, dass der Normalarbeitnehmer nicht mehr alle Rentner und die entsprechenden Ausgaben für Kinder mitfinanzieren muss. Hier hat die Bundesregierung entsprechende Beschlüsse gefasst. Wir werden das nach und nach, Schritt für Schritt umsetzen; denn das ist richtig so.

(Beifall bei der CDU/CSU - Christine Scheel

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja in

Ordnung! Aber dann kann man nicht gleichzeitig die Steuern senken!)

Meine Damen und Herren, es ist hier vorgetragen worden, welche Folgen die Globalisierung im Moment mit sich bringt. Ich will ganz klar sagen, dass Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung gehört.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das stimmt!)

600 000 neue Arbeitsplätze im letzten Jahr - das ist ein deutlicher Beweis dafür.

(Martin Zeil [FDP]: So ist es!)

Natürlich müssen wir uns mit dem Problem beschäftigen, dass es die Geringqualifizierten, also diejenigen, die keinen Schulabschluss oder keine Berufsausbildung haben, in Zeiten der Globalisierung schwerer haben als andere. Darauf müssen wir reagieren und uns über die Frage unterhalten, wie wir dafür sorgen können, dass die Arbeitsplätze, die aufgrund der Globalisierung bei uns gefährdet sind, erhalten werden können bzw. die Arbeitnehmer und ihre Familien genügend Einkommen haben.

Unsere Antwort darauf ist die Sicherstellung eines Mindesteinkommens für jeden in Deutschland unter sozialen Gesichtspunkten. Ich bitte Sie, lieber Kollege Stiegler, darüber noch einmal nachzudenken. Dies macht mehr Sinn, als sich darüber zu beklagen, dass immer mehr Arbeitsplätze abwandern. Das ist einfach eine Tatsache. Da zieht auch ein Vergleich mit Großbritannien nicht; denn von London aus kann man zum Beispiel Wäsche nicht zum Waschen nach Polen schaffen, von Berlin aus aber jederzeit. Das ist doch der Punkt, auf den wir hinweisen müssen. Wir werden das immer und immer wieder tun. Ich habe heute Morgen gelesen, dass der Kollege Stiegler gestern Abend einen anderen SPD-Politiker als „Endmoräne des Montanzeitalters“ bezeichnet hat. Dazu sage ich klipp und klar: In Wahlkampfzeiten nehme ich es ja noch hin, dass der Kollege Stiegler so etwas sagt. Aber er ist viel zu intelligent, um nicht zu wissen, dass das Unsinn ist, was er da vorträgt. Wenn wir uns gemeinsam darum bemühen und es schaffen, dass bis 2020 30 Prozent oder gar – Herr Kuhn, lassen Sie uns einmal theoretisieren; das halte ich technisch durchaus für möglich – 40 Prozent des Energiebedarfs aus regenerativen Energien erzeugt werden, dann ist zugleich klar, dass die anderen 60 Prozent auch irgendwie erzeugt werden müssen; denn ohne ausreichende Energie geht unsere Wirtschaft ein. Zur Deckung dieser 60 Prozent bleiben nur Kohle und Kernenergie übrig, weil auf zusätzliches Erdgas aus Russland für Kraftwerke niemand in diesem Saal mehr setzen will. Wer angesichts dieser Situation den Leuten in Hessen weiszumachen versucht, wir bräuchten keine neuen Kohlekraftwerke, um die alten zu ersetzen, und damit eine völlig andere Position als die eigene Partei hier im Bundestag vertritt, der erzählt den Leuten schlicht und ergreifend die Unwahrheit; denn das ist Unsinn. (Beifall bei der CDU/CSU)

Wer dann noch hinzufügt, sämtliche Alternativenenergien, Wind, Wasser und Sonne, seien umsonst, der soll doch einfach einen Blick in die Haushaltszahlen für das CO<sub>2</sub>-Programm werfen: Dort sind Milliardenbeträge zur Finanzierung der Umsteuerung unserer Volkswirtschaft eingestellt.

Es kommt noch etwas hinzu – lieber Ludwig Stiegler, ich bitte Sie, ernsthaft darüber nachzudenken –: Technikfeindlichkeit und Angst vor Neuerungen – Chemie, Biound Gentechnik, Energietechnik, all diese Bereiche – sind in unserem Land weit verbreitet. (Ortwin Runde [SPD]: Was?)

Wir müssen uns aber dazu bekennen, dass Deutschland ein Industrieland ist und bleiben muss, wenn wir hier die Dienstleistungen finanzieren wollen, von denen bei uns in Zukunft immer mehr Menschen leben sollen. Deshalb müssen wir bereit sein, Neuerungen vorzunehmen. Wir müssen uns darauf einstellen – darauf hat Frau Merkel schon hingewiesen, bevor sie Bundeskanzlerin wurde –: Da die Erzeugung in unserem Land teuer ist, müssen wir immer so viel besser sein, wie wir teurer sind. Das ist ein einfacher Satz; aber er stimmt nach wie vor und ist nicht umzustößen. Ich halte manche Argumente, die in den jetzt stattfindenden Wahlkämpfen vorgetragen werden, für sehr gefährlich, weil sie Feindlichkeit

schüren.

Ich komme zum Schluss. Um die Debatte komplett zu machen, Herr Lafontaine - Sie haben einen Kurswechsel gefordert -: Fragen Sie einmal die 600 000 Menschen, die im letzten Jahr einen neuen Arbeitsplatz bekommen haben - manchmal nach Langzeitarbeitslosigkeit -, ob sie den Kurs wechseln wollen! Ich füge hinzu: Fragen Sie vor allen Dingen die Leute, die in Bundesländern leben, in denen die PDS oder Die Linke jemals mit an der Regierung gewesen ist. Überall dort, wo sie mit an der Regierung war, ging es nach unten und befand man sich am Ende der Skala; nirgendwo gab es Erfolge. Immer dann, wenn die Regierung gewechselt hat und Sie aus der Regierung herausflogen, ist es besser geworden. (Widerspruch bei der LINKEN)

Deswegen sind wir nach wie vor der Überzeugung: Mit unserem Kurs geht es den Menschen in Deutschland besser, und deshalb wird er fortgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort die Kollegin Gudrun Kopp.

(Beifall bei der FDP)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren und Damen! Lieber Kollege Meyer, bei Ihnen klaffen Reden und Handeln völlig auseinander.

(Rainer Brüderle [FDP]: So ist der Meyer! - Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Sie beklagen die Debatte um den Mindestlohn. Dennoch hat die Union gerade dem Postmindestlohn zugestimmt, und das trotz der Wettbewerbsnachteile, die für alle Wettbewerbsteilnehmer damit verbunden sind. Denken Sie an den Mehrwertsteuervorteil und weitere Vorteile - Stichwort „Unfallversicherung“ -, durch die die Deutsche Post AG privilegiert ist und bleibt.

Sie wundern sich, dass auch an anderen Stellen Debatten aufkommen und Begehrlichkeiten geweckt werden, Stichwort - Sie haben es eben genannt - „Deutsche Bahn“, das Quasistaatsunternehmen. Schauen Sie doch einmal nach Großbritannien: Die Bahn hat dort gerade eine Regionalbahn im Wert von 200 Millionen Euro gekauft. In Großbritannien wird Offenheit praktiziert. Sie hier in Deutschland denken dagegen darüber nach, das Außenwirtschaftsgesetz dahin gehend zu ändern, dass sensible Infrastruktur künftig durch Staatsfonds und staatliche Beteiligungen vor Einflussnahme geschützt wird. An dieser Stelle haben Sie also einen völlig anderen Weg eingeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in der Tat eine Vertrauenskrise in verschiedenen Bereichen - der Kollege Brüderle hat es heute Morgen hier sehr deutlich gesagt -: bei den Banken, in der Energiewirtschaft und auch, wie der Fall Nokia zeigt, im Telekommunikationssektor. Ich als Nordrhein-Westfälin möchte ausdrücklich sagen: Wir prangern die mangelnde Kommunikation in dieser Sache an, und wir nehmen die Ängste und Nöte der Menschen sehr ernst. Es ist aber nicht zu akzeptieren, dass hier einige durch Boykottaufrufe Symbolpolitik zu betreiben versuchen. Ich halte das für in größtem Maße unseriös. Wir müssen

über politische Handlungen nachdenken und darüber, ob wir an bestimmter Stelle noch richtig aufgestellt sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich will etwas vertiefen, was auch der Kollege Zeil eben angesprochen hat, nämlich unsere Förderpolitik. Als Beispiel nenne ich die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die in den letzten fünf Jahren mit 4,4 Milliarden Euro ausgestattet war. Wir müssen überlegen, ob wir an dieser Stelle richtig handeln. Der Bericht des Bundesrechnungshofs stellt richtigerweise dar, dass erstens der Einsatz dieser Bundesmittel unzureichend kontrolliert wird, zweitens das Parlament über die Wirkung der Fördermittel unvollständig informiert wurde und wird sowie drittens die Angaben der Länder über neugeschaffene Dauerarbeitsplätze überhaupt nicht vorliegen. Für mich ist völlig klar, dass wir uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen müssen: Was nützen Förderungen eigentlich? Sind sie nicht eher wettbewerbsfeindlich? Bringen sie die Strukturen nicht eher durcheinander, als dass sie hilfreich sind? Darüber müssen wir natürlich diskutieren. Die GA-Fördermittel werden ohne Prüfung einer wirtschaftlichen Bedürftigkeit des Empfängers verteilt. Diese Mittel werden ausschließlich eingesetzt, um in strukturschwachen Regionen Unternehmen anzulocken. Wenn das der einzige Grund ist, hat diese Förderung kein tragfähiges Fundament. Ich fordere insbesondere die Große Koalition auf, sich hierüber Gedanken zu machen. Wir jedenfalls tun das und fordern ein entsprechendes Handeln von Ihnen ein.

Lieber Kollege Stiegler, ich möchte auf Sie zu sprechen kommen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Hier!)

- Ich habe Sie gesehen. - Ich bitte Sie, in Sachen Energiepolitik seriös und wahrheitsgemäß zu argumentieren.

71 Prozent der Stromproduktion werden im Augenblick aus Kernenergie und Kohle gewonnen: 27 Prozent aus Kernenergie und 44 Prozent aus Kohle. Diese Zahl wird nach neuesten Gutachten bis zum Jahr 2020 in etwa bestehen bleiben. Sie haben Herrn Clement angeprangert, weil er darauf hingewiesen hat, dass es eine unseriöse Aussage Ihrer Kollegin in Hessen zum Thema Energiepolitik gibt, weil er darauf hingewiesen hat, dass die Lücke in der Stromproduktion nicht allein durch den Einsatz erneuerbarer Energien zu füllen ist - ganz zu schweigen von den Energiepreisen und der Frage der Versorgungssicherheit.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

Gudrun Kopp (FDP):

Letzter Satz. - Es ist unseriös, wenn Sie der Bevölkerung weismachen wollen, das sei tatsächlich leistbar. Ich bitte Sie wirklich, in sich zu gehen, seriös zu argumentieren und den Energiestandort Deutschland nicht auf ein unsicheres Fundament zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat noch einmal der Kollege Ludwig Stiegler das Wort für die SPD-Fraktion.



(Otto Fricke [FDP]: Na ja! Repetitio est mater studiorum!)

Ludwig Stiegler (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Laurenz Meyer hat wie in alten Zeiten, als wir noch gegeneinander arbeiten durften, meinen Adrenalinpiegel erhöht.

(Otto Fricke [FDP]: Das tut ihr doch immer noch! - Martin Zeil [FDP]: Da hat sich doch nichts geändert!)

- Nein, wir arbeiten jetzt gut und freundschaftlich zusammen. Wir kommen zwar von unterschiedlichen Ufern, aber wir finden immer wieder Brücken, und seien es Pontonbrücken.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Die sind aber sehr wackelig!)

Da, wo die Liberalen sich scheuen, gehen der Meyer und ich hinüber. Wir kommen schon ans Ufer.

Frau Kopp, Sie verbreiten hier Unwahrheiten über die hessische Energiepolitik. Hier wird unterstellt, Andrea Ypsilanti oder Hermann Scheer hätten gesagt, sie wollten alles mit erneuerbaren Energien machen. Die Wahrheit ist, dass sie auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen - auch und gerade aufbauend auf Kohlebasis - und wir als SPD hinterher sind, dass die Unternehmen gerade in einem dicht besiedelten Land wie Hessen, wo es Wärmesenken genug gibt, das Thema Kraft-Wärme-Kopplung angehen. Wir setzen nicht auf Riesenkraftwerke, sondern gehen die Dezentralisierung an. Hessen wird mit dieser Energiepolitik nicht schlechter dastehen, sondern besser. Es wird regionale Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung haben, was es heute so nicht hat. Deshalb sind die Vorwürfe an Andrea Ypsilanti und Hermann Scheer falsch.

(Beifall bei der SPD)

Die hessische SPD steht für Hessen als ein Industrieland. Der Kollege Meyer hat erklärt, er mache sich wegen der Technologiefeindlichkeit Sorgen. Es gibt keine bessere Hochtechnologie als die erneuerbare Energie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Die Energie, genauer gesagt, die Primärenergie, ist zwar umsonst. Aber wir wissen natürlich, dass wir Intelligenz und Geld investieren müssen, damit wir die in Überfülle vorhandene erneuerbare Energie nutzen können. Hermann Scheer hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass Roland Koch mit seiner Sturheit, etwa gegen die Windenergie, sehr viele Entwicklungschancen für Hessen verpasst hat. Hessen zahlt für Energie von außen, statt die eigenen Kräfte zu nutzen. Deshalb ist die Energiepolitik der hessischen SPD gut aufgestellt.

Herr Riesenhuber, Sie müssen keine Angst haben, dass die von Ihnen kontrollierten Unternehmen ohne Stoff dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese werden weiter - das sieht man schon jetzt in Hessen-Süd - ihre Energie aus Bayern kaufen. Es ist interessant, dass die CSU zwar manchmal von erneuerbarer Energie spricht und sich dabei wie Laurenz Meyer anhört. Aber in der alltäglichen Praxis geht sie den Pakt

mit dem Teufel durchaus ein und nutzt die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien. Fliegen Sie einmal über Bayern. Die bayerischen Landwirte sind in Sachen Solarenergie und Biogasanlagen in Deutschland führend.

Ich sage Ihnen: Die Vorwürfe, die Wolfgang Clement, der aufgrund seiner NRW-Vergangenheit an Großkraftwerken hängt - allerdings reden wir über Hessen und nicht über NRW -, gegen die hessische SPD erhoben hat, sind und bleiben unberechtigt. Wir können sie zurückweisen. Der Kurs der SPD in der hessischen Energiepolitik, die ab Sonntag eine Mehrheit vom hessischen Volke haben wird,

(Lachen bei der CDU/CSU)

sichert Hessen auch in Zukunft eine Energieversorgung ohne Atomkraft und damit in Frieden mit der Natur. Das gönne ich den Hessen; denn Hessen muss vorn bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer? Sie haben eben so schnell ohne Punkt und Komma geredet, dass ich Sie nicht unterbrechen wollte.

Ludwig Stiegler (SPD):

Das ist zwar gefährlich, aber ich wage es einmal.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Meyer, bitte sehr.

(Das Mikrofon des Abg. Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU] schaltet sich nicht sofort ein)

Ludwig Stiegler (SPD):

Technikfeindlichkeit, darüber haben wir gerade geredet!

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Ich stelle so selten Zwischenfragen. - Herr Kollege Stiegler, wir sind doch über die Ziele beim Ausbau der regenerativen Energien einer Meinung. Darüber gibt es keinen Streit. Habe ich Sie richtig verstanden - so wie Sie das vorgetragen haben, fand ich das sehr amüsant -, dass wir der regenerativen Energie, die eigentlich umsonst ist, mit sehr viel Geld zum Durchbruch verhelfen müssen? Ist es Ihre Diktion, dass diese Energieform eigentlich umsonst ist, wir ihr aber doch mit viel Geld auf die Beine helfen müssen?

Eine zweite Frage: Sind Sie mit mir der Meinung, dass im Vergleich zu den Mitteln, die wir dafür einsetzen müssen, selbst die Subventionen für die deutsche Steinkohle eine relativ wirtschaftliche Angelegenheit waren?

Ludwig Stiegler (SPD):

Die Sonne scheint umsonst. Aber damit wir sie nutzen können, müssen wir Geld und Intelligenz - so habe ich das gesagt - einsetzen. Das schafft Arbeitsplätze in Hessen und sichert auf lange Zeit die Energie, weil die Sonne erst dann versiegt, wenn wir alle schon dahin sind. Diese Energiequelle sollten wir nutzen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was kostet das?)

Genau das macht die hessische SPD.

Wer sich anschaut, wie sich die Kosten für die erneuerbaren Energien und wie sich die Energiepreise für die fossilen Energieträger entwickeln, der wird sehen, dass es nicht zu der von Ihnen befürchteten finanziellen Überforderung

kommen wird. Das ist immer ein Rechenwerk für sich. Jeder rechnet sich nach Belieben reich oder arm.

Die hessische SPD hat ein Konzept vorgelegt, mit dem der hessischen Industrie Versorgungssicherheit gewährt wird und der hessischen Bevölkerung Arbeitsplätze gesichert werden. Damit wird insgesamt eine nachhaltige Energieversorgung ohne Atomkraft begründet. Das sollte uns alle Anstrengungen wert sein. Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Kollegin Kopp?

Ludwig Stiegler (SPD):

Ja.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bitte sehr, Frau Kopp.

Gudrun Kopp (FDP):

Danke schön. - Herr Kollege Stiegler, gehen Sie davon aus, dass die gesamte Energieversorgung für Hessen ohne den Einsatz von Großkraftwerken sichergestellt werden kann? Denn darum geht es gerade.

Ludwig Stiegler (SPD):

Es geht um Folgendes: Wir haben in Hessen Großkraftwerke, und es geht um den verstärkten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Kraft-Wärme-Kopplung hat, wie wir wissen, eine hohe Effizienz. Sie kann die notwendigen Bedarfe decken. Es stellt sich die Frage: Will man das? Die Großkraftwerke haben, weil die Wärmesenken nicht in der Nähe sind, in aller Regel nicht diese Effizienz. Deshalb ist der hessische Weg, auf erneuerbare Energien, auf Kraft-Wärme-Kopplung und auf Energieeffizienz zu setzen, auf Dauer effizienter, billiger, wirtschaftlicher und sicherer. Darum haben die Hessen am Sonntag eine gute Wahl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Das glaubst du

doch selber nicht! - Gudrun Kopp [FDP]: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)

- Dass Sie das nicht hören wollen, ist klar. Man kann einem Ochsen ins Ohr petzen. Wenn er es nicht hören will, kann auch ich es nicht ändern.

(Heiterkeit bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber so ist die Situation. Sie sind hier verblendet. Sie werden sehen, dass Sie, wenn Andrea Ypsilanti in den nächsten Jahren ihre Politik entfaltet, sagen werden: Ui, das hätte ich nicht gedacht. Wir sagen: Die, die vom Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen. Die, die im Irrtum verharren, das sind die Narren.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/7845 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

- Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die

Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16142 >

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden  
zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur  
Modernisierung der Aufsichtsstruktur der Bundesanstalt  
für Finanzdienstleistungsaufsicht  
(Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz) (Zusatztagesordnungspunkt  
5)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): In der morgigen Finanzmarktdebatte  
werden wir intensiv über die notwendigen  
Konsequenzen aus der US-Hypothekenkrise diskutieren.  
Auch die Frage nach der Notwendigkeit einer  
optimierten Aufsicht über bestimmte Refinanzierungsstrukturen  
der Banken wird sich in diesem Zusammenhang  
möglicherweise stellen.

Getrennt von dieser wichtigen - allerdings mehr international  
als national zu führenden - Debatte ist das  
Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz zu betrachten,  
das heute zur Verabschiedung ansteht. Mit dem  
Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz setzen wir eine  
Maßnahme um, die wir uns bereits im Koalitionsvertrag  
vorgenommen haben.

Basierend auf der fünfjährigen Erfahrung mit der  
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin,  
als Allfinanzaufsicht passen wir ihre Organisationsstruktur  
an. Wir ersetzen die bisherige Präsidialstruktur der  
BaFin durch ein fünfköpfiges Direktorium, weil wir  
überzeugt davon sind, dass ein Direktorium den wachsenden  
Aufgaben einer Allfinanzaufsicht besser gerecht  
wird als eine Präsidialstruktur. Parallel zum  
Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz,  
das die Organisation der

BaFin regelt, wird die neue Aufsichtsrichtlinie für bessere  
Arbeitsabläufe in der Bankenaufsicht sorgen. Die  
Kompetenzen von Bundesbank und BaFin in diesem Bereich  
werden klarer definiert und eindeutig der einen  
oder anderen Institution zugewiesen. Auch dieses Ziel  
hatten wir uns bereits im Koalitionsvertrag gesteckt und  
als Hausaufgabe aus der Evaluation des Deutschen Instituts  
für Wirtschaftsforschung, DIW, mitgenommen.

Ich bin sehr froh, dass Bundesbank und BaFin hierzu  
nun vor zwei Wochen gemeinsam eine gute Lösung gefunden  
haben. Ansonsten hätten wir als Gesetzgeber  
bzw. das BMF auf dem Erlasswege tätig werden müssen.  
Das ist dank der erzielten Einigung, die in der kommenden  
Woche auch formal durch den Bundesbankvorstand  
bestätigt werden wird, nun nicht mehr erforderlich.  
Doch kommen wir - bevor mir ein paar Worte zur  
Aufsichtsrichtlinie erlaubt seien - zum  
Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz  
und der darin angelegten

neuen Organisationsstruktur der BaFin. Meine Fraktion  
ist überzeugt davon, dass es aus mehreren Gründen richtig  
und wichtig ist, die bisherige Präsidialstruktur der  
BaFin durch ein Kollegialmodell in Form eines Direktoriums  
zu ersetzen.

Erstens geht es um die Entlastung des Präsidenten von internen Verwaltungsaufgaben. Der Präsident ist zunehmend mehr eingebunden in die Vertretung der deutschen Aufsicht in den europäischen und internationalen Gremien. Zweitens sollen die einzelnen Aufsichtssäulen gestärkt und drittens insgesamt Entscheidungswege verkürzt und damit Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden. Diese Zielsetzungen erreichen wir, indem wir dem Präsidenten vier Exekutivdirektoren zur Seite stellen: einen Direktor für die Bankenaufsicht, einen Direktor für die Versicherungsaufsicht, einen Direktor für die Wertpapieraufsicht und einen Direktor für „Querschnittsaufgaben/Innere Verwaltung“. Im Regierungsentwurf lautete die Bezeichnung noch „Grundsatzfragen/Innere Verwaltung“. Wir sind aber überzeugt davon, dass der Begriff „Querschnittsaufgaben“ treffender ist. Denn der Direktor für die innere Verwaltung wird vor allem dafür zuständig sein, Synergieeffekte zwischen den einzelnen Säulen voranzutreiben, das heißt, Querschnittsaufgaben zu definieren. Die Grundsatzfragen – verstanden als Festlegung der grundsätzlichen Ausrichtung der BaFin – verbleiben selbstverständlich beim Präsidenten. Damit die neue Führungsstruktur sich nicht nur im Organigramm wiederfindet, sondern tatsächlich zu einer verbesserten Effizienz der Arbeitsabläufe beiträgt, ist es wichtig, dass die Direktoren die Ressortverantwortung für ihre Bereiche erhalten. Das stellt das Gesetz sicher, indem es ihnen die Organisations-, Finanz- und Personalhoheit für den jeweiligen Geschäftsbereich erteilt. Die Richtlinienkompetenz, das heißt die Entscheidung über die strategische Ausrichtung bzw. die Grundsatzfragen der BaFin verbleibt hingegen beim Präsidenten – ebenso wie die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der BaFin. Dazu gehört vor allem die Interessenvertretung Deutschlands in den internationalen Gremien. Ebenso wichtig wie die Verteilung der einzelnen Verantwortlichkeiten auf fünf Schultern ist für mich die Verbreiterung der Legitimationsbasis von wichtigen Beschlüssen. Laut Regierungsentwurf soll das Direktorium als tatsächliches Kollegialmodell funktionieren. Das heißt, das Direktorium fasst seine Beschlüsse – beispielsweise über den Erlass von Verwaltungsvorschriften – mit einfacher Mehrheit. Einzig bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag. Gerade angesichts der komplexer werdenden Anforderungen an die BaFin halte ich es für sachgerecht, dass wichtige Entscheidungen künftig nicht mehr von einem Präsidenten alleine, sondern – nach eingehender Beratung – von einem fünfköpfigen Direktorium getroffen werden. Wie bei jeder Organisation, so wird auch der Erfolg der neuen Führungsstruktur der BaFin von den handelnden Personen abhängen. Daher ist es unerlässlich, für die neuen Direktoriumsposten kompetentes Fachpersonal zu gewinnen. Dafür bedarf es einer angemessenen Bezahlung. In der Union begrüßen wir es deshalb sehr, dass mit dem Gesetz die Besoldungsgruppe für die Direktoriumsmitglieder von B 6 auf B 8 angehoben wird. Abschließend bleibt mir zum Gesetzentwurf zu sagen, dass wir uns in den Koalitionsfraktionen im Beratungsprozess für zwei kleine Änderungen entschieden haben:

Die erste Änderung betrifft die bereits angesprochene Zuständigkeitsbeschreibung des Direktors für die innere Verwaltung. Hier ersetzen wir die Bezeichnung „Grundsatzfragen/ Innere Verwaltung“ durch „Querschnittsaufgaben/ Innere Verwaltung“. Die zweite Änderung betrifft die Vertretung des Direktoriums im Verwaltungsrat. Mit der neuen Formulierung stellen wir sicher, dass sowohl der Präsident als auch die Direktoren eine Berichtspflicht im Verwaltungsrat haben.

Erlauben Sie mir nun noch einige Worte zur neuen Aufsichtsrichtlinie, auf die die Deutsche Bundesbank und die BaFin sich vor 14 Tagen verständigt haben und die nur noch der formalen Bestätigung durch den Vorstand der Bundesbank bedarf. Ich begrüße die neue Aufsichtsrichtlinie ausdrücklich. Sie setzt zentrale Forderungen meiner Fraktion um. Die Richtlinie ist dazu geeignet, Doppelarbeit von BaFin und Bundesbank zu reduzieren und damit den bürokratischen Aufwand für die beaufsichtigten Institute auf das notwendige Maß zurückzuführen. Das wird durch eine - eindeutiger als bislang formulierte - Kompetenzverteilung erreicht, die da lautet: Die BaFin ist zuständig für alle aufsichtsrechtlichen Maßnahmen, die Bundesbank für die laufende Überwachung aller Institute. Damit hat die Bundesbank bei den bankgeschäftlichen Prüfungen den - von uns auch eingeforderten - Vorrang vor Wirtschaftsprüfern. Ebenso begrüßenswert wie die klare Aufgabentrennung zwischen Bundesbank und BaFin ist die gemeinsame Verantwortung, zu der sich beide Institutionen ebenso bekennen. Manifest wird diese gemeinsame Verantwortung zum Beispiel in der von beiden Institutionen gemeinsam vorzunehmenden Einordnung der Institute in systemrelevante Institute, Problem Institute oder aufsichtsintensive Institute.

Abschließend darf ich sagen: Ich halte sowohl das Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz als auch die neue Aufsichtsrichtlinie für gelungen. Doch sowohl für die neue Organisationsstruktur als auch für die neuen Regeln der Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und BaFin gilt: Auf die gelebte Praxis kommt es an! In diesem Sinne, werbe ich bei Ihnen, meine Damen und Herren, für die Zustimmung zum Gesetz. Bei den handelnden Personen in Bundesbank und BaFin werbe ich dafür, die neuen Regeln positiv zu leben.

Nina Hauer (SPD): Wir haben im Frühjahr 2002 mit der Gründung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, eine völlig neue Aufsichtsstruktur für den Finanzmarkt geschaffen. Die BaFin ist die zuständige Aufsicht für alle drei Finanzmarktsektoren, also für das Versicherungswesen, den Wertpapierhandel und für das Bankenwesen. Zuvor war für jeden dieser Bereiche ein eigenes Aufsichtsamt verantwortlich, und es fand zu wenig Informationsaustausch zwischen den Ämtern statt. Die SPD-geführte Bundesregierung war damals der Meinung, dass diese historisch gewachsene sektorale Aufsichtsorganisation den Bedürfnissen unseres Finanzplatzes nicht mehr gerecht wird. Schließlich bieten Versicherungen und Banken zunehmend ähnliche Produkte zum Beispiel für die Altersvorsorge an, und auch Finanzkonglomerate stellen neue Herausforderungen

an die Finanzaufsicht.

Diese sogenannte Allfinanzaufsichtstruktur der BaFin zieht heute keiner mehr ernsthaft in Zweifel. Sie hat sich bewährt und zu einer höheren Expertise unserer Finanzaufsicht in sektorübergreifenden Risiken und Entwicklungen geführt. Schon 2002 war klar, dass - auch wenn sich die Allfinanzidee bewähren würde - die BaFin nach einigen Jahren der praktischen Erfahrung in ihrer Organisation evaluiert werden muss. Wer sich mit den Finanzmärkten beschäftigt, weiß, wie schnell sich dieser Wirtschaftssektor weiterentwickelt und die Aufsicht ständig neu herausfordert.

Im Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz organisieren wir die Leitung der BaFin neu. Die BaFin ist zu einer großen Behörde mit rund 1 700 Mitarbeitern angewachsen - was aufgrund der wichtigen und umfassenden Aufgaben, die sie bewältigt, auch nachvollziehbar ist. Gleichzeitig werden sehr viele der wesentlichen Regulierungsentscheidungen inzwischen in europäischen und internationalen Gremien getroffen. Hier muss die Leitung der BaFin ebenfalls präsent sein und deutsche Aufsichtsinteressen vertreten. Auch auf nationaler Ebene sind die Anforderungen an die Aufsicht erheblich gestiegen. Deshalb wollen wir den Präsidenten stärken, indem wir ihn von organisatorischen Aufgaben innerhalb der BaFin entlasten und ihm die Konzentration auf Aufgaben im Ausland und auf Strategienfragen erleichtern. Künftig wird die BaFin von einem Kollegialorgan geleitet, in welchem neben dem Präsidenten vier Exekutivdirektoren vertreten sind. Einer der Exekutivdirektoren übernimmt die Funktion des Vizepräsidenten. Die Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche der Mitglieder des Direktoriums werden im Organisationsstatut, das das Direktorium einstimmig verabschieden muss, festgelegt. Trotz dieser Zuständigkeitsverteilung stehen aber die Leitungsentscheidungen der BaFin unter der Gesamtverantwortung des Direktoriums. Mit dem Direktorium wird der sektorübergreifende Ansatz der Allfinanzaufsicht noch stärker betont, indem die für einzelne Sektoren zuständigen Direktoren gemeinsam Entscheidungen treffen und vorausschauend auf Entwicklungen am Finanzmarkt reagieren. Auf diese Weise kann die BaFin den künftigen nationalen und internationalen Anforderungen sowie ihrer komplexeren inneren Verwaltung gerecht werden.

So wird es künftig zum Beispiel einen Exekutivdirektor geben, der für die innere Verwaltung dieser großen Behörde zuständig sein wird. Das ermöglicht dem Präsidenten, sich auf die strategische Ausrichtung der Finanzaufsicht zu konzentrieren, ihm obliegt sozusagen die Richtlinienkompetenz. Damit bestimmt der Präsident die nationale Ausrichtung der BaFin und deren Positionierung bei der überaus wichtigen Arbeit in internationalen Gremien. Im parlamentarischen Verfahren haben wir uns mit unserem Koalitionspartner geeinigt, diese hervorgehobene Position des Präsidenten auch bei der Unterrichtung des Verwaltungsrates zu zeigen: Es ist - nach unserer gesetzlichen Klarstellung - Aufgabe des Präsidenten, den Verwaltungsrat regelmäßig über die Geschäftsführung

der Bundesanstalt zu unterrichten.

Ich begrüße besonders, dass die künftigen eigenverantwortlichen Exekutivdirektoren attraktiver besoldet werden. Wir wollen für diese Posten hochqualifizierte Aufseher gewinnen, die den herausfordernden Aufgaben gewachsen sind. Das ist übrigens auch der Wunsch der Marktteilnehmer, die sich überwiegend für die Beibehaltung der vollständigen Finanzierung der Aufsicht durch die regulierten Unternehmen aussprechen und an einer „schwachen“ BaFin kein Interesse haben. Schließlich ist eine starke Aufsicht heute eine Grundvoraussetzung, um international als attraktiver Finanzplatz anerkannt zu werden. Die derzeitigen Turbulenzen auf dem Finanzmarkt zeigen, dass wir für eine weiterhin schlagkräftige und mit umfassender Expertise ausgestattete Leitung für unsere Finanzaufsicht sorgen müssen. Dafür haben wir mit dem Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz die Voraussetzungen geschaffen.

Frank Schäffler (FPD): Die Bankenaufsicht ist derzeit ein großes Gesprächsthema, aber leider im negativen Sinne. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, kommt wie eine Feuerwehr des Finanzmarktes immer erst, wenn es schon lichterloh brennt, statt im Vorfeld Feuer zu verhindern. Nötig wäre in dieser Situation ein klares Konzept, wie die Aufsicht effizienter gestaltet werden kann.

Vor einigen Monaten hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auch angekündigt, nach einer „Reifezeit“ entsprechende Vorschläge machen zu wollen. Was stattdessen herausgekommen ist, ist nur der kleinste gemeinsame Nenner, zu dem die Koalition in der Lage war. Immerhin wurde die im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehene Entmachtung der Bundesbank nicht umgesetzt. Aber darüber hinaus haben Sie sich seitens der Koalition für ein „Weiter so“ entschieden. An das Kreditwesengesetz gehen Sie nicht heran. Die Aufsichtsrichtlinie soll neu gefasst werden, eine entsprechende Einigung zwischen BaFin und Bundesbank gibt es, aber den Inhalt haben Sie noch nicht veröffentlicht, sodass wir über diesen wesentlichen Punkt hier nicht diskutieren können.

Ihr Gesetzentwurf ist auch im Detail nicht stimmig, obwohl Sie sich nur auf die Leitungsstruktur konzentrieren. So sprechen Sie von einer hervorgehobenen Stellung des Präsidenten, im Gesetz kommt diese aber nicht zum Ausdruck; das hat auch die Anhörung deutlich gemacht. Wichtige Fragen wie die nach der Haftung für Aufsichtsversagen der BaFin und danach, wer künftig für aufsichtsfremde Aufgaben zahlen soll, werden nicht beantwortet. Es ist aus rechtsstaatlicher Sicht inakzeptabel, dass der Staat Beamte auswählt und einstellt, dann aber Dritte im Falle von Fehlern zahlen müssen. In der Vollfinanzierung der BaFin durch die Unternehmen liegt der Grund dafür, warum der BaFin ständig neue Aufgaben übertragen werden, die gar nichts mit der Bankenaufsicht zu tun haben. Die ständige Ausweitung der Aufgaben trägt aber nicht zur Effizienz der Aufsicht bei, im Gegenteil: Wer zu viel machen muss, der sieht am Ende den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.

Als Fazit ist festzuhalten, dass Sie seitens der Koalition



mit diesem Gesetz nur den Korruptionsfall bei der BaFin aufarbeiten, indem Sie den Präsidenten entmachten, aber die Zukunftsprobleme der Bankenaufsicht nicht lösen. Wir brauchen eine effiziente Bankenaufsicht, müssen aber gleichzeitig unnötige Bürokratie abbauen. Hier müssen Sie Ihre Hausaufgaben noch machen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Seit der ersten Lesung im November letzten Jahres hat sich am Gesetzentwurf in den Beratungen durch den Finanzausschuss leider nicht eine Silbe verändert. Von daher widerlegt dieses Gesetz den vielzitierten Ausspruch, kein Gesetz würde das Parlament verlassen, wie es eingebracht wurde. Leider gibt es daher zum Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz selbst auch nicht viel mehr zu sagen, als ich bereits in unserer Kritik in der ersten Lesung gesagt habe.

Es ist und bleibt dabei, dass der Gesetzentwurf großspurig mit der Äußerung beginnt, dass ein starker Finanzplatz eine starke Aufsicht erfordere, er dann aber praktisch nichts an der Substanz der Finanzaufsicht verändert. Oder wollen die Kolleginnen und Kollegen der Koalition ernsthaft behaupten, dass irgendein Akteur auf dem Finanzmarkt dadurch stärker und restriktiver beaufsichtigt wird, dass sie dem Präsidenten des Bundesamts für Finanzdienstleistungsaufsicht vier Direktoren an die Seite stellen? Anders als viele andere Gesetzentwürfe der Koalition leidet der vorliegende Entwurf daher nicht daran, dass er Schritte in die falsche Richtung tut, sondern daran, dass er gar keinen Schritt tut.

Von Ihrer ursprünglich großspurig angekündigten Verbesserung der Finanzdienstleistungsaufsicht und des Zusammenspiels von Bundesbank und BaFin ist im Gesetz nichts angekommen. Denn ein solches Direktorium ist für sich nur soviel wert, wie es konkrete Instrumente an die Hand bekommt, um die Finanzmärkte auch zu beaufsichtigen und wirksam zu kontrollieren. Mit Ihrem Entwurf fallen Sie selbst hinter die ohnehin sehr bescheidenen Reformziele des entsprechenden Eckpunktepapiers des Bundesfinanzministers zurück, der seinerseits nicht gerade für drakonische Finanzmarktregulierung bekannt ist.

Seit der ersten Lesung im Dezember ist sich die Fachwelt nicht viel einiger geworden, wie weitreichend die Folgen der aktuellen Finanzkrise für die Konjunktur in Deutschland tatsächlich ist. Aber gerade jetzt, wo selbst die Hauptprotagonisten auf den internationalen Finanzmärkten, nämlich die Großbanken und die institutionellen Investoren, unsicher geworden sind und ihre Geschäftspraxis kritisch in Zweifel ziehen, wäre der geeignete Moment, um sie politisch enger an die Leine der Regulierung zu legen. Die Bundesregierung beschwört immer, die großen Finanzmarktakteure seien wegen der Globalisierung kaum mehr nationalstaatlich einzuhegen. Auch wenn wir dies nur teilweise unterschreiben würden, wäre gerade jetzt wegen der Verunsicherung vieler anderer mächtiger Regierungen die Chance, substanzielle Schritte zu mehr Regulierung auch international anzupacken.

Ihr Verhalten lässt deshalb nur einen Schluss zu: Nicht die vermeintliche Machtlosigkeit nationaler Politik

in Zeiten der Globalisierung ist der Grund für Ihr Nichthandeln. Nein, Sie wollen es genau so! Sie wollen die Spielräume der mächtigen Banken, Versicherungen und Fonds nicht beschneiden und sie wollen den Reichen und Superreichen, die wesentlich hinter diesen Institutionen stehen, kein Haar krümmen.

Eine Sache hat sich seit der ersten Sitzung aber tatsächlich geändert: Sie haben angekündigt, dass die Reform der Führungsstruktur der BaFin nur der erste Schritt sei; weitere gesetzliche Schritte entsprechend dem Eckpunktepapier des BMF würden folgen. Faktisch hat das BMF in der Zwischenzeit die Kompetenzabgrenzung zwischen BaFin und Bundesbank am Gesetzgeber vorbei durch eine Aufsichtsrichtlinie geklärt und hat es offenbar nicht einmal für nötig gehalten, dies dem Finanzausschuss überhaupt mitzuteilen.

Nach allem, was wir bisher über diese Aufsichtsrichtlinie wissen, sieht es so aus, dass eher die Bundesbank gestärkt aus der Rivalität mit der BaFin hervorgeht. Das bedauern wir sehr, denn als Linksfraktion würden wir zweifellos die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lieber gestärkt sehen als die Bundesbank. Auch an der BaFin ist sicherlich Kritik zu üben, aber diese besitzt immerhin einen Verwaltungsrat, in dem auch fünf Abgeordnete dieses Hauses vertreten sind. Somit ist, anders als bei der Bundesbank, wenigstens ein Minimum parlamentarische Kontrolle über die Finanzaufsicht gegeben. Im Rahmen der morgigen Aussprache zur Finanzmarktkrise werden sie von uns im Übrigen noch eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen hören, wie eine wirksame Aufsicht in Deutschland aussehen müsste und welche Regulierungen dafür gesetzlich verankert werden müssten.

Nichtsdestotrotz, neben den richtigen Spielregeln braucht man starke Institutionen, die diese Regeln durchsetzen. Das erfordert eine starke und kompetente demokratische Aufsicht. Ihr Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz leistet in dieser Hinsicht einfach gar nichts.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ziel des Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetzes soll die Effizienzsteigerung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht - kurz BaFin - sein.

Für einen starken Finanzplatz braucht man eine starke Aufsicht, da stimmen wir mit der Großen Koalition völlig überein. Auch muss eine Aufsichtsbehörde gut für die internationale Zusammenarbeit mit den Partnerbehörden aufgestellt sein. All das teilen wir. Wir sehen aber gravierende Defizite dieses Gesetzes und lehnen es deshalb auch ab.

Deutschland ist mit seiner Allfinanzaufsicht auf dem richtigen Weg. Die vorhandenen Probleme bei der Finanzaufsicht haben eher damit zu tun, dass dieser Weg bisher noch nicht konsequent gegangen wurde. Um die drei Bereiche zusammenzuführen, bedarf es eines starken Präsidenten an der Spitze, der über den Bereichen steht. Die ihm zur Seite stehenden Direktoren werden jetzt mit dem Gesetz aufgewertet, aus einer präsidialen wird eine kollektive Führung. Wenn aber die Direktoren

in ihrer Kompetenz gestärkt werden, dann wird der Präsident geschwächt, das kann nicht anders sein.

Das halten wir für den ersten Fehler dieses Gesetzes.

Denn der Präsident muss gerade in diesen für die Finanzmärkte äußerst unruhigen Zeiten ständig sehr schwierige Entscheidungen treffen und verantworten. Da schadet ihm jede Schwächung. Auch bei seinen Kolleginnen und Kollegen bei den andern Aufsichtsbehörden wird dieses Signal zu Irritationen und Unverständnis führen. Warum gerade in einer solchen Phase eine Schwächung vornehmen?

Uns leuchtet das auch nicht ein.

Vor allem aber leuchtet uns nicht ein, warum die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht zuerst an eine Reform der Inhalte der Aufsicht gehen und anschließend an eine dann möglicherweise notwendige Neuordnung der Leitungsstruktur. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat eines besonders deutlich gemacht:

Die BaFin hat zu wenige Möglichkeiten, präventiv zu handeln. Ob private oder öffentliche Banken - alle hätten von einer schlagkräftigeren Aufsicht profitiert, die gegenwärtige Krise hätte nicht solche Ausmaße annehmen müssen.

Die Bundesregierung hat es aber versäumt, vor einer Reform eine schonungslose Analyse der Situation auf den Finanzmärkten und die Rolle der Aufsichtsstellen vorzulegen. Erst danach würde eine Strukturreform Sinn machen. Dann wüssten wir, welche Rolle der Verbraucherschutz beispielsweise zukünftig einnehmen sollte, um die Anlegerinnen und Anleger wirksam zu schützen, welche Personalausstattung die BaFin nötig hätte, um schlagkräftig und präventiv arbeiten zu können, und welche Struktur auch eine EU-weite Aufsichtsstruktur haben müsste. Wären diese Fragen geklärt, dann könnte man anfangen, die BaFin an den festgelegten Zielen neu auszurichten.

Sie haben die organisatorische Neuordnung der Finanzmarktaufsicht zunächst getrennt von sonstigen Fragen der Finanzaufsicht. Deswegen haben wir heute sozusagen ein Minigesetz vorab. Dann aber haben Sie es doch wieder verbunden mit der Frage der Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bundesbank und BaFin. Die entsprechende Einigung lag uns Abgeordneten allerdings nicht vor, als wir über die Strukturreform der BaFin gestern abschließend berieten und abstimmten. Dabei ist die Frage der Kompetenzverteilung zwischen den beiden Aufsichtsbehörden von zentraler Bedeutung für den Finanzplatz Deutschland und natürlich auch für die Zukunft der BaFin. Sonst wäre sie doch nicht so umstritten gewesen - auch zwischen den beiden Koalitionsparteien. Einer hat sich hier auf jeden Fall zurückgelehnt: Finanzminister Peer Steinbrück konnte sich aus der Auseinandersetzung zwischen BaFin und Bundesbank raushalten.

Doch eine Lösung, auf die sich die beiden häufig konkurrierenden Institutionen einigen, ist noch nicht notwendigerweise eine gute Lösung für den Finanzplatz Deutschland. Und genau darauf hinzuarbeiten, wäre Aufgabe des Bundesfinanzministers gewesen. In der Sache ist die Einigung zwischen Bundesbank und BaFin fatal: Weiterhin werden Reibungsverluste die Arbeit der Aufsicht insgesamt unnötig behindern, werden unklare

Aufteilungen von Zuständigkeiten dafür sorgen, dass gute Aufsichtsarbeit in Deutschland schwieriger ist als notwendig.

Die Bundesregierung zäumt bei dieser Reform der Aufsichtsstruktur das Pferd von hinten auf. Sie stellt Struktur vor Inhalt und das in einer so sensiblen Phase wie der gegenwärtigen. Die große Koalition schwächt mit dem vorliegenden Gesetz den Präsidenten national und international, sie vertut die Chance, den Verbraucherschutz zu stärken, und sie versäumt es, die BaFin personell so auf die Höhe zu bringen, dass sie den immer umfangreicheren und komplexeren Aufgaben des gegenwärtigen Finanzsystems gerecht werden kann.

Auch für die Aufsichtsstruktur selbst haben uns die Sachverständigen im Ausschuss eine Reihe von guten Vorschlägen mitgegeben, die von der Koalition leider nicht aufgegriffen wurden. In besonderer Weise will ich in diesem Zusammenhang den Vorschlag einer systematischen Aufwertung und institutionellen Verankerung des Verbraucher- und Anlegerschutzes nennen. Eine Strukturreform der BaFin muss dieses grundlegende Defizit der deutschen Aufsichtsarchitektur überwinden, dass niemand so richtig für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher da ist.

Häufig liegen die Informationen bei der BaFin vor, dürfen aber nicht verwendet werden. Häufig führen Hinweise auf Insiderhandel, Geldwäsche oder ähnliche Kapitalmarktdelikte nicht zu entsprechenden Verurteilungen, weil Deutschland hier institutionell nicht gut aufgestellt ist. Doch all das findet mit der heutigen Minireform nicht statt - eine verpasste Chance.

</ text >

< text 16143 >

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22 sowie 24 a und 24 b auf:

22 Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen

Lage der Finanzmärkte

24 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dr. Gerhard Schick, Christine Scheel, Britta

Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzmärkte stabilisieren

- Drucksache 16/7531 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Axel

Troost, Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Aktionsplan „Finanzmärkte demokratisch

kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung

stärken“ - Aus den internationalen Finanzunruhen

Konsequenzen ziehen

- Drucksache 16/7191 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir das so vereinbaren. Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Panik auf dem Börsenparkett“, „neue Weltwirtschaftskrise“, „Börsencrash vernichtet deutsche Arbeitsplätze“, „Börsencrash signalisiert Ende des Finanzmarktkapitalismus“, mit diesen oder ähnlichen Begriffen werden die Turbulenzen und die Verwerfungen aufbereitet, mit denen wir es in den letzten Monaten auf den internationalen Finanzmärkten zu tun hatten.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte lauter! Ein bisschen mehr Mut! - Zurufe von der CDU/CSU: Warum sind Sie so leise, Herr Minister? - Etwas lauter!)

- Über die Mikrofonanlage oder über meine Stimme?

(Heiterkeit - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: In Kombination wird das sicher zu einem Erfolg!)

Redetext

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bisher haben Sie jedenfalls nichts Falsches gesagt, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident, können Sie die Uhr anhalten?

(Heiterkeit - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:

Nichts da! Die läuft auch bei uns weiter!)

- Gut. Dann ist meine Rede beendet, meine Damen und Herren.

Um ernsthaft auf dieses wirklich schwergewichtige Thema zurückzukommen: Es ist richtig, dass wir es in weiten Teilen der Welt und zulasten weiter Teile der Welt mit einer ernsthaften, ausgemachten Finanzmarktkrise zu tun haben. Nicht alle Teile der Welt sind von ihr betroffen, Ostasien zum Beispiel nicht bzw. kaum, insbesondere aber Nordamerika und weite Teile Europas. Sie wird uns das ganze Jahr 2008 beschäftigen. Sie ist kein deutsches Spezifikum. Sie birgt weitere, noch nicht behobene Risiken. Infektionsgefahren für die weltweite Konjunktur und die weltweite Wachstumsentwicklung sind nicht zu übersehen.

Aber, meine Damen und Herren, so wenig Grund es zur Verharmlosung gibt, so unangebracht wäre auch jede Hysterie. Nötig ist ein professionelles Krisenmanagement aller infrage kommenden Partner, das sich auf die Stabilisierung der Finanzmärkte konzentriert und sich nicht durch Empörungen und Reflexe ablenken lässt.

Es ist ferner notwendig, die Ursachen dieser Krise herauszuarbeiten, sie klar beim Namen zu nennen und die sich daraus abzuleitenden Konsequenzen insbesondere im internationalen Kontext zu ziehen. Denn nur so werden wir verlorengegangenes Vertrauen auf den Finanzmärkten und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zurückgewinnen.

Ich warne ausdrücklich davor, in jedem Durchsacken des DAX im Verlauf eines einzigen Handelstages das untrügliche Vorzeichen des Beginns einer ausgeprägten Rezession in Deutschland zu sehen;

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

denn dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Im Gegenteil, wir sollten versuchen, einen kühlen Kopf zu bewahren.

Es gibt keinen Grund für politische Schnellschüsse, mit denen man sich lediglich den Beifall einer zugegebenermaßen verunsicherten Öffentlichkeit sichern würde.

Um die Situation richtig zu erfassen, ist es wichtig, zu wissen, wo die Ursachen der Finanzmarktkrise liegen.

Knapp gefasst: im US-amerikanischen Markt für zweitklassige Hypothekenkredite, den die Experten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, lange Zeit offenbar nicht auf ihrem Radar hatten, zumindest nicht, was sein Potenzial anbelangt, zu einer echten Belastungsprobe für das globale Finanzsystem zu werden.

Salopp gesprochen haben US-Banken auf der Jagd nach der schnellen Rendite ihre Anforderungen an die Qualität von Krediten deutlich verringert und kräftig risikoreiche, weil schlecht gesicherte Hypothekenkredite vergeben, meist an Eigenheimkäufer mit geringer Bonität.

Die damit verbundenen hohen Kreditrisiken wurden von den Banken auch deshalb in Kauf genommen, weil man die Möglichkeit hatte, diese Risiken über sogenannte Verbriefungstransaktionen und strukturierte Produkte lieber jetzt als gleich aus den eigenen Büchern, aus den eigenen Bilanzen zu bekommen, indem man sie auf dem Markt verkauft. Ich will sagen: Eine ursprünglich defensive Strategie, Risiken zu verteilen, wurde zu einer spekulativen Blase, zu einer spekulativen Welle.

Die Käufer dieser hochkomplexen Produkte – ein Teil von ihnen hat Namen, die ich gar nicht kannte – haben diesen verpackten Sprengstoff vornehmlich außerhalb ihrer Bilanzen geführt und damit auch außerhalb des Einblickes von Wirtschaftsprüfern, von Aufsichtsbehörden, von Verwaltungsräten und von Aufsichtsräten.

Dass diese Papiere mit gebündelten Kreditrisiken bei renditehungrigen Investoren weltweit auf große Nachfrage stießen, auch und gerade in Deutschland, ist nicht zuletzt den Ratingagenturen zu verdanken. Sie waren es, die in einer fragwürdigen Doppelrolle an beiden Enden beteiligt gewesen sind. Auf der einen Seite haben sie diese Papiere häufig mit der höchsten Bonität bewertet, auf der anderen Seite haben sie die Banken bei der Verbriefung und Vermarktung der Kreditrisiken beraten.

Das ist so ähnlich, als ob die Stiftung Warentest ein Produkt testen würde, an dessen Umsatz sie anschließend beteiligt ist.

(Beifall des Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU])

Auch hier müsste man damit rechnen, dass der Informationsgehalt

des Testergebnisses, gelinde gesagt, eingeschränkt ist.

Das Ganze ging so lange gut, wie der Markt in den USA expandierte. Aber irgendwann ist jeder Boom zu Ende. Steigende Zinsen und fallende Immobilienpreise in den USA haben seit dem letzten Jahr immer mehr dieser Hypothekenkredite in Not gebracht. Bei den Banken, die weltweit, auch in Deutschland, die Risiken aus diesen Krediten gekauft hatten, wurden Abschreibungen in Milliardenhöhe notwendig.

Da diese Risiken nicht oder erst sehr spät auf dem Radarschirm der verantwortlichen Bankmanager und Bankaufseher aufgetaucht sind, stellt sich als Erstes die Frage nach der Qualität des jeweiligen bankeninternen Risikomanagements. Damit müsste die Suche nach Verantwortlichen eigentlich anfangen - wenn denn diese Suche nicht nur dem üblichen und durchsichtigen Ruf „Haltet den Dieb!“ folgen sollte. Darin, meine Damen und Herren, liegt auch meine sehr kritische Einlassung über ein verbreitetes Bankmanagerversagen begründet, an der ich festhalte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Bundesminister Peer Steinbrück

Fern einer Kollektivschelte darf ausgesprochen werden, dass es einzelne Bankmanager gibt, die in dem Rennen nach höherer Marge, höherem Profit auf der Grundlage unzureichender Geschäftsmodelle, ohne ausreichende Expertise, in einem Missverhältnis zum Eigenkapital ihrer Institute und unter Vernachlässigung des bankeninternen Risikomanagements ein Milliardenrad gedreht haben.

Diese Entwicklung liegt auch an der Unzulänglichkeit der aktuellen Bilanzierungsregelungen; das gilt nicht nur in Deutschland, das ist weit verbreitet. Sie ermöglichen es den Banken, eigene Risiken eigenkapitalschonend außerhalb ihrer Bilanzen zu führen, sie auf spezielle Zweckgesellschaften zu übertragen oder, besser ausgedrückt, sie zu verstecken vor denjenigen, die Kontrollfunktionen wahrzunehmen haben.

Wie Sie wissen, haben die Probleme an den internationalen Finanzmärkten auch deutsche Kreditinstitute in Mitleidenschaft gezogen. Hier in Deutschland gehören die Landesbanken Sachsen LB und West-LB sowie die Privatbank IKB mit den von ihnen finanzierten Zweckgesellschaften zu den ersten und zu den spektakulärsten Opfern der sogenannten Subprime-Krise. Weitere Institute - über die gesamte Bandbreite des deutschen Bankensektors - sind auch betroffen, aber weniger existenziell. Vor allem die IKB hat uns in den letzten Tagen in Atem gehalten - nicht das erste Mal -, weil neuer Abschreibungsbedarf bzw. Eigenmittelbedarf in Milliardenhöhe erforderlich wurde. Wir haben sehr intensive Debatten geführt, wie es mit der IKB weitergehen soll.

Wichtig war meinem Kollegen Glos und mir, dass es über den konkreten Fall der IKB zu keiner Verschärfung der Bankenkrise in Deutschland kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Darüber waren und sind wir uns in der Bundesregierung einig. Wir haben die Verantwortung, Schaden vom Finanzplatz Deutschland abzuwenden.

Wir haben uns diese Entscheidung gewiss nicht einfach gemacht. Sie war auch nicht einfach, weil wir nicht einfach Vorteile gegen Nachteile, sondern nur jeweilige Nachteile gegeneinander abwägen konnten. Der Nachteil einer drohenden Insolvenz verbunden mit einer drohenden Erschütterungsdynamik für den gesamten Finanzplatz Deutschland war gegen den Nachteil abzuwägen, auch mit Steuergeldern ein Institut zu stützen, das sich am Markt verzockt hat und eigentlich vom Markt bestraft werden müsste.

Im Rahmen dieser schwierigen Abwägung zwischen der Situation bei der IKB und den Risiken für den deutschen Bankenmarkt haben wir uns im Verwaltungsrat der KfW am Mittwoch entschieden, dass die KfW der IKB mit einer Zuweisung nach dem KfW-Gesetz ein weiteres Mal unterstützend behilflich ist, und zwar mit 1,5 Milliarden Euro.

Der Bund wird davon mindestens 1 Milliarde Euro tragen, die aus Dividendenerträgen stammt. Dadurch wird die bisherige Finanzplanung nicht belastet. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, zu sagen, dass diese 1 Milliarde Euro eines Tages als nicht eingegangene Einnahmen zu Buche schlagen wird. Der Bundesverband deutscher Banken hat unter der Bedingung einer letztmaligen Inanspruchnahme zugesagt, mit 300 Millionen Euro einen weiteren wesentlichen Teil der Stützung zu übernehmen. Für die restlichen 200 Millionen Euro wird es eine Lösung geben. Im Zweifelsfall müssen sie im laufenden Haushalt eingesammelt werden.

Sie können sich vorstellen, dass ich über diese Belastung des Bundeshaushaltes alles andere als begeistert bin. Auch wenn Sie mich deshalb hier mit zusammengebissenen Zähnen stehen sehen - jedenfalls dann, wenn ich nicht rede - ,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
ist die Entscheidung richtig, die IKB nochmals zu stützen. Erstens ist uns wichtig, dass die IKB verkaufsfähig gemacht wird und dass der bereits angelaufene Verkaufsprozess der Bank - das betone ich - weitergehen kann und so schnell wie möglich abgeschlossen wird. Damit das gut funktioniert, werden das Management der IKB und auch der KfW personell verstärkt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Stärken ist eine gute Sache!)

Zweitens ist uns wichtig, dass wir im Ergebnis vermeiden können, dass die Mittelstandsförderung und der Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens - mit Blick auf diejenigen, die im Hohen Hause in dieser Frage sehr engagiert sind, ist mir an dieser Aussage sehr gelegen - durch neue Sanierungsbeiträge beeinträchtigt werden. Ich wiederhole: weder die Mittelstandsförderung noch der Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens. Um diesbezügliche Fragen an dieser Stelle abschließend zu beantworten: Das ist sichergestellt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens ist unsere Entscheidung für die IKB ein klares



Signal an den Markt. Wir verhindern damit, dass andere Banken durch die Krise bei der IKB in Mitleidenschaft gezogen werden, und zwar, indem wir verhindern, dass Einlagen der IKB in zweistelliger Milliardenhöhe - um Ihnen eine Zahl zu nennen: knapp oberhalb von 24 Milliarden Euro - verlorengehen. Diese Einlagen stammen nicht nur von anderen Bankinstituten aus dem öffentlichrechtlichen, dem genossenschaftlichen und dem privaten Bereich, sondern es handelt sich auch um Einlagen von Nichtbanken bis hin zu Versicherungen. Wir verhindern damit, dass diese Einlagen möglicherweise bzw. wahrscheinlich verlorengehen und dass damit auch der freiwillige Einlagensicherungsfonds der privaten Geschäftsbanken in Anspruch genommen wird, den sie dringend brauchen, um Vorsorge für ihren eigenen Bereich zu schaffen.

Viertens gilt es zu verhindern, dass auf dem Markt für Hybridkapital die Preise für lang laufende Anleihen deutlich steigen, was andere Banken, die sich mit Bundesminister Peer Steinbrück solchen Anleihen refinanzieren, ausgesprochen negativ treffen würde.

Fünftens wäre die IKB - an dieser Aussage ist mir sehr gelegen - die erste europäische Bank, die in der direkten Folge der US-Subprime-Krise pleiteginge. Das sollten wir uns nicht als Symbol des deutschen Bankenmarktes leisten - auch nicht im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sechstens hat ein Finanzminister sehr genau über die steuerlichen Folgen eines solchen Risikoszenarios bzw. unterschiedlicher Risikoszenarien nachzudenken. In welchem Verhältnis stehen zu erwartende Einnahmeverluste gegenüber dem Einsatz von Haushaltsmitteln zur Rettung einer Bank? Dass es auch in diesem Hause einzelne Personen gibt, die mit ihren technischen Mitteln schon eine sehr genaue Summe hinsichtlich der steuerlichen Folgen der Finanzmarktkrise errechnen und der Presse mitteilen konnten, findet meine Bewunderung. Der deutschen Steuerverwaltung ist dies mit ihrer Datenverarbeitung bisher nicht gelungen.

Ich erwähne diese Gründe so ausführlich, meine Damen und Herren, damit Sie und die deutsche Öffentlichkeit einen Einblick in die Abwägung der Bundesregierung bekommen und Sie sich damit vielleicht auch etwas stärker gegen eilfertige, undifferenzierte Urteile und Bewertungen immunisieren können. Uns allen sollte klar sein: Die Bankenkrise ist noch lange nicht zu Ende. Wir haben es hier nicht nur mit einer Bank zu tun, die sich in unverantwortlicher Weise verzockt hat. Alle Kreditinstitute, die mit Subprime-Marktpapieren gehandelt haben, sind von dieser Krise betroffen. Schlecht ist, dass nach wie vor niemand ganz genau weiß, welches Institut in welchem Ausmaß betroffen ist.

Fest steht: Die teils deutlichen Abschlüsse bei den Aktienkursen der Kreditinstitute zeigen, dass der Markt von einem höheren Wertberichtigungsbedarf ausgeht, als bisher transparent ist. Weltweit, so habe ich in Tokio während des Treffens der G-7-Finanzminister erfahren,

schätzt der IMF den Wertberichtigungsbedarf auf 400 Milliarden US-Dollar, wobei die Experten sagen, das bisher ungefähr ein Drittel davon tatsächlich wertberichtigt worden ist.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, kann das Gebot der Stunde nur lauten, dass die Banken in ihren Bilanzen klar Schiff machen müssen, und zwar ohne langen Aufschub. Wer glaubt, mögliche Wertberichtigungen oder Verluste nur in Häppchen nach der Salamtaktik offenbaren zu müssen, der provoziert nicht nur eine eigene Abstrafung durch den Markt, sondern der handelt zum Schaden des gesamten Finanzsektors in der Bundesrepublik Deutschland. Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, dürfen wir es uns nicht leicht machen und nur die akute Krisenbewältigung sehen, die auch dank des entschlossenen Handelns großer Zentralbanken bisher insgesamt gut gelungen ist. Ich möchte der Europäischen Zentralbank ein ausdrückliches Kompliment machen, die eine dieser Zentralbanken gewesen ist, die den Markt in einer sehr angespannten Lage mit Liquidität versorgt haben, anders als zum Beispiel eine andere europäische Zentralbank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ebenso bedanke ich mich insbesondere beim Präsidenten der Deutschen Bundesbank und beim Präsidenten der BaFin, die in diesem Krisenmanagement eine wichtige, eine verlässliche und eine unterstützende Rolle gespielt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Zuruf von der FDP: Frau Matthäus-Maier auch?)

Wir müssen uns auch mit der Frage beschäftigen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Natürlich spielt das Eigeninteresse der Finanzmarktteilnehmer, Finanzkrisen zu vermeiden, hierbei eine zentrale Rolle. Der Markt sorgt derzeit, wenn auch schmerzlich, für eine Anpassung: Risiken werden jetzt wieder anders eingepreist als vor dieser Blase. Aber dieses Marktinteresse allein wird nicht ausreichen, um Inkompetenzen, Fehlverhalten und Übertreibungen dieses Marktes, Exzesse durch diesen Markt wirklich zu verhindern. Es hat ja auch nicht gereicht, um die bisherige Krise abzuwenden. Ich bin deshalb überzeugt, dass die Krise eine politische Reaktion erfordert und wir zu besseren, international abgestimmten Spielregeln kommen müssen. Beim Treffen der G-7-Finanzminister in Tokio vom vergangenen Wochenende wurden deshalb auch auf deutsche Initiative hin Vorschläge diskutiert und in dem Kommuniqué festgehalten, mit dem wir in drei zentralen Bereichen das Vertrauen an den Märkten nachhaltig stärken wollen: die Eigenkapitalunterlegung der Banken, ein besseres Liquiditätsmanagement und eine höhere Transparenz. Es versteht sich von selbst, dass für alle Maßnahmen eine Umsetzung auf internationaler Ebene der Königsweg ist, allein schon deshalb, um darüber einseitige Wettbewerbsnachteile für einen einzelnen Finanzplatz wie beispielsweise Deutschland zu vermeiden. Das heißt aber umgekehrt nicht, dass wir nicht auch auf europäischer und ebenso auf deutscher Ebene aktiv werden

müssen, zum Beispiel auch dann, wenn bei einer internationalen Umsetzung Schwierigkeiten auftauchen.

Aus Zeitgründen möchte ich hier nur die wichtigsten Maßnahmen anreißen; ich bin sicher, dass sich nächste Woche sowohl im Finanzausschuss wie im Haushaltsausschuss die Gelegenheit für eine intensivere Erörterung ergeben wird.

Erstens geht es um eine verbesserte Eigenkapitalunterlegung. Die Finanzmarkturbulenzen haben gezeigt, dass wir mehr Risikovorsorge für Stressphasen am Markt brauchen, allerdings erst nach Überwindung dieser Krise, um die Kreditinstitute aktuell nicht noch mehr zu überfordern, als sie es ohnehin schon sind. Eine Möglichkeit hierzu ist, im Zuge einer Nachjustierung von Basel II von den Banken einen zusätzlichen Eigenkapitalpuffer zu verlangen, und zwar zusätzlich zu dem, was nach den jetzt seit wenigen Wochen geltenden Basel-II-Regeln für den gewöhnlichen Fall reibungslos funktionierender Märkte ermittelt wird. Aber die Märkte funktionieren eben nicht immer reibungslos und so wie gewöhnlich. Hinsichtlich der Verbriefungen, einem der Dreh- und Angelpunkte der derzeitigen Krise, empfiehlt sich darüber hinaus eine Erhöhung der Risikogewichte dieser Verbriefungen zur Bestimmung der nötigen Eigenkapitalunterlegung nach Basel II. Dies könnte zum einen durch eine andere Ausübung bereits bestehender Wahlrechte oder zum anderen durch eine Neuberechnung der Risikogewichte erfolgen, die bisher immer nur in Schönwetterzeiten erarbeitet worden sind. Je nach einer daraus resultierenden neuen Risikogewichtung müsste dann mehr Eigenkapital von den Instituten bereitgehalten werden, was wiederum bei Investmentmanagern den Anreiz verstärken würde, in den Bewertungen stärker auf die wirtschaftlichen als auf die spekulativen Rahmenbedingungen ihres Engagements zu achten.

Zweitens wollen wir das Liquiditätsmanagement verbessern. Die Finanzmarkturbulenzen machen deutlich, dass die globalen bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften dringend ausgebaut werden müssen.

Handlungsbedarf sehe ich hierbei vor allem in zweierlei Hinsicht: Erstens sprechen gute Gründe für eine Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Vorschriften über die einzelne Bank hinaus auf einen Bankkonzern. Zweitens sind Belastungstests - oder auf neudeutsch Stresstests - unter der Annahme einer nur eingeschränkten Marktliquidität geboten. Die bislang übliche Annahme liquider Märkte ist ungenügend und wird von den von uns gemachten Erfahrungen falsifiziert.

Drittens wollen wir mehr Transparenz auf den Märkten schaffen. Dies ist eine zentrale Aufgabe für die internationale Politik. Alle Marktteilnehmer - auch Anleger und Aufsichtsgremien - müssen die Chance haben, bestehende Risiken angemessen bewerten zu können. Dies ist derzeit nicht gewährleistet. Die Marktteilnehmer können keine eigenen Risikoprofile erstellen.

Ich möchte heute nicht näher auf das Thema Hedgefonds eingehen, zumal diese definitiv nicht die derzeitigen Finanzmarkturbulenzen verursacht haben. Aber ich möchte daran erinnern, dass es von manchen im Inland wie auch im Ausland - insbesondere im angloamerikanischen

Bereich - belächelt worden ist, dass wir unter der deutschen EU-Rats- und G-7-Präsidentschaft vor ungefähr einem Jahr das Thema Transparenz auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hätte mir damals in ihrem eigenen Interesse etwas mehr Unterstützung aus der Branche selber gewünscht. Inzwischen ist, wie Sie wissen, einiges in Gang gekommen, und zwar in Großbritannien durch die Kommission, die Andrew Large, der frühere Vizepräsident der Bank of England, in Gang gesetzt hat, wie auch in der sogenannten President's Working Group on Financial Markets in den USA. Das alles sind wichtige Initiativen im Ergebnis dessen, was wir vor einem Jahr initiiert haben. Diese Initiativen werden uns im Financial Stability Forum und schon während des G-7-Treffens im April stark beschäftigen.

Es wäre zu wünschen, will ich hinzufügen, dass wir dieses Mal insbesondere von der Ratingbranche Unterstützung bekommen, von der wir die Schaffung eines „set of best practices“ für strukturierte Produkte erwarten. Mir ist wichtig, dass wir in Zukunft verhindern, dass die Agenturen, wie gesagt, erst beratend an der Strukturierung beteiligt sind und anschließend an der Bewertung. Unter dem Stichwort der Transparenz werden wir auch eine eventuelle Ergänzung des Bilanzrechtes diskutieren müssen, um bislang außerbilanziell durchgeführte Transaktionen zukünftig besser sichtbar zu machen. Ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass der von der Kollegin Zypries bereits vorgelegte Referentenentwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vorsieht, die Kriterien enger zu fassen, nach denen Zweckgesellschaften bilanziert werden müssen. Wenn es um nachhaltige und wirkungsvolle Konsequenzen aus den Finanzmarkturbulenzen geht, dann sprechen wir automatisch auch über die Arbeit der Aufsichtsbehörden bei uns. Das ist sowohl national als auch in der grenzüberschreitenden Kooperation ein wichtiges Thema in der Eurogruppe und im Ecofin-Rat. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich die zwischen der BaFin und der Bundesbank gefundene Verständigung auf eine transparentere und reibungslosere Aufgabenverteilung bei der Bankenaufsicht. Sie ist ein wichtiger Beitrag zu einer handlungsfähigen stabilen deutschen Bankenaufsicht. Nähere Auskünfte darüber werden mit Gewissheit auch in den beiden Ausschüssen gegeben.

Ich bin überzeugt, dass die von mir beschriebenen Maßnahmen - vor allem, wenn sie auch im internationalen Kontext umgesetzt werden - eine gute Basis für eine nachhaltige Beruhigung und Stabilisierung der Finanzmärkte darstellen. Genauso überzeugt bin ich allerdings davon, dass kurzfristige Konjunkturprogramme, wie sie derzeit auch unter Verweis auf die Situation in den USA gelegentlich reflexartig wie lautstark in Europa und in Deutschland propagiert werden, definitiv nicht die richtige und angemessene Antwort auf die jetzige Situation sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Das gilt - um es gleichermaßen vorweg zu sagen - für etwaige zusätzliche und nach Lage der Dinge wohl auch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme wie auch für die von mancher Seite vorgetragene Forderung nach Steuersenkungen auf Pump. Es gibt eine Reihe von Gründen, die gegen beides sprechen. Erstens haben wir es im Unterschied zu den Amerikanern in Europa und speziell in Deutschland immer noch mit einer starken konjunkturellen Grunddynamik zu tun. Die Finanzmarkturbulenzen treffen auf eine wesentlich robustere deutsche Wirtschaft als noch vor zwei oder drei Jahren. Auch die stabilen Fundamentaldaten deuten nicht auf eine stärkere konjunkturelle Abkühlung und erst recht nicht auf eine rezessive Entwicklung in Deutschland hin. So haben wir es beispielsweise aktuell mit einer aufwärts gerichteten Tendenz bei den Auftragseingängen und mit einem entsprechend positiven Ausblick für die Entwicklung der Industrieproduktion in den nächsten Monaten zu tun. Einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zufolge blickten die deutschen Industrieunternehmen im vermeintlich schwierigen Monat Januar optimistischer in die Zukunft als vor einem halben Jahr. Das ist ein Ausschnitt aus der aktuellen Lage. Ich könnte das fortsetzen. Aus Zeitgründen will ich das nicht tun. Auf der Basis der jetzt vorliegenden Erkenntnisse rechnet die Bundesregierung, unterstützt von fast allen, die man dazu befragen kann, mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 1,7 Prozent in diesem Jahr. Damit können wir trotz unbestreitbarer Risiken - diese negiere ich gar nicht - zufrieden sein, wenn es denn so kommt. Wir sollten die Kirche allerdings im Dorf lassen. 1,7 Prozent Wachstum bedeuten nicht mehr und nicht weniger, als dass wir damit ungefähr unser derzeit geschätztes Wachstumspotenzial in Deutschland ausschöpfen können. Sie alle wissen, dass das 2003 und 2004 nicht so war. Damals hätten wir bei 1,7 Prozent Wachstum die Sektkorken knallen lassen. Zweitens haben wir keinerlei Veranlassung, unseren bisher so erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs, eben die Kombination aus dauerhafter Wirtschaftsförderung und Wachstumsförderung sowie einer soliden Haushaltspolitik, zu verlassen. Die gegenwärtig wirksamen Strukturreformen helfen uns auch im aktuell schwieriger werdenden konjunkturellen Fahrwasser; denn sie wirken konjunkturunterstützend. So wird sich im laufenden Jahr allein der Gesamteffekt durch die Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Familien - Sie können sich sicherlich erinnern, dass es sich um ein 25-Milliarden-Euro-Programm handelt, 12,5 Milliarden Euro ergänzt durch die Bundesländer; hinzu kamen im letzten Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich -, die Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung und die Entlastung der Wirtschaft durch die seit dem 1. Januar dieses Jahres gültige Unternehmensteuerreform auf rund 18 Milliarden Euro belaufen. Um Ihnen eine Relation zu geben: Diese 18 Milliarden Euro entsprechen spitz gerechnet 0,75 Prozent des deutschen Bruttosozialproduktes. Das, was der Präsident der USA in seiner State of the Union erklärt hat, entspricht ungefähr

1 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts. Das heißt, mit diesen Impulsen bewegen wir uns in etwa in der Relation dessen, was der amerikanische Präsident in seiner State of the Union als konjunkturfördernde Maßnahmen angekündigt hat. Drittens würde jede Abkehr vom notwendigen Konsolidierungskurs, die mit einem Konjunkturprogramm verbunden wäre, zwangsläufig zu gegenläufigen Entwicklungen führen. Es wäre sehr wahrscheinlich, dass ein Verlassen des Konsolidierungspfades in der jetzigen Situation nicht nur ein sträflicher Wiederholungstatbestand wäre, der uns im Hinblick auf das Ziel der Generationengerechtigkeit Lügen strafen würde und der vor allen Dingen dem verbreiteten Verdacht Vorschub leistete, dass die Politik im Zweifelsfall immer bereit ist, sich leichtfüßig in eine höhere Staatsverschuldung zu flüchten. Diese Abkehr könnte gerade angesichts des derzeitigen Inflationsdrucks viel mehr auch die europäische Geldpolitik betreffen. Sie könnte zu einer restriktiveren Geldpolitik, also zu Zinserhöhungen durch die EZB führen. Je nach Ausmaß würde die Konjunktur dadurch stärker belastet, als ein Konjunkturprogramm beschleunigend wirken könnte.

Bisher sind die Auswirkungen der globalen Finanzmarkturbulenzen auf die deutsche Konjunktur und damit auf den aktuellen Bundeshaushalt verkraftbar. Bisher! Es besteht Grund zu der Annahme, dass dies weiterhin so bleibt. Aber ich rate dringend, sich von der lieb gewordenen Vorstellung zu verabschieden, dass wir künftig – genauso wie 2006 und 2007 – mit unerwarteten Steuermehreinnahmen rechnen könnten, die wir bisher zu zwei Dritteln in die Absenkung der Nettokreditaufnahme und zu einem Drittel in zusätzliche Investitionen für Wachstum und Beschäftigung gesteckt haben. Ich sage an dieser Stelle sehr prononciert: Auf unerwartete zusätzliche Steuermehreinnahmen kann in diesem Jahr niemand hoffen. Das Gegenteil ist nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund sehe ich die hauptsächliche Gefahr für den weiteren notwendigen Konsolidierungskurs nicht in der konjunkturellen Entwicklung, sondern in den trotz schwieriger Rahmenbedingungen ungebremsten politischen Begehrlichkeiten gegenüber dem Haushalt.

(Beifall des Abg. Otto Fricke [FDP])

Die Gleichzeitigkeit unverträglicher politischer Forderungen und Vorschläge verwirrt nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern behindert auch die Stetigkeit unseres Kurses. Runter von der Staatsverschuldung, aber rauf mit diversen Ausgaben und runter mit den Steuersätzen und das alles gleichzeitig, dies funktioniert nicht. Das sollte endlich Common Sense in diesem Haus werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich betreibe keine Schwarzmalerei, aber die haushaltsbelastenden politischen Wünsche übersteigen die gegenwärtig sichtbaren und beherrschbaren Einnahmeausfälle durch die etwas schwächer werdende Konjunktur um ein Vielfaches. Deshalb sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Die Große Koalition hat keinerlei Anlass, von ihrer erfolgreichen, soliden Haushaltspolitik

abzuweichen, weder durch ökonomisch fragwürdige Programme noch durch zusätzliche steuerliche Entlastungen nach einer Serie bereits erfolgter Steuersenkungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Die jüngste ist gerade einmal sieben oder acht Wochen her. Für die anstehenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2009 kann dies nur zweierlei bedeuten: Erstens.

Die Verhandlungen werden von uns allen sehr große Disziplin und Konzentration auf das wirklich Notwendige verlangen. Zweitens. Sie werden noch weniger vergnügungssteuerpflichtig sein, als sie es je waren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Dr. Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann gar kein Zweifel sein, dass diese aktuelle Krise am Finanzmarkt ihren Ausgang in den Vereinigten Staaten genommen hat, dass dort Fehler gemacht worden sind und dass dies zu kritisieren ist. Es ist aber nicht Sache eines Oppositionspolitikers, sich mit den Fehlern in den Vereinigten Staaten zu befassen, sondern meine Aufgabe ist es, zu prüfen, was die Bundesregierung getan hat, ob sie Fehler gemacht hat und wer für diese Fehler verantwortlich ist. Darüber müssen wir heute reden.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte es auch für richtig, Herr Bundesfinanzminister, und ich unterstütze – das sage ich jetzt persönlich, weil wir das in der Fraktion nicht abgestimmt haben –, dass Sie jetzt in einer erneuten Runde öffentliche Finanzmittel beziehen, um den endgültigen Untergang der IKB zu vermeiden, insbesondere um Schaden vom deutschen Finanzmarkt abzuwenden.

Aber: Wer ist verantwortlich für den riesigen Verlust an öffentlichen Mitteln, der nun eingetreten ist? Ich will auf die Fehler hinweisen.

Erstens. Ihr Vorgänger Hans Eichel hat die ersten Fehler gemacht. 2001 hat er entschieden – der Bundestag war mit dieser Angelegenheit nicht befasst –, dass die KfW als Eigentümerin bei der IKB eintritt. Es war immer unsere Auffassung, dass sich eine staatliche Förderbank nicht an privaten, riskanten Spekulationsgeschäften beteiligen darf.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe dies, Herr Bundesfinanzminister, auch im Wahlkampf 2005 öffentlich gesagt. In der WiWo ist das zitiert. Ich habe Herrn Eichel und Frau Matthäus-Maier auch persönlich gesagt: Wenn wir 2005 Verantwortung übernommen hätten, wäre diese Beteiligung unverzüglich veräußert worden. – Dann hätten wir uns den Schaden erspart.

(Beifall bei der FDP – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer es glaubt, wird selig!)

Sie haben nun 2005 den Fehler begangen, das zu übernehmen und das Engagement fortzusetzen. Sie haben die Verantwortung dafür, dass der Staat, also der Steuerzahler, an diesen riskanten Spekulationsgeschäften beteiligt geblieben ist.

Zweiter Fehler. Herr Eichel hat die Bankenaufsicht unzureichend geregelt. Er hat einen Kompetenzwirrwarr zwischen Bundesbank und BaFin mit Streitigkeiten bis jetzt ausgelöst. Jetzt soll es angeblich einen vorläufigen Kompromiss zwischen beiden Instituten geben. Wir haben damals gefordert, die Kompetenz auf eine Institution zu konzentrieren, und zwar am besten auf die Deutsche Bundesbank, weil diese unabhängig ist und nicht unter Ihrer Aufsicht steht. Sie würde Ihnen dafür aber auch die Verantwortung ersparen.

(Beifall bei der FDP)

Auch das ist nicht gemacht worden.

Was ist dabei herausgekommen? Nicht nur Kompetenzwirrwarr bei der Bankenaufsicht, sondern auch Kompetenzwirrwarr bei der Aufsicht durch den Bundesfinanzminister; denn Sie sind an der Aufsicht der IKB direkt und indirekt geradezu dreifach beteiligt, nämlich durch den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Leinberger, der im Vorstand der KfW sitzt, und durch Herrn Asmussen, Abteilungsleiter im Finanzministerium, der gleichzeitig im Verwaltungsrat der BaFin und im Aufsichtsrat der IKB sitzt, sich also sozusagen selbst kontrolliert. Auch das liegt in Ihrer Verantwortung. Schließlich hat die BaFin beansprucht, die Überwachung der IKB selbst durchzuführen und die Bundesbank herauszuhalten, sodass die Überwachungsfehler eindeutig der BaFin zuzuschreiben sind. Diese dreifache Überwachung hat zu dem Versagen geführt. Jetzt soll mir aber niemand erklären, das alles wäre geheimnisvoll und vertuscht worden. Ich habe mir - wie es jeder tun kann - den Geschäftsbericht der IKB aus dem Internet heruntergeladen und ausgedruckt. Dort sind ja alle Zahlen aufgeführt; jeder kann sie sich anschauen. Zumindest Fachleute hätten doch aufmerksam werden müssen.

(Zuruf von der FDP: Genau so ist es!)

Ich möchte eine Passage zitieren; das ist etwas, was man sich nur auf der Zunge zergehen lassen kann. In dem Geschäftsbericht steht: Unsere Investments konzentrieren sich zu zwei Dritteln auf US-Portfolios, insbesondere auf Hypothekenkreditforderungen. - Dann kommt das Schönste:

Wir nutzen unsere große Expertise ... in diesem Bereich aber auch, um auf Provisionsbasis externe Gesellschaften bei deren Investments in internationale Kreditportfolien zu beraten. Dies bezieht sich insbesondere auf das Conduit „Rhineland Funding Capital Corporation“ in den USA.

Das ist ja eine Tochtergesellschaft der IKB. Die haben sie beraten, damit der gleiche Mist, der bei der IKB durchgeführt wird, auch bei dem Conduit durchgeführt wird.

„Unsere große Expertise“ - und das hat bei Ihnen niemand gemerkt? Das steht doch alles im Geschäftsbericht!

Der Aufsichtsrat bestätigt das ja.



(Beifall bei der FDP sowie des Abg.

Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Der nächste Fehler: das Krisenmanagement, das Sie durchgeführt haben – jetzt wird ja schon die dritte Hilfsaktion durchgeführt. Die erste Hilfsaktion fand im August statt: 3,5 Milliarden Euro sind zur Verfügung gestellt worden.

Die zweite Hilfsaktion fand am 30. November statt.

Dabei sind die Mittel der KfW zur Abschirmung der Risiken

auf 4,8 Milliarden Euro erhöht worden. Vorgestern

gab es die dritte Runde: 1,2 Milliarden Euro öffentliche

Mittel sind zur Verfügung gestellt worden. Das sind insgesamt

6 Milliarden Euro. Ist das jetzt die letzte Runde?

Sind diese Aktionen jetzt abgeschlossen? Oder wie viele

Runden haben wir noch vor uns? Kann das jemand sagen?

Sie beschimpfen die privaten und die anderen Banken.

Sie haben in der FAS in einem Interview gesagt:

Das begründet meine Aufforderung an die anderen

Banken, jetzt schnell alles offenzulegen, was sie an

erkennbaren Risiken mitschleppen, damit der Markt

nicht im Vierzehn-Tage-Rhythmus von Hiobsbotschaften

weiter nervös gemacht wird.

Was passiert denn in Ihrem Bereich? Was haben Sie

denn jetzt aufgedeckt? – Sie verfahren nach der Salami-taktik:

Wenn es notwendig ist, dann wird etwas aufgedeckt.

Dann wartet man bis zur nächsten Krise. Was hier

vorgeführt wird, ist wirklich dilettantisch.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, insgesamt sind mindestens

6 Milliarden Euro öffentliche Mittel verbrannt. Die sind

verbraucht. Wer ist dafür verantwortlich? Darum geht es

hier. Wir wollen kein Bauernopfer, etwa das von Frau

Matthäus-Maier, sehen. Wir wollen wissen, wer für den

Verlust von 6 Milliarden Euro Steuermitteln hauptsächlich

verantwortlich ist. In diesem Fall ist das eindeutig

der Bundesfinanzminister.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Norbert Röttgen

für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte in dieser Debatte mit einer ausländischen

Stimme beginnen,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gut!)

und zwar mit dem englischen Kolumnisten Martin Wolf,

der sich in der englischen Financial Times – in meiner

freien Übersetzung – kurz so geäußert hat:

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Lesen Sie

lieber den Originalton vor!)

Ein Finanzsektor, der enorme Gewinne für die Insider

und gleichzeitig wiederholte Krisen für Hunderte Millionen

unbeteiligter Zuschauer produziert, ist auf lange

Sicht politisch inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gerade diejenigen, die eine marktwirtschaftlich geprägte

Globalisierung wollen, müssen das als die Achillesferse

der Globalisierung erkennen. Effektives Handeln ist jetzt

gefordert, bevor eine noch größere globale Krise kommt. Ich glaube, dass der sicherlich völlig unverdächtige Kolumnist der Financial Times die politische Dimension der Krise, in der wir uns befinden, deutlich gemacht hat. Es gibt sicherlich eine ganze Menge bankenregulatorischer Fragen, aber es geht im Kern um diese politische Dimension.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich seine Aussage noch einmal reduzieren wollte, würde ich sagen: Es geht inzwischen nicht mehr nur um die Rettung von Geld, es geht schon gar nicht um Rechthaberei, sondern es geht um die Wiederherstellung von Vertrauen. Das ist die Aufgabe und Herausforderung, der wir gerecht werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das geht nicht mit Schnellschüssen. Es braucht Entschlossenheit, vielleicht auch ein bisschen Mut, sich dieser Situation zu stellen.

Was könnten Elemente für eine konzeptionelle Antwort auf die Krise sein, die ihr gerecht werden? Es geht doch darum, aus der Krise zu lernen.

Das erste Element ist: Wir müssen erfassen, was das Charakteristische der Finanzglobalisierung ausmacht, was sich eigentlich so fundamental verändert hat - es gibt fundamentale Veränderungen -, warum wir nicht einfach mit den Instrumenten und der Art weitermachen können, die wir in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg, eingeführt unter Ludwig Erhard, mit Erfolg praktiziert haben.

Ein Charakteristikum ist, dass Risiken und Krisen zwar national oder regional entstehen, aber in ihren Auswirkungen nicht mehr national oder regional begrenzt sind, sondern globale Auswirkungen haben, und zwar für Politik, Wirtschaft und private Haushalte in der ganzen Welt. Niemand kann sich diesen Risiken und Krisen, die an irgendeiner Stelle entstehen - diesmal in den USA; es könnte auch Asien sein -, entziehen, auch nicht hier in Deutschland. Wir sind miteinander verbunden.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das aber nicht erst seit gestern!)

Aus diesem Charakteristikum folgt eine Antwort. Es folgt nicht die Antwort, dass der Staat überflüssig wird. Ich bin fest überzeugt, dass die Globalisierung den Staat alles andere als überflüssig macht. Er hat eine neue Aufgabe. Tatsache ist aber, dass eine adäquate Antwort auf die Globalisierung und auch auf die Finanzglobalisierung nicht rein national sein kann. Das Gebot der Stunde ist internationale Kooperation. Darum sollte man nicht so oft damit drohen: Wenn wir uns nicht einigen, machen wir es allein. - Wir sind nicht der entscheidende Akteur in dieser Frage, sondern internationale Kooperation ist das Gebot der Stunde.

(Beifall des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

Ich möchte auf den Anlass dieser Regierungserklärung zurückkommen, das G-7-Finanzministertreffen. Es ist zu würdigen, dass es diese Kooperation gibt und dass unser Land und diese Bundesregierung in ihrer Präsidentschaft die Bedeutung erkannt und eine führende

Rolle übernommen haben. Ich will keine Rechthaberei betreiben, aber doch an die Auseinandersetzungen erinnern, die es um Heiligendamm und das G-8-Treffen in Deutschland gab, auch an den politischen Widerstand - das ging bis hin zu militantem Widerstand - gegen das Treffen und die Kooperation überhaupt. Ich glaube, dass die Finanzmarktkrise all diejenigen, die sagen: „Wir brauchen diese Kooperation nicht; sie ist böse; sie ist eine Versammlung von denjenigen, die Ausbeutung betreiben wollen“, eines Besseren belehrt. Manche sollten ihren Horizont weiten. Nichts ist nötiger als internationale Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt auch im Hinblick auf die Schwellenländer - das hat Herr Steinbrück gesagt -, die ein stabilisierender Faktor sind. Darum müssen wir die vorhandenen Institutionen entwickeln. Der Internationale Währungsfonds hat eine Geschichte und hat in seiner Geschichte schon unterschiedliche Funktionen wahrgenommen. Ich halte es für sinnvoll, den Internationalen Währungsfonds zu einem globalen Frühwarnsystem für die Finanzmärkte weiterzuentwickeln. Ein solches Instrument brauchen wir. Wir sollten an dieser Fortentwicklung aktiv mitwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass in der aktuellen Finanzmarktkrise die Stunde Europas schlägt. Nach den großen Erfolgen der europäischen Integration fragen wir jetzt immer wieder: Was ist eigentlich die Legitimation Europas heute? Ist Europa Opfer seines eigenen Erfolges geworden? Nein, Europa erweist sich im Zeitalter der Globalisierung als die erste und beste Antwort auf ebendiese Globalisierung. Jetzt, da der Euro fast zehn Jahre alt ist, können wir auch sagen: Der Euro erlebt in diesen Tagen - ich glaube nicht, dass das zu hoch gesprochen ist - vielleicht seine erste historische Rechtfertigung. Der Euro liefert in dieser Krise den Bürgern in den Ländern der Eurozone einen Schutz, den die gute alte Mark nicht hätte liefern können. Der Euro hat sich in dieser Krise als Garant für Währungsstabilität und als Gestaltungsinstrument bewährt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es gut, dass die Entscheidung zugunsten des Euro getroffen worden ist. Darum erkläre ich, dass wir als Unionsfraktion - ich glaube, das ist auch die Position Deutschlands - die entscheidende institutionelle Voraussetzung für Währungsstabilität, also für einen stabilen Euro, erhalten wollen. Diese sehen wir in der unabhängigen Europäischen Zentralbank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Europa stellt, wie ich glaube, auch die unterste Ebene für eine Regulierung des Bankensektors dar. Wenn wir es neben der Aufgabe der Regulierung auch noch schaffen wollen, die Europäische Union zu einem Schutzraum für ihre Bürger gegen Ansteckung von solchen Gefahren zu entwickeln, dann dürfen wir nicht weiter zuschauen - das tun wir zurzeit noch zu sehr -, wie sich die nationalen

Wirtschaftspolitiken, abgesehen vom Feld der Regulierung, eher weiter auseinanderentwickeln, als dass sie zusammenkommen. Die Europäische Union braucht neben dem Regulierungsansatz auch einen gemeinsamen, abgestimmten, kohärenten, insbesondere Deutschland und Frankreich vereinenden wachstums- und wirtschaftspolitischen Ansatz. Wir brauchen mehr Kohärenz der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Wir können uns nicht auf den Standpunkt zurückziehen, Deutschland und Frankreich seien traditionell verschieden. Nein, das können wir uns nicht mehr leisten. Wir brauchen eine besser abgestimmte Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt auch für die Sozialpolitik!)

- Das gilt auch für die Sozialpolitik, völlig richtig. Man kann übrigens Wirtschafts- und Sozialpolitik an dieser Stelle nicht unabhängig voneinander denken. Völlig richtig.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Das gilt auch für die Steuerpolitik!)

Was bedeutet das für Deutschland? Es bedeutet, dass Protektionismus keine vernünftige Option für unser Land ist.

(Zuruf des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

- Es ist gut, dass Sie sich melden. - Es bedeutet, dass Stimmungsmache und Angstmake das Gegenteil von Wahrnehmung politischer Verantwortung sind. Es ist geradezu verwerflich, die Ängste von Menschen zu parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen, wie es Ihre Methode ist. Darum ist es gut, dass Sie sich als Betroffene von sich aus gemeldet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sprechen von Roland Koch? Roland Koch wurde hier gerade zitiert!)

Das bedeutet auch, dass wir schauen müssen, wie sich Deutschland besser auf die Globalisierung einstellen kann. Meine Überzeugung ist, dass die entscheidende Ursache für unser Wachstum ist, dass sich unsere Unternehmen bis in den Mittelstand hinein konsequent auf die Globalisierung eingestellt haben. Dieser Prozess wurde in den letzten Jahren vollzogen und stellt die wirtschaftliche Basis für unseren derzeitigen Aufschwung dar. Ich halte die Feststellung für zutreffend, dass sich der Bankensektor in Deutschland in den letzten Jahren nicht konsequent auf die Globalisierung eingestellt hat. Der Bankensektor in Deutschland hat sich nicht optimal auf die Globalisierung eingestellt.

Zu dem Fragenkomplex, wie der Bankensektor zukünftig aussehen soll, gehört auch eine durch die Finanzkrise auf die Tagesordnung gekommene Frage: Was ist die Legitimation, und was ist die Rolle öffentlicher Banken? Meine Damen und Herren, es entspricht nicht der Wahrnehmung politischer Verantwortung, sich nur mit den Fragen zu beschäftigen, die bequem sind. Es ist auch nicht böse, diese Frage zu stellen; vielmehr steht die

Frage, was im Zeitalter der Finanzglobalisierung Rolle und Legitimation öffentlicher Banken in Bezug auf das internationale Finanzgeschäft ist, auf der Tagesordnung.

(Zuruf des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Diese Frage hat bestimmte bankenspezifische Implikationen, zum Beispiel in Bezug auf die Risiko- und Bonitätsbewertung des Kapitalmarktes bei öffentlichen Banken.

Sie hat aber eben auch eine politische Dimension.

Es ist etwas anderes, ob der Staat im Krisenfall einer privaten Bank gegenübertritt und entscheidet, zu intervenieren und zu helfen oder nicht, oder ob der Staat in

Form des Vehikels einer öffentlich-rechtlichen, also

- das sage ich bewusst so - einer privatrechtlichen Bank mit erheblicher öffentlicher Beteiligung, selber Akteur ist und für sein Fehlverhalten die Bürgerinnen und Bürger und die Steuerzahler direkt oder mittelbar mit in Haftung nimmt.

(Zurufe von der LINKEN)

Diese Inhaftungnahme der Bürger und Steuerzahler braucht eine Rechtfertigung.

Diejenigen, die Staatsbanken eine führende Rolle zuweisen - der Bundesfinanzminister hat das ja in einem Interview angeregt -, haben eine Bringschuld, zu begründen, warum sich öffentliche Banken im internationalen Finanzgeschäft beteiligen sollen. Ich glaube, dass sie das nicht tun sollten; denn diese Bringschuld kann an dieser Stelle nicht erbracht werden.

Ich möchte einen letzten Punkt anmerken. Was bedeutet die Finanzkrise für Deutschland? Ich glaube, dass sie den Sinn von Konsolidierungs- und Wachstumspolitik deutlich macht. Manche Menschen fragen sich: Was haben wir eigentlich von Haushaltskonsolidierung? Was haben wir vom Sparen? Was haben wir vom Wachstum? -

Diese Finanzmarktkrise macht deutlich, dass der Sinn von Konsolidierungs- und Wachstumspolitik darin liegt, dass der Staat wieder Handlungsfähigkeit gewinnt. Ein überschuldeter Staat ist nicht krisenfähig; er kann nicht handeln. Darum müssen wir diesen Kurs - konsolidieren, Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, Wachstumsgrundlagen stärken - fortsetzen. Er macht durch die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und durch wirtschaftliche Stärke unser Land stark gegenüber den Ansteckungsgefahren der Weltwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine Krise wünscht man sich nie. Wenn sie aber schon da ist, sollte man das Beste daraus machen, nämlich aus ihr lernen. Ich glaube, dass die Veränderungen so fundamental sind, dass dazu auch politischer Mut gehört. Aber angesichts der Stärken und des Potenzials unseres Landes - wir haben es in den letzten zwei Jahren gesehen - bin ich ganz sicher, dass wir genügend Optimismus für diesen Mut haben können und dass wir der Verpflichtung, unserem Land zu dienen, es in diesen Zeiten wetterfest zu machen und die Chancen zu nutzen, nachkommen können. Aber es bedarf auch einer aktiven Annahme der Herausforderungen der Globalisierung.

(Zustimmung bei der FDP)

Das ist eine Aufgabe, der wir uns auch in diesem Parlament stellen müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Gregor Gysi, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Röttgen, in einem Punkt muss ich Ihnen recht geben: Aus Krisen kann man eine Menge lernen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Aber nicht alle tun es!)

Das entspricht auch meinen Erfahrungen; das will ich gar nicht leugnen. Ich habe mich auch gefreut, dass Sie, Herr Steinbrück, gesagt haben, die letzte Steuerkürzung sei erst sieben Wochen her. Sie hätten aber dazusagen sollen, dass es sich dabei um eine Kürzung der Körperschaftsteuer für die Kapitalgesellschaften, also die Deutsche Bank, handelte, während Sie vor über einem Jahr für die Gesamtheit die Mehrwertsteuer um 3 Prozent erhöht haben. Das ist das, was wir an Ihrer Steuerpolitik immer kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, wir müssen kurz darstellen, worum es bei dieser Krise geht und was in den USA geschehen ist. Die Öffentlichkeit muss das ja verstehen. Die Banken in den USA haben Kredite an Hausbesitzer oder Leute, die Häuser kaufen wollten, auch wenn sie kaum Geld hatten, gegeben. Das klingt erst einmal edel, und man sagt: Mein Gott, die geben ja sogar Ärmeren Geld.

(Zuruf von der FDP)

- Ich sagte, es klingt edel. - Das Problem ist nur, dass die Banken davon ausgingen, dass die Häuser im Wert steigen und dass man im Wege der Zwangsversteigerung alles wunderbar realisieren kann. Da haben sie sich verspekuliert; denn der Wert der Grundstücke ist gesunken.

Weil sie aber schlau sind, haben sie gesagt: „Das Risiko wollen wir nicht alleine tragen“, Wertpapierfonds gebildet und diese den Europäern angeboten. US-hörig, wie die Europäer sind, allen voran die öffentlich-rechtlichen Banken, haben sie sich gesagt: Das müssen wir unbedingt kaufen; da machen wir ein todsicheres Geschäft. - Damit sind sie furchtbar auf die Schnauze gefallen. So einfach ist das Ganze.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Röttgen, Sie haben gefragt, was das Typische an der Finanzglobalisierung ist. Das kann ich Ihnen sagen; denn dafür gibt es eine unwiderlegbare Zahl: Täglich werden weltweit 1 900 Milliarden Dollar umgesetzt. Für den gesamten Waren- und Dienstleistungsbereich sind das täglich 38 Milliarden Dollar, also 2 Prozent davon. Das heißt, dass 1 862 Milliarden Dollar täglich zu reinen Spekulationszwecken umgesetzt werden. Das hat die Politik ermöglicht,

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das hat nicht die Politik ermöglicht!)

und das bezahlen wir heute in dieser Krise teuer. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann nämlich entgegen der Annahme mancher

Banker aus Geld nicht Geld machen. Das funktioniert nie oder nur kurzfristig, und irgendwann hat man den Schaden. Herr Steinbrück, Sie haben die Bankvorstände kritisiert. Ich muss hier Herrn Solms zustimmen - ich weiß nicht, ob ihm das angenehm ist oder mir; das spielt auch keine Rolle; auf jeden Fall muss ich ihm zustimmen -: Sie, Herr Steinbrück, haben nichts zur Verantwortung der staatlichen Kontrolle gesagt und damit auch nichts zu Ihrer eigenen Verantwortung. Das ist nicht hinnehmbar. (Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich führe einmal die entsprechenden Beispiele an. Die Westdeutsche Landesbank aus NRW hat sich an den unsicheren Geschäften mit 23 Milliarden Euro beteiligt, und zwar in der Zeit, Herr Steinbrück, als Sie als Finanzminister bzw. Ministerpräsident die Aufsicht hatten. Aber Sie haben nichts dazu gesagt.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Die Bayerische Landesbank hat unter Aufsicht des Finanzministers und heutigen CSU-Vorsitzenden Huber Risikogeschäfte im Umfang von 16 Milliarden Euro gemacht. Dazu ist nichts gesagt worden.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Die Sachsen-Landesbank hat unter Verantwortung des früheren Finanzministers und heutigen Ministerpräsidenten Milbradt sowie des heutigen Finanzministers Tillich Risikogeschäfte im Umfang von 18 Milliarden Euro gemacht. Dazu ist nichts gesagt worden.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Dann gibt es noch die Industriekreditbank, eine private Mittelstandsbank, die mindestens 15 Milliarden Euro in diese Risikogeschäfte gesteckt hat. Nur hat sich - da hat Herr Solms völlig recht - eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, nämlich die Kreditanstalt für Wiederaufbau, an dieser Privatbank zu 38 Prozent beteiligt und haftet jetzt für alles mit. Das ist das Problem, vor dem wir unter anderem stehen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Steinbrück, Sie haben nichts dazu gesagt, dass ein Angehöriger Ihres Ministeriums im Aufsichtsrat der Industriekreditbank sitzt. Was hat er da eigentlich getrieben? Sie und auch Herr Glos haben Kontrollfunktionen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Wie haben Sie diese eigentlich wahrgenommen? Sie hätten sagen müssen: Alle diese Kontrollfunktionen haben nichts, aber auch gar nichts diesbezüglich verhindert. - Das wäre die erste ehrliche Feststellung gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Dann gibt es noch - auch da hat Herr Solms recht - die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Man fragt sich, wozu wir die eigentlich haben, wenn sie nichts davon mitkriegt, was an Spekulationsgeschäften weltweit läuft.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Damit komme ich zur zweiten Seite, zur Deregulierung. Herr Steinbrück, Sie haben - im Übrigen völlig zu Recht - vor einem Jahr in einem Interview gesagt, dass

es da „komische Produkte“ und eine „irrationale Entwicklung“ auf dem Finanzmarkt gibt. Das stimmt. Aber

Sie vergaßen zu erwähnen, dass diese komischen Produkte und diese irrationale Entwicklung überhaupt erst durch die SPD/Grünen-Regierung erlaubt worden ist.

Wenigstens das müssen Sie doch einmal feststellen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Es war Ihr Vorgänger, Hans Eichel, der die Hedgefonds zugelassen hat, über die dann später Müntefering gemeckert hat. Es war die Änderung des Finanzmarktförderungsgesetzes und des Kreditwesengesetzes, mit

denen die komischen Produkte und die Spekulation in

Deutschland zugelassen wurden. Sie selber, Herr

Steinbrück, haben gesagt, dass die Kreditverbriefungen

das Ziel der Finanzmarktförderung sind. Wissen Sie,

was die USA gemacht haben? Sie haben das alles als

Kreditverbriefungen angeboten. Ihr Ziel ist also erreicht

worden, und damit sind wir jetzt auf die Schnauze gefallen.

Das ist die Wahrheit; das muss man doch einmal sagen

können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will den Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph

Stiglitz erwähnen, damit Sie nicht denken, die Einwände

kämen nur von der Linken oder gelegentlich von der

FDP; sie kommen auch von anderer Seite.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Von der DKP!)

- Dazu würde ich an Ihrer Stelle jetzt gar nichts sagen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Warum denn?)

Joseph Stiglitz hat der taz gesagt:

Die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Turbulenzen

ist ein Übermaß an Deregulierung.

Das ist das Problem. Wir wollen eine Re-Regulierung.

Wenn die Politik die direkte Verantwortung für die Finanzmärkte

weltweit aufgibt, dann schwächen wir die

Demokratie. Denn die Wahlmöglichkeit zwischen der

Union und der Linken würde diesbezüglich nichts mehr

bringen, wenn beide in diesen Fragen nichts mehr zu

entscheiden haben. Genau das wollen wir aber nicht. Wir

wollen ein Primat der Politik, auch über die Finanzmärkte,

und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt: Wir fordern ein Verbot von Nebengeschäften

und Zweckgesellschaften. Wir meinen, dass angesichts

dieser Unsummen, mit denen dort jongliert wird,

entsprechende Sicherheiten hinterlegt werden müssen

und es eine wirksame Kontrolle geben muss.

Es ist schon absurd. Sie müssen den Bürgerinnen und

Bürgern einmal Folgendes erklären: Wenn ein Bäckermeister

eine zweite Filiale eröffnet und er die Umsätze

nicht angibt, dann hat er mehrere Staatsanwälte und das

Finanzamt auf dem Hals; da ist dann was los. Wenn ein

ALG-II-Bezieher falsche Angaben macht und dadurch

50 Euro monatlich mehr bekommt, als ihm zusteht, dann

werden wir aber aktiv. Aber wenn Milliarden weltweit

verschleudert und verspielt werden, dann gibt es kein Finanzamt

und keinen Staat, die sich darum kümmern. Das

ist nicht vermittelbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten)



der FDP)

Jetzt kommt der eigentliche Nachteil. Wer haftet denn für eintretende Verluste? Das sind doch nicht Ihre Privatkassen. Dann haften die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das ist nicht vermittelbar. Herr Röttgen hat recht, wenn er das sagt. Das ist wirklich nicht vermittelbar. Das Problem ist, dass Sie, Herr Steinbrück, erst gesagt haben, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden diesmal nicht haften; dafür würden Sie sorgen. Jetzt sagen Sie: Na ja, 1,5 Milliarden Euro! - Als ob das nichts wäre! 1,5 Milliarden Euro ist der Betrag, den die Union brauchte, um die Umsetzung ihrer Kindergeldforderung zu finanzieren. Dann kommt nachher wieder das Argument: Jetzt haben wir leider kein Geld mehr. - Verstehen Sie, das sind die Zusammenhänge, die die Leute immer besser durchschauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Steuermindereinnahmen sind doch ein gesellschaftliches Problem. Ich kenne die Zahlen nicht genau; ich tue auch nicht so, als ob ich sie genau kenne. Sie nennen als Größenordnung eine Summe von 5 bis 6 Milliarden Euro. Ich kann das nicht einschätzen. Es geht hier aber um Verluste in Milliardenhöhe. Wer muss die denn ausgleichen? Wollen Sie das wieder mit einer Mehrwertsteuererhöhung machen, oder wie müssen die Bürgerinnen und Bürger das bezahlen? Entweder Sie kürzen Leistungen oder Sie erhöhen Steuern; das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht aber nicht nur darum. Die Länder übernehmen Bürgschaften. Viele Bürgschaften in Milliardenhöhe werden übernommen. Keiner von uns kann einschätzen, wie viel Geld davon fällig wird und wie viel Geld nicht fällig wird.

Dann haben wir noch die Westdeutsche Landesbank. Die entscheidet sich, 1 500 Menschen zu entlassen. Da trifft es direkt die Beschäftigten, die jetzt für die Verluste herhalten müssen. Das ist das, was mich so stört; Bankenkrise für Bankenkrise passiert dasselbe: Die Gewinne streichen die privaten Banken ein. Da schreien sie alle: Wir wollen keinen Staat. Kommt bloß nicht zu uns! Das sind unsere Gewinne. Es ist furchtbar, wenn wir dafür ein paar Steuern zahlen müssen etc. - Die Gewinne streichen sie ein. Aber sobald Verluste vorhanden sind, rufen sie nach den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die das ausgleichen sollen. Die Zeche bezahlen letztlich immer dieselben. Es sind die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen, die Kranken, die abhängig Beschäftigten und - nicht zu vergessen - die kleinen und mittleren Unternehmen; denn diese werden steuerlich ganz anders kontrolliert als die Großkonzerne. Das ist ein Problem, das wir haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt will ich gar nicht auf Herrn Zumwinkel zu sprechen kommen. Aber all das ist Symbolik. Wir haben - das habe ich schon mehrfach gesagt - einen Reichtum, der maßlos wird. Wir haben zunehmende Armut. Jede Gesellschaft verträgt hier nur eine bestimmte Spanne. Wenn diese Spanne immer größer wird, ist dies gesellschaftlich zerstörerisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Machen Sie etwas dagegen! Das sollte sich nicht so weiterentwickeln.

Herr Röttgen hat zu Recht gesagt, dass wir über die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Banken neu diskutieren müssen. Das stimmt. Ich möchte daran erinnern:

Landesbanken sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie sollen auch kleine Kredite an Bürgerinnen und Bürger sowie an kleine und mittlere Unternehmen gewähren. Es muss ihnen untersagt werden, weltweit zu spekulieren – und dann noch frei von Kenntnis, also ohne jede Sachkenntnis, ohne wirksame Kontrolle und das Ganze zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen die Aufgaben der Landesbanken deutlich formulieren. Wir wissen das aus Berlin. Wir wissen das aus Sachsen und jetzt auch aus Bayern.

Nun lassen Sie uns doch einmal etwas unternehmen, indem wir festlegen, was deren Aufgabe eigentlich ist. Sie sollen fördern und helfen und nicht weltweit spekulieren, wovon sie nichts verstehen, und dann müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das alles bezahlen. Genau das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ludwig Stiegler ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege

Röttgen hat gerade vergessen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er hat vor allen Dingen eine gute Rede gehalten!)

Steinbrück und Glos dafür zu danken, dass sie in dieser Krise gemeinsam wie weiland Plüsch und Plum so besonnen und beherzt gehandelt haben. Deshalb sage ich dies in seinem Namen an die Adresse der beiden Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, wir sollten froh sein, dass sie manches Trennende hintangestellt, die Sache gemeinsam vorangebracht und Schaden von diesem Lande abgewendet haben.

Es ist leicht, demagogisch zu reden, wie es Kollege Gysi getan hat.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Es ist aber schwer, dann im harten Alltag Schaden von den Menschen und von unserer Ökonomie abzuwenden.

Das ist die Hauptaufgabe, die die Politik in diesen Tagen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben hier wieder ein schönes Déjà-vu-Erlebnis.

Wir Sozialdemokraten haben in unserem Grundsatzprogramm

stehen: So viel Staat wie nötig und so viel Markt

wie möglich. Wir haben gesehen: Wenn ein alleingelassener Markt versagt, ist die internationale Staatengemeinschaft genötigt, wieder für Recht und Ordnung zu

sorgen. Die Krise ist da. Sie ist tiefgreifend und hässlich.

Ich möchte an dieser Stelle auch den Zentralbanken

danken. Sie haben die Liquiditätskrise großartig gemeistert.

Die Banken haben einander nicht mehr vertraut. Sie

wären an ihrem gegenseitigen Misstrauen erstickt. Sie

haben gedacht: Wenn die anderen bei ihren Papieren so

einen Mist haben wie wir, können wir ihnen kein Geld geben. - Die Banken waren nicht in der Lage, sich selbst zu disziplinieren. Die Zentralbanken haben ihre „wealthy and successful asses“ gerettet. Sage mir also keiner, der Staat habe in der Finanzindustrie nichts zu suchen. Wir haben jetzt den Beweis dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Not flüchten alle in Staatsanleihen. In der Not sind die Zentralbanken Lender of last resort.

Hauptaufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Krise in der Finanzindustrie nicht auf die Realwirtschaft durchschlägt. Das ist das Entscheidende. Wir haben eine gute Konjunktur. Wir müssen sie retten und bewahren. Das werden wir auch tun.

Die Bedenken sind es durchaus wert, darüber zu diskutieren.

Wer gestern die Rede von Bernanke gehört

bzw. gelesen hat und wer die Äußerungen von Strauss-

Kahn vom IMF vernommen hat, weiß das. Zum ersten

Mal seit 25 Jahren fordert der IMF einen Fiskalimpuls.

Früher hat er immer genau das Gegenteil gesagt. Deshalb

sage ich auch an die Adresse der Bundesregierung:

Halten wir es wie die klugen Jungfrauen, und bereiten

wir uns auf den Tag und die Stunde vor, wo wir handeln

müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will keine Hektik verbreiten; das ist auch keine

Übertreibung. Aber es muss Vorsorge getroffen werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Stiegler, ich mache vorsichtshalber darauf

aufmerksam, dass ich den Einzug mit Öllampen in

das Parlament aus Sicherheitsgründen nicht gestatten

könnte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo, Herr Präsident!)

Ludwig Stiegler (SPD):

Dann werden wir sie modernisieren und Elektrolampen

daraus machen.

Das Positive ist, dass es in Deutschland keine Kreditklemme

gibt. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken

haben genügend Geld, um die Kreditbedürfnisse

zu befriedigen. Wir haben keine amerikanischen oder

englischen Verhältnisse. Wir haben derzeit mehr Geld,

als gebraucht wird. Unser Bankensystem hat sich in Krisenzeiten

bewährt. Was mussten wir in den letzten Jahren

über die Überlegenheit des angelsächsischen Systems

lesen! Ganze Bibliotheken sind mit Büchern

darüber gefüllt worden. Jetzt wissen wir: Das At-Arm's-

Length-Banking hat dazu geführt, dass alle in die Grube

gefallen sind. Ein gutes Banking in Zusammenarbeit mit

Einlegern, Kunden und Unternehmen, das ist es, was wir

auch in Zukunft in Deutschland brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Herr Röttgen, wir haben keinen Grund, die öffentlichen

Banken schlechtzureden. Wir haben Gott sei Dank

die Sparkassen; die Sparkassen sind in Zeiten des Sturms

ein Stabilitätsfaktor in den Regionen. Man darf die

Transformationsprobleme einiger Landesbanken nicht

hernehmen, um die öffentlichen Banken insgesamt ins

Gerede zu bringen. Der öffentliche Sektor ist unsere

Rückversicherung, gerade im Zeitalter der Globalisierung.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU - Dr. Norbert Röttgen [CDU/  
CSU]: Die Sparkassen müssen zahlen!)

Ich stimme Ihnen zu: Diese Banken sollten nicht mit den  
großen Hunden pinkeln gehen, weil sie am Ende das  
Bein nicht hochbringen. Das haben wir jetzt mehrfach  
feststellen können. Entweder sind die Landesbanken  
Partner der Sparkassen

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Davon  
habe ich gesprochen!)

und helfen ihnen daheim bzw. auf internationaler Ebene  
bei der Syndizierung von Krediten, oder sie nehmen  
diese Aufgabe nicht wahr. Dann sollten sie die Gelder  
zurückgeben, und die Sparkassen erledigen das selber.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das war  
mein Thema!)

Der öffentliche Finanzsektor darf aber nicht nebenbei ins  
Gerede gebracht werden. Das Dreisäulensystem ist für  
uns eine wichtige Rückversicherung.

Wir müssen das Hauptproblem angehen. Was ist denn  
die Hauptursache? Was steckt hinter all dem, was passiert  
ist? Das ist die Gier nach übermäßiger Rendite. Wer  
mehr Rendite haben will, als man realistisch erwarten  
kann, kauft diese schlimmen Produkte. Wir brauchen  
wieder mehr Moral und Selbstbeherrschung in der  
Finanzindustrie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin  
[FDP])

Anders als diejenigen, die die Gier zu solchem Verhalten  
gebracht hat, sollten wir auf dem Boden bleiben und  
nicht das ganze System infrage stellen.

Wir haben - in den USA wie bei uns - Lehren zu ziehen.

Ich orientiere mich dabei an dem, was das Financial  
Stability Forum aufgezeigt hat. Verheerende Kreditprüfungsstandards  
gibt es bei uns nicht. Wir vergeben

keine Kredite an Kreditnehmer, bei denen nur die  
Adresse stimmen muss; wir haben ordentliche Kreditbeziehungen.

Ich war froh, dass die Sparkassen gestern  
auch gesagt haben, dass sie ordentliche Kredite nicht  
weiterverkaufen und dafür auch nicht mehr Geld verlangen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

In den USA gab es betrügerische Praktiken. Wenn ein  
Institut wie das Financial Stability Forum Begriffe wie  
„betrügerische Praktiken“ benutzt, dann muss das schon  
gewaltig gewesen sein. Ich denke, man wird mit den  
Amerikanern reden müssen, wieso es unter Aufsicht der  
Fed und Tausender von Agenturen zu diesen betrügerischen  
Praktiken - Drückerkolonnen wurden in irgendwelche  
Gegenden geschickt und haben Kredite  
verkauft - kommen konnte und wie das in Zukunft verhindert  
werden kann, aber auch darüber, wer für den  
Schaden geradesteht. Ich denke, man sollte nicht einfach  
sagen, dass wir das hinnehmen. Diejenigen, die Mist in  
Goldpapier verpackt und ihn als werthaltig verkauft haben,  
müssen zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der  
CDU/CSU)

Daran war auch die Deutsche Bank beteiligt. Es ist erstaunlich, dass die Deutsche Bank in ihrer Pressekonferenz gesagt hat: Wir waren so schlau und sind frühzeitig ausgestiegen. - Gleichzeitig haben sie den Mist noch gehandelt. Kann man als ordentlicher Kaufmann einem Partner Mist verkaufen? Sie sollten einmal das Protokoll der Pressekonferenz der Deutschen Bank nachlesen und überlegen, ob das so in Ordnung ist.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] -  
Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Aber wer kauft das?)

- Einverstanden, es gibt den Grundsatz „caveat emptor“, der Käufer soll aufpassen. Aber Betrug ist selbst unter diesen Bedingungen nicht erlaubt. Wenn ich weiß, dass ich mit Mist handle, dann muss ich es auch als Mist deklarieren und nicht als Gold.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Bei den Banken gibt es ein schwaches Risikomanagement. Da sollten sie in sich gehen. Wir haben gutgläubige Investoren, die nicht selber geprüft haben, was sie gekauft haben, sondern sich auf Triple A verlassen haben. Wir müssen mit den Ratingagenturen hadern, die falsche Illusionen geweckt haben. Sie sollen in Zukunft für das, was sie empfehlen, haften. Hier ist Moral Hazard im Spiel. Die Ratingagenturen dürfen nicht etwas als Triple A deklarieren, was sie selber gestrickt haben und wofür sie bezahlt worden sind; das muss in Zukunft getrennt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hinzu kommen die Verlockungen im Bezahlungssystem der Beteiligten. Diese Boni-Sklaverei vieler Banker ist eine der Ursachen dafür, dass sie moralisch schwach geworden sind. Wir haben gerade im Zusammenhang mit Managergehältern darüber gesprochen. Wir müssen auch darüber reden, dass die Bezahlung in der Finanzindustrie nicht dazu verleiten darf, andere zu betrügen und nur auf kurzfristigen Vorteil zu achten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP:  
Schauen Sie sich das bei der IKB an!)

Wir müssen Modelle entwickeln, die man durchschauen kann. Wer heute die verschiedenen CDOs anschaut, der braucht große Rechnerwerke, um die Finanzflusskaskaden überhaupt zu überblicken. Wir müssen dafür sorgen - national, international und europäisch -, dass in der Branche wieder nach Regeln gespielt wird. Erst dann wird das Vertrauen zurückkehren. Kredit kommt von Vertrauen. Wenn das Vertrauen fort ist, dann bricht alles zusammen. Zum Vertrauen gehören klare Regeln, eine strenge Aufsicht, aber auch die Beherrschung der Gier.

An Warnungen hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Aber sie sind international nicht befolgt worden.

Es ist lächerlich, allein auf ein paar deutsche Institute, auf ein privates Institut, die IKB, einzuprügeln. Wenn ich in die Schweiz, nach Frankreich oder nach England schaue, dann stelle ich fest: Unter vielen anderen Sündern befindet sich auch ein deutscher. Dieses Problem müssen wir bewältigen. Ein Stück weit haben wir das

bereits getan, indem wir gesagt haben: Wir wollen nicht Tausende von anderen schädigen. Der Finanzminister hat diese Angelegenheit ordentlich gemanagt. Wir dürfen die Finanzmärkte in Zukunft nicht der Gier überlassen, sondern wir müssen hier eine ordentliche Arbeit machen.

Gerade was die IKB betrifft, stelle ich mir so manche Frage. Die Ackermänner und die Müller von den privaten Banken rühmen sich in Pressekonferenzen ihrer großen Gewinne. Wenn es aber um die Rettung einer privaten Bank geht, dann sagen sie, wie die Schwaben es ausdrücken: Wir habbet nix, wir gebbet nix, wir hän schon gegebbe.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Auch das ist kein Verhalten, das sich hier zur Nachahmung empfiehlt.

Wir haben eine schwere Krise. Mit Jammerei und Beschuldigungen kommen wir da nicht heraus. Wenn die Feuerwehrleute darüber diskutieren, wer am Brand schuld ist, dann ist ein warmer Abbruch die Folge. Wir haben jetzt miteinander diese Krise zu bewältigen und Schaden von der Realwirtschaft abzuwenden.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist ihre eigene Verantwortung!)

Wir haben uns darauf vorzubereiten, dass die Krise nicht anhält. Das ist unsere Aufgabe, die wir gemeinsam erfüllen werden.

(Zurufe von der LINKEN)

- Sie können weiterhin am Wegesrand quengeln. Das ist Ihre Rolle; das ist okay. Dafür braucht man nicht viel Hirnschmalz. Wir werden uns anstrengen, das Notwendige zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält nun der Kollege Fritz Kuhn das Wort.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stiegler, ich fand übrigens nicht, dass Herr Gysi unverantwortlich dahergeredet hat.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Lesen Sie das noch mal nach!)

Er hat eine analytisch präzise Aussage gemacht: Wenn die kleinen Leute Mist bauen, dann werden sie zur Rechenschaft gezogen; wenn eine große private Bank pleitegeht, dann hilft der Staat aus. - Das war kein Populismus, sondern eine Analyse.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Wir haben ein Problem zu lösen!)

Sie haben mit irgendwelchen feuilletonistischen Aussagen herumgeeiert, ohne wirklich konkret zu werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Finanzminister, als Sie Ihre Regierungserklärung abgegeben haben, hatte ich das Gefühl: Da redet jemand, der für irgendeine große Tageszeitung die internationalen Finanzmärkte analysiert; er stellt hier und da eine kleine These auf, und der Text, den er vorträgt, wirkt

rund. Ich habe nicht den Eindruck gehabt: Hier redet jemand, der als Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, auch als Chef der Finanzaufsicht die Verantwortung für das hat, was am Finanzmarkt in Deutschland geschehen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Steinbrück, außerdem hatte ich den Eindruck: Je länger Sie reden, je schneller Sie reden, je witziger Sie in Ihrer Ironie reden, desto mehr entziehen Sie sich dieser Verantwortung. Sie glauben wohl, Sie könnten dieses Parlament mit Ihrer Analyse in den entscheidenden Fragen täuschen: Was haben Sie eigentlich falsch gemacht? Hätten Sie etwas anders machen müssen? An welchen Punkten hat dieser Finanzminister versagt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die erste Warnung vor den Subprime-Krediten und vor der amerikanischen Immobilienkrise hat der IWF im Dezember 2005 schriftlich - also für alle lesbar - ausgesprochen; ich erspare Ihnen jetzt das entsprechende Zitat. Im Dezember 2005 wurde klargemacht: Es sind in den Vereinigten Staaten viele ungesicherte Kredite unterwegs; die internationale Finanzgemeinschaft möge damit vorsichtig umgehen.

Jetzt stelle ich mir die Frage: Was macht eigentlich ein Finanzminister, der dies liest? Im Aufsichtsrat der IKB sitzt ein Abteilungsleiter seines Ministeriums. Der Finanzminister weiß zudem, dass Landesbanken - sein Ministerium ist für sie nicht zuständig; dennoch ist er von den Steuereinnahmen der Länder abhängig - in diesen Bereichen spekulieren. Das war kein Geheimnis; das steht ja auch in den Geschäftsberichten. Herr Solms hat es richtig gelesen. Ich frage noch einmal: Was macht eigentlich dieser Finanzminister? Herr Steinbrück, haben Sie Ihre Mitarbeiter, die dem Kontrollorgan der IKB angehören, aufgefordert, festzustellen, inwiefern Subprime-Kredite Spekulationsgegenstand der IKB sind? Haben Sie dies als Mitverantwortlicher für dieses Geldinstitut getan, ja oder nein? Sehr verehrter Herr Steinbrück, darüber hätten Sie hier einmal reden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Der Chef von Eon, Herr Dr. Hartmann, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats der IKB. Hat er genug Zeit, um diese private Bank effektiv kontrollieren zu können, oder nicht? Da frage ich mich: Wann reden wir hier einmal über die Aufsichtsratsstrukturen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Wir fordern seit langem: Es sollten nicht mehr als fünf Aufsichtsratsmandate pro Person erlaubt sein. Außerdem sollten Aufsichtsratsmitglieder die notwendige Zeit und Kompetenz haben, um sich mit den Details zu beschäftigen. Herr Steinbrück, hierfür sind Sie verantwortlich.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Nein! Dafür

bin ich nicht verantwortlich!)

- Selbstverständlich haben Sie hier eine Verantwortung. Ich wünsche mir einen Finanzminister, der darauf achtet, dass in Deutschland keine unerträglichen Risiken vorhanden sind, für deren Beseitigung im Zweifel der Staat einspringen muss.

Reden wir doch einmal konkret über die IKB. Bisher sind dort 7,6 Milliarden Euro verbraten worden. Obwohl der Anteil des Bundes an der IKB nur 38 Prozent beträgt, hat er davon indirekt über die KfW schon 6 Milliarden Euro übernommen. Dabei ist die IKB eine private Bank; viele wissen das nicht. Ich frage mich: Was ist mit den privaten Banken? Wo ist ihr Beitrag? (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Erste, was ich von Ihnen verlange, Herr Minister, ist, dass Sie durchsetzen, dass die privaten Banken einen höheren Anteil erbringen, wenn die IKB gerettet werden soll. An dieser Stelle möchte ich festhalten: Es ist richtig, dass die IKB gerettet wird. Würde man das nicht tun, würden viele, die gar nichts dafür können, darunter leiden. Zweitens. Da sich der Bund über die KfW mit jetzt noch einmal 1 Milliarde Euro - vielleicht wird dieser Betrag sogar noch höher - an der Beseitigung des entstandenen Schadens beteiligt, würde mich interessieren:

Können Sie diesem Hohen Hause eigentlich garantieren, dass es das dann war? Oder ist in der nächsten Woche oder in drei Wochen die nächste Milliarde fällig? Sie müssen ausschließen, dass sich das wiederholt. Sonst stellt sich die Frage: Wie viel Geld stecken wir in dieses Kartenhaus noch hinein? Das wäre nicht zu verantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Herr Finanzminister, Ihre Darstellung, was auf internationaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der G 7, zu tun ist, war schön. Sie haben viele Vorschläge aufgeführt, die wir schon einmal gemacht haben. Indem Sie diese Debatte führen, lenken Sie aber davon ab, dass die Bundesregierung und ganz speziell Sie als Finanzminister Verantwortung für das tragen, was in diesem Sektor geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Hermann Otto Solms [FDP])

Jetzt möchte ich noch etwas zur Verantwortung der Länder und zu den Landesbanken sagen. Bei mir hat es geraschelt, als der Ramsauer Peter am Dienstag dieser Woche gesagt hat: Wenn es nach ihm ginge, dann gäbe es schon lange einen Untersuchungsausschuss.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Stimmt überhaupt nicht! Das nehmen Sie zurück! Zitieren Sie doch richtig! Sie verfälschen! Wenn Sie das sagen, dann sind Sie ein Fälscher!) Ich habe mir gleich gedacht: Wenn der Ramsauer Peter so daherredet, dann will er nur von der Bayerischen Landesbank ablenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie Fälscher



und Verleumder!)

- Jetzt schreien Sie. Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn Herr Ramsauer schreit; denn dann ist er getroffen.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie fälschen und verleumden!)

Was ist da geschehen? Die „schlaue“ CSU wollte die Veröffentlichung des Ergebnisses der Bayerischen Landesbank am liebsten auf die Zeit nach der Kommunalwahl hinauszögern.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! So war es!)

Das hat aber - Gott sei Dank! - nicht funktioniert, weil die Finanzmärkte in solchen Situationen etwas kritischer sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Zu Ihrem Parteivorsitzenden kann man nur sagen: Entweder ist er verlogen, oder er ist einfach dumm. (Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn als Finanzminister von Bayern ist er unter anderem für die Aufsicht der Bayerischen Landesbank zuständig. Er muss wirklich von Tuten und Blasen keine Ahnung gehabt haben; er wusste nicht, was bei diesem Geldinstitut los war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE] -

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie erzählen ja den gleichen Blödsinn wie Ihre Kollegen von den Grünen im Bayerischen Landtag!)

- Herr Ramsauer, Sie können es sich aussuchen: dumm oder verlogen. Es liegt an Ihnen, die bessere Alternative zu wählen.

Ich komme zum Schluss. Wir haben viele kluge Vorschläge dazu gehört, wie man auf internationaler Ebene vorgehen sollte. Die Bundesregierung hat sich ihrer Verantwortung aber nicht gestellt. Das werden wir, die Opposition - ich glaube, hier sind sich alle drei Oppositionsfraktionen einig -, Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie sind für das, was geschehen ist, mitverantwortlich. Dieser Verantwortung müssen Sie sich stellen. Bereiten Sie sich auf intensive Debatten in den nächsten Wochen vor!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Eduard Oswald für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute im deutschen Parlament die Finanzmarktentwicklung und die Finanzmarktkrise. Wir würden allerdings einen großen Fehler machen, wenn wir diese Diskussion so führen würden, als handele es sich dabei vor allem um ein deutsches Problem. Schließlich hat diese Krise ihren Ausgang an den US-Immobilienmärkten genommen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die amerikanische Finanzaufsicht der wundersamen

Geldvermehrung, die uns auf dem Wege der Verbriefung und des weltweiten Verkaufs strukturierter Finanzprodukte erreicht hat, nicht so lange zugeschaut hätte.

Ich sage ein Zweites: Risikofreude bei Unternehmen und Investoren darf, ja soll sich lohnen. Wenn aber risikofreudige Investoren stets damit rechnen können, dass sie bei Turbulenzen von der Politik aus der Risikohaftung ausgelöst werden, dann ist dies eine Quelle von Instabilität. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die bisherige Diskussion zeigt: Für die Zukunft müssen die nationalen und internationalen Regeln neu justiert werden. Wir sollten uns bei dieser Debatte darüber im Klaren sein, dass man Turbulenzen nie gänzlich verhindern können. Dies wäre nur um den Preis einer Strangulierung der Finanzmärkte möglich. Diese könnten dann aber nicht mehr ihrer zentralen Aufgabe nachkommen, nämlich der Bereitstellung von Investitionskapital für die Weltwirtschaft. Es gilt daher, die nationalen und internationalen Aufsichtsregeln mit den von den Marktteilnehmern eingegangenen Risiken in eine bessere Balance zu bringen.

Es ist richtig, wenn wir angesichts der gegenwärtigen Situation einen kühlen Kopf behalten und genau überlegen, anstatt uns zu Maßnahmen hinreißen zu lassen. Wir brauchen eine Diskussion über die Fragen: Wie viel Freiheit der Märkte wollen und brauchen wir, und welche systemischen Risiken sind mit dieser Freiheit verbunden? Ab wann produziert die Jagd der Finanzmarktteilnehmer nach Spitzenrenditen Auswüchse, die der Realwirtschaft mehr schaden als nützen? Ich stelle fest: Zur Deregulierung der Finanzmärkte gibt es keine Alternative. Sie hat der Wirtschaft und den Bürgern neue Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet, und sie hat zur Risikostreuung beigetragen. Zugleich hat sie das Sortiment an Finanzprodukten so komplex gemacht, dass Bankmanager und Aufsichtsbehörden gleichermaßen den Überblick verloren haben. Genau hier gilt es anzusetzen. Wir haben erfahren: Es gibt Finanzprodukte, bei denen niemand weiß, was sich eigentlich darin befindet. Wir haben erfahren: Es gibt anscheinend Bankvorstände, die mit solchen Produkten in großem Umfang arbeiten und sich nur auf die Bewertung der Ratingagenturen verlassen. Das kann doch nicht wahr sein, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

So entstehen die Probleme, die wir haben.

Aus all dem, was wir bisher erfahren haben - möglicherweise werden wir in den kommenden Wochen und Monaten noch mehr erfahren -, ziehe ich folgende Schlüsse:

Erstens. Das, was wir gerade erleben - die Auswüchse, die ich eben skizziert habe -, darf sich so nicht wiederholen.

Zweitens. Alle Finanzmarktteilnehmer, Banken und Aufsicht haben den Ratings eine viel zu entscheidende Rolle zugeteilt. Anstatt Risiken selber vernünftig einzuschätzen, haben sich die Marktteilnehmer fast blind auf

die Ratings verlassen, oft sogar ohne die gerateten Produkte selbst zu verstehen.

Ein Sachverständiger hat in unserer Anhörung zur Rolle der Ratingagenturen in dieser Woche festgestellt: Ratingagenturen haben in großem Stil bei der Vorhersage der Finanzkrise versagt. Es ist ihnen nur beschränkt gelungen, Investoren frühzeitig vor Fehlentwicklungen zu warnen. Sie sind damit in der aktuellen Krise den ihnen zugedachten Aufgaben nicht ausreichend gerecht geworden. – Damit ist alles gesagt.

Gleichwohl sind die Ratingagenturen in der aktuellen Finanzkrise nicht die Schuldigen. Sie haben sie nicht ausgelöst; sie haben sie aber befördert. Nach dem, was wir wissen, bleibt für mich festzustellen: Ratingagenturen und Ratings wurden von Banken und Investoren überschätzt. Zu Beginn der 90er-Jahre gab es die Forderung, die Europäer sollten ein eigenes, europäisch geprägtes Ratingsystem entwickeln. Leider scheiterte der Versuch damals an zu unterschiedlichen Interessen. Wir sollten die derzeitige Umbruchphase nutzen, um einen neuen Anlauf zu unternehmen. Möglicherweise könnten Banken, Versicherer und/oder die EZB unterstützend wirken.

Drittens. Wir müssen uns überlegen, ob wir genug getan haben, um zu verhindern, dass Kreditinstitute in großem Stil Geschäfte außerhalb ihrer Bilanzen, ohne die erforderliche Transparenz und Aufsicht, durchführen können. Ich halte nichts davon, in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit eines Basel III zu sprechen. Man muss erst einmal Basel II ordentlich anwenden. Aber wir müssen darüber nachdenken, ob die Sicherungsmechanismen, die wir mit Basel II in nationales Recht umgesetzt haben und die seit Beginn dieses Jahres gelten, ausreichen. In anderen Bereichen, zum Beispiel im Bilanzrecht, sind weitere gesetzliche Konsequenzen bereits in Vorbereitung; der Finanzminister hat darauf hingewiesen.

Viertens. Das Wort „Transparenz“ wird in den Diskussionen natürlich stark strapaziert. Wir müssen aber genauer definieren, was wir darunter eigentlich verstehen. Es reicht nicht, allein das Wort zu sagen. Für mich gilt es, Transparenz stärker zu adressieren.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Fünftens. Die internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden muss weiter verbessert werden; das ist für mich ganz klar. Ich stelle eindeutig fest: Die Bankenaufsicht in Deutschland hat nicht versagt. Sie ist nicht dazu da, die Geschäftspolitiken der Marktteilnehmer zu bewerten. Ich sage auch: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland keine Systemkrise, sondern wir haben ein stabiles Drei-Säulen-Modell. Auch Ludwig Stiegler hat gerade darauf hingewiesen. Ich sehe in diesem Bereich also kein Versagen. Dass die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Aufsicht verbessert werden muss, ist in den ganzen Diskussionen aber unmissverständlich klar geworden.

Für mich heißt das keinesfalls, dass ich eine einheitliche europäische Aufsichtsbehörde befürworte. Ganz im Gegenteil: Entsprechende Ideen auf europäischer Ebene, etwa die Lamfalussy-Gremien zu stärken, weisen uns

nicht den richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir reden in diesen Wochen viel über Subprime, über Bankenkrise und über Finanzmärkte. Weitaus direkter betrifft die Krise jedoch die Menschen in den eigenen vier Wänden, die ihre Raten nicht bezahlen können und denen eine Zwangsversteigerung ihrer Häuser droht. Dies erleben wir in den USA zurzeit in großem Ausmaß. Gott sei Dank können wir sagen: nicht in Deutschland. Dies ist kein Zufall. Hier gibt es keine Immobilienpreisblase. Hier gibt es Banken, Sparkassen und Bausparkassen, die in Übereinstimmung mit ihren Kunden seit jeher auf die Karte Sicherheit setzten. Festzinskultur, ausreichender Eigenkapitaleinsatz, solider Blick auf die Einkommensverhältnisse und Bausparverträge, so lauten die Stichworte für diese Sicherheit. Das ist beruhigend.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Aber nicht nur das. Es sollte uns auch Selbstbewusstsein für die Debatten geben, die wir in Europa führen, nicht zuletzt für die Debatte über die Bewältigung der aktuellen Finanzkrise. Diese Sicherheit wollen wir uns bewahren. Das sage ich auch mit Blick auf das Weißbuch der Europäischen Kommission zum Hypothekarkredit. Ein Unternehmer in meiner bayerischen Heimat, der im Bankgeschäft tätig ist, hat in diesen Tagen gesagt: Aber das Bankgeschäft bleibt immer auch eine Dienstleistung. Es geht nie allein um den eigenen Vorteil, sondern um einen Dienst und eine Leistung für einen anderen, und daraus entsteht der kostbare Wert des Vertrauens.

Wir müssen uns hier gemeinsam wünschen, dass die Banken das verlorene Vertrauen wiederherstellen; denn Vertrauen ist nicht nur die Grundlage für die Finanzgeschäfte, sondern auch für unser Wirtschaftssystem insgesamt. Wenn das Vertrauen in die Finanzmärkte in unserem Land nicht vorhanden ist, dann gibt es auch kein Vertrauen in unser Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft, das wir aber benötigen, weil es dazu keine brauchbare und vernünftige Alternative gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Frank Schäffler für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens seit dieser Woche müsste eigentlich allen klar sein: Die IKB ist eine Staatsbank, für deren Wirken die Bundesregierung unmittelbar Verantwortung trägt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das kann nur einem liberalen Hirn einfallen!)

Dabei hat diese Bundesregierung unendlich versagt, nicht nur im Risikomanagement, sondern auch im Krisenmanagement; wir erleben es tagtäglich.

Ingrid Matthäus-Maier hat am 14. Juli 2007 erklärt, die IKB sei für die KfW im Mittelstandsgeschäft ein wichtiges Ohr am Markt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Genauso!)

Wenige Tage später hat der Markt sie eingeholt. Die Bundesregierung hat die notwendige Sorgfalt bei der Kontrolle der IKB vermissen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Solms hat auf die Rolle des Abteilungsleiters im Finanzministerium hingewiesen. Es hat schon ein Geschmäcke, wenn der zuständige Abteilungsleiter für die Finanzmarktaufsicht gleichzeitig im Aufsichtsrat einer privaten Bank sitzt und stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der BaFin ist. Wenn das kein Geschmäcke hat, dann frage ich mich, was heutzutage noch ein Geschmäcke hat. Das stinkt zum Himmel.

(Beifall bei der FDP)

Ein KfW-Vorstand ist Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses des IKB-Aufsichtsrates und soll jetzt für seine gute Leistung auch noch Aufsichtsratsvorsitzender werden. Sie als Regierung halten den Corporate Governance Kodex ständig hoch, halten sich in Ihren eigenen Unternehmen aber nicht daran. Bemerkenswert ist die Begründung, wieso im Falle der IKB zum Beispiel keine Selbstbeteiligung an der Haftpflichtversicherung für den Vorstand und den Aufsichtsrat für notwendig erachtet wurde, wie es im Kodex ausdrücklich vorgesehen ist. Ich zitiere aus dem Geschäftsbericht 2005:

Wir sind unverändert der Auffassung, dass die Vereinbarung eines Selbstbehalts nicht geeignet ist, die Motivation und das Verantwortungsbewusstsein zu verbessern.

Dann heißt es von der Regierung, Sie seien vom Vorstand getäuscht und über die Risiken nicht informiert worden. Auch dazu ist ein nochmaliger Blick in den Geschäftsbericht 2006/2007 sinnvoll:

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

In dem Posten „Andere Verpflichtungen“ sind Kreditzusagen über insgesamt 11,9 Milliarden Euro Gegenwert an Spezialgesellschaften enthalten, die nur im Falle kurzfristiger Liquiditätsengpässe bzw. vertraglich definierter Kreditausfallereignisse von diesen in Anspruch genommen werden können. Genau das ist passiert.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Genau!)

Es war eine bewusste Entscheidung der IKB, in den USImmobilienmarkt zu investieren, und über die Verantwortung hierfür, darüber, wer diese Entscheidung getroffen hat, haben Sie, Herr Finanzminister, hier in diesem Haus heute nichts gesagt.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu Hause haben Sie die Mittelstandsbank IKB als Mittelstandsfinanzierer verkauft; tatsächlich war es ein schlecht geführter Hedgefonds, der internationale Spekulationsgeschäfte gemacht hat. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir heute zum Krisenmanagement kommen, dann müssen Sie sich auch für das verantworten, was Sie

im letzten Dreivierteljahr hier in Deutschland gemacht haben. Es war der Kardinalfehler am Anfang, dass Sie über die außerbilanzielle Zweckgesellschaft Rhineland Funding von Beginn an eine Liquiditätszusage gemacht haben, ohne andere Beteiligte mit ins Boot zu nehmen. Es war ein Kardinalfehler, dass Sie bis heute 80 Prozent der Lasten bei der IKB übernehmen, obwohl wir nur 38 Prozent der Anteile halten. Darin liegt Ihre eigentliche Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Die privaten Banken und die anderen Marktteilnehmer sagen inzwischen, der Staat werde das schon richten. Diese Ihre Verantwortung müssen Sie tatsächlich tragen, und diese Konstellation ist auch die Voraussetzung dafür, dass Sie bei jeder neuen Runde dabei sind und die anderen sich zurückziehen.

Außerdem haben Sie die Dimension völlig unterschätzt.

Die geschassten Vorstände haben bis Ende des Jahres noch ihr Gehalt erhalten, eine fristlose Kündigung ist nicht erfolgt, und die Gratifikationen in sechs- und siebenstelliger Höhe aus dem Vorjahr sind in diesem Jahr noch ausgezahlt worden. Erst jetzt ist der Aussichtsrat eingeschritten. Da frage ich mich: Ist das ein Indiz dafür, dass der Aufsichtsrat, also auch das Finanzministerium, über das Engagement und über die Risiken, die die IKB eingegangen ist, tatsächlich unterrichtet war? Außerdem haben Sie nichts aus der Finanzkrise gelernt. Wir haben seit Anfang dieses Jahres die IPEXBank ausgegliedert, unter dem Dach der KfW, und man könnte meinen, bei der Besetzung der Aufsichtsräte achtete man jetzt ein bisschen mehr auf Qualität. Nichts ist geschehen: Sie haben Ihren Staatssekretär in den Aufsichtsrat geschickt,

(Bundesminister Peer Steinbrück: Na und?)

der Wirtschaftsminister hat seinen Staatssekretär in den Aufsichtsrat geschickt. Man muss da nur hoffen, dass künftig nichts passiert, sondern tatsächlich nur Risiken eingegangen werden, die im Zweifel den Steuerzahler nicht weiter belasten.

Aus meiner Sicht hätten Sie die IPEX-Bank an dieser Stelle verkaufen sollen. Es wäre sicherlich falsch gewesen, Steuergelder aus dem Verkauf der IPEX-Bank für die Rettung der IKB einzusetzen, aber ich glaube, Sie hätten ordnungspolitisch damit eine richtige Entscheidung getroffen, denn Sie hätten die Flanke auf dieser Seite beseitigt.

Der Skandal setzt sich letzte Woche fort. Der Wirtschaftsminister und der Finanzminister stellten sich am Mittwoch vor die Kamera und verkündeten eine weitere Stützung des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro. Gestern wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass Sie die Öffentlichkeit nicht richtig informiert haben. Tatsächlich werden weitere 700 Millionen Euro fließen, die Sie von einem künftigen Verkaufserlös abziehen wollen. Sie haben damit einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft ausgestellt und das Parlament - das haben Sie heute Morgen auch gemacht - wissentlich falsch informiert. Unser Fazit: Sie haben schon heute dem Bund ein Verlustrisiko von weit mehr als 6 Milliarden Euro hinterlassen. Das entspricht der Lohn- und Einkommensteuer

von 4 Millionen Familien mit einem Durchschnittseinkommen von 30 000 Euro brutto oder - wir diskutieren viel über Kindergelderhöhung - 30 Euro mehr Kindergeld in diesem Land.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Dass Frau Matthäus-Maier - wie ich gestern in der Presse lesen musste - dann im Krisengespräch eine Verlängerung ihres Vertrages als KfW-Chefin angesprochen hat, schlägt das dem Fass den Boden aus. Herr Minister, räumen Sie endlich in Ihrem Laden auf!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Ortwin Runde, SPDFraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ortwin Runde (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Solms, Sie haben vorhin Ihre Rolle definiert und gesagt, dass Sie sich als Opposition nicht mit der Finanzmarktkrise in den Vereinigten Staaten befassen müssten; Ihnen geht es vielmehr darum, der Regierung eins zu verpulen. Angesichts der Dimension und der Auswirkungen dieser Krise müssen Sie sich aber fragen lassen: Verstehen Sie Ihre Rolle da richtig? Wäre es angesichts dieser Finanzmarktkrise nicht angebracht, einmal selbstkritisch die Position der FDP in der Vergangenheit zum Thema Finanzmärkte zu reflektieren?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Ludwig Stiegler [SPD]: Totale Deregulierung!)

Welche Stellung haben Sie zum Thema Hedgefonds bezogen? Welche Stellung haben Sie zum Thema REITs bezogen, bei dem es darum geht, Wohnungen an die Börse zu bringen und dort zum Handelsobjekt zu machen? Stellen wir uns vor, welche Auswirkungen es in solchen Finanzmarktkrisen für die Bevölkerung gehabt hätte, wenn das Realität geworden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf

von der FDP: Kommen Sie mal zum Thema zurück! Haben Sie dazu nichts zu sagen?)

Weitere Beispiele sind die Private-Equity-Beteiligungsgesellschaften und das Risikobegrenzungs-gesetz. Welche Positionen haben Sie dazu vertreten? Wo haben Sie gewirkt? Haben Sie zur Verminderung der Risiken an den Finanzmärkten beigetragen, oder ist das inhärent in dem, was Sie vertreten?

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Zum Thema!)

- Damit sind wir exakt beim Thema.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Gysi, Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Subprime-Krise der Ausgangspunkt war. Die Amerikaner haben fröhlich ihren Mist - wie Ludwig Stiegler es ebenfalls zu Recht nannte - in die Märkte geschickt. Aber Ihre weitere Analyse verrät nicht sonderlich viel wirtschaftlichen Sachverstand. Sie haben

gesagt, die öffentlich-rechtlichen Banken in Deutschland hätten sich wegen ihrer Amerikahörigkeit in dem Geschäft besonders engagiert.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]): Die europäischen, nicht nur die deutschen!)

Diese Analyse erscheint mir zu stark verkürzt. Sie erklärt auch nicht, warum nicht etwa die öffentlich-rechtlichen Banken in Deutschland und die IKB am stärksten von der Subprime-Krise betroffen sind, sondern die amerikanischen Großbanken und damit diejenigen, die am besten Bescheid wissen, wie Kapitalmärkte funktionieren. Insofern trifft das so nicht zu.

Erstaunlich ist auch, dass zum Beispiel die UBS, Merrill Lynch und Morgan Stanley mit Summen im zweistelligen Milliardenbereich betroffen sind. Insofern muss man vorsichtig sein, Herr Solms, die IKB-Krise als singulären Akt völlig unabhängig von kritischen Bewegungen an den Finanzmärkten zu betrachten.

Ich meine, die Krise bei der IKB ist nicht von irgendwelchen Laienspielgruppen bei mittelgroßen deutschen Banken im öffentlichen oder privaten Bereich verursacht worden. Dies ist vielmehr eine Krise, die in dieser Tiefe nur Profis haben anrichten können.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es bezeichnend, dass ein Vorstand einer großen deutschen Privatbank sagt: Ich habe auf das Triple A der Ratingagenturen vertraut. Warum soll ich mir weitere Gedanken machen? Dazu kann ich nur sagen: Hier ist natürlich etwas verloren gegangen. Nur die Banken sind nicht betroffen, deren Bankvorstände - diese sind für das operative Geschäft und die Ausrichtung der Geschäftsfelder von entscheidender Bedeutung - gesagt haben:

Ich handle nur mit Sachen, deren Risiken ich selbst überschauen kann. Ich habe Bankvorstände erlebt, die gesagt haben: Obwohl uns alle unsere Investmentbanker geraten haben, uns auf Derivate und Subprime-Pakete einzulassen, haben wir das nicht getan. Diese Vorstände fühlen sich heute bestätigt.

Warum es zu einer Vertrauenskrise im gesamten Bankensektor gekommen ist, haben wir in der Anhörung erfahren: Die Geschäfte sind inzwischen so komplex, dass sie keiner mehr überblickt. Die Ratingagenturen haben bei Eintritt der Krise gesagt: Auch Bankvorstände müssen genauso wie ein Patient, der ein Rezept einlöst, auf die Nebenwirkungen und das Kleingedruckte achten. Ein gutes Rating wie Triple A bedeutet noch lange nicht, dass es wirtschaftlich gut geht. Diese Zusammenhänge müssen wir sehen.

Herr Schäffler, Sie haben gefragt, welches die Aufgabe eines Finanzministers in dieser Zeit ist. Herr Röttgen hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir es mit den Auswirkungen globaler Finanzmärkte zu tun haben. Wenn sich der deutsche Finanzminister als Vertreter einer der größten Volkswirtschaften nicht um Regelwerke der internationalen Finanzmärkte kümmerte, hätte er seine Aufgabe verfehlt. Er hat aber auf dem Gipfel in Heiligendamm - das haben Sie bereits erwähnt - Anstöße gegeben und gesagt: Wenn ihr mit ganz geringem Eigenkapital so große Räder dreht, gefährdet dies das System der internationalen Finanzmärkte. Das ist der



richtige Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich anschaut, welche Räder sowohl bei den Hedgefonds als auch bei den Private-Equity-Fonds und in den Zweckgesellschaften gedreht werden, dann muss man feststellen: Darum müssen wir uns kümmern. Es verwundert mich allerdings, dass parallel zu Basel II - hier haben wir uns infolge der letzten Finanzmarktkrise um eine bessere Eigenkapitalunterlegung von Bankgeschäften gekümmert - der regulierte Bankensektor fröhlich Auswege in Form von Zweckgesellschaften sucht.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sehr wahr!)

Das bedeutet, dass fast alle Banken neben dem eigentlichen Bankgeschäft Glücksräder aufgebaut und darauf vertraut haben, dass ihnen das Glück ewig hold ist. Das funktioniert im Bankenbereich aber ganz offenkundig nicht.

In einer Situation, in der die Märkte im Finanzsektor zum großen Teil zusammengebrochen sind und Vertrauen nur durch eine Liquiditätsversorgung der Zentralbanken, von der EZB bis hin zur Fed, geschaffen werden konnte, ist es unsere Aufgabe, die Stabilität der Finanzmärkte auf Dauer sicherzustellen. Dabei sind Aspekte der globalen, der europäischen und der nationalen Ebene zu berücksichtigen. Auch auf der nationalen Ebene gibt es viel zu tun. Kredite müssen ein Gesicht haben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wer Kreditgeber ist. Das gilt nicht nur für gut bediente Kredite, sondern auch dann, wenn jemand aufgrund von Brüchen in seiner Biografie wie Arbeitslosigkeit vorübergehend in Schwierigkeiten gerät. Dann dürfen diese Kredite nicht an irgendwelche Kreditverwerter verkauft werden, sondern dann muss er mit seiner Sparkasse darüber reden können. Deswegen ist das System, das wir haben, das Dreisäulensystem, etwas Verteidigungswertes und Stabilisierendes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir eine neue Aufgabenbestimmung der Landesbanken nach den Veränderungen, die die Privatbanken in Brüssel erzwungen haben, vornehmen müssen, ist richtig. Aber ich glaube, auch die haben jetzt gelernt. In Sachsen haben sie gelernt, in Bayern und in anderen Ländern. Auch ich habe meine Erfahrung als Aufsichtsratsvorsitzender einer Landesbank, die ein bestimmtes Geschäftsfeld hatte. Wir sind nicht so darin verwickelt. Das ist aber nach meiner Zeit, und ich übernehme keine Verantwortung für die Geschäfte, die jetzt dort gemacht werden.

Ich glaube, die Aufgabe des Finanzministers der Bundesrepublik Deutschland ist in der Tat auch, auf Regelwerke Einfluss zu nehmen. Allein mit Schuldzuweisungen bei der IKB kommen wir nicht weiter.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Runde.

Ortwin Runde (SPD):

Ein letzter Satz, Herr Präsident. - Die entscheidende Frage haben Sie alle nicht beantwortet.

(Frank Schäffler [FDP]: Sie auch nicht!)

Wie würden Sie bei der IKB vorgehen?

(Frank Schäffler [FDP]: Habe ich gesagt!)

Würden Sie sie in Insolvenz gehen lassen, oder würden auch Sie sie wegen der Auswirkungen auf die Finanzmärkte stabilisieren? Das ist die entscheidende Frage.

(Frank Schäffler [FDP]: Nicht 80 Prozent, sondern 38 Prozent!)

Dass ich mir einen größeren Anteil und ein anderes Engagement der Privatbanken wünschen würde, ist richtig, aber diese Frage müssen Sie beantworten.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erlaube mir den gut gemeinten Hinweis, dass es für die Bewirtschaftung der knappen Redezeiten außerordentlich hilfreich ist, die entscheidenden Fragen nicht nach Ablauf der gewährten Zeit zu stellen, sondern möglichst gleich zu Beginn. Dann kann man sie noch in voller Schönheit entfalten.

Nun erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Gerhard Schick für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dann will ich genau das tun, was Sie, Herr Präsident, anmahnen, nämlich die zentralen Fragen in den Mittelpunkt stellen, und zwar gleich am Anfang der Rede. Ich glaube, das tut auch not, nachdem einige Beiträge aus den Koalitionsfraktionen relativ wolkig blieben. Herr Oswald hat darüber gesprochen, dass die Banken wieder Vertrauen herstellen sollen,

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Stimmt auch!)

Herr Stiegler hat Moralappelle an die Banken gerichtet.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Auch nicht falsch!)

Sagen Sie einmal, was ist denn eigentlich die Aufgabe der Politik, und was ist die Aufgabe eines Parlaments?

Es ist doch nicht die Aufgabe, leere Appelle zu richten,

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Die Appelle

sind nicht leer! Das waren inhaltsreiche Appelle!)

sondern es ist die Aufgabe, die notwendigen Hausaufgaben, die in Deutschland zu machen sind, jetzt endlich anzugehen.

Dazu möchte ich von Ihnen Antworten hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie können sich doch nicht um die Beantwortung der entscheidenden Fragen drücken. Erste Frage: Wie geht es mit der Finanzaufsicht in Deutschland weiter? Sie überlassen es der BaFin und der Bundesbank, die sich seit Monaten und Jahren beharken, sich zu einigen. Es läge in der Verantwortung der Regierung, aus Anlass dieser Krise, in der einige Sachen falsch gelaufen sind, diesen Prozess selber zu gestalten, eine Neugestaltung der Aufsicht durchzuführen und die Fragen, die sich aus der Krise ergeben - sie sind schon angeklungen -, wirklich zu beantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Der Finanzminister lehnt sich locker zurück und gibt

keine Antwort auf die heutige Frage, was die Zukunft der deutschen Finanzaufsicht ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP - Ludwig Stiegler [SPD]: Unsinn!)

Ich komme zur zweiten Frage. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat ungefähr 1 600 Mitarbeiter, die KfW ungefähr 3 800 Mitarbeiter. Das sind zwei große Institutionen unter dem Dach des Bundesfinanzministeriums, von dem wir jetzt wissen, dass es viele Probleme in diesem Bereich überhaupt nicht gesehen hat. Herr Steinbrück hat gesagt, die Experten hätten die Lage nicht richtig eingeschätzt. Ja, aber auch die Experten des Finanzministeriums haben die Lage nicht richtig eingeschätzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Herr Steinbrück hat davon gesprochen, dass es Inkompetenzen bei Bankmanagern gegeben habe. Da fragen wir uns natürlich: Ist es für die Zukunft machbar, mit einer Hand voll Leuten zu überprüfen, was die Finanzaufsicht und die KfW in Deutschland tun? Ich meine: Nein. Sie müssen hier einmal erläutern, wie Ihr Ministerium das in Zukunft überwachen will. Zu diesen Fragen haben wir heute Antworten von Ihnen erwartet. Die kamen aber nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dritte Frage: Wie sieht die Zukunft des öffentlichen Bankensektors in Deutschland aus? In Sachsen stellen wir ein dramatisches Versagen der Politik beim Controlling der Landesbank fest. Es gibt kein Geschäftsmodell, und es entstehen hohe Lasten für die Steuerzahler in Sachsen. Wir erleben, dass Herr Rüttgers und Herr Oettinger im CDU-Präsidium aus irgendwelchen politischen Gründen nicht miteinander können und deswegen sinnvolle Verhandlungen um die Zukunft der Landesbank nicht möglich sind. Wir erleben weiter, dass ein CSU-Vorsitzender und Finanzminister in Bayern nicht weiß, welche Rolle man im Verwaltungsrat einer öffentlichen Bank hat. Wie antwortet also die Bundesregierung auf die Frage: Wie geht es im öffentlichen Bankensektor weiter?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP - Zuruf von

der FDP: Der Staat ist ein schlechter Banker!)

Wollen Sie denn wirklich die Zukunft des öffentlichen Bankensektors den Sargnägeln dieses Bankensektors, den CDU- bzw. CSU-Ministerpräsidenten, überlassen?

Lassen Sie sich doch einmal auf der Zunge zergehen, was von der Union in diesem Bereich in den letzten Jahren geleistet worden ist: Landowsky in Berlin, Milbradt in Sachsen, Rüttgers bei der West-LB und jetzt das Chaos unter Herrn Huber in Bayern. Das ist doch eine Katastrophe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten vom deutschen Finanzminister, dass er die Initiative ergreift, um den öffentlichen Bankensektor in Deutschland zu stützen und ihm eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, dass er die Konsolidierung vorantreibt und ein solides Geschäftsmodell errichtet. Aber

dazu haben Sie nichts gesagt. Sie verweigern die Moderatorenrolle, die Sie dringend einnehmen müssten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP - Bundesminister Peer  
Steinbrück: Das sind Landesparlamente! Das  
ist Landesgesetzgebung)

- Ja, aber wenn diese Landesparlamente und Landesregierungen  
miteinander verhandeln sollen, dann wird  
nur etwas Gutes dabei herauskommen, wenn man die  
Egoisten - die Sicherung der einzelnen Minifinanzplätze,  
die überhaupt nicht gelingen kann - überwindet  
und eine gemeinsame Antwort für Deutschland findet.  
Anders wird es nicht gehen, Herr Steinbrück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Runde, Sie haben die ganze Zeit über die großen  
internationalen Dinge gesprochen. Sie haben ja recht:  
Wir müssen auch über das Internationale sprechen.  
Dann muss man sich einmal die Frage stellen, ob es eigentlich  
sinnvoll ist, dass Produkte fünfmal hin- und hergeschoben  
werden - Stichwort „Repackaging“ -, sodass  
am Schluss niemand mehr den Inhalt kennt. Ich erinnere  
an die gestrige Debatte über eine Mehrwertsteuerermäßigung  
für Produkte für Kinder. Wir haben gesagt: Es darf  
keine Ausnahmen geben. - Wenn Sie auch die Verantwortung  
für den internationalen Bereich - einen Finanzmarkt,  
der immer mehr Produkte hin- und herschiebt -  
wahrnehmen wollen und das Internationale in den Vordergrund  
rücken, dann stellt sich schon die Frage, warum  
aus der deutschen Bundesregierung keine Initiative  
in Richtung Devisenumsatzsteuer, Finanztransaktionssteuer  
- das hat die österreichische Bundesregierung  
vorgeschlagen - kommt. Ich erwarte auch auf diese  
Frage eine Antwort von der deutschen Bundesregierung.  
Diese werden wir als Grüne in Zukunft einfordern. Wir  
haben in unserem Antrag einige Vorschläge gemacht.  
Folgen Sie ihnen!

Danke schön.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält der Kollege Otto Bernhardt das Wort für  
die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Ich will mit den Ursachen, dem Ausmaß und der  
Verantwortung für diese Krise beginnen. Zu den Ursachen:  
Wir haben gehört - das ist richtig -, es handelt sich  
um bonitätsmäßig schlechte Immobilienkredite, die verbrieft,  
gemischt - man nennt das „strukturiert“ - und  
dann von anderen Banken gekauft wurden. Die Größenordnung  
liegt irgendwo bei 1,5 Billionen Euro. Das entspricht  
den Gesamtschulden der öffentlichen Hand in  
Deutschland.

Der Abschreibungsbedarf, das hat sich am Wochenende  
in Tokio gezeigt, liegt zurzeit bei etwa 275 Milliarden  
Euro. Ich sage bewusst „zurzeit“, denn der Wert dieser  
Papiere wird jeden Tag neu festgelegt. Insofern kann  
heute auch noch niemand sagen: Wir wissen schon ganz  
genau, wie groß der Schaden ist. - Zum überwiegenden  
Teil handelt es sich Gott sei Dank noch um Buchverluste,  
die nur abgeschrieben werden. Was das wirklich

bringt, wissen wir nicht.

Nach den Informationen, die heute vorliegen, liegen auf jeden Fall Papiere im Wert von über 100 Milliarden Euro bei deutschen Banken. Dementsprechend haben wir zurzeit einen Abschreibungsbedarf, der irgendwo bei 20 Milliarden Euro liegt. Herr Minister, dann kann man auch ausrechnen, wie hoch die Steuerausfälle sind: 39 Prozent, es geht noch um das Jahr 2007. Das heißt, sie liegen irgendwo bei 8 Milliarden Euro.

Jetzt kommt das Problem mit den Verantwortlichen.

Wenn man von einer Sache viel versteht, ist es schwierig; dann kann man sich dem Thema wirklich nur sehr differenziert zuwenden. Es gibt mindestens sechs Gremien oder Institutionen, die die Probleme nicht erkannt haben, deren Vertreter heute aber tolle Reden halten. Natürlich liegt die Hauptverantwortung bei den Vorständen der Banken; das ist völlig klar.

Aber auch die Aufsichtsgremien der Banken haben es nicht gemerkt. Ich finde es nicht fair, wenn hier immer darauf hingewiesen wird, dass der Wirtschaftsminister und der Finanzminister zum Beispiel im Aufsichtsgremium der KfW sitzen. Alle Fraktionen sind dort vertreten. Auch Herr Lafontaine sitzt in diesem Gremium. Man muss das ganz nüchtern wissen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Er hat solche Entscheidungen aber nicht mit getroffen!)

Auch die Aufsichtsgremien haben es also nicht gemerkt. Viel schlimmer ist das jedoch bei den Ratingagenturen, die hier schon angesprochen worden sind. Was da passiert ist, ist eine Katastrophe.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Ja, schiebt es nur auf andere!)

All die Prüfungsgesellschaften mit klingenden Namen, die nicht nur intensiv geprüft haben,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sondern auch bestätigt haben!)

sondern auch hohe Rechnungen gestellt haben, haben es nicht gemerkt.

Ich muss an dieser Stelle ebenfalls, auch wenn ich die beiden Institutionen schätze, die Bundesbank und die Bankenaufsicht nennen. Heute wissen sie genau, um welche Papiere es sich handelt und wie schlecht und schwach die sind. Deshalb warne ich davor, mit der Schuldzuweisung so ganz schnell zu sein.

Was die Organisation der Bankenaufsicht anbetrifft, Herr Kollege Dr. Schick: Es gibt eine klare Regelung im Gesetz. Darin steht: Die beiden sollen sich einigen. Wenn sie sich nicht einigen, muss der Minister tätig werden. Das war übrigens 2003 bei der Gründung der BaFin der Fall. Damals wurden sie sich nicht einig. Da gab es einen Erlass. Ich bin froh, dass sie sich jetzt geeinigt haben. Damit ist der Minister nicht mehr am Zug.

Die gesetzliche Anforderung ist erfüllt. Sie haben sich geeinigt. Ich bin die Richtlinie ziemlich genau durchgegangen und darf sagen: Sie haben sich auf einer vernünftigen Basis geeinigt.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich nicht!)

Die Arbeitsteilung ist jetzt deutlich klarer.

In diesem Zusammenhang gibt es natürlich weitere

Fragen, so zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bereichs. Ich sage in großer Bescheidenheit, die gar nicht eine meiner Stärken ist: Wir dürfen uns hier nur mit unserem Bereich auseinandersetzen. Für das Thema Landesbanken sind wir nicht zuständig. Ich persönlich habe die klare Vorstellung: Landesbanken, Sparkassen, das ist ausschließlich Ländersache. Wir haben genug Probleme bei uns. Lassen wir das die Länder machen! Dort ist Lösungsbedarf. (Frank Schäffler [FDP]: Reden wir mal über die KfW!)

Wir haben nur ein Problem, und das ist die KfW. Das ist eine Bank, die wir brauchen; darüber sind wir alle uns im Klaren. Sie hat etwas gemacht, wozu mit Recht gesagt worden ist: Es war sogar die Empfehlung eines Ministers, dass sie sich da beteiligen soll. Ich sage hier sehr deutlich: Natürlich ist die IKB rechtlich gesehen eine Privatbank, aber faktisch - das zeigt nun mal die Diskussion - ist sie schon eine ziemlich öffentlich-rechtliche Bank.

Ich sage genauso deutlich: Ich bin froh, dass man am Mittwoch eine Lösung gefunden hat, einen Weg, um die Bank zu retten. Bedenken Sie die Auswirkungen, wenn sie in die Insolvenz gegangen wäre! Wir hätten heute eine ganz andere Diskussion. Beide, Finanz- und Wirtschaftsminister, wären gescholten worden. Man kann nicht in Euro ausrechnen, was die Insolvenz kosten würde. Ich verweise nur auf die hier genannten 24 Milliarden Euro Einlagen bei der Bank. Die würden mit einer Konkursquote bedient. Wie hoch die wäre, wenn man erst einmal die Papiere abgewickelt hätte - - Ich warne Neugierige!

Vor dem Hintergrund bin ich enttäuscht - ich vermute, Sie, Herr Minister, sind es auch -, dass von den rund 7 Milliarden Euro, die bisher eingesetzt wurden, über 80 Prozent von der KfW, vom öffentlichen Bereich, aufgebracht worden sind, während der andere Bereich nur knapp 20 Prozent beigesteuert hat. Ich sage sehr deutlich: Das ist zu wenig. Das finde ich nicht so toll. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Insolvenz wäre nämlich eine katastrophale Entwicklung für den Einlagensicherungsfonds; die Bank gehört zum privaten Einlagensicherungsfonds.

Ich glaube, ich spreche im Namen zumindest der beiden großen Fraktionen, wenn ich sage: Eine solche Aktion wie bei der IKB darf nicht Schule machen. Es wird befürchtet, dass jetzt die Ministerpräsidenten hier anreisen usw. Um es klar zu sagen: Wir sind nur für das hier zuständig. Das ist ein einmaliger Fall.

Ich gehöre aber nicht zu denen, die behaupten: Das Problem ist endgültig gelöst; da kommt nichts mehr. - Das kann man bei der Bewertungsproblematik wirklich nicht sagen. Wer dies von der Regierung fordert, der fordert etwas, was sie heute nicht bringen kann. Deswegen ist die Aussage des Ministers richtig: Wir haben noch ein schwieriges Jahr vor uns, aber wir hoffen, das war sozusagen der letzte Akt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, abschließend Folgendes sagen: Schnellschüsse sind populär; das

weiß ich. Ich glaube aber, es ist richtig, wie die Regierung vorgeht: zunächst ausführlich zu analysieren und das Ganze insbesondere – der Kollege Röttgen hat schon darauf hingewiesen – im internationalen Bereich abzuklären. Wir können das Thema nicht isoliert betrachten. Wer das glaubt, der hat noch nicht begriffen, was Globalisierung bedeutet. Deshalb müssen wir eines tun: klarmachen, dass Deutschland diese Krise ab kann. Unser Banken- und Wirtschaftssystem ist stabil genug; wir können sie ab. Natürlich würde es uns noch besser gehen, wenn es die Krise nicht gäbe; denn sie kostet viel Geld.

Es gibt also keinen Anlass zur Panik – wir lösen die Krise –, aber natürlich auch keinen Anlass zur Verharmlosung. Wir brauchen jetzt ein Stück Gelassenheit und ein Stück Internationalität. Im Rahmen der G-7-Staaten werden wir dieses Problem gemeinsam lösen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich Kollegen Jörg-Otto Spiller, SPD-Fraktion, das Wort.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen heute keine Debatte über eine einzelne private Geschäftsbank, sondern wir führen eine Debatte über die internationale Finanzmarktlage und über ihre Auswirkungen auf Deutschland.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr richtig!

Das ist das Thema!)

Ich sage sehr freimütig: Wenn es nicht den Hintergrund dieser Finanzmarktkrise gäbe, wäre natürlich die Frage, ob man eine einzelne Bank stützen muss, ganz anders zu beurteilen.

(Zuruf von der LINKEN: Sie stützen ja nicht nur eine Bank! Sachsen LB!)

Da wäre sicher auch die schon ordnungspolitisch naheliegende Frage zu prüfen gewesen, ob man nicht besser eine geregelte Abwicklung der IKB vornimmt. Das hätte natürlich bedeutet, dass der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, das heißt der privaten Geschäftsbanken, heftig hätte bluten müssen. Das wäre aber durchaus eine ernst zu nehmende Alternative gewesen.

Angesichts der Situation, in der wir uns heute befinden, kann ich für meine Fraktion nur sagen: Wir haben Respekt vor dem,

(Frank Schäffler [FDP]: Das kann man so und so interpretieren!)

was der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister in dieser Woche zur Stabilisierung der Bank in die Wege geleitet haben. Ich teile die Auffassung des Kollegen Bernhardt, dass die private Seite noch ein bisschen mehr bringen könnte. Aber die Grundentscheidung war in der jetzigen Situation erforderlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich teile ausdrücklich den Respekt, den mehrere hier schon gegenüber den Maßnahmen geäußert haben, die

der Bundesfinanzminister ja nicht erst in den letzten Wochen, sondern schon das ganze Jahr 2007 über unternommen hat, um auf internationaler Ebene - auf europäischer Ebene wie auf der Ebene der G 7 bzw. der G 8 - für eine Stabilisierung der Finanzmärkte und für eine Verbesserung ihrer Transparenz zu sorgen.

Wir haben im Finanzausschuss des Bundestages am Mittwoch ein Fachgespräch über und mit Ratingagenturen geführt. Das war aufseiten der Ratingagenturen - alle großen waren vertreten - nicht gerade von übermäßigen Selbstzweifeln geprägt. Sie legten eher ein dreistes Selbstbewusstsein an den Tag. Das kam in ihrer Kernaussage zum Ausdruck, sie hätten alles richtig gemacht. Bedauerlicherweise hätten die Banker sie aber missverstanden; denn die hätten eine Triple-A-Note für ein Gütesiegel gehalten. So sei das aber nicht gemeint gewesen.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:

Triple A ist aber Triple A!)

Das ist eine neue Erkenntnis. Das haben die Ratingagenturen bisher nicht so deutlich gesagt, dass man ihnen im Grunde genommen nicht glauben sollte bzw. ihre Aussagen zumindest nicht überbewerten sollte.

(Beifall des Abg. Dieter Grasedieck [SPD])

Auch Folgendes ist in dem Gespräch von mehreren Seiten herausgearbeitet worden: Erstens ist es notwendig, dass Bankvorstände selbst versuchen, zu verstehen, welche Finanzprodukte sie kaufen oder vielleicht sogar verkaufen wollen. Das Zweite ist: Wenn sie sich bei der Bewertung eines schwer durchschaubaren Produktes durch Ratingagenturen unterstützen lassen wollen, dann dürfen sie sich nicht mit einer simplen Note begnügen, sondern müssen nachfragen. Dann müssen die Ratingagenturen genau sagen, was sie untersucht und eingeschätzt haben und worauf sich ihre Bewertung bezieht. Das alles ist keine wirklich neue Erkenntnis. Die Bundesbank hat in den letzten Jahren jedes Jahr einen - wie ich finde, gut lesbaren - sogenannten Finanzstabilitätsbericht vorgelegt. Sie hat sich seit 2005 besonders mit der Frage der Wirkung von Kreditveräußerungen, Derivaten und Verbriefungen befasst. Ein Derivat ist - das ist wie in der Mathematik - eine Ableitung, aber nicht unbedingt die erste, sondern manchmal schon die zweite, dritte, vierte oder fünfte. Wenn es fünf Ableitungen geben kann, muss das Produkt sehr kompliziert sein. Die Bundesbank hat darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Vorstellung war, die Risiken zu mindern;

(Ortwin Runde [SPD]: Richtig!)

auch durch Kreditveräußerungen, durch die Bildung von Paketen könne man eine Risikostreuung erreichen und nebenbei mehr Spielraum für neue, angemessene Kreditfinanzierungen der Unternehmen schaffen. Das klingt alles sehr plausibel. Aber schon vor drei, vier Jahren hat die Bundesbank zu Recht darauf hingewiesen, dass das nur funktioniert, wenn die Produkte nicht zu komplex sind und wenn die Bankvorstände, die Entscheidungsträger, wissen, worüber sie entscheiden.

(Frank Schäffler [FDP]: Das hätte das Finanzministerium mal lesen müssen!)

- Das Finanzministerium, lieber Herr Kollege Schäffler,



ist nicht zuständig für Entscheidungen von Bankvorständen. Sie haben hier eine für mich sehr verblüffende Argumentation gebracht,

(Frank Schäffler [FDP]: Immer für eine Überraschung gut!)

als wäre der Staat für alles oder manchmal eben auch für gar nichts zuständig. Das ist nicht wirklich überzeugend. Was müssen wir jetzt tun? Da folge ich dem, was der Kollege Bernhardt, aber auch der Kollege Schick gesagt hat: Wir müssen uns fragen, welche Aufgaben und welche Möglichkeiten der Staat hat. Natürlich betrifft das in erster Linie die beiden Behörden in Deutschland, die sich um die Bankenaufsicht kümmern: die Bundesbank, die für die laufende Kontrolle der Institute zuständig ist, und die BaFin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Beide haben ein hohes Maß an Kenntnis;

das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Da ist viel Expertise. Aber die Instrumente müssen offenbar verbessert werden, damit diese hochkarätigen Fachleute auch handeln können. Wir dürfen jetzt nicht, sozusagen aus der Defensive heraus, so tun, als hätten sie alles richtig gemacht. Nein, es gibt einen Bedarf, die Bankenaufsicht zu stärken, und es gibt einen Bedarf, die Verantwortung von Wirtschaftsprüfern zu stärken und möglicherweise auch Haftungsansprüche zu präzisieren. Das werden wir uns vornehmen müssen.

Die letzten Wochen und Monate waren oft mit Feuerwehractionen belastet. Wenn das Haus lichterloh brennt, muss man löschen. Aber die Hauptaufgabe von Feuerwehren ist nicht der gelegentliche Löscheinsatz, sondern der Brandschutz,

(Ortwin Runde [SPD]: Vorbeugung!)

der vorbeugende Brandschutz. Es muss darauf hingewiesen werden: Wenn eine Bank meint, sie müsste im Heizungskeller Nitroglycerin und auf dem Dachboden Benzin lagern, dann muss man ihr sagen, dass das nicht geht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/7531 und 16/7191 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

</ text >

< text 16155 >

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Vereinbarte Debatte

Strategieplanung der EU-Kommission für 2009

Es ist verabredet, eine Dreiviertelstunde zu debattieren.

- Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Als Erstem gebe ich das Wort dem Kollegen Thomas Dörflinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut,

dass wir am heutigen Freitag eine vereinbarte Debatte über die Strategieplanung der Europäischen Kommission führen, weil das Jahr 2009, in dem auch die Europawahl stattfinden wird, zu einem entscheidenden Jahr für die Europäische Union werden könnte.

Die Strategieplanung der Kommission weist insgesamt 80 Vorhaben auf. Wir werden nicht in der Lage sein, uns in den nun zur Verfügung stehenden 45 Minuten über 80 Vorhaben zu unterhalten. Daher wäre es vor dem Hintergrund dessen, was wir im Ausschuss miteinander besprochen haben, gut, sich Gedanken darüber zu machen, wie diese 80 Vorhaben in eine wie auch immer geartete Form der Priorisierung gebracht werden können. Wir sollten also einige Gedanken darauf verwenden, was in der der Kommission zur Verfügung stehenden Amtszeit sinnvollerweise noch angepackt werden kann. Denn auch in diesem wie in jedem anderen Fall von gesetzgeberischer Arbeit gilt der Grundsatz, dass Qualität vor Schnelligkeit geht. Wir sollten uns also Gedanken machen, worauf wir unser Gehirnschmalz und unsere Arbeitskraft verwenden und was vielleicht später erledigt werden kann.

Es war richtig, die Lissabon-Strategie stärker auf Wachstum und Beschäftigung auszurichten. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland in der guten Lage, dass wir, auch bedingt durch die Politik der Bundesregierung, in den letzten Monaten auf positive Zahlen am Arbeitsmarkt zurückblicken können. Wenn die Wirtschaftsforschungsinstitute recht haben, woran ich nicht zweifle, wird auch in den nächsten Monaten Gelegenheit sein, die eine und andere positive Meldung zur Kenntnis nehmen zu dürfen. Es ist uns gelungen, in diesem Lande schon 1,5 Millionen Männer und Frauen aus der Arbeitslosigkeit geholt zu haben, wenngleich die Aufgabe selbstverständlich noch vor uns liegt, zusammen mit unseren europäischen Partnern und der Kommission die jetzt noch in Arbeitslosigkeit befindlichen 3,5 Millionen ebenso in Arbeit zu bringen. Insofern besteht kein Grund, sich zurückzulehnen; aber es gibt durchaus einen Grund, den einen oder anderen lobenden Satz für die Politik der Bundesregierung mit Blick auf die vergangenen drei Jahre zu verlieren.

Richtig ist sicher auch, meine Damen und Herren, dass die Europäische Kommission, was die Beschäftigungspolitik angeht, dem Bereich Forschung und Entwicklung einen besonderen Stellenwert beimisst und daraus auch gewisse Vorgaben für die nationalen Gesetzgeber ableitet.

Mit Blick auf das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union füge ich an dieser Stelle mit einem durchaus kritischen Unterton hinzu: Wer die bürokratischen Mühen kennt - bei mir im Wahlkreis konnte ich diese Erfahrung machen -, denen sich ein Unternehmen bei der Beantragung von Mitteln aus dem europäischen Forschungsrahmenprogramm zu unterziehen hat, weiß, dass man schnell an einem Punkt ist, an dem nicht nur ein, sondern zwei oder drei DIN-A4-Leitz-Ordner gefüllt sind - nur mit Antragsformularen, Begründungen und Gutachten, die unter Hinzuziehung von externen Beratern gemacht werden, die die Unternehmen selbstverständlich

Geld kosten.

Da ist die Frage angebracht, ob es vielleicht auch mit etwas weniger Aufwand ginge.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies läge sowohl im Interesse der Kommission und der dort Beschäftigten als auch selbstverständlich im Interesse derjenigen, die sich einen Innovations- und Investitionsschub aus den Mitteln des Forschungsrahmenprogramms erhoffen.

In diesem Zusammenhang stimmte es vor einigen Wochen im Ausschuss hoffnungsfroh, als wir gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Nationalen Normenkontrollrats und auch mit Kommissar Günter Verheugen einen Blick auf das Thema Entbürokratisierung geworfen haben. Es wäre vielleicht hilfreich, auch den Vorsitzenden der obersten Bürokratiekontrolleure, den ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, im Ausschuss dazu einmal zu hören und zu fragen, inwieweit in diesem Punkt Fortschritte gemacht werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sehr gute Idee!)

Wenn ich mir das Gespräch mit dem kroatischen Außenminister von gestern Nachmittag, an dem einige von uns teilnehmen konnten, ins Gedächtnis rufe, möchte ich sagen: Wir können vielleicht an einer Stelle von den Ländern, die sich mit Beitrittsplänen und Beitrittsgedanken befassen, also noch nicht Mitglied sind, eines lernen - das wurde gestern sehr deutlich -, nämlich verstärkt in den Blick zu nehmen, dass die Stimmung pro oder kontra Europa in der Bevölkerung wächst oder eben schwindet, je nachdem, welchen Eindruck die Bürgerinnen und Bürger davon haben, wie ihre ganz konkreten Probleme und Herausforderungen in Europa aufgehoben sind und ob sie mit der nötigen Effizienz und dem nötigen Nachdruck bearbeitet werden.

Ich glaube, mit Blick auf unsere Bürgerinnen und Bürger haben wir an dieser Stelle noch einen kleinen Nachholbedarf. Bei dem, was wir uns überlegen und was sich die Kommission zum Thema „Strategieplanung der Kommission bis 2009“ überlegt, müssen wir verstärkt in den Blick nehmen: Die oberste Priorität muss sein, dass es einen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Michael Link für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Als Liberale begrüßen wir, dass die Kommission ihre Strategieplanung für das nächste Jahr so frühzeitig vorlegt.

Klar ist, dass es zu vielen Bereichen nur Andeutungen gibt. Es ist ein bunter Strauß von Vorhaben. Kollege Dörflinger hat schon darauf hingewiesen: Wir können nicht auf alle Vorhaben eingehen. - Ich will deshalb einige herausgreifen.

Für alle Vorhaben gilt allerdings eines: Weil zu den Themen von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit außer

Andeutungen noch nichts gesagt werden kann, müssen wir vom Bundestag darauf achten - ich denke, dass ich da für alle Fraktionen spreche -, unsere Rechte stärker wahrzunehmen, vor allem in den Bereichen von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, und besonders die Rechte wahrzunehmen, die uns der neue Vertrag von Lissabon, den wir in der nächsten Sitzungswoche ratifizieren werden, gibt.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

Es ist ein bunter Strauß von Vorhaben. Die Vorhaben sind oft nur vage, aber - erlauben Sie mir die Anmerkung - schon sehr viel konkreter als manches, was von der Bundesregierung kommt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Na, na, na!)

Man fragt sich manchmal tatsächlich, in welche Richtung die Bundesregierung gehen will; von der Kommission gibt es zumindest eine Reihe von Andeutungen dazu, in welche Richtung sie gehen will.

(Kurt Bodewig [SPD]: Aufklärung folgt!)

- Das wollen wir einmal abwarten.

Die Grundaussage der Strategie 2009, nämlich 2009 zu einem Jahr der Umsetzung laufender Vorhaben zu machen - so sehen wir das -, wird von der FDP ausdrücklich begrüßt; denn nach unserer Ansicht sollten die neue Europäische Kommission und das neue Europäische Parlament - das ist ein sehr wichtiger Punkt - weitgehend unbelastet in die siebte Legislaturperiode gehen. Herausgreifen wollte ich die Bereiche deutsche Sprache, Europäischer Auswärtiger Dienst und Finanzen. Alle drei Bereiche spielen andeutungsweise in der Strategie der Kommission eine Rolle; sie werden ebenfalls in der Stellungnahme der Bundesregierung angesprochen. Ich muss sagen: Leider ist man bei der deutschen Sprache in den Institutionen der EU nicht über Lippenbekenntnisse hinausgekommen. Die deutsche Sprache in den EU-Institutionen ist auf dem Rückzug. Das kann uns nicht befriedigen. Hier geht es nicht um Provinzialismus oder gar darum, dass man sich nicht in einer Fremdsprache unterhalten möchte. Nein, hier geht es um ganz eminente, auch wirtschaftliche Interessen vieler, zum Beispiel von Unternehmen in der EU, die sich auf die EU-Rechtsprechung einstellen wollen, oder von Fördermittelempfängern aus den verschiedenen Bereichen, die einen Wettbewerbsnachteil haben, weil die Vorlagen oft nur auf Englisch oder Französisch verfügbar sind. Das darf nicht sein. Das darf die Bundesregierung nicht hinnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Die Stellungnahme der Bundesregierung, die für diesen Bereich nur aus Appellen und leider nicht aus konkreten Ergebnissen besteht, ist uns einfach zu wenig. Ich erinnere alle Kollegen daran, dass Kommissar Orban bei seinem Besuch des EU-Ausschusses im April 2007 konkret angekündigt hat, ein neues Strategiepapier zur Vielsprachigkeit vorzulegen. Aussagen zu genau dieser Problematik, dass die in der EU am meisten gesprochene Sprache auch vermehrt als Arbeitssprache in der Kommission zum Zuge kommen soll, vermisst man in dem Strategiepapier.

Am 3. April haben 18 Regionen aus der gesamten EU

- darunter viele Bundesländer, österreichische Bundesländer und Regionen aus Italien oder anderen Ländern -, angeführt von der hessischen Landesregierung, noch einmal betont, wie wichtig es gerade für die Regionen und für die kommunalen Spitzenverbände ist, dass wir im Bereich der deutschen Sprache vorankommen. Hier brauchen wir dringend ein Aktivwerden der Bundesregierung, das über Lippenbekenntnisse hinausgeht. Bisher haben wir in Brüssel zum Thema deutsche Sprache leider noch keine konkreten Ergebnisse gesehen. Zum Europäischen Auswärtigen Dienst. Entscheidend für den Hohen Vertreter, wenn er seine Funktion gut ausüben will, ist, dass er einen Dienst zur Verfügung hat, der tatsächlich arbeitsfähig ist. Man kann natürlich über den Hohen Vertreter streiten; das soll hier aber nicht Thema sein. Wir können die Wirklichkeit erst sehen, wenn der Vertrag in Kraft getreten ist. Wir sehen aber sehr wohl, dass in dem Europäischen Auswärtigen Dienst so, wie er nach allem, was man aus Brüssel hört, vorbereitet wird, die Kommissionsbeamten gegenüber den diplomatischen Beamten aus den Mitgliedstaaten von Anfang an im Vorteil sein werden. Das kann für uns nicht befriedigend sein. Wir reden hier nicht nur über die Pläne der Kommission, sondern wir reden auch darüber, wie sich die Bundesrepublik Deutschland in diese Pläne einbringt. Wir erwarten daher von der Bundesregierung, dass sie dafür sorgt, dass unsere Beamten, die wir in diesen zukünftigen Europäischen Auswärtigen Dienst schicken wollen, dort auf Augenhöhe mit den Kommissionsbeamten arbeiten können. Denn das Beamtenstatut der Kommission enthält ja den Satz, dass die Kommissionsbeamten nicht unter der Weisung anderer Beamten arbeiten dürfen. Das würde bedeuten, dass im Europäischen Auswärtigen Dienst sozusagen nur die Kommissionsbeamten Weisungen erteilen könnten und die Diplomaten aus den Mitgliedstaaten das ausführen müssten. Das darf nicht sein. Hier erhoffen wir uns von der Bundesregierung in diesem Jahr sehr klare Schritte; denn die Weichen für den Europäischen Auswärtigen Dienst werden jetzt gestellt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP:  
Sehr wichtiger Punkt!)

Zur Ergänzung. Hier geht es nicht nur um den klassischen diplomatischen Dienst. Kommissionsbeamte, die überall in der Welt sind, sind sicher sehr gut im Dechiffrieren der europäischen Vorlagen. Sie erhalten in Zukunft aber neue Aufgaben: Sie müssen den EU-Bürgern in den verschiedenen Teilen der Welt konsularischen Schutz gewähren; sie müssen für Bürger gute Dienste leisten. Das ist etwas, was unsere Beamten im diplomatischen Dienst sehr viel besser können, weil sie in diesem Bereich mehr Erfahrung haben. Auch deshalb kann und darf es nicht sein, dass wir im zukünftigen Auswärtigen Dienst einen Durchmarsch der Brüsseler Beamten zulasten der Dienste der Mitgliedstaaten erleben. Lassen Sie mich als letzten Punkt den Haushalt ansprechen; auch das spielt im Strategieprogramm der Kommission eine Rolle. Im nächsten Jahr steht die Generalrevision des Haushalts voraussichtlich in Form einer politischen Absichtserklärung an. Wir alle wissen,

dass diese vorentscheidend sein wird. In ihrer Stellungnahme zur Haushaltsrevision fordert die Bundesregierung weiterhin ein Verschuldungsverbot für die EU. Ich fände es sehr schön, wenn sich diese Haltung, die die Bundesregierung gegenüber Brüssel so deutlich an den Tag gelegt hat, auch in ihrer Politik in Deutschland wiederfinden würde. Ein Verschuldungsverbot brauchen wir nicht nur in Brüssel. Wir brauchen es auch in Berlin. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Bundesregierung ergreift Herr Staatsminister Günter Gloser das Wort.

Günter Gloser, Staatsminister für Europa:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich greife gleich Ihre Vorschläge auf, Staatsminister Günter Gloser

Herr Kollege Link. Ich denke, wir brauchen hier gar nicht getrennt marschieren; denn genau über die Bereiche, die Sie angesprochen haben, wird auf der Brüsseler Ebene verhandelt.

Ihr erster Punkt betraf die Sprache. Kollege Bergner hat ja auch noch einmal deutlich gemacht, dass wir, wenn nicht realisiert wird, was wir gefordert haben – eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache –, an bestimmten Besprechungen nicht teilnehmen werden.

In diesem Punkt stimmen wir überein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir sollten hier deshalb keinen Popanz aufbauen. Ich könnte Ihnen aufzählen, wer alles diesbezüglich in Brüssel vorstellig geworden ist; und Herrn Orban wurde ja, als er hier im Ausschuss war, deutlich gemacht, was das Parlament vorhat. In dieser Frage haben Sie die Regierung also auf Ihrer Seite.

Auch bezüglich des zweiten von Ihnen angesprochenen Punktes, nämlich die Ausgestaltung des Auswärtigen Dienstes, haben Sie recht. Sie haben all die Themen angesprochen, über die diskutiert wird. Auch hier herrscht Konsens. Wir wollen kein Über- und Unterordnungsverhältnis.

Wir wollen einen Europäischen Auswärtigen

Dienst mit gleichberechtigten Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern. Auch das ist kein Streitpunkt.

Schließlich haben Sie ja in Ihrem letzten Punkt herausgestellt,

dass wir eine entsprechende Stellungnahme

abgegeben haben. Ich glaube, das ist eine wichtige

Grundlage für den Prozess der Beratungen zum Midterm-

Review. Ihre sich daran anschließende Forderung

für die nationale Ebene ist jetzt allerdings nicht Gegenstand der Debatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsplanung macht deutlich, wie viele Bereiche unseres täglichen Lebens durch ganz bestimmte Vorhaben beeinflusst werden. Deshalb halten wir von der

Bundesregierung es für richtig – das haben wir ja auch

immer wieder ganz bewusst festgestellt, und das haben

auch alle Verfassungsorgane in den letzten Jahren gemerkt

–, dass man sich früh- bzw. rechtzeitig in die Prozesse

einbringt, um die entsprechenden Mitwirkungs- und

Kontrollrechte wahrzunehmen. Ich möchte zugleich

herausstellen, dass die Vereinbarung, die der Bundestag mit der Bundesregierung geschlossen hat, ihm bessere Möglichkeiten bietet, als viele andere Parlamente haben, um diese Instrumente zu handhaben.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist diese Arbeitsplanung etwas abgespeckt. Die Kommission ist ja nur noch einige wenige Monate im Amt.

Diese Arbeitsplanung ist aber auch dadurch geprägt - das haben wir an anderer Stelle auch schon einmal gesagt -, dass in den nächsten Monaten ein sehr wichtiger Prozess in der Europäischen Union zu gestalten ist, der hoffentlich erfolgreich abgeschlossen werden kann, nämlich die Ratifizierung des europäischen Reformvertrages. Wir alle wollen ja, dass dieser am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Wir sollten deshalb mit Gesetzgebungsvorhaben, die möglicherweise zu Konflikten führen und andere Entscheidungen wieder beeinflussen, zurückhaltend sein. Ich glaube, das hat die Kommission auch in ihrer Arbeitsplanung entsprechend berücksichtigt. Wichtig ist, dass wir die Themen, die bei den Frühjahrsgipfeln im letzten und in diesem Jahr eine wichtige Rolle gespielt haben, nämlich die Dossiers zum Klima- und Energiepaket, in den nächsten Monaten zu einem Abschluss führen.

Ich glaube aber auch, dass der Frage einer besseren Rechtsetzung - Herr Dörflinger hat es ja schon angesprochen - große Bedeutung zukommt. Bei jedem neuen europäischen Vorhaben und Projekt müssen wir uns fragen, mit welchem Aufwand diese durchgeführt werden können. Jedem Vorhaben und Projekt sollte deshalb eine gründliche Folgenabschätzung vorausgehen, damit nicht die Bürgerinnen und Bürger und Institutionen darüber klagen - ich weiß aus vielen Gesprächen, dass sie das zu Recht tun -, welcher Aufwand für sie damit verbunden ist, wenn sie an einem Projekt mitarbeiten wollen. Die Kommission hebt ferner den Ansatz einer bürgernahen Politik hervor. Das ist wichtig, denn nur so können wir es schaffen - das wünschen wir uns ja alle -, dass die Beteiligung an den Wahlen beispielsweise zum Europäischen Parlament besser wird.

Von enormer Wichtigkeit ist für die Bundesregierung, dass bei jedem Vorhaben die Frage nach dem europäischen Mehrwert und nach der Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip gestellt wird.

Es gibt also eine Menge europäische Themen, aber nicht jedes Thema, das auf der Agenda steht, ist unbedingt ein europäisches Thema. Es gibt viele Themen, die wir auf nationaler Ebene lösen müssen. Ich spreche da wohl auch in Ihrem Namen, wenn ich sage, dass wir ein ganz besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der EU-Agenturen richten müssen. Ich weiß, das ist ein viel erörtertes Thema, auch hier im Parlament. Dazu hat die Kommission eine Mitteilung vorgelegt, die wir aktiv zu einer Debatte nutzen sollten.

Einen anderen Punkt möchte ich kritisch ansprechen.

Wir verfolgen mit Aufmerksamkeit die europäische Entwicklung im Bereich der Antidiskriminierung. Bevor auf EU-Ebene weitere Richtlinien hierzu erlassen werden, müssen wir zunächst einmal prüfen, ob die bereits vorhandenen

Richtlinien und die Gesetze, die wir dazu erlassen haben, wirksam angewendet werden; erst dann können wir die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Ein weiterer Punkt. Kritisch sehen wir – das spiegelt auch ein wichtiges Thema in unserer Präsidentschaft, nämlich der Bereich der Sozialpolitik – die nicht angemessene Zurückhaltung der Kommission im Bereich Sozialpolitik. Wenn wir eine Stärkung des sozialen Europas wollen, dann sollte das auch in der Strategieplanung entsprechend hervortreten.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt. Ich glaube, bei alledem, was wir in den nächsten Wochen hier zu gestalten haben, ist es auch Staatsminister Günter Gloser

wichtig, das im Blick zu behalten, was wir zur finanziellen Vorausschau gesagt haben. Auf dieser Grundlage, die wir auch in Brüssel eingebracht haben, können wir mit der Unterstützung des Parlaments die richtigen Weichen stellen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Fraktion Die Linke spricht der Kollege Alexander Ulrich.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bundesregierung schreibt in ihrer Stellungnahme zur Strategieplanung: Die Stärkung des sozialen Europas tritt nicht deutlich genug hervor. – In einem Land, in dem die Armut zunimmt, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Aufschwungs eine negative Lohnentwicklung haben, in dem Rentnerinnen und Rentner von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden, erlaubt sich die Bundesregierung so eine Stellungnahme. Wie soll denn ein soziales Europa entstehen, wenn die Menschen mit diesem Europa stagnierende Löhne, Massenarbeitslosigkeit, Zunahme der Armut, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Steuerdumping verbinden?

Weder die Kommission noch die Bundesregierung machen konkrete Vorschläge für ein soziales Europa.

Die Strategie zielt weiterhin darauf ab, die Interessen der Konzerne und Banken umzusetzen.

Am Wochenende haben in Ljubljana über 30 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter auch vom

Deutschen Gewerkschaftsbund, für ein soziales Europa

demonstriert. DGB-Chef Sommer hat gesagt, mit diesem

Europa könne man die Menschen nicht für ein soziales

Europa gewinnen. Sie haben dort auch gegen die Europäische

Zentralbank und die Finanzminister der einzelnen

Länder demonstriert. Die gestrige Entscheidung hat

wieder gezeigt, dass es notwendig wäre, dass die Kommission

in ihre Strategie aufnimmt, die Europäische

Zentralbank zu demokratisieren. Denn es ist arbeitsmarktpolitisch

nicht vertretbar, dass man – im Gegensatz

zu Amerika, das sich hier einmal zum Vorbild nehmen

könnte – nur auf Inflationsbekämpfung, nicht aber

auch auf Wachstum und Beschäftigung setzt.



(Beifall bei der LINKEN - Dr. Stephan Eisel  
[CDU/CSU]: Unabhängigkeit mögen Sie  
nicht, oder?)

Die Kommission will im Vorfeld der Europawahlen  
die Kommunikation verbessern, unter dem Stichwort:  
„Europa vermitteln“. Man kann nur sagen: Viel Spaß dabei!  
Da werden wieder millionenfach Flyer und Broschüren  
gedruckt, die ein Europa beschreiben, das es in  
der Wirklichkeit nicht gibt. Viel besser wäre es gewesen,  
die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, zum Beispiel,  
wie es die Linke fordert, durch einen europaweiten  
Volksentscheid über die Lissabon-Verträge.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Gegen die  
Verträge, meinen Sie?)

Nur durch solche Maßnahmen und mehr Bürgerbeteiligung  
kann man die Menschen für Europa gewinnen. Es  
ist sehr interessant, dass Sie, Herr Steenblock, auch in  
dieser Woche im Ausschuss gesagt haben, Sie seien für  
mehr direkte Demokratie. Aber wenn es um eine konkrete  
Sache geht, halten sich auch die Grünen davon  
fern. Es wäre gut, wenn man die direkte Demokratie  
auch dann wagen würde, wenn man nicht genau weiß,  
wie die Bürgerinnen und Bürger entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kommission betont in ihrer Strategie die ungute  
Entwicklung der Finanzmärkte sowie der Rohstoffpreise.  
Der Schlussfolgerung der Kommission, die  
Strukturreformen müssten fortgesetzt werden, können  
wir zustimmen. Allerdings brauchen wir ganz andere  
Strukturreformen, als sie der Kommission vorschweben.  
Der IWF befürchtet eine Systemkrise der Finanzmärkte  
und die Vernichtung von 1 Billion US-Dollar.  
Das blinde Vertrauen überforderter Politiker in Finanzinvestoren  
und Manager öffentlicher Landesbanken war  
nicht gerechtfertigt. Die Kommission sollte daher Initiativen  
zur Regulierung der Kapitalmärkte ergreifen.  
Die Finanzkrise hat aber auch Ursachen in der realen  
Wirtschaft und Europa. Kommission und Bundesregierung  
haben sich viel zu lange geweigert, sich dafür auszusprechen,  
dass auch der größte Binnenmarkt der Welt  
Verantwortung für die globale Entwicklung übernimmt.  
Die USA waren unter dem Druck der Handelsbilanz  
überfordert.

Die Aufwertung des Euro ist auch eine Folge der manischen  
deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Was ist das?  
Was war das? - Lachen des Abg. Dr. Stephan  
Eisel [CDU/CSU])

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine  
Kleine Anfrage der Linken bestätigt, dass die Ursachen  
der Währungsturbulenzen die Ungleichgewichte im Außenhandel  
sind.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sie wissen  
doch gar nicht, was Markt ist!)

Was fällt der Regierung dazu ein? Der Export muss noch  
wettbewerbsfähiger werden - und dies vor dem Hintergrund  
einer drohenden Weltwirtschaftskrise. Mit Verlaub:  
Dies ist mit den Gesetzen der Logik nicht mehr zu  
vereinbaren.

(Kurt Bodewig [SPD]: Das gilt auch für Ihre

Rede!)

Die Entwicklung der Rohstoffpreise hat gezeigt: Der Wettbewerb auf den Energiemärkten und die deutsche Ordnungspolitik sind gescheitert. Die teuren Energienetze sind ein natürliches Monopol. Sie gehören in die öffentliche Hand, damit sich private Konzerne nicht weiter auf Kosten unserer Volkswirtschaft bereichern.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wie in der DDR! Da hat es sich „bewährt“! – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Da kann man gleich alle Klischees abarbeiten!)

Nur so kann der Staat überhaupt wieder Einfluss auf die Energiepolitik und den Klimawandel nehmen.

Zu Recht befürchtet die Kommission, dass die nationalen Einnahmen aus dem Emissionshandel zur Subvention von CO2-intensiven Unternehmen missbraucht werden. Wir benötigen daher eine Ausweitung des europäischen Anteils an den Einnahmen, um mit diesem Geld im großen Stil regenerative Energien in Europa zu fördern. Die CDU/CSU sollte nicht dagegen argumentieren. Denn sogar Herr Koch will Hessen zu einem Musterland für regenerative Energien machen. Sie könnten seinem Beispiel im Bundestag folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Galileo-Projekt ist die Fortsetzung des Transrapid mit anderen Mitteln. Es werden 3,4 Milliarden Euro für ein überflüssiges Spielzeug der Kommission ausgegeben, das durch GPS II längst überholt wurde.

Lassen Sie mich zum Ende noch etwas zum „Rüffert-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs sagen. Nun darf bei öffentlichen Aufträgen maximal der Mindestlohn verlangt werden. Der Mindestlohn wird so zum Höchstlohn.

Der Vorsitzende der IG BAU, Wieseberg – die Kollegen von der SPD sollten ihn noch kennen; denn er war in der vorletzten Legislaturperiode noch Mitglied ihrer Fraktion –, hat dies zu Recht Raubtierkapitalismus genannt, der die Menschen von Europa entfremdet.

Wir unterstützen daher den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen

Parlament, Schulz, die europäischen Verträge zu ergänzen.

Angesichts dieses Vorschlags ist meine Bitte, dass in 14 Tagen die „ganz große“ Koalition aus FDP, Grünen, CDU/CSU und SPD nicht mit der Ratifizierung der Lissabonner Verträge ein unsoziales Europa zementieren sollte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Rainer Steenblock hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Strategieplanung der EU umfasst eine ganze Reihe von wichtigen Punkten, die die Interessen, zum Teil auch die Bedürfnisse und Ängste der Bürgerinnen und Bürger in Europa widerspiegeln. Wachstum und Beschäftigung, Bekämpfung des Klimawandels, der Bereich der Energiepolitik bzw. der Energieaußenpolitik der Europäischen Union, die Migration sowie die Sicherheit der

Bürgerinnen und Bürger sind Themen, die im Zentrum der Strategieplanung der Europäischen Union stehen. In den Details mögen wir dazu kontroverse Diskussionen führen.

All diese Punkte sind wichtig. Aber ich will mich auf zwei Punkte konzentrieren, die aus unserer Sicht in diesem Katalog fehlen.

Erster Punkt. Die Strategieplanung geht zu wenig auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein. Wir alle wissen: Wenn wir die Globalisierung mitbestimmen wollen, dann können wir das nicht als Nationalstaat, sondern nur als Europäische Union tun. Deshalb ist die im Reformvertrag angelegte Konzentration auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein ganz zentraler Punkt. Die Kommission ist dafür zu kritisieren, dass sie das nicht stärker in den Fokus ihrer Politik stellt. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir als Deutscher Bundestag haben an dieser Stelle ein gemeinsames Interesse, auch wenn wir nicht in allen Fragen einer Meinung sind.

Ein gemeinsames Interesse haben wir auch an dem zweiten Punkt, der für mich genauso wichtig ist. Er wurde bereits von Staatsminister Gloser und von dem Kollegen Ulrich zu Recht angesprochen. Wir alle kennen die Debatten aus Frankreich über den damaligen Verfassungsvertrag.

Wenn man in Europa in dieser Situation nicht auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit eingeht und sie nicht in das Zentrum der Politik stellt, dann unterstützt man die populistische Kampagne, die von einigen gegen die Europäische Union gefahren wird. Deswegen brauchen wir die Sozialpolitik als eine wesentliche Säule der europäischen Politik im Rahmen der Strategieplanung. Da muss das stärker verankert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat das zu Recht kritisiert. Sie hat aber keinen einzigen eigenen Vorschlag gemacht, wie das zu realisieren wäre.

Die Lissabon-Strategie, die wir alle mitgetragen haben - die Trias von Ökonomie, Ökologie und Sozialem -, wird an dieser Stelle auf eine ökonomische Wachstumsstrategie reduziert. Das gehört zwar dazu, reicht aber nicht aus, um die Bürgerinnen und Bürger für die Europäische Union zu gewinnen. Die EU schreibt in ihrer Strategieplanung, dass die Förderung einer nachhaltigen Sozialreform weiterhin im Zentrum der politischen Agenda der Union steht. Das ist richtig. Wenn man aber schaut, was im Zentrum steht, stellt man fest, dass da, wenn überhaupt, nur Nebel ist - manchmal nicht einmal das. Es kann nicht sein, dass wir dem populistischen Vorurteil, dass Europa eine unsoziale und neoliberale Veranstaltung ist, Vorschub leisten. Gegen dieses Vorurteil kämpfen wir schließlich.

Herr Ulrich, in Ihre Richtung will ich ganz deutlich sagen: Konkrete Entscheidungen der Kommission zu kritisieren, heißt für uns nicht, die Europäische Union zu verdammen, verantwortlich zu machen und als Konstruktion infrage zu stellen - überhaupt nicht. Wir brauchen

diese Integration. Die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission spiegeln die Wahlergebnisse in Europa wider. Diese Mehrheitsverhältnisse gefallen mir zwar überhaupt nicht, aber deshalb lehne ich doch nicht die Europäische Union, den Integrationsansatz und den Reformvertrag ab, mit dem man versucht, die Sache besser zu machen. Vielmehr kämpfe ich für die entsprechenden politischen Mehrheiten in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten  
der FDP)

Das ist das, was uns unterscheidet. Aus der Kritik, dass Europa nicht in ausreichendem Maße sozial ist, leiten Sie die Forderung nach einer Renationalisierung der Politik ab. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Wir brauchen die europäische Integration als Antwort auf alle sozialen Fragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie haben die direkte Demokratie angesprochen. Die Grünen und auch die Sozialdemokraten haben sich in der vergangenen Legislaturperiode dafür ausgesprochen, die direkte Demokratie in Deutschland zu stärken, und entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt. Wir haben leider keine Mehrheit dafür bekommen. Ich bin aber dagegen - das habe ich Ihnen im Ausschuss schon gesagt; ich sage es aber noch einmal -, das Instrument der direkten Demokratie für eine populistische Anti-EU-Kampagne zu missbrauchen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Eines möchte ich noch sagen: Es ist gut, dass wir hier über die Strategieplanung und die Stellungnahme der Bundesregierung dazu diskutieren. Ich hoffe, dass das Interesse an diesen Debatten im Deutschen Bundestag noch stärker wird. In einem Punkt unterstützen wir die Kommission aber ausdrücklich: Sie plant eine Informationskampagne über die sozialen Elemente der Grundrechtecharta. Das ist genau der richtige Weg. Wir müssen über die positiven Entwicklungen sprechen, die mit dem Reformvertrag in Gang gesetzt wurden - und die Grundrechtecharta gehört nach Meinung aller Fraktionen zu den positiven Entwicklungen -; denn dann gewinnen wir das Vertrauen der Menschen zurück.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Thomas Silberhorn hat jetzt das Wort für die CDU/  
CSU-Fraktion.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu der Strategieplanung der Kommission möchte ich zunächst eine sehr grundsätzliche Anmerkung machen:

Diese Diskussion steht in einem sehr engen Zusammenhang mit der Überprüfung des EU-Finanzsystems, die in diesem Jahr einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Kommission ist und auch im nächsten Jahr sein wird.

Die Kommission beschreibt neue politische Herausforderungen und die Schwerpunkte der künftigen EUPolitik.

Ich meine, wir müssen aufpassen, dass wir nicht eine von realen Zahlen weitgehend losgelöste Diskussion führen. In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen politische Prioritäten im Haushaltsverfahren festgelegt werden. Nur in der Europäischen Union läuft es umgekehrt: Wir reden abstrakt über politische Aufgaben, und die Rechnung wird hinterher präsentiert. Was fehlt, ist eine Verknüpfung von Strategieplanung und Aufstellung des Haushaltes. Das ist eine Aufgabe, der wir uns in der Europäischen Union, vielleicht auch im Deutschen Bundestag stärker stellen müssen. Wir müssen die Finanzierungslasten gerechter auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verteilen.

Ich plädiere dafür, dass wir an der Beitragsfinanzierung festhalten, die Beiträge aber nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bemessen und strenge Obergrenzen für die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union festlegen. Das hat natürlich Auswirkungen auf eine Strategieplanung der Europäischen Kommission.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass das Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen beachtet wird, dass die Europäische Union sowohl in der Haushaltsplanung als auch in der Strategieplanung nur dort tätig wird, wo wir ihr Aufgaben übertragen haben, und Personal und Finanzmittel nicht an anderen Stellen einsetzt. Das heißt, die Subsidiarität muss auch in der Strategieplanung und in der Haushaltspolitik ihren konkreten Niederschlag finden.

Ich will als Beispiel den Europäischen Auswärtigen Dienst nennen. Er ist erst möglich, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Deswegen staune ich, dass sich die Regierungen der Mitgliedstaaten das Ziel gesetzt haben, den Europäischen Auswärtigen Dienst bereits dann funktionsfähig bereitzustellen, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, der ja erst die Voraussetzung dafür schafft, den Europäischen Auswärtigen Dienst zu organisieren.

Ich sehe, dass sich Deutschland dieser Debatte nicht ganz wird entziehen können. Ich möchte dazu doch die Anmerkung machen, dass ich von allen Regierungen etwas mehr Respekt vor den nationalen Parlamenten und vor denen, die den Vertrag von Lissabon ratifizieren, erwartet hätte. Ich meine, dass die auswärtigen Dienste in der Europäischen Union zunächst einmal alle Hände voll zu tun haben, um dazu beizutragen, dass der Vertrag von Lissabon tatsächlich zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich plädiere dafür, dass wir die Verlässlichkeit der mittelfristigen Finanzplanung in der Europäischen Union wahren. Die finanzielle Vorausschau ist einstimmig verabschiedet worden. Sie darf im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung durch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit nicht revidiert werden, insbesondere nicht zulasten der Zahlerländer, die sich in der Minderheit befinden. Dazu gehört, dass die Flexibilitätsinstrumente, mit denen der Finanzrahmen begrenzt erhöht werden kann, auf absolute Ausnahmefälle beschränkt

bleiben. Ich weise darauf hin, dass der Vertrag von Lissabon schon bei der Verabschiedung der Finanziellen Vorausschau in Diskussion stand, damals noch als Verfassungsvertrag. Deswegen ist alles, was in diesem Vertrag steht, in der Finanziellen Vorausschau bereits berücksichtigt und darf nicht mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zu neuen Ausgabeorgien führen. Lassen Sie mich, da Herr Bergner anwesend ist, einige Sätze zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sagen. Ich glaube, wir müssen auch hier sehr darauf achten, dass die Europäische Union ihre Kompetenzen wahrt. Wir sehen, dass Zuwanderung und Integration Themen gemeinsamen europäischen Interesses sind. Aber der Zugang zum Arbeitsmarkt muss in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben. Ich begrüße es, dass wir uns das Ziel setzen, das europäische Asylsystem bis 2010 zu vollenden. Wir müssen aber darauf achten, dadurch nicht eine neue Bürokratie aufzubauen. Die Unterstützungsagentur, die im Ergebnis ein Eingriff in die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten wäre, lehne ich ab. Wir werden an anderer Stelle Gelegenheit haben, im Bundestag darüber zu diskutieren. Auch hier muss klar sein: Die Asylverfahren müssen in nationaler Kompetenz verbleiben. Über die Speicherung von Fluggastdaten ist erst gestern in diesem Hause diskutiert worden. Fraglos müssen wir mehr gegen die erhöhte Terrorgefahr unternehmen. Aber ebenso ist fragwürdig, in welchem Umfang und mit welcher Dauer die Speicherung von Fluggastdaten entsprechend dem Vorschlag vorgenommen werden soll. Ich meine, wir müssen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sehr ernst nehmen. Abschließend plädiere ich dafür, dass die Strategieplanung nicht zu einer Art Aktionismus der Kommission führt, die gerade noch ein Jahr im Amt ist. Es kann doch nicht sein, dass diese Kommission eine Fülle von neuen Richtlinien und Verordnungen vorschlägt, mit denen die gesamte Legislaturperiode der nächsten Kommission bereits weitgehend mitbestimmt wird. Im nächsten Jahr ist die Wahl zu einem neuen Europäischen Parlament, das übrigens darüber beschließen wird, wie die eigene Arbeit fortgeführt werden soll.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Deswegen plädiere ich dafür, dass sich die Kommission daran ein Beispiel nimmt und über den Wegfall noch offener Vorhaben entscheidet, wenn eine neue Kommission ins Amt kommt. Wir sollten schon jetzt darauf hinwirken, dass die neue Kommission, die im nächsten Jahr antritt, das Prinzip der Diskontinuität anwendet,

-

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

- so wie wir es hier in unserem Hause kennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Steffen

Reiche.

Steffen Reiche (Cottbus) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

So singulär, so weltweit einzigartig, innovativ und vorbildlich die Europäische Union als handlungs-, ja regierungsfähiger Staatenverbund ist, so singulär, innovativ und vorbildlich ist auch ihr Verfahren der Administrations- bzw. Regierungsplanung. Uns erscheint es selbstverständlich, ja alternativlos. Das ist es auch - für die EU.

Ich will uns aber daran erinnern und uns bewusst machen, dass das etwas Besonderes ist. Denn weder die USA noch China, Indien, Brasilien oder Russland kennen etwas Vergleichbares. Zu Recht kann man einwenden, dass es sich bei diesen Ländern bis auf die USA nicht um etablierte Demokratien handelt. Aber auch dann, wenn man sich die Situation in etablierten Demokratien, in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland, ansieht, stellt man fest: Fehlanzeige. In diesen Staaten gibt es nur Wahlprogramme, Koalitionsverträge und Regierungserklärungen, aber keine Strategiekonzepte, über die von Februar bis Oktober eines Jahres, also circa acht Monate, von allen Beteiligten diskutiert wird und die dann die Grundlage für ein Jahr gemeinsamer Regierungsarbeit bilden. Daran sind der Europäische Rat und das EU-Parlament beteiligt, intensiver als bisher aber auch die nationalen Parlamente und die europäische Zivilgesellschaft. Die Strategieplanung für eines der vermutlich wichtigsten Jahre der Europäischen Union liegt uns nun vor. Das Jahr 2009 ist im Hinblick auf die Strukturen der Europäischen Union sozusagen ein Schaltjahr. Denn dann tritt die größte Reform der EU in Kraft. Die EU wird erstmals Rechtssubjekt. Aufgrund der stärkeren Beteiligung des Europäischen Parlaments werden neue demokratische Strukturen gelten. Neue Politikgebiete werden einbezogen. So wird zum Beispiel die Rechts- und Innenpolitik stärker als je zuvor einbezogen und in weiten Teilen vergemeinschaftet. Darüber hinaus gibt es eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Drei bewährte Spitzenfunktionen werden neu vergeben: die Ämter des Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Kommissionspräsidenten und des NATO-Generalsekretärs; das zuletzt genannte Amt betrifft zwar nicht direkt eine Entscheidung der EU, aber das sollte als großes Paket betrachtet werden. Außerdem werden zwei Ämter erstmals besetzt und durch ihre ersten Amtsinhaber geprägt: das des Ratspräsidenten und das des Hohen Vertreters oder, wie wir gerne sagen würden, das des EU-Außenministers. Das wird der EU, aber auch ihren Institutionen neuen Schwung verleihen. Die EU will und wird im Jahre 2009 besser und bürgerorientierter sein, weil sie erstmals - das ist Teil des Lissabon-Vertrages - nicht mehr als Gemeinschaft der Nationen, sondern als Gemeinschaft ihrer Bürger verstanden wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wahlen eines neuen Europäischen Parlaments stehen an, und Europa wird stärker als je zuvor gefragt sein, nicht nur den Frieden zu erhalten, sondern auch die

Globalisierung zu gestalten. Sie von der Linken verlangen das zu Recht von der EU. Sie verweigern ihr aber die dafür notwendigen Instrumente. Denn der Lissabon-Vertrag ist ein besseres und geeigneteres Instrument als die bisherigen Verträge, um genau das zu erreichen, was Sie zu Recht verlangen. Es ist infam, etwas zu verlangen, aber nicht bereit zu sein, die notwendigen, aber noch nicht weit genug entwickelten Instrumente dafür zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Rawert

[SPD]: Wir wollen das tun!)

2009 wird ein entscheidendes Jahr. Denn nicht nur der Lissabon-Vertrag, sondern auch der Lissabon-Prozess kommt an einen wichtigen Punkt. Im Jahre 2010 wird das Ziel der EU, größter und stärkster Wirtschaftsraum der Erde zu sein, entweder erreicht oder nicht erreicht. Aufgrund der Schwäche der Mitbewerber, der USA und Japans, ist es möglich, dass die EU die stärkste Wirtschaftsregion der Welt wird.

Im Jahre 2008 und erst recht im Jahre 2009 müssen wir aber auch mit einer Weltwirtschaftskrise rechnen: 1 Billion Dollar Miese und ein beispielloser Verfall des Dollars, der Euro schnellst von einem Allzeithoch zum nächsten. Man kann sich auf eine solche Situation schlecht vorbereiten - das ist mir bewusst -, aber man muss damit rechnen, dass der Euro Weltleitwährung werden könnte und dass dadurch für EZB und EU ganz neue Herausforderungen entstehen.

Wir müssen das, womit im Jahre 2008 begonnen wurde, im Jahre 2009 finalisieren, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Wir haben durch eine Überprüfung der Agrarpolitik, dem sogenannten Health Check, für die Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzflüsse in der Europäischen Union neue Chancen. Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft verbessert sich unerwartet gut und insofern auch die Möglichkeit, hier wirklich etwas zu verändern. Die Eigenmittel werden neu überprüft. Die SPD hat dazu Vorschläge gemacht und wird sie der EU in der Hoffnung zur Kenntnis geben, dass manches von dem berücksichtigt wird.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das sind gute Vorschläge!)

Die EU hat mit guten Vorschlägen, großem Druck und einseitigen Vorleistungen dazu beigetragen, dass das Kioto-Protokoll verabschiedet werden konnte. Gerade in 2009 ist die EU ähnlich in der Verantwortung, in Bezug auf den Post-Kioto-Prozess, also in Bezug auf den Prozess, der in Bali begonnen hat, Vorschläge zu machen und mit Vorleistungen dafür zu sorgen, dass die anderen Staaten mit uns gemeinsam den Klimawandel bekämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine andere zentrale Herausforderung ist es, spätestens in 2009 die Doha-Welthandelsrunde zu einem guten Ende zu bringen. Kein Wirtschaftsraum wie der nach dem Lissabon-Prozess erfolgreich gestartete Europäische Wirtschaftsraum wird davon so sehr profitieren und hat daran so großes Interesse und davon zugleich so große Vorteile. Das heißt, wir müssen mit einem vertretbaren Maximum an Zugeständnissen einen Kompromiss erzielen und damit einen Abschluss der Welthandelsrunde



ermöglichen.

Darüber hinaus sind mir mehrere Punkte wichtig: Die Bürger Europas sollen und müssen an die erste Stelle rücken. Die EU wird Rechtssubjekt. Nach dem Lissabon-Vertrag sind mehr als bisher die Bürger das Ziel der Politik. Sie sind das Zentrum der Politik der Europäischen Union. Sie und nicht die Nationen sind der Grund, weshalb die Europäische Union gebildet worden ist. Das muss das Handeln aller Institutionen der nationalen Akteure in erster Linie prägen, sodass sie nicht zuallererst nach dem nationalen Mehrwert schauen, sondern das europäische Interesse im Auge haben. Die Erfahrungen von 50 Jahren Europäische Union haben gezeigt: À la longue nutzt das europäische Interesse den Nationen am allermeisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das soziale Europa muss gestärkt werden. Ich sage Ihnen klar zu: Wir werden wie bisher auf die Worte von Herrn Schulz hören, wenn Sie uns versprechen, wenigstens auf jedes zweite Wort von Frau Kaufmann zu achten, weil sie vieles sagt, was man berücksichtigen sollte.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

Lieber Kollege Link, die deutsche Sprache muss auch in Zukunft neben dem Englischen und dem Französischen als Arbeitssprache gelten. Pacta sunt servanda; das ist klar. Aber Englisch hat sich eben im Siebenjährigen Krieg, den die Briten an der Seite von Preußen gewonnen haben, als Lingua franca durchgesetzt. Daran werden wir auch mit dieser berechtigten Forderung nichts ändern.

Was in diesem Arbeitsprogramm bzw. dieser Strategieplanung bisher fehlt, aber im Oktober angegangen werden muss, ist - das ist mir ganz wichtig - die Fortsetzung des Minsk-Prozesses mit großem Engagement. Wir haben ein Zeitfenster, diesen Minsk-Prozess in Bezug auf die Staaten des Südkaukasus zu einem guten Abschluss zu bringen. Wie stark der Tibet-Konflikt die Olympischen Spiele in Peking beeinflusst, erleben wir zurzeit. 2012 finden die Olympischen Spiele in Sotschi statt. Abchasien liegt davon nur 30 Kilometer entfernt, etwas weiter Südossetien. Das heißt, für dieses Problem muss gemeinsam mit Russland in 2009 eine Lösung gefunden werden.

Wir brauchen ferner eine Lösung - auch dafür findet sich ein einmaliges Zeitfenster - für den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Wir müssen bei all dem stärker als bisher die Zivilgesellschaft einbeziehen. Das heißt, wir brauchen mit diesen zwei Staaten ein neueres, besseres Visaabkommen. Mit Freude und Stolz sollten wir diesen Prozess bis Oktober in Deutschland organisieren; denn wir als Bürger und wir als Politiker sind Teil eines in der Welt singulären Prozesses. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Link [Heilbronn] [FDP])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Abschluss der Debatte erteile ich dem Kollegen Dr. Joachim Pfeiffer für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aus der Strategieplanung 2009 der EU-Kommission einen Punkt herausgreifen, der zukünftig sicherlich im Mittelpunkt der Überlegungen stehen wird, und zwar die Energiepolitik. Die Energiepolitik spielt in den Strategieplanungen zu Recht eine Rolle, obwohl die Europäische Union für die Energiepolitik keine originäre Zuständigkeit hat. Ihre Kompetenzen werden bisher aus der Zuständigkeit für den Binnenmarkt oder für den Umweltbereich abgeleitet. Erst mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wird die Energiepolitik als geteilte Zuständigkeit auch bei der EU entsprechend verankert sein.

Aus der Sicht der Unionsfraktion gibt es zwei zentrale Handlungsfelder, die eigentlich ganz unterschiedliche Lösungsansätze erfordern: zum einen die Strategie nach außen, zum anderen die Strategie nach innen. Ich will versuchen, anhand einiger Beispiele die Handlungserfordernisse zu beschreiben. Energiepolitisch wird die EU in den nächsten 10, 15 Jahren vor ganz neuen Herausforderungen stehen. Die gesamte EU befindet sich auf dem Weg in die Importabhängigkeit. In 20 Jahren wird es in Europa, von Norwegen abgesehen, keine nennenswerte Energieproduktion, Ölförderung, Gasförderung, mehr geben. Das heißt, ganz Europa wird in einer Dimension vom Import fossiler Energien abhängig, wie es Deutschland bereits heute ist.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass in vielen Ländern auf der Welt der Staat zunehmend Einfluss auf die Märkte nimmt. Ich nenne als Stichworte nur Venezuela und Russland. Das heißt, Energie wird als politisches Instrument, ja sogar als Waffe eingesetzt. Die Märkte werden zurückgedrängt, bereits unterschriebene Verträge werden nicht eingehalten bzw. man wird zur Änderung der Verträge gezwungen. So bekommen westliche, europäische Unternehmen beispielsweise in Russland Schwierigkeiten.

Die EU wird von außen nicht als Union wahrgenommen. So bekommt man, wenn man sich mit internationalen Partnern im energiepolitischen Bereich unterhält, oft zu hören, dass keiner versteht, warum mal der Kommissar, mal der Außenminister, mal die Ratspräsidentschaft kommt. Das ist alles andere als kontinuierlich. Der Weltenergieverbrauch steigt. Damit wird die Nachfragemacht Europas zurückgehen. 1970 entfielen auf die OECD-Länder 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs. Bis 2030 werden sich die Verhältnisse umgekehrt haben. Wenn wir Europäer eine Chance haben wollen, müssen wir mit einer Stimme sprechen. Die Nationalstaaten können heute nämlich nicht mehr viel ausrichten.

Was das Handeln der Europäischen Union nach innen angeht, will ich sagen, dass wir den europäischen Binnenmarkt für Strom, für Energie, für Gas vollenden müssen. Manches ist getan; aber vieles ist noch zu tun. Ich will wegen der wenigen Zeit, die mir zu reden verbleibt, nur zwei Punkte, über die wir diskutieren müssen, herausgreifen. Wir sind auf dem Weg, Souveränitätsrechte abzugeben. Das ist uns, glaube ich, noch nicht in vollem

Umfang klar. Die Vorstöße der EU in Sachen Emissionshandel und in Sachen Klimaschutzpaket werden dazu führen, dass wir dauerhaft auch auf nationalen Feldern wie der Umwelt- und Klimapolitik Souveränitätsrechte werden abgeben müssen. Wir müssen aufpassen, dass unsere nationalen Interessen in diesen Bereichen weiterhin berücksichtigt werden.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel ans Herz legen, das zeigt, dass die Bundesregierung und wir als Parlament darauf achten müssen, dass unsere nationalen Interessen Berücksichtigung finden. Beim Emissionshandel ist angedacht, dass ab 2013 im Bereich der Stromerzeugung zu 100 Prozent auktioniert wird. Das ist im Grunde richtig; wir brauchen eine europäische Allokation. Die Einnahmen werden aber nicht dem Anteil an der Stromerzeugung entsprechend unter den Mitgliedstaaten aufgeteilt. Nehmen wir als Beispiel Deutschland und Frankreich: Frankreich erzeugt seinen Strom zu 70 bis 80 Prozent aus Kernenergie. Wenn, wie geplant, die gesamten dem Emissionshandel unterliegenden Sektoren berücksichtigt werden, wird Deutschland 70 Prozent der Kosten aufbringen. Die Erlöse des Emissionshandels werden aber quasi zu gleichen Teilen zwischen Deutschland und Frankreich aufgeteilt. Es geht hier um Milliardenbeträge; ich glaube, das haben wir uns noch nicht in allen Konsequenzen klargemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt in der Energiepolitik eine ganze Reihe von Punkten, bei denen wir als Parlament gefordert sind. Auf der einen Seite müssen wir darauf hinwirken, dass die EU-Kommission die Stimme nach außen wird. Auf der anderen Seite müssen wir sehr genau darauf achten, dass unsere nationalen Interessen im europäischen Binnenmarkt berücksichtigt werden.

In diesem Sinne werden wir als CDU/CSU-Fraktion das weitere Prozedere sehr kritisch, aber konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

</ text >

< text 16158 >

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 27 a bis 27 c:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Frank Schäffler, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Keine Sozialisierung von Spekulationsverlusten

- Voraussetzungen für eine grundlegende

Reform des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors schaffen

- Drucksache 16/8771 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Frank Schäffler, Martin Zeil, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Reaktion auf die Krise der staatlichen Banken

- Drucksache 16/6998 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dr. Herbert Schui, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer,

weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE

LINKE

Sozialisierung der Verluste verhindern - Sicherungsfonds

für privaten Finanzsektor schaffen

- Drucksache 16/8888 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für

diese Aussprache 90 Minuten vorgesehen. - Ich höre

keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst

der Kollege Martin Zeil für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Martin Zeil (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! „Banken sind gefährlicher als stehende Armeen“,

wie Thomas Jefferson einmal sagte. Große Teile

der Finanzwirtschaft haben die Welt in den vergangenen

Monaten das Fürchten gelehrt. Auf der Jagd nach maximalen

Renditen wurden bei hochriskanten Geschäften

Milliarden verzockt.

(Florian Pronold [SPD]: Das sagt die

kapitalistische FDP!)

Der Internationale Währungsfonds geht davon aus,

dass weltweit ein Schaden von mindestens 1 Billion

Dollar entstehen wird. Diese kaum vorstellbare Summe

offenbart nicht nur eine verantwortungslose Spielkasino-mentalität;

erschreckend ist vor allem, dass interne und

externe Kontrollmechanismen und das Risikomanagement

derart versagt haben.

(Beifall bei der FDP)

Das Vertrauen der Menschen in das Finanzsystem ist

durch diese Machenschaften zutiefst erschüttert worden.

Ursachen und Folgen der Finanzkrise müssen dringend

aufgearbeitet werden.

Uns geht es heute um die Konsequenzen für den staatlichen

Bankensektor, also für den engeren Verantwortungsbereich

der Politik. Wir halten eine Reform des öffentlich-

rechtlichen Finanzsektors für überfällig.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP ist schon lange der Meinung, dass Vater Staat

als Banker eine Fehlbesetzung ist.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die Mehrzahl der staatlichen Banken hatte und hat nämlich

kein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell.

Hier wird das Geld des Steuerzahlers verbrannt, nicht

etwa das Geld eines Aktionärs.

Es war der Finanzminister, der aus der Förderbank

KfW eine Art Hedgefonds für seine staatliche Beteiligungspolitik

gemacht hat.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Einstieg der KfW bei der IKB war, wie wir heute

wissen, eine milliarden schwere Fehlentscheidung.

(Beifall bei der FDP)

Zur Absicherung staatlicher Banken bei Spekulationsgeschäften wurden bis heute sage und schreibe Darlehen und Garantien in Höhe von mehr als 18 Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Die vorgenommenen Wertberichtigungen belaufen sich auf mehr als 10 Milliarden Euro, die bereits eingetretenen Verluste auf mehrere Milliarden. Solche Geschäfte sind mit dem gesetzlichen Auftrag und der Zweckbestimmung öffentlich-rechtlicher Banken schlicht und einfach nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen das am Beispiel der Bayerischen Landesbank erläutern. Im Gesetz über die Bayerische Landesbank ist festgelegt, dass diese Bank die Aufgabe einer Staatsbank hat und ihre Geschäfte unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags zu führen hat. Es liegt auf der Hand, dass Spekulationen mit schwer durchschaubaren und hochriskanten Finanzprodukten wie den Subprime-Krediten ganz offensichtlich nicht zu der eben zitierten gesetzlichen Aufgabe passen. Es ist auch völlig ungeklärt, ob sich Sparkassen nach ihrer gesetzlichen Bestimmung überhaupt an einer Bürgschaft für solche Geschäfte beteiligen dürfen. Das Problem liegt in dem schleichenden Ausbau der staatlichen Banken über ihren gesetzlichen Auftrag hinaus zu international agierenden Geschäftsbanken.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Hier stellt sich auch die Frage der Verantwortlichkeit und der Überwachung. Die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien staatlicher Banken beruht natürlich auf ihrem öffentlichen Auftrag. Im Fall der Bayerischen Landesbank drückt sich das dadurch aus, dass im zehnköpfigen Verwaltungsrat fünf Vertreter der Regierung, ein Landrat und ein Oberbürgermeister sitzen. Man tritt den Herrschaften sicher nicht zu nahe, wenn man davon ausgeht, dass sie bei der Einschätzung von Risiken einer international tätigen Geschäftsbank völlig überfordert waren. Wie das Beispiel IKB zeigt, ist nicht einmal allgemeiner wirtschaftlicher Sachverstand eine Garantie für qualifizierte Kontrolle.

Der Verwaltungsrat der Landesbank beschließt die Richtlinien für die Geschäftspolitik und überwacht den Vorstand. Nach den Erfahrungen der letzten Monate gibt es in einem solchen Fall nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat der Verwaltungsrat eine Geschäftspolitik gebilligt, die von den gesetzlichen Bestimmungen nicht gedeckt war, oder die Geschäftspolitik wurde an ihm vorbei gemacht; dann hat er bei der Überwachung versagt.

(Beifall bei der FDP)

Das Ergebnis - wieder am Beispiel Bayern - ist: Risikopapiere in Höhe von 24 Milliarden Euro. Die Zahl muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 24 Milliarden Euro! Jetzt wird allein dort eine Garantie von 6 Milliarden Euro erforderlich. Steuerzahler und Sparkassen sollen für Missmanagement und mangelnde Überwachung in Haftung genommen werden, ohne dass

sie sich dagegen wehren können.

(Beifall bei der FDP)

Darum geht es in unserem Antrag: Diese Sozialisierung von Spekulationsverlusten muss verhindert werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie führt dazu, dass der Staat Leistungen nicht mehr erbringen kann, und sie engt den Spielraum für notwendige Investitionen ein. Kurzum: Die Sozialisierung von Spekulationsverlusten ist unsozial.

(Beifall bei der FDP)

Ich will es noch einmal verdeutlichen: Auf jeden einzelnen Bürger kommt ein verbrannter 100-Euro-Schein.

Was hätte man mit diesen Milliarden machen können!

Mit nur 1 Milliarde Euro könnte der Staat zum Beispiel eine Kindergelderhöhung von 5 Euro im Monat finanzieren.

Mit 1 Milliarde Euro könnte vielerorts der dringendste Bedarf an zusätzlichem Personal für unsere Schulen gedeckt werden.

„Bankraub ist eine Unternehmung von Dilettanten.

Wahre Profis gründen eine Bank“, hat der Dichter

Bertolt Brecht einmal gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Für den Bürger ist dieses Zitat durch die fahrlässige Ausweitung der Geschäfte öffentlicher Banken und wegen

der Verletzung von Kontrollpflichten durch überforderte Politiker bittere Realität geworden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Monaten haben wir uns hier zuletzt mit der leider immer noch aktuellen Finanzmarktkrise beschäftigt. Sie ist heute erneut Ausgangspunkt der Anträge von FDP und Linken. Die FDP nimmt die aktuelle Krise zum Anlass, um wieder einmal den öffentlich-rechtlichen Bankensektor infrage zu stellen. Die Linke bezweifelt gar die Funktionsfähigkeit des deutschen Einlagensicherungssystems und fordert die Einführung eines zusätzlichen Sicherungsfonds für private Kreditinstitute.

Meine Damen und Herren von der Linken, ich frage mich wirklich: Wie kommen Sie dazu, den aktuellen Einlagensicherungssystemen der deutschen Banken die Funktionsfähigkeit derart abzusprechen?

(Lachen des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Richtig ist, dass wir mit Blick auf die Anlegerentschädigung, nicht aber grundsätzlich hinsichtlich der Einlagensicherung über Reformen nachdenken müssen. Dafür hat

uns der Finanzminister Vorschläge zugesagt. Richtig ist aber auch, dass private Gelder in Deutschland so gut abgesichert sind wie in kaum einem anderen Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir also über mögliche Reformen reden, dann sollten wir das in der gebotenen Sachlichkeit tun. Die Darstellung in Ihrem Antrag, in dem Sie die Gefahr von Serienbankrotten deutscher Banken skizzieren, bedeutet Panikmache und ist unverantwortlich.

Kommen wir zu den Anträgen der FDP. Sie von der FDP stellen wieder einmal den öffentlich-rechtlichen Bankensektor infrage. Wenn ich von den Problemen einiger Landesbanken einmal absehe - darauf komme ich später noch zu sprechen - ,

(Frank Schäffler [FDP]: „Einiger“ ist gut! Fast aller!)

kann ich zur Strukturfrage nur sagen: Ich bin davon überzeugt, dass sich die breit aufgestellte Bankenlandschaft in Deutschland gerade in Krisenzeiten bewährt,

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

weil sie Risiken besser verteilt und Probleme so besser abfedern kann. Vorgänge in europäischen Nachbarländern haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine solche Abfederung zu haben, sodass es nicht zu Panik kommt, wie es in England teilweise der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ortwin Runde [SPD])

Gleiches gilt für die Struktur der deutschen Bankenaufsicht.

In den letzten Wochen hat sich gezeigt, wie wertvoll die Zusammenarbeit von Deutscher Bundesbank und BaFin auch in diesem Bereich war. Grundsätzliche Debatten über das deutsche Bankensystem und seine Aufsicht scheinen mir als Reaktion auf die Finanzmarktkrise unangebracht zu sein.

(Lachen des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Wichtiger ist es, konkrete Probleme anzugehen. Wenn wir das tun wollen, führt auf nationaler Ebene kein Weg daran vorbei, auch über die Situation der Landesbanken zu sprechen; darin gebe ich der FDP recht. Es ist ebenso richtig, dass wir darüber auch im Deutschen Bundestag diskutieren; denn es geht dabei um den Finanzstandort Deutschland insgesamt.

(Frank Schäffler [FDP]: So ist es!)

Ich gebe aber zu bedenken: Sämtliche Maßnahmen, die wir uns für die Landesbanken vorstellen könnten, liegen nicht in der Entscheidungskompetenz des Bundestages und nicht in der Entscheidungskompetenz des Bundes.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

In der Pflicht stehen allein die Eigentümer der Landesbanken, das heißt die Länder und die Sparkassenverbände.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist so!)

Verehrter Kollege Zeil, alles das, was Sie hier gefordert haben, hätten Sie zumindest in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, wo Sie als FDP an der Regierung beteiligt sind und damit auch Miteigentümerrechte an diesen Banken wahrnehmen können, schon umsetzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Da ist was dran!)

Die von Ihnen gefürchtete - ich zitiere - „interventionistische Industriepolitik zur Konsolidierung von Landesbanken“

können Sie dort selber verhindern. Sie haben der Risikoabschirmung der West-LB mit 5 Milliarden Euro aber zugestimmt;

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

sonst hätte das von der Regierung gar nicht auf den Weg

gebracht werden können. Also: Setzen Sie es da um, wo es angebracht ist, statt hier Wolkenkuckucksheime aufzubauen; denn hier können wir im Endeffekt nichts daran ändern!

(Martin Zeil [FDP]: Das Problem ist der Koalitionspartner!)  
Vor allen Dingen ist festzustellen, dass Sie damit schon den Wahlkampf in Bayern eröffnet haben.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Eröffnung war ziemlich mäßig!)

Nichtsdestotrotz verweigere ich mich nicht der Debatte über den Neustrukturierungsbedarf der Landesbanken.

Die FDP macht dafür in ihrem Antrag einen wenig überraschenden Vorschlag. Sie fordert, die Bundesregierung solle sich für eine zeitnahe Privatisierung der Landesbanken einsetzen. Damit macht es sich die FDP nicht nur leicht; sie geht auch den zweiten Schritt vor dem ersten - wenn wir einmal davon absehen, dass die Bundesregierung und damit der Bund keine Kompetenz auf diesem Gebiet haben.

Bevor wir Empfehlungen zur Art und Weise der Konsolidierung abgeben, sollten wir uns anschauen, warum einige Landesbanken überproportional stark von der aktuellen Finanzmarktkrise betroffen sind.

Die erste Antwort ist: Einige Landesbanken waren übermäßig in risikoreichen Finanzkonstrukten engagiert, weil sie nach Wegfall der Gewährträgerhaftung über keine tragfähigen Geschäftsmodelle verfügten. Risikoreichere Geschäfte sind eingegangen worden, um daraus die entsprechenden Erträge zu generieren. In der Anfangszeit fielen sicherlich die erhofften Erträge an, aber später war die Entwicklung aufgrund des erhöhten Risikos sehr negativ.

Die zweite Antwort lautet - da zitiere ich den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes -:

Der vorhandene Markt ist zu klein für sieben Landesbankenkonzerne mit den dahinterstehenden Kapazitäten. -

Das zeigt: Ja, wir brauchen eine Neustrukturierung des Landesbankensektors. Zunächst sind aber die Landesbanken selbst gefragt. Sie müssen ihre Geschäftsmodelle und Kapazitäten an die Markterfordernisse anpassen.

Erst wenn diese Hausaufgaben gemacht sind, kann sinnvoll die zweite Frage gestellt werden, nämlich die Frage nach dem Partner. Dazu sind verschiedene Szenarien denkbar: erstens Fusionen zwischen Landesbanken, zweitens der vertikale Zusammenschluss von Sparkassen und Landesbanken sowie drittens die private Beteiligung an Landesbanken. Welcher Weg dann der erfolgversprechendste ist, hängt von dem Geschäftsmodell ab, für welches sich die jeweilige Landesbank entschieden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insofern sind jetzt die Entscheidungsträger in den Landesbanken am Zug - und selbstverständlich die Länder als Gesetzgeber.

Neben den Landesbanken widmet sich die FDP in ihren Anträgen der IKB, die sie erneut fälschlicherweise als Staatsbank bezeichnet. Die FDP fordert, dass keine neuen Haushaltsmittel mehr für die Stützung der IKB sowie anderer Finanzinstitute bereitgestellt werden. Auch meine Fraktion hat sich mit der überplanmäßigen Ausgabe



für das KfW-Darlehen an die IKB schwergetan. Dennoch bleibt richtig, was schon im Spätsommer 2007 richtig war: Die Abwägung „Insolvenz oder Rettung der IKB“ machte eine Rettung notwendig, um negative Kettenreaktionen und Schäden für den gesamten deutschen Finanzmarkt zu vermeiden.

Was künftige – hoffentlich nicht zeitnah eintretende – Krisen von Finanzinstituten betrifft, kann ich zur Forderung der FDP nur sagen, dass man staatliche Stützungsmaßnahmen – verantwortungsbewusst – heute weder ausschließen noch zusagen sollte. Richtig ist: Es sollte sich niemand darauf verlassen, dass der Staat noch einmal einspringt. Ebenso ist auch richtig, dass die KfW-Anteile an der IKB verkauft werden sollten. Im Gegensatz zur FDP möchte ich die KfW im bereits laufenden Verkaufsprozess aber nicht auf einen genauen Zeitpunkt festnageln. Das wäre der Sache nicht förderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte noch einmal auf die Finanzmarktkrise zurückkommen, die Ausgangspunkt der Anträge von FDP und der Linken ist. Als wir vor gut zwei Monaten zuletzt über die Finanzmarktkrise diskutiert haben, waren wir uns einig: Die Krise erfordert eine Reaktion der Marktteilnehmer. Sie bedarf aber auch einer Antwort der Politik. Beide Seiten haben mittlerweile erste Vorschläge vorgelegt.

Von politischer Seite besonders wichtig ist der Maßnahmenkatalog der G-7-Staaten. Dieser Maßnahmenkatalog, der im Grunde auf dem Forum für Finanzmarktstabilität, an dem der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht beteiligt ist, basiert und sozusagen das 100-Tage-Programm beinhaltet, wurde von Bundesfinanzminister Steinbrück am Mittwoch im Finanzausschuss vorgestellt. Ich begrüße die Beschlüsse der G 7 und teile die Ansicht des Ministers, dass sie auch ein Erfolg deutscher Politik sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen aber auch darauf achten, dass diese Maßnahmen von angloamerikanischer Seite nachhaltig unterstützt werden. Die Zustimmung von dieser Seite darf nicht nur aufgrund der aktuellen Ereignisse erfolgen. Es muss vielmehr eine nachhaltige Einbeziehung in diesen Prozess stattfinden.

Es ist wichtig, dass die G-7-Staaten alle Finanzinstitute aufgefordert haben, sehr zeitnah sämtliche Risikopositionen offenzulegen. Nur so lässt sich die notwendige Klarheit über das Ausmaß der Krise erzielen.

Ebenso wichtig ist auch, dass die Finanzminister der G 7 eindeutig aufgezeigt haben, in welchen Bereichen mittelfristig Lehren aus der Krise zu ziehen sind. Dazu gehören ohne Zweifel der Ratingprozess, die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden ebenso wie das Kapital-, Liquiditäts- und Risikomanagement der Kreditinstitute. Auch bei manchen Bankprodukten und Bankgeschäften ist im Hinblick auf die Eigenkapitalunterlegung neu die Frage zu stellen, ob da nicht mehr erforderlich ist. Es werden jetzt auch Stimmen laut, von der Bewertung im Rahmen von IFRS abzugehen. Es wäre falsch, jetzt in der Krise zu wechseln; denn das würde nicht zu

mehr Vertrauen, sondern zu mehr Misstrauen führen.  
Man kann feststellen, dass wir mit dem, was vonseiten  
der Politik unternommen worden ist, auf gutem  
Wege sind. Wir werden in absehbarer Zeit eine Bewertung  
dieser Maßnahmen vornehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Dr. Herbert Schui ist der nächste Redner  
für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Sozialisierung  
der Spekulationsverluste der IKB und der  
Landesbanken - das fordert die FDP. Nun müssen wir  
aber eines wissen: Der allergrößte Teil dieser Spekulationsverluste  
ist bereits sozialisiert. Er ist über das Steueraufkommen,  
respektive über die Kreditanstalt für Wiederaufbau,  
finanziert worden. Jetzt „zeitnah“ und  
„unverzüglich“ zu verkaufen, wie Sie fordern, bedeutet,  
im allerschlechtesten Augenblick zu verkaufen, nämlich  
dann, wenn die Preise für Banken gering sind. Das kann  
man fordern, wenn man das Interesse von Käufern, von  
deutschen Großbanken, im Auge hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Dann bekommt das Hand und Fuß. Aber wenn man das  
Interesse des Verkäufers beachtet, dann wäre „unverzüglich“  
und „zeitnah“ genau der falsche Punkt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Die Sanierungskosten sollten, wenn man denn schon  
verkauft - im Falle der Landesbanken bin ich sicherlich  
nicht dafür -, möglichst hereinkommen.

Ein weiterer Punkt. Insgesamt hat die Debatte über  
diese Bankenkrise einige kuriose Züge. Halten wir einmal  
fest: Die privaten Banken haben sich ebenso verspekuliert  
wie die Landesbanken. Bei den privaten Banken  
trägt der Aktionär, der Eigentümer, die Kosten - und der  
Steuerzahler deswegen, weil wegen der Spekulationsverluste  
weniger Gewinn angefallen ist und infolgedessen  
weniger Steuern gezahlt werden.

Halten wir weiter fest: Die falsche Geschäftsführung  
der Landesbanken ist nicht allein die Ursache der Krise  
dieser Banken. Ein anderer wesentlicher Grund ist die  
Abschaffung der staatlichen Gewährträgerhaftung für  
die öffentlichen Institute. Das ist von der EU so gemacht  
worden. Die Bundesregierung hat sich dem nicht widersetzt;  
allenfalls hat sie so getan, als ob sie sich widersetzte.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil die staatliche Haftung nun fehlt, müssen die Landesbanken  
bei ihrer Refinanzierung höhere Zinsen zahlen.

Das vermindert den möglichen Gewinn. Wenn sie

wenig Gewinn haben, dann können sie Verluste aus

- wengleich kritisierenswerten - Geschäften nicht so leicht wegstecken,  
wie das bei den großen deutschen Geschäftsbanken  
der Fall ist. Das ist einfach der Dreh.

Kurios ist auch, wenn die FDP die Privatisierung der

nun mit viel Geld und Mühe sanierten öffentlichen Institute

verlangt, während man an anderer Stelle - beispielsweise Sarrazin, Finanzsenator in Berlin - die Verstaatlichung gefährdeter privater Institute fordert.

(Frank Schäffler [FDP]: Der ist aber nicht FDP-Mitglied!)

Alles zusammen heißt das dann: sanierte Landesbanken privatisieren und gefährdete private Institute verstaatlichen.

(Frank Schäffler [FDP]: Der ist aber SPD-Mitglied!)

- Das weiß ich.

(Martin Zeil [FDP]: Euer Koalitionspartner!)

- Auch das weiß ich.

Überhaupt Ackermann: Der zweifelt an den Selbstheilungskräften, und das Kabinett hat das natürlich als

ordnungspolitische Irrfahrt kritisiert. Nun setzt er noch

einen drauf und spricht sich gegen die Verbriefung von

Krediten aus. Das ist absolute Ketzerei gegenüber einem

Bankendogma; denn bis dahin war ein Ketzer, wer

gesagt hat, dass die Verbriefung und der Weiterverkauf

von Krediten nicht einfach eine Risikostreuung und damit

eine Risikominimierung für den einzelnen Marktteilnehmer

darstellen, sondern eine beschleunigte Verbreitung

des Risikos. Das sagte Ackermann jetzt auch, und

Berufserfahrung darf man ihm, glaube ich, nicht absprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie des

Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Also, statt Ordnungspolitik und Anrufung heiliger Namen

im Krisenfall: Lieber Ordnung im Finanzsektor, damit

er stabil bleiben kann. Dazu gehört eine bessere Regulierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch etwas Kurioses: Im Dezember schlug

Minister Steinbrück im Verwaltungsrat der KfW die Einrichtung

eines Prüfungsausschusses mit Fachleuten aus

dem Finanzdienstleistungssektor vor, die sich - Zitat -

auch in den Niederungen der Bilanz sehr genau bewegen

können.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Was bedeutet das zum Beispiel für den Vizevorsitzenden

des Aufsichtsrates der IKB, Detlef Leinberger, der

gleichzeitig Mitglied des Vorstandes der KfW ist? Kennt

er sich mit Bilanzen nicht so genau aus? Ähnliches gilt

für die Nachfolge von Frau Matthäus-Maier. Herr

Steinbrück, Sie sagen, da brauchen wir den Sachverstand

von Profis. Profis haben nach Schätzungen des Internationalen

Währungsfonds weltweit aber 1 000 Milliarden

Dollar Verluste gemacht.

(Frank Schäffler [FDP]: Wir sollten

Lafontaine nehmen!)

- Nein, Sie aber auch nicht. - Heißt noch mehr Profis

noch mehr Verluste, oder was?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der

LINKEN)

Das ordnungspolitische Kartell hat offenbar kein

Konzept. Was will die FDP denn unternehmen, wenn

den privaten Banken ein Serienbankrott droht? Privatisieren

geht nicht, die sind nämlich schon privat. Was

wollen Sie denn dann machen?

Herr Dautzenberg, so sehr ich Ihnen im Grundsatz zustimme:

(Florian Pronold [SPD]: Hört! Hört!)

Mit dem Antrag verbreiten wir keine Panik; das wollen

wir auch gar nicht. Das Einzige, was wir wollen, ist, dass

der Staat Vorkehrungen trifft, damit wir für eine Krise gerüstet sind. Das verhindert Panik.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Um für eine Krise gerüstet zu sein, muss der private Finanzsektor aus eigenen Mitteln einen Sicherungsfonds gründen, der über den Einlagensicherungsfonds hinausgeht.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wir haben einen Einlagensicherungsfonds der Banken!)

- Man muss einen Schritt weiter gehen. Dieser Fonds reicht nicht aus, weil er nur für private Anleger und bis zu einer bestimmten Höhe greift.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: 30 Prozent des Eigenkapitals!)

- Das ist schon ganz gut.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie könnten bei der Deutschen Bank Ihre 7 Milliarden anlegen! Die wären sicher!)

- Na gut. - Missverstehen Sie mich nicht: Ich habe nichts gegen den Einlagensicherungsfonds. Ich glaube aber, dass das Volumen bei großen Gefährdungen nicht ausreicht.

Die Bundesregierung muss die Bildung dieses Fonds veranlassen. Dieser Fonds übernimmt nicht werthaltige Aktiva der gefährdeten Institute und gibt ihnen im Gegenzug Liquidität, soweit sie sie brauchen, oder Wertpapiere, die der Fonds herausgegeben hat, und das mit einem angemessenen Abschlag. Wenn die Institute nach einer gewissen Zeit wieder Gewinne erwirtschaften, dann kaufen sie ihre Aktiva wieder zurück. Im Grunde genommen ist das ein Pensionsgeschäft mit allfälliger Garantie des Staates.

Die ganze Sache hat Sinn; denn, so Bundesbankpräsident Weber, bei der Lösung der Schwierigkeiten sind zunächst die Banken gefordert. Das finde ich auch. Die Banken sind übrigens zu gemeinschaftlichem Handeln bereit. Ich erinnere daran, dass der Einlagensicherungsfonds die Düsseldorfer Hypothekenbank gekauft hat.

Das war eine sehr vernünftige Geschichte, weil der Pfandbriefmarkt so in Lot und Waage blieb.

Ein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der öffentliche Bankensektor. Halten wir einmal fest: Herr Beckstein hat gestern hier gesagt, dass die kommunale Wasserversorgung von Brüssel nicht in Gefahr gebracht werden dürfe. Ähnlich müssen wir die Sache mit der Versorgung mit Finanzdienstleistungen beurteilen;

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

denn wenn der private Sektor Finanzkrisen auslöst - die verbrieften Hypothekenkredite stammen ja aus dem privaten Sektor - und Weltmeister im Versenken von Milliarden ist, dann ist ein stabiler öffentlicher Bankensektor, auf den stets Verlass ist, notwendig. Das ist wichtig.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Schui, Sie müssten jetzt doch zum Ende kommen.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Deswegen muss die Gewährsträgerhaftung wieder her. Dafür sollte sich die Bundesregierung einsetzen. Ich

bin sicher, dass sie dafür in Brüssel nicht allein kämpfen würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jörg-Otto Spiller ist der nächste Redner für die SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schui, es ist erfrischend, zu hören,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Ihre Fraktion vorschlägt, den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus, der schon eine Weile auf sich warten lässt,

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

durch einen Sicherungsfonds aufzufangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der

CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP

und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Beifall des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE] -

Dr. Herbert Schui [DIE LINKE]: Nein!)

Das ist eine Bereicherung der politischen Debatte.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr schön!

So ist es richtig! So muss man damit umgehen!)

Den Kollegen von der FDP möchte ich sagen: Ich

wünschte mir, Herr Kollege Zeil, die FDP hätte mit ihrer

Analyse recht, dass es sich bei der gegenwärtigen internationalen

Krise der Banken um eine Krise der öffentlich-

rechtlichen Banken handelte;

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das kann

doch nur einer sagen, der eben nicht zugehört

hat! Nichts verstanden! - Martin Zeil [FDP]:

Das habe ich so nicht gesagt!)

denn das würde vieles wesentlich leichter machen.

(Frank Schäffler [FDP]: Ja, allerdings! Dann

müsste nämlich wieder einmal der Steuerzahler

alles bezahlen!)

Dann hätten Sie - der Kollege Dautzenberg hat schon

darauf hingewiesen - ein richtig gutes Betätigungsfeld.

Sie könnten nämlich in der Düsseldorfer Landesregierung

für saubere Verhältnisse sorgen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ja! - Frank

Schäffler [FDP]: Wir müssten erst einmal die

Altlasten von Herrn Steinbrück abarbeiten!)

Wahrscheinlich wäre es sogar relativ leicht, die Probleme

einiger Landesbanken - wenn das wirklich alles

wäre - zu lösen. Das Schlimme aber ist: Es handelt sich

nicht um eine Krise der öffentlich-rechtlichen Banken

- die Sparkassen beispielsweise sind so gut wie gar nicht

betroffen -,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

sondern es handelt sich um eine weltweite Krise der

Bankenwelt insgesamt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In Europa sind die Schweizer Banken am stärksten

betroffen,

(Ortwin Runde [SPD]: Ja! Die verstehen, wie

es aussieht, wohl nicht so viel von Geld!)

obwohl sie weit entfernt sind von staatlichem Dirigismus

und von Staatskapitalismus.

(Martin Zeil [FDP]: Die verzocken aber keine Steuergelder!)

Die Bank, die auf dem europäischen Kontinent die größten Wertberichtigungen angekündigt hat, ist die UBS, die größte Schweizer Bank. Inzwischen beziffert sie ihren Wertberichtigungsbedarf auf rund 40 Milliarden Schweizer Franken; das sind Pi mal Daumen 25 Milliarden Euro. Die UBS hat vor kurzem den Bericht, den sie der Schweizer Bankenaufsicht vorgelegt hat, publiziert. Er umfasst 50 Seiten, ist sehr detailliert und kritisch. Sein Ergebnis ist, wie ich glaube, für sehr viele Banken repräsentativ.

Wie konnte es bei der UBS zu dieser Katastrophe kommen? Die Gründe liegen erstens in einer mangelhaften Risikoerfassung und zweitens in einem mangelhaften Risikomanagement, einer Bevorzugung hochkomplizierter Anlageprodukte, die selbst die Geschäftsleitung der Bank nicht verstanden hat.

(Martin Zeil [FDP]: Richtig!)

Ein weiterer Grund sind unklare Verantwortungsstrukturen. Ich sage es einmal so: Für das Risiko ist immer die Geschäftsleitung verantwortlich.

(Frank Schäffler [FDP]: Genau! Wie bei der IKB! - Martin Zeil [FDP]: Das gilt aber auch für die Bundesregierung!)

Diese Verantwortung kann man nicht an irgendwelche Abteilungen oder an Ratingagenturen delegieren.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Vertreter von Ratingagenturen haben wir übrigens im Finanzausschuss angehört. Wir haben sie befragt, wie sie die jetzige Situation und ihre eigene Rolle darin einschätzen. Die Antwort war ebenso unbedarft wie kess.

Im Kern sagten sie, sie könnten nichts dafür, dass die Bankvorstände

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das falsch eingeschätzt haben! Ja, ja!)

die Ratingnoten falsch bewertet haben; diese dürfe man schließlich nicht so ernst nehmen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Da bleibt einem wirklich die Sprache weg! - Heiterkeit des Abg. Florian Pronold [SPD])

Diese Krise ist vor allem durch unklare Verantwortungsstrukturen und mangelhaftes Risikomanagement

verursacht worden. Es stellt sich die Frage: Wie geht man damit um? Ich glaube, am Anfang dieser Analyse darf nicht nur die Frage stehen: Warum haben US-amerikanische Banken so großzügig Hypothekenkredite gewährt?

Vielmehr muss man sich auch fragen: Warum haben europäische Banken amerikanischen Banken unüberschaubare Produkte und Forderungen abgekauft, und das zu einem Preis, den sie nicht richtig bewerten konnten? Hier muss man ansetzen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr richtig!

Eine sehr gute Analyse! - Martin Zeil [FDP]:

So ist es! - Frank Schäffler [FDP]: Und warum hat die IKB das auch gemacht?)

- Auch die IKB hat das gemacht. Das war ein Fehler.

(Frank Schäffler [FDP]: Und warum? Warum hat sie es gemacht?)

- Sie hat so gehandelt wie viele andere Banken auch.  
Die staatliche Bank KfW war die Bank, die die Krise  
der IKB aufgefangen hat.

(Ortwin Runde [SPD]: Richtig!)

Ohne das Engagement der KfW hätten wir größere Probleme.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Im Aufsichtsrat der IKB - das will ich auch sagen - saßen  
nicht nur Mitglieder der KfW-Geschäftsführung,  
dort saßen hochangesehene Persönlichkeiten der deutschen  
Wirtschaft. Die IKB kann nicht mit den Landesbanken  
in einen Topf geworfen werden: Sie ist eine private  
Bank, und sie spiegelt wider, dass die strukturellen  
Probleme mit den Produkten und mit der mangelhaften  
Steuerung zu tun haben.

Die Deutsche Bundesbank gibt seit ein paar Jahren einen  
Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems  
heraus. Die Bundesbank hat in ihrem ersten Bericht vom  
Dezember 2003 mit Blick auf Kreditverbriefungen geschrieben,  
diese neuen Instrumente stellten

... erhöhte Anforderungen an das Risikomanagement,  
die etwa aus der komplexeren Beurteilung  
des Kreditrisikos und von Rechtsrisiken resultieren.  
Sie hat das in weiteren Berichten wiederholt. Allerdings  
hatte es für die von der Bundesbank wahrgenommene  
Bankenaufsicht nie Konsequenzen.

Jetzt ist - wir haben am Mittwoch im Finanzausschuss  
darüber gesprochen - auf internationaler Basis, in  
Fortentwicklung von Basel II, maßgeblich dank des  
Bundesfinanzministers folgender Ansatz gefunden worden:  
Solche sogenannten strukturierten Produkte sollen  
höhere Beachtung bekommen, und es soll eine höhere  
Eigenkapitalunterlegung verlangt werden, mit der Wirkung,  
dass sich die Bankvorstände genau überlegen  
müssen, was sie tun.

Ich finde es positiv, dass Herr Ackermann vor kurzem  
gesagt hat, dass auch er inzwischen Zweifel daran hat,  
ob diese sogenannten Finanzinnovationen, strukturierte  
Produkte, die niemand wirklich durchschaut, die Zukunft  
sein können.

Ich bin jedenfalls dankbar, dass der Bundesfinanzminister  
dazu beigetragen hat, dass wir bei der Bewältigung  
der Krise international einen Schritt vorankommen.

Wir haben das im Finanzausschuss gemeinsam  
begrüßt, und ich freue mich, dass wir dies im Plenum  
fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Dr. Gerhard Schick ist der nächste Redner  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Uns liegen Anträge der FDP und der Linken vor, mit denen  
in der internationalen Finanzmarktkrise der Blick  
stärker auf Deutschland gelenkt werden soll. Dafür bin  
ich dankbar. Wir haben ja schon auf der Grundlage eines  
Grünen-Antrags im Finanzausschuss darüber diskutiert.  
Eines zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen:

Die Regierung spricht groß über die Verhandlungen auf internationaler Ebene: Wir hören von G 7, wir hören von OECD, wir hören vom FSF, dem Financial Stability Forum, wir hören von allem Möglichen, was international passiert. Fragen wir aber im Plenum oder im Ausschuss nach, was eigentlich im Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen passiert, werden die Ausführungen ausgesprochen schmallippig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir müssen endlich darüber reden, was in Deutschland schiefgelaufen ist; nur wenn wir das wissen, können wir sagen, was in Deutschland zu tun ist. Von den Rednern der Großen Koalition habe ich bisher wenig dazu gehört; aber vielleicht kommt da noch etwas. Herr Dautzenberg, Sie haben gesagt: Es gibt Sachen, die auf Landesebene zu tun sind. Dazu will ich sagen: Es gibt aber auch Sachen, die auf Bundesebene zu tun sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Im Vorgriff auf die weiteren Reden möchte ich ganz klar sagen: Herr Steinbrück, für uns sind Sie nicht nur der Finanzaußenminister, der auf der internationalen Ebene groß verhandelt, Sie sind auch der Finanzinnenminister, der sich um die Deutschland betreffenden Fragen kümmern muss. Wir erwarten, dass wir darüber heute etwas von Ihnen hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Herr Spiller, ich fand es interessant, dass Sie den Fall UBS angesprochen haben, bei dem es eine kritische und detaillierte Analyse gab, wie Sie das ja auch geschildert haben. Ich finde den Fall sehr bemerkenswert, weil die Eidgenössische Bankkommission, das Pendant zu unserer Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Schweizer Großbank auffordert, einen wirklich detaillierten Bericht darüber vorzulegen, was schiefgelaufen ist, und Teile daraus zu veröffentlichen.

Warum geht das in Deutschland nicht? Das könnte ja aus der Regierung heraus an die BaFin herangetragen werden. Die Aufsicht über die BaFin liegt ja beim Hause des Bundesfinanzministers. Warum fordern Sie die BaFin denn nicht auf, eine klare Analyse der Probleme der deutschen Großbanken abzugeben und zu sagen, was bei ihnen schiefgelaufen ist, damit wir für die Zukunft die entsprechenden Rückschlüsse ziehen können? Das könnte man in Deutschland einmal tun. Bisher: Fehlanzeige.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Ich will hier noch einen Schritt weiter gehen. Die Eidgenössische Bankkommission fordert die UBS auf, ihren Aktionären zu sagen, warum dort Geld verbraten worden ist. Wir wissen, dass die Krise auch in Deutschland das Geld der Steuerzahler kosten wird. Wir wissen aber noch nicht, wie viel. Noch ist nichts kassenwirksam geworden. Es geht dabei um Bürgschaften usw.

Ich glaube, eine Sache sollte sich der Deutsche Bundestag einmal überlegen: Ist nicht etwas, was für die Aktionäre



einer börsennotierten Großbank recht ist, für die Bürger in einem demokratischen Staat mehr als billig? Es geht darum, dass angesichts der Lasten in Milliardenhöhe, die auf den Fiskus zukommen, wirklich einmal offengelegt wird, was in unseren Systemen schiefgelaufen ist.

Wir wissen nicht, wie hoch die Lasten sind, aber genau das, was die Aktionäre der Schweizer UBS erhalten dürfen, nämlich eine, wie Sie gesagt haben, genaue und detaillierte kritische Analyse dessen, was schiefgelaufen ist, fordern wir auch vom Bundesminister der Finanzen. Wir fordern einen klaren Bericht darüber, was in Ihrem Geschäftsbereich schiefgelaufen ist und welches die Konsequenzen sind, die Sie daraus zu ziehen gedenken. Davon haben wir bisher nichts gehört. Auch von der Regierungskoalition haben wir in dieser Hinsicht überhaupt noch nichts gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist Zeit, dies in Deutschland endlich einmal zu tun, damit die Bürgerinnen und Bürger erfahren, was schiefgelaufen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich spreche damit ganz gezielt auch die Regierungskoalition an. Eine unserer Aufgaben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es - auch aus der Regierungskoalition heraus -, nicht nur den großen Mantel schützend um das Finanzministerium zu legen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass in Deutschland endlich einmal die Wahrheit darüber auf den Tisch kommt, was schiefgelaufen ist. Damit spreche ich Sie auch ganz persönlich an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Vertreter der BaFin und der Bundesbank saßen im Verwaltungsrat der Sachsen LB mit am Tisch. Das heißt, es reicht nicht aus, im Ausschuss zu sagen, die BaFin könne ja nicht das Geschäftsmodell der Sachsen LB kontrollieren, wie Herr Steinbrück und andere Mitglieder der Regierungskoalition das getan haben. Es gibt ja auch noch andere Möglichkeiten, Erfahrungen, die man aufgrund der Kontrolle gewonnen hat, einfließen zu lassen, sodass im Verwaltungsrat die entsprechenden Diskussionen geführt werden. Ich habe noch keine Antwort darauf gefunden - nicht im Ausschuss und nicht hier im Plenum -, warum diese Möglichkeiten nicht genutzt worden sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Nächster Punkt. Wir wissen inzwischen - das hat das Bundesfinanzministerium in einer sehr knapp gehaltenen Antwort auf meine Fragen hin zugestanden -, dass in Spanien die entsprechenden außerbilanziellen Zweckgesellschaften von der Finanzaufsicht untersagt worden sind. In Deutschland war das nicht der Fall. Man könnte sich fragen, was die Spanier besser gewusst und schlauer gemacht haben als wir in Deutschland. Auf diese Frage habe ich bis heute keine Antwort gefunden. Ich erwarte aber eine Antwort auf diese Frage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP)

Der Vorstand der UBS wird von der Finanzaufsicht in der Schweiz gezwungen, zuzugeben, was geschehen ist: Es gab intern Warner, also Leute, die darauf hingewiesen haben, dass Risiken bestanden. Wir haben aber nicht auf sie gehört. - Genau so ist es wahrscheinlich auch in der deutschen Finanzaufsicht - wahrscheinlich auch im Bundesfinanzministerium - gewesen.

Da wir bei der Bankenaufsicht sind: Wir müssen uns die Frage stellen - das ist unsere Aufgabe -, warum die BaFin jeden Kleinunternehmerkredit, den eine Genossenschaftsbank oder Sparkasse vor Ort gewährt, en détail, bis hin zur Unterschrift und zum Datum auf der letzten Seite des Formulars - dieser Kleckerleskram bedeutet eine riesige bürokratische Belastung -, prüft, während bei den großen Risiken versagt wird. Ich glaube, eine grundlegende Veränderung der Aufsichtskultur ist notwendig. Dazu haben wir bislang nichts gehört, weder von der Regierungskoalition noch vom Finanzminister. Ich fordere Sie auf, darauf Antworten zu geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP)

Wir werden diese Liste in der Öffentlichkeit und im Ausschuss fortsetzen. So ist zu fragen, ob die Reduzierung des Personalbestandes im Bereich des Bundesministeriums der Finanzen in den letzten Jahren zu korrigieren ist. Es ist keine Katastrophe, Fehler einzuräumen. Es ist doch notwendig, zu sehen, wo es Fehlentwicklungen gibt, damit wir reagieren können.

Ich will nun auf die konkreten Punkte eingehen, die die FDP im Zusammenhang mit den Landesbanken angesprochen hat. Ich teile die Kritik von Herrn Dautzenberg und Herrn Spiller an der starken Betonung der Probleme im öffentlich-rechtlichen Bankensektor. Gerade bei der IKB hat die Verquickung von öffentlichem und privatem Bereich dafür gesorgt, dass weder die einen noch die anderen Kontrollmechanismen funktioniert haben. Man muss in der Analyse sauber sein.

Wir brauchen aber auf jeden Fall eine Strukturveränderung bei den Landesbanken, um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankensektors zu sichern. Wir Grüne machen das Spiel nicht mit und schließen uns den alten Forderungen, die nun in der Krise aus der Schublade geholt werden, nach weiteren Verstaatlichungen und mehr Einfluss des Staates oder den lauten Rufen nach mehr Privatisierung nicht an. Wir wollen einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Bankensektor. Das bedeutet, tiefgreifende Reformen voranzutreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss ehrlich sein und zugeben: Die Landesregierungen waren in der Vergangenheit lausige Bankeigentümer. Daraus ist die Konsequenz zu ziehen, dass die Landesregierungen im öffentlich-rechtlichen Bankensektor nichts zu suchen haben. Sie haben ihre Aufgabe schlecht erfüllt. Meine Damen und Herren von der Union, vor allem Sie müssen die Konsequenzen ziehen. Herr Dautzenberg, Sie haben zwar ganz vernünftige Vorschläge gemacht. Aber schauen Sie sich die Liste der

Verfehlungen an, die belegen, dass die Union zum Sargnagel des öffentlich-rechtlichen Bankensektors geworden ist. Landowsky und Co. haben das Bundesland Berlin auf Jahre hinaus mit Milliarden belastet. Aber Sie haben keine Konsequenzen daraus gezogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn man das Brecht-Zitat von Herrn Zeil ernst nimmt: Was bedeutet das für die CDU in Sachsen, die in ihrem Provinzmief sozusagen eine Staatsbankphilosophie vertreten hat und einen Finanzplatz vor Ort fördern musste, was aberwitzig war? Das Gleiche gilt für den Finanzplatz Düsseldorf. Reden Sie in New York doch einmal vom Finanzplatz Düsseldorf! Hier handelt es sich um reine Provinzpolitik, um die eigenen Pfründe zu sichern. Aber Sie von der Union haben bis heute keine Konsequenzen daraus gezogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

In Nordrhein-Westfalen hat Herr Rüttgers die Reform bei der West-LB zum richtigen Zeitpunkt verhindert. Weiter im Süden, in Bayern, gibt es nun einen Untersuchungsausschuss zur Bayern-LB. Angesichts all dessen hat sich die Wirtschaftskompetenz der Union im Bereich der Landesbanken deutlich überholt. Ich glaube, Sie haben großen Bedarf, sich neu zu positionieren. Wir müssen uns in Zukunft im öffentlich-rechtlichen Bankensektor gut aufstellen und den Provinzmief hinter uns lassen. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bartholomäus Kalb ist der nächste Redner für die CDU/CSU.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag der Linken kann man sich eigentlich nicht befassen. Er ist der Widerspruch in sich, wenn in der Überschrift steht „Sozialisierung der Verluste verhindern – Sicherungsfonds für privaten Finanzsektor schaffen“ und es dann unter II. Nr. 3 des Antrages heißt, es solle ein Sicherungsfonds eingerichtet werden, den die öffentliche Hand steuert. Dieser Sicherungsfonds soll „auf Zeit ... nicht werthaltige Aktiva“ übernehmen und damit den Instituten Liquidität zur Verfügung stellen. „Die Aktiva werden mit einem angemessenen Abschlag übernommen“, soweit die betroffenen Institute die damit verbundenen Wertberichtigungen verkraften können. Sie schlagen den Tausch von nicht werthaltigen Papieren mit werthaltigen Papieren aus dem Sicherungsfonds vor. Kollege Spiller hat meines Erachtens sehr zutreffend gesagt, auf welche Weise Sie die letzte Rettungsaktion des von Ihnen bekämpften Systems vornehmen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Sozialisierung pur, aber die Sozialisten können das nicht anders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Kalb, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schui?

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Ja.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Ist Ihnen bekannt, dass dieser Fonds ausschließlich von Bankengeld gebildet wird und dass, falls Probleme zwischen den mit Abschlag gekauften nicht werthaltigen Aktiva einerseits und der Hergabe von durch den Fonds emittierten Wertpapieren andererseits auftreten, das eigene Kapital des Fonds, das heißt Bankengeld, haftet, nicht aber öffentliches Geld? Da wird also nicht sozialisiert, ehrlich nicht.

(Frank Schäffler [FDP]: Da wäre ich misstrauisch, wenn er sagt „ehrlich“!)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich habe Ihren Antrag und auch diese Passage selbstverständlich ganz genau gelesen. Aber wer würde diese Verluste dann tragen, die Sparer mit ihren Einlagen oder die Kreditnehmer? Sie sozialisieren auch dann.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Ja, genau!)

Genau so ist es. Daran führt kein Weg vorbei.

Auch die FDP, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordert in ihrem Antrag fast wortgleich wie die Linke „Keine Sozialisierung von Spekulationsverlusten“ und verlangt eine „Reform des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors.“

(Frank Schäffler [FDP]: Genau!)

Ich betone: Keiner will eine Übernahme eingetretener oder zu erwartender Verluste durch die öffentliche Hand.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Das Bundesfinanzministerium hat dies ebenso wie das Bundeswirtschaftsministerium wiederholt kategorisch abgelehnt.

Unberührt davon bleibt es aber Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen – das ist schon dargestellt worden –, dass die Auswirkungen der globalen Krise der Finanzwirtschaft in Grenzen gehalten werden. Negative oder gar zerstörerische Wirkungen auf das deutsche Bankenwesen mussten und müssen vermieden werden. Das war und ist notwendig, um negative Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung zu verhindern und somit auch die soziale Stabilität im Lande nicht zu gefährden. So gesehen, war die Rettung der IKB zumindest aus damaliger Sicht richtig, aber sie ist es wohl auch aus heutiger Sicht. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Herr Professor Weber, hat diese Einschätzung erst kürzlich in einem Interview in der Welt am Sonntag bestätigt. Wir in Deutschland sorgen uns um die mittelbaren Wirkungen der von den USA ausgehenden Hypothekenkrise, die stoßwellenartig die Finanzwirtschaft nicht nur in den USA, sondern auch in Europa massiv erschüttert. In den Vereinigten Staaten allerdings sind viele Menschen ganz unmittelbar betroffen. „Ein amerikanischer Albtraum – Hunderttausende Hausbesitzer stehen vor dem Ruin“ titelte am 20. April die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Das belegt auch, dass die leichtfertige Kreditvergabe mit variablen Zinssätzen, wie sie in den USA praktiziert wurde, hochgradig gefährlich ist. Man kann und darf Kredite nicht wie auf dem Jahrmarkt

feilbieten.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Solidität und Seriosität sind durch nichts zu ersetzen, schon gar nicht auf dem Finanzsektor.

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Die Krise zeigt auch, dass die in Deutschland geltenden Regeln und Maßstäbe für eine Kreditgewährung richtig sind, und es hat sich bewährt, dass Immobilien, aber auch Mittelstandsfinanzierungen mit mittel- und langfristigen Krediten zu festen Zinssätzen finanziert werden.

Zu Beginn der Verhandlungen über Basel II wollte die angloamerikanische Seite eine deutlich schlechtere Bewertung langfristiger Kredite durchsetzen, was eine erheblich höhere Eigenkapitalunterlegung und damit natürlich auch eine erhebliche Verteuerung dieser Kredite zur Folge gehabt hätte. Dank des nachdrücklichen Einsatzes der deutschen Delegation und der Mitstreiter Ihres Hauses, Herr Minister Steinbrück, konnte diese Diskriminierung abgewendet werden. Herr Kollege Dautzenberg, ich erinnere mich noch gut an die Gespräche und Verhandlungen, die seinerzeit im Finanzausschuss des Bundestages in sehr zielgerichteter Weise mit Herrn Sanio geführt wurden. Er und seine Mitstreiter haben es dann auch geschafft, dem Willen des Bundestages, insbesondere dem Willen des Finanzausschusses, in der Kommission für Basel II zum Durchbruch zu verhelfen. Eines lehrt uns die aktuelle Krise auch: Viele Finanzprodukte, die heute auf den internationalen Märkten angeboten werden, können selbst von Fachleuten nicht ausreichend beurteilt werden. Jetzt rede ich nicht von Leichtgläubigkeit, Leichtfertigkeit oder gar grober Fahrlässigkeit, ich rede nur davon, dass offensichtlich auch hochqualifizierte Experten nicht immer alles durchschauen. Leider – auch das gehört zu den bitteren Erfahrungen dieser Krise – sind das Urteil und die Bewertung der Ratingagenturen, wenn es darauf ankommt, nichts oder zumindest nicht viel wert. Wie sonst könnte es sein, dass sowohl Institute als auch Produkte innerhalb weniger Tage von Triple-A bis nach ganz unten durchgestellt werden? Dass im konkreten Fall die Ratingagenturen sowohl bei der Strukturierung der Produkte als auch bei deren Bewertung mitgewirkt haben, ist besonders pikant und nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bedauerlicherweise sind wir auf diesem Gebiet vollkommen auf die amerikanischen Agenturen angewiesen.

Versuche, in Europa eine oder mehrere eigenständige Ratingagenturen zu schaffen, waren nicht erfolgreich, und ich fürchte, sie werden es auch in Zukunft nicht sein.

Erschwerend kommt hinzu, dass die IFRS-Regeln die prozyklischen Effekte, wie der Finanzminister dies ausdrückt, noch verstärken. Es wäre aber jetzt falsch, wieder die Abkehr von dieser IFRS-Rechnungslegung zu fordern. Richtig ist aber auch, dass, wie Sie, Herr Bundesfinanzminister, es im Haushaltsausschuss vorgeschlagen

haben, Elemente eingebaut werden müssen, die geeignet sind, diese extremen Ausschläge nach oben und unten zu vermeiden. Im Übrigen sind die nach diesen Rechnungslegungsstandards ausgewiesenen Risiken zum Glück noch keine realisierten Verluste. Auch das muss festgestellt werden.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Allerdings können aus Risiken bei anhaltend schlechter Marktlage Verluste werden.

Zu dem in den Anträgen angesprochenen Thema Landesbanken - Vorredner haben sich dazu schon breiter geäußert - will ich nicht viel sagen. Diese Debatte gehört eigentlich in die Landtage und in die zuständigen Gremien der Sparkassenorganisationen. Niemand hier hat die Absicht, etwaige Risiken der Landesbanken durch den Bund übernehmen zu lassen. Das ist wiederholt deutlich gemacht worden. Herr Kollege Zeil, da Sie vorhin etwas plakativ dargestellt haben, was man mit einer Milliarde alles machen könnte, darf ich in Erinnerung rufen, dass die Bayerische Landesbank in den letzten Jahren Gewinne in Höhe von einer Milliarde Euro an die Gesellschafter, den Freistaat Bayern und die Sparkassenorganisation, ausgeschüttet hat. Die werden wohl damit gut gewirtschaftet haben, so darf ich zumindest unterstellen.

(Martin Zeil [FDP]: Es ist aber erst einmal vorbei damit!)

Die weiteren Fragen nach möglichen oder notwendigen Fusionen müssen ebenfalls in den zuständigen Gremien besprochen und entschieden werden. Dabei müssen natürlich auch die Aspekte der Förderkompetenz und der Zentralinstitutsfunktion berücksichtigt werden. Dazu hat sicherlich jeder von uns eine Meinung, aber zuständig sind wir dafür nicht.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Sowohl die derzeitige Krise als auch die Krise der Kreditwirtschaft, die wir im Jahr 2002 gesehen haben, zeigen uns eines: Das Dreisäulenmodell - Kollege Dautzenberg hat es schon dargestellt -, das wir in der deutschen Bank- und Kreditwirtschaft haben, hat sich bewährt. Es ist geeignet, die Schockwellen und Erschütterungen abzufedern, jedenfalls besser, als wir das in anderen Ländern beobachten können. Das ist wichtig, und zwar sowohl im Interesse der Anleger als auch im Interesse der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, im Hinblick auf die Kreditversorgung. Das Dreisäulensystem hat sich in Deutschland also in den Krisen bewährt. Wir sollten es nicht gefährden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Frank Schäffler das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Frank Schäffler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ingrid Matthäus-Maier hat ihren Rücktritt damit begründet, sie habe nicht die Absicht, den Kopf für Fehler hinzuhalten, die andere gemacht hätten. Diese Frage stellen wir als FDP: Wer hat neben Ingrid Matthäus-

Maier Fehler gemacht,

(Zurufe von der SPD: Die FDP!)

wann hat die Bankenaufsicht, wann haben die Aufsichtsräte,  
wann hat der Bundesfinanzminister nicht richtig  
hingeschaut?

(Ute Kumpf [SPD]: Der schaut immer richtig  
hin!)

An den Kollegen Schick gerichtet, sage ich: Da müssen  
die Grünen springen. Wir stellen fest, dass die Bundesregierung  
hier im Parlament nicht zur Auskunft bereit  
ist. Wir haben in verschiedenen Anhörungen im Finanzausschuss,  
aber auch im Plenum immer wieder um umfassende  
Aufklärung gebeten. Bisher ist uns der Bundesfinanzminister  
dies schuldig geblieben. Deshalb stellt  
sich die Frage, inwieweit wir andere parlamentarische  
Mittel nutzen, um die Bundesregierung zu zwingen,  
Auskunft zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Ich will daran erinnern, dass die Grünen bisher verhindern,  
einen Untersuchungsausschuss in dieser Angelegenheit  
einzurichten.

Die Losung vonseiten der Regierung lautet bisher:

Wir haben nichts falsch gemacht. Dass der IKB-Aufsichtsrat  
einschließlich des BMF nichts falsch gemacht  
habe, ergebe sich schließlich aus einem Gutachten des  
Aufsichtsrates. Parallel redet der Finanzminister gerne  
von Transparenz. Doch wenn es beispielsweise darum  
geht, das Gutachten zu veröffentlichen, dann ist es mit  
der Transparenz wieder einmal vorbei.

Nun soll es immerhin noch ein Sondergutachten geben,  
ganz so wie wir es hier vor ein paar Wochen beantragt  
haben. Außerdem wurde die Entlastung des IKB-Aufsichtsrates  
verschoben. Auch das haben wir hier im  
Parlament gefordert.

(Beifall bei der FDP)

Die Frage ist, warum Sie auf solche Selbstverständlichkeiten  
nicht selbst kommen. Warum hat das Bundesfinanzministerium  
nicht von Anfang an dafür gesorgt,  
dass erst alle Vorwürfe aufgeklärt werden und erst  
anschließend die Entlastung erfolgt? Stattdessen gab es  
ein unwürdiges öffentliches Gezerre, auch zwischen den  
Ministern Glos und Steinbrück, bei dem sich am Ende  
der Finanzminister dem öffentlichen Druck beugen  
musste.

Wir wollen den Finanzminister daran erinnern: Es  
gilt, hier Ihre Hausaufgaben zu machen. Sie müssen hier  
in Deutschland Ihren Laden in Ordnung bringen. Es hilft  
nichts, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, die  
sich ordnungspolitisch noch schlechter verhalten als wir,  
sondern es geht darum, dass wir uns selbst an unsere  
Prinzipien halten.

(Beifall bei der FDP)

Eines dieser Prinzipien muss sein, den staatlichen  
Einfluss im Bankenmarkt ganz deutlich zu reduzieren.  
Es stimmt, dass auch private Banken von der Krise betroffen  
sind. Aber die dort Verantwortlichen werden von  
ihren Investoren zur Verantwortung gezogen.

(Florian Pronold [SPD]: Ist die IKB eventuell  
eine private Bank?)

- Nein, die IKB ist keine private Bank. Der Bundesfinanzminister

hat mir gerade in einer Kleinen Anfrage mitgeteilt, dass die Präsenz auf der Hauptversammlung der IKB vonseiten der KfW immer mehr als 50 Prozent betragen hat. Die IKB war zu jedem Zeitpunkt eine staatliche Bank,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Deshalb war sie wohl auch im Einlagensicherungsfonds!) auf deren Entscheidungen der Bundesfinanzminister unmittelbar Einfluss genommen hat.

Es stimmt, dass auch private Banken von der Krise betroffen sind; das habe ich gesagt. Bei den vielen Stützungsaktionen zugunsten der Landesbanken und der

IKB wird der Steuerzahler aber direkt in Haftung genommen.

Das ist der fundamentale Unterschied. Die Lösung kann nicht sein, Landesbanken zu fusionieren. Aus zwei Absteigern wird nicht automatisch ein Aufsteiger. (Beifall bei der FDP)

Es hilft auch nichts, aus vielen kleinen Problemen ein großes Problem mit kumulierten Risiken zu machen, nach dem Motto: Wenn es schiefgeht, ist wieder der Steuerzahler an der Reihe. Deshalb halten wir es für gerechtfertigt, an diese Institute künftig höhere Eigenkapitalanforderungen zu stellen. Es hat kein Bürger Verständnis dafür, dass Sie staatliche Milliarden in die Banken pumpen; dies muss aus unserer Sicht endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der FDP)

Auch die IKB hat und hatte kein tragfähiges Geschäftsmodell.

Das Mittelstandsgeschäft der IKB war anscheinend nie ertragreich. Aber dank der KfW im Rücken war die IKB nicht gezwungen, sich dem Markt anzupassen. Stattdessen hat man über Jahre die wirkliche Situation verschleiert. Die Zeche zahlen die Steuerzahler – das akzeptieren wir als FDP nicht –,

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

weil Sie alle hier im Parlament für die Beteiligung der KfW bei der IKB eingetreten sind. Sie haben – und die Gesamtverantwortung dafür liegt beim BMF – die IKB miserabel gemanagt. Sie haben nicht die richtigen Leute in die IKB geschickt, Sie haben eine Salomitaktik betrieben und Sie haben den Verkauf der IKB nicht rechtzeitig vorangebracht.

Noch im Sommer letzten Jahres wollte der Finanzminister nach dem Bekanntwerden der Schieflage die IKB nicht sofort verkaufen. Diese Fehleinschätzung wird den Bund noch viel Geld kosten. Das ist nicht nur die Einschätzung von uns als Opposition, sondern auch die eines Minderheitsaktionärs. Sal. Oppenheim hat nämlich gerade in dieser Woche deutlich gemacht, dass beim IKB-Verkauf gepennt wurde. Wenn Sie entschlossen gehandelt hätten, dann hätten Sie auch einen Käufer für die IKB finden können.

Stehen insbesondere Sie, Herr Minister Steinbrück, als Mitglied der Bundesregierung endlich zu Ihrer Verantwortung!

Sie haben immer gesagt, man habe die Zweckgesellschaften der IKB nicht prüfen können. Vor einigen Wochen haben Sie auf meine Anfrage aber eingeräumt, dass die BaFin bereits im August 2005 eine Sonderprüfung bei der IKB durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Auftrag gegeben hatte. Dabei wurde



auch das ausländische Kreditengagement der Zweckgesellschaften stichprobenartig geprüft. Hätte man hier oder zu einem späteren Zeitpunkt richtig geprüft, dann hätte dem Steuerzahler viel Geld erspart bleiben können. Dass dies nicht erfolgt ist, haben Sie zu verantworten. (Beifall bei der FDP - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer ist denn für die Prüfung zuständig?) Die IKB-Krise schlägt nun entgegen anderen Beteuerungen auch voll auf das Fördergeschäft der KfW durch, wie man an der aktuellen Zinserhöhung der KfW deutlich sehen kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schäffler, achten Sie bitte auf die Zeit.

Frank Schäffler (FDP):

Ich komme zum Schluss.

(Florian Pronold [SPD]: Das war der erste vernünftige Satz!)

Sie haben sich in der IKB-Krise zu langsam, zu zögerlich und zu halbherzig verhalten. Der entstandene Schaden ist riesig und hat katastrophale Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Bundeshaushalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will auf den Feldzug von Herrn Schäffler und seine Versuche, mir irgendetwas anzuhängen, nur cursorisch eingehen.

Erstens. Ich gebe dem Hause gerne bekannt, dass dem Ministerium inzwischen insbesondere von Herrn Schäffler und Herrn Wissing insgesamt etwa 180 bis 200 Einzelfragen gestellt wurden.

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist der Eindruck, der hier verbreitet wird, wir seien überhaupt nicht auskunftsfreudig, schlicht und einfach falsch. Hier wird ein Popanz aufgebaut. Inzwischen ist eine ganze Abteilung mit der Beantwortung der Fragen beschäftigt.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ich habe Tränen in den Augen!)

Deshalb freue ich mich sehr, Herr Schick, dass Sie sich dafür einsetzen, dass ich mehr Personal bekomme, damit die entsprechende Abteilung auch noch ihre eigentlichen Aufgaben erledigen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens. Es ist nicht die Aufgabe des BMF, irgendjemanden zur IKB zu schicken. Sie wissen genau, dass das überhaupt nicht unsere Aufgabe ist.

Drittens. Es ist auch nichts verschleiert worden. Ich lehne eine solche Unterstellung schlicht ab, und zwar vor dem Hintergrund von vier oder fünf Prüfungsberichten, die Ihnen allen geläufig sind und bis in den Juni letzten Jahres hinein auf der Basis der vorliegenden Informationen, die nicht von den mir vorliegenden Informationen

abweichen, Auskunft über die Lage der IKB gegeben haben.

Schließlich ist festzuhalten, dass ich nicht den IKB-Verkauf zu leiten habe. Das kann ich gar nicht. Dafür sind andere Gremien zuständig.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Nein, danke sehr. Ich habe Herrn Schäffler und Herrn Wissing schon so viele Fragen beantwortet.

(Joachim Poß [SPD]: Das nützt bei denen nichts! - Weiterer Zuruf von der SPD: Die werden nicht klüger!)

Sie können aber gerne noch einmal schriftlich nachhaken.

(Zuruf von der FDP: Das nützt bei Ihnen nichts! - Weitere Zurufe von der FDP und der Linken)

- Regen Sie sich nicht auf!

Wir haben es mit einer sehr ernsthaften Finanzmarktkrise zu tun, die eine Reihe von Banken buchstäblich an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Einige Banken standen kurz vor dem Kollaps. Es ist richtig, dass diese Finanzmarktkrise uns das ganze Jahr weiter beschäftigen wird. Die USA geraten darüber in eine Rezession. Es ist zu erwarten, dass es auch in Deutschland und in den anderen europäischen Ökonomien Eintrübungen der wirtschaftlichen Entwicklung geben wird. Das ist sehr ernst zu nehmen. Dies ist eine andere Finanzmarktkrise als das, was wir in den 90er-Jahren in Lateinamerika und Südostasien erlebt haben. Es wird uns durchgängig beschäftigen, und es wird Eintrübungen geben. Diese Finanzmarktkrise ist aber nicht geeignet für Panikmache, für Populismus und für Verzechnungen. Sie ist auch nicht dafür geeignet, den Finanzdienstleistungssektor zu dämonisieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die deutsche Volkswirtschaft mit der Stärke dieser Realwirtschaft, insbesondere im deutschen Mittelstand, ist darauf angewiesen, einen Finanzdienstleistungssektor auf der Höhe der Zeit und wettbewerbsfähig, gemessen an internationalen Standards, zu haben. Deshalb bitte ich bei allen Aufbereitungen darum, Vorsicht walten zu lassen mit Blick auf die Tatsache, dass dieser Finanzdienstleistungssektor wahrscheinlich von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit insgesamt ist.

Es gibt vier oder fünf Punkte, auf die ich gerne eingehen möchte, wobei ich darum bitte, dass wir uns nicht nur oberflächlich in einer Analyse oder in den Konsequenzen bewegen.

Der erste Punkt - hierauf ist der Kollege Spiller bereits richtigerweise eingegangen - ist: Diese Finanzmarktkrise hat alle Banken betroffen. Es ist kein Spezifikum der öffentlich-rechtlichen Banken, wie insinuiert wird. Das ist ein Fehler, jedenfalls eine unzureichende Analyse.

(Zuruf von der FDP: Das hat auch keiner behauptet!)

Die vollständige Analyse, durchaus auf der Spur dessen,

was auch Redner der FDP gesagt haben, lautet, dass es öffentlich-rechtliche Banken, vornehmlich Landesbanken, gibt, die sich aufgrund eines nicht tragfähigen Geschäftsmodells in einem Missverhältnis zu ihrer Kapital- und Ertragskraft in Produkten engagiert haben, von denen sie nichts verstehen. Da treffen wir uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dies hat Rückwirkungen - da stimme ich Ihnen zu, Herr Zeil - mit Blick auf eine Konsolidierung auf der Ebene der Landesbanken, auf die eigentlichen Aufgaben der Landesbanken und darauf, wie ihre Geschäftsmodelle aussehen. Ich stehe auch nicht lange an, zu sagen, viele Landesbanken - nicht alle - haben es nach dem Wegfall der beiden Staatsgarantien - Anstaltslast und Gewährträgerhaftung - im Juli 2005 versäumt, tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Aber noch einmal: Es ist kein Spezifikum. Ich rate insbesondere mit Blick auf den Stellenwert der Sparkassen dazu, ihrer Bedeutung in den Kommunen, für den Mittelstand und für den Wettbewerb und damit auch im Interesse der Kunden - versuchen Sie einmal, in Großbritannien ein Girokonto zu eröffnen; versuchen Sie einmal, in Großbritannien eine Bankfiliale innerhalb von 40 Meilen zu finden - gerecht zu werden und mit diesen Sparkassen vorsichtig umzugehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens. Mit Blick auf exorbitant hohe Zahlen, wo die ganze deutsche Öffentlichkeit aufgemischt wird, wenn sie von einer Risikoabschirmung in Höhe von 8 Milliarden Euro hört - eine unfassbare Summe -, rate ich sehr dazu, sehr viel stärker zwischen Risiken und Wertberichtigungen und tatsächlich eingetretenen Verlusten zu unterscheiden. Das müssten Sie als Nationalökonom, Herr Schui, nachvollziehen können. Bei diesen Summen, die zum öffentlichen Ärgernis werden, reden wir im Augenblick über Wertberichtigungen, über Risiken und nicht über real eingetretene Verluste. Ich habe keine präzisen Zahlen vorliegen, aber der Bundesbankpräsident und andere schätzen, dass der Wertberichtigungsbedarf in Deutschland ungefähr 10 Prozent dessen beträgt, was die OECD geschätzt hat, also 10 Prozent von 350 bis 420 Milliarden Euro weltweit. Ich vermute, dass bezogen auf diesen Wertberichtigungsbedarf in der Größenordnung von 35 bis 42 Milliarden Euro - oder nehmen wir vorsichtshalber 45 Milliarden - der bisher real eingetretene Verlust unterhalb von 5 Prozent dieser Summe liegt. Damit schließe ich nicht aus, dass weitere Verluste eintreten. Ich rate nur, hier sehr vorsichtig und differenziert zu argumentieren und nicht in der Weise, wie man jemandem Kaugummi unter die Sohle klebt.

Das sind Dinge, die zur Lösung wenig beitragen.

Drittens. Insbesondere Herr Schick, aber auch Herr Schui tun so, als ob es einen sehr spezifischen und allein auf der nationalstaatlichen Ebene zu erfüllenden Handlungsbedarf gäbe. Dieses Haus stimmt doch über alle Flügel hinweg darin überein, es gibt nichts Mobileres als Kapital, es gibt keine größere Vernetzung als die im Finanzdienstleistungssektor.

Und nun fragen Sie mich, was ich auf der nationalen Ebene mache. Herr Schick, soll ich in Deutschland die Eigenkapitalunterlegungen spezifisch verändern, wenn es alle um mich herum nicht machen? Erwarten Sie von mir, dass ich deutschlandspezifische Liquiditätsstandards festlege, dass ich Rechnungslegungsstandards verändere? Sie wissen doch genau, welche Folgen das hätte. Es würde zu einer totalen Schwächung des deutschen Finanzdienstleistungssektors führen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme hier nur weiter, wenn ich mich mit meinem Impetus in die dafür vorgesehenen Organisationen einbringe. Da sage ich mit einem gewissen Stolz: Das ist dieser Bundesregierung in den letzten zehn bis zwölf Monaten gut gelungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schick zu?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:  
Bitte sehr.

(Zurufe von der FDP: Aha!)

- Es kommt auf die Tonlage an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht gesagt habe - das wurde auch im Ausschuss deutlich -, wir sollten Regelungen, die übereinstimmend auf internationaler Ebene gefunden werden müssen, in Deutschland vorwegnehmen? Ich habe in meinem Redebeitrag ausschließlich Punkte benannt, die sich auf den nationalen Hoheitsbereich beziehen, beispielsweise die Organisation der Finanzaufsicht, die internen Arbeitsabläufe der Finanzaufsicht und die Verteilung der Aufgaben bei der Überprüfung von Kleinstinstituten und Großbanken. Das von mir genannte Beispiel der Eidgenössischen Bankenkommission bezog sich auf ein Vorgehen auf nationaler Ebene. Man kann nicht einfach so tun, als hätte ich irrationale Forderungen nach einer Regulierung von Hedgefonds oder nach Eigenkapitalunterlegung nur in Deutschland geäußert. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass wir so etwas auf nationaler Ebene nicht regeln können.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Ich habe das wohl verstanden. Nur ist das bei der Bankenaufsicht ein kleines Segment. Sie wissen, dass es bei der BaFin gerade zu organisatorischen und strukturellen Veränderungen gekommen ist. Sie wissen, dass eine neue Arbeitsteilung zwischen den beiden Aufsichtsbehörden, der Bundesbank und der BaFin, einmütig festgelegt wurde. Sie müssten mir also schon sehr viel konkreter sagen, was Sie darüber hinaus wünschen.

Im Übrigen geht es bei den Bemühungen, unsere Bankenaufsicht zu stärken, darum, bei grenzüberschreitenden Versicherungsgruppen und Bankengruppen eine stärkere Kooperation und Konvergenz herzustellen. Dementsprechend habe ich in der slowenischen Stadt Ljubljana gerade an der Erstellung eines Memorandum

of Understanding mitgewirkt. Darüber hinaus habe ich im Kreis der G 7 auf Vorschlag des Financial Stability Forum die Einrichtung von sogenannten Colleges, von Überwachungsvertretungen, verabredet. Sie müssten mir schon konkreter sagen, was im Augenblick darüber hinaus bei der Bankenaufsicht zu tun ist, und nicht nur irgendwelche Mahnungen in die Welt setzen.

Außerdem haben Sie einen Hinweis gemacht, den ich für abwegig halte. Die BaFin ist nicht dafür da, die Geschäftsmodelle von Banken zu kontrollieren;

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

das haben Sie aber in Ihrem Redebeitrag gefordert. Mit einem solchen Verständnis können Sie garantiert nichts bewirken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich explizit nicht gesagt!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem ich bitte, genau zu unterscheiden. Angesichts des hohen Mobilitätsgrades bei Kapital und der hochgradigen Vernetzung im Finanzdienstleistungssektor ist die Bundesrepublik Deutschland darauf angewiesen, ihre Vorstellungen bei der Frage, wie die Widerstandsfähigkeit des Finanzdienstleistungssektors verbessert werden kann, in der Eurogruppe, in der Europäischen Union, im G-7-Kreis und im Financial Stability Forum durchzusetzen. Ich finde, wir haben aus Washington einiges mitgebracht, das sich sehen lassen kann.

Im vierten Punkt möchte ich auf die Frage eingehen, ob Steuergelder verbrannt werden. Der Bundesregierung ist die Entscheidung, über eine Art Zuweisungsgeschäft über die KfW der IKB 1,2 Milliarden Euro zunächst als Darlehen zur Verfügung zu stellen, nicht leicht gefallen. Dieses Darlehen ist noch nicht verbrannt. Wir hatten abzuwägen - das war die Entscheidung -, ob wir die IKB - umgangssprachlich formuliert - an die Wand fahren lassen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Erschütterungsdynamik - der Knall, der auf einen Bankrott dieser Bank folgen würde - andere so stark in Mitleidenschaft ziehen könnte, dass der Schaden noch größer wäre; Herr Dautzenberg hat das richtigerweise als Kettenreaktion bezeichnet.

Wenn Sie mich fragen, ob dort Steuergelder verbrannt werden, müssen Sie eigentlich ehrlicher Weise hinzufügen, wie viel mehr Steuergelder im Alternativszenario, das sehr viel größere Risiken birgt, verbrannt würden. Das tun Sie aber nicht. Vielmehr fokussiert sich alles auf die Forderung, so mit der IKB umzugehen, dass der Steuerzahler nicht in eine Mithaftung gezogen wird - bisher haftet der Steuerzahler nicht mit -, wobei Sie die Frage nicht interessiert, was die Konsequenzen daraus wären. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine gute Gesinnung nicht reicht, um Politik zu machen; auch Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein sind nötig. Die Bundesregierung musste hier Verantwortungsbereitschaft zeigen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der letzte Punkt. Wir befinden uns in Deutschland keineswegs in einer Situation, in der wir den Eindruck

vermitteln sollten, die deutschen Steuerzahler würden in großem Umfang und in nachhaltiger Form durch die Finanzmarktkrise in Mitleidenschaft gezogen. Ja, in allen betroffenen Ländern wird es allein durch die Eintrübung der Konjunktur zu Verlusten an Steuereinnahmen kommen; das ist schlicht und einfach ein unspezifisches Resultat der Wirtschaftsentwicklung. In welchem Ausmaß wir wegen der Finanzmarktkrise bzw. für Stützungsmaßnahmen des Staates aufgrund von Garantiepositionen wirklich Haushaltsmittel und damit Steuergelder in Anspruch nehmen müssen, weiß zurzeit niemand. In Deutschland hält sich das im Gegensatz zu Großbritannien erkennbar in Maßen.

In Großbritannien ist eine Bank wie Northern Rock verstaatlicht worden, was ordnungspolitisch beinahe unvorstellbar ist. Das wird im britischen Haushalt mit ungefähr 40 Milliarden bis 60 Milliarden Pfund zu Buche schlagen und die britische Einhaltung der Maastricht-Kriterien gefährden.

Derzeit ist der englische Staat dabei, mit 50 Milliarden Pfund Hypothekenkredite abzusichern. Er übernimmt sie als Sicherheit für Staatsanleihen. Es geht um unvorstellbar hohe Summen.

In den USA hat die Fed mit Blick auf die Stabilisierung von Bear Stearns JP Morgan mit 30 Milliarden Dollar abgesichert. Insofern bitte ich Sie, unsere Lage in Deutschland auch im Vergleich dazu zu betrachten, was andernorts durch die weltweite Finanzmarktkrise ausgelöst worden ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will mich aus Zeitgründen nicht auf weitere Einzelheiten kaprizieren, zumal ich mich im Haushaltsausschuss und im Finanzausschuss erklären durfte. Ich halte aber an dem fest, was aufgrund maßgeblicher deutscher Initiativen im Financial Stability Forum vorgeschlagen worden ist. Ich erinnere daran, dass die deutsche G-7-Präsidentschaft im Februar 2007 in der Villa Hügel in Essen das Thema Transparenz international auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ein kleiner Hinweis darauf, dass das richtig war, fällt sicherlich nicht schwer. Ich erinnere auch daran, dass die Angloamerikaner langsam auf diesen Kurs umgeschwenkt sind, allerdings unter dem Druck einer Lernkurve, resultierend aus der Finanzmarktkrise. Vor sechs oder sieben Monaten waren sie noch nicht so weit. Es wurde zu Recht gefragt, wie lange diese Phase anhält und ob sie noch genauso zur Regulierung bereit sind wie jetzt, wenn die Krise langsam endet.

Für den Bundesbankpräsidenten und mich wie auch für viele andere - insbesondere für die Europäer und selbst für meine amerikanischen Kollegen - war es eine bemerkenswerte Erfahrung, dass bei einem Zusammentreffen mit ungefähr zehn bis zwölf wichtigen Vorstandsvorsitzenden von internationalen Banken in Washington diese nach mehr staatlicher Regulierung fragten. Das hätte ich mir vor sechs Monaten nicht träumen lassen.

(Zuruf von der SPD: Die FDP war immer dagegen!)

Das passt nicht ganz zu unserem ordnungspolitischen Grundsatz, der dem deutschen Idealismus entsprechend immer sehr strikt verfolgt wird nach dem Motto „Es geht

nicht um Leben und Tod, es geht um mehr als das".

(Heiterkeit bei der SPD)

So kommen wir pragmatischen Lösungen nicht näher.

Die Amerikaner und die Briten machen das: Sie verstaatlichen eine Bank.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sagen aber auch, wo die Fehler waren!)

Das hat es seitens der Fed vorher noch nie gegeben.

Ich will darauf hinaus, dass uns bezogen auf die folgenden

Kernprobleme, um die es geht, viel gelungen ist:

Erstens geht es um die Frage, wie wir die Eigenkapitalstandards verändern, damit die verbrieften hochkomplizierten

Produkte in den Knalltüten - wie ich sie nennen

möchte -, bei denen niemand weiß, wo die Risiken

liegen, endlich in die Bilanzen mitaufgenommen werden.

Sie müssen mit Eigenkapital unterlegt werden, was

das Risikoverhalten von Managern nachhaltig beeinflussen würde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens brauchen wir - das ist sehr wichtig - Liquiditätsstandards.

Denn die mangelnde Liquidität ist derzeit

eines der Hauptprobleme im Interbankenverkehr.

Wir haben es mit einem Vertrauensbruch zu tun. Die

Banken mit ausreichender Liquidität sitzen wie Glucken

darauf. Diejenigen, denen es an Liquidität mangelt, beschweren sich, weil die anderen Banken ihnen nichts abgeben.

Insofern ist die Politik der EZB und der Fed, den

Markt mit Liquidität zu versorgen, richtig. Bei einer

Bank in Großbritannien, wo das nicht so war, hat das dafür

gesorgt, dass die Menschen anschließend in langen

Schlangen vor den Filialen gestanden haben. Stellen Sie

sich die Debatte vor, wenn es solche Bilder in Deutschland gegeben hätte, die stark an die 20er-Jahre erinnern!

Drittens geht es um Transparenz. Die deutschen

Institute werden von mir und dem Bundesbankpräsidenten

massiv aufgefordert, offenzulegen, was sie an Risiken

erkannt haben und an Wertberichtigungen vornehmen

müssen, weil dies zur Vertrauensbildung beiträgt.

Das alleine reicht aber nicht. Wir müssen uns auch

über klar benannte Adressaten - ich kann sie aus Zeitgründen

nicht alle auflisten - darum kümmern, dass wir

schon in einem 100-Tage-Programm vorankommen.

Viertens geht es um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

bzw. Konvergenz der Aufsichtsbehörden. Ich

kann derzeit keinen nationalen Handlungsbedarf erkennen,

aber grenzüberschreitend muss gehandelt werden.

Die Colleges of Supervisors, wie es in den Communiqués

heißt - also die Arbeitsgruppen aus Aufsichtsvertretern

sowohl der Ministerien als auch der Aufsichtsbehörden

und der Notenbanken -, haben in diesem Zusammenhang

die ersten 25 solcher grenzüberschreitenden Banken-

oder Versicherungsgruppen identifiziert.

Das fünfte Problem sind die Ratingagenturen.

Unter dem Strich: Am Anfang steht ein Versagen von

Märkten und Managern, nicht von Politik. Das ist das

Urteil, das Sie überall hören: Es war nicht die Politik.

Also drehen Sie die Debatte nicht um. Ich bin in beiden

Ausschüssen immer wieder darauf hingewiesen worden,

dass in der Öffentlichkeit ausschließlich die Politik für

diese Entwicklung verantwortlich gemacht wird, nicht der Markt oder die beteiligten Manager. Ich meine: Ziehen wir uns den Schuh doch nicht so an, wie Sie das hier versuchen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was habe ich denn mit dem operativen Geschäft der IKB zu tun? Nichts, um das deutlich zu sagen. Versuchen wir doch nicht, uns gegenseitig selbst in die Position zu bringen, die dazu führt, dass die Menschen sagen: Die dämliche Politik hat versagt und ist für die Finanzmarktkrise verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage und damit eine Verlängerung Ihrer Redezeit zu, wenn ich das mit Blick auf die rote Lampe bemerken darf?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Mit oder ohne?

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Mit!)

- Dann gerne. Herr Thiele, bitte.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Ich glaube schon, dass eines der Probleme darin besteht, dass auf der Anlegerseite Produkte gekauft wurden, die von unterschiedlichen Managern in unterschiedlichen Banken nicht entsprechend risikobewertet wurden und dass deshalb sowohl in privaten Banken wie auch in öffentlich-rechtlichen Banken entsprechende Probleme entstanden sind. Allerdings handelt es sich bei der IKB von ihrer rechtlichen Natur her um eine Privatbank.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist vorhin anders gesagt worden! - Florian Pronold [SPD]: Da widersprechen Sie dem Herrn Schäffler!)

Unter Rot-Grün ist allerdings der Anteil der KfW als Eigentümer so erhöht worden, dass die KfW der wesentliche Eigentümer der IKB geworden ist. Unser Ansatz als FDP ist: Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Eigentümer einer Privatbank zu werden, auch nicht über die KfW. Das ist der Unterschied. Das werfen wir Ihnen vor. Wir sagen: Die Banken sollen privat organisiert sein. Wenn es zu einem Fehlverhalten kommt, können die Eigentümer dafür die Vorstände zur Rechenschaft ziehen. Aber wenn sich der Staat an Privatbanken beteiligt und Risiken und Verluste entstehen, schlagen sie sich im Haushalt und bei der KfW nieder und müssen damit letztlich vom Steuerzahler getragen werden. Das ist der Punkt, den wir kritisieren.

Ich bitte Sie um Ihre Einschätzung dazu, ob Sie das anders sehen. Der Erwerb ist nicht in Ihrer Zeit als Minister erfolgt, aber als Sie das Amt angetreten haben, haben Sie nicht dafür Sorge getragen, dass sich der Staat über die KfW von diesen Anteilen wieder trennt.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sie sind viel zu sehr mit der Geschichte vertraut, Herr Thiele, um nicht zu wissen, dass sich die KfW seinerzeit um die Anteile an der IKB nicht gerissen hat.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Entschuldigung, sie hat sie doch gekauft! - Gegenruf des Abg.

Joachim Poß [SPD]: Weil die deutsche Wirtschaft das wollte!)



- Aber aufgrund des Drängens der deutschen Wirtschaft, damit diese deutsche Mittelstandsfinanzierungsbank nicht von der Royal Bank of Scotland übernommen wurde. Das wissen Sie doch. Versuchen Sie doch nicht, mich und vor allem das Publikum in die Irre zu führen. (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das tue ich doch gar nicht!)

Das war doch seinerzeit keine Strategie der KfW. Ich weiß gar nicht, wer damals im Amt gewesen ist. (Zuruf von der SPD: Waigel!)

- Herr Waigel, aber das ist völlig wurscht. Es ist doch damals nicht das Ansinnen des Bundes gewesen, sich in einer quasi imperialistischen Armbewegung eine Aktiengesellschaft unter den Nagel zu reißen. Das stimmt doch einfach nicht. Die Frage war, ob dieser Anteil möglicherweise in das Eigentum ganz anderer Banken geht, deren Interessen nicht mit denen dieses Mittelstandsfinanzierers übereinstimmen.

Eine weitere Anmerkung. Die KfW hat niemals die Mehrheit im Aufsichtsrat und in der Hauptversammlung der IKB gehabt. Schauen Sie sich doch an, wie dieser Aufsichtsrat besetzt ist! Dann kommen Sie nämlich zu einem ganz anderen Ergebnis als diesen offenkundigen und sehr durchsichtigen Versuchen, hier irgendwelche Bonbons anzukleben. Das gilt nicht für Sie, aber für andere Beiträge aus Ihrer Fraktion. Noch einmal: Ich habe damals, als ich ins Amt kam, keine Veranlassung gesehen, den IKB-Anteil zu verkaufen. Durch die Probleme sind wir alle aufmerksamer geworden. Sie wissen, dass die Bundesregierung ein massives Interesse daran hat, den KfW-Anteil an der IKB zu veräußern.

Jetzt allerdings mache ich eine Bemerkung, und zwar in Übereinstimmung mit anderen wichtigen Verwaltungsratsmitgliedern: Wir verkaufen nicht zu einem schlechten Preis.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Für uns gilt nicht das Motto: Der Verkauf an sich ist das Ziel. Nein, ein günstiger Verkauf ist das Ziel, sonst würden Sie mich dafür ans Brett nageln.

(Ortwin Runde [SPD]: So ist es! - Abg. Frank Schäffler [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Minister, auch die Verlängerung Ihrer Redezeit ist nun abgelaufen. Deshalb lasse ich jetzt keine weiteren Zwischenfragen mehr zu.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Ich halte mich gerne an die Spielregeln, Frau Präsidentin. - Ich bedanke mich sehr, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Dr. Wissing.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Herr Minister Steinbrück, Sie haben sich hier vor dem Deutschen Bundestag darüber beschwert, dass Mitglieder des Hohen Hauses, vor allem meiner Fraktion, in besonderem Maße von ihrem parlamentarischen Fragerecht Gebrauch machen. Nun waren Sie selbst niemals

Mitglied des Deutschen Bundestages. Deswegen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass das parlamentarische Fragerecht ein wesentliches Instrument der verfassungsrechtlich verbürgten Regierungskontrolle durch den Deutschen Bundestag ist.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion hat bei der Ausübung des parlamentarischen Fragerechts niemals die rechtlichen und gesetzlichen Grenzen überschritten. Deswegen weise ich Ihre Vorwürfe mit allem Nachdruck zurück. Ich bin sicher, dass ich dabei auch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen des Hauses habe.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin ganz sicher, dass Sie, Herr Minister, angenehmer regieren könnten, wenn Ihnen insbesondere von der Opposition nicht so viele Fragen gestellt würden. Es ist allerdings ein Widerspruch, wenn Sie für sich in Anspruch nehmen, hier Transparenz schaffen zu wollen, sich aber gleichzeitig darüber beschweren, Fragen der Opposition beantworten zu müssen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der LINKEN)

Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden auch weiterhin von unseren parlamentarischen Rechten Gebrauch machen. Davon lassen wir uns insbesondere nicht von einem Minister einer Großen Koalition abhalten. Wäre Ihre Finanzpolitik nicht so fragwürdig, müssten wir nicht so viele Fragen stellen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu einer Erwiderung.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sie gehen von einer falschen Lage aus. Ich habe mich nicht beschwert.

(Lachen bei der FDP)

Das bitte ich im Protokoll nachzulesen.

Der Zusammenhang, den ich hergestellt habe, war folgender: Herr Schäffler hat sich über die mangelnde Auskunftsfreudigkeit des Ministeriums beschwert. Danach habe ich darauf hingewiesen, dass wir nach Lage der Dinge allein von Herrn Schäffler und Herrn Wissing inzwischen mehr als 180 einzelne Fragen beantwortet haben. Ich habe in meinen Darlegungen mit keiner einzigen Silbe das Fragerecht des Parlaments berührt. Das bitte ich im Protokoll genau nachzulesen. Ich glaube, es ist eine künstliche Aufregung, die Sie hier herbeiführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Florian Pronold [SPD]: Die bei der FDP hören nie zu!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nun hat der Kollege Dr. Axel Troost für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen heute zwei Anträge der FDP vor, die sich in

gewisser Weise widersprechen. In dem einen Antrag wird gesagt, es gehe darum, das Geschäftsmodell von Banken mit staatlicher Beteiligung zu ändern - Konzentration auf das Kerngeschäft und Umstellung auf tragfähige Strukturen -, und in dem anderen wird gleich die Privatisierung gefordert. Wir lehnen die Privatisierung der Landesbanken ab. Wir als Linke meinen, dass Landesbanken notwendig sind, aber wir stimmen in vollem Umfang dem zu, was der Kollege Schick gesagt hat: Was an Fehlern geschehen ist, muss aufgearbeitet werden. Da ist der Hinweis auf die „CDU-Bank“ völlig richtig, weil dort erhebliche Fehler gemacht worden sind; ich verweise auf Berlin - das war früher -, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: In Nordrhein-Westfalen erst ab 2005, Herr Kollege!)

Landesbanken rechtfertigen sich nicht dadurch, dass es schicke Gästehäuser gibt, in die die Ministerpräsidenten auswärtige Gäste einladen, Landesbanken rechtfertigen sich nicht dadurch, dass sie eigene Flugzeuge haben, die sie der Landesregierung zur Verfügung stellen,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das war aber nicht zu CDU-Zeiten!)

sondern sie rechtfertigen sich nur, wenn sie in strukturelevanten Bereichen arbeiten, Kredite an Unternehmen vergeben und das Dreisäulensystem insgesamt stärken. Daran muss gearbeitet werden. Insoweit muss eine Veränderung stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sicherlich verurteilen wir alle die Vergabe der Hypothekendarlehen an einkommensschwache Kreditnehmer in den USA. Aber ohne die Verbriefungsmöglichkeiten hätten die amerikanischen Hypothekenbanken die Darlehen gar nicht erst vergeben können, weil sie auf den Ausfallrisiken selbst sitzen geblieben wären. Durch komplizierteste Verbriefungstechniken wurde es möglich, mit unverantwortlicher Kreditvergabe viel Geld zu verdienen und die eingegangenen Risiken nicht selbst tragen zu müssen. Hier liegt klares Marktversagen vor.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Kreditmärkte sollen helfen, Risiken zu streuen. Im konkreten Fall wurden die Risiken aber so effektiv gestreut, dass sie bis zur Unkenntlichkeit verstreut wurden und damit wieder neue Risiken hervorgerufen haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

An der Verbriefung haben die Banken und Zweckgesellschaften vor der Krise gut verdient. Statt Risiken beherrschbar zu machen, hat die Verbriefung die gesamtwirtschaftliche Effektivität und Stabilität nicht befördert, sondern ihr sogar geschadet.

In der Vergangenheit wurden Finanzinnovationen, wie man das so schön nennt, von den Neoliberalen gern als Beitrag zur Effizienzsteigerung der Finanzmärkte gepriesen. Aber kein Banker hat Finanzprodukte entwickelt, um Märkte effizienter zu machen. In Wirklichkeit ging es natürlich, wie überall im Kapitalismus, ums Geldverdienen. Nun mag es vereinzelt Finanzprodukte gegeben haben, die gesamtwirtschaftlich effizient sind.

Das bleibt aber dem Zufall überlassen. Das muss sich aus unserer Sicht radikal ändern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

In der Debatte wurde schon von Herrn Spiller, von Herrn Kalb und anderen gefragt: Wie konnte es eigentlich passieren, dass die Banken solche unüberschaubaren Produkte gekauft haben? Wie konnte es passieren, dass die Banker und Vorstände nicht durchgeblickt haben? Was soll man davon halten, dass selbst Herr Ackermann inzwischen Zweifel hat? Unserer Ansicht nach muss es in Zukunft so sein, dass riskante neue Finanzprodukte einer Zulassungspflicht unterworfen sein müssen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Als Zulassungsstelle schlagen wir einen neu einzurichtenden Finanz-TÜV vor. Nur wenn die privaten Gewinnmöglichkeiten von Finanzprodukten nicht mit einer Verringerung der allgemeinen Finanzstabilität erkauft werden, dürfen solche Produkte überhaupt zugelassen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich noch ganz kurz eine letzte Bemerkung machen. Die aktuellen Turbulenzen sind nicht nur auf eine unzureichende Regulierung, sondern auch auf den immer stärker werdenden Anlagedruck zurückzuführen. Dieser hängt mit der internationalen Privatisierung der Altersvorsorge zusammen. Diesen Zusammenhang, den wir schon in der Debatte zuvor aufgezeigt hatten, was Riester-Rente und Wohn-Riester angeht, muss man herstellen. Nur wenn wir wieder zu einer vernünftigen Umlagefinanzierung der Renten kommen, können wir auch die Anlageprobleme auf den Finanzmärkten in den Griff bekommen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Eckhardt Rehberg das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Trotz schwerwiegender Probleme, verursacht durch die internationale Finanzkrise, steigender Energiepreise und einer Spreizung zwischen Dollar und Euro, wie wir sie in diesem Ausmaß bislang nicht gekannt haben, ist die deutsche Wirtschaft stabil und robust. Hätten wir vor fünf oder zehn Jahren auch nur eines dieser Probleme gehabt, wären die Auswirkungen damals viel gravierender gewesen. Ich glaube, dass die Struktur unseres Finanzmarktes zur Stabilität beiträgt.

Meine Damen und Herren von der FDP, widersprüchlicher als Sie heute kann man gar nicht argumentieren.

Der Kollege Schäffler beschwert sich, dass sich für die IKB das Mittelstandsgeschäft nicht lohnen würde. Herr Zeil hingegen beklagt die Mittelstandsfinanzierung durch die IKB.

(Martin Zeil [FDP]: Was habe ich beklagt? Sie haben mir nicht zugehört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, sind Sie sich eigentlich darüber im Klaren, was in der Vertikalstruktur aus den Sparkassen vor Ort wird, die doch ganz überwiegend Träger der Finanzierung des Klein- und Mittelstandes sind, wenn die Landesbanken gemäß Ihrer Forderung zügig privatisiert werden?

(Martin Zeil [FDP]: Die müssen dann keine Bürgschaften mehr abgeben!)

Sind Sie sich darüber im Klaren, wie das Kreditgeschäft für den Klein- und Mittelstand in Deutschland aussieht, wenn es zur der von Ihnen geforderten Privatisierung, die Sie für das Nonplusultra halten, kommt?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Rehberg, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schäffler zu?

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Ich lasse sie sehr gerne zu.

Frank Schäffler (FDP):

Herr Kollege, ich möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich mich nicht gegen das Mittelstandsgeschäft der IKB ausgesprochen habe. Ich habe vielmehr gesagt, dass das Mittelstandsgeschäft der IKB zu keinem Zeitpunkt ertragreich für die IKB selbst gewesen ist.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Bis vor Jahren war das der Fall, Herr Kollege! - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da

müssen Sie nur den Geschäftsbericht lesen!) Das ist der Grund dafür, weshalb die IKB außerbilanzielle Zweckgesellschaften gegründet hat. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich das so gesagt habe?

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Herr Kollege Schäffler, Sie haben deutlich gemacht, dass das Mittelstandsgeschäft für die IKB nicht ertragreich ist. Ich wollte gerade - an der Stelle haben Sie mich unterbrochen - deutlich machen, dass die Finanzierung für den Klein- und Mittelstand natürlich staatlich unterstützt werden muss, was wir tun. Bei Ihrer Forderung nach Privatisierung der Landesbanken vergessen Sie, auf die Konsequenzen für den Sparkassensektor hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es sind oftmals Probleme bei der Durchreichung von KfW-Darlehen und von Krediten im ERP-Bereich im Hinblick auf die Margen der Hausbanken beklagt worden. Wir hatten lange Jahre Debatten darüber, dass Hausbanken Kredite der KfW und aus dem ERP-Sondervermögen nicht hinreichend durchgereicht haben. Erst als neue Zinsstrukturen geschaffen wurden, erst als im Rahmen des ERP-Sondervermögens, sprich: durch die KfW, Margen mit übernommen wurden, war dieses Thema verschwunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine feste Überzeugung ist: Wenn wir an die Thematik der Landesbanken überhastet herangehen würden, so wie Sie es vorschlagen, dann würden wir Kollateralschäden ohne Ende haben. Ich sage nicht, dass wir bei den Landesbanken nicht das eine oder andere machen müssen. Es gibt aber Landesbanken, die sich nach

meiner Auffassung spezialisiert haben: Nehmen wir die HSH Nordbank beim Thema Schiffsfinanzierungen; nehmen wir aber auch die Nord-LB beim Thema Flugzeugfinanzierungen. Meine Damen und Herren von der FDP, ich will Ihnen sagen - es ist schwer, hier über diese Thematik zu reden; denn es geht ein Stück weit in die Vertraulichkeit -: Meine Erfahrung gerade seit 1990 ist: Manches heute höchst erfolgreiche Investitionsprojekt in Mecklenburg-Vorpommern wäre ohne die Nord-LB nicht möglich gewesen; ich könnte Ihnen zig Beispiele nennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

In diesem Fall haben Landesbanken die Konsortialführung und Bürgschaften in den Bereichen übernommen, aus denen sich Privatbanken lange herausgezogen haben. Ich sage nicht, dass alle Projekte gut verlaufen sind. Natürlich waren Risiken dabei. Aber gerade der Aufbau der neuen Bundesländer wäre ohne den öffentlich-rechtlichen Bankensektor, wie wir ihn heute haben, nicht möglich gewesen. Natürlich muss es hier zu Verbesserungen kommen. Das ist nicht Aufgabe der Bundespolitik, das ist Aufgabe der Länder. Zum Beispiel lassen die Sparkassengesetze der allermeisten Länder keine gemeinsame Beteiligung von Genossenschaftsbanken und Sparkassen an einem Geldinstitut zu. Wenn wir die Sozialfunktion von Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der Zukunft hinreichend ausfüllen wollen, dann muss eine Beteiligung der einen zusammen mit der anderen Seite möglich sein. Hier sind wir alle - übrigens über die Parteigrenzen hinweg - gefordert, dass diese Beteiligungen möglich werden.

(Martin Zeil [FDP]: Also dann mal los!)

Herr Minister Steinbrück, Sie haben darauf hingewiesen, dass seitens der Linken und der FDP der Eindruck erweckt wird, schuld an dieser Problematik sei allein die Politik. Was mich massiv ärgert, ist, dass die Rolle der Ratingagenturen und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften überhaupt nicht hinterfragt wird. Sie sollten sich einmal den Konzerngeschäftsbericht der IKB vom 28. Juni 2007 und den korrigierten Bericht vom Februar dieses Jahres zu Gemüte führen. Da hat sich eine Ratingagentur einiges geleistet; ich lasse den Namen einmal weg. Diese Ratingagentur hat die IKB im Februar 2008 noch genauso gut bewertet wie im Juni 2007. Da frage ich mich ganz besorgt, wofür sie ihr Geld bekommen hat. Nach Basel II waren wir ja an der einen oder anderen Stelle bei einem gewissen Ratingfetischismus. Ich will einen zweiten Aspekt nennen: Konzerngeschäftsberichte sind immer eine Anlage zur Bilanz. Sie werden von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft testiert. Ich darf jetzt einmal aus dem Konzerngeschäftsbericht der IKB vom 28. Juni 2007 zitieren - schon Ende Mai/Anfang Juni 2007 sind in Amerika die ersten mehr als dunklen Wolken zum Thema Subprime-Krise aufgezogen; ich betone ausdrücklich: Anlage zur Bilanz, testiert von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -: Unsere Investments konzentrieren sich zu zwei Dritteln auf mindestens Investmentgrade-geratete US-Portfolios (wie zum Beispiel Kreditkartenforderungen,

Hypothekenkreditforderungen sowie Unternehmenskredite) sowie zu einem Drittel auf europäische Portfolios mit ähnlichen Strukturen.

Jetzt kommt es:

Wir nutzen unsere große Expertise in diesem Bereich aber auch, um auf Provisionsbasis externe Gesellschaften bei deren Investments in internationale Kreditportfolien zu beraten. Dies bezieht sich insbesondere auf das Conduit „Rhineland Funding Capital Corporation“ in den USA. Aufgrund unserer Beratung investiert diese Gesellschaft in vergleichbare Portfolien wie die IKB. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass für Dritte die gleichen Qualitätsstandards wie für unser Haus gelten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Spricht für sich!)

- Kollege Dautzenberg, Sie bemerken zu Recht: Das spricht für sich.

Wenn wir die Verantwortung der Politik anmahnen, müssen wir gleichzeitig die Verantwortung derer anmahnen, die mit solchen Bilanzen, solchen Geschäftsberichten und solchen Ratings Geld verdienen. Es ist richtig, die Rolle der Ratingagenturen zu hinterfragen. Ich hinterfrage an dieser Stelle aber auch die Rolle der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland die jetzige Situation unter anderem deswegen so gut meistern kann, weil die Europäische Zentralbank - meines Erachtens im Gegensatz zur Fed - eine sehr verantwortungsvolle Politik macht und weil die Europäische Zentralbank nicht der Versuchung erlegen ist, die Zinsen abzusenken. Ich glaube ferner, dass der stabile und starke Euro dazu beiträgt, dass wir diese Finanzkrise so gut bewältigen können. Aus meiner Sicht wird es in Zukunft darum gehen, mehr Transparenz bei Ratings zu gewährleisten und die Haftung der Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu erweitern.

(Frank Schäffler [FDP]: Mehr Transparenz in der Politik!)

- Herr Kollege, ich habe im ERP-Unterausschuss und im Wirtschaftsausschuss an Befragungen - unter anderem von Frau Matthäus-Maier - teilgenommen. Ich habe auch die Berichte gelesen, die uns vom BMF und vom BMWi vorgelegt wurden. Wie Sie war auch ich in der Opposition, und ich verstehe etwas von Oppositionsarbeit. Ich glaube, wir stehen hier an einer Stelle, an der der kurzfristige politische Effekt hinter dem Verantwortungsbewusstsein zurücktreten sollte. Das gilt gerade für die Finanz- und die Geldpolitik. Denken Sie bitte an den kleinen Sparer, die kleine Sparerin, den älteren Sparer und die ältere Sparerin.

Eine letzte Bemerkung. Überlegen Sie einmal, wo die IKB stünde, wenn Ihre Forderungen umgesetzt worden wären. Dann wäre die IKB gegen die Wand gefahren; dann hätten wir die Schlangen vor den Banken, die Herr Steinbrück beschrieben hat; dann wäre der Schaden weitaus größer.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ortwin Runde für die SPD-Fraktion.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fand es richtig mutig, wie Herr Zeil seine Rede eröffnet hat. Ich habe mich gefragt, wo er rauskommt, wenn er so in das Thema einsteigt. Er hat Thomas Jefferson zitiert, der sagte: Eine Bank ist, was die Gefährlichkeit angeht, nur mit einer stehenden Armee zu vergleichen. Jefferson wusste, was eine stehende Armee ist, er wusste, was sie tut, um sich zu versorgen, wusste, was das für die betroffene Bevölkerung und das Wirtschaftsgeschehen bedeutet. Jeder von uns, der Wallenstein gelesen hat, weiß auch, was solche Heere bedeuten. Ich habe mich gefragt, ob Herr Zeil dieses Bild auf die Neuzeit übertragen und damit sagen wollte, dass diese Bankenkrise – das wäre ein richtig kapitalismuskritischer Ansatz – Auswirkungen auf Rohstoff-, Nahrungsmittel- und Energiepreise hat, also weltweit großen Schaden anrichtet, unter dem die Bevölkerung leiden muss. Das dachte ich.

Dann merkte ich aber, dass er dieses Bild als Rammbock gegen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen benutzen und ihren Beitrag zur weltweiten Finanzkrise herausstreichen will.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Kein Wort zu den Sparkassen!)

Da war ich intellektuell ein bisschen enttäuscht von Ihnen, Herr Zeil.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN –

Martin Zeil [FDP]: Ich auch, weil Sie nicht richtig zugehört haben!)

Wenn man sich diese Krise der Finanzmärkte ansieht, muss man sich doch fragen, worin sie ihren Ursprung hat. Der Ursprung ist eigentlich nicht die Immobilienkrise, sondern die Erwartung, man könnte im Finanzbereich die Renditemöglichkeiten von denen der Realwirtschaft abkoppeln. Die Realwirtschaft liefert bei langfristiger Anlage Renditemöglichkeiten von durchschnittlich 8 bis 12 Prozent.

Die Finanzwirtschaft hingegen versuchte, sich von den Renditemöglichkeiten der Realwirtschaft abzukoppeln und ein Vielfaches dieser Rendite zu erzielen. Das ist Renditegier. Dazu haben auch Sie, Herr Zeil, etwas gesagt und von Kasinokapitalismus gesprochen.

(Martin Zeil [FDP]: „Spielkasino-Mentalität“ habe ich gesagt!)

Die Finanzwirtschaft hat den Mechanismus der Verbriefung nicht zur Risikostreuung, sondern zur Risikoverschleierung eingesetzt. Das hätte fast zu einer krebsartigen Wucherung der Risiken in den verschiedenen Volkswirtschaften geführt. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Ich dachte, jetzt machen Sie alle möglichen Vorschläge, wie man der Abkopplung der Finanzindustrie von der Realwirtschaft begegnen kann. Das ist natürlich nur auf internationaler Ebene möglich. Die Eigenkapitalunterlegung muss sich nach der Risikohöhe richten.

(Martin Zeil [FDP]: Das steht im Antrag! –



Frank Schäffler [FDP]: Die ist bei den Landesbanken aber nicht besonders groß!)

Die bekannten Probleme im Hinblick auf Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer usw., die bereits angesprochen worden sind, müssen aufgedeckt und gelöst werden.

Was die Ursachen dieser Krise angeht, muss man feststellen:

Diese Krise war nur unter Beteiligung von Profis möglich, und zwar von Profis, die in großen Privatbanken und in international operierenden Banken tätig sind.

Ohne sie wäre diese Krise nicht möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Banker – nicht nur Landesbanker, sondern zum Beispiel auch die Banker der Deutschen Bank; auch ich höre mir ab und zu an, was Herr Ackermann sagt – heute im Schlaf an innovative und komplex strukturierte Finanzprodukte denken, dann bekommen sie Albträume und wachen auf.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]:

Oh ja! Allerdings!)

Es stellt sich die Frage: Wie können Menschen im Hirn so krank werden, dass sie die Risiken ihrer Geschäfte nicht mehr richtig einschätzen können, sich aber trotzdem darauf einlassen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Eine andere zentrale Frage lautet: Wie können wir diese Menschen von ihrer Krankheit heilen?

(Frank Schäffler [FDP]: Das geht erst dann, wenn es sie ihr eigenes Geld kostet!)

Solange sie hohes Fieber haben, das sie auch spüren, gibt es ein Zeitfenster, in dem sie sagen: Wir sind bereit, im Hinblick auf das Verhältnis von Politik und Wirtschaft mitzuwirken. – Diese Einstellung ist auf den internationalen Finanzmärkten inzwischen auch bei den Angloamerikanern, bei den Engländern und bei den Amerikanern, angekommen. Das ist eine Chance, die wir ergreifen müssen.

Herr Schick, bei aller Anerkennung Ihrer Aussage, dass man untersuchen muss, was in Deutschland in den einzelnen Instituten schiefgegangen ist: Ein Finanzminister, der die von mir genannte Chance nicht ergreift, erfüllt seinen Auftrag nicht.

Für mich war es nach all der Kritik und all den Forderungen im Zusammenhang mit Hedgefonds wirklich erstaunlich, welche Entwicklung wir in den letzten Monaten auf den internationalen Finanzmärkten erlebt haben. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass das FSF so weitreichende Vorschläge entwickelt. Hier müssen wir dranbleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Jetzt gilt es, schnell zu reagieren und das Zeitfenster, das uns zur Verfügung steht, zu nutzen, bevor es sich schließt. Diese Gelegenheit müssen wir ergreifen. Ausgerechnet Sie, Herr Zeil, haben diese Problematik eben als eine Art Rammbock benutzt.

(Martin Zeil [FDP]: Oh! Das hat Sie wohl sehr beeindruckt!)

Selbst ein Juso wäre nur in seinen allerbesten Zeiten in

der Lage, eine solch antikapitalistische Rede zu halten, wie Sie es getan haben.

(Martin Zeil [FDP]: Wie bitte? Dann haben Sie mich wohl falsch verstanden!)

Wenn Sie diesen Rammbock dazu nutzen wollen, auf die öffentlichen Banken bzw. auf den öffentlich-rechtlichen Sektor zu schießen, muss ich Ihnen sagen: Thema verfehlt!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Das dreigliedrige System aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken, Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken ist eine wichtige Infrastruktur.

Dieses System ist erhaltenswert; darüber sollten wir uns alle einig sein. Dass Sie, damit Ihr Feindbild passt, auch die IKB zu einer öffentlich-rechtlichen Bank erklären, ist ein Griff der besonderen Art.

(Frank Schäffler [FDP]: Nein! Nicht öffentlich-rechtlich! Öffentlich!)

Jeder, der die Geschichte kennt, weiß, was im Jahre 2001 geschehen ist, als die Allianz aussteigen wollte und ausländische Investoren einsteigen wollten.

(Martin Zeil [FDP]: Na so etwas! - Frank Schäffler [FDP]: Das ist doch Geschichte!)

Damals hat der gesamte Mittelstand bzw. die deutsche Wirtschaft die Auffassung vertreten:

(Frank Schäffler [FDP]: Ja, ja! Die Geschichte kennen wir schon!)

Die KfW soll sich beteiligen, sie hat einen bestimmten Auftrag. - Dieses Vorgehen im Nachhinein zu diskreditieren, halte ich für intellektuell nicht redlich.

(Frank Schäffler [FDP]: Das kostet uns Milliarden!)

Zum Schluss. Sie müssen sich über eines klar werden: Wie stehen Sie zu den Anstrengungen zur Sanierung der IKB? Sind Sie dafür gewesen - im Interesse sowohl der Stabilität des Finanzsystems in Deutschland als auch der mittelständischen Kreditnehmer -, oder sind Sie dagegen?

Ich weiß nicht, was Ihr Ausgangspunkt ist. Ist das diese Beliebigkeit, die man manchmal hat, wenn man in der Opposition ist und Kritik übt, diese Art von Opportunismus? Welchen Standpunkt vertreten Sie? Das müssen Sie uns einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Frank

Schäffler [FDP]: Den haben wir deutlich gemacht!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schliesse die Aussprache.

</ text >

< text 16160 >

Finanzkrise

und des vorausgesagten Wachstumsrückgangs immerhin von 2,5 Prozent in 2007 auf etwa 1,4 Prozent in 2009 dürfen wir es aber nicht bei einem oberflächlichen Schulterklopfen der Politik belassen, schon deshalb nicht, weil die Politik gerade dieser Regierung sehr wenig zu dem positiven Zwischenstand beigetragen, ihn durch falsche Weichenstellungen sogar behindert hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen schon genauer hinsehen: Was sind denn

das für Arbeitsplätze? In vielen Unternehmen werden Zeitarbeiter eingesetzt - mit steigender Tendenz. (Zuruf von der SPD: Das hat die FDP immer gefordert!)

Dies zeigt uns zweierlei: Zum einen sehen viele Arbeitgeber große Unsicherheiten in der konjunkturellen Entwicklung. Zum anderen ist unser Arbeitsmarkt nach wie vor durch zu starre Eintrittsbarrieren behindert. (Beifall bei der FDP)

Da die Koalition auf diesem Gebiet reformunfähig ist, (Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht nur auf diesem Gebiet!)

trägt sie die Verantwortung für den Anstieg der Zahl der Leiharbeitsverhältnisse.

Wie abgehoben viele Politiker reden, zeigen die aktuellen Studien über das Schrumpfen der sogenannten Mittelschichten in Deutschland. Wir haben bereits vor einem Jahr gefordert, dass die Politik die Mitte unserer Gesellschaft nicht vergessen darf. Das sind diejenigen Menschen, die täglich aufstehen, ihre Kinder zur Schule bringen und dann zur Arbeit gehen. Das sind Menschen mit durchschnittlichen Gehältern wie der 37-jährige Bauleiter mit 4 400 Euro im Monat, der davon 2 000 Euro Steuern und Abgaben zahlt. Es sind diejenigen Menschen, die weder Transferleistungen in Anspruch nehmen noch in Steueroasen flüchten, die mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren. Diese Menschen fühlen sich ausgenommen und bestraft.

(Beifall bei der FDP)

Vor acht Jahren gehörten noch 62 Prozent der Deutschen zur Mittelschicht. Heute sind es nur 54 Prozent. Bis zum Jahre 2020 wird weniger als die Hälfte der Bevölkerung ein Einkommen auf Durchschnittsniveau erzielen. Das sind 10 Millionen Menschen weniger als noch Anfang der 90er-Jahre.

Die Politik der schwarz-roten Regierung - massive Steuererhöhungen, staatliche Preistreiberei auf vielen Gebieten, zum Beispiel im Energiebereich - hat diese Entwicklung noch verschärft.

(Beifall bei der FDP)

Von den versprochenen Beitragssatzsenkungen sind per saldo nur Erhöhungen übrig geblieben. Das ist der Grund, warum die Menschen vergeblich darauf warten, dass der Aufschwung auch bei ihnen ankommt. Es reicht nicht, dass die CSU als kleinster Teil der Koalition die Spendierlederhosen anzieht und der staunenden Bevölkerung ein Steuersenkungstheater vorspielt; es ist die gleiche Union, Herr Kauder, die in dieser Legislaturperiode voller Inbrunst insgesamt 19 Steuererhöhungen mitbeschlossen hat.

(Beifall bei der FDP - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Was hat denn die FDP vor kurzem gefordert?)

Herr Kauder, wer theoretisch für Steuersenkungen eintritt, praktisch aber die Steuern am laufenden Band erhöht, ist ungefähr so glaubwürdig wie der Brandstifter, der nach der Feuerwehr ruft.

Diese Art von gespaltenem Bewusstsein kennen wir ja zur Genüge. Auch beim Gesundheitsfonds werden in Bayern Forderungen aufgestellt, die nicht zu dem passen,

was in Berlin beschlossen wurde. Das Schlimme ist:  
Die Zeche zahlt der Bürger mit steigenden Beiträgen und schlechteren Leistungen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben Ihnen mehrfach Gelegenheit gegeben, im Deutschen Bundestag endlich ein einfacheres und gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen einzuführen. Sie hätten unserem Gesetzentwurf nur zustimmen müssen. Die Normalverdiener – das ist die von Ihnen vergessene Mitte – rufen zu Recht nach einer Entlastung. Auch die Wirtschaftsinstitute haben kürzlich gesagt, dass die Regierung angesichts der guten Entwicklung endlich die Steuern senken sollte.

(Beifall bei der FDP)

Aber: Das Verwirrspiel geht ja bereits weiter: Die Koalition hat eine absolut mittelstandsfeindliche Erbschaftsteuerreform verabredet.

In dieser Woche hören wir im Rahmen des Knowhow-Transfers die Wirtschaftsunioren an. Ein junger Mann hat uns sehr eindrücklich geschildert, wie sich diese Reform auf sein Familienunternehmen auswirken würde. Ich kann nur hoffen, dass der Know-how-Transfer bei der Koalition ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, ich möchte Sie auf Ihre Redezeit hinweisen.

Martin Zeil (FDP):

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Auch im letzten Jahr haben wieder 150 000 zumeist gut ausgebildete und kreative Menschen unser Land verlassen, weil sie sich hier eingeeengt fühlen und hier keine Perspektive für sich sehen. Diese Alarmzeichen müssen wir erkennen. Diesen Trend müssen wir umkehren. Statt sich selbst zu loben, sollte die Koalition endlich ihre Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Gerald Weiß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Gerald Weiß (Groß-Gerau) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Zeil, diese Kassandrarufe kann man nicht mehr hören. Wir haben 1,6 Millionen Arbeitslose weniger als vor zwei Jahren, wir haben 1 Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als vor zwei Jahren, wir haben robustes Wachstum im dritten Jahr, und auch das vierte Jahr wird trotz der Probleme auf dem internationalen Immobilienmarkt stabil sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben eine gute, gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung, aber Sie üben sich in Kassandrarufen. Das bringt uns nicht weiter. Mit diesen Kassandrarufen helfen Sie uns nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Martin Zeil [FDP]: Sprechen Sie doch einmal mit den Leuten!)

Sie können jetzt sagen, das sei ein internes, von regierungsnaher Seite ausgestelltes Zeugnis. – Zugegeben.

Ich will Ihnen aber auch drei Stimmen aus dem Ausland

vorhalten:

Erstens. Das renommierte World Economic Forum hat in seinem jüngsten Report festgestellt: Deutschland ist eine der fünf wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Zweitens. Deutschland ist der attraktivste Investitionsstandort in Europa. Das hat eine international durchgeführte Befragung von Führungskräften von Ernst & Young ergeben.

Drittens. Die Auslandspresse schreibt - der eine schreibt es vom anderen ab -: Deutschland erlebt sein zweites Wirtschaftswunder.

Wenn Sie uns schon nicht glauben wollen, sollten Sie diesen internationalen Stimmen glauben. Wir sind nicht am Ziel; das kann keiner behaupten. Was stabiles Wachstum, mehr Arbeit und mehr Sicherheit anbetrifft, sind wir zwar nicht am Ziel, aber wir sind in Deutschland auf einem guten Weg. Das ist unbestreitbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Martin Zeil [FDP]: Aber das Tempo!)

Die Politik der Regierung unter dem Leitmotiv „Sanieren, Reformieren, Investieren“

(Martin Zeil [FDP]: Abkassieren!)

ist erfolgreich. Wenn Sie behaupten - das Bild wollen Sie ja zeichnen -, der Aufschwung sei wie Manna vom Himmel gefallen, dann darf man in aller Bescheidenheit sagen: Natürlich haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Selbstständigen und die fleißigen und innovativen Manager alle dazu beigetragen. Zum Teil sind auch beachtliche Opfer gebracht worden. Aber ohne bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen in Deutschland und ohne bestimmte strategische Entscheidungen der Großen Koalition -  
(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war Ihr Beitrag?)

- ich will Ihnen jetzt gerade ein bisschen entgegenkommen, Frau Pothmer - und teilweise auch - nach Irrungen und Wirrungen - der Vorgängerregierung gäbe es diesen stabilen Aufschwung in Deutschland nicht. Er trägt jetzt Früchte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Zeil, er ist nicht vom Himmel gefallen,

(Martin Zeil [FDP]: Nein, das haben die Leute erarbeitet! Das ist trotz der Regierung gekommen!)

vielmehr hat die Große Koalition ein 25-Milliarden-Euro-Programm gestartet und beim Wachstum klugerweise kein Strohfeuer entfacht, sondern an Wachstumstreibern angesetzt. Wir geben jetzt beispielsweise 6 Milliarden Euro mehr für Spitzenforschung in Deutschland aus. Das setzt an einem entscheidenden Wachstumstreiber an und wird uns strategisch helfen, dieses Land weiter voranzubringen und zu stabilisieren.

Sie haben eben von den steigenden Abgaben, den zunehmenden Sozialabgaben gesprochen. Haben Sie denn nicht bemerkt, dass wir den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in zwölf Monaten von 6,5 auf 3,3 Prozent praktisch fast halbiert haben? Ist das an Ihnen vorbeigegangen?

(Martin Zeil [FDP]: Das ist der einzige! Die anderen haben Sie erhöht! Rentenbeiträge, Gesundheitsbeiträge

- alle erhöht!)

Ich folge den Aussagen meines Kollegen Fuchs und sage: Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - wir haben für die Bundesagentur für Arbeit 18 Milliarden Euro als Rücklage auf der hohen Kante liegen - rechtfertigt unsere Hoffnung. Sie gibt uns aber auch auf, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in einem weiteren Schritt noch einmal abzusenken und bessere Rahmenbedingungen zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Martin Zeil

[FDP]: Darauf warten wir heute!)

Letztes Beispiel - meine Redezeit ist abgelaufen -:

Die Nettoneuverschuldung wurde von uns von nahezu 40 Milliarden Euro auf jetzt 13 Milliarden Euro reduziert. Das ist nicht die Endstation Sehnsucht, wir müssen diesen Weg weitergehen. Auch das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern eine Frucht beachtlicher Anstrengungen.

Das heißt, diese Koalition, diese Regierung hat sich mit großem und nachhaltigem Erfolg für dieses Land eingesetzt. Die Früchte sind sichtbar.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist nun der Kollege Herbert Schui für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu einer nüchternen Bestandsaufnahme sind die Redebeiträge der Koalition bislang nicht gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Stattdessen gab es einiges Eigenlob auch für vergangene Schandtaten, zum Beispiel für die Agenda 2010 und Hartz IV. Was eigentlich macht die Beschäftigungspolitik seit der deutschen Vereinigung und davor aus, gleichgültig ob Kohl, Schröder oder Merkel regieren? Ich

nenne einige Zahlen: Der Bedarf an Arbeitsstunden sinkt stetig. 1991 haben die Arbeitnehmer rund 52 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Im Jahr 2007 waren es noch knapp 47 Milliarden; das heißt 8 Prozent weniger. Die Anzahl der Arbeitnehmer ist dagegen von 1991 bis 2007 um 0,5 Prozent - und auch nicht mehr - gestiegen.

Wie erklärt sich der in etwa gleichbleibende Beschäftigungsstand?

Das ist ganz einfach: Sie haben mit Ihrer

Politik bewirkt, dass die einzelnen Arbeitnehmer je Woche weniger Stunden arbeiten, nämlich 28,4 Stunden je

Woche im rechnerischen Durchschnitt im Jahr 1991 und

26 Stunden je Woche im rechnerischen Durchschnitt im

Jahr 2007. Das ist ein Rückgang um 8,5 Prozent. Weil

die durchschnittliche Wochenarbeitszeit pro Arbeitnehmer

um ein halbes Prozent mehr gesunken ist als die Anzahl

der geleisteten Arbeitsstunden, ist es im Saldo zu einer

Zunahme der Beschäftigung um 0,5 Prozent

gekommen. Das ist die ganze Mystik Ihres Beschäftigungsaufschwungs.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist doch eine stramme Leistung. Da sollten Sie mit Eigenlob nicht sparen.

(Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU]: Was

für ein Rechenkünstler! Dazu muss man geboren

sein!)

Das ist aber noch nicht die ganze Geschichte: In Preisen von 2007 beträgt der preisbereinigte Nettolohn im Jahr 1991 12,69 Euro, im Jahr 2007 sind es 13,03 Euro, für den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2007 also 34 Cent pro Stunde mehr. In den vergangenen 16 Jahren ist die Arbeitsproduktivität je Stunde aber um 34 Prozent gestiegen. Damit hätte der Stundenlohn selbst bei unveränderter Verteilung des Volkseinkommens auf Lohn und Profit in den letzten 16 Jahren auf 17 Euro steigen müssen. Das entspricht nicht 34 Cent mehr, sondern 4,31 Euro.

Was folgt daraus? Ihre Beschäftigungspolitik hatte zur Folge, dass Arbeitszeit und Wochenlohn in den letzten 16 Jahren gesunken sind. Daher musste die Armutsquote steigen. Näheres lesen wir wahrscheinlich im Armutsbericht, den die Regierung wohl nach dieser Feierstunde veröffentlichen wird.

Wie sieht Ihr Konzept aus? Der Bedarf an Arbeitsstunden sinkt. Die Gesetzgebung schafft miserabel entlohnte Teilzeitarbeitsplätze; da und dort sind sie sogar sozialversicherungspflichtig. Indem die Vollzeitbeschäftigung und damit die Einkommen reduziert werden, wird das Niveau der Beschäftigung gehalten. Die Gesetzgebung sorgt für mehr Wettbewerbsdruck auf dem Arbeitsmarkt. So kommt es dazu, dass die Gruppe der sogenannten arbeitenden Armen, der working poor, wächst, und zwar auch bei Vollzeitbeschäftigung.

In Ihren Debattenbeiträgen lassen Sie die Wirklichkeit nicht zu Wort kommen. Sie rechnen uns etwas für die Jahre 2005 bis 2007 vor, dann hoffen Sie auf die Zukunft und machen das Fernlicht an. Weil die Beschäftigung in diesen beiden Jahren, in den Jahren 2005 und 2007, um 800 000 Personen gestiegen ist, findet sich die Regierung und besonders die Kanzlerin toll. Von Armut dagegen reden Sie nicht.

Was aber sagen Sie dazu, dass die Beschäftigung in den Jahren 1998 bis 2000 um 1,253 Millionen gestiegen ist, nachdem sie zuvor gesunken war? Das war vor Hartz IV. Wie erklären Sie, dass die Beschäftigung seit der Vereinigung Deutschlands um 190 000 Personen gestiegen ist? Wie erklären Sie Ihre Arbeitslosenstatistik? Bedenken Sie, dass das Arbeitspotenzial nicht mehr in dem Ausmaß zunimmt, wie es früher der Fall war. Bedenken Sie auch, dass die stille Reserve zunimmt.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Sie hat abgenommen, Herr Kollege!)

Das alles sind Entwicklungen, die nicht Folge Ihrer Politik sind.

Es muss eine ernsthafte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik her. Beschließen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, mehr Rechte für die Beschäftigten und mehr Mitbestimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

Stärken wir durch unsere Gesetzgebung die Gewerkschaften, damit sie in den Tarifkonflikten höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich durchsetzen können. Schaffen wir die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst, finanziert durch höhere Gewinnsteuern und höhere Unternehmensteuern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat der Kollege Rolf Stöckel für die SPD-Fraktion das Wort.

Rolf Stöckel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Schui, Sie haben Entwicklungen beschrieben, die wahrscheinlich noch prekärer wären, wenn wir Sozialdemokraten nicht die Maßnahmen eingeleitet hätten, die wir vor knapp zehn Jahren eingeleitet haben. Wir haben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt gerückt. Es ging uns darum, den Reformstau in unserem Land zu überwinden, neue Fundamente für wirtschaftliches Wachstum zu legen und die Sicherheit unserer Sozialsysteme langfristig neu zu begründen. Das verlangte manch schmerzhaft Entscheidung, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für unsere Partei, die vor Probleme gestellt war, die sie lieber nicht gehabt hätte. Gerade deswegen können wir heute mit Stolz sagen, dass wir die Wende zum Besseren geschafft haben, sowohl in der Vorgängerregierung als auch jetzt in der Großen Koalition.

Staatssekretär Brandner hat die Zahlen genannt. Wir sehen sogar gute Chancen, in diesem Jahr zum ersten Mal im vereinten Deutschland beim prozentualen Wirtschaftswachstum eine Zwei vor dem Komma zu

erreichen. Weil so viele Menschen wie noch nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, haben sich die Sozialkassen wieder auf ein solides Maß gefüllt. Im Jahr 2011 wollen wir - Kollege Weiß hat darauf hingewiesen - einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen; das wurde in der alten Bundesrepublik zuletzt 1969 erreicht. Gestärkt durch die Erfolge sagen wir jetzt: Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern besiegen. Unser Ziel für das nächste Jahrzehnt ist Vollbeschäftigung in Deutschland bei guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass jeder Mensch in unserem Land nicht nur gute Aussichten hat, Arbeit zu finden, sondern auch die realistische Chance auf einen sozialen Aufstieg erhält. Wir sind überzeugt, dass wir diese Ziele erreichen können, und zwar mit einer Politik, die entschlossen auf Innovation und Wachstum setzt, die Chancen der Globalisierung konsequent nutzt und im Binnenmarkt neue Dienstleistungen fördert. Wenn immer mehr Menschen bewusst gesund leben und älter werden, werden in Zukunft Gesundheitsdienstleistungen und die Inklusion behinderter und pflegebedürftiger Menschen noch stärker gefragt sein.

Wir wollen eine starke Industrie und innovative mittelständische Unternehmen. Wir richten den Blick aber auch auf die Beschäftigungspotenziale in der Kreativwirtschaft, die inzwischen eine ähnliche Wertschöpfung wie etwa die Chemiebranche erzielt.

Es geht nicht nur um ökonomische Chancen; zugleich müssen wir uns der Verantwortung für die ökologischen Folgen des bevorstehenden, geschichtlich einmaligen Wachstumsprozesses stellen. Damit wir unseren Planeten Erde nicht überfordern, brauchen wir so rasch wie



möglich moderne, umweltfreundliche Produkte zu bezahlbaren Preisen; wir sollten einen wesentlichen Anteil an ihrer Entwicklung und Herstellung haben. Umweltfreundliche Energien, Maschinen, die mit weniger Energie auskommen, Produkte aus neuen Materialien statt aus teuren Rohstoffen bergen unsere größten Zukunftschancen auf zusätzliche, sichere Arbeitsplätze.

Die Ausgrenzung von alleinerziehenden Frauen, älteren Arbeitnehmern, Migranten und behinderten Menschen sowie die fehlenden Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien stellen heute in Deutschland die größten Risiken für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung dar und sind die wichtigste Ursache dafür, dass Armutsrisiken steigen und sich die Einkommensschere weiter öffnet.

Im Übrigen ist jeder Arbeitsplatz, der neu entsteht, nicht nur ein Gewinn für den Menschen, der der Arbeitslosigkeit entkommt; er führt zu sinkenden Beiträgen zur Sozialversicherung für alle Arbeitnehmer. Die Politik für mehr Beschäftigung verschafft den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, denen wir Sozialdemokraten uns besonders verpflichtet fühlen, Vorteile: der Krankenpflegerin, dem Facharbeiter, dem Angestellten und dem verantwortlich handelnden Unternehmer.

Für Sozialdemokraten - es bleibt dabei - steht der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft. Darum ist der Grundsatz „gute Arbeit“ der Kompass unserer Politik.  
(Beifall bei der SPD)

Was bedeutet das? Wer eine Vollzeitbeschäftigung hat, muss von dem Lohn dieser Arbeit leben können. Darum kämpfen wir mit den Gewerkschaften für branchenspezifische Mindestlöhne und für einen gesetzlichen Mindestlohn.  
(Beifall bei der SPD)

„Gute Arbeit“ bedeutet aber auch: Leiharbeit darf nicht für Lohndumping oder Tariffucht missbraucht werden, sondern nur der Bewältigung von Auftragsspitzen dienen und eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt sein. „Gute Arbeit“ heißt auch, strukturelle Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu überwinden, mehr prekäre Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse zu überführen, die Mitbestimmung in den Betrieben zu erhalten sowie die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern.

Wer das Ziel der Teilhabe aller an Wohlstand und Wachstum ernst nimmt, muss sich an erster Stelle zur gewerkschaftlichen Organisation und Mitbestimmung bekennen.

Die Flucht aus den Tarifverträgen ist ein Fluch und der Grund für neue Armutsrisiken. Gute Arbeit liegt nicht nur im eigenen Interesse langfristig und weitsichtig planender Unternehmen. Darum stellen wir Sozialdemokraten uns der Verantwortung, die Voraussetzungen für gute Arbeit zu schaffen, etwa mit neuen Modellen für längere Erwerbstätigkeit und gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente.

Unser Grundsatz lautet: Wer länger arbeitet, muss davon im Alter profitieren. Wir zäumen das Pferd aber nicht, wie es Jürgen Rüttgers aus durchsichtigen Gründen tut, von hinten auf. Leider fehlt mir die Zeit, über das Menschenbild, das hinter diesen falschen, sozialpopulistischen

Parolen steht, zu reden.

Wir können im Jahre 2008 feststellen: Deutschland geht die Arbeit nicht aus. Der technische Wandel verlangt von den aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern allerdings mehr Bereitschaft zu Weiterbildung und Qualifizierung. Da sind die Tarifpartner gefordert. Wir sagen: Deutschland hat eine bessere Zukunft, als viele glauben. Mit einer klaren Politik können wir die Chancen nutzen. Vertrauen wir wieder auf unsere Kraft! Wir Sozialdemokraten sind bereit für eine Politik, die die Massenarbeitslosigkeit besiegt und Sicherheit für die Menschen und inneren Frieden in unserem Land schafft. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Brigitte Pothmer das Wort.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist interessant, wie sich die Zeiten ändern: 1976 war die Zahl von 1,2 Millionen Arbeitslosen Anlass für düstere Prognosen im Hinblick auf Wirtschaft und Gesellschaft. Im Jahr 2008 wird die Zahl von 3,4 Millionen Arbeitslosen quasi als Vorabend der Vollbeschäftigung gefeiert. Ich habe den Eindruck, dass die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit zu einer starken Relativierung der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Probleme geführt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit will ich - das betone ich - die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wirklich nicht kleinreden. Mehr Menschen haben wieder Arbeit, das ist insbesondere für die Betroffenen ein Erfolg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht behaupten, dass Vollbeschäftigung unmöglich ist. Dass Vollbeschäftigung möglich ist, haben unsere europäischen Nachbarn, zum Beispiel die Dänen, gezeigt. Vollbeschäftigung fällt jedoch nicht wie Manna vom Himmel, Herr Weiß, Vollbeschäftigung erreicht man nur durch konsequente und harte Arbeit an Reformen.

(Martin Zeil [FDP]: Richtig! - Gerald Weiß

[Groß-Gerau] [CDU/CSU]: Ich habe das mit anderen Worten gesagt!)

Genau dies haben die Dänen getan. Das Gleiche hat die rot-grüne Regierung getan; ihre Arbeit ist es, die jetzt zunehmend Erfolge zeitigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Anton Schaaf [SPD])

Ich will unmissverständlich sagen - auch wenn Ihnen das vielleicht nicht gefällt, Herr Weiß -: Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist das Ergebnis unserer Reformpolitik, und sie ist das Ergebnis der guten Konjunktur. Die CDU/CSU ist in dieser Hinsicht nur Trittbrettfahrer; ein anderes Zeugnis kann ich Ihnen leider nicht ausstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Ich muss Ihnen vorwerfen, dass Sie die gegenwärtige Phase wirklich guter Konjunktur nicht nutzen, um weitere dringend notwendige Reformen voranzubringen.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich sage Ihnen: Die nächste Abschwächung der Konjunktur kommt. Dann wird sich rächen, dass Sie sich darauf in keiner Weise vorbereitet haben. Die Anfänge der nächsten Konjunkturabschwächung sehen wir schon jetzt: Die Zahl der offenen Stellen stagniert, und der Arbeitsmarkt ist nach wie vor tief gespalten. Daran hat dieser Konjunkturaufschwung leider nichts geändert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa.

(Andrea Nahles [SPD]: Wohl wahr!)

Innerhalb dieses Niedriglohnsektors haben wir die größte Zahl an Arbeitsplätzen, für die Löhne unter 5 Euro gezahlt werden. Diese deutsche Besonderheit lässt sich auf einen zentralen Fehler zurückführen: dass es in Deutschland keinen Mindestlohn gibt. Trotz dieser dramatischen Entwicklung blockiert die CDU/CSU einen Mindestlohn.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN - Gerald Weiß [Groß-  
Gerau] [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar  
nicht!)

- Natürlich ist das so, und das muss Ihnen peinlich sein, Herr Weiß! Sie müssen mit Ihren Jungs über den Mindestlohn reden! So geht es doch nicht weiter.

(Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU]: Sagt  
Ihnen das Wort „Entsendegesetz“ etwas?)

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen auf den Maidemonstrationen war. Mir sind da häufig Plakate begegnet, auf denen stand: Habe Arbeit, brauche Geld.

(Martin Zeil [FDP]: Wie wäre es mit Steuersenkungen?)

Besser lässt sich kaum zusammenfassen, was viele Beschäftigte heute bewegt: Armut trotz Arbeit, das ist die hässliche Seite des vielbeschworenen konjunkturellen Aufschwungs. Das hat sehr wenig mit „guter Arbeit“ zu tun, Herr Stöckel.

(Dr. Herbert Schui [DIE LINKE]: Aber sehr  
viel mit Hartz IV!)

Zum ersten Mal haben wir die Situation, dass zwar die Wirtschaft wächst, aber das Einkommen der Beschäftigten nicht. Über diese Besonderheit des konjunkturellen Aufschwungs müssen wir reden.

Die Reallöhne werden auch in diesem Jahr trotz in Teilen guter Lohnabschlüsse weiter sinken, nämlich noch einmal um 1,2 Prozent. Es zeigt sich hier ganz deutlich, dass das Versprechen von Frau Merkel - Wohlstand für alle - wirklich ein hohles Versprechen ist.

Ich sage abschließend noch einmal: Wir brauchen den Mindestlohn dringend, und zwar nicht nur, weil er ökonomisch und sozial notwendig ist.

(Martin Zeil [FDP]: Mehr netto!)

Wir brauchen ihn auch deshalb dringend, weil wir nicht zusehen können, wie die gesellschaftliche Spaltung immer größer wird.

Jetzt noch einmal ein Wort an die lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion: Ich finde, da selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung davon spricht, dass wir auf dem Weg in eine neue Klassengesellschaft sind, sollten auch bei Ihnen einmal die Alarmglocken

klingeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten dafür sorgen, dass der Aufschwung auch bei denen ankommt, die am wenigsten Geld haben. Ansonsten ist der soziale Zusammenhalt in dieser Gesellschaft wirklich tief gefährdet.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Frank Spieth [DIE LINKE]: Dazu haben Sie kräftig beigetragen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Bartholomäus Kalb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatssekretär Brandner und Kollege Weiß haben ja schon dargestellt, welchen Beitrag die Große Koalition dazu geleistet hat, Wachstum auszulösen und mehr Beschäftigung zu sichern. Diese Aktuelle Stunde steht ja auch unter der Überschrift, wie wir langfristige Perspektiven entwickeln können, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu sichern.

In einer McKinsey-Studie wird darauf hingewiesen, dass wir in den nächsten Jahren vor ganz anderen Herausforderungen stehen werden. Dabei geht es um die Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeitern in Deutschland. Bereits im letzten Jahr ist eine Delegation des Deutschen Bundestages von einer amerikanischen Führungspersönlichkeit mit der Bemerkung begrüßt worden: Das größte Problem aller westlichen Industrienationen wird in den nächsten Jahren sein, noch ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu haben. - Wir stehen also vor völlig neuen Herausforderungen.

(Edelgard Bulmahn [SPD]: Das wissen wir schon seit 20 Jahren!)

Ich füge hinzu: Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird in der Zukunft nicht mehr so sehr von der Steuerlast der Unternehmen als von der Steuer- und Abgabenlast des Erwerbstätigen bzw. des Arbeitnehmers beeinflusst werden. Das wird die neue Herausforderung für uns sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Martin Zeil [FDP]: Sehr richtig! Deswegen habt ihr sie ja auch erhöht!)

Die Bedingungen für die Menschen haben sich grundlegend geändert. Für junge Menschen ist die Sprache heute keine Barriere mehr. Nationalstaatliche Grenzen gibt es praktisch nicht mehr. Kollege Zeil, ich glaube, Sie haben darauf hingewiesen: Die Tendenz zur Abwanderung aus unserem Land - insbesondere von hochqualifizierten Menschen - können wir uns nicht leisten. Das stellt uns vor völlig neue Herausforderungen.

(Martin Zeil [FDP]: Sie müssen was tun!)

Der frühere Bundesarbeitsminister Müntefering hat zur Begründung der Rentenrechtsänderung zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Zahl der Erwerbsfähigen - nicht der Erwerbstätigen - von derzeit rund 45 Millionen in wenigen Jahren auf 37 Millionen reduzieren wird.

Das heißt, der Wohlstand in unserem Land muss von immer

weniger Menschen erarbeitet und erwirtschaftet werden. Das muss Konsequenzen haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Richtig!)

Eine Konsequenz ist, wie bereits dargestellt, dass wir unseren Wohlstand eben nicht mehr durch die Kreditfinanzierung, die Staatsverschuldung bewahren und finanzieren können. Eine andere Konsequenz ist, dass wir zu ausgeglichenen Haushalten kommen müssen, wie wir das auch fest eingeplant und verabredet haben. Natürlich muss das auch Konsequenzen im Bereich des Rentenrechts bzw. der Alterssicherung haben. Auch dort sind wesentliche Schritte eingeleitet worden. Eine weitere Konsequenz ist natürlich, dass das Thema „qualifizierte Bildung und Ausbildung“ mittlerweile in den Mittelpunkt der gesamten gesellschaftlichen Diskussion getreten ist.

(Beifall des Abg. Wolfgang Grotthaus [SPD])

Das gilt insbesondere für die Länder, die dafür auch ganz überwiegend zuständig sind.

Kollege Weiß hat darauf hingewiesen: Wir haben durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits erste Maßnahmen zur Senkung der Abgabenbelastung und der Lohnnebenkosten getroffen.

Wir werden langfristig auch unser Steuersystem entsprechend umstellen müssen - das geht nicht von einem Tag auf den anderen -, damit sich die Menschen angeregt fühlen, die in ihnen schlummernden Leistungsreserven, ihre Mobilität und Flexibilität zu wecken, statt sich ständig demotiviert zu fragen, ob es sich lohnt, von einer gering bezahlten Beschäftigung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu wechseln oder an Aufstiegsund

Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Dabei spielt die Frage der Schwellen und der Grenzbelastung, die wir in unserem Steuersystem kennen, eine entscheidende Rolle. Vor diesem Hintergrund ist das von dem CSU-Vorsitzenden Erwin Huber vorgelegte Konzept als richtig zu betrachten.

Der Parteivorsitzende der SPD hat angekündigt, dass die SPD ebenfalls ein Steuerkonzept vorlegen will. Das wird sicherlich auch unsere Schwesterpartei, die CDU, tun. Denn wir müssen uns diesen Fragen stellen. Es gibt keine Lösungen, die in einem Schritt erreichbar sind. Dabei handelt es sich um eine langfristige Aufgabe. Es werden mehr Schritte und weiter gehende Maßnahmen notwendig sein als die, die im Steuerkonzept der CSU enthalten sind. Wir werden diese Aufgabe unverzüglich in Angriff nehmen müssen, wenn bei der Haushaltskonsolidierung weitere Schritte zur Senkung der Steuern und Abgabenlast möglich sind. Diesen Spagat müssen wir hinbekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Edelgard Bulmahn für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Edelgard Bulmahn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Demokratie lebt von dem Versprechen auf Teilhabe: Teilhabe an Bildung, am kulturellen

Leben, an Arbeit und am Wohlstand. Dieses Versprechen einzulösen, ist die wichtigste politische Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es uns nicht gelingt, dieses Versprechen einzulösen, dann - das wissen wir - verliert jede Demokratie ihr Fundament. Deshalb hat sich diese Koalition vorgenommen, drei Ziele zu erreichen, nämlich erstens die Einnahmesituation zu verbessern, zweitens die Verschuldung zu verringern und drittens in die wichtigen Zukunftsaufgaben zu investieren.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Steuern sind doch gerade erhöht worden!)

Dass diese Entscheidung richtig war, zeigt die Tatsache, dass sich die Wirtschaft trotz der internationalen Finanzkrise und der damit verbundenen Schwierigkeiten in einer stabilen und guten Verfassung befindet. Die Zahl der Arbeitslosen ist so stark gesunken wie seit 15 Jahren nicht mehr. Wir haben 1,6 Millionen Arbeitslose weniger. Das sind Menschen, die wieder am Arbeitsprozess teilhaben können.

Die kleinen und mittleren Unternehmen erweisen sich als stabiles Rückgrat unserer Wirtschaft. Auch die großen Unternehmen sind so gut aufgestellt, dass sie sich international behaupten können.

Wir erwarten in diesem Jahr ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent.

Aber ich will nicht verschweigen, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum immer noch zu sehr auf einem

Bein steht. Es ist gut, dass wir 2007 zum fünften Mal in Folge Exportweltmeister waren. Das zeigt die Leistungsfähigkeit und Stärke der deutschen Wirtschaft. Weniger gut ist, dass der Binnenmarkt und die Binnenmarktnachfrage nicht so stark sind, wie sie sein müssten.

Es ist entscheidend, dass wir stabil auf beiden Beinen stehen. Wir müssen deshalb unsere Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit zu verringern, und vor allen Dingen zu erreichen, dass jeder von seiner Arbeit auch leben kann, fortsetzen. Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sage ich ausdrücklich, dass die von uns vereinbarte branchenbezogene Einführung des Mindestlohns, wenn die Tarifvertragsparteien dies wollen, ein richtiger erster Schritt ist. Aber wir dürfen nicht dabei stehen bleiben. Wir brauchen einen Mindestlohn, damit wir ein zweites starkes Bein haben - eine starke Binnennachfrage.

An die Adresse von Herrn Zeil und Herrn Schui: Wirtschaftliches Wachstum, Verringerung der Arbeitslosigkeit und Armutsbekämpfung erreicht man nicht durch Kassandrarufer, genauso wenig wie durch Steuergeschenke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Martin

Zeil [FDP]: Aber durch Steuersenkungen! Das sind keine Geschenke! Das ist Geld des Bürgers!)

Herr Zeil, die wichtigste Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, besteht darin, Kindern und Jugendlichen eine exzellente Ausbildung zu ermöglichen und sicherzustellen, dass jeder eine gute Bildung und Ausbildung erhält. Nur weil vielleicht gerade Landtagswahlen anstehen, sollte man nicht landauf, landab populistisch Steuergeschenke

versprechen und sich einen Dreck darum kümmern, woher das notwendige Geld für die Finanzierung der Bildung kommt. Letzteres fällt schließlich nicht vom Himmel. (Beifall bei der SPD – Martin Zeil [FDP]: Es geht aber trotzdem!)

Die Lehrerinnen und Lehrer müssen gut bezahlt werden. Die Schulen müssen gut ausgestattet werden. Es muss Freude machen, in eine Schule zu gehen. Wir müssten schon jetzt jedes Jahr zusätzlich 12,3 Milliarden Euro für die Bildung ausgeben, wenn wir so gut sein wollten wie die skandinavischen Länder. Das zeigt die Dimension der Aufgabe.

Meine Damen und Herren von der Linken, wo waren Sie vor etwa acht bzw. zehn Jahren, als die rot-grüne Bundesregierung und ich als Bildungsministerin das Ganztagschulprogramm gestartet haben, damit die Bildung der Kinder in unserem Land endlich genauso gut wird wie zum Beispiel in Finnland und Südkorea? Damals habe ich von Ihnen nicht viel gehört.

(Beifall bei der SPD – Frank Spieth [DIE LINKE]:

Da waren wir nicht im Bundestag!)

Es ist leicht, sich hier hinzustellen und zu sagen: „Hätten wir mal ...“ Als es darauf ankam, hätte ich mir gewünscht, dass Sie gesagt hätten: Gut und richtig, dass Sie das machen! – Was haben Sie in den Landesregierungen, an denen Sie beteiligt sind, zur Verbesserung der schulischen und der frühkindlichen Bildung getan? Endlich verbessern wir die frühkindliche Bildung; das ist mehr als überfällig. Das ist auch keine neue Erkenntnis. Das wissen wir bereits seit 20 Jahren. Jeder, der nun so tut, als ob er dies nicht gewusst hätte, sagt etwas Falsches. (Beifall bei der SPD)

Herr Zeil, auch für eine starke Forschung und Entwicklung brauchen wir Steuermittel, genauso wie für die Bildung. Wir sind deshalb so leistungsfähig, und unsere Wirtschaft wächst deshalb, weil wir so gut in Forschung und Entwicklung sind. Aber auch hier fällt das Geld nicht vom Himmel. Das schafft man nicht in ein, zwei Jahren. Hier muss man langfristig und kontinuierlich klare Schwerpunkte setzen. Es ist zwingend notwendig, dass wir, die Bundesregierung, das fortsetzen. Aber genauso wichtig ist es, dass die Bundesländer ihre Hausaufgaben erfüllen. Aber auch die Wirtschaft muss ihre Hausaufgaben erfüllen. Sonst werden wir unser 3-Prozent-Ziel deutlich verfehlen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Edelgard Bulmahn (SPD):

Wir müssen eine gute Ausbildung und Qualifikation, das heißt ein leistungsfähiges Bildungssystem, eine starke Forschung und Entwicklung sowie eine leistungsfähige Infrastruktur mit Steuermitteln finanzieren, weil es sonst kein wirtschaftliches Wachstum geben wird. Deshalb darf man nicht leichtfertig Steuergeschenke versprechen. Wirtschaftliches Wachstum ist die Voraussetzung dafür, dass wir diese Aufgaben erfüllen können und damit die Arbeitslosigkeit verringern können. Ich möchte mit einem Satz von Ferdinand Lassalle,

dem Gründer meiner Partei, schließen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Aber nur ganz kurz, Frau Kollegin; denn Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Er hat immer in kurzen Sätzen gesprochen!)

Ferdinand Lassalle hat gesagt: „Politik ist, immer zu sagen, was ist.“ Das habe ich getan.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Gerald

Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Wolfgang Meckelburg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Rolf Stöckel [SPD])

Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde, die heutige Aktuelle Stunde zum Thema

„Wachstum und Beschäftigung als Grundlage wirtschaftlicher

Sicherheit“ ist notwendig; denn ich glaube, dass in

der öffentlichen Diskussion in den letzten Monaten der

Eindruck entstanden ist, als ginge es in Deutschland ständig

bergab, als gäbe es hier nur Altersarmut und Kinderarmut,

nur negative Themen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Große Schuld daran tragen Sie von der Fraktion Die Linke.

Das Weltbild, das Sie, Herr Schui, gerade hier vorgestellt haben, ist ziemlich weit von der Realität entfernt.

Das ist eine Statistik nach dem Motto: Wenn ein Fußballspieler einmal auf den linken und einmal auf den

rechten Pfosten schießt, dann hat er im Schnitt ein Tor

geschossen. – So geht es natürlich nicht.

(Beifall des Abg. Gerald Weiß [Groß-Gerau]

[CDU/CSU])

Deswegen nehme ich mir heraus, das Bild ein wenig zurechtzurücken.

Herr Schui, wir sollten bei der Politik, die wir machen,

vom Normalfall ausgehen. Nach unserem Verständnis

besteht der Normalfall darin, dass man Arbeit

hat und mit dem Einkommen, das man mit der Arbeit erwirtschaftet,

sich selbst und eine Familie ernähren kann.

Das ist unser Ziel. Bei Ihnen kann ich das Ziel überhaupt

nicht erkennen. Sie sind ständig dabei, Ansatzpunkte zu

suchen, wie man durch Kleinigkeiten sogenannte soziale

Gerechtigkeit herstellen kann.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Bei 5 Euro pro Stunde eine Familie ernähren!)

Sie sagen aber niemandem, woher Sie das Geld nehmen

wollen und wie all das finanziert werden soll.

(Dr. Herbert Schui [DIE LINKE]: Kommt

noch!)

Das ist das Problem bei Ihrem Weltbild.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD – Brigitte Pothmer [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Auch Ihr Weltbild ist

schief! Bei 5 Euro pro Stunde kann man keine

Familie ernähren! – Zuruf von der LINKEN)

– Ich werde Sie nicht überbeanspruchen. Bei fünf Minuten



Redezeit werde ich nicht die ganze Zeit auf Sie verwenden.

- Ich will genau das tun, woran es mangelt, nämlich - wenn es sein muss, zum zehnten Mal - die Daten nennen und klar sagen, was hier in Deutschland passiert ist. Wir haben inzwischen - das ist der Stand vom April 2008 - 3,4 Millionen Arbeitslose. Der Höchststand im Wahljahr 2005 lag bei über 5 Millionen Arbeitslosen. Heute sind es 1,6 Millionen Arbeitslose weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jahr für Jahr, Stück für Stück wurde die Arbeitslosigkeit abgebaut. Wer hätte das zu Beginn dieser Legislaturperiode erwartet. Das ist ein Erfolg. Wir sind inzwischen so weit, dass wir nicht nur die Menschen, die Arbeitslosengeld I beziehen, wieder in Arbeit bringen, sondern auch die Langzeitarbeitslosen. Das ist schwieriger als bei denen, die Arbeitslosengeld I beziehen, aber auch da passiert etwas. Es muss Ziel unserer Politik sein, Menschen in Arbeit zu bringen und nicht darüber nachzudenken, wie man noch hier und da einen Cent ausgeben kann, damit sich die Leute wohlfühlen. Das ist Politik. Ihr Verständnis, Herr Schui, ist ein völlig anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bei den offenen Stellen haben wir eine positive Entwicklung. Was ich bei keiner Debatte verschweigen werde, ist die Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wir haben in den letzten Jahren unter Rot-Grün 65 Monate lang einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleben müssen. Unser Plakat lautete damals: Jeden Tag 1 000 weniger. - Die Trendwende hat im vorletzten Jahr angefangen. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist jetzt positiv. Auch in den letzten drei Monaten ist die Zahl gestiegen. Wir haben jetzt 27,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das sind 663 000 mehr als vor einem Jahr, 1,3 Millionen mehr als vor zwei Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist genau die Arbeit, die wir brauchen, weil die Beschäftigten die Sozialsysteme und die Steuern bezahlen.

Es handelt sich um diejenigen, deren Geld Sie ständig ausgeben wollen. Das ist der Unterschied.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
Seit 2001 2 Millionen Arbeitsplätze abgebaut  
und 1,4 Millionen aufgebaut!)

- Ich bin dabei, die Erfolge dieser Bundesregierung hervorzuheben. Die lasse ich mir durch Ihre Zwischenrufe nicht kaputt machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Nehmen Sie das zur Kenntnis, Herr Schneider. Sie jedenfalls haben dazu keinen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Gegenteil: Die Vergangenheit, die Ihre Partei zu verantworten hat, hat dazu geführt, dass wir größere Schwierigkeiten zu bewältigen haben.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
Also doch! Es wurde auch Zeit!)

Die Entwicklung wird so weitergehen. Wenn man das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute liest und hört,

was Professor Rürup sagt, kann man optimistisch sein. Herr Rürup erwartet zum Jahresende 2008 weniger als 3 Millionen Arbeitslose und im Jahresschnitt 2008 rund 3,47 Millionen Arbeitslose. Das wäre eine Quote von 8,0 Prozent. Wir liegen jetzt schon bei 8,1 Prozent und sind bei über 12 Prozent gestartet. An der Zahl kann man erkennen, was sich wirklich verändert hat. Das ist die Grundlage. Das ist wichtig für uns, weil es sonst keine Steuerzahler gibt und niemand in die Sozialversicherungen einzahlt. Wir brauchen Menschen, die arbeiten. Dieser Trend wird weitergehen. Ich bin sicher, dass die Wirtschaftsweisen recht haben, dass wir in diesem und im nächsten Jahr weiterkommen werden und im Schnitt des Jahres 2009 eine Arbeitslosenzahl haben werden, die unter 3 Millionen liegen wird. Das ist ein Erfolg, und den lassen wir uns von Ihnen nicht zerreden. Allein dafür lohnt es sich, diese Aktuelle Stunde durchzuführen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabriele Lösekrug-Möller für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon sehr viele richtige Zahlen genannt worden, die beschreiben, wie gut die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind und wie sehr das eine mit dem anderen zusammenhängt. Wenn ich sage, dass es richtig ist, in dieser Aktuellen Stunde das, was sich positiv entwickelt hat, in den Vordergrund zu stellen, verehrter Herr Kollege Schui, dann wissen Sie, dass ich nicht von Ihren Zahlen spreche.

Ihre politische Mathematik beginnt mit dem Ergebnis. Sie wollen auf Ihre Weise politisch argumentieren können und fangen an, Ihre politische Mathematik vom Ergebnis her aufzubauen, sodass am Ende zum Beispiel eine IG Metall, die eine 35-Stunden-Woche gefordert und über Jahre eingelöst hat, locker eingerechnet wird. Diesen Kollateralschaden nehmen Sie hin; mehr will ich zu Ihren Zahlen gar nicht sagen.

(Dr. Herbert Schui [DIE LINKE]: Arbeitszeitverkürzung der 80er-Jahre!)

Die Zahlen, über die wir heute reden, sind ein Beleg dafür, dass die politischen Entscheidungen der letzten Jahre eine günstige wirtschaftliche Entwicklung befördert und damit zweifellos auch den Arbeitsmarkt beflügelt haben. Dennoch dürfen wir nicht darauf vertrauen, dass der Arbeitsmarkt nunmehr wie ein Perpetuum mobile, einmal angestoßen, von selbst läuft. Ich hoffe, wir alle wissen, dass die Sache mit dem Perpetuum mobile bisher noch nie geklappt hat, und ich befürchte, auch in Sachen Arbeitsmarkt funktioniert es nicht. Wir stehen politisch gesehen noch in der Schuld der vielen Menschen, die zwar arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden. Auch das gehört dazu, wenn wir die Wahrheit beschreiben.

(Beifall bei der SPD - Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist wohl wahr!)

Deshalb sagt die SPD-Bundestagsfraktion, dass gute

Arbeit her muss, und damit müssen wir im Parlament beginnen. Ich stehe hier sehr selbstbewusst und sage: Genau das liefern wir. In den Feldern Sozial- und Arbeitsmarktpolitik müssen wir bei Leiharbeit und Mindestlohn noch gute Arbeit leisten. Das sind wir denjenigen schuldig, die im Moment zu Recht nicht zufrieden sind. Wir müssen hinsichtlich Weiterbildung und lebenslangen Lernens mehr leisten. Das sollte im Übrigen auch eine Herausforderung für Mandatsträger sein. In den Zeitungen der letzten Tage wird der Fachkräftemangel beklagt. Ja, das ist eine große Sorge, die wir haben. Mich wundert allerdings, dass er erst jetzt beklagt wird, obwohl viele Unternehmen Vorsorge hätten treffen können, indem sie rechtzeitig mehr ausgebildet hätten. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist ohne Frage die Vollbeschäftigung. Denn wir wollen nicht hinnehmen, dass die Zukunft des Arbeitsmarktes von Fachkräftemangel einerseits und von hoher Arbeitslosigkeit andererseits geprägt ist. Das müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Denn für uns gilt, dass es gute Arbeit für alle geben muss. Das beginnt bei Berufseinsteigern, geht über kluge Angebote für alle Übergänge in der Erwerbsbiografie - wir wissen, dass es davon immer mehr geben wird - und reicht bis hin zur besseren Absicherung gesundheitlicher Risiken.

Ich möchte noch etwas zu den Erwerbstätigen sagen. Laut einer Untersuchung von INQA sind 72 Prozent der abhängig Beschäftigten stolz auf ihre Arbeit. Entsprechend hochwertig sind die Arbeitsergebnisse. Wir reden über diese Menschen und über ihre Arbeit, die wesentlich zu dem Erfolg, den wir heute zu Recht formulieren, beigetragen haben. Deshalb müssen sie meiner Meinung nach in den Mittelpunkt einer solchen Aktuellen Stunde gehoben werden.

In unserem Haus bewegt sich eine Kategorie, die nicht hierher gehört: Es sind die Unken. Sie alle wissen, wie sich Unken äußern. Schon in Brehms Tierleben kann man lesen, dass Unken zwar häufig, aber einfach und bescheiden rufen. Das gilt auch für die „politische Unke“. Ihre Rufe hörten wir auch in dieser Aktuellen Stunde.

(Heiterkeit)

Das Plenum des Deutschen Bundestages ist allerdings nicht der natürliche Lebensraum von Unken, gleich ob sie Rot- oder Gelbbauchunken sind; diese leben übrigens wirklich in Mitteleuropa. Hier gehören sie nicht her.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU] - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie sind aber besonders schützenswert!)

Das Plenum des Deutschen Bundestages muss der Mittelpunkt einer ehrlichen Beschreibung der Tatsachen sein; da hat Ferdinand Lassalle recht. Insofern kann man zu Recht erwarten, dass von uns und von diesem Pult konstruktive Lösungen für das, was besser werden muss, geliefert werden. Wir liefern. Wir stehen für gute Arbeit. Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat nun das Wort der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von 2001 bis 2005, also vier Jahre lang, herrschte Stagnation. Wie war die Lage? Die Arbeitslosigkeit stieg, die Staatsverschuldung stieg, kein Wachstum; es herrschte überall große Verunsicherung. Heute ist die Lage anders: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Staatsverschuldung liegt bei null.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Staatsverschuldung bei null?)

- Ja. Ich kann auch noch ein paar andere Zahlen nennen, Frau Pothmer. - Es herrscht relative Zuversicht. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst. Nachdem die Ausbildungsplatzsituation unerträglich schlecht geworden war, wurden im Jahr 2007 626 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Für 2008 erwarten wir einen weiteren Zuwachs von 11 Prozent. Wir können also zu sehr vielen Bereichen sagen: Die Dinge haben sich gewendet und entwickeln sich sehr positiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das darf man doch nicht leugnen.

Man sollte allerdings einen Fehler nicht machen, nämlich zu sagen: Für das alles ist die Politik verantwortlich.

Wer realistisch ist, sagt - diese Auffassung vertreten ich und auch Fachleute, die Schätzungen vorgenommen haben - : Etwa zwei Drittel dieser Entwicklung

sind das Ergebnis einer wiedergewonnenen, neuen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, unserer Unternehmen.

Dem liegen der Fleiß und die Intelligenz der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter zugrunde. Etwa ein Drittel dieser Entwicklung ist konkretem politischen Einfluss geschuldet. Die Politik hätte mehr kaputt machen können. Das ist meiner Meinung nach eine realistische Analyse dessen, was passiert ist.

Dazu gehört auch, dass wir in der europäischen Einigung weitergekommen sind. Das ist für Deutschland ein Segen; denn wir verdienen heute nirgendwo so viel Geld wie auf den mittel- und osteuropäischen Märkten. Die EU-Osterweiterung war ein großer Schub, den wir als Deutsche genutzt haben. Wir sind also wirklich besser geworden.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem wollen Sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit weiter einschränken!)

Ich will auf eine Frage eingehen, die in diesen Zusammenhang gehört: Wollen wir den Menschen Zuversicht oder Angst vermitteln, wenn wir Politik machen?

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht!)

- Ja, die haben wir erhöht, lieber Herr Kollege Koppelin, weil wir auch das Ziel verfolgen, die Staatsverschuldung auf null zu senken und damit die Gesellschaft von der Angst vor der ewigen Nettoneuverschuldung zu befreien. Das ist an sich ein wichtiges Ziel. Wir bewegen uns hier nicht auf einer Einbahnstraße, sondern wir arbeiten mit einer Vielzahl von Instrumenten. Dazu gehört

auch die Mehrwertsteuer.

Übrigens haben wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt. Das hat für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmen eine Entlastung von 25 Milliarden Euro gebracht. Wir haben sehr unterschiedliche Instrumente zur Erreichung dieses Ziels eingesetzt.

Ich möchte auf einen sehr interessanten Punkt hinweisen. Die Eigenkapitallage der mittelständischen Unternehmen in Deutschland ist ein Zeichen von Zukunftsfestigkeit oder von Gefährdung. Ein Großteil der Arbeitsplätze ist von dieser Eigenkapitallage abhängig. 2004 lag die Eigenkapitalquote von Unternehmen mit einem Umsatz von 0 bis 50 Millionen Euro bei 7,7 Prozent. Heute liegt die Eigenkapitalquote dieser Unternehmen bei 15 Prozent. Die Quote hat sich also in drei Jahren rund verdoppelt. Die Eigenkapitalsituation von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro hat sich ebenfalls verbessert: Deren Eigenkapitalquote ist von 25 Prozent auf 28 Prozent gestiegen.

Ich verweise auf das, was wir für die Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze und damit für die Sicherung aller anderen Arbeitsplätze erreicht haben. Man muss sich einmal Folgendes klarmachen: 2004/2005 gab es täglich 1 000 Arbeitslose mehr. Damals hatten 70 bis 80 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massive Angst um ihren Arbeitsplatz. Das war eine brennende Sorge. Heute gibt es jeden Tag 1 000 Arbeitsplätze mehr. Wir können heute sagen, dass weit über die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine konkrete Sorge mehr um ihren Arbeitsplatz hat. Auch das ist ein enormer Erfolg, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die gewachsene Zuversicht bezüglich des Erhalts der Arbeitsplätze und die gewachsene Zuversicht bezüglich der Eigenkapitalentwicklung – sie ist ein Merkmal für die Zukunftsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen – sind sehr positive und sehr wichtige Entwicklungen, die man auch benennen soll.

Wenn ich mich einmal in Europa umsehe, komme ich zu dem Fazit: Deutschland ist im Vergleich zu den anderen großen europäischen Wirtschaftsnationen – England, Frankreich, Italien und Spanien – der wettbewerbsfähigste, interessanteste und zukunftssicherste Standort. Dänemark ist ein interessanter Sonderfall. Dort liegt die Staatsquote aber auch bei über 57 Prozent. Bei uns ist Gott sei Dank die Staatsquote von 45 auf 43 Prozent gesunken. Deswegen kann man Dänemark nicht mit Deutschland vergleichen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können auch Norwegen und die Schweiz nicht als Vergleichsmaßstab heranziehen; denn die einen leben vom Öl und die anderen vom Geld der Welt. Wir dagegen müssen unseren Wohlstand selber erarbeiten. Aber vor diesem Hintergrund sind wir verdammt gut aufgestellt. Nun zum Thema Mindestlohn, sehr geehrte Frau Pothmer: Ich habe wirklich gestutzt, als Sie uns vorwarfen, wir seien reformunfähig und legten eine Verweigerungshaltung

an den Tag und behaupteten, die Voraussetzung dafür, dass Deutschland zukunftsfest werde, sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch!)

Da staunen alle Fachleute dieser Welt.

(Andrea Nahles [SPD]: Das ist überhaupt nicht so!)

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns löst nicht die Probleme, er würde die Probleme vergrößern. Deswegen können und werden wir ihn nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt stehen wir vor der Frage, wie wir unseren Kurs fortsetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands findet ja vor dem Hintergrund schwersten Beschusses statt: Es gibt die Ölpreiskrise, es gibt die Finanzmarktkrise, und es gibt einen immer schwächer werdenden Dollar.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und die Große Koalition!)

Jedes dieser Probleme alleine hätte vor Jahr und Tag die deutsche Volkswirtschaft ins Wanken gebracht. Heute sagen uns die Professoren und Sachverständigen: Die deutsche Volkswirtschaft ist so wettbewerbsfähig aufgestellt, dass die allergrößten Chancen bestehen, dass sie relativ ungefährdet und relativ stabil diese drohende Situation bewältigt.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotz dieser Regierung!)

Das ist doch eine wunderbare Bestätigung, dass wir auf richtigem Kurs sind.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange reden Sie eigentlich, Herr Schauerte?)

Nun stellt sich noch die Frage, was wir in Zukunft tun müssen, um die Motivation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Die Steuerpolitik ist ein Mittel. Dabei stehen wir vor der entscheidenden Frage, wie den Menschen mit 30 000 bis 60 000 Euro Jahreseinkommen wieder eine Perspektive eröffnet werden kann. Denen wird ja heute bei jeder Gehaltssteigerung ein überproportional hoher Teil weggenommen. Hierfür eine Lösung zu finden, ist die Aufgabe, die vor uns liegt und mit der wir uns zuallererst beschäftigen müssen. Von dieser Fragestellung sind ja 30 bis 40 Millionen Menschen in Deutschland betroffen. Wir sollten nicht ausschließlich Diskussionen über die Ränder der Gesellschaft führen, sondern müssen auch in ihre Mitte hineingehen und uns fragen, wie wir hier für eine Entlastung sorgen können.

Ich will einmal eine Zahl nennen: Wenn ein Facharbeiter, der derzeit 30 000 Euro im Jahr verdient - das ist ja wirklich nicht üppig, aber eine sehr häufig vorkommende Größenordnung -, 100 Euro Lohnerhöhung bekommt, dann bleiben ihm von diesen 100 Euro 43 Euro.

(Martin Zeil [FDP]: Genau!)

Das empfindet er als ungerecht. Diese Situation können auch wir nicht akzeptieren.

(Martin Zeil [FDP]: Ihr habt das noch verschlimmert!)  
Sobald wir etwas Freiheit zum Handeln haben,  
(Martin Zeil [FDP]: Die habt ihr jetzt schon!)  
müssen wir an den entsprechenden Stellschrauben drehen.  
Wir dürfen das nicht herauszögern, sondern müssen,  
sobald wir etwas Freiheit zum Drehen an der Steuerschraube  
haben, an dieser Stelle etwas tun. Die derzeitige  
Situation wirkt nämlich demotivierend und gefährdet die  
Wettbewerbsfähigkeit.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die motiviert sind  
- lassen Sie mich das zum Schluss sagen -, bieten ja die  
beste Garantie für hohe Ergebnisse und Wettbewerbsfähigkeit.  
Mit den staatlichen Rahmenbedingungen, die  
mittlerweile für die Mitte der Gesellschaft gelten, machen  
wir deren Motivation kaputt. Das müssen wir ändern.  
Daraus erwächst neue Zukunftsfestigkeit, neue Motivation,  
neues Wirtschaftswachstum, neuer Schwung.  
Zugleich müssen wir gute Bildungs- und Technologiepolitik  
machen. Die entsprechenden Positionen bauen  
wir ja aus. Wir tun mehr für Forschung und Technologie,  
Frau Pothmer, als Rot-Grün in all den sieben Jahren getan  
hat.

(Beifall bei der CDU/CSU - Brigitte Pothmer  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben mit  
der Föderalismusreform die Bildungspolitik  
kaputtgemacht!)

An keiner Stelle haben wir unsere Haushaltsansätze trotz  
aller Sparzwänge so deutlich angehoben wie in diesem  
Bereich. Wir wissen also schon, wohin wir müssen. Wir  
befinden uns auf einem guten Kurs. Deutschland ist stabiler  
geworden. Im internationalen Wettbewerb können  
wir hervorragend bestehen. Deshalb werden wir die bisherige  
Politiklinie fortführen.

Bei dieser Aktuellen Stunde ging es ja - so habe ich  
das jedenfalls verstanden - um eine Beschauung der  
Lage unterwegs. So lassen Sie mich festhalten: Wenn  
wir Ängste schüren, werden wir keine Höchstleistungen  
erzielen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir mit Zuversicht  
an die Dinge herangehen. Ich meine, die Bundesregierung  
hat Deutschland gut aufgestellt. Helfen Sie  
uns als Parlamentarier dabei, dass das so bleibt. Wir sind  
immer gespannt auf gute und neue Ideen. Anregungen,  
die wirklich etwas bringen, werden gerne aufgenommen,  
Frau Pothmer.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Barnett für  
die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Doris Barnett (SPD):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Das  
Wetterhoch entspricht den Aussichten der Wirtschaft  
und des Arbeitsmarktes. Wir können mit einer robusten  
Wirtschaft strahlen, und die Zunahme von sozialversicherungspflichtigen  
Arbeitsplätzen sorgt für immer größer  
werdendes Wachstum und für mehr Wohlstand in unserem  
Land. Auch wenn Letzterer noch nicht bis in den  
letzten Winkel vorgedrungen ist, so kann ich doch festhalten,  
dass sich die Reformen von Bundeskanzler

Schröder jetzt auszahlen. Die Agenda 2010 war der Schlüssel, den wir umdrehen mussten, um endlich wieder die Maschine zu starten.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seitdem seid ihr eingeschlafen!)

Ja, es mussten harte Entscheidungen getroffen werden, und die Anstrengungen wurden nicht immer von Applaus begleitet. Heute wissen wir, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben; denn die Erfolge geben uns recht. Die Arbeitslosigkeit - Staatssekretär Brandner nannte die Zahlen - ist erheblich zurückgegangen. Immer mehr Menschen, die bisher allein auf staatliche Leistungen angewiesen waren, können nun ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Ihnen müssen wir bei den Abgaben helfen; denn es ist nicht die Steuerlast, die sie drückt. Die wachsende Zahl von Beschäftigten entlastet die Volkswirtschaft und schafft größeren Spielraum für notwendige Investitionen. Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung - das sind die am besten angelegten Gelder, weil sie in den wahren Rohstoff der Zukunft investiert werden: in die Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur mit ihnen kann Deutschland weiterhin die Wirtschaftslokomotive in Europa bleiben, aber dann brauchen wir auch alle Talente. Ich lasse es nicht gelten, dass Intelligenz nach sozialen Milieus verteilt sein soll.

(Beifall der Abg. Gabriele Lösekrug-Möller [SPD])

Deshalb ist Bildung von Anfang an, also bei den Kleinsten beginnend, die einzige Alternative, die wir haben.

(Gabriele Lösekrug-Möller [SPD]: Genau so!)

Ich freue mich, dass die Einsicht bezüglich Ganztagschulen, ja sogar integrierter Gesamtschulen, also der Geheimwaffe Finnlands, in unserem Land immer mehr um sich greift. Qualifizierte Arbeitskräfte werden dringend gebraucht, aber die schütteln wir nicht von den Bäumen. Wir als Staat tun sehr wohl das Unsere. Auch die Unternehmen kommen immer mehr zu der Einsicht, dass Ausbildung kein Luxus ist, sondern eine Investition in die eigene Zukunftsfähigkeit.

Das haben wir, die Mitglieder des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik, in der letzten Woche in einer ehemals strukturschwachen Region unseres Landes, in der Ems-Dollart-Region, erfahren können. Ich nenne hier als Beispiel die Meyer-Werft in Papenburg, die die Traumschiffe für internationale Touristikunternehmen baut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Auftragsbücher sind gut gefüllt, und das Unternehmen ist auf Jahre hinaus auf hochqualifizierte Kräfte angewiesen. Die Ausbildungsquote liegt bei über 11 Prozent.

Das kommt nicht von ungefähr. Frühzeitig hat die Firmenleitung erkannt, wie schnell es hier zu einem Mangel an Fachkräften kommt, den es im Norden bereits gibt. Aber durch die hohe Zahl an Auszubildenden ist die Werft jetzt auf der sicheren Seite.

Die ganze Region beweist, wie man mit eigenen Stärken Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Das wirkt sich sogar grenzüberschreitend auf die holländischen Gemeinden



aus, mit deren Unternehmen zusammengearbeitet wird.

(Beifall der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU] und des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Beide Partner profitieren voneinander. So konnte im Arbeitsmarktbezirk Leer die Arbeitslosigkeit signifikant gesenkt werden. Sie liegt jetzt bei etwas über 4 Prozent. Das ist fast Vollbeschäftigung in einer Region, die bislang als das Armenhaus Deutschlands galt.

In vielen Regionen unseres Landes macht sich der Aufschwung bemerkbar. Wir dürfen uns jetzt aber nicht ausruhen, denn er soll schließlich das ganze Land erfassen. Auch muss er robust bleiben. Deshalb ist es jetzt so wichtig, dass wir für unsere Unternehmen, insbesondere die mittelständischen, Auffanglinien einziehen. Eine ganz wichtige davon ist das Entsendegesetz. Wenn die europäische Dienstleistungsrichtlinie voll greift, brauchen wir in unserem Lande faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen, sonst sind nicht nur die Arbeitsplätze in Gefahr. Nein, ganzen Wirtschaftsbereichen kann dann das Aus drohen. Es wundert mich deshalb auch nicht, dass sich ganze Branchen bei Minister Scholz gemeldet haben und Aufnahme in das Entsendegesetz anstreben.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Sieben!)

Für sie ist demnach der Mindestlohn keine Bedrohung.

Im Gegenteil: Er ist ein Schutz.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Vor Wettbewerb in der eigenen Branche!)

Das sehen wir etwas anders als der Kollege Schauerte. Wir wollen gute Europäer sein. Wir wollen als Lokomotive weiterhin kräftig für wirtschaftliches Wachstum sorgen. Dafür brauchen wir faire Arbeitsbedingungen für die Menschen, die mit ihrer guten Arbeit dieses Wachstum produzieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege

Laurenz Meyer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Tagen und Wochen gab es zwei Anstöße, die diese Debatte wesentlich befruchtet haben. Zum einen war das die McKinsey-Studie über die Zukunft Deutschlands, übrigens mit der aufschreckenden Botschaft, die Mittelschichten seien in Aufruhr und ihr Standard würde sinken. Zum anderen waren es die Vorschläge der CSU zur Steuerpolitik. Beides hat endlich zu einer Diskussionslage geführt, in der wir uns mit denen beschäftigen, die unsere Wirtschaft wirklich tragen: diejenigen, die keine Transferleistungen, kein Bafög, kein Wohngeld, mehr bekommen, die Facharbeiter, die Angestellten, die Handwerker.

(Martin Zeil [FDP]: Die ihr belastet habt!)

Sie tragen unsere Wirtschaft und stellen unsere Zukunft dar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen möchte ich zum Schluss dieser Debatte aus meiner Sicht ein paar zusammenfassende Bemerkungen machen:

Erster Punkt. Wir werden in Deutschland keine Zukunft haben, wenn wir nicht ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland ablegen. Die Industriearbeitsplätze sind die Voraussetzung für hochqualifizierte Dienstleistungsarbeitsplätze. Ich entdecke zu viel Industriefeindlichkeit und zu viel Ängstlichkeit, wenn es um neue Technologien in unserem Land geht. Dagegen müssen wir angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen auch ein klares Bekenntnis zu den Industrien ablegen, die uns bisher getragen haben und die Hochtechnologien darstellen: Stahl, NE-Metalle, Fahrzeuge, Chemie. Ebenfalls dazu gehören die Kohlekraftwerke neuerer Art, die die alten ersetzen können und einen zusätzlichen technischen Standard bringen. Diese hochqualifizierten Industriearbeitsplätze, diese Hightech-Arbeitsplätze sind die Voraussetzung für die Entwicklung von unternehmensnahen, handwerksnahen oder, womit wir uns jetzt beschäftigen, haushaltsnahen Dienstleistungen. Denken Sie auch an die Entwicklung der Kulturwirtschaft. Der neu gewachsene Dienstleistungsbereich der Kulturwirtschaft in Deutschland bietet inzwischen mehr Arbeitsplätze als die gesamte Automobilindustrie bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denken Sie ferner an den Bereich der Gesundheitswirtschaft.

(Martin Zeil [FDP]: Aber nicht an den Gesundheitsfonds!)

Hier bestehen Chancen, die wir nutzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mir fehlt ein klares Bekenntnis zu diesen Bereichen. Wir haben da keine offensive Haltung. Ich glaube, das ist das Entscheidende, was wir auch aus der Steuerdiskussion, aus der Diskussion um die Mittelschichten mitnehmen müssen.

Es klang übrigens eben bei Frau Barnett an: Wir brauchen Menschen, die wirklich motiviert sind, die mit Lebenslust, Engagement und Zukunftsoptimismus an die Arbeit gehen, sowohl im Unternehmerbereich wie im Arbeitnehmerbereich. Davon lebt unser Land und nicht von der pessimistischen, kleinkarierten Grundhaltung, die aus vielen Diskussionen, leider Gottes auf mehreren Seiten, herauszuhören ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das muss ich auch angesichts der kleinkarierten Kritikasterei sagen, die Sie zum Teil zurzeit hier vortragen.

(Martin Zeil [FDP]: Da habt ihr aber nichts verstanden! Wir reden auch nach Sonntagsreden so, Sie nicht!)

Deswegen lassen Sie uns über Zukunftsfelder diskutieren, die weit über das hinausgehen, was heute hier - Mindestlohn und Ähnliches - immer wieder gekommen ist. Es geht um die Fragen: Wie können wir Unternehmen aus Universitäten heraus gründen, aus Universitäten, die ihre Innovationen umsetzen können? Wie können wir die Finanzierung sicherstellen? Warum tun

wir uns so schwer, zum Beispiel mit Venture-Capital Bedingungen zu schaffen, die international wettbewerbsfähig sind?

(Martin Zeil [FDP]: Wer legt denn die Bedingungen fest? - Horst Friedrich [Bayreuth])

[FDP]: Wer regiert denn? Das ist doch lachhaft!)

Zweiter Punkt. Auch die Bildungsfrage ist von Bedeutung.

Da müssen viele Schützengräben übersprungen

werden, übrigens auch bei uns. In der Bildungsfrage geht

es darum: Wie können wir bei dem Riesenbedarf an

Facharbeitern und Akademikern, den wir haben, bildungsferne

Schichten in der Zukunft in die Lage versetzen,

dass aus ihnen unsere zukünftigen Eliten kommen?

Bei diesen Fragen müssen viele von uns - auf allen

Seiten des Hauses übrigens, auch bei uns - ihre Vorstellungen

überprüfen und zu neuen Ansichten kommen.

Denn das sind die Kernfragen: Bildung, Zukunftssicherung

durch Bildung. Dazu brauchen wir Kinder in unserem

Land. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass

auch in den Mittelschichten wieder mehr Kinder geboren

werden, dass die jungen Frauen Beruf und Familie unter

einen Hut bekommen können. Solche Fragen werden in

diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie

des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns mit den betreffenden Grundsatzfragen beschäftigen.

Ein dritter Punkt in diesem Zusammenhang ist unsere

Infrastruktur. Auf welche Art und Weise zum Teil über

die noch vorhandene gute Infrastruktur bei uns geredet

wird - sei es im Verkehrsbereich, sei es im Bereich der

Telekommunikation oder der Energie -, ist für mich

wirklich erschreckend.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Für mich auch!

Aber wer hat denn hier die Mehrheit?)

Wir müssen hier die Weichen für die Zukunft stellen und

dürfen nicht mit dem großen Füllhorn übers Land gehen,

weil wir uns anschließend wundern würden, was dabei

herauskäme.

Dass wir beispielsweise im Bereich der alternativen

Energien die Weichen für die Zukunft stellen müssen, ist

doch völlig klar. Aber wir müssen dies, bitte schön, so

effizient wie möglich tun.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wer beschließt

denn die Haushalte? - Brigitte

Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann fangen Sie an! - Zuruf des Abg. Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kuhn, lassen Sie uns doch gemeinsam darüber sprechen.

Mich erschreckt, dass die Gefahr besteht, dass die

technisch schlechtesten Fotovoltaikanlagen in Deutschland

landen, weil sie aufgrund unseres Fördersystems

hier noch untergebracht werden können. Bei uns müssten

die besten Fotovoltaikanlagen produziert und installiert

werden und nicht die, die man woanders auf dem

Weltmarkt nicht mehr unterbringen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Bitte in dem Zusammenhang ist: Lassen Sie uns über diese Grundsatzfragen, die für Deutschland langfristig wichtig sind, intensiver sprechen und nicht nur anlässlich solcher Aktueller Stunden! Lassen Sie uns aus den Schützengräben herauskommen und manche kleinkarierte Diskussion, wie ich sie auch heute in dieser Debatte erlebt habe, beenden! (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das war eher peinlich, Herr Kollege Meyer!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

</ text >

< text 16173 >

173. Sitzung

Berlin, Freitag, den 27. Juni 2008

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet, diesmal ohne Gong.

Ich bitte um Nachsicht.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Ich verstehe die Irritation, aber ich habe keinen Zweifel daran - Sie dürfen sich wieder setzen, weil wir aus diesem Anlass nicht die gesamte Plenarsitzung im Stehen durchführen wollen -, dass eine ohne Gong beginnende Parlamentssitzung unseren geschäftsordnungsrechtlichen Anforderungen im Übrigen genügt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Macht der Gong schon Sommerferien?)

Ich begrüße Sie also alle ganz herzlich zur letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Hauptsache, wir haben Bild und Ton!)

- Ganz genau; dass wir uns verständigen können, hilft gewiss für die Verhandlungen weiter.

Ich darf Ihnen zu Beginn mitteilen, dass der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung vereinbart hat, während der Haushaltsberatungen ab dem 16. September 2008 keine Befragung der Bundesregierung, keine Fragestunde und auch keine Aktuellen Stunden durchzuführen.

Das entspricht unserer bewährten Übung in Haushaltswochen.

Ich denke, Sie werden damit einverstanden

sein. - Das ist offenkundig der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 37 a bis 37 f auf:

a) - Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG)

- Drucksachen 16/6311, 16/6648 -

- Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG)

- Drucksache 16/3229 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses  
(7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/9777, 16/9829 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Klaus-Peter Flosbach

Nina Hauer

Frank Schäffler

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/9784 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts

des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu

dem Antrag der Abgeordneten Christine Scheel,

Kerstin Andreae, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter

und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN

Innovationsfähigkeit des Standortes stärken -

Wagniskapital fördern

- Drucksachen 16/4758, 16/9777, 16/9829 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Klaus-Peter Flosbach

Nina Hauer

Frank Schäffler

Präsident Dr. Norbert Lammert

c) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung

eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes

zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen

verbundenen Risiken (Risikobegrenzungsgesetz)

- Drucksachen 16/7438, 16/7718 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

(7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/9778, 16/9821 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg

Nina Hauer

d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Christian

Ahrendt, Carl-Ludwig Thiele, Hans-Michael

Goldmann, weiterer Abgeordneter und der

Fraktion der FDP

Optimaler Darlehensnehmerschutz bei Kreditverkäufen

an Finanzinvestoren

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara

Höll, Karin Binder, Heidrun Bluhm, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Ausverkauf von Krediten an Finanzinvestoren

stoppen - Verbraucherrechte stärken

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard

Schick, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher

beim Verkauf von Immobilienkrediten

stärken

- Drucksachen 16/8548, 16/8182, 16/5595,  
16/9778, 16/9821 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg

Nina Hauer

e) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten

Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll,

Dr. Dagmar Enkelmann, weiteren Abgeordneten

und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Arbeitnehmermitbestimmung  
bei Betriebsänderungen

- Drucksache 16/7533 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses

für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- Drucksache 16/9789 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Paul Lehrieder

f) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts

des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu

dem Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Troost,

Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter

und der Fraktion DIE LINKE

Beschäftigte und Unternehmen vor Ausplünderung

durch Finanzinvestoren schützen

- Drucksachen 16/7526, 16/9162 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Nina Hauer

Dr. Axel Troost

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung

der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen

liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktionen

der FDP und der Linken vor. Zum Entwurf eines Risikobegrenzungsgesetzes

der Bundesregierung hat die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen einen Entschließungsantrag

eingebracht.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für

die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. - Auch

dazu gibt es offensichtlich Einvernehmen. Dann ist das

so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der

Kollegin Nina Hauer für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Nina Hauer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für

unser wirtschaftliches Wachstum brauchen wir Investitionen.

Auch Private-Equity-Fonds sind Investoren.

Aber die Erfahrungen, die wir mit diesen Fonds machen,

sind gemischt. Einerseits übernehmen sie Unternehmen,

belasten diese mit hohen Schulden, die sie wegen der

Übernahme machen mussten, und verunsichern damit

Beschäftigte - es gibt Fälle, in denen Unternehmen geholfen

wird, aber es gibt auch Fälle, in denen viele Arbeitsplätze

verlorengehen -, andererseits fehlen Investitionen

bei neuen Unternehmen, insbesondere bei jungen,

technologieintensiven Unternehmen, die einen enormen

Kapitalbedarf haben. Wir wollen mit den vorliegenden

Gesetzen diesen beiden Problemen abhelfen. Wir wollen

positive Investitionen fördern und das Risiko, das wegen

der Investoren entsteht, die lediglich an kurzfristigen Renditen interessiert sind, begrenzen.

Wir haben mit dem Risikobegrenzungs-gesetz große Fortschritte erreicht. Ich darf für die SPD-Fraktion sagen, dass wir besonders stolz darauf sind, dass wir jetzt eine Regelung haben, die bei börsennotierten Unternehmen schon längst greift, nämlich dass der Bieter bei der Übernahme auch die Beschäftigten über seine Ziele informieren und er den Wirtschaftsausschuss bzw. den Betriebsrat regelmäßig in die Übernahme einbinden muss. Bei den börsennotierten Unternehmen haben wir damit gute Erfahrungen gemacht. Eine Übernahme kann eher gelingen, wenn die Beschäftigten beteiligt werden. Diese Regelung haben wir in diesem Gesetzentwurf auch für die nicht börsennotierten Unternehmen festgeschrieben. Ich finde, das ist ein Erfolg.

So kann den Sorgen derjenigen begegnet werden, die Angst haben, dass ihr Unternehmen von einem Investor übernommen wird, den nur die kurzfristige Rendite interessiert. Dass diejenigen, die langfristig investieren, Beschäftigte haben, die auf ihrer Seite sind, wird dem Unternehmen sicher nutzen.

In diesem Gesetzentwurf steht auch, dass Aktionäre sagen müssen, wer sie sind. Das heißt, dass fantasiereiche Namen im Aktienregister nicht mehr ausreichen. Wer seine Identität verschweigt, wird mit Stimmrechtsentzug bestraft. Das wird dazu führen, dass Investoren, die sich ans Unternehmen anschleichen wollen, das nicht mehr ohne Weiteres tun können.

Wir schreiben in diesem Gesetzentwurf fest, dass Investoren bei wesentlichen Beteiligungen von über 10 Prozent sagen müssen, was die Ziele dieser Investition sind und vor allen Dingen, woher sie ihr Kapital haben. Damit können wir die Ungleichgewichtung zwischen Eigen- und Fremdkapital so transparent machen, dass sich das Unternehmen darauf einstellen kann, ob es neue Fremdkapitalschulden hat oder ob es Geld gibt, um neue Investitionen zu tätigen. Aus dieser Regelung können Hauptversammlungen aussteigen, wenn sie dafür eine Mehrheit haben. Das haben wir extra so gemacht, weil wir eine Option offenhalten wollen. Ich gehe aber davon aus, dass die meisten Aktionäre das nutzen werden, um ihr Unternehmen attraktiver zu machen, weil es für den Kapitalmarkt wichtig ist, dass es da Transparenz gibt. Wir haben eine Regelung zu dem Acting-in-Concert aufgenommen. Das ist nichts anderes, als getrennt marschieren, vereint schlagen. Es ist nicht mehr zeitgemäß, davon auszugehen, dass sich Aktionäre nur auf Hauptversammlungen absprechen. Wir wissen, dass sie das auf vielfältige Weise mit modernen Kommunikationsmitteln, zum Teil auch über die Medien tun. Durch diese Regelung ist sichergestellt, dass sie auch weiter miteinander kommunizieren können, aber dass geplante Aktionen, die die Mehrheitsübernahme des Unternehmens zur Folge haben, rechtzeitig transparent gemacht werden. Wir gehen mit diesem Gesetzentwurf auf wesentliche Punkte ein, die in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit und in der Diskussion auch von den Finanzmarktteilnehmern immer wieder als Punkte genannt worden sind, die sie rechtlich gerne anders geregelt haben möchten. Wir

tun damit insgesamt nicht nur unseren Anlegern, sondern auch unserem Wachstum einen Gefallen, weil transparent gemacht wird, wie investiert wird und welche Ziele damit verfolgt werden, wodurch letztlich der Standort attraktiver gemacht wird.

Das machen wir auch mit dem zweiten vorliegenden Gesetzentwurf, dem zu Kapitalbeteiligungen. Im Jahr 2007 sind fast 70 000 Patente angemeldet worden. Viele davon werden nie Wirklichkeit. Die Produkte oder Ideen, die erfunden werden, werden nie in die Wirklichkeit umgesetzt, weil Kapital fehlt. Das kann man auch als ein Versagen des Private-Equity-Markts benennen, weil nicht in neue und junge Unternehmen investiert wird. Wir haben daraus Konsequenzen gezogen und sind dem angelsächsischen Modell gefolgt. Wir wollen eine Unterstützung derjenigen, die investieren, und es in einem bestimmten Rahmen attraktiv machen. Das Ganze hat haushalterische Grenzen, weil wir dafür nicht unbegrenzt Geld im Haushalt zur Verfügung haben. Darüber hinaus hat das Ganze einen entsprechenden rechtlichen Rahmen. Aber die Unternehmen, die jünger als zehn Jahre sind und die in Märkten aktiv sind, wo es viel Kapitalbedarf gibt, werden davon profitieren.

Wir machen es auch für Privatpersonen attraktiver, in diese Unternehmen zu investieren. Die sogenannten Business-Angels sind ja nicht nur Investoren, sondern auch Berater. Es handelt sich um Profis, die selber ihr eigenes Unternehmen jahrelang geführt haben und dann in jungen Unternehmen gerade in der schwierigen Anfangszeit beraten und helfen. Dafür sollen sie attraktive steuerliche Rahmenbedingungen vorfinden.

Wir wollen Investoren in unserem Land haben und denjenigen, die im Ausland investieren, das Signal geben, dass es in Deutschland gute Rahmenbedingungen gibt, in neue Unternehmensideen zu investieren. In den letzten 20 Jahren hat sich eine andere ökonomische Situation entwickelt: Es ist nicht mehr so leicht, anderswo Kapital zu beschaffen. Sie kennen die Diskussionen in den öffentlichen Banken, aber auch in der gesamten Bankenlandschaft. Wir versprechen uns von den Gesetzentwürfen, dass viele Ideen, die jetzt auf dem Patentamt liegen oder noch in den Köpfen sind, zu neuen Unternehmen werden, dass sie Arbeitsplätze schaffen und unser Wachstum weiter unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Frank Schäffler für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vor einer Woche konnte die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ihren 60. Geburtstag feiern. Für uns Liberale - vielleicht auch für Sie - war das ein Feiertag. Doch angesichts des Handelns der schwarzroten Koalition ist das Jubiläum für uns Liberale auch ein Anlass, die Marktwirtschaft gegen immer mehr staatliche Eingriffe entschieden zu verteidigen.



Ihr Entwurf eines Risikobegrenzungsgesetzes macht deutlich, dass Sie seitens der Koalition in Sonntagsreden die soziale Marktwirtschaft hochhalten, im praktischen Handeln jedoch immer tiefer in den Markt eingreifen. (Beifall bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Leider wahr!)

Auch wir von den Liberalen sprechen uns für Transparenz aus. So halten wir eine wirksame Regelung bezüglich der Namensaktien durchaus für richtig. Die Zielrichtung der Bundesregierung - ich zitiere aus der Begründung -, nämlich „gesamtwirtschaftlich unerwünschte Aktivitäten von Finanzinvestoren“ zu erschweren oder sogar zu verhindern, teilen wir ausdrücklich nicht. Es ist ein tiefer Eingriff in die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, wenn die Große Koalition entscheidet, welche Investitionen gewünscht sind und welche nicht. Deshalb hätten Sie dem Gesetz einen viel zutreffenderen Namen geben sollen. Wenn Sie Investitionen verhindern wollen, hätten Sie es „Investitionsbegrenzungsgesetz“ nennen sollen.

Diese Wirkung wird das Gesetz tatsächlich entfalten. Wenn in Deutschland bürokratische Vorschriften gelten, die bei unseren Nachbarn nicht gelten, dann werden ausländische Investoren schon merken, dass sie uns in Deutschland nicht willkommen sind.

Das gilt übrigens auch für Staatsfonds. Sie wollen sie aussperren. Doch gerade die Bankenkrise hat gezeigt, wie hilfreich diese Fonds für europäische Großbanken sein können.

Es bringt auch nichts, immer von gleichen Wettbewerbsbedingungen in Europa zu sprechen, dann aber nach Art des Gutmenschentums nationale Regeln draufzusatteln. Das schadet dem Finanzplatz Deutschland und damit der gesamten deutschen Wirtschaft. Wie gesagt: Transparenz ist ein Ziel, das wir teilen, aber dazu gibt es eine europäische Transparenzrichtlinie. Die haben wir erst vor kurzem umgesetzt. Deshalb sollten wir nicht schon wieder neuen Aktionismus entfalten. (Beifall bei der FDP)

Ein Fachmann, nämlich der finanzpolitische Sprecher der Union, Otto Bernhardt, hat der FAZ gesagt: Ich brauche dieses Gesetz nicht. - Wo er recht hat, hat er recht. Wir von der FDP brauchen es auch nicht. Niemand braucht es. Also sollten wir es gleich gemeinsam ablehnen. Weil ich gerade beim Zitieren bin, will ich auch den Wirtschaftsminister zitieren. Er hat im Private Equity Handbuch in einem sehr lesenswerten Vorwort gesagt: Sorge macht mir, dass die Diskussion um Nutzen und Schaden der Beteiligungsfinanzierung zum Teil sehr undifferenziert geführt wird. Während die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung von den meisten Beteiligten als volkswirtschaftlich wertvoll und förderungswürdig angesehen wird, sehen sich die Übernahmefinanzierer häufig dem Generalverdacht ausgesetzt, volkswirtschaftlich schädlich zu wirken und Arbeitsplätze zu vernichten. Genau das ist unsere Meinung. Wieso fördern Sie diese Bereiche in einem richtigen Private-Equity-Gesetz nicht?

Lassen Sie mich auch noch den Unionsfraktionsvize

Michael Meister zitieren. Er hat gesagt, was bisher vorgelegt worden sei, sei unzulänglich.

Um es abzuschließen: Der Vorsitzende des CDUWirtschaftsrats, Kurt Lauk, hat gesagt, in ihrer jetzigen Form würden die Gesetze zu Private Equity und Hedgefonds Deutschland auf den Status eines Entwicklungslandes zurückführen.

Ich finde, da haben alle, die ich hier genannt habe, sehr recht.

(Beifall bei der FDP)

Das Ergebnis zeigt eines: MoRaKG und Risikobegrenzungs-gesetz sind Dokumente des Scheiterns. Was wir in Deutschland tatsächlich brauchen, ist eine fortschrittliche Finanzmarktgesetzgebung. So hatten Sie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein Private-Equity-Gesetz vorzulegen. Wir als FDP wollen ein solches Gesetz zur Förderung von Beteiligungskapital. Beteiligungskapital wird jedoch nicht nur in der Frühphase eines Unternehmens benötigt, sondern vor allem auch in der Wachstumsphase. Was Sie tatsächlich vorgelegt haben, ist nur das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen. Sie konzentrieren sich nur auf die Frühphase. Das betrifft letztendlich nur einen ganz kleinen Teil der Branche. Dieses Gesetz sieht für einen begrenzten Teil von Unternehmen Erleichterungen vor, die jedoch nur bei Erfüllung mehrerer bürokratischer Vorschriften gewährt werden.

Die Sachverständigenanhörung, die wir zu diesen Gesetzen durchgeführt haben, war letztendlich ein Desaster für Sie. Nicht einmal die von den Koalitionsfraktionen eingeladenen Sachverständigen haben sich für das Gesetz ausgesprochen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Der zuständige Branchenverband hat ermittelt, dass sieben Unternehmen bereit sind, die Möglichkeiten des neuen Gesetzes zu nutzen. Bei allem, was Sie uns hier zur Wirkung des Gesetzes erzählen, sollten Sie sich diese Zahl noch einmal vor Augen führen. Wir Liberale trauen einzelnen Unternehmen viel zu.

(Joachim Poß [SPD]: Wir trauen Ihnen gar nichts zu!)

Aber dass sieben Unternehmen zu einem Quantensprung für Forschung und Entwicklung in diesem Land beitragen sollen, halte ich für einen Treppenwitz der Geschichte.  
(Beifall bei der FDP)

Was Sie hier vorgelegt haben, ist das Ergebnis Ihrer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Das ist zu wenig für den Mittelstand. Das ist auch zu wenig für Deutschland. Man sieht an diesem Gesetz vor allem eines: Wenn es darum geht, die Bürger einzuschränken und zu belasten, ist sich die Koalition einig. Das ist aber nur ein ganz kleiner Bereich, in dem Sie überhaupt noch handlungsfähig sind. Wenn es aber darum geht, die Bürger zu entlasten, dann bewegt sich bei Ihnen gar nichts. Ich frage Sie: Warum haben Sie heute kurz vor der Sommerpause hier im Parlament kein modernes Erbschaftsteuerrecht vorgelegt,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Gute Frage!)

das die Existenz von Familienunternehmen sichert und Familien nicht zum Verkauf ihres Unternehmens nötigt? (Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die Landtagswahl in Bayern erst im September ist!)

Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen. Es ist doch absurd, wenn Sie mit dem Risikobegrenzungs-gesetz auf der einen Seite Politik gegen Finanzinvestoren machen, auf der anderen Seite aber mit der geplanten Erhöhung der Erbschaftsteuer Familienunternehmer gerade in die Hände dieser von Ihnen so gescholtenen Finanzinvestoren treiben.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:

Das ist eine Frechheit! Sie haben doch von nichts eine Ahnung!)

- Sie können ja gleich darauf reagieren. - Dass Sie dann mit dem MoRaKG auch noch verhindern, dass sich in Deutschland eine eigene Beteiligungsbranche entwickeln kann, setzt dem Ganzen noch die Krone auf.

Ihre Finanzpolitik besteht aus Widersprüchen und Symbolik. Das ist zu wenig für dieses Land. Heute ist deshalb ein schwarzer Tag für das Beteiligungskapital und deshalb auch für den Mittelstand in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Aber es kommen auch wieder bessere Zeiten auf dieses Land zu, spätestens 2009.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Klaus-Peter Flosbach ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich drei für den Finanzmarkt wichtige Themen debattieren wir heute:

Erstens. Wie stärken wir die Rechte von Unternehmen im Umgang mit Finanzinvestoren?

Zweitens. Wie können Kreditverkäufe zukünftig geregelt werden? Besonders wichtig ist uns dabei: Wie schützen wir Kreditnehmer vor den negativen Folgen von Kreditverkäufen?

Drittens - darauf werde ich mich konzentrieren -:

Wie können die Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen modernisiert werden?

Warum diskutieren wir dieses Thema überhaupt?

Kann man das Ganze nicht dem Markt überlassen? Offensichtlich nicht; denn es gibt viele junge Unternehmen

mit zukunftsweisenden Ideen, denen einfach die finanzielle Basis fehlt, denen das Eigenkapital fehlt und die

auch bei ihren Banken keinen persönlichen Kredit mehr bekommen, um die Entwicklung ihres Unternehmens

voranzutreiben. Warum ist das so? Weil den Banken das

Risiko zu groß ist, weil die Gefahr zu groß ist, das eingesetzte Kapital vollständig zu verlieren. Aus diesem

Grunde erhalten diese jungen Unternehmer bzw. Existenzgründer kein Kapital mehr.

Genau an dieser Stelle setzen wir an. Wir wollen die Rahmenbedingungen verändern, damit Investoren Kapital

zur Verfügung stellen, das vor allem junge Technologieunternehmen

im Biotechnologie- oder Pharmabereich benötigen. Diesen Weg für moderne und gut bezahlte Arbeitsplätze bereiten wir mit diesem Gesetz. Genau so wird der Grundstein für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland gelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Investoren im Rahmen dieses Gesetzes steuerliche Vorteile als Ausgleich für das erhöhte Risiko in Anspruch nehmen wollen, dann müssen sie sich auf junge und mittelständische Unternehmen konzentrieren. Das heißt, die Unternehmen dürfen nicht älter als zehn Jahre sein, und das Eigenkapital darf nicht über 20 Millionen Euro liegen.

Im ersten Entwurf war das Eigenkapital auf 500 000 Euro fixiert worden. Bedenken Sie einmal, was ein innovatives forschungsintensives Unternehmen mit hohen Personalkosten und einer langen Vorlaufzeit mit 500 000 Euro an Eigenkapital anfangen kann. Hier konnten wir uns in der Koalition sehr frühzeitig darauf einigen, das Eigenkapital auf 20 Millionen Euro festzulegen. Somit haben wir eine wesentliche Verbesserung gerade in der Startphase erzielt. Mit diesen 20 Millionen Euro Eigenkapital holen wir die Gründer aus der Garage heraus.

Wir verfolgen mit diesem Gesetz mehrere Ansätze: Wir wollen Investitionen möglichst in deutsche Unternehmen, wir wollen möglichst deutsche Investoren, und wir wollen vor allen Dingen Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Private-Equity-Fonds, Venture-Capital-Fonds oder Wagniskapital-Fonds in Deutschland. Sie müssen in Deutschland ansässig sein, weil auch im Ausland längst bewiesen ist, dass die Unternehmen, die Fonds und die Manager nahe zusammen sein müssen, damit sich die Investitionen in diese neuen wachstumsintensiven Betriebe rentieren und sie auch durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Worin liegt nun der Vorteil für den Investor?

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Jetzt wird es spannend!)

Weil junge Unternehmen ihr eigenes Kapital verbraucht haben und die Produkte noch nicht zur Marktreife gelangt sind, sind keine Gewinne, sondern in aller Regel hohe Verluste aufgelaufen. Diese Unternehmen müssten aufgeben. Sie wären pleite.

Wenn jetzt Wagniskapitalgesellschaften ihr Eigenkapital – das ist wichtig – zur Verfügung stellen, dann können diese Verluste im Unternehmen steuerlich berücksichtigt werden, und zwar in Höhe der vorhandenen stillen Reserven. Insofern ist das eine Lockerung der scharfen Besteuerung im Rahmen der Unternehmensbesteuerung, die im letzten Jahr verabschiedet worden ist. Die Unternehmen können jetzt mit den neuen Investitionen und mit dem verstärkten Eigenkapital ihr Ziel, nämlich die Gewinnzone, erreichen.

Die Beteiligungsgesellschaft, an der sich der Einzelne mit mindestens 25 000 Euro beteiligen muss, gilt zudem als vermögensverwaltend. Das heißt, sie ist nicht gewerbsteuerpflichtig. Die Besteuerung findet ausschließlich

auf der Ebene des Anlegers statt.

Es gibt aber nicht nur Beteiligungsgesellschaften, sondern auch einzelne Personen, die bereit sind, ihr Kapital in Risikoinvestitionen zu stecken. Man nennt sie Business-Angels. Diese können sich mit maximal 25 Prozent an einem Unternehmen beteiligen. Business-Angels bringen neben dem Kapital auch ihr gesamtes Know-how, ihre Aktivitäten und ihre Netzwerke in das Zielunternehmen ein.

Die Förderung der Business-Angels konzentriert sich auf einen Veräußerungsfreibetrag von insgesamt 200 000 Euro. Bei einem einzelnen Business-Angel, der sich mit maximal 25 Prozent beteiligen darf, gelten eben 25 Prozent dieses Freibetrags. Er kann also von maximal 50 000 Euro Freibetrag profitieren. Das macht uns zuversichtlich – das zeigen auch die Vergleiche im Ausland –, entsprechendes Risikokapital für einen dynamischen Wachstumsmarkt, für höchst qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland lockerzumachen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist vielfach Kritik geübt worden, wir würden mit diesem Gesetz den deutlich größeren Teil des Beteiligungsmarktes – vor allem Beteiligungen in etablierten Unternehmen – draußen vor der Türe lassen. Diese ist zunächst nicht unberechtigt. Diese Private-Equity-Unternehmen müssen sich, wenn sie ebenfalls als vermögensverwaltend gelten wollen, strikt an einen entsprechenden Erlass des BMF aus dem Jahre 2003 halten. Bisher haben viele damit ganz gut leben können. Wir werden uns dennoch mittelfristig diesem Thema stellen müssen. Es geht auch hier wieder um mittelständische Betriebe. Denn mehr als 80 Prozent der durch Private-Equity-Gesellschaften finanzierten Unternehmen haben höchstens 100 Mitarbeiter und durchschnittlich weniger als 10 Millionen Euro Umsatz. Hier hat übrigens niemand Förderanreize gefordert. Aber diese Unternehmen brauchen Planungs- und Rechtssicherheit und sollten nicht langfristig auf diesen Erlass verwiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Hightech-Strategie der Bundesregierung findet durch dieses Gesetz volle Unterstützung. Unsere Wissensgesellschaft braucht diese innovativen Unternehmen aus der Spitzen- und hochwertigen Technologie. Wir machen den Investoren ein faires Angebot, dieses Risiko auch einzugehen. Wir bringen hiermit den Finanzstandort Deutschland ein großes Stück nach vorn. Es gibt eben nicht nur Heuschrecken, sondern auch fleißige Bienen. Ich denke, dieses Gesetz ist ein Geschenk an die soziale Marktwirtschaft zum 60. Geburtstag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist Axel Troost für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den vorliegenden Gesetzentwürfen haben wir es mit einem äußerst widersprüchlichen Paket

zu tun. Einerseits will die Union durch das MoRaKG Finanzinvestoren – dank Franz Müntefering unter der treffenden Bezeichnung „Heuschrecken“ bekannt – weitere Steuersparmodelle eröffnen und verkauft dies in der Öffentlichkeit als Förderung von jungen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die SPD wiederum, so war zumindest der Ursprung des Risikobegrenzungsgesetzes, will den Anschein erwecken, dass sie genau diesen Finanzinvestoren nun ans Leder wolle. Würden beide Gesetze halten, was die Koalitionäre versprechen, hätten wir einen absurden Widerspruch. Die Ampel für Finanzinvestoren würde gleichzeitig auf Rot und Grün gestellt. Bei genauerem Hinsehen handelt die Koalition aber überhaupt nicht widersprüchlich, sondern macht sich zum Anwalt der Finanzinvestoren und begrenzt gleichzeitig die Risiken der Manager, von ungewollten feindlichen Übernahmen überrascht zu werden.

Beide Gesetzgebungsverfahren sind vor der aktuellen Finanzkrise angelaufen. Sie sind nun seit über einem Jahr auf dem Weg, und die Koalition hat es nicht geschafft, auch nur kleinste Schlussfolgerungen aus dieser Finanzkrise in das Gesetz aufzunehmen. Ein Risikobegrenzungsgesetz, das die in der Finanzkrise offensichtlich gewordenen Risiken mit keiner Silbe erwähnt, ist schlicht eine totale Blamage.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Fraktion hat schon im November 2007 in einem Aktionsplan „Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung stärken“ erste Konsequenzen eingefordert. Wie lange sollen wir noch warten?

Das MoRaKG ist aus unserer Sicht eine Farce. Sie fördern nicht junge kleine und mittelständische Unternehmen, die Unterstützung wirklich brauchen könnten, sondern nur die Kapitalgeber solcher Unternehmen, nämlich bestimmte Private-Equity-Fonds, die durch Bereitstellung von Kapital diese Unternehmen fördern sollen. Auch diese vermeintlich indirekte Förderung ist genauso zielsicher wie eine Schrotflinte auf 500 Meter.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum einen – das ist eben schon gesagt worden – gilt die Förderung für Fonds mit Beteiligungen an Unternehmen mit bis zu 20 Millionen Euro Eigenkapital und einem Alter von bis zu zehn Jahren. Herr Flosbach sprach davon, dass die Gründer aus den Garagen geholt werden sollen, also auf Deutsch: Garagen, die seit zehn Jahren existieren und die einen Inhalt von 20 Millionen Euro haben. So hatten wir uns kleine und mittelständische Unternehmen nicht vorgestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man ins Unternehmenspanel der KfW schaut, dann sieht man, dass es nicht ein einziges kleines oder mittelständisches Unternehmen gibt, das 20 Millionen Euro Eigenkapital hat.

Zum anderen geht die mangelnde Zielgenauigkeit weiter. Um vom Gesetz zu profitieren, muss ein Private-Equity-Fonds nur 70 Prozent seines Kapitals in solche Unternehmen stecken. Die restlichen 30 Prozent sind frei verfügbar, um heute auf Öl, morgen auf Aktien und

übermorgen auf Weizen zu spekulieren.

Das ganze Gesetz mit seiner Befreiung von der Gewerbesteuer, mit den fortgesetzten Steuerprivilegien für die Fondsmanager und die sogenannten Business-Angels ist nichts anderes als ein riesiges Steuergeschenkpaket für Leute in Gehaltsklassen, bei denen sich Normalsterbliche gar nicht vorstellen können, was man mit so viel Geld anfangen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt, wie die Parteien der Großen Koalition, die angeblichen Volksparteien, ihren Wählerinnen und Wählern in den Fußgängerzonen erklären wollen, warum man den Steuerfreibetrag für wohlhabende Manager auf das 22-Fache erhöhen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht viel besser ist es um Ihr Risikobegrenzungs-gesetz bestellt. Statt die Beschäftigten und die Unternehmen vor Auszehrungen durch Heuschrecken zu schützen, leistet Ihr Gesetz praktisch gar nichts. Wir haben in unserem Antrag „Beschäftigte und Investoren vor Ausplünderung durch Finanzinvestoren schützen“ und in unserem Gesetzentwurf zur Stärkung der Arbeitnehmermitbestimmung bei Betriebsänderungen konkret aufgezeigt, wie die Risiken bei Finanzinvestitionen beschränkt werden können. Sie wollen das aber gar nicht.

Es mag ja Einzelfälle geben, in denen Beteiligungskapital einen sinnvollen und sozialverträglichen Beitrag leistet. Das können aber am besten die Beschäftigten einschätzen, die um die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze wissen. Keine Heuschrecke soll ein Unternehmen gegen den Willen der Belegschaft übernehmen dürfen. Damit wäre schon sehr viel gewonnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie man das machen könnte, haben wir Ihnen konkret aufgezeigt.

Um das zu verdeutlichen: Der jüngste spektakuläre Fall ist die Ausschlichtung des Modekonzerns Hugo Boss durch den Finanzinvestor Permira. Permira hat durchgesetzt, dass Boss 350 Millionen Euro neue Schulden aufnimmt, um anschließend 450 Millionen Euro Dividenden an die Investoren auszuzahlen. Nachher wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesagt, wegen der hohen Verschuldung müsse der Gürtel nun enger geschnallt, die Lohntüte verkleinert und die Arbeitszeit verlängert werden. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist Raubrittertum!)

Das Geschäftsmodell Private Equity ist untrennbar mit dem Einsatz von Kredithelben verbunden. Wir fordern in unseren Anträgen daher:

Erstens. Bankkredite an Private-Equity-Fonds müssen mit mehr Eigenkapital unterlegt werden, damit sie teurer werden und damit das Geschäftsmodell „Heuschrecke“ unattraktiver wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Das nachträgliche Aufbürden der Kredite auf das übernommene Unternehmen muss untersagt werden. Kreditfinanzierte Ausschüttungen wie im Fall Boss müssen verboten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Die Möglichkeiten neu einsteigender Anteilseigner sollen begrenzt werden, indem die Stimmrechte der Aktionäre, die ihre Aktien seit mindestens zwei Jahren halten, doppelt gewichtet werden.

Viertens. Private-Equity-Fonds sollen künftig grundsätzlich gewerbesteuerpflichtig sein. Sämtliche Steuerprivilegien sollen abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit kommen wir zur Wurzel des Übels: Private-Equity-Fonds sind Ausdruck der Tatsache, dass Multimillionäre nach immer neuen Wegen suchen, aus unendlich viel Geld noch unendlich viel mehr Geld zu machen.

Mittelfristig kann nur eine radikale Umverteilung von Einkommen und Vermögen den Anlagedruck auf den Finanzmärkten verringern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hypothekenblase in den USA ist geplatzt. Nun drängen die Anleger in den Bereich der Rohstoffe und Nahrungsmittel. Bei den aktuellen Spekulationen mit Weizen und Reis wird auf makaberste Weise deutlich, wie die systematische Gier der Reichen nach immer mehr die Armen in den Entwicklungsländern buchstäblich in Elend und Tod treibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine andere Tragödie - wenn auch zum Glück nicht tödlich - spielt sich seit jüngerer Zeit bei vielen kleinen Häuslebauern in Deutschland ab. Menschen, die sich für Wohneigentum verschuldet haben und mit viel Einsatz ihre monatlichen Zahlungen leisten, stellen plötzlich fest, dass ihr Kredit ohne ihr Wissen weiterverkauft wurde, zum Beispiel an einen Finanzinvestor, der ihnen per Zwangsvollstreckung über juristische Tricks die eigenen vier Wände buchstäblich unter den Füßen wegzieht.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Da sollte unser Finanzminister einmal zuhören!)

Mit der Aufnahme der Thematik Kreditverkäufe ins Risikobegrenzungsgesetz haben Sie bei vielen Menschen

die Hoffnung geweckt, dass dieses Unrecht endlich aufhört. Der Gesetzentwurf bringt zwar einige wenige Verbesserungen aus der Sicht des Verbraucherschutzes, springt aber viel zu kurz. Die Hoffnungen der meisten vorgenannten Menschen werden herb enttäuscht. Mit unserem hier vorliegenden Antrag „Ausverkauf von Krediten an Finanzinvestoren stoppen - Verbraucherrechte stärken“ stellen wir deutlich weitergehende und von vielen Verbraucherschützern und Fachleuten geteilte Forderungen auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Koalition hat in der letzten Woche behauptet, das Bundesjustizministerium hätte alle in den Medien skandalisierten Fälle von Kreditverkäufen geprüft und festgestellt, dass alle Medienberichte falsch und unsachgemäß gewesen seien. Diese Ignoranz schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir alle - da bin ich mir sicher - haben in den vergangenen Monaten eine hohe Zahl an Briefen von verzweifelten Immobilienschuldnern und ihren Anwälten bekommen, in denen sie ihre eigenen Fälle schildern. Gerade gestern kam vom Generalsekretär des Zentralverbands



des Deutschen Handwerks, Hanns-Eberhard Schleyer, ein Brief, in dem er Fälle von Handwerksbetrieben nennt, in denen Kredite trotz ordnungsgemäßer Bedienung weiterverkauft worden sind.

Ich komme zum Ausgangspunkt der Kritik an den beiden Gesetzentwürfen zurück. Beide ziehen keinerlei wirkliche Konsequenzen aus der aktuellen Finanzkrise. Die mangelnde Beschränkung von Kreditverkäufen war ein zentraler Grund für die Hypothekenkrise in den USA, wo die Regulierungen wesentlich lascher als bei uns sind. Wenn wir keine Richtungsentscheidung treffen, entwickelt sich auch die Bundesrepublik in diese Richtung. Insofern fordern wir Sie auf, den Gesetzentwurf im Sinne unseres Antrages und vor allem im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher nachzubessern.  
(Beifall bei der LINKEN)

Wann, wenn nicht jetzt, wollen Sie Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen? Wie groß muss der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und in Ihren Willen zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen denn noch werden? In Ihrem Entwurf eines Risikobegrenzungsgesetzes fehlt leider der Wille zu einem Kurswechsel in Richtung Regulierung der Finanzmärkte.  
Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, die Linksfraktion macht es sich hier insgesamt sehr einfach. Wir alle wissen, dass junge innovative Unternehmen auf Beteiligungskapital angewiesen sind.

Das hat übrigens der Sachverständigenrat in einer ganz aktuellen Expertise bestätigt. Es geht nicht nur darum, dass wir uns die Frage stellen müssen, ob genügend Kapital nach Deutschland kommt, sondern es geht auch darum, die Investoren vor Ort zu halten.

Ob ein innovatives Unternehmen in der Frühphase Kapital bekommt, hängt ganz entscheidend davon ab, ob im regionalen Umfeld Wagniskapitalfirmen angesiedelt sind. Trotz Internet, Globalisierung und weltweit vernetzten Kapitalmärkten ist die Standortnähe ein Schlüssel zum Erfolg. Das negieren Sie schlicht und ergreifend.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Dafür gibt es die Sparkassen und die Landesbanken!)

Sie sagen: Alle Unternehmen, die mit Wagniskapitalfinanzierungen zu tun haben, sind per se böse. Deswegen

sage ich: Die Linksfraktion schadet nicht nur unserem Standort, sondern vor allen Dingen auch den kleinen und mittleren innovativen Unternehmen in dieser Republik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen ein - auch im internationalen Maßstab - attraktives steuerliches Umfeld für Wagniskapitalfinanzierung. Sie verweigern sich dieser Problematik völlig. Aus diesem Grund werden wir den Antrag der Linksfraktion ablehnen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Quatsch!

Einfach nur Quatsch!)

Ich muss auch sagen: Die Förderung von Wagniskapital ist kein Selbstzweck. Innovationen sind die Triebfedern für nachhaltige Wertschöpfung und für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Unternehmen, die hierzulande forschen. Diese Unternehmen brauchen mehr Geld für Entwicklung und Vermarktung, damit sie ihre Produkte hier nicht nur entwickeln und patentieren lassen können, sondern sie hier auch produzieren können. Sie brauchen auch für die zweite Phase entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten. Das ist nämlich oft das Problem. In der ersten Phase klappt es, in der zweiten Phase fehlt aber oft das Kapital. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt wurden in Deutschland nur halb so viele Wagniskapitalfinanzierungen getätigt wie im europäischen Durchschnitt. Hier liegt ein sehr wertvolles Potenzial brach. Wir haben es begrüßt, dass die Bundeskanzlerin auf verschiedenen Tagungen, auch bei der Internationalen Handwerksmesse in München, gesagt hat: Wir müssen unseren Standort stärken und den Unternehmen mehr Möglichkeiten geben. – Auch die Bundesforschungsministerin, Frau Schavan, hat, wenn sie in der Republik Unternehmen oder Messen besucht hat, immer wieder darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, vernünftige Rahmenbedingungen für Unternehmen am Standort. Wenn ich mir anschau, was dabei herausgekommen ist, muss ich allerdings sagen: Sie haben nicht nur das Versprechen des Koalitionsvertrages, in dem Sie vereinbart haben, vernünftige steuerliche Bedingungen für Wagniskapital zu schaffen, nicht umgesetzt, sondern Sie haben leider auch den Inhalt all Ihrer schönen Sonntagsreden in diesem Gesetz nicht verwirklicht. Zwischen Ihren Worten und Ihrem Handeln klafft eine sehr große Lücke. Das finde ich sehr schade; denn damit wird eine Chance vertan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Wir wissen, dass im Rahmen der Unternehmensteuerreform auch Entscheidungen getroffen worden sind, die es unseren Unternehmen schwer machen. Durch den schnellen Wegfall von Verlustvorträgen und die Besteuerung von Funktionsverlagerungen werden Forschung und Entwicklung gefährdet. Last, but not least werden Beteiligungsfinanzierungen durch die schlechte Verzahnung von Abgeltungsteuer und Unternehmensbesteuerung ab 2009 der steuerlich unattraktivste Finanzierungsweg sein. Das hat auch der Sachverständigenrat vor kurzem bestätigt.

In diesem Kontext müssen wir uns fragen: Hat sich die Große Koalition vorgenommen, Wagniskapitalfinanzierungen zukünftig zu verhindern, oder wollen Sie sie fördern? Ich habe fast den Eindruck, Sie haben versucht, sie zu verhindern. Kreditzinsen werden mit 25 Prozent besteuert, Dividenden und Veräußerungsgewinne mit fast 50 Prozent. Das kann nicht Sinn und Zweck des Ganzen sein. Das ist nicht der richtige Weg. Ich bin gespannt, ob Sie, wenn das Gesetz zur Abgeltungsteuer näherrückt, an der einen oder anderen Stelle nicht doch noch Korrekturen vornehmen. Ich hoffe es sehr. Für Sie

ist das aber schwierig. Das Problem ist nämlich, dass Sie sich bei kaum einem Thema einigen können.

Fest steht: Was die Behandlung von Private-Equity-Gesellschaften angeht, haben Sie Regularien entwickelt, die eher schaden als nutzen. Fest steht allerdings auch, dass wir Private-Equity-Gesellschaften brauchen. Auch in einer Untersuchung des DIW wurde eindeutig bestätigt, dass die Private-Equity-Branche für unsere mittelständischen Unternehmen gut ist. Diese Untersuchung ist, wie gesagt, eine Studie des DIW, keine Stellungnahme der Grünen.

Es ist bedauerlich, welche Regelungen Sie an dieser Stelle getroffen haben. Natürlich gibt es ausländische Private-Equity-Gesellschaften, die großen Schaden angerichtet haben; das ist richtig. Es gibt in dieser Branche aber auch sehr viele Beispiele für Private-Equity-Gesellschaften, die Unternehmen geholfen haben, sich wieder vernünftig aufzustellen, sich weiterzuentwickeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Damit haben Sie letztendlich dazu beigetragen, dass die Steuereinnahmen in Deutschland gestiegen sind. Auch das muss man in diesem Kontext sehen; denn häufig hängen sehr viele verschiedene Aspekte miteinander zusammen.

Zum Schluss noch eine kurze Anmerkung zum Risikobegrenzungs-gesetz.

Wir Grüne haben vor einem Jahr im Hinblick auf das Problem der Immobilienkreditverkäufe gute Vorschläge gemacht. Es ist gut, dass Sie viele dieser Vorschläge übernommen haben. Es hat zwar ein bisschen gedauert, aber das ist bei der Großen Koalition oft so.

Wir hätten gern gesehen, dass Regelungen getroffen worden wären, die einen größeren präventiven Schutz der Betroffenen vorsehen, nicht nur erleichterte Schadenersatzansprüche im Nachhinein. Es wäre gut gewesen, den präventiven Ansatz zu stärken. Nichtsdestotrotz wurde der Weg an dieser Stelle zumindest ein Stück weit richtig eingeschlagen. Was den anderen Gesetzentwurf, den Sie heute vorgelegt haben, betrifft, muss ich allerdings sagen: Hier sind Sie verdammt kurz gesprungen. Ich befürchte, dieses Gesetz wird uns insgesamt nicht voranbringen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Joachim Poß [SPD]: Das war wieder so eine Miesmacherrede!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Hans-Ulrich Krüger ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir in der letzten Woche mit der Verabschiedung des Eigenheimrentengesetzes dafür gesorgt haben, dass der Erwerb eines Eigenheims im Rahmen zusätzlicher Altersvorsorge staatlich gefördert wird, beschließen wir heute eine nachhaltige Verbesserung der Verbraucherrechte bei der Inanspruchnahme von Immobiliarkrediten. Damit führen wir unsere Erfolgsstory zugunsten der Verbraucher fort und setzen einen erfolgreichen Schlusspunkt unter eine seit gut einem Jahr währende Debatte.

Künftig werden Meldungen, dass der Verkauf von Forderungen an ausländische Finanzinvestoren zu unberechtigten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen geführt hat, der Vergangenheit angehören. Schlagzeilen wie „Schulden auf Reise“ oder „Die Banken sagen einfach servus“ können wir vergessen.

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen stärken wir die Stellung des Kreditnehmers, damit der Traum von den eigenen vier Wänden nicht zu einem Albtraum wird.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Künftig muss jeder Kunde vor Abschluss eines Vertrages ausdrücklich – und nicht nur über Allgemeine Geschäftsbedingungen – darüber informiert werden, ob

sein Vertrag verkauft werden kann. Welche Bedeutung dies hat, zeigt die Reaktion der Märkte: So bieten zum Beispiel Sparkassen, Volksbanken, aber auch einzelne Privatbanken Finanzierungsmodelle an, die ausdrücklich nichtabtretbare Kredite zum Gegenstand haben.

Ist ein Vertrag zustande gekommen, so ist der Darlehensgeber im Falle eines Verkaufs der Forderungen verpflichtet, seinem bisherigen Kunden dies mitzuteilen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das ist das Mindeste!)

Ferner hat er spätestens drei Monate vor Auslaufen der vereinbarten Zinsbindung die Pflicht, dem Kunden mitzuteilen, ob und, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen ein Anschlussvertrag zustande kommt. Der Schuldner bekommt dadurch das, was er in einer solchen Situation am dringendsten braucht: Zeit und Sicherheit. Die gleiche Sicherheit bekommt der Kunde durch die Neufassung von § 498 Abs. 3 BGB, bei der es darum geht, wann ein Kredit wegen Zahlungsverzugs gekündigt werden kann. Bisher hing dies davon ab, was im Kreditvertrag vereinbart war. Waren die dort genannten Voraussetzungen – in aller Regel ein Verzug von zwei oder drei Monatsraten – erfüllt, galt der Kredit als notleidend. Nach der neuen Rechtslage hat der Kreditnehmer die Gewissheit, dass sein Kredit erst dann gekündigt werden kann, wenn er mit zwei aufeinanderfolgenden Teilraten und mindestens 2,5 Prozent des Nennbetrages in Verzug ist. Bei einem Kredit über 100 000 Euro und einem Zins von 4,5 Prozent heißt dies, dass der Kreditnehmer mit circa fünf Monatsraten in Verzug sein muss, bevor ihm sein Vertrag gekündigt werden kann. Das bedeutet nicht nur einen erweiterten Verbraucherschutz, das bringt vor allem Rechtssicherheit.

Im Bereich der Zwangsvollstreckung ist ein komplexer, aus verschiedenen Einzelteilen bestehender Schutzschirm zugunsten der Verbraucher zusammengesetzt worden. Storys in Zeitungen und Fernsehberichte, in denen von unberechtigten Zwangsvollstreckungen die Rede ist, gehören damit der Vergangenheit an.

Mit der neu gefassten Sicherungsgrundschuld haben wir ein effektives Instrument geschaffen: Ungeachtet der Höhe der eingetragenen Grundschuld kann zukünftig nur noch in Höhe der aktuell bestehenden Forderung vollstreckt werden, egal welchen guten Glauben der Erwerber an die Höhe der Forderung hatte.

Ferner muss jeder Vollstreckung aus einer Grundschuld eine Kündigung vorangehen, die mit einer Sechsmonatsfrist

belegt ist. Das ist ausreichend, um dem Schuldner den Ernst der Lage vor Augen zu führen und ihm die Zeit zu geben, das drohende Unheil abzuwenden. Das ist gut so, und das ist richtig so. Ergänzt wird dieser Schutzschild um die Möglichkeit, die Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne zusätzliche Sicherheitsleistung zu erreichen, sofern ein unabhängiger Richter dem Vorbringen des Schuldners Aussicht auf Erfolg beimisst.

Sollte trotz all dieser Sicherungsmaßnahmen im Einzelfall ein Fehler passiert sein, ist nach der neuen Rechtslage Vorsorge getroffen, nämlich in Form eines verschuldensunabhängigen Schadenersatzanspruches. Das heißt, niemand kann sich mehr darauf berufen, er habe gutgläubig eine Vollstreckungsmaßnahme eingeleitet. Es geht künftig nur darum, ob die Vollstreckungsmaßnahme objektiv berechtigt war. War sie es nicht, steht dem Schuldner Schadenersatz zu.

All diese Maßnahmen also - vom vorvertraglichen Hinweis auf abtretbare oder nichtabtretbare Kredite bis zu den Zwangsvollstreckungsmaßnahmen - sorgen dafür, dass Rechtssicherheit eintritt und Leistungsstörungen genauso behandelt werden, wie es vorher vereinbart war und „Heuschrecken“ - dieser Name klingt ja immer wieder an - in Zukunft richtigerweise hier nicht mehr ihr Futter finden.

Heute ist ein guter Tag dafür, dass sich Kreditgeber und Kreditnehmer trotz der wirtschaftlichen Ungleichgewichtigkeit rechtlich wieder auf Augenhöhe begegnen können. Das Risikobegrenzungsgesetz, dessen Bestandteile die von mir vorgetragenen Regelungen zum Kredithandel sind, hat daher schon im Vorfeld und parallel zu den Beratungen seinen Lackmustest für Fairness und mehr Klarheit bei der Kreditvergabe bestanden. Das ist gut so.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Christian Ahrendt für die FDP-Fraktion.

Christian Ahrendt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Krüger, die Worte höre ich wohl; allein mir fehlt der Glaube. Ich kann, wenn ich mir das Risikobegrenzungsgesetz und den jetzt vorgesehenen Kreditnehmerschutz anschau, nicht feststellen, dass es tatsächlich eine wirksame Verbesserung für die Kreditnehmer in Deutschland gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Doch!)

Sie machen einen einzigen Sprung bei den Informationspflichten. Aber Tatsache bleibt: Die Abtretung der Forderung als solche ist nicht geregelt. Das heißt, Kreditforderungen können nach wie vor ohne Einschränkung an internationale Finanzinvestoren verkauft werden. Diese haben damit im Fall der Abtretung der Kreditforderungen Zugriff auf die Grundschulden und das notarielle Schuldanerkenntnis.

Wenn Sie sich die Regelung zum Kündigungsschutz, die Sie eben hervorgehoben haben, anschauen, dann werden Sie feststellen, dass man selbst mit der Gesetzesbegründung, die Sie vorgelegt haben, nicht viel weiterkommt. Zwar ist es richtig, dass Sie den Kreditnehmer dahin gehend schützen, dass erst ein Rückstand von zwei aufeinanderfolgenden Raten oder von 2,5 Prozent des Nominalbetrages dazu führen soll, dass ein Kredit gekündigt werden kann. Aber Sie haben § 490 BGB vergessen. Es ist nach wie vor so - das steht auch in Ihrer Begründung zum Gesetz -, dass der Kredit gekündigt werden kann, wenn sich die Vermögensverhältnisse des Kreditnehmers verschlechtern. Das kann der Fall sein, wenn er arbeitslos wird. Das kann der Fall sein, wenn sich der Wert der Immobilie mindert. Damit haben Sie den Auffangtatbestand, der den Menschen schon heute Schwierigkeiten bereitet, im Grunde genommen nicht repariert. Deswegen gibt es nach wie vor keinen verbesserten Kreditnehmerschutz.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Es ist auch nicht so, dass Sie etwas Wesentliches im Hinblick auf die Grundsuld verbessert haben. Sie haben unnötig in den Bereich der Grundsuld eingegriffen. Sie schreiben zwar in das Gesetz, dass Einwendungen aus dem Schuldverhältnis auch gegen die Grundsuld geltend gemacht werden können. Gleichwohl ist es aber so, dass Sie den zweiten Schritt, nämlich konsequente gesetzliche Änderungen dahin gehend, dass es einer Sicherheitsleistung im Zwangsvollstreckungsverfahren nicht bedarf, nicht vollziehen. Damit haben Sie beim einstweiligen Rechtsschutz, um eine Zwangsvollstreckung abzuwehren, nicht genug getan.

Wir, die FDP, haben den besseren Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt: Wir wollen den Kreditnehmer vollständig auf Augenhöhe mit den Banken bringen. Erst dann, wenn er die Abtretung seiner Kreditforderung genehmigt, soll diese auch wirksam übergehen können. Damit hat er die Chance, dann zu entscheiden, wenn es so weit ist, und sieht sich nicht bereits bei Vertragsschluss vor diese Alternative gestellt. Das wäre der bessere Weg gewesen. Denn der Kreditnehmer setzt mit den vielfältigen Sicherheiten, die er den Banken zur Verfügung stellt, auf eine lange Geschäftsbeziehung. Er hat Vertrauen. Er gibt Selbstauskünfte, er gibt seine Vermögenswerte preis und hat dann auch das Recht, über den Verkauf seiner Kreditforderung selber zu entscheiden. Er bekommt dann die Tatsache des Verkaufs nicht einfach nur im Rahmen der Informationspflicht zur Kenntnis. Sie haben im Winter großzügig einen verbesserten Kreditnehmerschutz angekündigt. Der erste Gesetzesvorschlag war möglicherweise bärenstark. Aber jetzt sind Sie tatsächlich als Bettvorleger in der Bankenbranche gelandet. Insofern gibt es keine Verbesserung des Kreditnehmerschutzes für die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort nun dem Kollegen Heinz Riesenhuber für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Troost hat in seiner feurigen Rede dargestellt, wie übel die Heuschrecken den Menschen und den Unternehmen mitspielen. Wir reden heute aber gar nicht über Heuschrecken und auch nicht über Private Equity. Insofern ist Ihr Antrag neben der Sache. Wir reden von Wagniskapital.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Das sind zwei völlig verschiedene Welten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Durch Private Equity, worüber wir heute nicht diskutieren, können durchaus Werte in Unternehmen gehoben werden, die nicht erkannt worden sind. Wagniskapital führt dazu, dass neue Werte, neue Arbeitsplätze und neue Märkte geschaffen werden. Wagniskapital und junge Technologieunternehmen – das ist die Welt, in der in offenen Märkten das Neue entsteht und in der ein absolutes und maximales Risiko für alle Investoren und auch für die Gründer selber besteht, die Jahre ihres Lebens darauf setzen. Auf der anderen Seite besteht aber auch eine enorme Chance für die Volkswirtschaft; denn durch die Gesamtheit der Wagniskapitalgesellschaften und der jungen Technologieunternehmen wachsen der Wohlstand und die Zahl der Arbeitsplätze. Deshalb ist es richtig, dort zu helfen und zu unterstützen, dem Neuen zum Durchbruch zu verhelfen und dafür zu sorgen, die Arbeitsplätze zukunftsfähig und gut bezahlt zu machen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gab hier eine ziemlich komplexe Debatte. Unser Konsolidierungsziel ist hoch gesteckt. Der Bundesfinanzminister schätzt, dass die Umsetzung der Regelungen im MoRaKG zu Kosten in Höhe von 475 Millionen Euro führen wird. Wie viel es wirklich sein wird, wird man sehen. Weiter konnten wir nicht gehen, als unsere Ziele in diesem engen Rahmen zu setzen. Wie wir das getan haben, hat Klaus-Peter Flosbach dargestellt. Ich wiederhole die Ausführungen zur Behandlung der Verlustvorträge, zum Alter der Firmen und zur Höhe des Eigenkapitals nicht. Ich gehe nicht auf die einzelnen Bedingungen für die Business-Angels und die Erhöhung der Freigrenzen beim Verkauf ihrer Anteile ein. Ich spreche auch nicht über die transparente Besteuerung. Dies alles sind Elemente einer Strategie, die in dem begrenzten Umfang, der uns gegeben war, richtig ist. Hierzu hat die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung gesprochen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung hat am 17. Juni 2008 ebenfalls dazu gesprochen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat gesagt: nicht genug ausgestattet!)

Sie sagen, wir könnten uns hier eigentlich noch sehr viel mehr wünschen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Sie sagen aber auch, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Lesen Sie einmal bei den Kirchenvätern nach: Melius est in via claudicare, quam praeter viam fortiter ambulare - besser ist es auf dem rechten Weg, und sei es auch manchmal, zu humpeln, als auf dem falschen Weg wacker (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Insofern sind wir noch nicht da, wo wir hinwollen. Das sagen auch die Bundesregierung, der Bundesrat und die Sachverständigen aus den verschiedenen Kommissionen. Die Richtung stimmt aber. Weil wir wissen, dass wir noch nicht da sind, wo wir hinwollen, ist beschlossen, dass in zwei Jahren das, was geschehen ist, evaluiert wird.

(Frank Schäffler [FDP]: Das machen wir ohnehin!)

Dann wird es sehr konkrete Fragen geben. Es wird dann gefragt: Sind die Grenzen - Höchstalter von zehn Jahren und 20 Millionen Euro Eigenkapital - zu eng gesteckt? Schneiden wir damit nicht gerade diejenigen von der Beteiligung ab, die den Durchbruch zu wirklich großen Unternehmen schaffen können? Brauchen wir nicht gerade sie?

Von den größten 55 Unternehmen, die seit 1960 gegründet worden sind, befinden sich 53 in den USA und zwei in Europa. Das ist nicht das, was Europa für seine Zukunft braucht. Hier müssen wir schauen, ob wir genauer ansetzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden zu prüfen haben, wie viele neue Wagniskapitalfonds es in zwei Jahren tatsächlich geben wird.

Frau Scheel, ich glaube, Sie waren es, die davon sprach, dass das nach aktuellen BVK-Umfragen wahrscheinlich nur wenige sein werden. Wir werden schauen, wie viele Unternehmen in unserem Land neu gegründet worden sind; denn all dies wollen wir. Wir werden dann auch sehen, wie hoch die tatsächlichen Kosten für die Steuerzahler sind und ob die Business-Angels einsteigen oder ob sie noch zögern, weil die Bedingungen hier nicht gut sind. Wir werden dann schauen, ob wir die Bedingungen von Frankreich und England auf Deutschland übertragen können. Das sind unsere Vorbilder. Wir werden prüfen, ob die geteilte Aufsicht zwischen den Länderwirtschaftsministern für die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften und der BaFin für die Wagniskapitalgesellschaften sinnvoll ist.

An einige dieser Punkte gehen wir heran. Vom Ergebnis müssen wir es abhängig machen, wie die nächste Runde sein wird. Wir alle wollen das Gleiche: eine dynamische Volkswirtschaft und mehr Gründer in der Spitzentechnologie.

Frau Hauer hat schon zu Beginn ihrer Rede von den 70 000 Patenten und unserer Mächtigkeit im Erfinden der Zukunft gesprochen. Aber an der Umsetzung in die Wirklichkeit, also in Arbeitsplätze, müssen wir arbeiten. Hier die optimalen Bedingungen herauszuarbeiten, wird unsere Aufgabe sein.

In zwei Jahren wissen wir mehr. Voraussichtlich wird auch dann das Geld relativ knapp sein. Voraussichtlich werden wir in einer sehr viel härteren internationalen Konkurrenz stehen. Dann müssen wir abwägen. Der



Finanzminister hat auch dann sein pflichtgemäß steinernes Herz.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Ach!)

Aber in der Tiefe seiner Brust glimmt doch der Funke des Unternehmungsgeistes, der Freude am Neuen, der Begeisterung, eine Zukunft für Deutschland auch mit den Mitteln des Finanzministers zu entfesseln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Julia Klöckner [CDU/CSU]:

Bravo!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Riesenhuber, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU):

Mit dem Wunsch, aus der Tiefe des Herzens die Zukunft zu bauen, Herr Finanzminister, mit der Begeisterung am Wettbewerb, die wir auch vom Fußball kennen, mit der Begeisterung, die Sie auch am Sonntag beim Endspiel haben werden, sollen Sie an das Thema Wagniskapital und damit an die Zukunft der deutschen Firmen herangehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Mir ist, Herr Kollege Riesenhuber, am Ende nicht ganz deutlich geworden, ob Sie hiermit den Einsatz des Bundesfinanzministers am Sonntagabend als Bestandteil der deutschen Mannschaft ausdrücklich beantragen wollten.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Hoffentlich nicht! - Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Gott bewahre! - Abg. Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU] begibt sich zu einem Mikrofon)

- Nach der großzügigen Überschreitung Ihrer Redezeit denke ich jetzt nicht daran, für eine mögliche Klarstellung zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Im Übrigen habe ich vorhin bei Ihrem lateinischen Zitat gedacht: Wenn sich noch größere Teile der Debattenbeiträge in lateinischer Sprache vortragen ließen, würde das Maß an Meinungsverschiedenheiten in der Aussprache vermutlich deutlich geringer.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir dann in diesem Zusammenhang wenigstens für Business-Angel einen lateinischen Begriff fänden, wenn uns schon kein deutscher einfällt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

hätten wir vielleicht sogar einen Beitrag zur größeren Verständlichkeit der deutschen Gesetzgebung geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat der Kollege Dr. Gerhard Schick für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jetzt bin ich natürlich gezwungen, in der Fußballterminologie weiterzumachen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Oder auf Lateinisch!)  
- Oder auf Lateinisch. Da mein Lateinunterricht schon etwas zurückliegt, möchte ich lieber beim Thema Fußball anknüpfen. Ich glaube, hier ist ein guter Vergleich möglich.

Wenn wir zu der Frage der Kreditverkäufe kommen, dann geht es um das Stichwort - Sie entschuldigen, dass ich es auf Englisch sage - Level-Playing-Field, (Julia Klöckner [CDU/CSU]: Bitte?) die Frage, ob das Spielfeld eben ist. Beim Fußball ist das eine ganz entscheidende Frage. Deswegen ist jedes Stadion so gebaut, dass beide Tore auf gleicher Höhe sind und beide Mannschaften ein ebenes Feld haben. Die Frage ist, wie es auf den Finanzmärkten zugeht und wie das Verhältnis zwischen dem Kreditnehmer und dem ist, der die Forderung in den Händen hält. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren verschoben. Es ist nämlich so, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sozusagen bergauf spielen müssen. Genau das ist die Verschiebung. Damit sieht man bei diesem Bild sehr deutlich: Von sozialer Marktwirtschaft können wir nur dann reden, wenn das Spielfeld eben ist. Durch Veränderungen auf den Finanzmärkten und durch Veränderungen in Bezug auf die Globalisierung, die dazu führen, dass Kredite weiterverkauft werden, kommt es zu keinem fairen Ausgleich auf Augenhöhe mehr.

Jetzt behauptet Herr Krüger, dass dieses Missverhältnis mit dem neuen Risikobegrenzungs-gesetz wieder in Ordnung gebracht wird, sodass Verbraucherinnen und Verbraucher wieder auf Augenhöhe mit denen sind, die die Forderung in der Hand haben, sei es die Bank, sei es der erste, der zweite oder dritte Käufer, weil Kreditforderungen sehr häufig verkauft werden. Genau darin widerspreche ich Ihnen. Sie bringen die Verbraucherinnen und Verbraucher zwar wieder ein Stück weit in eine stärkere Position, aber das ebene Spielfeld wird nicht erreicht.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Allein wegen der wirtschaftlichen Ungleichgewichtigkeit!  
Das ist richtig!)

Genau das ist aber das Ziel einer verbraucherorientierten Politik, die wir auch auf den Finanzmärkten brauchen und die wir Grünen schon vor einem Jahr im Bereich der Kreditverkäufe angestoßen haben, als wir gefordert haben, dass dies wieder auf Augenhöhe gelingen muss.

Es geht um folgende drei Punkte: Erstens. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher waren überrascht, als sie plötzlich von irgendjemandem unter dem Stichwort Zwangsvollstreckung angeschrieben wurden, mit dem sie nie ein Geschäftsverhältnis hatten. Das gehen Sie an, indem Sie eine sechsmonatige Kündigungsfrist einräumen und fordern, dass im Vertrag und bei Verkauf informiert wird.

Zweitens. In der Frage, wann ein Kredit gekündigt werden darf, gehen Sie die Sache nur halb an. Da bleibt das Spielfeld schief. Sie klären zwar die Frage des Zahlungsverzugs, aber nicht die des Wertverfalls. Heute kann der Forderungsinhaber schon dann kündigen, wenn nur ein Wertverfall droht. Das ist für die vielen Menschen, die in ländlichen Regionen - gerade auch im Osten unseres Landes - Immobilienkredite haben, sehr

schwierig, weil dort die Sicherungen an Wert verlieren und ein Kredit sehr schnell gekündigt werden kann. Hier wäre eine klare Regelung notwendig gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens besteht in Deutschland viel zu leicht die Möglichkeit der Vollstreckung in die Grundschuld. Das heißt konkret, dass es für Verbraucherinnen und Verbraucher schwierig ist, sich gegen eine Zwangsvollstreckung zu wehren. Auch dabei bleiben Sie auf halbem Wege stehen.

Richtig ist, dass eine stärkere Koppelung durch die Sicherungsabrede erfolgt. Das haben Sie richtig dargestellt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich aber erst wieder in einem Rechtsstreit, bei dem sie kündig sein müssen und in dem eine Sicherheitsleistung erforderlich ist, gegen eine Verletzung ihrer Rechte wehren. Herr Dautzenberg hat das im Ausschuss sehr gut ausgedrückt. Das heutige Recht ist für Kundige gar nicht so schlecht, aber für Unkundige ist es extrem schwierig. Diese Problematik bleibt bestehen.

Deswegen haben wir als Grüne als zentrales Sicherungsnetz vorgeschlagen, dass immer ein Sanierungsversuch zu unternehmen ist, bevor vollstreckt wird. Wir wollen ein sicheres Netz einziehen, damit der Verbraucher nicht mit dem Rücken zur Wand steht oder - um beim Fußball zu bleiben - bergauf spielen muss. Das erreichen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf nicht.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur FDP sagen. Ich fand die Unterschiede der beiden Redebeiträge der Schäffler-FDP und der Ahrendt-FDP interessant. Auf der einen Seite wurde festgestellt, dass mit dem Risikobegrenzungs-gesetz Investitionen verhindert würden und dass dieses Gesetz ein weiteres Beispiel für ein ständiges Eingreifen sei - dabei ist im Kern des Gesetzentwurfs wenig enthalten, was die Kapitalmärkte verändern würde; es erreicht nicht mehr als einen Hauch von Transparenz -; auf der anderen Seite hat Herr Ahrendt gefordert, dass wir mehr zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher tun.

Ich kann Ihnen darin zustimmen, dass es notwendig gewesen wäre, bei den Forderungsverkäufen mehr für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu tun. Dann müssten Sie aber auch endlich Ihre marktradikale Position, die besagt, dass man nicht in den Markt eingreifen darf, zu den Akten legen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin Herrn Riesenhuber sehr dankbar, dass er das komplexe Thema der Wagniskapitalfinanzierung in seinem Schlussakkord zielführend auf das Endspiel der Europameisterschaft hingeführt hat. Auf die Frage des Herrn Präsidenten, ob Ihre Ermunterung an meine

Adresse auch darauf hinauslaufen könnte, dass ich einen aktiven Part dabei spielen sollte, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, was Herr Dautzenberg mir zurief: „Aber wir wollen doch gewinnen!“ – Recht hat er.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Als ich einige Reden verfolgte, war ich fasziniert davon, welcher Spagat sich dabei auftut. Aus der Rede von Herrn Troost, in der es in der Tat nicht um Wagniskapitalfinanzierung ging, hatte man den Eindruck, dass wir mit einem solchen Gesetzentwurf, wie er heute verabschiedet werden soll, die Knechte eines internationalen Finanzkapitals würden. Sie haben die antikapitalistischen Reflexe in allen Tönen rauf- und runtergespielt.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das wollte ich aber anders umschreiben!)

Das macht keinen Sinn.

Die FDP argumentiert dagegen, das Ganze sei eher ein Investitionsbegrenzungsgesetz, und den angeblich so interessenfreien Renditevorstellungen der Investoren müsse viel mehr Raum gegeben werden. Das Ganze zeugt geradezu von einer ungeheuren Risikovergessenheit, als ob wir es nicht mit einer ganzen Reihe von Risiken in der Entwicklung der Finanzwirtschaft sowohl national als auch international zu tun hätten. Man hat den Eindruck, dass man mit einem mittleren Weg, einer Common-Sense-Position und einem gesunden Menschenverstand bei den beiden Gesetzentwürfen, die heute verabschiedet werden, eigentlich ganz gut und richtig aufgehoben ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will gleich zu Beginn folgende Tatsache sehr deutlich machen: Es gibt kein anderes Land, das international so vernetzt ist und in seiner Wohlstandsentwicklung von Außenwirtschaftsbeziehungen so abhängig ist wie die Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, jeder, der das Chancenpotenzial der globalen und internationalen Entwicklung in Abrede stellt, weil er die damit verbundenen Risiken so hochstilisiert, dass man gar keinen Blick mehr für die Chancen hat, hält ein Plädoyer für Wohlstandsverluste in der Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Nein!)

Wir müssen den Menschen vermitteln, dass Deutschland ein massives Interesse hat, seine Außenwirtschaftsbeziehungen weiterzuentwickeln sowie an den vernetzenden und integrierenden Effekten oder Entwicklungen weiter teilzuhaben. Dazu gehören nicht nur eine sehr starke Realwirtschaft – diese haben wir als Exportweltmeister –, sondern auch eine eigene Finanzwirtschaft, die mit den weltweiten Entwicklungen in etwa mithalten kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Daher macht die ständige Verleumdung, die ständige Diskreditierung – so schwierig die Prozesse auch sein mögen – keinen Sinn. Das bedeutet nicht, dass man die damit verbundenen Risiken verleugnen sollte, die gerade in der Finanzmarktkrise offenbart werden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Die soll man regulieren!)

– Aber beides bitte. – Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass das deutsche Bankensystem bzw. die Finanzdienstleister in Deutschland inzwischen einen

hohen Stellenwert haben und mit 1,3 Millionen bzw. 1,4 Millionen hochqualifizierten Arbeitsplätzen rund 4 Prozent zu unserem Bruttosozialprodukt beitragen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das heißt, die Diffamierung, die Verleumdung oder die Bedienung von Vorurteilen und Antireflexen in diesem Zusammenhang hat in meinen Augen nichts mit politischer Verantwortung zu tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit ich nicht missverstanden werde: Nationale und internationale Finanzmärkte sind für uns sehr wichtig. Sicherlich ist die Schiefelage zwischen einer sehr starken Realwirtschaft und im Vergleich dazu einer unterentwickelten Finanzwirtschaft in Deutschland sehr groß.

In Großbritannien ist es umgekehrt. Großbritannien hat fast seine gesamte industrielle Basis aufgegeben und dafür eine riesige Finanzwirtschaft geschaffen, übrigens mit hoher Anfälligkeit gegenüber den damit verbundenen Risiken. Vor diesem Hintergrund ist nicht in Abrede zu stellen - ich finde, das sehen Sie von der FDP nicht richtig -, dass die Finanzmärkte erhebliche unerwünschte Risiken, fehlerhafte Entwicklungen und Exzesse als Begleiterscheinungen haben und dass allein der Markt das keineswegs richtet. Herr Schäffler und Herr Ahrendt, wenn wir in der Rationalität einen Marktmechanismus hätten, dann hätte es zu der aktuellen Finanzmarktkrise gar nicht kommen dürfen, weil die selbstdisziplinierenden Kräfte des Marktes dafür hätten Sorge tragen müssen, dass dieser fast eingetretene Super-GAU auf den Finanzmärkten nicht stattfindet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Analyse führt automatisch dazu, dass Spielregeln erlassen werden müssen. Wir wissen, dass die Spielregeln vor dem Hintergrund des freien Kapitalverkehrs nicht nur unter den Bedingungen der Europäischen Union, sondern auch darüber hinaus nicht allein auf nationalstaatlicher, sondern nur noch auf internationaler Ebene funktionieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In den letzten acht, neun Monaten hat sich hier einiges getan. Den Menschen muss sicherlich vermittelt werden, dass es sich um komplexe Sachverhalte handelt. Aber wir sind im Hinblick auf das Erlassen von Spielregeln weitergekommen. Ich nenne als Beispiele die kritische Betrachtung der Ratingagenturen, die Tatsache, dass Exzesse nicht mehr in dem Maße möglich sind, weil kein Eigenkapital mehr unterlegt werden muss, die Definition von Liquiditätsstandards und die Verbesserung der die Grenzen der Nationalstaaten übergreifenden Aufsicht. Hier hat sich einiges entwickelt, was gelegentlich auch in Ihren Analysen einen größeren Stellenwert haben sollte, wenn Sie nicht nur meinungsstark und faktenschwach, sondern auch faktenstark sein möchten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen stellt, wie ich finde, einen richtigen und wichtigen Schritt dar. Er hat eindeutig auch etwas mit Defiziten in

der Marktentwicklung zu tun. Nach unserer Analyse wird in Deutschland Wagniskapital - da stimme ich Herrn Riesenhuber zu - vom Markt nicht in dem Ausmaß zur Verfügung gestellt, wie dies eigentlich notwendig wäre. Das heißt, hier ist staatliches Handeln geboten, und dem werden wir gerecht: durch eine sogenannte transparente Besteuerung ausschließlich auf der Ebene des Anlegers.

(Frank Schäffler [FDP]: Und im Unternehmen?)

- Man kann nicht beides haben; man kann doch nicht immer alles haben. Im Übrigen wird es auch uferlos. Ich entnehme Ihren Worten, Herr Schäffler, dass Sie glauben, wir hätten die Private-Equity-Branche insgesamt steuerlich besserstellen müssen. Weshalb? Weshalb sollen wir denen steuerliche Vorteile gewähren? Sie sollen ihre Rendite erzielen, aber warum denn mit dem Geld des Steuerzahlers?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt überhaupt keinen Grund, dies zu fordern, nach dem Motto: Wenn der Steinbrück schon einmal dabei ist, gewisse Steuererleichterungen in einem begrenzten Rahmen zu gewähren, warum dann nicht gleich mit der Gießkanne Steuererleichterungen für die gesamte Private-Equity-Branche? Ich deute nur an, dass es sich da um Volumina handelt, die jeder anderen haushaltspolitischen Zielsetzung deutlich entgegenwirken.

Ich habe in diesem Zusammenhang ebenfalls nie verstanden, warum Sie aufgrund Ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen - zumindest subkutan - einer Art steuerlicher Rundumförderung das Wort reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aus Zeitgründen und weil in den meisten vorherigen Beiträgen, angefangen bei dem von Frau Hauer, darauf hingewiesen worden ist, will ich auf diesen Gesetzentwurf nicht weiter eingehen.

Ich möchte noch einmal Folgendes deutlich machen:

Ich glaube, dass es richtig ist, sich auch mit den Risiken zu beschäftigen und gewissen Fehlentwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene mit einem solchen Risikobegrenzungs-gesetz einen Riegel vorzuschieben. Im Übrigen kritisiere ich all diejenigen, die so tun, als ob der Staat da gar nicht eingreifen müsste. Dass der Staat eingreift, ist der explizite Wunsch der Branche selber gewesen. Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs entspricht zum überwiegenden Teil den Vorschlägen der Branche.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Ja!)

Das haben sich doch nicht irgendwelche verrückt gewordenen Politiker ausgedacht.

Wir wollen damit die Transparenz stärken. Wir wollen mehr Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt. Wir wollen, dass der Einfluss, den Investoren allein oder gemeinsam auf Unternehmen ausüben, in Übereinstimmung mit ihrem Stimmrechtsanteil steht und nicht darüber hinausgeht. Wir wollen verhindern, dass leistungsfähige Unternehmen durch die übermäßige Belastung mit Krediten ausgeplündert werden. Sie alle kennen diesen Mechanismus: Der Preis, den man zum Aufkauf eines Unternehmens zahlt, wird dadurch refinanziert, dass man sich dieses Geld über Sonderausschüttungen zurückholt.

Wir wollen, dass vor allem diejenigen, die von solchen Übernahmen in der Regel als Erste negativ berührt sein können, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Informationsrechte bekommen und sich darauf einstellen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Dr. Axel Troost [DIE LINKE]:  
Aber mitwirken dürfen sie nicht!)

- Im Rahmen dessen, was das deutsche Mitbestimmungsrecht ihnen eröffnet, dürfen und sollen sie auch mitbestimmen. Sie wissen, dass die Mitbestimmungsgesetzgebung in Deutschland im internationalen Vergleich nicht die schlechteste ist.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Unser Vorschlag sieht anders aus!)

Ich will einem verbreiteten Vorurteil entgegenwirken, das auch Herr Troost bedient hat. Sie alle kennen die Medienberichte über den Verkauf von Immobilienkrediten durch Banken und die dadurch bei den Immobilienkäufern ausgelösten Verunsicherungen. Viele Menschen haben den Eindruck, ihre Hypothekenverträge fänden sich plötzlich ganz woanders wieder und es könnte jemand kommen, an der Wohnungstür klingeln und sagen: Jetzt hast du die Zwangsvollstreckung vor dir. Vor dem Hintergrund dieser enormen Verunsicherung will ich hier zwei Klarstellungen machen:

Erstens. Kreditverkäufe sind weltweit ein wichtiges Refinanzierungsinstrument für Banken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es macht insgesamt keinen Sinn, diese Kreditverkäufe zu diskreditieren; denn von diesem Refinanzierungspotenzial profitieren alle Kunden von Sparkassen, Genossenschaftsbanken und anderen Banken: Kredite werden dadurch billiger. Das muss ausgesprochen werden.

Zweitens - mir ist sehr daran gelegen, darauf hinzuweisen -: Bisher sind in Deutschland keine Fälle bekannt, in denen nach Erwerb einer Hypothek durch Finanzinvestoren trotz ordnungsgemäßer Bedienung dieser Kredite eine Zwangsvollstreckung erfolgt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gibt es nicht.

(Widerspruch bei der LINKEN)

- Nein, das gibt es definitiv nicht. Verbreiten Sie doch nicht diesen Schwachsinn!

(Zuruf von der LINKEN)

- Die Bedingung ist: wenn der Kredit ordnungsgemäß bedient wird. Wenn ein Kredit nicht ordnungsgemäß bedient wird, dann kommt man in eine schwierige Lage.

Dazu muss ich ehrlich sagen: Da wird auch Vater oder Mutter Staat nicht jedem Kreditnehmer die Risiken von der Backe nehmen können. Das ist nicht unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit diesem Teil des Risikobegrenzungsgesetzes ist klar, dass Banken die Verbraucher künftig vor Vertragsabschluss

- also nicht von hinten durch die Brust ins Auge - darüber informieren, ob ein Kredit verkäuflich ist oder nicht. Es steht dem Kunden dann offen, selber zu entscheiden, ob er anderswo einen entsprechend garantierten Kreditvertrag abschließen will.

Auch deshalb haben wir in diesen Gesetzentwurf  
- ich bin dankbar, dass die Koalitionsfraktionen zu diesem  
Ergebnis gekommen sind - gezielt kein Sonderkündigungsrecht  
aufgenommen; denn ein solches Sonderkündigungsrecht  
würde dazu führen, dass die Zinsen  
steigen,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)  
weil das Geschäft für die Banken unkalkulierbarer wird,  
weil sie dann keine Vorfälligkeitsentschädigung mehr  
bekommen würden. Das würde automatisch zu einer  
Verteuerung der Kredite führen. Insofern ist die Tatsache,  
dass wir kein Sonderkündigungsrecht im Gesetz haben,  
im Sinne des Verbrauchers, der auf diese Weise  
niedrigere Zinsen zu zahlen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der  
CDU/CSU)

Gerade in der jetzigen Situation, vor dem Hintergrund  
einer noch nicht ausgestandenen Finanzkrise, sind wir  
darauf angewiesen, Vertrauen in die Finanzmärkte zurückzugewinnen;  
denn wir brauchen diese Finanzmärkte  
für eine Volkswirtschaft in der Dimension der Bundesrepublik  
Deutschland. Von Verantwortlichen ist Vertrauen  
missbraucht worden; wir haben es mit Exzessen  
zu tun, wie ich gesagt habe. Aber es macht keinen Sinn,  
auf dieser Klaviatur der Vorurteile und Reflexe weiterzuspielen.  
Bundestag und Bundesregierung sind gemeinsam  
aufgefordert, alles zu tun, damit Vertrauen in die Finanzbeziehungen  
in der Bundesrepublik Deutschland  
zurückgewonnen werden kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Leo Dautzenberg ist der nächste Redner für die CDU/  
CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe  
Kolleginnen und Kollegen! Nach intensiver Beratung  
verabschieden wir heute nicht nur das Gesetz zur Modernisierung  
der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen,  
sondern auch das Gesetz zur Begrenzung der  
mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken oder kurz:  
das Risikobegrenzungsgesetz.

Auch wenn die Bezeichnung des Gesetzes anderes  
suggerieren mag, betone ich gleich zu Beginn: Es geht  
bei dem Gesetz nicht an erster Stelle um Regulierung  
und den Aufbau von Schutzzäunen. Nein, Transparenz  
ist das entscheidende Stichwort.

Ziel des Gesetzes ist es, den Finanzmarkt, insbesondere  
mit Blick auf die großen Finanzinvestitionen, transparenter  
zu machen. Alle Marktteilnehmer, vom Emittenten  
bis zum Kreditnehmer, sollen informiert sein. Sie  
sollen die Informationen erhalten, die sie brauchen, um  
im Finanzmarktgeschehen auf Augenhöhe mit den anderen  
Akteuren agieren zu können. Dieses Ziel erreichen  
wir mit den Gesetzesänderungen, auf die wir uns im parlamentarischen  
Verfahren verständigt haben. Das gilt  
ausdrücklich auch für das neue Maßnahmenpaket zu den  
Kreditverkäufen, das ursprünglich im Regierungsentwurf  
nur als Prüfauftrag enthalten war.



Doch zunächst zum originären Teil des Risikobegrenzungs-gesetzes. Dieser Teil umfasst diverse Transparenzverbessernde Maßnahmen im Bereich des Aktien- sowie des Wertpapierhandelsrechtes. Ein gutes Beispiel für verbesserte Transparenz in diesem Bereich sind die verschärften Anforderungen an das Aktienregister mit Blick auf die Namensaktien. Meine Fraktion unterstützt die bereits im Regierungsentwurf enthaltene Verschärfung ausdrücklich. Es ist das gute Recht der Emittenten von Namensaktien, zu erfahren, wer ihre wahren Aktionäre sind. Ebenso verständlich ist der Wunsch einiger börsennotierter Unternehmen, mehr über die Absichten der Inhaber wesentlicher Beteiligungen an ihren Unternehmen zu erfahren. Dafür sieht das Gesetz diverse neue Meldepflichten vor.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, dass meine Fraktion hier durchaus Bedenken hatte. Im internationalen Vergleich ist ein derartiges Meldesystem nicht üblich. Zudem haben wir mit dem Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz jüngst erst EU-Anforderungen in diesem Bereich umgesetzt. Ich bin daher froh, dass wir uns in den Beratungen dazu entschlossen haben, die ursprünglich fünf Meldepflichten auf vier zu reduzieren. Zudem ermöglichen wir es den Unternehmen, per Satzungsbeschluss einen Verzicht auf sämtliche Meldungen zu erklären.

Neben dieser Verbesserung des Gesetzentwurfs haben wir uns im parlamentarischen Beratungsverfahren auf weitere Änderungen verständigt, die den Marktgegebenheiten besser gerecht werden. Besonders wichtig ist mir dabei die Konkretisierung der Regelung zu dem abgestimmten Verhalten von Investoren, dem sogenannten Acting in Concert. Mit der neuen Regelung schaffen wir mehr Rechtssicherheit und stellen klar, dass ein abgestimmtes Verhalten immer nur dann den Tatbestand des Acting in Concert erfüllt, wenn es auf dauerhafte Wirkung abzielt, und nicht, wenn auch Investoren sich darüber absprechen, wie beispielsweise eine Ausschüttungspolitik eines Unternehmens gewährleistet werden soll. Das gehört im Grunde zum aktiven Handeln und nicht zum Acting in Concert.

Ebenso wichtig ist mir eine Klarstellung im Bericht des Finanzausschusses zu den neuen Informationspflichten für nicht börsennotierte Unternehmen im Betriebsverfassungsgesetz. So verständlich die Informationswünsche von Arbeitnehmern bei Übernahmen sind, so muss klar sein, dass dadurch nicht die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Unternehmens gefährdet sein dürfen. Das haben wir im Bericht des Finanzausschusses ausdrücklich betont.

Erlauben Sie mir nun einige Worte über das Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Schutzes beim Verkauf von Immobilienkreditforderungen. Dieser Punkt war, wie bereits eingangs erwähnt, im Entwurf des Risikobegrenzungs-gesetzes ursprünglich nur als Prüfhinweis der Bundesregierung enthalten. Wie auch die Anträge der FDP, der Grünen und der Linken deutlich machen, hat die Diskussion darüber im Parlament in den letzten Wochen und Monaten einen breiten Raum eingenommen. Quer durch alle Fraktionen und Fachbereiche lautete die

Frage: Wie viel Schutz brauchen die Verbraucher, brauchen die Unternehmen, wenn Banken ihre Immobilienkredite oder auch Betriebsmittelkredite an andere Banken oder auch an Finanzinvestoren verkaufen? Die Antwort darauf war nicht leicht, zumal unsere Beratungen von, wie auch der Finanzminister schon betont hat, teils Panik verbreitender, sachlich falscher Medienberichterstattung begleitet waren. Umso mehr freut es mich, dass wir uns am Ende auf ein ausgewogenes, vernünftiges Maßnahmenpaket verständigt haben. Meine Fraktionskollegen aus dem Rechtsausschuss und aus dem Verbraucherausschuss werden auf die Einzelheiten noch eingehen.

Als Finanzpolitiker begrüße ich das Ergebnis deshalb, weil es sowohl die berechtigten Schutzinteressen der Verbraucher und Unternehmen aufgreift als auch die betriebswirtschaftlichen

Belange der Kreditwirtschaft berücksichtigt.

Wir begegnen mit den Maßnahmen dem tatsächlichen Kern der Probleme: Wir beheben das Informationsdefizit aufseiten der Kreditnehmer und verbessern bei der Grundschuld ihren Schutz vor ungerechtfertigter Zwangsvollstreckung. Künftig muss jede Bank ihre Kunden vor Vertragsabschluss explizit über die Möglichkeit des Kreditverkaufs aufklären. So erhält der potenzielle Kreditnehmer rechtzeitig die Möglichkeit, einen solchen Verkauf eben auch auszuschließen.

Erleichtert bin ich auch darüber, dass wir auf sämtliche Maßnahmen verzichtet haben, die den Kreditverkauf grundsätzlich eingeschränkt hätten. Schließlich wären davon nicht nur offene Abtretungen an Finanzinvestoren, sondern sämtliche Variationen des Kreditverkaufs von ABS-Transaktionen bis hin zum Pfandbrief betroffen gewesen. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf den deutschen Finanzplatz gehabt und letztlich auch den Kreditnehmern geschadet. So hätte beispielsweise ein Sonderkündigungsrecht die verbraucherfreundliche deutsche Kultur des Langfristzinses gefährdet und insgesamt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verteuerung der Kredite beigetragen. Es ist daher gut, dass wir uns hier in Verzicht geübt haben.

Für meinen Teil darf ich also abschließend zum Kreditverkauf sagen: Die intensive und fachübergreifende Beratung des Themas mit Rechts-, Verbraucher- und Finanzpolitikern hat sich gelohnt. Das Maßnahmenpaket ist in allen Belangen ausgewogen. Das gilt auch für sämtliche Maßnahmen des Risikobegrenzungsgesetzes, die ich eingangs skizziert habe. Ich werbe daher um die Zustimmung zum Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Eduard Oswald [CDU/CSU]:

Ein schwieriger Weg liegt hinter uns!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Marianne Schieder für die SPD-Fraktion.

Marianne Schieder (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel des Gesetzentwurfes, über den wir heute diskutieren, ist es, unerwünschten Entwicklungen in Bereichen,

in denen Finanzinvestoren tätig sind, entgegenzuwirken. Zu diesen unerwünschten Entwicklungen - das ist heute schon mehrfach erwähnt worden, und das zeigten vor allem Medienberichte auf - gehört die Gefahr für Privatpersonen, die mit einem Kredit ihr Eigenheim finanzieren, dazu wie üblich ihr Grundstück mit einer Grundschuld belasten und sich der Zwangsvollstreckung unterwerfen, plötzlich mit einem ganz anderen Gläubiger konfrontiert und in einen Strudel von unwägbaren Risiken gezogen zu werden. Insbesondere wurde darüber diskutiert, ob durch den Weiterverkauf von solchen Kreditverträgen ein Erwerber auch dann Immobilienvermögen vollstrecken könne, wenn Kredite ordnungsgemäß bedient wurden.

Im Nachhinein - auch ich möchte das betonen - hat sich herausgestellt, dass bisher in dieser öffentlichen Debatte unnötige Ängste geschürt wurden und sich die dargestellten Fälle nicht so zugetragen haben, sondern Fälle konstruiert worden sind. Aber die entfachte Diskussion machte deutlich, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Selbstverständlich haben wir Verbraucher-, Rechts- und Finanzpolitikerinnen und -politiker der Großen Koalition uns daraufhin sehr intensiv mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigt und zusammen sehr gute Lösungen gefunden, Lösungen, die Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schaffen, Lösungen, die den Banken klare Regelungen vorgeben, ohne sie in ihren Möglichkeiten unzumutbar einzuschränken, und Lösungen, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher sicher den gewünschten Schutz bringen.

Wenn schon beim Abschluss eines Kreditvertrages eine mögliche Verkaufsoption in Form eines deutlich gestalteten Hinweises dargestellt werden muss, wenn ein Verweis in den allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht ausreicht und wenn Klauseln in AGBs, die sozusagen durch die Hintertür und oft unbemerkt eine Zustimmung des Kreditnehmers zur Auswechslung des Vertragspartners zur Folge haben, unwirksam sind, dann haben es die Verbraucherinnen und Verbraucher doch in der Hand, dafür zu sorgen, dass ihr Kredit eben nicht weiterverkauft und diese Zusage eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen bieten viele Kreditinstitute von sich aus ihren Kunden Kredite an, die eben nicht weiterverkauft werden. Ebenso viele Kreditinstitute bieten den Verbraucherinnen und Verbrauchern an, auch bei laufenden Geschäften die Altverträge so zu verändern, dass ein Verkauf ausgeschlossen wird. Mein Appell geht von hier aus an alle Verbraucherinnen und Verbraucher und vor allem an die Häuslebauer in diesem Land, sich um ihre Verträge zu kümmern und von der Möglichkeit, Altverträge nachbessern zu lassen, Gebrauch zu machen.

Der Kündigungsschutz des Verbrauchers - Herr Kollege Krüger hat es ausführlich dargestellt - ist erheblich verbessert worden. Es wird so sein, dass kein Hausbesitzer mehr Angst zu haben braucht, dass eines Tages ein neuer Gläubiger auftaucht und plötzlich die Zwangsvollstreckung in sein Grundstück betreiben kann, indem er sich auf die von ihm erworbene Grundschuld und die Unterwerfungserklärung in die Zwangsvollstreckung beruft.

Die Neuregelung der Sicherungsgrundschuld wird gewährleisten, dass kein gutgläubiger Erwerb einer einredefreien Grundschuld mehr möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Es wird gewährleistet, dass der Kreditnehmer gegenüber dem Finanzinvestor die gleichen Einreden geltend machen kann, die er auch gegenüber seinem ursprünglichen Vertragspartner hätte geltend machen können.

Die Möglichkeit der Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne Sicherheitsleistung verbessert zusätzlich die Position des Häuslebauers und der Häuselbauerin. Es ist natürlich gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, dass es einen verschuldungsunabhängigen Anspruch auf Schadensersatz gibt, wenn unzulässige Zwangsvollstreckungen betrieben werden.

Darüber hinaus wird ein Verbot von Vereinbarungen eingeführt, nach denen die Grundschuld ohne Kündigung fällig werden soll. Dem besonderen Schutzbedürfnis kleiner und mittelständischer Betriebe wird in Zukunft durch die Einführung nichtabtretbarer Unternehmungskredite Rechnung getragen. Denn solche Vereinbarungen

- das ist heute noch nicht zur Sprache gekommen; zumindest habe ich es nicht gehört - sind ja zurzeit bei beiderseitigen Handelsgeschäften unwirksam.

Als Sozialdemokraten war und ist es uns wichtig, dass Menschen, dass Familien nicht um ihr hart erarbeitetes Eigenheim bangen müssen oder sogar darum gebracht werden können, nur weil ihr Kredit an Finanzspekulanten verkauft worden ist. Es darf nach unserer Auffassung bei Kreditgeschäften nicht nur um die schnelle Realisierung hoher Renditen gehen. Die Kreditnehmer dürfen nicht zu Leidtragenden von Kreditverkäufen werden. Es ist sehr gut, dass diese neuen gesetzlichen Regelungen in das Risikobegrenzungs-gesetz aufgenommen werden.

Damit ist in Sachen Verbesserung des Verbraucherschutzes ein großer Wurf gelungen. Für den einzelnen Kreditnehmer werden die Vorgänge im Finanzmarkt leichter durchschaubar. Gleichzeitig sind die einzelnen Instrumente angemessen, sodass einerseits Rechtssicherheit und Transparenz gewährleistet werden, andererseits keine unnötigen Kosten und Hemmnisse entstehen.

Die Sorgen der Menschen wurden von uns sofort aufgenommen und ernst genommen. Es wurde wirksam Abhilfe geschaffen, und es wird im Sinne des Gesetzes praktikable und wirksame Risikobegrenzung betrieben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung zu unseren Vorschlägen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Norbert Geis, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Geis (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs anmerken, dass wir diese nicht ganz einfache rechtliche Materie in einer sehr ruhigen Atmosphäre - schon innerhalb der Fraktion, dann innerhalb der Koalition und schließlich auch im Ausschuss - beraten haben und versucht haben, das Ganze

ordentlich über die Bühne zu bringen, um ein gutes Gesetz zu formulieren. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir beobachten seit geraumer Zeit eine Veränderung im Geschäftsgebaren der Banken. Durch Basel II sind die Banken gezwungen, bei der Vergabe von Krediten ihr Eigenkapital stärker zu binden. Sie verkaufen Kredite, um dadurch Spielraum für die Vergabe neuer Kredite zu gewinnen. Das bedeutet für den Verbraucher, dass er sich plötzlich einem ganz anderen Gläubiger gegenüber sieht. Er war mit seiner Bank in Verbindung, und plötzlich meldet sich, vielleicht sogar aus einem anderen Teil der Welt, ein neuer Gläubiger und versucht, seine Rechte geltend zu machen. Das führt zu Verunsicherung. Bei allem Respekt vor der Notwendigkeit des Kredithandels der Banken untereinander und der Banken mit Investoren – sie ist heute schon genügend betont worden; ich teile das –, müssen wir Sorge dafür tragen, dass der Verbraucher in diesem Spiel nicht der Verlierer ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Verbraucher muss deshalb bei diesem oft völlig undurchsichtigen Finanzgebaren geschützt werden. Genau das wird mit dem Gesetz versucht. Wie ich meine, ist es auch gelungen.

Wir gehen auf zwei Feldern vor, nämlich im Schuldrecht und im Sachenrecht. Nun weiß ich, dass das eine juristische Unterscheidung ist, die den meisten Menschen nicht geläufig ist. Aber ich will damit Folgendes sagen: In dem einen Bereich geht es nur um das Darlehen und darum, was zu beachten ist, wenn diese Darlehensforderung von der Bank an einen Dritten verkauft wird.

Wir sehen dazu Folgendes vor: Bevor überhaupt das Darlehen aufgenommen werden kann, muss der Bankier dem potenziellen Kreditnehmer sagen, ob er die Kreditforderung unter Umständen an einen Dritten weiterveräußern will. Dann kann sich der Kreditnehmer überlegen, ob er sich an eine andere Bank wendet. Wurde der Kreditvertrag geschlossen, obwohl sich die Bank die Möglichkeit einer Weiterveräußerung vorbehalten hat, muss die Bank den Kreditnehmer im Fall der Veräußerung unterrichten und ihm mitteilen, an wen der Kredit veräußert worden ist, damit er nicht plötzlich vor einem neuen Gläubiger steht.

Wir haben auch eine Verbesserung beim Kündigungsschutz für den Darlehensnehmer durchgesetzt.

Das Darlehen kann nur gekündigt werden, wenn der Darlehensnehmer mit zwei Monatsraten mindestens teilweise in Verzug ist und wenn mindestens 2,5 Prozent des Nennbetrags des Darlehens nicht gezahlt worden sind.

Das ist die Sicherung beim Darlehen.

Die eigentliche Sicherung erfolgt aber auf dem sachenrechtlichen Gebiet. Das ist der wirklich notwendige

Teil. In der Regel hat der Darlehensnehmer der Bank als Sicherung für sein Darlehen eine Grundschuld eingeräumt.

Die Bank erhält dadurch eine, wenn man so will, absolute Rechtsstellung gegenüber dem Darlehensnehmer.

In dieser Sicherungsgrundschuld im Grundbuch steht aber nicht, dass die beiden, nämlich der Schuldner

und die Bank, eine Sicherungsabrede getroffen haben. Wenn eine Grundschuld eingetragen wird, wird ja in der Regel eine Abrede darüber getroffen, wann die Bank vollstrecken kann. Das ist gewöhnlich schriftlich festgehalten und liegt dem Schuldner sowie der Bank vor. Die Bank kann nicht ohne Weiteres aus ihrem Recht gegenüber dem Schuldner vorgehen, wenn und solange er aus der Sicherungsabrede Einwendungen oder, wie der Jurist sagt, Einreden geltend machen kann.

Wenn die Grundschuld aber an einen Dritten verkauft wird, der von der Sicherungsabrede keine Kenntnis hat, also gutgläubig ist, kann der Dritte nach heutigem Recht – das ist der Haken – gegen den Schuldner vorgehen. Der Schuldner kann sich dabei nicht auf seine Sicherungsabrede mit der Bank, mit der es ursprünglich zu tun hatte, berufen. Das ist das Problem. Dem wollten wir uns stellen.

Bislang war dies noch nie ein richtiges Problem. Wenn man sich aber überlegt, dass seit 2002 Kredite in Höhe von 35 bis 40 Milliarden Euro von Banken veräußert worden sind, kann man sich leicht ausrechnen, dass immer mal wieder der Fall auftauchen kann, dass ein Gläubiger gegen den Schuldner mit der Grundschuld vorgeht, obwohl der Schuldner eigentlich eine Sicherungsabrede getroffen hatte, die das verhindern sollte.

Deswegen haben wir in das Gesetz geschrieben – dabei folgen wir einem Vorschlag, der von Bayern über den Bundesrat gekommen ist –, dass sich der Neugläubiger nicht auf seinen guten Glauben berufen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt, dass die Sicherungsabrede, die der Schuldner mit seiner Bank getroffen hat, auch für den Neugläubiger bindend ist, völlig gleichgültig, ob er davon Kenntnis hatte oder nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist, wie ich glaube, der entscheidende Fortschritt, den dieses Gesetz bringt. Damit haben wir, wie ich meine, für eine wirkliche Sicherung des Verbrauchers gesorgt.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Da können wir uns sehen lassen!)

Ich weiß, Herr Montag, dass man noch weitergehen könnte. Ich glaube aber schon, dass wir so für eine gute Sicherung gesorgt haben. Das wurde ja auch von der Opposition im Ausschuss anerkennend vermerkt.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Julia Klöckner, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf bei der heutigen Debatte den abschließenden Beitrag leisten und möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, allen zu danken. Es war wirklich ein sehr konstruktives Ringen der beteiligten Ausschüsse. Als Vertreterin des Verbraucherausschusses habe ich wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass wir von den

Finanz- und Rechtspolitikern immer mit eingebunden wurden. Ich danke auch den beteiligten Ministerien, gerade dem Verbraucherministerium.

Wir haben, wie ich finde, eine sehr gute Balance erreicht. Es gibt ja bei den Gesetzen, die wir verabschieden, immer unterschiedliche Interessenlagen und immer unterschiedlichste Szenarien bezüglich der Frage, was denn der sogenannte schlimmste Fall sein könnte.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Darum ist ja alles so schwierig im Leben!)

Da ist es natürlich schwierig - das ist ganz klar -, eine Balance zu finden. Ich bin mir sicher, wir haben die richtige gefunden.

Ich möchte mich zum Abschluss der Debatte auf die Sichtweise der Verbraucher bzw. Kreditnehmer konzentrieren. Vieles ist schon erwähnt worden. Ich möchte insbesondere den vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern im Land, die ein Eigenheim haben, auf dem noch Kreditverbindlichkeiten ruhen, die Sorge bzw. die Angst nehmen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es Gründe für Verunsicherung gab. Schauen wir uns einmal die Schlagzeilen an, die in der Presse standen:

„Wann die Heuschrecke das Haus bekommt“, „Banken abgemahnt“, „Bankkunden in der Klemme“, „Wenn das Haus weg ist“, „Alarmstufe Rot für Eigenheimbesitzer“, „Kreditverkäufe bringen die Banken in Erklärungsnot“, „Risiko Grundschuld“.

Ich selbst habe als Verbraucherbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion sehr viele Anfragen und besorgte Anrufe bekommen. Das war ein Grund dafür, dass wir dieses Thema so ernst genommen haben. Letztlich ist das Realität, was Menschen fühlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir für Klarstellungen in Gesetzen sorgen und eventuelle Einfallstore schließen. Es ist verständlich, dass Eigenheimbesitzer Angst vor dem Schreckensszenario haben, dass ein Finanzinvestor, der den Baukredit von der Hausbank, die einem bekannt ist, gekauft hat, vor der Tür steht und jetzt eine andere bzw. eine schnellere Finanzabwicklung wünscht. So etwas kann viele Betroffene in den finanziellen Ruin treiben bzw. ihre Existenz gefährden. Damit könnte dann auch das eigene Haus auf dem Spiel stehen, zumal nicht nur notleidende Kredite weiterverkauft werden, sondern auch ordentlich bediente Kredite. Das hat sicherlich etwas mit dem Portfolio der Banken bzw. den Paketen, die geschnürt werden, zu tun.

Nach intensiver Diskussion in den vergangenen Monaten ist uns jetzt der Durchbruch gelungen. Wir gehen einen ganz wichtigen Schritt und machen damit den Weg frei für einen besseren Schutz der Bankkunden bei Kreditverkäufen. Vor allem geht es auch darum, die Verbraucherinnen und Verbraucher mitzunehmen, Transparenz in das Verfahren zu bringen und Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Uns geht es nicht darum, Dinge einfach zu verbieten, wenn sie sinnlos werden. Uns geht es vielmehr darum, dem Verbraucher das nötige Wissen zu geben, damit er sich entscheiden kann, auf welchem Weg er mitgehen möchte.

Wichtig ist für uns, Zwangsvollstreckungen in Grundstücke zu vermeiden. Denn das ist für diejenigen, die ein

Haus besitzen - ob klein, ob groß - und abbezahlen müssen, eine sehr schwierige Situation. Das schürt Existenzängste. Sehr geehrter Kollege Frank Schäffler von der FDP-Fraktion, da muss ich Ihnen sagen, dass es schon sehr zynisch ist, was Sie vorhin gesagt haben: Niemand braucht das Gesetz. Sie brauchen es vielleicht nicht, aber viele Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen dieses Gesetz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb bin ich dankbar, dass sich die Große Koalition in diesem Punkt geeinigt hat.

Abschließend möchte ich sechs aus Verbrauchersicht wichtige Punkte kurz anreißen. Erstens. Die Banken müssen künftig ihre Kunden vor Vertragsabschluss informieren, ob das Darlehen, das diese aufnehmen, verkauft werden kann oder nicht. Möchte ein Kunde dies nicht, kann er sich nach einem anderen Darlehen umschauen. Wir sehen, dass die Banken infolgedessen von sich aus Kredite anbieten, die eben nicht weiterverkauft werden dürfen. Banken schalten nun Anzeigen, um das verloren gegangene Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen zu können.

Wir werden zweitens verbieten - ich denke, das ist wichtig -, dass ohne Weiteres eine Klausel in die allgemeinen Geschäftsbedingungen eingefügt werden kann, die alles null und nichtig macht, was wir heute beschließen. Denn sehr oft steht ein normaler Kreditnehmer nicht auf gleicher Augenhöhe mit einem ausgebildeten Bankangestellten, der ein gewisses Interesse verfolgt. Drittens. Beim Vertragspartnerwechsel muss die Bank ihren Vertragspartner unverzüglich informieren. Wir werden viertens den Kündigungsschutz ausbauen. Wir haben bereits gesagt, dass nicht sofort gekündigt werden darf, nur weil eine Rate nicht gezahlt werden konnte. Uns geht es darum, dass der Verbraucher etwas im Verzug sein darf. Dieser Zeitraum darf aber nicht zu lang sein; auch in diesem Sinne schützen wir den Verbraucher, nämlich vor Privatinsolvenz und Dingen, die er selber nicht tragen kann.

Fünftens. Die Regelungen zur Sicherungsgrundschuld wurden bereits sehr intensiv vom Kollegen Geis erwähnt. Die Einreden bestehen selbst dann, wenn sich der Erwerber der Grundschuld auf Gutgläubigkeit beruft. Der sechste Punkt beinhaltet, dass die Bank verpflichtet wird, sich drei Monate vor Ablauf der Zinsbindung oder vor Vertragsablauf über ein Folgeangebot zu erklären. Dann kann der Verbraucher letztlich Vergleichsangebote einholen.

Das Resultat ist ein sehr gutes Ergebnis. Ich denke, heute ist ein guter Tag für die Verbraucherinnen und Verbraucher und mitnichten der Untergang des Abendlandes für die Banken oder den Finanzstandort Deutschland. Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben hoffentlich zur Kenntnis genommen, dass ich keinen Anglizismus benutzt habe. Ich hoffe, dass es auch für die Menschen, die in der Bankensprache nicht firm sind, allgemein verständlich war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Eduard Oswald [CDU/CSU]: Vorbildlich!

Ausgezeichnet!)



Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Verwendung der deutschen Sprache bin ich Ihnen außerordentlich dankbar, auch wenn es in Deutsch gelegentlich schwierig ist, die vorgesehenen Redezeiten einzuhalten.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen. Hierzu liegt mir eine Erklärung gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages des Kollegen Dr. Peter Jahr vor.1)

Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Empfehlung auf Drucksache 16/9777, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/6311 und 16/6648 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in dieser Ausschussfassung zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. -

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit Mehrheit angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. -

Das könnte reichen.

(Heiterkeit)

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

Damit ist der Gesetzentwurf mit der Mehrheit der Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag

der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/9814? -

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion

Die Linke auf Drucksache 16/9813? - Wer stimmt

dagegen? - Wer enthält sich? - Auch hier ist die Mehrheit gegen die Annahme dieses Antrags.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung

zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur

Weiterentwicklung des Gesetzes über

Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Der Finanzausschuss empfiehlt

unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf

Drucksache 16/9777, den Gesetzentwurf des Bundesrates

auf der Drucksache 16/3229 für erledigt zu erklären.

Stimmen Sie dieser Beschlussempfehlung zu? - Möchte

jemand dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten?

- Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 37 b geht es um den Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel

„Innovationsfähigkeit des Standortes stärken - Wagniskapital fördern“. Der Finanzausschuss empfiehlt unter

Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache

16/9777, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen auf Drucksache 16/4758 abzulehnen. Wer stimmt

für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? -

Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt 37 c geht es um die Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/9778, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/7438 und 16/7718 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/9815. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag?

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 37 d. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/9778 die Ablehnung des Antrages der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/8548 mit dem Titel „Optimaler Darlehensnehmerschutz bei Kreditverkäufen an Finanzinvestoren“.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrages der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/8182 mit dem Titel „Ausverkauf von Krediten an Finanzinvestoren stoppen - Verbraucherrechte stärken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist wiederum mit breiter Mehrheit angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5595 mit dem Titel „Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Verkauf von Immobilienkrediten stärken“. W 1) Anlage 2 er stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 37 f empfiehlt der Finanzausschuss in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/9162, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7526 mit dem Titel „Beschäftigte und Unternehmen vor Ausplünderung durch Finanzinvestoren schützen“ abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Damit haben wir diesen Komplex erfolgreich abgeschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 40 a bis 40 c auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Frank Schäffler, Jürgen Koppelin, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Keine Verstaatlichung der IKB Deutsche Industriebank AG durch Zweckentfremdung der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau  
- Drucksache 16/9611 -

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Zeil, Jürgen Koppelin, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Untersagung des direkten oder indirekten Erwerbs beziehungsweise der Übertragung von Vermögenspositionen der IKB Deutsche Industriebank AG durch respektive an die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau  
- Drucksache 16/9606 -

c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Frank Schäffler, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Keine Sozialisierung von Spekulationsverlusten  
- Voraussetzungen für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors schaffen  
- Drucksachen 16/8771, 16/9760, 16/9824 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg  
Reinhard Schultz (Everswinkel)  
Frank Schäffler

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Eine Vorbemerkung: Vorgestern ist Herr Dr. Ulrich Schröder, bisher bei der NRW.BANK, zum Vorstandsvorsitzenden der KfW berufen worden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Guter Mann!)

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir wünschen ihm viel Glück und viel Erfolg, damit die KfW endlich wieder positive Schlagzeilen macht. Wenn wir einen Beitrag dazu leisten können, wollen wir das gerne tun.

(Beifall bei der FDP - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Und deshalb fangen Sie heute damit an! - Zuruf der Abg. Gabriele Frechen [SPD])

- Ich bin Ihnen für diesen Zuruf mehr als dankbar. Ich habe in meinen Notizen an dieser Stelle vermerkt: Zuruf von der SPD. - Wir wünschen ihm - gleich können Sie wieder einen Zuruf machen -, dass er erfolgreicher sein kann als Frau Matthäus-Maier, der ich für ihre Arbeit ausdrücklich danken will.

Frau Matthäus-Maier hat im Verwaltungsrat der KfW erklärt - das können Sie in der Süddeutschen Zeitung nachlesen -, sie habe ein Problem damit gehabt, dass es ein ständiges Hin und Her zwischen zwei Ministerien gegeben habe. Nun wollen wir diese Ministerien einmal benennen: Das Wirtschaftsministerium und vor allem das von der SPD geführte Finanzministerium haben Frau Matthäus-Maier das Leben schwer gemacht. Eines unserer Hauptprobleme bei den Krisen von KfW und IKB ist das Finanzministerium; darauf komme ich gleich zu sprechen. Die Frau Staatssekretärin wird dazu nachher ebenfalls noch Stellung beziehen. Ich könnte noch weitere problematische Punkte nennen, die zum Rücktritt von Frau Matthäus-Maier geführt haben. Wir wünschen jedenfalls Herrn Dr. Ulrich Schröder viel Erfolg und viel Glück.

In dieser Debatte geht es um drei Anträge der FDP-Fraktion. Diesen drei Anträgen liegt die Auffassung zugrunde, dass für Verluste einer privaten Bank, aber auch für Verluste von Landesbanken nicht der Steuerzahler aufkommen kann. Die Verluste können nicht sozialisiert werden. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann es gar nicht so gut formulieren, wie es in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 25. Juni 2008 steht. Ich will daraus vorlesen - auch die Linken sollten gut zuhören -:

(Roland Claus [DIE LINKE]: Immer!)

Die Antragsteller

- also die FDP -

weisen darauf hin, dass die Sozialisierung von Spekulationsverlusten unsozial sei. Steuermittel würden dadurch verschwendet, die Haushaltskonsolidierung gefährdet und der Spielraum für Zukunftsinvestitionen werde geringer. Missmanagement dürfe nicht durch eine Schuldenübernahme honoriert werden.

Das ist das Problem. Das haben wir aufgezeigt, und das ist in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses wiederzufinden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das war Ihre Meinung im Finanzausschuss! Das ist richtig!)

Weiter heißt es - nun wird es interessant -:

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, keine zusätzlichen Haushaltsmittel für die Sanierung öffentlicher Kreditinstitute bereitzustellen

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Der Ausschuss hat die Meinung der FDP zusammengefasst!

Das ist die FDP-Position!)

und dafür zu sorgen, dass staatliche Garantien sowie Schuldenübernahmen künftig auszuschließen seien.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nein, nein!

Das war die Auffassung der FDP!)

Das Abstimmungsergebnis ist unglaublich interessant: Ablehnung des Antrags der FDP, die Verluste nicht zu sozialisieren, mit den Stimmen der CDU/CSU - na ja, Sie sind halt in der Koalition -, der Sozialdemokraten - das wundert mich kaum noch -, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber vielleicht nicht wegen der Analyse, sondern wegen der Forderungen!)  
Allein auf weiter Flur steht die FDP. Wir bleiben bei unserer Haltung: Verluste dürfen nicht sozialisiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Sowohl bei der IKB wie auch bei den öffentlichen Banken - daran führt kein Weg vorbei - haben die Direktoren Monopoly gespielt, nach dem Motto: Was die Deutsche Bank kann, das können wir auch! Ich habe in den letzten Tagen den Spruch gehört: Wir sind Förderbank, da ist halt nicht so viel Profit zu machen, also haben wir uns auf andere Gebiete begeben, um ordentlich Profit zu machen. - Das ist aber leider in die Hose gegangen. Diese Banken sind eben nicht die Deutsche Bank und konnten nicht das große Rad drehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen: Es ist schon eine starke Nummer, dass die Deutsche Bank - so sind unsere Erkenntnisse - ihre großen Pakete an die IKB verkauft, sich gut bezahlen lässt und anschließend meldet, dass das alles Schrott ist. Die Frage, wo die BaFin war, muss noch beantwortet werden.

(Beifall bei der FDP - Leo Dautzenberg

[CDU/CSU]: Wie haben Sie denn im Verwaltungsrat gestimmt?)

- Warten Sie doch ab! Ihre Leute sitzen doch in den Landesbanken.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie doch auch!)

- Wir sitzen nicht bei der Sachsen LB, der West-LB oder der Bayerischen Landesbank im Verwaltungsrat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber Sie sind im Verwaltungsrat der KfW!)

- Herr Kollege, wenn Sie diesen Zuruf machen: Es kann doch nicht angehen, dass eine private Bank, die IKB, bereits mit 9,1 Milliarden Euro saniert werden musste und dass von diesen 9,1 Milliarden Euro, die bisher verpulvert wurden, die privaten und andere Banken - die privaten haben sich sehr zurückgehalten - nur 1,2 Milliarden Euro getragen haben. Den Rest muss der deutsche Steuerzahler - in welcher Form auch immer - tragen. Das kann doch nicht sein.

Ich komme zum nächsten Punkt; damit hatten wir neulich auch im Haushaltsausschuss zu tun. Es soll noch eine Bürgschaft des Bundes in Milliardenhöhe geben. Das Finanzministerium - bei dem ganzen Thema ist das Finanzministerium eines der größten Probleme - teilt uns dann mit, es gebe ein Gutachten, das besage, dass die Bürgschaft nie zum Zuge kommen werde. Die Medien haben darüber berichtet, dass dieses Gutachten von einem Unternehmen der Deutschen Bank erstellt wird. Da fasst man sich doch nur noch an den Kopf. So können wir doch nicht arbeiten. Teil all dieser Probleme - Finanzkrise, IKB, KfW - ist auch das Finanzministerium.

(Beifall bei der FDP)

Ich will nicht verhehlen - das wissen Sie, wenn Sie die Berichterstattung in den Medien verfolgt haben -, dass meine Fraktion am Dienstag dieser Woche in der Tendenz geäußert hat, dass wir einen Untersuchungsausschuss wollen; das Bundesfinanzministerium kann dazu beitragen, dass wir diesen nicht bekommen. Denn es

kann nicht sein, dass das Bundesfinanzministerium in der Art und Weise mit dem Parlament umgeht, dass wir keine Auskünfte bekommen. Es ist ein einziger Skandal, dass das Finanzministerium dem Deutschen Bundestag und frei gewählten Abgeordneten die Auskunft verweigert. Dies ist mein letzter Punkt, auch wenn ich noch einiges sagen könnte.

(Beifall bei der FDP)

Ein Hauptproblem ist, dass das Finanzministerium immer in der Hoffnung verschleiert, es werde schon alles gut. Nein, es wird nicht gut.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Jürgen Koppelin (FDP):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich darf die Sozialdemokraten daran erinnern, dass wir hier in einer Debatte gefordert haben, den Aufsichtsrat der IKB nicht zu entlasten. Wir sind mit rund 45 Prozent größter Anteilseigner. Sie haben das damals abgelehnt. Aber die Aktionäre waren klüger und haben den Freien Demokraten zugestimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Otto Bernhardt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Koppelin, ich habe Verständnis dafür, dass man, wenn man seit fast zehn Jahren in der Opposition ist, Themen sehr undifferenziert angeht, um Schlagzeilen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Diese Einleitung bringen Sie schon zum fünften Mal! So peinlich!)

Herr Kollege, das Bankensystem ist für solche Einlassungen aber zu kompliziert. Ich sage sehr deutlich: Der Bund ist nun einmal beherrschender Gesellschafter der KfW, und die KfW ist nun einmal beherrschender Gesellschafter der IKB. Es gibt Zwänge, die für Private wie für die öffentliche Hand gelten. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Es war richtig, dass das Bundesfinanzministerium in enger Zusammenarbeit mit der BaFin, der Bundesbank und den Bankenverbänden die IKB gerettet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Vorher hätten Sie aufpassen sollen!)

- Vielleicht wäre es gut, Herr Koppelin, wenn Sie einmal zuhören würden, um ein paar Sachargumente für die Diskussion aufzunehmen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Nein! Sie legen immer dieselbe Platte auf!)

Ich stehe zu dieser Aussage und betone: Der Schaden für die deutsche Volkswirtschaft - ich komme auch noch zu den Steuern - wäre viel größer gewesen, wenn die IKB in die Insolvenz gegangen wäre. Dann wären Sie wahrscheinlich der Erste gewesen, der hier gesagt hätte:

Die Ministerien haben versagt. - Ich sage auch sehr deutlich: Sie kennen die IKB und wissen, dass sie Einlagen in Höhe von 24 Milliarden Euro hat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Sie wissen natürlich auch, wo diese Einlagen herkommen. Daran sind Ortskrankenkassen genauso wie kleine Genossenschaftsbanken und Sparkassen beteiligt. Wenn Sie in einer Situation, in der niemand die zur Diskussion stehenden Papiere kaufen will, ein Institut in die Insolvenz gehen lassen, dann warne ich Neugierige vor der Hoffnung auf eine große Quote.

(Frank Schäffler [FDP]: Das ist kein geschlossener Vorgang! Das kann man wieder herausnehmen!)

Das hätte bei den Einlegern zu Ausfällen in Milliardenhöhe geführt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Skaleneffekte!)

Wir partizipieren als Staat an den Steuerzahlungen. Ich bin davon überzeugt, dass der direkte Schaden für die öffentliche Hand größer gewesen wäre, als er heute ist, wenn wir die IKB hätten in die Insolvenz gehen lassen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Er ist wirklich finanzpolitischer Sprecher!)

Sie nennen die 9,1 Milliarden Euro; ich weiß nicht, ob Sie verstehen, was ich jetzt sage.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich befürchte, nein!)

Diese 9,1 Milliarden Euro sind zunächst Buchverluste.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Man muss sie zunächst einmal zur Verfügung stellen; denn sonst kann man den Bankbetrieb nicht weiterführen. Wie viel daraus nachher wirklich wird, weiß heute noch niemand. Aber es wird mit Sicherheit deutlich weniger als 9,1 Milliarden Euro.

(Frank Schäffler [FDP]: Es könnte auch mehr sein!)

Zur Kritik an der KfW. Es war nicht der Wunsch der KfW, die IKB zu kaufen, sondern es war so, dass zwei große deutsche Versicherungen Anteile an der IKB hatten, von denen sie sich trennen wollten. Es gab in Deutschland aber niemanden, der sie kaufen wollte. Daher hat die Politik die KfW gebeten, in Aktion zu treten. Das heißt, die KfW ist sozusagen auf politische Empfehlung hin Hauptaktionär der IKB geworden.

Der Fehler, den man gemacht hat, bestand darin - auch das sage ich sehr deutlich -, dass man sich nicht rechtzeitig von diesem Engagement getrennt hat. An dieser Stelle sage ich - ich bin bereit, diese Aussage mit Fakten zu belegen -: Vor zwei Jahren hätte man die IKB verkaufen können; denn damals gab es Kaufinteressenten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ja!)

Die KfW ist ein Förderinstitut, und sie soll ein Förderinstitut bleiben. Sie hat übrigens noch eine zweite, eine hundertprozentige Tochter: die IPEX-Bank. Ich will die KfW jetzt nicht voreilig in neue Aktionen drängen. Ich möchte aber auf Folgendes hinweisen: Wir müssen versuchen, darauf hinzuwirken - das ist eine Entscheidung der KfW und eine Entscheidung des Bundes und der Länder -, dass sich die KfW rechtzeitig von der IPEX löst.

(Frank Schäffler [FDP]: Ja, genau!)

Das, was die IPEX-Bank tut, ist nämlich nicht das Aufgabengebiet der KfW. Hierfür hat sie letztlich nicht das erforderliche Know-how.

(Frank Schäffler [FDP]: Dann macht doch endlich mal etwas! Ihr regiert doch!)

Zurzeit soll die IKB in etwa so viel wert sein wie die Höhe der Rücklage, die die KfW einmal für solche Fälle gebildet hat: 5 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund meine ich, dass es gut wäre, über diese Frage einmal kritisch nachzudenken.

(Frank Schäffler [FDP]: Tut etwas! Wer regiert denn dieses Land?)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Koppelin?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Immer gerne.

(Heiterkeit bei der FDP - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Es bleibt ja unter Schleswig-Holsteinern!)

- Vielleicht kann ich ihm ja helfen.

Jürgen Koppelin (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege. - Als ich vorhin die 9,1 Milliarden Euro angesprochen habe, sagten Sie: Ob diese Mittel greifen, weiß man noch gar nicht. Nun haben Sie gerade den Risikofonds der KfW erwähnt, der ein Volumen von weit mehr als 5 Milliarden Euro hatte. Diesen Fonds gibt es mittlerweile aber nicht mehr. Wo ist dieses Geld eigentlich geblieben? Das andere waren ja angeblich nur Buchwerte, und ob das Risiko eintritt, wissen wir nicht. Klären Sie mich bitte auf: Wo sind die 5 Milliarden Euro geblieben?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Das Gesamtvolumen betrug 9,1 Milliarden Euro. Davon hat die KfW den überwiegenden Teil selbst geleistet,

(Jürgen Koppelin [FDP]: Die KfW? Das sind wir!)

und zwar zunächst einmal die 5 Milliarden Euro, die für solche Fälle vorgesehen waren.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Na also!)

Sie mussten eingesetzt werden, sind aber, was die Liquidität angeht, noch nicht weg.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wie bitte?)

- Herr Kollege, ich mache gerne einmal ein Seminar mit Ihnen. - Dieses Geld musste zur Verfügung gestellt werden. Da die Bankenaufsicht sonst gezwungen gewesen wäre, die IKB zu schließen, musste diese Vorsorgemaßnahme getroffen werden. Ich wiederhole: Zurzeit ist das eine Vorsorgemaßnahme. Ob bzw. in welchem Umfang sie Liquidität zur Folge hat, wissen wir nicht.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ach! Das Geld ist doch weg!)

Die letzte 1 Milliarde Euro, über die jetzt entschieden wird, wird mit Sicherheit kaum zu Liquidität führen; das entsprechende Gutachten ist Ihnen bekannt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist doch keine Antwort!)

Ein weiterer Aspekt, den Sie in Ihren Anträgen ansprechen, betrifft die Bankenstruktur in Deutschland.

Darauf wird mein Kollege Oswald eingehen. Ich sage an



dieser Stelle nur eines sehr deutlich: Jeder muss die Aufgaben erledigen, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen. Wir haben mit KfW und IKB genug zu tun, und dafür tragen wir die Verantwortung. Für die anderen Bereiche hat der Bund nicht die erforderliche Kompetenz.

Das ändert nichts daran, dass ich mit manchem, was Sie vortragen, inhaltlich übereinstimme. Auch das letzte Gutachten, das die Wirtschaftsweisen vorgelegt haben, geht ein Stück weit in diese Richtung.

Ich möchte betonen: Im Kreditwesen sollte man keine Schnellschüsse machen. Man sollte auch nicht glauben, dass es tolle einheitliche Lösungen für alle gibt. Gerade was die Landesbanken betrifft, können uns nur sehr differenzierte Lösungen weiterhelfen. Dafür gibt es Verantwortliche: Länder, Ministerpräsidenten, Landesfinanzminister und Sparkassenverbände.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: In NRW übrigens auch, liebe FDP! - Gegenruf des Abg.)

Frank Schäffler [FDP]: Ja, ja! Die hätten wir am liebsten schon längst verkauft! Das steht auch in unserem Koalitionsvertrag!)

Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt: Würden wir uns mit diesem Themen in diesem Hohen Hause beschäftigen, dann würde später gefordert werden, dass wir uns auch an den Kosten beteiligen sollen. Wir sollten uns auf unsere Aufgaben konzentrieren. Wir haben das Problem der Bankenkrise, soweit es unseren Verantwortungsbereich betraf, hervorragend gelöst. Das deutsche Bankensystem hat sich als widerstandsfähig herausgestellt. Ich betone abschließend: Das Krisenmanagement mit dem Finanzminister an der Spitze hat hervorragend funktioniert.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Roland Claus das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst zum allgemeinen Verständnis beitragen: „IKB“ steht für Industriekreditbank.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Also nicht „Internationale Kommunistische Bewegung“!)

„KfW“ heißt „Kreditanstalt für Wiederaufbau“; das war ihr ursprünglicher Auftrag.

Die FDP hat aus Anlass der Krise der IKB, mit der wir es seit 2007 zu tun haben, gleich drei Anträge gestellt. Wir teilen die Kritik der FDP, aber nicht die Schlussfolgerungen.

Neu ist mir, Kollege Koppelin, dass Sie, wie Sie es eben dargestellt haben, die Anträge stellen, um mit der Fraktion Die Linke in einen Wettbewerb um soziale Gerechtigkeit zu treten. Ich kann Ihnen dabei nur viel Erfolg wünschen!

Die IKB ist eine halbstaatliche Bank, deren Aufgabe es ist, private Kredite und staatliche Förderinstitutionen zusammenzubringen. Das geht häufig nach dem Prinzip, dass, solange es gut läuft, das Private betont wird, und

wenn Schulden aufgehäuft werden, nach dem Staat gerufen wird. Wir müssen uns deshalb prinzipiell mit der Frage beschäftigen: Geht es hier um eine staatseigene Bank, oder geht es um einen bankeigenen Staat?

In der Selbstdarstellung auf der Homepage der IKB kann man immer noch lesen:

Viele tausend mittelständische Unternehmer haben ihre Finanzierungsentscheidung getroffen. Sie vertrauen dem Marktführer: der IKB ... Wir kennen deren Märkte und können die Entwicklungstendenzen ... beurteilen.

Das mag eine ganze Weile gestimmt haben; aber die Bedrohung durch Milliardenverluste seit Juni vergangenen Jahres ist Fakt.

Zustande gekommen ist diese Bedrohung durch Spekulationsgeschäfte mit faulen US-Immobilien-Krediten - in der Annahme, dass der Wert dieser Immobilien ständig stiege. Möglich wurde das alles erst - auch das muss gesagt werden -, weil wir inzwischen eine völlige Abkopplung der globalisierten Finanzmärkte vom Markt der Waren und Dienstleistungen haben: Bei den globalen Finanzmärkten geht es inzwischen um das 50-Fache des Wertes der Waren und Dienstleistungen, die Tag für Tag umgeschlagen bzw. erbracht werden.

Die Sprache der FDP ist verräterisch: Das eine nennt sie die Finanzwirtschaft, das andere die Realwirtschaft. Sie macht damit kenntlich, dass die globalisierte Finanzwirtschaft inzwischen eine Irrealwirtschaft geworden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es auch!)

Dass das so ist, kann man nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch vor wenigen Jahren konnten Sie mit dieser Logik relativ unwidersprochen hantieren. Der Wind hat sich inzwischen gedreht: Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen den unkontrollierten Finanzmärkten nicht mehr. Selbst Josef Ackermann, den ich hier ja nicht weiter vorzustellen brauche, sagt inzwischen: Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Finanzmärkte.

Die Regierungen müssen Einfluss nehmen. -

Was für einen Kronzeugen brauchen Sie noch, um endlich zu begreifen, dass ein „Weiter so!“ der falsche Weg ist?

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Michael Fuchs

[CDU/CSU]: Er hat von Amerika gesprochen, nicht von Deutschland!)

Die Linke fordert das Primat der Politik vor den Finanzmärkten.

Was nun schlägt die FDP vor? Die FDP sagt: Keine Steuergelder für Spekulationsverluste! Das ist so weit in Ordnung. Aber dann kommt es: Die FDP will - wenn man sich den früheren Antrag anschaut, sieht man das - die Fehler und Folgen verfehlter Privatisierungspolitik durch noch mehr Privatisierung heilen. Im Falle der IKB wird ein Ruin in Kauf genommen. Die Folgen dessen hätten in der Tat viele in dieser Gesellschaft zu tragen, insbesondere die mittelständischen Unternehmen. Lassen Sie sich gesagt sein: Die IKB ist nicht so klein, dass sie einen Crash weiterer Banken - auch der Kreditanstalt für Wiederaufbau - nicht auch herbeiführen könnte. Ich glaube, in Regierungsverantwortung hätte die FDP diese Anträge nicht gestellt.

(Frank Schäffler [FDP]: Da wären sie nicht nötig gewesen!)

Wie verhält sich die Bundesregierung? Die Bundesregierung nimmt eine sogenannte Risikoabschirmung vor: Der Staat und andere Banken retten die bedrohte Bank. Das will die FDP mit ihren Anträgen verhindern. Zur Risikoabschirmung blieb der Bundesregierung zunächst auch gar nichts anderes übrig. Wir haben bekanntlich in Regierungsverantwortung etwas Ähnliches in Berlin getan. Der Unterschied allerdings ist, dass uns in der Landespolitik kein anderes Instrument zur Verfügung steht, Sie aber sehr wohl in der Bundespolitik die Rahmenbedingungen ändern könnten.

Deshalb sage ich an die Adresse der Bundesregierung:

Das ist eine Heilung von Symptomen - mehr nicht.

Diese Bundesregierung ist in allen entscheidenden Aufsichtsgremien vertreten; aber sie hat keine wirksame Aufsicht geführt. Sie hat die Hedgefonds zuerst zugelassen, und dann haben maßgebliche Vertreter ihrer selbst sie „Heuschrecken“ oder - Peer Steinbrück - „komische Produkte“ genannt, die - wiederum Zitat - eine „irrationale Entwicklung“ nehmen.

(Frank Schäffler [FDP]: Die waren aber nicht das Problem!)

Das, meine Damen und Herren von der Bundesregierung und der Koalition, sind aber die fatalen Ergebnisse Ihrer Politik. Sie können nicht so tun, als hätten Sie damit nichts zu tun, und sich aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Konsequenter wäre da schon, jene Banken und Fonds zur Verantwortung zu ziehen, die den Schaden bei IKB und KfW erst verursacht haben. Jetzt aber - das ist das wirklich Bemerkenswerte - ist es durchaus wahrscheinlich, dass diejenigen Banken und Fonds, die der IKB die faulen Kredite angedreht haben, günstig Anteile an dieser Bank erwerben. Deshalb muss die Bundesregierung hier handeln - jenseits von Schritten der Symptomheilung und von kleinen Wegen. Die Bundesregierung ist dem Parlament - darauf ist schon hingewiesen worden - noch eine Reihe von Auskünften schuldig. Darüber werden wir aber in den Ausschüssen zu sprechen haben.

Bundesminister Steinbrück hat heute Morgen in einer Debatte zu einem ähnlichen Thema den Segen der internationalen Finanzwirtschaft beschworen

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nein, nein! Er hat das differenziert und richtig dargestellt, Herr Kollege!)

und Kritik daran - so wörtlich - als „antikapitalistische Reflexe“ abqualifiziert. Ich stelle dazu fest: Bundesminister Steinbrück ist weit weg vom Lebensalltag der meisten Menschen in diesem Lande. Er ist leider auch weit weg von seinem Amtseid.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat nun das Wort die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Redebeitrag der FDP hat sehr deutlich gemacht, dass der FDP offensichtlich nicht an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Lösungsmöglichkeiten für die Krise gelegen ist, sondern dass es ausschließlich darum geht, Behauptungen aufzustellen, die sehr leicht widerlegt werden können. Damit will ich beginnen.

Zum Ersten. Herr Koppelin, Sie haben dem Finanzministerium wieder unterstellt, es habe auf sehr viele Fragen nicht ordentlich geantwortet.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dem ist auch so!)

Ich will darauf hinweisen, dass es gar nicht schlecht gewesen wäre, wenn Sie am Mittwoch während der Fragestunde zu dem Zeitpunkt, als Ihre Frage, die Sie schriftlich eingereicht haben, aufgerufen wurde, auch tatsächlich dagewesen wären. Dann hätten wir das nämlich ausführlich miteinander erläutern können.

(Abg. Jürgen Koppelin [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Nein, das werde ich nicht tun.

Zum Zweiten. Wir haben auf 490 Einzelfragen aus dem Parlament geantwortet;

(Frank Schäffler [FDP]: Ja, formal!)

ich will das sehr deutlich machen. Es gab auf einzelne Fragen - auch darauf will ich hinweisen - keine Antwort. Es gab sie deshalb nicht, weil Sie Fragen gestellt haben, deren Beantwortung zur Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einzelner Unternehmen geführt hätten. Als Bundesregierung sind wir, um Schaden von diesen Unternehmen abzuhalten, ausdrücklich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(Frank Schäffler [FDP]: Starke Behauptung!)

Das wissen Sie genau, und das haben wir Ihnen schon mehrmals entsprechend deutlich gemacht. Ihnen muss doch klar sein, dass das öffentliche Bekanntwerden von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Rahmen einer Antwort auf Ihre Frage, wie es den Unternehmen am Finanzmarkt geht, zu Schäden für diese Unternehmen führen kann. Daraus schließe ich ausdrücklich, dass es Ihnen nicht um eine gute Entwicklung auf dem Finanzmarkt geht, sondern ausschließlich um das Vorführen. Ich finde, dann, wenn es um ernsthafte Lösungen geht, wird das Ihrer Oppositionsrolle nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Dritten. In dem FDP-Antrag und mit dem, was Sie heute formuliert haben, maßen Sie sich zu wissen an, dass es falsch war, die Rettungsschirme für die IKB zu öffnen. Damit unterstellen Sie, wir alle hätten wissen können, dass es besser gewesen wäre - ich bin Herrn Bernhardt sehr dankbar für die klare Darlegung dessen, was gewesen wäre, wenn es zur Insolvenz der IKB gekommen wäre -, das nicht zu tun. Sie maßen sich an, hier unterstellen zu können, dass diese Entscheidung falsch gewesen ist und dass Sie das gewusst haben, obwohl doch viele Banker aus der Privatwirtschaft sehr

deutlich gemacht haben - es gibt eine Menge Zitate -, dass niemand vorher hat beurteilen können, welche Risiken lauern - wir werden uns natürlich darüber unterhalten müssen, was wir tun können, um solche Risiken früher zu erkennen - ,

(Frank Schäffler [FDP]: Ja, das ist jetzt aber zu spät!)

und dass niemand gewusst hat, welche Wirkungen eine Insolvenz in diesem Fall gehabt hätte. Ich finde, es ist nicht in Ordnung, hier solche Behauptungen aufzustellen. Sie wissen, dass auch Minister Steinbrück mehrmals deutlich gemacht hat - sowohl im Finanzausschuss als auch im Haushaltsausschuss -, dass die Entscheidung darüber, ob wir die IKB retten werden oder nicht, schwierig war, weil es natürlich zu bedenken galt, was der Staat bzw. die KfW tun muss und was passiert wäre, wenn die IKB in Insolvenz gegangen wäre.

Ich will Ihnen das noch einmal deutlich machen: Es ist eine Tatsache, dass durch die Insolvenz der IKB Einlagen von Banken und Nichtbanken in Höhe von 24 Milliarden Euro verloren gegangen wären. Ich halte es für nicht akzeptabel, dass Sie dabei verschweigen - ich weiß nicht, ob wissentlich oder unwissentlich -, dass dies natürlich auch zu Steuermindereinnahmen geführt hätte. Ich finde, bei der Abwägung müssen Sie schon beide Argumente auf den Tisch legen, (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

ganz abgesehen davon, dass bei dieser Abwägung die Frage, welche Erschütterungswellen im gesamten Finanzsektor durch die erste Insolvenz einer solchen Bank entstanden wären, eine entscheidende Rolle gespielt hat.

(Frank Schäffler [FDP]: Mit dem Argument müssen Sie jede Bank retten!)

Wenn es um eine verantwortungsvolle Analyse und Schlussfolgerung geht, dann erwarte ich auch von einer Opposition, dass sie beide Argumente gegeneinander abwägt (Frank Schäffler [FDP]: Machen wir!)

und sich nicht hier hinstellt und so tut, als hätte sie die beste Lösung für sich gepachtet.

Ich will das noch einmal deutlich machen: Es gab in diesem Entscheidungsumfeld eine Situation, in der es wichtig war - das ist auch jetzt so -, eine positive Entwicklung der KfW und der IKB nicht durch öffentliche Äußerungen zu gefährden. Deshalb will ich ausdrücklich auch noch einmal auf den Punkt von vorhin zurückkommen. Auch hinsichtlich öffentlicher Zahlen gibt es eine Abwägung, nämlich dahin gehend, dass wir bei deren Nennung keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse öffentlich machen können.

(Dirk Niebel [FDP]: Es geht auch um Steuergelder, die versenkt werden! - Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Das sieht die SPD in Bayern ganz anders!)

Herr Kollege Schäffler, Sie wissen auch, dass wir im Haushaltsausschuss natürlich die entsprechenden Informationen unter Betonung der Geheimhaltungspflicht weitergegeben haben. Ich habe schon einmal gesagt. Ich bedauere es wirklich, dass es Kollegen und Kolleginnen

gibt, bei denen wir den Eindruck haben müssen, dass sie diese Geheimhaltungspflicht nicht eingehalten haben; denn ein paar Tage nach der Weitergabe der Information konnten wir sie in der Zeitung lesen. Das erschwert übrigens auch eine gute Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Regierung durch das Parlament.

(Frank Schäffler [FDP]: Was alles aus dem Ministerium herausgetragen wird, wissen wir auch nicht!)

Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass Sie das Recht zur Kontrolle haben.

(Frank Schäffler [FDP]: Das werden Sie uns auch nicht nehmen! - Dirk Niebel [FDP]: Das ist sogar unsere Pflicht!)

Sie haben aber zwischen den Schäden, die durch die Veröffentlichung von Informationen entstehen können, die den Unternehmen schaden, und dem Kontrollrecht abzuwägen.

(Frank Schäffler [FDP]: Das könnte ja auch aus dem Ministerium kommen!)

Zum Vierten. Zur Frage, wie ernsthaft Sie mit diesem Thema umgehen, erlaube ich mir, auf zwei Punkte in Ihrem Antrag einzugehen. Dort steht zum Beispiel die Forderung der FDP, dass Sie eine einseitige Benachteiligung besonders der Sparkassen und der öffentlichen Banken im Wettbewerb mit privaten Banken und Genossenschaftsbanken wollen. Sie haben speziell für diese öffentlichen Banken nämlich vorgeschlagen, das zu hinterlegende Eigenkapital zu erhöhen. Dazu kann ich nur sagen: Diese Maßnahme führt zu keinem fairen Wettbewerb, sondern diese Maßnahme führt offensichtlich zu einer Benachteiligung dieses Bereiches. Das kann doch nicht ernsthaft liberale Politik sein. Ich bitte Sie. Das zeigt, welche abstruse Forderung Ihr Antrag enthält.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Sie fordern beispielsweise, die Bundesregierung möge dafür sorgen, dass in den Landesbanken und in den öffentlichen Banken Strukturveränderungen auf den Weg gebracht werden.

(Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Wie denn?)

Minister Steinbrück hat mehrmals deutlich gemacht, dass er das für notwendig hält. Aber gerade die FDP, die sonst für Föderalismus pur steht, fordert die Bundesregierung ernsthaft auf, den Ländern zu sagen, was sie mit ihren Landesbanken machen sollen. Auch das zeigt, wie abstrus die Forderungen in Ihrem Antrag sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Widerspruch bei der FDP)

Ich komme nun zu dem letzten Punkt: Was machen wir - darum geht in Wirklichkeit - für die Zukunft? Minister Steinbrück hat auf internationaler Ebene erfolgreich die Initiative ergriffen. Es geht um die Frage: Wo ist Regulierung notwendig, und wo ist es notwendig, mehr Eigenkapital zu hinterlegen? Die internationalen Gremien haben sich hierzu einen festen Zeitplan gegeben und festgelegt, wann diese Fragen angegangen werden. Wir haben im Ausschuss deutlich gemacht, dass danach die nationale Umsetzung erfolgt. Dazu stehen wir

ausdrücklich. Wir wissen, dass es Veränderungsbedarf gibt. Ich hoffe, dass Sie in diesem Fall – darum bitte ich Sie eindringlich – von der Linie, die Sie jetzt verfolgen, abweichen und wenigstens diese Verbesserung für den Finanzmarkt konstruktiv mitberaten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich nun dem Kollegen Koppelin das Wort.

Jürgen Koppelin (FDP):

Die Frau Staatssekretärin hat hier kritisiert, dass ich nicht in der Fragestunde anwesend war, obwohl ich zwei Fragen eingereicht hatte. Die Darstellung ist korrekt. Es ist allerdings so, Frau Staatssekretärin – eine kurze Rückfrage hätte Sie vielleicht davon abgehalten, eine solche Bemerkung zu machen –, dass die Fragestunde zu einem anderen Zeitpunkt vorgesehen war. Aber auch meine Fraktion ist dem Wunsch des Bundesaußenministers – er gehört Ihrer Partei an – nachgekommen, in der Zeit, in der normalerweise die Fragestunde stattfindet, eine Regierungserklärung abzugeben. Daraufhin ist die Fragestunde nach hinten verschoben worden.

Daher hatte ich mich zu entscheiden, ob ich bei der Fragestunde oder bei der Gremiumssitzung der KfW anwesend bin. Ich habe mich dann für die Sitzung der KfW entschieden, weil ich in der Fragestunde schon erlebt habe, dass Sie uns keine Auskunft gegeben haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich zitiere hier nun die Fragen, damit der Bürger am Fernsehgerät oder auch hier die Abgeordneten im Plenum wissen, worum es geht. Meine erste Frage lautete, warum Sie meine Frage vom 30. Mai 2008 nicht beantwortet haben. Bei der Beantwortung dieser Frage haben Sie nämlich gekniffen. Meine zweite Frage lautete, welche finanziellen Einlagen von Institutionen des Bundes bei der IKB – das ist die Kurzfassung – erfolgt sind. Klar ist: Es geht um die Finanzagentur, die der IKB 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Wir wollten wissen, wer diese Entscheidung getroffen hat. Danach kann man fragen. Zum einen hat der Bund zu entscheiden – er ist an der IKB zu 45 Prozent beteiligt – und zum anderen die Finanzagentur.

Was aber – das ist eine Ihrer Standardantworten – erklären Sie?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die von Ihnen erfragten Informationen aus rechtlichen Gründen nicht durch die Bundesregierung bekannt gemacht werden können.

Frau Staatssekretärin, da Sie kritisieren, dass ich nicht in der Fragestunde anwesend war, kündige ich jetzt schon für die nächste Fragestunde Folgendes an: Wir werden diese Fragen wieder einreichen. Wir werden den Bundesfinanzminister herbeirufen. Dann wird die Fraktion der SPD zahlenmäßig sehr stark vertreten sein. Sie wird dann erleben, wie Sie hier als Staatssekretärin agieren und welche Antworten Sie geben. Das wird für Ihre Fraktion sicherlich ein großes Vergnügen sein.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Koppelin, ich nehme hiermit zur Kenntnis, dass Sie bei der Sitzung der KfW waren. Darüber hinaus nehme ich zur Kenntnis, dass Sie bei meiner Rede offensichtlich nicht zugehört haben. Die Antworten auf die Fragen, die Sie gestellt haben, lauten, dass es um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geht.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist doch das Geld des Bürgers! Das gehört dem Steuerzahler! - Weitere Zurufe von der FDP)

- Könnten Sie vielleicht auf eine ordentliche Art und Weise mit Antworten umgehen? - Sie haben nach Beteiligungen des Bundes gefragt. Ich weise noch einmal darauf hin, dass diese Gesellschaften durch die Privatisierungen eigenständige Unternehmen geworden sind, die eigenverantwortlich entscheiden und selbst wählen können und müssen, ob sie mit der Veröffentlichung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einverstanden sind.

Als Haushälter müssten Sie das sehr genau wissen, Herr Koppelin.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass in allen Fragen, die die Finanzagentur betreffen, das vom Parlament extra dafür eingesetzte Bundesschuldengremium innerhalb der Geheimhaltungspflicht ausführlich informiert worden ist. Ich halte es nicht für akzeptabel, dass Sie unterstellen, das Parlament sei nicht informiert worden.

(Frank Schäffler [FDP]: Es ist aber ein Jahr später informiert worden!)

Denn es ist rechtlich klar geregelt - das ist auch von parlamentarischer Seite ausdrücklich so gewollt -, dass mit der Information des Bundesschuldengremiums der Bundestag insgesamt als informiert gilt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ein Jahr später!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun erteile ich dem Kollegen Dr. Gerhard Schick für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will als Erstes etwas zu der Frage der Sozialisierung der Verluste anmerken, das uns in den nächsten Monaten etwas nachdenklich stimmen sollte. Ich glaube nämlich, dass nicht die direkten Auswirkungen durch die zu tragenden Bürgschaften und die Garantieleistungen die wichtigste Folge der Sozialisierung der Verluste in dieser Krise sind, sondern die deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für uns.

Wir haben die Entwicklung an den Aktienmärkten in den letzten Stunden verfolgt. Ich glaube, dass das, was wir im Oktober, im Januar und im März bei der Veröffentlichung der Quartalszahlen erlebt haben, nämlich eine neue Welle unangenehmer Nachrichten, auch in diesem und im folgenden Quartal weitergehen wird. Ich glaube, dass das die größten und heftigsten Auswirkungen sind, ganz zu schweigen von den Entlassungen im Bankenbereich und in anderen Branchen. Das heißt aber



nicht, dass nicht auch die Verluste in Milliardenhöhe, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf verschiedenen Wegen indirekt über die KfW, die Sparkassen, die Länderhaushalte und entsprechende Bürgschaften zu tragen haben, sehr gravierend sind.

Was heißt das für unsere parlamentarische Diskussion?

Ich möchte zunächst zu der Frage des Aufklärungsbedarfs im Parlament Stellung nehmen. Ich glaube, dass man nicht einfach pauschal auf ein Geschäftsgeheimnis verweisen kann, Frau Staatssekretärin. Nach meiner Kenntnis der juristischen Zusammenhänge muss im Einzelfall das Schutzinteresse gegen das Informationsinteresse des Abgeordneten abgewogen werden.

Diese Abwägung habe ich - jedenfalls soweit ich betroffen war - vermisst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Es ist nur auf das pauschale Schutzbedürfnis verwiesen worden. Notwendig ist aber eine Abwägung beider Interessen. Wenn ein Abgeordneter nach dem Informationsfluss zwischen BaFin und Bundesfinanzministerium fragt, dann kann es nicht um ein Schutzbedürfnis einer konkreten Bank gehen. Es geht nämlich um die Tätigkeit der BaFin für die gesamte Branche. Man kann nicht mit Hinweis auf den Schutz von Geschäftsgeheimnissen eines einzelnen Instituts jede Antwort ablehnen. Das ist nicht zulässig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Hinzu kommt, dass - wie wir jetzt erfahren durften - der Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag damit konfrontiert war, dass keine Aussagegenehmigung für die betroffenen Personen aus der BaFin - ihren Leiter Sanio und andere Mitarbeiter -, aber auch von der Bundesbank vorlag. Wie sollen wir denn herausfinden, was schiefgelaufen ist, wenn sozusagen eine Mauer des Schweigens um das Ganze errichtet wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Die Öffentlichkeit hat ein Interesse an Aufklärung.

Wir erwarten, dass das von den Ministerien mitgetragen wird. Ansonsten entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung gezielt versucht, das Parlament nicht zu informieren.

Wir haben deswegen versucht, mit unseren parlamentarischen Möglichkeiten die Aufklärung voranzutreiben.

Mein Kollege Alexander Bonde hat im Haushaltsausschuss den Bericht des Bundesrechnungshofes zum Thema IKB und Finanzagentur angefordert. Wir werden alle parlamentarischen Möglichkeiten an dieser Stelle erst einmal ausschöpfen, die uns im normalen Geschäftsverlauf zur Verfügung stehen. Wir werden dann im Sommer mit den anderen Oppositionsfraktionen darüber nachdenken, ob und wie eine weitere Stufe der Aufklärung in Form eines Untersuchungsausschusses möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist: Die Bürgerinnen und Bürger haben angesichts der direkten und indirekten Betroffenheit ein Recht darauf, dass das Bestmögliche getan wird, um für

Aufklärung zu sorgen, und zwar nicht um auf einzelne Personen sozusagen zu schießen, sondern um in Zukunft Fehler zu vermeiden. Das liegt in unserem Interesse. Das muss im Vordergrund stehen. Das sage ich an die Adresse aller Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Frau Staatssekretärin, Sie haben beim Antrag der FDP zu Recht darauf verwiesen, dass die FDP mit einer spezifischen Eigenmittelerhöhung bei den öffentlichen Banken indirekt das völlige Scheitern des öffentlich-rechtlichen Bankensektors gesetzlich festschreiben will. Meine Damen und Herren von der FDP, mit einer erhöhten Eigenkapitalanforderung schaffen Sie praktisch den öffentlich-rechtlichen Bankensektor durch die Hintertür ab.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Ziel der FDP!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie das tun wollen, dann ist das Ihre politische Position und Ihr gutes Recht. Aber dann sagen Sie es klar und deutlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dann sagen Sie es im ersten Satz und nicht verschwiemelt am Ende Ihres Antrags. Sagen Sie den Kundinnen und Kunden, dass die einzige Filiale im Ort - das ist häufig die Sparkasse - geschlossen wird und dass es das in Zukunft nicht mehr geben wird. Dann können wir darüber fair und klar debattieren. Aber Sie versuchen es hintenherum über eine erhöhte Eigenkapitalanforderung; das ist nicht sauber. Dann wird nicht deutlich, was Sie eigentlich wollen, nämlich das Ende des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, SPD und der LINKEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Eine sehr differenzierte Betrachtung!)

Es ist richtig, dass es bei den Landesbanken eine deutliche Neuorientierung bzw. Neuausrichtung geben muss.

Ich habe das an verschiedenen Stellen angesprochen. Obwohl das seit Wochen in der Diskussion ist, kenne ich auf Landesebene, insbesondere aus der Union, die an vielen Stellen betroffen ist, keine konkrete Aussage, aus der hervorgeht, welche Konsequenzen man aus der Krise zu ziehen gedenkt. Herr Oswald, ich bin sehr gespannt, was Sie gleich aus der bayrischen Perspektive dazu sagen werden; denn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern sind über die Sparkassen und die Bürgerschaft im Landeshaushalt betroffen. Die entsprechende Milliardenposition ist im Landtag durchgegangen. Sie müssen den Menschen erklären, warum Sie, die Sie als CSU die Möglichkeit hatten, eine spekulative Ausrichtung der Landesbank zu verhindern, die Konsequenzen nicht ziehen. Das müssen Sie tun. Dafür müssen Sie Rede und Antwort stehen, nicht nur in Bayern, sondern auch hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn im Endeffekt sind der CSU-Ministerpräsident und andere Unionsministerpräsidenten mitverantwortlich, dass Deutschland und überproportional die Landesbanken von der Krise betroffen sind. Sie sollten neben der

Aufklärung, die wir leisten müssen, sagen, wohin der Weg geht und welche Konsequenzen Sie aus dem Desaster ziehen, das die Unionsministerpräsidenten bei den Landesbanken verursacht haben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Eduard Oswald von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über drei Anträge der FDP-Fraktion. Der Kollege Otto Bernhardt hat die Position unserer Fraktion zum Thema IKB/KfW vorgetragen. Ich will mich mit dem dritten Thema befassen. Um es zusammenzufassen: Die Forderungen sind natürlich plakativ und verfehlen etwa bei den Landesbanken den Adressaten. Sowohl die Rechtsform als auch das Regionalprinzip als auch die Beteiligung Privater werden in Bezug auf die Landesbanken auf landesrechtlicher Ebene geregelt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Der Bund ist hier nicht der originäre Ansprechpartner.

Kein Zweifel, Ihre Forderung, Spekulationsverluste nicht zu befördern, ist ja grundsätzlich richtig. Sie muss nur für alle gleichermaßen gelten. Sie verkennen in Ihrer Argumentation, dass die Entscheidung der Eigentümer einer öffentlichen Bank, diese mit weiterem Kapital auszustatten, nur unter den bekanntermaßen sehr engen Voraussetzungen des EU-Beihilferechts zulässig ist. Vergleichsmaßstab ist dabei stets, dass auch ein privater Kapitalgeber in der vergleichbaren Situation so handeln würde. Den öffentlichen Eigentümern die Kapitalausstattung ihrer Bank zu verbieten, würde also im Kern die Frage berühren, ob sich die öffentliche Hand überhaupt wirtschaftlich bzw. im Bankengeschäft betätigen darf. Das würde letztlich auch die Existenz der staatlichen Förderbanken infrage stellen. In diesem Hause dürfte allerdings weitgehend Einigkeit darüber herrschen, dass Förderbanken ein wichtiger Bestandteil sind, um unsere Unternehmen mit Krediten zu versorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Man macht es sich zu einfach, wenn man so tut, als seien nur die öffentlichen und quasiöffentlichen Banken von der Finanzmarktkrise betroffen. Dass die Lage besonders rosig wäre, hat ja niemand behauptet. Solange die Bundesländer und ihre Sparkassenverbände ihre Landesbank wollen, sollten sie das auch dürfen. Das kann man natürlich kommentieren. Außerdem sollte man, wenn man schon die sicherlich unerfreulichen Kapitalmarktaktivitäten bei einigen Landesbanken kritisiert, auch einmal darüber nachdenken, welche Dividenden die Landesbanken in guten Zeiten an ihre Eigentümer gezahlt haben. Dann sieht das Ganze auch aus der wirtschaftlichen Betrachtungsweise des Eigentümers schon ganz anders aus.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Rechtfertigen Sie die Spekulationen noch?)

Das in der letzten Woche veröffentlichte Gutachten des Sachverständigenrates enthält meiner Einschätzung nach viele gute Ansätze. Die Eigentümer der Landesbanken werden darin aufgefordert, über eine grundlegende Neuordnung nachzudenken. Für den Fortbestand der Landesbanken sei es notwendig, dass sich die Institute verstärkt spezialisierten und auf ihre neuen Geschäftsfelder konzentrierten. In den vergangenen Jahren hätten die Finanzhäuser zwar die rechtlichen Vorgaben konsequent umgesetzt und sich immer stärker von ihrer früheren Fördertätigkeit verabschiedet; jedoch ist es notwendig, dass die Geldhäuser stärker als bisher in ihren neuen Geschäftsbereichen tätig werden. – So weit das Gutachten.

Wir freuen uns, dass der Sachverständigenrat im Grundsatz gesagt hat: Das Drei-Säulen-Modell hat sich bewährt. Im Übrigen richten sich die Inhalte dieses Gutachtens nicht vor allem an den Bund, sondern in erster Linie an die zuständigen Länder.

Größe allein kann nach meiner Auffassung kein Geschäftsmodell für Landesbanken sein.

(Frank Schäffler [FDP]: Das ist eine richtige Aussage!)

Die Kernfrage für die Landesbanken lautet damit auch künftig: Wie muss das jeweilige Geschäftsmodell weiterentwickelt oder verändert werden, um die Ertragskraft langfristig zu sichern bzw. im Wettbewerb zu bestehen? Geschäftsmodelle, die vor allem auf Kostensenkungen und Ergebnisbeiträge aus Kreditersatzgeschäften setzen, reichen sicher nicht aus, um mittelfristig am Markt bestehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Im Übrigen bin ich ganz persönlich der Meinung, dass Beratungen über grundsätzliche strategische Weichenstellungen erst dann erfolgen können, wenn sich die Finanzmärkte normalisiert haben und die Auswirkungen der Subprime-Krise belastbar festgestellt werden können. Wenn ich die europäische Situation sehe, so stelle ich auch fest, dass vielfältige starke und wettbewerbsfähige Banken entstanden sind, durch die aber die flächendeckende Versorgung der Bürger mit Finanzdienstleistungen nicht immer gesichert ist. Das ist in Italien zu beobachten. Auch das Beispiel Großbritannien zeigt, dass eine Privatisierung des öffentlichen Bankensektors zu Nachteilen in der Versorgung sowie zu Kostensteigerungen für Verbraucher und kleine Unternehmen führen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Frank Schäffler [FDP]: Das kann man aber nicht vergleichen!)

Ich sage Ihnen beim Thema Landesbanken voraus: Es gibt sicher nicht den Königsweg schlechthin. Nach meiner Einschätzung werden voraussichtlich verschiedene Wege eingeschlagen, um im Landesbankensektor tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen zu finden. Das Drei-Säulen-Modell hat sich bewährt. Ich sage auch: Das Regionalprinzip der insgesamt erfolgreichen kommunalen Sparkassen ist für die Versorgung der Fläche,

also für die Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum und für die Finanzierung des Mittelstandes vor Ort, unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund würde ich vor gefährlichen Experimenten auf dem Finanzplatz Deutschland warnen.

Der Vorschlag, die Eigenmittelanforderungen für Institute, an denen staatliche Institutionen oder ein öffentlich-rechtlicher Träger maßgeblich beteiligt sind, gegenüber anderen Instituten zu verschärfen, ist entschieden abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist hier auch schon zum Ausdruck gebracht worden. Nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung zum Juli 2005 kann nicht mehr generell davon gesprochen werden, dass öffentlich-rechtliche Banken im Wettbewerb einseitig begünstigt seien. Im Gegenteil würde die Umsetzung des Vorschlags zu einer einseitigen Belastung für Sparkassen, Landesbanken und Förderinstitute führen. Die Folge wäre eine Benachteiligung öffentlich-rechtlicher Institute im direkten Wettbewerb mit den Instituten anderer Säulen des deutschen Bankensektors. Zudem würden erhöhte Kapitalanforderungen die Kosten der Kreditvergabe erhöhen und könnten sich insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen als Belastung herausstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich gilt: Für die weitere Stabilisierung der Finanzmarktbranche ist es erforderlich, dass die traditionellen Stärken des deutschen Finanzierungssystems wieder stärker zur Geltung kommen. Es sind dies die sorgfältige Bonitätsprüfung, eine vorsichtige Beleihungswertermittlung und die Beleihung sowie langfristige Kredite mit Festzinsen. Diese Hypothekarmarktkultur darf insbesondere gegenüber angloamerikanischen Finanzierungsmethoden nicht ins Hintertreffen geraten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Somit werden wir die Anträge der FDP-Fraktion ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Frank Schäffler von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Staatssekretärin, Sie haben hier vor diesem Parlament das gemacht, was Ihr Minister ebenfalls sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum gemacht hat: Sie haben abgelenkt. Sie haben nämlich über eine weltweite Krise mit ihren globalen Auswirkungen gesprochen, die alle richtig beschrieben worden sind, aber Sie haben nichts zu der Verantwortung der Bundesregierung im eigenen Land gesagt. Das erwarten wir als Opposition aber von Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg.

Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb werden wir - Herr Schick hat das gerade betont - in der Sommerpause überlegen, wie wir einen Schritt weiterkommen.

Ich will eines deutlich machen: Wenn wir zur eigenen Verantwortung hier in Deutschland kommen, dann muss man die Frage stellen, was eigentlich die Ursache dafür war, dass, wie das Sachverständigengutachten, wie ich finde, sehr schön dargestellt hat, allein 64 Prozent des Wertverlustes der deutschen Banken in den letzten Monaten im öffentlichen Bankensektor angefallen sind.

Man muss sich fragen, woran das liegt.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

– 64 Prozent der gesamten Wertminderungen der deutschen Banken betrafen den öffentlichen Bankensektor.

Sie können das im Sachverständigengutachten nachlesen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So ein Schmarren!)

Da kann man nicht einfach die Antwort geben, dass man an dem festhält, was schon immer war. Man muss sich vielmehr Gedanken darüber machen, welche Lehren man aus der Krise zieht. Lehren aus der Krise haben Sie leider noch nicht gezogen. Eine Lehre aus der Krise ist, dass der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung eine der Ursachen für die Krise war. Im Jahr 2001

– nicht im Jahr 2005, Herr Oswald –, als Anstaltslast und Gewährträgerhaftung weggefallen sind, haben sich alle Landesbanken in Deutschland mit Liquidität vollgesogen;

denn damals gab es eine Ausnahme. Man konnte

nämlich bis 2015 noch Anleihen begeben, die eine Gewährträgerhaftung in sich haben. Was haben die Landesbanken

gemacht? Sie haben Anleihen in der Größenordnung

von 300 Milliarden Euro begeben. Diese Liquidität

musste angelegt werden, und sie ist angelegt worden, unter anderem im Subprime-Bereich in Amerika.

Die entscheidende Frage ist: Wer hat das damals verhandelt?

Es war der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen,

Peer Steinbrück, heute Finanzminister in der Bundesregierung.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Deshalb kann man nicht sagen: Wir verhandeln international über Regulierung. Vielmehr muss man auch fragen,

wer in der Krise und bei ihrer Entstehung was gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Es reicht nicht, wenn Sie sich hier hinstellen und einfach sagen, dass das ein globales Problem war. Hier geht es

um Steuergelder. Wer das zu verantworten hat, werden

wir in diesem Parlament aufklären.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Jörg-Otto Spiller von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Herr Kollege Schäffler, das war heute ein wiederholter

Versuch von Ihnen, die internationale Bankenkrise

als Krise staatsnaher Banken in Deutschland zu

deuten.

(Frank Schäffler [FDP]: Sachverständigengutachten!)

Dieser Scheuklappenblick erstaunt mich. Es mag ja sein,

dass es in bestimmten Situationen zweckmäßig ist, besonders

nervösen Pferden Scheuklappen anzulegen.

Aber Sie, Herr Schäffler, legen sich die Scheuklappe selbst an.

(Heiterkeit bei der SPD - Frank Schäffler [FDP]: Sachverständigengutachten! - Ludwig Stiegler [SPD]: Er verträgt die Wirklichkeit nicht!)

Der Kutscher legt sich die Scheuklappen an. Kann denn das wegweisend sein? Das ist ein sicherer Weg,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Vielleicht sieht das Pferd besser!)

um die Realität nicht richtig wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese selektive Wahrnehmung - Sie sehen nur das, was Sie sehen möchten; anderes nehmen Sie nicht wahr - führt zwangsläufig zu einer Verharmlosung der Situation.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Reduktion von Komplexität!)

Sie tun so, als wären einige Fehlentscheidungen bei öffentlich-rechtlichen Banken oder einer Bank mit einer starken staatlichen Beteiligung die Ursache für die Krise gewesen. Wenn Sie das tun, dann haben Sie keine Chance, daraus vernünftige Schlussfolgerungen für notwendiges Handeln auch des Gesetzgebers zu ziehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig! -

Frank Schäffler [FDP]: Dann müssen Sie aber ziemlich schlecht zugehört haben!)

Ich möchte etwas zum Gutachten des Sachverständigenrates - das ist bereits mehrfach erwähnt worden - sagen.

(Frank Schäffler [FDP]: Das ist echt gut!)

Zuvor möchte ich aber eine andere Bemerkung machen.

Aus ordnungspolitischen Gründen wäre es in der Tat im vorigen Jahr denkbar gewesen, wenn es keine internationale Bankenkrise gegeben hätte, dass man in einer zugespitzten Situation einer einzelnen deutschen Bank nüchtern abwägt, ob die geordnete Abwicklung nicht die bessere Variante ist. Dann wäre das, was der Kollege Bernhardt vorhin ausgeführt hat, auch zu bedenken gewesen. Dies hätte ebenfalls Schäden, Schmerzen verursacht. Aber es wäre eine Handlungsweise gewesen, worüber sowohl die KfW als Hauptaktionär der Industriekreditbank als auch die Bundesregierung als Hauptvertreterin des Bundes in der KfW hätten nachdenken müssen. In der Situation, die wir hatten, wäre das abenteuerlich gewesen.

(Frank Schäffler [FDP]: Es gibt vier Rettungspakete, nicht nur eines!)

Im Juli vorigen Jahres ist abzuwägen gewesen, ob man die Industriekreditbank als isoliertes Problem betrachtet oder ob man nicht doch in verantwortungsvollem Abwägen zu dem Ergebnis kommt, eine Stützungsaktion zu organisieren.

(Frank Schäffler [FDP]: Das gilt dann für alle Ewigkeit!)

Ich glaube, dass damals die Entscheidung jedem schwergefallen ist. Aber aus heutiger Sicht bin ich davon überzeugt, es war die richtige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Gutachten des Sachverständigenrates

(Frank Schäffler [FDP]: Ist wirklich gut!)

ist in der Presse natürlich nur in Teilen aufgenommen worden. Das liegt ein Stück an einer Neigung, die der Sachverständigenrat in den letzten Jahren entwickelt hat, nämlich anderes zu tun, als ihm das Gesetz aufgetragen hat.

(Frank Schäffler [FDP]: Das ist doch Ihr Sachverständigenrat!)

Er gibt Empfehlungen, in der letzten Zeit meistens zugespitzte Empfehlungen. Nur noch darüber wird dann diskutiert.

Er hat sich ja dahin gehend geäußert: Was macht man mit den Landesbanken? Sollte man die Sparkassen nicht in Form von Stiftungen führen? Das wird natürlich sofort aufgenommen, wobei mir bei der Lektüre des Gutachtens nicht so ganz klar geworden ist, wie sich sozusagen aus der wissenschaftlichen Analyse eine solche Handlungsempfehlung ableiten lässt. Darüber hat der Sachverständigenrat nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Frank Schäffler [FDP]: Sie müssen auch die Bilder lesen!)

Ich möchte aber trotzdem - diesen Schlenker erlaube ich mir - daran erinnern, was der Gesetzgeber vor 35 Jahren bei der Einrichtung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in § 2 festgelegt hat:

Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Diese Erinnerung sollte man sich ab und an leisten.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das muss man denen mal wieder zusenden! Zusendung des Protokolls und anzeichnen!)

Der Sachverständigenrat druckt in jedem Jahresgutachten das Gesetz mit ab, aber in den Stehsatz schaut er nicht hinein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will trotzdem auf die Kernanalyse zurückkommen; sie ist nämlich lesenswert. Was schreibt der Sachverständigenrat zu der Entwicklung der internationalen

Bankenkrise? Er schreibt: Am Anfang steht das Problem, dass die sogenannten Finanzinnovationen - strukturierte Produkte, Verbriefungen - die normalen Maßstäbe für die Kreditvergabe verändert haben. Normalerweise wägt eine Bank ab, prüft das Risiko genau und weiß, dass sie nur beschränkte Risiken tragen kann. Das gerät durcheinander, wenn die Forderungen in bestimmten Portfolios zusammengeschnürt, in Paketen schnell veräußert werden, sodass man das Risiko gar nicht mehr sieht. Es ist aber nicht weg, es ist nur anders verteilt.

(Frank Schäffler [FDP]: Was Sie kritisiert haben, fördert gerade die KfW!)

Es steht außer Zweifel, dass die Industriekreditbank sich falsch verhalten hat. Es ist allerdings bemerkenswert, dass die hochkarätigen und gut dotierten Wirtschaftsprüfer von KPMG Deutsche Treuhand der IKB



noch vor einem Jahr bestätigt haben, es seien alle Risiken ordentlich erfasst und es seien eigentlich gar keine Bedenken zu erkennen. Dann kann man fragen: Warum haben die Aufsichtsratsmitglieder das nicht besser gewusst? Im Aufsichtsrat sitzen hochkarätige Leute aus der deutschen Wirtschaft, nicht bloß Vertreter des Bundes oder der KfW.

(Frank Schäffler [FDP]: Aber auch! - Jürgen

Koppelin [FDP]: Oder des Finanzministeriums!)

Auch diese haben das nicht gemerkt. Es sind personelle Konsequenzen gezogen worden. Das muss auch wehtun.

Ich komme trotzdem zu der Einschätzung: Es war vernünftig, notwendig und verantwortungsvoll, die Krise zu begrenzen und sie nicht auszuweiten; denn das hätte schwer zu kontrollierende Weiterungen gehabt.

Zu den Landesbanken noch eine kurze Bemerkung.

Richtig ist: Eine Reihe von Landesbanken haben sich besonders unklug verhalten. Dazu sagt der Sachverständigenrat:

Es trifft nicht zu, dass sämtliche Landesbanken im Vergleich zu den privaten Banken besonders schlecht abschneiden. Zitat Sachverständigenrat:

Nimmt man die relativen Ausfälle der Dresdner Bank AG und der Deutschen Bank AG als Referenzgröße, dann ist es nach den bislang vorliegenden Daten der Helaba und der Nord/LB gelungen, besser als diese privaten Institute abzuschneiden.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und den anderen offensichtlich nicht!)

Weiter sagt der Sachverständigenrat: West-LB, Bayerische Landesbank, Landesbank Berlin, Nordbank

(Frank Schäffler [FDP]: Und IKB!)

- auch IKB - haben schlechter abgeschnitten.

(Frank Schäffler [FDP]: Die IKB am schlechtesten!)

Wenn Sie es für zweckmäßig halten, über die Struktur und die Aufgabe von Landesbanken neu nachzudenken

- das kann ich nachvollziehen -, dann tun Sie das bitte dort, wo die Zuständigkeiten liegen. Die FDP ist doch in Düsseldorf in der Landesregierung vertreten.

(Frank Schäffler [FDP]: Die CDU will nicht verkaufen! Was sollen wir da machen?)

Sie ist doch in Stuttgart in der Landesregierung vertreten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Und Niedersachsen!)

- Auch in Niedersachsen ist sie in der Landesregierung vertreten. Warum bringen Sie das nicht dort vor?

(Frank Schäffler [FDP]: Das machen wir überall!)

Was Sie hier machen, ist nur Schaumschlägerei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das tut mir ein bisschen leid. Die FDP konnte über lange Zeit stolz darauf sein, dass in ihren Reihen viel wirtschaftspolitischer und ökonomischer Sachverstand vertreten ist. Leider ist das sehr viel weniger geworden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Ludwig Stiegler [SPD]: Da ist nur noch Schaum geblieben!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat das Wort der Kollege Dr. Michael Fuchs von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Spiller, ich bin ja in vielerlei Hinsicht mit Ihnen völlig einig. Aber es ist sicherlich auch richtig und notwendig, dass die Vorgänge bei der IKB sehr intensiv geprüft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es darf nicht sein, dass eine Bank dieser Größenordnung Investitionen in einer Höhe macht, die in keinem Verhältnis zum Eigenkapital stehen, ohne dass das Ganze auffällt bzw. ohne dass irgendjemand im Aufsichtsrat das merkt. Sie haben vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die hochkarätigen Wirtschaftsprüfer, die da waren, nichts bemerkt haben. Eigenartig ist das Ganze somit schon.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Wie kann man so viel Geld in solche Instrumente wie den Rhineland Funding hineinstecken, ohne dass sich irgendjemand darüber Gedanken macht, was da passiert?

Das ist in meinen Augen mehr als grenzwertig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, am 16. April 1948, also ungefähr vor 60 Jahren, haben die Amerikaner das European Recovery Program gestartet, aus dem letztendlich das ERP-Sondervermögen in Höhe von damals rund 6 Milliarden DM entstanden ist. Es war sehr richtig, auch wenn es bis dato einmalig in der Geschichte war, dass ein solches Programm aufgelegt wurde, um Deutschland zu helfen. Für diese Hilfe können wir noch heute dankbar sein. Dieses Programm bildete also den Grundstein für das ERP-Sondervermögen, das gezielt zur Wirtschaftsförderung in Deutschland eingesetzt wurde. Auch dafür können wir noch heute dankbar sein. Ich bin mir nicht sicher, ob wir ohne diese finanzielle Hilfe der Amerikaner so schnell wieder auf die Beine gekommen wären.

Dieses Vermögen, das immer noch vorhanden ist und inflationsgeschützt weiter Bestand haben muss - das wurde ja mit den Amerikanern vereinbart -, wurde letztes Jahr an die KfW übertragen, allerdings unter Wehen; denn der eine oder andere von uns war darüber gar nicht so glücklich. Es kann nicht sein, dass das jetzt aufgrund der Krise der IKB am Ende des Tages indirekt wieder zurück in die USA fließt, veranlasst durch die dortige Immobilienkrise. So sollte es bitte nicht laufen. So können wir mit diesem Vermögen nicht umgehen.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die Verluste der KfW belaufen sich auf round about 7,2 Milliarden Euro, teilweise - der Kollege Bernhardt hat das dargestellt - handelt es sich um Buchverluste, teilweise aber auch um reale Verluste, die schon ausgeglichen werden mussten. Der Bund hat schon Darlehen in Höhe von über 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, weil die Eigenmittel der KfW im Prinzip weg sind.

Es darf jetzt nicht passieren, meine Damen und Herren - darauf haben wir in diesem Hohen Haus ganz gewaltig

zu achten -, dass die Förderfähigkeit der KfW darunter leidet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In seiner Rede am 25. April in diesem Hohen Haus hat der Bundesfinanzminister mehrfach betont, dass die Förderfähigkeit und das ERP-Sondervermögen in seiner Substanz - das ist wichtig - nicht bedroht seien, vielmehr der Substanzerhalt sichergestellt sei. Darauf verlasse ich mich natürlich, verehrte Kollegin Kressl. Es ist auch Ihre Aufgabe, mit dafür zu sorgen. Mittel in Höhe von 590 Millionen Euro inklusive Inflationsausgleich müssen zur Verfügung stehen, und zwar kein Cent weniger. Wir brauchen diese Mittel für die KfW-Programme. Darüber darf nicht diskutiert werden. Diese Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es wäre schön, Frau Kressl, wenn Ihr Haus endlich die Ausgleichsvereinbarung unterschreiben würde, die dafür sorgen soll, dass die Förderfähigkeit keinen Schaden nimmt. Wir warten ja darauf, dass darüber Einigkeit zwischen BMWi und BMF hergestellt wird. Es darf natürlich nicht dazu kommen, dass dieser Ausgleich später wieder zurückgezahlt werden muss. Das würde ja bedeuten, dass wir keine zusätzlichen Mittel gegenüber dem derzeitigen Fördervolumen bekommen. Das muss vielmehr den Betrieben komplett zur Verfügung gestellt werden. Das ERP-Sondervermögen darf nicht als Sündenbock dafür herhalten, dass die KfW bei der IKB Probleme hat. So darf das nicht funktionieren. Darauf sollten wir gerade in diesen Zeiten, in denen uns das Sondervermögen seit rund 60 Jahren zur Verfügung steht, achten.

Es muss auch unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass die KfW zu einer reinen Förderbank wird.

(Beifall des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Ich bin dagegen - darin bin ich mit dem Kollegen Bernhardt völlig einig -, dass sie andere Tätigkeiten neben der einer Förderbank ausübt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Zurufe des Abg. Ludwig Stiegler [SPD])

Das kann sie nicht. Sie soll sich da heraushalten. Wir haben in Deutschland genügend Geschäftsbanken, die das machen können. Wir brauchen keine Projektfinanzierung über die KfW. Lassen wir das bleiben. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, die IPEX-Bank zu verkaufen. Mit dem Erlös können wir dann auch die aus dem Feuerwehrfonds der KfW entnommene Summe von 5 Milliarden Euro wieder auffüllen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Nix! Keine Beute!

Kommt gar nicht infrage!)

Es ist dringend notwendig, die IKB abzustoßen. Da sind ja Verhandlungen auf dem Wege. Das wird uns wahrscheinlich noch einmal Geld aus dem Bundeshaushalt kosten. Es sollte allerdings ermöglicht werden, und vor allen Dingen muss dafür gesorgt werden, dass die Förderfähigkeit der KfW voll erhalten bleibt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Die ist erhalten, und die IPEX trägt dazu bei!)

Das ist wichtig, und es darf nicht passieren, lieber Kollege

Stiegler, dass mit diesem ERP-Sondervermögen irgendetwas passiert. Sie haben damals in den Debatten immer gesagt: Ich Sorge dafür, dass es erhalten bleibt. - Wir nehmen Sie jetzt beim Wort. Tun Sie das bitte. Ansonsten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wünsche ich Ihnen schöne Ferien.

(Beifall bei der CDU/CSU - Eduard Oswald  
[CDU/CSU]: Wahlkreisarbeit! Sonst entsteht draußen der falsche Eindruck, wenn wir so etwas sagen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9611 mit dem Titel „Keine Verstaatlichung der IKB Deutsche Industriebank AG durch Zweckentfremdung der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau“. Wer stimmt für diesen Antrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9606 mit dem Titel „Untersagung des direkten oder indirekten Erwerbs beziehungsweise der Übertragung von Vermögenspositionen der IKB Deutsche Industriebank AG durch respektive an die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau“. Wer stimmt für diesen Antrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Keine Sozialisierung von Spekulationsverlusten - Voraussetzungen für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors schaffen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/9760, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8771 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion angenommen.

</ text >

< text 16174 >

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b auf:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksache 16/9900 -  
Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksache 16/9901 -  
Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind im Rahmen der Haushaltsberatungen für die heutige Aussprache im Anschluss an die Einbringung des Haushaltes fünfeinviertel Stunden, für Mittwoch acht Stunden, für Donnerstag siebeneinhalb Stunden und für Freitag drei Stunden vorgesehen. – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich erteile das Wort zur Einbringung des Haushaltes dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Tag im politischen Deutschland – Überschriften: „Finanzminister im Glück“, „Deutschland schreibt schwarze Zahlen“, „Staat erzielt 6,7 Milliarden Euro Überschuss“, „Spielraum für Steuersenkungen“, „Die deutsche Wirtschaft fällt ins Stimmungstief“, „Auf Talfahrt“, „Die Angst ist wieder da“.

(Zurufe: Lauter!)

Das sind Artikelüberschriften aus renommierten deutschen Tageszeitungen, wie sie gegensätzlicher nicht sein könnten. Das ist aber nicht etwa eine Collage aus Presseartikeln der vergangenen fünf, sechs, sieben Monate;

nein, das ist das Ergebnis der Presseauswertung eines einzigen Tages, des 27. August 2008.

(Zurufe: Lauter!)

– Ich habe die Justierschraube leider nicht in der Hand.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir haben schon die Anweisung gegeben, die Lautstärke elektronisch zu justieren. Vielleicht können wir uns ja darauf verständigen, dass der Finanzminister in der Zwischenzeit ein bisschen lauter als üblich spricht und das Plenum etwas leiser als üblich ist. Dadurch ließe sich dieses Problem sicher lösen. – Bitte schön, Herr Minister.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das fängt ja wieder gut an! Disziplinierung!)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident, in diesem Saal gibt es manche, die der Meinung sind, dass ich gelegentlich zu laut spreche. Insofern folge ich dieser Aufforderung gerne.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich war bei der Aussage stehen geblieben, dass die Artikel sehr unterschiedlich sind. Es handelt sich nicht um eine Collage aus Zeitungsmeldungen der vergangenen sechs Monate oder des letzten Jahres, sondern um Zeitungsmeldungen eines einzigen Tages. Ich will darauf hinaus, dass diese Artikel eines einzigen Tages, die manchmal schon absurde Züge annehmenden, wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussionen im politischen Berlin wiedergeben.

Diese Diskussion wird weiter aufgemischt von diversen Chefvolkswirten, vornehmlich aus Unternehmen der Finanzindustrie, die genau wissen, wie es um die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland bestellt ist und was nottut. Wenn ich mir dann allerdings die Finanzmärkte und die Unternehmen, die sie vertreten, ansehe, wäre ich gelegentlich dankbar gewesen, wenn diese Chefvolkswirte ihre Fähigkeiten stärker dem Unternehmen

hätten zuteil werden lassen als diesen öffentlichen Verlautbarungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es finden sich auch diverse Professoren mit einer bewundernswerten Prognosefähigkeit. In einer Sonntagszeitung konnte ich die Prognosen von acht befragten Professoren lesen, die haargenau die Wahrscheinlichkeit einer Rezession voraussagen konnten, schade nur, dass diese acht verschiedenen Prognosen zwischen 5 bis 50 Prozent lagen. Der Finanzexperte eines Kieler Instituts bietet sich auch gern und regelmäßig als Kronzeuge an, sodass dieses Mal, einen Tag vor dem Beginn der Haushaltsberatungen, eine Wirtschaftszeitung mit der Behauptung aufmachen konnte: „Steinbrück verfehlt Etatziel“.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sehr wahr!)

Selbstverständlich wissen einige Oppositionspolitiker ganz genau, dass uns aufgrund der absehbaren Konjunkturentwicklung, des Konjunktureenbruches der Bundeshaushalt um die Ohren fliegen wird. Merkwürdig ist nur, dass ich das fast wortgleich zum vierten Mal höre, seit ich in diesem Amt bin: schon für die Haushalte 2006, 2007 und 2008.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Immer war es falsch!)

Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, dass am Ende der Jahresabschluss im Ist immer besser gewesen ist als der Sollabschluss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wirtschaftskonjunktur dreht in einen Abschwung. Das ist richtig; keiner verharmlost dies. Damit springt offenbar die Konjunktur von Untergangspropheten und Krisenpredigern an. Das ist schädlich. Was meinen Sie, wie solche Stellungnahmen auf die Bürgerinnen und Bürger wirken, insbesondere wenn diese als Expertenwissen quasi einen besonderen Ritterschlag bekommen? Das heißt, diese rangieren auf der Glaubwürdigkeitsskala in der Öffentlichkeit wahrscheinlich weit oberhalb aller ohnehin verdächtigen und propagandistischen Stellungnahmen der Politik. Verwirrt und orientierungslos ist wahrscheinlich noch freundlich ausgedrückt. Sie führen sicherlich zu fortschreitender Politikverdrossenheit, weil unsere politischen Reaktionen den geweckten Erwartungen wieder einmal nicht nachkommen wollen oder teilweise nicht nachkommen können. Dieser vielstimmige Chor liefert Belege für Forderungen und Vorschläge, die sich Konjunkturprogramme, Antirezessionsprogramme, Entlastungsprogramme oder wie auch immer nennen. Jeder ist für Entlastung - ich auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Doch die Frage lautet, ob dies mit unserer politischen Vernunft, mit unserer finanzpolitischen Vernunft und mit unserem realistischen Sachverstand zu rechtfertigen ist oder ob dadurch insbesondere unser politisches Handeln in der öffentlichen Wahrnehmung an Stringenz und Konsequenz verliert. Dies würde in meinen Augen einen viel gefährlicheren Entzug von Vertrauen in die Politik bedeuten als die Weigerung, gelegentlich verständliche

Wünsche nicht zu erfüllen.

Da die Steuereinnahmen des Bundes immer noch nicht ausreichen, um schon heute keine neuen Schulden mehr zu machen, sind - genau wie in den letzten Jahrzehnten - flächendeckende Entlastungen über die bereits erfolgten Entlastungen oder in Vorbereitung befindlichen Entlastungen hinaus bis 2011 nur auf Pump möglich. Ich kenne in der Dimension von zweistelligen Milliardenbeträgen aufwärts keine realistischen Vorschläge, die über die von der Bundesregierung ohnehin geplanten Entlastungsmaßnahmen oder zu übernehmende Verpflichtungen hinaus - siehe ein Bundesverfassungsurteil zur steuerlichen Behandlung von Krankenversicherungsbeiträgen - durch Umschichtungen oder Kürzungen finanziert werden könnten. Also läuft es auf Pump hinaus.

Steuer- oder Ausgabengeschenke auf Pump engen aber unseren Handlungsspielraum immer weiter ein. Konkret heißt das: Schon heute können wir nur fünf von sechs eingenommenen Steuereuros für die verschiedensten Zwecke, für die verschiedensten staatlichen Leistungen, die ja von uns erwartet werden, an die Menschen zurückgeben. Jeder sechste Euro geht für Zinszahlungen an die Banken drauf. Das Geld ist weg, ohne dass damit ein einziger Euro getilgt worden ist. Jeder Häuslebauer, jeder Mittelständler weiß, dass diese Situation gefährlich ist. Steuerentlastungen oder Ausgabenprogramme auf Pump sind ein sehr vergiftetes Geschenk. Denn am Ende müssen sie immer bezahlt werden, vor allem von denjenigen, die die Grundlast staatlicher Aufgaben finanzieren, also den Mittelschichten und den Mittelständlern, die mit höheren Steuern morgen zur Kasse gebeten werden. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Letztlich sind es immer wieder solche nicht nachhaltig finanzierten Geschenke, die langfristig zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die Politik führen; denn das dicke Ende kommt immer, üblicherweise erst nach Jahren. Dann wird von uns selbst und all denjenigen, die uns kritisch begleiten, die Frage gestellt: Warum konnte die Politik das nicht verhindern? Ich will damit sagen: Bevor man sich daran ausrichtet, was ankommt, sollte man wissen, worauf es ankommt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe die politische Erfahrung gemacht: Was die Menschen von der Politik erwarten, ist nicht Beliebigkeit, nicht Sprunghaftigkeit und auch nicht ein Versprechen für den kurzen Beifall eines Nachmittags. Sie erwarten von der Politik Orientierung, erst recht in Zeiten rasanter Umbrüche und erheblicher Verunsicherungen, die mit der Globalisierung und der demografischen Entwicklung unausweichlich und in manchen Beziehungen auch schmerzlich verbunden sind. Den Menschen Orientierung und Selbstvertrauen zu geben, heißt, ein realistisches Bild zu zeichnen und dabei auch das einzuordnen, was in unserem Land in den letzten Jahren passiert ist und worauf alle Deutschen stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Durch Reformen hat die Politik in den letzten fünf Jahren dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft

heute wesentlich robuster und wesentlich wettbewerbsfähiger aufgestellt ist und dass es deutlich weniger Arbeitslose gibt. Ohne die diversen finanz-, haushalts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre und ohne die Beiträge der Wirtschaft zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit hätte uns die anhaltende und sehr ernst zu nehmende globale Finanzmarktkrise aus der Bahn werfen können.

Von vielen Experten der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der OECD und in vielen internationale Studien wurde uns bestätigt: Es hat sich gelohnt, dass wir nach dem tiefen Fall nicht im Stillstand verharrten, sondern uns auf den Weg gemacht und teilweise auch schmerzhaft Veränderungen durchgeführt haben, um die Bundesrepublik Deutschland auf der Höhe der Zeit zu halten. Das Erstaunliche ist, dass uns das eher auswärtige und ausländische Beobachter konzidieren als wir uns selbst.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Noch ist längst nicht alles geschafft, und noch ist nicht alles gelungen. Aber es gibt heute ein Drittel weniger Arbeitslose als noch vor zweieinhalb Jahren. Rund 1,6 Millionen Menschen haben wieder Arbeit. Das gibt ihnen und ihren Familien Zuversicht und eine Perspektive, die sie vorher nicht hatten. Die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hält übrigens an. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 600 000 gestiegen.

Was besonders erfreulich ist und den Erfolg unserer Arbeitsmarktreforment belegt, ist die Tatsache, dass auch diejenigen von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, die früher kaum oder gar nicht davon profitiert haben, nämlich die Langzeitarbeitslosen, die jüngeren und die älteren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Langzeitarbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent zurückgegangen, noch stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Der Aufschwung hat übrigens auch zu einer Trendwende in der Armutsentwicklung beigetragen. Zwischen 2005 und 2006 konnten 1,2 Millionen Menschen der Armut entfliehen; das konnte im Armutsbericht aufgrund alter Daten bisher nicht berücksichtigt werden. Dessen unbenommen stimme ich der Einschätzung von Frank-Walter Steinmeier und vielen anderen zu, dass es unter den Bedingungen der Globalisierung erheblich schwieriger geworden ist, Armut zu bekämpfen.

Wir alle wissen, dass es zwei Schlüsselgrößen bzw. zwei Voraussetzungen gibt, um bei der Armutsbekämpfung in Deutschland weiterhin erfolgreich zu sein: noch mehr Arbeit und Bildung.

Meine Damen und Herren, die Erfolge, von denen ich sprach, sind gut für alle, die wieder im Arbeitsprozess sind, und für ihre Familien. Wer hätte einen solchen Erfolg vor fünf Jahren erwartet, und das in einem wirtschaftlichen Umfeld, das nicht etwa gleich geblieben ist, sondern sich dynamisch, teilweise sogar massiv verändert hat? Ein Blick nach China, Indien, Brasilien und



Russland oder in Richtung vieler anderer Staaten, zum Beispiel in der Golfregion, bestätigt dies. Wir haben in Deutschland vieles verbessert. Wir haben wieder Anschluss gefunden, und vieles ist uns gelungen. Das sollte allen Menschen in Deutschland für den weiteren Weg Mut machen. Denn das zeigt uns etwas, was wir nicht unterschätzen sollten: Auch in Zeiten der Globalisierung und vor dem Hintergrund, dass Deutschland eine offene Volkswirtschaft ist, haben wir selbst in der Hand, was aus uns wird. Dazu bedarf es bestimmter physischer Voraussetzungen für die Wirtschaftsleistung und die Verbesserung des materiellen Wohlstandes in Deutschland; dazu gehören auch die vielzitierten Rahmenbedingungen, die wir politisch setzen. Es bedarf allerdings - das geht meiner Meinung nach in vielen wirtschafts- und finanzpolitischen Debatten zu sehr unter - auch der mentalen Einstellung, Wohlstand nicht nur zu schätzen, als gegeben zu betrachten und ihn sozusagen zu konsumieren, sondern ihn auch aktiv anzustreben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist mehr als Bewahrung und Verteilung, das ist Anstrengung, ein Wort, das uns Politikern mit Blick auf Popularitätskurven nicht so leicht über die Lippen kommt.

In diesem Zusammenhang zitiere ich Helmut Schmidt aus seinem jüngsten Buch: Wir stehen vor der Alternative, entweder einen langsam fortschreitenden Verlust unseres Lebensstandards zu ertragen oder aber uns zu Leistungen zu befähigen. - Er fügt hinzu: zu Leistungen zu befähigen, welche einstweilen in Asien noch nicht vollbracht werden konnten. Er unterstreicht das Wort „einstweilen“, das ein Hinweis darauf ist, dass wir immer neu nicht billiger, sondern besser werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt sagen einige: Gut, wirtschaftlich hat sich manches ausgezahlt. Es ist auch nicht alles falsch gemacht worden, auch nicht von dieser Großen Koalition. Wir haben in den vergangenen Jahren einige Reformschritte gemacht. Aber es ist doch alles ziemlich ungerecht, was damals und seitdem passiert ist.

Diejenigen möchte ich an die ungerechte Situation erinnern, die sich seit den 90er-Jahren aufgebaut hat. Jahr für Jahr wurden immer mehr Menschen gegen ihren Willen in die Arbeitslosigkeit gedrängt. War das nicht ungerecht? Jahr für Jahr wurden mehr Menschen zum Teil gegen ihren Willen in die Frühverrentung hineingejagt. War das nicht ungerecht? Jahr für Jahr stieg die Sozialversicherungsabgabenlast als einzige Antwort darauf, die Sozialsysteme zukunftsfest zu machen. War das nicht ungerecht?

Menschen, die dringend Hilfe brauchten, um einen Schul- und Berufsabschluss zu machen, um wieder Arbeit zu finden, erhielten keine oder nur unzulängliche Hilfe. War das nicht ungerecht? Junge Familien mit Kindern erhielten viel zu wenig Unterstützung für Betreuung. Gleichzeitig beklagten damals schon viele die Auswirkungen des demografischen Wandels. War das nicht

ungerecht?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

All diese Ungerechtigkeiten gab es. Gelegentlich erinnern wir uns daran, dass es seinerzeit hunderttausende von Sozialhilfeempfängern gegeben hat, die weniger Geld bekamen, als heute Hartz-IV-Empfänger bekommen, (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

die bei der Arbeitsplatzsuche keineswegs so behandelt worden sind wie heute nach dem Prinzip des Förderns und Forderns, nämlich mit der klaren Sichtweise, ihnen so schnell wie möglich einen Arbeitsplatz wieder zu beschaffen. War das nicht ungerecht?

Auf all diesen Feldern hat sich vieles verbessert, wenn auch nicht alles gut genug ist. Wir haben aber einiges erreicht, und wir sind auf dem richtigen Weg. Die in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen waren nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht richtig, sie haben auch zu mehr Teilhabe und deshalb zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geführt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die von einigen - wie ich glaube, vorsätzlich - unterschlagene Frage lautet: Was wäre passiert, wenn nichts passiert wäre? Wir hätten immer neue Negativrekorde zu verzeichnen gehabt bei der Arbeitslosigkeit, bei der Verschuldung und beim Wirtschaftswachstum. Wir wären mit dem Gewicht Deutschlands innerhalb der Europäischen Union nicht auf derselben Höhe, wie wir es heute sind. Wir hätten immer mehr Menschen zurückgelassen. International hätten wir den Anschluss verpasst mit Folgen für unsere Entwicklungs- und Zugangsmöglichkeiten und auch für unsere Möglichkeiten, die internationale Debatte zum Beispiel über die Prävention von Finanzmarktkrisen zu beeinflussen.

Die negativen Artikel über Deutschland Anfang dieses Jahrzehnts sind doch noch alle in den tieferen Schichten unseres Gedächtnisses abrufbar, die Artikel über den kranken Mann in der zentraleuropäischen Lage, nicht am Bosphorus. Wir haben erlebt, dass nach „Rucksack“ und „Kindergarten“ „German Angst“ als das dritte im internationalen Sprachgebrauch übliche deutsche Wort eingeführt wurde. Alles vergessen?

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Sauerkraut!)

- Sauerkraut.

(Heiterkeit)

- Wer hat mir den Hinweis gegeben? Herr Kollege Schäuble, gut, es sind vier Begriffe.

Seit Amtsantritt verfolge ich das Leitmotiv einer gestaltenden Finanzpolitik. Seit drei Jahren setzen wir gleichzeitig auf Wirtschaftswachstum und solides Haushalten. Wir setzen gleichzeitig auf Zukunftsinvestitionen und weniger Schulden. Wir setzen gleichzeitig auf eine Stärkung der Wirtschaft und mehr Teilhabe für möglichst viele.

Daran halte ich fest, unbenommen der Eintrübungen des wirtschaftlichen Umfeldes. Daran sollten wir alle - zumindest in der Großen Koalition - festhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe eingangs schon von den Spekulationen darüber gesprochen, ob die Rezession kommt, ob sie nicht kommt oder ob wir uns mitten in ihr befinden. Fakt ist: Mit einem Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent im ersten Quartal ist die deutsche Wirtschaft besser in das laufende Jahr gestartet, als von vielen erwartet und prognostiziert wurde. Sie alle wissen, dass wir es im zweiten Quartal mit einem knapp rückläufigen Wirtschaftswachstum zu tun haben, und ich kann nicht ausschließen, dass das Wachstum auch im dritten Quartal nicht positiv sein wird. Schon hört man aus allen Ecken die Rufe des Entsetzens, dass wir in einer Rezession stecken. Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein absolutes Rätsel.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Um das anzumahnen: Uns Deutschen geht offenbar die Fähigkeit ab, Entwicklungen zu entdramatisieren, sie mit kühlerem Kopf zu analysieren und vor allen Dingen Balance im Urteil und im Vorgehen zu wahren, statt sofort Worst-case-Szenarien zu entwerfen, die mit schöner Regelmäßigkeit im günstigsten Fall zum Untergang des Abendlandes führen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Nach meiner Einschätzung gibt es keinen Grund dafür, aufgrund eines unbestrittenen konjunkturellen Abschwungs solche Untergangsszenarien zu malen. Für das Gesamtjahr 2008 hält die Bundesregierung das von ihr prognostizierte Wachstum von 1,7 Prozent nach wie vor für realistisch. Das gilt erkennbar nicht nur für sie, sondern auch für die Europäische Kommission, die in ihrer Einschätzung sogar von einem leicht höheren Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent ausgeht. In den Überschriften der Meldungen steht aber: Die EU-Kommission prophezeit eine Rezession in Deutschland. – Nein, sie rechnete zu Beginn dieses Jahres mit einem höheren Wachstum als die Bundesregierung selber. Auch wenn das Wachstum im kommenden Jahr schwächer ausfallen dürfte, kann von einer Rezession keine Rede sein. Auf den Punkt gebracht: Wir befinden uns in einem Abschwung. Aufgrund der internationalen Entwicklung gibt es Risiken für eine Abwärtstendenz. Die Stichworte sind Ihnen allen geläufig. Eine Wirtschaft mit einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt befindet sich aber nicht in einer Rezession.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese positive Entwicklung sollte auch nicht durch Cassandra-Rufe gestört werden. Es gibt so etwas wie eine negative Selffulfilling Prophecy.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig, so ist es!)

Alle, die mit Lustgewinn und teilweise auch deshalb, um ihre Wünsche zu begründen, Entlastungs- und Ausgabenprogramme aufzulegen, das Gespenst einer Krise an die Wand malen, sollten sich ihrer Verantwortung in einer durchaus labilen Lage sehr stark bewusst sein. Fakt ist und bleibt: Die deutsche Wirtschaft ist wesentlich wettbewerbsfähiger und robuster als vor fünf Jahren. Deshalb sollten wir bei der Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation Maß halten.

Dazu gehört auf der Negativseite, dass die global verursachten

Rekordpreise, die es bei der Energie und den Nahrungsmitteln gab und gibt, natürlich ihre Spuren beim privaten Konsum hinterlassen. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt voraussichtlich 3 Prozent betragen. Ich gebe zu, dass die Menschen das Gefühl haben dürften, dass es 10 Prozent sind. Das hängt damit zusammen, dass gerade viele Güter des täglichen Bedarfs von Preissteigerungen betroffen sind: an der Zapfsäule genauso wie im Supermarkt.

Um das deutlich zu sagen: Ich sehe in diesen Preissteigerungen kein Übergangsphänomen, sondern eine weitere Stufe der Globalisierung. Bisher wirkte die Globalisierung preisdämpfend, weil immer mehr Menschen in die Weltwirtschaft integriert wurden und in Ländern wie China und Indien und in den Ländern Lateinamerikas zunächst wenig Geld verdienten. Die niedrigen Arbeitskosten konnten sich in niedrigen Preisen niederschlagen.

Seitdem die Menschen in den Schwellenländern aber zunehmend mehr Geld verdienen, fragen Millionen – um nicht von Milliarden zu sprechen – Chinesen, Inder, Brasilianer und viele andere heute mehr und auch höherwertige Güter nach. Genau wie wir wollen sie ein Auto, einen Eisschrank und einen größeren Wohnraum. Will ihnen jemand vermitteln, dass die Pkw-Dichte bei ihnen der der Insel Föhr entsprechen soll? Können wir es ihnen mit einer Art neokolonialistischer Einstellung verweigern, dass sie nicht die Pkw-Dichte der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht unseren Anteil an Fernsehern und Videorekordern anstreben sowie ihre Wohnungen nicht entsprechend heizen sollten?

Gleichzeitig steigen die Arbeitskosten. Aus diesem doppelten Effekt aus höheren Arbeitskosten und der weltweit gestiegenen Nachfrage ergibt sich ein in der Globalisierung bisher nicht bekannter Inflationsdruck, der anhalten wird. Es hat keinen Sinn, zu behaupten, dass die Änderung globaler Nachfrageniveaus und die massive Veränderung globaler Nachfragestrukturen quasi nationalstaatlich bekämpft oder ausgeschlossen werden können, oder zu versprechen, dass die nationale Politik Wirkungskraft dagegen entwickeln kann. Das kann sie nicht. Es ist falsch, das den Menschen in Deutschland zu verschweigen oder so zu tun, als ob man dagegen mit einem Konjunkturprogramm auf Pump angehen könnte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil mir an diesem Punkt sehr gelegen ist, will ich darauf noch einige Sätze verwenden, auch auf die Gefahr hin, dass ich langatmig werde.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch langatmiger!)

– War das, was ich bisher gesagt habe, nicht ernst zu nehmen, Frau Künast? Das entnehme ich Ihrem Zwischenruf.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, aber nicht neu!)

Wenn der Staat Fürsorgebereitschaft erklärt, ohne diese wirklich erfüllen zu können, weil das außerhalb seiner Reichweite oder seiner Möglichkeiten liegt, dann führt das zu unerfüllbaren Kompensationsversprechen.

Diese unerfüllbaren Kompensationsversprechen führen letztlich zu Enttäuschungen der Bürgerinnen und Bürger. Ich möchte den Sozialpsychologen Harald Welzer zitieren: Keine Demokratie der Welt kann dafür einstehen, wenn Ressourcen knapper und damit teurer werden; wenn sie

- die Politik -

Vertrauen erhalten will, muss sie paradoxerweise sagen, dass sie es nicht kann.

Im Übrigen liegt, so schmerzlich das sein mag, in diesem Preissignal die Lösung. Verhaltensänderung, Produkt- und Prozessinnovation im Sinne höherer Energieeffizienz, moderne Kraftwerkstechnik, Kraft-Wärme-Kopplung und Gebäudetechnik, also alles, was zu einer größeren Unabhängigkeit von Energieimporten führt, wird durch diese Preissignale ausgelöst. Das heißt, diese Signalwirkung des Preismechanismus sollten wir nicht durch Subventionen aushebeln.

Wie sollten wir auch, wenn der Preis für Rohöl wie ein Jo-Jo auf- und abgeht? Mal ist er bei fast 150 Dollar pro Barrel, jetzt liegt er unter 100 Dollar. Hätten wir darauf konkret die Steuer- und Ausgabenpolitik des Bundes innerhalb von wenigen Monaten einstellen sollen?

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das ist richtig!)

Was würden wir den Menschen an Subventionen versprechen, wenn der Barrelpreis für Rohöl eines Tages bei 170, 180 oder 190 Dollar liegt? Die berechtigte Frage, auf die wir eine Antwort finden müssen, ist, warum im Abwärtstrend die Benzinpreise nicht ebenso elastisch sinken, wie sie im Aufwärtstrend für die Verbraucher steigen?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ich will abschließend meine tiefe Skepsis gegenüber nationalen Konjunkturprogrammen in drei Argumenten schildern.

Erstens. Es ist nicht möglich, eine konjunkturelle Eintrübung, deren Ursachen eindeutig in globalen Preisschüben und Finanzmarktkrisen liegen, mit einem nationalen Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Wer das tut, verbrennt lediglich Steuergeld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wofür? Dafür, dass ein Konjunkturprogramm von zum Beispiel stattlichen 10 Milliarden Euro gerade einmal 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der deutschen Volkswirtschaft entsprechen würde? Das ist viel zu wenig, um selbst bei einer unterstellten 100-prozentigen Inlandsnachfrage oder Inlandswirksamkeit einen nachhaltigen Konjunkturreffekt auszulösen.

Zweitens. Jede Abkehr vom notwendigen Konsolidierungskurs, die mit einem Konjunkturprogramm verbunden wäre, würde zwangsläufig zu gegenläufigen Entwicklungen führen. Wir sind schließlich nicht die einzigen Akteure. Es wäre zu erwarten, dass wir die europäische Geldpolitik der EZB gerade angesichts des derzeitigen Inflationsdrucks zu einer noch restriktiveren Geldpolitik veranlassen könnten. Das heißt, je nach Ausmaß würde dieses Konjunkturprogramm vielleicht stärker belasten, als es beschleunigend wirken könnte. Dann hätten wir mit Zitronen gehandelt.

Drittens. Es wäre falsch, unseren bislang so erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs zu verlassen, um wieder ungebremst in neue Schulden mit einer Verletzung der Generationengerechtigkeit zu flüchten. Der konjunkturstabilisierende Gesamteffekt 2008 - daran will ich erinnern - aus der Initiative Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung einschließlich Elterngeld und Kinderzuschlag, der Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von zunächst 4,2 auf 3,3 Prozent sowie den Entlastungen der Wirtschaft durch eine Unternehmensteuerreform, beginnend mit dem 1. Januar dieses Jahres, beläuft sich immerhin schon auf 18 Milliarden Euro. Hinzu kommen Entlastungen für die Wirtschaft durch den Bürokratieabbau der Bundesregierung. Mit diesen konjunkturellen Entlastungen von über den Daumen gepeilt 20 Milliarden Euro im laufenden Jahr sind wir fast - nicht ganz: 0,8 bzw. 0,85 Prozent - in der Größenordnung dessen, was die Amerikaner gerade als Konjunkturprogramm vom Stapel gelassen haben. Die Größenordnung von 150 Milliarden US-Dollar entspricht ungefähr 1 Prozent des US-amerikanischen Bruttosozialproduktes. Wichtiger Unterschied ist allerdings:

Bei uns geht es vornehmlich nicht um einen kurzfristigen Konjunkturstimulus, sondern um die dauerhafte Stärkung des Wachstums.

Genauso wie jeder Privathaushalt kann auch der Staat jeden eingenommenen Euro nur einmal ausgeben. Es kommt deshalb auf eine ausgewogene Balance zwischen den drei Zielen Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, Investition in Zukunftsprojekte und gezielt solide, gegenfinanzierte Entlastungen für die Bevölkerung an. Mit anderen Worten kommt es auf eine gestaltende Finanzpolitik an, die Wirtschaftsförderung und die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten mit einer soliden Haushaltspolitik verbindet. Wesentliches Markenzeichen der Großen Koalition ist die solide Haushalts- und Finanzpolitik, die mit weniger Schulden auskommt und gleichzeitig mehr Investitionen in entscheidende Zukunftsfelder unserer Gesellschaft und Wirtschaft vornimmt.

Ich freue mich deshalb, dass der vorliegende Entwurf des Haushalts 2009 und der Finanzplan bis 2012 unsere gemeinsame und erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre seit Gründung der Großen Koalition fortsetzen und widerspiegeln. Das wichtige finanzpolitische Ziel der Großen Koalition, ab 2011 keine neuen Schulden mehr zu machen, rückt damit in greifbare Nähe.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

2009 sinkt die Nettokreditaufnahme mit 10,5 Milliarden Euro auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2010 wird sie mit 6 Milliarden Euro auf dem niedrigsten Stand seit 1974 liegen. 2011 soll der Haushalt ohne neue Schulden auskommen, und 2012 soll das strukturelle Defizit - das heißt, unter Herausrechnung von Einmaleffekten - auf Null sinken.

Der Regierungsentwurf 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288 Milliarden Euro vor. Das ist ein Wachstum von 1,8 Prozent. Dieser - ich sage mit Absicht: geringe - Ausgabenanstieg liegt, das ist eine zentrale Botschaft des Haushaltsentwurfs, deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Das ist

die Vergleichszahl. Das heißt, der Staat hält sich - anders, als man es gelegentlich entgegengehalten bekommt - weiter zurück. Die Staatsquote wird auch im nächsten Jahr weiter sinken. Sie liegt bereits in diesem Jahr unter der Staatsquote von Großbritannien, dessen angloamerikanisch ausgerichtetes Ordnungsmodell mir gelegentlich wie eine Monstranz entgegengehalten wird.

Das Gerede über die krakenhafte Ausdehnung des Staates in Deutschland ist allein interessegeleitet, (Beifall bei der SPD)

abgesehen davon, dass mir noch niemand eine angemessene Staatsquote wissenschaftlich bzw. objektiv definieren konnte. Auch im internationalen Vergleich kann ich keine Analogien erkennen. Es gibt Länder mit einer relativ hohen Staatsquote, die hoch erfolgreich sind, und es gibt Länder mit einer relativ niedrigen Staatsquote, die nicht minder erfolgreich sind. Warum wir alle uns dabei so verkämpfen und gelegentlich fast ideologische Gräben entstehen, ist mir nicht ganz klar.

Wichtig ist allerdings, dass sich ein Teil der Ausgabensteigerung aus Sondereffekten ergibt, die direkt gegenfinanziert sind. Sie wissen, dass wir aus dem Zertifikatehandel netto 600 Millionen Euro beziehen, mit denen wir Umweltschutz- und Klimaschutzmaßnahmen maßgeblich finanzieren können. Sie wissen auch, dass die Mehreinnahmen aus der Mauterhöhung eins zu eins in Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Einzelplan 12 des Kollegen Tiefensee fließen. Das sind also Maßnahmen, die eins zu eins gegenfinanziert sind. Wenn ich diesen Effekt herausrechnen würde, dann hätten wir es mit einer Ausgabensteigerung von 1,3 Prozent zu tun.

Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2012 wachsen die Ausgaben im Jahresdurchschnitt nur um nominal 1,5 Prozent. Wir sind, wie ich glaube, auf der sicheren Seite.

Das heißt zusammengefasst: Die Große Koalition steht für einen immer effizienteren und immer solider finanzierten Staat, der für seine Aufgabenerfüllung einen immer geringeren Anteil der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen - von seinen Steuerbürgerinnen und Steuerbürgern - beansprucht. Besonders freue ich mich, dass es trotz dieses verhältnismäßig geringen Ausgabenanstiegs gelungen ist, zusätzliche Belastungen wegzustecken. Ein Tarifabschluss über 2 Milliarden Euro ist schließlich nicht einfach en passant zu bewältigen. Die Frage, wie wir den jährlich um 1,5 Milliarden Euro steigenden Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung bewältigen, hat uns in den ersten Jahren ziemlich beschäftigt. Inzwischen können wir empirisch belegen, dass uns dies gelingen kann.

Ich weiß, dass um die Steuermehreinnahmen der letzten Jahre gerne Legenden gebildet werden, zum Beispiel die, dass der Bundesfinanzminister quasi wie Dagobert Duck in seinem riesigen Panzerschrank Milliarden an Golddukaten hortet, in denen er badet, und dass er sehr wohl über die notwendigen Mehreinnahmen verfügt, um damit zusätzliche Verteilungsspielräume zu erschließen. Da werden dem Staat von Politik und Medien gleichermaßen in einem Atemzug gigantische

Mehreinnahmen und eine bodenlose Abzocke der Bürgerinnen und Bürger unterstellt, um Erregungswellen oder von mir aus auch eine höhere Auflage zu produzieren. Aber bei genauem Hinsehen entpuppen sich die meisten dieser Berechnungen als ziemliche Milchmädchenrechnungen. (Jürgen Koppelin [FDP]: Sie können gut rechnen!)

Auf drei Beispiele will ich eingehen. Es ist eine Mär, dass der Staat an den Preissteigerungen bei Kraftstoffen verdient. Fakt ist: Die Steuerbelastung des Kraftstoffverbrauchs hat sich seit 2004 trotz der eminent steigenden Kraftstoffpreise kaum verändert. Für 2008 rechnen wir mit einem Steuermehraufkommen bei den Kraftstoffen in Höhe von 300 Millionen Euro. Damit wären wir auf dem Niveau von 2004. Es ist nicht der Staat, der bei den steigenden Benzinpreisen mit entsprechend sprudelnden Steuermehreinnahmen hinlangt. Es sind vielmehr Energiekonzerne, die die höchsten Quartalsgewinne in ihrer Geschichte oder Rekordsteigerungen im Jahresvergleich erzielen. Es ginge allen besser, wenn diese Konzerne einen Teil ihrer unglaublich hohen Zusatzgewinne über niedrigere Preise an die Konsumenten bzw. die Verbraucher zurückgäben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage mit Bedacht und mit Blick auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung: Das liegt auch im Interesse der betreffenden Konzerne.

Ich habe in diesem Zusammenhang allerdings nie verstanden, warum sich die Politik manchmal Schuhe anzieht, die gar nicht in ihrem Schrank stehen, und warum wir uns das anschließend um die Ohren hauen. Ich will festhalten: Entgegen der landläufigen Meinung ist das Aufkommen aus den Energiesteuern insgesamt, also nicht nur aus den Steuern auf Kraftstoffe und Heizöl, 2007 im Vergleich zu 2006 – nun halten Sie sich fest! – um 2,4 Prozent gesunken. Dieser Trend setzt sich erkennbar in den ersten Monaten des Jahres 2008 fort. Damit will ich unterstreichen: Die Wahrnehmung, dass es zusätzliche Verteilungs- oder Ausgabenspielräume gibt, ist falsch. Auch jeder Landesfinanzminister müsste das eigentlich wissen.

Genauso maßlos überzogen werden die Auswirkungen der sogenannten kalten Progression dargestellt.

Zwei Beispiele: Ein Single mit einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 25 000 Euro wird bei einer inflationsgetriebenen Einkommenssteigerung in Höhe von 3 Prozent mit weniger als 10 Euro pro Monat zusätzlich belastet. Bei einem Ehepaar mit einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 40 000 Euro sind es knapp 14 Euro pro Monat. Jetzt kommen wir auf den Punkt: Tatsächlich gibt es ein Begriffswirrwarr. Viele meinen nicht den inflationsgetriebenen Staubsaugereffekt zulasten der Nettoeinkommen, sondern den tarifbedingten Effekt. Das heißt, wir haben es im Tarifverlauf mit einer schnell wachsenden Grenzbesteuerung von mittleren Einkommen zu tun; das ist so. Aber dann sollten wir erstens in der politischen Aussage präziser werden. Zweitens halte auch ich das für ein Problem, dessen Beseitigung durch den sogenannten Mittelstandsbauch allerdings nicht unter 22 Milliarden Euro zu haben ist.



Wir müssen diese Dimension deutlich machen, aber auch, wie das finanziert werden soll. Einen solchen Einnahmeverlust ohne Verwerfungen annähernd zu verkraften, kann erst Thema werden, wenn wir im Bundeshaushalt nicht mehr auf Pump leben, also keine neuen Schulden machen. Mehr Netto für unsere Kinder, das ist meine Devise.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ähnliche Verzeichnungen gibt es übrigens bei der Entfernungspauschale. Sie wirkt sich wegen des Arbeitnehmerpauschbetrages in Höhe von 920 Euro für die Masse der Berufspendler, für alle mit bis zu rund 14 Kilometer Fahrstrecke, rein rechnerisch überhaupt nicht aus.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kaum jemand redet darüber. Von einer Wiedereinführung der Pendlerpauschale würde lediglich ein Siebtel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren. Zahlen müssten dafür allerdings alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das ist der Unterschied.

Worauf ich hinaus will, ist Folgendes: Führen wir uns selbst und die Bürger - auch in Wahlkämpfen - bitte nicht hinter die Fichte!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Löwenanteil der Steuereinnahmen resultiert aus der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt und aus dem höheren Wirtschaftswachstum. Mehr Beschäftigte als zuvor können nun Steuern zahlen. Die Unternehmen machen zudem höhere Gewinne. Das sind die Hauptquellen der Mehreinnahmen und nicht eine relativ höhere Belastung der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger. Anders ausgedrückt: Der Anteil der Steuern und Abgaben am Bruttoeinkommen ist von 1999 bis 2007 - also in den letzten fast zehn Jahren - nahezu für alle Bürgerinnen und Bürger, bezogen auf das gleiche Einkommen, gesunken. Dass es andere Faktoren gibt, die den Geldbeutel geschmälert haben, ist mir bewusst. Das erwähne ich, damit ich nicht für blauäugig gehalten werde. Das stelle ich auch nicht in Abrede. Aber hier tut Aufklärung not, welcher Anteil über Steuern und Abgaben generiert wird und welcher aus anderen Gründen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Möglichst rasch keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen, das ist das eine Ziel der gestaltenden Finanzpolitik. Das andere ist der Umbau der öffentlichen Ausgaben hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. Deswegen ist es richtig, dass wir nicht nur mit dem Bundeshaushalt 2009, sondern auch mit dem Finanzplan und dem laufenden Haushalt klare Schwerpunkte setzen.

Ich will aus Zeitgründen nicht alle erwähnen. Aber es ist eine bewusste Entscheidung der Großen Koalition, mehr für Forschung und Entwicklung zu tun,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und das Ziel, auf der Basis der Lissabon-Strategie den Anteil von Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3 Prozent zu steigern, nehmen wir nach wie vor sehr

ernst. Der Bundeshaushalt trägt dazu bei.

Es ist wichtig, dass wir unsere internationalen Zusagen bezüglich der Entwicklungshilfe einhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So ist es kein Wunder, dass wir zusätzlich zu den Steigerungen, die wir schon in den letzten Haushalten und im laufenden hatten, sage und schreibe 1,25 Milliarden Euro mehr allein für diese beiden Gebiete ausgeben.

Denjenigen, die die Steigerung bei der Entwicklungshilfe eher kritisch sehen, halte ich Folgendes entgegen:

Wenn wir nicht in der Lage sind, die Probleme der betroffenen Länder mit Entwicklungshilfe vor Ort zu lösen, dann wandern diese Probleme nach Europa und nach Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn jemand von der Opposition glaubt, dass all diese Ausgaben - ich könnte das mit denjenigen für Kinderbetreuung und Infrastruktur fortsetzen - nicht notwendige, jedenfalls gering zu schätzende Investitionen sind, dann steht er in der Bringschuld einer schlüssigen Begründung. Es reicht dann nicht der oppositionelle Reflex, es müsse schneller, radikaler und schneidiger konsolidiert werden. Vielmehr muss man sagen, ob man auf die Unterstützung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland durch diese wichtigen Zukunftsfelder verzichten will. Diese Begründung müssen Sie dann liefern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist mir deshalb wichtig, dass wir die doppelte Strategie beibehalten, im Schuldenabbau voranzukommen und gleichzeitig in den zentralen Themen wie Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Entwicklungshilfe, Forschung und Entwicklung und - soweit der Bund das mitzugestalten hat - berufliche Bildung sowie im Hochschulbereich das zu tun, was Zukunft für dieses Land erschließt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Von den ungefähr 160 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, die wir seit Gründung der Großen Koalition zu verzeichnen haben, sind ungefähr 55 Prozent in die Absenkung des strukturellen Defizits des Bundeshaushaltes geflossen. 12 bis 15 Prozent entfielen auf die Schwerpunkte, die ich eben genannt habe.

Mir ist durchaus bewusst, dass die zunehmenden Preissteigerungen trotz höherer Löhne in diesem Jahr viele Menschen ebenso belasten, wie sie das erfolgreiche Wirtschaften vieler Mittelständler erschweren. Da helfen nur solide gegenfinanzierte Entlastungen, aber keine Versprechen. Deshalb will ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass weitere gezielte und gegenfinanzierte oder gegenzufinanzierende Entlastungen im zweistelligen Milliardenbereich auf der Tagesordnung unserer Beratungen stehen.

Erstens die Familienförderung: Mit Blick auf den kommenden Existenzminimumbericht haben wir haushalterische Vorsorge für den Bund in Höhe von 1 Milliarde Euro in unserem Haushaltsplanentwurf getroffen. Das sind, auf den Gesamtstaat bezogen, Entlastungen

für die Familien von über 2 Milliarden Euro. Was allerdings die konzeptionelle Ausrichtung der Familienleistungen betrifft, so gibt es aus meiner Sicht noch Beratungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte an meiner Auffassung fest - sei es auch, dass ich in einer kleinen, aber feinen Minderheit bin -, und die jüngste repräsentative Umfrage, die meinem Ministerium vorliegt, bestärkt mich in meiner Grundhaltung.

Mit großem Abstand wünschen sich die Menschen einen weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Dies ist ihnen wichtiger als Kindergeld.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans

Peter Thul [CDU/CSU] - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Damals haben Sie noch gesagt:

Mehr Netto für Kinder!)

Auf die Frage, ob wir 25 000 zusätzliche Kindergärtnerinnenstellen

- nach Lage der Dinge weniger Kindergärtnerstellen

- finanzieren oder das Kindergeld um

10 Euro erhöhen sollen, antworten 80 Prozent der Bevölkerung,

dass sie für die Einstellung von 25 000 Kindergärtnerinnen sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der LINKEN - Volker Kauder [CDU/CSU]:

Irrtum! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Mehr Netto für Familien!)

Ich will an dieser Stelle - auch auf die Gefahr hin, dass sich da Meinungsverschiedenheiten auftun - einen anderen Punkt nicht verschweigen: So schnell bekommen Sie mich nicht da hin, dass es einfach nur um eine Erhöhung des Kinderfreibetrages geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielmehr bin ich der Auffassung, dass jedes Kind Vater Staat gleich viel wert sein muss. Das ist über den Kinderfreibetrag nicht gewährleistet.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans

Peter Thul [CDU/CSU])

Mein Ministerium hat deshalb die Idee eines Kindergrundfreibetrages geprüft, mit dem wir diese Ungerechtigkeit beseitigen wollen. Denn nicht der Kinderfreibetrag, sondern ein Kindergrundfreibetrag stellt sicher, dass jedes Kind steuerlich gleich viel zählt. Das ist für mich eine Gerechtigkeitsfrage.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir haben dort einen Beratungsbedarf, aber wir sind uns in der Tendenz im Lichte des Existenzminimumberichtes über das Ob einig.

Die zweite Entlastungsmaßnahme wird die uns vom Bundesverfassungsgericht aufgetragene bessere steuerliche Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen sein. Diese wird sich natürlich nicht alleine auf die Mitglieder der privaten Krankenversicherungen erstrecken können, weil sonst eine Unwucht darin wäre; das wird sich vielmehr auch auf die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherungen erstrecken müssen.

Wir reden in diesem Zusammenhang immerhin über eine Entlastungsmaßnahme in Höhe von - halten Sie sich fest! - 8 bis 9 Milliarden Euro. Wir planen, nur einen vergleichsweise geringen Anteil dieser Entlastungen durch Belastungen an anderer Stelle gegenzufinanzieren, weil ich in der Tat verhindern möchte, dass einzelne

Bürgerinnen und Bürger, die vielleicht nur eine geringe Entlastung haben, plötzlich quasi durch die Hintertür an der Gegenfinanzierung mitbeteiligt sind und belastet werden.

Drittens steht eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung in Rede. Über die Höhe der weiteren Absenkung wird zu reden sein. Sie darf in meinen Augen nicht so weit gehen, dass darunter die Erfüllung der eigentlichen Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit leidet, nämlich Dienstleistungen für Arbeitslose zu erbringen und Arbeitslose zu fördern. Ich möchte auf Dauer die Situation vermeiden, dass der Bund je wieder ein Darlehen oder einen Zuschuss an die Bundesagentur geben muss.

(Beifall bei der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wollen wir auch!)

Ich halte übrigens den klagenden Arbeitgeberorganisationen vor, dass sie so tun, als ob der jetzige Mechanismus zwischen Bundeshaushalt und Bundesagentur des Teufels bzw. verfassungsrechtlich dubios sei. Als der Bund eingezahlt hat, war das für die Arbeitgeber nicht dubios. Da haben sie das Geld gerne mitgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will daran erinnern, dass der Bund Zuschüsse - leider Gottes waren das keine Darlehen; sonst könnte ich die Rede jetzt abbrechen - in Höhe von 40 Milliarden Euro gezahlt hat. Das waren im Jahresdurchschnitt 4 Milliarden Euro. Das ist eine ungeheuer Summe, und da hat sich kein einziger Arbeitgeber darüber aufgeregt, dass es einen solchen Beitrag zugunsten der Bundesanstalt bzw. der Bundesagentur gegeben hat.

Viertens wird die vom Kabinett bereits beschlossene Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu einer Entlastung von 230 Millionen Euro führen. Fünftens könnte ich mir vorstellen, dass die Erhöhung des Wohngeldes vorgezogen wird, um dazu beizutragen, dass die deutlichen Energiepreissteigerungen gerade von Bedürftigen leichter getragen werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sechstens laufen bereits Ressortgespräche nicht nur über eine Vereinfachung, sondern auch über eine weitere Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Dienstleistungen in den privaten Haushalten. Das ist nicht wenig, aber es wird darauf ankommen, dass das solide gegenfinanziert wird.

Zum aktuellen wirtschaftlichen Umfeld gehört auch die globale Finanzmarktkrise. Ich werde kaum eine Rede zur Einbringung des Haushalts halten können, die nicht auf dieses Thema eingeht. Diese Finanzmarktkrise ist sehr ernst und weitreichend und belastet selbstverständlich auch Deutschland. Um wie viel schwerer allerdings die Auswirkungen sein können, zeigt uns ein Blick in die USA und nach Großbritannien, wo Hypothekenfinanzierer zusammenbrechen und weitere Finanzinstitute in existenzielle Nöte gekommen sind. Ausgerechnet in den traditionell marktwirtschaftlich geprägten angelsächsischen Ländern wussten sich die Verantwortlichen nicht anders als mit Verstaatlichung zu helfen.

(Jörg Tauss [SPD]: Interessant!)

Ich habe mir mehrfach vorgestellt, was wohl passiert wäre, wenn ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister in Deutschland für die Verstaatlichung einer Bank eingetreten wäre.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im Falle von Northern Rock - das war der erste Fall -, aber auch mit einer gewissen zeitlichen Abfolge bei Fannie Mae, Freddie Mac und Bear Stearns konnte der Zusammenbruch nur noch durch eine Quasiverstaatlichung - die Amerikaner nennen das Conservatorship, was ich recht witzig finde, weil dieser Begriff ganz gut umschreibt, was dort stattfindet - abgewendet werden. Dadurch sind die britischen und die amerikanischen Steuerzahler zu 100 Prozent in Haft genommen worden. Ich bin sehr froh, dass wir das in Deutschland haben verhindern können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Übrigen fällt mir auf, dass in dem einen Fall, nämlich dem der USA, die milliardenschweren Rettungsaktionen der Regierung als Beleg für die Tatkraft und Handlungsfähigkeit der Regierung gelobt werden, während in dem anderen Falle, nämlich in Deutschland, vornehmlich von Vernichtung von Steuergeldern und dem vollständigen Versagen der Verantwortlichen die Rede ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Also: Entweder oder. Diese Beliebigkeit, nämlich den kritischen Standpunkt chamäleonhaft zu wechseln, trägt nicht zum Erkenntnisgewinn bei.

Das US-Budgetdefizit wird auf 4,2 Prozent steigen. Wir müssen damit rechnen, dass darüber die globalen Ungleichgewichte weiter wachsen. Dabei geht es um ein Staatsdefizit der USA von sage und schreibe 600 Milliarden US-Dollar. Mit Lehman Brothers ist gestern die viertgrößte Bank der USA in die Insolvenz gegangen. Die Rettungsversuche über das Wochenende sind gescheitert, weil in diesem Fall die amerikanische Regierung nicht mehr bereit gewesen ist, mit öffentlichem Geld zu helfen. Weitere Institute in den USA, Banken wie Versicherungen, stehen unter einem erheblichen Druck. Das, was dort im letzten halben Jahr stattgefunden hat, ist unfassbar. Vor einem halben Jahr gab es noch fünf oder sechs große Investmentbanken; heute gibt es nur noch zwei.

Obwohl diese Finanzmarktkrise zweifellos das größte konjunkturelle Risiko auch für die deutsche Volkswirtschaft darstellt, halte ich die möglichen Auswirkungen auf uns auch nach allen Erkundigungen, insbesondere nach Gesprächen mit dem Bundesbankpräsidenten und mit der Bankenaufsicht, für begrenzt. Nach den uns vorliegenden Informationen bewegen sich die finanziellen Engagements deutscher Kreditinstitute bei der Lehman Brothers Holding, die einen Antrag auf Gläubigerschutz gestellt hat, in einem überschaubaren Rahmen und sind verkraftbar. Sie wissen, dass die europäischen Zentralbanken gestern Mittag sehr schnell mit Liquidität geholfen haben. Zehn große Banken haben einen Liquiditätsschirm von 70 Milliarden Euro gespannt. Die Rückmeldungen der deutschen Kreditinstitute lauten, dass der Tag gestern weitgehend stressfrei verlaufen ist.

Es gibt keinen Anlass - das sage ich sehr bewusst -, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln. Die Widerstandsfähigkeit der deutschen Kreditinstitute ist deutlich besser geworden. Ich füge hinzu: Das deutsche Universalbankensystem hat sich als robuster und resistenter herausgestellt als das amerikanische Bankensystem.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dort landet man jetzt bei dem Konstrukt von Universalbanken, das wir längst haben.

In den USA sind die Kreditkonditionen seit Ausbruch der Krise natürlich deutlich verschärft worden. Das wird auch in Europa stattfinden, auch in Deutschland. Aber insgesamt ist das Kreditwachstum in Europa - das ist keine schlechte Nachricht - kaum beeinträchtigt. In Deutschland verdanken wir dies nicht zuletzt - darauf will ich ein paar Worte verlieren - den Sparkassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Roland Claus

[DIE LINKE])

Die deutschen Sparkassen haben trotz eingetrübter Konjunktur und Finanzkrise im ersten Halbjahr sogar wesentlich mehr Kredite an Unternehmen vergeben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die hierdurch erzielte Stabilität ist ein Vorzug des häufig gescholtenen Drei-Säulen-Modells in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb unterstreiche ich hier noch einmal, dass ich den öffentlich-rechtlichen Charakter der Sparkasse in Deutschland für einen Standortvorteil halte - im Sinne des Wettbewerbs, im Sinne der Mittelstandsfinanzierung, im Sinne der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und der Flächenversorgung mit Finanzdienstleistungen, die nicht einer Gewinnmaximierungsstrategie unterliegen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss auch für die Landesbanken gelten!)

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen gehören zur Rechts- und Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind im europäischen Vertragsrecht und durch zwischenzeitliche Verständigung mit der Kommission abgesichert. Deshalb sage ich: Auch nur die indirekte Gefährdung dieses Status wird die Bundesregierung nicht hinnehmen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will ich in dieser Passage - einen Zwischenruf aufgreifend - auch nicht meine Enttäuschung darüber verhehlen, dass es bisher nicht zu einer weiteren Konsolidierung bei den Landesbanken gekommen ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Diese Konsolidierung wird ohne die Option, sich auch für privates Kapital zu öffnen, nicht funktionieren. Deshalb unterscheide ich hier zwischen den Sparkassen und den Landesbanken.

Es kann umgekehrt allerdings nicht sein, dass die Sparkassen als Rückgrat des deutschen Mittelstandes möglicherweise dafür in Mitleidenschaft gezogen werden,

dass es zur rechten Zeit auch aus politischer Kurzsichtigkeit nicht zu einer horizontalen Fusion bei den Landesbanken gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit etwas mehr politischer Weitsicht hätten wir heute nicht die Probleme mit der Europäischen Kommission, auch nicht im Fall der WestLB. Was wir auf den Finanzmärkten erleben, ist atemberaubend und zerstört bei vielen Menschen den Glauben an die Integrität und Stabilität des Finanzsektors. Ich bin darauf und auf die Notwendigkeit, auf internationaler Ebene eine stärkere und effektivere Regulierung zu verankern, in einer Regierungserklärung im Februar oder im März eingegangen, sodass ich mir hier weiter gehende Bemerkungen sparen möchte, obwohl die Wucht und die Komplexität dieses Themas eigentlich eine intensivere Beschäftigung verlangen.

Helmut Schmidt benutzte anlässlich seiner Rede zum 90. Geburtstag von Berthold Beitz in der Villa Hügel im Jahr 2003 erstmals den Begriff des Raubtierkapitalismus. In der Tat sind Exzesse, Zügellosigkeit und maßlose Übertreibungen festzustellen, die den Finanzdienstleistungssektor nachhaltig beschädigen können.

Das sollte allerdings nicht mit Häme oder mit einem plumpen antikapitalistischen Reflex kommentiert werden, weil dieser Finanzdienstleistungssektor inzwischen nicht nur selber ein enormer Wirtschaftsfaktor ist, sondern auch von entscheidender Bedeutung für die große und starke Realwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Wir haben ein massives Interesse an einem wettbewerbsfähigen, tüchtigen, gut aufgestellten Finanzsektor. Daran sollte vor dem Hintergrund der Betrachtung der jetzigen Krise kein Zweifel auftauchen. Allerdings sind umgekehrt auch die Apologeten einer rigiden Marktwirtschaft widerlegt worden. Erkennbar ist der Markt alleine nicht in der Lage und nicht befähigt, spekulative Zügellosigkeit mit einem selbstzerstörerischen Charakter zu verhindern oder einzudämmen.

(Beifall bei der SPD)

In der Rede auf Berthold Beitz führte Helmut Schmidt aus:

In den 90er Jahren haben private Habgier und Rücksichtslosigkeit, Machtgier und auch Größenwahn einen allzu großen Einfluss auf das Verhalten mancher Manager ausgeübt – nicht bloß in den USA, sondern auch bei uns. Undurchsichtige Bilanz- und Finanzkunststücke und sagenhafte Selbstbereicherung sind leider ziemlich häufig und ziemlich marktgängig geworden.

Ich habe dem nichts hinzuzufügen – außer der Tatsache: Es war diese Bundesregierung, die während unserer G-7-Präsidentschaft, während unserer EU-Präsidentschaft vor der Finanzmarktkrise, beginnend mit dem Jahr 2007, als Erste das Thema einer stärkeren Regulierung, der Einführung von Verhaltenskodexen und anderer Maßnahmen auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich kann mich an meine Enttäuschung erinnern, als damals der anglo-amerikanische Sektor sowohl anderen Mitgliedern des Kabinetts - an der Spitze die Bundeskanzlerin - wie auch mir gegenüber dem bei den einschlägigen Veranstaltungen gelinde und höflich ausgedrückt sehr reserviert gegenübergestanden hat.

Ich will auf weitere Vorschläge mit Blick auf das Financial Stability Forum und auf die Debatte des jüngsten Finanzministerrats, Ecofin, in Nizza nicht weiter eingehen; Sie sollten nur wissen: Da sind die ersten Schritte gemacht worden, um in Europa eine Gruppenaufsicht für grenzüberschreitende Banken- und Versicherungsgruppen einzuführen. Also: Auch im Bereich der Aufsicht geht es schrittweise voran. Ich will gar nicht ausschließen, dass am Ende dieser Entwicklung eines Tages eine europäische Aufsichtsbehörde für Wertpapiere, Versicherungen und Banken steht.

Ich wage zu behaupten, dass wir in Deutschland weit stärker von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen worden wären, wenn wir die Hände in den Schoß gelegt hätten und die IKB sehenden Auges in die Insolvenz hätten gehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

In den entscheidenden Situationen, wo es darum ging, darüber zu entscheiden, gab es keine ernstzunehmende Stimme, die nicht dazu geraten hat, die IKB zu retten, weil die Risiken für den gesamten deutschen Finanzmarkt zu groß gewesen wären und vor allen Dingen ausländische Akteure auf unseren Märkten nachhaltig verunsichert worden wären.

Die Verstaatlichung wie in Großbritannien oder wie in den USA kam nicht infrage. Auf der anderen Seite mussten wir befürchten, dass eine Insolvenz der IKB zu gefährlichen Dominoeffekten führen würde, nicht zuletzt wegen der Verbindlichkeiten bei ihr. 25 oder 26 Milliarden Einlagen - was wäre denn im Rahmen eines Insolvenzverfahrens mit denen passiert? Es waren institutionelle Anleger dabei, vielleicht eine Sparkasse aus Ihrem Wahlkreis, vielleicht eine Raiffeisen-Volksbank aus Ihrem Wahlkreis, vielleicht eine gesetzliche Krankenversicherung. (Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Nicht nur vielleicht!)

- Ich meine: vielleicht in Ihrem Wahlkreis.

(Heiterkeit - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Der Kalb ist ein sehr guter Wahlkreisabgeordneter!)

Das heißt, wir hätten erhebliche Auswirkungen mit Blick auf diese Verbindlichkeiten, auf die Kreditkonditionen für die Wirtschaft und auf die Refinanzierungsbedingungen für andere Institute auf breiter Front gehabt.

Das alles wäre den Steuerzahler teurer zu stehen gekommen als das, was wir gemacht haben. Vor dem Hintergrund bin ich froh darüber, dass die KfW die IKB verkaufen konnte. Die beiden beteiligten Häuser, das Wirtschaftsministerium des Kollegen Glos und mein Haus, sind gern bereit, den Ausschüssen zu diesem Verkaufsvorgang weiter zu berichten.

Wer das Morgen nicht bedenkt, wird Kummer haben, bevor das Heute zu Ende geht. - Das ist ein Satz von Konfuzius, den er den einzelnen Menschen mitgegeben hat, damit sie auf ihrem Lebensweg edler werden. Für



den Finanz- und Wirtschaftspolitiker bedeutet diese Weisheit, dass er, wenn er zukunfts-feste Politik für sein Land machen möchte, gelegentlich über den eigenen Tellerrand hinausschauen und sich einen Eindruck davon verschaffen muss, was eigentlich um ihn herum passiert. Angesichts der beeindruckenden Dynamik, die ich bei meinen Reisen, übrigens auch unter Begleitung von Abgeordneten dieses Hauses, beobachten kann, hat sich mein Eindruck verstärkt, dass wir Zeugen einer massiven, von der Globalisierung getragenen Neuverteilung des weltweiten Wohlstands sind. Dies sagen wir den Menschen in Deutschland zu wenig und zu selten. Die Globalisierung ist irreversibel. Wir müssen sie annehmen, allerdings mit dem Anspruch, sie mit zu gestalten. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht uns angucken! Gucken Sie ein bisschen mehr nach links!)

Wir können sie umso besser mit gestalten, je größer das Gewicht Deutschlands sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Sicht in der internationalen Szene ist. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich kann mir in diesem Zusammenhang übrigens schwer vorstellen, dass das Zentralkomitee der chinesischen kommunistischen Partei von der Forderung der Linkspartei sehr beeindruckt wäre, das Rad der Globalisierung anzuhalten. Das glaube ich nicht.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Das macht doch keiner! Das sagen wir doch nicht!)

Dank der Globalisierung haben inzwischen Milliarden von Menschen gerade in den Schwellenländern die Chance, sich zum ersten Mal aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien und sich einen eigenen Wohlstand aufzubauen. Dadurch wächst der weltwirtschaftliche Kuchen. Es geht nicht darum, den bestehenden Kuchen neu zu verteilen, sondern es geht darum, diesen Kuchen größer zu machen. Für uns Deutsche bedeutet dies, dass sich uns erhebliche Chancen eröffnen. Die Zahlen in diesem Zusammenhang sind eindrucksvoll: Allein in China zählen mittlerweile 200 Millionen Menschen zur Mittelschicht. Schätzungen gehen davon aus, dass es in den nächsten zehn Jahren 700 Millionen Menschen sein werden, die eine entsprechende Kaufkraft haben werden.

Auch deshalb bin ich der Meinung, dass die mittel- bis langfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft deutlich besser sind, als die Skeptiker dies täglich ausweisen. Für uns bedeuten die globalen Trends eben nicht nur steigende Preise für Rohstoffe und Energie. Aufgrund des steigenden Wohlstandes in den Schwellenländern bedeuten sie auch mehr Nachfrage nach Hochtechnologie und vor allem nach allen Verfahren und Produkten, die zu einer Entkopplung von Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf der einen Seite und Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite beitragen. Wer ist dort gut aufgestellt? Deutschland. Also sollten wir diese Chancen nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Voraussetzung ist, dass wir uns auf Stärken rückbesinnen, die wir über Jahrzehnte hatten, in den ostdeutschen Ländern ebenso wie in den westdeutschen Ländern. Ich meine damit den Willen, etwas aufzubauen,

gründlicher und zuverlässiger zu arbeiten als andere und darüber auch den Spaß und die Freude an Neuem und an Veränderungen nicht zu verlieren. Das sind Tugenden, die uns über Jahrzehnte - wenn nicht über Jahrhunderte - ausgezeichnet haben und die wir aus meiner Sicht heraus pflegen müssen, wenn wir als 80-Millionen-Volk in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft mit mehreren Milliarden Menschen nicht nur bestehen, sondern unseren Wohlstand halten und möglichst steigern wollen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was angesichts der Globalisierung, der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft und nach wie vor knapper öffentlicher Finanzen gewiss kein Zukunftsversprechen birgt, ist eine Haltung, nach der das Wachstum der Wirtschaft etwas Urwüchsiges und Automatisches zu sein scheint, von dem alle gern profitieren, allerdings ohne sich über die Voraussetzungen dazu Gedanken zu machen. Vielleicht sollte man nicht nur auf die Verteilungsseite gucken. Vielleicht sollte man auch einmal auf die Erwirtschaftungsseite schauen.

Das Bild von dem Boot, in dem wir alle sitzen, ist - wie ich weiß - überstrapaziert, aber nicht falsch. Das Problem ist, dass unser Boot nicht auf einem stehenden, ruhigen Gewässer schwimmt, sondern in einer sehr dynamischen Strömung. Sobald wir aufhören zu rudern, werden wir - ob wir es wollen oder nicht - von der Strömung zurückgetrieben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass unser Boot - will sagen: unsere Gesellschaft - dabei auch Zerreißproben unterworfen werden kann. Vernünftige Antworten auf die beschriebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen sind mit Sicherheit nicht im Populismus, in einer Realitätsverweigerung, in einer internationalen Isolierung unseres Landes oder in der Flucht in die alten Kategorien des Nationalstaates zu finden. Ich sehe mir die Politikangebote der Linkspartei zu Wirtschaft und Finanzen - soweit diese überhaupt vorliegen - an. Sie haben ja kein Programm.

(Widerspruch bei der LINKEN)  
- Nein, das haben Sie nicht. Ich kenne kein Programm der Linkspartei. Wenn ich mir dieses Politikangebot ansehe, dann bemerke ich: Die Linke verfolgt eine antike nationalökonomische Vorstellung als Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Ihre protektionistischen Vorstellungen laufen für ein Land wie Deutschland, das sage und schreibe 40 Prozent seiner Wirtschaftsleistungen in Außenwirtschaftsbeziehungen generiert, auf den Verlust von Wohlstand hinaus.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In der Sozialpolitik verfolgt die Linkspartei einen Sozialstaatskonservatismus, der einerseits Millionen von Menschen nur als Opfer in einer allumfassenden Alimentation gefangen hält, der andererseits ohne erhebliche Belastungen auch und gerade einer noch solidaritätsbereiten Mittelschicht nicht zu finanzieren ist.  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Linkspartei hat ein Menschenbild, nach dem es

nur kleine, nur schwache und nur arme Menschen gibt, denen mit gigantischen Staatsprogrammen in jeder Lebenslage geholfen werden muss. Dieses Bild nimmt den Menschen ihre Würde. Dieses Menschenbild macht die Menschen zu Bittstellern, zu Abhängigen und zu Verlierern. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die haushalts- und finanzpolitischen Positionen der Linkspartei stehen allen Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen - vor allem im Interesse einer größeren Generationengerechtigkeit - diametral entgegen. Die von ihr vorgelegten finanzpolitischen Vorschläge führen zu Mehrbelastungen von über 150 Milliarden Euro. Zum Ausgleich soll, glaube ich, mal eben auch der Rentenversicherungsbeitrag auf 28 Prozent erhöht werden.

(Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Das entspräche 60 Prozent des Gesamtvolumens des Haushaltes, den wir vorlegen. All das geht aus den Vorschlägen hervor, die mir von Ihnen bekannt geworden sind. Selbstredend ließe sich das nicht über eine noch so konfiskatorische Reichensteuer finanzieren. Nein, das liefe auf eine auch im internationalen Vergleich leistungsfeindliche Steuer- und Abgabenbelastung selbst für die untere Mittelschicht hinaus.

Ich will im Rahmen dieser Rede deutlich unterstreichen, meine Damen und Herren, dass meine Partei, die SPD, nicht linkspopulistischen Vorgestirten die Deutungshoheit über das überlässt, was zeitgemäße Politik ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Eduard Oswald [CDU/CSU]:

Diese Passage muss auch der Frau Ypsilanti übermittelt werden!)

Wir stehen für eine Politik, die gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und den Zusammenhalt dieser Gesellschaft gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Und in Hessen?)

Folgendes unterscheidet uns fundamental von der Linkspartei:

Wir wollen freie, selbstbewusste und solidarische Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Wir sehen die Menschen nicht als Opfer der Globalisierung oder eines anonymen internationalen Finanzkapitals, sondern wir sehen die Menschen als Bürger, denen bei der Bewältigung der Veränderungen so geholfen werden muss, dass sie befähigt werden, mit dem Wandel fertig zu werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Volker Kauder [CDU/CSU]:

Sagen Sie das einmal Frau Ypsilanti!)

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen über eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist und bleibt das Markenzeichen der Großen Koalition. Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass wir bei diesem Langlauf einen guten Zwischenstand erreicht haben. Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, die bisher erzielten Konsolidierungserfolge nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen; denn die Menschen wissen aus ihrem privaten Umfeld und aus ihrer privaten Erfahrung: Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben, und

niemand kann sich auf Dauer mehr leisten, als er vorher geleistet hat, und kein Unternehmen kann sich auf Dauer erfolgreich am Markt behaupten, wenn die finanziellen Spielräume für notwendige Investitionen durch immer größere Zinslasten aufgefressen werden.

Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, eine Umkehr bei der Neuverschuldung zu bewerkstelligen. Aber wie können wir sicherstellen, dass dieser Weg dauerhaft eingeschlagen bleibt? Können wir uns allein auf die Einsicht von uns selbst und von der Gesellschaft verlassen?

Ich bin da skeptisch; denn wie illustre Steuerentlastungskonzepte der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zeigen, müssen wir immer damit rechnen, dass ein politischer oder gesellschaftlicher Konsens durch die Mobilisierung von Partikularinteressen ausgehebelt wird. Deshalb plädiere ich dafür, dem Staat eine neue klare grundgesetzliche Regelung für seine Kreditaufnahme aufzuerlegen.

Ich plädiere für die Einführung einer Schuldenbremse, indem der jetzige Art. 115 mit seinen Schwächen in den Anreiz- und Sanktionsmechanismen ersetzt wird. Ich betone, damit kein Missverständnis, insbesondere vor dem Hintergrund des Budgetrechtes des Parlamentes, aufkommt: Es geht nicht darum, das Budgetrecht des Parlamentes zu beschneiden und staatlichen Gestaltungsanspruch aufzugeben, sondern es geht im Gegenteil darum, die Handlungsfähigkeit des Staates und des Parlamentes zu steigern.

Ein solches Projekt kann nur eine Große Koalition bewerkstelligen – niemand sonst. Wir können also, indem wir unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wahrnehmen, etwas leisten, auf dem diese in den nächsten Jahrzehnten aufbauen und auf das wir stolz sein können. Es sollte uns allen eine Verpflichtung sein, dieses große Projekt im Rahmen der Föderalismusreform II in dieser Legislaturperiode zu einem guten Abschluss zu bringen.

(Beifall der Abg. Joachim Poß [SPD] und Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Eine gestaltende und Zukunft gewinnende Finanzpolitik lässt sich natürlich nicht nur nach Adam Riese gestalten; sie folgt auch politischen Gestaltungsansprüchen. Aber kein Rechenwerk, auch nicht dieser Haushalt, kommt am Ende ohne Adam Riese aus. Wenn der dicke Strich unter alles gezogen wird, dann gibt es kein Ausweichen mehr. Dann gilt vielmehr: Soll oder Haben, Plus oder Minus. Dann wird das Jonglieren mit ungedeckten Schecks zur Finanzierung von Wunschlisten ziemlich schnell entzaubert. Dann erklärt sich die Finanzpolitik auch arithmetisch. Es erfüllt mich deshalb mit einer gewissen Genugtuung, dass die Bundesregierung den Kurs, ab 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, bestätigt und fortsetzt. Das ist die einzige Null, auf die wir in dieser Großen Koalition gemeinsam stolz sein sollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält der Kollege Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Bundeshaushalt in dieser Legislaturperiode, der beraten und auch verabschiedet wird. Insofern erlauben Sie mir, nicht irgendwelche Zeitungsüberschriften zu zitieren, sondern in den Koalitionsvertrag - -

(Unruhe auf der Regierungsbank - Dirk

Niebel [FDP]: Jetzt redet die Opposition, liebe Regierung! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:

Haben wir noch ein Parlament, oder was? Das ist die Arroganz der Macht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es wäre ja vielleicht doch ganz schön, wenn wir jetzt wieder zu einer geordneten Debattenstruktur zurückkehren könnten und wenn die gleiche Aufmerksamkeit, die die Regierungsbank dem Finanzminister gewidmet hat, auch dem ersten Sprecher der Opposition zugute käme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bitte schön, Herr Kollege Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt nicht Zeitungsüberschriften zitieren wie der Bundesfinanzminister, sondern aus dem Koalitionsvertrag. Dort heißt es - im November 2005 von den Koalitionsfraktionen beschlossen; die CSU soll auch dabei gewesen sein -:

Unsere Haushaltspolitik wird konsequent sparsam sein. ... Alle Ausgaben stehen auf dem Prüfstand.

... Wir brauchen einen Neuanfang in der Haushaltspolitik

...

Schön wäre es ja gewesen.

Der Herr Vizekanzler befindet sich gerade in einem intensiven Gespräch; sonst hätte ich ihm noch ein Zitat aus der Regierungserklärung von Gerhard Schröder 1999 mit auf den Weg gegeben:

Alle Ausgaben ... müssen auf den Prüfstand. Der Staat muß zielgenauer und ... wirtschaftlicher handeln.

(Jörg Tauss [SPD]: Was ist falsch daran?)

Sparhaushalte wollte diese Große Koalition vorlegen; doch davon ist weit und breit nichts zu sehen. Sparhaushalt ist bei Ihnen, um es einmal sehr deutlich zu sagen:

Die Ausgaben steigen kräftig, und wir nehmen weiter Schulden auf. Das nennen Sie Sparhaushalt. Das ist genau das, womit Sie uns 2009 beglücken wollen. Der

Bundeshaushalt 2009 sieht weiterhin Schulden vor, und Sie steigern die Ausgaben, und zwar um 5,2 Milliarden Euro; die neuen Schulden betragen 11 Milliarden Euro - und das, obwohl Sie beim Bürger ordentlich abkassiert haben, mit Mehrwertsteuer, Pendlerpauschale usw. Fast jeder Bürger hat das erleiden müssen. Außerdem haben Sie durch die gute Konjunktur erhebliche Steuermehreinnahmen.

Um es ganz einfach zu sagen - das kann jeder Bürger nachvollziehen -: Am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün nahm der damalige sozialdemokratische Finanzminister 31 Milliarden Euro neue Schulden auf. Inzwischen haben Sie 50 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen pro Jahr. Da müsste doch etwas übrig sein. Aber nein, Sie nehmen weiter Schulden auf und erhöhen die Ausgaben. Da stimmt doch irgendetwas nicht; das kann

doch jeder nachrechnen.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Fehler, der Fehler dieser Koalition, ist: Sie hätten sich vielleicht einmal darauf besinnen sollen, zu einem Staat der Bescheidenheit zurückzukommen und auf der Ausgabenseite zu streichen; aber das haben Sie nicht getan, sondern Jahr für Jahr neue Schulden aufgenommen.

Ich will die Zahlen einmal deutlich machen: Allein für den Bundeshaushalt, 2009 einbegriffen, hat diese schwarz-rote Koalition 64 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen, und Sie wollen auch im nächsten Jahr noch neue Schulden aufnehmen, ebenso im Jahr 2010. Dem sozialdemokratischen Finanzminister muss man dann doch ins Stammbuch schreiben, dass die sozialdemokratischen Finanzminister Lafontaine, Eichel und Steinbrück in zehn Jahren 280 Milliarden Euro Schulden aufgenommen haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Gehen wir mal noch weiter zurück!)

Herr Bundesfinanzminister, Sie sind mehrfach darauf zu sprechen gekommen - teilweise war das ja richtig -, ob das gerecht oder ungerecht war. Darauf sage ich: 280 Milliarden Schulden, ist das für die kommenden Generationen gerecht oder ungerecht? Das ist eine Hypothek, die wir aufgenommen haben. Wir alle sind verantwortlich; auch als die FDP in der Koalition war, wurden Schulden aufgenommen.

(Jörg Tauss [SPD]: Oh ja! Wie waren die Zahlen?)

- Entschuldigung, Herr Kollege, da würde ich nicht so dazwischengrölen. Das ist eine Riesenhypothek für kommende Generationen. Nicht Sie werden das abzahlen, sondern die junge Generation durch hohe Steuern und Abgaben.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Problem, und das ist unsere Verantwortung. Das ist eine Hypothek. Deswegen hätten wir von den vielen Schulden herunterkommen müssen.

Ihnen, Herr Kollege Tauss, ist, wenn Sie nur dazwischenkrakeelen, anscheinend gar nicht bewusst, dass auch in diesem Bundeshaushalt wieder über 42 Milliarden Euro nur für Zinsen vorgesehen sind.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja! Ihre Zinsen!)

Das ist doch Geld, das wir anderweitig verbrauchen können. Wir brauchen nicht die Fortsetzung des Solis im Bereich Bildung; wir brauchen die Zurückführung der Schulden und die Verminderung bei den Zinsen. Dann haben wir Geld für die Bildung, und dann sind wir wieder bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Das Ganze erinnert mich so ein bisschen - das würde ich gern der Kollegin Künast sagen; ich sehe sie gerade nicht - an die Sektsteuer. Die Sektsteuer wurde zur Finanzierung der kaiserlichen Marine eingeführt. Inzwischen ist die kaiserliche Marine dreimal abgesoffen; aber die Sektsteuer haben wir immer noch. So etwas bleibt; man lässt sich immer neue Ideen einfallen, so auch beim Soli. Dazu sage ich: Der Soli muss weg.

Herr Minister Steinbrück, Sie sagen hier - das hört sich ja nett an -: Ich bin nicht Dagobert Duck, der die

Golddukat im Panzerschrank hat. - Die werden Sie auch nicht bekommen. Sie könnten sie bekommen, wenn Sie sparsam wären und auf der Ausgabenseite etwas machen würden. Was machen Sie und Ihre Kabinettskollegen? Sie fassen schon vorher Beschlüsse. Das Geld ist noch gar nicht da; da haben Sie es schon zwei-, dreimal ausgegeben. Deswegen werden Sie nie Dagobert Duck werden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der FDP)

Herr Finanzminister, Sie haben dankenswerterweise die IKB angesprochen. Dazu sage ich Ihnen - dieser Eindruck entsteht doch beim Bürger -: Innerhalb kürzester Zeit ist dieser Staat in der Lage, eine marode Bank mit öffentlichen Geldern in Höhe von über 10 Milliarden Euro zu retten. Aber wenn es um Steuersenkungen und Rentenerhöhungen geht, dann passiert nichts. Dafür hat der Staat anscheinend kein Geld. Das geht nicht. Sie fragen: Was hätte man denn wohl gesagt, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister eine Bank verstaatlicht hätte? - Wissen Sie, was ich Ihnen darauf erwidere: Der sozialdemokratische Finanzminister hat die Bank nicht verstaatlicht, sondern öffentliche Gelder hineingeworfen und sie anschließend verschenkt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP)

Denn der Vorgang im Zusammenhang mit Lone Star ist doch wie Butterbrot und Ei. Sie haben die Bank verschenkt; darüber wird noch zu reden sein.

Dann ist davon gesprochen worden - das steht auch im Koalitionsvertrag -, dass alle Entscheidungen auf den Prüfstein sollen und dass es keine großen öffentlichen Zuschüsse mehr für irgendetwas geben soll. Ich sehe die Kanzlerin - ich habe das alles noch einmal nachgelesen -: Was haben Sie denn zur Finanzierung der Gesundheitsreform, der gesetzlichen Krankenversicherung gesagt? Dort soll kein Geld hineinfließen. - Wissen Sie denn, wie viel Sie jetzt in den Gesundheitsfonds hineinpulvern, wie hoch die Endsumme sein wird? Milliarden wollen Sie hineinpulvern, ohne dass Sie bis heute eine Gegenfinanzierung haben. Herr Bundesfinanzminister, Sie haben unglaublich hohe Finanzierungslücken für die kommende Zeit, und deswegen habe ich erhebliche Zweifel, dass Sie mit dieser Form der Politik das Ziel - es ist ja ehrenwert -, im Jahre 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, erreichen werden. Ich sage Ihnen allerdings: Mit unserer Politik hätten Sie bereits im letzten Jahr und auch jetzt einen ausgeglichenen Haushalt gehabt. Ich erinnere an unser Sparbuch.

(Beifall bei der FDP)

Sie loben sich für bestimmte Investitionen und Ausgaben. Ich nenne zum Beispiel den Straßenverkehr. Für den Straßenbau geben Sie 1 Milliarde Euro mehr aus. Aber nur nebenbei - damit man es nicht so genau hört - erwähnen Sie, dass Sie vorher wieder abkassiert haben. Was ist das für eine Finanzpolitik? Ich kassiere erst einmal ab und verteile dann. Ihr Problem ist: Es wird erst einmal bei den Bürgern ordentlich abkassiert; denn der Staat, die Regierung kann scheinbar besser mit dem Geld umgehen als der Bürger selber. Ihr Fehler ist, nicht zu erkennen: Der Bürger kann besser mit dem Geld umgehen. Das ist die entscheidende Botschaft.

(Beifall bei der FDP - Bernhard Brinkmann  
[Hildesheim] [SPD]: Jeder baut sich seine  
Straße selbst!)

Die Bundeskanzlerin sagt in ihren großen Reden immer,  
der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen.

Ich zitiere einmal:

Es ist nicht nur ein mehrheitliches Gefühl der Bevölkerung,  
dass sie vom Aufschwung nicht profitiert.

Es ist Realität. Trotz eines gut dreijährigen  
Konjunkturaufschwungs ist die reale Einkommenssituation  
vieler Haushalte heute schlechter als zuvor

...

Das ist leider wahr.

Dieses Zitat stammt nicht von der FDP; es stammt aus  
einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Darum geht es:  
Die Politik hat dafür zu sorgen, dass die Menschen wieder  
Geld im Portemonnaie haben und dass nicht abkassiert,  
noch einmal abkassiert und noch einmal abkassiert  
wird.

Herr Bundesfinanzminister, Sie sagen - Sie haben es  
wieder angedeutet -: Was hat die Opposition denn für  
Vorschläge? Die hat ja gar keine Ahnung. - Ich nenne  
Ihnen zwei Beispiele aus der Vergangenheit und ein ganz  
aktuelles - ich hatte es eben schon erwähnt -: die IKB.  
Die Freien Demokraten waren massiv dagegen, dass die  
KfW bei der IKB einsteigt. Was sind wir für unsere Argumente  
beschimpft und belächelt worden! Jetzt ist die  
Pleite da. Sie hätten zumindest einmal in einem kleinen  
Schlenker sagen können: Es tut mir leid, die FDP hatte  
damals doch recht.

(Beifall bei der FDP)

Ein anderes Beispiel: die Privatisierung der Bundesdruckerei.  
Wie oft haben wir gesagt: Es ist Mist, was der  
Eichel dort mit der Privatisierung macht. - Was machen  
Sie jetzt? Jetzt nimmt der Staat alles zurück und setzt zulasten  
des Steuerzahlers wahrscheinlich 500 Millionen  
Euro dafür ein.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Unsinn!)

Ich nenne einen dritten Punkt - er ist aktuell -: Herr  
Bundesfinanzminister, Sie hätten eigentlich sagen können:  
Die Idee meines Kollegen, des Wirtschaftsministers  
Glos, dass jeder, der einen Kühlschrank kauft, 150 Euro  
aus der Staatskasse bekommt, hört sich zwar nett an, ist  
aber - es tut mir leid - Unsinn. Warum sagen Sie nicht:  
„Das ist Unsinn; das können wir aus dem Bundeshaushalt  
nicht bezahlen“? Sie halten den Mund; Sie sagen  
dazu überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Ich komme gleich zum Schluss. - Sie haben zwar  
blaue Briefe verschickt, doch nichts ist daraus geworden.  
Sie haben eine Riesensteigerung im Bundeshaushalt.  
Deswegen sage ich Ihnen: Der Bundeshaushalt 2009 ist  
gekennzeichnet durch fehlenden Ehrgeiz bei der Haushaltskonsolidierung.  
Sie machen neue Schulden. Alle  
Prognosen, die Sie abgeben, beruhen auf einer guten  
konjunkturellen Entwicklung. Ich hoffe zwar, dass die  
gute konjunkturelle Entwicklung anhält, warne aber davor,



sich darauf zu verlassen. Ich sage Ihnen Folgendes:  
Ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2011 ist bereits  
Vergangenheit, bevor er Gegenwart werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Michael Meister ist der nächste Redner für die  
CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich  
glaube, es ist ganz gut, noch einmal zum Ausgangspunkt  
dieser Wahlperiode zurückzugehen. Als wir begonnen  
haben, war ein Viertel unserer Staatsausgaben nicht  
durch geordnete Einnahmen finanziert. Das heißt, dieses  
Land war ein Sanierungsfall, es war total unterfinanziert.  
(Jörg Tauss [SPD]: Ganz so schlimm war es  
auch nicht!)

Wir sollten vielleicht einmal ehrlich und ernsthaft eingestehen,  
dass wir über 40 Jahre deutlich über unsere Verhältnisse  
gelebt haben. Einen Kurs, mit dem dieser Zustand  
beendet werden soll, sollten wir nicht sofort  
wieder durch Begriffe wie „Abkassieren“ und „Abgreifen“  
diskreditieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollten uns zu dem Ziel bekennen, endlich keinen  
unterfinanzierten Staat mehr haben zu wollen.

Lieber Herr Kollege Koppelin, Ihre Rede schien mir  
eine Rede aus der Epoche der vergangenen 40 Jahren zu  
sein. Das war keine Rede, die in die heutige Zeit passt, in  
der wir ernsthaft darum ringen, dauerhaft strukturell  
ausgeglichene Haushalte in Deutschland zu haben. Da  
wollen wir hin. Das wollen wir auf Dauer festhalten.  
Wenn wir uns darüber einig sind, dann können wir darüber  
diskutieren, welche Maßnahmen ergriffen werden  
sollten, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu hätte ich einen  
Beitrag erwartet und nicht einen Beitrag zur Debatte der  
vergangenen 40 Jahre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

Ich möchte hier ganz klar und deutlich sagen: Trotz  
aller Meldungen, die es geben mag, stehen wir zu dem  
Ziel, den Haushalt in 2011 ausgleichen zu wollen. Wenn  
Gewitterwolken aufziehen, müssen wir uns eben wetterfest  
machen, um das Ziel trotzdem erreichen zu können.  
Sanierung ist für uns kein Selbstzweck. Sanierung ist  
für uns Aufgabe einer generationengerechten Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Wir dürfen nicht heute auf Kosten künftiger Generationen  
leben. Wir dürfen künftige Generationen nicht die  
Schulden und die Zinsen für das, was wir heute tun, zahlen  
lassen. Der Sanierungskurs ist ein Angebot an uns  
alle; denn nur wenn wir heute keine Schulden machen,  
haben wir als Abgeordnete morgen einen Spielraum für  
vernünftige Entscheidungen. Deshalb ist der Sanierungskurs  
kein Selbstzweck, sondern politisch sinnvoll. Nur  
so ist es uns auch in Zukunft möglich, Politik zu gestalten.  
Deshalb wollen wir sanieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sanierung ist auch die Voraussetzung für eine nachhaltige Entlastung der Menschen in unserem Land, worüber so viele reden; denn durch Sanierung schaffen wir Spielräume für Erleichterungen bei Steuern und Abgaben. Ich sage eindeutig: Die Union will mittelfristig eine Entlastung der Menschen, insbesondere der Leistungsträger. Deswegen wollen wir jetzt sanieren. Wir wollen die Voraussetzung für eine nicht schuldenfinanzierte, sondern haushalterisch solide gestaltete Entlastung schaffen.

Der Dreiklang unserer Politik lautet: Wir wollen sanieren, wir wollen reformieren, und wir wollen investieren. Mit diesem Haushalt halten wir an diesem Kurs fest. Wenn wir über diese drei Positionen debattieren, werden wir immer wieder mit dem Anspruch einer gestaltenden Finanzpolitik konfrontiert, den auch der Herr Bundesfinanzminister heute Morgen hier formuliert hat. Als Mathematiker bin ich an dieser Stelle etwas bescheidener. Mir reicht es aus, wenn wir es schaffen, quantitativ und qualitativ ordentliche Haushalte vorzulegen. Als Finanzpolitiker bin ich dann gerne bereit, auf diesen Gestaltungsanspruch zu verzichten. Nach meiner Einschätzung hat er nämlich dazu geführt, dass wir hinsichtlich der Konsolidierung noch nicht ganz so weit sind, wie wir vielleicht hätten sein können, und das vor dem Hintergrund einer Eintrübung der konjunkturellen Rahmenbedingungen. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass wir nicht den Gestaltungsanspruch, sondern den Konsolidierungsanspruch stärker zum Ausdruck bringen.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es heute Morgen eine ganze Reihe von Hinweisen auf den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gab. Herr Bundesfinanzminister, mir haben diese Hinweise ausgesprochen gefallen. Ich sage Ihnen für die Unionsfraktion hier zu, dass wir nicht nur bei der Aufforderung, die strukturellen Reformen, die wir bewerkstelligt haben, umzusetzen, sondern auch bei dem Anspruch, diese strukturellen Reformen in den nächsten zwölf Monaten weiter zu betreiben, fest und ganz an Ihrer Seite stehen. Wir hoffen, dass die Koalition insgesamt das, was Sie hier als Anspruch formuliert haben, umsetzt. Denn ich glaube, die strukturellen Rahmenbedingungen haben uns in die Lage versetzt, dass die Gewitterwolken uns nicht allzu sehr beeindrucken. Deshalb müssen wir bei den strukturellen Verbesserungen weiterarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich über Strukturen rede, denke ich an Bürokratieabbau. Da haben wir uns klare Ziele vorgegeben. Wir sollten uns an diesen klaren Zielen messen lassen. Eine große Herausforderung ist nach meiner Einschätzung die Energiepolitik. Meine Fraktion hat die klare Ansage gemacht - Sie haben das heute Morgen beschrieben, Herr Steinbrück -, dass wir keinen Zuwachs an Belastungen in Form von Steuern auf Energie wollen. Insgesamt wollen wir keine staatliche Induzierung von höheren Kosten für Energie. Wir wollen, dass der Staat den Bürger bei den Energiepreisen in Zukunft nicht noch mehr belastet.

Dieser Anspruch geht weit über den Bereich der Steuern hinaus. Wenn wir diesen Anspruch mit unseren klimapolitischen Zielen - Ausbau regenerativer Energien, Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen - ernsthaft verbinden wollen, dann wird es notwendig sein, dass wir im Sinne unserer Fraktionsbeschlüsse in Bezug auf die Energiepreise den Menschen ein Stück weit Entlastung verschaffen, sodass die künftig auftretenden Belastungen nicht in ihrem Geldbeutel zu spüren sind. Dafür haben wir Vorschläge gemacht. Ich hoffe und wünsche, dass diese Vorschläge breite Unterstützung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist Wahlkampf!)

Wir haben im strukturellen Bereich einen weiteren Punkt: die Lohnnebenkosten. Wir haben immer gesagt: 40 Prozent ist aus unserer Sicht ein Ziel, das wir ansteuern wollen. Zu dem Zeitpunkt hat sich die Diskussion weniger auf die zweite Nachkommastelle bezogen als vielmehr auf die Größenordnung insgesamt. Denn wir waren aufgrund der demografischen und anderer Entwicklungen 2 oder 3 Prozent von diesem Ziel entfernt, und es gab die Tendenz, dass es dort in Zukunft zu weiteren Steigerungen hätte kommen können. Wir haben es in dieser Koalition zunächst einmal geschafft, auf etwa 40 Prozent zu kommen. Die Aufgabe bei den Entscheidungen zum Gesundheitswesen und zum Arbeitsmarkt wird jetzt sein, dafür zu sorgen, bei den 40 Prozent zu bleiben und die Weichen langfristig so zu stellen, dass sich dieser Wert nicht wieder nach oben entwickelt.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deshalb ist der Anspruch, den wir beim Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesetzt haben, richtig: Wir wollen die Chance nutzen, auf 2,8 Prozent zu gehen, um damit insgesamt mehr Chancen für Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb wollen wir uns diesem Ziel stellen.

Lieber Herr Kuhn, wir nehmen die Hinweise, dass dies ein ehrgeiziges Ziel ist, sehr ernst. Aber wenn es ein ehrgeiziges Ziel ist, dann sollten wir uns dadurch herausgefordert fühlen, erstens zu sagen, dass wir es wollen, zweitens Akteure in diesem Bereich dadurch unter einen gewissen Erfolgsdruck zu setzen und drittens diesen Akteuren Rückhalt aus der Politik zu geben, damit sie durch Veränderungen in ihrem Bereich vielleicht dazu beitragen, dass diese 2,8 Prozent solide und nachhaltig finanziert sind. Darum werben wir. Deshalb werden wir als Unionsfraktion dies nicht nur fordern, sondern auch deutlich machen, dass wir hinter dieser Forderung und den damit verbundenen Konsequenzen stehen und dies vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will deutlich machen, dass wir alles unterlassen sollten, was den ersten Arbeitsmarkt stört. Wir können sehr stolz sein auf das, was dort in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Ich denke an den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wir müssen jetzt alles unterlassen, was dies zerstört. Deshalb bin ich der

Meinung, dass unsere Position richtig ist: kein gesetzlich verordneter Mindestlohn. Denn dieser würde dazu führen, dass Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verloren geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Er würde auch dazu führen, dass uns Einnahmen verloren gehen und Ausgaben aufwachsen. Deshalb ist das eine wichtige Frage, über die wir an dieser Stelle miteinander reden müssen.

(Iris Gleicke [SPD]: Ich möchte einmal wissen, wo der Aufbau erfolgt ist in Ostdeutschland!)

- Ich glaube, dass der Aufbauerfolg, wenn er nachhaltig sein soll, liebe Frau Kollegin, auch darin zu sehen ist, dass die Menschen eine Perspektive im ersten Arbeitsmarkt geboten bekommen.

(Iris Gleicke [SPD]: Ja, aber eine, die gut bezahlt ist!)

Ich will daran anknüpfen und darauf hinweisen, dass wir gerade dabei sind - auch dieses Stichwort ist heute Morgen gefallen -, zu überlegen, wo noch Potenziale stecken. Ich glaube, im ersten Arbeitsmarkt stecken noch Potenziale im Bereich der Privathaushalte als Arbeitgeber, und zwar sowohl bei der Betreuung von Kindern als auch bei der Versorgung von älteren Menschen, die pflegebedürftig sind, im eigenen Wohnumfeld. Es ist eine menschliche Herausforderung, hier andere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Allerdings muss ich auch feststellen, dass es hier sehr viele Arbeitsplätze gibt, die im grauen Bereich anzusiedeln sind. Das dürfen wir nicht nur zur Kenntnis nehmen. Vielmehr muss unser Anliegen sein, diese Arbeitsplätze, die nachgefragt werden, in den legalen bzw. den weißen Bereich zu überführen. In diesem Bereich gibt es, was den Aufwuchs von Arbeitsplätzen betrifft, noch Potenzial. Hierfür müssen wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Dieser Aufgabe sollten wir uns dringend zuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Hinblick auf die Familien dürfen wir keinen Gegensatz schaffen, wenn es um die Frage geht: Wollen wir mehr Betreuung, oder wollen wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Familien?

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich denke, das ist die falsche Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen beides. Im vergangenen Jahr haben wir die Voraussetzungen für den Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschaffen. Jetzt werden wir in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen die notwendigen Voraussetzungen für die Vernetzung der Betreuungsangebote schaffen. Allerdings müssen wir auch unsere Aufgabe wahrnehmen, die Familien finanziell so auszustatten, dass sie die Herausforderungen der Zeit bewältigen können. In diesem Zusammenhang lauten die Stichworte Kindergrundfreibetrag und Kindergeld.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Diese Maßnahmen wollen wir trotz aller Probleme umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe bereits gesagt, dass es nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität geht. Im Hinblick auf die Qualität stellt sich die Frage: Was tun wir, um in Zukunft ohne Steuererhöhungen Mehreinnahmen zu akquirieren? Um das zu schaffen, müssen wir die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Lande verbessern. Es ist richtig - davon bin ich fest überzeugt -, dass wir in diesem Haushalt das Lissabon-Ziel, 3 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben, umsetzen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das tun Sie doch überhaupt nicht!)

Das hat zwar Mehrausgaben zur Folge, ist aus meiner Sicht aber richtig.

(Ulrike Flach [FDP]: Was reden Sie denn da?

Das tun Sie doch gar nicht, Herr Meister!)

- Natürlich tun wir das. Wir haben in diesem Haushalt rund 11 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Im kommenden Jahr packen wir noch eine knappe halbe Milliarde Euro obendrauf.

(Ulrike Flach [FDP]: Bis Sie dieses Ziel erreichen, dauert es aber noch ein bisschen, Herr Kollege! Da fehlen noch ein paar Milliarden Euro!)

Wir steuern dieses Ziel an, und im Jahre 2010 werden wir es erreichen.

(Ulrike Flach [FDP]: Ja! Sie steuern dieses Ziel an, mehr aber auch nicht!)

- Ja, natürlich. Jetzt geht es um den Haushalt 2009. Im Jahre 2010 wird der Bund den Anteil, für den er verantwortlich ist, zur Verfügung stellen. Um das Ziel von 3,0 Prozent des BIP zu erreichen, brauchen wir natürlich auch die Länder und die Akteure in der Wirtschaft. Wir können Forschung nicht staatlich verordnen. Wir können nur die Voraussetzungen schaffen. Daher brauchen wir an dieser Stelle die Mitwirkung der privaten Akteure. Meine letzte Bemerkung. Wir sollten auch die Mittel für Verkehrsinvestitionen weiter erhöhen; denn Mobilität ist eine zwingende Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es ist richtig, dass wir, obwohl wir das Ziel der Haushaltssanierung verfolgen, an dieser Stelle einen Akzent setzen, um mehr Investitionen in die Verkehrswege zu ermöglichen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Dr. Gesine Löttsch, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kurt Beck hatte seiner Partei ein ehrgeiziges Ziel verordnet: „Nah bei den Menschen“. Doch wie er feststellen musste, befand er sich nicht unter Gleichgesinnten, sondern in einem Wolfsrudel. Wir, die Linke, sind wirklich nah bei den Menschen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir kennen und unterstützen die Forderungen der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Neue Frisur, aber alte Parolen! -  
Otto Fricke [FDP]: Ich sage nur: Sie sind ein  
Wolf im Schafspelz!)

Herr Steinbrück, natürlich haben wir ein Programm;  
das wissen Sie so gut wie wir alle.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Sie haben ein Programm? Wo denn? -

Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Interessant! Schicken Sie es doch mal vorbei!)

Zur allgemeinen Information sage ich: In Deutschland  
gibt es ein Parteiengesetz, das vorschreibt, dass eine Partei  
nur dann als solche zugelassen werden darf, wenn sie  
ein Programm hat. Das gilt natürlich auch für uns.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Thea Dückert

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wirklich

ein überaus interessantes Programm, das

Sie haben! - Jürgen Koppelin [FDP]: Meine

Waschmaschine hat sogar verschiedene Programme!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihnen unser  
Programm nicht passt, ist ein anderes Thema. Das haben  
wir bereits erkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Natürlich waren wir nicht überrascht, von Ihnen wieder  
einmal den billigen Vorwurf des Populismus zu hören.

Ich sage Ihnen ganz klar: Von Leuten, die sich mit  
großer Arroganz über den Willen von Millionen Menschen  
hinwegsetzen, die gegen den erklärten Willen der  
Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Krieg in Afghanistan  
führen und gegen den erklärten Willen der Mehrheit  
die Rente mit 67 eingeführt haben, lasse ich mir keinen  
Populismus vorwerfen.

(Beifall bei der LINKEN - Joachim Poß

[SPD]: Sie können doch gar nicht anders! Das  
ist das Problem!)

Die Linke gibt vielen Menschen wieder eine Stimme, die  
jahrelang von den anderen Parteien nicht beachtet wurden.  
Wenn wir heute den Entwurf des Bundeshaushalts  
2009 betrachten, müssen wir die Frage stellen, ob dieser  
Haushaltsentwurf wirklich nahe bei den Problemen der  
Menschen ist und welchen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit  
er wirklich leistet.

Was Sie hier über die Situation am Arbeitsmarkt erzählt  
haben, Herr Steinbrück, geht am Leben völlig vorbei.

Über die Verfälschung der Arbeitslosenstatistik werden  
wir am Donnerstag beim betreffenden Haushalt  
noch im Detail sprechen. Vielleicht nur eine Position, die  
uns alle zum Nachdenken veranlassen sollte: In den vergangenen  
zehn Jahren wurden anderthalb Millionen normale  
Arbeitsverhältnisse in Deutschland abgebaut. Im  
gleichen Zeitraum sind aus zweieinhalb Millionen prekären  
Arbeitsverhältnissen fast 8 Millionen geworden.

Was heißt denn das? Das heißt übersetzt, dass Menschen  
in unsicheren Verhältnissen leben, dass sie von Mini- und  
Midijobs leben müssen, dass sie einen Lohn erhalten,  
von dem sie ihr Leben nicht bestreiten können.

Wenn das Ihre Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind, dann  
werden Sie meines Erachtens in der Bevölkerung dafür  
keine Unterstützung finden.

(Beifall bei der LINKEN)

In den nächsten Tagen werden wir noch sehr intensiv

über die Nettoneuverschuldung diskutieren. Jeder hat eine andere Zahl im Kopf. Der Ehrgeiz wird sein, sie einseitig zu bekommen; das haben wir schon erkannt. Ich sage Ihnen aber ganz klar: Wir müssten heute schon keine neuen Kredite aufnehmen, wenn Sie nicht in den vergangenen Jahren Milliarden an Unternehmen und Wohlhabende verschenkt hätten. Allein durch die letzte Unternehmensteuerreform fehlen uns etwa 10 Milliarden Euro in den öffentlichen Kassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rettung der privaten Industrie- und Kreditbank IKB kostet uns allen zusätzlich 10 Milliarden Euro. Wegen der Steuergeschenke von Hans Eichel an Unternehmen und Wohlhabende fehlen uns weitere 50 Milliarden Euro. Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen. Es zeigt sich: Die Regierung verfährt nach einem ganz simplen Muster: Sie verteilt von unten nach oben, rechnet sich arm, um dann zu erklären, dass es an die Bedürftigen nichts mehr zu verteilen gebe. Das ist eine Politik, die meines Erachtens verlogen ist. Darüber muss man immer wieder aufklären.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es sinnvoll, einen Kredit aufzunehmen, um eine Schule oder eine Universität zu bauen. Verantwortungslos ist es allerdings, einen Kredit aufzunehmen, um in Afghanistan oder anderswo in der Welt Waffen auszuprobieren.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der SPD: Ist das billig!)

Kredite, die wir heute aufnehmen, um die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu sichern, sind wichtig und notwendig. Deshalb fordert die Linke gerade in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs ein Zukunftsinvestitionsprogramm.

(Beifall bei der LINKEN)

Kredite, mit denen veraltete Raketen wie die PARS 3 - Stückpreis 1,3 Millionen Euro - finanziert werden, sind dagegen herausgeschmissenes Geld. Davon werden unsere Kinder und Enkel nichts haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen heute in die Zukunft unserer Kinder investieren. Wer das nicht versteht, der setzt die Zukunft der nächsten Generation aufs Spiel.

Ich darf daran erinnern, dass natürlich schon unsere Vorfahren Kredite aufgenommen haben, zum Beispiel damit in unserem Land eines der modernsten und leistungsfähigsten Eisenbahnnetze der Welt entstehen konnte.

Das waren Investitionen in die Zukunft, von denen wir noch heute profitieren. Allerdings konnten unsere Vorfahren nicht ahnen, dass CDU/CSU und SPD dieses Kapital eines Tages verschern wollen. Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte, wie seine Nachfolger mit der Bahn umgehen.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Interessant, dass Sie Bismarck zitieren!)

Lieber Herr Kollege Fromme, liebe Kollegen von der CDU, ich empfehle Ihnen, sich nicht nur mit Adenauer zu beschäftigen, sondern auch mit Bismarck. Von ihm könnten Sie auch etwas über die Bedeutung eines guten Verhältnisses zwischen Russland und Deutschland lernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch in dieser Frage konsultiert die Kanzlerin lieber George Bush und nimmt die Zerschlagung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Russland billigend in Kauf. Die „New York Times“ berichtete am 8. September aus dem Wahlkreis von Frau Merkel unter der Überschrift: Es ist die Ökonomie und nicht Russland, was den Deutschen Sorgen macht. – Ich denke, das hat diese Zeitung gut beobachtet. Viele Bürger sehen in den Nachrichten die Kanzlerin und den Kanzlerkandidaten um die Welt reisen und fragen sich: Was wird eigentlich aus uns?

In der „Süddeutschen Zeitung“ las ich die Überschrift „Gutverdiener schultern den Haushalt“. Das hat Herr Steinbrück mit anderen Worten auch gesagt. Damit wird der falsche Eindruck vermittelt, dass der Haushalt ausschließlich aus der Lohn- und Einkommensteuer gespeist wird. Doch schon durch die Zahlen des Finanzministeriums wird uns gezeigt, dass weit mehr Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der Energiesteuer als aus der Lohn- und Einkommensteuer erwartet werden. Es ist also eine völlig unzulässige Verkürzung, zu behaupten, dass die Besserverdienenden den Haushalt tragen; denn Mehrwert- und Energiesteuer müssen wir alle zahlen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal alle Bürgerinnen und Bürger an die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik und den größten Wahlbetrug erinnern. Die SPD erklärte, sie wolle die Mehrwertsteuererhöhung auf keinen Fall mitmachen, und die CDU/CSU kündigte eine Erhöhung um 2 Prozent an. Wir alle wissen, dass 3 Prozent herausgekommen sind. Diese Koalition, die die Wähler 2005 so betrogen hat, erklärt, dass sie nach der Bundestagswahl 2009 – die Große Koalition ist augenscheinlich auf Dauer geplant – die Steuern senken will. Wer soll das noch glauben?

(Beifall bei der LINKEN)

Die EU-Finanzminister haben in den letzten Tagen einen alten Vorschlag der Linken aufgegriffen, nämlich arbeitsintensive Dienstleistungen wie Reparaturarbeiten, nur mit einem verminderten Mehrwertsteuersatz zu belasten. Herr Steinbrück hat diesen Vorschlag natürlich umgehend zurückgewiesen, weil Steuersenkungen angeblich keine Auswirkungen auf die Preise hätten. Herr Steinbrück, erstaunlich ist aber, dass im letzten Jahr der Mehrwertsteuersatz für Seilbahnfahrten auf Wunsch der CSU reduziert wurde, ohne dass ich lauten Protest von Ihnen gehört habe.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Für Seilbahnfahrten?)

– Ja, für Seilbahnfahrten. Das sollte sich jeder Bürger einmal durch den Kopf gehen lassen. – Wir als Linke fordern den verminderten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent nicht nur für arbeitsintensive Dienstleistungen, sondern auch für Medikamente und Bedarfsartikel für Kinder.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe schon unterstrichen, dass wir ein Investitionsprogramm fordern, mit dem die Zukunft der nächsten Generation gesichert wird. Es geht aber nicht nur um



die Zukunft, sondern auch um die Gegenwart. Darum möchte ich an dieser Stelle unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, von dem die Menschen in Würde leben können, noch einmal ausdrücklich unterstreichen.  
(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinbrück, dieser Mindestlohn hätte auch noch den schönen Nebeneffekt, dass die öffentlichen Haushalte entlastet würden. Allein für die Einkommensaufstocker - das sind Menschen, die von ihren Löhnen nicht leben können und deshalb staatliche Hilfen benötigen - wurden im letzten Jahr 9 Milliarden Euro ausgegeben. Damit wird der Staat immer mehr zur zentralen Lohnauszahlstelle für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter miserabel bezahlen. Diese dauerhafte Subventionierung von Unternehmen hat doch nun wirklich nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Das ist reiner Staatsdirigismus.  
(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern eine Aufstockung des Arbeitslosengeldes II, des Mindestelterngeldes und des Kindergeldes. Die Bundesregierung will jetzt monatlich 10 Euro mehr Kindergeld bezahlen. Das ist nicht einmal der Inflationsausgleich. Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen schon einige Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit und mehr Einnahmen benannt. Abschließend kann ich Ihnen noch Beispiele dafür nennen, wo wir im Haushalt kräftig sparen können. Es ist aus meiner Sicht wirklich erstaunlich, wie sorgfältig die Koalitionsfraktionen die Wunschliste der Rüstungslobbyisten abarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will nicht alle nutzlosen Rüstungsprojekte benennen. Doch denken Sie einfach einmal darüber nach: Großbritannien möchte den Eurofighter nicht mehr; wir wollen ihn weiter finanzieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt so doch gar nicht! - Jürgen Koppelin [FDP]: Sie wollen in Amerika etwas kaufen, das noch teurer ist!)

Ich glaube, wir sollten uns ab und zu auch einmal bei unseren europäischen Nachbarn umschauen.

Mit dem Haushaltsentwurf 2009 sind Sie weit von den Problemen der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen, der Familien und der Rentner entfernt. Sie sind nicht nahe bei den Menschen; Sie sind nahe bei den Wirtschafts- und Rüstungslobbyisten. Der einzige, der mir wirklich nahe bei den Menschen zu sein scheint, ist Herr Schäuble - mit seinen Kameras, Mikrofonen, Trojanern und Spürhunden. Das war mit „nahe bei den Menschen“ aber wohl nicht gemeint.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Joachim Poß von der SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen von der Opposition zwei sehr unterschiedliche Reden gehört. Die eine Rede war von Herrn Koppelin, also dem klassischen Vertreter des

Raubtierkapitalismus.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie wollen doch eine Ampel! Das geht so nicht! - Weitere Zurufe von der FDP: Oh!)

- Herr Koppelin, Sie sind doch stolz darauf, dass Ihre Partei als einzige reinrassig für unbeschränkte Marktwirtschaft eintritt. Sie haben doch gegen jeden Vorschlag gewettert, der eine Regulierung der Finanzmärkte oder eine leistungsgerechte Finanzierung des Gemeinwesens bedeutet. Das ist nun einmal Ihr Profil. Inzwischen müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Ereignisse über Sie hinweggehen und Sie nicht mehr mitkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern hat der Kollege Meister recht: Über Sie ist die Zeit hinweggegangen, Herr Koppelin. Ich habe den Eindruck, das gilt für die ganze FDP. Das zeigt Ihr Beitrag zur Haushaltsdiskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die andere Rede war von einer Vertreterin der Ideologen der Verstaatlichung, die auch keine zeitgemäßen Antworten auf die Probleme und Herausforderungen haben, mit denen wir es zu tun haben. Ich finde das sehr informativ. Ich fürchte die Auseinandersetzung mit Vertretern dieser Geistesrichtung überhaupt nicht; denn sie gehen an den Realitäten vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie spielen in einer virtuellen Realität und können deswegen den Menschen keine realitätstüchtigen Antworten geben. Die Menschen in unserem Land können diese aber verlangen. Die Sozialdemokratie steht dafür, diese Antworten zu geben.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]:

Das haben uns die Sozialdemokraten gerade letzte Woche präsentiert!)

Frau Löttsch, Ihre eigentliche Stärke ist die vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie bringen nicht einmal Halbwahrheiten. In Deutschland gibt es Probleme, auch mit der Armut. Aber wir leben nicht in einem „Elendsquartier“. Diese Behauptung ist eine Beleidigung für alle Bürgerinnen und Bürger, die hier leben und arbeiten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der LINKEN)

Ihre Täuschungen lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Die Wahrheit über die Steuerpolitik der rot-grünen Regierungszeit, die auch von Hans Eichel zu verantworten

ist, ist, dass wir im Wesentlichen fast 60 Milliarden Euro - das kann zahlenmäßig belegt werden - für die steuerliche Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Familien mit Kindern und den wirtschaftlichen Mittelstand ausgegeben haben. Die steuerliche Belastung im Jahre 2008 ist für Alleinstehende wie für Familien mit Kindern wesentlich niedriger als noch im Jahre 1998. Sagen Sie das einmal der Bevölkerung; denn das sind die Fakten, mit denen wir es zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage nicht, dass angesichts sicherlich mancher Belastung, die auf der anderen Seite hinzugetreten ist, an dieser Stelle nicht noch mehr getan werden muss. Aber wir

müssen nun einmal von Zahlen und Fakten ausgehen. Das gilt genauso für die Neuverschuldung. Die Frage, die heute gestellt worden ist, ist: Haben wir richtig konsolidiert? Hier ist heute der Vorwurf gemacht worden, wir hätten im Aufschwung nicht richtig konsolidiert. Dieser Vorwurf ist falsch. Ein Haushalt besteht immer aus mehr als nur der Nettokreditaufnahme. Wir finanzieren mit dem Haushalt 2009 zum Beispiel wichtige gesellschaftspolitische Fortschritte, für die vor allem wir Sozialdemokraten uns eingesetzt haben;

(Beifall bei der SPD)

das sind keine Wahlgeschenke, wie manche Kommentatoren schreiben. Damit meine ich etwa die umfangreichen Verbesserungen beim Wohngeld. Zum ersten Mal seit 2001 wurde die Höhe des Wohngelds an die gestiegenen Kosten angepasst. Künftig wird es zudem eine bessere Berücksichtigung der Heiz- und Energiekosten geben. Weiter sind im Haushalt Verbesserungen beim BAföG oder auch die Ausweitung des Kinderzuschlages vorgesehen. Das sind gesellschaftspolitisch ganz wichtige Punkte.

(Beifall bei der SPD)

Wer behauptet, wir würden nicht sparen, der soll sagen, ob er diese Verbesserungen streichen will.

(Ulrike Flach [FDP]: Dann müssen Sie an anderer Stelle sparen!)

Damit richte ich mich an die FDP und die Grünen. Sie müssen konkret erklären, ob sie die Verbesserungen, die wir durchgesetzt haben, wieder streichen wollen.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein, Sie müssen uns sagen, wo Sie sparen wollen!)

Mehr sparen hieße, auf diese sozialen Verbesserungen zu verzichten. Angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung wäre das zudem gänzlich kontraproduktiv. Der Bundesfinanzminister hat in einer, wie ich finde, ungewöhnlich informativen Rede über weitere Entlastungen gesprochen.

(Lachen bei der FDP und der LINKEN -

Jürgen Koppelin [FDP]: Das mag für Sozialdemokraten eine informative Rede gewesen sein!)

- Herr Koppelin, ich habe von einer „ungewöhnlich informativen Rede“ gesprochen, weil es selten die Gelegenheit gibt, in etwas mehr als einer Stunde die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge so darzustellen, wie es heute Morgen Herr Steinbrück sehr gekonnt gemacht hat. Ich fand das sehr beeindruckend.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU - Lachen bei der FDP und der

LINKEN - Jürgen Koppelin [FDP]: Nur die CSU klatscht! - Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE]: Man könnte auch sagen:

Er war der Redner der ersten Stunde!)

- Mein Eindruck ist, dass Sie diese Information nötiger haben als die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion.

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Haushalt ist auch zusätzlich 1 Milliarde Euro für Familien mit Kindern vorgesehen. Nach Vorlage des Existenzminimumberichts in ein paar Wochen werden wir in der Koalition entscheiden, wie die Mittel am besten

einzusetzen sind.

In diesem Kontext muss auch die Bildung angesprochen werden. Der Bund hat im Bildungsbereich nur wenige Kompetenzen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wer hat sie denn abgegeben? - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selber schuld! - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie haben Sie denn abgestimmt?)

Hier sind dem Einsatz von Bundesmitteln Grenzen gesetzt. Der Erfolg der Bildungsoffensive, von der zu Recht so oft die Rede ist, steht und fällt daher mit dem finanziellen Einsatz der Länder. Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, warum auch Ländervertreter offensichtlich bereit sind, ein Auslaufen der Erbschaftsteuer 2009 hinzunehmen oder sogar darauf hinzuarbeiten. Wie wollen Sie Bildung und Betreuung finanzieren, wenn den Ländern die derzeit 4 Milliarden Euro aus dem Erbschaftsteueraufkommen nicht mehr zur Verfügung stehen?

(Beifall bei der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Sie verkaufen der Oma ihr klein Häuschen!)

Ich kann die Vertreter der bayerischen CSU wie auch Herrn Rüttgers - den Sozialapostel aus Nordrhein-Westfalen, der für das Auslaufen der Erbschaftsteuer plädiert hat - nicht verstehen, die ohne Rücksicht auf ihre eigenen Länder ausschließlich im Interesse von Millionen und Milliarden Erben agieren. Das ist die Wahrheit. Alle anderen Erben haben mit der Erbschaftsteuer nicht mehr viel zu tun.

Die SPD erwartet daher, dass es bei der klaren Zusage von Frau Merkel und Herrn Kauder bleibt, in der Union dafür zu sorgen, dass unmittelbar nach der Landtagswahl in Bayern die Erbschaftsteuerreform in trockene Tücher kommt, und zwar verfassungsfest.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Beurteilung eines vorgelegten Bundeshaushaltes ist die Frage, ob er angemessen auf die aktuelle konjunkturelle Situation eingestellt ist. Zur konjunkturellen Entwicklung hat Peer Steinbrück heute, wie ich finde, ausreichend Stellung genommen. Er hat auch nicht verschwiegen, dass die Entwicklungen im Bankensektor in den USA bedrohlich sind,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr informativ!)

und festgestellt, dass die Kombination aus der inzwischen über ein Jahr währenden Krise an den internationalen Finanzmärkten und den kräftig gestiegenen Rohstoff- und Energiepreisen für die Unternehmen wie für die Menschen weltweit eine große Herausforderung darstellt. Aber auch wenn in diesem Quartal das Wachstum noch einmal ein Minus aufweisen sollte und man vielleicht technisch von einer Rezession sprechen könnte, wäre es nicht verantwortungsvoll von der Politik - egal ob in einer Regierungsfraktion oder der Opposition -, die Lage schwarzzumalen und sozusagen politisch zu missbrauchen, indem eine Rezession herbeigeredet wird, die wir nicht haben - das zeigen auch die Wachstumszahlen - und angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

sehr wahrscheinlich auch im nächsten Jahr nicht haben werden.

Meine herzliche Bitte ist, dass Sie der Verantwortung in diesem Land gerecht werden. Ich habe die Ausführungen von Herrn Westerwelle und anderen, die zu diesem Thema geredet haben, verfolgt. Das ist nicht hinzunehmen. Wir sägen damit höchstens den Ast ab, auf dem wir alle sitzen.

Weil wir so gut aufgestellt sind, haben wir die Chance, mit dieser Krise fertigzuwerden, vielleicht sogar besser als mit dem Crash, den wir 2001 erlebt haben. Wir haben diese Chance auch als Ergebnis der Regierungspolitik. Damit meine ich die Regierungspolitik nicht nur der Großen Koalition, sondern auch der rotgrünen Regierungskoalition. Das sollten Sie bei Ihren Beiträgen, auch wenn Sie sich inzwischen in der Opposition befinden, Herr Kuhn, nicht ganz vergessen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Alexander Bonde ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute mit dem Bundeshaushalt 2009 das letzte Machwerk der Großen Koalition, (Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD) und wir sprechen mit dem Finanzplan, der heute zur Diskussion steht, über ein Versprechen, das der Finanzminister und die Koalition in den Raum stellen, nämlich im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Sommer ist der Finanzminister hauptsächlich dadurch aufgefallen, dass er erklärt hat, die Lage der SPD sei beunruhigender als die des Haushaltes. Das konnte man zum damaligen Zeitpunkt nachvollziehen. Aber inzwischen ist die Konsolidierung der SPD deutlich weiter vorangeschritten als die des Bundeshaushaltes, über den wir heute in erster Lesung diskutieren. Sie sind mit großen Chancen und Versprechungen gestartet und Sie stehen 2009 vor spannenden Herausforderungen. Sie kalkulieren 2009 mit zusätzlichen jährlichen Steuereinnahmen in Höhe von 58,5 Milliarden Euro im Vergleich zu 2005, als Sie die Regierung übernommen haben. Genauso entwickeln sich aber auch die Ausgaben. So kommt es dazu, dass die Nettoneuverschuldung trotz 58,5 Milliarden Euro jährlicher Steuermehereinnahmen bei 10,4 Milliarden Euro liegt. Wenn man die Erlöse aus den Privatisierungen, also aus dem Veräußern von Vermögen, berücksichtigt, dann stellt man fest, dass das strukturelle Defizit bei 14,8 Milliarden Euro liegt. Daran wird sich wenig ändern, selbst wenn die Haushälter der Koalition im Verfahren die eine oder andere kosmetische Korrektur vornehmen und die Nettoneuverschuldung auf unter 10 Milliarden Euro drücken - das werden wir im Herbst erleben -, weil es sich optisch besser macht.

Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, dann muss man sagen: Der Kollege Poß hat eben Herrn Steinbrück sozusagen zum Volkshochschullehrer der Republik

erklärt.

(Jörg Tauss [SPD]: Was haben Sie gegen Volkshochschulen?)

Aber auch solche Reden helfen nicht, wenn die Koalition unter Konsolidieren nur Geldausgaben auf allen Ebenen versteht. Niemand von uns hat ein Interesse daran, eine Rezession herbeizureden. Aber das Kernproblem Ihres Haushaltes und Ihrer Finanzplanung ist die eingeplante Steigerung bei den Steuereinnahmen. Selbst wenn sie nur konstant bleiben, steht Ihr Versprechen, 2011 die Nettoneuverschuldung auf null zu drücken, auf tönernen Füßen. Dafür ist also noch nicht einmal eine Krise notwendig. Schon eine normale Entwicklung nimmt Ihnen die Chance, dieses Versprechen einzuhalten. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausgaben im Finanzplan wachsen munter weiter. Die zusätzlichen Steuereinnahmen dienen nur dazu, die Ausgaben direkt wieder zu steigern. Um es den Menschen plastisch darzulegen: Wenn eine Familie ein paar Hundert Euro Schulden hat, dann setzt man sich an den Tisch und überlegt, wo man sparen kann. Stellen wir uns das einmal bei Familie Merkel vor. Hier ist das Kabinett die Küche. Man sitzt dort gemeinsam zusammen, beschließt trotz Milliardenschulden, dass alle mehr bekommen, und versichert sich gegenseitig, dass die Steuereinnahmen so stark steigen werden, dass sie irgendwann die Ausgaben einholen werden. Das ist die tägliche Realität in dieser Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Planungen und Ihr Versprechen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, basieren auf mutigen Wachstumsprognosen. Sie prognostizieren für 2009 ein Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent. Das ist nicht nur angesichts dessen, was wir gestern erlebt haben, sondern auch angesichts der Prognosen der Institute mutig. Wenn man sich den gesamten Finanzplan anschaut, dann stellt man fest, dass Sie hier noch mutiger sind. Sie kalkulieren mit einem durchschnittlichen Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent. Man muss keine Krise herbeireden, wohl aber muss man Berufsoptimist sein, um ernsthaft zu glauben, dass sich die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Schauen wir uns Ihre anderen kühnen Annahmen an. Sie haben sich in Ihrer Finanzplanung bis 2011 die großen Posten gezielt vorgenommen. Mit dem vorliegenden Finanzplan des SPD-Finanzministers Steinbrück wird uns erklärt, dass diese Bundesregierung der Auffassung ist, man könne bis zum Jahr 2011 2,7 Milliarden Euro bei Hartz IV einsparen. Das sind über 10 Prozent der Mittel, die wir für das Arbeitslosengeld II ausgeben. Ich will von der SPD, aber auch von der Union wissen: Ist das Zahlenkosmetik, mit der Sie uns hinter die Fichte führen wollen, oder ist das eine knallharte Ansage an diejenigen, die darauf angewiesen sind, dass wir ernsthaft darüber nachdenken, ob man mit den heutigen Sätzen vernünftig leben kann?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Man muss trotz einer harten

Ansage und der angestrebten Konsolidierung ernsthaft über eine Erhöhung der Regelsätze auf 420 Euro – das fordern die Sozialverbände und wir – sprechen. Diese Ansage ist richtig und nicht die von Ihnen erweckte Illusion, dass Hartz IV das Sparkästle dieser Koalition ist, um die Nettoneuverschuldung auf null zu drücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber genau so sieht die Finanzplanung des Finanzministers aus, die mit Ihren Stimmen beschlossen werden soll, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie blenden noch mehr Risiken aus. Der Arbeitsminister hat eine globale Minderausgabe von 1 Milliarde Euro in der Finanzplanung seines Etats, von der keiner weiß, wo sie herkommen soll. Über die Auswirkungen der Finanzkrise wissen wir nur, dass sie kommen werden, dass die Einheit „Milliarde“ sein wird, aber auch dafür haben Sie keine Vorbereitungen getroffen. Wir erwarten das Urteil zur Entfernungspauschale, von dem Sie wissen, dass es um mindestens 6 Milliarden Euro Mindereinnahmen geht. Außerdem haben Sie das Urteil zu den Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträgen, das weitere milliardenschwere Risiken birgt. Das alles ist nicht eingepreist in das Versprechen des Ausgleichs, das Sie hier mit großen Worten verkündet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Milliardenrisiko dieser Koalition hüpfte gerade durch Bayern und macht Landtagswahlkampf, nämlich die CSU.

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Ihr nicht?)

Es wird da ein Entlastungspaket in Höhe von 30 Milliarden Euro versprochen. Zwar gebärdet sich die CSU immer als Wahrerin der Haushaltskonsolidierung, aber kaum geht die Musi los, wird ins Festzelt gerannt und Freibier versprochen. Das ist die Realität in dieser Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen, mit Verlaub, schon das Kopfrechnen verbieten und die Taschenrechner in ganz Bayern wegschließen, dass die Leute nicht merken, dass ihnen Falsches angeboten, lediglich Wahlkampf betrieben wird und Seriosität in Haushaltsfragen keine Priorität hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diese Auseinandersetzung in den letzten Jahren oft geführt. Wir haben Ihnen mit unserem grünen Zukunftshaushalt Vorschläge gemacht, wie man die Konsolidierung vorantreiben kann, ohne auf notwendige Investitionen verzichten zu müssen. Wir haben da andere Schwerpunkte als Sie; das ist richtig. Es gibt eine Auseinandersetzung mit Ihnen darüber, welche Ausgaben für Umwelt und Klima, aber auch für Bildung und soziale Teilhabe richtig sind. Aber wir haben Ihnen belegt, dass das, wenn man den Mut hat, die Gegenfinanzierung in Angriff zu nehmen, kein Gegenentwurf zur Konsolidierung sein muss.

Beim Subventionsabbau verspielen Sie jedes Jahr eine doppelte Chance. Eine doppelte Chance deshalb, weil Sie gerade bei ökologisch schädlichen Subventionen nicht bereit sind, diese zu kürzen. Ich meine Subventionen, die nicht nur dem Haushalt schaden, sondern mit

denen außerdem noch ungewolltem, unökologischem Verhalten Vorschub geleistet wird. Es ist zwar schön, wenn der Umweltminister 400 Millionen Euro in 2008 für Umwelt- und Klimaprojekte bekommen hat. Aber wenn sie kaum abfließen - wie es der Fall war -, nützen sie nichts. Vor allem aber stehen sie in keinem Verhältnis zu den Milliarden für umweltschädliche Subventionen, die Sie gleichzeitig erhalten und einfach durchwinken.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das Paradoxe der Großen Koalition, dass sie nicht in der Lage ist, den Haushalt dem anzupassen, was ihre Kanzlerin als große umweltpolitische Klima-Queen auf Konferenzen meint verkünden zu müssen. Es ist das Manko dieser Koalition, dass Ankündigungen und Taten überhaupt nichts miteinander zu tun haben.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man den Subventionsbereich einnahmen- wie ausgabenseitig durchgeht, stellt man fest, dass 1 Milliarde Euro allein für den Flugverkehr vorgesehen sind. Sagen Sie den Menschen in Bayern doch einmal ehrlich, dass Sie nicht bereit sind, den heimatnahen Tourismus zu fördern, und die Steuergelder von mittelständischen Unternehmen im Tourismusbereich lieber dafür aufbringen, dass der Mallorca-Flug weiterhin weniger als das Taxi zum Flughafen kostet. Das ist doch die Absurdität dieser Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht mit Ökosteuerausnahmen, dem Verschenken von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, den Kohlesubventionen und vielem anderen genauso weiter.

Das Nächste, was CDU und CSU für den Wahlkampf in München entdeckt haben, ist die Fortschreibung der Atomenergie als angebliche Ökoenergie und als angeblicher Entlastungsbringer für die Menschen. Auch da lohnt ein Blick in Ihren Haushalt. Es ist bezeichnend, wie viel für die Atommüllbehandlung ausgegeben wird. Für das Skandallager in Asse trauen Sie sich noch gar nicht, einen Posten in den Haushalt einzustellen. Aber jeder weiß doch, dass dies Milliarden an Bundesgeldern kosten wird, und zwar unabhängig davon, welcher der glorreichen Helden im Kabinett die Federführung haben wird. Das sind die Dinge, bei denen man merkt, dass die Versprechen wenig mit dem konkreten Haushalt zu tun haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns zusammenfassend noch einmal in die Karten dieser Koalition schauen. Sie sind im Grunde mit allen Trümpfen in der Hand gestartet: brummende Konjunktur, explodierende Steuereinnahmen, sinkende Arbeitslosigkeit und eine fette Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Um im Bild zu bleiben: Schauen wir uns die Spielbilanz an. Beim Haushaltsausgleich haben Sie bis heute keinen Stich gemacht, bei der Gesundheitsreform und den Lohnnebenkosten spielen Sie Ramsch, und wenn man sich die Föderalismusreform ansieht, bei der Sie bisher auf Null spielen, dann muss ich ehrlich sagen: Das ist keine Koalition, die man sich für diese Republik wünschen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die SPD jetzt Doppelkopf spielt - sei's drum. Dass



man in Bayern an dieser Stelle viel an Schafskopf denken würde, will ich jetzt auch nicht weiter ausbreiten.

Ich will Ihnen nur sagen: Sie müssen sich schon für den Haushalt verantworten, den Sie hier vorlegen. Sie müssen sich dafür verantworten, dass Sie das große Versprechen, dass große Koalitionen für große Dinge eintreten müssen, revidieren. Sie sind keine große Koalition, Sie sind höchstens viele, aber das hilft keinem.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Steffen Kampeter das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit schonungsloser Offenheit hat der Bundesfinanzminister in seiner Einbringungsrede eine Art Eröffnungsbilanz der Arbeit der Großen Koalition vorgetragen, wobei er auf die zahlreichen Verwerfungen, die wir im Jahre 2005 in der Bundesrepublik Deutschland hatten, hingewiesen hat. Vom kranken Mann Europas und von der schwierigen Situation in den Sozialsystemen hat er gesprochen. Was die internationale wirtschaftliche Entwicklung betrifft, sei die deutsche Wirtschaft nicht mehr als Lokomotive wahrgenommen worden, sondern, um es in der Diktion von Ernst Hinken zu sagen, als Träger der roten Laterne. Damit hat er, wie auch wir von der Unionsfraktion, eine kluge Begründung für die Notwendigkeit der Konsolidierungspolitik der Großen Koalition gegeben: Ein Staat, dessen finanzielle Handlungsfähigkeit nicht gegeben ist, dessen Finanzen nicht in Ordnung sind, ist ein schwacher Staat. Deswegen war der Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zur Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes notwendig, er war richtig, und er war gut für unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Norbert

Röttgen [CDU/CSU]: Und erfolgreich!)

Mit der Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit haben wir auch die Spielräume für aktuelle, vor allen Dingen aber für zukünftige Entlastungen in unserer Gesellschaft geschaffen; denn eine Begrenzung der Schuldenlast ist ein generationengerechtes Angebot für die zukünftigen Generationen. Deutlich über 900 Milliarden Euro Schulden allein des Bundes sind eine schwere Altlast für die nachfolgenden Politikergenerationen. Deswegen ist es wichtig, dass wir im Jahr 2011 keine neuen Kredite aufnehmen und das Verbot, neue Kredite aufzunehmen, im Grundgesetz verankern, damit der ausgeglichene Haushalt nicht nur für diese, sondern auch für zukünftige Regierungen der Regelfall im Interesse nachfolgender Generationen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben konsolidiert, um zu investieren, und wir haben konsolidiert, um zu reformieren. Dass die Staatsquote auf das Niveau der Zeit von Gerhard Stoltenberg gesunken ist, macht deutlich, dass ein starker Staat

durchaus auch ein schlanker Staat sein kann. Die Bürgerinnen und Bürger werden weniger durch den Staat in Anspruch genommen, auch wenn manches Mal etwas anderes hier vorgetragen wurde. Wir haben konsolidiert, um beispielsweise in Bildung und Forschung zu investieren; denn wir glauben, dass dieses Land auf Dauer nur dann wirtschaftlich leistungsfähig bleibt, wenn wir die Besten in unseren Schulen, Hochschulen und im dualen System ausbilden. Das ist eine wichtige Investitionsentscheidung gewesen.

Wir haben beispielsweise in die Infrastruktur für die Betreuung der unter Dreijährigen investiert, weil wir glauben, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist. Wir haben auch in die Verkehrsinfrastruktur investiert und den Trend, dass unter Rot-Grün der Anteil der Investitionen in unser Verkehrssystem gesunken ist, gestoppt. Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben wir mehr baureife Bundesfernstraßenprojekte, als wir überhaupt Mittel haben; da ist noch Steigerungspotenzial. Das waren wichtige Investitionsentscheidungen und eine kluge Konsolidierungsrendite.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir waren auch in der Lage, in die innere Sicherheit zu investieren, Stichwort BOS-Digitalfunk, damit die Sicherheitsbehörden vor Ort auch kommunizieren können und nicht mit archaischen Systemen ausgestattet sind. Ein Staat, der finanziell nicht handlungsfähig ist - einen solchen haben wir 2005 vorgefunden -, hätte die innere Sicherheit vernachlässigt. Wir haben unter Kanzlerin Angela Merkel in die innere Sicherheit investiert. Das war eine kluge Investitionsentscheidung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben konsolidiert, um zu reformieren. Ich will Ihnen nur einige der von uns getroffenen Entscheidungen mit der Überschrift „Mehr Netto, und zwar für alle“ - die entsprechenden Gesetze und Verordnungen treten in den nächsten Monaten in Kraft - noch einmal vor Augen führen. Das soll deutlich machen, dass die Konsolidierungsrendite bei den Menschen auch tatsächlich ankommt.

Ich erwähne den Kinderzuschlag: 70 000

Haushalte werden netto bis zu 140 Euro zusätzlich erhalten.

Ich erwähne die Ausweitung des BAföGs bei den

Bedarfssätzen und bei den Freibeträgen. Auch hier:

Mehr Netto für die Studierenden. Ich nenne das Wohngeld, das durchschnittlich um 50 Euro monatlich angehoben wird. Wir haben die Rentenerhöhung vorgenommen.

Wir haben das Eigenheimrentengesetz auf den Weg gebracht. Die Familienförderung werden wir für alle ausweiten,

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

und zwar nicht nur in Bezug auf Infrastruktur, sondern so - der Bundesfinanzminister hat es sehr richtig gesagt -, dass auch die Familien mehr Netto haben.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir machen es so, dass es bei den Familien direkt, also „bar auf Tatze“ ankommt. Das ist unser Vorschlag, den wir hier in die Debatte mit einbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr gut! Netto für die Kinder!)

Wir werden die Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen ausweiten, nicht weil uns jemand zwingt, sondern weil wir es für richtig empfinden, dass diejenigen, die in dieser Gesellschaft Vorsorge leisten, das auch vom Staat honoriert bekommen. Ich halte das für richtig. Genauso gut ist, dass wir die Arbeitslosenversicherungsbeiträge senken konnten. Wir können den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so mehr als 26 Milliarden Euro zurückgeben. Das bedeutet auch für die Fleißigen in diesem Land mehr Netto. Mehr Netto für alle, das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bundesfinanzminister hat hier gesagt, dass die Besoldungsanpassung im öffentlichen Dienst eine Belastung ist. Das ist aus Sicht des Haushaltes richtig. Aber ich will auch deutlich machen: Angesichts der teilweise hohen Tarifabschlüsse im gewerblichen Bereich war es richtig, dass wir einen entsprechenden Tarifabschluss für den Bund übernommen haben. Es bedeutet für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, für die Angestellten ebenso wie für die Beamten, mehr Netto. Auch zu dieser Entscheidung im Rahmen des Konsolidierungsprozesses stehen wir. Wir unterstützen das.

Ich will deutlich machen: Als wir 2005 anfangen, hatten wir ein strukturelles Defizit aus Privatisierungserlösen und Nettokreditaufnahme von 55 Milliarden Euro bei 190 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Heute haben wir - darauf hat der Redner der Opposition rechnerisch schon hingewiesen - ein strukturelles Defizit von lediglich 15 Milliarden Euro bei 248 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Dieses Defizit ist immer noch zu hoch, und es wird auch in den nächsten Jahren weiter abgebaut. Anders ausgedrückt: 40 Milliarden Euro dieser Steuermehreinnahmen haben wir in die Absenkung des strukturellen Defizits investiert, und 18 Milliarden Steuermehreinnahmen haben wir in die von mir gerade beschriebenen politischen Schwerpunkte investiert.

Wer heute sagt: „Wir könnten schon heute eine Nullverschuldung haben“, der muss den Menschen sagen, ob er weniger für die Familie ausgeben möchte, ob er beim BAföG weniger machen will, ob er die Rentenerhöhung aussetzen will, ob er durch die Aussetzung der Krankenkassenzuschüsse die Beiträge der Krankenversicherten explodieren lassen will oder ob er bei unseren Investitionsprogrammen beim Klimaschutz oder bei der Gebäudesanierung sparen will. Es ist einfach unredlich, die Zahlen hier so falsch darzustellen und zu verschweigen, dass diese Bundesregierung, diese Kanzlerin und dieser Finanzminister so wichtige Investitionsentscheidungen - sie machen ein Drittel aus - getroffen und so wichtige Konsolidierungserfolge erzielt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will deutlich machen: Der Bundesfinanzminister hat hier sehr nüchtern auch die Wolken am konjunkturellen Horizont beschrieben. Aber ich will hervorheben, dass ich mir nicht so viele Sorgen mache wie Anfang dieses Jahrtausends, als wir die letzte Wachstumseintrübung

hatten. Da war die Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Bundeskanzler und dem damaligen Bundesfinanzminister etwas anders. Berichtet worden ist, dass die Konsolidierungsbemühungen im Kabinett mit einem etwas abfälligen „Lass mal, Hans!“ bewertet worden sind.

Heute haben sich sowohl die Frau Bundeskanzlerin als auch der Bundesfinanzminister eindeutig hinter das Ziel gestellt, 2011 keine neuen Schulden mehr machen zu wollen.

Der ausgeglichene Haushalt ist keine Rechenlösung, die sich aus Wachstumsprognosen ableitet, sondern er entsteht im Zusammenwirken von wirtschaftlichem Wachstum, politischen Zielsetzungen und gemeinsamem Handlungswillen. Die Bundeskanzlerin, der Bundesfinanzminister und die sie tragenden Koalitionsparteien und -fraktionen werden das in dem Bemühen, 2011 keine neuen Schulden mehr machen zu wollen, eindeutig, klar und nachdrücklich unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Ulla Lötzer [DIE LINKE]:

Fortsetzung der Großen Koalition bis 2011?)

Ich will allerdings darauf hinweisen, dass wir noch eine Reihe von Aufgaben vor uns haben, auch Dinge unterlassen müssen, beispielsweise den Arbeitsmarkt zu regulieren. Im Gegenteil, wir müssen im Rahmen der Instrumentenreform den Wirrwarr der arbeitsmarktpolitischen Instrumente beseitigen. Wir müssen die unterschiedliche Verwaltungspraxis, die es bei Hartz IV gibt – die Menschen sind bei Hartz IV eben nicht gleich –, beenden. Wir müssen noch anderes unterlassen. Ich glaube nicht, dass wir regulierend in die Zeitarbeitsbranche eingreifen sollten. Wir sollten die grundgesetzlich garantierte Tarifvertragsfreiheit nicht einschränken. Das sind wichtige Signale. Eine der Erfolgsgeschichten dieser Großen Koalition ist die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Arbeitsmarkts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben 1,5 Millionen Menschen mehr in Arbeit. Sie sind aus den sozialen Sicherungssystemen heraus in eine reguläre Beschäftigung überführt worden. Neben der eigentlichen Haushaltskonsolidierung und den aufgezeigten Reformen ist eine funktionsfähige, marktwirtschaftliche Arbeitsmarktpolitik mit ein zentraler Schlüssel zur Haushaltskonsolidierung.

In diesem Sinne werden wir Kurs halten. Wir werden den Finanzminister bei seinen Konsolidierungsbemühungen unterstützen. Wir als Haushälter werden auch dem freundlichen Feuer der wahlkämpfenden Koalitionsfraktionen widerstehen und versuchen, die Konsolidierung noch ein Stück weit voranzutreiben und die Nettokreditaufnahme auf unter 10 Milliarden Euro zu senken. Wir werden in diesem Sinne auch von vielen hier im Hause unterstützt. Wir starten heute die Beratungen. Ich glaube, dieser Haushaltsentwurf ist ein guter Vorschlag. Es ist ein gutes Signal. Es ist eine erfolgreiche Politik für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Carl-Ludwig Thiele.

(Beifall bei der FDP)

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Steinbrück, lassen Sie mich drei Punkte vorweg ansprechen:

Der erste Punkt. Auf der einen Seite kritisieren Sie eine mangelnde Nachfrage, und auf der anderen Seite quetschen Sie mit Ihren Steuern die Leute aus wie eine Zitrone.

(Widerspruch bei der SPD)

So kann Nachfrage in unserem Land überhaupt nicht entstehen.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt: In guten Zeiten haben Sie keine Vorsorge dafür getroffen, dass der Staat auch in schlechteren Zeiten – solche stehen vor der Tür – handlungsfähig ist.

(Beifall bei der FDP)

Der dritte Punkt. Er betrifft die IKB, und ich finde das schon ganz beachtlich. Sie erklären hier allen Ernstes, Sie hätten alles richtig gemacht. Insgesamt kann man aber nur feststellen: Gut 10 Milliarden Euro öffentlicher Gelder sind verbrannt worden. Seinerzeit, unter der Regierung von Rot-Grün, zu Zeiten Hans Eichels, ist ein Anteil an einer Privatbank erworben worden. Es ist aus FDP-Sicht nicht die Aufgabe des Staates, überhaupt Anteile an einer Privatbank zu halten.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Wirtschaft!)

Bei Regierungsantritt von Schwarz-Rot ist dieser Anteil nicht veräußert worden, und das kritisieren wir. Es ist eben nicht Aufgabe des Staates, Anteile an privaten Banken zu halten.

Die KfW sagt, mit der IKB habe sie das Ohr am Mittelstand haben wollen. Daran kann man sehen, wer für dieses Ohr tatsächlich bezahlen muss. Das ist Verschleuderung von Volksvermögen. Dafür gibt es eine Verantwortung, und die Verantwortlichen sind nicht zuletzt in der Regierung zu suchen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie reden davon, der Bund habe gespart. Das stimmt einfach nicht. Die Ausgaben sollen um über 5 Milliarden Euro steigen. Wer Ausgaben steigert, spart nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ein Bundeshaushalt 2009 ohne Neuverschuldung wäre möglich gewesen. Die Steuereinnahmen des Bundes steigen im nächsten Jahr um 10 Milliarden Euro, und die Neuverschuldung sinkt nur um 1,4 Milliarden Euro. Für Ihre gesamte Regierungszeit lässt sich festhalten, dass der Bund seit Regierungsantritt der Großen Koalition pro Jahr 60 Milliarden Euro mehr Steuern einnimmt, die Neuverschuldung aber nur um 20 Milliarden Euro gesenkt hat. Der Bund nimmt also dreimal mehr an Steuern ein, als er an Neuverschuldung abbaut. Deshalb ist diese Politik keine Politik des Sparens.

(Beifall bei der FDP)

Die Konsolidierung eines Haushaltes muss nach Auffassung der FDP über die Ausgabenseite erfolgen. Das weiß jeder Bürger. Wenn ein privater Haushalt weniger

Geld zur Verfügung hat, dann spart er, indem er weniger Geld ausgibt. Die öffentliche Hand und auch die Große Koalition machen es aber genau anders herum. Die Steuern werden erhöht. Die Einnahmen des Staates werden erhöht. Deshalb haben Sie die größte Steuererhöhung in der Geschichte unseres Landes beschlossen. Deshalb haben Sie in einer Vielzahl von Maßnahmen weitere Steuererhöhungen beschlossen. Deshalb haben Sie die Einkommensteuer nicht gesenkt, denn durch die kalte Progression erhält der Bund bei höherem Bruttoeinkommen der Bürger Jahr für Jahr ein Mehr an Steuereinnahmen. In jedem Jahr hat die FDP Sparsamkeit angemahnt. Wir haben jedes Jahr konkrete Sparvorschläge in Milliardenhöhe vorgelegt. Diese Sparvorschläge wurden von Ihnen immer abgetan, als hätten sie nichts zu bedeuten. Schon in diesem Jahr hätten wir die Neuverschuldung auf null reduzieren können. Spätestens 2009 müssen wir sie erreichen. Wir als FDP sind der Auffassung, dass die Bürger nicht die Melkkühe der Nation sein dürfen. Wir brauchen eine deutliche und spürbare Entlastung der Bürger. Wer die Ausgaben kürzt, hat dadurch Geld für die Entlastung der Bürger. Die Steuern zu senken und den Haushalt zu konsolidieren, sind keine Gegensätze. Wenn der Staat spart, dann kann er die Neuverschuldung senken und die Bürger entlasten. Deshalb fordern wir von der FDP eine Senkung der Steuerbelastung der Bürger. Wir fordern eine durchgreifende Steuerreform, damit der Bürger überhaupt die Chance hat, unser Steuerrecht zu verstehen. Noch vor der letzten Bundestagswahl war dies auch die Forderung der Union. Wir werden jetzt und im nächsten Jahr immer wieder darauf drängen, dass dieses Thema auf die Tagesordnung kommt. Es beschäftigt und belastet die Bürger und es hindert die Binnennachfrage, die wir in unserem Land benötigen. Wir werden die ganze Zeit über den Finger in die Wunde legen und nicht eher ruhen, bis dies durchgesetzt ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Carsten Schneider.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Thiele, Sie stellen sich hier hin und drängen auf Ausgabenkürzungen. Sie stellen sich hier hin und fordern Subventionskürzungen. Das finde ich dreist.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wieso das denn?)

Als wir die Eigenheimzulage abgeschafft haben, waren Sie der härteste Verteidiger dieser Subvention. Ich erinnere mich da an Anhörungen zum Haushaltsbegleitgesetz und an andere Äußerungen zu der Zeit, als wir noch eine rot-grüne Regierung hatten. Sie haben dazu beigetragen, der Bausparkassenlobby hier im Bundestag eine Stimme zu geben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wie bitte?)

Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Bundesfinanzminister hat heute den Haushalt

2009 vorgelegt. Er wird gelten als der Schlusshaushalt dieser Koalition.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich weiß gar nicht, dass wir dem zugestimmt haben!)

Es ist der letzte Haushalt, den wir in dieser Legislaturperiode noch beraten werden. Er folgt dem klaren Ziel und der klaren Linie, den Haushalt des Bundes auszugleichen und mit dem Geld, das wir an Steuern einnehmen und das die Bürgerinnen und Bürger hart erarbeiten, sorgsam umzugehen. Wir alle waren in Regierungsverantwortung und der Politik der vergangenen Jahrzehnte daran beteiligt, mehr auszugeben, als wir tatsächlich einnahmen. Herr Koppelin, Sie haben den höchsten Anteil daran, das sei nur nebenbei erwähnt.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt, damit Schluss zu machen. Deshalb ist dieser Haushalt für uns von besonderer Bedeutung.

Auch in dem zurzeit schwierigen Umfeld hat die Bundesregierung Vorsorge getroffen. Die Wachstumsprognose, die diesem Haushalt zugrunde liegt, ist niedriger als diejenige, die uns beispielsweise die EU-Kommission für das Jahr 2008 prognostiziert hat.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben 2009!)

Wir ernten die Früchte der Grundlagen, Kollege Bonde, die wir in der rot-grünen Regierungszeit mit der Modernisierungspolitik von Gerhard Schröder im Wirtschaftsund

Arbeitsmarktbereich gelegt haben. Das ist ganz klar.

In dieser Zeit wurde die Saat gelegt, durch deren Erfolge – wie den Abbau der Arbeitslosigkeit – knapp zwei Millionen Menschen neue Beschäftigung fanden. Das sind

zwei Millionen Menschen mehr, die selbst für ihre Familien sorgen und nicht mehr auf die Solidarität von anderen angewiesen sind. Das sind zwei Millionen Väter und

Mütter, die voller Stolz im Arbeitsleben stehen. Dies

sind die Erfolge der Politik der vergangenen Jahre. Wir

haben die Früchte dieser Saat geerntet; das ist ganz klar. Wir haben – das ist vollkommen richtig; das will ich

hier auch sagen – keine Sparorgien durchgeführt. Ich

hielte ein solches Vorgehen auch für falsch angesichts

der Tatsache, dass wir in vielen Bereichen des Bundeshaushaltes

– ich werde auf einige Punkte noch eingehen –

wichtige Zukunftsprojekte auf den Weg gebracht haben.

So erhöhen wir im Sozialbereich das Wohngeld im

Durchschnitt von 90 auf 140 Euro. Diese Anpassung war

längst überfällig. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten

aufgrund der Belastung der Bezieher von niedrigen bzw.

geringen Einkünften durch die hohen Energiepreise auch

eine Vorziehung der Novelle.

Wir haben die Chancengerechtigkeit in diesem Land

verbessert. Sie ist zwar noch nicht eins zu eins gegeben

– das ist richtig –, aber durch die Bafög-Novelle erhöhte

sich die Zahl der Schüler und Studenten, die Bafög bekommen,

von gut einer halben Million auf 1 Million.

Damit ist die Chancengerechtigkeit in diesem Land ein

Stück vorangekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch mehr im Bereich der Verkehrsinfrastruktur

tun. Natürlich müssen dafür – das ist ganz

klar; auch Herr Koppelin hat das vorhin angesprochen –

entsprechende Einnahmen vorhanden sein, mit denen die zusätzlichen Investitionen in Höhe von 1 Milliarde Euro in die Straßeninfrastruktur finanziert werden können. Diese wollen wir durch eine Erhöhung der Maut finanzieren. (Jürgen Koppelin [FDP]: Die Leute müssen es selbst bezahlen! Ihr kassiert ab!)

Es ist vollkommen klar, dass die davon betroffenen Firmen in Deutschland an anderer Stelle wieder entlastet werden. Aber es ist doch in Ordnung, dass wir als europäisches Transitland verlangen, dass zum Beispiel Franzosen oder Polen etwas dafür bezahlen, dass sie unsere Straßen nutzen.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]:  
Ich dachte, wir wären in Europa! Das ist kleinkariert!)  
Die Ministerpräsidenten und Sie sollten wissen, dass - wenn sie dieser Mauterhöhung nicht zustimmen - 1 Milliarde Euro fehlen wird, um Straßen in ihren Wahlkreisen und Bundesländern zu bauen oder zu erneuern. Wir sind mittlerweile in der Europäischen Union - der Bundesfinanzminister hat vorhin in seiner Rede die Schlagzeile vom „kranken Mann Europas“ vom Anfang des Jahrzehnts zitiert - der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]:  
Der stottert aber böse, dieser Motor!)  
Das durchschnittliche Wachstum in Europa liegt laut den bisherigen Zahlen vom Januar 2008 bei 1,3 Prozent, in Deutschland bei 1,8 Prozent. Das Finanzierungsdefizit der Bundesrepublik beträgt null. Gesamtstaatlich haben wir sogar einen Überschuss. Insbesondere die Kommunen bzw. die Gemeinden -

(Beifall bei der SPD - Jörg Tauss [SPD]:  
Gewerbsteuer!)

hier zeigen sich ja tagtäglich die Auswirkungen von Politik - haben durch die Sicherung der Gewerbesteuer, die wir Sozialdemokraten durchgesetzt haben, einen immer größer werdenden Handlungsspielraum. Im Vergleich dazu: Frankreich hat ein Defizit von 2,9 Prozent, die Briten von 3,3 Prozent und die Vereinigten Staaten ohne Berücksichtigung der aktuellen Geschehnisse von 5 Prozent.

Die Steuereinnahmen im August - ich habe die Zahlen vorliegen - liegen noch auf einem sehr guten Niveau. Es ist jetzt nicht die Zeit für Kassandrarufer. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den USA werden sicherlich auch in Deutschland zu spüren sein, aber es gibt keinen Grund, die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik schlechtzureden.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])  
Die Steuereinnahmen liegen im August über der Prognose der Steuerschätzer. Diese Mehreinnahmen wollen wir jetzt aber nicht verteilen, sondern sie dafür nutzen, um die Kreditaufnahme im Jahresverlauf unter dem Ermächtigungsrahmen zu halten.

Die Schlagzeilen, die einige Wirtschaftsforscher nunmehr geliefert haben - man sollte einmal die Glaubwürdigkeit einiger Wirtschaftsforscher hinterfragen oder sich zumindest anschauen, wer der Auftraggeber gewesen ist - ,

(Joachim Poß [SPD]: Forschungsarbeit auf



Bestellung war das!)

bringen uns letztendlich nicht weiter. Vielmehr gilt es, Kurs zu halten, also zum Beispiel die Ausgabenstrukturen durch mehr Investitionen im Bundeshaushalt in Bildung und Forschung zu verbessern.

Ich sehe mit Interesse, dass die Einberufung eines Bildungsgipfels angekündigt worden ist. Ich sage aber ganz klar: Dieser darf nicht zu einer Talkrunde werden und in einem präsidialen Stil moderiert werden, weil man gar keine Kompetenzen hat. Vielmehr müssen dem Bund, wenn er sich hier engagiert, auch Kompetenzen eingeräumt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass die Ministerpräsidenten das Geld einkassieren und im Endeffekt nichts passiert. Ähnliches ist ja leider im Zuge des Hochschulpaktes zu beobachten: Es sollten bis 2010 12 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden, bisher sind es 2 500. Das ist ungenügend. Hier muss von den Bundesländern, von den verantwortlichen Ministerpräsidenten mehr geleistet werden, um Deutschland insgesamt nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Haushälter werden versuchen, die Bereiche Bildung und Forschung zu stärken. Diese Bereiche sind wichtig. Im Haushaltsentwurf ist vorgesehen, 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu verwenden. Dort, wo diese Ausgaben hinfließen, sollen insbesondere private Mittel der Wirtschaft mobilisiert werden. Ich finde, das ist noch nicht ausreichend erfolgt. Aber ich bin guter Dinge, dass die Ministerin das im Blick hat.

Wir werden als Haushälter auch darauf achten müssen, Irrsinniges abzuwenden. Es gibt da einen Vorschlag aus dem Wirtschaftsministerium. Herr Glos ist ja von der CSU, und dort ist Wahlkampf; vielleicht wird das auch wieder fallen gelassen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: So was

Ähnliches gab es auch aus dem Verkehrsministerium!)

Denn auf der einen Seite vom Finanzminister zu verlangen, so schnell wie möglich bei der Neuverschuldung im Bundeshaushalt eine Null zu haben - da gab es auch schon eine Meldung, dass das 2010 sein sollte -, auf der anderen Seite aber den Kauf bestimmter Kühlschränke zu subventionieren - da freuen sich Media-Markt und Saturn -, das geht nicht.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber Ihre Vorschläge sind auch nicht besser!)

Bundesminister Gabriel hat das geprüft und schon im ersten Paket abgelehnt, weil das letztendlich nur zu Mitnahmeeffekten führen würde. Man kann auch nicht noch ein Konjunkturprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro und gleichzeitig Steuersenkungen fordern. All dies ist unsolide und gefährdet unsere Ziele: einen ausgeglichenen Haushalt, eine solide Finanzpolitik, einen sicheren Umgang mit Ihren Steuergeldern und die Einführung einer Schuldenbremse in der Verfassung. Eine Schuldenbremse - da möchte ich dem Minister meine ausdrückliche Unterstützung signalisieren - führt dazu, dass wir ein gutes Modell dafür haben, wie sich in

der Zukunft wirtschaftliche Entwicklung und solide öffentliche Finanzen miteinander verbinden lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion spricht nun der Kollege Eduard Oswald.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein Zweifel: Deutschland hat seit 2005 beachtliche Fortschritte gemacht. Wir sind dabei, Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Die Doppelstrategie – Konsolidierung des Haushalts und gleichzeitig gezielte Förderung des wirtschaftlichen Wachstums – ist und war erfolgreich. Es ist – durch Schaffung der Rahmenbedingungen – eine große Leistung der Bundesregierung und der sie tragenden Großen Koalition, aber vor allem eine große Leistung der Arbeitgeber und Tarifpartner, dass in den vergangenen drei Jahren 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Damit ist die Zahl der Erwerbstätigen auf über 40 Millionen angewachsen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben neue Chancen zur Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich aber angesichts der Meldungen des gestrigen und heutigen Tages verstärkt auf die Situation des Finanzmarktes insgesamt eingehen und dieses Thema vertieft behandeln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Die Lage an den internationalen Finanzmärkten ist und bleibt angespannt. Mit zunehmender weltweiter Vernetzung ist das Finanzmarktgeschehen auch im nationalen Bereich unübersichtlicher geworden. Das verunsichert nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern macht es auch für Politik und Finanzaufsicht schwieriger, Risiken und Fehlanreize rechtzeitig zu erkennen. Auch wenn wir uns im Finanzausschuss noch detaillierter über die Hintergründe informieren werden, bin ich davon überzeugt, dass es richtig war, dass das Bundesfinanzministerium in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der Bundesbank und den Bankenverbänden die IKB gerettet hat, aus volkswirtschaftlicher Sicht, um noch größeren Schaden von der deutschen Volkswirtschaft abzuwenden, und vor dem Hintergrund der Einlagen der IKB, etwa von Ortskrankenkassen, kleineren Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Hätte die IKB vom Markt gehen müssen, wäre ein kaum absehbarer Vertrauensschaden für den gesamten deutschen Finanzmarkt entstanden.

Für die Frage nach der Wirksamkeit wie auch der Weiterentwicklung des deutschen Finanzsystems bietet die Krise meiner Meinung nach wichtige Einsichten. Aus einer Vielzahl von Punkten filtere ich nur einen heraus, der mir als wesentliche Ursache erscheint. Es ist die Tatsache, dass viele Investoren am Markt Aktiva erworben haben, über deren Qualität sie keinerlei eigenständiges

Urteil zu bilden in der Lage waren,  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

nach dem Motto: Man muss immer wissen, was eigentlich  
drin ist. An die Stelle einer Kreditwürdigkeitsprüfung  
auf der Grundlage eigener Informationen trat allein  
das Vertrauen auf die Urteilsfähigkeit der Ratingagenturen.  
Zugleich war für diejenigen, die vor Ort bei einer  
Analyse befähigt gewesen wären, überhaupt kein ausreichender  
Anreiz mehr gegeben, eine sorgfältige Auswahl  
der Kreditnehmer vorzunehmen, weil der Kredit ja sofort  
abgestoßen wurde.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und  
Kollegen, natürlich dürfen wir keine nationalen Alleingänge  
starten. Vielmehr bedarf es hier eines internationalen  
Vorgehens, da nur so die Probleme behoben werden  
können. Hier erscheinen mir fünf Maßnahmen  
besonders wichtig zu sein: zum Ersten verbesserte  
Transparenzvorschriften,  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)  
zum Zweiten die Verbesserung der Zusammenarbeit der  
Aufsichten in Europa, zum Dritten verbesserte Bilanzierungsregeln  
für Aktivitäten außerhalb der Bilanz, zum  
Vierten Verbesserungen bei den Bestimmungen zur Kapitalausstattung von  
Kreditinstituten und zum Fünften  
die Beseitigung von Interessenkonflikten bei den Ratingagenturen.  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass Geldgeschäfte  
viel zu wichtig sind, als dass man sie dem  
Finanzsektor unkontrolliert überlassen dürfte. Moderne  
Finanzprodukte haben ja die Risiken nicht vermindert,  
sondern vielmehr neue geschaffen. Trotzdem gilt: Die  
Bewältigung der Finanzmarktkrise ist maßgeblich von  
den Marktakteuren selbst in Angriff zu nehmen. Dazu  
muss das Vertrauen in den Finanzmarkt gestärkt werden.  
Vertrauen ist eine wesentliche Grundlage für einen funktionierenden  
Finanzmarkt. Gerade diese Krise macht  
deutlich, dass eine unzureichende Verlässlichkeit die  
Finanzmarktprozesse nachhaltig stört und die Gefahr negativer  
Folgen für die Realwirtschaft möglich ist.  
Mit einem Anteil von nahezu 5 Prozent an der gesamten  
nominalen Wertschöpfung ist das Finanzsystem in  
Deutschland bereits für sich genommen ein nicht zu vernachlässigender  
Wirtschaftszweig, dessen Zustand und  
Leistungsfähigkeit mit über die Entwicklung der Wirtschaftsleistung  
insgesamt entscheiden. Die Turbulenzen  
an den Finanzmärkten machen auch deutlich, dass sich  
die volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzsystems  
nicht in den Wachstumswirkungen erschöpft, sondern  
dass die Stabilität und vor allem ihr Fehlen ebenfalls einen  
erheblichen Einfluss auf die Realwirtschaft haben  
können. Gerade deswegen müssen wir uns in den Ausschüssen  
- auch wir im Finanzausschuss - verstärkt damit  
beschäftigen.

Wir wollen unsere Politik des Investierens, des Sanierens  
und Reformierens fortsetzen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Auch des Abkassierens?)

Es bleibt unsere Richtschnur, die Wachstumskräfte zu  
stärken und den Beschäftigungsaufbau weiter voranzubringen.

In den Mittelpunkt unserer Politik stellen wir diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Arbeit und Leistung den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ermöglichen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne ihren täglichen Einsatz wäre kein Sozialstaat finanzierbar. Darüber hinaus sichert die Leistung gerade der Mitte unserer Gesellschaft die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunft unseres Landes. Neue und gesicherte Arbeitsplätze schaffen Perspektiven für die Beschäftigten und ihre Familien. Wachsende Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ermöglichen eine Entschuldung öffentlicher Kassen. So entstehen weitere Spielräume für Wachstumspolitik in Form von Strukturreformen, Steuer- und Abgabensenkungen sowie Zukunftsinvestitionen. Genau das ist unsere Aufgabe, und daran arbeiten wir auch zukünftig. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Bernhard Brinkmann.

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meiner Rede den Bundesfinanzminister loben. Kollege Poß hat es vorhin schon zum Ausdruck gebracht: Peer Steinbrück hat in einer informativen und auch sehr beeindruckenden Rede deutlich gemacht, wo die Schwerpunkte des Bundeshaushaltes 2009 liegen. Er hat auf die Risiken und – das war aufgrund der aktuellen Situation von besonderer Bedeutung – die Turbulenzen auf den Finanzmärkten hingewiesen und darauf, was uns in der nächsten Zeit durchaus noch ereilen und vielleicht auch belasten kann.

Meine Vorredner haben darauf hingewiesen – ich will das ausdrücklich bestätigen –, dass es absolut richtig war, 2005 den Dreiklang von sanieren, reformieren und investieren

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und abkassieren!) in den Mittelpunkt der Haushalts- und Finanzpolitik zu stellen. Dieser Dreiklang wird fortgesetzt. Erstmals haben wir eine realistische Chance, in 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen. Lieber Kollege Koppelin, wenn Sie von Abkassieren reden, dann ist das Vergangenheitsbewältigung.

(Beifall des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Eigentlich ist es müßig, gestatten Sie mir aber dennoch den Hinweis: Beim Schuldenmachen und beim Abkassieren waren die Freien Demokraten mehrere Jahrzehnte kräftig dabei. Demzufolge sollten Sie sich ein wenig zurücknehmen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wann war das denn? – Ulrike Flach [FDP]: Aber ihr seid jetzt schon zehn Jahre dran! Das liegt doch schon Generationen zurück!)

In diesem Zusammenhang möchte ich Folgendes sagen: Mit Blick auf 2009 wird schon jetzt einiges über neue Mehrheiten und neue Koalitionsmöglichkeiten gesagt. Herr Kollege Koppelin, ich empfehle Ihnen, sich den Spiegel genau anzuschauen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich bin nur bis zur Beck-Geschichte gekommen!)

Dort wurde eine „Münchhausen-Skala“ erstellt. Der Kollege Westerwelle soll in einem Sommerinterview im ZDF gesagt haben - ich habe die Sendung nicht gesehen, aber es steht so im Spiegel -:

Zehn Jahre lang haben wir jetzt nur Steuererhöhungen gehabt. Das ist genug.

Das Ergebnis des Tests, der vom Spiegel gemacht worden ist, lautet - das Ergebnis sind vier rote Punkte; rot ist auch in diesem Fall gut -:

Die Steuerentlastungen übertrafen die Erhöhungen der vergangenen zehn Jahre. Würde heute noch das Recht von 1998 gelten

- als Sie noch an der Regierung beteiligt waren -, müssten die Bürger rund 30 Milliarden Euro mehr an Steuern zahlen.

Auch das gehört zur Wahrheit beim Thema „Abkassieren und Schulden machen“.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Koppelin, ich gebe Ihnen das gerne.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Da sind einige Fehler drin! - Gegenruf des Abg. Joachim Poß

[SPD]: Ne, ne!)

Bis heute habe ich keine gegenteilige Stellungnahme zu diesem Spiegel-Artikel vernommen. Wenn in dem Artikel ein Fehler sein sollte, können wir uns darüber gerne im Rahmen der in der nächsten Woche im Ausschuss beginnenden Haushaltsplanberatungen austauschen.

Die finanzpolitische Ausgangslage hat sich gegenüber den Vorjahren deutlich verbessert. Die Konsolidierung schreitet konsequent voran. Die Nettokreditaufnahme konnte von 31,2 Milliarden Euro in 2005 kontinuierlich und in beträchtlichen Schritten gesenkt werden. Sie wird, wenn wir am Ende der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2009 sind, bei unter 10 Milliarden Euro liegen. Das ist ein großes, ein hehres Ziel. Dieser Verantwortung sollten wir uns gemeinsam stellen. Das ist eine Entwicklung, auf die wir bei allen Problemen und Risiken, die nach wie vor vorhanden sind, durchaus ein wenig stolz sein können. Dankbar sollten wir in diesem Zusammenhang denjenigen Menschen in unserem Land sein, die mit ihrer Leistung diese Erfolge möglich gemacht haben. Diese Leistung, die jeder Einzelne an seinem Platz erbringt, verdient größten Respekt, Dank und Anerkennung.

Bei dieser Gelegenheit muss man darauf hinweisen dürfen, dass unsere Volkswirtschaft im Gegensatz zu anderen Volkswirtschaften in Europa und darüber hinaus erhebliche Milliarden an Sonderaufwendungen für die deutsche Einheit aufgebracht hat. Auch das ist eine Leistung, auf die unsere Volkswirtschaft, auf die alle Menschen in unserem Land stolz sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zur Schuldenbremse und zur Nettokreditaufnahme, die künftige Haushalte angeht, sind bereits Ausführungen gemacht worden. Ich will sie an dieser Stelle nicht wiederholen.

Was die Frage der Ausgaben des Bundes für soziale Leistungen angeht, könnte man bei manchen Äußerungen

den Eindruck gewinnen - das betrifft die linke Seite dieses Hauses -, wir würden nicht erhebliche Summen aufwenden. Ich darf darauf hinweisen, dass wir für den Bereich Soziales im Bundeshaushalt 2009 immerhin rund 141,1 Milliarden Euro vorsehen. Das sind 48,9 Prozent der gesamten Ausgaben, also fast die Hälfte. Wer mehr will - diese Forderung ist ja berechtigt -, muss auch sagen, wie er das gegenfinanzieren will. Wenn man 150 Milliarden Euro jährlich wiederkehrender Mehrausgaben fordert und keine nachvollziehbare Gegenfinanzierung auf den Tisch legt - das war mit dem Programm gemeint, das der Finanzminister heute Vormittag angedeutet hat -, dann ist man unglaublich. Einen Beweis für die Finanzierbarkeit ihres Vorschlages ist die sogenannte Linke bis heute schuldig geblieben. (Beifall bei der SPD)

Wer sich dann auch noch in einer - ich möchte es einmal vornehm ausdrücken - peinlichen Art und Weise wie heute Vormittag ans Rednerpult stellt und von einem völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan spricht, der diskreditiert die Leistung der Soldatinnen und Soldaten, die in diesem Land seit vielen Jahren eine gefährliche Mission haben und deren Arbeit dazu geführt hat, dass Mädchen wieder in die Schule gehen können und Aufbauleistungen getätigt werden können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wer sich in dieser Art und Weise hier hinstellt und auch noch auf Geschenke für die oder Kniefälle vor der Rüstungslobby hinweist, geht mit seinen Aussagen an der Wahrheit und Wahrhaftigkeit vorbei.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Der sollte sich schämen!)

Ich sehe, die Uhr am Rednerpult geht Richtung null. (Heiterkeit bei der SPD)

Mit der Null hatten wir heute Morgen schon etwas Spaß bezüglich der Nettoneuverschuldung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die beginnenden Haushaltsberatungen im Ausschuss. Ich freue mich auch auf das Sparbuch der Freien Demokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Jürgen

Koppelin [FDP]: Du bekommst eine Extraausgabe!)

Hoffentlich ist in diesem Jahr etwas darauf. Denn ein Sparbuch ist letztendlich nur vernünftig und sinnvoll, wenn ein Guthaben darauf ist. Das, was Sie bisher geliefert haben, war kein Guthaben, sondern nicht realisierbare Einsparmöglichkeiten.

(Ulrike Flach [FDP]: Wenn Sie nur die Hälfte davon machen würden!)

In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören und weiterhin viel Erfolg bei den Beratungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Einzelplan 10.

Das Wort hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!  
Der Haushalt 2009 rundet die Wahlperiode ab. Er setzt die richtigen Akzente. Wenn ich mir die einzelnen Positionen ansehe, kann ich für die Bereiche der Landwirtschaftspolitik und der Verbraucherschutzpolitik sagen, dass die Regierungskoalition in dieser Legislatur alle Punkte, die wir zu Beginn der Legislatur vereinbart hatten, auf Punkt und Komma erfüllt hat. Das drückt dieser Haushalt aus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Haushalt 2009 enthält wichtige neue Akzente. Besonders freut mich nach der jahrelangen Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ das Aufwachsen dieser Mittel auf 700 Millionen Euro im Jahre 2009. Es waren einmal über 800 Millionen Euro; sie sind von meiner Vorgängerin kräftig gekürzt worden. Wir sind jetzt wieder bei 700 Millionen Euro mit den Schwerpunkten Küstenschutz im Norden unserer Republik und Breitbandverkabelung im ländlichen Raum in der ganzen Republik. Das sind wichtige Schwerpunkte, die rechtfertigen, dass wir diese Mittelaufstockung durchgeführt haben. Ich denke, die Koalition zeigt, dass wir über die Attraktivität ländlicher Gebiete als Wirtschafts- und Lebensräume nicht nur reden, sondern auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein ganz wichtiger Schwerpunkt. Der zweite wichtige Schwerpunkt ist die landwirtschaftliche Sozialpolitik. Ich nehme für diese Regierung in Anspruch, dass seit der deutschen Einheit keine Regierung im Amt war, die die landwirtschaftliche Sozialversicherung und die Zuschüsse des Bundes dazu nicht gekürzt, sondern erhöht hat. Wir als Bund stellen insgesamt 3,7 Milliarden Euro für die verschiedenen landwirtschaftlichen Sozialversicherungszweige zur Verfügung. Was die Koalitionsfraktionen bei der Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung geleistet haben, (Peter Bleser [CDU/CSU]: Mit Hilfe des Ministers!) ist ein großes positives Beispiel für Reformen in der Sozialversicherung insgesamt.

Wir alle wissen: Die Bevölkerung hat immer die Sorge, dass, wenn man von Reformen spricht, es anschließend immer etwas schwieriger ist als vorher. Ich denke, uns ist eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gelungen, die für viele Sozialreformen in der Zukunft beispielhaft sein kann. Wir sollten auf diesem Weg weitergehen. Diese Reform hat sich in der Praxis als Renner und als Beitragsstabilisator für die Landwirtschaft herausgestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Als dritten Schwerpunkt nenne ich die Reform der Ressortforschung; sie war ein Kraftakt. Dafür stellen wir 288 Millionen Euro zur Verfügung. Ich möchte betonen, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Ressortforschungseinrichtungen der Republik

eine vorzügliche Arbeit leisten. In Deutschland gibt es eine Reihe weltweit führender Institute, beispielsweise das Institut auf der Insel Riems, (Peter Bleser [CDU/CSU]: Weltweit Spitze!) das ich ohne Übertreibung als auf der ganzen Welt führend bezeichnen möchte. Vor diesem Hintergrund bin ich dem Haushaltsausschuss sehr dankbar, dass er erwägt, die Investitionskosten, die dort benötigt werden, über mehrere Jahre verteilt zur Verfügung zu stellen. Auch in den anderen Bereichen der Ressortforschung sind wir auf einem guten Weg, in Deutschland Exzellenzforschung zu erreichen, die keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesem Teil der Landwirtschaftspolitik bin ich, sofern er sich in Haushaltszahlen ausdrücken lässt, hochzufrieden. Ich denke, wir haben für die Agrarwirtschaft sehr verlässliche Investitionsgrundlagen geschaffen. Wichtig ist vor allem, dass wir die deutsche Landwirtschaftspolitik wieder zu einer Einheit gemacht haben; das gilt für die 16 Bundesländer und für den Bund. Vielfalt in der Landwirtschaft ist gut. Uns ist es allerdings gelungen, das ehemals unselige Gegeneinander von großen und kleinen Betrieben, von Norden, Osten und Süden, von Biolandwirtschaft, konventioneller sowie regionaler Landwirtschaft und dem Weltmarkt in eine Partnerschaft zu gießen. Das Sich-gegenseitig-Ausspielen ist nun zu Ende.

Die Agrarwirtschaft in Deutschland hat insgesamt gewonnen. Dass sie leistungsstark ist, zeigt sich daran, dass Deutschland noch nie zuvor neben dem Boom in der Biolandwirtschaft, der regionalen Bewirtschaftung und der regionalen Vermarktung zusätzliche Weltmarktanteile gewonnen hat. Das spricht für die Qualität unserer landwirtschaftlichen Produkte. Außerdem waren unsere Exportanteile in der Agrarwirtschaft noch nie so hoch wie im abgelaufenen Wirtschaftsjahr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin froh, dass uns auch der vierte Schwerpunkt, den wir gesetzt haben, mit Ihrer Unterstützung gut gelungen ist. Wir haben weltweit Verträge geschlossen, zuletzt mit China, durch die die Exportmöglichkeiten unserer Landwirtschaft deutlich verbessert werden. So viel zu dem einen Standbein unseres Ministeriums.

Nun zum anderen Standbein, dem Verbraucherschutz.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt nicht alle 28 Maßnahmen vortragen, die wir in den letzten drei Jahren zugunsten der Verbraucher - und zwar nicht durch verbale Kraftmeierei, sondern durch ganz konkrete Verbesserungen - durchgeführt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch wenn wir für den Verbraucherschutz nicht allein zuständig sind - hier handelt es sich oft um ein Zusammenspiel verschiedener Ressorts - ,

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Ja! Aber wir schieben an! - Gegenruf des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP]: Da stimmt wohl die Weiche nicht!)



möchte ich stichwortartig einige Erfolge erwähnen, die wir in den letzten Wochen erzielt haben. Wir haben die unerlaubte Telefonwerbung eingeschränkt und die Fahrgastrechte bei der Deutschen Bahn gestärkt; ich bin sehr glücklich darüber, dass wir den unseligen Bedienungszuschlag in Höhe von 2,50 Euro verhindert haben.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das stimmt!)

Außerdem haben wir die Nährwertkennzeichnung im Interesse der Verbraucher deutlich verbessert, das Label „Ohne Gentechnik“ eingeführt und den Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden des Bundes auf die Höhe der Zeit gebracht.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei diesem Thema sind Sie ja wirklich wahnsinnig „erfolgreich“!)

Wir haben den großen Wunsch der Bevölkerung erfüllt und dafür gesorgt – hier sind wir zumindest auf einem guten Wege –, dass persönliche Daten nicht ohne ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen gegen Entgelt gewerblich genutzt werden dürfen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Richtig!)

Darüber hinaus haben wir den sehr erfolgreichen Aktionsplan IN FORM, der in sehr großem Umfang angenommen wird, und einen Aktionsplan gegen Allergien auf den Weg gebracht.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pläne alleine reichen aber nicht!)

Das waren nur einige Beispiele für das, was wir in den letzten Wochen getan haben. Daran wird deutlich, dass wir auch mit Blick auf unser zweites Standbein erfolgreich waren. Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt. Wir definieren den mündigen Verbraucher in der Weise, dass wir ihm Informationen, Aufklärung und Hinweise zukommen lassen und dann die souveräne Entscheidung des Verbrauchers akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, insgesamt möchte ich sagen, dass die deutsche Landwirtschaft sehr gut in Form ist. Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt. Die Verbraucher sind jetzt auf der gleichen Augenhöhe wie große und mächtige Wirtschaftsunternehmen. Wir werden auch in Zukunft eine verlässliche Politik betreiben: im Hinblick auf die Gesundheitsüberprüfung der europäischen Agrarpolitik, die Situation der Milchbauern und den Abbau der Bürokratie. Ich trete entschieden dafür ein, dass die Regierungskoalition weiterhin den Vorsatz hat, keine neuen Paragraphen mehr zu zimmern, die für die Betroffenen Belastungen zur Folge haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb bin ich hochzufrieden mit der Gesamtkonzeption dieser vier Jahre, die sich in diesem Haushaltsentwurf 2009 sozusagen abrundet. Wie gesagt, wir haben all unsere Koalitionsziele erreicht. Alle Prognosen, dass Schluss mit Biobauern sei, wenn ein Schwarzer Landwirtschaftsminister ist, waren Schall und Rauch. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben Wort gehalten. Dies war nur durch die Unterstützung der beiden Koalitionsfraktionen möglich. Deshalb möchte ich mich bei

beiden Arbeitsgruppen bedanken und natürlich auch bei den Berichterstattern im Haushaltsausschuss, die immer lautlos dafür gesorgt haben, dass das, was wir uns politisch vorgenommen haben, auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt worden ist.

Da meine Fraktion immer die Sorge hat, dass ich ihr Redezeit wegnehme, wenn ich auftrete, möchte ich nun meiner Fraktion eine Minute Redezeit zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat nichts mehr zu sagen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Hans-Michael Goldmann das Wort.

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich richtungweisend, dass Sie bei Ihrem frühzeitigen Abgang den meisten Beifall bekommen haben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hatte nichts mehr zu sagen!)

Herr Minister Seehofer, ich hatte mich schon darauf eingestellt, dass Sie Ihre Bilanz schönreden.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Was schön ist, muss schön bleiben!)

Dass Sie aber derartig aus dem Ruder laufen, das hätte ich fast nicht für möglich gehalten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich schon!)

Wovon reden Sie eigentlich? Von welcher Wahrnehmungswelt reden Sie? Muss es sein, dass wir uns zehn Tage vor der Wahl in Bayern dieses Agrargesülze von Ihnen ohne jede Faktenlage anhören?

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Bleser [CDU/CSU]: Herr Goldmann, nicht Ihr Niveau!)

Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, was Sie hier abziehen.

Das ist doch eine Beleidigung der Landwirte, der Ernährungswirtschaft und der Verbraucher, die eine Antwort haben wollen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben sich auf der Grünen Woche und auf der Agritechnica damit gebrüstet, dass das Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar nach oben gegangen sei.

Nehmen Sie aber nicht zur Kenntnis, dass im Juni dieses Jahres dieser Index von 34 Zählern auf 19 Zähler zurückgegangen ist, weil niemand Ihrer Politik mehr vertraut, weil die Bürgerinnen und Bürger sowie die Landwirte nicht wissen, in welche Richtung dieser Mensch mit seiner politischen Arbeit marschiert?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der CDU/CSU: Ey, ey, ey!)

- Das ist nicht „ey, ey, ey“, das ist Fakt. Sie haben dem Begriff „PPP“ eine völlig neue Dimension gegeben. Was Sie machen, ist populistisch. Was Sie machen, ist planwirtschaftlich. Vor allen Dingen beklage ich, dass Sie dem Ganzen einen parteipolitischen Touch geben vor dem Hintergrund der Wahlen in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Das halte ich für eine Katastrophe für die demokratische

Auseinandersetzung; das will ich einmal sehr deutlich sagen.

Was bei der Milch passiert ist, ist strikt abzulehnen, weil Sie vorgegaukelt haben, dass Sie etwas regeln können, was aber überhaupt nicht möglich ist. Sie haben den Bauern 40 Cent versprochen. Das war aber rein populistisch; denn Sie wissen ganz genau, dass das nicht zu erzielen ist. Sie führen einen Milchgipfel durch, dessen Ergebnisse minimal sind. Nun weigern Sie sich, eine Lösung auf den Weg zu bringen, weil in Bayern Wahlen anstehen.

Wenn Sie sagen, Sie würden für die gesamte Landwirtschaft in Deutschland eine Politik des Ausgleichs bzw. eine Politik betreiben, die hochzufriedenstellend sei, dann kann ich dazu nur sagen: Mit dem, was Sie in der Milchpolitik gemacht haben, ist niemand in Deutschland zufrieden, weder die Bauern in Bayern noch die Bauern in Norddeutschland.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben einen planwirtschaftlichen Eingriff vorgenommen. Im Grunde genommen haben Sie einen parteipolitischen Kniefall auf Kosten der Agrarwirtschaft und insbesondere auf Kosten der Milchwirtschaft begangen.

Das geht so weiter. Was meinen Sie denn, wenn Sie sagen, die Leute hätten Planungssicherheit? Sie haben jetzt eine Modulationsregelung auf den Weg gebracht, die dazu führt, dass die Direktzahlungen an die Bauern vor dem Jahr 2013 in einem Maße gekürzt werden, wie man es nicht erwarten durfte.

Zunächst sagen Sie, es bleibe alles beim Alten. Dann heißt es, dass Sie die Modulationsmittel einsetzen wollen, um einen schleichenden Milchausstieg zu realisieren.

Bei dieser Frage stehen wir nicht nur im völligen Widerspruch zur europäischen Ebene, sondern auch innerhalb der Koalition. Die SPD will etwas völlig anderes als die CDU/CSU. Man muss doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie sich in allen zentralen Punkten überhaupt nicht durchsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie seichtern in der Gegend herum: hier ein bisschen labern, da ein bisschen labern. Wenn es aber um die Fakten geht, stehen Sie nicht zu den Dingen.

Stichwort Erbschaftsteuer. Wo ist denn Ihr Einsatz für die mittelständischen Betriebe im Agrarbereich? Wo ist Ihr Veto gegen das, was hier von der Koalition, insbesondere von der SPD, auf den Weg gebracht wird?

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, im Bereich Ernährung hätten Sie Weichen gestellt. Im Grunde genommen kann ich mich nur totlachen. (Zurufe von der SPD: Oh!)

- Genauso ist das; lieber Manfred Zöllmer, darin sind wir uns einig, also erzähle nichts. - Sie waren auf der Anuga. Auf der Anuga wurde erklärt: Die Ampel wäre eine Dummheit; Mittelständler, macht euch freiwillig auf den Weg. Was machen Sie jetzt? Jetzt wollen Sie genau die Ampel durchsetzen, die Sie vor kurzer Zeit noch als Dummheitsregelung bezeichnet haben.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Wir sind lernfähig!)

Sie erklären, Sie hätten eine Umfrage gemacht, und in der Umfrage hätten die Leute gesagt, dass ein bisschen

Farbe auf dem Etikett doch nicht verkehrt ist. Plötzlich kommt Herr Seehofer und sagt holterdiepolter: Macht eine Ampel, das ist doch auch ganz hübsch.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: So hat er das nicht gesagt! - Mechthild Rawert [SPD]: Das war eine gute Entscheidung von ihm!)

Das ist keine substanzielle Politik. Nein, hier haben Sie nichts zu bieten.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind mit der Milchquote und den Biokraftstoffen gescheitert. Sie wollen eins zu eins umgesetzt haben? Ich lache mich tot. Fragen Sie doch einmal die Bauern, wo Sie eins zu eins umgesetzt haben. Die Modulation ist gescheitert. Die Probleme mit der Biotechnologie wird Frau Happach-Kasan noch ansprechen.

Das schärfste Stück, was es überhaupt gibt, ist die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung. Es steht „Ohne Gentechnik“ drauf, enthalten sind aber 0,9 Prozent Gentechnik. Das sollte man sich einmal in einem anderen Bereich erlauben. Wenn „Ohne Alkohol“ drauf steht und 0,9 Prozent Alkohol drin sind, dann würden alle aufschreien. Herr Seehofer bringt solche Dinge aber auf den Weg und verkauft sie auch noch als Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Beim Verbraucherschutz möchte ich einmal zwei Dinge herausgreifen: Die Regelung hinsichtlich der Cold Calls wurde nun wirklich höchste Zeit. Darin sind wir uns ja einig.

Liebe Julia Klöckner, wie ist aber die Situation bei den Fahrgastrechten? Wie war das denn?

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Wir haben gekämpft!)

Was wurde denn hinsichtlich der Fahrgastrechte gefordert, und was wurde erreicht? Es entstand eine europäische Pseudoregelung, durch die der Bahn im Grunde genommen die Möglichkeit gegeben wird, über eine Stunde verspätet zu sein, ohne einen Schadensausgleich an den Kunden leisten zu müssen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Sehr bedauerlich!)

Das sollen Fahrgastrechte sein? Das ist eine Fürsorgehaltung. Das ist ein Kniefall vor einem Monopolisten, der seinen Kram nicht in den Griff bekommt.

(Beifall bei der FDP)

Hätten Sie sich an das gehalten, was die FDP auf den Weg gebracht hat, dann wären wir jetzt viel weiter.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Was wollt ihr denn? Erzählt doch mal!)

Letzter Punkt - Manfred Zöllmer, du bist sicherlich wieder einer Meinung mit mir -: Du willst doch nicht ernsthaft behaupten, dass durch das Verbraucherinformationsgesetz das erreicht wird, was den Menschen versprochen wurde. Es ist zu eng gefasst. Derjenige, der die Regelungen in Anspruch nimmt, muss erst einmal 50 Euro oder mehr auf den Tisch legen, bevor er eine Auskunft erhält.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist Ihr Verbraucherinformationsgesetz. In meinen Augen ist das eine Verbraucherverhöhnepipelung, um

hier ein Wort zu benutzen, das auch noch ins Parlament passt.

Herr Seehofer, Ihre Bilanz ist vernichtend, und die Antwort darauf geben die Landwirte.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Nein, sie ist ordentlich!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege Goldmann, der Minister hat die Redezeit seiner Fraktion und nicht der FDP-Fraktion zur Verfügung gestellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass Sie jetzt auf Kosten Ihrer Kolleginnen und Kollegen sprechen.

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Frau Präsidentin, ich mache Schluss. Das Problem ist, dass der Minister nichts zu sagen hat, während das bei mir ja anders ist.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh! - Peter Bleser [CDU/CSU]: Das haben Sie uns aber nicht bewiesen! - Mechthild Rawert [SPD]: Einbildung ist auch eine Bildung!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Waltraud Wolff für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach der Rede von Herrn Kollegen Goldmann möchte ich gerne zur Sachlichkeit zurückkommen. Herr Kollege Goldmann, es hätte mich sehr gefreut, wenn Sie einmal gesagt hätten, was die FDP will, und nicht, was Sie alles nicht wollen und was alles schlecht gewesen ist.

(Beifall bei der SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das erleben Sie bei jeder Abstimmung im Ausschuss, Frau Kollegin Wolff!)

Kommen wir jetzt aber zur Sachlichkeit zurück.

Wir haben in diesem Haushaltsansatz 5,29 Milliarden Euro bereitgestellt. Ich denke, das ist ein guter Ansatz für 2009. Darin ist eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ enthalten. Darauf hat Herr Minister Seehofer schon hingewiesen. Außerdem gibt es auch das Programm zum Ausbau des Breitbandnetzes, das für die Entwicklung der ländlichen Räume ganz wichtig ist. Wir als SPD haben immer großen Wert darauf gelegt, und wir sehen diese Mittelaufstockung auch als ein positives Signal für die dort lebenden Menschen.

(Beifall bei der SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist doch aber ein Fliegenschiss! Das weißt du doch! Hör doch auf!)

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau soll mit 16 Millionen Euro weitergeführt werden. Hier stehen als ein Schwerpunkt der Förderung Forschung und Entwicklung ganz besonders im Mittelpunkt. Auch das ist ein

gutes Signal für die Zukunft.

Wir haben im letzten Jahr die Fortsetzung dieses Bundesprogramms durchgesetzt, weil wir sehen, dass der Markt für die Bioprodukte wächst. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinem Kollegen Gustav Herzog ganz herzlich bedanken, der sich mit guten Argumenten vehement für dieses Bundesprogramm eingesetzt hat.  
(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist, dass die Landwirte die Marktchancen, die sich ihnen bieten, nutzen können. Gleichzeitig ist es uns wichtig, den ökologischen Landbau als einen Baustein zur Reaktion auf den Klimawandel zu sehen. Gemeinsam mit der Entwicklung der ländlichen Räume ist dies eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Du weißt selbst, dass das, was du sagst, nicht stimmt! Traurig ist das!)

Dies ist aber nicht nur eine Investition in die Zukunft der Landwirtschaft, sondern auch in die Zukunft der gesamten Gesellschaft. Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Seehofer, ich freue mich, dass Sie dieses Jahr das Bundesprogramm Ökolandbau von sich aus im Haushalt berücksichtigt haben. Wir können hier gemeinsam Schwerpunkte setzen. Hier sind wir auf einem guten Weg. Agrarhaushalt klingt für die Menschen im Lande immer noch längst überkommenen Subventionen. Aber bei genauerer Betrachtung des Haushalts erkennen wir, dass wir gerade hier in die Zukunft investieren. Wir investieren in eine intakte Umwelt. Wir investieren in lebendige ländliche Räume, in wettbewerbsfähige Betriebe und in gesunde Menschen und starke Verbraucherinnen und Verbraucher. Wenn das nicht zukunftsfähig ist, dann weiß ich es nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber wir können all das in diesen Haushaltsberatungen noch verbessern. Wir als SPD haben gute Ideen. Ich werbe in den nächsten Wochen dafür, dass Sie uns dabei helfen, diese zu verwirklichen.

Ich habe die Gemeinschaftsaufgabe angesprochen. Die EU-Kommission hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Klimawandel eine der großen Herausforderungen ist und auch der Erhalt der biologischen Vielfalt ganz entscheidend sein wird. Wir wissen, dass gerade die Landwirtschaft vom Klimawandel betroffen ist. Deshalb müssen wir diese Herausforderungen annehmen.

Es gibt einen Sonderrahmenplan für den Küstenschutz. Auch das ist ein notwendiger Teil. Notwendig ist es aber auch, innerhalb des normalen Rahmenplans dafür zu sorgen, dass die Eindämmung der Klimarisiken, die Anpassung an den Klimaschutz und auch der Erhalt der Biodiversität ein spürbares Gewicht erhalten. Die Agrarpolitik kann die Anpassung der Landwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels und natürlich auch die Verringerung der Risiken unterstützen. Das wollen wir gerne tun.

Dafür müssen wir aber in der Zukunft noch viel stärker als bisher an den Zielen einer standortangepassten Landwirtschaft arbeiten. Wir müssen auf eine auf die

Veränderung ausgerichtete Landbewirtschaftung abstellen und auch die artgerechte und gesunde Haltung von Tieren als oberstes Gebot sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Richtung können und müssen wir mit den Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe unterstützen.

Ich habe vorhin das Breitbandprogramm angesprochen.

Bei diesem Signal in die Zukunft steht natürlich die Entwicklung der ländlichen Räume im Mittelpunkt.

Daran müssen sich die Programme der Gemeinschaftsaufgabe ausrichten. Wir können aber gleichzeitig auch hier die Menschen unterstützen, die sich vor Ort engagieren.

Deshalb schlagen wir als SPD eine institutionelle Förderung des Bundesverbandes der Regionalverbände vor. Hier können wir die Regionalinitiativen stärken und so die Vernetzung für die Entwicklung der ländlichen Räume viel effektiver als bisher nutzen.

Zu den neuen Herausforderungen, die die EU definiert hat, gehört natürlich auch der Erhalt der biologischen Vielfalt. Hier sehe ich für die Haushaltsberatungen zwei entscheidende Punkte. Zum einen müssen wir ein umfassendes Monitoring der Biodiversität dort aufbauen, wo gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, weil wir beobachten müssen, ob dieser Anbau Auswirkungen auf unsere Umwelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen müssen wir auf die tiergenetischen Ressourcen abstellen und die Nachhaltigkeit nutzen. Das bestehende Fachprogramm ist überwiegend auf die wissenschaftliche Begleitforschung ausgerichtet. Der Forschungsschwerpunkt liegt auf der Erhaltungszucht und

der Bestandsaufnahme der tiergenetischen Ressourcen.

An dieser Stelle kann man Änderungen vornehmen, weil die bisherigen Förderansätze für aktive Landwirte, die quasi aus Eigeninitiative alte Nutztierassen halten, finanziell unzureichend ausgestattet sind. Hierauf könnte man auch in der GAK einen entsprechenden Schwerpunkt setzen und die Landwirte vor Ort unterstützen.

Die vorgesehenen Mittel für den effizienten Energieeinsatz in Landwirtschaft und Gartenbau sind ein richtiger Schritt. Darüber sind wir uns, glaube ich, fraktionsübergreifend einig. Denn sie sind ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Kostensenkung der Betriebe.

Auch in der Fischerei – das ist, glaube ich, das erste Mal, dass ich in meiner Rede die Fischerei in den Blick nehme –

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Schade

eigentlich! – Hans-Michael Goldmann [FDP]:

Das kommt daher, dass du Vegetarierin bist!)

gibt es Potenziale, den Treibstoffverbrauch zu senken und die Fischerei in Zukunft nachhaltiger zu gestalten.

Wir müssen prüfen, ob es zum Beispiel im Rahmen der Ressortforschung möglich ist, die Fischer zu unterstützen, indem bessere Netze entwickelt werden, die den Schleppwiderstand verringern und eine bessere Trennung des Fanges ermöglichen. Unser Ziel kann und muss in diesem Zusammenhang eine bestandserhaltende Bewirtschaftung unserer Gewässer sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein anderer Schwerpunkt unseres Haushalts ist die

Förderung der nachwachsenden Rohstoffe. Diese Mittel werden insbesondere für die Markteinführung und für die technischen Verbesserungen ausgegeben. Ein Schwerpunkt muss aber auch auf der Technikfolgenabschätzung liegen. Wir alle haben noch die Diskussionen der letzten Zeit in Erinnerung. Deshalb schlagen wir vor, die Technikfolgenabschätzung bei der Nutzung von Biomasse in den Blick zu nehmen und dabei den Schwerpunkt auf die Untersuchung der Auswirkungen der Ausbringung von Gärresten auf die Böden zu legen. Außerdem wissen wir alle um die Flächen- und Nutzungskonkurrenzen der stofflichen und energetischen Verwendung nachwachsender Rohstoffe. Wenn wir ein Signal für die Zukunft setzen wollen, dann sollten wir auch die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen. Wir investieren in die Zukunft.

Ich möchte mich beim Verbraucherschutz - dazu werden noch zwei Kollegen aus meiner Fraktion reden - auf einen Punkt konzentrieren. Wir haben in diesem Jahr - das hat Herr Minister Seehofer angesprochen - die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ beschlossen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten Wahlfreiheit. Die Hersteller können ihre Produkte mit der Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ bewerben. Unser Vorschlag ist, diese Kennzeichnung mit einer breit angelegten Informationskampagne in der Bevölkerung zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Finanzminister Peer Steinbrück hat heute Morgen festgestellt, dass Investitionen in die Zukunft wichtig sind. Der Bundeshaushalt ist entsprechend aufgestellt. Unsere Vorschläge machen deutlich, dass wir uns hieran orientieren. Ich wünsche uns allen gemeinsam konstruktive Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Kollegin

Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Haushaltsberatungen sind immer auch eine Art Leistungskontrolle oder Zeugnisvergabe. Insofern sollten wir uns aus meiner Sicht auch damit befassen, auf welche Situation dieser Haushaltsentwurf trifft.

Die Liste der vor allen Dingen von Herrn Seehofer unbewältigten Konfliktfelder im Agrarbereich ist lang. Der Milchstreik ist schon genannt worden. Es gab Demonstrationen von Imkern, Schweinehaltern, Schäfern und der Biokraftstoffbranche. Es gab Feldbesetzungen gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wir hatten einen weiteren Personalabbau und zusätzliche Standortschließungen im Agrarforschungsbereich zu verzeichnen. Die Betriebsmittelkosten und die Boden- und Pachtpreise explodieren. Es gibt Fördermittelrückforderungen an Gartenbaubetriebe. Außerdem droht die Kürzung von Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe in Höhe von 400 Millionen Euro. Hinzu kommen Nutzungskonflikte zwischen Lebensmittel-, Futtermittel-



und Biomasseanbau.

Auch die sozialen Probleme in den ländlich geprägten Regionen nehmen weiter zu. 41,1 Prozent der Erwerbstätigen in Ostdeutschland arbeiten unterdessen im Niedriglohnbereich. Das betrifft vor allen Dingen Dörfer, kleine Städte und die Landwirtschaft, also den Verantwortungsbereich von Horst Seehofer. Was tut die Koalition in dieser Situation? Sie blockiert den gesetzlichen Mindestlohn und schafft die Pendlerpauschale ab. (Manfred Zöllmer [SPD]: Wo kommen denn auf dem Land die Arbeiter her, Frau Kollegin? - Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Die meisten Bauern wohnen auf dem Hof! Die Pendlerpauschale spielt da keine Rolle!)

Die Folgen sind absehbar und stehen im gerade veröffentlichten „Raumordnungsbericht Berlin-Brandenburg“. Für das Jahr 2030 wird ein Bevölkerungsschwund von 25,4 Prozent in den Berlin-fernen Regionen prognostiziert. Der Grund ist eine „erhebliche Abwanderung junger Erwerbstätiger“. Konkret: Vor allem junge Frauen fliehen in den Westen oder in Großstädte. Sie wollen dem Armutsrisiko und den fehlenden Lebensperspektiven entkommen; denn es fehlt auf dem Land vieles, was junge Frauen brauchen. Es fehlt an öffentlicher Kinderbetreuung, Bus- und Bahnverbindungen, Arztpraxen, Kultur, Bildung und Dienstleistungen. Es fehlt an sozialer Absicherung vor allem für mitarbeitende Familienangehörige. Es fehlt an qualifizierter Arbeit. Gerade einmal 7 Prozent der Leiter landwirtschaftlicher Betriebe in der Bundesrepublik sind Frauen. Damit belegt Deutschland in der EU der 27 den letzten Platz.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Und was soll Herr Seehofer dagegen machen?)

Es fehlt zudem an gerechter Entlohnung. Laut einer aktuellen Studie bekommen Frauen selbst bei gleicher Qualifikation 33 Prozent weniger Lohn als Männer, das heißt 12 statt 18 Euro brutto pro Stunde. Im Osten gilt das nicht. Dort bekommen auch die Männer weniger. Die Antwort von Horst Seehofer auf diese spezifischen Probleme besteht in einer Arbeitsgruppe von acht Ministerien. Aber ausgerechnet die Familien- und Frauenministerin fehlt. Das ist eine glatte Fehlleistung, auch der Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN - Manfred Zöllmer [SPD]: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Blindheit gegenüber Gleichstellungsproblemen auf dem Land zeigt auch der Bundeshaushalt. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe werden zwar auf 700 Millionen Euro aufgestockt. Aber Ansätze für eine geschlechtergerechte Verteilung dieser Fördermittel sind nicht erkennbar. Es fehlt aber nicht nur an Geld. In der Anhörung zur Gemeinschaftsaufgabe haben wir erfahren, wie schwierig der Zugang zu diesen Mitteln ist. Auch das betrifft besonders Frauen. Das ist alles andere als eine Politik im Interesse der Dörfer und der kleinen Städte. Es gibt aber auch andere Großbaustellen. Wenn der Bund über die BVVG den ehemals volkseigenen Boden zu Höchstgeboten veräußert, mag zwar die Bundeskasse klingeln. Aber viele ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe verlieren dadurch in Ostdeutschland ihre Produktionsgrundlage.

Sie können bei den spekulativen Bodenkäufen nicht mithalten. Das ist keine Politik im Interesse der ortsansässigen Bewirtschafter. Sie trägt stattdessen zur Konzentration von Bodeneigentum und zur sozialen Destabilisierung bei.

Im Streit um die flächenabhängige Kürzung der EUDirektzahlungen verlieren zuerst die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe, die viele Arbeitsplätze erhalten und geschaffen haben. Arbeitsplatzabbau und Lohnzurückhaltung sind die Folge. Das angeblich nur umgeschichtete Geld wird auch in den Landkreisen nicht ankommen, weil die dafür notwendigen Kofinanzierungsmittel der Bundesländer fehlen. Das ist keine Politik im Interesse der Landwirtschaftsbetriebe und der Dörfer.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Agrotechnik weiß man nicht, wofür Horst Seehofer und die Koalition stehen - jedenfalls nicht auf der Seite der gentechnikfreien Landwirtschaft und der Imkerei. Beim Milchstreit hat sich gezeigt, dass Horst Seehofer nicht konsequent auf der Seite der Milcherzeugerbetriebe sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher steht. Seine starken Worte gegen kartellartige Handelstrukturen sind folgenlos verhallt. So bekommen wir das nicht hin, weder eine flächendeckende einheimische Milchproduktion noch kostendeckende Erzeugerpreise, die wir im Laden noch bezahlen können. Insofern stellt sich die Frage: Wessen Interessen vertreten der Minister und die Koalition eigentlich? Aus meiner Sicht wird der Agrarhaushaltsentwurf 2009 vielen Problemen im ländlichen Raum nicht gerecht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Ulrike Höfken das Wort.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Seehofer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie ernsthaft glauben, dass Sie Ihre Aufgaben und Ziele mit diesem Haushalt erfüllt haben, dann sollten Sie jetzt konsequenterweise gehen. Aber auch in Bayern bleibt dem Wahlvolk der Jubel ja im Halse stecken.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Abwarten!)

Ich will nur ein wichtiges Beispiel nennen, nämlich das der armen Menschen in diesem Land. Ich habe gerade eine Tour zum Thema Armut und Ernährung gemacht. Hunderttausende von Menschen sind mittlerweile Kunden der sogenannten Tafeln. Sehr viele Freiwillige, deren Arbeit äußerst bewundernswert ist,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

versorgen diese Menschen mit den notwendigen Lebensmitteln. Aber keiner sagt, dass diese Arbeit allein von diesen Freiwilligen erledigt werden kann. Vielmehr ist ganz klar, dass diese Probleme nicht von den Tafeln gelöst werden können. Das sind Probleme der Gesellschaft sowie der Politik, und von Letzterer sind sie auch zu lösen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Peter Bleser [CDU/CSU]: Was schlagen Sie vor, Frau Höfken? - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- Genau.

Die schwarz-rote Bundesregierung hat seit 2005 etwa 60 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen zu verbuchen. Das entspricht einem Fünftel mehr an Haushaltsmitteln, als wir unter Rot-Grün hatten. Die Mehrwertsteuer belastet die Menschen; sie stöhnen unter den steigenden Lebenshaltungskosten. Aber wenn wir in den Haushalt schauen, lautet der Befund: Fehlanzeige beim sozialen Ausgleich.

Das Forschungsinstitut für Kinderernährung in Dortmund hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass die Hartz-IV-Sätze für Kinder und Jugendliche nicht ausreichen. Aber im Haushalt ist kein entsprechender Ausgleich zu finden. Trotz der alarmierenden Zahlen von Millionen von fehlernährten Kindern und 800 000 schwerkranken adipösen Kindern

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Hungern die?)

findet sich im Haushalt kein adäquates Aktionsprogramm Ernährung, das diesem Problem auch nur annähernd gerecht wird. Ohne ordentliche Essensversorgung - das wissen wir doch alle - ist jede Bildungsanstrengung zum Scheitern verurteilt. Immer mehr Kinder sind krank und leiden an Diabetes, Skeletterkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Aktionsprogramme sind zahnlose Papiertiger, und das Geld wird im Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern verschwendet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran ist diese Regierung nicht schuldlos. Ein bisschen Schulmilch und Pilotprojekte für die Umsetzung von Qualitätsstandards sind ganz gut, aber nicht im Mindesten ausreichend. Wir brauchen für alle Kinder eine kostenlose bzw. bezahlbare Versorgung in Kitas und Schulen, und zwar eine gute. Außerdem brauchen wir eine Föderalismusreform, die diesen Anforderungen tatsächlich gerecht wird und mit der eine Korrektur bei den Zuständigkeiten im Bildungsbereich, einschließlich dieses Falles, vorgenommen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann  
[FDP])

Wir brauchen die überfällige Aufstockung der Hartz-IVSätze, und wir brauchen ernsthafte Förderprogramme, die sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche nicht in folge der Armut weiter unter enormen Gesundheitsproblemen und mangelnder Unterstützung leiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu der Bilanz von Herrn Seehofer gehört auch, dass die Ampelkennzeichnung immer noch nicht durchgesetzt wurde. Deswegen sind 70 Milliarden Euro an ernährungsbedingten Krankheitskosten zu verbuchen, die ebenfalls in die Bilanz des ehemaligen Gesundheitsministers gehören.

Bei der Landwirtschaft erinnern wir uns an die Bauernbefreiung, zu der Bauernverbandspräsident Sonnleitner die Bauern gegen Ministerin Künast aufhetzte.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Mit gutem Recht!)

Aber wir sehen, dass heute mehr Bauern auf Demonstrationen gegen Seehofer gehen, als es in der Geschichte dieses Landes je der Fall war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Exportanteile nützen nichts, wenn dahinter keine Wertschöpfung steht. Aber das ist die Erfahrung, die die Leute machen. Von der Bundesregierung wird totgeschwiegen – meine Vorredner haben es erwähnt –, dass wir eine enorme Ausräuberung der Förderung der ländlichen Räume haben. Dank Ihrer, dank der Finanzpolitik von Frau Merkel fehlen in Deutschland seit dem 1. Januar 2007 mehr als 300 Millionen Euro jährlich aus Brüssel. Mit den Kofinanzierungsmitteln sind es mindestens zwischen 400 Millionen und 500 Millionen Euro jährlich weniger. Daneben nimmt sich die Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe doch wirklich lächerlich aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Jedenfalls haben wir unter Rot-Grün sie zusammengestrichen!) Die Mittel für Ökolandbau, Umweltprogramme, tiergerechte Erzeugung und Qualitätsprogramme wurden gestrichen. Natürlich wurden damit auch die Arbeitsplätze im ländlichen Raum in Gefahr gebracht. Allein in Bayern fehlen 40 Prozent der Förderung. Die Milchbauern fordern zu Recht eine zukunftsfähige Milchpolitik, weg von der Massen- und Überschusserzeugung. Die Abstimmung über entsprechende Anträge wurde im Bundesrat auf die Zeit nach der Wahl in Bayern verschoben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Höfken, beachten Sie bitte die Zeit.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

Damit drücken Sie sich ganz klar vor der Verantwortung.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das glaubt doch keiner!)

So werden wir nicht weiterkommen.

Am Sonntag haben die Imker in Bonn demonstriert.

Auf einem Wagen stand: Wer als Imker CSU wählt, der kann sein Kreuzchen gleich bei Monsanto machen. Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Die Erde ist eine Scheibe!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion spricht nun der Kollege Georg Schirmbeck.

(Beifall bei der CDU/CSU – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das ist einer, der Ahnung hat!)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte die Ehre, einen Augenblick auf dem Stuhl des Fraktionsvorsitzenden zu sitzen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Nach dem, was die Oppositionspolitiker eben erzählt haben, meine ich, dass das gerechtfertigt war; denn eigentlich ist unser Einzelplan der zentrale Einzelplan, und alle Probleme dieser Republik müssen im Rahmen unseres Einzelplans gelöst werden. Das ist mein Eindruck gewesen. Hier sind bis hin zur Pendlerpauschale alle Probleme aufgezählt worden, die wir zu lösen haben.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Für den

ländlichen Raum! - Julia Klöckner [CDU/  
CSU]: Und das Klima! Und schlechte Laune!)

- Kennen Sie eigentlich einen Bauern persönlich? Der normale Bauer wohnt auf seinem Hof. Wollen Sie jetzt die Pendlerpauschale für denjenigen einführen, der auf sein Feld fährt?

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Für die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft!)

Das Elend der ganzen Welt wird hier thematisiert.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wir sind hier bei Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, nicht nur bei den Bauern!)

Frau Höfken, ich will Ihnen ein Geheimnis erzählen. Wenn man in Deutschland unterwegs ist, mit Bauern spricht und die Veranstaltungen abends ruhig verlaufen, man aber Stimmung erzeugen will, dann braucht man nur von Dosenmaut und verdeckter Feldbeobachtung zu sprechen und die Namen Trittin und Künast zu erwähnen. Dann hat man Stimmung im Saal.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bauern wollen Sie überhaupt nicht wiederhaben. Es nützt auch nichts, wenn Sie bestellte Plakate anführen. Die Bauern wollen in die Zukunft schauen, sie wollen eine unternehmerische Landwirtschaft. Sie wollen keine Almosen oder etwas Ähnliches.

Sie können hier eine Menge erzählen. Es gibt Punkte, über die sich CDU/CSU und SPD nicht einig sind. Aber das, was wir in den letzten drei Jahren gemeinsam auf den Weg gebracht haben, und das, was wir im nächsten Jahr auf den Weg bringen werden, ist wirklich vorzeigbar. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Michael Goldmann und ich sind uns meistens bis auf Punkt und Komma einig. Das hört sich hier manchmal ein bisschen anders an; das hat aber etwas mit der Rolle zu tun, die wir hier zu spielen haben. Wir beide kommen aus einer landwirtschaftlich geprägten Region, die boomt. Osnabrück-Emsland, Südoldenburg, das sind erfolgreiche Regionen. Wir sind Abgeordnete in dieser Region. Dass wir beide unterschiedliche Schwerpunkte setzen müssen, das nehmen wir so hin.

Michael, bei aller Kritik, die du an der einen oder anderen Stelle vorbringen darfst und musst, könntest du natürlich auch sagen, dass wir mit der Ressortforschung ein gigantisches Werk auf den Weg gebracht haben. Es müssen Hunderte von Menschen umziehen und ihren Arbeitsplatz wechseln. Das birgt ein hohes Konfliktpotenzial, ganz abgesehen von den Sachfragen. Dass wir das ohne große Aufwallung und Kritik hinbekommen, ist eine gigantische Leistung. Alle, die später einmal in diesem Hohen Hause sind, sollten dankbar sein, dass wir diese schwierige Arbeit auf den Weg gebracht haben. So etwas kann vielleicht nur eine große Koalition. Darauf sind wir ein bisschen stolz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frau Höfken, jetzt sollten Sie einmal zuhören. Was Sie jetzt hören, sollten Sie erzählen, wenn Sie wieder zu Hause sind. Wissen Sie, was mich im landwirtschaftlichen Bereich furchtbar stört - da ich aus der Szene

komme, erlaube ich mir, das ganz offen zu sagen -: Wir nehmen zweimal 200 Millionen Euro zur langfristigen Sanierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in die Hand. Kennen Sie eine einzige Verbandszeitung, in der steht, danke, Deutscher Bundestag, dass du diese 400 Millionen Euro in die Hand genommen hast?

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Auf der Grünen Woche hat einer Ihnen für Ihre heroische Leistung gedankt; dabei haben Sie bei jeder Abstimmung dagegen gestimmt. Ich war ganz durcheinander, weil ich die personellen Zusammenhänge nicht kannte.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir bringen 400 Millionen Euro in unserem Einzelplan auf den Weg, um die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft langfristig auf sichere Füße zu stellen. Das ist eine gigantische Leistung, wenn Sie sehen, welchen Handlungsspielraum wir in diesem Zusammenhang haben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das ist eine heikle Geschichte! Das müssen Sie den Leuten erzählen, wenn sie alt sind!)

- Das ist keine alte Geschichte.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das müssen Sie den Leuten erzählen, wenn sie alt sind!)

Die nächsten 200 Millionen Euro müssen in dem Haushalt, über den wir reden, zur Verfügung gestellt werden. Der Unterschied zwischen mir und Ihnen ist, dass ich über den Haushalt 2009 spreche, Sie aber Märchen erzählt haben. Das hat doch mit der Realität unseres Haushalts nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Geschlampt haben wir in der Vergangenheit beim Küstenschutz. Jetzt kann man natürlich sagen: Das hat mit Klimaveränderung und all dem, was damit zusammenhängt, zu tun. In Wirklichkeit ist dafür in den 90er-Jahren und auch Anfang dieses Jahrhunderts zu wenig getan worden. Die Mittel, die dafür im Bundeshaushalt zur Verfügung standen, sind teilweise gar nicht abgerufen worden, und jetzt kommen die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder und sagen: Der Bund muss mehr tun. Ich sage: Ihr müsst die Mittel abrufen, ihr müsst die Mittel gegenfinanzieren. Wir haben die Mittel zur Verfügung gestellt. Bundesminister Seehofer hat mittlerweile mit unserer Unterstützung dafür gesorgt, dass 25 Millionen Euro in einem Sonderplan zur Verfügung stehen. Wir als Bund stehen also zu unserer Verpflichtung. Aber wenn die, die vor Ort wirklich zuständig sind, ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dann können wir natürlich auch nicht helfen. Wir sind nicht für alles Elend zuständig. Manche sind für das Elend, das sie beklagen, selber zuständig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gemeinschaftsaufgabe „Küstenschutz“: Jeder Abgeordnete im ländlichen Raum hat doch unwahrscheinliche Ideen, was man alles machen kann. Wenn wir noch 300 Millionen Euro hätten, könnten wir diese 300 Millionen

Euro doch sehr schnell ausgeben. Man kann mit geringfügigen Mitteln wirklich viele gesellschaftliche Projekte auf den Weg bringen; das ist überhaupt keine Frage. Aber das muss auch insgesamt darzustellen sein. Wenn der Bundeshaushalt insgesamt eine Steigerung um 1,8 Prozent erfährt, dann können wir doch nicht erwarten, dass in diesen Bereich 20 Prozent mehr fließt. Das können wir zwar erzählen, das glaubt aber kein Mensch, und es hilft auch draußen niemandem, dem wir wirklich helfen wollen. Aber die Trendwende, die wir bei dieser GAK zu verzeichnen haben - 700 Millionen Euro stehen zur Verfügung -, das ist doch eine Hausnummer. Wir sollten hier keine unrealistischen Erwartungen wecken, sondern zeigen, was wir in diesem Zusammenhang gemeinschaftlich auf den Weg bringen!

Ein ganz wichtiger Punkt ist soziale Sicherheit im ländlichen Raum. Wir stellen fest, dass das eine oder andere Alterssicherungsprogramm jetzt abschmilzt, weil die Klientel ganz einfach wegstirbt; so brutal ist die Welt eben. Wir stellen aber fest, dass es einen Bereich gibt, in dem es einen Aufwuchs gibt: in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung. Das hat natürlich etwas mit der allgemeinen Gesundheitspolitik zu tun. Wir können den Menschen im ländlichen Raum sagen, dass wir zu unserer Verantwortung stehen und dass die Mittel entsprechend aufwachsen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kinder der Bauern so behandelt werden wie alle Kinder in der Republik. Das ist eine Leistung. Das darf man hier doch einmal positiv herausstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Großen Koalition gibt es einen Punkt, über den wir diskutieren - Ernst Bahr und ich versuchen immer, diese Diskussionen vorzubereiten -: den wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Es gibt unterschiedliche Ansätze. (Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Ich sage uns einmal voraus: Wir führen ein Berichterstattergespräch.

Frau Drobinski-Weiß ist immer ängstlich,

wenn der wilde Schirmbeck da so zu Werke geht.

Aber am Ende der Gespräche werden wir uns geeinigt und sachlich Gutes auf den Weg gebracht haben.

Hier wurde gesagt: Es wird überhaupt nichts gegen die Fehlernährung, gegen die Unterernährung von Menschen und anderes getan. Wir müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass Minister Seehofer eine große Kampagne für gesunde Ernährung in den Schulen durchgeführt hat.

Sie nehmen gar nicht zur Kenntnis, wie viel Positives in dieser Republik stattfindet. Nur wenn Sie das endlich einmal zur Kenntnis nähmen, könnten Sie die Kraft haben, sich zukünftig um die Probleme zu kümmern, die wir noch nicht gelöst haben. Ich weiß gar nicht, wie Sie morgens aufstehen. Es muss Ihnen doch schon morgens Kopfschmerzen bereiten, wie grau der Tag wird, wenn Sie sich nicht über das freuen können, was Sie abends geleistet haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich schließlich und endlich eines sagen:

Wir können uns hier über vieles unterhalten. Ich glaube

aber, wenn man einmal mit offenen Augen durch die Welt fährt, dann stellt man fest: Es gibt einen riesigen Hunger nach gesunder, ausreichender Ernährung und nach Energie. Angesichts dessen sollten wir uns vielleicht einmal gemeinsam fragen, wie wir unsere sämtlichen gemeinsam gepflegten ideologischen Vorbehalte abbauen und die Kraft finden können, um zu sagen: Beim nächsten Mal nehmen wir einen Sonderplan „Grüne Gentechnik“ in Angriff.

(Beifall der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

- Ich will gar keinen Beifall dafür haben. Ich möchte nur einmal anregen, darüber nachzudenken, ob das nicht zur Verantwortung eines Hochtechnologielandes wie Deutschland gehört. Wenn wir nicht den Mut haben, uns da einzubringen, wer dann soll die Probleme in dieser Welt lösen?

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihren Vorschlag würde ich jetzt einmal nach Bayern schicken!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion spricht nun die Kollegin

Dr. Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schirmbeck, selbstverständlich bedanke ich mich bei Ihnen für diesen sehr versöhnlichen und konstruktiven Beitrag. Ich fürchte allerdings, Minister Seehofer wird nicht in der Lage sein, ihn umzusetzen. Er hat deutlich gemacht, dass bei ihm Willkür und Unwissenschaftlichkeit das Handeln prägen.

Überhaupt, Herr Minister, bin ich ein bisschen enttäuscht von Ihrer Rede, weil Sie die Wirklichkeit in Deutschland ausblenden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Angesichts eines Milchlieferboykotts, wie wir ihn in dieser Republik noch nie gehabt haben, angesichts der Nöte von Milchbauern von der Einheit der Landwirtschaft zu sprechen, das ist für mich ein Ausblenden der Wirklichkeit, wie ich es von einem Landwirtschaftsminister nicht erwartet hätte.

(Beifall bei der FDP - Peter Bleser [CDU/CSU]: Fragen Sie mal die Bauern!)

- Ich frage die Bauern. Ich bin auf der Versammlung in Schleswig-Holstein gewesen, wo der Präsident Schwarz sehr deutlich für eine Politik geworben hat, wie auch wir als FDP-Bundestagsfraktion sie vertreten - Herr Kollege Bleser, Sie könnten ruhig einmal zuhören: wie auch wir sie hier vertreten -, nämlich für eine unternehmerische Landwirtschaft. Diese unternehmerische Landwirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das machen wir!)

Wo sind diese sicheren Rahmenbedingungen?

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das werden wir Ihnen gleich erzählen!)

Erinnern wir uns doch einfach einmal an den Milchgipfel! Viel wurde versprochen, und anschließend war



der Milchpreis niedriger als vorher. Das ist das Handeln dieses Ministers. Gestaltet er so die Zukunft?

(Beifall bei der FDP)

Der Minister ist stolz darauf, dass er alle Punkte des Koalitionsvertrags erfüllt habe. Kann er wirklich stolz darauf sein, die gesamte Biodieselbranche in den Dutt gefahren zu haben?

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Na, na, na!)

Genau das hat er gemacht! Mit der Erfüllung des Koalitionsvertrags hat er dafür gesorgt, dass die gesamte Biokraftstoffbranche am Boden liegt. Dass man darauf stolz ist, kann ich nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Kelber [SPD]: Rekordproduktion im letzten Monat!)

- Sie kommen auch noch dran, Herr Kelber.

Wir wissen im Übrigen: Die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt in den ländlichen Regionen. Aber die Breitbandverkabelung ist dem Minister gerade mal 10 Millionen Euro wert. Wie weit soll das eigentlich reichen? Das reicht noch nicht einmal für einen einzigen Landkreis. - So viel dazu.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist aber ein Anfang!)

Die Ressortforschung wurde als Ruhmestat benannt. Kollege Schirmbeck, da muss ich Ihnen leider widersprechen. Ressortforschung hat die Aufgabe, den Landwirtschaftsminister zu beraten, und dazu muss man entsprechende Forschung betreiben. Das muss dort geschehen, wo es am besten möglich ist. Warum eigentlich zerschlägt man in Kiel eine hervorragend funktionierende Milchforschung, die auf die Zukunft ausgerichtet ist?

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das ist der Wahlkreis von Frau Happach-Kasan!)

Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Dies nach Karlsruhe zu verlagern, wo die anderen Einrichtungen nicht vorhanden sind - ob es um Tierhaltung oder sonst etwas geht -, ist meines Erachtens ein absolutes Armutszeugnis.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Happach-Kasan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schirmbeck?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Aber gern, Herr Kollege Schirmbeck.

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Verehrte Frau Happach-Kasan, über diese Sache mit dem Milchinstitut haben wir in unterschiedlichen Gesprächsrunden wiederholt diskutiert. Glauben Sie nicht, dass die Beurteilung der gesamten Ressortforschung und der Neuorganisation glaubwürdiger wäre, wenn diesen Punkt nicht eine Abgeordnete aus Schleswig-Holstein kritisiert hätte? Wenn die Meinung besteht, dass alles nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen, dann hätten Sie doch etwas aus Niedersachsen oder Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen nehmen können. Klingt das, was Sie jetzt vorgetragen haben, nicht nach Kirchturmspolitik?

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Nein. Einmal ist der Kirchturm in Kiel ein bedeutender Kirchturm. Zum anderen muss man feststellen - das

kann man im Vergleich der einzelnen Institute sehr deutlich machen -, dass die Milchforschung in Kiel mit Stärkung der Universität, die vom Wissenschaftsrat besonders positiv beurteilt worden ist, eine hervorragende Struktur gewesen ist -

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Eben!)

eingebunden in eine Wissenschaftslandschaft,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: In eine Milchproduktionsregion!)

eingebunden in eine Unternehmensstruktur, die dort hervorragende Arbeit geleistet hat. In bestimmten Bereichen kann diese Arbeit in Karlsruhe schlicht nicht fortgeführt werden,

(Beifall bei der FDP)

weil es dort zum Beispiel die Tierhaltung von Schaedtbeck nicht gibt, weil es dort zum Beispiel das Diabetesprogramm mit der Universitätsklinik nicht gibt. Deswegen habe ich mich für Kiel eingesetzt. Ich glaube, es muss auch einer schleswig-holsteinischen Abgeordneten erlaubt sein, für einen Standort in Schleswig-Holstein zu werben. Wer in dem bayerisch geführten Ministerium tut das denn sonst?

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist dieser Beitrag voll gerechtfertigt. - Vielen Dank für die Frage.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wir schätzen die Schleswig-Holsteiner! Das ist überhaupt kein Zweifel! - Gegenruf des Abg.

Jürgen Koppelin [FDP]: Stell doch noch eine Frage!)

- Danke, Kollege Koppelin. Ich hätte gern noch eine zweite Frage.

Ich möchte auf einen anderen Punkt kommen; er ist schon angesprochen worden. Auf landwirtschaftlichen Flächen wird für die Ernährung produziert. Das ist eine hochwertige Produktion. Aber wir haben auch eine Energieproduktion. Wir sind uns in diesem Hause einig: Wir wollen bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 Prozent. Gegenwärtig sind wir bei einem Stand von 7,3 Prozent. Wir wissen, dass 75 Prozent der erneuerbaren Energien aus Biomasse gewonnen werden. Vor diesem Hintergrund, Herr Minister, will ich etwas Lobendes sagen. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zur energetischen Nutzung von Biomasse ist ein gutes Gutachten. Aber was nützen uns Gutachten, wenn sie nicht umgesetzt werden? Warum hat man bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht auf diese Daten zurückgegriffen? Das Gutachten besagt eindeutig, dass die Produktion von Biomasse in Agroforstsystemen besonders positiv ist. Wir haben dazu drei Anträge von der FDP, von den Grünen und von den Linken vorliegen. Die Oppositionsfraktionen machen dazu eine Anhörung.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Die FDP macht mit den Grünen einen Antrag?)

Warum bringen Sie nicht endlich die Änderung des Bundeswaldgesetzes auf den Weg, damit wir diese Art der Produktion von Biomasse endlich naturverträglich und für die Verbraucher kostengünstig auf den Weg bringen können? Ich sehe da von Ihrer Seite überhaupt keine

Handlung. Das ist Murks.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Gehen wir zum nächsten Thema, dem Pflanzenschutz.  
Sie haben keine Unterstützung geleistet. Sie haben  
nicht auf den Weg gebracht, dass wir in der EU eine  
Pflanzenschutzgesetzgebung bekommen, die auch den  
Anforderungen von Verbrauchern und Landwirten entspricht.  
Bei Rechtsverstößen duckt sich diese Bundesregierung  
weg. Das zeigt sich beim Einsatz von nicht  
zugelassenen Pflanzenschutzmitteln. Die Antwort der  
Bundesregierung auf meine Frage war nichtssagend. Das  
zeigt sich beispielsweise genauso beim Versenken von  
Felsblöcken im FFH-Gebiet vor Sylt. Auch das ist illegal.  
Diese Bundesregierung hat ein gestörtes Verhältnis  
zum Rechtsstaat.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der  
SPD)

- Ich habe die Beispiele genannt. Das Beispiel von Sylt  
zeigt dies ebenso wie die nicht zugelassenen Pflanzenschutzmittel.  
Gleiches gilt für das Positionieren gegenüber  
den Zerstörern von Freisetzungsversuchen. Auch  
diese werden nicht so behandelt, wie sie es verdienen.

(Widerspruch bei der SPD - Ulrich Kelber

[SPD]: Das wussten wir, dass das als letztes  
Beispiel kommt! Sie sind so berechenbar! -  
Gegenruf von der FDP: Das sollten Politiker  
auch sein!)

Herr Minister, Sie müssen Vertrauen in eine solche Technologie  
schaffen. Sie haben in dieser Beziehung total  
versagt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD:

Peinlich! Nie was Neues!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Manfred  
Zöllmer das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Manfred Zöllmer (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Kollegin Happach-Kasan, das war der typisch anaerobe  
Vortrag, den wir mit den immer gleichen Themen  
von Ihnen gehört haben.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: So?)

Die ehemalige Verbraucherschutzministerin Renate  
Künast hat Ende August der Saarbrücker Zeitung in die  
Feder diktiert, sie vermisste den roten Faden bei der FDP.  
Da hatte sie sicherlich noch nicht die Rede der Kollegin  
Höfken gehört. Liebe Kollegin Höfken, ich habe mich  
wirklich gefragt, zu welchem Haushalt Sie hier eigentlich  
geredet haben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Das ist der Haushalt der Bundesregierung,  
Herr Kollege!)

Wir haben in dieser Regierung insgesamt viel bewegt; in  
der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit den Grünen,  
jetzt mit der CDU/CSU. Als Sozialdemokraten haben  
wir auch manches Unsinnige verhindert. Viele der  
Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich beschäftigen,  
sind aktuelle Themen der Verbraucherpolitik:

Steigende - bzw. im Moment nicht sinkende - Energiepreise, die Kennzeichnung von Lebensmitteln, Werbeanrufe, krimineller Datenklau, der ganz aktuell ist, oder die Abzocke im Internet. Manch einer versucht die Abzocke auch an den Bahnschaltern. Es gibt missachtete Fahrgastrechte. An vielen Punkten gibt der Haushaltsentwurf 2009 die richtigen Antworten auf diese Probleme. So sollen die Mittel für den Nationalen Aktionsplan Gesunde Ernährung und Bewegung um zwei Millionen Euro auf fünf Millionen Euro aufgestockt werden. Das ist gut und richtig, denn wir müssen die 37 Millionen Übergewichtigen oder adipösen Erwachsenen und zwei Millionen Kinder zu einem gesünderen Ernährungs- und Bewegungsverhalten veranlassen und dadurch die Verbreitung von Übergewicht mit allen negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen deutlich verringern.

Das Thema gesunde Ernährung wird in vielen verschiedenen Titeln im Haushalt direkt oder mittelbar gefördert. Ich nenne hier den Zuschuss an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, die Förderung des aid, den Mitgliedsbeitrag zur Plattform Ernährung, die Förderung des vzbv und das Projekt „Besser essen. Mehr bewegen.“ Es ist allerdings fraglich, ob hier nicht einiges parallel läuft. Wir meinen, die Bundesregierung sollte - auch mit Bezug auf den Nationalen Aktionsplan - eine Bestandsaufnahme und ein koordiniertes Konzept für die Zukunft vorlegen. Dies sollte auch die Institute und ihre Arbeit mit einbeziehen. Wir machen sehr viel, aber die Koordination und Bündelung der vielfältigen Aktivitäten ist aus unserer Sicht noch verbesserungsbedürftig. (Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema, auf das der Haushalt auch eingeht, bleibt die Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Die Kollegin hat bereits darauf hingewiesen. Trotz der immer besseren Verbreitung von Breitbandanschlüssen besteht in Deutschland eine digitale Kluft zwischen ländlichen Räumen und Großstädten bzw. Ballungszentren. Diese digitale Spaltung können und wollen wir nicht hinnehmen. Diese Herausforderung wird im Haushaltsplan aktiv angenommen. Ausgaben in Höhe von mindestens 10 Millionen Euro dienen der Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Dies ist wichtig zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Teilhabe der Menschen im ländlichen Raum, gerade angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Datenschutz ist aktiver Verbraucherschutz. Das zeigen die Skandale der letzten Zeit sehr deutlich. Unser Datenschutzrecht muss endlich der digitalen Realität angepasst werden. Ich begrüße es auf das Schärfste, dass unser Koalitionspartner endlich aus dem Bremserhäuschen herausgekommen ist. (Beifall bei der SPD - Julia Klöckner [CDU/CSU]: Auf das Schärfste begrüßen?)

Herr Minister Schäuble hat ein Eckpunktepapier zum Datenschutzaudit vorgelegt.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Da waren wir die Ersten!)

- Beim Bremsen! - Darin finden sich eine ganze Reihe an Vorschlägen, denen auch wir zustimmen können, zum

Beispiel zu einem generellen Opt-in in diesem Bereich, zu einem Kopplungsverbot mit Diensten, zu einer Erhöhung der Bußgelder, zu einem stärkeren betrieblichen Datenschutz, zu einem Datenschutzaudit und zu einer Verbesserung des Datenschutzes beim Scoring. Daneben werden auch noch verbesserte Möglichkeiten zur Abschöpfung von Unrechtsgewinnen erwähnt. Wenn wir wirklich wollen, dass die Abschöpfung von Unrechtsgewinnen zu einem Tiger mit Zähnen wird -  
(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beißt er dann auch? Zähne allein genügen nicht!)

dieses Problem gibt es ja nicht nur im Datenschutzbereich -, dann müssen wir die Voraussetzungen, um Unrechtsgewinne abschöpfen zu können, deutlich verbessern, also im Gesetz nicht nur „Vorsatz“, sondern zumindest auch „grobe Fahrlässigkeit“ vorsehen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, zu Unrecht erlangte Gewinne nicht bei den Unternehmen zu belassen. Dazu gehört aber auch, die Verbraucherverbände in die Lage zu versetzen, bei Datenverstößen mit einer Verbandsklage reagieren zu können. Dazu muss das Unterlassungsklagegesetz geändert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch bei datenrechtlichen Bagatellschäden eine Forderung verfolgt werden kann. Wegen geringer Schadenssummen wird nämlich kaum jemand bereit sein, privatrechtlich zu klagen.  
(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo steht das im Haushalt?)

- Dies ist ein Gesamtpaket, liebe Kollegin, und hat etwas mit Verbraucherschutzpolitik zu tun. Vielleicht als kleiner Hinweis: Dies sollten Sie noch einmal nachlesen. Wir werden für diesen Bereich und für den Bereich Scoring in Kürze Gesetzentwürfe vorlegen. Scoring darf nicht länger eine Blackbox für die Konsumenten bleiben.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen Transparenz und Nichtdiskriminierung bei der Kreditvergabe. Ich bin der Auffassung, dass das Scoring auf kreditorische Verträge beschränkt sein sollte. Im Bereich der Wohnungswirtschaft und bei Energielieferungen besteht nämlich ansonsten die Gefahr, dass bestimmte soziale Gruppen ausgegrenzt werden. Das lehnen wir Sozialdemokraten ab.  
(Beifall bei der SPD)

In Kürze werden wir in erster Lesung über den vom Bundesministerium der Justiz vorgelegten Entwurf zur Bekämpfung unerlaubter Telefonanrufe debattieren. Der Gesetzentwurf ist nicht zuletzt das Ergebnis unserer Initiative.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Der der CDU/CSU!)

Damit werden wir dafür sorgen, dass die Zahl unerwünschter Telefonanrufe deutlich reduziert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Julia Klöckner [CDU/CSU]: Nur die Bremser wart ihr!)

In diesen Themenkomplex passt auch meine Initiative, in der ich das aktuelle Verfahren zur privaten Handy-Ortung kritisiert habe. Ich bin froh, dass nun auch das unionsgeführte

Wirtschaftsministerium der Auffassung ist, dass wir die aktuelle TKG-Novellierung dazu nutzen sollten, die missbräuchliche Ortung auszuschließen. Das Letzte, was wir in Deutschland brauchen, sind private Bespitzelungen nach Stasimanager.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sehen, wir stellen uns den Problemen und suchen nach Lösungen, die weder bevormunden noch die Wirtschaft bürokratisch strangulieren. Wir handeln. Wir vertrauen nicht naiv darauf, dass es der Markt schon richten werde, wie es ansonsten die FDP immer propagiert.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Zöllmer, achten Sie bitte auf die Zeit.

Manfred Zöllmer (SPD):

Ja. - Vielleicht zum Schluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Theseus hat aus dem Labyrinth des Minotaurus mit einem roten Faden herausgefunden. Von Grün war da nie die Rede.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Karin Binder das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren! Vor drei Monaten hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen den jüngsten Verbraucherschutzindex veröffentlicht. Das Ergebnis dieser repräsentativen Verbraucherbefragung war niederschmetternd. Hier nur drei Erkenntnisse: Erstens. Über die Hälfte der Befragten war der Meinung, dass die Bundesregierung sich nicht wirkungsvoll für Verbraucherinnen und Verbraucher engagiert. Zweitens. Vor allem bei Familien und einkommensschwachen Haushalten ist die Unzufriedenheit sehr groß. Drittens. Die Menschen in Deutschland fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Sie werfen der Bundesregierung vor, dass sie ihre Interessen gegenüber der Wirtschaft nicht vertritt und durchsetzt. Die Fakten: Die Kosten für Strom und Gas wuchern unkontrolliert. Der Handel mit Adressen und Kundendaten blüht. Viele Menschen werden nach wie vor durch unerwünschte Telefonwerbung belästigt. Im Bereich der Finanzdienstleistungen werden Verbraucherinnen und Verbraucher von Banken und Versicherungen nach wie vor oft unzureichend beraten. Das Recht auf Verbraucherinformation kann leider nur sehr beschränkt wahrgenommen werden. Die Pläne zur Umsetzung der Nährwertkennzeichnung entsprechen in vollem Umfang den Vorstellungen der Lebensmittelindustrie.

Sie, Herr Minister Seehofer, reden davon, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mit großen Wirtschaftsunternehmen auf Augenhöhe seien. In welcher

Höhe befindet sich denn hier die Augenhöhe? Gürtelschnalle?

(Beifall bei der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Menschen erwarten von der Bundesregierung zu Recht, dass sie im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handelt. Und sie erwarten

auch, dass der Staat da eingreift, wo Verbraucherinnen und Verbraucher sonst getäuscht, belogen oder betrogen werden.

In den bekanntgewordenen Fällen von illegalem Datenhandel den Verbraucherinnen und Verbrauchern über die Presse zu empfehlen, dass sie ihre Daten halt nicht angeben sollen, ist im Zeitalter von Internet- und Versandhandel eine Lachnummer, Herr Seehofer.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch Datenschutz ist ein wichtiger Bestandteil von Verbraucherschutz. Das gilt nicht nur für den Handel mit Adressen und Kundendaten; das gilt auch für die vom Bundesinnenminister angestrebte Initiative zur heimlichen Onlinedurchsuchung von Privatcomputern. Ich erwarte vom obersten Verbraucherschützer in Deutschland, dass er die berechtigte Kritik von zahlreichen Verfassungsrechtlern aufnimmt und gegen die Allmachtsgelüste seines Kollegen Innenminister Schäuble Stellung bezieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wirtschaftlicher, finanzieller und digitaler Verbraucherschutz spielt in diesem Haushaltsentwurf so gut wie keine Rolle, obwohl genau in diesen Bereichen die Verbraucherinnen und Verbraucher am meisten abgezockt werden. Wenn der Herr Minister Seehofer bei jeder sich bietenden Gelegenheit meint, den einzelnen Verbraucher oder die Verbraucherin auf seine bzw. ihre Eigenverantwortung hinweisen zu müssen, dann muss er sich zumindest fragen lassen, warum sein Ministerium nichts für die Verbraucherbildung in Deutschland tut. Denn auch dazu lässt sich im Haushaltsplan bisher wenig finden. Wie schon im letzten Jahr liegt der vermeintliche Schwerpunkt dieses Haushalts auf Maßnahmen im Ernährungsbereich. Hier lauert die nächste Nullnummer, die Nährwertkennzeichnung. Ich bin leider nicht so optimistisch wie Sie, Herr Goldmann, dass die Ampel schon kommt, es sei denn, Herr Seehofer führt das hier so aus. Aber im Augenblick sieht es nicht so aus, dass er gewillt wäre, hier tatsächlich ein einheitliches, verständliches und verbindliches System einzuführen, das dem der Ampel entspräche - vor lauter Angst vor der Lebensmittelindustrie. Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan macht deutlich, was wir verbraucherpolitisch von der Koalition auch in ihrem letzten Regierungsjahr zu erwarten haben: herzlich wenig. Es gibt bis heute kein schlüssiges Gesamtkonzept, wie die Bundesregierung die vorher beschriebenen verbraucherpolitischen Herausforderungen angehen will. Es wird auch weiterhin beim Stückwerk und beim Kompetenzgerangel zwischen verschiedenen Ministerien bleiben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen die Zeche.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Cornelia Behm.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wir alle erinnern uns noch sehr gut daran, wie Sie bei Ihrem Amtsantritt vollmundig verkündet haben,

jetzt gehe es um Handwerk statt Mundwerk. Nicht etwa, dass wir die gleiche Einschätzung hatten; nein, unter Renate Künast war schließlich die Agrarwende eingeleitet worden. Aber alle waren ziemlich gespannt darauf, was da nun kommen würde.

Sie haben sich als Mann vieler Worte - mitunter sogar sehr launiger -, aber in der Regel wenig klarer Aussagen erwiesen. So hört man heute auf Landesbauernversammlungen hier und da tuscheln: Renate Künast war doch die bessere Ministerin. Da wusste man, woran man war.

Bei Ihnen, Herr Minister, weiß man das meist nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder die Bilanz Ihrer Agrarpolitik nach drei Vierteln der Legislaturperiode noch die Zukunft sehen hoffnungsvoll aus. Schaut man sich den Haushalt an, dann stellt man fest, dass da zum Teil höhere Zahlen als im Vorjahr stehen. Sie brüsten sich mit der Aufstockung einiger Titel. Aber werden Sie damit den Herausforderungen der Zukunft gerecht? Ich meine, nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Julia Klöckner [CDU/CSU]: Achtung vor den Fakten!)

Für die GAK gibt es zwar 40 Millionen Euro mehr. Aber wofür werden sie ausgegeben? 25 Millionen Euro für klimabedingten Küstenschutz, 0 Millionen Euro für den Klimaschutz. Wenn diese 25 Millionen wenigstens der Umwandlung von Acker- in Grünland dienen würden! Aber ich fürchte, es wird wieder nur auf höhere Deiche hinauslaufen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Die Menschen

hungern auf der Welt! - Georg Schirmbeck

[CDU/CSU]: Die halbe Menschheit schmachtet!)

Ich erinnere an den Breitbandanschluss im ländlichen Raum. Ich stimme zu: Die Anschubfinanzierung in 2007 war vielleicht richtig und wichtig. Aber jetzt ist Minister Glos an der Reihe, nicht der Agrarhaushalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was bleibt für die ländliche Entwicklung? Wann werden die zahlreichen Anregungen aus den schönen Ministeriumsveranstaltungen aufgegriffen? Wann endlich werden die Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Wertschöpfung umgesetzt? Und was ist mit dem Ökolandbau? Sie ignorieren weiterhin die Marktentwicklung im Biosegment und die Wettbewerbsverzerrungen durch die Bioenergieförderung.

(Gustav Herzog [SPD]: Das stimmt aber nicht, Frau Kollegin!)

Die Schere zwischen der Kundennachfrage und dem Angebot an deutschen Bioprodukten geht immer weiter auseinander. Diese Schere können Sie nur schließen, wenn Sie die Umstellungsanreize erhöhen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Gar nicht wahr!)

Dafür braucht die GAK mehr Geld.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch beim Bundesprogramm Ökolandbau bleiben Sie sparsam, obwohl gerade die Ökolandbauforschung Antworten auf die Fragen gibt, wie die Landwirtschaft Energie sparen kann, wie sie umweltverträglicher wirtschaften kann und wie klimaschädliche Emissionen vermindert



werden können. Wir Grüne fordern, das Bundesprogramm Ökolandbau zu einem gut ausgestatteten permanenten Forschungsbudget umzustrukturieren, mit dem auch Grundlagenforschung finanziert werden kann. Die Mittel dafür können Sie übrigens bequem bei der Agrotechnik einsparen. Diese Technologie ohne Akzeptanz muss wahrlich nicht noch mit Steuermitteln gefördert werden, Herr Kollege Schirmbeck.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst bei der Ressortforschung hören wir keine klaren Worte: Eine unendliche Geschichte droht die Errichtung des Standortes Ost des Julius-Kühn-Institutes zu werden. Bereits im März 2005 hatte Renate Künast entschieden, die Institutsteile aus Berlin-Dahlem und Kleinmachnow zusammenzuführen. Aber die Errichtung des Gebäudes kommt unter Minister Seehofer nicht voran. Sein Haus hat es in drei Jahren noch nicht einmal hinbekommen, eine haushaltsseitige Anerkennung des Bedarfs für dieses Institutsgebäude durch das BMF zu erwirken. Zum Schluss noch ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt: die nachwachsenden Rohstoffe. Hier wollen Sie, Herr Minister, kürzen. Offenbar haben Sie auch da die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Denn es sind nach wie vor eher stärkere finanzielle Anstrengungen nötig, zum Beispiel für die Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien für den Anbau nachwachsender Rohstoffe und den Aufbau entsprechender Zertifizierungssysteme. Zukunft, Herr Minister, ist nicht für schöne Worte zu haben. Zukunft gewinnt, wer die Prioritäten richtig setzt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Behm, achten Sie bitte auf die Zeit.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mit diesem Agrarhaushalt tut es die Bundesregierung nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Peter Bleser das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU – Julia Klöckner

[CDU/CSU]: Jetzt wieder Sachpolitik!)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Rednern aus der FDP-Fraktion mit großer Verwunderung gelauscht. Ich habe die Forderung nach mehr DSL-Förderung notiert. An anderer Stelle wurde gefordert, Agrardiesel zu verbilligen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Die haben Sie nicht gestellt? War das

nicht eine CDU-Forderung? – Hans-Michael

Goldmann [FDP]: Wir haben Planungssicherheit gefordert!)

Es wurde gesagt, dass Sie sich für Biotreibstoffe einsetzen wollen. Ich habe mich gefragt, wie Ihre Position sein wird, wenn wir, so der Herrgott will, im nächsten Jahr zu Koalitionsverhandlungen zusammentreffen. Wenn Sie uns bei diesen Themen dann so entgegenkommen, werde ich vor Ihnen niederknien und eine Kerze anzünden.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Dr. Christel

Happach-Kasan [FDP]: Ich schenke dir eine zu Weihnachten!)

Man muss immer berücksichtigen, dass man auch ein Jahr, nachdem man Position zu einem Thema bezogen hat, nach seinen Äußerungen gefragt werden kann. Das gilt auch dann, wenn man in der Opposition ist. Ich weiß, wovon ich rede.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Kollege Schirmbeck hat die Ausgabeposition beschrieben!)  
Herr Goldmann, Sie haben gesagt, dass das Stimmungsbarometer gesunken ist. Das stimmt. Es ist leicht gefallen. Aber es ist immer noch deutlich im Plusbereich. Fragen Sie doch einmal die Landwirte, wie groß ihre Investitionsbereitschaft ist.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Eben!)  
Sie bekommen heute doch keine Landmaschinen mit kürzeren Lieferzeiten als acht, neun Monaten.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Weil sie ins Ausland gehen!)  
So viel zur Bereitschaft, in die Zukunft zu investieren.  
Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Bleser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Geisen?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ja, bitte.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Lieber Kollege Peter Bleser, ist dir bekannt, dass die CSU vor wenigen Wochen eine Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung gefordert hat, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie das Ministerium der Finanzen auf meine Anfrage hin aber eine Debatte über Agrardieselbesteuerung ganz klar abgelehnt haben, obwohl darüber zurzeit in Österreich und Frankreich debattiert wird?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Lieber Kollege Edmund Geisen, für diese Frage bin ich Ihnen sehr dankbar, weil Sie uns damit in unserer Forderung nach einer Harmonisierung der Dieselbesteuerung in Europa im Bereich der Landwirtschaft unterstützen. Wir hoffen, dass wir hier etwas tun können, sobald die Finanzen in Ordnung sind. Wir wären die Letzten, die sich einer solchen Entwicklung verschließen würden. Wir müssen aber das Primat unserer übergeordneten politischen Ziele im Auge behalten. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Ich will aber zunächst einige Worte an Kollegin Höfken richten. Frau Höfken, Sie wissen, wie sehr die Landwirtschaft unter Frau Künast gelitten hat.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war aber nichts im Vergleich zum Leiden heute!)

Nach dem Regierungswechsel, der Bauernbefreiung - das war ein echtes Gefühl -, gab es einen Aufschrei der Erleichterung. Stichworte wie „verdeckte Feldbeobachtung“ und die Gängelung in allen Bereichen sind allen noch in guter Erinnerung. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt diese Regierungskonstellation haben. Natürlich müssen wir mit unserem Koalitionspartner unterschiedliche Positionen ausfechten. Das gehört zum Geschäft. Das machen wir gerne.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir verhindern nur

Klientelpolitik!)

Ich will etwas zur allgemeinen Situation sagen: Wenn wir standhaft bleiben, werden wir 2011 keine neuen Schulden mehr machen müssen. Unter diesem Primat müssen wir alle anderen Dinge sehen. Wenn es uns gelingt, dieses Ziel zu erreichen, werden wir von den 42 Milliarden Euro Zinsausgaben, die wir aus dem Bundeshaushalt finanzieren müssen, herunterkommen. Dadurch werden wir Spielräume schaffen. Ich denke, das ist ein Ziel, das wir mit aller Konsequenz verfolgen müssen, obwohl jeder von uns in seinem Bereich irgendwelche Forderungen hat, die er gerne erfüllt hätte. Trotz dieser Sparsamkeit ist es uns gelungen, im Haushalt die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo denn?)

An dieser Stelle darf man auch einmal zurückschauen: Wir haben es in den letzten drei Jahren erreicht, dass die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern gestiegen sind.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber doch nicht über den Haushalt!)

Wir haben es erreicht, dass der Verbraucherschutz, und zwar unionsgetrieben, einen neuen Stellenwert in der deutschen Politik gefunden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Mechthild

Rawert [SPD]: Na, na, na!)

Wir haben dafür gesorgt, dass eine Politik für eine gesündere Ernährung und mehr Bewegung greifen konnte und entsprechende Programme auf den Weg gebracht.

(Mechthild Rawert [SPD]: Auch unionsgetrieben?)

– Julia Klöckner [CDU/CSU]: Unionsgetrieben!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Bleser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höfken?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Natürlich.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es tut mir leid, die Debatte zu verlängern, aber angesichts seiner Ausführungen möchte ich den Kollegen Bleser fragen, ob er etwas davon gehört hat oder in der Zeitung darüber gelesen hat, dass es einen Bundesverband Deutscher Milchviehhalter gibt und vor den Molkereien und den Ministerien zahllose Demonstrationen stattfinden.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Die fünf Leute sind doch keine Demonstration!)

Ich möchte ihn fragen, ob er weiß, dass die Imker mit weit mehr als fünf Leuten, wie links von mir gerade gesagt wurde, demonstrieren. Ich möchte ihn fragen, ob er weiß, dass der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, der fast die Mehrheit der Bauern in dem wichtigsten Zweig der deutschen Landwirtschaft umfasst, massiv gegen die Milchpolitik dieser Bundesregierung und der Koalition demonstriert. Ich möchte ihn fragen, ob er weiß, dass sich die Bauern heftig gegen die Einführung der Agrotechnik wehren, und zwar ebenfalls mit großen Demonstrationen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Was ist denn das? Frage!)

Das führt so weit, dass Minister Seehofer schon behauptet,

eigentlich habe Frau Künast die Agrogentechnik eingeführt und nicht etwa er persönlich. Wissen Sie von all diesen Aktivitäten, Demonstrationen und Widerständen nichts?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Meine liebe verehrte Kollegin Höfken,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Woher sollst

du das wissen? - Hans-Michael Goldmann

[FDP]: Aber die Frage war nicht so lieb!)

als Milcherzeuger habe ich nicht nur darüber gelesen,

sondern kann aus eigener Erfahrung in diesem Sektor

berichten. Da bestehen schon die ersten Unterschiede

zwischen uns beiden. Dass man sich im Berufsstand Sorgen

über die Milchpreisentwicklung macht, ist unbestreitbar.

Aber dass man diese Sorgen für sich politisch

instrumentalisieren will, ist unschön und schäbig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich würde mir nie anmaßen, so etwas zu tun. Sie werden

erleben, dass gerade bezüglich der Milch in den nächsten

Wochen Sachlichkeit in die Politik einkehren wird.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Es ist ein großes Verdienst unseres Ministers,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

dass die Spaltung, die im Berufsstand entstanden war,

aufgehoben wurde. Durch unterschiedliche Positionen

kam es zu Feindschaften zwischen Freunden, zwischen

Bauern im Dorf. Diese gehen jetzt wieder aufeinander zu

und orientieren sich gemeinsam auf die Zukunft. Das ist

ein ganz schwieriger Prozess. Diesen sensibel zu begleiten,

ist Aufgabe eines Bundesministers. In dieser Beziehung

hat er sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will noch einen Satz zur Gentechnik sagen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie werden so rot wie Ihre Krawatte!)

Frau Höfken, könnten Sie der Höflichkeit halber wieder

aufstehen? Sonst gehen meine Ausführungen von meiner

Redezeit ab.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, es geht jetzt von Ihrer Redezeit ab.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Wir hatten ein Gentechnikgesetz vorgefunden, das

wir verbessert haben. Wir haben die gute fachliche Praxis

definiert. Wir haben Abstandsregelungen eingeführt.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Genau!)

Wir haben die Möglichkeit geschaffen, die Kennzeichnung

„ohne Gentechnik“ zu verwenden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie haben den Mais zugelassen!)

Das alles schafft Wahlfreiheit für Verbraucher und Anbauer einer solchen Pflanze.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Das ist das Verdienst der Unionsfraktion zusammen mit

dem Koalitionspartner. Die Bezeichnung „ohne Gentechnik“

wird zwar von fast niemandem verwendet, aber

die Möglichkeit dazu ist geschaffen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Noch nicht! Das

kommt noch!)

Wir werden abwarten, inwieweit sie aufgegriffen wird

oder nicht.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Kollegin Höfken?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ja, ich habe ja Zeit.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber sie sollte dann keine Oppositionserklärung abgeben!)

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Bleser, ist es richtig, dass Minister Seehofer den gentechnisch veränderten Mais als Sortenzulassung gestattet hat

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Was der Minister macht, ist immer richtig!)

und damit den kommerziellen Anbau des Maises ermöglicht hat? Ist es auch richtig, dass die Verordnung über die gute fachliche Praxis bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen im Bundesrat bis dahin nicht akzeptiert, aber auch nicht notwendig gewesen ist, weil es ja keinen kommerziellen Anbau gegeben hat?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Verehrte Frau Kollegin Höfken, an der Haarspalterei, wer an welcher Stelle die Unterschrift geleistet hat, beteilige ich mich nicht mehr.

(Mechthild Rawert [SPD]: Soll ich Ihnen einen Stift geben?)

Hier gibt es eine geltende Rechtsgrundlage, nach der eine entsprechende Zulassung zu erteilen ist, wenn die wissenschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Punkt und aus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also Seehofer!)

Ich möchte jetzt in meinen Ausführungen fortfahren und feststellen, dass wir uns auf den Erfolgen, die wir in allen drei Zuständigkeitsbereichen erzielt haben, nicht ausruhen wollen. Hier ist von mehreren Rednern unserer Fraktion schon ausgeführt worden, welche Ergebnisse und Erfolge bezüglich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der landwirtschaftlichen Krankenversicherung erreicht wurden. Das alles ist schon gesagt worden.

Ich wollte auf noch etwas anderes hinweisen. Wir haben in den letzten Monaten von einer Welternährungskrise gesprochen. Wir haben gesehen, wie schnell sich das Blatt wenden kann: von Überversorgung und Überschussproduktion zu Mangelsituation. Nicht wenige fordern heute: Wir müssen auch in der Ernährung Sicherheit haben. Es war deshalb vernünftig, dass wir die Landwirtschaft in den letzten Jahren dabei unterstützt haben, in der Produktion zu bleiben. Wir werden auch in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Landwirtschaft verbessert wird. Herr Seehofer hat es schon angesprochen: Diese Wettbewerbsfähigkeit hat dazu geführt, dass der Anteil am Export im letzten Jahr immerhin um 18,5 Prozent angestiegen ist.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Weil Verträge gemacht worden sind!)

Diese 18,5 Prozent sind zum Teil preisbedingt, zum Teil auch mengenbedingt. Das ist ein Erfolg. Dieser Erfolg schafft in Deutschland Wertschöpfung und sichert Arbeitsplätze und Einkommen in unserer Land- und Forstwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, diese Erfolge haben einen Namen - darauf weise ich in jeder Debatte hin: Gerd Müller. Unser Staatssekretär ist permanent auf diesem Gebiet aktiv und öffnet Türen; das finde ich toll.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist jahrelang versäumt worden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das stimmt!)

Zum Verbraucherschutz. Ich habe bereits gesagt, dass wir in diesem Bereich in den meisten Fällen diejenigen waren, die angeschoben haben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Peter, vergiss jetzt bloß nicht Ulla!)

Beispielhaft seien das Verbraucherinformationsgesetz,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Peter, jetzt musst du auch etwas zu Ulla sagen!)

das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis und unsere Vorschläge zur Stärkung der Fahrgastrechte zu nennen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Ja!)

Wir hätten in dieser Frage gerne noch rigider agiert; aber unser Koalitionspartner hat sich dazu anders aufgestellt.

Man muss nun einmal Kompromisse machen.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU] -

Mechthild Rawert [SPD]: Gut so! - Hans-

Michael Goldmann [FDP]: Wer ist hier eigentlich der Lobbyist, Herr Kelber? - Gegenruf der

Abg. Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]:

Kompromissfähigkeit ist leider nicht allen Menschen gegeben, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, zum Thema Bahn möchte ich sagen: Wir dürfen unsere Fürsorge nicht zu schnell entziehen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Bahn einen Bedienungszuschlag in Höhe von 2,50 Euro einführen wollte, fragt man sich wirklich, was für ein verkommener Servicegedanke in diesem Unternehmen Platz gegriffen hat;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

das kann ich mir nicht erklären. Hierzu hat unser Minister sehr frühzeitig und klar Position bezogen

(Mechthild Rawert [SPD]: Da haben auch

viele andere interveniert, Herr Kollege! Wir haben übrigens auch einen Minister, der das getan hat!)

und gemeinsam mit Herrn Tiefensee

(Mechthild Rawert [SPD]: Danke!)

- das darf man nicht verkennen - ein Einlenken der Bahn erreicht.

Meine Damen und Herren, aktuell sind wir mit der Bekämpfung des Missbrauchs von Daten beschäftigt.

Dazu will ich nicht viel sagen. Eines kann ich Ihnen allerdings versprechen:

(Mechthild Rawert [SPD]: Jetzt wird es lang!)

Wir werden dem Verbraucher die Selbstbestimmung

über seine persönlichen Daten zurückgeben. Das ist die wichtigste Botschaft, die in diesem Hause zu diesem Thema verbreitet werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie ich sehe, blinkt bereits die rote Lampe. Ich möchte allerdings noch etwas zum Thema Ernährung sagen.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du hast eigentlich schon genug gesagt!)

Bei diesem Thema verfolgen wir eine langfristige Strategie. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass unser Minister gemeinsam mit Frau Schmidt – das möchte ich betonen –

(Mechthild Rawert [SPD]: Genau! Das darf man nicht verhehlen! Die zahlt nämlich die Hälfte!)

ein wichtiges Projekt für mehr Bewegung und bessere Ernährung, das über einen langen Zeitraum angelegt ist, auf den Weg gebracht hat.

Frau Klöckner und Frau Staatssekretärin Heinen, auch in der Ernährungspolitik haben wir wichtige Zeichen gesetzt. Ich erinnere nur an das Schulmilchprojekt in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Bleser!

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ja, Frau Präsidentin. – Es ist beispielhaft, was dort geleistet wurde. Das wird in den nächsten Jahren in allen Bundesländern Platz greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Schluss will ich sagen: Wir haben mit unserer Politik die Ziele verfolgt, unseren Bäuerinnen und Bauern zu mehr Einkommen zu verhelfen und die Situation der Verbraucher hin zu selbstbestimmten und selbstbewussten Verbrauchern zu verbessern.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das war eine sehr kompetente Rede!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die SPD-Fraktion gebe ich der Kollegin

Mechthild Rawert das Wort.

Mechthild Rawert (SPD):

Herr Bleser, es wäre verführerisch, den Garten der Vielfalt aufzutun und deutlich zu machen, wie dankbar wir sind, von der Union getrieben zu werden. Würden Sie, wenn es um das Label „Ohne Gentechnik“, die Ampelkennzeichnung und ähnliche Themen geht, einmal Ihrem eigenen Schwung nachgeben, dann käme dabei vielleicht etwas Gescheites heraus.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] –

Peter Bleser [CDU/CSU]: Das haben wir doch gemacht!)

Die SPD steht für eine aktive Verbraucherpolitik, und zwar als Teil einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen auf Augenhöhe mit den Anbietern agieren. Noch sind wir nicht so weit. Daher werden wir viele Themen in diesem Bereich auch in Zukunft kraftvoll anschieben. Transparenz, Wahlfreiheit und Informationszugang sind

notwendige Voraussetzungen, um die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Denn selbstverständlich wollen sie bewusst und selbstbestimmt auswählen und somit über fairen Handel und Nachhaltigkeit mitentscheiden.

Wir brauchen eine Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Selbstverständlich wollen wir, dass dieses Anliegen auch im Haushalt unterfüttert ist. Zur Verbraucheraufklärung gehört auch der Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Im Jahr 2009 werden wir die Maßnahmen der Verbraucherzentralen im Hinblick auf den Komplex des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes erneut mit 2,5 Millionen Euro fördern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Das ist keine institutionelle Förderung. Denn diese Aufgabe fällt den Bundesländern zu; das haben wir bereits 2007 deutlich gemacht.

Aber die Ergebnisse verschiedener Umfragen – auch der Umfrage, die von Herrn Seehofer im Sommer in Auftrag gegeben wurde – und der Verbraucherindex haben gezeigt, dass das Bewusstsein hierfür in den Ländern zunimmt.

Diesen Prozess wollen wir natürlich unterstützen.

Wir sehen natürlich auch den Bund in der Pflicht; denn wenn unter den Bedingungen des Europäischen Binnenmarktes, aufgrund globalisierter Wirtschaftsbeziehungen und aufgrund neuer Technologien sich das Kräfteverhältnis am Markt zunehmend zuungunsten von Verbraucherinnen und Verbraucher verschiebt, dann muss der Bund einen wirtschaftlichen Verbraucherschutz forcieren und auch in diesen investieren. Das ist der Grund, weshalb der Bund einspringt.

(Beifall bei der SPD)

Zum aktiven Verbraucherschutz gehört natürlich auch eine angemessene Ausstattung unserer Verbraucherorganisationen. Das sind die Stiftung Warentest, die Verbraucherzentrale Bundesverband und der Verbraucherrat des DIN. Ich bin stolz, dass viele von ihnen in Berlin ansässig sind. Für uns als SPD ist es wichtig, dass diese Trias des Verbraucherschutzes weiterhin auf hohem Niveau finanziell ausgestattet ist. Produkte und Dienstleistungen beeinflussen das tägliche Leben. Alle drei Institutionen setzen sich mit lauter Stimme für Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

Ich komme zu einem anderen Punkt. Die SPD steht für Tierschutz. Daher ist Tierschutz ebenfalls ein gewichtiger Schwerpunkt im Bundeshaushaltsentwurf 2009. Wir wollen den Ausbau der Forschung im Bereich Tierschutz. Deshalb fordern wir ein Bundesprogramm Tierschutzforschung, das mit 3 Millionen Euro ausgestattet werden soll.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist es denn?)

In diesem Bundesprogramm sollen die bestehenden Haushaltsansätze gebündelt, Innovationsprojekte angestoßen und dem sich aus den gesetzlichen Vorgaben gebenden Aufgabenzuwachs im Bereich der Tierforschung Rechnung getragen werden.

Ein zweiter Schwerpunkt. Tierschutz bedeutet für uns auch immer tier- und artgerechte Haltung. Das gilt für die Haltung von Nutztieren in landwirtschaftlichen Einrichtungen ebenso wie für Wildtiere in Tierparks und für



Delfine in Delfinarien.

Als Berichterstatterin initiiere ich die Aktualisierung des zwölf Jahre alten Säugetiergutachtens. Dieses Gutachten formuliert Mindestanforderungen an die Haltung von Wildtieren in Zoos. Dieses Gutachten wird bundesweit von den Ländern bei den Kontrollen ihrer Zoos als Grundlage zur Bewertung der Tiergehege verwendet. Das Gutachten regelt unter anderem den Raumbedarf der jeweiligen Tiere, die klimatischen Bedingungen, das Gehege, die Gehegeeinrichtungen, das Sozialgefüge, die Ernährung, den Fang und den Transport.

Wir alle waren schon einmal im Zoo. Schauen Sie doch einfach einmal unter diesen Gesichtspunkten auf die Tierhaltung. Nach Einschätzung zahlreicher Expertinnen und Experten enthält das aktuelle Gutachten nur unzureichende Minimalanforderungen an die Tierhaltung und vernachlässigt neueste wissenschaftliche Erkenntnisse. Viele Zoos legen daher schon von sich aus höhere Maßstäbe an. Wir wollen die Haltungsbedingungen von Wildtieren in Zoos verbessern. Daher soll das Säugetiergutachten im kommenden Jahr überarbeitet und den aktuellen wissenschaftlichen Standards angepasst werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die SPD ihre Schwerpunkte im Bundeshaushalt finanziell verankert hat.

Die SPD stärkt den Verbraucherschutz durch eine solide und gute finanzielle Ausstattung der Verbraucherberatung und der Verbraucherschutzinstitutionen und den Tierschutz durch die Einrichtung eines Bundesprogramms „Tierschutzforschung“. Wir laden unseren Koalitionspartner ein, mit unserem Schwung weiterhin aktiv zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz, Einzelplan 07.

Das Wort hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Wenn die Regierung in einer Haushaltswoche vor das Parlament tritt, dann will sie vor allem eines, nämlich Geld. Das will auch ich. Deswegen stehe ich hier.

Ich will aber auch Dank für den Haushalt sagen, den Sie uns für dieses laufende Jahr bewilligt haben.

Sie wissen ja, dass der Haushalt des Bundesministeriums der Justiz fast ausschließlich durch Personalausgaben geprägt ist und dass die Personalausstattung für die Arbeitsfähigkeit des Ressorts als solchem – aber natürlich auch des ganzen Bereichs, der dazugehört – ganz besonders wichtig ist. Das betrifft insbesondere eine Behörde, die zu meinem Geschäftsbereich gehört, nämlich das Deutsche Patent- und Markenamt.

Das DPMA – das wissen Sie alle – hat eine enorme Bedeutung für den Schutz geistigen Eigentums und damit für die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Außerdem ist das DPMA eine wichtige Einnahmequelle für unseren Haushalt. Bei der ersten Lesung des letzten

Haushalts habe ich deutlich gemacht, in welchem Verhältnis die Zahl der Prüfer zu den Einnahmen steht. Ich danke dafür, dass wir das letzte Mal 35 zusätzliche Stellen schaffen konnten, die dazu geführt haben, dass die Einnahmesituation beim DPMA besser geworden ist, die vor allen Dingen aber auch dazu geführt haben, dass die Bearbeitung der Anmeldungen und der Verlängerungen weiter beschleunigt werden konnte.

In dem Entwurf des Haushalts für 2009 ist beim Bundesministerium der Justiz ein Einnahmeplus von gut

10 Prozent zu verzeichnen. Davon entfallen

3,5 Millionen Euro auf das Deutsche Patent- und Markenamt, die wir dort aufgrund der Stellen, die Sie bewilligt haben, mehr einnehmen werden. Deshalb danke ich

Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung, die Sie uns im letzten Jahr gewährt haben. Im Vorgriff danke ich Ihnen auch schon einmal herzlich für die Unterstützung, die Sie uns hoffentlich auch dieses Jahr wieder geben werden.

Wir haben nämlich vorgesehen, weitere

27 Patentprüfer einzustellen. Ich wäre Ihnen verbunden und denke, dass es vor allen Dingen im Interesse der Sache und des Wirtschaftsstandorts Deutschland wäre, wenn diese 27 Stellen auch genehmigt werden könnten.

Vor gut zehn Tagen haben wir das zehnjährige Jubiläum des Deutschen Patent- und Markenamtes in Jena

gefeiert. Ich will Ihnen damit sagen, dass durch die Stellen, die Sie hier beschließen, auch ein Stück weit Strukturförderung in Ostdeutschland betrieben wird. Vor

zehn Jahren wurde beschlossen, dass die Behörde von Berlin nach Jena umzieht. In dieser Zeit sind dort mehr als 220 neue Stellen geschaffen worden, von denen über 80 Prozent aus der Region besetzt sind.

Ich habe mich bei meinem jetzigen Besuch in Jena davon überzeugen können, dass es dort aufgrund dieser Strukturentscheidung in der Tat zu einer Stärkung des Innovations- und Forschungsstandortes gekommen ist.

Es gibt eine exzellente Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle Jena, der Universität Jena und den großen Industrien, die dort angesiedelt sind. Insgesamt kann man sagen, dass das eine ausgezeichnete Förderung des Standortes und des Schutzes geistigen Eigentums ist.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Erfolgsgeschichte des Deutschen Patent- und Markenamtes wird also nicht nur gezeigt, was eine moderne öffentliche Verwaltung leisten kann, sondern dadurch wird auch ganz deutlich, dass wir in Deutschland keine weiteren Privatisierungen hinsichtlich öffentlicher Aufgaben brauchen - und schon gar nicht in der Justiz -; denn wir können das selbst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Vorstellung, alles gehe schneller, billiger und gar besser, wenn es nur Private erledigen, hat sich in vielen Fällen als blanke Ideologie und leider auch als kostspielige Fehlentscheidung für den Staat erwiesen. In Hessen ist die teilweise Privatisierung eines Gefängnisses beispielsweise vollständig gescheitert. Mein hessischer Kollege musste erst vor wenigen Monaten einräumen, dass die privaten Haftplätze zum Teil deutlich teurer als die staatlichen sind.

Trotzdem werden manche Kollegen nicht müde, weitere Privatisierungen zu fordern, zum Beispiel bei den Gerichtsvollziehern, den Rechtspflegern und den sozialen Diensten der Justiz.

Nun bin ich die Letzte, die nicht bereit wäre, darüber nachzudenken, wie man im öffentlichen Dienst Aufgaben besser machen und effizienter organisieren kann.

Das Problem ist nur: Bei diesen Forderungen nach Privatisierung geht es in der Regel nicht um Qualität. Es geht schlicht und ergreifend um zwei Aspekte: Der eine Aspekt ist die Kürzung öffentlicher Aufgaben, der andere Aspekt ist die Maximierung privater Gewinne.

(Mechthild Dyckmans [FDP]: Es geht um Geschwindigkeit!)

- Nein, es geht nicht um Geschwindigkeit.

(Mechthild Dyckmans [FDP]: Es geht um einen besseren Vollzug! - Gegenruf des Abg.

Joachim Stünker [SPD]: Woher wissen Sie das, Frau Dyckmans?)

- Wir müssen über Qualität reden, Frau Dyckmans.

Wenn das der Fall ist, dann können wir auch über Geschwindigkeit reden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen wir ganz schnell dahin, dass wir keine Privatisierung brauchen, um die Sachen schneller oder kostengünstiger zu machen.

Wir müssen klären, welche Aufgaben der Staat übernehmen muss. Als erstes Beispiel nenne ich die Ausübung des Grundbuch- und Registerrechts, was ein ganz wichtiger Baustein einer erfolgreichen Wirtschaftsordnung sind. Diese Aufgabe ist bei unseren Rechtspflegern in den besten Händen.

(Beifall bei der SPD)

Ich jedenfalls meine: Wer die Aufgaben der Rechtspfleger privatisieren will, gefährdet einen wesentlichen Standortvorteil unseres Landes.

Zweites Beispiel. Gerichtsvollzieher besitzen weitreichende Zwangsbefugnisse. Sie sind nicht nur Dienstleister ihrer Auftraggeber, sondern sie achten auch auf die Rechte der Schuldner. Das ist keine überflüssige Sozialarbeit, wie manche meinen, sondern Ausdruck des sozialen Rechtsstaats. Ich bin deshalb davon überzeugt: Auch Gerichtsvollzieher müssen weiterhin und auch in Zukunft dem öffentlichen Dienst angehören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittes Beispiel sind die sozialen Dienste der Justiz.

Jeder von uns weiß, wie wichtig die Bewährungshilfe und eine gute Entlassungsvorbereitung für Gefangene ist. Im Übrigen ist beides für eine gute Vorbeugung von Straftaten sehr viel wichtiger als die immer wiederkehrende Debatte, ob die Jugendhöchststrafe zehn oder 15 Jahre betragen soll.

Ich bedauere es deshalb, dass Länder zunehmend darüber nachdenken, die sozialen Dienste der Justiz zu privatisieren, und es teilweise sogar schon getan haben.

Wenn man einmal eine solche Aufgabe aus der öffentlichen Hand gegeben hat, dann kann man sehr viel leichter den Rotstift ansetzen und sparen und damit das genau falsche Signal senden.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen deshalb nicht zulassen - auch davon bin ich überzeugt -, dass Privatisierungen zu einem Sicherheitsrisiko werden.

Innerhalb der Koalition sind wir uns in einem wesentlichen Punkt einig: Bei den Kernaufgaben der Justiz wollen wir keine Privatisierungen. Allerdings wäre es schön, wenn diese Erkenntnis vonseiten des Bundesrates nicht immer torpediert würde. Einige Länder bringen dort einen Privatisierungsantrag nach dem nächsten ein. Es wäre gut, wenn dieser politische Schlingerkurs, der in der Öffentlichkeit und auch in der geneigten Fachöffentlichkeit wahrgenommen wird, einmal ein Ende hätte.

Die Bediensteten in der Justiz haben einen Anspruch darauf, ganz klar zu wissen, wofür die Parteien tatsächlich stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ein starker Rechtsstaat und eine leistungsfähige Justiz sind auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir haben in den vergangenen Monaten haarsträubende Fälle von Wirtschafts- und Steuerkriminalität gesehen. Wir müssen einen Konsens darüber erzielen, dass die Justiz in der Lage bleibt - das ist Teil unseres Rechtsstaates -, solche Fälle zu verfolgen, aufzuklären, die betreffenden Personen anzuklagen und zu verurteilen. Wir müssen die Gerichte so ausstatten, dass sie auch in Zukunft in der Lage sind, komplexe Wirtschaftsstrafverfahren zu bearbeiten. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Rechtstreue in allen Teilen der Gesellschaft durchsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Nun kann ich das als Bundesministerin leicht sagen, weil ich weiß, dass die Länder für das Personal zuständig sind. Trotzdem mache ich das immer wieder gerne, weil ich glaube, dass wir zwischen Bund und Ländern innerhalb der Justiz einen Konsens darüber brauchen, dass dies eine wichtige justizielle Aufgabe ist. Dass wir als Bund bei der Verfolgung dieser Straftaten nicht beiseitestehen, möchte ich durch unseren Vorschlag deutlich machen, die Verjährungsfrist für Steuerstraftaten auf zehn Jahre zu verlängern. Das Gesetzgebungsverfahren läuft bereits.

Wir werden im nächsten Monat dem Kabinett vorschlagen, einen Gesetzentwurf einzubringen, mit dem die derzeitige Höchstgrenze für Geldstrafen aufgehoben wird, damit sichergestellt wird, dass auch diejenigen, die mehr als 5 000 Euro pro Tag verdienen, künftig gerecht bestraft werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allein dieses Vorhaben macht deutlich, dass wir in den kommenden Monaten in der Rechtspolitik noch genug zu tun haben. Es liegt eine Menge Arbeit vor uns, und wir müssen noch eine ganze Reihe von Projekten abschließen. Wir werden über die gesetzliche Verankerung der Patientenverfügung diskutieren, und wir wollen die Reform des Erbrechts beraten und verabschieden. Mit beiden Projekten wollen wir mehr Selbstbestimmung und Autonomie für die Menschen erreichen.

Schon in der nächsten Woche wird der Deutsche Bundestag

über die Modernisierung des Bilanzrechts diskutieren. Mit diesem Gesetzesvorhaben soll der Mittelstand weiter entlastet werden.

Durch die Strukturreform beim Versorgungsausgleich und beim Zugewinnausgleich wollen wir der Modernisierung des Familienrechts einen weiteren Baustein hinzufügen, damit es bei den Scheidungsfolgen gerecht zugeht und der schwächere Ehepartner geschützt wird.

Wichtige Vorhaben verfolgen wir auch im Verbraucherschutz. Das wurde schon im Zusammenhang mit dem Einzelplan 10 des Verbraucherschutzministeriums angesprochen. Die rechtliche Kompetenz liegt allerdings bei uns. Dabei geht es um den besseren Schutz vor unerlaubter Telefonwerbung und um die Stärkung der Verbraucherrechte beim Fahren und beim Fliegen. Diese Themen werden uns sicherlich noch einige Diskussionen bescheren. Wir sollten uns darum bemühen, noch in dieser Legislaturperiode zu Entscheidungen zu kommen. Ich bin aber davon überzeugt, dass uns das gelingen wird.

Die Liste der Gesetzgebungsprojekte, zu denen schon eine Anhörung beschlossen oder zu erwarten ist, ist lang. Es sind insgesamt 20. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass wir nur noch 17 Sitzungswochen bis zum Ende der Legislaturperiode haben. Das heißt, die Rechtspolitiker dieses Hauses haben ein sehr beträchtliches Programm. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir unsere Arbeit zügig und konstruktiv fortsetzen. Die Koalition hat zumindest in der Rechtspolitik noch eine Menge zu tun. Insofern möchte ich den Kollegen Diller zitieren, der eben zu mir sagte: „Sag doch einfach: Der Haushalt ist gut. Verändern Sie nichts.“

(Heiterkeit bei der SPD)

Das sind fromme Worte, denen nichts hinzuzufügen ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir führen die erste Beratung des wohl letzten Entwurfs eines Justizhaushalts in dieser Legislaturperiode durch, der aller Voraussicht nach in Kraft treten wird. Drei Viertel der Legislaturperiode sind vorbei. Insofern ist es notwendig, eine Bilanz der Rechtspolitik zu ziehen.

An Arbeit hat es dem Rechtsausschuss nicht gemangelt.

Wir haben schon sehr viele Anhörungen durchgeführt.

Im Obleutegespräch heute Morgen hatten wir vier Anhörungen vor Augen, die noch vor uns liegen. Insgesamt haben wir schon etwa 15 bis 20 Anhörungen zu einer Vielzahl umfangreicher Gesetzgebungsvorhaben durchgeführt. Im Familienrecht wurden wegweisende Reformen auf den Weg gebracht.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich als Oppositionsfraktion immer an dem Maßstab orientiert, Gesetzgebungsvorhaben konstruktiv zu begleiten und Änderungen einzubringen. Deshalb haben wir auch dem Gesetzentwurf zum Unterhaltsrecht zugestimmt, nachdem grundlegende

Änderungen an dem ursprünglich vorgelegten Entwurf erfolgt sind. Auch die Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben wir letzten Endes unterstützt. Auch beim Urheberrecht wurde nach einer ziemlich grundlegenden Überarbeitung im Bundestag mit dem „Zweiten Korb“ ein Entwurf vorgelegt, den wir unterstützen konnten. Das zeigt, dass wir uns als Oppositionsfraktion sehr wohl für konkrete Änderungen einsetzen. Wir sehen auch noch weiteren Änderungsbedarf, auch im Urheberrecht. Ich nenne als Stichworte zum Beispiel die Kabelweitersendung in Hotels, die Durchsetzung von Urheberrechten im Internet und Modelle in anderen Ländern, die Vor- und Nachteile aufweisen. Wir hoffen, dass noch in dieser Legislaturperiode Weichenstellungen vorgenommen werden.

Frau Ministerin, Privatisierung war eigentlich nicht das Streitthema im Rechtsausschuss. Niemand will, so glaube ich, das Gerichtsvollzieherwesen privatisieren – jedenfalls nicht die FDP-Fraktion –, weil das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar wäre. Dass die Gerichtsvollzieher selbst grundlegende Änderungen wollen, dass Reformvorschläge mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung gemacht wurden und dass es hier Licht und Schatten, Vor- und Nachteile gibt, ist selbstverständlich. Das sollten wir nicht mit Privatisierung abtun. Das bringt die Debatte auf eine schiefe Ebene, weil der Begriff hier nicht passt.

(Beifall bei der FDP)

In diese Legislaturperiode fiel die EU-Ratspräsidentschaft der Bundesregierung. Die Bilanz ist eher dünn und dürftig ausgefallen. Die immer stärkere gegenseitige Anerkennung justizieller Entscheidungen, die man unter den derzeitigen Vorzeichen sehr kritisch sehen muss, zwingt dazu, endlich einheitliche europäische Standards in Strafverfahren zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Hier verschieben sich die Gewichte eindeutig. Obwohl es nur um Mindeststandards geht, hat sich seit der schon länger zurückliegenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft nichts in der Europäischen Union bewegt. Andere Dinge gehen sehr viel schneller. Ich erinnere an die EU-Richtlinie zur Speicherung der Telekommunikationsverbindungsdaten. Nachdem der Rahmenbeschluss nicht durchkam, wurde die Richtlinie verabschiedet.

Man muss nicht Hellseher sein, um vorherzusagen, dass wahrscheinlich noch in diesem Jahr diese Richtlinie mit Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs als nicht rechtskonform erachtet wird, weil ihr die Ermächtigungsgrundlage fehlt. Der enge Zusammenhang mit dem Urteil zur Fluggastdatenweitergabe ist offensichtlich. Die Begründung ist identisch. Das hier verabschiedete Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung wurde in Teilen durch eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts nicht zur Anwendung empfohlen. Wie Sie wissen, geschieht so etwas selten. Das zeigt, dass dahinter mehr als nur eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht steckt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung – egal was der

EUGH macht, das Bundesverfassungsgericht wird das letzte Wort haben - wurde auch die Telefonüberwachung neu geregelt. Es gibt in § 160 a StPO eine Schutzvorschrift, die für Berufsgeheimnisträger bei staatlichen Überwachungsmaßnahmen eine einheitliche Grundlage schafft. Das Vorhaben, eine einheitliche Bestimmung zu schaffen, haben wir unterstützt. Aber die Ausgestaltung muss man nach wie vor kritisieren; denn die Unterscheidung zwischen Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten auf der einen Seite und Rechtsanwälten, Journalisten und Ärzten auf der anderen Seite führt zu einem Zweiklassenrecht. Das ist keine gute Entwicklung.  
(Beifall bei der FDP)

Das hat bereits Spuren hinterlassen, und zwar im Zollfahndungsdienstgesetz und im Gesetzentwurf zum BKA-Gesetz. Nehmen wir doch den ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Professor Dr. Hassemer, beim Wort:  
Wer die Anwaltschaft unter dem Maßstab des Geheimnisschutzes in zwei Lager teilt, legt die Axt ans Hausgut der Rechtsanwälte. Der Anwalt hat ja nicht nur ein Recht, er hat auch eine Pflicht, die ihm anvertrauten Geheimnisse zu wahren ...; ein Rechtsanwalt, der sich auf diese Garantie nicht mehr verlassen kann, ist von den überkommenen Garantien seiner Profession verlassen worden, er ist normativ und praktisch verarmt.  
Wir, die FDP-Fraktion, haben in der Sommerpause den Entwurf eines Gesetzes erarbeitet, das diese Fehlentwicklung in § 160 a korrigieren soll. Da es inzwischen viele fundierte Ausführungen dazu gibt, hoffe ich sehr, dass der Bundestag gemeinsam die Kraft findet, eine Korrektur vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)  
Ich komme zum Ende. Es gibt offene Baustellen, besonders im Insolvenzrecht. Frau Ministerin, Sie haben die anstehenden Reformen genannt, die wir wie immer mit unserem Selbstverständnis begleiten werden; denn es geht um eine Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Zur unerlaubten Telefonwerbung liegt ein Antrag von uns vor. Da müssen wir dringend handeln. Ich mache wie immer das Angebot: Klare Kritik da, wo sie angebracht ist, aber Unterstützung da, wo wir Ihren Weg teilen!  
Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)  
Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Ich gebe das Wort dem Kollegen Dr. Jürgen Gehb, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):  
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind Generaldebatten. Landläufiger Meinung nach ist das die Stunde der Opposition, die mit der Regierung abrechnet.  
(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch die Opposition in Ihren eigenen Reihen!)

Nun ist die Opposition - jedenfalls in der Rechtspolitik - kaum wahrnehmbar, mit der Folge, dass wir als Koalitionsparteien diese Aufgabe auch noch zu erledigen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das macht ihr durch gegenseitige Blockade!)

Der Rechtsausschuss hat sich mit der höchsten Anzahl von Einzelgesetzen auseinanderzusetzen, sodass wir manchmal vor lauter Wald die Bäume nicht mehr sehen. Deswegen ist eine solche Debatte zum Haushalt auch eine Gelegenheit, einmal über den Tellerrand hinaus zu schauen.

Die beiden Koalitionsfraktionen haben den Handlungsbedarf in der Rechtspolitik sehr schnell entdeckt und die schweren Brocken in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Aber wir haben den Handlungsbedarf nicht nur entdeckt - das hat manch anderer auch schon -, sondern wir haben die Gesetze mit Handlungswillen und Handlungsstärke auch verabschiedet.

Nun will ich nicht wie ein Buchhalter alles kleinkariert bilanzieren. Aber ein paar Dinge will ich vielleicht doch nennen. Kurz vor der Sommerpause haben wir die wohl größte GmbH-Reform seit 100 Jahren verabschiedet.

Ich erinnere zudem an die FGG-Reform. Ich könnte außerdem das Familien- und Unterhaltsrecht, die Vaterschaftsfeststellung und Vaterschaftsanfechtung nennen.

Auf dem Gebiet des Strafrechts haben wir die Sicherungsverwahrung für nach Jugendstrafrecht Verurteilte sowie für andere böse Buben, bei denen bisher Sicherheitslücken bestanden, geregelt. Schließlich haben wir mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz und der Regelung zu den Erfolgshonoraren das Berufsrecht der Anwälte neu gestaltet. Alles das sind große Projekte und nicht etwa nur Petitesse.

Gott sei Dank besteht die Welt nicht nur aus Becks und Ypsilantis; jedenfalls tummeln sie sich nicht in der Rechtspolitik. Ich habe an dieser Stelle Dank zu sagen der Ministerin, dem Parlamentarischen Staatssekretär, meinem Counterpart, Herrn Stünker, sowie allen anderen Ausschussmitgliedern, meinen eigenen Kollegen in der Arbeitsgruppe Recht sowie den Ministerialbeamten, die alle dazu beigetragen haben, dass wir jedenfalls in der Rechtspolitik keinen Anlass dazu haben, nach fremden Bräuten zu schauen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dazu soll sich die SPD einmal äußern!)

Man könnte es folgendermaßen zusammenfassen: Regierung gut, Koalition prima, Opposition Fehlanzeige!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

In den letzten Tagen hat man, wenn man nicht blind war, gesehen, dass schon ein bisschen mit den Hufen gescharrt wird, weil die Performance nicht überall so gut ist. Jetzt kommen die Wahlkämpfe: Bundestagswahlkampf, Europawahlkampf und mehrere Landtagswahlkämpfe.

Da wird an den geeigneten Stellen, zum Beispiel auf den Kreisparteitagen, sicherlich auch mit unserem jetzigen Koalitionspartner hart ins Gericht gegangen werden. Aber eines kann ich Ihnen versprechen: Wir werden uns zum Wohle des Volkes ähnlich wie in



der Vergangenheit auch in Zukunft bemühen, alles mit der Akkuratessse eines Schweizer Uhrwerks abzuarbeiten, denn dafür sind wir als Volksvertreter gewählt. Manchmal dürften wir uns zum Wohle des Volkes auch nicht nur an der Vielzahl der verabschiedeten Gesetze messen lassen, sondern müssten uns auf die Fahnen schreiben, bestimmte Gesetze zu verhindern.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Da haben wir ein paar Vorschläge! - Zurufe von der FDP: Ja, das BKA-Gesetz!)

Ich zitiere Montesquieu: Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es nötig, keines zu erlassen. - Was schon für die einfachen Gesetze gilt, gilt erst recht für das Grundgesetz. Ich beobachte die bedenkliche Tendenz, immer mehr sicherlich hehre und für sich betrachtet wünschenswerte Anliegen als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen. Nach der Erbsünde, die wir mit der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz begangen haben, sollten wir jetzt nicht auch noch Kultur, Sport, Kinder, Datenschutz und den Atomausstieg in das Grundgesetz aufnehmen,

(Beifall des Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU] - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es nicht verstanden!)

wenn wir aus unserem Grundgesetz keinen Neckermann-Katalog werden lassen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Grundgesetz besticht durch seine Kargheit, durch seine Schlichtheit, durch seine Einfachheit und durch seine Exklusivität, und so wollen wir es belassen. Darum sage ich: Finger weg vom Grundgesetz!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir führen die heutige Debatte wenige Tage nach dem siebten Jahrestag von 9/11. Damals sind nicht nur die Twin Towers eingestürzt, sondern der Anschlag hat uns auch gezeigt, dass sich die gesamte westlich-zivilisierte Welt im Fadenkreuz von Terroristen befindet.

Wir als Rechtspolitiker können zumindest einen kleinen Teil, ein Scherflein dazu beitragen, dass dieses Risiko etwas minimiert bzw. reduziert wird. Es geht nicht darum, den Leuten absolute Sicherheit vorzugaukeln und Begehrlichkeiten zu wecken, die man hinterher nicht erfüllen kann. Aber was höre ich auch heute wieder im Zusammenhang mit den Sicherheitsgesetzen? Am 20. August

lese ich einen Artikel im Tagesspiegel - Autorin: Frau Leutheusser-Schnarrenberger - mit dem Titel: „Freiheit in Gefahr“. Die Zwischenüberschrift lautet: „Es gibt kein Grundrecht auf Freiheit.“

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Es gibt kein Grundrecht auf Sicherheit!)

- Auf Sicherheit; gut aufgepasst. - Es gibt so wenig ein Grundrecht auf Sicherheit, wie es ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gibt, jedenfalls wenn man den Verfassungstext liest. Aber ähnlich wie das Bundesverfassungsgericht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in seinem viel zitierten Volkszählungsurteil aus einer Zusammenschau mehrerer Normen entwickelt hat, hat das Bundesverfassungsgericht natürlich auch eine verfassungsrechtlich verbürgte Schutzpflicht

des Staates begründet.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber kein Grundrecht!)

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ich empfehle Ihnen die Lektüre der amtlichen Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts, 107. Band, Seite 299 ff.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]:

Das habe ich gelesen!)

Die einschlägige Passage finden Sie auf Seite 316. Wenn Sie noch weiter in die Geschichte gehen wollen - schon Augustinus hat gesagt: „Tolle lege!“ - Nimm und lies! -, dann können Sie auch in den 80. Band schauen, Seite 367 und 375 ff. Eine Entscheidung ist aus dem Jahr 1989, die andere aus dem Jahr 2003. Wenn Sie schon solche Artikel in der Zeitung schreiben, dann empfiehlt es sich, sich vorher rechtskundig zu machen.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]:

Ich habe das geschrieben, weil ich rechtskundig bin! Sie haben es falsch verstanden! -

Mechthild Dyckmans [FDP]: Wir lesen die Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen nicht nur, wir verstehen sie auch!)

Sonst müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, entweder nicht rechtskundig zu sein oder den Leuten wider besseres Wissen etwas vorzugaukeln. Bei der Gelegenheit haben Sie, wie Sie es immer bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit machen - auch Herr Stadler macht das immer -, eine ganze Litanei von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zitiert, mit denen Gesetze der Koalition aufgehoben worden sein sollen.

(Jörg van Essen [FDP]: Es ist peinlich, dass es so ist!)

- Nun, Herr van Essen, ich belehre Sie ungern, aber Sie fordern es förmlich heraus. - Wir haben die Anfrage gestellt, wie viele Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts es diesbezüglich seit dem 19. Oktober 2005 gibt. Das war der Beginn der schwarz-roten Koalition.

(Abg. Dr. Max Stadler [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Frau Präsidentin, Herr Stadler kann es kaum noch halten. Das Wasser schon, aber seine Frage nicht.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie waren so im Redefluss, Herr Kollege Gehb. Da wollte ich Sie nicht unterbrechen.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Ja, aber wenn Sie darauf warten wollten, käme nie jemand zu einer Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Gut, gestatten Sie die Zwischenfrage des Kollegen Stadler?

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Ja.

(Otto Fricke [FDP]: Wenn er jetzt Nein gesagt

hätte! - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]:

Aber der Herr van Essen muss noch belehrt werden!)

Dr. Max Stadler (FDP):

Herr Kollege Gehb, da Sie gerade vortragen wollen, dass keine Gesetze der Großen Koalition in Karlsruhe aufgehoben worden seien, wären Sie bereit, hier dem

Hohen Haus mitzuteilen, welche Gesetze der Vorgängerregierung während der Regierungszeit der Großen Koalition durch das Parlament korrigiert worden sind und ob Sie damit jeweils auf eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gewartet haben?

Zum Zweiten: Sie tragen hier vor, man solle sich erst einmal rechtskundig machen. Stimmen Sie mit mir überein, dass Frau Leutheusser-Schnarrenberger sich über ein angebliches Grundrecht auf Sicherheit ausgelassen hat, das es nämlich nicht gibt, während Sie am Ende davon gesprochen haben, es gebe eine Grundpflicht des Staates, Sicherheit zu gewährleisten, was völlig unstrittig ist. Mit anderen Worten: Sie haben Frau Leutheusser-Schnarrenberger einen Vorwurf gemacht und versucht, sie mit einem anderen Begriff zu widerlegen, obwohl die beiden Dinge gar nichts miteinander zu tun haben, sondern allenfalls korrespondieren.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Stimmen Sie mir zu, dass unter Rechtskundigen der Unterschied zwischen einem Grundrecht und einer Grundpflicht klar sein sollte? Angesichts Ihrer Ausführungen habe ich nämlich Zweifel, ob Ihnen dieser fundamentale Unterschied bekannt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Das ist ja wirklich eine gute Gelegenheit, einen Rundumschlag zu machen.

Fangen wir mit der ersten Alternativfrage an. Selbstverständlich hat die schwarz-rote Koalition Gesetze korrigiert, die Rot-Grün erlassen hat. Das ist aber etwas ganz anderes, als sich den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, in der eigenen Regierungszeit verfassungswidrige Gesetze erlassen zu haben. Die Korrektur verfassungsfeindlicher, verfassungswidriger Gesetze würde uns ja allenfalls adeln.

Dass man gerade auf dem Spannungsfeld zwischen Freiheitsrechten auf der einen Seite und Sicherheitsrechten auf der anderen Seite natürlich ein vermintes Gelände und ein grundrechtsrelevantes Gebiet betritt, das ist doch selbstverständlich, Herr Stadler. Selbst die Viehhandelshauptmängelerordnung oder das Gesetz über die Reform hufbeschlagrechtlicher Regelungen ist bis nach Karlsruhe gejubelt worden. Das ist doch ganz klar, und deswegen bewegen wir uns hier immer auf kritischem Gebiet.

Ein Nächstes. Es grenzt geradezu an Sophistik, zu sagen:

Es ist ein Unterschied, ob es ein Grundrecht auf Freiheit gibt. Ich antworte und sage: Es gibt eine grundrechtlich verbürgte Schutzpflicht des Staates. Begeben

Sie sich einmal in die Niederungen von Mommsen und Larenz' Methodenlehre und lesen Sie, was in § 194 BGB steht: Anspruch ist das Recht, von jemandem ein Tun oder ein Lassen zu verlangen. - Selbstverständlich korrespondiert mit jeder Pflicht des Pflichtigen das Recht des Berechtigten. Herr Stadler, dass ich Ihnen das heute erklären muss, ist wirklich ganz traurig.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber damit ist natürlich das, was der Herr van Essen dazwischengerufen hat, gleichzeitig erledigt, ohne dass es

auf mein Redezeitkontingent geht. Ich danke ganz herzlich für die Gelegenheit, Ihnen eine kleine Nachhilfe über Verfassungsrecht, Schutzpflichten und Schutzrechte im Einzelnen zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun muss ich sagen: Diese Geschichte mit den Grundrechten „Freiheit“ und „Sicherheit“ aus der Opposition wird nur noch getoppt vom Grundrechtsverständnis der Linken; Sie kommen auch nicht ungeschoren davon. Gestern musste ich lesen, dass Herr Lafontaine die Eigentumsverhältnisse unseres Grundgesetzes infrage stellte, indem er sagte, das Familienvermögen der Schaefflers müsse enteignet werden. Meine Damen und Herren, er sagte dies mit der Begründung, so ein Vermögen könne man auf verfassungsgemäße Art und Weise nie erlangen; deshalb gehe es nur um die Rücküberweisung von der Enteignung der Beschäftigten. Meine Damen und Herren, heute sind es die Schaefflers, morgen ist es irgendein größerer Handwerker und übermorgen müsste sich der Herr Lafontaine selber einmal fragen lassen, woher er sein palastartiges Anwesen hat. Wir haben gerade gehört, was alles zum Wohle des Landes gehört. Weil ich den Blick über den Tellerrand angesprochen habe, will ich auf einen Beitrag unseres früheren Bundespräsidenten, auch bekannt als Bundesverfassungsgerichtspräsident und berühmter Verfassungsrechtler, Roman Herzog, in der FAZ vom 8. September letzten Jahres „Stoppt den Europäischen Gerichtshof“ eingehen. Meine Damen und Herren, zum Wohle des Landes gehört es auch, dass wir hoffentlich bald einmal von immer unerträglicher werdenden europäischen rechtlichen Vorgaben verschont bleiben. Ich denke dabei nur schon wieder an die Draufsattelung der Antidiskriminierungsrichtlinie (Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Da haben Sie blaue Briefe gekriegt, gell?)

und daran, dass wir von der immer ernüchternderen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verschont bleiben. Insofern warte ich auf den von Roman Herzog angekündigten Showdown zwischen dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht. Wir kennen ja die „Solange I/II/III“-Entscheidungen. Meine Damen und Herren, wir als Mitglieder des Rechtsausschusses und als Rechtspolitiker sollten uns auch einmal mit diesem Phänomen und dem Verhältnis von supranationalem Recht und nationalem Recht beschäftigen, damit wir fürderhin nicht nur die Vollstreckungsgehilfen der Europäer sind und in einer Ratifizierungsfalle sitzen, sondern voller Selbstbewusstsein als nationale Parlamentarier unsere nationalen Angelegenheiten auch durch nationale Gesetze regeln können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU - Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo leben Sie denn eigentlich?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Neškovic,  
Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Ministerin Zypries! Haushaltspläne sind so aufgebaut, dass sie für einen Ressortbereich die Einnahmen und Ausgaben erkennen lassen. Die Bürger erfahren aber nicht, ob sich der Finanzaufwand für die Arbeit dieser Ressortbereiche überhaupt gelohnt hat. Immerhin enthalten Haushaltspläne manchmal auch eine konkrete Arbeitsbeschreibung. Auf Seite 2 des Einzelplans der Justiz können Sie nachlesen:

Das Bundesministerium der Justiz ist außerdem „Verfassungsressort“. Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Inneren hat es zu gewährleisten, dass gesetzliche Regelungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Vor dem Hintergrund dieser Arbeitsbeschreibung müssen sich die Steuerzahler ernsthaft fragen, ob die Justizministerin ihr Geld wert ist. Frau Zypries wäre ihr Geld wert, wenn sie als Verfassungsministerin den Rechtsstaat energisch und engagiert schützen würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Frau Zypries hat sich lediglich das Image einer Bremserin bei der Demontage des Rechtsstaats zugelegt.

(Daniela Raab [CDU/CSU]: Das ist immer derselbe Textbaustein!)

„Bremserin“ ist ihr Etikett. So hat der Spiegel jüngst auch ein Portrait überschrieben.

(Brigitte Zypries, Bundesministerin: Das war aber anders gemeint!)

Das klingt nicht schlecht, wenn es darum geht, den Rechtsstaat vor Herrn Schäuble zu schützen. Insoweit scheint zumindest die PR-Abteilung des Justizministeriums ihr Geld wert zu sein.

Das Bild von der Bremserin ist schon sehr malerisch. Ich will es einmal überprüfend aufgreifen. In diesem Bild steuert der Innenminister Wolfgang Schäuble den Staatskarren mit Vollgas in Richtung Überwachungsstaat. Neben dem Innenminister sitzt seine vermeintlich besonnene Kabinettskollegin, Frau Zypries. Sie greift nicht ins Steuer, aber immerhin: Hin und wieder betätigt sie die Bremse, wenn die deutsche Öffentlichkeit bei der wilden Fahrt des Innenministers entsetzt reagiert. Ich möchte nun einige Stationen dieser Reise in Erinnerung rufen:

Im Frühling des Jahres 2007 erklärte Frau Zypries dem Spiegel gegenüber, die von Herrn Schäuble geforderte Erweiterung der akustischen Wohnraumüberwachung sei ganz unnötig. Im Sommer 2008 nahm sie dann jäh den Fuß von der Bremse und billigte eine Kabinettsvorlage zur Änderung des BKA-Gesetzes, wonach sogar tatunverdächtige Dritte in ihrer Wohnung nicht nur abgehört, sondern sogar gefilmt werden können.

Im Frühjahr 2007 kritisierte Frau Zypries den Innenminister für seinen Vorschlag, zur Gefahrenabwehr die Fingerabdrücke aller Bundesbürger in Personaldokumenten zu speichern. Im Juli 2008 ließ sie das Bremsen plötzlich sein. Sie fand sich zu einem Handel bereit, nach dem der Fingerabdruck freiwillig in die neuen Personalausweise gelangen sollte. Diese Freiwilligkeit ist

schlecht getarnter Zwang; denn zukünftig wird es zwei Arten von Bundesbürgern geben: solche, die sich den Sicherheitswahnvorstellungen des Staates beugen, und solche, die unbeugsam, aber daher bevorzugt verdächtig sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch Frau Zypries versteht sich nicht nur auf das Bremsen. Auf der Reise in den Überwachungsstaat gibt sie auch selbst gern mal Vollgas. Seit dem 1. Januar 2008 werden auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs aus dem Hause Zypries die Kommunikationsprofile von Millionen von Menschen auf Vorrat erfasst. Unabhängig von einem ganz konkreten Verdacht wird gespeichert, wer mit wem wie lange von welchem Ort aus telefoniert hat. Die Justizministerin hat damit die Deutschen zu einem Volk von Verdächtigen gemacht. Damit stellt sie das Grundgesetz auf den Kopf. Die Grundrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat. Sie sind institutionalisiertes Misstrauen gegen eine unvernünftige Obrigkeit. Nunmehr wird es genau umgekehrt sein. Hier wird nämlich ein Misstrauen des Staates gegen seine Bürger institutionalisiert. Das ist das Gegenteil von dem, was das Grundgesetz vorsieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Zypries begründet ihr Gasgeben mit einer Richtlinie der Europäischen Union, deren Rechtsgrundlage höchst zweifelhaft ist - Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat das schon gesagt - und gegen die die Republik Irland Klage erhoben hat.

Während der dritten Lesung des Gesetzes am 9. November 2007 forderte Frau Zypries mehr Ehrlichkeit in der Diskussion. Sie sagte am Ende ihrer Rede, dass es möglich sein müsse, bei schwerster Kriminalität auf gespeicherte Telekommunikationsdaten Rückgriff zu nehmen. Nicht ganz so ehrlich vergaß sie zu erwähnen, dass das neue Recht zum Beispiel schon in bestimmten Fällen von Urkundenfälschung zum Abruf von Vorratsdaten berechtigt. Sie vergaß auch, ehrlich darauf hinzuweisen, dass ihr Gesetzentwurf über die Umsetzungspflichten der Richtlinie weit hinausgeht.

Die Richtlinie sah nur die Speicherung und den Abruf von Daten zum Zwecke der Strafverfolgung, also zur Repression, vor. Frau Zypries legte dem Deutschen Bundestag einen Entwurf vor, der auch zur Datenabgabe bei der Gefahrenabwehr, also bei der Prävention, berechtigte. Die Richtlinie sah die Speicherung und den Abruf von Daten zum Zwecke der Verfolgung schwerer Straftaten vor. Frau Zypries unterlief dieses hohe Erfordernis und ließ schon erhebliche Straftaten genügen. Die Richtlinie sah den Datenabruf lediglich für Strafverfolgungsbehörden vor. Frau Zypries hat nunmehr die Voraussetzungen - wohlgemerkt: noch nicht das Ergebnis - dafür geschaffen, dass die Daten zukünftig auch an die Geheimdienste weitergegeben werden können. Wer dann - auch das wurde hier erwähnt - wirklich spürbar auf die Bremse trat, das war das Bundesverfassungsgericht. Wissen Sie, ob Frau Zypries gerade bremst oder nicht, ist im Grunde ein völlig überschätztes Thema.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum reden Sie

dann so lange darüber?)

Es handelt sich sowieso nur um ein täuschendes Verzögern. Und auf dem Weg in die falsche Richtung ist das Bremsen nur ein Mittel, um langsamer falsch anzukommen. Zur Abwendung eines Überwachungsstaates ist das Bremsen daher ein untaugliches Mittel. Das, was wir dringend benötigen, ist nicht das Bremsen oder Verzögern. Vielmehr brauchen wir einen Fahrtrichtungswechsel.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat das so formuliert:

Mit den Grundrechten und mit der unbedingten Bindung der Staatsgewalt an diese Grundrechte wurde das Fundament für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelegt. Die massiven Versuche, dieses Fundament umzubauen, gehören beendet. Die Zeit ist reif zur Umkehr.

Frau Zypries, eine solche grundsätzliche Haltung fehlt Ihnen, weil Ihnen der rechtsstaatliche Kompass fehlt.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Hört!

Hört!)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie - wie Frau Leutheusser-Schnarrenberger damals beim großen Lauschangriff - aus einer rechtspolitischen Grundüberzeugung heraus von Ihrem Amt zurücktreten würden.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Im Grunde genommen spiegelt sich in Ihrem politischen Selbstverständnis das personelle Dilemma der SPD wider. Sie stehen genauso wie Herr Steinmeier und Herr Steinbrück für die Generation der Technokraten und Politikbeamten in der SPD.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Wer schreibt Ihnen diese Worte auf?)

Sie alle haben Ihre politischen Karrieren im Gegensatz zu Herrn Stünker und anderen im Apparat und nicht in der Partei und auch nicht im Leben gemacht.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Zuruf von der CDU/CSU: In welcher Fraktion sind denn Stasimitarbeiter?)

Sie funktionieren in beliebigen Funktionen: gestern als Referentin in der Niedersächsischen Staatskanzlei, danach als Staatssekretärin im Innenministerium, heute als Justizministerin und vielleicht morgen als Verbraucherschutz- und Landwirtschaftsministerin. Sie haben eigentlich nur gelernt, in dieser Tätigkeit den Anschein erfolgreicher Administration zu geben. Ihnen fehlen die politischen Visionen. Vielleicht haben Sie sie im Familienrecht. Ihre einzige Vision ist die Vermeidung von Fehlern, um den Job und die Macht zu erhalten. Sie stehen damit genauso wie die heutige SPD für politische Beliebigkeit. Sie stehen nicht in der Tradition großer SPD-Rechtspolitiker wie Adolf Arndt und Martin Hirsch.

(Christine Lambrecht [SPD]: Sie aber auch nicht! Sie erst recht nicht!)

Der SPD sind auch deswegen der sozialstaatliche und auch der rechtstaatliche Kompass abhanden gekommen, weil sie in Spitzenpositionen zunehmend den Typus des Politikbeamten und Technokraten gestellt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Ja, Herr Richter am Bundesgerichtshof!)

Wolfgang Neškovic

Der politisch-inhaltliche Kompass, der in die Richtung des Sozialstaates und des Rechtsstaates weist, liegt bei uns, er liegt bei der Linken. Wir werden Kurs halten, wenn es darum geht, den Sozialstaat und den Rechtsstaat zu schützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU/CSU und der SPD - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Hört! Hört! Das ist das Gegenteil von Qualität in der Rechtspflege! - Christine Lambrecht [SPD]: Jetzt geht es aber los! - Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Das war eine arrogante Rede!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Ich gebe das Wort dem Kollegen Jerzy Montag, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Bundesministerin Zypries, ich versuche es einmal auf eine andere Art und Weise, ohne persönliche Beleidigungen.

(Beifall des Abg. Swen Schulz [Spandau] [SPD] - Daniela Raab [CDU/CSU]: Das ist wohltuend! - Wolfgang Neškovic (DIE LINKE): Das ist Anbiederei an die Nummer eins!)

Es ist die siebte, achte oder neunte Rede, die ich zum Haushalt halte. Immer wieder fange ich mit den gleichen Zahlen an. Dieses Mal haben wir einen Zuwachs der Einnahmen von 10 Prozent auf 383 Millionen Euro. Allerdings haben wir einen Ausgabenzuwachs um 7 Prozent auf 500 Millionen Euro. Der Deckungsgrad des Haushalts des BMJ ist von 70 auf 73 Prozent geklettert. Die Zahlen lassen sich also wahrlich wenig diskutieren. Deshalb will ich anders anfangen und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, fragen: Was kann man nicht kaufen, und was gibt es trotzdem nicht umsonst? Herr Kollege Gehb denkt noch nach. Ich sage es Ihnen: Es ist eine unabhängige, nur dem Recht und dem Gesetz verpflichtete Justiz.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Darauf wäre ich nicht gekommen!)

- Darum sage ich es Ihnen. - Es ist ein gelebter Rechtsstaat mit niedrighem Zugang zum Recht für Arme wie Reiche, Schwache wie Starke. Es ist eine Justiz, die als modernes, effizientes staatliches Unternehmen die Aufgabe hat, die Grund- und Bürgerrechte aller Bürgerinnen und Bürger zu schützen und jeder bzw. jedem zeitnah und gerecht zu ihrem bzw. seinem Recht zu verhelfen. So etwas kostet Geld, braucht motivierte, gut ausgebildete und bezahlte Menschen und eine moderne und leistungsfähige Ausstattung. Dies fordern wir in jeder Haushaltsrede von neuem.

Wir fordern sichtbare und vernehmbare Anstrengungen, auch von der Bundesseite, mit den Ländern, und zwar nicht im stillen Kämmerlein - das tun Sie, Frau Ministerin, vielleicht schon lange; das glaube ich Ihnen sogar -, sondern in der Öffentlichkeit vernehmbar, dieses Ziel zu erreichen. Laden Sie doch einmal zu einem



Krisengipfel Rechtsstaat ein! Reden wir doch einmal in aller Öffentlichkeit über die jämmerlichen Zustände bei Ausstattung und Bezahlung der Justiz in den Ländern. Statt einer solchen rechtspolitischen Offensive zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit erreichen uns vonseiten des Bundesrates ausschließlich Vorschläge, wie man den Rechtsstaat stützen und die dafür vorgesehenen Ausgaben kürzen kann. Ich will nur ein Beispiel anführen: Dem Vorschlag zur Einschränkung der Prozesskostenhilfe folgte jetzt der Vorschlag zur Einschränkung der Beratungshilfe. So kommt man von einem Punkt zum anderen, und der Rechtsstaat bzw. die Justiz bleibt dabei auf der Strecke.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das schlechteste Beispiel! Es gibt viele gute!)

Zurück zum Bundeshaushalt. Auch hier gibt es, Frau Zypries, die Möglichkeit, guten Willen zu zeigen, indem man nämlich vermeintliche Kleinigkeiten ändert. Ich will ein Beispiel dafür benennen: Im Haushaltsentwurf des Bundesjustizministeriums gibt es eine Rubrik, in der Gelder für Entschädigungen für unschuldig erlittene Strafverfolgungsmaßnahmen eingestellt werden können. Die von den Ländern gezahlte Entschädigung beträgt seit 22 Jahren 11 Euro pro Tag. Unser Nachbar Österreich zahlt im Übrigen im Schnitt 100 Euro pro Tag für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Es wird seit langem darüber diskutiert, ob man diesen Satz anheben soll. Auch Sie haben sich dafür stark gemacht. Ein Gesetzentwurf liegt aber nicht vor. Es gibt auch keine konkreten Aktivitäten. Dabei bräuchten wir auch auf Bundesebene Gelder, um Entschädigungen für unschuldig erlittene Strafverfolgungsmaßnahmen zahlen zu können. Was sieht aber Ihr Haushaltsansatz hier vor? Eine schlichte Null. Ich meine, hier sollten Sie nachbessern und Gelder einstellen. Nachdem durch BGH-Entscheidungen in diesem und im letzten Jahr Maßnahmen der Generalbundesanwältin ein Ende gesetzt wurde, werden auf Sie Kosten zukommen. Sie sollten das im Haushalt berücksichtigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich habe ich im Haushalt noch Ansätze gefunden, die mich etwas stutzig gemacht haben. Sowohl im Haushalt des Bundesverfassungsgerichts als auch des Bundesjustizministeriums gibt es wahrhaftig die Titel „Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.“. Ich finde, dass Sie den Titel „Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.“ aus den Haushalten des Bundesverfassungsgerichts und auch des Bundesjustizministeriums streichen sollten. Für diese Titel sind zwar keine Gelder vorgesehen, aber sie erwecken angesichts der Tatsache, dass Herr Schäuble davon redet, dass innere und äußere Sicherheit das Gleiche seien, und Einsätze der Bundeswehr im Innern in Betracht zieht, die Befürchtung, dass

Wolfgang Neškovic

es sich hierbei um Leerstellen für Fantasien des Bundesinnenministeriums handelt. Streichen Sie diese bitte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Resümee zur Rechtspolitik nach Ablauf von drei Viertel der Legislaturperiode fällt zwiespältig aus. Es gibt natürlich auch eine positive Seite. Diese möchte

ich nicht unerwähnt lassen, obwohl meine Zeit knapp ist:  
(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Gute Seite  
muss sein!)

Unterhaltsrechtsreform gelungen; FGG-Reform gelungen;  
GmbH-Reform gelungen, auch wenn man sie noch  
besser hätte machen können; Schutz vor Kreditverkäufen  
überstürzt, nur halbherzig. Wir haben dazu konkrete  
weitergehende Vorschläge gemacht; es ist schade, dass  
Sie auf die nicht eingegangen sind.

Aber in Bürgerrechtsfragen, bei der Verteidigung  
der Grund- und Bürgerrechte, bei der Verteidigung der  
Freiheit, gibt es ein ganz erhebliches Sündenregister.  
Ich will mich nicht wiederholen; Frau Leutheusser-  
Schnarrenberger hat das erwähnt, ebenso Kollege  
Neškovic. Zur Vorratsdatenspeicherung will ich nur einen  
einzigsten Satz sagen: Wir haben unter den 20 Anhörungen  
im Rechtsausschuss auch eine - im März dieses  
Jahres - zu den durch Vorratsdatenspeicherung verursachten  
Kosten gehabt. Die Kritik an dem Gesetzentwurf,  
den es eigens dazu gibt, war vernichtend. Seitdem  
ist dieser Gesetzentwurf verschwunden. Die Koalition  
fasst ihn nicht mehr an. Auch das muss noch einmal auf  
den Tisch.

Die Sicherungsverwahrung, lieber Kollege Gehb, ist  
ein Armutzeugnis und kein Ruhmesblatt für Sie.  
(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]:  
Ja!)

Die Kronzeugenregelung liegt vor, und auch die Terrorstrafvorschriften  
sind Vorschriften, die unter rechtsstaatlichen  
Gesichtspunkten äußerst bedenklich sind.

Fast alle diese Sünden haben - so die Diagnose des  
Bundesverfassungsrichters Di Fabio - mit einer ganz bestimmten  
Lust zu tun, nämlich mit der Lust am antizipierten  
Ausnahmestand. So hat er das genannt, ein  
Bundesverfassungsrichter, nicht ich. Was dabei in der  
Zeit der Großen Koalition bisher herausgekommen ist,  
ist eine schier endlose Aneinanderreihung von Akten der  
Überwachung und der Repression, größtenteils aus der  
Innenpolitik, aber allzu oft von der Rechtspolitik zu wenig  
aufgehalten, zu wenig abgebremst und manchmal  
auch willig mitgemacht.

Deswegen, Frau Zypries: Das Bild der auferstandenen  
Jeanne d'Arc der Rechtsstaatlichkeit, das von Ihnen gezeichnet  
wird und das Sie gerne von sich zeichnen lassen,  
entspricht nicht ganz der Realität.

Ich will zum Datenschutz noch einiges sagen, und  
zwar deswegen - da schaue ich insbesondere auf die  
rechte Seite des Hauses -, weil jahrelang immer dann,  
wenn wir Grüne von Datenschutz geredet haben, Sie dazwischengeschrien  
haben: Datenschutz ist Täterschutz!

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: So einfach  
haben wir es uns nicht gemacht!)

Das war Ihr Credo. Inzwischen reden auch Sie davon,  
dass man Datenschutz bräuchte. Welch eine Umkehrung!  
Aber alle Maßnahmen, die beschlossen und vielleicht  
auch umgesetzt werden, brauchen ein Fundament.

Das hat mit Staatszielen nichts zu tun, Herr Kollege  
Gehb, sondern es handelt sich dabei um konkrete Grundrechte  
der Bürgerinnen und Bürger. Das Fundament, auf  
dem der Datenschutz fußt, sind die Grundrechte, die das

Bundesverfassungsgericht entwickelt hat, und wir sind sehr wohl dafür, dass man diese Grundrechte auch ins Grundgesetz hineinschreibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das steht doch alles schon drin!)

- Da Ihnen immer so an Fundstellen gelegen ist, wäre ich Ihnen verbunden, wenn Sie mir im Grundrechtekatalog zwischen Art. 1 und 19 zeigen könnten, wo das steht, damit die Bürgerinnen und Bürger draußen das auch lesen können. Nein, es ist nicht drin.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Doch!)

Es ist mehr oder minder zwanghaft abgeleitet aus Art. 2 und Art. 1. Es wäre schön, wenn man als Bürger dieses Landes im Grundgesetz lesen könnte - ebenso wie man lesen kann, dass seine Wohnung unverletzlich ist oder dass man Religionsfreiheit und Glaubensfreiheit hat -, dass das Grundgesetz jeder Bürgerin und jedem Bürger den Schutz seiner Daten gewährt. Dies ist eine Aufgabe ersten Ranges für die Rechtspolitik. Ich fordere Sie alle im Hause auf, den Vorschlag, den wir gemacht haben, konstruktiv zu diskutieren und uns im Jahre 2009 trotz des Wahlkampfes darüber zu verständigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja das Jahr des Grundgesetzes! 60 Jahre Grundgesetz, da kann man das mal reinschreiben!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Ole Schröder, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einzelpläne des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesverfassungsgerichts sind, gemessen am Ausgabevolumen, sehr klein. Sie umfassen nicht einmal 0,18 Prozent des Gesamthaushaltes. Aber natürlich spiegeln die Ausgaben nicht die Bedeutung dieser Einzelpläne wider. 500 Millionen Euro sind, gemessen an der Bedeutung dieser Institutionen, wirklich nicht viel Geld.

Das Justizministerium hat zwei wichtige Aufgaben: zum einen die Gesetzgebung und die Gesetzesanwendung im Bereich der Justiz mit den obersten Gerichten und Behörden, zum anderen aber auch eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Bundesregierung: Das Bundesministerium der Justiz ist dafür verantwortlich, die gesetzgeberischen Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene zu ordnen.

Gestern fand die Anhörung zum BKA-Gesetz statt.

Durch das BKA-Gesetz werden die Befugnisse des Bundeskriminalamtes ausgeweitet. Das Bundeskriminalamt

ist in den letzten Jahren personell gestärkt worden. Dies ist auch erforderlich, um die Bevölkerung wirksam vor Terroristen zu schützen.

Aber in einem Rechtsstaat führt immer noch die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Die Ermittlungen werden nicht von den Polizeien geführt.

Die Staatsanwaltschaft ist Herrin des Verfahrens.  
Die Justizpolitik hat die Aufgabe, die Staatsanwaltschaft so auszustatten, dass diese strengen Maßstäbe auch voll gewahrt werden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen kommt sie im BKA-Gesetz auch gar nicht vor, wenn Sie mal hineingucken!

Sie waren ja gestern leider nicht da! -

Gegenruf des Abg. Jörg van Essen [FDP]:

Deswegen sind die Ausführungen des Kollegen Schröder ja auch so richtig!)

Die Generalbundesanwältin beim Bundesgerichtshof agiert als Anwalt des Bundes und bekommt es dabei mit immer aufwendigeren Ermittlungsverfahren zu tun. Allein das sogenannte Sauerland-Verfahren gegen drei Anhänger der islamistischen Dschihad-Bewegung hat fünf Staatsanwälte dauerhaft gebunden. Hunderte von richterlichen Beschlüssen mussten eingeholt werden. Bei dem Gerichtsverfahren gegen die sogenannten Kofferbomber, die Anschläge auf zwei Regionalzüge geplant hatten, wurden ebenfalls viele Ressourcen gebunden. Viele dieser Verfahren ziehen sich dann vor Gericht über Jahre hin, vor allem dann, wenn Konfliktverteidiger das Verfahren bewusst in die Länge ziehen. Derzeit werden von der Generalbundesanwaltschaft über hundert laufende Verfahren allein gegen ausländische Vereinigungen bearbeitet. Der Übersetzungsaufwand ist enorm.

All diese Aufgaben müssen geschultert werden, ohne dass dabei die rechtsstaatliche Sorgfalt auf der Strecke bleibt. Es wäre fatal, wenn die Staatsanwaltschaft am Ende wegen Überbelastung nicht mehr in der Lage wäre, von der Polizei überführte Straftäter der Justiz zuzuführen.

Deshalb ist es zu begrüßen, dass bereits im Entwurf der Bundesregierung 21 neue Stellen geschaffen wurden, um dieser rechtsstaatlichen Pflicht Rechnung zu tragen.

Herr Montag, Sie haben angesprochen, dass der Ansatz der Mittel für Entschädigungen nicht hoch genug ist. Als Haushälter haben wir im Rahmen von entsprechenden haushaltsrechtlichen Vermerken und Flexibilisierungen immer darauf geachtet, dass am Ende jede Entschädigung gezahlt werden kann. Wir werden auch zukünftig darauf achten.

Meines Wissens ist der Titel „Militärische Beschaffungen“ in allen Einzelplänen vorhanden. Ich weiß nicht, ob das nun wirklich der Kern der haushaltspolitischen Auseinandersetzung sein sollte. Bisher hat sich noch niemand an diesem Leertitel gestört. Wir können in den Berichterstatttergesprächen gerne noch einmal darüber sprechen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Montag?

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Bitte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Schröder, ich danke Ihnen für die Ankündigung, dass Sie sich mit unseren Vorschlägen befassen wollen.

Ich wollte Sie fragen, ob Sie uns hier bestätigen können, dass gerade bei dem Posten „Entschädigungen in Wiederaufnahmeverfahren und für unschuldig erlittene

Untersuchungshaft" keine Flexibilisierungsmöglichkeit besteht. Es gibt leider speziell bei diesem Posten keine Möglichkeit, auf einen verwandten Posten, wie zum Beispiel „Härteleistungen für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe“, zurückzugreifen, sodass Sie, wenn Sie dort nicht zumindest einen Betrag von 5 000 oder 10 000 Euro einsetzen, keine Möglichkeit haben, einem Menschen eine Entschädigung zu zahlen, wenn er unschuldig in Haft gesessen hat.

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Herr Montag, wir haben seit 20 Jahren keinen Anwendungsfall gehabt. Das ist meine Information. Ich bin mir sicher, dass wir im Haushaltsausschuss uns alle einig sind: Wenn wir einen entsprechenden Anwendungsfall haben, wird eine Entschädigung, die gerechtfertigt ist, auch gezahlt. Von einem nicht vorhandenen Flexibilisierungsvermerk würden wir uns nicht stoppen lassen. Das würden wir unbürokratisch mit einer entsprechenden überplanmäßigen Ausgabe regeln. Ich denke, dass Ihre Befürchtung völlig unberechtigt ist. Wir würden uns parteiübergreifend im Haushaltsausschuss sofort einig werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Otto Fricke [FDP])

Lassen Sie mich auf einen anderen Bereich zu sprechen kommen. Neben der rechtsstaatlichen Bedeutung, die das Ministerium der Justiz hat, ist der Einzelplan 07 vor allen Dingen für unseren Wirtschaftsstandort wichtig. Die Justizministerin hat das bereits angesprochen. Ich finde es gut, dass das Deutsche Patent- und Markenamt jetzt faktisch aus der linearen Stelleneinsparung herausgenommen wurde und wir 27 neue Stellen für Patentprüfer geschaffen haben. Damit stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Das Justizministerium setzt sich auch auf internationaler Ebene für Rechtsstaatlichkeit ein. Das ist wichtig, um anderen Ländern auf ihrem Weg zu Demokratie und bei der Durchsetzung von Menschenrechten zu helfen. Gerade wir als Exportnation sind auf Rechtssicherheit in anderen Ländern angewiesen. Viele EU-Nachbarländer orientieren sich an unserem Rechtssystem beim Aufbau einer Rechtsordnung. Ich bin der Meinung, dass wir das unterstützen sollten. Ich finde es sehr gut, dass die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit, die eine hervorragende Arbeit leistet, mit diesem Entwurf gestärkt wird. Wir erreichen dadurch viel im Bereich der Handelsbeziehungen, aber auch für Rechtsstaatlichkeit und Sicherung des Friedens in Europa und darüber hinaus. Es ist zu begrüßen, dass der Mittelansatz erhöht und das Fortbestehen dieser Stiftung über das Jahr 2011 hinaus gesichert werden konnte.

Es kommt nicht nur darauf an, was wir in Gesetze schreiben, sondern genauso darauf, wie wir Gesetze formulieren. Eine wichtige Querschnittsaufgabe des Bundesministeriums der Justiz ist die Rechtsförmlichkeitsprüfung.

Innerhalb dieser Rechtsförmlichkeitsprüfung ist es Aufgabe des Justizministeriums, für verständliche Gesetze zu sorgen. Unverständliche Gesetze braucht kein Mensch. In der Rechtsanwendung entstehen Bürgern, aber auch Rechtsexperten dadurch hohe Kosten. Hier können wir in der Rechtssetzung mit relativ geringem

Aufwand große Effizienzpotenziale freisetzen.  
Auf Regierungsebene wurde im Januar 2007 eine von der Gesellschaft für deutsche Sprache eingerichtete Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Möglichkeiten erprobt.  
Bisher wurden fünf Gesetze sprachlich überarbeitet, unter anderem zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs und das Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts.  
Die Arbeit dieser Sprachexperten ist ausgesprochen erfolgreich. Alle Beteiligten bestätigen, dass die erarbeiteten Texte besser lesbar sind und der Gesetzgebungsprozess aufgrund einer größeren Akzeptanz des Entwurfs schneller und einfacher vonstatten geht. Nicht zuletzt die sprachliche Qualität wird dafür sorgen, dass die Akzeptanz unserer Gesetze und Institutionen und das Vertrauen der Bürger in unsere Gesetze und Institutionen gestärkt werden.

Frau Zypries, Sie haben sich sehr kritisch zur Privatisierung geäußert. Die Frage, was von Dritten gemacht werden soll und was im Haus gemacht werden soll, müssen wir uns auch stellen, wenn es darum geht, wie wir diese wichtige Sprachprüfung institutionalisieren und dauerhaft gestalten können.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die FDP-Fraktion gebe ich das Wort dem Kollegen Otto Fricke.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Justizhaushalt ist klein, aber - mit Grüßen an Herrn Schäuble - er ist keine Kleinigkeit. Bei der Frage der Grundrechte ist Justiz immer sehr wichtig. Ich will mich als Haushälter heute mehr mit dem Standortfaktor Justiz beschäftigen und dabei weniger mit der Rechtssicherheit. Ich glaube, es ist schon oft darüber gesprochen worden, wie sehr Rechtssicherheit ein Standortfaktor für die Bundesrepublik Deutschland ist. Ich konzentriere mich jetzt vielmehr auf die Kosteneffizienz. Rechtsstaat ist Sache des Staates und nicht der Unternehmen - das stimmt, Frau Ministerin, Sie haben recht. Aber das Komische ist: Sie haben in den letzten Jahren mit Ihrer Koalition und auch schon davor in der rot-grünen Koalition immer wieder Unternehmen herangezogen, die Aufgaben des Rechtsstaates wahrzunehmen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das stimmt! -

Joachim Stünker [SPD]: Wo denn?)

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz kostet circa 70 Euro pro Arbeitnehmer, der in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis arbeitet.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher haben Sie diese Zahlen? Blödsinn!)

Oder nehmen wir, damit sich die Grünen nicht so aufregen, die Vorratsdatenspeicherung.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie einmal erklären, wie Sie darauf kommen?)

Sie bewirkt erhebliche Investitions- und Dienstleistungskosten in einem Bereich, über den der Rechtsstaat sagt,

da müsse etwas getan werden. Ob das richtig oder falsch ist, ist eine andere Frage. Aber wen lassen Sie das Ganze machen? Wer entwickelt die Technik? Wer bezahlt? Es sind die Privaten. Über Privatisierung und darüber, wie schlecht sie im Bereich der inneren Sicherheit umgesetzt wird, könnte man stundenlang anhand des Beispiels Bundesdruckerei, ein wunderschönes Kind der Grünen und Roten, reden und darstellen, wie „toll“ die dortige Privatisierung verlief. Privatisierung muss klug gemacht werden, und sie muss dort gemacht werden, wo der Staat es nicht so gut kann. Da, wo es um den Rechtsstaat geht, darf es nur der Staat machen. Das jedenfalls ist aus Sicht der Liberalen der essenzielle Unterschied zwischen Staat im Privatbereich und Staat im Bereich Rechtsstaat.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns den Haushalt an. Übrigens freundliche Grüße an die Grünen: Es gibt keinen einzigen Titel im Haushalt des Justizministeriums und im Bereich des Verfassungsgerichtes, der sich mit Militärausgaben befasst. Das betrifft schlichtweg die tabellarische Zusammenfassung; das gibt es beispielsweise auch zum Haushalt des Bundestages und des Bundespräsidenten. Es gibt keinen Titel. Ich glaube, das sollte man an dieser Stelle noch einmal klarstellen, bevor falsche Interpretationen gemacht werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch kurz etwas zum EHUG und zum elektronischen Unternehmensregister sagen. Ich glaube, dass wir da wieder ein Trauerspiel erleben. Ich war selber sehr überrascht, wie wenig die Unternehmen darauf reagieren, dass sie ihre Pflichtangaben machen. Ich muss dazu aber auch sagen: Wenn ich in den Unterlagen lese, dass das Register auch deswegen so schlecht funktioniert, weil die Daten, die man hatte, teilweise noch vierstellige Postleitzahlen enthalten, dann frage ich mich schon, wie weit es im Moment in der Planung beim Justizministerium und an anderer Stelle gekommen ist.

Zu den 19 Stellen bei der Generalbundesanwaltschaft muss ich sagen: Es müsste in diesem oder im nächsten Jahr noch etwas passieren, das diese 19 Stellen notwendig macht, oder wir hatten in der Vergangenheit zu wenig Stellen. Ich habe eher das Gefühl, dass wir jetzt erkennen müssen, dass wir unsere gesamte Sicherheitsstruktur auch bei der Generalbundesanwaltschaft vollkommen anders personell ausrichten müssen. Dann müssten Sie das aber auch begründen.

Ich will noch auf einen Punkt kommen, der mir bei Justizdebatten – es ist nun im Rahmen von Haushaltsberatungen meine 13. Justizdebatte – immer mehr auffällt.

Das ist die Komplexität. Leider ist Kollege Benneter in zweiter Reihe gerade mit Markieren beschäftigt; Kollege Wieland schaut mich an und weiß schon, worum es geht, Kollege Gehb auch.

(Christine Lambrecht [SPD]: Das spricht nicht für Ihren Redebeitrag! – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Reden Sie einfach besser!)

Es fällt doch auf, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unsere Gesetzgebung wird immer komplexer. Sie wird sogar so komplex, dass selbst die Koalitionsparteien sagen:

Das stimmt überhaupt nicht, das haben wir so nicht beschlossen.

- Nachher müssen sie zugeben, dass es doch so von Ihnen beschlossen worden ist. Komplexität ist eine der größten Gefahren für einen Rechtsstaat. Denn gerade wir als Gesetzgeber überblicken manchmal gar nicht mehr, was wir dem Staat, der Exekutive, an Rechten geben. Wir müssen auch ehrlich zugeben: Wenn wir die Vorschriften nicht mehr beherrschen, dann herrschen irgendwann in diesem Lande die Vorschriften. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Noch weitaus schlimmer: In diesem Land herrscht die FDP! - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lösen wir das jetzt?)

- Das lösen wir, Kollege Wieland, indem wir schlichtweg weit weniger Gesetze machen und indem wir auch einmal ehrlich zugeben: An dieser oder jener Stelle eine neue Detailregelung zu machen, ist falsch.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlagen Sie die erste vor!)

Ferner lösen wir dies - das sage ich in Richtung des Kollegen Gehb - , indem wir nicht immer überlegen, ob es nicht noch neue Grundrechte auf Sicherheit gibt - es gibt sie nicht - , sondern lieber schauen, wie man bestehende ausfüllen kann. Außerdem sollten wir uns fragen: An welcher Stelle sollte sich der Rechtsstaat wirklich zurückhalten?

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Dass ich einmal erleben durfte, ein Lob von Ihnen zu bekommen, finde ich schön!)

- Lob, das lernt, ist gut.

Ich komme zum Schluss, bevor ich Ärger mit der Frau Vizepräsidentin bekomme.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie ist gnädig!)

Wir haben inzwischen bei vielen Gesetzen das Problem, dass niemand sie mehr versteht. Kollege Schröder hat das richtig gesagt. Aber ich habe auch das Gefühl, dass das manchmal ganz beliebt ist. Der Innenminister folgt ja inzwischen dem Motto: Sollte ich mich klar ausgedrückt haben, dann müssen Sie mich missverstanden haben.

- Das jedenfalls kann aus Sicht der FDP nicht die Voraussetzungen für einen Rechtsstaat sein. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Joachim Stünker, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Stünker (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die heutige Debatte war bis jetzt sehr farbenreich und umfassend. Ich möchte auf die Kärnerarbeit des Rechtsausschusses zu sprechen kommen, um zu verdeutlichen, was wir geleistet haben.

Am 11. September 2007 konnte ich Ihnen nach zwei Jahren Große Koalition zusammen mit Frau Ministerin Zypries eine, wie ich glaube, sehr überzeugende Bilanz vorlegen. Seitdem ist ein Jahr vergangen. Einige wichtige Themen, um die es in der Zwischenzeit ging, wurden bereits erwähnt. Dennoch möchte ich sie noch einmal nennen, um zu verdeutlichen, was Rechtspolitik für



die Menschen in der Sache bedeutet, nicht hinsichtlich eines theoretischen Überbaus, von dem Herr Kollege Neškovic wieder einmal gesprochen hat.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Wir haben das Rechtsberatungsgesetz, das noch aus den 30er-Jahren stammte, novelliert. Die Telekommunikationsüberwachung haben wir auf der Grundlage umfassender Untersuchungen rechtsstaatssicherer gestaltet.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht sicher genug!)

Im Unterhaltsrecht haben wir den Vorrang für Kinder festgeschrieben und die Gleichstellung nichtehelicher Kinder mit ehelichen Kindern und vor allen Dingen nichtehelicher Mütter mit ehelichen Müttern durchgesetzt. Was die gesellschaftlich hochumstrittene Frage der Anfechtung von Vaterschaftstests betrifft, haben wir eine Neuregelung verabschiedet. Außerdem haben wir familiengerichtliche Maßnahmen veranlasst, um insbesondere zur Bekämpfung von Kindesmisshandlungen schneller eingreifen zu können. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland haben wir mit Blick auf das Recht auf geistiges Eigentum die Enforcement-Richtlinie verabschiedet. Diese Maßnahme war genauso wichtig wie die Modernisierung des GmbH-Rechts, auf die schon hingewiesen wurde. Darüber hinaus haben wir Vorschriften zur Bekämpfung von Kinderpornografie und Kinderprostitution auf den Weg gebracht. Kurz vor der Sommerpause haben wir eine große Reform des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Verfahrens in Familiensachen verabschiedet. Das ist die Kärnerarbeit der Rechtspolitik, derer Sie sich entziehen, Herr Kollege Neškovic.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Wie kommen Sie darauf, so etwas zu behaupten?)

Diese Arbeit ist für die Freiheitsrechte der Menschen in diesem Land und für ihren Alltag allerdings sehr wichtig. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Herr Kollege Neškovic, an Ihrer Rede wurde wieder einmal deutlich, dass Konvertiten wenig Bezug zur Realität haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich muss Ihnen sagen: Sie sollten einmal über Ihre Verbalinjurien gegenüber der Frau Ministerin nachdenken.

Ich glaube, sie waren dem Hohen Hause und der Arbeit, die wir leisten, nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten 17 Sitzungswochen dieser Legislaturperiode müssen wir im Bereich der Rechtspolitik noch ein weitgefächertes Programm abarbeiten; die Frau Ministerin hat darauf bereits hingewiesen. Ich will die einzelnen Projekte, die wir noch vor uns haben, nicht mehr nennen. Ich bin mir allerdings sicher, dass die Koalition am Ende dieser Legislaturperiode eine sehr erfolgreiche Bilanz in der Rechtspolitik vorweisen kann.

Ich denke, durch die vielen Einzelmaßnahmen, die in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hineinwirken, werden wir mehr bewegt und gesellschaftlich gestaltet haben als andere, die in diesem Hohen Hause

viele große Reden gehalten haben, die für die Menschen aber nicht viel bringen. Wir werden für den Alltag der Menschen größere Freiheit und mehr Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen haben. Außerdem können wir den Schutz der inneren Sicherheit und der individuellen Sicherheit der Menschen in diesem Land garantieren. Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit; dafür stehen wir Sozialdemokraten. Das eine bedingt das andere. Auf diesem Gebiet muss das Notwendige getan werden.

Ich bin sehr dankbar, dass Frau Ministerin Zypries in ihrer Rede eine Qualitätsdebatte im Rahmen der Aufgabenbestimmung der Justiz eingefordert hat; das wurde offensichtlich noch nicht von allen verstanden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind der einzige Sozialdemokrat, der mit der Großen Koalition rundum zufrieden ist! Faszinierend!)

Die Frau Ministerin hat zu Recht auf die Privatisierungstendenzen hingewiesen. Darüber haben wir im Rechtsausschuss noch nicht diskutiert; das ist richtig, Frau Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger. In den letzten drei Jahren haben uns aber immer wieder entsprechende Gesetzesvorhaben des Bundesrates erreicht. Das hat die Frau Ministerin gemeint.

Es geht um Privatisierungstendenzen, die im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit insbesondere die freiwillige Gerichtsbarkeit, Nachlasssachen, Grundbuchsachen, Registersachen und Betreuungssachen betreffen.

In den Ländern gibt es nach wie vor Tendenzen, diese Bereiche outsourcen zu wollen. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gerichte vor Ort herrscht große Unsicherheit; das gilt insbesondere für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Hier müssen wir für klare Verhältnisse sorgen. Der Gesetzgeber, der für solche Maßnahmen zuständig ist, sitzt hier in Berlin. Solange wir Sozialdemokraten noch etwas zu sagen haben, wird es die gewünschten Veränderungen nicht geben. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der uns in diesem Hohen Hause in den nächsten Wochen noch beschäftigen wird. Ich meine, dass wir die Qualitätsdebatte darüber hinaus führen müssen. Herr Kollege Montag hat in seinem Beitrag bereits darauf hingewiesen; ich sehe das genauso.

Im Hinblick auf den heutigen Zustand der Justiz in unserem Land muss ich feststellen, dass sich die Sachausstattung in den vergangenen drei Jahrzehnten wesentlich, wenn nicht fast revolutionär verbessert hat. Vor über 30 Jahren habe ich am Landgericht Verden an der Aller meine Tätigkeit begonnen und danach viele Amtsgerichte gesehen. Im Vergleich zu früher ist die Ausstattung heute wesentlich besser. Damit einhergegangen ist allerdings - insbesondere im Verlauf der vergangenen 15 bis 18 Jahre - ein drastischer, teilweise dramatischer Personalabbau. Ich meine, dass dieser Personalabbau im Ergebnis unvermeidbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In diesen Tagen hat der Deutsche Richterbund das Handbuch der Justiz 2008/2009 übersandt. Was macht

man im Rückblick auf alte Zeiten? Ich habe mir einmal die Gerichte in Niederachsen angesehen, an denen ich im Verlauf meines Lebens als Richter tätig gewesen bin. Ich kann Ihnen sagen, dass heute an allen diesen Gerichten weniger Richterinnen und Richter beschäftigt sind als zu dem Zeitpunkt, als ich dort gearbeitet habe. Dieses Weniger an Personal wird durch eine verbesserte Sachausstattung im Ergebnis nicht aufgefangen; denn eine gute Rechtsprechung braucht Menschen, gut ausgebildete und motivierte Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Personalreduzierung, die wir dort gegenwärtig erleben, geht in eine Richtung, die nach meiner Überzeugung bedenklich ist.  
(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir werden uns demnächst darüber zu unterhalten haben, ob wir die Möglichkeit der Besetzungsreduktionen bei den Großen Strafkammern verlängern, wonach die Strafkammern nur mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen besetzt sind. Diese Regelung ist im Jahr 1993 vor dem Hintergrund des Bestrebens geschaffen worden, beim Aufbau der Justiz in den neuen Bundesländern Flexibilität zu haben. Diese Regelung ist immer wieder fortgeschrieben worden. Nun steht zum Jahresende wieder an, hier zu einem Ergebnis zu kommen. Wir werden das gemeinsam diskutieren müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Schaffen Sie sie ab!)

Ich denke, wir werden diese Regelung noch einmal verlängern müssen. Wir sollten in der Debatte im Rechtsausschuss gemeinsam sehr genau hinsehen. Es gibt einige Entscheidungen von Strafsenaten des Bundesgerichtshofs, die darauf hinweisen, dass in den vergangenen Jahren im Bereich der Strafjustiz die Qualität der Rechtsprechung in bestimmten Bereichen gelitten hat. Einige Senate haben sehr deutliche Aussagen hierzu gemacht. Ich denke, diese Fragen werden wir diskutieren müssen, wenn wir uns diesem Thema demnächst zu nähern haben.

Im Ergebnis darf ich sagen: Es hilft uns nichts, wenn wir heiße Debatten über Onlinedurchsuchungen und über die Novellierung des BKA-Gesetzes führen und irgendwann zu Ergebnissen kommen, wenn wir nicht gleichzeitig die dritte Säule der Gewaltenteilung, nämlich die Justiz, genauso stärken. Dieses Korrektiv der dritten Säule der Gewaltenteilung ist genauso notwendig wie die erforderlichen Maßnahmen, um die Menschen in diesem Land zu schützen.

Beim Generalbundesanwalt werden aufgrund der neuen Herausforderungen 20 oder 21 Stellen neu geschaffen. Ich frage mich, wo sich die vergleichbaren Steigerungen bei den Staatsschutzsenaten bei den Oberlandesgerichten, wo sich die vergleichbaren Steigerungen bei den OK-Kammern der Landgerichte usw. finden. Genau das sind die Fragen, die etwas mit Freiheit, mit Gerechtigkeit und mit dem Zugang zu Recht zu tun haben, denen wir uns im Rechtsausschuss bis zum Ende der Legislaturperiode noch stellen wollen.  
Zum Schluss kann ich frei nach Staatssekretär Diller

nur sagen: Haushalt gut, Rechtspolitik gut, Ministerin gut, Abgeordnete gut - wir machen gute Arbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Daniela Raab, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Daniela Raab (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als letzte Rednerin beißen einen vielleicht nicht zwingend die Hunde, wie es so schön heißt, aber man tut sich natürlich ausgesprochen schwer, noch neue Akzente zu setzen.

Ich denke, aus dieser Debatte und auch aus den Ausführungen von Herrn Stünker ging ausgesprochen klar hervor, dass die Rechtspolitik bei weitem nicht in diese theoretische Ecke gehört, unter der sich kein Bürger etwas vorstellen kann, sondern dass die Rechtspolitik in den Lebensbereich eines jeden Einzelnen hineinstrahlt, und dass wir bei weitem nicht nur Theoretiker und Seminaristen sind, als die wir oft eingeschätzt werden, sondern dass wir uns beim Schreiben unserer Gesetze ganz nah an der Lebensrealität orientieren.

Ich möchte jetzt nicht in die Vergangenheit schauen und das schildern, was uns vor der Sommerpause in, wie ich finde, einigen großen Würfeln gelungen ist, sondern auf das blicken, was noch vor uns liegt und was auch die Frau Ministerin angesprochen hat. Die Justizpolitik ist Querschnittsaufgabe zwischen vielen Politikfeldern. Wir haben hier die hohe Verantwortung, zum einen auf die viel zitierte Rechtsstaatlichkeit zu schauen und zum anderen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Es ist schon angesprochen worden: Vor uns liegt die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der unerlaubten Telefonwerbung. Im ersten Moment möchte man sagen: Moment mal, warum brauchen wir hierfür ein neues Gesetz? Die unerlaubte Telefonwerbung ist ja bereits verboten. - Wir alle kennen die Situation, die uns von Bürgerinnen und Bürgern in fast jeder Sprechstunde geschildert wird. Teilweise erhalten die armen Rentner 20 bis 30 Anrufe täglich. Sie stürzen immer wieder zum Telefon, schauen auf das Display, wenn ihr Telefon eines hat, und erkennen, dass die Rufnummer unterdrückt ist. Sie nehmen ab, und am anderen Ende ertönt eine schnarrende Stimme, die ihnen entweder einen tollen Gewinn verspricht oder ihnen einen wie auch immer gearteten Vertrag andrehen will und so lange auf die arme Frau oder den armen Mann einredet, bis die- oder derjenige sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Für diese Leute - für ganz normale Verbraucher wie du und ich - ist es so gut wie unmöglich, aus diesem Vertrag wieder herauszukommen.

Das heißt für uns, dass das bisher bestehende Verbot nicht geholfen hat. Deswegen ist gesetzgeberisches Handeln erforderlich. Wir haben lange darüber geredet. Ich glaube, jeder von uns kennt Fälle von Betroffenen. Mit dem Entwurf, der nunmehr auf dem Tisch liegt und den

wir sicherlich noch in diesem Herbst hier im Hohen Hause beraten werden, haben wir, so denke ich, einen sehr guten Weg gefunden: keine Rufnummerunterdrückung mehr, eine Erhöhung der Strafe auf das bereits bestehende Verbot und ein Widerrufsrecht für am Telefon abgeschlossene Verträge, insbesondere bei Zeitungslieferungen, aber auch bei Lotto- und Wettdienstleistungen, was es bisher noch nicht gab. Neu ist auch, dass der Verbraucher die Verträge nun fristgerecht widerrufen kann, wenn er - erst dann muss er das tun - die Belehrung in Textform erhalten hat. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Hier betreiben wir Rechtspolitik ganz nahe am Menschen. Ich glaube, es ist Sinn einer Haushaltsdebatte, auch so etwas herauszustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das zweite Thema, das zumindest kurz angesprochen wurde, ist das Thema Datenhandel. Auch bei diesem Thema müssen wir als Rechtspolitiker uns mit anderen Ministerien und Fachbereichen austauschen und auf Entwicklungen reagieren, die gerade in den letzten Monaten und Jahren höchst kriminelle, fast schon mafiöse Strukturen angenommen haben. Wir alle kennen die Fälle von Datenhändlern, die Zigtausend Daten zum Verkauf anbieten, die sie illegal erworben haben.

Jeder kennt die Fälle aus der Sprechstunde oder hat es vielleicht selber erlebt: Man fährt im Kaufhaus die Rolltreppe hoch, hat die ersten Artikel dabei, die man einkaufen will, und befindet sich auf dem Weg zur Kasse.

Es kann dann sein, dass Ihnen ein freundliches Männchen entgegenspringt, ein Formular mit Kleingedrucktem entgegenhält und sagt: Bevor Sie zahlen, müssen Sie auf jeden Fall unsere Kundenkarte bestellen, weil Sie dann Punkte und dergleichen mehr erhalten. - Wenn man nicht ganz fit ist und sich das Ganze bis zur allerletzten Zeile durchliest, wo steht, dass man das entsprechende Kästchen ankreuzen soll, wenn man mit der Weitergabe seiner persönlichen Daten nicht einverstanden ist, dann sitzt man sozusagen in der Datenfalle und kann sich gegen die Weitergabe seiner Daten nicht mehr wehren. Ich bin sehr froh, dass wir Anfang September mit den beteiligten Ministerien ausgesprochen schnell eine Regelung gefunden haben, die dieses Prinzip umdreht. Das heißt, jetzt muss ausdrücklich das Einverständnis zur Weitergabe der Daten erklärt werden, nicht umgekehrt. Das ist ausgesprochen wichtig.

Wir dürfen aber auch nicht verhehlen, dass viele schnell dabei sind, nach dem Staat zu rufen und zu erklären, er mache uns erst zu den gläsernen Bürgern, die wir angeblich alle sind. Ich sage - da muss sich jeder an die eigene Nase fassen -: Der Umgang mit den persönlichen Daten hat bei jedem Einzelnen eine Fahrlässigkeitsstufe erreicht, die wir zwar nicht anprangern wollen, aber ansprechen müssen. Jedem muss klar sein: Wenn er sich im Internet bewegt und Verkäufe tätigt, dann wird er ein Stück weit gläserner. Das müssen wir als Politiker sagen. Aber da, wo es ganz offenkundig Missstände gibt, sollten wir definitiv eingreifen.

Das soll aber nicht so weit gehen - damit bin ich beim Thema Staatsziel, um das abzurunden -, dass gleich wieder

nach dem Allheilmittel Grundgesetz gerufen wird. Viele meinen, sobald etwas im Grundgesetz stehe, hätten sie den ganz besonderen Schutz und ihnen könne nichts mehr passieren. Ich gehöre zu denjenigen, die sagen: Unser Grundgesetz ist ganz bewusst relativ karg, aber auch relativ klar ausformuliert. Ich muss nicht krampfhaft alles unter etwas subsumieren, sondern ich kann eigentlich aus den meisten Grundgesetzartikeln klar herauslesen, was meine Rechte und meine Pflichten sind. Wir sollten den Menschen nicht vormachen, dass zusätzliche Grundrechte oder zusätzliche Staatsziele ein Mehr an Rechten oder an Schutz bringen. Mir sind solche Regelungen, wie sie auf dem Datenschutzgipfel gefunden wurden, oder konkrete Lösungen wie bei der unerlaubten Telefonwerbung – irgendwo treffen sich beide Komplexe wieder; denn aus einer unerlaubten Telefonwerbung kann schnell ein Datenhandel werden – für den Alltag der Menschen wesentlich lieber als ein aufgeblähtes und damit auch ein Stück weit entwertetes Grundgesetz.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das schließt sich doch nicht aus!)

Davon haben die Menschen mehr. Das sollte unsere Prämisse bei unserer täglichen Arbeit sein.

Lieber Herr Kollege Stünker, ich möchte mich Ihnen gerne anschließen. Meine Prognose zumindest für die Rechtspolitik dieser Großen Koalition ist recht gut. Wir haben schon bewiesen, dass wir gut zusammenarbeiten können. In diesem Sinne sollten wir weitermachen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen schließlich zu dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, Einzelplan 06. Das Wort hat der Bundesinnenminister, Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:  
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Agenturmeldungen mit einer Übersicht über die Zahlen des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2009 ist der Geschäftsbereich des Bundesinnenministers mit einer Steigerungsrate von 10,5 Prozent ausgewiesen. (Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Das ist natürlich ungeheuer erfreulich. Aber um diese einigermaßen befriedigende Ausstattung über die Haushaltsverhandlungen zu retten, will ich darauf hinweisen, dass diese Steigerungsrate zu einem wesentlichen Teil damit zu tun hat, dass der Haushalt des Bundesinnenministeriums in einem starken Maße durch Personalausgaben geprägt ist. Die Hälfte dieser Steigerungsrate ist durch die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsrunde und durch die endgültige Einführung des einheitlichen Liegenschaftsmanagements verursacht. Hinzu kommt die erhöhte Hauptstadtfinanzierung in Sicherheitsfragen. Einer der großen Erfolge, den wir nach jahrelangen Auseinandersetzungen nun doch auf den Weg gebracht haben, ist die Einführung des Digitalfunks für

die Behörden der öffentlichen Sicherheit, die im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr mit rund 400 Millionen Euro zu Buche schlägt.

Das, was nach diesen Zahlen verbleibt, die man bei der Würdigung des Haushaltsentwurfs berücksichtigen muss, ist Ausdruck dafür, dass diese Bundesregierung die Aufgabe ernst nimmt, die freiheitliche Ordnung dieses Landes und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in dem notwendigen und angemessenen Maße zu sichern. Freiheit sicher zu machen, ist die eigentliche Aufgabe.

Ich will ein Beispiel dazu nennen, das übrigens den Haushalt 2008 und 2009 in entscheidendem Maße prägt. Alles, was gut läuft, findet in der Öffentlichkeit nicht allzu viel Aufmerksamkeit.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Das ist das Problem!)

Ich hatte im Vorhinein mehr Sorgen, als sich dann verwirklicht haben, ob es gelingen würde, die Abschaffung der Grenzkontrollen an den östlichen Grenzen unseres Vaterlandes in Erweiterung des Schengener Abkommens so zu bewerkstelligen, dass sie nicht zur Beunruhigung der Bevölkerung und zu einem Verlust an Sicherheit führt. Das ist dank einer hervorragenden Zusammenarbeit mit den Polizeien der Länder wie mit den Polizeien der betroffenen Nachbarländer Polen und der Tschechischen Republik in einem hervorragenden Maße gelungen. Das zeigt, dass wir mehr Freiheit in Europa ermöglichen. In einem Europa ohne Grenzen und ohne Kontrollen an Binnengrenzen von Lissabon bis Helsinki reisen zu können, ist ein großer Freiheitsgewinn. Und dies in Sicherheit zu ermöglichen, zeigt, dass wir eine verantwortungsvolle Politik machen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist notwendigerweise mit einer grundlegenden Reform der Bundespolizei verbunden - auch das ist keine einfache Aufgabe und nach den vielen Neuorganisationen, die der Bundespolizei bzw. dem damaligen Bundesgrenzschutz und den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges zugemutet werden mussten, auch keine Kleinigkeit -, die auf einem guten Weg ist und Schritt für Schritt vorankommt und die auch in dieser Zeit des Übergangs nicht zu einer Beeinträchtigung der Leistungs- und Einsatzfähigkeit der Bundespolizei geführt hat.

Ich will die Gelegenheit nutzen, allen, die dafür auch persönliche Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen, und auch allen Personalvertretungen, die daran mitwirken, meinen Dank und meinen Respekt auszudrücken.

Es zeigt das verantwortungsbewusste und starke Engagement jedes einzelnen Polizeibeamten für die Sicherheit unseres Landes und für die Bürgerinnen und Bürger. Das gilt auch für die Polizeien der Länder.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das bringt mich zu einer Bemerkung, die immer wieder notwendig ist: Die föderale Ordnung unseres Landes mit der vorrangigen und überwiegenden Zuständigkeit

der Länder für diese Aufgaben ist gut und bewährt. Deswegen ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller für die innere Sicherheit Verantwortlichen - Länder und Bund - eine notwendige Voraussetzung. Ich glaube übrigens, dass wir mit der Entscheidung der Föderalismusreform I, dem Bundeskriminalamt entgegen der bisherigen Systematik der Sicherheitsarchitektur unseres Grundgesetzes eine Präventivbefugnis für die Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus zu übertragen, eine richtige Entscheidung getroffen haben. Wir sind gerade dabei, sie in der Gesetzgebung umzusetzen. Gestern hat dazu eine Anhörung stattgefunden. Ich hoffe zuversichtlich, dass wir mit der notwendigen gründlichen Beratung zu einer zügigen Verabschiedung des Gesetzentwurfs kommen. Wir haben im Haushaltsentwurf mit Sach- und Personalmitteln Vorsorge dafür getroffen, dass das Bundeskriminalamt in der Lage ist, diese Aufgaben wahrzunehmen und zu erfüllen, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Ich hoffe auf eine zügige Beratung des Gesetzentwurfs. Ich will hinzufügen, dass die Bedrohung durch den internationalen, insbesondere islamistischen Terrorismus nicht abgenommen hat. Nach dem Bericht von Europol sind allein im vergangenen Jahr über 200 islamistische Terrorverdächtige in Europa verhaftet worden. Wir müssen die Bedrohung ernst nehmen. Deswegen ist es richtig, dass wir ohne überzogene Aufregung, aber konsequent und Schritt für Schritt das Mögliche tun, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren unserer Freiheitsordnung auch für die Zukunft zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir alle haben in den vergangenen Monaten gelernt - auch das gehört zu einem Überblick über die Aufgaben innerhalb des Geschäftsbereichs des Einzelplans 06 -, dass das, was wir schon immer gesagt haben, zutrifft: Die Freiheitsrechte - auch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland - werden nicht durch den Staat und seine staatlichen Organisationen, auch nicht durch die Polizeien, gefährdet. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass auch die Grundrechte auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung im nichtöffentlichen Bereich durch leistungsfähige Verwaltungen gewährleistet werden.

Wir haben unsere Erfahrungen gemacht. Aus den Erfahrungen, die etwa die Telekom in ihrem Bereich machen musste, haben wir die richtigen Konsequenzen gezogen. Wir haben in den vergangenen Wochen mit den Verantwortlichen für den Vollzug des Datenschutzgesetzes in den Bundesländern - das ist sehr unterschiedlich konstruiert - und den Datenschutzbeauftragten darüber gesprochen, welche Schlussfolgerungen wir ziehen. Wir haben innerhalb der Bundesregierung verabredet, dass wir die Koalitionsvereinbarung mit dem Entwurf eines Gesetzes für ein freiwilliges Datenschutzaudit umsetzen, mit dem wir im Sinne eines Benchmarking weitergehende Fortschritte und Erkenntnisse Schritt für Schritt zuerst freiwillig umsetzen und dann verpflichtend Regelungen erlassen können. So können wir angesichts der



rasanten Entwicklung in einem ständigen Prozess von Trial and Error bleiben. Wir haben zugleich verabredet, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, der vorsieht, dass in Zukunft die Nutzung und Übermittlung personenbezogener Daten zum Zweck des Adresshandels nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen zulässig sein sollen. Wir wollen ein Kopplungsverbot für marktbeherrschende Unternehmen, die sich unabhängig von einem Abschluss daran halten müssen, sowie eine Erweiterung der Bußgeldtatbestände und gegebenenfalls erweiterte Möglichkeiten der Gewinnabschöpfung vorschlagen. Das hat die Zustimmung aller Datenschutzbeauftragten gefunden. Ich werbe dafür, auf diesem Weg voranzugehen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil es Ihre uralte Forderung ist!) Wichtig ist aber auch: Nur ein funktionierender und leistungsfähiger Rechtsstaat ist in der Lage, den Datenschutz zu gewährleisten. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit. Deswegen können wir vielleicht in der Zukunft manche Debatten etwas weniger voreingenommen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will in der gebotenen Kürze noch eine Bemerkung dazu machen, dass wir für den Fall, dass alle Vorkehrungen nicht funktionieren - es passieren immer Unglücke -, die Zusammenarbeit der Verantwortlichen von Bund und Ländern im Bereich des Bevölkerungsschutzes leistungsfähig erhalten müssen. Deswegen haben wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mit über 100 Millionen Euro im vorliegenden Haushaltsentwurf angemessen ausgestattet. Gleiches gilt für das Technische Hilfswerk, das übrigens im Inland wie im Ausland zunehmend zu einem Gütezeichen für die Bundesrepublik Deutschland wird. Ich möchte mich bei den Helferinnen und Helfern sowie bei der großen Zahl der ehrenamtlich Tätigen ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir sind auf einem guten Weg, im Einvernehmen mit den Bundesländern die Fragen nach Steuerung und Koordinierung so zu regeln, dass wir die vorhandenen Kapazitäten von Bund und Ländern im Zivil- und Bevölkerungsschutz optimieren. Wir müssen dazu in dieser Legislaturperiode noch einen Gesetzentwurf vorlegen; dafür werbe ich. Aber ich rate auch hier dazu, an der grundsätzlichen Zuständigkeit der Bundesländer nicht zu zweifeln und angesichts der Debatten über eine Zentralisierung des Katastrophenschutzes auf europäischer Ebene vorsichtig darauf hinzuweisen, dass ein ortsnaher, dezentraler und ehrenamtlicher Bevölkerungsschutz die bessere Lösung ist und mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Darüber müssen wir bei anderer Gelegenheit vertieft diskutieren. Genauso wichtig wie alles, worüber ich bislang gesprochen habe, sind aus Sicht des Innenministers die Fragen: Was hält eine freiheitliche Gesellschaft eigentlich

zusammen? Wie sichern wir Toleranz, ein friedliches Miteinander und Offenheit? Deswegen ist alles, was wir auf dem Feld der Integration und im Dialog mit Menschen unterschiedlicher Religionen machen, von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit unserer humanitären Freiheitsordnung. Für die Motivation unserer Gesellschaft ist es auch von großer Bedeutung, dass wir jungen Menschen die Möglichkeit bieten, im internationalen Wettbewerb mit der Spitze - auch im Sport - Schritt zu halten. Das heißt, die Sportförderung ist auch etwas, das unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit unserer Freiheitsordnung wichtig ist. Wir müssen wettbewerbsfähig und leistungsorientiert sein. Wir dürfen nicht kommandieren. Wir wollen keine Staatsorganisation. Aber wir müssen zeigen, dass wir im Wettbewerb mit staatlichen Systemen wettbewerbsfähig sind. Deswegen werbe ich dafür, die Sportförderung auf einem hohen Niveau fortzuschreiben. Es gibt großen Handlungsbedarf, wenn es um die Sportorganisationen geht. Wir werden mit den zuständigen Kollegen darüber reden. Wir sollten uns von der Medaillenstatistik der Olympischen Sommerspiele nicht täuschen lassen. Nicht in allen Bereichen ist die Entwicklung gut. Ich erwarte im Sinne der Subsidiarität schon, dass die Verantwortlichen im autonomen Sportbereich das Optimale tun, sodass wir die Sportförderung der Spitzensportler mit öffentlichen Mitteln weiterhin rechtfertigen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die Unterstützung der Arbeit.

Ich werbe dafür, dass in den Haushaltsberatungen die notwendigen Prioritäten im Einzelplan 06 auch durch das Parlament entsprechend unterstützt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Gisela Piltz, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gisela Piltz (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheitspolitisch, so jedenfalls ist unser Eindruck, hat die Große Koalition mittlerweile das Ende der Fahnenstange erreicht. Mit dem Kraftakt BKA-Gesetz - wir haben ja gestern und heute verfolgen können, wie schwer es Ihnen fällt, dieses zusammen zu verabschieden - haben Sie jede weitere große Maßnahme ad acta gelegt. Nur so, Herr Minister, kann ich Ihre Ankündigung verstehen, dass zum Beispiel mit der Vorlage eines Seesicherheitsgesetzes nicht mehr zu rechnen ist.

So wenig, wie materiell im Bereich der Sicherheit geschehen wird, so wenig wird auch fiskalisch geschehen, abgesehen davon, dass Sie ein Jahr vor der Wahl Geld an die Bürgerinnen und Bürger verteilen. Eine Verbesserung der Sicherheit sieht aus unserer Sicht wirklich anders aus. Wenn Sie die Ausgaben für die neuen Befugnisse des Bundeskriminalamtes aufgrund des BKAGesetzes abziehen, wird klar, dass Sie den traurigen Trend der letzten Haushaltsjahre fortsetzen. Am Ende des Haushaltsjahres wird beim BKA - bei Ihrer Leitbehörde, der Sie die innere Sicherheit so stark anvertrauen -

weniger Geld bleiben als jedes Jahr zuvor. Wer im Haushalt genau nachsieht, erkennt, dass es für das BKA nicht mehr, sondern weniger Geld gibt. Das habe ich nicht wirklich verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Der Aufwuchs beruht, wie gesagt, einzig und allein auf dem neuen BKA-Gesetz. Wer gestern dabei war, weiß, dass die Anhörung nicht wirklich eine Werbung für Ihr neues Gesetz war.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahrlich!)

Handwerkliche Mängel nach einem Jahr Arbeit an dem Gesetzentwurf halte ich für sehr erstaunlich. Aus meiner Sicht können Sie nur eines tun, nämlich das Gesetz zurückziehen und überarbeiten.

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Für die geltend gemachten handwerklichen Mängel ist der Haushaltsausschuss am Ende des Tages nicht zuständig, sondern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition. Ich fordere Sie auf, das zu verbessern. Ein solches BKA-Gesetz brauchen wir nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kein Geheimnis hingegen ist es für uns, was die Reform der Bundespolizei für den normalen Bundespolizisten bedeutet. Sie haben diese Reform angesprochen, Herr Schäuble. Unsicherheit über ihre persönliche Zukunft ist vor allen Dingen bei den Polizistinnen und Polizisten angekommen. Da nützt es auch nichts, wenn Sie ungefähr 5 Prozent der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten mit Aufstiegsmöglichkeiten helfen wollen, die über die bisherigen hinausgehen. Das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist einfach verunsichert. Wenn man mit den Kollegen spricht, erfährt man das. Vielleicht tun Sie das nicht, wir aber schon. Entspricht es Ihrer Vorstellung von Sicherheit in Deutschland, wenn 12 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei unsicher und unmotiviert durch das Land laufen? Meine Vorstellung von Sicherheit ist das nicht. Nach wie vor ist völlig unklar, welche Kosten durch den Neubau oder die Verlagerung des Bundespolizeipräsidiums noch auf den Bundeshaushalt zukommen. Wenn der Haushaltsausschuss nicht so viel Druck gemacht hätte - dafür bin ich meinen Kollegen wirklich dankbar -, dann würden Sie noch nicht einmal darüber nachdenken, eine Liegenschaft anzumieten, sondern hätten gleich einen Neubau gefordert. So kann man mit dem Geld von Bürgerinnen und Bürgern nicht umgehen. Das ist keine Sparsamkeit, sondern das genaue Gegenteil davon.

(Beifall bei der FDP)

Damit Sie mich nicht missverstehen: Ich habe nicht grundsätzlich etwas gegen Neuerungen und Neubauten. Neues ist an sich nichts Schlechtes. Manchmal wäre Neues wirklich besser, siehe BOS-Digitalfunk. Das ist mittlerweile wirklich ein Trauerspiel. Wir warten schon viel zu lange darauf, dass diese neue Technik eingeführt wird. Allerdings möchte ich Sie da ausdrücklich in Schutz nehmen, Herr Minister. Es ist nicht nur Ihrer Leistung oder Nichtleistung geschuldet, dass sie noch nicht eingeführt ist. Stattdessen haben wir jetzt - denn

wir sind in Deutschland - eine Behörde mit 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber noch immer so gut wie kein Gerät für die Polizistinnen und Polizisten. Das hat mit Sicherheit aus meiner Sicht nichts zu tun. Was ist denn aus Ihrer Sicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich der Unterschied zwischen dem Bundesdatenschutzbeauftragten und einem elektronischen

Personalausweis? Der elektronische Personalausweis ist Ihnen im Bundeshaushalt mindestens zehnmal mehr wert.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Das ist eine Gleichung, die ich nicht ganz nachvollziehen kann. Für eine Hauspostwurfsendung zur Einführung des neuen elektronischen Personalausweises sind im Haushalt 240 000 Euro neu eingestellt, für die Kostensteigerung im Bereich des Bundesdatenschutzbeauftragten gerade einmal 22 000 Euro.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Das sagt alles!)

Das geschieht nach all den Skandalen und dem, was wir zum Bundesdatenschutzbeauftragten und dessen Bereich alles gehört haben. Man kann sich nicht damit herausreden, dass der Haushalt schon im Sommer aufgestellt worden sei. Die ersten Skandale hat es schon lange vor dem Sommer gegeben. Das zeigt aus meiner Sicht, dass die Große Koalition ihren Koalitionsvertrag vor allen Dingen in einem Punkt ernst nimmt. Der Datenschutz steht im Koalitionsvertrag nämlich nur in zwei Zusammenhängen:

Er erleichtert den Terroristen das Handwerk, oder er führt zu unnötiger Bürokratie. Diese Linie setzen Sie leider konsequent fort. Wir als FDP-Fraktion werden uns auch in diesem Jahr dafür einsetzen, dass der Datenschutzbeauftragte mehr Mittel erhält, um alles durchzusetzen, was Sie hier fordern. Es wird sich schnell zeigen, ob die Ankündigungen der Bundesregierung nur heiße - im Übrigen auch unbezahlte - Luft sind oder ob die Bundesregierung es wirklich ernst meint.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Sicherheitsbehörden, die gut ausgestattet sind, wir brauchen

Sicherheitsbeamte, die motiviert sind, und wir brauchen einen Haushalt, der das garantiert. So verstehen wir Liberale vernünftige Sicherheitspolitik. Wir hoffen auf die Vernunft des Hauses.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Das Wort hat der Kollege Fritz Rudolf Körper von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesinnenminister ist schon auf die erhebliche Steigerung des Einzelplans 06 eingegangen, und ich hoffe, dass der Einzelplan auch mit dieser Steigerung beschlossen wird; denn das ist ein guter Entwurf. Es stecken hohe Personalkosten in diesem Entwurf; denn wir haben in diesem Haushalt die Ergebnisse der Besoldungs- und Tarifrunde umgesetzt. Wir halten es für gut, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen. Deswegen war es auch gut, dass wir eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung

des Tarifvertrags auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten vorgenommen haben. Ich glaube, sie haben es verdient.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es trägt ganz wesentlich zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei, wenn hier ein deutliches Signal gesetzt wird. Die Motivation bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ob sie bei der Bundespolizei oder etwa beim THW sind, ist sehr wichtig. Ich will jetzt nicht alle Bereiche aufzählen. Die Gefahr, dass man jemanden vergisst, ist unheimlich groß. Die Motivation ist ganz entscheidend; denn die Arbeit, die für den Standort Deutschland geleistet wird, ist sehr verdienstvoll. Die Beschäftigung mit dem öffentlichen Dienst bringt mich zu einem sehr persönlichen Urteil, das ich aber doch hier kundtun will. Das, was in der Föderalismuskommission I entschieden worden ist, hat dazu geführt, dass wir mittlerweile 17 Dienstrechte in Deutschland haben. Das ist für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht von Vorteil.

(Beifall bei der SPD - Irmgard Schewe-

Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das

haben wir Ihnen schon vorher gesagt!)

- Das ist ja wunderbar, dass Sie das vorhergesagt haben.

Es gibt manche, die gleich alles besser wissen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Öfter früher als Sie!)

Ich will ganz offen eingestehen: Ich halte es für keine schlechte Eigenschaft, in der Lage zu sein, durch Erfahrungen dazuzulernen und zu Ergebnissen zu kommen.

Ich glaube, dass es in der Politik legitim ist, noch einmal nachzudenken und dann vielleicht zu anderen Ergebnissen zu kommen.

Es ist wichtig, das Thema Dienstrechtsneuordnungsgesetz in Bälde abschließend zu behandeln; denn der Gesetzentwurf liegt vor. Frau Piltz, ich bin sicher, dass diese Koalition gerade im Bereich der Innenpolitik das Arbeiten nicht einstellen wird. Wir werden noch eine Menge auf den Weg bringen, vielleicht mehr, als Ihnen lieb ist. Im Rahmen der Beratungen des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes gibt es vielleicht noch zwei Themen, bei denen wir gemeinsam nachdenken müssen: Es sind die Themen „Übernahme von Versorgung“ und „besondere Altersgrenzen in bestimmten Berufen mit Schichtdienst“. Ich halte es für legitim, dass man unter anderem eine solche Belastung berücksichtigt. Mit dieser Fragestellung werden wir das Dienstrechtsneuordnungsgesetz hoffentlich bald gemeinsam verabschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Die Föderalismusreform ist angesprochen worden.

Wir müssen in der Tat immer die Fähigkeit entwickeln, zu erkennen, welche neuen Herausforderungen es eigentlich gibt, die unsere Väter und Mütter, die das Grundgesetz aufgeschrieben haben, noch nicht kannten.

Da haben wir im Moment eine sehr spannende Frage, nämlich die des gesamten IT-Bereichs. IT gab es nicht, als das Grundgesetz aufgeschrieben worden ist. Das ist ein Bereich innerhalb des föderalen Systems, der eine übergreifende Kooperation zwischen Bund und Ländern

notwendig macht. Ich finde, wir müssen auch die Kraft und die Fähigkeit haben, hier wegweisende Entscheidungen zu treffen und Organisationsformen zu finden, sodass wir auch da zukunftsfähig bleiben bzw. werden.  
(Beifall bei der SPD)

Es ist gerade heute notwendig, dass wir vieles, was uns in der Innenpolitik berührt, dahin gehend abklopfen, wie es sich auf unsere föderalen Strukturen auswirkt. Ich will hier ein Wort zu dem Thema Bundeskriminalamtgesetz sagen. Dieses BKA-Gesetz und die Idee dazu sind durch die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, aber auch innerhalb der Föderalismuskommission I entstanden. Man hatte nämlich festgestellt, dass man ein Bedrohungsszenario wie das, das vom internationalen Terrorismus ausgeht, in der Vergangenheit nicht vorgefunden hatte. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Bundeskriminalamt mit einer sogenannten Präventivkompetenz ausschließlich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgestattet werden muss. Ich glaube, das ist eine richtige Schlussfolgerung, zu der man kommt, wenn man eine entsprechende Analyse zieht.

Wir haben die Aufgabe, in dieser Frage darüber nachzudenken: Wie ist dies auszugestalten? Wir haben 16 Polizeigesetze in Deutschland.

(Dr. Max Stadler [FDP]: So ist es!)

Herr Stadler, wir hatten die Herausforderung, der wir durch den international agierenden Terrorismus gegenüberstehen, in der Zeit, in der diese Polizeigesetze entstanden sind, noch nicht in dieser Form zu bewältigen; alle Polizeigesetze sind viel älter. Deswegen glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir hier, an dieser Stelle, diese Zuständigkeit schaffen und das Bundeskriminalamt bei seiner Arbeit unterstützen. Ich halte das für dringend notwendig und geboten.

(Beifall bei der SPD)

Ich rede von Herausforderungen. Ich stelle fest, dass es immer wieder Stellen gibt, an denen Herausforderungen auftreten, die man vorher so vielleicht nicht eingeschätzt hätte. Ich will zugeben, dass das Thema Datenschutz in der Vergangenheit nicht unbedingt an der vordersten Stelle der politischen Diskussion gestanden hat.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nett gesagt! Was habt ihr jetzt gemacht?)

- Das sage ich hier ganz offen, Herr Wieland. Das ist überhaupt keine Schande; das kann man doch zugeben.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, zugeben ist gut! Aber warum war es so?)

Ich sage einmal so: Das hat ein bisschen ein Schattendasein geführt. Es ist aber doch nicht schlimm,

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, das ist schlimm!)

wenn man das zugibt und nicht die falschen Schlüsse daraus zieht. Das Thema Datenschutz muss auf die politische Agenda.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit zehn Jahren!)

Aus dem, was wir beispielsweise aus den - so sage ich jetzt einmal - Datenschutzskandalen in den letzten Wochen gelernt haben, müssen wir Schlussfolgerungen ziehen. Ich bin sicher: Wir werden auch da Gemeinsames zustande bringen können.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Clemens Binninger [CDU/CSU])

Ich verstehe das einfach nicht. Es gibt hier offensichtlich Leute, die alles besser wissen. Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen von der Grünen-Fraktion einmal mit uns gemeinsam regiert haben.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da waren Sie taub beim Datenschutz!)

Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass das Thema Datenschutz jeden Tag sozusagen eingefordert worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Max Stadler [FDP])

- Herr Stadler, Sie kennen mich ein bisschen. Ich sage immer, wie es ist, und nehme auch kein Blatt vor den Mund. Ich halte das für richtig, wenn man beispielsweise Geschichte bewältigen will.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Körper, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Körper, können Sie mir bestätigen, dass bereits im ersten Jahr der rot-grünen Koalition, 1999, dem Koalitionspartner Grüne die feste Zusage gemacht worden ist,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Wir sind jetzt nicht in der Selbsterfahrungsgruppe! -

Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Jetzt kommt Vergangenheitsbewältigung!)

dass es eine umfassende Datenschutznovelle, ein neues Datenschutzgesetz geben soll, dass diese Zusage aber weder in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün noch in der zweiten Legislaturperiode von Rot-Grün eingelöst worden ist, weil die SPD sich dem verweigert hat?

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Herr Ströbele, wenn ich Ihre Fraktion mit dem Thema Datenschutz in Verbindung bringe, dann fällt mir eines ein: Sie hatten ein großes Interesse beim Datenschutz, nämlich dass das Amt des Datenschutzbeauftragten aus Ihren Reihen besetzt wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine gute Besetzung!)

Das war eine Forderung, die mit Vehemenz vorgetragen worden ist.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Jetzt kommt es raus! Nur Posten!)

Wir sind ihr sogar nachgekommen. Der Datenschutzbeauftragte ist auch heute noch im Amt. Ich bin der Auffassung: Er macht seine Sache gut.

(Beifall bei der SPD - Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Pensionsberechtigung für Grüne!)

- Lieber Herr Uhl, man sollte allen ihre Pensionsberechtigung gönnen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Auch Herrn Ströbele!)

Da sollten wir uns zurückhalten. - Ich bin auch der Auffassung, dass dieser Datenschutzbeauftragte seine Arbeit sehr ordentlich erledigt.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Die einen sagen so, die anderen sagen so!)

Das sollte man der Fairness halber sagen und da keine Nebelkerzen werfen.

Beim Thema Datenschutz sind zwei Punkte ganz wichtig, einmal die Datenweitergabe nur nach aktiver Einverständniserklärung der Betroffenen. Das ist die Umkehr der bisherigen Praxis und kann viel helfen. Was ein Datenschutzaudit anbelangt, scheint mir sehr wichtig zu sein, über die Frage zu diskutieren, ob freiwillig, nur freiwillig oder inwieweit verpflichtend. Es gibt jetzt auch das Eckpunktepapier. Ich bin sicher: Wir werden aus diesen Vorstellungen heraus eine gute Entscheidung treffen. Der Innenminister hat ein ehrgeiziges Ziel. Es wird von uns ausdrücklich unterstützt. Er will eine Vorlage bis Ende November kabinettstreu machen. Wir vonseiten der SPD werden unsere Unterstützung leisten; denn der Datenschutz ist eine wichtige Aufgabe. Ihr müssen wir nachkommen, für die Bürgerinnen und Bürger.  
(Dr. Max Stadler [FDP]: Darf ich Sie damit zitieren?)

Die Menschen haben es verdient.

In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Ulla Jelpke von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, ich denke, Freiheit stirbt auch durch immer mehr Sicherheit. Selbst wenn Sie sich heute an die Spitze der Bewegung für den Datenschutz stellen, so muss man doch eindeutig sagen: Sie haben in den letzten Jahren erheblich dazu beigetragen, dass der Datenschutz und Grundrechte abgebaut wurden.

(Beifall der LINKEN)

Auch der vorliegende Haushaltsentwurf der Bundesregierung zeigt, dass Sie Ihren Weg eindeutig fortsetzen, wenn es darum geht, Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern abzubauen.

Die Bundesregierung forciert die Überwachung jedes Einzelnen im Namen des angeblichen Antiterrorkampfes, aber sie vernachlässigt gleichzeitig die Gefahr, die vor allen Dingen von rechtsextremistischen Gewalttätern droht.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wo bleiben die linken?)

Die Linke wird deshalb auch diesen Haushaltsplan ablehnen, weil er nicht nur falsche Signale setzt, sondern weil er regelrecht unverantwortlich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Budget, das hier angesprochen wurde, steigt in



der Tat um eine halbe Milliarde Euro. Man sollte glauben, dass dabei einige Millionchen übrig wären, um endlich das umzusetzen, was der Bundestag schon vor sieben Jahren beschlossen hat, nämlich die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Wie gesagt, das war vor sieben Jahren. Die Grünen, die SPD, aber auch die Union haben es bisher nicht für nötig gehalten, diesen Beschluss umzusetzen. Ich meine, das ist sehr beschämend für diesen Bundestag. Eine solche Beobachtungsstelle würde beispielsweise zeigen, was NGOs recherchiert haben: Inzwischen gibt es 141 Menschen, die durch rassistische Gewalttäter ums Leben gekommen sind. In Ihrer Statistik sind nur ein Drittel dieser Menschen wiederzufinden. Deshalb brauchen wir diese Stelle. Ich möchte daran erinnern, dass gerade in den letzten Wochen in Berlin, in Templin, in Magdeburg und in Bernburg solche Morde verübt worden sind. Daher müssen durch den Haushalt mehr Signale in diese Richtung gegeben werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer regiert denn in Berlin?)

Herr Schäuble, realisieren Sie endlich, dass in dieser Entwicklung eine ganz zentrale Herausforderung liegt, denn inzwischen haben wir die Situation, dass diese Nazischläger in die Kommunalparlamente und in die Landtage eingezogen sind und dort entsprechend wirken können.

Noch immer müssen Projekte darum kämpfen, aus dem Haushalt Gelder zu bekommen. Die beantragten Gelder für diese Projekte übersteigen die zugebilligten Gelder bei weitem. Die Bundesprogramme werden beispielsweise vor allen Dingen umorganisiert. Sie werden für ihre Arbeit immer ineffektiver ausgestattet. Deshalb fordert die Linke auch ein Sofortprogramm für den Kampf gegen Rechtsextremismus.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beratungs- und Beobachtungsstelle habe ich bereits genannt. Vor allen Dingen aber wollen wir die Stärkung lokaler Aktionsteams und eine Verbesserung der Bundeszentrale für politische Bildung erreichen. Wir wollen, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus Priorität erhält. Diese muss sich auch im Haushalt niederschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sagte es schon, die Bundesregierung finanziert aber lieber, dass Grundrechte abgebaut werden. Hierzu nenne ich einige Beispiele: 18,5 Millionen Euro sollen zusätzlich für den Verfassungsschutz ausgegeben werden. Ich frage Sie: Wofür? Dafür, dass Sie sinnlose Dossiers über die Linke anlegen, dafür, dass Sie die V-Leute, die in der NPD arbeiten, nicht abziehen und dadurch ein Verbot nicht zum Erfolg gebracht werden kann? Sie vereiteln dieses Verbotsverfahren im Grunde, wenn die V-Leute weiter dort bleiben. Fragen Sie Ihre Innenminister, die wissen das auch.

Genauso überflüssig sind die Mehrausgaben beim Bundeskriminalamt. Fast 25 Millionen Euro sind für Personal und Technik vorgesehen, die man künftig für Onlinedurchsuchungen, Lauschangriffe, Videoüberwachungen und Wohnungsüberwachungen zu brauchen

glaubt. Ich sagte es schon: Diese Angriffe auf die Grundrechte werden von uns entschieden abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss will ich noch ein Wort zu den Migrantinnen und Migranten sagen: Auch hier haben wir immer wieder kritisiert, dass die Gelder für sogenannte Integrationsmaßnahmen nicht ausreichen. Nach wie vor werden Menschen aus diesen Kursen ausgegrenzt, es werden nur die Neueinwanderinnen und Neueinwanderer berücksichtigt. Wir halten an unseren Forderungen fest und werden auch hierzu wieder einen Antrag einbringen. Ich kann nur sagen: Der Bundestag wird ganze 7 Millionen Euro ausgeben, um im nächsten Jahr das Staatsjubiläum der Verfassung zu feiern. Das feiert man eigentlich nicht mit einer Regierung, die Grundrechte abbaut. Deshalb kann ich Herrn Schäuble nur auffordern, endlich damit aufzuhören, damit man auch wirklich etwas zu feiern hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Wieland vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erinnern uns:

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Sie erinnern sich?)

Noch vor einem Jahr bat der Bundespräsident in seinem Sommerinterview fast flehentlich darum, doch einmal eine Atempause bei den aus dem Hause Schäuble vorgetragenen Vorschlägen einzulegen, die damals nur so purzelten: Flugzeuge abschießen, Kriegsrecht einführen usw. usf. Demgegenüber war es diesen Sommer relativ ruhig. Ich will nun nicht spekulieren, ob es die Ruhe vor dem Sturm war, der jetzt im Herbst kommen wird. Ich stelle nur fest - ich bin selber etwas verwundert darüber -, dass bei einem Komplex aus dem Hause Schäuble fast gar nichts kam. Ich hätte aber gerne mehr zu dieser Kette von Datenschutzpannen, Datenschutzskandalen und zu der Bespitzelungsaffäre gehört. Ich nenne die Stichworte Lidl, Telekom, Callcenter. Als Kommentar zu all diesen Geschehnissen aus den letzten Monaten gebrauchte der Innenminister Worte, die er sonst scheut wie der Teufel das Weihwasser, nämlich: Die bestehenden Gesetze reichten aus, und man könne nicht alles verhindern. Da war ein Flächenbrand, und der für die Löscharbeiten Zuständige erklärte sich zunächst einmal für nicht berührt. Das hat sich nun geändert. Es gab einen Datenschutzgipfel. Ich habe heute das erste Mal Herrn Schäuble in seiner Eigenschaft als Datenschützer hier reden hören. Ich sage frank und frei: Über Spätbekehrte freut man sich immer ganz besonders. Aber zu dieser Geschichtsklitterung, dass wir alle von den Ereignissen überrascht worden wären, kann ich nur sagen: Ach du meine Güte! Jahrelang wurde von meiner Kollegin Stokar und von Frau Philipp im Innenausschuss danach gefragt, wo das Datenschutzaudit bleibt. Jahrelang wurde gefragt, wo die generelle Überarbeitung des Bundesdatenschutzgesetzes bleibt, und zwar in toto. Das

Datenschutzrecht, das wir haben, stammt ja noch aus der Karteikartenzeit. Doch zu keinem Zeitpunkt hat die Große Koalition etwas unternommen. Hätte es diesen Flächenbrand nicht gegeben, hätten Sie das Thema verschlafen. Es wäre vertagt worden, es wäre nichts geschehen, vielmehr wäre es bei der Doppelnulllösung geblieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Last, but not least muss man auch einmal sagen - auch die Kollegin Jelpke hat es schon gesagt -: Solange der Staat selber mit Vorratsdatenspeicherung, mit Computerhacking, mit biometrischen Identifikationspapieren hier und da seine Datengier gegenüber dem Bürger und gegenüber der Bürgerin zeigt, solange er selber der größte Datenstaubsauger ist, kommt er aus der Rolle des Diebes, der ruft: „Haltet den Dieb!“, nicht heraus, so lange ist er nicht glaubwürdig gegenüber Industrie und Wirtschaft und gibt selber ein schlechtes Beispiel. Das muss aufhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN - Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Quatsch!)

- Nein, genau so ist es. Sie sind der größte Datendealer. Das ist das Problem, Herr Kollege Wiefelspütz. Die Wirtschaft bekommt vom Staat schlechte Beispiele geliefert. Wir haben darüber gestern bei den Beratungen im Ausschuss zum BKA-Gesetz gesprochen. Die Gutachter haben ihre Bedenken dazu geäußert. Wir haben das Abkommen mit den USA über die Weitergabe von Daten vorliegen. Es muss zwar noch ratifiziert werden, aber es stellt sich schon die Frage, was da vereinbart werden soll. Gemäß diesem Abkommen sollen sogar Daten wie Gewerkschaftszugehörigkeit oder sexuelle Vorlieben nicht etwa nicht übermittelt werden, sondern dürfen unter bestimmten Voraussetzungen übermittelt werden. Das Schlimme ist doch, dass unsere Daten sozusagen weltweit zum Floaten gebracht werden, dass es keinerlei Einschränkungen gibt. Der Staat gibt hier - ich wiederhole mich - ein ganz schlechtes Vorbild beim Umgang mit Daten ab. Die Durchsetzung des Grundsatzes „Meine Daten gehören mir“ ist bei dieser Bundesregierung also in ganz schlechten Händen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Auch zur Integrationspolitik muss man leider einiges Kritisches sagen. Auf dem Papier lesen sich Begriffe wie Selbstverpflichtungen oder die im Integrationsplan enthaltenen Lobeshymnen darauf, was das Bundesinnenministerium alles vorhat, immer sehr gut. Der Haushalt spiegelt das aber nicht wider. Für die Migrationserstberatung - wie gesagt, ein Grundpfeiler der Integrationspolitik - werden keine Mittel bewilligt. In drei Jahren sind 4,4 Millionen Euro weggefallen. Auch dieses Jahr kommt kein Ersatz dafür. Das Angebot wird schlicht ausgehungert. Für Kurse für ausländische Frauen sind noch ganze 1,2 Millionen Euro im Haushalt übrig.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was?)

Geld ist bei der Integration wirklich nicht alles; das wissen wir. Allerdings kann es nicht sein, dass man in der Phrase groß ist, aber klein in der Finanzierung. Das überzeugt

nicht; aber das ist Ihre Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offenbar gilt das Motto: Wenn schon wenig Geld, dann wenigstens viele Fragen beim Einbürgerungstest. Mit diesem Test blamieren sich doch nicht die Kandidatinnen und Kandidaten; mit diesem Test blamiert sich die Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben beantragt, ihn vorher im Innenausschuss vorzulegen. Da wurde gesagt: Das ist rein exekutives Handeln; das geht euch nichts an. - Jetzt lacht die ganze Republik über Fragen, die falsch gestellt sind. Kollege Edathy hat sie alle aufgelistet, Fragen, die gar nicht beantwortet werden können. Da sagt die Regierung: Das haben Wissenschaftler von einem unabhängigen Institut gemacht; was haben wir damit zu tun? - So stiehlt sie sich aus der Verantwortung. Dieser Test mag angemessen ridikül sein bei Beckmann, wenn man ein neues Spiel kreierte: „Deutschland sucht den Superstaatsbürger“. Aber er ist doch gegenüber den Integrationswilligen ein völlig falsches Signal, ein weiteres Nichtwillkommenssignal. Deswegen ist er schädlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Natürlich, Herr Kollege Brandt: Bei der Anhörung zum BKA-Gesetz hat wieder einmal jeder seine Sachverständigen und seine Wirklichkeit gehört. Dennoch liste ich noch einmal kurz auf, was hier im Argen ist. Nach wie vor nicht geklärt ist die Zusammenarbeit zwischen Ländern und Bund; sie agieren nebeneinander her. Das Benehmen ist zu wenig. Der Generalbundesanwalt ist draußen vor der Tür. Das hätte der Kollege Schröder, der vorhin so schön zum Verhältnis von Staatsanwaltschaft und Polizei geredet hat, sich einmal anhören sollen. Der Generalbundesanwalt wird nicht einmal mehr informiert. Dazu kommt, dass der Begriff des internationalen Terrorismus nicht definiert ist, sodass wir befürchten müssen, dass selbst Globalisierungskritiker darunter fallen werden.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Das ist richtig falsch! Das wissen Sie!)

Es findet ein nachgerade unverschämter Angriff auf die Berufsheimnisträger statt; selbst die besonders privilegierten Gruppen, nämlich Seelsorger, Parlamentarier und Strafverteidiger, sollen auskunftspflichtig werden. So steht es noch in dem Entwurf. Das ist nicht richtig falsch; vielmehr ist das, was ich hier schildere, leider die Realität.

Kurzum: Natürlich soll das geschehen, was der BKAPräsident Ziercke hier immer abstreitet, nämlich dass ein deutsches FBI geschaffen wird, und zwar mit vollen geheimdienstlichen Zuständigkeiten. Dazu sagen wir nach wie vor: Das brauchen wir nicht, das wollen wir nicht, das ist schädlich für unseren Rechtsstaat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Und was bleibt von der Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten? Wir haben das gemeinsame Abhörzentrum jetzt auch auf dem Verwaltungswege bekommen.

Polizei und Nachrichtendienste – zunächst Verfassungsschutz, BND soll später dazukommen, ebenso die Bundesländer – sollen gemeinsam abhören, das gemeinsame Ohr für die Sicherheit. Den gemeinsamen Aktenschrank haben wir schon in der Frage Antiterrordatei bekommen, auch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das ist so nicht richtig, Herr Kollege!)

Auf diese Weise wird die Trennung immer mehr ausgehöhlt. Sie stirbt nicht zentimeterweise; es geht leider viel schneller. Am Ende wird hier nur noch eine leere Hülse übrig bleiben.

Wir erkennen an, Herr Kollege Edathy, dass Sie sich ab und an bemühen, gegenzusteuern; Stichwort „Freiwilligkeit“.

(Sebastian Edathy [SPD]: Wir bemühen uns, mitzusteuern, Herr Kollege!)

– Sie bemühen sich, mitzuregieren.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Das werden wir einmal in Ihr Zeugnis schreiben: Edathy hat sich stets bemüht. Aber wir müssen hinzufügen: Es war selten erfolgreich. Denn die Innenpolitik wird maßgeblich von dem Mann bestimmt, der immer noch Militäreinsätze im Inneren will, der immer noch von der Verwischung der Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit redet, der in kriegsrechtlichen Kategorien denkt, der sich im asymmetrischen Krieg fühlt. Wenn Sie, wie Tucholsky, fragen: „Wo bleibt das Positive?“: Für uns ist das Positive, dass wir die Hoffnung haben, dass dies der letzte Haushalt gewesen ist, den Wolfgang Schäuble zu verantworten hat.

(Helmut Brandt [CDU/CSU]: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Michael Luther von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Michael Luther (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wieland, ich finde, Sie haben eine sehr interessante Rede gehalten. Am Anfang Ihrer Rede kam es mir allerdings so vor, als ob Sie es tief bedauerten, dass sich Herr Schäuble nicht zu den Dingen, zu denen er sich aus Ihrer Sicht am liebsten hätte äußern sollen, damit Sie dagegenhalten können, geäußert hat.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mir unheimlich, ja!)

Das hat mich schon ein bisschen gewundert.

Nun zum Bundeshaushalt. Herr Schäuble, Sie hatten es schon gesagt: Der Einzelplan umfasst 5,6 Milliarden Euro. Das sind 10,5 Prozent mehr als 2008. Wenn man das oberflächlich betrachtet, dann hat man nicht das Gefühl, dass es sich hier um besondere Sparsamkeit handelt.

Aber ich denke, der Haushalt ist wohlbegründet.

Ich will in meinem Redebeitrag im Einzelnen darauf eingehen.

Es ist richtig: Der größte Zuwachs betrifft die Personalkosten. Immerhin sind im Bundesministerium des Innern mit seinen einzelnen Behörden - auch das muss man einmal sagen - über 50 000 Personen beschäftigt, ungefähr 40 000 allein in der Bundespolizei. Daher ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn die Besoldungs- und Tarifsteigerungen gerade im Bundesinnenministerium zu einem höheren Ausgabenvolumen führen, was nicht sehr einfach zu handhaben ist.

Ich will an dieser Stelle nicht die Besoldungs- und Tarifsteigerungen kritisieren. Ich denke, sie sind richtig und die Verhandlungen sind zu Recht abgeschlossen worden. Aber als Haushälter muss man sich natürlich damit befassen und auch damit, wie man das im Haushalt im Einzelnen darstellen kann. Ein Teil der für die Tarifsteigerungen erforderlichen Mittel ist aus dem Gesamthaushalt gekommen, ein Teil der Mittel konnte durch Auflösung einzelner Titel im Haushalt ausgeglichen werden. Ein weiterer Teil, nämlich 40 Millionen Euro, findet sich leider als globale Minderausgabe wieder. Sie werden verstehen, dass wir als Haushälter, die wir uns in den letzten Jahren bemüht haben, die hohe globale Minderausgabe auf null zu befördern, um Haushaltswahrheit und -klarheit zu erreichen, von dieser Entwicklung nicht allzu sehr begeistert sind. Wir werden uns mit großer Sicherheit in den Haushaltsberatungen mit dieser Frage beschäftigen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist - auch wenn das nach außen vielleicht nicht sehr dramatisch klingt; es ist aber ein für die Zukunft wichtiges Thema -, dass sich das Bundesinnenministerium vorbildlich darum bemüht hat, seine Immobilien der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu übergeben. Damit zahlt das Bundesinnenministerium Miete an den Bundesfinanzminister. Das Ganze ist zu Beginn haushaltsneutral. Aber wir versprechen uns natürlich davon über die Zeit positive Effekte; denn das Ministerium und die Behörden werden in Zukunft, wenn sie ihre Haushalte aufstellen, darauf achten, ob sie Geld für Immobilien benötigen oder nicht, und entsprechend sparsam mit den Mitteln umgehen. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt und zeigt, dass wir als Große Koalition es mit der sparsamen Haushaltsführung ernst nehmen.

An dieser Stelle ist das BMI Vorreiter.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dafür meinen herzlichen Dank.

Der BOS-Digitalfunk kostet viel Geld. Wir sind hier - das darf man an dieser Stelle schon einmal sagen - im Vergleich zu anderen Ländern eher Entwicklungsländer. Ich habe die Entwicklung seit Beginn dieser Legislaturperiode sehr intensiv verfolgt. Dank Herrn Schäuble und nicht zuletzt dank uns Haushältern ist es gelungen, dass es jetzt endlich zu einem Durchbruch gekommen ist.

2007 ist der Startschuss erfolgt. Jetzt beginnt sich das in der Fläche auszubreiten. 400 Millionen Euro für 2009 sind viel Geld. Es tut einem als Haushälter immer weh, wenn Geld ausgegeben wird. Aber an dieser Stelle ist es, glaube ich, gut ausgegebenes Geld. Im Zuge der Haushaltsberatungen sage ich aber auch: Wo viel Geld ausgegeben wird, kann man auch viel falsch machen. Wir Haushälter haben uns vorgenommen, dort, wo viel Geld

ausgegeben wird und wo viele Fehler gemacht werden können, genau hinzuschauen. Wir werden uns in den Haushaltsberatungen damit beschäftigen.

Die Bundespolizei ist naturgemäß der größte Einzelposten innerhalb des gesamten Haushaltes. Wir haben mit dem letzten Haushalt und damit dieses Jahr beginnend die Bundespolizeireform auf den Weg gebracht. Damit haben die Beschäftigten der Bundespolizei Sicherheit; denn sie wissen, wo die Zukunft der Bundespolizei sein wird. Dass es gerade vor dem Hintergrund des Wegfalls der Schengen-Grenze Veränderungen geben muss, ist allen klar. Die Polizeireform ist auf jeden Fall haushaltswirksam. Ich denke an Umzugs- und Trennungsgeld, aber auch an die Errichtung eines neuen Bundespolizeipräsidiums. All das sind Dinge, die man in diesem Jahr als Haushälter begleiten muss.

Ich will ein weiteres Thema benennen: Die Sicherheitslage an der ehemaligen Schengen-Außengrenze sollte uns nicht egal sein. Wir müssen die Menschen mitnehmen, die mit der neuen Situation zurechtkommen müssen und sich darauf einstellen müssen. Da gibt es Ängste. Der Bund muss einen klaren Beitrag dazu leisten, dass sich auch die Menschen an der Grenze zu Tschechien und Polen sicher fühlen.

Die Menschen fühlen sich in Deutschland sicher. Das ist, glaube ich, ein Erfolg der Sicherheitsbehörden in Deutschland. Die Sicherheitsbehörde des Bundes ist das Bundesinnenministerium. Damit sich die Menschen auch in Zukunft sicher fühlen können, müssen wir uns den Herausforderungen der Zukunft rechtzeitig stellen. Fakt ist: Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus bleibt unverändert bestehen und bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit. Deshalb ist es richtig, dass wir mit dem Haushalt 2009 Vorsorge für das sogenannte BKA-Gesetz treffen, das kommen soll.

Frau Piltz, Ihre Kritik zu diesem Punkt wundert mich. Sie haben gesagt, dass das BKA zu wenig Geld hat. Wenn ich mir die Bibel der FDP anschau - sie wird vermutlich auch in diesem Jahr wieder eine vorlegen -, (Gisela Piltz [FDP]: Dass Sie das „Bibel“ nennen! Das ist eigentlich nur ein Sparbuch! Aber den Unterschied müssen Sie nicht kennen!) muss ich aber feststellen, dass die FDP vorschlägt, beim BKA Mittel zu streichen. Das zeigt, dass das, was Sie sagen, nicht glaubwürdig ist.

Eine letzte Bemerkung: Die größte Freiwilligenorganisation des Bundes ist das THW. Ich verspreche, dass wir auch in diesem Jahr sehr darauf achten werden, dass diese Freiwilligen angemessen ausgestattet bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das sind die blauen Engel!)

Sicherheit kostet Geld. Ich glaube, wir werden das beantragte Geld brauchen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir aber trotzdem jeden einzelnen Titel kritisch hinterleuchten und fragen, ob die Ausgabe wirklich notwendig ist. Ich wünsche uns eine gute Haushaltsberatung. Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Max Stadler von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Max Stadler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In den haushalts- und sonstigen innenpolitischen Debatten haben wir immer wieder die FDP-Kernthese zur inneren Sicherheit vorgetragen. Wir meinen, verantwortungsvolle Politik für innere Sicherheit bedeutet:

Man muss Defizite beim Vollzug der bestehenden Gesetze beseitigen, aber nicht ständig unnötige Gesetzesverschärfungen beschließen. Leider machen Sie oft das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf dies anhand von einigen Beispielen belegen.

Aus aktuellem Anlass kennen wir die Anzahl der Polizeiplanstellen in vielen Bundesländern, speziell in Bayern, weil sie zurzeit in der Diskussion stehen. Die Gewerkschaften haben errechnet, dass bei den Polizeidienststellen in Bayern 1 100 Stellen abgebaut wurden.

Im ganzen Bundesgebiet sind es seit dem 11. September 2001 erstaunlicherweise 10 000 Planstellen. Dieser Vorwurf trifft nicht Sie, Herr Bundesinnenminister. Es ist aber bemerkenswert, dass dadurch beispielsweise in Bayern viele Polizeidienststellen nur noch zu 75 Prozent einsatzfähig sind.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Das ist eine Sauerei!)

Das wird nicht etwa nur von der Polizeigewerkschaft vorgetragen, sondern auch vom Arbeitskreis Polizei der CSU. Dazu sage ich: Herr Beckstein sitzt im Glashaus und sollte nicht mit Steinen auf die FDP werfen, wenn es um die innere Sicherheit geht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Beispiel dafür, dass man mit zu wenig Personal Vollzugsdefizite nicht in den Griff bekommen kann.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie wollen koalieren?)

Sie liefern aber hier im Bundestag gerade ein Beispiel für den zweiten Ansatz, was man gerade nicht machen sollte - den habe ich Ihnen genannt -, nämlich überflüssige Gesetzesverschärfungen. Dazu hat gestern die Anhörung zum Entwurf des Bundeskriminalamtgesetzes Folgendes erbracht: Dieses Gesetz ist nicht erforderlich, handwerklich schlecht gemacht und in vielen Bestimmungen grundgesetzwidrig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Günter Baumann [CDU/CSU]: Wer hat das gesagt?)

Wenn Sie die Darlegungen von namhaften Verfassungsrechtlern von gestern ernst nehmen, dann dürfen Sie als Große Koalition diesen missglückten Gesetzentwurf keinesfalls im Oktober im Eiltempo hier durch das Parlament bringen. Gisela Piltz hat zu Recht gesagt: Dieser Entwurf für ein verfassungswidriges BKA-Gesetz muss zurückgezogen werden. Dann muss sorgfältig neu beraten werden.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/



DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulla Jelpke  
[DIE LINKE] - Günter Baumann [CDU/  
CSU]: Das ist ein guter Entwurf!)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD,  
Sie haben einmal den Mut und das Rückgrat, dass Sie  
diese unsere Forderung erfüllen, wenn Sie schon den  
Anspruch erheben, mitzuregieren, Herr Edathy.

(Sebastian Edathy [SPD]: Wir wollen den vorliegenden  
Entwurf überarbeiten, Herr Kollege!)

Manchmal gibt es sowohl Vollzugsdefizite als auch  
ein Gesetzgebungsdefizit. Das ist beim Datenschutz  
eindeutig der Fall. Ein Vollzugsdefizit besteht, weil diejenigen,  
die über unsere Daten zu wachen haben, personell  
total unterbesetzt sind. Das gilt für den Bundesdatenschutzbeauftragten.  
In Bayern sind es ganze sechs  
Personen, die den Datenschutz für einen so großen Flächenstaat  
gewährleisten sollen.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Das betrifft nicht  
den Bundesdatenschutzbeauftragten!)

Das ist völlig unzureichend.

Wir brauchen über eine bessere Personalausstattung  
hinaus natürlich ein neues Datenschutzgesetz. Denn das  
jetzige stammt sozusagen aus der Postkutschenzeit. Wir  
brauchen eine Bewusstseinsänderung. Es muss wieder  
klar sein, dass der Schutz unserer Privatsphäre ein vordringliches  
Anliegen einer vernünftigen Innenpolitik ist.

Ich kann Ihnen folgenden Hinweis nicht ersparen. Wie  
oft haben wir im Innenausschuss erlebt, wenn wir verlangt  
haben, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte zu  
Gesetzesvorhaben von Ihnen sachverständig gehört  
wird, dass Sie gesagt haben: „Das ist überflüssig, das ist  
Zeitverschwendung, und auf den hören wir sowieso  
nicht.“?

(Beatrix Philipp [CDU/CSU]: Das stimmt  
doch gar nicht! Das ist nicht wahr!)

Die christliche Nächstenliebe verbietet es mir, mitzuteilen,  
wer vor allem diese Auffassung im Innenausschuss vertreten hat. Da müssen  
Sie Ihr Bewusstsein ändern, so  
wie sich in der Bevölkerung das Bewusstsein mehr in  
Richtung einer größeren Bedeutung des Datenschutzes  
entwickelt.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang  
Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme zu dem Fazit: Da, wo Ihr Regierungshandeln  
gefragt wäre, beispielsweise beim Datenschutz, haben  
Sie jahrelang nichts gemacht. Das Gutachten aus  
dem Bundesinnenministerium hierzu aus dem Jahre  
2002 blieb völlig ohne Konsequenzen. Also, da, wo Sie  
gefragt gewesen wären, haben Sie nichts gemacht. Da,  
wo Sie handeln, gehen Sie in die falsche Richtung und  
machen immer mehr Einschnitte in die Grundrechte und  
Bürgerrechte. Eine solche Politik tragen wir als FDP  
selbstverständlich nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriele Fograscher  
von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Fograscher (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Stadler, wir können gern den bayerischen Landtagswahlkampf jetzt hier in den Berliner Bundestag legen.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Ich wäre gespannt, was Sie dazu zu sagen hätten!)

In der Tat: Aus den Bundesländern und gerade aus Bayern kommen immer wieder Anforderungen im Bereich der Innenpolitik an den Bund. Sie sind wenig glaubwürdig, wenn im Gegenzug eine völlig verfehlte Polizeireform in Bayern und Einsparungen beim Personal bei der Polizei durchgeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP sowie des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Einzelplan 06 hat einen Zuwachs; das ist jetzt schon mehrfach erwähnt worden. Dass die Hälfte für die Tarif- und Besoldungserhöhungen ausgegeben wird, ist gut. Denn das zeigt, dass neben neuen Gesetzen, neuen Befugnissen, angepassten Instrumenten und moderner Ausstattung für die Sicherheitsbehörden vor allen Dingen qualifiziertes und motiviertes Personal notwendig ist, um den Herausforderungen der Innenpolitik gerecht zu werden.

Trotz des Zuwachses beträgt der Anteil des Einzelplanes 06 am Gesamthaushalt gerade einmal 2 Prozent. Mit diesen 2 Prozent muss man ein breites Aufgabenspektrum abdecken. Es reicht von der inneren Sicherheit über die Extremismusbekämpfung und den Datenschutz, den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz und die Integration bis hin zum Sport. Der Haushaltsentwurf 2009 steht in der Kontinuität der Vorjahre und folgt der Schwerpunktsetzung der rot-grünen Bundesregierung.

Der Bereich der inneren Sicherheit bildet mit 68 Prozent einen Schwerpunkt. Innerhalb dieses Aufgabenfeldes wurde der Ansatz für die Bundespolizei um 208 Millionen Euro und der für das BKA um 25,5 Millionen Euro erhöht. Ob dies allerdings dem selbst gesetzten Ziel des Bundesinnenministers, durch die Reform der Bundespolizei zu Einsparungen und mehr Effizienz zu kommen, und dem gerade zur Beratung anstehenden BKA-Gesetz gerecht wird, werden wir in den kommenden Haushaltsberatungen kritisch hinterfragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen erinnern wir uns wieder an die furchtbaren Anschläge vom 11. September 2001. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist immer noch real, auch in Deutschland. Gott sei Dank ist es unseren Sicherheitsbehörden bisher erfolgreich gelungen, terroristische Anschläge zu verhindern. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass das so bleibt.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Wahrung der Bürgerrechte stehen immer in einem gewissen Spannungsverhältnis. Sie stehen aber nicht im Gegensatz zueinander. Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit dürfen die Freiheitsrechte der Menschen nur so viel wie nötig und müssen sie so wenig wie möglich einschränken. Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht, wie Sie, Herr Wieland, es immer tun, gegeneinander ausgespielt werden.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Wie bitte? Wer macht denn  
so etwas?)

Die Sicherheit wird aber nicht nur durch die Gefahr terroristischer Anschläge bedroht. Viele Menschen sind auch über die Zunahme rechtsextremistischer und extremistischer Gewalt in unserem Land beunruhigt. Demonstrationen, angedrohte Immobilienkäufe, Musikveranstaltungen und gewalttätige Übergriffe von rechts beunruhigen die Menschen in zunehmendem Maße. Im Jahre 2007 wurden 17 176 Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ begangen. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Es ist gut, dass die Ansätze der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung und das „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ fortgeschrieben werden. Dafür haben wir uns in den letzten Haushaltsberatungen erfolgreich eingesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Die Förderung von Demokratie und Toleranz braucht Stetigkeit und nachhaltige Finanzierungsgrundlagen. Viele gute Projekte, in denen engagierte und kompetente Menschen hauptamtlich, in der Mehrzahl aber ehrenamtlich arbeiten, stehen immer wieder vor dem finanziellen Aus. Gegenwärtig suchen wir zum Beispiel nach Lösungen, wie wir das Aussteigerprogramm EXIT weiter finanzieren können. Könnte man hier verlässliche Finanzierungsmöglichkeiten entwickeln, wäre das auch ein Beitrag zu mehr innerer Sicherheit und zur Stärkung unserer Demokratie. In diesem Zusammenhang muss auch das Verbot weiterer rechtsextremer Vereine und Gruppierungen, zum Beispiel der Heimattreuen Deutschen Jugend, geprüft und gegebenenfalls ausgesprochen werden.

(Beifall bei der SPD)

Was den Bevölkerungsschutz betrifft, wurden im Haushalt für die Ausstattung der Hilfsorganisationen und Feuerwehren rund 68 Millionen Euro bereitgestellt; das ist mit den Ländern vereinbart worden. Ich sichere den überwiegend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zu, dass wir sie im Hinblick auf die Weigerung der Länder, eine verfassungsmäßige Grundlage für die Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes zu schaffen, nicht in Haftung nehmen werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des THW für ihren unermüdlichen und oft gefahrvollen Einsatz im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger bedanken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Sport. Wir begrüßen, dass sich die Unterstützung des Kampfes gegen das Doping wieder in den Haushaltszahlen abbildet. Die konsequente Bekämpfung des Dopings ist für die Zukunft des Sports, sowohl des Breiten- als auch des Spitzensports, von grundsätzlicher Bedeutung. Daran, dass der Zuschuss für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung im vorliegenden Entwurf des Bundeshaushalts abermals erhöht und das Stiftungskapital der Nationalen Anti-Doping-Agentur wie im Vorjahr

aus Bundesmitteln um 1 Million Euro aufgestockt werden, wird deutlich, dass wir dieses Problemfeld als zentrale Aufgabe der Sportpolitik erachten. Es bleibt zu hoffen, dass alle anderen Partner - Sportorganisationen, Sponsoren und Medien - ihrer Verantwortung ebenfalls gerecht werden.

Wir wollen uns in den parlamentarischen Beratungen für eine Stärkung der sportwissenschaftlichen Forschung - nicht nur im Bereich der Dopingbekämpfung - einsetzen. Neue sportwissenschaftliche Erkenntnisse können einerseits zu einer sauberen Leistungsverbesserung beitragen und andererseits helfen, verbotene Maßnahmen zur Leistungssteigerung zu entdecken.

Die Stiftung Deutsche Sporthilfe gehört zu den wichtigsten Institutionen zur Förderung des Spitzensports in Deutschland. 98 Prozent der in Peking gestarteten Sportlerinnen und Sportler waren irgendwann in ihrer Karriere auf die Sporthilfeförderung angewiesen. Deshalb ist es wichtig, dass auch in diesem Jahr 1 Million Euro zur Unterstützung der Stiftung Deutsche Sporthilfe in den Einzelplan 06 eingestellt wird.

Haushaltsrecht ist Parlamentsrecht. Deshalb wünsche ich mir konstruktive Beratungen. Ich bin mir sicher, dass wir im Haushalt an der einen oder anderen Stelle weitere notwendige Akzente setzen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau von der Fraktion Die Linke.

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon erwähnt, dass Bundesinnenminister Schäuble am 4. September Datenschützer und weitere Minister zu einem Datenschutzgipfel geladen hatte. Danach gab es eine Pressekonferenz und ein bemerkenswertes Bild. Bundesinnenminister Schäuble und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Schaar lobten sich wechselseitig - ein seltenes Bild. Ich gönne es Ihnen, Herr Bundesinnenminister. Dieses Bild täuscht aber über allzu viele Probleme hinweg. Es ist richtig, dass der Gipfel Wichtiges vereinbart hat, um die persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. So dürfen ihre Daten ohne ausdrückliche Zustimmung künftig nicht mehr gehandelt werden. Dieser und weiteren Vereinbarungen wird die Linke im Bundestag natürlich zustimmen. Zudem wird die Linke ein Sonderprogramm Datenschutz beantragen. Damit soll der Bereich des Bundesdatenschutzbeauftragten personell und technisch auf das erforderliche Niveau gebracht werden;

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

denn man kann nicht verbal den Datenschutz stark reden und de facto den Datenschutzbeauftragten sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwach halten. Zurück zum Gipfel. Dieser drehte sich ausnahmslos um die Privatwirtschaft. Ein ganz großer Datenstaubsauger

aber ist der Staat selbst. Ich erinnere nur an die Vorratsdatenspeicherung aller Telekommunikationsdaten. Dagegen läuft eine Sammelklage beim Bundesverfassungsgericht. Ich wiederhole für die Linke: Die Vorratsdatenspeicherung muss weg.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Hinzu kommt, dass immer mehr sensible Daten von Staats wegen EU-weit gestreut oder in die USA verschickt werden, also ins Datenschutz Nirwana. Auch das spielte auf dem sogenannten Datenschutzgipfel keine Rolle. Bundesinnenminister Schäuble hatte schon vorher falsch behauptet, das Übel sei privat, der Staat sei sauber. Das sieht die Linke ganz anders.

Nehmen wir ein aktuelles Beispiel: die Bundesdruckerei. Bei der Bundesdruckerei häufen sich persönliche Daten aller Bürgerinnen und Bürger, auch biometrische. Es ist also ein höchst sensibler Betrieb. Trotzdem wurde die Bundesdruckerei im Jahr 2000 von der SPD und von den Grünen entgegen allen Mahnungen und Protesten privatisiert; auch ich war dagegen. Nun lese ich, dass die Bundesdruckerei aus Sicherheitsgründen wieder verstaatlicht werden soll. Ich begrüße das ausdrücklich. Ich frage aber zugleich: Wie unsicher waren die Daten von 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in den acht Jahren dazwischen? Auch dieses Beispiel zeigt: Der Staat ist mitnichten sauber. Er ist vielmehr ein Datenrisiko ersten Ranges.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Sebastian Edathy [SPD]: Der Staat ist doch kein Datenrisiko, Frau Kollegin!)

Deshalb sage ich auch: Das schöne und seltene Bild vom Datenschutzgipfel war ein Trugbild. Es war kein Gipfel, sondern es war bestenfalls ein Hügelchen; denn das weitergehende Problem harret noch immer einer Lösung. Wir brauchen endlich ein Datenschutzrecht, das dem 21. Jahrhundert gerecht wird. Davon sind wir noch meilenweit entfernt.

Der Kollege Wieland hat schon das Bild der Karteikartenzeit bemüht. Ich denke, nicht nur die Lösung dieses Problems muss angegangen werden. Auch die Probleme auf dem großen Feld des Arbeitnehmerdatenschutzes harren längst einer Lösung. Ich höre aber, dass man im zuständigen Ministerium in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr tätig werden will.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Hört! Hört! – Gisela Piltz [FDP]: Das macht jetzt Herr Scholz!)

Eigentlich müsste es doch alle Fraktionen des Bundestages beschämen, dass das Bundesverfassungsgericht die Daten der Bürgerinnen und Bürger immer wieder gegen Regierungsgelüste schützen muss. Leider ist es aber so. Das ehrwürdige Bundesverfassungsgericht ist längst im Internetzeitalter angekommen, die Große Koalition aber immer noch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl von der

CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sag doch mal, was die früher alles gesammelt haben!)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der eine oder andere Kollege gemeint hat, aufgrund des bayerischen Landtagswahlkampfes Anmerkungen zur dortigen Sicherheitslage machen zu müssen, kann ich es mir als Münchener Abgeordneter und früherer Kreisverwaltungsreferent nicht verkneifen, dreierlei dazu zu sagen

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Was waren Sie? Kreisverwaltungsreferent?)

- Kreisverwaltungsreferent heißt das; in Berlin heißt das Innensenator -:

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Rudolf Körper [SPD]: Was war das für eine Besoldungsgruppe?)

Die höchste Aufklärungsquote ist immer noch in Bayern zu verzeichnen, die niedrigste Kriminalitätsrate auf 100 000 Einwohner ist immer noch in Bayern zu verzeichnen, und denjenigen, die sich über den Stand der Planstellen bei der bayerischen Polizei Sorgen machen, sei gesagt, dass das bayerische Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, 200 neue Stellen zu schaffen. So viel zu Bayern und zum Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU/CSU - Norbert Barthle [CDU/CSU]: Auch das musste einmal gesagt werden! - Sebastian Edathy [SPD]: Zwei Wochen vor der Wahl! - Dr. Max Stadler [FDP]:

Das reicht überhaupt nicht! 500 sind erforderlich! Das ist noch zu wenig! Wahlkampf!)

Meine Damen und Herren, auch diese Legislaturperiode war und ist noch vom Kampf gegen den internationalen Terrorismus geprägt. Deswegen haben wir bereits im Jahre 2006 das Antiterrordateigesetz beschlossen.

(Gerold Reichenbach [SPD]: Das rettet den Huber jetzt auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Uhl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Benneter?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Nein, das bringt uns nicht weiter, Herr Kollege, bei aller Liebe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Das führt zu einem Vergleich der Sicherheitslage in Ihrer Stadt Berlin mit der in München. Das bringt uns wirklich nicht weiter.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das will er uns nicht antun! - Fritz Rudolf Körper [SPD]: Herr Kreisverwaltungsreferent, das könnten Sie doch einmal tun!)

- Wir sprechen nach meiner Rede miteinander.

Lassen Sie mich zum Thema Antiterrorkampf zurückkommen und, weil der Kollege Wieland hier ganz bemerkenswerte Dinge gesagt hat, feststellen:

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tut er immer! - Gisela Piltz [FDP]: Das stimmt!)

Seit wir das Antiterrordeuergesetz anwenden - im Zusammenhang mit diesem Gesetz haben Sie in Ihrer unnachahmlichen Art diffamierend von einem gemeinsamen Aktenschrank der Nachrichtendienste und Polizeien gesprochen -, wissen die Polizeien und Sicherheitsorgane in Deutschland - des Bundes und der Länder - sowie die Nachrichtendienste vom jeweils anderen, was diese über terroristische Vorbereitungsmaßnahmen bzw. -handlungen wissen, weil alles auf einen Tisch gelegt wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben! - Gisela Piltz [FDP]: Warum gibt es das nicht schon seit Jahren?)

Das heißt, wir haben aus dem 9/11 in Amerika gelernt, als man sehr viel wusste, dies aber nicht zusammengetragen hat, sodass auf diese Art und Weise der Anschlag nicht verhindert werden konnte.

(Gisela Piltz [FDP]: Wir hätten das schon fünf Jahre vorher haben können!)

Wir haben daraus gelernt, und Sie stellen sich hierhin und sagen, dass man es brandmarken muss, dass die Nachrichtendienste und die Polizeikräfte des Bundes und der Länder alles über Terroranschläge austauschen. Sind Sie denn von allen guten Geistern verlassen, Herr Wieland?

(Beifall bei der CDU/CSU - Gisela Piltz [FDP]: Sagen Sie das einmal Ihrem Innenminister in Bayern! - Wolfgang Wieland

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber keinen gemeinsamen Akten- und Datenbestand!)

Wir wollen diese Zusammenarbeit.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch! Darum geht es doch gar nicht! - Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen aber keinen gemeinsamen Aktenschrank!)

Wenn Sie sie nicht wollen, dann machen Sie sich letztlich zum Schutzpatron des Terrorismus, Herr Wieland, ob Sie das wollen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Üble Verleumdung! - Weitere

Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Uhl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Montag?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Montag, ja bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen, Herr Kollege Uhl, für die bayerische Solidarität.

Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, in diesem Hohen Hause zur Kenntnis zu nehmen und zu bestätigen, dass wir Grüne selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt dagegen waren, dass die Sicherheitsbehörden - seien es die Geheimdienste, sei es die Polizei - im Kampf gegen den Terrorismus ihre Informationen austauschen. Wir waren

lediglich strikt dagegen - wir sind es bis heute -, dass das eine Amt in den Aktenbestand des anderen hineinschauen kann, dass also - Kollege Wieland hat das völlig richtig ausgedrückt - die Informationen in einem einzigen, gemeinsamen Aktenschrank gesammelt werden.

Wir wollten eine Referenzdatei; Sie wollen einen vollen Einblick aller Beteiligten in alle Aktenbestände. Sind Sie bereit, zuzugestehen, dass wir immer auf diese Differenz hingewiesen haben?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Kollege Montag, selbstverständlich bin ich nicht bereit, Ihnen das zuzugestehen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich die Mühe machen - Sie sind ja ein fleißiger Jurist -, noch einmal in das Antiterrordateigesetz hineinzuschauen und sich genau anzuschauen, was zu den in diesem Gesetz festgelegten Grunddaten gehört, die in eine gemeinsame Datei eingegeben werden sollen. Diese Grunddaten müssen alle Sicherheitsbehörden kennen. Dieser Staat darf sich gegenüber dem Terror nicht künstlich blind und taub machen. Der Staat muss wissen, wo Mordanschläge vorbereitet werden; jede Sicherheitsbehörde, jeder Nachrichtendienst in jedem Bundesland und der Bundesnachrichtendienst müssen diese Grunddaten kennen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genau dies und nichts anderes haben wir festgelegt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das ist der gemeinsame Aktenschrank, von dem ich geredet habe!)

Wir haben im Rahmen der Föderalismusreform die Verfassung geändert und festgelegt: Für den Fall eines drohenden Terroranschlags muss das Bundeskriminalamt eine eigene Zuständigkeit bekommen. Das heißt, wir müssen die nachrichtendienstliche Tätigkeit verstärken und das Bundeskriminalamt von dem, was vorbereitet wird, in Kenntnis setzen. Das Bundeskriminalamt muss eigene Zuständigkeiten bekommen.

Herr Kollege Stadler, die gestrige Anhörung hat aus unserer Sicht ergeben, dass das Bundeskriminalamtgesetz in großen Zügen verfassungsgemäß ist.

(Gisela Piltz [FDP]: Stimmt, Sie sind früher gegangen!)

Natürlich haben Sie mit selektivem Wahrnehmungsvermögen etwas anderes herausgehört als wir. Ich möchte nur ein wörtliches Zitat eines Professors anführen; auch Sie haben Professoren angesprochen, aber nicht zitiert. Professor Gusy - er wurde nicht von uns, sondern von der SPD-Fraktion vorgeschlagen - sagte: Der vorgelegte Entwurf enthält keine grundsätzliche Verschiebung des Koordinatensystems von Freiheit und Sicherheit zulasten der Freiheit. Das heißt, das Bundeskriminalamtgesetz ist im Grunde in Ordnung. Deswegen werden wir es beschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Gisela Piltz [FDP]: Die Frage ist doch, ob es verfassungsgemäß ist oder nicht!)

Die Informations- und Wissensgesellschaft ist stärker denn je von der störungsfreien Funktion informationstechnischer Systeme abhängig. Deswegen lassen



Sie mich auf ein Amt zu sprechen kommen, das nur unter Fachleuten bekannt ist: das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Es lohnt sich, dieses Amt zu besuchen und sich mit dem zu befassen, wovon es uns in diesem Staat schützt. Das Thema Internet - Schutz vor Missbrauch des Internets, Kampf gegen organisierte Kriminalität - wird immer wichtiger. Dieses Amt führt zu Unrecht ein Schattendasein. Es ist gut, dass wir die Mittel für dieses Amt auf 64 Millionen Euro erhöht haben. Wir werden noch viel von ihm hören.

Einige Bemerkungen zum Thema Datenschutz. Die FDP hat gefragt, wie man überhaupt als Unionspolitiker im Bereich der Sicherheitspolitik im Kreise der Großen Koalition arbeiten könne. Herr Körper, wenn man es mit den Kollegen aus der Opposition vergleicht - mit dem, was von den Linken, den Grünen, zum Teil aber auch von der FDP angesprochen wurde -, kann man sich im Kreise der Großen Koalition wieder einigermaßen wohlfühlen. - Das sollte ein Lob für Sie sein.

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD] - Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf sind wir stolz! - Sebastian Edathy [SPD]: Mit wem wollen Sie denn künftig in Bayern koalieren?)

Die Datenmissbräuche des Sommers haben doch eines gezeigt: 90 Prozent der Milliarden schutzwürdiger Personendaten werden im privaten Sektor zwischen Konsumenten und Wirtschaft ausgetauscht. Das heißt, die Herausforderung stellt sich ganz anders dar, als wir bisher angenommen haben.

(Gisela Piltz [FDP]: Ja, weil Sie auf dem Auge blind waren!)

Es geht nicht in erster Linie um einen übermächtigen Staat, der den Bürgern Daten abnimmt und sie missbräuchlich verwendet. Es geht vielmehr auf der Ebene von Bürger zu Bürger darum, dass der Bürger grob fahrlässig seine Daten preisgibt, mit denen Wirtschaftsunternehmen und andere auf rechtswidrige Weise Geld verdienen. Um diese Herausforderung geht es, und diesem Thema widmen wir uns.

Ich bitte Sie, sich parteiübergreifend mit dem Datenmissbrauch zu befassen und sich dabei von der starren Vorstellung von Bürger und Staat zu verabschieden. Weil der Datenmissbrauch größtenteils von Bürger zu Bürger erfolgt - etwa 90 Prozent der Milliarden personenbezogenen Daten entfallen auf diesen Bereich -, bitte ich Sie, sich diesem Thema stärker zu widmen.

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen. Die Visawarndatei wird kommen. Wir haben uns heute noch einmal auf die Einrichtung einer solchen Datei verständigt. Das ist gut; denn wir wollen zwar die grenzüberschreitende Mobilität fördern und den Reiseverkehr erleichtern, aber die Zunahme der organisierten Kriminalität mit Drogenhandel, Menschenhandel und Schleusertruppen vermeiden. Dieses Massengeschäft kann nur mit einer intelligenten Steuerung durch eine Visawarndatei bewältigt werden.

Auch der elektronische Personalausweis wird kommen. Er wird hochinnovativ sein.

Das heißt - damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident

-, wir werden im sicherheitspolitischen Bereich eines Tages auf die vier Jahre der Großen Koalition als fruchtbare und gute Jahre zurückblicken, die uns weitergebracht haben. Freiheit ist nicht denkbar ohne Sicherheit. Sicherheit kann aber nur mit den notwendigen finanziellen Mitteln gewährleistet werden. Dafür, dass Sie immer die angemessene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gefunden haben, danken wir Ihnen, Herr Minister Schäuble, und Ihren fleißigen und sachkundigen Mitarbeitern im Innenministerium ebenso wie den Berichterstattem, die sich ganzjährig mit dem Haushalt beschäftigen.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Sebastian Edathy von der SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Handschrift der Großen Koalition im Bereich der Innenpolitik ist eindeutig. Wir gewährleisten gemeinsam Freiheit und Sicherheit, und wir achten darauf, dass eines klar ist: Sicherheit ist, zumal im demokratischen Rechtsstaat, kein Selbstzweck, sondern hat gegenüber der Freiheit eine dienende Funktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb muss immer sehr genau darauf geachtet werden, wie wir die Sicherheitsinteressen des Staates effektiv wahrnehmen können, ohne die Bürgerrechte der Menschen in Deutschland einzuschränken.

Es gibt eine Fülle von Projekten, bei denen diese Philosophie deutlich wird und festgestellt werden kann, Herr Kollege Wieland, dass sich die SPD nicht nur bemüht, sondern erfolgreich durchgesetzt und der Innenpolitik ihren Stempel aufgedrückt hat.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt hören wir genau zu!)

Ich nenne in diesem Zusammenhang das schon angesprochene Gemeinsame-Dateien-Gesetz, mit dem wir gerade nicht, wie behauptet wurde, die Grenzen zwischen den Zuständigkeiten der Polizeien und Nachrichtendienste verwischt haben.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Ich nenne zum Beispiel den elektronischen Fingerabdruck im Reisepass oder im Personalausweis. Bei Letzterem haben wir durchgesetzt, dass dies nur auf Wunsch erfolgt, und bei Ersterem gilt wie auch bei den neuen Personalausweisen, dass die Merkmale nicht bei den Behörden gespeichert werden - dort haben sie nichts zu suchen -, sondern ausschließlich auf den Dokumenten selber, um im Live-Abgleich sicherzustellen, dass einer Person, die einen Ausweis mit sich führt, dieser rechtmäßig gehört. Das ist ein Beitrag zu mehr Sicherheit ohne eine Einschränkung von Rechten der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Bemühen, eine vernünftige Balance zu finden, wird auch bei der Beratung des BKA-Gesetzentwurfs im Innenausschuss und später im Plenum deutlich werden. Wenn wir die gestrige Sachverständigenanhörung

ernst nehmen, dann kommt ein bloßes Durchwinken des  
Gesetzentwurfs nicht infrage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der FDP und des Abg. Wolfgang Wieland  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann müssen wir noch einmal sehr genau in die Details  
einsteigen. Bei aller Polemik, derer sich die Opposition  
in nicht ungewöhnlicher Weise befleißigt, kann es nur  
völlig unstrittig sein, dass wir ein solches Gesetz brauchen,  
um die Verfassungsänderung vor zwei Jahren  
rechtlich umzusetzen.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Genau!)

Es gilt aber auch der Grundsatz, dass Kohle und Diamanten  
aus demselben Stoff bestehen. Mit dem Gesetzentwurf  
versuchen wir, aus einem Stück Kohle einen geschliffenen  
Diamanten zu machen. Unsere Aufgabe als  
Parlament besteht nicht darin, abzunicken, was vom  
Bundeskabinett kommt, sondern die Änderungen vorzunehmen,  
die wir für notwendig und verantwortbar halten.  
Das werden wir auch machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir leben - darauf sollte man gelegentlich hinweisen -  
nicht nur in einem der sichersten Länder dieses Planeten,  
sondern auch in einem der sozial intaktesten Länder.  
Zum Funktionieren unserer Gesellschaft gehören nicht  
nur das Gewährleisten der Freiheit - auch durch Sicherheit  
-, sondern auch eine gute Integrationspolitik. Wir  
sind gut beraten, in den Haushaltsberatungen in den  
Ausschüssen des Bundestages sehr genau darauf zu achten,  
ob der Entwurf ausreichend ausgestaltet ist. Ich höre  
aus den Reihen der Bundesregierung, dass es für das laufende  
Jahr - weil die Integrations- und Sprachkurse so  
gut angenommen und zunehmend vernünftig ausgestaltet  
werden - einen Nachtragshaushalt mit einem Volumen  
von 14,6 Millionen Euro geben soll. Trotzdem  
haben die Bundesregierung und insbesondere der Bundesinnenminister  
im Haushaltsentwurf 2009 die alte,  
niedrige Summe eingestellt, obwohl generell betrachtet  
der Bedarf 2009 nicht geringer sein dürfte als 2008. Das  
heißt, wir bräuchten in diesem Bereich eine Aufstockung.  
Ich rate dazu, das auch zu machen, wenn wir die  
Integrationskurse weiter verbessern wollen. Wir sollten  
bei kleineren Kursen höhere Sätze zahlen, um motiviertes  
und qualifiziertes Lehrpersonal zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist sicherlich sinnvoll, im Bereich der Migrationsberatung  
mehr zu tun. Der Präsident des Bundesamtes  
für Migration und Flüchtlinge hat in der Vorbereitung  
der Haushaltsaufstellung deutlich auf einen  
Mehrbedarf in Höhe von knapp 7 Millionen Euro hingewiesen.  
Dies ist aber im Haushaltsentwurf nicht aufgegriffen  
worden. Es ist nicht ausreichend, Integrationsgipfel  
zu veranstalten und nur am Sonntag davon zu reden,  
dass wir mehr für Integration tun müssen, dann aber von  
Montag bis Samstag die Hände in die Taschen zu stecken.  
Wir müssen auch von Montag bis Samstag im Alltag  
und im Haushaltsvollzug darauf achten, dass das  
Ganze materiell unterlegt wird. Der Bedarf ist jedenfalls  
da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des

Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Investitionen in Integration sind Investitionen in den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Lassen Sie mich Folgendes am Rande anmerken - das hat im engeren Sinn nichts mit dem Haushalt zu tun, wohl aber viel mit Integration -: Wir müssen uns bei der Integration immer des Grundgedankens gewahr sein, dass es für eine Demokratie lebensnotwendig ist, dass möglichst alle, die dauerhaft in einem Land leben, als Bürger auf Augenhöhe zusammenleben. Das heißt, wir müssen uns mehr Gedanken als in der Vergangenheit darüber machen, wie wir aus Staatsbewohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit Staatsbürgerinnen und Staatsbürger machen können. Das muss sich auch in der Ausgestaltung eines grundsätzlich begrüßenswerten Eingliederungstests niederschlagen. Wenn der Test aber so ausgestaltet wird, dass er zum bloßen Auswendiglernen einlädt und nicht dem Abfragen von Basiswissen über Geschichte, Kultur und demokratische Struktur in Deutschland dient, dann setzt er Fehlanreize. Man kann zwar sagen, dass Auswendiglernen etwas typisch Deutsches sei. Das kann aber nicht Sinn eines solchen Tests sein. Er darf nicht abschrecken, sondern sollte zum Schritt der Einbürgerung in Deutschland ermuntern.

(Beifall bei der SPD - Ulla Jelpke [DIE LINKE]:  
Warum überhaupt einen Test?)

Ernsthaftigkeit ist auch beim Datenschutz gefordert. Wir müssen darüber reden, ob eine Anhebung des Etats des Bundesdatenschutzbeauftragten um - man höre und staune - 22 000 Euro ausreichend ist. Ich jedenfalls habe daran erhebliche Zweifel. Wir müssen darüber diskutieren, wie sich die Möglichkeiten des Datenschutzbeauftragten und seines Amtes verbessern lassen. Ich begrüße es als Vorsitzender des Innenausschusses sehr, dass der Bundesinnenminister die Initiative ergriffen hat, das Bundesdatenschutzrecht auf den Prüfstand zu stellen, und Vorschläge für seine Weiterentwicklung gemacht hat. Wir dürfen diese Debatte aber nicht allein der Exekutive und den Datenschutzbeauftragten überlassen, sondern müssen sie auch im Parlament führen. Wir haben gleich um 17.30 Uhr ein Gespräch der Parlamentarier aus dem Innenausschuss zum Thema Datenschutz.

Leider hat die Union gestern Nachmittag ihre Teilnahme abgesagt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Aber das wird sicherlich nicht das einzige Gespräch sein.

Die Bürger erwarten zu Recht, dass wir, die Parlamentarier, uns dieses Themas annehmen und nicht nur auf Vorschläge der Regierung warten, sondern selber Initiativen ergreifen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht den Staat nicht vor ihrer Nase, sondern an ihrer Seite, gerade wenn es um Bürgerrechte geht, zu denen zweifellos auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gehört.

Ich freue mich auf spannende Beratungen in den Ausschüssen und auf gute Resultate.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:  
Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen  
nicht vor.

</ text >

< text 16175 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle  
herzlich. Ich wünsche uns einen guten Morgen und gute  
Beratungen.

Wir setzen heute die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkte  
1 a und b - fort:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten  
Entwurfs eines Gesetzes über die  
Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das  
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksache 16/9900 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksache 16/9901 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Wir haben gestern für die heutige Aussprache eine  
Redezeit von insgesamt acht Stunden beschlossen. Wir  
beginnen die heutigen Haushaltsberatungen mit dem Geschäftsbereich  
des Bundeskanzleramtes, Einzelplan

04.

Das Wort erhält als Erster der Kollege Rainer  
Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sommerpause  
ist in jeder Hinsicht vorbei. Die Temperaturen  
sinken. Der Konjunkturhimmel hat sich mehr als bewölkt.  
Professor Walter von der Deutschen Bank spricht  
davon, eine Rezession sei nicht mehr vermeidbar. Ich  
gehe nicht ganz so weit. Aber der Abschwung hat die  
Wirtschaft erfasst. Selbst der Finanzminister hat das gestern  
ingeräumt. Es genügt daher nicht, im Ausland  
Bella Figura zu machen. Vielmehr muss in der Innenpolitik  
entschieden gehandelt werden. Dies geschieht  
nicht. Die drei Koalitionsparteien befassen sich mit sich  
selbst. Sie starren voller Angst auf ein Kanzlerphantom.  
Eigentlich regiert schon Oskar Lafontaine dieses Land.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei  
der SPD)

Er gibt den politischen Takt vor. Die historische Schuld  
an dieser Entwicklung trägt diese wankelmütige Regierung,  
der eine Orientierung fehlt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD:

Wann kommt denn euer Kanzlerkandidat mit  
den 18 Prozent?)

Deutschland ist immer gut gefahren, wenn nicht die  
Ränder, die Extreme die Politik bestimmt haben, sondern  
die Mitte. Wir stehen für eine Politik der Mitte in  
Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben versprochen, Deutschland zu reformieren. Sie wollten es für den Welthandel öffnen, das Arbeitsrecht weiter reformieren, die Tarifautonomie zur Flexibilisierung nutzen, die Lohnnebenkosten dauerhaft unter 40 Prozent senken und den Haushalt konsolidieren. Tatsächlich haben Sie bei jedem Haushalt die Ausgaben erhöht. Was ist geblieben? Sie können doch mit Reformieren nicht allen Ernstes Steuererhöhungen, Mindestlöhne und Zwangsgesundheitsfonds gemeint haben. Das ist keine Reform für Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann dazu nur sagen: versprochen, gebrochen. Welche auch immer Ihre Lieblingskoalition für 2009 sein mag, mit der FDP kann es keine Fortsetzung dieser falschen Politik geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Müntefering und Herr Steinmeier, Sie machen uns nette Avancen. Aber das ist für mich ein durchsichtiges Manöver zur Ablenkung von Ihrem Linkskurs. In Hessen wollen Sie mit Frau Ypsilanti Rot-Rot-Grün durchsetzen. Sie träumen von der „Ampel“. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Deutschland links fährt, wird es zum Geisterfahrer. Das kann nicht gut gehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der weise ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, von Herrn Steinbrück gestern oft zitiert, hat in diesen Tagen wieder bemerkenswerte Vorschläge zur Reform der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gemacht. Herr Steinmeier, mit einer Helmut-Schmidt-SPD können sich die Liberalen wahrscheinlich auf gemeinsame Ziele verständigen. Aber die heutige SPD ist nicht regierungsfähig.

(Beifall bei der FDP)

Wir lassen uns auch nicht für taktische Spielchen in Anspruch nehmen. Sie wollen weiterregieren, obwohl Sie längst einen Dauerwahlkampf eingeleitet haben. Statt kraftvollen Regierens Dauerwahlkampf – das ist das Letzte, was Deutschland gebrauchen kann. Neuwahl wäre die sauberste Lösung, aber dazu geben Sie den Weg nicht frei.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe den Verdacht, Frau Merkel und Herr Steinmeier, dass Sie am liebsten Ihre Kuschelkoalition fortführen würden.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Das ist wahr!)

Die Auswirkungen der Finanzmärkte, die Rückkehr der Inflation, steigende Energiepreise – alles dies müsste die Regierung zum Handeln veranlassen. Wir marschieren auf eine Versorgungslücke im Energiesektor zu. Es gibt kein nationales Energiekonzept; nichts geschieht in diesem Sektor. Alle Kernkraftwerke zu schließen, neue und effiziente Kohlekraftwerke zu verhindern, beim Gas einseitig auf Russland zu setzen und zu meinen, mit ein paar Windrädern über die Runden zu kommen – das ist kein Energiekonzept für Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Das Kerndilemma dieser Regierung ist, dass sie eine Reihe relativ guter Jahre, in denen Gewaltiges in der

Wirtschaft geleistet wurde, in denen die Arbeitnehmer Neustrukturierungen möglich gemacht haben und in denen sich der Mittelstand neu aufgestellt hat, ungenutzt hat verstreichen lassen. Die gute Stimmung und die relativ gute wirtschaftliche Situation, die es gab, hätten Sie nutzen müssen, um Deutschland fit zu machen für das, was bevorsteht. Man weiß schon aus der Bibel, dass nach sieben fetten Jahren sieben magere Jahre kommen. Sie haben die Zeit verstreichen lassen. Das ist die Tragik der schwarz-roten Politik.

(Beifall bei der FDP)

Statt für ein weltoffenes Deutschland einzutreten, schrecken Sie ausländische Investoren und hochqualifizierte Arbeitnehmer ab. Das Trauerspiel dieser Koalition hat seinen Höhepunkt erreicht. Die SPD irrt orientierungslos umher, und die Union hat inhaltliche Fragen nicht geklärt. Sie sind hin- und hergerissen zwischen Wettbewerb und Staatseingriff, zwischen Belastung der Bürger und deren Entlastung. Herr Kauder hat inzwischen gemerkt, dass der Aufschwung bei den Bürgern nicht angekommen ist. Die Früchte des Aufschwungs hat der Staat kassiert; das ist Ihre Politik. Bei den Bürgern ist nichts geblieben.

(Beifall bei der FDP)

Der CSU steht vor der Bayernwahl das Wasser inzwischen bis zum Trachtenhut.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD)

Erst macht sie von den größten Steuererhöhungen bis hin zu dem Quatsch mit der Kilometerpauschale alles mit, und jetzt bekämpft sie es. Politisch nennt man das scheinheilig. Ein Neurologe würde sagen, dass Sie schizophren sind.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Thomas Oppermann [SPD] und Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Wenn Sie wollen, können Sie schnell handeln. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gibt Ihnen die Möglichkeit, sogar ohne das Parlament Steuern schnell zu senken. Sie können Steuerschecks, die in Amerika sehr wohl gewirkt haben, in Betracht ziehen. Aber Sie lassen es treiben. Sie starren auf Lafontaine und wollen weiter in Ihren Sesseln sitzen. Sie vergeuden die Zeit, und Deutschland leidet. Das ist eine traurige Situation.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesen Tagen, während wir hier im Parlament unsere Haushaltsdebatte führen, verfolgen wir natürlich alle die Nachrichten vom amerikanischen Finanzmarkt. Es hat massive Stützungsmaßnahmen und Hilfsmaßnahmen der amerikanischen Regierung gegeben, gerade wieder in dieser Nacht in Bezug auf ein Versicherungsunternehmen. Es hat Übernahmen im Privatsektor gegeben und den Konkurs einer bedeutenden amerikanischen Investmentbank. Die Börsen und natürlich auch der DAX haben mit erheblichen Kursschwankungen und Kurskorrekturen

reagiert. Wichtige internationale Banken haben einen Stützungsfonds aufgelegt.

Die Bundesregierung verfolgt diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. Wir stehen in engem Austausch mit den Spitzen der deutschen Kreditwirtschaft ebenso wie mit anderen Regierungen. Als ein Ergebnis haben Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und das Bundesministerium der Finanzen schon am Montag erklären können, dass sich im Fall des Kreditinstituts Lehman Brothers das Engagement deutscher Kreditinstitute glücklicherweise in einem überschaubaren Rahmen hält.

Aber wir spüren alle, dass die Dynamik der Weltwirtschaft beeinflusst wird. Wir können froh sein, dass in den letzten Jahren neben dem amerikanischen Kraftzentrum andere Kraftzentren in Asien, in Lateinamerika und im vereinten Europa erwachsen sind, sodass heute die internationale Konjunktur auf sehr viel breiteren Beinen steht, als das noch vor Jahrzehnten der Fall war. Deshalb sind die Auswirkungen auf die übrige Wirtschaft in Deutschland bislang moderat, und die Unternehmenskredite wurden in Deutschland im Gegensatz zur übrigen EU erneut deutlich ausgeweitet.

Dennoch wird eine offene Volkswirtschaft wie die deutsche, die von der Globalisierung im Übrigen mehr als andere profitiert, nicht völlig unberührt bleiben können. Wir spüren das auch an den Prognosen, die uns jeden Tag erreichen. In einer solchen Situation werden die Rufe nach Konsequenzen natürlich wieder lauter. Ich will deshalb noch einmal auf die zwei grundsätzlichen Möglichkeiten hinweisen, die wir haben, um auf eine solche Situation zu reagieren. Die eine wäre, sich so weit wie möglich von internationalen Einflüssen abzuschotten; die andere ist: Wir begreifen die internationale Verflechtung als Wesenszug des 21. Jahrhunderts. Dann allerdings muss Politik einen klugen Ordnungsrahmen schaffen, der die Chancen nutzt und der die Risiken begrenzt. Das heißt: Politik muss gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Bundesregierung hat sich entschieden, und zwar von Beginn dieser Koalition an: Deutschland wird ein offenes Land bleiben, ein Land, das sich der Welt zuwendet, ein Land, das seine Chancen nutzt. Die Bundesregierung wird von diesem Kurs auch in der jetzigen Situation nicht ablassen; ich finde, aus überragenden Gründen. Deutschland lebt im Wesentlichen von Auslandsinvestitionen. Es sind etwa 600 Milliarden Euro, die von ausländischen Unternehmen in Deutschland jährlich investiert werden. Das ist doppelt so viel, wie der Bundeshaushalt ausmacht. Deutschland lebt davon, dass 700 Milliarden Euro von deutschen Firmen im Ausland investiert wurden. Das sichert uns Wohlstand, Forschung, Innovation und neue Produkte.

Aber eines zeigt die Entwicklung natürlich: Wir brauchen dringend einen besseren Ordnungsrahmen, und wir - wenn ich das sage, meine ich vor allen Dingen auch den Bundesfinanzminister - fühlen uns in dem bestätigt, was wir sehr früh begonnen haben. Wir haben nämlich bereits während unserer G-8-Präsidentschaft eine Transparenzinitiative begonnen, die damals noch



belächelt und von vielen gleich wieder als Regulierung abgetan wurde. Wir haben im September 2007 mit dem französischen Präsidenten eine gemeinsame Erklärung abgegeben, der sich dann Großbritannien, Italien und die Kommission angeschlossen haben. Im April hat es endlich ein sehr bemerkenswertes Forum für Finanzmarktstabilität gegeben, auf dem eine Reihe von Vorschlägen gemacht wurden, die auf den Vorschlägen des G-8-Gipfels aufbauten. Man kann glücklicherweise jetzt schon sagen, dass einiges in Gang gekommen ist. Es sind nicht nur Ideen, sondern es gibt Bewegung bei Bewertungsverfahren, bei der Kooperation mit Aufsichtsbehörden und bei einem verbesserten Verhaltenskodex vor allen Dingen der Ratingagenturen. Es gibt zum ersten Mal auch Selbstverpflichtungen, zum Beispiel von Hedgefonds. Ich erinnere auch daran, dass sich Staatsfonds von 26 Ländern zusammengeschlossen haben. Ich sage ausdrücklich: Es ist richtig, dass jetzt im Parlament die Veränderung des Außenwirtschaftsgesetzes beraten wird. Wir können nicht tatenlos zusehen. Politik muss gestalten. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass wir die Dinge nicht laufen lassen, sondern dass wir Politik gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Bundesregierung legt Ihnen heute einen Haushalt zur Beratung vor, der seinesgleichen sucht.

(Lachen bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Ich kann Ihre Freude gut verstehen; denn die Bundesregierung schafft mit diesem Haushalt die Voraussetzungen zum Erreichen eines Kernziels, das wir fest im Blick haben, nämlich im Jahre 2011 zum ersten Mal nicht mehr auf Pump zu leben und keine neuen Schulden mehr zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ihr höhnisches Gelächter verdeckt doch bloß Ihr schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denken Sie einmal daran, wie Sie 2005 aus der Regierung herausgegangen sind: Über 30 Milliarden Euro Neuverschuldung, das war die Bilanz der Grünen. Ich würde heute hier ganz still sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die FDP sollte sich daran erinnern, dass 1998 auch nicht alles vom Allerbesten war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich finde, wir können ein Stück selbstbewusster in diese Debatte gehen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Unsere absolute Mehrheit war beeindruckend! Wir haben Deutschland regiert, Grüne und FDP!)

- Ich habe von 1998 gesprochen und damit auch die Union einbezogen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber nur die FDP erwähnt!)  
Schauen Sie: Wir haben aus diesen Dingen gelernt. Wir haben heute Regierungsverantwortung, und wir machen es anders. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Volker Beck  
[Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehrwertsteuererhöhung!  
Super!)

Ich möchte all denen, die daran mitwirken, meinen  
Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und ganz besonders  
dem Bundesfinanzminister, ein herzliches Dankeschön  
sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP], an die SPD gewandt:  
Jetzt klatscht ihr!)

Genauso möchte ich den Koalitionsfraktionen quasi im  
Voraus im Hinblick auf die anstehenden Beratungen ein  
Dankeschön sagen, weil ich weiß, dass wir uns gemeinsam  
diesem Ziel verpflichtet fühlen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Genau!)

Wir legen diesen Haushalt nicht vor, weil er ein  
Selbstzweck ist. Es ist nicht so, dass wir das Thema  
„ausgeglichener Haushalt“ sozusagen wie eine Monstranz  
vor uns hertragen, sondern wir tun dies deshalb,  
weil es darum geht, dass wir in den Zeiten der Globalisierung,  
die wir nun so sehr spüren, die Voraussetzungen  
dafür schaffen, dass das zentrale Versprechen der sozialen  
Marktwirtschaft, nicht auf Kosten der nächsten  
Generation zu leben, sondern jedem Einzelnen den Einstieg  
in Arbeit und den Aufstieg durch Arbeit zu ermöglichen,  
auch heute erfüllt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Auf eine Formel gebracht, hieß dieses Versprechen  
der sozialen Marktwirtschaft zu Beginn der Bundesrepublik  
Deutschland: Wohlstand für alle. Heute gehen wir in  
Zeiten internationaler Verflechtungen, die wir mit dem  
Wort „Globalisierung“ beschreiben, noch einen Schritt  
weiter. „Wohlstand für alle“ heißt heute: Bildung für  
alle. Dabei geht es wie bei den soliden Finanzen nicht  
einfach um ein sektorales Politikfeld, das als Selbstzweck  
daher kommt. Das wäre ein grobes Missverständnis.

Nein, meine Damen und Herren, es geht um viel  
mehr: Es geht um die Zukunft der Menschen in unserem  
Land; denn Bildung für alle ist die entscheidende Voraussetzung  
für Einstieg in Arbeit und Aufstieg durch  
Arbeit, und zwar für jeden, der in diesem Land lebt, egal  
aus welchem Elternhaus er kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin zutiefst überzeugt: Es ist gerade dieses zentrale  
Aufstiegsversprechen, das die Menschen an die  
Kraft der sozialen Marktwirtschaft glauben lässt oder  
- wo sie es im Augenblick nicht tun - wieder glauben  
lässt. Es ist dieses zentrale Aufstiegsversprechen, das  
wir gemeinsam im Blick haben müssen, Bund, Länder,  
Kommunen. Es ist dieses zentrale Aufstiegsversprechen,  
das uns zu der Aufgabe führt, die Bildungsrepublik  
Deutschland zu gestalten. Einfach mehr Geld umzuverteilen,  
schafft nämlich Abhängigkeit vom Staat und zementiert  
die Menschen in ihrer Situation, die heute nicht  
das schaffen können, was sie wollen. Bildung für alle ermöglicht  
es dagegen allen, sich eigenen Wohlstand zu  
erarbeiten. Daraus folgt, in einem Satz gesagt: Die Bildungsrepublik  
ist der beste Sozialstaat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich glaube, bei allem, was wir an Problemen haben, können wir sagen: Für dieses Ziel ist unser Land in den letzten drei Jahren stärker geworden. Wir haben 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze seit 2005. Das bedeutet die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben 100 000 abgeschlossene Ausbildungsverträge mehr als zu unserem Amtsbeginn. Die Eigenkapitalquote der Betriebe ist wieder angestiegen, und damit werden Betriebe auch wieder ein Stück robuster. Dazu haben viele beigetragen, aber die Politik der Großen Koalition eben auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben die Neuverschuldung schrittweise gesenkt. Erstmals seit Ende der 80er-Jahre ist der gesamtstaatliche Haushalt wieder ungefähr ausgeglichen. Wir haben die paritätisch finanzierten Lohnzusatzkosten deutlich unter 40 Prozent gesenkt. Wir werden dabei bleiben: Wir haben Freiräume für Menschen und Betriebe geschaffen. Wenn wir uns einmal die Staatsquote anschauen, erkennen wir: Sie ist auf dem niedrigsten Stand seit 18 Jahren. Die Bundesregierung hat diesen Kurs nicht nur deshalb eingeschlagen, weil es die Vernunft gebietet, sondern auch deshalb, weil ich der Meinung bin, dass dies eine zutiefst moralische Aufgabe ist. Das ist die Basis dafür, dass Vertrauen zwischen den Generationen wachsen kann und dass wir nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben. Trotz schwächer werdenden Wachstums werden wir auch im kommenden Jahr diesen Kurs fortsetzen; dazu sind wir entschlossen.

Das heißt, es sind zwei Seiten einer Medaille, auf der einen Seite den Konsolidierungskurs fortzusetzen und auf der anderen Seite die Arbeitslosenversicherungsbeiträge weiter zu senken, Familien stärker zu entlasten, Entwicklungs- und Forschungsausgaben genauso zu erhöhen wie die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur oder die Investitionen in Kultur. Beides trägt dazu bei, dass wir für die Zukunft stärker gerüstet sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind überzeugt - ich glaube, in den letzten Jahren ist diese Überzeugung noch gewachsen -: Die Bedeutung von Politik nimmt in Zeiten der Globalisierung nicht etwa ab, sondern die Bedeutung von Politik nimmt zu und verlangt uns viel neues Denken ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Für mich ist das allerdings kein Bruch und kein Neustart, sondern es ist eine Weiterentwicklung; denn soziale Marktwirtschaft ist immer davon ausgegangen, dass Politik gestalten muss. Ich erinnere nur an die Kämpfe, die Ludwig Erhard hatte, als er das Kartellrecht durchsetzte - gegen den erbitterten Widerstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Aber hinzugekommen ist eine internationale Dimension des Erfolgsmodells Bundesrepublik Deutschland, der sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft hat immer gestaltend eingegriffen, aber jetzt geht es darum, dass wir die internationale

Dimension ausarbeiten.

Es geht um eine Grundfrage. Soziale Marktwirtschaft hat sich immer als ein Bündnis der Stärkeren mit den Schwächeren in der Gesellschaft verstanden. Wer versuchen will, die Schwächeren in der Gesellschaft zusammenzunehmen und gegen die Stärkeren in der Gesellschaft aufzuhetzen,

(Widerspruch bei der LINKEN)

der wird in der internationalen Dimension der sozialen Marktwirtschaft scheitern. Es geht um das Bündnis der Stärkeren mit den Schwächeren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es geht also um ein glaubwürdiges Wohlstandsversprechen.

Deshalb muss Deutschland den Weg zur Bildungsrepublik gehen. Was heißt das? Das heißt, dass

wir uns die vielen guten Beispiele, die ich jetzt auf meiner Bildungsreise gesehen habe, einmal vor Augen führen sollten: Kindergärten - -

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP] - Lachen bei der LINKEN)

- Es hat eigentlich sowieso keinen Sinn, aber ich will es noch einmal ganz ruhig versuchen: Wir leben in einer Welt, in der viele Menschen darum ringen, ihren Platz zu finden, um in Wohlstand zu leben. Wir sind in einem Land, in dem vieles sehr gut gelungen ist und in dem Millionen von Menschen jeden Tag ihren Beitrag dazu leisten. Dazu gehören die Erzieherinnen in den Kindergärten, (Frank Spieth [DIE LINKE]: Trotz Großer Koalition! Das stimmt!)

die eine gute Arbeit leisten, auch wenn vielleicht 70 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben.

Dazu gehören die Lehrer. Dazu gehören die Forscher.

(Dirk Niebel [FDP]: Dazu mussten Sie erst reisen?)

Dazu gehören die vielen Ehrenamtlichen. Ich möchte diesen Menschen meine Anerkennung geben. Deshalb besuche ich sie, und ich glaube, das ist richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Es geht um ein umfassendes Selbstverständnis unseres Landes. Dafür müssen wir drei Leitlinien einhalten, die sich genau auch in der Politik der Bundesregierung widerspiegeln: Nachhaltigkeit und Langfristigkeit als Erstes, Eigenverantwortung und Ermutigung als Zweites, Durchlässigkeit und ein festes Wertefundament als Drittes.

Nachhaltigkeit und Langfristigkeit. Es geht nicht um Strohfeuer, sondern es geht um nachhaltigen Erfolg, nicht nur in der Bildungspolitik, sondern insgesamt. Deshalb wünsche ich mir zum Beispiel einen Erfolg bei der Haushaltskonsolidierung, nicht nur im Blick auf 2011. Es geht nämlich auch um eine Verpflichtung im Rahmen der Föderalismusreform II, nach der das ein Grundprinzip unseres zukünftigen Handelns wird. Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, ob wir die Kraft dazu aufbringen. Ich wünsche es mir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zu Nachhaltigkeit und Langfristigkeit gehören auch

Investitionen in Familien. Das Elterngeld ist ebenso ein Erfolg wie die Vätermo-nate. Wir werden für 70 000 Familienhaushalte den Kinderzuschlag einführen, der Kinder und Eltern aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II entlässt. Wir werden die Betreuungsaufwendungen stärker steuerlich absetzbar machen; zum einen, um den Haushalt als Arbeitgeber zu entwickeln, zum anderen aber auch, um Betreuung zu Hause zu ermöglichen. Wir haben zwischen Bund und Ländern einen gemeinsamen Weg gefunden, die Betreuung der unter Dreijährigen auszubauen, und zwar nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ mit Blick auf die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Ich glaube, das sind wichtige Schritte.

Vor uns liegen bessere Leistungen für Familien auf der Grundlage des Existenzminimumberichts. Hierüber werden wir in der Koalition noch Diskussionen führen, das hat sich gestern angedeutet. Ich persönlich halte 10 Euro für jedes Kind nicht für eine schlechte Sache, aber darüber werden wir uns auseinandersetzen müssen. Ich glaube auch, dass ein Kind denselben Anspruch auf einen Freibetrag hat wie ein Erwachsener. Insofern müssen wir noch ein wenig darum ringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Niemand wird bestreiten, dass Familien im Zentrum der Politik der Großen Koalition stehen. Das ist eine richtige Schwerpunktsetzung. Nachhaltigkeit und Langfristigkeit bedeuten auch, in die Bildungspolitik an sich zu investieren. Aus den internationalen Vergleichen wissen wir, dass wir nicht überall Spitze sind. Ich bitte aber darum, diese Studien einmal genau zu lesen und nicht alles immer in Grund und Boden zu reden, sondern auch das Positive zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Bereich der abgeschlossenen Berufsausbildung gibt es bei uns zum Beispiel hervorragende Leistungen. Auch in der Frage des Abiturs oder der Postgraduiertenförderung gibt es sehr gute Dinge, an die wir anknüpfen können. Wahr ist aber auch, dass andere aufholen. Deshalb sind wir gefragt. Deshalb ist es auch wichtig, dass Bund und Länder in diesem Jahr am 22. Oktober in Dresden einen Bildungsgipfel durchführen. Hierbei geht es ausdrücklich nicht um eine Kompetenzverschiebung. Vielmehr geht es bei diesem Bildungsgipfel um die Frage, wie wir in unserem Land Politik für die Menschen gestalten. Hier müssen wir den Blickwinkel der Menschen - der Eltern und der Kinder - einnehmen. Diejenigen, die mit Bildungspolitik konfrontiert werden, überlegen nicht ständig, ob der Bund, das Land oder die Kommune für sie verantwortlich ist. Sie wollen Politik aus einem Guss.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Genauso ist es!)

Deshalb müssen die verschiedenen politischen Ebenen in ihrer Verantwortlichkeit so zusammenarbeiten, dass für das einzelne Kind das Beste erreicht wird und dass Eltern ihre Kinder optimal fördern können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Zusammenhang müssen die Schulabbrecherquoten

gesenkt werden. Es müssen Schulabschlüsse ermöglicht werden, und Hochschulen müssen sich zum Beispiel auch für Meister und ähnliche Qualifizierungen öffnen. Wir müssen Ausbildungsbausteine so gestalten, dass sie sich zu einem Ganzen zusammenfügen. Im Grunde geht es nicht um Strukturdebatten, sondern um die Frage des Erfolgs eines jeden Einzelnen mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, wie richtig die Entscheidung der Bundesregierung war, Integrationspolitik zu einer Querschnittsaufgabe zu machen.

Wenn Sie sich den Bildungsbericht für Deutschland anschauen, dann sehen Sie, dass der Anteil der jungen Menschen unter 25 mit Migrationshintergrund in den Regionen mit industrieller Struktur - im Ruhrgebiet, im Bereich der Rhein-Main-Schiene, in Stuttgart, in München und in der Region um Nürnberg - zwischen 40 und 50 Prozent liegt. Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, ob auch diese jungen Leute, und zwar jeder Einzelne von ihnen, eine Chance auf einen Aufstieg in unserem Land haben. Ansonsten werden nicht nur diese jungen Leute leiden, sondern unser ganzes Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben in Forschung und Entwicklung investiert und streben dort einen Anteil von 3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt an. Gegenwärtig sind wir bei 2,8 Prozent

angelangt, wir haben noch einen Weg vor uns. Das ist aber zu schaffen. Die Exzellenzinitiative hat sich bewährt.

Wir haben die Freiräume der Unternehmen gestärkt.

Wir haben die Wissenschaftsallianz, und wir haben viele neue Wege beschritten, bei denen Leistung ganz ausdrücklich prämiert wird. Das ist richtig.

Natürlich hängt Nachhaltigkeit auch mit der Ressourcennutzung zusammen. Wir wissen, dass eines der drängendsten Probleme für die Menschen der Anstieg der

Energiepreise und daraus folgend die Inflation ist. Wir stehen natürlich vor der Frage, was wir da tun sollen.

Hier ist politische Gestaltung gefragt. Es ist sehr einfach, das Falsche zu tun, indem man sich auf den Standpunkt stellt, dass Energiepreise nicht nachhaltig steigen können.

Genau das machen wir nicht. Der Bundesfinanzminister hat es gestern noch dargestellt. Wir eröffnen vielmehr

Wege zum effizienteren Umgang mit Energie, um die Menschen in die Lage zu versetzen, weniger Energie zu verbrauchen und damit mit den steigenden Kosten

klarzukommen. Ich glaube, die Förderung von Gebäudesanierung und viele andere Maßnahmen wie die Einführung von intelligenten Stromzählern über die Novellierung des KWK-Gesetzes bis hin zu unseren

Klimapaketen, die ja hart umstritten sind, sind langfristig insgesamt die richtige nachhaltige Antwort auf die Energiepreisentwicklung

in der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden jetzt auf der Ebene der Europäischen Union Verhandlungen über Europas Klimaschutzziele führen. Die Bundesregierung steht ausdrücklich zu diesen Zielen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

- Ich wiederhole es gerne noch einmal: Die Bundesregierung steht ausdrücklich zu diesen Zielen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht mal was! Nicht stehen, sondern laufen!)

Im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden wir die Kioto-Verpflichtungen einhalten. Andere werden das nicht tun. Vielleicht könnten wir einmal gemeinsam diese kritisieren und nicht immer nur uns selber schlechtmachen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann dürfen Sie aber nicht in Europa alles blockieren, was dabei helfen könnte!)

Deutschland ist aber auch das Land in Europa, das eines der breitesten industriellen Fundamente hat, und die wirtschaftliche Entwicklung Europas hängt auch von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb werden wir strittige Diskussionen darüber führen müssen - ich sage das hier ganz offen -, wie wir mit energieintensiven Branchen umgehen. Es ist für das Weltklima nichts gewonnen, wenn die Aluminium-, Stahl- oder Chemieindustrie bei uns verschwindet und mit schlechteren Standards außerhalb Europas ausgebaut wird. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Zustimmung von der FDP!)

- Ich hoffe, auch den Klimaschutzzielen stimmt die FDP zu.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Begeistert!)

Beides zusammenzubringen, macht nämlich gerade die Schwierigkeit des Themas aus, meine Damen und Herren. Das können nicht alle, das kann nur die Große Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Lachen bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Wollen Sie die auf ewig fortsetzen? - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen sie offensichtlich auf ewig fortsetzen! Aha!)

- Viel Heiterkeit heute Morgen hier.

Zu den Zukunftsinvestitionen zählen natürlich auch Entwicklungshilfe und Einsatz für gutes Regieren.

Zu Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit gehört natürlich auch die Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Rentenfinanzen befinden sich in einer weit besseren Lage als vor Jahren. Wir haben zusätzlich die Eigenheimrente verabschiedet - ein wichtiges Projekt. Bis heute wurden 11 Millionen Riester-Renten abgeschlossen, aber angesichts von 27 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bleibt immer noch viel zu tun. Dennoch wurde in diesem Bereich ein gewaltiger Schritt nach vorn gemacht. Die Rente mit 67 war eine notwendige Maßnahme. Daran muss auch festgehalten werden, weil uns die demografische Entwicklung keine andere Möglichkeit lässt.

Es zeigen sich nun die Erfolge, meine Damen und Herren: Die Arbeitslosigkeit bei den über 55-Jährigen ist deutlich zurückgegangen – seit 2005 um circa ein Viertel. Das lässt sich sehen. Wir haben die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

– Wir haben für Demenzkranke die Pflegezeit eingeführt und sind weitere wichtige Schritte gegangen. – Wir haben außerdem in die Gesundheitsversorgung investiert. Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Es wird in Zukunft mehr Wettbewerb und mehr Auswahlmöglichkeiten geben. Wir haben uns aber auch sehr bewusst entschieden, etwas für die Ärzte in Krankenhäusern, die niedergelassenen Ärzte und für das Pflegepersonal zu tun. Hier wird noch an den Feinheiten gearbeitet. Wer aber den Eindruck erweckt, hervorragende Gesundheitsversorgung sei sozusagen zum Nulltarif zu bekommen und Gehaltssteigerungen für die im medizinischen Bereich Beschäftigten seien möglich, ohne dass sich das in irgendeiner Weise in den Beiträgen niederschlägt, der trägt dazu bei, dass wir eines Tages nicht mehr genug Ärzte bei uns haben – diese sind dann in Norwegen oder sonst wo – und dass die Pflegekräfte ihre Arbeit nicht mehr schaffen. Deshalb sage ich: Es ist richtig, in ein gutes Gesundheitssystem zu investieren. Es ist vielleicht die komplizierteste Aufgabe eines modernen Industrielandes, das zugleich demografische Veränderungen zu bewältigen hat, für jeden eine gute Gesundheitsversorgung bereitzustellen. Wir fühlen uns aus tiefer Überzeugung bezüglich der Menschlichkeit unseres Landes diesem Ziel verpflichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Bildungsrepublik gründet auf dem Willen – das ist die Voraussetzung –, dass der, der immer es kann, das eigene Leben in die Hand nimmt. Er soll natürlich, wenn er scheitert, eine zweite Chance, vielleicht auch eine dritte und vierte bekommen; aber es muss die innere Bereitschaft geben. Deshalb sind Eigenverantwortung und Ermutigung das zweite wichtige Leitmotiv unserer Arbeit. Das muss sich in der Arbeitsmarktpolitik widerspiegeln; „Fordern und Fördern“ ist deshalb unsere Maxime. Die Arbeitsvermittlung ist modernisiert worden und wird weiter modernisiert werden. Wer sich einmal mit der Arbeit der Bundesagentur befasst hat, der weiß, dass da unglaublich viel passiert ist. Was die Betreuung aus einer Hand angeht, müssen wir noch Regelungen treffen, um das Bundesverfassungsurteil über die Argen umzusetzen.

Das Prinzip der Eigenverantwortung gilt auch in dem Sinne, dass Tarifautonomie Vorrang hat. Wir werden die Gesetze, das Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz, beraten, aber immer in dem Geist, Tarifautonomie, wo möglich, zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD] und Klaus Uwe Benneter [SPD])

Wir haben einen wichtigen Schritt gemacht, um die Mitarbeiterbeteiligung zu fördern. Das wird in der allgemeinen Diskussion oft unterschätzt. Aber schauen Sie sich einmal die Vermögenssituationen an: Angesichts



dessen, wie sich auf der einen Seite Einkommen und Löhne und auf der anderen Seite Kapitalerträge entwickeln, kann ich nur sagen, dass es langfristig gesehen wichtig ist, dass wir jedem auch eine Beteiligung an den Kapitalerträgen ermöglichen. Ansonsten werden die Ungerechtigkeiten in unserem Land zunehmen. Hier sind wir einen wichtigen Schritt miteinander gegangen; ich glaube, das sollte man an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir uns die Dinge anschauen, dann sehen wir auch, dass Arbeitsmarkt- und Vermögenspolitik natürlich die Chancen in der Globalisierung verbessert haben. Gestern ist eine Studie des DIW veröffentlicht worden, die mit aktuellen Zahlen arbeitet und aus der hervorgeht, dass zwischen 2005 und 2006 – nur über diesen Zeitraum geht die Studie – über 1 Million Menschen aus dem Armutrisiko herausgekommen ist. Das zeigt doch nichts anderes, als dass Reformen sich vielleicht nicht sofort, aber über eine bestimmte Zeitspanne gesehen lohnen. Das ist doch das Ziel aller Veränderungen: mehr Menschen eine Chance zu geben und weniger Menschen in ein Risiko hineinfallen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen als drittes Leitmotiv Durchlässigkeit und ein festes Wertefundament, eine Offenheit der Gesellschaft, einen Ansporn für die, die viel leisten können, die Eliten unseres Landes, damit wir dann auch miteinander Solidarität üben können. Wir brauchen ein Deutschland, das sich nicht abschottet, sondern seiner Verantwortung in der Welt gerecht wird. Deshalb wollen wir auf der einen Seite offen sein, was wir zum Beispiel dadurch zeigen, dass wir die Zuwanderung für Hochqualifizierte in unser Land geöffnet haben. Angesichts von immer noch 3 Millionen Arbeitslosen sind die Diskussion und die Entscheidung darüber, wer zu uns kommen darf und wer nicht, gar nicht einfach. Das ist eine qualitativ ganz andere Debatte, als wir sie in den Asylfragen miteinander geführt haben. Wir haben immer auf kulturelle Toleranz gesetzt, um diese Offenheit voranzutreiben. Ein Zeichen dafür ist, dass unser Kulturhaushalt, der Haushalt des Staatsministers für Kultur, in den letzten Jahren um 7,8 Prozent gewachsen ist, genauso wie die auswärtige Kulturpolitik an Bedeutung gewonnen hat, zwei wichtige Bereiche, in denen wir unsere Offenheit zeigen. Wir sind auch stolz auf unsere Kultur, und wir wollen sie in der Welt bekannt machen. Das sind unsere Ansprüche.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Weil die Länder miteinander verflochten sind, ist es wichtig, in Bündnissen zu arbeiten. Ein solches Bündnis ist die Europäische Union. Da haben wir vieles vor uns, wenn wir daran denken, dass Irland mit Nein gestimmt hat; aber der Lissabon-Vertrag ist und bleibt die richtige Grundlage für die Politik in der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben in diesem Sommer erlebt, wie wichtig Europa ist und was Europa in dem Konflikt zwischen Georgien und Russland im Falle von Südossetien und Abchasien erreicht hat. Hier ist es gelungen – der Außenminister

und ich waren natürlich sehr beschäftigt mit dieser Frage -, Europa zu einer einheitlichen Position zu bringen - das war nicht immer einfach angesichts der unterschiedlichen Interessenslagen - und es gleichzeitig handlungsfähig erscheinen zu lassen. Ohne die Europäische Union hätten wir heute weder einen Sechspunkteplan, mit dem wir arbeiten könnten, noch Fortschritte in dieser gesamten Frage.

Deshalb kann ich nur sagen: Bei aller Mühe - wir wissen ja, wie schwer es schon in diesem Parlament ist, sich zu verständigen; wie soll es da zwischen 27 Staaten einfach sein - hat sich die Europäische Union in diesem Sommer in einer entscheidenden Frage als handlungsfähig erklärt, und zwar auf einer vernünftigen Basis. Mit keinem sind die Gesprächskontakte abgebrochen. Wir haben gesagt: Reden gerade in schwierigen Zeiten ist die richtige Antwort. Deshalb werden wir das auch am 2. Oktober bei den deutsch-russischen Konsultationen wieder unter Beweis stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus unsere Aufgaben zu leisten. Hier sind wir nach innen besser gerüstet; es finden gerade die Beratungen zum BKA-Gesetz statt. Ich bin optimistisch, dass wir sie erfolgreich abschließen. Wir haben eine besser ausgerichtete Bundespolizei.

Wir müssen auch außen unsere Aufgaben erfüllen. Wir haben bittere Erfahrungen mit dem Tod von Soldaten machen müssen - gerade kürzlich mit dem Tod eines jungen Soldaten der Bundeswehr. Wir haben zivile Opfer, Verletzte. Deshalb möchte ich in dieser Stunde einen herzlichen Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten genauso wie an die Polizisten und die zivilen Aufbauhelfer richten. Sie haben die Solidarität dieses Parlaments; denn wir wissen um die Schwere, aber auch um die Notwendigkeit der Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir spüren alle, dass die Situation in Afghanistan nicht einfach ist, dass die Sicherheitslage auch im Norden komplizierter wird. Aber wir wissen auch um unseren Auftrag. Ich glaube, dass die Bundesregierung mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit die richtige Antwort gefunden hat, um das Engagement in Afghanistan fortzusetzen. Das heißt nicht, dass dieses Konzept der vernetzten Sicherheit bereits in allen Fragen so funktioniert, wie wir uns das vorstellen können. Es ist ja so, dass Afghanistan nun einmal eine Regierung, ein Parlament hat. Wir haben die demokratischen Prozesse dort vorangebracht. Wir müssen schauen, dass dieses Konzept der vernetzten Sicherheit auch von allen Akteuren - von denen, die aus dem Ausland helfen kommen, genauso wie von denen, die in Afghanistan Verantwortung tragen - umgesetzt wird.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Diese Aufgabe ist nicht beendet. Es hat aber keinen Sinn, bei jedem schrecklichen Vorgang sofort das Konzept infrage zu stellen. Deshalb sage ich hier: Das Konzept der vernetzten Sicherheit ist nach meiner festen Auffassung ohne jede Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden im Oktober über die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes in den nächsten Monaten debattieren müssen, genauso wie wir das heute für UNIFIL tun. Deutschland wird jedenfalls seiner Verantwortung für den Kampf gegen den Terrorismus gerecht werden. Meine Damen und Herren, für mich ist diese Bundesrepublik als Bildungsrepublik ein Land, in dem die Politik verlässlich, langfristig und nachhaltig agiert; ein Land, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt, ihn ermutigt, seine Eigenverantwortung fordert, seine Anstrengungen belohnt in einer Gesellschaft, die durchlässig ist und unvoreingenommen jedem seine Chance gibt; ein Land, das offen ist, neugierig, der Welt zugewandt und dabei zugleich selbstbewusst auf dem Boden seiner eigenen Erfolge und Werte steht.

Ich glaube, auf diesem Weg ist unser Land ein Stück vorangekommen. Jetzt kommt es darauf an, nicht stehen zu bleiben, sondern mit Geduld und Ausdauer diesen Weg fortzusetzen. Diese Bundesregierung hat wichtige Beiträge dazu geleistet. Sie wird auch in den kommenden Monaten weiter wichtige Beiträge leisten.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -  
Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist Dr. Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie haben fast allen in unserer Gesellschaft gedankt, nur die Linken haben Sie vergessen. Aber das macht nichts, wir kennen ja unseren Einfluss. Auf den ist von der FDP schon hingewiesen worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich mit einem außenpolitischen Thema beginnen: mit Georgien. Die Situation war ja so: Der Präsident von Georgien hat sich entschieden, kriegerisch in Südossetien einzufallen. Niemand in diesem Haus glaubt, dass er das ohne Genehmigung des amerikanischen Präsidenten gemacht hat.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/  
CSU - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]): Sagen Sie mal was zu den  
russischen Basen in der Region!)

Nun hört und liest man, ihm sei es wichtig gewesen, im Wahlkampf seinen eigenen Kandidaten voranzubringen. Wenn das stimmt, wenn jetzt schon Kriege wegen eines Wahlkampfes geführt werden, dann ist die Politik diesbezüglich vollständig verrotten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Russland handelte zunächst noch völkerrechtsgemäß, als es Südossetien befreite. Es verletzte das Völkerrecht aber grob, als es Tiflis bombardierte und sich in Kerngeorgien festsetzte. Russland verletzte das Völkerrecht auch, als es die Unabhängigkeit, die territoriale Abspaltung von Südossetien und Abchasien anerkannte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie da vorne eigentlich für Pirouetten! - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es verletzte das Völkerrecht, dass sie russische Pässe ausgegeben haben!)

Es verletzte das Völkerrecht genauso wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, als sie Belgrad bombardierten, und genauso wie diese Länder, als diese die territoriale Abspaltung des Kosovo entgegen einem Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beschlossen haben.

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich denke, die Völker sollen sich selbst befreien! Das sagen Sie sonst immer!)

Und nun passiert Folgendes: Vier Völkerrechtsverletzer stehen da und werfen dem fünften Völkerrechtsverletzer vor, dass er das Völkerrecht verletzt. Da kommt nicht viel bei heraus. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen: Richard von Weizsäcker hat völlig recht, wenn er davor warnt, die NATO bis an die Grenzen Russlands zu treiben. Was sollen denn diese Provokationen? Man muss doch wissen, dass auch Russland ein Sicherheitsdenken hat. Die Provokationen fingen mit den Stationierungen in Polen und Tschechien an, und jetzt auch noch die Ausweitung der NATO. Lassen Sie das einfach bleiben. Wir sind doch froh, den Kalten Krieg los zu sein. Wir müssen ihn doch nicht unsererseits mit neu organisieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich erkenne durchaus an, dass Sie in Europa einen Beitrag zur Deeskalation geleistet haben, der dringend erforderlich war.

Jetzt haben wir eine Finanzkrise in den USA.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sagen Sie doch einmal etwas zu den Russen!

Zu Russland fällt Ihnen nichts ein! Unglaublich!)

Wir haben eine weltweite Finanzkrise. Ich kann nur sagen: Ich bin ziemlich entsetzt, was in diesem Zusammenhang alles passiert. Jetzt ist die nächste Großbank pleite, und alle tun so, als ob es Deutschland fast nichts angehe. Heute früh habe ich in den Nachrichten gehört, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau kurz vor der Pleite der Bank noch einmal 300 Millionen überwiesen hat. Futsch sind sie! Tolle Experten, die da sitzen, kann ich dazu nur sagen.

Folgendes ist passiert: Die größte amerikanische Versicherung stand kurz vor der Pleite. Die Notenbank gewährte einen Kredit von 85 Milliarden Dollar - das muss man sich einmal überlegen -, übernimmt dafür aber 80 Prozent des Eigentums. Was macht unsere Bundesregierung bei der Industriekreditbank? Sie übernimmt natürlich auch die Schulden dieser Privatbank in Höhe von 9,2 Milliarden Euro, aber ihr gehört hinterher kein Prozentpünktchen mehr. Ich weiß gar nicht, ob wir das Geld je wiederbekommen oder ob das einfach so verschenkt wurde. Der Bundesfinanzminister stellt sich hier hin und

erklärt stolz, es gebe eine Neuverschuldung von nur 10 Milliarden Euro, und sagt ganz nebenbei: Wir haften hier mit 9,2 Milliarden Euro mit.

Übrigens hat nicht nur die Industriekreditbank diesbezüglich Probleme - auch das muss ich sagen -, sondern auch die Sächsische Landesbank und, ja, Herr Huber, auch die Bayerische Landesbank. Herr Huber, Sie waren der verantwortliche Finanzminister. Der Schaden liegt bei 4,5 Milliarden Euro. Andere würden zurücktreten. Sie hingegen streben nach höheren Ämtern. Ich sage das nur mal so.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Lachen von Staatsminister Erwin Huber [Bayern])

All das müssen die Bürgerinnen und Bürger bezahlen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Finanzkrise sagen:

Der tiefe Konflikt zwischen Schröder und Lafontaine bezog sich auf genau diese Frage. Als Rot-Grün, SPD und Grüne die Wahlen gewannen, da hat Schröder noch erklärt, er wolle die Finanzmärkte regulieren. In Absprache mit Blair ist er aber völlig davon abgekommen und

wollte plötzlich die liberalisierten, freien Finanzmärkte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen ist Oskar zurückgetreten, ja?)

Lafontaine wollte den Finanzmarkt regulieren. Das war der Zwist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Jetzt stellen Sie sich als SPD doch einmal hier hin und sagen: In dieser entscheidenden Frage hatte Lafontaine recht und Schröder unrecht. So einfach ist das nämlich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Zeche bezahlen wir jetzt alle.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie waren auch schon mal besser!)

Heiner Geißler, zu früheren Zeiten Generalsekretär der CDU, hat jetzt geschrieben: Die Politiker, die Professoren, die Journalisten, die immer von der Freiheit der Finanzmärkte gesprochen haben, können leider nicht zur Verantwortung gezogen werden, obwohl sie eine Mitverantwortung für die gesamte Krise haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn wir uns die Situation in Deutschland ansehen, erkennen wir, dass es Momente gibt, die Sie hier ausgelassen haben, Frau Bundeskanzlerin. In den letzten zehn Jahren bis 2006 - die Zahlen liegen vor - sind die Realeinkommen in Deutschland um 6 Prozent gesunken.

Das trifft nicht nur die Menschen, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen, die auf den Binnenmarkt angewiesen sind. Denn wenn die Kaufkraft zurückgeht, werden bei ihnen weniger Waren gekauft und weniger Dienstleistungen in Anspruch genommen. Das alles hat Folgen.

In derselben Zeit - das ist spannend, weil Sie immer sagen, es sei ein internationaler Trend - sind die Reallöhne in Frankreich, den USA, Großbritannien und Schweden zwischen 10 und 29 Prozent gestiegen. In

Deutschland sind sie um 6 Prozent gesunken. Auch unter Schröder und unter Merkel hat sich nichts daran geändert. Jetzt gibt es eine Studie, die das genauer analysiert. Auch das ist immer spannend. Das Ergebnis der Studie lautet: In den letzten zehn Jahren sind bei den Geringverdienern die Realeinkommen um 10 Prozent gesunken, bei Minijobbern und Teilzeitbeschäftigten sind sie um 14 Prozent gesunken und beim obersten Viertel, bei den Bestverdienenden, sind sie um 4 Prozent gestiegen. Wenn man das alles miteinander verrechnet, kommt insgesamt ein Minus von 6 Prozent heraus. Aber man muss wissen, dass unten viel mehr verloren wurde und oben die Realeinkommen sogar gestiegen sind.

Wenn man sich dann noch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen ansieht, dann schlackern einem die Ohren. Denn sie sind um 42 Prozent, um 177 Milliarden Euro, gestiegen. Deshalb spüren die Leute genau, dass die Armut zunimmt, während der Reichtum in dieser Gesellschaft maßlos wird. Dagegen unternehmen Sie gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es gibt immer das folgende Argument - das hat mich auch beschäftigt -: Wir hatten zu hohe Löhne und mussten mit den Realeinkünften herunter, weil Deutschland im internationalen Vergleich nicht mithalten konnte. Jetzt haben wir uns das einmal angesehen. Die Deutsche Bank Research - Sie werden zugeben, dass dies keine linke Einrichtung ist - hat das Pro-Kopf-Einkommen in den alten 15 EU-Mitgliedsländern festgestellt. Wissen Sie, Herr Huber, auf welchem Platz wir liegen? Auf Platz zwölf. Ich bitte Sie! Spanien hat uns im letzten Jahr überholt; da waren wir noch auf Platz elf. Jetzt sind wir auf Platz zwölf. Hinter uns liegen nur noch Italien, Griechenland und Portugal; aber die geben sich Mühe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich kann also nur sagen: Auf das Ergebnis, das Sie vorlegen, können Sie nicht stolz sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte auch erwähnen, dass die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner seit Jahren nur Minusrunden erleben. Denn auch das kleine Plus ist immer eine Minusrunde, wenn Sie es mit der Mehrwertsteuererhöhung, mit der Inflationsrate und anderen Dingen verrechnen. Nun sagen Sie: Die Linken kritisieren immer alles und versprechen das Blaue vom Himmel. Das alles sind Populisten, die nichts einhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ludwig

Stiegler [SPD]: Vollkommen richtig! -

Joachim Poß [SPD]: Bei Ihnen beginnt ja die Selbsterkenntnis!)

- Ich wusste es doch.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie sind nur verstockt!)

Verstehen Sie, diese billige Argumentation ist selbst bis zu mir schon vorgedrungen. Aber sie ist falsch.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Denn wir müssen einmal einen Vergleich der Steuer- und Abgabenquoten wiederum in den 15 alten EU-Mitgliedsländern machen. Im Schnitt liegt die Steuer- und

Abgabenquote in diesen 15 Ländern bei 40 Prozent. In Deutschland liegt sie bei 36 Prozent. Das sind 4 Prozent weniger. Hätten wir den Durchschnitt der alten EU-Mitgliedsländer, hätten wir jährlich eine Mehreinnahme in Höhe von 100 Milliarden Euro. Damit ließe sich alles finanzieren, was die Linke hier im Bundestag vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Es fehlen immer noch 50!)

Was haben Sie stattdessen gemacht? Sie sind der Deutschen Bank entgegengekommen. Sie haben die Körperschaftsteuer von 45 auf 15 Prozent gesenkt. Sie sind den Spitzenverdienern entgegengekommen. Sie haben den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Das kostet den Staat übrigens jährlich 11 Milliarden Euro, die einfach weg sind, weil Sie dieses Geschenk verteilt haben. Was müssten wir machen, um an den Durchschnitt heranzukommen? Man sollte nicht die Mehrwertsteuer erhöhen. Welchen Weg könnte man gehen?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Gysi höher besteuern!)

Wir wollen wieder eine paritätische Beteiligung der Unternehmen an der Rentenversicherung. Die Riester-Rente ist doch nichts anderes als eine Entlastung der Unternehmen. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Staat müssen das allein bezahlen.

Die Allianz macht mit der Riester-Rente ein tolles Geschäft. Deshalb überweist sie jedes Jahr an die CSU, an die CDU, an die FDP, an die SPD und auch an die Grünen 60 001 Euro. Die einzige Partei, die nichts bekommt, sind wir.

(Joachim Poß [SPD]: Sie haben ja genug Vermögen im Hintergrund! Sie haben ja das SEDVermögen!)  
Aber ich sage einmal: Ich bin relativ stolz darauf, dass es noch eine nicht allianzgesponserte Partei im Deutschen Bundestag gibt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Joachim Poß [SPD]: Möglicherweise ist Ihr Geld auch in Liechtenstein!)

Wir schlagen Ihnen eine Börsenumsatzsteuer vor.

Hätten wir eine Börsenumsatzsteuer von 1 Prozent, hätten wir jährlich eine Mehreinnahme in Höhe von 70 Milliarden Euro. Das lässt sich doch machen; auch andere Länder haben Börsenumsatzsteuern.

(Zuruf von der FDP)

- Ach, Quatsch. Wir sollten vor allen Dingen auch die Spekulationen ein bisschen reduzieren, die auf unserem Erdball maßlos geworden sind.

Wir schlagen eine angemessene Vermögensteuer vor.

Wir haben in Deutschland Milliardäre. Ich bitte Sie! So fleißig kann gar kein Einzelner sein, um sich eine Milliarde legal zu erwirtschaften. Wie dem auch sei: Alle Milliardäre sind doch Verfassungspatrioten und wissen, dass das Eigentum auch dem Allgemeinwohl dienen

soll. Wir kommen ihnen solidarisch entgegen, nehmen ihnen einen Teil ihres Geldes weg und verteilen es im Interesse des Allgemeinwohls. Das ist doch nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir wollen, dass der Spitzensatz der Einkommensteuer für Einkommen über 80 000 Euro im Jahr 50 Prozent beträgt. Das ist doch nicht unangemessen!

Sie behaupten, Sie hätten die Arbeitslosigkeit abgebaut. Die SPD behauptet sogar, das liege an der Agenda 2010. Das hat zwar nichts miteinander zu tun; aber Sie können ja erzählen, was Sie wollen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Quatsch! Dummes Zeug!)

Der Aufschwung, der von Ihnen gepriesen worden ist, kam bei 16 Prozent der Leute an. 84 Prozent der Leute haben von diesem Aufschwung nichts, aber auch gar nichts mitbekommen.

Das Statistische Bundesamt - auch keine linke Einrichtung - hat eine wunderbare Analyse vorgelegt und darin Folgendes festgestellt: Die Zahl der Menschen in Teilzeitjobs, Leiharbeitsstellen, 400-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen ist von 1997 bis 2007 um 2,6 Millionen gestiegen. Jetzt liegt diese Zahl bei 7,68 Millionen. In denselben zehn Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten um 1,53 Millionen gesunken. Sie haben also keinen Grund, stolz zu sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Abbau der Arbeitslosigkeit durch Verschiebung von Vollzeitbeschäftigung in prekäre Arbeitsverhältnisse - das ist bei Ihrer Politik herausgekommen.

Herr Huber, Frau Merkel und Herr Steinmeier, ich sage Ihnen: CSU, CDU und SPD haben keinen Grund, stolz zu sein auf 2,5 Millionen arme Kinder in Deutschland. Sie haben keinen Grund, stolz zu sein auf 7,4 Millionen Menschen, die von Hartz IV leben. Sie haben keinen Grund, stolz zu sein auf 6,6 Millionen Menschen, die in Minijobs für ein Einkommen von 400 Euro arbeiten. Sie haben keinen Grund, stolz zu sein auf weitere 6,5 Millionen Menschen mit niedrigsten Einkommen. Sie haben keinen Grund, stolz zu sein auf 800 000 Menschen, die in Leiharbeit beschäftigt sind, in einer modernen Form der Sklaverei.

(Dirk Niebel [FDP]: Glauben Sie denn, die wären lieber arbeitslos? Das ist doch unglaublich!)

Sie haben keinen Grund, stolz darauf zu sein, dass die Energiepreise um 14 Prozent gestiegen sind, dass bereits 800 000 Haushalten in Deutschland - ich wiederhole: 800 000 Haushalten! - der Strom abgestellt wurde und dass die Nahrungsmittel um 8 Prozent teurer geworden sind.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist doch Quatsch! - Dr. Peter Struck [SPD]: Wer hat das denn zu verantworten? Was soll dieser Mist?)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben viel über Bildung geredet. Ich stimme Ihnen zu: Bildung ist ein zentrales Thema; denn Chancengleichheit kann nur über Bildung erreicht werden. Sie haben aber nicht erwähnt, dass unser



Bildungsniveau im Vergleich in Europa mittlerweile unterdurchschnittlich ist. Es geht nicht um Besuche, sondern um Investitionen. Die brauchen wir im Bildungsbereich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Frau von der Leyen, gelegentlich schätze ich, was Sie sagen. Aber Ihre Elterngeldregelung ist ein starkes Stück. Für die Hälfte der Bezieherinnen und Bezieher, und zwar für die ärmere Hälfte der Bevölkerung, haben Sie die Bezugsdauer des Elterngeldes um die Hälfte gekürzt und den Bestverdienenden eine Erhöhung des Elterngeldes zugebilligt. Eine so direkte Umverteilung von unten nach oben, wie Sie sie an dieser Stelle organisiert haben, habe ich in dieser Gesellschaft bisher selten erlebt. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wo blieb eigentlich der Protest der SPD? Warum haben Sie das zugelassen?

Frau Bundeskanzlerin, nun komme ich auf Ostdeutschland zu sprechen. Nur ein Beispiel: Wir haben vor einem Jahr 17 Anträge gestellt, um Überführungslücken und -ungerechtigkeiten sowie Ungleichbehandlungen bei der Rente zu überwinden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stasirenten zum Beispiel!)

Ihr Kanzleramtsminister hat uns seinerzeit mitgeteilt, es gebe noch Beratungsbedarf.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Stasirenten!)

Also haben wir gewartet. Im Mai hat er uns dann mitgeteilt, dass es immer noch Beratungsbedarf gibt. Wir haben wieder gewartet. Später haben wir das zwar in erster Lesung im Plenum behandelt, aber noch nicht in den Ausschüssen. Das Kanzleramt teilte uns nämlich mit, dass es immer noch Beratungsbedarf gibt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Stasirenten!)

- Herr Kauder, quatschen Sie doch nicht über etwas, von dem Sie keine Ahnung haben! Lesen Sie lieber erst einmal unsere 17 Anträge, bevor Sie sich leichtfertig dazu äußern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir werden darauf drängen, dass dieses Thema jetzt auch in den Ausschüssen behandelt wird, damit unser Gesetzentwurf bald im Plenum des Bundestages in zweiter Lesung beraten werden kann. Seit 1990 sind diese Probleme bekannt. Noch länger kann Ihr Kanzleramt nicht beraten. Jetzt müssen Sie dazu endlich einmal Ja oder Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Bald findet die Bayernwahl statt. Deshalb ist heute auch Herr Huber zu uns gekommen; das ist völlig okay, und das ist Ihr gutes Recht.

(Thomas Oppermann [SPD]: Wie bitte? Ist das wirklich der Grund, Herr Huber?)

Eines geht aber nicht, Herr Huber: Sie können nicht in Bayern immer so tun, als wären Sie in Berlin in der Opposition. Denn hier in Berlin sind Sie an der Regierung beteiligt; das müssen wir allen Bürgerinnen und

Bürgern sagen. Die Mehrheit des Bundestages hat seit 2005 keinen Beschluss gefasst, der nicht auch Ihre Zustimmung gefunden hat, einschließlich der dramatischen und unverantwortlichen Kürzung der Pendlerpauschale. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Ulrich Kelber [SPD]: Das war der erste richtige Satz!)

Der Bundesfinanzhof, der seinen Sitz in München hat, hält die Kürzung der Pendlerpauschale für grundgesetzwidrig. Daraufhin haben wir gesagt: Lasst uns doch selbst Politik machen! Lasst uns diese Schwachsinnregelung zurücknehmen! Wir müssen doch nicht warten, bis das Bundesverfassungsgericht wieder ersatzweise für den Bundestag Politik macht. – Dann haben wir eine namentliche Abstimmung durchgeführt. Herr Huber, ich muss es Ihnen sagen: Alle CSU-Abgeordneten haben im November 2007 dafür gestimmt, dass die Kürzung der Pendlerpauschale erhalten bleibt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun haben wir festgestellt, dass Sie jetzt eine andere Auffassung vertreten. Deshalb haben wir es wieder in den Bundestag eingebracht. Am Donnerstag vor der Landtagswahl in Bayern können wir namentlich darüber abstimmen. Mal sehen, wie Ihre Abgeordneten dann entscheiden. Darauf dürfen wir gespannt sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich finde es toll, dass Sie plötzlich dafür sind, den Steuerfreibetrag bei der Einkommensteuer von 6 800 Euro auf 8 000 Euro zu erhöhen, dass Sie dafür sind, den Steuerbauch bei der Einkommensteuer zu beseitigen. Damit haben Sie völlig recht. Wenn man oben bei den Bestverdienenden in der Steuer nachlässt, dann muss das einer bezahlen. Das sind bei uns die Durchschnittsverdiener. Deshalb haben wir diesen Steuerbauch, der nicht gerechtfertigt ist. Herr Huber, Sie müssen aber erwähnen, wer den Steuerbauch erfunden hat. Das war Theo Waigel unter Kanzler Kohl. Er war zudem Vorsitzender der CSU. Ich finde, darauf muss man doch wenigstens hinweisen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie erwähnen auch nicht, dass wir im April 2008 im Bundestag eine Debatte über die Erhöhung des Steuerfreibetrags und über die Beseitigung des Steuerbauches geführt haben und die CSU dagegen polemisiert und dagegen gestimmt hat. Einen Monat später fällt Ihnen ein, dass Sie eine andere Auffassung vertreten. Diese Art des Wahlkampfes ist zu billig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur SPD sagen.

Ich habe Ihre Personalentscheidung – zurück zu Schröder – mitbekommen. Hierzu möchte ich Ihnen drei Dinge sagen. Sie haben beschlossen, für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn einzutreten. Sie haben ferner beschlossen, dass Sie für eine Bürgerversicherung sind. Irgendwann einmal haben Sie auch beschlossen, dass Sie die Vermögensteuer erheben wollen.

Nun sagt Herr Müntefering, dass er unbedingt eine Koalition mit der FDP eingehen möchte. Das heißt, es gibt keinen Mindestlohn, es gibt keine Bürgerversicherung, und es gibt keine Vermögensteuer. Ich nehme an, diesbezüglich ist Verlass auf die FDP.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn das so ist, dann sage ich Ihnen: Wenn Sie wieder im Wahlkampf für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten und gleichzeitig sagen, dass Sie mit der FDP zusammengehen wollen, dann bereiten Sie den nächsten Betrug der Wählerinnen und Wähler vor. Das werden wir versuchen deutlich zu entlarven.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun Dr. Peter Struck für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Peter Struck (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Gysi, Sie haben sich darüber beklagt, dass Sie keine Spende von der Allianz bekommen haben. Diese brauchen Sie auch nicht; denn Sie haben noch irgendwo altes SED-Vermögen versteckt. Das wissen wir doch ganz genau.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der LINKEN)

Sie sind offenbar der Meinung, die Koalition mache die Energiepreise und die Löhne.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Nein!)

- So haben Sie es gesagt. - Da liegen Sie falsch, Herr Kollege Gysi. Diese machen andere, aber nicht diese Koalition.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Schlimm ist, dass Sie das nicht machen!)

Sie müssen bei der Wahrheit bleiben, wenn Sie sich hierzu äußern.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU/CSU: In der Gesellschaft, die Gysi vorschwebt, werden Löhne und Preise vom Staat gemacht!)

Meine Damen und Herren, die Bilder und Berichte von der Wall Street haben die Finanzmärkte in den vergangenen Tagen sehr beunruhigt. In unseren und in anderen Medien sind wegen der allgemeinen Finanzkrise in Amerika Katastrophenszenarien entwickelt worden. In dieser allgemeinen Verunsicherung hat uns gestern Finanzminister Peer Steinbrück eine solide Einschätzung an die Hand gegeben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

keine Verharmlosung, sondern eine sehr seriöse Analyse.

Ich bin ihm sehr dankbar dafür.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er hat uns in dem Wissen bestätigt, dass wir mit ihm einen Chef des Finanzressorts haben, der die Tiefen und Untiefen der weltweiten Finanzmärkte kennt

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

und bei seinen Kollegen in Europa und vor allen Dingen auch bei seinen Kollegen in der G-8-Gruppe höchste Anerkennung genießt. Das respektieren wir, und dafür danken wir ihm.

(Beifall bei der SPD)

Die Große Koalition braucht ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben bei der Haushaltskonsolidierung, der Stabilisierung der Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze mehr erreicht, als wir 2005 realistisch erwarten durften und als uns die Oppositionsfraktionen mit ihren düsteren Prophezeiungen vorausgesagt haben. Wir sind stolz auf das, was wir geleistet haben. Deutschland ist vorangekommen. Diese Koalition hat gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Damit auch nicht der kleinste Zweifel aufkommt: Auch im letzten Jahr ihrer Regierungszeit wird sie weiter gut zusammenarbeiten und in ihren Anstrengungen nicht nachlassen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Kein Beifall! -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nun kommt!  
Klatschen! Beifall!)

- Ja, ich habe auch erwartet, dass Beifall kommt. Die Kolleginnen und Kollegen müssen noch darüber nachdenken. Wir alle haben es aber versäumt, für die gemeinsamen Erfolge auch offensiv zu werben. Wir haben unsere gute Arbeit unter Wert verkauft. Ich bin jedenfalls dafür, dass wir die Zeitspanne bis zum beginnenden Wahlkampf im nächsten Frühsommer dafür nutzen, unsere gemeinsamen Erfolge deutlich herauszustellen.

Wir sollten damit in dieser Haushaltswoche beginnen und Finanzminister Peer Steinbrück für eine solide und vorausschauende Konsolidierungspolitik danken. Es stimmt, dass die Risiken eines Abwärtstrends der Weltwirtschaft näher gerückt sind und dass es keinen Anlass zu leichtfertigem Optimismus gibt. Genauso gilt aber, dass die Wachstumserwartungen in Deutschland dank einer einsichtigen Politik immer noch doppelt so hoch sind wie in Frankreich und England. Deutschland ist und bleibt die Konjunkturlokomotive in der Europäischen Union; darauf sind wir stolz. Ist das nichts?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da muss Herr Steinbrück einmal gelobt werden!)

Wenn wir über die Beschäftigungssituation in Deutschland reden, dann müssen wir wissen, dass allein im letzten Jahr über 600 000 Menschen eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden haben.

Es besteht die Chance, dass die Zahl der Arbeitslosen im Herbst unter 3 Millionen sinkt. Erstmals seit Beginn der 90er-Jahre ist die Erreichung der Zielmarke Vollbeschäftigung keine Utopie mehr. Ist das nichts?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sollen wir uns diese Erfolge kaputtreden lassen, nur weil wir uns über den weiteren Weg hin zu guter Arbeit nicht einig sind? Sollten wir nicht endlich dem Unsinn der

Linkspartei lauter widersprechen, die neuen Arbeitsplätze ließen sich auf 1-Euro-Jobs reduzieren? Das ist wieder eine dieser Propagandalügen, mit denen die Linkspartei Unsicherheit schürt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wahrheit ist: Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 2005 um fast 2 Millionen zurückgegangen, während die Zahl der 1-Euro-Jobber konstant bei 300 000 geblieben ist. Wir haben es geschafft, die Sozialversicherungsbeiträge seit 2006 radikal zu senken. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind von 6,5 Prozent im Jahre 2005 bis zum Jahresende 2008 mehr als halbiert worden. Ist das nichts?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Müssen wir diesen Erfolg durch eine Debatte darüber zerreden, ob wir sie jetzt nicht noch weiter senken können? Wir sollten die Warnungen der Bundesagentur für Arbeit und ihres Präsidenten nicht einfach in den Wind schlagen. Generell steht außer Frage, dass alle in dieser Koalition bemüht sind, die Lohnnebenkosten zu senken. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass gerade die Normalverdiener weit mehr davon profitieren als von weiteren Steuersenkungen, die erst bei Empfängern höherer Gehälter zu Buche schlagen. Deshalb wollen wir die Lohnnebenkosten, auch den Arbeitslosenversicherungsbeitrag senken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Koalition hat sich viel vorgenommen, und sie hat viel erreicht - mehr als uns die professionellen Beobachter zugetraut haben -: Unternehmensteuerreform, Pflegereform, Teilprivatisierung der Bahn, Föderalismusreform, Haushaltskonsolidierung. Selbst mit der unter den Koalitionspartnern besonders umstrittenen Gesundheitsreform haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft für alle Menschen eine qualitativ hochwertige Versorgung garantiert ist. Ist das nichts?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Viele von uns sind im Ausland unterwegs und lernen dabei eines: Kein Land auf der Welt hat ein solches Gesundheitssystem wie die Bundesrepublik Deutschland.

Dass wir darauf stolz sein können und dass wir das auch bezahlen müssen, steht außer Frage.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bei jedem dieser Projekte hat es massive öffentliche Zweifel darüber gegeben, ob wir das schaffen und ob sich die Koalition zusammenraufen kann. Sie hat es geschafft; sie hat sich zusammengerauft. Ich will an dieser Stelle den vielen Experten und Fachleuten der beiden Fraktionen, die maßgeblich zum Gelingen dieser vielen Projekte beigetragen haben, danken. Das ist eine schwere, aber auch eine gute Arbeit gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Koalition - darauf muss ich als Sozialdemokrat hinweisen - hat auf vielem aufbauen können, was die rot-grüne Vorgängerregierung angestoßen hat.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Als Beispiel nenne ich die Familien- und Bildungspolitik. Wir haben seinerzeit im Rahmen der Agenda 2010 für die Ganztagsbetreuung von Kindern 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, und zwar gegen den Widerstand mancher christdemokratischer Ministerpräsidenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt ist dieser Schritt von allen als richtig erkannt worden. Alle sind dankbar dafür, dass wir das gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

6 400 Schulen sind inzwischen als Ganztagschulen eingerichtet. Das hat dazu geführt, dass sich diese Koalition darauf geeinigt hat, auch den Ausbau der Krippenplätze intensiv zu fördern, deren Zahl bis 2013 auf 750 000 erhöht werden soll. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz eingeführt werden. Damit sorgen wir für gleiche und damit bessere Bildungschancen von Kindern vor allen Dingen aus sozial benachteiligten Familien.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei dieser Aufgabe lassen wir die Kommunen nicht allein, sondern wir garantieren eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kindertagesstätten. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass die Kommunen wissen, dass sie mit der Sozialdemokratie einen starken Partner in der Regierung haben. Wir haben ihnen versprochen, dass mit uns an der Gewerbesteuer nicht zu rütteln ist. Das Versprechen haben wir im Zuge der Unternehmensteuerreform eingehalten.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet für die Kommunen in Deutschland: Es ist wieder Geld da für den Ausbau der Straßen, für den Bau von Schulen und für öffentliche Aufgaben vor Ort. Das ist praktische und realistische Politik für die Menschen. Wir haben in der Bildungspolitik durch eine Erhöhung des Bafög von diesem Wintersemester an ein Zeichen gesetzt, dass das Studium kein Privileg für diejenigen sein darf, die es sich finanziell leisten können. Wir wollen, dass jeder nach seinen Fähigkeiten studieren kann, nicht nach dem Geldbeutel der Eltern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde es übrigens gut, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie das Thema Bildung – Sie haben eben lange darüber gesprochen – zur Chefsache gemacht haben. Allerdings bin ich gespannt, ob Ihre Ministerpräsidenten all das, was Sie hier vorgetragen haben, so akzeptieren werden. Ich wünsche Ihnen Erfolg. Wir wollen dabei helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bafög-Erhöhung, Wiedereinführung des Meister-Bafög – wir machen keine leeren Versprechungen, sondern wir halten, was wir sagen. Das ist der Unterschied zur Linkspartei. Mit seriöser Politik hat sie nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Selbst Teilen der Linkspartei geht das Gefasel von Gysi und Lafontaine allmählich gegen den Strich. „Luftschlösser“, mosert der sachsen-anhaltinische Landesvorsitzende Matthias Höhn, Die Linke. „Zutiefst unseriös“, so warnen Finanzpolitiker der Linkspartei vor immer neuen Milliardenversprechungen. Zu Recht: Von September 2007 bis Juni 2008 hat die Linkspartei über

120 Anträge und Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag eingebracht, die ungedeckte Mehrkosten von gut 100 Milliarden Euro mit sich bringen würden.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Aha!)

Rechnet man hoch, was die Linkspartei über die gesamte Legislaturperiode an Forderungen gestellt hat, so müssten jährlich 255 Milliarden Euro zusätzlich her. Dann muss man aber auch sagen, woher das Geld kommen soll, Herr Kollege Lafontaine, Sie größter Finanzpolitiker der Welt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist fast so viel, wie Peer Steinbrück für den Haushalt insgesamt braucht.

Schulden, Steuer- und Abgabenerhöhungen, das ist das Gebräu, mit dem sich Herr Lafontaine aus dem Wirrwarr ungedeckter Versprechungen herausreden will.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber da musst du auch Christa Müllers 100 Milliarden mitrechnen!)

- Ich rede erst einmal über den Herrn. - Ein kenntnisreicher Journalist hat am Montag in einem Nachrichtenmagazin die finanzpolitischen Ungereimtheiten, Verfälschungen und Lügen treffend beschrieben. Nur der Titel „Die ökonomischen Märchen des Oskar Lafontaine“ ist irreführend; denn im Märchen siegt am Ende immer das Gute. Aber mit Ihren ökonomischen Giftrezepturen wird es nur ein ganz böses Erwachen geben, Herr Kollege Lafontaine.

Lassen Sie mich eine persönliche Anmerkung zu dem Umgang von Lafontaine mit der Wahrheit machen. Er hat vor kurzem über die Zwangsvereinigung von KPD und SPD gesagt, dass es sie nie gegeben habe und dass die SPD freiwillig mitgemacht habe.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Sie lügen!)

Das ist eine geschichtliche Dreistigkeit und eine Beleidigung eines jeden Sozialdemokraten, der dafür ins Gefängnis musste.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Oskar

Lafontaine [DIE LINKE]: Ich bezichtige Sie der Lüge!)

- Sie sind ein Lügner, und Sie sollten sich schämen. Nicht einmal diesen Rest Anstand, diesen Rest Moral und diesen Rest Respekt vor den DDR-Opfern hat sich dieser Mann bewahren können. Sie halten Populismus für eine Primärtugend, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ein bisschen mehr Niveau könnte man vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion erwarten!)

Gestatten Sie mir einige Worte zur Außenpolitik.

Raus aus der NATO, raus aus dem Kosovo, raus aus Afghanistan - mit diesem Weg in die internationale Isolation kann man für Deutschland keine Politik machen.

Unsere Partner und Freunde beobachten genau, was wir auf internationaler Ebene tun und lassen.

In den nächsten Wochen werden wir vermutlich eine neue Entscheidung über die Verlängerung des ISAFMandats in Afghanistan treffen. Ich weiß - auch aus vielen Veranstaltungen -, dass dieser Einsatz in der Bevölkerung sehr umstritten ist. Ich weiß aber auch, dass es keine Alternative dazu gibt, wenn der Wiederaufbau des Landes vorangehen soll. Würde Deutschland sich zurückziehen, dann hätte das einen Dominoeffekt für die Präsenz anderer Länder.

(Widerspruch des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Sicher reicht das nicht als Begründung für eine Verlängerung aus; denn schließlich müssen wir verantworten, ob wir unseren Soldaten den gefährlichen Einsatz weiter zumuten können. Wir sollten uns deshalb immer wieder in Erinnerung rufen, warum wir in Afghanistan sind. Vor wenigen Tagen, am 11. September, hatten wir Anlass dazu. Bei den Anschlägen in New York und Washington 2001 sind über 3 000 Menschen ums Leben gekommen. Diese Anschläge waren das Werk islamistischer Terroristen. Die Taliban in Afghanistan haben diesen Terrorismus geduldet und gefördert. Deshalb war es nicht nur im amerikanischen Interesse, dieses Regime zu beseitigen.

Wir müssen heute verhindern, dass die Taliban weiter erstarken und in Afghanistan an die Macht zurückkehren. Wir dürfen nicht sehenden Auges zulassen, dass sich Afghanistan zu einem Exportland für Terrorismus zurückentwickelt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen auch nicht ausblenden, wer hierzulande vor Gericht des Terrorismus beschuldigt wird und sein Handwerk in Afghanistan gelernt hat. Sind die beiden Täter, die in Bahnhöfen Kofferbomben deponiert haben, durch die Menschen getötet werden sollten, vergessen? Deshalb arbeiten wir mit 40 anderen Staaten der Welt zusammen an einer besseren Zukunft in und für Afghanistan. Denn nur dann, wenn das Land wieder auf die Beine kommt und die Menschen wieder eine Lebensperspektive haben, werden sie den Drohungen und haltlosen Versprechungen der Islamisten widerstehen können. Der zivile Aufbau muss dabei im Mittelpunkt stehen. Darüber gibt es keine Diskussion und keinen Zweifel. Aber ohne die Absicherung durch das Militär ist er nicht möglich. Das wird jeder von uns bestätigen, der selbst vor Ort war. Ohne das Militär geht es nicht. Wir führen keinen Krieg gegen das afghanische Volk. Wer das behauptet, redet blanken Unsinn. Aber es gibt erstarkende Kräfte in Afghanistan, die den Wiederaufbau verhindern wollen, weil sie ihn zu Recht als Gefahr für die eigene Daseinsberechtigung sehen. Denn wenn wir zusammen mit Präsident Karzai und der Regierung in Afghanistan erfolgreich sind, dann werden Terror und Islamismus bei der afghanischen Bevölkerung keinen Rückhalt mehr finden.

Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass wir unser Engagement in Afghanistan in der ganzen Breite - zivil und militärisch - fortsetzen müssen. Auch müssen



wir unseren Soldaten alle verfügbaren Mittel an die Hand geben, um diesen Auftrag optimal erfüllen zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das sollten wir übrigens auch bedenken, wenn wir in den nächsten Tagen und Wochen im Bundestag über den Einsatz von AWACS-Flugzeugen zu entscheiden haben sollten.

In der Außenpolitik angekommen will ich an dieser Stelle dem klugen und besonnenen Vorgehen der Bundesregierung in der Kaukasus-Krise meinen Dank aussprechen.

Ihre Äußerungen dazu, Herr Gysi, waren völlig wirr und für mich nicht erklärlich. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben die erfolgreichen Bemühungen Ihres Außenministers optimal unterstützt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht können Sie dem einen oder anderen Kollegen in Ihrer Fraktion erklären, dass es an dieser Politik nichts zu mäkeln gibt.

Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls froh, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier einen Außenminister haben, der die Interessen Deutschlands mit Beharrlichkeit und Augenmaß vertritt.

(Beifall bei der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist sogar dem Herrn Steinmeier peinlich, dem sonst wenig peinlich ist!)

Wir sind stolz darauf, dass dieser Außenminister in der Tradition des letzten sozialdemokratischen Außenministers Willy Brandt Deutschlands Ansehen als Volk der guten Nachbarn gestärkt hat.

(Beifall bei der SPD)

Nach der Ernennung Frank-Walter Steinmeiers zum Kanzlerkandidaten der SPD - nun komme ich zu dem, was Sie hören wollen - gab es aus den Reihen unseres Koalitionspartners - zum Glück nur ein paar einzelne - verwirrte und verirrte Stimmen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dann können die nicht von uns sein!)

Es hieß, der Außenminister müsse sich zu 100 Prozent auf das Auswärtige Amt konzentrieren. Seien Sie sicher, dass der Vizekanzler die Regierungsgeschäfte genauso wenig vernachlässigen wird wie die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der SPD)

Für beide gilt, was für alle in der Koalition gelten sollte: Jetzt ist Arbeit angesagt. Wahlkampf ist später, nicht jetzt. Bis dahin gibt es noch viel zu tun.

Wir haben uns in der letzten Woche intensiv damit befasst, wie wir uns wirkungsvoll gegen die zunehmende Zahl von Spekulationsgeschäften am Öl- und Gasmarkt wappnen können; auch die Kanzlerin hat davon gesprochen. Die augenblickliche Entwarnung beim Preis für ein Barrel Öl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der zunehmende Energiehunger Chinas und Indiens auf Dauer die Preise bestimmen und nach oben treiben wird. Man kann es drehen und wenden, wie man will, letztlich bleibt uns nur eine Option: Wir müssen unseren Energieverbrauch verringern. Das kostengünstige Öl ist

das Öl, das wir erst gar nicht verbrauchen. Energieeinsparungen und höhere Energieeffizienz sind neben den erneuerbaren Energien

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und der Atomkraft!)

unsere besten heimischen Energiequellen.

(Beifall bei der SPD)

Eine höhere Effizienz nutzt außerdem der Umwelt und dem Klimaschutz.

Wir haben intensiv geprüft - das gilt auch für die Unionsfraktion -, ob wir den Bürgerinnen und Bürgern mit verbilligten Grund- und Sozialtarifen helfen können.

Diesen Weg haben wir verworfen, weil er entweder durch bürokratischen Aufwand unattraktiv oder durch erhebliche Mitnahmeeffekte unbezahlbar würde. Wir werden in den nächsten Wochen unsere Arbeitsergebnisse vorlegen. Aber schon jetzt sind wir der Meinung, dass es mittelfristig am sinnvollsten ist, unsere Energieeffizienz zu erhöhen sowie die Mittel für das erfolgreiche CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm weiter aufzustocken und bis mindestens 2015 zu verstetigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Außerdem schlagen wir vor, in den nächsten Jahren Großraumsiedlungen in Berlin, Hamburg und anderen großen Städten Deutschlands in großem Stil energetisch zu sanieren. Kurzfristig können wir Geringverdienern Entlastung verschaffen, indem wir die beschlossene Wohngelderhöhung auf Beginn der kommenden Heizperiode vorziehen. Ich höre, dass die Koalitionsfraktion CDU/CSU diesem Vorschlag wohl folgen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß, dass sich die Union intensiv mit Fragen der Energieeinsparung befasst; das ist gut. Aber ich rate dringend dazu, das nicht mit dem im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ausstieg aus der Kernenergie zu vermischen und diesen nicht zu verwässern. Wir bleiben bei dem Ausstieg aus der Kernenergie. Er ist für uns nicht verhandelbar.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Die Kanzlerin hat die Föderalismusreform II angesprochen.

Auch ich will einige Worte dazu sagen. Mit dem Eckpunktepapier, das ich zusammen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger im Juni erarbeitet habe, ist die Arbeit der Kommission in die Schlussphase gekommen. Ich möchte gemeinsam mit Herrn Oettinger, dass es eine Zielgerade wird. Es geht um eine komplizierte und sensible Neugestaltung der Finanzbeziehungen. Dafür gibt es keine günstigere Koalition als diese Große Koalition, mit der die FDP-Kolleginnen und Kollegen und sogar Fritz Kuhn von den Grünen in der Frage der Schuldenregelung durchaus bereit sind zusammenzuarbeiten. Wir brauchen für fast jeden Eckpunkt unserer Reform eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament; das muss jeder wissen. Also brauchen wir die Kollegen von der FDP, die in manchen Bundesländern mitzuentcheiden haben.

Herr Oettinger und ich wollen so vorgehen, dass zuerst

die einvernehmlichen Punkte behandelt werden und die Streitpunkte zugunsten eines Gesamtpaketes vorläufig zurückgestellt werden. Nur dann sehe ich überhaupt eine Realisierungschance für ein Paket, das eine enorme Verbesserungschance gegenüber dem jetzigen Zustand bedeuten würde. Das gilt zum Beispiel für die Schuldenregelung, die einerseits ambitioniert sein muss, andererseits aber auch Raum für Konjunkturpolitik und Wachstumsinvestitionen einräumen muss. Ich war und bin mir bewusst, dass es eine Herkulesaufgabe ist, die wir zu stemmen haben, und kann nur appellieren: Lassen Sie uns die Chance nutzen - im Wissen um die Schwierigkeiten, aber mit dem Willen zum gemeinsamen Erfolg für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundesstaates!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen für die uns nachfolgenden Generationen eine Regelung finden.

Wir haben noch genug zu tun. Die Erbschaftsteuer sei als Beispiel genannt. Ich gehe davon aus, dass wir im Oktober den Knoten durchschlagen werden und ins parlamentarische Verfahren gehen können.

Wir müssen im Blick haben, dass uns das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung der Pendlerpauschale auferlegt. Es war richtig, dass wir uns auf das Verfahren geeinigt haben, nicht vorschnell aktiv zu werden, auf die Gefahr hin, auf das Urteil reagieren zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da ich gerade beim Bundesverfassungsgericht bin, will ich noch auf ein Thema eingehen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Ich weiß, dass ich da keine Zustimmung bei der CDU/CSU-Fraktion finden werde. Ich will nicht verstehen, dass wir das gesammelte Material zur NPD nicht nutzen, um noch einmal ernsthaft und intensiv die Möglichkeit eines erneuten Verbotsverfahrens zu prüfen. Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Einige Landesinnenminister haben gute Vorarbeit geleistet, vor allem auch der CDU-Innenminister aus Mecklenburg-Vorpommern. Aus meiner Sicht dürfen wir nichts unversucht lassen, um diesen Neonazis politisch, aber auch rechtlich endgültig das Handwerk zu legen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sonst besteht die Gefahr, dass sie in einigen Landstrichen die Oberhand gewinnen und die Arbeit aller demokratischen Parteien erschweren oder sogar unmöglich machen. Ich will mich jedenfalls nicht damit abfinden, dass wir aus Steuermitteln eine Partei finanzieren, die die demokratische Grundordnung überwinden und zerstören will. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn der Schily nicht so geschlampt hätte!)

Auf unserem Arbeitsplan stehen noch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Darüber werden wir in Kürze auf der Fraktionsarbeitsebene zu beraten und zu entscheiden haben.

Wir müssen diesen Weg gehen, weil branchenübergreifende

Mindestlöhne mit unserem Koalitionspartner bekanntlich nicht zu machen sind. Das ändert allerdings nichts daran, dass wir Sozialdemokraten über diese Wahlperiode hinaus am Ziel eines flächendeckenden Mindestlohnes, wie es ihn in den meisten europäischen Ländern gibt, festhalten und dafür werben werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind darin bestärkt worden durch einen Gast in unserer letzten Fraktionssitzung, nämlich durch den ehemaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel. Er hat sich beim Thema Mindestlohn nicht nur auf die eigene Autorität verlassen, sondern uns als gläubiger Katholik die Argumentationskraft dreier Päpste für den Mindestlohn als Gastgeschenk mitgebracht.

Leo XIII., Johannes XXIII. und Benedikt XVI., der aktuelle Papst, haben fast gleichlautend gerechten Lohn gefordert.

Einen gerechten Lohn beschreibt Johannes XXIII. in seiner Enzyklika Pacem in terris als einen Lohn, der dem Arbeiter und seiner Familie eine menschenwürdige Lebenshaltung gestattet. Lassen Sie uns doch den Päpsten folgen und überwinden Sie Ihre christlichen Bedenken dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass sich zwei christliche Parteien solch gewichtigen Befürwortern sozialer Politik noch anschließen werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Tragen Sie doch einmal vor, was Helmut Schmidt zum Mindestlohn sagt!)

Sie sehen, dass die Unterschiede zwischen den Volksparteien noch nicht aufgebraucht sind. Niemand muss im nächsten Sommer einen langweiligen Wahlkampf fürchten.

Jenseits des Trennenden haben wir in den letzten drei Jahren viel Gemeinsames auf den Weg gebracht, getreu dem Versprechen, das wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Koalitionsvertrag gegeben haben. In dessen Präambel heißt es:

In gemeinsamer Verantwortung wollen wir das Land voranbringen.

Das haben wir getan, und das werden wir in der noch verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode weiterhin tun.

Von da an gilt Kapitel 3, Buch der Prediger, als Wegweiser: Alles hat seine Zeit, Weinen und Lachen, Wehklagen und Feiern, sich Umarmen hat seine Zeit und sich aus der Umarmung lösen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Fritz Kuhn ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Drei Jahre nach Beginn der Großen Koalition und jetzt bei der Lesung des Haushalts des Kanzleramts geht es nach meiner Überzeugung um eine Frage, nämlich ob Sie, Frau Merkel, als Chefin der Großen Koalition das Land in den entscheidenden Feldern, die die Menschen betreffen und berühren, nach vorne gebracht haben oder nicht. Darauf will ich mich konzentrieren; denn das ist

es, was man bei der Beratung des Haushalts des Bundeskanzleramts eigentlich betrachten muss.

Ich will mit der Frage anfangen, ob Sie den Haushalt im Sinne der Generationengerechtigkeit konsolidiert haben. Das war ein großer Anspruch. Ich erinnere mich an die Rede von Herrn Röttgen, mit der die Große Koalition legitimiert werden sollte.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Erste Frage: Ja!)

Meine Antwort ist: Wer sich die Zahlen anschaut, inklusive die der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011, der muss - trotz allem, was der Finanzminister gestern wortreich dargestellt hat - feststellen: Sie haben dieses Ziel der Konsolidierung bis zum Jahr 2011 nicht seriös erreicht,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar aus folgendem Grund: Wer in den Jahren 2005 bis 2009 zusätzliche Steuern in Höhe von insgesamt 59 Milliarden Euro einnimmt und die Nettoneuverschuldung nur um 21 Milliarden Euro zurückfährt, der kann nicht sagen, dass er den Haushalt wirklich konsolidiert habe.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Doch! Beides haben wir erreicht!)

Obwohl Sie, Frau Merkel, in einer guten Konjunktur gestartet sind, obwohl Sie die Mehrwertsteuer massiv erhöht haben und obwohl Sie massive Privatisierungserlöse in diesen Jahren im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung haben, haben Sie es nicht geschafft, den Haushalt zu konsolidieren. Sie haben nichts für die schwierigen Zeiten angelegt.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Genau das ist geschehen!)

Unser Vorwurf heißt: Herr Struck, Ihnen ist es nicht gelungen, die Maßnahmen umzusetzen, über die wir in der Föderalismuskommission diskutiert haben, nämlich die Verschuldung zu bremsen und in guten Jahren für die schlechten Jahre vorzusorgen. Sie alle wissen, dass bei einer Neuverschuldung von null für das Jahr 2011, die Sie in der mittelfristigen Finanzplanung etatisiert haben, eine Vielzahl von Haushaltsrisiken steckt, für die Sie nicht im Ansatz Vorsorge getroffen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne die globalen Minderausgaben im Arbeitsministerium, die Sie nur zulasten der kleinen Leute realisieren können, nämlich beim Arbeitslosengeld II, bei der Grundsicherung. Ich nenne die Pendlerpauschale mit den Risiken in Karlsruhe. Ich nenne das Kindergeld, von dessen Erhöhung Sie reden, die Sie aber nicht etatisiert haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Doch, doch!)

Ich rede von den Konjunkturrisiken, die Sie nicht etatisiert haben; denn Sie gehen von einem Wachstum von 1,2 bzw. 1,5 Prozent über die Jahre aus. Ich nenne auch das Urteil aus Karlsruhe über die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung. Das heißt im Klartext: Trotz massiver Haushaltsrisiken und trotz eines möglichen Abschwungs der Konjunktur - man braucht gar nicht von Rezession zu reden - setzen Sie für das Jahr 2011 eine Neuverschuldung von

null an, obwohl alle wissen, dass Sie dieses Ziel nicht einhalten können. Frau Merkel, es tut mir leid: Wir können gern über Schwierigkeiten auf dem Weg reden, aber Sie können eines nicht machen: dass Sie sich erst einmal den Beifall als Konsolidierer abholen, hinterher aber das Konsolidierungsziel nicht erreichen. Das funktioniert bei einer wachen Öffentlichkeit nicht, egal wie Steinbrück hier an diesem Pult redet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, wir müssen anders über Einsparungen reden, und wir müssen darüber reden, welche steuerlichen Privilegien Sie eigentlich in den letzten Jahren nicht angetastet haben. Ich will ein Beispiel nennen. Es gibt zahlreiche Ausnahmen bei der Ökosteuern in der Wirtschaft. Die Ökosteuern ist eine reine Verbraucherinnen- und Verbrauchersteuer geworden. Sie sind nicht bereit, diese Ausnahmen anzugreifen, obwohl dem Staat dadurch jährlich Milliardenbeträge entgehen.

Ein zweites Beispiel: die Steuerprivilegien bei der Nutzung von Dienstwagen. Bund und Länder geben dafür zusammen jährlich rund 6 Milliarden Euro aus. Darüber schweigt die Regierung trotz Klimaschutzanforderungen. Ich erläutere das einmal, weil ich weiß, dass viele über die Dimensionen nicht Bescheid wissen: Ein Porsche Cayenne Turbo - um einmal ein größeres Fahrzeug zu nehmen -, der pro Kilometer 358 Gramm CO<sub>2</sub> ausstößt und dabei 15 Liter Treibstoff verbraucht, hat einen Ladenpreis von 110 000 Euro. Ein Großbetrieb mit einem entsprechenden Grenzsteuersatz, der dieses Auto einem seiner Mitarbeiter zur Verfügung stellt, kann ihn sechs Jahre lang abschreiben und hat dadurch einen Steuervorteil von jährlich maximal 5 500 Euro, das heißt insgesamt von etwas mehr als 33 000 Euro. Ein mittelständischer Betrieb, der einen höheren Grenzsteuersatz hat, hat in diesem Sechsjahreszeitraum einen Steuervorteil von 44 000 Euro. Da frage ich Sie alle zusammen: Was sind wir eigentlich für ein Staat, der es für zumutbar und akzeptabel hält, dass die Nutzung dieser Dreckschleudern, was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß angeht, durch einen Steuervorteil von maximal 44 000 Euro begünstigt wird? Wo sind Sie denn da?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Gerd Andres [SPD])

Dennoch sagte Herr Steinbrück gestern: Nennen Sie mir Sparvorschläge! Wir können eine ganze Reihe solcher Sparvorschläge nennen. Wir müssen natürlich über die Fragen reden: „Stimmt die steuerliche Basis, oder sind wir da zu großzügig? Subventionieren wir das Falsche?“ Frau Merkel, diese Sache müssen Sie sich anschauen, wenn Sie den Anspruch erheben, eine Große Koalition wirklich im Sinne von Haushaltskonsolidierung geführt zu haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen die Bayern ins Spiel. Herr Huber, ich kann nur sagen - Sie wollen nachher in der dritten Runde reden -: Was Sie gegenwärtig steuerpolitisch vorschlagen - Ihr Entlastungspaket bei der Einkommensteuer, 23 Milliarden Euro; die Wiedereinführung der Entfernungspauschale; das, wogegen Sie jetzt kämpfen,

haben Sie mit beschlossen, wovon Sie jetzt nichts wissen wollen -, ist nicht finanzierbar. Sie verweisen immer auf zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 60 Milliarden Euro. Aber Sie sehen doch, dass die von Ihnen mitgestaltete und mitgetragene Große Koalition trotz dieser Mehreinnahmen bei den Steuern aus diesem Jahr mit über 10 Milliarden neuen Schulden herausgehen wird. Das Geld, das Sie fordern, ist nicht vorhanden. Was Sie in Bayern veranstalten, ist ein Wahlkampftheater. Ich nenne die Forderungen, die Sie aufstellen, und die Art, wie Sie arbeiten, Panikpopulismus. Weil Sie Angst haben, dass Sie die absolute Mehrheit verlieren, verkünden Sie jeden Unsinn - und wissen genau, dass es nicht geht. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Gerd Andres [SPD])

Übrigens, an dieser Stelle sind der Politikstil der Linkspartei und der der CSU in Bayern einander nah. Es ist Ihnen völlig egal, wie man die Dinge realisieren kann; dennoch stellen Sie erst einmal Forderungen, weil Sie denken, es komme irgendwie gut an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die CSU ist in einem komischen Zustand; Sie fordert in Bayern etwas ganz anderes, als sie hier in Berlin tut. Ich will dafür ein weiteres Beispiel nennen, und zwar aus dem Bereich der Gentechnik; ich denke an die Grüne Gentechnik in der Landwirtschaft. Auf der Ramsauer-Homepage - jetzt in Bayern - habe ich gelesen: „Wir lehnen den Einsatz der ... Gentechnik in unserer Heimat ab.“ Tatsächlich hat ihn zunächst der CSU-Minister Seehofer als Gesundheitsminister 1998 in Brüssel genehmigt, als er die genrechtliche Genehmigung im Rahmen der EU mit unterstützt hat. Die sortenrechtliche Genehmigung, die man bei der Aussaat braucht, hat er dann im Jahr 2005 als eine seiner ersten Amtshandlungen erteilt, nachdem Renate Künast dieses Verfahren gestoppt hatte. Da fragt sich doch die aufgeklärte Bevölkerung in Deutschland und in Bayern: Was gilt nun? Gentechnik in der Heimat lehnt man ab, und in Berlin pusht man sie mit Unterstützung der Kanzlerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass man so nicht vorgehen kann.

Im Übrigen, Herr Steinbrück, Stichwort „Sparen in Deutschland, Gentechnik“: Im Rahmen der Hightech-Strategie werden - das ist ein kleinerer Beitrag - 279 549 Euro dafür ausgegeben, dass gentechnisch veränderte, kälteresistente Weihnachtssterne erprobt werden.

So etwas wird zur Förderung der Gentechnik über den Bundeshaushalt finanziert. Ich würde einmal sagen: Wenn Sie über Haushaltskonsolidierung reden, dann schauen Sie noch einmal nach, ob Sie solche Beiträge nicht einsammeln können! Es ist doch blanker Unsinn, sich als Sparkommissar hinzustellen und insgesamt einen solchen Mist zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Frau Merkel als Kanzlerin und Chefin der Großen Koalition zweitens fragen, ob eigentlich die sozialen Sicherungssysteme gerechter und zukunftsfähiger

geworden sind. Auch das ist eine Frage, die die Große Koalition beantworten muss.

Meine Antwort ist: In vielem sind die sozialen Sicherungssysteme nicht gerechter geworden. Wenn ich auf das Gesundheitssystem schaue, dann stelle ich fest, dass wir in Deutschland doch eine Zweiklassenmedizin haben. Zu denken ist an die Wartezeiten, an die Leistungskataloge für Kassenpatienten oder an die Überversorgung von Privatpatienten. Weil die Praxen über beide Systeme finanziert werden, laufen Privatpatienten ja auch immer Gefahr, dass bei ihnen zu viel gemacht wird, also auch etwas gemacht wird, was medizinisch gar nicht notwendig ist. Wenn ich mir all dies anschau, dann kann ich aufgrund der Spaltung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung nicht sagen: Unser Gesundheitssystem hat nicht den Charakter einer Zweiklassenmedizin. Es besteht ein unterschiedliches Angebot, je nachdem, um wen es sich handelt und wo er sich befindet. Daran hat die Große Koalition nichts verändert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich um die Finanzierung gekümmert, aber in der Frage der Gerechtigkeit in der Krankenversicherung sind Sie als Große Koalition keinen Schritt weitergekommen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel sagt, es sei kompliziert, aber es hat sie nicht interessiert, etwas zu verändern und mehr Gerechtigkeit in die gesetzliche Krankenversicherung zu bringen. Zur Frage der stabilisierten Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme: Unter die Grenze von 40 Prozent zu kommen, das erreichen Sie nicht. Herr Kauder, Frau Merkel, Sie haben dies nicht wirklich erreicht. Ich nenne Ihnen die Zahlen. Am 1. Juli 2008 betrug der Gesamtsatz für die sozialen Sicherungssysteme 40,3 Prozent. Am 1. Januar 2009 wird er, weil der Gesundheitsfonds natürlich viel kosten wird, über 40,7 Prozent betragen. Ich rechne übrigens die 0,9 Prozent, die die Arbeitnehmer in der Krankenversicherung allein bezahlen, dazu; da lasse ich Sie nicht heraus. Das ist der Satz, den man zugrunde legen muss, wenn man wissen will, wie hoch die Belastung insgesamt ist.

Von daher rührt auch der ganze Streit über die Frage, ob Sie in der Arbeitslosenversicherung unter einen Satz von 3 Prozent gehen wollen. Sie müssen unter einen Satz von 3 Prozent kommen, wenn Sie das 40-Prozent-Versprechen einhalten wollen. Frau Merkel, gegenwärtig ist es nicht eingehalten. Ich sage Ihnen voraus: Auch in einem Jahr werden wir feststellen, dass Sie dieses Versprechen nicht halten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte eine dritte Frage an die Chefin der Großen Koalition, Frau Merkel, stellen, nämlich: Haben Sie im Bereich der Energie- und Verkehrspolitik das gemacht, was aus Klimaschutzgründen notwendig, möglich und sinnvoll ist?

Unsere Antwort heißt: Sie haben es nicht gemacht. Frau Merkel hat sich sehr mit diesem Thema beschäftigt, ist auch Eisberge gucken gegangen, aber das, was das Kabinett zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung beschlossen hat, entspricht nicht dem, was man sich selbst als Ziel gesetzt hat. 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion haben Sie vorgehabt.



Wenn ich das zum Maßstab nehme, was Sie im Kabinett insgesamt beschlossen haben, können Sie nach vielen Untersuchungen, die jetzt vorliegen, maximal 30 Prozent Reduktion erreichen.

Das hat einen systematischen Grund, und den will ich nennen. Immer dann, wenn es von der Sonntagspredigt ans Eingemachte geht, wenn es um die Umsetzung werktags geht, haben Sie dicke Lobbys im Nacken, denen Sie am Schluss nachgeben. Das führt dazu, dass Sie das, was Sie ursprünglich wollten, nicht umsetzen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keinen Top-Runner-Ansatz zur Effizienzsteigerung bei Elektrogeräten. Der Neubau von Kohlekraftwerken, den Sie vorantreiben, führt nicht dazu, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert wird, weil Sie die alten Kraftwerke nicht abschalten können; dazu haben Sie nämlich kein Rechtsinstrument. Sie haben die Kraft-Wärme-Kopplung nicht so ausgebaut wie nötig, weil Sie einen Deckel bei 750 Millionen Euro eingezogen haben. Beim Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und bei der Energieeinsparverordnung springen Sie deutlich zu kurz, weil Sie sich nicht trauen, die Altbauten konsequent in das Erneuerungsprogramm einzubeziehen, sondern eher bei den Neubauten ansetzen.

Deswegen führen Sie eine Atomdebatte, die ich nur als Ablenkungsdebatte sehen kann. Nach der Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion in München ist es heraus: Sie wollen die Kraftwerke zehn Jahre länger laufen lassen. Auch alte Pannenreaktoren wie Biblis A, Neckarwestheim und Brunsbüttel sollen zusätzlich zehn Jahre laufen. Frau Merkel, ich kann nur hoffen, dass die Dübel in Ihrer Wohnung besser und fachgerechter montiert sind als die in Biblis, wo man Tausende von Dübeln austauschen musste.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Bild möchte ich deutlich machen: Wir reden nicht über Reaktoren ganz neuer Generation, sondern wir reden über alte Pannenreaktoren, die laufend stillgelegt sind, weil sie nicht dem technischen Stand entsprechen. Sie wollen 40 Milliarden Euro aus den Gewinnen der Energieerzeuger erlösen. Wenn man die Verantwortlichen kennt und ihre Kommentare jetzt, nachdem die Zahl von 40 Milliarden auf dem Tisch liegt, gehört hat, dann kann ich Ihnen nur vorhersagen, mit einem solchen Unsinn werden Sie bei denen scheitern. Der RWE-Sprecher kann zum Beispiel gar nicht nachvollziehen, wie Sie auf diese Zahl kommen. Die Begründungen waren auch gut. Noch vor einem halben Jahr haben Sie gesagt, dieses Geld sei für die regenerativen Energiequellen. Jetzt heißt es plötzlich, dieses Geld sei für die Senkung der Stromtarife. Warum haben wir denn in Bayern oder in Baden-Württemberg, wo es so viele Atomkraftwerke gibt, keine niedrigeren Stromtarife? Lassen Sie sich doch von der CDU nicht diesen Bären aufbinden! Herr Kauder, Sie sollten eigentlich vernünftiger sein als das, was von Ihnen in den Zeitungen steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns stört die Art und Weise, wie Sie mit der Entsorgungsfrage umgehen. Wir haben in Deutschland kein Endlager. Diejenigen Ihrer Politiker, die dort leben, wo

die Atomkraftwerke stehen, in Bayern und Baden-Württemberg, sagen jetzt: „Gorleben!“ Herr Kauder, es scheint, als würden Sie aus Asse keine Konsequenzen ziehen. Dort ist visuell und praktisch sichtbar, dass ein Salzstock nicht für die sichere Einschließung von radioaktivem Müll geeignet ist, auf den wir Zehntausende von Jahren aufpassen müssen. Herr Kauder, wir finden es billig, wie bei uns in Baden-Württemberg – ich komme selber aus Baden-Württemberg – und in Bayern mit dieser Frage umgegangen wird: Was wir nicht wollen, sollen doch die Fischköpfe in Niedersachsen gefälligst nehmen. – Das, was Sie da praktizieren, ist Heuchelei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Volker Kauder [CDU/CSU]: Herr Kuhn, das ist unter Ihrem Niveau!)

Ich komme zum Thema Verkehrspolitik. Frau Merkel, 25 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen durch den Verkehr. Sie aber haben so gut wie keine Verkehrspolitik, die darauf auch nur irgendeine Antwort gibt. Mit der Kfz-Steuerreform kommen Sie nicht weiter, obwohl viele Leute darauf warten. Sie würden ein sparsameres Auto kaufen, wenn sie wüssten, was da geschieht. Ich sage Ihnen: Ein vernünftiges Auto mit einem Spritverbrauch von 4 Litern muss Kfz-steuerfrei sein. Das müssen Sie endlich machen, dann lösen Sie auch einen Anreiz zum Kauf einer besseren Verkehrstechnik aus. Das scheint Ihnen aber weitgehend egal zu sein. Themen wie Tempolimit oder Dienstwagenbesteuerung scheinen Sie zu ignorieren. Das ist eine gute Dauersubvention, die Sie gern beibehalten wollen. Zu den Flugbenzinprivilegien höre ich von der großartigen Großen Koalition nichts. Hier drücken Sie sich vor dem entscheidenden Umstand, dass wir in Deutschland das Verkehrsmittel subventionieren, das in Bezug auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß am schlechtesten dasteht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich frage ich nach der Bahn und der Ordnungspolitik. Frau Merkel, wie lange wollen Sie als Chefin der Großen Koalition eigentlich noch jemanden wie Herrn Mehdorn stützen, der gegenüber den eigenen Kundinnen und Kunden der Bahn nachweislich als Wiederholungstäter aufgetreten ist? Er „verkauft“ diese wegen des Börsengangs. So jemanden kann man nicht stützen, das ist absoluter Unsinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des  
Abg. Gerd Andres [SPD])

Ich frage mich auch, wann Herr Tiefensee endlich mit einer Verkehrspolitik beginnt, die wirklich unter dem Rubrum „Klimaschutz“ steht. Ich frage mich, wann er nicht mehr diesen Mist macht, den wir aus diesem Hause gewohnt sind. Frau Merkel, ich sage dies deswegen, weil ich finde, eine Kanzlerin darf diese Fragen nicht so auslassen. Sie muss sich zentral mit diesen Fragen auseinandersetzen. Die nächste Frage, die ich ansprechen möchte, ist die Bildungspolitik. Es ist schön, dass Sie jetzt eine Bildungsreise machen. Ich will mich ausdrücklich nicht darüber lustig machen, denn es ist richtig, sich um die Bildungsinstitutionen zu kümmern. Die Lage ist ganz klar: Deutschland ist als Bildungsland nicht an vorderer

Stelle. Im OECD-Vergleich schneiden wir sehr kritisch ab. Wir geben sehr viel weniger Geld aus, als die Länder im Durchschnitt ausgeben. Wir geben erst recht sehr viel weniger Geld aus als die Topländer. Dabei will ich sagen, dass es nicht allein ums Geld geht. In der Frage der Bildung geht es immer auch um die Struktur von Bildung, also um die Qualität, die aus dem folgt, wie wir Bildung organisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir unser Land im internationalen Vergleich anschau, dann stelle ich fest, wir haben zu wenig Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen, wir haben Qualitätsdefizite in der Kinderbetreuung, wir haben zu wenig sprachliche und soziale Integration. Sie haben das angesprochen. Ich glaube, man muss diese Anstrengungen in der Vorschule und in den ersten Klassen der Schule verstärken. Wir haben in unserem Schulsystem - da wären Sie auch als CDU-Vorsitzende einmal gefragt; Sie sind ja nicht nur Kanzlerin, sondern auch Vorsitzende dieser Volkspartei - eine zu frühe Selektion der Kinder nach der vierten Klasse mit negativen Auswirkungen auf das Lernklima ab der ersten Klasse. Der Leistungsdruck geht ja gleich nach der Einschulung der Kinder los.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine lausig schlechte Situation an den Hochschulen, sowohl was die Lehre als auch was die Forschung angeht. Keine deutsche Hochschule steht im internationalen Ranking an vorderer Stelle. Der Hochschulpakt funktioniert einfach nicht, Frau Schavan. Ich möchte nur einmal etwas zur Anzahl der Studienplätze sagen: Für 2007 war vereinbart, 13 000 neue Studienplätze zu schaffen. Tatsächlich geschaffen wurden 3 400. Sie müssen sich doch eingestehen, dass dies nicht so funktioniert, wie es geplant war, und sich darum kümmern. Frau Merkel, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das Ergebnis der Föderalismusreform I, dass der Bund auf wesentliche Punkte seiner ohnehin schwachen Kompetenzen im Bildungsbereich verzichtet hat, war ein großer Fehler. Dies war ein Fehler, den die Große Koalition gemacht hat und den Sie zusammen mit Herrn Müntefering zu verantworten haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der LINKEN -  
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Röttgen nicht zu vergessen!)

Wir stellen jetzt die Forderung an Sie, dass der Bildungsgipfel, den Sie als Bund-Länder-Bildungsgipfel für Oktober angesetzt haben, zu einem Ergebnisgipfel werden muss. Er darf nicht zu einem Problemanalysegipfel werden; davon haben Sie ja schon viele durchgeführt. Wir wollen jetzt vielmehr konkrete Ergebnisse sehen, wie unser Bildungssystem verbessert werden soll, wer dabei welche Aufgabe erhält und wie die Finanzierung zwischen Bund und Ländern hier geregelt werden soll. Es wird also zu prüfen sein, ob es sich um einen Ergebnisgipfel gehandelt hat oder ob man nur schön darüber gesprochen hat, wie es eigentlich sein sollte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zu einem wichtigen Punkt, den Sie

in Ihrer Rede, Frau Merkel, völlig ausgelassen haben. Wir wissen, dass neben den Strukturreformen im Bildungssystem die Fragestellung, wie wir all das finanzieren wollen, zentral und wichtig ist. Laut OECDZahlen haben wir in der gesamten Bildungskette vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung und der Universität in Deutschland eine Unterdeckung bezüglich der eigentlich notwendigen Ausgaben in Höhe von 30 bis 40 Milliarden Euro, je nachdem, was man alles dazunimmt. Sie müssen jetzt endlich einmal sagen, aus welchem der noch nicht konsolidierten Haushalte und mit welcher Methode Sie diese Lücke schließen wollen. Wir als Grüne haben vor diesem Hintergrund gesagt, wir hören damit auf, sonntags von mehr Bildung zu reden und bei Finanzierungsfragen verträumt zum Himmel über dem Reichstag oder sonst wohin zu schauen. Vielmehr schlagen wir vor, Mittel aus dem Soli, der ein Finanzvolumen von 50 Milliarden Euro umfasst und dessen Zweckbindung zur Verwendung in den neuen Ländern von 2010 bis 2019 nach und nach ausläuft, dazu zu verwenden, um die große Aufgabe zu stemmen, die Infrastruktur unseres Bildungssystems endlich zu stärken. Auf diese Weise könnten wir das, was wir machen wollen, endlich auch finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich einmal die Gefechtslage beim Soli vor Augen führen: Die FDP will ihn abschaffen, Herr Steinbrück braucht ihn im Haushalt; da ist er über die Jahre ein wesentliches Konsolidierungsinstrument seiner mittelfristigen Finanzplanung. Er kommt ohne die 10 Milliarden Euro jährlich, die bis 15 Milliarden Euro aufwachsen, bei seinen Konsolidierungsbemühungen gar nicht mehr aus.

Ich stelle hier die Maxime auf: Wer unseren Vorschlag ablehnt, der soll einen Gegenvorschlag mit einem Finanzvolumen in dieser Höhe machen, damit Bildung finanziert werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wettbewerb zwischen den Parteien geht nicht so, dass Sie immer nur Vorschläge ablehnen. Vielmehr müssen Sie auch eigene Vorschläge machen, wie Sie auf Bundes- und Länderebene dieses finanzieren wollen.

Ich möchte einen Punkt in der Außenpolitik ansprechen, Frau Merkel, der mit Afghanistan zu tun hat. Sie haben hierzu ein bisschen was gesagt; Herr Struck hat etwas mehr gesagt. Wir haben den Eindruck, dass Sie dieses Thema ganz verschämt und versteckt anfassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Zuhören!)

Es gibt eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages Anfang Oktober, aber das Mandat liegt noch nicht vor. Sie reden wenig darüber, ganz nach dem Muster: Das sollen besser Herr Struck oder der Außenminister machen. Sie jedoch erklären der Bevölkerung nicht, was Sie in Afghanistan vorhaben und wie der Strategiewechsel funktionieren soll. Sie halten sich - im Vergleich zu anderen Themen, die Sie anpacken - merklich zurück.

Wir haben eine ganze Reihe von Fragen. Wir verstehen, dass Sie im Sinne eines Strategiewechsels langsam etwas für den zivilen Aufbau tun. Aber ein großer Schwung kommt da nicht rein; dazu sind zum Beispiel

die Bewegungen beim Polizeiaufbau viel zu langsam. Aber unsere Hauptfrage an Sie, die Sie nicht beantwortet haben, ist: Was macht eigentlich die Bundesrepublik Deutschland unter Ihrer Führung, wenn deutlich wird, dass die hohe Zahl der zivilen Opfer, die amerikanische Luftschläge gegen die Taliban sehr oft mit sich bringen, nicht kleiner wird, wenn es 70, 80 zivile Opfer gibt, Kinder, Frauen, die nichts mit diesen Taliban zu tun haben? So etwas kann einmal passieren; aber es passiert immer wieder. Aus Deutschland gibt es keine Antwort auf die Frage, wann wir diese Strategie beenden. So wird das Problem nicht gelöst, Herr Struck, und die Bevölkerung kann nicht einsehen, warum wir da zustimmen sollten. Sie dürfen also, Frau Merkel, nicht nur sagen, dass mehr für den zivilen Aufbau getan werden muss, sondern Sie müssen uns auch die Frage beantworten, wann die Doppelstrategie in Afghanistan - nämlich einerseits zivile Institutionen zu stärken, was wir unterstützen, andererseits aber viele zivile Opfer billigend in Kauf zu nehmen - aufhört. Das hätten Sie beantworten müssen als Kanzlerin, die in diesem Hause über dieses Thema debattieren will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir dann lesen - ich verweise auf eine Berichterstattung letzte Woche in der Neuen Zürcher Zeitung, die eine hohe Objektivität in diesen Fragen hat -, dass US-Präsident Bush beschlossen und den Befehl erteilt haben soll, dass künftig auch in Pakistan mit Bodentruppen angegriffen wird, ohne die pakistanische Regierung um Erlaubnis zu fragen, dann kann ich nur sagen: Ich will von einer Kanzlerin, die diesen Laden hier führt, wissen, wie sie dazu steht, ob sie glaubt, dass das stimmt, und was sie gegenüber der US-Administration getan hat, um Aufschluss darüber zu erhalten, wie die Dinge laufen, und ob wir eigentlich mit Zustimmung zu ISAF und OEF diesen völkerrechtswidrigen Befehl, wenn er denn erteilt worden ist, unterstützen wollen oder nicht.

Solche Fragen haben wir Abgeordneten, und zwar in allen Fraktionen, wenn wir über dieses Thema diskutieren. Ich verstehe Ihren Dank an die Angehörigen der Bundeswehr. Aber als einziges wesentliches Element in Ihrer Rede war das wirklich zu wenig. An dieser Stelle hätte ich mir mehr Führung, mehr Aufklärung, mehr Information gewünscht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)  
Ich komme zum Schluss.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, Sie denken bitte an die Redezeit.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wenn ich ein Resümee ziehe, finde ich, dass Sie, Frau Merkel, das Land in wesentlichen Fragen nicht ausreichend führen, dass Sie sich zurückhalten, dass Sie warten, wie die Streits ausgehen. Ich will am Rande hinzufügen: Manchmal habe ich bei Ihrem Regierungsstil den Eindruck, als hätten wir nicht einen Bundespräsidenten, sondern eher zwei. Für die Führung einer Kanzlerin ist das zu wenig.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Vorlage dieses Haushaltes für das Jahr 2009 verfolgt die Große Koalition konsequent das weiter, was sie sich zum Start vorgenommen hat: sanieren, reformieren, investieren.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Abkassieren!)

Das Thema Sanieren ist für uns eine der ganz großen Herausforderungen. Herr Kuhn, ich hätte mir gewünscht, dass das Thema Sanieren uns nicht so in Anspruch genommen hätte. Dazu wäre aber Voraussetzung gewesen, dass Sie in Ihrer Regierungszeit mehr Wert auf die Konsolidierung des Haushaltes gelegt hätten, als Sie es getan haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben sich darin erschöpft, Geld rauszuwerfen und Nachhaltigkeit einzufordern. Dieser Bundeshaushalt ist im Gegensatz zu Ihrer Politik eine klare Aussage an die junge Generation. Wir sorgen für nachhaltige Chancen der jungen Generation, indem wir jetzt nicht alles verpulvern, sondern durch einen konsolidierten Haushalt die Möglichkeit schaffen, dass die junge Generation in die Zukunft investieren kann. Wir handeln nicht wie Sie. Sie haben in Ihre Ideologie investiert, Geld hinausgeworfen und der jungen Generation Schulden hinterlassen, die wir jetzt wegräumen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auf diesem Weg gehen wir weiter, weil es ganz entscheidend darauf ankommt, dass junge Menschen in diesem Land eine Perspektive sehen, dass sie spüren, dass man ihnen Angebote macht – Bildungspolitik ist hier das Thema –, dass sie aber auch spüren, dass man sich um sie kümmert. Es kann uns nicht einfach kaltlassen, dass ganze Jahrgänge junger Wissenschaftler, Mediziner unser Land verlassen, weil sie glauben, in anderen europäischen Ländern bessere Bedingungen zu haben. Dieser Haushalt schafft die Voraussetzung dafür, dass wir jungen Menschen sagen können: Bleibt in Deutschland, bleibt in eurer Heimat. Wir schaffen die Voraussetzung für eine gute Zukunft für euch in Wissenschaft, in Forschung und im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dieser Großen Koalition hat sich schon einiges verändert. Es ist bereits mehrfach gesagt worden: Neben dem, was wir als knallharte Fakten sehen – dass wir nach einer Neuverschuldung von 30, 40, 50 Milliarden Euro jedes Jahr jetzt auf eine Neuverschuldung von etwas mehr als 10 Milliarden Euro kommen und dass wir im Haushalt 2010, der noch vor der Bundestagswahl im Jahr 2009 beraten wird, auf 6 Milliarden Euro kommen –, ist die klare Aussage und Botschaft: Wir werden es nach 40 Jahren zum ersten Mal schaffen, keine neuen Schulden

zu machen, um unsere Aufgaben leisten zu können.  
Wir schaffen einen ausgeglichenen Haushalt. Wir sorgen dafür, dass keine neuen Schulden und keine neuen Zinslasten entstehen und es neue Chancen für die junge Generation gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Weg war nicht einfach; er war anstrengend. Auch in beiden Koalitionsparteien, sehr geehrter Herr Kollege Struck, war es nicht einfach, weil natürlich in beiden Parteien

(Hubertus Heil [SPD]: In drei!)

- in drei Parteien, auch in der CSU - befürchtet wurde, dass wir zu viel von dem, was uns wichtig ist, nicht umsetzen können.

Aber was ist in den letzten drei Jahren wirklich wichtig gewesen? Was neben der Haushaltskonsolidierung wirklich wichtig war, wird uns heute in allen Tageszeitungen auf Seite eins bescheinigt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Vom DIW wird bescheinigt: Die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist der einzige Weg, um soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Professor Zimmermann sagt heute in allen Zeitungen: Es mag ja sein, dass nicht bei jedem etwas angekommen ist von dem, was gemacht worden ist. Aber er sagt auch: Bei denjenigen 2 Millionen Menschen und deren Familien, die aus der Arbeitslosigkeit herausgekommen sind und neue Chancen in ihrem Leben haben, ist enorm viel angekommen. Bei ihnen ist der Aufschwung angekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen gilt es, diesen Weg weiterzugehen.

Mancher auch in unserem Land meint: Wenn wir über die Erfolge, die zweifelsohne da sind, reden, dann würden wir uns zurücklehnen. Überhaupt nicht! Die Erfolge, die wir erreicht haben, dienen vielmehr als Beweis dafür, dass es sich lohnt, sich anzustrengen, dass es sich lohnt, das, was man als richtig erkannt hat, konsequent weiterzuführen. Wir werden uns nicht ausruhen, sondern den

Menschen Antworten auf die Fragen geben, die sie stellen.

Es sind natürlich bewegte Zeiten, in denen die Menschen uns schreiben. E-Mail-Eingang heute Morgen:

Herr Kauder, sagen Sie uns einmal: Sind unsere Spareinlagen noch sicher? Welcher Bank können wir noch vertrauen?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was antworten Sie da?)

Die Antworten, die der Finanzminister und die Bundeskanzlerin gegeben haben, sind völlig richtig. Sie sagen:

Wir müssen dafür sorgen, dass es entsprechende Richtlinien und Regeln gibt, damit das, was jetzt passiert ist, nicht noch einmal passieren kann. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig, wenn der Bundesfinanzminister erklärt: Es sind Dinge passiert, die natürlich nicht hätten passieren dürfen; aber es besteht überhaupt kein Grund, den Menschen einzureden, dass wir diese Situation nicht beherrschen

können.

Eines ist aber auch klar: All diejenigen, die uns noch vor wenigen Monaten gesagt haben, Kontrollen und Regeln in diesem Punkt seien falsch und würden die Marktwirtschaft stören, werden jetzt eines Besseren belehrt.

Die Marktwirtschaft schlechthin, die USA, weiß sich jetzt nicht anders zu helfen als zu verstaatlichen und Milliarden zuzuschießen. Dazu sage ich: Lieber vorher eingreifen, vorher regeln, um den Markt in die richtige Richtung zu lenken. Das ist unsere Aufgabe. Dabei, Frau Bundeskanzlerin und Herr Bundesfinanzminister, unterstützen wir Sie nach Kräften.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

In diesen Tagen werden wir in allen Interviews zum Thema Koalitionen befragt. Meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Plenum und draußen an den Bildschirmen, wir wollen diese Diskussion nicht führen. Ich rate uns allen, sich an dieser Diskussion nicht zu beteiligen. Es geht doch jetzt nicht um uns. Wir machen keinen Wahlkampf. Wir müssen jetzt unsere Arbeit machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Deswegen rate ich allen, auch wenn sie vor Kameras gefragt werden, sich nicht auf diese Diskussion einzulassen, sondern deutlich zu machen, was in den nächsten Wochen und Monaten noch vor uns liegt, was wir machen müssen, um dieses Land voranzubringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt konkret: Diese Große Koalition hat ihre Rechtfertigung darin, dass sie Aufgaben anpackt und sie löst. Dabei geht es um Themen, die für unser Land, für viele Menschen, für uns alle von besonderer Bedeutung sind.

(Dirk Niebel [FDP]: Pendlerpauschale!)

Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Arbeitsplatzschaffer Nummer eins, derjenige, der die Ausbildungsplätze für unsere Kinder zur Verfügung stellt, ist der Mittelstand in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind vor allem unsere Familienunternehmen, die am Standort bleiben und sich nicht wie jedes DAX-Unternehmen in der ganzen Welt tummeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Familienunternehmen müssen entlastet und nicht, wie Herr Lafontaine meint, enteignet werden. Das ist absoluter Unsinn, was da erzählt wird!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen haben wir bei der Erbschaftsteuerreform - Herr Kollege Struck, Sie haben das angesprochen - eine riesengroße Verantwortung. Das Bundesverfassungsgericht hat uns vor ein Problem gestellt. Jetzt kommt es darauf an, dass wir es lösen. Ich sage schon jetzt ganz klar - da sind wir uns Gott sei Dank einig -, dass das, was als Gesetzentwurf vorliegt, in einigen entscheidenden Punkten verändert und verbessert werden muss. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In den nächsten Tagen werden wir uns zusammensetzen.



Schon jetzt sage ich:

Erstens. Familienunternehmen müssen auch nach einer Erbschaftsteuerreform in der Lage sein, ihr Familienunternehmen ertragreich im Interesse von uns allen fortzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Arbeitsplatzschaffende Maßnahmen dürfen nicht mit einer Erbschaftsteuer belegt werden. Deswegen bleibt es dabei, dass wir die Erbschaftsteuer abschmelzen.

Drittens. Wir wollen, dass das Eigentum derjenigen, die in ihrem Leben etwas geleistet haben, die ihr Geld zusammengehalten haben, die es nicht hinausgeworfen haben, sondern ein kleines Eigentum für die Familie geschaffen haben, in die nächste Generation übertragen werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Bravo! Endlich sagt das einmal einer!)

Ich bin sicher, dass wir nach intensiven Verhandlungen und Gesprächen zu guten Ergebnissen kommen können.

In dieser Großen Koalition und auch in den Bundesländern, die wir dazu brauchen, weil es letztlich ihre Steuer ist und nicht eine des Bundes, die nur wir regeln müssen, ist die Bereitschaft dazu vorhanden.

Wir haben in diesen Tagen natürlich auch mit dem einen Thema zu tun, das die Menschen in besonderer Weise beschäftigt.

(Dirk Niebel [FDP]: Wann wählen wir endlich!)

- Genau das nicht. Sie haben von dem, was ich gesagt habe, überhaupt nichts verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen arbeiten und nicht immer an die eigenen Möglichkeiten der Macht denken. Kapierten Sie das endlich einmal!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Menschen bewegt nicht die Frage, wann Sie in eine Regierung eintreten wollen, sondern die Tatsache, dass das Leben für sie immer teurer geworden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zurufe von der FDP: Ja!)

Für diese Frage haben wir Verständnis. Aber die Antworten, die gegeben werden, sind vielfach die falschen.

(Zuruf von der FDP: Sie sind die Ursache!)

Wir können auf die gestiegenen Energiepreise nicht mit hohen staatlichen Subventionen antworten. Denn das müssen die Menschen wieder bezahlen. Wir alle wissen doch, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Solange wir einen Haushalt haben, in dem wir noch immer 10 Milliarden neue Schulden machen, gibt es keine Möglichkeit für milliardenschwere Entlastungen.

(Dirk Niebel [FDP]: Aha! Aha!)

Das wäre auch nicht richtig. Der Verbrauch der knapper werdenden Energie muss reduziert und nicht subventioniert werden. Deswegen werden wir all das tun, was getan werden kann, um den Menschen zu ermöglichen, den Verbrauch zu reduzieren. 2 Liter Spritverbrauch weniger bringen mehr als jede staatliche Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen sind energiesparende Autos die richtige Antwort.

(Beifall des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich fordere die Automobilindustrie auf: Macht jetzt endlich ernst mit dem Elektromotor als Zusatzaggregat auf dem Weg zum Elektroantrieb auf deutschen Straßen. Das ist der richtige Weg. Aber wenn man das macht, Herr Kuhn, ist auch klar: Elektroautos fahren nicht durch Schieben, sondern durch Strom. Also brauchen wir dann Strom. Deswegen kann ich nur sagen: Es ist völlig unverantwortlich - nicht das, was Sie gesagt haben -, sicher laufende Kernkraftwerke einfach vom Netz zu nehmen. Das ist Vernichtung von volkswirtschaftlichem Eigentum!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Zahlen, die wir genannt haben, sind Ihnen natürlich nicht recht; das ist mir völlig klar. Denn wir haben jetzt zum ersten Mal gesagt: Wir können den Menschen 40 Milliarden Euro zurückgeben. Da hat ein Sprecher von RWE etwas erklärt, was kurze Zeit später zurückgenommen wurde. Ich sage Ihnen: Die Zahl 40 Milliarden Euro ist realistisch.

(Ulrich Kelber [SPD]: Alle Experten haben dem widersprochen! - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit die 40 Milliarden Euro nicht verloren gehen, sollen sie in einen Fonds gezahlt und dann den Menschen zurückgeben werden. Das passt Ihnen nicht, weil Sie den Menschen die Unwahrheit sagen. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit und nicht mit grüner Ideologie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Problem bei der Energiefrage ist, dass Sie mehr Ideologie als Realität in den Vordergrund stellen. Wir wollen den Energiemix, weil wir den Menschen damit eine breit gefächerte Energieversorgung zur Verfügung stellen können.

Wir haben darüber hinaus gesagt: Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das eine bessere Anrechenbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge bei der Steuer vorschreibt, umsetzen. Das wird zu einer Entlastung führen.

Wir haben auch gesagt: Wir wollen eine deutliche Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Wir können uns eine Senkung um 0,5 Prozentpunkte vorstellen. Dies ist gerechnet. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit hat erklärt, dass dies möglich ist. Im Übrigen will ich an dieser Stelle sagen: Ich bin dem Chef der Bundesagentur dankbar. Denn nicht nur wir und die Wirtschaft, sondern auch er hat durch die Reformierung seiner Agentur einen Beitrag dazu geleistet, dass die Senkung jetzt möglich geworden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage: Die Bundesagentur ist keine Sparkasse. Das, was nicht unmittelbar für die Aufgaben und eine Schwankungsreserve gebraucht wird, wird an die Beitragszahler zurückgegeben. Daher ist nach unseren Rechnungen eine Beitragssenkung auf 2,8 Prozent möglich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieses Entlastungspaket ist ein Angebot, den Menschen zu helfen.

Die Große Koalition hat noch einige Zeit vor sich, um Arbeit für unser Land zu leisten. Diese Zeit wollen wir nutzen. Im nächsten Jahr wird der Wahlkampf beginnen. Wahlkampf gehört zur Demokratie. Wir sollten den Wahlkampf aber auf die unbedingt notwendige Dauer reduzieren.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre schön! Aber davon merkt man leider noch gar nichts!)

- Wenn auch Sie Ihren Beitrag dazu leisten, wird uns das gelingen. - Bis dahin werden wir weiterarbeiten.

Dass die Große Koalition einiges verändert hat, und zwar nicht nur im Hinblick auf die faktischen Chancen der Menschen, kann man an zwei Einlassungen des Kollegen Struck erkennen:

Die Große Koalition hat zur Folge, dass der Kollege Struck, wenn ich mich richtig erinnere, zum ersten Mal aus der Heiligen Schrift zitiert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist gut! Weiter so, Herr Kollege Struck!

Außerdem, Herr Kollege Struck, haben Sie recht: Unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel kann man gute Außenpolitik machen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben am heutigen Vormittag vorgetragen, welche positiven Ergebnisse sie mit ihrer Arbeit bewirkt haben wollen; das ist ihr gutes Recht. Sie haben eine Leistungsbilanz vorgetragen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland erfreulicherweise sinkt.

Außerdem haben sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zahl der Beschäftigten in Deutschland erfreulicherweise steigt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bravo! Das ist doch toll!)

Das sind die Entwicklungen, die in den letzten drei Jahren stattgefunden haben. In diesen drei guten Jahren waren Sie allerdings damit beschäftigt, die Frage zu klären, ob der Aufschwung ein Merkel-Aufschwung oder ein Schröder-Aufschwung war.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber kein Westerwelle-Aufschwung! - Heiterkeit)

Ich sage Ihnen: Der Aufschwung hat weder etwas mit Frau Merkel noch mit Herrn Schröder zu tun.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Noch mit Herrn Westerwelle!)

Er hat übrigens auch nichts mit Herrn Kauder oder mit mir zu tun,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)  
sondern er hat etwas mit der Weltwirtschaft zu tun.

Worüber Sie allerdings nicht gesprochen haben, ist die Verantwortung für den Abschwung, in dem wir uns jetzt befinden. Wenn der Aufschwung das Ergebnis Ihrer Arbeit war, wieso bekennen Sie sich dann nicht auch zu Ihrer Verantwortung für den Abschwung, den wir gerade erleben?

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, wir, die Opposition, werfen Ihnen nicht vor, dass wir einen Abschwung erleben; wir wissen, dass Aufschwung und Abschwung viel mit der Weltkonjunktur zu tun haben. Was wir Ihnen aber vorwerfen, ist, dass Sie die guten Jahre nicht genutzt haben, um für schlechte Jahre vorzusorgen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben Ihre Zeit in dieser Koalition verplempert. Bedauerlicherweise wird von dieser Regierung der Eindruck übrig bleiben: Es waren versäumte Jahre.

Wenn Sie es nicht einmal schaffen, die Kornkammer in den berühmten fetten Jahren zu füllen, wie soll Ihnen das dann in den mageren Jahren gelingen? Wie wollen Sie denn bei schlechter Konjunktur einen Haushalt ohne Schulden zustande bringen, wenn Sie einen Haushalt ohne Schulden nicht einmal bei guter Konjunktur zustande gebracht haben?

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Bürgerinnen und Bürger um die Früchte des Aufschwungs gebracht, und zwar mit der größten Steuer- und Abgabenerhöhung, die jemals eine Regierung im Deutschen Bundestag durchgesetzt hat. CDU, CSU und SPD sind verantwortlich dafür, dass das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den letzten drei Jahren immer teurer, aber nicht besser geworden ist. Sie haben alles verteuert, aber nichts verbessert. Sie reden über die Preistreiber in der Wirtschaft. Aber die wahren Preistreiber haben Steuererhöhungen beschlossen und sitzen auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eine Rede gehalten, der ich in weiten Teilen zustimmen konnte; ich glaube, das gilt über die Grenzen der Koalitionsfraktionen hinweg sogar für einen großen Teil dieses Hauses. Natürlich ist es gut, dass Sie die Bildungspolitik in den Mittelpunkt Ihrer Politik rücken. Es muss aber doch einem Beobachter auffallen: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am meisten über das Thema gesprochen, zu dem Sie politisch am wenigsten zu sagen haben, nämlich über die Bildungspolitik. Da sind Sie natürlich mit unverbindlichen Reden schnell dabei.

(Beifall bei der FDP)

In Wahrheit ist es doch nicht so, als würde Ihre Bildungsreise irgendeinen Kindergarten oder irgendeine Schule verbessern. Diese Bildungsreise findet statt für die Damen und Herren, die da oben in der ersten Reihe stehen, nämlich für die Fotografen. Sie wollen auch leben; das kann ich ja verstehen. Nur, mit Verlaub gesagt: Bildungspolitik hätte bedeutet, dass man bei der Föderalismusreform mit den entsprechenden Mehrheiten diese Zersplitterung nicht auch noch durchgesetzt hätte.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg.

Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben eine Bundesregierung, die heute Morgen einen auf Rosamunde Pilcher gemacht hat. Heute Nachmittag geht beim Wahlkampf das Kettensägenmassaker weiter. Das ist ein außerordentlich bemerkenswerter Vorgang. Herr Kollege Kauder sagt: Wir machen keinen Wahlkampf. - Das ist vermutlich genau der Grund, weshalb CSU-Chef Huber gleich hier sprechen wird. (Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wird er uns an dieser Stelle noch erklären. Mit Verlaub gesagt: Was der CSU-Chef als bayerischer Finanzminister in der Debatte über den Bundeshaushalt zu suchen hat, das wird er uns zweifelsohne noch erklären. Ich weiß, dass ein CSU-Chef gern hier sprechen möchte. Er hat hier aber gar kein Rederecht. Rederecht hat die Bayerische Staatsregierung. Diese ist beim Bundeshaushalt aber wirklich nicht gefragt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Ramsauer

[CDU/CSU]: Ihre Belehrungen können Sie sich wirklich sparen!)

Der Zustand dieser Regierung ist bemerkenswert. Da wird alles fröhlich verkleistert. Das ist alles menschlich nachvollziehbar. Aber, Frau Bundeskanzlerin, wir wollen Ihnen nicht ersparen, darauf hinzuweisen, was Sie über Ihren Vizekanzler und die SPD alles gesagt haben. Wenn niemand mehr sagt, was vor vier Tagen gesprochen wurde, dann ist es die Aufgabe der fröhlichen, optimistischen und lebensbejahenden Opposition, dies einzubringen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor vier Tagen auf dem Parteitag der CDU in Rheinland-Pfalz gesagt: Mit den Sozialdemokraten ist kein Staat zu machen. - Bundeskanzlerin Angela Merkel: Wir haben es mit einem Koalitionspartner zu tun, der zunehmend unzuverlässig wird.

Wenn mit den Sozialdemokraten kein Staat zu machen ist, dann verstehe ich nicht, wie ihr euch hier heute Vormittag küsst, herzt und schmust, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Bloß kein Neid!)

Herr Kollege Struck, ich bitte, das bildlich zu nehmen, damit das auch gleich klargestellt ist.

Die Töne der Sozialdemokraten über ihren Regierungspartner Union sind kein bisschen anders. Der designierte SPD-Vorsitzende, auf den ich mich persönlich durchaus freue, weil ich glaube, dass sehr klar gesprochen wird, wenn er in Debatten eingreift, sagte zu der Union: Die Union stellt zwar die Kanzlerin, aber sie hat nicht die Meinungsführerschaft. Frau Merkel hat nicht die Führung.

(Beifall des Abg. Hubertus Heil [SPD])

- Der Generalsekretär der SPD klatscht pflichtbewusst.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wie lange klatscht er noch?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen diese Koalition waren Kain und Abel eine friedliche Gesellschaft. Es ist abenteuerlich, was hier für ein Schauspiel veranstaltet wird. Die Bürger sind aber viel zu klug, um das durchgehen zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Das können nicht alle, das kann nur die Große Koalition. - Das ist für mich, wie man so schön sagt, das Wort des Tages gewesen. Morgens machen Union und SPD in den Sitzungen einen auf Miteinander, und ab Mittag machen sie einen auf Gegeneinander. Das kann nur die Große Koalition. Deutschland hat aber mehr verdient als eine Halbtagsregierung, die uns ein Jahr lang in dieser Republik mit Dauerwahlkampf lähmt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Opposition wirft Ihnen nicht vor, dass sich die Welt so oder so entwickelt. Es bestreitet niemand, dass die Regierung und die Koalition - auch in den Jahren zuvor - natürlich auch Positives bewirkt haben; es ist gar nicht möglich, dass man drei Jahre lang regiert und alles schlecht war. Das wird ausdrücklich anerkannt. Insbesondere bei der Außenpolitik haben wir immer wieder gesagt: Das erkennen wir an. Das große Problem ist aber, dass diese Koalition die riesengroße Mehrheit, die sie in diesem Hohen Hause und im Bundesrat hatte, nie genutzt hat, um das Land wirklich zu erneuern und auf schwächere Phasen vorzubereiten.

In den letzten drei Jahren war die wirtschaftliche Weltlage für Sie als Koalition unglaublich gut, aber Sie haben all das versäumt, was Sie im Hinblick auf schlechtere Zeiten zu tun gehabt hätten.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] - Joachim Poß [SPD]: Das ist doch schlichtweg falsch!)

- Herr Kollege Poß sagt: „Das ist doch schlichtweg falsch!“

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da hat er auch recht!)

- Dass Sie das jetzt sagen, Herr Kauder, ist mir völlig klar. Das ist eine ganze tiefe Freundschaft zwischen Ihnen; das weiß ja auch jeder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Na ja!)

Man muss es an dieser Stelle doch einmal auf den Punkt bringen: In der Zeit der alten Kanzlerschaft, zu der ich in heftiger Opposition stand, haben wir wenigstens den Versuch erlebt, mit der Agenda 2010 ein paar strukturelle Reformen auch für magere Zeiten durchzusetzen. Sie haben diese Reformen nicht nur nicht fortentwickelt, Sie haben sie sogar noch rückabgewickelt.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die strukturelle Lage in Deutschland mit Ihren Steuer- und Abgabenerhöhungsorgien verschlechtert und die Mittelschicht um die Früchte ihrer Leistung gebracht.

(Joachim Poß [SPD]: Das deckt sich nicht mit den Zahlen!)

Das vergisst Ihnen die Mittelschicht auch nicht. Erst haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern nichts

vom Aufschwung abgegeben, jetzt lassen Sie sie mit dem Abschwung alleine.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist der gefühlte Westerwelle! Nichts Konkretes!)

Das ist in Wahrheit der Ausdruck des wachsenden Misstrauens bei Ihnen.

Sie sagen, dass diese Bundesregierung bei der Erstellung des Bundeshaushalts Entscheidungen getroffen hat.

Herr Bundesfinanzminister, ich habe Ihre Rede von gestern gehört und aufmerksam verfolgt. Damit wir uns nicht missverstehen: Es ist Ihres Amtes, dafür zu sorgen, dass Panik nicht um sich greift. Es ist Ihres Amtes, dafür zu sorgen, dass aus einer Krise keine Katastrophe wird. Es ist auch Ihres Amtes als Finanzminister, dass Sie dementsprechend zur Vernunft mahnen. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Was uns nicht gefällt und was wir nicht anerkennen, ist, dass Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen so leichtfertig über das Versagen der privaten Wirtschaft reden - übrigens mit viel berechtigter Kritik -, dass Sie so leichtfertig über das Versagen der Manager privater Banken reden - übrigens auch mit viel berechtigter Kritik - und dass Sie das Versagen bei Ihrer eigenen Staatsbank verschweigen, was in Ihrer eigenen Verantwortung liegt, wo Milliarden Euro verbrannt wurden, die jetzt fehlen, beispielsweise um Steuern senken zu können.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man am heutigen Tage liest, dass die Staatsbank KfW, die zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern gehört, dem Pleitier in Amerika sogar noch 300 Millionen Euro mit der fabelhaften Begründung rüberschiebt, das habe man bereits in der letzten Woche angewiesen und man habe gar nicht mehr gewusst, dass diese Anweisung in dieser Woche ausgeführt wird, dann muss man sagen: Bevor Sie über das Versagen in der privaten Wirtschaft reden - auch mit berechtigter Kritik -, sollten Sie sich an Ihre eigene Nase fassen. Der Staat hat versagt, die Regierung hat versagt, die Bankenaufsicht hat versagt. Dafür trägt der Finanzminister die politische Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Dafür kann der

Finanzminister doch nichts! Das ist das Management!)

In der Öffentlichkeit verbreiten Sie den Eindruck, das sei ein solider Haushalt, weil weniger Schulden gemacht werden. Das kann jeder auf den ersten Blick mit den Grundrechenarten widerlegen. Die jetzige Bundesregierung, die bei der Regierungsübernahme rund 30 Milliarden Euro an neuen Schulden vorgefunden hat, gleichzeitig aber durch ihre Steuererhöhungen 60 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Steuern in ihre Staatskasse einnimmt und immer noch - in diesem Jahr wieder - hohe Schulden macht, handelt nicht solide. Sie würden sparen, wenn Sie die Ausgaben senken würden. Sie nennen es sparen, wenn Sie sich etwas weniger heftig neu verschulden. Das ist eine babylonische Sprachverwirrung.

Noch niemals hat eine Regierung den Bürgerinnen

und Bürgern so viel abgenommen wie diese Regierung.

Schlimmer ist aber: Noch niemals hat eine Regierung so viel ausgegeben wie diese Regierung. Wir haben kein

Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabeproblem des Staates. Hier ist eine Kehrtwende der deutschen Politik fällig. Sie können nicht immer die Kuh schlachten wollen, die Sie für den Staat melken möchten. All die sozialen Wohltaten hängen davon ab, dass es noch Menschen gibt, die anpacken und das alles erwirtschaften - die Mittelschicht -, um eine Zukunft zu haben. Das genau verhindern Sie mit Ihrer Abkassiererei.

(Beifall bei der FDP)

19 Steuererhöhungen haben Sie beschlossen: Das war die insgesamt größte Steuererhöhung in der Geschichte der Republik. Die Mehrwertsteuererhöhung ist davon nur ein Teil. Die Kürzung der Pendlerpauschale ist in aller Munde. Weitere Stichworte sind die Streichung der Eigenheimzulage und der Sparerfreibetrag.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das waren keine Steuererhöhungen!)

Ich erinnere noch einmal an das, was im Bereich der sozialen Sicherungssysteme beschlossen worden ist: Die Beiträge für die Kranken- und für die Pflegeversicherung werden erhöht. Wir erleben, dass die Rentenbeiträge steigen. Darüber hinaus sind Sie bei dem Versuch, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken, so mutlos, dass das, was auf der einen Seite erhöht worden ist, auf der anderen Seite wenigstens wieder ausgeglichen werden könnte.

Das ist leider die Realität. Sie haben die Steuern erhöht wie noch keine Regierung zuvor.

(Joachim Poß [SPD]: Wir haben Steuervergünstigungen abgebaut!)

Trotzdem machen Sie Schulden. Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der FDP)

Nun hat uns Herr Kollege Kauder gesagt: Das Beste kommt noch. Das habe ich mehr als Drohung denn als Versprechen empfunden. Wenn Sie bei der Erbschaftsteuer, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, wirklich etwas Gutes im Sinne hätten, dann ist doch gar nicht erklärbar, warum Sie mit diesen angeblich so guten Nachrichten für unser Volk nicht schon vor der bayerischen Landtagswahl herauskommen.

(Beifall bei der FDP)

Jeder weiß, dass Sie die Bürger nach der bayerischen Landtagswahl wieder hinter die Fichte führen wollen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein!)

Das wird so ablaufen, dass Sie genau die Wahlkampforderungen, die die CSU im Augenblick durch die Bierzelte trägt, nach der bayerischen Landtagswahl wieder beerdigen werden.

Im bayerischen Wahlkampf gab es eine Diskussion, die mich fasziniert hat, Herr Kollege Huber. Es ist wirklich bemerkenswert: Seitdem Sie merken, dass Ihnen ein bestimmtes Körperteil auf Grundeis geht, seitdem Sie merken, wie eng es für die CSU wird, fangen Sie mit einem Kreuzzug gegen die Linken an.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Was richtig ist!)

- Es ist immer richtig, gegen die Linken zu sein, da haben Sie völlig recht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die SPD kämpft mit der 15, die CSU mit der 50!)



Wenn das euer kleinster gemeinsamer Nenner ist: Bitte schön!

Aber dann haben Sie, lieber Herr Kollege Huber, meine Damen und Herren von der CSU, angefangen, eine Attacke gegen die FDP zu reiten.

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Herr Huber, das geht zu weit!)

Das ist zu viel, das können wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben tolle Nachrichten gehört, die mir persönlich sehr viel Freude bereitet haben: Herr Beckstein und Herr Huber bezeichnen die FDP als Sicherheitsrisiko.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das sagt der Ministerpräsident, der soeben erklärt hat, man könne sich an einem Nachmittag nach zwei Litern Bier noch ans Steuer setzen. Nehmen wir das einmal als Realität; der Mann bewirbt sich schließlich gerade als Ministerpräsident. Herr Huber spricht hier gleich noch, und ich möchte gerne die Meinung der bayerischen Staatsregierung dazu hören. Nehmen wir einmal ein gestandenes Mannsbild: Herrn Huber.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Nehmen wir als Alter 62 Jahre und als Gewicht circa 72 Kilogramm an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

- Ich weiß, wie man mit geringem Aufwand Freude bereiten kann. -

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Nun möchte ich das einmal umrechnen. Wenn man also nachmittags um drei Uhr auf dem Oktoberfest anfängt, zwei Liter Bier zu trinken, und um 21 Uhr damit aufhört, dann hat man knapp 0,8 Promille im Blut.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Er hat alkoholfreies Bier gemeint!)

Wenn wir als FDP ein Sicherheitsrisiko sein sollen, dann kann ich dazu nur eines sagen: Jemand, der die Leute betrunken hinters Steuer lassen will, ist ein Sicherheitsrisiko in diesem Land.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun haben wir von Ihnen, lieber Herr Kollege Struck, viel gehört. Ich höre Ihnen immer sehr gerne zu; das macht viel Freude. Was ich auch immer genieße, sind Ihre kleinen Sticheleien. Ich fand es herrlich, als Sie davon sprachen, dass Angela Merkel den Steigbügelhalter für Frank-Walter Steinmeier macht. Das hat große Begeisterung bei den Damen und Herren der Union ausgelöst.

Sie haben sich hier sehr lange und ausführlich geäußert. Das müssen Sie auch, das gehört dazu. Schließlich machen wir hier keinen Wahlkampf, Herr Kollege Struck und Herr Kollege Kauder, um das an dieser Stelle noch einmal klarzustellen.

(Lachen bei der LINKEN)

Nichts von Ihnen, Herr Kollege Kuhn? Das Bodenturnen war wirklich großartig.

An dieser Stelle rechnet der Kollege Struck mit der

Linkspartei ab. Ich bin zwar als Liberaler sowieso der größte Gegner der Idee der Unfreiheit durch Sozialismus und Kommunismus, aber eines habe ich nicht verstanden. Wenn Sie die Repräsentanten der Linkspartei sozusagen als gerade frisch der Hölle entsprungen darstellen, dann verstehe ich nicht, warum Sie in einem Bundesland nach dem anderen genau mit diesen Kommunisten zusammen regieren wollen. Insofern sollten Sie einen neuen Kurs finden, meine Damen und Herren Sozialdemokraten. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Land nach dem anderen: Berlin, Hessen, Thüringen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein wird angekündigt. Ich habe eine traurige Nachricht für Sie: Dazu wird es nicht kommen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Es ist aber ein Widerspruch in der Debatte.

Ich rate dazu, dass wir uns weniger mit den politischen Persönlichkeiten auseinandersetzen. Ich habe meine Zweifel, ob Nazivergleiche ein geeigneter Diskussionsbeitrag sind. Aber wir sollten über etwas anderes debattieren. Worum es in der Debatte eigentlich gehen muss - meinetwegen auch gerne im Wahlkampf, aber erst recht hier -, ist nicht die Beschimpfung von einzelnen Repräsentanten einer Linksaußenpartei; vielmehr geht es darum, klarzumachen, dass wir bei aller Kritik, die wir an unserem System der sozialen Marktwirtschaft äußern, und bei allem, was wir besser machen wollen, gemeinsam erkannt haben, dass es immer noch das beste System ist, das es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Die soziale Marktwirtschaft hat ihre Fehler, aber sie ist zehnmal besser als eine bürokratische Staatswirtschaft und erst recht die Planwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Darüber muss die Debatte eigentlich geführt werden.

Es ist auch Ihre Aufgabe, die geistige und politische Meinungsführerschaft auszuüben. Ich habe es wirklich bedauert, meine Damen und Herren von der Bundesregierung. Sie haben einen riesigen Etat für Öffentlichkeitsarbeit. Er umfasst Millionen über Millionen Euro und wird immer weiter aufgestockt. Sie beschließen, immer mehr Geld für Propaganda auszugeben. Wofür verwenden Sie dieses Geld? Warum nutzen Sie es nicht beispielsweise für Wertedebatten? Warum gehen Sie nicht mit dem Thema soziale Marktwirtschaft oder mit Informationen über die Zeit vor der deutschen Einheit in die Schulen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wie kann man von einem 18-, 19- oder 20-Jährigen erwarten, dass er das alles im Kopf hat? Diese geschichtlichen Lehren sind eine Bringschuld für uns, die wir das alles erlebt haben, aber keine Holschuld der Jüngeren. Dafür müssten Sie eine Offensive starten.

(Beifall bei der FDP)

60 Jahre Einführung der Deutschen Mark - welche Gelegenheit war das, in die Schulen und Hochschulen zu gehen. Auch das 60-jährige Jubiläum des Parlamentarischen Rates ist ein geeignetes Thema. An dem Festakt dazu, der kürzlich stattgefunden hat, haben nur einige

tapfere Aufrechte teilgenommen.

Wer das demokratische System der sozialen Marktwirtschaft in unserer Republik auch in den Herzen der Menschen verankern will, der muss wenigstens die großen Geburtstage und Anlässe in unserer Republik nutzen, um die Vorzüge dieses Systems gegenüber der Unfreiheit immer und immer wieder zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben in der Außenpolitik, um die es heute auch noch gehen wird, zweifelsohne vieles richtig gemacht. Ich kritisiere erneut - aus Zeitgründen kann ich es aber nur streifen -, dass eigene Abrüstungsinitiativen Ihrerseits leider ausgeblieben sind. Ich halte übrigens den Satz, dass Außenpolitik kein Abenteuerspielplatz ist, den Sie, Herr Minister Steinmeier, von Hans-Dietrich Genscher übernommen haben, für völlig richtig. Wir unterstützen die Regierung Merkel/Steinmeier nachdrücklich darin, auf der Fortsetzung des Dialogs zu bestehen und den Gesprächsfaden nicht zu durchschneiden. Wer nicht miteinander redet, kommt viel zu schnell in die Gefahr, eines Tages aufeinander zu schießen. Deswegen ist es völlig richtig, dass Sie die Verpflichtung zum Dialog als Ihre große Verantwortung anerkennen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wird Ihnen niemand nehmen, und das ist von uns auch nie kritisiert worden. Das steht für mich außer Frage, und es ist mir offen gestanden auch gleich, ob es mehr die Handschrift von Frau Merkel oder von Herrn Steinmeier trägt. Es ist einfach deutsche Staatsräson. Daran wird sich auch nichts ändern.

Wir blicken auf drei Jahre zurück, in denen eine riesige Mehrheit und eine sehr starke Konjunktur alle Möglichkeiten geboten haben. Von anderen Regierungen bleiben das Wirtschaftswunder, die neue Ostpolitik und die deutsche Einheit übrig. Von dieser Regierung bleibt die Steueridentifikationsnummer übrig. Das ist Klein-Klein. Aber das ist zu wenig für unser Land. Geistigpolitische Führung wäre gefragt. Dieses Land braucht wieder eine Richtung mit klaren Verhältnissen. Das Gewurstel muss ein Ende haben.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Thomas Oppermann das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Westerwelle, ich räume ein, dass Ihre darstellerischen Fähigkeiten immer besser werden. Aber vielleicht hat das auch damit etwas zu tun, dass Sie nun schon längere Zeit keine Gelegenheit hatten, das, was Sie hier Jahr für Jahr vortragen, in die Tat umzusetzen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Es wird Zeit!

Da haben Sie recht!)

Deshalb müssen wir daran erinnern, wie es war, als Sie die letzte Gelegenheit hatten. Das Jahr 1998 erscheint in Ihrer Betrachtung der Gegenwart als das absolute Krisenjahr in Deutschland. Als Sie 1998 die Regierung abgegeben

haben, hatten wir eine höhere Nettokreditaufnahme, eine deutlich höhere Staatsquote, höhere Lohnzusatzkosten und eine höhere Arbeitslosigkeit. (Jürgen Koppelin [FDP]: Und die deutsche Einheit!)

- Die deutsche Einheit haben wir noch immer. Sie sagen, wir hätten heute fette Jahre, und alles sei so einfach. Können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, wie hoch der Ölpreis im Jahr 1998 war? Ich habe eben nachgeschaut: 9,3 Dollar pro Barrel. Aus der damaligen wirtschaftlichen Situation hätten Sie mehr machen können. (Beifall bei der SPD)

Es gibt durchaus viele Gemeinsamkeiten mit Ihnen, zum Beispiel in der Außenpolitik. Aber Sie können auf den übrigen Feldern im Ernst nicht den Eindruck erwecken, als ob Sie den ganz großen Entwurf für Deutschland in der Schublade hätten. Das glauben Sie nicht einmal selber.

Ich möchte dem Bundesfinanzminister und der Bundeskanzlerin dafür danken, dass sie den in einer Situation der politischen Verzweiflung geborenen Versuch der CSU abgelehnt haben, uns eine Steuerentlastung in Höhe von 28 Milliarden Euro einzureden. Ich finde, das wäre falsch gewesen; denn solange wir eine Nettokreditaufnahme haben, ist eine Steuersenkung eine Steuersenkung auf Pump. Wir wollen einen handlungsfähigen, nicht unterfinanzierten Staat und eine leistungsfähige Wirtschaft. Deshalb ist es gut, dass sich die CSU nicht durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Herr Huber - ich meine das durchaus freundschaftlich; auch ich war einmal Landespolitiker -, hilft es in Landtagswahlkämpfen gar nichts, wenn man nur auf bundespolitische Themen wie die Pendlerpauschale, die Einkommensteuer oder den Blutalkoholgehalt setzt. Die Menschen merken natürlich, dass Sie ablenken wollen, und glauben, dass Sie Ihre politischen Hausaufgaben in Bayern nicht gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

So war es auch in Hessen. Sie setzen zwar nicht auf dieselben Themen wie Roland Koch, machen aber die gleichen Fehler.

Wir senken die Nettoneuverschuldung und gewinnen gleichzeitig Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen. Der Etat für Bildung und Forschung wird um sagenhafte 730 Millionen Euro aufgestockt. Noch nie wurde in Deutschland in einem Staatshaushalt so viel Geld für Bildung und Forschung bereitgestellt.

(Joachim Poß [SPD]: Sehr wahr!)

Mit der Hightech-Strategie, dem Pakt für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative mobilisieren wir neues Wissen und neue Kreativität. Damit gestalten wir die Zukunft. Die Forschung von heute ist die Innovation von morgen und die Grundlage für die Arbeitsplätze und den Wohlstand von übermorgen. Exzellente Forschung ist die Basis für Technologieführerschaft.

Wie so etwas funktioniert, kann man am Beispiel des Jobwunders bei den erneuerbaren Energien sehr gut betrachten. Die politische Weichenstellung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kombination mit deutscher

Ingenieurskunst hat einen dynamischen, weltweiten Wachstumsmarkt erschlossen, in dem bis heute 250 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Bei Umsätzen von 25 Milliarden Euro wächst dieser Markt so schnell, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren verdoppeln kann.

(Beifall bei der SPD)

Was unter Rot-Grün angeschoben und von vielen Koalitionsfreunden in der Union anfangs belächelt wurde, hat sich zu einer unglaublichen Erfolgsgeschichte entwickelt.

Ich finde, die Grünen könnten etwas stolzer auf den Beitrag sein, den sie dazu geleistet haben. Aber man kann die damit verbundenen Chancen nur dann nutzen und realisieren, wenn es Fachkräfte gibt, die das Wissen anwenden und umsetzen können. Von Jahr zu Jahr fehlen in Deutschland mehr Techniker und Ingenieure. Allein im nächsten Jahrzehnt werden wir

1,5 Millionen Hochschulabsolventen, Meister und Techniker zusätzlich brauchen. Während im OECD-Durchschnitt 37 Prozent eines Jahrgangs die Hochschule mit einem Abschluss verlassen, sind es in Deutschland gerade einmal 21 Prozent. Herr Huber, wie sollen wir international Anschluss gewinnen und in Deutschland ebenfalls eine Akademikerquote von 40 Prozent erreichen, wenn Sie in Bayern nur 20 Prozent eines Jahrgangs zum Abitur führen? Sie haben diesbezüglich die rote Laterne in Deutschland. Das liegt doch nicht daran, dass die Menschen in Bayern weniger begabt sind. Es liegt an Ihrem Bildungssystem, das zu selektiv ist, die Wege nach oben zu eng macht, zu wenige Chancen einräumt und nicht ausreichend ermutigt. Damit müssen wir in Deutschland aufhören.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU/CSU)

Deshalb ist es wichtig, dass der Bildungsgipfel, den die Bundeskanzlerin für Oktober einberufen hat, ein Erfolg wird. Denn wir brauchen nicht nur mehr Abiturienten, wir haben auch zu wenige gut ausgebildete Lehrer, zu viel Unterrichtsausfall, zu große Schulklassen, zu viele Schulabbrecher, zu wenige Studienplätze und zu wenige Studenten, insbesondere in den Natur- und Technikwissenschaften. Wir wollen, dass auf dem Bildungsgipfel konkrete, verbindliche Verabredungen getroffen werden. Dabei sollte kein unproduktiver Streit über Zuständigkeiten geführt werden. Aber es muss schon klargestellt werden, dass Bund, Länder und Kommunen ihre jeweiligen Zuständigkeiten kraftvoll ausschöpfen müssen. Wenn der Bund mit Milliardensummen Krippen- und Studienplätze mitfinanziert, dann dürfen wir auch erwarten, dass die in den Ländern aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdenden Mittel in den Schulen bleiben und nicht abgezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Es darf am Ende nicht heißen, der Bildungsgipfel kreiße und gebä eine Maus.

Der kürzeste Weg von der Schule in die Arbeitslosigkeit ist eine abgebrochene Schulausbildung. Ich bin dem Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sehr dankbar, dass er diesen Zusammenhang deutlich in Erinnerung gerufen hat. Dass 500 000 Menschen ohne Schulabschluss arbeitslos

sind, ist ein Zustand, mit dem sich niemand in diesem Lande abfinden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind für den Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses; dieser ist für uns unverzichtbar.

In keinem anderen industrialisierten Land der Welt ist der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Bei gleichen Kompetenzwerten haben die Kinder aus der sozialen Oberschicht eine fünfmal höhere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, als Kinder von un- und angelernten Arbeitern.

Das setzt sich an der Hochschule fort. Von 100 Akademikerkindern landen 83 an der Hochschule, von

100 Kindern von Nichtakademikern sind es ganze 23.

Die Bildung wird in Deutschland gleichsam vererbt. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir unser Bildungssystem dort am schwächsten ausgestattet haben, wo am stärksten über die Chancen entschieden wird, nämlich in den ersten zehn, insbesondere in den ersten fünf Lebensjahren.

Was in dieser Zeit bei der Entwicklung von Sprache, Intelligenz und Kreativität versäumt wird, lässt sich später nur sehr schwer aufarbeiten. Dazu hat der US-Ökonom und Nobelpreisträger James Heckman gesagt, es sei die größte Ungerechtigkeit der praktizierenden Marktwirtschaften, dass Kinder aus armen, bildungsfernen Familien sich noch so anstrengen könnten, sie kämen nicht nach oben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Wenn Kinder nichtakademischer Eltern von höherer Bildung ausgeschlossen werden, dann erschüttert das nicht nur, wie die Bundeskanzlerin zu Recht gesagt hat, den Glauben an die soziale Marktwirtschaft, sondern das ist am Ende auch eine Gefahr für die Demokratie. Ein demokratisches System wird auf Dauer nur dann akzeptiert, wenn jeder die Chance zum sozialen Aufstieg hat.

So wie in einer Demokratie die Minderheit die Chance haben muss, zur Mehrheit zu werden, so muss der Einzelne, der unten ist, die Chance haben, nach oben zu kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Unser Kollege Otto Schily hat hier einmal den denkwürdigen Satz gesagt: Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit. Das lässt sich leicht übertragen: Wer es unterlässt, sozialen Aufstieg zu ermöglichen, gefährdet die pluralistische Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Als wir schon einmal eine Bildungskatastrophe hatten, nämlich in den 60er-Jahren, hat die sozialliberale Regierung die richtige Antwort gefunden, Herr Westerwelle. Es kam zur größten Bildungsexpansion, die Deutschland jemals gesehen hatte. Viele von denen, die heute hier sitzen, haben davon profitiert und verdanken dieser Bildungsexpansion ihren eigenen Aufstieg.

Wir wollen, dass Deutschland wieder zu einem Land der Chancen wird. Wir wollen, dass sozialer Aufstieg durch Bildung und Anstrengung wieder so selbstverständlich

und so machbar wird, wie es zu Zeiten von Willy Brandt und Walter Scheel der Fall war.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Oskar Lafontaine.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich in der verbleibenden Zeit auf wenige Themen konzentrieren, nämlich auf das Thema Bildung und das Thema Haushalt.

Der Vorredner hat gerade ausgeführt, wie sich die Situation im Bildungswesen entwickelt hat. Ich kann allen Ausführungen zustimmen. Es ist eine bedauerliche Entwicklung, wenn immer weniger junge Menschen die Chance haben, einen entsprechenden Bildungsabschluss zu erreichen, und wenn internationale Organisationen feststellen müssen, dass in Deutschland immer mehr Kinder aus ärmeren Schichten ausgegrenzt werden. Solange das der Fall ist, verehrter Herr Kollege Westerwelle, können wir als Linke nicht in das Loblied der sozialen Marktwirtschaft einstimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Wirtschaft, die Kinder bei der Bildung ausgrenzt, ist nach unserer Definition nicht sozial. Das will ich hier einmal anmerken. Es mag sein, dass Sie eine andere Definition haben.

Nun hat die Bundeskanzlerin eben in ihrer Rede viel über Bereiche geredet, bei denen sie wenige Kompetenzen hat. Aber nehmen wir doch einmal das Thema ernst. Sie hat gesagt, dass sie neben der Verbesserung der Bildungssituation den Haushalt konsolidieren wolle. Jeder Praktiker in den Gemeinden und in den Ländern stellt sich die Frage, wie sie das denn machen will: Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite und ein deutlich besseres Bildungsangebot auf der anderen Seite. Ich kann Ihnen so viel verraten: In den Ländern und in den Gemeinden wird so ohne Weiteres nicht verstanden, was damit eigentlich gemeint ist. Damit komme ich zu einer Kernaussführung des Bundesfinanzministers, der in der ihm eigenen Klarheit eben deutlich gemacht hat, dass der Zug der Politik seit einigen Jahren in die völlig falsche Richtung fährt und dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands heute Auffassungen vertritt, die vor zehn Jahren noch von niemandem vertreten worden wären.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Bundesfinanzminister hat dargestellt, dass die Staatsquote gefallen ist. Das ist richtig; jeder kann das überprüfen. Die Staatsquote ist von 48 Prozent im Jahre 1999 auf 43,5 Prozent gesunken. Das kann man für richtig oder für falsch halten. Nur, es hat natürlich erhebliche Konsequenzen, auch für das Bildungssystem in Deutschland. Die Tatsache, dass wir im Vergleich zum Durchschnitt der anderen OECD-Staaten, bezogen auf das Sozialprodukt, 1 Prozent, also 25 Milliarden Euro, weniger für Bildung ausgeben, hat etwas mit diesem Credo zu tun, das Herr Steinbrück hier wieder vorgebetet

hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wir haben hier von der fachlichen Seite her die merkwürdige Situation, dass die Kanzlerin sagt, wir müssen mehr für die Bildung tun, während ihr Finanzminister sagt: Aber ich werde eine Finanzpolitik durchsetzen, die das völlig unmöglich macht. Da müssen Sie irgendwann einmal wirklich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkommen. Mit dem ständigen Absenken der Staatsquote werden Sie in Deutschland niemals ein verbessertes Bildungssystem durchsetzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen Zahlen nennen - ich zitiere die Bundesregierung und nicht uns -: Durch die Absenkung der Staatsquote von 48 Prozent auf 43,5 Prozent sind die jährlichen Ausgaben heute um 114 Milliarden Euro geringer. Das kann man für richtig oder auch für falsch halten. Nur, es hat Auswirkungen auf Rentnerinnen und Rentner. Es hat Auswirkungen auf Hartz-IV-Empfänger. Es hat Auswirkungen auf die Kinder, die in die Schulen gehen müssen. Letztendlich hat es auch auf diejenigen Auswirkungen, die Lohnempfänger usw. sind. Sie haben in den letzten Jahren die Entstaatlichung Deutschlands - so hat es Bofinger genannt - in dieser Größenordnung - Senkung der Staatsquote um 114 Milliarden Euro - durchgesetzt, und Sie erklären mit diesem Haushalt, dass Sie diese Entstaatlichung weiterführen wollen. Das heißt, letztendlich erklären Sie hier, dass Sie Sozialabbau und geringe Bildungsangebote im nächsten Jahr fortführen wollen. Das ist die Essenz Ihrer Haushaltspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Sie an Ihr Hamburger Grundsatzprogramm - ich lese so etwas - erinnern, meine Damen und Herren - liebe Genossinnen und Genossen, hätte ich beinahe gesagt. Darin steht der Satz - er steht in allen Programmen -: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.“ Wie bringen Sie das mit der Erklärung des Bundesfinanzministers, wir haben die Staatsquote von 48 Prozent auf 43,5 Prozent abgesenkt, und wir wollen in diesem Sinne weitermachen, in Einklang? Was gilt denn jetzt?

Leider ist der geschätzte Herr Kollege Struck verschwunden; ich wollte ihm ein bisschen die Prozentrechnung erläutern. Ich möchte ihm sagen, dass es früher selbstverständlich war, uns an skandinavischen Ländern zu orientieren. Man kann die Politik der skandinavischen Länder für richtig oder für falsch halten. Dass die FDP sie als Rechtsaußenpartei für falsch hält, wissen wir seit vielen Jahren. Aber wir sagen: Was sie etwa an sozialen Leistungen bieten und was sie insbesondere ihren Kindern an Bildungschancen bieten, das ist beispielhaft, und wir hätten das auch gern für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur wissen die Skandinavier natürlich, dass man das mit ständigen Steuersenkungen nicht erreichen kann. Was Sie hier erzählen, ist natürlich ein Märchen. Angesichts der sinkenden Staatsquote ist auch all das falsch, was Sie hier vorgerechnet haben. Es ist leider so: Bezogen



auf das Sozialprodukt sinken die Staatsausgaben. Sie können sich doch nicht hierher stellen und so tun, als wäre immer nur abkassiert worden, als wären die Steuern immer nur erhöht worden. Nein, in Ihrem Sinne sind die Staatsausgaben gesunken. Zu Ihrer Regierungszeit - da hat Herr Oppermann recht - war die Staatsquote deutlich höher. Das sind Tatsachen, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Wenn die Skandinavier die Frage beantworten sollen, wie sie diese Projekte finanzieren wollen, dann sagen sie, dass sie für eine höhere Staatsquote oder für eine höhere Steuer- und Abgabenquote sind.

Nun will ich Sie noch einmal mit der Prozentrechnung konfrontieren. Herr Struck - ein sehr liebenswerter Mensch; er ist jetzt leider nicht da - hat vorhin wieder gesagt: Oh Schreck, wenn man alles addiert, was man in irgendwelchen Papieren der Linken findet, dann sind das 255 Milliarden Euro - der Untergang des Abendlandes. Dann müssten Dänemark und Schweden längst in irgendeinem Ozean versunken sein.

Wenn man die Steuer- und Abgabenquote Schwedens oder Dänemarks auf Deutschland übertragen würde, dann hätte man 375 Milliarden Euro pro Jahr Mehreinnahmen. Man mag das alles für falsch halten. Nur, wenn Sie über internationale Vorgänge und über die Angebote, die die Menschen woanders haben, diskutieren wollen, müssen Sie sich in den Statistiken auskennen und können nicht stolz darauf sein, dass Sie jetzt in völliger Umkehr der ehemaligen Politik der deutschen Sozialdemokratie das Sinken der Staatsquote zum Kernziel Ihrer Politik machen. Das ist doch absurd, was Sie hier machen. (Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine Mischung aus Eitelkeit und Selbstgerechtigkeit!)

Dennoch sagen Sie gleichzeitig: Hamburg gilt. Demnächst werden Sie sich herausreden, indem Sie sagen, dass Sie mit der sinkenden Konjunktur eigentlich nichts zu tun hätten, denn dafür seien die internationalen Finanzmärkte verantwortlich. Das ist natürlich ein großer Irrtum. Wir haben seit Jahren eine gespaltene Konjunktur. Wenn der Export läuft, läuft letztendlich, also im Saldo, auch unsere Wirtschaft. Aber wir haben im Binnenmarkt überhaupt nichts dafür getan, dass die Wirtschaft läuft. Wenn der Export jetzt abschmiert und Sie im Binnenmarkt nicht gegensteuern, dann werden Sie die Ergebnisse haben, die Sie immer hatten. Nun will ich Ihnen sagen, was das im Binnenmarkt heißt. Das heißt im Binnenmarkt: Wir haben sinkende Löhne, immer noch. Auch in den neuerlichen Expertisen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute wird prognostiziert, dass das real so weitergeht. Wir haben sinkende Renten, immer noch, und das wird nach den Planungen, die bisher vorliegen, auch so weitergehen. Wir haben sinkende soziale Leistungen. Wir haben nur - das steht in jedem Jahreswirtschaftsbericht - einen Anstieg der Vermögenseinkommen und einen Anstieg der Gewinneinkommen. Solange das so ist, können wir niemals von sozialer Marktwirtschaft reden, (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

sondern müssen von einer Umverteilung von unten nach oben reden; das hat in den letzten Jahren permanent stattgefunden. Deshalb misstrauen so viele Menschen in Deutschland - ihre Zahl nimmt zu - nicht nur der sozialen Marktwirtschaft, sondern auch unserer staatlichen Ordnung. Sie glauben, es geht nicht mehr gerecht zu. Es ist ja fast zum Lachen: Wenn in der Wall Street jetzt mehr und mehr Banken verstaatlicht werden, was sagen Sie denn da? Wenn der letzte Ausweg des Finanzkapitalismus die Verstaatlichung ist, was sagen Sie denn da? Ich kann an eine bestimmte Adresse nur sagen: Wenn die Wall Street rot wird, dann wird Deutschland in den nächsten Jahren mit Sicherheit nicht schwärzer oder gelber werden.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Erwin Huber.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ludwig Stiegler [SPD]: Warum?)

Erwin Huber, Staatsminister (Bayern):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass Redner aus vier Fraktionen schon meine bloße Anwesenheit zum Anlass genommen haben, in Wallung zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle fest: Solange das so ist, brauche ich mir um die Bedeutung meiner Partei keine Sorgen zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Abgeordneter Westerwelle, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass ich hier das mir nach der Verfassung zustehende Rederecht ausübe.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Wie viel Maß haben Sie eigentlich vor der Rede getrunken, zwei oder mehr?)

Im Übrigen: Wenn Ihre Partei am nächsten Samstag in München zusammen mit Linken und mit der DKP gegen die Sicherheitspolitik in Bayern demonstriert, dann sollten Sie sich um Ihre eigene Partei Sorgen machen. Eigentlich gehören Sie nicht in die Nachbarschaft von Linken und DKP.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der FDP)

Wenn die Gewalttäter von Weihnachten in der Münchner U-Bahn, die wegen Mordversuchs zu acht und zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, von der FDP Landesvorsitzenden verharmlosend als „Münchner

Kindl“ dargestellt werden, dann haben Sie ein eklatantes Defizit in all den Fragen der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Prost, Herr Huber!)

Deutschland steht im Sommer 2008 deutlich besser da als im Sommer 2005. Wir haben wieder Wirtschaftswachstum.

Wir haben fast 2 Millionen Arbeitsplätze mehr. Wir haben viele Arbeitsplätze für Jugendliche.

Wir haben viele Lehrstellen. Wir haben gesicherte Sicherungssysteme in den Bereichen Rente, Gesundheit

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

und Arbeitslosigkeit. Das heißt, Deutschland ist in diesen drei Jahren deutlich nach vorn gekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist nicht einheitlich in allen Ländern Deutschlands. Ich kann für das Land reden, das die geringste Arbeitslosigkeit hat, das die geringste Jugendarbeitslosigkeit und damit die besten Chancen für die junge Generation hat. Der Redner vor mir vertritt eine Partei, die hier in Berlin in der Verantwortung ist. Berlin ist die Hauptstadt der Arbeitslosigkeit. Berlin ist die Hauptstadt von Hartz IV. Berlin ist die Hauptstadt von Kinderarmut. Große Sprüche machen, aber in der Praxis versagen, das ist linke Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU - Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Milliarden versenkt in Berlin!)

Sie verwenden, was Armut angeht, immer die Zahlen aus dem Armutsbericht, die Zahlen von 2004 und 2005.

In den Jahren vorher waren wir nicht in der Regierungsverantwortung. Für die rot-grüne Armut in Deutschland lassen wir uns nicht verantwortlich machen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hubertus Heil

[SPD]: Ihre geistige auch nicht!)

Heute sind eine Million Menschen weniger von Armut bedroht als vor drei Jahren. Das ist auch ein gutes Ergebnis dieser Koalition und der Regierung Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da Herr Struck schon die Bibel zitiert hat, muss auch ich sagen: An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Berlin hat mit das größte Schuldenloch aller 16 Länder. Die Situation hat sich in Berlin mit der Regierungsbeteiligung von Links dramatisch verschlechtert.

(Beifall bei der CDU/CSU - Joachim Poß

[SPD]: Dieppen! Landowsky!)

Das ist das, was wir den Menschen auch vor der Landtagswahl in Bayern sagen: Links wählen heißt im Grunde mehr Steuern, mehr Schulden und weniger Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg.

Hubertus Heil [SPD])

Es ist richtig, dass dieser Bundeshaushalt unter dem Motto der Konsolidierung steht. Natürlich wäre es volkswirtschaftlich völlig falsch, die Konsolidierung innerhalb eines Jahres herbeizuführen, denn das würde dem wirtschaftlichen Kreislauf viel zu viel Geld entziehen. Man muss hier einen längeren, verlässlichen und stetigen Weg gehen. Diese Regierung hat 2005 eine hohe Erblast mit einem strukturellen Defizit im Bundeshaushalt von 60 Milliarden Euro übernommen. Das ist jetzt auf 10 Milliarden Euro zurückgeführt worden. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU - Christine Scheel

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei 60 Milliarden Euro Steuereinnahmen!)

Der Kollege Kauder hat gesagt, dass damit die Chance besteht, nach 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt und möglicherweise auch Überschüsse zu erreichen. Das führt mich dazu, daran zu erinnern, dass vor 40 Jahren Franz Josef Strauß Bundesfinanzminister war. Er hat im Jahr 1969 einen Haushalt mit Überschuss übergeben.

Dann ging der Marsch in den Schuldenstaat unter Regierungsbeteiligung der FDP los.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hubertus Heil

[SPD]: Was war denn mit Kohl?)

Deutschland hatte 20 Jahre lang eine solide Finanzpolitik. Der Dammbbruch bei den Schulden begann seinerzeit in der sozialliberalen Koalition.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist ja Kabarett!)

Wir haben 1998 in Bayern als erstes Land angekündigt, dass wir ausgeglichene Haushalte wollen. Wir haben das im Jahr 2006 erreicht.

(Hubertus Heil [SPD]: In Berlin übrigens auch!)

Ich darf daran erinnern, mein Vorgänger, Herr Falthäuser, und Herr Eichel haben zur gleichen Zeit angekündigt, dass 2006 die Marke für einen ausgeglichenen Haushalt sein soll. Herr Eichel ist nicht mehr im Amt, und er hat einen Haushalt mit dem größten Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik übergeben. Bayern hat 2006 den ausgeglichenen Haushalt erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe von der LINKEN)

Wir haben in den Jahren 2007 und 2008 500 Millionen Euro an Schulden zurückgezahlt. Ich werde dem Bayerischen Landtag in diesem Jahr einen Haushaltsentwurf 2009/2010 mit einer Neuverschuldung von ebenfalls Null und 200 Millionen Euro Schuldentilgung pro Jahr vorlegen. Wir werden dann fünf Jahre lang einen ausgeglichenen, schuldenfreien Haushalt haben. Das ist in ganz Deutschland vorbildlich.

(Beifall bei der CDU/CSU - Jürgen Koppelin

[FDP]: Sagen Sie etwas zur Landesbank!)

Frau Bundeskanzlerin, deshalb stimmt, was Sie auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg gesagt haben: Der Bund soll dorthin kommen, wo Bayern heute schon ist.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg.

Hubertus Heil [SPD])

Das Kunststück besteht nicht darin, einfach nur zu sparen und zu kürzen. Das Kunststück besteht darin, zugleich zu investieren und für die Zukunft vorzusorgen.

Wir haben gesagt: Wir konsolidieren, wir reformieren und wir investieren.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir werden allein in diesem Jahr - in einem Land - die Investitionen gegenüber dem Vorjahr um fast eine Milliarde Euro erhöhen. Wir werden diesen Weg fortsetzen.

Deshalb ist es auch Aufgabe des Bundes, für das Wohl der Menschen in ganz Deutschland, aber auch für das Wohl und die Entwicklung der Menschen in allen Ländern, neben der Konsolidierung auch Innovationen zu betreiben.

Ich begrüße es sehr, dass die Forschungsausgaben in diesem Bundeshaushalt ausgebaut werden und man zugleich die Entlastung der Bürger betreibt. Dieser Dreiklang „Konsolidierung - Innovation - Entlastung“ ist richtig für die Zukunft des Landes; denn nur so sind wir den Risiken der Globalisierung gewachsen. Es reicht nicht aus, zu sagen, Globalisierung ist unsere Chance und unser Schicksal. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass Leute, die die Gefahren und Risiken der Globalisierung

besonders zu tragen haben, von uns unterstützt und gefördert werden. Deshalb ist es richtig, dass der Bundeswirtschaftsminister Michael Glos eine Politik betreibt, die vor diesem Hintergrund darauf abzielt, den Mittelstand zu entlasten und Bürokratie abzubauen. Damit wird die Position von kleinen und mittleren Unternehmen im Wettbewerb gefestigt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hubertus Heil

[SPD]: Den Seehofer noch loben! Nicht vergessen!)

Es war richtig, dass die Koalition zum 1. Januar 2008 die Unternehmensteuerreform in Kraft gesetzt hat. Herr Westerwelle, es entspricht nicht der ganzen Wahrheit, wenn Sie die dazu notwendige Gegenfinanzierung hier einfach nur als Steuererhöhung abtun. Es wäre ohne Gegenfinanzierung nämlich nie möglich gewesen, den durchschnittlichen Körperschaftsteuersatz auf unter 30 Prozent zu senken. Sie lassen sich gerne für Steuersenkungen loben, verschweigen dabei aber, dass diese Maßnahmen auch bestimmte Gegenfinanzierungen erforderten. Der Weg, den wir gegangen sind, war richtig, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich begrüße es sehr - dafür bedanke ich mich auch bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion -, dass mit dem in München, also am richtigen Ort, geschnürten Entlastungspaket ein Weg eingeschlagen wurde, der diese Politik auch in Zukunft fortsetzt. Zum 1. Januar 2009 werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent reduziert. Dies entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Damit werden die Beitragszahler, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, im Vergleich zum früheren Satz von 6,5 Prozent um 25 Milliarden Euro im Jahr entlastet. Das ist die richtige Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich begrüße es auch, dass wir zum 1. Januar 2009 das Kindergeld erhöhen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben den Betrag von 10 Euro genannt. Das ist wichtig und war notwendig, da es lange Zeit nicht erhöht wurde. Der Forderung von Teilen der SPD, stattdessen doch lieber 25 000 Kindergärtnerinnen einzustellen, entgegne ich: Es kann nicht sein, Familieninteressen in dieser Form gegeneinander auszuspielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für uns ist es gleichermaßen notwendig, Möglichkeiten zur Kinderbetreuung zu schaffen und Familien zu entlasten. Man kann nicht einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern, die jetzt unter den hohen Energiepreisen zu leiden hat, die ja nicht um 3, sondern um 10 bis 30 Prozent gestiegen sind, damit kommen, dass in ihrer Nachbarschaft ein Kindergarten gebaut wird. Diese Frau muss unmittelbar entlastet werden. Das ist wichtiger Bestandteil einer familienfreundlichen Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg.

Hubertus Heil [SPD])

Wir werden mit den Verbesserungen im Bereich des Wohngeldes die Beziehher von niedrigen Einkommen von den höheren Ausgaben aufgrund der steigenden Energiepreise zumindest teilweise entlasten. Das ist richtig. Wir können selbstverständlich nicht den Preisbildungsprozess

beeinflussen. Hier ist der Staat im Grunde ohnmächtig.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dazu komme ich gleich. - Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass das Energieangebot nicht reduziert wird. Wer in einer Zeit von zurückgehenden Ressourcen und steigenden Preisen am Ausstieg aus der Kernenergie festhält, der verknappt das Angebot, treibt die Energiepreise in die Höhe und macht uns abhängig.

(Hubertus Heil [SPD]: Nehmen Sie auch den Atommüll?)

Das ist falsch. Dieser Beschluss muss korrigiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hubertus Heil [SPD]: Nehmen Sie auch den Atommüll?)

Wenn wir die Bezieher niedriger Einkommen entlasten wollen, sollten wir, so meine ich, die Pendler entlasten. Es sind nicht ein Siebtel der Arbeitnehmer, sondern rund ein Drittel, nämlich 11 Millionen, die von der Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale profitieren würden. Ich mache mich in Bezug auf das, was wir 2006 beschlossen haben, gar nicht aus dem Staub.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie das erst jetzt?)

Das war notwendig, weil sonst eine Konsolidierung der Bundesfinanzen nicht möglich gewesen wäre. Da es aber heute eine verbesserte Situation gibt und da die Spritkosten stark gestiegen sind, sind wir der Meinung, dass die existenzsichernde Fahrt zum Arbeitsplatz steuermindernd geltend gemacht werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe für die CSU ein Steuerentlastungskonzept über 28 Milliarden Euro vorgelegt.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Konzept“ ist das falsche Wort!)

- Das nervt Sie; das freut mich. Da unterscheiden wir uns. Die Grünen wollen die Energiesteuern erhöhen und damit die Menschen belasten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die SPD-Linke will die Erbschaftsteuer verdreifachen und die Vermögensteuer neu einführen, und die Linke ist mit Steuerbelastungen von 100 Milliarden Euro und mehr sowieso jenseits aller wirtschaftlichen Vernunft; das würde den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes herbeiführen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben gesagt, das Konzept ist notwendig für einen mittelfristigen Pfad. Das Konzept ist nicht eine Entlastung für ein Jahr,

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist überhaupt keine Entlastung, weil Sie es nicht umsetzen werden!)

sondern für 2009, 2010 und 2012. Denn wir wollen, dass die heimlichen Steuererhöhungen über die kalte Progression eingegrenzt werden. Es kann nicht sein, dass die Mittelschicht immer mehr belastet wird, weil sich inflationsbedingt beispielsweise ihr Bruttoeinkommen erhöht und damit der Grenzsteuersatz immer mehr steigt.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Sie sind in Berlin an der Regierung!)  
Wir müssen gerade in einer Situation, in der die konjunkturelle Lage schwieriger wird, die arbeitenden Menschen, die Leistungsträger, den Mittelstand, die Handwerker, die Arbeitnehmer, mittelfristig entlasten, damit von ihnen ein positiver Beitrag für die Konjunktur ausgeht.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist - das möchte ich ausdrücklich unterstreichen - ein wichtiger Beitrag auch im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer. Wer jetzt eine so gewaltige Erhöhung der Erbschaftsteuer politisch in den Raum stellt wie die SPD,

(Joachim Poß [SPD]: Was denn? Was hat denn die SPD gemacht? Das ist doch Unsinn! Das waren einige aus der SPD!)  
der verschreckt den Mittelstand.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Staatsminister, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass das Licht vor Ihnen das Ende der Redezeit signalisiert?

(Hubertus Heil [SPD]: Ende der Regierungszeit!  
Letzte Rede im Bundestag!)

Erwin Huber, Staatsminister (Bayern):

Ich trage noch zwei Gedanken vor: Erstens. Wir müssen dafür sorgen, dass im Mittelstand, der sein Leben lang arbeitet, spart und investiert, kein einziger Betrieb und kein einziger Arbeitsplatz durch die Erbschaftsteuer gefährdet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Anton

Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war hoffentlich Ihr letzter Auftritt hier! Der 28. September wird hoffentlich bedeuten, dass das Ihr letzter Auftritt war!)

Zweitens begrüße ich, Frau Bundeskanzlerin, die Bildungsrepublik Deutschland. Wir werden aus Bayern unseren Beitrag dazu leisten, dass jedes Kind eine gute Chance hat. Die Qualifikation der Menschen ist das Beste für die wirtschaftliche Zukunft. Deshalb gehen wir mit Mut und Kraft entschlossen in die Zukunft.  
Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -

Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geh mit Gott, aber geh! - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abschied! Wiederschauen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Gregor Gysi das Wort.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU/CSU: Oh! - Jürgen Koppelin [FDP]: Ich dachte, Herr Seehofer hätte eine Kurzintervention angemeldet!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Huber, Sie hören, die Begeisterung ist nicht ganz so groß wie bei Ihnen; aber den Beifall nach Ihrer Rede fand ich unverdient.

Lieber Kreuzritter Huber, bei Ihrem Kreuzzug gegen die Linke sind Sie, als Sie auf Berlin und bestimmte Zahlen verwiesen, in Ihre eigene Grube gefallen. Sie haben es verabsäumt, darauf hinzuweisen, dass wir nur

deshalb in die Regierung gekommen sind, weil es vorher, verursacht von der CDU, die größte Bankenkrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:

Das ist leider wahr!)

Die Stadt war so etwas von pleite, dass es gar keinen anderen Weg mehr gab, als uns zu wählen und mit in die Regierung zu nehmen. Schritt für Schritt befreien wir die Stadt daraus.

So wie die CDU in Berlin bewiesen hat, von Geld nichts zu verstehen, haben auch Sie in Bayern mit Ihrer Landesbank bewiesen, nichts von Geld zu verstehen. Das ist das ganze Problem.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Jürgen Koppelin [FDP]: Herr Seehofer hat sich auch zu einer

Kurzintervention gemeldet!)

Erwin Huber, Staatsminister (Bayern):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich brauche nur auf ein Faktum hinzuweisen: Bei der letzten Wahl in Berlin hat die Linke gewaltig verloren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat der Kollege Kauder das Wort.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist doch gar nicht angegriffen worden!

- Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Das geht nicht!)

Herr Kollege Gysi, Fakten des heutigen Tages haben mich nach dem, was Sie hier gesagt haben, herausgefordert, Sie im Deutschen Bundestag mit etwas zu konfrontieren, was eine Ungeheuerlichkeit ist. Wir haben dafür gesorgt, dass für Hunderttausende von Menschen das Wohngeld erhöht wird. Wir wollen, dass dieses Geld auch ankommt. Der Berliner Senat, in dem Ihre Partei mitregiert, sorgt dafür, dass noch 23 000 Menschen auf die Erhöhung des Wohngeldes in diesem Jahr warten. Kümmern Sie sich einmal darum! Es ist unsozial, Herr Gysi, was Sie da machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dort, wo Ihre Partei wie hier in Berlin an einer Regierung beteiligt ist, bekommen die Menschen das Geld nicht, das ihnen zusteht, das wir beschlossen haben. Das ist unsozial. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich möchte keine Kurzintervention halten! - Jürgen Koppelin [FDP]:

Aber Huber soll noch einmal reden! Herr Seehofer hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet!)

Vizepräsidentin Petra Pau:



Das Wort hat jetzt erst einmal wieder die Präsidentin, welche einen Fehler gemacht hat. Da Herr Kauder nicht direkt angegriffen und angesprochen wurde, (Volker Kauder [CDU/CSU]: Natürlich!) hätte ich an dieser Stelle keine Kurzintervention zulassen dürfen. Das ist richtig.

(Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE] meldet sich zu einer Kurzintervention)

- Jetzt wird die Präsidentin diesen Fehler nicht fortsetzen. Deshalb werden jetzt keine weiteren Kurzinterventionen und Antworten mehr zugelassen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Schade!)

Wir setzen jetzt mit der Rednerliste fort, auch wenn das der eine oder die andere bedauert.

Das Wort hat der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der CSU-Vorsitzende hat hinter der Maske des bayerischen Finanzministers eine etwas angeberische Rede gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Volker

Kauder [CDU/CSU]: Oh!)

Ich erinnere: Der letzte CSU-Vorsitzende hat zu uns in der Maske des Ministerpräsidenten geredet und immer gesagt: Die Bayern sind die Besten, die Größten und die Schönsten. - Es hat ihm nichts geholfen. Huber und Beckstein haben ihn von hinten erdolcht. Wenn ich sehe, wie Herr Seehofer schweigend hier sitzt, dann weiß ich: Erwin Huber hat kein gutes Schicksal vor sich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN)

Da hilft alles nichts, da kann man ein noch so großes Maulheldentum hier betreiben.

Als Bayer sollte man, gerade weil es uns momentan durchaus nicht schlecht geht, eher ein Stück Bescheidenheit haben. Wir hatten in der Geschichte unseres Landes Zeiten, da haben uns andere Länder geholfen, vor allem Nordrhein-Westfalen. Wehe dem, der dann, wenn ihm selber geholfen ist, auf die anderen mit Arroganz und Besserwisserei antwortet!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein Stil. Dies wird sich rächen.

Auch wir in Bayern befinden uns darüber hinaus nicht auf der Insel der Seligen. Ich möchte nicht wissen, was auf Finanzminister Huber angesichts der von ihm so vorzüglich verwalteten und so vorzüglich mit Kreditgarantien versehenen Landesbank zukommt. Ich möchte nicht wissen, was bei den Lehman Brothers alles gelaufen ist. Wer so tut, als würde bei uns Manna vom Himmel fallen oder als würde es wie bei Frau Holle Gold regnen - Kikeriki! Unsere goldene Jungfrau ist wieder hie! -, der tut dem Land keinen Gefallen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich höre immer wieder: Wir sind schuldenfrei. - Angeberei! In der Buchhaltung vielleicht schon, wenn ich aber durch die Städte und Gemeinden und über die

Dörfer ziehe, höre ich, wie viele Städte und Gemeinden auf Zuschüsse warten, und zwar so lange, bis die Kosten für die Zwischenfinanzierung den Zuschusswert fast aufgefressen haben. Daher sage ich: Herr Huber, machen Sie sich erst schuldenfrei gegenüber Städten, Gemeinden, Vereinen und allen anderen Zuwendungsempfängern. Dann können Sie hierherkommen, den Aufschwung markieren und angeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Daheim heimlich Schulden zu haben, aber mit Arroganz andere zu belehren, das haut nicht hin.

Wir hören vom Marsch in den Schuldenstaat. Die CSU hat schon immer gesagt: Nur wenn wir Schulden machen, sind es gute Schulden; wenn andere das machen, ist das der blanke Sozialismus. Der frühere bayerische Wirtschaftsminister August Lang hat mir einmal gesagt: Alles, was wir machen, ist soziale Marktwirtschaft. Was ihr macht, ist kruder Kommunismus.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das ist das Weltbild der CSU. Sie können die Dinge eben doppelt sehen. Sie sehen sich in ihrer vollen Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen den Splitter im Auge des anderen, aber nicht den Balken im eigenen Auge. Wer behauptet, nach zwei Maß Bier noch nüchtern zu sein, dem kann so etwas schon einmal passieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden den Kernenergiefetischismus in Bayern nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Kernenergie wirklich so günstig wäre, müssten die Stromkosten in Bayern halb so hoch sein. Wenn die Kernenergie so vorteilhaft wäre, müsste das so sein. Ich sage Ihnen auch: Was ist das für eine Nachbarschaft, wenn der eine den Mist aus seinem eigenen Garten im Garten des anderen entsorgt? Wer seinen Mist nicht selbst entsorgen kann, kann nicht sagen: Die Niedersachsen sollen ihn nehmen; wir wollen ihn bei uns nicht haben. Das geht nicht. Das ist unanständig.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Jetzt, wo die Energieunternehmen die erneuerbaren Energien für sich entdecken und bereit sind, zu investieren, sollten wir die Chance nutzen, uns von fossilen Energien und der Kernenergie unabhängig zu machen und das Land zu entwickeln. Die erneuerbaren Energien sollen durch die Nutzung intelligenter Netze grundlastfähig werden. Michael Glos hat einen Förderbescheid vergeben. Wir sollten diese Chance nutzen, und zwar jetzt. Je früher, desto besser. Man sollte nicht warten und die veraltete Kernenergie finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist erstaunlich, wie „konsequent“ die CSU ist. Als die Tschechen in Temelin mit westlicher Technik ein Kernkraftwerk gebaut haben, da hat sie sich verhalten wie die Laus am Strick. Sie hat so getan, als ob ganz Niederbayern gefährdet wäre. Die Kraftwerke in Ohu

sind aber ein Wunderwerk der Technik! So etwas kann man als schizophren bezeichnen, aber nicht als moderne Entwicklungspolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Huber kommt mit Steuervorschlägen und anderen Ideen. Er ist ein Abstauber.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Abschreiber!)

- Ein Abstauber. Zu einer Sache, die von der Großen Koalition ohnehin aus gesetzlichen Gründen beschlossen werden muss, möchte er sagen: Ich habe das Tor geschossen! Ich habe das gefordert!

Wir alle wissen: Der Existenzminimumsbericht kommt. Wir alle wissen, dass daraus Folgerungen zu ziehen sind. Wir als Koalition - im Übrigen auch die Kollegen von der CDU - sind diszipliniert genug, zu sagen:

Wir warten auf den gemeinsamen Erfolg. Aber dieser Kerl kommt daher und sagt: Ich habe das Tor geschossen.

- Wer sich in einer Mannschaft so benimmt, steigert seine Beliebtheit nicht.

(Beifall bei der SPD - Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Ihr schießt Eigentore! Lieber Tor als Eigentor!)

Es werden immer Dinge versprochen, die nicht in Ordnung sind. Dabei weiß man: Die CSU rennt immer Pappkameraden ein.

Nehmen wir den Gesundheitsfonds. Da erzählen Sie lange, die Welt gehe unter, wenn der Gesundheitsfonds kommt, obwohl alles verabredet ist. Am Ende müssen Sie dann klein beigeben; dann ist es vorbei. Sie wollen halt die Landtagswahlen überstehen. Sie wollen den Eindruck erwecken: Wir sind die Größten. Schon bei der Kommunalwahl war es so. Da wollten Sie die Krise bei der Landesbank nicht offenbar werden lassen. Es war saudumm, dass es dieses Versehen bei der Kommunikation gab. Jetzt werden Pappkameraden aufgebaut. Das ist Betrug an den bayerischen Wählerinnen und Wählern. Wir müssen ihnen die Wahrheit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen ihnen die Wahrheit, zum Beispiel dass wir mit der Erbschaftsteuer niemanden überfordern. Es stand sogar in den Wahlprogrammen beider Parteien, dass wir stunden wollen und dass wir denen, die Arbeitsplätze schaffen, im Gegensatz zu allen anderen den Übergang erleichtern wollen. Dazu, dass manche von denen glauben, sie müssten überhaupt keine Steuern zahlen und das sollten nur die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten, hat uns das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht: Das geht nicht. Das soll auch nicht gehen, weil es nicht gerecht wäre. Kein Arbeitsplatz wird aufgrund der Erbschaftsteuerreform scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darauf können sich die Menschen verlassen. Sie brauchen dazu keine schwarzen Zusagen.

(Beifall bei der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Doch! Eben darum!)

Ähnlich verhält es sich mit den Pendlern. Da hat die CSU ja Pirouetten gedreht; eine Achterbahn am Oktoberfest ist ein Dreck dagegen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Denn schon Theo Waigel hatte damit begonnen, die Pendlerpauschale abschaffen zu wollen. Das waren - Stichwort Professor Bareis - die berühmten Petersberger Beschlüsse. Dazu gab es schon einmal einen Gesetzentwurf. Dann hat man sie wieder eingeführt, dann wieder abgeschafft. Es war also ständig ein Zick und Zack und Zack und Zick. Immer vor den Wahlen hat man gesagt: Da hat man einen wunderbaren Lockvogel, den hält man hin, dann kriegt man einen Gelust, und nach den Wahlen hat man es wieder vergessen. Wer da auf die Zusagen baut, hat auf Sand gebaut. Ich baue da auf das Bundesverfassungsgericht, das eine steuergerechte Entscheidung treffen wird. Wer sich auf die CSU verlässt, ist verlassen, wie er bisher verlassen war.

(Beifall bei der SPD)

Wir in der Großen Koalition sollten zum gemeinsamen Erfolg stehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt kommt der Staatsmann!)

Wer immer nur selber glänzen will, ist kein Mannschaftsspieler. Ich denke, gerade mit den Koalitionsfraktionen machen wir es richtig. Deshalb kann es nicht im Interesse unserer CSU-Kollegen sein, dass da so ein Angeber aus München kommt, Brotzeit daherredet

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und so tut, als ob er die Welt einreißen könnte.

(Beifall des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben schon erlebt, dass Edmund Stoiber so geredet hat. Alle Angeberei hat ihm nicht geholfen. Erwin Huber wird es auch nicht retten. Das nächste Mal werden wir einen anderen Angeber erleben. Aber wir sind Kummer gewohnt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Peter Ramsauer

[CDU/CSU]: So einen wie euren Maget? -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Maget wird es nicht sein!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Hubertus Heil aus der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Hubertus Heil (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir eigentlich über den Kanzleretat und die Rede der Kanzlerin sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ein guter Hinweis!)

- Das gilt auch für Sie, Herr Westerwelle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ja, klar!)

Frau Merkel hat sehr viel über Bildung gesprochen.

Als Sozialdemokrat freue ich mich natürlich, wenn sich Christdemokraten der sozialdemokratischen Programmatik verbal anpassen. Das ist eine gute Sache, sowohl in der Familien- als auch in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber sehr deutlich: Die Tatsache, dass der Bildungsgipfel in Dresden stattfindet, sollte uns an einen Schriftsteller erinnern, der in Dresden geboren wurde, später in Berlin gelebt und auch in München gewirkt hat;

dort ist er auch gestorben. Die Rede ist von Erich Kästner. Er hat den schönen Satz geprägt: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Huber, vor diesem Hintergrund möchte ich die Programmatik, die Frau Merkel in der Bildungspolitik propagiert, mit dem Versagen Ihrer Staatsregierung in der Praxis konfrontieren; das kann man durchaus tun.

(Beifall bei der SPD - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Ach! Was soll denn das? Muss das wirklich sein?)

Frau Merkel hat zu Recht davon gesprochen, dass wir die frühe und individuelle Förderung von Kindern in den Mittelpunkt rücken müssen. Als wir das in Bayern früher gefordert haben, haben Sie uns diffamiert und behauptet, wir wollten die Kinder verstaatlichen.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Genau! - So war das!)

Eine frühe und individuelle Förderung von Kindern ist aber nur dann möglich, wenn es ein gutes Angebot an Krippenplätzen und Kindergärten gibt und wenn man, wie es in den sozialdemokratisch geführten Ländern nach und nach getan wurde, auch dafür sorgt, dass die Kindergärten beitragsfrei gestellt werden. Hier haben Sie vollständig versagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe in der Bildungskette einen Schritt weiter. Frau Merkel hat davon gesprochen, dass alle Menschen im Leben eine Chance brauchen. In Bayern gibt es Landkreise, in denen 23 Prozent eines Jahrgangs keinen Schulabschluss haben.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist doch totaler Quatsch!)

Es gibt in Bayern Landkreise, in denen es nicht einmal das Angebot einer gymnasialen Oberstufe gibt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: So ein Quatsch!

Wovon reden Sie denn da?)

Wenn wir wirklich wollen, dass nicht die soziale Herkunft bzw. der Geldbeutel der Eltern über die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder entscheidet, dann gilt es, in Bayern eine andere Politik zu machen; denn in der Bildungspolitik haben Sie komplett versagt.

(Beifall bei der SPD - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben von Bayern doch gar keine Ahnung, Herr Heil!)

Erreichen dann aber einige Schulabgänger in Bayern, wenn auch im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu wenige - die Abiturientenquote ist in Bayern am niedrigsten -, hohe oder sogar höchste Abschlüsse,

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wissen Sie überhaupt, wo Bayern liegt?)

haben Sie für diesen Personenkreis zusätzliche Hürden errichtet. Denn Sie verlangen in Ihrem Bundesland Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester, und das, ohne zumindest ein Stipendienwesen aufgebaut zu haben; das wäre eigentlich das Mindeste, was Sie hätten tun müssen, wenn Sie schon diesen falschen Weg einschlagen. Ich nenne diese Fakten, weil sie ein frappierendes Licht darauf werfen, wie bei Ihnen Reden und Handeln auseinander klaffen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann nicht in Berlin mit schönen Worten über das Thema Bildung reden, aber dort, wo man Verantwortung trägt - die CSU also im Freistaat Bayern -, in dieser Form versagen.

Herr Staatsminister, man kann auch das, was die Bundeskanzlerin in ihrer Rede zum Thema Mindestlöhne gesagt hat, nicht befürworten, dass wir Mindestlöhne nämlich wie verabredet durchsetzen werden - uns hat das natürlich gefreut -, und Mindestlöhne in Bayern als sozialistischen Unsinn bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe einmal in der Bayerischen Landesverfassung geblättert.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist sinnvoll!

Sehr gut!)

In Art. 123 geht es um ein Thema, das uns sehr wohl bekannt ist - ich zitiere wörtlich -:

Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zweck, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen

Einzelner zu verhindern. Sie ist nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu staffeln.

Das steht in der Landesverfassung, Herr Staatsminister, auf die Sie einen Eid geleistet haben

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN - Joachim Poß [SPD]: Genau! Da

steht nichts von Millionären, die am Starnberger

See leben! - Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht kennt Herr

Huber die Bayerische Landesverfassung

nicht!)

Ich bin wie Frau Merkel der Meinung: Wenn in Bayern etwas gut ist, dann kann man auch in Berlin daraus lernen. Daher möchte ich einen weiteren Artikel der Bayerischen Landesverfassung zitieren.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Lesen Sie uns jetzt etwa noch etwas über die Todesstrafe vor?)

In Art. 169 Abs. 1 steht:

Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt

werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen

kulturellen Verhältnissen entsprechende

Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

Das ist großartig!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Huber, ich will Ihnen nicht unterstellen, dass die CSU verfassungsfeindlich ist.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN - Joachim Poß [SPD]:

Na ja! Halbwegs schon! - Dr. Anton Hofreiter

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum

nicht? Das ist doch offensichtlich!)

Allerdings muss ich Ihnen sagen: Sie haben sich vom

Geist der Bayerischen Verfassung, die nach dem Krieg

von Christdemokraten, Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten

zur Grundlage unserer wirtschaftlichen, demokratischen

und sozialen Ordnung gemacht wurde,

von der Geschichte und vom „S“ im Namen Ihrer Partei

- sie heißt ja nach wie vor CSU - sehr stark distanziert. Das ist keine gute Idee. Das können wir momentan daran erkennen, dass Ihnen - hier hat Herr Westerwelle recht; das hat er schön formuliert - bestimmte Körperteile auf Grundeis gehen. Daher glauben Sie, Ihre Muskeln hier in Berlin spielen lassen zu müssen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und eine Maß nach der anderen zu trinken!)

Die Wahrheit aber ist: Sie setzen sich mit dem, was Sie sagen, gar nicht durch. Das wäre auch nicht gut. Dass Sie Frau Merkel auf Ihrem CSU-Parteitag auf den Leim gegangen sind und das sogar noch gut finden, ist ein erstaunlicher Vorgang. Herr Staatsminister, ich muss Ihnen sagen: Mit Edmund Stoiber war es wenigstens lustig. (Heiterkeit bei der SPD)

Wir erleben jetzt, dass Sie als die bajuwarische Ausgabe der Kaczynski-Brothers, nämlich Beckstein und Huber, (Heiterkeit bei der SPD)

offensichtlich nicht mehr die Autorität haben, die früher Staatsparteien hatten. Das kennen andere Parteien auch. Im Herbst 1989 begannen die Leute, sich darüber lustig zu machen, was da so ist.

Ich sage Ihnen: Dieser Freistaat Bayern gehört keiner Partei, auch nicht Ihrer Partei, er gehört auch nicht meiner Partei, er gehört den Menschen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Auf die Idee ist noch gar keiner gekommen!)

Diese werden darüber entscheiden, wie es in Bayern weitergeht. Die Zeit Ihrer absoluten Mehrheit wird in einigen Tagen vorbei sein. Das ist gut für Bayern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU])

- Herr Hinsken, Sie sind doch eigentlich ein Lieber. Beruhigen Sie sich wieder.

Wir wollen und wir werden in dieser Verantwortung, in der wir stehen, in dieser Bundesregierung weiter arbeiten. Das ist nicht immer leicht bei einer Drei-Parteien-Konstellation, Herr Westerwelle. CDU, SPD und CSU sind nun einmal drei Parteien. Trotzdem sage ich, dass wir zu dem stehen, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Es gibt eine Fülle von Aufgaben, die nach der bayerischen Landtagswahl anzugehen sind, nämlich die Umsetzung von Mindestlöhnen, die Frage der Krankenhausfinanzierung, die Diskussion um die Umsetzung der Erbschaftsteuer usw. Was vereinbart worden ist, muss genauso gelten wie das, was das Verfassungsgericht uns ins Stammbuch geschrieben hat.

Es gibt eine Fülle von Dingen zu tun. Auch in diesem Zusammenhang gilt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Wir dürfen uns nur nicht von der schwierigen Situation, in der die CSU am Tag nach der bayerischen Landtagswahl sein wird, aus dem Tritt bringen lassen, wenn jemand anders Verantwortung trägt. Das ist klar. Deshalb erkläre ich, dass wir zu dieser Koalition stehen. Ich sage das sehr deutlich, weil die Menschen von uns erwarten, dass dieses Land gut durch die möglicherweise anstehenden Krisen aufgrund des rauen Wetters geführt

wird. Dass wir die Chance haben, die Schwierigkeiten zu bewältigen, hat Peer Steinbrück gestern deutlich gemacht. Wir haben uns nicht von der Industrie verabschiedet, wie es uns einige vor einigen Jahren geraten haben. Wir sind nicht dem Rat auf den Leim gegangen, eine reine Dienstleistungs- und Finanzdienstleistungsgesellschaft zu werden.

In den USA ist das anders gelaufen. In den 80er-Jahren waren 18 Prozent der Wirtschaft von Finanzdienstleistungen abhängig. Heute sind es 40 Prozent. Deutschland hat sich damals - viel verspottet - daran gemacht, seine industrielle Basis zu erhalten und zu modernisieren. Deshalb sind wir an diesem Punkt besser aufgestellt. Wenn wir weiter so an dieser ökonomischen Basis arbeiten, wenn wir begreifen, dass soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik keine Gegensätze sind, wie es einige erzählen wollen, sondern wechselseitige Bedingungen, wenn wir begreifen, dass jedes Kind, jeder Jugendliche und jeder Mensch in diesem Land gebraucht wird und deshalb die Ausgrenzung durch fehlende Bildungschancen nicht nur ungerecht ist, sondern auch ökonomisch ein Problem wird, wenn wir diesen Weg gehen, wenn wir sozialen Aufstieg und Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft ermöglichen, dann ist mir nicht bange um unsere Republik.

Das gilt für Bayern, das gilt für Deutschland, und das gilt speziell für die Arbeit dieser Großen Koalition. Wir werden weiterarbeiten. Im nächsten Jahr steht ein Wahlkampf auf Bundesebene an. Dann geht es um die Frage, wie es in Deutschland nach der Bundestagswahl weitergeht. Dann sehen wir uns wieder.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Monika Griefahn für die SPD-Fraktion.

Monika Griefahn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mir juckt es in den Fingern, an der Stelle weiterzumachen, an der mein Kollege Heil aufgehört hat. Ich möchte aber auch etwas hochhalten. Für die SPD ist Kultur Lebensmittel. Sie ist weder aus dem täglichen Leben noch aus dem Bundeshaushalt wegzudenken.

Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Kultur in dieser Debatte zur Sprache kommt, weil sie nämlich im Kanzleramt verankert ist und dort eine prominente Rolle spielen muss. Davon ist bei den anderen Parteien heute leider nichts zu sehen. Das finde ich schade. Ich werde aber hier für alle die Fahne hochhalten.

Zur Sache. Viel Verwirrung hat es in den vergangenen Tagen um die Künstlersozialversicherung gegeben.

Baden-Württemberg hat im Bundesrat eine Initiative zur Abschaffung der Künstlersozialkasse eingebracht. Einige Länder haben sich irrtümlicherweise angeschlossen.

Es kann sich nur um einen Irrtum handeln.

Die von der sozialliberalen Koalition der 70er-Jahre eingeführte Künstlersozialversicherung ist eine der wichtigsten sozial- und vor allen Dingen kulturpolitischen Errungenschaften, um Kultur- und Medienschaffende abzusichern. Baden-Württemberg hat dabei leider



vollstes Kulturverständnis bewiesen. Die anderen Ministerpräsidenten müssen diesen Fehler jetzt schnellstens korrigieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Klar ist: Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die im Beirat der Künstlersozialkasse vertretenen Verbände sind gerade dabei, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Das nehmen wir ernst. Das und nicht die Holzhammermethode ist die richtige Art und Weise, hier positiv etwas zu bewegen und nicht alle zu verunsichern. Die Förderung von Kultur und Medien durch den Bund, der sich hier mit mehr als 1 Milliarde Euro im Inland beteiligt, ist sinnvoll. Hinzu kommen noch einmal 700 Millionen Euro im Rahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Das ist auch wichtig. Man muss sich anschauen, wie das weitergeht. Hier wird ja immer wieder von der Kulturhoheit der Länder gesprochen. Man muss einfach sehen: Diese senken ihre Kulturausgaben ständig. Der Bund ist der Einzige, der sie erhöht: Gegenüber 2008 beträgt der Aufwuchs im Haushalt des Kulturstaatsministers 1,51 Prozent. Im Haushalt des Außenministers beträgt der Anstieg sogar 7,5 Prozent. Damit machen wir deutlich, welche Bedeutung wir der Kultur und den Medien im In- und Ausland beimessen. Ich wünsche mir sehr, dass sich die Ministerpräsidenten – insbesondere Peter Müller im Saarland, Peter Harry Carstensen in Schleswig-Holstein und Christian Wulff in Niedersachsen – einmal fragen, ob die finanziellen Mittel für die Kultur in ihren Ländern noch ausreichen, wenn sie schon immer auf ihrer Kulturhoheit beharren und sagen, dass der Bund irgendetwas nicht machen soll. Dann aber bitte auch Butter bei die Fische und Geld in den Etat!

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das gilt übrigens auch für Herrn Beck!)

– Er ist da relativ gut aufgestellt. Das kann ich Ihnen gleich raussuchen.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Was heißt „relativ“?)

Was tun wir im nächsten Jahr? Wir entwickeln das Konzept zur Gedenkstättenförderung weiter. Als SPD war uns dabei die Aufnahme der institutionellen Förderung in den alten Bundesländern besonders wichtig, damit zum Beispiel die Zahl der Führungen mit Schulklassen in den Gedenkstätten erhöht werden kann. So erhalten diese dann auch Planungssicherheit für ihre Arbeit. Wir wissen, wie wichtig gerade bei der historischpolitischen Bildung die Besichtigung authentischer Orte ist, da wir ansonsten weiter Studien lesen werden, in denen das mangelhafte Wissen vieler junger Menschen – übrigens auch und gerade hinsichtlich der SED-Diktatur – offenbart wird. Das haben wir im fortgeschriebenen Konzept zur Gedenkstättenförderung niedergelegt. Die Sanierung von Haus 1 in der Normannenstraße hier in Berlin, das in das Konzept eingebunden werden soll, haben wir noch nicht erreicht. Wir wissen noch nicht, wie viele Kosten dadurch entstehen werden. Ich würde mich freuen, wenn wir hierfür zumindest einen Leertitel einfügen könnten, wie er auch für das

Deutsche Museum vorgesehen ist.

Ein weiteres Projekt, mit dem wir uns jetzt auch auf der Zielgeraden befinden, ist die Vereinbarung, auch in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um im Geiste der Versöhnung die Erinnerung bzw. das Gedenken an Flucht und Vertreibung wachzuhalten. Wir wollten das in öffentlicher Trägerschaft gestalten; das war wirklich der sozialdemokratische Wunsch. Das wird jetzt gerade vorangebracht.

Wir wollen eine internationale Konferenz, damit wir die Grundlage der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ vom Haus der Geschichte weiterentwickeln können und somit eine Dauerausstellung im Deutschlandhaus erhalten; denn wir brauchen die Versöhnung mit den europäischen Nachbarn. Gerade deswegen wollen wir, dass auch internationale Experten dabei sind, damit diese Ausstellung wirklich der Versöhnung und nicht der Spaltung dient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Warum blockieren Sie das dann?)

An dieser Stelle möchte ich den neuen Intendantinnen der Bayreuther Festspiele, Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier, meinen Glückwunsch übermitteln. Sie wollen zusätzliche Projekte anpacken und die Festspiele für weitere Menschen - vor allem auch für junge Menschen - erlebbar machen. Ich denke aber, es muss hier ganz deutlich sein, dass zusätzliche Mittel von außen und nicht aus dem Bundeshaushalt akquiriert werden müssen.

Zum kulturellen Nachwuchs. Die kulturelle Bildung wurde in der Enquete-Kommission diskutiert, die einstimmige Forderungen dazu vorgelegt hat. Dies findet sich leider auch noch nicht im Haushalt wieder. Es geht zum Beispiel um die Erhöhung der Mittel für das freiwillige soziale Jahr in der Kultur und für den Fonds Soziokultur. Diese Dinge müssen wir jetzt auch noch umsetzen. Damit haben wir noch einiges zu tun. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam hinbekommen.

Wir haben aber auch ganz viel erreicht. Mit dem Filmförderfonds haben wir zum Beispiel den Anteil des deutschen Films im Kino deutlich steigern können. Das wollen wir weiterführen. In einem Zwischenschritt muss man jetzt aber prüfen, welche genauen Effekte mit diesem Instrument der Filmwirtschaftsförderung erzielt wurden, damit man dort auch noch einmal nachjustieren kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Griefahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Börnsen?

Monika Griefahn (SPD):

Im Moment möchte ich gerne weitersprechen. Herr Kollege, das machen wir später.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Dem Wolfgang die Frage verwehren? Das gibt es doch gar nicht!)

- Bitte schön.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das ist sonst eine schlechte Debattenkultur!)

Das Problem ist, dass alle schon ganz ungeduldig auf

den Außenminister warten. Nur deshalb wollte ich die Frage nicht zulassen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Jetzt hat der Kollege Börnsen das Wort zur Zwischenfrage.  
Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Verehrte Kollegin, ich möchte mich zuerst bei meinem Kollegen Hans-Joachim Otto für die kollegiale Unterstützung bedanken.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Du brauchst sie!)

Ich möchte mich aber auch bei Dir, Monika, für Dein Verständnis bedanken, doch eine Zwischenfrage zuzulassen. Es klang ein wenig an - deswegen möchte ich nachfragen -, dass einige mit dem Aufschwung in diesem Bereich in den letzten drei Jahren nicht zufrieden sind. Ist es nicht zutreffend, dass gerade der Kulturbereich mit einem Zuwachs von 7,6 Prozent in den letzten drei Jahren, also in jedem Jahr eine Zulage, die Unterstützung der Großen Koalition und ganz besonders der Kanzlerin erfahren hat und dass gerade die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht hat, welchen Stellenwert die Kulturpolitik bei der Großen Koalition hat?

Ich bin sehr dankbar - das habe ich am Anfang gesagt -, dass wir hier einen Zuwachs zu verzeichnen haben. Die Kanzlerin war heute Morgen die Einzige, die zu diesem Themenkomplex etwas gesagt hat. Das finde ich richtig und das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, hier haben wir in der Großen Koalition gute Arbeit geleistet. Ich habe hervorgehoben, dass wir als Bund diesen Bereich hochhalten. Aber ihr müsst euren Ministerpräsidenten sagen, dass sie hier noch einmal nachbessern müssen; genau das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Alle Ministerpräsidenten, liebe Frau Kollegin! Nordrhein-Westfalen hat sogar aufgestockt!)

- In den drei Ländern, die ich aufgeführt habe, sind die Ausgaben für Kultur sehr niedrig.

Ich komme zur Initiative Musik. Hier stellen wir seit zwei Jahren Mittel zur Verfügung. Inzwischen ist einiges in Gang gekommen. Für das nächste Jahr erwarte ich die in unserem Antrag geforderte Evaluation der Initiative, damit wir prüfen können, ob den Zielen des Bundestages mit den Förderrichtlinien entsprochen wird. Was noch fehlt, ist der Spielstättenprogrammpreis, der insbesondere an Jazzspielstätten vergeben werden soll. In dem Antrag haben wir hierzu noch weitere Wünsche formuliert. Ich erwarte da entsprechende Signale. Ich hoffe, dass wir auch bei diesem Punkt weiterkommen. Ich freue mich, dass wir im nächsten Etat auch die Medienforschung verankert haben. Hier muss man sicherlich sehen, was aus diesen Mitteln konkret finanziert wird. Ganz besonders freue ich mich - das habe ich am Anfang schon gesagt -, dass nach einer langen Durststrecke mit unserem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier seit 2005 endlich das Interesse und die Wertschätzung von Kunst und Kultur wieder in die Außenpolitik der Bundesregierung eingekehrt sind. Wie gesagt, wir haben in diesem Haushaltstitel eine Steigerung

von 7,5 Prozent zu verzeichnen. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Außenminister ganz herzlich für sein persönliches Engagement bedanken; denn er hat das Ganze wirklich vorangebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Er hat im Ausland die Wertschätzung für diesen Bereich vorangetrieben, zum Beispiel die gemeinsame Neuaufstellung des Goethe-Instituts und die Stärkung der deutschen Schulen im Ausland. Das wollen wir im nächsten Jahr mit einem Jahr der Außenwissenschaft fortführen. Der Dialog mit anderen Kulturen funktioniert ganz entscheidend über die Brücken von Studium und Wissenschaft. Dieser Schwerpunkt rundet das Engagement in diesem Bereich ab.

Ich denke, auf diesen großen Schritt können wir stolz sein. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, weil wir gerade im Kulturausschuss ein gutes Team sind. Wir beschließen sehr viel einvernehmlich. Daher werden wir auch die letzten Hürden für die Lösung der anderen Probleme noch überwinden. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, Einzelplan 05.

Das Wort hat der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! In Deutschland und in Europa werden Frieden und Stabilität als etwas empfunden, was so selbstverständlich wie der Sonnenaufgang und das tägliche Brot ist. In vielen Teilen der Welt - das wissen Sie - ist das leider nicht der Fall. Die Neuvermessung der Welt, wie ich das nenne und wie Sie es alle erleben, geht leider mit neuen Unsicherheiten, Unruhe und vielen neuen, auch gewaltsam ausgetragenen Konflikten einher.

Ja, es ist richtig: Allgemeingültige Rezepte, nach denen wir fragen und suchen, um Frieden und Stabilität zu gewährleisten oder schnellstmöglich wieder herzustellen, gibt es leider nicht. Deshalb muss sich kluge Außenpolitik aus meiner Sicht noch mehr als in der Vergangenheit darauf konzentrieren, vorausschauend Risiken zu minimieren und Chancen zu erkennen und zu ergreifen, wo immer die Verhinderung eines Konflikts möglich ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was braucht man dazu? Vor allen Dingen braucht man richtige Analysen und - wo immer möglich - ein unabhängiges Urteil. Dabei bedarf es der Fähigkeit, bei der ganzen Flut von Informationen und - das haben wir gerade in der letzten Zeit wieder erlebt - Desinformationen die Übersicht zu behalten. In dieser immer unübersichtlicher

werdenden Welt ist das in der Tat eine von Jahr zu Jahr immer anspruchsvollere Aufgabe. Das liegt daran, dass sozusagen die zynischen Gewissheiten des Kalten Krieges nicht mehr bestehen und die USA als einzig verbliebene Supermacht an Ansehen eingebüßt haben und aus den heute bereits genannten Gründen mitten in einer Finanzkrise stecken. Wie auch immer der nächste Präsident der USA heißen wird, er wird jedenfalls die Führungsrolle der USA neu definieren und - darin bin ich mir sicher - verloren gegangene Autorität zurückgewinnen müssen.

Daneben gibt es neue Mächte. Wir reden von China und Indien. Wer ein bisschen in der Welt herumkommt, weiß, dass das verkürzt ist. Hinzu kommen Mexiko und Brasilien, langfristig vielleicht auch Südafrika und Vietnam. Alle diese neuen Mächte suchen nach einer neuen Rolle jenseits der alten Gewissheit in ständig neuen Interessenkonstellationen.

Das macht gegenwärtig vieles so schwer voraussehbar.

Hinzu kommt, dass wir uns in einer sehr dynamischen Wachstumsphase befinden - deren Vorteile haben wir heute Morgen beschrieben; deren Nachteile sehen wir derzeit kraft mangelnder Regelungen für die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte -, die aber unzweifelhaft neben den Chancen auch Risiken vom Klimawandel bis hin zur Knappheit und Verteuerung von Energie und Rohstoffen mit sich bringt.

Das führt uns in der Situation, in der wir jetzt - im September 2008 - miteinander diskutieren, zu der Feststellung: Eine neue und tragfähige Balance für Frieden und Stabilität in diesem Jahrhundert ist uns noch nicht gelungen. Daran müssen wir noch arbeiten. Ich sage das bewusst in einer Generaldebatte jenseits der Einzelthemen, über die wir noch diskutieren werden, etwa im Zusammenhang mit der Verlängerung des Afghanistan-Mandats. Ich sage also vorweg, dass es mein Anspruch an die deutsche Außenpolitik ist, dass wir uns nicht in der Unübersichtlichkeit des täglichen Klein-Kleins erschöpfen, sondern die langfristigen Linien und Herausforderungen in Erinnerung behalten. Ich wäre froh, wenn wir Gelegenheiten wie diese dazu nutzen würden. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei den Auseinandersetzungen im südlichen Kaukasus in diesen Tagen ist mir jedenfalls gewiss geworden, dass das, was an Herausforderungen in der Außenpolitik auf uns zukommt, auch die menschliche Vernunft langfristig auf die Probe stellen wird. Sie ist nicht immer in so reichem Maße vorhanden, wie ich mir das wünsche. Wenn wir mit Vernunft an die Außenpolitik herangehen, dann kann uns, glaube ich, etwas gelingen, was die neue Herausforderung mit sich bringt, nämlich neue Mächte zu integrieren. Wir brauchen eine Außenpolitik, die neue Formen der Zusammenarbeit erprobt, neue Formate entwickelt und neue Instrumente bereitstellt. Wir dürfen nicht verdrängen - das ist sozusagen meine Botschaft -, dass es neue Mächte auf der internationalen Bühne gibt. Selbst wenn wir manchmal verzweifelt um Lösungen ringen, dürfen wir nicht auf Lösungsmuster

zurückgreifen, die seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr zur Verfügung stehen. Das wäre eine trügerische Scheinsicherheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es hilft nichts - ich kenne den beschwerlichen Weg -, wir müssen das erreichen, was ich eine globale Verantwortungspartnerschaft nenne. Auf dieses Ziel müssen wir Schritt für Schritt hinarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu den wichtigsten Linien, die ich im Augenblick erkenne und die die Politik in den nächsten Jahren prägen werden. Einige wenige Sätze zu Europa: Die Vertragsmisere, die Tatsache, dass uns die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags - sie ist weiterhin notwendig - nicht gelungen ist, darf uns nicht den Blick dafür verstellen, dass die Europäische Union von den Außengrenzen her betrachtet nach wie vor das leuchtende Beispiel für Versöhnung, Stabilität, Zivilität, sozialen Ausgleich und inneren Frieden ist. Richard Sennett hat das gestern in einem längeren Interview mit der Süddeutschen Zeitung aus der amerikanischen Perspektive geschildert. Wenn ich mir die jüngere Geschichte der Europäischen Union anschau, dann stelle ich fest, dass uns in der Tat einiges nicht gelungen ist, an dem wir gearbeitet haben. Aber nachdem ich vor ein paar Tagen Boris Tadic getroffen und mir vor Augen geführt habe, wie wir über das Verhältnis der Europäischen Union zum westlichen Balkan und insbesondere zu Serbien diskutiert haben, und heute sehe, dass es mit einer ganz klugen und ausgewogenen Politik sowie sehr mutigen Demokraten auf der serbischen Seite gelungen ist, nicht nur Europa zum Kernpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Serbien zu machen, sondern auch den gegenüber Europa aufgeschlossenen Demokraten zum Wahlsieg zu verhelfen, und dass nun Stabilität in dem größten Land auf dem westlichen Balkan hergestellt wurde, dann finde ich, dass das eigentlich ein guter Weg ist. Dieser wäre ohne Europa nicht zustande gekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Trotzdem bleibt die vielfach geäußerte Mahnung richtig: Am Ende wird die Stimme der Europäischen Union nur gehört werden, wenn es uns gelingt, mit einer Stimme zu sprechen. Daher ist in der Tat die Frage berechtigt: Sind wir schon so weit? Ist die Definition der gemeinsamen Interessen so weit fortgeschritten, dass sie uns wirklich zum gemeinsamen Handeln befähigt? Das ist nach wie vor eine berechtigte Frage, wie ich finde. Wir haben gerade im Kaukasus-Konflikt erlebt - alle, die an den Lösungen und Befriedungen beteiligt waren, haben das erfahren -, wie schwierig und anspruchsvoll das in einem Konflikt ist, in dem sozusagen über Nacht in wenigen Stunden Menschen zu Opfern wurden und ihr Hab und Gut verloren haben. Wenn wir ehrlich sind, haben viele von uns befürchtet, dass sich dieser Regionalkonflikt zu einem Flächenbrand zumindest im gesamten Kaukasus ausweitet. Ich will in aller Bescheidenheit und angesichts der Kritik an der europäischen Außenpolitik, die ich gut kenne, darauf hinweisen, dass dieser

Konflikt und das Sterben von Menschen im südlichen Kaukasus beendet wurden, weil sich Europa der Sache angenommen hat,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

natürlich nicht ohne Unterstützung anderer; das weiß ich sehr wohl. Aber man muss sich in Erinnerung rufen, dass es für den französischen Präsidenten als EU-Ratspräsident weiß Gott keine Selbstverständlichkeit war - aus meiner Sicht war es eher ein Risiko -, ohne jegliche Erfolgsgarantien nach Tiflis und Moskau zu fahren und zu versuchen, über Eckpunkte für einen Waffenstillstand zu verhandeln. Ich finde es angesichts dessen schäbig - das habe ich schon im Ausschuss gesagt -, in welcher Form an dem zwischen Herrn Sarkozy und Herrn Medwedew ausgehandelten Sechspunkteplan herumgemäkelt wird. Natürlich war er unvollständig; das sehen wir. Aber ist es nicht zynisch, zu argumentieren, die Europäer hätten noch ein bisschen weiterverhandeln können und vielleicht wären in drei bis vier Wochen die letzten Details bereinigt und geklärt gewesen, während die Menschen in dieser Zeit weiter gestorben wären? Ich jedenfalls bin froh darüber, dass jemand hingefahren ist, dass es ein Europäer war und dass der Sechspunkteplan zum Ausgangspunkt dafür wurde, dass wir heute die Lücken in dem Dokument - allerdings bei Schweigen der Waffen - füllen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will da nichts beschönigen. Die Stationen und Situationen, die wir in den letzten drei, vier Wochen durchlebt haben, haben wie in einem Brennglas gezeigt, dass die 27 europäischen Mitgliedstaaten immer noch 27 nationale, emotionale und sehr unterschiedliche Erzählungen von der Geschichte ihrer Völker haben. Da wirkt die Geschichte vergangener Jahrhunderte, insbesondere des letzten Jahrhunderts, die Erinnerung an Kriege, an Besatzung, an systemischen und ideologischen Zwang sowie an die Verhinderung von Eigenständigkeit und Selbstständigkeit. All das spielt eine Rolle beim Zusammenwirken in Europa, und das wird uns noch eine geraume Zeit lang, über Jahre und Jahrzehnte, begleiten. Es wird Teil der europäischen Außenpolitik sein, dies alles zu wissen und gleichwohl immer wieder eine gemeinsame europäische Außenpolitik neu zu konstruieren. Die zweite lange Linie betrifft das Verhältnis zu Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden unser wichtigster Verbündeter bleiben. Was wir schon in Bezug auf andere gesagt haben, gilt erst recht für die USA. Wir werden die USA für die Lösung aller im Augenblick erkennbaren wichtigen Probleme brauchen, auch für unsere gemeinsame Sicherheit. Weil das so ist, wünsche ich gerade mir eine besonders tragfähige, zukunftsfähige Beziehung zu den Vereinigten Staaten mit einer Agenda einer - wie ich das einmal genannt habe - erneuerten transatlantischen Partnerschaft, in der Sicherheit nach wie vor ihre wichtige und zentrale Rolle haben wird, in der wir aber auch alle wichtigen und zentralen Zukunftsfragen vereinbaren werden, von einer Technologiepartnerschaft im Klimaschutz über Regeln auf den

internationalen Finanz- und Kapitalmärkten bis hin zu einer gemeinsamen Abrüstungspolitik. Ich trete dafür ein, dass wir diese neue transatlantische Agenda möglichst bald mit viel Leben erfüllen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Die neuen Partner in der Weltordnung - China, Indien und viele andere - beanspruchen ihren Platz in der Weltgemeinschaft, und zwar einen Platz, der mindestens ihrem gewachsenen ökonomischen Gewicht entspricht. Wir brauchen viel außenpolitische Klugheit und Weitsicht, um die Ausbalancierung dieser neuen Gewichte gut hinzubekommen. Ich sage das nicht deshalb, weil ich die Aufgabe unterschätze, sondern weil ich voraussehe, dass wir Deutsche - die deutsche Außenpolitik - bei dieser Ausbalancierung gefragt sein werden, manchmal sogar jenseits unserer Leistungsmöglichkeiten.

Wir kommen als Partner für diese neue Ausbalancierung offenbar auch deshalb in Betracht, weil wir erstens wirtschaftlich viel zu bieten haben, zweitens über Erfahrung in einer Friedensordnung, als die die Europäische Union begriffen wird, verfügen und drittens - das ist für viele Länder Afrikas wichtig - keinen Schatten einer eigenen deutlichen kolonialen Vergangenheit mit uns herumschleppen. Das lässt erwarten, dass wir bei der Ausbalancierung dieser neuen Gewichte mehr denn je gefragt sein werden.

Ich habe den Satz von Karl Lamers in Erinnerung, der gesagt hat: Außenpolitik bedeutet, die Welt mit den Augen des anderen zu sehen. -

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich sage ähnlich: Um kluge Außenpolitik zu machen, muss man nicht die Perzeption des Gegenübers übernehmen, aber man muss sie jedenfalls kennen und in die eigene Positionierung mit einbauen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer das beherzigt - davon bin ich ganz fest überzeugt -, der gibt nicht etwa irgendetwas auf, sondern der kann zu seinen Prinzipien und Positionen stehen, ohne anderen Völkern vom hohen Ross aus zu begegnen.

Das führt mich zur letzten Schlüsselfrage, die ich hier kurz ansprechen will: Terrorismus. Der Terrorismus birgt hier, in einer offenen Gesellschaft, Risiken, die wir alle uns gegenseitig viele Male beschrieben haben. Ich will nicht auf Afghanistan im Einzelnen zu sprechen kommen, aber daran erinnern, dass der Terrorismus der Grund ist - der Jahrestag des 11. September liegt erst wenige Tage hinter uns -, warum deutsche Soldatinnen und Soldaten nach wie vor in Afghanistan sind. Meine Bitte ist einfach - ich sage das mit Blick auf die Bemerkungen von Fritz Kuhn von heute Morgen -, dass wir diese Debatte hier im Hohen Hause ehrlich miteinander führen. Ich gehe davon aus, dass in keiner der Fraktionen Mandate ein Selbstläufer sind. Jede Fraktion muss diese Frage sorgfältig diskutieren, aber mit den richtigen Argumenten. Wir entscheiden über den deutschen Beitrag, und deshalb bitte ich Sie erstens, nicht das entgegenzuhalten,



was nach Ihrer Ansicht andere bei ihren Einsätzen möglicherweise anders oder falsch machen. Zweitens bitte ich, in der Debatte, die wir im Detail noch zu führen haben, nicht entgegenzuhalten, dass man deshalb den Mandaten keine Zustimmung geben kann, weil wir eine neue Strategie brauchen. Wir haben oft - auch hier an diesem Platz - über eine neue Strategie gesprochen. Ich will vorab nur sagen: Für diese neue Strategie mit einer deutlichen Betonung unseres Engagements für den zivilen Aufbau ist diese Bundesregierung gemeinsam eingetreten, auch in den NATO-Räten. Das kann ich für Franz Josef Jung wie für mich sagen. Wir haben diese Strategieänderung hinbekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie ist ablesbar, Fritz Kuhn, nicht nur in unseren eigenen Haushalten. Wenn man sich bei all den Mitgliedsländern umschaute, die in Afghanistan engagiert sind, wird man feststellen, dass der Anteil der Mittel für den zivilen Wiederaufbau deutlich angestiegen ist. Deshalb sage ich: Lasst uns doch nicht einfach immer nur die alten Argumente und Vorwürfe wiederholen, sondern lasst uns davon ausgehen, dass gelernt ist, dass militärische Präsenz allein die Probleme in Afghanistan nicht beseitigen wird, sondern dass wir Engagement beim zivilen Wiederaufbau brauchen, und dieser findet statt. Wir brauchen allerdings, soweit ich das sehe, für die nächste Zeit weiterhin militärische Präsenz, um die Sicherheit und die Rahmenbedingungen zu garantieren.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Natürlich!)

Ich komme zur Abrüstung. Ich spreche sie deshalb an,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Indien!)

weil ich ahne, dass jemand gleich das Thema Indien aufrufen wird.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist das Gegenteil von Abrüstung!)

- Eben nicht, lieber Kollege Trittin. Ganz im Gegenteil. - Sie wissen von mir, dass ich engagiert dafür eintrete, dass wir das Thema Abrüstung auf die internationale Tagesordnung zurückholen. Das ist uns gelungen,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur bei Kleinwaffen und bei Streumunition; auch im Bereich der atomaren Abrüstung haben Sie Vorschläge von mir für die Internationalisierung des Brennstoffkreislaufes gesehen, die jedenfalls bei der Internationalen Atomenergiebehörde und den beteiligten Staaten auf großes Interesse gestoßen sind. Ich habe damals bei der ersten Auseinandersetzung zu dem Nuklearhandel mit Indien, die wir hier in diesem Hause hatten, schon gesagt: Das, was wir üblicherweise zu der Frage der Bedeutung multilateraler Einbindung austauschen, gilt auch in diesem Fall.

Mit anderen Worten - das habe ich damals gesagt, und daran halte ich mich -: Wenn die IAEO und wenn al-Baradei, mit dem wir auch bei verschiedenen anderen Konflikten eng zusammenarbeiten, es durch den Abschluss eines Safeguard-Abkommens zustande bringen, Indien näher an die Zusammenarbeit mit der internationalen

Atomaufsicht heranzuführen, dann ist das auch für mich ein Argument, das ich in die Bewertung übernehme. Deshalb ist Indien nicht weiter entfernt oder wird nicht etwa belohnt für eine Missachtung des Atomsperrvertrags; vielmehr wird es mit geeigneten Mitteln näher an die Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde herangeholt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In keiner Weise!)

Das gilt zwar nicht für 100 Prozent, aber für etwa zwei Drittel seiner Anlagen. Ich jedenfalls bin froh darüber, dass der Konsens auch unter denjenigen, die, Jürgen Trittin, noch kritischer als wir waren, in der Nuclear Suppliers Group am Ende gefunden worden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt wird Monika Griefahn zum Abschluss wieder sagen: Nun haben wir über viele Themen gesprochen, aber nicht über die Kultur. Deshalb möchte ich einige abschließende Sätze dazu sagen. Ich habe in den vergangenen Haushaltsberatungen immer gesagt: Zu den Veränderungen in dieser Welt, die ich beschrieben habe, gehört auch, dass wir an uns selbst den Anspruch stellen müssen, uns mit unseren Argumenten, mit unserer Haltung besser verständlich zu machen. Dazu gehört die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Ich freue mich, dass wenigstens festgestellt wird, dass uns beim Goethe-Institut eine Wende gelungen ist, dass wir nicht mehr über die Schließung von Goethe-Instituten reden, sondern – dank Ihrer Hilfe – heute dabei sind, von einer konsolidierten Basis aus über eine Erweiterung unseres Engagements zu reden.

Wir haben in den letzten Jahren viel bei deutschen Auslandsschulen getan. Wenn ich sage „viel getan“, heißt das nicht nur „staatliches Geld bereitstellen“, sondern auch, Kooperationen mit der Wirtschaft zu suchen, dort Überzeugungsarbeit zu leisten, sodass diejenigen, die ihre Abschlüsse auf deutschen Schulen machen, dann auch eine Perspektive haben für ein Praktikum, für ein Studium, für eine Lehre in Deutschland. Ich freue mich, dass das auf gutem Wege ist.

Herzlichen Dank Ihnen allen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Werner Hoyer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sich nicht in der Unübersichtlichkeit des Klein-Klein verlieren, stattdessen die langen Linien sehen, dazu hat uns der Außenminister aufgefordert. Versuchen wir einmal, dem gerecht zu werden. Es ist in der Tat so – das beunruhigt mich gegenwärtig mit am meisten –: Ein altbekannter gefährlicher Virus wird in Europa und in der Welt wieder erkennbar, ein Virus, gegen den wir uns in Europa einigermaßen immunisiert zu haben glaubten: Es ist der Nationalismus, der seine hässliche Fratze überall in der Welt zeigt, leider auch wieder verstärkt in Europa.

Ein einzigartiger politischer Prozess hatte uns in Europa zu der Anerkennung einer Reihe von elementaren Prinzipien friedlichen und kooperativen Zusammenlebens gebracht. Es war ein Prozess, der mit der Doppelstrategie der NATO, wie sie im Harmel-Bericht zum Ausdruck gekommen war, auf das Engste verbunden war. Dieser Prozess hat immer auch Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung beinhaltet und nicht nur militärische Vorsorge. Er war eingebettet in das große Friedensprojekt der europäischen Integration. Er erzielte seinen katalytischen Durchbruch mit der Schlussakte von Helsinki. Für uns fand er seinen Höhepunkt im Zwei-plus-Vier-Vertrag, der uns die deutsche Einheit brachte. Einen weiteren Höhepunkt fand er in der Charta von Paris, die in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

Voraussetzung für den Erfolg dieses Prozesses war die Überwindung des blanken Nationalismus in Europa, (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

dieser Geißel der Europäer nicht nur im vergangenen Jahrhundert. Wir schienen dem großen Ziel doch ein gutes Stück näher gekommen zu sein.

Heute flammt dieser Nationalismus an vielen Stellen wieder auf. Er schürt regionale Konflikte, Gefahren für den Weltfrieden, und er entfaltet seine zerstörerische Wirkung innerhalb vieler Gesellschaften. Man denke nur daran, wie schwer es Minderheiten, Menschenrechtlern, Verfechtern von Presse- und Meinungsfreiheit, Advokaten von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Teilhabe gemacht wird, wenn mit den verführerischen Argumenten nationalistischer Überhöhung jeder in die vermeintlich patriotische Solidarität hineingepresst wird.

Was wir in diesem Zusammenhang unlängst beim Besuch von Kolleginnen und Kollegen des Auswärtigen Ausschusses in Moskau von vielen aufrechten Demokraten und Menschenrechtlern gehört haben, beunruhigt. Ebenso beunruhigend ist das bedrückende Schweigen derer, die noch bis vor kurzem als aufrechte Oppositionelle gegen gravierende demokratische und rechtsstaatliche Fehlentwicklungen in Georgien auf die Straße gegangen sind.

Grenzen in Europa nicht mehr anzutasten, sie zu überwinden, ihnen ihre Bedeutung zu nehmen, das war wesentliches Element der Charta von Paris. Heute werden neue Grenzen gezogen und wird ihre Überwindung unmöglich gemacht. Da ist etwas gewaltig schiefgelaufen.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle müssen uns die Frage stellen, ob wir denn alles richtig gemacht haben. Die Historiker werden eines Tages zu bewerten haben, ob die Entscheidungen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit des Kosovo und die Entwicklung im Zusammenhang mit Südossetien und Abchasien - sagen wir einmal so - die ersten oder die letzten Sündenfälle gewesen sind. Ich weiß, man kann diese Fälle nicht eins zu eins miteinander vergleichen. Die Unterschiede sind riesig. Es war im Kosovo auch aus unserer Sicht wohl allenfalls die am wenigsten schlechte Lösung. Selbst ihr wohnte wahrscheinlich eine gravierende Fehleinschätzung inne. Wichtigste Berater,

die uns auf unserem Weg begleitet haben, haben immer wieder den Eindruck vermittelt, als würden die Russen am Ende schon beidrehen und einer Gesamtlösung zustimmen. Jedenfalls sind wir gut beraten, über die Bewältigung dieser konkreten Probleme, unter die man hoffentlich einmal einen Strich ziehen können, zu den Grundprinzipien von Paris zurückzukehren, und zwar nicht nur nach den Buchstaben, sondern auch nach dem Geist; denn der war es, der uns damals die große Entwicklung hin zur deutschen Einheit ermöglicht hat. Zu diesen Prinzipien, übrigens auch zu den Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in EU und NATO, gehören Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zu friedlicher Konfliktlösung. Ich finde es in diesem Zusammenhang erstaunlich - um nicht zu sagen: befremdlich -, dass bei aller notwendigen Verurteilung rechtswidrigen Verhaltens Russlands in den Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rats erneut einseitig Russland kritisiert und ermahnt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch ein klares Wort an die Adresse der georgischen Führung wäre angezeigt gewesen. Die Solidarität der NATO kann man nicht durch Zündeln erzwingen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Eigentlich müsste sich die Bundeskanzlerin bestätigt fühlen, was ihre Haltung auf dem Bukarester NATO Gipfel angeht. Ich glaube, es gibt überhaupt keine Veranlassung, an dieser Linie der Bundesregierung vom Frühjahr etwas zu verändern.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt höre ich das Schulterklopfen bezüglich der Rolle der Europäischen Union. Auch ich freue mich, dass die Europäische Union plötzlich zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden hat. Ganz toll! Aber wo war denn die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in den Tagen Anfang August? Da war schlicht niemand erreichbar. Nach und nach lässt sich das Mosaik all dessen, was da schiefgelaufen war, zusammensetzen. Schön, dass wir dem französischen Staatspräsidenten gratulieren können. Zum Schluss hat er eine Vereinbarung mit Präsident Medwedew und anderen hinbekommen. Allerdings war das eine unbedingt erforderliche Aktion, um die Fehler der ersten Bemühungen schnellstens zu korrigieren; denn das war schlicht und ergreifend ein Flop. Man sollte es nicht schöner malen, als es ist. Im Übrigen gilt das auch für die Rolle der Vereinigten Staaten. Ich habe es irgendwie als bedrückend empfunden, wie hoch anerkannte amerikanische Diplomaten wie Dan Fried bis zum letzten Moment versucht haben, das Schlimmste zu verhindern, während gleichzeitig Angehörige amerikanischer Dienststellen und mit Weisungen aus anderen Ämtern als dem State Department den georgischen Staatspräsidenten nach allem, was wir wissen, nicht gerade daran gehindert haben, diesen unverantwortlichen

Unsinn anzurichten.

Zu den Wahlen in Amerika hat der Minister einiges gesagt. Ich begrüße das sehr, weil ich in der Tat glaube, dass wir uns immer wieder klarmachen müssen, wie wichtig die deutsch-amerikanische und die europäisch-amerikanische Beziehung ist. Egal wer diese Wahlen gewinnt, wir werden es mit einem völlig neuen Partner zu tun haben. Leider dürfen wir ja nun einmal nicht mitwählen. Neben den großen Unterschieden, die ich weiß Gott sehe, gibt es eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Kandidaten, die uns gefallen können. Ich erinnere an die durchaus mutige Absage von John McCain an die Politik von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney in Sachen Folterverbot. Ich erinnere an manches andere, was uns im Hinblick auf das Thema Rechtsstaatlichkeit in jedem Fall unseren amerikanischen Freunden wieder näher bringen wird.

Es gibt aber auch einige Themen, bei denen man sich wirklich fragt, wann wir die große Debatte über das, was in den nächsten Jahren strategisch zu entscheiden ist, mit den Vereinigten Staaten beginnen. Auch da kommt es auf die langen Linien an, zum Beispiel in der Frage der Raketenabwehr. Die gehört in die große Strategiedebatte hinein, die wir mit den Vereinigten Staaten und mit unseren anderen Partnern im Bündnis führen müssen. Von der Bundesregierung höre ich zu dem bemerkenswerten Beitrag von Sam Nunn, George Shultz, Henry Kissinger und anderen zur Frage der Zukunft der Nuklearwaffen keinen einzigen Beitrag. Darauf müssen wir eingehen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche strategische Rolle ein System spielt, das den Eindruck von Unverwundbarkeit erweckt. Wie passen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Tschechischen Republik und Polen da hinein? Dies nicht in den Gesamtkontext einzuordnen, finde ich fatal. Ich finde, hier muss man in der Tat sehen, dass die Gefahr, dass das Wettrüsten wieder beginnt, gegeben ist und dass wir alles dafür tun müssen, um das zu verhindern. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den Bundesaußenminister immer unterstützt, wenn er gesagt hat, es gebe jetzt neue Abrüstungsinitiativen aus Deutschland. Das war überfällig, und ich begrüße diese Ankündigung sehr. Was ist das eigentlich noch wert, nachdem Indien bei der Nuclear Suppliers Group unter dem Vorsitz Deutschlands den Blankoscheck bekommen hat? Ich finde, das ist der Totalabsturz der Glaubwürdigkeit der deutschen Abrüstungspolitik. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, ich erinnere daran, was Sie 2006 auf dem Abrüstungskongress der SPD dazu gesagt haben. Sie haben die Aussagen al-Baradeis aufgegriffen und gesagt, wir brauchen die Übernahme von verbindlichen Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag durch Indien. Sie haben dann Ihre Kriterien genannt: erstens umfassender Teststoppvertrag und Beitritt Indiens zu diesem; zweitens Produktionsmoratorium für Spaltmaterial

für Waffenzwecke; drittens Verpflichtungen zur Beschränkung und letztendlich zur Abrüstung seines Kernwaffenprogramms. Das sind die Kriterien, die Sie für Indien genannt haben. Das entspricht übrigens weitgehend dem, was im amerikanischen Senat dazu gesagt worden ist. Keines dieser Kriterien ist erfüllt. Trotzdem sind Sie stolz darauf, dieses Abkommen ermöglicht zu haben. Ich finde das sehr bedauerlich.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung ist dringend aufgefordert, nicht einfach abzuwarten, mit welchen Erwartungen die neue amerikanische Administration auf die Europäer und auch auf Deutschland zukommt. Wir müssen unsere Erwartungen an die neue amerikanische Administration formulieren und citissime dort auch kommunizieren, damit wir Einfluss nehmen können. Dabei geht es um mehr als die Frage des Verhältnisses zu Russland und zu China und um mehr als die Frage der Strategie unseres Bündnisses. Letztlich geht es um eine ganz große Wertefrage und damit wieder um große, lange Linien. Sind wir in der Lage, uns der Gemeinsamkeit der aufgeklärten rechtsstaatlichen Demokratien zu vergewissern? Können wir den Westen noch einmal neu begründen? Ich halte dies für dringend erforderlich und wünschenswert. Sind wir uns einig, dass die Grundlage unseres Handelns die Bekenntnisse nicht nur allgemein zur Aufklärung, sondern ganz konkret zur Toleranz, zur Rechtsstaatlichkeit, zur Priorisierung der Rolle und der Würde des einzelnen Menschen und auch der Respekt vor den Erkenntnissen der Naturwissenschaften ist? Hier sind in den letzten Jahren die großen Zweifel aufgekommen. Diese Gemeinsamkeit der aufgeklärten westlichen Demokratien müssen wir dringend wieder beleben. Wir werden den Westen noch brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Andreas Schockenhoff für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Außenminister hat, auch mit Blick auf den Konflikt im südlichen Kaukasus, darauf hingewiesen, wie unübersichtlich die Welt geworden ist. Ohne den laufenden Prüfungen vorzugreifen, können wir heute feststellen: Es gibt eine georgische Mitverantwortung für die Eskalation dieses Konflikts; aber russische Behauptungen, das georgische Vorgehen sei vergleichbar mit den Anschlägen in New York und Washington am 11. September 2001, sind völlig absurd. Sie ändern vor allem nichts an der Tatsache, dass Russlands Vorgehen in Georgien und die Anerkennung von Südossetien und Abchasien eine grobe Verletzung des Völkerrechtes darstellen. Besonders beunruhigend ist, dass der Einsatz militärischer Mittel wieder zu einem Instrument russischer Nachbarschaftspolitik geworden ist und dass der Schutz russischer Bürger im Ausland als Legitimation für den Einsatz von Gewalt dient. Die Kaukasus-Krise stellt damit eine seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht mehr

dagewesene Bedrohung für Stabilität und Sicherheit in Europa durch Russland dar. Deshalb waren die Reaktionen von NATO, EU und G 7 notwendig und angemessen. Wir konnten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Russland hat durch sein Verhalten international erheblich an Glaubwürdigkeit, Ansehen und Vertrauen verloren. Zudem haben die Chancen auf mehr Pluralität und auf innere Modernisierung in Russland einen schweren Rückschlag erlitten. Das ist kontraproduktiv für Russlands eigene Interessen, es liegt aber vor allem auch nicht im europäischen Interesse. Russlands Modernisierung ist ein gemeinsames Anliegen. Europa braucht ein modernes, verlässliches, kooperativ handelndes Russland. Wir wollen mit einem Russland zusammenarbeiten, das seine Stärke im Sinne weltpolitischer Verantwortung einbringt. Stärke im 21. Jahrhundert stellen eben nicht Kanonen und Panzer dar, sondern sie liegt in dem Potenzial, zu internationaler Konfliktlösung beizutragen, in globaler Wettbewerbsfähigkeit, in gesellschaftlicher Attraktivität. Dazu gehören auch gleichberechtigte Beziehungen zu den Nachbarn, nicht aber eine hegemoniale Politik eingeschränkter Souveränität. Russlands Nachbarn wollen nicht wie Vasallen behandelt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lothar Mark

[SPD]: Georgien hat aber auch dagegen verstoßen!)

Ebenso braucht Russland den Westen, auch wenn manche in Moskau derzeit das Gegenteil behaupten.

Russland hat sich selbst immer wieder gegen neue Trennlinien in Europa ausgesprochen. Es wird entscheidend von Russland abhängen, ob solche entstehen. Russland muss sich entscheiden, ob es Partner oder Widerpart Europas sein möchte. Aus unserer Sicht ist klar: Es gibt keine wünschenswerte Alternative zu starken Beziehungen, die auf Zusammenarbeit, Vertrauen, Dialog und Achtung des Völkerrechtes sowie den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der OSZE beruhen.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Wo kommen Sie denn her?)

Um wieder dorthin zurückzukommen, müssen alle vorhandenen Foren der Zusammenarbeit so intensiv wie möglich genutzt werden.

(Zuruf von der LINKEN: Das kann man sich ja nicht anhören!)

In ihrem neuen außenpolitischen Konzept bekennt sich Russlands Führung zu einer offenen, verlässlichen und pragmatischen Außenpolitik, zu einer positiven Agenda für die internationalen Beziehungen, zu konsequenter Einhaltung der Regeln und Ziele der VN-Charta und zur Stärkung des Völkerrechts. Wir begrüßen diese Prinzipien als Grundlage für unsere Zusammenarbeit. Dazu muss sich die russische Außenpolitik jedoch von altem Nullsummend Denken verabschieden.

Es ist in den vergangenen Wochen wiederholt gefordert worden, als Reaktion auf das Vorgehen in Georgien Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen. Ich glaube, die internationalen Reaktionen haben bereits wichtige Antworten gegeben: erheblicher Kapitalabfluss aus Russland, aktuelle Schwierigkeiten, an westliche Investitionen und Kapital heranzukommen, und eine internationale

Isolierung Russlands. Außer Nicaragua ist niemand dem russischen Beispiel der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens gefolgt. Diese Isolierung hat Russland kürzlich bei der Schanghai-Organisation besonders schmerzhaft erfahren. Das sind, glaube ich, Beispiele, die Moskau deutlich machen, wie sehr es die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dem Westen braucht. Deshalb stellt sich für uns die Frage: Was tun bzw. was nicht tun?

Erstens ist es vor allem wichtig, dass NATO und EU geschlossen sind, zumal es zu weiteren Herausforderungen an unsere Geschlossenheit kommen wird. Deswegen müssen wir vor allem innerhalb der EU unsere Positionen zur Russlandpolitik noch besser abstimmen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass Russland Absprachen nicht oder nicht vollständig einhält, etwa wenn es um den Rückzug auf die Positionen vor dem 7. August geht. Das gilt auch für die transatlantischen Beziehungen. Wir brauchen mit der neuen amerikanischen Regierung einen kontinuierlichen Dialog zu Russland. Wir müssen sie dazu ermutigen, die Russland-Politik als eine eigenständige außenpolitische Herausforderung anzunehmen. Zweitens sollten wir uns vor falschen Maßnahmen gegen Russland hüten, wie einem G-8-Ausschluss, der Blockade eines russischen WTO-Beitritts oder der Verschärfung des Visaregimes. Wir würden damit nur unserem eigenen Ziel schaden, durch Zusammenarbeit den Wandel in Russland zu erreichen. Gerade die Menschen in Russland, die sich heute unter erschwerten Bedingungen für mehr Demokratie, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, müssen wir jetzt umso stärker unterstützen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Und was ist mit den Drohungen gegen die Ukraine?)

Drittens. Ziel muss bleiben, Russland in ein Netz gemeinsamer Sicherheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit einzubinden. Das gilt für die EU-Russland-Zusammenarbeit und ebenso für die NATO-Russland-Beziehungen. Die NATO ist kein Instrument zur Einkreisung Russlands,

(Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE]: Nein?)

sondern eine demokratische Organisation, um bestehende Sicherheitsherausforderungen in Europa zu bewältigen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das ist ja was ganz Neues!)

Das gilt auch für die NATO-Politik der offenen Tür. Auch die Ukraine und Georgien haben, wie jeder souveräne Staat in Europa, das Recht, unter Achtung des Völkerrechts und gutnachbarschaftlicher Beziehungen, der NATO beizutreten, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Wenn sie erfüllt sind, werden sie Mitglieder der NATO werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist wichtig, dass Russland konsequenter als bisher auf den Iran einwirkt, um in unserem gemeinsamen Sicherheitsinteresse auf diplomatischem Wege eine Bedrohung durch iranische Nuklearwaffen und eine wachsende Proliferation im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern.

Zudem sollten wir uns um neue gemeinsame Mechanismen für multilaterales Peacekeeping im Südkaukasusraum



bemühen. Das wird übrigens ein wichtiger Testfall sein, wieweit eine abgestimmte Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Russland möglich ist. Denn wachsende Berührungen im postsowjetischen Raum sind eine Realität. Die Gefahr von Bipolarität und Antagonismus in dieser Region gemeinsamer Nachbarschaft muss vermieden werden.

Viertens. Über die Wiederaufbauhilfe für Georgien hinaus muss die Zusammenarbeit mit der Schwarzmeer-Region und den Kaukasus-Staaten erheblich intensiviert werden. Das gilt insbesondere für die Ukraine, auch wenn diese es durch überflüssige Machtspiele in der Koalition schwer macht. Ziel muss eine demokratische, rechtsstaatlich gefestigte und wirtschaftlich prosperierende Region sein, die als attraktives Zukunftsmodell Ausstrahlung auf ihre Nachbarschaft haben wird.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

In den letzten Wochen haben die Reaktionen der Länder des Kaukasus und Zentralasiens gezeigt, dass der Wettbewerb dort mit Russland um die besseren politischen und wirtschaftlichen Lösungen für uns lohnenswert ist.

Fünftens. Die Europäische Union muss jetzt endlich die vor mehr als einem Jahr beschlossene gemeinsame Energieaußenpolitik in die Praxis umsetzen. Wir brauchen eine Strategie dazu, wie wir unsere Energieversorgung sicherstellen wollen. Russland hat eine gesamteuropäische Energiestrategie; die EU hat sie nicht. Das können wir uns nicht länger leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Wir brauchen eine europäische Energiesicherheitsunion, die bei Versorgungsproblemen eines Mitglieds solidarisch füreinander einsteht. Dazu ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten vernetzt sind und gleiche Bevorratungsstandards einhalten.

In der Energiezusammenarbeit mit Russland sollte noch viel stärker der Grundsatz der Reziprozität gelten. Das westliche Know-how kann dafür von uns als ein politisches Instrument genutzt werden. Zugleich muss die EU alles unternehmen, um die Abhängigkeit von russischer Energie zu begrenzen. Nabucco ist eine echte Alternative. Deshalb muss dieses Projekt jetzt auch mit aller Entschiedenheit vorangetrieben werden. Ich sage aber auch: Wer als Vergeltungsmaßnahme gegen Moskau die Ostseepipeline infrage stellt, muss erst einmal schlüssig nachweisen, woher die EU stattdessen die Energieversorgung nehmen will, die durch diese Pipeline ermöglicht wird.

Sechstens. Der Schlüssel zu Russlands Zukunft liegt in seiner inneren Entwicklung. Es geht nicht nur um eine wirtschaftlich-technische, sondern auch um die gesellschaftliche Modernisierung dieses riesigen Landes. Für jedes seiner immensen inneren Probleme - Demografie, wachsendes Wohlstandsgefälle, Gesundheit, aber auch wachsende Gewalt und Xenophobie - braucht Russland innere Kohärenz und eine starke, aktive, moderne Zivilgesellschaft, die nicht vom Staat gelenkt wird, sondern sich von unten entfalten kann. Deswegen sollte die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit zunehmend zum

Kernbereich unserer Beziehungen zu Russland werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Siebtens. Nicht zuletzt sollten wir den Dialog über das Werteverständnis offensiv angehen, vor allem mit denjenigen Kräften in Russland, mit denen er besonders schwierig ist. Russland und die EU haben sich auf die universellen Werte des Europarates verpflichtet. Deswegen müssen wir in klarer, aber angemessener Form die Einhaltung dieser Werte immer wieder einfordern. In Wertefragen kann es keine Kompromisse geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Markus Meckel [SPD])

Russland sei „aus der Kälte zurückkehrt“, hat Präsident Medwedew kürzlich in seiner Berliner Rede gesagt.

Der Wandel begann erst vor rund 20 Jahren mit Glasnost und Perestroika. Der Zusammenbruch der Sowjetunion

- das sollten wir unseren russischen Partnern immer wieder sagen - war für Russland keine Tragödie, sondern die historische Chance für einen Neubeginn auf dem Weg zu einem demokratischen und modernen Staat.

Russland sollte diese Chance nicht verspielen, und wir

sollten Russland in unserem eigenen Interesse dabei unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Kollegin Monika Knoche.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich komme zuerst auf Georgien zu sprechen.

Staatspräsident Saakaschwili hat den Krieg in Südossetien begonnen. Er hat unter dem Schutz der USA eine internationale Krise heraufbeschworen, in deren Zentrum heute bedenkliche neue antirussische Reflexe stehen.

Es ist offenkundig, dass die NATO-Expansionsstrategie für die georgische Primäraggression ursächlich ist.

Militärische Aufrüstung und jetzt Wiederaufrüstung

durch den Westen sowie das Versprechen der Aufnahme

in die NATO waren das zentrale Motiv für Saakaschwilis

Angriff auf russische Friedenstruppen und gegen die eigene

Bevölkerung. Diese Wahrheit sei hier noch einmal

ausgesprochen, gerade weil verantwortungsblinde Politiker

eine neue Ära des Kalten Krieges herbeireden

wollen. Deutschland muss an gutnachbarschaftlicher

Kooperation mit Russland arbeiten und darf den neokonservativen

Kreisen, die auf Konflikt und Konfrontation

mit Russland setzen, nicht nachgeben.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Was hat denn Russland gemacht?)

Das gilt für die Raketenabwehrbasis und für das Radarabwehrsystem in Osteuropa.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Waren das russische Panzer in Georgien, oder was war das?)

Dem Kriegsauslöser Georgien die NATO-Mitgliedschaft

zu versprechen, den NATO-Rat damit zu befassen, Russland

durch die Ausweitung der NATO auf die Ukraine

weiter einzukreisen und der Umstand, dass die Ukraine

kriegstauglicher gemacht wird, das kann nur als nachträgliche Belohnung für den kriegsauslösenden Überfall verstanden werden, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Von Russland wird das als Brüskierung aufgefasst.

Diese Auffassung kann man teilen oder auch nicht. Jedenfalls muss jeder verantwortlich handelnde Politiker und jede verantwortlich handelnde Politikerin das in die eigene Politik einbeziehen. Wer das nicht tut, will bewusst provozieren und mit dem Feuer spielen. Ich plädiere für hochverantwortungsvolle Politik gegenüber Russland. Deshalb sage ich: Weder die Ukraine noch Georgien dürfen in die NATO aufgenommen werden. Das würde den Frieden nicht sicherer machen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Karl Addicks

[FDP]: Am besten erkennen Sie Südossetien erst einmal an!)

Es liegt nicht im deutschen Interesse und dient nicht der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik, wenn Konfrontation und nicht Entspannungspolitik und Abrüstung die Ostpolitik kennzeichnen. Gerade wenn es um die Energiesicherheit geht - das macht den Kaukasus und die Transitwege des kaspischen Öls so bedeutsam -, können militärische Macht und militärisch gestützte Zugriffsbefugnisse der NATO nicht die friedenssichernden Antworten auf die Ressourcenfrage sein.

Deutschland hat gut daran getan, im aktuellen Kaukasus-Konflikt gemeinsam mit Sarkozy einen Weg der Objektivierung zur Lösung der Krise zu beschreiten. Alle Fakten dieses Krieges müssen auf den Tisch. Dazu ist die OSZE befähigt. Sie muss aber auch gestärkt werden. Gerade weil sich die NATO immer mehr in europäische Fragen hineindrängt, muss Deutschlands Aufgabe darin bestehen, die UN und die OSZE zu stärken. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit Russland, das ist die Alternative zur Einkreisung Russlands durch die NATOExpansion.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Es waren doch russische Panzer, oder?)

Es gilt, dem NATO-Weltordnungsanspruch eine Absage zu erteilen.

Russland muss aber auch deutlich kritisiert werden. Nicht der militärische Gegenschlag in Südossetien war völkerrechtswidrig,

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Der war in Ordnung?)

wohl aber die Bombardierung georgischer Städte und die Truppenpräsenz in Georgien. Völkerrechtswidrig ist und bleibt die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Gut, dass Sie das einmal feststellen!)

Dass Moskau hierfür die ebenfalls völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo durch über 40 Staaten der Welt, maßgeblich des Westens, als Referenz heranzieht, ist in der Tat unlauter.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Da gab es vorher eine Befragung! Das können Sie gar nicht vergleichen!)

Wahr ist aber auch: Hätten Deutschland, andere EU-Mitgliedsstaaten und die USA den Völkerrechtsbruch im Falle des Kosovo nicht begangen, gäbe es den Präzedenzfall nicht. Dann wäre ihre harte Position gegenüber

Russland zumindest glaubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Niemand, der für die Anerkennung des Kosovo das Schleifen des Völkerrechts in Kauf genommen hat, kann heute mit dem moralischen Zeigefinger auf Russland zeigen. Das Unverzeihliche daran ist, dass das Völkerrecht und die UN die wahren Verlierer sind. Dazu hat auch der Westen beigetragen. Die Linke hat als einzige Partei vor dem Präzedenzfall Kosovo gewarnt und auf die eingefrorenen Territorialkonflikte, zum Beispiel im postsowjetischen Raum, hingewiesen. Es schmerzt sehr, hier recht behalten zu haben, sind es doch Tausende Menschen, die aus Südossetien fliehen mussten, die dem Grauen des Krieges ausgesetzt waren, die ihr Zuhause, ihre Familien oder gar ihr Leben verloren haben. Alle politischen Anstrengungen müssen jetzt in einem münden: Zurück zum Völkerrecht um des friedlichen Zusammenlebens der Völker willen.

Als Völkerrechtspartei sieht die Linke mit Sorge,

(Lachen bei der CDU/CSU, der FDP und dem

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Bartholomäus

Kalb [CDU/CSU]: Das schlägt dem Fass den

Boden aus!)

wie das Gewaltmonopol der UN immer häufiger umgangen wird. Die EU soll entsprechend dem Lissabon-Vertrag aufgerüstet werden, um ohne UN-Mandat weltweit Ressourcensicherung betreiben und exterritorial präventiv tätig werden zu können.

(Gerd Andres [SPD]: So ein Quatsch! Das wird auch durch Wiederholen nicht besser! -

Unruhe bei der CDU/CSU)

- Was regt Sie eigentlich auf? Ich habe hier in diesem Parlament ganz klar unsere Position zum Kosovo vorgetragen. Wir klagen vor dem Verfassungsgericht gegen die Präsenz deutscher Soldaten im Kosovo. Was haben Sie an der Position, die ich hier vertrete, auszusetzen? Ich kritisiere Russland für völkerrechtswidriges Handeln. Sie haben gar keine Grundlage für eine Argumentation gegen Russland, weil primär Sie und auch die FDP mit der Anerkennung Kroatiens unter Genscher begonnen haben, den Nationalismus in Europa wieder salonfähig zu machen. Bleiben wir doch bei den Fakten!

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Andreas

Schockenhoff [CDU/CSU]: Wir haben sogar

DDR-Bürger als Staatsbürger anerkannt! - Zuruf von der FDP)

- Um ihn davon abzuhalten und ihn zu bitten, die UNTruppen ins Land zu lassen. Bitte, bleiben Sie bei der historischen Wahrheit!

Es wird Ihnen nicht gelingen, die Linke hier zu diskreditieren. Wir haben eine stringente Position, und die vertreten wir in jeder Sache. Wir sind nicht des einen Freund und des anderen Feind. Wir haben eine sehr neutrale und objektive Haltung gegenüber Russland.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zu einem anderen wichtigen Thema, das uns und die deutsche Bevölkerung sehr beschäftigt. Es ist das verhängnisvolle Wort - es wurde unter rot-grüner Regierung gesprochen - von der bedingungslosen Solidarität mit den USA, als es darum ging, Deutschland in

einen Krieg nach Afghanistan zu schicken. Der Einsatz der OEF wird vom deutschen KSK unterstützt. Er war von Anfang an von keinem UN-Sicherheitsratsbeschluss gedeckt. Immer lauter wird gefordert, dass der ISAFEinsatz der NATO mit dem OEF-Einsatz zusammengelegt wird. Das bedeutet in der Tat nichts anderes als eine Ausweitung des Krieges.

Dieser Krieg gegen den Terror bringt eines hervor: Terror und Tod. Nach sieben Jahren sehen wir an der täglich wachsenden Zahl der Anschläge, wie verheerend die Sicherheitslage ist und wie stark der Fundamentalismus wächst. Die NATO schließt Allianzen mit lokalen Kriegsherren. Drogenbarone haben ungebremste Macht und Einfluss und halten die Bauern unter ihrer Knute. Die Regierung ist korrupt, die Hilfsgelder versickern in dunklen Kanälen oder gehen gleich an die Geberländer zurück.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wollen Sie die Taliban wiederhaben?)

Es herrschen Hunger und eine Müttersterblichkeit unvorstellbaren Ausmaßes, Schulen stehen leer, Mädchen werden verkauft, Bin Laden ist nicht gefasst. Ich könnte die Aufzählung weiterführen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muss nicht sein!)

Das ist die verheerende Bilanz von sieben Jahren Krieg in Afghanistan. Das ist nicht unser Krieg. Das ist der falsche Krieg. Krieg ist das falsche Mittel. Mit Krieg kann man Terror nicht bekämpfen. Deshalb sagen wir heute umso deutlicher: Deutsche Soldaten müssen heraus aus Afghanistan!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie jetzt weitere 1 000 Soldaten dort hinschicken wollen,

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]:

Nein, nur ein Mandat verlängern!)

dann heißt das nicht anderes, als dass wir immer tiefer in einen Krieg der NATO verstrickt werden, wobei es auch um die NATO-Präsenz in Zentralasien geht.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wollen Sie, dass die Taliban zurückkehren?)

Das soll hier niemand schönreden. Bei der Präsenz der NATO, die ja angeblich nicht scheitern darf, geht es gar nicht um Afghanistan, sondern um den Einfluss der NATO im erdölreichen Raum Zentralasien. Wir müssen uns damit befassen, dass sich Deutschland in eine NATO-Strategie begeben hat, sich von US-amerikanischen Interessen nicht emanzipiert und nicht den friedenssichernden Weg geht, sondern der Militarisierung das Wort redet. Diese Ausrichtung deutscher Außenpolitik im Rahmen der NATO und der transatlantischen Beziehungen lehnen wir ab. Wenn der nächste US-Präsident gewählt sein wird, werden wir sehen, dass er mehr Engagement in Afghanistan fordern wird. Dann will ich sehen, ob Sie noch das Rückgrat haben, das zu verweigern.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Es gibt schlechte Reden, und es gibt schlimme Reden! Das war eine schlimme Rede!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Knoche, wenn man etwas für sich in Anspruch nimmt, muss man immer aufpassen, dass man es anderen nicht abspricht. Wenn Sie sagen, die Linke sei die Völkerrechtspartei, ist das die gleiche arrogante Anmaßung, wie sie die CSU gerade pflegt, wenn sie in Bayern plakatiert: „Bayern wählen“. Es gibt Bayern, die wählen nicht CSU,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Aber wenige!)

und es gibt in diesem Hohen Hause viele Mitglieder anderer Parteien, die sich nachdrücklich und ausdrücklich zum Völkerrecht bekennen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Zuruf des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

Gelegentlich hat man sogar aus den Reihen der Regierungsparteien die Warnung gehört: Wenn der Kanzlerkandidat der SPD, der Außenminister, und die Kanzlerin in einen Wettkampf treten, dann kann dabei keine gemeinsame Außenpolitik herauskommen. - So habe jedenfalls ich Herrn von Klæden verstanden. In einem Punkt muss man ihm widersprechen: Gelegentlich sind sich beide einig. Sie waren sich zum Beispiel einig, als es um den US-Indien-Atomdeal ging. Sie haben ein Pferd, das totgeritten war und schon über dem Zaun hing, vom Zaun heruntergenommen und durch das Ziel getragen. Alle Welt wartete auf das Ende der Bush-Administration. Aber was machte Deutschland in der Nuclear Suppliers Group? Deutschland, das derzeit den Vorsitz hat, hat nicht etwa ein Veto eingelegt, sondern die Länder, die dagegen waren, zum Beispiel Irland und Norwegen, massiv unter Druck gesetzt

(Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister:

Ach, Jürgen! Was soll denn das?)

und diesen Deal durchgewunken.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Ja! So war es!)

Die Behauptung, dies sei ein Mehr an Kontrolle bei der Rüstungsverbreitung, ist falsch. Lieber Frank-Walter Steinmeier, überlegen Sie einmal, was es bedeuten würde, wenn der Iran erklärte: Zwei Drittel unseres Nuklearbestandes lassen wir euch kontrollieren, aber das letzte Drittel dürft ihr euch nicht ansehen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Das entspräche der Vereinbarung, die Sie mit Indien getroffen haben. Sie beliefern Indien nun mit Atommaterial und Uran. Das ist kein Gewinn, sondern ein Verlust an Rüstungskontrolle. Das ist ein Anschlag auf alle Bemühungen für mehr Rüstungskontrolle. Aus diesem Grunde kritisieren wir das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Polenz?

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Bitte.

Ruprecht Polenz (CDU/CSU):

Herr Trittin, ist Ihnen bekannt, dass der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, al-Baradei, den USA-Indien-Deal im Hinblick auf die Stärkung des NVV als Fortschritt bewertet, und wie erklären Sie diesen Widerspruch zu Ihren Aussagen?

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Polenz, das ist mir bekannt. Ich habe mit Herrn al-Baradei schon bei verschiedenen Gelegenheiten darüber diskutiert. Dass man einen Teil des indischen Nuklearprogramms kontrollieren kann, ist natürlich ein Fortschritt.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Ja, allerdings!)

Dass Indien aber weiterhin die Gelegenheit hat, bestimmte Teile dieses Programms der Kontrolle zu entziehen, indem zivile zu militärischen Bestandteilen erklärt werden, wodurch die Kontrolle ins Leere läuft, bestreitet auch al-Baradei nicht.

Die Alternative zu dem von Ihrer Regierung abgesegneten Deal liegt auf der Hand. Indien hatte bei der nuklearen Stromproduktion einen akuten Versorgungsengpass und war darauf angewiesen, mit Uran beliefert zu werden. Sie haben es versäumt, das auszunutzen. Deswegen ist und bleibt das, was Sie getan haben, im Hinblick auf das Abrüstungsregime ein Rückschritt. Hier hat die Große Koalition einen großen Fehler gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Gelegentlich kann man den Eindruck haben - hier gebe ich Herrn von Klaeden recht -, als gäbe es nicht eine deutsche Außenpolitik, sondern mehrere deutsche Außenpolitiken. Die eine ist für den Dalai-Lama, der andere für die chinesische Regierung zuständig. Was Syrien angeht, so streitet der Außenminister für eine Öffnung, und die CDU/CSU kritisiert ihn dafür. Ich würde Sie gerne fragen: Wie ist eigentlich die Position der Regierung zur Stationierung weiterer US-Raketen in Europa? Auch in dieser Frage hat die Regierung keine konsistente und einheitliche Position.

Als wäre diese Dissonanz zwischen der Kanzlerin und dem Vizekanzler noch nicht genug, gibt es auch noch Streitigkeiten zwischen den Koalitionsparteien, teilweise sogar innerhalb der Koalitionsparteien. Ich erinnere mich noch gut daran, was los war, als es um das unselige, im Geiste Carl Schmitts geschriebene Strategiepapier der CDU/CSU zur Sicherheitspolitik ging. Der Staatsminister hat vernichtende Kritik an diesem Papier geübt. Fairerweise muss ich an dieser Stelle aber sagen, dass ihm der Kollege Polenz dafür wohl im Hintergrund und still Beifall zollte.

Ein anderes Beispiel sind die unterschiedlichen Positionen von Herrn von Klaeden und Herrn Schockenhoff.

Herr von Klaeden ist einer derjenigen, die McCains Vorschläge hinsichtlich einer Allianz der Demokraten und eines Ausschlusses Russlands im Zweifelsfall zumindest verständlich finden, während der Russlandversther Schockenhoff hier und heute eine Rede gehalten hat, zu der ich sagen muss: Im Vergleich dazu waren die Bemerkungen des Kollegen Gysi geradezu russlandkritisch.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
FDP und des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE])

Ich glaube, diese konzeptionellen Widersprüche machen Sie als Große Koalition auch an einem anderen Punkt außerordentlich schlecht handlungsfähig, und zwar wenn es um elementare Interessen der Bundesrepublik Deutschland geht und diese Interessen gegebenenfalls im Konflikt mit anderen und insbesondere im Konflikt mit den Vereinigten Staaten diskutiert, durchgestanden und vertreten werden müssen. Dann nützt es nichts, nach Obelix'schem Vorbild das eine oder andere Wildschwein gemeinsam zu verspeisen. Es war doch keine Bagatelle, die zu dem Widerspruch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf der einen und den USA auf der anderen Seite geführt hat. Vielmehr war es eine strategisch unterschiedliche Vorstellung darüber, wie man in einer multipolar gewordenen Welt künftig für Sicherheit sorgen soll, ob über ideologisch motivierte Kriege gegen den Terrorismus oder über den Aufbau multilateraler Strukturen und Systeme gegenseitiger Sicherheit. Das war der Konflikt, den wir um und mit dem Irakkrieg ausgetragen haben.

Schauen wir uns einmal die Konflikte an, die in diesen Tagen bis vor unsere Haustür ausgetragen werden.

Ich gebe dem Außenminister recht, dass es eine große Leistung der Europäischen Union gewesen ist, diesen Konflikt beendet zu haben. Wir sind vollkommen damit einverstanden, wie sie dabei agiert hat. Das eigentliche Problem begann aber nicht mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten; das eigentliche Problem dieses Konflikts begann vorher.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie konnte es eigentlich passieren, dass wir als Europäer zugelassen haben, dass direkt vor unserer Haustür - sozusagen im eigenen Patio - ein Kampf um Einflussssphären stattfindet, anstatt des Aufbaus einer Nachbarschaft und verlässlicher Strukturen gemeinsamer Sicherheit?

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Der Ikea-Katalog ist da!)

- Wenn Sie das Wort „Patio“ nicht verstehen, dann kann ich das auch auf Deutsch übersetzen, liebe Kollegen. Patio heißt Innenhof.

(Gerd Andres [SPD]: Es geht doch nichts über Lateiner!)

Das Problem bleibt aber doch: Wollen wir als Europäer tatsächlich zulassen, dass ein Streit über Einflussssphären zu unseren Lasten in der Form ausgetragen wird, wie es im Konflikt zwischen Russland und Georgien passiert ist? Welche Signale setzen wir daraufhin? Setzen wir das Signal, wie es de Hoop Scheffer dieser Tage getan hat, dass derjenige, der einen Krieg angefangen oder zumindest provoziert hat, anschließend dafür auch noch belohnt wird, oder verabschieden wir uns endlich von einer Politik der Einflussssphären und kommen zurück zu den gemeinsamen Grundüberlegungen des Hauses Europa und einer gegenseitigen Sicherheit? Das ist doch die Herausforderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des  
Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Es gibt weitere Beispiele der Konfliktunfähigkeit.  
Eine Agenda des vorsätzlichen Regimesturzes im Iran  
und der Versuch, mit diesem Regime zu einer Vereinbarung  
zu kommen, gehen nicht zusammen. Man muss  
sich entscheiden und gegenüber solchen Hardlinern, die  
nicht eine Verhinderung des Atomprogramms, aber einen  
Regimewechsel betreiben wollen, Klartext reden.  
Ich glaube, über Afghanistan werden wir noch viele  
Debatten führen. Lieber Frank-Walter Steinmeier, wenn  
Sie für einen Strategiewechsel in Afghanistan eintreten,  
dann frage ich Sie, was denn gerade in Pakistan passiert.  
In Pakistan wird nicht die Strategie gewechselt; in  
Pakistan bauen die USA jene Strategie aus, die in Afghanistan  
spektakulär gescheitert ist. Das ist das Problem.  
Sie können doch nicht sagen: Kritisiert uns doch nicht  
dafür, was andere tun! – Die USA operieren dort nicht  
alleine. Es handelt sich, liebe Völkerrechtspartei, um einen  
durch die Vereinten Nationen mandatierten Einsatz  
der NATO. Ein NATO-Mitglied wiederholt in Pakistan  
alle Fehler, die es im Vietnamkrieg schon einmal gemacht  
hat, und Sie sagen: Das geht uns nichts an. Darüber  
müssen wir uns nicht auseinandersetzen. – Ich

sage: Das geht uns sehr viel an,  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil davon abhängt, ob die Ziele, die der Sicherheitsrat  
dieser Koalition vorgeschrieben hat, zum Beispiel der  
Aufbau stabiler Verhältnisse in Afghanistan, tatsächlich  
umgesetzt werden. Deswegen kann und darf eine deutsche  
Regierung zu dem in Pakistan durch die USA praktizierten  
Völkerrechtsbruch nicht schweigen. Hier  
tauchen Sie regelmäßig ab. Das ist der große und grundlegende  
Fehler Ihrer Außenpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist nun der Kollege Walter Kolbow  
für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Walter Kolbow (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin!  
Lieber Herr Kollege Trittin, neben nicht wenigen anderen  
hier im Raum habe auch ich den Eindruck, dass auch  
Sie schon im Wahlkampf sind und deswegen natürlich  
besonders auf das Gaspedal drücken. Das ist erlaubt, und  
es ist eine Freude, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen.  
Sie kennen Koalitionsverträge und die Abläufe in Koalitionen,  
und Sie wissen genau, dass sich diese Koalition,  
dieser Außenminister und diese Frau Bundeskanzlerin  
bei der Außenvertretung unserer nationalen und der internationalen  
Interessen nicht übertreffen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Wir haben das Abkommen zwischen Indien und den  
USA über die nuklearen Entwicklungen intensiv studiert. Auch wir haben  
natürlich Bedenken, aber ich sage  
Ihnen, dass ein Kompromiss, wonach 75 Prozent der  
Nukleartätigkeit der Kontrolle unterzogen werden, besser  
ist als das blanke Chaos ohne Kontrolle.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Wir haben erreicht, was möglich war. Dieses Thema muss aber weiterhin auf der Agenda stehen. International muss darum gerungen werden, dass der Atomteststoppvertrag wieder zu dem Maßstab gemacht wird, der er sein soll und muss, um international zu vertretbaren und gerechten Verhältnissen für diejenigen zu kommen, die ihn unterzeichnet haben. Wir müssen zudem auf diejenigen einwirken, die ihn noch nicht unterzeichnet haben, für die es aber höchste Zeit wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Übrigen ist es auch wichtig - das sage ich in Richtung des verehrten Koalitionspartners -, unsere Positionen im Inland, also bei uns, gemeinsam zu vertreten und keinen halben Außenminister, wie gestern das Handelsblatt titelte, zuzulassen. Herr Kollege zu Guttenberg, Sie sind ja gleich an der Reihe und können dazu auch einmal etwas sagen; denn ich bin immer dafür, am Ort der Auseinandersetzung Ross und Reiter zu nennen und sich nicht über diese in der Tat auch wichtigen Blätter einzulassen. Kehren Sie also zurück zu einer vernünftigen Gemeinsamkeit; die Sache verdient es, und der Außenminister allemal.

(Beifall bei der SPD)

Herr Außenminister, ich gratuliere Ihnen im Übrigen zu den strategischen Linien. In der SPD-Fraktion, in Ihrer Fraktion, finden Sie personell und inhaltlich einen Resonanzboden. Ich gehe davon aus, dass die verantwortungsbewussten Fraktionen hier im Deutschen Bundestag - alle außer einer, versteht sich - bereit sind, sich mit Ihnen einzulassen und mit uns darüber zu diskutieren, wie das von den Kollegen Hoyer, Trittin und Schockenhoff gerade verantwortungsbewusst getan wurde. Ein Streit lohnt sich allemal, aber es muss ein Ergebnis herauskommen, das Deutschland nützt und durch das die inhaltlichen Werte und Interessen der Außenpolitik repräsentiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich stimme den Rednerinnen und Rednern zu, die gesagt haben, dass wir sehr betrübt sein müssen, dass es überhaupt zu der Georgienkrise gekommen ist. Obwohl die Hängepartie seit 1992 bestand, waren wir nicht in der Lage, Stabilität zu entwickeln, sodass die Ereignisse an diesem 8. August 2008 hätten vermieden werden können. Das muss uns ernsthaft beschäftigen. Bei allem Lob an die Europäische Union: Wir müssen zu einer internationalen Behandlung des Konflikts kommen. Die Konferenz, die für den 15. Oktober 2008 in Genf vorgesehen ist, muss so vorbereitet werden - möglicherweise müssen auch Nachfolgekonzferenzen stattfinden -, dass über die Internationalisierung eine regionale Stabilität erreicht wird, die mit der Friedensfähigkeit der Beteiligten verbunden ist. Die Aufgaben der Europäischen Union, die Konfliktlinie nach einem Rückzug Russlands aus dem kerngeorgischen Gebiet und der Pufferzone zu überwachen sowie den wirtschaftlichen Aufbau Georgiens und eine umfassende, von mir gerade angesprochene Regionalpolitik mitzugestalten, gehören ganz oben auf die Agenda.

Mich hat sehr beeindruckt, was in der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, David Aprasidze, geschrieben worden ist. Für mich ist es wichtig, das hier zu zitieren. Er schreibt:

Georgien muss als moderner, westlicher Staat überleben. Es geht jetzt nicht mehr um Saakaschwili und seine Regierung. Es geht auch nicht mehr um Konflikte mit Südossetien und Abchasien. Es geht um eine Frage, die für viele Nationen in der Welt von höchster Relevanz ist, vor allem für diejenigen auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion: Welchen way of life wollen sie, und dürfen sie souverän darüber entscheiden?

Dabei müssen wir Georgien helfen.

Wir müssen auch der Ukraine dabei helfen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sehr gut!)

- Kollege Grund, Sie wissen darüber wie Frau Kofler sehr gut Bescheid. - Aber die Ukraine muss sich auch selber helfen. Sie muss ihre inneren Spaltungen überwinden und aus Gründen der nationalen Bedeutung endlich zur konstruktiven Gemeinsamkeit in ihrem eigenen Land kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die SPD-Bundestagsfraktion - ich gehe davon aus, dass dies auch für andere gilt - wird Delegationen in diese, aber auch in andere Länder schicken, die in diese Konflikte eingewoben und davon betroffen sind. Wir wollen auch nach Schweden fahren. Ich hoffe nicht, dass Carl Bildt seine eigene Agenda über die politische stellt. Es ist schon interessant, zu sehen, dass sich dort gegen die Ostseepipeline Gegner formiert haben, die mit solchen Konflikten in Zusammenhang gebracht werden. Manchmal denke ich, das beste NATO-Mitglied für diejenigen, die dort ihre Interessen verfolgen, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, ist das Nicht-NATOMitglied Schweden. Auch dies müssen wir aufzuarbeiten versuchen.

Der Beitrag Deutschlands auf dieser internationalen Konferenz mit dem Außenminister und der Kanzlerin wird zeigen, dass wir stabil genug sind, die Sache in den Mittelpunkt zu stellen und den Wahlkampf hintanzustellen. Die Zeit bis zur Wahl wird eh immer kürzer. Juli, August und September geht es richtig los. Franz Müntefering ist gerade mitten unter uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will in der verbleibenden Zeit darauf hinweisen

- gleich wird mich Kollege Weisskirchen für die SPD-Fraktion bewährt ergänzen -, dass wir über das Afghanistan-Mandat - darin stimme ich Kollegen Trittin zu -

noch sehr viel diskutieren müssen. Diese Arbeit müssen wir auf der Grundlage leisten, dass das, was wir bisher getan haben, richtig ist. Dieses Mandat muss natürlich aufgrund unserer Erfahrungen modifiziert werden.

Wichtig ist, dass wir die Afghaninnen und Afghanen nicht alleinlassen können. All das, was auf afghanischer Seite von Autoritäten und Zuständigkeiten bei der Koordinierung, aber auch auf internationaler Ebene an Fehlern gemacht worden ist, muss aufgearbeitet werden.

Wir müssen schauen, was andere bisher falsch gemacht haben, und ihnen in geeigneter Weise sagen, wie wir verhindern können, dass Menschen bei diesen schlimmen, aber manchmal notwendigen Auseinandersetzungen zu Schaden kommen. Wir werden die Debatten um Afghanistan inhaltlich zu führen haben, und zwar konstruktiv und mit dem Willen, in der internationalen Gemeinschaft unsere Rolle zu spielen und das Problem einer Lösung zuzuführen.

Ich danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Jürgen Koppelin.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal finde ich es sehr erfreulich, dass es in der heutigen Diskussion zum Einzelplan 05 eine sehr große Übereinstimmung der Fraktionen der Sozialdemokraten, von Bündnis 90/Die Grünen, Union und auch der FDP in der Außenpolitik gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das halte ich nicht nur für die Arbeit des Bundesaußenministers, sondern auch für das Auswärtige Amt und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für wichtig.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine ganz persönliche Bemerkung. Ich habe bewusst die Linken nicht mit eingeschlossen, obwohl ich weiß, dass der eine oder andere sich gerne an dem Konsens beteiligen würde. Ich bin froh darüber, dass ich in meiner Fraktion immer die Möglichkeit gehabt habe, zu begründen, warum ich nicht für den Afghanistan-Einsatz bin. Wir tauschen die Argumente aus. Aber so, wie Sie argumentieren, Kollegin Knoche – das muss ich leider feststellen –, schämt man sich fast, so abgestimmt zu haben. Ich sage Ihnen ganz offen: So geht es nicht. Ich habe immer Respekt vor denjenigen gehabt, die zu einer anderen Entscheidung gekommen sind, weil ich davon überzeugt bin, dass es in der Frage des Afghanistan-Einsatzes kein Schwarz-Weiß gibt. Insofern fand ich Ihren Beitrag ausgesprochen peinlich. Ich weiß, dass andere dies besser könnten. Ihre Fraktion sollte sich überlegen, ob Sie bei solchen Themen noch einmal ans Rednerpult geschickt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Botschaften und Generalkonsulate – wir haben weltweit 148 Botschaften, 53 Generalkonsulate und 15 Konsulate – arbeiten hervorragend. Trotzdem ist – das liegt zum Teil daran, was in der Vergangenheit in Ihrem Amt gelaufen ist, Herr Bundesaußenminister; ich will an dieser Stelle nur andeuten, dass dafür ein Staatssekretär zuständig war, der jetzt woanders Dienst tut – bei den Botschaften Personal abgebaut worden, aus welchen Gründen auch immer. Ich könnte sie Ihnen nennen. Es kann nicht angehen, dass in unseren Botschaften und Konsulaten fast mehr Ortskräfte beschäftigt sind als deutsche Mitarbeiter.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen. Wir alle loben

Sie dafür, dass Sie sich sehr für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik engagieren. Auch das wurde schon mehrfach angesprochen, zum Beispiel von der Kollegin Griefahn im Zusammenhang mit dem Etat des Bundeskanzleramts. Ihr Engagement ist zu begrüßen. Aber haben Sie auch die kleinen Botschaften vor Augen? Wer soll sich denn in diesen kleinen Botschaften, von denen es viele gibt, bei einer so knappen personellen Besetzung mit der auswärtigen Kulturpolitik befassen? Sie würden diese Aufgabe unglaublich gerne wahrnehmen, aber es fehlt an notwendigem Personal. Insofern wäre ich sehr dankbar, wenn Sie bei dem, was Sie erreichen wollen, auch das im Blick hätten. Sie sollten sich fragen, ob das, was Sie wollen, auch umgesetzt werden kann oder ob die Mitarbeiter das in ihrem Tagesablauf gar nicht schaffen können.

(Beifall bei der FDP)

Ich nenne ein anderes Beispiel. Ich bitte Sie, Herr Bundesaußenminister, bei den kommenden Beratungen der Frage nachzugehen, ob das noch akzeptabel ist. Im Auswärtigen Amt gibt es 150 Stellen im einfachen Dienst, deren Besoldung beschämend ist. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn in Ihrem Haus überlegt würde, was in diesem Bereich geändert werden kann. Die Beschäftigten sind genauso engagiert wie alle anderen. In diesem Bereich muss dringend etwas geschehen. Das kann nicht so bleiben.

Ich nenne noch einen anderen Bereich. Wir haben viele Botschaften aus den 50er- und 60er-Jahren, und wir haben viele Liegenschaften aus der ehemaligen DDR übernommen. Hierfür müssen unglaublich schnell enorme Mittel eingesetzt werden. Außerdem muss geklärt werden, wie wir uns in diesem Bereich engagieren sollen, ob weiter gemietet werden soll, ob die Häuser renovierungsbedürftig sind, ob sie gekauft werden sollen.

Ich bitte Sie sehr herzlich, Herr Bundesaußenminister - vielleicht haben Sie trotz Ihres vollen Programms die Möglichkeit dazu -, ein ernsthaftes Gespräch mit Ihrer Bauabteilung zu führen. Vieles geht nicht an. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. In einem asiatischen Land gibt es eine kleine Botschaft mit einem Feuerlöschteich, der aus Sicherheitsgründen dringend erweitert werden müsste. Was meinen Sie, wie viele Leute aus der Bauabteilung schon erschienen sind, um sich diesen kleinen Löschteich anzusehen? Es darf doch nicht wahr sein, dass so viele Leute damit beschäftigt sind. Man muss doch nur ein paar tausend Euro einsetzen, damit die Erweiterung finanziert werden kann.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Es gibt Bürokratie noch und noch, leider auch in Ihrem Hause. Das werfe ich Ihnen nicht vor, aber ich will Sie darauf hinweisen. Vielleicht können Sie einen Staatssekretär beauftragen, sich um diese Fragen zu kümmern.

Für wichtig halte ich vor allem, dass wir uns mit der Besoldung unserer Mitarbeiter in den Botschaften befassen. Gerade dann, wenn sich die Konjunktur gut entwickelt, stehen wir in Konkurrenz zur Wirtschaft. Wir wollen schließlich nach wie vor gute Leute bekommen. Hier können Sie mit unserem Engagement rechnen.

Wenn wir gute Leute haben wollen, dann müssen wir sie auch angemessen bezahlen. Die Berichtersteller zum Einzelplan 05 sind gerne bereit, in den Auswärtigen Ausschuss - Herr Kollege Polenz ist heute anwesend - zu kommen. Ich bitte aber um eine gute Zusammenarbeit und darum, uns nicht zu lange warten zu lassen. Wir sind bereit, zusammen mit Ihnen und dem Auswärtigen Ausschuss alles für die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes herauszuholen, was geht. Nach wie vor bin ich der Auffassung, dass der Etat des Auswärtigen Amtes im Vergleich zum Gesamtetat viel zu klein ist. Seine großen Aufgaben spiegeln sich nicht im Etat wider. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Freiherr zu Guttenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Trittin, es ist eine Freude, von Ihnen so liebevoll bemuttert zu werden. Sie befassen sich offenbar mehr mit einzelnen Halbsätzen und Äußerungen aus meiner Partei als mit dem außenpolitischen Wirrwarr in Ihrer eigenen Partei. Davon haben wir in Ihrer leider nur wenige Minuten dauernden Rede wenig gehört. Aber das wäre durchaus darstellbar gewesen. Vor dem Hintergrund des Hinterhofs kann man sagen: viel Patio, aber wenig Ratio in Ihren Äußerungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich komme zu einem weiteren Thema, mit dem wir uns dieser Tage befassen. Vielleicht sollte man Ihre hübsche Pferdemetapher, die Sie für den amerikanisch-indischen Nukleardeal benutzt haben, weiterdenken. Eine Partei, der eigentlich etwas am Tierschutzgedanken gelegen ist, sollte auch ein Interesse an der Wiederbelebung eines halb toten Gauls haben. Dieser Anspruch sollte und kann erhoben werden. Die Alternative wäre im Zweifelsfall - damit müsste man sich dann ernsthaft auseinandersetzen -, im Status quo zu verharren, trotz der Wünsche, die Sie geäußert haben und die nicht ganz falsch sind. Daran müssen wir weiter arbeiten. Herr Bundesaußenminister, diese Haushaltsdebatte gibt mir die seltene Gelegenheit, im Namen des ganzen Hauses den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Auswärtigen Amt sowie ihren Familien für eine entbehrungsreiche und harte Arbeit von Herzen zu danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP

und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich beziehe in meinen Dank auch die Helfer im zivilen und im militärischen Bereich ein, die im Ausland eingesetzt sind und dort die Interessen unseres Landes vertreten und das Geltendmachen des Völkerrechts unterstützen. Auch sie verdienen unseren Dank.

Im Hinblick auf das Auswärtige Amt - dort wird erstklassige Arbeit geleistet - sollten wir alle den Anspruch erheben, die Traditionslinie aufrechtzuerhalten, wonach die Geeignetsten und die Besten für diesen Bereich zu

finden sind. Diese Tradition sollte fortgeführt werden. Wir sollten – das ist sowohl eine Aufgabe der Parlamentarier als auch der Bundesregierung – den Dienst weiterhin so attraktiv gestalten, dass man auch die Geeigneten bekommt. Hierfür müssen natürlich Mittel bereitgestellt werden – ich greife hier auf das zurück, was Herr Koppelin gesagt hat –, und zwar nicht nur für den Dienst hier in Berlin, sondern auch für die Auslandsposten. Dieser Aufgabe haben wir uns alle zu stellen. Ich glaube, wir könnten hier noch etwas mehr Kraft investieren. Es darf nicht passieren, dass der Auswärtige Dienst keine Attraktivität mehr entfaltet. Ich glaube, er ist weiterhin attraktiv. Aber er bedarf der entsprechenden Ausstattung. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein weiterer auch in meinen Augen sehr wichtiger Aspekt, den Sie, Herr Bundesaußenminister, angesprochen haben und den auch die Bundeskanzlerin heute Morgen glücklicherweise dargestellt hat, ist die Stärkung der auswärtigen Kulturpolitik. Das ist kein Orchideenthema, sondern ein Thema, das als gesellschaftlicher Brückenkopf weltweit unseren Interessen und der Durchsetzung gewisser kultureller Werte, die für uns immer eine Rolle spielen, dient. Hier ist der Abwärtstrend gestoppt worden. In den letzten beiden Jahren ist eine leichte Aufwärtsbewegung erkennbar. Aber auch hier darf noch mehr geschehen. Das sollten wir noch weiter unterfüttern.

Diese Punkte und die Herausforderungen unserer Zeit, vor denen wir stehen, sowie die großen Linien, die heute angesprochen wurden, bedürfen weiterhin einer Außenpolitik – Herr Kolbow, nun komme ich zu dem von Ihnen angesprochenen Punkt; ich winde mich nicht heraus –, die eine engstmögliche Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Planeten im Sonnensystem Bundesregierung gewährleistet; das ist richtig. Den einen oder anderen parlamentarischen Meteoriteneinschlag werden sie schon aushalten, aber eine enge Abstimmung ist weiterhin entscheidend. Ich habe relativ wenig Sorge, dass es allen Protagonisten in der ihnen eigenen sportlichen Eleganz auch in der derzeitigen Phase gelingt, den Spagat zwischen gelegentlich notwendigem innenpolitischen Gemurmel und außenpolitischer Verantwortung darzustellen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Er spricht über sich!)

Für das Gemurmel sorgen dann auch wir immer wieder zuverlässig. Aber das sollte einer gewissen Gelassenheit in dieser Frage nicht entgegenstehen.

Die nächsten zwölf Monate erfordern unabgelenkte Aufmerksamkeit. Deswegen ist es aus unserer Sicht, sicherlich aber auch aus Ihrer, Herr Außenminister, so wichtig, dass die Konzentration im Wesentlichen auf dem außenpolitischen Geschehen bleibt. Keiner von uns hat ein Interesse an einer Ausweitung der Konfliktszenarien, die heute schon angesprochen wurden, sei es der Kaukasus, sei es der Nahe Osten, sei es Afghanistan, sei es – hoffentlich nicht wiederkehrend – auf dem Balkan, sei es in Teilen Afrikas oder sei es – das ist nicht nur eine Fußnote wert – in leider wieder vergessenen Teilen Asiens. Im Hinblick auf Asien haben wir uns in diesem

Jahr mit einem Bereich beschäftigt, der im Grunde schon wieder gänzlich aus dem Blickwinkel verschwunden ist. Dafür brauchen wir weiterhin eine starke, vernehmbare Stimme im manchmal doch – das wird sich leider nie ganz verhindern lassen – polyphonen europäischen Konzert, gerade auch gegenüber dem einen oder anderen zu Hyperaktivität neigenden Nachbarn in Europa. Da wird unsere Stimme von hohem Gewicht sein. Das gilt gerade vor dem Hintergrund weiterhin schwelender kleinerer, aber manchmal auch größerer Friktionspotenziale, die von näheren und fernerer Partnern gerne für ihre Interessen in Anspruch genommen werden. Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Europa sollte diesen Interessen keinen Vorschub leisten.

Wenn wir als starke und vernehmbare Stimme gehört werden wollen, müssen wir in der Lage sein, zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang sollte der Umstand hervorgehoben werden, dass es dieser Bundesregierung gelungen ist, die Kontinuitätslinie wieder herzustellen, keine Exklusivpartnerschaften oder Ähnliches zu bilden und das Zusammenführen in Europa und darüber hinaus in den Mittelpunkt zu stellen. Das hat uns durchaus zur Stärke gereicht und ist Ausdruck der gelungenen Außenpolitik der letzten drei Jahre. Das unterscheidet diese auch von der Außenpolitik der Vorgängerregierung. (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden weiterhin eine Außenpolitik brauchen, die das oft zitierte Wechselspiel zwischen Interessen und Werten in eine verantwortungsvolle und darstellbare Balance bringt. Herr Bundesaußenminister, Sie sprachen von der Ausbalancierung der neuen Kräfte im globalen Geschehen. Darin muss sich aber auch die Balance der beiden genannten Faktoren passgenau einfügen. Von daher ist es sicher richtig, dass in den vergangenen Jahren oftmals klar formulierte Interessen auch von Ihnen, Herr Bundesaußenminister, dargestellt wurden. Aber wir können durchaus auch stolz sein auf den von der Bundeskanzlerin umgesetzten Anspruch, eine werteorientierte Außenpolitik zu gestalten. Das steht uns als Land gut zu Gesicht und hat insgesamt zu einer kohärenten Außenpolitik geführt. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ohne in historisches Pathos zu verfallen, glaube ich sagen zu können, dass sich die Außen- und Sicherheitspolitik der letzten drei Jahre durchaus sehen lassen kann. Es bleibt allerdings weiterhin erforderlich, die stets notwendige strategische Fortschreibung vorzunehmen. Dazu müssen auch die nächsten Monate bis zu den Bundestagswahlen genutzt werden. Das gilt angesichts der Asymmetrien, vor denen wir stehen, aber auch angesichts der einen oder anderen wiedergekehrten Symmetrie. Wir haben in den letzten Jahren immer nur über Asymmetrien gesprochen. Das eine oder andere taucht jetzt aber wieder symmetrisch am Horizont auf. Wir stehen weiterhin vor Bedrohungsszenarien, die mittlerweile fatalerweise schon eine klassische Trias darstellen: internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und scheiternde oder gescheiterte Staaten. Beim Stichwort Massenvernichtungswaffen sei noch ein Wort zur Abrüstung und Rüstungskontrolle gestattet.



Wir sehen mit Freuden, dass dieses Thema eine Priorität in der Politik der Bundesregierung darstellt; über Indien wurde heute schon diskutiert.

Gelegentlich ist es aber doch so, dass wir uns aus parlamentarischer Sicht etwas mehr Schubkräfte wünschen

würden, gerade wenn es um die internationalen Prozesse und Verhandlungen geht. Mit Verlaub, Herr Bundesaußenminister, so stolz wir alle auf den Erfolg im Zusammenhang mit den Streubomben sind, wenn wir ganz ehrlich sind, dann müssen wir feststellen, dass das eine parlamentarische Initiative war und wir Parlamentarier die Bundesregierung letztlich zum Jagen getragen haben. Über das Ergebnis freuen wir uns, aber die Initiative kam aus dem Bundestag. Den Stolz in dieser Frage sollten wir uns nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es erwächst eine Vielzahl neuer Herausforderungen.

Viele sind genannt worden. Dazu gehören der Klimawandel und die Demografie, dazu zählt die Ressourcenversorgung.

Wir sollten die Frage des Wassers nicht gänzlich ausklammern. Diese Frage befindet sich kaum auf unserem Schirm, wenn wir über Konfliktszenarien reden. Dazu gehören auch die Sicherheit unserer Kommunikationsnetze und andere Dinge. Insgesamt müssen

wir die eine oder andere konzeptionelle Lücke schließen, die wir noch sehen. Wir haben bislang tatsächlich - da gebe ich den Vorrednern recht - keine grundsätzliche strategische Neubewertung Pakistans. Lateinamerika würde noch etwas mehr Aufmerksamkeit nach richtigen und wichtigen Reisen vertragen. Ähnliches gilt für den Iran. Hier sind wir in einer kreativen Stagnation, aber noch nicht furchtbar viel weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt Aufgaben über Aufgaben, die nicht in den Bereich der Innenpolitik fallen, aber die uns, die wir in der Außenpolitik tätig sein dürfen, in den nächsten Monaten beschäftigen werden. Diese Felder erfordern unsere ganze Konzentration. Ich bin sicher, dass es uns allen gelingen wird, diese Konzentration aufzubringen, Ihnen, Herr Bundesaußenminister, mit der Ihnen eigenen Kraft ganz bestimmt. In diesem Sinne stehen wir nicht vor einem schlechten Jahr, sondern vor einem, das uns fordern wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt weder Ratio noch Patio!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist nun der Kollege Michael Leutert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Lesen des Haushaltsplanes dieses Jahres ging mir ein Gedanke nicht mehr aus dem Kopf, und zwar das neue Motto der Koalitionsfraktionen: Ja, wir brechen, was wir versprechen. - Das können Sie gerne als Slogan nächstes Jahr im Wahlkampf verwenden. Es ist traurig,

aber wahr. Am Ende der Wahlperiode muss festgestellt werden, dass die schwarz-rote Regierung nicht nur die Hoffnung der Bürger bitter enttäuscht hat, sondern noch nicht einmal ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden konnte. Sie können gerne einen Blick in den Koalitionsvertrag werfen. Dort steht schon in der Präambel:

CDU, CSU und SPD treten dafür ein, dass Deutschland darauf dringt, Konflikte friedlich zu lösen.

Weiter im Hauptteil heißt es:

Gemeinsam ... setzen wir uns auch künftig für Frieden, Demokratie und Freiheit in der Welt ein.

Weiterhin werden die Stärkung der Abrüstung und Rüstungskontrolle genannt. Auch heißt es - das wurde heute schon mehrmals angesprochen -:

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die dritte Säule der deutschen Außenpolitik.

Das liest sich fast wie ein Flyer auf einer Linken-Demo.

Im Gegensatz zu uns Linken hatten Sie in den letzten Jahren sowohl die Macht als auch das Geld, dies in Taten umzusetzen.

Wenn man dagegen die Fakten betrachtet, ist die Bilanz ernüchternd. In den vier Jahren, seitdem Schwarz-Rot regiert, haben wir über 30 Milliarden Euro mehr an Ausgaben zu verzeichnen, die natürlich der Bürger über seine Steuern aufbringt.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Und die Bürgerinnen!)

- Entschuldigung, natürlich auch die Bürgerinnen! - Davon wurden rund 150 Millionen Euro innerhalb von vier Jahren in die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gesteckt. Das ist nicht einmal ein halbes Prozent dieser Mehrausgaben. Nicht einmal ein halbes Prozent dieser Mehrausgaben wurde in vier Jahren zur Verfügung gestellt, um die wichtige zivile dritte Säule - die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik - zu stärken.

Für eine andere Säule Ihrer Außenpolitik, nämlich den Verteidigungsetat, mobilisierte man dagegen - völlig mühelos - innerhalb dieser vier Jahre über 7 Milliarden Euro. Auch das betrifft verantwortungsvolle Außenpolitik. Sie haben einen mit 24 Milliarden Euro ohnehin schon hohen Verteidigungsetat übernommen und diesen letztendlich um ein Drittel auf die Summe von 31 Milliarden Euro aufgepumpt. So regiert die Friedensmacht SPD, wie einmal plakatiert wurde, unter einer schwarzen Kanzlerin. Wenn aber China seinen Verteidigungsetat innerhalb von wenigen Jahren um einen solchen Anteil erhöhen würde, dann wäre das Geschrei hier in diesem Hohen Hause groß. Wir können uns an das Jahr 2006 erinnern. Damals ist das geschehen.

Je mehr man ins Detail geht, desto bitterer wird es einfach. Der heute hier zur Beratung anstehende Haushalt des Auswärtigen Amtes umfasst magere 3 Milliarden Euro. Das ist gerade einmal 1 Prozent des Gesamtetats.

Was die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, ist, was sich dahinter noch alles versteckt. So zahlt der Außenminister allein aus diesem Etat zum Beispiel 500 Millionen Euro für UN-Militäreinsätze. Weitere 10 Millionen Euro werden für die sogenannte Ausstattungshilfe für andere Streitkräfte zur Verfügung gestellt. Unter dem neuen Titel „Afrika-Initiative im Rahmen der deutschen

G8-Präsidentschaft" - man könnte denken, dass sich dahinter etwas Gutes verbirgt - ist unter anderem die Finanzierung der African Standby Forces zu finden. Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache. Man kann durchaus von einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik sprechen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ach, komm! Aber doch nicht mit 1 Prozent!)

Von wirklich nachhaltiger und verantwortungsvoller Friedens- und Präventionspolitik ist keine Spur zu finden.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wer hat dir denn das aufgeschrieben? - Volker Kauder [CDU/

CSU]: Das war der Referent aus dem Rosa-Luxemburg-Haus!)

- Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, oder nicht? 0,5 Prozent gegenüber 20 Prozent im Verteidigungsetat. - Mit diesen 33 Milliarden Euro hätte man wesentlich mehr erreichen können, wenn man nachhaltig investiert hätte, zum Beispiel in den Kampf gegen Aids, in die Überwindung des Hungers, in die Überwindung der Armut, in den Klimaschutz, in Demokratisierungsprojekte usw. usf. Hätte man diese Projekte ambitioniert in Angriff genommen, dann hätte man außenpolitisch höchstwahrscheinlich mehr Effekte erzielen können als das, was in Afghanistan derzeit zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Nichtsdestotrotz haben Sie ein Versprechen sicherlich gehalten. Im Koalitionsvertrag steht nämlich auch: „Wir werden mutig sparen ...“ Gespart haben Sie natürlich, aber, wie wir eben gesehen haben, an den falschen Stellen, an Stellen, an denen eh nichts mehr zu holen ist, und nicht an Stellen investiert, durch deren Unterstützung die Welt friedlicher und sicherer gemacht wird. Dort waren Sie sehr zögerlich. Beim Verteidigungsminister haben Sie dagegen kräftig draufgelegt. Damit haben Sie letztendlich nicht nur Ihre Wahlversprechen gebrochen, sondern auch Ihren eigenen Koalitionsvertrag. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das nächste Jahr Ihren Wählerinnen und Wählern erklären möchten. Der neue Slogan der Koalition „Wir brechen, was wir versprechen“ hat sehr wohl seine Berechtigung. Viele Menschen werden Ihnen allerdings nicht mehr Glauben schenken. Ich freue mich schon jetzt sehr auf die Haushaltsverhandlungen in der nächsten Legislaturperiode. Ich bin mir relativ sicher: Die Linke wird hier dann in doppelter Mannschaftsstärke vertreten sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Leutert, ich möchte noch etwas zu Ihrem Beitrag sagen. Wenn ich mich richtig erinnere, gehören die Beiträge an die Vereinten Nationen übrigens auch zum Einzelplan, den wir hier beraten. Diese Beiträge als „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ zu bezeichnen, ist, finde ich, für eine Völkerrechtspartei

schon ziemlich danebengegriffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Gerd Andres [SPD]: Die ganze Rede war doch Quatsch!)

Ich hätte noch ein paar andere Stellen - zivile Konfliktprävention und Ähnliches - nehmen können.

Ich möchte mich in meinem Beitrag auf Afghanistan konzentrieren. Wenn es hier um die Grundlinien der deutschen Außenpolitik geht, dann ist das ein Thema, das wir nicht nur im Zusammenhang mit der Mandatsverlängerung diskutieren sollten. Die eher schlechten Nachrichten häufen sich in letzter Zeit. Im Zeitraum vom 6. bis zum 31. August kam es auch im deutschen Verantwortungsbereich, im Norden, zu Anschlägen. Es gab zwei IED-Anschläge und ein Selbstmordattentat auf Patrouillen der deutschen Soldaten, bei dem ein Soldat starb, sowie den schrecklichen Vorfall an einem Checkpoint, bei dem eine Frau und zwei Kinder ums Leben kamen. Das zeigt: Die Sicherheitslage in Afghanistan, auch im Norden des Landes, verschärft sich. Ich glaube, da gibt es nichts zu beschönigen. Liebe Frau Kollegin Knoche, ich finde es dennoch - auch gegenüber unseren Soldaten - absolut unangemessen, dass Sie diese Vorfälle sofort für Ihre immer gleiche Forderung nach einem Abzug aus Afghanistan instrumentalisieren

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

und damit diesen Tod junger Soldaten dazu benutzen, um in der Bevölkerung weiter Stimmung gegen diesen Einsatz zu machen. Ich finde es unerträglich, das ausgerechnet immer an dieser Stelle zu tun.

Auch wenn es eine Verschärfung der Sicherheitslage gibt, ist es falsch und unverantwortlich, zu behaupten - auch das will ich hier sehr klar sagen -, deutsche Soldaten würden im Norden Krieg führen. Jeder, der sich aus vermeintlich noch so guten Gründen in der Art an dieser Debatte beteiligt - das sind nicht nur die Linken; es gibt auch andere in der Gesellschaft, die das tun -, trägt meiner Meinung nach nicht zur Aufklärung bei, sondern erweist der ganzen Sache einen Bärendienst. Das war jedenfalls ganz klar das Ergebnis einer Reise, die der Herr Kollege Nachtwei und ich im August unternommen haben.

Die Bundeswehr führt im Norden nach wie vor keinen Krieg gegen Aufständische - aggressive Gegnerbekämpfung, Terroristenjagd, das findet im deutschen Verantwortungsbereich unter ISAF nicht statt -, sondern sie bemüht sich um Gewalteindämmung und leistet, übrigens immer häufiger, schlicht Sicherheitsunterstützung für die afghanische Armee, die ANA.

Allerdings - das will ich an die Adresse der Bundesregierung sagen - geht die verschärfte Sicherheitslage mit einer extrem schlechten Stimmungslage in der Bevölkerung einher - das will ich von unserer Reise hier einmal zur Kenntnis geben; das muss man sehr ernst nehmen -, einer schlechten Stimmungslage gegenüber der Regierung Karzai und damit verbunden zunehmend auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Von anfänglicher Aufbaueuphorie ist also nichts mehr zu

spüren. Der Vorwurf „massive Korruption“ ist in jedem Gespräch ein Thema, ebenso der Vorwurf „Kollaboration mit den Warlords“. Auch wird beklagt, dass kaum etwas von den Aufbaumitteln vor Ort ankommt. Deshalb sage ich an uns alle und aus der Sicht einer, die den Einsatz deutscher Soldaten im Grundsatz unterstützt und will, dass er erfolgreich wird, sehr klar: Wenn wir angesichts der Dynamik von sich verschärfender Sicherheitslage und sich verschlechternder Stimmungslage nicht endlich einen Kurswechsel einleiten, dann - das ist meine ganz große Befürchtung - wird dieser Afghanistan-Einsatz scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es meiner Meinung nach - um es vorsichtig zu formulieren - nicht klug, dass die Antwort der Bundesregierung, etwa mit dem letzte Woche beschlossenen Afghanistan-Konzept, ein schlichtes „Weiter so“ ist.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Ja!)

Meiner Meinung nach fährt man damit den Einsatz vor die Wand.

Herr Außenminister, Sie haben auf der Geberkonferenz im Juni in Paris noch einmal klar gesagt, ein „Weiter so“ dürfe es in Afghanistan nicht geben.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister: Gibt es auch nicht!)

- Doch. An den meisten Stellen gibt es das. Deshalb will ich erneut sagen, was unserer Meinung nach „Kurswechsel“ bedeutet.

Gestern haben die UN noch einmal erklärt: Es gab noch nie so viele zivile Opfer wie im August, und ich erinnere an den Vorfall in Schindand, wo 90 Zivilisten, davon 60 Kinder durch Luftangriffe starben. Sie sagen, der Strategiewechsel habe stattgefunden. Ich kann Ihnen von unserer Reise nur berichten: Dieser Strategiewechsel hat am Boden nicht stattgefunden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Ich finde es falsch, zu sagen: Wir dürfen anderen nicht vorhalten, was sie in ihrem Einsatzbereich vielleicht falsch oder anders machen. - Glauben Sie nicht, dass die Afghanen im Norden oder im Westen oder in Kabul nicht ganz genau beobachten, was im Süden und im Osten passiert? In jedem Gespräch bekommen Sie genannt, was wieder passiert ist, dass es zivile Opfer gegeben hat. Deshalb glaube ich, dass es ganz entscheidend ist, den Kurswechsel, der innerhalb der NATO vielleicht diskutiert wurde, aber im Süden und im Osten von einigen Partnern offensichtlich nicht umgesetzt wird, vorzunehmen. Diesen Kurswechsel müssen Sie von den anderen Partnern in der internationalen Gemeinschaft dringend einfordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt beim Kurswechsel ist, dass der zivile Aufbau endlich Priorität bekommen und ins Zentrum des Unterstützungsmandats von ISAF gestellt werden muss. Nur erwähnen möchte ich - wir werden es im Rahmen der Diskussion des Mandats noch ausführlicher darlegen -: Wenn wir zu einer sich selbst tragenden Sicherheit

kommen wollen, dann muss der Aufbau von Armee und Polizei ins Zentrum. Armee, das ist eine relative Erfolgsgeschichte - das bekommt man überall zu hören -; die Polizei, das ist immer noch ein Desaster. Wir haben Interesse daran, dass die Polizei in Afghanistan aufgebaut wird. Die EUPOL-Mission ist immer noch nicht auf der richtigen Schiene. Wir sind massiv dafür, dass das bilaterale Polizeiprojekt, das gut, aber immer noch zu klein ist, ganz intensiv ausgebaut wird. Das ist entscheidend, wenn es in naher Zukunft um eine Exit-Strategie gehen und wenn dieser Einsatz erfolgreich sein soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Gert Weisskirchen für die SPD-Fraktion.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kerstin Müller, ein Blick in den Haushaltsentwurf zeigt, dass ein Plus von 170 Millionen Euro bereitgestellt wird, um genau das zu untermauern und zu bestärken, was der Herr Außenminister hier sagt, nämlich dafür zu sorgen, dass der zivile Aufbau in Afghanistan gestärkt und unterstützt wird und weitere Projekte in Gang gesetzt werden. Das ist die Absicht, wenn wir sagen, wir müssen im Land selbst einen Strategiewechsel voranbringen. Das betrifft die Bereiche Polizei, Schulen, Wasserprojekte, Elektrizität und Verkehr. Es geht darum, die Infrastruktur zu stärken und zu unterstützen und dafür mehr Finanzmittel in die Hand zu nehmen. Genau das ist der Strategiewechsel, der sich jetzt zusätzlich im Haushaltsentwurf, den wir später verabschieden werden, abzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch einen Gedanken des Kollegen zu Guttenberg aus seiner Rede von vorhin zu wertorientierter Außenpolitik aufgreifen. Man kann dies rhetorisch immer wunderbar beschreiben. Es kommt aber immer darauf an, was das konkret bedeutet. Ich sage mit aller Klarheit: Wer zum Beispiel durch die Mittel des Bundeshaushalts, durch die Unterstützung des Außenministers und beispielsweise auch durch die Unterstützung der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt hat, dass Boris Tadic eine Chance hat, als Präsident gewählt zu werden, der ist dann auch derjenige, der versucht hat, die Demokratie und den europäischen Gedanken in Serbien zu unterstützen, zu verstärken und nachher auch zu einem politischen Sieg zu verhelfen. Ich darf zurückfragen: Wer hat Kostunica als Partner in der eigenen Parteifamilie?

Liebe Kollegin Beck, Sie wissen es genauso gut, es geht immer darum, das konkret und präzise zu machen und sich dann richtig für die Kräfte der Demokratie und für die Kräfte zu entscheiden, die in die Europäische Union führen. Das kann man immer nur an konkreten Beispielen machen. In Serbien haben wir das sehr deutlich gemacht. Das ist wertorientierte Außenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal auf den Konflikt im südlichen Kaukasus zurückkommen. Wir alle haben einen

Moment lang in den Abgrund geblickt, als wir sahen, was Anfang August dort stattgefunden hat. Ja, es ist so, Südossetien und Abchasien sind Teile eines ineinander verhakten Bündels von ungelösten, nationalistisch gegeneinander gerichteten und aufgeladenen Konflikten. In den 90er-Jahren wurde der Begriff „eingefrorene Konflikte“ erfunden. Welche Verharmlosung! Diese waren nicht eingefroren, sondern sie waren immer fast an der Oberfläche. Im Inneren gab es immer die Angst, dass sie explodieren könnten. Es ist der internationalen Staatengemeinschaft leider nicht gelungen – weder der Minsk-Gruppe der OSZE noch anderen –, das Bewusstsein dafür, dass dort etwas explodieren kann, so ernst zu nehmen, dass wir darauf eine andere Antwort gegeben hätten, als wir sie gegeben haben.

Das ist ein Versäumnis gewesen. Vielleicht sollten wir in der Außenpolitik zu den 90er-Jahren zurückkommen. Damals wurde immer versucht, Balance zu halten. Da, wo Länder das Recht haben, Mitglied der NATO zu werden, konnte immer ausgeglichen werden, denn es wurden Balancesysteme entwickelt, sodass Russland eine Chance hatte, sich politisch daran zu beteiligen. Ein Beispiel dafür ist der NATO-Russland-Rat. Ab einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung ist dies versäumt worden. Deswegen gibt es jetzt einen Widerspruch. Wir unterstützen und unterstreichen unsere Politik vollständig berechtigt mit Absichten. Das sind natürlich die Absichten, die ausdrücken, dass wir der festen Überzeugung sind, dass die NATO-Mitgliedschaft auch im Interesse Russlands ist. Aber es gibt umgekehrt auch eine Art Perzeption in Russland, dass sich diese Entwicklung gegen die Interessen Russlands richtet. Es ist leider so. Wir müssen nun einerseits diesen Widerspruch erkennen und außenpolitisch andererseits versuchen – Kollege Hoyer hat vorhin indirekt darauf hingewiesen, ohne dass er den Namen der entsprechenden Person genannt hat –, dass die andere Seite, also Saakaschwili, zu einer Politik zurückkehrt, die Hans-Dietrich Genscher folgendermaßen charakterisiert hat: Außenpolitik ist kein Abenteuerplatz.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: So ist es!)

Außenpolitik ist also kein Abenteuerplatz, bei der jeder einmal seine Muskeln zeigt. Wir alle müssen mithelfen, dass alle Beteiligten und alle Akteure auch die Interessen der anderen berücksichtigen und daraus richtige und vernünftige Schlüsse ziehen. Ich bin dankbar dafür, dass von der Bundeskanzlerin und vom Außenminister sich leidenschaftlich darum bemüht wurde, dafür zu sorgen, dass in dieser Krise alle zur Vernunft zurückkehren. Hier gibt es eine Gemeinsamkeit des Denkens und Handelns, die den Willen deutlich macht, dass die Europäer in solchen Krisensituationen vernünftig handeln, um zu versuchen, die gefährliche Gewaltspirale zu durchbrechen und in solchen Situationen dem Frieden eine Chance zu geben. Ich bin dankbar dafür, dass die Frau Bundeskanzlerin und der Außenminister in der entscheidenden Situation das Richtige getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, darf ich Ihren Redefluss unterbrechen?

Mir liegt die Bitte nach einer Zwischenfrage der Kollegin Beck vor.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Gerne.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Weisskirchen, wir sind ja als Obleute zusammen unterwegs gewesen und haben versucht, diese Krisenregion zu bereisen. Sie haben eben davon gesprochen, dass Politik kein Abenteuerspielplatz sei. Ich frage Sie, ob Sie damit darauf abgestellt haben, dass die Saakaschwili-Regierung möglicherweise - wir wissen das ja bis heute nicht definitiv - eine Dummheit begangen hat, indem sie russische Truppen und die Stadt Zchinwali angegriffen hat. Ich habe bewusst „möglicherweise“ gesagt und möchte das auch noch einmal betonen. Teilen Sie auch meine Einsicht, dass wir bisher noch keine belastbaren Erkenntnisse darüber haben, was sich im Zeitraum zwischen dem 1. und 8. August abgespielt hat? Meines Wissens hat die OSZE bisher noch keine Informationen darüber nach außen gegeben.

Teilen Sie vielleicht auch meine Überlegung, dass die von Medwedew aufgestellten fünf außenpolitischen Prinzipien, die beunruhigenderweise wieder das Recht auf Einflussphasen reklamieren, durchaus strategisch darauf angelegt gewesen sein könnten, aus dem Südkaukasus wieder einen Teil herauszuberechnen und in die Einflussphasen Russlands zurückzuziehen?

Teilen Sie auch meine Auffassung, dass das Austeilen von russischen Pässen in Abchasien und Südossetien völkerrechtswidrig war und von daher ein bedenklicher Schritt der russischen Außenpolitik gewesen ist?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Liebe Kollegin Beck, zunächst einmal glaube ich, dass es richtig wäre - wenn ich es richtig sehe, hat sich die Bundesregierung insbesondere im Europäischen Rat mit anderen darauf verständigt -, eine unabhängige internationale Untersuchung durchzuführen, um herauszufinden, was wirklich geschehen ist. Ich teile diese Auffassung. Auch wir haben uns, als wir zusammen in Moskau und Kiew waren - Sie waren später auch noch in Tbilissi -, diese Auffassung zu eigen gemacht. Es ist also verfrüht, eine Entscheidung darüber zu treffen, wer an dem Konflikt schuld ist.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das ist sehr gut!)

- Ja, ja.

Hinzuzufügen wäre allerdings, dass aufgrund des Berichts der OSZE - ich denke, Sie können ihn sicherlich bekommen -, in dem chronologisch festgehalten ist, was geschehen ist, durchaus die Frage berechtigt ist, inwieweit Saakaschwili eine bestimmte Situation - Sie haben dieses Verhalten als „möglicherweise eine Dummheit“ beschrieben - ausgenutzt hat. Das mag so sein. Ich würde sagen, lasst uns das sorgfältig prüfen und dann zu einem Ergebnis kommen.

Das Dritte, was ich sagen will: Sie fragten nach Medwedews fünf Prinzipien. Wenn Sie sich diese fünf Prinzipien genau anschauen, werden Sie feststellen, dass es einen inneren Widerspruch zwischen den ersten drei



und den letzten beiden Prinzipien gibt.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das stimmt!)

Ich finde, dass es jetzt unserer Seite obliegt, im Gespräch mit Moskau präzise darüber zu debattieren. Nummer eins besagt: Internationales Recht hat immer Vorrang. Wie ist das mit dem fünften Prinzip in Übereinstimmung zu bringen, nach dem es, wenn Sie so wollen, so etwas wie eine nachbarschaftsorientierte Einflusspolitik geben darf? Darüber müssen wir mit Moskau debattieren, damit uns klar wird: Was will Moskau eigentlich künftig? In Punkt drei der Prinzipien von Medwedew heißt es, Russland will eine konstruktive, nicht konfrontative Rolle im multipolaren System der Welt spielen. Das passt alles nicht zusammen und ist, denke ich, eine gute Gelegenheit, uns mit Moskau darüber zu unterhalten: Was wollt ihr? Welche Rolle wollt ihr künftig spielen, und welche Möglichkeiten haben wir als EU und Deutschland, zu beeinflussen, dass Moskau zurückkehrt zur politischen Rationalität, die wir alle in Europa brauchen? (Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das gestattet ist, noch auf einen bestimmten Punkt hinweisen, der mir am Herzen liegt; denn der Konflikt im südlichen Kaukasus ist möglicherweise - jemand hat das vorhin angesprochen - nicht das Ende einer Konfliktsituation und bestimmter Prozesse, sondern der Anfang.

Liebe Kollegin Beck, Sie wissen so gut wie ich: Manche von uns haben analytisch noch gar nicht verstanden, wo der innere Konflikt wirklich liegt. Er liegt darin begründet, dass das Stalin'sche System der Herrschaft mit Territorium, Nationalität, Grenzen und hierarchischer Rolle der Russen zusammenhängt. Das war ein teuflisches hierarchisches System, das er erfunden hat.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN]: Die Intervention war jetzt keine Beseitigung von Stalin'scher Politik!)

- Vorsicht, Frau Beck! Das sind alles „longues durées“, lange Linien der Geschichte, die jetzt wieder zum Vorschein kommen.

(Gerd Andres [SPD]: Wie heißt der Genosse?)

- Entschuldigung, das ist ein Begriff aus der französischen Geschichtswissenschaft; es sind die langen Linien, die der Außenminister hier vorhin beschrieben hat.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Schlangenlinien?)

- Die langen Linien, Herr Kollege Kauder! Für Schlangenlinien sind andere zuständig, nicht der Außenminister.

(Beifall des Abg. Axel Schäfer [Bochum]

[SPD] - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwei Maß!)

Ein zentraler Punkt ist, dass das geschichtliche Erbe, wenn Sie so wollen, des Stalin'schen Missverständnisses von Ethnien, Territorien und Nationalität in Russland noch nicht aufgearbeitet ist. Es kommt darauf an, alles zu tun, dass nicht unter ganz bestimmten Bedingungen genau diese Gefahrenmomente wieder hervorkommen, hervorgezogen werden, und so in Russland ein neues falsches außenpolitisches Verständnis erzeugt wird. Wenn es uns gelingt, in den Debatten mit Russland deutlich zu machen, dass Russland eine Chance hat, sich selbst innerlich

zu modernisieren, wenn es die Partnerschaft mit der Europäischen Union innerlich akzeptiert und diese Partnerschaft im eigenen Land durchsetzt, dann wird Russland für uns der Partner der Zukunft bleiben. Ich denke, das müsste die Hoffnung von uns allen sein. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort die Kollegin Erika Steinbach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erika Steinbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes hat deutlich gemacht – ich fand, sie war auf einem sehr hohen Niveau; wir sind ja fast am Ende –, dass die Bundesregierung eine abgewogene Außenpolitik macht, dass Kanzlerin und Bundesaußenminister mit Maß und Mitte handeln und die Bundesregierung im europäischen Konzert diejenige Kraft ist, die versucht, überschießende Emotionen wieder einzufangen und unsere europäische Gesamtpolitik auf dem richtigen Wege zu halten.

Zu den Aufgaben unserer Außenpolitik gehört auch, dass wir über Deutschlands Beitrag zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit sprechen und uns darin engagieren, eine wertegebundene Außenpolitik zu betreiben. Wir sollten über Deutschlands humanitären Beitrag für die Opfer von Notsituationen sprechen – seien es nun Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben, Epidemien, seien es die Folgen von kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir wissen: Menschenrechte und humanitäre Nothilfe sind ein integraler Bestandteil unserer deutschen Außenpolitik. In Gesprächen mit unseren Bürgern vor Ort können wir feststellen, dass die humanitäre Nothilfe auf ein recht hohes Maß an Akzeptanz stößt. Etwas anders – das erlebe jedenfalls ich immer wieder – sieht es leider im Bereich der Förderung der Menschenrechte aus. Wir sollten uns erst einmal um unsere eigenen Probleme kümmern, so ein häufiger Kommentar dazu. Diese Sichtweise verkennt jedoch – das muss man deutlich machen –, dass die Missstände in anderen Ländern auch uns in Deutschland früher oder später einholen werden, wenn wir uns nicht frühzeitig darum kümmern und versuchen, das Übel an der Wurzel zu packen und die Not zu bekämpfen, um zu verhindern, dass wir am Ende davon überrollt werden – unabhängig davon, dass wir dies natürlich auch aufgrund unseres eigenen Werteverständnisses weltweit tun.

Wenn wir uns den Globus anschauen, dann sehen wir unendlich viele Brennpunkte. Allein die letzten Wochen und Monate sowie die Debatte heute haben gezeigt, wo überall es knirscht und es Verwerfungen gibt. China war lange ein Thema für uns. Mit Ende der Olympischen Spiele ist es etwas aus dem Fokus geraten. Aber ungeachtet aller sportlichen Erfolge muss man konstatieren, dass die Menschenrechtssituation in China bei Gott kein Ruhmesblatt ist. Die in- und ausländischen Medien konnten nicht frei berichten. Eine spürbare Verbesserung

der Freiheitsrechte, was der chinesischen Bevölkerung und den Initiatoren der Olympischen Spiele versprochen wurde, hat es am Ende nicht gegeben. Ein Land, das sich so wenig um den Schutz der Menschenrechte kümmert – das sollten wir als ein großes Wirtschaftsland wissen –, kümmert sich noch viel weniger um den Schutz der Patentrechte, was für unsere deutsche Wirtschaft wichtig ist.

Schauen wir nach Afrika. Das Elend der verfolgten Menschen im Sudan und insbesondere in Darfur ist unaussprechlich. Ich erinnere an die Flüchtlingsbewegungen aus Afrika. In vielen Teilen Afrikas machen sich die Menschen tagtäglich auf den Weg und kommen an den europäischen Küsten an. Die Ausläufer erreichen auch uns hier im Lande.

Ein anderes Spielfeld: Nicht nur im Irak, sondern auch im Südosten der Türkei, in einem Land, das Mitglied der Europäischen Union werden will, gibt es neue Fälle von Verfolgungen und Rechtlosigkeit von Christen. So wird das Kloster Mor Gabriel, geistlicher Mittelpunkt der syrisch-orthodoxen Kirche, mit Strafprozessen überzogen und ist aktuell von Enteignung bedroht. Dazu muss man wissen: Es ist eines der ältesten Klöster. Es wurde 397 nach Christus gebaut. Diese Art des Umgangs mit Religionsfreiheit ist, wie ich meine, eine Schande für einen EU-Aspiranten, für ein Land, das Mitglied der Europäischen Union werden will.

Schauen wir nach Indien. Jüngst gab es dort Verfolgungen von Christen durch Hindus. Christen werden bei Gewaltaktionen zunehmend zur Zielscheibe. Kirchen, Schulen, Häuser werden angezündet; Priester und Nonnen auf offener Straße ausgezogen und nackt dem Pöbel vorgeworfen. All das ist etwas, was uns nicht kaltlassen kann und nicht kaltlassen darf. Der Erzbischof von Neu-Delhi, Vincent Concessao, hat etwas sehr Richtiges gesagt: Fundamentalisten haben keinen Respekt vor den Menschenrechten. Ich sage: Nicht nur vor Christen haben sie keinen Respekt; sie haben auch vor der Würde des Menschen keinen Respekt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, was wir in Georgien und im Kaukasus gesehen haben, das Elend des Krieges und die Not der Bevölkerung bei Flucht und Vertreibung, all das geschieht vor unserer Haustür, auf unserem Kontinent. Wir alle wissen, dass dieser Konflikt das Potenzial hat, weitere ethnische Konflikte nach sich zu ziehen.

Herr Kollege Weisskirchen, ich glaube, dass die Formulierung „eingefrorene Konflikte“ den Sachverhalt richtig beschreibt. Die neuen Freiheiten lassen all das auftauen, was sich über Jahrzehnte angestaut hat. Dahinter stecken viele Befindlichkeiten, und zwar sowohl auf der russischen Seite – die Russen fühlen sich in ihrer Seele verletzt, sie fühlen sich entwertet und entmachtet; sie haben das Gefühl, dass ihnen etwas von ihrer Würde genommen wurde – als auch bei den kaukasischen Völkern, die sagen, dass sie unterdrückt wurden. Jeder will sich entfalten. Angesichts dessen ist es gut, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister versuchen,

mäßigend einzuwirken und es nicht zu weiteren Eskalationen kommen zu lassen.

Bei all dem Leid, das wir auf der Welt vorfinden, dürfen wir eines aber nicht verkennen: Es gibt Fortschritte, wenn sie auch nicht immer so groß sind, wie wir uns das wünschen. Die Verhaftung von Radovan Karadzic lässt hoffen, dass eines der dunkelsten Kapitel der jüngsten kerneuropäischen Geschichte demnächst aufgearbeitet wird. Die Familien der Opfer können endlich einen gewissen Trost finden und darauf hoffen, dass ihr Familienschicksal nicht untergeht.

(Beifall des Abg. Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg [CDU/CSU])

In Usbekistan hat die Regierung Anfang des Jahres die Todesstrafe abgeschafft. Es gibt zwar noch immer viele Defizite in diesem Land, das ist aber ein erster Schritt. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass jahrelanger internationaler Druck Wirkung erzeugt hat.

Indem man etwas lobt und hervorhebt, kann man manchmal mehr erreichen, als wenn man tadelt. Deswegen sollten wir uns, so glaube ich, hin und wieder dazu entschließen, solch positive Dinge beim Namen zu nennen. Ständig wird an uns die Frage gerichtet: Warum mischt sich Deutschland überhaupt ein? Diese Frage kennt jeder Politiker in diesem Saal aus der eigenen Familie oder der Nachbarschaft. Die Antwort ist ausnahmsweise, was in der Politik sehr selten ist, wirklich einfach: Die Menschenrechtsverletzungen auf dieser Welt machen nicht vor Deutschlands Haustür halt. In einer globalisierten Welt spüren wir alle früher oder später die Auswirkungen von Konflikten, sei es in Form von Armutsflichtlingen, sei es durch Asylbewerber oder durch terroristische Anschläge. Deshalb ist es für uns alle zwingend erforderlich, Menschenrechte einzufordern und Demokratien zu stabilisieren. Das liegt im Interesse der Menschlichkeit und nicht zuletzt in unserem ureigenen Interesse.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort der Kollegin Marieluise Beck von Bündnis 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende dieser Debatte möchte ich noch einmal deutlich festhalten, dass wir uns bezüglich des Kaukasus-Konflikts darüber im Klaren sind, dass eines vollkommen unumstößlich ist, nämlich das Recht der Menschen auf Rückkehr in ihre Häuser. Es gibt keine Toleranz gegenüber nationalen Sezessionsbewegungen, die auf künstlich geschaffene, ethnisch homogene Staaten abzielen, die nur existieren können, weil vorher in massivem Maße Vertreibung stattgefunden hat. Wir müssen uns noch einmal klarmachen, dass das auch für Abchasien und Südossetien gilt. In Abchasien haben 1989 noch über 500 000 Menschen gelebt. 95 000 davon waren Abchasen. 400 000 waren Armenier, Russen, Griechen, Georgier, also andere Ethnien. In einem Gebiet wie dem Kaukasus mit hundert

unterschiedlichen Ethnien besteht keine Chance, Staaten entstehen zu lassen, quasi zu basteln, die nicht multiethnisch sind. Das sollten wir hier noch einmal deutlich unterstreichen.

Wir werden nicht vergessen, dass alle georgischen Dörfer in Südossetien zerstört und niedergebrannt wurden. Die Menschen können nicht dorthin zurückkehren. Bisher ist das Recht auf Rückkehr von der internationalen Gemeinschaft nicht verhandelt worden.

Ich wünsche mir, dass wir hier sehr deutlich betonen: Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Südossetien und Abchasien als auch in die sogenannte Pufferzone ist das Erste, was passieren muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Steinbach, wollen Sie erwidern?

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort der Kollege Dr. Stephan Eisel von der CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Eisel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte noch zum Stichwort „Europapolitik“ kommen. Auf dem Stimmzettel des irischen Referendums vom 12. Juni 2008 - ich habe ihn einmal mitgebracht

-

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch) findet sich weder das Wort „Europa“ noch das Wort „Lissabonner Vertrag“. Die gestellte Frage lautete: Sind Sie einverstanden mit dem Vorschlag, die Verfassung um den im unten genannten Gesetz genannten Zusatz zu erweitern?

- Wer wollte, konnte im Wahllokal dieses 28. Verfassungsänderungsgesetz einsehen, ein 18-seitiges rechtstechnisches und unverständliches Dokument. So kann man Europa den Bürgern nicht nahebringen. Europas Zukunftsfragen darf man nicht verstecken, sondern man muss sie offen ansprechen, wenn man die Unterstützung der Bürger für die europäische Integration haben will.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Fragen liegen auf der Hand: Warum soll es mit der europäischen Integration überhaupt weitergehen? Wie kann Europa demokratischer werden? Wo liegen die Grenzen der Erweiterung? Wo muss Europa sein Gewicht in der Weltpolitik stärker einbringen? Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur - das war ursprünglich das Ziel der Gründung der Europäischen Union, und es war erfolgreich. Krieg und Diktatur in ganz Europa auszulöschen, Demokratie und Frieden zu etablieren, das war das zweite große Ziel. Auch dies wurde verwirklicht. Reichen diese Erfolge nicht aus? Wozu brauchen wir überhaupt die weitere europäische Integration? Wir alle sind mit einem eurozentristischen Weltbild aufgewachsen, aber uns Europäern muss klarer werden, dass wir nur ein kleiner Teil dieser Welt sind. Nur etwa

7,5 Prozent der Weltbevölkerung leben in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wir können als Minderheit in der Weltgesellschaft unsere Werte, unsere politische Kultur, unsere Lebensweise und unseren Wohlstand nur bewahren, wenn wir noch enger zusammenarbeiten. Nach der Selbstfindung der Europäer durch die Verankerung von Frieden und Freiheit auf dem eigenen Kontinent ist die Selbstbehauptung Europas in der zusammenwachsenden Welt neue Legitimation für den Fortgang der europäischen Integration. Für diese Aufgabe braucht Europa mehr Handlungsfähigkeit und bessere demokratische Kontrolle. Dabei ist der Lissabonner Vertrag nicht das Problem, sondern unverzichtbarer Teil der Problemlösung. Deshalb brauchen wir diesen Vertrag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Auch die EU-Erweiterungspolitik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien legen fest - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; ...

Es ist nach meiner Meinung nicht richtig, Beitrittsverhandlungen mit Ländern aufzunehmen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Beitrittsverhandlungen sind kein pädagogischer Prozess, um die Voraussetzungen für den Beitritt zu erreichen, sondern verhandelt wird darüber, wie der Beitritt mit den Ländern organisiert wird, die diese Voraussetzungen erreicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen sehen wir heute, dass die aus meiner Sicht übereilte Aufnahme von Rumänien und Bulgarien uns hinterher Probleme macht. Herr Außenminister, ich stehe auch verfrühten Beitrittsanträgen, zum Beispiel an Serbien, skeptisch gegenüber.

Es gibt eine andere Unehrllichkeit in der Erweiterungspolitik, die angesprochen werden muss. Ich plädiere dafür, dass wir diese Frage enttabuisieren. Im EU-Vertrag heißt es:

Jeder europäische Staat ... kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.

Die geografische Komponente ist also ein Beitrittskriterium und muss endlich enttabuisiert werden. Geografisch nicht zu Europa zu gehören, ist keine Diskriminierung.

Das gilt auch für die Türkei. Wer nicht auf dem europäischen Kontinent liegt, hat keinen Anspruch auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, sehr wohl aber auf freundschaftliche Nachbarschaft und bei gleichem Wertefundament auch auf privilegierte Partnerschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diametralem Gegensatz zu dieser freundlichen Nachbarschaft steht die völkerrechtswidrige russische Militärintervention in Georgien. Man kann durchaus Kritik an der georgischen Regierung üben. Aber nichts an ihrem Verhalten rechtfertigt, dass russische Truppen in Georgien einmarschiert sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es war wichtig, dass die EU darauf einheitlich reagiert hat. Wir sollten wirklich besorgt sein, welche Motivation hinter diesem Schritt der russischen Regierung stand. An dieser Stelle möchte ich in Erinnerung rufen, was Wladimir Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am 25. April 2005 gesagt hat - ich zitiere -: Der Zusammenbruch der Sowjetunion war geopolitisch die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Was ist das eigentlich für ein Geschichtsbild? In diesem Jahrhundert sind andere Katastrophen geschehen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war gar keine Katastrophe, sondern eröffnete die Chance auf Freiheit und Demokratie, die Michail Gorbatschow und Boris Jelzin ergriffen haben. Ich bedaure sehr, dass die innere Entwicklung Russlands nun wieder hin zu mehr Autokratie geht.

Wir Deutsche sollten die Sorgen der Nachbarn Russlands ernst nehmen und dürfen ihre Erfahrungen nicht geringachten. Wenn es darum geht, wie man innerhalb der Europäischen Union mit diesem Thema umgeht, ist wichtig, dass sich die Europäische Union einig ist. Allerdings muss man immer das Ziel im Blick haben, wofür diese Einigkeit besteht. Wir müssen das Gewicht der Europäischen Union für Demokratie und Achtung des Völkerrechts in der Welt einsetzen. Wenn wir uns nicht auch nach außen für die Werte, die bei uns im Innern gelten, einsetzen, dann relativieren wir ihre Bindungskraft auch in unseren Gesellschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.

Als erster Redner hat der Bundesminister Dr. Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine angemessene Finanzausstattung der Bundeswehr ist Grundvoraussetzung für die Einsatzfähigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Armee und damit Grundvoraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit sowie von Frieden und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es notwendig und richtig, dass wir der Bundeswehr mit diesem Haushalt die finanzielle Unterstützung geben, die sie braucht, um ihren Auftrag auch in Zukunft optimal erfüllen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich hatte während der Sommerpause die Gelegenheit, an 35 Standorten in Deutschland und auch in Afghanistan Truppenbesuche durchzuführen und mich davon zu überzeugen, wie gut ausgebildet, wie gut ausgerüstet und wie gut motiviert unsere Soldatinnen und Soldaten sind. Ich denke, es ist notwendig, dass wir die finanziellen Grundlagen schaffen, um diesen Zustand aufrechterhalten zu können.

Da häufig darauf hingewiesen wird, dass die Mittel

des Verteidigungshaushaltes wieder erhöht werden, möchte ich unterstreichen, dass auch die Aufgaben der Bundeswehr gestiegen sind. Ich möchte an Folgendes erinnern: Im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes hat Deutschland die Luftaufklärung für Gesamtafghanistan übernommen und ist für Tornadoeinsätze zuständig sowie für die schnelle Einsatztruppe im Norden des Landes, die Quick Reaction Force. Außerdem wollen wir unsere Ausbildungsanstrengungen erheblich verstärken. Wie Sie wissen, ist Deutschland auch auf dem Balkan mit dem größten Kontingent vertreten. Neu hinzugekommen sind das UNIFIL-Mandat vor der Küste des Libanon - darüber haben wir bereits gestern gesprochen, und darüber werden wir auch heute noch diskutieren -, UNMIS und UNAMID, die Einsätze im Sudan und in Darfur. Darüber hinaus leisten wir im Rahmen der Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika einen Beitrag. Vor uns liegt noch ein Mandat zur Pirateriebekämpfung, über das auf europäischer Ebene noch diskutiert wird.

Man muss ehrlich miteinander umgehen und feststellen: Weitere Aufgaben im Interesse der Sicherheit unseres Landes erfordern auch weitere finanzielle Unterstützung. Nur dann können unsere Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben optimal erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, hierbei geht es auch darum, dass wir immer wieder aktualisieren, was die Frage des Schutzes im Bereich der Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten ausmacht. Wir haben derzeit 700 geschützte Fahrzeuge in Afghanistan. Zudem haben wir die Aufklärung verstärkt. Außerdem haben wir die technischen Mittel verstärkt. Wir haben Planungen, die beispielsweise einen zusätzlichen Schutz für die Feldlager einbeziehen.

Ich halte es für notwendig und wichtig, dass, wenn wir Soldatinnen und Soldaten in unserem Auftrag, im Auftrag des Deutschen Bundestages, in riskante Auslandseinsätze entsenden, wir ihnen auch den optimalen Schutz mitgeben, um diesen Auftrag erfüllen zu können. Deshalb werden wir uns weiterhin finanziell engagieren, um diesen Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten immer wieder zu optimieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu der aktuellen Situation in Afghanistan machen. Es ist unbestritten, dass sich die Sicherheitslage verschärft hat. Auf der anderen Seite darf man aber nicht verkennen, welche zusätzlichen Aktivitäten die Bundesregierung im Hinblick auf den zivilen Wiederaufbau vorgenommen hat. Ursprünglich hatten wir 80 Millionen Euro vorgesehen. Mit der Pariser Konferenz sind es 140 Millionen Euro geworden. Im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Konzept haben wir zusätzliche 30 Millionen Euro unter dem Aspekt der Nahrungsmittelversorgung vorgesehen. Insgesamt sind also 170 Millionen Euro eingeplant.

Ich halte es für notwendig und wichtig, dass wir insbesondere im Rahmen unserer regionalen Verantwortung diese zivilen Wiederaufbauprojekte weiter vorantreiben



können. Im Norden Afghanistans haben wir über 800 Projekte umgesetzt. Energieversorgung, Wasserversorgung, Infrastruktur, Straßenbau, Schulen, Kindergärten und medizinische Versorgung, all das sind entscheidende Punkte, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Deshalb sage ich noch einmal: Wir brauchen keinen Strategiewechsel, sondern wir müssen unsere Strategie der vernetzten Sicherheit im gesamten Land Afghanistan umsetzen. Was wir beim NATO-Gipfel gemeinsam erreicht und vereinbart haben - in der NATO-Sprache heißt dies Comprehensive Approach, also umfassender Ansatz -, muss in Afghanistan umgesetzt werden. Außerdem muss die Ausbildung weiter vorangetrieben werden, damit Afghanistan selbst in der Lage ist, für seine Sicherheit zu sorgen. Dann werden wir aus meiner Sicht auf dem Weg, der kein einfacher ist, in Afghanistan letztlich erfolgreich sein. Auch dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das will ich sagen, weil in der Öffentlichkeit oft die Frage nach dem Sinn des Einsatzes gestellt wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die Bedrohungslagen für unser Land erheblich verändert haben. Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden. Wir haben aber die neuen Bedrohungslagen durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen, durch Krisensituationen und durch Staatsverfall.

Meine Damen und Herren, die Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington - wir haben ihrer vor wenigen Tagen gedacht - sind von afghanischem Boden ausgegangen. Afghanistan war das Ausbildungszentrum für den Terrorismus. Deshalb ist es wesentlich klüger, die Gefahr an der Quelle zu beseitigen, wo die Risiken entstehen, als wenn sie in viel größerer Dimension unser eigenes Land betreffen. Deshalb ist es im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, wenn wir uns in Afghanistan engagieren, um derartige terroristische Entwicklungen auch für unser Land in Zukunft zurückzudrängen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Aspekt vortragen. Ich denke, dass es wichtig und notwendig ist, dass wir trotz der Haushaltskonsolidierung im Rahmen dieses Etats 1,6 Milliarden Euro mehr bekommen. Damit haben wir die Chance, die Tarifvereinbarungen des Jahres 2008/2009 für unsere Soldatinnen und Soldaten umzusetzen. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Punkt; denn die Mehrheit unserer Soldatinnen und Soldaten ist in den unteren Gehaltsgruppen eingestuft. Ich kann nicht immer Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit verlangen, ihnen aber nicht die finanzielle Unterstützung zuteilwerden lassen, die notwendig ist, um entsprechende - auch materielle - Voraussetzungen zu erfüllen. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir diesen Tarifvertrag auch und gerade mit Unterstützung dieses Parlaments für unsere Soldatinnen und Soldaten umsetzen können.

Ich füge ein Zweites hinzu: Ich finde, wir haben - das

wird oft zu wenig registriert - die Integration zweier gegeneinander ausgebildeter Armeen in die eine Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland in hervorragender Art und Weise erreicht. Deshalb ist es gut, dass jetzt die Angleichung der Ost- an die Westbesoldung im Interesse der Soldatinnen und Soldaten möglich ist. Wir haben eine Armee der Einheit, und ab jetzt gibt es auch nur noch eine Besoldung. Ich denke, dies ist der richtige Weg - auch im Hinblick auf die Integration innerhalb der Bundeswehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr spät, aber immerhin!)

Ich will ein Weiteres hinzufügen: Wir haben mit dem Kasernensanierungsprogramm West, wie ich finde, einen entscheidenden Schritt hin zur Verbesserung der Unterkunftssituation für unsere Soldatinnen und Soldaten getan. In den beiden Jahren 2008 und 2009 werden wir immerhin rund 300 Millionen Euro investieren. Wir haben 900 Bauprojekte in Angriff genommen. Ich denke, dass auch dies ein wichtiger Punkt ist. Wir müssen auch die sozialen Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir, wenn wir von den Soldatinnen und Soldaten Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit verlangen, ihnen auch eine adäquate Unterkunftsmöglichkeit zur Verfügung stellen können. Deshalb ist es notwendig, dieses Kasernensanierungsprogramm West weiterhin zu forcieren und umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich kann das fortführen: Ein ganz wichtiger Punkt war die Umsetzung des Einsatz-Weiterverwendungsgesetzes. Noch in dieser Legislaturperiode wird das Ehrenmal realisiert. Ich denke, dass es richtig und notwendig ist, dass denjenigen, die im Einsatz für die Bundeswehr ihr Leben lassen mussten, ein würdiges und ehrendes Andenken gewahrt wird. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode das Ehrenmal errichten. Ich denke, auch damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um denjenigen, die im Einsatz für unsere Sicherheit ihr Leben gelassen haben, auch in Zukunft ein ehrendes und würdigendes Andenken bewahren zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit Blick auf die Uhr möchte ich nur noch schlagwortartig sagen: Wir setzen das Programm Familie und Dienst um und beschäftigen uns weiterhin mit dem Thema Kinderbetreuung. Mittlerweile tun 15 000 Soldatinnen innerhalb der Bundeswehr ihren Dienst. Auch dieses Thema ist weiter voranzutreiben. Dies bedarf natürlich auch einer finanziellen Unterstützung.

Die Ausstattung mit dem entsprechenden Ausrüstungsmaterial ist ein wichtiger Punkt - auch unter den Aspekten Erhaltung der wehrtechnischen Industrie und der Arbeitsplätze in Deutschland. Wir erhöhen die Investitionen weiter und versuchen, den Personalanteil weiter zu reduzieren. Wir liegen jetzt bei 39 Prozent, womit wir, so glaube ich, in die richtige Richtung gehen. Zusammengefasst denke ich, dass die Bundeswehr mit diesem Haushalt die finanzielle Grundlage erhält, die sie braucht, um ihren Beitrag für Sicherheit, Frieden

und Freiheit im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin leisten zu können.

Haben Sie recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Elke Hoff von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Elke Hoff (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit dem Haushalt, über dessen Entwurf wir heute debattieren, wird eine Legislaturperiode beendet, die von sehr großen und sehr schwierigen Herausforderungen an die Bundeswehr geprägt ist: Auf der einen Seite sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr zur größten Herausforderung geworden, und auf der anderen Seite stellt der marode Zustand der Infrastruktur hier zu Hause eine Dauerbelastung für den Haushalt dar, der der Minister aufgrund der vorgelegten Zahlen auch mit seiner Ankündigung, sich diesem Thema jetzt besonders zu widmen, leider nicht wirksam begegnen kann. Auch die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr wird zu einem politischen Dauerbrenner.

Sehr geehrter Herr Minister, leider ist Ihre Bilanz der bisherigen Amtszeit eher nüchtern. Das vielgepriesene Weißbuch gerät in den Schubladen Ihres Hauses zunehmend in Vergessenheit. Beim Ehrenmal für unsere toten Soldatinnen und Soldaten wird die Tatsache ignoriert, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Die Geisterdebatte über den potenziellen Abschuss entführter Passagierflugzeuge hat die Bundeswehripiloten nachhaltig verunsichert. Das uneingeschränkte Fortschreiben der Beschaffung unnötiger Großprojekte beraubt die Bundeswehr all derjenigen finanziellen Spielräume, die sie zur Beschaffung der im Einsatz dringend benötigten Ausrüstung braucht. All das sind Ecksteine Ihrer Handlung als Minister.

(Beifall bei der FDP)

Wenn sich heute über 40 Prozent der aktiven Berufssoldaten nicht mehr für den Soldatenberuf entscheiden würden, müssten in Ihrem Haus eigentlich sämtliche Alarmglocken schrillen. Doch diese Alarmsignale werden entweder schöngeredet oder ignoriert. Die tragischen Ereignisse der letzten Wochen haben leider, aber auch mit Recht die öffentliche Diskussion wieder darüber angeheizt, wie die tödlichen Gefahren für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz auf ein Mindestmaß reduziert werden können.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir aus Ihrem Hause immer wieder gehört, dass beispielsweise das Geländefahrzeug Wolf auch in der geschützten Variante nicht den Erfordernissen des Afghanistan-Einsatzes genügt und daher schnellstmöglich durch ein besseres und geeigneteres Fahrzeug ersetzt werden müsste. Es wurde damals in Aussicht gestellt, dass dies schon 2007 geschehen sollte. Doch was ist bis heute tatsächlich geschehen? Sie haben in Ihrem Hause einen Wettbewerb zur Auswahl eines geeigneten Fahrzeuges beenden müssen,

weil die aufgestellten technischen Kriterien nicht erfüllt werden konnten. Der verzögerte Zulauf dieser wichtigen oder sogar wichtigsten Fahrzeugklasse im Einsatz wird jetzt mindestens bis in das Jahr 2010 auf sich warten lassen.

Sie haben heute bereits versucht, die zusätzlichen 1,6 Milliarden Euro im Verteidigungshaushalt als Erfolg zu verkaufen. Leider werden Sie durch diesen Zugewinn nicht einen einzigen Euro zusätzlichen Spielraum für dringend notwendige neue Projekte erhalten. Allein die gestiegenen Personalausgaben in Höhe von rund 800 Millionen Euro, die zusätzlichen Ausgaben für die Fregatte 125, für SATCOM Bw, für die Flugbereitschaft der Bundesregierung, für den A400M und die Preisfortschreibungen bei anderen Vorhaben zehren diesen Spielraum auf, ohne dass dringend benötigte Projekte, wie beispielsweise Geräte zur Freund-Feind-Erkennung oder dringend benötigte zusätzliche Transporthubschrauber, darstellbar wären.

Sie könnten dies ändern, wenn Sie endlich die Fehler der Vergangenheit korrigieren würden, statt sie weiter fortzuschreiben. Beispielsweise sollten Sie schleunigst aus dem Projekt MEADS aussteigen, bevor daraus ein neues Milliardengrab von zweifelhaftem Nutzen wird. Bis heute sind bereits 600 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben worden, ohne dass dieses Projekt einen erkennbaren Fortschritt angenommen hätte. Viel schlimmer: Es wird immer offensichtlicher, dass das Management dieses Projektes miserabel ist und die einkalkulierten finanziellen Spielräume bis heute bereits aufgezehrt worden sind.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie werden sich auch an Ihren bereits im Februar dieses Jahres geäußerten Ankündigungen messen lassen müssen, die dem Bund zustehenden Schadensersatzansprüche bei der verzögerten Auslieferung des A400M vollständig einzufordern. Das würde bei den vereinbarten Stückzahlen von 60 Stück rund 280 Millionen Euro ausmachen. Bisher haben Sie jedoch nur wie jedes Jahr für diesen Bereich Preissteigerungen in Höhe von 200 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Über 50 Prozent Ihres Investitionshaushaltes werden durch Fluggeräte belegt, deren Stückzahlen zu hoch sind, die nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen, die zu spät geliefert werden, die ständige Preisanpassungen erfordern und deren Kosten für die Ausbildung nicht annähernd gedeckt sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist jetzt endlich an der Zeit, damit aufzuhören, die Parlamentarier und die Steuerzahler für dumm zu verkaufen. Verträge sind keine Einbahnstraße. Vor allem sind sie dazu da, von beiden Seiten eingehalten zu werden. Dies gilt auch für die Industrie. Herr Minister, ich bin gespannt, wie Sie auf das Schreiben von Herrn Gallois reagieren werden. Sie haben sich dazu in der Presse sehr dezidiert geäußert. Ich denke, wir alle werden Sie dabei unterstützen, diesen Weg einzuhalten, Kurs zu halten und die berechtigten Interessen des deutschen Steuerzahlers bei der Abwicklung und Erfüllung

von Verträgen durchzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Nutzen Sie wenigstens das letzte Jahr Ihrer Amtszeit für eine nachhaltige Korrektur Ihrer Haushaltspolitik zum Nutzen der Bundeswehr und vor allen Dingen auch zum Nutzen unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Johannes Kahrs von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kameraden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

- Wer gedient hat, darf auch so reden.

Der vorliegende Verteidigungshaushalt weist einen Aufwuchs von 1,53 Milliarden Euro auf. Damit setzen wir im Großen und Ganzen die von Peter Struck begonnene Linie fort. Ich glaube, das ist gut für die Bundeswehr, für die nötigen Investitionen, für die Infrastruktur und insbesondere für die Soldatinnen und Soldaten.

Frau Hoff, wenn Sie sagen, dass der Minister den Wähler für dumm verkauft, bitte ich Sie, sich daran zu erinnern, dass der Eurofighter damals unter Schwarz-Gelb und damit unter Beteiligung der Liberalen bestellt worden ist. Gerade bei solchen langfristigen Verträgen wird man immer auch daran erinnert, was man einst selber mitbeschlossen hat. Man kann über vieles verhandeln, aber ich finde es etwas seltsam, das dann als „dumm verkaufen“ zu bezeichnen.

(Elke Hoff [FDP]: Aber die Verträge müssen eingehalten werden!)

- Aber wenn man sie selber mitbeschlossen hat, dann kann man sie jetzt nicht bemängeln. Werden Sie nicht hektisch! Seien Sie einfach ruhig, und hören Sie zu! Dann können Sie etwas lernen.

Des Weiteren haben Sie angesprochen, dass es an geschützten Fahrzeugen fehlt. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele geschützte Fahrzeuge gekauft. Ich erinnere nur an die Dingos, die wir in regelmäßigen Abständen beschaffen. Beim Fuchs haben wir einige Nachbesserungen vorgenommen, damit auch dieses vorzügliche Fahrzeug entsprechend zum Einsatz kommen kann. Wir haben 25 Eagle bestellt. Weitere werden folgen.

Ich glaube, im Großen und Ganzen ist das, was der Minister gesagt hat, richtig: Die Opposition kann immer kritisieren, aber sie muss auch ein bisschen bei der Wahrheit bleiben; sonst wird es langweilig.

Wir haben im Zuge der Haushaltskonsolidierung mit diesem Haushalt einen anständigen Stand erreicht. Mit dem Aufwuchs von 1,53 Milliarden Euro können wir für die Soldaten vieles vorantreiben, was wichtig und notwendig ist. Man darf nicht vergessen, dass wir keine Bundeswehr haben, mit der wir sozusagen den Großen Vaterländischen Krieg erwarten; die Bundeswehr ist vielmehr zu einer Einsatzarmee geworden. Das macht

viele Veränderungen nötig. Dies ist nicht immer ganz einfach. Im Bereich Material wurde schon viel getan. Rudolf Scharping, Peter Struck und Herr Jung setzen diese Kette fort. Das läuft nicht immer optimal. Da Verträge einzuhalten sind, sind auch Kompromisse nötig. Trotzdem glaube ich, dass wir für die Bundeswehr das bestmögliche Material zum Einsatz gebracht haben. Ein ausreichender Schutz ist nämlich das Wichtigste. Bei all der Begeisterung für das Gerät darf man aber nicht vergessen, dass dieses Gerät von Menschen bedient wird, um die man sich kümmern muss, damit der Dienst attraktiv bleibt. Der Wehrbeauftragte, der heute anwesend ist, hat das immer wieder angemahnt. Ich glaube, dass man das nicht zu gering schätzen darf. Unsere Soldaten im Einsatz sind oft genug auch Diplomaten, Polizisten, Aufbauhelfer und vieles mehr. Dafür muss man sie ausrüsten und motivieren. Man muss sie aber auch entsprechend bezahlen. Wir brauchen intelligente, körperlich belastbare Frauen und Männer, die es nicht an jeder Ecke gibt. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bekannt. Der Bundeswehr-Verband hat ebenso wie der Reservistenverband, dessen Präsident anwesend ist, in verdienstvoller Weise darauf hingewiesen, dass wir Gefahr laufen, in Zukunft nicht mehr ausreichend attraktiv zu sein, um den notwendigen Nachwuchs zu gewinnen. Wir müssen zurzeit zusehen, wie teuer ausgebildete Spezialisten, Piloten und Ärzte die Bundeswehr verlassen, um in die Privatwirtschaft zu gehen. Das kann und darf uns nicht kaltlassen. Einige fordern Insellösungen für diese betroffenen Berufsgruppen. Das halte ich für falsch. Man darf nicht immer nur in bestimmten Bereichen nachbessern. Dadurch erhöhen sich die Ungerechtigkeiten im System. Man muss vielmehr zu einer Lösung kommen, von der alle profitieren. Wenn nur 500 oder 1 000 Personen von einer Insellösung profitieren, dann fühlt sich der Rest der Truppe nicht zu Unrecht ungerecht behandelt. Das wollen wir nicht. Das kann keine Lösung sein. Stattdessen müssen wir Strukturveränderungen erreichen. Das ist unter Rudolf Scharping geschehen, indem etwa die Besoldungsstufen A 1 und A 2 als Eingangsbesoldung abgeschafft wurden. Ich glaube, dass auch mit A 3, A 4 und A 5 niemand mehr ernsthaft begeistert werden kann, der sich in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes umsieht. Hier muss sich das Bundesinnenministerium bewegen und uns entgegenkommen. Dann muss man schauen, was man machen kann. Es kann nicht angehen, dass wir so weitermachen wie bisher. Wir brauchen eine vernünftige Gehaltsstruktur. Otto Schily hat bei der Bundespolizei gezeigt, wie man das macht. Dort hat man nun eine vernünftige Gehaltsstruktur. Wenn wir sie für die Bundeswehr übernehmen, stünden die Soldaten sehr viel besser da. Das würde sicherlich mehr Geld kosten. Wenn man aber leistungsfähige und motivierte Soldaten haben will, muss man auch investieren, gerade in die Bezahlung. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Personalentwicklung und Personalführung sind eine weitere Stellschraube, mit der wir die Attraktivität erhöhen

können. Jeder Soldat muss wissen, welche Chancen und Perspektiven er hat. Wenn die Kameraden mit ihren Personalbearbeitern sprechen, wollen sie meistens wissen, wie die nächsten drei Stationen ihrer Laufbahn aussehen, wo sie eingesetzt werden, ob sie am Standort ein Haus bauen und dort ihre Kinder einschulen können und ob sie Planungssicherheit haben. Das heißt, der Personalbereich der Bundeswehr muss ein Dienstleistungsapparat werden. Manchmal hat man das Gefühl, dass Personalbearbeiter immer nur auf ihre Stellenlisten schauen. Wichtig ist aber, dass die Menschen zufrieden und glücklich sind. Planungssicherheit ist ein hohes Gut. Auslandseinsätze verlangen den Soldaten und ihren Familien unendlich viel ab. Daher muss man wenigstens dort für Planungssicherheit kämpfen, wo sie möglich ist. Das kann man hier im Land machen. Wenn die personalbearbeitenden Dienststellen nicht nur sagen, dass der Soldat im Mittelpunkt - und damit jedem im Weg - steht,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern das auch umsetzen und jedem helfen, dann kommen wir voran. Herr Minister, ich bitte Sie, dafür zu sorgen.

Junge Wehrpflichtige müssen Zeitsoldaten werden wollen. Zeitsoldaten müssen sich weiterverpflichten wollen, müssen Berufssoldaten werden wollen. Aber dafür muss man ihnen etwas bieten und ihnen entgegenkommen. Man kann als Dienstherr nicht nur fordern und beanspruchen, sondern muss auch zeigen, dass einem das etwas wert ist. Wir, das Parlament, sollten dies unterstützen, weil es sich um eine Parlamentsarmee handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir etwas im Bereich der Unterbringung tun müssen. Das finde ich richtig. Es wird auch mehr Geld eingesetzt. Aber das Problem, das wir seit Jahren im Parlament ansprechen, ist: Im Ministerium bewegt sich das Ganze zu lahmarschig, um es noch freundlich zu sagen. Wenn Sie sich die Strukturen anschauen, dann stellen Sie fest: Das geht einfach nicht. Wir haben eine Superabteilung für Modernisierung. Sie produziert viel Papier, aber in der Sache ändert sich nichts. Selbst wenn neu gebaut wird, geschieht das nach uralten Bauvorschriften. Man hat dann eine Steckdose pro Stube.

Aber heutzutage brauchen vier Soldaten, die dort wohnen, durchaus mehr. Unsere IT-Einrichtung ist nicht in der Lage, den Soldaten auf den Stuben, auf denen sie in der Woche wohnen müssen, einen Internetanschluss zu gewähren. Zum Teufel, welcher junge Mensch kommt denn ohne einen Internetanschluss aus? Das ist doch peinlich. Das muss man doch hinbekommen, wenn man Soldaten halten will. Wenn man junge Soldaten in Einöstandorte in Hessisch-Sibirien schickt, lieber Kollege Siebert, dann muss man den Soldaten auch etwas bieten.

Herr Minister, wir haben uns den Standort in Schwarzenborn angeschaut. Uns wurde versprochen, dass etwas passiert. Nach vielen Telefonaten im Hause kann ich Ihnen sagen: Es passiert nichts. Der zuständige Oberst bei Ihnen in Schwarzenborn hat behauptet, alles sei eigentlich in Ordnung, und die Soldaten seien ganz glücklich,

wenn sie in Holzbaracken wohnen dürften. Aber wir müssen uns deutlich vor Augen führen, unter welchen Umständen wir Wehrpflichtige, Zeitsoldaten und Offiziere unterbringen. Eigentlich müsste man alle Holzbaracken abreißen und gleichzeitig mindestens fünf, sechs neue Unterkunftsgebäude errichten, und zwar so schnell, dass nicht erst Ihr Nachfolger oder dessen Nachfolger die Gebäude einweihen kann, sondern dass wir alle das noch erleben. Für die betroffenen Menschen ist das wichtig. Wir brauchen auf jeden Fall ein vernünftiges Heizkraftwerk und eine gute Infrastruktur. Das muss gemacht werden. Die Soldaten pendeln in der Regel. Aber es gibt keine Feldwebel- und Offizierwohnheime mehr. Dennoch gilt die Kasernenpflicht. Wir müssen uns anstrengen, mehr zu tun, damit die Soldaten zufrieden sind. Wir müssen die Bauvorschriften vereinfachen, damit schneller gebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe viel zu schnell geredet. Man möge das entschuldigen. Ich danke allen, die zugehört haben. Herr Minister, ich hoffe, dass wir das alles gemeinsam in die Hand nehmen und machen. Geben Sie Ihrem Apparat ein bisschen Schwung! Für die Truppe im Einsatz ist das wichtig.

Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Paul Schäfer von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem Punkt hat die Bundesregierung recht: Der Verteidigungshaushalt wird immer mehr zu einem Einsatzhaushalt. Aber lassen Sie uns von dem Schönsprech weggehen und Klartext reden. Denn Einsatz klingt ein wenig nach bürgerschaftlichem Engagement, aber hier geht es nicht zuletzt um die Herstellung von Kriegsführungsfähigkeiten, und diese sollen gegebenenfalls - Stichwort: Armee im Einsatz - auch eingesetzt werden.

Wofür sonst wollen Sie in der Wittstocker Heide Bomben abwerfen lassen, wofür sonst stellen sie in Kalkar ein Hauptquartier für Luftkriegsoperationen auf, das weltweit verlegt werden kann, und wofür sonst lassen Sie in Manching den Eurofighter bauen? Man sollte weniger vom Einsatzhaushalt und noch weniger vom Verteidigungshaushalt reden, sondern vielmehr von einem Kriegsertüchtigungsetat.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Genau aus dem Grund lehnt Die Linke diesen Etat ab. Kriegsführungsfähigkeit ist teuer. Nach NATO-Kriterien geben wir jetzt 33,5 Milliarden Euro dafür aus. Es kann nicht oft genug gesagt werden: Wer hochrüstet, entzieht der Wirtschaft und der Gesellschaft Ressourcen, Finanzen und Arbeitskraft. Das sind 33,5 Milliarden Euro, die woanders sinnvoller eingesetzt werden können.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das kennen Sie alles noch aus der DDR!)

Wir müssen diese Ausgaben senken, statt sie immer weiter



nach oben zu treiben.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen - das hat einmal ein CDU-Bundeskanzler gesagt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das hat die DDR ja vorgemacht!)

Aber Sie machen genau das Gegenteil. Die Große Koalition hat den Rüstungshaushalt seit 2006 um insgesamt 3,2 Milliarden Euro erhöht, und in den nächsten Jahren soll es weiter nach oben gehen. Allein dieser Haushaltsplan weist eine Steigerung von 1,6 Milliarden Euro auf. Der größte Teil davon fließt in die investiven Ausgaben. Das sind vor allem die militärischen Beschaffungen. 33,5 Milliarden Euro für die Rüstung sind keine gute Investition in die Zukunft, nicht zuletzt deshalb, weil mit der langfristigen Verpfändung der Steuergelder die Möglichkeiten künftiger Haushaltsgestaltung stark eingeengt werden. Die Verpflichtungsermächtigungen steigen in diesem Haushalt wieder um knapp 10 Milliarden Euro. Für die Zeit ab 2010 sind damit bereits 56 Milliarden Euro festgelegt, über die der künftige Bundestag gar nicht mehr entscheiden kann. Das ist einfach nicht hinnehmbar. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich hänge nicht der naiven Vorstellung an, man könne von einem Tag auf den anderen von einem Topf in den anderen verschieben. Aber es ist trotzdem hilfreich, sich einfach einmal klarzumachen, wo wir Prioritäten setzen oder wie Prioritäten anders gesetzt werden müssten. Wir fordern zum Beispiel, die Kinderbetreuung flächendeckend auszubauen; das fordern andere Fraktionen auch.

Die geschätzten Kosten dafür betragen 9 Milliarden Euro. Allen Kindern in der Schule eine warme Mahlzeit zu ermöglichen, wird mit Kosten in Höhe von 4 Milliarden Euro veranschlagt. Die Kosten für die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro werden auf 9 Milliarden Euro geschätzt. Diese drei Maßnahmen wären mit der Summe des Wehretats locker zu finanzieren. Und Sie hätten noch mehr als genug übrig, um die Summe für den zivilen Teil der Afghanistan-Hilfe zu verdreifachen. (Widerspruch bei der SPD)

- Ja, das wäre drin.

Ich sage noch einmal, dass ich nicht der Vorstellung anhängen, man könne von einem Tag auf den anderen umschichten. Aber wir müssen doch endlich einmal anfangen, die Prioritäten neu zu setzen und von den hohen Rüstungsausgaben herunterzukommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich weiß, dass der Einwand kommen wird, dass Sicherheit ein teures Gut ist. Die Frage ist aber, ob der Preis stimmt. Worum geht es denn, wenn heute von Sicherheit die Rede ist? Drei Dinge werden genannt:

Schutz vor militärischer Gewalt, Sicherung unserer Energieversorgung, Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen.

Der erste Punkt führt zu der Frage, ob wir in absehbarer Zeit militärisch bedroht sind. Nein, das sind wir nicht, und niemand hier wird das ernsthaft behaupten. Trotzdem wurden während des Krieges in der Kaukasus-Region Versuche unternommen, eine solche Wahrnehmung

zu erzeugen. Aber sehen wir die Sache nüchtern. Weder die Balten noch die Polen sind durch Russland militärisch bedroht. Russland hat heute weder die Fähigkeiten noch im Geringsten die Absicht, diese Länder anzugreifen und zu besetzen. Das gilt für Deutschland erst recht.

Richtig ist allerdings, dass die Russen sich dank Erdöl und Erdgas wieder als starke Macht sehen, und sie wollen den Zustand permanenter Demütigung nicht länger akzeptieren. Es geht jetzt mitnichten darum, sich die Interessen Moskaus zu eigen zu machen oder sich ihnen gar zu unterwerfen. Von uns steht niemand auf der Gazprom-Gehaltsliste.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Aber man muss schlicht zur Kenntnis nehmen, dass europäische Sicherheit nur mit Russland zu haben ist. In besseren Zeiten ist gerne von einer strategischen Partnerschaft mit Russland gesprochen worden. Mir würde eine ehrliche Partnerschaft schon genügen. Denn dann würde man darauf verzichten, neue Raketen in Polen zu stationieren, dann würde man darauf verzichten, rund um Russland Militärbasen der NATO aufzubauen, und dann würde man darauf verzichten, die NATO bis nach Zentralasien auszudehnen. Dann würde sich auch das Thema neue Angst vor Russland zumindest tendenziell erledigen. Grund zur Hochrüstung ist das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Zweiten: Dass wir es mit wachsenden Ressourcenkonflikten zu tun haben, spricht sich herum. Der Kaukasus und Zentralasien sind dafür Beispiele. Es stimmt, wir haben eine wachsende Konkurrenz um die zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe, und es gibt einen Wettlauf um den Zugang zu den sogenannten strategischen Rohstoffen. Dieser reicht von der Arktis über den Nahen Osten bis ins südliche Afrika. Aber allein die Vorstellung, man könne Erdölquellen, Pipelines und Schifffahrtsrouten mit militärischer Gewalt dauerhaft absichern, ist schlicht abwegig. Es geht um ökologisches Umsteuern in der Energiepolitik, um eine gerechtere internationale Wirtschaftspolitik. Es geht also um zivile Antworten auf das Ressourcenproblem, nicht um militärische.

(Beifall bei der LINKEN)

Was drittens die Terrorgefahr und den notwendigen Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger anbetrifft, so ist bei anderen Gelegenheiten hier schon alles gesagt worden. Man kann dem Terror nicht mit militärischer Gewalt und Gegenterror begegnen. Das nährt ihn, statt ihn auszutrocknen. Der siebenjährige Krieg, der Global War on Terrorism, hat genau dies gezeigt. Dass Gewalteskalation die falsche Antwort ist, zeigt auch und gerade der Schauplatz Afghanistan. Nach sieben Jahren Krieg wird die Sicherheitslage immer prekärer. Selbst dem US-Generalstabschef sind jetzt Zweifel am Erfolg der Mission gekommen. Es ist, wie es ist: Die NATO kann diesen asymmetrischen Krieg ebenso wenig gewinnen wie die Taliban.

Es wird eine wirklich neue Strategie gebraucht. Wir brauchen einen Waffenstillstand, der von den afghanischen Konfliktparteien selbst ausgehandelt werden

muss. Da sollten Sie genauer auf die Meinung von circa 3 000 Stammesvertretern - inzwischen sind es sehr viel mehr - vor allem aus den Paschtunengebieten hören, die sich im Mai als afghanische Friedensdschirga konstituiert haben. Diese Friedensversammlung sagt klar: Der afghanische Dialog wird nur zu einem Erfolg geführt werden können, wenn klar ist, dass die auswärtigen Truppen möglichst rasch abziehen. Das ist der Punkt. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Monika Knoche [DIE LINKE]: Wie peinlich!)

Die NATO hat nicht nur in Afghanistan gezeigt, dass sie das ungeeignete Instrument für eine gedeihliche Friedensentwicklung in der Welt ist. Diese Debatte werden

wir im nächsten Jahr führen. Ich freue mich darauf, und dann wird man sehen, ob es sinnvoll ist, an einer Militärallianz festzuhalten, die zwei Drittel der Weltmilitärausgaben bestreitet und die doch, wie sich jetzt gezeigt hat, dem alten Freund-Feind-Denken verhaftet bleibt. Wir werden darüber streiten, ob man die NATO nicht durch kooperative Sicherheitsstrukturen überwinden muss. Das ist die Position der Linken.

Zum Schluss: Wir fordern erstens, dass sich die Bundeswehr auf den Grundgesetzauftrag konzentrieren soll.

Der Militärinterventionismus Out of Area muss beendet werden.

Das bedeutet zweitens, dass dann die neuen U-Boote, Fregatten und Einsatzgruppenversorger oder auch Kampfhubschrauber nicht mehr gebraucht werden. Wir werden in diesem Sinne Einsparvorschläge im Umfang von circa 10 Prozent des Wehretats machen. Diese Einsparungen können für soziale, entwicklungspolitische Zwecke, für den sozialverträglichen Umbau der Streitkräfte und für die soziale Besserstellung gerade der Mannschaften und der Unteroffiziere verwendet werden. Drittens braucht die Bundesrepublik keine Hand an nuklearen Vernichtungswaffen. Deshalb kann die Tornadostaffel in Büchel außer Dienst gestellt werden.

(Beifall des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Viertens ist die Aufhebung der Wehrpflicht überfällig.

(Johannes Kahrs [SPD]: Na, na!)

Sie greift ohne äußere Not in das Leben junger Männer ein - in diesem Fall nur Männer.

(Johannes Kahrs [SPD]: Wir brauchen die Wehrpflicht!)

Sie ist sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar.

(Johannes Kahrs [SPD]: Ständig!)

Fünftens sind die deutschen Truppen aus Afghanistan abzuziehen, und zwar so schnell wie möglich. Es ist in diesem Zusammenhang gut, wenn an diesem Samstag viele Menschen in Berlin und Stuttgart für diese Forderung auf die Straße gehen und demonstrieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das Wort hat der Kollege Alexander Bonde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich müssten wir heute bei dieser Debatte sehr intensiv über die verschiedenen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Mandat und dessen Verlängerung stellen, diskutieren. Dass wir es heute nicht tun, ist ein Stück symptomatisch für die Politik, die wir vom Minister und der Bundesregierung in dieser Frage erleben. Wir diskutieren heute nicht über Afghanistan, weil Sie entschieden haben, dass das wichtigste Mandat und der wichtigste internationale Einsatz der Bundeswehr und die wichtigen Fragen, die sich stellen, nämlich ob der zivile Wiederaufbau im Zentrum steht und die militärische Strategie richtig gepolt ist oder nicht, weniger wichtig sind als die Bitte von zwei Landtagswahlkämpfern in Bayern, nämlich dem CSU-Vorsitzenden und dem Ministerpräsidenten.

Aus diesem Grund haben Sie diese Debatte heute nicht geführt. Aus diesem Grund wollen Sie diese Debatte nächste Woche nicht führen. Sie wird vielmehr in einer Sondersitzung nach der Wahl in Bayern geführt. Ich glaube, allein dieser Vorgang macht deutlich, mit welcher komischen Haltung und mit welchen Trickereien diese Bundesregierung und dieser Bundesverteidigungsminister in zentralen sicherheitspolitischen Fragen unterwegs sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Im Rahmen dieser Debatte reden wir über den letzten Haushalt dieses Verteidigungsministers. Insofern muss man die Bilanz dieser gesamten Amtszeit durchgehen. Der Haushalt der Bundeswehr ist seit 2005 um über 3 Milliarden Euro gestiegen. Allein dieses Jahr gibt es einen ordentlichen Schluck aus der Pulle mit 1,6 Milliarden Euro mehr. Die Ursprungsbegründung für diese Erhöhung war übrigens, man brauche 1 Milliarde Euro, um die Tarifsteigerungen einzuarbeiten. Interessanterweise fließen von diesem Aufwuchs jetzt nur knapp mehr als 500 Millionen Euro ins Personal. Aber auch das ist ein Stück weit symptomatisch für diesen Haushalt.

Herr Minister, ich will nicht verhehlen, dass Sie in Ihrer Amtszeit auch Erfolge hatten. Zwei davon werden in die Geschichte sicherlich als die große Legacy Ihrer Amtszeit eingehen: Es ist Ihnen zweimal gelungen - beim Ehrenmal und bei der Frage des öffentlichen Gelöbnisses -, das Grünflächenamt Berlin-Mitte im Rechtsstreit zu besiegen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Primitiv!)

Ich muss offen sagen: In anderen Bereichen suchen wir diesen Einsatz, diese Reformkraft und auch den Erfolg. Nach wie vor unbeantwortet sind die Fragen: Wie setzt sich eigentlich der Transformationsprozess der Bundeswehr fort? Was sind eigentlich die Konsequenzen daraus, dass die Bundeswehr mit heute 250 000 Soldatinnen und Soldaten an ihr Limit stößt, wenn 7 000 davon bei Einsätzen im Rahmen eines UN-Mandats international zur Stabilisierung beitragen? An dieser Baustelle arbeitet keiner. Da ist nicht Mittagspause, sondern Sendepause, und das schon Ihre gesamte Amtszeit über.

In Wirklichkeit haben Sie in Sachen Wehrpflicht das Rad zurückgedreht. Sie haben mit einer ideologischen

Begründung dafür gesorgt, dass 5 000 Wehrpflichtige mehr zur Bundeswehr eingezogen werden. Das klingt im ersten Moment nicht nach einer zentralen Fragestellung. Wenn man sich aber einmal anschaut, welche Ausgaben das mit sich bringt, wie viel Personal zur Ausbildung und Betreuung dieser 5 000 Zusätzlichen, die in der Kaserne hinterher von niemandem gebraucht werden und auch in der Stabilisierungsmission nicht einsetzbar sind, erforderlich ist, dann wird es interessant. Ich will darauf hinweisen, dass die OECD in einer Studie vor kurzem veröffentlicht hat, was die Wehrpflicht volkswirtschaftlich kostet. Nach Angaben der OECD mindert sie das Wachstum um 0,5 Prozent. Ich finde, das ist schon etwas, angesichts dessen man in der finanz- und wirtschaftspolitischen Diskussion, die wir gerade führen, einmal aufhorchen müsste.

Reden wir noch einmal über die 5 000 Wehrpflichtigen, die zusätzlich zur Bundeswehr eingezogen werden. Sie haben vorhin die Situation von gering bezahlten Leistungsträgern in der Bundeswehr beklagt; auch der Kollege Kahrs hat dieses Argument zu Recht angeführt. Man sollte sich heute einmal die Standorte der Bundeswehr anschauen, an denen Ausbildungskompanien aus dem Boden gestampft wurden. Wenn man mit den Leuten dort spricht, erfährt man Interessantes. Die Kapazitäten verlagern sich zum Teil von Einheiten, die in Einsätze gehen, hin zur Ausbildung von neuen Wehrpflichtigen, die niemals ein Einsatzland sehen werden.

Genau die Gruppe von schlechtbezahlten Leistungsträgern in der Bundeswehr, die keinen Rechtsanspruch auf Übernachtung in der Kaserne haben, muss die Kaserne verlassen, bevor die Wehrpflichtigen kommen. Sie zahlen dann ein paar Hundert Euro für eine Stube außerhalb der Kaserne. Sie wissen genau: Das sind die Leistungsträger, die gemeint sind, wenn Sie hier immer über Attraktivität reden. Aber ideologisch wichtiger ist Ihnen am Ende dann doch, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten. Ich glaube, das Kernproblem ist: An den richtigen Stellschrauben dreht diese Regierung einfach nie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das sehen wir auch in anderen Bereichen, etwa bei der zivilen Krisenprävention. Man stelle sich einmal die Frage: Wie kommt man eigentlich bei der Ressortabstimmung voran? Bei den Einsätzen der Bundeswehr ist das nicht das Problem. Wenn man sich anschaut, wie Soldatinnen und Soldaten, Vertreterinnen und Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie des Entwicklungsministeriums - bei diesen beiden muss man sagen: wenn sie denn einmal im Einsatzland sind - und NGOs zusammenarbeiten, dann stellt man fest: Das funktioniert. Aber in dem Moment, wo es wieder auf die ministerielle Ebene geht, sind wir mitten im Kampf der Ministerien. Sie haben auch noch etwas dazu beigetragen, dass das nicht besser wird. Den Ansatz für strukturelle Krisenvorsorge, den Sie bisher im Einzelplan hatten und von dem Sie uns immer berichtet haben, die Resonanz sei gut, die Erfahrung damit sei in hohem Maße zu loben, setzen Sie auf null. Dieses wichtige Instrument für die Zusammenarbeit wird in Ihrem Haushalt einfach gestrichen.

Auch da ist die Bilanz: Es geht rückwärts in der strukturellen Krisenvorsorge. Es geht rückwärts in der koordinierten Krisenprävention. - Auch das ist eine schlechte Bilanz Ihres Hauses, Herr Jung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rüstungspriorisierung hat die Kollegin Hoff zu Recht angesprochen. Was ist uns in den letzten Jahren von Ihnen alles an dicken Rüstungsprojekten auf den Tisch gelegt worden! Was den Eurofighter angeht, wollen Sie demnächst die dritte Tranche bestellen. Einen Gegner für diesen alten Flieger gibt es bis heute nicht. Ihre Argumentation in den letzten Jahren war auch klar: Wir reden hier über Industriepolitik und nicht über sicherheitspolitische Anforderungen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sollen die einen Luftballon fliegen?)

Ähnlich ist es bei der Fregatte F 125, die wir zum Dreifachen des üblichen Preises gekauft haben, damit deutsche Werften bauen. Ich nenne weiter die Abwehrrakete PARS 3, und das zweite Los U-Boote. Am Ende ist Ihre Amtszeit davon geprägt, dass die Bundeswehr am Bedarf vorbei Industriepolitik betreibt - und das milliardenschwer auf dem Rücken der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Brauchen wir den Dingo nicht?)

Wenn wir uns anschauen, in welchen Bereichen genau diese Bugwelle an Investitionen Schaden hinterlässt, welche Projekte auf die lange Bank geschoben werden, dann erkennen wir: Das ist wieder genau dort, wo es vielleicht nicht spannend ist, weil es kleine Dinge sind, die man nicht in einer großen Eröffnung auf dem Rollfeld im Blitzlichtgewitter vorstellen kann. Das sind Dinge, die die Soldatinnen und Soldaten dort brauchen, wo wir sie brauchen, nämlich in den von den UN gebilligten Einsätzen für Stabilisierung. Es sind die Kleinigkeiten, die bei dieser Rüstungsbeschaffung am Ende immer hinten runterfallen, weil die Milliardenprojekte den Haushalt 2009 blockieren und weil Sie die Bugwelle weiterschieben auf 2010 und 2011. Das ist auch genau der Grund dafür, dass das zusätzliche Geld, das Sie in den letzten Jahren bekommen haben, keinerlei Entsprechung in dem hat, was die Bundeswehr für das leisten kann, für das wir sie wollen.

Herr Minister, die Transformationspause hat uns ein paar Milliarden gekostet. Die darf man sich aber nicht länger leisten. Es ist wirklich an der Zeit, die nächste Stufe der Transformation der Bundeswehr in Angriff zu nehmen. Es ist wirklich an der Zeit, die Personenzahl zu reduzieren. Wir brauchen eine spezialisierte Bundeswehr mit 200 000 Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern, die für Stabilisierungsmissionen ausgerüstet und darauf konzentriert ist. Und bei der für die schwere Arbeit, die da geleistet wird, entsprechend bezahlt wird. Da haben wir keinen Platz für Wehrpflichtige. Die können in solch komplizierten Missionen keinen Beitrag leisten. Das ist der Weg, der dringend eingeschlagen werden muss. Auch diese große Chance hat die angeblich Große Koalition in den letzten Jahren nicht wahrgenommen. Ich fürchte, wir haben da wichtige Zeit verloren. Ich kann

nur hoffen, dass die Koalition am Ende ihren sicherheitspolitischen Stillstand und die Verweigerung eines sicherheitspolitischen Diskurses beendet und wir in die Lage kommen, hier eine ehrliche Diskussion zu führen: Wofür brauchen wir die Bundeswehr? Wofür brauchen wir sie nicht? Was heißt das dann für die Frage, welche Bundeswehr wir eigentlich brauchen?

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Bernhard Kaster von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernhard Kaster (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung beginnen. Der Einzelplan 14, der Verteidigungshaushalt, ist auch als ein Beispiel dafür zu nennen, dass es sehr wohl möglich und kein Widerspruch ist, wenn der Gesamthaushalt unter der Überschrift „Haushaltskonsolidierung“ steht.

Haushaltskonsolidierung und gleichzeitige Investitionen in Bereichen, in denen sie unabdingbar notwendig sind, gehen zusammen. Dafür ist der Verteidigungsetat durchaus ein gutes Beispiel, denn die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unseres Landes in einer globalisierten Welt steht schon seit Jahren vor großen Herausforderungen.

Ich nenne hier den internationalen Terrorismus und damit die Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit, nach wie vor vorhandene Gefahren der Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Waffen, das Nuklearprogramm des Iran, aber auch die neuen Herausforderungen, vor denen die Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik der Europäischen Union steht.

Die jüngste Kaukasuskrise hat uns dies noch einmal gezeigt.

Diesen Herausforderungen können wir uns nicht allein stellen. Die Bundeswehr ist in die transatlantische Sicherheitsarchitektur der NATO eingebettet. Sie nimmt ihre Verantwortung innerhalb der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wahr und leistet ihren Dienst im Auftrag der Vereinten Nationen. Als Union, als CDU und CSU, stehen wir für diese transatlantische, europäische und globale Einbindung unserer Streitkräfte ein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genauso ist es!)

Wird der vorliegende Wehretat diesen Herausforderungen gerecht? Ich antworte mit einem klaren Ja.

(Zuruf von der FDP: Das überrascht!)

Als Union sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, innere und äußere Sicherheit als Grundvoraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft zu gewährleisten. Hier beziehe ich den Verteidigungsetat, aber auch den Innenetat mit ein. Der Verteidigungsetat steigt um 1,6 Milliarden Euro auf nun insgesamt 31,1 Milliarden Euro. Allein die Ausgaben für militärische Beschaffungen, Wehrforschung, militärische Anlagen etc. steigen um rund 700 Millionen Euro auf jetzt 10,2 Milliarden Euro. Die eingestellten Verpflichtungsermächtigungen, auch das ist wichtig, ermöglichen auch für die Folgejahre, dass die entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen stetig fortentwickelt und in Auftrag gegeben werden können.

Eine moderne Ausstattung und Ausrüstung sind ein absolutes Muss. Das Wichtigste aber sind unsere hoch motivierten Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiter. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten wirklich Großartiges. Ihr Ruf und ihr Ansehen sind weltweit beispielhaft. Deshalb sind wir verpflichtet, unseren Soldatinnen und Soldaten Dank zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind verpflichtet, mit großer Verantwortung über das Ob und das Wie von Auslandseinsätzen zu entscheiden. Wir sind verpflichtet, sie bestmöglich auszustatten. Als Arbeitgeber sind wir auch verpflichtet, Perspektiven zu geben. Die Tarif- und Gehaltserhöhungen waren daher ebenso wichtig wie die Wehrsolderhöhung. Das war uns als Union wichtig. Dafür haben wir uns eingesetzt. Wir haben uns für die Wehrsolderhöhung und für die entsprechende Tariflohnerhöhung eingesetzt.

(Birgit Homburger [FDP]: Wer?)

Die Personalkosten steigen um rund 800 Millionen Euro. Tausende zusätzliche Beförderungen sind im Rahmen der Stellenstruktur jetzt möglich. Es ist mehrfach schon angesprochen worden, dass die Unterbringung der Truppe durch die Fortführung des Sondersanierungsprogramms für lange vernachlässigte Kasernen erheblich verbessert wird. Die Kasernen müssen natürlich zeitgemäß verbessert werden, das ist richtig.

Lassen Sie mich jetzt noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den ich für wichtig halte. Die notwendigen Antworten auf die Herausforderungen heutiger Sicherheitspolitik, konkret auf die gefährlichen Aufgaben, die unsere Bundeswehr in einer globalisierten Welt wahrnehmen muss, sind heute sehr viel schwieriger vermittelbar. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen aber wissen, dass Politik und Gesellschaft, dass die Bürger unseres Landes hinter ihnen stehen und ihren Einsatz schätzen. Das müssen wir deutlich machen. Deshalb begrüße ich es auch ausdrücklich, dass der Herr Minister die Truppe so ausgiebig besucht und vor Ort ist. Auch die Sommerreise mit dem Besuch von über 30 Standorten war ein wichtiger Beitrag, um zu zeigen, dass die Politik und die Gesellschaft hinter unseren Soldatinnen und Soldaten stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen wird die Wehrpflicht jetzt und auch in Zukunft einen ganz entscheidenden Beitrag zur festen Einbindung der Bundeswehr in unsere Gesellschaft leisten.

Wir, die Union, stehen fest zu dieser Wehrpflicht.

(Beifall bei der CDU/CSU - Johannes Kahrs

[SPD]: Da klatschen aber relativ wenige!)

Die Bundeswehr ist heute fester Bestandteil transatlantischer und europäischer Kooperationen. Der Weg hin zu einer europäischen Armee ist noch weit. In diesem Zusammenhang will ich aber gern den Straßburger Vertrag, die Eurocorps und das Deutsch-Niederländische Korps nennen. Ich halte es für unverzichtbar, diesen Weg der sehr konkreten europäischen Zusammenarbeit weiter zu festigen und durch neue Initiativen zu vertiefen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die konkreten Haushaltsberatungen im Ausschuss beginnen jetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich dabei ihrer Verantwortung



für das hohe Gut der inneren und äußeren Sicherheit unseres Landes sehr bewusst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen, welche große und oft auch gefährliche Beiträge unsere Soldatinnen und Soldaten für die Sicherheit und den Frieden in der Welt leisten. Hierfür bedanken wir uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Birgit Homburger von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Birgit Homburger (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat sollten wir heute oder in dieser Woche über Afghanistan debattieren. Der Kollege Bonde hat das völlig zu Recht angesprochen. Wieder einmal ist das verhindert worden. Jetzt könnte man natürlich einmal mehr die Haushaltsdebatte genau dazu nutzen. Aber genau das werde ich heute nicht tun. Wir haben nämlich in den vergangenen Jahren immer wieder die Haushaltsdebatten für Debatten über Einsätze der Bundeswehr genutzt, und dabei sind viel zu oft die Interessen der Soldatinnen und Soldaten, die hier in Deutschland ihren Dienst tun, zu kurz gekommen. Ich glaube, man sollte schon einmal eine Gesamtschau vornehmen. Diese wird bei mir deshalb heute auch im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben einen Etat, der deutlich anwächst.

Wir haben das jetzt schon mehrfach gehört.

Wenn man sich aber einmal die Steigerung anschaut, dann war es zumindest in den letzten Jahren nominal so, während der Etat real eigentlich rückläufig war. Das hat mit vielen Dingen zu tun. Das hat damit zu tun, dass die Preise gestiegen sind, dass die Energiekosten drastisch gestiegen sind, dass die Mehrwertsteuer erhöht wurde, was natürlich auch bei der Bundeswehr massiv zu Buche schlägt. Es hat aber auch damit zu tun, dass immer mehr Militäreinsätze beschlossen worden sind, die jeweils aus dem Etat des Bundesministers der Verteidigung erst einmal erwirtschaftet werden müssen.

Heute, Herr Minister, haben Sie en passant von einer EU-Mission zur Bekämpfung der Piraterie gesprochen.

Wir als Deutscher Bundestag kennen das bisher nur aus den Zeitungen. Wir haben von Ihnen noch nicht eine einzige Unterrichtung darüber bekommen, was Sie da vorhaben und wie das im Etat untergebracht werden soll, um festzustellen, ob das Sinn macht, ob wir das brauchen und ob das nötig ist. Stattdessen gab es nur en passant einen Satz dazu. Das, Herr Minister, ist zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich anschaut, wohin das Geld im Etat fließt, dann stellt man fest, dass falsche Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden. Die Kollegin Hoff hat das schon angesprochen.

Sehr geehrter Herr Kollege Kahrs, an dieser Stelle möchte ich nur eine Bemerkung dazu machen: Beim Großprojekt A400M – das hat die Kollegin Hoff völlig zu Recht gesagt – muss man sich an Verträge halten. Ja,

Herr Kahrs, aber nicht nur der Bund muss sich an Verträge halten, sondern bitte schön auch die Industrie!

(Beifall bei der FDP - Johannes Kahrs [SPD]:

Da sind wir uns doch einig!)

Dem jetzt geäußerten Wunsch, auf Schadenersatzforderungen zu verzichten, können wir nicht zustimmen. Wir erwarten von Ihnen als Haushälter, dass Sie das ebenfalls unterstützen.

(Beifall bei der FDP - Johannes Kahrs [SPD]:

Da sind wir uns doch einig!)

- Es ist wunderbar, wenn wir uns da einig sind. Dann haben wir das ja an dieser Stelle klargestellt, Herr Kahrs.

(Johannes Kahrs [SPD]: Unnötigerweise!)

Tatsache ist, dass auch der Bedarf zur Materialerhaltung ständig steigt, und zwar insbesondere für Wartung und Reparatur alten Geräts. Das liegt daran, dass sich der Zulauf neuen Geräts verzögert, und zwar mit dramatisch steigender Tendenz. Oder um es anders zu sagen: Weil wir auf einen Ersatz für den Tornado warten, müssen derzeit für eine Flugstunde ungefähr 80 Wartungsstunden aufgewandt werden. Das kostet natürlich, und diese Kosten schlagen sich im Etat nieder. Die Folge all dieser Probleme ist, Herr Minister, dass Sie im Etat nicht genügend Geld für Beschaffung dessen haben, was dringend nötig ist: beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge, Lufttransportkapazitäten - dieser Mangel wird insbesondere bei Einsätzen offenbar -, aber eben auch Material für die Ausbildung im Inland. All das fehlt.

Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, man müsse den Soldatinnen und Soldaten einen optimalen Schutz geben. Ja, wir stimmen Ihnen zu. Ich sage Ihnen an dieser Stelle aber auch: Sie sollten es nicht nur wollen, sie können es auch machen. Und das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei der FDP - Otto Fricke [FDP]: Net schwätze, schaffe!)

Ich möchte einige Bemerkungen zum Thema Attraktivität der Bundeswehr machen. Diese Frage hat heute in der Debatte zu Recht eine wesentliche Rolle gespielt. Die Realität ist, dass viele hochqualifizierte Soldatinnen und Soldaten kündigen, zumindest innerlich, weil der Soldatenberuf nicht mehr in dem Maße attraktiv ist, wie er es früher war: Sie müssen oft zu Einsätzen. Sie verdienen weniger als ihre zivilen Kolleginnen und Kollegen. Sie fühlen sich oft vom Dienstherrn und teilweise auch von der Politik im Stich gelassen, setzen aber Leben und Gesundheit ein. Ich bin der Auffassung, dass das - nicht nur für den Unterausschuss „Innere Führung“ im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, sondern insgesamt für den Bundestag und insbesondere für Sie, Herr Minister - Grund genug sein muss, über Attraktivitätssteigerung in den Streitkräften nachzudenken und den Soldatinnen und Soldaten, die hier ihren Dienst verrichten, nicht nur die Dinge schönzureden, sondern ihnen die nötige Unterstützung und die Möglichkeit zu geben, sich in diesen Streitkräften wieder wohlfühlen. Dazu gehört das Programm „Sanierung Kasernen West“. Es reicht nicht aus; das wissen Sie ganz genau. Auch das Trennungsübernachtungsgeld gehört dazu, Herr Minister. Wir haben immer noch die Situation, dass

die Soldatinnen und Soldaten für vier Monate in den Einsatz geschickt werden, aber nur für drei Monate Trennungsübernachtungsgeld bekommen. Das bedeutet, dass oft genug die Wohnung am Dienstsitz wegen eines Monats gekündigt werden muss. Vor einem Jahr haben Sie Besserung versprochen. Wir erwarten, dass jetzt endlich etwas passiert und dass die Probleme, die die Soldatinnen und Soldaten ganz konkret haben, behoben werden. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie haben das hier angekündigt, Herr Minister. Auch dazu kann man nur sagen: Im Haushalt sind die entsprechenden Mittel nicht vorgesehen. Bitte auch in Sachen Kinderbetreuung nicht nur ankündigen, Herr Minister, sondern handeln!

Darüber hinaus sollten Sie endlich akzeptieren, dass die Wehrpflicht nicht die Struktur für die Zukunft der Bundeswehr ist.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz geworden. Wir haben weder Wehr- noch Dienstgerechtigkeit. Gerade einmal 17 Prozent der jungen Männer leisten überhaupt Wehrdienst. Circa 60 Prozent aller tauglichen jungen Männer leisten weder Wehr- noch Zivildienst. Vor diesem Hintergrund ist dieses System nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das, Herr Minister, ist also Ihre Bilanz: immer mehr Einsätze, steigende Unzufriedenheit in der Truppe, immer stärkerer Verfall der Infrastruktur in Deutschland und ein stures Festhalten an veralteten Strukturen. Wir schließen den Haushalt heute nicht ab. Sie können bis zur Endabstimmung im Deutschen Bundestag noch neue Schwerpunkte setzen. Sie haben noch eine Chance -  
Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Homburger, bitte!

Birgit Homburger (FDP):

- letzter Satz, Herr Präsident -, Herr Minister, die Sie nutzen können, nämlich das nächste Jahr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Rainer Arnold von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Der muss jetzt wieder einiges richtigstellen!)

Rainer Arnold (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Seit knapp zehn Jahren ist die Bundeswehr in einem schwierigen Umgestaltungsprozess. In dieser Zeit haben 200 000 Soldaten ihren Dienst im Einsatz für Stabilität und Frieden geleistet. Dieser Auftrag bestimmt bei der Bundeswehr das Denken, die Konzepte, die Ausbildung, die Organisation und die Ausrüstung. Der diesjährige Haushalt mit einer Erhöhung von 1,6 Milliarden Euro trägt dem Rechnung, auch wenn es richtig ist, dass ein großer Teil des Geldes für zusätzliche personelle Maßnahmen und Gehaltserhöhungen notwendig ist. Dennoch:

Die Mittel reichen aus, damit die Bundeswehr sowohl die Transformation weiterführen als auch ihren internationalen Verpflichtungen gerecht werden kann.

Gelegentlich ist es schon so, dass die Wirtschaft zum Helfer wird, damit das Geld reicht. Das freut uns nicht,

sondern das ist ein Ärgernis. Jahr für Jahr fließen für wichtige große Vorhaben Mittel, die die Soldaten dringend bräuchten, nicht ab, weil die Wirtschaft ihre Vereinbarungen nicht einhält. Dies macht uns sehr ernsthafte Sorgen, und das muss man auch ganz deutlich ansprechen. Ich glaube, wir sollten uns alle in diesem Haus einig sein, dass Vertragstreue keine Einbahnstraße ist. Aber falsch ist, Frau Kollegin Homburger, dass das Geld für den Schutz der Soldaten fehlt. Jeder Soldat und jeder Bürger in Deutschland muss wissen: All das, was die Bundeswehr an Anforderungen zur Sicherheit und zum Schutz der Soldaten gestellt hat und was auch beschaffbar war, weil es auf den Märkten verfügbar war, ist nie am Deutschen Bundestag gescheitert. Diese Zusage gilt auch für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dennoch: Einfach die Augen zumachen und die Transformation immer nur weiterführen, wird in der Tat nicht ausreichen. Es ist Zeit, zu reflektieren, wo nachjustiert werden muss. Das gilt für Material, das vor 15 Jahren bestellt wurde und das wir heute möglicherweise nicht mehr in dem Umfang brauchen. Es gilt für die innere Organisation der Bundeswehr. Das gilt für internationale Organisationen, wenn ich an die NATO Response Force denke. Das gilt im Übrigen auch für die Wehrpflicht, die im Grundsatz die richtige Ansage ist, die aber in einer veränderten Sicherheitswelt und einer veränderten Arbeits- und Ausbildungswelt für junge Menschen selbstverständlich so weiterentwickelt werden muss, dass sie in Zukunft überhaupt tragen kann und akzeptiert wird. Dazu haben die Sozialdemokraten Vorschläge gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Bei all diesen technischen Debatten ist eines entscheidend: Die Bundeswehr wird in erster Linie von den Menschen, die bei ihr Dienst tun, geprägt. Es gibt Soldaten, die zehnmal in einem Auslandseinsatz waren. Das verändert Menschen, das verändert deren familiäre Situation, deren Einbettung in das lokale soziale Gefüge. Darüber sollten wir uns an erster Stelle Gedanken machen. Das Materielle ist zweifellos wichtig. Aber klar ist: Den Beruf eines Soldaten wird niemand nur mit Blick auf die Gehaltsstruktur des öffentlichen Dienstes wählen. Die Menschen, die wir kennenlernen, haben vielmehr immer noch andere Beweggründe, sich dieser Verantwortung zu stellen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Attraktivität der Bundeswehr im Auge haben. Noch gehören der Bundeswehr Jahr für Jahr 460 000 Personen an. In zehn Jahren werden es nur noch 350 000 sein. Wir haben eine veränderte Arbeitsmarktsituation – auch wegen der Reformen, die Sozialdemokraten vorgebracht haben. Die Bundeswehr steht in einem härteren Wettbewerb um kluge und qualifizierte Köpfe. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Weichen neu gestellt werden. Ich bedauere es sehr, dass die Verbände, die die Soldaten vertreten, sich unserer Idee einer S-Besoldung nicht nähern konnten. Ich bin ziemlich sicher, dass das allgemeine Beamtenrecht nicht mehr zu einer Armee im Einsatz passt. Die Große Koalition könnte

eine Chance bieten, in dieser Sache weiterzukommen. Wir werden darüber nachdenken müssen. Der Minister hat den Vorschlag gemacht - wir begrüßen ihn -, dass es für Soldaten auf Zeit ähnliche Mechanismen gibt, eine zusätzliche Altersversorgung zu bekommen, wie für Menschen im zivilen Berufsleben.

Kollege Kahrs hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die Infrastruktur voranzubringen. Ich glaube, es ist gut, dass es das Sonderprogramm „Sanierung Kasernen West“ gibt. Wir müssen allerdings schauen, dass es auch gut umgesetzt wird. Sechs-Mann-Stuben entsprechen nicht mehr dem Standard, den junge Menschen heute von ihrem Arbeitsplatz erwarten. Natürlich gehört auch die Bereithaltung von Pendlerwohnungen dazu.

Nach diesem engagierten Vortrag des Kollegen Kahrs als Haushälter sage ich sehr gelassen: Wenn alle Haushälter dies so sähen wie du, Johannes, dann müssten wir das miteinander hinbekommen und bewerkstelligen können. Ich glaube, das ist ein Angebot. Wir sollten in den nächsten Wochen versuchen, das eine oder andere in Form von Anträgen in die Diskussion zu bringen. Zu dieser Überprüfung der Transformation gehört natürlich auch, dass die Frage der Einsätze stets zu überprüfen ist. Nun haben die Linken heute in dieser und in der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes ein Bild abgegeben, das deutlich macht: Sie wollen Deutschland in die außen- und sicherheitspolitische Isolation führen.

(Katrin Kunert [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Herr Kollege Schäfer, Sie reden davon, dass die NATO zu einem kooperativen Sicherheitsinstrument weiterentwickelt werden muss. Was anderes ist denn die NATO sowohl von ihren Verträgen als auch vom Urteil des Verfassungsgerichtes her? Das Bundesverfassungsgericht hat genau diesen Punkt herausgegriffen und bestätigt, dass die NATO ein kooperatives Sicherheitsinstrument ist.

(Zuruf des Abg. Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE])

- Nein, Sie wollen die NATO abschaffen. Sie wollen am Ende auch die Bundeswehr abschaffen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Sie sind mit dieser Position in der Berliner Politik nicht einmal ein Partner für ernsthafte Gespräche in der Sicherheits- und Außenpolitik. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zur Debatte darüber, ob wir uns in Afghanistan in einem Krieg befinden, die hier auch eine Rolle gespielt hat: Die Kollegin Knoche hat es innerhalb weniger Sekunden geschafft, den Begriff „Krieg“ circa 10- bis 15-mal zu verwenden. Auch der Chef des Bundeswehrverbandes hat darüber reflektiert. Ich glaube, dass es bei den Menschen in der Bundeswehr wichtigere Sorgen gibt, dass die Menschen, die durch die Einsätze Leid erfahren und Angehörige verlieren, keine Debatte über Krieg und Frieden benötigen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

- Passen Sie einmal auf. - Wir müssen in der Wortwahl präzise bleiben. Da ist doch ganz klar: Weder nach unserer

Verfassung noch nach dem internationalen Völkerrecht befinden wir uns im Krieg.

Man kann darüber reden, wie wir mit dem Wort „Krieg“ im Alltagssprachgebrauch umgehen. Da ist es schon gut, dass wir Deutsche nicht den Weg der Angloamerikaner gehen, die ganz schnell Krieg gegen alles Mögliche führen, sondern dass der Begriff „Krieg“ in unserem Sprachalltag immer mit den Bildern und den Erinnerungen, was Krieg in Deutschland und in der Welt wirklich bedeutet hat, verwoben bleiben wird. Das unterscheidet uns von anderen Ländern, und so soll das auch bleiben. Ich fürchte, wer ständig von Krieg redet und einer Gesellschaft einredet, sie befinde sich im Krieg, der wird am Ende die Gesellschaft, die Politik und auch die Streitkräfte durch seine Rhetorik verändern. Das wäre falsch. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei unserem Einsatz in Afghanistan können wir uns natürlich nicht aussuchen, ob deutsche Soldaten kämpfen oder Aufbauhilfe leisten. Das wird uns von Aufständischen aufgezwungen. Damit das ganz klar ist: Das ist ein Kampf gegen Aufständische. Das ist die richtige Begrifflichkeit. Das ist kein Krieg. Die Bundeswehr ist aber auch kein bewaffnetes Technisches Hilfswerk. Die Dinge sind nicht wirklich kompliziert.

Wir debattieren hier immer wieder über Afghanistan und die sogenannte Exit-Strategie. Natürlich gibt es für Afghanistan immer wieder neue Konzepte und Strategien: von den Petersberger Beschlüssen über den in London beschlossenen Afghanistan-Compact über die Paris-Konferenz bis zur NATO-Tagung in Bukarest. Ich glaube nicht, dass wir eine völlig neue Strategie suchen müssen. Wir müssen es vielmehr schaffen, das als richtig Erkanntes zu unterfüttern und in Afghanistan mit aller Konsequenz umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt für den zivilen wie den militärischen Bereich und für den Aufbau der Polizei gleichermaßen. Das ist in Afghanistan angesagt. Das ist das Entscheidende. Ich glaube, dass wir die Position, die Deutschland bezüglich des Kampfes gegen den Drogenanbau bisher vertreten hat, überdenken müssen. Wenn im Norden, wo die Deutschen Verantwortung tragen, die Afghanen in erster Linie selbst gegen den Drogenanbau vorgehen, und die Deutschen nur logistisch unterstützen, dann ist das ein guter Weg. Wenn wir aber erkennen, dass die Drogenwirtschaft im Süden und Osten des Landes nicht nur die Terroristen von morgen nährt, sondern diese sich auch zunehmend im afghanischen Staatsapparat breitmachen, und die Polizei im Süden und Osten gleichzeitig noch nicht in der Lage ist, für Sicherheit zu sorgen, dann muss in der NATO in der Tat eine ernsthafte Debatte darüber geführt werden dürfen, ob die ISAF nicht doch - zusammen mit den Afghanen - mehr Verantwortung für diesen Bereich erhalten sollte.

Eine letzte Bemerkung dazu: Aufgrund der vielen zivilen Opfer, die es in Afghanistan gegeben hat - übrigens wurden 800 Soldaten von Terroristen umgebracht - ,

werden wir nie einfach zur Tagesordnung übergehen können. Afghanistan muss ständig auf der Tagesordnung der NATO stehen. Ich weiß, dass unser Außen- und unser Verteidigungsminister dafür sorgen. Die NATO muss alles Menschenmögliche tun, um zivile Opfer zu vermeiden. Heute wurde den Soldaten häufig gedankt. Das ist sehr wichtig. Ich glaube aber, dass es in einer Parlamentsarmee auch um etwas anderes geht, nämlich um wirkliches Vertrauen, um Vertrauen in zwei Richtungen. Bei meinen vielen Gesprächen mit Soldaten in internationalen Einsätzen habe ich den Eindruck gewonnen, dass wir Parlamentarier täglich neu um das Vertrauen der Soldaten werben müssen. Sie müssen sehen, dass wir bei den Entscheidungen über Einsätze mit uns ringen, dass sich jeder von uns diese Entscheidung nicht einfach macht. Wir müssen die Soldaten besuchen und uns ihre Sorgen anhören. All dies geschieht. Andererseits haben wir aber auch allen Grund, den Menschen, die bei der Bundeswehr Dienst tun, zu vertrauen. Mit 255 000 Soldaten ist das eine große Organisation. Da wird es immer einzelne Fehler geben. Für diese Fehler gibt es eine große demokratische Errungenschaft: Soldaten können sich im Zweifelsfall unter das Regime des deutschen Rechtsstaates stellen. Es ist etwas Neues, es ist Teil der jüngeren deutschen Geschichte, dass Soldaten, die für Deutschland in der Welt unterwegs sind, das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt mehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Thomas Silberhorn von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Einzelplan 14 des Haushaltsentwurfs 2009 legen wir ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr ab. Auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können, wird doch die notwendige finanzielle Ausstattung der Bundeswehr gesichert. Das ist bei den Personalausgaben der Fall. Das betrifft die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst – das ist schon erwähnt worden –, die Wehrsolderhöhung und die Angleichung der Besoldung zwischen Ost und West. Es ist aber auch bei Betrieb und Investitionen der Fall. Ich darf Ihnen, Frau Homburger, mitgeben, dass Ihr Vorwurf, es würde nicht ausreichend lange Trennungsgeld gezahlt, aufgenommen wurde und sich das Problem auf dem Weg zu einer guten Lösung befindet.

(Birgit Homburger [FDP]: Das ist schon ein Jahr!)

Der Bundesverteidigungsminister hat auf den Weg gebracht, dass über die gesamte Einsatzdauer Trennungsgeld gezahlt wird.

Der Haushaltsentwurf ist insgesamt ein Beitrag dazu, die begonnene Modernisierung und Transformation der Streitkräfte fortzusetzen. Das ist von besonderer Bedeutung für unsere Auslandseinsätze. Unterschätzen wir jenseits mancher Vorwürfe in diesem Hause nicht,

dass es eine breite öffentliche Unterstützung dafür gibt, dass unsere Soldaten im Einsatz bestmöglich ausgerüstet und ausgestattet werden. Dem trägt dieser Haushaltsentwurf Rechnung.

Am Beispiel Afghanistans lässt sich besonders herausstellen, welche Bedeutung bestmögliche Ausrüstung und Ausstattung unserer Soldaten haben. Dazu, dass uns hier Grüne und FDP vorwerfen, wir wollten aus wahltaktischen Gründen nicht über Afghanistan diskutieren, kann ich nur sagen: Wenn Sie in der Sache einen Beitrag dazu leisten wollten, dann hatten Sie die Gelegenheit dazu.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann legt doch das Mandat vor, wenn es kein Wahlkampfthema ist!)

Ich will die Gelegenheit nutzen und ausführlich Stellung dazu nehmen. Die Lage in Afghanistan ist sicherlich schwieriger geworden. Sie ist in weiten Teilen des Landes instabil. Ich meine, dass es jetzt notwendig ist, dass wir unsere Erfolge, die wir etwa im Bildungswesen oder im Gesundheitssektor durchaus erreicht haben, nicht gefährden. Deshalb müssen alle Bemühungen darauf gerichtet sein, für unser Engagement in Afghanistan das Vertrauen der dortigen Bevölkerung zu erhalten und zu vertiefen.

Wir haben eine sehr klare Zielvorstellung für unser Afghanistanengagement, die im ISAF-Mandat des letzten Jahres deutlich formuliert ist - ich zitiere -: Es geht darum, „die afghanischen Sicherheitskräfte zu befähigen, Sicherheit im eigenen Lande zu gewährleisten.“ Es geht darum, die Verantwortung in afghanische Hände übergeben zu können und die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Dazu gehört, dass wir auch die afghanische Regierung stärker in die Pflicht nehmen. Wir dürfen sie als Empfänger umfangreicher Hilfen nicht aus der Verantwortung entlassen, aus eigener Kraft Drogenanbau, Kriminalität und Korruption zu bekämpfen und demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen. Wir erinnern uns: Die Bundeswehr ist auf Einladung der afghanischen Regierung dort im Land. Deswegen muss diese Regierung das Ihre zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des eigenen Landes beitragen.

Deutschland leistet als drittgrößter Truppensteller einen substanziellen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans, der im Übrigen von der dortigen Bevölkerung hoch geschätzt wird. Aber wir wissen: Afghanistan ist mit militärischen Mitteln allein nicht zu stabilisieren. Eine einseitige Betonung der militärischen Komponente würde Widerstände in der Bevölkerung provozieren und den Taliban möglicherweise in die Hände spielen. Deswegen vertreten wir übereinstimmend einen vernetzten Ansatz. Ich glaube, dass es wichtig ist, mit der anstehenden Mandatsverlängerung dafür Sorge zu tragen, dass der Umfang der zivilen Hilfe nun annähernd in Einklang mit dem militärischen Beitrag gebracht wird.

Ich halte es auch für notwendig, dass wir nicht nur in Afghanistan, sondern bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine schlüssige Gesamtkonzeption vorlegen.

Ich denke, dass das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung,



das vor wenigen Tagen vorgestellt worden ist, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Mir fällt auf, dass, wenn ich es richtig sehe, erstmals alle beteiligten Ressorts als Autoren des Afghanistan-Konzepts benannt werden und dass für jede Aufgabe, die wir dort übernehmen wollen, Ziele formuliert worden sind. Das ist keineswegs eine Marginalie, sondern konzeptionell und qualitativ ein Fortschritt, bei dem wir aber nicht stehenbleiben dürfen.

Ich halte es für notwendig, dass wir bei der Formulierung des Afghanistanmandats und aller weiteren Mandate genauso vorgehen, nämlich bei der Erarbeitung dieser Mandate alle Ressorts einbeziehen. Es ist keineswegs nur eine Angelegenheit des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes. Das Innenministerium und das BMZ müssen genauso in die Erarbeitung der Mandate einbezogen werden. Die zivile Komponente muss ebenso wie die militärische in dem Mandat, das uns im Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt wird, Berücksichtigung finden.

Ein Weiteres: Ich meine, dass sich jedes einzelne Ressort auf messbare Zielvorgaben verständigen sollte, die wir dann auch mit Haushaltsmitteln unterlegen können und die wir uns im nächsten Jahr, wenn die Mandatsverlängerung nochmals ansteht, wieder vorlegen können, um überprüfen zu können, ob die Ziele, die sich die Bundesregierung selbst gesetzt hat, tatsächlich erreicht worden sind.

Eine letzte Bemerkung zu diesem Thema. Ich finde, dass wir unseren zivil-militärisch vernetzten Ansatz auch in der öffentlichen Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr zum Tragen bringen müssen.

Dazu gehört, dass wir nicht allein über die Anzahl der Soldaten streiten, sondern den ganzheitlichen Ansatz unseres Einsatzes in Afghanistan und an anderen Orten der Welt auch in der Kommunikation über unser militärisches und ziviles Engagement deutlich machen sollten.

Ich möchte allen Soldatinnen und Soldaten, aber auch den zivilen Wiederaufbauhelfern ausdrücklich für ihren Einsatz danken. Sie genießen für ihren Dienst international höchste Reputation. Ich denke, für ihre gefährliche Aufgabe verdienen sie auch den geschlossenen Rückhalt unserer Bevölkerung und des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diese Gelegenheit nutzen, in wenigen Sätzen einige Ausführungen zum komplexen Thema Georgien zu machen. Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei nicht um einen neuen Ost-West-Konflikt handelt. Gerade die Reaktion der Shanghai-Gruppe zeigt, dass wir es mit einem internationalen Konflikt zu tun haben. Die internationale Gemeinschaft muss ungeachtet der jeweiligen Verantwortlichkeiten der Beteiligten ihren Anspruch deutlich machen, dass ihre Rechtsgrundlagen geachtet und durchgesetzt werden.

Es ist begrüßenswert, dass die Europäische Union nach der Eskalation in Georgien die Initiative ergriffen hat: mit dem Sechspunkteplan der französischen Ratspräsidentschaft, der Einsetzung einer zivilen Beobachtermission und der Ernennung eines Georgienbeauftragten, aber

auch mit der Forderung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission. Das geschlossene Auftreten der Europäischen Union stärkt ihre Rolle im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Das sind die Aufgaben, für die wir die Europäische Union brauchen, nicht für eine Nabelschau, die immer neue Vorschriften zur Folge hat.

Nach diesem Exkurs möchte ich auf den Haushalt zurückkommen. Im Entwurf des Haushalts 2009 werden die richtigen Prioritäten gesetzt. Wir leisten einen Beitrag zur Stärkung der Bundeswehr und zum Schutz unserer Sicherheitsinteressen. Damit bleiben wir handlungsfähig. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der LINKEN:

Dann ist ja alles in Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Einzelplan hat der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Haushaltsdebatte im Parlament ist dazu da, die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition und manchmal auch die Unterschiede zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung deutlich zu machen.

(Elke Hoff [FDP]: Und zwischen sich selbst und dem Koalitionspartner!)

Unverändert gilt nämlich das Struck'sche Gesetz, dass keine Vorlage den Bundestag so verlässt, wie sie von der Regierung eingebracht wurde. Manchmal war allerdings auch die Regierung klüger, wenn sie aus dem Bundestag herauskam.

Vorweg: Dieser Verteidigungsetat weist einen tüchtigen Zuwachs aus. Das ist notwendig, aber nicht selbstverständlich. Mein Dank gilt den verantwortlichen Ministern Jung und Steinbrück. Sie haben gemeinsam eine vernünftige Linie gefunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In der Bundeswehr hört man die Klage, dass das Geld dennoch nicht ausreicht, insbesondere nicht für alle nur denkbaren Beschaffungsprogramme. Das ist wahr, aber unvermeidlich und war nie anders. Das zwingt uns dazu, Prioritäten zu setzen. Dafür bilden die heutige sicherheitspolitische Bedrohungsanalyse und die tatsächlich stattfindenden Einsätze den Maßstab, nicht irgendeine Stückzahlkalkulation von 1997.

Wenn das Geld nicht für alles reicht, gibt es drei Möglichkeiten, damit umzugehen: erstens, mehr Geld zu besorgen; zweitens, die Strukturen der Realität anzupassen und dabei auch europäisch zu denken; drittens, zu fragen, wo immer noch Mittel verschwendet werden, von der Materialerhaltung über die Infrastruktur bis hin zu Sinnlosbeschaffungen. Das sind die Möglichkeiten, die man hat. Ich empfehle, die zweite und die dritte Möglichkeit nicht zu vernachlässigen.

Jetzt möchte ich etwas zum Thema Verschwendung sagen. Die Beschaffung von Zusatzausrüstung für vier

vorhandene Airbusse der Luftwaffe, die zur militärischen Luftbetankung eingesetzt werden sollen, kostet uns 210 Millionen Euro. Diese Zusatzausrüstung sollte ab 2003 zur Verfügung stehen. Bis heute ist sie aber nicht über das Versuchsstadium hinaus. In vier oder fünf Jahren müsste allerdings der A400M, der ebenfalls über die Fähigkeit der Luftbetankung verfügt, bereitstehen. Da fragt man sich: Brauchen wir diese Übergangslösung jetzt noch? Müssen wir dieses Geld wirklich zahlen? Anderes Beispiel: P-3C ORION, der Seefernaufklärer der Marine. International fliegen 500 Maschinen dieses Typs. Sie werden weltweit in drei Servicezentren gewartet. Deutschland baut nun ein eigenes viertes Wartungszentrum auf, exklusiv für unsere acht Flugzeuge. Die erste Instandsetzung dauert 14 Monate. Zudem wird es richtig teuer. Für solche Sonderwege haben wir eigentlich kein Geld übrig.

Ein dritter Fall: Die Marine wollte ursprünglich auf ein einziges Hubschraubermuster umrüsten, den sagenumwobenen MH-90. Alle diese Hubschrauber sollten auf einem Fliegerhorst stationiert werden, weil das effektiv ist.

Gegenwärtig gibt es zwei Hubschraubertypen und zwei Stützpunkte. Weil nun aber immer noch kein Prototyp des MH-90 existiert, werden trotzdem schon einmal alle 43 Hubschrauber - SEA LYNX und SEA KING plus acht ORION - auf einem Platz zusammengefasst. Man baut dann eben fürs Erste Provisorien - man kann auch sagen: Investitionsruinen - und schaut, was die Zukunft bringt. Hauptsache teuer umziehen, war ja lange geplant. Herr Minister, ich meine, das sollten Sie sich noch einmal anschauen.

Das gilt auch für das Eurofighter-Programm als solches. Wir Sozialdemokraten meinen, dass die Hälfte der dritten Tranche für Deutschland ausreichend wäre. Wir hätten dann 146 hochmoderne, zweirollenfähige Kampfflugzeuge in vier statt in fünf Geschwadern. Über den Rest der dritten Tranche müsste eine Einigung mit den Partnernationen sowie den Herstellern möglich sein. Das Zauberwort heißt Anrechnung des Exports. Wenn das für Großbritannien und Italien gehen sollte, warum dann nicht für alle, also auch für uns?

Weil die alten Preise nicht mehr auskömmlich sind, werden wir neue Verträge beschließen müssen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Bartels, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kampeter?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):  
Gern.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Danke schön, Herr Kollege. - Ich entnehme einer Agenturmeldung, dass Sie die Halbierung der Beschaffung und den möglichen Weiterverkauf der Hälfte der dritten Tranche bereits dem Handelsblatt mitgeteilt haben. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, ob Sie dem Hohen Hause erläutern können, welche Regelungen für die Nichtabnahme in diesem Vertrag enthalten sind, ob es gegebenenfalls Sanktionen gibt und ob Sie allen Ernstes

der Auffassung sind, dass Sie für den Fall des Nichtweiterverkaufs, statt Flugzeuge zu bezahlen, Konventionalstrafe zahlen wollen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Lieber Herr Kollege Kampeter, vielen Dank für die Frage, die es uns ermöglicht, das Thema noch etwas zu vertiefen.

(Zuruf von der CDU: Und Ihre Redezeit zu verlängern!)

- Genau.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So ist man unter Koalitionären!)

Ich habe Vertrauen in Regierungen, auch in die britische Regierung, die auf dem Rechtsstandpunkt steht, sie könne 72 Eurofighter aus der von ihr bestellten Gesamtmasse an ein drittes Land weiterverkaufen. Auf diesem Standpunkt steht die britische Regierung.

Ich bin gespannt, ob es Sonderlösungen geben wird, um den anderen Partnernationen - auch die Italiener haben ähnliche Vorstellungen - Reduzierungen zu ermöglichen, die wir aus unserer Sicht als Deutsche auch wahrnehmen sollten. Wir wollen gleiches Recht für alle.

Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen geändert.

Wir denken, wir kommen heute in unserer Bundeswehr mit weniger Eurofightern aus, aber natürlich mit Eurofightern, den besten momentan verfügbaren Flugzeugen. Es wird also verhandelt werden müssen. Gleiches Recht für alle heißt, unsere Regierung mit der britischen und der italienischen Regierung gemeinsam.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Nun haben sich noch einmal Herr Kampeter und zusätzlich der Herr Kollege Stinner zu einer Zwischenfrage gemeldet. Ich darf Herrn Bartels fragen, ob er auch diese zulässt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Wenn Sie die Reihenfolge geregelt bekommen, dann ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt ist Herr Stinner an der Reihe.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Herr Kollege Bartels, in der von Herrn Kollegen Kampeter angesprochenen Agenturmeldung wird für den Fall, dass die Halbierung nicht eintritt, gesagt, ansonsten - Zitat von Ihnen im morgigen Handelsblatt - gebe es von der SPD-Bundestagsfraktion keine Zustimmung, Flugzeuge der dritten Tranche abzunehmen.

Dem entnehme ich, dass es sich nicht um Ihre persönliche Meinung, sondern um eine in der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgestimmte Meinung handelt. Ich frage Sie, ob das der Fall ist.

Herzlichen Dank.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Herr Kollege Stinner, die Verträge hat die durch CDU/CSU und FDP gebildete Regierung im Jahr 1997 abgeschlossen. Wir wollen, dass noch einmal über die Gesamtzahl der Flugzeuge und darüber verhandelt wird, was mit der dritten Tranche geschieht. Eine Exportanrechnung auf die Abnahmeverpflichtung der Länder ist eine Möglichkeit. Andere Länder wollen das. Ich

denke, wir können es auch wollen.

Die Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Frühjahr auf einer Klausurtagung ein Papier beschlossen, das damals auch veröffentlicht wurde, in dem wir genau diese Position vertreten. Da ich das heute hier in der Debatte so sage, können Sie davon ausgehen, dass wir das in den Ausschüssen entsprechend verhandeln.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Lassen Sie auch noch die zweite Zwischenfrage des Kollegen Kampeter zu?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kampeter, bitte schön.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Bartels, Sie haben meine Frage durch Ihre Sachverhaltsdarlegung charmanterweise nicht beantwortet. Sie lautete: Können Sie dem Hohen Hause einmal darlegen, welche Konventionalstrafe bei Nichtabnahme von Flugzeugen, die Sie laut Pressemeldungen nach Indien oder in die Schweiz weiterverkaufen wollen - also für den Fall, dass Ihnen dies nicht gelingt, zumal es ja noch keine gemeinsame Koalitionsauffassung dazu gibt -, vorgesehen ist?

Vor diesem Hintergrund würde ich gerne hören, welche Zahl sich bei Halbierung der Tranche ergibt. Wie soll die Dislozierung aussehen?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Wir kennen ja die daran beteiligte Industrie. Ich empfehle, dass wir einmal darüber reden, ob wir beim A400M von der Industrie Konventionalstrafen fordern wollen. Mit der gleichen Industrie reden wir auch darüber, wie das Eurofighter-Programm in Zukunft gestaltet sein soll.

Es gibt vertragliche Klauseln, durch die es uns schwer gemacht wird. „Schwer“ bedeutet aber nicht „unmöglich“. Wir müssen jetzt über keine Zahl abstimmen. Ich glaube, wir können eine Lösung finden, die für alle Beteiligten - die Industrie und die vier Nationen - besser ist, als wenn wir das Programm einfach nur durchlaufen lassen würden.

Es gibt auch Bedürfnisse der flugzeugbauenden Industrie in Europa, neue Programme auch wieder aus unserem Haushalt und den Haushalten der Partnernationen finanziert zu bekommen. Genauso gibt es das Interesse anderer Länder an Lösungen, die ich auch für uns vorschlage und mir vorstellen kann. Das wird also eine Verhandlungssache sein.

Sie haben aber recht: Darüber ist noch keine Einigkeit hergestellt. Wir werden aber darüber reden können. Deshalb sage ich, dass die Beratung über den Haushalt eine gute Gelegenheit dazu bietet.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Habt Ihr eigentlich noch einen Koalitionsausschuss? Warum müsst Ihr das hier verhandeln?)

Abschließend noch ein paar Sätze zur Wehrpflicht, über die wir an der einen oder anderen Stelle auch schon etwas gehört haben. Wir Sozialdemokraten erkennen an, dass der Verteidigungsminister absolut problembewusst ist. Die Wehrgerechtigkeit ist ein Problem, wenn fast die

Hälfte eines Jahrgangs aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert wird. Wir glauben aber, dass es keine Dauerlösung sein kann, dann einfach ein paar Tausend Wehrpflichtige außerhalb der Struktur zusätzlich einzuziehen.

Die notwendigen Mittel dafür sollten wir lieber in die Verbesserung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr investieren. Hier müssen wir in Zukunft mehr tun. Darüber besteht in diesem Hause große Einigkeit.

(Birgit Homburger [FDP]: Aber nicht in der SPD!)

Um die Wehrpflicht, die wir gemeinsam wollen, Herr Minister, auf Dauer verfassungsfest zu sichern, brauchen wir ein neues Wehrpflichtmodell. Die SPD hat Vorschläge dafür gemacht. Lassen Sie uns auf dieser Grundlage einen neuen Konsens finden.

Vielen Dank.

</ text >

< text 16176 >

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir setzen die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkte 1 a bis b - fort:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksache 16/9900 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksache 16/9901 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Am Dienstag haben wir für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt siebeneinhalb Stunden beschlossen.

Wir beginnen die heutigen Beratungen mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Einzelplan 11.

Das Wort hat der Bundesminister Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD)

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Täglich gehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

in die Fabriken und Verwaltungen, in die Läden

und Lagerhäuser, auf die Baustelle oder in die Praxis,

um zu arbeiten. Sie strengen sich an - mit

Leidenschaft oder mit zusammengebissenen Zähnen, mit

vollem Nachdruck oder mit den Gedanken bei den Kindern.

Ihre Anstrengungen müssen sich auszahlen. Ihre

Leistung muss sich lohnen. Anders als mancher nur

Wirtschaftsliberale meine ich mit Leistung auch die Arbeit des Altenpflegers, der sich für 1 700 Euro brutto im

Monat um alte Menschen kümmert.

(Dirk Niebel [FDP]: Den meinen wir auch, Herr Minister!)

Ich meine auch den älteren Monteur im Projekt „Silver Line“ bei Audi in Neckarsulm, den ich vor ein paar Wochen traf und der stolz ist, eine abwechslungsreiche Arbeit zu haben.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Der im Zweifel sauer auf Ihre Politik war!)

Ich meine auch die Alleinerziehende, die mit einem Minijob am Berufsleben teilnimmt. Unter Leistung verstehe ich auch die Anstrengung eines Sohns türkischer Eltern, der sich über eine Einstiegsqualifizierung eine Lehrstelle erkämpft.

(Dirk Niebel [FDP]: Die meinen wir alle auch!)

Ich meine auch den Querschnittsgelähmten, der sich in einer Reha-Einrichtung auf ein neues Leben einstellen muss und sich seinen Alltag mit dem persönlichen Budget selbst organisiert. Natürlich meine ich auch die Ingenieurin, die versucht, ihre Qualifikation zu bewahren bzw. weiterzuentwickeln, um Schritt zu halten mit dem Fortschritt.

Alle diese Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht die Erwartung, dass wir Politikerinnen und Politiker unsere Verantwortung wahrnehmen und ihnen bei der Gestaltung ihres Lebens helfen – konkret und pragmatisch.

Meine Damen und Herren, das Schlimmste ist, wenn man bei dem Vorhaben, eine Arbeit zu finden, um sein Leben dadurch zu organisieren, immer wieder auf Schwierigkeiten stößt, weil man keine Arbeitsmöglichkeit findet. Darum finde ich, dass es eine der besten Nachrichten der letzten Zeit ist, dass die Arbeitslosigkeit so stark zurückgegangen ist. Es wäre eines der besten Signale für die Zukunft, wenn wir erreichen könnten, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr einmal unter 3 Millionen sinkt. Das ist ein Erfolg guter Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir tun recht daran, am Ziel der Vollbeschäftigung in unserer Gesellschaft festzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In einer Gesellschaft, die so sehr auf Arbeit aufgebaut ist, die so sehr an den Anstrengungen unserer Bürgerinnen und Bürger partizipiert, die sie so sehr fordert, muss eine an sozialer Marktwirtschaft orientierte Politik jedem das Versprechen geben, dass er es schaffen kann, eine Arbeit zu finden. Für mich ist deshalb unser wichtigster Auftrag, sicherzustellen, dass man spätestens nach einem Jahr eine Arbeit findet, wenn man eine sucht. Das wäre für mich eine gute Definition von Vollbeschäftigung. Das ist ein Auftrag für die Politik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen alles tun, um das zu erreichen. Wenn wir das also wollen, müssen wir den Ehrgeiz haben, dass die Arbeitsvermittlung in unserem Land zur weltweit leistungsfähigsten Institution wird.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nur Mut!)

Daran arbeiten wir jetzt zum Beispiel, indem wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente bündeln, indem wir dafür sorgen, dass jeder Vermittler und jede Vermittlerin in diesem Land den Instrumentenkasten auswendig

kennt und nicht in irgendeinem Handbuch blättern muss, um jemandem zu helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Dafür sorgen wir auch, indem wir uns jetzt darum bemühen, eine Anschlussregelung für die Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Bundesagentur zu finden; denn sie sind es, die sich vor allem um die Langzeitarbeitslosen kümmern. Die Langzeitarbeitslosigkeit müssen wir auf alle Fälle und mit allen Möglichkeiten, die wir haben, bekämpfen; denn die Angst, die man hat, wenn man seinen Arbeitsplatz verloren hat und meint, dass es nicht mehr besser wird, ist das, was am meisten schreckt. Darum müssen wir alles tun, um das zu ändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage auch in Richtung derjenigen, die skeptisch sind: Die 41 Milliarden Euro, die wir in diesen Haushalt für arbeitsmarktbezogene Leistungen eingeplant haben, sind gut angelegtes Geld. Die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass wir es dafür einsetzen und zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben es ihnen erst einmal weggenommen!)

Erlauben Sie mir die Bemerkung: Gelegentlich heißt es in öffentlichen Pressemeldungen: Scholz soll sparen. Damit sind immer Einsparungen bei den Arbeitslosen gemeint, mein persönliches Einkommen ist davon nicht berührt. Ich hoffe, dass sich dann auch die eigentlich betroffenen Arbeitslosen empören, weil sie wissen, dass sie selbst gemeint sind, wenn diese Wörter in irgendeiner Pressemitteilung fallen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Wenn man Arbeitslosigkeit bekämpfen will, dann muss man überall Arbeit schaffen. Man muss sie im Bereich hoher Technologie schaffen, aber auch dort, wo Arbeit anders strukturiert ist. Deshalb werden wir jetzt eine Initiative ergreifen, um im haushaltsnahen Bereich Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bundesregierung wird dazu in Kürze die notwendigen Vorschläge machen. Das wird ein guter Fortschritt für mehr Beschäftigung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer Arbeitslosigkeit bekämpfen will, wer dafür sorgen will, dass wir in der Zukunft eine gute Beschäftigungslage haben, der muss sich sehr klar sein über die Szenarien, die für unser Land möglich sind. Ich sehe genau zwei. Das eine Szenario für - sagen wir - das Jahr 2015 ist, dass wir eine hohe Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel haben. Das andere Szenario ist, dass wir keinen Fachkräftemangel und kaum Arbeitslosigkeit haben. Welches der beiden Szenarien eintreten wird, haben wir mit unseren Entscheidungen, die wir hier in diesem Parlament treffen, die die Länder treffen und die natürlich jeden Tag in der Wirtschaft getroffen werden, in der Hand.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Dirk



Niebel [FDP]: Der Fachkräftemangel in der Regierung ist offensichtlich! - Volker Kauder [CDU/CSU]: Ruhe!

Weil das so ist, dürfen wir nichts falsch machen. Wir müssen in dieser Angelegenheit das Notwendige tun. Das heißt, wir dürfen es nicht hinnehmen, dass jedes Jahr fast 80 000 junge Leute - fast 8 Prozent aller Jugendlichen - die Schulen ohne Schulabschluss verlassen. Wir müssen das ändern. Wir müssen die Länder auffordern, alles dafür zu tun, um die Zahl dieser Schulabbrecher zu halbieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen auch Wege finden, um denjenigen helfen zu können, bei denen es nicht geklappt hat. Darum ist es notwendig, dass wir jedem sagen: Wer sich in seinem Leben noch einmal auf den Hosenboden setzen will - ob mit 27 oder mit 37 -, dem muss das möglich sein. Darum wollen wir es fördern, wenn jemand seinen Hauptschulabschluss nachholen will. Das ist ein gutes Signal, das unsere Gesellschaft aussenden kann.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet auch, dass wir uns darum bemühen, dass mehr Ausbildungsplätze entstehen. Wie viel ausgebildet wird, entscheidet darüber, wie viele Fachkräfte wir haben. Es entscheidet auch mit darüber, welches Szenario eintreten wird. Der schöne Spruch „Wer nicht ausbildet, der soll sich nicht über den Fachkräftemangel beklagen“ enthält zu viel Wahrheit. Er bedeutet, dass noch mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir helfen mit dem Ausbildungsbonus. Wir helfen aber auch, indem wir sagen: Lasst niemanden beiseite, guckt euch auch diejenigen an, die keine so guten Ausgangsbedingungen mitbringen; die meisten schaffen es noch. Wenn sie eine Lehre geschafft haben, dann können sie noch viele Jahrzehnte lang erfolgreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Niemand darf als ausbildungsunfähig abgetan werden. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Vergessen wir nicht: Die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen hat keinen Berufsabschluss. Das ist etwas, über das zwar gern und viel geredet wird, das uns aber nicht nur als Rede einleuchten soll. Vielmehr muss es jeden Tag unsere Praxis bestimmen.

Fachkräftemangel kann man auch bekämpfen, indem man ein durchlässigeres Bildungssystem schafft. Deshalb ist es aus meiner Sicht unbedingt notwendig, dass wir auch für diejenigen, die nicht mit Abitur an die Universität können, eine Möglichkeit schaffen, ihre Talente zu entwickeln. Ich bin dafür, dass auch derjenige, der den Meister gemacht hat, oder derjenige, der eine Lehre gemacht und ein paar Jahre Berufserfahrung gesammelt hat, die Möglichkeit bekommt, an die Universität zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Auf diese Weise könnte ein Teil der in unserem Land fehlenden Ingenieure schnell ausgebildet werden. Auch darüber hinaus müssen wir meiner Meinung nach die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Deshalb

ist es eine sehr gute Initiative der Bundesregierung, dort, wo es um Spitzenkräfte geht, um diejenigen, die eine akademische Qualifizierung haben, den Arbeitsmarkt in Deutschland so beweglich zu machen, wie es notwendig ist. Wir haben sichergestellt, dass es ab dem nächsten Januar möglich ist, Akademiker aus Europa und auch aus anderen Ländern der Welt zu holen. Deutschland kann in den Wettbewerb um die besten Köpfe eintreten. Die Unternehmen müssen von dieser Möglichkeit nur Gebrauch machen.

(Beifall bei der SPD)

Arbeit nimmt einen großen Raum in unserem Leben ein. Manche arbeiten fünf Jahrzehnte. Damit das gut geht, müssen wir alles tun, um das möglich zu machen, im Interesse der Beschäftigten, aber auch der Unternehmen. Deshalb wird es notwendig sein, dass wir noch eine neue Initiative für humane Arbeitsbedingungen starten. Es geht um alternsgerechtes Arbeiten. Das fängt aber schon mit 22 Jahren an. Wer in diesem Alter verschlissen wird, kann mit 52 nicht mehr arbeiten. Das heißt, die humanen Arbeitsbedingungen müssen schon in einem frühen Lebensalter sichergestellt sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Arbeit und Ehe, Partnerschaft und Kinder unter einen Hut zu bringen, wird immer schwierig bleiben. Aber wir können es leichter machen. Das haben wir mit unseren Initiativen zum Ausbau der Kinderbetreuung getan. Aber das müssen auch die Unternehmen mit unserer Unterstützung tun, indem sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Teil eines normalen langen Arbeitslebens ermöglichen; alle müssen dazu beitragen, dass das funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich müssen wir auch dafür sorgen, dass die Menschen sich ordentlich weiterbilden. Das hört sich immer so an, als gehe es darum, dass jeder die höchsten Bildungsstufen erreichen müsse.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warum schauen Sie mich so an, Herr Minister?)

- Warum fragen Sie mich das? - Aber darum geht es nicht; vielmehr geht es darum, dass jeder die Möglichkeit erhält, seine Fähigkeiten auszuschöpfen. Denn vier, fünf Jahrzehnte Arbeit können nicht immer allein auf dem aufgebaut werden, was man am Anfang gelernt hat. Dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich weiterbilden, wollen wir mit einer starken Weiterbildungsinitiative in den Unternehmen erreichen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zu einem modernen Arbeitsleben gehört auch Souveränität der Beschäftigten, sich ihre Zeit selbst organisieren zu können. Sonst sind die vier, fünf Jahrzehnte Arbeit viel zu schwierig zu bewältigen. Darum ist eines der Gesetzgebungsvorhaben, die wir in der nächsten Zeit beraten werden, vielleicht das, von dem man in zehn Jahren sagen wird: Das war eine ganz entscheidende Weichenstellung in der Politik. Es geht um die Absicherung der Langzeitkonten, ihre Insolvenzsicherung, damit man sich als Arbeitnehmer darauf einlassen kann; es

geht um die Möglichkeit, diese Konten mitzunehmen. Wer vier, fünf Jahrzehnte arbeitet, braucht Spielraum, um Zeit zu haben, um zum Beispiel ein Jahr aus dem Arbeitsleben herausgehen zu können, vielleicht um das mit den Kindern besser hinzubekommen, um im Alter gleiten zu können oder um sich weiterbilden zu können. Darum werden diese Langzeitkonten und ihre für jeden Mann und jede Frau nutzbare praktische Verbreiterung für das Arbeitsleben der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Wir haben jetzt die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu einer modernen Welt gehört auch, dass die Beschäftigten an ihren Unternehmen mitbeteiligt sein können. Darum ist die Mitarbeiterbeteiligung, die die Große Koalition politisch miteinander vereinbart und die Regierung jetzt auf den Weg gebracht hat, ein ganz entscheidender Schritt für ein modernes Arbeitsleben, für eine Welt, in der die Beschäftigten an den Früchten ihrer Arbeit auch anders als über den Lohn beteiligt werden und in der die deutschen Unternehmen die Möglichkeit haben, mit ihrer sehr zurückhaltenden Kultur in dieser Frage zu brechen und anzuschließen an modernere Länder, in denen es mehr Mitarbeiterbeteiligung gibt. Wir schaffen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wer sich anstrengt, will, dass das anerkannt wird. Selbstverständlich müssen wir auch erreichen, dass die Lebensleistung derjenigen, die sich schon angestrengt haben, anerkannt und geachtet wird. Die Rentnerinnen und Rentner haben es verdient, dass wir dafür sorgen, dass sie eine ordentliche Altersversorgung haben. Sie haben es nicht verdient, dass ihre Lebensleistung als Transferleistung disqualifiziert wird. Es ist richtig, dass wir das als einen Anspruch absichern. Es ist richtig, dass dafür in diesem Haushalt ein allgemeiner Zuschuss von 63,5 Milliarden Euro vorgesehen ist; das will ich ausdrücklich hinzufügen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn es um Anstrengungen geht, dann geht es auch darum, dass die Arbeit, die man leistet, in ihrer Werthaltigkeit und in ihrer ganzen Ehre geschätzt wird. Darum will ich zum Schluss sagen, was notwendig dazu gehört: Es kann nicht sein, dass jemand den ganzen Tag, die ganze Woche, den ganzen Monat arbeitet und dann vom Ergebnis dieser Arbeit nicht leben kann. Die erbrachte Leistung muss anerkannt werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass es Mindestlöhne gibt. Dafür sorgen wir in dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD - Dr. Dagmar Enkelmann  
[DIE LINKE]: Wann denn?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Dr. Claudia Winterstein das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Scholz, Sie haben recht: Es ist

eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Es hat allerdings auch lange gedauert, insbesondere bis diese Besserung auch bei den Langzeitarbeitslosen angekommen ist.

Leider sind sich die Experten aber einig: So positiv geht es nicht weiter. Der Abschwung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich bereits ab. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat die Wachstumsprognose für 2009 auf 0,2 Prozent korrigiert. Wir haben also nicht mehr die 1,2 Prozent, von denen Sie im Haushaltsplan ausgehen. Ihre vollmundigen Versprechungen, die Sie eben gemacht haben, klangen recht gut: Vollbeschäftigung, Rundumbetreuung – das war ja schon fast eine Märchenstunde. Wir sollten aber zur Wirklichkeit zurückkehren.  
(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, man muss ganz klar sagen: Sie legen uns einen Haushaltsplan vor, in dem die Risiken völlig ignoriert werden. Sie haben für 2009 geringere Ausgaben als für 2008 angesetzt. Man könnte sagen: Das ist toll; das ist wohl doch ein Sparhaushalt. Schön wäre es. Aber leider sind die Zahlen nur geschönt.  
(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Für das Arbeitslosengeld II zum Beispiel sind im Haushalt 2009 20 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 880 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr. Nun wissen gerade Sie am besten, dass wir damit in diesem Jahr nicht auskommen werden, sondern dass wir 1 Milliarde Euro mehr brauchen – und das bei einer noch relativ guten Konjunktur. Es ist doch völlig unrealistisch, für das nächste Jahr bei einer schwächeren Konjunktur davon auszugehen, dass Sie weniger brauchen. Das heißt, Ihr vermeintlicher Sparbeitrag, Herr Minister, ist eine komplette Luftbuchung.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie schon nicht beim Sparen erfinderisch sind, so doch zumindest bei der Geldbeschaffung; das kennzeichnet ja sowieso diese Regierung. Der Eingliederungsbeitrag von 5 Milliarden Euro, den Sie neuerdings von der Bundesagentur für Arbeit einfordern, ist ebenso systemwidrig wie sein Vorgänger, der Aussteuerungsbetrag.

(Beifall bei der FDP)

Dieser brachte nämlich zum Schluss nicht das Geld, das Sie gerne in der Kasse haben wollten, und dann haben Sie ihn einfach gegen diesen Eingliederungsbeitrag ausgetauscht. Was Sie da tun, Herr Minister, ist schlichtweg eine Zweckentfremdung von Beitragsgeldern. Die Klage, die dagegen Anfang September eingereicht worden ist, ist von daher völlig berechtigt.

(Beifall bei der FDP)

Ohne die Abführung dieses Eingliederungsbeitrages könnten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,6 Beitragspunkte gesenkt werden. Wir wären deutlich unter 3 Prozent.

Auch auf andere Weise greifen Sie der Bundesagentur und damit natürlich auch dem Beitragszahler ungeniert in die Tasche. Einen Zinsgewinn von 150 Millionen Euro verschaffen Sie sich damit, dass Sie den Bundeszuschuss aus der Mehrwertsteuer nicht mehr wie bisher jeden Monat abführen, sondern ihn einfach erst am Jahresende zahlen. 290 Millionen Euro verschaffen Sie

sich dadurch, dass die Bundesagentur künftig die Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Kindererziehungszeiten übernehmen soll. Hinzu kommen wahrscheinlich noch 170 Millionen Euro für den Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses. Herr Minister, lassen Sie doch die Hände weg vom Geld der Beitragszahler. Wenn Sie sparen wollen, dann sparen Sie bei Ihrem eigenen Etat!

(Beifall bei der FDP)

6,2 Milliarden Euro sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Langzeitarbeitslose vorgesehen. Die Reform dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verspricht diese Bundesregierung nun schon seit Regierungsantritt im Jahr 2005. Seit drei Jahren warten wir auf ein Ergebnis, bisher vergeblich. Herr Arbeitsminister, Sie haben sich eine Halbierung der Zahl der Instrumente zum Ziel gesetzt. Im Sommer habe ich die Bundesregierung gefragt, wie viele Maßnahmen es gibt. Wahrscheinlich wissen Sie gar nicht, wie die Antwort lautete: Es existieren unterschiedliche Zählweisen. – Eine solche Auskunft ist doch wohl ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Dann habe ich die Bundesregierung gefragt, welche dieser Instrumente evaluiert wurden. Das Ergebnis: Von 45 aufgezählten Instrumenten und Leistungen haben gerade einmal neun – ich wiederhole: neun – eine positive Wirkung. Auch das ist ein Armutszeugnis. Vor allen Dingen ist es aber ein Skandal, dass für unwirksame Maßnahmen weiterhin Geld verschleudert wird.

(Beifall bei der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht abwegig, was die Kollegin hier vorträgt!)

Herr Minister, Sie versagen bei diesem Reformprojekt ganz eindeutig. Das sage nicht nur ich, sondern auch Ihr Kollege, der Wirtschaftsminister. Ich zitiere ihn: Der Entwurf verfehlt das Ziel, die Mittel der Beitragszahler sparsamer und wirksamer einzusetzen. Herr Minister, eines ist doch klar: Wenn man solche Maßnahmen vorhat, dann muss man damit Einsparungen verbinden. Sie können doch nicht sagen: Das ist egal, viel hilft viel. Sie müssen doch überlegen, wo Sie sparen können. Das ist aber nicht Ihr Ding. Sie befinden sich auf dem Holzweg. So kommen Sie nicht weiter.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Winterstein, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gute Idee!)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Ein Zitat zur Anregung als Abschluss. Es stammt von Talleyrand, dem französischen Staatsmann, der bereits vor 200 Jahren gesagt hat: Man glaubt gar nicht, „wie viele politische Dummheiten durch Mangel an Geld verhindert worden sind.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein sehr schönes Zitat!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun die Kollegin Ilse Falk das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ilse Falk (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den Debatten dieser Woche haben schon viele Redner und Rednerinnen die erfreuliche Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen herangezogen – so auch der Minister gerade eben –, um deutlich zu machen, dass es in diesem Land aufwärtsgeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Seit diese Bundesregierung ihre Arbeit im November 2005 aufgenommen hat, hat sich die Situation für die Menschen in Deutschland deutlich verbessert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das drückt sich darin aus, wie viele Menschen am Arbeitsprozess beteiligt sind und in welchem Maße sie ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften bzw. zumindest – im ersten Schritt – dazu beitragen können. Das bedeutet mehr Chancen im Leben und ein erheblich geringeres Armutsrisiko für jeden Einzelnen.

Die Studie des DIW kommt in dieser Woche zum genau richtigen Zeitpunkt. Sie räumt auf mit den Kassandrarufern, der Aufschwung komme nicht bei den Menschen und schon gar nicht bei den von Armut bedrohten an. Es sei mit aller Deutlichkeit gesagt, dass der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mit seinen sehr negativen Zahlen auf Daten aus dem Jahr 2005 beruht, also gewissermaßen eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung darstellt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

In der DIW-Studie werden zum ersten Mal Zahlen des sozioökonomischen Panels aus dem Jahr 2006 zugrunde gelegt, also Zahlen aus dem Jahr, in dem die Belebung der Wirtschaft erstmals Wirkung zeigte.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und die Union regierte!)

Selbst das Handelsblatt brachte gestern die Überschrift: „Hartz-Reformen bringen mehr Gerechtigkeit“.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Was heißt „selbst das Handelsblatt“? Gerade das Handelsblatt!)

Ich bin sicher, dass sich dieser Trend fortgesetzt hat; denn als Hauptursache für die positive Entwicklung nennt DIW-Präsident Zimmermann den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit infolge der Konjunkturbelebung und das wiederum als Ergebnis guter Vermittlungsarbeit der Bundesagentur für Arbeit. Die Tatsache, dass seit November 2005 1 330 000 Menschen weniger arbeitslos sind und die Arbeitslosenquote im Osten von 16,9 auf aktuell 12,8 Prozent und im Westen von 9,4 auf 6,3 Prozent gesunken ist, spricht für diese Annahme. Dies ist trotz der Aussagen von Fachleuten über drohende Konjunkturintrübungen der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies drückt sich übrigens auch im Einzelplan 11 bei den sinkenden Ausgaben im Bereich der Langzeitarbeitslosen aus. Dort sind die Ausgaben von 38,7 Milliarden Euro in 2006 auf 34,9 Milliarden Euro in diesem Jahr gesunken. Es ist völlig klar, dass der Etat des Einzelplans mit 123,5 Milliarden Euro und damit fast

43 Prozent des gesamten Haushaltes immer noch viel zu hoch ist und wir immer noch viel Arbeit vor uns haben. Aber immerhin zeigt sich Bewegung. Die Chancen, wieder Arbeit zu finden, auch sozialversicherungspflichtige, haben sich deutlich verbessert. In vielen Branchen - auch das wurde gerade angesprochen - wachsen inzwischen die Sorgen, nicht genügend Fachkräfte zu haben. Ein kleiner Schlenker am Rande sei mir erlaubt - in dieser Woche kommt das ja hier und da einmal vor -: In Bayern, dem Bundesland mit der bundesweit geringsten Arbeitslosenquote, wurde teilweise bereits Vollbeschäftigungsniveau erreicht. So gibt es dort in über 30 Kreisen und kreisfreien Städten eine Arbeitslosenquote von unter 3 Prozent, teilweise sogar unter 2 Prozent.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: CSU!)

Natürlich werden wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Unser Ziel ist es, allen Arbeitslosen bessere Perspektiven zu bieten. Deshalb ist es wichtig, bestmögliche strukturelle Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Arbeitsvermittlung zu schaffen. Gerade bei der Schnelligkeit und Qualität der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen gibt es trotz aller dankenswerten Anstrengungen der Beteiligten noch viel zu tun.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Denn auch wenn die Zahl der Langzeitarbeitslosen allein innerhalb des letzten Jahres um 300 000 zurückgegangen ist, so ist ein Anteil von immerhin noch 36 Prozent an der Gesamtzahl der Arbeitslosen viel zu hoch. Umso wichtiger wird es sein - dies hat auch der Minister in den Mittelpunkt gestellt -, dass wir sowohl bei der SGB-II-Neuorganisation wie auch bei der Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente den Handelnden vor Ort ausreichend Entscheidungsfreiheit geben, damit sie passgenaue und den regionalen Situationen entsprechende Antworten geben können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollten den Mitarbeitern zutrauen, dass sie mit mehr Flexibilität umgehen und so am besten unseren Grundsatz durchsetzen können, den Menschen durch Fordern und Fördern zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zugleich bedeuten schneller vermittelte und mehr beschäftigte Menschen, dass die Solidarität in unserer sozialen Marktwirtschaft auf mehr Schultern verteilt wird, soziale Sicherungssysteme zukunftsfest gemacht werden und Leistungsträger entlastet werden können. 2005 waren die Rentenkassen in einem desaströsen Zustand. Die Monatsrücklage lag bei 0,11, heute haben wir eine Monatsrücklage von 0,95, was circa 15,5 Milliarden Euro entspricht. Damit sind beinahe zwei Drittel des Weges zur Höchstnachhaltigkeitsrücklage - das ist ein schönes Wort - erreicht, deren Überschreiten sogar zu Beitragssenkungen führen würde. Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir den Beitragssatz von 6,5 Prozent in 2005 auf momentan 3,3 Prozent schon jetzt beinahe halbiert. Sie wissen, als Union wollen wir eine Absenkung auf 2,8 Prozent. Ich denke, wir werden uns in der Großen Koalition darauf einigen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nicht nur kostenträchtige Entwicklungen sollten sich in höheren Beitragssätzen widerspiegeln, sondern auch positive Spielräume müssen zeitnah an diejenigen weitergegeben werden, die sie erwirtschaftet haben.

Wir haben in den letzten drei Jahren vieles erreicht und für die Menschen vieles zum Besseren verändert. Wir sind aber noch nicht am Ende des Weges der Großen Koalition. Lassen Sie uns daher gemeinsam die kommenden Monate nutzen, um das Leben der Menschen in Deutschland weiter spürbar zu verbessern. Sei es durch weitere Entlastungen der Leistungsträger, wo immer dies möglich ist. Sei es durch Förderung der Mitarbeiterbeteiligung, die zeigt, dass derjenige, der am Aufschwung eines Unternehmens mitarbeitet, auch an den Ergebnissen teilhaben kann. Sei es durch Eröffnung weiterer Beschäftigungschancen im Bereich privater Haushalte; Stichwort „Haushalt als Arbeitgeber“. Sei es durch konsequente Bekämpfung der Schwarzarbeit, aber auch durch maßvolle Umsetzung von Mindestlohnstreckung in denjenigen Branchen, wo es nachvollziehbare Verwerfungen gibt, und zwar unter Wahrung der Tarifautonomie und ohne Beschäftigung und Wettbewerb in unserer sozialen Marktwirtschaft zu gefährden. Sei es durch Planungssicherheit für die Organisationsstrukturen beim SGB II. Sei es bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für eine effizientere und wirksamere Vermittlung in Arbeit durch eine Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum Nutzen der Arbeitsuchenden. Oder sei es bei der Verbesserung der Chancen von Menschen mit Behinderungen und anderen Vermittlungshemmnissen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Falk, achten Sie bitte auf die Zeit?

Ilse Falk (CDU/CSU):

Meine letzte Bemerkung. Unser Ziel kann nicht der immer perfekter organisierte Sozialstaat sein, sondern es muss darum gehen, den Menschen etwas zuzutrauen, (Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Genau!)

sie spüren zu lassen, dass jeder und jede Begabungen hat, die für die Gemeinschaft wichtig sind, und ihnen die Chance zu geben, sich einzubringen und sich selbst als tüchtig und erfolgreich zu erfahren. Dafür brauchen wir nicht mehr Geld, sondern die Stärkung von Lebens- und Alltagskompetenzen. Statt Angstmachern brauchen wir viele Mutmacher. Das können wir alle sein, Sie und ich. Wir alle sind aufgefordert, den Menschen Mut zu machen, statt ihnen Illusionen zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Dr. Gesine Löttsch das Wort.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Dieser Leitspruch der Kanzlerin Angela Merkel wurde durch die Praxis widerlegt. Minister



Scholz hat gerade selbst gesagt: Millionen Menschen in unserem Land haben eine Arbeit, von der sie nicht leben können. Ist das etwa sozial?

Herr Scholz, Sie können diese Situation gerne beklagen. Aber wer hat den Unternehmen denn die Instrumente, die dazu geführt haben, an die Hand gegeben? Es war doch die Regierung, die es den Unternehmen ermöglicht hat, aus einem gut bezahlten Arbeitsplatz zwei oder gar drei schlecht bezahlte Arbeitsplätze zu machen. Beklagen Sie also keine Zustände, die Sie selbst geschaffen haben, sondern ändern Sie sie.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn die Regierung Statistiken bemüht, um über ihre Erfolge am Arbeitsmarkt zu berichten, dann sagt sie leider nicht einmal die halbe Wahrheit. Das Statistische Bundesamt - nicht etwa die Linke - hat festgestellt, dass die Zahl der Arbeitsstunden in Deutschland seit 1991 insgesamt gesunken ist. Das untermauert unsere Auffassung, dass Minijobs und die vielen anderen prekären Arbeitsverhältnisse keine neuen Arbeitsplätze sind, sondern nur noch Bruchstücke und Überbleibsel von ehemals sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Das ist ein Betrug an den Menschen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Arbeitslosenstatistik ist wohl eine der am meisten verfälschten Statistiken in unserem Land. Es ist unglaublich - das ist viel zu wenig bekannt -, dass zum Beispiel 1-Euro-Jobber nicht mehr als Arbeitslose gelten und aus der Statistik herausfallen. Meine Damen und Herren, mit diesen sogenannten Arbeitsgelegenheiten wollten Sie den Arbeitslosen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Das ist offensichtlich gescheitert.

Doch die Lösung der Regierung ist ganz einfach: Sie erklärt diese Menschen kurzerhand für nicht mehr arbeitslos.

Das ist wirklich grotesk.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Bundesregierung trägt mit ihrem Verhalten dazu bei, den normalen Arbeitsmarkt zu zerstören, und zwar mit staatlicher Lohnrückerei. Ja, meine Damen und Herren, Sie sind staatliche Lohnrücker, da Sie den Unternehmen die Möglichkeit andienen, Hungerlöhne durch Steuergelder aufstocken zu lassen. Die Unternehmen werden dadurch mit 9 Milliarden Euro im Jahr subventioniert. Für uns, die Linke, gibt es nur eine Lösung dieses Problems: die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Herr Minister, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass Kollegen von der SPD gerade den bayerischen Minister Huber gestern aufgefordert haben, sich für gesetzliche Mindestlöhne einzusetzen; das war geradezu grotesk.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das war wirklich ein Witz!)

Fangen Sie lieber bei sich selbst an, liebe Kollegen von der SPD,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Genau!)

nutzen Sie die parlamentarische Mehrheit und stimmen Sie hier im Bundestag endlich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt eine breite parlamentarische Mehrheit! Das ist scheinheilig!)

Bekanntermaßen hat sich die Kanzlerin gegen den Mindestlohn ausgesprochen und die Tarifautonomie beschworen. Das ist völlig wirklichkeitsfremd. Gerade in Ostdeutschland gibt es kaum noch Tarifpartner, weil viele Unternehmen gar nicht mehr in der Tarifgemeinschaft sind. Dort werden teilweise Hungerlöhne von 3 bis 4 Euro pro Stunde gezahlt. Das nimmt die Kanzlerin, die aus dem Osten stammt, einfach schulterzuckend hin. Überhaupt habe ich den Eindruck, dass sie vergessen hat, woher sie kommt. Viele Menschen im Osten hatten Hoffnungen in sie gesetzt, die überhaupt nicht erfüllt worden sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Frechheit!)

Meine Damen und Herren, wir fordern die Aufstockung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro. Das ist keine willkürliche Zahl, wie mancher glaubt, sondern dieser Betrag ergibt sich aus der geltenden Rechtslage. Der Arbeitslosengeld-II-Regelsatz ist nur deshalb so niedrig, weil die Bundesregierung ihn mit rechtswidrigen und rein willkürlichen Abschlägen so niedrig hält, wie zum Beispiel der Paritätische Wohlfahrtsverband nachwies.

Wenn ein Professor, der aus dem Westen nach Chemnitz gekommen ist, behauptet, man könne mit 132 Euro im Monat auskommen, dann ist das einfach nur zynisch. Besonders zynisch ist es, dass Herr Merz von der CDU das aufgreift.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Drei Monate Selbstversuch!)

Hartz IV betrifft nicht nur die Menschen, die Hartz IV erhalten, sondern drückt auch auf die Löhne. Herr Scholz, deshalb hätte ich von Ihnen nicht erwartet, dass Sie sagen, dass Sie sich den gesetzlichen Mindestlohn wünschen, sondern ich hätte einen konkreten Fahrplan und Zeitplan erwartet, wann Sie noch in dieser Legislaturperiode den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen wollen. Mit CDU und FDP wird Ihnen das sicher nicht gelingen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Alexander Bonde das Wort.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben seit Beginn der Haushaltsverhandlungen eine Koalition, die Sonnenscheinpredigten hält, die so tut, als ginge die Konjunktur immer auf Höchstniveau

weiter und die konsequent Wolken am Konjunkturm Himmel nicht sehen will. Wir haben heute den Arbeitsminister erlebt, der, als sich der Regen ankündigte, immer noch versucht hat, uns arbeitsmarktpolitisch die Badehose zu verkaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tragen mit diesem Haushalt eine besonders große Verantwortung. Wenn sich die Konjunktur eintrübt, stehen besonders große Herausforderungen für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf der Tagesordnung.

Wenn wir uns Ihren Einzelplan einmal anschauen, dann stellt sich die Frage, ob Sie darauf vorbereitet sind, ob Sie Vorsorge dafür getroffen haben, wenn es darauf ankommt. Dann wird es spannend: Denn Ihr Einzelplan ist der Einzelplan, dem bei der Durchsetzung der großen Linien des Finanzministers und des Versprechens des Haushaltsausgleichs im Jahr 2011 an ein paar Stellschrauben entscheidende Bedeutung beigemessen wird.

Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II in diesem Einzelplan wurden für das nächste Jahr um fast 1 Milliarde Euro gekürzt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Die Badehose wird eng!

Der Finanzplan sieht bis zum Jahr 2011 eine Absenkung um 2,9 Milliarden Euro vor, also eine Absenkung der Ausgaben für Arbeitslosengeld-II-Bezieher um 14 Prozent. Herr Scholz, Sie sind die Antwort schuldig geblieben, ob dies Haushaltskosmetik ist oder ob Sie versuchen, Ihrem Kollegen Steinbrück mit einem Haushaltsrechenrick unter die Arme zu greifen, damit dieser 2011 eine Null darstellen kann, die er nie hinbekommt. Oder ist das eine knallharte Ansage an die Betroffenen, für die die Diskussionen aus Chemnitz und andernorts Pate stehen? Darauf müssen Sie eine Antwort, aber keine Besinnungsaufsätze liefern, wie dies gerade passiert ist, Herr Scholz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Eine zentrale Frage im Rahmen der politischen Auseinandersetzung mit Ihrem Etat ist, wie es mit den

Lohnnebenkosten weitergeht. Zu dieser Thematik gibt es die schönsten Ansagen im bayerischen Landtagswahlkampf.

Es gibt eine große Hausaufgabe für die Große Koalition: Wenn Sie wirklich entlasten wollen, dann müssen Sie endlich Transparenz schaffen hinsichtlich der Frage, was bei der Bundesagentur für Arbeit beitragsfinanziert ist und was vom Bund durch Steuermittel finanziert wird. Dabei erleben wir bei der Großen Koalition einen munteren Verschiebeparkplatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Dirk Niebel [FDP])

1 Prozentpunkt des Mehrwertsteueraufkommens fließt der Bundesagentur zu. 5 Milliarden Euro gehen von der Agentur zum Bund zurück. Die Schaffung der erforderlichen Transparenz, aus der Sie Beitragssenkungen ableiten können, verweigern Sie, Sie verschleiern die Finanzsituation. Vor diesem Hintergrund ist es wohlfeil, mit Zahlen hinsichtlich möglicher Absenkungen zu hantieren. Auch hier zwickt die Badehose an allen Ecken und Enden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie versprechen jetzt eine Beitragssatzsenkung. Das Verhalten der CSU ist ja durchsichtig. Bereits eine kleine Eintrübung der Konjunktur wird dazu führen, dass Sie den Beitrag im Abschwung wieder erhöhen müssen, was prozyklisch wirkt. Damit schaffen Sie nicht einen einzigen Arbeitsplatz. Sie werden in den Bereichen, um die es geht, keinen Unternehmer finden, der so doof ist, Arbeitsplätze auf ein Versprechen hin zu schaffen, von dem er weiß, dass das ein halbes Jahr später nicht mehr eingehalten wird. Damit setzen Sie keinen sinnvollen Impuls für die Wirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Den Aussteuerungsbetrag haben Sie abgelehnt!)

Deshalb verpassen Sie die große Chance, die Finanzen der Bundesagentur zu entflechten, was in der jetzigen Situation der BA möglich wäre, und Sie verpassen die Chance, eine Senkung der Lohnnebenkosten bzw. der Beiträge dort einzuleiten, wo sie ökonomisch wirklich Sinn macht, nämlich im Bereich der unteren Einkommensgruppen. Wir haben Ihnen mit unserem Progressivmodell Vorschläge dafür auf den Tisch gelegt; denn gerade im Bereich der Geringverdiener ist die Höhe der Beiträge entscheidend dafür, ob neue Jobs geschaffen werden oder nicht.

In diesem Bereich hat die Koalition viele Hausaufgaben zu machen. Aber auch an dieser Stelle sind an dieser Koalition nur die Reden groß. Auf das Handeln warten wir und die Betroffenen seit Jahren vergeblich. Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort hat die Kollegin Waltraud Lehn für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Waltraud, ich stelle dir gleich eine Frage! - Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Tante Käthe heute wieder!)

Waltraud Lehn (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! 123,5 Milliarden Euro sind für die meisten Menschen eine unvorstellbare Summe. Fast jeden zweiten Euro unserer Ausgaben verwenden wir auch im nächsten Jahr für den Bereich Arbeit und Soziales. Hinter dieser gigantischen Summe stehen fast 80 Milliarden Euro für die Rente, 20 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II und über 6 Milliarden Euro für die Eingliederung der Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

123,5 Milliarden Euro - aus dieser Zahl lässt sich mehr als eine immense staatliche Ausgabe ablesen. Damit leisten wir Unterstützung und tragen Verantwortung für fast 30 Millionen Menschen in unserem Land, ein Drittel unserer Bevölkerung. Das ist eine große Herausforderung. Erfolg lässt sich nicht immer an bloßen Zahlen ablesen. Sprechen Zahlen jedoch eine so deutliche Sprache wie jene vom Arbeitsmarkt, dann sollten sie auch gesagt werden. Nachdem wir die Zahl der Arbeitslosen bereits erheblich abgesenkt hatten, haben wir jetzt noch einmal 500 000 Arbeitslose weniger als im August des Vorjahres und 1,2 Millionen Arbeitslose weniger als im August

2006.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Aktuell gibt es 40 Millionen Erwerbstätige in Deutschland.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Seit 2006 haben wir die Versichertengemeinschaft hinsichtlich der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um insgesamt 45 Milliarden Euro entlastet.

Auch in Bezug auf die Rentenversicherung trägt unsere Politik Früchte. Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bedeutet auch mehr Rentenbeiträge. So hat die Deutsche Rentenversicherung in der ersten Hälfte dieses Jahres 2,7 Milliarden Euro mehr eingenommen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Durch diese Zahlen wird deutlich, dass wir mit unserer Beschäftigungs- und Rentenpolitik auf einem wirklich guten Kurs liegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Abseits aller parteipolitischen Diskussionen bedeutet diese Entwicklung Verlässlichkeit für die Rentnerinnen und Rentner. Mit diesen Zahlen wird auch der Zusammenhang zwischen dem politisch Richtigen auf der einen Seite und dem finanziell Vernünftigen auf der anderen Seite aufgezeigt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Gerechtigkeit bedeutet nämlich immer Zweierlei: Sie muss dem gerecht werden, der Hilfe braucht, und dem, der sie geben soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

In diesem Zusammenhang muss ich auf die populistischen Milliardenforderungen der Linken von jährlich 26 Milliarden Euro im Sozialbereich eingehen. 26 Milliarden sind 26 000 Millionen! Das entspricht dem Wert von 130 000 funkelnagelneuen, guten Einfamilienhäusern jedes Jahr oder der Finanzierung der aus dem Boden gestampften Stadt Dresden.

(Zurufe von der LINKEN)

Diese Mittel wollen Sie den Menschen nehmen, die ohnehin schon hohe Steuern zahlen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das erinnert mich an meinen Onkel Paul.

(Heiterkeit)

Onkel Paul begann bei Familienzusammenkünften seine Ausführungen immer mit den Worten: „Wenn ich mal zu Geld komme.“ Dann wollte er mir ein Fahrrad, meiner Mutter eine Nähmaschine und meinem Vater einen Fernseher kaufen. Sie werden es nicht glauben, aber Onkel Paul kam in den 60er-Jahren tatsächlich zu einem Totogewinn von 5 000 D-Mark, und er hielt seine Versprechen.

Onkel Paul kaufte mir ein Fahrrad. Er kaufte diesem etwas und jenem etwas. Nach relativ kurzer Zeit

kam dann der Gerichtsvollzieher. Onkel Paul war pleite.

Onkel Paul hatte über seine Verhältnisse gelebt und nicht einmal einen Bruchteil seiner Versprechen einlösen können.

Der linken Seite des Hauses sage ich deutlich: Wir sind nicht in der Sendung „Wünsch dir was“, sondern bei „So isses!“.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES)

90/DIE GRÜNEN - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Waltraud, pass auf!

Du kriegst noch ein Parteiausschlussverfahren!)

Wir laden nicht zum Träumen ein, sondern gestalten den Lebensalltag von Menschen sehr real.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Bauernfänger!)

An die FDP gerichtet stelle ich fest: Ihre Forderung nach Streichung der Sozialleistungen führt diese Gesellschaft auf eine andere Art und Weise auch in den Ruin.

(Dirk Niebel [FDP]: Welche meinen Sie denn?)

So unterschiedlich die Forderungen von rechts und links sind, sie bewegen sich auf das gleiche Ziel zu, nämlich auf den Ruin.

(Jörg van Essen [FDP]: Wir sind in der Mitte, Frau Kollegin!)

Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun. Es ist ein Glück für die Menschen in unserem Land, dass diese Irrtümer niemals Realität werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege

Dr. Heinrich Kolb das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen mehr Zeit für die Sozialdebatten, wenn wir die Verwandtschaftsverhältnisse von Frau Lehn vollständig aufklären wollen. Ich weiß nur eines: Für Lottoeinsätze hat Olaf Scholz in seinem Haushalt nichts vorgesehen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer weiß!)

Deshalb wird er versuchen müssen, mit harter Arbeit statt mit Glück Erfolge zu erzielen. Ich sage das deswegen, Herr Scholz, weil wir mit dem, was Sie bisher geleistet haben, nicht zufrieden sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir beraten heute den letzten Haushalt, der in dieser Legislaturperiode beschlossen wird. Insofern muss man ein Stück weit Bilanz ziehen. Dabei sind wenig Ideen und wenig Engagement zu erkennen. Das haben Sie mit Ihrer heutigen Rede unterstrichen.

Es muss ein bisschen mehr kommen. Sie haben bisher mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt Glück gehabt. Sie sind Trittbrettfahrer einer guten Weltkonjunktur gewesen. Sie haben nichts gesät, aber trotzdem geerntet. Ein Plan für die weitere Zukunft ist das nicht. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Allenfalls der Vorgängerregierung der Großen Koalition hätte man konzedieren können, dass sie mit den Hartz-Reformen aktiv das Fundament für einen deutlichen Rückgang der Sockelarbeitslosigkeit im jetzt zu Ende gehenden Aufschwung gelegt hat. Aber statt sich vor die Hartz-Reformen und die Agenda 2010 zu stellen und die Reformen weiter voranzutreiben, haben Sie sich in den Mainstream Ihrer Partei eingereiht, Herr Scholz, die die Reformen der Agenda lieber heute als morgen

rückgängig machen würde. Das ist ein Fehler, wie es auch ein Fehler ist, dass der Kollege Oppermann von der SPD die Agenda 2010 schon als Kapitel der jüngeren Zeitgeschichte abgehakt hat.

Der DIW-Chef Zimmermann hat zu Recht gestern darauf hingewiesen, dass wir nicht weniger, sondern mehr Reformen brauchen. Die Agenda 2010 muss zur Agenda 2015 fortgeschrieben werden. Dabei gibt es in der Tat noch einiges zu tun, Herr Scholz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben unlängst den dritten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt, Herr Scholz. Das war peinlich, was die Umstände angeht, und es war auch inhaltlich peinlich, weil Sie in dem Bericht einräumen müssen, dass sich nach zehn Jahren SPD-Führung im Sozialministerium die Armutsbedrohung für viele Menschen in Deutschland ausgeweitet hat.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Schande.

(Beifall bei der FDP)

Aber der Bericht enthält auch eine klare Handlungsanweisung: Ein Arbeitsplatz ist der beste Schutz vor Armut. Das hat die FDP schon immer gesagt. Sie haben das nun zum ersten Mal in dem Armutsbericht offiziell zugestehen müssen. Solange noch 3,2 Millionen Menschen in unserem Land keinen Arbeitsplatz haben, besteht kein Anlass zur Selbstzufriedenheit.

(Beifall bei der FDP)

Was, Herr Scholz, wollen Sie tun? Was Sie gesagt haben, war mir zu wenig. Ich bin bei Ihrer Rede wehmütig geworden und habe mir Franz Müntefering zurückgewünscht, der bei der Haushaltsdebatte im letzten Jahr einen ganz anderen Auftritt hatte. Herr Scholz, was tun Sie denn bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes? Dieses Thema haben Sie doch aus der Arbeit Ihrer Koalition vollkommen verdrängt. Sie sollten nachlesen, welches Vermächtnis Ihnen Altbundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Buch Außer Dienst auf den Weg gegeben hat: Unser Arbeitsmarkt ist übermäßig ... eingeengt ... Nur eine weitreichende Deregulierung des Arbeitsmarktes kann Abhilfe schaffen. Weitere und unvermeidlich schmerzhaft Veränderungen bleiben notwendig. Das sagt Ihnen Helmut Schmidt, einer Ihrer Altvorderen. Aber er kennt natürlich auch seine Pappenheimer. Er sagt sehr klar:

Es wird besonders der Sozialdemokratie, aber auch den Sozialausschüssen der Unionsparteien sehr schwer fallen, den deutschen Arbeitsmarkt aufzulockern ... Wer jedoch an allen vermeintlichen Errungenschaften unserer Arbeitsgesetzgebung festhält, hält im Ergebnis an einer zu hohen Arbeitslosigkeit fest.

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir Bilanz ziehen, müssen wir uns anschauen, was Sie sich im Koalitionsvertrag vorgenommen haben.

Dort heißt es:

CDU/CSU und SPD stellen sicher, dass die Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) dauerhaft

auf unter 40 Prozent gesenkt werden.  
Fehlanzeige, Herr Scholz! Auch dieses Ziel haben Sie nicht erreicht. Nach meiner Einschätzung haben Sie es auch nie ernsthaft versucht. Sie haben mitgenommen, was sich ergab. Sie haben sich mit der Mehrwertsteuererhöhung Luft für eine Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge verschafft. Auch der Rückenwind durch die gute konjunkturelle Entwicklung hat ein Stück weit geholfen. Aber die Dynamik bei den Sozialversicherungsbeiträgen ist insgesamt ungebrochen. Das gilt insbesondere für die gesetzliche Krankenversicherung. Laut Koalitionsvertrag wollten Sie hierfür ein umfassendes Zukunftskonzept entwickeln, das darauf angelegt sein sollte, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zumindest stabil zu halten, wenn nicht sogar zu senken. Herr Scholz, umso wichtiger ist es daher, jeden Spielraum zu nutzen. Wenn Sie den Koalitionsvertrag und das, was in sozialdemokratischen Sonntagsreden immer wieder vorkommt, ernst nehmen, nämlich dass Beitragssatzsenkungen besser seien als Steuersenkungen, dann verstehe ich Ihr Zaudern nicht. Herr Kauder und Herr Huber haben Ihnen doch gestern die 2,8 Prozent sozusagen auf dem Silbertablett serviert. Sie sollten nun Mut zeigen und im Interesse der Menschen handeln, die mehr Netto auf ihren Lohn- und Gehaltsabrechnungen sehen wollen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Es gäbe noch viel zu sagen. Aber hier blinkt eine rote Leuchte. Deswegen kann ich das allenfalls in Zwischenfragen oder Kurzinterventionen tun.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute Haushaltsberatungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Hans-Joachim Fuchtel das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Opposition kann kritisieren, bis sie giftgrün, blassgelb oder SED-rot wird. Das kann uns nicht beeindrucken.

Der bisherige Kurs der Großen Koalition hat 1,6 Millionen Menschen in Lohn und Brot gebracht. Das ist mehr, als jeder der Anwesenden gedacht hat. Das zählt für die Menschen im Lande.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen werden wir an unserem Kurs festhalten. Frau Kollegin Dr. Winterstein, Sie haben kritisiert, dass das nicht schneller gegangen sei. Der Arbeitsmarkt folgt der Konjunktur nun einmal zeitversetzt;

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Das ist genau das Problem! Deswegen sind eure Durchhalteparolen auch falsch!)

Das ist der Grund. Das wird sich auch nicht ändern, wenn Sie wieder einmal in der Regierung sein sollten.

Für die CDU/CSU ist auf jeden Fall klar: Vom größten Einzelplan dürfen keine Signale neuer haushaltspolitischer



oder sozialpolitischer Instabilität ausgehen. Dies ist auch der Fall. Der vorliegende Haushalt trägt dazu bei, dass wir unserem Ziel näherkommen, die Nettoneuverschuldung auf Null zu senken. In dieser Hinsicht setzen wir mit dem größten Einzelplan das richtige Signal. Nach vielen Jahren gibt es in diesem Sozialhaushalt erstmals keinen Aufwuchs. Das ist etwas völlig Neues.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Gemessen an der Länge und Stärke des bisherigen Aufwuchses müsste das schneller gehen!)

Zumindest das müsste einmal anerkannt werden, auch von der Opposition, die ja weiß, dass es zu Zeiten ihrer Mitregierung anders gewesen ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sozialer mit weniger Geld, das ist doch absurd!)

Ein weiteres Fundamentalziel ist, dass die Sozialleistungsquote an der 40-Prozent-Marge bleibt. Wir alle – das möchte ich nicht nur für eine Gruppe in Anspruch nehmen – wissen, wie es im Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger aussieht. Da wir alle wissen, dass der Krankenkassenbeitrag nicht auf dem jetzigen Niveau gehalten werden kann, muss es unsere Anstrengung sein, einen Weg zu finden, die Sozialleistungsquote insgesamt bei 40 Prozent anzusiedeln. Das ist sehr wichtig, damit die Arbeitsmarktentwicklung so weitergeht, und es ist auch mit Blick auf alle anderen Daten eines Haushaltsplanes wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen müssen wir uns gemeinsam um eine Absenkung um 0,3 Beitragspunkte bemühen; darin sind wir uns bereits einig. Das entspricht 2,4 Milliarden Euro, die gut darstellbar sind. Aber aus Sicht der Union kann man auch eine weitere Absenkung um 0,2 Beitragspunkte und damit um insgesamt 0,5 Prozent darstellen. Darum müssen wir hier im Hause uns im Interesse des Ganzen bemühen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sehe da eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Herr Kollege Bonde, Sie sind nach einem kurzen Zwischenspiel relativ schnell aus der Universität hier angekommen und müssten sich eigentlich noch gut daran erinnern, dass es die rot-grüne Koalition war, die den Aussteuerungsbeitrag eingeführt hat. Oder ist Ihnen das entgangen? Jetzt stellen Sie sich hier hin, als wüssten Sie von nichts, und fordern etwas ganz anderes. Das ist ganz schön dreist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kollege Westerwelle hat gestern hier gesagt, es sei nichts für Rücklagen getan worden. Dem muss ich allein wegen der Haushälterehre widersprechen. Als wir die Regierung übernommen haben, betrug die Rücklage der Rentenversicherung 0,02 Monatsumsätze; das entsprach ein paar Stunden. Heute liegt der Wert bei 0,95; das ist fast ein ganzer Monat. Das ist ein Unterschied wie Tag und Nacht.

(Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Endlich, Herr Kolb, ich habe ja schon darauf gewartet.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie gestatten also eine Zwischenfrage?

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Natürlich.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Fuchtel, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Rücklage der Rentenversicherung mittlerweile 15 Milliarden Euro beträgt, dann sollten Sie der Fairness halber auch sagen, dass 10,5 Milliarden Euro davon aus dem Vorziehen der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge kommen, mithin ein Darlehen der Arbeitgeber an den Rentenhaushalt darstellen. Es ist nicht Ihr Verdienst, dass dieser Rücklagenaufbau erfolgt ist.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Das war sehr wohl unser Verdienst. Sie hätten den Mut dazu gar nicht gehabt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nach § 158 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VI kann der Beitrag verändert werden, wenn die Rücklage entweder das 0,2-fache der durchschnittlichen Monatsausgaben unterschreitet oder das 1,5-fache überschreitet. In dem einen Fall geht es mit den Beiträgen nach oben, in dem anderen nach unten. Wir sind jetzt bei 0,95. Wir haben den Riester-Effekt zweimal verschoben. Ich prognostiziere, dass es trotzdem bereits im Jahre 2011 möglich sein wird, eine Beitragsreduzierung bei der Rentenversicherung zu erreichen. So gut ist die Kassenlage, lieber Herr Kollege Kolb. Das ist doch ein Hoffnungszeichen für das weitere Geschehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir Rücklagen in Höhe von 9 Milliarden Euro plus Pensionsrücklagen in Höhe von 11,5 Milliarden Euro. Herr Westerwelle mag das bisher nicht gesehen haben. Ich bin mir aber sicher, dass er es sofort sehen wird, sobald er wieder einmal in der Regierung ist.

(Zuruf von der SPD: Das wird aber nicht vorkommen!)

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen persönlichen Sparbeitrag des Ministers zu sprechen kommen, der von der Mitarbeiterbeteiligung bis zur Rückkehr von Menschen in den Beruf sehr viele gute Dinge eingeleitet hat; das zeigt alles in eine sehr gute richtige Richtung. Aber, lieber Herr Minister, Sie haben drei Staatssekretäre, von denen Ihnen einer dadurch, dass Ihr Vorgänger Müntefering Vizekanzler war, zugefallen ist. Es wäre doch im Sinne eines Spareffektes schön, wenn es dem Haus gelingen würde, die Zahl der Staatssekretäre wieder von drei auf zwei zu reduzieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wäre vorbildlich!)

Das brächte zwar nur die geringe Summe von 340 000 Euro, aber es wäre ein Zeichen an das Volk, dass man in dieser Regierung ernsthaft spart. Wenn ich Minister wäre, dann würde ich das tun.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der SPD - Elke Ferner [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie sollten ernsthaft darüber nachdenken, weil das ein

Zeichen dafür wäre, wie man auch auf der oberen Ebene die Verwaltung straffen und verschlanken kann.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wird auch Onkel Paul so finden!)

Wir werden sehen, ob Sie dazu die Kraft haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Fuchtel ins Arbeitsministerium!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Volker Schneider für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Falk, das, was Sie eben so locker über den Sozialstaat gesagt haben, halte ich für in höchstem Maße bedenklich. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Bundesstaat. Dieses Sozialstaatsgebot war den Vätern und Müttern des Grundgesetzes immerhin so wichtig, dass sie verfügten, dass eine Änderung, die diesen Grundsatz berührt, schlicht unzulässig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie räumen weiterhin allen Deutschen das Recht auf Widerstand gegen jeden ein, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen. Derart weitgehende Regelungen sollten Ihnen eine Ermahnung sein, darüber nachzudenken, ob Ihre Sozialpolitik mit dieser elementaren Forderung nach Sozialstaatlichkeit tatsächlich in Übereinstimmung steht.

Was heißt das konkret? Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts stellt in seinem Urteil vom 18. Juli

1967 in erfreulicher Klarheit fest, dass aus dem Sozialstaatsgebot folgt, dass der Staat die Pflicht hat, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. Ich wiederhole und betone das noch einmal: Der Staat soll nicht für eine gerechte Sozialordnung und einen Ausgleich der Gegensätze sorgen, sondern er hat dazu die Pflicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie will die Bundesregierung damit in Einklang bringen, dass zwischen 2000 und 2007 die Renten inflationsbereinigt um 6 Prozent und die Löhne inflationsbereinigt um 4 Prozent gesunken sind, während gleichzeitig die Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen um satte 35 Prozent angestiegen sind? Ist es das, was Sie unter einem Ausgleich der sozialen Gegensätze verstehen?

(Beifall bei der LINKEN)

Als Konsequenz dieser Entwicklung sank der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, der in den 90er-Jahren nach Auf und Ab bei etwas mehr als 72 Prozent fast unverändert blieb, auf unter 65 Prozent. Bei fast 300 Milliarden Euro zusätzlichem Volkseinkommen heißt das, dass von den Arbeitnehmerentgelten den Arbeitnehmern statt 213 Milliarden Euro gerade einmal 81 Milliarden blieben, also 132 Milliarden weniger. Ist das Ihr Verständnis einer gerechten Sozialordnung?

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Lehn, 132 Milliarden Arbeitseinkommen weniger, das heißt allein in den Rentenkassen ein Minus von

26 Milliarden. Wir können für die Rentnerinnen und Rentner mit unseren Anträgen gar nicht so schnell das Geld zurückfordern, wie Sie es auf der anderen Seite für die Unternehmen zum Fenster herauswerfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sagen Sie nicht, das läge nicht in der Verantwortung Ihrer Politik. Sie sind es, die eine Ausweitung von Mini- und Midijobs vorangetrieben haben. Sie haben der Ausweitung von Leiharbeit alle Türen geöffnet. Und Sie sind es auch, die mit der Agenda 2010 den Druck auf Arbeitslose erhöht haben, jede noch so schlechtbezahlte Arbeit anzunehmen. Sie sind es, die die Spirale des Lohndumpings in Gang gesetzt haben.

Die Koalition redet gerne vom Dreiklang ihrer Politik. Auch ich kann einen solchen erkennen. Aber er heißt Tarnen, Täuschen, Tricksen. Die Beschäftigung wollen Sie verbessert haben; das haben wir heute wieder dauernd gehört. Ja, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist angestiegen. Aber das hat mit einem Mehr an Beschäftigung nichts, aber rein gar nichts zu tun. Gesine Löttsch hat es bereits gesagt: Seit 1991 ist die Zahl der Arbeitsstunden gesunken, und seit 1997 ist sie faktisch gleichgeblieben. So täuschen Sie die Bürger. Ihr Trick ist ganz einfach: Rauf mit der Teilzeitbeschäftigung, rauf mit Mini- und Midijobs, runter mit der Vollzeitbeschäftigung – seit 2000 um mehr als 10 Prozent –, und fertig ist Ihr Beschäftigungswunder. Das sieht hübsch aus, ist leider nur das blanke Gift für die Sozialversicherungskassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Einzige, was bei Ihnen wirklich zunimmt, sind unsichere, schlecht bezahlte und perspektivlose Jobs. Viel zu teuer, so erklären Sie, sei die Rentenversicherung in der Form, in der wir sie fordern. Ein Rentenversicherungsbeitrag von 25,2 Prozent ist Ihnen zu hoch. Seltsamerweise sind Ihnen 22 Prozent Rentenversicherungsbeitrag in der Zukunft plus 4 Prozent Beitrag für die Riester-Rente plus 4 Prozent für die Betriebsrente nicht zu hoch. Hört es bei Ihnen schon bei den Grundrechenarten auf? Sie haben die Menschen lange genug getäuscht. Ihre Politik hat weder etwas mit einem Ausgleich der sozialen Gegensätze noch mit einer gerechten Sozialordnung zu tun.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schneider, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes treten Sie mit Füßen. Wenn es Sie noch so sehr ärgert: Die Linke wird nicht aufhören, Ihre Tricks und Täuschungen aufzudecken und Ihnen den Spiegel vorzuhalten.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Welche konkreten Vorschläge haben Sie eigentlich in Ihrer Rede vorgetragen? Keine!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Markus Kurth das Wort.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor knapp einem Jahr haben die Fraktion und die Partei Bündnis 90/Die Grünen eine Einschätzung, eine Neubetrachtung der Arbeitsmarktpolitik vorgenommen, insbesondere von Hartz IV bzw. dem Sozialgesetzbuch II, und wir sind zu einer sehr differenzierten Bewertung gekommen. Wir sagen: Es gibt bestimmte Dinge, die positiv bei Hartz IV waren, zum Beispiel Dezentralität, Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Leistungserbringung vor Ort in den Jobcentern, so wie sie im Gesetz festgehalten ist. Es gibt aber auch kritikwürdige Dinge wie die Höhe des Regelsatzes, die Rechte der Betroffenen und die Zumutbarkeitsregelung, bei denen wir klar für Veränderungen sind. Wir haben also in der Bewertung differenziert und unterschieden.

Sie, insbesondere Sie von den Sozialdemokraten, machen das genaue Gegenteil. Sie halten an dem fest, was schlecht bei Hartz IV ist. Sie klammern sich an einem viel zu niedrigen Regelsatz fest, Sie wollen die Zumutbarkeitsbedingungen nicht verändern, und Sie verschlechtern das, was positiv in diesem Gesetz war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir reden hier über hohe Summen, aber es wird kaum darüber gesprochen, wie das Geld ausgegeben wird. Das ist doch das Entscheidende. Die Kanzlerin hat gestern an dieser Stelle von Eigenverantwortung gesprochen. Die Ausführung der Arbeit in den Jobcentern kann sie jedenfalls nicht gemeint haben. Wenn ich mir das Handeln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in den letzten Wochen und Monaten anschau, dann muss ich feststellen: Immer dann, wenn Eigenverantwortung wahrgenommen wird, bei flexibler Projektförderung, wie sie der Gesetzgeber vorgesehen hat, treten Ihnen im Ministerium die Schweißperlen auf die Stirn. Sie haben nichts Eiligeres zu tun, als diese Selbstständigkeit zu unterbinden und zu unterdrücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vergabe und keine Projektförderung: Sogar die Bundesagentur für Arbeit hat kritisiert, dass ein Instrument, das Projektförderung ermöglicht, faktisch eingestellt worden ist. Das muss Ihnen doch zu denken geben. Die Bundesagentur für Arbeit ist nun nicht gerade eine Behörde, in der Subsidiarität und Dezentralität zu den Hauptbestandteilen der Behördenkultur zählen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das ist ausnahmsweise mal wahr!)

Da müssen Sie doch stutzig werden. Trotzdem schieben Sie jetzt - das ist noch im Gesetzgebungsverfahren - einen Gesetzentwurf zur Veränderung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach, der das Ganze noch verschlimmern wird, der die Möglichkeit der Berücksichtigung von Sozialpolitik in der Arbeitsmarktpolitik verschlechtert, weil den Kommunen kein Zugriff mehr etwa auf Gelder, mit denen sie experimentieren können, gegeben wird. Es geht um Menschen, und es geht nicht um Produkte. Das müssen wir bedenken, wenn wir überlegen, wie wir das Geld vernünftig ausgeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht, gerade weil es sich um Personen mit sehr komplexen,

individuellen Problemlagen handelt, um Dezentralität und Selbstständigkeit. Gegen die Art und Weise, wie das Ministerium hier führt, ist die Bundeswehr regelrecht ein demokratischer Verein. Da gibt es mehr Dezentralität als im Bereich dieses Ministeriums.

(Dirk Niebel [FDP]: Die Bundeswehr ist demokratisch!)

Zu dieser Art von Kommandowirtschaft passt auch die Art und Weise, wie die Vertreter der Bundesregierung, wenigstens wie ich es wahrnehme, durch die Lande ziehen. Sie machen, wie mir berichtet wird, oft in brüsker Weise Ansagen wie „Wir ziehen das jetzt so durch“, sie hinterlassen Ratlosigkeit, Mutlosigkeit und Verzweiflung.

(Andrea Nahles [SPD]: Oh je!)

- Wenn es schon nicht die Einsicht ist, Frau Nahles, dann sollte vielleicht doch der politische Selbsterhaltungstrieb ein Umdenken einleiten. Sie lachen. Dann ist die Lust am Untergang offensichtlich so groß, dass Sie an Ihrem politischen Geschäftsmodell des systematischen Enttäuschens und Vor-den-Kopf-Stoßens von allen vor Ort, die Ahnung haben, weiter festhalten wollen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß auf diesem Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zu diesem Geschäftsmodell des systematischen Enttäuschens passt auch - ich kann es leider nicht mehr lange ausführen -, wie Sie, Herr Scholz, auf die unsägliche Kampagne des Springer-Konzerns gegenüber den Arbeitslosengeld-II-Beziehenden reagieren. Den Umfang des Missbrauchs, von dem in dieser Kampagne die Rede ist, gibt es gar nicht. Da muss der Herr Weise sich hinstellen und sagen: Das stimmt nicht. - Sie haben die Möglichkeit, in einem Interview dazu Stellung zu nehmen, und das Beste, was Ihnen einfällt, ist, zu sagen: Wir führen jetzt mehr Kontrollen bei Schwarzarbeit mithilfe des Zolls durch. Sie sollten sich lieber vor die Arbeitslosengeld-II-Beziehenden stellen und sagen: Die ganz überwiegende Mehrheit, fast alle, wollen Arbeit und betreiben keinen Missbrauch. Ich erwarte von einem Sozialminister, dass er sich der Rechte dieser Leute annimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Das tun Bündnis 90/Die Grünen.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Stefan Müller für die Unionsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Eigentlich ein ganz Vernünftiger!)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Dr. Kolb, vielen Dank für das Kompliment. -

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Haushaltsdebatten laufen doch immer irgendwie

nach dem gleichen Schema ab: Der FDP ist das Leistungsvolumen unseres Sozialhaushaltes generell zu

hoch. Den Linken ist dieses Volumen generell zu niedrig.

Die Grünen können sich nicht wirklich entscheiden,

was sie nun wollen: ein bisschen mehr oder ein bisschen

weniger.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]:  
Hühnerhaufen!)

Auch für uns wäre es vielleicht einmal wichtig, zu wissen, wohin sie eigentlich wollen. Herr Kurth, Sie haben es leider nicht geschafft - vielleicht war das auch der Zeit geschuldet -, uns aufzuzeigen, was die Grünen perspektivisch wollen.

Ich bin froh, dass wir eine wesentliche Konstante haben: Frau Lehn informiert uns darüber, wie ihre Familienmitglieder heißen. Nach Tante Käthe haben wir jetzt Onkel Paul kennengelernt.

(Zuruf von der FDP: Onkel Otto! - Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie jetzt eigentlich ein Inhaltsverzeichnis für das Protokoll, oder was gibt das?)

- Es fehlt uns Onkel Otto. - Tante Käthe war diejenige, die gut wirtschaften konnte. Onkel Paul war derjenige, der mit dem Geld nicht auskam. Es fehlte noch die wesentliche Information, ob er Sozialdemokrat war. Das würde manchen von uns hier noch interessieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Elke Ferner [SPD]: Der war von der CSU!)

Unser Sozialbudget umfasst über 700 Milliarden Euro, alle Sozialleistungen zusammengerechnet. Das sind pro Bürger pro Jahr 8 500 Euro. Wer angesichts von 700 Milliarden Euro behauptet, dass unser Land unsozial sei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, der sagt schlicht die Unwahrheit. Das kann doch nun wirklich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niemand kann behaupten, dass unser Land unsozial sei. Natürlich steht unser Sozialstaat gerade wegen seines großen Leistungsvolumens immer wieder in der Kritik. Natürlich gibt es auch politische Kräfte, die einen funktionierenden Sozialstaat eben nicht als Wirtschaftsfaktor sehen, liebe Kollegen von der FDP; vielmehr tun sie immer so, als wäre ein funktionierender Sozialstaat eine Belastung für die Wirtschaft.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Nein!)

Da sage ich: Soziale Sicherheit hat auch etwas mit sozialem Frieden zu tun, und sozialer Frieden ist die Grundlage dafür, dass wir auch wirtschaftlich erfolgreich sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Deswegen sind wir Volkspartei!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Niebel?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):  
Bitte.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Müller. - Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir durchaus der festen Überzeugung sind, dass ein funktionierender Sozialstaat ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist? Sind Sie ferner bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es durchaus kritikwürdig sein kann, wenn 700 Milliarden Euro - es handelt sich um das Geld anderer Leute, nämlich der Steuerzahler

und Beitragszahler - eingesetzt werden und es trotzdem noch Kinderarmut in Deutschland gibt, wie der Armutsbericht der Bundesregierung deutlich macht? Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass man die Verteilung der in dem Sozialsystem befindlichen öffentlichen Mittel durchaus zu Recht kritisieren kann?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Kollege Niebel, ich nehme zur Kenntnis, dass das, was Sie hier sagen, und das, was Sie teilweise in Interviews vortragen, und vor allem das, was Sie in Ihre Programme schreiben, sich zuweilen doch sehr stark unterscheidet. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage nur: Ohne wirtschaftlichen Erfolg wird es auch keine soziale Sicherheit geben. Aber genauso wird es ohne soziale Sicherheit und ohne sozialen Frieden keinen wirtschaftlichen Erfolg in unserem Lande geben.

(Beifall des Abg. Gerald Weiß [Groß-Gerau]

[CDU/CSU] - Dirk Niebel [FDP]: Genau das steht in unserem Programm!)

Deswegen müssen auch Sie begreifen, Herr Niebel, dass Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zwei Seiten der gleichen Medaille sind und dass das eine nicht ohne das andere geht. Das sagen Sie jedenfalls hier so deutlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die sozialpolitischen Politikbereiche gehören von jeher zu den zentralen Handlungsfeldern einer jeden Bundesregierung.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren in der Großen Koalition Wichtiges auf den Weg gebracht.

Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass die Arbeitslosigkeit bekämpft werden konnte und dass die Beschäftigung in unserem Land hat ansteigen können.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Die ist nicht angestiegen!)

Wir haben dem Fachkräftemangel entgegenwirken können.

Wir haben aber auch unseren Beitrag dazu geleistet, dass die Rente gesichert wird und vor allem Altersarmut verhindert wird.

Wir waren in den vergangenen drei Jahren als Große Koalition also erfolgreich. Ich sage noch einmal: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Die Beschäftigung ist gestiegen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist gesunken. Auch die Beschäftigung Älterer - ein wesentliches Ziel unserer Arbeit - ist gestiegen. Wir haben Einstellungshemmnisse abgebaut.

Nun gibt es eine rege Diskussion darüber: Wem ist denn das zu verdanken? Zunächst einmal ist für den Aufschwung am Arbeitsmarkt natürlich die Tatsache ursächlich, dass die Arbeitnehmer in unserem Land in den vergangenen Jahren auch durch Lohnzurückhaltung dafür gesorgt haben, dass Arbeitsplätze in Deutschland wieder wettbewerbsfähig geworden sind. Natürlich haben Unternehmer neue Märkte erschlossen, neue Produkte entwickelt, neue Arbeitsplätze geschaffen und zur Verfügung gestellt.

Da dieser Beschäftigungsaufbau insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben, in familiengeführten Unternehmen stattgefunden hat, halte ich es für unanständig, dass Sie, Kollegen von den Linken, familiengeführte Unternehmen so diffamieren, wie es in den vergangenen



Tagen insbesondere Herr Lafontaine getan hat.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der FDP - Steffen  
Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!)

Es waren gerade diese Unternehmen, die in den letzten  
Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Dort  
herrscht langfristiges Denken vor und eben nicht Denken  
in Quartalen, und Shareholder-Value spielt nicht die  
Rolle wie anderswo. Was Sie ansonsten kritisieren, gibt  
es in familiengeführten Unternehmen nicht. Deswegen  
sage ich noch einmal: Sie tun gut daran, diese Unternehmen  
nicht so zu diffamieren, wie Sie es getan haben. Ich  
bin froh darüber, dass wir Unternehmen in unserem  
Land haben, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht  
werden und in den vergangenen Jahren auch neue Arbeitsplätze  
geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben in den vergangenen drei Jahren viel erreicht.  
Wir werden - das ist angedeutet worden - noch  
einiges auf den Weg bringen müssen, etwa im Zusammenhang  
mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen  
Instrumente. Ich betone: Es geht hierbei nicht  
in erster Linie darum, Geld einzusparen, sondern es geht  
darum, die Instrumente neu zu ordnen, einfacher zu machen,  
Beitragsmittel wirkungsvoller einzusetzen, damit  
auch diejenigen in den Arbeitsmarkt integriert werden  
können, die vom Beschäftigungsaufbau bislang noch  
nicht profitiert haben. Auch dabei, Herr Minister Scholz,  
werden Sie unsere Unterstützung haben. Wir werden in  
den nächsten Wochen sicherlich noch etliche Male darüber  
reden können.

Ich halte fest: Eine erfolgreiche Sozialpolitik ist die  
Voraussetzung für innenpolitische Stabilität. Sie ist Garant  
für sozialen Frieden, für politischen und ökonomischen  
Frieden. Wir tragen mit dem Bundeshaushalt für  
das Jahr 2009 diesem Umstand Rechnung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Andrea Nahles für die  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Es ist immer dasselbe:

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eben nicht!)

Wenn es gute Arbeitsmarktzahlen gibt, dann war es,  
wenn man der Opposition glauben darf, die Konjunktur;  
aber wenn, was möglich ist, aufgrund der konjunkturellen  
Abschwächung die Arbeitslosenzahl im nächsten  
Jahr vielleicht wieder steigen wird,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dann ist es die  
SPD!)

dann wird es natürlich die Regierung schuld sein.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Nicht die Regierung! Es ist genau andersherum!)

Sie müssen sich irgendwann entscheiden, wie es denn  
ist. Warum können Sie sich nicht einfach einmal entscheiden,  
zu sagen: „Sie haben mit einer konsequenten

Haushaltskonsolidierung und einer sehr guten Arbeitsmarktpolitik Ihren Job gut gemacht“?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sobald Sie beides machen, werden wir das tun! Aber Sie machen es ja nicht!)

Das wäre doch ein Punkt, auf dem wir aufbauen könnten. Über Verbesserungen können wir gern streiten. Aber das ist erst einmal unsere Aufgabe, und der sind wir nachgekommen.

Ich will das unterstreichen: Wir haben 510 000 Arbeitsplätze mehr. Wir haben über 40 Millionen Erwerbstätige.

Das ist die höchste Zahl seit langem. Wir haben durch Programme wie WeGebAU, „JobPerspektive“ und Kommunal-Kombi im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosen die Weichen richtig gestellt. Die ersten Ergebnisse - minus 20,5 Prozent bei der Langzeitarbeitslosigkeit - sind da. Hier müssen wir noch besser werden.

Wir müssen auch in den Ländern noch besser werden, wo es nicht selten an der Kofinanzierung für genau diese Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hapert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen gern eine Liste reichen, aus der hervorgeht, wo das besonders problematisch ist.

Wenn es so ist, wie wir sagen, dass sich die Arbeitsmarktpolitik auszahlt und die Menschen, die gefördert werden, bessere Vermittlungschancen haben, dann kann man die Arbeitslosenversicherungsbeiträge nicht als Spielball für Landtagswahlen nutzen. Da kann ich nur hoffen, dass nach dem 28. September, 18 Uhr, wieder mehr Vernunft in die Debatte einkehrt.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Forderungen von Herrn Clever, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2,5 Prozent zu senken, kann ich nur sagen: Darf es noch etwas weniger sein? Herr Kauder und andere sprechen von 2,8 Prozent. Ich sage Ihnen: Wir Sozialdemokraten sind bereit, die Spielräume, die da sind, zu nutzen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Mehr wollen wir auch gar nicht! - Dr. Norbert Röttgen

[CDU/CSU]: Wie großzügig!)

Wir haben - das ist unsere gemeinsame Leistung - die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt. Da ist auch noch mehr drin.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Genau!)

Wir dürfen aber den Hosenbund, Herr Kauder, nicht so eng schnallen, dass am Ende die Arbeitslosenversicherung wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel die Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen - das ist unsere erste Priorität -

(Dirk Niebel [FDP]: Gut, dass Sie hier keinen Wahlkampf machen!)

in einer Phase sich abschwächender Konjunktur nicht mehr in dem Umfang, wie es notwendig wäre, leisten kann.

(Beifall bei der SPD - Volker Kauder [CDU/CSU]: Sonst gehen wir noch weiter zurück!)

Lassen Sie uns deswegen doch einfach dabei bleiben, was wir vereinbart haben, nämlich zu schauen, was geht,

und das dann zu machen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Zugleich muss aber immer die Hauptaufgabe im Blick bleiben, nämlich die Vermittlung von Arbeitslosen. Ich erwähne an dieser Stelle auch, was wir meiner Meinung noch besser machen müssen. 25 Prozent der Mitarbeiter in den Argen und Optionskommunen haben befristete Arbeitsverhältnisse. Wir haben zwar 7 000 Stellen in den letzten beiden Jahren entfristet. Ich möchte aber, dass klar ist, dass das Rückrat unserer Arbeitsvermittlung – das sind die Vermittlerinnen und Vermittler vor Ort – gestärkt wird und noch mehr Leute dort eine feste und nicht eine befristete Anstellung haben. Auch insgesamt brauchen wir noch mehr Menschen, die sich um Vermittlung kümmern. Das ist unsere feste Überzeugung. (Beifall bei der SPD)

Wir werden uns auch mit der Frage der Arbeitsmarktinstrumente befassen müssen. Wir wollen zum einen deren Zahl reduzieren. Ich kann Ihnen – das sage ich insbesondere an die FDP gewandt – gerne im Detail auflisten, was wir da machen. Aber der entsprechende Gesetzentwurf dürfte Ihnen längst bekannt sein, Frau Winterstein. Es ist tatsächlich so. Wichtig ist zum anderen aber, dass den Regionen mehr Handlungsspielräume eingeräumt werden. Deswegen bekenne ich mich hier klipp und klar zu der Ansicht, dass innovative Ansätze und freie Förderung mit einem Anteil von 1 bzw. 2 Prozent am Gesamtbudget nicht ausreichend bedacht sind. Ich stelle mir vor, diesen Anteil auf 10 bis 15 Prozent anzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Position wird die SPD-Bundestagsfraktion auch in den parlamentarischen Beratungen deutlich machen. Schließlich möchte ich mir noch die Bemerkung erlauben, dass Maßnahmen mit Blick auf den Hauptschulabschluss eine der zentralen Neuerungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten sein werden. Der Arbeitsminister hat das eben ausgeführt. Wer kann denn im Ernst dafür sein, dass ein Rechtsanspruch auf einen Schulabschluss verwehrt wird? „Pfui!“, sage ich dazu nur. Jeder, der das tut, hat die Grundlagen nicht begriffen; denn Bildungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb

[FDP]: Erst die Hauptschule abschaffen und dann die Abschlüsse fördern wollen!)

– Wir bauen aus Haupt- und Realschule eine schöne Realschule plus. Wir schaffen nichts ab. Sie können aber gerne einmal zu mir nach Rheinland-Pfalz kommen, Herr Kolb.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen brauchen wir die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Dr. Ralf Brauksiepe das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Die Große Koalition ist drei Jahre im Amt. Die Zwischenbilanz auf dem Arbeitsmarkt sieht so aus: fast 2 Millionen Arbeitslose weniger als im letzten rot-grünen Sommer 2005, fast 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr als im letzten rot-grünen Sommer 2005, davon über die Hälfte in Vollzeit. Das ist eine gute Bilanz nach drei Jahren, eine Bilanz, auf die wir mit Recht stolz sein können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben nicht nur mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, wir haben auch höhere Löhne. Das schlägt sich in höheren Steuereinnahmen nieder, über die wir im Bundeshalt verfügen können. Es schlägt sich natürlich auch in höheren Einnahmen der Sozialversicherungen nieder.

(Dirk Niebel [FDP]: Netto bleibt weniger übrig!)

Die Entwicklung bei den Renten, auf die Kollege Fuchtel völlig zu Recht hingewiesen hat, ist nicht darauf zurückzuführen, dass wir die Renten gekürzt hätten. Im Gegenteil, wir haben sie erhöht, sogar stärker, als es die Rentenformel vorsah. Sie hat vielmehr etwas damit zu tun, dass wir durch mehr Beschäftigung und aufgrund vielfach höherer Löhne auch mehr Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen erzielt haben. Das ist die Bilanz, die wir vorzuweisen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist gut, dass das in diesen Tagen auch durch die aktuelle Studie des DIW, die mit ihrem Zahlenmaterial über das Ende der rot-grünen Regierung hinausgeht, bestätigt worden ist. Die Bilanz ist klar: Das Armutsrisiko in Deutschland ist gesunken. Die Lohnspreizung ist kleiner geworden. Es gibt keine weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors. Jeder kann es beobachten. Wir haben heute Tarifabschlüsse, die deutlich über die Forderungen der Gewerkschaften, die sie in der Zeit der früheren Regierung gestellt haben, hinausgehen. Das ist auch eine logische Entwicklung. Jeder weiß – auch der Armutsbericht der Bundesregierung macht es deutlich –:

Arbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko. Deshalb ist es logisch und richtig: Wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, dann geht auch die das Armutsrisiko zurück. Wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, dann – und genau dann – kann man auch den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken. Genau das streben wir für die Zukunft an.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Aufschwung hat längst die Älteren erreicht; er hat die Langzeitarbeitslosen und die Geringqualifizierten erreicht. Weil das von der linken Seite dieses Hauses nicht mehr bestritten werden kann, wird die Mär erzählt, es gebe immer mehr Armutslohne, der ganze Aufschwung sei durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse erkaufte usw. Ich will deutlich machen, was die Realität ist und was uns von anderen unterscheidet. Wenn wir von Niedriglöhnen sprechen, dann sprechen wir von Löhnen, die zwei Drittel unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Der Niedriglohnsektor beginnt bei uns bei einem

Stundenlohn von 9,60 Euro. Wenn jemand aus der Langzeitarbeitslosigkeit eine Beschäftigung mit einem Lohn von 9,60 Euro findet, einem Lohn, der weit jenseits dessen liegt, was an Mindestlöhnen gefordert wird, dann ist er, statistisch gesehen, ein Bezieher von Niedriglöhnen mehr. Wenn dieser eine große Familie hat, dann muss er vielleicht noch aufstockendes Arbeitslosengeld II bekommen. Die Statistik weist dann einen Bezieher von Niedriglöhnen und einen Aufstocker mehr auf. Vor allem aber gibt es einen Langzeitarbeitslosen weniger. Sie sehen das als ein Zeichen von sozialem Elend, wenn ein Langzeitarbeitsloser für mehr als 9 Euro eine Beschäftigung findet. Für uns ist das sozialer Fortschritt mit Blick auf den betroffenen Menschen und seine Familie. Das ist der Unterschied, und das ist die Realität in diesem Land. (Beifall bei der CDU/CSU – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Tarnen, tricksen, täuschen!)

Es geht dabei um 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens und entsprechender Löhne. Das ist weit über dem Durchschnitt der Länder um uns herum, die immer angeführt werden, wenn es um Armut und Entlohnung geht.

Wir müssen wegkommen von einer Debatte, in der am Anfang gesagt wird: Wir müssen das soziale Netz ausweiten und es stabil machen. – Wir sind sehr für ein dichtes soziales Netz und soziale Sicherheit. Wenn man aber anschließend sagt: „Jeder, der eine Transferleistung bekommt, ist arm“, dann ist das falsch. Der Sozialstaat schützt vor Armut. Wer zu Recht eine soziale Leistung in Anspruch nimmt, der ist deshalb nicht arm, vielmehr – auch das macht der Armuts- und Reichtumsbericht deutlich – schützt dieser Sozialstaat mit den Leistungen, die er gewährt, davor, dass Menschen in Armut geraten. Diesen Sozialstaat wollen wir erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will auch etwas zu der Kritik sagen, die von anderer Seite geäußert wurde. Wir haben in diesem Jahr in der Tat etwas gemacht, was man wirklich nur in einer guten konjunkturellen Lage und bei einer sehr guten Lage auf dem Arbeitsmarkt tun kann. Wir haben die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für ältere und langjährige Beitragszahler ausgebaut, und wir haben gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Das ist genau der richtige Weg gewesen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wie geht es jetzt weiter? – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:

Propaganda!)

– Sie von der FDP haben uns genauso wie die Grünen, die ihrer alten Propaganda verfallen sind, gesagt, man dürfe den Arbeitslosengeldbezug nicht ausweiten, da sich die Leute dann in die soziale Hängematte legen würden. Ich empfehle Ihnen, nach Bochum zu gehen, wo Nokia zugemacht hat. Dort ist es jetzt gelungen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wie viele Leute haben denn gesagt: „Geht mir weg mit der Arbeit, ich gehe erst mal drei Monate lang in die Hängematte, da ich ja länger Arbeitslosengeld bekomme“? – Das hat kein Einziger gesagt.

Es ist richtig, Menschen auch dafür zu belohnen, dass sie lange Beiträge zahlen. Davon geht der Sozialstaat

nicht unter, das ist sozial gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist Wahlkampf!)

Es hat sich gezeigt, dass das richtig ist. Die Menschen wollen arbeiten. Sie nehmen auch Arbeit an. Wir machen ihnen in dieser Großen Koalition mit vernünftigen Rahmenbedingungen dazu Mut. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Brauksiepe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kolb?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Selbstverständlich, was soll er sonst machen?

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Brauksiepe, das, was Sie gesagt haben, sollte ja in Wirklichkeit von der Kernfrage ablenken, nämlich wohin der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in der näheren Zukunft geht. Gilt das Wort von 2,8 Prozent, was Herr Kauder gestern gesagt hat, oder war das nur eine Wahlkampfshow von Herrn Kauder und Herrn Huber?

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat bei Ihnen was zu sagen, Herr Brauksiepe?)

Wollen Sie weiter absenken und wohin? Welche Möglichkeit sehen Sie da?

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Kollege Kolb, wir haben beschlossen, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf 2,8 Prozent zu senken.

Das ist kein Alleingang von Volker Kauder, sondern das ist die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Daran werden wir Sie messen!)

Dafür setzen wir uns ein. Wir sind fest davon überzeugt, dass das ohne Leistungskürzungen geht, ohne die Kürzung von aktiven und passiven Leistungen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dann wird es ja auch mit dem Koalitionspartner keine Probleme geben!)

Das ist ohne Verschiebebahnhöfe möglich, weil wir auf dem Arbeitsmarkt immer weniger Arbeitslosigkeit haben, sodass sich eine entsprechende Dividende ergibt, die an die Beitragszahler weitergegeben werden kann. Wir haben dreimal Beschlüsse gefasst und den Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt, und wir sind sehr zuversichtlich, dass wir das auch ein weiteres Mal hinkommen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das müssen Sie nur noch der Kollegin Nahles nahebringen!)

Das ist mit dem Koalitionspartner nicht immer einfach, aber wir sind ja auch nicht zusammen in der Regierung, damit es immer einfach ist. Wir sind gemeinsam drei Jahre zu vernünftigen Lösungen gekommen und haben eine hervorragende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erreicht, und das schaffen wir auch weiterhin. Wenn Sie in Zukunft beim Regieren wieder mitmachen wollen, Herr Kollege Kolb, dann müssen Sie erst einmal wieder auf einen so vernünftigen, realistischen Kurs kommen.

Dann kann man darüber reden, vorher nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben nicht einfach nur zusätzliche Arbeit in diesem Land, sondern zusätzliche Arbeit, die Menschen aus dem Transferbezug gelöst hat, die dafür gesorgt hat, dass es den Menschen in diesem Land wieder besser geht.

Wir werden diesen Weg auch im vierten und letzten Jahr der Großen Koalition gemeinsam weitergehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Irmgard Schewe-Gerigk

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat gesagt:

„im letzten Jahr der Großen Koalition“!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Einzelplan 17.

Das Wort hat die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden auch im nächsten Jahr wieder in Familien investieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Gegenüber der Finanzplanung wächst der Einzelplan 17 um 410 Millionen Euro.

Unsere Aufgabe in der Familienpolitik ist es, immer wieder den Blick für die Frage zu schärfen: Wie können wir Familien, wie können wir Kindern und Jugendlichen Teilhabe, Selbstständigkeit und Entfaltung ihrer Fähigkeiten ermöglichen? Dazu sind in verschiedenen Lebensphasen und in verschiedenen Lebenssituationen differenzierte Leistungen notwendig.

Wir haben den Etat für das Elterngeld gegenüber 2008 um 135 Millionen Euro angehoben, nicht nur wegen der Konjunktur, die bessere Einkommen für junge Familien und damit eine höhere Einkommensersatzleistung mit sich bringt, sondern auch und vor allem weil die Geburtenrate gestiegen ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das ist ein Vertrauensbeweis der jungen Menschen in unser Land; wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Besonders freut mich die wachsende Akzeptanz der Partnermonate bei den jungen Vätern. Bei der Einführung des Elterngeldes lag die Zahl der Väter, die Elternzeit nahmen, in Stein gemeißelt bei 3,5 Prozent. Mittlerweile nimmt in 16 Prozent der Elterngeldhaushalte ein Vater Elternzeit, Tendenz weiter steigend. Das hilft nicht nur, das Bild der Väter in unseren Köpfen zu verändern, sondern es ist auch ein Riesengewinn für die Kinder, ihren Vater hautnah zu erleben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist die folgerichtige nächste Investition gewesen; denn gerade auf den Anfang kommt es an, wenn die ersten Weichen für Bildungschancen für alle Kinder gestellt werden. Der

nächste entscheidende Schritt ist der Übergang von Schule in den Beruf. Hier sind viele Akteure gefragt; das ist klar: die Länder mit den Schulen, die Wirtschaft, die Bundesagentur für Arbeit. Wir haben die Aufgabe, auf Bundesebene mit den Modellprogrammen genauer hinzuschauen, wenn Jugendliche sich besonders schwertun und im Regelsystem verloren gehen. Deshalb verstärken wir 2009 die jugendpolitischen Leistungen für sozial benachteiligte Jugendliche und für junge Migrantinnen und Migranten. Da geht es um eine zweite Chance für die harten Schulverweigerer. Es geht um eine bessere Vernetzung der Jugendsozialarbeit mit der Schule und um den Übergang von der Schule in den Beruf. Mit dem ESF und der Kofinanzierung setzen wir dafür mehr als 180 Millionen Euro ein.

Die Förderung des Zivilengagements soll mit dem Haushalt 2009 gegenüber der Finanzplanung um 2 Millionen Euro auf dauerhaft 12 Millionen Euro aufgestockt werden. Das ist gut angelegtes Geld. Das bürgerschaftliche Engagement verändert sich; das sehen wir. Auf der einen Seite sinkt die Anzahl der Vereine und auch der Mitgliedschaften in den Vereinen. Auf der anderen Seite sehen wir, dass die Spendenbereitschaft, die Zahl der Bürgerstiftungen und die Unternehmensaktivitäten steigen. Darauf müssen wir reagieren; denn es wollen sich viele engagieren, aber sie brauchen den richtigen Impuls dafür.

Wir haben den Einzelplan 17 noch an einer anderen Stelle aufgestockt. Für den Ausbau des Kinderzuschlags brauchen wir jetzt mehr als 253 Millionen Euro zusätzlich. Das ist richtig; denn auch bei einem niedrigen Einkommen muss gelten: Arbeit lohnt sich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Kinderzuschlag wirkt gegen Kinderarmut, und er ist gleichzeitig ein arbeitsmarktpolitischer Anreiz. Wir erreichen mit dem neuentwickelten Kinderzuschlag im Zusammenspiel mit der Wohngeldreform eine viertel Million Kinder. Es sind 150 000 Kinder mehr, die aus Hartz IV herauskommen. Das Ziel ist immer, Familien unabhängig zu machen, dass sie auf eigenen Füßen stehen können, dass sie die Kinder haben können, die sie sich wünschen, und diese Kinder gut ins Leben begleiten können.

Wir diskutieren jetzt über die Erhöhung des Kindergeldes. Das ist richtig und das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Kindergeld für das erste und zweite Kind ist seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Für das dritte Kind und die folgenden Geschwister ist das Kindergeld seit 1995 nicht mehr erhöht worden. Dabei sind es gerade die kinderreichen Familien, die auf das Kindergeld angewiesen sind. Sie haben unvermeidbare Fixkosten. Sie brauchen die größere Wohnung, mehr Heizung, mehr Lebensmittel, mehr Kleidung, mehr Schulmaterial. Die Waschmaschine läuft häufiger. Das kann nicht nur durch mehr Arbeit erwirtschaftet werden. Da ist das Kindergeld unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In vielen europäischen Ländern gibt es - in Deutschland



gab es dies lange - aus gutem Grund ein gestaffeltes Kindergeld. Ich halte das für richtig; denn Kinderreichtum darf nicht zu Armut führen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun hören wir in diesen Tagen öfter den Satz: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Caren Marks [SPD]: Ein sinnvoller Satz!)

Wer würde da nicht auf den ersten Blick - dieser Satz hört sich gut an -

(Caren Marks [SPD]: Auch auf den zweiten Blick!)

wohlwollend nicken? Sicher alle, außer der Finanzminister. Den kostet das nämlich 15 Milliarden Euro.

(Christel Humme [SPD]: Wo haben Sie das denn her?)

Warum? Weil Politik bekanntlich mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt. Die Wirklichkeit ist: Keineswegs zahlt der Staat für jedes Kind gleich viel, weil er in verschiedenen Lebenssituationen differenziert Teilhabe und Gerechtigkeit ermöglicht. Wer Arbeitslosengeld II bezieht und Kinder hat, erhält für seine Kinder kein Kindergeld - es wird verrechnet -, sondern das höhere Sozialgeld.

Aus gutem Grund; denn hier geht es um das Existenzminimum des Kindes. Das sind je nach Alter des Kindes 211 bis 281 Euro. Diejenigen, die den Kinderfreibetrag im Steuerrecht heute voll ausschöpfen, erhalten eine Entlastung von bis zu 230 Euro im Monat.

Aus gutem Grund; denn diejenigen, die Kinder erziehen, dürfen im Vergleich zu denjenigen, die ein gleich hohes Einkommen haben, aber keine Kinder erziehen, nicht so hoch besteuert werden. Auch das ist eine Frage des Existenzminimums.

(Beifall bei der CDU/CSU - Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich führe diesen Gedanken erst zu Ende, dann gerne. Nur die Familien in der Mitte, die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, erhalten das reine Kindergeld von 154 Euro für das erste, zweite und dritte Kind und von 179 Euro für das vierte. Wenn man das alles auf ein Niveau bringen will, dann kann man das Ganze doch wohl nicht auf das niedrigste Niveau herunterstufen. Dann muss man vielmehr lege artis auf das höchste gemeinsame Niveau heraufzustufen. Das würde 15 Milliarden Euro kosten - eine Illusion, die mit der Realität wenig zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun steht der Vorschlag im Raum, einen Kindergrundfreibetrag einzuführen. Ich kann Neugierige davor nur warnen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Absolut!)

Das wäre ein Systemwechsel mit erheblichen Nebenwirkungen, vor allen Dingen mit erheblichen unerwünschten familienpolitischen Nebenwirkungen. Der Wechsel vom heutigen Freibetrag zu einem Grundfreibetrag heißt

erst einmal: Alle mit Kindern, die Steuern zahlen - Facharbeiter, Lehrerinnen, Alleinerziehende -, müssen in Zukunft mehr Steuern zahlen. Das kann ja wohl nicht das Ziel sein. Das Absurde ist: Je mehr Kinder, desto stärker die Auswirkungen dieses Systemwechsels. Der vorgeschlagene Grundfreibetrag schneidet das Einkommen unten ab - vorweg. Das heißt: Mit jedem Kind steigt man bei der Besteuerung des verfügbaren Einkommens in einen höheren Tarif ein. Mit jedem Kind steigt der Steuersatz.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)  
Nebenbei steigen auch der Soli und die Kirchensteuer, natürlich nur für Familien mit Kindern. Was hat denn das mit Steuergerechtigkeit zu tun, wenn Kinder steuererhöhend wirken?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Überhaupt nichts!)

Das werden wir nicht zulassen.

Wer nun darüber nachdenkt, die Steuernehreinnahmen, die sich durch diesen Systemwechsel bei den Familien holen ließen, in die Kindergelderhöhung zu stecken, dem gebe ich mit auf den Weg: Eine Kindergelderhöhung ist klasse, aber nicht, wenn sie aus einer bloßen Umverteilung zulasten der Familien resultiert.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Jetzt hat der Kollege Kurth das Wort.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Frau Ministerin. - Sie erwarten mutmaßlich eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro. Sie haben gerade die gestiegenen Kosten für Kinder angesprochen. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass der Kostenanstieg auch diejenigen Kinder betrifft, die im Arbeitslosengeld-II-Bezug bzw. im Sozialgeldbezug sind, und wie stehen Sie zu dem von den 16 Bundesländern im Bundesrat einstimmig gefassten Beschluss, der besagt, dass die entwicklungsbedingten Bedarfe für Kinder im Arbeitslosengeld II nicht ausreichend abgebildet sind und es deswegen einen ordentlichen Kinderregelsatz geben muss?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Exakt, weil es diese Diskussion gibt, werden die Regelsätze im Augenblick von den Experten überprüft.

Man kann das nämlich nicht aus dem hohlen Bauch heraus bestimmen.

(Dirk Niebel [FDP]: Als Grüner schon!)

Eine differenzierte Prüfung der Regelsätze ist erforderlich. Wenn wir die Ergebnisse haben, werden wir darüber zum gegebenen Zeitpunkt diskutieren.

Zum Abschluss: Der aktuelle Allensbach-Familienmonitor hat ergeben: Das Kindergeld ist die angesehenste familienpolitische Leistung in der Bevölkerung.

Und die Bevölkerung hat recht. Diese Leistung ist armutreduzierend, und sie stärkt die Familien in der Mitte.

Was die Bevölkerung aus eigenem Empfinden und eigenem Erleben als richtig einschätzt, wird von der Wissenschaft bestätigt: Das Kindergeld wirkt. Das Kindergeld stärkt Familien und vermeidet Armut, gerade bei Alleinerziehenden und Familien mit kleinem Einkommen und

mehreren Kindern. Wenn Ende September der Existenzminimumbericht vorliegt, werden wir über den Spielraum entscheiden können. Doch die Erhöhung ist für mich Pflicht und nicht Kür.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU - Caren Marks  
[SPD]: Kein Wort zum Einzelplan 17! Senioren, Frauen und Jugend gibt es für Frau von der Leyen nicht, können wir feststellen! Eine ganz schön arme Rede für eine Ministerin! - Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unglaublich!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Miriam Gruß das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Miriam Gruß (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht haben wir gerade die zukünftige Finanzministerin sprechen hören.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über die jungen Menschen, über die Frauen kein Wort!)

Die FDP jedenfalls war mit weiten Teilen sehr einverstanden. Glänzende Rede, Frau Ministerin. Leider haben Sie eine kleinere, unbedeutendere Partei an Ihrer Seite, mit der ich mich jetzt ein bisschen auseinandersetzen möchte: die CSU.

Ich hatte gestern das Glück, Herrn Huber zuhören zu können.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Was ist denn daran ein Glück?)

Es war interessant, was Herr Huber hier gesagt hat. Herr Huber sprach auf einmal - hört, hört - von einer Mutter, die alleinerziehend ist und zwei Kinder hat. Da habe ich aufgehört. Das gibt es im Familienbild der CSU doch eigentlich gar nicht. Beckstein fordert im Übrigen mehr Geld für Hartz-IV-Kinder. Aber es ist Wahlkampf, und in einer Woche ist Wahl. Da erkennt auch die CSU: Nicht jedes Kind kommt mit einem goldenen Löffel im Mund auf die Welt. In dieser Analyse sind wir uns einig. Es gibt tatsächlich Kinder, bei denen wir eingreifen müssen, bei denen der Staat etwas tun muss. Jetzt stellt sich nur noch die Frage: Was ist zu tun?

Da muss ich Ihnen, die Sie regieren, sagen: Wir glauben, dass Sie hier auf dem falschen Dampfer sind.

(Beifall bei der FDP)

Denn was machen Sie? Sie ziehen den Familien zunächst das Geld aus der Tasche, schicken es durch einen gigantischen Umverteilungsmechanismus und geben es dann großzügig aus. Ich stimme zu: Eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro ist gut. - Man kann dennoch darüber diskutieren; denn Sie haben in den letzten drei Jahren dafür gesorgt, dass eine durchschnittliche vierköpfige Familie im letzten Jahr 1 600 Euro weniger zur Verfügung hatte, weil Sie den Familien das Geld mit Hilfe von 19 Steuererhöhungen aus der Tasche gezogen haben. Auch das muss an dieser Stelle ganz klar gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht und damit gerade die Familien belastet, die Sie jetzt durch eine Kindergelderhöhung entlasten wollen. Das ist ganz offensichtlich Wahlkampfgetöse. Heute, eine Woche vor der Landtagswahl in Bayern, fordert dies auch Frau Stewens. Oh Wunder!

Wir hingegen hatten im Vergleich zu allen anderen Fraktionen hier im Bundestag schon immer das familienfreundlichste Steuerkonzept,

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

mit niedrigen, einfachen und gerechten Steuersätzen von 10, 25 und 35 Prozent, mit einem einheitlichen Steuerfreibetrag in Höhe von 8 000 Euro - die Ministerin hat das gerade noch einmal bestätigt - und einer besseren steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten in Höhe von 12 000 Euro, die Eltern wirkliche Wahlfreiheit ermöglicht. Wir sagen weder, dass alle Kinder in die Krippe gesteckt werden müssen, noch, dass die drei Ks weiter gelten sollen, die in weiten Teilen Bayerns nach wie vor im Kopf verankert sind. Wir wollen Rahmenbedingungen, die es den Familien ermöglichen, sich frei zu entscheiden. Das ist mit unserem Steuerkonzept und unseren Auffassungen zur Kinderbetreuung möglich.

(Beifall bei der FDP)

Da ich gerade über die Steuererhöhungen gesprochen habe, ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Große Koalition, insbesondere die CSU, auch einmal Steuern gesenkt hat, und zwar bei der mechanischen Aufstiegshilfe.

(Dirk Niebel [FDP]: Stimmt!)

Für diejenigen, die nicht aus Bayern kommen: Damit sind die Lifte gemeint. Der Umsatzsteuersatz für Seilbahnfahrten ist von 19 Prozent auf 7 Prozent gesenkt worden. Ich freue mich darüber; denn jetzt kommt der Winter, und dann können Familien günstiger auf den Berg fahren. Skifahren macht ja Spaß. Hier handelt es sich um eine ganz bedeutende Steuer.

(Zuruf des Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU])

- Herr Singhammer, wir sprechen uns nach dem 28. September wieder.

(Caren Marks [SPD]: Ist das eine Drohung oder ein Versprechen?)

- Das ist eine Drohung. Herr Singhammer sitzt deswegen schon nur noch in der zweiten Reihe.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD)

An dieser Stelle sei gesagt: Einmal ist tatsächlich eine Steuer gesenkt worden. Das muss man lobend anerkennen. Aber wenn ich an Berge denke, denke ich an etwas ganz anderes - jetzt wird es wieder ernst -, nämlich an den Schuldenberg Deutschlands. Jedes Kind, das heutzutage auf die Welt kommt, hat bereits 18 000 Euro Schulden im Rucksack. Wenn wir auf die Berge fahren, dann sollten wir bitte schön auch an den Schuldenberg denken und daran, dass Kinder auf Schuldenbergen nicht spielen und erst recht nicht lernen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Christel Humme das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Christel Humme (SPD):

Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Die heutige Debatte über den Familienhaushalt ist zweierlei: ein Ausblick auf das, was wir noch zu tun haben - Frau Ministerin, Sie haben gerade schon vieles genannt -, aber auch eine kleine Bilanz der Großen Koalition über die Politikfelder, die wir gemeinsam zu verantworten haben. Als Bilanz können wir feststellen: Wir haben zur Überraschung vieler einiges Gutes geschafft; das ist gar keine Frage.

(Beifall des Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU])

Wir sind familienpolitisch endlich im 21. Jahrhundert angekommen, Herr Singhammer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ekin

Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr

Singhammer ist da bestimmt noch nicht angekommen!)

Die Bedenkenräger von damals sind heute voll des Lobes; das betrifft auch Sie. Sie wissen, dass gerade die bayerischen Väter Spitzenreiter sind, wenn es um die Beanspruchung der Vätermomente geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wir sind spitze, jawohl!)

Ich denke, daran wird deutlich, dass moderne sozialdemokratische Politik bei den Eltern sehr gut ankommt.

Dafür danke ich auch den beiden zuständigen Ministerien:

Ihnen, Frau von der Leyen, aber auch Finanzminister

Peer Steinbrück; denn er hat die finanziellen

Voraussetzungen geschaffen, dass der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige jetzt tatsächlich realisiert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er hat 4 Milliarden Euro und darüber hinaus Mittel für eine dauerhafte Förderung zur Verfügung gestellt. Dafür danken wir Ihnen recht herzlich.

(Ilse Falk [CDU/CSU]: Das hat das Parlament

entschieden, Frau Kollegin! - Ekin Deligöz

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für einen

Pakt haben Sie eigentlich mit den Ländern geschlossen?

Das wüssten wir gerne einmal! Sagen

Sie dazu doch auch einmal etwas!)

Was haben wir erreicht? Was die Zielformulierung

angeht, waren wir uns eigentlich immer einig. Wir wollten die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf; hier gab

es überhaupt keinen Dissens.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Was sagen denn die Länder dazu? Geben

die auch mehr aus?)

Über den Weg dorthin waren wir uns aber nicht immer

einig - das muss man ehrlicherweise sagen -, und hinsichtlich

der Interpretation, was unter echter Wahlfreiheit

zu verstehen ist, waren wir uns auch nicht einig.

In dieser Woche wurde eine Untersuchung des Allensbach-

Instituts veröffentlicht. Daraus ging ganz klar

hervor, dass zwei Drittel der Frauen immer noch meinen,

das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei

nicht gelöst, weil die Länder nicht für genug Betreuungsplätze gesorgt hätten. 97 Prozent der Frauen - diese Zahl finde ich besonders erstaunlich - sind der Auffassung, dass die Betriebe zu wenig für familienfreundliche Arbeitsbedingungen tun. Solange diese Zahlen im Raum stehen und solange es Untersuchungen gibt, die zu solchen Ergebnissen kommen, glaube ich, dass für Mütter, die berufstätig sein wollen, noch keine echte Wahlfreiheit besteht. Hier müssen wir mehr tun. Wir Sozialdemokraten werden unsere Ziele in diesem Bereich weiter verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

In der nächsten Woche - Gott sei Dank schon so früh - entscheiden wir über das Kinderfördergesetz, mit dem wir einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz begründen werden.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Dann geht es übrigens auch um das Betreuungsgeld!)  
Ich freue mich darauf. Die Länder werden aufgefordert, Tempo zu machen und mehr Betreuungsplätze anzubieten; das wird die gute Botschaft der nächsten Woche sein, und das ist wichtig. Wir müssen schneller werden, und zwar nicht nur, um unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, sondern auch, weil die Bildungschancen unserer Kinder verbessert werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der Mehrheit der Familien in Deutschland geht es gut;

(Otto Fricke [FDP]: Ja! So kann man das sagen!

Das ist eine ehrliche Aussage!)

ich glaube, das ist zweifelsfrei der Fall. Es gibt aber auch Familien, die vom Armutsrisiko bedroht sind. Ich bin froh, dass wir den Kinderzuschlag in der übernächsten Woche, am 1. Oktober, in Kraft treten lassen. Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, auch die Verbesserungen beim Wohngeld ab dem 1. Oktober in Kraft treten zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]: Haben wir das denn überhaupt schon beschlossen?)

Frau Ministerin, ich gebe Ihnen vollkommen recht: Mit diesen Instrumenten erreichen wir 250 000 Kinder und ihre Eltern. Vor allen Dingen - das ist mir wichtig - werden wir damit Mehrkindfamilien erreichen; das ist gut so.

Ich glaube, im Zusammenhang mit den Leistungen für Familien müssen wir ab Mitte Oktober auch über das Existenzminimum sprechen. Ich verhehle nicht: Auch ich bin dafür, dass wir das Kindergeld erhöhen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Ole Schröder [CDU/

CSU]: Das ist doch schon mal ein Fortschritt!)

Ich mache mir allerdings Gedanken darüber, welche Folgen es hat, wenn wir eine breitere Staffelung vornehmen und für diesen Bereich noch mehr Geld ausgeben. Eine breitere Staffelung bedeutet keine breitere Familienförderung. Wir wissen ganz genau, dass 90 Prozent der Familien ein bis zwei Kinder haben und - mehr noch - dass 94 Prozent der Alleinerziehenden ein bis zwei Kinder haben. Ich bin der Meinung, dass wir das Kindergeld erhöhen sollten. Eine breitere Staffelung lehne ich allerdings

ab, weil sie in der Breitenwirkung keinen Erfolg hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dezidiert der Auffassung, dass unser Familienleistungssystem in seiner derzeitigen Ausgestaltung sozial ungerecht ist. Ich halte es für nicht richtig, dass die Familien, die ein hohes Einkommen oder sogar ein Spitzeneinkommen haben, monatlich 230 Euro pro Kind erhalten,

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Darum geht es doch gar nicht!)

also 76 Euro mehr als die Familien, die über ein niedriges oder mittleres Einkommen verfügen; sie bekommen derzeit monatlich 154 Euro pro Kind.

(Beifall bei der SPD - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So einfach kann man das nicht sagen! So ist das nicht richtig!)

Ich bin dezidiert der Meinung - diese Auffassung teile ich mit meiner Fraktion und meiner Partei -, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Das verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit. Darum, Frau Ministerin, werden wir an dieser Stelle noch heftig miteinander streiten müssen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, unbestritten ist: Die beste Armutsprävention sind nicht Transferleistungen, auch nicht das Kindergeld. Die beste Armutsprävention kann nur die Beschäftigung der Eltern sein. Im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht wurde deutlich, dass das Armutsrisiko dann, wenn ein Elternteil beschäftigt ist oder wenn sogar beide Elternteile beschäftigt sind, auf 4 Prozent sinkt. Daher müssen wir uns damit beschäftigen, folgende Aufgaben zu lösen: Wir müssen erreichen, dass die Frauenerwerbsquote endlich auf europäisches Niveau steigt. Wir müssen erreichen, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern haben. Wir müssen natürlich auch erreichen, dass wir uns bei den Minijobs bewegen.

Wer sich die Statistiken genau anschaut, der stellt fest, dass die Personen, die vorrangig über ein Einkommen aufgrund einer geringfügigen Beschäftigung oder aufgrund eines Minijobs verfügen, zu 67,5 Prozent Frauen sind. Deshalb ist es unbedingt geboten, die Wochenstundenzahl auf 15 zu fixieren. Auch das ist ein Beitrag zu einem Mindestlohn. Besser für Frauen ist natürlich ein gesetzlicher Mindestlohn; denn ich weiß, dass die meisten Frauen in Branchen beschäftigt sind, in denen es keine tarifliche Bindung gibt. Deshalb nützt es auch nichts, wenn die Kanzlerin fordert, dass Tarifpolitik vorgehen soll. In diesem Bereich müssen wir unbedingt etwas tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich habe mich sehr stark für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz eingesetzt. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Gesetz seit dem Jahr 2006 haben. Dieses Gesetz gibt den Frauen die Chance, sich für ihre Rechte - zum Beispiel gleichen Lohn für gleiche Arbeit - einzusetzen und diese einzuklagen. Mir war es immer sehr wichtig, dass es eine

Antidiskriminierungsstelle gibt; denn diese soll die Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, die Meinungsbildung zur Antidiskriminierung in der Öffentlichkeit, übernehmen. Ich war immer der Meinung, dass diese Stelle finanziell und personell gut ausgestattet sein sollte. Trotzdem war ich über die vorgeschlagene Steigerung des Haushaltsansatzes 2009 für die Antidiskriminierungsstelle - lange Zeit gefordert und erkämpft - sehr überrascht. 9 000 Euro wurden bisher für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben, 220 000 Euro sollen es im nächsten Jahr sein. Das ist gut. Ich füge aber hinzu, dass dies ein Geschmäcke hat; denn das Jahr 2009 ist ein Wahljahr. Wir werden genau hinschauen, was mit den Geldern der Antidiskriminierungsstelle gemacht wird. Das kann ich Ihnen schon jetzt versprechen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie das Bundesgleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst haben deutlich gemacht, was wichtig ist, wenn man Gleichstellung ernst meint. Wir brauchen unbedingt gesetzliche Regelungen; das ist die Überzeugung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Kollegin Humme, bitte achten Sie auf die Zeit!

Christel Humme (SPD):

Wir brauchen eine Quotierung, wenn es darum geht, Aufsichtsratssitze mit Frauen zu besetzen. Außerdem brauchen wir gesetzliche Mindestlöhne. Das ist unverzichtbar.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]:

Dann müsst ihr den Grünen-

Anträgen zustimmen! Dann habt ihr das alles!)  
Wir können den Frauen an dieser Stelle versprechen, dass das auf der sozialdemokratischen Agenda bleibt.  
Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Roland Claus das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden hier über das Geld des Bundes für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, über einen Etat, der uns von der Wiege bis zur Bahre begleitet, also gewissermaßen über einen Allgenerationenetat. Dafür sind im Bundeshaushalt 6 Milliarden Euro eingestellt; das entspricht 2 Prozent des Gesamtetats. Zum Vergleich: Der Militäretat ist fünf Mal größer. Von 100 Euro Steuergeld zahlen wir 2 Euro für Familien, Rentner, Kinder und Jugendliche, aber 10 Euro für Militärausgaben. - Selbstverständlich ist auch uns klar, dass nicht alles, worum es hier geht, vom Bund zu finanzieren ist. Wir sind aber der Auffassung, dass Zukunft so nicht gelingen kann, weil die Zustände in Deutschland nicht so sind, wie Sie sie beschrieben haben, Frau Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Kinder zu haben ist ein Armutrisiko. Wir wollen, dass sich das ändert.

Wir reden vor allem von einer besseren Kinderbetreuung als soziale und bildungspolitische Herausforderung.



Frau Ministerin, Sie haben hier gewiss eine Diskussion angestoßen, und das geht auch in Ordnung. Die realen Ergebnisse aber sind nicht besonders. Frau Ministerin, gemessen am Familienbild der CSU sind Sie wahrscheinlich eine Revolutionärin. Gemessen an zukunftsorientierter Familienpolitik in Sachen Kinderbetreuung sind Sie aber in hohem Maße versetzungsgefährdet.

(Beifall bei der LINKEN - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Was sind dann Sie?)

Wir müssen auch über eine dringend notwendige Nachholentwicklung im Westen reden. Es gibt eine nicht hinzunehmende Spaltung: Wir haben im Westen die Arbeitsplätze, aber keine Kitas, und wir haben im Osten die Kitas und keine Arbeit. Wir wollen, dass sich das ändert und nicht so bleibt. Dafür müssten Sie aber etwas anderes tun, als Sie mit diesem Etat jetzt vorhaben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir Zukunft gestalten wollen, dann brauchen wir eine neue Verbindung von Lernen, Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung, und das von Kindheit an. Ich erlebe auch bei Unternehmensbesuchen immer mehr, dass sich die Geschäftsführungen mangels kommunaler Angebote inzwischen wieder selbst helfen und Betriebskindergärten einrichten. So gesehen werden die heute als weiche Standortfaktoren beschriebenen Kitas, Kinderbetreuungseinrichtungen irgendwann die harten Standortfaktoren sein.

Natürlich müssen wir auch über Kinderarmut in einem reichen Land reden. Die Tendenz ist leider steigend. Das ist das Ergebnis Ihrer Arbeitsmarkt- und Niedriglohnpolitik. Ich finde es sehr charmant, wenn die Rednerinnen und Redner der SPD hier den gesetzlichen Mindestlohn einfordern. Ich muss Sie daran erinnern: Es gibt in diesem Bundestag eine parlamentarische Mehrheit für den Mindestlohn. Fassen Sie sich ein Herz, und bringen Sie das ein!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben zu konstatieren, dass 1965 nur jedes 75. Kind Sozialhilfe erhielt, während es 2007 jedes sechste Kind war, im Osten sogar jedes Vierte. Armut, die sich in den Gesichtern von Kindern widerspiegelt, muss uns doch zu Veränderungen in unserer Politik veranlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch ein paar Worte zu den Programmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus sagen. Vor zwei Jahren haben wir intensiv darüber gestritten, als diese zunächst abgewickelt werden sollten. Sie haben Ihre Position dann korrigiert, und die Programme werden fortgesetzt.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Das steht so im Koalitionsvertrag!)

Allerdings hat sich die Ministerialverwaltung nach dieser Entscheidung gerächt und den Zugang für Projektträger erheblich erschwert. In einer Situation, in der in diesem Lande der Rechtsextremismus als gesellschaftliche Bedrohung nicht etwa zurückgeht, sondern anwächst, brauchen wir diese Initiativen, Vereine und Projektträger. Wir sollten ihnen auch von dieser Stelle aus herzlich für die Arbeit danken, die sie leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Rechtsextremisten versuchen inzwischen, immer jüngere Menschen zu erreichen. Ein Mangel an historischer Bildung und soziale Notlagen wirken bei ihrem Agieren begünstigend.

Die Fraktion Die Linke wird auch in diesem Jahr eine ganze Reihe von Forderungen zur Veränderung des Etats einbringen. Das gilt gerade für den Bereich Familien und Jugendliche. Diese Forderungen sind uns teuer. Deren Umsetzung kostet nicht etwa 150 Milliarden Euro, wie hier immer gesagt wird. Im vergangenen Jahr haben wir Mehrausgaben in Höhe von 28 Millionen Euro vorgeschlagen, die gedeckt waren. Davon entfiel etwa die Hälfte auf diesen Bereich. Wir wollen uns auch weiterhin an dem Grundsatz orientieren: Den Kindern soll es einmal besser gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, insgesamt muss ich feststellen: Ihr Etat für das Jahr 2009 zeigt die gleichen Merkmale wie der Etat des Bundes insgesamt. Sie verzichten auf eine notwendige politische Gestaltung. Er ist der kleinste gemeinsame Nenner der Großen Koalition. So geht Zukunft nicht, aber es geht immer auch anders. Deshalb bietet die Fraktion Die Linke hier auch zahlreiche Alternativen an.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Ekin Deligöz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die nächste Rednerin.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden jetzt über einen Zukunftshaushalt und darüber, dass die Familien die Zukunft dieses Landes sind.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Sehr gut! -

Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Leider muss ich nach den Reden - auch der von Ihnen, Frau Ministerin - aber sagen, dass Sie hier Erfolge feiern, die keine sind.

Zukunft fängt heute an. Sie verschieben die Lösung gegenwärtiger Probleme in die Zukunft. Das sind keine Lösungsvorschläge, die wir jetzt umsetzen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen dazu ein paar Beispiele:

Beispiel Nummer eins: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie sagen, Sie haben mit dem Ausbau der Kinderbetreuung hier eine ganze Menge erreicht. Gleichzeitig sagen Sie aber, der Rechtsanspruch kommt frühestens 2013.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Bundesbetreuungsgesetz!)

Meine Tochter, die jetzt ein Jahr alt ist, wird im Jahr 2013 bereits in der Schule sein. Wir brauchen die Kinderbetreuung jetzt und nicht irgendwann in der Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Was haben Sie denn während der rot-grünen Regierung dazu geleistet?)

Wir brauchen Ganztagsplätze. In Bayern wird ein Großteil der Kindergärten - wir reden noch nicht über Kinderkrippen - innerhalb der nächsten halben Stunde

schließen. Glauben Sie, dass dort auch nur eine Teilzeiterwerbstätigkeit möglich wäre, die zu fördern eigentlich eine Intention des Elterngelds gewesen ist?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU] meldet  
sich zu einer Zwischenfrage)

Herr Singhammer.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bin immer ganz gerührt, wenn die Handhabung der Geschäftsführung durch Redner und Zwischenrufer sozusagen gleich selbst in die Hand genommen wird, aber ich stelle fest, dass es ein Interesse an einer Zwischenfrage des Kollegen Singhammer gibt, der hiermit das Wort erhält. Bitte schön.

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Frau Kollegin Deligöz, Sie haben gerade die Situation in Bayern angesprochen und erwähnt, die Kindergärten würden in der nächsten halben Stunde schließen. Das wäre gegen 11.35 Uhr. Sie haben damit auch auf die Diskussion über Kindergerechtigkeit und die Erwerbstätigkeit der Frauen hingewiesen.

Ist Ihnen bekannt, dass die Erwerbstätigkeit der Frauen in Bayern bei 67 Prozent und damit weit über dem Bundesdurchschnitt liegt? Ist das nicht auch ein Zeichen dafür, dass wir gerade in Bayern mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon ziemlich weit gekommen sind?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Singhammer, ich finde es sehr schön, dass Sie ausgerechnet dieses Beispiel bringen. Mir ist die Zahl von 67 Prozent durchaus bekannt. Aber lesen Sie dazu die Analyse verschiedener Gewerkschaften! Daraus ergibt sich, dass gerade in Bayern ein sehr großer Anteil von Frauen erstens in Teilzeit und zweitens in schlechtbezahlten Dienstleistungsberufen arbeitet. Das ist die Realität der Frauen. Dagegen werden Sie in gutbezahlten Ganztagsjobs in Bayern immer weniger Frauen finden, weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in diesem Bereich überhaupt nicht gewährleistet ist.

Ihre Ministerin Stewens, die damals ein Kinderbetreuungsgesetz durchgesetzt hat, hat seinerzeit gesagt: In Bayern müssen wir anfangen, die Betriebswirtschaftlichkeit in die Kindergärten hineinzutragen, denn dort gibt es noch Sparpotenziale. - Das ist die bayerische Politik für Familien und Kinder.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun möchte die Kollegin Schmidt eine weitere Zwischenfrage stellen. Bitte schön.

Renate Schmidt (Nürnberg) (SPD):

Frau Kollegin, ist Ihnen auch bekannt, dass die hohe Frauenerwerbstätigenquote, die es in Bayern zweifelsohne gibt, vor allen Dingen daraus resultiert, dass dort ein überproportional hoher Anteil von Frauen bereits zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr erwerbstätig ist, also keine weiterführende Ausbildung hat und nicht studiert? Betrachten Sie das als Vorteil?

(Jörg Tauss [SPD]: Sicher nicht!)

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Schmidt, Sie haben in der Tat recht. Genau das bestätigt die These, dass ein Großteil der Frauen in Bayern in schlechtbezahlten und unqualifizierten Jobs in Teilzeit beschäftigt ist. Das ist aber nicht die richtige Antwort in der heutigen Situation, in der es einen Fachkräftemangel gibt und sich Frauen von ihrem Verdienst sehr wohl selbst ernähren wollen und dies oftmals auch müssen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Können Sie auch sagen, wie das im Ruhrgebiet ist? - Ernst Burgbacher [FDP]: Wir sind hier aber im Bund!)

- Wir reden gerade über Bayern.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ich habe gar nicht gewusst, dass Sie für den Bayerischen Landtag kandidieren!)

- Sie können sich zu einer Zwischenfrage melden, die ich dann gerne beantworte.

Ja, Frau Schmidt, Sie haben recht. Ich hoffe, das ist auch bei Herrn Singhammer so angekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich zum Beispiel Nummer zwei: die Qualität der Kinderbetreuung. Sie alle reden über die Qualität der Kinderbetreuung, und auch die Frau Kanzlerin hat warme Worte für die Erzieherinnen gefunden. Gleichzeitig findet sich in Ihren Vorhaben rein gar nichts zur Qualitätssteigerung. Wo sind Ihre Vorschläge zu einem Qualitätssiegel? Wo ist die Aufwertung der Erzieherinnenausbildung? Wo sind verbindliche Grundstandards für die Erzieherinnenausbildung und die Tagespflegepersonen? Nichts davon steht hier drin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie sagen: Wir machen ein Onlineportal. - Ein Onlineportal als Weiterbildungsmaßnahme von Erzieherinnen, ich bitte Sie. Wenn die Qualifizierung von Menschen, die mit Menschen arbeiten, online stattfinden könnte, dann könnte die Mediziner Ausbildung in Zukunft um einiges billiger gestaltet werden. Sie glauben doch wohl selber nicht, dass ein Onlineportal ein wirksames Instrument zur Qualifizierung von Erzieherinnen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber kommen wir zu den Familienleistungen. Sie haben kurz vorgetragen, warum alle anderen Ideen jenseits Ihrer Ideen die falschen sind. Um die Familienleistungen zielgenauer neu zu gestalten, haben Sie viele Millionen Euro ausgegeben und viele Wissenschaftler eineinhalb Jahre damit beschäftigt, das Ganze zu analysieren. Wir wussten auch schon vorher, dass die Familienleistungen heute unübersichtlich, ineffektiv und ineffizient sind. Jetzt, eineinhalb Jahre später, wissen wir: Die Familienleistungen sind ineffektiv, ineffizient und unübersichtlich. Was ist der qualitative Gewinn aus den Millionen, die Sie für dieses Kompetenzzentrum ausgegeben haben? Nichts, rein gar nichts,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

abgesehen von der Tatsache, dass Sie nun sagen können, dass alles, was in eine andere Richtung geht, nur falsch

sein kann.

Sie wissen sehr wohl, dass es auch anders gehen kann. Ich glaube aber, dass Sie sich nicht trauen, beispielsweise die Eheförderung abzuschaffen, erst recht nicht im bayerischen Wahlkampf; denn es geht darum, Ideologien zu verteidigen, die nicht die Ihrigen sind, wohl aber die Ihrer Partei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherlich kann man das Kindergeld erhöhen. Dafür gibt es gute Gründe. Aber was machen Sie? Diejenigen, die mehr als 60 000 Euro im Jahr verdienen und den Steuerfreibetrag nutzen können, bekommen mehr als diejenigen, die weniger verdienen. Diejenigen, die gar nichts verdienen, die am unteren Ende sind, die von Armut betroffen sind, also die ALG-II-Bezieher, gehen leer aus. Wir brauchen keine neuen Studien und keine neuen Expertisen. Wir wissen, dass die Sätze zu niedrig sind. Wir brauchen keine neuen Erkenntnisse; denn die Fakten sind uns bekannt. Wir müssen endlich handeln, und zwar nicht nach dem Gießkannenprinzip. Wir müssen Armut bekämpfen und dürfen nicht Almosen in diesem Land verteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie verschieben die Lösungen der Probleme unserer Zeit auf die Zukunft. Sie sind auch Ministerin für Frauen und Senioren. Dazu haben wir in Ihrer Rede leider gar nichts gehört; das fand nicht statt. Bei Ihnen kommen Frauen leider nur als Mütter vor. Ich finde es falsch, dass ausgerechnet Sie diese Reduktion vornehmen. Die Grünen haben mehr als einen Antrag zur Frauenpolitik eingebracht. Ich erwarte von Ihnen demnächst eine frauenpolitische Rede. Die Vorlagen dazu liefern wir Ihnen gerne.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Ole Schröder ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Familienpolitik hat sich mit Kanzlerin Merkel und Familienministerin von der Leyen zum wichtigsten Politikfeld innerhalb dieser Regierung entwickelt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen; denn die Herausforderungen der demografischen Entwicklung sind enorm. Wir sind gefordert, in unserer Politik noch mehr Rücksicht auf die älteren Menschen zu nehmen. Wir sind gefordert, noch mehr für Familien mit Kindern zu tun, damit sich gerade junge Menschen dazu entschließen können, ihren Kinderwunsch zu realisieren. Wir sind gefordert, mit unserer Kinder- und Jugendpolitik allen Jugendlichen eine Perspektive zu geben, sodass niemand zurückbleibt, insbesondere nicht benachteiligte Jugendliche wie Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche, die sich in links- oder rechtsradikale Gruppen verirrt haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Deswegen Familienpolitik

nicht nur für Reiche!)

Der Staat muss alles dafür tun, damit Kinder und Jugendliche nicht auf die schiefe Bahn geraten. Wir Christdemokraten wissen aber auch, dass der Staat die Eltern nicht ersetzen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wehren uns deshalb gegen staatliche Bevormundung. Wo Kinder am besten aufgehoben sind, wer für das Familieneinkommen sorgt, das ist in erster Linie eine private Entscheidung der Familie. Den Familien Wahlfreiheit zu geben, die sie brauchen, um ihre beruflichen Ziele und ihre Familienplanung unter einen Hut zu bringen, ist unser Anliegen.

Die Lebenswirklichkeit junger Familien sieht heute anders aus als vor Jahrzehnten. Heute sind die meisten Familien auf zwei Erwerbseinkommen angewiesen. Junge Frauen sind heute genauso gut, wenn nicht sogar besser ausgebildet als junge Männer. Familien zu stärken, bedeutet deshalb, junge Paare von dem Zwang zu befreien, sich zu entscheiden: entweder Beruf oder Familie. Die niedrigen Geburtenraten in den vergangenen Jahren zeigen uns: Wenn es nur ein Entweder-oder und kein Sowohl-als-auch gibt, dann ist es häufig der Kinderwunsch, der am Ende auf der Strecke bleibt.

Den traditionellen Wert Familie können wir nur bewahren, wenn wir Familie auf moderne Art und Weise unterstützen. Deshalb treiben wir die Kinderbetreuung wie keine andere Regierung zuvor voran. Ab 2013 wird es einen Anspruch auf Kinderbetreuung auch für die Ein- bis Dreijährigen geben. Diejenigen, die dies nicht in Anspruch nehmen, haben einen Anspruch auf Betreuungsgeld. Die Wahl liegt bei den Eltern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als Bund haben wir die haushalterische Grundlage dafür geschaffen. Jetzt liegt es an den Kommunen und Ländern, dieses Programm möglichst zügig voranzubringen. Zur Wahlfreiheit gehört vor allen Dingen die direkte finanzielle Unterstützung der Familien. Deshalb setzen wir als Koalition hier einen wichtigen Akzent. Es ist selten, dass ein Haushälter sich darüber freut, dass die Ansätze steigen, also mehr Geld ausgegeben wird. Ein Beispiel, bei dem das aber der Fall ist, ist das Elterngeld. Die Geburtenrate ist leicht angestiegen, auch die Vätermomate werden hervorragend angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb ist das Elterngeld mit 4,175 Milliarden Euro höher veranschlagt, als ursprünglich geplant; es sind 125 Millionen Euro mehr.

Einen weiteren Schwerpunkt haben wir in diesem Jahr auf den Kinderzuschlag gelegt. Die Ausgaben für den Kinderzuschlag werden im Haushalt 2009 ebenfalls erheblich aufgestockt. Für das Jahr 2008 waren es noch 150 Millionen Euro, und jetzt planen wir mit 362 Millionen Euro. Mit der Absenkung der Einkommensgrenzen und der Anrechnungsquote sowie der Entfristung des Kinderzuschlages weiten wir den Empfängerkreis erheblich aus. Wir holen einkommensschwache Familien aus der Sozialhilfe heraus. Vor allen Dingen schaffen wir Anreize, das Einkommen durch Erwerbstätigkeit zu verdienen. Es ist der beste Schutz gegen Kinderarmut,

wenn die Familien ihr Einkommen selbst verdienen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die zentrale familienpolitische Leistung, um Familien finanziell zu unterstützen, ist nach wie vor das Kindergeld. Es wundert mich schon, dass ausgerechnet die politischen Kreise, die ständig insbesondere höhere Sozialhilfe fordern, den Eltern, die Kindergeld bekommen, unterstellen, dass dieses Kindergeld für Schnaps, Zigaretten und andere Dinge ausgegeben wird, aber nicht für die Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diejenigen, die so etwas sagen, verkennen komplett die Familienrealität in Deutschland, dass sich eben die meisten Familien für ihre Kinder lang machen und für sie bis an die Grenzen des Möglichen gehen. Deshalb ist es richtig, dass wir als Koalition uns darauf verständigt haben, auf der Basis des kommenden Existenzminimumsberichts eine Erhöhung des Kindergeldes vorzunehmen. Hieran dürfen wir nicht rütteln, denn - die Ministerin hat es gesagt - die Kosten für die Familien sind erheblich angestiegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jeder muss wissen, dass der in die Diskussion eingebrachte Wechsel vom heutigen Freibetrag zu einem Grundfreibetrag bedeutet, dass alle Menschen mit Kindern, die Steuern zahlen, in Zukunft mehr Steuern zahlen müssen als heute. Das kann nicht im Ernst unser Ziel sein.

(Abg. Nicolette Kressl [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Die Geburtenrate ist gestiegen. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Ich freue mich auf gute Beratungen. Die Familienministerin hat unsere Unterstützung, die Unterstützung der Koalition,

(Otto Fricke [FDP]: Das müssen wir erst einmal feststellen! Da kommt noch eine Zwischenfrage!)

und wir sollten weiterhin wichtige Akzente in der Familienpolitik setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es tut mir in der Seele weh, Frau Kollegin Kressl, aber Zusatzfragen nach Ablauf der Redezeit sind selbst bei großzügiger Interpretation der Geschäftsordnung nicht möglich. Ihr Beitrag kann jetzt nur im Wege einer Kurzintervention erfolgen, bei der nach dem Sinn unserer Geschäftsordnung die Betonung auf der ersten Silbe liegt. Bitte schön, Frau Kollegin.

Nicolette Kressl (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Da ich mich auf eine Zwischenfrage eingerichtet hatte, wird die Kurzintervention entsprechend sein.

Herr Kollege, nachdem Sie gerade über die Umstellung von dem Kinderfreibetrag auf den Kindergrundfreibetrag philosophiert und erklärt haben, dass dies alle Familien mit Kindern steuerlich schlechter stellen würde, will ich hier klarstellen: Dies ist ausdrücklich nicht der Fall. Im Zweifel verteidigen Sie ausschließlich Familien mit einem sehr hohen zu versteuernden Einkommen. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur Erwidern, Herr Kollege Schröder.

(Jörg Tauss [SPD]: Ole, gib auf! Das war richtig!

- Lachen bei der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Frau Kollegin, das Problem des von Ihnen vorgeschlagenen Systemwechsels ist doch: je mehr Kinder, desto stärker die Auswirkung des Systemwechsels, und zwar in negativer Art und Weise.

(Caren Marks [SPD]: Aber nur bei hohem Einkommen wie bei Frau von der Leyen!)

Mit jedem Kind steigt man bei der Besteuerung des verfügbaren Einkommens in einen höheren Tarif auf. Es kann doch wohl nicht ernsthaft sein, dass Sie Familien mit vielen Kindern höher besteuern wollen.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das ist falsch!)

Wir sollten bei dem bewährten System bleiben. Wir lehnen Steuererhöhungen für Familien mit vielen Kindern strikt ab. Dieser Vorschlag wird sich in den Koalitionsverhandlungen hoffentlich nicht durchsetzen. Wir

wollen etwas für Familien mit Kindern tun. Deshalb ist der Vorschlag der Familienministerin genau richtig, das Kindergeld zu erhöhen. Dies würde sich gerade für Familien mit mittleren Einkommen positiv auswirken.

Wir müssen uns überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, gerade die Familien mit vielen Kindern dadurch zu entlasten - schließlich wollen wir sie nicht weiter belasten -, dass wir ihnen ein höheres Kindergeld zur Verfügung stellen, weil es diese Familien besonders schwer haben, wenn beide Eltern arbeiten. Die Kosten für Familien mit Kindern sind entsprechend hoch. Deshalb ist Ihr Vorschlag familienfeindlich und strikt abzulehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Wir können uns doch einfach auf Folgendes einigen:

Der SPD-Vorschlag - das hat die Ministerin richtig festgestellt - sieht einen Kinderhöchstfreibetrag vor.

Nichts anderes ist es, das ist ganz einfach. Genau das wollen Sie von der SPD einführen. Sie wollen an der einen Stelle kappen, um an der anderen Stelle mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Sie haben genau benannt, bei wem Sie kappen wollen, nämlich bei den Leistungsträgern, und Sie haben genau gesagt, wem Sie etwas geben wollen. Damit ist das klar, das ist in Ordnung. Aber dann sollten Sie das auch sagen und sich nicht hinter einem Scheinwort verstecken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

So wie viele von uns bin ich letztthin von einer Wahlkampfreise aus Bayern zurückgekommen - keine Angst,

es kommt kein Wahlkampf - und wurde von meinem

Sohn mit folgenden Worten begrüßt: Papa, ich habe zum ersten Mal Post von der Bundesrepublik Deutschland bekommen.

Auch seine beiden Schwestern - die Jüngste ist fünf Jahre alt - haben Post von der Bundesrepublik Deutschland bekommen. - Das war kein familienfreundlicher



Willkommensgruß, Frau Ministerin. Das war nichts anderes als ein Schreiben des Bundeszentralamtes für Steuern mit folgendem Inhalt - die Anrede war an eine Fünfjährige gerichtet, sie gilt übrigens auch für Neugeborene -:

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,  
das Bundeszentralamt für Steuern hat Ihnen die Identifikationsnummer ... zugeteilt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Kollege Fricke, Sie haben fünf Minuten! Jetzt kommen Sie mal zur Sache!)

Sie wird für steuerliche Zwecke verwendet und ist lebenslang gültig. Sie werden daher gebeten, dieses Schreiben aufzubewahren ...

- Willkommen im Steuerland Deutschland, auf Wiedersehen zum Kinderland Deutschland, Frau Ministerin, kann ich dazu nur sagen.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie ist für vieles verantwortlich, aber für dieses Schreiben nicht!)

- Auch für dieses Schreiben ist sie verantwortlich; denn dieses Kabinett, bei dem im Moment kaum noch jemand da ist - selbst das Kanzleramt und das Finanzministerium sind nicht mehr vertreten -, hat die Voraussetzungen für einen solchen Blödsinn geschaffen.

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant:

Da man nun weiß, dass die Schulden von heute, auch die Schulden, die Sie jetzt wieder machen werden, die Steuern von morgen sind, sagt man: Wenn wir schon wissen, dass wir morgen Steuern zahlen, dann wollen wir sehen, dass die Kinder von heute möglichst schnell zu den Steuerzahlern von morgen gemacht werden. - Dieses Prinzip steht inzwischen hinter Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP)

Dann haben wir in der Vergangenheit immer über die vielen Familienleistungen geredet. Da stellt sich die Frage, wie Familienleistungen definiert werden bzw. was familiennahe Leistungen sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kommen Sie doch einmal zur Sache!)

- Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, wenn Sie wollen, dass ich zu einer anderen Sache komme. - Das jedenfalls, was da kommen sollte, kam nicht. Es kam keine Evaluierung der Familienleistungen, im Gegenteil.

Das, was kam, war ein Arbeitsbericht „Zukunft für Familie“ vom Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen. Dann denkt doch jeder hier - auch der Kollege Kampeter hat das gedacht, wenn er ehrlich ist -, dass evaluiert und beschrieben wird, was gut und was schlecht ist. Ich hätte auch sagen können: was schlecht und was noch schlechter ist. Aber welche Antworten erhalten wir? Wir erhalten als Antwort nur den Hinweis, an welcher Stelle man mehr Leistungen braucht. Alle Leistungen sind richtig, alles läuft toll, und eigentlich müssen wir nur noch ein bisschen mehr haben. Dann wird gesagt: Okay, mehr Geld, eine größere Väterkomponente beim Elterngeld, mehr Kinderzuschlag, mehr Kindergeld und mehr familienunterstützende Dienstleistungen. - Das Ganze am besten noch mit den Ländern zusammen und möglichst außerhalb der Bundeskompetenz.

Das Ergebnis dieses Berichtes ist doch, dass die Koalition der Meinung ist, sparen für Kinder sei nicht notwendig. Genau das ist der Irrweg, den Sie nach meiner Meinung und der Meinung der FDP-Fraktion beschreiten. Anstatt zu schauen, an welcher Stelle Geld bei Kindern überhaupt noch ankommt, sagen Sie, die Hauptsache sei, irgendjemandem Geld zu zahlen, damit Sie belegen können, eine gewisse Leistung erbracht zu haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kollege Fricke, die Schlussrunde ist morgen! Sagen Sie doch etwas zum Etat!)

Ob das Geld wirklich bei den Kindern ankommt, scheint Sie nicht wirklich zu interessieren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Frage gestellt wird, wo wir kürzen wollen, dann sage ich Ihnen: Es geht gar nicht darum, zu kürzen. Ich will wissen, welche Leistung von den Leistungsträgern, die die Verantwortung tragen, nicht bei denjenigen ankommt, die in unserer Gesellschaft schwach sind; denn wenn ich weiß, welche Leistungen nicht ankommen, dann kann ich dafür sorgen, dass die finanziellen Mittel, die wir haben, dort ankommen, wo sie hingehören, nämlich bei den Schwächsten unserer Gesellschaft. Das wäre eigentlich das Ziel, aber nicht immer nur neu aufzuplustern.

(Beifall bei der FDP)

Es fällt überhaupt auf: Die ganze Debatte, die wir hier führen, verläuft nach dem Motto: Obwohl wir alle wissen, dass Geld alleine nicht glücklich macht, ist es doch schön, wenn wir als Politiker möglichst viel Geld versprechen.

- Das kann es nicht sein. Diese komische Orientierung am Geld kennzeichnet auch die CSU in Bayern. Sie scheint zu glauben, dass es richtige wäre, den Wählern zu erklären, dass sie diese mit Geld glücklich macht. Das ist in den Debatten hier ähnlich. Frau Ministerin, Sie haben mit Sicherheit den Artikel in der Welt von Frau Siems gelesen. Ich kann ihr nur zustimmen. Nie zuvor war Familienpolitik so ökonomistisch, so sozialtechnokratisch wie zuzeiten der gegenwärtigen Großen Koalition.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist doch dummes Zeug, was Sie da vortragen!)

Dabei geht es doch um etwas ganz anderes. Es geht um die Frage, was uns Kinder wert sind. Sie sind uns, so glaube ich, unendlich viel wert; denn das, was von uns allen bleiben wird, sind die Kinder. Sie sind unsere Zukunft, und zugleich sind sie das Spiegelbild unseres eigenen Tuns im Hier und Heute. Für die Haushaltsberatungen hoffe ich, dass es ein besseres Tun wird und dass die Vorschläge besser werden als die, die bisher vorliegen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war sehr schlapp, Herr Kollege!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile nun der Kollegin Caren Marks, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Caren Marks (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein chinesisches

Sprichwort sagt: Wenn der Wind der Veränderung weht, versuchen einige Leute, Schutz zu bauen, und andere Windmühlen. – Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nutzen den Wind der Veränderung für eine moderne und gerechte Kinder- und Familienpolitik. Wir waren und sind die treibende Kraft, und das bereits seit zehn Jahren in Regierungsverantwortung.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Unter Rot-Grün ist gar nichts passiert!)

In Deutschland hat Bildung für Kinder frischen Wind unter die Flügel bekommen. Die SPD hat ein erfolgreiches Ganztagsschulprogramm aufgelegt und den Startschuss für den Ausbau der Kinderbetreuung gegeben.

Einige Gegnerinnen der Reformen von damals sind heute glühende Befürworterinnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir heißen alle herzlich Willkommen im Fanclub der Krippen und Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD)

In der Großen Koalition sind wir beim Ausbau der Kinderbetreuung nochmals einen Riesenschritt vorangekommen.

Zusammen mit den Ländern und Kommunen haben wir uns darauf verständigt, das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren deutlich zu verbessern.

Damit es hierbei wirklich zu einer Verlässlichkeit für Kinder und Eltern kommt, führen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab eins ein. Der

Bund beteiligt sich bis 2013 mit insgesamt 4 Milliarden Euro am Ausbau. Ein weiterer Erfolg ist die dauerhafte jährliche Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten. Das ist ein Novum, und es ist richtig. Das alles macht deutlich: Wir investieren in die Zukunft, in eine gute Kinder- und Familienpolitik.

Kitas machen fit für das Leben und auch fit für die Schule. Dort lernen Kinder im wahrsten Sinne des Wortes spielend, und zwar miteinander und voneinander.

Gute Kita-Angebote von klein auf sind in skandinavischen Ländern längst selbstverständlich. Es wurde höchste Zeit, dass wir an dieser Stelle wirklich aufholen.

Neben dem Ausbau der Betreuungsplätze brauchen wir eine gezielte Qualitätsoffensive. Die SPD will vor allem Verbesserungen bei der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte und einen besseren Betreuungsschlüssel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir freuen uns darüber, dass wir uns mit der Union darauf verständigt haben, die bewährten Strukturen der Finanzierung der Kinderbetreuung zu erhalten. Öffentliche

Gelder für Kinderbetreuung sollen auch in Zukunft nicht zur Maximierung des Gewinns von privat-gewerblichen Trägern eingesetzt werden. Gute Bildung für alle von Anfang an ist ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, für Aufstiegschancen und für Zukunftsperspektiven.

Neben guter Bildung und Betreuung ist der SPD auch die finanzielle Förderung von Familien wichtig. Wir haben den Kinderzuschlag eingeführt, und er hat sich bewährt.

Deshalb war es richtig und auch wichtig, dass wir ihn in der Großen Koalition gemeinsam weiterentwickelt haben. Der Kinderzuschlag hilft gezielt Familien mit geringem Einkommen. Sie profitieren auch von der bereits beschlossenen Wohngelderhöhung, die nach bisherigem

Stand am 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft treten soll. Wir Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker der SPD setzen uns für ein Vorziehen der anstehenden Wohngelderhöhung ein. Mit der Kombination aus Kinderzuschlag und Wohngeld werden wir 250 000 Kinder erreichen, mehr als doppelt so viele wie bisher. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Familien mit Neugeborenen unterstützen wir zielgerichtet mit dem Elterngeld. Es ist Einkommensersatz für wegfallendes Einkommen des betreuenden Elternteils. Bereits anderthalb Jahre nach der Einführung können wir wirklich festhalten: Das von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konzipierte und von der Großen Koalition umgesetzte Elterngeld ist ein Erfolgsmodell. Besonders freut mich die anwachsende Zahl der Väter, die sich dank des Elterngeldes mehr Zeit für ihre Kinder nehmen - ein wichtiger Schritt zu mehr partnerschaftlicher Aufgabenteilung und auch zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die bayerischen Väter können froh sein, dass wir uns gegen die „Wickelvolontariatskampagne“ durchgesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn auch in Bayern werden die Partnermonate gut und gern in Anspruch genommen. Mittlerweile sind auch Sie stolz darauf. Das freut uns.

Für die SPD ist es nicht wirklich überraschend, dass die Linksfraktion auch beim Thema Elterngeld rückwärtsgewandt ist. Sie wünschen sich das alte Erziehungsgeld zurück. Damit würden Sie, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, vor allem Frauen mit geringem Einkommen und Empfängerinnen von Transferleistungen wirklich einen Bärendienst erweisen; denn das alte Erziehungsgeld hat einen langen Berufsausstieg von Müttern gefördert und Väter von der Elternzeit abgehalten. Dieser Ansatz passt zum verstaubten Familienbild Ihrer familienpolitischen Stimme aus dem Saarland, Ihrer Christa Müller.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Die SPD hat in ihrer zehnjährigen Regierungsverantwortung bewiesen: Uns ist die finanzielle Unterstützung für Familien wichtig. Dreimal haben wir, die SPD, das Kindergeld erhöht, insgesamt um 37 Prozent. Die vierte Erhöhung ist in Arbeit; darauf haben wir uns in der Großen Koalition verständigt.

Über die langfristige Ausgestaltung gibt es allerdings - das kam heute schon mehrfach zur Sprache - unterschiedliche Vorstellungen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Wir wollen die Ungerechtigkeit beseitigen, die darin besteht, dass Familien mit höheren Einkommen über den steuerlichen Kinderfreibetrag mehr Geld bekommen als Familien mit geringeren Einkommen, die ausschließlich Kindergeld erhalten. Deshalb begrüßen wir, dass hierzu im Bundesfinanzministerium Lösungen erarbeitet werden. Für uns gilt: Jedes Kind sollte dem Staat gleich viel

wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Falk?

Caren Marks (SPD):

Sofort, wenn ich den einen Gedanken noch zu Ende gebracht habe, Frau Falk.

An dieser Stelle, Frau von der Leyen, würden wir uns wirklich wünschen, Sie würden, statt mathematisch mehr als fragwürdige Rechnereien beim Thema „Kindergeld und Kindergrundfreibetrag“ anzustellen, Ihre Hausaufgaben bei der Überprüfung der Effizienz der familienpolitischen Leistungen machen; da ist in der Tat noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ilse Falk (CDU/CSU):

Frau Kollegin Marks, jetzt kann ich es Ihnen doch nicht ersparen, Sie zu fragen, ob Sie sich darüber im Klaren sind, welchen Hintergrund die Systematik der steuerlichen Entlastung eigentlich hat.

Die Steuerfreibeträge und auch die Kinderfreibeträge sind keine originären familienpolitischen Leistungen und stellen keine Förderung von Familien dar. Vielmehr trägt das dem Tatbestand Rechnung, dass der Staat berechtigt ist, Steuern einzuziehen, Einkommen mit Steuern zu belegen und das Steueraufkommen für Aufgaben für die Allgemeinheit zu verwenden. Eine gemeinsame Beschlusslage unserer Steuerpolitik lautet aber: Es ist ein Teil des Einkommens von der Belegung mit Steuern freizustellen, weil er von vornherein einer anderen Aufgabe zugeordnet ist und nicht noch ein zweites Mal beansprucht werden darf. Das sind zum Beispiel die Unterhaltsleistungen für Ehegatten. Das sind die Unterhaltsleistungen und die Ausgaben für die Kinder. Wenn man sich das einmal klarmacht, dann wird deutlich, dass es um eine ganz bestimmte Summe geht, die dafür zur Verfügung gestellt wird.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ist das eigentlich eine Frage?)

- Ja. Ich habe die Frage gestellt, ob sich die Kollegin darüber im Klaren ist, dass die Steuersystematik so ist und deswegen der Weg, der jetzt offensichtlich über den Grundfreibetrag eingeschlagen wird, ein grundverkehrter ist.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Darüber können Sie mal eine steuerpolitische Debatte führen!)

Caren Marks (SPD):

Frau Falk, uns und auch mir persönlich ist die Steuersystematik gut bekannt. Es freut mich, dass auch Sie begonnen haben, sich damit auseinanderzusetzen. Es gibt aber auch bei der bestehenden Steuersystematik Spielräume, etwaige Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Wir haben vorhin schon deutlich gemacht, dass es darum geht, die Ungerechtigkeit dort zu beseitigen, wo sehr gut verdienende Eltern von diesem Freibetrag besonders profitieren.

(Otto Fricke [FDP]: Das sind die, die besonders viel Steuern zahlen!)

Mit dieser Ungerechtigkeit wollen wir aufräumen. Wir sind auf einem guten Weg. Sie haben Ihre Position deutlich gemacht. Wir verfolgen einen anderen Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden weiter für frischen Wind nicht nur in der Kinder- und Familienpolitik, sondern auch in der Gleichstellungs-, Jugend- und Seniorenpolitik sorgen: Wir stehen für eine aktive Gleichstellungspolitik.

Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen. Wir stehen für einen gesetzlichen Mindestlohn; denn davon würden insbesondere Frauen profitieren.

Wir als SPD stehen für eine Politik, die Kinder und Jugendliche stark macht und beteiligt. Deshalb ist für uns klar: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz. Die SPD steht dafür, die Potenziale des Alters zu erkennen. Die demografische Entwicklung ist eine Chance. Die wollen wir nutzen, um die soziale Gesellschaft zu stärken und Generationensolidarität in diesem Land zu leben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jörn Wunderlich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jörn Wunderlich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung feiert sich und den angeblichen Aufschwung (Otto Fricke [FDP]: Besser, als euch zu feiern!)

und brüstet sich damit, wie sparsam sie gewirtschaftet hat und dass dies bei allen angekommen ist. Zynismus, sage ich dazu nur.

Eine Politik, die Großunternehmen und Vermögende durch fortlaufende Steuerentlastung fördert und für Arbeitslose nur immer neue Drangsalierungen übrig hat, beschädigt die Demokratie, zerstört den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in diesen Staat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die wenigsten Familien und Kinder spüren nämlich etwas vom angeblichen Aufschwung. Sie reden immer davon, dass der Aufschwung bei allen angekommen ist.

Wir wissen doch inzwischen, dass er letztlich bei nur 16 Prozent der Bevölkerung angekommen ist und Familien oder Kinder so gut wie nichts davon verspüren. Gespart wird im Haushalt auf deren Kosten. Es sei kein Geld da, heißt es.

Was kostete zum Beispiel der Kinderzuschlag bislang? 150 Millionen Euro. Und es wurde drei Jahre darüber debattiert. Was ist vor drei Tagen von der KfW verschossen und versenkt worden? 300 Millionen Euro! Damit hätte man die Ansätze für den Kinderzuschlag und das Elterngeld im Haushalt fast verdoppeln können. Apropos verschossen: Sie haben nichts Besseres zu tun, als die Auf- und Umrüstung der Bundeswehr für Auslandseinsätze kompromisslos umzusetzen

(Zuruf der Abg. Kerstin Griese [SPD])

und den Verteidigungshaushalt im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1,6 Milliarden Euro aufzustocken.

(Otto Fricke [FDP]: Falscher Tagesordnungspunkt!

- Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wissen, dass das im Wesentlichen Anpassungen an den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst sind, Herr Kollege?)

- Gestern wurde bei der Beratung über den Verteidigungshaushalt ja nur über Einsätze gesprochen und nicht über den Haushalt.

Dieser Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist nicht nur sicherheitspolitisch falsch, sondern reduziert auch auf drastische Art und Weise den finanziellen Handlungsspielraum, um die drängenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen: Gesundheit, Bildung, Kampf gegen Kinderarmut oder Armut im Alter.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er spricht nicht zum Tagesordnungspunkt, würde ich einmal sagen!)

Lassen Sie uns doch nur einmal die Kosten für den Eurofighter aus dem Verteidigungshaushalt 2009 herausrechnen und sie hypothetisch dem Familienhaushalt zuführen.

Von diesem Geld könnten in jedem der knapp 300 Wahlkreise zehn Kindergärten à vier Gruppen oder vier Grundschulen für je 200 Schüler und zwei Pflegeheime für je 60 Pflegebedürftige gebaut werden. Ich wiederhole: in jedem einzelnen Wahlkreis!

Jetzt erklären Sie einmal den Bürgern, warum es vor Ort keine Grundschule mehr gibt, warum es nicht genügend Kindertagesplätze gibt, warum es keine Pflegestellen gibt, aber stattdessen superteure Kampfflugzeuge, mit denen man Kriege führen kann. Das erklären Sie einmal den Leuten vor Ort.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schulen werden zusammengelegt, weil wir nicht ausreichend Kinder haben! Das hat doch nichts mit Kampfflugzeugen zu tun! - Johannes

Singhammer [CDU/CSU]: Was machen Sie eigentlich in Berlin, wo Sie mit an der Regierung sind? - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Ja, in der Armutshauptstadt sind Sie doch an der Regierung!)

Man könnte auch die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West damit erreichen, zum Beispiel im Westen verstärkt Kindergärten bauen und im Osten die Renten anpassen - als steuerfinanzierte Folgekosten der Einigung. Oder verstehen Sie unter Angleichung der Lebensverhältnisse, dass ein sächsischer und ein bayerischer Soldat gemeinsam in einem Kampfjet sitzen? Dann allerdings haben Sie Ihr Ziel erreicht. Die Kritik von mir und meiner Fraktion von vor drei Jahren ist nach wie vor aktuell. Ich wiederhole, was schon am 1. Dezember 2005 ausgesprochen wurde: Denn eine Gesellschaft, die sich im Wesentlichen dem Diktat des Geldes und der Ökonomie unterwirft, eine Gesellschaft, die nach dem Motto „Rechnet sich das überhaupt?“ handelt, kann nicht familien- und kinderfreundlich sein.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie durften wohl nicht beim Einzelplan 14 reden?)

Durch die Familienpolitik der Bundesregierung zieht sich eben eine tiefe Kluft. Besserverdienende Eltern

werden gefördert, und Familien mit geringem Einkommen haben das Nachsehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es ist falsch, was Sie sagen! Sie erzählen unentwegt dummes Zeug!)

Genau das ist das Verwerfliche an den ganzen Gesetzgebungsverfahren: Bei der Umsetzung mangelt es immer

an der sozialen Ausgestaltung. Schon vor knapp drei Jahren habe ich Sie gefragt: Können Sie nicht oder wollen Sie nicht? Inzwischen weiß ich, Sie wollen nicht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie hätten einmal bei der Familienministerin zuhören sollen!)

- Sie waren bei der Anhörung nicht dabei. - Obwohl bei der Anhörung zum Elterngeld letzten Dienstag von allen Sachverständigen trotz des guten Ansatzes die soziale Schieflage in der Ausführung angemahnt wurde, wird das entsprechende Gesetz durch die Koalition nicht geändert. Das ist kein Einzelbeispiel.

(Kerstin Griese [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Zu guter Letzt noch ein Blick nach Bayern. Alle reden ja von Bayern. „Vorfahrt für Kinder“ heißt es im Programm der CSU für Bayern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Von der CSU als reiches Land gefeiert, leben dort aber doch immer mehr Kinder in Armut: Rund 130 000 Kinder leben auf Sozialhilfeniveau, und über 20 000 Kinder sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Lesen Sie doch wenigstens die Statistiken richtig!)

Die Bayern-CSU spart hemmungslos bei den Kindern. Mit 134 Euro, Herr Singhammer, ist Bayern bundesweit das Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht! Ständige Wiederholung macht Falsches nicht richtig!)

Ich hoffe, dass das Herr Huber in Bayern auch einmal erzählt. Beschämend ist es allemal.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Kai Gehring, Bündnis 90/Die Grünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu meinem Vorredner möchte ich mich ausschließlich auf den Einzelplan 17 konzentrieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte zunächst die Frau Ministerin ansprechen.

Nach Ihrer Rede hier und heute müssten Sie Ihr Ministerium eigentlich konsequenterweise umbenennen: Nennen

Sie es künftig Familienministerium;

(Caren Marks [SPD]: Ausschließlich! Wohl wahr!)

denn zu Senioren, Frauen und Jugendlichen haben Sie leider wieder einmal nichts zu sagen gehabt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Was machen Sie zum Beispiel für Senioren? Welche Altenpolitik verfolgen Sie? Wie gestalten Sie den demografischen Wandel? Wann kämpfen Sie endlich für Geschlechtergerechtigkeit, insbesondere für gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern? Das wären wichtige Punkte gewesen, zu denen wir gern etwas von Ihnen gehört hätten. Zum Einzelplan 17 war von Ihnen wenig zu hören. Stattdessen war vieles zu den aktuellen Konflikten in der Großen Koalition und insbesondere mit dem Finanzminister der SPD zu hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Kinder- und Familienpolitik fristet gerade die Jugendpolitik bei Ihnen ein Schattendasein. Frau von der Leyen, seitdem Sie Ressortchefin sind, sind die Jugendlichen zur „vernachlässigten Generation“ dieser Bundesregierung geworden. Das ist sehr schade und das ist ein Armutszeugnis, denn bessere Chancen für Jugendliche und deren Teilhabe sind zentral für die Zukunft unserer Gesellschaft und auch für unsere Gegenwart. Die Jugendlichen in unserem Land haben eine andere Regierung verdient. Sie haben eine Regierung verdient, die unter Jugendpolitik mehr versteht als Jugendgewalt, Computerspielverbote und Alkoholverbote. Jugendliche wollen nicht bevormundet werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN – Zurufe vom BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN: Zwei Maß!)

– Die zwei Maß sind ein gutes Stichwort. Diejenigen, die immer Alkoholverbote fordern, präsentieren sich in Landtagswahlkämpfen offensichtlich ganz anders. Es geht aber um die Jugendlichen. Die Jugendlichen wollen selbstbestimmt leben, sie wollen ernst genommen werden. Dafür braucht es einen klaren Politikansatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unverantwortlich, dass jedes sechste Kind und sogar jeder vierte Jugendliche in Armut leben muss. Wie können Sie in dieser Situation die Mittel für die soziale und berufliche Integration Jugendlicher empfindlich kürzen? Wie können Sie es weiterhin unterlassen, die ALG-II-Leistungen für Kinder und Jugendliche zu erhöhen? Sie prüfen seit 2006. Sie müssen endlich zu Entscheidungen kommen, damit sich die Lage armer Kinder und Jugendlicher in diesem Land tatsächlich verbessert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können auch nicht nachvollziehen, wie Sie dazu kommen, die Mittel zur Chancenförderung in sozialen Brennpunkten komplett zu streichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das richtet sich gerade an die Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, denn in Zeiten immer stärkerer sozialer Spaltungen in unseren Städten ist das verantwortungslos. Statt zu streichen, müssen wir gerade mehrfach benachteiligte Jugendliche intensiver unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf von der CDU/CSU: Wo streichen wir?)

Notwendig sind dafür eine starke Jugendhilfe und eine präventive Jugendpolitik, die niemanden zurücklässt. Stattdessen kürzen Sie teilweise die Mittel der freien Jugendhilfe. Das ist ein schlechtes Signal an die Jugendlichen in unserem Land, und das ist das genaue Gegenteil

einer verantwortlichen und engagierten Jugendpolitik, die wir hier seit 2005 immer wieder einfordern. Der Haushalt 2009 wäre übrigens die letzte Chance der Großen Koalition in dieser Legislaturperiode gewesen, Konzepte für eine verbesserte Teilhabe Jugendlicher auf den Weg zu bringen. Diese Chance haben Sie offensichtlich vertan.

Ich möchte ein letztes Thema ansprechen. Sie sind auch Ministerin für den Zivildienst. Wenn Sie den Zivildienst durch eine wirklich mickrige Reform zum Lerndienst umtaufen wollen und gleichzeitig die Mittel für Lerndienst-Projekte halbieren, dann ist das ein gravierender Widerspruch. Auch dazu hätte ich gern etwas von Ihnen gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gucken Sie sich bitte die Zahlen an. Von Wehrgerechtigkeit kann in diesem Land seit Jahren überhaupt keine Rede mehr sein. Wir sagen, dass die Wehrpflicht völlig antiquiert ist. Sie behindert die Ausbildungschancen junger Männer, und deshalb wollen wir die Wehrpflicht abschaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU/CSU: Und damit auch den Zivildienst? Sagen Sie das? - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wir nicht!)

- Ja, auch der Zivildienst muss dann umgewandelt werden. Stattdessen ist es wichtig, dass wir eine tatsächliche und echte Offensive für Jugendfreiwilligendienste hinbekommen, bei der die Zahl der Plätze endlich verdoppelt wird, damit alle jungen Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten wollen, das auch tun können. Sie reden viel darüber, dass freiwilliges Engagement anerkannt werden soll. Tun Sie es hier ganz konkret! Hier können Sie Jugendliche und ihr Engagement fördern und wertschätzen, denn es kann nicht sein, dass Jugendliche in diesem Land nur Objekte einer konzeptionslosen Jugendschutzpolitik oder einer populistischen Verbotspolitik sind, die im bayerischen Landtagswahlkampf allerdings völlig konterkariert wird. Man denke an das geforderte Alkoholverbot.

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Herr Kollege!

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das alles ist wichtig, damit wir in diesem Land tatsächlich eine engagierte Jugendpolitik und einen generationengerechten Haushalt haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Johannes Singhammer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir vom Verteidigungshaushalt wieder zum Familienhaushalt zurück. Seit drei Jahren wissen die Menschen in Deutschland, dass die Anliegen der Familien, ihre Wünsche und Sorgen nicht mehr als „Gedöns“ abgewertet werden, sondern zur Chefsache aufgewertet worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU - Caren Marks  
[SPD]: Wenn die Familienpolitik nicht ernst  
genommen wurde, dann in den Jahren der  
Union!)

Ob Elterngeld, die Möglichkeit erhöhter steuerlicher Abschreibung  
der Kinderbetreuung, Kinderzuschlag, Ausbau  
der Kinderbetreuung und Betreuungsgeld, für uns  
waren immer zwei Grundprinzipien maßgebend: Zum  
einen müssen die Eltern Luft zum Überleben haben,  
auch finanziell; wir haben Vertrauen in die Eltern.

Zum anderen gilt das Prinzip Wahlfreiheit. Niemand  
soll mit staatlichen Maßnahmen und Subventionen in ein  
bestimmtes Lebensmodell gedrängt und gegängelt werden,

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Aha! Und was ist mit dem  
Ehegattensplitting?)

sondern jeder soll die Freiheit haben, über die Gestaltung  
seines Lebens selbst zu entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das heißt konkret für das kommende Jahr: Wir wollen  
das Kindergeld erhöhen. 18 Millionen Familien warten  
sehnsüchtig darauf. Seit 2002 ist das Kindergeld nicht  
mehr erhöht worden. Seitdem sind die Preise zum Beispiel  
für Butter um über 16 Prozent gestiegen, die Milchpreise  
sind um 10 Cent pro Liter gestiegen, und die  
Energiekosten sind - das wissen wir alle - in den zurückliegenden  
Monaten geradezu explodiert.

Nun hegt manch einer den Generalverdacht - die einen  
sprechen ihn aus, andere nicht, tragen ihn aber in ihrem  
Herzen -, Eltern würden das Kindergeld als Barauszahlung  
weniger zum Wohl ihrer Kinder einsetzen. Es  
wird behauptet, es bestehe die latente Gefahr, dass Bargeld  
für Flachbildschirme, Alkohol oder Ähnliches ausgegeben  
wird.

(Caren Marks [SPD]: Das hat damals Ihre Ministerin  
gesagt!)

Wir haben eine ganz klare Haltung, nämlich: Die Eltern  
wissen am besten, was für ihre Kinder gut ist. Wir sind  
überzeugt, dass sich die allermeisten Eltern krummlegen  
und lieber drei oder vier Stunden länger arbeiten, damit  
ihre Kinder es einmal besser haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Keine staatliche  
Leistung, keine Anstrengung der Politik kann das aufwiegen,  
was die Eltern an Einsatz, an Fürsorge und  
Liebe ihren Kindern zukommen lassen. Staat und Politik  
können nur ein lautes Dankeschön an die Eltern sagen,  
und das sage ich an dieser Stelle: Danke schön!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das heißt, Eltern brauchen weniger Misstrauen und  
mehr Bares.

Nun wird gesagt, in den letzten Jahren seien ohnehin  
viele zusätzliche Leistungen für Familien möglich gemacht  
worden. Das war und ist gut so. Der Ausbau der  
Kinderbetreuung war nicht billig und wird auch teuer  
bleiben. Aber der kostenlose Kindergartenbesuch, möglicherweise  
ein kostenloses Mittagessen in der Schule,  
eine Grundausstattung mit Federmäppchen für die Erstklässler  
ersetzen keinesfalls eine Kindergelderhöhung.

Wir wollen nicht, dass der Ausbau der Kinderinfrastruktur

mit dem Kindergeld verrechnet wird. Wenn wir gemeinsam Kinderarmut bekämpfen wollen, dann gilt ein Grundsatz: Kinderarmut lässt sich dann am besten bekämpfen, wenn wir auch die Elternarmut bekämpfen. Deshalb brauchen wir eine Kindergelderhöhung. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Geld dafür ist da. Seit dem Jahr 2006 wird weniger Kindergeld ausgezahlt, weil die Zahl der Geburten rückläufig ist.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Geld haben Sie doch schon längst ausgegeben!)

Wir sollten keine Konsolidierung auf diese unfreiwillige Art betreiben. Stattdessen sollten wir das Kindergeld erhöhen. Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft ist neben der Sicherung des Haushalts, damit wir den nachwachsenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen, die Senkung der Arbeitslosigkeit, die finanzielle Absicherung der Familien. Das ist nachhaltige Politik, wie sie nachhaltiger nicht sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen eine Staffelung bei der Erhöhung des Kindergelds; denn kinderreiche Familien haben es besonders schwer. Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung - wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie doch sicherlich dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung -

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Singhammer, Sie sollten öfter Zeitung lesen! Das würde Ihnen guttun!)

wird beispielsweise festgestellt:

So ist das Armutsrisiko von Familien (und Kindern) in starkem Maße davon abhängig, ob und wie viele Bezieher von Erwerbseinkommen im Haushalt leben. Bei einer Familie mit vier oder mehr Kindern ist es schwer vorstellbar, dass beide Elternteile gleichzeitig erwerbstätig sind. Deshalb ist es ganz klar, dass wir hier mehr tun müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Irmgard

Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt Leute, die haben sieben Kinder, und beide arbeiten!)

Schon jetzt werden im Übrigen Kinder unterschiedlich gefördert; Frau Ministerin, Sie haben es exakt dargestellt. Zum einen ist die Höhe des Sozialgeldes pro Monat logischerweise unterschiedlich im Vergleich zum Kindergeld; denn diejenigen Kinder, die Sozialgeld bekommen, brauchen es besonders dringend. Wir sind uns alle einig, dass hier eine Differenzierung notwendig ist und Gleichmacherei ungerecht wäre.

Jetzt komme ich auf den Gedanken der Einführung eines Kindergrundfreibetrages für alle zu sprechen. Das klingt gut. Aber wenn damit gemeint wäre, dass ein Teil der Familien weniger bekommt, als er jetzt hat, dann frage ich mich, worin da der Zugewinn an Gerechtigkeit liegen soll. Ich sehe darin vielmehr vor allem eine neue Ungerechtigkeit. Wir sind uns - jedenfalls fast alle, mit wenigen Ausnahmen - darin einig, dass diejenige Gruppe, die die Leistungsträger in unserem Staat umfasst,

(Caren Marks [SPD]: Wir sind alle Leistungsträger!)  
die Familien haben, nicht zusätzlich im Wege der kalten Progression belastet werden darf, sondern entlastet werden soll. Wenn aber mit einem solchen Kindergrundfreibetrag aus einer kalten Progression eine eiskalte Progression wird, dann ist das garantiert der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU - Kai Gehring  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Kinderlose keine Leistungsträger?)

Vor allem: Ein Teil der Familien mit Kindern würde dann mehr bezahlen, während kinderlose Ehepaare keine Änderung zu verzeichnen hätten. Es kann aber nicht sein, dass es zum einen für kinderlose Ehepaare keine Veränderung gibt und zum anderen kinderreiche Familien weniger bekommen.

Ich frage mich auch: Wie hoch ist denn der Einsparungsbetrag? Da ist von 1 Milliarde Euro die Rede.

Wenn damit 1 Milliarde Euro eingespart würde, dann stellt sich natürlich sofort die Frage: Was wird mit diesem Betrag gemacht? Wird damit das Kindergeld aufgestockt?

Dann stellt sich auch die Frage: Macht es Sinn, Kinderförderung bzw. Familienförderung so zu betreiben, dass das Geld aus der einen Tasche genommen und

in die andere verteilt wird? Ich bin der Meinung, wir müssen das Kindergeld insgesamt erhöhen. Die Eltern brauchen mehr Bares. Sie brauchen mehr Vertrauen.

Dann geht es uns wieder besser.

Herr Präsident, wenn ich noch einen Satz sagen darf.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Eigentlich nicht.

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Die Kollegin Renate Schmidt ist leider nicht mehr anwesend.

Sie hat vorhin in einem Zuruf gesagt, in Bayern sei die Statistik in Bezug darauf, dass 67 Prozent der Frauen eine Beschäftigung hätten, deshalb so gut, weil darin die 15- bis 25-Jährigen ohne gute Ausbildung mit eingerechnet seien. Ich sage hier: Eine Abwertung - sei es in der Statistik oder sonst wo - der Beschäftigung von Frauen, -

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Singhammer!

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

- die keine Universitätsausbildung haben, halte ich für nicht richtig. Ich glaube, die Wertigkeit der Arbeit ist für alle gleich - egal ob mit Universitätsausbildung oder ohne.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der

LINKEN: Das waren jetzt sieben Sätze!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte doch sehr darum, den notorisch großzügigen Präsidenten in seiner Großzügigkeit nicht überzustrapazieren, insbesondere dann, wenn nach deutlicher Überschreitung der Redezeit ein weiterer Satz angekündigt wird.

Letzter Redner in der Debatte zu diesem Einzelplan ist der Kollege Wolfgang Spanier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Spanier (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich habe die besondere Ehre, als Letzter zu sprechen. Ich

muss aber versichern: Das ist der reine Zufall und bedeutet nicht, dass sich die Senioren bei uns hinten anstellen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Ministerin schon!)

Familie, Frauen, Senioren und Jugend - das ist nicht bloß eine Aneinanderreihung von Zielgruppen. Es heißt vielmehr, wir haben den gesamten Lebenslauf und die demografische Entwicklung im Blick. Dazu muss ich keine Fakten vorlegen. Seit langem ist klar, dass Deutschland ebenso wie alle anderen Industrieländer eine niedrige Geburtenrate hat. Trotz aller Maßnahmen, die uns vielleicht noch einfallen werden, wird sich daran nicht grundlegend etwas ändern. Seit langem schon haben wir eine immer weiter steigende Lebenserwartung. Das ist die große Herausforderung an den Sozialstaat. Das zwingt uns, langfristige und generationenübergreifende Weichenstellungen vorzunehmen. Der Schlüssel zum Ganzen ist wohl nicht nur für uns Sozialdemokraten die Solidarität zwischen den Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Claus, das spiegelt sich nicht nur in unserem Haushalt wider, dessen Volumen im Vergleich zum Sozialhaushalt eher begrenzt ist. Das spiegelt sich auch in der Verteilung von Lasten und Chancen bei der Altersvorsorge wider. Es geht um die Balance zwischen Belastung der Beitragszahler und Zuwächsen für Rentnerinnen und Rentner. Das spiegelt sich auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege wider. Auf der einen Seite haben die Älteren und die Hochbetagten einen Anspruch auf menschenwürdige Pflege, auf der anderen Seite steht aber die Belastung der Beitragszahler. Das spiegelt sich auch in der Finanzpolitik wider. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, dass wir Verantwortung für die künftigen Generationen haben und wir diese nicht ausblenden können. Deswegen ist Haushaltskonsolidierung nicht nur ein finanztechnisches Ziel, sondern hat auch etwas mit Solidarität zwischen den Generationen zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Traditionell gehen wir von drei Lebensphasen aus: Kindheit und Jugend, die Erwachsenen-, Familien- und Erwerbsphase und dann traditionell die Phase des Ruhestands. Das hat sich nachhaltig und grundsätzlich verändert. Die letzte Phase ist nicht länger eine Phase des Ruhestandes. Diese Phase ist nicht nur länger geworden, sondern hat sich auch inhaltlich komplett verändert. Wir haben nicht nur ein langes Leben, sondern wir haben auch - und das ist ganz wichtig; das sage ich als 65-Jähriger - einen Gewinn an aktiven Jahren.

Unser Bild vom Alter muss sich nachhaltig verändern. Es gibt kuriose Wortschöpfungen. Wir sagen nicht mehr „alte Menschen“, was mich übrigens gar nicht stören würde, sondern wir sagen „Senioren“, „Best-Ager“, „Silberrücken“ usw. Was „alt“ heißt in unserer Gesellschaft, das ist offensichtlich nur sehr schwer zu definieren. Wir müssen einen differenzierten Blick auf diese

letzte lange Phase des Lebens richten. Wir haben einerseits einen Gewinn an aktiven Jahren, andererseits haben wir aber immer mehr Hochbetagte. Es wird ja wohl nicht nur im Kreis Herford so sein, dass sich die Zahl der über 80-Jährigen bis zum Jahr 2020 verdoppelt; ich gehöre knapp nicht dazu. Das bedeutet: Alter heißt nicht nur flotte Senioren, die mit Motorbooten im Mittelmeer herumfahren, wie uns die Werbung suggeriert,  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sparkasse!)

sondern eben auch Verletzlichkeit und Hinfälligkeit.

Auch das müssen wir berücksichtigen.

Der letzte Altenbericht, über den wir hier im Parlament zu Recht ausgiebig diskutiert haben, hat die Potenziale des Alters aufgezeigt - ich habe das mit großem Wohlwollen gelesen -: eine größere Leistungsfähigkeit der älteren Generation gegenüber früheren älteren Generationen, ein deutlich besserer Gesundheitszustand, eine höhere Lernfähigkeit, größere Interessen und natürlich Erfahrung, Wissen und mehr Zeit. Das ist ein großer Gewinn für die älteren Menschen.

Solidarität zwischen den Generationen heißt eben auch: Wir Älteren müssen diese Potenziale nutzen, jeder für sich, aber auch für die Gesellschaft, und die jüngeren Generationen müssen bereit sein, dieses Engagement aktiv zu unterstützen. Wir müssen diese Potenziale in unsere Familien und in die sozialen Netzwerke einbringen. Übrigens funktioniert das bereits heute besser, als wir alle glauben. Wir müssen sie auch in die Gesellschaft einbringen. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei das Schlüsselwort.

Ganz entscheidend für die Älteren - das sage ich sozusagen an meine Generation gerichtet - ist: Wir dürfen uns nicht in den Ruhestand verabschieden, und wir dürfen uns nicht aus der gesellschaftlichen Verantwortung verabschieden. Gerade im Alter müssen wir - jeder von uns - diese gesellschaftliche Verantwortung nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eines will ich anmerken - auch das steht im Altenbericht -: Wie diese Potenziale im Alter aussehen, hängt sehr stark von den biografischen Voraussetzungen des Einzelnen, aber auch von sozialen Voraussetzungen ab. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wer Ungleichheit und Ausgrenzung in jungen Jahren, in der Erwerbsphase erfährt, von dem kann ich nicht erwarten, dass er im Alter über die Potenziale, die ich gerade beschrieben habe, verfügt. Das ist ein ernstes Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es gehört zur Generationensolidarität, dass wir auch das im Blick haben.

Deswegen ist der folgende Satz aus dem Altenbericht ganz wichtig: Nur in einer kinderfreundlichen Gesellschaft ist die Verwirklichung der Potenziale des Alters auf Dauer möglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das ist ein ganz entscheidender Satz. Hier schließt sich sozusagen der Kreis. Solidarität zwischen den Generationen bedeutet, dass wir den gesamten Lebenslauf - Frau Ministerin, Sie müssen nicht immer alles in einer

Rede ansprechen - im Blick haben. Das ist ganz entscheidend. Wo spielt sich das ab? Es spielt sich in unseren Städten und Gemeinden ab. Deswegen haben wir Sozialdemokraten gesagt: Leitbild für unsere Städte und Gemeinden muss die soziale Stadt sein, die vor Ort genau das umsetzt, was wir Generationensolidarität nennen.  
(Beifall bei der SPD)

Ein Satz noch zu den Haushaltsberatungen. Ich fand diese Debatte heute streckenweise etwas kurios, vor allen Dingen hinsichtlich der Rednerinnen und Redner unseres Koalitionspartners. Ich habe nicht gewusst, dass diese Debatte sozusagen die Koalitionsverhandlungen über Kindergeld und Ähnliches ersetzen soll. Dazu werden wir uns sicherlich noch zusammensetzen. Ich bin ganz sicher, dass wir im November gemeinsam den Haushalt verabschieden werden und dass wir die Impulse für Senioren und für Generationengerechtigkeit, die wir in unserem Haushalt haben, beibehalten und möglicherweise sogar verstärken werden. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch darum, dass wir zum Beispiel durch den Altenbericht und durch den Familienbericht in den Köpfen - in unseren Köpfen, aber auch in den Köpfen vieler Menschen in der Gesellschaft - etwas ändern. Das wünsche ich mir für die kommenden Wochen. Ich bin trotz allen Geplänkels, das wir hier heute geliefert haben, ganz zuversichtlich.  
Herzlichen Dank, Herr Präsident.

</ text >

< text 16177 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich.

Wir schließen heute die erste Lesung der Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b - ab:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksache 16/9900 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksache 16/9901 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

Am Dienstag haben wir zu Beginn dieser Beratungen für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt drei Stunden vereinbart.

Wir beginnen die heutigen Beratungen mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Einzelplan 9.

Das Wort erhält der Bundesminister Michael Glos.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und



Herren! Zuerst die gute Nachricht: Die deutschen Sparer müssen nicht um ihr Geld bangen; die Sicherungseinrichtungen der deutschen Banken sind nach wie vor intakt. Wir sind derzeit in einer Banken- und Finanzmarktkrise, die vor allen Dingen in den USA und in Großbritannien Dimensionen erreicht hat, mit denen unsere Generation noch nie konfrontiert war. Es war vor allen Dingen eine Krise, getrieben von Gier und Maßlosigkeit. Alle Alarmsignale wurden überhört. Die Party wurde gefeiert, ohne Rücksicht auf die, die das möglicherweise zahlen müssen. Bundeskanzlerin Merkel hat zu Recht gefordert - das war die deutsche Haltung beim G-8-Gipfel in Heiligendamm -, dass die Hedgefonds kontrolliert werden, das heißt, dass alles transparenter wird. Man hat nämlich überhaupt nicht gewusst, welche Risiken sich auftürmen.

Durch verantwortungsvolles Handeln von Aufsichtsbehörden und Zentralbanken rund um den Globus ist mittlerweile umsichtig reagiert und verhindert worden, dass die Krise noch stärkere Ausmaße annimmt. All dies zeigt: Die aktuellen Turbulenzen sind kein singuläres Ereignis, nach dem wir alsbald wieder zur Tagesordnung übergehen können. Außerdem zeigt es: Nur entschlossenes Handeln sichert Vertrauen, und ohne Vertrauen sind funktionsfähige Finanzmärkte und eine stabile Wirtschaft nicht denkbar.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt vor allen Dingen für Deutschland. Der Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sich gestern mit den Konsequenzen aus dem Fall Lehman Brothers beschäftigt. Mein Kollege Peer Steinbrück und ich haben mit den Verwaltungsratsmitgliedern in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gestern Entscheidungen getroffen und erste Konsequenzen gezogen. Die beiden zuständigen Vorstandsmitglieder wurden bis zur endgültigen Klärung des Vorfalls suspendiert, ebenso der für Risikokontrolle zuständige Bereichsleiter. Darüber hinaus wird die KfW die Geschäftsabläufe und die Aufbauorganisation, vor allem das Risikomanagement, einer intensiven und kritischen Prüfung unterziehen. Ich bin der festen Überzeugung: Wir müssen alles tun, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gerade mit öffentlichem Geld muss man vorsichtig umgehen. Es ist nicht das Geld der Spekulanten, das hier Bundesminister Michael Glos verbrannt worden ist, sondern es ist Geld, das uns allen gehört.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE

LINKE]: Sie haben doch die Verantwortung für die Entscheidungen!)

- Ich kann Sie nicht verstehen. Wollen Sie wieder Frau Schaeffler enteignen, oder um was geht es hier?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Lenken Sie nur ab von Ihrer Verantwortung!)

Wir in Deutschland und Europa haben diese Krise nicht ausgelöst; doch sie berührt auch uns. Wir müssen uns vor allen Dingen um die produzierende Wirtschaft

kümmern und alles tun, dass sie ausreichend mit Geld und Krediten versorgt wird; denn wir sind das drittstärkste Industrieland der Welt. Die Menschen in Deutschland leben in starkem Maße von der industriellen Produktion und allem, was sich darum herumrankt. Die Krise zieht natürlich auch die Konjunkturindikatoren ein Stück nach unten. Unsere Wirtschaft ist hochgradig in die Weltwirtschaft eingebunden. Davon haben wir in den letzten drei Jahren profitiert, und zwar erheblich. Es wird jetzt kaum möglich sein, sich von negativen Entwicklungen auf den Weltmärkten abzukoppeln. Die immer noch von den USA dominierte Weltwirtschaft muss eine Reinigungs- und Anpassungsphase hinter sich bringen.

Die aktuelle Krise ist das Spiegelbild vorangegangener Übersteigerungen. Jahrelang haben einige am Immobilienboom, vor allen Dingen in den USA, massiv verdient und gutgläubige Anleger mit unsicheren Finanzprodukten „beglückt“. Nun herrscht weltweit Katerstimmung. Es zeigt sich wieder einmal, dass Einkommen und Gewinn auf die Dauer nur durch harte Arbeit und unternehmerische Initiative zu erzielen sind. In Deutschland haben wir diese Grundregel nie vergessen. Wir haben sie gerade in den letzten Jahren sehr beachtet. Unsere Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren kräftig steigern können. Die Bilanzen sind fast überall solide. Auch das ist eine gute Nachricht. Die strukturelle Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gestiegen. Das kommt uns jetzt zugute, wenn es darum geht, Folgeschäden der internationalen Entwicklung zu verkraften, und wir werden sie verkraften müssen.

Der Export wird das Wachstum nicht mehr im gleichen Maße wie bisher stützen, obwohl auch hier wieder positive Zeichen zu sehen sind. Ich nenne nur die Stichworte „Euro-Dollar-Kurs-Entwicklung“ und „rückläufige Ölpreise“; von letzteren verspreche ich mir natürlich auch positive Effekte.

Umso wichtiger ist es, die eigenen Wachstumspfeiler zu stärken, also vor allem betriebliche Investitionen und Strukturverbesserungen weiter voranzutreiben sowie die private Nachfrage zu stärken.

Damit wir die aktuelle Wachstumsschwäche überwinden, müssen alle Akteure, die Verantwortung tragen, mitziehen. Von den Tarifpartnern erwarte ich Augenmaß bei den Lohnabschlüssen. Ich habe großes Verständnis für die Forderungen der Arbeitnehmer, aber was wir in Deutschland nicht erwirtschaftet haben, können wir nicht zusätzlich verteilen. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise haben bewirkt, dass sehr viel von dem, was von deutschen Arbeitnehmern erarbeitet worden ist, aus Deutschland abgeflossen ist. Was draußen ist – wir haben keine geschlossene Volkswirtschaft mehr –, können wir nicht in Deutschland zusätzlich verteilen. Deswegen muss die Wirtschafts- und Finanzpolitik dafür sorgen, dass von den Löhnen und Einkommen ein fairer Anteil für den privaten Konsum übrig bleibt, nachdem Steuern und Abgaben abgezogen sind.

Ich verstehe gut die Freude über unerwartete Steuermehreinnahmen. Ich glaube, sie eint uns alle. Unser Gemeinwesen

steht dadurch besser da. Aber es ist auch Geld, das an anderer Stelle fehlt, nämlich beim Verbraucher, beim Mittelstand und beim Handel. Verbraucher und Unternehmen haben einen Anspruch darauf, möglichst viel von dem zu behalten, was sie hart verdient haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wer Entlastung von Steuern und Abgaben als Verbrennen von öffentlichen Geldern bezeichnet, verwechselt Entstehung und Verwendung. Das müssen wir immer im Auge behalten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich will, dass wir eine konjunkturgerechte, bürgerfreundliche Wachstumspolitik pflegen. Ein wirksames Signal wäre eine dauerhafte Senkung von Steuern und Abgaben, sobald es möglich ist, insbesondere für den breiten Mittelstand. Dazu rechne ich die Beamten und Facharbeiter in allererster Linie. Vor allen Dingen ist ein wichtiges Signal, dass wir den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiter senken:

(Beifall bei der CDU/CSU)

von 3,3 auf 2,8 Prozent. Das muss drin sein.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt Ihr Koalitionspartner dazu? - Weitere Zurufe)

- Ich stütze nicht Ihre Politik. Ich kann Sie akustisch auch gar nicht verstehen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das hat die Bundeskanzlerin abgelehnt!)

- Nein. Sie werden das alles noch erleben.

(Lachen der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE] - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was werden wir erleben?)

- Sie werden erleben - damit das ganz klar ist -, dass die Kanzlerin hier mitmacht.

(Beifall des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Ich unterstütze selbstverständlich die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; denn es ist vernünftig, ein Gesamtentlastungspaket von 10 Milliarden Euro, das Beitragssenkungen und andere Verbesserungen enthält, auf den Weg zu bringen. Ich stehe selbstverständlich auch hinter den Forderungen meiner Partei nach weiteren Entlastungsschritten in der nächsten Legislaturperiode. Dahinter steckt ein durchdachter Plan.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das glaubt Ihnen keiner in Bayern!)

Auch in diesem Punkt ist Ihr Ausspruch, Frau Bundeskanzlerin, richtig - ich zitiere -:

Der Bund muss erstmal dahin kommen, wo Bayern heute schon ist.

Ich hoffe, dass sich das auch bei den geplanten Maßnahmen bewahrheitet.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach der

Rede steht die CSU bei 46 Prozent! Ein weiterer Prozentpunkt verschenkt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen einen Ausgleich der inflationsbedingten Progressionswirkung bei den Steuern so bald wie möglich sicherstellen.

Das steht nicht im Widerspruch zu unseren Konsolidierungsbemühungen,

sondern ist eine entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften Haushaltsausgleich. Nur wenn wir dem Wachstum Raum geben, sind auch Einnahmen des Staates bzw. der öffentlichen Hand und damit deren Ausgaben gesichert.

Um das Wachstum dauerhaft zu stärken, brauchen wir eine Zukunftsorientierung der öffentlichen Ausgaben. Das geschieht auch in meinem Haushalt, indem zum Beispiel die Fördermaßnahmen für Altindustrien auslaufen - ich nenne die Steinkohleförderung - und stattdessen Wachstumsfelder zusätzlich gefördert werden. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch ein Letztes zu den Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum in einem Industrieland wie Deutschland sagen: Hierzu gehört eine preiswerte, sichere und klimafreundliche Energieversorgung aus einem Energiemix, sodass Energie vor allen Dingen auch für die energieintensiven Industrien bezahlbar bleibt. Hier geht es nicht um diejenigen, die Anteilseigner der Firmen sind, sondern in allererster Linie um die Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)  
Deswegen beschäftigt mich die Entwicklung der Energiepreise ganz besonders. Wir müssen uns hier künftig noch besser aufstellen.

Ich meine, dass wir um den Weiterbetrieb der sicheren deutschen Kernkraftwerke auf absehbare Zeit nicht umhinkommen. Ich bin selbstverständlich dafür - hier werden mir immer falsche Vorhaltungen gemacht -, dass wir Energieeffizienz fördern, dass wir Energie einsparen und moderne Technologien fördern. Wir tun das. Ich habe unlängst erst die größte Windenergiemesse der Welt in Husum eröffnet. Ich weiß, dass 70 bis 80 Prozent der Produkte in den Export gehen. Ich werbe bei meinen Reisen für diese Produkte; stets nehmen Anbieter dieser Technologien daran teil. Ich halte das industriepolitisch für ungeheuer sinnvoll.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein echter Fortschritt!)  
Wir müssen aber der Entwicklung auch Raum und Zeit geben und dürfen nicht zwischenzeitlich Arbeitsplätze gefährden

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben aber keine Zeit mehr!)

und vor allen Dingen nicht die Geldbeutel der Verbraucher stärker belasten, als es sein muss, weil ansonsten dieses Geld im Inlandskreislauf fehlt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich möchte noch eine Ermahnung aussprechen: Wir haben innerhalb der Bundesregierung - ich muss ausnahmsweise den Kollegen Gabriel loben -

(Lachen bei der FDP)  
einen guten Kompromiss beim Emissionshandel gefunden, den wir auch in Brüssel durchsetzen wollen. Dort hat man ja sehr viel weniger Verständnis für die deutsche Industrie, als es naturgemäß bei uns der Fall ist. Viele andere Länder sind ja entindustrialisiert und haben für unsere Forderungen kein Verständnis. Deshalb muss bei

den Verhandlungen über die Zuteilungsquoten für die nächste Emissionshandelsperiode die energieintensive Industrie ausgenommen werden. Wenn man sie nämlich einbeziehen würde, wäre das nicht nur zum Schaden Deutschlands, sondern zum Schaden von ganz Europa. Die Produktion würde dann nämlich an andere Orte in der Welt verlagert; dort würde dafür sehr viel mehr Energie verbraucht und die Umwelt stärker geschädigt, als es bei uns der Fall ist. Zugleich würden bei uns die Arbeitsplätze verloren sein. Wir müssen deshalb Einigkeit im ganzen Haus darüber erzielen, um die Europäische Union ein Stück weit in die Schranken zu weisen.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich bei all den Seiten dieses Hauses, die eine Politik der Vernunft und des Augenmaßes unterstützen.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Rainer Brüderle ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.  
(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach drei Jahren konjunkturellem Sonnenschein in Deutschland muss die Bundesregierung jetzt im Abschwung ihre Fähigkeiten als Krisenmanager beweisen. Es ist allerdings ein Irrglaube, zu meinen, man könnte die Wirtschaft steuern und Konjunkturschwankungen abschaffen. Das musste schon einmal eine Große Koalition erfahren. Seitdem sind antizyklische Maßnahmen zur Konjunktursteuerung nur noch im Gespräch, wenn man Schulden machen will. Haushaltsüberschüsse aus guten Zeiten sind in den vergangenen 30 Jahren unrealistisches Wunschdenken geblieben; sie wurden nie erreicht. Worüber hier im Parlament zu reden ist, ist nicht die Tatsache, dass wir uns im Abschwung befinden. Das kommt in der Wirtschaft von Zeit zu Zeit vor; das kann man gar nicht vermeiden. Wir müssen über die Tatsache reden, dass die Bundesregierung nicht rechtzeitig für diesen Fall vorgesorgt und Maßnahmen ergriffen hat.  
(Beifall bei der FDP)

Im Mittelstandsland Deutschland muss sich der Mittelstand von der Bundesregierung verschaukelt vorkommen.  
(Zuruf von der CDU/CSU: Na, na!)

Man hat fast das Gefühl, die schwarz-rote Regierung hätte ein systematisches Programm zur Schwächung des deutschen Mittelstands aufgelegt.  
(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Schon kurz nach der letzten Bundestagswahl wurde das Immunsystem des Mittelstands durch die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Republik geschwächt.

Bei der drastischen Mehrwertsteuererhöhung darf man sich nicht wundern, wenn der private Konsum, der zwei Drittel der Nachfrageseite ausmacht, nicht anspringt, wenn die Menschen ihr Geld zusammenhalten und somit nicht durch mehr Nachfrage die Wirtschaft stützen. Die Sozialabgaben für Unternehmen und Arbeitnehmer sind nicht – wie versprochen – dauerhaft unter 40 Prozent gesunken. Der Zwangsgesundheitsfonds wird

im kommenden Jahr eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und zusätzliche Belastungen bringen. Die Bürokratie ist in einem höchst bescheidenen und fast zu vernachlässigenden Maß abgebaut worden. Allein die Vorverlegung der Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge auf den Monatsersten hat eine Zusatzbelastung von 4 Milliarden Euro ausgelöst. Dagegen ist eine Entlastung von 60 Millionen Euro ein Witz.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! - Zuruf von der CDU/CSU: Welche Gesundheitsleistung wollen Sie als FDP im Gesundheitswesen ausgrenzen?)

4 Milliarden Euro draufzuknallen und 60 Millionen Euro zu geben, ist ein schlechtes Geschäft.

(Beifall bei der FDP - Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: 1,8 Milliarden Entlastung!)

Die Bundesregierung hat der Wirtschaft die Schutzjacke der Mittelstandsförderung dank der Ausflüge der KfW in die private Bankenwelt schon halb ausgezogen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

Herr Minister Glos, Sie haben versprochen, dass das ERP-Fördervolumen auch nach der Übertragung auf die KfW vollständig erhalten bleibt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dazu hat er heute nichts gesagt!)

Können Sie diese Garantie heute vor diesem Parlament bestätigen? - Diese Frage muss gestellt werden.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Carl-Ludwig Thiele [FDP]:

Richtig! Das wurde bislang nicht beantwortet!)

Mit den Platzhaltergeschäften bei Post, Telekom und EADS wurde die KfW von einer Förderbank zu einem Aktienfonds. Mit dem IKB-Abenteuer wurde sie zu einem Hedgefonds, und in den vergangenen Tagen hatte man den Verdacht, dass sie zu einer Art Spielkasino wurde.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das kann man wohl sagen! - Zuruf von der CDU: Das ist dummes Zeug!)

Der Mittelstand darf nicht die Zeche für die Aktivitäten des Staates im Banksektor zahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die angeblich aktive Rolle der Bundesregierung bei der Bewältigung der internationalen Finanzkrise sieht sehr bescheiden aus. Als die Finanzmärkte bei dem G-7-Frühjahrstreffen der Finanzminister und des IWF im April letzten Jahres international zu einem politischen Thema wurden, war der Bundesfinanzminister auf Safari. Es muss offensichtlich eine hohe Bedeutung gehabt haben, sich um die Angelegenheit zu kümmern, wenn man lieber auf Safari geht, statt beim IWF tätig zu sein. Meine Damen und Herren, es geht so weiter. Als Medizin verordnet die Bundesregierung jetzt ausgerechnet eine mittelstandsfeindliche Vergaberechtsnovelle. Die öffentlichen Unternehmen werden bevorzugt, und private Handwerker werden aus dem Markt gedrängt. Der Energiepreis wird vom Staat künstlich hoch gehalten, indem durch die Kraft-Wärme-Kopplung und das Erneuerbare-Energien-Gesetz Subventionstatbestände fortgeführt werden. Da helfen auch keine Konjunkturprogramme in

Form von Kühlschranks- oder Neuwagensubventionen.  
Neue Ausgabenprogramme helfen überhaupt nicht weiter,  
auch dann nicht, wenn sie im Kostüm des Klimaschutzes  
daherkommen.

Fatal ist die ungeklärte Situation bei der Erbschaftsteuer.  
(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Die Erbschaftsteuer ist eine Riesenbelastung für Familienunternehmen,  
für die mittelständische Wirtschaft.

Hier muss Klarheit sein; hier muss Entlastung stattfinden.

Am besten wäre es, die Erbschaftsteuer komplett  
abzuschaffen. Übertragen Sie wenigstens die Kompetenz  
auf die Bundesländer, sodass der föderale Wettbewerb  
diejenigen, die mutiger sind, nach vorne bringt! Die Mittelständler  
müssen nicht nach Österreich oder in ein anderes Land gehen, sondern  
können in Deutschland bleiben, wenn der Mittelstand durch die Abschaffung  
der

Erbschaftsteuer gefördert wird.

(Beifall bei der FDP - Dr. Peter Ramsauer  
[CDU/CSU]: Sie reden wie die CSU! Herr  
Brüderle hält hier CSU-Reden!)

Die wachstumsfeindlichen Maßnahmen der Bundesregierung  
- Steuererhöhung für den Mittelstand, Mindestlöhne,  
Gesundheitsreform, Antidiskriminierungsgesetz  
- haben weit mehr Belastungen für den Mittelstand  
gebracht, als die Förderprogramme an Entlastung bringen.  
Hier wäre der Bundeswirtschaftsminister als ordnungspolitisches  
Gewissen gefordert, sich dem entgegenzustellen.

Wenn er sagt, von Bayern zu lernen, heiße  
für die Bundesregierung, besser zu werden, dann soll er  
das auch umsetzen. Die Bayern haben die Steuerentlastung  
kurz vor der Wahl entdeckt. Das heißt, es sind nicht  
gerade Initiativworte des Wirtschaftsministers, endlich  
die Entlastung durchzuführen, damit Luft zum Investieren  
ist, Luft, voranzukommen, neue Arbeitsplätze zu  
schaffen und vorhandene zu halten.

Ein Teil des Erfolgs der letzten drei Jahre war die  
Steuerreform von 2000, die damals dank des Vermittlungsausschusses  
und auch dank unserer Stimme aus

Rheinland-Pfalz möglich gemacht wurde. Es dauert längere  
Zeit, bis die Wirkungen das Wirtschaftsgeschehen  
nachhaltig beeinflussen und ein Stück voranbringen können;  
deshalb wäre es überfällig, die Steuerreform auf  
den Weg zu bringen. Aber all das geschieht nicht. Wir  
beschäftigen uns mit Nebenpunkten. Es gibt tolle Erklärungen,  
aber die wahren Weichenstellungen erfolgen  
nicht.

Was wir jetzt an den Finanzmärkten erleben, ist letztlich  
Teil eines Verfalls der ordnungspolitischen Verhaltensweisen  
und des klaren Kurses in der Wirtschaftspolitik. Wir  
erleben es bei der Konzentration in der Energiewirtschaft.  
Da wird Monopoly gespielt, und wir wundern  
uns, wenn die Energiepreise nicht entsprechend reagieren  
und die Benzinpreise, selbst wenn die Rohölpreise  
sinken, trotzdem oben bleiben. Das hat etwas mit Marktstrukturen  
zu tun. Da sind Dinge nicht in Ordnung. Im  
Bankenbereich hat es damit zu tun, dass die Aufsicht  
nicht funktioniert, dass offensichtlich auch die Verwobenheit  
des Staates mit Teilen des Bankensektors nicht  
funktioniert. Es ist doch bemerkenswert, dass die Landesbanken,  
die öffentlich-rechtlichen Banken, ganz vorn

sind bei den Fehlentscheidungen,  
(Beifall bei der FDP)

bei der Misswirtschaft und beim Aufkauf von miserablen amerikanischen Wertpapieren, den Subprime-Papieren. Da sind die Strukturen nicht in Ordnung.

Unsere Debatte muss darüber geführt werden, wie wir die soziale Marktwirtschaft wieder zur Wirkung bringen und wie deren Prinzipien wieder Beachtung finden. Schon die Gründungsväter, Eucken und andere, haben darauf hingewiesen, dass es schiefgeht, wenn nicht zwei Dinge beachtet werden: Eine zu hohe Konzentration muss vermieden werden, denn sonst kann die Wirtschaft nicht funktionieren, und es muss vermieden werden, dass der Staat - Eucken nannte es Punktualismus - zugunsten einzelner Unternehmen in das Marktgeschehen eingreift; Holzmann war der klassische Fall. Wir sind, wenn wir nicht eine Kurskorrektur im marktwirtschaftlichen Denken, eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft anpacken, voll dabei, diese Befürchtung der Gründungsväter der sozialen Marktwirtschaft Realität werden zu lassen. Wir stemmen uns dagegen. Machen Sie mit! Noch gibt es eine Chance, den Kurs zu ändern.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns inmitten eines Prozesses, in dem wir unsere alte Diskussion über Staat und Markt praktisch beobachten können. Wir Sozialdemokraten haben seit dem Godesberger Programm den Grundsatz: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Jetzt sehen wir, gerade an den Diskussionen der letzten Jahrzehnte, dass alle diejenigen, die den Staat aus der Regulierung vertreiben wollten, heute vor den Scherben ihrer Politik stehen. Alle Liberalen, innerhalb und außerhalb der FDP, haben gegen die Regulierung durch den Staat gekämpft. Heute sind sie diejenigen, die die Trauermärsche anführen.

(Beifall bei der SPD - Carl-Ludwig Thiele

[FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht zutreffend!)

So schnell kann man nicht vom Sünder zum Proselyten werden in diesem Bereich.

All die stolzen Banker - erinnern Sie sich an die Victory-Zeichen - haben sich als die wahren Wertschöpfer dieses Jahrhunderts dargestellt.

(Jan Mücke [FDP]: Wem gehört denn die

KfW? - Ulrike Flach [FDP]: Die sind doch gar nicht betroffen, Herr Stiegler!)

Sie haben sich als diejenigen gezeigt, auf die man hören muss. Der Staat sollte möglichst weit weg bleiben. Wenn heute der Staat und die Zentralbanken nicht wären, dann wären all diese wertvollen und erfolgreichen Typen weg. Dann wäre alles verbrannt. Die Finanzmärkte würden sich selber kannibalisieren. Jetzt ist der Staat der Lender of Last Resort. Wir sagen diesen Typen: Ihr habt einmal so gewirtschaftet, wie ihr wolltet. Nie wieder! Wir werden



euch auf die Finger schauen.

(Beifall bei der SPD - Carl-Ludwig Thiele  
[FDP]: Verstaatlichung!)

- Da kommen Sie schon wieder mit dem Zuruf „Verstaatlichung!“.  
- Das sind die Leute, die sagen: Der Staat sollte fernbleiben, wenn es darum geht, den Alltag zu regulieren.  
- Kaum aber sind Milliarden verbrannt, kaum sind Millionen Schicksale davon berührt - zum Beispiel im Rahmen der Altersvorsorge -, dann schreit man nach des Staates Hilfe und sagt dann, wenn er geholfen hat: Nun geh wieder; nun wollen wir wieder alleine Beute machen.

Wenn die Weltwirtschaft etwas daraus gelernt hat, dann müssen jetzt all die guten Vorsätze, die die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich formuliert hat, auch umgesetzt werden. Noch im April hatte man diese guten Vorsätze, und die G 7 hat entsprechende Fristen gesetzt. Je näher es zur Umsetzung kommt, desto zögerlicher wird man. Wenn man sieht, wie es in Amerika auf den Finanzmärkten zugeht - wie in einem Westernfilm -, weiß man, dass die Welt dafür sorgen muss, dass auf den Finanzmärkten Recht und Ordnung herrschen und nicht der Wilde Westen.

(Beifall bei der SPD)

Seit 1998 haben sich alle sozialdemokratischen Finanzminister weltweit bemüht,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Mit der IKB! -

Ulrike Flach [FDP]: Vor allem haben sie Schulden gemacht!)

ohne Unterstützung durch die Liberalen, ohne Unterstützung durch andere, zum Beispiel durch sogenannte Wissenschaftler. Was haben die uns in Frankfurt alles erzählt! Sie haben gesagt, dass man die Märkte sich selber überlassen muss. Was haben die uns alles aufgeschrieben! Dies alles ist belegt und dokumentiert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein bisschen mehr Selbstkritik, Herr Stiegler, wäre schon gut!)

Daran werden wir uns deutlich erinnern. Wir bzw. die Menschen haben hinterher die Folgen zu tragen. Also werden wir diesen Wilden Westen nie mehr zulassen können und unseren Beitrag leisten müssen. Ich hoffe, dass die Staaten auf der IMF-Konferenz im Oktober etwas tun.

Auch die arroganten Engländer spüren, was sie angerichtet haben. Man muss sehen, wie stolz sie vor drei Jahren argumentiert haben und wie kleinlaut sie jetzt daherkommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Labour!)

Man sollte sich einmal die ganzen Reden ansehen, in denen wir Deutsche belächelt wurden und der deutsche Finanzminister als Dorfdepp in der Finanzwirtschaft dargestellt wurde. All diese tollen Typen haben jetzt den Salat. Jetzt werden wir wieder Ordnung schaffen. Wir hoffen, dass wir genügend Unterstützung haben. Es gibt zu viele, die dafür bitter gezahlt haben.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Der arme Tony Blair! Der muss

ja gegen Sie verteidigt werden, Herr Stiegler!)

- Da sieht man einmal, wie objektiv wir sind. Wir sehen, dass selbst ein Blair Blödsinn machen kann und dass wir

hinterher dafür büßen müssen. Da haben wir keine Hemmungen.  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das glaube ich Ihnen unbesehen, dass Sie keine Hemmungen haben, Herr Stiegler!)

- Gerade ein Herr Kampeter, der immer mit den Jägern gejagt hat und jetzt mit den Hasen flüchten will,  
(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

ist der Letzte, der uns Belehrungen erteilen kann. Aber in aller koalitionsfähigen pflichtschuldigsten Liebe werden wir das miteinander ertragen.

Meine Damen und Herren, unsere Hauptaufgabe ist es jetzt, die Realwirtschaft von diesen Ereignissen abzukoppeln. Das hat uns am meisten zu beschäftigen. Viele haben die Konjunkturausblicke bisher immer aus dem Rückspiegel bezogen und gesagt: Na ja, so weit ist es ganz gut gelaufen, das Wachstum ist gekommen. Nun müssen wir aber miteinander zur Kenntnis nehmen, dass auf der vor uns liegenden Wegstrecke mancher Baum umgefallen und manche Straße nicht mehr passierbar ist. Das ist etwas, was uns nicht ruhig lassen kann. Gefragt ist aber nicht Laissez-faire, wie die Liberalen sagen, das wird der Vater im Himmel schon richten. Wir haben eine Verantwortung für die kommende Entwicklung.

Wenn wir sehen - ich nenne nur eine Branche -, dass die Bauwirtschaft bezogen auf das Jahr 2000 im Bereich des Wohnungsbaus schon heute einen Index-Wert von unter 50 hat, dann ist klar, dass Handlungsbedarf besteht. Wir haben aber auch Handlungsmöglichkeiten. Wir haben die Chance, die Bruttowertschöpfung zu steigern. Mit bescheidenen Einsätzen können wir etwas tun, dass die Konjunktur in den Wirtschaftsbereichen, in denen sie auf die Binnennachfrage angewiesen ist, nicht abschmiert. Wir können wenig tun, was die internationalen Verflechtungen betrifft. Im Bereich der Binnenwirtschaft können wir aber eine ganze Menge tun.

Wir sind die Erfinder des Programms zur energetischen Gebäudesanierung. Wir wollen unsere öffentlichen, privaten und gewerblichen Gebäude bis zum Jahr 2020 auf einen energetischen Standard bringen, der der Situation auf den Weltenergiemärkten und den Notwendigkeiten des Klimaschutzes angemessen ist. Dadurch entstehen Wachstum, Beschäftigung und Wertschöpfung. Darum sollten wir beim Haushalt die notwendigen Entscheidungen treffen.  
(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon Erfolge vorzuweisen. Ich möchte den Finanzminister ausdrücklich dafür loben, dass er die Mittel für dieses Programm im Sommer binnen 14 Tagen um 500 Millionen Euro aufgestockt hat, damit dieses Programm keinen Fadenriss bekommt. Es hat sich gezeigt, dass die Nachfrage größer ist, als man bisher gedacht hat. Ich bin nicht dafür, dass man dieses Programm explosionsartig aufwachsen lässt, sondern dafür, Gespräche mit den beteiligten Kreisen zu führen und das Programm auf einen Wachstumspfad zu setzen, der sich nicht auf die Preise auswirkt.

Hinzu kommt der ganze Bereich des Stadtumbaus, der in das Ressort von Wolfgang Tiefensee fällt. Der Stadtumbau erzeugt flächendeckend eine Nachfrage bei

Handwerk und Gewerbe und bringt gleichzeitig eine nachhaltige Wertschöpfung mit sich. Wir haben hier die Chance, mit einem überschaubaren öffentlichen Einsatz eine hohe private Investition auszulösen. Wir haben in Deutschland nach wie vor weit mehr Ersparnisse als Investitionen. Wenn es uns gelingt, einen Teil dieser Ersparnisse in Investitionen umzulenken, dann erreichen wir unser Wachstumsziel, ohne das Konsolidierungsziel zu schädigen. Herr Kampeter, man kann sich aus dem Elend nicht herausparen; das haben wir gelernt. Diese Große Koalition hat 2005 gezeigt, dass wir aus dem Elend herauswachsen können, und wir sind herausgewachsen. Darauf sind Sie neidisch. Sie haben uns die Kohl'sche Katastrophe hinterlassen. Sie sollten ganz kleinlaut sein, was den Haushalt und die Finanzen betrifft. (Beifall bei der SPD)

Konsolidieren und wachsen, das ist das Entscheidende. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war einmal ein richtiger Satz!)

Hinzu kommt: Wir brauchen ordentliche Löhne, damit sich Arbeitnehmereinkommen in Kaufkraft verwandeln. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass wir zwar über 1 Millionen Beschäftigte mehr haben, das Einkommen der Arbeitnehmer, gemessen am gesamten Volkseinkommen, aber nicht sonderlich gewachsen ist, weil das untere Drittel der Einkommen besondere Probleme hat. Wir haben Gott sei Dank starke Gewerkschaften. Im Exportbereich und im Maschinenbau kann ein fairer Anteil durchgesetzt werden. Wir haben aber auch viele Bereiche, die schlecht organisiert sind und in denen nicht angemessen gezahlt wird. Wir sind dafür, dass wir in diesem Jahr zumindest den tariflichen Mindestlohn in Kraft setzen; denn es gibt nur dann mehr netto, wenn wir auch mehr brutto haben. Im unteren Bereich hilft eine Steuersenkung nichts. Da helfen nur höhere Löhne und Gehälter. Da helfen nur faire relative Preise. Mir kann keiner erklären, dass derjenige, der eine Anlage sauber hält, weniger produktiv ist als derjenige, der etwas erfindet oder produziert. Denn wenn die Anlage nicht sauber wäre, wäre die Kreativität des anderen bald beim Teufel. Man muss also Haupt und Glieder zusammen sehen. Deshalb müssen wir für die unteren Einkommen gemeinsam eine Besserstellung erreichen. Dann haben wir wieder Massenkauftkraft und der Konsum trägt zu Wachstum und Beschäftigung bei. (Beifall bei der SPD)

Der Bundeswirtschaftsminister hat wieder seine Atomarie gesungen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Da müssen Sie Tinnitus haben!)

Ich kann nur sagen: Jetzt endlich sind auch die Energieversorgungsunternehmen bereit, in erneuerbare und alternative Energien zu investieren. Wer davon den Druck nimmt, versündigt sich an der Zukunft. Jemand, der wie Bayern den Mist nur produziert und sagt, die Niedersachsen sollen ihn nehmen, pflegt keine gute Nachbarschaft. Man kann nicht sagen: Die einen sind zum Putzen da und die anderen zum Protzen. Das werden wir Michael Glos nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie haben gesehen: Sein Papier zur Energiepolitik war nichts anderes als ein Wrapper, eine Tüte, um seine Atomgeschichten durchzusetzen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Das nehmen Sie sofort zurück!)

Mehr fällt ihm nicht ein, obwohl es gerade Herr Glos war, der ein virtuelles Netz gestartet hat, in dem alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energien sogar grundlastfähig werden. Michael Glos weiß das also; zumindest wenn er seine Sprechzettel liest, müsste er es wissen und dürfte nicht wider besseres Wissen handeln. Deshalb wird in diesem Bereich nichts gehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen in der Weltwirtschaft und in der europäischen Wirtschaft vor ernstesten Herausforderungen. Ich denke, wir müssen alles tun, um diesen Finanzmarktkapitalismus zu bändigen und diese Kasinomenalität zu brechen. Das Wichtigste ist, dass wir gleichzeitig die Realwirtschaft vor den Schäden aus der Finanzindustrie bewahren. Das ist in Deutschland noch leichter als in anderen Ländern. Diese Chance sollten wir nutzen, damit wir durchkommen. Aber wir sollten uns auch vornehmen, nie mehr wieder solche Zustände zuzulassen, die zu dem geführt haben, was wir heute zu beklagen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Roland Claus ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist hochinteressant, Sie hier über die Zustände an den internationalen Finanzmärkten urteilen zu hören. Begriffe wie „Gier“, „diese Typen“ und „Wildwestmentalität“ hören wir schon mit Interesse. Ich will Sie nur daran erinnern, mit welchen Zwischenrufen Sie solche Kritiken, wenn sie denn aus unserer Fraktion kamen, bislang belegt haben.

(Beifall bei der LINKEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stiegler hat heute eine Haltetden-Dieb-Rede gehalten!)

Ich glaube, die größte Fehleinschätzung, Herr Bundesminister Glos, haben Sie mit den Worten getroffen:

Es war eine Krise. – Ich muss Sie daran erinnern, Herr Bundesminister Glos: Sie sind der Chef des Verwaltungsrates der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau.

(Beifall bei der LINKEN)

Die halbe Bundesregierung sitzt darin: Herr Steinbrück, Herr Tiefensee, Herr Steinmeier.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Herr Lafontaine! –

Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oskar!)

– Bei dem Namen Lafontaine geht Ihnen offenbar jedes Urteilsvermögen ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Erstens können Sie nicht einem Mitglied von 34 die Verantwortung

zuweisen.

(Lachen bei der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens hat gerade Herr Lafontaine Ihnen hier oft genug bewiesen, dass er völlig andere Schlussfolgerungen aus der Situation gezogen hat als Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das hier ist natürlich ein maßgebliches Syndrom.

(Ulrike Flach [FDP]: Er ist noch nicht einmal anwesend! Wo ist er denn?)

Deshalb hätten wir erwartet, Herr Bundesminister, dass Sie über „diese Typen“ bei den Bankern nicht nur sinnieren, sondern dass Sie über Ihre Verantwortung als aufsichtführendes Gremium sprechen. Dazu sagten Sie aber kein Wort. Das werden wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau gebraucht.

Es gibt eine ganze Reihe von Mittelstandsprogrammen, über die hier bereits geredet wurde; ein Beispiel

ist das Gebäudesanierungsprogramm. Die Verluste der KfW schmälern das Fördervolumen. Da können Sie doch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen!

Sie meinen wohl, dieses Problem mit einer pauschalen Kapitalismuskritik, mit einer Kritik der Finanzmärkte übergehen zu können. Ich muss Ihnen sagen: So werden Sie dieses Problem nicht lösen.

(Beifall bei der LINKEN)

So kann Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht weitergehen.

Wenn Sie in dieser Woche wirklich nicht aus dem Bundestag herausgekommen sein und nicht wahrgenommen haben sollten, welche tiefe Enttäuschung und welche Empörung über diese Zustände in der Bevölkerung herrschen, dann verwechseln Sie den Bundestag mit dem wirklichen Leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese tiefe Enttäuschung treffen Sie natürlich auch in Bayern an. Natürlich können Sie vor der bayerischen Landtagswahl in der nächsten Woche Ihre Sprüche machen.

Aber ich frage Sie: Wo fing das Elend der aktuellen Finanzsituation denn an? Haben Sie etwa schon vergessen, was bei der Bayerischen Landesbank geschehen ist? Ich sage Ihnen: Die Bayerinnen und Bayern haben das nicht vergessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bundesminister Glos, eine radikale Kursänderung wäre notwendig. Ihr Etat ist aber ein Etat des schlichten „Weiter so“. Wir können Sie nur auffordern, wirkliche Veränderungen herbeizuführen und nicht nur die Aufsicht ein bisschen zu verbessern.

Vielleicht können Sie dabei auch aus den Erfahrungen in den Regionen lernen. In meinem Wahlkreis hat die Linke einen Antrag gestellt, in dem es heißt, Körperschaften des öffentlichen Rechts, zum Beispiel Abwasser- und Abfallzweckverbände, sollten nicht spekulieren; diesen Antrag haben CDU und Linke im Kreistag beschlossen. Ich sage Ihnen: Das ist ein öffentliches Signal, von dem die Bundesregierung jede Menge lernen kann.

(Beifall bei der LINKEN - Fritz Kuhn)

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! Interessant!

CDU und Linke! - Dr. Rainer Wend

[SPD]: CDU und Linke gemeinsam? Na, so etwas!

Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Sie beschwören in Ihren Reden gerne die Förderung des Mittelstands, wir auch. Dafür haben Sie ein neues Zauberwort erfunden: Zentrales Mittelstandsprogramm, ZIM. Darüber haben wir schon in den Haushaltsberatungen im vorigen Jahr geredet. Sie haben gesagt, Sie wollen alles neu ordnen und eine Förderung aus einer Hand betreiben. Das hört sich super an. Ich habe dann die schlichte Frage gestellt, welche Telefonnummer diese Einrichtung hat. Nach einem halben Jahr habe ich darauf eine Antwort bekommen.

Als ich Ihre Verlautbarungen zu Ihrem Einzelplan gelesen habe, dachte ich, ich könne meinen Augen nicht trauen. Darin heißt es, das am 1. Juli 2008 gestartete Programm werde viele Segnungen mit sich bringen. Von diesem Programm haben Sie schon in den letzten Haushaltsberatungen geredet. Sie haben es bis zum Sommer dieses Jahres aber nicht geschafft, es auf den Weg zu bringen. Das ist Augenwischerei. Das ist keine Förderung des Mittelstands.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss muss ich Ihnen sagen: Auch hinsichtlich der Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist Ihr Etat eine Fehlanzeige. Die CDU meint in ihrem Grundsatzpapier, das Wesen der Ostförderung erkannt zu haben. Sie schreiben, dass die Lohnstückkosten ein Standortvorteil sind. Damit meinen Sie niedrige Lohnstückkosten. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Einer Politik, die meint, dem Osten mit Niedriglöhnen zu helfen, geben die jungen Leute eine Antwort: Abwanderung. Dort, wo es im Osten aufwärts geht, haben wir auch vernünftige Löhne. Ziehen Sie daraus endlich den richtigen Schluss, und beenden Sie Ihre unselige Politik!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen heute eine wirtschaftspolitische Debatte zum Haushalt. Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, um einmal zu formulieren, was ich von einem Wirtschaftspolitiker und von einem Kabinett insgesamt erwarte.

Ich glaube, eine Grundvoraussetzung ist, dass Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik aufeinander abgestimmt sind. Seit längerem erleben wir allerdings ein böses Schauspiel: Die Vorschläge, die Wirtschaftsminister Glos macht, werden von anderen Kabinettsmitgliedern, allen voran von Finanzminister Steinbrück, regelmäßig kassiert. Das ist nicht das, was ich mir unter einem Wirtschaftsminister vorstelle, der zukunftsweisende Vorschläge zur Lösung der großen Probleme und der Herausforderungen macht, vor denen wir stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel Konjunkturprogramm, Beispiel Pendlerpauschale, Beispiel Steuersenkungen, alles wieder eingesammelt.

Ich komme im Einzelnen noch darauf zurück.

Die Krönung des Ganzen war der blaue Brief von Finanzminister

Steinbrück an Sie, Herr Gos. Ein blauer Brief, den ein Lehrer an die Eltern schreibt, ist damit verbunden, einmal richtig etwas auf die Finger zu bekommen. Auf dieser Ebene hat sich der Umgang zwischen Finanzminister und Wirtschaftsminister bewegt. Aus meiner Sicht geht es nicht peinlicher.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Gos, meine Empfehlung lautet: Denken, rechnen, dann reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der blaue Brief kam aber nicht von Herrn Gos!)

Erstes Beispiel: Konjunkturprogramm. Die Presse schreibt: Der Finanzminister stufte die Entwürfe aus dem Hause Gos als wirkungslos ein. - Deutlicher geht es nicht. Wenn Sie schon nicht dem Finanzminister glauben, wenn Sie schon nicht Ihrer Kanzlerin glauben, dann sollte Ihnen wenigstens die Ausgabe des Handelsblatts vom 29. Juli 2008 zu denken geben, in der steht „Linke applaudieren Gos“. Das würde mir zu denken geben, wenn ich ein Konjunkturprogramm auf den Weg bringe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Roland Claus [DIE LINKE]: Das soll auch nicht wieder vorkommen!)

- Die Linke sagt, dass soll nicht wieder vorkommen. Das liegt wohl weniger an den Inhalten, als an der Frage, wie peinlich es ist, Gos zu loben.

Was Sie vorgeschlagen haben, trägt nicht. Kurzfristige Maßnahmen machen keinen Sinn. Das beste Konjunkturprogramm heute sind Strukturreformen, die die Volkswirtschaft stabilisieren, um sie gegen Krisen weniger anfällig zu machen. Das sind aber langfristige Maßnahmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Maßnahmen im Bereich der Bildung, im Bereich der Kinderbetreuung und im Bereich der nachhaltigen Energieversorgung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie die letzten drei Tage hier geschlafen?)

Nächster Vorschlag: Steuersenkungen. Mit der Mehrwertsteuererhöhung haben Sie die Kaufkraft gesenkt.

Jetzt zu merken, dass die Kaufkraft empfindlich gesunken ist, ist ein bisschen wenig. Sie machen sich vom Acker und sagen: Eigentlich müssen wir das alles wieder zurückgeben. - Sie müssen sich entscheiden.

Entweder Sie treiben via Steuern die Einnahmen nach oben, oder Sie versprechen Steuersenkungen. Beides zusammen geht aber nicht.

In Ihrer Rede vor ziemlich exakt einem Jahr haben Sie gesagt: Alles, was auf Pump finanziert wird, lehne ich natürlich ab. Prima, recht hat er. Was auf Pump finanziert wird, muss man ablehnen; denn das ist falsch.

Deshalb ist der Vorschlag, Steuersenkungen in den Raum zu stellen, falsch, unseriös und ein leeres Versprechen, Herr Gos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Völlig falsch!)

Drittes Beispiel: Pendlerpauschale. Man muss sich bei den Vorschlägen immer fragen, ob jetzt Gos für Huber schreibt oder ob Huber für Gos schreibt; denn Sie

machen sich zum Verfechter der Pendlerpauschale. Das ist das Lieblingsthema der Bayern. Ich bin so etwas von sicher, dass das Thema Pendlerpauschale nach der bayerischen Landtagswahl kein Thema mehr sein wird. Dann ist das Thema versenkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Huber ist dann auch kein Thema mehr!)

Das heißt, dass Sie die Menschen für dumm verkaufen. Das werden sich die Menschen aber nicht gefallen lassen. Ich schwöre Ihnen, dass Sie das in Bayern zu spüren bekommen, Herr Glos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

46 Prozent!)

Ein guter Wirtschaftsminister entwirft eine Politik, die Antworten gibt auf die Risiken, vor denen wir stehen. Die großen Herausforderungen sind die Globalisierung, die demografische Entwicklung und vor allen Dingen Ökologie und Klimawandel. Um unter dem Druck der Globalisierung, dem wir ausgesetzt sind, bestehen zu können, brauchen wir Strukturreformen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das sind nun einmal langfristig ausgerichtete Strukturreformen bei Bildung, Kinderbetreuung und vor allem bei der Frage, wie wir die vorhandenen Wissensressourcen nutzen können. Eine dieser Hauptressourcen sind die Frauen. So leid es mir tut, meine Herren dieses Hauses: Die Frauen sind die Schlauereren, sie machen die besseren Schulabschlüsse und die besseren Studienabschlüsse.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die bessere Bundeskanzlerin!)

Solange Sie aber nicht in der Lage sind, die „Ressource“ Frauen für die Wirtschaft zu nutzen, weil es nicht gelingt, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf richtig auf den Weg zu bringen, stärken Sie uns nicht im Rahmen der Wettbewerbsfähigkeit und geben nicht die richtige Antwort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Anderes Thema: Bildung. Das Wort Bildungsrepublik ist ein großes und wichtiges Wort, wir müssen sie entwickeln. Wir haben nach wie vor die Situation, dass 10 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs die Schule ohne Schulabschluss verlassen. 25 bis 30 Prozent der Jugendlichen sind sogenannte sekundäre Analphabeten.

Das sind diejenigen, die die Wörter vielleicht lesen können, aber den Text nicht verstehen. An dieser Stelle müssen Sie ansetzen. Jeder Jugendliche muss eine Chance bekommen und mitgenommen werden; denn sonst erhalten wir auch nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Wir sind hier im Bundestag und nicht im Landtag!)

- Landtag, Bundestag, Bildung, bei dem, was Sie in der Föderalismuskommission I gemacht haben, würde ich an Ihrer Stelle einmal ganz ruhig sein. Sie haben doch selber Schuld daran, dass unsere Befugnisse beschnitten sind und wir nicht in der Lage sind, wirklich Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen.



(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD - Kurt J.  
Rossmann [CDU/CSU]: Föderativer Staat!  
Gott sei Dank!)

Thema Klimawandel und Ökologie. Die beste Antwort  
auf hohe Ölpreise ist die Strategie „Weg vom Öl“.  
(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Die beste Strategie gegen hohe Strompreise ist nicht  
„Atom“. Es ist müßig, zu sagen, dass die Strompreise in  
Bayern und Baden-Württemberg am höchsten sind, obwohl  
der Anteil der Atomenergie am Strom dort am  
höchsten ist. Das wissen wir inzwischen alle.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sie  
sollten einmal lernen, dass Angebot und Nachfrage  
die Preise bestimmen! Ich gebe es auf!)  
Herr Glos, Sie sind hier auf einem Irrweg. Sie agieren als  
Lobbyist der Atomindustrie und rühren unermüdlich die  
Werbetrommel für die Atomenergie.  
Das Beste war Ihr Besuch auf einer finnischen AKW-Baustelle.  
Was ist unserem Wirtschaftsminister Glos  
dort eingefallen? Er hat sich geärgert, dass er das Eisbärbaby  
Flocke nicht dabei hat! Es wäre doch hübsch gewesen,  
mit dem Eisbärbaby Flocke vor dem Neubau eines  
AKWs zu stehen, um einmal deutlich zu machen, wo  
es in unserer Zukunft hingehen soll. Herr Glos, das ist  
peinlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD - Jochen-  
Konrad Fromme [CDU/CSU]: Ihr Unverständnis  
von Grundkenntnissen der Marktwirtschaft  
ist peinlich!)

- Nein, nein.

Noch einmal zum Bereich Energiewirtschaft. Der  
Herr Wirtschaftsminister Glos kämpft in Brüssel unermüdlich  
gegen das Ownership-Unbundling, also gegen  
die eigentumsrechtliche Trennung von Erzeugung und  
Netz. Das ist deswegen interessant, weil die großen  
Energieversorgungsunternehmen ihre Netze schon verkaufen  
wollen. Das ist ein Kampf gegen Mühlen, die  
schon lange nicht mehr stehen. Das tut unser Wirtschaftsminister  
in Brüssel, anstatt sich wirklich Gedanken  
darüber zu machen, wie man Wettbewerb auf dem  
Energemarkt herbeiführt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bürokratieabbau. Auch das ist eines Ihrer Lieblingsthemen.  
Es ist aber übrigens sehr auffällig, dass das  
Thema Bürokratieabbau in den letzten Wochen und Monaten  
immer mehr in den Hintergrund gerutscht ist.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Ja!)

Das liegt ein bisschen daran, dass die gesamte Projektarchitektur,  
mit der sich die Bundesregierung diesen Bürokratieabbau  
vorgenommen hat, von vornherein ein bisschen  
falsch war. Jedes andere Land in Europa hat sich  
eine Legislaturperiode dafür vorgenommen, den Umfang  
der Informationspflichten für die Unternehmen um  
25 Prozent zu senken. Man beginnt im ersten Jahr, und  
nach vier Jahren soll das Ziel erreicht werden. Deutschland  
sagt: fünf Jahre und 12,5 Prozent. Das macht sonst

nur noch die EU. Kein anderes EU-Land hat sich ein solch wenig ehrgeiziges Ziel gesetzt.

Was wurde erreicht? Die Niederlande haben das geschafft. Sie haben den Umfang der Informationspflichten für die Unternehmen um 25 Prozent gesenkt.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Luxemburg und Malta auch!)

Wissen Sie, was das ist? Das ist ein klarer Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen und den Mittelstand in den Niederlanden gegenüber den Unternehmen und dem Mittelstand in Deutschland. Das ist aber das, was ich von einem Wirtschaftsminister erwarte: die wettbewerbliche Situation der Unternehmen in Deutschland zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuwanderung. Sie haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem man zu der nicht ganz neuen, aber immer wieder notwendigen Darstellung kommt, dass wir einen Fachkräftemangel haben. Im IT-Bereich fehlen uns 330 000 Akademiker. Was sagte der Wirtschaftsminister Glos am 13. September 2008 in Spiegel online? Er sagte, Deutschland könne nicht „massenhaft ausländische Arbeitnehmer holen, nur weil wir sie im Moment gerade einmal brauchen“.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unfassbar. Es ist für mich nicht begreiflich, wie ein Wirtschaftsminister im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit und das Finden von wirklichen Lösungen für Probleme, die wir haben, solche kurzfristigen und kleinteiligen Antworten geben kann. Das erwarte ich nicht von einem Wirtschaftsminister, Herr Glos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Abschluss. Sie sagten 2005, dass die Konjunktur angezogen hat. Drei Jahre lang ging das gut. Jetzt wird es wieder ein bisschen schlechter. Warum hatte denn die Konjunktur angezogen? Meine Damen und Herren von der SPD, sie hat unter anderem deswegen angezogen, weil Rot-Grün dringend notwendige Reformen durchgeführt hat. Wir haben Strukturreformen durchgeführt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zu denen muss man im Übrigen auch stehen. Das ist wirklich meine Botschaft an Sie.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Mache ich! - Ulrich Kelber [SPD]: Das sollten Sie einmal den Grünen in meinem Wahlkreis erzählen!)

Das waren notwendige Reformen. Ohne diese Reformen von Rot-Grün hätte Schwarz-Rot nicht auf diesen wirtschaftspolitischen Aufschwung zurückschauen können.

Seit Beginn der Großen Koalition warnen Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat

davor, den unter Rot-Grün begonnenen Reformkurs aufzugeben.

Genau das machen Sie aber. Sie geben den Reformkurs

auf, und nach drei Jahren wundern Sie sich,

warum der Aufschwung nicht weitergeht und wir ins Stocken geraten.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sie schauen in die falsche Richtung!)

Das entspricht nicht dem, was ich von einem Wirtschaftsminister

verlange. Ich verlange, dass er zukunftsweisende Antworten gibt. Das tun Sie nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich achte auf die Zeit und bin auch gleich fertig. - Sie sind auf dem Irrweg, Herr Glos. Sie sind ein Wirtschaftsminister, der nicht vom Kabinett getragen wird.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das stimmt!)

Sie sind ein Wirtschaftsminister, der den Reformpfad verlassen hat. Sie sind ein Wirtschaftsminister, der einen Haushalt gutheißt, mit dem trotz steigender Steuereinnahmen weitere Schulden gemacht werden. Sie sind ein Wirtschaftsminister, der keine zukunftsweisenden Entscheidungen treffen kann. Sie sind ein Wirtschaftsminister, der auf die drängenden Fragen keine Antworten gibt. Deswegen, Herr Glos, bin ich der Meinung, Sie sollten noch einmal in sich gehen und uns für das kommende Jahr bessere Vorschläge machen. Andernfalls sehe ich schwarz für die Wirtschaftspolitik im kommenden Jahr.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Kurt Rossmanith, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! „Forschungs- und Innovationspolitik sind ein wichtiger Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.“ Das hat Angela Merkel dieses Jahr in einer Schrift über das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt geschrieben. Sie hat wie immer recht. In diesem Punkt, liebe Frau Andreae, gebe ich auch Ihnen recht: Weil die Frauen so tüchtig sind, haben wir auch eine Bundeskanzlerin. Dies wollen wir beibehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist auch ein Bundesministerium für Technologieförderung. Der Strauß, den Sie eben mit Ihren Ausführungen gebunden haben, ist mehr als welk. Deshalb ist es, glaube ich, müßig, sich damit näher zu beschäftigen.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Haben Sie sich damit beschäftigt?)

Ich will nur ein Datum nennen. 2005 - bis dahin haben Sie in der Regierung Mitverantwortung getragen -, hatten wir 4,9 Millionen, fast 5 Millionen Arbeitslose. Jetzt sind es knapp über 3 Millionen. Im August waren es 3,1 Millionen Arbeitslose. Auch das sind noch zu viele. Aber Sie sehen, dass wir etwas zuwege gebracht haben, und zwar durch unsere Wirtschaftspolitik, durch entsprechende Förderung und andere Maßnahmen.

Dabei sind wir, die wir im Haushaltsausschuss und im Parlament die Verantwortung für den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie tragen, sehr bescheiden. Von den 288,4 Milliarden Euro, die der Haushalt im Jahr 2009 umfassen soll, wird der Etat des

Wirtschaftsministeriums mit nur 6,4 Milliarden Euro bedacht. Dabei sind manche große Ausgabenbereiche wie die Steinkohle vorgegeben. Wir bleiben hier erfreulicherweise zwar unter 2 Milliarden Euro, aber es sind immer noch 1,9 Milliarden Euro. Hoffentlich können wir in den Beratungen noch das eine oder andere auf den Weg bringen.

Kollege Brüderle hat von Krisenmanagement gesprochen. Ich möchte betonen, dass das in der Wirtschaft derzeit nicht notwendig ist. Ich warne davor, wirtschaftspolitisch von einer Krise zu sprechen. Es ist sicherlich richtig, dass es im Bankenbereich eine Krise gibt. Dass das große Ärgernis, was die Kreditanstalt für Wiederaufbau betrifft, detailliert untersucht werden muss, ist klar. Aber, lieber Kollege Stiegler, Sie sind schon seit Jahren Mitglied des Verwaltungsrats der KfW. Deshalb können Sie jetzt nicht einfach sagen „Haltet den Dieb!“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie selber waren über Jahre dabei und sind es heute noch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich warne davor, Vorverurteilungen vorzunehmen. Sie sollten vielmehr in sich gehen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Was hat das mit dem Verwaltungsrat der KfW zu tun?)

Natürlich muss alles detailgenau untersucht werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Stiegler, Sie sind der Hase!)

Ich könnte noch aus Ihrer Rede zitieren; das lasse ich aber.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ja, was denn? Lassen Sie den Glos in Ruhe! – Gegenruf des Abg.

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich sage nur: Hase!)

Ich sage Ihnen nur eines: Natürlich verlässt kein Haushaltsentwurf das Parlament so, wie er eingebracht wurde. Wir müssen uns gemeinsam anstrengen und darüber nachdenken, ob wir nicht dieses oder jenes noch verbessern können, ob wir die Nettoneuverschuldung möglicherweise nicht doch unter 10 Milliarden Euro drücken können. Diesen Versuch sollten wir auf jeden Fall starten. Aber das schließt nicht aus, dass wir dort die Förderschwerpunkte setzen, wo es notwendig ist, und zwar gerade im Mittelstand.

Lieber Kollege Rainer Brüderle, Sie sind sonst immer der Wahrheit verpflichtet. Für den Mittelstand sind wir gemeinsam. Dann sagen Sie bitte auch, dass die direkt eingesetzten Mittel zur Förderung des Mittelstandes im Haushaltsentwurf 2009 im Vergleich zum Haushalt 2008 einen wesentlichen Anstieg aufweisen und dass die Stärkung des Luft- und Raumfahrtbereichs vielen Mittelständlern zugute kommt. Es ist eine Mär, dass nur zwei, drei ganz große Unternehmen davon profitieren. Nein, im ganzen Land, von Füssen bis hinauf nach Flensburg, vom wunderschönen Schwarzwald bis an die Oder, arbeiten Tausende Unternehmen aktiv in diesem Bereich. Sie betreiben Forschung und geben unserer Jugend im hochtechnologischen Sektor eine Chance.

Lassen Sie mich zum Mittelstand einen weiteren Punkt anmerken. Sie haben gesagt, Bürokratieabbau finde nicht statt. Frau Kollegin Andreae, Sie haben gesagt, davon höre man nichts mehr. Ich bitte Sie, das Ganze zeitnah zu betrachten. Erst vor ein paar Tagen wurde ein Bericht über den Bürokratieabbau im Mittelstand veröffentlicht.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie müssen zugeben, dass das Ziel überhaupt nicht erreicht ist!)

Nicht nur der Bundeswirtschaftsminister, sondern auch die Institute und die Verbände, sowohl der Zentralverband des Deutschen Handwerks als auch der BDI, sagen, dass der Mittelstand aufgrund der in den vergangenen drei Jahren beschlossenen Maßnahmen zum Bürokratieabbau – das spiegelt sich auch im Bundeshaushalt wider – um 1,8 Milliarden Euro entlastet wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Thea Dückert

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Milchmädchenrechnung!)

Lesen Sie diesen Bericht! Das sollten Sie tun, bevor Sie hier im Plenum eine Rede halten. Sicherlich gibt es immer sehr viel Material. Wenn man aber zu aktuellen Sachverhalten Stellung nehmen will, dann sollte man auch auf dem aktuellen Stand sein.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sollte es richtig sein, genau!)

Der Minister hat überhaupt nichts zur Atomenergie gesagt, auch nicht, dass wir die Atomenergie für alle Ewigkeit brauchen. Es wäre aber Wahnsinn, sich von heute auf morgen von einer Übergangsenergie wie der Kernenergie abzuschneiden.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Atommüll ist nicht vorübergehend!)

Wir müssen an der Kernenergie so lange festhalten, bis wir genügend andere Möglichkeiten zur Energieerzeugung inklusive Maßnahmen zur Energieeinsparung haben.

Liebe Grüne, Sie haben den Haushaltsentwurf sicherlich nicht gelesen. Wenn Sie es tun, werden Sie sehen, dass die Fördermittel für alternative Energien einen enormen Anstieg aufweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege!

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Deshalb freue ich mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und in den Fachausschüssen. Wir werden

sehr viel Gutes finden, aber auch Korrekturen vornehmen müssen. Ich freue mich auf die Diskussion und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Ulrike Flach, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kurt Rossmanith hat gerade zu Recht auf die Rolle von Herrn Stiegler bei dem IKB-Skandal hingewiesen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So etwas!)

Wer im Verwaltungsrat sitzt, muss natürlich aufpassen,

Herr Stiegler,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Aber bei der IKB saßen die Liberalen! Die großen Industriellen!

Ich nicht!)

und darf hier nicht nur Kassandrarufo gegen das Kapital loswerden.

Ich möchte an dieser Stelle einmal deutlich daran erinnern:

Wer hat uns denn das ganze „Gedöns“ mit der IKB eingebrockt? Das waren doch die Sozialdemokraten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist doch der Punkt! Sehr richtig!)

Ohne die Sozialdemokraten gäbe es überhaupt keine Beteiligung des deutschen Staates an der IKB.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ihre Freunde haben gebettelt! Sie sind auf den Knien gerutscht vor dem Schröder!)

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie hier jetzt wilde Beschimpfungen gegen Leute aussprechen, die damit überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei der FDP)

Aber lassen Sie mich jetzt auf den Haushalt eingehen; schließlich haben wir Haushaltsberatungen. Herr Glos, Sie haben in diesem Jahr 6,37 Milliarden Euro in Ihrem Einzelplan; das ist eine Steigerung von fast 3 Prozent. Sie haben eben auf Ihren Rivalen Sigmar Gabriel hingewiesen. Im Verhältnis zu dem Etat von Herrn Gabriel ist das fast ein Nullwachstum. Ich frage mich, warum es Ihnen nicht gelungen ist, die unendlichen Erlöse aus den Emissionszertifikaten in Ihren Haushalt hineinzulenken, wie es für Herrn Gabriel offensichtlich eine Selbstverständlichkeit war. Mit dem Geld hätten Sie Technologiepolitik betreiben und die eigenen Wachstumspfeiler stärken können, wie Sie es von Ihrer eigenen Politik eben selbst gefordert haben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Schauen Sie sich Ihren Haushalt doch einmal an.

Zwar haben wir im Jahr 2009 Aufwüchse. Aber in der mittelfristigen Finanzplanung haben wir Stagnation bis hin zu einem Abfall der Ausgaben. Welchen Schluss ziehe ich als Liberale daraus? – Ganz offensichtlich ist das ein reiner Wahlkampfetat, und ganz offensichtlich scheinen Sie, Herr Glos, nicht fest mit einer Fortsetzung Ihrer Amtszeit zu rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Ausgaben für die Technologieförderung Mittelstand – Kurt Rossmanith hat sie eben erwähnt – gehen bis 2012 sogar herunter.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Nein, die gehen um 1 Million Euro rauf!)

Die Gelder für Auslandsmessen stagnieren. Einzelne Titel für die Technologieforschung, von der Sie auf Ihrer Klausur gesagt haben, Sie wollten 3 Milliarden Euro zusätzlich dafür ausgeben, sinken sogar. Was ist das für ein klaffender Unterschied zwischen der Realität und Ihren Ankündigungen, Herr Glos? Schauen Sie sich nur einmal die Schifffahrt an. Die Inflation frisst das bisschen Geld von 500 000 Euro, das sie dafür mehr ausgeben wollen, Tag für Tag auf.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Wir haben eine gute Auftragslage in der Schifffahrt! Eine

sehr gute sogar!)

Das Wichtigste ist aber: Wir haben es im Technologieministerium mit einem Minister zu tun, dem die Visionen fehlen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Sie leben einfach in den Tag hinein und wackeln bei wichtigen Politikfeldern. Denken Sie nur an das große Thema Mondfahrt. Wir haben jetzt die dritte Haushaltsberatung, in der wir nicht wissen, was der Staat bei Raumfahrt und Mondfahrt machen wird. Jedes Mal wird uns erzählt: Ja, wir wollen dort gerne einsteigen. - Aber wenn wir in den Haushalt hineinschauen, müssen wir feststellen: Nichts passiert! Sie lassen die Leute im Regen stehen,

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Es regnet heute doch gar nicht!)

und zwar auf einem Technologiefeld, von dem wir genau wissen, dass die anderen längst an uns vorbeiziehen und riesige nationale Programme fahren. Wir werden im Endeffekt in die Röhre schauen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Herr Glos, die Österreicher sind vor einigen Tagen von einer EU-Arbeitsgruppe geprüft worden, und man hat ihnen vorgeworfen, dass sie zu wenig Visionen haben, dass sie eine zu große Programmviefalt haben und dass sie sich verstricken, weil Ministerien gegeneinander ankämpfen. Ich sehe im Augenblick bei dem von Ihnen vorgelegten Haushalt an keiner Stelle einen Unterschied zu Österreich. Wir hätten längst weiter sein müssen, und zwar wesentlich weiter.

Als Fazit können wir nur sagen: Liberale verstehen unter Technologiepolitik eine deutliche Investition in das, was für die nächsten Generationen wirklich wichtig sein wird. Das leisten Sie nicht. Sie haben versagt.

(Gudrun Kopp [FDP]: Leider wahr!)

Ich vermute, dass uns auch in den letzten Monaten dieser Bundesregierung nicht mehr geboten werden wird.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Ute Berg, SPD-Fraktion.

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem üblichen Schlechtreden von Frau Kraft

(Ulrike Flach [FDP]: Flach!)

- Frau Flach, Entschuldigung; das war eine Freud'sche Fehlleistung -

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Oh!)

möchte ich jetzt einige positive Aspekte in den Vordergrund stellen. Allerdings möchte ich mit dem anfangen, was wir in den letzten Tagen und Wochen in der Zeitung immer wieder lesen mussten und was natürlich Anlass zu Sorgen gibt. Ich meine die Hiobsbotschaften über amerikanische Bankenpleiten. Das hat sich wie ein roter Faden durch die Debatten des Deutschen Bundestages gezogen.

Zunächst klang es wie ein Fall fürs Jugendamt: die

Misere der Sorgenkinder Freddie und Fannie, die in staatliche Obhut gegeben werden mussten. Mittlerweile hat sich die Pleitenserie zur schwersten Finanzmarktkrise der letzten Jahrzehnte entwickelt und belastet die Weltwirtschaft erheblich. Weil der Staat nicht immer als Supernanny einspringen kann, taumelt nun ein Bankenoder Versicherungsgigant nach dem anderen zu Boden.

Aber nicht nur die Auswirkungen der US-Immobilienkrise und die anhaltenden Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten, sondern auch der hohe Ölpreis hat das Weltwirtschaftswachstum erheblich gedämpft: in Europa und natürlich auch hier bei uns in Deutschland. Deutlich spürbar ist, dass die Verbraucher enorm belastet sind: Die Einzelhandelsumsätze gehen zurück, und die Kaufkraft leidet unter der Verteuerung von Energie, aber auch von Nahrungsmitteln.

Allerdings wächst unsere Wirtschaft unter dem Strich weiter, und zwar allen Hiobsbotschaften zum Trotz. Auch 2008 werden wir, aufs ganze Jahr gerechnet, keine Rezession haben. Die vorsichtigsten Schätzungen gehen davon aus, dass die Wirtschaft dieses Jahr um 1,7 Prozent wächst, also langsamer als letztes Jahr. Trotzdem haben wir noch eine positive Bilanz zu verzeichnen. Damit sind wir sogar Konjunkturlokomotive in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die OECD bescheinigt unserer Wirtschaft insgesamt eine hohe Widerstandskraft. Das liegt sicherlich auch daran, dass wir entgegen den Empfehlungen mancher angelsächsischer Länder eben nicht vornehmlich auf Dienstleistungen gesetzt haben, sondern dass wir die industriellen Kerne unserer Wirtschaft ganz stark in den Vordergrund gestellt und sie nicht vernachlässigt haben. Allerdings wird die Wirtschaftsentwicklung auch in Zukunft durch hohe Energiepreise beeinträchtigt werden. Es wird immer deutlicher: Wir müssen weg vom Öl, zumindest unabhängiger davon werden, als wir es heute noch sind. Dafür wollen wir zwei Wege beschreiten: erstens mehr erneuerbare Energien nutzen, zweitens weniger Energie verpulvern. Das geht zusammen mit unserem Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken.

Die Bundesregierung unterstützt diese Entwicklung. Allein das Wirtschaftsministerium fördert die Energieforschung nächstes Jahr mit gut 170 Millionen Euro.

Im Mittelpunkt stehen dabei Forschungsarbeiten auf dem Gebiet moderner CO<sub>2</sub>-emissionsarmer Kraftwerkstechnologien, die Forschung an Brennstoffzellen und Wasserstoff sowie auf dem Gebiet des energieoptimierten Bauens.

Deutschland ist aber auch schon jetzt bei Produkten und Dienstleistungen gut aufgestellt: 20 Prozent der Umweltechnologien auf dem Weltmarkt kommen aus Deutschland. Deutschland ist internationaler Markt- und Innovationsführer bei Energieeffizienztechnologien und bei der Energieberatung. Das bedeutet, dass wir durch unsere Technologien enorme Einsparpotenziale schaffen und damit natürlich auch Kosten senken können. Wir haben hier also eine zukunftssträchtige Stellung, wenn man bedenkt, dass der Weltmarkt für Energieeffizienz



2005 ein Volumen von 450 Milliarden Euro hatte und bis zum Jahr 2020 eine Verdoppelung auf 900 Milliarden Euro ansteht. Das bedeutet für uns viele neue Arbeitsplätze und umweltschonender Energieeinsatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein besonderes Gewicht haben wir in der Wirtschaftspolitik unserer Regierungszeit immer auf den innovativen Mittelstand gelegt.

Wie ist es nun zurzeit um diese Unternehmen bestellt? Die Innovatorenrate ist im letzten Jahr zwar gestiegen, aber im Wesentlichen durch Imitationen von Produkten. Die Zahl der originären Innovatoren, die wirklich Marktneuheiten hervorbringen, ist dagegen leicht gesunken. Das ist natürlich nicht gut. Wir wollen wieder mehr Unternehmen dazu bringen, verstärkt in Forschung und Entwicklung zu investieren und wirklich Neues auf den Markt zu bringen und dort auch zu halten. Hier genau setzen wir mit der Innovationsförderung für den Mittelstand an. Wir haben das ZIM, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, schon mehrfach erwähnt.

Da werden viele Aktivitäten gebündelt, und natürlich wird damit auch Bürokratieabbau betrieben, da Bürokratie den Mittelstand sehr stark belastet, jedenfalls viel stärker als größere Unternehmen.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung allein im Wirtschaftsetat steigen nächstes Jahr um 350 Millionen Euro auf knapp 2,5 Milliarden Euro. Man kann sich natürlich immer darüber streiten, Frau Flach, ob das genug ist, aber es ist jedenfalls ein großer Batzen. Ich finde, das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Das ist besonders wichtig in labileren weltwirtschaftlichen Verhältnissen, in denen Kreditvergaben besonders restriktiv gehandhabt werden. Da macht es Sinn, innovative Unternehmen von staatlicher Seite verstärkt zu unterstützen, damit sie sich auf dem internationalen Markt behaupten können, damit sie Marktnischen besetzen können und dort sogar vielleicht Weltmarktführer werden.

Trotzdem bleibt ein Wermutstropfen: Von unserem Ziel, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, sind wir immer noch ein ganzes Stück entfernt. Das betrifft aber den gesamten Staatshaushalt, das heißt auch die Länder. Sie haben einen noch wesentlich größeren Nachholbedarf als wir.

Aber auch vonseiten der Wirtschaft sind weitere Kraftanstrengungen erforderlich. Ich bin wirklich sehr daran interessiert, dass wir dieses Versprechen, das wir am Anfang dieser Legislaturperiode gegeben haben, nämlich wirklich 3 Prozent zu investieren, halten.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]:  
Aber das werden Sie nicht schaffen!)

Eines steht aber auch fest: Finanzielle Investitionen verpuffen sehr schnell, wenn Unternehmen nicht die geeigneten Mitarbeiter finden. Der Fachkräftemangel ist das Wachstumshemmnis Nummer eins für unsere Wirtschaft. Bundesweit konnten im vergangenen Jahr 70 000 Ingenieurstellen nicht besetzt werden, wie wir wissen. Die Fachkräftelücke insgesamt hat zu einem volkswirtschaftlichen Schaden von 18 Milliarden Euro geführt.

Aufrütteln muss uns auch die neueste OECD-Studie.

Sie zeigt, dass wir im Bereich Bildung immer noch den anderen Industrieländern hinterherlaufen. Wir haben Nachholbedarf über den gesamten Bildungsverlauf gesehen. Wir müssen Kinder und Jugendliche viel individueller und intensiver fördern und unsere Integrationsbemühungen deutlich verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt muss unser Bildungssystem durchlässiger werden, sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich. Wir müssen die Hochschulen für junge Frauen und Männer, die zwar kein Abitur haben, aber die durch ihre Berufspraxis bewiesen haben, dass sie dazu in der Lage sind, ein Studium aufzunehmen, öffnen. Wir müssen Anreize dafür setzen, dass mehr junge Menschen ein ingenieur- oder naturwissenschaftliches Studium oder eine technische Ausbildung im dualen System aufnehmen. Bund, Länder, Gemeinden und natürlich auch die Wirtschaft sind gemeinsam gefordert, die schulische Bildung bzw. die Aus- und Weiterbildung qualitativ zu verbessern. Generell muss das Prinzip verantwortlicher Politik sein, den Menschen Chancen auf Teilhabe zu geben. Das gilt für den Bildungsbereich, das gilt aber ganz genauso und eng damit verknüpft für den Arbeitsmarkt. Schließlich war das auch das Ziel der Arbeitsmarktreformen, die wir unter Rot-Grün beschlossen haben. Ich erwähne das sehr gerne, Frau Andreae. Das Ergebnis ist ermutigend. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten drei Jahren um fast 2 Millionen gesunken. In der Spitze hatten wir im Jahr 2005 über 5 Millionen Arbeitslose. Heute sind es gut 3 Millionen. Ich hoffe, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter sinkt. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit haben wir um 21 Prozent gegenüber dem letzten Jahr reduziert.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen gibt es gut 40 Millionen Beschäftigte in Deutschland. Das sind mehr, als wir je hatten. Allein im letzten halben Jahr sind 600 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hinzugekommen. Diese positive gesellschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt auf die positive Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen. Diese zu verstetigen und in einen Trend dauerhaft höheren Wachstums zu überführen, wird die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre sein. Die Schlüssel hierzu sind Forschung und Qualifizierung. Nur durch weitere Anstrengungen auf diesen Feldern können wir zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Wohlstand sichern und der Dynamik der Zukunftsmärkte standhalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Ulla Lötzer ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Lötzer (DIE LINKE):  
Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ja, Kollegin Andreae, noch im Juni hatte Minister Glos aus seinem Haus verlauten lassen: Sollte sich das Konjunkturklima weiter eintrüben, müssen wir im Herbst - nicht irgendwann in der Zukunft - über Maßnahmen reden,

die das Wachstum verstetigen können. Wir waren über einzelne Maßnahmen sicherlich anderer Meinung. Aber nach Rüffeln von Frau Merkel, nach der Standpauke von Herrn Steinbrück ist Herr Glos eingeknickt: Im Haushalt findet sich nichts davon. Dieser Haushalt ist die Kapitulation des Wirtschaftsministers vor dem Finanzminister in Bezug auf konjunkturelle Maßnahmen.

(Beifall bei der LINKEN - Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das finde ich auch!)

Statt konjunkturstützende Maßnahmen vorzulegen, versuchen Sie die ganze Woche, so auch heute, sich im Glanz des vergangenen Aufschwungs zu sonnen. Aber das geschieht zu Unrecht; denn die Fakten sind anders. Auch in Zeiten der Globalisierung tragen Exportnachfrage und Investitionen allein einen Aufschwung nicht längerfristig. Für die dafür immer noch notwendige Binnennachfrage haben Sie aber nichts getan, im Gegenteil. Als ein wichtiger Bestandteil ging der private Konsum mitten im Aufschwung 2007 zurück - einmalig in der Geschichte. Das war das Resultat Ihrer Mehrwertsteuererhöhung, Ihrer Verweigerung der Einführung eines Mindestlohns, der Kürzung der Pendlerpauschale und von vielem anderen mehr.

Schauen Sie dagegen auf Frankreich. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung hat die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder, Frankreichs und Deutschlands, seit 1990, seit der Einführung der Währungsunion, verglichen. Die Bilanz ist für Ihre Regierung miserabel, aber auch für Rot-Grün, Kollegin Andreae:

(Beifall bei der LINKEN)

mehr Wachstum, weniger Arbeitslosigkeit im Verlauf der gesamten Zeit und ein doppelt so hoher Beschäftigungsanstieg in Frankreich.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ich würde Frankreich und Deutschland nicht ohne Weiteres miteinander vergleichen!)

Das IMK, alle Interpretatoren und die Hans-Böckler-Stiftung sagen deutlich: Das liegt an der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik. Frankreich legte mehr Wert auf den Binnenmarkt, erhöhte den gesetzlichen Mindestlohn, verkürzte die Arbeitszeit, sorgte für eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen, und das, obwohl es ebenfalls in den Weltmarkt eingebunden ist.

Für Sie und Ihre Regierung hat die Exportweltmeisterschaft aber Priorität, zum Preis von prekärer Beschäftigung und Armut durch Hartz IV. Ihr Ergebnis ist die gespaltene Konjunktur. Das Ergebnis sind im Aufschwung seit 2000 der Abstieg des Anteils der Löhne am Bruttoinlandsprodukt von 67 auf 61 Prozent, der Anstieg der Armut von 10 Millionen auf 14 Millionen und damit nicht nur die gespaltene Konjunktur, sondern auch die gespaltene Gesellschaft.

Zu Ihrer Märchenstunde, Kollege Stiegler, die Regierung lege auf öffentliche Investitionen in die Zukunft Wert und fördere diese. Auch das hält der Realität leider nicht stand. Auch sie sind ein wichtiger Bestandteil von Binnennachfrage. Insgesamt aber ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt von

4,7 Prozent 1970 auf 1,5 Prozent während Ihrer beider Regierungszeit gesunken. Deutschland ist auch hier Schlusslicht im europäischen Maßstab. 2008 sollen die Investitionen auf 24,7 Milliarden Euro abgesenkt werden und in den beiden Folgejahren bei 25,9 Milliarden Euro stagnieren. Damit würde sich ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes auf einen historischen Tiefstand von 8,4 Prozent im Jahr 2012 reduzieren. Das Geld fehlt für die von Ihnen vielbeschworene Bildung, Forschung, Innovation, ökologische Erneuerung und Infrastruktur.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind eben nicht nur wegen der Finanzmarktkrise in Schwierigkeiten, sondern auch wegen der Binnenmarktkrise. Wir werden deshalb umso tiefer in den weltweiten Abschwung hineingerissen werden, wenn hier keine Kehrtwende erfolgt. Das hat nichts mit Schwarzmalerei oder Nörgelei zu tun, sondern mit wirtschaftspolitischer Verantwortung. Wir brauchen hier eine Kehrtwende. Wir können nicht warten, bis die Wirtschaft in die Rezession abgerutscht ist, sondern müssen jetzt handeln, um gegenzusteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt erstens, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Rücknahme der Rente mit 67, die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, die steuerliche Entlastung des Mittelstands und Maßnahmen gegen die Armut sind volkswirtschaftlich dringend erforderlich. Sie, Herr Glos, reden heute von Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts und fordern im gleichen Atemzug die Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung auf. Das ist ein Treppenwitz der Geschichte, aber keine Maßnahme zur Stärkung des Binnenmarkts.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden dagegen an Ihrer Seite stehen, wenn Sie in den Tarifikämpfen jetzt tatsächlich volkswirtschaftliche Verantwortung übernehmen – es geht um hohe Reallohnsteigerungen – und endlich etwas für die Stärkung des Binnenmarkts tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen zweitens öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, in Ganztagschulen, in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Krankenhausbereich, in die öffentliche Infrastruktur, in den ökologischen Umbau der Gesellschaft und der Produktion sowie in Energieeinsparung und Energieeffizienz. Wenn sich der Bund um diese Bereiche kümmert, wenn er sich endlich wieder diesen Problemen stellt und dafür Geld in die Hand nimmt, dann ist das kein verbranntes Geld. Im Gegenteil: 30 Milliarden Euro Zukunftsinvestitionen würden nur die dringendsten Bedarfe decken, die Konjunktur stützen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen und so im Gegensatz zu Ihrer Sparpolitik sogar zur Konsolidierung der Haushalte beitragen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

Ulla Lötzer (DIE LINKE):

Mittel für Zukunftsinvestitionen sind nicht verbranntes Geld. Verbranntes Geld ist das, was auf den Finanzmärkten vernichtet wird. Hätten Sie nur einen kleinen Teil davon vorher mit der Vermögensteuer weggesteuert

und in Zukunftsbereiche investiert, sähe die Lage heute anders aus.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Laurenz Meyer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer schwierigen weltwirtschaftlichen Situation kommt Deutschland bisher besser durch die Turbulenzen als viele andere Länder. Woran liegt das eigentlich?

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht an Herrn Glos!)

Michael Glos hat, wenn auch kurz, den entscheidenden Punkt angesprochen - ich möchte uns alle darum bitten, dass wir uns für die Zukunft stärker auf diesen Punkt fixieren -: Es liegt daran, dass unsere Angebotsstruktur im Weltmarkt eine andere ist, als andere Länder sie haben. Es liegt daran, dass Deutschland nach wie vor Industriestandort ist. Deutschland muss Industriestandort bleiben, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Welt behalten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Das Bekenntnis zur Industrie und zu den Industriearbeitsplätzen war lange Zeit unmodern. Ursache für die Situation in Großbritannien und in anderen Ländern - das ist in der Diskussion schon angesprochen worden - ist, dass man gemeint hat, ausschließlich Dienstleistungsarbeitsplätze seien die Arbeitsplätze der Zukunft.

Ich danke dem Wirtschaftsminister dafür, dass er diesen Punkt in großer Klarheit hier angesprochen hat. Das hat nämlich Konsequenzen. Das hat Konsequenzen für das Nachdenken darüber, wo wir unsere Schwerpunkte setzen müssen. Das ist einer der Gründe dafür, dass Forschung und Entwicklung auch im Industriebereich bei uns einen solch hohen Stellenwert haben müssen; Gott sei Dank ist deren Bedeutung auch gestärkt worden.

Ich bin ganz sicher, dass auf Deutschland wie auf kaum ein anderes europäisches Land folgender Satz, den die Bundeskanzlerin immer wieder gesagt hat, in ganz besonderer Weise zutrifft: Wir müssen im Weltmaßstab immer um so viel besser sein, wie wir teurer sind. Nur dann werden wir unseren Lebensstandard halten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass wir die Schwerpunkte in den letzten Jahren entsprechend gesetzt haben, zeigt nun in einer Zeit von Finanzmarkturbulenzen seine Wirkung.

Es hat ja offensichtlich auch ein Umdenken in der Bevölkerung bis in die Reihen der Grünen hinein stattgefunden.

Ich denke etwa an die Beiträge von Joschka Fischer zu Kohlekraftwerken. Es geht nämlich, Ludwig Stiegler - ich halte Sie für einen so intelligenten Menschen, dass Sie hier heute manches vorgetragen haben, was dem bayerischen Landtagswahlkampf geschuldet ist, aber hinter dem Sie nicht voll und ganz stehen -, nicht um die Frage, ob man Kernenergie oder alternative Energien nutzt.

(Dr. Axel Berg [SPD]: Doch!)

- Hören Sie doch erst einmal zu, dann wissen Sie, wovon ich rede.

(Heiterkeit des Abg. Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU])

Wir haben uns doch gemeinsam darauf verständigt, bis 2020 den Anteil der regenerativen Energien auf 30 Prozent zu erhöhen. Das ist wirklich ein ehrgeiziges Ziel. Aber es muss immer auch eine Antwort auf die Frage gegeben werden, woher die anderen 70 Prozent für den Industriestandort Deutschland kommen sollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu werden wir Kohlekraftwerke brauchen. Für eine Übergangszeit, bis alternative Energien preisgünstig und in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, werden wir auch die Kernenergie brauchen, wenn wir nicht gleichzeitig unsere Klimaschutzziele verfehlen wollen.

Das ist doch eine einfache mathematische Rechnung.

(Dr. Axel Berg [SPD]: Nein, das ist die teuerste Form!)

Dagegen darf man nicht ideologisch argumentieren. Gegen die mathematischen Grundrechenarten kommt nämlich keine Ideologie an. Das sollten wir einfach akzeptieren, wenn wir hier darüber gemeinsam diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU - Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ideologie!)

Es zeigt sich jetzt, dass die Instrumente wie Arbeitszeitverkürzung etc., die lange Zeit in Deutschland umgesetzt wurden und die Sie hier jetzt wieder vorgetragen haben, liebe Frau Lötzer - ich nehme Ihnen wirklich nicht übel, was Sie hier vorgetragen haben, aber das muss jetzt einmal gesagt werden -, dazu geführt haben, dass Deutschland zum Schlusslicht in Europa wurde. Seitdem der Kurs geändert worden ist, ist Deutschland wieder zu einem stabilisierenden Faktor in Europa geworden und steht mit an der Spitze der Entwicklung. Ihre ganzen Ammenmärchen sind doch spätestens zusammengebrochen, als jüngst die Zahlen über die Armutsentwicklung vorgelegt wurden.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Dass 2006, schon ein Jahr nach dem Antritt der Großen Koalition bzw. ein Jahr nach der Schlussbilanz von Rot-Grün, laut Armutsbericht 1 Million Menschen weniger von Armut betroffen waren, zeigt doch, dass unsere Politik Erfolg hat. Ein Anteil daran hat natürlich auch die frühere Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU - Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das waren doch unsere Maßnahmen!)

- Jawohl, aber Sie wollen das heute wieder zu guten Teilen rückgängig machen. Es ist doch Unfug, etwas rückgängig zu machen, was den Menschen geholfen und nicht geschadet hat.

Ich will auch ganz klar sagen - an der Stelle, Frau Andreae, sollten Sie wie wir alle einmal ein bisschen selbstkritisch sein -, dass ich es sehr begrüße, dass der Punkt Bildung - Gott sei es gelobt - so in den Mittelpunkt gerückt ist. Auch das hat etwas mit dem eben genannten Prinzip „Wir müssen um so viel besser sein, wie wir teurer sind“ zu tun. Die Qualität unserer Arbeitnehmerschaft

ist nämlich unser großes Pfund im gegenwärtigen Prozess.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nun leben aber die Kinder heute in anderen Familienstrukturen als vor 10 bis 15 Jahren. Die große Herausforderung – ich will das gerne noch ein wenig zuspitzen –, vor der wir jetzt stehen, lautet, wie wir aus der Vielzahl der Kinder, die bildungsfernen Elternhäusern entstammen, unsere Eliten rekrutieren können. Das ist die große Aufgabe von Bildungspolitik. Jetzt frage ich Sie – deshalb eben mein Appell zur Selbstkritik –: Wer hat denn lange Zeit die These bekämpft, dass man Deutsch können muss, wenn man in die Grundschule kommt, und dies als Tabu hingestellt?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ansonsten hat man doch keine Chance, eine vernünftige Schulausbildung zu bekommen, einen Schulabschluss zu machen und eine Berufsausbildung aufzunehmen. Wer jedoch keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung hat – das zeigen die Zahlen doch eindeutig –, ist später am meisten gefährdet, zu einem Langzeitarbeitslosen zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen gehört dazu, dass wir diejenigen, die nicht freiwillig dazu bereit sind, diesen Weg zu gehen, auch mit finanziellen Anreizen dazu zwingen, zu erreichen, dass ihre Kinder Deutsch können, wenn sie zur Schule kommen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das haben die als Zwangsgermanisierung denunziert!)  
Leider Gottes sieht die Situation heute schlechter aus als vor 10 oder 15 Jahren, weil wir zu lange hingenommen haben, dass zum Beispiel türkische Kinder in ihren Familien nur Türkisch – vielleicht sogar nur gebrochen – lernen, in jedem Fall nicht richtig Deutsch. Die Türken können heute in Deutschland türkisches Fernsehen empfangen. Würden sie deutsches Fernsehen einschalten, würden die jungen Türken zumindest über das Kinderprogramm Deutsch lernen. Das liegt an Ihrer Multi-Kulti-Philosophie.

(Widerspruch der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Nicht an Ihrer, Sie sind eine der wirklich Vernünftigen hier, wenn ich das richtig einschätze.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie kennen sich doch in Berlin aus. Wir wissen, dass zum Beispiel in Kreuzberg 50 Prozent der jungen Türken arbeitslos sind. Gleichzeitig haben 50 Prozent dieser jungen Türken keinen Schulabschluss, keinen Berufsabschluss. Dadurch wissen wir, wo die Zusammenhänge liegen und wo wir ansetzen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir müssen das System ändern!)

Es ist hier ausschließlich – mir leider zu viel – von dem Bankenversagen der letzten Zeit gesprochen worden. Das alles ist jedem von uns bekannt. Ludwig Stiegler, auch hier appelliere ich an die Basisintelligenz,

die ich kennengelernt habe.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ein Selbstlob des obersten Richters!)

Mich hat nicht am meisten geärgert, dass private Banken bei Spekulationen Geld versenkt haben. Das haben sie ihren Aktionären gegenüber zu verantworten. Die Aktionäre wären gut beraten, die Bankenvorstände, die dafür zuständig sind, in die Wüste zu jagen. Mich hat am meisten geärgert, dass öffentliche, dass staatliche Banken, die nach Basel II bei jedem Mittelständler hingeguckt haben, ob die Risiken zu groß sind oder ob er Sicherheiten in entsprechender Höhe hat, bei Spekulationen mit Risiken mitgemacht haben, die völlig unüberschaubar waren.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ludwig Stiegler

[SPD]: Bayern LB, WestLB, IKB!)

- Genau die meine ich: die IKB, die WestLB. Deswegen sage ich ganz klar: Den Unterschied macht nicht die Frage nach einem privaten oder einem staatlichen Bankensystem aus. Den Unterschied macht die Frage nach den Verhaltensweisen aus. Zumindest die staatlichen Banken sind gehalten, sich um ihre eigentliche Aufgabe zu kümmern. Eine Sparkasse, die nicht mehr für die örtliche Wirtschaft und die Bürger da ist, hat ihre Existenzberechtigung verloren. Das ist die These, die dahintersteht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir behandeln auch die Grundlage dieser ganzen Krise zu wenig. Grundlage ist, dass die Amerikaner, die Engländer und zum Teil auch die Spanier über viele Jahre ein gigantisches Konjunkturprogramm aufgelegt haben, indem sie durch Anreize zugelassen haben, dass sich die private Verschuldung in einem solchen Maße erhöht hat, dass das System irgendwann zusammengebrochen ist. Gleichzeitig haben sie die staatliche Verschuldung über alle Maßen in die Höhe getrieben. Der Zusammenbruch war seit Jahren absehbar. Ich schliesse daraus, dass man solche Fehler durch staatliche Konjunkturprogramme, durch die man Geld in den Markt pumpt, sich das aber irgendwann nicht mehr leisten kann und dann die Zinsen erhöht, wodurch die Bürger die Kredite nicht mehr zahlen können, nicht machen darf. Diese ganze Sache platzt wie eine Blase. Das gleiche System gibt es bei den Kreditkarten. Wir werden noch aufpassen müssen, dass hier nicht die nächste Blase platzt. Wir sollten alles dafür tun, dass wir zu soliden staatlichen Finanzen kommen. Das ist unser Weg. Gleichzeitig muss die Frage gestellt werden, wie wir den Menschen in Deutschland dann, wenn wir die Staatsverschuldung und die Neuverschuldung in den Griff bekommen haben, parallel zu diesem Schlussprozess höhere Nettobeträge in den Taschen belassen können. Das ist der Schwerpunkt des politischen Handelns in den kommenden Jahren. Der Prozess muss endlich gestoppt werden, dass den Menschen immer mehr abverlangt wird. Sie müssen netto endlich mehr von ihrem Bruttogehalt in der Tasche behalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage kritisch auch in die Richtung der Koalition: Der erste Beweis, ob wir unser Ziel erreichen, wird sein, ob



wir zum Wahltag die 40-Prozent-Grenze der Sozialversicherungsbeiträge erreichen. Da wird die erste Probe aufs Exempel stattfinden.

Allen Beteiligten, ob in der SPD oder bei uns, sage ich: Den Arbeitnehmern ist es völlig egal, ob wir die Steuern oder die Sozialversicherungsbeiträge senken. Bei den Steuern scheint mir auf mittlere Sicht der größere Handlungsbedarf wegen der Anreizwirkung. Aber letztlich werden sich die Arbeitnehmer nur daran orientieren, ob sie mehr im Portemonnaie haben, und nicht daran, aus welcher Quelle das Geld gekommen ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Faße für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Annette Faße (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Wirtschaftszweig in Deutschland ist und bleibt die Tourismuswirtschaft. Die Deutschen wissen, was sie am Reiseland Deutschland haben. Es bleibt in der Wertigkeit ihr Reiseland Nummer eins. Das belegen nicht nur die Zahlen der vergangenen Jahre, sondern auch die Zahlen von 2008. Wir haben in den ersten Monaten einen Zuwachs von 5 Prozent zu verzeichnen. Ich denke, das tut uns Deutschen sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben auch einen Zuwachs an ausländischen Gästen in Deutschland zu verzeichnen, über 5 Prozent in diesem Jahr. Alle Hiobsmeldungen, die ich gehört habe, dass auch diese Branche von den Energieproblemen, über die wir heute diskutiert haben, schwer getroffen sei, kann ich nicht bestätigen; dem ist bisher nicht so. Auch die Buchungen für 2009 zeigen keine Einbrüche in diesem Wirtschaftszweig.

Daran, dass es der Branche so gut geht und dass wir die Übernachtungszahlen haben steigern können, haben viele in Deutschland mitgewirkt, vor allen Dingen 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie haben eine gute Arbeit in der gesamten Branche geleistet. Gute Arbeit bedeutet natürlich auch guten Lohn für diesen Wirtschaftszweig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb müssen wir uns an dieser Stelle auch über das Thema Mindestlohn unterhalten.

(Zuruf von der FDP: Das fehlte noch!)

Es bedeutet aber ebenso gute Aus- und Weiterbildung und guten Jugendarbeitsschutz. Darüber hinaus sind wir in dieser Branche gemeinsam gefordert, gegen Schwarzarbeit anzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Tourismuswirtschaft hat ihren Anteil an diesem Aufschwung. Sie muss sich auf neue Bedingungen und auf einen europäisch und weltweit sich verändernden Markt einstellen. Sie muss ihre Angebotspalette ständig überprüfen und ihre Qualität steigern. Ich sage ganz deutlich, dass ich sehr zuversichtlich bin, dass Deutschland in diesem Wirtschaftsbereich gut aufgestellt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Zentrale für Tourismus, die im Ausland für Deutschland wirbt und im Auftrage der Bundesländer auch im Inlandsmarketing tätig ist. Den Haushaltsansatz für die DZT haben wir kontinuierlich erhöhen können. Das ist auch für das Jahr 2009 geplant. Man kann sich immer mehr wünschen; aber natürlich ist nicht alles machbar.

Mein Dank an dieser Stelle gilt auch dem Engagement des Leiters und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Seminars für Tourismus. Diese Institution, die sich in unserem Auftrag seit Jahren sehr konsequent mit dem Thema Weiterbildung auseinandersetzt, hat eine gute Arbeit geleistet. Ich gehe davon aus, dass die stattfindenden Überprüfungen dazu führen werden, dass es dieses Seminar, mit einem veränderten Angebot und einer anderen finanziellen Ausstattung, auch weiterhin geben wird. Gerade im Bereich der Weiterbildung, die wir als SPD als sehr wichtig betrachten, ist dieses Seminar nicht zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich danke auch dem kleinen Team im Wirtschaftsministerium, das uns Ausschussmitgliedern bei der politischen Vorbereitung und bei den politischen Entscheidungen hilft und dienlich ist. Ebenso sage ich ein Dankeschön an alle, die sich, zum Beispiel im Familienausschuss, in anderen Haushalten dafür einsetzen, dass Gelder für den Tourismus freigegeben werden. Meine Damen und Herren, die SPD und auch der gesamte Ausschuss fordern ein Leitbild für den Tourismus. Wir - der Bund, die Länder, die eine große Verantwortung tragen, und die Kommunen - müssen die politischen Schwerpunkte für die Zukunft klar und deutlich definieren. Sich den Herausforderungen der Zukunft im Tourismusbereich zu stellen, heißt, sich ganz konsequent mit dem Thema des demografischen Wandels auseinanderzusetzen. Begriffe wie „Gesundheitstourismus“, „Medical Wellness“ und „barrierefreies Reisen“ bekommen eine sehr viel höhere Wertigkeit in unserer Gesellschaft. Reisen für alle, Komforttourismus für alle muss unser Ziel sein. Wir haben gerade im Bereich der Barrierefreiheit sehr viel Arbeit vor uns. Das gehen wir gemeinsam mit dem Ministerium an. Hier sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der zweite große Bereich, dem wir uns stellen müssen, ist der Bereich des Klimawandels. Der Tourismus ist der Bereich des Klimawandels. Der Tourismus ist Mitverursacher; wir alle wissen das. Aber auch er ist von seinen Auswirkungen betroffen. In den Mittelgebirgen, zum Beispiel im Sauerland, setzt man sich schon heute damit auseinander, welche Angebote man macht, wenn der Schnee nicht mehr so fällt, wie man es sich wünscht. Studien helfen, eine Basis für politische Entscheidungen und politisches Handeln zu schaffen. Ich freue mich, dass wir hierfür weiterhin Gelder zur Verfügung haben. Ich freue mich, dass in 2009 eine Studie in Angriff genommen wird, die sich mit der Entwicklung der ländlichen Räume und der kleinen Städte befassen

wird. Wir wissen, die Städte boomen; aber in den ländlichen Regionen haben wir ein Problem.

Lassen Sie mich als Letztes Professor Opaschowski aus seinem Buch Deutschland 2020 zitieren:

Urlaub, die populärste Form von Glück, muss im 21. Jahrhundert eine Dreifach-Qualität aufweisen:

Dazu zählen die natürliche Qualität (z. B. Landschaft), die materielle Qualität (z. B. preiswerte Unterkunft) und die immaterielle Qualität (z. B. freundliches Personal).

Daran lassen Sie uns alle gemeinsam arbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Zu diesem Einzelplan liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zur Schlussrunde. Ich erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Dr. Hans-Ulrich Krüger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahre 2005 hatten wir im Bundeshaushalt eine Nettokreditaufnahme von über 30 Milliarden Euro.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist wohl wahr!)

Im Jahre 2009 werden wir eine geplante Nettokreditaufnahme von 10,5 Milliarden Euro haben.

(Otto Fricke [FDP]: Leider auch wahr!)

Das ist – auch das ist wahr – die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung und darf daher in dieser Haushaltswoche mehr als einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich betone: Das Ziel, im Jahre 2011 keine weiteren Schulden aufzunehmen, ist realistisch und bleibt mit höchster Priorität bestehen. Dieses Ziel lassen wir uns von niemandem – auch nicht von dem, der schon jetzt in vorauseilender Angst meint, unterschiedliche Wachstumsprognosen interpretieren zu müssen – kaputtreden.

Unseren sozialdemokratischen Finanzministern der letzten Jahre, Hans Eichel und Peer Steinbrück,

(Otto Fricke [FDP]: Lafontaine vergessen! –

Jürgen Koppelin [FDP]: Lafontaine war auch dabei!)

gebührt für diese Leistung Dank und Respekt – für eine Leistung, deren Durchsetzung nicht einfach war.

(Beifall bei der SPD)

Ich warne eindringlich davor, in den kommenden Wahlkämpfen – wie es einige schon wieder tun wollen – Wahlgeschenke zu versprechen, die schlicht und ergreifend illusorisch und nicht finanzierbar sind und einen Betrug an unseren Kindern und Kindeskindern darstellen.

Denn das, was ausgegeben wird, muss zuvor eingenommen werden; das sollte uns allen klar sein.

(Beifall des Abg. Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU])

Zusätzlich zu den mehr als 40 Milliarden Euro Zinszahlungen

wird jeder weitere Schuldeneuro eine Überbelastung der künftigen Generationen darstellen. Das ist unverantwortlich. (Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist leider wahr!)

Der Bund hat aber nicht nur die Pflicht, den Haushalt zu konsolidieren; nein, er muss auch für die Menschen in diesem Land investieren. Das tut er mit diesem Haushalt, mit Investitionen in Höhe von knapp 26 Milliarden Euro; das ist eine Milliarde mehr als im Vorjahr. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In den nächsten Jahren können daher wichtige Zukunftsfelder auf hohem Niveau beachtet werden, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, auch im Bereich Klimaschutz.

In diesem Zusammenhang darf und muss man darauf hinweisen – meine Vorredner aus dem Bereich Wirtschaft haben schon einiges angesprochen –, dass wir Sozialdemokraten die Menschen in diesem Land seit 1998

um mehr als 60 Milliarden Euro steuerlich entlastet haben.

Wir nehmen also nicht nur unsere Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskiner ernst, nein, auch die für alle Erwerbstätigen in diesem Land. Wer erinnert sich heute noch an einen Eingangssteuersatz von 25,9 Prozent und an einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent? Beides sind Steuersätze aus dem Jahr 1998.

Heute haben wir einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent und einen Spitzensteuersatz von 42 Prozent bei gleichzeitig erhöhten Grundfreibeträgen. Demgemäß zahlt eine Familie mit zwei Kindern – dieses Beispiel wurde zwar schon erwähnt, verdient aber eine Wiederholung – unter Berücksichtigung des Kindergeldes bis zu einem Bruttoeinkommen von 37 600 Euro – das waren einmal ungefähr 70 000 DM – keine Einkommensteuer mehr; und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Getreu dem Motto „Fördern und Fordern“ haben wir Menschen in sozialen Notlagen aufgefangen. Ich erinnere hier nur an die erstmalige Erhöhung des Wohngeldes seit 2001. Ich erinnere daran, dass Hunderttausende von Sozialhilfeempfängern aus dem Schattendasein der Arbeitslosigkeit herausgeholt wurden. Diese Menschen haben aufgrund der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit eine deutlich bessere Chance, vermittelt zu werden, als vor der Reform. Ich erinnere ferner daran, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II in den Schutz der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen worden sind. Last, not least erinnere ich daran, dass mit zahlreichen Jobinitiativen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder eine Perspektive erhalten haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben ferner entscheidende Weichenstellungen in der Familien- und Bildungspolitik des Bundes vorgenommen. Ich erinnere an das Elterngeld – 1,7 Milliarden Euro im Kalenderjahr 2007. Ich erinnere an die 4 Milliarden Euro, die wir für die Ganztagsbetreuung zur Verfügung gestellt haben. In der Folge sind über 6 400 Ganztagschulen auf- bzw. ausgebaut worden, zum Nutzen der Kommunen, der Kinder und der Eltern. Ich erinnere daran, dass die Kommunen um

1,5 Milliarden Euro entlastet worden sind, um die Betreuung von Kindern unter drei Jahren gewährleisten zu können.

Diese Leistungen werden auch künftig erbracht werden. Sie sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Jeder, der in den vergangenen Wochen und Monaten meinte, eine schnellere Haushaltskonsolidierung anmahnen zu müssen, der muss eine Antwort auf die Frage geben, ob die Menschen auf all die Leistungen, die ich soeben erwähnt habe, verzichten sollen. Ich denke, doch wohl nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist aber auch - daraus mache ich keinen Hehl -, dass die enorm steigenden Energiekosten und die immer teurer werdenden Lebensmittel einen Teil der steuerlichen Vorteile der Bürgerinnen und Bürger auffressen. Bei der Bewältigung dieses Problems muss man aber eines bedenken: Der Staat wird steigende Energie- und Lebensmittelpreise nicht mit Subventionen auffangen können.

Dies hätte nämlich fatale Folgen. Ein staatliches Aushebeln von Spekulationen und zum Teil künstlichen Knappheitssignalen funktioniert eben leider nicht. Es führt regelmäßig zu Budgetlücken, die zulasten künftiger Generationen gehen. Trotzdem ist für uns eine Reallohnstagnation wie jede Lohnstagnation nicht hinnehmbar.

Wir müssen und wir werden reagieren. Die Ansätze zum Mindestlohn sind erfolgversprechend und werden von uns als Sozialdemokraten weiterentwickelt werden. Ich fordere Sie alle auf, es uns gleichzutun.

(Beifall bei der SPD)

Will man aber - auch das klang eben an - Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen helfen, dann sind - das zeigt ein Blick in die Tabelle - weitere Steuersenkungen nur am Rande effektiv. Vor allen Dingen Spitzenverdiener würden und werden hiervon vornehmlich profitieren. Denn für das Gros der Erwerbstätigen sind Sozialabgaben heutzutage ein weitaus größeres Problem als die Steuerbelastung.

Fakt ist: Bei einem Jahresbruttolohn von 40 000 Euro bei einem Ledigen und 60 000 Euro bei Ehegatten sind die Sozialabgaben immer noch höher als die Einkommensteuerlast.

So zahlt zum Beispiel eine alleinstehende Arbeitnehmerin oder ein alleinstehender Arbeitnehmer mit einem Jahresbrutto in Höhe von 20 000 Euro mehr als 3 900 Euro Sozialabgaben und 2 000 Euro Steuern. Ist der betreffende Arbeitnehmer verheiratet und erzielt ein Jahreseinkommen von 35 000 Euro, summieren sich die Sozialabgaben auf 6 900 Euro; die Steuerlast beträgt dann 3 114 Euro. Im Gegensatz hierzu sieht diese Situation bei Einkommensmillionären vollkommen anders aus. Sie haben - addiert man die Reichensteuer hinzu - eine Steuerlast in Höhe von etwas über 45 Prozent, müssen jedoch nur 1,1 Prozent ihres Einkommens an Sozialabgaben entrichten.

Dies verdeutlicht: Unser primäres Ziel muss darin bestehen, wieder eine Sozialabgabenquote von weniger als 36 Prozent zu erreichen, wie wir sie vor der Wiedervereinigung hatten. Für eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer mit einem monatlichen Einkommen von 2 500 Euro würde dies eine Entlastung um 600 Euro im

Jahr, mithin eine Reduzierung um 10 Prozent ihrer bisherigen Sozialabgaben bedeuten, für einen Spitzenverdiener jedoch nur eine Reduzierung um 0,1 Prozent. Das ist nicht nur hinnehmbar, das ist gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies alles hat viel mehr mit sozialer Gerechtigkeit zu tun als Fantastereien bezüglich unseriöser und nicht zu finanzierender Steuersenkungsmodelle.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Bundeshaushalt 2009 schließt sich der Kreis. Wir zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir konsolidieren auf der einen Seite und investieren auf der anderen Seite.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Abkassieren!)

Das schützt unsere Kinder vor unzumutbaren Belastungen in der Zukunft und entlastet die heutigen Erwerbstätigen.

Das verstehe ich unter sozialer Gerechtigkeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Abkassieren haben Sie vergessen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Es ist interessant. Wir hören hier eine schöne Rede mit vielen Zahlen. Zum schlimmsten Thema, also dazu, was die Große Koalition im Zusammenhang mit der IKB und der KfW in finanzieller Sicht gegenwärtig gemacht hat, wird nichts gesagt. Aber ich bin mir sicher, der Minister wird uns, nachdem er schon auf einen späteren Rednerplatz ausgewichen ist, nachher noch einiges dazu erklären.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Mitgliedschaft von Herrn Koppelin im Verwaltungsrat war auch nicht förderlich!)

Der Minister hat am Dienstag in seiner Einführungsrede zum Haushalt einiges dazu gesagt, wie die Lage in Deutschland aussieht. Es klang staatstragend und verantwortungsvoll, aber er hat keine Konsequenzen gezogen.

Dabei hätten Sie doch die drei oder vier kleinen Schritte erklären können, die die Folgen dieser Bankenkrise für uns im Haushalt 2009 sein werden. Die Bankenkrise wird sich auf die Realwirtschaft auswirken, die Realwirtschaft wird sich auf das Wirtschaftswachstum auswirken, das Wirtschaftswachstum wird sich auf die Steuerzahlungen auswirken, und die Steuerzahlungen werden sich dann leider auf den Haushalt auswirken. Wir werden, wenn wir so weitermachen und wenn Sie, Herr Minister, nicht anfangen, ehrlich zuzugeben, dass das Wirtschaftswachstum sinken wird, spätestens nach der Bundestagswahl einen Crash erleben.

Wir haben im Juli, als der Haushalt vom Kabinett verabschiedet worden ist, erlebt, wie man lächelnd sagte:

Wir haben den Haushalt im Griff, wir bauen die Neuverschuldung weiter ab. So ging man im Juli bei schönem Wetter auseinander. Inzwischen hat sich das Wetter verändert, nicht nur draußen, sondern eben auch in der Wirtschaft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da redet wohl ein Wettervogel und nicht Otto Fricke!)

Von Westen kommen dunkle Wolken. Was ist nun mit dem Regierungsschiff? Kapitän Merkel und Steuermann Steinbrück stehen weiterhin auf dem Schiff und sagen zwar, dass da, wo sie hinwollen, Wolken sind, aber sie denken weder an Regenmäntel noch an Rettungswesten. Sie steuern einfach weiter, und die Minister verteilen weiterhin Sonnencreme und Sonnenschirme. So sieht es doch bei der Regierung im Moment aus.

(Beifall bei der FDP)

Wer die Debatte der letzten Tage verfolgt hat, konnte feststellen: Kein Minister hat gesagt, dass sein Ressort weniger Mittel bekommen hat. Jeder Minister hat gesagt: Mein Ressort hat etwas mehr Geld bekommen, aber eigentlich hätte ich gerne noch mehr. – Gemeint ist übrigens: mehr Geld von dir, lieber Steuerzahler. Das wird aber nie laut ausgesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht Ihre Schönwetterpolitik aus? Seitdem die Regierung an der Macht ist, fällt das Wirtschaftswachstum von Jahr zu Jahr geringer aus: 2006 lag es bei 2,9 Prozent, 2007 bei 2,5 Prozent, 2008 wird es voraussichtlich bei 1,7 Prozent liegen – es könnte allerdings auch weniger werden –, und für 2009 rechnen manche Institute mit nur noch 0,2 Prozent.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hört sich an, als würden Sie sich über ein sinkendes Wirtschaftswachstum regelrecht freuen, Herr Kollege!)

Mit anderen Worten: Jedes Jahr, das die Große Koalition regiert, bedeutet für den Bürger weniger Wirtschaftswachstum und mehr Zukunftsrisiken.

(Beifall bei der FDP)

Die Risiken werden von Ihnen völlig ausgeblendet und nicht erwähnt. Welche Risiken gibt es eigentlich? Die Industrieproduktion geht zurück. Die Zahl der Auftragseingänge sinkt seit Monaten. Die jeweiligen Quartalszahlen zum Wirtschaftswachstum fallen immer schlechter aus. Die Inflationsgefahr, die angeblich nicht groß war, ist weiterhin vorhanden, wird aber ignoriert. Über die kalte Progression freut sich der Minister sogar klammheimlich. Er sagt sich wohl: Ein bisschen Inflation schadet nie. Denn dann kann ich mehr Geld einnehmen, und niemand merkt es. – Das sind keine Bedingungen, unter denen man versuchen kann, die Situation in diesem Staat zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt die Bankenkrise. Keiner von uns weiß genau, was dabei herauskommt – keine Frage. Allerdings muss man sagen: Die KfW, die Kreditanstalt für Wertverlust, und die IKB, das Institut kranker Bilanzen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hört sich jetzt eher wie Brüderle an, nicht wie Fricke!)

sind nur ein Teil des großen Problems, allerdings ein wesentlicher Teil. Denn in beide Banken

(Ludwig Stiegler [SPD]: Beide Banken sind voll von Liberalen!)

– das gilt übrigens auch für die Landesbanken, die heute Morgen ebenfalls gemeldet haben, dass sie Milliardenverluste

zu verzeichnen haben - hat sich der Staat in umfangreichster Weise eingemischt, und er meint immer noch, sich dort weiterhin einmischen zu müssen.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Ja, Herr Koppelin im Verwaltungsrat!)

Anstatt „Raus mit der Politik!“ zu sagen, setzt man ein paar Verwaltungschefs und ein paar kleine Mitarbeiter vor die Tür. Politische Verantwortung wird an dieser Stelle aber nicht übernommen. Im Hinblick auf die politische Verantwortung bei der KfW/IKB muss man sagen: Es gibt nach wie vor ein Aufsichtsgremium, einen Verwaltungsrat, der riesengroß ist, dem man kaum Informationen zukommen lässt, und, wenn überhaupt, dann nur so spärlich, dass dort gar keine vernünftigen Entscheidungen mehr getroffen werden können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Trotzdem hat die FDP auf ihren Sitz nicht verzichtet, Herr Kollege! Warum eigentlich nicht?)

Denken wir einmal daran zurück, was gesagt wurde, als es vor ein paar Jahren um die IKB ging; es wird nämlich häufig völlig vergessen, wo das eigentliche Problem bei der IKB lag. Im Jahre 2001 hieß es, übrigens auch von Herrn Stiegler: Wir dürfen die IKB auf keinen Fall an eine Heuschrecke verkaufen! Das war übrigens die Royal Bank of Scotland. Was machen Sie jetzt, Herr Stiegler? Was ist gestern beschlossen worden? Es wurde vereinbart, die IKB an eine der größten Heuschrecken überhaupt zu verkaufen, an Lone Star. Wer hat dem zugestimmt? SPD und Union. Das ist, mit Verlaub, eine Verhohnepipelung der Wähler!

(Beifall bei der FDP - Ludwig Stiegler [SPD]:

Sagen Sie das lieber einmal der deutschen Wirtschaft, zum Beispiel Herrn Thumann, aber auch all den anderen! Das sind doch alles Liberale!) Man hätte die IKB nicht kaufen dürfen. Das wollen Sie aber nicht wahrhaben. Diesen Fehler wollen Sie verdecken. Mein Vorwurf an die Große Koalition ist: Im Jahre 2005 hätten Sie feststellen müssen, dass wir die IKB noch immer haben. Wenn die CDU/CSU wirklich noch ein ordnungspolitisches Gewissen hat, hätte sie sagen müssen: Wir wollen die IKB nicht. Dann hätte man noch genug Zeit gehabt, sie zu verkaufen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Gab es irgendeinen Versuch, die IKB zu verkaufen?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Nein!)

Nein. Man hat alles so belassen, wie es war. Denn es ist ja schön, sich auch ein bisschen auf dem Privatsektor zu betätigen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie Schlaumeier!)

Hätte man die IKB verkauft, hätten wir jetzt höhere Privatisierungserlöse und geringere Zinsverluste. Vor allen Dingen hätten wir jetzt nicht all die Zuschusspflichten und wären nicht mit den Risiken konfrontiert, die uns in den nächsten Jahren erwarten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist einer der größten Fehler, die die Große Koalition gemacht hat. Jetzt versucht sie, ihn zu verdecken, indem sie sagt: Eigentlich können wir nichts dafür. Es liegt am Weltbankenmarkt.

(Beifall bei der FDP)



Der Staat muss sich aus dem Bankenmarkt so weit wie möglich heraushalten. Natürlich brauchen wir mit Blick auf die Daseinsvorsorge des Staates eine Grundversorgung der Banken; das ist keine Frage. Das ist ein Teil der sozialen Marktwirtschaft. Aber angesichts all dessen, was bei der KfW nach wie vor getan wird und was mit staatlicher Daseinsvorsorge wirklich nichts zu tun hat, müssen wir schleunigst, allerdings nicht vorschnell, versuchen, zu privatisieren und dafür Erlöse zu bekommen, anstatt zuzulassen, dass die Politik weiterhin den Finger darauf hat.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das sollten Sie noch lauter sagen, damit es alle hören!)

Man muss ganz klar feststellen: Kaum bricht der Bankenmarkt zusammen, fällt auch die KfW in sich zusammen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Die KfW fällt nicht in sich zusammen!)

Ich frage mich immer wieder: Was wird wohl geschehen, wenn einmal die Wirtschaft schwächelt? Sie haben bisher immer nur Schönwetterhaushalte vorgelegt; denn alles lief gut. Wenn Sie im Hinblick auf den Haushalt genauso agieren, wie Sie bei der KfW agieren, wenn so die Reaktion der Großen Koalition auf schlechtere wirtschaftliche Zahlen im Jahre 2009 aussieht, dann kann man nur sagen: Gute Nacht, Deutschland!

Ich möchte auf ein anderes Thema zu sprechen kommen.

Herr Minister, Sie haben etwas Schönes gesagt:

Alle Kinder sind gleich. – Ich sage Ihnen: Jedes Kind ist individuell, alle Kinder sind unterschiedlich.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Sie sollen für den Staat alle gleich sein!)

– Sie sollen für den Staat alle gleich sein. Das ist noch viel besser. Herr Steinbrück, dann frage ich mich Folgendes: Weshalb ist es so, dass das Kind eines Facharbeiters kostenlos in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert ist, der kleine Unternehmensgründer mit drei Mitarbeitern jedoch, der in der privaten Krankenversicherung ist, pro Monat 100 Euro bezahlen darf und dies noch nicht einmal steuerlich absetzen kann? Wo sind da dem Staat alle Kinder gleich?

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass die Große Koalition sagt: Lieber Steuerzahler, der du deine Kinder privat versicherst, bitte zahle noch zusätzliches Steuergeld für den sogenannten Gesundheitsfonds, den die CSU inzwischen auch liebt. Bitte zahle noch Steuergeld, damit wir die anderen Kinder kostenlos versichern können.

Das ist keine Gleichbehandlung. Sie machen Unterschiede.

Sie sagen: Die einen sind gut, die anderen sind böse, den Guten helfen wir, und den Bösen brauchen wir nicht zu helfen. – Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns einmal an, wie dieser 4-Milliarden-Euro-Zuschuss wirkt. Die Ministerin wehrt sich über Monate und Jahre hinweg gegen eine Prüfung durch den Rechnungshof. Werden die gesetzlichen Krankenkassen auch nur einmal an der Oberfläche geprüft, folgt Skandal auf Skandal. Die Chefs bekommen ihr Geld. Es gibt schöne Versorgungspöstchen. Es gibt hier noch ein Zusatzsalär und da noch ein Zusatzsalär. Ich bin gespannt,

wie viel Prozent der Beitragssatzsteigerungen der kommenden Jahre auf diesen Dschungel bei den gesetzlichen Krankenkassen zurückzuführen sind. Bezahlen wird dies zukünftig auch noch der Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben einen auf den ersten Blick richtigen Satz gesagt: Die CDU habe aus der Verschuldung gelernt. Aus Fehlern zu lernen, ist immer gut.

Zum Thema Lernen haben Sie sich in letzter Zeit sehr gut erkundigt. Interessant ist jedoch, ob Sie wirklich beim Thema Verschuldung gelernt haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten

Respekt vor der Kanzlerin lernen!)

Das können Sie nicht bei Schönwetterhaushalten oder bei einem Wahlkampfhaushalt, wie er jetzt vorliegt, machen.

Die Frage, ob Sie aus der Vergangenheit gelernt haben, wird sich beim Haushalt erst dann beantworten lassen, wenn schwierigere Zahlen vorliegen und wenn Sie dann versuchen, einen Haushalt gut hinzubekommen, ohne dass Sie bei den Leuten abkassieren und ihnen immer mehr Geld aus der Tasche ziehen. Dann wird sich zeigen, ob Sie gelernt haben.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, zudem hat mich verwundert, dass der Finanzminister - ich bin sehr froh darüber - den Franzosen deutlich gesagt hat, was er von Konjunkturprogrammen hält, nämlich nichts. Das ist auch richtig

so. Nur, Frau Bundeskanzlerin, ich habe nicht gehört - vielleicht habe ich es überhört, lese es dann gerne nach, oder Sie bestätigen es vielleicht jetzt -, dass Sie ab Februar, wenn richtiger Wahlkampf herrscht, nicht zu großen Konjunkturprogrammen ansetzen werden.

Die FDP wird Ihnen ganz genau auf die Finger schauen,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Da wird sie aber zittern!)

ob Sie Versuche von Konjunkturprogrammen und von Wählerberuhigungen machen, ob Sie Versuche unternehmen, wie sie die CSU gegenwärtig in Bayern unternimmt, die 19 Mal die Steuern erhöht und ein Mal bei den Skifluten senkt und jetzt sagt: Tut uns leid, wir haben es gar nicht so gewollt. - Das kann nicht die Politik sein, die in den kommenden Monaten gerade bei diesem knappen Haushalt kommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Für den Fall, dass die Frage gestellt wird, was wir anders machen würden: Wir werden ein Sparbuch vorlegen.

Wir werden die sozialen Sicherungssysteme durch die Umsetzung unserer Vorschläge wieder auf gesunde Beine stellen. Wir werden für niedrige Steuern und dafür sorgen, dass das Steuersystem einfach und gerecht ist. Wir werden den Staat an den Stellen zurücknehmen, an denen er nicht notwendig ist.

Ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie nur deshalb versuchen, die Steuern zu erhöhen, damit Sie wieder neue Bereiche haben, in denen Sie dann Ihre politischen Hände walten lassen können, obwohl die Bürger dies selbst viel besser könnten.

Wir brauchen mehr Freiheit, aber auch - Herr Stiegler, Sie wissen ganz genau, dass das zur Freiheit dazugehört

- mehr Verantwortung. Damit das klar ist:

Dieser blödsinnige einfache Versuch ist nicht in Ordnung, zu sagen, dass all das, was liberal ist, gewissenlos sei. Nein, alles, was liberal ist, bedeutet auch immer, dass man Verantwortung hat. Gewissenlos sind die Leute, denen eine ethische Grundlage fehlt. Ich habe das Gefühl, dass das die Leute sind, die mit Steuergeldern nicht richtig umgehen können, genauso wie die Leute, die mit Privatgeldern nicht richtig umgehen können.

(Beifall bei der FDP - Ludwig Stiegler [SPD]:

Es sind viele Liberale dabei!)

Wir verzeichnen weiterhin hohe Steuernehreinnahmen.

Ist es dieser Bundesregierung mit dem Abbau der Verschuldung aber wirklich ernst? Man hört jetzt schon, wegen der Steuernehreinnahmen im Jahr 2008 müsse man mit der Privatisierung nicht so schnell vorankommen. Na ja, nach den schlechten Erfahrungen, die Rot-Grün mit der Privatisierung der Bundesdruckerei gemacht hat, wäre ich froh, wenn diese Bundesregierung nicht so viel privatisieren würde.

Jetzt aber ernsthaft: Privatisierung kann doch nicht in Abhängigkeit von der Höhe der jeweiligen Neuverschuldung angegangen werden. Wenn die Privatisierung richtig ist, dann muss ich sie machen, und wenn sie falsch ist - wie etwa bei der Bundesdruckerei -, dann darf ich sie nicht machen. Sehen Sie also zu, dass Sie mit der Privatisierung in diesem Jahr schon weiter fortfahren; denn jeder vernünftige Euro, den Sie aufgrund einer Privatisierung erzielen, bedeutet gleichzeitig mindestens einen Cent an Zinsen weniger, den die Steuerzahler bezahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss. Wir sollten viel mehr daran denken, wie wir die soziale Marktwirtschaft stärken können. Mehr soziale Marktwirtschaft wagen - das ist im Moment unsere Verantwortung. Die Betonung liegt dabei auf „soziale“, aber es muss eben eine Marktwirtschaft sein.

Es ist eine alte Weisheit, dass die meisten Unfälle im Haushalt passieren. Sie sind mit dem Haushalt 2009 gerade dabei, dies wieder zu beweisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Jochen-Konrad Fromme.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Fricke, ich bin sehr gespannt auf die Alternativen, die Sie uns im Laufe der Beratungen vortragen werden, und ich hoffe, dass die Qualität gegenüber der der bisherigen Sparbücher, die ja keine Sparbücher waren, deutlich steigt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist doch Ihr Lieblingsband!)

Ich glaube, durch die bisherigen Beratungen wurde schon einiges deutlich gemacht, insbesondere, dass die Linken langsam die Katze aus dem Sack und ihre Maske fallen lassen. Wie das Beispiel Schaeffler zeigt, wollen

Sie nämlich eine andere Gesellschaftsordnung und Verstaatlichungen.  
Sie wollen eine steigende Staatsquote.

Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern dann aber bitte schön auch sagen, was das Ergebnis ist. Das Ergebnis ist nämlich eine Staatswirtschaft, wie es sie 40 Jahre lang in einem Teil unseres Vaterlandes gab.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Sie sind doch erst zufrieden, wenn die Leute am Ersten jedes Monats alles abgeben und Sie zuteilen können. Wo das hinführt, haben wir gesehen.

Sie sollten dann auch einmal deutlich machen, dass fast die Hälfte der Zinsen nicht für die Kosten der Wiedervereinigung gezahlt werden müssen, sondern dafür, dass wir das, was Sie lange kaputt gemacht haben, wieder aufbauen mussten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was könnten wir mit diesen 20 Milliarden Euro im Jahr nicht alles Gutes und Schönes machen!

Die Grünen klagen hier ständig ein, wir müssten die Armut bekämpfen, und sie zitieren den Armutsbericht.

Ich darf zum Ersten sagen, dass der Armutsbericht für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2005 erstellt wurde.

Er ist also Ihre Schlussbilanz, nicht unsere augenblickliche Bilanz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zum Zweiten sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass in dem Armutsbericht die relative Armut beschrieben wird. Wenn wir es mithilfe der Steuerpolitik der Linken schaffen würden, die Reichen aus Niedersachsen zu vertreiben, dann gäbe es plötzlich keinen Armen mehr, obwohl sich für die Menschen gar nichts geändert hätte. Umgekehrt: Wenn Bill Gates seinen Wohnsitz plötzlich nach Deutschland verlegen würde, dann würde das durchschnittliche Einkommen steigen und es gäbe mehr Arme, ohne dass sich für die Menschen etwas geändert hätte. Seien Sie deswegen etwas vorsichtig.

Ich kann Ihnen nur sagen: Durch den neuesten Bericht des DIW wird deutlich, dass Ihr Popanz wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es stellt sich jetzt nämlich heraus, dass sich die Dinge verbessert haben. Deutschland ist durch unsere Politik ein Stück gerechter geworden;

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

denn was ist denn besser für einen Arbeitslosen, als dass er einen Arbeitsplatz bekommt? Es nützt ihm doch überhaupt nichts, wenn ich irgendeinem, der ein höheres Einkommen erzielt, ein bisschen weniger gebe oder ihm mehr wegnehme. Davon hat der einzelne Arbeitslose gar nichts. Sie sollten sich also auch einmal mit den Fakten beschäftigen.

Sie sagen, dass unsere Politik unsozial ist. Das ist eben falsch. Ich erinnere nur an das, was in der Debatte angesprochen wurde: Wohngeld, BAföG, mehr für die Familien. Schauen Sie sich einmal die Ausgabenblöcke unseres Haushalts an. Allein der Sozialhaushalt hat einen Umfang von 125 Milliarden Euro. Davon sind 79 Milliarden Euro für die Rente, 4 Milliarden Euro für

die Krankenkassen und 6 Milliarden Euro für die Familien.  
Wenn das keine Sozialpolitik ist, dann weiß ich  
nicht, was Sozialpolitik sein soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lieber Kollege Hase - - Ach nein, ich meine ja Herrn  
Stiegler.

(Otto Fricke [FDP]: Deswegen ist er auch  
weg!)

Das, was Sie hier vorgetragen haben, war wirklich neben  
der Sache.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo ist der  
Hase?)

Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen.  
Deswegen haben Sie sich jetzt auch verzogen. Sie  
haben nämlich gemerkt, dass ich Sie hier einmal ansprechen  
wollte.

(Joachim Poß [SPD]: Was? Er soll Angst vor  
Ihnen haben?)

- Ja, das merkt man doch. Hasen haben in der Regel  
Angst. Das ist eben so.

(Joachim Poß [SPD]: Ach!)

Was er zur Energiepolitik gesagt hat, ist völliger Unsinn.  
Wenn aufgrund von Knappheit oder mangelnder  
Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage steigende  
Preise zu verzeichnen sind, dann müssen wir das  
Übel an der Wurzel packen und das Angebot-Nachfrage-  
Verhältnis verändern. Subventionen oder Ähnliches sind  
keine Lösung.

Wenn Sie sagen, dass Niedersachsen mit dem Atommüll  
nicht alleingelassen werden soll, sondern Bayern  
auch etwas tun sollte, dann frage ich Sie, ob Sie für jedes  
Bundesland ein Endlager wollen. Wer soll das denn bezahlen?  
Das ist völliger Unsinn. Wir müssen uns vielmehr  
darum bemühen, dass die Länder mit Standorten  
dafür einen Ausgleich erhalten.

Sie haben die Grundlagen der Marktwirtschaft nicht  
begriffen, wenn Sie meinen, dass günstige Strompreise  
gewährleistet sind, solange es Atomkraft gibt. Solange  
das Angebot kleiner ist als die Nachfrage, bestimmt der  
Markt den Preis, völlig unabhängig von der Art der  
Stromerzeugung und deren Kosten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Der Markt bestimmt immer den Preis!

Es gibt schließlich die Strombörse! Wo kommt  
die denn her? Das ist doch der Witz!)

Deshalb wäre es sinnvoller, die Laufzeiten zu verlängern,  
weil dadurch sofort das Angebot gesteigert würde.  
Diese Maßnahme könnte verhindern, dass die Preise  
weiter steigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der FDP)

Wir sollten auch die Risiken dieses Haushalts berücksichtigen.  
Deswegen stelle ich an die Adresse aller Gutmenschen - damit meine ich  
das ganze Haus, aber besonders  
die Umverteiler der Linken - gerichtet fest: Wir  
sind gerade mal in der Lage, aus unseren Einnahmen die  
Zinsen, die in der Vergangenheit entstanden sind, zu bezahlen.  
Jeder sollte sich darüber im Klaren sein, dass wir  
zunächst einmal die Einnahme- und die Ausgabeseite in  
Einklang bringen müssen, um auf Dauer nachhaltige

Finanzpolitik zu betreiben. Anders geht es nicht. Ich bedaure es sehr, dass sich derzeit viele in der Föderalismuskommission von der Schuldenbremse verabschieden wollen. Wenn es uns nicht gelingt, geeignete Instrumente zu schaffen, um uns zu disziplinieren, dann kommen wir niemals vorwärts. Politiker sind Menschen. Menschen sind schwach und versuchen in Extremsituationen immer, auszuweichen.

(Otto Fricke [FDP]: Ja! Sehr gut!)

Wir brauchen eine wirksame Schuldenbremse, um dieses Thema in den Griff zu bekommen. Die erste Maßnahme muss darin bestehen, dass Bund und Länder damit beginnen, die Tilgung ihrer Schulden in Angriff zu nehmen. Das unterscheidet uns von der kommunalen Ebene: Sie sind nicht besser, weil sie bessere Politiker sind, sondern sie sind in einer besseren Lage, weil wir sie immer gezwungen haben, ihre Schulden zu tilgen. Wenn Sie uns auf diesem Weg folgen, dann tun wir etwas für die langfristige Entwicklung. Ich lade alle ein, mit konstruktiven Vorschlägen zu einer Verbesserung dieses Haushaltes beizutragen. Aber es müssen tragfähige Vorschläge sein, die die Ursachen an der Wurzel packen. Wir brauchen keine Scheingefechte oder einen Wettbewerb um Wählerstimmen, in dem wir uns sozusagen gegenseitig überbieten. Wir brauchen eine solide Haushaltspolitik. Der Entwurf ist ein richtiger Ansatz. Helfen Sie uns auf diesem Weg! Machen Sie mit! Aber lassen Sie Sprechblasen, die nur die Wähler verunsichern! (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine sehr gute Rede!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist für die Fraktion Die Linke die Kollegin Dr. Gesine Löttsch. (Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Schlechter hätte die Haushaltswoche für den Finanzminister nicht laufen können. Auf der einen Seite wollte er der Öffentlichkeit zeigen, wie gut er mit Geld umgehen kann. Auf der anderen Seite wollte er uns Linken anhängen, dass wir nur Geld ausgeben könnten. Aber dieser Plan ist gründlich gescheitert, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der LINKEN)

Die staunende Öffentlichkeit konnte beobachten, wie unter Ihrer Verantwortung, Herr Steinbrück, Geld einfach so verschwindet. Auf der einen Seite trauen Sie Eltern nicht zu, 10 Euro Kindergeld mehr zu verantworten. Aber bei der IKB, die nachweislich nicht mit Geld umgehen kann, sind Sie bereit, über Nacht Milliarden locker zu machen, die dann für immer im Finanzstrudel verschwinden. Das ist nicht hinnehmbar.

Ein aktuelles Beispiel - darüber ist schon viel gesprochen worden - haben wir in dieser Woche mit der KfW erlebt. 300 Millionen Euro Steuergelder wurden einfach verbrannt.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Mehr!)

- Mindestens. - Wenn ein Arbeitsloser einen Fahrschein

im Wert von 2,10 Euro ersetzt bekommen möchte, dann beschäftigen sich drei Sachbearbeiter und ein Referatsleiter mit diesem Anliegen.

(Otto Fricke [FDP]: In Berlin!)

Doch wenn 300 Millionen Euro oder mehr überwiesen werden, dann geht das augenscheinlich automatisch. Dann gibt es niemanden, der die Überweisungen vorher kontrolliert. Das ist Steinbrück'sche Finanzpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Aufsicht über die KfW sollten eigentlich Herr Steinbrück und Herr Glos wahrnehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Welche?)

Beide haben wieder nichts gewusst. Beide kommen aus dem Mustopf. Natürlich schiebt der Finanzminister die Schuld auf die Bank, wie er es schon bei dem Skandal um die IKB getan hat.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Koppelin?

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Nein, Herr Kollege. - Damals war angeblich die Chefin der KfW, Ingrid Matthäus-Maier, die Parteikollegin von Herrn Steinbrück, schuld. Frau Matthäus-Maier musste ihren Hut nehmen, nicht der Finanzminister. Der Finanzminister erklärte damals zum möglichen Nachfolger: Es wird ein Profi sein müssen, bei dem der Sachverstand eine Rolle spielt und nicht die Politik. Herr Steinbrück, dieser Satz ist nicht nur arrogant, sondern sagt auch viel über Ihr Politikverständnis aus. Sachverstand und Politik kommen bei Ihnen, Herr Steinbrück, offensichtlich nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad

Fromme [CDU/CSU]: Wer weiß, an wem er sich ein Beispiel genommen hat!)

Als Nachfolger wollten Sie also einen echten Profi nehmen. Er hat gleich das doppelte Gehalt bekommen. Der erste Schritt war, 300 Millionen Euro an eine bankrotte Bank zu überweisen. Herr Steinbrück, wann übernehmen Sie endlich die Verantwortung für Ihr ständiges Versagen bei der Kontrolle der KfW und für Ihre miserable Personalpolitik?

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abg.

Klaus Uwe Benneter [SPD])

- Wir können Herrn Steinbrück und Herrn Glos ruhig in einem Zusammenhang nennen. Damit haben Sie recht, Kollege Benneter.

Herr Steinbrück meinte in seiner Rede, dass das Menschenbild der Linken die Menschen zu Bittstellern, zu Abhängigen und zu Verlierern mache.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist genau richtig!

Das ist das Ergebnis Ihrer Vorschläge!)

Das ist wirklich unverschämt und eine Beleidigung der Menschen. Nicht unser Menschenbild macht die Menschen zu Bittstellern, zu Abhängigen und zu Verlierern, sondern die Politik der Großen Koalition.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad

Fromme [CDU/CSU]: Nicht Ihr Menschenbild, aber Ihre Politik!)

Sie haben doch einen kannibalisierenden Arbeitsmarkt geschaffen, der Millionen arbeitende Menschen zwingt,

als Bittsteller zum Staat zu gehen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Damit nehmen Sie den Menschen ihre Würde. Sie machen sie zu Verlierern der Gesellschaft, nicht wir.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Debatte fiel oft - von den Kollegen der SPD ausgesprochen - das Wort gesetzlicher Mindestlohn. Es wurde gesagt, man müsse diskutieren. Der Vorredner von der SPD sagte, man müsse über Ansätze von gesetzlichem Mindestlohn sprechen. Sagen Sie den Menschen doch klar und offen, was Sie wollen,  
(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wir wollen den Mindestlohn!)

und ergreifen Sie, wenn Sie es mit dem gesetzlichen Mindestlohn wirklich ehrlich meinen, die Chance hier im Parlament. Wir werden Ihnen auf jeden Fall immer wieder Anträge dazu vorlegen. Stimmen Sie endlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu!

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen wir in Berlin einmal damit an! Ihr solltet in Berlin die Leute im öffentlichen Dienst nicht auswingen, sondern ihnen eine Gehaltserhöhung zahlen!) Weiterhin wurde behauptet, dass die Linke eine antike nationalökonomische Vorstellung als Antwort auf die Globalisierung habe.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, allerdings!)

Auch das ist falsch. Diese Regierung will mit staatlichen Mitteln verhindern - so wurde es im August im Kabinett beschlossen -, dass ausländische Unternehmen deutsche Unternehmen kaufen. Das ist Protektionismus. Ja, ich sage ganz offen: Wir sind für die Regulierung der Finanzmärkte. Doch das ist kein Protektionismus. Das ist bitter nötig, wie wir in den letzten Tagen erfahren haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Finanzkrise ist auch ein Versagen der Finanzminister, die sich ständig irgendwo in der Welt treffen, aber in der Frage nach strengeren Kontrollen und Regeln nichts, aber auch gar nichts auf die Reihe bringen.

Ich sage auch ganz offen: Ja, wir waren dagegen, dass Heuschrecken in Deutschland zugelassen werden; denn wir wussten, dass sie Unternehmen zerstören und ausschlachten sowie die Arbeiter und Angestellten auf die Straße setzen. Meine Damen und Herren von der FDP, ich habe in Ihren Reden gehört, dass jetzt auch Sie vor Heuschrecken warnen. Zu diesem Erkenntnisfortschritt kann ich Ihnen nur gratulieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch Herr Müntefering, der sich häufig über Heuschrecken beklagt, hat zuvor den Heuschrecken die Lizenz zum Ausweiden deutscher Unternehmen gegeben. Ja, wir als Linke wollen Unternehmen sowie Arbeiter und Angestellte vor solchen Übergriffen schützen. Wenn Sie das nicht wollen, meine Damen und Herren von der Koalition, dann sagen Sie das auch so deutlich. Die Wirtschaftswoche hat die Pleiten der Heuschrecken zusammengefasst. Hier nur einige Überschriften: Hertie - horrenden Mieten, ATU - Expansion verpatzt, Hugo Boss - Dividende auf Pump, neckermann.de -



Löhne gedrückt, Tank & Rast - total verschuldet, Märklin - Millionen für Berater, Rodenstock - Chefs in Serie. Stellen Sie sich doch nur einen Moment lang vor, wir Linken wären an der Regierung (Widerspruch bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und trügen die Schuld an diesen Schlagzeilen, die Schuld am Niedergang dieser traditionsreichen Unternehmen. (Otto Fricke [FDP]: Sie hätten die doch längst enteignet! Die Unternehmen gäbe es doch gar nicht mehr!)

Herr Schäuble würde doch sofort die Bundeswehr gegen uns einsetzen wollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: In der Hauptstadt der Armut sind Sie an der Regierung!)

Uns wird immer unterstellt, wir würden alles verstaatlichen wollen. Das ist eine absolut lächerliche Behauptung.

Herr Steinbrück verstaatlicht gerade ein privates Unternehmen, nicht wir als Linke. Aber ich will an die Geschichte dahinter erinnern. Der ehemalige Finanzminister Eichel - er sitzt noch hier - hat die Bundesdruckerei in Berlin gegen den Protest der Linken an eine Heuschrecke, den Finanzinvestor Apax, verkauft. Apax bürdete dem Unternehmen dann hohe Schulden auf und führte es damit an den Rand der Pleite. 2002 stieg die Heuschrecke wieder aus, und der Betrieb wurde von einem Treuhänder verwaltet. Jetzt wird die Bundesdruckerei von CDU, CSU und SPD wieder verstaatlicht.

(Beifall des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Damit Sie mich nicht missverstehen: Das ist eine richtige Entscheidung. Darum muss sich auch der Verfassungsschutz mit dieser Verstaatlichung nicht befassen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Populismusvorwurf wird gerne von den anderen Parteien gegen uns erhoben. Aber gerade in dieser Woche konnten wir gut mitverfolgen, wie unsinnig dieser Vorwurf gegen uns ist, weil die Bürgerinnen und Bürger den täglichen Populismus der Regierung erleben.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Kollege Dr. Gregor Gysi hat in seiner Rede am Beispiel der Pendlerpauschale und des Wahlkampfs von Herrn Huber sehr schön dargestellt, was Populismus ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, zumindest Sie haben in der nächsten Woche die Chance, Herrn Huber und die Kollegen in Bayern zu unterstützen. Wir werden Ihnen nämlich einen Antrag zur Pendlerpauschale mit namentlicher Abstimmung vorlegen.

Ich bin einmal gespannt, wie das Abstimmungsergebnis sein wird.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad

Fromme [CDU/CSU]: Wir haben richtig Angst!)

In der außenpolitischen Debatte wurden wir als Linke heftig angegriffen, weil wir angeblich nicht solidarisch und nicht verantwortungsvoll sind. Das will ich in aller Deutlichkeit zurückweisen. Diejenigen, die uns mangelnde Solidarität mit der NATO vorwerfen, sind genau diejenigen, die die Solidarität im eigenen Land untergraben.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sie wollen doch die NATO auflösen!)

Warum sollten wir mit einer NATO solidarisch sein, die gegen das Völkerrecht verstößt und die Russlands Sicherheitsinteressen verantwortungslos negiert und das Land mit Raketen umstellt?

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das arme Russland!)

Diese friedensbedrohende Politik ist unverantwortlich und wird von uns nicht unterstützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke sind der Auffassung, dass die globalen Probleme nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das haben Sie aber spät erkannt!)

Sieben Jahre Krieg in Afghanistan sind ein trauriger Beleg dafür.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wollen Sie die Taliban wiederhaben?)

Es ist deshalb auch nicht nachvollziehbar, warum der zweitgrößte Haushalt mit über 31 Milliarden Euro der Haushalt der Bundeswehr ist. Die Bundeswehr wird auch nicht volksverbundener und eine besonders überzeugende Parlamentsarmee, wenn vor dem Reichstag ein Gelöbnis abgelegt wird,

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist das Reichstagsgebäude, nicht der Reichstag!)

das dann auch noch 1 Million Euro kostet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wahrscheinlich sind das Sicherheitskosten gewesen, um linke radikale Demonstranten fernzuhalten, die mit Ihnen sympathisieren!)

Man kann die Rekruten nur davor warnen, den Worten von Altkanzler Schmidt, dass sie nie wieder missbraucht würden, zu glauben. Dieses Versprechen war leichtfertig, und ich glaube nicht, dass die Mütter und die Ehefrauen der in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten das so sehen wie Herr Schmidt.

(Beifall bei der LINKEN)

Über die sinnlosen, Milliarden verschlingenden Rüstungsprojekte habe ich bereits gesprochen. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass kein einziges Rüstungsprojekt nach Beendigung des Kalten Krieges beendet wurde, obwohl sich die Sicherheitslage so sehr verändert hat. Es geht also nicht in erster Linie um die Bekämpfung des Terrorismus und um die Sicherheit der Bürger, sondern um hohe Dividenden für die Rüstungsaktionäre. Wir als Linke werden Ihnen bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen eine Reihe von Anträgen für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Solidarität und weniger Rüstung im Haushalt 2009 vorlegen. Wenn Sie unseren Vorschlägen folgen, haben Sie die Chance, dazu beizutragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat noch nicht einmal der Fraktionsvorsitzende zugehört! Warum eigentlich?)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Verehrte Kollegin, Sie haben eben über die KfW und über die aus meiner Sicht ausgesprochen skandalösen Vorgänge gesprochen, die sich dort abgespielt haben. Da gestern der Verwaltungsrat getagt hat, frage ich Sie: Können Sie mein großes Bedauern darüber verstehen, dass ich den Kollegen Oskar Lafontaine bei dieser Sitzung vermisst habe?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Der große Kontrolleur!)

Da Sie über die Heuschrecken gesprochen haben - gestern ist der Verkauf der IKB an Lone Star beschlossen worden -, können Sie sicherlich mein großes Bedauern auch darüber verstehen, dass ich nicht die Unterstützung des Kollegen Oskar Lafontaine hatte, als wir dagegen gestimmt haben. Ihn habe ich dort sehr vermisst.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Oder hat er schon wieder hingeschmissen?)

Verehrte Kollegin, ich muss sagen, es hat mich sehr beruhigt, dass ich heute Morgen - so hat man mir gesagt - Interviews von Oskar Lafontaine hätte hören können, in denen er sich über diese Sitzung geäußert hat.

Verehrte Kollegin, was ich nicht fair finde - damit will ich weder die Regierung noch irgendjemanden sonst in Schutz nehmen -, ist, dass Sie hier die wahre Lehre verkünden, aber dann, wenn Sie etwas tun können, etwa in Abstimmungen, kneifen und nicht da sind.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin Löttsch, bitte.

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, es ist in aller Öffentlichkeit klar geworden, dass wir

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Unzuverlässig sind!)

uns als Linke gegen die Verschönerung der IKB gewandt haben.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Warum haben Sie nicht dagegen gestimmt? -

Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo waren Sie denn bei der Sitzung?)

Es wurde zugelassen - auch dagegen haben wir uns gewandt -, dass 10 Milliarden Euro - so ist das Tableau des Finanzministeriums - verbrannt wurden.

Ich habe eigentlich eine Anmerkung wie die Ihre eher aus der Regierungskoalition erwartet. Bei jeder Gelegenheit, bei der die KfW erwähnt wird, fällt der Name Oskar Lafontaine.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Hat er schon seinen Rentenantrag eingereicht? Er ist doch schon 65!)

Sie scheinen der Überzeugung zu sein, dass in diesem Land allein Oskar Lafontaine regiert.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo war er denn jetzt?)

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Treten Sie doch einfach alle zurück, wenn Sie diese Überzeugung immer zum Ausdruck bringen, und übergeben diese Tätigkeit

an Oskar Lafontaine.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist doch wurscht! Er ist eh überflüssig!)

Lieber Herr Kollege Koppelin, hinsichtlich Ihrer Frage zur Aufklärung dieser Vorgänge möchte ich Sie herzlich bitten, uns nicht weiter daran zu hindern, endlich einen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen bei der IKB auf den Weg zu bringen.

(Otto Fricke [FDP]: Wo ist denn euer Antrag? Macht doch einen Antrag!)

Es wäre eine vernünftige Sache, hier gemeinsam vorzugehen. Dabei könnten wir bei der Aufklärung sehr gut an einem Strang ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Nehmen Sie doch mal die Verantwortung dafür wahr, wofür Sie gewählt sind! Wenn er im Gremium ist, dann hat er auch da zu sein! - Volker Kauder [CDU/CSU]: Das kann die Frau Löttsch! Die Abteilung Aufklärung beherrscht sie ja!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat der Kollege Omid Nouripour für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Löttsch, ich habe noch immer nicht verstanden, wo Oskar Lafontaine gestern war. Aber vielleicht bekommen wir das noch heraus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Erlauben Sie mir noch eine Vorbemerkung. Sie haben gerade davon gesprochen, dass Ihre Partei antimilitaristisch sei und es Ihnen darum gehe, den Einflussbereich der NATO zu beschränken, um es einmal mit meinen Worten auszudrücken. In dieser Woche fand die Abstimmung über den Einsatz im Sudan statt. Bei diesem Einsatz im Sudan ging es nicht um die NATO, es ist eine UN-geführte Mission. Es ging nicht darum, eventuell auf Menschen zu schießen. Es ging darum, Konvois mit Lebensmitteln, die für Flüchtlinge in Lagern bestimmt sind, zu beschützen. Auch gegen diese Mission haben Sie gestimmt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist die internationale Solidarität!)

Daher müssen Sie sich den Vorwurf anhören, dass Sie keine verantwortungsvolle Außenpolitik betreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zum Haushalt.

O Glaubensvater, sieh die Not, in der wir uns befinden. So beginnt ein katholisches Kirchenlied. Es ist dem Apostel der Deutschen, dem heiligen Bonifatius, gewidmet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Peter Struck der Grünen!)

Ich hatte diesen Vers in dieser Woche einige Male im Kopf, als ich der Einbringung des Haushalts zugehört habe. Was mussten wir dabei erleben? Wir sahen einen Finanzminister, der uns wieder und wieder erzählt, 2011

gebe es einen Haushalt ohne Schulden. Wenn das nicht der Fall sein würde, so hat er versprochen, dann werde er im Jahre 2011 zurücktreten. Welch ein manifestes Versprechen! „Heiliger Bonifatius, hilf!“, kann ich da nur sagen, dass wir im nächsten Jahr bis zur Bundestagswahl noch unbeschadet davonkommen und dass dann endlich diese schwarz-rote Trauergemeinde auseinandergeht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Haushaltsentwurf 2009 liegt jetzt zusammen mit dem Finanzplan bis 2012 auf dem Tisch. Die riesengroße Verpackungsüberschrift ist „Konsolidierter Haushalt“. Schade, dass man auch da genau hineinschauen muss, um festzustellen, ob es so ist, zumal ich gerade nach dieser Woche nicht nur das Gefühl habe, dass Sie das nicht schaffen werden; ich habe vielmehr das Gefühl, dass Sie gar kein Interesse daran haben, das zu schaffen. Das ist ein Problem für dieses Land. Es ist viel von Zukunft gesprochen worden. Ich habe den Eindruck, Ihr Begriff von Zukunft reicht bloß bis zum 27. September 2009.

Dann wird nämlich gewählt. Sonst hätten Sie nicht einen ausschließlichen Wahlkampfetat vorgelegt. Das ist ein riesengroßes Problem. Wir werden in den Ausschusssitzungen alles daransetzen, dies zu ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Maßstab für den Haushalt ist der Dreiklang von Schuldenabbau – das machen Sie nicht –, Investitionen in die Zukunft – das machen Sie nicht – und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger – auch das machen Sie nicht. Alle nur denkbaren Ziele, die man für einen Haushalt haben kann, werden von Ihnen nicht erreicht. Das Schlimme daran ist, dass die Voraussetzungen zur Konsolidierung für das Jahr 2009 so gut sind wie schon lange nicht mehr. Der Kollege Krüger hat vorhin leider nicht gesagt, dass die Einnahmen 25 Prozent höher sind als zu Zeiten von Hans Eichel. Sie haben leider auch nicht erwähnt, dass in diesem Jahr und im Jahr 2009 mit voraussichtlich 250 Milliarden Euro so viel wie noch nie eingenommen werden wird. Sie haben vor allem nicht gesagt, dass dies damit einhergeht, dass man wiederum 10,5 Milliarden Euro auf Kosten der Kinder und der Kindeskinde dieses Landes pumpt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Minister, haben Ihre Amtszeit mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer begonnen. Sofort danach haben Sie versprochen, es werde mehr Netto geben. Ich habe in den letzten Monaten keine Normalverdiener gesehen, die behaupten konnten, sie hätten jetzt mehr Netto auf dem Konto. Ein Beispiel: Am 1. Juli ist der Pflegeversicherungsbeitrag um 0,25 Prozentpunkte gestiegen.

Sie konnten nicht einmal versprechen, dass es ein kleines bisschen mehr Netto geben würde; denn wir werden ab dem 1. Januar das unglaubliche Projekt namens Gesundheitsfonds haben, das alle Hoffnungen auf mehr

Netto zugrunde richten wird. Der Streit geht darum, ob die Beiträge um 0,8 oder 1,3 Prozentpunkte steigen werden. Das ist vollkommen unklar.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gehaltssteigerungen für die Pflegekräfte! Wollen Sie den

Ärzten nicht auch ein bisschen Gehaltsaufwuchs gönnen, Herr Kollege Nouripour?)

- Ich habe Sie, Herr Kollege Kampeter, akustisch leider nicht verstanden. -

(Otto Fricke [FDP]: Das war nicht schlimm!)

Ihr Zahlenwerk ist ungefähr so solide wie die Zwischenrufe des Herrn Kampeter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Der Haushalt ist mit heißer Nadel gestrickt. Sie gehen davon aus, dass die Einnahmen des Bundes bis in alle Ewigkeit steigen und eines Tages die Einnahmenkurve, steil von unten kommend, die Kurve der Ausgaben schneiden wird. So funktioniert Ihre Konsolidierung im Jahr 2011. Spannend. Die Einnahmesteigerung ist für Sie so sicher wie das Amen in der Kirche. Verstehen Sie mich nicht falsch: Auch als Muslim halte ich sehr viel vom Amen in der Kirche. Ich habe da großes Vertrauen. Ich habe aber kein Vertrauen, wenn bei der Haushaltskonsolidierung nicht seriös kalkuliert wird, nicht entschlossen gespart wird und wenn nicht sinnvoll umgeschichtet wird.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel für den Finanzplan. Sie wollen bis zum Jahre 2011 2,7 Milliarden Euro bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld II einsparen. Jeder Einzelne und jede Einzelne in diesem Haus wünscht sich selbstverständlich, dass die Zahl derjenigen, die Arbeitslosengeld II erhalten, sinken wird. Aber wir haben unglaublich große Konjunkturrisiken, zu denen Sie nachher hoffentlich etwas sagen werden. Diese werden selbstverständlich einen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben. Deshalb ist das Augenwischerei. Oder haben Sie etwa die paar Spinner, über die ich in den letzten Tagen lesen durfte, dass sie der Meinung sind, mit 132 Euro im Monat könne man wunderbar klarkommen, eingestellt, damit sie für Sie den Haushalt aufstellen? So könnte ich mir erklären, wie Sie 2,7 Milliarden Euro beim ALG II einsparen. Sozial wäre das allerdings nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie selbst, Herr Minister, haben in dieser Woche gesagt, die Finanzkrise sei unfassbar und die Konjunktur „drehe in Abschwung“. Gleichzeitig planen Sie immer noch ein Wachstum von 1,5 Prozent bis zum Jahr 2011 und 1,2 Prozent für das Jahr 2009 ein. Wie das zusammenpasst, werden Sie uns auch gleich erklären. Auch das habe ich noch nicht so ganz verstanden. Vor allem ist mir aufgefallen, dass Sie in dieser Woche die Haushaltsreden halten, aber die Erklärung zur Finanzkrise erst nächste Woche abgeben und die ganze Zeit so tun, als habe das eine auf das andere gar keinen Einfluss. Ihr Wort in Gottes Ohr. Ich glaube das allerdings auf keinen Fall. Das werden Sie spätestens nächste Woche zugeben haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen, und Steinbrück wird das gleich aufgreifen!)

Jetzt zum Haushalt 2009. Ich will nicht falsch verstanden werden: Wir wollen nicht nur sparen. Wir wollen auch investieren. Das ist uns wichtig, und wir sind der festen Überzeugung, dass wir uns sonst die Zukunft

verbauen würden. Wir wollen aber an den richtigen Stellen investieren. Wir wollen in den Klimaschutz, in die Bildung, in die Familienförderung, in die Kinderbetreuung und in die Entwicklungszusammenarbeit investieren. Noch einmal: Dabei muss man ein paar Tage weiter als bis zum nächsten Wahltag denken. Das kommt im Haushalt 2009 aber leider nicht zum Ausdruck. Ich kann Sie nur warnen: Ihre Wahltaktik bei der Haushaltsaufstellung wird nicht aufgehen.

Ende nächster Woche werden in Bayern Landtagswahlen stattfinden. Dort gibt es das Duo infernale Beckstein und Huber.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Maß ist voll!)

Die beiden gehen von Wahlzelt zu Wahlzelt und versuchen, die Menschen zu begeistern. Wenn das nicht funktioniert, dann versprechen sie halt ein paar Milliarden mehr und gehen weiter auf ihrem Kriegspfad mit den Grundrechenarten. Ich prophezeie Ihnen: Das wird nicht gut gehen. Die Menschen lassen sich ganz bestimmt nicht für dumm verkaufen. Ich kann nur hoffen, Herr Steinbrück, dass Sie sich davon belehren lassen und die richtigen Konsequenzen ziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen in den Jahren seit 2005 vorgerechnet, wie man eine Haushaltskonsolidierung bis zum Jahre 2009 zustande bringen kann. Wir haben Ihnen vorgerechnet, wie man die notwendigen Investitionen trotzdem tätigen kann. Wir waren der festen Überzeugung, dass dies das beste Wahlgeschenk ist, das man den Menschen in diesem Land, ihren Kindern und ihren Kindeskindern geben kann. Das ist besser, als Schulden zu machen, die sie dann tilgen müssen, Herr Steinbrück. Stichwort „Investitionen“: Ich möchte zwei Beispiele für nach unserer festen Überzeugung sinnvolle Investitionen bringen.

Erstes Beispiel: der Bereich Klimaschutz. Beim Klimaschutz geht es darum, dass die Weltsicherheitslage, die Weltwirtschaftslage und auch die Klimaberichte den Schluss nahelegen: Wir müssen weg vom Öl. In diversen Beschlüssen der Koalition, etwa nach Klausuren, ist immer irgendwo zu finden: Wir müssen weg vom Öl. Aber das Geld, das man braucht, um zum Beispiel die dafür notwendige Forschung zu betreiben, steht leider nicht in dem notwendigen Maße zur Verfügung. Wir werden in den Haushaltsberatungen Anträge stellen, um dies zu ändern. Wir haben Ihnen bereits gezeigt, wie man für Klimaschutz 10 Milliarden Euro mehr einsetzen, gleichzeitig aber 20 Milliarden Euro Subventionen, die umweltschädlich sind, streichen kann. So funktioniert eine gescheite Haushaltspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Datenschutz, das Thema des Sommers. Wir hatten etliche Skandale. Auch die Letzten in der CDU/CSU-Fraktion, die der Meinung waren, Datenschutz sei bloß ein Hindernis bei der Bekämpfung von Verbrechen, sind mittlerweile auf die Idee gekommen: Datenschutz ist kein Luxus. Der Haushalt des Bundesministeriums des Innern beinhaltet einen Aufwuchs um 533 Millionen Euro. Dadurch werden unter anderem

130 neue Stellen geschaffen; das ergibt sich durch das BKA-Gesetz. Diese Stellen werden zu dem Zweck geschaffen, mehr, mehr und immer mehr Daten zu sammeln.

Gleichzeitig sagte der Minister in der Sommerpause:

Wir brauchen keine neuen Gesetze für

Datenschutz, wir brauchen mehr Kontrolle. - Die Anzahl der Datensätze steigt, aber der Bundesdatenschutzbeauftragte bekommt keine einzige neue Stelle. Meine

Frage ist: Wer um Gottes willen soll diese ganzen Daten überhaupt noch kontrollieren, wenn Sie in den Datenschutz kein Geld investieren?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So funktioniert Datenschutz nicht.

Diese Beispiele sind aus meiner Sicht sehr charakteristisch für den ganzen Haushalt: Draußen werden Reden geschwungen, die sich in der nackten Realität der Zahlen nicht widerspiegeln.

Ich freue mich sehr auf die Haushaltsberatungen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir auch!)

- Ja, wir alle freuen uns sehr. - Wir werden den Maßstab des Dreiklangs anlegen. Wir wollen es doch noch zustande bringen, Schulden abzubauen, in die Zukunft zu investieren und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Noch einmal: Das ist unser Maßstab. Ich weiß, dass das ein Balanceakt ist. Sie, Herr Minister, haben versucht, einen solchen Balanceakt zu vollführen.

Ich habe diese Woche in einer Frauenzeitschrift gelesen - wir als Opposition versuchen überall, wo es geht, die Regierung zu kontrollieren, und lesen alles, was wir in die Finger bekommen -, dass die Frau Kanzlerin selbst zugibt, dass sie nicht so gut auf einem Schwebebalken balancieren kann - das kann ich auch nicht - und dass sie es gerne können würde. Wenn ich mir diesen Haushalt anschau, dann kann ich nur sagen: Ein Balanceakt funktioniert so nicht. So werden Sie vom Schwebebalken auf die Nase fallen. Das wäre vielleicht ein Grund für Schadenfreude, wenn es für das Land nicht so traurig wäre.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat das Wort nun Herr Bundesminister Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich für die meisten Beiträge in dieser Haushaltsdebatte sehr herzlich bedanken. Ich möchte mich insbesondere für die Unterstützung aus den Reihen der Koalitionsfraktionen bedanken. Nachdem ich den Beitrag von Frau Löttsch gehört habe, möchte ich mich auch ausdrücklich für alle Beiträge von FDP und Grünen sehr herzlich bedanken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich werde mich mit diesem schwurbeligen Brei aus Antikapitalismus und Antirüstung, internationalem Finanzkapital und Relikten aus Marxismus und „Senilismus“ nicht lange beschäftigen können, Frau Löttsch.



(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/  
CSU und der FDP)

Da ist alles drin - mit jedem Vorurteil behaftet und natürlich auch mit dem Versuch, bei denjenigen, die dafür vielleicht empfänglich sind, entsprechende Reflexe auszulösen. Zwei, drei Sachen lasse ich nicht stehen:

Erstens. Wenn Sie wirklich der Auffassung sind, dass Verwaltungsratsmitglieder für die Organisation eines konkreten Zahlungsverkehrsvorgangs in einer Bank oder in einem Unternehmen verantwortlich sind, dann sollten wir zur Naturalwirtschaft zurückkehren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/  
CSU und der FDP - Otto Fricke [FDP]: Da wollen die ja hin!)

- Da wollen sie hin.

Zweitens. Wenn ich jemandem abspreche, über die Kontrolle von Zahlungsverkehrsvorgängen reden zu können, dann sind Sie das. Ich verbinde das mit der Fragestellung, wo die Milliarden des SED- und des DDRVermögens geblieben sind.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP  
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kommen Sie nicht raus! Solange Sie das nicht aufgearbeitet haben, können Sie mit mir darüber nicht reden.

Ich frage Sie ganz konkret: Wo sind die Milliarden geblieben, die Sie den ehemaligen DDR-Bürgern geklaut haben,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP  
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Sie schön verschoben, verbunkert, in Form von zinslosen Darlehen an Altkader ausgegeben haben? Bevor Sie das nicht aufgearbeitet haben

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

und bevor Sie sich zu dieser Geschichte nicht bekennen, können Sie mit mir über solche Sachverhalte nicht reden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Das Dritte bezieht sich auf Ihre Dienstagsrede, in der Sie glaubten, in Ihrer Schlussapothese dem Kollegen Schäuble fast zynisch - aber es klang so, als ob es ironisch sein sollte - unter dem Rubrum „Nah bei den Menschen“ das Thema Datensicherheit oder Datenverarbeitung vorhalten zu müssen. Wenn jemand mit Überwachungspraktiken und mit schikanösen Praktiken wirklich Erfahrung hat, dann sind das die, die in Ihre Partei Eingang gefunden haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP  
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das zweite Thema, das Sie aufzuarbeiten haben: menschenverachtende Überwachungs- und Schikaneaktivitäten, und zwar aus den politischen Herkünften, die nach wie vor bei Ihnen versammelt sind. Da ist mit mir nicht zu reden, besonders nicht nach einem Besuch des Stasigefängnisses in Hohenschönhausen. Sind Sie mal da gewesen? Wissen Sie, wie das hieß, wie die ungefähr 210 000 bis 250 000 Menschen, die von der Stasi verhaftet worden waren, da behandelt worden sind? Wissen Sie, wie das in dem Sprachgebrauch hieß, in diesem zynischen Sprachgebrauch derjenigen, die das immer

noch nicht historisch aufgearbeitet haben? Revolutionäre Verurteilung auf dem neuesten Stand der Technik. So haben Sie das genannt! Arbeiten Sie das erst einmal auf, bevor Sie Herrn Schäuble oder der Bundesregierung irgendeinen Vorwurf zu solchen Sachverhalten machen!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was die Haushaltsdebatte selbst und auch die jedenfalls vergleichsweise erfreulichen Beiträge der FDP und der Grünen betrifft,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nur vergleichsweise?)

muss ich sagen: Ich habe wieder vieles gehört, was schon in den früheren Debatten immer eine Rolle spielte.

(Otto Fricke [FDP]: Auch da schon richtig war!)

- Ja, Herr Fricke, aber unter anderen Bedingungen. Sie sind immer einer der Ersten, die sagen: Der Haushalt ist schon im Aufstellungsverfahren Makulatur. - Das höre ich nun schon das dritte oder vierte Mal.

(Otto Fricke [FDP]: Nein, nicht „Makulatur“!)

Ich finde Ihre Prognosefähigkeiten bewundernswürdig. Sie wissen immer schon, wie das am Ende, nach Sekundär- und Tertiäreffekten, irgendwo ankommt, bei den Steuereinnahmen etwa, und was das für die Kalkulation des Bundeshaushalts heißt. Meine Antwort mit Blick auf die Vorsorgenotwendigkeiten - Vorsorge ist vor dem Hintergrund einer abgeschwächten Konjunktur zu treffen - lautet: Das Notwendige wird die Bundesregierung über die Eckpunkte festlegen, die sie ihren weiteren Haushaltsplanungen zugrunde legt.

Ich habe nach übereinstimmendem Urteil all derjenigen, auf deren Aussage man etwas hält - nicht derjenigen, die Extrempositionen, wie ich einmal sagen möchte, einnehmen -, zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister, mit dem Kollegen Glos, im Augenblick keine Veranlassung, auch nicht im Lichte der Steuerschätzung vom November, die für das Jahr 2009 zugrunde gelegten Eckpunkte zu revidieren.

(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

- Dann reden Sie mal mit einem Unverdächtigen! Sie haben offenbar den Eindruck, ich sei nur Propagandist in eigener Sache,

(Otto Fricke [FDP]: Nein, aber befangen!)

nach dem Motto - das würde ich ja noch gelten lassen -:

Der redet nur pro domo. Reden Sie bitte mit dem Bundesbankpräsidenten!

Er hat seine Einschätzung im Kabinett

vorgetragen. Reden Sie mit denjenigen, die im Sachverständigenrat Verantwortung dafür haben! Ich komme

jedenfalls zu dem nüchternen Urteil, dass das, was wir unseren Planungen zugrunde gelegt haben, die Aufregung, diese Spekulation auf Baisse, die bei Ihnen immer eine Rolle spielt,

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

jedenfalls nicht rechtfertigt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe ein schlüssiges, konzises, alternatives Finanzkonzept weder von den Grünen noch von Ihnen gehört, das nicht nur Oppositionssemantik folgt, sondern auch einen Wirklichkeitstest bestehen würde.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeden Tag!)

Dass Sie einzelne Punkte angreifen, bei denen für Ihre Kritik gelegentlich gilt: „Touché!“, steht auf einem anderen Blatt. Sie alle haben ja ein ausgeprägtes Urteilsvermögen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber ein schlüssiges Gegenkonzept zu dem, was diese Große Koalition in Gang gesetzt hat, habe ich noch nicht vorgelegt bekommen.

Sie fordern auf der einen Seite: „Mehr sparen!“, Sie sagen dem Publikum aber nie, wo denn genau und wie viel.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Doch!)

- Nein, das sagen Sie nicht. Es tut mir leid, aber ich habe in dieser Debatte nichts von Ihnen dazu gehört,

(Otto Fricke [FDP]: Aber wenn wir was dazuhaben wollen, fällt Ihnen das auf!)

ob Sie die zusätzlichen Investitionen der Bundesregierung in Bildung, in Kinderbetreuung, in Forschung und Entwicklung, in Hochschulen, in Infrastruktur

(Otto Fricke [FDP]: In den Gesundheitsfonds!)

zurücknehmen wollen, damit die Nettoneuverschuldung schneller zurückgeht, oder ob Sie der Meinung sind, dass das eigentlich richtige Zukunftsinvestitionen sind. Ich habe dazu nichts gehört.

Ich glaube auch, dass Ihr Versuch, ein Szenario auszumalen

- das entspricht ja schon fast Ihrem Wunschdenken

-, nach dem die Haushaltsplanungen der Bundesregierung scheitern werden, nur vor dem Hintergrund

Ihrer Oppositionsrolle verständlich ist. Aber eine verantwortlich handelnde Bundesregierung würde niemals so

etwas aufstellen, auch nicht die sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin: Ich bekomme immer mehr Stimmen aus dem Ausland, die

letzte übrigens vor gut 24 Stunden von Jean-Claude Juncker, die alle dem Motto folgen, Europa sei nicht in

gleichem Maße von der aktuellen Finanzkrise betroffen

wie die USA, das europäische Finanzsystem sei stabiler

aufgestellt, man habe hier diese Risikogeschäfte nicht in

vergleichbarem Maße mitvollzogen und es werde deshalb

in der Euro-Zone keine Rezession geben. Vielfach

sind sie auch mit einem deutlichen Lob an die Bundesregierung,

was mich freut, verbunden, da wir in den letzten

Jahren zur Glaubwürdigkeit des Maastrichter Stabilitätsund

Wachstumspaktes beigetragen haben. Ich könnte das

fortsetzen, indem ich einschlägige Äußerungen vonseiten

des IWF, der OECD und anderer Organisationen zitierte.

All diese Stimmen kommen offenbar in unserer eigenen

innenpolitischen Bauchspiegelung überhaupt

nicht vor. Ich frage mich doch, ob nicht gelegentlich

manche der Protagonisten im Ausland, die unsere Entwicklung

begleiten, einen etwas realistischeren Blick haben

als wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will einige Bemerkungen dazu machen, dass sich auf den Finanzmärkten zwischen meiner Einbringungsrede

vor drei Tagen und meiner heutigen Rede in der Tat

eine Entwicklung abgespielt hat, die zu Beginn dieser

Woche so überhaupt nicht vorherzusehen war. Ich stimme all denjenigen zu, die sagen, dass wir noch tiefer in den Abgrund schauen, als wir es zu Beginn dieser Woche taten. In Amerika hat es seit August/September letzten Jahres - das muss man sich einmal vorstellen! - 24 Schließungen, Zusammenbrüche und Übernahmen amerikanischer Banken im Zuge der Weltfinanzmarktkrise gegeben. 24! Allein in den drei Tagen seit meiner Einbringungsrede haben Themen wie die Zukunft von Merrill Lynch, Morgan Stanley, AIG und anderen - das wissen Sie alle - eine erhebliche Rolle gespielt. Es ging in der Tat darum, ein Krisenmanagement zu entwerfen, damit es nicht zu wirklich hochbrisanten und gefährlichen Entwicklungen kommt.

Ich will deshalb an dieser Stelle, ohne der Regierungserklärung vorzugreifen, die nach einer Verabredung der Bundesregierung mit den Koalitionsfraktionen nächsten Donnerstag zu diesem Thema abgegeben werden wird, noch einmal zwei, drei Bemerkungen zu diesem Thema machen, um deutlich zu machen, wo wir stehen. Auf der einen Seite geht es um ein Krisenmanagement, und auf der anderen Seite geht es um die Prävention bzw. Vorsorge, damit sich solche Krisen möglichst nicht wiederholen.

Das augenblickliche Krisenmanagement hat nichts mit dem zu tun, wonach ich gelegentlich immer wieder gefragt werde, nämlich: Was tust du denn jetzt mit Blick auf Bankenüberwachung, Eigenkapitalunterlegung und Liquiditätsstandards? Das Krisenmanagement wird vielmehr vom Finanzministerium, von den Zentralbanken und von den Aufsichtsbehörden betrieben. Es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem, wie ich glaube, auch von dieser Stelle aus dem amerikanischen Finanzminister Hank Paulson ein großer Dank dafür abgestattet werden muss, dass er mit seinem Krisenmanagement maßgeblich zur Stabilisierung der Finanzmärkte in den letzten Wochen und Monaten beigetragen hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wie Sie aus den Zeitungen wissen und wie wir direkt von den Amerikanern wissen, sind diese vor dem Hintergrund, dass es keinen Sinn macht, von Einzelfall zu Einzelfall zu hecheln und jedes Mal wieder überrascht zu werden, dabei, ein Gesamtkonzept zu organisieren. Die Konstruktion, die offenbar den beteiligten Partnern durch den Kopf geht, basiert darauf, zu versuchen, alle, wenn man so will, notleidenden Kredite der betroffenen Banken zusammenzuführen und dann dieses Gesamtpaket zu managen. Diese Situation ist nicht ganz unbekannt. Eine ähnliche hat es, wie ich glaube, in den USA schon einmal in den 90er-Jahren gegeben.

Es ist jetzt auch der Zeitpunkt, den beteiligten Zentralbanken weltweit zu danken, dass sie unmittelbar handeln und rechtzeitig Liquidität bereitstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dabei erwähne ich maßgeblich auch die Bundesbank mit Herrn Weber an der Spitze. Es war wichtig, dass man dort handlungsfähig gewesen ist. Das ist Bestandteil des Krisenmanagements. Das erstreckt sich auch auf die Aufsichtsbehörden.

Es wird niemanden von Ihnen wundern, dass ich an dieser Stelle auch meinen Mitarbeitern im Bundesfinanzministerium danken möchte, die während Telefonkonferenzen aufgrund der Zeitdifferenz gegenüber den USA von sechs Stunden bis tief in die Nacht buchstäblich in Abstimmungen gefangen genommen werden.

Wenn die USA kurz vor Mitternacht eine Lösung herbeiführen wollen, weil diese mit Blick auf die Öffnung der Börsen in Asien wichtig ist, dann bedeutet das, dass meine Leute um drei oder vier Uhr morgens bereitstehen müssen. Es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem man darauf hinweisen muss, dass dieses Krisenmanagement - unbenommen der Dramatik, der Schwierigkeiten und der Detailfragen, die es dazu gibt, - bisher einigermaßen geklappt hat. Ich wünsche mir, dass es so bleibt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bei einem anderen Thema können wir dann, wenn wir von Eigenkapitalunterlegung reden, nichts machen. Dies gilt zum Beispiel mit Blick auf die unsäglichen Produkte - Verbriefungen und strukturierten Produkte -, die alle außerhalb der Bilanzen gehandelt wurden. Da nützt es gar nicht, mir die Antwort auf die Frage abzuverlangen: „Herr Steinbrück, müssen da jetzt nicht die Eigenkapitalregeln verschärft werden?“ Wenn wir das jetzt täten, dann hätten wir noch mehr Zusammenbrüche.

Bei diesem Krisenmanagement geht es vielmehr um die Frage, wie wir in Zukunft versuchen können, eine ähnliche Krise zu vermeiden, ohne dass ich Ihnen je zusagen kann, dass die nächste Finanzmarktkrise nicht vielleicht ganz anders aussieht. Wir sind aber aufgefordert, dies zu tun. Am Donnerstag werde ich ausführlicher dazu Stellung nehmen, aber an dieser Stelle sage ich, es wäre gelegentlich ganz schön, eine Ermunterung der Bundesregierung für das zu hören, was wir auf den Weg gebracht haben. Ich höre einzelne Stimmen, die sagen, was alles nicht gemacht worden ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich will mich gleich anstrengen!)

Es ist unvorstellbar, was in einem halben Jahr zusammen mit den Anglo-Amerikanern auf den Weg gebracht wurde. Das hätte ich vor einem Jahr für undenkbar gehalten. Ich hoffe, dass der kleine bewertende Ausflug von Ludwig Stiegler hin zu den Engländern meine Möglichkeiten auf dem Londoner Parkett nicht weiter erschwert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD -

Ludwig Stiegler [SPD]: Ich bin froh, dass ich geholfen habe!)

- Es konnten nicht alle mithören, aber ich will das nicht wiederholen, weil das nur zusätzliche Aufmerksamkeit erregen würde. Ich hoffe, es ist niemand von der britischen Botschaft unter den Zuhörern.

(Heiterkeit)

Ich werde am Donnerstag eine Regierungserklärung dazu abgeben. Einen Tag später werde ich die wichtigsten Vertreter der deutschen Finanzwirtschaft zu einem Austausch einladen, nicht zu einem Krisengipfel, weil ich denke, dass es im Lichte der jetzigen Ereignisse notwendig ist, dass sowohl Vertreter der Versicherungswirtschaft als auch der Bankenwirtschaft mit dem Bundesfinanzminister

zusammenkommen, um die Lage zu beurteilen und um eine Bewertung vorzunehmen. Ich möchte mich durch sie auch auf die Termine vorbereiten lassen, die ich im Oktober in Washington habe. Bei diesen Terminen geht es zum Beispiel darum, zu prüfen, was von dem 100-Tage-Programm umgesetzt wurde und wie der Zwischenbericht des Financial Stability Forums aussieht.

Ich komme zum Thema IKB. Ich will hier nicht ausholen. Ich glaube, gestern ist den Mitgliedern des Verwaltungsrats und damit auch Frau Scheel und Herrn Koppelin von unverdächtigen Vertretern wie zum Beispiel von Herrn Börner und Herrn Müller, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, deutlich gemacht worden, von welcher Bedeutung diese Rettungsaktion gewesen ist. Ich denke, darüber sollten wir irgendwann einmal Konsens erzielen, weil die Kosten und Risiken, die über ein Moratorium und eine anschließende Insolvenz ausgelöst worden wären, ein Vielfaches größer gewesen wären als das, was wir auf die Beine gestellt haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schade, dass Lafontaine das nicht mitgekriegt hat!)

Zweitens. Ich wäre dankbar, wenn wir auch mit Blick auf die Wirkung auf das breite Publikum – auf die Bürgerinnen und Bürger – nicht so schnell aus der Hüfte schießen würden, um den Beifall eines Nachmittags zu bekommen oder um eine Attacke zu landen. Ich stelle hier klar: Bei der IKB sind nicht 10,7 Milliarden Euro Steuergelder verbrannt worden. Herr Koppelin, nach den gestrigen Erläuterungen wäre ich sehr dankbar, wenn wir davon Abstand nehmen könnten. Bisher sind 1,2 Milliarden Euro Steuergelder drin. Das ist ein bedingt rückzahlbares Darlehen des Bundes, von dem ich weiß, dass der Bund das nicht zurückkriegt. Weiter ist eine Bürgschaft über 600 Millionen Euro drin, wobei uns eine auswärtige Expertise bestätigt, dass dieser Bürgschaftsfall wahrscheinlich nicht eintreten wird. Weiterhin enthalten ist eine Abschirmung in Höhe von 7,4 Milliarden Euro durch die KfW selber, die maßgeblich durch das Auffressen des Risikofonds der KfW gespeist wird, den sie aus früheren Ergebnissen aufgefüllt hat. Das bedeutet natürlich, dass die KfW diesen Fonds dann, wenn er leer ist, aus zukünftigen Ergebnissen wieder auffüllen muss. Es findet auch in Bezug auf den erwarteten Kaufpreis der IKB eine Abschreibung statt.

Das heißt, das berührt die ehemalige und die zukünftige Ergebniserzielung, damit auch Eigenkapitalpositionen der KfW und damit mögliche Verzinsungen, die man darauf erhalten kann. Das sind aber keine Steuergelder. Das sage ich mit einer gewissen Verzweiflung.

(Otto Fricke [FDP]: Aber Steuervermögen!)

– Entschuldigen Sie bitte, die sind erzielt aus der Masse, aus den Aktivitäten, aus den Ergebnissen, aus den Förderaktivitäten der KfW.

(Otto Fricke [FDP]: Und die gehören dem Steuerzahler!)

– Ich bin doch gar nicht so weit entfernt. Aber wenn Sie es genauso darstellen würden wie ich und ich käme dann zu derselben Konklusion wie Sie, Herr Fricke, wäre das

ein Erkenntnisfortschritt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Für uns beide!)

Dass am Ende in einer weiteren Ableitung dadurch auch Steuerpositionen betroffen sind, will ich gar nicht in Abrede stellen. Keiner weiß übrigens, wann. Warum? Weil Risikoabschirmung und Wertberichtigungen nicht gleichzusetzen sind mit real eingetretenen Verlusten. Da stimmen wir doch sicherlich überein. Dann könnte ich an dieser Stelle abbrechen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dann hätten wir einen großen Fortschritt erzielt. Wenn wir, weil das hochkomplex ist, versuchen würden, das den Menschen zu erläutern, die das nicht wissen können - woher sollten sie das wissen? -, und bei denen um ein bisschen Verständnis dafür zu werben, dass da nicht einfach jemand mit einem Streichholz herumgefummelt hat, einen riesigen Sack von Banknoten, sprich: Steuergeldern, angezündet hat und dann noch einen Veitstanz darum herum gemacht hat, wäre das sehr gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will auf andere Positionen von Frau Löttsch gar nicht mehr eingehen. Das führt nur in die Irre. Was Ihre persönlichen Attacken gegen mich angeht, sage ich mit Herbert Wehner: Das ignoriere ich nicht einmal.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das merkt man!)

Ich will abschließend, weil die Zeit davonläuft, noch einen anderen Punkt aufgreifen, der in den ganzen Auseinandersetzungen eine Rolle spielt. Das ist das Thema der Abzocke oder des - so die ewigen Zwischenrufe von Herrn Koppelin - Abkassierens. Vielleicht könnten wir da auch zu dem Ergebnis kommen, dass das nicht mit dem platten Vorwurf des Abkassierens abgetan werden kann. Die Belastungsquote der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland im Zehnjahresvergleich, bezogen auf dasselbe Einkommen, ist nachweislich nicht gestiegen, sondern gesunken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich lasse allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages die einschlägige Finanzstatistik in die Fächer legen; ich habe sie hier in meinen Unterlagen.

Das heißt, die verschiedenen Steuerreformschritte, insbesondere unter der Vorgängerregierung, haben dazu beigetragen, dass sowohl bei den Singles, die übrigens in Deutschland vergleichsweise schlechter gestellt sind als in vielen anderen europäischen Ländern, als auch bei den Verheirateten, die deutlich besser gestellt worden sind - die Familien auch über das Kindergeld -, zu beobachten ist, dass es, gemessen am selben Einkommen - also 25 000 Euro 1998, 25 000 Euro heute; das Gleiche für 30 000 und 35 000 Euro -, keine Abzocke gegeben hat. Vielmehr erfahren die Menschen spürbar, dass sie mit dem Nominalzuwachs teilweise in eine Progression hineinkommen, wo der von mir zitierte Staubsaugereffekt vieles herauszieht, und dass es andere Effekte,

nicht aus der Steuer- und Abgabepolitik, gegeben hat, die das Portemonnaie tatsächlich geschmälert haben. Einer der Oppositionsredner hatte natürlich völlig recht, als er gesagt hat: Die Menschen sehen nicht genau hin, was bedingt ist durch kommunale Gebühren, Abgaben, Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Tankstellen- und Supermarktpreise, sondern sie sagen: Verfluchte Kiste, ich habe weniger im Portemonnaie als vorher!

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Das ist mir klar. Aber dann lassen Sie uns doch auch so argumentieren, damit wir richtige Schlussfolgerungen daraus ziehen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In dem Zusammenhang macht es auch keinen Sinn, in einer Rede - ich weiß nicht, ob von Herrn Westerwelle oder von einem anderen Redner - zu sagen, das seien diverse Steuererhöhungen in der Zeit der Großen Koalition gewesen. Ich glaube, jemand hat die Zahl von 19 Steuererhöhungen genannt. Das ist natürlich völliger Unsinn. Es hat die Mehrwertsteuererhöhung gegeben, gekoppelt daran die Erhöhung der Versicherungssteuer, und die dritte Steuererhöhung - mehr sind es nicht - ist die Erhöhung des Balkens für diejenigen, die 250 000 Euro als Single bzw. 500 000 Euro als Verheirateter verdienen; da ist die Steuer von 42 auf 45 Prozent hochgegangen. Jetzt können ja einmal alle aufstehen hier in diesem Saal, die als Single mehr als 250 000 Euro bzw. als Verheirateter mehr als 500 000 Euro verdienen. -

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Keiner steht auf. Dann frage ich Sie: Wo ist das Problem?  
(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das muss doch einmal ein bisschen entdramatisiert werden, dieser Kram, der da in die Welt hineingejagt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist Steuergeheimnis, Herr Minister!)

- Wir wollen alle gerne da hin; allerdings soll da alles abkassiert werden. Das sind steuerliche Vorschläge. Das ist eigentlich aberwitzig.

Frau Löttsch, ein Argument sei mir noch im Zusammenhang mit dem Satz: „Die Reichen zahlen keine Steuern“ gestattet: Dieser Herr L., der sich bei hellem Licht vor Feigheit vor dem Freund aus meinem Ministerium vom Acker gemacht hat - den Namen nehme ich gar nicht in den Mund -,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

erklärt ja immer: Die Reichen in Deutschland zahlen keine Steuern. - 25 Prozent der Steuerzahler, also diejenigen mit einem Einkommen im oberen Bereich, zahlen über 80 Prozent der Steuern in Deutschland. Irgendwann muss es Ihnen doch einmal auffallen, dass es diese Statistik gibt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich merke, dass ich zu leidenschaftlich für ein gutes Schlusswort - jedenfalls für ein staatstragendes - bin: Sie werden mich bei der abschließenden Lesung wieder hier erleben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der



CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat nun die Kollegin

Dr. Löttsch.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD:

Nein! - Volker Kauder [CDU/CSU]: Abteilung  
Aufklärung!)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten  
Damen und Herren, ich werde versuchen, auf den Hassausbruch  
von Herrn Steinbrück

(Zurufe von der SPD: Oh!)

gegen meine Person sachlich zu reagieren. Er hat erklärt,  
dass er uns nicht einmal mehr ignorieren will, hat aber  
seine Redezeit fast vollständig Angriffen auf meine Person  
und meine Partei gewidmet.

Ich greife zwei Punkte auf, die Sie angesprochen haben,  
Herr Kollege Steinbrück. Der erste Punkt ist das  
Gelüge von den angeblich versteckten SED-Millionen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Milliarden! -

Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo ist das  
SED-Vermögen?)

Ich denke, es muss klargestellt werden, dass Herr  
Steinbrück wider besseres Wissen spricht. Es gab eine  
unabhängige Kommission unter Leitung von Herrn  
Papier, der bekanntermaßen kein Mitglied unserer Partei  
ist. Es gibt notarielle Verträge zwischen dem Finanzministerium  
und unserer Partei. In diesen Verträgen sind  
alle Vermögens- und Rechtsverhältnisse eindeutig geregelt.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wenn es vorher  
nicht ins Ausland geschafft worden ist!)

Sie wissen ganz genau, dass es auf Grundlage dieser  
Verträge eine Abtretung des Vermögens und eine Rückübertragung  
von zwei Immobilien gab. Das wissen Sie;  
aber Sie versuchen, mit dieser Lüge von den SED-Milliarden  
auf billige Art und Weise Wählerstimmen zu fangen.  
Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der zweite Punkt ist der gerne von Ihnen wiederholte  
Schlachtruf „Stasi!“. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr  
Steinbrück: Wir können uns sehr intensiv mit dieser Thematik  
befassen. Ich bin gerne bereit, auch mit Ihnen darüber  
zu diskutieren. In der Gedenkstätte Hohenschönhausen  
war ich bestimmt schon öfter als Sie; aber darauf  
will ich jetzt gar nicht eingehen.

Ich finde nur, dass es ein billiger Trick ist, immer  
dann, wenn Sie in der Politik versagen, „Stasi!“ zu rufen.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Sie haben  
angefangen!)

Das hilft weder den Menschen, deren Steuergelder Sie  
verschwenden, noch denjenigen, denen Sie den gesetzlichen  
Mindestlohn verweigern. Das hilft auch nicht den  
2,5 Millionen armen Kindern. Ich habe den Eindruck,  
dass die Menschen fast 20 Jahre nach dem Fall der  
Mauer auf diesen billigen „Stasi!“-Ruf nicht hereinfliegen.  
Dann möchte ich noch hinzufügen: Überlegen Sie  
doch bitte einmal, welchen Beitrag Sie zur Aufarbeitung  
und Bewältigung der deutschen Geschichte leisten  
und bei wem Sie die Verantwortung für die Geschichte  
abgeben. Ich glaube, Ihren Spruch, Sie wollten

uns noch nicht einmal ignorieren, haben Sie gründlich widerlegt. Ich kann mich herzlich bedanken für die Aufmerksamkeit, die Sie uns gewidmet haben, und vor allen Dingen für die Möglichkeit, die Dinge noch einmal klarzustellen. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Steffen Kampeter für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesfinanzminister, Sie haben Aufmunterung für Ihre Tätigkeit erbeten. Ich will für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklären, dass sowohl am Dienstag als auch heute wesentliche Teile Ihrer Analyse und Schlussfolgerungen von uns vollumfänglich getragen wurden und werden. Sie sehen, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion extra zu Ihrer Rede ins Plenum gekommen ist. Damit sehen Sie, welche Ehrerbietung und Wertschätzung zumindest wir aus der Unionsfraktion Ihrer Arbeit zuteilwerden lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ludwig Stiegler

[SPD]: Sei nicht so scheinheilig! - Otto Fricke

[FDP]: Hatte Stiegler also recht: Kampeter

geht in die Furche!)

Die Frage, die in dieser Debatte des Öfteren eine Rolle gespielt hat, ist die nach dem sozialen Zusammenhang, nach der sozialen Gerechtigkeit. Ich will das Verhalten von Herrn Lafontaine in diesen Tagen aufgreifen. Er hat immer wieder Brandreden gegen den Kapitalismus gehalten. Heute Morgen habe ich ihn in einem Interview über die Vorgänge im Zusammenhang mit der KfW gehört. Ich muss ganz ehrlich sagen: Offensichtlich verwechselt er soziale Gerechtigkeit mit Selbstgerechtigkeit und Rachegefühlen gegenüber seiner ehemaligen Partei. Es ist doch ein unglaublicher Vorgang, dass ein Parteivorsitzender, der in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewählt wurde, gestern, als es um den Verkauf der IKB ging, nicht anwesend war,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Pfui!)

uns aber am folgenden Tag Ratschläge mit dem Tenor gibt: Hättet ihr auf mich gehört, wäre das alles nicht passiert. Das ist unglaublich selbstgefällig und selbstgerecht!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP

und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will darauf hinweisen, dass die Konsolidierungspolitik der Großen Koalition auch darauf abzielt, den Sozialstaat und die sozialen Leistungen bezahlbar zu halten.

In dieser Debatte ist von der Linken, aber auch von anderen Fraktionen immer wieder der Eindruck erweckt worden, in Deutschland werde wenig für soziale Sicherung ausgegeben. Die Wirklichkeit sieht aber völlig anders aus: Im vergangenen Jahr haben wir über 700 Milliarden Euro in die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme in diesem Land gegeben. Das sind 30 Prozent unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir liegen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Bedeutung, die unsere Volkswirtschaft den Ausgaben

für Soziales beimisst, wird deutlich, wenn man vergleicht, wie viel wir für andere Bereiche ausgeben. In einem Debattenbeitrag ist behauptet worden, wir würden unsere Gesellschaft militarisieren. Wir geben in diesem Land 20-mal mehr für Soziales aus als für militärische Sicherung, obwohl sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren verändert hat. Wir geben 30-mal mehr für soziale Sicherung aus als für die innere Sicherheit, obwohl wir auch hier vor großen Herausforderungen stehen. Wir geben dreimal so viel für soziale Sicherung aus, wie Bund, Länder und Gemeinden zusammen in Bildung und Forschung investieren. Wer vor diesem Hintergrund den Eindruck erweckt, dass der Sozialstaat Deutschland am Ende sei und die Bürgerinnen und Bürger durch den Staat arm gemacht würden, der heuchelt, der verleugnet die Wirklichkeit und gibt kein reales Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land wieder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wird darüber hinaus behauptet, der Sozialstaat werde abgebaut. Auch das ist absolut hanebüchener Blödsinn. Zwischen 1991 und heute sind die Leistungen der Rentenversicherung um 81 Prozent gestiegen, die Leistungen der Krankenversicherung um 64 Prozent, die Leistungen der Unfallversicherung um 43 Prozent und die der betrieblichen Altersvorsorge um 60 Prozent. Ausbau und Umbau des Sozialstaates waren in den vergangenen Jahren die Maßgabe für verschiedene Bundesregierungen in diesem Land.

Ich muss klar und deutlich sagen: Ein Abbau, wie von der Linken behauptet, hat mit der Realität nichts zu tun. Die Union ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen zu diesem Sozialstaat. Wir wollen ihn fortentwickeln und ihn treffsicherer machen. An der sozialen Grundhaltung der Union in dieser Großen Koalition gibt es aber nichts zu deuteln.

(Beifall bei der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Er hört sich fast an wie Rüttgers!)

Ich gewinne den Eindruck, dass der Linken gar kein sozialer Staat vorschwebt, sondern der totale Staat: von der Wiege bis zur Bahre staatliche Fürsorge. Einen solchen Staat wollen wir nicht. Ein Sozialstaat, wie wir ihn verstehen, ist immer auch ein freiheitlicher Staat, der auf Eigenverantwortung und nicht auf staatliche Bevormundung setzt. Insofern ist es völlig richtig, dass Peer Steinbrück Ihnen ein entmündigendes Gesellschafts- und Menschenbild vorgeworfen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese Haushaltsdebatte war die ungewöhnlichste der vergangenen Jahre, weil sie von der Finanzmarktdebatte überschattet war. Einige Anmerkungen zur Finanzsituation:

Erste Anmerkung. Neben der sehr schwierigen Situation will ich hier auch einmal ein paar positive Aspekte aufzeigen: Das deutsche Bankensystem ist weiterhin voll funktionsfähig. Es zeigt sich, dass es klug war, nicht auf das angelsächsische Modell zu setzen. Unser differenziertes, lokal verankertes Bankensystem, die vielen Volksbanken und Sparkassen, machen trotz der Finanzkrise sowohl für Unternehmen als auch für die privaten Kunden einen tollen Job, und die Einlagen sind sicher.

Das ist ein gutes Signal. Das muss an dieser Stelle einmal hervorgehoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bei den privaten Sparkassen und Volksbanken gibt es vielleicht nicht wie bei den Investmentbanken Champagner, sondern Pils, wenn sie einen Empfang geben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Kölsch!)

Auch das gehört zu unserem Gesellschaftsmodell: Die Dezentralität der Finanzdienstleistungen hängt damit zusammen, dass die Banker ihre Kunden kennen und dass die Kunden Vertrauen in ihr lokal verankertes Bankensystem haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine zweite Anmerkung. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich anerkenne, dass in den vergangenen Jahren die internationalen Krisenmanagement- und Informationsaustauschsysteme besser geworden sind.

(Otto Fricke [FDP]: Außer bei der KfW!)

Wir hätten diese Finanzkrise nicht so managen können, wenn wir in den vergangenen Jahren auf internationaler Ebene nicht bessere Informationsaustauschsysteme eingeführt hätten. Jede Weltbank- und IWF-Tagung hat sich in den vergangenen Jahren hiermit beschäftigt. Die Notenbanken leisten einen tollen Job. Ich will Herrn Weber und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ebenso den Mitarbeitern des Finanzministeriums ausdrücklich unseren großen Respekt dafür aussprechen, dass sie mit hohem Leistungseinsatz dafür sorgen, dass die Finanzkrise in diesem Land zu nicht noch größeren Verwerfungen führt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dritte Anmerkung zur Finanzkrise. Wir müssen feststellen, dass öffentliche Anstalten wie die KfW nicht besser oder schlauer sind als private Banken. Beide leiden unter der Kreditkrise. Bisher waren wir der Auffassung, dass wir die öffentliche Anstalt nicht unter die volle Aufsicht des Kreditwesengesetzes stellen müssen,

(Otto Fricke [FDP]: Völlig falsch!)

weil wir dachten, sie werde in Erfüllung des öffentlichen Auftrages verantwortungsvoller handeln als private Banken.

(Otto Fricke [FDP]: Mit solchen Verwaltungsräten?)

Wir müssen jetzt überlegen, ob diese Entscheidung heute noch richtig ist, und überprüfen, ob es nicht sinnvoller wäre, auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau der vollen Bankenaufsicht zu unterstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Es ist ein Mythos, dass öffentlich besser ist als privat. Deswegen, glaube ich, müssen wir handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Wir müssen - Kollege Stiegler ist bereits weg - jedoch aufpassen

(Zuruf von der CDU/CSU: Er ist zur britischen Botschaft gegangen!)

- der britische Botschafter hat ihn wahrscheinlich schon einbestellt -,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

dass wir nicht zusammen mit denjenigen aus dem privaten

Bereich, über die wir Aufsicht führen, selbstgerecht immer auf die anderen zeigen. Das überzeugt nicht. Wir müssen vielmehr Selbstkritik üben und schauen, wo wir selber Verbesserungen schaffen können. Das ist auch für politisch Handelnde jetzt ein wichtiger Auftrag.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, genau!)

Ich bin sicher, dass wir hier gemeinsam mit dem Finanzministerium zu einem guten Ergebnis kommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Otto Fricke

[FDP]: Das hätte man nur schon viel früher machen können!)

- Die Rechts- und Fachaufsicht des Finanzministeriums hat in den vergangenen zehn Jahren dazu keinen Anlass gesehen, Herr Kollege Fricke.

Ich glaube aber, dass hier jetzt ein Diskussionsprozess einsetzen wird, der nach vorne führt.

Meine vierte Anmerkung zu diesem Themenbereich.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, bevor Sie diese vierte Anmerkung machen, muss ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Ich freue mich über jede Verlängerung meiner Redezeit, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Fricke, bitte sehr.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Kampeter, es ist ja schön, dass Sie inzwischen zu der Erkenntnis kommen, die die FDP nun seit mehreren Jahren versucht, Ihnen näherzubringen, nämlich dass Sie den Bankensektor nicht in die guten Öffentlichen, die man nicht so sehr kontrollieren muss, und die schlechten Privaten, die man genau kontrollieren muss, unterteilen dürfen. Sie haben gesagt: Dazu gab es bisher keinen Anlass. Wollen Sie hier wirklich festhalten, dass es in den letzten Jahren, besonders seitens des Rechnungshofs, keine wiederholten Hinweise darauf gegeben hat, dass die KfW in der Frage, ob sie in der Lage ist, die Risiken zu managen, die sie übernommen hat, völlig überfordert ist?

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Fricke, ich will jetzt über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW kein so vernichtendes Urteil fällen, wie Sie es ohne Kenntnis der Sachlage hier vor dem Hohen Hause tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Richtig ist allerdings, dass uns die singulären Ereignisse jetzt zum Nachdenken zwingen sollten. Ich glaube, dass es am Ende dieses Prozesses keine Alternative dazu gibt, dass innerhalb der KfW die gleichen Risikomanagementsysteme wirken und wir sie der gleichen Bankenaufsicht unterstellen müssen, wie wir dies seitens der BaFin von jeder privaten Bank einfordern. Das ist unsere Politik. Die KfW kann nicht von der Überprüfung freigestellt werden, wie wir es bisher aufgrund des Förderauftrags getan haben, sondern sie muss im Rahmen der Überprüfung ihren Förderauftrag als herausragende und vorbildliche Förderbank erfüllen. Das ist die Zielsetzung der Union, die wir in die Beratungen einbringen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine vierte Anmerkung bezieht sich darauf, dass wir

als Parlamentarier für diese Vorgänge zu Hause in unseren Wahlkreisen in die Pflicht genommen werden. Herr Steinbrück, jeder will von uns wissen, warum wir so blöd waren, zuzulassen, dass 10,3 Milliarden Euro hier angeblich verbrannt worden sind. Sie haben richtiggestellt, dass das alles Übertreibungen sind; es sind Risikopositionen. Aber Parlamentarier sind nur bereit und in der Lage, den Menschen daheim in den Wahlkreisen zu erklären, was passiert ist, wenn sie ordentlich informiert werden. Ich glaube, in der Vergangenheit war die Kommunikation zwischen der Exekutive und dem Parlament nicht optimal. Wir brauchen ein neues Beteiligungsmanagement. (Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das kann man wohl sagen!)

Wir können nicht akzeptieren, dass Verschwiegenheitspflichten des Aktienrechts verhindern, dass wir unterrichtet werden. Wir müssen Formen der Kommunikation finden, die sowohl der Bundeshaushaltsordnung als auch dem Aktienrecht Genüge tun. Wir sind bereit, Entscheidungen mitzutragen, wenn auch die Regierung bereit ist, uns angemessen zu unterrichten. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Grundvoraussetzung für Vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Beratungen des Bundeshaushalts werden wir auf die Herausforderungen eingehen, die vor uns liegen, Stichwort: Finanzmarktkrise. Wir werden aber auch versuchen, trotz Gegenwindes unser Ziel zu erreichen, den Umfang der Nettokreditaufnahme unter die vorgeschlagene Summe von 10,5 Milliarden Euro zu senken. Das ist eine gute Investition in die Zukunft. In diesem Sinne freue ich mich ebenso wie Herr Nouripour auf die Beratungen im Haushaltsausschuss.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! Dann hätten Sie aber auch einmal etwas zum Haushalt sagen sollen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Otto Bernhardt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Maßstab für die Solidität eines Haushalts ist das Verhältnis zwischen den laufenden Einnahmen und den laufenden Ausgaben. Eigentlich müsste man in guten Zeiten etwas höhere Einnahmen haben, damit man für schlechte Zeiten eine Reserve hat; das ist sozusagen § 1 der Haushaltspolitik.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber?)

Aber fast alle Bundesländer und der Bund verstoßen seit Jahrzehnten gegen diesen Grundsatz. Vor diesem Hintergrund finde ich es gut, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir im Grundgesetz Regelungen treffen können, um zu verhindern, dass Bund und Länder gemeinsam noch einmal 1,5 Billionen Euro Schulden aufbauen. Wenn wir uns die bisherige Entwicklung vor Augen

führen, stellen wir fest, dass das strukturelle Defizit im Jahre 2005 - dieses Jahr hat eine besondere Bedeutung; denn es fand ein Regierungswechsel statt - bei knapp 55 Milliarden Euro lag. Jetzt beträgt es nur noch knapp 15 Milliarden Euro. Daran wird deutlich: Die Große Koalition war gerade bei der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Finanzen sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben ehrgeizige Ziele. Wir haben uns vorgenommen, ab dem Jahre 2011 ohne neue Schulden auszukommen und das strukturelle Defizit bis 2012 abgebaut zu haben. Es liegt an uns, alles zu tun - und zwar nicht nur auf der Einnahmeseite, sondern auch auf der Ausgabenseite -, um dieses Ziel zu erreichen. Ich finde es prima, dass sich alle Vertreter der Großen Koalition klar zu diesem Ziel bekannt haben.

Natürlich hat die internationale Finanzmarktkrise in dieser Debatte eine große Rolle gespielt; das konnte gar nicht anders sein. Obwohl ich, wie jeder weiß, ein überzeugter Marktwirtschaftler bin, muss ich sagen: Wer die Dinge nüchtern betrachtet, den muss nachdenklich stimmen, dass ausgerechnet die beiden Länder, die für die weitgehende Liberalität der Finanzmärkte eingetreten sind, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, heute die größten Probleme haben. Das muss zumindest nachdenklich stimmen.

Was die Situation in Deutschland angeht, muss man sagen: Sicherlich ist die Lage ernst. Es gibt aber überhaupt keinen Grund zur Panik. Der deutsche Finanzmarkt ist mit den Problemen bis heute viel besser fertig geworden als viele andere Volkswirtschaften.

Es wäre zu einfach, zu sagen, das sei ein Erfolg unseres Dreisäulensystems. Vielmehr gibt es drei Aspekte, die sehr wichtig sind:

Auf den ersten Punkt hat mein Kollege Kampeter schon hingewiesen: Wir haben in Deutschland 1 500 im Wesentlichen regional operierende Banken. Sie sind vom Volumen her in der Regel zu klein, um sich auf dem internationalen Finanzmarkt zu engagieren. Das bedeutet ein Stück Stabilität.

Der zweite Punkt: Wir haben in Deutschland eine Langfristfinanzierungskultur; sie wird von der EU ständig bedroht, aber wir verteidigen sie. Das heißt, wer in Deutschland eine Immobilie finanziert, der wird in der Regel eine zehnjährige Zinsbindung wählen.

(Otto Fricke [FDP]: Das kann man im Moment aber nicht gerade empfehlen!)

Die Zinsen können sich also nicht täglich ändern. Dies bringt Stabilität ins System. Dabei müssen wir bleiben. Es gibt einen dritten Punkt, bei dem wir auch aufpassen müssen, dass es so bleibt, nämlich unsere hervorragenden Sicherungssysteme, und zwar Sicherungssysteme, die von den entsprechenden Bankengruppen getragen werden. Deshalb kann man jedem sagen: Die Mindestanforderung der EU, dass 20 000 Euro gesichert sind, haben wir in Deutschland weit mehr als erfüllt. Alle Privateinlagen sind durch die Sicherungsfonds gesichert. Ich höre, jeder Dritte denke darüber nach, sein Geld vom Konto abzuheben. Das ist in Deutschland aber nicht erforderlich; denn wir haben die notwendigen Sicherungssysteme.

Ich verhehle nicht - das wird eine besondere Debatte, die wir wahrscheinlich nächsten Donnerstag führen werden, Herr Minister -, dass wir natürlich Probleme bei unseren Landesbanken - der Ehrlichkeit halber müsste ich sagen: bei einigen Landesbanken - haben.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Bayerische! -

Otto Fricke [FDP]: Bei fast allen!)

- Ich habe gesagt, bei einigen. Es gibt welche, bei denen es schlimm aussieht, und es gibt einige, bei denen es nicht so schlimm aussieht.

(Otto Fricke [FDP]: Eher schlimmer!)

Wir sind unter dem Gesichtspunkt des Finanzmarkts natürlich ein Stück gefordert, aber sonst nicht. Eigentümer sind die Länder und die Sparkassen.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, eben!)

Wenn wir uns dieses Themas zu sehr annehmen, dann bekommen wir nachher die Quittung vorgelegt, dann sollen wir bezahlen. Ich finde, diese Sache mit der Bank, die uns gehört, also die Sache mit der KfW, hat gereicht. Deshalb sage ich, dass wir keinen weiteren Bedarf haben.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen:

Der Haushaltsentwurf wird nun in den Ausschüssen beraten.

Ich finde es prima, dass Sprecher der beiden Koalitionsfraktionen erklärt haben, dass sie im Rahmen der

Haushaltsberatungen zwei Ziele verfolgen. Das erste

Ziel besteht darin, die Nettokreditaufnahme von

10,5 Milliarden Euro möglichst noch auf unter

10 Milliarden Euro zu senken. Das zweite Ziel besteht

darin, die Investitionen, die zwar 1 Milliarde Euro höher sind als in diesem Jahr, möglichst noch ein Stück zu erhöhen.

Ich kann nur an uns alle appellieren: Wir sollten unsere Haushälter bei der Verfolgung dieser hervorragenden Ziele tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Bartholomäus Kalb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Klaus Uwe Benneter [SPD])

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bernhardt hat mir gerade die Überleitung gegeben. Ich darf als letzter Redner nochmals auf den Haushalt im engeren Sinne zurückkommen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Stichwort: Bayerische Landesbank!)

Dieser ist quasi eine Bilanz der Großen Koalition für die Zeit ihrer Verantwortung. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Wir sind bei der Konsolidierung des Bundeshaushaltes sehr gut vorangekommen. Außerdem sind wir bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sehr gut vorangekommen. Das hat auch niemand ernsthaft in Zweifel gezogen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Die Zahlen sind vorhin schon genannt worden. Mit Ausgabevorschlägen haben Sie gleichzeitig den Beweis dafür erbracht, dass Sie diese nicht in Zweifel ziehen. Zu Beginn der Arbeit der Großen Koalition hatten wir eine Nettoneuverschuldung des Bundes in der Größenordnung



von rund 40 Milliarden Euro und ein strukturelles Defizit in der Größenordnung zwischen 55 Milliarden Euro und 60 Milliarden Euro allein beim Bund. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit betrug 3,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das gesamtstaatliche Defizit machte rund 80 Milliarden Euro aus. In den Jahren 2003, 2004, 2005 hatten wir erhebliche Probleme bei der Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Darauf brauche ich nicht weiter einzugehen.

Wir haben es geschafft, die gesamtstaatliche Verschuldung faktisch auf null herunterzufahren. Im Haushaltsentwurf ist eine Nettoneuverschuldung von 10,5 Milliarden Euro vorgesehen. Herr Kollege Kampeter hat bereits darauf hingewiesen, dass wir Haushälter den Ehrgeiz haben, die Neuverschuldung für das Jahr 2009 noch weiter abzusenken. Natürlich müssen wir auch - und ganz besonders jetzt - im Auge behalten, wie sich die Konjunktur weiter entwickelt, ob sich die Finanzmarktkrise auf unsere Realwirtschaft auswirkt.

Es besteht Einigkeit in der Koalition, dass wir auf jeden Fall bis zum Jahre 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen wollen. Der nächste Schritt ist dann natürlich, weiter voranzukommen, auch das strukturelle Defizit vollkommen abzubauen und Vorsorge dafür zu treffen, dass wir auch konjunkturell bedingte Einnahmeschwankungen ausgleichen können. Es ist ja schon gesagt worden: Der Bund will dahin kommen, wo einige Bundesländer, wie zum Beispiel Bayern, schon sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass wir bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte so weit gekommen sind, ist eine ganz gewaltige und von vielen nicht für möglich gehaltene Leistung. Dafür mussten wir schmerzhaft und unpopuläre Eingriffe zu Beginn dieser Großen Koalition vornehmen, und wir haben sie auch vorgenommen. Davon profitieren nicht nur der Bundeshaushalt und die Menschen, die unmittelbar vom Bundeshaushalt betroffen sind, sondern auch die übrigen Gebietskörperschaften - die Länder und die Kommunen - und die sozialen Sicherungssysteme. Viele wären bei ihren Konsolidierungsbemühungen und der Stärkung der sozialen Sicherungssysteme nicht so weit vorangekommen, wenn wir die Verantwortung dafür nicht übernommen hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es besteht Einigkeit in der Koalition darüber, dass die weitere Konsolidierung des Bundeshaushalts höchste Priorität hat. Das heißt, wir wollen im Jahre 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen, das strukturelle Defizit abbauen, Vorsorge für konjunkturelle Schwankungen betreiben und Spielräume schaffen, um die Steuer- und Abgabenlast in den kommenden Jahren senken zu können. Das ist notwendig, weil wir unser Land zukunftsfähig machen müssen. Dazu gehören natürlich auch Leistungserhöhungen, zum Beispiel für die Bereiche Kinder und Familien sowie Bildung und Forschung, und - nicht zu vergessen - die Investitionen in die Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das hat nichts mit Versprechungen zu tun,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist notwendig!)  
sondern das ist der notwendigen Aufgabe geschuldet,  
dass wir unser Land zukunftsfähig machen müssen. Ich  
rate ohnehin, dass wir denen nicht glauben sollten, die  
immer alles versprechen und nicht sagen, woher das  
Geld dafür kommen soll.

(Jörg Tauss [SPD]: Beckstein!)

Wir müssen die notwendigen Maßnahmen ergreifen,  
weil wir in den nächsten Jahren dramatische Veränderungen  
beim Altersaufbau unserer Bevölkerung - den  
sogenannten demografischen Wandel - erleben werden.  
Das heißt, die Zahl der Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen  
in diesem Land wird sinken. Dieser Personenkreis  
muss aber alles erwirtschaften, was wir brauchen, um  
unseren Wohlstand zu sichern.

Ein erster Schritt dafür ist, dass wir die Neuverschuldung  
abbauen, um diesen Menschen künftig nicht weitere  
Lasten aufzubürden.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Das ist kein Abbau, das sind nur weniger  
Schulden! - Otto Fricke [FDP], an den  
Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN] gewandt: Sehr wahr, Herr  
Nouripour! - Steffen Kampeter [CDU/CSU],  
an den Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN] gewandt: Jetzt werden Sie  
langsam frech!)

Zweitens müssen wir die sozialen Sicherungssysteme  
krisenfest machen. Drittens müssen wir in die Bereiche  
Erziehung, Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.  
Wir müssen die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft  
stärken.

Auch ich weiß, dass niemand gerne Steuern zahlt. Daher  
dürfen sich diejenigen, die Leistungen erbringen und  
Steuern und Abgaben zahlen, nicht ungerecht und unfair  
behandelt sehen und als die Dummen der Nation begreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch und besonders hinsichtlich der aktuell anstehenden  
Änderung der Erbschaftsteuer. Ich kann jetzt  
nicht darauf eingehen.

Diejenigen, die sehr wohl für sich selber sorgen könnten,  
aber darauf spezialisiert sind, die Vorzüge des Sozialstaates  
auszunutzen, dürfen nicht als die besonders  
Intelligenten und Cleveren gelten. Dann können nämlich  
auch diejenigen, die auf die Hilfe des Staates angewiesen  
sind, weil sie sich nicht selber helfen können, guten  
Gewissens und hoch erhobenen Hauptes auf die Hilfe  
des Staates vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt  
müssen wir solche Bedingungen schaffen, dass nicht nur  
diejenigen, die unsere Sozialsysteme zu schätzen wissen,  
sagen: Herr, hier ist es gut sein. - Auch diejenigen, die  
leistungswillig, leistungsfähig und leistungsbereit sind,  
müssen zu dem Ergebnis kommen: Hier, in diesem Land,  
haben wir Zukunft, hier sehen wir unsere Zukunft, hier  
wollen wir sein, hier wollen wir schaffen, hier wollen  
wir arbeiten, hier wollen wir auch unsere Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Besonders an die linke Seite des Hauses sei gesagt:

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Ja!)

Neid zu schüren und Neidgefühle zu bedienen,

(Jörg Tauss [SPD]: Das haben wir noch nie getan!

Wir sind die Linken! Die da nicht! Wir

sind die linke Volkspartei!)

ist nicht geeignet, unser Land zukunftsfähig zu machen.

Wir werden den Haushaltsentwurf für das Jahr 2009

im Haushaltsausschuss mit größter Sorgfalt beraten und

dann, wie es der Finanzminister schon angekündigt hat,

im November im Plenum zur Schlussberatung und

Schlussabstimmung vorlegen. Ich gehe davon aus, dass

wir in den Koalitionsfraktionen in Zusammenarbeit mit

dem Bundesfinanzminister ein gutes Beratungsergebnis

erzielen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Entwurfs des

Haushaltsgesetzes 2009 und des Finanzplans des

Bundes 2008 bis 2012 auf den Drucksachen 16/9900

und 16/9901 an den Haushaltsausschuss vorgeschlagen.

- Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann sind

die Überweisungen so beschlossen.

Damit sind wir am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages

auf Mittwoch, den 24. September 2008, 13 Uhr,

ein.

Ich wünsche Ihnen ein schönes, angenehmes Wochenende

und schließe die Sitzung.

</ text >

< text 16178 >

Anlage 13

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage

der Abgeordneten Veronika Bellmann (CDU/CSU)

(Drucksache 16/10277, Frage 18):

Durch welchen Mechanismus bzw. welche bankinterne

Anweisung erfolgte nach Kenntnissen der Bundesregierung die

SWAP-Zahlung vom Montag, dem 15. September 2008 von

der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe

(KfW) an die amerikanische Investmentbank Lehman

Brothers in Höhe von 300 Millionen Euro, und welche natürliche

Person trägt die Verantwortung dafür?

Die Verantwortung für die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung

der Anstalt liegt beim Vorstand der

KfW. Dies beinhaltet auch die Verpflichtung des Vorstands,

geeignete Maßnahmen zur Steuerung, Überwachung

und Kontrolle von Risiken zu treffen. Auch der

Bundesrechnungshof stellte in seinem Bericht zum Risikomanagement

vom 23. Juli 2007 fest: „Die uneingeschränkte

Verantwortung für das Risikomanagement bei

der KfW liegt beim Vorstand.“

Die Handhabung der Swaptransaktion mit Lehman

Brothers hat neben fachlichen Fehleinschätzungen grundlegende

Schwächen in der Aufbau- und Ablauforganisation

der KfW sowie strukturelle Defizite im Risikomanagement

offenbart.

Der Vorstand unterliegt im Hinblick auf die laufende Geschäftstätigkeit und Vermögensverwaltung der Überwachung durch den pluralistisch besetzten Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat hat sich in seiner Sitzung am 18. September 2008 intensiv mit dem Vorfall befasst und auf Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden beschlossen, die beiden zuständigen Vorstandsmitglieder mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben zu entbinden. Die Vorgänge werden sowohl unternehmensintern als auch durch externe Prüfer weiter aufgeklärt.

Die KfW wird als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts vom BMF im Benehmen mit dem BMWi beaufsichtigt. Ziel der Aufsicht ist es, den Geschäftsbetrieb der Anstalt im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung sowie den sonstigen Bestimmungen zu halten (Rechtsaufsicht). Die Durchführung von konkreten Bankgeschäften durch die KfW gehört nicht zur Aufsicht  
Anlage 14

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) (Drucksache 16/10277, Frage 19):

Welche finanziellen, politischen und personellen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der mangelhaften Kontrolle der KfW Bankengruppe durch die zuständigen Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, und für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos?

Die Verantwortung für die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der Anstalt liegt beim Vorstand der KfW. Dies beinhaltet auch die Verpflichtung des Vorstands, geeignete Maßnahmen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle von Risiken zu treffen. Auch der Bundesrechnungshof stellte in seinem Bericht zum Risikomanagement vom 23. Juli 2007 fest: „Die uneingeschränkte Verantwortung für das Risikomanagement bei der KfW liegt beim Vorstand.“

Der Vorstand unterliegt im Hinblick auf die laufende Geschäftstätigkeit und Vermögensverwaltung der Überwachung durch den pluralistisch besetzten Verwaltungsrat.

Die KfW wird als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts vom BMF im Benehmen mit dem BMWi beaufsichtigt. Ziel der Aufsicht ist es, den Geschäftsbetrieb der Anstalt im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung sowie den sonstigen Bestimmungen zu halten (Rechtsaufsicht). Die Durchführung von konkreten Bankgeschäften durch die KfW gehört nicht zur Aufsicht nach § 12 KfW-Gesetz.

Der BRH befand in seinem Bericht zum Risikomanagement der KfW die Risikoüberwachungssysteme der KfW und ihrer Töchter als „grundsätzlich geeignet, eine ganzheitliche Risikobetrachtung sicherzustellen“. Auch die Wirtschaftsprüfer der KfW sahen keine gravierenden Probleme. Es gab somit für den Verwaltungsrat der KfW und die Rechtsaufsicht keine Hinweise, an der Risikosteuerung der KfW grundsätzlich zu zweifeln.

Bei der Ausführung einer Überweisung an die bereits zahlungsunfähige Bank Lehman Brothers haben sich aber gravierende Defizite im Risikomanagement der KfW offenbart. Der Verwaltungsrat hat sich in seiner

Sitzung am 18. September 2008 intensiv mit dem Vorfall befasst und auf Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden beschlossen, die beiden zuständigen Vorstandsmitglieder mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben zu entbinden. Die Vorgänge werden sowohl unternehmensintern als auch durch externe Prüfer weiter aufgeklärt.

Anlage 15

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) (Drucksache 16/10277, Frage 20):

Welche Auswirkungen hat die sich verschärfende Krise der internationalen Finanzmärkte auf den Bankensektor der Bundesrepublik Deutschland und ihre öffentlichen Haushalte, insbesondere auf den des Bundes?

Wie die jüngsten Ereignisse auf dem US-amerikanischen Finanzmarkt zeigen, ist das Marktumfeld weiter schwierig. Dabei kann der deutsche Bankensektor nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen betrachtet werden. Das Einschreiten von Regierungen, Notenbanken und Aufsichtsbehörden in der Finanzkrise hat bisher gut funktioniert und die Märkte stabilisiert - auch am 19. September 2008. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat mit einem Verbot von Leerverkäufen in Aktien führender Unternehmen der Finanzbranche ebenfalls sofort reagiert. Mit der unerwarteten Länge und Schwere der Finanzmarktkrise bleiben aber die Risiken erhöht. Die Risiken werden weiter genau durch die Bankenaufsicht beobachtet. Die Ertragslage der Banken wird dabei auch im Jahre 2008 deutlich angespannt sein. Den Auswirkungen auf das Steueraufkommen bei den öffentlichen Haushalten hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner Sitzung im Mai 2008 Rechnung getragen. In seiner nächsten Sitzung am 4./5. November 2008 wird der Arbeitskreis diese Ansätze im Lichte der aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten überprüfen.

Anlage 16

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/10277, Frage 21):

Welche strukturellen Konsequenzen plant die Bundesregierung aus der Millionenüberweisung der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe an die mittlerweile insolvente USBank Lehman Brothers bezüglich des Risikomanagements innerhalb der KfW und bezüglich der Aufsicht vom Bundesministerium der Finanzen und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über die KfW, und plant die Bundesregierung, die KfW künftig durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit beaufsichtigen zu lassen?

Die Verantwortung für die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der Anstalt liegt beim Vorstand der KfW. Dies beinhaltet auch die Verpflichtung des Vorstands, geeignete Maßnahmen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle von Risiken zu treffen.

Der Vorstand unterliegt im Hinblick auf die laufende Geschäftstätigkeit und Vermögensverwaltung der Überwachung durch den pluralistisch besetzten Verwaltungsrat.

Die KfW wird als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts vom BMF im Benehmen mit dem BMWi beaufsichtigt. Ziel der Aufsicht ist es, den Geschäftsbetrieb der Anstalt im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung sowie den sonstigen Bestimmungen zu halten (Rechtsaufsicht). Der BMF hat keine Fachaufsicht. Grundsätzlich wären folgende strukturellen Veränderungen denkbar:

- Deutliche Verkleinerung des derzeit aus 37 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrates, um das Überwachungsorgan handlungsfähiger und effizienter zu machen.

- Unterstellung der KfW unter das KWG und damit Beaufsichtigung durch die BaFin bzw. Bundesbank.

Die KfW wendet bereits heute die meisten Vorschriften des KWG entsprechend an. Der Entscheidung einer Unterstellung der KfW unter das KWG sollte eine eingehende Untersuchung vorangehen, welche konkreten Auswirkungen damit verbunden wären. Eine Unterstellung der KfW unter das KWG oder - alternativ - die verbindliche Anwendung von Vorschriften des KWG durch die KfW kommt insoweit in Betracht, wie sichergestellt ist, dass

- die gesetzlichen Aufgaben der KfW, insbesondere die Durchführung von Förderaufgaben und sonstigen Aufgaben im staatlichen Auftrag (Zuweisungsgeschäfte), ohne Beeinträchtigung wahrgenommen werden können (gegebenenfalls Prüfung, ob KfW-spezifische Ausnahmen denkbar sind),

- die Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorschriften gewahrt ist (gemäß EU-Bankenrichtlinie ist KfW von der Bankenaufsicht ausgenommen).

Anlage 17

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/10277, Frage 22):

Hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Rahmen seiner Aufsicht über die KfW Berichtspflichten der KfW an das BMF definiert, und, falls ja, wurden diese regelmäßig angewendet und wurde so eine regelmäßige Überprüfung der Beteiligungsverhältnisse der KfW durch das BMF sichergestellt?

Die Aufsicht über die KfW wird vom BMF im Benehmen mit dem BMWi ausgeübt. Im Rahmen der langjährigen Aufsichtspraxis bestehen regelmäßige Berichtspflichten der KfW gegenüber der Aufsicht. Ergänzend zur Prüfung des Bundesrechnungshofes aus dem Jahr 2005 über die Ausübung der Aufsicht der Bundesregierung über die KfW wurde ein „Leitfaden zur Ausübung der Aufsicht über die KfW“ im Juli 2005 erstellt. Hierzu zählen beispielsweise die Übersendung des Jahresabschlussberichts, des Lageberichts, des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts einschließlich der Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfer. Darüber hinaus stellt die KfW quartalsweise Berichte des Vorstandes über die Geschäfts-, Bilanz- und Ertragsentwicklung sowie einen Risikobericht zur Verfügung. Diese Berichte umfassen die KfW im Einzelabschluss und die KfW-Bankengruppe in der Konzernbetrachtung, schließen also die Beteiligungen der KfW ein. Diese Berichte werden auch regelmäßig dem Überwachungsorgan der KfW, dem

Verwaltungsrat, zugeleitet.

Darüber hinaus finden laufend umfangreiche persönliche Kontakte und Unterrichtungen statt.

Anlage 18

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/10277, Frage 23):

Wie würde nach Ansicht der Bundesregierung das Krisenmanagement aussehen für den Fall, dass eine große, grenzüberschreitend tätige Geschäftsbank mit Sitz innerhalb der Europäischen Union in Zahlungsschwierigkeiten geraten würde, und welche Institutionen wären daran von deutscher und EU-Seite aus beteiligt?

Das Krisenmanagement bei Zahlungsschwierigkeiten einer grenzüberschreitend tätigen Bank mit Sitz in der EU ist zunächst Aufgabe der Bankenaufsicht und der Zentralbank des Staates, in dem die betroffene Bank beaufsichtigt wird. Für den Fall einer grenzüberschreitenden Krise sind europaweit Gruppen eingerichtet worden, an denen das zuständige Ministerium beteiligt ist. Diese Gruppen dienen als Ansprechpartner im Krisenfall. Die in ihnen vertretenen Stellen haben sich verpflichtet, im Fall einer grenzüberschreitenden Krise umgehend mit den betroffenen EU-Staaten Kontakt aufzunehmen und ein koordiniertes Krisenmanagement zu gewährleisten. In Deutschland bilden die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Deutsche Bundesbank und das Bundesfinanzministerium den Ständigen Ausschuss für Finanzmarktstabilität.

Anlage 19

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/10277, Frage 24):

Wie viele Personen sind und waren in den Jahren 2005 bis 2008 im Bundesministerium der Finanzen mit der Aufsicht der KfW beschäftigt?

In den Jahren 2005 bis Anfang 2008 waren im BMF auf Arbeitsebene durchschnittlich zwei Personen auf Vollzeitbasis (1 Referent, 1 Sachbearbeiter) mit der KfW (Aufsicht, Mandatsbetreuung, Beteiligungsführung) beschäftigt, die daneben auch andere Aufgaben hatten.

Hinzu kamen der zuständige Referatsleiter mit Anteilen seiner Arbeitszeit sowie diverse Personen anderer Referate, die dem Referat zugeordnet haben. Im Februar 2008 ist das Referat im Bereich KfW um einen weiteren Referenten aufgestockt worden. Im Mai 2008 wurde ein eigenständiges Referat geschaffen, das sich zum Großteil mit der Aufsicht über die KfW befasst. Im September 2008 ist das Referat um eine weitere Person verstärkt worden.

</ text >

< text 16179 >

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 2 auf:  
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen zur Lage der Finanzmärkte

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung zwei Stunden vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden?

- Darüber besteht offenkundig Einvernehmen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer mehr Unsicherheiten, ja Ängste machen sich bei den Menschen breit, nicht nur in unserem Land, sondern fast weltweit. Viele fragen sich: Stehen wir vor dem Kollaps des Finanzsystems? Folgt aus der Krise an den Finanzmärkten eine globale Wirtschaftskrise nach einigen guten Jahren? Was heißt das für mich persönlich? Deshalb will ich am Anfang meiner Regierungserklärung zwei wichtige Feststellungen treffen: Erstens. Bislang hat das internationale Krisenmanagement funktioniert. Es ist nicht zu einem Kollaps des Weltfinanzsystems gekommen - und das, obwohl wir in den letzten Wochen an den Finanzmärkten eine weitere Zuspitzung der schlimmsten Bankenkrise seit Jahrzehnten erleben. Zweitens. Die Bürgerinnen und Bürger müssen keine Angst um ihr Ersparnis haben.

Ich möchte feststellen: Was wir erleben, ist ein Erdbeben in der internationalen Finanzarchitektur mit unvorstellbaren Wertberichtigungen bei einer ganzen Reihe

von Banken. Schätzungen gehen davon aus, dass bisher Wertberichtigungen oder Abschreibungen in der Dimension von über 550 Milliarden US-Dollar erfolgt sind.

Diesem steht eine Kapitalzufuhr von ungefähr 350 Milliarden US-Dollar gegenüber. Einzelne Banken sind darüber in den Abgrund oder an den Rand des Abgrunds geraten. Bei einigen Banken wird schonungslos aufgedeckt, dass sie keine tragfähigen Geschäftsmodelle haben.

Ich habe in einer Regierungserklärung zur Lage auf den Finanzmärkten am 15. Februar 2008 etwas gesagt, was ich gerne wiederholen möchte:

Es ist richtig, dass wir es in weiten Teilen der Welt und zulasten weiter Teile der Welt mit einer ernsthaften ... Finanzmarktkrise zu tun haben ... Sie

wird uns das ganze Jahr 2008 beschäftigen. Sie ist kein deutsches Spezifikum. Sie birgt weitere, noch nicht behobene Risiken. Infektionsgefahren für die weltweite Konjunktur und die weltweite Wachstumsentwicklung sind nicht zu übersehen.

Leider sind diese von mir damals beschriebenen Risiken eingetreten. Diese ernste globale Finanzmarktkrise wird tiefe Spuren hinterlassen. Sie wird das Weltfinanzsystem tiefgreifend umwälzen. Niemand sollte sich täuschen:

Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise. Wir müssen uns in nächster Zeit weltweit auf niedrigere Wachstumsraten und - zeitlich verschoben - auch auf eine ungünstige Entwicklung auf den Arbeitsmärkten einstellen. Die Fernwirkungen dieser Krise sind derzeit nicht absehbar, aber eines scheint mir höchstwahrscheinlich: Die USA werden ihren Status als



Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren, nicht abrupt, nicht plötzlich, aber erodierend. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer. In der neuen Finanzmarktwelt werden Handelsbanken und Staatsfonds aus Asien, insbesondere aus der Golfregion, ebenso ihren Anteil haben wie europäische Banken mit ihrem Universalbankenmodell - übrigens ein Modell, das sich derzeit gegenüber dem amerikanischen Trennbankenmodell als sehr überlegen erwiesen hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Seit dem Platzen der Immobilienblase - Sie erinnern sich an den Sommer letzten Jahres - sind vier Erschütterungswellen buchstäblich durch das Weltfinanzsystem gerollt. Im Juli/August 2007 kam es ausgehend von der US-Subprime-Krise zu massiven Verlusten bei Bear Stearns und der britischen Bank Northern Rock. Gleichzeitig mussten in Deutschland Rettungsaktionen für die IKB und die Sachsen LB mit dem Ziel organisiert werden, einen weitergehenden Schaden auch für den Finanzplatz Deutschland zu vermeiden. Das ist uns gelungen. Ende 2007 meldeten US-Banken Milliardenabschreibungen. Zugleich ergaben sich ernste Liquiditätsengpässe für Banken, worauf Staatsfonds als Kapitalgeber einspringen mussten. Wir stellen plötzlich fest, dass sich die Debatte über die Aktivitäten von Staatsfonds innerhalb von zwölf Monaten ziemlich geändert hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne die Bereitschaft dieser Staatsfonds, insbesondere Schweizer und amerikanische Banken zu rekapitalisieren, hätten wir es nicht mit einem Rand des Abgrunds zu tun, sondern wir wären tief drin.

Im März 2008 rettet die amerikanische Zentralbank, die Fed, Bear Stearns - nach den größten Marktpreisverlusten, die es je in einem Monat gab -, und in diesem - ich nenne es so - schwarzen September 2008 geht schließlich die viertgrößte amerikanische Investmentbank, die über 150 Jahre alte Bank Lehman Brothers, in die Insolvenz. Wenige Tage später wird der zweitgrößte Versicherer der Welt, die US-amerikanische AIG, mit 85 Milliarden US-Dollar ebenso quasi verstaatlicht wie zuvor die beiden US-Hypothekenfinanziers Fannie Mae und Freddie Mac mit 200 Milliarden US-Dollar. Als das alles nicht ausreicht, legt die US-Regierung mit dem unglaublichen Volumen von 700 Milliarden US-Dollar das größte Rettungsprogramm in der Geschichte der internationalen Finanzmärkte auf. Wir alle schauen gespannt in die USA, um zu erfahren, wie die beiden Häuser des Kongresses mit diesem Vorschlag der amerikanischen Regierung umgehen. Die steht unter einem erheblichen Zeitdruck. Das letzte Mal in der laufenden Legislaturperiode werden beide Häuser morgen tagen.

Insgesamt tritt die US-Regierung mit über 1 Billion US-Dollar ein, um die Finanzmarktkrise zu bewältigen. Vieles habe ich noch gar nicht mitgezählt, nämlich wenn die amerikanische Regierung Hypotheken von Fannie-Mae- und Freddie-Mac-Kunden aufkaufen sollte. Ich will darauf hinweisen, dass das ein ungeheures Ausmaß ist, auch wenn Sie daran denken, dass es vor ungefähr zwölf Monaten noch 24 Institute in den USA gab, die inzwischen

entweder pleitegegangen sind, aufgekauft worden sind, verheiratet worden sind oder schlicht und einfach verschwunden sind - 24 Finanzdienstleister. Bis vor einem halben Jahr gab es an der Wall Street fünf, vielleicht sechs große Investmentbanken; heute gibt es da keine mehr.

Der Blick darauf, was die Amerikaner an Steuergeld bereitstellen, darf gelegentlich auch einen Vergleich mit dem erlauben, was wir in Deutschland gemacht haben. Wenn wir die 1 Billion Dollar, die der Steuerzahler in den USA aufbringen muss, in Bezug setzen zu den 1,2 Milliarden Euro Steuergeldern aus dem Bundesetat für die IKB, dann gerät vielleicht manche Debatte, die wir in den letzten Monaten geführt haben, in eine größere Balance.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich darf auch daran erinnern, dass es die britische Regierung im Fall von Northern Rock wahrscheinlich mit Belastungen in der Größenordnung von 80 bis 100 Milliarden Pfund zu tun haben wird.

Trotz aller Vorhersagen, dass die Krise nicht rasch vorüber sein werde, war ein solcher Reigen von Notübernahmen und Quasiverstaatlichungen - und das in den USA, dem Hort der Marktwirtschaft und einer lautstark vorgetragenen neoliberalen Grundüberzeugung - oder Insolvenzen nicht zu erwarten. Die USA - darauf lege ich gesteigerten Wert - sind der Ursprung der Krise, und sie sind der Schwerpunkt der Krise. Es ist nicht Europa, und es ist nicht die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dort wurden Hypothekenkredite an nicht kreditwürdige Kreditnehmer ohne jegliche Sicherheiten vergeben. Dort wurden die immensen Kreditrisiken anschließend durch Verbriefungsgeschäfte unkenntlich gemacht. Dort nahm das Rennen nach Rendite seinen Anfang. Von dort aus hat sich die Finanzmarktkrise wie ein giftiger Ölteppich weltweit ausgebreitet, zunehmend auch in Richtung Europa, wengleich das Volumen der bislang bekannten Verluste in Europa in keiner Weise mit den Zahlen vergleichbar ist, die ich, bezogen auf die USA, nur andeutungsweise schon genannt habe.

Dennoch: Auch namhafte europäische Banken mussten milliardenschwere Wertberichtigungen vornehmen, nicht nur in Deutschland, zum Beispiel Crédit Agricole in Frankreich, Société Générale in Frankreich und - sehr stark getroffen - UBS in der Schweiz mit Verlusten von sage und schreibe 44 Milliarden US-Dollar. Damit hat die UBS europaweit mit Abstand die größten Verluste.

Die Krise hat inzwischen Finanzdienstleister in ganz Europa erfasst. Das zeigen weitere Beispiele, die ich jetzt gar nicht benennen will.

Was heißt das alles für Deutschland? Der deutsche Bankensektor wird von den krisenhaften Entwicklungen nicht verschont. Viele Institute sind betroffen, nicht nur die IKB, sondern auch eine Reihe von Landesbanken. Aber es wäre ein Fehler, anzunehmen, dass ausschließlich oder vornehmlich öffentlich-rechtliche Banken von dieser Entwicklung betroffen sind. Es sind alle

drei Säulen betroffen, allerdings mit einem großen Unterschied, nämlich dass es eine ganze Reihe privater Geschäftsbanken und auch anderer Banken, gerade unter den Genossenschaftsbanken, gibt, die mit Blick auf ihre Ertragskraft und ihre Eigenkapitalbasis die Entwicklung sehr viel besser verkraften können als die von mir zuvor genannten Institute.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Zum Glück halten sich die Engagements deutscher Banken bei Lehman Brothers in einem überschaubaren Rahmen und sind nach Aussage der BaFin und auch nach Aussage der Bundesbank verkraftbar. Ich füge allerdings hinzu: Wenn der zweitgrößte Versicherer in den USA, den ich schon genannt habe, die AIG, von der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Zentralbank nicht stabilisiert worden wäre, dann hätten wir sehr viel düstere Zeiten, weil sich auch viele deutsche und europäische Institute dort versichert haben. Insgesamt zeigt sich, dass das deutsche Dreisäulensystem im internationalen Vergleich relativ robust ist. Die deutsche Aufsichtsbehörde, die BaFin, ist sich sicher, dass die in den letzten Jahren gesteigerte Risikotragfähigkeit der deutschen Institute ausreicht, Verluste auszugleichen und die Sicherheit der privaten Ersparnisse zu gewährleisten. Deshalb sollten wir in diesem Bereich nicht durch eine falsche Wortwahl eine Panik auslösen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mit Blick auf die Realwirtschaft sind wir in Deutschland in der vorteilhaften Lage, dass sich unsere Unternehmen, insbesondere der auf Kreditfinanzierungen angewiesene Mittelstand, trotz Abschwungs und sich verschärfender Kreditkonditionen bisher nicht einer Kreditklemme gegenübersehen. Das denke ich mir nicht aus.

Wenn Sie den Eindruck haben, das sei die Passage, die meine Abteilung für Agitation und Propaganda aufgeschrieben hat, sage ich Ihnen: Dies ist die Einschätzung des Bundesbankpräsidenten, und dies ist auch die Einschätzung des BDI-Präsidenten. Zumindest die beiden Koalitionsfraktionen konnten dies vor wenigen Tagen im Originalton vom Bundesbankpräsidenten, Herrn Weber, hören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dass es in Deutschland nicht zu einer Kreditklemme gekommen ist, haben wir – das will ich unterstreichen – wesentlich dem Sparkassensektor zu verdanken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Sparkassensektor hat im ersten Halbjahr 2008 mehr Kredite vornehmlich an den Mittelstand gegeben als im ersten Halbjahr 2007.

In dieser größten Krise seit Jahrzehnten zeigt sich, dass das zu unserem Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft passende Universalbankensystem mit seinen drei Säulen der privaten Geschäftsbanken, der kommunalen Sparkassen und der regionalen Genossenschaftsinstitute wesentlich robuster ist, als es das angloamerikanische Trennbankensystem mit seiner überzogenen

Renditefixierung war und ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die vergleichsweise breite geschäftspolitische Aufstellung bewährt sich in der Krise. Vor allem bewährt es sich, dass wir in Deutschland nicht nur auf die kurzfristige Rendite geschaut haben. Wir haben uns der ausschließlichen Fixierung auf kurzfristige Renditen und auf immer weiter gesteigerte Quartalsgewinne in weiten Teilen unseres Bankensystems entzogen.

Gerade dies ist einer der Gründe, meine Damen und Herren, warum wir auch gegenüber der Brüsseler Kommission dieses Dreisäulensystem für den Fall verteidigen sollten, dass es dort andere ordnungspolitische Vorstellungen gibt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gelegentlich habe ich die Befürchtung, dass eines Tages im Fokus dieser Brüsseler Kommission und der dortigen ordnungspolitischen Vorstellungen nicht nur das öffentlich-rechtliche Bankensystem, sondern auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Sozial- und Wohlfahrtsverbände stehen könnten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn nach den Ursachen der Krise gefragt wird, dann lautet die Standardantwort, die US-Hypothekenmarktkrise, wie ich sie weiterhin nennen möchte, sei der klare Ursprung der gesamten Entwicklung. Einige weisen auch darauf hin, dass es nach den fürchterlichen Anschlägen vom 11. September 2001 eine Überversorgung mit Liquidität aufgrund der Zentralbankpolitik in den USA gegeben habe. Vordergründig ist dies alles richtig. Ich will aber darauf hinaus, dass die eigentlichen Ursachen tiefer liegen: in einer aus meiner Sicht unverantwortlichen Überhöhung des Laisser-faire-Prinzips gerade im angloamerikanischen Bereich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit dem Laisser-faire-Prinzip meine ich im Hinblick auf das Finanzmarktsystem ein von staatlichen Regulierungen möglichst vollständig befreites Spiel der Marktkräfte. Die Argumentation der Laisser-faire-Vertreter war genauso falsch wie gefährlich: Lasst den Markt mal machen; er ist am effizientesten, wenn sich der Staat heraushält und auf Regulierungen vollständig verzichtet. - Der kurzfristige - vielleicht sollte ich besser sagen: kurzsichtige - Erfolg in Form zweistelliger Renditen und milliardenschwerer Boni für Investmentbanker und -manager schien ihnen recht zu geben. Darauf wollte man weder in New York noch in London verzichten. Kritische Hinterfragungen dieses Systems sowie Lösungsvorschläge, wie sie die Bundesregierung maßgeblich unter ihrer G-7-Präsidentschaft angestellt hat, wurden während dieser Präsidentschaft, aber auch während unserer EU-Präsidentschaft gelegentlich müde belächelt, wenn wir Glück hatten, ansonsten aber als typisch deutsche Regulierungswut abgetan.

Von angloamerikanischer Seite wurde das dortige System mit einer Art Absolutheitsanspruch vertreten. Noch vor kurzer Zeit wurde ziemlich vehement auf die möglichst globale Übernahme dieses Modells gedrängt. Verhängnisvolle Folge war, dass die USA bei der Implementierung der stabilisierenden Basel-II-Bankenregeln sehr zögerlich vorgegangen sind, obwohl sie eigentlich das Copyright darauf hatten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die USA haben dies bis heute noch nicht umgesetzt, während die europäischen Banken es zum 1. Januar dieses Jahres taten.

Eine weitere Folge war, dass die USA wegen ihrer langen Weigerung erst zehn Jahre nach Einführung der Financial-Stability-Assessment-Programme beim IWF eine Untersuchung ihres Finanzsystems haben wollten. Des Weiteren war die Folge, dass die USA anders als zum Beispiel Deutschland bislang die Investmentbanken nicht ausreichend reguliert und beaufsichtigt haben. Dies ändert sich jetzt gerade.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Schließlich war die Folge, dass, anders als in den meisten europäischen Ländern, in den USA keine Allfinanzaufsicht, sondern eine sehr stark zersplitterte Finanzaufsicht besteht, die jetzt von meinem amerikanischen Kollegen seit wenigen Monaten Gegenstand von sehr ambitionierten Reformanstrengungen ist.

Dieses in weiten Teilen unzureichend regulierte System bricht gerade zusammen - nicht nur mit weitreichenden Folgen für den US-Finanzmarkt, sondern auch mit erheblichen Ansteckungseffekten für die übrige Welt. Einmal mehr scheint es in der Geschichte so zu sein, meine Damen und Herren, dass sich ein System, das maßlose Übertreibungen ermöglicht und geduldet hat, letztlich seine eigene Antithese schafft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wie bei einem Patienten, der unter akuten Kreislaufproblemen leidet, kommt es auch bei einer Finanzmarktkrise im Rahmen des akuten Krisenmanagements zuallererst darauf an, einen Kollaps zu verhindern. Dazu müssen lebenserhaltende Prozesse und Funktionen stabilisiert werden, die in Stresssituationen nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr ablaufen. Angesichts der in den letzten Tagen zugespitzten Situation in den USA hat die US-Regierung eine Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen beschlossen, die ich ausdrücklich begrüße - jenseits meines kritischen Blicks zurück, was in der Vergangenheit versäumt worden ist. Diese waren richtig, da sie das Ziel verfolgten, den Kollaps des US-Finanzmarktes und damit Schlimmeres auch für andere Länder und Regionen zu verhindern.

An oberster Stelle steht das bereits von mir erwähnte 700 Milliarden Dollar schwere staatliche Rettungsprogramm. Es dient zum Aufkauf illiquider hypothekenbezogener Aktiva der Finanzinstitute. Wenn Sie so wollen, ist das eine riesige nationale „Bad Bank“, die dort in den USA eingerichtet worden ist. Jetzt muss allerdings der

amerikanische Steuerzahler dafür zahlen, dass das Finanzmarktsystem trotz immer undurchsichtigerer Innovationen nicht ausreichend reguliert wurde. Ich bin sehr froh, dass der deutsche Steuerzahler bisher deutlich niedriger belastet worden ist und auch belastet wird. Die Kosten, die bisher bei der Stabilisierung der in Schwierigkeiten geratenen Banken entstanden sind, sind weitaus niedriger als die Kosten, die für unsere Wirtschaft entstanden wären,

(Widerspruch des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

wenn wir diese Stabilisierung nicht vorgenommen hätten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wie groß die Probleme in den USA aktuell sind, zeigt ein Vergleich mit dem Programm zur Beilegung der seinerzeitigen sogenannten Savings-and-Loans-Krise.

Diese war Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre. Das damalige Rettungsprogramm der amerikanischen Regierung hatte einen Umfang von 3 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes. Das, was die jetzt machen, verursacht bereits Kosten in Höhe von 5 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes.

Ich habe darauf hingewiesen: Die Wall Street wird nie wieder so sein, wie sie war. Bis vor wenigen Tagen gab es noch diese zwei Mohikaner unter den Banken: die Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley.

Beide haben sich gerade zu Instituten gewandelt, die wir als Universalbank bezeichnen würden.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen bei den US-Investmentbanken Bear Stearns, Lehman Brothers, bei den beiden großen Hypothekenfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac und zuletzt bei dem Versicherungsunternehmen AIG spiegeln ein schwieriges Abwägungsproblem wider, das auch wir in Deutschland kennen.

Vor allem die staatlichen Autoritäten stehen vor der schwierigen Abwägung zwischen dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes auf der einen Seite und der Vermeidung einer Ausnutzung staatlicher Unterstützung durch Marktteilnehmer auf der anderen Seite.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für Anhänger der sozialen Marktwirtschaft ist es selbstverständlich, dass der Marktmechanismus in beide Richtungen greifen muss: den Tüchtigen und denjenigen, die schnell Innovationen umsetzen, ihre Pioniergewinne zu überlassen und eine gute Entwicklung zu ermöglichen, aber diejenigen, die sich verzockt haben, auch zu bestrafen. Die Abwägung beginnt dann, wenn diejenigen, die man gerne durch den Marktmechanismus bestraft sehen möchte, eventuell so laut umfallen, dass andere in Mitleidenschaft gezogen werden. Staatliche Autoritäten müssen immer abwägen, und zwar unter Ungewissheit und bei unvollständiger Informationsbasis.

Es ist etwas anderes, ob man ein halbes Jahr später schlau vom Rathaus herunterkommt oder ob man teilweise innerhalb von 24 oder 36 Stunden, wie ich es erlebt habe, zwischen der Gefahr systemischer Krisen für den gesamten Finanzmarkt und der Gefahr, von Marktteilnehmern ausgenutzt zu werden, abwägen muss - von solchen Marktteilnehmern, die darauf spekulieren, dass

der Staat mit Steuergeldern oder die Notenbanken mit frischem Geld schon bereitstehen und intervenieren - will sagen: das Schlimmste verhindern - und somit das riskante Geschäftsgebaren dieser Marktteilnehmer quasi im Nachhinein noch belohnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich kritisiere die staatlichen Stellen in den USA für ihr spätes Vorgehen, aber ich begrüße ihr differenziertes Vorgehen. Staatliche Autoritäten in den USA haben nicht jedes Institut gerettet, aber sie haben dann eingegriffen, wenn es nicht nur im US-Interesse notwendig war, sondern auch um die Wahrnehmung von Verantwortung für das weltweite Finanzsystem ging.

Dabei entbehren die Diskussionen um Rettungsaktionen diesseits und jenseits des Atlantiks nicht einer gewissen Pikanterie; ich könnte auch sagen: Scheinheiligkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Da werden im Fall der USA die milliarden- und billionenschweren Rettungsaktivitäten der Regierung als Beleg für Tatkraft, tüchtiges Regierungsmanagement und Handlungsfähigkeit der Regierung gelobt. In Deutschland werden dagegen die eingesetzten Steuergelder und die Aktivitäten von Landesregierungen und der Bundesregierung als Versagen des Staates beklagt.

(Zurufe von der SPD: Sehr wahr!)

Das ist eine gewisse Beliebigkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Da wird mein amerikanischer Kollege „Hank“ Paulson als „King Henry“ - ich gönne ihm das von Herzen - auf dem Titelblatt des Magazins Newsweek dargestellt. Damit möchte ich nicht suggerieren, mir müsse Gleiches widerfahren.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Auf die Idee wäre niemand gekommen!)

- Ich würde es auch nicht ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, vielleicht kann ich Ihnen zwischenzeitlich mit einer Sonderausgabe der Zeitschrift Das Parlament weiterhelfen.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Dann müssten wir darüber diskutieren, Herr Präsident, wie viel von der Auflage ich aufkaufen dürfte.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Verstehen Sie mich jenseits dieses ironischen Ausfluges nicht falsch: Wir brauchen in der Tat keine Titelbilder. Was ich aber einfordere oder - das ist etwas bescheidener - erbitte, sind etwas mehr Ausgewogenheit und etwas weniger Beliebigkeit in der politischen Diskussion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das, was die Amerikaner im Großen machen, haben wir, bezogen auf die Banken, die in Deutschland in Verlegenheit gekommen sind, im Kleinen gemacht: die Landesregierungen in ihren Verantwortungen, was die Landesbanken betrifft, der Bund mit Blick auf seine indirekte, aber bestehende Verantwortung über die KfW

bei der IKB. Deshalb und weil die Verhältnisse bei uns anders sind, ist ein Programm, das dem ähnlich ist, das die Amerikaner aufgelegt haben, in Deutschland oder in Europa nicht sinnvoll und auch nicht notwendig. Das ist der Grund dafür gewesen, warum wir im Namen der Bundesregierung über dieses Wochenende - bis hin zu einer großen Telefonkonferenz der G-7-Finanzminister und Notenbankgouverneure - für Deutschland die Übernahme eines solchen Programms und die Beteiligung abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das bedeutet nicht, dass die deutsche Politik untätig ist. Im Gegenteil: Das Bundesfinanzministerium, die Aufsichtsbehörde BaFin und die Deutsche Bundesbank stehen in einem sehr engen Kontakt mit ihren jeweiligen internationalen Partnerbehörden und den Spitzen der deutschen Kreditwirtschaft. Das Krisenmanagement in Deutschland hat bisher funktioniert. Ich wiederhole das, was ich in einer meiner beiden Haushaltsreden gesagt habe: Ich bedanke mich namentlich bei der Deutschen Bundesbank und der BaFin - an ihrer jeweiligen Spitze bei Herrn Weber und Herrn Sanio - für das bisher entwickelte Krisenmanagement.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Für den heutigen Nachmittag habe ich die wichtigsten Vertreter der deutschen Finanzwirtschaft zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Ich möchte nicht, dass dies zu einem Krisengipfel hochstilisiert - mein Sohn würde „hochsterilisiert“ sagen - wird. Vielmehr ist es ein ganz normales Gespräch, in dem es darum geht, wie die Lage ist und welche Schlussfolgerungen wir zu ziehen haben. Ich möchte mich in diesem Gespräch mit den Vertretern von Banken und Versicherungen insbesondere auf meinen wichtigen Termin am 10. und 11. Oktober in Washington vorbereiten; dann werden nämlich im Rahmen des G-7-Finanzministertreffens und des IMFs all diese Themen auf der Tagesordnung stehen.

Zum wirksamen aktuellen Krisenmanagement gehört auch, dass die BaFin ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot zur Sicherung der Vermögenswerte gegenüber der Lehman Brothers Bankhaus AG hier in Deutschland erlassen hat. Das ist konkretes Krisenmanagement. Außerdem hat die BaFin in Abstimmung mit anderen Aufsichtsbehörden einen sehr wichtigen Schritt vollzogen: Sie hat am vergangenen Freitag ein sofortiges Verbot von Leerverkäufen von Aktien führender Unternehmen der Finanzbranche erlassen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In meinem Schlussteil, in dem es darum geht, wie das zukünftige Krisenmanagement aussieht, werde ich meine Position dahin gehend erläutern, ob wir nicht generell ein solches Verbot von Leerverkäufen verabreden sollten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Eines scheint mir völlig klar zu sein: Um das in den und gegenüber den Finanzmärkten und ihren Akteuren massiv verloren gegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen, wird es bei weitem nicht ausreichen, nur ein Krisenmanagement zu entwickeln.



(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Krise bewältigen und dann wieder zur Tagesordnung übergehen - das wird nicht reichen.

Es geht um zwei Seiten einer Medaille: Zum einen müssen wir jetzt Krisenmanagement betreiben. Zum anderen geht es darum, wie wir eine Wiederkehr einer ähnlich oder sogar gleichgearteten Krise vermeiden - ohne genau zu wissen, wie diese aussieht.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als die Finanzmärkte sozusagen neu zu zivilisieren und auf diesem Wege vergleichbare Krisen in Zukunft möglichst zu verhindern oder zumindest in ihrer Schärfe zu begrenzen.

Wie können wir das erreichen? Sicherlich nicht allein durch moralische Appelle gegen exzessive Übertreibungen und eine spekulative Zügellosigkeit. Eine wirksame mittel- bis langfristige Antwort auf die Krise kann deshalb nicht allein in erneuten Selbstverpflichtungserklärungen oder Selbstregulierungen der Finanzmarktindustrie liegen. Das reicht nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die mir wichtige Antwort ist eine stärkere Regulierung auf internationaler Ebene, weil sie sich weitgehend der nationalstaatlichen Reichweite entzieht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei müssen wir - das ist eine weitere häufig in Vergessenheit geratene Nachricht - keineswegs bei Null anfangen, sondern wir können auf bereits erreichten Fortschritten aufbauen. Dies ist nicht zuletzt - das sei mit einem gewissen Stolz, aber auch im Brustton der Überzeugung gesagt - das Verdienst dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will dabei nicht unerwähnt lassen, dass Bundeskanzler Schröder damals bei dem Weltwirtschaftsgipfel in Gleneagles dieses Thema mit auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir waren es, unter unserer G-7- und EU-Präsidentschaft, die im ersten Halbjahr 2007 das Thema einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte auf die internationale Agenda gesetzt haben, immerhin mit dem Erfolg, dass in einem mühsamen Lernprozess internationale Gremien jetzt - natürlich in dem Entsetzen über die Finanzmarktkrise - weitreichenden Maßnahmen zur Krisenprävention zugestimmt haben und sehr zielstrebig auch die Umsetzung dieser Maßnahmen betreiben, um Krisen dieser Art zukünftig zu vermeiden.

Weil das so ist, macht es überhaupt keinen Sinn, wenn Experten oder diejenigen, die sich dafür halten, nun täglich eine Kakophonie an zusätzlichen Vorschlägen darüber anstimmen. Es kommt auf die Umsetzung der Maßnahmen an, die wir beschlossen haben. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich höre jetzt, ich müsste mit Blick auf die Bewältigung der derzeitigen Krise so schnell wie möglich die Eigenkapitalregeln verschärfen. Das kann jedoch absolut kontraproduktiv sein, weil ich damit noch weitere Institute in den Orkus werfen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sauber wird die Treppe natürlich nur dann, wenn wir sie mit dem regulatorischen Besen von oben nach unten kehren. Das heißt, zuallererst sind regulierende Maßnahmen notwendig, die weltweit gelten. Auf der nächsten Ebene brauchen wir ein gemeinsames Spielfeld in Europa. Dann erst steht an, dass wir das auf nationalstaatlicher Ebene, kompatibel mit dem, was auf internationaler Ebene verabredet worden ist, auch in Rechtsetzungsschritten vollziehen müssen.

Bereits kurz nach Beginn der Finanzmarkturbulenzen hat Deutschland im September 2007 das Forum für Finanzmarktstabilität – das ist das Financial Stability Forum – gebeten, nicht nur eine Analyse vorzunehmen, sondern Empfehlungen an uns zu adressieren, wie ähnliche Krisen in Zukunft verhindert werden können. Mir war wichtig, dass es zu einer Stärkung der Eigenkapitalanforderungen, einer Verbesserung des Liquiditäts- und Risikomanagements, einer Erhöhung der Transparenz sowie zu Reformen bei den Ratingagenturen kommt, die bei der Entstehung dieser Krise nun wahrlich eine wenig rühmliche Rolle gespielt haben. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In meinem Schreiben an meinen japanischen Amtskollegen, der den Vorsitz der G-7-Finanzminister Anfang dieses Jahres von uns übernahm, habe ich diese Bereiche, in denen wir Verbesserungen brauchen, weiter ausgeführt. Vor allem habe ich mehr generelle Eigenkapitalpuffer als Stoßdämpfer für das Finanzmarktsystem vorgeschlagen. In der Tat war ich angenehm überrascht, dass im April 2008 unter dem Vorsitz des italienischen Notenbankpräsidenten Mario Draghi das Financial Stability Forum bemerkenswerte Empfehlungen nicht nur vorgelegt hat, sondern sie anschließend auch beschlossen worden sind, unter Einbeziehung der angloamerikanischen Freunde.

Inzwischen hat die Umsetzung der Empfehlungen gute Fortschritte gemacht. Die Bundeskanzlerin hat dies während des Weltwirtschaftsgipfels in Heiligendamm weiter mit vorangebracht. Das ist eine Abfolge von Terminen gewesen. Die vom Financial Stability Forum ausgearbeiteten 100-Tage-Prioritäten sind weitgehend umgesetzt. Sie umfassen wichtige Maßnahmen wie zum Beispiel die Offenlegung der Risiken durch die Banken, die Vorlage einer überarbeiteten Leitlinie für das Liquiditätsmanagement durch den Baseler Bankenausschuss sowie die Überarbeitung des Verhaltenskodex für Ratingagenturen durch eine Einrichtung, die IOSCO heißt. Aber die Umsetzung dieses Verhaltenskodex wird von Externen zu überprüfen sein, nicht von ihr selber. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Auch mit der Umsetzung der übrigen Empfehlungen geht es planmäßig voran. So hat beispielsweise der Baseler Bankenausschuss ein Konsultationspapier zur Berechnung des spezifischen Risikos im Handelsbuch der Banken vorgelegt. Der Ausschuss hat zudem angekündigt, noch in diesem Jahr eine Leitlinie für eine Stärkung der Eigenkapitalanforderungen für bestimmte strukturierte Finanzprodukte und Liquiditätslinien an Zweckgesellschaften

vorzulegen. Eine überarbeitete europäische Bankenrichtlinie wird eines Tages von Ihnen beraten werden müssen bei der Übertragung in nationalstaatliches Recht.

Verständlicher ausgedrückt: Was wir bisher erlebt haben, ist, dass es viele Banken gibt, die sehr komplizierte Produkte außerhalb der Bilanzen geführt haben. Die Hauptanstrengung geht dahin - ganz banal ausgedrückt -, ihnen dies nicht mehr zu erlauben, sondern dieses Engagement in die Bilanzen zurückzuholen

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

mit der Anforderung, dass dann Eigenkapitalunterlegungen notwendig sind. Das ist die disziplinierende Klammer für Bankmanager, mit dem Geld vorsichtiger umzugehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei dem schon erwähnten nächsten Treffen in Washington Mitte Oktober werden wir einen umfangreichen Bericht über den Stand der Umsetzung der Empfehlung des Financial Stability Forums erhalten, und gleichzeitig werden wir beraten, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden müssen, unter anderem durch eine verbesserte Zusammenarbeit des Internationalen Währungsfonds und des Financial Stability Forums im Sinne einer Art Frühwarnsystem, wie wir es jüngst vorgeschlagen haben. Größe und Tiefe der Krise verlangen, nicht bei dem stehen zu bleiben, was wir bereits im Frühjahr richtig erkannt und beschlossen haben.

Auch in der Europäischen Union setzt sich Deutschland schon seit einigen Monaten energisch und erfolgreich für eine Stärkung der Finanzstabilität ein. Nach Ausbruch der Krise im Bankensektor vor einem Jahr hat der ECOFIN-Rat am 9. Oktober 2007 ein Arbeitsprogramm zur Stärkung der Effizienz und zur Stabilität beschlossen. Diese sogenannte ECOFIN-Roadmap enthält zahlreiche Maßnahmen, um Schwachstellen der internationalen Finanzmärkte zu beseitigen. Bei diesen Maßnahmen geht es darum, die Aufsicht über die Finanzmärkte und das grenzüberschreitende Krisenmanagement zu stärken, die Transparenz an den Finanzmärkten zu erhöhen, Aufsichtsregeln zu Kapitalanforderungen und das Risikomanagement zu stärken. Ich werde gerne über den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss eine Vorlage liefern, damit alle Parlamentarier in der Lage sind, diesen Maßnahmenkatalog im Einzelnen nachzuvollziehen. Auch bei der Umsetzung dieser Roadmap gibt es Fortschritte. Einige grenzüberschreitende Gruppen der Aufsichtsbehörden sind bereits eingerichtet. Ein Memorandum of Understanding zwischen den europäischen Aufsichtsbehörden, Zentralbanken und Finanzministerien ist bereits unter der slowenischen Präsidentschaft beschlossen worden.

In Deutschland - um jetzt auf die nationale Ebene zu kommen - hat das dreisäulige Universalbankensystem wichtige Stabilisierungsfunktionen übernommen; ich sagte es bereits. Je fragiler die Situation auf den internationalen Finanzmärkten wird, desto mehr sollten wir dankbar sein, dass wir im dreigliedrigen deutschen Bankensystem Sparkassen haben, die eben nicht, wie es

Mark Twain einmal formuliert hat, bei schönem Wetter Regenschirme ausgeben, die sie bei den ersten Regentropfen wieder zurückhaben wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch und gerade vor dem Hintergrund dieser wichtigen realwirtschaftlichen Funktion der Sparkassen und auch der Genossenschaftsbanken, die ich in diesem Zusammenhang nicht vergessen will, als Stabilitätsanker und angesichts der extremen Nervosität auf den Märkten kann ich der EU-Kommission nur dringend raten, das laufende Beihilfeverfahren mit einer solchen Verantwortung zu führen, die die derzeitigen Schwierigkeiten auf den Finanzmärkten insgesamt berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das heißt nicht, dass bei den Landesbanken alles beim Alten bleiben soll. Ich will das deutlich sagen. Wer es bis heute noch nicht wahrhaben wollte, dem hat spätestens die Finanzmarktkrise mit aller Wucht gezeigt, dass das traditionelle Geschäftsmodell der Landesbanken nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht.

Deshalb muss es jetzt darum gehen, für einen konsolidierten Landesbankensektor neue Geschäftsmodelle zu definieren, mit denen die Landesbanken übermäßig hohe Risiken von hoch volatilen Kapitalmarktgeschäften vermeiden – ich habe nie verstanden, warum das ihr eigentliches Geschäft sein sollte –, nachhaltig angemessene Erträge erwirtschaften und die Sparkassen in ihrem Leistungsspektrum für die Kunden wirksam unterstützen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu bedarf es nicht sieben selbstständiger Landesbanken in Deutschland.

Schon seit langem sind hier die Bundesländer gefordert. Sie müssen regionale politische Egoismen überwinden und sich endlich überregionalen Zusammenschlüssen öffnen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe und damit das deutsche Bankensystem insgesamt nachhaltig zu stärken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Ich warne alle Beteiligten vor Planspielen mit falschen Annahmen. Vom Bund ist bei der Bereinigung der Probleme im Landesbankenbereich keine finanzielle Unterstützung zu erwarten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Hausaufgaben müssen diejenigen machen, die Anteilseigner oder – als Großväter – immer noch die Gewährträger dieser Institute sind.

Um mehr Rationalität in den Finanzmarkt zu bringen und um den Risiken entgegenzuwirken, die mit Finanzinvestitionen für Unternehmen und die Gesamtwirtschaft einhergehen, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung vor einigen Monaten das sogenannte Risikobegrenzungs-gesetz eingeführt. Ich erinnere daran: Dies ist eine Reaktion auf das gewesen, was wir seit dem letzten Sommer erleben. Ich will das nicht im Einzelnen ausführen, weil mir die Zeit davonläuft, aber ich wäre sehr

dankbar, wenn mit Ihrer Unterstützung die wesentlichen inhaltlichen Bestandteile dieses Risikobegrenzungs-gesetzes noch einmal, und zwar im Sinne des Konsumentenschutzes und übrigens auch des Arbeitnehmerschutzes sowie einer erhöhten Transparenz, an die Beschäftigten und ihre Arbeitnehmervertreter in Form von Daten und Informationen weitergegeben werden, die ihnen mehr Sicherheit für ihren Arbeitsplatz geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es gibt nichts zu beschönigen: Wir befinden uns mitten in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten, in der wir allerdings den Super-GAU, den Kollaps des Weltfinanzsystems bisher verhindern konnten. Niemand – kein Ökonom, kein Finanzminister, kein Zentralbankchef dieser Welt – wird Ihnen mit Bestimmtheit sagen können, wie lange wir noch mit dieser Krise und ihren Begleiterscheinungen leben müssen. Wenn jemand behauptet, er sehe Licht am Ende des Tunnels, dann kann es ihm passieren, dass es die Lichter des entgegenkommenden Zuges sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich appelliere, auch angesichts des bislang erfolgreichen Krisenmanagements, an alle Verantwortlichen in der Politik und in den drei Säulen des deutschen Bankensystems: Dies ist nicht der Zeitpunkt für kleinliche Diskussionen und kleinteilige Hakeleien, mit denen man versucht, auf Kosten des vermeintlichen Wettbewerbers kurzfristige Geländegewinne zu erzielen.

Ich bin sehr an einer geschlossenen Aufstellung des deutschen Finanzsektors in Brüssel interessiert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist der Zeitpunkt, um gemeinsam, mit vereinten Kräften durch die Krise durchzukommen und gleichzeitig das globale Finanzsystem stabiler zu machen, nicht nur im Interesse der Finanzwirtschaft, sondern viel mehr noch im Interesse der Verbraucher, der Wirtschaft, aller Menschen in unserem Land.

Eine Erkenntnis aus der Krise lässt sich jetzt ziehen:

Die Wall Street, das Epizentrum dieser Krise, wird nicht mehr das sein, was sie in den letzten Jahrzehnten war.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass wir nach der Bankrotterklärung des in weiten Teilen des Finanzmarktes in den letzten Jahrzehnten dominierenden Laisser-faire-Kapitalismus neue „Verkehrsregeln“ brauchen, wie Helmut Schmidt es jüngst formuliert hat. Er macht darauf aufmerksam, dass wir für den internationalen Luftverkehr Verkehrsregeln haben, aber für die internationalen Finanzmärkte nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese neuen „Verkehrsregeln“, an denen wir im G-7- wie auch im europäischen Bereich intensiv arbeiten, können nur handlungsfähige staatliche Institutionen schaffen und durchsetzen, die sich international koordinieren, und zwar zum Wohle aller, der strauchelnden Finanzinstitutionen genauso wie der Privatanleger, die sich zu Recht nach mehr staatlicher Sicherheit auf den Finanzmärkten sehnen.

Ich teile deshalb dezidiert die Auffassung von Herrn

Röttgen, dass die Finanzmarktkrise die Idee der sozialen Marktwirtschaft auf lange Sicht weltweit stärken könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Auch ich sehe in den Turbulenzen auf den Finanzmärkten nicht das Ende der marktwirtschaftlichen Ordnung, aber die Krise zeigt eindeutig die Notwendigkeit und Aktualität von staatlichem Handeln, das den Märkten Spielregeln geben und damit auch Grenzen setzen muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In den vergangenen Jahren wurde viel über Staatsversagen geredet und geschrieben, manches zu Recht. Ich weiß aus eigenem Erleben, dass staatliches Handeln keineswegs immer effizient abläuft. Aber es wurde zu wenig über Marktversagen geredet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Ludwig Stiegler [SPD]: Sehr wahr!)

Dass es dies real gibt, und zwar mit gravierenden Auswirkungen auf das Leben aller, erleben wir gerade.

Weder der bloße Ruf nach mehr Staat noch der simple Glaube an den wettbewerblichen Markt wird der Aufgabe gerecht, vor der wir stehen, nämlich Wirtschaft so zu gestalten, dass alle an einem stabilen, möglichst krisenfreien Wachstum teilhaben können.

Staatliche Institutionen müssen im internationalen Verbund Rahmen setzen, Regeln definieren und für ihre Einhaltung sorgen. Die Marktteilnehmer müssen diesen Rahmen kreativ ausfüllen, nicht getrieben von Gier und Kurzatmigkeit, sondern von Verantwortung für die Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist unser, das ist mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. Das grenzt sich ab von jedem Neoliberalismus und jedem Neoetatismus.

Neue „Verkehrsregeln“ für den Finanzmarkt sind notwendig. Was heißt das konkret? Damit will ich mit einigen Punkten zum Schluss kommen.

Erstens. Wir müssen zukünftig verhindern, dass Risiken durch Finanzinnovationen außerhalb der Bilanz platziert werden können; davon sprach ich schon.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen, dass die Banken Risiken eingehen können - das ist prägend für das Bankengeschäft -, aber nur solche, die sie mit ausreichend Eigenkapital unterlegt und in der Bilanz aufgeführt haben. Nur solche Transparenz schützt vor Krisen wie der gegenwärtigen. Das bedeutet nicht, in Zukunft Finanzinnovation zu verhindern, aber es bedeutet, sie transparent zu machen, und zwar auch den Prozess ihrer Entstehung.

Zweitens. Wir brauchen höhere Liquiditätsvorsorge bei den Banken. Eines der Hauptprobleme ist der Mangel an Liquidität gewesen. Diejenigen, die Liquidität haben, sitzen darauf wie eine Glucke, und diejenigen, die keine haben, japsen und kriegen kaum noch Luft, weil ihnen im Interbankenverkehr diese Liquidität nicht gegeben wird.

Drittens. Es muss internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure

geben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Viertens. Wir müssen wieder zu einem engeren Zusammenhang zwischen Risiko und Rendite kommen.

Das heißt auch, es muss endlich Schluss sein mit dem wahnsinnigen Streben nach immer höheren Renditen - ein Quartal nach dem anderen. Allen Beteiligten muss klar sein, dass sich Renditen von 25 Prozent nicht erzielen lassen, wenn nicht unverhältnismäßig hohe Risiken eingegangen oder andere Marktteilnehmer vorsätzlich beschädigt werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein solches Renditerennen führt früher oder später zum Zusammenbruch der Märkte, weil es nur auf Kosten anderer geht. Es ist schizophren,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

wenn die Anreiz- und Vergütungssysteme der Banken die Jagd nach Umsatzvolumen und Renditen befeuern, ohne die dabei eingegangenen Risiken zu berücksichtigen. Das wollen wir ändern. Das ist auch eine Aufgabe der Beteiligten selbst. Solange weiterhin zunehmend variable Gehaltsbestandteile in Wirklichkeit das Volumen der Vergütung von Bankmanagern ausmachen, so lange wird die Jagd weitergehen, so lange werden sie weiter versuchen, so viel Volumen wie möglich zu akquirieren, weil davon ihre Boni, ihre variablen Vergütungsbestandteile, abhängig sind, so lange werden sie den Blick nicht darauf lenken, welche Risiken sie sich damit gleichzeitig an den Hals ziehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Fünftens. Wir brauchen eine deutlich engere Zusammenarbeit zwischen dem Financial Stability Forum und dem Internationalen Währungsfonds. In meinen Augen sollte der IWF - er ist neben der Weltbank die letzte Institution, die vom Bretton-Woods-System übrig geblieben ist - die Kontrollinstanz für die Einhaltung weltweiter Finanzmarktstandards werden. Wir haben diese Institution. Vor dem Hintergrund des Rückgangs ihrer traditionellen Aufgaben läuft sie zunehmend ein bisschen ins Leere. Die Überwachung, die Kontrolle weltweiter Finanzmarktstandards wäre eine neue Aufgabe für diese bestehende, geachtete Institution.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sechstens. Im Sinne von mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten müssen wir gemeinsam auf internationaler Ebene zu einem Verbot rein spekulativer Leerverkäufe kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Siebtens. Um wieder ein nachhaltiges Risikobewusstsein bei den Banken zu erreichen, werde ich mich bei dem bevorstehenden G-7-Treffen in Washington dafür einsetzen, dass Kreditrisiken, die die Banken eingehen, von diesen nicht mehr zu 100 Prozent verbrieft und damit weitergereicht werden können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist eine Maßnahme, die schwer zu erklären ist, die aber ihre Auswirkungen hat. Aus meiner Sicht sollte das veräußernde Institut verpflichtet werden, zukünftig immer bis zu 20 Prozent der eingegangenen Kreditrisiken

in den eigenen Büchern zu führen, und nicht berechtigt sein, sie in Form von irgendwelchen Derivaten weiterzureichen. Achtens. Ich werde mich bei den europäischen Partnern für eine weitere europäische Harmonisierung der Aufsicht stark machen. Ich warne aber davor, zu glauben, dass man mit einem riesigen Wurf, quasi mit einem Urknall eine europäische Aufsichtsbehörde schaffen könnte, nach dem Motto: Wenn wir ein Problem haben, gründen wir einen neuen Club. Das wird ein eher evolutionärer Vorgang sein müssen: ausgehend von dem, was wir schon in Gang gesetzt haben, über die Colleges of Supervisors und die Gruppenaufsicht. Dass vielleicht in zehn Jahren eine gemeinsame europäische Institution ähnlich der EZB steht, will ich nicht ausschließen. Einige in diesem Saal kommen vielleicht zu dem Ergebnis: Es ist die EZB.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

Das könnte sein. Ich bitte aber darum, in dieser Situation nicht gleich wieder mit Vorschlägen zu kommen, die erkennbar übers Knie gebrochen wurden.

Ich bin zuversichtlich, dass diese acht erwähnten Punkte, die im Wesentlichen „Verkehrsregeln“ enthalten, dazu führen können, dass zukünftige Finanzkrisen nicht die Sprengkraft entwickeln, wie das aktuell der Fall ist. Lassen Sie mich abschließend einige Bemerkungen bezogen auf die deutsche Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte machen. In Übereinstimmung mit dem Bundesbankpräsidenten sehe ich keine Kreditklemme, aber ich sehe eine Verschärfung von Kreditkonditionen, die sich natürlich auch auf die Realwirtschaft auswirken werden. Die Bürger müssen keine Angst um ihr Ersparnis haben. Unsere Realwirtschaft wird in Mitleidenschaft gezogen. Die Abwärtsrisiken für die Konjunktur sind nicht zu ignorieren.

In welchem Ausmaß die öffentlichen Haushalte davon betroffen sind, liegt allerdings an mehreren Faktoren. Es liegt weniger an der realen Wachstumsrate und sehr viel mehr an der nominalen Wachstumsrate. Es liegt vornehmlich auch an der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Davon ist abhängig, wie die tatsächlichen Steuereinnahmen sind. Ich darf Ihnen berichten: Bisher – jedenfalls im laufenden Jahr – sind diese Steuereinnahmen von diesen Abwärtsrisiken für die Konjunktur nicht berührt. Es ist auch davon abhängig, wie die Elastizitäten sind. Es geht um die Effekte einer abnehmenden Wachstumsrate auf die staatlichen Einnahmen und auf die Arbeitsmärkte. Wir sind dort als Volkswirtschaft in den letzten Jahren besser geworden. Es liegt auch daran, wie flexibel wir sind, wieder Fahrt aufzunehmen, wenn sich die Rahmendaten wieder etwas verbessern. Wir sind immer noch, aber immer weniger von der Entwicklung in den USA abhängig. Andere dynamische Weltregionen tragen mehr und mehr dazu bei, dass die deutschen Exportaktivitäten sehr viel differenzierter in der Welt laufen und wir deshalb gegenüber den Einschlügen, die über den Atlantik kommen, unabhängiger sind.

Die neue Wachstumsprojektion der Bundesregierung erfolgt Mitte Oktober. Die Steuerschätzung kommt Anfang November. Ich sage: Diese bleiben abzuwarten, ehe



jemand versucht, mit eigenen Schätzungen Schlagzeilen zu machen. Die Bundesregierung wird ihren Kurs beibehalten, ihren Planungen keine zweckoptimistischen Eckpunkte zugrunde zu legen. Damit sind wir in den letzten drei Jahren gut gefahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das wird natürlich Einfluss auf die Haushaltsberatungen haben und auch manche Wunschzettel oder eilfertige Versprechen aushebeln. Der Kurs der Bundesregierung, die Konsolidierung fortzusetzen, die automatischen Stabilisatoren zur Geltung zu bringen, gegenfinanzierte Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren und Zukunftsinvestitionen zu tätigen, bleibt richtig.

Die Tugenden, die Max Weber vor hundert Jahren für einen Politiker beschrieben hat, sind aktueller denn je: Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß. Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder wird für angemessen halten, dass ich bei der außerordentlich komplizierten und gleichzeitig besonders wichtigen Materie erst gar nicht den Versuch unternommen habe, auf die Differenz zwischen der angemeldeten und der tatsächlichen Redezeit aufmerksam zu machen. Ich will darauf hinweisen, dass ich das für die erste Runde der jeweiligen Fraktionsredner ähnlich halten möchte, mit der ausdrücklichen Bitte, das jetzt nicht als Generalgenehmigung für beliebige Festansprachen misszuverstehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun eröffne ich die Aussprache und erteile als Erstes das Wort dem Kollegen Dr. Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Ich glaube, das Thema gibt keinen Anlass zu Festansprachen; dazu ist es zu ernst. Deswegen möchte ich sagen, Herr Bundesfinanzminister Steinbrück: Ihrer Analyse insbesondere im ersten Teil der Rede, aber auch Ihren Bemühungen, zu internationalen Standards der Regulierung im Finanzmarkt zu kommen, stimmt die FDP-Opposition ausdrücklich zu. Daran ist keine Kritik zu äußern.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Enttäuscht sind wir allerdings, dass Sie kein Wort der Selbstkritik dazu geäußert haben, dass es auch hier Fehlverhalten und Staatshaftung gibt.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die spannende Frage, ob das nun eigentlich Staatsversagen oder Marktversagen ist, beantworte ich völlig anders als Sie. Wenn Sie Ihre Analyse noch einmal durchlesen würden, kämen Sie zu demselben Ergebnis wie ich. Denn Sie haben gesagt, dass es gerade in den Vereinigten Staaten ein völlig unzureichendes Regulierungssystem gegeben hat. Das ist ein Fehler des Staates

und nicht des Marktes.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich anschauen, was die Ursache dieser Krise in den Vereinigten Staaten - da liegt die Ursache - war, dann erkennen Sie: Es war eindeutig Staatsversagen. Das Wichtigste war, dass die amerikanische Zentralbank unter Greenspan zu lange zu viel zu billiges Geld zur Verfügung gestellt hat, sodass diese spekulativen Blasen finanziell überhaupt erst möglich geworden sind.

(Beifall bei der FDP)

Ein Weiteres war, dass das Programm der amerikanischen Bundesregierung unter Bush, Häuser für jedermann erschwinglich zu machen - es wurde angekurbelt durch Subventionen, durch Steuerbegünstigungen und durch den Zwang, Freddie Mac und Fannie Mae zu großen Finanzierungskartellen zusammenzuschließen - erst dazu geführt hat, dass diese verrückte Finanzierungssituation in den USA entstehen konnte: Menschen, die niemals in der Lage waren, auch nur 1 Dollar für ein Haus zu bezahlen, geschweige denn Zinsen zu tilgen, wurden Häuser übereignet. Das wäre in Deutschland, auch rechtlich, überhaupt nicht möglich gewesen. Was in den Vereinigten Staaten geschehen ist, war eindeutig Staatsversagen.

(Beifall bei der FDP)

Was hat uns dann in diese Probleme hineingezogen?

Man hat schöne Pakete, in denen schlechte Kredite mit guten Krediten vermischt worden sind, geschnürt. Die amerikanischen Ratingagenturen - wir haben leider nur amerikanische Ratingagenturen - haben darauf „Triple A“ gestempelt. Dann sind diese Pakete den Anlegern in der ganzen Welt angeboten worden, und die haben natürlich zugegriffen. Wenn das im privaten Bereich geschehen ist, dann müssen sie dafür eben geradestehen. So ist das in Deutschland auch. Damit bin ich schon bei der deutschen Situation.

Wenn aber deutsche Staatsbanken dieses Geschäft betreiben, dann haben wir als Opposition die Aufgabe, uns vor den Steuerzahler zu stellen, der da in Haftung genommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Herr Finanzminister, Sie betonen immer wieder, Ihr Haushalt sei bis jetzt nur um 1,2 Milliarden Euro belastet worden. Das ist zwar rechnerisch und buchhalterisch richtig; aber in Wirklichkeit haben Sie - das geben Sie auch zu - einen Schutzschirm von mindestens 10 Milliarden Euro aufgespannt, wofür der Steuerzahler geradestehen muss.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil Sie das nicht Ihrem Haushalt entnehmen wollen, haben Sie mittlerweile buchhalterische Kunstgriffe vorgenommen: Bei der KfW haben Sie etwas getan, was nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung in Deutschland überhaupt nicht zulässig wäre. Wenn ich bei meiner Kaufmannsgehilfenprüfung als Bankkaufmann 1964 das geraten hätte, wäre ich mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Sie haben nämlich gesagt: Die jetzt eingetretenen Verluste werden mit möglichen Gewinnen in der Zukunft verrechnet. Das widerspricht dem

Vorsichtsprinzip total. Das ist nicht zulässig. Das ist ein Buchhaltertrick, den Sie anwenden, damit Sie das alles vorerst aus Ihrem Haushalt heraushalten können.

(Beifall bei der FDP)

Nun will ich noch einmal auf die Punkte zu sprechen kommen, bei denen die Bundesregierung in der Haftung ist. Angefangen hat es damit, dass sie die Beteiligung an der IKB überhaupt eingegangen ist. Das ist 2001 unter Hans Eichel, Ihrem Vorgänger, geschehen. Damals geschah dies mit der interessanten Begründung, man wolle abwehren, dass eine ausländische Bank die IKB in Besitz nehmen könne. Damals ging es um die Royal Bank of Scotland, immerhin eine europäische Bank. Im Endeffekt haben Sie doch – auch auf Druck aus dem Parlament hin – die IKB verkaufen, das heißt quasi verschenken müssen, und zwar an wen? An Lone Star, an eine amerikanische Heuschrecke, und das, obwohl Sie nur eine Woche vorher ein Gesetz erlassen haben, durch das die Beteiligung an solchen Fonds eingeschränkt werden soll. Auch das ist ein Widerspruch, den der Betrachter überhaupt nicht auflösen kann.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

2005 hätten Sie die Chance gehabt, die IKB zu verkaufen. Wir haben es Ihnen empfohlen. Sie hätten einen Milliarden Gewinn einstreichen können. Nun haben Sie 10 Milliarden Euro Verlust gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dirk Niebel [FDP]: Der Steinbrück hört gar nicht zu!)

Herr Präsident, ich bitte darum, dass diese Privatgespräche auf der Regierungsbank aufhören. Wenn das Parteipräsidium der SPD tagen will, dann kann es das außerhalb des Parlaments machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist hier ein Haus für alle Parteien.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nicht für alle!)

Was haben Sie seitdem getan? Die Krise ist nicht erst im Juni/Juli letzten Jahres aufgeschienen, sondern die ersten Anzeichen dafür gab es schon im Februar 2007, als die HSBC-Bank – für die, die sie nicht kennen: Hongkong and Shanghai Banking Corporation – die ersten Gewinnwarnungen herausgegeben hat. Es folgten jeden Monat weitere Warnungen. Ein vorsichtiger Banker und eine vorsichtige Aufsicht hätten natürlich schon in diesem Moment geschaut: Können auch wir betroffen sein? – Erst im Juli 2007, als die Bude bereits gebrannt hat, sind Sie aufgewacht.

Danach hat es verschiedene Abschirmungsrunden gegeben. Nach jeder Runde war klar, dass man nicht wusste, wie hoch das Risiko wirklich ist. Selbst bis heute weiß man das nicht richtig, sonst hätte nicht das eintreten können, was jetzt gerade in diesem Monat eingetreten ist, nämlich die Überweisung an Lehman Brothers in Höhe von 350 Millionen Euro, obwohl sie schon pleite waren. Das sind doch ein drastisches Versäumnis und ein Fehler der Aufsicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe bewusst den Bericht des Rechnungshofes

nicht eingesehen, den wir Abgeordnete nur unter Aufsicht lesen dürfen. Ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, aus einem geheimen Bericht zu zitieren, und ich wusste: Am nächsten Tag steht es sowieso in der Zeitung. Schauen Sie heute in die Zeitung, da steht alles drin. Der Rechnungshof hat schon im Jahre 2003 auf die Organisations- und Aufsichtsprobleme bei der KfW hingewiesen. Diese Vorwürfe wiederholt er jetzt. Seit seiner Warnung 2003 hat sich nichts geändert. Was aber viel schlimmer ist: Seit dem Eintreten der Krise - spätestens im Juli 2007 - hat sich ebenfalls nichts geändert. Die Aufsicht ist weiterhin so dilettantisch wie zuvor betrieben worden.

(Beifall bei der FDP)

Es sind immer dieselben Personen, die das machen. Auch darauf weist der Rechnungshof hin. Da heißt es ganz klar: Gibt es keine Interessenkonflikte, wenn für die Aufsicht der KfW und für die Aufsicht der BaFin dieselbe Person aus dem Finanzministerium zuständig ist, die auch im Aufsichtsrat der IKB sitzt? Das kann doch nicht gut gehen. Diese Person überwacht sich ja selbst. Sie kann ja gar nichts aufdecken. Wie soll sie das machen? Das müsste dann ein Wunderkind sein. Die Frage ist: Was haben Sie in dieser Zeit getan? Ich habe darauf hingewiesen: Sie haben die IKB verkauft. Sie haben nicht gesagt, was Sie mit der IPEX machen, mit der Sie die gleichen Probleme haben. Auch diese müsste privatisiert werden.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Sie haben bis heute nicht gesagt, was Sie mit der KfW machen. Bleibt das eine Behörde, oder wird das eine Bank, die der Bankenaufsicht - das wäre dringend notwendig -, insbesondere der unabhängigen Aufsicht der Deutschen Bundesbank unterstellt wird? Wie werden die Aufsichtsstrukturen verändert? Die Antworten auf all diese Fragen sind Sie schuldig geblieben. Aber auch das gehört zur Abrechnung und zur Analyse. Deswegen sage ich: Da sind Fehler passiert, die nicht hätten passieren dürfen und längst hätten korrigiert sein müssen.

(Beifall bei der FDP)

In der heutigen Ausgabe der FAZ schreibt Bettina Schulz aus London:

Aber die Kritik muss an der Aufsicht ansetzen. Das ist für Politiker freilich ein brennliches Thema: Die Banken- und Marktaufsicht hat an jedem einzelnen Finanzplatz katastrophal versagt. Weder die deutsche BaFin noch die britische FSA, die amerikanische Federal Reserve oder die SEC haben erkannt, dass es Geschäftsmodelle gab, die gefährliche Schneeballeffekte auslösen könnten.

Ich kann dem nur zustimmen. Das ist das Staatsversagen der Bundesregierung und des Bundesfinanzministers, der nach KfW-Gesetz im Benehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister für die Aufsicht der KfW zuständig ist.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Ganz vorsichtig, nur für die Rechtsaufsicht!)

- § 12 des KfW-Gesetzes - ich zitiere -:

Das Bundesministerium der Finanzen übt die Aufsicht über die Anstalt im Benehmen mit dem Bundesministerium

für Wirtschaft und Technologie aus.

(Beifall bei der FDP – Dirk Niebel [FDP]:  
Erwischt!)

Dies sind Sie bei Ihrer Arbeit schuldig geblieben.

Ich will zum Abschluss noch etwas zur Verantwortung

sagen. Einige Landesbanken und die dazugehörigen

Regierungen haben in diesem Bereich drastisch versagt.

Sachsen hat dadurch einen Schaden von um die 5 Milliarden

Euro verursacht. Als Folge sind immerhin der

Finanzminister und schließlich auch der Ministerpräsident

Milbradt zurückgetreten, nicht nur deshalb, aber

auch deshalb. Ein anderes Beispiel ist die Bayerische

Landesbank. In der Bayerischen Landesbank setzt sich

die Hälfte des Verwaltungsrates aus Mitgliedern der

bayerischen Landesregierung zusammen. Der Kohortenführer

ist Finanzminister Erwin Huber. Vor der Kommunalwahl hat er versucht, zu

vertuschen, welcher Schaden

im März dieses Jahres entstanden ist;

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist leider wahr!)

bei der Kommunalwahl hat er natürlich eine Niederlage

erlitten. Jetzt, vor der Landtagswahl, wird wieder nicht

klar gesagt, welche zusätzlichen Belastungen durch die

Beteiligung an Lehman Brothers auf die Bayerische

Landesbank zukommen werden.

(Dirk Niebel [FDP]: Wo ist eigentlich Herr

Seehofer?)

Am kommenden Sonntag muss er sich erneut dem Wähler

stellen. Warten wir einmal ab, welches Urteil die

bayerischen Wähler sprechen werden.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist

aber sehr klein, Herr Kollege Solms! Sehr,

sehr klein!)

Schließlich frage ich die Bundesregierung: Wie stehen

Sie zu Ihrer Verantwortung? Was sagen Sie dazu?

Zumindest ein Wort der Entschuldigung beim Steuerzahler

wäre angemessen gewesen. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Michael Meister ist der nächste Redner für die

CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich

möchte für die Unionsfraktion zunächst einmal sagen:

Ich halte es für richtig und begrüße es ausdrücklich, dass

der Bundesfinanzminister heute Morgen für die Bundesregierung

eine Regierungserklärung zu diesem Thema

abgegeben hat und dass wir die Gelegenheit haben, über

diese wichtigen und bewegenden Ereignisse eine Aussprache

zu führen. Ich halte es auch für richtig, dass wir

das an diesem Ort und sehr zeitnah tun.

Wie wir heute Morgen gehört haben, haben wir es mit

Sicherheit mit einer der größten Finanzkrisen der Weltgeschichte

zu tun. Wenn man sich andere Finanzkrisen

der vergangenen 400 Jahre vor Augen führt, wird allerdings

deutlich, dass die Mechanismen, über die wir

heute verfügen, besser sind als in früheren Zeiten. Deshalb

können wir mit dieser Diskussion auf einem ganz

anderen Niveau starten, als man es in den 30er-Jahren

- Stichwort: Schwarzer Freitag - oder in den 80er-Jahren

hätte tun können. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen, damit wir wissen, wovon wir bei dieser Diskussion ausgehen.

Viele Menschen in unserem Land machen sich verständlicherweise Sorgen, was mit ihren Spareinlagen geschieht. Ich glaube, wir haben in allen drei Säulen unseres Bankensystems Vorkehrungen getroffen, die gewährleisten, dass diese Sorgen unbegründet sind. Auch das sollten wir klar und deutlich sagen, um nicht für Verunsicherung zu sorgen.

In der Realwirtschaft macht man sich im Hinblick auf die Kreditfinanzierungen von Unternehmen Sorgen.

Ich stimme dem Finanzminister ausdrücklich zu, dass sich die Kreditversorgung unserer mittelständischen Wirtschaft trotz Krise verbessert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

An dieser Stelle möchte ich den Akteuren in diesem Bereich, die natürlich auch den Eigenkapitalvorschriften Rechnung tragen müssen, dafür meinen Dank sagen.

Da mit AIG auch ein großer Versicherer von der Finanzkrise betroffen ist, will ich noch eine Bemerkung

zur Altersversorgung machen. Möglicherweise werden nicht alle Renditeerwartungen erfüllt, die man in der Vergangenheit hatte. Aber auch hier besteht kein Anlass zur Sorge. Wir können den Menschen sagen: Neben der

gesetzlichen Rente gibt es sowohl im betrieblichen als auch im privaten Bereich Altersvorsorgeinstrumente, die auch in der Krise funktionieren. Diese Instrumente dürfen wir in der aktuellen Debatte nicht diskreditieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Ludwig Stiegler [SPD])

In der jetzigen Situation heißt es, wir müssten die soziale Marktwirtschaft hinterfragen. Ich glaube, dass die soziale Marktwirtschaft durch diese Krise bestätigt wird. Wir treten für Märkte ein, auf denen klare Rahmenbedingungen und Regelwerke gelten. Was wir nicht wollen, ist die Beseitigung der Märkte. Was wir auch nicht wollen, ist die Beseitigung der Regeln.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Ja!)

Vielmehr müssen wir über die Fragen diskutieren: Wie können wir diese Regeln vor dem Hintergrund der Probleme, mit denen wir es jetzt zu tun haben, neu adjustieren, und wie können wir die vorhandenen Regelwerke internationalisieren? Denn als nationaler Gesetzgeber würden wir uns überheben, wenn wir versuchen würden, diese Probleme allein zu lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich plädiere dafür, dass wir versuchen sollten, unser Modell der sozialen Marktwirtschaft bzw. zumindest seine Grundprinzipien in andere Länder und internationale Organisationen zu exportieren, um im Hinblick auf die Herausforderungen auf den Märkten ein etwas größeres Sicherheitsnetz zu schaffen. Insofern glaube ich, dass in dieser Krise auch eine Chance zu sehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich denke, heute diskutieren wir über die Herausforderungen der internationalen Finanzkrise unter wesentlich besseren Konditionen, als es zu Beginn der Amtszeit

dieser Bundesregierung möglich gewesen wäre. Wir haben ein deutlich größeres Wirtschaftswachstum als in den Jahren zuvor. Wir haben eine deutliche Besserung am Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Wir haben eine viel entspanntere Haushaltssituation, wenngleich sie noch nicht in Ordnung ist. Und unsere Wirtschaft befindet sich in struktureller Hinsicht in einer deutlich besseren Verfassung, als es früher der Fall war.

Man muss sich einmal die Frage stellen, was geschehen wäre, wenn uns eine solche Krise im Jahre 2005 ereilt hätte, als die Konditionen unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktverfassung noch anders aussahen. Ich glaube, die Probleme und die Auswirkungen im Lande wären wesentlich größer gewesen. An dieser Stelle sind wir ein Stück weit besser geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte auch ausdrücklich unterstreichen, dass wir nicht erst nach Auftreten der Krise damit begonnen haben, über die Krise zu diskutieren, sondern dass wir vorher gehandelt haben. Die Tagung in Heiligendamm und die Vorbereitungen dafür lagen vor Beginn der Krise. Wenn wir uns das Hauptphänomen der Krise anschauen, dann stellen wir fest, dass es eine Vertrauenskrise zwischen den Akteuren ist. Deshalb muss man sich die Frage stellen, wie man neues Vertrauen erzeugen kann. Das kann man durch Offenheit und Transparenz erreichen. Deshalb ist der Ansatz, für mehr Transparenz in den Märkten zu werben – das war der Ansatz der Bundesregierung, Herr Finanzminister und Frau Bundeskanzlerin –, die zentrale Aussage, um neues Vertrauen in den Märkten zu erzeugen und damit die Akteure wieder handlungsfähig zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Ich hoffe, dass durch diese Krise auch die Chance eröffnet wird, die Reserviertheit, die wir in Großbritannien und den USA damals verspürt haben, ein wenig zu verringern, damit wir damit vorankommen, das, womit damals begonnen wurde, dauerhaft zu implementieren und damit mehr Transparenz und Vertrauen zu erreichen.

Ich will ausdrücklich sagen: Finanzmärkte sind für sich genommen nichts Böses. Sie tragen wesentlich zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei: zum einen direkt über diejenigen, die dort beschäftigt sind – wir reden immerhin über 1,5 Millionen Menschen in Deutschland, die in diesem Sektor beschäftigt sind; diese Arbeitsplätze und den Anteil am Bruttoinlandsprodukt können wir nicht einfach wegdiskutieren –, und zum anderen natürlich, indem dadurch Geschäfte in der Realwirtschaft möglich sind und sich finanzieren lassen. Deshalb brauchen wir die Finanzmärkte, aber wir müssen aufpassen, dass diese Finanzmärkte dauerhaft, nachhaltig und funktionsfähig sind. Darüber müssen wir diskutieren – und nicht gegen die Finanzmärkte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine Reihe von Schwächen sind erkennbar geworden.

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen: Es gäbe das Problem mit der IKB nicht in dieser Weise, wenn Basel II bei uns in Deutschland nicht erst zum 1. Januar 2008

umgesetzt worden wäre; denn das, was bei der IKB gemacht wurde und keinen Niederschlag in der Bilanz gefunden hat, wäre nicht möglich gewesen, wenn Basel II schon gegolten hätte. Wir müssen uns dabei auch einmal selbst fragen, ob wir dafür nicht ein paar Tage zu lang gebraucht haben.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Vor diesem Hintergrund will ich aber auch sagen, dass es eine ganze Reihe von Akteuren gibt - insbesondere in den USA -, die Basel II immer noch nicht umgesetzt haben. Deshalb ist es dringend notwendig, dass darauf gedrungen wird, diese Regeln hinsichtlich der Anforderungen an das Eigenkapital umzusetzen und die Möglichkeit aufzuheben, etwas zu tun, was sich nicht in der Bilanz niederschlägt. Auch dafür müssen wir diesen Anlass direkt nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will die Rolle der Europäischen Zentralbank ansprechen. Ich glaube, dass dort richtigerweise eine Doppelstrategie verfolgt wird. Aus meiner Sicht blenden wir die Inflation gegenwärtig zu stark aus. Damit liegt auch eine weltweite Herausforderung vor uns, weil es sie nicht nur in einigen Ländern, sondern insgesamt - um den Globus herum - gibt und weil sie nicht mehr über niedrige Lohnangebote in einigen Entwicklungs- oder Schwellenländern bekämpft wird. Deshalb werden wir uns mit der Herausforderung Inflation beschäftigen müssen. Es ist hochgradig gefährlich, das Ziel der Inflationsbekämpfung in der Krise aufzugeben.

Ich möchte ausdrücklich hervorheben: Die Europäische Zentralbank tut das nicht.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Sie versucht, die Inflation zu bekämpfen und die Märkte gleichzeitig mit der notwendigen Liquidität zu versorgen. Diese Doppelstrategie - beide Ziele im Auge zu haben und zu verfolgen - ist zu loben. Deshalb unterstützen wir diese Strategie unserer Zentralbank ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Wir möchten uns auch herzlich für den Rat und die Unterstützung unserer beiden Aufsichtsinstitutionen - Notenbank und BaFin - bedanken. Man kann sehr wohl die Frage stellen, ob dort im Detail alles richtig gemacht wird. Meine Erfahrung ist: In dieser Krisensituation waren sowohl der Rat als auch die Handlungsfähigkeit wertvoll. Dadurch wurde geholfen, die eine oder andere Verschlimmerung der Krise zu vermeiden. Das sollte man bei aller Kritik, die an der einen oder anderen Stelle vorgetragen wird, auch einmal positiv hervorheben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lieber Kollege Solms, ich schätze Sie im Finanzausschuss sehr als Finanzfachmann. Ich rate aber sehr wohl dazu, die Frage zu stellen, wie die Rolle der KfW in Deutschland in Zukunft aussehen wird. Was ist die Aufgabe der KfW? Beschränkt sie sich auf das Fördergeschäft, oder gibt es noch weitere Aufgaben?

Wir müssen auch die Frage stellen, unter welchem



Aufsichtsregime die Aufgaben nach dem Kreditwesengesetz wahrgenommen werden. Wir müssen auch fragen, ob die derzeitigen Regelungen im KfW-Gesetz dem entsprechen, was wir als künftige Rolle der KfW sehen. Das ist aus meiner Sicht wichtig und richtig, und wir sollten es in Ruhe bedenken. Weil daraus neue Erkenntnisse erwachsen, wird es Veränderungen geben müssen.

Ich rate aber dringend dazu, nicht so zu tun, als hätten die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen nur mit der KfW zu tun. Wir werden dem Thema nicht gerecht, wenn wir es nur auf diesen einzelnen Punkt verengen. Ich bitte deshalb darum, dass wir die Aufgaben lösen, uns aber gleichzeitig auch darum kümmern, wie wir die Finanzkrise insgesamt vernünftig aufarbeiten können.

Ich bin der Meinung - darin teile ich ausdrücklich die Position von Herrn Steinbrück -, dass uns die Auswirkungen auf das Einlagensicherungssystem, auf andere Banken, die dort Einlagen hatten, und auf die Finanzierung der Realwirtschaft deutlich mehr Steuergelder für die Rettungsaktion gekostet hätten, wenn wir die IKB nicht in der jetzigen Form erhalten hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist in der Gesamtabwägung vielleicht ein einzelner Detailschritt kritikfähig, aber die gesamte Richtung ist aus meiner Sicht ausdrücklich zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Thema Landesbanken ist bereits angesprochen worden. Ich glaube, dass es für die Zukunft dringend notwendig ist, nachhaltige und tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln, und dass es dazu anderer Strukturen bedarf. Ich rate aber dazu, dass wir als Bundestagsabgeordnete und als Bund diesen Prozess dort, wo wir gefordert sind, wohlwollend begleiten und unterstützen.

Ich weise aber darauf hin, dass diese Institute keine Bundesbanken, sondern Landesbanken sind. Deshalb sollten bitteschön zunächst einmal die Eigentümer ihre Verantwortung wahrnehmen, bevor wir Fragen und Probleme diskutieren, für deren Lösung wir gar nicht direkt zuständig sind, sondern bei denen wir höchstens Hilfestellung leisten können. Insofern sollten wir unsere Rolle an dieser Stelle richtig verstehen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Aber nicht so! Aber nicht finanziell!)

- Dieser Zwischenruf mag ein guter Beitrag zum bayerischen Landtagswahlkampf sein. Ob er uns in der Krise hilft, bezweifle ich.

Ich will noch einmal die Frage der Bankenaufsicht aufgreifen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir eine engere Zusammenarbeit der nationalen Aufseher brauchen. An der Stelle müssen auch Vorkehrungen für Krisensituationen getroffen werden. Wenn freitagnachmittags eine Krisensituation eintritt, dann geht es nicht an, dass man erst montagmorgens beginnt, zu recherchieren, wer die zuständigen Gesprächspartner sind. Es muss Pläne geben, wie man in solchen Krisenfällen vorzugehen hat.

Es sind auch Überlegungen notwendig - darin unterstütze ich Herrn Steinbrück ausdrücklich -, welche Rolle die Europäische Zentralbank in der Finanzaufsicht auf

europäischer Ebene spielen kann. Auch diese Aufgabe müssen wir lösen.

Ich unterstütze für meine Fraktion ausdrücklich, dass wir beim Rating verbindliche Spielregeln brauchen. Es geht nicht an, dass jemand Produkte kreierte und gleichzeitig in diesem Bereich die Bewertungen vornimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht akzeptabel. Deswegen brauchen wir verbindliche und überwachbare Kontrollmechanismen.

Ich teile auch ausdrücklich die Auffassung in der Frage der Eigenkapitalunterlegung: Es kann nicht sein, dass Finanzprodukte risikofrei gehandelt werden können.

Notwendig ist vielmehr eine Eigenkapitalunterlegung, durch die derjenige, der Finanzprodukte auf den Markt bringt, ein Eigenrisiko trägt.

Insofern hoffe ich, dass wir heute die Chance nutzen, unser System nicht kleinzureden. Wir sollten vielmehr die Chance nutzen, die in dieser Krise liegt, Erkenntnisse zu gewinnen, um die Märkte für die Zukunft weiter zu stabilisieren. Ich würde mich freuen, wenn auch diese Debatte dazu einen Beitrag leisten würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist Oskar Lafontaine für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass mit dem Wort „Finanzmarktkrise“ die Krise, über die wir heute reden, nicht ausreichend beschrieben ist. Nach unserer Auffassung geht es nicht um eine ökonomische Krise, sondern um eine Krise der geistigen und moralischen Orientierung der westlichen Industriegesellschaften.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Um verständlich zu machen, was ich damit meine, will ich zuerst darlegen, wie das Ganze begonnen hat und wie vor einigen Jahren die Auffassung der großen Mehrheit derjenigen, die an der Diskussion teilgenommen haben, war. Im Jahre 1996 hat der Bundesbankpräsident Tietmeyer vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos gesprochen. Dort sagte er, gerichtet an die Politiker und Wirtschaftsführer, die dort versammelt waren: Meine Herren, Sie alle sind jetzt der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte unterworfen. – Wenn heute ein Bundesbankpräsident so etwas sagte, würde er wahrscheinlich gleich in eine Heilanstalt eingeliefert werden. Aber damals wurde diese Aussage mit großem Beifall von allen Versammelten aufgenommen. Sie fand auch großen Anklang in der deutschen Öffentlichkeit. Man sieht: Die damalige Überzeugung und Auffassung war tatsächlich, dass die internationalen Finanzmärkte alles richtig regeln, dass sie die richtigen Findungsprozesse in Gang setzen werden, während die Politik nichts anderes zu tun hat, als diesen Findungsprozessen Rechnung zu tragen und ihnen zu folgen.

Wer ein Zeugnis von einem relativ kritischen Politiker von der linken Seite haben will, dem möchte ich Joschka

Fischer zitieren, der in den damaligen Auseinandersetzungen gesagt hat: Ihr glaubt doch wohl nicht, dass ihr Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen könnt! - Wenn Sie nur diese zwei Aussagen als Beispiel nehmen, dann stellen Sie fest, in welchem Ausmaß man sich damals geirrt hat und wie sehr die Fehlorientierung der Politik durch die internationalen Finanzmärkte erzwungen wurde. Für uns war dies ein Prozess, den ich wie folgt beschreiben möchte: Das war eine Verabschiedung von der Demokratie und vom Sozialstaat. Die Folgen tragen wir alle heute.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn ich von der Verabschiedung von der Demokratie durch die internationalen Finanzmärkte spreche, dann will ich auf die Definition der Demokratie zurückkommen, die entscheidend ist, um das beurteilen zu können. Demokratie ist nicht nur ein formaler Prozess. Viele glauben, es sei Demokratie, wenn man regelmäßig zur Wahlurne gehen könne. Ich wiederhole, dass die klassische Definition der Demokratie von den Ergebnissen her kam. Wir bezeichnen eine gesellschaftliche Ordnung dann als demokratisch, wenn die Entscheidungen so getroffen werden, dass die Interessen der Mehrheit bei den Entscheidungen berücksichtigt werden. Genau dies ist nicht eingetreten, sondern das glatte Gegenteil. Deshalb ist die Demokratie nachweislich verabschiedet worden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das glatte Gegenteil besteht in dem, was Sie, Herr Bundesfinanzminister, offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, nämlich dass die Reallöhne, die Renten und die sozialen Leistungen - das ist ein einmaliger Vorgang - trotz einer wachsenden Wirtschaft und der Prozesse, die ich hier nur kurz ansprechen kann, fallen. Genau das ist eingetreten. Inhaltlich wird die große Mehrheit der Menschen nicht mehr an der wachsenden Wirtschaft beteiligt. Wir haben aufgrund des Regimes der internationalen Finanzmärkte keine soziale Marktwirtschaft mehr.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Dummes Zeug!)

- Jemand hat gerade „dummes Zeug“ dazwischengerufen.

Am Schluss seiner Ausführungen hat der Bundesfinanzminister genau das, was ich beschrieben habe, gesagt. Das sei seine Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft. Wenn das aber seine Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft ist, dann müsste er zumindest zur Kenntnis nehmen, dass es ihm bisher nicht gelungen ist, diese zu realisieren.

Nun stellt sich die Frage, wie man die geistig-moralische Umorientierung der Gesellschaft - das ist immer ein ganz schwieriger Prozess - überhaupt in Gang setzen kann. Niemand wird darauf eine Antwort geben können, die weiter trägt als von hier bis zur nächsten Festveranstaltung. Aber im Grunde genommen muss man zuerst die Frage aufwerfen: Ist beispielsweise die Forderung nach Transparenz geeignet, den Prozessen zu begegnen? Ich sage: Transparenz hat nur dann einen Sinn, wenn aus

ihr irgendwelche Konsequenzen abgeleitet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn man feststellt, dass alles ganz schlimm sei, dann mag Transparenz herrschen. Aber dann macht Transparenz keinen Sinn. Man muss auch nicht die großartigen Finanzinnovationen verstehen, um zu erkennen, was eigentlich los war.

Ganz zum Schluss haben Sie leise etwas zu den Renditeerwartungen gesagt. Aber wir alle wussten seit vielen

Jahren das, was fast täglich auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen stand: Wir, der Betrieb oder die Bank, wollen eine Kapitalrendite von 25 Prozent. – Sie haben das jetzt als schizophren bezeichnet. Herr Bundesfinanzminister, Sie hätten früher sagen müssen: Das ist verrückt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das einfache Beherrschen der Prozentrechnung hätte zu der Überlegung führen können, dass dann, wenn der ganze Kuchen nur um 2 bis 3 Prozent größer wird, nicht manche Kuchenstücke um 25 Prozent größer werden können. –

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dies ist das, was ich als geistig-moralische Dimension bezeichne und was hier eben sichtbar geworden ist. Dass man eine Elite hatte, die völlig durchdrehte, kann man sich an folgendem Beispiel klarmachen: Stellen Sie sich vor, ein älterer Mann oder eine ältere Frau wäre zu einer Bank oder Sparkasse gegangen, hätte gesagt, er bzw. sie habe 2 000, 3 000 Euro gespart und wolle jetzt 25 Prozent Zinsen. Die Bankangestellten hätten einen Knopf gedrückt und irgendeinen hilfreichen Geist aus dem Hause gebeten, diesem Mann bzw. dieser Frau zu helfen, weil er bzw. sie geistig verwirrt sei und nach Hause oder in ein Altersheim gebracht werden müsse. Wenn aber Herr Ackermann oder sonst jemand so etwas sagt, dann wird Beifall gespendet. Dies ist Ausdruck der moralischen Verwerfung unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Diese Verwerfung ist aber nicht nur festzustellen, sondern sie hatte auch erhebliche Implikationen für die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren. Die

gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren habe ich doch beschrieben. Was bedeutete denn die Aussage „Sie sind alle der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte unterworfen, und wir haben keine Möglichkeit, irgendetwas dagegen zu tun“? Es wurde doch auch hier in diesem Parlament immer wieder gesagt: Wer nicht so oder so handelt, den bestrafen die Märkte. – Man müsste einmal googlen, um herauszufinden, wie viele von Ihnen oder wie viele frühere Kolleginnen und Kollegen immer wieder gesagt haben: Wer nicht Sozialabbau betreibt, den bestrafen die internationalen Finanzmärkte. – Das war die ständige Rede in vielen Parlamenten, auch im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Deshalb gibt es nicht nur Folgen für die Sicherheit

der Einlagen der Bankkundinnen und Bankkunden - ich will gar nicht von der Immobilienentwicklung sprechen, übrigens auch der hier in Berlin -, von denen hier gesprochen wird; vielmehr sind die Hauptbetroffenen die Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und die Empfänger sozialer Leistungen, die aufgrund dieser Unterwerfung unter die internationalen Finanzmärkte mit fallenden Löhnen, fallenden Renten und sinkenden sozialen Leistungen bezahlen müssen. Das ist der gesellschaftliche Zusammenhang.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dass Sie, Herr Bundesfinanzminister, immer noch keine Lehren daraus gezogen haben, haben Sie in Ihrer Haushaltsrede zu Protokoll gegeben. Dort reden Sie in einer Situation - man fasst es nicht -, in der der amerikanische Finanzminister - Sie haben das richtig dargestellt - 5 Prozent des Sozialproduktes einsetzen muss, um die Märkte zu stabilisieren, von einer weiter sinkenden Staatsquote. Man fasst es manchmal nicht!

(Lachen des Bundesministers Peer Steinbrück - Peer Steinbrück, Bundesminister: Doch! - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie nicht!)

- Das Lachen wird Ihnen noch vergehen, Herr Bundesfinanzminister. Sie werden sich mit dieser Prognose lächerlich machen. Das bitte ich zu Protokoll zu nehmen und dick zu unterstreichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Eine weiter sinkende Staatsquote - das ist die Sprache der internationalen Finanzmärkte, die Sie in Ihrer Haushaltsrede gebrauchten; denn deren Credo ist: Je weiter die Staatsquote sinkt, umso besser geht es den internationalen Finanzmärkten. -

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das haben Sie jetzt selbst zu Protokoll gegeben. Sie haben zu Protokoll gegeben, dass dann, wenn wir eine Staatsquote wie vor einigen Jahren hätten, die jährlichen Ausgaben 114 Milliarden Euro höher wären. Wissen Sie jetzt, warum wir andere Leistungen für Sozialhilfeempfänger haben, warum die Renten nicht steigen und warum wir keine Investitionen in die öffentliche Infrastruktur tätigen?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Genau diese fehlerhafte Philosophie ist die Ursache für diese schlimme Fehlentwicklung.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Wie war es in der DDR? Nichts gelernt!)

Das Hauptproblem ist aufgrund des Imperativs der internationalen Finanzmärkte die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme. Ich wiederhole hier: Private heißt berauben. Die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme hat dazu geführt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Rentnerinnen und Rentner erhebliche Verluste in Kauf nehmen müssen. Wie man auf so etwas stolz sein kann, entzieht sich unserer Kenntnis.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos] - Klaus-Peter  
Flosbach [CDU/CSU]: Reden Sie mal von den  
positiven Dingen! - Thomas Oppermann

[SPD]: Wer will die privatisieren?)

In dem gleichen Zuge hat man dann die Sicherheit, nach  
der jetzt wieder gerufen wird, nämlich die staatlich garantierte  
Rente immer mehr in Misskredit gebracht und  
erzählt: Nur dann, liebe Rentnerinnen und Rentner,  
wenn ihr den internationalen Finanzmärkten vertraut und  
wenn ihr euch privat versichert, werdet ihr die Kapitalrenditen  
haben, mit denen ihr euren Lebensabend gestalten  
könnt. - Das war doch die Philosophie, nach der hier  
die Rentengesetzgebung erfolgt ist. Sie wollen alles das  
heute nicht mehr wahrhaben, aber es ist eine Tatsache.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos] - Thomas

Oppermann [SPD]: Das haben wir gar nicht  
gemacht! Wovon reden Sie eigentlich?)

Wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, dann schauen Sie  
sich die Ergebnisse Ihrer Rentenformel an. Die Ergebnisse  
Ihrer Rentenformel werden wir hier immer wieder  
vortragen, bis Sie irgendwann einmal akzeptieren, dass  
die Ergebnisse zum Handeln zwingen. Die Ergebnisse  
der Rentenformel sind, dass jemand, der 1 000 Euro im  
Monat verdient, also im Niedriglohnsektor beschäftigt  
ist - dieser wird aufgrund der Unterwerfung unter die internationalen  
Finanzmärkte in Deutschland immer größer;

er ist mittlerweile der größte aller Industriestaaten -,  
eine Rentenerwartung von 400 Euro hat. Das ist eine  
Schande. Diese Rentenformel darf nicht bestehen bleiben,  
auch wegen der internationalen Finanzmärkte nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Der OECD-Durchschnitt ist nicht 400 Euro, sondern  
730 Euro. In unserem Nachbarstaat Dänemark, der auch  
auf diesem Globus liegt, also ebenfalls den Zwängen der  
Globalisierung unterworfen ist, sind es 1 200 Euro. Man  
muss das dreimal lesen. Man glaubt es ja gar nicht.

(Zuruf von der SPD)

- Der Zwischenruf war richtig. Lest es nach!

Die Frage ist, warum wir in Deutschland eine solche  
Sonderentwicklung haben. Immer mehr Menschen merken,  
dass das Unterwerfen unter die internationalen  
Finanzmärkte ein Fehler war. Sie, meine sehr geehrten  
Damen und Herren, werden dafür bei den nächsten Wahlen  
die Quittung bekommen. Warten Sie nur ab!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Dasselbe gilt natürlich auch für die Lohnentwicklung.

Sinkende Löhne bei steigendem Sozialprodukt,  
das gab es noch nie. Die Unterwerfung unter die internationalen  
Finanzmärkte mit dem Imperativ „Deregulierung,  
Flexibilisierung und Privatisierung“ führte dazu,  
dass die Löhne immer weiter ins Rutschen kamen. Wir  
haben jetzt Leiharbeit: Deregulierung. Wir haben jetzt  
befristete Arbeitsverträge: Deregulierung. Wir haben  
jetzt Minijobs und Midijobs: Deregulierung. Wir fummeln  
am Kündigungsschutz herum: Deregulierung. Wir  
fummeln an den Tarifverträgen herum: Deregulierung.  
Wir haben auch die Finanzmärkte dereguliert. Die Parole

der Zeit ist nicht mehr Deregulierung - der Irrglaube des Neoliberalismus -, sondern ein Staat, der reguliert, im Interesse der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das ist Kommunismus!)

- Ach Gott, wie erbärmlich! Ich muss das wiederholen. Hier schreit ein Kollege, Herr Hinsken, glaube ich, dazwischen, das sei Kommunismus. Gerade hat der Finanzminister doch gesagt, man müsse regulieren. Ja sitzt denn ein Kommunist auf der Regierungsbank?

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Die ganze Welt erkennt jetzt, dass Regulierung auf den internationalen Finanzmärkten notwendig ist, und Sie diffamieren oder diskreditieren die Forderung nach Regulierung als Kommunismus. Man fasst es wirklich nicht mehr.

Zu der Frage, was zu tun ist, möchte ich jetzt einige Punkte ansprechen.

Erstens zu einem Punkt, von dem Sie, Herr Bundesfinanzminister, nicht gesprochen haben. Wir sind der

Überzeugung - das möchte ich hier für meine Fraktion noch einmal erklären -, dass das Wechselkursregime heute völlig falsch ist, da es zu Spekulation verleitet, und dass daher ein seit 20 Jahren auf dem Tisch liegender Vorschlag aufgegriffen werden muss, nämlich die Stabilisierung der Wechselkurse der Leitwährungen, wozu mittlerweile auch die chinesische Währung gehört. Es geht um Zielzonen, die international bereits seit vielen Jahren gefordert werden. Der Nobelpreisträger Robert Mundell hat sie kürzlich in einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wieder gefordert. Solange Sie dazu nichts sagen, so lange werden Sie den ersten Einbruch nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-System nicht in Angriff nehmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das Zweite ist die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs. Das hatte der Herr Schmidt gemeint, Herr Bundesfinanzminister. Er hat schon vor 20 Jahren gesagt, dass man wie im Autoverkehr, wie im Schiffsverkehr und wie im internationalen Flugverkehr Regeln braucht. Oder nehmen Sie einen Spekulanten wie Soros, der gesagt hat: Wenn schon das Kapital in wenigen Monaten in eine kleine Volkswirtschaft hineinfließen kann - das war damals die Krise in Thailand -, dann muss man zumindest Ventile haben, damit das flüchtige Kapital nicht von einem Tag auf den anderen wieder abfließt und so die ganze Volkswirtschaft ruiniert. - Also, die Kontrolle des internationalen Kapitals ist die zweite Forderung, die ich hier vortragen möchte.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die dritte Forderung ist das Austrocknen der Steueroasen. Sie glauben doch nicht, dass Sie die Dinge in den Griff bekommen, dass Sie Ordnung in die internationalen Finanzmärkte bekommen, wenn sich viele Industriestaaten augenzwinkernd weiter Steueroasen halten, in denen Geld gewaschen wird und sich nicht versteuertes Geld immer mehr anhäuft.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zu begrüßen ist, dass jetzt endlich erkannt ist: Man muss die Ratingagenturen zumindest kontrollieren. Wir sagen: Die Ratingagenturen gehören in gesellschaftliche Verantwortung. So wie es nicht sinnvoll wäre, die Zulassung von Medikamenten der Pharmaindustrie zu überlassen, so wenig ist es sinnvoll, die Zulassung von Finanzprodukten der Finanzindustrie zu überlassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das ist eine unmögliche Vorgehensweise. Es ist anerkennenswert, dass man das jetzt wenigstens erkannt hat.

Natürlich brauchen wir internationale Regeln der Bankenaufsicht. Die sind schon seit Jahrzehnten in Arbeit.

Es sind einige Verbesserungen erreicht worden.

Aber sie haben offensichtlich nicht ausgereicht; sonst hätten wir die Fehlentwicklungen jetzt nicht. Solche Regeln haben nur dann Sinn, wenn sich alle daran halten; davon – das muss ich fairerweise sagen – war schon die Rede.

Kommen wir zu der eigenen Verantwortung. Es ist immer wunderbar, dass man auf die internationale Finanzregulierung zeigt und die eigene Verantwortung nicht gelten lassen will. Da kann ich den Redner der FDP unterstützen. Sie hätten einmal über Ihre eigene Verantwortung sprechen müssen. Ich möchte anführen, dass im Koalitionsvertrag genau das gefordert worden ist, was Sie hier kritisieren. Ich lese Ihnen einmal vor, was im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD unter dem Stichwort Finanzmarktpolitik steht:

Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden.

Wenn man beim Geldhandel schon von Produktinnovationen spricht, dann ist höchste Vorsicht geboten.

Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlagenklassen in Deutschland schaffen. Hierzu gehören ... der Ausbau des Verbriefungsmarktes ...

(Lachen bei der LINKEN)

Das ist genau der Schrott, der bei der IKB gehandelt wurde, wo auch noch ein Staatssekretär dabei saß. Sie haben es doch ermöglicht, dass dieser Schrott gehandelt wurde.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das steht hier im Koalitionsvertrag. Wieso sagen Sie dazu nichts? Sie stehen hier völlig mit in der Verantwortung. Dasselbe gilt natürlich für die Hedgefonds, die allerdings unter der Vorgängerregierung zugelassen worden sind. Nachdem Sie die Folgen von Hebelwirkungen erkannt haben, hätten Sie längst etwas unternehmen müssen, um dieses Treiben zu beenden, dass man sich zu 1 Euro 40 Euro hinzu leiht und damit Finanzmärkte oder ganze Unternehmen in Unordnung bringt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Warum haben Sie nichts unternommen? Es ist ja jetzt so passend, auf die USA zu zeigen und zu sagen, dort sei alles ganz schlimm gewesen. Nein, packen Sie sich an die eigene Nase; dann haben Sie genug in der Hand,



Herr Bundesfinanzminister! Stellen Sie sich einmal Ihrer eigenen Verantwortung!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Zuruf von der CDU/CSU: Das gilt auch für Sie, Herr Kollege!)

Was die Zweckgesellschaften angeht, ist es ja gut, dass über Basel irgendetwas gekommen ist. Sie saßen die ganze Zeit über dabei, vertreten durch Ihren Staatssekretär, als die Risiken in den Zweckgesellschaften versteckt worden sind. Machen Sie deswegen hier nicht den Clown, Herr Bundesfinanzminister. Sie tragen die Verantwortung für diese Fehlentwicklung und können nicht immer so tun, als säßen Sie zwar dabei, hätten aber keine Verantwortung. Ihr Name ist doch nicht Hase; so viel ich weiß, ist er immer noch Steinbrück.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stellen jetzt fest, dass die Formel von der Überlegenheit freier Märkte an die Wand gefahren wurde und dass wir jetzt nicht mehr der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte unterworfen sind, sondern dass die internationalen Finanzmärkte uns zwingen, aufgrund der Fehlentwicklungen Entscheidungen zu treffen, die kontraproduktiv sind und die wir gar nicht treffen wollten, weil sie mit großen Verlusten verbunden sind, deren Ausmaß noch niemand absehen kann. Wir haben jetzt gelernt, dass die Aussage, wir könnten nicht gegen die internationalen Finanzmärkte regieren, umgedreht werden muss: Wir müssen gegen die internationalen Finanzmärkte regieren, um endlich wieder Ordnung in das System zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Im Grunde genommen geht es bei dieser Fragestellung zunächst natürlich um die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte. In Bezug darauf ist eine Reihe von Entscheidungen der letzten Zeit richtig gewesen; nicht alle, aus Zeitgründen kann ich darauf nicht weiter eingehen. Das Thema, um das es hier geht, fasse ich in einem Satz zusammen: Es geht hier um die Wiederherstellung der Demokratie und des Sozialstaats.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der nächste Redner ist Ludwig Stiegler für die SPDFraktion. Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir jetzt diese Zelebration von Selbstgerechtigkeit erlebt haben, (Zurufe von der Linken: Oh!)

habe ich mir im Stillen gedacht: Oh, Oskar!

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Oh, Ludwig!)

Denn der Herr war einmal ein mächtiger Mann in dieser Republik: Bundesfinanzminister und Parteivorsitzender der SPD. Er hat damals schon Ansätze gehabt, sich um die internationalen Märkte zu kümmern, und auch erste robuste Gespräche geführt. Nachdem er nicht über Nacht zum Erfolg kam, ist er abgehauen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der Linken)

Peer Steinbrück hat an Max Weber erinnert. Max Weber hat einmal gesagt, Politik ist das Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Oskar Lafontaine hat damals geglaubt, es sei ein Soufflé. Als er dann auf Granit oder auf hartes Holz gestoßen ist, ist er geflüchtet. Der alte Cicero hätte gesagt: effugit, evasit, wie der alte Catilina, abgehauen. Aber hier jetzt selbstgerechte Reden halten! Er hätte der Sankt Michael eines guten Finanzsystems werden können. Stattdessen ist er der Luzifer der PDS geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wirklich schade; denn nur wenige hier in diesem Hause hatten jemals eine solche Chance wie er, in Regierungsverantwortung die Welt so zu korrigieren, wie es dem eigenen Weltbild entspricht. Dazu gehören aber Marathonqualitäten: Ausdauer, Geduld und die Fähigkeit, wieder aufzustehen, nachdem man, wie jetzt die Amerikaner, ganz gewaltig auf die Nase gefallen ist. Wer aus der Verantwortung, die er übernommen hat, flüchtet - Gysi ist übrigens vom selben Typ -, sollte anderen keine Predigten halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich stimmt es auch mich heiter, wenn ich sehe, wie hier in Deutschland manche Liberale in und außerhalb der FDP

(Joachim Poß [SPD]: Auch der Union! - Dr. Karl Addicks [FDP]: Mancher Huber!)

vom Deregulierer zum Regulierer werden, wie plötzlich die Bremser der Regulierung, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, vom Bremserhäuschen auf den Führerstand der Lokomotive drängen. Das erinnert mich direkt an Bond-Filme; das ist Bond-like. Es passt auch zu den Geschehnissen auf den Finanzmärkten, auf welcher abenteuerliche Weise hier versucht wird, sich an die Spitze zu setzen.

Es waren Gerhard Schröder, Hans Eichel, Peer Steinbrück, die letzte und die derzeitige Bundesregierung, die im internationalen Gespräch mit den Engländern und den Amerikanern auf die Probleme hingewiesen haben.

Nachdem Peer Steinbrück in der Haushaltsdebatte noch gemeint hat, ich hätte die Engländer vielleicht zu hart angegangen, habe ich mich gefreut, dass er mir heute ein Vorbild gegeben hat, wie heftig man auftreten und zugleich auf dem internationalen Parkett verkehren kann.

Das hielt ich schon für eine tolle Sache.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Marktteilnehmer haben versagt. Die Marktdisziplin war verschwunden.

Oskar Lafontaine hat wiederum nicht recht, wenn er sagt, Transparenz alleine würde nicht helfen. Vielmehr ist es so: Die Marktdisziplin hängt von der Transparenz ab. Wenn die Leute wissen, welche faulen Eier jemand im Nest hat, dann werden sie zögern, ihm noch Geld für den Kauf zusätzlicher fauler Eier zu geben. Deshalb ist Transparenz das Erste und das Notwendigste.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten)

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun zur Regulierung: Ich war mit dem Kollegen Poß seit etwa zehn Jahren jährlich bei der amerikanischen Community. Wenn ich mir überlege, was die uns erzählt haben! Wenn wir schüchtern und diplomatisch zurückhaltend Regulierungsprobleme angesprochen haben, dann wurde uns entgegnet: Alles sei bestens. Ich habe mir nun gestern Nacht die Anhörung von Paulson und Bernanke vor dem Senat angetan. Da sagte der Paulson plötzlich: Wir haben ein völlig überaltertes, kaputtes, mit vielen Löchern versehenes Regulierungssystem, das seiner Aufgabe nicht mehr gerecht geworden ist. Sie hatten aber damals die Macht, all dies zu vertuschen. Jetzt, nachdem sie auf die Nase gefallen sind, lassen sie endlich die Hosen herunter. Was man da sieht, ist nicht sehr schön.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Eingeständnisse sind hilfreich, wenn wir mit den Amerikanern darüber reden, in welcher Form die europäischen Banken, die in Amerika aktiv waren, an der Rettungsaktion, die da jetzt abläuft, beteiligt werden. Ich denke, eine Regierung, unter deren Augen sich die Subprime-Krise bis 2007 entwickeln konnte und die zugeschaut hat, wie Betrüger Kredite ausgegeben und dann gebündelt weiterverkauft haben, sollte darüber nachdenken, wie alle Marktteilnehmer in der Welt, die man so hinters Licht geführt hat, entschädigt werden können. Das wäre die richtige Antwort und nicht die Behauptung, es sei eine Gnade, dass die europäischen Banken mit Niederlassungen in Amerika an der Bewältigung der Krise teilhaben könnten.

Stichwort Ratingagenturen: Ich kann mich erinnern, welche Aufregung von gewisser Seite kam, als Joachim Poß und Jörg-Otto Spiller dieses Thema hier im Parlament zur Sprache gebracht haben, und wie viele sich als Schirmherren für die Ratingagenturen aufspielten. Jetzt ist endlich klar, dass diese Position unhaltbar ist.

Oskar Lafontaine hat die Verbriefung angegriffen. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass dies wieder so ein Irrtum ist. Eine anständige Verbriefung wie zum Beispiel der deutsche Pfandbrief oder die Standardisierung durch die TSI in Frankfurt, die es auf dem deutschen Bankenplatz gibt, ist ein Segen für die Finanzindustrie, weil die Menschen wissen, was sie einzahlen und zurückbekommen. Es geht also nicht um die Verbriefung als solche, sondern um betrügerische Aktivitäten im Umfeld der Verbriefung. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns Gedanken über ein deutsches Verbriefungsgesetz und eine DIN-Norm über die Verbriefung machen, damit wieder Vertrauen in die Märkte zurückkehrt.

(Beifall bei der SPD - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das Gesetz gibt es schon!)

Dieses Originate to distribute Model ist in der jetzigen Phase gescheitert. Es ist übrigens bereits 2007 gescheitert. Denn wer die Indizes betrachtet, stellt fest, dass erst die Vintage 2007 zu diesen Problemen geführt hat.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat die Bilanzierungsregeln nicht angesprochen. Ich denke,

auch um die Bilanzierungsregeln werden wir uns zu kümmern haben. Wenn die jetzige Situation unter dem Bilanzregime des soliden HGB erfolgt wäre, dann hätte die Beute in der Spitze nicht so groß und dann hätten die Abschreibungen in der Flaute nicht so groß sein können. Das jetzige sogenannte Fair Value Accounting ist weder fair noch beschreibt es einen Value. Es ist vielmehr das Ergebnis derer, die in Quartalen denken und schnelle Beute wegschaffen wollen. Darüber hinaus müssen wir uns darum kümmern, dass nicht private Standardsetzer die Buchführungsregeln bestimmen, sondern dass die Staaten da wieder ein maßgebliches Wort mitreden. Auch die Europäische Union darf sich ihre Bilanzregeln nicht von der Wall Street diktieren lassen, sondern muss eigene Bilanzregeln aufstellen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Stichwort Markt und Staat. Hier haben wir eben gelernt, dass all die Heldinnen und Helden, die in guten Zeiten keinen Staat sehen wollen, in schlechten Zeiten in die sicheren Häfen flüchten. Wenn bei ihnen die Angst die Gier verdrängt, dann kaufen sie Dollaranleihen, selbst wenn diese nur Promillesätze an Rendite abwerfen. Deshalb haben wir aufgrund dieser Krise das moralische Recht, dass wir eine klare Neuordnung auf den Märkten vornehmen. Schließlich hat bereits Kant gesagt, dass die Freiheit durch die Grenze definiert wird. Diesen Auftrag lassen wir uns nicht mehr nehmen. Uns steht in Amerika, in England und überall da, wo die Deregulierer gesiegt haben, nun ein Fenster der Gelegenheit offen; selbst unsere Liberalen und die Liberalen außerhalb der FDP sind regulierungsfremd geworden. Lasst uns dieses Fenster nutzen, damit wir zu Finanzmärkten kommen, die der Realwirtschaft und nicht der Spekulation dienen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun Fritz Kuhn für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorstellung, dass man ungezügelt Risiken eingehen kann, um persönliche Gewinne zu erzielen und volkswirtschaftliches Wachstum zu erzeugen, also dieses vermeintliche Perpetuum mobile einer finanzmarktgetriebenen Ökonomie unendlicher Renditen, ist gescheitert. Ich glaube, dass man das so nüchtern und klar sagen muss. Es ist natürlich nicht nur - das ist mir wichtig - ein technisches Problem von Regeln, sondern es ist auch ein moralisches und grundlegendes Problem von Gesellschaften, die sich dieser Vorstellung und Ideologie verschrieben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie in der Realökonomie einer Industriegesellschaft zum Beispiel im Industriebereich im langjährigen Schnitt Renditen zwischen 8 und 12 Prozent erreichen können, dann ist die Vorstellung, dass Sie auf den Finanzmärkten Renditen von 25 Prozent erreichen können, eine Illusion. Was geschehen wird, wenn man dies glaubt, ist, dass die Risiken zurückschlagen, und das haben

sie getan. Das eigentliche politische Problem besteht allerdings darin, dass die Risiken nicht bei denen zurückschlagen, die sie eingegangen sind - jedenfalls nicht in erster Linie -, sondern bei vielen Leuten, die mit den Risiken gar nichts zu tun hatten, zum Beispiel bei uns, den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen, die die Zeche zahlen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne einmal Zahlen, die die Dimension deutlich machen: Gerade wird in den Vereinten Nationen darüber diskutiert, dass zur Erreichung der Millennium Development Goals 70 Milliarden US-Dollar für ganz Afrika notwendig wären, also 10 Prozent von den 700 Milliarden US-Dollar, die jetzt zum Management der Finanzmarktkrise in den Vereinigten Staaten notwendig sind.

Ich glaube, dieses Verhältnis sagt alles: Wir bringen die 70 Milliarden US-Dollar für Afrika anscheinend nicht auf - jedenfalls ist man nicht gewillt -, aber die 700 Milliarden US-Dollar bringt man auf; man muss sie aufbringen, weil sonst alles zusammenbricht. Über dieses moralische Missverhältnis müssen wir in der Tat reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gescheitert ist eine neoliberale Konzeption einer Marktwirtschaft, die staatliche Regeln als Wachstumsbremsen versteht. Ich finde es übrigens interessant, dass sich zwei Parteien in Deutschland, nämlich die CDU und die FDP, anschicken, die nächste Regierung zu bilden, die sich genau dieser Ideologie immer verschrieben haben. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Früher war es, wenn es um Regeln oder gar Regulierungen für die Märkte ging, bei der CDU üblich, zu sagen, dies seien Fesseln für die Wirtschaft. Ich erinnere an eine Situation im Jahr 2001, als die Riester-Rente eingeführt wurde, und zwar mit strengen Kriterien - wir haben damals darüber gestritten - in Bezug auf Riesterfähige Produkte, weil wir verhindern wollten - das hat Lafontaine gerade vor lauter Aufregung übersehen -, dass das Geld der Leute, die für das Alter ansparen, in unregulierte, hochriskante Finanzanlagen gesteckt wird. Walter Riester hat damals Regeln und die entsprechende Zertifizierung gefordert, und wir haben das unterstützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damals hat Frau Merkel, die jetzige Bundeskanzlerin, die sich heute für Regulierungen einsetzt, im Bundestag gesagt:

Wir werden durch Ihre Reform ein bürokratisches Monstrum erleben mit einem zusätzlichen Zertifizierungsgesetz, mit Kriterien, von denen noch niemand weiß, wie sie erfüllt werden sollen, mit Fondsstrukturen, über die das „Wall Street Journal“ gestern nur einen einzigen Satz schreibt: „Die Ausgestaltung dieser Fonds geht in die total falsche Richtung.“ Das ist die Bewertung der internationalen Finanzwelt über das, was Sie hier vorgelegt haben. Das war Frau Merkel 2001: gegen den Versuch, privat für das Alter angespartes Geld in Deutschland durch klare Regulierung und Regeln zu schützen. Ich finde,

Frau Merkel, da sollten Sie einmal einen Irrtum eingestehen, denn da lagen Sie völlig falsch. Heute reden Sie von Regulierungen, wir haben sie schon damals notwendigerweise gefordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde aber, Herr Lafontaine, was Sie hier veranstaltet haben, ist ein starkes Stück. Sie werfen alles in einen Topf. Das ist übrigens das Grundscheema Ihrer politischen Rhetorik: Alles hängt mit allem zusammen, und deswegen muss alles in einen Topf.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen, weil die Finanzmärkte - da sind wir nicht auseinander - jetzt versagt haben, sind auch alle anderen sozialen Reformen einfach nicht richtig, und deswegen muss man sie alle einkassieren. Was hat denn, bitte schön, das Problem in unserem Rentensystem, das auch ein Demografieproblem ist, da der Altersaufbau der Gesellschaft die Rentensysteme in der Zukunft instabil macht, mit der Finanzmarktkrise zu tun? Es hat gar nichts damit zu tun!

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Na, na, na!)

Deswegen werden wir die private Säule der Alterssicherung in Deutschland nicht zurücknehmen, nur damit Sie Ihre billigen populistischen Reden halten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten SPD)

Wir haben in Bezug auf den demografischen Wandel - so der OECD-Bericht zur Rente, den Sie einmal zur Kenntnis nehmen müssten - in Deutschland viel erreicht; aber was wir noch nicht erreicht haben, ist eine Prävention gegen aufwachsende Altersarmut. Da muss man tatsächlich etwas tun. Die richtige Antwort wäre gewesen, sich die Frage zu stellen, mit welcher weiteren Rentenreform wir es schaffen können, Renten über das Grundsicherungsniveau aufzuwerten; denn es kann in der Tat nicht sein, dass jemand, der sein Leben lang voll erwerbstätig war, nur das Grundsicherungsniveau der Rente erreicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schui?

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Herr Kollege Kuhn, ist Ihnen Folgendes bekannt: Wenn man 25 Prozent Rendite einführt, dann steigt der Gewinnanteil am Volkseinkommen. Wenn der Gewinnanteil am Volkseinkommen steigt, muss notwendigerweise der Anteil sinken, der für soziale Zwecke ausgegeben wird, oder es müssen die Löhne sinken oder beides.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist so ein Quatsch! So einen Quatsch haben noch nicht einmal Sie gesagt, Herr Lafontaine!)

Infolgedessen muss man das eine mit dem anderen verbinden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Würden Sie mir da recht geben?

(Beifall bei der LINKEN)

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie können sich wieder setzen; Ihre Frage ist schön, aber sie hat mit meiner Rede und mit meiner Argumentation nichts zu tun.

(Lachen bei der LINKEN)

Deswegen werde ich darauf nicht weiter eingehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss natürlich die Frage stellen - da höre ich von Herrn Steinbrück überhaupt nichts -, wer für die Kosten, die im Zuge der Bewältigung der internationalen Finanzmarktkrise auf uns zukommen, eigentlich aufkommt.

Die Antwort „Es kann nur der Steuerzahler

sein“ - der Steuerzahler ist nämlich Leidtragender der Bankabschreibungen, weil dadurch die Steuereinnahmen des Staates zurückgehen - ist mir zu fatalistisch.

Deshalb sagen wir Grünen: Jetzt ist die Stunde der Einführung einer Börsenumsatzsteuer oder Finanzumsatzsteuer,

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abg.

Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

weil wir die Finanzspekulationen damit begrenzen können und weil wir damit ein geeignetes Finanzinstrumentarium für notwendige Maßnahmen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE

LINKE])

- Herr Dehm, für Ihr Leiden gibt es in jeder Apotheke ein Zäpfchen mit Baldrian zur Beruhigung. Ich glaube, die richtige Strategie für Sie wäre: Schicken Sie jemanden hin, oder gehen Sie selbst!

Es wird hier streitig darüber diskutiert, ob es Marktversagen oder Politikversagen ist. Ich finde diesen Streit, mit Verlaub gesagt, müßig. Marktversagen ist immer auch eine Form von Politikversagen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil in einer funktionierenden Marktwirtschaft die Politik die Aufgabe hat, den Rahmen so zu setzen, dass die Finanzmärkte nicht so leicht versagen können, wie dies heute der Fall ist.

Im Unterschied zu Herrn Lafontaine sagen wir: Da wir solide Finanzmärkte brauchen - ohne Finanzmärkte sind keine Investitionen möglich; dieser Aspekt kam bei Ihnen nicht vor und das scheint Ihnen schnurzpiegegal zu sein -, brauchen wir ein neues System klarer Regeln für diese Finanzmärkte, um ein Versagen, wie wir es jetzt erlebt haben, in der Zukunft ausschließen zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es kurz machen. Dazu gehören eine effektive Rahmenordnung für die Ratingagenturen, eine europäische Finanzkontrolle, die Unterlegung von Risiken bei Verbriefungen mit ausreichendem Eigenkapital sowie die aufsichtsrechtlich und handelsrechtlich adäquate Erfassung von Zweckgesellschaften, was heute noch nicht der Fall ist, und schließlich die Begrenzung der Anzahl der Aufsichtsratsmandate. Angesichts der Situation bei der KfW und bei anderen haben wir schon den Eindruck, dass zu einer Aufsichtsratskultur eine größere Qualifikation, ein besserer Überblick und mehr Zeit für die Ausübung des Mandates, als dies heute der Fall ist, gehören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat zwar wichtige Themen international auf die Tagesordnung gesetzt - Herr Steinbrück, das wollen wir nicht bestreiten -, aber mit Blick auf KfW, IKB und die Landesbanken muss man sagen, dass sie auf nationaler Ebene die Finanzkontrolle nicht richtig koordiniert hat. Angesichts der Tatsache, dass im Zusammenhang mit der IKB insgesamt 10,7 Milliarden Euro in den Sand gesetzt wurden, werden Sie, Herr Finanzminister, verstehen, dass meine Fraktion genau untersuchen will, woran dies lag, wer dafür die Verantwortung trägt und wie die Verantwortlichkeiten zwischen KfW, IKB, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, BaFin und Bundesbank hin- und hergeschoben worden sind. Denn es ist kein normaler Vorgang in einer Demokratie wie der unsrigen, dass einfach 10,7 Milliarden Euro in den Sand gesetzt werden und dann nur gesagt wird, dass dies Gegenstand einer Diskussion auf einem G-7-Treffen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, da der Leiter der Abteilung 7 Ihres Hauses Mitglied im Verwaltungsrat der BaFin und im Aufsichtsrat der IKB ist und er für die Rechtsaufsicht über die BaFin, die Bundesbank und die KfW zuständig ist - er bereitet auch die Sitzungen des Verwaltungsrates der KfW vor -, müssen wir uns fragen, ob da nicht eine systematische und organisierte Unverantwortlichkeit statt notwendiger Verantwortung vorliegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Obwohl die IKB ihre außerbilanzlichen Aktivitäten im Geschäftsbericht dargelegt hat, haben weder BaFin noch Bundesbank noch BMF das davon ausgehende Risikopotenzial adäquat eingeschätzt. Ich stelle die Frage, ob sich diese Bundesregierung unter Ihrer Verantwortung und auch unter der von Herrn Glos, der sich bei diesen Fragen immer verdrückt, der Verantwortung beim Beteiligungscontrolling überhaupt bewusst war. Diese Frage werden und müssen wir stellen. Wir hoffen darauf, dass die FDP sich besinnt und einem Untersuchungsausschuss zustimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zum Abschluss noch etwas zu der Rolle der Landesbanken sagen. Es ist völlig klar, dass wir nach der bayerischen Landtagswahl erneute Diskussionsrunden und wahrscheinlich auch die entsprechenden Finanzprobleme bei einigen Landesbanken, vor allem bei der bayerischen und bei der WestLB, erfahren werden. Ich finde, dass es notwendig ist, dass in diesen beiden Bundesländern dann die Verantwortung, zum Beispiel auch für unterlassene Reformen bei den Landesbanken, offen auf den Tisch gelegt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesbanken haben im Zusammenhang mit hoch spekulativen Finanzmarktprodukten ein viel zu großes Rad gedreht. Ich finde, dass dies klar auf den Tisch muss, weil darin Risiken, übrigens auch für die Sparkassenwelt, die jetzt zu Recht so gelobt worden ist, verborgen sind.

Ein oder zwei Landesbanken sind nach unserer Überzeugung für die Bundesrepublik Deutschland ausreichend.



Sie haben die Aufgabe, passgenaue Finanzprodukte zu entwickeln, sodass die dezentrale Struktur der Sparkassen ihnen im internationalen Finanzmarkt nicht zum Nachteil wird. Außerdem haben sie eine Zentralinstitutsfunktion sowie eine Refinanzierungsfunktion, und sie müssen gerade für den Mittelstand Währungsrisiken absichern können. Das entscheidende Problem, das wir haben, ist doch, dass mittelständische Unternehmen nicht ungeschützt in die Exporte und in die Globalisierung gehen können.

Die sächsische Landesregierung, Herr Finanzminister, hat sich bei der Aufklärung im Untersuchungsausschuss und während der Krise bei der sächsischen Landesbank darauf berufen, dass sie selbst nur die Rechtsaufsicht habe, aber die Fachaufsicht bei der BaFin und beim Bundesfinanzministerium liege. Diese Rechtsauffassung ist zwar umstritten, aber ich möchte schon die Frage stellen: Warum hat eigentlich, als die BaFin in der Kritik an der sächsischen Landesbank nicht weiterkam, niemand vom Bundesfinanzministerium eingegriffen und klargemacht, dass das Gebaren der sächsischen Landesbank nicht funktioniert?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Ich will damit sagen: Die Finanzmarktkontrolle in Deutschland ist insgesamt ein Problem, und deswegen erwarten wir als produktives Ergebnis eines Untersuchungsausschusses auch, dass danach ein klares Bild entsteht, wie die Instrumente zu schärfen sind und eine kluge Aufteilung der Finanzaufsicht in Deutschland stattfindet, die wir bislang nicht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist ein schwieriges Thema, es ist ein wichtiges Thema. Man darf durch die internationale Diskussion nicht von den Hausaufgaben ablenken, die man in Deutschland machen muss. Deswegen werden wir das Ganze untersuchen. Ich hoffe, die FDP kann sich noch dazu durchringen. Den Entwurf des Rechnungshofsberichts werden Sie inzwischen gelesen haben. Auch dieser macht deutlich, dass es ein Finanzaufsichtsproblem in Deutschland gab.

Deswegen sollte jetzt jeder an seiner Stelle die Hausaufgaben machen, und dann wird es in der Zukunft mit mehr Regeln eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft geben können, aber nicht – das sage ich Ihnen voraus –, wenn wir jetzt zwei Monate diskutieren. Dann interessiert dieses Thema niemanden mehr. Es ist ein Problem, das wir oft in Deutschland haben, dass die Themen hochgehüpft werden, und wenn es um neue Regeln geht, dann schwindet das Interesse. Arbeiten Sie deswegen alle daran mit, dass wir bessere Regeln bekommen, als wir sie in der Vergangenheit hatten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Diether Dehm von der Fraktion Die Linke.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Kuhn, Sie haben eben gesagt, es sei jetzt an der

Zeit, zur Devisenumsatzsteuer zu kommen. Das ist sicher richtig, aber Sie hatten diese Devisenumsatzsteuer - genannt Tobin-Tax, nach dem Nobelpreisträger James Tobin - vor Ihrer rot-grünen Koalition bereits gefordert, und Sie haben, als Sie in der Koalition waren, nicht das Mindeste dafür getan, dass eine solche Tobin-Tax, wie von SPD und Grünen vor der vorletzten Bundestagswahl gefordert, eingeführt und umgesetzt wird.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE] - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hätten wir die Tobin-Tax, wäre diese Krise nicht mit solcher Schwere über uns hereingebrochen. Es ist jetzt auch an der Zeit. Nachdem James Tobin die Devisenumsatzsteuer gefordert hat, wäre es aber schon damals und immer an der Zeit gewesen. Sie haben versagt und versuchen, mit wohlfeilen Phrasen darüber hinwegzutäuschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Kollege Kuhn, bitte.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich will es ganz kurz machen. Selbstverständlich haben wir in der Koalition über die Tobin-Tax, die es inzwischen übrigens in 25 Varianten in der internationalen Diskussion gibt, gesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

- Sie haben doch eine Frage gestellt, Herr Dehm.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich habe eine Kurzintervention gemacht!)

Haben Sie ein Cholerikerproblem, oder was ist hier los? Hören Sie doch zu. Kurzinterventionen haben doch nur einen Sinn, wenn einen auch die Gegenmeinung interessiert. Wir haben uns mit der Tobin-Tax beschäftigt. Ich will Ihnen aber eine Illusion nehmen: Zu glauben, mit der Einführung einer Börsenumsatzsteuer oder einer Tobin-Tax, egal nach welchem Modell, wäre die jetzige Finanzmarktkrise zu verhindern gewesen, ist einfach dummes Zeug und zeigt, dass Sie das Instrument, das Sie fordern, selbst überhaupt nicht verstehen. Sie sollten sich noch einmal darüber informieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD - Widerspruch bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Hans-Peter Friedrich, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was Sie, Herr Lafontaine, hier abgeliefert haben, war ein Beweis für Ihre große rhetorische Fähigkeit, mit der Sie die Wahrheit konsequent verbiegen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Weil sie Ihnen nicht passt!)

Sie haben vor allem bewiesen, dass Sie sich Ihrer Verantwortung entziehen und das hinterher verschleiern können. Ich finde es schäbig, dass Sie 1999 nach sechs Monaten Amtszeit aus dem Amt geflohen sind und gesagt haben: Das ist mir alles zu schwierig.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Wenn ihr Anstand hättet, würdet ihr reihenweise zurücktreten!)  
Ich will aber auch etwas Inhaltliches sagen. Die Sachverständigen sind sich heute einig, dass der Auslöser für die Finanzmarktkrise die seit 2003 in den USA betriebene Politik der niedrigen Zinsen ist. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie als Bundesfinanzminister damals in mindestens jeder zweiten Rede nach einer Politik des billigen Geldes gerufen haben. Sie haben gesagt: Die Zinsen müssen gesenkt werden. - Wären wir Ihnen gefolgt, wären wir heute arm dran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Oskar Lafontaine [DIE LINKE]:

Das stimmt! Das ist richtig, was Sie sagen!)

Die Finanzmarktkrise macht zwei Dinge deutlich:

Erstens. Finanzmärkte brauchen Spielregeln, um ihre dienende Funktion für die Marktwirtschaft zuverlässig ausfüllen zu können. Damit ist noch nicht gesagt, wer diese Spielregeln aufstellt. Damit ist auch noch nicht gesagt, wie flexibel diese Spielregeln sind. Damit ist nur gesagt, dass sie gelten müssen und eingehalten werden müssen.

Herr Kuhn, ich sage Ihnen eines: Völlig sinnlos ist es, die eigenen, die nationalen Akteure auf den Finanzmärkten mit Fesseln zu belegen, sodass sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Was wir in der Vergangenheit wollten und in der Gegenwart wollen, sind Spielregeln für den internationalen Bereich. Mit Basel II hat sozusagen eine Ausweitung auf die globalen Finanzmärkte begonnen. Wir wollen aber auch verhindern - das wollten wir in der Vergangenheit, das wollen wir in der Gegenwart und in der Zukunft -, dass unsere nationalen Finanzmarktakteure gegenüber den Wettbewerbern in anderen Ländern benachteiligt werden. Dazu stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich denke, wir sollten der Bundesbank bei der Frage, wer die Einhaltung der Spielregeln überwacht, eine besondere Bedeutung beimessen. Die Bundesbank hat in der schwierigen Situation der letzten zwölf Monate immer wieder bewiesen, dass sie die Dinge mit sehr viel Sachverstand und Expertise in den Griff bekommen kann. Ich denke, wir sollten unbedingt über eine Stärkung der Rolle der Bundesbank nachdenken.

Das Zweite, was die Finanzmarktkrise deutlich macht, ist, dass die deutsche Bankenlandschaft, die oft als renditeschwach, verstaubt und altmodisch verspottet wurde - der Minister hat das heute Morgen sehr deutlich ausgeführt -, viel besser ist als ihr Ruf. Sie trägt dazu bei, dass wir heute, in dieser schwierigen Situation, besser dastehen als andere Länder. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzmarktkrise aufgrund ihres Ausmaßes Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf die Konjunktur, auf die Situation in Deutschland insgesamt haben wird, und zwar in erster Linie über das Nachlassen der Nachfrage aus dem Ausland, also über den außenwirtschaftlichen Kanal. Denn diejenigen Immobilienbesitzer in den USA, in Spanien und in Großbritannien, die noch vor wenigen Monaten glaubten, sie seien reich, weil sie eine teure Immobilie haben, und

jetzt wissen, dass sie es nicht sind, fragen auch nicht deutsche Produkte nach. Insofern werden wir natürlich eine Nachfragedelle bekommen.

In dieser Situation ist es wichtig, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten drei Jahren, in der Zeit der Großen Koalition, gegen externe Schocks und gegen nachlassende Konjunktur widerstandsfähiger geworden ist.

Die Unternehmen haben zusammen mit den Arbeitnehmern ihre Hausaufgaben gemacht. Zum Teil waren schmerzhaft Anpassungsprozesse notwendig, die jetzt von der Linken genutzt werden, um gegen die Marktwirtschaft zu agitieren. Ich sage aber: Diese Anpassungsprozesse haben dazu beigetragen, dass die soziale Marktwirtschaft gestärkt wird und dass unsere Wirtschaft heute diesen Herausforderungen der internationalen Krise wettbewerbsfähig und stark begegnen kann.

Insgesamt hat die gute Ertragslage in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, die notwendig ist, bis heute verbessert wurde, dass eine gewisse Innenfinanzierung der Unternehmen möglich wird und dass sie weniger auf Kredite angewiesen sind als Unternehmen in Volkswirtschaften anderer Länder. Dennoch bleiben Kredite in einer Wirtschaft wichtig. Es ist erfreulich und erstaunlich zugleich, wie attraktiv die Kreditbedingungen für die Kreditnehmer trotz alledem in der aktuellen Situation geblieben sind. Der Grund ist - auch ich möchte das wiederholen, weil es wahr ist und nicht oft genug gesagt werden kann -, dass wir ein Sparkassen- und Genossenschaftssystem haben, das stabil und gesund ist und sich über Privateinlagen relativ leicht finanzieren kann. Die drei Säulen - private, öffentliche und genossenschaftliche Banken - haben sich auch in turbulenten Zeiten bewährt. Herr Minister, ich sage Ihnen unsere Unterstützung zu, wenn es darum geht, in Brüssel bei der Europäischen Kommission für diese drei Säulen der Stabilität unseres Finanzwesens zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das deutsche System der Universalbanken zeigt, dass in der Krise am Ende die Solidität entscheidend ist. Die Moden, die hin und wieder zu unsolidem Handeln verlocken mögen, wurden von dieser Bundesregierung in den letzten drei Jahren richtigerweise zurückgewiesen. Das gilt im Übrigen auch, wenn ich das sagen darf, für das deutsche Versicherungswesen. Die deutschen Versicherer haben traditionell einen Anlageanteil, der sehr wenig risikoreich ist. Insofern haben wir auch hier einen stabilen Anker für die Finanzsituation in Deutschland.

Dennoch hat die Eigenkapitalausstattung der deutschen Banken in den letzten Monaten gelitten. Mancher Banker in Deutschland hat sich von der Euphorie anstecken lassen und ist Risiken eingegangen, die er selber nicht überblickt. Aber auch hier gilt: In jeder Krise liegt eine Chance. Diese Finanzkrise bietet die Chance, dass sich Banken in Deutschland auf die heimischen Kreditmärkte besinnen, auf die Märkte, die man überblicken kann und denen die solide Substanz des deutschen Mittelstandes zugrunde liegt. Jeder von uns hat in seiner Praxis als Abgeordneter schon erlebt, dass deutsche Banken bzw. Kreditinstitute Mittelständlern Kredite verweigert

haben, weil sie nicht genügend Sicherheiten bieten konnten. Dieselben Kreditinstitute haben sich nicht abhalten lassen, internationale Finanzprodukte zu kaufen, deren Risiko sie aufgrund der Komplexität überhaupt nicht überblicken konnten. Der schnelle Gewinn auf den anonymen Finanzmärkten war verlockender als die mühsamen Kreditverhandlungen mit den mittelständischen Unternehmen. Das sollte Warnung und Lehre für unsere Banken in Deutschland sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Direktor des Instituts für Wirtschaft, Professor Michael Hüther, hat dazu am 19. September im Handelsblatt geschrieben:

Banken brauchen einen festen Anker im heimischen Markt, das klassische Geschäft mit Privatkunden und Unternehmen wird seine Bedeutung sichern. Jeweils steht das hohe Gut Vertrauen im Mittelpunkt, das eine Anonymisierung nur in Grenzen verträgt.

Ja, das Risiko einer Kreditgewährung im eigenen Umfeld ist erfassbar. Es ist besser erfassbar als die anonymen Risiken irgendwo jenseits des Atlantiks, die in irgendwelchen Verbriefungen gebündelt werden und deren Risiko überhaupt nicht mehr zuordenbar war. Es bleibt deswegen in der Krise die Hoffnung, dass die Banken an die Realwirtschaft in Deutschland wieder näher heranrücken und sich auf die Solidität und die Substanz des deutschen Mittelstandes besinnen. Eines ist klar: Kurzfristig mag man an den Finanzmärkten traumhafte und verlockende Gewinnchancen haben; aber langfristig zählt nur die Substanz dessen, was auf der Welt wirklich erwirtschaftet und erarbeitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Ludwig Stiegler [SPD]: Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums!)

Deswegen tun alle Akteure im Finanz- wie im Wirtschaftsbereich gut daran, zwischendurch immer wieder

einmal zu fragen: Wo ist eigentlich die Substanz all dessen, was sich da an Gewinnen und Erträgen aufbaut?

Hätte man die Frage „Wo ist die Substanz?“ schon 2000/2001 in der Dotcom-Krise gestellt, wären so manche Enttäuschung und so manches Desaster vielleicht ausgeblieben.

Je komplexer die Finanzinstrumente werden, umso mehr sind Aufklärung, Information und Vertrauen notwendig.

Dennoch: Jedes Kreditgeschäft ist ein Risikogeschäft, und es muss auch Kreditgeschäfte mit hohen Risiken

geben. Denken Sie an den jungen Mann, den Existenzgründer, der eine Geschäftsidee, eine Innovation, eine Erfindung hat, aber kein Geld, kein Eigenkapital.

Er muss jemanden finden, der das Risiko eingeht, ihm dieses Geld zu geben, mit der Aussicht, entweder mit ihm reich zu werden oder alles zu verlieren. Er findet nur dann jemanden, wenn der Betreffende in der Lage ist, dieses hohe Risiko in kleine Scheiben aufzuteilen und auf viele Schultern zu verteilen.

Deswegen sind innovative, moderne Finanzinstrumente an den Finanzmärkten notwendig, um Risiko zu streuen. Manches große Projekt ist nur realisierbar, wenn Risiken auf die Schultern vieler verteilt werden. Diese

Spielräume müssen wir den Finanzmärkten lassen. Ich sage das im Hinblick auf die Regulierungseuphorie, die jetzt als Reaktion auf die Deregulierungseuphorie, die wir vorher hatten - das Pendel schlägt sozusagen in die Gegenrichtung aus -, folgt.

Wir brauchen strengere Anforderungen an die Ratingagenturen, ohne Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es kann nicht sein, dass diejenigen, die Risiken beurteilen und Kategorien von Risiken bilden, auf die andere vertrauen, an den Finanzprodukten, die sie beurteilen sollen, selber mitverdienen; deswegen müssen wir die Interessenkonflikte, die sich bei den Ratingagenturen aufbauen, beseitigen. Das ist eines der wichtigen Themen. Aber täuschen wir uns nicht: Ein Kredit bleibt immer eine Frage von Risiko, von Vertrauen. Beide Kategorien, „Risiko“ und „Vertrauen“, können nicht durch Gesetze und nicht durch Verordnungen ersetzt werden. Auch darüber sollten wir uns im Klaren sein. Deswegen wäre es ein verheerender Fehler, wenn wir, wie das gefordert wird, staatlich autorisierte oder staatliche Ratingagenturen einrichten würden. Kein Mensch kann nämlich wirklich ernsthaft daran denken, dass wir mit solchen staatlichen Ratingagenturen, mit denen wir quasi ein Qualitätssiegel für Finanzprodukte schaffen würden, den Managern, den hochbezahlten Akteuren am Finanzmarkt, ihr Risiko und ihr Geschäft abnehmen. Dieses Risiko und dieses Geschäft müssen sie schon selber betreiben; denn dafür werden sie gut und hoch bezahlt.

Wir brauchen - auch das ist ein Appell vieler Sachverständiger in dieser Frage und in dieser Zeit - mehr Langfristorientierung an den Finanzmärkten. Das Wort „Nachhaltigkeit“ aus dem Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes muss, auch als Kategorie, noch mehr Eingang in die Finanz- und Wirtschaftspolitik finden.

Langfristiges Denken hat in Deutschland, sowohl im Wirtschafts- als auch im Finanzbereich, Tradition. Denken wir gemeinsam an den Mittelstand und die deutschen Familienunternehmen: Sie denken langfristig, sie denken über Generationen, sie denken nachhaltig. Sie sind der stabile Faktor in unserem wirtschaftlichen Geschehen. Ich appelliere an den Koalitionspartner, in diesem Zusammenhang bei der Diskussion um die Erbschaftsteuer (Ludwig Stiegler [SPD]: Mach keinen Wahlkampf! Ich habe mich auch zurückgehalten!)

diesen Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Krise ist nicht ausgestanden. Aber Deutschland, die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzakteure sind gut aufgestellt und können die Krise besser verkraften als andere. Es besteht wahrlich kein Grund zum Jubel, aber auch kein Grund zum Pessimismus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Rainer Brüderle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die dramatische

Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten hat gravierende Auswirkungen. Keiner kann sie abschließend bewerten. Niemand hat angesichts der komplizierten Lage einfache und perfekte Lösungen zur Hand.

Aber ganz so überraschend kam das alles nicht - außer für die Bundesregierung. Die internationale Finanzkrise musste erst deutliche Spuren in Deutschland hinterlassen, bevor auch der Finanzminister endlich aufgewacht ist. Als die Finanzmärkte beim G-7-Finanzministertreffen im Frühjahr letzten Jahres international zum politischen Thema wurden, war er auf Safari. Die Europäische Zentralbank hat seit über einem Jahr vor dieser Entwicklung gewarnt. Der Sachverständigenrat hat im letzten Jahr den Risiken auf dem Finanzmarkt ein ganzes Kapitel gewidmet. Nichts ist geschehen, um sich auf diese Risiken vorzubereiten.

Aber Sie haben auch schon als Landesminister im Kreditausschuss der WestLB nicht an den Sitzungen teilgenommen und sich für derartige Fragen nicht besonders engagiert. Im Zusammenhang mit der IKB-Krise ist die Beförderung Ihres Stellvertreters im Aufsichtsrat zum Staatssekretär bemerkenswert. Es wird nicht genügen, bei der KfW zwei Vorstände als Bauernopfer hinauszuerwerfen. Die KfW hat ein Strukturproblem. Die Struktur ist nicht stimmig. Sie muss geändert werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage hier nur: Wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis. Es ist fatal, wenn ein solches Institut anfängt, Banker zu spielen. Der Einkauf bei der IKB und die Führung dieser Bank kennzeichnen eine Misere, für die der Steuerzahler hart bezahlen muss. Der Unterschied zwischen der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der in Deutschland ist: In den Vereinigten Staaten wurde auf den Finanzmärkten ohne Schiedsrichter gespielt. In Deutschland haben die Schiedsrichter mitgespielt. Das ist das Fatale.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auffällig, wie die Marktstrukturen verteilt sind. Die Sparkassen haben einen Marktanteil von 50 Prozent und die Genossenschaftsbanken von 15 Prozent: Zwei Drittel der deutschen Banken sind also staatlich oder vergesellschaftet.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Gott sei Dank!)

- Dagegen habe ich nichts. Aber auffällig ist, dass bei den Landesbanken, die politisch determiniert sind - die Vorstände werden nicht nach Qualität, sondern nach der Farbenlehre rekrutiert - und deren Aufsichtsgremien politisch besetzt werden, der größte Mist geschehen ist. Es wurde gestern von Frau Professor Müller auf einer Tagung in der Humboldt-Universität gesagt, dass an den internationalen Finanzmärkten die Regel galt: If you can't sell it, sell it to the Landesbank. - Das ist eine traurige Entwicklung.

Die Konsequenz kann aber nicht sein, dass der Staat sich noch mehr in das Bankengeschäft einmischt. Die geniale Lösung der sozialen Marktwirtschaft ist, den Wettbewerb als Entmachtungsinstrument funktionsfähig zu halten. Es sind in der Tat keine entsprechenden Regeln geschaffen worden, und diejenigen, die es gibt, sind

nicht eingehalten worden. Grundlegende Prinzipien müssen beachtet werden. Schon einer der Gründungsväter, Walter Eucken, hat gewarnt, dass etwas schief läuft, wenn zwei Dinge eintreten: Kartellierung, sprich eine ungesunde Konzentration, und Punktualismus, also das, was die Amerikaner machen. Bei der einen Bank greifen sie ein, die andere lassen sie Konkurs gehen. Nach welchen Kriterien das geschieht, ist nicht nachvollziehbar. Bei Bear Stearns übernimmt man einen Notenbankkredit von 35 Milliarden Dollar, also auf gut Deutsch: Man druckt Geld. Die Lehman Brothers Bank lässt man in Konkurs gehen. Wer entscheidet das? Der heilige Priesterrat, der Senatsführer? Genau das ist der Verstoß gegen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Die Gegner der sozialen Marktwirtschaft von links außen wie von rechts außen wittern jetzt Morgenluft: Die Finanzmärkte sollen kontrolliert und Familienunternehmen verstaatlicht werden. – Ja, Kontrollen müssen sein, Regeln müssen verändert und auch strikter formuliert werden. Es kann aber kein Ersatz sein, die Dinge, statt sie der Marktentwicklung zu überlassen, durch neue staatliche Behörden zu gestalten. Das wäre genau die falsche Schlussfolgerung.

(Beifall bei der FDP)

Die soziale Marktwirtschaft verträgt viele rostige Nägel. Man kann aber auch so viele in sie hineinschütten, dass sie sich übergeben muss. Man muss die Grundstrukturen in Ordnung bringen. Das gilt nicht nur hier. Man muss sich auch fragen, ob die Verfassung in den Betrieben funktioniert, ob die Aufsichtsräte nicht zu groß sind bzw. ob sie in der Lage sind, ihre Funktionen auszuüben. Ich war immer für eine Begrenzung der Zahl der Mandate auf maximal fünf, wobei ein Aufsichtsratsvorsitz doppelt zählen sollte. Ich kenne niemanden, der nebenbei 20 Mandate wahrnehmen kann.

(Beifall bei der FDP)

Früher wurde die Zahl der Aufsichtsratsmandate durch die Lex Abs begrenzt. Bis heute hat die Häufung von Aufsichtsratsmandaten allerdings stark zugenommen. Funktioniert denn die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ja! Gute Frage!)

Stimmen die Verfassungen in den Betrieben? Ist das in Ordnung?

Wurde nicht auch in anderen Bereichen, etwa im Energiesektor, eine so große Konzentration zugelassen, dass man sagen kann: Auch hier funktioniert der Wettbewerb nicht richtig? Beispiele sind Eon Ruhrgas mit einem Marktanteil von mehr als 80 Prozent, und die Stromversorger, die quasi abgezielte Versorgungsgebiete haben. In all diesen Fällen handelt es sich um Verstöße gegen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Ich bin dafür, dass wir auch wieder über die Grundlagen von Wirtschaftsordnungen diskutieren. Diejenigen, die immer wieder nach Gutsherrenart eingreifen wollen, dürfen es nicht leicht haben. Denn solche Eingriffe sind die rostigen Nägel, von denen ich eben sprach. Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft müssen wieder mehr beachtet werden, damit sie funktioniert und damit die



Feinde der sozialen Marktwirtschaft nicht die Oberhand gewinnen. Marktwirtschaft ist allemal besser als Planwirtschaft. Wir dürfen nicht jeden Unsinn der deutschen Geschichte wiederholen!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist, dass jetzt auch die Politik Konsequenzen zieht. Wir müssen die Situation in Ordnung bringen. Der Staat muss sich aus den Landesbanken zurückziehen. Dort hat er nämlich nichts zu suchen. Sie haben kein Geschäftsmodell. (Joachim Poß [SPD]: Ihnen hat man heute wohl die falsche Platte eingesetzt!)

- Meine Platte ist richtig, Herr Poß. Sie haben das nur noch nicht genug inhaliert. Seien Sie doch einmal ehrlich! Auch Sie wissen doch, wie traurig die WestLB ist, weil sie das Geld des Steuerzahlers verbrannt hat. In Rheinland-Pfalz müssten Sie mir eigentlich ein Denkmal setzen. Denn die Landesbank Rheinland-Pfalz habe ich rechtzeitig verkauft. Sie hat sogar noch Geld eingebracht.

(Beifall bei der FDP)

Alle anderen Länder müssen jetzt Geld nachschießen. Sie müssen dafür zahlen, dass der eine oder andere, der Banker spielen wollte, unfähig war.

(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das lieber mal Herrn Rüttgers, aber nicht mir!)

Dafür müssen die Steuerzahler, die für die Steuergroschen hart arbeiten, zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Hier wurde Misswirtschaft betrieben. Es werden aber keine Konsequenzen gezogen. Ich frage mich manchmal: Wie viele Milliarden muss man in Deutschland eigentlich verdummbeuteln, bevor endlich Konsequenzen gezogen werden?

(Beifall bei der FDP - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit Rüttgers?)

Es gibt weitere Maßnahmen, die ergriffen werden müssen. Die Ratingagenturen müssen unabhängig sein. Wenn derjenige, der einen Test bestellt, dafür bezahlt, bekommt er das Ergebnis, das er bestellt hat. Ich frage Sie: Wer hat die Banker daran gehindert, selbst zu denken, anstatt mechanisch nach Ratings vorzugehen?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

In den Banken arbeiteten viele 30-Jährige - nichts gegen 30-Jährige! -, die nicht viel Lebenserfahrung hatten, die aber meinten, die Welt anhand von Computermodellen steuern zu können. Sie haben aber nur herumgespielt. Sie haben Casino gespielt. Die Vorstände der Banken haben sie spielen lassen, weil sich das lange Zeit rentiert hat. Es ist eine Frage des Formats der Führungspersönlichkeiten, wie sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Da sind übrigens auch viele Liberale dabei!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Kollege Brüderle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhn?

Rainer Brüderle (FDP):

Sehr gern; denn meine Redezeit ist fast abgelaufen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Brüderle, ich teile Ihre Auffassung zur rheinland-

pfälzischen Landesbank. Allerdings habe ich gerade vergessen, wie die Partei heißt, die in Nordrhein-Westfalen gegenwärtig mit der CDU koalitiert und dort etwas verändern könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Rainer Brüderle (FDP):

Lieber Herr Kuhn, auch Ihnen wird nicht entgangen sein, dass die Geschehnisse bei der WestLB, das Fehlverhalten und das Fehlsteuern, lange Zeit vor dem Antritt der neuen Landesregierung stattgefunden haben.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem, was sie vorgefunden hat, musste sie vernünftig umgehen. Die vorherigen Landesregierungen in NRW haben Industriepolitik gespielt und sich überall eingekauft. Das ging schief. Ich traue der neuen Landesregierung zu, dass sie dieses Problem bald löst und sich endlich aus der Umklammerung befreit; denn alle müssen drauflegen. Es wird kein Geld verdient, sondern es wird Geld verbrannt. Dieses Geld könnten wir für Bildung, für Schulen, für die Umwelt und viele andere Bereiche sinnvoll verwenden.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem müssten selbst Sie zustimmen, auch wenn Sie jetzt schreien, weil Sie das nicht verstehen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Die Partei, nach der ich gefragt habe, heißt übrigens „FDP“!

- Wir stellen nicht den Wirtschaftsminister in NRW, was sicherlich ein Fehler ist.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Aber den Zukunftsminister!) Zurück zu den Kernpositionen. Wir müssen diese Gelegenheit ergreifen, eine Systemdebatte zu führen, damit denjenigen, die, sich in einem Kostüm verbergend, etwas anderes wollen, das Handwerk gelegt wird. Die Schwachstellen müssen beseitigt werden, die Mechanismen müssen wieder wirken können, und die Grundprinzipien müssen wieder beachtet werden. Dann funktioniert das auch.

Alles andere wäre eine schlechtere Lösung. Haben wir den Mut, diese Debatte offensiv zu führen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Nina Hauer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nina Hauer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Brüderle, aufgrund Ihrer Regierungszugehörigkeit in Nordrhein-Westfalen hatten Sie drei Jahre lang Zeit, bei der WestLB aufzuräumen. Ich glaube, das ist Ihnen nicht mehr rechtzeitig eingefallen. Deswegen haben Sie sich hier vergaloppiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Carl-

Ludwig Thiele [FDP]: Wer ist von der SPD? -

Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Ich sehe schon, dass Opposition für Sie ein schwieriges Geschäft ist; denn sonst würden Sie hier ja nicht verzweifelt versuchen, eine Krise, die in den USA entstanden

ist und dort ihre Auswirkungen hat, der Bundesregierung in die Schuhe zu schieben. Sie erwecken damit bei den Menschen nicht nur den Eindruck, dass die Politik das alles hätte verhindern können, sondern Sie lenken damit auch vom Versagen und von Fehleinschätzungen der Bankmanager und einem Verhalten ab, mit dem ohne jedes Maß an Verantwortung Risiken eingegangen wurden.

(Beifall bei der SPD - Joachim Poß [SPD]:

Und von den eigenen Positionen! Die Könige des Neoliberalismus!)

Herr Minister, ich teile das, was Sie hier zu den Ratingagenturen gesagt haben. Man muss doch einmal sagen:

Wenn ich jemandem Geld leihe, dann lasse ich nicht nur die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kredits durch eine Ratingagentur berechnen, sondern dann prüfe ich doch auch, wem, in welchem Marktumfeld und für was ich ihm das Geld gebe. Deswegen ist ein Instrument wie das Votum einer Ratingagentur immer nur so gut wie der Manager, der dieses Instrument nutzt. Da das in diesem Fall nicht geprüft wurde, finde ich, dass man schon sagen muss, dass in dieser Branche ein komplettes Versagen vorliegt. Das ist dafür verantwortlich, dass wir jetzt in dieser Situation sind. Wir können froh sein, dass wir in Deutschland nicht in diesem Maße betroffen sind.

Der Minister hat ja einiges dazu gesagt: Das liegt an unserem Bankensystem und an unserem Wirtschaftssystem, aber auch daran, dass wir für mehr Transparenz und Verantwortung auf den internationalen Finanzmärkten in den letzten zehn Jahren sozialdemokratischer Verantwortung in diesem Ministerium einiges erreicht und auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Einige Voten und Beiträge der Opposition dazu sind mir noch gut in Erinnerung. Wir haben hier Basel II umgesetzt; dazu gab es ja eine internationale Vereinbarung.

Man sieht in den USA jetzt das Missverhältnis zwischen dem Risiko, der Eigenkapitalunterlegung und der Ertragslage.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die auch in der IKB getätigt worden sind, sind mit Basel II nicht ohne Weiteres möglich. Diese Regeln waren damals aber noch nicht in Kraft. Es hat offensichtlich auch einen Hintergrund, dass sich die USA bisher geweigert haben, Basel II in ihre nationale Gesetzgebung zu implementieren.

Die PDS hat sich damals übrigens enthalten. Ihnen geht ja immer alles nicht weit genug. Damit haben Sie aber nicht viel zu mehr Sicherheit, Stabilität und Transparenz auf den Finanzmärkten beigetragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gar

nichts! - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE

LINKE]: Wenn Sie unsere Vorschläge nicht

zur Kenntnis nehmen, dann tut es mir leid!)

Ich erinnere einmal an die Umsetzung der Transparenzrichtlinie, mit der die Meldepflicht für Stimmrechte

ab einer Schwelle von 3 Prozent eingeführt wurde. Seit der Übernahme von Continental durch die Schaeffler-Gruppe ist es in der FDP diesbezüglich ruhig geworden.

Sie waren damals dagegen und haben gesagt, 3 Prozent seien zu wenig. Heute sehen wir, dass wir mit 3 Prozent

schon gut gefahren wären. Nachdem später das Risikobegrenzungsgesetz hinzugekommen ist, wäre eine solche Übernahme zwar auch noch möglich gewesen, aber sie wäre viel früher deutlich geworden. Dadurch wäre dem Zielunternehmen die Chance gegeben worden, sich entsprechend dazu zu verhalten.

Die Berichtspflichten für börsenorientierte Unternehmen haben wir durch die Umsetzung der Transparenzrichtlinie ebenfalls eingeführt. Diese gibt es in den USA zwar auch, aber nicht in dem Maße, wie es sie nach der Umsetzung der europäischen Richtlinie hier in Deutschland gibt.

Durch das Risikobegrenzungsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass Aktien und vergleichbare Positionen hinsichtlich der Meldeschwellen zusammengerechnet werden.

Das heißt, wenn dieses Gesetz schon früher in Kraft getreten wäre, dann wäre das, was die Schaeffler-Gruppe geplant hatte, klarer erkennbar gewesen. Das gilt auch für Fälle in der Zukunft. Das „acting in concert“ - also Absprachen zum gemeinsamen Vorgehen von Aktionären - wird transparenter. Verbotene Absprachen werden leichter nachweisbar. Die FDP hat im Ausschuss mit der Begründung dagegen gestimmt, dass neue Transparenzregelungen zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vom Finanzmarkt verkraftet würden.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Jetzt hört's auf! - Joachim Poß [SPD]: Brandstifter geriert sich als Biedermann!)

Dann sollten Sie aber jetzt nicht behaupten, dass der deutsche Gesetzgeber für das, was in den USA angerichtet worden ist, irgendeine Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann hätten Sie sich an der Einführung von mehr Transparenz an den Finanzmärkten beteiligen müssen. Das hätte besser zu Ihrer Rolle gepasst.

Es ärgert mich, dass die Bürgerinnen und Bürger in den USA, die ihre Kredite nicht zurückzahlen können, in der Debatte keine Rolle spielen. Auch das wäre bei uns anders. Wir haben in den letzten Jahren einiges vorangebracht, damit sich auch private Anleger, die wenig Kapital am Finanzmarkt anlegen, darauf verlassen können, dass klare Regeln gelten. Ein Beispiel ist die Haftung für falsche Wertpapierprospekte. Produkte, deren Zinsen nach drei, vier Jahren ins Astronomische steigen, sind in Deutschland offenlegungspflichtig. Jeder, der in diese Produkte investiert, hätte das nachlesen können.

Wir haben über die Verbriefungen gesprochen. Die Verbriefungen können von vielen Mittelständlern als Ausweg genutzt werden, wenn sie von den Banken keine Kredite bekommen. Das betrifft übrigens nicht die Sparkassen, sondern vor allem die vornehmen Geschäftsbanken - ich komme ja aus der Nähe von Frankfurt -, die lieber Investmentgeschäfte gemacht haben, als kleinen Mittelständlern Geld zur Verfügung zu stellen. Die Verbriefungen waren eine Chance, diese Situation zu ändern. Deswegen haben wir das vorangetrieben. Es ist vorhin kritisiert worden, dass das im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dass das, was verbrieft wird - das gilt auch für das, was nicht in Aktien verbrieft wird -, offenlegungspflichtig ist und nicht am grauen Kapitalmarkt

untergeht, verdanken Sie den Aktivitäten dieser Bundesregierung. Damit sind wir, finde ich, für die kleinen Anleger auf unserem Finanzmarkt – nicht nur für die Banken – gut aufgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Beim Investmentmodernisierungsgesetz haben wir den Begriff des totalen Verlustes eingeführt, den es auf dem Finanzmarkt schon lange gibt. Das heißt, dass jemand, der in ein Hebelprodukt, ein synthetisches Produkt oder eine Option investiert, darüber informiert wird – je nach seiner finanziellen Leistungskraft oder auch seinen Kenntnissen des Finanzmarktes –, wann ein Totalverlust eintreten kann. Diese Regeln gelten in Europa. Wir haben sie auf unsere Situation in Deutschland zugeschnitten. Sie gelten nicht in den USA. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höll?

Nina Hauer (SPD):

Ja.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Kollegin Hauer, Sie haben eben die Verbriefung angesprochen. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Frage an Sie richten.

Es ist von vielen neuen Instrumenten die Rede, deren Einführung Sie für notwendig hielten. Ich zitiere aus einer Ihrer Reden, und zwar aus der vom 19. Mai 2006: Wir haben die Hedgefonds vor einigen Jahren in Deutschland zugelassen, weil wir deren Funktion für den Finanzmarkt kennen. Wir brauchen diese Fonds nicht nur im internationalen Vergleich und Wettbewerb, sondern auch, weil sie eine Rolle erfüllen, die kein anderes Finanzprodukt übernehmen kann.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Sie sind in der Lage, Währungsrisiken und Spekulationsrisiken aufzufangen ...

Ich glaube, wir wurden inzwischen eines Besseren belehrt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was die Verbriefung angeht, haben wir seit 2002 eine sehr rege Gesetzgebung. Aber wir sollten ehrlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass es erst durch die letzte KWG-Novelle möglich wurde, dass bei einem Übergang der Grundschuld der Kreditnehmer nicht einmal mehr informiert werden muss. Dass heute sogenannte faule Kredite – also aus irgendwelchen Gründen nicht mehr rechtzeitig bediente Kredite – von der Bank einfach weitergegeben und die Kreditnehmer nicht einmal mehr informiert werden, haben Sie zu verantworten. Auch das ist ein wesentlicher Bestandteil der Verbriefung, die Sie jetzt wieder loben.

(Beifall bei der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Wo ist eigentlich die Frage?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie wollten doch eigentlich eine Frage stellen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ob das

denn zutrifft!)

Nina Hauer (SPD):

Frau Höll, was in Ihrer Fraktion konsequent gelehrt wird, ist, dass das, was auf einem internationalen Markt zu kaufen ist, nicht vor unseren Grenzen haltmacht. Was wir aber tun können, ist, dafür zu sorgen, dass hier Regeln gelten, die nach unseren Kriterien aufgestellt werden. Dasselbe gilt auch für die Hedgefonds. Dass man als Privatanleger hier nicht in Hedgefonds investieren kann oder dass diese Fonds bestimmte Finanzierungsinstrumente nicht enthalten dürfen, haben Sie unserer Gesetzgebung zu verdanken. Im Übrigen gilt das auch für die Umsetzung der europäischen Richtlinie für Beratungsleistungen bei Finanzdienstleistungen insgesamt.

Wir haben diese zum Teil entsprechend unseren nationalen Gegebenheiten verändert. Aber Sie haben sich im Finanzausschuss enthalten. Sie verweigern sich konsequent und tun so, als ob man das, was es auf den internationalen Finanzmärkten gibt, fernhalten könnte. Sie haben nicht den Mumm, zu sagen: Wenn es das schon gibt, dann soll das hier in Deutschland nach unseren Regeln funktionieren. In diesem Zusammenhang sind die Beispiele zu sehen, die Sie genannt haben.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wie war das mit den Hedgefonds?)

- Das habe ich eben gesagt. Sie müssen zuhören! Ähnlich war es bei der Finanzaufsicht. Wir haben nun eine Allfinanzaufsicht in Deutschland. Das war damals ein großer Schritt. Für manche ist dabei das Abendland fast untergegangen. Aber es war richtig, die unterschiedlichen Aufsichtsgremien zusammenzuschließen.

Wir haben in regelmäßigen Abständen die Aufsicht den Anforderungen der Finanzmärkte angepasst. Sie haben sich daran nicht beteiligt. Ich finde, dass wir heute eine Aufsicht haben, die den Herausforderungen gewachsen ist und in der Lage ist, die vorhandenen Risiken einzuschätzen. Dem sind parlamentarische Prozesse vorausgegangen, die noch nicht zu Ende sind; denn wir sehen, wie innovativ und schnell die Finanzmärkte voranschreiten. Aber wir müssen uns nicht von anderen, erst recht nicht von der Opposition, sagen lassen, dass unsere Aufsicht in den zur Rede stehenden Fällen versagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion sage ich, dass wir vielen Vorschlägen zur Deregulierung der Finanzmärkte in den letzten Jahren widerstanden haben. Wir haben vielen von Verbänden geäußerten Einwänden - die Aufsicht werde den Markt kaputt machen, oder die BaFin verursache eine Kreditklemme - widerstanden. Wir hatten dabei wenig Unterstützung von den Oppositionsfraktionen, die heute gern für sich in Anspruch nehmen, dass unser Finanzmarkt so robust aufgestellt ist.

(Joachim Poß [SPD]: Das war auch in der Koalition nicht immer einfach!)

Ich denke, dass wir einen Erfolg erzielt haben. Deutschland befindet sich aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise zwar in einer schwierigen Situation. Wir können aber den Anlegern auf den Finanzmärkten, gerade denjenigen, die geringe Einkommen haben, sagen: Sie müssen sich nicht beunruhigen. Sie haben ihr Geld dort

angelegt, wo Regeln gelten, die den Anleger schützen und die Finanzmärkte stabil halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Gerhard Schick, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Geschichte der Finanzmärkte anschaut, dann stellt man fest, dass es immer wieder große Krisen gab. Spekulationsblasen bauen sich auf. Dann, wenn sie platzen und die Vermögenswerte sinken, herrscht große Empörung. Alle reden plötzlich von Regulierung. Zwei Jahre später ist dann wieder Sendepause, und man hört dieselbe Argumentation wie zuvor.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Das können Sie an der Asien-Krise, der Krise des Hedgefonds Long Term Capital Management und dem Enron-Skandal beobachten. Die entscheidende Frage in der aktuellen Krise ist: Schaffen wir es diesmal, dass es anders wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Die Äußerungen aus den Regierungsfractionen waren leider etwas ernüchternd. Herr Friedrich hat sich wieder mit dem ganz zentralen Satz geäußert: Aber unseren eigenen Akteuren dürfen wir auf keinen Fall Fesseln anlegen. – Das entspricht der Argumentation in jedem anderen Land: Wir schützen unseren Finanzplatz, beteiligen uns deswegen nicht an internationalen Regeln und dürfen vor allem nicht Vorreiter sein, wenn es um eine Verbesserung der Regeln geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genau die Argumentation, mit der Sie in zwei Jahren wieder business as usual machen werden. Das, was aus früheren Reden von Frau Merkel zitiert worden ist, charakterisiert das Programm, das ansteht, wenn Schwarz-Gelb nach der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit erhält. Ich bin dankbar für diese Hinweise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, nach dem Willen der Union soll es nach der aktuellen Krise, wenn alle Aufregung vorbei ist, weitergehen wie bisher. Das ist nicht die Position von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen andere Finanzmärkte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch die spanische Aufsicht an! Sie hat es anders gemacht und ihren eigenen Akteuren einige Fesseln mehr angelegt. Das Bundesfinanzministerium muss mir in einem Schreiben zugestehen, dass die spanischen Banken besser dastehen, weil Spanien es anders gemacht hat. Eine jüngst veröffentlichte Studie über die City of London beklagt, dass der Nachteil des Finanzplatzes London ist, dass dort keine guten Regeln festgelegt worden sind. Ich finde, diese Erkenntnis müssen wir aus der Krise mitnehmen. Es lohnt sich, sinnvolle Regeln

im eigenen Land aufzustellen, selbst wenn nicht alle anderen Länder mitmachen. Dazu haben Sie keinerlei Vorschläge vorgetragen, nicht im Ausschuss und auch nicht hier im Plenum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie ducken sich weg und versuchen, unter der Welle, die gerade die Finanzmärkte überspült, durchzutauchen, um nachher wieder an derselben Stelle aufzutauchen.

Ich finde, das ist ähnlich fatal wie das, was Herr Lafontaine gemacht hat, der auf einer Welle surft, die die Menschen mitreißt, die Arbeitsplätze und Steuern der Menschen kosten wird, die nicht auf den internationalen Finanzmärkten spekuliert haben. Als Krisengewinnler hier einfach eine Show abzuziehen, wird der Situation überhaupt nicht gerecht. Beide Verhaltensweisen sind falsch, Wegducken und Surfen sind gleichermaßen unverantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Frage, die Frau Hauer aufgeworfen hat, eingehen. Was ist denn die Verantwortung hier vor Ort? Wir haben zu Maßnahmen, die hier in Deutschland ergriffen werden könnten und sollten, von den Regierungsfraktionen und auch von Herrn Steinbrück nichts gehört. Es wurde immer nur von der internationalen Ebene und von Koordinierung gesprochen.

Wunderbar: „King Henry“ als Vorbild, großes Tanzen bei internationalen Verhandlungen. Ich möchte ein konkretes Beispiel nennen, das zeigt, in welchem Bereich man etwas hätte tun können; wir haben dazu Vorschläge unterbreitet: Ein Anleger oder eine Anlegerin in Deutschland kauft im Juli 2008 ein Zertifikat, das „Deutschland Garant“-Anleihe heißt, Emittent: Lehman Brothers. „Deutschland Garant“ klingt seriös. Aber nichts ist garantiert und nichts ist mit Deutschland; vielmehr hat eine amerikanische Investmentbank, die heute pleite ist, die Anleihe emittiert, und die Anleger haben nichts davon. Das zu dem Wort von Herrn Steinbrück, die Ersparnisse in Deutschland seien sicher. Natürlich sind die Spargbücher sicher, aber viele Anleger haben Geld verloren. Nur 0,13 Prozent des Zertifikatemarktes – das hört sich wenig an – hat Lehman Brothers, aber wenn Sie sich die Summe ausrechnen, dann stellen Sie fest, dass es sich um 100 Millionen Euro handelt, die deutsche Anleger verloren haben, weil man nicht dafür gesorgt hat, dass diese wissen, dass, wo „Deutschland Garant“ draufsteht, keine Garantie des Kapitals drin ist. Es wurde nichts in Bezug auf das Bonitätsrisiko getan. Tun Sie etwas für den wirklichen Anlegerschutz! Dann können Sie auch bei Krisen dafür sorgen, dass Menschen nicht in die Röhre schauen. Da haben Sie versagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere Frage betrifft die Finanzaufsicht – Fritz Kuhn hat für unsere Fraktion schon darauf hingewiesen –: Wenn Sie davon sprechen, dass 25 Prozent Rendite nicht möglich seien und das allen Beteiligten klar sein müsse, dann möchte ich Sie fragen, ob unter diesen Beteiligten vielleicht auch die deutsche Finanzaufsicht ist, für die Sie verantwortlich sind. Offensichtlich nicht. Wenn die deutsche Finanzaufsicht als Letzte merkt, wo Schieflagen bestehen, dann möchte ich fragen, warum Sie heute nichts vorgelegt haben, was uns zeigt, wie Sie die deutsche



Aufsicht verändern wollen. Das hätten wir von Ihrer Rede erwartet, aber Sie haben nichts Konkretes vorgetragen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Schäffler [FDP]) Die Finanzaufsicht in Deutschland hat die Aufgabe, Missständen im Kredit- und Finanzdienstleistungswesen entgegenzuwirken, die erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können. Wir haben diese erheblichen Nachteile für die Gesamtwirtschaft. Wir werden das bei den Steuereinnahmen und bei den öffentlichen Haushalten erleben, und wir werden es bei den Arbeitslosenzahlen sehen. Trotzdem meinen Sie, Sie könnten sich hier hinstellen und nur die internationale Situation beschreiben, ohne einen eigenen konkreten Vorschlag zu machen. Wenn Sie, Herr Steinbrück, das Beispiel von der Treppe nehmen, die von oben gekehrt werden muss, dann möchte ich ganz klar sagen: Da Sie nicht vor der eigenen Haustür kehren, sondern sich nur international engagieren wollen, werden wir als Opposition mit allen Instrumentarien, die dafür zur Verfügung stehen, dafür sorgen, dass auch vor der deutschen Haustür wirksam gekehrt wird.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ortwin Runde für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ortwin Runde (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schick, das Beispiel, das Sie gebracht haben, ist irgendwie unpassend. Wenn eine Unternehmensanleihe, für die viermal 6 Prozent Zinsen gezahlt werden, unter dem falschen Siegel „Deutschland Garant“ vermarktet und verkauft wird, dann kann man doch nicht erwarten, dass jemand eintritt. Dass immer dann, wenn jemand mit einer „Deutschland-Garantie“ wirbt, die Staatshaftung gegeben ist, ist das Ihre Vorstellung? Wie wollen Sie dann mit Unternehmensanleihen insgesamt umgehen?

(Abg. Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Die Frage können Sie nachher im Rahmen einer Kurzintervention stellen. - Wenn wir bei der Dimension solcher Unternehmensanleihen so diskutieren würden, wären wir nicht auf der Höhe der Zeit.

Was wir gegenwärtig erleben, ist eine Feuerwehraction bei einem weltweiten Brand. Angesichts der atemberaubenden Zahlen - die Notenbanken geben Liquidität in die Finanzmärkte, sprich: an die Banken, in einer Größenordnung mal von 50, mal von 70, mal von 100 Milliarden Euro - habe ich schon aufgehört, auszurechnen, wozu sich das insgesamt addiert. Weltweit sind sicherlich mehr als 2 Billionen an Liquiditätshilfe gegeben worden. In den letzten Tagen haben wir miterlebt, wie wirklich die gesamten Investmentbanken an der Wall Street zusammengebrochen sind und die Amerikaner, nachdem sie für Fannie Mae und Freddie Mac Geld ausgegeben haben, 200 Milliarden, für Bear Stearns, 70 Milliarden und dann weitere 30 Milliarden zur Verfügung

gestellt haben. Das bedeutet, sie haben dort insgesamt mit 1 Billion interveniert, feuerwehrmäßig. Angesichts dessen unterhalten wir uns in der Debatte über eine solche Regierungserklärung nur über Kleinigkeiten. Das ist wirklich eine andere Dimension, um die es da geht.

Es stellen sich natürlich Demokratiefragen bei dieser Intervention im Bankensektor, bei der Art, wie amerikanische Banken dort plötzlich nach ziemlichem Belieben verstaatlicht werden. Da gebe ich übrigens Herrn Brüderle recht. Allerdings ist er wie ein alternder Kirmesboxer aufgetreten und hat diesen Punkt genutzt, um wieder seine Privatisierungsvorstellungen für den Bereich der Landesbanken an den Mann zu bringen und auf die Planwirtschaft einzuschlagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Das war schon richtig eindrucksvoll. Er kennt diesen Step. Das sind die geübten Schritte des Kirmesboxers. - Das ging nur wirklich zu weit.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wahrscheinlich selbst Kirmesboxer!)

Die Frage, vor der wir stehen, lautet: Befinden wir uns wirklich an einer Zeitenwende? Der Bundesfinanzminister hat zu Recht gesagt, dass dies das Ende der Dominanz der Amerikaner in der internationalen Finanzpolitik sein wird. Man muss allerdings sagen: Es sind nicht allein die Amerikaner, sondern es ist der angloamerikanische Bereich, der da dominiert hat. Die Frage ist, wie wir nach den Feuerwehreaktionen aus der Krise herauskommen.

Die Deutsche Bank - das fällt mir gerade ein - hat in den 90er-Jahren mit dem Spruch geworben: Vertrauen ist der Anfang von allem. - Wir haben erlebt, was gemacht wurde, um Renditen von 25, 30 und mehr Prozent zu erzielen - Schnellballsysteme, Hütchenspielereien -, wir erleben jetzt, dass sich die Banken, weil die Märkte zusammengebrochen sind, untereinander nicht mehr vertrauen, und da ist doch die Frage: Wie wollen wir in diesem System wieder Vertrauen herstellen? Wenn nach all den Aktionen an der Wall Street und in Amerika niemand zu sagen wagt: „Das ist der Boden, und von nun an geht es aufwärts“, dann ist wirklich die Frage: Was muss geschehen? Ich sage: Wir brauchen in der Tat eine neue internationale Finanzarchitektur.

Zur Verantwortung Einzelner kann ich nur sagen: Ich finde in dem gesamten System keinen, der nicht mit verantwortlich gewesen wäre. Angesichts dessen wäre es erstaunlich, wenn eine Ebene für sich sagen könnte, sie habe nicht versagt und auch in Teilbereichen keine Fehler gemacht.

Die FDP müsste doch wirklich ihre gesamte finanzpolitische Grundposition überprüfen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat immer gesagt, wir müssten deregulieren, um wettbewerbsfähig zu sein. Sie hat davon gesprochen, ein „level playing field“ sei im globalen Finanzkapitalismus nötig.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das hat Ihnen Herr Brüderle gerade erklärt!)

Das heißt, dass man immer die unterste Form der Regulierung wählt, also die Deregulierung.

Wenn wir Zweckgesellschaften und all diese verschiedenen Finanzinstrumente haben, dann deshalb, weil es die Angloamerikaner so bestimmt haben. Hier muss man sich aber selbst einen Vorwurf machen und fragen, ob man auf der eigenen Ebene genug Widerstand geleistet hat. Wir können ein Stück weit in Analogie zu dem, was in der Außenpolitik geschieht, darauf verweisen, dass das alte Europa und Deutschland eine Reihe von Traditionen haben, auf denen wir aufbauen können. Sicher sind die Bereiche, in denen wir ganz und gar traditionell geblieben sind. Dies gilt vor allem für den Bereich der Sparkassen und Volksbanken sowie für jene Banker, die gesagt haben: Ich handle nur mit Risiken, die ich auch bewerten und beurteilen kann. - Auch Pfandbriefe und Verbraucherschutzmaßnahmen gehören zu den Traditionen, auf denen man aufbauen kann. Dass wir aber wegen der Wettbewerbsgleichheit mit ausländischen Banken auch Fehler bei der Deregulierung gemacht haben, ist unabweisbar. Insoweit sind wir von dieser Krise natürlich mit betroffen.

Die Betroffenheit wird sich in dem Zusammenhang von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft zeigen. Diesen Zusammenhang haben wir lange tabuisiert; wir haben immer gesagt, es handele sich allein um eine Finanzkrise. Wir werden noch merken, wie das, was in den Vereinigten Staaten als Folge der jüngsten Ereignisse abläuft, auf die Realwirtschaft durchschlagen wird. Die Amerikaner werden ihre Staatsverschuldung so aufblähen, dass sie Schwierigkeiten haben werden, sie zu finanzieren. Sie werden sie nicht über Steuererhöhungen, sondern über Inflation finanzieren, was dann Auswirkungen auf das Währungssystem haben wird. An dieser Stelle sind wir sehr schnell bei Helmut Schmidt - mit dem Abstand eines großen Staatsmanns kann er das am allerbesten beurteilen -, der diese Zusammenhänge mit dem Währungsbereich aufgezeigt hat. Wir werden erleben, dass sich dies auf das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft auswirken wird und dass uns diese Auswirkungen heftig treffen werden. Wir haben erlebt, welche Wachstumsbremse die deutsche Vereinigung ausgelöst hat. Wenn man sich die Größenordnung vorstellt, dann ist klar: Das wird Auswirkungen auch auf uns haben.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir brauchen ein Agieren auf der Ebene der Finanzminister. Dabei ist der Finanzminister einer Volkswirtschaft, die Exportweltmeister ist, auf der internationalen Bühne natürlich gefragt. Träte er dort nicht auf, wäre es ein fundamentaler Fehler. Wir brauchen Bemühungen im Rahmen der G 7 plus Brasilien, Russland, China und die arabischen Länder. Sie können nicht nur mit ihren Staatsfonds unseren kollabierenden Banken zur Seite stehen, sondern werden dann auch bei der neuen multipolaren Ordnung gefragt sein.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Otto Bernhardt, CDU/

CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lafontaine, wir haben keine Krise der Demokratie, wir haben auch keine Krise der Marktwirtschaft, wir haben eine internationale Finanzkrise.

Dies sollte man zunächst einmal festhalten.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Beifall!)

Wenn heute weltweit gefordert wird, man müsse bei den internationalen Finanzmärkten mehr Transparenz, aber auch mehr Regelungen schaffen, dann stellen wir fest, dass unsere Bundesregierung – die Bundeskanzlerin und der Finanzminister –

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Alles

Nötige getan hat!)

dies bereits vor der Krise gefordert hat.

(Lachen des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Sie sind aber an den Vorstellungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gescheitert, die gesagt haben:

Nein, das Ganze läuft am besten, wenn wir uns darum nicht kümmern.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Ja, ja! Alle anderen

sind schuld! – Frank Schäffler [FDP]: Alles

richtig gemacht! Keine Fehler gemacht!)

Natürlich kann man solche Probleme, Herr Kollege Schick, nur international lösen. Wir würden, wenn wir nur nationale Maßnahmen ergriffen, unseren eigenen Finanzplatz schwächen. Deshalb ist es richtig, wie es die Bundesregierung macht, im Rahmen der G 7 und der EU für einheitliche neue Regelungen zugunsten von mehr Transparenz und zum Teil auch mehr Regulierung zu werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese Krise – Herr Minister hat darauf hingewiesen – hat ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten, und die Vereinigten Staaten sind am härtesten betroffen. Ich sage ganz nüchtern

(Frank Schäffler [FDP]: Die IKB nicht?)

– ich komme auf die Probleme in Deutschland noch zu sprechen –: Wenn ich Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten hätte machen müssen, dann hätte auch ich mich für den 700-Milliarden-Dollar-Schirm ausgesprochen.

Ich sage Ihnen auch, warum.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie vorher eine Zwischenfrage der Kollegin Höll?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Gerne.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Bernhardt, nur eine kurze Frage. Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten heute noch einmal zitieren, und zwar das, was der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Oswald, CDU/CSU, am 15. Februar 2008 sagte:

Zur Deregulierung der Finanzmärkte gibt es keine Alternative. Sie hat der Wirtschaft und den Bürgern neue Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet, und sie hat zur Risikostreuung beigetragen.

Ich gehe davon aus, dass, wenn der Finanzausschussvorsitzende so etwas verkündet, auch Ihre Politik der letzten Jahre darauf ausgerichtet war. So habe ich es auch erfahren. Hat sich nun Ihre Haltung zur Regulierung der Finanzmärkte geändert oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Zunächst einmal sage ich: Sofern es sich um ein Zitat meines sehr geschätzten Kollegen Oswald handelt, sollten Sie ihn fragen.

(Lachen bei der LINKEN)

- Entschuldigung! - Ich habe gesagt, dass diese Bundesregierung, die ja von einer Großen Koalition getragen wird, also auch von den Unionsparteien, sich bereits vor dieser Krise international für mehr Transparenz und mehr Regulierung eingesetzt hat. Wenn Sie sich die Reden, die die Bundeskanzlerin vor anderthalb Jahren auf internationalen Kongressen gehalten hat, noch einmal anschauen, dann werden Sie feststellen: Wir haben dies gefordert. An der Haltung der Amerikaner ist die Umsetzung dieser Forderung im Wesentlichen gescheitert. Jetzt kommt dort ein Umdenken in Gang. Und das ist gut so. Ich war gerade bei dem Hinweis, dass ich, wenn ich Finanzpolitiker in den Vereinigten Staaten wäre, den 700-Milliarden-Dollar-Schirm mittragen würde. Der Schaden für die amerikanische Volkswirtschaft, wenn man nicht diesen Weg wählen würde, wäre nämlich noch viel größer. Man muss nur einmal daran denken, welche Folgen es für die Altersvorsorge in den Vereinigten Staaten hätte, wenn die größte amerikanische Versicherungsfirma in die Insolvenz ginge.

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten - ich will das in diesem Zusammenhang einmal sagen - ist nach wie vor so stark, dass die gesamte Verschuldung der Vereinigten Staaten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt - auf dieses berühmte Verhältnis wird ja immer abgehoben - zurzeit immer noch um 65 Prozent liegt. Das entspricht dem Verhältnis in Deutschland. In Japan liegt es bei 170 Prozent, und dort lebt man auch noch ganz gut damit. Die amerikanische Wirtschaft kann dies also ab. Jetzt zurück zu Deutschland: Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum Deutschland im Rahmen der Globalisierung mit dieser Krise besser fertig wird als andere. Das Universalbankensystem ist schon erwähnt worden. Stellen Sie sich vor: Während in Amerika und Großbritannien Banken Konkurs gehen, kaufen die beiden großen deutschen Privatbanken dazu: die eine die Dresdner Bank und die andere eine wichtige Beteiligung an der Postbank. Das unterstreicht die Finanzkraft, die sie haben. Natürlich ist es ein Vorteil, dass es bei uns 1 500 weitgehend regional tätige Kreditinstitute gibt. Nur, all diese Fakten zur Heiligsprechung des Dreisäulensystems zu nutzen, dazu bin ich nicht bereit. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass wir nicht nur Veränderungen innerhalb der Säulen brauchen. Wir werden in Kürze sicherlich auch über eine Veränderung der Grenzen der Säulen sprechen. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob dies in meiner Fraktion mehrheitsfähig ist, aber in diese Richtung wird es mit Sicherheit gehen.

Ein weiterer Vorteil bei uns ist die Langfristfinanzierungskultur.

Alle Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss wissen, dass wir diese manchmal sehr massiv gegen die EU verteidigen müssen, die dies in der Vergangenheit nicht so gesehen hat. Ich glaube, diesen Kampf werden wir jetzt leichter führen können. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt einen weiteren Punkt, der für die Stimmung im Lande sehr wichtig ist, und den sollte jeder Politiker - auch der, der diese Bundesregierung vielleicht nicht mag - parat haben: Wir haben die besten Einlagensicherungssysteme der Welt. Der EU-Standard schreibt vor, dass 90 Prozent einer Einlage gesichert werden; die Höchstsumme der Sicherung beträgt aber nur 20 000 Euro. All unsere Bankensysteme in Deutschland sichern Privatkonten hingegen in unbeschränkter Höhe ab. Das heißt, niemand braucht in Deutschland zur Bank zu gehen, um Geld abzuheben.

Herr Kollege Schick, Sie verlangen von uns, dass wir den Anleger noch mehr schützen sollen als bisher. Wenn heutzutage jemand kritische Papiere kaufen will - ich sage es etwas laienhaft -, dann muss er in einem Gespräch darüber beraten werden. Er muss unterschreiben, dass man ihm gesagt hat, wie risikoreich sein Vorhaben ist. Ich füge hinzu: Wer einigermaßen darüber nachdenkt, dem muss doch klar sein, dass ein Angebot mit 6, 7 oder 8 Prozent mit mehr Risiken verbunden ist, wenn es auf dem Sparkonto nur 3 Prozent und für Festgeld nur 4 Prozent Zinsen gibt.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müsste auch der Aufsichtsrat der IKB wissen!)

Ich glaube, nirgendwo wird der Konsument so gut geschützt wie in Deutschland. Von daher bin ich gegen noch mehr Vorschriften. Wir glauben an den selbstständig denkenden Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Bernhardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schick?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Aber selbstverständlich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Bernhardt, Ihr Kollege Meister hat vorhin davon gesprochen, dass wir auf den Finanzmärkten mehr Transparenz brauchen. Würde es Ihrer Vorstellung von Transparenz widersprechen, wenn nur dort Garantie draufsteht, wo Garantie drin ist, und wenn das Bonitätsrisiko eines Emittenten klar ausgewiesen wird?

Würde es Ihrer Vorstellung von Transparenz widersprechen, wenn man gesetzliche Standards schafft, damit die Anlegerinnen und Anleger auch wirklich wissen, was sich hinter bestimmten Produkten verbirgt, sodass sie die Risiken einschätzen können? Ist das nicht auch ein Teil von Transparenz?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Kollege, haben Sie schon mal einen Prospekt gelesen, den jemand herausgeben muss, wenn er ein Papier

auf dem deutschen Markt platzieren will? Diese Prospekte sind zum Teil mehrere Hundert Seiten dick; von ihnen gibt es sogar Kurzfassungen. Das Problem ist, dass viele gar nicht geschützt werden wollen. Sie sind nicht bereit, den Prospekt zu lesen. Insofern bleibe ich dabei, dass ich strengere Bestimmungen für diesen Bereich weder national noch international für nicht erforderlich halte.

Ich komme jetzt dazu, wo unsere Schularbeiten liegen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, wir hätten alles gut gemacht und dass es bei uns keine Probleme gäbe.

Das erste Problem ist angesprochen worden, nämlich die KfW und die IKB. Natürlich war es ein Fehler, sich an der IKB zu beteiligen. Aber es war die Politik, (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aha!)

die die KfW zu diesem Schritt gedrängt hat. Wir waren damals noch nicht so weit in unserem Bewusstsein, dass es eigentlich nicht schlimm gewesen wäre, wenn ein Ausländer die IKB gekauft hätte. Damals wollten wir dies aber nicht.

Wenn man sich allerdings mit diesem Thema beschäftigt, dann muss man auch ehrlich bleiben. Es ist zwar richtig, dass der gesamte Schirm für die IKB bei gut 10 Milliarden Euro liegt; aber wir, die Steuerzahler, haben nicht 10 Milliarden Euro, sondern erst 1,2 Milliarden verloren. Es heißt ja nicht, dass wir das ganze Geld brauchen; die Papiere, die man übernommen hat, haben vielleicht in zwei oder drei Jahren einen Wert von 50 oder 60 Prozent. Insofern sollte man hier fair vorgehen. Ich sage auch ganz deutlich: Es war eine richtige Entscheidung der Bundesregierung, die IKB nicht in die Insolvenz gehen zu lassen. Sonst wäre der Schaden für die deutsche Volkswirtschaft viel größer ausgefallen. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich spreche eine zweite Baustelle an. Wir haben im deutschen Bankensystem eigentlich nur ein wirkliches Problem, und das sind die Landesbanken; vielleicht muss ich gerechter sagen: einige Landesbanken. Der genossenschaftliche Bereich hatte früher auch ein Dutzend Spitzenorganisationen und -verbände. Er hat sie der Zeit entsprechend aufgelöst. Heute hat er noch anderthalb; demnächst wird es nur noch einer sein. Zu meinen, wenn wir die sieben Landesbanken zusammenschließen, sei das Problem gelöst, ist nicht richtig. Es ist nicht ihre Aufgabe, Spitzeninstitut der Sparkassen zu sein, zumal sie inzwischen alle schon sehr groß geworden sind und vieles selber machen können. Das heißt, wir müssen entweder - ich sage das in dieser Brutalität - einen Teil still liquidieren, oder wir müssen - auch wenn es der öffentlich-rechtliche Bereich oder einige nicht hören mögen - Teile an den privaten Bereich verkaufen, der seine Aufgaben vielleicht damit verbinden kann. Wir stehen hier allerdings unter einem ziemlichen Zeitdruck, um das klar zu sagen.

Natürlich muss man über die zukünftige Organisation der Bankenaufsicht nachdenken. Zweimal habe ich von diesem Rednerpult gefordert - ich gebe zu, ich war damals in der Opposition und nicht in der Regierung -, dem Beispiel der Mehrzahl der Länder - nicht aller Länder

- zu folgen und die gesamte Bankenaufsicht auf die Deutsche Bundesbank zu übertragen. Das war damals unser Vorschlag. Die damalige Regierung unter Rot-Grün hat sich für ein anderes Modell entschieden, und wir haben gesagt, wir warten ab. Nun sind fünf Jahre vergangen, und ich würde die Bilanz ziehen: So schlecht ist das Ganze nicht. Aber angesichts der neuen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob wir nicht vielleicht doch - ich persönlich tendiere zu dem Vorbild Irlands - beschließen, die BaFin unter die Hoheit der Bundesbank zu stellen und dort die Bankenaufsicht zu konzentrieren. Ich denke dabei natürlich auch an Folgendes: Wenn die Bankenaufsicht bei der Bundesbank konzentriert wird und wir einmal europäische Aufsichtsorgane bekommen, dann haben wir gute Chancen, dass die nach Frankfurt kommen. Ich bitte, darüber einmal weiter nachzudenken. In Europa gibt es heute 27 nationale Bankenaufsichten. Wir haben aber 40 Banken in Europa, die in mehreren Staaten tätig sind. Vielleicht müssen wir hier als Zwischenschritt eine Gruppenaufsicht einziehen. Aber ich schließe nicht aus, dass am Ende zumindest für die in mehreren Ländern tätigen Banken doch eine europäische Aufsicht steht.

Ich will noch zwei Argumente nennen, die dafür sprechen, die Aufsicht bei der Bundesbank zu konzentrieren: Wenn wir in einer Krise Geld brauchen, liquide sein müssen, kann das nur die Bundesbank machen. Die Bundesbank ist im Gegensatz zur BaFin mit den anderen Notenbanken vernetzt, insbesondere mit der Europäischen Zentralbank. Auch hier haben wir also Schularbeiten zu machen, um das klar zu sagen.

Im Tagesgeschäft müssen wir allerdings erst einmal sehen, wie wir die aktuelle Finanzmarktkrise überwinden. Auch ich wage nicht mehr die Prognose, dass wir über den Berg sind und dass die Krise in Kürze beendet sein wird; ich bin vorsichtig geworden. Ich wage auch keine Aussage mehr darüber, wie groß die Verluste endgültig sein werden. Wir haben festgestellt, dass es in der Welt zurzeit etwa - wir können es nicht nachrechnen - 400 Milliarden Euro, 550 Milliarden Dollar sind. Es heißt, dass 10 Prozent, sprich: 40 Milliarden Euro, davon in Deutschland angekommen sein sollen. Aber - auch das gehört zur Argumentation - diese 40 Milliarden Euro sind noch kein Ausfall. Es sind zurzeit zu einem erheblichen Teil Buchverluste. Wie groß die Ausfälle sein werden, wissen wir nicht. Das sind Bereiche, wo wir unsere Schularbeiten machen müssen.

Ich stelle abschließend fest: Das Zusammenspiel zwischen Bundesregierung, Bundesbank und BaFin bei der Lösung der aktuellen Finanzkrise, die ihre Ursachen nicht in Deutschland hat, war hervorragend. Wir sollten nicht so miesepetrig sein und nur kritisieren. Vielmehr glaube ich, die Bundesregierung, die Bundesbank und die BaFin haben von uns allen ein Dankeschön verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):



Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Über die globale Einordnung der aktuellen Finanzmarktkrise ist schon viel gesagt worden. Ich unterstütze uneingeschränkt die Erklärung des Bundesfinanzministers von heute Vormittag. Er hat im Hinblick auf diese Situation auch im vergangenen Jahr einen sehr guten Job gemacht. Ich halte die Rettung der IKB für richtig, auch wenn sie mit erheblichen Steuermitteln verbunden ist. Bis auf eine Ausnahme gibt es dazu im Hause keinen Dissens. Dadurch ist der Kelch einer Bankenpleite an unserem Finanzmarkt vorbeigegangen. Die Ausfälle für den Staat wären bedeutend höher gewesen, wenn wir die IKB nicht gerettet hätten.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sehr wahr!)

Ich unterstütze den Finanzminister auch in seinem heute hier vorgelegten Achtpunkteplan. Insbesondere unterstütze ich ihn in seiner klaren Ansage, keine Steuermittel des Bundes als Zuschuss an Landesbanken zu geben. Dies muss deutlich sein. Die Landesregierungen, die die Aufsicht über ihre Landesbanken haben, müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Ich hoffe gleichwohl, dass es nicht zu dem schlimmsten Fall kommt.

Es gab die Anfrage, ob sich die Bundesrepublik an dem Rettungspaket der Amerikaner beteiligen will. Es ist gut, dass es auch da eine klare Absage gab. Die Fehler sind in den USA gemacht worden. Letztendlich müssen dort die Probleme gelöst werden.

Ich will mich im Folgenden auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau konzentrieren, für die das Parlament die direkte Verantwortung trägt. Wir haben gestern im Haushaltsausschuss lange und intensiv mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden diskutiert. Es geht um das Beteiligungsmanagement und in diesem Zusammenhang insbesondere um die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass man die Risiken bei der IKB nicht gesehen hat. Dies ist aufzuklären. Vor allen Dingen muss es Veränderungen in der Struktur der Aufsicht geben, damit solche Mängel abgestellt werden können.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schui von der Linksfraktion?

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Ja, bitte sehr.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Sie haben gesagt, dass Sie sich damit einverstanden erklären, dass sich Finanzminister Steinbrück gegen eine Beteiligung an dem amerikanischen Rettungspaket in Höhe von 700 Milliarden US-Dollar ausspricht. Ist Ihnen bekannt, dass die US-Regierung einige wirksame Druckmittel hat, um Deutschland und andere Länder mit bedeutenden Zentralbanken an der Finanzierung der Kredite, die die USA aufnehmen müssen, zu beteiligen? Erstes Druckmittel: Wenn diese 700 Milliarden US-Dollar auf den Markt gedrückt werden, kann das zu einer signifikanten Abwertung des Dollars führen. Wer will das schon? Zweites Druckmittel: Es ist durchaus möglich, dass deutsche Banken, die in den USA operieren und faule Kredite im Portefeuille haben, keine Geschäfte mit dieser 700-Milliarden-Agentur machen können. Was gedenkt die SPD-Fraktion, was gedenkt der Bundesminister

der Finanzen dann zu tun?

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Für den Finanzminister kann ich nicht sprechen. Aber für meine Person kann ich Ihnen sagen, dass meine Aussage gilt: keine Steuermittel aus Deutschland zur Rettung von amerikanischen Banken. Das ist doch logisch.

Etwas anderes würde niemand goutieren. Jeder muss für seinen Bereich die Verantwortung wahrnehmen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Richtig!)

Die amerikanische Wirtschaft hat enorm davon profitiert, dass in den letzten Jahren eine Blase aufgrund niedriger Zinsen und laxer Kreditvergaben entstanden ist.

Wir sind nicht bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Das ist ganz klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Lafontaine, zu unserer Verantwortung gehört natürlich auch, die Rechte, die man als Parlamentarier bekommt

- dazu gehört das Kontrollrecht als Mitglied des Verwaltungsrates der KfW; soweit ich weiß, sind Sie dort Mitglied -, auch wahrzunehmen.

(Beifall der Abg. Nina Hauer [SPD])

Sie können ja einmal sagen, wie oft Sie an diesen Sitzungen teilgenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des

Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Sie nehmen dieses Recht nicht wahr. Herr Kollege Stiegler hat eben schon darauf hingewiesen, dass Sie als Finanzminister geflüchtet sind und jetzt als Parlamentarier Ihre Rechte nicht wahrnehmen, aber große Reden schwingen. Das ist unsolid und - ich würde fast schon sagen - dreist.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf die KfW zurückkommen und damit auf die nicht zu akzeptierende Panne - ich weiß gar nicht, ob man es nur als Panne bezeichnen kann - bei der Überweisung von etwa 350 Millionen Euro im Rahmen eines Swap-Geschäfts an Lehman Brothers am Montag vergangener Woche. Wir haben gestern in geheimer Sitzung intensiv darüber diskutiert. Aber ich will zumindest meine Bewertung sagen.

Wenn Sie die Presse in der Woche vom 8. bis 13. September verfolgt haben, so wissen Sie, dass zu Beginn Lehman Brothers in großen Schwierigkeiten war.

Dann sackte der Aktienkurs jeden Tag weiter ab, um 90 Prozent zum Schluss. Am Freitag war klar - ich habe die Meldungen dabei -, dass es kein Rettungspaket und keinen Rettungsschirm der amerikanischen Regierung geben wird.

Für mich ist unerklärlich, wie es in einer großen Bank, einer Staatsbank nicht möglich ist, dies zu verfolgen und einmal zu schauen, was wir dort eigentlich im Obligo haben. Das ist nicht die Aufgabe von einzelnen Vorständen; das ist vor allen Dingen die Aufgabe des Vorstandsvorsitzenden.

(Dirk Niebel [FDP]: Der ist doch erst seit drei Wochen im Amt!)

Für mich ist nicht abschließend geklärt, ob er nicht für das gute Geld, das wir ihm bezahlen, auch am Wochenende einmal in den Ticker schauen und seine Kollegen anrufen kann, um eine Krisensitzung einzuberufen. Dies

gilt es noch aufzuklären. Ich sehe da insbesondere den Verwaltungsratsvorsitzenden Glos in der Verantwortung, der ja den Eindruck erweckt hat, als sei er für die Bank nicht zuständig, zumindest wenn man die Aussagen vom Unternehmertag der Union für voll nehmen soll.

(Frank Schäffler [FDP]: Wer war davor Verwaltungsratsvorsitzender?)  
Wir brauchen bei der KfW sicherlich Änderungen.

Ich rate aber dazu, die KfW als wichtige Förderbank des Bundes in ihren Festen zu erhalten und zu stärken; das ist unabdingbar. Was die Kapitalmarktgeschäfte betrifft, so halte ich es für notwendig, diesen Bereich der Aufsicht nach dem KWG, also der Bundesbank und der BaFin, zu unterstellen, aber nicht, wie es in Teilen der Unionsfraktion zu hören ist, das Fördergeschäft. Das würde zu einer deutlichen Beeinträchtigung des Fördervolumens, letztendlich unseres Geschäftes, wenn wir Darlehen zur CO2-Gebäudesanierung und auch Globaldarlehen an Banken geben, führen und findet nicht meine Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke aber auch, dass wir als Parlament das Beteiligungscontrolling verbessern müssen. Eigentlich

sind wir im Haushaltsausschuss dafür zuständig. Oftmals bekommen wir aber gar nicht die erforderlichen Informationen, weil uns bei Beteiligungen an GmbHs oder Aktiengesellschaften gesagt wird, dies sei aktienrechtlich nicht möglich. Ich sehe das mitnichten so. Ich denke, wir müssen die Parlamentsrechte bei den Beteiligungen, die wir kontrollieren, die wir besitzen und von deren Erträgen und - im nicht zu wünschenden Fall - auch deren Verlusten wir betroffen sind, noch stärker untermauern. Ich denke, das sollten wir noch in dieser Legislaturperiode regeln.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Portfolios an Anlageprodukten, die es seitens des Bundes gibt. Jeder Bürger kann in Bundesschatzbriefe als einen sicheren Hafen investieren und beim Staat direkt seine Gelder anlegen. Das ist sicher, das ist auch einigermaßen gut verzinst. Wir haben hier im Parlament ein Gesetz verabschiedet, diese Privatkundenstrategie der Finanzagentur auszubauen, zwar mit einem unterdurchschnittlichen Volumen, aber es ging darum, dies attraktiv zu machen.

Nun haben wir einen Dissens mit der Unionsfraktion, was insbesondere die Tagesgeldanleihen und andere Punkte betrifft. Ich kann nicht erkennen, dass es ein Nachteil für die Banken, geschweige denn für den Staat ist, bei seinen Bürgern direkt die Kredite aufzunehmen, die er in Form von Einlagen haben will. Auch für die Bürger ist es kein Nachteil, einen sicheren Hafen zu haben, in dem sie ihr Geld investieren können und gute Zinsen bekommen. Ich hoffe, dass sich die Unionsfraktion hier noch bewegt, um diese guten Produkte, die sicher sind und uns allen helfen, letztendlich auf den Weg zu bringen, und sich nicht querstellt.

Das sind Punkte, um neben den Anmerkungen, die der Finanzminister heute gemacht hat, das Vertrauen in das Finanzsystem und seine Stabilität noch stärker zu befördern und die Regulierungsmaßnahmen, die bei den G-8-Gipfeln von Bundesminister Steinbrück angestoßen

wurden, letztendlich auch umzusetzen. Die Chancen sind heute wahrscheinlich so gut wie nie zuvor. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Kollegen Jörg-Otto Spiller, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich versuchen, am Ende dieser gut dreistündigen Debatte ein Fazit zu ziehen. Meine erste Aussage ist: Ich bin froh, dass Peer Steinbrück unser Bundesfinanzminister ist.

(Beifall bei der SPD)

Er hat eine brillante, umfassende Analyse der internationalen Finanzkrise gebracht, und er hat gezeigt, dass er klare Positionen hat und dass er willens ist, auch in internationalen Verhandlungen verantwortungsvoll zu agieren.

Ich unterstreiche: Er hat, wie die Bundesregierung insgesamt, gemeinsam mit der Bundesbank, mit der Europäischen Zentralbank und mit der BaFin (Dirk Niebel [FDP]: Schade, dass er das Lob gar nicht mitbekommt!)

wesentlich dazu beigetragen, die Krise in Deutschland zu begrenzen. Das war ein gutes Handeln.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.

Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

Auch wenn es das gute Recht der Opposition ist, an dem einen oder anderen Punkt zu mäkeln, war das insgesamt richtig.

Ich unterstreiche, was mehrere Vorredner gesagt haben, zuletzt Otto Bernhardt: Das deutsche Bankensystem ist insgesamt gesehen, so wie es aufgestellt, wie es konstruiert ist, solide und steht sehr viel besser da als viele andere. Mit Blick auf unsere Zuhörer in diesem Saal und die Damen und Herren, die die Debatte im Fernsehen verfolgen, sage ich: In Deutschland braucht sich niemand Sorgen zu machen um seine Einlagen bei einer Bank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das liegt nicht nur daran – das hat Herr Bernhardt gesagt –, dass wir insgesamt solide aufgestellt sind, sondern auch daran, dass wir Einlagensicherungssysteme haben – Haftungsverbände bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie ein Einlagensicherungssystem

bei den privaten Banken, die im Bundesverband deutscher Banken organisiert sind –, die alle weit über das hinausgehen, was auf europäischer Ebene vorgeschrieben ist. Jeder, dessen Vermögen bei der Bank ein halbwegs normal hohes Vermögen nicht übersteigt, ist voll abgesichert. Bis zu 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals der jeweiligen Bank sind für die Einlage eines jeden Kunden zur Haftung da. Das heißt, selbst wenn Sie bei einer kleinen Bank, die nicht mehr als 5 Millionen Euro Eigenkapital hat, Kunde sind, sind Einlagen von bis zu anderthalb Millionen Euro für jeden einzelnen Kunden durch diesen Fonds abgesichert. Das ist in der Welt einmalig.

Ich sage aber auch: Wir dürfen uns nicht damit begnügen,

dass wir in Deutschland - zum Glück - einigermaßen geschützt sind. Als Exportweltmeister, als eine Volkswirtschaft, die wie keine andere mit dem Rest dieser Welt verflochten ist, brauchen wir ein funktionierendes internationales Finanzwesen. Deswegen ist es erfreulich, dass fast alle Fraktionen unterstützt haben, was der Bundesfinanzminister gesagt hat: Wir brauchen eine Rückbesinnung auf Regeln, die den Markt regulieren. Das heißt nicht, dass der Markt ständig eingeeengt wird. Bei jedem ordentlichen Spiel gibt es nun einmal Spielregeln. Wer käme denn beim Sport auf die Idee, dass es nur die Regel „Catch as catch can“ gibt? Es muss doch ein Regelwerk geben, das für alle Teilnehmer gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das meiste ist dazu schon gesagt worden. Produkttransparenz gehört dazu. Herr Kollege Dr. Schick, es hat mich ein bisschen gewundert, dass Sie sich für undurchsichtige Produkte starkmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich will sie durchsichtig machen, und Sie wollen das nicht! Das ist der Punkt!)

Ich finde, man kann den deutschen Anlegern nicht raten, etwas zu kaufen, das kein Mensch versteht. Das ist schon für Banker nicht ratsam; aber dass Sie das auch noch dem Publikum schmackhaft machen wollen, hat mich ein Stück weit gewundert.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Offensichtlich hat Ihr Kollege das auch nicht verstanden!)

Zu diesem Thema gehört auch - das hat der Kollege Stiegler angesprochen - ein Nachdenken über Bilanzierungsregeln. Ist es wirklich vernünftig, die bewährten Regelungen, die wir seit hundert Jahren im Handelsgesetzbuch haben, zum Beispiel das Niederstwertprinzip, durch schwankende Bewertungen von Aktiva zu ersetzen? In der guten Phase würde dann doch alles nach oben und bei einer Verschlechterung alles nach unten übertrieben. Darüber muss man nachdenken.

Ich bin auch froh - das ist hier noch nicht so zur Sprache gekommen; das will ich einbringen -, dass wir den Euro haben. Ich möchte nicht wissen, wie sich die internationale Finanzkrise auf Deutschland ausgewirkt hätte, wenn wir den Währungsverbund in Europa nicht hätten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir hätten wilde Spekulationen gehabt, im Zweifelsfall hätten wir uns an den Devisenmärkten riesige Probleme geschaffen. Ich kann nur sagen: Europa steht auch deswegen besser da. Dies wird uns, finde ich, legitimieren, das europäische Gewicht in die neue internationale Regelung von Finanzmärkten einzubringen, um das, was auch der Bundesfinanzminister genannt hat, zu erreichen, nämlich die Finanzmärkte neu zu zivilisieren.

Eine letzte Bemerkung - Kollege Bernhardt hat das schon angesprochen -: Natürlich müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir die Bankenaufsicht im Zuge der Europäisierung besser aufstellen. Ich will allerdings auf Folgendes hinweisen: Die BaFin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ist für das ganze

Spektrum von Finanzmärkten einschließlich Versicherungen zuständig; das ist bei der Bundesbank nicht so. Das würde ich nicht gering schätzen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bundesbank schon heute an der Bankenaufsicht stark beteiligt ist. Dazu sage ich nur: Beide müssen stärker werden. Wir müssen uns überlegen, wie wir der Bundesbank und der BaFin helfen können, noch effektiver zu werden. Denn eine wohlfunktionierende und starke Finanzaufsicht ist ein Standortvorteil.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/10308 soll überwiesen werden zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16181 >

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:  
Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur Lage auf den Finanzmärkten  
Interfraktionell ist vereinbart worden, dass die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung anderthalb Stunden dauern soll. - Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.  
Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Frau Bundeskanzlerin.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist ernst. Sie ist in dieser Form noch nie da gewesen. Sie stellt vieles, was als selbstverständlich galt, infrage. Sie bestätigt manches, was mit Gier, verantwortungsloser Spekulation und Missmanagement im Finanzsektor verbunden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Heute ist nicht die Stunde, die Lage schwarzzumalen. Aber es ist wahrlich auch nicht die Stunde, die Lage schönzureden. Es ist die Stunde, zweierlei zu schaffen: zum einen sehr kurzfristig zu denken, zu bewerten und dann zu entscheiden, also klassisches Krisenmanagement zu leisten, wie es die Bundesregierung zum Beispiel mit dem Rettungsplan für die Hypo Real Estate gemacht hat und macht und wozu wir auch weiter jederzeit bereit sein müssen. Zum anderen ist es die Stunde, über den Tag hinaus zu denken, zu bewerten und zu entscheiden, das heißt, eine neue Systematik für das Zusammenwirken aller im Finanzsektor Tätigen zu entwickeln, also eine Zukunftsperspektive zu gestalten und präventiv zu handeln.

Beides, das klassische Krisenmanagement von Tag zu Tag wie auch die Entwicklung der Zukunftsperspektive

über den Tag hinaus, macht die Bundesregierung. Ich möchte mich bei denen im Parlament, die dabei hilfreich sind, für die Unterstützung bedanken und auch für den Geist, in dem wir die Unterrichtung der Fraktionen bisher vorgenommen haben.

Meine Damen und Herren, was stand am Anfang? In den USA wurden über Jahre hinweg in unverantwortlicher Weise Immobilienkredite an Bankkunden vergeben, bei denen keine Aussicht auf normale Rückzahlung des Darlehens bestand. Alle Beteiligten verließen sich auf ständig steigende Immobilienpreise und niedrige Zinsen. Die Risiken aus diesen Krediten wurden weiterverkauft, neu verpackt, weltweit gestreut und waren damit der Keim der weltweiten Finanzmarktkrise. Traditionsreiche Investmentbanken mit klangvollen Namen sind in den USA von einem auf den anderen Tag vom Markt verschwunden. Aus der amerikanischen Immobilienkreditkrise ist inzwischen eine globale Finanzmarktkrise geworden. Das Vertrauen – die wichtigste Währung der Finanzmärkte – ist verloren gegangen. Die Banken misstrauen sich gegenseitig und gewähren sich kaum noch Kredite. Angesichts der besonders engen Verflechtung der Akteure im Finanzbereich sind inzwischen auch solide Institute von der Finanzmarktkrise betroffen, und Deutschland ist davon nicht ausgenommen.

In dieser Situation ist es von entscheidender Bedeutung, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte schnell und entschlossen zurückzugewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dazu sind kurzfristige Maßnahmen notwendig. Worum geht es bei diesen kurzfristigen Maßnahmen? Erstens ging es in Deutschland darum, die Hypo Real Estate in einer akuten Notlage zu retten. Nichts zu tun, hätte nicht nur für den Pfandbriefmarkt, sondern auch in viel tieferer Weise unabsehbare Schäden gehabt. Alle Fachleute haben uns gesagt, dass dies ein „systemisches Risiko“, wie man das in der Fachsprache nennt, hervorrufen würde. Deshalb haben private Banken und vor allem die Bundesregierung eine Bürgschaft zur Verfügung gestellt. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit beim Haushaltsausschuss bedanken, der das Ganze sehr gut begleitet hat. Ich will allerdings noch darauf hinweisen, dass wir im Zusammenhang mit dieser Bürgschaft auch darauf Wert gelegt haben, dass dafür ein Entgelt genommen werden kann. Das heißt, dass dieses Institut das Geld nicht einfach umsonst vom Staat bekommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ging also darum, den Liquiditätsbedarf der HRE zu decken. Als am Wochenende noch einmal bislang unbekannte Liquiditätsbedarfe aufgetreten sind, mussten wir Neuverhandlungen beginnen, die allerdings so enden konnten, dass der Bürgschaftsrahmen, der in der vergangenen Woche gegeben wurde, nicht überschritten werden musste. Das ist gelungen, weil die Bundesbank dabei sehr hilfreich war.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, wir haben dann darauf gedrungen – wieder zusammen mit anderen –, dass das Management der HRE ausgewechselt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Das ist heute geschehen. Wir glauben, dass das die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass wieder Vertrauen in dieses Institut entstehen kann. Wir setzen darauf, dass das auch gelingt.

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen: Wir haben heute im Kabinett darüber gesprochen, dass es in Deutschland sehr wohl rechtliche Grundlagen gibt, um Manager und Aufsichtsräte in die Haftung zu nehmen. Wir stellen allerdings fest, dass diese gesetzlichen Regelungen so gut wie nicht genutzt werden. Ich glaube, wir alle sollten darauf schauen, wie wir es dazu bringen können, dass sie besser genutzt werden, oder wie wir Gesetze so ändern, dass sie genutzt werden. Auch das halte ich für absolut zwingend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zweitens im akuten Krisenmanagement am Samstag ein Treffen der europäischen Mitglieder der G-8-Gruppe mit dem EZB-Präsidenten und Jean-Claude Juncker gehabt. Wir haben dabei die Übereinstimmung gefunden, dass die Europäische Zentralbank Liquidität in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt. Das ist in diesen Zeiten ausgesprochen wichtig.

Wir haben uns in Paris drittens darüber geeinigt, dass die Bilanzierungsregeln denen der amerikanischen Standards anzugleichen sind.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sehr wahr! Und zwar schnell!)

Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen für unsere Bankinstitute gerade auch in Deutschland.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Wir haben im Augenblick keinen fairen Wettbewerb zwischen dem amerikanischen Bereich und dem europäischen. Es wird jetzt darum gehen – denn es geht hier um Tage und nicht um Monate –, dass wir nicht über das normale Rechtsetzungsverfahren – Richtlinie, Europäisches Parlament, nationale Umsetzung – vorgehen, sondern einen Weg finden, dass die europäischen Staaten dies schnell anwenden können. Ich danke dem Finanzminister, dass er die Bemühungen hierfür bereits begonnen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Viertens wissen wir, dass wir in einem europäischen Binnenmarkt agieren. Natürlich stellt sich die Frage, wie nationale Aktionen mit europäischen zu verzahnen sind. Dazu will ich sagen, welche Wege aus meiner Sicht nicht geeignet sind. Nicht geeignet ist der irische Weg, unabgestimmt eigene Bankinstitute unter einen Schirm zu stellen, andere internationale Institute, die auch lange in Irland Steuern gezahlt haben, nicht in diesen Schirm miteinzubeziehen und damit natürlich Wettbewerbsverwerfungen hervorzurufen, die aus meiner Sicht im Binnenmarkt nicht akzeptabel sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein aus deutscher Sicht ebenfalls nicht akzeptabler Weg ist, dass 27 Mitgliedstaaten einen Schirm spannen und alle in einen Fonds einzahlen, um dann mit



27 Staaten das entsprechende Krisenmanagement in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu betreiben. Ich glaube, das ist der Fähigkeit zu schnellen Aktionen nicht zuträglich. Deshalb lehnen wir diesen Weg ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen aber natürlich ein kohärentes, ein gemeinsames Vorgehen. Deshalb war es eine wichtige Botschaft des Ecofin-Rates, dass sich alle Mitgliedstaaten verpflichten, Finanzinstitutionen, die systemische Risiken hervorrufen können, wenn sie in eine Schieflage geraten, im jeweiligen Mitgliedstaat und darüber hinaus zu stützen. Darauf müssen wir uns in Europa verlassen können. Deshalb haben wir das bei der HRE gemacht, deshalb haben Frankreich und Belgien das bei der Dexia gemacht, deshalb haben die Beneluxländer das bei Fortis gemacht; ich könnte auch britische Beispiele aufzählen. Das ist Verlässlichkeit in Europa, die wir natürlich dringend brauchen.

Fünftens. Im Zusammenhang mit dem Treffen in Paris hat die Kommission erklärt, dass sie in den Beihilfeverfahren - zum Beispiel, wenn Landesbanken Stützungen erhalten - die Spielräume voll und flexibel ausschöpfen will. Ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

All diese Maßnahmen dienen nicht etwa der Rettung von Institutionen als Selbstzweck - deshalb gibt es keine Blankoschecks - oder dem Schutz von Managern, die Fehlleistungen erbracht haben. Nein, alle diese Maßnahmen dienen dem Funktionieren unserer Wirtschaft und vor allen Dingen den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehört auch die am Sonntag vom Bundesfinanzminister und mir abgegebene Erklärung im Namen der Bundesregierung, dass kein Sparer um seine Einlagen fürchten muss. Ich sage hier noch einmal: Diese Erklärung gilt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die soziale Marktwirtschaft - das ist meine feste Überzeugung - ist das beste Wirtschafts- und Sozialmodell, das es gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der LINKEN: Das sehen wir ja gerade!)

Wie jede Krise bietet auch diese Krise des Finanzsektors eine Chance. Sie bietet die Chance, dass alle innerhalb und außerhalb Deutschlands die internationale Dimension der sozialen Marktwirtschaft erkennen, verstehen lernen und den Anspruch erheben, sie gestalten zu wollen. Dafür haben wir während unserer G-8-Präsidentschaft, konkret beim Gipfel in Heiligendamm, gekämpft.

Damals - das muss man im Rückblick sagen - war es vergebens; jetzt erkennt aber eigentlich auch der Letzte, wie nötig es schon damals gewesen wäre, Vorschläge zu unterbreiten und Maßnahmen zu treffen. Deshalb sind die gleichen Vorschläge - natürlich ausgeweitet - Teil

der Langfriststrategie der Bundesregierung für die Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft in ihrer internationalen Dimension.

Wir wissen - deshalb können wir hier nicht nur national handeln -, dass dafür ein abgestimmtes europäisches und internationales Handeln erforderlich ist. Dies haben wir immer wieder betont, zum Beispiel bei der Transparenzinitiative, vertreten durch die Finanzminister sowie die Staats- und Regierungschefs.

Wir haben im September mit dem französischen Staatspräsidenten in einer gemeinsamen Erklärung Deutschlands und Frankreichs alle europäischen und internationalen Positionen zur Lösung der Probleme festgeklopft und sie dann in einem Treffen mit dem britischen Premierminister und dem italienischen Ministerpräsidenten konkretisiert.

Wir haben uns für Maßnahmen im internationalen Bereich eingesetzt. Dabei berufen wir uns in besonderer Weise auf das, was von den Finanzministern mit ausgearbeitet wurde: die Vorschläge, die das Forum für Finanzmarktstabilität im April 2008 den G-7-Finanzministern, die ein wenig an der Ausarbeitung beteiligt waren, vorgelegt hat. Daraus ergeben sich die entsprechenden Ziele.

Es geht um die Verbesserung des Liquiditätsmanagements. Es geht um die Behandlung außerbilanzieller Risiken; wir haben bei der IKB schmerzhaft miterlebt, welche Folgen sich daraus ergeben. Es geht um die Bewertung illiquider Vermögensgegenstände. Es geht um Transparenzregeln auf den Finanzmärkten, und es geht um den Umgang mit Ratings.

Die G-8-Staats- und Regierungschefs haben im Juli 2008 einen Fortschrittsbericht des Forums entgegengenommen und gebilligt. Allerdings muss ich sagen: Auch im Sommer war der Enthusiasmus über diese Regeln - zumindest auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs - noch nicht so groß, wie er hätte sein müssen. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir können allerdings feststellen, dass bei der Umsetzung bereits erste und auch wesentliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Zahlreiche weitere Vorschläge des Forums sollen bis Ende 2008 verwirklicht werden. Der Bundesfinanzminister wird in den nächsten Tagen nach Amerika reisen und diese Diskussion natürlich fortsetzen. Die Bundesregierung wird also an der Spitze derjenigen stehen, die solche Regelungen fordern. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bis Ende 2008 müssen vergleichbare Arbeiten auf europäischer Ebene abgeschlossen werden. Dazu gehört insbesondere die neue Regulierung von Ratingagenturen; denn diese haben einen erheblichen Anteil an den falschen Bewertungen, wie wir sie jetzt erleben. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man muss vor allem darauf achten, dass das Finanzsystem selbst die richtigen Anreize setzt. Wir brauchen Finanzmärkte und adäquate Mechanismen, die nicht nur aus Regulierungen, sondern auch aus Anreizen bestehen. Diese Anreize müssen so gesetzt werden, dass eine einseitige Fokussierung der Banken auf kurzfristige Unternehmensstrategien verhindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Eine Ursache der Krise war, dass Kredite vergeben wurden, die erst nach Jahren fällig waren. Die Bonuszahlungen wurden aber bereits nach einem Jahr ausgeschüttet, ohne dass man wusste, ob für dieses Produkt nach seiner Bewährungsprobe überhaupt eine Zahlung eingeht. Das ist ein Unding und darf so nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daraus resultiert, dass für die Vergütung der Manager der langfristige Unternehmenserfolg und nicht die Kurzfriststrategie das entscheidende Kriterium sein sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin zuversichtlich, dass durch die Umsetzung der Empfehlung des Forums, die Vorschläge der Europäischen Union und das Setzen richtiger Anreizstrukturen die Grundlage dafür geschaffen wird, dass eine vergleichbare Krise in Zukunft nicht mehr entstehen kann.

Das heißt, dass wir eine Architektur bekommen, in der sich solche Fehler verbieten.

Wir müssen in dieser Situation kritisch hinterfragen, ob die Bankenaufsicht ihren Aufgaben gerecht geworden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP

sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine vorausschauende Aufsicht, die sich aufbauende Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennt und die dann auch handelt. Dafür müssen Strukturen überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das gilt für den nationalen Bereich, aber natürlich auch für den europäischen und für den internationalen Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der

FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wird die Bundesregierung überlegen - in Bezug auf die nationale Ebene -, ob das Zusammenspiel zwischen BaFin und Bundesbank noch effizienter gestaltet werden kann. Es muss auch sichergestellt werden, dass die internen Entscheidungsstrukturen schnelle Reaktionen möglich machen. Wir sollten an dieser Stelle keine Schnellschüsse machen, aber wir sollten konsequent an dieser Frage arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Krise bietet die Chance, besser zu verstehen, dass auf der einen Seite Freiheit und auf der anderen Seite Ordnung keine Gegensätze sind, sondern dass sie in der sozialen Marktwirtschaft zusammengehören. Wir wollen die menschliche soziale Marktwirtschaft. Das ist eine Marktwirtschaft, die dem Menschen und dem Einzelnen dient.

Es gibt wahrlich nichts zu beschönigen. Dafür bietet die Lage keinen Anlass. Die langfristigen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind heute noch nicht absehbar.

Das gilt auch für die Auswirkungen auf unser Wachstum und unser Land. Wir sind eine exportorientierte Wirtschaft. Wir müssen uns mit gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen auseinandersetzen.

Ich sage in dieser schwierigen Stunde aber auch:

Deutschland ist stark.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deutschland hat sich in den letzten Jahren sehr gut aufgestellt. Daran haben viele mitgewirkt. Deutschland ist für den globalen Wettbewerb gerüstet. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns das helfen wird, die Folgen der Finanzmarktkrise, auch wenn es nicht einfach wird, zu meistern.

Der Reformkurs der Bundesregierung war und ist dafür unabdingbar, und er macht sich bezahlt. Das umfasst die Haushaltskonsolidierung, die Senkung der Lohnzusatzkosten, die Reaktionen auf die demografischen Veränderungen unserer Gesellschaft - ich erinnere an die Rente mit 67 - und die konsequenten Investitionen in Bildung und Innovation. Ich glaube, dass auch die Ergebnisse der Sitzung des Koalitionsausschusses in der letzten Woche ein weiterer Beleg dafür sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage ausdrücklich: Gerade in dieser Situation werden wir diesen Weg konsequent fortsetzen. Es wäre das allerfalscheste Signal, jetzt von dem Kurs abzuweichen. Das Ziel ist, Vertrauen zurückzugeben, Vertrauen zu stärken; denn Vertrauen, das ist die Währung, in der gezahlt wird. Ich glaube, dass jeder von uns - wir in diesem Hause, vor allen Dingen aber die Akteure im Lande - einen Beitrag dazu leisten kann, dass Vertrauen wiederhergestellt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung ist entschlossen, diesen Weg ruhig und besonnen, aber mit aller Entschlusskraft zu gehen. Lassen Sie mich zum Abschluss eines sagen: In diesen Tagen der Krise gibt es viele, die bis an den Rand der Belastbarkeit arbeiten. Ich möchte all denen zum Schluss dieser Regierungserklärung noch einmal ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ob es in der Bankenaufsicht, in den Ministerien oder zum Teil auch in den privaten Banken ist - wir brauchen Akteure, die sich für unser Land einsetzen. Es ist gut, dass es sie gibt. Deshalb bin ich auch optimistisch, dass wir diesen Weg weitergehen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung und die Tatsache, dass die Regierungserklärung hier stattfindet, ist eine angemessene und auch notwendige Reaktion auf die wirklich außerordentlich angespannte Lage. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Garantieerklärung, die die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister den Bürgerinnen und Bürgern am Sonntag gegeben haben, will ich erklären, dass es in diesem Hause keine Auseinandersetzung

zwischen Regierung und Opposition hierüber gibt.  
Es geht hier nicht um einen Parteienstreit, sondern darum,  
dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen,  
dass die Sparguthaben sicher sind. Die Bundesregierung  
sagt, sie steht dafür ein. Wir fügen hinzu: Auch wir  
von der Opposition stehen dafür ein. Darauf wissen die  
Bürgerinnen und Bürger sich zu verlassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der SPD)

Das ist notwendig, weil die Bürgerinnen und Bürger  
durch eine ungewöhnliche Maßnahme geschützt werden  
müssen. Wir wollen hier aber genauso klarmachen: Wir  
schützen mit diesen Steuergeldern und diesen Zusagen  
die Bürgerinnen und Bürger. Wir schützen die Sparer  
und ihre Einlagen. Wir schützen aber nicht die Jobs einiger  
Banker. Vor allen Dingen sind wir nicht bereit, zuzusehen,  
dass diejenigen, die privat, in der Wirtschaft so  
versagt haben, damit auf Kosten von Steuergeldern vergoldet  
davonkommen. Das ist notwendig und muss hier  
auch klar angesprochen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie  
bei Abgeordneten der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich will Ihnen genauso  
sagen: Das Prinzip Verantwortung, das Sie hier  
anmahnen, gilt natürlich nicht nur für diejenigen, die  
sich in der Wirtschaft falsch verhalten haben, sondern  
das Prinzip Verantwortung gilt ausdrücklich auch für  
diejenigen, die bei der Staatsaufsicht absolut dilettantisch  
gearbeitet haben, und zwar nicht seit Wochen, sondern  
in Wahrheit seit über einem Jahr.

(Beifall bei der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]:

Das ist eine Frechheit von einer Partei, die gegen  
jede Regulierung ist!)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sprechen davon, dass die  
Bundesregierung daran arbeite und sich darüber Gedanken  
mache, wie die Staatsaufsicht verbessert werden  
könne. Ich will genauso klar sagen: Wenn Sie Defizite  
bei der Bankenaufsicht beklagen, beklagen Sie Defizite  
bei der Bundesregierung, also bei sich selbst. Sie tragen  
die politische Verantwortung für die Bankenaufsicht.  
Wenn Sie die Bankenaufsicht kritisieren, dann kritisieren  
Sie die Regierung, der Sie vorsitzen.

(Beifall bei der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]:

Das muss gerade die FDP sagen, die gegen  
jede Aufsicht ist!)

Vertrauen stärkt nur, wer Rede und Antwort steht.

Vertrauen stärkt nur, wer auch mit den Risiken offen umgeht,  
statt sie zu verschleiern. Auch das muss an dieser  
Stelle klar gesagt werden: Vertrauen riskiert, wer von  
Stein zu Stein stolpert, wer die Wahrheit nur scheinbar  
herausrückt. Sie hätten durch Schaden längst klug  
sein können. Die Salamtaktik, die Sie beim KfW-/IKBSkandal  
an den Tag gelegt haben, ist dieselbe, die wir  
bezüglich Hypo Real Estate fast von Tag zu Tag erleben.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So ein Unsinn!)

Wir wissen nicht, was die Bundesregierung weiß oder zu  
welchem Zeitpunkt Sie über das Ausmaß der Affäre Bescheid  
wussten. Wir wissen aber, dass Sie Ihrer Verantwortung  
als Bankenaufsicht endlich besser gerecht  
werden müssen. Das ist keine wohlfeile Kritik im Nachhinein,

sondern diesen Systemfehler haben wir von Anfang an, schon seit Jahren in diesem Hause immer und immer wieder angemahnt.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD - Ludwig Stiegler [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

Spannend ist, wie jetzt die Sozialdemokraten und die Grünen beim Thema Bankenaufsicht und vor allen Dingen angesichts der mangelnden Bankenaufsicht ihre Zwischenrufe machen. So möchte ich es vorsichtig formulieren. Ich sage Ihnen das deswegen, weil ein einziger Blick in das Archiv des Deutschen Bundestages eines zeigen wird: Diese Doppelstruktur und das bürokratische Gegeneinander von zwei Bankenaufsichten ist in diesem Hause von Union und von FDP kritisiert worden. Sie haben es 2002 als Rot-Grün gemeinsam mit den Stimmen der PDS hier beschlossen.

Ich bleibe dabei: Leider hatten wir mit unseren Bedenken recht. Diese Bankenaufsicht lähmt sich selbst. Sie muss endlich vereinheitlicht werden und unter einen politischen Hut kommen. Dieser ist aus unserer Sicht die Bundesbank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eichel?

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Selbstverständlich. Bitte sehr.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Eichel, bitte.

Hans Eichel (SPD):

Herr Kollege Westerwelle, ist Ihnen nicht in Erinnerung, dass die Änderung der Bankenaufsicht nur mit Zustimmung des Bundesrates möglich war? Diese Zustimmung konnte übrigens nur erreicht werden, nachdem die CDU/CSU-regierten Bundesländer und die, die mit Ihnen in Koalition waren, die entsprechende Sitzung des Bundesrates verlassen hatten. Anderenfalls hätte nicht einmal dieses Gesetz die Zustimmung des Bundesrates gefunden. Das ist die Wirklichkeit. Sie, FDP und CDU/CSU, haben im Bundesrat ohne Ende blockiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Lachen bei der FDP)

Ich war mit dem Vorschlag für eine Einzelstruktur in das Gesetzgebungsverfahren gegangen. Das ist die Wirklichkeit und nicht das, was Sie jetzt erzählen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege Eichel, ich kann verstehen, dass Sie mit Ihren damaligen Schandtaten heute nichts mehr zu tun haben wollen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD:

Oh!)

Aber ich sage das hier mit großer Klarheit. Ich war schon damals Parteivorsitzender, und ich weiß, wie die Verhandlungen damals abliefen. Ich will Ihnen sagen, wie in der Debatte hier im Deutschen Bundestag gefochten wurde: „Die FDP ist der Auffassung, dass die Deutsche Bundesbank die Bankenaufsicht übertragen bekommen sollte. Die Doppelzuständigkeit hat sich nach

unserer Auffassung nicht bewährt.“

Das ist hier alles vorgetragen worden. Sie waren gewarnt, Sie wussten, dass das ein Konstruktionsfehler ist.

Reden Sie sich nicht heraus. Sie haben sich aus politischen Gründen für diese Doppelstruktur entschieden.

Seit Jahren warnen wir davor, dass dies keine funktionierende Aufsicht ist. Ich sage es Ihnen mit großer Klarheit:

Eine Staatsaufsicht, die jede Sparkassenfiliale haarklein untersucht, aber bei einem DAX-Unternehmen in einen Dornröschenschlaf fällt, hat versagt, und dafür tragen diejenigen Verantwortung – auch Sie, Herr Kollege Eichel.

(Beifall bei der FDP – Dirk Niebel [FDP]:

Setzen! Sechs!)

Jede Volksbank wird durchsucht, jede Sparkasse wird schikaniert, aber bei den DAX-Unternehmen schaut man nicht hin.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD – Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist unverschämt!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Westerwelle, gestatten Sie eine weitere Frage des Kollegen Eichel?

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ich bitte Sie; selbstverständlich, Herr Kollege Eichel.

Hans Eichel (SPD):

Herr Kollege Westerwelle, wir können das ja zusammen noch einmal nachprüfen. Ist Ihnen bekannt, dass es der damalige Bundesbankpräsident Tietmeyer ausdrücklich abgelehnt hat, für die Bundesbank die Bankenaufsicht zu übernehmen, weil er eine Interessenkollision gesehen hat? Ist Ihnen außerdem bekannt, dass auch der folgende Bundesbankpräsident, nachdem klar war, dass wir zu Recht das Zukunftsmodell einer Allfinanzaufsicht wählen, erklärt hat, dass eine Allfinanzaufsicht nicht von der Bundesbank ausgeübt werden kann? Das ist nämlich die Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ludwig

Stiegler [SPD]: Der hat keine Ahnung!)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege Eichel, ich habe da ein ganz anderes Parlamentsverständnis: Die Gesetze werden vom Deutschen Bundestag gemacht, mit oder ohne Zustimmung des Bundesbankpräsidenten. Noch tragen wir für die Gesetze Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Herr Kollege Eichel, da Sie gefragt haben, was mir alles bekannt sei, frage ich Sie: Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass das, was Sie hier immer noch vertreten, von Ihrem Nachfolger im Amt des Finanzministers längst nicht mehr vertreten wird? Es wird zur Beseitigung genau dieser Doppelstruktur kommen, besser spät als nie. Hätten Sie früher gehandelt, hätten Sie diesen Unfug nicht beschlossenen, wäre uns möglicherweise einiges an Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erspart geblieben.

(Beifall bei der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]:

Eine Frechheit! Die Aufsicht beschuldigen, nur um seine Banker zu schützen!)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Problem an dieser Stelle liegt nicht nur im

geschichtlichen Streit. Vielmehr hat dies Auswirkungen für die Gegenwart; dieses Denken verfolgt uns in Wahrheit immer noch, leider auch in der neuen Regierungskoalition. Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, als Sie im November des letzten Jahres hier im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf eingereicht haben, der auch beschlossen wurde, jetzt mit den Stimmen der neuen Mehrheit: „Nach fünf Jahren Allfinanzaufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besteht kein Zweifel, dass sich deren Konzept voll bewährt hat.“ Werden Sie doch wenigstens jetzt aus dem Schaden klug.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Es ist eine Frechheit, die Aufsicht zu beschuldigen!)

Das ist das Mindeste, was die Bürgerinnen und Bürger von Ihnen verlangen können.

(Beifall bei der FDP)

Nun heißt es an dieser Stelle, die Staatsbehörde mit 1 600 Mitarbeitern solle zur Prüfung nicht in der Lage gewesen sein, weil die zu prüfende Tochter schließlich in Irland ihren Sitz habe. Auch darauf muss man kurz eingehen. Was heißt das denn? Das heißt, dass der deutsche Steuerzahler ein Bürgschaftspaket von 35 Milliarden Euro schnürt und im Gegenzug nicht einmal verlangt, dass diejenigen, die eine Bürgschaft bekommen, komplett alle ihre Bücher offenlegen.

Es ist doch ein bemerkenswerter Vorgang, dass eine Handvoll Prüfer einer privaten Bank innerhalb von Tagen Löcher finden, die einer Staatsaufsicht seit Monaten verborgen geblieben sind. Das zeigt abermals: Das ist Staatsversagen, und dafür trägt die Regierung Verantwortung,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist eine falsche Anschuldigung! Es ist eine Frechheit, so etwas zu behaupten!)

und bei allem staatstragenden Verantwortungsbewusstsein der FDP werden wir Sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Bundesregierung, trotz aller weihevollen Reden hier.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben bei der Bankenaufsicht bisher nur Krisenreaktion, aber nie Krisenprävention betrieben. Sie haben in vielen Bereichen auch noch nicht die Konsequenzen gezogen, die aus unserer Sicht gezogen werden müssten. Wie wir wissen, gibt es Ratingagenturen – das ist für diejenigen, die in diesem Thema nicht so tief drin sind, natürlich ein Buch mit sieben Siegeln –: private Agenturen, die die Wertigkeit von Banken und anderen Unternehmungen einschätzen. Viel zu oft und viel zu regelmäßig mussten wir darauf hinweisen, dass hier Interessenskollisionen vorgezeichnet sind.

Unser Vorschlag, eine unabhängige Stiftung zu gründen, gewissermaßen eine Stiftung Warentest für den Finanzmarkt, liegt auf dem Tisch. Mich würde sehr interessieren, welche Vorschläge die Bundesregierung selbst macht, um dafür zu sorgen, dass Ratingagenturen in Zukunft keine so große Macht mehr haben und nicht mehr, wie es manchmal der Fall war, interessengeleitet agieren.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, es ist richtig und absolut notwendig



- darüber haben Sie gesprochen -, dass die Bilanzierungsregeln auch kurzfristig verändert werden müssen. Ich habe Ihnen schon gestern gesagt - dabei bleibt es auch -: Hier haben Sie unsere volle Rückendeckung. Wenn Sie Maßnahmen ergreifen, um im Rahmen unseres nationalen Rechts schneller handeln zu können, weil man nicht immer auf die Zustimmung aller europäischen Länder warten kann, werden wir auch dies mittragen; denn wir wissen, dass dieses Problem eine schnelle Lösung erfordert.

Frau Bundeskanzlerin, Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, worüber wir in diesem Hohen Hause nur zwei Tage vor der Landtagswahl in Bayern gesprochen haben, als es um die Neuregelung der Bilanzrichtlinien, das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, ging. Genau das, was Sie jetzt zu Recht kritisieren, steht in Ihrem eigenen Gesetzentwurf, den wir vor etwas mehr als einer Woche beraten haben. Wir sagen Ihnen schon seit langer Zeit, gerade im Hinblick auf das Vertrauen: Halten Sie an den bewährten Prinzipien des deutschen Handelsgesetzbuches fest. Sie selbst sind allerdings gerade dabei, in Deutschland amerikanische Prinzipien, vor denen wir in diesem Hause gewarnt haben, einzuführen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich würden wir gerne einmal erfahren, Frau Bundeskanzlerin: Was wird jetzt eigentlich aus dem Haushalt? Wir haben heute eine Regierungserklärung gehört, in der Sie viele Problemkreise beschrieben haben. Aber dazu, was für die Regierung politisch-handwerklich daraus folgt, ist bisher nichts gesagt worden. Was bedeutet die jetzige Krise für den Bundeshaushalt, den wir gerade beraten?

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Zumindest Ihren eigenen Bundeshaushalt müssen Sie ehrlich aufstellen. Sie wissen, dass Sie nicht die Einnahmen bekommen, die Sie in die Finanzplanung geschrieben haben. Da Sie wissen, dass Sie nicht die geplanten Einnahmen erzielen werden, müssen Sie in den nächsten Wochen und Monaten mit uns gemeinsam zumindest daran arbeiten, dass der Haushalt ehrlich wird und dass die Ausgaben reduziert werden. Es kann gar nicht anders sein. Das Mindeste, was man von Ihnen erwarten darf, ist, dass Sie Ihre Finanzplanung umstellen. Jeder weiß, dass diese Finanzkrise nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit auch nicht ohne Auswirkungen auf den Bundeshaushalt bleibt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten

der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier

[fraktionslos])

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben die Ergebnisse der Koalitionsrunde gelobt; das ist Ihr gutes Recht. Allerdings wissen und spüren wir, dass diese Finanzmarktkrise auch zu einem Problem für die reale Wirtschaft werden wird. Weil das so ist, muss die Politik jetzt alles unternehmen, was Wirtschaft und Wachstum stärkt, und alles unterlassen, was Wirtschaft und Wachstum schwächt. Dass Sie trotzdem durch Ihre Gesundheitspolitik die Lohnzusatzkosten erhöhen, ist in diesen Zeiten

ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Dass Sie trotzdem bei der Erbschaftsteuer einen Anschlag auf die Familienunternehmen vorbereiten,

(Widerspruch bei der SPD)

ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen.

Die FDP kennt ihre staatspolitische Verantwortung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir, die Opposition, werden nicht darum herumkommen, auch Sie an Ihre Verantwortung zu erinnern.

Es reicht nicht, zu sagen, dass diese oder jene Maßnahme möglich ist. Sie haben keinen Plan A, Sie haben

auch keinen Plan B. Sie stolpern von Problem zu Problem.

In Wahrheit fehlt es an Konzepten. Solche sind aber das Mindeste, was man hier heute bei allem, was wir gemeinsam gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu schultern haben, auch erwarten darf. So können Sie uns nicht davonkommen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Ludwig

Stiegler [SPD]: Mit so einem Dampfplauderer

gibt es keine Gemeinsamkeit! So ein Schmarrer!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Westerwelle, Sie sind der Brandstifter, der sich hier als Biedermann verkleidet. Nichts anderes wird durch Ihre Praxis belegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie wollen von der Verantwortung Ihrer Freunde in der Wirtschaft ablenken.

(Dirk Niebel [FDP]: Unverschämtheit!)

Das ist doch ganz deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen von der Verantwortung derjenigen ablenken, von denen Sie Ihre Parteispenden erhalten. Das ist doch die Realität in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Jörg

van Essen [FDP]: Wie tief die Sozialdemokraten gesunken sind!)

Ihre Ideologie ist in diesen Tagen doch in Scherben zerbrochen, Herr Westerwelle. Nichts anderes ist geschehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie wissen doch ganz genau: Mit den Investmentbanken und den Finanzmärkten ist auch Ihre ganze neoliberale Ideologie des Marktradikalismus zusammengebrochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

LINKEN und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Dirk Niebel [FDP]: Sie sind ja Lafontaine!)

Herr Westerwelle, mit Ihrem ganzen Gerede von der unbeschränkten Marktfreiheit haben Sie sich und allen anderen das Diktat der Finanzmärkte über Jahre hinweg schöngeredet.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie regieren doch seit zehn Jahren!)

Heute zeigt sich, dass nur ein wirtschaftlich starker Staat, wie ihn die Sozialdemokraten wollen,

(Lachen bei der LINKEN)

den Bürgerinnen und Bürgern und auch Märkten das bieten kann, was sie als unverzichtbaren Gegenstand genauso wie die echte Freiheit brauchen, nämlich Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich empfehle allen, die noch bis vor wenigen Tagen mit abenteuerlichen Programmen für Steuersenkungen durchs Land gerannt oder für staatliche Verschuldungsverbote ohne jede Ausnahme eingetreten sind, sich das alles noch einmal ganz genau zu überlegen.

(Beifall des Abg. Ludwig Stiegler [SPD])

Wer in der Krise Ausgabenkürzungen fordert, der muss ökonomisch gesehen ja mit dem Klammerbeutel gepudert sein, Herr Westerwelle. Das ist doch unglaublich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier

[fraktionslos])

Sie schieben jetzt der Finanzaufsicht eine Verantwortung für diese Situation zu, die sie nun wahrlich nicht verschuldet hat. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Ihre Partei war stets gegen eine Verschärfung jedweder Aufsicht; das wissen wir alle, die wir hier mit diesen Fragen zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

LINKEN und des Abg. Gert Winkelmeier

[fraktionslos])

Sie wollten die Aufsicht geradezu lahmlegen und haben jede Beschwerde aus dem Bankenbereich aufgenommen und im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages vorgetragen. Sie haben das Recht verwirkt, hier so zu reden, wie Sie vorhin geredet haben, Herr Westerwelle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

LINKEN und des Abg. Gert Winkelmeier

[fraktionslos])

Wir danken Frau Merkel und dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück für das hervorragende Krisenmanagement in den letzten Wochen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU - Lachen bei der FDP)

Die Bundesregierung hat gezeigt, dass sie entschlossen und fähig ist, zu handeln, und zwar mit Augenmaß und im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber den steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern. Die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister können sich dabei - da bin ich mir ganz sicher, Herr Kauder - auf die geschlossene Unterstützung der Koalitionsfraktionen verlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Diese Geschlossenheit in Regierung und Koalition ist ein wichtiges Element der Stabilität in einer Zeit, in der Vertrauen gerade auf den sensiblen Finanzmärkten zu einem äußerst knappen Gut geworden ist.

Ein weiteres Element der Stabilität - und zwar unmittelbar auf dem deutschen Finanzmarkt angesiedelt - sind unsere Sparkassen und Volksbanken. Vor allem ihnen ist es zu verdanken, dass die Turbulenzen der Weltfinanzmärkte bisher noch nicht zu einer Kreditklemme für die deutschen Unternehmen, insbesondere den Mittelstand, geführt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Sparkassen und Volksbanken haben in der Vergangenheit die besinnungslose Renditejagd des angelsächsisch dominierten Weltfinanzsystems nicht mitgemacht, sondern sich weiterhin auf ihre Kunden als Basis eines soliden Bankgeschäfts konzentriert. Dafür sind sie teilweise belächelt, ja beschimpft worden.

Heute zeigt sich: Das Bankgeschäft ohne Kundeneinlagen in völliger Abhängigkeit von den Launen der Kapitalmärkte zu betreiben, mag zwar die Gewinne in guten Zeiten erhöhen; in Krisenzeiten führt ein solches Geschäftsmodell aber geradewegs in die Katastrophe.

Die großen Investmentbanken der Wall Street - die Ikonen dieses von Renditegier getriebenen Turbokapitalismus - sind untergegangen, aufgekauft oder sie versuchen sich gerade durch die Umwandlung in Geschäftsbanken ein Leben nach dem Tod zu verschaffen.

Vergessen wir nicht: Die großen privaten Banken in Deutschland waren vor gar nicht langer Zeit auch noch ganz auf dem Investmentbankentrip. Die Filialkunden in Cottbus oder im Ruhrgebiet waren für die Herren Ackermann und Co halt nicht ganz so sexy wie die smarten Händler in London, New York und Hongkong, mit denen man immer aberwitziger konstruierte Wertpapiere handeln und bei dieser Gelegenheit ebenso aberwitzige Gehälter und Bonuszahlungen kassieren konnte.

(Beifall bei der SPD)

Etwas anderes sollten wir ebenfalls nicht vergessen: Bis heute betreiben die Lobbyisten dieser privaten Banken ihre Arbeit in Brüssel, um über den Umweg der EU den Sparkassen und Volksbanken in Deutschland die Existenzberechtigung streitig zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Ludwig Stiegler [SPD]: Mit Unterstützung der FDP!)

Der Verzicht auf die Renditejagd bei den Sparkassen und Volksbanken wird dabei schamlos als Wettbewerbsverzerrung zulasten der Privatbanken umgedeutet. Diese Lobbyisten haben zu viel Unterstützung in der Kommission. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Die deutsche Haltung dazu ist klar.

Wenn jetzt also gerade die privaten Banken in Deutschland und überall sonst auf der Welt nach Rettung durch den Staat - das heißt den Steuerzahler - rufen, dann muss das, so meine ich, zwei ganz unmittelbare Konsequenzen haben. Erstens müssen die privaten Banken ihre Brüsseler Wühlarbeit umgehend einstellen und

die Existenz des dreigliedrigen Bankenwesens in Deutschland endlich akzeptieren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Zweitens muss das Thema der exzessiven Gehälter in Vorständen und Handelsräumen nicht nur diskutiert, sondern geregelt werden. Beim letzten Thema scheint sich in den letzten Tagen einiges zu bewegen. In den USA und in der EU wird die Begrenzung der Topgehälter offenbar als selbstverständlich für ein zwingendes Begleitinstrument der Rettungsaktion betrachtet. Den Äußerungen des lieben Kollegen Röttgen zufolge ist das Thema Verantwortung und Bezahlung der Manager neuerdings auch ein Kernanliegen seiner Partei. Das finden wir Sozialdemokraten gut.

(Beifall bei der SPD - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das habe ich aber nirgendwo gesagt!)

Es fällt uns allerdings auf, dass das erst seit ein paar Tagen so ist.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist aber nicht so!)

Als wir im Frühjahr im SPD-Präsidium konkrete Gesetzesvorschläge zum Thema Managergehälter beschlossen haben, haben Sie, Herr Röttgen, das noch als unseriös bezeichnet.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist unseriös!)

Auch verehrte Frau Merkel und Herr Glos ließen sich im letzten Dezember im Manager-Magazin dafür feiern, dass sie bei der Begrenzung von Managergehältern „massiv auf die Bremse“ treten. Hoffentlich kommen wir schnell von der Bremse herunter und gemeinsam zu Ergebnissen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur wegen der zeitlichen Nähe zum Tag der Deutschen Einheit am letzten Freitag lohnt es sich in diesem Zusammenhang, noch einmal an die Haltung der FDP zum Thema Managervergütung zu erinnern. Herr Westerwelle, noch im Frühjahr haben Sie jeglichen Eingriff verdammt und von einer „DDR ... ohne Mauer“ gesprochen. Das ist derselbe Herr Westerwelle, der seine Rede mit antikapitalistischen Tönen eröffnet hat. So glaubwürdig ist dieser Mann.

(Beifall bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein! Bitte nicht! Das geht zu weit! Zu viel der Ehre! - Zuruf von der FDP: Der Mann hat Logorrhö!)

- Was heißt „Das geht zu weit“? - Herr Westerwelle, Sie sollten sich selbst prüfen - vielleicht gehen Sie eine Woche ins Kloster und in sich -

(Heiterkeit bei der SPD)

und genau darüber nachdenken, wie Ihr Verhältnis zu Wahrheit und Praxis ist. Das Auseinanderklaffen von Reden und Handeln ist bei keinem Politiker in Deutschland so offenkundig wie bei Ihnen; das muss ich festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundeskanzlerin hat wichtige Stichworte für das genannt, was jetzt zu regeln ist. Wir arbeiten gut. In den letzten Monaten wurden viele Vorarbeiten geleistet. Aufsichtsstrukturen und Eigenkapitalregeln zum Beispiel

müssen so verbessert werden, dass sich bestimmte Entwicklungen, die sich als krisenverursachend oder krisenverschärfend erwiesen haben, künftig nicht wiederholen können.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Koppelin?

Joachim Poß (SPD):

Ja, bitte.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Kollege Poß, da Sie von Wahrheit und Heuschrecken gesprochen haben und meinen, der FDP das eine oder andere vorhalten zu müssen, richte ich an Sie folgende Frage: Ist meine Information richtig, dass die Sozialdemokraten dem Verkauf der Anteile an der IKB an Lone Star, eine Heuschrecke, im Verwaltungsrat der KfW zugestimmt haben?

Joachim Poß (SPD):

Ich weiß nicht, was diese Frage mit der Debatte und den Äußerungen von Herrn Westerwelle zu tun hat.

(Lachen bei der FDP - Jürgen Koppelin

[FDP]: Es geht um Wahrheit!)

Die Sozialdemokraten haben - genauso wie die Vertreter anderer Parteien - der Lösung zugestimmt, die als möglich galt. Genaueres kann ich nicht sagen; denn ich war bei der Abstimmung nicht dabei. Herr Koppelin, Sie waren wohl dabei und müssten es besser wissen. Ihre Glaubwürdigkeit erhöht sich nicht dadurch, dass Sie sich aus Alibigründen in die Oppositionsrolle begeben haben, weil Sie mit dem Schicksal der KfW nichts zu tun haben wollen. Nicht anders ist das zu werten, Herr Koppelin.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, auch der Kollege Brüderle hat den Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen. Gestatten Sie?

Joachim Poß (SPD):

Ja, natürlich.

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Kollege Poß, ist Ihnen in Erinnerung, dass 2004 die grün-rote Bundesregierung unter Kanzler Schröder mit dem sogenannten Investmentmodernisierungsgesetz erst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass Hedgefonds in Deutschland tätig werden können? Sie haben doch den Weg dafür frei gemacht.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Joachim Poß (SPD):

Lieber Kollege Brüderle, Sie wissen, dass das nicht im Widerspruch zu dem steht, was wir sagen. Ein Problem wie Hedgefonds können wir nur international lösen. Dazu haben Frau Merkel und Herr Steinbrück entsprechende Vorschläge gemacht. Vor dem Investmentmodernisierungsgesetz war es Bundeskanzler Schröder, der sich mit diesem Thema befasst hat. Vom historischen Ablauf her liegen Sie mit Ihren Entlastungsfragen gänzlich schief. Ich verstehe Ihre Schmerzen. Ihr Vorsitzender sah heute nicht sehr gut aus.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben viel Vorarbeit geleistet. Ein besonders dringliches Anliegen ist - Frau Merkel hat bereits darauf hingewiesen -, eine kurzfristige Änderung der Bilanzierungsvorschriften

in Europa herbeizuführen. Genauso wie in den USA muss verhindert werden, dass vorübergehend nicht mehr handelbare Wertpapiere in den Bankbilanzen sofort als Totalverlust abgeschrieben werden müssen.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Das Vertrauen und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum weiteren Krisenmanagement der Bundesregierung werden nicht zuletzt davon abhängig sein, dass dabei übernommene Lasten zwischen dem Staat und dem Bankensektor, aber auch – was den staatlichen Anteil angeht – unter den Steuerzahlern gerecht verteilt werden. Ich sage dies ganz bewusst vor dem Hintergrund der Diskussion über die Erbschaftsteuer. Ich halte es für nur schwer erträglich, dass wir möglicherweise gezwungen sind, Steuergelder zur Rettung gestrauchelter Banken, ihrer Anteilseigner und Gläubiger einzusetzen, und gleichzeitig einige in diesem Haus – auch beim Koalitionspartner – versuchen, die Erbschaftsteuer ganz abzuschaffen oder aus ihr auf Biegen und Brechen eine Art Grundsicherung für Vermögensmillionäre zu machen. Das passt nicht in die Zeit. Das passt auch nicht zu einer Volkspartei.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Oskar Lafontaine.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt kommt Poß II!)

Im Mittelpunkt dieser Debatte steht das Wort „Vertrauen“. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, dass die wichtigste Währung der Finanzmärkte das Vertrauen sei. Ich habe in den letzten Jahren nicht beobachten können, dass Vertrauen die Grundlage des Handelns der Finanzmärkte war. Die Finanzmärkte haben sich mehr und mehr zu spekulativen Märkten entwickelt, und spekulative Märkte basieren auf allem anderen, aber nicht auf Vertrauen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vertrauen war lange Zeit das Kapital der Banken, bevor es die Finanzmärkte in der gegenwärtigen Form gab. Aber wenn das Vertrauen in die Banken zerstört ist, wenn die Sparerinnen und Sparer kein Vertrauen mehr in die Banken haben, dann können in unserer Ordnung nur noch zwei Instanzen handeln: Die eine ist die Zentralbank – sie kann durch ihr Handeln Vertrauen herstellen –, die andere ist die Bundesregierung.

Ich will jetzt von der Bundesregierung sprechen. Vertrauen schafft man nicht, indem man verharmlost. Ich stelle hier für meine Fraktion fest: Sie haben viel zu lange die Krise verharmlost und sich insoweit schuldig gemacht, als das Vertrauen der Bevölkerung in das Handeln der Regierung verloren gegangen ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Damit dieser Satz nicht so stehen bleibt, zitiere ich, was

der Finanzminister vor wenigen Tagen gesagt hat:  
Deshalb und weil die Verhältnisse bei uns andere  
sind, ist ein ähnliches Programm

- wie in den USA -

in Deutschland oder Europa weder notwendig noch  
sinnvoll.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bleibt richtig!)

Nach wie vor ist wahr: Die Finanzmarktkrise ist vor  
allem ein amerikanisches Problem!

Am Anfang der Krise, als jeder wusste, dass die Situation  
hochgefährlich war, hat die Regierung kein Vertrauen  
dadurch geschaffen, dass der Finanzminister die  
Lage völlig falsch eingeschätzt hat. Das ist die Wahrheit;  
sie ist hier dokumentiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Während andere von „Massenvernichtungswaffen“ sprachen  
- derjenige, der dieses Wort geprägt hat, kennt sich  
auf den internationalen Finanzmärkten aus; er sprach  
auch die Vernetzung der Produkte an -, hieß es hier  
noch, das sei ein Problem der USA. Die Kanzlerin hat  
sich dieser nun wirklich lächerlichen Analyse angeschlossen;  
das heißt, Sie haben zu Beginn, vor einigen  
Tagen überhaupt nicht überblickt, worum es hier überhaupt  
geht. Ich will das in aller Klarheit für meine Fraktion  
hier feststellen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Hauptsache, Sie überblicken  
alles!)

Ich zitiere die Welt, die nicht im Verdacht steht, Ihnen in  
irgendeiner Form kritisch gegenüberzustehen:

Das Chaos ist groß. Wochenlang hatten die Kanzlerin  
und ihr Finanzminister die Krise kleingeredet.

Das ist die Wahrheit, und deshalb haben Sie kein Vertrauen  
geschaffen, sondern Sie haben die Unsicherheit in  
der Bevölkerung verstärkt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Nachdem Sie festgestellt haben, dass diese Verharmlosung  
ein Fehler war, und nachdem Sie von den Ereignissen  
überrollt worden sind, haben Sie eben kein fachlich  
solides Krisenmanagement zustande gebracht. Aus Zeitgründen  
möchte ich nicht auf die IKB eingehen, sondern  
auf die HRE, und ich möchte sagen, was nach meiner  
Auffassung falsch gelaufen ist. Es ist noch akzeptabel,  
dass man in einer Situation von international vernetzten  
Märkten nicht kurzfristig alle Löcher feststellen kann,  
die auftreten können. Das möchte ich zunächst von niemandem  
erwarten. Aber wenn man zumindest das Problem  
erkannt hat - das hat schon in den Zeitungen gestanden  
-, dass der Fehler gemacht wurde, mit  
kurzfristigem Geld langfristige Kredite zu finanzieren,  
und wenn dann ein Finanzminister von der „Abwicklung“  
des Unternehmens spricht, dann zeigt das, dass er  
diesem Problem fachlich überhaupt nicht gewachsen ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Dann ist er Mitverursacher dafür, dass dieses Institut in  
immer größere Schwierigkeiten gerät. Ich hätte mir nicht  
vorstellen können, dass ein Bundesfinanzminister im  
Zusammenhang mit einem DAX-Unternehmen und solchen



Volumina, die hier zur Rede standen, von „Abwicklung“ spricht und damit einen völlig falschen Terminus in die Öffentlichkeit bringt.

Das geht auf diese Art und Weise weiter: Nun haben wir im Fernsehen erlebt, wie die Kanzlerin neben dem Finanzminister stand und sagte, dass sie die Spareinlagen garantieren. Zunächst würde jeder in diesem Hause sagen – das will ich auch für meine Fraktion ausdrücklich sagen –, dass er erleichtert wäre, wenn mit diesem Wort die Dinge geklärt wären. Wer wäre da nicht erleichtert? Dies wäre natürlich vertrauensbildend. Aber danach ging doch der ganze Zirkus erst los. Ich rede bewusst von Zirkus; denn zuerst hörte man von 586 Milliarden Euro, dann von über 700 Milliarden Euro, dann von vielleicht 1 Billion Euro, dann von 1,5 Billionen Euro und von bis zu 2 Billionen Euro. So schafft man doch kein Vertrauen. So schürt man nur Unsicherheit unter den Sparerinnen und Sparern, die überhaupt nicht mehr wissen, was sie von all dem halten sollen. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir Abgeordneten wurden gefragt: Wie soll das denn gehen? Dazu haben Sie überhaupt kein Wort gesagt. Sie haben wahrscheinlich selbst keine Vorstellung davon. Die anderen europäischen Staaten haben Ihnen ja mittlerweile vorgehalten, dass Ihre Vorgehensweise völlig unproduktiv gewesen sei. Es war Unilateralismus, der in diesem Falle zu Schäden in anderen Volkswirtschaften führen wird. Die Kritik, die heute in Europa an Ihrer Vorgehensweise geübt worden ist, ist mehr als berechtigt. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wollen Sie die Sparer nicht schützen?)

Es ist wirklich kein Ausweis von Stärke, dass Sie auf diesen gravierenden Fehler nicht einmal eingegangen sind. Stattdessen haben Sie hier so getan, als würden Sie europäisch abgestimmt handeln. Sie haben damit anderen Staaten in Europa große Probleme bereitet. So schafft man kein Vertrauen auf den Finanzmärkten. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Dr. Peter Struck [SPD]: Das ist absoluter Stuss!)

In den Zeitungen steht, dass Notenbanker auf die Frage, was die Kanzlerin und der Finanzminister gemeint haben, antworten, dass sie nicht wissen, was gemeint ist, und dass Sie es wahrscheinlich selbst nicht wissen. Daran sieht man, dass man mit einer solchen Vorgehensweise kein Vertrauen schafft. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass in einer solchen Situation so vorgegangen wird. Wenn man eine solche Garantie abgibt – wie gesagt, die Absicht ist löblich –, dann muss doch ein Mindestmaß an Vorstellung darüber herrschen, was damit eigentlich gemeint war.

Sie haben hier den irischen Weg kritisiert. Das ist nun wirklich eine Frechheit, Frau Bundeskanzlerin. (Jörg Tauss [SPD]: Was?)

Wenn Sie den irischen Weg der einseitigen Garantie für die eigenen Banken kritisieren, aber gleichzeitig hinsichtlich der Ersparnisse den gleichen Weg gehen, dann sind Sie völlig unglaubwürdig. Genau das wird Ihnen auf europäischer Ebene vorgehalten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Volker Kauder [CDU/CSU]: Mannomann!)

Ebenso fahrlässig wie das fehlerhafte Vorgehen bei den Spareinlagen, wo bis zum heutigen Tage niemand hier in der Lage ist, zu sagen, was überhaupt gemeint ist, ist es, von einem „Plan B“ zu reden, wenn man erstens kaum Vorstellungen hat, wie dieser aussehen soll, und zweitens eigentlich Beruhigung in die Märkte bringen will. Was macht denn jemand, der über die Finanzströme bei den Banken zu entscheiden hat, wenn er auf der einen Seite hört, die Spareinlagen sollen garantiert werden, aber nicht weiß, wie das zu geschehen hat, und auf der anderen Seite hört, es gibt einen Plan B in Reserve, auch wenn das später, wie üblich, wieder revidiert wird? Dadurch wird doch ein Abwarten in den einzelnen Institutionen bewirkt, was gerade das Gegenteil von dem ist, was wir eigentlich gebrauchen könnten. Wir brauchen Sicherheit, Verlässlichkeit und zumindest eine Grundlage für die Planungen der Kreditinstitute. Wenn Sie von einem Plan B sprechen, dann müssen alle Verantwortlichen in diesen Instituten abwarten, wie dieser wohl aussieht und wie sie damit optimal für ihre Bank entscheiden können. Insofern war das ein Fehler.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte ein Zitat aus den Zeitungen des heutigen Tages nennen, das einen wirklich umhaut. Der Bundesfinanzminister, der in dieser Regierung verantwortlich ist, die Krise zu managen, hat ernsthaft gesagt, er hätte sich vor einer Woche nicht vorstellen können, dass Turbulenzen bei isländischen Banken Auswirkungen bei uns haben. Wenn Sie das so gesagt haben, dann muss ich feststellen, dass Sie nicht die blasseste Ahnung von den Mechanismen auf den internationalen Finanzmärkten haben. Das ist eine traurige Feststellung, aber ich muss das hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Dr. Peter Struck [SPD]: Aber Sie haben Ahnung!)

- Herr Kollege Struck, von Ihnen verlangt man so etwas nicht. Aber von einem Bundesfinanzminister sollte man erwarten können, dass er die Vernetzung der internationalen Finanzmärkte kennt.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn Sie bisher so gearbeitet haben, Herr Finanzminister, dann haben Sie sich durch diese Aussage bis auf die Knochen blamiert. Es tut mir leid, dass ich Ihnen das hier in dieser Klarheit vorhalten muss.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Weil die internationalen Finanzmärkte so verflochten sind, brauchen wir jetzt eine internationale Zusammenarbeit. Ohne internationale Zusammenarbeit - wie gesagt, mit Ihrer Vorgehensweise bei den Spareinlagen haben Sie gegen dieses Prinzip verstoßen - ist in die Finanzmärkte keine Ordnung zu bringen. Die Kritik auf der europäischen Ebene ist eindeutig: Die Europäer beklagen, dass die Bundesregierung hier zu wenig kooperiert. Nun komme ich zu einem Punkt, der in der heutigen

Debatte zu kurz gekommen ist. Die Realwirtschaft bricht mittlerweile ein. Man hätte erwarten können, dass irgendetwas dazu gesagt wird, was man tun will, um diesen Einbruch zu verhindern. Dass dazu nichts gesagt worden ist, lässt wiederum Zweifel aufkommen, ob Sie das Ausmaß der Krise überhaupt erkennen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Angeichts dessen, dass jetzt im gesamten Automobilbereich die Nachfrage einbricht, dort bereits Leute entlassen werden, Produktionen für Wochen stillgelegt werden, demnächst die Weiterverarbeiter an der Reihe sind und auch in anderen Branchen Entlassungen angekündigt werden, sieht man an einer klitzekleinen Entscheidung, dass Sie überhaupt nicht verstanden haben, worum es geht: Wer in dieser Situation die Arbeitslosenversicherungsbeiträge senkt, weiß überhaupt nicht, was auf dieses Land zukommt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie werden die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bald wieder anheben müssen; das sage ich Ihnen voraus. Das ist eine völlig unverantwortliche Vorgehensweise. Insofern ist es bedauerlich, dass in dieser schwierigen Situation kein Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland herrscht. Das, was die französische Politik seit Wochen fordert, nämlich ein konzertiertes Vorgehen der europäischen Staaten anzustreben, um die konjunkturelle Krise zu bewältigen, ist bislang von der deutschen Politik verhindert worden. Diese Vorgehensweise wird auf unsere Konjunktur in erheblichem Umfang zurückschlagen.

Wir sagen hierzu: Wir brauchen jetzt ein Gegensteuern des Staates; das heißt eine andere Fiskalpolitik. Ich kann also die Aussage nur unterstreichen: Wer in dieser Situation sagt - Sie haben das wieder getan, Frau Bundeskanzlerin -: „Wir werden den Haushalt weiter konsolidieren und an unseren Haushaltszielen festhalten“, lässt erhebliche Zweifel aufkommen, ob er verstanden hat, was in der Welt überhaupt los ist und was auf Deutschland zukommen wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Außer Ihnen hat sowieso niemand in der Welt etwas verstanden! Selbstgerecht!)

Ein Gegensteuern wäre eine expansive Fiskalpolitik, eine Lohnpolitik, die nicht wie in der Krise 1929/1930 auf einen Kürzungswettlauf hinausläuft, sondern auf Produktivität und Preissteigerung orientiert ist und, wenn es denn geht, vielleicht sogar ein Anheben der Hartz-IV-Sätze. Das würde sich nämlich direkt stabilisierend auf die Konjunktur auswirken. Wer von den Hartz-IV-Empfängern versteht denn noch, dass in Deutschland sofort zig Milliarden für Pleitiers bereitgestellt werden, aber nicht ein paar Hundert Millionen Euro für Hartz-IV-Empfänger?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Letzte Bemerkung. Sie haben heute die Managerhaftung angesprochen. Ich möchte ganz leise daran erinnern, dass dies von meiner Fraktion immer wieder vorgebracht worden ist und dass wir für diesen Vorschlag als sozialistische Neidhammel diffamiert worden sind. Ich will mich gar nicht darüber lustig machen. Meine Vermutung ist nur die, dass Sie populistisch von Ihrer eigenen Verantwortung ablenken wollen. Sie sollten sich den gleichen Kriterien stellen, die Sie den Managern gegenüber aufstellen, um zu deren Entlassung aufzufordern. Angesichts der Fahrlässigkeit, mit der Sie mit Bürgschaftszusagen usw. umgehen, sollten Sie diese Kriterien an sich selbst anlegen. Das hieße dann auch, Ihre eigene Zuständigkeit infrage zu stellen. Sie haben also kein Risikomanagement betrieben, das Vertrauen schafft, sondern haben Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung geschürt. Das ist leider ein Politikversagen. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Norbert Röttgen für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In einem bin ich mir ganz sicher: Das, was die Bürgerinnen und Bürger von uns als ihren Politikern in dieser ernststen Lage des Landes ganz sicher nicht erwarten, ist, dass wir uns in politischer Rechthaberei und im Austragen kleinkariierter parteipolitischer Streitigkeiten ergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Leider haben wir das hier überwiegend demonstriert.

Die zentralen Begriffe dieser Debatte sind „Vertrauen“ und „Verantwortung“. Ich glaube, dass das Anforderungen sind, die die Bürger an uns adressieren. Sie erwarten nicht, dass wir nur Anforderungen an die Wirtschaft stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil das so ist, möchte ich folgende Fragen stellen, die zum Thema gehören: Wie können wir die Krisenbewältigung, die stattfindet, den Bürgern gegenüber rechtfertigen? Was findet warum statt? Was sind die Lehren, die wir, die Politik, aus dieser Krise ziehen? Diese Kapitel liegen in unserer originären politischen Verantwortung, zu der wir uns äußern müssen und an der wir gemessen werden.

Zur Krisenbewältigung. Ich glaube, dass dies das Gebot der Stunde ist. Es geht nicht um Schuldsuche in der Vergangenheit, sondern darum, Gefahren abzuwehren. Natürlich müssen wir uns den Bürgern gegenüber rechtfertigen, wenn sie uns fragen: Wie kommt ihr dazu, auf einmal in so großen Dimensionen, auch wenn es nur Sicherheiten sind und kein Bargeld fließt, Institute zu stützen? Das muss gerechtfertigt werden. Darum möchte ich unterstreichen: Es geht bei dieser Krisenbewältigung nicht darum, ein einzelnes Unternehmen zu retten; es geht nicht um einzelne Banken und Institute. Es geht überhaupt nicht um private Interessen, sondern um die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzmarktes insgesamt. Es geht um unsere Volkswirtschaft.

Es war kein geringerer als Friedhelm Hengsbach, der vor kurzem darauf hingewiesen hat, dass die Stabilität und Funktionstüchtigkeit des Finanzmarktes ein öffentliches Gut sei. Ich möchte es sogar zuspitzen: Hier steht das Gemeinwohl zur Debatte. Darum ist es die Aufgabe des Staates, das Gemeinwohl zu gewährleisten; denn der Schaden für die Bürger wäre dramatisch, wenn wir nicht handeln würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Darum geht es: nicht um private Interessen, sondern um Interessen des öffentlichen Gemeinwohls.

Es geht darum, dass durch politische Aktion, durch staatliches Handeln dieser Koalition und der Politik, das Vertrauen ersetzt wird, das die Marktakteure zerstört haben. Das ist eine schwierige, ungekannte Herausforderung.

Ich möchte für die Koalitionsfraktionen hier ausdrücklich betonen: Die Regierung und die Koalition haben geschlossen und besonnen gehandelt und zugleich entschlossen agiert, in ständiger Kooperation und Absprache mit dem Parlament. Ich finde, dass das Parlament nicht so sehr die Aufgabe hat, sich zu bedanken; ich bedanke mich im Namen der beiden Koalitionsfraktionen bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesfinanzminister, bei der Bundesregierung für die exzellente Arbeit, die schwierigste Arbeit, die bislang geleistet worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das hat dem Land gutgetan und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger gedient.

Das Instrument ist in der Sache dargestellt worden – wahrscheinlich kann man es nicht oft genug tun –: Es sind weder 26 Milliarden Euro noch 35 Milliarden Euro irgendwohin geflossen; vielmehr geht es um eine Bürgschaft, um die Gewährung einer Sicherheit, damit der Kreislauf wieder fließt. Es ist wichtig, zu sagen, dass es darum geht. Man kann nicht ausschließen, dass die Bürgschaft in Anspruch genommen wird. Das ist ein Teil der Wahrheit; das weiß heute keiner. Darum ist es wichtig, den Bürgern zu sagen: Wenn es dazu kommt, dann ist gewährleistet, dass das Unternehmen mit einem Bilanzwert von 400 Milliarden Euro, das von dieser Bürgschaft profitiert, mit Mann und Maus die Summe zurückzahlen wird, mit allen Vermögenswerten, über das es verfügt; bevor der erste Euro Gewinn erzielt wird, muss jede Schuld und jede Bürgschaft an den Bund zurückgezahlt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wird kein Gewinn auf Kosten der öffentlichen Hand erzielt.

Ich möchte, so gut wir das jetzt schon können, etwas zu den Lehren sagen, die wir daraus ziehen müssen. Ich finde, dass Schnellschüsse nicht das Gebot der Stunde sind; wir müssen aber darüber diskutieren, welche Lehren wir heute schon daraus ziehen können. Was wissen wir schon heute? Dazu können wir einiges sagen.

Als Erstes wird reflexartig gesagt – auch ich werde gleich etwas dazu sagen –, wir brauchen mehr Regulierung.

Ja, wir brauchen sie; aber ich nenne das nicht an erster Stelle. Ich warne gleichzeitig vor der Illusion, dass wir mit Regulierung jede nächste Krise, die Entstehung

von neuen Krisen und Problemen, verhindern können.  
Das können wir nicht; denn wir reagieren immer auf das,  
was wir kennen, nicht auf die nächste Krise. Die Grenzen  
des Gesetzgebers sollten wir beachten.

Nein, ich möchte Ihnen an allererster Stelle meine  
persönliche Überzeugung vortragen - ich hoffe, dass sie  
von manchen geteilt wird -: Diese Krise zeigt an allererster  
Stelle, dass kein Regelwerk, schon gar nicht die  
Wirtschaft bestehen kann, wenn die einzelnen wirtschaftlichen  
Akteure glauben, frei von moralischer  
Bindung, frei von unternehmerischer Ethik, ohne gesamtgesellschaftliches  
Verantwortungsgefühl agieren zu  
können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dort fängt es an.

Der Staat kann durch Regulierung nie ersetzen, was  
von verantwortlichen Wirtschaftsakteuren an moralischer  
Selbstverpflichtung nicht mehr empfunden wird.  
Nach unserer Überzeugung gehört der Vorrang der ethischen  
Dimension unmittelbar und originär zur Marktwirtschaft,  
und zwar an allererster Stelle. Nach christdemokratischer  
und christlich-sozialer Vorstellung ist  
Wirtschaft keine moralfreie Zone.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Sozialisten und Populisten werden nicht in der  
Lage sein, die Marktwirtschaft zu diskreditieren. Eine  
Lehre dieser Krise ist folgende: Wenn es jemand schafft,  
den Markt zu diskreditieren, dann sind das die verantwortungslosen  
Akteure des Marktes selbst. Sie allein  
können so etwas bewirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daher würde ich mich freuen, wenn in Deutschland in  
dieser Situation vonseiten der Wirtschaft bald ein Wort  
zur ethischen Gebundenheit wirtschaftlicher unternehmerischer  
Tätigkeit zu hören wäre. Die Uhr läuft auch  
dort. Ich glaube, dass an dieser Stelle ein solches Wort  
fällig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine weitere Lehre ist, dass diese Krise etwas über die  
Systemfrage aussagt. Der Sozialismus ist passé; das haben  
wir in Deutschland und auch darüber hinaus erfahren.  
Diese Variante stellt sich nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Krise zeigt: Liberale Marktgläubigkeit ist ebenfalls  
passé.

(Beifall bei der SPD)

Die Krise zeigt, dass die soziale Marktwirtschaft, die zu  
den elementaren geistigen Grundlagen der CDU/CSU  
gehört, aktueller ist als je zuvor in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Soziale Marktwirtschaft bedeutet Markt. Die Lehre  
aus dieser Krise ist nicht, den Markt abzuschaffen. Das  
ist eine geradezu dumme These, die, außer in Ihren Ideologiebüchern,  
nirgendwo mehr vertreten wird.

Die Lehre ist, den Markt zu ordnen. Wir sind nicht  
nur für den Markt, weil die Erfahrung zeigt, dass er effizienter  
ist und besser funktioniert; das trifft zwar zu, ist  
aber nicht alles. Wir sind für den Markt als Werteordnung.  
Wir sind für die soziale Marktwirtschaft, weil sie

dem Freiheitsrecht und der Verantwortungspflicht des Einzelnen als Werteordnung am besten gerecht wird. Aus dieser Erkenntnis in Bezug auf die Systemfrage ergibt sich unmittelbar eine politische Konsequenz als das Gebot dieser Stunde: Diese Vorstellung von sozialer Ordnung der Marktwirtschaft muss international durchgesetzt werden. Das ist kein neuer Imperialismus. Die Welt hat jetzt die Chance, das System und den gerechten Ausgleich, von dem unser Land und unsere Menschen profitiert haben, weltweit durchzusetzen. Das ist die Aufgabe der Stunde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch ein doppelter Rittberger!)

Darüber sollten wir uns freuen. Es ist so etwas wie die Rückkehr der Politik in die Gestaltung der Globalisierung. Das ist eine große Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist außerdem eine aktuelle Legitimation Europas. Deutschland wird es nicht alleine schaffen. Europa aber kann es schaffen. Wenn man sich anschaut, was wir vielleicht versäumt haben, komme ich zu dem Schluss: Wir haben die originär europäische Kulturvorstellung nicht heftig genug vertreten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden wie Westerwelle!)

Die Bundeskanzlerin hat es in Heiligendamm getan und versucht, sie durchzusetzen. Die europäische Stimme hätte in der Vergangenheit stärker werden können. In Zukunft muss sie stärker werden - für eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das müssen wir leisten, und zwar mit allem, was dazugehört: Transparenz, Eigenkapital, Rating und Risikomanagement. All das gehört dazu. Das ist die Ordnung von Wirtschaft, die wir brauchen.

Ich möchte eine letzte Bemerkung zum Thema unternehmerisches Risiko und staatliche Regulierung machen.

Auch hier gilt, dass wir in Bezug auf die Konsequenzen das Maß bewahren sollten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ah! Jetzt geht es wieder rückwärts!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass Risikobereitschaft zum Unternehmertum dazugehört. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, eine Ex-post-Kontrolle über unternehmerische Risikoentscheidungen allgemein durchzuführen; das ist meine feste Überzeugung.

Ich bin aber auch der Meinung, dass wir es hier nicht nur mit unternehmerischen Entscheidungen privaten Charakters zu tun haben. Friedhelm Hengsbach hat gesagt - er hat es als Warnung an die Finanzakteure und -experten verstanden -: Die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes sind öffentliches Gut. -

Durch das verantwortungslose Verhalten bestimmter Akteure in Amerika und Europa ist öffentlicher Schaden entstanden. In den Fällen, in denen es nicht um den Schaden einer Gesellschaft geht, sondern in denen unserer Gesellschaft und unserem Staat Schaden zugefügt

wird, haben wir ein unzulängliches Haftungsregime. Bislang stellen wir nämlich nur auf die gesellschaftsrechtliche Haftung ab. Hier braucht es öffentlich-rechtliche Schadenersatzansprüche. Wenn öffentliche Güter fundamentaler Art gefährdet oder beschädigt werden, was wir jetzt erleben - es kann zum Kollaps kommen -, dann sind auch strafrechtliche Sanktionen an der Tagesordnung. Die braucht es auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine Verbesserung der unternehmensinternen Aufsicht. Die Bundeskanzlerin hat die Staatsaufsicht zu Recht angesprochen. Das Thema Aufsichtsräte bzw. unternehmensinterne Kontrolle gehört aber auch auf die Tagesordnung der Politik. Hier gibt es Handlungsbedarf. Ich will das Gesagte in einem Appell zusammenfassen, der die allermeisten hier verbinden sollte: Wir machen zurzeit bittere Erfahrungen. Das Ende und die Dimension der Erfahrungen und des Schadens sind noch nicht absehbar. Wir müssen das bewältigen, die Gefahren in den Griff kriegen, bannen und meiden. Nutzen wir als gewählte Politiker dieses Landes diese Krise aber auch dazu, eine Kultur des Maßes und eine soziale Ordnung der Wirtschaft durchzusetzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedenfalls wird an diesem Werk mitarbeiten und ist entschlossen, hieraus die Lehren zu ziehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat nun der Kollege Gregor Gysi.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Röttgen, Sie haben auf Bücher von uns hingewiesen, obwohl Sie, wie ich glaube, noch kein einziges Buch von uns gelesen haben. Sie haben sich zum wiederholten Male über unser Verhältnis zum Markt geäußert, und zwar völlig falsch. Wir nehmen wie Sie die Geschichte zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

- Lassen Sie mich zu Ende sprechen. Ich habe Ihnen auch zugehört. - Wir wissen sehr wohl, aus welchen politischen und ökonomischen Gründen der sogenannte Staatssozialismus gescheitert ist. Deshalb sage ich Ihnen: Die Marktwirtschaft hat ihren Platz, und zwar dort, wo sie durch ihre Instrumente dafür sorgt, dass die Qualität steigt und die Kosten sinken. Das haben wir sehr wohl begriffen. Die Auseinandersetzung bezieht sich auf ganz andere Felder. Wo wir Monopole haben, gibt es keine Marktwirtschaft. Wenn man diese Unternehmen privatisiert, wird nur abgezockt. Das ist die eine These, die wir aufstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die zweite These bezieht sich auf ein ganz kompliziertes Feld. Ich sage Ihnen: Ich möchte nicht, dass an Rüstung so viel verdient wird; denn solange an Rüstung so viel verdient werden kann, hören Kriege nicht auf. Das ist eine große Sorge von mir. Die darf ich doch wohl



noch artikulieren!

Das Dritte betrifft die öffentliche Daseinsvorsorge, Herr Röttgen. Sie sind dafür, Krankenhäuser, Schulen und alles mögliche andere zu privatisieren. Ich sage Ihnen: Ich möchte nicht, dass sich eine Schülerin oder ein Kranker rechnen muss. Das sind die Differenzen, um die es geht.

Lassen Sie mich als Letztes eines sagen, weil Sie ein Plädoyer für die soziale Marktwirtschaft gehalten haben: Die neoliberalen Parteien im Bundestag haben in den letzten Jahren die soziale Marktwirtschaft immer stärker beeinträchtigt. Das waren Union, SPD, FDP und Grüne. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Fritz Kuhn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeskanzlerin hat die soziale Marktwirtschaft als das beste Wirtschaftssystem bezeichnet, und Herr Röttgen hat in die gleiche Richtung geredet. Damit nichts durcheinandergeht, möchte ich eines klar feststellen, Frau Merkel: Was wir gegenwärtig auf den europäischen und internationalen Finanzmärkten erleben, hat mit sozialer Marktwirtschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Das ist doch der entscheidende Punkt.

Die Bürgerinnen und Bürger im Land stellen fest, dass Schulen nicht saniert werden, dass Kindergartenplätze fehlen, dass im Bereich des Sozialen vieles im Argen liegt. Wenn sie jetzt feststellen, dass man mit Milliarden private Banken sanieren muss, dann fragen sie zu Recht: Wo ist denn der soziale Wirtschaftsstil, den Walter Eucken und Alfred Müller-Armack damals beschrieben haben? Deswegen kommen wir um eine Diskussion darüber, dass es massive soziale Defizite in unserer Marktwirtschaft gibt, die auch durch die Finanzmärkte ausgelöst wurden, meines Erachtens nicht herum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies – dazu möchte ich Klares von der Bundesregierung hören – kann mit einem Wirtschaftsstil, der sich sozial nennt, kurzfristig, mittelfristig und langfristig nicht funktionieren, wenn es so ist, dass die Gewinne privat bleiben und auch in der Zukunft privat bleiben sollen, aber Risiken und Verluste sozialisiert und der Allgemeinheit aufgedrückt werden. Das akzeptieren und verstehen die Bürgerinnen und Bürger meines Erachtens zu Recht nicht. Sie wollen von uns eine Antwort auf die Frage, wie das in Zukunft jenseits des Managements der aktuellen Krise anders werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Marktwirtschaft, Herr Röttgen, kann im Sinne sozialer Ziele nie funktionieren, wenn es keine Transparenz gibt. Beim Finanzmarkt gab es keine Transparenz. Sie kann auch nicht funktionieren, wenn die Verursacher von falschem wirtschaftlichen Handeln nicht dafür haften.

Das ist doch das eigentliche moralische Problem, das wir jetzt haben: Wenn wir nicht aufpassen, wird man in Zukunft sagen, man müsse nur den Mist groß genug anrichten, dann wird der Staat schon garantieren und nicht anders können. Wir sind der Meinung, dass der Staat eingreifen muss, wenn die systemischen Risiken einer Bankenpleite so groß wären, dass die Allgemeinheit großen Schaden nimmt. Wir sagen deshalb im Unterschied zur Linkspartei, die übrigens nichts Praktisches dazu gesagt hat, was man bezüglich der HRE tun soll:

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Ja!)

Wir sind der Meinung, Herr Finanzminister, dass das erste Rettungspaket und auch das zweite an einer entscheidenden Stelle ein schweres Strukturdefizit hatten:

Durch Bürgschaft wurde staatliches Geld in Aussicht gestellt, aber es wurde nicht dafür gesorgt, dass der Staat dann auch mitzureden hat, was bei der HRE in Zukunft geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen glauben wir, dass eine intelligente Form von Teilverstaatlichung der bessere Weg gewesen wäre. Denn dann wäre klar gewesen, dass der Staat von zukünftigen Profiten etwas bekommt, und vor allem wäre dann die Abwicklung - oder wie auch immer Sie es nennen wollen - in staatlicher Hand gewesen. Das wäre in diesem Fall vernünftig gewesen. Es ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, dass Sie, Herr Bundesfinanzminister, mit Geld gewunken haben und es in Form einer Bürgschaft auf den Tisch gelegt haben, aber über die Ziele der Sanierung zwischen Ihnen und der HRE und deren Management kein Einverständnis erzielt worden ist. Sie haben Abwicklung gesagt, und die haben Sanierung verstanden. Ich frage mich: Wie ist da verhandelt worden, wenn im Zusammenhang mit dem Rettungspaket nicht das Ziel, um das es ging, auf den Tisch gelegt worden ist?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also sage ich noch einmal: Wenn sich die Botschaft von der Rettungsaktion verbreitet, dass Sie mit Geld aushelfen, aber faktisch keinen Einfluss ausüben wollen, wie es die Holländer, die Belgier, die Engländer und die Amerikaner gemacht haben, dann entsteht in der Zukunft ein großer Schaden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt. Die Bankenaufsicht in Deutschland hat versagt. Deswegen müssen wir sie ändern. Wir schauen doch seit letztem Sommer zu, wie sich die Krise in den USA entwickelt, aber wir schauen nicht genau nach, welche Institute es in Deutschland gibt und wie die systemischen Risiken aussehen. Deswegen kann man nicht einfach sagen, dass die Bankenaufsicht viel gearbeitet habe. Vielmehr hat sie an entscheidender Stelle versagt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen muss sie vom Kopf auf die Füße gestellt und gründlich reformiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben mit dem Finanzminister eine Garantie für die privaten Sparvermögen in Deutschland

ausgesprochen. Sie werden gewusst haben, warum Sie das tun. So etwas macht man ja nicht ohne Not, sondern weil es Schwierigkeiten gibt. Wir verstehen und akzeptieren, dass so eine Garantie ausgesprochen wird. Denn die Verunsicherung im Land war offensichtlich sehr groß. Aber eines können wir als parlamentarische Fraktion im Deutschen Bundestag nicht akzeptieren, nämlich dass Sie nicht sagen, wie Sie diese Garantie operationalisieren wollen. Sie sprechen eine Garantie aus, die im schlimmsten Fall ein Volumen von bis zu 1 000 Milliarden Euro hat, aber Sie gehen nicht einmal her - ich verstehe ja noch, dass Sie kein Gesetz machen wollen - und bringen dies in einer Form in den Deutschen Bundestag ein, in der der Deutsche Bundestag über Ihre Garantie entscheiden und ein Backing dafür geben könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist klar, warum Sie dies nicht tun. Es ist leichter, zu sagen, dass Sie als Bundeskanzlerin etwas für einen Fall garantieren wollen, von dem Sie hoffen, dass er nicht eintritt, als diese Garantie zu operationalisieren und in diesem Hause zu sagen, wie es gehen soll.

Mich hat heute früh in der S-Bahn eine Frau auf das Thema angesprochen. Es ist übrigens immer gut, S-Bahn zu fahren; in solchen Zeiten ist es besonders gut. Sie hat mir folgende Frage gestellt, die ich sehr intelligent fand: Wie kann eine Bundesregierung, die es bei hohen Steuereinnahmen nicht schafft, einen Haushalt zu konsolidieren, über 1 000 Milliarden Euro garantieren? - Das ist natürlich eine Frage, der Sie sich hier stellen müssen. Ich habe pflichtgemäß gesagt, das habe nicht direkt etwas miteinander zu tun. Aber es ist doch wichtig, zu verstehen, dass die Leute sich solche Fragen stellen, und daher ist es erforderlich, dass Sie sich in diesem Hohen Hause das Commitment für die Garantie abholten, die Sie geben; denn wenn es schiefgeht, müssen ja wir Abgeordneten über die Mittel im Haushalt entscheiden, über die Sie gerade Garantien abgegeben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kommen Sie daraus nicht so schlank heraus, wie Sie es offensichtlich vorhatten.

Ich komme zum Schluss und knüpfe an Herrn

Röttgen an: Diese wirklich elementare Finanzkrise - manchmal, wenn man die Augen schließt und nachdenkt, merkt man erst, was da jetzt alles wirtschaftlich und hinsichtlich der Investitionen auf die schiefe Ebene kommen kann - ist nicht automatisch eine Chance der Erneuerung der Politik in Deutschland. Dafür gab es mir schon wieder zu viel Hin- und Hergeschiebe;

Westerwelle sprach von Politikversagen, andere sprachen von Marktversagen. In der Marktwirtschaft versagen immer beide, zuerst die Märkte wegen ihrer Gier und Renditeerwartungen von 25 Prozent, aber immer auch der Staat, weil er die Regeln, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nicht richtig gesetzt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir von den Grünen setzen darauf, dass eine Renaissance der Politik, also eine Erneuerung der Politik über das wirtschaftliche Diktat hinaus, möglich ist. Aber dazu muss jetzt, wenn das Krisenmanagement erfolgreich

abgeschlossen werden kann, schnell ein neues Regelsystem her, das wirklich klare Regulierungen auch für die Finanzmärkte vorsieht. Dafür werden wir jedenfalls eintreten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Reinhard Schultz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Auffassung, dass diese Krise, die sich seit über einem Jahr immer mehr zuspitzt – das ist von den meisten Vorrednern ebenfalls vorgetragen worden –, eine sehr grundsätzliche politische Dimension hat, weil das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft neu austariert wird.

Das ist ein Lernprozess, der nicht ganz einfach ist, erstens nicht für uns, die Akteure, die verschiedenen politischen Parteien, im Verhältnis zur Wirtschaft, aber zweitens und erst recht nicht in der internationalen Dimension, weil eine rein nationalwirtschaftliche Betrachtung entschieden zu kurz greift und wir nur im europäischen Rahmen oder sogar im Weltverbund bestimmte Dinge auf die Schiene bringen können, um das Verhältnis neu auszutarieren, um Regeln zu finden, unter denen sich Markt dann entfaltet.

Ich bin sehr froh darüber, dass unser Finanzminister, seitdem die IKB-Krise losgetreten worden ist, seit Herbst letzten Jahres sofort in die Spur gekommen ist und jede Gelegenheit auf internationaler Ebene genutzt hat – insofern trifft auch nicht zu, was Herr Westerwelle oder erst recht Herr Lafontaine vorgetragen haben –, um neben dem Aspekt des Ratings folgende Fragen anzusprechen: Was gehört in die Bilanz eines Unternehmens und erst recht einer Bank hinein? Wie kann man internationale Sicherungssysteme schaffen?

Damit wurde ein Prozess initiiert, der anfangs nur sehr schwerfällig in die Gänge kam und erst dadurch an Tempo zunahm, weil auch die Krise sich weiter zuspitzte, (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

denn es gab natürlich wenig Begeisterung in den USA, wenig Begeisterung in Großbritannien oder überall da, wo man besonders intensiv an die Freiheit des Finanzmarktes glaubte, weil man daran auch besonders viel verdiente. Dieser Lernprozess hat sich erst durch die dramatische Zuspitzung beschleunigt, sodass ein internationaler Dialog über das Verhältnis von politischen Regeln und internationalem Markt überhaupt erst sinnvoll geführt werden kann. Diesen Zeitpunkt haben wir jetzt Gott sei Dank erreicht. Daran hat die Bundesregierung, daran haben der Finanzminister und die Bundeskanzlerin einen erheblichen Anteil. Das muss man zunächst einmal würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der zweite Punkt bezieht sich auf folgende Fragen:

Was heißt Krisenmanagement? Was heißt Krise? Im Hinblick auf die deutsche Szene gibt es doch sehr unterschiedliche Elemente zu beobachten. Wir haben die IKB, wo mit krimineller Energie ökonomische Fakten über den Zustand der Bank verschleiert, über Jahre aus dem Bilanzkreislauf herausgenommen und vor den Wirtschaftsprüfern verheimlicht und sogar vor dem eigenen Aufsichtsrat im Dunkeln gehalten worden sind, was erst im Nachhinein sehr mühselig, sozusagen mit bergbaulichen Methoden, ans Tageslicht gebracht werden musste. Ein anderes Beispiel ist die Hypo Real Estate, bei der es zu einer Liquiditätskrise kam. Hier hat man beherzt gehandelt. Dann musste man allerdings feststellen, dass ein Bankvorstand zu dem Zeitpunkt, als er mit Regierung und Finanzaufsicht verhandelt hat, nicht in der Lage war, die Dimension dieser Liquiditätskrise auch nur halbwegs genau zu benennen. Er hat schlicht und einfach vergessen, Commercial Papers in einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro zu berücksichtigen, die man nach Irland vergeben hatte; in diesem Zusammenhang ist immer wieder von Irland die Rede. Diese Nachricht ereilte ihn erst, nachdem sich die Bundesbank die Unterlagen genauer angesehen hat. Das ist Versagen des Managements.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier stellt sich natürlich die Frage: Wo ist in einer solchen Situation die Aufsicht? Ich sage es einmal so: Die Aufsicht kann nur das prüfen, was sie prüfen darf. Wenn es zulässig ist, wesentliche ökonomische Tatbestände eines Unternehmens in Länder oder Zweckgesellschaften, die außerhalb der Bilanz geführt werden und in denen man nicht einmal prüfen darf, zu verlagern, dann kann die deutsche Bankenaufsicht, egal wie sie aufgestellt ist, nichts unternehmen. In einem solchen Fall wird sie genauso hinter die Fichte geführt wie manch ein Aufsichtsrat oder Wirtschaftsprüfer. Diese Regeln müssen wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

Der wichtigste Punkt ist: Wir müssen dafür sorgen, dass sich künftig alle Risiken und alle ökonomischen Aktivitäten einer Bank in der Bilanz niederschlagen.

Der zweite wichtige Punkt ist: Alle wichtigen Aktivitäten einer Bank müssen mit einem Mindesteigenkapitalanteil unterlegt sein. Es kann nicht sein, dass Luftnummern in der Größenordnung mehrerer Milliarden Euro hin- und hergeschoben werden, ohne dass sich dieses Risiko im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung des Bankhauses in irgendeiner Form niederschlägt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das zerstört jedes Risikobewusstsein des verantwortlichen Vorstands, weil das sozusagen ein Risiko zum Nulltarif ist. Das ist nicht der Sinn von Basel II und nicht der Sinn von Risikomanagement, wie wir es uns vorstellen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir uns generell Gedanken darüber machen müssen, inwieweit bestimmte Geschäfte, die durch Schulden finanziert werden, überhaupt noch möglich sein sollen; auch darüber muss geredet werden. Denn sie haben eine Schuldenkaskade zur Folge, die irgendwann auch den Staat einholt. In den USA ist das im Großformat zu beobachten, im Kleinformat inzwischen aber leider auch bei uns.

Der vierte wichtige Punkt betrifft die Krisenprävention. Wir müssen uns darauf einigen, dass es in Zukunft verboten sein soll, spekulative Geschäfte bzw. Wettgeschäfte auf die Entwicklung der Kurse von Wertpapieren abzuschließen, möglicherweise sogar mit der Absicht, diese durch die Begleitmusik, die man macht, in Grund und Boden zu stampfen, um sich hinterher darüber zu wundern, dass möglicherweise ein ganzer Wirtschaftszweig zusammengebrochen ist. Leerverkäufe - diese Anregung hat auch Peer Steinbrück in einer der letzten Debatten gemacht - müssen grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Ich bin der Meinung, sie gehören verboten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil sie ein unökonomisches Mittel sind, das in die Sphäre des Kasinos gehört, nicht aber in die Sphäre von Banken und Finanzdienstleistern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass wir in unserer Diskussion bereits über das Stadium des reinen Krisenmanagements hinaus sind - natürlich wird uns das Krisenmanagement auch in den nächsten Tagen und Wochen noch beschäftigen - und dass wir uns schon in einer breiten Diskussion über die Perspektiven befinden, wie der Regelungsrahmen für den Finanzmarkt und die Banken in Zukunft aussehen soll. Über diese Perspektiven müssen wir uns nicht erst noch Gedanken machen, sondern große Bausteine sind bereits jetzt erkennbar, sowohl im nationalen Rahmen als auch im internationalen Dialog; darüber bin ich sehr froh. Ich bin davon überzeugt, dass wir sehr viele unserer Vorschläge werden durchsetzen können, wenn wir uns gemeinsam anstrengen.

Ein Beispiel sind die Ratings. Ich erinnere mich daran, welche Erfahrungen einige von uns machten, als sie in den USA waren und verschiedene Finanzakteure fragten: Was ist eigentlich an der Immobilienblase dran? Uns wurde gesagt: Erst einmal nichts. - Allerdings bahnte sie sich schon an, und die Fachwelt sprach darüber. Außerdem fragten wir: Seht ihr keinen Bedarf, die Ratingagenturen zu regulieren? Auf diese Frage antwortete uns ein ziemlich alter Senator - im Vergleich zu ihm ist Otto Schily ein sehr junger Politiker -: Die Ratingagenturen sind doch diejenigen, die nach der Schlacht die Verwundeten erschießen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

So viel zum Problembewusstsein, das die führenden Ökonomen der USA an den Tag legten. Daran hat sich inzwischen Gott sei Dank etwas geändert.

Ich finde, es ist verantwortungslos, wenn sich Ratingagenturen Kenntnisse anmaßen bzw. vorgaukeln, über Kenntnisse zu verfügen, die sie gar nicht haben können, zum Beispiel über neue strukturierte Finanzprodukte. Kein Mensch weiß, wie sie sich entwickeln und was darin enthalten ist. Dafür fehlen statistische und empirische Reihen, die das Wesen des Ratings überhaupt ausmachen. Das sind aus der Hüfte geschossene Prognosen, die eigentlich nur den Zweck erfüllen, den Besteller der Prognose zufriedenzustellen und das Honorar zu kassieren. Ich finde, das kann nicht als Ersatz für eine funktionierende

und eigenverantwortliche Risikovorsorge in den Banken und bei den Finanzdienstleistern gelten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube schon, dass wir darüber reden müssen, welche Möglichkeiten wir der Bankenaufsicht künftig geben. Wir müssen sie ihr aber auch geben. Sie kann sich nämlich nur in dem Rechtsrahmen bewegen, den sie vorfindet. Ich bin Freund einer prozessbegleitenden Finanzaufsicht, wenn es sich um Häuser handelt, die eine Bedeutung für das gesamte System haben. Das ist aber eine völlig andere Aufstellung, nämlich ungefähr so wie die Großbetriebsprüfung, die sich in dem Großbetrieb regelrecht einnistet und ständig vor Ort ist. So etwas müssen wir erreichen. Ich glaube, ansonsten wird immer wieder eine Situation auftreten, in der wir beklagen müssen, dass die Bankenaufsicht etwas nicht mitbekommen hat, weil sie es gar nicht mitbekommen konnte. Herr Westerwelle, ich denke, hier müssen wir alle ein bisschen ehrlicher sein, und wir dürfen nicht so tun, als ob die armen Beamten, die die Gesetze zu vollziehen haben, die Verantwortlichen sind. Wir sind die Verantwortlichen; denn den Rahmen für die Finanzaufsicht setzen wir.

(Jörg van Essen [FDP]: Das hat er doch gesagt!)

Dieser war bislang zureichend und ist es aus heutiger Sicht nicht mehr. Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, ob das die Bundesbank oder die BaFin ist. Das ist völlig egal. Es geht darum, wie tief die Bankenaufsicht in den operativen Prozess überraschend eingreifen darf. (Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es gut, dass der Finanzminister und die Bundeskanzlerin gemeinsam die politische Erklärung abgegeben haben, dass die Spareinlagen sicher sind, egal was passiert. Das ist ein sehr wichtiges Signal. Dass das im weiteren Prozess – zum Beispiel hinsichtlich der Einlagensicherung der drei Säulen – gesetzgeberisch weiter unterlegt werden muss, ist doch gar keine Frage. Darüber werden wir auch reden. Entscheidend ist aber doch das Signal dieser Koalition, dass die Spareinlagen sicher sind, egal was passiert und welche Überraschungen noch auf uns zukommen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit das Versprechen auch eingehalten werden kann. Mehr kann man im Augenblick von der Bundesregierung kaum erwarten. Wir alle sind aufgefordert, daran mitzuwirken, dass erstens das Einhalten des Versprechens nicht notwendig wird und dass zweitens die erforderlichen gesetzgeberischen Voraussetzungen geschaffen werden, wenn es doch eingehalten werden muss. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Bonde für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Wir haben heute einen denkwürdigen Auftritt vom Kollegen Westerwelle erlebt, der hier den Kampf für die Bankenaufsicht und gegen das Spekulantentum ausgetragen hat.

(Jörg Tauss [SPD]: Mutig!)

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, ob sich jemand als Robin Hood eignet, der seit Jahrzehnten der Sheriff von Nottingham der deutschen Politik ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Er muss sich natürlich auch die Frage stellen lassen, warum er, wenn er es mit dem Untersuchen und dem Verändern der Bankenaufsicht so ernst meint, hinsichtlich des Untersuchungsausschusses, bei dem es um die KfW, die IKB und auch die jetzigen Vorgänge geht, eigentlich so zögert. Ich finde, wer hier gackert, der muss das Ei auch legen, Herr Westerwelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um was geht es heute in dieser Debatte? Wir haben im Kern die Frage zu beantworten, mit welchem Ziel Politik ihr Krisenmanagement hinsichtlich dieser schwierigen Finanzkrise verfolgt. Ich finde, wir müssen hier sehr genau aufpassen, damit wir nicht die falschen Signale im Hinblick auf die Frage setzen, um wen es eigentlich geht, wen die Politik also retten bzw. stützen will.

Ich denke, das Signal muss sein, dass es die Aufgabe der Bundesregierung ist, zu sichern, dass die Menschen nicht zum Opfer dieser Finanzkrise werden, und dass es nicht ihre Aufgabe ist, zu sichern, dass die Banken, die diese Krise zum Teil als Täter herbeigeführt haben, schuldfrei aus dieser herauskommen. Am Ende muss es also darum gehen, wie man die kleinen Leute und die funktionierenden Institutionen, die man für das tägliche Leben und Wirtschaften braucht, schützen kann.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Aber es geht nicht darum, wie man es erreicht, dass die Banker aus ihrer Verantwortung entlassen werden und dass schlechte Banken trotzdem am Markt bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kanzlerin, da haben Sie vom Leipziger Parteitag bis hierher einen langen Weg hinter sich.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Ich möchte nicht wissen, was auf Ihrem Parteitag damals mit Rednern passiert wäre, die Ihre heutigen Thesen vorgestellt hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Aber schenken wir uns das. Ich glaube, dass viel Wahres daran ist und dass Sie im Kern ähnlich argumentieren wie wir.

Man muss aber genau hingucken, wie Ihr Krisenmanagement genau aussieht. Sie haben heute festgestellt, es könne nicht sein, dass die Hypo Real Estate vom Staat mit einer Bürgschaft gerettet wird, ohne dass der Staat etwas davon hat. Die Wahrheit ist: Was eine Gebühr für die Bürgschaft angeht, ist nichts verhandelt oder fixiert. Es gibt nichts außer der lauen Aussage, man



wolle noch einmal darüber reden. Das verbirgt sich hinter der Fassade Ihrer Ankündigung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Sie verlangen mehr Verantwortung und Haftung von Managern und Bankern, die in der Krise versagt haben. Auch da zeigt der Abgleich: Hypo-Real-Estate-Chef Funke, der - nachdem er uns tagelang ein paar Milliardenlöcher nicht richtig erklären konnte - heute nach wochenlangem Hin und Her endlich zurückgetreten ist, geht mit einer saftigen Rente in Höhe von 70 Prozent seines Gehaltes ab sofort.

(Joachim Poß [SPD]: Dafür kann aber der Finanzminister oder die Kanzlerin nichts!)

Das ist nicht das, was ich unter Verantwortung verstehe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte von der Bundesregierung, die eine solche Bank rettet - ob sie abgewickelt wird, wissen wir bis heute nicht -, dass der Staat Einfluss nimmt, wenn er handelt, und solche Ungerechtigkeiten, die draußen kein Mensch versteht, abstellt. Auch das ist ein Versagen innerhalb des Krisenmanagements.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Sie haben versäumt, auf die Frage Einfluss zu nehmen, wer wie und zu welchen Konditionen operiert, und zwar mit einer dicken staatlichen Bürgschaft im Hintergrund, von der wir alle hoffen, dass sie niemand braucht.

Aber sie wird vom Staat gewährt, und daher kann es kein Mensch verstehen, dass Herr Funke mit der Staatsknete als Bürgschaft im Hintergrund jetzt mit goldenen Löffeln in den Ruhestand geht.

Ich finde, dass die Debatte über die Verantwortung der Banken, die wir führen, Folgen haben muss. Wir müssen analysieren, was konkret passiert ist. Es kann nicht sein, dass Herr Ackermann und andere einerseits die Rettung der HRE fordern, aber andererseits bis zum Schluss in Kauf nehmen, dass die Rettung scheitert, weil sie beim Anteil der Banken um jede einzelne Million feilschen und selbst bei der Rettung bis zum Schluss die Zockermentalität nicht ablegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube insofern, Sie müssen gut aufpassen, dass Sie in der Frage, wie Sie in der Rettung verfahren, keine Widersprüche zu dem herstellen, was Sie hier zu Recht formuliert haben. Sie werden auch aufpassen müssen, dass Sie mit dem, was Sie vorhaben, nicht langfristige angelegte notwendige Strukturmaßnahmen hintertreiben.

Wir alle wissen, dass Krisenmanagement notwendig ist.

Aber wenn die Krise vorbei ist, müssen auch die notwendigen Strukturänderungen erfolgen. Wir werden Sie sehr genau daran messen, was gilt, Frau Merkel: der Bundestag in Berlin oder der Parteitag in Leipzig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Steffen Kampeter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte macht deutlich, dass neben der

Finanzkrise die Einordnung der Veränderungen und Herausforderungen in die gesellschaftspolitische Debatte sehr wichtig ist. Wir haben als Christliche Demokraten und Christlich-Soziale Union immer sehr viel Wert darauf gelegt, dass wir dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet waren. Die ersten Grundlagenentscheidungen sind von Adenauer und Erhard in den 50er-Jahren getroffen worden. Die zentrale Bewährungsprobe nach der Grundsatzentscheidung war die deutsche Wiedervereinigung, als wir zwei unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft vereinigt haben. Jetzt wird sich die soziale Marktwirtschaft angesichts der wohl schwerwiegendsten finanzwirtschaftlichen Verwerfungen im 21. Jahrhundert mit einer ähnlichen Qualität, wie ich glaube, erneut bewähren müssen. Es ist jetzt unsere staatspolitische Aufgabe, diese Herausforderungen anzunehmen und unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gegenüber diesen schlimmen Herausforderungen zu verteidigen, fortzuentwickeln und die richtigen Antworten auf die Fragen der Menschen zu formulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle als Leitbild ein Motiv von Wilhelm Röpke, einem großen Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft, aufgreifen, das er zum Titel eines Buches gemacht hat: Maß und Mitte. Wir stehen als Christliche Demokraten und als Christlich-Soziale Union auch im 21. Jahrhundert für Maß und Mitte ein. Vieles, was wir heute kritisch beurteilen, hat nichts, aber auch gar nichts mit unserem Leitbild von Maß und Mitte zu tun. Deshalb müssen wir es auch nicht verteidigen. Renditeziele in Höhe von 25 Prozent, Gier, hemmungsloses Abzocken und verantwortungsloses Handeln in der Finanzwirtschaft, all dies sind Exzesse, die mit unserem Verständnis von einer freiheitlichen und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will an dieser Stelle deutlich machen: Wir verteidigen nichts, was unanständig ist. Nicht alles können wir mit unmittelbarem staatlichen Handeln verändern. Es hat aber nichts mit Maß und Mitte zu tun, wenn heutzutage Erträge in den angelsächsischen Ländern ohne Risiko und Verantwortung erwirtschaftet werden. Es hat nichts mit Maß und Mitte zu tun, wenn sich die Entlohnung nicht nach dem langfristigen, sondern nach dem kurzfristigen Erfolg bemisst. Und es hat auch nichts mit Maß und Mitte zu tun, wenn viele in den Unternehmen bei Schwierigkeiten in finanziell gut ausgestattete Pensionsfonds flüchten und nicht bereit sind, Verantwortung für das zu übernehmen, was sie angerichtet sowie den Menschen in unserem Land und darüber hinaus zugemutet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will deutlich machen, dass Maß und Mitte für unsere staatliche Reaktion ein wichtiger Maßstab sind. Deswegen ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es diese Bundesregierung war, die bereits in Heiligendamm auf die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft für die internationale Ebene hingewiesen und bestimmte Herausforderungen gegenüber anderen Ländern, die anderer

Auffassung waren, deutlich gemacht hat. Es ist ein Ausweis der Politik von Maß und Mitte, dass wir beispielsweise bei der Sanierung von Unternehmen Einfluss nehmen wollen. Warum ist denn heute der Vorstandsvorsitzende von Hypo Real Estate zurückgetreten? Das geschah, weil diese Bundesregierung gesagt hat: Mit dem Personal und dem Aufsichtsrat sind wir nicht bereit, eine Sanierung durchzuführen. Das zeigt: Dort, wo wir eingreifen, nehmen wir gestaltend Einfluss. Wer wie Sie, Herr Kuhn, etwas anderes behauptet, sagt bewusst die Unwahrheit und will in die Irre führen. Das ist nicht unser Verständnis von Sanierung. Wir wollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Einfluss nehmen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es hat auch etwas mit Maß und Mitte zu tun, dass wir die größte Bürgerschaft nicht für die Investoren oder die Großanleger übernehmen. Vielmehr haben die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister den Kleinanlegern, den Sparerinnen und Sparern, in diesem Land gesagt: Unsere Sorge gilt nicht zuvorderst dem großen Kapital, sondern dem Sparbuch. Auch das ist ein Ausweis der Politik von Maß und Mitte und macht unsere gesellschaftspolitische Grundkonzeption ganz besonders deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will an dieser Stelle meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass der Kollege Lafontaine außer selbstgerechter Inszenierung nur den Vorschlag, die Hartz-IV-Sätze anzupassen, zur Bewältigung der Finanzkrise gemacht hat.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Sie haben nicht zugehört! Sagen Sie mal!)

Wenn der Weltökonom Lafontaine demnächst auf einem G-7-Gipfel oder in Washington verkündet: „Wir lösen die Finanzkrise, indem wir die Hartz-IV-Sätze anheben“,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Jetzt wird es peinlich!)

dann mag das für die Betroffenen eine gute Botschaft sein. Das ist aber keine ursachenadäquate Lösung, sondern Populismus, eine selbstgerechte Augenwischerei, eine Inszenierung eines mit dieser staatspolitischen Aufgabe hoffnungslos Überforderten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen aber auch feststellen, dass wir noch nicht auf alle Herausforderungen Antworten gefunden haben. Die Liquiditäts- und Vertrauenskrise hält an. Wir erfahren, dass weitere Banken durch die Vertrauenskrise in eine schwierige Situation getrieben werden. Deswegen ist die Frage berechtigt, ob wir mit dem Einzelfallmanagement weitermachen können. Ich verstehe die Äußerungen des Bundesfinanzministers dahin gehend, dass wir uns künftig in Bezug auf strategische Fragen besser wappnen müssen. Deswegen ist eine Übereinkunft mit den Akteuren des Finanzmarktes wichtig. Wir müssen systemische Krisen mit einem umfassenderen System beantworten. Wir sind am Anfang einer Debatte, und wir müssen eingestehen, dass wir nicht auf jede Herausforderung in dieser Krise eine Antwort haben. Aber es ist

der entschlossene politische Wille in Deutschland und in allen europäischen Staaten, die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes im Interesse aller Menschen, die hier wohnen und arbeiten, aufrechtzuerhalten. Wir brauchen funktionsfähige Finanzmärkte, und wir als Staat sind bereit, diese Funktionsfähigkeit tatsächlich zu garantieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir als Christlich Demokratische Union und wir als Christlich-Soziale Union sind der Auffassung, dass jetzt die Stunde der Politik ist. Wir wollen diese Krise bewältigen. Wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, dass vor allen Dingen sie es sind, die im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Wir glauben, dass, wie Norbert Röttgen es ausgedrückt hat, das öffentliche Gut „funktionsfähiger Finanzmarkt“ in unser aller Interesse ist. Ein funktionsfähiger Finanzmarkt garantiert, dass wir Lohn- und Gehaltszahlungen abwickeln können, dass der Sozialstaat funktioniert und dass der kleine Mittelständler seine Maschine finanzieren kann. Wir alle sind auf die Finanzmärkte und auf ein funktionsfähiges Bankensystem angewiesen. Es geht hier nicht um den Schutz einiger weniger Reicher und die Sicherung ihrer Existenz, sondern es geht um die Zukunft unseres Landes, es geht um Maß und Mitte in unserer Volkswirtschaft und in unserem Gesellschaftssystem.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht um die Frage, ob die Menschen uns zutrauen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin hat deutlich gemacht, dass wir als Koalition diese staatspolitische Herausforderung im Interesse der Menschen annehmen und an der Bewältigung der Probleme weiter arbeiten werden. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Ortwin Runde für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss sagen: Die Entwicklung und die Dramatik dieser Krise sind etwas, was ich so nicht vorhergesehen habe. Diese Exzesse an den Finanzmärkten, das Einstürzen der Kreditpyramiden und die wellenförmige Ausweitung der Krise habe ich in dieser Form und Dramatik nicht vorhergesehen. Es mag andere geben, die das alles schon vorher gewusst haben.

Ich freue mich, dass die Kollegen von der CDU/CSU sagen, es sei jetzt die Aufgabe der Politik, die Krise zu bewältigen und das Vertrauen wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Einwand zu Herrn Röttgen machen: Die Orientierung an der sozialen Marktwirtschaft und die Berufung auf die Ethik der sozialen Marktwirtschaft sind immer etwas, was aus einer Gesellschaft heraus kommt, aus dem Wertesystem unserer Gesellschaft. Aber angesichts des globalen Wirtschaftssystems und der globalen Finanzmärkte zu glauben, mit der Ethik unseres rheinischen Kapitalismus die Erlösung bringen zu können, ist ein bisschen wenig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da bin ich sehr viel näher bei Helmut Schmidt, der sagte: Seefahrt braucht Regeln, und zwar internationale Regeln. Luftfahrt braucht Regeln, und zwar internationale Regeln. Es gilt auch, dass die internationalen Finanzmärkte international durchsetzungsfähige Regeln brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Da gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen uns, Herr Westerwelle: Das können keine Regeln sein, die die Märkte selbst entwickeln; denn wir haben erlebt, wohin das führt.

(Beifall bei der SPD)

Es müssen Regeln sein, die für alle gelten und die ausnahmslos gelten. Das heißt, es darf keine nicht regulierten Bereiche in den Finanzmärkten geben; sonst bekommen wir die Probleme nicht in den Griff.

Ich finde aber den Ansatz von Herrn Röttgen und Herrn Kampeter bezogen auf unsere gesellschaftliche Situation und als Leitlinie für eigenes Verhalten zielführend. Dabei geht es darum, eine funktionsfähige Finanzstruktur als öffentliches Gut zu sehen und entsprechend zu behandeln. Wenn das die Leitlinie ist, werden wir bei den Schritten, die wir gehen müssen, gut vorankommen. Ich bin voller freudiger Erwartung, was die Zusammenarbeit angeht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Anreizsysteme, nicht nur auf der Vorstandsebene, sondern auch auf der Mitarbeiterebene. Diese sollen, wie ich höre, in Richtung Nachhaltigkeit und Vermeidung von Exzessen verändert werden. Da werden wir, unter Rückgriff auf Vorarbeiten, Regulierung und Ergebnisse erreichen können.

Ebenfalls begrüße ich unsere Übereinstimmung in dem Punkt, dass es bei den Ratingagenturen keine Interessengegensätze zwischen Bewertung und Beratung geben darf. Darauf müssen wir hinwirken, und das werden wir auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch in Bezug auf die Eigenkapitalunterlegung und andere Punkte gibt es weitgehend Übereinstimmung. Daran kann man konkret arbeiten. Das unterscheidet sich wesentlich von dem, was in den vergangenen Jahren die Diskussion bestimmt hat, nämlich ein „level playing field“ gegenüber den angloamerikanischen Akteuren herzustellen, was schlicht Deregulierung bedeutete. Ebenso bin ich froh, dass wir gemeinsam der Auffassung sind, dass wir uns mit den Differenzen zwischen in der Realwirtschaft erreichbaren Renditen von 8 bis 12 Prozent und, wie Herr Kampeter eben noch sagte, der Finanzwirtschaft mit Renditeerwartungen zwischen 25 und 35 Prozent beschäftigen müssen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist immer gelobt und als Vorbild hingestellt worden!)

Denn da besteht eine Diskrepanz und Nichtbalance. Das muss in die Balance gebracht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Es gibt entsprechende Möglichkeiten, da heranzugehen. Auch da bin ich sehr gespannt auf die gemeinsame Arbeit. Schon auf der Ebene der Feuerwehrfunktion wird deutlich, dass wir die Probleme ohne europäische Dimension nicht lösen können. Wenn ich mir die Insellösungen anschau - in Island, als unverdächtige Insel, das durch Garantien, die es gewährt hat, inzwischen im Staatsbankrott zu landen droht, aber auch in Irland -, habe ich Sorge. DEPFPA, Ormond Quay - woher kam denn der ganze „Segen“? Wie ist es gekommen, dass deutsche Banken dort ihre Tochtergesellschaften angesiedelt haben? Wegen des Vorteils von nur 12,5 Prozent Steuern!

(Joachim Poß [SPD]: Steueroasen!)

Anschließend haben wir das Ganze auszubaden. Ich bin der Meinung, wir müssen auf der europäischen Ebene zu Vereinbarungen und Abstimmungen kommen, auch schon bei den Feuerwehrraktivitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt auch für die Garantien. Denn wenn diese Garantien sehr unterschiedlich sind, haben wir dort eine Arbitrage, wie die Banker das immer so schön nennen. Das bezieht sich auf die Frage: Was machen wir mit den Banken, die in der Krise sind? Wie werden sie saniert? Wie werden sie herangezogen? Welche Kontrolle übt der Staat aus, was setzt er an Steuerung ein, was macht er zur Sicherung der Gelder von Steuerzahlern im Sanierungserfolgsfall? Dies wird meines Erachtens europaweit geregelt werden müssen. Ebenso werden wir auf europäischer Ebene an die Frage herangehen müssen, wie wir der Befeuerung einer Krise durch Leerverkäufe begegnen können; auch das gehört zum Feuerwehrbereich. Diesen Leerverkäufen muss ein Ende gesetzt werden. Auch halte ich sehr viel von dem, was Reinhard Schultz gefordert hat, nämlich ein Verbot solcher systemdestabilisierender Instrumente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden - das wird sehr schnell wirksam werden müssen - an die Bilanzierungsvorschriften herangehen müssen. Wir müssen das, was die SEC an der Wall Street gemacht hat, ganz schnell in Europa umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden dies nicht allein in Deutschland machen können, weil alle deutschen Gesellschaften europäisch aufgestellt sind. Hier halte ich sehr viel von Bilanzierungsvorschriften, die dicht am HGB orientiert sind.

Wenn wir im Geiste dieser Diskussion ans Handeln gehen und dies in den Alltag übersetzen, dann sind wir in der Tat in der Lage, eine etwas bessere Ordnung der Finanzmärkte zu erreichen. Das wäre schon ein wichtiges Ergebnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Bartholomäus Kalb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als letzter Redner in dieser Debatte will ich zuerst der Frau Bundeskanzlerin, dem Bundesfinanzminister und auch dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Professor Weber, ganz herzlich für die enorme Arbeit danken, die in den letzten Tagen und Wochen zu leisten war.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Ludwig Stiegler [SPD]: Den Sanio darfst du nicht vergessen!)

- Und natürlich auch den Mitarbeitern der verschiedenen Häuser, die mitgeholfen haben, die Krise, soweit es in ihrer und in unserer Hand lag, zu bewältigen. Die internationale Finanzkrise hat, wie heute schon zum Ausdruck gebracht worden ist, nicht nur bei den Marktteilnehmern zu einer Vertrauenskrise geführt. Zum Teil ist die Vertrauenskrise ihrerseits Ursache für Weiterungen des Problems. Gerade in den letzten Tagen haben uns viele Bürgerinnen und Bürger besorgt gefragt, wie sicher ihre Einlagen und Gelder sind. Deswegen ist die Zusage der Frau Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers von vorgestern und heute in der Regierungserklärung sehr wichtig. Die Menschen müssen wissen: Sie brauchen keine Sorge zu haben. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass nicht weitere Auswirkungen und Unsicherheiten in den Markt kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass wieder Ruhe in die Märkte einkehrt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Nervosität beseitigt wird und Vertrauen zurückkommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jeder von uns ärgert sich natürlich über die grandiosen Fehlleistungen im Management vieler Finanzinstitute. Kritik und Ärger sind verständlich und berechtigt. Die Schuldigen müssen - auch das ist heute schon gesagt worden - stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden. Trotzdem müssen wir jetzt mit Besonnenheit an der Problemlösung arbeiten. Es geht um die Stabilität des Finanzsystems. Es geht um die Begrenzung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft, auf unsere Unternehmen, auf den Mittelstand und auf die Arbeitsplätze. Letztlich geht es auch darum, dass die Menschen in finanzieller Sicherheit leben können, dass sie mit finanzieller Sicherheit rechnen können und dass die kleinen Leute keine Sorge haben müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir handeln nicht im Interesse der Bankmanager, sondern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Die Maßnahmen, die im Falle der Hypo Real Estate konkret ergriffen werden mussten, sind notwendig und richtig, um weitere negative Folgen zu vermeiden. Dazu gibt es keine Alternative. Viele Institutionen und Bürger wären unmittelbar betroffen, auch wenn es manche noch gar nicht wissen.

Über den Tag hinaus müssen wir uns aber den anderen Aufgaben zuwenden; das ist in der Debatte heute schon angesprochen worden. Es geht um die Verbesserung der Finanzaufsicht und vor allen Dingen um die Koordinierung der Finanzaufsicht auf internationaler und globaler Ebene. Alleingänge helfen nicht weiter. Die

Bundesregierung hat, wie schon erwähnt, bereits während der G-7-/G-8-Präsidentschaft und der EU-Ratspräsidentschaft einige wichtige Themen, was die Regeln des Finanzmarktes betrifft, auf die Tagesordnung gesetzt, was seinerzeit noch brüsk insbesondere von den USA, aber auch von anderen zurückgewiesen wurde. Heute wären manche froh, wenn man früher auf den Kurs der Bundesregierung eingeschwenkt wäre. Vorhin wurde schon von einem Kollegen ein Beispiel dafür genannt, wie arrogant man behandelt worden ist. Als ich in einem kleinen Kreis von Fachleuten im Frühsommer das Thema Leerverkäufe angesprochen habe und gefragt habe, ob es sinnvoll sein könne, dass mit spekulativer Absicht ganze Unternehmen in die Knie gezwungen werden, hat man nur schnodderig geantwortet: So sind nun einmal Börsen. - Diese Antwort hilft uns aber nicht weiter. Auch hier ist unser entschiedenes Handeln dringend notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man kann nur staunen, welche Finanzprodukte mit welchen Kunstnamen von wem auf den Markt gebracht worden sind. Nicht einmal die Fachleute konnten diese Dinge durchschauen, schon gar nicht anderen erklären. Vieles lief außerhalb der Bilanzen.

Merkwürdig ist, dass die USA ursprünglich mit Nachdruck gefordert haben, bei Basel II schnell zu einer Einigung zu kommen, sich aber, als es beschlossen war, gewehrt haben, Basel II im eigenen Bereich umzusetzen.

Basel II lässt keine Aktivitäten, keine Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Basel II enthält ferner strenge Regeln zur Eigenkapitalunterlegung. Ich füge hinzu: Vielleicht ist es jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, aber zu gegebener Zeit müssen wir über eine weitere Verschärfung und Verbesserung der Eigenkapitalregeln befinden. Das betrifft insbesondere den Bereich des Interbankenverkehrs; das möchte ich anmahnen. Hier ist erheblicher Handlungsbedarf gegeben.

Vorhin ist hier schon die Rolle der Ratingagenturen angesprochen worden. Es kann nicht sein, dass, wie vermutet wird, ein und dieselben Leute zugleich in den Aufsichtsräten von Bankunternehmen und von Ratingagenturen sitzen. Es kann beispielsweise nicht sein, dass sich Ratingagenturen an der Strukturierung der Produkte, die auf den Markt geworfen werden, beteiligen und diesen Produkten hinterher - das haben wir erlebt - wie ein Fleischbeschauer den Stempel „Triple A“ aufdrücken. Hinzu kam der blinde Glaube an das Urteil der Ratingagenturen, der sich als grob fahrlässig herausstellt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch diese Dinge gehören international auf den Prüfstand. Der Bundesfinanzminister ist in einer vorhergehenden Debatte auf die Frage eingegangen, wie weit wir im Internationalen Währungsfonds und in anderen Institutionen hier vorankommen können.

Unsere Bankmanager müssen wieder lernen, nach den Grundsätzen ordentlicher, umsichtiger Kaufleute zu arbeiten und zu handeln.



(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Maß und Mitte!)

- Kollege Kampeter hat schon vorhin gesagt: „Maß und Mitte“. Das heißt: Kurzfristiges Renditedenken, kurzfristige Renditeerwartungen und hohe Boni dürfen nicht das Handeln bestimmen; vielmehr müssen wieder Tugenden wie Seriosität, Solidität, langfristige Wertorientierung und Nachhaltigkeit das Handeln bestimmen.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Zusammenfassend möchte ich sagen: In allererster Linie brauchen wir wieder Vertrauen. Heute und in diesen Tagen ist von der Bundesregierung Wichtiges dazu beigetragen worden. Dazu gehört: Die Aufsicht muss verbessert sowie international und global koordiniert werden. Stellung, Urteil und Geschäftsgebaren der Ratingagenturen müssen einem kritischen Urteil unterzogen werden. Die Bilanzierungsvorschriften müssen, wie vorhin vorgetragen, modifiziert werden. Es darf keine Aktivitäten außerhalb von Bilanzen geben. Die Eigenkapitalregeln müssen verbessert werden. Wir müssen auch die Fragen klären: Wer darf welche Finanzprodukte emittieren? Wer darf sie unter welchen Voraussetzungen kaufen?

Die Anreizsysteme bei den Banken dürfen nicht zu einer Kurzfristorientierung führen, sondern müssen wieder auf Nachhaltigkeit und langfristige Werterhaltung ausgerichtet werden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Wir kommen darauf zurück!)

Die Haftungsregeln, die für die Verantwortlichen gelten, müssen verschärft werden. Das deutsche Universalbankensystem und das Dreisäulensystem haben sich bewährt; sie müssen erhalten und gestärkt werden und dürfen nicht wieder von manchen in Zweifel gezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage noch einmal: Bankmanager müssen wieder lernen, zu handeln wie ein umsichtiger Kaufmann.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Ludwig Stiegler [SPD]: Willkommen zurück im Klub!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 15. Oktober 2008, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

</ text >

< text 16182 >

Ich rufe die soeben aufgesetzten Zusatzpunkte 1 und 2 auf:

ZP 1 Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

ZP 2 Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines

Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets  
zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz  
- FMStG)

- Drucksache 16/10600 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss (f)

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung  
zwei Stunden vorgesehen. - Auch dazu höre ich

keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich erteile das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung  
der Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten  
Damen und Herren! Die Weltwirtschaft erlebt in diesen  
Wochen ihre schwerste Bewährungsprobe seit den 20er-  
Jahren des letzten Jahrhunderts. Letzte Woche waren  
Schlüsselmärkte unseres Wirtschaftssystems, die Geldmärkte,  
praktisch funktionsunfähig. Immer weitere Märkte  
drohten infiziert zu werden. Der Kurssturz an den weltweiten  
Aktienmärkten hätte eine verhängnisvolle Spirale  
in Gang setzen können.

Letzte Woche habe ich an dieser Stelle bereits darauf  
hingewiesen, dass niemand von uns die weitere Entwicklung  
absehen kann. Es hat sich dann gezeigt, dass  
das vor allem dringend notwendige Vertrauen zwischen  
den Finanzmarktteilnehmern, das die Geschäftsbasis der  
Finanzmärkte ist, noch weiter erodierte. Kaum ein Institut  
war noch bereit, einem anderen Geld zu verleihen.  
Die Folge war, dass selbst solide Banken in Gefahr gerieten,  
ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen  
zu können. Das gegenseitige Misstrauen hat die Akteure  
auf den Finanzmärkten fast vollständig gelähmt, mit unabsehbaren  
Folgen für Wachstum und Arbeitsplätze.

In dieser Situation musste die internationale Gemeinschaft  
unverzüglich und entschlossen handeln. Und sie  
hat gehandelt - entschlossen und, was ganz wichtig war,  
in weiten Teilen auch zeitgleich: vorneweg mit dem G-7-  
Treffen der Finanzminister in Washington, dann mit dem  
Gipfel der Euro-Gruppe am letzten Wochenende,  
schließlich national. Vorgestern haben mehrere Regierungen  
umfassende und abgestimmte Maßnahmenpakete  
auf den Weg gebracht. Auch Deutschland hat gehandelt.  
Wir haben es uns mit den notwendigen Entscheidungen  
wahrlich nicht leicht gemacht; denn wir alle wissen um  
die Tragweite dieser Entscheidungen. Aber es war unsere  
Pflicht, innerhalb kürzester Zeit ein Maßnahmenpaket  
in bisher nicht dagewesener Größenordnung auf den  
Weg zu bringen, und das, wie gesagt, binnen weniger  
Tage.

Es hat sich etwas gezeigt, was selten vorkommt: Der  
Staat war und ist die einzige Instanz, um das Vertrauen  
zwischen den Banken wiederherzustellen, und zwar zum  
Schutz der Bürger und nicht zum Schutz von Bankinteressen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der  
FDP)

Wir kommen damit unserer Pflicht nach, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mehren. Ich weiß: Noch nie wurde ein so umfangreiches Gesetzesvorhaben mit einem so ehrgeizigen gesetzgeberischen Zeitplan auf den Weg gebracht. Ich bin mir bewusst, dass dies allen Beteiligten sehr viel abverlangt. In diesem Bewusstsein danke ich Ihnen allen: den Mitgliedern der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesfinanzminister, den Fraktionen und dem Bundesrat. Ich danke für die Bereitschaft, sich im Interesse unseres Landes auf diesen Zeitplan einzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir zeigen damit, dass die Politik ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gerecht wird.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes vor. Sagen wir es den Bürgern in einfacheren Worten: Ihnen liegt der erste Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung vor.

(Zurufe von der LINKEN: Oh! - Das ist hochgestapelt!)

Damit wollen wir erreichen, dass neues Vertrauen entsteht: Vertrauen zwischen den Banken, Vertrauen in der Wirtschaft, Vertrauen der Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu ist es erforderlich, die Refinanzierung der Finanzinstitute zu sichern sowie die Beschaffung von Kapital und die Veräußerung von Risikopositionen zu ermöglichen. Darüber hinaus wird die Europäische Kommission wahrscheinlich schon heute durch eine Anpassung der Bilanzierungsregeln für gleiche Wettbewerbsbedingungen mit unseren internationalen Partnern sorgen. Wir haben über dieses Thema in den vergangenen Tagen viel gesprochen. Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, dass diese Maßnahmen so getroffen werden, dass die Abschlüsse des dritten Quartals bereits nach den neuen Bilanzierungsrichtlinien erfolgen können. Das ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Unser Gesetzentwurf sieht vor, den Finanzinstituten gegen eine Gebühr Garantien bis zur Höhe von 400 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Die Bereitstellung von Garantien des Bundes ist eine vertrauensbildende Maßnahme, die die Finanzierungskreisläufe und damit auch die Kreditvergabe an Unternehmen stabilisieren soll. Letztlich heißt das nichts anderes, als dass der Bund wie eine Versicherung gegen eine Gebühr für bestimmte Zahlungsverpflichtungen der Finanzinstitute eintritt. Damit soll erreicht werden, dass wieder gehandelt werden kann und Refinanzierungen erfolgen können. Der Garantierahmen führt - dies will ich hier noch einmal ausdrücklich sagen - natürlich nicht automatisch zu entsprechenden Ausgaben des Bundes. Für die Absicherung der Risiken dieses Garantierahmens sollen 20 Milliarden Euro, also 5 Prozent der Garantiesumme, vorsorglich als Kreditermächtigung in den Haushalt eingestellt werden. Der zweite Schwerpunkt unseres Maßnahmenpakets

betrifft die Beschaffung von Kapital für die Finanzinstitute. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, vorübergehend Kapitalhilfen in Anspruch zu nehmen. Diese Hilfen wird es allerdings nur geben, wenn die Banken zu ihrer Verantwortung stehen und sich an bestimmte Regeln halten. Das heißt ganz konkret: Auflagen zur Begrenzung der Managergehälter und der Bonuszahlungen, Auflagen hinsichtlich der geschäftspolitischen Ausrichtung des Instituts, Auflagen hinsichtlich der Kreditvergabe, insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, und natürlich Teilhabe des Bundes an den Erträgen der Finanzinstitute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das heißt also mit einem Wort: Keine Leistung ohne Gegenleistung.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Als weiteren Punkt sieht der Gesetzentwurf vor, dass der Staat erforderlichenfalls den Finanzunternehmen risikoreiche Vermögenswerte abkaufen kann. Die Erlöse aus einem späteren Verkauf kommen natürlich dem Steuerzahler zugute. Von diesem Instrument wollen wir allerdings möglichst sparsam Gebrauch machen, weil es sicherlich zu den am schwersten durchsetzbaren gehört. Für den genannten staatlichen Kapitalhilferahmen und für den Ankauf von Problemaktiva sollen insgesamt maximal 80 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das heißt, einschließlich der genannten 20 Milliarden Euro zur Risikoabsicherung des Garantierahmens kommen wir auf 100 Milliarden Euro als Kreditermächtigung im Haushalt.

Meine Damen und Herren, für uns alle sind diese Zahlen unglaubliche Beträge. Deshalb will ich wiederholen: Uns fallen diese Entscheidungen nicht leicht. Wir machen das alles nicht einfach, um einzelnen Finanzinstituten zu helfen. Wir machen das zum Schutz unserer Wirtschaft und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Finanzsystem hat eine unabdingbare Scharnierfunktion für das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft und damit für Wachstum und Beschäftigung. Die Bürger und Unternehmen unseres Landes verlassen sich auf ein intaktes Finanzsystem, das den Zugang zu Krediten gewährleistet und es den Bürgern ermöglicht, sicher und mit Gewinn zu sparen. Dem Schutz dieses Systems dient unser Gesetzentwurf. Mehr noch: Er dient der Allgemeinheit, er dient dem Gemeinwohl.

Eine neue Finanzmarktverfassung verdient diesen Namen allerdings erst, wenn über den ersten Schritt der Sofortmaßnahmen hinaus ein zweiter Baustein folgt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

und zwar die Veränderung der internationalen Regeln des Finanzmarktes. Wir müssen den internationalen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte neu gestalten, um derartige entfesselte Entwicklungen in der Zukunft zu vermeiden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Bundesregierung und ich ganz persönlich werden sich auf internationaler Ebene weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass nun die Lehren aus den jüngsten

Ereignissen gezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es hat keinen Sinn, zurückzublicken und über verpasste Chancen zu sprechen; wir alle wissen, dass schon viel zu viel Zeit ungenutzt verstrichen ist. Jetzt zählt nur noch der Blick nach vorne.

Zu diesem zweiten Baustein einer neuen Finanzmarktverfassung gehören nach meiner Auffassung eine Stärkung der Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Überwachung der Finanzinstitutionen, eine Verbesserung der Arbeit der Ratingagenturen, mehr Absicherung von Risikoprodukten der Finanzwirtschaft durch Risikounterlegung und mehr Transparenz bei den gehandelten Produkten. All dies werden Themen der nächsten internationalen Konferenzen sein - für Herrn Steinbrück waren es auf den internationalen Konferenzen der Finanzminister bereits Themen -, bis hin zu einem G-8-Treffen mit den Schwellenländern auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs noch in diesem Jahr.

Zur Vorbereitung dieses Treffens werden der Finanzminister und ich eine Expertengruppe einberufen, die parallel dazu Vorschläge für diesen zweiten Baustein macht, damit wir auch mit Expertenwissen ausgestattet in diese Beratungen gehen. Ich habe Professor Tietmeyer gebeten, diese Expertengruppe zu führen.

(Lachen bei der LINKEN - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja genau der Richtige!)

Er verfügt über erhebliche Erfahrungen,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Und was für welche!)

insbesondere bei den Verhandlungen zu Basel II. Wenn Basel II bereits heute weltweit in Kraft wäre bzw. wenn Basel II ein paar Jahre früher in Kraft getreten wäre, dann wären Schattenbilanzen, wie sie zum Beispiel bei der IKB bestanden, nicht möglich gewesen. Wir müssen auf diejenigen zurückgreifen, die hier Erfahrungen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich sage ausdrücklich: Ich erwarte von der Kreditwirtschaft, dass sie sich an diesen Arbeiten konstruktiv und vor allen Dingen auch selbstkritisch beteiligt. Das muss von dieser Branche erwartet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich wiederhole meine Ankündigung von letzter Woche, dass wir bis Jahresende ebenfalls Änderungen bei der Finanzmarktaufsicht vorlegen wollen, die die Effizienz der Finanzmarktaufsicht, nicht nur in Krisenzeiten, verbessern.

Lassen Sie mich deutlich sagen, dass die Gefahr für die Finanzmarktstabilität noch nicht gebannt ist. Wir müssen aber schnellstmöglich durch die Verabschiedung dieses Gesetzes die Grundlage dafür schaffen, dass sich die Lage auf den Märkten beruhigt. Dies ist entscheidend für Wachstum und Beschäftigung.

Dennoch müssen wir damit rechnen, dass sich das Wachstum in Deutschland abschwächen wird. Ich bin

davon überzeugt, dass es nicht zu einem dauerhaften Konjunkturreinbruch kommen wird. Aber die Maßnahmen, die wir getroffen haben, sind bitter nötig, wie die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Senkung der Lohnzusatzkosten, die Unternehmensteuerreform, die Rente mit 67. Sie haben die mittelfristigen Wachstumsperspektiven für unser Land gestärkt. Zudem sind deutsche Unternehmen heute aufgrund von Umstrukturierung und Erhöhung ihrer Eigenkapitalquote krisenfester als noch vor einigen Jahren. Das alles zeigt: Deutschland ist stark. Allerdings wird auch Deutschland durch eine schwierigere Periode gehen.

Meine Damen und Herren, ich habe es in diesen Tagen mehrmals gesagt, und ich wiederhole es heute hier noch einmal: Wir haben es mit Exzessen der Märkte zu tun. Aufgabe des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft ist Kontrolle. Der Staat ist Hüter der Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir beschließen umfassende, weitreichende und einschneidende Maßnahmen. Wir greifen hart durch, damit sich das, was wir jetzt erlebt haben, nicht wiederholt. Damit schaffen wir Strukturen für eine menschliche Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.

In diesem Sinne bitte ich Sie um konstruktive Beratungen in den Ausschüssen und um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf, weil er Deutschland dient.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor wir jetzt in die Aussprache eintreten, möchte ich zu dem außergewöhnlichen Beratungsgegenstand und dem zweifellos etwas ungewöhnlich schnellen Beratungsverfahren drei knappe Bemerkungen machen, um die mich auch zahlreiche Kollegen ausdrücklich gebeten haben. Ganz sicher werde ich diese Anmerkungen auch im Namen der allermeisten Mitglieder des Hauses machen können.

Erstens möchte ich mich bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesregierung, der Bundesbank und der anderen Behörden für die imposante Arbeitsleistung bedanken, innerhalb weniger Tage dieses komplizierte Werk von Maßnahmen zur Stützung der Finanzmärkte erstens zu entwickeln, zweitens international abzustimmen und drittens dem Deutschen Bundestag als Gesetzentwurf vorzulegen. Das verdient hohen Respekt und hohe Anerkennung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens. Dieses Programm hat eine außerordentliche und beispiellose Größenordnung. Es ist insgesamt beinahe doppelt so umfangreich wie der jährliche Bundeshaushalt. Dadurch wird auch das Parlament wegen der Eilbedürftigkeit der Entscheidung in der Sache wie auch im Verfahren vor besondere Herausforderungen gestellt. Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Hauses, insbesondere bei den Fraktionsführungen, herzlich dafür

bedanken, dass sie unbeschadet ihrer unterschiedlichen Rollen in Koalition und Opposition ihre Bereitschaft erklärt haben, unter Verzicht auf übliche Fristen die schnellstmögliche Beratung und Entscheidung über dieses Gesetzespaket zu ermöglichen.

Dies ist nicht nur ein eindrucksvoller Beleg für die Handlungsfähigkeit unserer Verfassungsorgane, dies ist auch ein eindrucksvoller Beleg für die oft beschworene Solidarität der Demokraten, die das Vertrauen verdienen und neu begründen, das an anderer Stelle verloren gegangen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Der Bundestag wird der Bundesregierung mit dieser Gesetzgebung einen weitreichenden Handlungsrahmen für notwendige Stützungsaktionen erteilen, er wird aber seine originären Haushalts- und Kontrollrechte nicht abtreten oder aufgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Durch die zeitliche Befristung der möglichen finanzwirksamen Maßnahmen und den ausdrücklichen Verzicht auf Rechtsansprüche zugunsten von Einzelfallprüfungen nach pflichtgemäßem Ermessen wird der Bundestag in die Lage versetzt und muss der Bundestag in der Lage bleiben, die Umsetzung und Abwicklung der vorgesehenen Maßnahmen regelmäßig und zeitnah zu begleiten. Damit kommen Parlament wie Regierung ihren unterschiedlichen Rollen bei der Bewältigung einer großen gemeinsamen Aufgabe nach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Erster Redner in der Aussprache ist der Kollege Dr. Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich beim Herrn Bundestagspräsidenten für diese – wie ich finde – notwendige und wichtige Erklärung gleich zu Beginn unserer Aussprache ausdrücklich bedanken. Ich möchte für die FDP-Fraktion festhalten, dass wir nicht aufhören, Parlamentarier zu sein, nur weil wir jetzt – ich vermute, das geht allen Kolleginnen und Kollegen so – im Interesse unseres Landes aus patriotischer Verantwortung heraus darauf drängen, schnell zu beraten und zu entscheiden. Es kann nicht gelten: Je größer die Summe ist, desto geringer ist die parlamentarische Kontrolle. Umgekehrt ist es richtig.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich – ich vermute, das wird vielen Kolleginnen und Kollegen, ob sie in der Opposition oder in den Regierungsfractionen sind, so gehen – klarmachen: Weil schnelles Handeln nötig ist, haben wir einer schnellen parlamentarischen Beratung zugestimmt. Das heißt ausdrücklich nicht, dass wir jedes Detail, jedes Instrument, jede Maßnahme dieses Gesetzes, vor allem

die im Verordnungswege, am Schluss auch unterstützen.  
Wir haben erhebliche Fragen. Die sind nicht aus der Welt, nur weil wir bereit sind, unter Verzicht auf unsere Fristeinreden in dieser Woche dafür zu sorgen, dass schnell entschieden werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte für meine Fraktion zu Protokoll geben, dass mit der konstruktiven Begleitung dieses Hilfspakets ausdrücklich keine Zustimmung zu allem verbunden ist. Wir haben, wie gesagt, Fragen: Warum ist der Bundesregierung so wenig an parlamentarischer Begleitung gelegen? Warum sollen die Not-Verordnungen vollständig am Parlament vorbeigehen? Wäre es nicht klug, wenigstens für die Kabinettsverordnungen eine Abstimmungspflicht mit unserem Haushalts- oder Finanzausschuss vorzusehen?

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sollen einige Regelungen, beispielsweise die zum Insolvenzrecht - das ist bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden, weil wir über die finanzwirksamen Sachen natürlich an erster Stelle sprechen -, zeitlich unbefristet gelten? So sieht es der erste Entwurf jedenfalls vor. Ich höre - ich will dem nicht vorgreifen -, dass Sie in den Regierungsfraktionen Ähnliches angemerkt haben. Ich denke, das wird heute in den Ausschussberatungen noch zu lösen sein.

Warum soll die Kontrolle des Bundesrechnungshofs in weiten Teilen ausgeschlossen sein? Wie geht der Staat aus den Banken wieder heraus? Also: Was ist eigentlich unsere Rückzugsstrategie?

(Beifall bei der FDP)

Auch das muss beantwortet werden.

Meine Damen und Herren, es ist schon eine erhebliche Frage: Wie kann die Bundesregierung davon ausgehen, dass dieses Gesetz keinen spürbaren Zinseffekt haben wird und sich nach ihren eigenen Angaben nicht auf die Verbraucherpreise auswirken wird? Ich sage nur eines: Es kann nicht vernünftig sein, dass sich durch eine solche Haushaltsgesetzgebung und durch solche Summen der Wert unseres Geldes plötzlich verringert. Es gilt der Satz: Inflation ist etwas, was im Interesse gerade der sozial Schwächsten unbedingt vermieden werden muss.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Unstreitig!)

Wenn wir über solche Summen reden, dann muss das angesprochen werden. - Ich vermute, dass es unstreitig ist.

Ich sage es hier aus unserer Sicht. Aber da wir als Parlamentarier gegenüber der Regierung gefragt sind, möchte ich sagen: Es geht nicht um eine Selbstbeschäftigung des Parlaments, sondern es geht um ein Grundprinzip unserer Gewaltenteilung: Die Regierung regiert, aber die Treuhänder der Steuergelder sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Wir können Ihnen hier keinen Blankoscheck ausstellen. Das müssen Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)



Sie haben Ihr Krisenmanagement geschildert. Ich will die Debatte heute nicht nutzen, um mich mit Ihrem Krisenmanagement auseinanderzusetzen. Das ist jetzt nicht die Stunde dafür. Ich glaube allerdings, dass Sie dabei nicht so positiv wegkommen, wie Sie dies selber in Bezug auf Ihre eigene Arbeit meinen. Ich habe doch den Eindruck, dass bei Ihrem Handeln in den letzten Wochen sehr viel Versuch und Irrtum dabei gewesen sind. Aber wir wollen über das reden, was jetzt schnell notwendig ist.

Notwendig ist - das ist etwas, Frau Bundeskanzlerin, was Sie in der Regierungserklärung der letzten Woche schon einmal gesagt haben und was ich noch einmal unterstreichen möchte - eine Neuregelung der Bankenaufsicht. Es ist aus unserer Sicht schlechterdings inakzeptabel, dass wir eine Bankenaufsicht haben, die so untergliedert ist, dass sie sich gegenseitig eher behindert, anstatt dass sie die Banken effizient begleitet. (Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass die Bankenaufsicht unter eine staatliche Verantwortung kommt. Wir unterstützen Sie, wenn Sie in Europa und international ähnliche Aufsichts- und Verkehrsregeln durchsetzen wollen; das ist gar keine Frage.

Wir wollen und müssen über die Ratingagenturen reden; das ist, glaube ich, in den letzten Wochen und Monaten viel zu kurz gekommen. Damit, dass die Ratingagenturen gewissermaßen aus eigener, innerer Erkenntnis heraus - mit gelegentlichen Interessenkollisionen - mit dem Daumen nach oben oder nach unten zeigen und darüber entscheiden, was sein wird, obwohl es gelegentlich an Unabhängigkeit fehlt, müssen wir uns befassen. Ich wiederhole den Vorschlag der FDP-Fraktion, ob wir für Ratingagenturen nicht eine europäische Stiftung brauchen, wie wir sie beim Verbraucherschutz bereits haben: Warentest auch für Ratingagenturen und Bewertungen von Firmen. Ich glaube, mehr Unabhängigkeit wird richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Herr Finanzminister, Sie haben Wert darauf gelegt, dass die Bilanzierungsregeln verändert werden; das wurde noch nicht angesprochen. Es ist gut und richtig, dass das mutmaßlich noch im dritten Quartal gelingen kann. Das ist von ganz herausragender Bedeutung. Das ist nicht nur Technik für Feinschmecker, sondern ganz erheblich für die Realwirtschaft in den nächsten Monaten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zudem ist erforderlich, dass die internationalen Standards verändert werden. Auch hier wollen wir Sie konstruktiv begleiten.

Ich will noch auf etwas anderes in dieser Situation eingehen, weil ich glaube, dass es notwendig ist. Mit zwei Dingen werden wir uns nicht nur heute, sondern in den nächsten Monaten definitiv befassen müssen. Dazu haben Sie nichts gesagt; vielleicht wird es der Finanzminister noch tun. Erstens: Was bedeutet das, was Sie uns vorlegen, für den Bundeshaushalt? Was bedeutet das für das Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen? Alles, was über den Abbau der Schulden, die zulasten der nächsten jungen Generationen gehen, gesagt worden

ist, wird mit dem heutigen Tag aus Sicht der FDP nicht ungültig.

(Beifall bei der FDP)

Es bleibt notwendig, damit verantwortungsvoll umzugehen. Unsere Sorge ist, dass jetzt ein Damm bricht, nach dem Motto: Wenn man nun mit solchen riesigen Summen mal eben jongliert, dann kann man die eine oder andere Milliarde für diese oder jene Wohltat nicht ernsthaft verweigern. Wir sollten weiterhin an die nächste Generation denken. Heute darf nicht die Stunde sein, in der solide Staatsfinanzen zulasten der nächsten Generationen zu Grabe getragen werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich unterstütze nachdrücklich, was Kollege Kauder in dieser Woche dazu mehrfach gesagt hat.

Zweitens: Was bedeutet das für die Realwirtschaft?

Auch das muss an dieser Stelle ausdrücklich angesprochen werden. Ich glaube, Frau Bundeskanzlerin, dass das zu einer Regierungserklärung, zumindest aber zu einer solchen Debatte dazu gehört. Herr Finanzminister, als wir vor vier Wochen in den Haushaltsberatungen gesagt haben, dass wir am Rande einer Rezession stehen, haben Sie uns - wörtlich! - Sodomaso-Tendenzen vorgeworfen. Ich frage: Wollen Sie das in Anbetracht des Herbstgutachtens allen Ernstes aufrechterhalten? Wer jetzt die Augen vor der wahren Wirtschaftsentwicklung verschließt, der versündigt sich an denen, die nächstes Jahr arbeitslos werden können.

(Beifall bei der FDP)

Noch eine grundlegende Bemerkung zum Verhältnis zwischen Staat und sozialer Marktwirtschaft. Wir haben erlebt, dass in diesen Tagen mancher, der schon immer Probleme mit der Marktwirtschaft bzw. der sozialen Marktwirtschaft hat, glaubt, Oberwasser zu bekommen und Morgenluft zu wittern. Ich glaube, dass das zu kurz gegriffen ist. Aus unserer Sicht bleibt es dabei: Wir arbeiten jeden Tag daran, dass die soziale Marktwirtschaft besser wird.

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- Wir alle arbeiten hoffentlich gemeinsam daran, dass unser System, in dem wir leben, jeden Tag besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist aber mit Sicherheit das beste System, das es jemals auf deutschem Boden gab. Es ist mit Sicherheit besser als jede Form von Planwirtschaft, die Sie nun wiederbeleben wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie freuen sich zu früh, wenn Sie glauben, Sie könnten die Gunst der Stunde nutzen und die soziale Marktwirtschaft zu Grabe tragen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Diese Rechnung wird nicht aufgehen.

Denjenigen, die jetzt sagen, der Staat müsse das alles lösen, will ich an dieser Stelle aus unserer Sicht, aus Sicht der Freien Demokratischen Partei, klar mit auf den Weg geben: Der Staat ist nicht der bessere Banker, er hat nur mehr Geld.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Das ist es, worum es im Augenblick geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Alle diejenigen, die meinen, alles Heil sei jetzt im Staat zu suchen und die soziale Marktwirtschaft könne abgewickelt werden, liegen aus unserer Sicht falsch. Wir brauchen einen Staat, der treffsicher ist, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, der Rahmenbedingungen setzt.

(Zurufe von der SPD)

Ein Staat, der sich so in das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger einmischt, dass einem die Luft wegbleibt, der aber bei der Aufsicht über die Banken versagt, ist nicht der starke Staat, den wir uns wünschen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mit einem Dank an alle Fraktionen dafür beginnen, dass wir dieses Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte quasi in einem Sprint auf den Weg bringen können. Ich weiß, das ist eine Zumutung; aber in ungewöhnlichen Zeiten, in denen wir sind, und bei dem Problemdruck, unter dem wir stehen, sind ungewöhnliche Verfahren erforderlich. Ich möchte meinen Respekt äußern und betonen, dass diese Bereitschaft aller Fraktionen, wie ich finde, schon Ausdruck eines gemeinsamen Verantwortungsbewusstseins der Politik ist und in der Tat die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen in diesem Lande bestätigt und die demokratischen Institutionen wieder aufwertet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dasselbe gilt übrigens auch mit Blick auf die häufig gescholtene mangelhafte Handlungsfähigkeit und Zeitökonomie Europas. Auch hier machen wir die Erfahrung, dass sich Europa in einer solchen Krise doch als sehr viel handlungsfähiger und entscheidungsfähiger erweist, als wir das je angenommen haben.

Ich stehe nicht an, zu sagen, dass wir es mit einer der gefährlichsten Krisen oder der gefährlichsten Krise auf den Weltfinanzmärkten seit 80 Jahren zu tun haben. Es geht daher um Gefahrenabwehr, es geht darum, Schaden von unserem Lande abzuwehren. Herr Westerwelle, in diesem Zusammenhang wäre ich sehr vorsichtig, mit Begriffen wie Notverordnung auf eine unsägliche historische Epoche anzuspielen,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil Sie definitiv falsche Assoziationen wecken könnten;

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

denn in der Zeit von 1930 bis 1933 haben diese Notverordnungen zu nichts anderem als der Ausschaltung des Parlaments gedient. Darüber reden wir heute definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will sofort zur Sache kommen. Es geht nicht darum – das sage ich vor allen Dingen allen Bürgerinnen und Bürgern, die uns zuhören oder zuschauen können –, dass es Gratifikationen für den Bankensektor geben soll oder dass Bankmanager vor dem Ruin bewahrt werden sollen, sondern es geht in Deutschland und anderswo um stabile, funktionierende Finanzmärkte. Diese stabilen und funktionsfähigen Finanzmärkte gehören nicht den Banken; sie gehören auch nicht den Bankern. Sie sind vielmehr, um ein Stichwort von Herrn Röttgen aus der letzten Debatte aufzugreifen, ein öffentliches Gut. Sie sind unverzichtbar. Sie sind unverzichtbar für jeden Handwerker, der einen Betriebsmittelkredit haben möchte, sie sind unverzichtbar für jedes große Unternehmen, das arbeitsplatzerhaltende oder arbeitsplatzerweiternde Investitionen vornehmen möchte, sie sind unverzichtbar für jede Kommune, wenn sie Kassenkredite braucht, sie sind unverzichtbar für Infrastrukturfinanzierungen in Deutschland, sie sind unverzichtbar für alle Menschen, die für das Alter sparen und damit ein auskömmliches Einkommen im Alter haben möchten, sie sind unverzichtbar für alle Sparerinnen und Sparer in Deutschland, die einen wettbewerbsfähigen Finanzsektor brauchen, auch um die günstigsten Konditionen zu bekommen. Das ist der Charakter dieses öffentlichen Gutes, um den es geht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Man muss mit Bildern und Begriffen, wie ich selber gerade kritisch angemerkt habe, vorsichtig sein. Aber ich scheue mich nicht, zu sagen, dass es Momente gegeben hat, in denen wir international mit Blick auf die eskalierende Finanzmarktkrise in den Abgrund geschaut haben. Bei der Betrachtung und Bewertung bitte ich nachzuvollziehen, dass es nach Wahrnehmung aller Fachleute, auch derjenigen, die ich am letzten Wochenende in Washington gesprochen habe, eine Wasserscheide gibt, die sich danach definiert, was vor und was nach der Insolvenz von Lehman Brothers passiert ist. Dies begründet auch manche Einlassungen, Herr Westerwelle, die in den Zeiten davor gemacht worden sind. Man kann im Rückblick nicht ganz unberücksichtigt lassen, welche Zeitläufe es seitdem gegeben hat. Sie verändern Einschätzungen; das gilt für mich und für viele andere auch.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben insbesondere bei dem Gespräch mit Finanzmarktakteuren in Deutschland am Montagabend bei der Bundeskanzlerin noch einmal von vielen die Einschätzung gehört, dass die Insolvenz von Lehman Brothers so etwas wie ein GAU gewesen ist, weil darüber eine Erschütterungsdynamik ausgelöst worden ist, die Effekte auch in Europa gehabt hat. Bei diesem Unternehmen mit einer Bilanzsumme von 800 Milliarden waren ungefähr 400 Milliarden, also die Hälfte, Europa zugeordnet. Darüber ist fast in einer Art Dominoeffekt unter anderen

auch die Hypo Real Estate Bank zum Einsturz oder jedenfalls in eine sehr schwierige Lage gebracht worden.

Der Staat musste in dieser Situation handeln; auch die Staatengemeinschaft musste in dieser Situation handeln. Wenn es auf den Weltfinanzmärkten brennt, meine Damen und Herren, dann muss gelöscht werden, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Anschließend müssen die Brandstifter aber daran gehindert werden, so etwas wieder zu tun.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden, und es muss für einen besseren Brandschutz gesorgt werden. Das heißt, wir reden auf der einen Seite über eine systemische Antwort auf die derzeitige Krise – das ist das aktuelle Krisenmanagement – und auf der anderen Seite darüber, dass wir parallel dazu Vorsorge treffen müssen, damit sich eine solche Finanzmarktkrise, jedenfalls nicht in dieser Dimension und Tiefenschärfe, wiederholt. Danach handeln wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bundesregierung kann für sich in Anspruch nehmen, dass Deutschland dieses Thema der Krisenprävention als einer der ersten G-7-Staaten und als eines der ersten Länder in der Euro-Gruppe und im Ecofin aufgegriffen hat. Ich will nicht alles im Einzelnen wiederholen; aber ich erinnere daran, dass es diese Bundesregierung während ihrer G-7-Präsidentschaft gewesen ist, die im Oktober des Jahres 2007 das Financial Stability Forum nicht nur um eine Analyse, sondern um konkrete Vorschläge gebeten hat, und dass diese Vorschläge in Sitzungen im April verabschiedet worden sind. Die Beschlüsse reichten bis hin zu einer Ecofin-Roadmap und werden in einem Hunderttageprogramm umgesetzt. Dies schließt nicht aus, dass noch mehr hinzukommen muss, unter anderem auch von mir in Vorbereitung der letzten G-7-Konferenz in acht Punkten formuliert, in denen auch die Fragen enthalten sind, ob wir nicht zu einem Verbot von Leerverkäufen kommen müssen und ob es nicht auf Dauer verboten werden sollte, dass Bankinstitute anderen Finanzdienstleistern Kreditrisiken einfach zu 100 Prozent in Form von Derivaten weiterreichen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will aus Zeitgründen auf die anderen Maßnahmen nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, dass die Maßnahmen dieses Gesetzes zur Finanzmarktstabilität, wie die Kanzlerin ausgeführt hat, international weit abgestimmt sind. Weltweit werden die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Stabilität und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems zu gewährleisten. Vielleicht müsste man erst einmal sagen: wiederherzustellen, was verloren gegangen ist. Aus den Gesprächen, die wir Anfang der Woche bei der Bundeskanzlerin sowohl mit den Finanzmarktakteuren in Deutschland als auch mit den Vertretern der sogenannten Realwirtschaft geführt haben, habe ich eine eindeutige Bestätigung dafür bekommen,

dass es jetzt Zeit zum Handeln war, und zwar nicht im Sinne einer Von-Fall-zu-Fall-Regelung - IKB, Landesbanken, Hypo Real Estate -, sondern im Sinne einer systemischen Antwort auch für die Bundesrepublik Deutschland. Dies haben wir getan, und das wird breit anerkannt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, von unserem Paket profitieren alle Geldinstitute und Versicherungen in Deutschland, die sich unter den Schutzschirm der neuen staatlichen Garantien stellen wollen. Aber dies erfolgt unter sehr strengen Bedingungen. Leistung - Gegenleistung, wie die Kanzlerin gesagt hat, ist das Prinzip, nach dem wir handeln. Wer sich unter diesen Schirm stellt, wer die Garantien, die Leistungen dieses Sondervermögens, staatliche Hilfe und damit möglicherweise auch Steuergelder, in Anspruch nehmen möchte, muss dafür eine ganze Reihe von Gegenleistungen erbringen und eine Reihe von Bedingungen erfüllen.

Erster Punkt: Als Gegenleistung erhält der Staat in dem Augenblick, in dem er Unternehmen und Finanzdienstleister in Deutschland rekapitalisiert, Aktien, Vorzugsaktien, stille Einlagen oder Beteiligungen. Er kauft sich also ein. Dadurch erwirbt er Rechte und die Option, diese Beteiligungen später mit der Aussicht zu veräußern, darüber möglicherweise ein Einkommen zu erzielen, das mögliche Verluste abdeckt.

Dies ist im Fall von Schweden gelungen. Die Schweden haben eine ganz ähnliche Lösung, fast eine Art Blaupause für das geliefert, was wir heute beraten, und damit waren sie durchaus erfolgreich. Der schwedische Zentralbankgouverneur hat mir am Wochenende gesagt, dass nach Liquidation der Assets, die der Staat übernommen hat, eine schwarze Null herausgekommen ist. Das heißt, es besteht kein Automatismus, dass Steuergelder in Anspruch genommen werden. Aber die Ehrlichkeit gebietet es, darauf hinzuweisen, dass dies auch nicht auszuschließen ist.

Zweiter Punkt: Der Staat wird für diese Garantien Gebühren erheben. Er wird auch das Recht bekommen, auf die Geschäftspolitik Einfluss zu nehmen, und zwar insbesondere mit Blick darauf, dass die geförderten Banken nicht über eine Bilanzverkürzung ihre Kreditfähigkeit gegenüber dem Mittelstand in Deutschland reduzieren. Dies ist nicht die Absicht, die wir mit diesen Förderleistungen verbinden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht auch um die Frage, ob bei dieser Gelegenheit nicht das in Gang gesetzt wird, was bisher der Bankenaufsicht in Deutschland definitiv nicht möglich war, nämlich die Überprüfung von Geschäftsmodellen, weil dies der Kreditsektor verweigert hat. Dies geschah übrigens auch bei manchen gesetzlichen Initiativen aus diesem Haus - sie wurden anschließend von den interessierten Verbänden so attackiert, dass es nicht zur Beschlusslage gekommen ist -, die unter anderem die Zuständigkeit der deutschen Bankenaufsicht zum Inhalt hatten, die Geschäftsmodelle zu überprüfen. Manche Kritik, die Sie an der Bankenaufsicht geäußert haben,

richtet sich, wie ich glaube, an die falsche Adresse. Leider hat die Bankenaufsicht bisher nicht die Zuständigkeit, Geschäftsmodelle zu überprüfen. Die entscheidende Frage ist, ob bei dieser Gelegenheit, wenn Unternehmen und Finanzdienstleister diese Abschirmung in Anspruch nehmen, das Institut, das als Teil der Bankenaufsicht das Sondervermögen verwalten soll, nicht auch in den Stand versetzt wird, die Geschäftsmodelle zu überprüfen.

Es geht aber um mehr als das. Es geht um weitere Bedingungen, die sich darauf erstrecken, dass sich mit dieser Leistung des Staates zum Beispiel ein Verbot von Abfindungen, Bonuszahlungen und auch von Dividendenausschüttungen verbinden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will bei dieser Gelegenheit aus aktienrechtlichen Gründen keinen Irrtum aufkommen lassen. Das Verbot von Dividendenausschüttungen muss sich damit verbinden, dass es über die Spielräume, die die Dividendenausschüttungen sonst hergeben, zu einer Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen kommt. Das ist ein entscheidender Punkt.

Ich will im Einzelnen nicht erneut die Maßnahmen auflisten, sondern darauf hinweisen, dass wir es im Wesentlichen mit vier entscheidenden Aktivitäten zu tun haben.

Herr Westerwelle hat recht:

(Beifall des Abg. Burkhardt Müller-Sönksen [FDP])

Außerhalb dieses Paketes hat das Thema Bilanzierungsregelungen Priorität, Bilanzierungsregelungen, die nicht prozyklisch wirken und die die Unternehmen in der derzeitigen Situation nicht noch weiter unter Wasser ziehen, als bisher geschehen. Wir sind mit Blick auf dieses Thema - es erstreckt sich auf den Aspekt der Bewertungsmethoden und darauf, dass man zu einer größeren Flexibilisierung in der Bilanzierung zwischen dem Bankenbuch und dem Handelsbuch kommen muss - auf einem sehr guten Weg.

Ich glaube, wir werden Ende dieser Woche konstatieren können, dass in internationaler Abstimmung die deutschen Kreditinstitute und darüber hinaus einige Unternehmen in der Realwirtschaft, die Derivate in ihren Bilanzen haben, in den Stand gesetzt werden, in dieser erweiterten Interpretation der Bilanzierungsregelungen das dritte Quartal bilanzieren zu können. Das ist von enormer Bedeutung. Dies wird häufig unterschätzt, weil es sehr technokratisch anmutet; da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber auch in den Gesprächen, die wir seitens der Bundesregierung mit vielen Vertretern geführt haben, und zwar sowohl aus der Realwirtschaft wie auch aus der Kreditwirtschaft, wurde deutlich, dass dies von außerordentlicher Bedeutung ist.

Der erste Punkt im Rahmen dieses Paketes - untechnisch und, ich hoffe, verständlich und umgangssprachlich dargestellt - ist die Beseitigung einer Liquiditätsenge. Wir haben es im Augenblick damit zu tun, dass sich der Bankensektor untereinander nicht mehr vertraut. Diejenigen, die Liquidität haben, sitzen auf dieser Liquidität und reichen sie nicht aus an diejenigen, die sie dringend

brauchen, die am Verdursten sind, weil sie befürchten, dass sie das ausgeliehene Kapital - möglicherweise schon in Tagesfrist oder in Wochenfrist - nicht zurückbekommen. Wir haben es mit dem fast perversen Zustand zu tun, dass diejenigen, die Liquidität haben, sie im Augenblick nicht ausleihen an andere Kreditinstitute, sondern zum Zentralbanksystem bringen, und zwar zu Zinskonditionen, die sie früher sofort abgelehnt haben: 2 Prozent. Der Zentralbanksektor befindet sich in der Situation, dass er vor dem Hintergrund des enormen Durstes nach Liquidität diese Liquidität weiterreichen kann - teilweise zu 10 oder 11 Prozent - an diejenigen, die sie dringend brauchen. Dies ist ein ungeheurer Missstand und führt dazu, dass darüber ein Bankensystem kollabieren kann. Deshalb ist es so wichtig, mit den 400 Milliarden Euro eine Garantie zu schaffen, die nicht haushaltswirksam ist, die aber zu verstehen gibt, dass man im Zweifelsfalle den Unternehmen eine Sicherheit bietet, die bereit sind, Liquidität auszureichen, weil sie wissen, dass in dem Augenblick, wo ihr Marktpartner ausfällt, diese Garantie gezogen werden kann. Darüber werden wir, wie ich erwarte, diese Liquiditätsenge beseitigen können. Der zweite wichtige Punkt ist, dass wir es bei einigen Unternehmen in Deutschland nicht nur mit einem Liquiditätsengpass zu tun haben, sondern auch mit einem Insolvenzrisiko in Abhängigkeit von Eigenkapitalquoten, die gefährlich niedrig werden können. Deshalb ist dieser zweite Punkt, die Rekapitalisierung dieser Unternehmen in Deutschland, von entscheidender Bedeutung. Welche Bedeutung das hat, können Sie gerade daran feststellen, dass der amerikanische Schirm von 700 Milliarden Dollar konzeptionell geändert wird. Er war bisher - nicht vergleichbar mit dem, was wir machen - ausschließlich darauf gerichtet, Problemaktiva aufzukaufen. Jetzt fängt man an, zu sagen: Das ist nicht das Hauptproblem; es ist übrigens sehr kompliziert, sehr gefährlich. Jetzt wird vielmehr dazu übergegangen, mit einem Betrag von 250 Milliarden Dollar von diesen 700 Milliarden Dollar das zu tun, was in der zweiten Stufe bei uns unter der Überschrift einer Rekapitalisierung der Unternehmen Bedeutung hat. Fast bin ich bereit, abzuwarten, bis sie den ersten Schritt von uns auch nachvollziehen, mit Blick auf die Garantieposition, die wir einnehmen. Erst in der Kaskade im dritten Effekt besteht der Spielraum, dass das Sondervermögen, dieser Finanzmarktstabilisierungsfonds, auch genutzt werden kann für den Aufkauf von illiquiden Assets, von Problemaktiva. Aber in der Tat - in der Bestätigung dessen, was die Kanzlerin gesagt hat -: Dies ist für uns von nachrangiger Bedeutung und verbindet sich mit einer ganzen Reihe von Problemen, die ich nicht in Abrede stellen möchte. Dass es darüber hinaus mittelfristig auch darum geht, die Einlagensicherung und die nationale Aufsicht - ich füge hinzu: auch die europäische und internationale Aufsicht - zu verbessern, ist unabweisbar richtig. Ich bitte nur, gelegentlich zu registrieren, welche Fortschritte es schon gegeben hat. Warum soll sich die Politik unter Wert verkaufen mit Blick auf das, was uns schon gelungen ist? Wir müssen uns ja nicht immer nur defizitär darstellen.



(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind in Europa einen ganzen Schritt weiter mit Blick auf die Einführung von Gruppenaufsichten für grenzüberschreitende Tätigkeiten von Bankinstituten.

Ich werde die französische EU-Präsidentschaft dabei unterstützen, dass dies auch im Versicherungsbereich eingeführt wird.

Wir sind einen ganzen Schritt weiter mit der Einführung von sogenannten Colleges of Supervisors auf der europäischen Ebene, und wir sind einen ganzen Schritt weiter mit Blick auf die Aufwertung des Internationalen Währungsfonds. Ich bin in der Tat überzeugt, dass er zukünftig eine sehr viel stärkere Funktion haben könnte, wenn es darum geht, Verkehrsregeln im internationalen Finanzbereich zu verabreden - dazu muss er ein Mandat haben - und gleichzeitig diese Verkehrsregeln zu überwachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sagt sich relativ leicht. Wenn man ein Gespräch mit dem jetzigen Managing Director des IMF, mit Dominique Strauss-Kahn, hatte, dann weiß man, dass das auf eine Umorganisation des IMF hinausläuft, auf ein ganz anderes Personal, auch mit anderen Qualifikationen, auf die Änderung von Statuten und, wie ich glaube, letztlich auf die Mandatierung auf einer vertraglichen Basis, womit automatisch verbunden ist, dass souveräne Rechte an eine solche supranationale Einrichtung abgetreten werden müssen.

Derjenige übrigens, der dieses Thema im IMF als Erster angesprochen hat - das bitte ich als Kompliment zu verstehen -, war Bundespräsident Köhler in seiner damaligen Rolle als Managing Director des IMF. Diesen Weg fortzuschreiben, ist die wesentliche Herausforderung, vor der wir auf internationaler Ebene stehen. Die Kanzlerin wird dieses Thema in ihren Gesprächen aufgreifen, die für, glaube ich, November auf Ebene der G-7-Staats- und Regierungschefs geplant sind.

Ich will zum Schluss auf zwei Stichworte eingehen, die Herr Westerwelle angesprochen hat. Wir haben es inzwischen mit deutlichen Abwärtsrisiken bei der Konjunktur zu tun. Etwas anderes zu sagen, wäre Schönfärberei.

Der erkennbare Abwärtstrend ist aber nicht allein durch die Finanzmarktkrise verursacht. Wenn man mit Wirtschaftswissenschaftlern oder Analytikern spricht, erfährt man: Auch ohne die Finanzmarktkrise würde die Entwicklung in 2009 nicht mehr so schön sein, wie sie in den letzten Jahren gewesen ist, aber die Finanzmarktkrise wird diesen Trend verstärken. In welchem Ausmaß, das wird Ihnen niemand sagen können, auch nicht mit Blick auf das, was wir als Stabilisierungspaket verabschieden werden. Warum? Ich kann Ihnen nicht sagen, in welchem Ausmaß die Garantien zu tatsächlichen Ausfällen führen, sondern ich kann nur darauf hinweisen, dass wir mit 5 Prozent eine Vorsorge für solche Ausfälle treffen. Ich halte diesen Prozentsatz vor dem Hintergrund der schwedischen Erfahrung für angemessen. Dort hat man ursprünglich 10 Prozent Ausfälle veranschlagt und nachher 0 Prozent festgestellt. Da liegen wir mit 5 Prozent, wie ich finde, in einer ziemlich pragmatisch

begründbaren Mitte.

Dass die Realwirtschaft eingetrübt wird, hat eher etwas mit einer weltweiten Entwicklung zu tun. Das resultiert auch aus Effekten, die sehr viel zu tun haben mit der Energie- und Rohstoffpreisentwicklung, aber auch mit der Nahrungsmittelpreisentwicklung und einer ökonomischen Entwicklung in den USA, die immer noch – wenn auch immer weniger – auch die europäischen Partnerstaaten trifft. Die sogenannte Entzerrungsthese oder Decoupling-These, die einige debattieren, nach der Europa sich zunehmend von dem abkoppeln kann, was in den USA passiert, vertrete ich nicht. Es gibt dynamische Weltregionen, die im Sinne einer Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zunehmend substitutiv eine Rolle spielen. Aber machen wir uns nichts vor: Wir werden in eine sehr schwierige Zeit 2009 hineingehen. Dies bedeutet für mich nicht die Aufgabe des Konsolidierungskurses, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!) definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich wäre nur nicht ehrlich zu Ihnen und zur Bevölkerung, wenn ich nicht sagte, dass im Lichte der konkreten Entwicklung des Jahres 2009 die Leitplanken auf der Zeitachse gegebenenfalls anders gesetzt werden müssen. Damit lade ich nicht zu Forderungen ein, sondern nur zu Realismus, nicht mehr und nicht weniger.

In dieser Situation ist die Bundesregierung gut beraten, als Antwort auf die erkennbare Entwicklung vier Dinge zu beachten: erstens keine Investitionskürzung, zweitens keine Kürzung von Sozialleistungen, drittens keine Mehrbelastung der Bevölkerung bei ausfallenden Einnahmen des Gesamtstaats. Viertens wird es darum gehen, eventuell über die KfW, über die Europäische Investitionsbank Förderprogramme sehr gezielt auszuweiten, größer zu dimensionieren, damit sie einen antizyklischen Effekt haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen erinnere ich daran, dass die Bundesregierung vor kurzem schon ein Paket verabschiedet hat. Die Elemente – sie sind von der Kanzlerin genannt worden – führen bei voller Jahreswirksamkeit zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in der Größenordnung von 14 bis 15 Milliarden Euro.

Ich glaube, dass sich über die Finanzmarktkrise – damit komme ich in die Schlusskurve – vieles verändern wird. Wir reden inzwischen über internationale Verkehrsregeln. Wir reden über ein neu ausbalanciertes Verhältnis von Staat und Markt. Ihre Einlassung, Herr Westerwelle, dass der Staat viel mehr Geld als der private Bereich hat,

(Ute Berg [SPD]: Lächerlich!)

konnte ich nicht so gut verstehen. Ich habe eher den Eindruck, dass die These von einer öffentlichen Armut nach wie vor jedenfalls nicht ganz falsch ist, wenn wir das mit der Vermögensbildung im privaten Bereich vergleichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass das richtig ist, was

mein früherer italienischer Kollege Tommaso Padoa-Schioppa gesagt hat:

Es ist nicht der Kapitalismus oder die Marktwirtschaft, die zusammenbricht ... Was einstürzt, ist die Illusion, dass eine Marktwirtschaft ohne Regeln funktionieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist das Fehltrium, dass die Finanzmärkte im Stande seien, sich selbst zu regulieren.

Wenn wir das lernen, dann könnte die soziale Marktwirtschaft aus dieser Krise umso chancenreicher und umso attraktiver hervorgehen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Oskar Lafontaine, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn der Debatte möchte ich noch einmal feststellen, dass das Problem, mit dem wir heute konfrontiert sind, aus unserer Sicht nicht mit dem Begriff Finanzmarktkrise beschrieben werden kann. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir der Meinung sind, dass es sich um eine Krise der Demokratie und der Wirtschafts- und Sozialordnung handelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Um zu begründen, dass es sich um eine Krise der Demokratie handelt, will ich den Mann zitieren, den die Kanzlerin zu ihrem Ratgeber bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise erklärt hat, nämlich Herrn Tietmeyer, den Vorsitzenden des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Er sagte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 3. Februar 1996 - ich zitiere -:

Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.

Diese Analyse könnte man auch auf unsere heutige Debatte übertragen; denn wir stehen immer noch unter der Kontrolle der Finanzmärkte, oder besser gesagt: Wir werden immer noch von ihnen beherrscht. Das Problem bei Herrn Tietmeyer ist nur, Frau Bundeskanzlerin, dass er dies für richtig hielt. Er war insofern ein Marktfundamentalist, als er glaubte, es sei richtig, über die Märkte die Politik außer Kraft zu setzen. Deshalb ist er der falscheste Ratgeber, den Sie in diesem Fall heranziehen konnten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben doch gar keine andere Wahl, als das Finanzmarktsystem - wie es so schön heißt - schleunigst wieder in Gang zu bringen. Insofern ist das, was Sie

technisch machen, in der Sache nicht zu kritisieren. Selbstverständlich muss das Interbankengeschäft wieder funktionieren, und selbstverständlich müssen die Banken über ausreichendes Kapital verfügen, um nicht pleitezugehen. Das steht alles außer Frage. Es spricht auch einiges dafür, die Bilanzierungsregeln zu ändern; aber - das muss gesagt werden - es birgt große Risiken, wenn man den Banken einen großen Spielraum bei der Bewertung von faulen Papieren einräumt. Das möchte ich an dieser Stelle betonen, weil es heute noch nicht angesprochen wurde.

Ich komme nun darauf zu sprechen, warum Herr Tietmeyer mit seiner Analyse der Kronzeuge dafür ist, dass sich unsere demokratische Ordnung und unsere Wirtschafts- und Sozialordnung in einer Krise befinden. Das beginnt bei den Weltfinanzmärkten. Die entscheidende Frage ist, ob es die Möglichkeit gibt, weltweit Regeln zu vereinbaren, in deren Rahmen sich dann die Wirtschaftstätigkeit aller Staaten vollzieht. Ich mache auf die Analyse aufmerksam, die ein ehemaliger Finanzminister der Vereinigten Staaten, Larry Summers, vorgetragen hat. Er sagte, dass es zwei Theorien gibt: Die eine Theorie ist, dass die Krise eine Krise rein „made in USA“ ist - darauf komme ich noch zu sprechen -; die andere Theorie besagt, dass es eine Krise der Liquidität und der Qualität der Finanzprodukte ist. Wahrscheinlich kommen alle drei Faktoren zusammen. Denn die Frage ist: Wer hat den Ordnungsrahmen, den viele gefordert haben, bisher verhindert? Schon vor 20 Jahren gab es eine Kommission, die Bretton-Woods-Kommission, die genau das gefordert hat, was heute auf der Tagesordnung steht. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, haben wir keine Chance, das Kasino in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte ergänzend zu dem, was Sie hier völlig unzureichend vorgetragen haben, noch einmal darauf aufmerksam machen, was die Kommission damals unter dem Vorsitz von Paul Volcker - für diejenigen, die damals noch nicht politisch gearbeitet haben: Beteiligt waren Leute wie Pöhl und sogar Lambsdorff - gefordert hat. Sie hat ein festes Wechselkursregime und Zielzonen gefordert, damit Währungsspekulationen in der Ursache bekämpft werden können; die Zielzonen würden benötigt, weil es für alle Volkswirtschaften der Welt nicht verkraftbar ist, wenn die Währungskurse ständig schwanken und bestimmte Margen überschreiten. - Das ist die erste Forderung, die ich für meine Fraktion erheben möchte. Ohne eine solche Regulierung wird die Spekulation auf den Weltfinanzmärkten munter weitergehen. Es gibt derzeit Währungskrisen, von denen noch gar nicht die Rede ist, die aber in einigen Monaten auch hier ein Thema sein werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zweiter Punkt. Wir brauchen eine verbindliche Regulierung der internationalen Kapitalströme. Wenn selbst Spekulanten wie Soros das fordern, dann sollten wir zumindest zuhören. Wenn sogar diejenigen, die von

den Kapitalströmen profitiert haben, eine Kontrolle fordern, dann sollten wir nach Wegen suchen, eine Regulierung der internationalen Kapitalströme, Kapitalverkehrskontrollen auch international auf den Weg zu bringen. Die wichtigste Forderung ist bisher noch gar nicht angesprochen worden. Ich möchte sie Ihnen allen nachdrücklich empfehlen: Wenn die Vereinigten Staaten nicht zustimmen, dass die Steueroasen endlich ausgetrocknet werden, dann können Sie so viel regeln, wie Sie wollen; dann suchen sich alle ihre Inseln und machen weiterhin, was sie wollen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])  
Deshalb ist das Austrocknen der Steueroasen eine *Conditio sine qua non*. Wenn dies nicht angegangen wird, werden wir nicht weiterkommen.

Ich komme nun zu der Frage der Finanzprodukte, die von Larry Summers aufgeworfen wurde: Made in USA. Er hatte insoweit recht, als die Vereinigten Staaten - allerdings auch Großbritannien - sich diesen Regeln immer wieder entgegengestellt haben. Kommen wir also zu den Finanzprodukten, die laut Joseph Stiglitz niemand mehr versteht. Wenn Banker Produkte verkaufen, die sie nicht mehr verstehen, wie soll das zu einem Erfolg führen? Es geht nicht darum, die Arbeit der Ratingagenturen zu verbessern. Nein, es geht um das, was bereits Adam Smith in seinem Wohlfahrt der Nationen gefordert hat: dass der Bankensektor reguliert werden muss. Das heißt, die Ratingagenturen gehören in öffentliche Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich sage für meine Fraktion: Anders ist das nicht zu machen. Nun kommen wir zur europäischen Ebene. Es ist gut, dass sich in blitzartiger Geschwindigkeit jetzt Forderungen durchsetzen, die lange Jahre abgelehnt worden sind. Ich begrüße es, dass die französische Ratspräsidentschaft das Vorgehen der Staaten auf der europäischen Ebene koordiniert hat. Es ist eine Art Wirtschaftsregierung, wie sie von Jacques Delors schon zu Beginn seiner Präsidentschaft in der Europäischen Kommission gefordert wurde.

Gerade jetzt hat sich wieder gezeigt, dass man nicht einen einzigen Währungsraum und gleichzeitig 10 oder 20 Regierungen haben kann, die Gegensätzliches machen. Wir brauchen eine Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und letztendlich auch der Tarifpolitik auf europäischer Ebene.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist gut, dass die französische Präsidentschaft diesen Punkt angesprochen hat.

Es ist ein Vergnügen, dass man jetzt erkannt hat, dass der Stabilitätspakt, den wir oft kritisiert haben, weil er eine antizyklische Finanzpolitik unterbindet, im Konsens der europäischen Regierungen als im Moment nicht anwendbar gilt. Es ist richtig, dass wir heute nicht mehr am Ziel der Haushaltskonsolidierungen in der bisherigen Planung festhalten. Ansonsten hätten wir überhaupt

keine Chance, die sich jetzt anbahnende Rezession anzugehen und zu bewältigen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun komme ich zur Kernfrage, die noch gar nicht diskutiert worden ist: Wie konnte sich diese große Liquidität aufbauen? Es stehen alle in der Verantwortung. Man kann nicht nur von Marktversagen sprechen. Beides ist festzustellen: Es handelt sich um Marktversagen und um Staatsversagen. Beides zusammen muss man sehen. Wenn vonseiten der Bankenwelt gefordert wird, dass sich einige zu entschuldigen haben, ist folgende Frage an alle Parlamente und Regierungen zu richten: Was ist mit denjenigen, die dieses Karussell parlamentarisch und gesetzlich nicht unterbunden haben?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Frage, die wir uns stellen, ist: Wie konnte sich diese große Liquidität aufbauen? Hier möchte ich einen anderen Standpunkt vorbringen. Sie brauchen nur in den Jahreswirtschaftsbericht Ihrer Regierung und der Vorgängerregierung zu schauen. Auf der drittletzten Seite finden Sie die Antwort auf die Frage, warum sich diese Liquidität aufgebaut hat. Sie hat sich aufgebaut, weil das eintritt, was Sie in jedem Bericht schreiben: Zuwächse an Einkommen haben nicht die Arbeitnehmer. Zuwächse an Einkommen haben nicht die Rentnerinnen und Rentner. Zuwächse an Einkommen haben nicht diejenigen, die soziale Leistungen empfangen. Zuwächse an Einkommen haben ausschließlich diejenigen, die Gewinn und Vermögenseinkommen haben.

Dadurch dass der gesamte Zuwachs der Volkswirtschaft durch Gewinn und Vermögenseinkommen abgeschöpft wurde, hat man den Aufbau der Liquidität und die internationale Spekulation in Gang gesetzt. Nur durch eine nachhaltige Reform unserer Wirtschafts- und Sozialordnung werden wir überhaupt in der Lage sein, diese Liquidität wieder abzubauen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir müssen nun an diejenigen denken, die immer wieder sagen: Gebt uns mehr für Hartz IV. Gebt etwas mehr für Rentnerinnen und Rentner. Lasst doch zu, dass die Löhne etwas höher werden. – Diesen Menschen wird gesagt: Es ist kein Geld da. – Das Volk sitzt jetzt staunend vor dem Fernseher und sieht auf einmal, dass 500 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um Krisen zu bewältigen, und vorher haben wir uns um ein paar Hundert Millionen gezanzt. Das Volk versteht das nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Thomas Oppermann [SPD]: Aber Sie verstehen es doch, oder?)

Ich finde es gut, dass sie sich getroffen fühlen und zur Wehr setzen, und ich hoffe, dass die Bilder dies rüberbringen. Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden die Rezession, die sich jetzt anbahnt, nicht in den Griff bekommen, wenn wir nicht auch die Nachfrageseite unserer Volkswirtschaft im Auge behalten. Denn was sich jetzt abzeichnet,

sind die Einbrüche im Exportbereich. Wer jetzt nicht gegensteuert, der handelt sträflich und fahrlässig. Deshalb brauchen wir eine Stabilisierung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Das ist die prioritäre Forderung meiner Fraktion.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Unsere Vorschläge werden so schnell akzeptiert, dass wir damit gar nicht mehr nachkommen. Wenn jetzt selbst die Forschungsinstitute, die in den letzten Jahren überwiegend eher angebotspolitische Empfehlungen gegeben haben, sagen: „Wir brauchen eine Stabilisierung der Nachfrage“, dann ist das zu begrüßen. Aber über Steuererleichterungen ist das nicht zu machen. Lösen Sie sich endlich von diesem Irrtum, weil Sie damit große Teile der Bevölkerung – einen großen Teil der Rentnerinnen und Rentner, die Hartz-IV-Empfänger und 30 Prozent der Lohnempfänger – überhaupt nicht erfassen! Wir brauchen eine Verbesserung bei den Renten, wir brauchen eine Verbesserung bei Hartz IV, und wir brauchen eine Verbesserung bei den Löhnen. Das sind die drei Forderungen unserer Fraktion zur Stabilisierung der Binnennachfrage.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir brauchen natürlich auch etwas, das dem Volk das Gefühl gibt, dass wir uns wieder um Gerechtigkeit bemühen. Ich bin nicht so naiv, zu glauben, es würde sich in den nächsten Wochen nachhaltig an dem etwas verändern, was sich an falschen Denk- und Entscheidungsstrukturen über 20 Jahre aufgebaut hat. Diese Hoffnung habe ich nicht. Aber man kann zumindest teilweise etwas tun. Deshalb ist die Frage berechtigt, die in der Presse gestellt wird: Welchen Beitrag leisten eigentlich die Banker, die dieses Geld in den letzten Jahren verzockt haben und die sich mit Millionengehältern bedient haben? Wir brauchen eine Millionärs- und Milliardensteuer in Deutschland. Das ist die Forderung meiner Fraktion; ich will das in aller Klarheit einmal sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ansonsten wird das Volk an unserem Gefühl für Gerechtigkeit zweifeln.

Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie; ich will einmal mit Amerika beginnen. Der Historiker Fritz Stern, den viele hier gepriesen haben, hat einmal gesagt: Amerika ist eine fundamentalistische Plutokratie. Was meinte er damit? Er meinte damit, dass in Amerika eben nicht die Mehrheit der Bevölkerung bestimmt, welche Politik gemacht wird, sondern die Minderheit der Wohlhabenden. Ich halte diese Analyse für richtig. Diese Analyse wird im System offenkundig; denn beispielsweise müssen Spenden in Millionenhöhe eingesammelt werden, um jemandem zu ermöglichen, als Präsident zu kandidieren. Aber diese Millionen werden nicht ohne eine entsprechende Erwartungshaltung gegeben; ich will das in aller Klarheit sagen. Die Wall Street, die die Präsidentschaftskandidaten immer wieder finanziert hatte, erwartete von ihnen, dass sie das Kasino nicht beendeten. Wir werden daher erst dann eine demokratische Ordnung

haben, wenn der Kauf der Politik ausgeschlossen wird. Das ist der Kern des Anliegens, das wir heute hinsichtlich der Krise auf den internationalen Finanzmärkten vorbringen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Demjenigen, der meint, das sei nur ein Problem der Vereinigten Staaten, möchte ich vorschlagen, einmal die Veröffentlichung des Herrn Parlamentspräsidenten sorgfältig zu studieren und die Zahlen zu saldieren. Daraus ergibt sich schon die eine oder andere Frage. Es muss jetzt aufhören, dass Lobbyisten der Finanzindustrie in der Regierung sitzen und dort Verordnungen machen. Das ist doch eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann darf man sich nicht wundern, wenn solche Geschichten passieren, wie sie jetzt passiert sind. Wir brauchen tatsächlich eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung, wie sie von allen Parteien bei der Gründung der Westrepublik gefordert wurde. Eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung stand am Anfang der Gründung der Bundesrepublik, in der eben nicht eine Minderheit derjenigen, die Vermögen und Geld besitzen, demokratische Entscheidungen beeinflussen sollten. Demokratie heißt nun einmal eine Gesellschaftsordnung, in der die Entscheidungen so getroffen werden, dass sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Das ist das Verständnis von Demokratie. Eine Hartz-IV-Demokratie, eine Rentenkürzungs-Demokratie und eine Demokratie mit fallender Lohnquote gibt es nicht; sie ist ein Widerspruch in sich.

Deshalb möchte ich für meine Fraktion sagen: Demokratie gibt es erst dann wieder, wenn die Interessen der Mehrheit tatsächlich zur Geltung kommen und wenn das Volk nicht erleben muss, dass auf der einen Seite Hunderte von Milliarden für die „Bankster“ ausgegeben werden, auf der anderen Seite kein Geld für Hartz-IV-Empfänger, für Rentner und für Lohnempfänger da ist. Das ist nicht Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Das ist polemisch!)

- Sie meinen, das sei Polemik? Ich will Ihnen mal etwas über Polemik sagen: Als wir hier eine Begrenzung der Managergehälter gefordert haben, wurden wir von der Regierungsbank und von der großen Mehrheit des Hauses als Populisten beschimpft.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch Finanzminister! Sie sind doch abgehauen! So einer muss uns hier nicht zutexten!)

Ich habe 600 000 Euro als Grenze vorgeschlagen. Jetzt hat der Finanzminister 500 000 Euro als Begrenzung vorgeschlagen. Willkommen im Klub der Populisten, Herr Bundesfinanzminister!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind an dieser Stelle nicht gerade glaubwürdig. Wissen Sie, warum Sie diesen Vorschlag machen? Weil das im Moment populär ist.

(Ute Berg [SPD]: Was machen Sie denn?)



Dagegen haben wir noch nicht einmal etwas. Aber wir haben etwas dagegen, dass Sie diesen Vorschlag auch deswegen machen, um sich Ihrer eigenen Verantwortung nicht stellen zu müssen. Für die Finanzmarktkrise ist auch die Mehrheit dieses Hauses mit verantwortlich, um das in aller Klarheit zu sagen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Peter Ramsauer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest: Es ist gut, dass der demagogische Teil dieser Debatte jetzt vorbei ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kollege Lafontaine, ich halte es angesichts der epochalen Herausforderung, in der unser Land steht, für absolut unpatriotisch, eine solche Rede zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

- Dieses Gelächter zeigt, dass Sie mit Ihrem Vaterland, mit Patriotismus und Verantwortung gegenüber dem eigenen Land nichts, aber auch gar nichts am Hut haben.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Auf die Erbschaftsteuer zu verzichten, ist patriotisch, oder was?)

Herr Lafontaine, Sie werfen uns, der Regierung und der Koalition, sträfliches und fahrlässiges Handeln vor.

(Beifall des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Ich halte Ihnen entgegen: Sträflich und fahrlässig würde in der gegenwärtigen Situation handeln, wer nicht handelt. Deswegen war es richtig, so beherzt anzupacken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Lafontaine, Sie versündigen sich, wenn Sie eine Krise unserer Demokratie und unserer Wirtschafts- und Sozialordnung herbeireden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Allein die Tatsache, dass in diesem demokratischen System bei dieser Wirtschafts- und Sozialordnung so zielgerichtet, intensiv und energisch angepackt und umgesetzt werden kann, zeigt, dass unsere Wirtschafts- und Sozialordnung, unser demokratisches System und unser Parlamentarismus handlungsfähig sind und in einer schwierigen Situation verantwortlich handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir alle können nur unseren Respekt ausdrücken: der Regierung, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Wirtschaftsminister Michael Glos,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und all denen, die daran beteiligt waren, dass diese gewaltige Herausforderung so angepackt worden ist, wie sie angepackt worden ist. Ich bin überzeugt, dass wir den Flächenbrand nicht sich haben ausbreiten lassen und dass wir das Vertrauen der Banken untereinander und vor allen Dingen zwischen den Banken einerseits sowie den Sparern und Kreditnehmern andererseits, die in dieser Situation häufig

vergessen werden, wieder herstellen.

Die Beschlüsse der G 7 vom Wochenende weisen den richtigen Weg aus der Krise. Die Schritte, die wir jetzt gehen, sind international abgestimmt. Aber sie sind - auch das ist sehr wichtig - in nationaler Verantwortung. Ich glaube, dass die westlichen Industrienationen damit zusammen, aber dennoch jeweils in nationaler Verantwortung das Erforderliche tun.

Meine Fraktion begrüßt das im Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes enthaltene Maßnahmenpaket.

Es gibt schlicht und einfach keine verantwortbare und gangbare Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber ich unterstreiche natürlich genauso deutlich, dass wir, das Parlament, unsere Rechte und Pflichten wahren müssen. Ich möchte unsere Rolle als Parlamentarier ausdrücklich herausstreichen.

Ein funktionsfähiges Finanzsystem ist die unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende und leistungsfähige Marktwirtschaft. Ohne eine reibungslose Versorgung mit Liquidität kann ein solches Wirtschaftssystem nicht funktionieren. Es droht ansonsten, was unser Wirtschaftsminister Michael Glos immer wieder herausstellt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der Zusammenbruch der realen Wirtschaft. Dies ist übrigens ein Begriff, der durchaus türkisch ist. Wenn es eine reale Wirtschaft gibt, müsste es auch eine irrealer Wirtschaft geben. Diesen Begriff möchte man, trotz aller Versuchung, aber lieber nicht anwenden.

Wir begrüßen all diese Schritte. Im Einzelnen geht es darum - um es auf einen Punkt zu bringen -, die Geldversorgung der Wirtschaft sicherzustellen, eine drohende Kreditklemme zwischen den Banken auf dem Markt zu verhindern und die Sicherheit der Einlagen, der Ersparnisse des kleinen Sparerers oder Anteilseigners sicherzustellen. Aus Sicht meiner Partei, die sich - ich betone das - in ganz besonderer Weise dem Schutz des Eigentums verpflichtet fühlt, ist es ordnungspolitisch geboten, einen großen Schirm, einen nationalen Schutzschirm aufzuspannen. Allein auf die Selbstheilungskräfte der Finanzmärkte zu setzen, könnte in der Tat fatale Folgen für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn das Vertrauen erst einmal erschüttert ist, wenn Angst und Unsicherheit um sich greifen, wenn die Menschen Angst davor haben, dass ihr Notgroschen, ihr Ersparnis, ihre Wertpapiere, ihre Einlagen, ihre Lebensversicherungen kaputtgehen, dann nimmt unser Land allergrößten Schaden. Dann nimmt auch das politische System Schaden. Deshalb konnte und kann die Politik nicht tatenlos zusehen.

Ich glaube, dass wir in Deutschland ein weltweit vorbildliches, vielleicht kann man sogar sagen: einmaliges Einlagensicherungssystem haben. Die Privatbanken verfügen über einen eigenen Einlagensicherungsfonds. Die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen haben ihrerseits ebenfalls interne Sicherheitsverbände. Dennoch

wird sich die Politik Gedanken darüber machen müssen, wie diese Sicherheitseinrichtungen so fortentwickelt werden können, dass die Banken gegen künftige Krisen besser gewappnet sind.

Frau Bundeskanzlerin, Ihre Patronatserklärung war ein erster richtiger und unverzichtbarer Schritt, der sofort hervorragende Wirkung entfaltet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wirkung war, dass Deutschlands Bankkunden die Schalter der Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht gestürmt haben. Das ist Gott sei Dank ausgeblieben. Was stattgefunden hat, war eine Umschichtung zwischen verschiedenen Anlage- und Einlageformen. Es wurde – das ist ganz klar – in risikoärmere Anlagen umgeschichtet. Ich glaube, dass diese besonnene Reaktion unserer Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger, nennen wir sie einmal die Wirtschaftsbürger Deutschlands, die wirtschaftlichen Zusammenhänge entgegen anderen Befürchtungen durchaus gut kennen. Weil das so ist, haben wir alle Chancen, das, was wir in dieser Woche beschließen, hinreichend zu erklären. Das müssen wir auch tun.

Bei dem vorliegenden Maßnahmenpaket – vielleicht ist das eine Antwort auf das, was in der Vorrede polemisch vorgetragen worden ist – geht es weder um eine Sozialisierung irgendwelcher Verluste noch um die Verstaatlichung eines Wirtschaftssektors, was von der einen Seite ordnungspolitisch beklagt und von der anderen Seite aus ideologischen Motiven begrüßt wird. Es ist keine Verstaatlichung, die Sie von der Linken sich vielleicht wünschen würden oder vorstellen könnten. Es muss immer wieder unterstrichen werden, dass das, was wir tun, zeitlich klar befristet ist. Im Gesetz steht klipp und klar, dass die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, bis zum 31. Dezember des Jahres 2009 befristet sind. Abhängig davon, wie weit wir eingreifen, wie weit wir uns engagieren, eilen uns die Sicherungswirkungen der Maßnahmen, die wir zu unseren Gunsten ergreifen, natürlich nach.

Allerdings müssen wir dabei – da brauchen wir ein entsprechendes Berichts- und Monitoringsystem – immer wieder im Auge haben – Kollege Westerwelle, Sie haben es eine Ausstiegsstrategie genannt; über den Begriff haben wir in ganz anderem Zusammenhang in der vergangenen Woche diskutiert –, wie sich der Staat, wenn seine Aufgabe hier getan ist, zurückzieht. Es geht einzig und allein darum, die Stabilität des Systems zu sichern. Bürgschaften für den Interbankenmarkt, die die Forderungen zwischen den Banken absichern, sind erforderlich, um das Vertrauen der Banken untereinander wieder herzustellen und den Geldmarkt wieder flüssig zu machen. Wir brauchen die ins Auge gefassten staatlichen Kapitalbeteiligungen mit strengen Auflagen und Vorgaben. Man muss ganz laut und deutlich betonen: keine Leistung des Sondervermögens, des Fonds, ohne klare Gegenleistung und ohne hinreichende Besicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich weiß auch, dass viele der Eingriffe, die in Art. 1 § 10 stehen, nach Meinung vieler schon sehr weit gehen. Aber es schützt unsere Interessen. Es ist wichtig, dies

den Menschen draußen zu erklären, damit nicht der Vorwurf kommt: Man muss nur hinreichend groß sein, dann darf man sich alles erlauben und der Staat hilft dann schon,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und den Kleinen gewährt man solche Hilfen nicht. Nein, wir helfen im Interesse des Großen und Ganzen, auch im Interesse des Gemeinwohls in unserem Land. Aber im Interesse des Steuerzahlers, des Staates und der öffentlichen Hände sichern wir uns hinreichend, in kaufmännisch und politisch verantwortbarer und richtiger Weise ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Flexiblere Bilanzierungsvorschriften sollen verhindern, dass allein Bilanzbewertungen hohe Wertberichtigungen erforderlich machen, die eine Abwärtsspirale beschleunigen. Wir wollen also nicht irgendwelchen gierigen Banken und Bankern aus ihrem Schlamassel helfen, sondern wir wollen im Interesse des Großen und Ganzen, des Gemeinwohls in unserem Lande die Probleme zugunsten aller meistern, zugunsten des kleinen Sparerers genauso wie zugunsten des unternehmerischen Investors.

Das Mittelvolumen, ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von 400 Milliarden Euro und die Kreditermächtigung eines Sondervermögens bis zu 100 Milliarden Euro, klingt natürlich ganz gewaltig. Noch einmal: Inwieweit sich daraus tatsächliche Belastungen ergeben, kann heute niemand sagen. Aber wir sind durch unser Instrumentarium hinreichend gewappnet. Theoretisch ist es möglich, dass das Ganze am Ende als Nullsummenspiel ausgeht. Der grundsätzliche Kurs der Haushaltskonsolidierung - auch das möchte ich in diesem Zusammenhang sagen - darf natürlich niemals aufgegeben werden. Darum ist es richtig, dass wir dieses Sondervermögen unabhängig vom Bundeshaushalt gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, und zwar die Einwendung von einigen Bundesländern zu der vorgesehenen Regelung, dass sich die Länder unter dem Strich mit 35 Prozent beteiligen. Hier muss klargestellt werden: Nicht bei der Aufbringung der Lasten sind die Länder beteiligt, sondern am Ende, also im Jahr 2010 oder 2011, wenn abgerechnet wird und mögliche endgültige Belastungen aufgeteilt werden.

Ich begrüße es sehr, dass die Länder klargestellt haben, dass sie grundsätzlich Ja zu diesem Paket sagen. Es darf nicht so aussehen, als würden sich die Länder hier einfach pauschal verweigern. Sie sagen ein klares Ja.

(Otto Fricke [FDP]: Ein klares „Ja, aber“!)

Aber wir müssen natürlich ernst nehmen - ich halte das für eine beachtliche Einwendung vonseiten der Länder -, dass diejenigen, die ihre große Aufgabe schon im Bereich von Landesbanken angepackt und eine hohe Last auf sich genommen haben, hier anders zu behandeln sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Otto Fricke [FDP]: Da sind die doch Eigentümer!)

Was ändert sich? Wir müssen bei alledem auch dem

Publikum draußen deutlich machen, was sich konkret ändert; allein darüber könnte man lange rasonieren. Ein paar Bemerkungen dazu. Die staatliche Aufsicht über die Finanzdienstleister, die Bankenaufsicht, muss natürlich verbessert werden. Ich sage ganz offen: Wir müssen uns auch anschauen, ob bei der BaFin alles so bleiben kann, wie es derzeit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Was soll sich eigentlich ein kleiner Gewerbetreibender, ein kleiner Unternehmer denken, der mit Fremdkapital investiert und Arbeitsplätze geschaffen hat und gegenüber seiner Hausbank oder gegenüber Förderbanken jedes Jahr mehrmals einen Vermögensnachweis erbringen, sozusagen die letzte Hose herunterlassen und sich kontrollieren lassen muss, wenn er beobachtet, dass gleichzeitig in ganz großem Stil offensichtlich nicht so genau hingeschaut wird?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch das müssen wir den Leuten erklären.

Ein weiterer Punkt ist die internationale Zusammenarbeit bei der Aufsicht und bei internationalen Geldströmen insgesamt. Dabei geht es auch um die Rolle der Ratingagenturen, die heute schon angesprochen worden ist. Meine Damen und Herren, es geht nicht, dass man als ein und dieselbe juristische Person gleichzeitig Bonitätsprüfer und Anlageberater bzw. Produktentwickler ist. Das haut auf Dauer nicht hin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aufgrund dieser Doppelrolle haben sich die Ratingagenturen, was ihre Glaubwürdigkeit angeht, einen gewaltigen Bärendienst erwiesen.

Produktinnovationen kennzeichnen alle Wirtschaftssektoren, natürlich auch Banken. Deshalb mag die Verbriefung von Krediten zur besseren Streuung von Risiken geeignet sein. Aber sind die Ausgabe von und das Handeln mit solchen Papieren nicht auch an eine hinreichend große Selbstverantwortung aller Marktteilnehmer geknüpft? Ich denke, ja. Offensichtlich glaubten nicht wenige Banker, sie hätten Edelmetalle erworben, was sich aber als Schrott herausgestellt hat. Wer verbriefte Papiere erwirbt, der muss darauf achten, dass das, was draufsteht, auch drin ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das sieht Herr Seehofer aber ganz anders! Der will doch eine Beweislastumkehr! Aber ihr in der CSU habt ja im Moment sowieso nur Streit!)

Den leichtfertigen Systemkritikern möchte ich sagen: Die seit nunmehr einem Jahr anhaltende Finanzmarktkrise kann nicht dem Konzept einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angelastet werden.

Noch einmal: Es handelt sich nicht um ein Versagen der sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Man muss sich nur einmal anschauen, woher die Finanzmarktkrise kommt: aus einem Land, in dem keine Mechanismen und Grundideen der sozialen Marktwirtschaft

vorhanden sind und waren. Diese Krise ist eine Folge der Verletzung der Spielregeln (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) und der ethischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft. Statt seriöse Bankgeschäfte zu tätigen, wurde der Blick einseitig auf die Entwicklung der Aktienkurse gerichtet. Es wurde spekuliert und auf kurzfristige Gewinnmaximierung gesetzt, zum Teil bewusst vorgespiegelt. Es stellt sich die Frage: Wo ist der Shareholder-Value geblieben? Viele, die dieser Schimäre hinterhergerannt sind und sich haben locken lassen, (Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!) blicken jetzt entsetzt auf das, was von den Verantwortlichen – manche von ihnen kann man als Rattenfänger bezeichnen – als Scherbengericht hinterlassen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Solche exzessiven Entwicklungen haben das Vertrauen der Menschen unterminiert. Eine Bemerkung zum Schluss, auch an diejenigen, die sich jetzt hilfesuchend an uns gewandt haben: Es geht nicht, dass die Politik diese schwierige Arbeit, diese Schmutzarbeit macht, dass aber der gesamte führende Bankensektor, also diejenigen, für die wir das vor allem tun, auf publizistischer und kommunikativer Tauchstation ist. Das geht nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Ich ersuche den Bankensektor, sich an dieser schwierigen Kommunikationsaufgabe zu beteiligen. (Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!) Diejenigen, die diese Situation mit verursacht haben, sollten nicht so tun, als sei es die selbstverständliche Aufgabe der Politik, die Dinge wieder zu richten.

(Beifall bei der CDU/CSU)  
Da ich gerade beim Thema Banken bin: Ich warne davor, jetzt irgendwelche Mitnahmeeffekte zu realisieren; der eine oder andere in der Hochfinanz könnte nämlich auf die Idee kommen, seinen eigenen Status so zu gestalten, dass er Ansprüche am Sondervermögen hat. Solche Mitnahmeeffekte dürfen und werden wir nicht zulassen. Es wird – das ist das Gute – keinen Rechtsanspruch im Einzelnen geben, sondern wir werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung sehr genau prüfen, ob ein solcher Einsatz des Fonds erforderlich ist.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Herr Ramsauer, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):  
Ich sehe das. – Zum Schluss will ich noch etwas Positives sagen: Durch solche Krisen wie die jetzige werden auch die Stärken unseres Bankensystems in Deutschland aufgezeigt; manches, für das wir auch in den letzten Jahren international immer mehr belächelt worden sind, nämlich die Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Darum werden wir jetzt regelrecht beneidet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)  
Diese Sektoren erweisen sich als eine großartige Stärke und ein großartiges Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Finanzwesens in Deutschland. Um es auf den Punkt zu bringen: Das lassen wir uns deshalb von der Europäischen Kommission auch nicht streitig machen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der nächste Redner ist der Kollege Fritz Kuhn für Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ramsauer, den größten Gefallen, den ich Ihnen jetzt tun kann, ist, dass ich mich nicht ausführlich mit Ihrem Herrn Glos beschäftige;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie brauchen mir keinen Gefallen zu tun! So weit wird es noch kommen!)

denn ein Wirtschaftsminister, der noch vor einem Jahr hier in diesem Hause gesagt hat, es gebe keinerlei Auswirkungen der Banken- und Immobilienkrise auf die deutsche Wirtschaft, und jetzt, am Beginn einer Rezession, wie eine Schlaftablette auf zwei Beinen durch die politische Landschaft irrt, ist wirklich keiner weiteren Erwähnung wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN -

Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das ist aber sehr polemisch!)

Frau Bundeskanzlerin, ich möchte kurz sagen: Wir haben der Fristverkürzung zugestimmt, weil wir es für richtig halten, dass es in den einzelnen Nationalstaaten Europas, also auch in Deutschland, ein Rettungspaket etwa in der vorgesehenen Größenordnung gibt, weil die systemische Krise in unserem Finanzsektor und natürlich auch im Hinblick auf die Arbeitsplätze andernfalls zu groß würde. Das war der Grund, weshalb wir bei den Fristen zugestimmt haben.

Wir haben also nicht um das Ob zu streiten, aber wir haben sehr wohl um das Wie zu streiten. Im Unterschied zur Linkspartei, die dazu gar nichts gesagt hat, finden wir die Art, wie Sie dieses Rettungspaket aufgelegt haben, verkehrt. Ich will darstellen, an welchen Stellen es dringend nachgebessert werden muss. Damit will ich sagen, dass es immer Alternativen gibt. Der Satz, den Sie in den Gesetzentwurf hineingeschrieben haben und der jetzt immer durch die politische Landschaft geistert, dass es dazu keine Alternativen gibt, ist natürlich falsch. Man kann ein Rettungspaket an entscheidenden Punkten vollständig anders gestalten. Dazu einige Bemerkungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Punkt. Bisher ist vielen nicht aufgefallen, dass die private Seite nicht wirklich in Anspruch genommen wird. Der Finanzminister hat vorhin das Beispiel Schweden genannt. 1992 hätten die Schweden mit einem ähnlichen Paket ihre damalige Bankenkrise bewältigt. Ich kann nur sagen: In einem entscheidenden Detail stimmt das nicht. Die Schweden verfolgten damals das Prinzip: bleed the shareholders first. Das heißt, die Shareholder, die Aktieninhaber, mussten mit dem Wert ihrer alten Aktien einen Teilbeitrag zur Bewältigung der Liquiditäts- und sonstigen Probleme der Banken leisten, bevor der

Staat geholfen hat.

Das ist ein wichtiger Punkt. Warum erwähne ich das? - Viele der leitenden Angestellten, der Bankmanager, haben heute wesentliche Teile ihres Privatvermögens per Aktien in dem eigenen Institut angelegt. So sah ja die Honorarbasis aus. Deswegen will ich die Frage stellen: Warum nehmt ihr diejenigen, die den Schaden mit angerichtet haben, nicht zuerst in die Verantwortung, ehe der Staat einspringt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Herbstgutachter haben Ihr Paket gestern übrigens nicht nur gelobt, sondern sie haben auch gesagt, dass die Gläubiger bei Banken zuerst in Anspruch genommen werden sollten. Davon steht in Ihrem Gesetzentwurf nichts.

Damit komme ich zum wichtigsten Punkt, der für uns wirklich entscheidend ist. Sie haben durch die Art und Weise, wie Sie das Gesetz gestrickt haben - übrigens im Unterschied zu dem, was im angelsächsischen Raum gemacht wird -, Ihre Angst vor einer effektiven Teilverstaatlichung und vor tatsächlicher staatlicher Kontrolle verwirklicht. Ich glaube nicht, dass der Staat bei den vielen Kann-Regelungen und Verordnungen, die erlassen werden können oder auch nicht, tatsächlich effektiven Einfluss auf die Banken ausübt, denen er jetzt mit Milliardenbeträgen hilft. Das ist ein Strukturfehler Ihres Gesetzentwurfs, den wir Ihnen nicht durchgehen lassen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen, weil manche das Kleingedruckte offensichtlich nicht gelesen haben. Sie sagen an mehreren Stellen: Für dieses Gesetz gilt die Bundeshaushaltsordnung an entscheidenden Punkten nicht. So soll zum Beispiel § 65 der Bundeshaushaltsordnung nicht gelten. Dort heißt es - das muss man sich noch einmal anschauen -, dass Beteiligungen des Bundes an privatrechtlichen Unternehmen - darum geht es ja bei der Rekapitalisierung - nur dann möglich sind, wenn - so § 65 Abs. 1 Nr. 3 - der Bund einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält.

Diese Regelung der Bundeshaushaltsordnung wird, wenn Sie am Freitag dem Gesetz zustimmen, außer Kraft gesetzt. Es kann doch nicht wahr sein, dass man den Banken Geld gibt, aber den staatlichen Einfluss per Gesetz außer Kraft setzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt so nicht!)

Deshalb werden wir heute im Haushaltsausschuss konkrete Anträge stellen, die den staatlichen Einfluss und den parlamentarischen Einfluss - darauf komme ich nachher noch zu sprechen - effektivieren.

Damit wir uns, Frau Bundeskanzlerin, richtig verstehen: Wir geben Milliardenbeträge in Finanzinstitute, die heute noch unter den Regeln des alten Finanzmarkts arbeiten. Was wir alle hier diskutieren - Ratingagenturen verbessern, Eigenkapitalausstattung verbessern und so



weiter - und worüber es viel Einigkeit gibt, ist nicht geltendes Recht, sondern es wird international gerade diskutiert. Wer weiß denn, wann das kommt? Also schieben wir Geld in Bankinstitute, die nach altem Recht, nach den alten Spekulationsmöglichkeiten agieren. Deswegen sagen wir: Es muss mehr staatliche Aufsicht, es müssen mehr Einflussmöglichkeiten des Staates her, als Sie es insgesamt bisher vorgesehen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen Punkt nennen, der auch scheinbar das Kleingedruckte betrifft. Aber es lohnt sich einfach, international hinzuschauen und zu gucken, was in anderen Ländern los ist. Wenn in den USA Rekapitalisierung betrieben wird, der Staat also mit Anteilen bei einer Bank einsteigt, dann wird dort im Rahmen des Fonds, der gegründet wurde, definiert, zu welchen Bedingungen der Staat dort einsteigt. Dort ist zum Beispiel definiert: 5 Prozent Verzinsung, Wandelanleihen mit verschiedenen Regularitäten. In den USA definiert der Staat, wie er einsteigt.

Wie sieht es der Gesetzentwurf vor, den Sie heute vorgelegt haben, Herr Finanzminister und Frau Merkel? Bei uns wird explizit festgelegt, dass die Altaktionäre bestimmen, zu welchen Bedingungen und zu welchem Kurs der Staat sich beteiligt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf machen wir den Bock zum Gärtner, indem die Betreffenden noch sagen können, wie ihnen geholfen werden soll. Ganz anders ist es in den angelsächsischen Ländern, in denen der Staat hergeht und sagt: Wenn wir schon helfen, dann müssen wir auch sagen, zu welchen Bedingungen geholfen wird. An der Stelle ist Ihr Gesetzentwurf - ich sage das so drastisch - wirklich Murks, weil er auf staatliche Einflussnahme im Konkreten verzichtet. Ich kann nicht nachvollziehen, wie die Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition dies bisher wahrgenommen haben; denn ich habe von Ihnen in der Öffentlichkeit keine Stimmen gehört, dass wir dies ablehnen sollten. Letzter Punkt, den ich ansprechen möchte. Der Gesetzentwurf ist ein Blankoscheck für die Regierung, mit dem das Parlament sein Haushaltsrecht - immerhin das Königsrecht des Parlaments - aus der Hand gibt. Wenn das kommt, was Sie an dieser Stelle wollen, dann wird am Freitag beschlossen, dass nach dem Schlüssel, der im Gesetz festgelegt ist, über 100 Milliarden Euro verfügt werden kann. Aber es gibt im Laufe der Etappe keinerlei parlamentarische Kontrolle, auch nicht im Haushaltsausschuss, ob die Mittel richtig verwendet werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warten Sie

erst einmal ab, Herr Kuhn! Locker bleiben! -

Joachim Poß [SPD]: Das ist nicht richtig!)

Der Haushaltsausschuss kann einmal im halben Jahr informiert werden. Aber es gibt keinerlei parlamentarische Kontrolle.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt gar nicht!)

Ich sage für meine Fraktion: So leicht geben wir das Königsrecht des Parlaments nicht aus der Hand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Wir auch nicht!)

Deswegen beantragen wir, Herr Kampeter, dass bei einer Rekapitalisierung in Höhe von mehr als 50 Millionen Euro nicht einfach durch Verordnung des Ministers agiert wird, sondern dass der Haushaltsausschuss informiert werden muss und entscheiden muss, ob dies richtig ist oder nicht. Was seid ihr für Parlamentarier, wenn ihr dies alles aus der Hand gebt? Das wird es mit uns nicht geben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Carsten Schneider hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wahrscheinlich wird irgendwann in der historischen Betrachtung das Gesetz, über dessen Entwurf wir heute in erster Lesung beraten, als Zeitenwende dahingehend angesehen werden, dass ein ungezügelter Kapitalismus, der nur sich selbst vertraut, zu Ende gegangen ist und der Staat zurück ist. Das bedeutet nicht, staatsgläubig zu sein. Der Staat nimmt vielmehr als Akteur seine Aufgaben stärker wahr. Herr Westerwelle, ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass auch Sie das so dargelegt haben, zumindest was die Regeln betrifft. Ich weise für meine Fraktion allerdings den Begriff der Not-Verordnung, den Sie verwendet haben, entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein in historischer Hinsicht verbrannter Begriff in Deutschland, der auch nicht zutrifft.

Herr Kuhn, Sie haben schon verschiedene Änderungsvorschläge gemacht und uns kritisiert, weil Sie noch nichts gehört hätten. Warten Sie es ab! Wir beraten heute in erster Lesung zusammen mit dem Finanzausschuss ausführlich über den Gesetzentwurf. Sie können uns glauben, dass auch uns als Parlamentarier die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle enorm wichtig sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Warum

legt die Regierung dann so etwas vor?)

Die Bundesregierung hat Möglichkeiten zur Unterrichtung nicht nur des Haushaltsausschusses, sondern auch des Bundesfinanzierungsgremiums unverzüglich zugesagt; das ist Teil des Gesetzes. Wir werden darüber nachdenken, ob dies ausreicht oder ob das noch verschärft werden muss.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verschärfen! Nur Mut!)

Ich vertraue im Kern nicht nur dem Krisenmanagement des Bundesfinanzministers in den vergangenen Tagen und Wochen - ich danke ihm und insbesondere seinen Mitarbeitern; das war gut für unser Land -, sondern auch dem Fachwissen des Finanzministeriums über Abwicklung und Befugnisse, bei welcher Bank auch immer man sich beteiligen wird. Darin will ich mich als Parlamentarier auch gar nicht einmischen. Wir müssen kontrollieren

und Maßgaben machen. Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir möglichst vor der zweiten und dritten Lesung über die sieben Rechtsverordnungen, die das Gesetz konkretisieren werden, in groben Zügen Kenntnis erlangen sollten, damit wir wissen, worüber wir entscheiden. Die Parlamentsbeteiligung habe ich bereits angesprochen. Wir unterstützen grundsätzlich das Ziel des Gesetzes, die Banken teilweise zu verstaatlichen. Wir werden uns die Instrumente genau anschauen müssen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Rekapitalisierung, keine Verstaatlichung!)

- Herr Kampeter, Sie können die Verstaatlichung ruhig Rekapitalisierung nennen. Im Kern bedeutet das aber nichts anderes, als dass der Staat zurück ist. Wenn es in dieser Zeit einen Anker gibt, dann ist es der Staat, den wir vertreten und schützen müssen.

Ich habe mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen müssen, dass Frau Bundeskanzlerin ein Expertengremium einberufen will, dessen Vorsitzender der ehemalige Bundesbankpräsident Tietmeyer sein soll. Er war bzw. ist sogar noch Mitglied des Aufsichtsrates der Hypo Real Estate, also der Bank, die wir vor rund zwei Wochen gerettet haben. Der Vorstand und der Aufsichtsratsvorsitzende mussten zurücktreten. Was weiß der Aufsichtsratsvorsitzende mehr als ein normales Aufsichtsratsmitglied? Daher sage ich Ihnen klar: Meine Fraktion trägt diese Personalie nicht mit. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Ein Punkt wurde noch nicht angesprochen. Wir alle hoffen, dass der Fonds nicht so stark in Anspruch genommen wird, dass er am Ende einen negativen Saldo aufweist, sondern dass er sich - genauso wie es in Schweden der Fall war - fast refinanziert. Sollte es aber dazu kommen, dass der Fonds am Ende mit einem Minus abschließt, dann stellt sich die Frage, wer zahlt. Bis jetzt ist vorgesehen, dass die Allgemeinheit zahlt. Es ist noch umstritten, ob und welche Anteile Bund und Länder zahlen. Ich finde, auch die Länder stehen in der Verantwortung. Es kann nicht immer nur der Bund eingreifen. Die Länder dürfen sich in dieser schwierigen Situation nicht vom Acker machen. Ein solches Verhalten würde den Föderalismus in seinen Grundfesten erschüttern.

(Beifall bei der SPD)

Es kann auch nicht sein, dass wir ein Spezialpaket für eine Branche schnüren - es ist sehr wichtig, diese am Leben zu erhalten; denn sie stellt den Blutkreislauf unserer Wirtschaft dar -, diese Branche aber kein Sonderopfer bringt. Auch die Banken werden wieder gutes Geld verdienen. Sogar in Krisen wird Geld verdient. Wenn sich die Lage in den nächsten Jahren wieder konsolidiert hat und die Banken wieder mehr Geld verdienen, dann muss diese Branche langfristig überproportional zur Refinanzierung dieses Fonds beitragen. Die Refinanzierung kann nicht aus den Steuergeldern der Kindergärtnerinnen oder Polizisten erfolgen, sondern dazu muss diese Branche beitragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir als SPD-Fraktion werden mit diesem Ziel in die Verhandlungen gehen, und ich hoffe, dass uns die Unionsfraktion hierbei unterstützt.

Wir haben bewegte Zeiten hinter uns, wir haben aber auch noch aufregende Tage und Wochen vor uns. Wir werden dieses Gesetz heute und morgen sehr sorgfältig beraten. Wir werden sicherstellen, dass die Parlamentsrechte gewahrt werden

(Jürgen Koppelin [FDP]: Da schauen wir mal!)  
und dass auch die Einflussmöglichkeiten gewährleistet sind. Wenn wir uns bei einer Bank beteiligen, müssen wir - das ist im Gesetzentwurf vorgesehen - Einfluss auf das Management und die Geschäftspolitik nehmen können. Ich bin in dieser Beziehung guter Dinge. Wir sind allerdings auch für Vorschläge der Opposition offen. Von den Grünen habe ich heute einige hilfreiche Vorschläge gehört. Ich denke, wir werden uns einig werden.  
Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Otto Fricke spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns doch am Anfang über jemanden reden, über den heute noch nicht geredet worden ist, nämlich über den Bürger.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Haben Sie nicht zugehört? - Weiterer Zuruf von der SPD: Darüber haben wir schon viel gesagt!)

Wir alle haben in den letzten Tagen und Wochen sehr viele Gespräche mit unseren Wählern geführt. Es ist doch bemerkenswert, wie viel Angst die Bürger haben. Den Bürgern gebührt - das sollte man einmal deutlich sagen - Lob dafür, dass sie sich trotz dieser Finanzkrise bisher so vernünftig verhalten haben. Auch das sollten wir hier einmal festhalten, und wir sollten darum bitten, dass sie sich weiterhin so verhalten.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Es geht um die Verantwortung, die wir als Politik haben und die wir wahrnehmen wollen, es geht aber auch darum, Vertrauen zu schaffen. In der letzten Zeit ist einiges Vertrauen durch Kommunikationsfehler kaputtgemacht worden. Lassen Sie uns bitte an der Wiederherstellung des Vertrauens arbeiten, gerade vonseiten der Regierung, aber auch vonseiten der Koalitionsfraktionen. Soeben haben wir die Aussage über Herrn Tietmeyer gehört. Wir dürfen nicht schon wieder neue Kommunikationsprobleme erzeugen, sodass sich der Bürger fragt, was wir eigentlich wollen. Das muss bis Freitag ein Ende haben. Dann muss ein Ergebnis vorliegen, das wirklich ein Rettungspaket ist. Alles andere wäre für diesen Staat nicht richtig;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

denn sonst würde ein wichtiger Pfeiler unseres Gemeinwesens, nämlich die soziale Marktwirtschaft, die der

wichtigste Pfeiler in unserem Wirtschaftssystem ist, zerstört. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen; denn sonst würde unsere Demokratie wirklich gefährdet werden.

(Beifall bei der FDP)

Aber was Sie, Herr Lafontaine, hier mit Empörung gesagt haben, ist der Versuch, Klassenkampf zu propagieren. Sie sagten, dass dann, wenn bei der Rente und bei Hartz IV nicht so entschieden wird, wie Sie es wollen, hier keine Demokratie sei. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So etwas kann man nicht machen. Demokratie heißt, dass die Mehrheit entscheidet. Wenn dem so ist, dann muss man die Entscheidung hinnehmen. Man kann nicht dann, wenn einem die Entscheidung nicht passt, sagen, das sei keine Demokratie. So können Sie hier in diesem Parlament nicht reden.

(Zuruf des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Sie, Herr Lafontaine, sagen, dieses Paket würde für jemanden geschaffen. Dieses Paket wird geschaffen, um den Grundpfeiler, die soziale Marktwirtschaft, zu erhalten. Es wird geschaffen, damit für Rentner, Hartz-IV-Empfänger und die Schwachen in unserer Gesellschaft ausreichend Geld da ist. Nichts anderes ist der Grund, warum wir das tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass es eine internationale Koordination gegeben hat. Das ist nicht schlecht gewesen, Herr Minister. Sie hätten die Maßnahmen aber auch mit dem Bundesrat – die Bank ist jetzt wieder leer – besser koordinieren müssen. Da besteht noch Unklarheit. Auch in dieser Beziehung hätten Sie mehr tun können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich will aber auch den Ländern – wir haben gesehen, welche Vertreter der Länder in einer solch entscheidenden Phase hier sind; es sind nur noch wenige hier – klar sagen: Die Länder erhalten über 50 Prozent der Steuereinnahmen. Wenn für die Länder gilt, dass sie beim Haben dabei sind, dann gilt für die Länder auch, dass sie beim Soll dabei sind. Das müssen die Länder klar sehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Über den Umgang mit dem Parlament ist viel gesagt worden. Ich hoffe, dass die Äußerungen des Kollegen Schneider nach dieser Sitzung im Haushaltsausschuss den entsprechenden Erfolg haben.

Der Umgang mit der Bundesbank, liebe Bundesregierung, scheint mir allerdings doch etwas zweifelhaft zu sein. Sie im Rahmen dieses Verfahrens teilweise sogar unter Rechtsaufsicht zu stellen, ist nach meiner Meinung mit einer unabhängigen Bundesbank nicht möglich.

Die FDP wird sich dagegen wehren, dieses Gesetz dafür zu nutzen, diese Unabhängigkeit hier auch nur zu einem kleinen Teil anzukratzen.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen ist auch die Frage des Insolvenzrechts – die Justizministerin ist ebenfalls nicht mehr anwesend –

nicht ganz klar. Hier mit einem Wisch das Insolvenzrecht auf Dauer nur deshalb zu ändern, um sich irgendwo an etwas anzupassen, wäre unverantwortlich. Wir können gern über eine Befristung diskutieren. Aber jetzt diese Gelegenheit zu nutzen, auch noch beim Insolvenzrecht in eine Richtung zu gehen, die für den Standort unverantwortlich ist, macht die FDP auf keinen Fall mit.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben gesagt - das stimmt -, seit der Insolvenz von Lehman sei alles anders. Aber wie haben Sie sich denn nach der Lehman-Insolvenz, die am Montag, dem 15. September bekannt wurde, am 16. September verhalten? Da haben Sie doch nicht gesagt, es sei ein Fehler gewesen, dass Lehman „pleitegegangen worden“ ist, sondern Sie haben gesagt: Das ist halt so, da seht ihr mal, die Amerikaner. Man muss also auch sehen, dass an dieser Stelle vonseiten der Regierung keine richtige Reaktion stattgefunden hat. Vielmehr hat man sich erst einmal gefreut, dass die Amerikaner den Mist haben, den sie von den Wurzeln her selber herbeigeführt haben. Von Ihnen war es jedenfalls nicht die richtige Reaktion.

(Beifall bei der FDP)

Zur Aufgabe der Konsolidierungsziele, Herr Minister, Frau Bundeskanzlerin: Ich halte es schon für sehr bemerkenswert, dass man ohne Not aufgibt, was der Minister in einem Interview mit Herrn Müller-Vogg gesagt hat:

Unser Etatziel eines ausgeglichenen Haushalts verlieren wir nicht aus den Augen - auch wenn es jetzt länger dauern dürfte.

Sie kommen mir wie ein Wanderer vor, der vor sich einen Berg sieht - die Neuverschuldung abzubauen, ist wie die Besteigung eines steilen Berges - und sagt, er verliere den Berg nicht aus den Augen, gehe aber um ihn herum. Das ist nichts anderes als das, was Sie hier ankündigen. Sie wissen genau, dass dazwischen eine Bundestagswahl stattfinden wird. Deswegen ist das im Moment nur weiße Salbe, die allerdings die Minister hinter Ihnen ermutigt, im Rahmen von Beratungen und von Pressearbeit immer wieder neue schöne Geschenke zu versprechen. Das darf nicht passieren, und ich erwarte, dass dem in den nächsten Wochen Einhalt geboten wird.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich zu der von uns angesprochenen und kritisierten Exit-Strategie: Bei der IKB, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir gelernt, dass der Bund Verluste in Milliardenbeträgen hat, wenn er sich dauerhaft als Banker versucht. Dann sollten wir bitte, liebe Koalition, liebe Bundesregierung, denselben Fehler nicht noch einmal machen und auch nicht solchen Leuten wie Herrn Lafontaine im Verwaltungsrat der KfW die Möglichkeit geben, so etwas noch länger durchsetzen zu wollen.

(Beifall bei der FDP - Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das ist der größte Blödsinn aller Zeiten! Solch ein ahnungsloser Mensch setzt sich hier hin!)

Wir müssen wissen, wann und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen wir aus den Banken herauskommen werden. Dies kann nicht einer Regierung überlassen

werden.

Meine Damen und Herren, der Staat als Banker wäre etwas völlig Falsches für unsere soziale Marktwirtschaft, die die Starken fördert, aber nicht als Selbstzweck, sondern um den Schwachen in unserer Gesellschaft zu helfen. Dies wird unsere Aufgabe sein. Lassen Sie uns dies bis Freitag anpacken. Die FDP wird das Verfahren unterstützen, in der Sache weiter kritisch sein, aber auch hoffen, dass wir für die Bürger das erreichen, was sie in diesem Lande von der Regierung und dem Parlament erwarten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Michael Meister hat jetzt für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen in dieser Woche als Deutscher Bundestag vor der größten Herausforderung seit 1989/90, als wir die Frage zu beraten hatten, wie wir die deutsche Einheit realisieren. Für diese Aufgabe gibt es keine Blaupause. Niemand weiß, wie wir diese Krise bewältigen können, weil es eine Krise in dieser Form bisher nicht gegeben hat. Deshalb bringe ich zu Beginn meine Hochachtung dafür zum Ausdruck, mit welchem Format die Bundesregierung in dieser Krise agiert, und versichere ihr die volle Unterstützung meiner Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sollten ein Stück weit vorsichtig sein, was zu viel Selbstgewissheit angeht. Gleichwohl müssen wir auf der Basis der uns verfügbaren Informationen versuchen, zu verhindern, dass sich die Krise weiter verstärkt. Daher sage ich hier in aller Deutlichkeit: Wir als Deutscher Bundestag stehen in dieser Woche ebenfalls in Verantwortung. Es ist die Woche der Verantwortungsträger. Es ist nicht die Woche der Demagogen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kollege Lafontaine hat vorhin darauf hingewiesen, dass eine Ursache der Krise zu viel Liquidität auf den internationalen Märkten ist. Ja, das ist eine Ursache. Aber die Ursache für diese Liquidität ist, dass in den USA über lange Zeit eine Politik billigen Geldes mit einem zu niedrigen Zinsniveau der Zentralbank gemacht worden ist. Diejenigen, die heute im Sinne einer Krisenbewältigung ein künstlich niedriges Zinsniveau fordern, sorgen folglich dafür, dass wieder zu viel Liquidität auf dem Markt ist, womit das Fundament für die nächste Krise gelegt ist. Ihre Ursachenbetrachtung ist richtig, Herr Lafontaine. Aber Ihre Schlussfolgerung geht völlig in die Irre.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Ausgangspunkt für die Krise war die Entwicklung auf den Immobilienmärkten in den USA. Das war das längste Konjunkturprogramm eines großen Industrielandes, das

es jemals gab. Dieses riesige Konjunkturprogramm hat das ausgelöst, was wir hier diskutieren. Deshalb möchte ich alle dringend warnen, zu glauben, dass wir mit wie auch immer gearteten Konjunkturprogrammen aus der aktuellen Krise herauskommen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Jawohl!)

Was wir brauchen, ist ein Nachdenken über die richtigen Strukturen. An dieser Baustelle sollten wir tätig werden. (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben bisher versucht - ich nenne die Beispiele IKB und Hypo Real Estate -, die Probleme dort, wo sie auftraten - das kann man auch auf die Sachsen-LB beziehen -, zu lösen und zu vermeiden, dass solche Fälle systematisch in den Finanzsektor hineinwirken. Wir stehen heute vor einer Änderung. Wir versuchen nicht mehr, im Nachhinein zu handeln, sondern wir machen jetzt den ersten Schritt zur Prävention. Deshalb ist das, was wir heute diskutieren, ein anderer Ansatz.

Der erste Schritt war die Patronatserklärung für die Privatanleger. Ich will ausdrücklich sagen: Ich halte das für richtig, weil es ein Beitrag dazu ist, Vertrauen zu schaffen und der Bevölkerung die Ängste zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der zweite Schritt ist die Frage: Wie schaffen wir neues Vertrauen unter den Finanzakteuren? Wir haben seit über einem Jahr dafür geworben, dass dieses neue Vertrauen entsteht, und waren der Meinung, dass dies über Offenheit und Transparenz der Akteure selbst zu erreichen ist. Wir haben sie immer wieder gemahnt, deutlich zu machen, wo bei ihnen selbst die Probleme sind, um durch Offenheit untereinander dazu zu kommen, dass neues Vertrauen entsteht. Wir müssen leider feststellen, dass dies nicht gelungen ist. Die Akteure haben in den vergangenen zwölf Monaten ihre Verantwortung leider nur unzureichend wahrgenommen. Deshalb stehen wir als Staat als Letzter in der Verantwortung, zu versuchen, dieses neue Vertrauen zu schaffen. Dafür dient das Paket, über das wir heute diskutieren. Ich hoffe - dazu sollten wir alle unseren Beitrag leisten -, dass diese Möglichkeit erfolgreich ist, um das Fundament für neues Vertrauen zu legen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vertrauen ist die Währung, in der wir zahlen. Deshalb müssen wir sehen, dass dieser Schritt gelingt. Ich will hier nicht die drei Stufen dieses Pakets noch einmal erläutern; das ist heute Morgen schon geschehen. Ich will aber darauf hinweisen, dass das wichtigste und erste Element die Garantieverklärung ist. Das ist etwas ganz anderes als das, was in den USA mit dem Versuch geschieht, Wertpapiere am Markt aufzukaufen. Wir hoffen, dass die Garantien als Garantie in Anspruch genommen werden. Wir hoffen aber nicht, dass die Risiken, die hinter diesen Garantien stehen, tatsächlich eintreten. Vielmehr hoffen wir, durch die Garantieverklärung das Eintreten der Risiken abzuwenden. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir diesen Schritt tun, weil er hoffentlich dazu führt, größeren Schaden abzuwenden.

Ein anderes Thema ist die Eigenkapitalausstattung.



Ich bin sehr wohl der Meinung, dass das Prinzip, das hier angesprochen worden ist, richtig ist. Sowohl die Hilfe bei den Garantieerklärungen wie auch die Hilfe bei der Eigenkapitalausstattung kann es nur unter zwei Bedingungen geben. Die erste Bedingung ist: Es geht nicht kostenfrei. Wer Hilfe in Anspruch nimmt, muss dafür eine Gegenleistung erbringen. Die zweite Bedingung ist: Er muss es sich gefallen lassen, dass er nur noch konditioniert tätig werden kann.

An dieser Stelle müssen wir in der Debatte ein bisschen aufpassen. Ich glaube, in der öffentlichen Wahrnehmung werden diejenigen, die als Akteure tätig sind und keine Hilfe in Anspruch nehmen, mit denjenigen in einen Topf geworfen, die Hilfe in Anspruch nehmen. Die erstgenannten Akteure können ihre Geschäftsmodelle so entwickeln, wie sie wollen; für sie gibt es keine Auflagen. Aber von demjenigen, der darum bittet, dass ihm mit Steuergroschen, mit dem Euro des Steuerzahlers, geholfen wird, können wir auch verlangen, dass mit diesem Geld ordentlich umgegangen wird; denn wir sind diejenigen, die für des Steuerzahlers Geld verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb muss es an dieser Stelle Vorgaben geben, und deshalb müssen wir versuchen, deutlich zu machen, dass wir auf die Verwendung aufpassen.

Ich verweise darauf, wie in den USA dem großen Versicherer AIG geholfen wurde: Ihm flossen hohe, zweistellige Milliardenbeträge zu; mittlerweile wurde weiteres Geld nachgeschossen. Es wird berichtet, dass Verantwortliche dieses Unternehmens anschließend Luxusreisen unternommen haben. Das ist nicht vermittelbar. Das zeigt, dass es dazu bei uns nicht kommen darf. Deshalb müssen Guidelines und Konditionen geschaffen werden, und zwar nicht erst dann, wenn es passiert ist, sondern jetzt, in der Gesetzgebung, muss darauf geachtet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wird der Punkt „zeitliche Befristung“ angesprochen. Ich halte es für richtig, dass wir eine zeitliche Befristung zum 31. Dezember 2009 einführen. Die Vertrauensbildung wird hoffentlich irgendwann erfolgt sein, und der Markt kann dann wieder selbsttragend tätig sein. Wir müssen aber auch hier in der Kommunikation deutlich machen: Der 31. Dezember 2009 ist ein Zeitpunkt, von dem wir hoffen, dass der Fonds und die Garantie dann nicht mehr in Anspruch genommen werden. Das ist nicht der Tag, an dem der Fonds abgewickelt sein muss. Ich rate uns dringend dazu, dass wir uns für den zweiten Teil die notwendige Zeit und Müße nehmen, aus diesem Fonds herauszugehen und bitte auch hier mit dem Geld des Steuerzahlers verantwortlich, in Ruhe und Gelassenheit umzugehen, um den Schaden möglichst klein zu halten bzw. den Erfolg für uns möglichst zu optimieren. Deshalb: Ja zur Begrenzung des Fonds auf das Datum 31. Dezember 2009, aber das Herausgehen in aller Ruhe und Gelassenheit und verantwortlich in der Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen an dieser Stelle aufpassen - ich sage ein ausdrückliches Dankeschön -, dass neben der Arbeit, um uns dieses Gesetzespaket vorzulegen, vor der Verabschiedung

dieses Gesetzespakets eine Abstimmung auf IWF-Ebene und in der Eurogruppe stattzufinden hat.  
(Otto Fricke [FDP]: G 7!)

- Danke schön! - Wir müssen aufpassen, dass es an dieser Stelle am Ende des Tages nicht zu Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten kommt. Es wäre fatal, wenn einzelne Länder Hilfsprogramme auflegen und andere nicht. Deshalb ist die internationale Koordination ausgesprochen wichtig.

Ich möchte ein Zweites ansprechen. Wir müssen aufpassen, dass es auch bei uns, also auf nationaler Ebene, nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Es wird einige geben, die sagen, sie nähmen die Hilfsangebote unter den vorhin erwähnten Konditionen an, und es wird andere geben, die davon möglicherweise nicht Gebrauch machen. Es darf am Ende doch nicht so sein, dass derjenige, der keine Probleme hat und die Hilfe also nicht in Anspruch nimmt, im Wettbewerb mit denen, die Hilfe in Anspruch genommen haben, schlechter gestellt wird. Ich glaube, darauf müssen wir in den parlamentarischen Beratungen sehr genau achten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir Hilfe leisten, darf dies nicht im Sinne eines Wettbewerbseingriffs geschehen.

Wir haben über das aktuelle Hilfsprogramm und den Fonds hinaus mit Sicherheit erkannt, dass es in dieser Finanzmarktkrise Regelungsdefizite gibt. Sie sind auch schon vor der Krise angesprochen worden. Auf G 7 und EU-Präsidentschaft ist hingewiesen worden. Ich möchte ausdrücklich festhalten: Diese Krise stellt für mich die soziale Marktwirtschaft nicht infrage; vielmehr ist sie der richtige Rechtsrahmen. Was wir machen müssen, ist, die Beseitigung dieser Defizite zu internationalisieren, und dafür ist auch jetzt die Zeit. Mir ist klar: Wenn die Krise vorbei ist, dann werden viele, die das nicht so sehen, wieder für Marktwirtschaft, aber nicht für soziale Marktwirtschaft sein und werden sich wieder gegen den Regelkreis wenden. Deshalb müssen wir jetzt die Chance ergreifen, das Modell der sozialen Marktwirtschaft zu internationalisieren und zu transportieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Gegensatz zur Planwirtschaft und im Gegensatz zur reinen Marktwirtschaft, also zur Marktwirtschaft ohne Regeln, ist die soziale Marktwirtschaft ein lernendes System, das sein Regelwerk durch Problemfälle optimieren kann. Wir hatten ein Gleichgewicht auf den Finanzmärkten. Das ist jetzt gestört, und zwar massiv. Alles ist eingestürzt. Jetzt müssen wir ein neues Gebäude errichten und eine neue Balance finden. Es gibt eine Unzahl von Vorschlägen. Ich rate uns dazu, klug zu überlegen, wie die neue Balance aussehen soll, damit sie auch längerfristig trägt und nicht schon beim nächsten kleinen Windstößen wieder verloren geht. Das heißt: handeln ja, schnell und zügig, aber auch durchdacht, damit es längerfristig zu einer neuen Balance an dieser Stelle kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir können beim Regelwerk tun, was wir wollen:  
Wenn die handelnden Personen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, dann kann ein solches Regelwerk nicht funktionieren. An dieser Stelle spreche ich den Kollegen Lafontaine - er hat vorhin unsere persönliche Verantwortung angemahnt - persönlich an. Er ist Mitglied des KfW-Verwaltungsrats. Wir hatten vor wenigen Wochen eine lang anberaumte Sitzung. Er hat einen Wahlkampftermin in Bayern für wichtiger gehalten als seine persönliche Verantwortung als Mitglied des Verwaltungsrats der KfW. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui!)

Das ist nicht Wahrnehmung von persönlicher Verantwortung, sondern das ist Verweigerung.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Da lacht er auch noch! Das ist ja zynisch, wenn er lacht! -  
Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Erst die Partei, dann der Staat!)

Ein solches Verhalten brauchen wir nicht. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, Herr Kollege!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da hat er nur den Lafontaine gemacht! - Norbert Barthle [CDU/CSU]: Der soll sich mal entscheiden!)

Wer glaubt, dass wir ein neues Regelwerk gegen die USA entwerfen können, irrt nach meiner Einschätzung. Wir müssen überlegen, wie wir mit den USA dieses neue Regelwerk weltweit zur Geltung bringen, und dafür Vorschläge machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur dann können wir Erfolg haben. Dabei geht es auch um die schon angesprochenen Schlupflöcher. Die können wir nur gemeinsam schließen.

Ich möchte schon jetzt ein Dankeschön sagen an die Haushalts- und Finanzpolitiker der Sozialdemokraten, der Grünen, der FDP und meiner Fraktion, weil sie in dieser Woche in einer ungeheuren Anstrengung versuchen werden, eines der größten Gesetzespakete seit langem in kürzester Zeit sachgerecht zu beraten. Ich möchte hier für meine Fraktion ausdrücklich versichern, dass wir nicht schnell, schnell machen. Wir haben Zeitdruck, wir sind in Eile, aber wir wollen auch eine sachgerechte Beratung.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Wir sind heute in der ersten Lesung. Wir wollen in der Beratung lernen und das Gesetzeswerk in dieser Woche noch weiter optimieren. Das ist ausdrücklich ein Angebot. Es gibt kein Basta nach dem Motto: Es liegt etwas auf dem Tisch. Das muss durchgezogen und beschlossen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich alle einladen - heute Morgen war man hier sehr stark vertreten; mittlerweile ist das ein bisschen weniger stark der Fall -, sich rechtzeitig in die Beratungen einzuschalten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Vor allem Möllring oder wie der heißt, der aus Niedersachsen!)

Wir stehen vor der größten Herausforderung der letzten 20 Jahre. Das Paket kann nur gemeinsam von Bund und

Ländern getragen werden. Teilnehmen an der Beratung, das heißt auch, Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich uns, aber auch die Kollegen in den Ländern, der jeweiligen Verantwortung an dieser Stelle gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir reden jetzt viel über Wachstum und Wirtschaftsentwicklung. Ich bin davon überzeugt - das möchte ich festhalten -, dass die Wachstumszahlen, die wir jetzt bekommen haben, etwas mit den Rohstoffpreisen, mit den Währungsmärkten und mit der Konjunkturentwicklung weltweit zu tun haben; das haben auch die Sachverständigen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose gesagt. Wir sind gerade bei dem Versuch, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft zu begrenzen. Das ist unser Anliegen. Wenn wir an diese Probleme herangehen, müssen wir das sachadäquat tun. Ich rate uns, ein Stück weit Kurs zu halten.

Ich sehe keinen Grund, wegen des Finanzpakets, das heute auf dem Tisch liegt, die Haushaltskonsolidierung infrage zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr.

Rainer Wend [SPD])

Wir haben mit der Haushaltskonsolidierung die Voraussetzungen für die Handlungsfähigkeit geschaffen. Was wir heute vorlegen, ist davon isoliert. Es findet zunächst einmal nicht im Bundeshaushalt statt, sondern in einem getrennt geführten Fonds unter Verwaltung der Bundesbank. Ich bin dankbar, dass die Bundesbank sich dieser Aufgabe als sachkompetenter, vertrauenswürdiger Verwalter stellt. Warten wir bitte einmal ab, in welchem Umfang wir am Ende tatsächlich gefordert werden! Wir sollten nicht irgendwelche Gespenster an die Wand malen. Bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts reden wir nicht über Einmaleffekte - die können uns immer wieder ereilen -, sondern wir reden über einen strukturellen Ausgleich. Der strukturelle Ausgleich ist durch das, was wir bisher diskutieren, nicht infrage gestellt. Deshalb rate ich uns bezogen auf den strukturellen Haushaltsausgleich: Kurs halten, weiterführen und Linie halten. Auch das bildet das Vertrauen, das wir dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Zweites. Wenn wir etwas tun wollen, um die Wirtschaft zu stabilisieren, dann sollten wir versuchen, die strukturellen Verbesserungen, die wir vorhaben, gemeinsam umzusetzen. Der Koalitionsgipfel vor gut einer Woche hat das richtige Signal gesetzt. Auf diesem Gipfel wurden strukturelle Verbesserungen beschlossen. Wir sollten nun konsequent daran arbeiten - ich bin dankbar, dass sich das Bundeskabinett heute Morgen zum Teil damit beschäftigt hat -, dass diese wie geplant umgesetzt werden

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Erbschaftsteuer!)

und damit ein Beitrag für die Stärkung des Vertrauens geleistet wird und dafür, dass unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es lebe die Erbschaftsteuerdiskussion bei euch!)

- Bei dem Thema, das Sie ansprechen, lieber Herr Kuhn, versuchen wir unsere Zusage zu halten und zu ermöglichen, dass mittelständische Unternehmen leichter und besser auf die nächste Generation übergehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen voraus, dass wir einen erfolgreichen Abschluss tätigen werden. Wir werden mittelständischen Unternehmen eine bessere Perspektive für die Zukunft bieten, als das gegenwärtig der Fall ist. Dazu bedarf es einer großen Anstrengung, vor allem wenn man das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Blick hat. Wir stellen uns der Herausforderung und werden sie auch bewältigen. Zum Abschluss möchte ich einen Appell aussprechen. Wir befassen uns derzeit mit einer schwierigen Materie. Momentan stehen in der öffentlichen Debatte einige Punkte im Vordergrund; aber in diesem Gesetz steckt viel mehr. Ich rate dringend dazu, dass wir nicht öffentlich über Kleinigkeiten diskutieren, sondern uns in den Fachausschüssen intensiv mit den Details befassen, um zu sachgerechten Lösungen zu kommen. In dieser Weise wollen wir von der Union unsere Verantwortung wahrnehmen. Ich freue mich, dass wir diese Debatte führen, und ich hoffe, dass das Ziel, neues Vertrauen in den Märkten und bei den Menschen zu schaffen, durch diese Debatte und das zu verabschiedende Paket erreicht wird. Ich hoffe, dass wir das Paket am Freitag erfolgreich beschließen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Lebendigkeit der Debatten in unserem Parlament selbstverständlich auch durch Zwischenrufe gestärkt wird.

Das Wort „pöbeln“, Herr Kollege Lafontaine, in Richtung Redner eignet sich dafür allerdings nicht.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN],

an Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE] gewandt:

Sie sind hier doch nicht im Saarland, oder?)

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Gerhard Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Bild der Feuerwehr, das Finanzminister Steinbrück vorhin gewählt hat, muss man genau betrachten. Es ist richtig, dass es auf den internationalen Finanzmärkten brennt, und es ist auch richtig, diesen Brand sehr zügig zu löschen. Dazu soll dieses Rettungspaket einen Beitrag leisten. Es stellt sich nicht die Frage, ob wir handeln sollen; vielmehr ist es richtig, zügig zu handeln.

Aber das Bild der Feuerwehr stößt an einer Stelle an seine Grenzen. Wenn ein Ruf bei der Feuerwehr eingeht, dann geht es rasch in den Wagen und mit Tatütata los.

Wir nehmen uns hingegen ganz bewusst die Zeit, zu überlegen, wie die Rettung aussehen soll. Hierin besteht der Unterschied zu einem Brandherd in einem Haus.

Diese Zeit müssen wir uns nehmen. Wir alle tragen dafür Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss überprüfen, wie gut diese Feuerwehr in den letzten Monaten gearbeitet hat, bevor wir sie erneut auf den Weg schicken. Hier stelle ich einen eindeutigen Widerspruch zu der Aussage von Frau Merkel fest, dass es keinen Sinn hat, zurückzublicken und über verpasste Chancen zu diskutieren. Im Gegenteil: Wir müssen die Fehler des bisherigen Krisenmanagements betrachten, bevor die Feuerwehr erneut ausrückt. Da gibt es einiges zu kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Mein erster Punkt. Schauen wir uns an, wie bei Hypo Real Estate gearbeitet wird und was das für die jetzt anstehenden Rettungsmaßnahmen bedeutet. Der Aktienkurs der Hypo Real Estate ist auf 3,52 Euro gefallen. Zwischendurch stand er bei 7,50 Euro; jetzt steht er bei 6,10 Euro. Das heißt de facto, dass die Rettungsmaßnahmen dieser Bundesregierung für die Aktionäre der Hypo Real Estate zu einem Plus von ungefähr einer halben Milliarde Euro geführt haben.

Dann ist die Frage der Gegenleistung nicht eine Frage, die man mit dem Wort „Gebühr“ abtun kann. Wir wollen dafür sorgen, dass bei einer Rettungsmaßnahme nicht auf der einen Seite die Bürgerinnen und Bürger stehen, die die Risiken eingehen und vielleicht Verluste tragen müssen, und auf der anderen Seite eine halbe Milliarde Euro einfach in die Taschen von Aktionären gelangt, ohne dass eine Gegenleistung in entsprechender Höhe eingefordert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der zweite Blick auf die Qualität dieser Feuerwehr: 15 Monate ist es her, seitdem die ersten Hedgefonds in den USA gefallen sind. Dann stellt sich die Frage, was in den vergangenen 15 Monaten passiert ist. Die erschreckende Antwort lautet: viel zu wenig. An vielen Stellen haben wir als Opposition in den Ausschüssen und hier im Plenum darauf hingewiesen und haben immer wieder gehört: Nein, bei uns ist alles in Ordnung. Jetzt wollen Sie in aller Kürze die Finanzaufsicht neu strukturieren und etwas überarbeiten. Die Kanzlerin hat angekündigt, dies bis zum Jahresende tun zu wollen. Finanzminister Steinbrück hat aber noch vor wenigen Wochen die Auffassung vertreten, dass die BaFin nicht ans Geschäftsmodell herangehen soll. Jetzt folgt plötzlich der Umschwenk. Ich frage Sie: Was haben Sie eigentlich in den vergangenen 15 Monaten gemacht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Genauso verhält es sich bei der Koordination auf europäischer Ebene. Im Ausschuss haben wir gefragt, weshalb das nicht sinnvoll europäisch koordiniert wird. Es könnten doch auch Banken, die grenzüberschreitend tätig sind, wackeln. Darauf gab es keine Antwort. Jetzt muss in wenigen Tagen ein europäischer Krisenmechanismus etabliert werden. Ich frage mich: Was haben Sie in den vergangenen 15 Monaten getan? Warum müssen wir heute in großer Eile etwas durchpeitschen, und warum müssen sich die europäischen Regierungen

ganz schnell zusammenfinden? Zeit zur Vorbereitung war gegeben. Es ist nicht so, dass wir etwas völlig Neues haben.

Herr Meister, Sie haben so getan, als gebe es keine Vorbilder. Man hat aber in Japan und in Schweden einige Vorbilder gehabt. Man weiß, wie gefährlich Banken Krisen sind und dass ein effektives Krisenmanagement erforderlich ist. Sie haben das 15 Monate lang nicht vorbereitet. Das ist die Qualität der Feuerwehr, mit der wir es hier zu tun haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist die Position von Bündnis 90/Die Grünen ganz klar. Einer Feuerwehr, die in den vergangenen 15 Monaten so schlecht gearbeitet hat, können wir keinen Blankoscheck ausstellen. Sondern dann fragen wir genau: Was ist der Auftrag? Wie sieht die Gegenleistung für die Bürgerinnen und Bürger aus? Wie kann aus dem Parlament heraus kontrolliert werden, dass die Rettungsmaßnahmen für die nächsten 15 Monate wirklich gut sind und die Gegenleistungen stimmen? Das ist unsere Position.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass viele Menschen, die uns heute zuhören und die uns Abgeordneten schreiben, sich fragen: Weshalb helfen sie den Banken? Wenn ich mich nicht an die Regeln halte, dann gibt mir niemand Geld, dann hilft mir auch niemand.

Wir wollen in dieser Debatte deutlich machen, dass wir das natürlich verstehen können, dass es aber nicht darum geht, den Banken und schon gar nicht den Bankern zu helfen oder sie „herauszuhauen“ aus der Situation, die sie zu verantworten haben. Vielmehr geht es uns darum, das Geld der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Notgroschen, die Altersvorsorge und das, was zurückgelegt worden ist, das wollen wir sichern. Außerdem wollen wir sichern, dass die Wirtschaft – die kleinen, aber auch die großen Unternehmen – weiterhin an Kapital herankommt, dass sie Kredite bekommt. Das gilt natürlich auch für die Privatleute.

Die Finanzwirtschaft ist der Blutkreislauf unserer Wirtschaft. Deswegen unternehmen wir diese Anstrengungen. Wir tun das nicht ohne Gegenleistung von denjenigen, die diese Katastrophe zu verantworten haben.

Wer eine Bürgschaft vom Staat in Anspruch nimmt, der muss dafür auch eine Gebühr bezahlen, wie es bei normalen Bankkunden auch der Fall ist,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Was ist das?

5,20 Euro? Oder was?)

der muss sich auch an die getroffenen Vereinbarungen halten, wenn er diese Bürgschaft annehmen will. Wer schwierige Vermögenswerte in seiner Bilanz hält und diese an den Staat verkaufen bzw. abgeben will, der muss auch sicherstellen und sagen, dass er diese zurücknimmt;

denn der Wert der Papiere, die jetzt wertlos sind, wird sich in den nächsten Monaten wieder verändern. Wer vom Staat Eigenkapital erhält und damit seine Basis stärkt, der muss akzeptieren, dass er nicht mehr so weiterwirtschaften kann wie vorher. Der Vorstand, der Geld vom Staat in Anspruch nehmen will, weil er sonst die Liquidität nicht mehr gewährleisten könnte, muss sich an bestimmte Regeln halten. Bei Nichtbeachtung wird er zur Rechenschaft gezogen. Auch gegenüber seinen Aktionären muss er Rechenschaft ablegen.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Wir haben konkrete Punkte in das Gesetz hineingeschrieben: Die Gehälter von denjenigen, die sich entschieden haben, Hilfe in Anspruch zu nehmen, werden begrenzt. Die sehr ausufernden Bonuszahlungen werden beendet. Es gibt keine Dividendenausschüttung - übrigens auch nicht für die anderen Eigentümer.

Auch dieser Punkt, der einen Eingriff ins Aktienrecht darstellt, ist wichtig: Die Vereinbarung, die der Vorstand trifft, kann von der Hauptversammlung nicht ohne Weiteres außer Kraft gesetzt werden. Das heißt, die Anteilseigner der betreffenden Banken werden sich also Gedanken machen müssen, wie sie in Zukunft besser kontrollieren und besser nachvollziehen können, womit eigentlich das Geld verdient wird.

Natürlich muss gegenüber dem Fonds Rechenschaft hinsichtlich der Ausrichtung der Geschäftspolitik abgelegt werden. Es geht also auch um die Frage, wie Kredite vergeben werden. Wir wollen darauf achten, dass der Vorstand sicherstellt, dass die Unternehmen weiterhin Kredite bekommen. An dieser Stelle mischt sich der Staat ein. Ich habe mit Interesse die Stellungnahme des Bundesverbandes deutscher Banken zu diesem Gesetz gelesen, in der es heißt, dies gehe zu weit, der Staat dürfe sich nicht in die Geschäftstätigkeit der Banken einmischen. Wir sagen: Ihr hattet eure Chance. Jetzt werden wir uns einmischen. Wer Geld vom Staat bekommt, muss darlegen, wofür er seine Kredite vergibt. Ich bin dafür, dass in diese Vereinbarung aufgenommen wird, dass ein Teil der risikobehafteten Kredite und Verbriefungen im Portfolio behalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass diejenigen, die beispielsweise noch 20 Prozent Anteil an solchen Krediten und Verbriefungen halten, ein ganz anderes Verantwortungsgefühl entwickeln. Diesen Punkt wollen wir in die Vereinbarung aufnehmen. Damit stellen wir sicher, dass wir die Entwicklung in eine andere Richtung drehen können.

Natürlich sind wir damit noch nicht am Ende. In den letzten Jahren haben wir im Parlament viele Regulierungen beschlossen, die den Finanzmarkt betreffen. Das meiste davon kann sich wirklich sehen lassen. Es ging nämlich nicht nur darum, klarere Regeln aufzustellen und deren Einhaltung zu kontrollieren, sondern es ging auch um den Anlegerschutz, für den wir viel getan haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die Leute erklärt bekommen, was der Unterschied zwischen einem Investmentfonds und einem Zertifikat ist. Es ist sichergestellt, dass sich die Menschen auf diese Gespräche berufen können. All das haben wir umgesetzt.



Natürlich ist dieser Weg noch nicht zu Ende. Wir sind weiterhin gefragt, wenn es darum geht, diese Regeln durchzusetzen. Wie man auf die Fragen „Wo kann nachgefragt werden? Wie gefährlich und wie risikobehaftet ist ein bestimmtes Finanzprodukt?“ reagieren soll, kann man ruhig noch einmal zum Gegenstand der politischen Erörterung machen. Bei jedem Medikament kann man nachlesen, welche Risiken und Nebenwirkungen es hat. Warum sollte man dies nicht bei einem Finanzprodukt tun können, und das in einer Sprache, die die Leute auch verstehen können? Diese Konsequenzen müssen wir ziehen. Steueroasen, die bewirkt haben, dass manches Finanzprodukt nicht wegen seiner finanztechnischen Wirkung, sondern wegen seiner steuerlichen Wirkung interessant geworden ist, gehören ebenfalls zu diesem Themenkomplex. Wir haben hier noch einige Aufgaben vor uns. Ich glaube, dass wir mit dem, was wir jetzt vereinbart haben, richtig handeln; denn damit stellen wir sicher, dass unsere Wirtschaft – Realwirtschaft und Finanzwirtschaft können nicht getrennt werden; sie bilden eine Einheit – unter dieser Krise nicht leidet, und vor allen Dingen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger keine Sorge um ihr gespartes Geld machen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Rainer Wend hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Dr. Rainer Wend (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicher verwundert es Sie nicht, dass ich mich als Wirtschaftspolitiker vor allen Dingen frage, welche Auswirkungen die Finanzkrise eigentlich auf die sogenannte Realwirtschaft hat, also auf den Maschinenbau, auf die Automobilindustrie, auf die chemische Industrie und die Elektroindustrie, um nur einige Bereiche zu nennen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass es solche Auswirkungen geben wird. Wir können sie heute nicht quantifizieren. Das kann niemand. Wir müssen aber befürchten, dass diese Finanzkrise ein Stück weit auf die Realwirtschaft überspringt und damit das, was wir in den letzten Monaten so prima hinbekommen haben, nämlich einen Aufbau der Erwerbstätigkeit, in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ich möchte mich einem Bereich der Realwirtschaft insbesondere zuwenden, dem deutschen Mittelstand.

Ich habe zwar weiß Gott nichts gegen die Großindustrie; aber im deutschen Mittelstand entstehen die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze. Auch dieser Mittelstand droht ein Stück weit in Mitleidenschaft gezogen zu werden, wengleich er extrem stabil ist. Aber wenn die Herbstferien – um es am Beispiel der Firma Opel festzumachen – um eine Woche verlängert werden, wenn also die Bänder außerplanmäßig stillstehen, hat das natürlich Auswirkungen auf die Zulieferindustrie. Die Zulieferindustrie besteht im Wesentlichen aus kleinen und mittleren Unternehmen. Das ist der klassische Mittelstand, und der bekommt die Folgen zu spüren.

Wir müssen uns also verantwortlich fragen: Was können

wir tun, um unseren Mittelstand in dieser Situation zu stützen?

Punkt eins. Das Paket von insgesamt 500 Milliarden Euro, das auf den Weg geschickt wurde, ist richtig, weil es Liquidität und den Interbankenverkehr sichert und weil es verhindert, dass für den Mittelstand eine Kreditklemme eintritt.

Wir haben aber auch noch andere Dinge gemacht, die zwar zurzeit wenig Beachtung finden, die ich aber für wichtig halte. Das eine ist die Lockerung des Insolvenzrechtes. Wir haben es vor knapp zehn Jahren verschärft und sind jetzt dabei, zu sagen, dass in Zukunft nicht jedes Unternehmen - beispielsweise jeder Handwerkerbetrieb -, das kurzfristig in Liquiditätsproblemen ist, aber mittelfristig eine gute Prognose hat, sofort einen Konkurs- bzw. Insolvenzantrag stellen muss. Ich glaube, dass das eine richtige Antwort auf unsere Krisensituation ist. Ich möchte dem Kollegen Fricke ausdrücklich recht geben: Wir sollten uns fragen, ob wir die Lockerung des Insolvenzrechtes nicht zeitlich befristen, weil das, was wir vor acht Jahren gemacht haben, grundsätzlich und ordnungspolitisch nicht völlig falsch war. Aber in dieser Krise ist es richtig, eine Lockerung - sehr gerne zeitlich begrenzt - vorzunehmen.

Punkt zwei. Ich glaube, dass es nicht wirklich hilft, heute ein großes Konjunkturprogramm zu fordern, das im Wesentlichen kurzfristige Strohfeuer-effekte hätte - wenn überhaupt. Aber wir müssen versuchen, die Investitionen, die wir als Staat machen, zu verstetigen. Dazu gehört beispielsweise, dass wir auch in Zukunft das sogenannte ERP-Sondervermögen für den Mittelstand nutzen können. Was heißt das? Wir wollen etwa 368 Millionen Euro - dies sind zurzeit die Möglichkeiten im Rahmen des ERP-Sondervermögens - für die Förderung von Existenzgründungen, für die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung und Ähnliches ausgeben. Das schafft ein Gesamtvolumen an Investitionen von etwa 4 Milliarden Euro - denn das zieht ja viele Dinge nach sich - vor allen Dingen für kleine und mittlere Unternehmen. Dieses ERPSondervermögen ist ein Stück weit durch die - ich formuliere es einmal vornehm - Fehlbuchung der KfW an Lehman Brothers, aber auch durch die IKB-Problematik in Mitleidenschaft gezogen worden. In diesem Jahr werden 148 Millionen Euro fehlen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das ERP-Vermögen im Interesse des Mittelstandes und der Investitionen bei uns im Land ungeschmälert aufrechterhalten wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist mehrfach gesagt worden: Unsere Marktwirtschaft ist in einer Legitimationskrise. Wir sollten das ruhig so nennen. Wie wollen wir es den Menschen denn auch verständlich machen, dass wir seit Mitte der 90er-Jahre eine Reallohnstagnation hatten - mit Ausnahme des letzten Jahres; da ist der Reallohn nach oben gegangen -, in derselben Zeit aber im Finanzsektor die Managergehälter explodiert sind und dass nun ausgerechnet diejenigen, deren Gehälter explodiert sind, verantwortlich für eine Krise sind, deren Lösung wieder von denen, nämlich vom Steuerzahler,

bezahlt wird, die in den letzten zehn Jahren eine Reallohnstagnation hatten? Wem will man denn erklären, dass ein solches System vernünftig ist? Das kann man keinem Menschen erklären.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Deswegen müssen wir aufpassen, dass daraus keine Legitimationskrise unserer Demokratie wird. Das wird uns nur gelingen, wenn wir neben den richtigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung Maßnahmen zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte einleiten. So, wie es in der Vergangenheit war, kann es nicht bleiben. Ich glaube, wir haben in dieser Krise die Chance – das soll nicht zynisch klingen, sondern ist sehr ernst gemeint –, die Proportionen in unserer Gesellschaft wieder zurechtzurücken; (Beifall bei der SPD)

denn so wie der Staatssozialismus, der glaubte, alle staatlich reglementieren und lenken zu können, bereits vor 20 Jahren gescheitert ist, so ist heute die völlig freie Marktwirtschaft gescheitert, die geglaubt hat, auf jegliche Regeln und staatliche Kontrolle verzichten zu können. Setzen wir deshalb darauf, durch enge internationale Kooperation die Globalisierung zu gestalten; lassen wir uns nicht von ihr gestalten. Setzen wir auf die Findigkeit und Kreativität der Marktwirtschaft, wenn es darum geht, die klaren Regularien der demokratischen Staaten zu ergänzen. Das wäre eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, die Wohlstand schaffen kann, und würde unsere Demokratie deutlich stärken. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Es wird interfraktionell vorgeschlagen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/10600 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zu überweisen. – Dazu gibt es offensichtlich keine weiteren Vorschläge. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Befragung der Bundesregierung um 13 Uhr. Ihnen wird durch Klingelsignal rechtzeitig der Wiederbeginn der Sitzung angekündigt.

Vielen Dank. Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: Entwurf eines Gesetzes zur

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung und Entwurf einer Verordnung über die Erhebung von Beiträgen zur Arbeitsförderung nach einem niedrigeren Beitragssatz.

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz. Bitte schön.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales: Die Bundesregierung hat heute ein Gesetz auf den

Weg gebracht, mit dem der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0 Prozent gesenkt wird, und parallel dazu eine Verordnung beschlossen, die bis zum Sommer des übernächsten Jahres zu einer weiteren Absenkung des Beitragssatzes auf 2,8 Prozent führt. Das ist ein wichtiger Schritt, der dazu beitragen soll, die Konjunktur in unserem Lande zu stützen. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es durch die Reformpolitik der letzten Jahre gelungen ist, eine so gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren, dass die Beitragseinnahmen der Bundesagentur für Arbeit in der Vergangenheit ausreichen, um jetzt eine solche drastische Absenkung des Beitragssatzes zu rechtfertigen und damit in einer vielleicht schwieriger gewordenen Phase die Konjunktur zu stützen.

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Der Beitragssatz wurde zunächst von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesenkt, dann von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent und jetzt von 3,3 Prozent auf 3,0 Prozent. Das ist im Übrigen der strukturell vernünftige Beitragssatz angesichts der Höhe der heutigen Arbeitslosigkeit. Wenn wir sicherstellen können, dass wir nicht mehr Arbeitslose als heute bekommen, können wir ihn langfristig so halten und damit die Aufwendungen der Arbeitsförderung finanzieren und die damit verbundenen Tätigkeiten organisieren. Unser Ehrgeiz muss sein, das zu schaffen.

Wir haben deshalb parallel dazu dafür gesorgt, dass die Zahl derjenigen, die sich um die Vermittlung kümmern, weiter ausgebaut wird. Für den Bereich des Arbeitslosengeldes II wird es zu einem deutlichen Aufwuchs kommen, sodass eine vernünftige Relation zwischen Vermittlern und Arbeitssuchenden entsteht und die Chance, dass jemand einen Arbeitsplatz findet, weil er gut unterstützt wird, gesteigert wird.

Das, was wir hier tun, führt dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger um fast 30 Milliarden Euro im Jahr entlastet werden gemessen an dem Beitragssatz, von dem aus wir gestartet sind und von dem aus es uns gelungen ist, die Beiträge zu senken.

(Dirk Niebel [FDP]: War es das schon?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Danke schön. Das waren weniger als fünf Minuten; das wollen wir nicht kritisieren.

Kollege Niebel hat die Gelegenheit zu einer ersten Nachfrage.

Dirk Niebel (FDP):

Herr Präsident, ich war überrascht, weil ich dachte, die Bundesregierung hätte noch so viel mehr zu dem Thema zu sagen.

Hier wurde angekündigt, in der Regierungsbefragung gehe es um den Entwurf eines Gesetzes zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung. Da wir, wie Kollege Kolb im zuständigen Fachausschuss festgestellt hat, keinen Beitragssatz zur Arbeitsförderung leisten, sondern nur zur Arbeitslosenversicherung, interpretieren wir die Überschrift dieser Befragung der Bundesregierung so, dass Sie durchaus akzeptieren und unterschreiben, dass durch die Beitragssatzsenkungen Arbeitsplätze gesichert werden, sie also faktisch Arbeitsförderung sind.

Nun lautet der Vorschlag der Bundesregierung, die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf 2,8 Prozent nur bis nach der Bundestagswahl zu befristen. Stimmen Sie mir zu, dass Beitragssenkungen arbeitsfördernd wirken? Wenn Sie mir zustimmen, können Sie dann bestätigen, dass die Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht befristet ist, dass also auch nach der Bundestagswahl weiter erhöhte Beiträge erhoben werden?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales: Zunächst einmal, Herr Kollege, ist es richtig, dass ein zu hoher Beitragssatz zur Sozialversicherung schlechte Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in unserem Land hat. Deshalb gehört es zum Stolz der Regierungen der letzten zehn Jahre, seit 1998 für eine weitgehende Stabilität der Beiträge gesorgt zu haben. Sie erinnern sich noch an die Zeit der Mitregierungsverantwortung der FDP. Vom Anfang der 80er-Jahre bis 1998 ist der Beitragssatz von 32 Prozent auf etwa 42 Prozent gestiegen. Dies war ein schlimmer Fehler, der nach 1998 sorgfältig korrigiert werden musste. Seitdem haben wir es geschafft, den paritätischen Beitragssatz zu drücken und bei unter 40 Prozent zu stabilisieren. Das gelingt auch jetzt, weil wir die Entscheidung, über die wir hier reden, parallel zu der wegen der gestiegenen Gesundheitskosten unvermeidbaren Anhebung der Beiträge im Bereich der Krankenversicherung getroffen haben. Diese Anhebung ist im Übrigen auch deshalb zustande gekommen, weil den vielen Wünschen der FDP nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Ärzte nachgegeben worden ist. Sie waren zwar nicht die Einzigen, die dies gefordert haben, aber Sie waren ganz laut. Insofern sollten Sie sich jetzt nicht leise verdrücken, wenn das, was Sie gefordert haben, bezahlt werden muss.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben darüber hinaus dazu beigetragen, dass die Ausstattung der Krankenhäuser und des Pflegebereichs insgesamt verbessert wird. Das führt übrigens dazu, dass unmittelbar auf einem der Wachstumsmärkte unseres Landes, nämlich in der Gesundheitswirtschaft, Arbeitsplätze entstehen. Deshalb ist es vielleicht eine vernünftige Kombination, dort das, was für unser Zusammenleben notwendig ist, zu bezahlen und dort, wo wir Rücklagen haben, einen Beitragssatz zu wagen, der unter dem liegt, welchen wir für die laufenden Ausgaben brauchen. Wie gesagt: Rücklagen bei der Bundesagentur für Arbeit machen keinen Sinn, wenn wir langfristig auch anders klarkommen können.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Kollege Niebel, bitte.

Dirk Niebel (FDP):

Da der Minister die Antwort auf meine Frage schön umgangen hat, möchte ich eine Nachfrage stellen. Sie wissen ja, dass die FDP seit über einem Jahr eine Beitragssatzsenkung auf 3 Prozent bei der Arbeitslosenversicherung fordert und seit gut einem halben Jahr aufgrund der guten finanziellen Entwicklungen und natürlich auch wegen der sinkenden Arbeitslosigkeit die 2,8 Prozent als

Zielmarke präferiert.

Nun geht es mir noch einmal um die Frage der Befristung. Sie haben zwar verklausuliert, aber mir doch insgeheim zugestimmt, dass eine Senkung der Beiträge arbeitsplatzfördernd und -sichernd ist.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Nicht verklausuliert, sondern laut und deutlich.

Dirk Niebel (FDP): .

Dann nehme ich das laut und deutlich zur Kenntnis.

Da Sie dem zustimmen, werden Sie mir auch dahin gehend zustimmen - ich frage Sie, ob das so ist -, dass eine dauerhafte Beitragssenkung eine dauerhafte Planungssicherheit für die handelnden Akteure am Arbeitsmarkt darstellt. Damit meine ich sowohl die Arbeitgeber, die die Beiträge als Kostenfaktor zu realisieren haben, als auch die Arbeitnehmer, die gerade in einem sich entwickelnden wirtschaftlichen Abschwung natürlich mehr Geld für Konsum übrig behalten. Dies vollzieht sich zwar nur im kleinen Rahmen, aber aufgrund einer Beitragssenkung bleibt mehr Netto vom Brutto übrig.

Wäre es dann Ihrer Ansicht nach arbeitsmarktpolitisch klüger und sinnvoller, den Beitrag dauerhaft auf das jetzt Mögliche von 2,8 Prozent zu senken in der Hoffnung, dass die daraus resultierenden positiven Effekte zu einer Verstärkung der guten Arbeitsmarktsituation, zu mehr Einnahmen und weniger Ausgaben und somit zu einer langfristigen Haltemöglichkeit dieses Beitragssatzes führen, statt von vornherein kleingeistig Sorge zu haben, dass man womöglich wieder erhöhen muss? Der Termin ist doch nach der Bundestagswahl.

Da kann man ruhig einmal mutig sein.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Herr Abgeordneter, es gehört zur Großgeistigkeit des Ganzen, dass man die Zusammenhänge richtig darstellt.

Sie möchten gerne einen strukturellen Beitragssatz von 2,8 Prozent, und zwar unabhängig davon, wie viele Einnahmen und wie viele Ausgaben anfallen. Dann müssten

Sie hier gleichzeitig laut fordern, dass die Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit notfalls in einer Milliarden-Größenordnung aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden, und dies müssten Sie als FDP-Programm verkünden.

Da Sie das nicht tun, ist der Satz, den Sie sagen, sinnlos. Denn ohne diese zusätzliche Bemerkung macht Ihre Erkenntnis keinen Sinn.

Wir glauben, dass es vernünftiger ist, über die strukturell richtige Höhe des Beitrages nachzudenken. Dabei haben wir uns durchaus mutig an den Erfolgen der Arbeitsmarktpolitik, die wir jetzt verzeichnen können, und der Tatsache orientiert, dass wir nun über 3 Millionen Arbeitslose und deutlich weniger als 1 Million Arbeitslosengeld-I-Bezieher - ich drücke es einmal so untechnisch aus - haben. Diese Aufwendungen können wir bei einem Beitragssatz von 3,0 Prozent bezahlen. Da es keinen Sinn hat, Rücklagen nur hübsch anzuschauen, wollen wir die Rücklagen, die wir haben, jetzt verwenden; durch die aktuelle Lage sind wir hierin bestätigt worden. Wir wollen das Geld den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen. Die Beitragsbelastung soll geringer ausfallen, als es zur Finanzierung der laufenden Ausgaben nötig wäre. Momentan geben wir nämlich laufend

mehr Geld aus, als wir durch Beitragszahlungen einnehmen. Das ist vertretbar, weil wir Rücklagen in Höhe von 15 Milliarden Euro haben.

Es ist aber nicht sinnvoll - das möchte ich auf Ihre Frage antworten -, von einem Beitragssatz auszugehen, der strukturell und langfristig so niedrig ist, dass die Einnahmen nicht ausreichen. Deshalb stellt unser Vorschlag eine hochintelligente, moderne und liberale Kombination dar. Wir setzen einen Beitragssatz fest, der strukturell richtig ist und den wir über die Verordnung des Bundesarbeitsministers in der Hand haben.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Sie haben eine letzte Nachfrage, Kollege Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Ich weiß, dass ich noch eine letzte Nachfrage habe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Herr Minister, wenn ich Sie sinngemäß richtig zitiere, sagen Sie nicht allzu selten: Man muss jetzt das Richtige tun. Hier stimme ich Ihnen natürlich zu; ich glaube, das würde das gesamte Hohe Haus tun. Das gilt übrigens für alle politischen Felder, über die man diskutieren kann. Ich stimme Ihnen auch zu, dass es sich bei den Rücklagen der Bundesagentur natürlich um Geld handelt, das den Beitragszahlern, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, zu viel abgenommen worden ist. Man muss es ihnen zurückgeben, um auf der einen Seite Arbeit billiger zu machen und um auf der anderen Seite, auf der Arbeitnehmerseite, den Konsum durch mehr Netto vom Brutto zu stärken. Da Sie allerdings beklagen, dass das Geld dann womöglich nicht für die Ausgaben reichen würde, frage ich Sie: Wie wäre es, wenn man einmal die Ausgaben überprüfen würde?

Ich weiß, dass wir morgen, ausgehend von einem FDP-Antrag, eine Debatte zur Modernisierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente führen werden. Sie und ich wissen - das gilt wahrscheinlich auch für den Rest des Hohen Hauses -, dass in den Schubladen Ihres Ministeriums seit weit mehr als einem Jahr ein Evaluierungsbericht der Bundesregierung - nicht etwa der bösen Opposition - über die Effizienz arbeitsmarktpolitischer Instrumente liegt, dessen Ergebnisse vernichtend sind. In diesem Bericht werden gerade einmal neun von 80 arbeitsmarktpolitischen Instrumenten als irgendwie sinnvoll und zielgerichtet beschrieben; ansonsten wird das Geld anderer Leute, nämlich der Beitragszahler, offenkundig ineffizient ausgegeben.

Wie wäre es, wenn wir nach drei Jahren dieser Regierung, der sogenannten Großen Koalition, endlich einmal die Ausgabenseite der Bundesagentur betrachten würden, um sie so zu gestalten, dass Geld nur noch ganz gezielt für integrative Prozesse ausgegeben wird und nicht für irgendetwas, was ideologisch vielleicht wünschenswert wäre?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Dies ist ein guter Tag, denn der FDP-Politiker Niebel lobt die Bundesregierung häufiger.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

In diesem Fall danke ich ihm dafür. Wir sind Ihrer Anregung - nicht nur Ihrer Anregung, sondern auch der vieler anderer, übrigens auch unserer eigenen - gefolgt und haben

die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Kabinett beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird auf den Weg gebracht.

Die Zielsetzung der Koalition ist, die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente noch in diesem Jahr

zu beschließen. Dabei werden einige Instrumente abgeschafft, die sich unseren Evaluationserkenntnissen zufolge als nicht sinnvoll erwiesen haben oder in nur 80, 100 oder 300 Fällen überhaupt angewandt wurden.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir in der Arbeitsmarktpolitik einen Instrumentenkatalog benötigen,

den der einzelne Vermittler und die einzelne Vermittlerin im Gespräch mit den Arbeitssuchenden selbstständig anwenden kann, ohne in einem Handbuch blättern zu müssen.

Es kann auch nicht angehen, dass sich jeder Abgeordnete nach einer längeren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und nach mehrjährigem Engagement in der Sozialpolitik mit seinem eigenen arbeitsmarktpolitischen Instrument im Gesetz verewigt. Vielmehr brauchen wir eine überschaubare und flexible Handlungsstruktur. Diese werden wir mit diesem Gesetz schaffen.

Was Ihre Grundvermutung angeht, dass Geld, das für Arbeitslose ausgegeben wird, immer schlecht ausgegebenes Geld ist, bin ich mit Ihnen nicht einer Meinung.

Das ist allerdings eine grundsätzliche Haltung der FDP, die sehr häufig zum Ausdruck kommt, wenn Sie sagen, man müsse sparen. Uneleganterweise sagen Sie nicht, man müsse bei den Arbeitslosen sparen, sondern beim Scholz. Dabei meinen Sie aber nicht mein Weihnachtsgeld, (Dirk Niebel [FDP]: Nein! Ihren Staatssekretär zum Beispiel! - Peter Weiß [Emmendingen]

[CDU/CSU]: Was? Der Minister kriegt Weihnachtsgeld?) sondern Sie meinen, dass wir die aktive Arbeitsmarktpolitik, die wir für diejenigen machen, die keine Arbeit finden und in deren Rahmen wir unter Verwendung bestimmter Instrumente dazu beitragen wollen, dass sie einen Arbeitsplatz bekommen, einstellen sollten. Das ist eine falsche Herangehensweise. Eine solche Haltung ist von Missgunst gegenüber denjenigen, die ohne Arbeit sind, geprägt. Herr Niebel, diese Missgunst teilen wir nicht.

(Dirk Niebel [FDP]: Ich denke, Sie wollen das Richtige machen, Herr Scholz!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Frau Kollegin Pothmer, Sie haben jetzt Gelegenheit, zu fragen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Sie müssen den richtigen Knopf drücken!)

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Herr Brauksiepe, Sie geben mir immer sehr hilfreiche Tipps; dafür möchte ich mich in diesem Hohen Hause ausdrücklich bedanken.

Herr Minister, die Bundesagentur für Arbeit hat berechnet, dass die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent für das operative Geschäft ein Minus in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Folge hätte.

Diese Berechnungen fußen noch auf Wachstumserwartungen von 1,2 Prozent. Ich glaube, wir alle wissen,



dass das illusorisch ist. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben mitgeteilt, dass wir mit einer Wachstumsrate von 0,2 Prozent bis 0 Prozent zu rechnen haben. Das bedeutet weniger Einnahmen und eine höhere Arbeitslosigkeit, also auch mehr Ausgaben. Können Sie mir sagen, welche Wachstumserwartung bei dieser Absenkung auf 2,8 Prozent, die bis zum Sommer des übernächsten Jahres gelten sollen, zur Grundlage gemacht wurde?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich will noch einmal sagen: Die Bundesagentur für Arbeit hat aufgrund der guten Entwicklung des Arbeitsmarktes - infolge der Arbeitsmarktpolitik der Regierungen bis zur letzten Legislaturperiode, die wir gemeinsam getragen haben, und der jetzigen Regierung - Rücklagen aufgebaut; denn es ist uns gelungen, eine Belebung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, die dazu geführt hat, dass jetzt weniger Bürgerinnen und Bürger arbeitslos sind. Deshalb kommen wir mit den Einnahmen besser als in der Vergangenheit hin, sodass wir den Beitragssatz mehrfach senken konnten.

Wir haben uns jetzt überlegt, wie wir strukturell vorgehen. Dabei sind wir immer von den gleichen Zahlen wie die Bundesagentur für Arbeit ausgegangen, weil wir gemeinsam gerechnet und kalkuliert haben. Wir haben gesagt: Langfristig verantwortbar ist ein Beitragssatz von 3,0 Prozent. Darüber war ich mir mit dem Chef der Bundesagentur für Arbeit auch immer einig.

Gleichzeitig ist es die politische Überzeugung des Arbeitsministers und der Regierung - die aber auch von der Bundesagentur für Arbeit geteilt wird -, dass es nun keinen Sinn macht, sich wie Dagobert Duck seine Milliarden zu betrachten, sondern es vielmehr sinnvoll ist, sie für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Das tun wir. Wir glauben, dass wir den Beitragssatz von 2,8 Prozent bis zum Sommer des übernächsten Jahres vertreten können. Längerfristig haben wir strukturell einen anderen Beitragssatz festgesetzt.

Sollten wir - das ist jetzt natürlich eine ganz ehrgeizige Sache - in zügiger Zeit eine weitere Absenkung der Arbeitslosigkeit erreichen, dann würde man ihn auch strukturell weiter absenken können. Das kann man jetzt aber natürlich nicht vorhersehen und einfach in einen Gesetzentwurf schreiben, weil man fest daran glaubt, sondern das muss man dann auch beobachten und hochrechnen können. 2,8 Prozent sind also sehr vertretbar.

Im Übrigen spricht auch alles für die, wie ich finde, in der Tat intelligente Kombination, die die Regierung gewählt hat, nämlich einen Gesetzentwurf zu erstellen, in dem ein strukturell verantwortbarer Beitrag verankert ist, und über die Möglichkeit der Rechtsverordnung gleichzeitig Sorge dafür zu tragen, ein bisschen von dem Polster abzubauen und diese Mittel in einer Zeit, in der das Sinn macht, den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Pothmer, Sie wollen noch nachfragen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, werden Sie den Beitragssatz von 2,8 Prozent aufgrund der Tatsache, dass sich die Erwartung

von 1,2 Prozent Wirtschaftswachstum aller Voraussicht nach nicht erfüllen wird, sodass das angesammelte Geld schneller abschmilzt, auch früher als im übernächsten Sommer wieder anheben,

(Dirk Niebel [FDP]: Das kann er nicht, weil er dann nicht mehr regiert!)

oder bleiben Sie, egal was kommt, bei diesem Beitragssatz?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Wir haben uns fest vorgenommen, den Beitragssatz von 2,8 Prozent bis zu dem vorgesehenen Fristende beizubehalten.

Dass wir mehr Spielraum haben, ist richtig.

Das ergibt sich aus der rechtlichen Struktur und ist für diejenigen, die in der Sache etwas weniger mutig als die Regierung sind, vielleicht auch ganz beruhigend. Jedenfalls haben wir uns hinsichtlich des Zeitraums überlegt, welchen Beitragssatz man gut vertreten kann, ohne dass man sich korrigieren muss. Das sollte schon die Grundlage einer solchen Entscheidung sein. Deshalb glauben wir, dass wir damit gut zurechtkommen und dass sich das auch durchhalten lässt.

Im Übrigen teile ich mit Ihnen zwar das mulmige Gefühl, das wir alle angesichts der Daten haben, die wir von den Börsen und den Banken hören, und angesichts des riesigen Pakets für die Stabilisierung unserer Wirtschaft, das wir im Deutschen Bundestag in dieser Woche verhandeln. Gleichzeitig sage ich aber auch, dass es nicht unvermeidbar ist, dass wir mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Vielmehr können wir es schaffen - jedenfalls sollten wir von uns aus den Ehrgeiz entwickeln, alles zu versuchen, damit wir das erreichen -, dass die Arbeitslosigkeit strukturell und substanziell auch im nächsten Jahr gegenüber dem heutigen Niveau nicht steigt. Ich jedenfalls will Ihnen gerne versichern, dass ich zusammen mit den Abgeordneten dieses Hauses alles tun werde, was wir dazu beitragen können, damit wir weniger und nicht mehr Arbeitslose haben werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wollen Sie noch eine Nachfrage stellen? Es muss nicht sein. Es gibt keinen Anspruch auf zwei Nachfragen.

Das gilt für die Fragestunde. Wir wollen ja möglichst vielen Kollegen Gelegenheit geben, zu fragen. -

Also noch eine Nachfrage. Aber dann gehen wir weiter.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bedanke mich für die Großzügigkeit des Präsidenten an dieser Stelle.

Herr Minister, Sie sind ehrgeizig und hoffnungsvoll, dass die Arbeitslosigkeit nicht steigen wird. Nun gehen aber die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute davon aus, dass es im nächsten Jahr 400 000 zusätzliche Arbeitslose geben wird. Wenn ich Ihren Haushaltsentwurf anschau, dann stelle ich fest, dass Sie sogar so ehrgeizig sind, die Kosten im Bereich der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2011 um 2,7 Milliarden Euro zu senken. Gehen Sie auch vor dem Hintergrund der erkennbaren wirtschaftlichen Entwicklung davon aus, dass die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2011 so weit absinken wird, dass eine Kostenreduzierung in diesem Umfang möglich ist? Ich meine das jetzt nicht nur „geföhlt“. Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich bin nur Minister und Bundestagsabgeordneter und nicht mit prophetischer Gabe versehen.

(Dirk Niebel [FDP]: Schade!)

- Ja, schade eigentlich, Herr Niebel. Sie können mir ja noch dazu verhelfen, wenn Sie wissen, wie es geht.

Bitte, machen Sie es.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Niebel weiß es sicher nicht!)

Um Ihre Frage zu beantworten: Nach dem, was wir bei der Aufstellung des Haushalts berücksichtigen und mit dem wir rechnen konnten, sind das zwar ehrgeizige, aber erreichbare Ziele. Ich finde es wichtig, die Ziele dann auch mit Ehrgeiz zu verfolgen. Ich glaube auch, in der jetzigen Situation darf man sich von den Worst-Case-Szenarien, den Schlimmsten-Fall-Berechnungen, die angestellt werden, nicht in die Irre führen lassen. Auch in dem Gutachten, aus dem Sie eben zitiert haben, heißt es nicht, dass es so kommt. Darin wird eigentlich gesagt, dass man gar nicht weiß, wie es kommt, sondern nur, dass es auch schlecht kommen könnte. Dann wird ausgerechnet, wie es wäre, wenn es schlecht kommt. Ich glaube, wir sollten von dem Größenwahn Abstand nehmen, den Politik gelegentlich in diesen Dingen entwickelt, indem gesagt wird: Wir wissen, wie es geht, und wir haben es auch allein in der Hand. Aber wir sollten das, was wir tun können, machen. Da können wir ja doch auf eine Erfolgsbilanz zurückblicken; denn durch die Reformen, die wir mit der Arbeitsvermittlung und in der Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren zustande gebracht haben, ist es uns gelungen, den Arbeitsmarkt wetterfester zu machen. Trotz rauerer See - wenn ich das als Hamburger einmal sagen darf - besteht die große Chance, dass wir ans Ziel kommen. Deshalb sollten wir uns mehr darum bemühen, es hinzukriegen, als dass wir uns vor der Aufgabe fürchten.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Genau!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Möller, bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE):

Herr Minister, ich kann mir schon vorstellen, dass Sie ein mulmiges Gefühl haben. Das hätte ich, ehrlich gesagt, auch. Man braucht kein Hellseher zu sein, sondern man muss sich nur ein bisschen anschauen, was passiert; denn die sogenannte Finanzmarktkrise ist längst in der Realwirtschaft angekommen. Da kann ich Ihnen als Beispiele nennen: Absatzeinbrüche bei Opel, SAP legt ein Sparprogramm auf, und auch in der bayerischen Wirtschaft wird von einem Konjunkturunbruch geredet. Da braucht man kein Hellseher zu sein. Die Fakten liegen auf der Hand. Das heißt, es wird im nächsten Jahr zu einer Steigerung der Erwerbslosenquote kommen. Ich frage Sie: Wie können Sie es vor diesem Hintergrund, bei einem Wachstum von 0,2 Prozent, verantworten, jetzt die Beiträge zu senken? Wie realistisch und wie verantwortlich ist das?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:  
Zunächst einmal besteht Demokratie ja darin, dass man sich nicht dem Schicksal ergibt. Vielmehr werden Parlamente gewählt und Regierungen gebildet, weil wir Einfluss auf unser Leben nehmen und erreichen wollen,

dass es besser läuft, als wenn man nichts täte. Deshalb können Sie sicher sein, dass wir alles tun, was möglich ist, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Ich habe Ihnen eingangs gesagt, es ist etwas los; das kann man nicht leugnen. Das führt zu dramatischen Aktionen, wie wir sie in dieser Woche im Parlament erleben werden. Aber alle diese dramatischen Aktionen sind ja auch mit der Zielstellung versehen, möglichst zu verhindern, dass sich die Ereignisse auf den Finanzmärkten in der Realwirtschaft niederschlagen. Wir haben es nicht in der Hand, aber wir können das Unsere tun. Gerade in dieser Situation ist es nicht nur vielleicht, sondern erst recht und ganz besonders verantwortlich, wenn wir die Beitragssätze per Rechtsverordnung senken und die vorhandenen Rücklagen, die für sich gesehen keinen besonderen Sinn machen, in dieser Phase einsetzen, um der Konjunktur, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmen in unserem Lande zu helfen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Möller.

Kornelia Möller (DIE LINKE):

Halten Sie es bei einer Wachstumsprognose von 0,2 Prozent nicht für sinnvoller, ein Konjunkturprogramm aufzulegen und die Rücklagen für diejenigen zu verwenden, die erwerbslos werden, damit wir ihnen die Möglichkeit geben können, auf den Arbeitsmarkt zügig zurückzukehren? Wir dürfen sie nicht länger in der Erwerbslosigkeit halten, weil einfach kein Geld mehr da ist.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich unterstütze den einen Ansatz in Ihrer Nachfrage.

Wir dürfen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in der Verbesserung der Arbeitsvermittlung - die viel besser ist als früher, aber noch nicht so gut ist, wie sie sein sollte - nicht nachlassen.

Ich will die Ausgangssituation beschreiben: Als die Bundesanstalt für Arbeit noch existierte, waren 10 Prozent der Beschäftigten mit Vermittlung befasst. Am Ende des Prozesses - wir haben noch Entscheidungen zum weiteren Ausbau der Arbeitsvermittlung getroffen - werden wir es vielleicht geschafft haben, dass sich die Hälfte aller Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitsagenturen mit Vermittlungsaufgaben befasst. Das wäre ein großer Fortschritt, der sich im konkreten Leben und im konkreten Schicksal der Arbeitslosen positiv niederschlagen wird. Seien Sie sicher: Bei den Arbeitslosen wird, solange ich die Verantwortung dafür habe, nicht gespart werden. Ich fordere Sie auf, laut zu klatschen, wenn ich demjenigen, der demnächst sagt, es müsse gespart werden, Nein sage.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Nachfrage hat nun Kollege Müller.

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Minister, wären Sie bereit, den Kollegen der FDP Nachhilfe in Sachen SGB III zu geben?

(Widerspruch bei der FDP)

Herr Dr. Kolb und Herr Niebel haben den Titel des Gesetzes infrage gestellt. Wären Sie bereit, den Kollegen

der FDP mitzuteilen, dass im SGB III ausdrücklich von Beiträgen zur Arbeitsförderung und nicht von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung die Rede ist?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:  
Ich bin gerne bereit, Ihre Aussage zu verstärken, und sage: Ja, die Nachhilfe ist nötig.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass die FDP unglaublich ist, wenn Herr Niebel sagt, die FDP habe sich schon immer für niedrigere Beiträge eingesetzt? Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die FDP bei den letzten Abstimmungen immer gegen eine Beitragssatzsenkung gestimmt hat.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Was? Unglaublich!)

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Das Abstimmungsverhalten der FDP verfolge ich nicht im Detail. Das mag man mir nachsehen. Jedenfalls ist ihr Verhalten oft widersprüchlich. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es in der Politik ganz hilfreich ist, die Dinge vollständig zu nennen. Dass man von fünf Dingen, die es zu tun gilt, nur eines anspricht, bei dem jeder Beifall klatscht, und die vier anderen Dinge, die etwas schwieriger sind, einfach weglässt, sollte nicht zu einer modernen Demokratie gehören. Insofern müssten die FDP und insbesondere Herr Niebel dem Gesetzentwurf zustimmen oder sagen, dass notfalls die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit mit Milliarden aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden müssen.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]:

Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Kollege Kolb Gelegenheit, eine Frage zu stellen.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Minister, in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD steht der Satz:

CDU, CSU und SPD stellen sicher, dass die Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) dauerhaft unter 40 % gesenkt werden.

Sie haben vorhin davon gesprochen, dass die paritätisch finanzierten Beiträge unter 40 Prozent gesenkt werden sollen. Stimmen Sie mir zu, dass sich die zitierte Formulierung im Koalitionsvertrag auf den gesamten Sozialversicherungsbeitrag bezieht und dass sich die Regierung heute von dem Ziel der dauerhaften Senkung auf unter 40 Prozent verabschiedet? Sie gestehen ein, dass Sie trotz einer weitgehenden Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitragssatzes nicht in der Lage sind, die ansonsten von Ihnen geplante Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu kompensieren, dass wir also entgegen der ursprünglichen Absicht der Großen Koalition auf Dauer höhere Lohnnebenkosten haben werden.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich stimme Ihnen in der Interpretation des Koalitionsvertrages, dessen schriftliche Fassung ich im Wesentlichen zusammen mit dem Kollegen Kauder erstellt habe, nicht zu. Wir haben vielmehr in der ganzen Zeit immer betont, dass es aus unserer Sicht richtig ist, den paritätisch

finanzierten Beitragssatz unter 40 Prozent zu halten. Darum geht es. Darum haben Sie hier nichts Neues gehört. Sie haben die Frage schon hundertmal gestellt, weil Sie es einfach nicht lassen können. Real aber haben Sie Unrecht.

Das Zweite ist: Ich finde, jemand der mit die Verantwortung dafür trägt, dass der Beitragssatz zur Sozialversicherung von 32 Prozent auf 42 Prozent für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gestiegen ist, sollte noch mindestens fünf Jahre höflich schweigen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Kollege Kolb, noch eine Nachfrage.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Die fünf Jahre sind noch nicht um!)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Das verleitet mich dazu, eine Anmerkung zu dem zu machen, was in der Zeit passiert ist, als dieser Beitragssatzanstieg zu verzeichnen war, nämlich zur deutschen Einheit. Wir wollten diese im Gegensatz zu namhaften Vertretern Ihrer Partei. Aber das nur am Rande.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das ist leider wahr!)

Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat in diesem Haus einmal gesagt: Eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung um 0,1 Prozentpunkte kostet 100 000 Arbeitsplätze. - Meine Frage ist: Können Sie a) dieses Zitat bestätigen, und würden Sie mir b) zustimmen, dass sich durch Ihre Maßnahmen - nämlich Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte und Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte - ein negativer Saldo und damit ein negativer Beschäftigungseffekt für unsere Volkswirtschaft in der Größenordnung von 100 000 Arbeitsplätzen ergibt?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Nein, ich stimme Ihnen nicht zu, dass es einen negativen Beschäftigungseffekt gibt. Wir haben sorgfältig darauf geachtet, dass wir unseren Spielraum nutzen und die Beiträge zur Krankenversicherung so gering wie möglich anheben. Diese Anhebung ist deshalb auch geringer ausgefallen, als von den Lobbyisten des Systems, wenn ich das einmal so sagen darf, gefordert wurde. Es kommt Ihnen übrigens kein FDP-Politiker in die Quere, wenn Sie das laut sagen; der regt sich typischerweise über die Regierung auf, die eine geringere Erhöhung beschließt. Das Zweite ist: Zur Wahrheit gehört auch, dass unser Land über ein erstklassiges Gesundheitssystem verfügt und dass dieses Gesundheitssystem ohne Geld nicht zu haben ist. Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger sind gut beraten, Politikern, die ihnen versprechen, dass es für weniger Geld mehr gibt, nicht zu glauben; denn diese verhalten sich wie Zauberer. Auch ein Zauberer kann nicht zaubern, sondern er arbeitet mit Tricks, bei denen man nicht sieht, was passiert. Das gilt in gleicher Weise für solche Politiker. Es gibt keine Technik, die es erlaubt, eines der besten Gesundheitssysteme der Welt zu unterhalten, eine immer weiter steigende Lebenserwartung der Bevölkerung zu gewährleisten, obwohl nicht jeder joggt, nicht jeder auf das Rauchen verzichtet und nicht jeder einen mäßigen Alkoholkonsum hat, ohne dafür

Geld auszugeben. Das geht nur, weil uns die Gesundheit etwas wert ist und wir dafür Geld ausgeben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir mit unserem Geld so sparsam wie möglich umgehen. Der Trick, dies alles für umsonst zu erreichen, funktioniert nicht.

Was uns jetzt gelungen ist, ist eine sehr solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens. Darauf ist die Große Koalition sehr stolz; denn es ist uns gelungen, einen falschen Wettbewerb durch einen richtigen Wettbewerb zu ersetzen. Der falsche Wettbewerb, in dem die Kassenmanager standen, bestand darin, dass man sich die „richtigen“ Versicherten ausgesucht hat. Gut verdienende, gesunde Versicherte garantierten einen erstklassigen Beitragssatz für die eigene Krankenkasse. Der Wettbewerb, in dem die Kassenmanager in Zukunft stehen werden, wird darin bestehen, dass man das Beste für seine Mitglieder leistet. Das ist etwas, was wir, wie ich glaube, gut gemacht haben. Deshalb profitieren in nicht unerheblichem Maße viele Rentnerinnen und Rentner von diesem Schritt. Sie werden teilweise nicht die Beitragssatzerhöhungen tragen müssen, die sie sonst hätten tragen müssen, oder sie kommen sogar in den Genuss einer Beitragssatzsenkung. Denn es profitieren viele Kassen, unter deren Mitgliedern viele Rentnerinnen und Rentner mit geringem Einkommen sind, welche Krankheiten haben, die sich im Alter häufen. Ich glaube, wir haben in diesem Zusammenhang einen großen Beitrag zur Solidarität geleistet, der im Übrigen unserer Volkswirtschaft nutzen wird. Ein letzter Satz: Dass ein solidarischer Sozialstaat eine bessere Form von Marktwirtschaft ist, als es sie anderswo gibt, wie zum Beispiel in den USA, hat sich, so glaube ich, in diesen Tagen doch sehr deutlich bewiesen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Als letztem Fragesteller gebe ich dem Kollegen Brauksiepe das Wort.

(Dirk Niebel [FDP]: Das hätten wir jetzt nicht mehr gebraucht! Was der sagt, wissen wir schon!)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Minister, die FDP hat Klage darüber geführt, dass die Verordnung zur Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf 2,8 Prozent auf 18 Monate befristet sein soll und dass deswegen zu wenig Planungssicherheit besteht. Ist meine Erinnerung richtig, dass die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, die wir in der Zeit der Großen Koalition durch formal unbefristete Gesetze vorgenommen haben, jeweils nach weniger als 18 Monaten erfolgt ist und das durchaus im Interesse der Beitragszahler war?

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales:  
Herr Abgeordneter, ich stimme Ihnen völlig zu. Die Beitragszahler - sowohl die Unternehmer als auch die Arbeitnehmer - haben sich darüber gefreut, dass wir nicht so lange abgewartet haben, bis man sich endlich an den Beitragssatz gewöhnt hat, sondern ihn jeweils gesenkt haben. Diese kluge Umgehensweise mit den Beitragsgeldern wollen wir gern fortsetzen, insbesondere in Kombination mit einer effektiven Politik auf dem Arbeitsmarkt, die dafür sorgt, dass möglichst wenige von

den Beiträgen Gebrauch machen müssen, weil die allermeisten Arbeit und Beschäftigung haben.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Damit sind die Fragen zu diesem Themenbereich abgeschlossen. Es gibt jetzt noch - -

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Da waren noch Fragen!)

- Ich habe Ihre Mitteilung so verstanden, dass die Kollegin Pau eine Frage zu einem anderen Themenbereich stellen möchte.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ja, Frau Pau hat eine Frage zu einem anderen Themenbereich! Zuvor waren aber noch Fragen an Herrn Scholz!)

- Trotzdem sind die 30 Minuten vorüber. Das habe ich missverstanden, weil Sie zu mir kamen und sagten, die Kollegin Pau wolle eine Frage zu einem anderen Themenbereich stellen. - Ich erteile Ihr das Wort.

Petra Pau (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Einer Pressemitteilung der Bundesregierung habe ich entnommen, dass sie sich in der heutigen Kabinettsitzung auch mit Neuregelungen im Zivil- und Katastrophenschutz beschäftigt hat. Welche neuen Bedrohungsfälle meinte das Bundesinnenministerium in der Pressemitteilung zum Zivil- und Katastrophenschutz, (Dirk Niebel [FDP]: Lafontaine!) und ist mit der Formulierung, dass die Ressourcen des Bundes den Ländern bei besonders schweren Unglücksfällen zur Verfügung stehen sollten, auch der Einsatz der Bundeswehr nach Art. 35 Grundgesetz gegen Folgen terroristischer Anschläge gemeint?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wer kann dazu antworten? - Kollege Altmaier.

Peter Altmaier, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Präsident, ich beantworte die Frage selbstverständlich gern. - Die Bundesregierung ist ständig bemüht, neue Entwicklungen im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes zu beobachten. Dies bezieht sich auf Umwelt- und Naturkatastrophen genauso wie beispielsweise auf Stromausfälle, die es vor einigen Jahren gegeben hat, aber auch auf terroristische Angriffe und andere Gefährdungen. Vor einigen Jahren haben wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eingerichtet, das sich mit diesen Fragen beschäftigt. Es ist richtig, dass wir diese Ressourcen auch den Ländern zur Verfügung stellen. Sie wissen, dass sich der Bund beispielsweise an der Finanzierung von Feuerwehrausrüstung, von Fahrzeugen im ABC-Bereich, beteiligt. Auch diese stehen den Ländern in Zukunft zur Verfügung. Dafür mussten wir eine einwandfreie gesetzliche Grundlage schaffen.

Zum letzten Teil Ihrer Frage: Der Entwurf, den das Bundeskabinett beschlossen hat, bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Grundgesetzänderung zu Art. 35; denn wie sie wahrscheinlich selbst wissen, muss sie erst noch vorgenommen werden. Der heute im Kabinett beratene Gesetzentwurf bezieht sich auf die zurzeit bestehende Verfassungslage. Anlage 19

Antwort



des Parl. Staatssekretärs Hartmut Schauerte auf die Fragen des Abgeordneten Michael Leutert (DIE LINKE) (Drucksache 16/10519, Fragen 46 und 47):

Welche Auswirkungen hat die gegenwärtige Finanzkrise nach Ansicht der Bundesregierung auf die Finanzierung des Mittelstandes?

Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise an ihrem Kurs fest, kleinen und mittleren Unternehmen eine Finanzierung mit Wagniskapital zu empfehlen und diese steuerlich zu fördern, und wie begründet sie ihre Antwort?

Zu Frage 46:

Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen funktioniert die Finanzierung des Mittelstandes nach wie vor gut. Eine Kreditverknappung ist bisher nicht festzustellen. Im Gegenteil: Der Bestand an kurz- und mittelfristigen Unternehmenskrediten ist derzeit mit über einer Billion Euro so hoch wie noch nie. Auch die zinsgünstigen Förderkredite des Bundes, ERP und KfW, die vor allem an den Mittelstand vergeben werden, sind im 1. Halbjahr 2008 um 3 Prozent angestiegen und damit ein Beleg für die noch immer zufriedenstellende Kreditsituation für den Mittelstand; allenfalls bei den Konditionen kann ein gewisses Anziehen festgestellt werden. Die Bundesregierung wird die Entwicklung weiterhin im Auge behalten.

Zu Frage 47:

Die Finanzierung mit Wagniskapital ist für viele, vor allem junge innovative Unternehmen mit großem Wachstumspotenzial ohne Alternative, weil eine Fremdkapitalfinanzierung bei diesen Unternehmen sehr häufig nicht infrage kommt. Wagniskapital ist für diese Unternehmen auch deshalb vorteilhaft, weil - anders als bei Bankkrediten - dafür keine Sicherheiten verlangt werden. Das Ausfallrisiko der Finanzierung trägt der Kapitalgeber, nicht das finanzierte Unternehmen.

Anlage 20

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Klaus Brandner auf die Fragen des Abgeordneten Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE) (Drucksache 16/10519, Fragen 48 und 49):

Was ist aus Sicht der Bundesregierung erforderlich, um den Menschen mit Conterganschädigungen die volle Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, umfassende medizinische Versorgung und angemessene Alterssicherung zu gewährleisten, und was wird die Bundesregierung - auch mit Blick auf die Vorschläge und Forderungen aus der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Thema Contergan am 28. Mai 2008 - diesbezüglich in dieser Wahlperiode noch tun?

Was unternimmt die Bundesregierung - auch mit Blick auf die Vorschläge und Forderungen aus der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Thema Contergan am 28. Mai 2008 - zur Verbesserung der Situation der Angehörigen von Contergangeschädigten, insbesondere hinsichtlich der Gewährleistung einer angemessenen Alterssicherung trotz erheblicher beruflicher Einschränkungen infolge der jahrzehntelangen Betreuung und Pflege ihrer Kinder?

Zu Frage 48:

Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik

Deutschland gewährleistet umfangreiche und differenzierte Leistungen, die sich an der jeweiligen Bedarfslage der einzelnen Menschen orientieren. Diese sind insbesondere in den Regelungen der Sozialgesetzbücher, SGB, V, IX, XI und XII festgeschrieben. Dieses Sicherungssystem gilt gleichermaßen für Menschen mit Conterganschädigungen.

Darüber hinaus erhalten Contergangeschädigte in der Bundesrepublik Leistungen nach dem Conterganstiftungsgesetz. Die Leistungen nach diesem Gesetz sind steuer- und anrechnungsfrei.

Ob darüber hinaus besondere Maßnahmen oder Regelungen infolge alters-, gesundheits- und behinderungsbedingter Veränderungen erforderlich sind, ist derzeit Gegenstand intensiver Beratungen der zuständigen Bundesressorts mit Betroffenen und Experten verschiedener Fachrichtungen.

Zu Frage 49:

Die Unterstützung derjenigen Personen, die Pflegebedürftigen helfen, ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die in den zurückliegenden Jahrzehnten einen gesellschaftlichen Wandel erfahren hat. Bereits das Rentenreformgesetz von 1992 hat dies berücksichtigt und für Pflegepersonen Verbesserungen gebracht. So können Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen - auch einen pflegebedürftigen Contergangeschädigten - mindestens 10 Stunden wöchentlich häuslich pflegen, anfallende Pflegezeiten mit Pflichtbeiträgen versichern lassen oder sie - ohne Beitragszahlung - als Berücksichtigungszeiten anerkennen lassen.

Pflegeberücksichtigungszeiten können nur anerkannt werden, wenn bei dem Pflegebedürftigen ein bestimmter Grad der Pflegebedürftigkeit vorliegt und die von der Pflegeperson geleistete Pflege einen bestimmten zeitlichen Umfang erreicht.

Es ist gegenwärtig nicht daran gedacht, zugunsten der Pflegepersonen, die Contergangeschädigte betreuen, über die bereits mit dem Pflegegesetz ermöglichten Entlastungen der Pflegepersonen, hinauszugehen.

</ text >

< text 16183 >

Jetzt rufe ich die Tagesordnungspunkte 7 a bis 7 d auf:

a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung von Eisenbahninfrastrukturqualität und Fernverkehrsangebot - Drucksache 16/9797 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung von Eisenbahninfrastrukturqualität und Fernverkehrsangebot  
- Drucksache 16/9903 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Fritz

Kuhn, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter,

1) Anlagen 2 bis 6

2) Siehe Seite 19514 C

weiterer Abgeordneter und der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bahn-Börsengang angesichts der internationalen

Finanzkrise verschieben

- Drucksache 16/10455 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dorothee Menzner, Dr. Gesine Löttsch,

Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der

Fraktion DIE LINKE

Veräußerung von Anteilen an der Deutschen

Bahn AG stoppen

- Drucksache 16/10525 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die

Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fünf Minuten erhalten

soll. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege

Winfried Hermann, Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Die Brüche im Parlament sind manchmal hart:

Nachdem wir gerade noch über das Thema Afghanistan

gesprochen haben, kommen wir jetzt auf das Thema

Eisenbahninfrastrukturqualität

zu sprechen.

Der Börsengang musste - so haben wir in den letzten

Tagen vernommen - verschoben werden. Das war vermutlich

die einzig positive Seite der globalen Finanzkrise.

Wie ich finde, war es in der jetzigen Situation richtig,

zu sagen: Wenn man mit den Aktien der Bahn jetzt

an die Börse gegangen wäre, wäre dies die Verschleuderung von öffentlichem Eigentum, ein Notverkauf zu einem zu niedrigen Preis. Die Verschiebung war also richtig. Ich habe gehört, dass in Kreisen der Koalition, vor allen Dingen der CDU, gesagt wird: Wir wollen das aber noch dieses Jahr über die Bühne bringen. Dazu kann ich nur sagen: Es ist ziemlich naiv, zu glauben, dass sich die Börse so schnell erholt und dass es wirklich relevant bessere Bedingungen für einen Börsengang geben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube, es ist gut, wenn wir jetzt die Zeit nutzen, innezuhalten und zu fragen: Wenn der Börsengang in dieser Art schon nicht zustande kommt - wir haben ihn ja abgelehnt -, wie kann man die Sache dann anders angehen? Was ist zu regeln, bevor man privatisiert oder wieder an einen Börsengang denkt?

Es ist offenkundig, dass vieles nicht geregelt ist - jedenfalls gesetzlich -, was dringend regelungsbedürftig

ist, wenn man diesen Weg beschreiten will. Was sind die Gefahren, was sind die Risiken, wenn man das nicht tut?

Ich glaube, es ist eindeutig: Wenn man an die Börse geht, wenn man es wagt, Rendite in dieses Geschäft zu bringen, dann ist die Gefahr groß, dass das Netz renditeorientiert bedient wird, dass das Netz ausgedünnt wird, dass sich die Bedienungsqualität verschlechtert, weil sich eben nicht alles rechnet, was aus grundgesetzlichen Gründen, aus Gründen der Gerechtigkeit und der Daseinsvorsorge aber sinnvoll und notwendig ist.

Dieser Gefährdung vor allem des Fernverkehrs wollen wir etwas entgegensetzen. Die Regierung und die Koalition wollen das offenbar nicht. Wir haben dazu einen Vorstoß gewagt, übrigens nicht allein: Parallel dazu hat der Bundesrat mit großer Mehrheit denselben Vorstoß gewagt. Wie Sie wissen, haben die Grünen dort keine Mehrheit. - Frau Präsidentin, es ist irgendwie ziemlich ärgerlich, dass hier sehr laut geredet wird, wenn ich das einmal sagen darf. Es wäre nett, wenn die betreffenden Personen ihre Fraktionsverhandlungen draußen führten.

Die Regierung hat jedenfalls nichts getan, um das Parlament in die Behandlung all dieser Probleme, die wir haben, ernsthaft einzubinden. Sie haben uns viel versprochen, was die Parlamentsbeteiligung anbelangt. Wir als Parlament sind in all diesen Punkten, wenn überhaupt, nur informiert worden, aber wir haben nicht abgestimmt, weder beim Beteiligungsvertrag noch bei der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung. Es fehlt eine Anreizregulierung. Das alles sind Punkte - erinnern Sie sich einmal -, von denen Sie im Laufe der Debatte immer wieder gesagt haben: Das wird zwingend notwendig; da wollen wir das Parlament einbeziehen.

Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir klare politische Ziele verfolgen: selbstverständlich mehr Verkehr, Personen- wie Güterverkehr, auf die Schiene. Wir wollen, dass das effizient geschieht. Wir wollen, dass die Politik die Steuerungskompetenz behält. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage haben, auf der beurteilt werden kann, wie sich die Sache entwickelt, und auf der Regierungshandeln stattfindet und auch kontrollierbar

sein muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zentralen Punkte unseres Gesetzentwurfs sind:

Wir wollen - das ist die Mindestvoraussetzung - einen wirklich transparenten und informativen Infrastrukturbericht. Das ist mehr als der Netzzustandsbericht, den es bisher gibt. Das ist nämlich nur eine Fülle von Daten ohne Aussagekraft. Wir wollen einen Infrastrukturbericht, der etwas über die Leistungsfähigkeit des Netzes aussagt.

Wir wollen eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die einer externen Kontrolle unterliegt, sodass sich die Regierung nicht überlegen kann: kontrolliere ich, oder kontrolliere ich nicht? Glaube ich der Bahn, oder glaube ich ihr nicht? Was dazu bisher vorliegt, halten wir für ziemlich unzulänglich.

Wir wollen gerade den Fernverkehr sichern. Wir sehen nämlich, dass der gefährdet ist. Schon heute werden Oberzentren abgehängt, gibt es interne Papiere der Bahn, nach denen in den nächsten Jahren ein Oberzentrum nach dem anderen abgehängt wird, wenn es sich nicht rechnet; zum Beispiel in Baden-Württemberg ist das Konstanz. In den neuen Bundesländern sind mittelgroße Städte schon heute abgehängt. Die werden natürlich keine Chance haben, dass das Angebot verbessert wird. Unser Gesetzentwurf besagt: Der Bundesgesetzgeber muss eine bestimmte Bedienungsqualität festlegen, zum Beispiel Fernschnellverbindungen. Es muss klar sein, dass es solche Verbindungen mehrfach am Tag gibt. Wir als Grüne plädieren sogar für einen Deutschlandtakt, gerade im Fernverkehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu guter Letzt: Wir halten es auch für sinnvoll, dass man Teile des Netzes, die nur regionale Bedeutung haben, den Ländern zur Bewirtschaftung und zur Sanierung übergeben kann, wenn die Länder ein Interesse daran haben. Den Einwand der Bundesregierung, das wäre grundgesetzlich nicht abgesichert, finde ich ziemlich lächerlich.

Wenn ich mir überlege, welche Konstrukte Sie beim Eigentumssicherungsmodell angeboten haben, was man mit dem Eigentum danach alles hätte machen können, muss ich sagen: Es ist erstaunlich, dass Sie so wenig findig sind, wenn es darum geht, den Ländern eine bestimmte Verantwortung zu übertragen, ohne dass Sie das Eigentum vollständig abgeben müssen.

Ich komme zum Schluss. Das Fazit lautet: Wir wollen einen besseren Schienenverkehr. Wir wollen mehr Schienenverkehr. Wer das will, wer auch den Grundgesetzauftrag im Fernverkehr und in der Fläche ernsthaft und dauerhaft realisieren will, der muss einer gesetzlichen Grundlage zustimmen, die genau das alles regelt, nämlich unserem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es ging um die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung

„Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan ... unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“, Drucksachen 16/10473 und 16/10567. Abgegebene Stimmen 570. Mit Ja haben gestimmt 442 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 96 Abgeordnete, Enthaltungen 32. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen. Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 sowie den Zusatzpunkt 3 auf:

4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Energiekosten sozial ausrichten - Sozialtarife einführen, wirksame Strompreisaufsicht schaffen, Energiesparen ermöglichen

- Drucksache 16/10510 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Haushaltsausschuss

ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Renate

Künast, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

Energiesparen für alle - Kosten senken, Klima schützen

- Drucksache 16/10585 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Haushaltsausschuss

Auch diese Aussprache soll nach einer interfraktionellen

Vereinbarung 90 Minuten dauern. - Dazu sehe ich

keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst

dem Kollegen Hans-Kurt Hill für die Fraktion

Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzkrise überdeckt ein wichtiges Thema. Die Energiepreise steigen und steigen. Die Folge ist: Armut per Steckdose. Das fatale Treiben der Banker wird diese soziale Schieflage weiter verschärfen, und es kostet bereits Arbeitsplätze. Deshalb fordert die Linke: Energie muss

bezahlbar sein und auch bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das bedeutet: Nur Sozialtarife, also die Halbierung der herkömmlichen Tarife, können Männern, Frauen und Kindern in armen Haushalten sofort helfen. Wir müssen den Energiekonzernen auf die Finger schauen. Dann werden wir gerechte Preise bekommen. Auch die Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen wollen Energie sparen. Das muss gefördert werden. Wer aber mehr Einkommen zur Verfügung hat, kann auch mehr für Energie bezahlen und fürs eigene Energiesparen sorgen. Die Bilanz der Kanzlerin und ihres bayerischen Bundeswirtschaftsministers können sich wirklich sehen lassen:

Seit Antritt dieser Bundesregierung ist Strom um 20 Prozent teurer geworden, und Heizenergie verteuerte sich sogar um 40 Prozent. So sieht die soziale Gerechtigkeit der Regierungskoalition aus. Das ist auch ein Grund für das zunehmende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland; denn gleichzeitig sind gerade die unteren Einkommen gesunken. Es ist geradezu zynisch, wenn der Berliner SPD-Senator Sarrazin die Empfehlung ausspricht, sich warm anzuziehen. Die Rentnerinnen und Rentner werden mit einer Rentenerhöhung von 1,1 Prozent abgespeist, und dann wundern Sie sich, wer te Kolleginnen und Kollegen, wenn es in einem Land, das seine Wirtschaftskraft rühmt und einen Spitzenplatz in der Welt einnehmen will, mittlerweile über 800 000 Stromsperrungen gibt. Das ist mit nichts zu rechtfertigen.

Energie ist lebensnotwendig wie der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Sie lassen es zu, dass es in Deutschland ein neues Phänomen gibt: Energiearmut. Wenn man im Land unterwegs ist, bemerkt man, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland keinen angemessenen Zugang zu Energie mehr leisten können. Währenddessen lachen sich die Energiekonzerne ins Fäustchen und stopfen sich ungehindert die Taschen voll. Was macht die Energiekanzlerin der Merkel-Regierung? Als Freundin der Strombosse verhindert sie eine europaweite und wirksame Kontrolle der Energiekartelle. Die Linke sagt hierzu: So nicht, Frau Merkel!

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt schreien Sie von CDU/CSU und SPD wahrscheinlich, man habe die Netzgebühren gesenkt und das Kartellrecht verschärft, was zu Preissenkungen geführt habe. Verzeihen Sie, die Realität ist eine andere; die Leute fühlen sich von Ihnen veräppelt. Die Strompreise steigen immer schneller, und Wirtschaftsminister Glos stochert weiter nur im Nebel herum. Ihre Papiertiger haben auf den Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher keine Spuren hinterlassen, meine Damen und Herren von der Regierung.

Die Linke hat natürlich die Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Auge. Deshalb schlagen wir dem Bundestag vor, im Strombereich mit wirksamen Maßnahmen zu beginnen. Es sind fünf Punkte: Erstens brauchen wir gezielte Energieberatung, um die machbaren Sparpotenziale auszuschöpfen. Zweitens brauchen wir Sozialtarife, die deutlich unter den Normalkosten liegen. Damit bleiben bei den Bürgerinnen

und Bürgern, die nicht so viel Einkommen haben,  
das Licht an und die Heizung warm.

Drittens brauchen wir eine kostenfreie Sockelversorgung,  
die Haushalte mit geringem und durchschnittlichem  
Energieverbrauch entlastet.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens brauchen wir eine wirksame Strompreisaufsicht  
durch die Länder, um die Preise überprüfbar zu machen.

Fünftens brauchen wir die Abschöpfung der überhöhten  
Profite bei den Energiekonzernen. Damit finanzieren  
wir langfristige Maßnahmen für Energieeffizienz, Energieeinsparung  
und die Zuschüsse für energiesparende  
Geräte.

Die Linke will, dass sich alle Menschen Energie leisten  
können. Niemand soll im Dunkeln oder im Kalten  
sitzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus den anderen Fraktionen habe ich von einigen, zumeist  
halbherzigen Vorschlägen gehört. Klar ist: Wer  
glaubt, man könne Menschen mit kleinem Geldbeutel  
helfen, indem man ihnen ausschließlich Energiesparen  
verordnet, der kann wirklich gleich Wollpullover verteilen.

Ist Ihnen eigentlich klar, was es bedeutet, mit  
351 Euro Hartz IV im Monat auskommen zu müssen?

Auch die Grünen frage ich: Wie wollen Sie Menschen  
helfen, die schon alles gemacht haben, um Strom zu sparen,  
und trotzdem ihre Stromrechnung nicht bezahlen  
können? Sie, die Hartz IV mitbeschlossen haben, sollten  
aufhören, die Menschen zu schikanieren, die Sie selbst  
mit arm gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihre Idee einer  
verbilligten Sockelversorgung ist gut. Sie greift bei  
armen Haushalten aber zu kurz und muss mit Sozialtarifen  
gekoppelt werden. Nur gemeinsam wird ein Schuh  
daraus.

Sozialtarife helfen Menschen, die aufgrund der Energieteuerung  
in Not geraten sind. Die Sockelversorgung  
hilft auch Familien mit unteren und mittleren Einkommen  
oberhalb von Transferleistungen. Ein Sockelbetrag,  
der von allen solidarisch getragen wird und hohen Verbrauch  
verteuert, ist richtig und findet unsere Zustimmung.

Es handelt sich dabei aber um eine rein ökologische  
Maßnahme. Sie erfassen die soziale Situation der  
betroffenen Menschen nicht. Das ist der Punkt, den Sie  
dabei übersehen. Deshalb sind solche Vorschläge ein  
Anfang; aber sie sind wirkungslos, wenn die Menschen  
ohnehin kein Geld in der Tasche haben. Ich kann nicht  
verstehen, werte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere  
von der SPD, dass Sie dem Parlament bis heute keinen  
geeigneten Vorschlag vorgelegt haben. Ich bedaure  
das sehr.

Die Bundesregierung ist nicht bereit, die Sozialleistungen  
für die über 7 Millionen Betroffenen - zum Beispiel  
Hartz-IV-, Wohngeld-, Sozialhilfe-, Bafög-Empfängerinnen  
und -Empfänger, Rentnerinnen und Rentner; auch  
Asylbewerberinnen und Asylbewerber gehören dazu -  
zu verbessern.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist unwahr! Wohngelderhöhung  
ist beschlossen! Falsch aufgeschrieben,



Herr Kollege!)

Die Linke fordert, diese Menschen wenigstens bei der teuren Energie zu entlasten und beim Kauf Strom sparender Geräte zu unterstützen. Wir fordern - ich glaube, ein ähnlicher Vorschlag kam vor kurzem auch aus der SPD - Klimaschecks, mit denen arme Haushalte in die Lage versetzt werden, sich neue Geräte mit geringem Verbrauch zu leisten. Bei den Sozialtarifen ist eine echte und spürbare Entlastung wichtig. Eine Halbierung der Stromrechnung ist gerechtfertigt; denn die Energiepreise schlagen sich langfristig in den Preisen aller Produkte des täglichen Lebens nieder.

Natürlich muss die Inanspruchnahme eines Sozialtarifs an eine Energieberatung gekoppelt sein. So können machbare Sparpotenziale gehoben werden. Das Ziel ist, eine Verbrauchssenkung bei allen zu erreichen. Ein wirksamer Klimaschutz ist Aufgabe für alle, nebenbei bemerkt: auch für die Industrie.

Noch ein Punkt. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung den Stromkonzernen auch noch soziale Regelungen im Energiebereich überlässt. Die Folge ist: Eon und Co legen in ihrem eigenen Interesse willkürliche Regeln fest, meist zeitlich begrenzt oder nur für wenige Kunden. Darüber hinaus werben sie mit der Not der Menschen, während sie hinterrücks weiter den Strommarkt manipulieren.

Die Linke sagt: Energie ist öffentliches Gut, und die Regelung von Sozialtarifen ist Sache des Staates.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Energiewirtschaftsgesetz muss sozial und ökologisch ausgestaltet werden. Den Strombossen sind in ihrem grenzenlosen Schalten und Walten endlich die Daumenschrauben anzulegen. Zuallererst muss deshalb eine wirksame Strompreisaufsicht eingeführt werden. Es geht nicht darum, wie von der CDU immer gerne behauptet wird, die Preise staatlich zu verordnen. Vielmehr müssen die Unternehmen endlich ihre Preisgestaltung offenlegen, damit diese umfassend überprüft werden kann, selbstverständlich auch von den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Ich fasse zusammen. Bezahlbare Energie und Klimaschutz gehen zusammen, wenn die Maßnahmen sozial ausgewogen sind. Erstens. Nur Sozialtarife im Energiebereich können Energiearmut verhindern. Zweitens.

Energiesparen ist Pflicht für alle. Drittens. Nur wenn das Stromkartell umfassend kontrolliert wird, sinken die Preise. Viertens. Wir brauchen ein Konjunkturprogramm mit einem Energiesparfonds, durch den Bürgerinnen und Bürger dazu angehalten werden, effizient zu handeln und sparsam mit Energie umzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Davon sollen vor allem die Menschen mit kleinem Geldbeutel profitieren. Wir Linke wollen nicht, dass es bei diesen Menschen zappenduster wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege

Dr. Joachim Pfeiffer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute über diesen Antrag der Linken. Herr Hill, Sie stellen sich hier hin und fordern günstige Stromtarife für alle. Das ist an Populismus nicht zu überbieten; denn Ihre Forderungen und vorgeschlagenen Maßnahmen würden den Strom nur teurer machen.

Sie fordern einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie. Sie wollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen. Sie wollen insgesamt aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen. Vor Ort sind Sie gegen den Neubau von Leitungen, in denen erneuerbare Energien aus Windkraftanlagen in die Verbrauchszentren transportiert werden sollen, und, und, und. Die Liste lässt sich fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Höherer Populismus! - Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Sagen Sie mal was zu den Sozialtarifen!)

Nach dem Motto „Freibier für alle“ stellen Sie Forderungen in einer Größenordnung von 130 Milliarden bis 140 Milliarden Euro auf; das ist einmal zusammengerechnet worden. Dann stellen Sie fest, dass dies auch finanziert werden muss; denn es fällt ja nicht vom Himmel. Wie soll dies finanziert werden? Über Steuern und Abgaben, die den Bürger belasten. Schließlich sagen Sie: Der arme Bürger ist so sehr belastet. Deshalb brauchen wir Sozialtarife.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lieber Herr Hill, es ist ziemlich durchsichtig, was Sie betreiben. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Anstatt gegen Castor-Transporte zu sein, sollten Sie sich lieber von der Fidel-Castro-Politik lossagen, die mit populistischen Forderungen und Sprüchen am Thema vorbei geht, und sich an einer Politik orientieren, die nicht an Symptomen kuriert, sondern an den Wurzeln ansetzt.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Das ist das, was wir in der Union und auch in der Großen Koalition machen, nämlich an den Wurzeln ansetzen und nicht an den Symptomen kurieren. Das will ich Ihnen jetzt darlegen.

Mit dem Integrierten Energie- und Klimapaket schaffen wir es, bis zum Jahr 2020 20 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen. Das heißt, dass wir an erster Stelle den Königsweg der Energieeffizienz beschreiten. Das ist die beste Energiepolitik: Die Energie, die nicht verbraucht wird, ist gut für das Klima. Sie kostet den Bürger nichts, also spart er Geld. Dies ist letztlich auch ein Mittelstandsbeschäftigungsprogramm, wenn man beispielsweise an die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungen oder den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien zur Heizung oder Kühlung im Haus denkt.

Was machen wir im Strombereich ganz konkret? Wir wollen und werden die staatlichen Belastungen - anders als Sie es für andere Bereiche vorschlagen - nicht weiter erhöhen. Die Grenze der Belastung ist hier nämlich erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen und werden mit den neuen Maßnahmen des

Emissionshandels den Bürger entlasten.

Was haben wir bisher schon erreicht? Stichwort: Netznutzungsentgelte. Überall steigen die Preise. Wir haben bei den Netznutzungsentgelten in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht - das ist ein Erfolgsmodell; das muss man sich einmal vergegenwärtigen -: Seit dem Jahr 2005, als wir die Regulierung eingeführt haben, sind die Netznutzungsentgelte in der ersten Regulierungsperiode von 2006 auf 2007 - um einmal die Gesamtsumme zu nennen - um 2,5 Milliarden Euro nicht erhöht, sondern gekürzt worden; ich verweise auf den kürzlich durch die Bundesnetzagentur vorgelegten Monitoringbericht 2008. Das ergibt für den Bürger weitere 1,6 Milliarden Euro, die ihn nicht mehr belasten. Bei Netznutzungsentgelten von insgesamt 23 Milliarden Euro im Jahr 2005 beschreiten wir mit der Anreizregulierung, die im nächsten Jahr beginnt, einen Pfad, auf dem wir in vier bis fünf Jahren auf 18 Milliarden Euro kommen - und das in einem Umfeld, in dem die Preise insgesamt steigen. Dies ist eine Entlastung, die der Bürger auch zu spüren bekommt.

Laut Monitoringbericht - um für den Bürger auch Konkretes zu nennen - sind die Preise von April 2007 bis April 2008 um 3,3 Prozent bis 7,7 Prozent zurückgegangen. Wäre dieses Instrument so nicht eingesetzt worden, wäre der Strompreis für den normalen Durchschnittshaushalt um 21,7 Prozent höher gewesen, als er jetzt ist, und für den energieintensiven Verbraucher in der Industrie wäre er um 15 Prozent höher gewesen als jetzt.

Insofern wirkt unsere Politik ganz konkret nicht nur kostendämpfend, sondern sogar kostenentlastend.

Des Weiteren haben wir den Wettbewerb im Blick und wollen ihn weiter stärken. Stichworte sind hier: GWB-Novelle und Netzanschlussverordnung.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Das erklären Sie schon seit drei Jahren! Was ist denn passiert?)  
Nur mit mehr Anbietern und mehr Liquidität erreichen wir einen besseren Wettbewerb, aber nicht mit der Verhinderung von Kraftwerksneubauten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben jetzt das Instrument des Smart Metering eingeführt. Die ersten Feldversuche zeigen, dass der Bürger - auch der Bürger ist gefordert; es geht um Konsumentensouveränität - bis zu 30 Prozent seines Stromverbrauches einsparen kann, weil er mit dem Smart Metering in der Lage ist, sekundengenau zu wissen, wie viel Strom er verbraucht und wie viel ihn das kostet. Es ist Schluss mit der Blackbox. Heute ist es so, dass der Bürger zwölfmal im Jahr eine Abschlagszahlung leistet und nach einem Jahr eine Gesamtrechnung bekommt, ohne zu wissen, wie sich diese im Einzelnen zusammensetzt. Zukünftig kann er seinen Verbrauchsverlauf genau nachvollziehen. Ab 2010 - wir haben das im Gesetz vorgesehen - werden lastvariable Tarife angeboten. Das heißt, der Bürger kann reagieren: Da er weiß, wann der Strom günstiger ist, kann er entsprechend die Waschmaschine, den Wäschetrockner oder was auch immer laufen lassen. Das, was bei der Telekommunikation zu einer Preisspirale

nach unten und einer Erhöhung der Wettbewerbsintensität geführt hat, kann jetzt endlich auch im Strombereich eingeführt werden. Dies gibt dem Bürger Souveränität über seine Rechnung und seinen Stromverbrauch, was ihm hilft, wenn er sich engagiert, Kosten zu sparen.

Die Große Koalition hat - da wird schlicht die Unwahrheit behauptet; Kollege Kelber hat völlig recht - das Wohngeld rückwirkend zum 1. Oktober dieses Jahres angehoben.

(Zuruf des Abg. Hans-Kurt Hill [DIE LINKE])

Wir haben eine Heizkostenkomponente eingeführt. Gerade dies entlastet die einkommensschwache Bevölkerung. Wir sehen auch in anderen Bereichen Verbesserungen vor: zum Beispiel beim Kinderfreibetrag, beim Kindergeld; um nur einige Stichworte zu nennen. Für die Leistungsträger in unserer Gesellschaft, für diejenigen, die arbeiten, wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag weiter auf 2,8 Prozent von einstmalig 6,5 Prozent gesenkt. Das bedeutet für den Durchschnittsverdiener in diesem Land eine Entlastung von 750 Euro pro Jahr. Das ist die Politik der Großen Koalition. Sie entlastet den Bürger konkret mit einem austarieren Maßnahmenpaket im Energiebereich, aber auch im Bereich von Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Abschluss möchte ich den Verbraucher direkt ansprechen; denn auch der Verbraucher ist gefordert. Es ist zwar Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen zu setzen, und Aufgabe der Energiewirtschaft, entsprechende Angebote zu machen. Diese Angebote müssen aber auch vom Verbraucher angenommen werden. Leider kam vieles erst sehr zögerlich in Gang. Von 1998 bis 2007 haben nur knapp 2 Millionen Menschen den Stromanbieter gewechselt. Im letzten Jahr ist Gott sei Dank Dynamik hineingekommen, sodass jetzt insgesamt 4,5 Millionen Menschen einen Wechsel vollzogen haben. Wenn Sie die Leute fragen, wie oft sie ihren Handyanbieter gewechselt haben, dann stellen Sie fest, dass fast jeder schon einmal eine Veränderung vorgenommen hat. Im Strombereich sind wir noch nicht so weit. Der Verbraucher hat es in der Hand, etwas zu unternehmen. Die Verbraucherverbände sagen ganz klar: Schon bei der heutigen Wettbewerbssituation kann der einzelne Verbraucher bis zu 30 Prozent seiner Stromrechnung einsparen, wenn er die günstigste Variante wählt. Deshalb kann ich an dieser Stelle nur die Verbraucher auffordern, ihren Teil beizutragen.

Das alles ist ein Gesamtpaket und keine Mogelpackung, wie es Sozialtarife wären. Damit bekommen wir das Energieproblem in den Griff.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Garrelt Duin [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Gudrun Kopp das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Gudrun Kopp (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und

Damen! Auch angesichts der Finanzmarktkrise kommen wir am heutigen Tage zu anderen politischen Problemfällen. Die hohen Energiepreise sind natürlich ein Dauerproblem, dessen Lösung wir seit vielen Monaten vor uns herschieben. Viele Bürger und Bürgerinnen draußen im Lande wissen nicht mehr, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen. Es ist völlig klar, dass es hier zu einer Entlastung kommen muss. Wir Liberale sehen dafür völlig andere Instrumente vor als Sie, Herr Hill, von den Linken und als die Grünen, die heute hierzu ebenfalls einen Antrag vorgelegt haben. Wir haben bereits vor einigen Wochen unsere Vorstellung von einer Entlastung der Bürger eingebracht; darauf komme ich gleich zu sprechen. Wenn beide Fraktionen, die eben von mir genannt wurden, einen Energiesparfonds einfordern - die eine politische Gruppierung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, die andere sogar in Höhe von über 3 Milliarden Euro -, wenn pro Kopf der Bevölkerung eine Energiesparprämie von 50 Euro bzw. eine sogenannte Geräteabsatzprämie von 250 Euro gefordert wird - der Bundeswirtschaftsminister kann sich eine sogenannte Kühlschranksprämie in Höhe von 150 Euro pro Gerät als Zuschuss sehr gut vorstellen; Minister Tiefensee packt noch einen drauf und möchte eine steuerliche Vergünstigung für sogenannte Ökoautos -, dann kann ich nur sagen: Das alles sind populistische Maßnahmen, die viele Mitnahmeeffekte auslösen, die die breite Bevölkerung, die eine Entlastung nötig hätte, aber nicht treffen. Insofern sind diese Maßnahmen ungeeignet.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Pfeiffer, das Folgende betrifft Sie, die Vertreter der Regierungskoalition und die Bundesregierung: Sie haben auch heute keinen Vorschlag eingebracht, der geeignet wäre, die hohen Steuern und Abgaben auf Strom - die Belastungen liegen bei 40 Prozent - zu senken. Sie gehen immer vom Status quo aus und sagen: Da machen wir Schluss; das ist unsere Deckelung. - Wir hingegen möchten von diesen hohen Steuern und Abgaben herunterkommen. Wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass die von der Linken geforderten Sozialtarife höchst unsozial sind.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie treffen nämlich nicht die Durchschnittsverdiener. Das Durchschnittseinkommen in Deutschland liegt bei rund 3 100 Euro brutto pro Kopf und Monat. Diese Menschen werden doppelt belastet: Als Arbeitnehmer zahlen sie Steuern und müssen darüber hinaus auch noch die Lasten durch Sozialtarife und andere Sondertatbestände schultern. Ferner schwächen Sie die kleineren Stromanbieter am Markt, beispielsweise die Stadtwerke. Rund die Hälfte aller Strom- und Energiebezieher sind immer noch Kunden von Stadtwerken. Genau diese Anbieter schwächen Sie und stärken die Oligopolisten am Markt. Das kann nicht sein; das ist nicht FDP-Politik, weil das nicht zielführend ist.

(Beifall bei der FDP - Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätte uns auch gewundert! - Ulrich Kelber [SPD]: Aber bei den Atomreaktoren wollen Sie das Oligopol

stärken!)

- Ja, lieber Kollege Kelber, auch der breite Energiemix gehört dazu. Vor allen Dingen gehört dazu - das sage ich ganz deutlich an Ihre Adresse -, dass wir die Scheuklappen abnehmen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Dann fangen Sie doch einmal an! Die sind bei Ihnen doppelt vorhanden!)

- Ich sage: Wir brauchen einen breiten Energiemix. Wir müssen der Gefahr einer Stromlücke, die auf uns zukommen kann, begegnen. Wir können die Stromversorgung in Deutschland nicht ohne die Nutzung von Kernkraftwerken und Kohle gewährleisten. Das ist nun einmal nicht möglich, ob Sie das nun toll finden oder nicht.

(Beifall bei der FDP - Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie reden von

Ideologie! Sie sind doch voll von Ideologie!)

Die FDP hat in den Deutschen Bundestag einen Antrag zur Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent eingebracht. Das wäre ein gangbarer Weg, von dem alle profitieren würden. Es gäbe keine Ausnahmetatbestände, keine Bevorzugung bestimmter Bevölkerungsgruppen und keine Benachteiligung anderer. Vielmehr hätten wir mit Blick auf die Grundversorgung eine Basis, auf der man agieren könnte. Also: Mehrwertsteuerreduzierung.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Sie selbst erhöht haben während Ihrer Regierungszeit!)

- Ich erinnere daran, dass die jetzige Bundesregierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte vollzogen hat, liebe Kollegin Höhn. Auch Sie werden sich sicher noch daran erinnern.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Grünen haben ihren Anteil an den hohen Subventionen und an den milliardenschweren Belastungen der Bürger, insbesondere der Stromkunden. Seien Sie also ganz friedlich!

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! -

Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gibt keine Regierungspartei, die die Mehrwertsteuer so stark erhöht hat wie Sie!)

Ferner fordere ich insbesondere die Union, deren Vertreter hier eben noch einmal dargestellt hat, wie wichtig der Emissionshandel und die Einnahmen daraus sind, auf, die Dinge auch tatsächlich umzusetzen.

(Beifall des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU])

In diesem Jahr starten wir in Deutschland mit einer Versteigerung von knapp 10 Prozent der CO2-Zertifikate.

Die Einnahmen in Höhe von rund 900 Millionen Euro brutto müssen an die Stromkunden zurückgegeben und dürfen nicht in einzelne Förderprojekte gesteckt werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU])

Wir halten den Emissionshandel für das geeignete Klimaschutz- und Ressourcenschutzinstrument, das es möglich macht, dass alle anderen Parallelinstrumente entfallen. Wir wünschen uns, dass es hier endlich Klarheit gibt.

Folgende Punkte sind für die FDP wichtig:

Erstens. Wir machen nicht dabei mit, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel, die immer weiter steigen

und ab 2013 wahrscheinlich in zweistelliger Milliardenhöhe liegen, nicht an die Energiekunden zurückgegeben werden. Wir wollen eine Rückschleusung und wollen die Bürger entlasten.

Zweitens. Wir möchten, dass auf EU-Ebene und in Deutschland Klarheit darüber besteht, was mit den stromintensiven Industrien passieren soll. Wenn im Umweltausschuss des Europa-Parlaments und in der EU-Kommission beschlossen wurde, sich erst nach dem Jahr 2011 zu entscheiden, dann muss ich sagen: Das ist das Gegenteil von verllässlicher Politik. Ich fordere die Bundesregierung auf, auf der europäischen Ebene Klarheit zu schaffen. Wir brauchen vor dem Jahr 2011 für unsere Wirtschaft die klare Ansage, was energieintensive Industrien, die ja im internationalen Wettbewerb stehen, mit ihren 600 000 Arbeitsplätzen in Deutschland erwartet. Wir möchten nicht, dass aus Deutschland Industrien abwandern, mit der Folge, dass die Emissionen in Nachbarländern entstehen und nicht abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Wir wünschen uns - das haben wir bereits klargemacht -, dass die Bundesregierung endlich eine Netz AG, wie wir sie bereits vorgeschlagen haben, einrichtet. Widersetzen Sie sich nicht länger einer Trennung von Vertrieb und Netz beim Strom, sondern lassen Sie uns die Netz AG, in die alle vier großen Netzbetreiber ihre Netze einbringen, gemeinsam angehen, damit wir auch in diesem Bereich zu mehr Wettbewerb und zu einem besseren Ausbau von Netzen kommen! Wir wollen bei dieser Gelegenheit die vier Regelzonen, die es derzeit noch in Deutschland gibt, zu einer Regelzone zusammenfassen und so die Effizienz erhöhen und dabei Kosten sparen.

Viertens. Wir wollen den Wettbewerb auf den Gasmärkten stärken. Auch da haben wir große Defizite. Hier muss dringend etwas geschehen. Wir wollen, dass Gas vollständig an der Börse gehandelt werden kann. Auch da tut die Bundesregierung im Moment nichts, jedenfalls nicht so, dass man irgendetwas bemerken könnte. Wir wünschen uns auf jeden Fall mehr Transparenz an der Börse, nämlich in Form einer Marktbeobachtungsstelle, damit mögliche Manipulationen bereits beim Handel aufgedeckt und eliminiert werden können.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Kopp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfeiffer?

Gudrun Kopp (FDP):

Sehr gerne.

(Ulrich Kelber [SPD]: Herr Pfeiffer, immer zum Äußersten greifen!)

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Kollegin Kopp, Sie haben das Allheilmittel Ownership-Unbundling - oder auf Deutsch: Netz AG - angesprochen. Sind Sie nicht vielmehr mit uns der Meinung, dass es richtiger wäre, die einheitliche Regelzone einzuführen, mit der wir ein Einsparungs- und Optimierungspotenzial von mehreren Hundert Millionen Euro erreichen würden? Würden Sie nicht lieber an Themen wie Interkonnektoren arbeiten? Die Netz AG allein ist, wie das Ownership-Unbundling, eine Monstranz, die

man vor sich herträgt, die aber dem Wettbewerb nichts bringt. Oder sehen Sie das anders?

Gudrun Kopp (FDP):

Wir sind einer Meinung - das habe ich eben auch dargestellt -, dass der Netzausbau dringend nötig ist, gerade an den Grenzkuppelstellen. Es ist in der Tat richtig, dass wir an dieser Stelle dringend weiterkommen müssen.

Beim Netzausbau sind wir also völlig einer Meinung.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Da hat der Pfeiffer recht!)

Von einem Ownership-Unbundling habe ich eben nichts gesagt, sondern ich habe von einer Netz AG gesprochen.

Wir möchten keine Enteignung vornehmen, weil eine Enteignung in diesem Fall rechtlich sehr schwierig wäre und nicht nachweislich zu mehr Wettbewerb führen würde; jedenfalls haben das alle Experten bisher so gesagt. Deswegen - das ist gerade der Charme einer Netz AG - wollen wir, dass alle vier Übertragungsnetzbetreiber ihre Netze in diese AG einbringen, dass wir dadurch eine Regelzone schaffen

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Auch die Regelzone erfordert eine Netz AG!)

und dass die Übertragungsnetzbetreiber Anteile entsprechend dem Wert ihrer Netze erhalten.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das widerspricht sich doch jetzt!)

Sie selbst sollen aber in dieser Netz AG nicht über den Ausbau entscheiden dürfen. Das ist das Entscheidende. Das wäre rechtlich sehr viel eleganter, gäbe weniger Probleme, wir brauchten dabei keine Enteignung, und wir würden den Wettbewerb, den wir wünschen, sehr wohl befördern. Für Enteignung sind wir nicht. Wir halten das für keinen gangbaren Weg.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Kelber [SPD]:

Aber eine Zwangszusammenführung ist doch eine Enteignung!)

Ich möchte zum Schluss noch auf eine weitere Entwicklung zu sprechen kommen. Neben der Energiepreissteigerung, über die wir hier heute Morgen diskutieren, ist ganz wichtig, zu fragen: Was folgt eigentlich realpolitisch aus dieser Finanzmarktkrise? Natürlich trägt sie stark zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Der klassische Fall einer Enteignung gerade des kleinen Mannes, der kleinen Frau im Land ist natürlich der Preisauftrieb. Wir sollten daher die Inflationsrate im Auge behalten. Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in 2007 und 2008 im Schnitt bei 2,8 Prozent liegt; das ergibt sich aus dem Herbstgutachten. Es wird geschätzt, dass der Preisauftrieb im nächsten Jahr bei in etwa 2,3 bis 2 Prozent liegen wird. Wenn es eine solche Inflationsrate - keiner kann das heute verlässlich vorhersagen - geben oder wenn sie sogar noch steigen sollte, dann würde das eine weitere Schwächung der Menschen bedeuten, die ein geringes oder ein mittleres Einkommen haben. Das muss uns Sorge bereiten. Denn wir haben es mit einer Wirtschaftsflaute zu tun - im nächsten Jahr werden wir das noch mehr spüren -, wahrscheinlich mit einem Arbeitsplatzabbau und mit einer sinkenden Nachfrage. Auch an der Stelle werden wir merken, dass es den Bürgern angesichts



aller notwendigen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um Energieeffizienz und Energieeinsparung zu befördern, immer schwerer fällt, gerade ihren täglichen Bedarf, auch den Energiebedarf, zu finanzieren. Es gibt aber eine Grenze. Von daher kann ich heute Morgen nur noch einmal mahnen: Wir müssen die Bürger entlasten, damit sie für das, was im nächsten und im darauffolgenden Jahr wahrscheinlich auf uns alle zukommen wird, gewappnet sind. Daher ist es notwendig, die von mir genannten Maßnahmen umzusetzen. Ich fordere die Bundesregierung auf, das zu tun und sich nicht immer auf Einzelmaßnahmen zu beschränken. Ich wünsche mir, dass auch Bundesminister Glos zu den realpolitischen Auswirkungen, die die Finanzmarktkrise in Deutschland, international und europaweit hat, Stellung nimmt. Das wäre am heutigen Morgen wichtig als Signal und als Orientierung für die Bürger draußen, damit sie wissen, was auf sie zukommt. Die Politik muss sich darauf einstellen und darf sich nicht ideologisch verhalten, sich in weiteren Subventionstatbeständen ergehen und die Bürger milliarden schwer belasten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Garrelt Duin das Wort.

Garrelt Duin (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal - das ist, glaube ich, unser aller Erfahrung - schmeckt Aufgewärmtes besonders gut. Manchmal ist es aber leider so, dass Aufgewärmtes fast ungenießbar wird oder jedenfalls sehr fade und langweilig schmeckt. So ist es in diesem Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken. Es ist schon ein bisschen enttäuschend, dass Sie uns hier mit dem gleichen Thema und einem fast identischen Antrag innerhalb von wenigen Wochen das zweite Mal quasi mit Aufgewärmtem beglücken.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ein steter Tropfen ...!)

Es war erst am 20. Juni 2008, also unmittelbar vor der Sommerpause, als wir hier über einen Antrag von Ihnen diskutiert haben, der in zwei von drei Punkten mit Ihrem jetzigen Antrag identisch ist. Die Debatte zeigt auch, dass ein Teil der Argumente oft wiederkehrt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen zur Kenntnis zu geben, was wir als Große Koalition in dieser Wahlperiode alles schon auf den Weg gebracht haben.

Zunächst einmal zu Ihrer Forderung nach Wiedereinführung der staatlichen Strom- und Gaspreisaufsicht auf Länderebene.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Diesen Vorschlag haben wir, wie Sie wissen, schon im Juni dieses Jahres abgelehnt. Auch die Bundesratsinitiative, die es dazu gegeben hat, ist im Grunde sang- und klanglos verpufft. Das ist auch gut so; denn die staatliche Preisaufsicht hat sich immer nur auf den Vertrieb bezogen. Hier hilft uns kein Rückfall in staatliche Preisaufsicht, sondern mehr Wettbewerb.

Im Stromendkundenmarkt kommt der Wettbewerb

mittlerweile in Gang, auch wenn wir uns noch mehr wünschen. Im vergangenen Jahr haben nach Angaben der Bundesnetzagentur rund 1,3 Millionen Stromkunden den Versorger oder zumindest den Tarif gewechselt. Herr Kollege Pfeiffer hat schon darauf hingewiesen, dass noch nicht die Zahlen und die Selbstverständlichkeit erreicht wurden, die wir aus anderen Bereichen kennen. Hier kommt aber etwas in Bewegung. Das wünschen wir uns natürlich auch für den Gasmarkt. Was den Gasendkundenmarkt angeht, kann sicherlich noch viel mehr erreicht werden.

Mit der Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen haben wir dem Bundeskartellamt Ende letzten Jahren mehr Möglichkeiten im Kampf gegen missbräuchlich überhöhte Endkundenpreise eingeräumt. Das ist der richtige Weg. Es sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen, wie die Einstellung des Missbrauchsverfahrens gegen sechs regionale Eon-Gasversorger Anfang Oktober dieses Jahres gezeigt hat. Obwohl § 29 des GWB noch nicht einmal zehn Monate alt ist, können wir schon jetzt feststellen, dass dieses Instrument in die richtige Richtung weist. Im bereits erwähnten Verfahren wurde entschieden, dass durch eine Verschiebung der Preiserhöhung bzw. im Rahmen von Boni 55 Millionen Euro an die Kunden zurückgezahlt werden müssen. Weitere knapp 30 Verfahren gegen Gasversorger stehen nach Aussage des Bundeskartellamtes kurz vor dem Abschluss. Die von Ihnen geforderte staatliche Preisaufsicht auf Länderebene konnte die Verbraucher früher nicht in diesem Umfang vor Preiserhöhungen schützen, und sie wird dies auch in Zukunft nicht können. Deswegen bleibt es bei dem eingeschlagenen Weg. Richtig ist - das wird auch von niemandem in Zweifel gezogen -, dass die Energiekostenentwicklung der vergangenen Jahre und insbesondere der vergangenen Monate für immer mehr Haushalte eine erhebliche Belastung darstellt. Richtig ist auch, dass die Menschen von der Politik Handlungsoptionen erwarten. Was sie nicht erwarten, sind unhaltbare Versprechungen. Die Bürgerinnen und Bürger wissen genau, dass es in Zeiten einer wachsenden globalen Energienachfrage bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen falsch wäre, Hoffnungen auf dauerhaft niedrige Energiepreise zu wecken. Insbesondere wäre es angesichts der Entwicklungen auf dem Weltmarkt falsch, den Eindruck zu erwecken, dass diese Probleme durch nationale Politik gelöst werden könnten; dieser Ansatz kommt in Ihrer Programmatik aber immer wieder zum Vorschein. Die Politik kann aber helfen, die Kostenbelastung der Verbraucherinnen und Verbraucher in einem bezahlbaren Rahmen zu halten. Deswegen muss ganz oben auf der Tagesordnung stehen - das ist unsere Leitlinie -, gleichen Lebenskomfort bei sinkendem Energieverbrauch zu ermöglichen. Das ist im Grunde die Maxime, nach der wir unsere Politik ausgerichtet haben; darauf hat Herr Kollege Pfeiffer schon hingewiesen. Im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen aus verschiedenen Politikbereichen gebündelt. Das war auch notwendig.

Die Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, das KWK-Gesetz und das Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz gehen in die richtige Richtung. Durch Kraft-Wärme-Kopplung und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmesektor werden unsere Importabhängigkeit und die Belastung der privaten Haushalte durch den Preisanstieg auf den Weltenergiemärkten verringert.

Schon seit Jahren schaffen wir darüber hinaus mit dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm Anreize zur energetischen Gebäudesanierung. Allein in den Jahren 2005 bis 2007 wurden 650 000 Wohnungen mithilfe von staatlichen Zinsverbilligungen oder Zuschüssen saniert oder energiesparend neu gebaut. Durch diese dauerhafte Entlastung der Haushalte im Hinblick auf ihre Energiekostenrechnung wurden außerdem Tausende, ja Zehntausende von Arbeitsplätzen im lokalen Handwerk gesichert und zum Teil neu geschaffen. Wegen der hohen Nachfrage haben wir die Mittel für energetische Sanierungen im Bereich privater Haushalte Mitte dieses Jahres von 900 Millionen Euro auf 1,4 Milliarden Euro aufgestockt. Wir haben uns geeinigt, das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm mindestens bis 2011 mit mindestens 900 Millionen Euro jährlich fortzuführen.

Ein weiteres Element - ich will es hier noch einmal ausdrücklich erwähnen - ist das ebenfalls im Juni, als wir diese Diskussion führten, verabschiedete Gesetz zur Liberalisierung des Zähl- und Messwesens. Spätestens 2010 haben Endkunden die Möglichkeit, sich intelligente Strom- und Gaszähler einbauen zu lassen, wodurch wir Transparenz über den tatsächlichen Energieverbrauch und neue Möglichkeiten zur gezielten Verbrauchssteuerung schaffen. Wir haben in dieses Gesetz auch die Pflicht der Energieversorgungsunternehmen aufgenommen, tageszeit- und lastvariable Tarife anzubieten. Auch damit wird der Energieverbraucher zunehmend zu einem wirklich mündigen Kunden.

Ich will an dieser Stelle auch die Ausweitung des Contractings im Mietwohnungsbereich erwähnen. Contracting ist zwar eine zunächst kompliziert anmutende Materie, bringt aber eine tatsächliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger mit sich. Contracting ist die Brücke in das Zeitalter der Energiedienstleistungen. Es ermöglicht ein professionelles Management der Energieverbräuche und generiert, sofern es gut ausgestaltet ist, spürbare Einsparungen von Energiekosten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus macht Contracting Schluss mit der kontraproduktiven Anbieterphilosophie, möglichst viele Kilowattstunden absetzen zu wollen. Wir wollen deshalb möglichst noch im parlamentarischen Verfahren zum Energieeinspargesetz eine Regelung zur Erleichterung von Contracting im Mietwohnungsbereich einbringen.

Ich komme jetzt zu Ihrer Forderung nach den Sozialtarifen.

Ich freue mich über jeden Energieversorger, der diese auf freiwilliger Basis anbietet; wir kennen Stadtwerke und andere Regionalgesellschaften großer Energieversorger, die solche Tarife anbieten. Ich warne allerdings im gleichen Atemzug vor staatlich verordneten Sozialtarifen, wie Sie sie heute erneut fordern. Ein solcher

Tarif bietet im Übrigen keinerlei Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie. Er gäbe möglicherweise sogar Fehlanreize in Richtung von Energieverschwendung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Natürlich ist uns sehr bewusst, dass gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen oder Haushalte von Transferleistungsbeziehern ganz besonders von steigenden Energiekosten betroffen sind, sofern sie diese Mehrkosten nicht vom Amt erstattet bekommen. Wir halten es jedoch für verfehlt, dieses Problem über Zwangstarife, über staatliche Sozialtarife zu lösen. Ich glaube, dass wir im Bereich der klassischen Sozialpolitik einiges auf den Weg gebracht haben - auch davon ist schon gesprochen worden -, was sich wirklich als positiv darzustellen lohnt.

Die Novelle zum Wohngeldgesetz will ich an erster Stelle nennen. Es ist verabschiedet, die Fördersätze deutlich zu erhöhen und die Heizkosten einzubeziehen.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Dafür haben Sie aber lange gebraucht!)

- Nicht so lange, wie Sie vielleicht glauben. Es ist am Ende sogar viel schneller gegangen.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Wir haben Sie schon vor drei Jahren dazu aufgefordert!)

Wir haben es jetzt geschafft, die gesamte Heizperiode einzubeziehen. Das ist ein großer Erfolg, der in dieser Koalition erzielt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]:

Das war zu lange!)

Lassen Sie sich diese Zahlen noch einmal sagen: Von den Änderungen, die wir beim Wohngeld vorgenommen haben, sind in Deutschland rund 800 000 Haushalte mit niedrigem Einkommen und rund 300 000 Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern positiv betroffen. Insofern können Sie doch nicht sagen, das sei alles viel zu spät gekommen.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Deshalb haben wir das schon vor drei Jahren gefordert!)

Ursprünglich war vereinbart, das zu Beginn des nächsten Jahres zu machen. Wir haben es jetzt vorgezogen; das ist ein absolut notwendiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Das hätten Sie schon vor drei Jahren tun können! Sie hätten nur unserem Antrag zustimmen müssen!)

Insofern bin ich sehr froh, dass Herr Tiefensee und andere, die daran mitgewirkt haben, sich in diesem Punkt haben durchsetzen können.

Wenn es um die Anpassung von Regelsätzen beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe geht, werden wir nach Vorlage des Existenzminimumsberichts die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und diese in der Politik konkret umsetzen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Da kann man ja gespannt sein!)

Aber tun Sie doch nicht immer so, als ob von steigenden und sehr hohen Energiepreisen in unserem Land nur Transferleistungsempfänger betroffen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Das ist doch nicht der Fall.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Das sagen wir doch gar nicht! Sie haben unseren Antrag nicht gelesen! Lesen Sie doch mal unseren Antrag!)

In der Mitte der Gesellschaft spielt dieses Thema eine große Rolle. Deswegen werden Sie dieses Problem über die Instrumente, die sich auf das Arbeitslosengeld II und andere Transferleistungen beziehen, nicht lösen. Sie müssen es viel breiter diskutieren.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Das wollen wir doch so gar nicht lösen! Haben Sie unseren Antrag nicht gelesen?)

- Doch, ich habe ihn sehr genau gelesen.

Wir haben uns im ersten Halbjahr dieses Jahres in einer Arbeitsgruppe sehr viel Zeit genommen und mit vielen externen Sachverständigen intensiv darüber gesprochen, wie man es machen kann. Statt eines speziellen Tarifs für sozial Schwache gibt es die Idee eines für alle Haushalte wählbaren Effizienztarifs. Ich denke, dass Herr Kollege Kelber im weiteren Verlauf dieser Debatte noch einiges dazu sagen wird. Wir werden das weiter prüfen, weil wir glauben, dass das ein wesentlich intelligenteres Mittel ist, dieses Problem zu lösen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den Lösungsvorschlägen der Kollegin Kopp sagen. Das, was Sie hier vorgeschlagen haben - zum einen durch einen Zwischenruf ausgelöst, zum anderen war das aber auch Teil Ihrer grundsätzlichen Ausführungen -, läuft am Ende auf die Aussage hinaus, dass man die steigenden Energiepreise und die Belastung der Bürgerinnen und Bürger hauptsächlich durch zwei Maßnahmen in den Griff bekommen kann, nämlich durch eine Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke und durch Steuersenkungen. Sehr verehrte Frau Kollegin Kopp, beides ist völlig irreführend. Ich lade Sie gerne nach Niedersachsen ein. Wir können einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Wolfenbüttel, die oberhalb der Asse leben, darüber sprechen, wie sie das Thema Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke beurteilen. Solange das Problem des Endlagers in Deutschland nicht abschließend und eindeutig geklärt ist, stellt sich die Frage der Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hans-Kurt Hill  
[DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kopp?

(Ulrich Kelber [SPD]: Frau Kopp hat doch schon geredet!)

Ich erinnere allerdings an die getroffene Regelung, um die Sitzung heute unterbrechen zu können.

Garrelt Duin (SPD):

Möglicherweise sind Frau Kopp und ich ja selber davon betroffen, weil wir dann später zu einem anderen Tagesordnungspunkt noch einmal sprechen werden. - Bitte sehr.

Gudrun Kopp (FDP):

Ich versuche, mich sehr kurz zu fassen, Herr Kollege Duin.

Sind Sie bereit, mir darin zuzustimmen, dass in Ihrem Koalitionsvertrag, also dem Koalitionsvertrag von SPD und Union, steht, dass Sie sich darauf verständigt haben, noch in dieser Legislaturperiode das Problem der Endlagerung von Atommüll einer Lösung zuzuführen? Wo ist diese Lösung? Reden Sie sich bitte nicht mit dem Thema Asse heraus; das hat mit diesem Thema nichts zu tun.

(Ulrich Kelber [SPD]: Doch! Auch wenn Sie es nicht hören wollen!)

- Nein, es geht um stark strahlende Abfälle.

(Ulrich Kelber [SPD]: Die sind in Asse auch drin!)

Wo ist Ihre Endlagerlösung für den Atommüll, wie Sie es in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben?

Garrelt Duin (SPD):

Frau Kollegin Kopp, natürlich steht das so in der Koalitionsvereinbarung; Sie haben sie sinngemäß richtig zitiert. Wenn sich aber während dieser Überprüfung ergibt, dass es zurzeit keine Lösung für dieses Endlagerproblem gibt - die Vorkommnisse in der Asse sind ein Beleg dafür, dass wir dort weder technisch noch anders auf einem guten Weg sind -, dann muss das in der Großen Koalition eben auch zur Kenntnis genommen werden.

(Gudrun Kopp [FDP]: Sie wollen es nicht!)

Es gibt jetzt ein anderes verabredetes Verfahren. Wir werden weiter prüfen, weil wir ja ein Interesse daran haben, dass wir irgendwann zu einer entsprechenden Lösung kommen. Dass diese Lösung noch nicht vorliegt, hat aber nichts damit zu tun, dass man sich im Bundesumweltministerium oder an anderer Stelle nicht um

diese Dinge kümmern würde, sondern das hat schlichtweg damit etwas zu tun, dass alle Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, nicht ausreichen, um ein sicheres Endlager in Deutschland zu definieren. Solange das nicht der Fall ist, kann über eine Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht gesprochen werden.

(Beifall bei der SPD - Gudrun Kopp [FDP]:

Sie prüfen ja nicht einmal weiter!)

- Doch, natürlich.

Auch mit dem zweiten Punkt, den Sie hier vorschlagen, nämlich Steuersenkungsprogrammen, liegen Sie falsch. Das kann nicht die Lösung der Probleme sein. Wir haben das in den letzten Monaten an den Tankstellen immer wieder erlebt, auch wenn es jetzt eine Entwicklung hin zu sinkenden Spritpreisen gibt. Wer glaubt denn ernsthaft, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher länger als drei oder vier Tage etwas von einer Senkung der Mehrwertsteuer oder der Ökosteuer hätten? Das landet am Ende doch wieder bei den Konzernen. Die Preisgestaltung, die insbesondere bei den Tankstellen vorgenommen wird, ist doch für niemanden nachvollziehbar.

Sie glauben doch nicht wirklich, dass dabei am Ende eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger herauskommen würde. Es würde zu einem riesigen Loch im Haushalt kommen, das wir durch Mittel von anderen Stellen wieder stopfen müssten. Für die Bürgerinnen und Bürger käme dabei nichts Positives heraus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will abschließend sagen: Beide Wege - sowohl der staatlich verordnete Sozialtarif als auch Steuersenkungen und Atomkraft - sind irreführend. Wir müssen auf dem Weg weitergehen, den diese Koalition auf der Basis der von Rot-Grün in diesem Punkt eingeleiteten Politik geebnet hat. Effizienzsteigerungen, erneuerbare Energien - das und nicht das, was wir hier in diesem Saal von links und rechts dazu gehört haben, ist der Weg, um eine wirkliche Lösung dieses Problems zu erarbeiten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Bärbel Höhn das Wort.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen bei der Bankenkrise gemerkt, wie schnell die Bundesregierung aktiv wird, um ein gravierendes Problem anzupacken. Wir wollen, dass andere Probleme, die die Menschen betreffen, ebenso schnell angepackt werden. Durch die Auswirkungen der Finanzkrise werden die Bürgerinnen und Bürger mehrfach belastet. Wir werden nicht nur den Haushalt mit mehreren Hundert Milliarden Euro belasten, sondern ein Teil der Belastungen wird auch real auf die Menschen zukommen. Wir stehen vor einer Rezession, und wir müssen uns mit hohen Energiepreisen auseinandersetzen. Das ist eine dreifache Belastung der Bevölkerung. Deshalb ist es richtig, dass wir angesichts des wachsenden sozialen Problems heute eine Debatte darüber führen, wie die Lösung aussehen könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt hat mich die Lösung, die CDU/CSU und SPD für dieses Problem vorschlagen, nicht überzeugt. Herr Duin hat eben zu Recht festgestellt, dass nicht nur Hartz-IV-Empfänger bzw. Wohngeldempfänger betroffen sind. Insofern ist es zwar richtig, dass Sie das Wohngeld erhöht und einen Heizkostenzuschuss vorgesehen haben; aber wir haben auch eine Mittelschicht. Es gibt Familien mit kleinen Einkommen, die massiv von den drei Punkten betroffen sind, die ich genannt habe. Dafür brauchen wir eine Lösung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Gudrun Kopp [FDP]: So ist es!)

Mit der Wohngelderhöhung und dem Heizkostenzuschuss laufen Sie dem Problem hinterher. Allein im Oktober haben 300 Gasanbieter ihre Gaspreise um durchschnittlich 15 Prozent erhöht. Mit Ihrer Feststellung, dass die Menschen im Winter nicht im Kalten sitzen sollen, haben sie recht, Herr Hill. Aber in Ihrem Antrag gehen Sie auf das Problem der Heizkosten gar nicht ein. Sie kündigen zwar an, dafür sorgen zu wollen, dass die Menschen nicht frieren, aber Sie schlagen keine Lösung für dieses Problem vor. Sie beschäftigen sich nur mit dem Strom, aber nicht mit den Heizkosten und dem Verkehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Die Menschen werden einen zusätzlichen Schock erleben, wenn sie im nächsten Frühjahr ihre Heizkostenabrechnung

bekommen. Jetzt zahlen sie noch nach der Vorausberechnung vom letzten Jahr. Im Sommer war das Heizöl teilweise doppelt so teuer als im Vorjahr. Das heißt umgekehrt: Wer zu diesem Zeitpunkt Heizöl eingekellert hat, wird den Mietern erhebliche Kosten in Rechnung stellen müssen. Das wird die Menschen im nächsten Frühjahr erwarten. Deshalb sind nicht nur eine Wohngelderhöhung und ein Heizkostenzuschuss notwendig; wir brauchen vor allen Dingen eine Lösung, mit der wir unabhängiger vom teuren Öl werden und wertvolle Energie einsparen, um dem nächsten Preisschock vorzubeugen. Wir müssen handeln, wir müssen reagieren. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der beste Weg dorthin besteht in erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Wir haben ein großes Energieeinsparpotenzial. Deshalb brauchen wir - das ist der Vorschlag der Grünen - eine Energiesparoffensive; denn jede eingesparte Kilowattstunde ist billiger als jede verbrauchte Kilowattstunde. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen wir vorgehen? Wir fordern beispielsweise einen Energiesparfonds; denn gerade in den Bereichen, in denen es Einzelne nicht schaffen, muss es eine Unterstützung der Infrastruktur geben. Das heißt, dass wir zum Beispiel mehr in Dämmmaßnahmen investieren müssen. Herr Duin, Sie haben zu Recht gesagt, dass in diesem Bereich bereits investiert wird. Aber wir sehen doch, dass gerade im Mietwohnungsbau viel zu wenig geschieht. Auf diese Weise bräuchten wir 100 Jahre, bis dieses Problem gelöst wäre. Aber wir haben keine 100 Jahre. Wir können den Menschen nicht sagen, dass sie noch 100 Jahre warten müssen, bis die letzte Wohnung gedämmt ist.

Das heißt, wir brauchen bessere Contracting-Maßnahmen; denn die bestehenden Maßnahmen greifen nicht. Wir brauchen Finanz-Contracting. Wir brauchen gerade im Wohnungsbau mehr Unterstützung. Wir brauchen auch im Verkehrsbereich mehr Unterstützung. Der ÖPNV muss ausgebaut werden, damit die Menschen eine Alternative zu den steigenden Spritkosten in diesem Land haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht nur durch einen Energiesparfonds die Infrastruktur verbessern. Wir wollen auch einen Energiesparscheck. Jede Person in diesem Land soll entscheiden, ob sie mit diesem Scheck im Wert von 50 Euro pro Jahr ein ÖPNV-Ticket bezahlt, eine Energieberatung in Anspruch nimmt oder - wenn sie die Schecks sammelt - einen energieeffizienteren Kühlschrank kauft. Auch das ist wichtig, um den Menschen vor Ort individuell eine Möglichkeit zu geben, etwas zu tun.

Wir brauchen darüber hinaus ein entsprechendes Ordnungsrecht. Ich kann nicht verstehen, dass es nur die Japaner mithilfe des Ordnungsrechts schaffen sollen, einen Top-Runner-Ansatz zu verfolgen. Das effizienteste Elektrogerät setzt den Standard. Alle diejenigen, die es in drei bis fünf Jahren nicht geschafft haben, diesen Standard einzuhalten, sind weg vom Markt. Ein solches Top-Runner-Modell brauchen wir in der EU, auch in Deutschland.



(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg.  
Dr. Georg Nüssel [CDU/CSU])

Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Kennzeichnungsregelungen in der EU müssen überarbeitet werden. Die Kennzeichnung ist für die Verbraucher nicht nachvollziehbar. So gibt es bei den Elektrogeräten ein Labeling von A, B, C und D. Das kann man noch verstehen. Wenn man aber ein Gerät der Stufe A kauft und meint, dies sei das beste, muss man sich erklären lassen, dass es auch Geräte der Stufen A+ und A++ gibt. Wenn man einen Kühlschrank der Stufe A++ gekauft hat, dann hat man einen Kühlschrank, der teilweise 45 Prozent effizienter ist als ein Kühlschrank der Stufe A. Das verstehen die Menschen nicht. Das müssen wir ändern. Wir brauchen eine bessere Kennzeichnung, die die Menschen verstehen.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg.  
Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Das wäre auch gut für die Wirtschaft; denn die Wirtschaft produzierte dann bessere Geräte. Die Exportmöglichkeiten nähmen zu. Wir wären damit besser dran. Wir sehen an der Krise der Automobilindustrie in den USA, wie schlimm es ist, wenn man auf die falschen Produkte setzt. Damit werden letzten Endes Arbeitsplätze gefährdet. Ich komme zum Schluss. Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Es gibt ein Kartell von vier großen Energiekonzernen, die 88 Prozent der Stromversorgung kontrollieren. Das geht nicht, weil das zu unfairen Preisen führt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne fordern mehr Wettbewerb, mehr Effizienzstandards und mehr Energieeinsparoffensiven. Aber hier tut die Bundesregierung zu wenig. Wir müssen jetzt agieren und vor der nächsten Energiepreiserhöhung handeln, damit die Menschen wissen, dass wir etwas getan haben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort hat der Kollege Franz Obermeier für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal wird versucht, mit alten planwirtschaftlichen Instrumenten auf Stimmenfang zu gehen. Es ist ja so einfach: Die Strompreise werden quasi staatlich festgesetzt. Vorgeschlagen wird: Sockelversorgung kostenlos, 50 Prozent Vergünstigung für Bezieher sozialer Leistungen, eine höhere Besteuerung der Energieunternehmen zur Deckung des Freifahrtscheins für Strom, einen neuen Energieeinsparfonds, dazu noch eine neue Strompreisaufsicht auf Länderebene und ein neuer Verbraucherbeirat, nicht zu vergessen ein Klimascheck in jährlicher Höhe von 250 Euro.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Schönen Dank!  
Sehr freundlich!)

Selbst wenn ich etwas vergessen haben sollte: Es reicht uns schon. Warum soll es Sozialtarife eigentlich nur für

Energie geben? Warum gibt es denn keine Sozialtarife für Nahrungsmittel? Warum gibt es keine Sozialtarife für Kleidung? Warum gibt es keine Sozialtarife für Urlaubsreisen? Das alles könnten Sie beantragen.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Dafür ist die CSU zuständig!)

Nein, der richtige Ansatz ist, dass der soziale Ausgleich bei uns über Sozialtransfers und über das Steuersystem stattfindet und nicht bei einzelnen Gütern ansetzt.

Wir verzetteln uns sonst und bringen die soziale Marktwirtschaft durch immer mehr Eingriffe und Zusatzkosten aus dem Lot. Ihre Vorschläge strotzen nur so von zusätzlicher Bürokratie, Geld, das uns dann an anderer Stelle fehlt.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Ja, für die Not leidenden Banken fehlt das Geld dann! Das stimmt!)

Das Kabinett hat gerade beschlossen, die ab 2009 geplante Wohngelderhöhung um drei Monate vorzuziehen.

Bedürftige erhalten rückwirkend ab dem 1. Oktober rund 140 Euro statt bisher 90 Euro. Außerdem wird der Heizkostenzuschlag für Bedürftige über das Wohngeld aufgestockt. Der Zuschlag wird im kommenden Frühjahr gezahlt. Das beschlossene Schulbedarfspaket bringt eine weitere Entlastung. Wie Herr Duin gerade gesagt hat, kommt dies insgesamt 800 000 Haushalten in der kommenden Heizperiode zugute.

Sie sprechen immer nur von den einkommensschwachen Haushalten, die mit höheren Energiepreisen konfrontiert sind. Was ist eigentlich mit den ganz normalen Arbeitnehmern, den Familien mit Kindern, den Handwerkern und den mittelständischen Unternehmen, die sich anstrengen, Leistungen erbringen, ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften und die Sozialtransfers mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren? Sie denken nur über neue Steuern für diese Personengruppen nach; Sie wollen ihnen nur neue Lasten auferlegen, was man zum Beispiel an der Regelung zur Erbschaftsteuer erkennt. Danach soll es den Erben möglichst schwer gemacht werden, den Betrieb weiterzuführen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihr Prinzip ist: Neid hat immer Konjunktur.

Was verbirgt sich nun hinter den Vorschlägen, und wer trägt die Kosten? Die Antwort ist: Das sind die anderen privaten Verbraucher, auf die diese Kosten durch Preiserhöhungen umgelegt werden. Sie zahlen höhere Preise, um das auszugleichen.

Bei dieser Gelegenheit will ich auf einige Instrumente zu sprechen kommen. Natürlich ist es richtig, dass wir alles daransetzen, Wettbewerb auf dem Energiesektor einzuführen. Die Große Koalition ist dabei, die Dinge voranzubringen. Natürlich ist es auch Aufgabe des Staates und des Gesetzgebers, die Voraussetzungen für einen effizienten Markt zu schaffen.

Da vorhin von der Kernenergie die Rede war, will ich auf diesen Punkt eingehen. Ich weiß, dass Sie aus Niedersachsen kommen, Herr Duin. Wenn man die Endlagerfrage zum Casus knacksus macht, dann stellt sich natürlich die Frage, ob durch das bestehende Moratorium die Endlagerfrage irgendwann gelöst werden kann.

Ich glaube das nicht. Ich glaube nicht, dass ein Moratorium schon einmal ein Problem gelöst hat. Deswegen ist der Hinweis auf den Koalitionsvertrag natürlich nachvollziehbar. Wir sollten uns in der verbleibenden Zeit schon bemühen, dass wenigstens dort, wo die wissenschaftliche Erkundung weitgehend abgeschlossen ist, festgelegt wird, ob der Standort geeignet ist oder nicht. Frau Höhn, Sie bringen die Rezession und die hohen Energiepreise in einen direkten Zusammenhang.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Nein! Das ist eine Belastung!

Es ist wahr, dass wir in der Vergangenheit den Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und den Energiepreisen verspürt haben. Aber Sie stellen die Frage, was die Bundesregierung in dieser Beziehung getan hat. Dazu will ich Ihnen wegen der knappen Zeit nur einige Punkte nennen.

Die Umstellung auf andere Energieformen ist bei den deutschen Verbrauchern voll im Gange. Ich sehe, dass sehr viele Haushalte jetzt auf neue Formen der Energie umstellen, nicht zuletzt deswegen, weil die Große Koalition die Förderung neuer Energieformen verstärkt hat.

Ich stelle zum Beispiel fest, dass eine ganze Menge von Haushalten jetzt Pelletöfen und Hackschnitzelheizungen einbauen und dass Wärmepumpen jeglicher Art hoch im Kurs stehen. Das ist eine Folge dieser Politik. Um Ihre Frage zu beantworten: Der Bund reagiert für meine Begriffe auf die Herausforderungen richtig. Auch das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm hat erhebliche Erfolge gezeitigt. Es ist mittlerweile zu einer Stütze der Bauwirtschaft geworden. Insbesondere das Innenausbaugeerbe zieht daraus erhebliche Vorteile.

Ich will auf den Antrag der Linken zurückkommen.

Auf wen zielen Sie wirklich ab?

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Auf alle, Herr Obermeier!)

Im Rahmen der Grundsicherung werden die Energiekosten bereits über die Erstattung der Wohnkosten abgegolten.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Falsch! Die Stromkosten nicht!

- Die Stromkosten nicht, aber die Heizkosten werden abgegolten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Warmwasser auch nicht!)

- Warmwasser auch nicht; das spielt aber mit 10 Prozent nur eine geringe Rolle.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Obermeier, achten Sie bitte auf die Zeit.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Vielen Dank. Ich komme gleich zum Ende.

Ich will nur sagen: Vorhin wurde ausgeführt, dass es in keinem europäischen Land eine derart gute soziale Absicherung für Einkommensschwache gibt. Das ist uneingeschränkt zu unterstützen. Ihr Antrag ist ein Relikt aus der DDR-Zeit, und die wollen wir nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Markus Kurth das Wort.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn Herr Obermeier von der CDU/CSU-Fraktion fragt, warum wir uns mit diesem Thema überhaupt beschäftigen, dann scheint mir notwendig zu sein, zunächst einmal zwei oder drei Fakten zu präsentieren und sich die Situation zu verdeutlichen.

Nach Berechnungen des Verbraucherzentrale Bundesverbandes werden zum Beispiel die gesamten Energiekosten eines Vierpersonenhaushaltes, also Strom-, Wärme- und Treibstoffkosten, im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 000 Euro auf 4 640 Euro gestiegen sein. Es handelt sich folglich um einen erheblichen Anstieg. Im Vergleich zum Jahr 2000 beträgt der Anstieg weitere 1 000 Euro. Innerhalb von acht Jahren haben sich diese Kosten fast verdoppelt. Das heißt, die Geschwindigkeit des Energiepreisanstiegs erfordert natürlich, insbesondere für die einkommensschwächeren Haushalte, eine Antwort. Insofern ist diese Debatte vollständig berechtigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn Sie von der Union das in Abrede stellen, dann haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Insbesondere für die einkommensschwächeren Haushalte wird die Situation unter Einbeziehung der Mietkosten geradewegs bedrohlich. Wir haben nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes bei den Niedrigeinkommenshaushalten Belastungen durch die Warmmiete von insgesamt 50 Prozent. Das heißt, man gibt die Hälfte seines Einkommens für diesen Bereich aus. Wenn wir das in die Zukunft projizieren, dann zeigt das die Dringlichkeit unseres Handelns.

Das hat natürlich Konsequenzen für die Volkswirtschaft und für die öffentlichen Haushalte; Frau Höhn hat darauf hingewiesen. Bei den angesichts der drohenden weltwirtschaftlichen Rezession bzw. der Abschwächung des Wachstums erwartbaren Exportrückgängen fehlt jeder Euro, der für Energieimporte ausgegeben werden muss, zur Stärkung der Binnennachfrage, die jetzt so wichtig wäre. Wenn wir auf die öffentlichen Haushalte schauen, dann sollten wir die Kommunen in den Blick nehmen: Sie müssen in diesem Jahr voraussichtlich 1 Milliarde Euro mehr für die Kosten der Unterkunft der Arbeitslosengeld-II-Beziehenden ausgeben – allein wegen der gestiegenen Heizkostenanteile. Das heißt, die Notwendigkeit des Handelns ist überhaupt nicht abzustreiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am meisten betroffen sind natürlich Hartz-IV-Beziehende; denn während der Regelsatz von der Großen

Koalition seit seiner Einführung 2005 um insgesamt ganze 2 Prozent erhöht wurde, sind im gleichen Zeitraum die Preise für Strom allein um 19 Prozent und die Nahrungsmittelpreise, die mit den Energiepreisen zusammenhängen, um 13 Prozent gestiegen. Herr Duin, streuen Sie den Leuten doch keinen Sand in die Augen, indem Sie sagen: Wir werden uns mit dem Regelsatz beschäftigen. Ich bin im Sozialausschuss, und ich höre, was der Arbeitsminister sagt. Während Sie noch regieren, macht er überhaupt keine Anstalten, am Regelsatz

irgendetwas zu ändern. Das ist die Wahrheit, die man sagen muss. Sie sollten hier keinen Nebel verbreiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die soziale Frage mit der ökologischen Frage verbinden. Ich kann angesichts der knappen Zeit hier nur auf den Bereich Stromtarife eingehen; Frau Höhn hat zum Bereich Wärme schon einiges gesagt. Wir meinen nicht, dass es eine sinnvolle Lösung ist, Ihrem simplen Modell - Motto „Freibier für alle“ - zu folgen und Sozialtarife unbeschränkt um 50 Prozent zu subventionieren. Mir liegen die DDR-Vergleiche mit Ihrer Fraktion normalerweise überhaupt nicht. Dennoch ziehe ich einen solchen Vergleich jetzt zum ersten Mal, weil das wirklich an die Zeiten erinnert, in denen die Raumtemperatur noch über das Fenster reguliert worden ist.

Das kann nicht funktionieren.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Wir sind in der Sache nur konsequenter als Sie!)

Wir wollen vielmehr einen gestaffelten, einen progressiven Stromtarif. Wir diskutieren das. Wir sind der Ansicht, dass das auf jeden Fall in die Überlegungen der Bundesregierung einbezogen werden muss. Wir brauchen Tarifmodelle, wie sie von den Verbraucher- und Umweltverbänden zur Diskussion gestellt werden: Tarifmodelle ohne Grundgebühren, mit vergünstigten Grundkontingenten und einem progressiven Tarifverlauf. Es kann nicht sein, dass Mehrverbrauch mit einem niedrigeren Preis belohnt wird, während diejenigen, die geringe Verbräuche haben, hohe Grundkosten zahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren diesen Tarif. Ich würde mir wünschen, dass auch die SPD da weiterkäme. Aber sie tut es nicht. Herr Kelber - hören Sie einmal zu! Sie sind gleich dran! Dann können Sie diesen Widerspruch vielleicht erläutern! -, Sie haben in der SPD-Arbeitsgruppe Energie noch am 24. Januar 2008 ganz dicke Backen gemacht und vollmundig gesagt: Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Energieindustrie in Verhandlungen über die Einführung eines Sozialtarifs zu treten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Sozialeffizienztarif!

Das ist ein Unterschied!)

- Das habe ich hier schwarz auf weiß.

Im letzten September gab es einen Zwischenbericht der Energiearbeitsgruppe der SPD. In dem heißt es: Wir verzichten jedoch auf sogenannte Sozialtarife für Energie. Wir schlagen daher vor, Geringverdiener durch das Vorziehen der Wohngeldnovelle zusätzlich zu entlasten. - Die dicken Backen sind also zusammengefallen wie nichts.

Gehen Sie mit uns einen Weg der Energieeinsparung, der soziale Postulate und ökologische Postulate effektiv miteinander verbindet, um das absehbar drohende Problem energiepreisbedingter Armut anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Von nahezu allen bisherigen Rednern in dieser Debatte angekündigt, hat nun tatsächlich der Kollege

Kelber für die SPD-Fraktion das Wort.

Ulrich Kelber (SPD):

Dazu muss ich aber sagen: Ich habe dafür nichts bezahlt.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das wird so behauptet!)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in den letzten Wochen und Monaten gesunkenen Ölpreise verschaffen den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Atempause, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Einige nutzen diese Atempause. Die Bestellungen von Heizöl sind in den letzten Wochen massiv gestiegen. Es gibt schon fast Lieferengpässe. Manche sind so schlau, sich die Preise garantieren zu lassen. Andere merken, dass es nur für einige und nur für einige Zeit eine Atempause ist. Noch haben die Nutzerinnen und Nutzer von Gas keinen Vorteil. Auch bei den Strompreisen hat es keine Erholung gegeben. Das sind zwei Punkte, wo Politik klar sagen muss: Wer Gaspreise unter Bezug auf die Kopplung an den Ölpreis auf den Weltmärkten erhöht, der muss sie jetzt auch senken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

CDU/CSU und der LINKEN)

Im November stehen die Entscheidungen für die Phase ab Januar an. Im November müssen die Stadtwerke und die Regionalversorger der Großen die Entscheidung treffen, dass zum 1. Januar, noch mitten in der Heizperiode, die Preise für Erdgas in Deutschland in dem Maß sinken, wie das die Ölnotierungen auf den Märkten hergeben.

Auch beim Strom gilt: Wer Strompreise unter Verweis auf Öl-, Gas- und Kohlepreise erhöht, muss sie in dem Augenblick, in dem Öl, Gas und Kohle auf den Weltmärkten billiger werden, ebenfalls senken. Es kann nicht immer nur in eine Richtung gehen. Ich hoffe, dass das Kartellamt und die Bundesnetzagentur auch auf diesen Bereich schauen, um festzustellen, ob es hier Machtmissbrauch gibt.

Eine Atempause zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie zu Ende geht. Das heißt, dass jetzt die Phase ist, Vorsorge für den Fall zu treffen, dass die Preise wieder anziehen. Wir haben es beim Öl nach wie vor mit einem Verkäufermarkt zu tun. Es sind wenige Regionen. Das Gleiche gilt beim Gas. Wir haben einen nach wie vor steigenden Verbrauch bei sinkenden Ressourcen und sinkenden Fördermöglichkeiten. Das heißt, die Preise werden wieder steigen. Deswegen muss die Atempause genutzt werden, um jetzt vorzusorgen.

Es gibt drei Schritte:

Erstens mehr Effizienz, das heißt weniger verbrauchen.

Einsparen und Energieproduktivität erhöhen sind die Möglichkeiten.

Zweitens umstellen auf preisstabile erneuerbare Energien, um als Land, aber auch als einzelne Verbraucherin bzw. einzelner Verbraucher ein Stückchen Energieautonomie zurückzugewinnen.

Drittens. Wir werden soziale Härten dieses Prozesses abfedern müssen.

Was nicht funktioniert - das sage ich sowohl in Richtung der linken Seite im Plenum, zur Linkspartei, als

auch in Richtung der rechten Seite im Plenum, zur FDP -, sind die verschiedenen Vorschläge, gegen steigende Weltmarktpreise anzuschubventionieren. Ich meine sowohl direkte Überweisungen en masse als auch das Versprechen, beliebige Steuern und Abgaben zu senken, wobei gleichzeitig behauptet wird, dass man den Haushalt konsolidieren will. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Es sind unrealistische populistische Versprechungen, die nicht funktionieren können. Es ist nicht möglich, gegen Weltmarktpreise national anzuschubventionieren. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum ersten Punkt: Erhöhung der Effizienz. Schauen wir uns eine Familie an - zwei Erwachsene, zwei Kinder -, die in einem Einfamilienhaus wohnt. - Man könnte die gleiche Berechnung für eine Familie anstellen, die in einer Etagenwohnung lebt. - Diese Familie zahlt heute in etwa 3 500 Euro an Energiekosten im Jahr. Dass die Menschen Angst haben, wenn die Grundpreise jeder dieser Energieeinheiten, die sie verbrauchen, weiter steigen, kann man sich gut vorstellen. 300 Euro netto pro Monat ist eine Menge Geld und muss erst einmal aufgebracht werden. Mit den vorhandenen wirtschaftlichen Technologien kann die Familie ihre Energiekosten auf 350 Euro im Jahr, auf ein Zehntel, reduzieren.

Jetzt ist die entscheidende Frage: Wie geht das? Dazu sind Investitionen notwendig. Wir sollten einmal über Investitionen und nicht immer nur über - angebliche - Kosten sprechen. Sich lohnende Investitionen sind keine Kosten, sondern sind ein Gewinn.

Deswegen wird Politik sagen müssen: Im Kampf gegen steigende Energiepreise werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in diesem Land investieren müssen. Es lohnt sich. Denen, die diese Investition nicht aus eigener Kraft bewältigen können, müssen wir ganz besonders helfen. Wir brauchen noch gezielter ausgerichtete Förderprogramme als in der Vergangenheit. Dies ist nicht nur für die Menschen gut, die mit dieser Investition ihre laufenden Kosten senken und sich gegen künftig steigende Kosten absichern können - Investitionen sind eine Lebensversicherung gegen steigende Energiepreise, seien es Weltmarktpreise oder überzogene Renditen von Monopolisten oder Oligopolisten im eigenen Land -, sondern auch für das eigene Land, weil jeder Euro, der nicht für einen Energieträger, sondern für einen Handwerker, der ein Haus dämmt, oder für ein neu hergestelltes Gerät, das weniger Energie braucht, ausgegeben wird, sehr viel mehr neue Jobs als der Import von Energieträgern schafft.

Diese Investitionen sind auch die beste Rückgabe der Einnahmen aus den Emissionszertifikaten. Es ist falsch, über eine direkte Rückgabe oder einen Ökobonus das Geld zu verjubeln. Wenn man den Menschen hilft, die richtigen Investitionen zu tätigen, werden sie ab dem zweiten oder dritten Jahr Kumulationsgewinne, Zinseszinsseffekte aus den Investitionen erzielen. Den Bürgerinnen und Bürgern Investitionen in Energieeffizienz zu ermöglichen, ist die beste Rückgabe. Damit wird auch den

Unternehmen geholfen, weil sie mit den besten Produkten und effizientesten Produktionsprozessen auf den Weltmarkt gehen können. Wir sollten den Schwerpunkt auf die Investitionen legen; das ist gut für das Land und gut für die Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne ein paar Beispiele dafür. Bei den Wohnungen können wir viel erreichen. Die Förderung ist bereits massiv ausgebaut und muss weiter steigen. Ich halte es für sehr wichtig, dass beide Koalitionsfraktionen das klare politische Signal in ihre energiepolitischen Papiere aufgenommen haben, dass wir das Wohnraumsanierungsprogramm durchfinanzieren. Jede Maßnahme, die 2008 und 2009 beantragt wird, wird bezuschusst werden. Beide, CDU/CSU und SPD, wollen dieses Programm bis 2015 mindestens auf dieser Höhe fortsetzen. Das ist ein klares Signal an den Markt: zum Ersten an die Verbraucherinnen und Verbraucher, ihre Wohnungen zu sanieren, zum Zweiten an die Hersteller der entsprechenden Materialien, in neue Fertigungsanlagen zu investieren, damit mehr und preisgünstigere Materialien vorhanden sind, und zum Dritten an das Handwerk, Mitarbeiter und Auszubildende einzustellen, damit diese wichtigen Maßnahmen von noch mehr Menschen umgesetzt werden können.

Mit Contracting werden wir dafür sorgen, dass auch die kleinen Vermieterinnen und Vermieter, die heute den hohen Aufwand scheuen, die Möglichkeit haben, sich daran zu beteiligen. Sie werden dann Dritte beauftragen können, die Maßnahmen für sie durchzuführen. Natürlich müssen wir auch über Vorschriften sprechen. Es ist richtig, dass wir die Energieeinsparverordnung für Neubauten verschärfen. Aus meiner Sicht sollten wir 2020 bereits beim Passivhausstandard angekommen sein. Ferner sollten wir in Ruhe noch einmal darüber sprechen, ob wir zusätzlich zu den bestehenden Programmen auch beim Altbaubestand einfordern, dass bestimmte Dinge zum Schutz der Mieterinnen und Mieter passieren, die nicht der Entscheidung des Vermieters ausgeliefert bleiben dürfen, ob er ihnen hilft oder nicht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Kurt Hill [DIE LINKE])

Wir können bei den Geräten vorangehen. Ich bin ein Anhänger des Top-Runner-Prinzips. Wir haben es noch als rot-grüne Koalition im Juli 2005 beschlossen, und es steht im Koalitionsvertrag. In Brüssel fällt im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie der Europäischen Union die Entscheidung, ob wir zumindest Elemente des Top-Runner-Prinzips dort hineinbekommen. Ich weiß, dass im Moment die Möglichkeit besteht, zumindest wichtige Elemente in dieser Richtlinie zu verankern: erstens eine klare Kennzeichnung, die auf den ersten Blick erkennen lässt, ob ein Gerät im Betrieb teurer als ein besseres Gerät ist, und zweitens eine dynamische Verbesserung der Standards, etwa einen Standard A++, damit niemand, der ein Gerät mit dem Standard A kauft, mehr elektronischen Schrott bekommt. Auch sollten wir uns überlegen, was wir auf der nationalen Ebene tun können. Wir können kein Top-Runner-Programm eins zu eins umsetzen;



dies tangierte den EU-Binnenmarkt. Aber wir könnten den Blauen Engel auf den Bereich Energieeffizienz ausweiten; ihn bekämen nur die 10 Prozent energieeffizientesten Geräte einer Kategorie. Dann sähen die Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland auf einen Blick, ob das Gerät eines der besten ist oder ob es bessere gibt, nach denen sie sich noch umschauchen müssen. So muss man den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Geschäft helfen, damit sie energieeffiziente Geräte kaufen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In der Tat müssen manche Menschen, wenn sie ein Gerät ersetzen oder ein neues beschaffen müssen, sehr auf den Geldbeutel achten. Für sie besteht im Augenblick des Kaufs eine Investitionshürde, die dazu führt, dass sie das billigere Gerät selbst dann kaufen, wenn es nach drei Jahren aufgrund des höheren Stromverbrauchs im Betrieb teurer ist. Über diese Hürde müssen wir uns unterhalten. Niemand sollte das Copyright auf einen bestimmten Vorschlag haben. Ich gehöre zu denjenigen, die befürchten, dass ein reiner Zuschuss etwa über einen Klimaschutz zur Verteuerung dieser Geräte in den Geschäften um genau diesen Zuschussbetrag führen wird. Aber ich lasse mich gern vom Gegenteil überzeugen. Eine Alternative sind zinslose Minikredite oder ein zinsloses Mini-Contracting. Damit wird Geld für die Anschaffung des besseren Gerätes gegeben, das dann aufgrund der eingesparten Stromentgelte zurückgezahlt werden kann. Der Geldbeutel wird also nicht belastet. Das würde helfen. Es würde die erreichen, die diese Hilfe dringend benötigen. Darüber hinaus würde es Mitnahmeeffekte und eine Verteuerung der Geräte in den Geschäften verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die intelligenten Stromzähler – wir haben dafür gesorgt, dass ab 2010 bei einem neuen Stromzähler ein Rechtsanspruch besteht – hoffe ich, dass viele der Wettbewerber im Strommarkt dafür sorgen werden, dass diese schneller auf den Markt kommen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Reinke?

Ulrich Kelber (SPD):

Ja, selbstverständlich.

Elke Reinke (DIE LINKE):

Vielleicht ist Ihnen ja der Regelsatz für Energie für Hartz-IV-Beziehende bekannt. Es sind 26,24 Euro; aber darin sind auch Instandhaltung und Wohnen enthalten, nicht nur die Energiekosten. Ich denke, die Energiekosten, die entstehen, sind weit mehr als doppelt so hoch. Ich habe jetzt einen Lösungsvorschlag von den Sozialdemokraten erwartet. Uns wurde vorgeworfen, wir würden uns um die Hartz-IV-Beziehenden kümmern. Leider müssen wir uns auch um diese kümmern; denn Sie tun es nicht. Ich erwarte jetzt wirklich einen Vorschlag von Ihnen, wie wir den Menschen helfen können. Das ist nur über den Sozialtarif möglich. Energieeffizienz und Kennzeichnungen an Kühlschränken, von denen Sie sprechen, sind gut und schön; aber diese Menschen haben im Regelsatz gerade einmal 1,40 Euro für die Ansparung

einer neuen Waschmaschine. Das heißt, sie brauchen neun Jahre für die Ansparung. Ich warte auf Vorschläge, mit denen den Menschen schnell geholfen werden kann, damit sie nicht vom Zugang zu Energie ausgeschlossen werden und nicht im Dunkeln sitzen müssen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Sie wissen nicht einmal, wie es funktioniert! Das ist unglaublich!)

Ulrich Kelber (SPD):

Wenn Sie den dritten Teil meiner Rede abgewartet hätten, hätten Sie die Antwort bekommen. Meine Rede ist in drei Teile gegliedert: mehr Effizienz, erneuerbare Energien und die Abfederung sozialer Härten. Aber ich ziehe den dritten Punkt für Sie gerne vor.

(Elke Reinke [DIE LINKE]: Vielen Dank!)

Dazu zwei Punkte. Erstens. Zum einen muss genau betrachtet werden, wie jemand eine bestimmte Investition tätigen kann. Dass man sich mit den bisherigen Regelsätzen für die Ansparung, vor allem, wenn man das Pech hat, dass ein Gerät zu Beginn der Ansparungszeit kaputtgeht, kein energieeffizientes Haushaltsgerät leisten kann, ist offensichtlich. Deswegen muss auf der Grundlage des Existenzminimumsberichts ganz genau geklärt werden: Wie hoch ist die Kilowattstundenzahl eines ALG-II-Empfänger-Haushalts, und wie groß muss bei den heutigen Marktpreisen dafür der Anteil in der Pauschale sein? Ich glaube, er wird deutlich höher als heute liegen. Zum anderen müssen wir uns darüber unterhalten, wie solche Investitionen getätigt werden können. Müssen wir Einmalleistungen einführen, oder ist so etwas wie ein zinsloses Mini-Contracting sinnvoll, wobei zum Beispiel die Stadtwerke das Gerät stellen und eine Verrechnung über die Einsparungen im Laufe der zehn oder zwölf Jahre, die das Gerät benötigt wird, erfolgt? Auch das könnte funktionieren. Ich glaube, es ist besser, sich darüber zu unterhalten, als das Geld sofort zu verteilen, nicht wissend, was damit eigentlich passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt. Sie können diesen Haushalten auch - ich bin Ihnen, Herr Hill, sehr dankbar, dass Sie das vorhin angesprochen haben - mit einer gezielten Energieberatung helfen. Das haben wir übrigens in meiner Heimatstadt Bonn in den Stadtwerken auf meinen Antrag hin getan. Die örtliche Linkspartei hat dies abgelehnt mit der Begründung, es sei eine Verhöhnung der Menschen, wenn wir ihnen eine kostenlose Energieberatung mit einem Energiestarterpaket anböten. Ich glaube, wir sollten da den Populismus und die Hetze ablegen. Denn diese Menschen und alle Menschen in diesem Land brauchen mehrere Ansätze, um mit den Energiepreisen klarzukommen. Es darf nicht der Einzelne diskreditiert werden, nur weil es gerade in die parteipolitische Linie passt. - Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Elke Reinke [DIE LINKE]: Weil sie sich das sowieso nicht leisten können! Das ist richtig!)

Der zweite Bereich, mit dem ich mich in meiner Rede befassen will, sind die erneuerbaren Energien. Sie sind

preisstabiler - ich lasse jetzt bei den Bioenergien bestimmte Dinge außen vor -, und sie werden im Verhältnis bereits jetzt jedes Jahr preisgünstiger. Zu bestimmten Zeiten stabilisieren sie bereits die Märkte an der Börse. Vielleicht ein kleiner Einschub, Frau Kopp von der FDP; denn Sie haben davon gesprochen, dass die Scheuklappen abgelegt werden müssten, und Sie haben den Begriff „Stromlücke“ verwendet. Ich gestehe dem Begriff „Stromlücke“ zu, dass er PR-technisch hervorragend ausgedacht ist. Aber ich nenne Ihnen jetzt sieben Studien zu diesem Thema und bitte Sie, eine davon zu lesen. Das sind zunächst die drei Studien aus dem Energiegipfel bei Angela Merkel. Sie tragen die Unterschrift von Angela Merkel, Michael Glos und Sigmar Gabriel. Alle drei Studien ergeben, dass es keine Stromlücke gibt. Dann gibt es die Studie von dena, bei der sich Herr Kohler, der Chef der dena, dagegen verwahrt, dass diese Studie in dem Sinne herangezogen wird, er hätte eine Stromlücke festgestellt. Ferner gibt es die Studie des Bundeswirtschaftsministers aus diesem Jahr, aus der klar hervorgeht, dass es keine Stromlücke gibt. Die Studie des Umweltbundesamtes bringt ebenfalls zum Ausdruck, dass es keine Stromlücke gibt. Frau Kopp und Herr Pfeiffer, den Jahresbericht der Bundesnetzagentur hätten Sie vor unserem Treffen vor ein paar Wochen lesen müssen. Auch in diesem steht, dass es keine Stromlücke gibt. Sie hätten sich doch auf die Sitzung vorbereiten und das lesen müssen. Dann hätten Sie nicht wieder das Gegenteil behauptet. Ich erwarte, dass Sie das wenigstens lesen, bevor Sie sagen, dass Sie keine ideologischen Debatten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Wir müssen die erneuerbaren Energien noch verstärkter einführen. Wir haben einen sehr großen Erfolg im Bereich Strom zu verzeichnen: 14,2 Prozent. Im vergangenen Jahr sind fast drei Prozentpunkte hinzugekommen. Wenn übrigens die Geschwindigkeit des letzten Jahres eingehalten würde, dann hätten wir im Jahr 2010 eine so große Strommenge aus erneuerbaren Energien, wie es die zuvor zitierte Studie des Wirtschaftsministers für das Jahr 2020 einschätzt und zudem davon spricht, dass es keine Stromlücke gibt. Wir haben dann aber immer noch zehn Jahre der Einführung vor uns, in denen wir einen Anteil erneuerbarer Energien von 30 Prozent, 40 Prozent bzw. 45 Prozent erreichen können. Nicht so gut sind wir im Bereich Wärme; nicht so gut sind wir im Bereich der Kraftstoffe. In diesem Bereich müssen wir noch einiges tun, um es allen Menschen zu ermöglichen, zu investieren. Ich finde es gut, dass wir im Bereich des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes so weit gekommen sind, dass wir zwar nur für die Altbauten Vorschriften gemacht haben, für Neubauten aber eine starke Förderung von 500 Millionen Euro pro Jahr bis zum Jahr 2012 festgelegt haben. Die energiepolitischen Papiere sagen, dass diese Programme bis mindestens 2015 so weiterlaufen sollen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Pfeiffer? Herr Kollege Hill hat sich außerdem gemeldet. (Dr. Rainer Wend [SPD]: Das ist rücksichtslos gegenüber den Nachfolgern!)

Ulrich Kelber (SPD):

Sowohl Koalition als auch Opposition sind herzlich willkommen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Dann hat zunächst Herr Kollege Dr. Pfeiffer das Wort.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Lieber Herr Kelber, ich bin etwas erstaunt über Ihre Zitierung der Gutachten. Sie haben beispielsweise Herrn Kohler zitiert. Ich bin Vorsitzender des Beirates für Energie der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, Frau Kollegin Kopp ist dort stellvertretende Vorsitzende. Wir hatten kürzlich Herrn Kohler zu diesem Thema zu Gast, der uns anhand eines Power-Point-Vortrages basierend auf dieser Studie dargelegt hat, dass es eine Stromlücke geben wird, wenn wir die Dinge nicht ändern.

Insofern bin ich etwas verwirrt über diese Aussage. Meine Informationen sind in der Tat differenzierter. Ich glaube, da müssen wir ein bisschen nacharbeiten. Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Kohler richtig zitieren.

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Pfeiffer, zwei Dinge: Erstens möchte ich allen Zuhörerinnen und Zuhörern empfehlen, eine Website aufzurufen, auf der etwas über die Gesellschaft nachzulesen ist, in deren Beirat Sie sind. Dann werden sie sehen, dass sie nicht so ganz pluralistisch aufgestellt ist und nicht die ganze Bandbreite der Diskussion abgedeckt wird.

Zweitens zurück zu den Themen Herr Kohler, dena und Studie. Wenn Sie die Begriffe „Kohler“, „Stromlücke“ und „dena“ bei Google oder bei einer anderen Suchmaschine eingeben, dann werden Sie die Stellen sehr schnell finden. Herr Kohler hat ganz klar gesagt: Daraus eine Stromlücke per se abzuleiten, ist falsch. Er hat gesagt: Es gibt dann eine Stromlücke, wenn wir keine neuen Kraftwerke mehr in diesem Land bauen. (Zuruf von der FDP: Das klingt wohl ein bisschen anders!)

Das ist eine Binsenweisheit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch logisch!)

Wenn in den nächsten zwölf Jahren kein abgeschaltetes Kraftwerk durch ein neues ersetzt wird, dann entsteht ein Defizit. Frau Kopp hingegen hat versucht, zu erzählen: Wenn keine Atomkraftwerke mehr weiterbetrieben werden, dann entsteht eine Stromlücke. Herr Kohler sagt hierzu, dass dies eindeutig falsch ist.

(Beifall bei der SPD - Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Das hat er mir auch gesagt!)

Er weist in der Studie nach: Atomausstieg plus Neubau von ausfallenden Kraftwerken gewährt einen vollen Ersatz. Es gibt keine Stromlücke. Wir können ihn gern zur nächsten Sitzung des Umwelt- oder des Wirtschaftsausschusses einladen. Dann wird er Ihnen sagen, dass genau das darin steht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Jetzt stellt Herr Kollege Hill seine Frage. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich ab jetzt so verfahren werde, wie es der Präsident bereits beim ersten Tagesordnungspunkt getan hat, dass ich restriktiv bei denjenigen das Fragerecht ein Stück weit einschränken werde, die schon geredet und sich in die Debatte eingemischt haben.

Hierzu haben wir heute Morgen eine Verabredung getroffen.

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Herr Kelber, ich erwarte von Ihnen eine Aussage zu einem Artikel, den ich heute in der Saarbrücker Zeitung gelesen habe. Dort wird berichtet, Mieter sollen Heizkosten kürzen dürfen. Dabei geht Herr Gabriel mit seinem Kollegen Glos ein bisschen strenger ins Gericht.

Wenn ich diese Forderung als Überschrift lese - ich gehe davon aus, dass dies zitاتفähig ist -, dann stellt sich für mich die Frage, ob vor der Heizperiode damit zu rechnen ist.

Ulrich Kelber (SPD):

Da die Saarbrücker Zeitung leider, obwohl meine Frau in dieser Stadt geboren worden ist, nicht zu meiner täglichen Lektüre gehört, kenne ich den Artikel nicht exakt. Aber das, was Sie zitieren, hat Sigmar Gabriel nicht das erste Mal gesagt. Übrigens, auch ich habe mich mehrfach dafür ausgesprochen. Deswegen habe ich gerade gesagt: Wir sollten darüber gemeinsam diskutieren. Ich bin der Meinung, dass auch für den Altbaubestand eine Energieeinsparverordnung gelten muss. Wir haben ja heute bereits zwei Vorschriften: Die oberste Geschossfläche muss gedämmt werden, und bestimmte alte Heizungssysteme müssen ausgetauscht werden. Ich bin der Meinung, dass wir Stück für Stück - aber nie so wie beim Neubau - zusätzliche Vorschriften einführen müssen. Für den Fall, dass Vermieterinnen und Vermieter trotz aller Förderung diesen Vorschriften nicht nachkommen, bin ich der Meinung, dass die Mieterinnen und Mieter ihre Heizkosten auf das maximale Niveau, das bei Einhaltung der Vorschriften bestünde, kappen können. Dafür setze ich mich ein - sowohl innerhalb der eigenen Partei, in der es sehr viele gibt, die das unterstützen, als auch innerhalb der Koalition, wobei vom Koalitionspartner schon angekündigt wurde, dies nicht mitzutragen. Sie kennen das ja aus Koalitionen, in denen Sie beteiligt sind - sei es in Berlin mit der SPD, sei es in anderen ostdeutschen Städten mit der CDU -: Auch dort dürfen Sie nicht all das, was Sie sich vorgenommen haben, in den Stadtrat einbringen.

Ich hatte schon davon gesprochen, dass soziale Härten abgefedert werden müssen. Ein Beispiel ist erwähnt worden: das Wohngeld. 800 000 Haushalte werden davon profitieren, dass in diese Pauschale ein Heizkostenelement eingerechnet worden ist; Herr Obermeier hat schon darauf hingewiesen, um wie viel die entsprechenden Zahlen steigen. Das ist ein hoher Anstieg für den durchschnittlichen Haushalt. Dieses Geld wird Anfang des Jahres 2009 fließen. Genau dann, wenn aufgrund der im Vergleich zu den vorherigen Wintern deutlich gestiegenen Heizkosten eine hohe Nachforderung auf viele Mieterinnen- und Mieterhaushalte zukommt, aber auch viele höhere Nachzahlungen von ihrem Gasversorger für

die Heizung in ihrem Einfamilienhaus erhalten werden, werden 800 000 Haushalte zusätzliches Geld in der Hand haben, um diese Nachforderung zu bezahlen. Wir werden die Mobilität sichern müssen. Deswegen muss der Bund zusammen mit den Ländern und Kommunen den ÖPNV-Ausbau angehen. Wer sich die Situation in den Kommunen anschaut, weiß: Der ÖPNV ist in den letzten Jahren nicht zurückgebaut worden, aber die Defizite sind verringert worden. Aus dieser Kraft heraus, dass der ÖPNV eine wesentlich bessere Deckung seiner Ausgaben über seine Einnahmen erzielt, muss es jetzt ein Ausbauprogramm geben.

Als letzten Punkt spreche ich die Effizienztarife an. Ich danke dem Kollegen von den Grünen, dass er noch einmal darauf verwiesen hat, dass die SPD in 2007 und 2008 die erste Partei war, die darüber gesprochen hat. Aber es ging nie um einen Sozialtarif; es ging immer um einen sozialen Effizienztarif. Wir haben heute in Deutschland die Situation, dass die Kilowattstunde Strom umso teurer ist, umso weniger ich verbrauche. Das muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden - sei es freiwillig, sei es gesetzlich.

Sozialtarife sind falsch. Wir haben nichts zu verschenken, auch nicht Strom. Aber wir müssen die Dinge so gestalten, dass wir erstens einen fairen Wettbewerb haben. Das fehlt mir manchmal. Ich möchte nicht, dass die Stadtwerke gezwungen sind, soziale Effizienztarife anzubieten, und die Eon-Tochter die lukrativen Kunden übernehmen kann. Dies muss zweitens natürlich pro Kopf ausgestaltet sein; denn ich will keine Bevorteilung des Singles gegenüber der Familie. Das kann man tun, ohne bürokratische Hürden aufzurichten. Dann haben wir etwas erreicht, was allen hilft. Wir haben die Chance der Atempause genutzt, indem wir uns auf in Zukunft wieder steigende Energiepreise vorbereitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Kopp das Wort.

Gudrun Kopp (FDP):

Vielen Dank. - Herr Kollege Kelber, wir sollten uns nicht gegenseitig vorwerfen, bestimmte Gutachten gelesen oder nicht gelesen zu haben. Ich glaube, das ist unter Niveau.

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Ich danke dem Kollegen Pfeiffer sehr herzlich für die Richtigstellung. Ich habe die Ausführungen von Herrn Kohler zu seinem Gutachten, das übrigens von der Bundesregierung bei ihm in Auftrag gegeben wurde,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aha!)

zweimal gehört. Er hat gesagt: Wenn es dabei bleibt, dass der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen wird, und wenn wir beim Neubau von konventionellen Kraftwerken nicht nennenswert weiterkommen - er hat nicht gesagt: „wenn keine weiteren neuen gebaut werden“, sondern: „wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden, wie es eigentlich nötig wäre; leider sind es meist Kohlekraftwerke, aber so ist es“ - und wenn wir beim Netzausbau nicht vorankommen, dann haben wir ein

Problem, und dann ist die Stromlücke eine reale Gefahr, die wir sehen müssen. Da hat es überhaupt keinen Zweck, das vertuschen zu wollen.

Sie haben zwar eben etwas differenzierter in Ihrer Antwort auf eine Nachfrage argumentiert. Aber ich bitte Sie wirklich, mit solcherlei Totschlagargumenten wie „nicht gelesen“, „nicht zur Kenntnis genommen“ vorsichtiger zu sein. Die Fakten sind andere. Die werden Sie auch durch Verdrängung nicht umdrehen. Ich bitte Sie, das einfach zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kelber, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

Ulrich Kelber (SPD):

Sie haben mehrere Sachen miteinander vermischt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das haben Sie die ganze Zeit gemacht!)

Das eine war die Aussage, dass Sie als Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur eigentlich die Pflicht gehabt hätten, den Entwurf des Jahresberichts der Bundesnetzagentur zu lesen, in dem steht: Die Versorgung in Deutschland ist gesichert.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wie kommen Sie zu der Unterstellung, dass sie das nicht gelesen hat? Das ist eine Frechheit!)

Die Bundesnetzagentur ist die staatliche Einrichtung. Die andere ist die Deutsche Energie-Agentur. Sie wissen, dass die dena-Studie nicht von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, sondern von anderen. Herr Kohler hat auf Nachfrage mehrfach gesagt: Deutschland kann die Versorgung mit einem Ausstieg aus der Atomenergie dann sicherstellen, wenn es nicht einen organisierten politischen Widerstand gegen den Neubau der damit verbundenen Ersatzkraftwerke für ausscheidende Kohlekraftwerke gibt. Er hat nicht gesagt – das ist ein ganz wichtiger Punkt –, dass es Ersatzkohlekraftwerke für ausscheidende Atomkraftwerke geben muss, sondern, dass die ausscheidenden Kohlekraftwerke ersetzt werden müssen, sei es durch Kohle-, sei es durch Gaskraftwerke.

(Gudrun Kopp [FDP]: Die müssen ersetzt werden! Genau!)

In diesem Abschnitt des Gutachtens steht ganz klar: Wenn man beides macht, die Atomkraftwerke abschaltet und alle fossilen Kraftwerke, die ausscheiden, nicht ersetzt, dann sieht er keine gesicherte Versorgung,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Also Stromlücke!)

und damit ist er auf der Linie der SPD-Bundestagsfraktion. Sie können nicht erst über Atomenergie sprechen – danach setzen Sie vielleicht für sich ein geistiges Komma – und anschließend über eine Stromlücke, womit Sie beides in einen Zusammenhang stellen.

(Gudrun Kopp [FDP]: Mein geistiges Komma muss Sie nicht interessieren!)

Dieser Zusammenhang ist falsch. Das ist unfair. Die Aussage von Herrn Kohler, die Sie zitiert haben, haben Sie entweder nicht richtig verstanden oder hier unrichtig dargestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Es hat keinen Sinn!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nun hat der Kollege Dr. Georg Nüssel für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüssel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich einleitend sage: Die Kollegin Höhn hat recht mit ihrer Problembeschreibung, dass wir mittlerweile bis in die Mittelschicht hinein ein Einkommensproblem haben. Deshalb sagen wir: Im Zentrum unserer Politik muss die Frage stehen, wie die Leute in diesem Land wieder zu einem höheren Nettoeinkommen kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Carl-Ludwig

Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der Linken, dieses Problem kann man nicht durch billigen oder, wie ein Kollege gesagt hat, „aufgewärmten“ Populismus lösen. Der Kollege Pfeiffer hat das anschaulich mit dem Satz „Freibier für alle!“ beschrieben. Wenn es das wenigstens wäre, hätte ich als Bayer eine gewisse Sympathie dafür. Sie sagen aber nur: Freibier für unsere Klientel!

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Wir haben überhaupt kein Geld für Bier!)

Das ist die Problematik, über die wir hier reden. Sozialtarife beim Strom; warum nicht auch Sozialtarife für den täglichen Bedarf? Das ist heute schon gefragt worden.

Ich kann die Frage beantworten: Weil Sie den Sozialismus im Hinterkopf haben, weil Sie staatliche Preisfestsetzungen in den Bereichen Strom, Arbeit - Stichwort Mindestlohn - usw. wollen und weil Sie natürlich die Verstaatlichung der Energieversorger im Kopf haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch deshalb kommen solche Anträge zustande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist falsch. Das ist der falsche Weg. Wir gehen einen anderen. Ich bin davon überzeugt, dass er besser ist. Wir setzen auf mehr Wettbewerb und mehr Dynamik.

Stichwort Sozialpolitik. Der Kollege Obermeier hat gesagt: Der soziale Ausgleich erfolgt in diesem Land über Sozialtransfers, über das Steuersystem, nicht über einzelne Güter. Ich möchte hinzufügen: Der soziale Ausgleich erfolgt über den Staat, nicht über die Unternehmen.

Ich sage auch, warum Sie etwas anderes fordern:

Sie wissen, dass unser Haushalt mittlerweile zu 50 Prozent aus einem Sozialhaushalt besteht. Da gibt es natürlich keine zusätzlichen Spielräume. Also müssen Sie sich für Ihre Klientel etwas Neues einfallen lassen, möglichst etwas, was man nicht sieht, was man vertuschen kann, weil die Übersichtlichkeit fehlt. Da fallen Ihnen halt solche Dinge ein.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Hartz-IV-Empfänger sind nicht Ihre Klientel?)

Ich stelle Ihnen die Frage: Wo bleiben die Bürger, die mit harter Arbeit jeden Tag das Überleben ihrer Familie sichern? Wo bleiben die?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Herr Hill, da Sie sich hier so lautstark zu Wort melden:

Ich habe Ihren Vorschlag vernommen. Sie fordern Energieschecks und damit einen neuen Fernseher für die, die nicht arbeiten; die, die arbeiten, brauchen keinen,



weil sie keine Zeit zum Schauen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]:

Was hat das mit Fernsehen zu tun?)

- Sie haben doch einen neuen Fernseher gefordert.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Wer hat das gesagt?)

- Sie haben das vorhin gesagt. - Auch beim Thema Umverteilung haben Sie ein Rezept. Sie schreiben in Ihrem Antrag: Diese Umverteilung findet zulasten der Gewinne der Energieversorger statt. - Wenn Sie es realistisch betrachten, würde die Umsetzung dieses Vorschlags eine Umverteilung zulasten derjenigen bedeuten, die nicht begünstigt sind, die keine Sozialtarife bekommen und als Verbraucher wieder einmal die Zeche zahlen.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Sie haben das einfach nicht verstanden! - Elke Reinke [DIE LINKE]: Er will es nicht verstehen, glaube ich!)

Der Kollege Kurth von den Grünen sagt, dass die Grünen die soziale Frage mit der ökologischen verbinden wollen. Das haben sie schon einmal im negativen Sinne getan. Damals, als der Benzinpreis noch relativ niedrig war, haben Sie gefordert, dass der Staat ihn auf 5 DM heraufsetzen solle. Daran sieht man, was Sie unter der sozialen Frage verstehen und was Sie mit dieser Verknüpfung meinen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN - Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Warum haben Sie denn die Mehrwertsteuer erhöht?)

- Sie sprechen die Mehrwertsteuer an. Ein Strompreistreiber ist natürlich auch in einem nicht zu unterschätzenden Umfang mit 40 Prozent der Staat. Aber wer Senkungen fordert, der muss natürlich auch sagen, wo denn die Einsparungen stattfinden sollen. Von den Linken habe ich, seit sie wieder im Bundestag sitzen, von Einsparungen nie etwas gehört, sondern nur zur Frage, wo es noch Möglichkeiten gibt, Geld auszugeben.

(Zuruf von der LINKEN: Rüstungshaushalt!)

Wenn man über das Thema Strompreistreiber redet, muss man aus meiner Sicht auch dringend über das Thema Emissionshandel sprechen. Wenn wir hier etwas falsch machen, dann kann das eine gigantische Deindustrialisierungsstrategie für Deutschland bedeuten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich kann jedem nur sagen: Wir müssen genau hinschauen, was da letztlich abläuft. Wir können doch nicht die energieintensiven Branchen einfach so zusätzlich belasten und glauben, wir würden einen Beitrag zum Klimaschutz dadurch leisten, dass man diese Branchen aus der Europäischen Union treibt.

Was mich an dieser Stelle auch wurmt, ist die Industriepolitik, die in Europa betrieben wird. Die Franzosen lehnen sich zurück und sagen: 80 Prozent unseres Strombedarfs decken wir mit Kernenergie. Die Deutschen sollen einmal sehen, wie sie mit dem Emissionshandel klarkommen und wie sie ihre Emissionen zurückfahren.

- Gleichzeitig werden in Frankreich zum

Beispiel die Chemieunternehmen durch einen Staatskonzern  
- die Liberalisierung ist da nicht angekommen - mit  
billigem Strom subventioniert. Über diese Dinge müssen  
wir reden. Ich bin dem Bundeswirtschaftsminister dankbar,  
dass er das auch offen und klar tut.

(Zuruf von der SPD: Das macht im Übrigen  
der Bundesumweltminister!)

- Lieber Herr Kollege, wenn das der Herr Bundesumweltminister  
auch macht, dann ist das eine feine Sache;  
denn dann haben wir die doppelte Durchschlagskraft und  
können zeigen, wie handlungsfähig die Große Koalition  
an dieser Stelle ist. Ich hoffe nur, dass er das tatsächlich  
tut.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Energiemix sagen.  
Ich glaube nicht, dass dann, wenn man eine Energieform,  
mit der billig produziert wird, aus unserem  
Energiemix herausnimmt und durch eine offenkundig  
teurere ersetzt, in diesem Land die Energiepreise sinken  
werden. Diese Rechnung muss mir erst einmal irgendjemand  
hier erklären. Ich habe vorhin erst wieder gehört,  
die Atomenergie sei wie ein Flieger ohne Landebahn,  
weil wir noch kein Endlager hätten. Dazu muss ich sagen:  
Die Große Koalition hat in der Tat keinen Beitrag  
dazu geleistet, dass wir an dieser Stelle vorankommen.  
Das liegt nicht an der Union.

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Ich sage aus meiner Sicht ganz klar: Wir müssen das  
Moratorium für Gorleben aufheben, weil uns niemand  
glaubt, dass wir uns ernsthaft mit diesem Thema beschäftigen,  
wenn man gleichzeitig ein Moratorium aufrechterhält.

(Gudrun Kopp [FDP]: Das ist richtig!)

Was aus meiner Sicht auch entscheidend ist, ist, dass  
wir bei alledem, was wir energiepolitisch machen,  
schauen müssen, dass die Wertschöpfung in unserem  
Land bleibt. Das gilt für die erneuerbaren Energien. Das  
gilt aber ganz genauso auch für die Energieversorgung.  
Ich möchte, dass bei uns Kraftwerke gebaut und bei uns  
betrieben werden, dass hier Arbeitsplätze entstehen und  
dass wir unabhängig und sicher Energie produzieren  
können. Das muss gerade auch in einer Finanzkrise, in  
der man wieder einmal merkt, wie wichtig und wie zentral  
der Schirm der Nation ist, ein Anliegen sein.  
Vielen herzlichen Dank.

</ text >

< text 16184 >

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen  
der CDU/CSU und der SPD eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung eines  
Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes  
(Finanzmarktstabilisierungsgesetz

- FMStG)

- Drucksache 16/10600 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses  
(8. Ausschuss)

- Drucksache 16/10651 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Hierzu sind Änderungs- und Entschließungsanträge angekündigt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir über den Gesetzentwurf später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck, SPD.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Peter Struck (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung, die Koalition, aber auch das Parlament haben in einem beispiellosen Kraftakt das Ihre zur Bewältigung der Finanzmarktkrise geleistet. Ich will sagen, dass ich als leidenschaftlicher Parlamentarier natürlich weiß, dass es eine Zumutung für das ganze Haus ist, ein solches Gesetz in nur einer Woche durchzuziehen. Aber wir hatten überhaupt keine andere Chance im Kampf gegen die Uhr, um schneller zu sein und keine Gefährdung heraufkommen zu lassen.

Für diesen Vertrauensvorschuss des Parlaments erwarte ich allerdings von der Bundesregierung, von der Exekutive, dass der Bundestag eng eingebunden wird und dass ihm alle erdenklichen Kontrollmöglichkeiten zugestanden werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das erwarte ich nicht nur im Interesse der Koalitionsfraktionen, sondern auch im Interesse der Oppositionsfraktionen.

Bei allem Streit in der Sache haben sie durch ihren Verzicht auf formale Fristeinhaltung dazu beigetragen, dass die von uns für richtig gehaltene Rezeptur ihre Wirkung möglichst bald entfalten kann. Ich halte es für angemessen und notwendig, dass ein zusätzliches Gremium die Fragen des Finanzmarktes erörtern und das Vorgehen der Bundesregierung begleiten und kontrollieren wird, so wie es in der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses jetzt vorgesehen ist.

Ich zolle der Bundesregierung Respekt für ihr sehr entschlossenes Handeln. Ich möchte vor allem dem Finanzminister danken, ein Rettungsszenario aufgezeigt zu haben, das international eingebettet ist und dennoch den speziellen deutschen Bedürfnissen ausdrücklich Rechnung trägt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es war auch richtig, dass die Bundeskanzlerin die erste französische Initiative eines gemeinsamen europäischen Rettungsschirms abgelehnt hat und gemeinsam mit dem Finanzminister eine europäisch vernetzte, aber dennoch den nationalen Gegebenheiten geschuldete Initiative vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist ein Erfolg, dass die Bundeskanzlerin und der

Finanzminister eine Einigung mit den Bundesländern gefunden und angemessen für die Haftung der Bundesländer Sorge getragen haben. Auch das ist ein Erfolg. Dies ist nicht einfach gewesen, wie ich aus den Gesprächen weiß. Denn die Bewältigung dieser Krise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der alle Schultern mittragen müssen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bundesregierung mit dem vorliegenden Gesetz alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um der akuten Krise Herr zu werden. Aber es gibt, so hoffen wir alle, sehr bald eine Zeit nach der Krise. Wir müssen Vorkehrungen treffen, dass sich Gleiches nicht wiederholen kann. Das erwarten die Menschen von uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie vertrauen darauf, dass wir das System ändern. Sie erwarten, dass wir für die Zukunft so vorsorgen, dass sich eine Krise dieses Ausmaßes nie mehr wiederholen kann.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in dieser Woche immer wieder davon gesprochen, dass wir nach der akuten Krisenbewältigung eine neue Ordnung für die Marktwirtschaft brauchen. Das ist absolut richtig. Helmut

Schmidt hat gemahnt, dass es bei einem so komplizierten Gebilde wie der globalisierten Finanzwirtschaft Verkehrsregeln geben müsse wie in der internationalen Luftfahrt.

Es kann eben nicht jeder von seinem nationalen Tower funken, wie es ihm gefällt, sondern internationale Standards müssen eingehalten werden. Das ist genauso wichtig.

Ich denke aber, das reicht nicht. Mir hat der Münchener Erzbischof Reinhard Marx aus dem Herzen gesprochen, als er eingeklagt hat, dass neue Regeln allein nicht genügen. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur hat er am Dienstag gesagt: Neue Strukturen „ersetzen nicht die moralische Erneuerung bei den Spitzenmanagern oder letztlich auch bei den Anlegern.“

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Denn, so der Bischof weiter, „Renditeerwartungen von 20, 25 Prozent jährlich sind unsittlich.“

Er hat recht. Das Problem ist nur, dass manche Leute offenbar gar nicht mehr wissen, was unsittlich ist. Der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, hat sich dieser Tage in einem Interview beschwert, er könne das Wort Gier nicht mehr hören; will sagen, dass er es als Zumutung empfindet, wenn Managern der Bank- und Finanzwirtschaft Gier vorgeworfen wird.

Nein, es ist genau andersherum: Diese Arroganz Koppers ist eine Zumutung für alle Sparer, die wegen der Zockerei einiger Banker um ihre Einlagen zittern müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Zumutung für alle Steuerzahler, die mit der Bürgerschaft des Staates für die Zockerei der Koppers und Ackermanns einstehen müssen.

Dass Herr Ackermann heute mitteilen lässt, er würde seinen Bonus seinen Mitarbeitern zur Verfügung stellen,

halte ich für den Versuch, einen Ablass für die Sünden zu erhalten. Das ist ein peinlicher Vorgang. Er hätte lieber erklären sollen, dass er das Geld dem Steuerzahler und dem Finanzminister zurückgibt, wenn er schon eine solche Maßnahme vorschlägt. Das ist eine reine Showveranstaltung.

Wenn schon BDI-Präsident Thumann die Gier dieser Kaste - ich nutze das Wort noch einmal - kritisiert, wie fassungslos müssen dann Normalverdiener vor den Summen stehen, derer sich die Finanzmanager bedient haben? Diese Herren haben getan, als spielten sie ein gewaltiges Monopoly, bei dem sie sich um die Verluste nicht zu kümmern brauchen. Die Scherben, die aus ihrem Größenwahn erwachsen sind, haben sie uns und den Bürgerinnen und Bürgern weltweit vor die Tür gekehrt. Sie müssen jetzt endlich vom hohen Ross steigen und sich konstruktiv, vor allem aber solidarisch an der Lösung dieser Probleme beteiligen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Fraktion wurde mir gestern von Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushalts- und aus dem Finanzausschuss mitgeteilt, wie manche Banker in der Sitzung aufgetreten sind. Daher habe ich große Zweifel, dass diese Mahnung angekommen ist. Wir werden sie deshalb öfter wiederholen müssen. Wir lassen es uns nämlich nicht gefallen, dass diese Herren so arrogant auftreten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bischof Marx hat recht: Wir brauchen nicht nur neue Regeln, sondern wir brauchen eine moralische Erneuerung.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir brauchen neue Regeln!)

Für einige dieser Herren kommt erst das Fressen und dann die Moral, wie es in Brechts Dreigroschenoper heißt. Wir brauchen aber sogenannte Eliten, bei denen die Reihenfolge wieder umgekehrt ist: Erst die Moral und dann das Fressen.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Ablenkungsmanöver!)

- Ich weiß gar nicht, wieso Sie sich darüber aufregen.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Weil das ein Ablenkungsmanöver ist!)

- Ihren Zwischenruf nehme ich sowieso nicht auf.

Der amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman hat gewarnt, dass eine Gesellschaft nicht funktionieren kann - man höre -, in der der bestbezahlte Hedgefonds-Manager der Wall Street in einem Jahr so viel verdient wie alle Lehrer New Yorks zusammen in drei Jahren. Er hat völlig recht. Das ist ein Zustand, den eine Gesellschaft nicht ertragen kann. Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Aufspaltung der Gesellschaft, so Krugman, habe die weltweite Wertevernichtung vorangetrieben. Sie lässt die Menschen daran zweifeln, dass ihnen aus eigener Kraft durch Bildung und Gerechtigkeit der Aufstieg gelingen kann. Die Menschen müssen wieder die Gewissheit haben, dass sich Leistung für alle lohnt und dass Eigentum verpflichtet.

Bei dieser Verpflichtung ist es für meine Fraktion - das will ich übrigens hinzufügen - völlig selbstverständlich, dass die Finanzbranche nicht ungeschoren davonkommen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir beschlossen, dass Defizite, die nach Abwicklung des Fonds verbleiben sollten, nicht durch Steuergelder, sondern mithilfe geeigneter Maßnahmen durch die Finanzbranche selbst ausgeglichen werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es besteht kein Zweifel, die Krise der Finanzwirtschaft wird den Abwärtstrend der Wirtschaft weltweit verstärken und natürlich auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Wie intensiv sie sein werden, lässt sich im Augenblick seriös nicht prognostizieren. Wir sollten aber darauf vorbereitet sein, nach den Ergebnissen der Steuerschätzung bei den Beratungen des Haushalts für das nächste Jahr über weitere Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft nachzudenken. Ohnehin geplante Investitionen in Bildung könnten vorgezogen werden, nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur ausgeweitet und Gebäudesanierungsprogramme intensiviert werden. Wir werden das in den Haushaltsberatungen ausdrücklich prüfen. Wie gehen wir jetzt mit denen um, die uns das alles eingebrockt haben? Ich will noch einmal Bischof Marx zitierten:

In so einer Lage erwarte ich aber auch vom Staat ein Signal, das besagt: Wir stehen zusammen, wir sind eine Solidargemeinschaft. Ganz gerecht ist das natürlich nicht, denn die Verursacher können den Schaden gar nicht wiedergutmachen, den sie angerichtet haben. Wir brauchen dann das Vertrauen in ein Gemeinwesen, das solidarisch ist.

So der Bischof. - Zu dieser Solidarität müssen wir den einen oder anderen zwingen. Wenn Steuerzahler Bürgschaften für taumelnde Zockerbanken geben, kann es nicht sein, dass die Gehälter der Manager auf dem Niveau der Monopolspiele bleiben. Die Bundeskanzlerin hat das in den vergangenen Tagen ähnlich gesehen, wenn ich sie richtig verstanden habe. Mit beredten Worten haben Kollegen aus der Union das ebenfalls gefordert. Ich erwarte, dass wir alle zu diesen Worten stehen, die wir beim Blick in den Abgrund der Finanzkrise mit moralischem Timbre verbreitet haben.

Wir alle hoffen, dass das heute zu verabschiedende Gesetz das Schlimmste für den Finanzmarkt verhindern kann. Wir wissen allerdings auch, dass wir damit nicht am Ende der Krise stehen, sondern möglicherweise erst mitten in ihr. Wenn wir die Krise überstanden haben, sollten wir so selbstbewusst wie Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker die Lösung des Problems auf die Fahnen der Politik schreiben. Denn es waren die Politiker, die Regierungen und Parlamente, und nicht die Banker, die die Krise entschärft haben. Die Arroganz der Banker wird nach dem, was wir hier als Parlament und als Regierung geleistet haben, ein für alle Mal zu Ende sein müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hoffe, dass wir national und international wirklich zu grundlegenden Veränderungen kommen, die dem Tanz um das Goldene Kalb in Zukunft enge Grenzen setzen werden. Dafür will ich mit meiner Arbeit in meiner Fraktion und meiner Partei sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle sind verpflichtet, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Das gilt für die Regierung und für das Parlament, und zwar gleichgültig, ob man in einer Regierungsfraktion oder einer Oppositionsfraktion sitzt. Deswegen will ich hier ausdrücklich sagen: Die Lage ist da und muss bewältigt werden. Deswegen werden wir als Freie Demokraten den Gesetzentwurf der Koalition unterstützen und ihm zustimmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Wir hören natürlich - das wird jedem hier so ergehen - eine Menge fachliche Betrachtungen und auch manches, was wir anders sehen. Darauf will ich gleich noch kurz eingehen. Aber eines will ich vorab klarmachen: Dieses Paket schützt nicht Banken und auch nicht irgendeinen Aktienkurs, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Es schützt die Rentnerinnen und Rentner. Es schützt die Mittelständler. Es schützt die Arbeitnehmer. Es ist ein Paket, das Deutschland dient, nicht einigen wenigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich wird es bei einem solchen Kompromiss, der bis in den frühen Morgen hinein verhandelt wurde - ich darf mich in diesem Zusammenhang bei dem Haushaltsausschuss herzlich bedanken -, immer so sein, dass viele der darin enthaltenen Maßnahmen unterschiedlich bewertet werden. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn eine Fraktion alleine dieses Paket geschnürt hätte, dann würde es vermutlich anders aussehen. Das will ich ausdrücklich auch für uns sagen.

Dass wir mehr und vor allen Dingen auch intensiver über das britische Modell nachgedacht haben, will ich hier nicht verschweigen. Ich will auch nicht verschweigen, dass bis hin zum Insolvenzrecht manche Regelungen getroffen worden sind, die wir ausdrücklich nicht teilen und billigen. Deswegen betrachten Sie bitte - Sie verstehen, dass ich das hier zu Protokoll gebe - unsere Zustimmung zu dem Paket nicht als Freifahrtschein für alles, was in dem Paket enthalten ist. Das ist auch nicht anders zu erwarten.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich teilen wir nicht jede Maßnahme dieses Pakets. Aber wir müssen uns umgekehrt einmal Gedanken darüber machen, was es für unser Land, für die Wirtschaft unseres Landes und die Stabilität des Geldes unseres

Landes bedeuten würde, wenn dieses Paket heute keine Mehrheit bekäme. Auch darüber muss man sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage das, weil auch wir um Lösungen gerungen haben, wie es sich in einem parlamentarischen Verfahren gehört. Dass man dem Paket nicht zustimmt, weil man die Verantwortung nicht übernehmen möchte und gleichzeitig sicher sein kann, dass es ohnehin eine Mehrheit erhält, ist nicht die richtige Art und Weise, mit der Parlamentarier hier herangehen sollten.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben im Laufe der Beratungen einiges verbessern können. Es ist für mich keine Pflichtübung, sondern es ist mir eine Herzensangelegenheit, mich insbesondere bei den beiden Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kauder und Herrn Struck, für die Beratungen zu bedanken, die wir insbesondere in diesen letzten beiden Tagen geführt haben. Es ist uns besonders wichtig, dass die Stellung der Bundesbank in dem Gesetzentwurf, den wir heute beschließen werden, anders geregelt ist als in der Vorlage, die eingebracht worden ist. Die Unabhängigkeit der Bundesbank ist ein hohes Gut. Es ist richtig, dass das in diesem Paket aufgenommen wurde und zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist vor allen Dingen für jeden Parlamentarier von herausragender Bedeutung, dass wir mit der Beschlussfassung an diesem Tag nicht unsere Parlamentsrechte abgeben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das sagen wir nicht aus Eitelkeit, sondern das sagen wir im Interesse unserer Verfassung und der Bürgerinnen und Bürger, weil wir diejenigen sind, die den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber für die Verwendung der Steuergelder geradestehen müssen. Deswegen will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, dass der in dem Gesetzentwurf neu aufgenommene § 10 a ausdrücklich die Bildung eines Ausschusses in diesem Hause vorsieht, der die parlamentarische Kontrolle und Begleitung dessen zur Aufgabe hat, was jetzt die Regierung umzusetzen hat. Das ist ein wichtiger Beitrag für das Parlament und für die Gewaltenteilung.

Als Verfassungspatrioten sagen wir dazu: Es ist notwendig, dass an dieser Stelle das Parlament in weiten Teilen mitwirken kann. Die Kritik, die von manchen geäußert wird, dass diese Mitwirkung im Geheimen passiert, kann ich nicht nachvollziehen. Das Gremium wäre völlig arbeitsunfähig, wenn es öffentlich tagen müsste. Da werden Firmen- und Eigentumsinteressen sowie Arbeitnehmerinteressen behandelt. Bei einem öffentlich tagenden Gremium würde ein Unternehmen, das um Hilfe bittet, in den Ruin getrieben. Die Parlamentsbeteiligung ist ein großer Erfolg, den wir in diesen letzten beiden Tagen gemeinsam durchsetzen konnten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)



Ich will noch eine Bemerkung an die Adresse der Bundesregierung machen. Grundlage für unsere Entscheidung ist, dass die Bundesregierung mit offenen Karten spielt. Sie erwarten von uns Vertrauen. Wir müssen aber auch Ihnen vertrauen können.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen sage ich mit großem Ernst und aus gegebenem Anlass: Die Informationen, die Sie uns in diesem Haus, in geheimen Unterrichtungen und in den Beratungen der Ausschüsse, haben zukommen lassen, müssen stimmen. Sie stehen dafür gerade, dass Sie keine wesentlichen Informationen verschwiegen haben. Geschäftsgrundlage ist, dass die Bundesregierung mit offenen Karten spielt.

(Beifall bei der FDP)

Ich will zwei Schlussbemerkungen machen. Ich glaube, dass wir uns als Deutscher Bundestag mit einem gewissen Abstand zu dieser schwierigen Woche trotz einer zweifelsohne belastenden und aufgeregten Situation die Zeit nehmen sollten, grundsätzlicher über die Folgen zu reden. Das ist am heutigen Tage weder leistbar noch notwendig. Wir müssen aber einmal Bilanz ziehen, auch was die Art und Weise angeht, wie wir als Staatsorgane mit dieser Krise umgegangen sind.

Eines wird man, wie ich glaube, festhalten können: Viele, die häufig negativ über Europa reden, haben in dieser Zeit hoffentlich verstanden, was für ein Glück es ist, dass wir in einem vereinigten Europa leben dürfen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Europa hat sich in dieser Situation bewährt. Das ist weit mehr als eine Randbetrachtung. Das ist ein wichtiger politischer Vorgang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss: Unsere Demokratie, unser Rechtsstaat und unsere soziale Marktwirtschaft werden sich auch in dieser Krise als eine überlegene Ordnung bewähren. Um das zum Ausdruck zu bringen, stehen wir zu der Verantwortung, die wir alle gemeinsam tragen. Die FDP-Fraktion wird das Maßnahmenpaket im Interesse unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir schnüren heute das größte Finanzmarktrettungspaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Woche war ein Kraftakt. Begonnen hat sie mit Diskussionen darüber, was konkret getan werden muss, um am Markt neues Vertrauen zu schaffen. Über das Wochenende wurden Verhandlungen auf europäischer Ebene geführt, und in den Ministerien wurde das Maßnahmenpaket vorbereitet. Dann folgten die parlamentarischen Beratungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe dies nie als eine Zumutung empfunden, sondern als eine Pflichtaufgabe für uns alle, für

den Deutschen Bundestag und für die Bundesregierung.  
Ich bin dankbar, dass uns dies gelungen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Diese Woche hat gezeigt, dass unsere soziale Marktwirtschaft,  
unsere Einrichtungen und unsere Organe - Regierung,  
Bundestag und Bundesrat - auch in einer  
schwierigen Situation handlungsfähig sind. Manche aus  
der Wirtschaft und der Bankenbranche haben oft lächelnd  
auf uns herabgeschaut nach dem Motto: „Wir bestimmen,  
was passiert. Wir erklären die Welt. Die Politik  
hat uns nur noch zu folgen.“ Mancher Bürger hat auf die  
Politik herabgeschaut nach dem Motto: „Die können es  
nicht mehr.“ In dieser Woche haben wir allerdings zeigen  
können, dass dem nicht so ist. In dieser Woche kam  
es auf uns an, und wir sind unserer Verantwortung gerecht  
geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten der FDP)

Das sage ich nicht aus Selbstgerechtigkeit,  
(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Oh nein! Sie  
doch nicht!)

sondern dies sage ich nur, damit klar wird: Man kann  
sich auf unsere Demokratie verlassen. Auf jeden Fall  
kann man festhalten: Auf unsere Demokratie und auf unsere  
Institutionen war und ist mehr Verlass als auf manch  
andere, die wir jetzt erst wieder zur Verlässlichkeit bringen  
müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind all denjenigen dankbar, die die Last in diesen  
Tagen in besonderer Weise getragen haben: Bundesregierung,  
Ministerien, Haushaltsausschuss. Wir sollten in  
diesen Stunden allerdings auch nicht diejenigen vergessen,  
denen wir dafür dankbar sein müssen, dass wir unsere  
Arbeit in geordneter Ruhe machen konnten, nämlich  
den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Wir  
sollten ihnen dankbar sein, dass sie nicht in Hektik ausgebrochen  
und auch nicht in Hysterie verfallen sind. Sie  
haben vielmehr darauf vertraut, dass das Richtige getan  
werde. Deswegen sage ich unseren Bürgerinnen und  
Bürgern einen herzlichen Dank für ihre besonnene Haltung  
in den letzten Tagen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der  
FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Rettungspaket,  
das wir auf den Weg bringen, ist noch nicht  
alles erledigt. Wir erwarten jetzt noch Rechtsverordnungen,  
die die Umsetzung dieses Paketes in der Praxis begleiten  
und ermöglichen. In diesem Zusammenhang erwarten  
wir von der Bundesregierung natürlich, dass das,  
was uns zugesagt wurde, in Gänze eingehalten wird. Der  
Satz „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ muss sich in  
diesen Rechtsverordnungen konkret wiederfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Uns als Parlamentariern - ich glaube, ich kann dies  
für alle in diesem Hause sagen - sollte besonders wichtig  
sein, dass klar und deutlich wird, dass diejenigen, die  
Handlungsverantwortung für das tragen, was jetzt eingetreten  
ist, nicht einfach so davonkommen können, als ob

nichts geschehen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss es überall dort, wo beispielsweise Kapital zur besseren Eigenkapitalausstattung von Banken gegeben werden

muss, Konsequenzen für die Geschäftspolitik und das Entlohnungssystem haben. Herr Bundesfinanzminister, Sie haben dazu Zahlen genannt. Wir erwarten in den Rechtsverordnungen klare Konsequenzen.

Es geht auch nicht darum, dass aus Neid oder aus irgendwelchen anderen Gründen Gehälter begrenzt werden sollen. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, mit diesen Maßnahmen, die aus den Rechtsverordnungen resultieren und die auch in die Gehaltsstrukturen eingreifen, wieder etwas herzustellen, was manchen in diesen Banken- und Finanzstrukturen verloren gegangen ist: Sie müssen wieder mitten in die Gesellschaft zurückgeholt werden, und sie dürfen nicht außerhalb aller Regeln herumturnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mitten in die Gesellschaft zurückzukehren, heißt auch, eine gesunde Relation zwischen dem eigenen Handeln und Einkommen und damit zu dem, was in unserer Gesellschaft normalerweise verdient werden kann, herzustellen. Wir erwarten, dass durch dieses Paket, das wir schnüren, neues Vertrauen am Markt entsteht. Wir erwarten allerdings von denjenigen, die jetzt in unserem Banken und Finanzmarktsystem handeln müssen, dass sie diesem Vertrauen gerecht werden, dass sie sich an die Arbeit machen, Kredite vergeben und den Finanzmarkt wieder in Bewegung bringen. Wir leisten unseren Beitrag jetzt, und wir erwarten im Gegenzug von Finanzmarkt und Banken, dass sie dem Vertrauen, das wir ihnen entgegenbringen, gerecht werden und dass sie ihren Teil dazu beitragen, dass wir aus der Krise herauskommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Frage, was geschehen muss, damit so etwas nicht noch einmal auf uns zukommt. Wir haben natürlich erkannt, dass es auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates ankommt. Diese Handlungsfähigkeit kann aber nur dadurch hergestellt werden, dass wir in Europa eingebunden sind und dass nicht jeder macht, was er gerade für richtig hält. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Regeln, die sich bewährt haben - durch die weltweite Krise zeigt sich, dass sich unsere Regeln der sozialen Marktwirtschaft bewährt haben und bewähren -, weltweit umgesetzt werden. Wir müssen aber auch erkennen: Dass wir jetzt, wie ich finde, stark handeln können, hängt auch damit zusammen, dass wir uns in den letzten drei Jahren stark gemacht haben. Wir haben es zwar schon immer gewusst, aber jetzt, in dieser Krise, erkennen wir,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh je!)

- ja, ja, Frau Künast - dass das, was wir in den letzten drei Jahren nach rot-grüner Bundesregierung hier in dieser

Großen Koalition gemacht haben, nicht umsonst war.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD - Zurufe vom BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- Keine Aufregung.

Dies können Sie im Herbstgutachten der führenden  
Wirtschaftsinstitute nachlesen. In diesem Herbstgutachten  
steht nämlich, dass die Bundesrepublik Deutschland  
aufgrund dessen, was wir gemacht haben, in dieser Krise  
stärker ist, als sie noch vor drei Jahren war. Deshalb ist  
die Botschaft für uns klar: Das, was uns stark gemacht  
hat, darf jetzt in der Krise nicht aufs Spiel gesetzt werden.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der FDP)

Deswegen sind Haushaltssanierung und klare Verhältnisse,  
wie wir jetzt erkennen, kein Selbstzweck, sondern  
Voraussetzung für Handeln und Stärke auch in  
schwierigen Situationen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der FDP)

Deshalb werden wir unser Ziel der Stabilität des Haushalts  
und der Politik auch in der Krise nicht aufgeben.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie haben den Haushalt doch gar nicht saniert!)

Was muss noch geschehen? - Ich glaube, dass wir die  
klare Botschaft brauchen, dass die Bankenaufsicht konzentriert  
werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der FDP)

Ich sage noch einmal, dass wir es für richtig halten, dass  
die Bankenaufsicht bei der Bundesbank konzentriert  
wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne eine nationale Bankenaufsicht wird es nicht gehen,  
aber wir brauchen auch eine europäische Komponente  
der Aufsicht. Das, was wir uns für die nationale Ebene  
vorstellen, stelle ich mir auch für die europäische Ebene  
vor:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Konzentration einer europäischen Bankenaufsicht bei  
der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. - Das  
Vorbild, das wir für uns haben, muss auch dort gelten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der FDP)

Eines lernen wir aus dieser Krise aber auch: Nichts ist  
wichtiger als Vertrauen. Deswegen sagen wir all denjenigen,  
die auf dem Finanzmarkt, in der Finanzwirtschaft  
und im Bankenwesen tätig sind: Schaut wieder mehr auf  
den Wert des Vertrauens. Vertrauen heißt für euch in  
der Bankenwelt, dass ihr nicht unbedingt das Vertrauen  
jedes großen Profiteurs gewinnen müsst, sondern schaut  
wieder auf eure kleinen Kundinnen und Kunden und  
habt mehr Respekt vor den Einlagen der kleinen Kundinnen  
und Kunden, die euer Vertrauen verdient haben und  
die Stütze unserer Gesellschaft und unserer Demokratie  
sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der FDP)

Ich sage aber auch: Wir als Politiker sollten in dieser  
Situation auch erkennen, wie wichtig für uns Vertrauen

ist und was Vertrauen heißt. Vertrauen heißt, dass Reden und Handeln möglichst nahe beieinander liegen sollten. Hundertprozentig wird das nie gelingen, aber das sollte wirklich nahe beieinander liegen. So, wie ich zur Bankenwelt sage, dass Profit um jeden Preis nicht sein darf, sage ich mit Blick auf die Vertrauenserhaltung auch zur Politik, dass Machtperspektive nicht um jeden Preis sein darf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, dass wir in diesen Wochen ein großes Stück Vertrauen geschaffen haben. Ich erwarte, dass sich dafür etwas am Markt bewegt. Ich weiß sehr genau, dass wir jetzt an der Börse die sorgenvolle Beobachtung und Vorwegnahme eines wirtschaftlichen Abschwungs erleben. Wir sehen am Ölpreis und anderen Indikatoren, dass die Lage schwieriger wird. Deshalb sollten wir den Menschen nicht vormachen, dass diese Krise in den nächsten Wochen und Monaten einfach so an uns vorbeigeht. Aber wir sollten auch darauf hinweisen, dass wir stärker sind, als wir es noch vor Jahren waren. Wir haben gezeigt, dass dieser Staat und diese Demokratie handlungsfähig sind und wir nicht, wie in früheren Krisen, nur zuschauen können. Deswegen bin ich gerade nach dieser Woche bei allem, was wir zu erwarten haben, optimistisch. Die Demokratie hat sich als handlungsfähig erwiesen. Das ist eine gute Voraussetzung dafür, dass es in den nächsten Jahren gut weitergeht. Ich danke allen, die an dem Erfolg in dieser Woche mitgewirkt haben. Es bedeutet nicht, wie in manchen Kommentaren geschrieben wird, die Rückkehr des Politischen, sondern es ist die Bestätigung, dass Politik in diesem Land etwas erreichen kann.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Linken,  
Dr. Gregor Gysi.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir erleben zurzeit die tiefste Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Diese Krise geht aber nicht von der Dritten Welt oder von den Schwellenländern aus, sondern ausschließlich von den führenden kapitalistischen Staaten. Gestern Abend wurde in den Tagesthemen über ein Thema berichtet, mit dem wir uns hier noch nicht beschäftigt haben und über das wir diskutieren müssen.

Derzeit sterben jährlich 9 Millionen Menschen an Hunger. Jetzt wurde gemeldet, dass die 50 ärmsten Staaten wegen der Finanzkrise keine Kredite mehr bekommen. Sie können dann keine Nahrungsmittel mehr kaufen. Es wurde geschätzt, dass zusätzlich zu den 9 Millionen Menschen noch weitere 50 Millionen Menschen an Hunger sterben werden. Das kann niemand in diesem Hause wollen. Deshalb erwarte ich von Ihnen, Frau Merkel, und auch von Frau Wieczorek-Zeul konkrete

Vorschläge, wie wir das auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene verhindern können.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Deshalb verweigern Sie die Hilfe! Das ist doch zynisch, was Sie hier vortragen!

- Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Was ist Ihr Vorschlag?)

Verantwortlich für diese Krise sind nicht nur Bankmanager - die stehen allerdings ganz oben an -, sondern auch Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Journalistinnen und Journalisten, die uns jahrelang gepredigt haben, dass die Freiheit der Finanzmärkte zu einer gigantischen Wirtschaft führt. Aber das Gegenteil ist passiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben es nicht nur mit einer Krise auf den Finanzmärkten zu tun, sondern auch in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Demokratie, was zum Teil noch geleugnet wird. Oskar Lafontaine hat am Mittwoch darauf hingewiesen, dass der von Ihnen zunächst berufene und dann wieder zurückgetretene Tietmeyer erklärt hatte, dass die Finanzmärkte die Politik beherrschen. Heute sagen Sie, dass Sie zu diesem Gesetz gezwungen sind. Damit räumen Sie ein, immer noch beherrscht zu werden.

Die Kernfrage lautet deshalb, zu welchen Veränderungen wir kommen müssen, um so etwas zukünftig auszuschließen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der demokratische Sozialismus steht leider - ich bin Realist - noch nicht auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Widerspruch bei der CDU/CSU - Bartholomäus

Kalb [CDU/CSU]: Ach du lieber Gott!)

- Dass Sie nicht begreifen, was das ist, verstehe ich. Aber zumindest vom Kapitalismus müssten Sie etwas verstehen. Dann müsste man sich wenigstens darin einig sein, dass man ihn verändern muss. Können wir nicht zusammen darum ringen, ein Primat der Politik über Wirtschaft und Finanzen wiederherzustellen?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das ist auch eine Kernfrage der Demokratie;

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich glaube, das haben Sie letzte Woche nicht verstanden, Herr Kollege!)

denn wenn der Vorstand der Deutschen Bank entscheidet, was der Bundestag und die Bundesregierung zu tun haben, und nicht wir entscheiden, was sie zu tun haben, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hanebüchener Blödsinn!)

dann ist die Demokratie schwer verletzt. Schließlich darf die Bevölkerung den Bundestag wählen, aber nicht den Vorstand der Deutschen Bank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wie es sich mit der Wirtschaft verhält, werde ich Ihnen sagen. Ein Konzernchef hat mir gesagt, dass früher

der zehnte Tagesordnungspunkt in der Vorstandssitzung immer der Börsenstand war. Aber seit Jahren sei nun der erste Tagesordnungspunkt der Börsenstand, weil dieser alleine darüber entscheide, welche Kredite zu welchen Bedingungen man bekomme. Das heißt, die Finanzwelt beherrscht sogar die Wirtschaft. Es wäre selbst im Kapitalismus sehr viel sinnvoller, wenn die Wirtschaft die Finanzwelt beherrschte. Auch dort brauchen wir eine Umkehrung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Frage, die sich nun stellt, ist: Gab es unterschiedliche politische Ansätze zur Vermeidung einer solchen Krise, oder gab es sie nicht? Ich finde Besserwisserei immer blöde.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- Entschuldigen Sie, das ist Ihr Stil. Sie behaupten, seit 1949 alles richtig gemacht zu haben. Aber das ist ein schwerer Irrtum der Union; das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

In dieser Frage hatten wir aber nun einmal recht. Wir haben immer gesagt, dass wir eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte brauchen, weil alles andere zu einer Katastrophe führt. Aber Sie haben das immer bestritten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

- Ich werde es Ihnen gleich beweisen. - Sie verlangen von uns immer Ehrlichkeit in der Aufarbeitung der Geschichte. Haben Sie doch einmal die kleine Ehrlichkeit, hier zu sagen: Wir haben uns zutiefst geirrt, und die Linken hatten - meinetwegen: ausnahmsweise - recht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Volker Kauder [CDU/CSU]: So war es aber nicht!)

Jetzt erklären Union und SPD sowie Grüne, dass sie schon immer für die Regulierung der Finanzmärkte waren. Das ist eine Erfindung.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Joschka Fischer von den Grünen hat erklärt, man könne nicht gegen die Finanzmärkte regieren. Gerhard Schröder ist Tony Blair gefolgt - und zwar gegen Oskar Lafontaine - und hat gesagt: Wir müssen die Freiheit der Finanzmärkte schaffen. Herr Steinbrück, ich darf Sie ausnahmsweise zitieren. Sie haben am 4. Mai 2006 auf der Euromoney Germany Conference Folgendes wörtlich erklärt:

Obwohl wir mit unseren Reformanstrengungen noch keineswegs am Ende sind, zeigen sie doch erste gute Ergebnisse ... Nicht zuletzt ist Deutschland heute eine der am meisten liberalisierten und deregulierten Wirtschaften in Europa.

Darauf waren Sie stolz. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Zuruf von der SPD)

- Entschuldigung, die SPD hat Hedgefonds zugelassen,

die Sie dann als Heuschrecken bezeichnet haben. Die SPD und die Grünen haben Leerverkäufe zugelassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Darf ich den Bürgerinnen und Bürgern erklären, was Leerverkäufe sind? – Man gibt Geld an die Börse und wettet darauf, dass bestimmte Aktienkurse fallen. Wenn man recht hatte, gewinnt man Geld. Wenn man unrecht hatte, ist man sein Geld los. Sie haben mit dieser Maßnahme aus dem Kapitalismus einen Kasinokapitalismus gemacht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

2008 haben Sie das endlich verboten, allerdings nur befristet.

Den Gesetzentwurf lehnen wir ab. Herr Westerwelle, Sie sagen, das könnten wir uns nur leisten, weil es auf unsere Stimmen nicht ankomme. Ich sage Ihnen Folgendes:

Wenn es auf unsere Stimmen ankäme, könnten wir entsprechende Veränderungen durchsetzen; das ist der Unterschied. Diese können wir nun aber nicht durchsetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nach Ihrer Rede scheint das gut zu sein!)

Dass ein Rettungspaket erforderlich ist, ist unstrittig.

Dass das zügig geschehen musste, ist auch unstrittig. Dafür hatten Sie unsere Zustimmung. Wir kritisieren aber Folgendes:

Erstens. Sie sagen, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, wenn staatliches Geld fließt. Man kann dann Bonusscheine oder Aktien erwerben, aber ohne Mitbestimmungsrechte. Man kann aber auch solche Aktien

erwerben, dass man anschließend etwas zu sagen hat.

Das alles regeln Sie in Verordnungen. Auf diese haben wir aber keinen Einfluss, selbst wenn ein Ausschuss davon erfährt. Der Bundestag hat dann nichts mehr zu entscheiden. Darauf können wir uns nicht einlassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir sagen: Wohin staatliches Geld fließt, muss auch staatliches Eigentum entstehen; denn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind dann auch am Gewinn zu beteiligen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Genau das passiert doch!)

Zweitens. Wenn man so etwas macht und das der Regierung überlässt, dann muss man – das wurde hier vielfach erklärt – Grundvertrauen in die Regierung haben.

Das haben wir nicht, weil sie es zerstört hat. Das möchte ich Ihnen gerne begründen.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Das hatten Sie noch nie!)

– Das kann schon sein. Wir hatten aber auch noch nie einen Grund, so etwas zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Herr Bundesfinanzminister, am 16. September 2008 haben Sie im Bundestag wörtlich erklärt:

Es gibt keinen Anlass – das sage ich sehr bewusst –, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu



zweifeln.

Oh, es hätte viele Anlässe gegeben, zu zweifeln.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Entweder haben Sie es nicht gewusst - dann spricht das gegen Ihre Fähigkeiten -, oder Sie haben es gewusst; dann haben Sie uns nicht die Wahrheit gesagt. Auch das spricht dann gegen Sie.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Drittens. Dann begann die Krise in den USA. Frau

Bundeskanzlerin, Herr Glos, was haben Sie denn gesagt?

Sie, Herr Glos, haben gesagt, die USA sollten vor der eigenen Tür kehren, das Ganze gehe Deutschland nichts

an. Sie hatten gar nicht verstanden, dass wir ein international verwobenes Finanzsystem haben, in dem uns auch eine Bank in Island etwas angeht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist doch grotesk - wir leben in einer verrückten Welt -, dass die Linke dieser Bundesregierung sagen musste: Sie müssen mit der US-Administration unter Bush zusammenarbeiten. - Aber das ist die Wahrheit. Wir haben das gesagt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Quatschkopf!)

Dann wollte Anfang des Monats der französische Präsident Sarkozy eine europäische Lösung. Auch das haben Sie schon vergessen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Glauben Sie selber, was Sie da sagen?)

Es war Frau Merkel, die dagegen war und immer noch den nationalistischen Weg beschreiten wollte, der aber falsch ist und der auch gar nicht funktioniert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Noch mal: Quatschkopf! -

Thomas Oppermann [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Ich weiß, dass Sie das jetzt alles begriffen haben. Jetzt machen Sie das international, weltweit, europäisch. Das ist auch sinnvoll, aber Sie müssen doch zugeben, dass Sie erst einmal das Gegenteil betrieben haben. Das hat kein Vertrauen geschaffen, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: An Gysis Wesen soll die Welt genesen!)

Nehmen wir ein weiteres Beispiel, die Deutsche Industriebank. Ich bitte Sie, Herr Steinbrück! Was haben Sie denn dort geregelt? Erstens sagt ein Mann wie Roland Berger, die Rettung sei gar nicht erforderlich gewesen, weil das Institut viel zu klein gewesen sei. Also kann man schon über die Rettung streiten. Das Zweite, was ich spannend finde, ist: Sie stellen 9,2 Milliarden Euro für Schäden zur Verfügung, die eintreten können. Das sind aber nicht Ihre Gelder, das sind Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dann verkaufen Sie

das Institut - uns gehörten 38 Prozent der Anteile - an eine Heuschrecke für einen Appel und ein Ei. Jetzt gehört uns gar nichts mehr. Nun kommt der Höhepunkt: Sie haben nicht geregelt, dass diese Bank dann, wenn sie jemals wieder Gewinne macht - und wenn tatsächlich 1 Milliarde, 5 Milliarden oder 9 Milliarden Euro unseres Geldes in Anspruch genommen wurden -, auch nur 1 Cent an uns zurückzahlt. Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, Herr Steinbrück. Für mich hat das eine strafrechtliche Relevanz. Was soll denn sonst Untreue sein?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich finde, das ist wirklich nicht hinnehmbar, und ich kann das den Bürgern auch nicht erklären.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ich finde es schön, dass Sie von Gewinnen reden!)

Jetzt komme ich zur Hypo Real Estate. Ich bitte Sie.

Sie haben uns immer erklärt: Die konnte nicht kontrolliert werden, weil die Bundesfinanzaufsicht dafür nicht

zuständig war, weil das Institut keine Bank war. Dann ist der Schaden durch die DEPFA angerichtet worden, eine

Tochter mit Sitz in Irland. Dazu haben Sie uns erklärt:

Auch die konnte nicht kontrolliert werden, weil ihr Sitz

in Irland war. - Jetzt sagt uns doch der Chef der Bundesfinanzaufsicht, er habe sie mit der Bundesbank kontrolliert.

Der Bericht ist im August an das Bundesfinanzministerium gegangen. Haben Sie davon nichts gewusst,

oder haben Sie uns belogen? Das möchte ich jetzt einfach einmal wissen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Die Finanzaufsicht behauptet auch, in dem Bericht hätten alle Risiken gestanden. Wie, frage ich Sie, soll denn

das Vertrauen entstanden sein, das dazu hätte führen

können, dass wir jetzt alles der Regierung überlassen?

Sie haben das Vertrauen zerstört, das man vielleicht gehabt haben könnte, das wir aber - der Zwischenruf kam

zu Recht - nicht hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Über die Verantwortlichkeit der Manager reden wir

zwar alle, aber es passiert doch nichts. Herr Funke tritt

als Chef der HRE zurück und erhält monatlich über

40 000 Euro Pension. Davon kann man ja einigermaßen

leben. Das ist ja eine dolle Strafe, die er hinnimmt. Es ist

doch nicht mehr diskutabel, was wir hier in Deutschland erleben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gysi, ich möchte Sie an Ihre Zeit erinnern.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, da ich Ihnen vertraue, gehe ich davon aus, dass die Zeit leider herum ist.

(Heiterkeit - Renate Künast [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN]: Das steht auf der Uhr! - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Die Zeit ist um,

Herr Gysi!)

Das ist schade. - Ich weiß, dass Sie sich freuen. Aber ich

hätte Ihnen noch einiges zur Demokratie und auch zur sozialen Frage gesagt.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Überlegen Sie sich das ganz genau, bevor Sie arrogant darüber hinweggehen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ganz vorsichtig!)

Wenn Sie kein Konjunkturprogramm auflegen, -

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gysi.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- wenn Sie die Sozialleistungen nicht stärken, dann werden wir einen Wirtschaftsabschwung erleben, den wir so teuer zu bezahlen haben werden, dass ich es Ihnen und uns allen nicht wünsche. Machen Sie diesbezüglich eine andere Politik!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU], an die SPD gewandt: Mit denen wollt ihr in Hessen wirklich zusammenarbeiten?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es passiert mir in dieser Legislaturperiode ehrlich gesagt zum ersten Mal, dass ich als Fünfte ans Redepult gehe und vor meiner vier linke Reden gehalten wurden.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit bei der LINKEN)

Ich muss wirklich sagen: Bei Ihnen allen stimmen Reden und Handeln nicht überein.

Ich muss mich selbst über die Rede des geschätzten Herrn Kollegen Westerwelle wundern, der hier sagt, Leute würden vielleicht ablehnen, weil man „sicher sein kann, dass es ohnehin eine Mehrheit erhält“.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Herr Westerwelle, von Ihnen habe ich gar nichts anderes erwartet, weil - das sage ich klar - Sie und Ihre FDP sich nicht ums Land, sondern um die Banker Sorgen machen.

So war auch Ihre Rede.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Hartmut Koschyk

[CDU/CSU]: Das ist ja billig! Primitiv und billig ist das! - Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Billiger geht es ja nicht!)

Ich muss einen Satz zitieren:

Ferner muß der politische Einfluss im Bankensektor reduziert werden. Das vergrößert die Chancen des Bankenstandortes Deutschland.

Das stand im Bundestagswahlprogramm der FDP von 2005.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Sie kritisieren hier andere, weil sie nicht zustimmen wollen. Wissen Sie, Herr Westerwelle, Sie verkaufen die parlamentarischen Rechte und die Sorge um das Geld der Bevölkerung in Deutschland für ein Linsengericht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Oh! Sie haben

aber ein Niveau! So ein Niveau in solch einer Debatte! Um Gottes willen! Das ist ja unglaublich!) In dieser Woche geht es um ein Rettungspaket. Wir haben einem Verzicht auf die Fristen zugestimmt. Wir sagen: Ja, es muss ein schnelles Paket sein, es muss ein großes Paket sein. Aber dieses Paket, das die Koalition vorgelegt hat, ist definitiv das falsche, weil es seiner Verantwortung vor den Steuerzahlern nicht gerecht wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie werden der Verantwortung für unser Land nicht gerecht, Frau Kollegin Künast!)

- Wir stehen hier und sagen: Wir tragen Verantwortung für unser Land; wir tragen - in dieser Gestalt funktioniert das - Verantwortung für den Haushalt. Wir tragen Verantwortung, wenn wir innerhalb von fünf Tagen die doppelte Finanzmenge eines Bundeshaushalts ausgeben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir haben es noch nicht mal beschlossen!)

Wir tragen Verantwortung dafür, dass es einen Entscheidungsspielraum  
- -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben es nicht einmal begriffen! - Joachim Poß [SPD]: Das ist Irreführung!)

- Herr Kampeter, Sie rufen: „Sie haben es nicht einmal begriffen!“

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kampeter, Sie sind hier der Rosstäuscher!  
(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Die Tatsache, dass hier teilweise nur Garantien gegeben werden, beweist nicht, dass diese Gelder eines Tages, wenn es schiefgehen sollte, nicht auch fließen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tatsache, dass wir das Geld dieses Jahr noch nicht ausgeben, ist nicht der Beweis dafür, dass das Geld nicht fließen könnte.

Wir können auch nicht zulassen, dass nur gesagt wird:

In Schweden ist es nachher ganz toll gelaufen. - Die Schweden haben sich aber auch Rechte geben lassen.

Bei den Schweden ging es um relativ isolierte Probleme; hier geht es um eine Weltkrise. Wer sagt uns denn, dass wir kleine, stille Anteile in ein, zwei Jahren weltweit gewinnbringend verkaufen können, wenn alle verkaufen wollen? Wir sind doch nicht naiv und lassen uns von Ihnen hinters Licht führen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tragen auch für nachfolgende Generationen die Verantwortung, ihnen nicht noch stärker verschuldete Haushalte zu übergeben. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass es nicht zu falschen Wiederholungen kommt. Da sage ich Ihnen: Ihre Vorlage ist an dieser Stelle nicht in Ordnung. Deshalb muss man mit Nein stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel und Herr Steinbrück haben gesagt - der eine oder andere hat es auch behauptet -, dieses Paket solle nicht den Banken, sondern den Menschen dienen. Da frage ich einmal: Warum wurde es dann unter der Federführung von Martin Blessing, Commerzbank, unter Teilhabe von Josef Ackermann, Deutsche Bank, Klaus-

Peter Müller, Commerzbank, und Paul Achleitner, Allianz, erarbeitet? Ich frage Sie: Wo waren denn die Vertreter der Menschen? Wo waren denn die Verbraucherschützer? Wo waren denn die Finanzwissenschaftler, die nicht die Akteure dieser Krise waren? Sie haben den Bock zum Gärtner gemacht und sich mit den Verursachern zusammengesetzt, um dieses Paket zu schreiben. Dieses Paket ist nicht in Ordnung, und deshalb muss man mit Nein stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Struck hat sich vorhin zu Herrn Ackermann - das ist der, der mit dem V-Zeichen durch den Gerichtssaal ging - geäußert. Als ich heute früh auf dem Ticker sah: „Ackermann verzichtet“, war ich eine Sekunde lang voller Hoffnung. Dann las ich: Er verzichtet auf seine Boni. - Lieber Peter Struck, das ist ja noch schlimmer als das, was du über ihn gesagt hast. Dass der Mann überhaupt glaubt, er hätte in diesem Jahr einen Bonus verdient - statt dass er sein ganzes Gehalt abgibt -, ist doch eine ungeheure Chuzpe. Wofür denn eigentlich? Für sinkende Börsenkurse?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

bei der LINKEN und der SPD sowie des Abg.

Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Und von denen lässt man sich das Ganze schreiben?

Von denen - das atmet das Paket - lässt man sich eine Milliardenhilfe aufschreiben? Dieses Paket atmet: Gib mir Geld, aber misch dich nicht ein! In meine Bücher darfst du nicht schauen. - Das Paket ist nicht in Ordnung. Deshalb stimmen wir mit Nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen: Es geht um die Bürger. - Aber am Ende steht hier: Bürgschaften zuerst und Rekapitulation - - Rekapitalisierung erst am Ende.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Intellektuelle Kapitulation ist Ihre Rede!)

- „Kapitulation“ ist ein guter Versprecher. Kapitulation ist das, was Sie machen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein, wir retten unser Land!)

Sie sitzen quasi mit weißen Fahnen hier im Plenum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wenn Sie rekapitalisieren, dann ganz still; bloß nicht ins operative Geschäft rein. Wenn wir diesen Bankern nicht trauen können, wie selbst Herr Kauder in seiner linken Rede zum Besten gegeben hat, dann können wir doch nicht sagen: „Wir geben euch Geld, aber wir gehen nicht ins operative Geschäft“ und darauf hoffen, dass die Ackermanns dieser Welt es verstanden haben. Sie haben es nicht verstanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Deshalb sage ich: Dieses Paket ist nicht in Ordnung. Wir stimmen mit Nein.

Sie haben hier wie in den letzten Tagen so getan, als brauche man die Regeln der Marktwirtschaft nur zu beachten; dann sei schon alles in Ordnung. Sie haben so

getan, als seien das Fehler einiger schwarzer Schafe. Ich sage Ihnen: Auch die soziale Marktwirtschaft in ihrer heutigen Gestalt ist in einer Vertrauenskrise, weil sie Raffgier und exzessive Selbstbedienung zugelassen hat. Auch da müssen wir die Regeln aufs Schärfste ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen haben das Recht, zu sehen und zu erleben, dass mit ihrem Geld wirklich sorgfältig umgegangen wird, eben nicht zu den alten Bedingungen. Sie reden über zwei Schritte: Erst geben wir das Geld - Durchreiche von der Küche zum Esszimmer -, und erst später, in einem zweiten Schritt, müssen wir den fälligen und nötigen Umbau des Finanzmarkts vornehmen. - Ich sage Ihnen heute und hier: In diesem Paket muss der Umbau des Finanzmarkts beginnen. In diesem Paket muss man eine aktive Teilhabe organisieren, muss man Transparenz, parlamentarische Kontrolle und parlamentarische Mitentscheidung organisieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben es gar nicht gelesen! Sie haben keine Ahnung, was wir heute beschließen, aber Sie lehnen ab!)

Das können Sie nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

In diesem Paket steht am Ende nur, dass mehr informiert wird. Sie gründen noch einen Ausschuss, aber das reicht uns nicht. Was wir wollen, ist der größtmögliche Einfluss des Fonds auf die Unternehmenspolitik, die größtmögliche Kontrolle. Wir wollen die Mitentscheidung des Deutschen Bundestages, der 614 Leute, die dafür gewählt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mein letzter Satz. - Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Dieses Paket ist ein 500-Milliarden-Euro-Blankoscheck. Dieses Paket, das Sie vorlegen, entspricht der alten Systematik. Es ist nicht in Ordnung, und deshalb stimmen wir mit Nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was für eine primitive Rede!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Westerwelle.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Kollegin, ich will nicht mit Ihrer Rede insgesamt auseinandersetzen, aber da Sie die FDP und das Wahlprogramm der FDP zitiert haben, möchte ich doch eine Bemerkung machen.

Sie haben das aus dem Zusammenhang gerissen. Das ist in meinen Augen auch in einer aufgeregten Debatte nicht zulässig. Wenn wir von politischem Einfluss gesprochen haben, so bezog sich das ausdrücklich auf den parteipolitischen Einfluss, und es bezog sich auf das große Thema: Staatsbanken und IKB-Anteil.

Sie wissen, wir sagen seit vielen Jahren, es war ein Fehler, dass die Staatsbank KfW sich mit etwa 30 Prozent bei der IKB engagiert hat. Wir haben Ihre Entscheidung, die Sie während Ihrer Regierungszeit getroffen haben, für falsch gehalten. Das ist der entscheidende Kritikpunkt gewesen. Wir waren der Überzeugung, Staatsbanken seien dafür zuständig, bei Existenzgründungen und Forschung sowie mittelständischen Betrieben zu helfen; aber sie sind nicht dafür zuständig, an der Weltbörse herumzuspekulieren. Diese Meinung bleibt unverändert richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Als Zweites möchte ich einfach sagen: Sie haben eine außerordentlich engagierte Rede gehalten. Sie haben vor allem lauter Defizite beklagt. Ich darf Sie daran erinnern: In den letzten zehn Jahren haben Sie sieben Jahre lang regiert. Jede fehlende Regel, die Sie anmahnen, hätten Sie in sieben Jahren durch dieses Haus bringen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Künast, Sie können antworten.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Westerwelle, ich weiß nicht, wozu Sie heute debattieren. Ich diskutiere zu dem vorliegenden Maßnahmenpaket der Bundesregierung, dem Sie zustimmen möchten und das wir ablehnen möchten. Ich will aber, weil Sie mir vorgeworfen haben, zu wenig von der FDP zu zitieren, die Gelegenheit nutzen, noch zwei Sätze zu zitieren, die beide von Ihnen sind und die für meine Begriffe bezeichnend sind für das Motiv Ihrer heutigen Zustimmung. Der eine Satz von Ihnen stammt aus einer Rede aus dem Jahre 2003:

Deutschland braucht eine grundlegende Kurskorrektur in Richtung weniger Steuern, weniger Staat und Deregulierung.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, den Bankern, den Finanzdienstleistern, die diesen Schaden angerichtet haben, begegnen Sie mit weniger Staat, weniger Steuern und weniger Regulierung.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist böswillig!)

Ich kann stundenlang so weitermachen. Ein weiteres Zitat von Ihnen:

Die FDP steht für Entstaatlichung statt Verstaatlichung.

(Beifall bei der FDP)

Davon grenze ich mich ab, weil ich glaube: Dass Sie in einer solchen Situation, die gekennzeichnet ist von Milliardenschäden weltweit, von Sorge der Menschen um ihre Altersvorsorge, von Sorge der Kommunen um ihre Absicherung, strahlend dasitzen und Juchhu rufen, nach dem Motto: Entstaatlichung statt Verstaatlichung, während dem Staat und dem Steuerzahler, dem kleinen Mann, das Geld aus der Tasche gezogen wird, um für diese Banker und ihre Abzockerei einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, das, finde ich, spricht für sich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Frau Künast, das ist Unsinn, und zwar im Quadrat!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich ergänzen, dass zwischenzeitlich der Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen. Über den Änderungsantrag wie auch über den Gesetzentwurf werden wir später namentlich abstimmen. Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt damit zwei namentliche Abstimmungen. Ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir beim nächsten Tagesordnungspunkt, dem Punkt 35, GKV-Beitragssatzverordnung, eine weitere namentliche Abstimmung haben.

Jetzt gebe ich das Wort dem Kollegen Carsten Schneider, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(Vorsitz: Präsident Dr. Norbert Lammert)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns liegt eine ungewöhnliche Woche, ungewöhnlich, was die Form des Gesetzes und die Höhe der öffentlichen Mittel, die hier teilweise bereitgestellt werden, angeht, ungewöhnlich auch im Hinblick auf die Maßnahmen; denn wir ermöglichen mit diesem Gesetzespaket eine Teilverstaatlichung von Banken, und das mit der Zustimmung der CDU/CSU und der FDP. Wer hätte das gedacht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sind auch ungewöhnliche Reden gehalten worden.

Frau Künast, ich hätte mich wirklich sehr gefreut, wenn wir die Rede von Herrn Kuhn von Mittwochmorgen hätten aufgreifen können. Die Änderungen, die Sie angemahnt haben, haben wir in großen Teilen eingebracht.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Künast, Ihre Rede war sehr engagiert. Aber sie war auch bar jeder Sachkenntnis.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bedaure das sehr.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn geändert?)

Wir haben Änderungen hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle vorgenommen. Das, was Sie, Herr Kuhn, und auch Sie, Herr Gysi, eben angemahnt haben, steht in dem Gesetzentwurf. Es soll ein neuer Sonderausschuss mit eigenen Rechten eingerichtet werden, der umfänglich informiert wird, der sogar bei einer Rechtsverordnung ein Vetorecht bei der Abwicklung des Fonds hat und der alle Informationen bekommt. Was wir allerdings nicht wollen, ist eine exekutive Befugnis des Bundestages; das stimmt. Ich will keine Einzelfallentscheidungen treffen; das liegt nicht in unserer Verantwortung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Parlamentsbeteiligung ist jetzt verankert. Ich gebe zu, der erste Entwurf war von der Regierung; die hat das manchmal nicht so gern. Die Parlamentsbeteiligung ist ein wichtiger Anker in einem Gesetz -

(Widerspruch des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ich habe das am Mittwoch als mögliche Zeitenwende bezeichnet



-, das zumindest in Bezug auf seine Größenordnung und seine Bedeutung für dieses Land mit nichts zu vergleichen ist.

Ich denke, dass auch die Veränderung, die wir bei der Durchführungsorganisation vorgenommen haben - die Bundesbank stand im ersten Entwurf unter der Rechtsund Fachaufsicht des Finanzministeriums; das ist nun nicht mehr der Fall -, dieser wichtigen Einrichtung entgegenkommt. Damit haben wir insbesondere die Unabhängigkeit der Bundesbank herausgestellt.

Frau Künast - zu den Linken komme ich später -, Sie haben gesagt, die Summe von 500 Milliarden Euro entspreche dem doppelten Bundeshaushalt - das stimmt -, und das sei ganz ungewöhnlich; das stimmt nicht. Wir haben in jedem Haushaltsgesetz, dem auch Sie früher zugestimmt haben, Garantien von über 300 Milliarden Euro.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In fünf Tagen doch nicht!)

Jetzt haben wir 400 Milliarden Euro, zusätzlich eine Kreditermächtigung für 70 Milliarden Euro plus eine mögliche Erhöhung durch den Haushaltsausschuss. Das ist der ungewöhnliche Teil. Aber die Garantien sind überhaupt nicht ungewöhnlich. Jetzt haben wir sogar noch mehr Kontrolle als bei den Garantien, die wir sonst als Bürgschaften und Ähnliches geben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Von daher kann ich Ihre Position nicht verstehen. Bei der Bedeutung, die dieses Gesetz für den Finanzmarkt und den Wirtschaftsstandort der Bundesrepublik Deutschland hat, ist das nicht zu verantworten. Ich bedaure das. Nun zum Verursacherprinzip. - Herr Präsident, es wird eine Zwischenfrage gewünscht.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile dem Kollegen Kuhn das Wort zu einer Zwischenfrage.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte wissen, ob wir eigentlich über das Gleiche reden. Wir hatten hier eingefordert, dass, wenn man ein Paket aus Rekapitalisierung und Garantien in der Höhe von 480 Milliarden Euro schnürt, dann das Parlament nicht eine pauschale Ermächtigung an den Bundesfinanzminister geben, sondern letztlich selbst entscheiden soll. Das hatte ich in dieser Woche begründet. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass Sie dem beitreten wollen. Jetzt findet sich in dem Gesetz, das Sie heute Nacht endverhandelt haben, ein neuer Unterausschuss, der unter Geheimkriterien arbeiten muss und Informationsrechte erhält, aber bei größeren Paketen - ich rede nicht über die Bürgschaften, sondern über die Rekapitalisierung für den Fall, dass eine Bank gerettet werden soll - in der Sache nicht entscheidet.

Meine Frage an Sie ist: Wenn es so ist, wie ich es schildere, können Sie dann wirklich ernsthaft behaupten, es gebe eine parlamentarische Kontrolle? Das ist doch nicht richtig; vielmehr ist das einfach eine Information.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Kuhn, ich habe am Mittwoch zugesagt, wir werden

die Parlamentsrechte verbessern. Bisher bestand nur die Möglichkeit einer Unterrichtung des Bundesfinanzierungsgremiums. Das haben wir deutlich verändert.

Nun gibt es einen eigenständigen Ausschuss.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, noch einen Ausschuss!)

Dieser hat das Recht, bei einer Abwicklung des Fonds der Verordnung zuzustimmen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Abwicklung!)

Das ist entscheidend. Es ist richtig, was Sie gesagt haben: Wir entscheiden nicht über Einzelfälle. Dazu, Herr Kuhn, fühle ich mich auch gar nicht in der Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Dazu habe ich auch nicht die Sachkenntnis. Das will ich als Abgeordneter des Deutschen Bundestages nicht entscheiden, sondern das machen die Bundesbank und die Finanzmarktstabilisierungsanstalt. Wir geben die Richtlinien vor und kontrollieren die Regierung. Das ist die Aufgabe des Parlaments.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wir erteilen klare Auflagen. Wer Leistung erhalten will, wer unter den Garantieschirm will, wer Eigenkapital erhalten will und wer als letzte Möglichkeit - das haben wir im Gesetz in der Reihenfolge geändert - wünscht, dass wir schlechte Assets, schlechte Posten aus der Bilanz herausnehmen, der muss eine Gegenleistung erbringen. Ich kann die Linke überhaupt nicht verstehen, dass sie dem nicht zustimmt. Mit diesem Gesetzentwurf haben wir endlich die Chance - und die FDP stimmt zu -, einer Verstaatlichung von Banken zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

- Herr Westerwelle, Sie sollten Ihre Zustimmung nicht davon abhängig machen. Ich bin jedenfalls dieser Auffassung.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Westerwelle zustimmt, ist es keine Verstaatlichung!)

Sie können aktiv werden, und was tun Sie, Herr Gysi? Sie halten eine schöne, rhetorisch brillante Rede, aber im Endeffekt ändert sich nichts.

(Beifall bei der SPD - Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Warum machen Sie denn nichts?)

Sie beklagen die Pension von Herrn Funke von der Hypo Real Estate. Das ärgert auch mich wahnsinnig. Der Aufsichtsrat hat aber einen Vertrag mit dem Vorstand geschlossen, und der Vertrag gilt. Sie wissen auch, dass das gar nicht anders geht. In bestehende Verträge können Sie nicht eingreifen.

Ich begrüße es jedoch, dass der Aufsichtsrat der Hypo Real Estate jetzt die Konsequenzen gezogen hat und gegenüber Herrn Funke von der Möglichkeit Gebrauch macht, die wir unter Rot-Grün eingeführt haben, nämlich Vorstände von Aktiengesellschaften zu verklagen, sie zur Rechenschaft zu ziehen und von ihnen Schadenersatz zu fordern. Das passiert auch, und das ist zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Viele Kollegen haben die Frage der Akzeptanz von Demokratie angesprochen. Wir sind sicherlich in einer schwierigen Situation. Ich glaube aber - dabei stimme ich mit Herrn Kollegen Kauder überein -, dass wir als Bundestag, als Bundesrat und als Bundesregierung bewiesen haben: Unsere Institutionen funktionieren.

Ich wünsche mir, die anderen Institutionen, die Banker, die uns die Suppe eingebrockt haben, würden überhaupt einmal an die Öffentlichkeit treten. Ich sehe keinen Herrn Ackermann und keinen Herrn Blessing. Ich schätze sie im Einzelnen, aber wo sind sie denn? Sie haben Kommunikationsstäbe, betreiben Öffentlichkeitsarbeit, machen Kampagnen usw. Sie selbst treten aber nicht auf und übernehmen nicht die Verantwortung. Ich finde, das ist unsäglich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der meiner Fraktion sehr wichtig ist. Dass dieser Fonds Minus macht, ist erstens nicht Ziel und zweitens nicht entschieden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch besser so!)

Ich glaube, dass dieses Paket funktioniert und dass wir den Markt stabilisieren und die Wirtschaft am Laufen erhalten. Damit ist das schon das beste Konjunkturpaket.

Im Übrigen sollte es möglichst nicht in Anspruch genommen werden. Wenn dies aber geschehen sollte, dann muss sich nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Fraktion der Deutsche Bundestag damit beschäftigen, wie eine geeignete Refinanzierung aus dem Finanzsektor selbst heraus dargestellt werden kann. Das ist für uns eine Bedingung. Ich bin froh, dass wir das mit in die Beschlussempfehlung aufgenommen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es kann nicht sein, dass wir als Staat die immens wichtige Finanzwirtschaft und ihre Existenz garantieren; denn nur noch wir sind weltweit der letzte Anker. Irgendwann werden wir die Krise überwunden haben, und das System wird wieder funktionieren. In der Krise gibt es im Übrigen auch Banken, die Geld verdienen. Es wird wieder eine Situation geben, in der die Unternehmen viel Geld verdienen.

Ich finde, dann ist es durchaus selbstverständlich - wir wollen dies politisch -, dass nicht die Kindergärtnerin, nicht der Handwerksmeister und nicht die Krankenschwester, sondern insbesondere die Banken das mit ihren Gewinnen finanzieren. Dann erzielen sie halt eine Zeit lang keine Eigenkapitalrendite mehr von 25 Prozent, sondern nur noch eine Eigenkapitalrendite von 15 Prozent. Das geht auch, das ist verkraftbar. Das ist meines Erachtens ein wichtiges Signal an die Bevölkerung. Die SPD will, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, bei aller Schwierigkeit hat der Bundestag ordnungsgemäß und sauber beraten. Wir haben diesen Gesetzentwurf bis heute Morgen um halb drei bearbeitet. Ich glaube, das ist im Hinblick auf die Bedeutung nicht zu vergleichen. Daher

hoffe ich, dass zum einen die Regierung ihre Verantwortung wahrnimmt, die wir ihr in weitreichender Form jetzt geben - wir werden das kontrollieren -, und dass zum anderen dieses Paket tatsächlich wirkt und damit letztlich das erhoffte Ziel erreicht wird, nämlich eine Stabilisierung des Finanzmarktes unter den derzeit kritischen wirtschaftlichen Bedingungen.

Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin und beim Bundesfinanzminister für diesen Entwurf.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist Herr Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

Otto Fricke (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will als Ausschussvorsitzender versuchen, das darzustellen, was zu nachtschlafender Zeit beschlossen wurde.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Insbesondere der Kollegin Künast!)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Fraktionen für die Arbeit im Ausschuss; denn wir haben das trotz der Belastung und trotz der Eile nicht in einem Hickhack, sondern parlamentarisch gemacht. Man sollte auch nach draußen sagen, dass wir bei allem Unterschied den Ernst der Lage sehen, weil wir alle wollen, dass am Montag Kredite ausgegeben werden, am Montag Geld abgehoben werden kann und der Bürger sagen kann, die Politik kümmere sich um seine Sorgen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Herr Minister, Sie haben es gesagt. Jetzt ist die Zeit, um Feuer zu löschen. Danach ist sicherlich die Zeit, zu überlegen, wie man das Feuer besser löschen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, es ist aber nicht die Zeit, nur zu sagen: Da brennt es. Es ist Ihre Aufgabe, dabei mitzuhelfen, das Feuer zu löschen. Sie beteiligen sich nicht daran, sondern es ist wie immer: Wenn es ernst wird, dann sind Sie hinter den Büschen und nicht am Brandherd. Das ist Ihr Fehler.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

In die Richtung der Grünen sage ich: Unsere Aufgabe als Parlament endet nicht damit, dass wir den Ausschuss einrichten. Ich stimme dem Kollegen Schneider völlig zu. Wir als Parlamentarier sollen nicht im Detail sagen, wie wir das machen. Wissen Sie genau, wie Sie mit einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit umgehen wollen? Wissen Sie, wie Sie mit einer Sparkasse oder mit einer Genossenschaftsbank, mit einem Investmentfonds oder mit was auch immer umgehen sollen?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Künast nicht!)

Das bedarf ganz unterschiedlicher schneller Regelungen. Hierzu brauchen wir Fachleute, die schnell entscheiden. Ich sage ausdrücklich für meine Fraktion: Wenn dabei etwas schief läuft, wenn meine Fraktion feststellt, dass sich dabei etwas in die falsche Richtung bewegt, dann werden wir hier Gesetzesinitiativen einbringen. Das ist

eine Aufgabe, die wir als Parlamentarier haben, nämlich den Vorgang zu überwachen. Ich bin mir sicher, dass die Fraktionen das tun werden und sagen: Wenn das in die falsche Richtung geht, wenn wir als Legislative das nicht so haben wollen, dann müssen wir agieren. Dann werden wir das auch tun. Dann wird die FDP auch aufgrund ihrer Zustimmung bei den Koalitionsfraktionen einfordern, dass dies passiert.

(Beifall bei der FDP)

Zu dem, was beschlossen worden ist, will ich zwei Dinge sagen: Erstens. Die Bedenken des Bundesbankpräsidenten sind meiner Ansicht nach ausgeräumt. Ich sage ausdrücklich, das hat die Koalition bereits vorab veranlasst. Das war klar, als wir in die Verhandlungen eintraten, das will ich klarstellen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sehr fair!)

Zweitens. Als es um die Beteiligung des Parlaments ging, gab es in der Koalition etwas Widerstand, das will ich auch deutlich sagen. Deswegen ist meine Fraktion sehr froh, dass Sie unserer Ansicht folgen konnten, einen eigenen neuen Ausschuss einzuführen, der ähnlich wie das Parlamentarische Kontrollgremium im Bereich der Geheimdienste agiert. Viele haben noch nicht gesehen, dass wir so einen Ausschuss haben, der dem Bundesrat, der für sich die Zustimmung zur Exit-Strategie haben wollte, gleichgestellt ist. Wir als Parlament müssen ebenso wie der Bundesrat zustimmen, wenn es um die Exit-Strategie geht.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie toll!)

- Für Sie ist das nicht toll, ich weiß. Für Sie ist es egal, ob sich das Parlament beteiligt oder nicht.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten das Reingehen organisieren und nicht das Rausgehen!)

- Sie haben sieben Jahre lang nichts gemacht.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wie lange haben Sie denn regiert?)

Jetzt könnten Sie etwas tun, aber Sie sind nicht bereit, das zu tun. Das ist Ihre Schwäche, die Sie gerade zu kaschieren versuchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt ist keine Zeit für Euphorie. Es ist auch keine Zeit für Selbstlob oder für Besserwisserei, Herr Gysi. Ich will mit einem Bild enden: In dieser Zeit hat man das Gefühl, dass unsere Marktwirtschaft aus einem Rahmen herausgefallen ist, den wir als Politiker geben müssen. Es ist jedoch nicht die Frage, was in diesem Rahmen gemalt wird. Es geht darum, diese Marktwirtschaft mithilfe des Staates wieder in den Rahmen zu setzen. Es geht darum, diesen Rahmen zu stärken und dafür zu sorgen, dass dieser Rahmen auch in den nächsten Tagen und Jahren trägt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister für Wirtschaft, Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, dass wir das Maßnahmenpaket, über das wir heute entscheiden, zum richtigen Zeitpunkt geschnürt haben. Es bewegt sich im internationalen Geleitzug. Es bewegt sich im europäischen Gleichklang, und es erlaubt uns, etwas für unsere eigenen Banken zu tun. Ich finde, dass das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits bevor dieses Paket abschließend verabschiedet ist, hat es auf den internationalen Märkten Wirkung gezeigt. Es hat zur Beruhigung beigetragen. Ein Grund dafür liegt auch darin, dass sehr frühzeitig grundsätzliche Zustimmung von vielen Seiten des Hauses signalisiert worden ist. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Die Menschen blicken heute wieder sehr stark auf den Staat und seine Handlungsfähigkeit, weil man gemerkt hat, dass andere Akteure, die so getan haben, als ob man den Staat und staatliche Autorität nie bräuchte, versagt haben.

Ich meine, es ist in den letzten Tagen und Wochen viel Vertrauen verloren gegangen. Wir wissen, dass die Krise in allererster Linie von den Vereinigten Staaten ausgegangen ist, weil es sehr viel leichtes Geld gegeben hat und dadurch die Maßstäbe ein Stück verrückt worden sind. Wir wissen, Vertrauen ist sehr rasch zerstört, aber es ist nur sehr langsam wiederzugewinnen.

Eines der Vertrauensverhältnisse überhaupt ist normalerweise das Vertrauensverhältnis zwischen einem

Bankkunden und seiner Bank. Es gehört zu den Dingen, die gepflegt wurden, die ein Stück bürgerliche Tugenden waren, dass man gut beraten worden ist, man sich darauf verlassen hat und sich die Bank darauf hat verlassen können, dass der Kunde wenn immer möglich zurückzahlt.

Da ist sehr viel kaputtgegangen. Das finde ich ganz besonders schlimm. Wie soll denn ein Bankkunde seiner Bank weiter trauen, wenn er weiß, die Banken trauen sich untereinander nicht mehr und benehmen sich untereinander wie konkurrierende sizilianische Clans?

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie in der CSU!)

Deswegen müssen wir alles tun, damit auch zwischen den Banken Vertrauen wieder möglich ist; denn die Banken müssen natürlich den Blutkreislauf der Wirtschaft immer wieder mit Geld und Kredit versorgen und beleben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin auf der einen Seite traurig, dass es einer solchen Krise bedurft hat, damit man wieder die Dinge vom Kopf auf die Füße stellt. Auf der anderen Seite finde ich, in einer Zeit, in der man so viel von Politikverdrossenheit redet, ist es großartig, dass die Menschen noch so viel Vertrauen in die Politik und die Handlungsfähigkeit des Staates haben.

Ich bedanke mich bei allen für die Bereitschaft, mitzumachen und rasch zu handeln. Ich weiß, es ist Ihnen sehr viel zugemutet worden. Aber wir handeln nicht für die Banken, wie viele glauben, sondern in allererster Linie

für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, für die Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das Paket ist zwar an die Finanzwirtschaft adressiert; doch die eigentlichen Empfänger - ich sage es noch einmal - sind die Menschen in unserem Land, vor allen Dingen die kleinen und mittleren Betriebe. Die eigentlichen Empfänger sind die Regionen, die für die Zukunft unserer Volkswirtschaft stehen. Der Wohlstand unseres Landes wird in der Relation zu anderen Volkswirtschaften nur in geringem Umfang in den Bankentürmen und den Versicherungszentralen erwirtschaftet. Renditen, die dort aufscheinen, haben im Grund nur Bestand, wenn sie zuvor in den Fabriken und Handwerksbetrieben, im Handel und in den freien Berufen durch Hand- und Kopfarbeit erarbeitet worden sind.

Einige angeblich besonders fortschrittliche Länder - wir Deutsche sind da oft als rückschrittlich bezeichnet worden - haben geglaubt, dass man Geld am besten mit dem Handel mit Geld verdienen kann. Entsprechend aufgebläht ist dort die Finanzbranche gewesen, und entsprechend tief ist der Fall dieser Volkswirtschaften.

Wir in Deutschland hingegen haben immer auf einen starken Industriesektor gesetzt. Heute ist in keinem Land vergleichbarer Größenordnung der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung so hoch wie bei uns - und das erfreulicherweise mit steigender Tendenz.

Umso mehr gilt: Wir müssen jetzt unsere produzierende Industrie stützen. Niemand kann zurzeit sagen, welche Auswirkungen die Krise der Finanzmärkte auf die produzierende Wirtschaft hat. Aber eines steht fest: Wer von einer allgemeinen Krise der Volkswirtschaft redet, will nur Panik machen wie die linke Seite dieses Hauses

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

und daraus politisches Kapital schlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wahr ist: Viele Branchen haben sich bisher als ungeheuer widerstandsfähig erwiesen. Das müssen wir weiter stützen und erhalten. Das bestätigen mir vor allen Dingen die Vertreter der Wirtschaft, die ich zu Gesprächen in mein Haus eingeladen hatte. Sie betonen: Zur Panik gibt es keinen Grund, aber wohl einen Grund zur Vorsicht und zur Vorsorge. Die Finanzmarktkrise wird selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Konjunktur- und Wachstumsentwicklung bleiben. Schon vor der Krise der Finanzmärkte hat sich die Lage eingetrübt. Deshalb rechne ich für das kommende Jahr mit einem Wachstum von 0,2 Prozent. Dieser in Relation zu den vergangenen Jahren geringe Zuwachs überdeckt die positiven Erscheinungen in Teilbereichen. Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist derzeit in einer guten Verfassung. In diesen turbulenten Tagen wird ein Riesenerfolg kaum zur Kenntnis genommen, nämlich die Tatsache, dass zum ersten Mal seit 2001 in diesem Herbst mehr Ausbildungssuchende einen Ausbildungsplatz finden, als die Wirtschaft anbieten kann. - Das heißt, umgekehrt.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Aufwachen!)

- Ich sage es ganz klar, Herr Kuhn: Es gibt inzwischen  
sehr viel mehr Ausbildungsplatzangebote als dafür geeignete  
Bewerber. Das ist der Unterschied zu früher.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Zahl der Beschäftigten in unserem Land ist um  
1,5 Millionen gestiegen. Das ist eine ungeheuer große  
Stütze und sorgt für zusätzliches Einkommen und damit  
natürlich auch für zusätzliche Einnahmen aus Steuern  
und Abgaben in den öffentlichen Kassen. Der Konsum  
profitiert ebenfalls davon. Deswegen steigt der Konsum  
bei uns im Land trotz der Finanzmarktkrise noch an. Nur  
die Nachfrage nach langlebigen Wirtschaftsgütern wie  
zum Beispiel Autos leidet derzeit. Aber auch hier haben  
wir die Möglichkeit, Unsicherheiten vom Markt zu nehmen.  
Ein Beispiel: Wenn wir das Problem der sogenannten  
CO2-Besteuerung möglichst rasch lösen, dann hört  
auch der Attentismus auf, den es derzeit bei den Automobilkäufern  
gibt, weil man nicht weiß, wie das künftig  
besteuert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Etwas anderes wird den Konsum ebenfalls stützen.  
Die Preissteigerungsrate geht wieder zurück. Hinzu  
kommt die Tatsache, dass sich der Dollar-Euro-Kurs  
- wenn man so sagen will - wieder exportfreundlicher  
eingependelt hat. Vor allen Dingen werden die zurückgehenden  
Öl- und Energiepreise stark dazu beitragen.  
Hier haben wir ja riesige Bocksprünge erlebt. Noch im  
Juli hat Öl auf den Märkten mehr als doppelt so viel gekostet  
wie heute. Ich glaube, es hat noch nie eine Zeit  
gegeben, in der so viele Bocksprünge in der Weltwirtschaft  
sozusagen über uns hereingebrochen sind.

(Beifall des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/  
CSU] - Thomas Oppermann [SPD]: Es sind  
viele Böcke unterwegs!)

Ich finde, insgesamt haben wir das alles gut gemeistert.  
Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund für Pessimismus.  
Im Gegenteil: Wir können die Probleme lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Lehre ist ganz klar: Jetzt müssen die Reformen  
weitergehen. Unsere Wirtschaft verträgt in dieser  
schwierigen Zeit keine weiteren zusätzlichen Belastungen.  
Sie steht ohnehin unter Stress. Unternehmen und  
Bürger brauchen jetzt Rückenwind und nicht zusätzlichen  
Gegenwind. Deswegen muss man jetzt über ein Belastungsmoratorium  
nachdenken. Konkret werde ich  
darauf drängen - auch unsere Bundeskanzlerin kämpft in  
Brüssel dafür -, dass unsere Automobilindustrie nicht  
durch überzogene Regeln in ihrer Wettbewerbsfähigkeit  
beeinträchtigt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU - Renate Künast  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alte Autos  
kauft eh keiner!)

Manches von dem, was wünschenswert ist, lässt sich  
aber nicht in entsprechender Geschwindigkeit verwirklichen und umsetzen.  
Dafür müssen wir uns halt ein bisschen  
mehr Zeit lassen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-



NEN]: Also Tempolimit, ja?)

Die Androhung von Strafzahlungen in Milliardenhöhe, wenn eine Technologie nicht rasch genug eingeführt wird, halte ich in der gegenwärtigen Zeit für ein vollkommen falsches Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wo wollen Sie eigentlich die alten Autos parken, die dann keiner mehr kauft?)

Natürlich müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Wirtschaft weiterhin auf Touren zu halten. Dazu gehört auch eine Rückbesinnung auf die Tugenden der sozialen Marktwirtschaft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Wir fordern nicht Kapitalismus. Das war nie unser Weg.

Im Gegenteil: Der Kapitalismus in seiner brutalen Form ist gegen die Wand gelaufen, wie wir gerade auf den Finanzmärkten gesehen haben. Soziale Marktwirtschaft ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem gibt es keinerlei Grund, auf eine Staatswirtschaft zu setzen. Das wäre ein Holzweg. Ein staatlich beherrschter Bankensektor wäre für mich ein Schreckensszenario.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Stattdessen ist es besser, mit Klugheit und Voraussicht internationale Regeln zu schaffen, die diese Spekulationsblasen in Zukunft nicht zulassen. Weder neunmalklugen Finanzmanager noch staatlich beauftragte Banker oder Aufseher können die Probleme lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man braucht vielmehr ein Stück Maß und Verantwortungsgefühl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen meine ich: Jetzt, da der Brand, wie wir hoffen, bald ausgetreten ist

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ausgetreten?)

und die Löschzüge - ich bleibe in dem Bild, das Herr Fricke vorhin gezeichnet hat - abgefahren sind, gilt es, den Ordnungsrahmen der Finanzwirtschaft national, europäisch und international passend zu reformieren.

Wir werden dabei aber nicht alle künftigen Probleme und Gefahren voraussehen können. Deshalb gilt mein erster Appell allen, die in Staat und Wirtschaft an den Schalthebeln sitzen. Sie tragen - genauso wie wir als Parlamentarier und Regierungsmitglieder - Verantwortung für die Menschen und nicht nur Verantwortung für das eigene Bankkonto.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen, finde ich, ist es ein erstes erfreuliches Zeichen, wenn sich der Vorstand einer großen Bank in Deutschland dazu entschließt, seine ihm zustehenden Bonuzahlungen jetzt nicht in die eigene Tasche zu stecken.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Er kriegt keinen Bonus! Wofür denn? -

Zurufe von der LINKEN und dem BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Ich glaube, diesem Beispiel müssen viele andere folgen.

Wir müssen auch die Gier bekämpfen, die sich bei den

Akteuren - weniger in Deutschland, sondern anderswo -  
breitgemacht hat.

Ich möchte schließen, indem ich dem Parlament und  
allen, die mitgeholfen haben, dieses Rettungspaket möglich  
zu machen, herzlich für ihre Arbeit danke. Ich bedanke  
mich auch bei der FDP dafür, dass sie als Opposition  
zustimmt, weil sie spürt, dass wir das alles tun  
müssen, um unser Land wieder in eine bessere Zukunft  
führen zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Alexander Bonde ist der nächste Redner für die Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und  
Kollegen! Die Bundesregierung erwartet heute von uns,  
dass wir ihr fast 500 Milliarden Euro der Steuerzahlerinnen  
und Steuerzahler anvertrauen. Ich will Sie ernsthaft  
fragen: Wie können Sie eigentlich von uns erwarten,  
dass wir in der größten Wirtschaftskrise, die diese Republik  
in den letzten Jahren erlebt hat, einer Regierung vertrauen,  
die so einen Wirtschaftsminister hat?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Glos, wir haben uns ja schon gewundert, weshalb  
Sie in der wirtschaftlichen Situation, die wir erleben, auf  
Tauchstation gegangen sind. Nach dieser Viertelstunde  
muss ich ehrlich sagen, Sie hätten besser weiter geschwiegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will sagen: Wir alle gemeinsam haben keine einfache  
Woche hinter uns.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sie machen  
es sich aber sehr einfach!)

Wir haben uns als Fraktion sehr intensiv mit der Situation  
befasst. Auch wir sind der Auffassung, dass die  
Krise auf den Finanzmärkten ein Rettungspaket in  
Deutschland notwendig macht. Wir sind der Auffassung,  
dass es ein schnelles und wirksames Paket braucht. Deshalb haben wir ja  
auch auf die uns zustehenden Rechte in  
der Frage der Fristen und Ähnlichem verzichtet. Wir haben  
bis letzte Nacht um 2 Uhr mit ganz konkreten Angeboten  
an die Koalition und auch in Verhandlungen mit  
der FDP deutlich gemacht, dass wir uns nicht aus der  
Verantwortung stehlen, aber dass wir klare Anforderungen  
an ein Rettungspaket haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Anforderungen lauten: Wir sind in der jetzigen  
Krise, in der das Parlament erkennbar handlungsfähig  
sein muss, nicht bereit, die Parlamentsrechte an die Regierung  
blanko abzutreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Westerwelle, wir sind auch nicht bereit, es dafür zu  
tun, dass man uns im Kinosaal der Bundesregierung statt  
der Holzbank jetzt das Plüschsofa in der VIP-Loge gibt.  
Das sind ja Ihr Ausschuss und die Konstruktion, die Sie  
hier vornehmen. Entschieden wird nach wie vor von der  
Regierung. Das Einzige, was passiert, ist: Es wird ein

bisschen näher an die Bühne herangerückt. Das ist nicht die Parlamentsbeteiligung, wie wir sie uns vorstellen.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier zur Parlamentsbeteiligung konkrete Vorschläge eingebracht, über die wir nachher namentlich abstimmen. Dann können wir ja sehen, wie eng Sie hier zusammenarbeiten.

Ich komme zu unserem zweiten Anspruch. Sie haben gesagt: Leistung gibt es nur gegen Gegenleistung. - Das ist aber in diesem Gesetzentwurf nicht geregelt. Es gibt zwar die Möglichkeit, Leistung gegen Gegenleistung zu erhalten. Das setzt aber voraus, dass diese Bundesregierung eine Verordnung beschließt, auf die wir als Parlament keinen Einfluss haben und von der wir nicht wissen, ob damit all das, was hier verkündet wird, tatsächlich umgesetzt wird.

Ich muss schon sagen: Sie muten uns viel zu. Sie verlangen von uns, dass wir der Regierung glauben, dass sie die Härte, die sie hier ankündigt, tatsächlich umsetzt, etwa in der Frage der Managerbezüge oder der Einwirkung auf die Geschäftspolitik. Die gleiche Regierung, die am Dienstag Herrn Tietmeyer, den Paten des Versagens auf den internationalen Finanzmärkten, zum Retter küren wollte,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

darf hier nicht ernsthaft annehmen, dass wir ihr weiterhin vertrauen. Diese Regierung war sogar bereit, diese zentralen Kontrollfragen, die Verantwortung für die Regelung der Fragen von Einfluss im Dienste der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler blanko an Herrn Tietmeyer abzutreten, und merkt nicht einmal, dass dieser als Aufsichtsratsmitglied der HRE für die erste größte Belastung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mitverantwortlich war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Bonde, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich will abschließend sagen: Wir haben Ihnen bis zur Erschöpfung Angebote gemacht. Wir legen sie hier erneut in einem Antrag vor. Wir machen die Türe nicht zu. Aber wir haben eine klare Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die aus unserer Sicht in Ihrem Paket nicht ausreichend geschützt sind. Es geht um die einfachen Bürger, nicht um die Banker. Dies spiegelt Ihr Gesetzentwurf nicht wider. Da verträsten Sie uns mit Verordnungen. Aber dafür haben Sie als Bundesregierung zu viel Vertrauen verspielt. Unsere Türe ist für weitere Gespräche und Verhandlungen offen, um die Regelungen dieses Pakets zu verbessern. Aber für das, was heute zur Abstimmung steht, können Sie uns nicht mit in die Haftung nehmen. Dieses Paket ist mit zu heißer Nadel gestrickt und setzt erkennbar zu viel Vertrauen in die Bundesregierung voraus, das sie nach den Aktionen in den letzten Wochen von uns nicht mehr erwarten kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Dr. Hans-Ulrich Krüger, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auslöser für unsere heutige Diskussion – das kann nicht oft genug wiederholt werden – ist und bleibt die amerikanische Hypothekenkrise, die die Weltfinanzmärkte und damit auch Deutschland erschüttert hat. Es wurden Produkte, die an allen Bilanzen und Regeln vorbei nicht zu durchschauen waren, allein mit dem Ziel geschaffen, ungeheure Profite anzuhäufen.

Schlechte Darlehensforderungen wurden mit guten vermengt und mit erheblichem Profit als sogenannte Pakete verkauft. Durch unkalkulierbares Zocken und grobes Fehlverhalten ist diese Krise entstanden, von der Unternehmen, Rentnerinnen und Rentner, Handwerker, Beamte, Verbraucherinnen und Verbraucher, von denen der Mensch auf der Straße schlechthin betroffen ist, wenn er auf einmal keinen Kredit zu vernünftigen Konditionen mehr bekommt.

Deshalb stehen wir heute hier und werden in einer der gefährlichsten Finanzsituationen, die wir je hatten, Schaden von Deutschland abwenden. Die Große Koalition hat robust reagiert, um die zentrale Aufgabe zu erfüllen: die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Marktteilnehmern.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Als letzte Instanz tragen wir dazu bei, dass sich Banken untereinander wieder trauen und ihre Aufgabe erfüllen. Dazu dienen die schon mehrfach angesprochenen 400 Milliarden Euro an Garantien und die zusätzlichen 80 Milliarden Euro.

(Beifall bei der SPD)

Aber jenseits dieser aktuellen Diskussionen – damit komme ich zu meinem Schwerpunkt – ist eines zu beachten: Es geht bei diesem Gesetz nicht – egal, wer etwas anderes sagt – um den Schutz der Banken und Manager, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Für diese übernehmen wir mit diesem Paket Verantwortung in diesem Lande.

Außergewöhnliche Marktbedingungen machen außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Aber mit dem Gesetz, um das es heute geht – darauf lege ich ebenso großen Wert –, enden unsere Bemühungen nicht. Nein, sie beginnen. Jedem in diesem Hause muss bewusst sein, dass weitere Schritte folgen müssen, wenn wir eine neue, eine bessere Finanzarchitektur schaffen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eckpunkte dieser besseren Finanzarchitektur sind:

Die Aufsicht über die Ratingagenturen muss international reguliert werden. Es ist nicht einzusehen, warum wir Europäer uns damit abfinden, dass es drei amerikanische „weltbeherrschende“ Ratingagenturen, aber kein europäisches Pendant gibt. Es müssen neue Transparenzpflichten für Risiken geschaffen werden. Jeder Finanzmarktakteur, der etwas anbietet, muss gleichzeitig eine eigene zu dokumentierende Risikoabschätzung beifügen. Kreditinstitute müssen Geld, das sie ausgeben – das

gilt für jeden Euro und jeden Cent -, mit Eigenkapital unterlegen. Jedwedes Risiko muss innerhalb der Bilanz und darf nicht außerhalb der Bilanz dokumentiert werden.  
(Beifall bei der SPD)

Es ist bereits angesprochen worden, dass die Kontrolle über die Finanzmärkte zu verbessern ist. Selbstverständlich müssen wir auf europäischer und internationaler Ebene zusätzlich zu unserer guten nationalen Aufsicht, bestehend aus Bundesbank und BaFin, weitere Akzente setzen.

Eines vermag ich nicht einzusehen: dass Finanzmarktprodukte auf Dauer keiner Zulassungspflicht oder Ähnlichem unterworfen werden. Jedes Hustenmittel, das wir in einer Apotheke kaufen, hat umfangreiche Testreihen hinter sich. Warum nicht auch ein Finanzmarktprodukt, durch das ein Schaden in Milliardenhöhe angerichtet werden kann?

(Beifall bei der SPD)

Wieso Leerverkäufe für das ordnungsgemäße Funktionieren einer Börse von Bedeutung sein sollen, ist und bleibt mir unerfindlich. Wir müssen auch bei Leerverkäufen ansetzen und darüber hinaus jeden Privatanleger so schützen, dass er, wenn er sich für ein riskantes Produkt entscheidet, genau weiß, welches Risiko er eingeht. Dieser Hinweis darf nicht mehr nur irgendwo im Kleingedruckten zu finden sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Bereich, der geregelt werden muss und der das Gerechtigkeitsempfinden aller Menschen in diesem Land verletzt hat und nach wie vor verletzt, ist die Entwicklung der Managervergütungen, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Auch hier haben falsche Anreizsysteme dazu beigetragen, dass diese Krise so ist, wie sie ist.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

In diesem Zusammenhang nur an die unternehmerische Ethik oder an das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl zu appellieren, ist vielleicht ein bisschen naiv. Daher haben wir Sozialdemokraten schon vor Monaten eine Arbeitsgruppe gebildet, die intensiv die rechtlichen Möglichkeiten prüft, Managergehälter und Vorstandsbezüge zu regulieren.

An dieser Stelle möchte ich auch die persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten erwähnen. Natürlich ist in verschiedenen Vorschriften des Aktienrechts eine normierte Haftung von Aufsichtsräten und Vorständen vorgesehen. Sie führt aber ein Schattendasein. Sie ist ein Mauerblümchen. Wir müssen durch eine Aktualisierung dieser Regelungen dafür sorgen, dass sich jeder Vorstand bewusst ist, dass er ein Risiko eingeht, wenn er sich seinen Aktionären gegenüber nicht verantwortlich verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einen anderen Aspekt möchte ich, obwohl er schon angesprochen worden ist, besonders hervorheben. Selbstverständlich erwarten wir, die Sozialdemokraten, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt - hier sind die Interessen des deutschen Steuerzahlers die gleichen wie die des irischen oder des englischen Steuerzahlers -, dass diejenigen, die diese

Misere verursacht haben, das am Ende der Veranstaltung möglicherweise vorhandene Defizit ausgleichen,  
(Beifall bei der SPD)

seien es die betroffenen Banken, die bei der Inanspruchnahme einer Garantie einen Garantiezins zu entrichten haben, sei es die Branche insgesamt. Wir müssen klipp und klar sagen: Wir wollen, dass beim Steuerzahler die schwarze Null verbleibt. Wenn das am Ende der Veranstaltung nicht der Fall ist, dann muss nicht der Steuerzahler, sondern dann müssen die Banken bzw. die privilegierten Institute das entstandene Defizit ausgleichen.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Zusammenhang bringt es nichts, Herr Kollege Gysi, mit vermeintlichen Ko-Ursachen zu operieren. Ich greife Ihr Beispiel von den Hedgefonds auf. Ja, es ist richtig: Durch das Investmentmodernisierungsgesetz sind auch in der Bundesrepublik Deutschland - und ich bitte, diese Nuance zu beachten - regulierte Hedgefonds, die der Aufsicht der BaFin unterstehen, mit besonderen Regelungen des Anlegerschutzes und der Risikostreuung dem Privatanleger zugänglich gemacht worden. Warum? - Weil bis zum Jahre 2004 eine große Flut unregulierter Finanzmarktprodukte aus Europa - wir sind ja keine Insel - zu uns herüberschwappte. Daraufhin haben wir im Interesse des Schutzes der Verbraucher gesagt: Ja, wir bieten deutsche Hedgefonds an, aber in diese müssen die eben von mir skizzierten Sicherheitsböden eingezogen sein. Ich meine heute noch, dass das richtig war und richtig ist.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich daher eine Schlussbemerkung machen. Wir stecken in einer Finanzmarktkrise, die unser Land verunsichert. Mit diesem Maßnahmenpaket, meine Damen und Herren, haben wir die Chance, zukünftig den Menschen in diesem Land das Vertrauen in die Stabilität des Finanzmarktes zurückzugeben und zu dokumentieren: Politik ist handlungsfähig, Politik ist handlungsstark, und Politik übernimmt Verantwortung, und zwar nicht im Interesse der Banken und der Manager, sondern im Interesse der Menschen in diesem Land.  
(Beifall bei der SPD)

Von daher bedanke ich mich herzlichst bei all denjenigen gerade im Bundesfinanzministerium, die praktisch rund um die Uhr - man kann fast schon „schlaflos“ sagen - dafür gesorgt haben, dass wir heute binnen kürzester Zeit diesen Bearbeitungsstand erreicht haben. Ich bitte um eine möglichst breite Unterstützung in diesem Hause für eine gute Zukunft in unserem Land. Ich danke Ihnen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/10651, den

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf der Drucksache 16/10600 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 16/10661 vor, über den wir zuerst abstimmen. Auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen wir über diesen Änderungsantrag nun namentlich ab, bevor anschließend die Abstimmung über den eingebrachten Gesetzentwurf in der veränderten Ausschussfassung stattfindet. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen und mir ein Zeichen zu geben, wenn alle Abstimmungsurnen besetzt sind. - Ich sehe, das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung. Darf ich fragen, ob es anwesende Kolleginnen oder Kollegen gibt, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben? - Das ist offenkundig nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir die Sitzung bis zum Vorliegen des Ergebnisses dieser Abstimmung über den Änderungsantrag unterbrechen müssen, weil dies die Voraussetzung für die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf ist.

Ich unterbreche die Sitzung bis zum Vorliegen des Auszählungsergebnisses.

(Unterbrechung von 9.52 bis 9.58 Uhr)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Die Geschwindigkeit bei der Auszählung entspricht der ganz besonderen Schnelligkeit des Beratungsprozesses dieser Woche, wofür ich mich bei den Stimmzählerinnen und Stimmzählern auch ausdrücklich bedanken möchte.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 574. Mit Ja haben gestimmt 51, mit Nein haben gestimmt 499, und enthalten haben sich 24 Mitglieder des Hauses. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen.

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? -

Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

Bevor wir zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung kommen, weise ich darauf hin, dass mir zahlreiche Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung zum jeweiligen Abstimmungsverhalten

zu dem Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorliegen, und zwar von Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen des Hauses.1) Diese Erklärungen werden wie üblich dem Protokoll beigelegt.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD namentlich ab. Auch hier bitte ich, mir ein Signal zu geben, ob die Schriftführerinnen und Schriftführer die vorgesehenen Plätze wieder oder immer noch eingenommen haben. -

Das scheint der Fall zu sein. Dann eröffne ich die Abstimmung. Gibt es anwesende Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimmkarte für die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf noch nicht abgegeben haben? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir geben das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt, sobald es vorliegt. Nach dem schönen Beispiel von eben wird das nicht allzu lange dauern.

Wir fahren in der Zwischenzeit mit der Abstimmung über die Entschließungsanträge fort. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 16/10660. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag mit großer Mehrheit im Hause abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/10652? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Entschließungsantrag ist mit einer ähnlich großen Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/10662? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der übrigen Fraktionen bei Zustimmung der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

Ich unterbreche für einen Augenblick die Sitzung, bis uns das Ergebnis der Auszählung vorliegt, (Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!) weil es sicher der Bedeutung dieses Gesetzgebungsvorhabens entspricht, das Ergebnis nicht in der laufenden Beratung eines weiteren Tagesordnungspunktes zu Protokoll zu geben.

(Unterbrechung von 10.03 bis 10.08 Uhr)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich kann Ihnen das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes mitteilen. Es handelt sich um die Drucksachen 16/10600 und 16/10651. Abgegebene Stimmen 576. Mit Ja haben 476 gestimmt, mit Nein haben 99 gestimmt, enthalten 1) Anlagen 2 bis 6 hat sich 1 Kollege.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 576;

davon

ja: 476

nein: 99

enthalten: 1

Ja

Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich möchte zum Abschluss dieses Gesetzgebungsvorhabens zwei Anmerkungen machen, zumal es innerhalb und außerhalb des Hauses manche verständliche Besorgnis zu diesem in jeder Beziehung außergewöhnlichen Vorhaben gegeben hat.



Erstens. Das Gesetzgebungsverfahren ist aus den bekannten Gründen zwar eindeutig schneller und kürzer gewesen als üblich, aber es ist keineswegs weniger gründlich und intensiv gewesen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Ich will deswegen ausdrücklich den Hinweis der Kolleginnen und Kollegen in den unmittelbar beteiligten Ausschüssen auch hier zu Protokoll geben, dass man sich mit diesem Gesetzesvorhaben aus den bekannten Gründen besonders sorgfältig auseinandergesetzt hat - bis weit in den frühen Morgen des heutigen Tages hinein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Danke, Herr Präsident!)

Ich will eine Bemerkung zur Sache hinzufügen, weil sie den Bogen von der Beratung am Mittwochmorgen zu der am Freitagmittag herstellt. Am Ende hat der Deutsche Bundestag ein Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen, bei dem sich nicht das Maßnahmenpaket verändert

hat. Der Handlungsrahmen und die dazu vorgesehenen Maßnahmen sind am Ende im Kern so geblieben, wie zu Beginn vorgeschlagen. Verändert hat sich das Mitwirkungsrecht des Parlaments.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr richtig!)

Wir haben im Verfahren der Beratung dieses Gesetzentwurfs sichergestellt, was wir zu Beginn angekündigt haben, nämlich dass der Deutsche Bundestag zu jedem Zeitpunkt in der Lage bleibt, über die Implementierung und die Abwicklung der beschlossenen Maßnahmen Informationen zu erhalten und diese Maßnahmen, wann immer ihm das notwendig erscheint, in der geeigneten Weise zu flankieren.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man auch anders sehen!)

Ich glaube, das muss festgehalten werden, um die Ernsthaftigkeit nicht nur des Anliegens, sondern auch des Verfahrens noch einmal ausdrücklich zu bestätigen.

Ich bedanke mich bei allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben und die vor allen Dingen mit einem zum Teil bemerkenswerten, wiederum außergewöhnlichen persönlichen Engagement dazu beigetragen haben, dass das tatsächlich bis heute Mittag zum Abschluss gebracht werden kann, sodass nun diese vom Deutschen

Bundestag jetzt beschlossene Gesetzgebung unverzüglich dem Bundesrat zugeleitet werden kann, in der Erwartung, dass wir heute Mittag zum Abschluss in beiden Verfassungsorganen kommen. Herzlichen Dank! Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur

Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG) (Zusatztagesordnungspunkt

7)

Wir befinden uns in einer dramatisch einmaligen Situation. Eine derartige Krise hat der Finanzmarkt seit 80 Jahren nicht erlebt. Seit über einem Jahr versuchen die Notenbanken durch die regelmäßig wiederkehrende Bereitstellung von Kapital, diese Krise zu verhindern.

Wir sind spätestens seit der Lehman-Pleite an einem Punkt, an dem staatliche Eingriffe im Rahmen des Krisenmanagements nicht nur sinnvoll, sondern auch unverzichtbar sind.

Die Maßnahmen der Bundesregierung gehen in die richtige Richtung. Ohne einen liquiden Interbankenhandel ist kein funktionierender Finanzmarkt möglich. Ein Funktionieren der Finanzwirtschaft ist wiederum zentral für die Realwirtschaft. Die Realwirtschaft ist die Grundlage für die materielle Existenz des Menschen. Daher haben die Grünen im Bundestag einer Fristverkürzung des normalen parlamentarischen Verfahrens zugestimmt. Es ist richtig, dass nun über ein Maßnahmenpaket im Eilverfahren entschieden wird. Eine Untätigkeit des Staates hätte in dieser Situation weitreichend negative Konsequenzen für jeden Einzelnen.

Ich werde aus zwei Gründen dennoch gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmen. Erstens. Die Mitwirkungsrechte des Parlaments werden erheblich beschnitten. Es entspricht nicht meiner Vorstellung des Mandats, dass das Parlament nur informiert wird, wenn es um Summen von 480 Milliarden Euro geht. Das Budget ist das Königsrecht des Parlaments. Der Bundestag muss daher auch weiterhin aktiv in zentrale Entscheidungen und Mittelverwendungen einbezogen werden. Die Bundesregierung sollte heute keinen Blankoscheck erhalten.

Zweitens. Wenn der Staat Bürgschaften an Banken vergibt oder mit Kapital einsteigt, fordern wir, dass Auflagen und Mitbestimmung durch den Staat nicht nur möglich, sondern verbindlich sind. Es muss obligatorische Regeln geben, damit die Bundesregierung sich nicht von Bank zu Bank mit immer laxeren Vorhaben durchmanövrieren kann. Diese zwingenden Regeln suche ich im vorliegenden Gesetzentwurf vergeblich. Stattdessen soll die Gegenleistung der Finanzinstitute ohne Parlamentsbeteiligung auf Verordnungsweg geregelt werden. Damit will die Bundesregierung einen weiteren Blankoscheck.

Der Gesetzentwurf lässt viele zentrale Punkte offen. Das ist in erster Linie dem Eilverfahren geschuldet. Das Beispiel Amerika zeigt, dass dort nach der ersten Ablehnung des Finanzmarktstabilisierungspaketes durch das Repräsentantenhaus mehr Zeit für Diskussion geschaffen wurde und somit viele Fehler korrigiert werden konnten. Die kurze, dadurch entstandene Verzögerung hatte keine weitreichenden negativen Konsequenzen. Das ist für mich ein weiterer Grund, warum ich den Gesetzentwurf der Bundesregierung heute ablehne.

Wir haben uns im Haushaltsausschuss und Parlament für alle diese Punkte intensiv eingesetzt. Leider sind wir in den zentralen Aspekten an der Sturheit der Großen Koalition gescheitert.

Mittel- und langfristig muss sich die Bundesregierung vom reinen Krisenmanagement verabschieden. Wir haben wieder gelernt, dass es auf dem Finanzmarkt zu einem massiven Marktversagen kommt, wo das Zocken mit undurchsichtigen Finanzprodukten unsere gesamte Gesellschaft an den Abgrund stellen kann. Daher fordern wir Regeln und massive Verbesserungen im Zusammenspiel

von den Akteuren. Der Staat muss viel stärker als bisher umfassende Zugänge zu Informationen über das Geschehen auf den Märkten erhalten. Das derzeitige Systemversagen zeigt: Wir brauchen neue Regeln. Die Bundesregierung zeichnet sich aber auch in diesem Bereich durch Untätigkeit aus.

Anlage 3

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG) (Zusatztagesordnungspunkt 7)

Veronika Bellmann (CDU/CSU): Dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) kann ich nur deshalb

zustimmen, weil geschlossenes Handeln jetzt ein Gebot der Stunde ist, um größeren Schaden von unserem Vaterland abzuwenden. Dennoch muss ich ausdrücklich darauf verweisen, dass der zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf nur sehr nebulöse Verordnungsermächtigungen hinsichtlich der Verantwortung bzw. der Eigenbeteiligung der verantwortlichen Akteure der Finanzbranche (Großaktionäre, Manager) enthält. Klare Verpflichtungen, gegebenenfalls auch mit der ausgewiesenen Möglichkeit zur Selbstverpflichtung, der für die Krise Verantwortlichen sind leider nicht gesetzlich fixiert. Hier wäre zum Beispiel daran zu denken, dass die für die Finanzmarktkrise verantwortlichen Entscheidungsträger verpflichtet werden, ihre Kenntnisse über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nationaler und internationaler Finanzmarktströme in Form eines quasi „Täter-Opfer-Ausgleichs“ den Bürgerinnen und Bürgern - den mithaftenden Steuerzahlern - zur Verfügung stellen. So könnten sie sich zumindest aktiv an der Reparatur des von ihnen verursachten Schadens beteiligen. Zu den notwendigen klaren Verpflichtungen der Verantwortlichen hätten ebenso eindeutige Aussagen zur Begrenzung der Managergehälter, Boni oder Dividenden gehört. In diesem Zusammenhang hätte ich erwartet, dass die Krisenverantwortlichen eigeninitiativ ihre umfassende Bereitschaft zu vertrauensbildenden Maßnahmen signalisiert hätten.

Mir ist klar, dass die Ermittlung der Schuldigen ausschließlich mit den Mitteln eines freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates erfolgen darf. Dies ist juristisch kompliziert, weil bislang einzigartig, und in jeglicher Hinsicht zeitlich sehr aufwendig. Mir ist auch klar, dass die gegenüber der Gesamtbevölkerung geringe Anzahl der Krisenverantwortlichen unmöglich eine wirksame Schadenswiedergutmachung betreiben kann.

Insofern wäre ein gesetzlich fixierter Eigenbetrag der Finanzbranche zwar marginal, aber dennoch ein Betrag von hohem politischem Symbolwert gewesen. Dieser Eigenbetrag wäre eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der Gemeinschaft der Steuerzahler, durch die die Einsicht und das Bekenntnis zu zukünftig verantwortlicherem Handeln ein Gesicht bekommen hätten.

Ich bedaure ausdrücklich, dass die Finanzbranche sich diesbezüglich auffällig zurückhält. Die lässt leider vermuten, dass wenig Einsicht besteht. Damit kann der

Anschein erweckt werden, dass eine gewisse Missachtung gegenüber den redlich arbeitenden Steuerzahlern demonstriert wird, die die immense Last der Stabilisierung der für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft notwendigen Finanzwirtschaft schultern.

Michael Brand (CDU/CSU): Die Krise der Finanzmärkte ist verursacht durch verantwortungslose Spekulanten, die viel mit Kapitalismus und nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun haben. Dass Bundesregierung und Bundesländer in einer ungeheuren Kraftanstrengung nun wesentliche Schritte eingeleitet haben, um diese Krise zu meistern, verdient Anerkennung und Unterstützung im Sinne der Sparer und der Wirtschaft, die dringend auf Kredite zur Finanzierung der Produktion und Sicherung von Beschäftigung angewiesen ist. Dass der einzelne Parlamentarier angesichts der ungeheuren Komplexität und der Auswirkungen sich auf das Wissen und die erkennbar gegebene Verantwortung von Fachleuten aus Regierung und auch seriöser Experten aus der Finanzwirtschaft verlassen muss, ist auch klar. Durch meine Zustimmung zu diesem Maßnahmenpaket gebe ich auch meinem Vertrauen Ausdruck, dass angesichts der Krise die Menschen in unserem Land auf allen Ebenen, von den kleinen Sparern bis zu den Finanzministern, gemeinsam diese Krise bewältigen.

Dies als nicht mit allen Fragen des Finanzmarktes vertrauter Abgeordneter offen und ehrlich zu Protokoll gegeben zu haben, ist mir wegen des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in ihre gewählten Vertreter wichtig.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Ich kann dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht zustimmen. Zwar sind Maßnahmen der Bundesregierung, um das Vertrauen zwischen den Banken und Finanzinstituten wieder herzustellen, überfällig. Mit den vorgelegten Regelungen findet aber eine weitgehende Entmachtung des Parlaments statt. Ein Regieren per Rechtsverordnung ist für mich letztlich undemokratisch. Mit dem Gesetz werden in der Vergangenheit erzielte Gewinne großer Aktionäre gerettet, ohne aber die Verursacher der Finanzkrise angemessen an den Lasten zu beteiligen und zur Verantwortung zu ziehen. Mit einer Steuerpolitik zugunsten von Finanzinvestoren, mit der Zulassung unter anderem von Hedgefonds und Kreditverbriefungen tragen die Große Koalition wie auch ihre rot-grüne Vorgängerregierung maßgeblich Mitschuld am Entstehen der gegenwärtigen tiefgreifenden Krise.

Mit dem Maßnahmenpaket wird nicht ausreichend dafür gesorgt, die Spareinlagen und Einkommen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern sowie die Liquidität und Auftragslage kleinerer und mittlerer Firmen zu verbessern. Ohne ein begleitendes Konjunkturprogramm, ohne deutliche Einkommenssteigerungen vor allem für Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Familien werden die finanzpolitischen Maßnahmen zu großen Teilen ins Leere laufen und nur einen steigenden Schuldenberg für spätere Generationen hinterlassen. Das Gesetz ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten, insbesondere mit zusätzlichen und zukünftigen Belastungen für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen. Dem kann und will ich nicht zustimmen.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Hiermit erkläre ich, dass ich dem Gesetzentwurf zustimme, weil ich die Auffassung teile, dass schnell vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ich lege jedoch großen Wert auf die Feststellung, dass ich bedauere, dass es nicht zu der in der Bundestagsdrucksache 16/10600 aufgezeigten Lösung mit der Operationsverantwortung durch die Deutsche Bundesbank kommt. Angesichts der weiten Verordnungsermächtigungen, die mit dem Gesetz gegeben werden, und den Erfahrungen mit der Beteiligungshandhabung durch den Bundesfinanzminister hätte ich es für richtiger empfunden, dass einerseits die Operationsverantwortung bei der Bundesbank gelegen hätte und andererseits die in den Beratungen angedachten erhöhten Kontrollrechte bei den Beteiligungen unmittelbar mit dem Gesetzentwurf gleichzeitig umgesetzt worden wären. So besteht die Gefahr, dass nach der Inkraftsetzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes die notwendigen Korrekturen und Kontrollen im Bereich der Beteiligungsverwaltung auf der Strecke bleiben. Es darf nicht zu einer Gewichtsverlagerung zwischen Parlament und Regierung kommen. Dies muss durch besondere Kontrollen wieder ausgeglichen werden.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Die Dramatik der internationalen Finanzmarktkrise erfordert sicherlich besondere Maßnahmen, hinter denen andere Grundsätze zurückstehen müssen. So lag der endgültige Text des Gesetzentwurfes erst am Morgen der Beratung vor, was grundsätzlich nicht hinnehmbar ist. Auch die fast vollständige Delegation der Gesetzgebungsbefugnisse an den Verordnungsgeber muss im Interesse des parlamentarischen Systems ein Einzelfall bleiben. Schließlich stecken in der Gesetzesmaterie zahlreiche ungeklärte Fragen, wie etwa die Frage von Wettbewerbsverzerrungen, wenn der Bund sich an einigen Banken beteiligt und an anderen nicht; die Rolle des Bundes im operativen Geschäft der Banken, an denen er sich beteiligt hat, und die Frage, ob und wie eine eventuelle Bundesbeteiligung rückabzuwickeln ist. Nur im Lichte der außerordentlichen, weltweiten Finanzkrise ist dieses Gesetzgebungsverfahren hinnehmbar.

Nicht hinnehmbar ist aber, dass im Gesetzestext ein zentraler rechtsethischer Grundsatz unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung völlig außer Acht gelassen wird, nämlich der Grundsatz der Eigenverantwortung. Unsere soziale Marktwirtschaft ermöglicht größtmögliche individuelle Erfolge, verlangt umgekehrt dann aber auch das Entstehen für entstandene Verluste und Schäden. Eine Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten ist damit unvereinbar und nimmt der Marktwirtschaft die innere Rechtfertigung. Das heute zur Verabschiedung anstehende Finanzmarktstabilisierungsgesetz ignoriert das Prinzip der Eigenverantwortung vollständig und enthält in keiner einzigen Passage einen Eigenbeitrag der Finanzbranche insgesamt, der Aktionäre oder insbesondere des verantwortlichen Managements. Jedem Handwerker oder kleinen Unternehmer drohen bei Verlusten gerade auch durch die Banken Vollstreckungsmaßnahmen oder gar

die Insolvenz, hier dagegen wird eine Branche, die in den vergangenen Jahren überproportional verdient hat, vollkommen verschont. Bloße Verordnungsermächtigungen in diese Richtung reichen nicht aus, zumal zu befürchten ist, dass manch markiger Rede keinerlei Taten folgen werden.

Möglich gewesen wäre es auch in der Eile des Gesetzgebungsverfahrens, festzulegen, mögliche Verluste des Finanzmarktstabilisierungsfonds aus Rettungsmaßnahmen entweder auf die gesamte Finanzbranche oder auf die Institute zu verteilen, die Leistungen des Fonds in Anspruch genommen haben und in einigen Jahren vielleicht wieder sehr erfolgreich wirtschaften werden, so wie es der Finanzausschuss beschlossen hatte. Möglich gewesen wäre es auch, wie in den USA (Emergency Economic Stabilization Act of 2008, section 111) Vergütungsstrukturen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung und damit die Finanzierung des Steuerzahlers auf ein der Öffentlichkeit vermittelbares Niveau zu begrenzen. Da der Gesetzestext den für die innere Rechtfertigung der sozialen Marktwirtschaft unerlässlichen Grundsatz der Eigenverantwortung der Finanzbranche oder des dortigen Managements vollkommen außer Acht lässt, kann ich ihm trotz der grundsätzlichen Notwendigkeit eines staatlichen Handelns nicht zustimmen und werde mich enthalten.

Marina Schuster (FDP): Ich gebe dem von der Bundesregierung vorgelegten Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG meine Zustimmung, sehe aber, zum Teil zusätzlich zu den im Entschließungsantrag der FDP genannten Punkten, folgende Kritikpunkte:

Art. 1 § 7 (neu): Es bedarf keiner Obergrenze für die Beteiligung des Fonds am Eigenkapital. Bei Bedarf muss der Fonds auch das gesamte Eigenkapital befristet übernehmen können. Die Alteigentümer können die Anteile ja zurückerwerben.

Art. 1 § 6 (neu): Es wird ein „Entgelt in angemessener Höhe“ für Garantien gefordert. In der Begründung heißt es, das Entgelt solle 2 Prozent nicht unterschreiten. Hier ist zu beachten, dass das Entgelt für den Fonds wenigstens annähernd dem Wert der Risikoreduktion entspricht.

Dieser kann erheblich über 2 Prozent liegen. Also sollte man Risikoklassen bilden und die Garantieprämien an dem Umfang der Risikoreduktion ausrichten. Macht man das nicht, besteht die Gefahr des Trittbrettfahrens.

Art. 1 § 12: Die Kosten für die Verwaltung trägt der Bund. Die Kosten sollten meines Erachtens aber auch die tragen, zu deren Gunsten der Fonds errichtet wird. Das sind die Garantie- und Eigenkapitalnehmer. Das erfordert, dass die Prämien für Kapitalhilfe entsprechend gestaltet werden.

Art. 2: Die Rechtsverordnungen sind nicht präzisiert; folglich fehlen viele Details, die außerhalb der parlamentarischen Beratung bestimmt werden. Das müsste so nicht sein. Man hätte die geplanten Grundzüge skizzieren können.

Art. 2 § 3: Der Fonds sollte auch Mehrheitspositionen einnehmen dürfen. Er hat es dann leichter, seine Ziele durchzusetzen.

Art. 2 § 5: Hier wird dem Vorstand gestattet, Vorzugsaktien

ohne Stimmrecht auszugeben. Das ist nicht sinnvoll; der Fonds sollte prinzipiell nur Positionen einnehmen, die ihn im Zweifel durchsetzungsstark machen. Es gilt das Prinzip: Wer haftet, soll auch mitreden dürfen. Art. 2 § 5 Abs. 5: Der Vorstand kann Aktien mit Gewinn- oder Liquidationsvorzügen ausgeben. Das ist sinnvoll. Diese Vorzüge können entfallen, wenn die Anteile an Dritte weiterverkauft werden. Das schmälert ihren Wert; den Schaden hat der Fonds, den Vorteil haben die Alteigentümer. Für diese Vermögensverschiebung fehlt eine stichhaltige Begründung.

Art. 2, § 7: Nach § 3 bedarf die Kapitalerhöhung nicht der Zustimmung der Hauptversammlung. In § 7 ist allerdings von der Zustimmung der Hauptversammlung die Rede.

Art. 5: Änderung der Insolvenzordnung. Besonders kritisch ist, dass man hier - wenn auch nur befristet - zu dem alten Überschuldungsbegriff zurückkehrt, also zum „weichen“ Begriff des BGH vor Inkrafttreten der InsO. Gerade in der jetzigen Situation bräuchte man aber klare Regelungen. Dies kann man erreichen, wenn die Bilanzierungsvorschriften für Financial Assets mit aktuell gedrückten Marktwerten angepasst werden. Dann nämlich dürfen auf der Aktivseite Fortführungswerte aktiviert werden. Dann also kann es bei der Interpretation von § 19 InsO bleiben. Wird dann Überschuldung erkennbar, muss Eigenkapital zugeführt werden oder der Fonds muss Garantien gegen Entgelt gewähren. Auf keinen Fall sollte man Rechtsregeln, über die man 40 Jahre diskutiert hat, aufweichen und bis zum Jahr 2011 außer Kraft setzen.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Rolf Kramer, Gabriele Lösekrug-Möller und Simone Violka (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG) (Zusatztagesordnungspunkt 7)

In der Diskussion um die Ausgestaltung des Gesetzes forderten die Abgeordneten der SPD und auch ich persönlich eine Beteiligung der Finanzbranche an den eventuell auftretenden Defiziten. Ich halte es für gerechtfertigt und auch gerecht, wenn nicht nur der Steuerzahler für die zum Teil gravierenden Fehler der Kreditinstitute aufkommen muss, auch wenn das größtenteils nur über eine Bürgschaft erfolgt. Für diese Krise ist die Bankenbranche verantwortlich und muss dafür auch in Haftung genommen werden. Leider verweigerte sich der Koalitionspartner CDU/CSU dieser Forderung vehement. Die Abgeordneten der CDU/CSU waren nicht bereit, diesen Schritt mitzugehen. Sie stellen sich damit vor die Banken samt ihrer hoch bezahlten Manager und riskieren lieber das Geld der Steuerzahler, als die Verursacher in Mithaftung und persönliche Verantwortung zu nehmen. Ich verurteile diese Haltung zutiefst, zumal viele deutsche Anleger in den letzten Wochen durch Fehlberatung und mangelnde Aufklärung bereits viel Geld verloren haben bzw. noch nicht wissen, ob sie zum Beispiel

im Falle der isländischen Kaupthing-Bank wieder zumindest an einen Teil ihres Geldes kommen. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass auch hier zusammen mit Island eine Lösung im Sinne der deutschen Anleger gefunden wird.

Die Menschen fordern zu Recht mehr persönliche Haftung der Verantwortlichen. Eine Übernahme von eventuellen Defiziten durch die Branche wäre aus meiner Sicht ein erster Schritt gewesen, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Wegen der ablehnenden Haltung der CDU/CSU in dieser Frage musste ich mich entscheiden, ob ich dem Gesetz in der jetzigen Form zustimmen kann. Diese Haftungsfrage ist mir nach wie vor sehr wichtig, und ich beharre auch auf meiner Meinung und Forderung. Die Banken und ihre Manager müssen zukünftig mehr in die Pflicht genommen werden. Denn nur wer persönlich mithaftet, wird zukünftig vorsichtiger agieren. Hohe Bonuzahlungen aufgrund von hohem Volumen und hohem Risiko verleiten zu riskanten Anlageempfehlungen. Das ist falsch.

Aufgrund der Ernsthaftigkeit des Themas, des Ausmaßes der Finanzmarktkrise, der damit verbundenen Gefahr des Zusammenbruchs des Bankensystems und der nachhaltigen Schädigung der deutschen Wirtschaft stimme ich trotz meiner nicht erfüllten Forderungen dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz heute zu. Eine Ablehnung und damit das Nichtzustandekommen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes würden für die Sparerinnen und Sparer, Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer, die Wirtschaft und natürlich auch die Bankenbranche selber ungeahnte negative Folgen haben. Das kann ich nicht verantworten.

Auch wenn die oben genannten Punkte im vorliegenden Gesetz keine Berücksichtigung fanden, werde ich alle meine Möglichkeiten nutzen, noch nachträglich eine entsprechende Mithaftung durchzusetzen.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick,  
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Alexander  
Bonde, Dr. Harald Terpe, Krista Sager, Ute  
Koczy, Anna Lührmann, Thilo Hoppe, Priska  
Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Kerstin  
Andreae, Josef Philip Winkler, Ulrike Höfken,  
Rainer Steenblock, Birgitt Bender und  
Irmgard Schewe-Gerigk (alle BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung  
über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung  
eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des  
Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz  
- FMStG) (Zusatztagesordnungspunkt 7)

Wir befinden uns in einer historischen Situation. Es gibt die größte Finanzmarktkrise seit 80 Jahren - und eine weltweite ökonomische Krise steht uns wahrscheinlich noch bevor. Diese außergewöhnliche Situation macht sowohl bei den Notenbanken als auch bei Parlament und Regierung außergewöhnliche staatliche Reaktionen notwendig, um eine weitere Zuspitzung der Krise zu verhindern, deren Konsequenzen kaum absehbar sind.



Der vorliegende Gesetzentwurf ist nach Art der Maßnahmen sowie in deren Dimensionen eine solche außergewöhnliche Reaktion, eine Notmaßnahme in schwieriger Zeit. Sie abzulehnen bedarf auch dann, wenn eine Reihe von Fragen im Beratungsprozess aufgrund der hohen zeitlichen Dringlichkeit offengeblieben sind und in vielen Einzelfragen Bedenken bestehen, einer besonderen Rechtfertigung.

Zur Verhinderung einer weiteren Verschärfung der Finanzkrise sind zurzeit vor allem zwei Dinge notwendig.

Erstens braucht es einen umfassenden Rettungsansatz, der eine glaubwürdige Strategie der Rettung einzelner Institute sowie eine Stabilisierung der Interbankenmärkte umfasst. Geeignet dazu sind insbesondere eine Zuführung von Kapital an Banken mit Liquiditäts- oder Solvenzschwierigkeiten in Form von Teilverstaatlichungen, wie sie zum Beispiel in Großbritannien vorgenommen wurden, eine Garantie für Geldmarktkredite in Form von Bürgschaften sowie gegebenenfalls eine Übernahme sogenannter fauler (toxic) Assets durch den Staat. Alle drei Maßnahmen sind Bestandteile des Pakets der Bundesregierung. Zweitens muss dieser Rettungsansatz, wie wir seit Monaten fordern, europäisch und international koordiniert erfolgen. Auch dies ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erfüllt, nachdem die Bundesregierung lange in völliger Fehleinschätzung der Situation auf einen nationalen Alleingang setzte. Das heißt, vom Grundsatz her unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrem Vorgehen.

Aus zwei Gründen stimmen wir aber gegen den Gesetzentwurf.

Erstens. Im Gesetzentwurf stimmen zwar die Überschriften. Wesentliche Punkte sind aber nicht geregelt, zum Beispiel in welcher Form und unter welchen Bedingungen die Rekapitalisierung stattfindet. Damit bleiben chaotische und ungeeignete Einzelmaßnahmen möglich, wie sie bisher das Krisenmanagement der Bundesregierung gekennzeichnet haben. Ohne die Klärung dieser und anderer Regeln ist die Wirkung des gesamten Rettungspakets aber gefährdet. Das ist auch ein wesentlicher Grund, warum das 700-Milliarden-Dollar-Paket der USA bisher noch keinen sichtbaren Effekt hatte. Insbesondere wäre eine klare Festlegung erforderlich, dass die Rekapitalisierung in erster Linie durch Teilverstaatlichung erfolgen und bei der Übernahme von Anteilen auch das Stimmrecht ausgeübt werden soll. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass eine Rettung langfristig erfolgreich ist und das Interesse der Allgemeinheit gewahrt wird, die nun in hohem Maße zur Übernahme von Risiken gezwungen ist. Im günstigsten Fall - und wenn die Regelungen entsprechend getroffen werden - ist es nämlich durchaus denkbar, dass der zu gründende Fonds am Ende nur ein geringes Defizit hat oder sogar ein Überschuss entsteht, weil die Anteile an den Banken sowie die Wertpapiere an Wert gewinnen und durch die Garantievergabe Einnahmen entstehen. Zweitens. Der vorliegende Gesetzentwurf überträgt die Verantwortung genau denjenigen, die nicht nur im Vorfeld eine Vermeidung der Krise durch eine falsche Politik versäumt, sondern auch seit Ausbruch der Krise im Juni 2007 ein konsequentes und europaweit sowie

international abgestimmtes Gegensteuern mit dem Hinweis auf eine geringe Betroffenheit Deutschlands abgelehnt haben. Erst jetzt, viel zu spät, erfolgt ein europäisch und international abgestimmtes Krisenmanagement. Erst jetzt, nachdem bereits eine Reihe von einzelnen Rettungsmaßnahmen in Deutschland umgesetzt wurde, gehen Bund und Länder zu einem systematischen Rettungsansatz über. Erst jetzt werden Änderungen in der Finanzaufsicht in Aussicht gestellt, die von uns seit Monaten gefordert werden. Die Klärung nahezu aller Umsetzungspunkte soll durch Verordnungen des Finanzministeriums und der Regierung geschehen, denen das Parlament nicht mehr zustimmen muss, sodass der Gesetzgeber nicht die Möglichkeit hat, darauf noch irgendeinen Einfluss zu nehmen. Aufgrund der genannten und weiterer Fehler der Bundesregierung im Krisenmanagement sowie einer mangelhaften und teilweise wohl falschen Information des Parlaments ist deutlich, dass die Voraussetzungen für einen derart weitreichenden Vertrauensvorschuss nicht gegeben sind. Diese Entmachtung des Parlaments zugunsten der schon bisher nicht überzeugenden Krisenmanager ist angesichts eines Volumens von nahezu 500 Milliarden Euro nicht hinnehmbar. Bei aller Dringlichkeit der Maßnahmen: Wenn der Bundestag heute ablehnt – das zeigt das Beispiel des USKongresses, der erst einer zweiten, deutlich modifizierten Fassung des Rettungsplans zustimmte –, bleibt Zeit, um die genannten und zahlreiche andere Fehler zu korrigieren und dann mit einer verbesserten deutschen Umsetzung an der international koordinierten Rettungsaktion teilzunehmen. Unsere Fraktion war dazu in den vergangenen Tagen bereit. Diese Bereitschaft endet nicht mit der heutigen Abstimmung. So problematisch eine endgültige Ablehnung wäre, die heutige Ablehnung ist es nicht.

</ text >

< text 16185 >

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Vereinbarte Debatte

Wachstum stärken – Beschäftigung sichern –

Finanzmarktkrise überwinden

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die

Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen

Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst

der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU – Unruhe)

– Vielleicht warten wir noch einen Augenblick, bis der

neue Tagesordnungspunkt die notwendige Aufmerksamkeit

findet.

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und

Technologie:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Für unsere Wirtschaft müssen wir jetzt auf zwei Feldern

entschlossen handeln. Zum Ersten müssen wir wieder

Vertrauen schaffen – das ist ungeheuer wichtig –, und

zum Zweiten müssen wir das Wachstum stärken. An den

Finanzmärkten ist in den letzten Wochen, wie wir wissen, sehr viel Vertrauen zerstört worden. Vertrauen ist eine kostbare Pflanze, die sehr leicht vernichtet werden kann, aber nur ganz schwer wieder nachwächst. Deswegen dürfen wir nicht abwarten, bis sich in der Wirtschaft alles zum Schlechteren wendet, sondern müssen Maßnahmen ergreifen, die einen Abschwung abwenden.

Die Wirtschaft kann weder ohne das nötige Vertrauen noch ohne die nötigen Finanzmittel arbeiten. Insofern begrüße ich, dass sich jetzt immer mehr Banken bereit erklären, das anzunehmen, was wir als Bund insgesamt anbieten. Wir möchten nämlich, dass die Banken ihr Eigenkapital so stärken, dass sie der Wirtschaft - darum geht es uns - wieder Kreditmittel gewähren können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nur so können wir verhindern, dass die Finanzkrise zu einer Krise der realen Wirtschaft wird.

Ich habe bei mir im Hause zusätzlich ein Sorgentelefon für den Mittelstand eingerichtet.

(Lachen bei der LINKEN)

- Uns werden sehr viele Sorgen mitgeteilt. Wir hören den Menschen auch zu - offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen. Der Mittelstand hat auch noch Vertrauen in unsere Handlungsfähigkeit. Wir wollten vor allen Dingen wissen, wie es mit der Kreditversorgung aussieht. Da hören wir erste Klagen. Wenn die Banken also nur ihre Bilanzen konsolidierten oder möglicherweise sogar ihr Kreditvolumen verkleinerten, um zu erreichen, dass die Kernkapitalquote stimmt, dann wäre das der falsche Weg. Wir möchten das Gegenteil erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher, die gegenwärtig zusagen noch gut handeln - ich höre vom Einzelhandel, dass der Konsum nicht zurückgeht -, brauchen weiterhin die nötige Kaufkraft. Um zu verhindern, dass der Konsum zurückgeht, dürfen nun allerdings nicht so hohe Löhne gefordert werden, dass möglicherweise die Wettbewerbsfähigkeit leidet. Vielmehr ist es notwendig, dass nicht nur negative, sondern auch positive Entwicklungen auf dem Markt, die es ja auch gibt, an die Verbraucher weitergegeben werden. Ich kann zum Beispiel nicht verstehen, warum es unseren Energiekonzernen bzw. -versorgern nicht möglich ist, dafür zu sorgen, dass sich die stark gesunkenen Ölpreise noch vor Beginn der Heizperiode auf die Gaspreise auswirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen hier offensichtlich noch mehr Wettbewerb, als wir ohnedies haben;

(Ernst Burgbacher [FDP]: Richtig!)

denn der Wettbewerb löst die Probleme am allerbesten. Wenn dieser durch die Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis nicht ohne Weiteres möglich ist, dann könnten zumindest die Abschlagszahlungen gesenkt werden. Ich habe den Eindruck, hier steckt ein Kaufkraftvolumen von circa 15 Milliarden Euro,

(Zuruf von der LINKEN: Dann müsst ihr mehr regieren!)

das ansonsten im wahrsten Sinne des Wortes durch den

Schornstein geht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber zurück zu dem Paket, das wir morgen im Kabinett verabschieden wollen. Uns geht es dabei insbesondere darum, das Wachstum zu stärken und die Beschäftigung zu sichern. Das Paket fördert in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen in Höhe von insgesamt circa 50 Milliarden Euro. Zum einen werden langfristige Programme und Investitionsprojekte verstärkt, zum Beispiel der Ausbau der Infrastruktur. Das sind Maßnahmen, die nötig sind und jetzt vorgezogen werden müssen. Zum anderen wird die Energieeinsparung gefördert. Wir geben befristete Impulse für diejenigen, die in der Lage sind, jetzt zu investieren. Ich nenne nur ein Beispiel für einen solchen Impuls: die auf zwei Jahre befristete Wiedereinführung der 30-prozentigen degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Genauso wichtig ist es, dem Handwerk zu mehr Aufträgen zu verhelfen. Das tun wir, indem wir Schwarzarbeit bekämpfen und den Handwerkerbonus, der ungefähr 600 Euro beträgt, auf 1 200 Euro erhöhen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit werden nötige Renovierungs- und Wartungsarbeiten sowie Energiesparinvestitionen angestoßen.

Vor allen Dingen darf es keine Kreditklemme für den Mittelstand geben. Wir müssen den Mittelstand weiter mit Kapital versorgen können. Hier kann der Staat nur flankierende Hilfe leisten. Wir werden das tun, indem wir die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu einem Kreditprogramm in Höhe von 15 Milliarden Euro veranlassen.

Die Haushaltsbelastungen für dieses Programm liegen also weit unter dem Umfang der angestoßenen Investitionen. Es ist wichtig, zu sehen, wie viel mehr wir mit dem, was an Haushaltsmitteln fließt, in Bewegung setzen können.

Trotz der Krise müssen wir, wie ich meine, auch die Angebotsseite verstärken, um so langfristige Wachstumsaussichten für unsere Volkswirtschaft zu ermöglichen.

Das steht nicht im Widerspruch zu konkreten Maßnahmen.

Ich will ein Beispiel herausgreifen, das sehr umstritten ist, auch in der eigenen Fraktion. Wir haben jetzt das

Problem, dass die Automobilproduktion stoppt. Viele

Bänder wurden angehalten, viele Fabriken pausieren.

Der Druck wird hauptsächlich auf die Zulieferer abgegeben,

insbesondere auf die kleinen Zulieferer, die mit dieser

Krise schwerer fertig werden. Ich kann nur an die

Automobilfirmen appellieren, dass sie mit ihren Zulieferern

pfléglich umgehen. All diese wird man wieder brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD und der FDP)

Wir wollen deswegen per Kabinettsbeschluss die Kfz-Steuer für Neuwagen - das ist eine Art symbolischer Akt, der zeigt, wie wichtig für uns die Automobilindustrie ist, von der jeder sechste Arbeitsplatz in Deutschland abhängt - für ein Jahr aussetzen, weil jedes neu gekaufte Auto weniger Schadstoff ausstößt als die alten Stinker, die auf unseren Straßen relativ stark verbreitet sind. Für diejenigen Autos, die jetzt schon vorbildlicherweise die Euro-5- und die Euro-6-Norm erfüllen,

wollen wir die Kfz-Steuer für zwei Jahre aussetzen. All dies sind Beispiele, die zeigen, dass wir rasch handeln, um das Vertrauen der Märkte zu stärken. Ohne Vertrauen in die Zukunft lässt sich nämlich keine Stabilisierung erreichen. Es kann alles nur funktionieren, wenn auch weiterhin, sowohl von den Verbrauchern als auch von den Investoren, an die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft geglaubt wird.

Wir haben in der Großen Koalition sehr viel erreicht. Die Arbeitslosenzahl im Oktober lag zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder unter 3 Millionen. Wir haben bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte Fortschritte erzielt. Deswegen ist der Staat handlungsfähig, und wir konnten gezielt Abgaben und Steuern senken. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Die erfolgreiche Haushaltssanierung, die wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen müssen, eröffnet Spielräume.

Wir müssen aber als Welthandelsnation Nummer eins auch aufpassen. Wir wissen, dass wir auf vielen Exportmärkten Schwierigkeiten haben und dass die Zahlungsfähigkeit einer Reihe von Staaten gefährdet ist. Für die Wirtschaft sind die Risiken manchmal nicht zu überschauen, die mit der Lieferung von Waren und Leistungen nach außen verbunden sind. Wir haben durchaus die Möglichkeit, unsere Maßnahmen der Kreditversicherung, die sogenannte Hermes-Deckung, weiter zu verstärken, ohne dass wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen müssen. Ich habe mein Haus angewiesen, hier großzügiger zu sein. Ich kann die Wirtschaft nur einladen, sich dieser Instrumente zu bedienen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir möchten aber nicht, dass international eine Art Subventionswettbewerb entsteht. Deswegen müssen wir schauen, dass die Regeln der WTO eingehalten werden. Es geht nicht an, dass einzelne Staaten, wie angekündigt, ihre Automobilindustrie überdimensional subventionieren. Auch hier müssen die Spielregeln eingehalten werden. Das Allerfalscheste wäre, wenn man in dieser Krise den freien Welthandel gefährden würde. Es ist deswegen richtig, dass sich die Bundeskanzlerin auf dem G-20-Treffen dafür einsetzt - das hat sie heute noch einmal vor unserer Fraktion erklärt -, dass die Doha-Runde der WTO weitergeht; denn Protektionismus wäre die allerfalscheste Antwort, die wir auf diese Krise geben könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen die richtige Mischung aus Marktwirtschaft, Wettbewerb und natürlich sozialer Absicherung. Wir brauchen aber auch weiterhin die private Risikobereitschaft. Ich möchte einen letzten Punkt erwähnen. Der Kampf um Investitionskapital ist jetzt überall ausgebrochen. Deswegen meine ich, dass wir die Erbschaftsteuer so regeln müssen, dass die Betriebsübergänge im Mittelstand und in der gewerblichen Wirtschaft in einer Art und Weise erfolgen können, dass den Firmen nicht zusätzlich Kapital entzogen wird, das dann anderweitig fehlt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Staat kann immer nur flankierend tätig sein und helfen. Handeln müssen die Menschen selber.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Rainer Brüderle das Wort.

(Beifall bei der FDP - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Der stimmt dem Wirtschaftsminister uneingeschränkt zu! Das wäre ein schöner Einstieg!)

Rainer Brüderle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat allen Grund, sich Sorgen um das Wirtschaftswachstum in Deutschland zu machen. Die Europäische Kommission prognostiziert Stagnation. Das Land befindet sich am Rande der Rezession. Im Herbstgutachten wird eine Spannbreite von plus 0,2 bis minus 0,8 Prozent Wachstum angegeben. Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft erreicht. Das Geschäftsklima ist in den letzten fünf Monaten permanent gesunken. Die Signale aus den verschiedenen Wirtschaftsbranchen - aus dem Automobilsektor, aus dem Maschinenbau - sind alarmierend. Auftragseinbrüche und Kurzarbeit sind wieder an der Tagesordnung.

In einer solchen Situation ist von einer Regierung entschlossenes Handeln gefragt. Doch das, was die Regierung auf den Weg zu bringen beabsichtigt, ist eine Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen. Ein Konzept ist hinter der Auflistung von Gebäudesanierungsmaßnahmen, Autohilfen, Handwerkersubventionen und Luftfahrtfonds nicht erkennbar. Das alles ist zwar im Einzelnen durchaus liebenswert; aber es ist kein Konzept. Das sind Konjunkturprogrammchen; aber das ist kein klares Antirezessionsprogramm.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Selbst in der Unionsfraktion können viele keinen rechten Sinn dahinter erkennen; ich erinnere an die Äußerungen von Herrn Kampeter und Herrn Dr. Fuchs in den letzten Tagen. Offenbar will man im beginnenden Wahljahr die eigene Klientel bedienen. Schwarz-Rot hat kein wirtschaftspolitisches Konzept. Dies ist vordergründiger Aktionismus mit wenig ökonomischer Substanz.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig wären Schritte, die die Nettoeinkommen der Bürger erhöhen und zu einer steuerlichen Entlastung führen. Die Nettoeinkommen sind in den letzten Jahren gesunken. Die private Nachfrage macht zwei Drittel des Bruttonutzenprodukts aus. Sie zu stärken, wäre der richtige Ansatz, um die Wachstumskräfte zu stärken und Deutschland angesichts der Gefahr einer Rezession wieder ein Stück zu kräftigen. Hier müsste man vorankommen.

(Beifall bei der FDP)

Steuersenkungen werden aber abfällig beurteilt. Es wird gesagt, die Leute gäben das Geld dann falsch aus. Der Staat weiß viel besser, wie die Verwendung auszusehen hat! - Das ist eine Lenkung in bestimmte Sektoren,

in bestimmte Konsumbereiche hinein. Da wird ein bisschen für die Automobilindustrie gemacht. Es glaubt doch keiner, dass jemand, weil er ein Jahr lang keine Kfz-Steuer zahlen muss, ein neues Auto für 35 000 Euro kauft. Es grenzt an Volksverdummung, ein solches Konzept zur Wirtschaftsbelebung vorzutragen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Ähnlich ist es im Handwerksbereich. Es dient vielleicht der Bekämpfung von Schwarzarbeit, wenn man Handwerkerrechnungen etwas höher steuerlich absetzen kann. Aber es wird sich keiner deshalb ein neues Bad installieren lassen, weil er 600 Euro mehr steuerlich absetzen kann. Auch das ist nicht der Push, den man braucht, um jetzt die Wachstumskräfte zu stärken.

Die SPD glaubt, mit diesen Subventionen Aufträge von 60 Milliarden Euro zu mobilisieren. Der Wirtschaftsminister erklärt, 1 Million Arbeitsplätze könne man damit sichern bzw. schaffen. Chefökonom der Deutschen Bank und der deutschen Wirtschaft sagen, dazu brauche man 8 Prozent Wachstum.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Deutsche Bank hat sich noch nie geirrt?)

Aber offenbar besteht bei der Regierung die Einschätzung, mit diesen Progrämmchen könne man das erreichen.

Symptomatisch ist der Umgang mit der Pendlerpauschale.

Erst wurde sie in weiten Teilen abgeschafft. Jetzt soll der Kauf von Autos mit subventionierten Krediten und einer Befreiung von der Kfz-Steuer für ein Jahr gefördert werden. Setzen wir doch die alte Regelung der Pendlerpauschale wieder in Kraft! Das würde sofort wirken und würde gerade für die Bürger in der Fläche eine Entlastung darstellen.

(Beifall bei der FDP)

Verbesserte Abschreibungsbedingungen sind gut.

Aber hier gibt es ein Hickhack. Die Wirtschaft braucht für Wachstum Konstanz. Vor einiger Zeit wurde die degressive Abschreibung für zwei Jahre eingeführt. Dann wurde sie abgeschafft. Jetzt ermöglichen Sie sie wieder für zwei Jahre. Dann wird sie wieder abgeschafft. Dann kommt sie vielleicht wieder einmal für ein oder zwei Jahre in die Wundertüte. Das ist keine Politik, die der Wirtschaft eine klare Richtung und Stabilität gibt. Eine solche Wirtschaftspolitik gibt keine klare, verlässliche Orientierung.

Es gäbe eine Reihe von Maßnahmen, die sofort wirken würden. Der Wirtschaftsminister hat zu Recht vorgeschlagen, die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge um ein Jahr vorzuziehen. 2010 muss

dies sowieso eingeführt werden. Dies könnten wir doch schon für 2009 vorsehen. Das würde die Bürger um 9 Milliarden Euro entlasten. Hier könnte man schnell eine Wirkung erzielen. Diese Maßnahme und die vollständige Wiedereinführung der Pendlerpauschale brächten eine Entlastung von 12 Milliarden Euro; damit könnte man eine Wirkung erzielen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann diese Beträge auch sehr schnell zu verfügbarem Einkommen machen - noch vor dem Weihnachtsgeschäft

-, etwa durch Steuerschecks. Auch das wird in

Deutschland immer belächelt. Aber immer mehr fordern dies - vom liberalen Professor Straubhaar vom Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut bis hin zu Herrn Bofinger, dem DGB-nahen Wirtschaftsweisen des Sachverständigenrats. Das ist der Weg, der in Amerika mehrfach gegangen wurde. Diese Maßnahme ging zu über 60 Prozent direkt in den Konsum, in die Nachfrage. Aber dann kommt der Einwurf, dass die Menschen dieses Geld sparten. Sparen ist aber nichts Schlechtes. Wenn die Bürger einen Teil des Geldes zu den Banken tragen, haben die Banken Geld und können wieder Kredite, zum Beispiel in Form von Mittelstandsdarlehen, geben. So funktioniert eine soziale Marktwirtschaft. Das Sparen zu diskreditieren, ist deshalb eine volkswirtschaftliche Dummheit.

(Beifall bei der FDP)

Sie sollten froh sein, wenn die Bürger sparten; Sie sollten froh sein, wenn sie Geld auf die Bank brächten, wenn sie dabei Vertrauen in Wachstum und Entwicklung unserer Wirtschaft hätten.

Den Gesundheitsfonds zu stoppen, würde sofort eine Entlastung von 6 Milliarden Euro bringen. Fast alle wissen - das muss man zugeben, wenn man ehrlich ist -, dass diese Gesundheitsreform Murks ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Egal wie die nächste Bundestagswahl ausgeht: Man wird dies neu regeln müssen. Jetzt erhöhen wir aber die Beiträge auf 15,5 Prozent, was zu einer Mehrbelastung von 6 Milliarden Euro führt. Das soll ein Beitrag sein, um die Wirtschaft zu beleben? Das ist eine Lachnummer! Alle wissen, dass es falsch ist. Haben Sie den Mut, etwas Falsches zu korrigieren und die Bürger zu entlasten, nicht zu belasten!

(Beifall bei der FDP)

Bei der Erbschaftsteuer gibt es ein Hickhack; die großen Heroen kämpfen. Es gäbe eine ganz einfache Lösung: Destinatär, Begünstigter der Erbschaftsteuer sind die Länder. Gebt doch den Ländern, die das Geld bekommen, auch die Kompetenz, zu entscheiden!

(Ernst Burgbacher [FDP]: Richtig!)

Das wäre das Einfachste. Die Länder sind volljährig.

Wir haben einen Föderalismus; die Länder haben Selbstentscheidungsfähigkeiten.

Lasst die Bundesländer entscheiden!

Ich sage voraus, dass die neuen Bundesländer als Erste sagen würden: Die Erbschaftsteuer ist Unsinn; wir schaffen sie ab; dann brauchen die Unternehmen nicht mehr nach Österreich, Schweden, Frankreich oder sonst wo hinzugehen, sondern können in Deutschland bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Lasst es die Länder entscheiden! Das ist Föderalismus. Wir wollen eine Föderalismusreform, führen Diskussionen, machen dicke Backen, aber entschieden wird nichts. Am Schluss kommt dann etwas Komisches heraus, das weiterhin eine Belastung von 4 Milliarden Euro mit sich bringen soll.

Wir brauchen eine vernünftige Ordnungspolitik. Die Finanzmarktarchitektur ist nicht stimmig. Da ist vieles



aus dem Ruder gelaufen. Hier müssen Freiheit und Verantwortung, Gewinnchancen und die Pflicht zur Haftung wieder zusammengebracht werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Ich würde nicht darauf warten, dass sich die ganze Welt einigt. Wir können bei uns schon mit ersten Regelungen anfangen, etwa die Anforderungen für Eigenkapital bei den Finanzinstituten ändern. Der Staat sollte eine Vorreiterrolle übernehmen. Die KfW sollte wieder eine Förderbank sein. Die ganzen Abenteuer, die Versuche, Privatbanker zu spielen - das konnte ja nicht gutgehen -, bei denen 10 Milliarden Euro Steuergelder riskiert wurden, müssen endgültig aufhören. Die Landesbanken müssen zu einem Institut zusammengelegt werden. Sie können es aber nicht, denn alles wird politisch besetzt, nach Farbenlehre. Da fahren sie die Kiste an die Wand und verbrennen das Geld der Steuerzahler. Auch das belastet unsere Wirtschaftsentwicklung. (Beifall bei der FDP)

Wo sind denn die Reformansätze, die endlich konsequent dieses Problem angehen?

Dass wir uns in einer Mischung aus Konjunkturproblematik und Strukturkrise befinden, hat damit zu tun - -

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Karneval!)

- Es hat nichts mit Karneval zu tun; Sie haben es immer noch nicht verstanden. Sie treiben Karneval mit den Bürgern: (Beifall bei der FDP)

Sie werden für dumm verkauft, sie dürfen nicht selbst entscheiden. Sie dürfen eine halbe Billion Euro - das sind 500 Milliarden Euro - Steuern zahlen, sind in Ihren Augen aber nicht fähig, eigenverantwortlich zu entscheiden, was sie mit ihrem Geld machen, wenn man sie um 5 bis 10 Prozent steuerlich entlastet. Wir haben ein anderes Bild von den Bürgern und von den Menschen: Die Menschen in Deutschland können sehr wohl eigenverantwortlich entscheiden, wie sie ihr Geld ausgeben. (Beifall bei der FDP)

Sie brauchen keinen Vormund, weder einen schwarzen, noch einen roten; denn sie sind eigenständige Bürger in einem freien Land. Solange Sie das nicht respektieren, werden Sie die Sache nicht wieder flottkriegeln. (Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die erste Aufgabe des Staates ist es, Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern fernzuhalten und sie vor Gefahren zu schützen. Das ist die Hauptaufgabe, der wir uns stellen müssen. Wir haben mit staatlichem Handeln, wie ich glaube, richtig auf die aktuelle Finanzmarktkrise reagiert. Es ging darum, einen Zusammenbruch der Geldmarktkreisläufe zu verhindern, nicht nur im Interesse der Banken, sondern im Interesse von Sparern, im Interesse derjenigen, die für ihr Alter sparen, im Sinne der Kommunen, im Sinne des Mittelstandes, im Sinne der großen Unternehmen, die Investitionen nicht allein über ihren Cashflow finanzieren können, sondern dazu intakte und stabile Finanzmärkte brauchen.

Wir sind dieser Bedrohung, wie ich glaube, richtig entgegengetreten. Es geht jetzt darum, dafür zu sorgen, dass wir zukünftig neue Verkehrsregeln auf den Finanzmärkten bekommen. Dies wird Gegenstand wichtiger Veranstaltungen in den nächsten Wochen sein: beim Europäischen Rat, bei einem Finanzgipfel in Washington, zu dem die Bundeskanzlerin und ich fahren werden. Heute komme ich von Beratungen in Brüssel, wo diese wichtigen Termine vorbereitet worden sind. Nun droht zusätzlich, verstärkt durch die Finanzmarktkrise, eine Konjunkturabschwächung, und zwar weltweit, nicht nur in Deutschland. Auch hier ist in unseren Augen der Staat gefordert, ökonomisch sinnvoll, zielgenau und mit der größtmöglichen Hebelwirkung, also mit einem Euro ein Maximum an Investitionen zu bewirken, um dieser Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir dürfen nicht in eine Beliebigkeit verfallen und irgendwelche Wunschzettel bedienen, sondern müssen sehr gezielt vorgehen, um ein Maximum an Wirkung zu erzielen, insbesondere bezogen auf die Arbeitsplätze. Man muss hinzufügen, dass der deutsche Staat - das gilt insbesondere für den Bundeshaushalt, aber auch für die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften - nicht in der Lage ist, mit nationalstaatlichen Programmen allein gegen einen weltwirtschaftlichen Abschwung anzufinanzieren. Wir sollten den Menschen ehrlicherweise sagen, dass das nicht möglich sein wird.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja! Genauso ist es! - Ernst Burgbacher [FDP]: Richtig!)

Der Staat, die Politik kann aber in und für Deutschland durchaus sinnvoll und wirksam handeln. In unseren Augen ist es in diesen konjunkturell schwierigen Zeiten das wichtigste Ziel, einen Schutzschirm für Arbeitsplätze zu spannen. Das heißt, wir müssen alles dafür tun, dass die Arbeitslosigkeit nicht wieder zunimmt, dass die Arbeitsplätze gesichert werden. Das tut die Bundesregierung durch das, was morgen Gegenstand unserer Beratungen im Kabinett sein wird. Sie tut dies nicht mit einem klassischen Konjunkturprogramm nach dem Motto „Viel hilft viel“. Das wäre Inputorientierung nach dem Motto „Nimm doch einfach 10, 20, 30, 35 Milliarden Euro in die Hand“. Dann setzte sofort ein politischer Überbietungswettbewerb ein, ohne dass die Frage beantwortet wird, was im Sinne der Sicherung von Arbeitsplätzen schnell, ohne irgendwelche Zeitverzögerungen - Herr Brüderle, auf die Zeitverzögerungen komme ich gleich zu sprechen - wirkt. Dabei ist dies die entscheidende Fragestellung. In meinen Augen standen klassische Konjunkturprogramme daher nicht auf der Tagesordnung. Mit der Gießkanne übers Land zu gehen, hätte im Ergebnis viel Geld verbrannt, und der Schuldenstand für nachfolgende Generationen wäre noch größer geworden.

(Beifall der Abg. Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Ich füge hinzu, wohl wissend, dass Teile dieses Hauses darüber anders denken: Kein wirksamer Schutz für Arbeitsplätze wären Steuersenkungen, die durch neue Schulden finanziert werden müssen. Wir werden das

nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Keiner diskreditiert die Spartätigkeit. Herr Brüderle, das ist ein völliger Irrtum. Die Wirksamkeit von Maßnahmen für die Inlandsnachfrage würde dann allerdings relativiert, wenn viel Geld auf Sparkonten geht. Bei Ihrem Hinweis darauf, dass man die Absetzungsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen hätte vorziehen müssen, haben Sie völlig übersehen, dass die damit verbundenen Vorteile erst mit einem Zeitverzug von einem Jahr über die jeweiligen Steuererklärungen geltend gemacht werden können. Das verschweigen Sie.

(Jan Mücke [FDP]: Deshalb kann man noch ein Jahr warten, oder was ist die Logik dahinter? Das ist doch völlig unlogisch!)

Sie tun so, als wäre das eine Art goldener Schlüssel, mit dem man jetzt etwas tun könnte. In Wirklichkeit wirkt das zeitversetzt.

Herr Brüderle, auch der Eindruck, dass der Gesundheitsfonds das große Problem ist, ist falsch. Alle in diesem Saal wissen, dass die Krankenversicherungsbeiträge auch ohne Gesundheitsfonds hätten erhöht werden müssen. Insofern ist das, was Sie sagen, sachfremd.

(Jan Mücke [FDP]: Und deswegen warte ich ein Jahr?)

Die Art und Weise, in der Sie die gute und richtige Förderpolitik der KfW in Ihrem Potpourri mitverschwirbeln, ist nicht sehr hilfreich für die Debatte, die wir im Augenblick zu führen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wäre auch kein wirksamer und dauerhafter Schutz für Arbeitsplätze, jetzt die Staatsausgaben wahllos und maßlos hochzufahren. Es macht keinen Sinn, mit nationalen Ausgabenprogrammen ein Strohfeuer zu entfachen, wenn am Ende langwirksame Belastungen durch eine neue Schuldenaufnahme entstehen. Wenn Sie sagen, man könnte das am besten organisieren, indem man Steuernachlässe bietet, dann stellen sich die Fragen: Welche Größenordnung hätten Sie denn gerne? 1 Prozent des Bruttosozialproduktes? 2 Prozent des Bruttosozialproduktes oder 3 Prozent? Sind Sie bereit, 25, 50 oder 75 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden mit dem damit verbundenen Kapitaldienst zu schultern? Sie müssen schon konkreter werden und unseren Kindern und Enkelkindern erklären, was das auf Dauer an Belastungen mit sich bringt, statt in einer solchen Debatte einfach darüber hinwegzurasen.

Ich will darauf hinaus, dass die Komponenten dieses Programms in meinen Augen sinnvoll sind. Das sind Impulse für Investitionen: angefangen bei einer zeitlich befristeten Wiedereinführung der degressiven AfA, über dringlich notwendige Verkehrsinvestitionen und eine Ausweitung der Gemeinschaftsaufgabe, über ein CO2-Gebäudesanierungsprogramm, das auch strukturell langfristig richtige Effekte hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes hat - das wird gut angenommen und ist ein Erfolgsmodell -,

(Beifall bei der SPD)

bis hin zur Sicherung der Finanzierung der kleinen und

mittleren Unternehmen, indem wir, ähnlich wie wir es bei den Banken gemacht haben, eine Garantieposition auch für das Kreditangebot an den Mittelstand in Gang setzen. Letztlich übernehmen wir die Haftung, damit das Kreditangebot zunimmt. Wir entlasten auch private Haushalte und tragen dabei zugleich den Interessen der Handwerker Rechnung, die gern in privaten Haushalten Dienstleistungen erbringen möchten.

Wir bauen ein weiteres Sicherheitsnetz für die Beschäftigung, indem wir zum Beispiel die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von zwölf auf 18 Monate verlängern und - auch über die Programmangebote der Bundesagentur - den wichtigen Grundsatz verfolgen: Qualifizieren statt entlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mein Appell an die Unternehmen lautet: Halten Sie die Arbeitsplätze! Diese gut qualifizierten oder zu qualifizierenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen Sie aufgrund der weiteren demografischen Entwicklung in zwei, drei Jahren dringend. Deshalb setzen Sie sie nicht auf die Straße, sondern nehmen Sie die Qualifizierungsangebote, die es gibt, an.

Ich möchte dieses Paket, über das immer einige sagen, es sei das kleine „k“ oder es sei nicht genug, noch einmal in einen Gesamtzusammenhang stellen, der sehr schnell verloren geht.

Das Kabinett hat am 7. Oktober dieses Jahres Maßnahmen verabschiedet, die den deutschen Steuerzahler bzw. Abgabenzahler im nächsten Jahr um 6 Milliarden Euro und ab dem Jahr darauf um 14 Milliarden Euro entlasten werden. Das ist knapp vier Wochen her.

Ich erinnere daran, dass wir eine Unternehmensteuerreform in Gang gesetzt haben, die die Unternehmen im nächsten Jahr um ungefähr 7 Milliarden Euro entlasten wird.

Ich erinnere daran, dass diese Große Koalition innerhalb von drei Jahren die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesetzlich von 6,5 Prozent auf 3,0 Prozent und weitergehend auf 2,8 Prozent gesenkt hat. Das ist eine Entlastung um 30 Milliarden Euro,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Ernst Hinsken [CDU/CSU]:

Richtig! Das hat Kollege Brüderle vergessen!)

und zwar paritätisch: Arbeitgeber auf der einen Seite, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Dies erhöht die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und entlastet die Arbeitgeber von Bruttoarbeitskosten.

Wir haben insbesondere über deutliche Personalverstärkungen eine Erhöhung der Vermittlungsaktivitäten der BA in Gang gesetzt, weil wir bei den Tests, die wir durchgeführt haben, festgestellt haben, dass eine Personalverstärkung eindeutig bessere Ergebnisse in der Vermittlung von Arbeitslosen zur Folge hat.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das wir verabschiedet haben, zielt auf eine Kreditversorgung der Realwirtschaft und ist dadurch ein stabilisierender Faktor. Nicht zuletzt - das ist kein Verdienst der Bundesregierung oder des Parlaments - sind die deutlich gesunkenen

Öl- und Rohstoffpreise eindeutig das größte Verbraucherförderungsprogramm, das es gibt, und zwar im zweistelligen Milliardenbereich.

Ich wäre dankbar, wenn das, was wir jetzt tun bzw. morgen im Kabinett beschließen werden, in Bezug zu diesen Komponenten gesetzt wird. Dann wird daraus durchaus ein System mit einer Größenordnung, von dem ich überzeugt bin, dass es wirksam ist. Es wird die typischen Reaktionen geben. Man wird alldem mit Geringschätzung begegnen und sagen, die Dimension und das Konzept seien falsch. Herr Brüderle, ich habe allerdings in Ihrem Potpourri kein überzeugenderes Konzept gefunden. Ich sage abschließend: Wenn die Stimmen, die sich kritisch äußern, mithelfen würden, wenn sie nicht nur aus dem zweiten Rang Buhrufe organisieren oder mit faulem Obst auf diejenigen werfen würden, die auf der Bühne Verantwortung haben,

(Dr. Peter Struck [SPD]: So ist es!)

wenn diese kritischen Stimmen etwas mehr Zuversicht verbreiten und sich dafür einsetzen würden, dass wir wieder Vertrauen gewinnen, wenn diejenigen, die die Leute auf die Bäume reden, gelegentlich auch die Leitern nehmen würden, um sie auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen, und die Leute an die Hand nehmen würden, statt sie nur rhetorisch hochzujubeln, wenn sich all diese Stimmen für das einsetzen würden, worum es jetzt in dieser schwierigen Lage geht, dann würden wir die jetzigen konjunkturellen und finanziellen Probleme sehr viel schneller und sehr viel besser überwinden als durch manche ritualisierte politische Auseinandersetzung. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Oskar Lafontaine das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen riesigen Schutzschirm für die Banken aufgespannt; das wird niemand in Abrede stellen.

(Jochen Borchert [CDU/CSU]: Nicht für die Banken!)

In letzter Zeit ist auch das Bild vom Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer wieder bemüht worden. Nach allem, was die Bundesregierung hier vorgetragen hat, bleibt folgende Bilanz: Der Schutzschirm für die Banken ist riesig, der Schirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist kaum zu sehen.

Das ist ein falscher Ansatz der Wirtschaftspolitik. Dies will ich begründen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man hätte erwartet, dass Sie irgendeine Konsequenz aus dem ziehen, was täglich draußen passiert. Sie, Herr Bundesfinanzminister, bitten die Arbeitgeber, niemanden zu entlassen, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu qualifizieren. Wer würde das nicht gern unterstreichen? Wer würde nicht gern sagen: Bitte macht das so? Aber was geschieht denn draußen? Zigtausende Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden entlassen.

Die erste Konsequenz wäre doch gewesen, diese löchrige Regelung für die Leiharbeiter abzuschaffen, damit sich solches nicht wiederholt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie reden hier immer nur über Dinge, ziehen aber überhaupt keine Konsequenzen.

Nun haben Sie vorhin einen Ansatz vorgetragen, auf den man eingehen kann. Sie haben gefragt: Wollen Sie 1 Prozent, 2 Prozent oder 3 Prozent vom Sozialprodukt? Das ist ein Ansatz, über den man diskutieren kann. Sagen Sie doch, dass Sie der Überzeugung sind, 0,3 Prozent des Sozialprodukts pro Jahr seien ausreichend. Das wäre allerdings ein lächerlicher Ansatz, Herr Bundesfinanzminister. Wenn Sie in der jetzigen Situation von einer Größenordnung von 0,3 Prozent sprechen, zeigt das, dass Sie die Größe des Problems überhaupt nicht erfasst haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Als es damals in Schweden eine regionale Krise gab, wurden dort 3 Prozent des Sozialprodukts zur Verfügung gestellt. Sie können zwar sagen, das sei alles falsch und völlig übertrieben gewesen. Aber die Schweden haben mit immerhin 3 Prozent des Sozialprodukts pro Jahr versucht, gegenzusteuern. Diese Krise war allerdings eine regionale Krise. Jetzt befinden wir uns in einer globalen Krise. Wir werden im nächsten Jahr eine sehr tiefe Rezession erleben. Um es in aller Klarheit zu sagen: Die Schrittlein, die Sie machen wollen, sind überhaupt nicht geeignet, diese Rezession zu stoppen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss nur einmal genau zuhören, was Sie hier vortragen. Der Wirtschaftsminister hat gesagt, wir müssten die Angebotsseite stärken. Da traut man den eigenen Ohren nicht mehr. Sie haben in den letzten Jahren überhaupt nichts anderes gemacht, als die Angebotsseite der Unternehmen zu stärken.

Sie haben sogar nachgelegt, Herr Bundesfinanzminister, und vorgetragen: Den Unternehmen haben wir 7 Milliarden Euro erlassen. Sie haben außerdem vorgetragen: Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir 30 Milliarden Euro erlassen. Hier muss man ergänzen: 15 Milliarden Euro wurden den Arbeitnehmern und 15 Milliarden Euro den Unternehmen erlassen. Wenn Sie redlich gewesen wären, hätten Sie hinzufügen müssen: Das, was wir den Arbeitnehmern an dieser Stelle gegeben haben, haben wir ihnen durch die Mehrwertsteuererhöhung doppelt und dreifach wieder genommen. -

Dann würde daraus ein Gesamtbild werden. Aber man kann sich, wenn man das will, natürlich auch in die eigene Tasche lügen. Sie haben in den letzten Jahren einseitig entlastet. Das geht Ihnen anscheinend aber nicht in den Kopf, weil Sie die Zahlen nicht saldieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil das so ist, stellt sich die Frage: Wie kann man die Konjunktur überhaupt stabilisieren? Was die Angebotsseite angeht, wenn man also aus Sicht der angebotsorientierten Theorie argumentiert, haben Sie sich wirklich die Note „sehr gut“ verdient. Aber was ist mit den Staatsausgaben? Beim letzten Mal haben Sie hier von einer sinkenden Staatsquote geredet. Ich habe Ihnen gesagt:

Lassen Sie diesen Unsinn! Erzählen Sie keinen solchen Quatsch, den Sie nirgendwo vertreten können! Natürlich kann die Staatsquote in diesen Zeiten nicht sinken.

Sie haben ernsthaft am Ziel festgehalten, bis zum Jahre 2011 eine Nullverschuldung des Haushalts zu erreichen. Ich habe Ihnen gesagt: Das Lachen wird Ihnen noch vergehen. - So kann man nicht analysieren, und erst recht darf man an diese Sache nicht so herangehen. Jetzt wäre es notwendig - überall auf der Welt wird das auch gemacht -, die investiven Staatsausgaben deutlich zu erhöhen, um die Nachfrage zu stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie von Zweit- oder Dritteffekten sprechen, dann handelt es sich dabei um das international anerkannte Mittel. Glauben Sie doch nicht, wir könnten hier in Deutschland die Ökonomie neu erfinden! Das ist das international anerkannte Mittel. Wenn wir unsere eigene Situation analysieren, stellen wir fest: Beim Export ist die Situation seit vielen Jahren hervorragend. Viele Unternehmen haben exorbitante Gewinne gemacht. Seit sehr vielen Jahren haben wir aber auch eine stagnierende oder sogar sinkende Nachfrage auf dem Binnenmarkt zu verzeichnen.

Wenn man an der richtigen Stelle ansetzen möchte, müsste man also die Nachfrage auf dem Binnenmarkt stabilisieren. Das heißt nicht, Steuersenkungen anzukündigen, von denen wir alle, die wir hier sitzen, profitieren würden. Vielmehr muss man die Treppe einmal von unten kehren. Es geht also um Hartz-IV-Empfänger, Rentnerinnen und Rentner und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Das wäre eine Reaktion auf die Krise, um die Nachfrage, wenn auch nur ganz bescheiden, zu stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Zeitgründen kann ich diesen Gedanken nicht weiter fortführen. Ich will aber noch etwas zu den Konsequenzen, die Sie aus der Finanzkrise gezogen haben, sagen. Ich kann nicht erkennen, dass Sie irgendwo ansetzen, um Konsequenzen zu ziehen. Sie betteln lediglich bei den Banken und sagen: Nehmt unser Geld! - Ansonsten machen Sie nichts.

Es waren mehrere Punkte, die diese Entwicklung ermöglicht haben. Ein Aspekt war zum Beispiel die Möglichkeit, in Zweckgesellschaften auszulagern. Warum haben Sie diese Möglichkeit nicht gestrichen? Warum gibt es noch keine Vorlage, durch die dies in Zukunft vermieden wird? Das ist doch die Frage.

(Beifall bei der LINKEN)

Ferner haben Sie der Verbriefung Tür und Tor geöffnet. Das steht auch im Koalitionsvertrag. Warum gibt es aber keine Vorlage, durch die diese Geschäfte in Zukunft eingeschränkt bzw. verboten werden? Warum ziehen Sie keine Konsequenzen?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben weitere Vorschläge gemacht, um aus der Finanzkrise Konsequenzen zu ziehen. Auf einen unserer Vorschläge, der einen Grundsatz der wirtschaftlichen Ordnung thematisiert, will ich jetzt zu sprechen kommen.

Wir haben Ihnen gesagt: Setzt keine falschen Anreize im Hinblick auf das Handeln der Manager, nicht nur bei den Banken - allerdings insbesondere bei den Banken -, sondern auch in der Wirtschaft generell. Wir haben auch von Ihnen gefordert: Verboten Sie Aktienoptionen! - Aber Sie haben all das abgelehnt.

Warum haben wir das gefordert? Weil die einseitige Orientierung auf Shareholder-Value und auf das eigene Einkommen eine grundsätzliche Fehlentwicklung ist. Man muss nachhaltig wirtschaften und darf nicht kurzfristig Aktien hochjubeln, um das eigene Einkommen zu steigern. Das ist ein Fehlanreiz. Warum tun Sie hier nichts?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie beklagen die Bonuszahlungen der Banken. Die Frage ist doch: Warum gibt es keine Vorlage, um die Zahlungen solcher Boni einzuschränken?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben gesagt, weil das populistisch ist - ich habe Ihnen das schon einmal vorgehalten -: Bei den Banken, die so gnädig sind, das Kapital, das wir anbieten, anzunehmen - so muss man das heute ja fast formulieren -, wollen wir die Managergehälter befristet begrenzen. - Hier geht es um einen Grundgedanken der Wirtschaft, den ich als Fraktionsvorsitzender der Linken gerne und mit Genuss ansprechen möchte. Ich zitiere Walter Eucken: Eine Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn Freiheit auf der eine Seite ist, aber auch Verantwortung und Haftung für das eigene Tun auf der anderen Seite.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch falsche Anreizsysteme sind in den letzten Jahren insbesondere bei den Banken Verantwortung und Haftung im Management ausgesetzt worden. Das ist eine Ursache für die Fehlentwicklung der marktwirtschaftlichen Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe nicht erkennen können, dass Sie irgendwo einen Anreiz geben, um daran etwas zu ändern. Eine letzte Bemerkung. Ich wiederhole es hier immer wieder, obwohl ich nicht den Eindruck habe, dass das großartige Wirkung zeigt: Wir haben derzeit Währungskrisen in der Welt. Unter diesen Währungskrisen leidet auch die deutsche Exportwirtschaft. Deswegen wäre es ganz nett, wenn Sie angesichts einer Reihe von Vorschlägen, die schon sehr, sehr lange im Raum sind, etwas dazu sagen würden, wie Sie in Zukunft dazu beitragen wollen, dass Währungskrisen dieser Art - ich denke jetzt nur einmal an die Bewegung des Yen gegenüber dem Euro - in Zukunft vermieden werden; denn nur so kann man das Wachstum dauerhaft stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Fritz Kuhn das Wort.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über die Ursachen der Krise redet, die sich jetzt abzeichnet, dann kommt man auf ein vielschichtiges Bild.



Die einen sagen wahrscheinlich nicht zu Unrecht, dass es starke psychologische Faktoren dafür gibt, dass die Investitionen laut den Umfragen jetzt zurückgehen. Wahrscheinlich schlägt die Finanzkrise auch schon durch, weil Kreditverkürzung und -verknappung angesagt sind. Vielleicht ist das auch ein allgemeiner Konjunkturrückgang im Rahmen einer Weltkonjunkturkrise.

Schließlich gibt es den Krisenfaktor - den erkennen wir bei der Automobilindustrie -, also dass gegenwärtig zum Teil versucht wird, mit falschen Produkten auf den Markt zu gehen, mit Produkten, die niemand abnimmt. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist also ein ganz diffuses Bild der Krise. In einem solchen Moment kann und muss der Staat reagieren. Er kann aber nicht blind mit einem Sammelsurium von Maßnahmen agieren, sondern er muss - ich greife das Wort des Finanzministers auf, wenn wir auch eine andere Konsequenz ziehen - zielgenau und effektiv eingreifen, da es sonst nicht funktioniert. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für ein Konjunkturprogramm im großen Stil - Entlastung auf allen Ebenen - fehlen die Mittel natürlich vollständig. So etwas kann man nicht mit 30 Milliarden Euro, sondern so etwas müsste man mit 100 oder 150 Milliarden Euro machen. Dabei käme aber eine große Verschuldung heraus, und bei vielen würde das wahrscheinlich nur ein Strohfeuer bewirken.

Deswegen ziehen wir Grüne eine andere Konsequenz. Wir haben heute in der Fraktion ein Papier beschlossen, das jetzt vorliegt. Wir sagen: Wenn wir gegen solche schillernden, also vielschichtigen Krisenphänomene effektiv und wirksam vorgehen wollen, dann dürfen wir das nicht mit einem blinden und wilden Konjunkturprogramm und auch nicht mit einem Sammelsurium tun, sondern dann müssen wir gezielte Investitionen in Bereichen tätigen, in denen wir ohnehin Probleme haben und etwas tun müssen, weil uns die Folgekosten unterlassenen Handelns teuer zu stehen kommen würden. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch entstehen letztendlich Arbeitsplätze, und wir lösen Probleme, die wir ohnehin lösen müssen, die wir verdrängen und vor uns herschieben.

Deswegen muss jetzt ein vernünftiges Investitionsprogramm - ich sage noch einmal: kein blindes Konjunkturprogramm - für drei Bereiche greifen.

Der erste Bereich ist die ökologische Modernisierung. Wir haben hinsichtlich der Themen Energie, Verkehr und auch ökologische Modernisierung Vorschläge gemacht, mit denen wir weiter als die Bundesregierung gehen. Es geht zum Beispiel um Wasserentsorgung und -aufbereitung; hier schieben wir viele Kosten vor uns her. Wir sagen: Mit grünen Ideen und ökologischen Investitionen kann man schwarze Zahlen schreiben und Arbeitsplätze schaffen, wenn man etwas mehr Mittel richtig in die Hand nimmt und Investitionen vorzieht, die wir für den Klimaschutz ohnehin tätigen müssen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Steinbrück und Herr Glos, dabei darf man aber keinen solchen Unsinn machen, wie Sie ihn bei der Kfz-Steuer vorhaben. Dass man jetzt die großen Fahrzeuge

- auch die CO2-Dreckschleudern -, die von den Leuten  
übrigens zu Recht nicht mehr abgenommen werden, weil  
sie nicht blöd sind, für ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit  
- in der Glos'schen Variante wird noch ein Kaufkredit  
gewährt -, ist doch der blanke Unsinn. Keynesianismus  
zulasten der Umwelt - das ist es, was Sie vorhaben,  
Herr Glos - kann nicht funktionieren. Erklären Sie den  
Menschen, warum für einen Geländeschlitten eine Steuervergünstigung  
von 1 800 Euro vorgesehen ist, für ein  
kleines Auto aber nur 130 Euro! Das ist doch Unsinn.  
Deswegen richte ich einen Vorschlag an Sie: Räumen  
Sie diesen Mist weg! Führen Sie endlich eine CO2-bezogene  
Kfz-Steuerreform durch, die dazu führt, dass endlich  
die Fahrzeuge gefördert werden, die wenig emittieren,  
damit wir die strukturelle Krise im Fahrzeugbau in  
Deutschland überwinden und endlich Autos bauen, die  
der modernen Zeit - das heißt dem Klimaschutz -  
adäquat sind, statt solcher Schrottdinger, die man nicht  
mehr fahren kann. Das ist eine ganz einfache Antwort.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite Investitionsfeld neben der ökologischen  
Modernisierung - es erstaunt mich, dass Sie das nicht  
aufgreifen, obwohl Sie an anderen Stellen darüber reden -  
ist die Bildung in Deutschland. Wenn wir mehr für Bildung  
tun - damit meinen wir Personalausstattung, Gebäude,  
Ganztagsschulen, also die ganze Breite dessen,  
was auf dem Bildungsgipfel ergebnislos diskutiert worden  
ist -, dann erreichen wir zwei Ziele: erstens mehr Gerechtigkeit  
- denn Bildung ist Gerechtigkeit -, und zweitens  
machen wir unser Land innovationsfähig.

Meiner Meinung muss man gerade dann, wenn man  
in Krisen kommt, die Innovationsfähigkeit eines Landes  
steigern. Das geht nur über Bildung. Deshalb liegt der  
zweite Investitionsschwerpunkt auf der Bildung.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Investitionsschwerpunkt - ich sage bewusst  
Investitionsschwerpunkt und nicht Konsumschwerpunkt,  
Herr Kauder - bezieht sich auf die Frage, wie wir in unserem  
Land gerade in einer solchen Situation für mehr  
Gerechtigkeit sorgen können. Dabei komme ich in einem  
- allerdings in einem einzigen - Punkt zu einem ähnlichen  
Ergebnis wie Herr Lafontaine. Das Arbeitslosengeld  
II ist nach allgemeiner Überzeugung zum Beispiel  
der Wohlfahrtsverbände und auch schon von Gerichten in  
Hessen - es wird auch bald vor das Bundesverfassungsgericht  
kommen - zu niedrig und mit Blick auf die Kinder  
in Arbeitslosengeld-II-Haushalten nicht mehr ausreichend.  
Warum erhöhen wir nicht das Arbeitslosengeld II,  
statt diffuse Steuersenkungen vorzunehmen, die breit gestreut  
sind und kaum konjunkturelle Effekte haben werden?  
Damit schaffen wir mehr Gerechtigkeit. Dass das  
Geld wieder zurückkommt, ist logisch; denn die Menschen  
können es gar nicht sparen. Sie müssen es für Konsum  
ausgeben, wenn die Mittel im Familienhaushalt  
knapp sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Steinbrück, auch wenn Sie anders argumentiert  
haben, kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass  
die von Ihnen vorgelegten Vorschläge ein Sammelsurium  
sind, dem keine klare ordnungspolitische Theorie

zugrunde liegt und das keine klare Konzeption hat. Stattdessen schlagen wir vor: Lasst uns mit den vorhandenen Mitteln oder mit Mitteln, die vorgezogen werden müssen oder gegenfinanziert werden können wie bei der Kfz-Steuer, in Klimaschutz, Bildung und mehr soziale Gerechtigkeit investieren. Damit tun wir das Beste auch gegen die drohende Wirtschaftskrise.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Michael Fuchs spricht nun für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Lafontaine, als Allererstes muss ich Ihnen sagen, dass ich mich darüber wundere, dass Sie anscheinend mittlerweile nicht einmal mehr Zeitung lesen. Der Dollar ist im letzten Monat gegenüber dem Euro um über 20 Prozent an Wert gestiegen. Das bedeutet ein dickes Konjunkturprogramm für die deutsche Wirtschaft, weil damit die Exporte in die dollarabhängigen Regionen - das sind fast 40 Prozent unseres Exports - erleichtert werden. Darüber können wir alle froh sein. Das wird auch letztlich der Automobilindustrie vermutlich mehr helfen als eine Einsparung bei der Kfz-Steuer für ein, eineinhalb oder zwei Jahre.

Ich meine, dass die Bundesregierung mit diesem Paket schon einige richtige Maßnahmen vorgesehen hat. Sie hat bei der Finanzkrise gezeigt, dass sie schnell, vernünftig und zielgenau gehandelt hat. Wir haben meiner Meinung nach im Vergleich mit den Programmen weltweit das vernünftigste Programm hinbekommen, und zwar in großer Einigkeit in diesem Hause. Sie haben dazu gar nichts beigetragen; Sie haben nur gestört.

(Widerspruch des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Ich glaube auch, dass wir jetzt weiter in die richtige Richtung unterwegs sind, weil wir mit den Maßnahmen, die der Bundeswirtschaftsminister zusammen mit dem Bundesfinanzminister ausgearbeitet hat, gerade im Bereich der Gebäudesanierung, Herr Kuhn, die CO<sub>2</sub>-Einsparung etc. fördern, dem Handwerk helfen und auch in diversen anderen Bereichen hilfreich tätig sind. Gezielte Investitionen müssen jetzt her. Es darf nicht irgendwo herumgekleckert werden; das bringt gar nichts. Nach meiner Meinung gewährleistet das dieses Programm. Ich weiß genau, dass wir in bestimmten Bereichen viel mehr machen müssten. Aber das zentrale Ziel der Großen Koalition war immer, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Wir haben uns das für 2011 vorgenommen. Wir hätten das auch erreicht, wenn die Finanzmarktkrise nicht auch unser Land getroffen hätte. Dem kann sich kein Mensch entziehen. Das konnte keine Bundesregierung ahnen. Man kann nicht argumentieren, dass das unser Fehler ist. Das war es ganz sicherlich nicht. Ich finde, dass der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister genau den richtigen Weg aufgezeigt haben, den wir jetzt zu gehen haben. Dennoch darf das Ziel, einen ausgeglichenen

Haushalt vorzulegen, nicht aus den Augen verloren werden. Wir müssen uns fragen, ob es nicht möglich ist, in dem einen oder anderen Bereich, vor allen Dingen dort, wo wir konsumtiv Gelder ausgeben, Einsparungen vorzunehmen, um den Folgen der Finanzmarktkrise ein bisschen entgegenzusteuern, damit wir dieses Ziel nicht allzu weit aus den Augen verlieren.

Ich halte es für richtig, die KfW-Mittel aufzustocken, wie der Bundeswirtschaftsminister eben erklärt hat. Allerdings müssen wir dabei die Banken auffordern, dafür zu sorgen, dass diese KfW-Mittel durchgereicht werden. Ich selber habe als Unternehmer erlebt, dass KfW-Mittel nicht unbedingt sofort angeboten werden, weil die Banken natürlich ein Interesse daran haben, dem Kunden zuerst ihre eigenen Produkte zu verkaufen. Dafür habe ich jedes Verständnis. Auf jeden Fall müssen wir die günstigen KfW-Mittel publik machen. Dafür ist eine Bundestagsdebatte sicherlich gut und richtig. Aber parallel dazu müssen die Banken aufgefordert werden, die KfW-Mittel so schnell wie möglich an die mittelständische Wirtschaft weiterzureichen, damit diese Mittel abgerufen werden. Wenn man sich das eine oder andere Programm der KfW anschaut, dann stellt man fest, dass die Mittel oft nicht dort ankommen, wo sie ankommen sollten. Hier muss noch nachgearbeitet werden.

Ich halte es für notwendig - Herr Lafontaine, auch hier haben Sie wieder unrecht; aber das sind wir gewohnt -, ein internationales Programm für Finanzmarktregulierungen anzugehen. Es nutzt uns gar nichts, wenn wir irgendetwas in Deutschland machen. Dann machen die Banken es eben in Irland, auf den Cayman Islands oder irgendwo anders auf der Welt. Wir können mit einem Finanzmarktregulierungsprogramm nur etwas erreichen, wenn wir alle mitnehmen. Ich erinnere daran, dass die Bundeskanzlerin schon in Heiligendamm genau das gewollt hat; das ist eineinhalb Jahre her. Aber damals waren Blair und Bush nicht bereit, mitzuspielen. Wir wären sonst schon ein gutes Stück weiter und hätten auf diesem Gebiet den einen oder anderen Ansatz. Wir haben heute in meiner Fraktion dazu ein Papier beschlossen. Wir werden mit den Kollegen von der SPD in Kürze tätig werden. Die Bundeskanzlerin wird auf dem G-20-Gipfel ein solches Programm einfordern. Das funktioniert aber nur, wenn alle mitspielen. Ich hoffe, dass die Amerikaner und die Engländer das mittlerweile begriffen haben. Die angelsächsischen Länder waren bislang nicht gerade hilfreich.

Für mich ist noch ein anderer Punkt wichtig. Wir müssen alles auf den Prüfstand stellen, was zurzeit belastend wirkt und was zusätzlich belastend auf die deutsche Wirtschaft sowie auf die Bürgerinnen und Bürger zukommt. Folgendes möchte ich wirklich infrage stellen: Es kann in meinen Augen nicht angehen, dass das Emission-Trading, der Emissionshandel, aufgrund der Verteuerung durch die Vollauktionierung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate dazu führt, dass gerade die deutsche Wirtschaft besonders betroffen wird, und zwar in zweierlei Hinsicht. Wir haben hier die meisten Industrieunternehmen in Europa. Das können Sie nicht mit Schweden vergleichen. In Schweden gibt es beispielsweise keine chemische

Industrie. Bei uns ist das größte chemische Unternehmen der Welt angesiedelt, nämlich BASF in meinem Heimatland Rheinland-Pfalz. Sie können auch nicht davon ausgehen, dass wir so günstig Energie erzeugen, wie es Frankreich tut, wo der Anteil der Kernkraft bei 87 Prozent liegt. Wir müssen also sehr aufpassen, dass wir die deutschen Unternehmen mit der Vollauktionierung nicht zu sehr belasten. Sie hat ungefähr 5 Milliarden Euro zusätzliche Belastung pro Jahr zur Folge, und das nur im Energiesektor. Ob wir uns das in dieser Phase leisten können, weiß ich nicht. Wir sollten den Beginn dieses Programms ein wenig verschieben. Ich halte das für notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Automobilindustrie sagen. Ich glaube wirklich, dass die Automobilindustrie durch den stärker gewordenen Dollar sehr schnell wieder Tritt fassen wird. Ich halte es auch für richtig, dass wir so schnell wie möglich mit den Bundesländern eine Einigung finden und dafür sorgen, dass dieses CO2-Minderungspaket eingebaut wird und wir eine CO2-abhängige Kfz-Steuer hinbekommen. Das muss schnell gehen, weil es meiner Meinung nach sehr gefährlich ist, die Leute in Unsicherheit zu lassen, weil sie nicht wissen, welche Steuern sie nachher zu zahlen haben. Wir sollten nicht noch zwei Jahre warten. Wenn wir 500 Milliarden Euro innerhalb einer Woche bereitstellen können, dann muss auch so etwas schnell gehen können.

Herr Bundesfinanzminister, ich habe eine Bitte an Sie. Bitte streichen Sie so schnell wie möglich die im Jahressteuergesetz vorgesehene Einschränkung des Vorsteuerabzugs für dienstlich genutzte Kraftfahrzeuge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das führt dazu, dass heftigst gespart und darüber nachgedacht wird, nicht zu investieren. Ich halte es für notwendig, dass das so schnell wie möglich getan wird.

Zum Schluss. Im Herbstgutachten, das vor drei Wochen erschienen ist, steht eine Reihe von Punkten. Dieses Maßnahmenpaket haben wir zum Teil umgesetzt, aber nicht alles. Es ist richtig, dass wir nicht alles umgesetzt haben, weil wir für diese Einsparungen einfach nicht die Steuermittel haben. Dennoch glaube ich, dass eine weitere Direktentlastung der Bürger notwendig wäre. Herr Bundesfinanzminister, in einem Punkt bin ich mit Ihnen nicht einig - sonst bin ich fast immer mit Ihnen einig -: Wenn Sie beispielsweise die steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge vorziehen würden, hätte das sehr wohl Wirkungen in 2009; denn die Menschen sind nicht blöde. Sie tragen das auf der Lohnsteuerkarte ein, oder sie senken ihre Vorauszahlungen. Das alles kann man machen, und damit wird das schon 2009 wirksam. Ich halte das für richtig. Wir sollten auch darüber nachdenken, ob nicht weitere Spielräume bei den Lohnzusatzkosten erarbeitet werden können. Hier haben wir mit dem Ausgleichsbeitrag, den die Bundesagentur für Arbeit zu zahlen hat, ein verfassungsrechtlich größeres Problem. Dass uns das erhalten

bleiben wird, wage ich zu bezweifeln. Wenn wir wissen, dass uns das nicht erhalten bleiben wird, dann wäre es sinnvoll, bereits jetzt nach einer Lösung zu suchen. Das Programm, das jetzt aufgelegt wird, bedeutet einen Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen aber sehr genau die Situation am Arbeitsmarkt und in der gesamten Wirtschaft beobachten. Es kann durchaus sein, dass wir das eine oder andere noch nachsteuern müssen. Wir sind dazu bereit, wenn es sein muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Als letzter Redner in dieser Debatte hat nun der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich der Bundesregierung, (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Danken!) dem Bundesfinanzminister und dem Bundeswirtschaftsminister danken.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das kommt jetzt überraschend!)

Es ist fast wie in der ersten Großen Koalition: Wenn die Krise da ist, sind auch Plisch und Plum da, die dagegen ankämpfen müssen. Ich denke, Sie haben mit dem Gesamtmosaik durchaus ein richtiges Bild gezeichnet. Herr Brüderle war mit der Nase zu nahe dran, und Oskar Lafontaine will eh nur das sehen, was er bekämpfen kann. Aber wenn man mit dem nötigen Abstand herangeht, dann sieht man: Dieses Mosaik von Maßnahmen passt zu der ökonomischen Landschaft. Deshalb sollten Sie, Herr Brüderle, uns lieber unterstützen, anstatt Ihre alten Steckenpferde hier zu reiten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aber er hat keine Scheuklappen!)

Das passt nicht für diesen Bereich.

Das Wichtigste ist: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Weltwirtschaft in einem schweren Abschwung ist, was vor Wochen noch nicht der Fall war; wir nehmen zur Kenntnis, dass die europäische Wirtschaft zu einem Stillstand gekommen ist und das Risiko eines Abschwungs besteht; und wir nehmen zur Kenntnis, dass die deutsche Wirtschaft in einer Gefährdungslage ist. Dagegen gehen wir an. Wir sagen nicht wie manche Professoren, das sei Schicksal und man müsse unter dem unteren Bogen des Zyklus durchlaufen, sondern wir sagen, dass wir uns gegen den Wind lehnen und etwas gegen die falsche Entwicklung tun können.

Was wir hier brauchen, Herr Brüderle, sind Investitionen. Wir haben in Deutschland aber weit mehr Ersparnisse, als es Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von privater Wirtschaft gibt. Darum haben manche Banken Ersatzinvestitionen, nämlich in diese toxischen Papiere, getätigt. Wenn wir es jetzt schaffen, die Privaten zu veranlassen, zu investieren, und wenn die öffentliche Hand, und zwar Bund, Länder und Gemeinden, investiert, Herr Brüderle, dann nutzen wir die Ersparnisse in diesem Land für Wachstum und für Beschäftigung. Darauf zielt dieses Programm, das

die Bundesregierung aufgelegt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten auch darauf achten, dass wir international aktiv bleiben. Wir Deutschen allein können uns nicht wie Münchhausen selber aus dem Sumpf ziehen; viel mehr brauchen wir bei G 7, bei G 8, bei G 20 oder bei Gott weiß welchen Gs eine internationale Abstimmung.

(Heiterkeit bei der FDP)

- Ja, Sie denken wieder an den G-Punkt oder irgendetwas Ähnliches; aber das ist nicht in Ordnung. - Wir brauchen eine internationale Abstimmung. Deshalb ist es wichtig, dass alle europäischen Länder - wie damals beim Venedig-Gipfel von Helmut Schmidt vorgemacht - und die wichtigsten Volkswirtschaften der Welt in Kooperation mit dem Weltwährungsfonds zusammenarbeiten, damit wir uns weltweit gegen die Entwicklung lehnen, damit wir weltweit durch ein abgestimmtes Verhalten auch in der Ökonomie vorankommen. Der Weltwährungsfonds forderte das schon seit dem April dieses Jahres. Er hat diese Entwicklung eher überschätzt als unterschätzt. Es geht um die Hebelwirkung. Mit der Gebäudesanierung, mit der Investitionsförderung lösen wir durch eine überschaubare Förderung mit staatlichen Mitteln erhebliche private Investitionen aus. Diese Hebel müssen wir nutzen. Diese Hebel werden uns auch dabei helfen, dass wir wieder an den Problemen ansetzen. Unsere Wirtschaft ist bisher auf dem Exportmotor gefahren. Dieser Motor stottert. Ihn können wir nur international wieder zum Laufen bringen. Es fehlen im Inland eben auch die Investitionen in Bauten, in Ausrüstungen, in Maschinen und in Anlagen. All das können wir durch diese Anstöße voranbringen. Deshalb sollten wir diese Möglichkeiten miteinander nutzen.

Wir müssen, gerade was die Automobilindustrie anbetrifft, weniger auf die fetten Daimlers und BMWs schauen, auf diese großen Gesellschaften, die sehr gut verdient haben, die sehr viel Speck angesetzt haben. Sie repräsentieren nur etwa 25 Prozent der Wertschöpfung. 75 Prozent der Wertschöpfung werden von den Zulieferern erbracht, und deren Bilanz schaut nicht so gut aus. Denen müssen wir helfen, damit sie Produktionskürzungen überleben können. Wenn wir nicht aufpassen, befinden sich am Ende der Krise ein Drittel oder mehr der Zulieferer nicht mehr auf dem Markt, und dann haben wir es mit einem quasi automatischen Outsourcing zu tun. Hier muss die Automobilindustrie selber ihren Zulieferern, denen sie die Aufträge kürzt, auch mit Krediten beistehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des

Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Die KfW und der Bund werden dabei sicher helfen. Wir haben die ganz wichtige Aufgabe, das Gespräch mit diesen Herrschaften zu suchen. Es darf nicht einfach eine E-Mail verschickt werden, in der gesagt wird: Schicken Sie Ihre Leute weg!

Wir werden erleben, dass die Kurzarbeit, die fast verschwunden war, wiederkehrt. Ich bin froh, dass Olaf Scholz in diesem Paket verankert hat, dass während der Kurzarbeit Qualifikation, Weiterbildung für die Zukunft durchgeführt werden. Das Entscheidende ist, nicht zu

entlassen und anschließend wieder zu suchen, sondern die Zeit der Produktionspause zu nutzen, um sich auf den neuen Aufschwung vorzubereiten. Das ist unsere Form, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die wir international und national durchführen müssen. Ich bin froh, dass auch die Haushälter der Union - auch wenn Herr Kampeter aus Protest weggeblieben ist - sehen: Nur dann, wenn wir uns jetzt gegen die Krise stemmen, werden wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Als der Kollege Runde und ich zu Beginn der Großen Koalition für das große Investitionsprogramm eingetreten sind, haben manche gesagt - ich kann mich noch erinnern -: Um Gottes willen; wir gefährden den ausgeglichenen Haushalt. - Das Gegenteil war der Fall. Wir wachsen aus der Krise heraus; wir können uns nicht daraus heraussparen. Das muss in die Köpfe hinein. Deshalb ist der Ansatz, den die Bundesregierung wählt, gut. Wir unterstützen ihn. Es muss noch nicht jedes Detail stimmen. Auch da gilt das Struck'sche Gesetz, das den Fortschritt in der parlamentarischen Beratung definiert. Das werden wir wieder in Anspruch nehmen.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Entscheidend ist: Wir beugen uns nicht dem Geschick der Wirtschaft, sondern wir stemmen uns gegen den Wind und kämpfen für Wachstum und Beschäftigung sowie sichere Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 12. November 2008, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

</ text >

< text 16186 >

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Fragen 2 und 3 des Kollegen Spieth aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit werden schriftlich beantwortet, ebenso die Frage 4 des Kollegen Fell aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Zur Beantwortung steht die Parlamentarische Staatssekretärin Ursula Heinen zur Verfügung.

Ich komme zur Frage 5 der Kollegin Dr. Happach-Kasan:

Wie hat sich der Holzpreis für die verschiedenen Sortimente im Laufe dieses Jahres entwickelt, und wie beeinflusst die Finanzkrise den Export von Holz in die USA?

Bitte schön.

Ursula Heinen, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan, die Entwicklung der Erzeugerpreise für forstwirtschaftliche Produkte war für alle Rohholzsortimente im Zeitraum von Mitte 2007 bis zum Frühjahr 2008 durch einen moderaten Anstieg geprägt. Danach sind die Preise bis zum Herbst wieder leicht unter das Niveau von Ende des Jahres 2007 gefallen. Die Tendenz der Preise für alle Rohholzsortimente – das müssen wir leider deutlich feststellen – ist zurzeit leicht fallend.

Die Finanzmarktkrise, um zum zweiten Teil Ihrer Frage zu kommen, hat eine Rezession in der Bauwirtschaft der USA ausgelöst. Dadurch ist vor allem die Nachfrage nach Nadelschnittholz deutlich zurückgegangen. Es gab bereits Produktionskürzungen, etwa in skandinavischen Ländern wie Norwegen, aber auch bei uns. Sie haben aber noch zu keiner Entspannung der Exportsituation beigetragen. Dadurch stehen die Erzeugerpreise, insbesondere im Bereich Nadelschnittholz, weiter unter Druck.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur weiteren Einschätzung der Entwicklung. Wir sind davon überzeugt, dass der Rohstoff Holz weiter im Trend der Zeit liegt, es vielfältige Verwendungsmöglichkeiten für ihn gibt und sich dadurch günstige Perspektiven auftun. Ich darf beispielsweise darauf hinweisen, dass es gerade in Teilen Osteuropas und des Nahen Ostens einen erheblichen Bauboom gibt, der den Export bei uns beleben kann. Wir hoffen, dass die Initiativen, die der Holzabsatzfonds zurzeit ergreift, um den Export zu beleben, den Export vor allem in diese Richtung lenken werden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Happach-Kasan, eine Nachfrage.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Kollegin, ich habe dazu eine Nachfrage. Ich bedanke mich erst einmal für die positive Einschätzung des Werkstoffes Holz. Die Darstellung der Bundesregierung teile ich. Vor vier Jahren ist in Deutschland die Charta für Holz beschlossen worden, die mit großer Begeisterung sowohl von der Politik als auch von den Unternehmen aufgegriffen worden ist. Meine Nachfrage lautet: Inwieweit sehen Sie Möglichkeiten, über die Umsetzung der Ziele innerhalb der Charta für Holz einen höheren Absatz von Holz im Baubereich gerade in Deutschland zu erreichen? Sind Sie der Auffassung, dass man beispielsweise Architekturbüros stärker dafür begeistern sollte oder Ausbildungskapazitäten zur Verfügung stellen sollte, um die Verwendung von Holz im Baubereich zu verstärken? Denn wir haben Nachbarländer, in denen deutlich mehr mit Holz gebaut wird, als es bei uns in Deutschland der Fall ist.

Ursula Heinen, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Am liebsten würde ich sagen, dass wir genau das machen wollen und umzusetzen versuchen. Ich weiß nicht, ob Sie im vergangenen Jahr dabei gewesen sind, als hier in Berlin das erste Mehrfamilienhaus aus Holz entstanden ist. Wir meinen, das war ein – wie sagt man immer so schön? – wunderbares Leuchtturmprojekt, mit dem aufgezeigt wird, was man alles mit dem Baustoff Holz

machen kann. Wir haben auf den Messen - ich habe viele besucht - gesehen, dass der Baustoff Holz immer mehr im Kommen ist. Ihre Anregung, besonders die Architekturbüros anzusprechen, nehmen wir sehr gerne auf.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön, Sie haben eine weitere Nachfrage.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Wie weit achten Sie - auch in Zusammenarbeit mit anderen Häusern - darauf, dass bei Verordnungen die Verwendung des Werkstoffes Holz nicht stärker mit Auflagen belegt wird, als dies für die Sicherheit der Bauten tatsächlich erforderlich ist?

Ursula Heinen, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Wie Sie wissen, hat sich die Bundesregierung ganz klar zum Ziel gesetzt, Verordnungen so einfach wie möglich zu halten und vor allen Dingen bürokratische Hemmnisse abzubauen. Aus dem Grund werden nicht nur alle Gesetzesvorhaben, sondern auch alle Verordnungen vom Normenkontrollrat untersucht. Bisher sind wir da auf einem guten Weg. Ich rufe Zusatzpunkt 4 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gemäß Anlage 5 Nummer 1 Buchstabe

b GO-BT

zu den Antworten der Bundesregierung auf die

dringlichen Fragen auf Drucksache 16/10834

Als Erste rufe ich die Kollegin Renate Künast für Bündnis 90/Die Grünen auf.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Botschaft dieser Tage, die Botschaft aus Gorleben und von den vielen Tausenden Menschen, die dort am Wochenende gegen ein Endlager Gorleben demonstriert haben, ist ja wohl klar. Die Botschaft lautet: Wenn ihr den Konsens aufknüpft, knüpfen wir ihn auch wieder auf. So einfach ist das. - Die Botschaft lautet: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. - Die Botschaft lautet auch: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir nach all diesen Demonstrationen am Wochenende zum Teil eine falsche Debatte geführt haben. Es ist darüber geredet worden, ob es nach dem Atomkonsens legitim ist, dort Straßen zu blockieren, sich auf Gleise zu setzen und zu demonstrieren. Das ist eine vollkommen falsche Fragestellung. Die Fragestellung muss eigentlich lauten, ob es politisch legitim ist, den Konsens jetzt wieder aufzuknüpfen, nachdem man sich nach langen politischen Auseinandersetzungen in diesem Land und nach langem Streit auf einen Konsens geeinigt hatte und nachdem man gemeinsam ein Papier unterschrieben hatte, nachdem die Kritiker, die sich Sorgen um die Umwelt und die Gesundheit der Menschen machen, zugestimmt und gesagt haben: Okay, wir nehmen längere Zeiten hin, dafür unterschreibt ihr aber auch den Ausstieg. - Diejenigen, die diesen Konsens nach der ganzen Debatte jetzt wieder aufknüpfen, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob ihr Handeln eigentlich legitim ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD - Gudrun Kopp [FDP]: Was  
hat das mit dem Müll zu tun?)

- Die FDP fragt gleich, was das mit dem Müll zu tun hat.  
Ich weiß, dass die FDP als verlängerter politischer Arm  
der Lobbyisten draußen immer solche Fragen stellt. Das  
wundert mich jetzt ehrlich gesagt gar nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie von der FDP und der CDU/CSU haben die Unverfrorenheit,  
den Betreibern jetzt noch unter die Arme zu  
greifen

(Gudrun Kopp [FDP]: Ach du liebe Zeit!)

und unter dem großen Deckmäntelchen des Klimaschutzes  
so zu tun, als seien Atomkraftwerke verkannte Klimaschützer.  
Klein Fritzchen und Klein Erna können das  
ausrechnen: Jedes moderne Gaskraftwerk, das gerade  
gebaut wurde, emittiert weniger CO<sub>2</sub>, als bei der Herstellung  
von Atomstrom verursacht wird. So einfach ist das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, man muss sich nicht einmal auf den hohen  
Ebenen der technologischen Entwicklung befinden. Sie  
funktionalisieren Ihr Deckmäntelchen. In Wahrheit geht  
es nicht um CO<sub>2</sub> und ums Klima, sondern um den Profit  
und darum, dass die Betreiber durch längere Laufzeiten  
noch mehr Geld in ihr Säckel und in ihre Hosentaschen  
scheffeln. Um nichts anderes geht es.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Da Sie immer wieder fragen, Frau Kopp, gebe ich Ihnen  
unter uns Frauen einen kleinen Verbraucherinnenhinweis:  
Wer Atomkraftwerke betreibt, hat auch zwingend  
Atom Müll. Wer sie noch länger laufen lässt, hat  
letzten Endes auch mehr Atom Müll und somit mehr  
Castortransporte, Frau Kopp.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eines festgestellt: Ihre Unverfrorenheit,  
aber auch Asse II und die damit verbundene Unsicherheit  
haben die Menschen auf die Straße getrieben, und  
zwar alle Generationen. Sie dürfen sich darüber auch  
nicht wundern, wenn Sie den Konsens aufknüpfen. Die  
Konzernvertreter haben zwar den Atomkonsens unterschrieben,  
halten sich aber nicht daran und investieren  
jetzt Millionen Euro in Anzeigen, in denen sie als verkannte  
Klimaschützer dargestellt werden, und sie versuchen  
seit Monaten, gegen den offensichtlichen Wortlaut  
des Gesetzes die Laufzeiten von jüngeren AKWs auf die  
alten zu übertragen. Wenn dies alles passiert und die  
Lobbyisten in Nadelstreifen immer wieder auf das Kanzleramt  
und die Ministerien einwirken, dann sagt das  
Volk in Ermangelung einer Einlasserlaubnis: Die Gleise  
und die Straßen sind unser. Das ist doch logisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte um die Castortransporte wird gerade  
schärfer, weil Sie mit der Laufzeitverlängerung mehr  
atomaren Müll bewirken. Das heißt, wenn Sie den Konsens  
aufknüpfen, auf den sich einige eingelassen haben,  
dann wird die Sorge größer. Das gilt für Gorleben stellvertretend  
für alle Regionen. Alle Menschen dort wissen,

dass es nie ein ordentliches Auswahlverfahren gegeben hat. An dieser Stelle lügt die CDU/CSU einfach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat nie eines gegeben. Man hat sich gedacht: Wunderbar, hier ist der Eiserner Vorhang. Wenn mal ein Unfall passiert, dann machen wir an der anderen Stelle zu. Das war doch die Überlegung. Es ging darum, in einem Zonenrandgebiet eine ganz tolle Zonenrandgebietsförderung zu leisten. Es ging um nichts anderes als um Investitionen in Niedersachsen.

Die Menschen gehen auf die Straße. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ob es - wenn man Worte wie „christlich“ oder „sozial“ im Namen trägt - richtig ist, die Interessen und Sorgen der Menschen einfach zu negieren.

Die Menschen machen sich Sorgen wegen Asse II, weil sie wissen, dass sie den Akteuren - zum Beispiel Klaus Kühn, der Betriebsleiter bei Asse II war - nicht trauen können. Klaus Kühn ist auch zu Gorleben als Gutachter tätig. Das können Sie doch in einer Demokratie niemandem vermitteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir vertreten immer noch die Forderung, endlich eine ergebnisoffene Suche durchzuführen. Salz, Ton und Granit müssen untersucht werden. Die Arbeitsteilung, dass in Bayern die meisten Atomkraftwerke stehen und im Norden der Müll eingelagert wird, ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch gerne bereit, über eine Neubewertung der Atomenergie zu reden. Die Terrorgefahr ist seit 2001 gestiegen. Die Leukämieraten bei Kindern steigen. Die Kosten für den Atommüll steigen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das ist doch gar nicht wahr!)

- Natürlich ist das wahr. Rund um die Atomkraftwerke steigen die Leukämieraten.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Nein!)

- Sie können ja gleich reden.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Wider besseres Wissen! Das ist Volksverdummung!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Auch wenn keiner der Wissenschaftler sagt, er könne schon belegen, dass es zwingend durch die Atomkraft verursacht ist, fällt allen auf, dass im 5-Kilometer-Umkreis von Atomkraftwerken fünfjährige Kinder ein bedeutend höheres Risiko tragen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Sie müssten Ihren letzten Satz schon angefangen haben.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die letzte Chuzpe in dieser Woche, die wir alle zusammen zurückweisen sollten, ist der neueste PR-Trick von RWE. Jetzt bieten sie Atomstrom als Klimaschutz an. Atomstrom aus der Steckdose ist für das Klima ungefähr so gut wie Mentholzigaretten gegen Halsweh.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lassen Sie uns endlich diese Debatte ernster, sauberer

und einer Demokratie würdig führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Christian Hirte, der heute seine erste Rede halten wird, und zwar nicht, weil er ignoriert worden wäre, sondern weil er als Nachrücker dem Bundestag noch nicht sehr lange angehört.

(Beifall)

Christian Hirte (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1977 war ich ein Jahr alt. Damals hätte niemand gedacht, dass ich heute als Thüringer meine erste Rede hier halte. Damals hätte aber auch niemand gedacht, dass wir heute noch immer keine Lösung für die Endlagerung unserer Kernbrennstäbe gefunden haben. 1977 hatten sich die damals politisch Verantwortlichen in Niedersachsen und Bonn in einer quasi großen Koalition darauf verständigt, im niedersächsischen Gorleben ein Endlager für Kernbrennstäbe einzurichten. 30 Jahre wird also nun schon diskutiert, ob und wie ein mögliches Endlager eingerichtet werden soll. Die Diskussion wird teilweise noch immer so geführt, als könnten wir noch „Nein danke“ zu einem Endlager sagen. Wir können natürlich noch lange diskutieren, ob wir sofort, in 10, 20 oder in 40 Jahren aus der Kernenergie aussteigen. Aber wir müssen uns heute unserer Verantwortung stellen. Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass wir schon Atommüll haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Egal wie man zur Nutzung der Kernenergie steht, wir müssen mit den heute vorhandenen Abfällen umgehen. Diese sind auch mit Ideologie nicht wegzudiskutieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Fangen Sie einmal an, ohne Ideologie zu diskutieren!)

Wir haben also gar keine Alternative zur Endlagerung. Im Übrigen haben wir zumindest bislang noch keine Alternative zur Kernenergie. Zur Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gehört auch, dass wir für ein bezahlbares Leben Sorge tragen müssen. Wenn wir die Tendenz steigender Energiepreise schon nicht aufhalten können, sollten wir sie wenigstens nicht beschleunigen. Ein verfrühter Ausstieg aus der Kernenergie verursachte aber genau das.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen ist die Position der Unionsfraktion hier auch so deutlich. Wir und die große Mehrheit in diesem Land wollen bezahlbare Energie. Ich hoffe, dass das auch für die Mehrheit in diesem Haus gilt.

Sichere Energieversorgung bei einem breiten Energiemix, möglichst geringe Importabhängigkeit, bezahlbare Preise für Bürger und Wirtschaft sowie möglichst niedrige CO<sub>2</sub>-Emissionen, das ist mehr denn je ein zentrales politisches Anliegen, dessen Durchsetzung durch richtige politische Weichenstellungen gewährleistet werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland hat das Potenzial, diese Herausforderung

besser als andere zu meistern. Wir haben die Technologie und die Qualifikationsvorsprünge und nicht zuletzt die Innovations- und die Investitionskraft, Energie effizienter zu nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Vorteile gilt es zu nutzen und weiter auszubauen. Aber noch geht es nicht vernünftig ohne Kernenergie. Niemand wird bestreiten wollen, dass Deutschlands Kernkraftwerke bei weitem die sichersten auf der Welt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir nutzen die Kernenergie seit Jahrzehnten und haben daher die Verpflichtung, die Frage der Endlagerung sicher und nachhaltig zu lösen. Dazu gehört, die 2001 unterbrochene Erkundung des Salzstocks Gorleben so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns hilft es heute nur wenig, die Kämpfe von damals zu führen. Wir brauchen Lösungen. Zur Wahrheit gehört, dass im Januar 2001 die rot-grüne Bundesregierung beschlossen und vereinbart hat, dass die deutschen Kernkraftwerke zunächst weiterlaufen, deren Abfälle in Frankreich aufbereitet, dann nach Deutschland zurückgeholt und schließlich hier endgelagert werden. Die Grünen haben in politischer Verantwortung also selbst die Castortransporte mitgetragen, die sie heute politisch und praktisch bekämpfen. Das ist politisch unverantwortlich und wenig glaubwürdig. Die Grünen müssen sich schon entscheiden, ob sie Teil der Lösung oder Teil des Problems sein wollen.

Der Bundesumweltminister hat kürzlich in seiner Eröffnungsrede zum Endlagersymposium darauf hingewiesen:

Ein betriebsbereites Endlager für diese Abfälle sollte spätestens bis zum Jahr 2035 zur Verfügung stehen, da ab diesem Zeitpunkt sukzessive die Aufbewahrungsgenehmigungen für die Transportbehälterlager sowie die Genehmigungen für die Standortzwischenlager auslaufen.

Ich kann nur hoffen, dass wir nicht wieder 30 Jahre warten müssen, bis wir uns einer längst überfälligen Entscheidung stellen. Dann stünde vielleicht meine Tochter, die heute ein Jahr alt ist, hier und würde uns allen zu Recht vorwerfen: Warum habt ihr damals nicht gehandelt und die Lösung des Problems auf nachfolgende Generationen übertragen?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jede weitere Verzögerung aus ideologischen oder wahlkampfaktischen Gründen führt in der Sache nicht weiter. Der Umweltminister bleibt aufgefordert - ich zitiere den Koalitionsvertrag -, „die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert“ anzugehen und noch „in dieser Legislaturperiode“ zu einer Lösung zu kommen. Lassen Sie uns aufhören, über das Ob eines Endlagers zu diskutieren. Lassen Sie uns ein Wie finden. Wir brauchen ein Endlager. Die Menschen verdienen im Übrigen bezahlbare Energiepreise.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächstes spricht die Kollegin Angelika Brunkhorst für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Angelika Brunkhorst (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!  
Das Demonstrationsrecht ist ein Bürgerrecht, und viele haben davon in Gorleben am letzten Wochenende Gebrauch gemacht und sich auch korrekt verhalten. Aber leider haben wir in den vergangenen Tagen auch einiges anderes mit ansehen müssen: Leuchtmunition, die, auf Pferde geschossen, Brandwunden verursacht hat, Steine gegen Polizisten, die zu Verletzungen geführt haben, Anschläge auf Bahngleise, Leuchtraketen gegen Hubschrauber - das ist ganz gefährlich; denn die Dinger fallen auch mal herunter -, Blockaden. Wenn wir heute über solche Ereignisse sprechen, dann möchte ich an einen Satz von Jürgen Schwabe, den Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, erinnern. Er hat auf Folgendes hingewiesen: Wenn der Staat dafür sorgen muss, dass friedlich protestierende Demonstranten von Bahngleisen entfernt werden, dann kommt es - jedenfalls wenn man in einem Rechtsstaat lebt - nicht so sehr darauf an, ob diese dabei friedlich sind, sondern es kommt darauf an, ob es eine Rechtsverletzung ist. - Und das ist es.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Warum ich diesen Hinweis an dieser Stelle für so wichtig empfinde, wird dann schnell klar, wenn ich das Verhalten der Kollegen aus der grünen Fraktion am vergangenen Wochenende beleuchte. Wenn man auf die Homepage einiger grüner Fraktionsmitglieder schaut, dann sieht man, welche Eindrücke sie geschildert haben. Frau Pothmer beispielsweise zeigt sich begeistert.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat in ihrer Heimatlyrik geschildert, es seien sehr viele junge Gesichter zu sehen gewesen, sie sprach vom Teil der Bewegung - achten Sie einmal auf die Wortwahl! -, es ging um den Kampf und die Heimat. Sie sprach von vielen grünen Fahnen aus vielen Bundesländern, die bei der Kundgebung gewesen seien: Die grüne Jugend in der Blockade ...,

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

mein Platz war bei der bäuerlichen Notgemeinschaft.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei meinem Bruder! - Zurufe von der FDP und der CDU/CSU)

Solche Formulierungen beklemmen mich. Sie lullen doch wirklich ein, Frau Künast.

(Beifall bei der FDP - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch gar nicht von mir!)

Frau Bärbel Höhn steht ihrer Kollegin in nichts nach. Frau Höhn sah ihre Aufgabe als Bundestagsabgeordnete darin - wiederum wörtlich -, bei den Sitzblockaden anwesend zu sein und darauf zu achten, dass es von allen Seiten friedlich zugeht

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP und der CDU/CSU)

und dass die Polizei beim Wegräumen die Rechte der Demonstranten achtete. Das schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus. Wie steht es denn wirklich um die wunderbare Friedlichkeit, die die Kollegen von den Grünen in solch eine gefährliche Schwärmerei versetzt?

Frau Höhn, ich fürchte, die Rechte der Demonstranten sind nicht so sehr das Problem, das uns hier bewegen sollte, sondern der Rechtsbruch, zu dem Sie junge Leute ermuntern, indem Sie da sind und sich solidarisch erklären. (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Botschaft, die Sie vermitteln. Sie ermuntern zum Rechtsbruch. Das ist nicht zu fassen. Was ist eigentlich mit den Rechten von Tausenden Polizisten? Was ist denn mit den Rechten von Hunderttausenden Bahnreisenden, die keine Verbindung haben?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da fährt keine Bahn!)

- Frau Künast, lassen Sie das! Damit kommen Sie nicht weit.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es gar keinen Bahnhof! Die Gleise hören in Uelzen auf!)

Es hätte Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen, gut angestanden, zur Besonnenheit aufzurufen, anstatt gedankenlos und opportunistisch Solidaritätsbekundungen abzugeben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Es kommt wirklich nicht darauf an - das muss man hier ganz deutlich sagen -, ob Sitzblockaden friedlich sind; sie sind rechtswidrig, und darauf kommt es an dieser Stelle an.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Grünen - Sie hatten nicht immer so große Sympathien für Rechtsbrüche - einfach daran erinnern - ich helfe Ihrem Gedächtnis gern auf die Sprünge -, dass es Ihr grüner Umweltminister war, der die Grundlage für die Castortransporte gelegt hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war Teil des Atomkompromisses, dass die Brennstäbe aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield zurückgenommen werden müssen. Wenn Sie mir die Bemerkung gestatten: Das ist eine Regelung, die bereits im deutsch-französischen Vertrag geregelt ist. Ich möchte noch einen Rückblick in das Jahr 2001 machen. Ich zitiere aus der Welt vom 6. Februar 2001. Dort sagte Herr Jürgen Trittin: Demonstrationen gegen Castor-Transporte in Deutschland halte er für unklug; schließlich seien die Transporte „notwendig und unabweisbar“.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im gleichen Artikel erfahre ich auch, dass die heutige Bundesvorsitzende, Frau Claudia Roth, „Demonstrationsaufrufen ihrer eigenen Partei gegen den bevorstehenden Rücktransport von deutschem Atommüll aus



Frankreich erneut eine Absage" erteilte. Die Grünen stünden hinter dem Atomkonsens, und Atommülltransporte seien im Sinne des Atomkonsenses notwendig. Aber sie hat sich jetzt einer anderen Idee hingegeben - eine erstaunliche Wandlung -: Medienwirksam war sie dabei. Super, toll! Das ist schon ein Ding. Sie rief sogar zu zivilem Ungehorsam auf, was auch immer darunter zu verstehen ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das wissen Sie nicht? Das ist ja lustig!)

Kommen wir auf eine weitere klaffende Lücke in Ihrem Gedächtnis: Die Grünen haben sieben Jahre lang Regierungsverantwortung getragen; aber Sie haben während der ganzen Zeit keine konstruktiven Schritte getan, um die Endlagerfrage zu lösen, überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Angelika Brunkhorst (FDP):

Ja, ich komme zum Schluss. - Sie haben die ganze Endlagerfrage schlichtweg verdrängt und beklagen nun, dass die Endlagerfrage ungelöst ist. Wo kommen wir denn da hin?

An dieser Stelle, ganz zum Schluss, möchte ich Sie fragen: Werden Sie denn - wenn es wirklich dazu kommt, was Sie immer wieder fordern und was leider auch Herr Gabriel jetzt vorhat, nämlich, dass neue Standorte zu finden seien -, wenn es dort zu Widerständen kommt, diese Widerstände ebenso vehement und enthusiastisch unterstützen? Ich weiß nicht, wohin das führen soll.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Angelika Brunkhorst (FDP):

Ich jedenfalls sage für meine Partei: 2010 ist das Moratorium zu Ende. Dann wird die Lagerstätte in Gorleben zu Ende erkundet. Wenn die Ergebnisse vorliegen, wird man wissen, was man weiter zu tun hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Christoph Pries ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Christoph Pries (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Albert Einstein hat einmal gesagt: Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit. Aber beim Universum bin ich mir nicht ganz sicher.

Ich bin überzeugt, wenn Albert Einstein heute auf der Besuchertribüne säße, er hätte seine Freude.

Vor acht Jahren hat Rot-Grün im Konsens mit der Energiewirtschaft den Atomausstieg vereinbart. Wir haben damit den längsten und heftigsten gesellschaftlichen Konflikt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beendet - dachten wir zumindest. Damals begann eine geradezu harmonische Zeit: weniger Castortransporte, weniger Proteste und eine neue Energiepolitik.

Sogar bei der Endlagerproblematik hatten wir in dieser Legislaturperiode die große Chance, eine Lösung auf

breiter gesellschaftlicher Basis zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, Sie haben diese Chance mit Ihrer Blockadehaltung vertan.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) - Marie-Luise Dött [CDU/

CSU]: Wie bitte? Das ist Verkennung der Realität!)

Bereits im Herbst 2006 hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ein Konzept für die Endlagersuche vorgelegt.

Dieses Konzept sieht eine ergebnisoffene und transparente Endlagersuche nach international festgelegten Kriterien vor. Gorleben ist eine Alternative, nicht mehr und nicht weniger. Das Konzept stellt damit einen fairen Kompromiss zwischen Gegnern und Befürwortern des Standortes Gorleben dar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht; Sie haben sich dem Kompromiss verweigert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dann schauen wir mal!)

Sie haben es vorgezogen, Endlagerpolitik nach dem Motto Ihres Fraktionskollegen Axel Fischer zu betreiben: Klappe zu, Affe tot.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Wer ist der Affe? - Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Jahr 2000 konnte man noch hoffen, das pessimistische Menschenbild von Albert Einstein wäre zumindest für die deutsche Atom- und Endlagerdebatte widerlegbar. Diese schöne Aussicht ist seit dieser Woche endgültig zerstört. Die heutige Debatte beweist es. Acht Jahre nach dem Atomkonsens stehen wir wieder am Anfang: Der Atomausstieg ist wieder Wahlkampfthema. In der Endlagerfrage herrscht weiter Blockade; die Gesellschaft ist wieder in zwei Lager gespalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts dessen stellt sich die Frage: Wer ist schuld? Schuld sind auf jeden Fall nicht diejenigen, die im Wendland friedlich demonstriert haben; denn diese Menschen fühlen sich betrogen, und das zu Recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Warum? Ich möchte einmal kurz aus der Einleitung des Atomkonsenses zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft vom 14. Juni 2000 zitieren. Dort heißt es:

Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird.

Ich betone: dauerhaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute muss man ganz klar feststellen: Wir haben unsere Zusagen gehalten.

Die Energiewirtschaft hat das gegebene Wort gebrochen, tatkräftig unterstützt von Union und FDP. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion volles Verständnis für die friedlichen Demonstranten. Diese Menschen haben den Zusagen der Energiewirtschaft vertraut. Sie haben geglaubt, in Deutschland gelte der Grundsatz „Verträge müssen eingehalten werden“. Wir stehen zu diesem Grundsatz. Deshalb gilt für die SPD-Bundestagsfraktion: Am Atomausstieg wird nicht gerüttelt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das Standardargument der Atomlobby lautet: Die Menschen haben nur deshalb Angst vor Atomenergie, weil ihnen das notwendige physikalische Fachwissen fehlt.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Quatsch!)

Ich sage: Eine sehr gewagte These, hat doch die Atomlobby selbst ein grundlegendes physikalisches Gesetz völlig vergessen. Das dritte Axiom von Isaac Newton lautet: Kraft erzeugt Gegenkraft.

Sehr geehrte Damen und Herren von Union und FDP, glauben Sie wirklich, mit millionenschweren PR-Kampagnen der Energiewirtschaft und ihrer kompromisslosen Haltung in der Endlagerfrage können Sie den Menschen Sand in die Augen streuen? Glauben Sie wirklich, das Thema Atomenergie wird im nächsten Bundestagswahlkampf ein Gewinnerthema? Das hat doch schon 2002, 2005 und auch bei der diesjährigen Landtagswahl in Bayern nicht funktioniert. Statt sich im kommenden Jahr eine blutige Nase zu holen, sollten Sie lieber mit uns das Endlagerkonzept von Sigmar Gabriel umsetzen. Sie befänden sich damit in guter Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

In allen anderen Ländern werden die Endlager in einem Vergleich der alternativen Standorte bestimmt. Alle Länder haben aus den Fehlern Deutschlands ihre Lehren gezogen. Nur Union, FDP und Energiewirtschaft wollen um jeden Preis an Gorleben festhalten, auch um den Preis eines späteren Scheiterns vor Gericht. Bei der Wahl von Gorleben spielten viele Kriterien eine Rolle. Größtmögliche Sicherheit, Transparenz des Verfahrens und Öffentlichkeitsbeteiligung gehörten nicht dazu. Fest steht, dass wir spätestens 2030 ein funktionsfähiges Endlager für unseren hochradioaktiven Atommüll benötigen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist dies nur über ein ergebnisoffenes, transparentes und zielgerichtetes Auswahlverfahren sicher zu erreichen. Nur ein solches Auswahlverfahren schafft Rechtssicherheit und die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ist mit Blick auf die nächsten Generationen unverantwortlich, nur auf Gorleben zu setzen. Ebenso unverantwortlich ist es, jeden Endlagerstandort prinzipiell als ungeeignet abzulehnen. Bundesumweltminister Gabriel hat einen Kompromissvorschlag gemacht. Bewegen müssen sich jetzt andere.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dorothee Menzner von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann von uns nicht gerade behaupten, dass wir Altkanzler Schröder viele Tränen nachweinen; aber mit einer Aussage lag er richtig - ich zitiere -: Atomtransporte quer durch die Republik, die nur durch massiven Polizeischutz zu sichern sind, passen nicht zu einer auf Konsens und Zukunftsfähigkeit

ausgerichteten Demokratie.

Der Elan der damaligen Bundesregierung verließ sie dann allerdings sehr schnell wieder. Die Realität bei Castortransporten sind 17 000 Einsatzkräfte, Aushebelung der Grundrechte, Verbotskataloge, Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Ich könnte das fortsetzen.

Die B.Z. titelte in den vergangenen Tagen: „Atom-Chaoten kosten uns 30 Millionen Euro“. Kollegin Brunkhorst hat eben Ähnliches angeführt. All dies suggeriert verunglimpfend: alles schwarzer Block, alles Chaoten, die dort demonstrieren. Nein, mitnichten! Die, die da demonstrieren, sind Schülerinnen und Schüler, Landwirte, Gewerbetreibende, kommunale Abgeordnete der angrenzenden Kommunen und aller Parteien, es sind Lehrerinnen und Lehrer, fast die komplette Ärztede und auch Pastorenschaft, also ein ganz breites Bündnis aller Bevölkerungsgruppen, hinweg über alle Weltanschauungen. Die Atomchaoten sind andere. Die Atomchaoten sind die, die ein Endlager in einem absaufenden Bergwerk angelegt haben, die Atomenergie sponsern - und das ohne ausreichende Versicherung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es sind die, die schon jetzt 40 Milliarden Steuergelder verschwendet haben: in Schwarzbauten und Sackgassen. Wo nicht gesprochen wird - das ist an Castortagen im Wendland der Fall -, suchen sich die Betroffenen eine andere Sprache, eine Sprache des zivilen Ungehorsams, eine Sprache, die sich mit „Widersetzen“ und „Anliegen deutlich machen“ umschreiben lässt. Sie legen schlichtweg ihre Körper in den Weg.

Listige Bauern stellten Betonpyramiden vor den Castor und sich damit gegen die Atompolitik. Sie sagten: Wir wollen keine Konfrontation; wir wollen den Dialog. Sie wollten Gespräche mit Innenminister Schönemann aus Niedersachsen oder Kanzlerin Merkel oder Umweltminister Gabriel führen. Neun Stunden hätten diese Zeit gehabt, mit ihnen ins Gespräch zu kommen; denn so lange waren sie dort verankert. Aber dieser Dialog fand nicht statt - so wie viele Möglichkeiten zum Dialog nicht genutzt wurden. Diese Bauern treibt die Sorge um ihre Existenz, um ihre ganz persönliche Existenz. Das ist ihre Motivation.

Aber mein Herz lacht, wenn ich so viel kreative Energie sehe und erlebe: gegen die Milliardenlobby, gegen eine Politik, die nur verschiebt, verschaukelt, verschweigt, verdrängt und vertuscht und dafür noch nicht einmal zur Rechenschaft gezogen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Herz lacht, wenn ich erlebe: 16 000 Menschen haben am vergangenen Samstag auf der Demonstration gerufen: Yes, we can. - Die meisten von ihnen sind übrigens nicht für den Erhalt des fadenscheinigen Atomkonsenses, sondern wirklich für ein Abschalten, für eine klare Perspektive, für den Ausstieg aus dieser Politik, und sie machen das auch immer wieder deutlich.

Mein Herz lacht, wenn ich sehe, wie Clowns mit Spaß und Lust ihren Protest auf die Straße tragen und so die Absurdität der gepanzerten Staatsmacht entlarven.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Und was hat das mit Verantwortung für den Müll zu tun?)

Wer solche Einsätze zwei-, vier- oder, wie ich, zehnmal erlebt hat, verliert den Respekt und glaubt nicht mehr an den so viel beschworenen Dialog. Der Dialog an Castortagen im Wendland ist sehr einseitig: mit Flüstertüte, Räumbefehl, NATO-Draht, Hubschraubern und 17 000 gepanzerten Einsatzkräften. Erzählen Sie mir jetzt nichts von Deeskalation! Das ist so wahr wie die Asse trocken.

Ich habe auch diesmal wieder gesehen und hautnah gespürt - wie manche Kolleginnen und Kollegen hier -, wie das ganze Arsenal unmittelbarer Maßnahmen aussieht: kopf- oder gelenkverdrehende Griffe, Faustschläge, Abdrängen, Tritte, Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz. Das Gefühl der Demütigung, das dabei aufkommt, ist sehr real. Ich glaube, es ist kein Ausweis von Demokratie, wenn ein solches Gefühl bei Bürgerinnen und Bürgern erzeugt wird, die ganz berechnete Sorgen, Ängste und Nöte zu Gehör zu bringen versuchen.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Ein seltsames Demokratieverständnis!)

Ich danke den Menschen in Gorleben und anderswo, die immer wieder diesen selbstlosen Einsatz fahren. Ohne sie hätten wir eine WAA. Ohne sie hätten wir Schnelle Brüder und rund 100 Atomkraftwerke in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ohne sie wären etliche Skandale - das ist vorhin in der Fragestunde deutlich geworden - immer noch unter der Decke, nicht aufgegriffen und nicht transparent. Sie trotzen dem Atomstaat - und das seit Jahrzehnten, seit über 30 Jahren im Wendland. Ich frage mich nur: Wer wird ihnen einmal und wann ein Bundesverdienstkreuz oder, vielleicht besser, ein Bundesverdienst-X überreichen? Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man doch gar nicht annehmen! Das ist nicht mehr logisch! - Gegenruf von der LINKEN -

Gegenruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr haltet mal die

Füße still! Die sozialistischen Atomkraftwerke waren immer die sichersten!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Joachim Pfeiffer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Künast, Sie haben vorhin nach der Botschaft gefragt. Die Botschaft der Diskussion ist für mich ganz klar - ich rate uns hier wirklich zu einer nüchternen Analyse und nicht zu Emotionalität und Ideologie; die Ideologie in Kernkraftfragen hat dieses Land viel zu lange gespalten -: Unabhängig davon, ob wir, wie Sie wollen, heute oder morgen oder, wie wir wollen, übermorgen - wir wollen die Kernenergie nämlich als Brückentechnologie nutzen - aus der Kernenergie in der jetzigen Form aussteigen, muss die Entsorgungsfrage gelöst werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das wissen Sie genauso gut, wie wir das wissen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch!)

Wir haben in der Großen Koalition zumindest erreicht, dass jetzt endlich für 95 Prozent dieser Abfälle Klarheit herrscht; denn das Endlager für schwachradioaktive Abfälle in Schacht Konrad ist jetzt im Bau und wird ab 2012/2013 zur Verfügung stehen. Das muss man auch einmal sagen; das ist nämlich eine gute Botschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist aber auch richtig, dass wir bei der Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle - der Kollege vor mir hat es angesprochen - noch nicht sehr viel weiter sind, als wir Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre waren. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich feststellen: Sie, Frau Künast und meine Damen und Herren von den Grünen, waren in dieser Frage auch schon einmal weiter. Frau Brunkhorst hat dazu ja schon fast alle Fakten aufgezählt. In der Tat hat der Parteirat der Grünen - Frau Künast und Frau Roth waren ganz vorne mit dabei - 2001 entschieden, dass Demonstrationen gegen den bevorstehenden Rücktransport von Atommüll aus Frankreich unklug seien.

(Angelika Brunkhorst [FDP]: Komisch, nicht? - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Trittin war immerhin klug genug, wenn ich das richtig mitbekommen habe, am Wochenende nicht an den Demonstrationen teilzunehmen. Er wollte sich wohl keine Doppelzüngigkeit vorwerfen lassen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, der hat eine Synagoge eingeweiht!)

Er hat sich damit anders verhalten als andere von Ihnen, die dabei waren.

Die Grünen haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Castortransporte notwendig und rechtlich nicht abweisbar sind. Insofern muss ich Ihnen klar sagen: Sie schaden mit Ihren jetzigen Aktionen nicht nur Ihrer eigenen politischen Glaubwürdigkeit heute, sondern Sie demonstrieren und protestieren damit quasi auch gegen die Entscheidungen von gestern, die Ihre eigenen Regierungsmitglieder getroffen haben. Das sollte man sich einmal vor Augen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann Ihnen, Frau Künast, nur zurufen: Seien Sie froh, dass Sie nicht Mitglied der SPD sind, insbesondere nicht der Hessen-SPD; denn Sie würden wahrscheinlich aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn Sie heute gegen das demonstrieren, wofür Sie sich gestern noch ausgesprochen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der 11.11. war gestern, Herr Pfeiffer! Oder?)

Jetzt möchte ich aber doch noch ein paar inhaltliche Punkte aufgreifen, Frau Künast. Sie haben hier vorhin andere der Lüge bezichtigt. Sie haben behauptet, andere hätten Halbwahrheiten oder Ähnliches gesagt. Dazu kann ich nur sagen: Sie argumentieren mit falschen Angaben

und Halbwahrheiten, weil Sie offensichtlich versuchen - das ist ja legitim, solange man das auch darlegt -, ein politisches Süppchen zu kochen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was kochen Sie denn da gerade, Herr Pfeiffer?)

Sie haben nämlich offensichtlich ein wenig Angst, in die Defensive zu geraten, weil die politische Diskussion und auch die Diskussion in der Bevölkerung im Moment in eine andere Richtung laufen: Hier wird für einen rationaleren Umgang mit der Kernenergiefrage plädiert, und das Polarisieren fällt offensichtlich nicht mehr auf so fruchtbaren Boden, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb würde ich die Ereignisse vom vergangenen Wochenende eher als letztes Aufbäumen betrachten, bei dem versucht wird, an alte Zeiten anzuknüpfen, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Lassen Sie mich, Frau Künast, nachdem Sie eben im Zusammenhang mit der Endlagerung von Halbwahrheiten gesprochen haben, noch ein weiteres von vielen Beispielen, die es gibt, anführen, nämlich das Thema Gorleben.

Es wurde vorhin gesagt, der Standort Gorleben sei willkürlich von der Politik festgelegt worden.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja!)

Gorleben wurde nach der Untersuchung von mehr als 140 Salzstöcken in einem mehrstufigen Verfahren als potenzieller Standort für ein Entsorgungszentrum mit Endlager ausgewählt. Dieses Verfahren war transparent und nachvollziehbar. Das wurde ja schon alles belegt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt sagen Sie noch: Es gab Bürgerbeteiligung, oder was?)

Die Erkundung erfolgte im Einvernehmen von Bund, Land und Standortgemeinden.

Vielleicht noch ein Wort zu den Standortgemeinden:

Es ist doch schon erstaunlich, dass sich dort in den vergangenen 20, 30 Jahren immer eine politische Mehrheit für die Weiterführung der Erkundungen ausgesprochen hat.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: So ist das!)

Die wenigsten von denen, die am Wochenende demonstrierten, kamen aus der Region. Über 90 Prozent waren Zugereiste, die von Ihnen oder anderen herbeigerufen wurden, um, wie schon erwähnt, ein letztes Aufbäumen zu veranstalten. Sie sollten meiner Meinung nach die demokratischen Entscheidungsprozesse in den Standortgemeinden respektieren. Dort haben sich diejenigen, die sich dafür ausgesprochen haben, diese Erkundungen zu Ende zu führen, schon mehrfach demokratischen Wahlen gestellt.

Wir befinden uns jetzt - in diesem Fall durch Herrn Trittin verschuldet - in der Situation, dass wir nicht weiterkommen. Alle Fragen, die als Begründung für das Moratorium angeführt wurden, sind seit 2005 abschließend gelöst. Lassen Sie uns Gorleben weiter erkunden, um festzustellen, ob es geeignet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht nicht darum, politisch die Eignung festzustellen,

sondern wir wollen, dass der Erkundungsprozess zu Ende geführt wird. Wenn der Prozess in der Sache zu Ende geführt ist, dann können wir feststellen, ob der Standort geeignet ist oder nicht.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verplemperte Zeit!)

Wir unterwerfen uns da gerne jeglichem internationalen Review, um dieses Vorgehen entsprechend testieren zu lassen.

Deshalb ist das, was Sie dort tun, leider politische Brandstiftung, aber kein Beitrag zur Beantwortung der Entsorgungsfrage.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Künast hat die Gelegenheit nicht genutzt, aber die Frau Kollegin Höhn wird sich gleich in ihrem Redebeitrag sicherlich eindeutig von Gewalt und Straftaten im Zusammenhang mit den Demonstrationen distanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das hätte ich auch von Ihnen heute an diesem Rednerpult gerne gehört. Auch Kernkraftgegner müssen verantwortlich handeln und ihren Beitrag leisten.

Ich danke abschließend ausdrücklich der Polizei, die ständig Herr der Lage war, die das gesunde Mittelmaß zwischen Demonstrationsfreiheit und Sicherheit von Menschen und Sachen gefunden hat und auf deren Rücken die Dinge ausgetragen wurden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Bärbel Höhn von Bündnis 90/Die Grünen.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war am Samstag mit dabei; ich war eine der 16 000 Menschen, die in Gorleben friedlich und fantasievoll demonstriert haben. Ich muss sagen: Es war Ausdruck lebendiger Demokratie und sehr fantasievoll, was die Bürgerinnen und Bürger dort gemacht haben. Das war ein sehr großes Erlebnis für mich, und es wäre schön gewesen, wenn Sie, Herr Pfeiffer, mit dabei gewesen wären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Brigitte Pothmer in Begeisterung schwelgt, hat das auch etwas damit zu tun, dass wir dort Hunderte von Treckern gesehen haben, alle mit Dannenberger Kennzeichen, Bauern, die sehr bewusst demonstriert haben:

Wir wollen diesen Atom Müll in unserer Region nicht.

Das war eine klare Demonstration der Bauern dort, Herr Pfeiffer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bauern haben vor der Bayern-Wahl vielleicht noch CSU gewählt; aber jetzt müssen Sie aufpassen, dass sie Ihnen nicht auch in Niedersachsen von der Fahne gehen.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Niedersachsen kann noch keine CSU wählen, noch nicht!)

Wenn Sie, Herr Pfeiffer, hier sagen: „Das war ein letztes



Aufbäumen", dann haben Sie es einfach nicht verstanden. Sie sagen: Die anderen sind in der Defensive. Gleichzeitig halten Sie hier eine Rede, die von Defensivität wirklich nur so tropft. Herr Pfeiffer, das war ein Pfeifen im Walde, was Sie hier an diesem Rednerpult geliefert haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es gibt ein Wiederaufleben des Konfliktes; es wird wieder demonstriert. Das hat zwei Gründe. Erstens sind die Leute gekommen, weil der bestehende Atomkonsens aufgekündigt werden soll. Dieser Atomkonsens ist übrigens der Grund dafür, dass viele in den letzten Jahren nicht mehr demonstriert haben. Das ist das große Verdienst von Rot-Grün. Wir haben einen jahrzehntelangen Konflikt entschärft, indem wir einen Atomkonsens und damit das Ende der Produktion von weiterem Atommüll in Deutschland besiegelt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und der SPD)

Das ist der Grund, warum die Leute in den letzten Jahren nicht mehr demonstriert haben. Und warum kommen sie jetzt? Weil Sie von der CDU und von der FDP gemeinsam mit der Atomwirtschaft diesen gesellschaftlichen Konsens infrage stellen. Deshalb waren die Leute dort, und zwar zu Recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Grund ist, dass sie in den letzten Wochen gelernt haben, dass die Frage der Endlagerung keineswegs beantwortet ist, gerade nicht bei dem Salzstock in und um Gorleben.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wir sagen, wir wollen es erkunden!)

Die Betreiber der Asse haben immer wieder behauptet, dass die Asse sicher ist, dass sie trocken ist

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Wir reden hier über Gorleben, nicht über die Asse!)

und dass sie Hunderttausende von Jahren sicher sein wird. Dennoch hat sich herausgestellt, dass die Asse undicht ist und sifft.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Gorleben, nicht Asse!)

- Die Asse ist genau neben Gorleben. Wenn Sie über Gorleben reden, sollten Sie auch über die Asse reden.

Wer das nicht macht, hat die Situation vor Ort nicht verstanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Michael Brand [CDU/CSU]: Lassen Sie doch die Unterstellungen!)

Es gab immer eine argumentative Verbindung von der Asse nach Gorleben. Zum Beispiel Professor Kühn hat immer gesagt: Wir überzeugen euch, dass die Asse trocken ist, und deshalb wird es auch in Gorleben funktionieren. Wenn ein Wissenschaftler, ein Quasiwissenschaftler, das so überzeugend darstellt und eine Sicherheit für Hunderttausende von Jahren attestiert und sich dann herausstellt, dass das Ganze nach 20 Jahren durchsifft, muss ich den Leuten, die sich die Frage stellen, ob sie diesem Menschen noch glauben, recht geben. Dieser Art von Sicherheitsargumentation darf man nicht glauben. Und wenn die Menschen einmal getäuscht worden

sind, warum sollte das dann in Gorleben nicht wieder geschehen?

Es geht darum, dass anderes Wirtsgestein mit untersucht wird. Es geht darum, dass man eine ergebnisoffene Untersuchung durchführt, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Angelika Brunkhorst [FDP])

Frau Brunkhorst, Ihr Parteikollege ist in dieser Frage schon viel weiter als Sie. Vom niedersächsischen Umweltminister halte ich sonst wenig, aber dieses Mal hat

er durchaus etwas Vernünftiges gesagt. Er hat nämlich gesagt: Wir brauchen endlich eine ergebnisoffene Suche nach einem Endlager in Deutschland. - Es wäre richtig, wenn Sie von der Großen Koalition damit endlich beginnen würden,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar dahin gehend, dass man es ähnlich wie in der Schweiz und in Frankreich macht, dass man nicht nur eine ergebnisoffene Suche durchführt, sondern dass man auch die Bevölkerung daran beteiligt. Auch das ist notwendig, um genau das, was Sie vorhin angesprochen haben, Herr Pfeiffer, zu vermeiden, nämlich Gewalt.

Ich möchte noch einmal auf das Thema Gewalt zu sprechen kommen. Herr Pfeiffer, Sie haben gesagt, wir sollten auch einmal etwas zum Thema Gewalt sagen. Ich frage Sie: Ist es Gewalt, wenn Bauern in Gorleben Trecker auf die Straße stellen und damit dafür sorgen, dass der Castor nicht durchkommt? Ist es Gewalt, wenn sich Bauern in Gorleben mit einer Betonpyramide auf die zweite mögliche Zugangsstraße stellen und damit dafür sorgen, dass der Transport nicht durchkommt? Ich finde, das war eine Aktion, die sinnvoll und richtig war, um gegen diesen Atomtransport zu demonstrieren. Es war richtig, dass die Bauern das gemacht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

In den 70er-Jahren hat bezüglich Gorleben keine ergebnisoffene Suche stattgefunden. Vielmehr hat Ministerpräsident Albrecht gedacht, er bekomme 12 Milliarden DM in sein Land, und das Ganze könne man an der Grenze zur DDR ruhig bauen.

Letzter Punkt, meine Damen und Herren. Sie haben mehrfach Jürgen Trittin angegriffen. Das weise ich schärfstens zurück; denn er hat ganz anders gehandelt. Er hat erstens durch den Atomkonsens deutlich gemacht, dass hier in absehbarer Zeit kein Atommüll mehr produziert wird. Das war wichtig für den Konsens in der Gesellschaft. Er hat es zweitens mit dem Verbot der Wiederaufbereitung und der direkten Endlagerung geschafft, den bereits für Gorleben genehmigten Müll um 80 Prozent zu reduzieren.

Dass wir so wenige Transporte nach Gorleben haben, ist Jürgen Trittin und der rot-grünen Regierung zu verdanken. Dafür sollten Sie dankbar sein, weil genau das jahrelang dazu geführt hat, dass wir einen Konsens hatten, dass wir Ruhe an diesem Punkt hatten.

Sie stören diese Ruhe. Das Ergebnis dessen, was Sie angestoßen haben, werden Sie ernten. Sie werden nämlich nicht ein letztes Aufbäumen erleben, sondern den Anfang einer kraftvollen Antiatombewegung, die jetzt wieder da ist und Ihnen das Leben schwer machen wird.

Wir werden dabei sein.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie hatten aber  
Ministerverantwortung!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Hedi Wegener von der  
SPD-Fraktion.

Hedi Wegener (SPD):

Guten Tag, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und  
Kollegen! In den letzten Tagen ist viel geschrieben und  
im Fernsehen viel gezeigt worden, seit Sonnabend, seit  
der ersten Demonstration, die vor dem Castortransport  
stattgefunden hat. Was hat sich abgespielt auf der Bahnstrecke  
Frankreich-Deutschland-Niedersachsen-Lüneburg-  
Lüchow/Dannenberg-Gorleben, in meinem Wahlkreis?  
Im Übrigen kommen aus meinem Wahlkreis die  
leukämiebelasteten Kinder der Elbmarsch. In dieser Hinsicht  
sind es also zwei Baustellen.

Wissen Sie, die Bilder im Fernsehen und die Darstellungen  
in den Zeitungen sind das eine, die Realität ist  
aber noch viel problematischer. Ich empfehle Ihnen, sich  
der Auseinandersetzung mit den Atomkraftgegnern zu  
stellen.

Ungefähr 17 000 Polizisten stehen etwa 17 000 Demonstranten  
gegenüber. Eine Eins-zu-eins-Betreuung  
gibt es sonst nur noch im Knast und in der Psychiatrie.  
Ich kann zwischen Demo-Touristen und ernsthaften  
Atomkraftgegnern durchaus unterscheiden. Die Proteste  
gibt es wieder verstärkt, seit die CDU und seit der Ministerpräsident  
von Niedersachsen klargemacht haben: Gorleben  
kommt! Der Salzstock ist gut, und deshalb soll der  
hochradioaktive Müll dort endgültig eingelagert werden,  
nicht nur für ein paar Jahre, sondern für immer und  
ewig. - Die Frage der Entsorgung des Abfalls bleibt aber  
weiterhin ungelöst. Ob Gorleben der bestgeeignete  
Standort ist, kann nur im Vergleich mit Alternativen beurteilt  
werden.

Die Proteste haben sich aber auch verstärkt, weil die  
Union und die Atomlobby den Konsens zum Ausstieg  
faktisch aufgekündigt haben, und zwar aus reinem Gewinnstreben.  
Eigentlich waren wir in Zeiten der Finanzkrise  
so weit, darüber nachzudenken, ob die reine Geldgier  
der richtige Ratgeber ist. Anscheinend gilt für die  
Gewinne aus der Atomenergie aber keinerlei Zurückhaltung.  
Man möchte den Bürger für dumm verkaufen, indem  
man ihm erzählt, ein steigender Ölpreis habe steigende  
Strompreise zur Folge, und nur durch Atomkraft  
könne der Verbraucher bezahlbaren Strom bekommen.  
Mir scheint, in dieser Sache gilt der gleiche Grundsatz  
wie im Hinblick auf die Finanzkrise: Gewinne werden  
privatisiert, und die Verluste - in diesem Falle die Kosten  
für die Beseitigung des Abfalls - werden sozialisiert.  
Das heißt, sie werden dem Steuerzahler aufgebürdet, und  
sie gehen vor allen Dingen zulasten der Gesundheit zukünftiger  
Generationen.

In meinem Wahlkreis ist jedes Jahr im November der  
Teufel los:

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja, wir haben das  
schon im Kalender eingetragen!)

oben die Hubschrauber, unten die Hundestaffeln, Wasserwerfer und Hundertschaften. Ich habe viele Jahre als Konfliktschlichterin - sowohl bei der Polizei als auch bei den Kirchen - die Demonstrationen begleitet, Tag und Nacht. Ich weiß, dass der Pastor eine Beerdigung in der Nähe der Transportstrecke schnell abschließen muss; ansonsten käme die Trauergemeinde nicht mehr nach Hause. Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass die Schultaschen der Kinder untersucht werden? Da helfen auch Ihre süffisanten Darstellungen vom Ablauf nichts, verehrte Kollegin von der FDP. Verharmlosung ist ein schlechter Ratgeber.

Die Bauern, die mit ihren schweren Traktoren und Maschinen die Strecke verbarrikadiert haben, sind nicht verrückt. Sie haben schlicht und ergreifend Sorgen, weil Salz keine Lösung ist. Salz ist löslich, aber nicht die Lösung für die Endlagerung von Atommüll.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich sage nur: Asse! Dieses Stichwort fiel in der Fragestunde ein paarmal. Asse ist der unbestreitbare Beweis dafür, dass die Atomenergie keineswegs eine Form von Ökoenergie ist. Atomstrom kann nur deswegen als sauber dargestellt werden, weil wir den Dreck nicht sehen. Ich sehe es als riesigen Erfolg der Demonstranten an, dass die Niedersächsische Landesregierung eine 180-Grad-Wende vollzogen hat. Jetzt fordert sie, Alternativstandorte zu prüfen. Das ist gut. Überzeugen Sie endlich Ihre halsstarrigen Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg! Ich danke an dieser Stelle ganz ausdrücklich der Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit Umsicht, aber auch mit Konsequenz hat sie den Castortransport begleitet. Der Mix aus Gewährenlassen und konsequentem Durchgreifen hat bewirkt, dass es gut gelaufen ist. Ich teile nicht die Einschätzung der Polizeigewerkschaft, dass die Deeskalation fehlgeschlagen sei.

Glauben Sie ja nicht, dass alle Polizisten dort gerne ihren Dienst machen. Überträgt man die Einstellung der Bevölkerung auf die Polizei, so kann man sagen, dass es auch unter den Polizisten viele Atomkraftgegner gibt. Die Polizei hat in den letzten Jahren viel dazugelernt, und sie hat durch einen offensiven Dialog mit der Bevölkerung und mit den Demonstranten zur Konfliktschlichtung beigetragen. An dieser Stelle also meinen ganz herzlichen Dank an die Lüneburger Polizei!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt die Kollegin

Dr. Maria Flachsbarth das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fünfte Jahreszeit im Wendland liegt wieder hinter uns. Castortransporte werden von großen Demonstrationen begleitet, wobei es sich größtenteils nicht um einheimische, sondern um angereiste Demonstranten handelt.

Einerseits sind diese Proteste sicherlich Ausdruck ernsthafter Sorge. Andererseits haben sie inzwischen auch Eventcharakter.

(Zuruf des Abg. Lutz Heilmann [DIE LINKE])

Tausende von Polizisten waren vor Ort. Blockierer vertrauen, so scheint es, vorbehaltlos der Umsicht der Polizei und der Sicherheit der Transportbehälter. Auch in diesem Jahr gab es wieder gewalttätige Übergriffe Einzelner. Der Event unter dem Dach der Demonstrationsfreiheit ist uns lieb und teuer. Die Sicherung des Transports - zu dem gibt es keine Alternative; das haben schon viele Redner gesagt - kostete den Steuerzahler circa 20 Millionen Euro.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Sofortiges Abschalten ist die Alternative!)

- Und dann gibt es keine weiteren Transporte?

Ein wenig skurril scheint die Mitwirkung einiger grüner Politikerinnen und Politiker auch aus diesem Hause zu sein - wir haben darüber bereits gesprochen -; denn ihr Parteifreund Jürgen Trittin hat diese Transporte veranlasst.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, die Betreiber haben sie veranlasst!)

Er war es, der als Bundesumweltminister anstelle der Wiederaufbereitung in La Hague der Energiewirtschaft aufgetragen hat, die Brennstäbe zurück nach Deutschland zu holen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzigen Transporte sind Gegenstand der Ausstiegsvereinbarung zwischen Rot-Grün und der Atomwirtschaft,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die gilt doch nicht mehr! Was denn jetzt?)

genauso übrigens wie das zehnjährige Erkundungsmoratorium in Gorleben, das trotz abgearbeiteter Zweifelsfragen weiter anhält.

Im Koalitionsvertrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, waren wir uns doch einig, in nationaler Verantwortung die Frage der sicheren Endlagerung zügig und ergebnisorientiert anzugehen

(Christoph Pries [SPD]: Na, na!)

und in dieser Legislaturperiode - nicht wahr, Herr Pries - zu einer Lösung zu kommen. Letztendlich ist das eine Frage der Generationengerechtigkeit und der Verantwortung für die Sicherheit unserer Bevölkerung; das haben wir, glaube ich, damals gemeinsam so gesehen.

In Bezug auf die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle sind wir tatsächlich einen entscheidenden Schritt weitergekommen: 90 Prozent der radioaktiven Abfälle, die allerdings nur 1 Prozent der Radioaktivität veranlassen, können voraussichtlich 2013 im Schacht Konrad bei Salzgitter sicher endgelagert werden.

(Zuruf von der SPD: „Sicher“ gibt es nicht!)

Hier hat die Große Koalition entschieden gehandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Umrüstung der Schachtanlage zu einem Endlager hat bereits begonnen. Die erforderlichen Mittel sind im Bundeshaushalt eingestellt. Die Öffentlichkeit wird detailliert informiert und die Leistung der Standortkommune angemessen berücksichtigt.

Beim Schacht Asse II hat diese Bundesregierung endlich Verantwortung für ein Versuchsendlager übernommen, dessen gravierende Probleme von der Vorgängerregierung noch ignoriert wurden.

(Zuruf von der CDU/CSU: So sieht das aus!)

Jetzt arbeitet man an einem Konzept für eine geordnete Schließung. Dabei haben die Sicherheit der dort arbeitenden Menschen und der Menschen, die in der Umgebung leben, natürlich oberste Priorität.

Hinsichtlich eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle treten wir allerdings auf der Stelle. Die Union hatte, weil wir um die Zweifel wissen, ob denn der Standort Gorleben Resultat eines qualifizierten Auswahlverfahrens sei, vorgeschlagen - Herr Pries, nur um auch dazu etwas zu sagen -, die Wiederaufnahme der Erkundung mit einer internationalen Überprüfung nach den Regularien der OECD-NEA zu begleiten. Ein solcher methodisch abgesicherter und international anerkannter Prozess sollte neben der fachlichen Begutachtung natürlich auch zu einer Versachlichung der politischen Diskussion führen.

Statt einer inhaltlichen Antwort haben wir dann vom Herrn Bundesumweltminister das Standortauswahlverfahren vorgeschlagen bekommen.

(Christoph Pries [SPD]: Das ist doch sehr gut!)

Ziel soll es dabei sein, nicht, wie im Atomgesetz vorgesehen, einen geeigneten, sondern den bestmöglichen Standort zu finden, weil man sich - so habe ich ihn verstanden - nach Jahren der Erkundung nicht dem Risiko aussetzen wolle, dass ein Gericht die Entscheidung kippt, weil es keine Alternativuntersuchungen gegeben hat. Dass bei der Entscheidung für den Schacht Konrad das OVG Lüneburg im März 2006 gerade im Gegenteil festgestellt hat, dass ein Mangel eben nicht darin bestehe, dass alternative Standorte nicht umfassend und vergleichend untersucht worden wären, wird allerdings ignoriert.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Flachsbarth, es ist auch nicht für hochradioaktive Abfälle vorgesehen!)

Namhafte Wissenschaftler bestreiten, dass Vergleichbarkeit möglich ist. Auch das wird ignoriert. Wie es bei einer Alternativerkundung und einer Erkundungszeit für Gorleben von 30 Jahren möglich sein soll, Abfälle tatsächlich 2035 einzulagern - dann nämlich, wenn die Genehmigungen für die ersten Zwischenlager auslaufen -, auch darauf wird nicht geantwortet.

Wenn denn die Untersuchungen kürzer sein sollen, also nicht so intensiv wie in Gorleben, dann frage ich mich besorgt, welche Erkenntnisse weggelassen werden sollen und wie das mit der Aussage des BfS zusammenpasst, dass die Sicherheit eines möglichen Endlagers nur mit standort- und anlagenspezifischen Sicherheitsanalysen ermittelt werden könne. Auch auf diese Frage gibt es keine Antwort.

Wer soll das Verfahren - das frage ich hier in aller Öffentlichkeit; ich bitte wirklich um Antwort - aufgrund welcher rechtlichen Grundlagen eigentlich finanzieren? Die Erkundung von Gorleben hat 1,5 Milliarden Euro gekostet. Das haben nicht die bösen Strommultis finanziert, sondern die Stromkunden.

(Angelika Brunkhorst [FDP]: Genau!)

Gar nicht zu reden von der Gretchenfrage - diese Frage hat auch Minister Sander in Niedersachsen gestellt -:

Wo, bitte schön, soll denn konkret alternativ gesucht werden?

(Angelika Brunkhorst [FDP]: Ja, Ross und Reiter müssen genannt werden!)

Wenn sich nicht der Eindruck aufdrängen soll, der Vorschlag einer Alternativerkundung sei schlicht eine Verzögerungstaktik, die die Lösung der Endlagerfrage offenhalten soll, dann müssen diese Fragen zügig beantwortet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Angelika Brunkhorst [FDP])

Das absurde Theater in der Endlagerfrage muss ein Ende haben. Der deutsche Atom Müll lässt sich nicht weg demonstrieren. Die Union fordert die Aufhebung des Moratoriums und die Erfüllung des Koalitionsvertrages. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Heinz Schmitt (Landau) von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Heinz Schmitt (Landau) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Medien und wir alle waren überrascht, dass die Antiatombewegung wieder da ist.

(Zuruf von der LINKEN: Die war nie weg!)

Wir haben dies mit Wohlwollen wahrgenommen. Wir haben mit Respekt und Achtung vor den Menschen reagiert, die ihre Auffassung vertreten haben. Es gibt natürlich auch Grenzen: Gewalttäter werden nicht akzeptiert. Richtig bleibt dennoch: Demokratie braucht Menschen, die sich engagieren, für ihre Überzeugung eintreten und damit in diesem Staate ein Grundrecht wahrnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bekenne auch, dass ich vor vielen Jahren mit vielen Hunderttausenden in Wackersdorf mitgeholfen habe, dass dort keine Plutoniumfabrik gebaut wurde. Wir wurden von der einheimischen Bevölkerung unterstützt, die uns mit Frühstück versorgt hat. Darunter waren auch brave einheimische CDU-Wähler.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]:

Andersherum: CSU!)

Sie waren dankbar, dass auch Menschen von außerhalb gekommen sind, um mitzuhelfen, dass dieses Milliardengrab nicht entsteht.

Lassen wir uns nicht täuschen: Wer den Atomkonsens von 2001 aufkündigt, der spielt mit dem Feuer. Der Kompromiss für den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft hat unsere Gesellschaft befriedet.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Das ist doch kein Ausstieg! Das ist eine Bestandsgarantie!)

Das war eine der großen Leistungen der rot-grünen Bundesregierung.

Wer diesen Atomkonsens aufkündigt - das ist die Lehre aus den letzten Tagen -, wird unser Land erneut spalten. Die Antihaltung zur Atomkraft ist sehr wohl begründet. Sie ist nicht weg. Es gibt heute nirgendwo in der Welt eine gesicherte Entsorgung. Das ist kein deutsches Problem. Der Jumbojet Atomkraft ist gestartet, ohne dass eine Landebahn für ihn gebaut wurde.

Wir belasten die heutige Generation und auch künftige

Generationen für Tausende von Jahren mit atomarem Abfall. Wir nehmen künftige Generationen, Herr Pfeiffer, in Geiselhaft. Der Atom Müll ist da; das wissen wir alle. Aber je schneller wir aus der Atomnutzung aussteigen, desto größer sind unsere Möglichkeiten, die Risiken nicht noch größer werden zu lassen. Je mehr Abfall anfällt, desto stärker ist die Wärmeentwicklung und desto größer werden auch die Schutzanforderungen. Hinzu kommen Gefahren wie Terrorismus oder schwere Unfälle. Es ist falsch, Tschernobyl als eigentlich undenkbar Einzelfall abzutun. Wir haben oft Glück gehabt. Wir kennen die Störfälle der letzten Jahre, auch in Deutschland. Deshalb bleibt aus Sicht der SPD der Atomausstieg richtig.

Mehr noch: Gerade für den Klimaschutz ist der Atomausstieg wichtig. Es geht um den Umbau in eine hocheffiziente, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung. Atomkraft blockiert Innovationen für erneuerbare Energien und ist mit Effizienz nicht vereinbar. (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das beste AKW erreicht einen Wirkungsgrad von gerade einmal 35 Prozent. Das ist Technik von gestern. Zu den Geldern wurde schon etwas gesagt. Mein Wahlkreis liegt in der Nachbarschaft der „Versuchswiederaufbereitungsanlage“ Karlsruhe. Dort lagern 60 000 Liter hochangereicherte Flüssigkeiten, deren Entsorgung mit mittlerweile 5 Milliarden Euro kalkuliert wird. In Wackersdorf wurden, wenn ich mich richtig erinnere, 2 Milliarden DM in den Sand gesetzt. So viel zum Thema billige Atomenergie.

Auch wenn das Gesetz zum Ausstieg aus der Atomkraft von 2001 der Umweltbewegung nicht weit genug ging, so trug es doch wesentlich zur Befriedung unserer Gesellschaft bei. Dieses hohe Gut dürfen wir nicht verspielen. Der Kompromiss beendete die tiefe Spaltung unseres Landes. Zugleich belegt der Erfolg der erneuerbaren Energien, dass Alternativen zu der risikoreichen und verschwenderischen Nuklearenergie durchaus möglich sind.

Wir werden noch zwei Transporte aus La Hague nach Gorleben erleben, um unsere vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Dennoch müssen wir einen geeigneten Standort für ein Endlager finden. Es gibt berechtigte Zweifel, ob Gorleben der geeignete Standort ist. Deshalb fordern wir ein unabhängiges Auswahlverfahren. Gerade nach dem Debakel um Asse II gilt als oberstes Ziel: Sicherheit zuerst.

Allen voran tun sich CDU und CSU - auch die FDP mittlerweile wieder verstärkt - immer noch schwer, für ein Ende der Atomkraft zu plädieren. Damit betreiben sie ein Spiel mit dem Feuer. Die Atomkraft ist eine Dinosauriertechnik

-

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

- danke schön -, die sich nur rechnet, wenn viel Strom verbraucht wird. Die Zukunft muss anders aussehen. Die Zukunft heißt aus unserer Sicht Einsparung, Nutzung von Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Geothermie und Biomasse.



(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Energiepolitik rückt ins Zentrum des Wahlkampfes. Daraus kann eine gute, eine notwendige Zukunftsdebatte werden. Auf der einen Seite steht das alte Denken, das von CDU, CSU und FDP vertreten wird; auf der anderen Seite steht der Umbau der Energieversorgung in Richtung Effizienz und erneuerbare Energien. Erlauben Sie mir dieses Bild zum Schluss: Das ist so ähnlich wie George Bush gegen Barack Obama.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber muss ich jetzt erst einmal lange nachdenken! Wer ist jetzt wer?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Georg Nüsselin von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüsselin (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe mir aus Welt Online den gleichen Artikel ausgedruckt, den Frau Brunkhorst hier angeführt hat, weil kein anderer Artikel die Doppelzüngigkeit der Grünen so kurz und prägnant belegt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt offenbar rot-grüne Castoren. Das sind die guten Castoren. Dann gibt es die schwarz-roten. Das sind die bösen Castoren. Ich betone „schwarz-rot“, weil der Bundesumweltminister in der Bredouille ist, solche Dinge unterstützen zu müssen. Ich bin froh, dass sich zumindest Kollegen aus der SPD vom Rechtsbruch und von der Gewalt distanzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Grünen bringen das ja nicht über die Lippen. Sie bekommen es nicht hin, zu sagen, dass Rechtsbruch nicht infrage kommt. Dabei müsste ein solches Bekenntnis doch vor allen Dingen von diesem demokratischen Haus ausgehen.

Zu dem, was die Grünen hier machen, gibt es Parallelen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie jetzt zum Antisemitismus-Antrag?)

Ich komme aus dem Landkreis Günzburg. Dort steht das Kernkraftwerk Gundremmingen, und dort existiert seit geraumer Zeit auch ein Zwischenlager. Seinerzeit, vor Trittin, haben die Grünen bei Zwischenlagern immer von Blechhütten oder Tennishallen gesprochen und Gefahren an die Wand gemalt. Als man dann plötzlich Regierungsverantwortung hatte, war das alles plötzlich gut und richtig und man konnte es problemlos zwölffach über die Republik verteilen. Also, wenn das keine Doppelzüngigkeit ist! Das ist ein Unding!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da zieht auch das Pseudoargument von Frau Höhn nicht, man habe den Konsens aufgekündigt und deshalb müssten die Atomkraftgegner wieder unterstützt werden.

Lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was sich hier andeutet, zum Geschäft mit der Angst, das hier gemacht werden soll. Herr Pries, Angst entsteht nicht durch mangelndes

Wissen um physikalische Vorgänge. Angst entsteht insbesondere dann, wenn diejenigen, die politische Verantwortung tragen, sie gezielt schüren. Ich bin Frau Kötting-Uhl ausgesprochen dankbar dafür, dass sie zu der KiKK-Studie, die Frau Künast angesprochen hat, im Ausschuss ganz klar gesagt hat, dass der Zusammenhang, den Frau Künast hergestellt hat, nicht richtig ist. Das ist Gott sei Dank nicht so. Sonst wäre das, was Sie in Ihrer Regierungszeit gemacht haben, ja in doppelter Hinsicht unverantwortlich: Wenn Kinder im Umfeld von Kernkraftwerken an Krebs erkranken und an Krebs sterben würden, dann hätten Sie nicht sagen dürfen, dass sie in 20 Jahren oder irgendwann einen Ausstieg anstreben, dann hätten Sie den sofortigen Ausstieg fordern müssen. Das ist schließlich etwas, was Sie vorher immer lauthals gefordert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dem doch zugestimmt, weil Sie wissen, dass das, was Sie hier predigen, nicht wahr ist. Sie verunsichern Familien, indem Sie hier in unsittlicher Art und Weise Dinge vortragen, die nicht haltbar sind. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dies nicht auch noch aufzunehmen und, wie Herr Schmitt vorhin, von Störfällen und ähnlichen Dingen zu reden. Warum diskutiert die Union über die Kernfrage? Weil wir in einer großen industriellen Volkswirtschaft die berechnete Frage stellen müssen: Wie können wir diese Volkswirtschaft verlässlich, umweltschonend und kostengünstig mit Strom versorgen?

(Zuruf von der SPD: Eben nicht so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir haben miteinander das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen, in dem steht, dass wir den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent erhöhen wollen. Die Frage ist: Wo kommen die anderen 70 Prozent her?

(Zuruf von der SPD: Einsparen!)

Die Frage müssen Sie beantworten. Sie können sich nicht aus der Affäre stehlen und keine Antwort liefern oder nur von Solarenergie sprechen. Wir müssen sagen, wo die Energie herkommen soll. Diese Frage können Sie unter dem Druck der internationalen Klimapolitik nicht ernsthaft beantworten, wenn Sie die Kernenergie komplett ausblenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage noch etwas zum Thema Endlager. Man kann viel darüber diskutieren, was man parallel machen möchte, was man noch erkunden und erforschen will. Dazu wird es eine engagierte Debatte geben, die auf das Ziel ausgerichtet ist, in dem heute schon mehrfach angesprochenen Zeitraum tatsächlich ein Endlager zu finden. Dies brauchen wir, egal, ob wir aussteigen oder nicht. Aber ich verstehe nicht - vielleicht kann der Bundesumweltminister, der anschließend spricht, etwas dazu sagen -, warum man das Moratorium in Gorleben mit aller Macht aufrechterhalten muss. Diejenigen, die wirklich daran interessiert sind, dass wir an der Stelle vorankommen, müssen doch die Erkundung weitertreiben. Es gibt bislang

kein wissenschaftliches oder technisches Argument gegen Gorleben. An der Stelle weiterzumachen und parallel etwas anderes zu tun, wäre in Ordnung und würde zeigen, dass man es ernst meint. Diejenigen, die sagen, dass das Moratorium bestehen bleiben soll, dass sie Gorleben nicht weiter erkunden wollen, sagen im Grunde doch nur eines: Wir wollen um Himmels willen nicht, dass - ich greife den Vergleich von vorhin auf - der Flieger ohne Landebahn irgendwann eine Landebahn bekommt. Denn dann würde die Diskussion, ob man Kernenergie in diesem Land nicht doch verantwortlich nutzen kann, Auftrieb bekommen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, bei ein paar Punkten muss man aufpassen, dass man nicht zu sehr Versteck spielt.

Erstens. Der Atommüll aus La Hague muss zurück nach Deutschland. Es ist deutscher Müll. Deswegen müssen wir ihn zurücknehmen. Der Standort, an den er gehört, ist das Zwischenlager in Gorleben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha!)

Dazu gibt es keine Alternativen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Man darf dagegen demonstrieren; das ist keine Frage. Aber wer den Transport durch den Einsatz seines Körpers, durch Straßenblockaden oder Gleisblockaden aufhalten will, begeht Rechtsbruch. Diejenigen, die das tun, wissen das und empfinden es als das Risiko, das sie bereit sind, einzugehen. Trotzdem ist es Rechtsbruch. Deswegen ist die Polizei aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Transport ungehindert das Zwischenlager erreicht. Liebe Kollegen von der Linken, da werden keine Grundrechte aufgehoben,

(Zuruf von der LINKEN: Ach nein!)

sondern es wird dafür gesorgt, dass die Polizei Recht und Gesetz durchsetzen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Widerspruch bei der LINKEN)

Ich sage das, weil ich in unterschiedlichen Funktionen mit diesem Thema zu tun hatte und weil man den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dort nicht den Eindruck vermitteln darf, sie würden etwas machen, was nicht rechtmäßig ist.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Ich danke ausdrücklich beiden Seiten: den friedlichen Demonstranten und denjenigen, die - sogar ausweislich der Demonstranten - ihren Job als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dort außerordentlich gut gemacht haben. Das ist eine Bestätigung, die es nicht immer gibt. Ich finde, beide Seiten haben gut abgewogen dort reagiert. Wir sollten jetzt nicht versuchen, das Ergebnis irgendwie zu konterkarieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens. Eines ist auch klar: Der Protest dort lebt wieder auf, weil zwei wesentliche Bedingungen, die in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass der Protest abgenommen hatte, in den Augen der Demonstranten nicht mehr gegeben sind. Es ist nach ihrer Auffassung nicht mehr sicher – das ist die erste Bedingung –, dass der Atomkonsens, eine vertragliche Grundlage mit den Energieversorgungsunternehmen und ein Gesetz, das den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2020 vorsieht, eingehalten wird.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist kein Ausstieg! Das ist eine Bestandsgarantie!)

– Das ist doch dummes Zeug. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie noch einmal deutlich machen, dass Sie auch an der Stelle unrealistische Positionen vertreten. Aber in der Sache selber war es so, dass – –

(Widerspruch bei der LINKEN)

– Passen Sie auf: Machen Sie keine Zwischenrufe, sondern halten Sie zu dem Thema eine Rede. Das ist ein bisschen schwieriger, aber das ist eine intellektuelle Leistung, die man als Abgeordneter gelegentlich erbringen muss.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dieser Konsens ist in den Augen der Demonstranten aufgekündigt. Es ist nicht mehr sicher, dass sich die Menge des Atomabfalls nicht unendlich vergrößert. Die zweite Bedingung war, dass es zu einem ergebnisoffenen Auswahlverfahren kommt. Beide Bedingungen sind in den Augen der Demonstranten nicht mehr gegeben. Deswegen wird der Protest in den nächsten Jahren zunehmen. Da bin ich ganz sicher. Deswegen ist das Beste, was man machen kann, diese gesetzgeberisch vorgesehene Maßnahme, aus der Kernenergie auszusteigen, nicht anzuzweifeln und zu einem ergebnisoffenen Auswahlverfahren für ein Endlager zurückzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann wird es dort weniger Proteste geben. Wer allerdings erklärt, die Atomenergie sei eine Bioenergie, und Atomendlager seien Biotonnen, der treibt die Leute auf die Straße. Das ist die Konsequenz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in der Frage „Wie soll mit Gorleben umgegangen werden?“ gibt es ein Versteckspiel. Frau Kollegin Flachsbarth, ich will Ihnen ganz offen sagen: Aus meiner Sicht haben wir erstens den Koalitionsvertrag eingehalten – wir haben Ihnen im Hinblick auf die Endlagersuche einen Vorschlag gemacht –, und zweitens haben wir angeboten, das Moratorium aufzuheben;

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Aha! Interessant!)  
das steht da drin. Die Bedingung ist allerdings, dass man nicht einfach das Wort „Gorleben“ streicht und stattdessen einen anderen Ortsnamen nennt oder einfach Gorleben

stehenlässt; das ist der Vorwurf, den ich dem Kollegen Sander aus Niedersachsen, anders als Frau Höhn, mache. Vielmehr muss man sich endlich auf ein Verfahren verständigen, das weit über eine Legislaturperiode des Bundestages hinaus gilt; das ist die große Schwierigkeit. Das eigentliche Problem ist: Wir diskutieren über die Endlagerfrage. Aber selbst dann, wenn wir Gorleben weiter erkunden und uns letztlich sogar für diesen Standort entscheiden würden, würde das Endlager in Gorleben nicht bis zum Jahre 2025 fertig sein, sondern frühestens 2030 oder 2035. Das heißt, wir haben einen sehr langen Prozess vor uns, der weit über eine Legislaturperiode des Bundestages hinausreicht.

Wir haben also die Verantwortung dafür, ein Verfahren zu finden, auf das sich die Menschen in Deutschland – sowohl die Befürworter als auch die Kritiker der Kernenergie – verständigen können; das ist die eigentliche Aufgabe des Deutschen Bundestages. Dieses Verfahren darf aber nicht darin bestehen, nur andere Standorte vorzuschlagen. In diesem Verfahren müssen zunächst die Sicherheitsanforderungen an ein Endlager für hochradioaktive Stoffe festgelegt werden; das ist das Erste, was man tun muss.

Was Gorleben angeht, ist man anders vorgegangen. Man hat sich zuerst für den Standort entschieden, dann die Sicherheitskriterien am Standort entwickelt und sogar die ursprünglichen Kriterien verändert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein! So stimmt das nicht!)

– Aber natürlich. Genau das ist in Gorleben passiert. Sehen Sie sich nur einmal an, was mit dem Multibarrierenkonzept geschehen ist. Auf einmal war es nicht mehr nötig, weil es in Gorleben nicht darzustellen ist. Zuerst muss man die Sicherheitsanforderungen festlegen und dann die verschiedenen Standorte miteinander vergleichen. Das ist bisher nicht getan worden. An dieses Verfahren müssen wir uns aber halten.

Ich frage mich: Warum blicken wir vor dem Hintergrund der in Deutschland zugegebenermaßen ziemlich verfahrenen Situation nicht einmal in andere Länder? Warum schauen wir uns nicht an, was man in Frankreich macht? Warum schauen wir uns nicht an, was man in der Schweiz oder in Finnland macht? Dort geht man nämlich anders vor. In Frankreich gibt es sogar Standortgemeinden, die sich um ein Endlager bewerben. Dort wird nämlich ein völlig anderes Verfahren praktiziert. Auch in der Schweiz werden zuerst die Sicherheitskriterien festgelegt, dann vergleicht man die Standorte miteinander, und letztlich verständigt man sich auf einen Standort. Dieses Verfahren wird in Deutschland bisher nicht angewandt. Deswegen wird man in Deutschland für keinen Standort, für den man sich entscheidet, Akzeptanz finden.

Ich bin mir absolut sicher: Wenn wir morgen an einem anderen Standort mit Untersuchungen beginnen würden, würde sich niemand bereit erklären. Es käme zu den gleichen Protesten wie in Gorleben. Das Einzige, was man tun kann, ist Folgendes: Man muss die Verfahren und die Kriterien, die man anlegt, öffentlich erläutern. So kann man in der Öffentlichkeit Akzeptanz für das Auswahlverfahren und letztlich auch für einen bestimmten

Standort gewinnen. Aber an dieser Stelle verweigern Sie sich. Geben Sie es zu! Es ist doch nicht dramatisch und nicht schlimm, zu sagen: Ich habe Schwierigkeiten, diese Entscheidung in meinem Wahlkreis zu vertreten.

In meinem Wahlkreis befinden sich zwei Endlager. Ich weiß, wie schwierig eine solche Situation ist. Schon jetzt rufen mich sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg oder Bayern an und fragen mich: Hast du wirklich die Absicht, auch bei uns nach einem Standort Ausschau zu halten? Ich weiß, dass das in diesen Ländern schwierig ist. Man darf aber nicht sagen - das gilt auch für diejenigen, die Gorleben als Standort wollen -: Wir machen einfach in Gorleben weiter. Frau Flachsbarth, ich wundere mich ernsthaft, wie Sie argumentieren. Es ist doch so, dass Sie zum heutigen Zeitpunkt gar nicht wissen, ob Gorleben tatsächlich geeignet ist. Es gibt keine Langzeitanalyse - allein dafür bräuchte man zehn Jahre Zeit -, sondern nur den Begriff der Eignungshöflichkeit. Dieser Begriff stammt übrigens vom Wort „hoffen“. An dieser Stelle kann ich nur sagen: Hoffen und Harren hält manchen zum Narren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Was machen Sie denn, wenn sich im Laufe der Zeit herausstellt, dass Gorleben ungeeignet ist?

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das würde ich am liebsten schon jetzt wissen!)

Ich sage Ihnen: Wenn sich das erst im Jahre 2020, nach der Sicherheitsanalyse bzw. nach dem Langzeitsicherheitsnachweis, herausstellt, dann stehen Sie mit leeren Händen da. Dann müssen Sie mit der Endlagersuche von vorne beginnen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In Niedersachsen gibt es nicht viele Sozialdemokraten, die Ihnen sagen: Wenn wir in einem Auswahlverfahren feststellen, dass Gorleben und andere Standorte gleich gut geeignet sind,

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das würden wir ja gerne wissen! Wir wissen es aber nicht!)

dann kommt das Endlager nach Gorleben. Ich allerdings sage Ihnen, dass das so ist; denn in Gorleben haben wir am meisten investiert. Sie bringen uns mit Ihrem Modell aber in die Situation, dass der Druck am Ende so groß sein wird, dass wir bei den Sicherheitsanforderungen nachgeben müssen, um Gorleben realisieren zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU/  
CSU)

Das ist der Weg, der auch in Morsleben und bei der Asse beschritten worden ist.

Der andere Weg ist natürlich genauso schlimm. Der Druck wird so groß sein, dass man sagen wird: Lasst uns einmal mit den Russen reden und sie fragen, ob sie das nicht nehmen. Es wird die gleiche Situation entstehen. Wir werden bei den Sicherheitsanforderungen nachgeben, weil die Laufzeit der Zwischenlager im Jahre 2035 ausläuft. Wir dürfen dort dann nicht mehr zwischenlagern.

Dann wird der Druck so groß sein, dass wir entweder im eigenen Land nachgeben oder prüfen, wem wir das im Ausland unter der Tür durchschieben können, ohne dass wir Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen haben werden.

Frau Flachsbarth, wenn ich Ihre Aussage ernst nehme und sage, dass wir das lösen wollen, dann muss ich auch sagen, dass das nur dann geht, wenn man zwei oder drei Pferde aus dem Stall lässt. Wenn Sie beim Pferderennen nur ein Pferd herauslassen, das unterwegs vom Oberverwaltungsgericht erschossen wird, dann werden Sie den Siegerkranz am Ende nicht nach Hause tragen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie legt ihn sich selbst um!)

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie zwei oder drei Standorte nach vorher vorgegebenen Kriterien untersuchen, dann werden Sie zu einem Endlager kommen und in Deutschland auch eine Akzeptanz dafür finden.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Lassen Sie das doch international überprüfen! Was ist denn dabei?)

Alles andere ist der Weg in die organisierte Unverantwortlichkeit, wie wir sie bei der Asse und in Morsleben vorgefunden haben. Das dürfen wir in Deutschland nicht noch einmal machen.

Deswegen gilt unser Angebot: erstens ergebnisoffene Suche, zweitens Fortsetzung oder Aufhebung des Moratoriums in Gorleben - das ist keine Frage; das kann man dann sofort machen - und drittens vorherige Festlegung der Standortkriterien. Dann werden wir zu einem Ergebnis kommen, das man öffentlich auch erklären kann.

Wenn das nicht gelingt, dann werden die Proteste größer und dann laufen wir Gefahr, dass wir das Problem im Jahr 2035 nicht gelöst haben.

Wir wollen das lösen, aber nicht auf dem Weg, auf dem Asse und Morsleben herbeigeführt wurden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -

Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Von einem Minister hätte ich aber etwas anderes erwartet!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner in der Aktuellen Stunde hat der Kollege Marco Bülow von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Marco Bülow (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es haben heute schon viele Redner darauf hingewiesen, dass sich der Protest in Gorleben wieder verstärkt hat. Ich brauche darüber nicht abstrakt zu diskutieren.

Auch ich gehörte schon häufiger zu den friedlichen Demonstranten vor Ort in Gorleben. Wie vielen anderen Demonstranten ging es auch mir eben nicht nur um den Atommüll, der dort angelandet ist, sondern auch um den Protest gegen die Kernkraft insgesamt. Wie viele andere habe auch ich die Diskussionen verfolgt, die dann zu dem Atomkonsens geführt haben. Mir ging er damals zu weit, weil ich dachte, dass man den Kompromiss zu früh getroffen hat und dass dabei zu viele Faktoren außer Acht gelassen wurden.

Wie viele andere Atomgegner habe auch ich gesagt:

Okay, wir akzeptieren diesen Kompromiss, weil wir dann eine Sicherheit dafür haben, dass wir aus dieser Technologie aussteigen, dass wir diese Gefahren minimieren und dass wir eine Chance haben, von der Atomenergie wegzukommen. Deshalb haben viele Demonstranten gesagt: Okay, dann bleiben wir auch von diesen Demonstrationen weg, mit der Hoffnung, dass der Anteil der Atomenergie nicht nur reduziert wird, wie dies unter Rot-Grün geschehen ist, sondern dass die Atomenergie irgendwann auch einmal gestoppt und der Atommüll nicht noch weiter obendrauf geladen wird. Diese Hoffnung ist eben nicht erfüllt worden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Diese Hoffnung wird von denen einseitig aufgekündigt, die diesen Kompromiss damals mitunterschrieben und gesagt haben: Ja, dann habt ihr eine Sicherheit, dass es den Ausstieg gibt. Die Atomkraftbefürworter wollen jetzt nicht mehr zu dieser Sicherheit stehen, wobei - fälschlicherweise - davon ausgegangen wird, dass die Menschen keine Lust mehr auf Demonstrationen haben. Vielleicht werden sie sogar noch benutzt nach dem Motto: Es demonstriert niemand mehr; heute sind ja anscheinend wieder alle für die Atomenergie. - Von daher ist der Protest heute, solange er friedlich ist und ein deutlicher Eindruck hinterlassen wird, gerechtfertigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die hier diskutiert worden sind.

Herr Pfeiffer, Sie haben davon gesprochen, dass die Diskussion sehr von Ideologie geprägt ist. Sie wollten Sachlichkeit schaffen und haben sich darüber beklagt, dass wir in dieser Gesellschaft eine Spaltung haben. Ja, das ist wahr. Ich habe ja gerade darauf hingewiesen, warum wir diese Spaltung wieder haben, nämlich weil der Kompromiss infrage gestellt worden ist. Sie von der Union haben die einmalige Chance, diese Spaltung zu überwinden.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Ohne Sie!)

Im Endeffekt geht es hier nämlich nicht um die Industrie. Wenn die Union sagt, sie sei für den Kompromiss, und wenn sie diesen Atomkompromiss unterschreibt, dann kann die Industrie sagen, was sie will: Dieser Kompromiss wird dann, egal wer irgendwann einmal regiert, durchgesetzt. Das heißt, Sie könnten die Spaltung überwinden. Geben Sie sich also einen Ruck und überwinden Sie die Spaltung! Dann gibt es auch keine Demonstrationen bei den Castortransporten mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Nüßlein, Sie haben gesagt, dass Sie mit uns dazu stehen - das finde ich sehr gut, weil sich diesbezüglich in der CDU/CSU eine Menge bewegen musste; das ist aber gelungen -, dass wir bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 30 Prozent erreichen und sie weiter ausbauen wollen. Das ist ein wichtiges Ziel. Es ist auch gut, dass es diese Gemeinsamkeit gibt. Ich glaube, dass fast das gesamte Haus dafür einsteht. Sie haben zu Recht nach den übrigen 70 Prozent gefragt.



Wir haben noch einen gemeinsamen Beschluss gefasst, nämlich die Energieeffizienz deutlich zu steigern. Der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt derzeit 14 Prozent. Er war unter Schwarz-Gelb bzw. zu Beginn von Rot-Grün deutlich niedriger. Energieeffizienz und der Ausbau von erneuerbaren Energien zusammengenommen werden dazu führen, dass wir die Atomenergie nicht mehr brauchen werden.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: 30 Prozent des Strombedarfes, Herr Kollege!)

Das ist keine politische Aussage einer Partei oder eines einzelnen Abgeordneten. Beispielsweise wird auch in der neuesten Studie der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt deutlich dargelegt, wie ohne Atomkraft sowohl unsere Klimaschutzvereinbarungen als auch alle anderen Energievorhaben umgesetzt werden können. Das zeigt, dass es möglich ist, sowohl mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien als auch mit Energieeffizienz und der Beibehaltung der anderen Technologien, aber ohne Atomkraft einen Pfad zu finden, der eine Energiewende bringt. Dazu gibt es mehrere Studien. Das können Sie alle nachlesen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Sagen Sie doch etwas zur Kohle!)

Ich möchte auch auf die Kosten eingehen, die immer wieder angesprochen werden. Nach meinen Informationen will die niedersächsische Regierung die Kosten für die Castortransporte nicht mehr tragen. Ich habe auch gehört, dass sich in Baden-Württemberg mehrere Unionsabgeordnete dafür ausgesprochen haben, die Schweizer dringlich aufzufordern, das Atommüllendlager möglichst nicht in Grenznähe zu errichten, sondern ergebnisoffen nach einem Standort zu suchen. Das wollen wir in Deutschland auch.

Wer die Kosten für die Castortransporte nicht tragen will und keine Endlager in der Nähe der eigenen Landesgrenze möchte, der muss sich auch gegen Atomkraft aussprechen. Andernfalls hat es keinen Sinn, diese Rechnung aufzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir die Laufzeit um zehn Jahre verlängern – wie es einige fordern –, dann fallen 3 500 Tonnen hochradioaktiven Materials zusätzlich an, ganz zu schweigen von den Tausenden von Tonnen schwach- und mittelradioaktiven Materials. Wenn wir das nicht wollen, dann dürfen wir die Laufzeit nicht verlängern. Diejenigen, die für eine Laufzeitverlängerung eintreten, müssen auch angeben, wo das zusätzliche Material bleiben soll. Ich finde, dass jeder Ministerpräsident und jeder Abgeordnete, der sich dafür ausspricht, das zur Not auch bei sich vor der Haustür akzeptieren muss. Sonst sollte man nicht für eine Verlängerung der Laufzeit plädieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss. Was die Kosten angeht, sind einige Zahlen genannt worden. In Wackersdorf waren es 1,6 Milliarden Euro. In Karlsruhe sind es mittlerweile fast 4 Milliarden Euro für die Forschung. Das sind weitere 4 Milliarden Euro, für die größtenteils der Steuerzahler aufkommen muss.

Wer Atomkraft immer noch für günstig hält, der missachtet

die Zahlen, die durch Forschung, Endlager, Sicherheitsbestimmungen und die Castortransporte auch in Zukunft auf uns zukommen werden. Diese Kosten müssen in Zukunft eingerechnet werden. Dann werden wir feststellen: Atomkraft ist nicht nur von gestern, sondern auch überteuert.

Vielen Dank. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b auf:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung

- Drucksache 16/10806 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kornelia

Möller, Klaus Ernst, Dr. Barbara Höll, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für

Arbeit erhalten - Auf Senkung der Beitragssätze

verzichten

- Drucksache 16/10618 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die

Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen

Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Brandner.

Klaus Brandner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so günstig wie schon lange nicht mehr. Erstmals seit 1992 liegt die Zahl der Arbeitslosen wieder unter 3 Millionen. Weniger Arbeitslose, mehr Erwerbstätige, mehr sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte und Hunderttausende

freie Stellen sind das Ergebnis einer erfolgreichen Politik. Aufgrund dieser positiven Entwicklung kann der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiter sinken.

Das ist der Erfolg der konsequenten und nachhaltigen Reformpolitik: reformieren, investieren, sanieren. Dieser Dreiklang ist erfolgreich durchgeführt worden, und daher dürfen wir uns auch einmal gemeinsam freuen, (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

denn wir erleben in diesem Land oft genug, dass der Erfolg von einer Gruppe in der Gesellschaft eingestrichen wird, während für die negativen Ergebnisse die Politik verantwortlich ist. Jetzt legen wir eine hervorragende Bilanz vor, und meines Erachtens sollten wir dies auch mit allem Selbstbewusstsein nach außen vertreten.

Innerhalb von zwei Jahren haben wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung halbiert, von 6,5 Prozent Ende 2006 auf heute 3,3 Prozent. Unser Ziel ist es, den Beitragssatz dauerhaft auf 3 Prozent zu senken und die Beiträge zur Sozialversicherung langfristig unter 40 Prozent zu halten. Das ist eine gut kalkulierte Größenordnung, die den Kriterien von Stabilität und Verlässlichkeit

Rechnung trägt.

Wegen der guten konjunkturellen Entwicklung der letzten Zeit und der guten Finanzsituation der Bundesagentur für Arbeit ist es möglich,

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Zukunft?)

den Beitragssatz für einen befristeten Zeitraum von anderthalb Jahren, nämlich vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2010, sogar auf 2,8 Prozent zu reduzieren. Damit nutzen wir den vorhandenen Spielraum optimal aus.

Uns ist wichtig, dass mit dem Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung keine willkürliche Stop-and-go-Politik

betrieben wird; vielmehr setzen wir auf eine Politik der Stabilität und Verlässlichkeit, denn die Bundesagentur braucht gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten finanziellen Spielraum. Es wäre deshalb falsch, die Beiträge in wirtschaftlich guten Zeiten maßlos zu senken, wie es einige leider immer wieder verlangen und bestimmt auch heute wieder fordern werden, denn das bedeutete, dass in konjunkturell schwierigen Lagen die Beiträge prozyklisch wieder erhöht werden müssten.

Das wäre keine verlässliche und vorausschauende Politik.

Die Bundesagentur für Arbeit hat erhebliche Rücklagen.

Deshalb können wir den Beitragssatz für einen überschaubaren Zeitraum von 18 Monaten auf 2,8 Prozent senken und so die Beitragszahler erheblich entlasten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Gegenüber 2006 beträgt die Entlastung rund 30 Milliarden Euro jährlich; ich wiederhole es: 30 Milliarden Euro

Entlastung in einem Jahr, für Unternehmen und für Arbeitnehmer.

Das hilft bei den Unternehmen mit, Investitionen

schneller und besser durchführen zu können, und

bei den Arbeitnehmern hilft es, den privaten Konsum anzuschieben.

Der private Konsum wird umso wichtiger, je

schwieriger das weltwirtschaftliche Umfeld für unser Wachstum ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Berücksichtigt man nur die Arbeitslosenversicherung

und vergleicht die Jahre 2006 und 2009, so ergibt sich

bei jemandem, der 30 000 Euro Jahreseinkommen hat,

eine Entlastung von 555 Euro pro Jahr, und dies jeweils

bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Berücksichtigt

man insgesamt alle Veränderungen bei den Beitragssätzen

zur Sozialversicherung zwischen 2006 und 2009,

dann hat ein Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttoeinkommen

von 30 000 Euro im Vergleich zu 2006 264 Euro

mehr in der Tasche. So setzen wir gerade jetzt, wo wir

schwierigen Zeiten entgegensehen, wichtige Impulse für

Wachstum und Beschäftigung.

Natürlich sehen wir die Risiken am Arbeitsmarkt. Wir

müssen damit rechnen, dass sich die Finanzkrise auf die

reale Wirtschaft auswirken und dass die Entwicklung am

Arbeitsmarkt stagnieren wird. Auch eine ungünstigere

Entwicklung ist sicherlich nicht auszuschließen. Aber

gerade in solchen Zeiten sind wohlüberlegtes Handeln,

Stabilität und Verlässlichkeit von enormer Bedeutung.

Die Bundesregierung geht mit dieser Situation wahrlich

nicht leichtfertig um. Sie ist vorbereitet und reagiert präventiv

auf die zu erwartenden Folgen der Finanzkrise.

Unser Ziel ist es, die Beschäftigungserfolge der letzten

Jahre zu sichern. Es geht daher nicht um einen Wettlauf um die niedrigsten Beitragssätze, sondern es geht um eine zukunftsfähige Bundesagentur, die ihrem Auftrag, Arbeitslose zu qualifizieren und passgenau zu vermitteln, nachkommt und für diesen Auftrag auch genügend Mittel zur Verfügung hat.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Viel zu viel!)  
Effizienz und Qualität dürfen nach unserer Überzeugung kein Gegensatz sein.

Weiterbildung, gezielte Qualifizierung und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sind von entscheidender Bedeutung, um Beschäftigung in diesem Land zu sichern. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die den veränderten Erwerbsbiografien ebenso Rechnung trägt wie den hohen Qualifizierungsansprüchen infolge des internationalen Wettbewerbs. Deswegen werden wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente neu ausrichten. Wir werden die Maßnahmen noch passgenauer und flexibler ausgestalten, um die größtmögliche Wirkung mithilfe der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Dass wir den Beitragssatz weiter senken können, ist nicht nur Ergebnis einer gelungenen Reformpolitik, sondern auch das Ergebnis einer nachhaltigen, vorausschauenden und verlässlichen Arbeitsmarktpolitik. Genau diese Arbeitsmarktpolitik wollen wir weiter vorantreiben. So stellen wir die Weichen, die Beschäftigung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu sichern. Mit anderen Worten: Wir leisten damit einen verlässlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeit und Beschäftigung in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP-Fraktion redet der Kollege Dirk Niebel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dirk Niebel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist lange schon möglich, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken. Die Betrachtungsweise des Herrn Staatssekretärs ist doch recht eindimensional, wenn er diesen zwingend notwendigen Schritt zu etwas mehr Entlastung von Betrieben und Arbeitnehmern so darstellt, als wenn jetzt alles gut wäre. Diese Bundesregierung hat sich vorgenommen, den Beitrag zu den Sozialversicherungen dauerhaft auf unter 40 Prozent zu senken. Das haben Sie nur einmal kurzzeitig geschafft, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, an dem Sie die Pflegeversicherungsbeiträge zum Sommer dieses Jahres erhöht haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ist das!)

Auch mit der jetzt angekündigten notwendigen Maßnahme der weiteren Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden Sie bei Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 über der 40-Prozent-Beitragsmarke bleiben. Sie haben Ihr Ziel nicht erreicht. Sie haben mit einem wesentlichen sozialpolitischen Ziel Schiffbruch erlitten. Das muss man hier ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben eine eindimensionale Betrachtungsweise geliefert, indem Sie zwar völlig zu Recht festgestellt haben, dass die notwendigen Beitragssenkungen in der Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden sind. Da

mussten wir Sie übrigens teilweise zum Jagen tragen.

Was Sie unterschlagen haben, das ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die von Ihnen unter anderem auch zur Absenkung der Beitragsbelastung der Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden ist. Was Sie aber unterschlagen

haben, ist die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge.

Was Sie unterschlagen haben, ist die

Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge.

Jetzt stellen Sie sich hin und tun so, als wäre eine Beitragsabsenkung in der Arbeitslosenversicherung von

0,5 Prozentpunkten eine deutliche Entlastung für die

Bürgerinnen und Bürger und als wäre deswegen die

Mehrbelastung in der Krankenversicherung - ohne Gesundheitsfonds

- um 0,5 Prozentpunkte faktisch kompensiert.

Sie entlasten Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei

der Arbeitslosenversicherung um 4 Milliarden Euro.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Zusätzlich!)

Sie belasten die gesamte Gesellschaft insgesamt mit

5 Milliarden Euro,

(Zuruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Herr Kauder; denn die Arbeitslosenversicherungsbeiträge

sparen nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

und die Arbeitgeber, nicht die Rentner, nicht die

Arbeitslosen, nicht die Studierenden, nicht die Hausfrauen,

nicht die Schülerinnen und Schüler. Diese Menschen,

die durch die Mehrwertsteuererhöhung von Ihnen

überproportional belastet wurden, werden jetzt wieder

zusätzlich belastet: durch eine Scheinentlastung im Bereich

der Arbeitslosenversicherung. Das ist unredlich.

(Beifall bei der FDP)

Trotz der Notwendigkeit und übrigens auch der Möglichkeit

der Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

bei der Arbeitslosenversicherung lamentiert

die Nürnberger Anstalt wieder öffentlich in den Medien.

Sie sagt: Wir müssten an die Rücklagen gehen. - Natürlich

muss sie das. Alles, was in Nürnberg zu viel an Geld

zur Verfügung steht, ist vorher Arbeitnehmern und Arbeitgebern

zu viel weggenommen worden.

Die Nürnberger Anstalt hat nicht die Aufgabe, die

Sparbüchse der Bundesrepublik zu sein; sie hat die Aufgabe,

die Arbeitslosenversicherung zu organisieren und

einen Integrationsprozess zu gestalten, zu dem auch gehört,

den Menschen und den Betrieben mehr vom selbstverdienten

Geld übrig zu lassen,

(Beifall bei der FDP)

Arbeit billiger zu machen, damit man leichter einstellt

oder damit es schwerer fällt, zu entlassen, den Menschen

mehr Netto vom selbstverdienten Brutto zu lassen, damit

sie konsumieren können. Das führt dazu, dass man Arbeitsplätze

gewinnt. Das führt dazu, dass man Beitragszahler

und Steuerzahler gewinnt und im Ergebnis eine

dauerhaft gute Entwicklung für die deutsche Wirtschaft

sicherstellt.

Sie tun so, als seien Sie so etwas Ähnliches wie der

Weihnachtsmann.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Sie machen aber nichts anderes, als den Menschen das zurückzugeben, was Sie ihnen zu viel weggenommen haben. Deswegen ist das, was jetzt passiert, zwingend notwendig und dauerhaft möglich.

Aus diesem Grund muss man ganz deutlich sagen:

Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent ist zwar eine Entlastung, aber

sie ist nur befristet bis nach der Bundestagswahl. Was Sie im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern als Wahlgeschenk

für die CSU angerührt haben, versuchen Sie für die sogenannte Große Koalition über den Bundestagswahltermin

zu retten. Machen Sie es dauerhaft! Die

Möglichkeiten sind da. Die Spielräume gibt es. Dann

können wir auch über eine vernünftige Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und der Strukturen

der öffentlichen Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsverwaltung diskutieren. Das machen wir morgen

um 10.55 Uhr. Ich lade Sie alle herzlich dazu ein.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie müssen schwer traumatisiert worden

sein bei Ihrem Arbeitgeber! - Heiterkeit -

Gegenruf des Abg. Dirk Niebel [FDP]: Der

Guido macht das super!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Ralf Brauksiepe hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass dieser Gesetzentwurf der Bundesregierung uns den Anlass bietet, angesichts der aktuellen Herausforderungen,

die vor uns stehen, noch einmal über

das Erreichte zu reden. Wir haben auf dem Arbeitsmarkt

die beste Situation seit 16 Jahren: erstmals seit 16 Jahren

unter 3 Millionen Arbeitslose. Wir sind damit noch nicht

zufrieden, wir sind noch nicht am Ziel, aber es ist ein

Riesenerfolg der Regierung von Angela Merkel, diese

Zahl erreicht zu haben. Darauf können wir gemeinsam

stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehören weitere Rekordzahlen. Es gibt

28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

und 41 Millionen Erwerbstätige. Das sind Rekordzahlen,

auf die wir gemeinsam stolz sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Das allein ist auch die Basis für das, was die Bundesregierung

hier vorschlägt, nämlich für die Senkung des

Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Wir haben

über all die Jahre der Großen Koalition sinkende Arbeitslosenzahlen,

und deswegen haben wir auch sinkende

Beitragssätze. Wir halten Kurs, indem wir jetzt,

auch wenn die Zeiten schwieriger werden, damit fortfahren

und die Beitragssätze weiter senken. Wir sind damit

im nächsten Jahr bei einem paritätisch finanzierten Beitragssatz

zu den Sozialversicherungen von 39,25 Prozent.

Wir sind bei einem Beitragssatz von klar unter

20 Prozent für die Arbeitgeber.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Im Koalitionsvertrag steht es anders!)

Wir wissen, wie wichtig das für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land ist.

Ich will noch einmal deutlich sagen, was bei der Arbeitslosenversicherung schon erreicht worden ist und

was jetzt noch erreicht wird: Wir entlasten die Menschen im nächsten Jahr noch einmal um 4 Milliarden Euro.

Man muss das Gesetz und die Verordnung in einem politischen Zusammenhang sehen. Das ist dann eine Entlastung gegenüber 2006 um 3,7 Prozentpunkte. Das bedeutet für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber 2006 insgesamt eine Entlastung um 30 Milliarden Euro; es sind nicht nur die 4 Milliarden Euro in einem Jahr. Das ist eine einmalige Erfolgsbilanz dieser Großen Koalition. Das sind die Zahlen, um die es geht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben das gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt.

Wir behalten diesen Kurs bei. 265 Euro Entlastung – der Staatssekretär Brandner hat zu Recht darauf hingewiesen – bedeutet das für einen Arbeitnehmer schon bei einem Jahresbruttoeinkommen von 30 000 Euro.

Wir haben es mit dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in der Tat geschafft, Reserven bei der BA anzuhäufen. Ich will jetzt nicht sagen, dass es an dem Gehalt des Kollegen Niebel lag, dass es damals anders war. Aber zu der Zeit, lieber Kollege Niebel, als Sie noch bei der BA beschäftigt waren, benötigte die BA jedes Jahr einen Zuschuss des Bundes.

(Dirk Niebel [FDP]: Ich kann Ihnen versichern, dass das nicht an mir lag!)

Wir haben ihn auch gegeben; aber wir sind froh, dass die BA heute Reserven hat und keinen Bundeszuschuss mehr braucht. Das ist der Unterschied gegenüber früheren Zeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich von den Zahlen ausgehe, die uns der Sachverständigenrat heute in seinem Gutachten präsentiert hat, nämlich dass trotz der wirtschaftlichen Stagnation, auf die wir uns einstellen müssen, die Zahl der Arbeitslosen jahresdurchschnittlich nur um 30 000 steigt, dann liegt der Schluss nahe, dass der Arbeitsmarkt in einer robusteren Verfassung ist, als es in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Viele Jahre gab es Wachstumsraten von mehreren Prozent, ohne dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist. Ich rate uns dazu, jetzt einmal das zu tun, was wir tun können, und die weitere Entwicklung der Finanzen abzuwarten. Ich weise nur darauf hin: Im Jahr 2007 ist die Entwicklung der Finanzen der Bundesagentur für Arbeit am Ende um 11 Milliarden Euro positiver ausgefallen als erwartet. Statt eines erheblichen Defizits ist ein Überschuss erzielt worden. Auch in diesem Jahr – so sieht es bisher wenigstens aus – wird der BA-Haushalt um 3,4 Milliarden Euro besser dastehen, als es für dieses Jahr prognostiziert war. Das zeigt, diese Regierung hat bisher immer vorsichtiger geschätzt und wurde nachher

von der Realität positiv übertroffen. Wann, wenn nicht in einer solchen Zeit sollten die Reserven, die die Bundesagentur hat, eingesetzt werden, um den Arbeitsmarkt anzukurbeln? Die BA ist keine Sparkasse. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, das zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Dirk Niebel [FDP]: Jetzt wiederholt er meine Rede! Ist ja klasse!)

Wir setzen also jetzt genau die richtigen Akzente. Ich will auch noch einmal etwas zu der Befristung sagen, lieber Kollege Niebel. Ihre Argumentation ist nun wirklich völlig an den Haaren herbeigezogen. Wir haben dreimal den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung per Gesetz formal unbefristet gesenkt. Wir haben uns dann immer die Freiheit genommen, und zwar immer gegen Ihren Widerstand, das unbefristete Gesetz zu ändern und die Beiträge noch stärker zu senken.

(Dirk Niebel [FDP]: Das war immer zu wenig und wäre auch jeweils noch früher gegangen!)

Den Menschen ist es egal, ob sie per Gesetz oder per Verordnung entlastet werden. Die Menschen haben diese Entlastung nötig. Deshalb bekommen sie sie auch.

(Dirk Niebel [FDP]: Wir stimmen ja auch zu!)

Der niedrigere Beitragssatz wird dann zu einem Dauerzustand werden, wenn sich der Arbeitsmarkt auch in Zukunft wieder dauerhaft positiv entwickelt. Es ist besser, befristet die Beiträge zu senken, als sie unbefristet konstant zu lassen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das habe ich immer gesagt! Sie haben nur nicht zugehört!)

Genau das haben wir immer getan. Das hat nichts mit der Bundestagswahl zu tun. Wir stehen vielmehr dafür, dass die Beiträge immer dann gesenkt werden, wenn es möglich ist. Nach dieser Maxime haben wir wie keine andere Regierung vor uns gehandelt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dirk Niebel [FDP]: Schwarzer Weihnachtsmann!)

Keiner wird heute ernsthaft behaupten können, schon alle Konsequenzen der Finanzmarktkrise absehen zu können. Aber so viel ist klar: Beitragssatzsteigerungen wären Gift für die reale Wirtschaft. Beitragssatzsteigerungen wären Gift für den Arbeitsmarkt. Wir verhindern sie nicht nur, sondern senken sogar die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Wir tun das uns Mögliche, liebe

Kolleginnen und Kollegen, um mit unserer Politik die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt so gering wie möglich zu halten. Wir tun das uns Mögliche, um den Arbeitsmarkt zu schützen. Deshalb appelliere ich an die Arbeitgeber: Gehen Sie mit den Arbeitnehmern jetzt gemeinsam durch diese schwierige Phase! Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen meistern, vor denen die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt jetzt stehen!

Wir als Politik unterbreiten ein Unterstützungsangebot: Mit niedrigeren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, mit der Verlängerung des Bezugszeitraums für das Kurzarbeitergeld leisten wir einen Beitrag dazu, dass die



Menschen gemeinsam und solidarisch diese Krise überwinden können. Wir werden diesen Weg auch weitergehen, zur Not auch gegen Widerstände. Ich rufe Sie auf: Machen Sie dabei mit! Der Arbeitsmarkt braucht belebende Effekte. Das vorliegende Gesetz ist ein gutes Gesetz, das wir unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Kornelia Möller spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kornelia Möller (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich höre, was Sie gerade gesagt haben, und wenn ich mir den Gesetzentwurf ansehe, kann ich nur sagen: Die Bundestagswahl wirft ihre langen Schatten voraus. Nun will die Koalition noch einmal so richtig auf die große Pauke hauen. Sie will den niedrigsten Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung seit 1975 beschließen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Bravo!)

und das trotz Finanzkrise, Kurzarbeit und beginnender Entlassungswellen bei den Menschen, die in der Leiharbeit ohnehin schon zu schlechten Bedingungen arbeiten müssen. Ich nenne das Vorhaben einen billigen Taschenspielertrick auf Kosten von Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier die Fakten: Das IAB geht für 2009 von einer Steigerung der Erwerbslosigkeit auf durchschnittlich 3,5 bis 3,7 Millionen aus. Dabei sind die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftswachstumsprognosen wie zum Beispiel des IWF, der von einem Minuswachstum von 0,8 Prozent ausgeht, noch nicht berücksichtigt. Hinzu kommen heute schon mehr als 8 Millionen Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Was 2010 wird, weiß niemand. Aber dass mit der Krise die Arbeitslosigkeit steigt, ist gewiss. Für diese Menschen braucht man volle und nicht leere Kassen in der BA. Wir sind daher gegen die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang

Meckelburg [CDU/CSU]: Sie haben die Kassen aber auch nicht gefüllt!)

Fakt ist: Mit den Hartz-Gesetzen wurde die BA einseitig betriebswirtschaftlich ausgerichtet, und die langzeiterwerbslosen Menschen wurden in den Bereich des

SGB II abgeschoben, wo sie bis heute nicht im Entferntesten die notwendigen Fördermöglichkeiten für eine rasche Rückkehr in den Arbeitsprozess erhalten. Noch immer fehlen über 7 000 Vermittler. Das Organisationschaos ist auch nach drei Jahren nicht beendet. Außerdem fehlen Schlussfolgerungen aus dem durch die Hartz-Gesetze verursachten Niedergang der geförderten beruflichen Weiterbildung und ihrer Träger. Wir brauchen einen wirkungsvollen, wenn Sie so wollen, Schutzschirm für die zu erwartende steigende Zahl von Erwerbslosen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch deshalb ist die Beitragssatzsenkung gerade jetzt der falsche Schritt.

Fakt ist, dass viele Unternehmen mit den Geldern, die ihnen der Staat durch die Unternehmensteuerreform geschenkt hat, nicht massenhaft Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Das Märchen von den angeblich zu hohen Lohnnebenkosten können Sie sich schenken. – Herr Brauksiepe, Sie könnten ruhig zuhören. – Durch die Senkung der Arbeitslosenbeiträge können die Unternehmen allein 2009 mit einem milliardenschweren warmen Euroregen rechnen. Angesichts der gegenwärtigen globalen Absatzprobleme wird man sich in den meisten Unternehmen allerdings vordringlich überlegen, wie mit den zusätzlichen Mitteln Rationalisierungs- und Kostensenkungsprogramme aufgelegt werden können. Das ist das Gegenteil von Arbeitsplatzbeschaffung. Schon jetzt wird kurzgearbeitet und entlassen.

Fakt ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Um sie abzubauen, werden ausreichende Mittel für Arbeitsmarktmaßnahmen benötigt. 70 Prozent der Arbeitslosen, so viel wie in fast keinem anderen europäischen Land, sind langzeiterwerbslos, und dies trotz Wirtschaftsaufschwungs und angeblicher Wirkung der Arbeitsmarktreformenten in den vergangenen Jahren. Bereits vor der Finanzkrise kamen die Nürnberger Arbeitsmarktforscher für 2009 auf fast 2,4 Millionen Erwerbslose im SGB II. Jetzt werden weit mehr Menschen betroffen sein. Da braucht es Geld, um diese Menschen gut betreuen und schnell wieder in Arbeit vermitteln zu können, Geld, das Sie heute den Erwerbslosen von morgen vorenthalten und an Unternehmen umleiten wollen.

Fakt ist, dass Sie Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten, Arbeitslose und Langzeitarbeitslose nicht entlasten. Bei den abhängig Beschäftigten werden die Minientlastungen durch andere Faktoren mehr als kompensiert.

Übrig bleibt die nackte Wahrheit: Gewinnen werden vor allem die Unternehmen. Entlastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind marginal, und sie werden für den Preis künftiger Arbeitsplatz- und Existenzunsicherheit erkaufte.

Wichtig ist auch: Die Nürnberger Arbeitsmarktforscher haben bereits Anfang 2007 ermittelt, dass aus derartigen Beitragssenkungen die Menschen in den östlichen Bundesländern den geringsten Nutzen ziehen. Da nach fast 20 Jahren deutscher Einheit die Arbeitslosigkeit zwischen Rostock und Dresden nach wie vor doppelt so hoch ist wie die zwischen Hamburg und München, brauchen wir eine neue Offensive für mehr Arbeitsplätze, für öffentlich geförderte Jobs vor allem in den strukturschwachen Gebieten, übrigens auch im Westen, auch in Bayern. Das kostet nun einmal Geld.

Schauen Sie über den Teich. Obama will im Angesicht der bevorstehenden Rezession eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine stärkere Binnennachfrage also. Vielleicht lassen Sie einfach Ihre Scheukappen fallen und sehen endlich der Realität ins Auge.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Denn es ist paradox. Der Welt und insbesondere Deutschland stehen die wirtschaftlich schwersten Zeiten

bevor, und die Regierung senkt zu Beginn dieser Entwicklung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Gleichzeitig beschließt sie ein Gesetz, mit dem darüber hinaus verstärkt an den Instrumenten der Arbeitsförderung gespart werden soll.

Daraus kann man nur eine Schlussfolgerung ableiten:

Ganz offensichtlich will die Koalition den ohnehin schon Benachteiligten auch noch den Großteil der Lasten der kommenden Rezession aufbürden. Ich sage Ihnen:

Nicht mit uns. Beerdigen Sie Ihren Gesetzentwurf.

Stimmen Sie unserem Antrag zu; denn Arbeitsmarktpolitik muss immer Politik für, aber nicht gegen die Menschen sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nun hat die Kollegin Brigitte Pothmer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent ist nicht sachgerecht und hat nichts, aber auch gar nichts mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Die Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist der Versuch, die Steigerung der

Krankenkassenbeiträge zu kompensieren, die durch den unsäglichen Gesundheitsfonds verursacht wird.

Deswegen, lieber Herr Brandner, ist es auch nicht so, dass Arbeitgeber oder Arbeitnehmer 30 Milliarden Euro mehr in der Tasche haben. Vielmehr ist das das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“. Dabei bleibt bei den Betroffenen einfach nichts übrig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dirk Niebel [FDP]: Doch, ein Loch!)

Dies ist vielmehr ein Wahlkampfmanöver. Das geht leider zulasten derjenigen, die infolge der steigenden Arbeitslosigkeit, die wirklich kommen wird und auf die wir uns vorbereiten müssen, dringend Qualifizierungsmaßnahmen benötigen. Zudem wird es die Bundesagentur für Arbeit in eine absehbare Schieflage bringen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Falsche Rede, Frau Kollegin!)

Wenn Sie mir das nicht glauben wollen - mir gegenüber sind Sie ja immer sehr ungläubig -, dann glauben Sie das doch wenigstens dem Chef der Bundesagentur für Arbeit,

(Dirk Niebel [FDP]: Dem glaube ich noch nicht einmal die Uhrzeit!)

der schon im Oktober gesagt hat, dass dieses Manöver zu einer Schieflage in seiner Agentur und zu einem Minus von 5 Milliarden Euro im operativen Geschäft führen werde. Dabei ist er von einer Wachstumsprognose von 1,2 Prozent ausgegangen. Vor dem Hintergrund einer Wachstumsprognose von 1,2 Prozent bedeutet das ein Minus von 5 Milliarden Euro im operativen Geschäft! Wir reden aber nicht mehr über Wachstum. Derzeit reden wir von einer Rezession. Das bedeutet eine steigende Arbeitslosenzahl. Für die Bundesagentur für Arbeit bedeutet das sinkende Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben. Das wiederum bedeutet mehr Kosten für dringend notwendige arbeitsmarktpolitische

Maßnahmen, jedenfalls wenn man auf diesem Gebiet noch einen gewissen Anspruch hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rücklage der Bundesagentur für Arbeit wird vor diesem Hintergrund abschmelzen wie Schnee in der Sonne während des Klimawandels, liebe Freundinnen und Freunde. Außerdem wird der Beitragssatz von 2,8 Prozent niemals 18 Monate beibehalten. Das wissen Sie ganz genau, Herr Brauksiepe.

Das weiß auch der Arbeitsminister. Dieser Beitragssatz wird bis zum Tag der Wahl beibehalten. Dafür ist das Projekt auch da. Ich glaube aber nicht, dass Ihnen das viel nützen wird.

Der Arbeitsminister hat selbst gesagt, dass eine Beitragssatzsenkung auf 3 Prozent strukturell vielleicht vernünftig sein könne, aber nur dann, wenn die Arbeitslosenzahl auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten wird.

Jeder und jede von uns weiß aber, dass das nicht so sein wird. Es wäre wirklich gut, wenn wir uns ein bisschen auf die sehr schwierigen Zeiten vorbereiten würden, die auf uns zukommen. Es ist doch klar wie Kloßbrühe, dass dieser Konjunkturabschwung, der durch die Finanzkrise noch einmal verschärft wird, auch zu schwerwiegenden Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

Allein in der Zeitarbeitsbranche arbeiten 700 000 Menschen, die bereits jetzt von Arbeitslosigkeit bedroht und zum Teil auch schon betroffen sind. Genauso verhält es sich bei den Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Diese Probleme liegen doch nicht in einer fernen Zukunft. Sie gibt es bereits jetzt.

Da nützt es überhaupt nichts - wie auch heute geschehen -, von Vollbeschäftigung zu reden. Man muss sich einmal vorstellen, dass der Bundesarbeitsminister letzten Monat im Rahmen der Haushaltsberatungen trotz der neuen Entwicklung von Vollbeschäftigung schwadroniert hat. So sieht der Haushalt auch aus; denn in ihm ist in keiner Weise die Situation berücksichtigt, die auf uns zukommen wird. Der Minister schwadroniert von Vollbeschäftigung, ohne auch nur eine einzige Andeutung darüber zu machen, wie sie denn erreicht werden könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leidtragende dieses Politikversagens sind diejenigen, die jetzt in der Gefahr sind, ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen zu verlieren.

Sie haben den Vorschlag gemacht, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zu verlängern. Ich halte das für eine vernünftige Maßnahme. Aber niemand sollte so tun, als wäre mit dieser Maßnahme allein das Problem bereits gelöst. Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes Geld kostet und den Etat der Bundesagentur für Arbeit belasten wird.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Belastet wird der Etat der Bundesagentur für Arbeit im Übrigen auch, wenn die Ankündigung des Bundesarbeitsministers, die Qualifizierung in den Betrieben zu verbessern, in die Realität umgesetzt wird.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Sie haben das System nicht verstanden!)

Wenn das Programm WeGebAU tatsächlich stärker gefördert wird, dann kostet das zusätzlich Geld. Auch der nachträgliche Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist nicht umsonst zu haben, sondern kostet 160 Millionen Euro.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ein Abschluss?)

Das unsägliche Projekt eines Ausbildungsplatzbonus, der nur reine Mitnahmeeffekte hervorrufen wird, kostet der Bundesagentur für Arbeit 450 Millionen Euro.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Die Agentur!

Akkusativ!)

- Ich danke Ihnen für den Hinweis. Ich berichtige - so viel Zeit muss sein -: Dieses Projekt kostet die Bundesagentur für Arbeit zusätzlich 450 Millionen Euro.

Lieber Herr Brauksiepe, Sie sind vielleicht gut in Grammatik, aber Sie sind offensichtlich ganz schlecht in Mathematik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Wenn Sie all die Kosten zusammenrechnen, dann können Sie hier nicht allen Ernstes ankündigen, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden. Mehr Arbeitslose kosten nämlich mehr Geld; wir brauchen mehr Geld für Qualifizierung. Was Sie angekündigt haben, ist nicht umsonst zu haben.

Nehmen Sie Vernunft an und nehmen Sie diesen Vorschlag zurück! Lassen Sie die Arbeitslosen nicht im Stich!

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Beleidigung von Herrn Brauksiepe nehmen Sie zurück!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht die Kollegin Andrea Nahles für die SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Pothmer, wir sind hier im Deutschen Bundestag und nicht auf dem Parteitag der Grünen. Ich will das nur zur allgemeinen Orientierung sagen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen aber auch gar nichts über die Grünen!)

Wer so viel Alarmismus verbreitet, der muss wissen, dass er unverantwortlich handelt; denn wir befinden uns insgesamt in einer Phase, in der es eine Verunsicherung gibt. Deswegen sollten wir nicht noch zusätzlich Öl ins Feuer gießen,

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist ökologisch gar nicht wünschenswert!)

indem wir Behauptungen aufstellen, mit denen die Lage in unbotmäßiger Weise dramatisiert wird. Das muss an dieser Stelle klar gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Arbeitsminister redet in dieser Situation von Vollbeschäftigung, Frau Nahles!)

Fakt ist, dass wir seit 16 Jahren die niedrigste Arbeitslosenzahl haben: 2 997 000. Wir müssen uns darüber im

Klaren sein, dass dadurch neue Spielräume eröffnet werden. Weil wir eine konjunkturelle Abschwungsituation haben, sehe ich diese Spielräume richtig genutzt, wenn wir die BA nicht als Sparschwein im Hinblick auf Arbeitslosenbeiträge ansehen.

(Dirk Niebel [FDP]: Gut, dass Sie das auch schon gesehen haben!)

Wir sollten die Spielräume, die es gibt, ein Stück weit weitergeben. Dies wird die Binnennachfrage stabilisieren. Das ist in dieser Situation gut; das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen aber auch aufpassen; denn die Prognosen des Sachverständigenrates von heute gehen von einem Nullwachstum aus. Wir müssen natürlich präventiv aktivierende Maßnahmen ergreifen; denn dies wird sich - davon gehen wir aus - auch auf die Arbeitslosenzahlen auswirken. Niemand muss über den Ernst der Lage aufgeklärt werden. Aber für genau diese Situation haben wir Reserven gebildet. Dies konnten wir deswegen, weil die Situation in den letzten Jahren sehr gut war. Diese Reserven liegen mittlerweile bei 15 Milliarden Euro. Ich sage Ihnen: Obwohl die Prognosen heute nach unten korrigiert wurden, kann die BA das leisten. Sie kann noch Kurzarbeitergeld und 1 000 Vermittlungsstellen für eine bessere Job-to-Job-Vermittlung finanzieren. Das alles ist möglich, ohne dass wir die BA ausplündern.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sieht Herr Weise aber anders!)

Ich sage das an dieser Stelle, damit der Alarmismus keine falschen Vorstellungen hervorruft. Dies ist möglich, und deswegen machen wir es.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dass wir flexibel sind, sieht man an einem intelligenten Vorschlag; wir haben ihn noch gar nicht gewürdigt. Dieser intelligente Vorschlag sieht nämlich vor, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung per Gesetz auf 3,0 Prozent zu reduzieren und ihn dann weiter auf 2,8 Prozent zu senken. Für den Fall aber, dass sich die Lage dramatisch entwickelt, hat der Arbeitsminister die Möglichkeit - dies wurde eben schon von Klaus Brandner ausgeführt -, per einfacher Verordnung

(Dirk Niebel [FDP]: Ohne Parlament und nach den Bundestagswahlen will er das machen!)

und ohne Parlament auf 3,0 Prozent zurückzugehen. Das bietet die Chance, auf die aktuelle Situation zu reagieren. Das halte ich für sehr intelligent und pfiffig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ermöglicht angesichts dieser Situation Flexibilität.

(Dirk Niebel [FDP]: Traut ihr eurer Mehrheit nicht?)

Ich denke, dass wir neben den Beitragssätzen, die natürlich wichtig sind, andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergreifen müssen, wobei ich hinzufügen möchte, dass die Entlastung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in Höhe von 3,7 Milliarden Euro sicherlich ein Stimulus für die Konjunktur ist. Wir wollen auch andere konjunkturelle Maßnahmen ergreifen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist nicht das Einzige, worauf wir uns konzentrieren.

Deswegen haben wir ein Konjunkturpaket vorgelegt. Es ist ganz interessant, dass dieses Konjunkturpaket sehr einmütig und zügig vorgelegt worden ist. Nach dem Rettungsschirm für die Banken haben wir nicht lange gefackelt und nicht lange abgewartet, sondern ein Konjunkturpaket zur Stabilisierung der Arbeitsplätze vorgelegt. Darin sind zwei wesentliche Punkte enthalten, die auch unser Arbeitsfeld betreffen. Der eine wesentliche Punkt ist, dass Menschen erst gar nicht in Arbeitslosigkeit hineinrutschen sollen. In den letzten Jahren waren die Jobto-Job-Vermittlung und das frühzeitige Intervenieren - nicht erst zu handeln, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist - ein ganz zentrales Erfolgskriterium. Dafür gibt es 1 000 zusätzliche Vermittlungsstellen in der Bundesagentur für Arbeit. Darauf setzen wir schon jetzt im Sinne einer vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik, obwohl die Situation jetzt noch ausgesprochen positiv ist. Der zweite Punkt ist: Im Bereich der Argen - das ist schon beschlossen; das will ich aber in Erinnerung rufen - gibt es 9 700 zusätzliche Vermittlungsmöglichkeiten. Teilweise werden Personen, die in der Vermittlung tätig sind, von der leistungsbezogenen Vermittlung abgezogen; teilweise werden Personen zusätzlich eingestellt. Wir werden die Befristungen für diejenigen Menschen, die das tun, zurückführen, und zwar in drei Jahresschritten auf 10 Prozent, was ich für eine vertretbare Größenordnung halte.

Ich halte es aber auch für sehr wichtig, dass wir auf die bereits jetzt absehbaren Steigerungsraten bei der Anmeldung von Kurzarbeit reagieren. Wir können die Anmeldungen jetzt noch nicht auswerten, weil das quartalsweise erfolgt, hören aber aus diesem Bereich: Es wird mehr Kurzarbeit angemeldet. Wir müssen den Betrieben das Signal geben: Ihr braucht eure gut qualifizierten Arbeitskräfte nicht zu entlassen, wenn ihr vorübergehend eine Delle habt.

(Dirk Niebel [FDP]: Ich möchte mal wissen, wer hier eine Delle hat!)

Wir sind bereit, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate zu verlängern. Das ist bereits heute, Frau Pothmer, per Verordnung geschehen. Genauso werden wir in dieser Zeit Qualifizierung ermöglichen. Das wird in Bälde geschehen. Damit möchte ich sagen: Wir reagieren doch in Ihrem Sinne. Warum müssen Sie dann hier in dieser Weise agieren?

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber, Frau Nahles, wir haben Sie gelobt dafür!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Das Kurzarbeitergeld ist eine sehr gute Maßnahme. Ich komme aus einer Region, in der wir angesichts einer Arbeitslosigkeit von 4 bis 5 Prozent nicht wirklich davon sprechen können, dass es uns schlecht geht. Gerade dort gibt es aber Unternehmen, die Sorge haben, weil sie Zulieferer der Maschinenbau- oder Automobilindustrie sind. Wenn diese Unternehmen ihre Leute jetzt entlassen müssen, finden sie später keine guten Leute. Damit wäre der gesamte Betrieb gefährdet. So stellt sich die Situation in den Betrieben dar. Deshalb ist es so wichtig, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zu verlängern.

Darüber hinaus arbeiten wir daran, die Vermittlung insgesamt weiter zu optimieren. Deswegen werden wir in der nächsten Zeit die Frage der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die Tagesordnung setzen. Wir haben uns entschlossen, die Anzahl der Instrumente zu verringern. Das tun wir auf eine sehr mutige Art und Weise und in der nötigen Form. Ich sage voraus: Es wird den Leuten nutzen, es wird für Entbürokratisierung sorgen, und es wird die Vermittlungschancen sogar erhöhen. Dabei ist für mich entscheidend, dass wir auch hier die Logik der Vorsorge und der Prävention zum Tragen bringen. In den letzten zehn Jahren ist klar geworden, dass es entscheidend ist, Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik immer mehr miteinander zu verzahnen. Es ist immer klarer geworden, dass die Arbeitsmarktpolitik dort, wo Bildungsdefizite bestehen, nachher nur noch eine Reparatur der vorhandenen Schwächen durchführen kann, und das oft nur mit viel Mühe, viel Geld und mit zweifelhaftem Erfolg.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen haben wir auch die Föderalismusreform gemacht!)

Deshalb sagen wir: Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf Sprachförderung, damit Leute überhaupt eine Arbeit annehmen und bewältigen können. Zudem schaffen wir einen Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses, und zwar im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Das hätte man vor Jahr und Tag doch kaum für möglich gehalten. Es war jahrelang ein Tabu. Ich gebe zu, auch viele in der SPD haben das aus ordnungspolitischen Gründen nicht gewünscht. Ich halte es aus pragmatischen Gründen für notwendig. Auch das werden wir in den nächsten Wochen auf den Weg bringen. Ich möchte für die SPD-Fraktion der BA, die viel gescholten wird - speziell von einem ehemaligen Mitarbeiter dieser Organisation; man muss dahinter eine persönliche Problematik vermuten -, meinen Dank aussprechen.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie meint mich! Mein Name ist Niebel! - Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Er hat doch heute gar nicht die Auflösung gefordert!)

Tatsache ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA und der Argen mit ihrem Einsatz in den letzten Jahren einen großen Anteil am Erfolg der Arbeitsmarktpolitik hatten, und zwar weil sie vor Ort eigenverantwortlich entscheiden.

Wir, die SPD-Fraktion, wollen die freie Förderung, die Handlungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik vor Ort stärken. Dabei sind wir im Einvernehmen mit der CDU/CSU-Fraktion:

(Dirk Niebel [FDP]: Warum streicht ihr es dann?)

Wir wollen die freie Förderung deutlich stärker ausbauen als derzeit vonseiten des Ministeriums und der Regierung angedacht. Damit wollen wir denen Anerkennung zollen, die seit Jahren vor Ort ihre Arbeit gut machen; wir wollen ihre Handlungsspielräume erhöhen.

(Dirk Niebel [FDP]: Ihr streicht das doch zusammen! Im Gesetzentwurf wird massiv zusammengestrichen!)



Ich sehe uns auf der sicheren Seite. Wir können ohne Probleme diese Beitragssatzsenkung vornehmen. Wir müssen allerdings mehr als nur die Beitragssatzsenkung in Angriff nehmen, weil wir sonst unserer Aufgabe nicht gerecht würden.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dr. Claudia Winterstein hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Antrag der Linken will ich nur ganz kurz sagen: Auf eine Senkung des Beitragssatzes zu verzichten, wäre natürlich der völlig falsche Weg. Sie wollen nun noch mehr Geld für die Arbeitsmarktpolitik ausgeben. Sie meinen offensichtlich: Viel hilft viel. In diesem Fall ist es aber sicherlich nicht sinnvoll, mehr auszugeben. Es geht um Qualität, nicht um Quantität.

(Beifall bei der FDP)

In der Arbeitsmarktpolitik muss es um Effizienz und um eine Konzentration auf sinnvolle Maßnahmen gehen.

Trotz der Beitragssatzsenkung werden wir dazu in der Lage sein.

Nun aber zum vorliegenden Gesetzentwurf. Die FDP hält eine Senkung der Beitragssätze für sinnvoll, richtig und vor allen Dingen für finanzierbar.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP] - Dirk

Niebel [FDP]: Und überfällig!)

Ich will auf die Rücklagen hinweisen, die sich Ende 2007 auf insgesamt 17,9 Milliarden Euro belaufen haben. Auch im laufenden Geschäftsjahr - Stand: Oktober - verzeichnen wir einen Überschuss von 818 Millionen Euro.

Das sind Beitragsgelder, gezahlt von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Diese Gelder müssen wir selbstverständlich über Beitragssatzsenkungen an die Beitragszahler zurückgeben.

(Beifall bei der FDP)

Sie legen einen Gesetzentwurf vor, mit dem der Beitragssatz auf 3 Prozent abgesenkt werden soll. Hinzu kommt die Verordnung, nach der der Beitragssatz auf 2,8 Prozent gesenkt werden soll. Das hört sich eigentlich ganz gut an.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ist es auch!)

Leider ist das aber nur die halbe Wahrheit; denn die Senkung auf 2,8 Prozent ist nur vorübergehend. Sie machen gleich eine Rolle rückwärts und sagen, dass Sie diesen Prozentsatz im Jahr 2010, also nach der Bundestagswahl, wieder erhöhen werden. Es ist doch ganz offensichtlich, dass es sich hierbei um ein Wahlgeschenk handelt. Herr Brauksiepe, da brauchen wir uns nichts vorzumachen.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Was ist denn Ihre Rolle rückwärts?)

Die Senkung dieses Beitragssatzes müsste eigentlich dazu führen, dass auch die Lohnnebenkosten sinken. Das wäre insbesondere wegen der nachlassenden Konjunktur

wichtig. Leider geschieht das aber nicht. Es gibt da ein Problem. Dieses Problem heißt Ulla Schmidt. Sie ist dafür verantwortlich, dass die Beitragssätze in der Krankenversicherung kontinuierlich und entgegen allen vorherigen Versprechungen im Prinzip ständig steigen.

(Dirk Niebel [FDP]: Ypsilanti der Gesundheitspolitik!)

Und dann erklärt die Ministerin noch, das sei alles gar nicht so problematisch, weil die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken würden. Deswegen sei es nicht so schlimm, wenn die Beiträge zur Krankenversicherung steigen würden. Man bleibe insgesamt ja trotzdem unter 40 Prozent. Tatsache ist, dass die positive Entwicklung bei der Arbeitslosenversicherung letztendlich durch die Misswirtschaft der Ministerin im Gesundheitsbereich zunichtegemacht wird.

(Beifall bei der FDP)

Es kommt also letztendlich zu einer Mehrbelastung der Beitragszahler. In der Summe werden die Sozialversicherungsbeiträge zum 1. Januar 2009 auf 40,15 Prozent steigen. Das ist weiß Gott das falsche Signal für die Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen wäre der Spielraum zur Senkung des Beitragssatzes bei der Arbeitslosenversicherung deutlich höher, wenn sich der Bund nicht zunehmend aus den Taschen der Beitragszahler bedienen würde,

(Beifall bei der FDP)

zum Beispiel indem er Lasten des Bundeshaushalts einfach dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit aufbürdet.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist Wegelagerei!)

Der größte Brocken ist der Eingliederungsbeitrag. Hier entzieht der Bund der Bundesagentur ganze 5 Milliarden Euro. Er greift dem Beitragszahler tief in die Tasche. Diese 5 Milliarden Euro entsprechen 0,6 Beitragssatzpunkten. Das heißt, ohne diese Belastung könnte man eine weitere Senkung vornehmen.

(Beifall bei der FDP)

Damit aber nicht genug. Das Vorgehen hat Methode, wie man an aktuellen Ankündigungen der Bundesregierung sieht. Der Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses geht zulasten der Bundesagentur. Die von der Regierung groß angekündigten zusätzlichen 1 000 Job-to-Job-Vermittler gehen zulasten der Bundesagentur. Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes geht zulasten der Bundesagentur.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]:

Worüber würden Sie es denn bezahlen, Frau Winterstein?)

Die Regierung rühmt sich für ihre Wohltaten. Dabei werden sie in Wirklichkeit von den Beitragszahlern bezahlt werden müssen. Das ist Politik zulasten Dritter.

(Beifall bei der FDP)

Ich fasse zusammen: Die Senkung der Beiträge ist richtig. Der Griff des Bundes in die Taschen der Beitragszahler ist es ganz sicher nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Stefan Müller spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dirk Niebel [FDP]: Die junge Generation zur

Generationengerechtigkeit bitte!)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir stellen heute einen ganz wesentlichen Fortschritt bei der FDP fest. Herr Niebel hat mich gebeten, die FDP heute einmal zu loben.

(Dirk Niebel [FDP]: Zu Recht zu loben!)

Ich will dem ausdrücklich nachkommen, Herr Niebel.

Bedauerlicherweise mussten wir in Bayern eine Koalition mit Ihnen eingehen. Verstehen Sie es als vertrauensbildende Maßnahme.

(Lachen bei der FDP - Horst Friedrich [Bayreuth]

[FDP]: Das kostet euch etwas!)

Aber wir erleben hier einen ganz wesentlichen Fortschritt,

(Dirk Niebel [FDP]: Latex und Lederhosen

wären auch möglich gewesen!)

nämlich dass die FDP heute - meines Erachtens zum ersten Mal - begrüßt, dass der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden soll. Das ist wirklich ein Fortschritt.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bisher haben Sie den Beitragssatzsenkungen nicht zugestimmt.

(Dirk Niebel [FDP]: Weil ihr sie mit anderem Mist gekoppelt habt!)

Ich will feststellen, dass Sie heute zum ersten Mal einen Fortschritt zeigen. Das begrüße ich außerordentlich; das finde ich sehr gut.

Frau Winterstein, Sie haben gesagt, die Senkung auf 2,8 Prozent sei viel zu wenig, weil sie nur befristet sei; vieles andere mehr haben Sie kritisiert. Seien Sie beruhigt. Für den Fall, dass wir ab 2009 auch hier im Bund gemeinsam regieren sollten,

(Dirk Niebel [FDP]: Auch bedauerlicherweise, wie Sie gerade sagten?)

bin ich sehr zuversichtlich, dass wir dauerhaft auf 2,8 Prozent senken können, wenn es die finanzielle Lage der Bundesagentur und vor allem auch die Arbeitsmarktlage zulassen.

Die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf 3,3 bzw. 2,8 Prozent fügt sich gewissermaßen nahtlos in die Politik der Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger durch die Große Koalition ein.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So ist das! -

Dirk Niebel [FDP]: 19 Steuererhöhungen in drei Jahren! Deswegen müsst ihr die Koalition mit uns machen!)

Dies machen wir natürlich nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir damit zwei Ziele verbinden. Erstens wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land finanziell entlasten, und zweitens wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass Einstellungshemmnisse abgebaut werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Erstens: finanzielle Entlastungen der Arbeitnehmer.

Ich will Ihnen das, was in den vergangenen Jahren gemacht worden ist, noch einmal in Erinnerung rufen. Am

31. Dezember 2006 lag der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung noch bei 6,5 Prozent. Wir haben ihn

dann zum Jahresanfang 2007 auf 4,2 Prozent und zum

Jahresbeginn 2008 auf 3,3 Prozent gesenkt.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie haben sich denn die Gesundheitskosten entwickelt?)

Mit der Reduzierung auf 2,8 Prozent bewirken wir eine Entlastung der Arbeitnehmerschaft in Deutschland um 13 Milliarden Euro. Das heißt, 13 Milliarden Euro mehr bleiben den Menschen in den Taschen.

(Dirk Niebel [FDP]: Was kosten der Gesundheitsfonds und die Pflegeversicherung?)

Das Problem ist nicht, dass die Löhne in Deutschland generell zu niedrig sind, sondern unser Problem ist, dass die Abzüge zu hoch sind. Wir legen jetzt einen weiteren Baustein dafür, dass die Menschen in unserem Land entlastet werden können;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

also mehr Netto vom Brutto. Alles, was Sie, liebe Freunde von der FDP, bisher theoretisch aufgeschrieben haben, wird von uns in dieser Großen Koalition umgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dirk Niebel)

[FDP]: Demenz! Aber in dem Alter ist das selten!)

Zweitens: Abbau von Einstellungshemmnissen. Dazu ist, glaube ich, schon vieles gesagt worden. Die Senkung der Lohnzusatzkosten plus Lohnverzicht der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren plus eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass mehr Arbeitsplätze in unserem Land haben entstehen können. Dass wir einen Aufschwung am Arbeitsmarkt erreicht haben, hat diese Große Koalition durch die Senkung der Lohnzusatzkosten mit bewirkt. Auch das sollte bei dieser Gelegenheit einmal gesagt werden.

(Dirk Niebel [FDP]: Die sind doch immer noch bei 40 Prozent!)

Nun stellt sich hier im Hause und in der öffentlichen Diskussion - die Linken haben einen entsprechenden Antrag eingereicht - immer wieder die Frage, ob die weitere Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages verantwortbar ist. Ich sage ausdrücklich: Ja, es ist verantwortbar. Die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit lässt es zu. Die BA hat in den vergangenen Jahren Rücklagen in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages angesammelt. Die liquiden Mittel der Bundesagentur belaufen sich auf 13,5 Milliarden Euro. Es ist schon öfter gesagt worden - nicht nur von Ihnen, Herr Niebel -: Die Bundesagentur ist in der Tat keine Sparkasse und keine Vermögensverwaltung, die nur dazu dient, einen zweistelligen Milliardenbetrag irgendwo am Kapitalmarkt anzulegen.

(Dirk Niebel [FDP]: Besser nicht! - Horst

Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Am besten durch die Bayerische Landesbank!)

Deswegen machen wir durch diese Beitragssatzsenkung etwas, das Kernanliegen von CDU/CSU-Politik ist, nämlich den Menschen etwas zurückzugeben, was man ihnen vorher abgenommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin froh, dass wir den Beitragssatz senken können, ohne dass bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gespart werden muss. Frau Möller, Sie erwecken hier einen völlig falschen Eindruck, wenn Sie behaupten, dass

durch die Beitragssatzsenkungen der vergangenen Jahre auch nur ein Euro an der aktiven Arbeitsmarktpolitik gespart worden wäre. Wir haben in den vergangenen Jahren den Beitragssatz gesenkt und den Ansatz für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Haushalt der BA nicht verändert. Ich bitte Sie, das anzuerkennen und nicht ständig Lügen in dieser Republik zu verbreiten. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage: Es ist verantwortbar, weil immer noch genügend finanzielle Möglichkeiten bestehen, um denen zu helfen, die bislang vom Aufschwung am Arbeitsmarkt noch nicht haben profitieren können. Ich weise aber auch ganz ausdrücklich darauf hin: Mit Geld allein ist es nicht getan. Wer glaubt, dass man den Menschen nur mit einem Haufen Geld und vielen Maßnahmen helfen kann, die Integration in den Arbeitsmarkt hinzubekommen, dem muss man leider sagen, dass die Ergebnisse aller Untersuchungen der vergangenen Jahrzehnte genau das Gegenteil belegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es kommt darauf an, dass wir wirksame Instrumente zur Hand haben und dass dafür ausreichend Geld zur Verfügung steht; auch hierzu werden wir einen Beitrag leisten. Es kommt ganz entscheidend darauf an, dass nicht nur Geld zur Verfügung steht, sondern dass die Arbeitsmarktverwaltung auch leistungsfähig ist.

Um dafür zu sorgen, dass die Bundesagentur noch mehr als bisher ein leistungsfähiger Dienstleister am Arbeitsmarkt sein kann, werden wir morgen in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitsmarktinstrumente beraten. Ich würde mich freuen, wenn Sie auch dieses Vorhaben konstruktiv begleiten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Dirk Niebel [FDP]: Das war in Ansätzen gar nicht so schlecht!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Gerald Weiß spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerald Weiß (Groß-Gerau) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als letzter Redner in dieser Debatte möchte ich einige Aspekte unserer Aussprache aufarbeiten. Zunächst will ich Ihnen mitteilen, dass die gemeinnützige Rechengemeinschaft Franz Romer und Gerald Weiß grundsolide und seriös nachgerechnet hat. Herr Niebel, Sie haben in einer „niebelösen“ Äußerung behauptet, wir hätten das Ziel, den Sozialversicherungsbeitragssatz bei unter 40 Prozent zu belassen, nicht erreicht. Als wir nachgerechnet haben, sind wir auf einen Beitragssatz von 39,2 Prozent gekommen.

(Dirk Niebel [FDP]: Zum 1. Januar 2009?)

Nachher werde ich Ihnen dieses wertvolle Dokument überreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dirk Niebel [FDP]: Da haben Sie aber falsch

gerechnet!)

Dann können Sie gerne nachrechnen und das überprüfen.

(Dirk Niebel [FDP]: Die 0,9 Prozent für die Krankenversicherung der Arbeitnehmer haben Sie leider vergessen, Herr Kollege!)

Es blieb einer Weltökonomin, geschult in marxistischem Geist, vorbehalten, einen Zusammenhang zu leugnen, den die internationale Fachwissenschaft festgestellt hat und der im gesamten Spektrum der Lehrmeinung unstrittig ist: dass hohe Lohnnebenkosten die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes belastet haben und dass es eine Investition in Beschäftigung ist, die Lohnnebenkosten sukzessive und wo immer möglich zu senken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Land, das den größten Teil der sozialen Sicherung an den Bruttolohn bzw. an Arbeit bindet, hat in wettbewerblicher Hinsicht ein Problem, insbesondere im Bereich arbeitsintensiver Produktion. Wir haben Herrn Weise, den Chef der Bundesagentur für Arbeit, gefragt, wie er die Wirkung der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitragssatzes von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent, also um mehr als 3 Prozentpunkte - das ist der Schritt, den wir jetzt machen; demnächst senken wir ihn sogar auf 2,8 Prozent -, einschätzt. Er hat uns versichert, dass diese Maßnahme selbstverständlich eine beachtliche und positive Arbeitsplatzwirkung hat. Zwar kann man die Wirkung dieses Schrittes, weil es sich dabei um eine Teilursache handelt, nicht isolieren. Es ist aber unstrittig, dass dadurch mehrere 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Ergebnisse der Untersuchungen der Fachwissenschaft besagen, dass die Reduzierung der Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge um 1 Prozentpunkt mit 100 000 neuen Arbeitsplätzen belohnt wird. Entgegen dem Ratschlag der Weltökonomin Kornelia Möller gehen wir genau diesen Weg konsequent weiter, um in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt möchte ich mit dem Märchen, dass unser Land in prekären Arbeitsverhältnissen versinkt, aufräumen. Frau Möller, lassen wir einmal Zahlen sprechen. Im Bereich der Zeitarbeit gibt es Gutes, Schlechtes, Segensreiches, Probleme und Risiken; all das muss man aufarbeiten, und darüber muss man diskutieren. Aber man sollte nicht sagen, dass uns eine Welle droht, die den Arbeitsmarkt verschlingt, sodass es in Deutschland bald nur noch prekäre Arbeitsverhältnisse gibt. Derzeit gibt es 700 000 prekäre Beschäftigungsverhältnisse, doppelt so viele wie vor vier Jahren; das stimmt. Dem möchte ich eine andere Zahl gegenüberstellen: Insgesamt befinden sich heute 28 Millionen Menschen in Deutschland in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da können Sie doch nicht sagen, dass das prägende Merkmal dieser Volkswirtschaft die Zeitarbeit oder die prekäre Arbeit ist.

Sie haben Recht, dass das anders angefangen hat. Am Anfang gab es den Aufschwung vor allem im Bereich

der Zeitarbeit. In der Gesamtbilanz ist aber mittlerweile festzustellen, dass mehr als die Hälfte der zugewachsenen Arbeitsplätze Vollzeitstellen und sozialversicherungspflichtig sind. Es existiert also nicht dieses düstere Bild, das Sie hier an die Wand malen.

Dieses düstere Bild stimmt übrigens auch nicht mit Blick auf die Ressourcen, die wir jetzt weggeben und die man dann für die Arbeitsmarktpolitik nicht mehr zur Verfügung hat. Weil es mir wirklich darum geht, dass wir dieser Geschichtsklitterung der Linken entgegentreten, stelle ich fest, dass keine einzige arbeitsmarktpolitische Maßnahme nicht stattgefunden hat, weil das Geld gefehlt hat - keine einzige. Das ist auch kein Wunder; denn die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel ist ja gleich geblieben, obwohl wir den Arbeitslosenversicherungsbeitrag so stark gesenkt und damit für eine Gesamtentlastung von 30 Milliarden Euro gesorgt haben.

Für Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB III - ich sage jetzt einmal vergrößernd: Das ist die klassische Kurzzeitarbeitslosigkeit - haben wir, obwohl die Zahl der Arbeitslosen um Millionen signifikant zurückgegangen ist, sowohl in 2006 als auch in 2007 und 2008 jeweils 3,3 Milliarden Euro an Mitteln zur Verfügung gestellt. Das ist also trotz dieser starken Rückgabe zu viel bezahlter Beiträge gleich geblieben. Zur Arbeitslosigkeit gemäß SGB II, also grob gesagt zur Langzeitarbeitslosigkeit, vulgo Hartz IV: Die Eingliederungshilfen bzw. -leistungen betragen 2006 4,7 Milliarden Euro, 2007 4,8 Milliarden Euro und 2008 4,8 Milliarden Euro.

Ich wage die Prognose: Auch im kommenden Jahr wird keine einzige sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahme unterbleiben müssen, weil das Geld fehlt. Bauen Sie hier doch keinen Popanz auf und folgen Sie dem Weg, den wir Ihnen aufzeigen! Es ist der Weg der Vernunft und hin zu mehr Beschäftigung in Deutschland. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)  
Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Damit schließe ich die Aussprache.

Es ist verabredet, die Vorlagen auf den Drucksachen 16/10806 und 16/10618 an die Ausschüsse zu überweisen, die in der Tagesordnung vorgeschlagen sind. - Damit sind Sie einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16187 >

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 auf:  
Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Zeil, Rainer Brüderle, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Mittelstandsförderung sichern - ERP-Vermögen aus der KfW Bankengruppe herauslösen  
- Drucksache 16/8928 -  
Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)  
Finanzausschuss  
Haushaltsausschuss

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die Reden zu Protokoll genommen. Es handelt sich um folgende Kolleginnen und Kollegen: Dr. Hans Michelbach, CDU/CSU, Garrelt Duin, SPD, Frank Schäffler, FDP, Dr. Herbert Schui, Die Linke, Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Niemand kann bestreiten, dass die KfW einige nicht akzeptable Managerfehler zu verkräften hat und ein starker Gewinneinbruch zu erwarten ist. Ich kann Ihnen versichern, dass ich über die Geschäftsvorgänge der KfW aus Sorge um das ERP-Sondervermögen nicht glücklich bin. Ich kann Ihnen aus meiner Unternehmerpraxis jedoch auch sagen, dass man für das Krisenmanagement Ruhe und Besonnenheit haben sollte. Dies sollten wir beherzigen, wollen wir insgesamt den Instituten nicht weiter Schaden zufügen. Wir sollten eine klare Analyse treffen und zukunftsgerechte Lösungen schaffen.

Welcher Sachstand ist uns bekannt? Erstens. Am 15. September 2008 hat die KfW rund 300 Millionen Euro an die bereits insolvente US-Investmentbank Lehman Brothers überwiesen. Die Summe war Bestandteil mehrerer vereinbarter Termingeschäfte.

Zweitens. Die bislang letzte Hiobsbotschaft ereilte uns am 6. November: Die KfW-Bankengruppe hat rund 288 Millionen Euro bei mehreren Banken in Island angelegt. Dabei ist ein Engagement bei der Kaupthing Bank. Hier dürfte eine Rückerstattung wohl mehr als kompliziert werden und fraglich sein.

Mein Ziel als Vorsitzender des Unterausschusses „ERP-Wirtschaftspläne“ ist es, die Substanz und Förderkraft des ERP-Sondervermögens in voller Höhe zu erhalten. Trotz allem Vorgenannten halte ich jetzt eine Rolle rückwärts für den falschen Weg, das ERP-Sondervermögen wieder aus der KfW herauszulösen. Das würde in der Finanzmarktkrise die Probleme verschärfen. Unser Ziel, die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand konkret und gerade jetzt zu verbessern, muss Priorität haben. Denn nach wie vor haben vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch Unternehmerpersönlichkeiten, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, ein zu geringes Eigenkapitalpolster oder Probleme bei der Fremdfinanzierung. Unser Mittelstand darf jetzt nicht durch unbesonnenes Handeln in die Kreditklemme kommen. Der Innovations- und Mittelstandsförderung kommt nach wie vor große Bedeutung zu. Dazu werden Finanzierungen dringlich benötigt. Wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern gerade auch über Gründungen von Unternehmen spreche, dann sagen sie mir: Das zentrale Problem ist die Finanzierung.

Der Unterausschuss „ERP-Wirtschaftspläne“ hat sich in der letzten Zeit natürlich gerade aufgrund der Geschäftsvorgänge in der KfW und der allgemeinen Finanzkrise ausführlich mit der Frage befasst, welche Auswirkungen die Vorgänge auf den Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens und die Förderfähigkeit haben werden.

In der letzten Sitzung des Unterausschusses „ERP-Wirtschaftspläne“ am 14. Oktober 2008 haben alle Vertreter, sowohl die der KfW, die des BMF als auch die des BMWi, betont, dass das ERP-Vermögen in seiner Substanz und in



seiner Förderfähigkeit voll erhalten bleibt und die vereinbarte faire Lastenverteilung eingehalten wird. Das BMWi hat in der Sitzung ausgeführt, dass der Bund aus seinen Sondergewinnrücklagen zeitnah in 2008 einen temporären Ausgleich in Höhe von 300 Millionen Euro zugunsten des Sonderrücklagenkontos des ERP-Sondervermögens zur Verfügung stellt. Der Betrag dient als Abschlagszahlung und soll ein erstes Signal sein, dass man zu den Vereinbarungen steht.

Sobald das ERP-Sondervermögen in einem Bilanzjahr wieder Erträge erzielt, die den vereinbarten Benchmark zuzüglich Inflationsausgleich gewährleistet, wird man den den Benchmark übersteigenden Ertrag aus dem für das ERP-Sondervermögen geführten Sondergewinnrücklagenkonto auf das für den Bund geführte Sonderrücklagenkonto zurückbuchen. Die Rückbuchungen erfolgen so lange, bis eine vollständige Kompensation des vom Bund geleisteten Umbuchungsbetrages erreicht ist. Dabei handelt es sich um eine Vorsorgemaßnahme, damit man die ERP-Förderung ungeschmälert fortführen kann.

Die Höhe des wahrscheinlichen Verlusts für die KfW ist eine Frage, die sich in Zukunft stellen wird. Entscheidend ist, dass man für die Gegenwart ein klares Signal geschaffen hat, nämlich belastbare Verhältnisse. Das BMF

1) Anlage 15 hat seine Zusage, die Förderfähigkeit des ERP-Sondervermögens sicherzustellen, eingehalten. Das findet auch Ausdruck im Wirtschaftsplan, der dem Ausschuss zur Beratung vorliegt.

Man kann sicher erwarten, dass die Geschäftsbilanz der KfW in diesem Jahr und unter Umständen auch im nächsten Jahr negativ ausfallen wird. Aber die 300 Millionen Euro des BMF sind geeignet, die Förderfähigkeit sicherzustellen. In der Frage der Verzinsung haben sich BMWi und BMF allerdings noch nicht verständigt. Diese Vereinbarung muss jetzt dringlich erfolgen. Für weitere Verzögerungen gibt es kein Verständnis. Es braucht Vertrauen. Die KfW stellt 460 Millionen Euro unabhängig vom Jahresergebnis bereit. Das stärkt das Vertrauen, dass man die Festlegungen für die Erhaltung des ERP-Sondervermögens einhalten wird.

Der Bundesrechnungshof überprüft die jeweilige Entwicklung und wird den Sachverhalt im Auge behalten.

Der Bundesrechnungshof ist vom Unterausschuss „ERP-Wirtschaftspläne“ mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt worden. Gegenstand des Berichts des Bundesrechnungshofs sollen mögliche Risiken für die ERP-Wirtschaftsförderung und den Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens sein.

Ich kann Ihnen heute versichern, dass ich mich weiter dafür einsetzen werde, dass dem Mittelstand weiterhin so viel Förderung wie möglich zugute kommt. Denn eines weiß ich als Unternehmer nur zu gut: Die Gründung und der Erhalt eines Unternehmens und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen und fallen mit der Finanzierung.

Garrelt Duin (SPD):

Angefangen vom Wiederaufbau über die Unterstützung exportintensiver Industrien und Investitionen sowie den Umweltschutz bis hin zu Beteiligungskapital für technische Innovationen – die Geschichte der ERP-Förderung liest sich wie die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandortes

Deutschland. Anhand dieser Entwicklung wird ganz klar, welche Bedeutung das ERP-Vermögen für zahlreiche Wirtschaftsunternehmen, aber auch für die wirtschaftliche Position Deutschlands weltweit hat. Wir haben das ERP-Sondervermögen im vergangenen Jahr in die Obhut der KfW-Bankengruppe übertragen. Mit der KfW wurde ein im Bereich Mittelstandsförderung kompetenter Partner mit ins Boot genommen. Durch diese Zusammenarbeit haben wir Effizienzsteigerung und Bürokratieabbau erreicht. Es war trotz der jetzigen Probleme eine richtige Entscheidung. Man darf Managementfehler - die ich an dieser Stelle sicherlich nicht schönreden will - nicht mit grundsätzlicher Inkompetenz seitens der KfW gleichsetzen. Die Herausnahme des ERP-Vermögens aus der KfW, wie sie im FDP-Antrag gefordert wird, wäre die endgültige Bankrotterklärung für die KfW. Das kann und darf nicht unser Ziel sein. Die Auswirkungen des Verkaufs der IKB-Bank an den US-Finanzinvestor Lone Star und der Vorgänge um die insolvente Investmentbank Lehman Brothers führen dazu, dass die KfW im Geschäftsjahr 2008 einen Verlust ausweisen wird. Dies hat auch Auswirkungen auf das ERP-Vermögen. Um das ERP-Vermögen effektiv für die Wirtschaft zu nutzen, werden für das Fördergeschäft 300 Millionen Euro, für den Substanzerhalt 290 Millionen plus Inflationsausgleich benötigt. 459 Millionen Euro der 590 Millionen Euro sind dabei völlig unabhängig von der Bilanzierung und der Gewinnentwicklung der KfW. Die restlichen 130 Millionen können mangels Gewinn der KfW nicht bereitgestellt werden. Das Bundesfinanzministerium hat vor, eine Umbuchung in Höhe von 300 Millionen Euro zugunsten des ERP-Vermögens vorzunehmen, um dessen Fördervolumen „ungeschmälert“ sicherzustellen. Dabei handelt es sich um ein Darlehen, das zurückgebucht werden soll, sobald das ERP-Vermögen wieder Erträge erzielt. Aus Sicht der KfW wäre diese Situation auch eingetreten, wenn es im vergangenen Jahr die Neuordnung des ERP-Vermögens nicht gegeben hätte. Der KfW-Sprecher sagte, er gehe davon aus, dass die Gesamtförderfähigkeit auf dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre beibehalten werden könne. Der Bundesrechnungshof teilte mit, dass die Förderfähigkeit des ERP-Vermögens mit fester Verzinsung sichergestellt sei, in der Frage des Substanzerhalts jedoch 130 Millionen Euro fehlten. Dass nun 300 Millionen Euro bereitgestellt würden, stelle noch keine „Substanzstärkung“ dar, sondern sei lediglich ein Liquiditätszufluss. Die Alternative zu dem Darlehen sei eine „tatsächliche Kapitalübertragung“ zum Ausgleich von Substanzverlusten. Wir müssen an dieser Stelle überlegen, ob es nicht ein sinnvollerer Weg wäre, das Kapital an das ERP-Sondervermögen zu übertragen und es dort auch zu belassen. Der Vorstandsvorsitzende der KfW Bankengruppe Dr. Ulrich Schröder erklärte:  
Die KfW hat trotz der weiter verschlechterten Lage an den Kapitalmärkten und der verstärkten konjunkturellen Abschwächung ihre Förderaktivitäten auf hohem Niveau weitergeführt. Wir werden auch weiterhin als wichtiger Finanzierungspartner bereitstehen

und gerade im Rahmen der Finanzkrise unseren Aufgaben als größte deutsche Förderbank nachkommen. So wollen wir mithelfen, möglichen negativen Auswirkungen zum Beispiel bei der Kreditvergabe entgegenzuwirken.

Und genau das ist es, was wir in der Zeit unsicherer Finanzmärkte brauchen: eine verlässliche Zusammenarbeit und eine breite Förderung. Denn unser vorrangiges Ziel ist und bleibt es, die Investitionsfähigkeit mittelständischer Unternehmen langfristig zu sichern und die Gründung neuer Unternehmen zu unterstützen. Das Fördervolumen und die Förderintensität des ERP bleiben dabei bestehen. Das in der KfW angelegte Sondervermögen bleibt ausdrücklich weiterhin der Wirtschaftsförderung erhalten. Wir wollen mit der Wirtschaftsförderung weiterhin zukunftsorientierte Akzente setzen. Unsere Politik setzt eindeutige Zeichen für nachhaltige Belebung und Stützung der wirtschaftlichen Dynamik im Mittelstand. Die ERP-Förderung von Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen stärkt den Standort Deutschland und damit die Position im Rahmen des europäischen und des globalen Standortwettbewerbs. Nicht zuletzt stellt sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme dar. Denn neue Betriebe und die Ausweitung mittelständischer Unternehmen wirken sich positiv und nachhaltig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Finanzierung von betrieblichen Umweltprojekten und neuen Energiequellen leistet einen wichtigen Beitrag für unsere ökologischen Zielsetzungen. Gerade in strukturschwachen Regionen ist das ERP ein wichtiges Fördermittel, besonders für die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Diese Ziele haben wir mit dem vereinbarten Konjunkturpaket nachdrücklich unterstrichen. Hier haben wir die Mittel für die KfW ausgeweitet. Um die Kreditversorgung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstands auch bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wird bei der KfW zeitlich befristet bis Ende 2009 ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mit einem Volumen von bis zu 15 Milliarden Euro geschaffen, mit dem das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt wird. In diesem Zusammenhang sind auch Haftungsübernahmen durch die KfW von bis zu 80 Prozent und eine Abdeckung des Bankenrisikos der KfW vorgesehen, die durch eine entsprechende Bundesgarantie unterlegt werden. Die EUKommission wird in das Vorhaben eingebunden.

Das ist doch genau das, was wir mit unserer Politik erreichen wollen: Wir wollen den Mittelstand stärken und die Menschen in Deutschland am Aufschwung teilhaben lassen.

Frank Schäffler (FDP):

Wenn es unseren Antrag noch nicht geben würde, dann müsste man ihn jetzt einbringen, denn er war niemals aktueller und dringlicher als zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Warum? Weil Substanz und Förderkraft des ERP-Sondervermögens aufgrund der negativen Geschäftsbilanz der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in diesem und aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren akut gefährdet sind.

Rekapitulieren wir noch einmal: Seit der Neuordnung des ERP-Sondervermögens im Juli 2007 wird die Wirtschaftsförderung nicht mehr durch Darlehen, sondern aus den Erträgen des Sondervermögens finanziert. Für die Mittelstandsförderung wurde eine jährliche Zielgröße von 300 Millionen Euro angesetzt, für den Substanzerhalt jährliche (Zins-)Erträge von 290 Millionen Euro als notwendig berechnet. Um das vorgesehene Fördervolumen zu sichern, ist der Bund jetzt allerdings gezwungen, dem ERP-Sondervermögen ein Darlehen in Höhe von 300 Millionen Euro zu gewähren; denn es gibt 2008 eine Unterdeckung von 130 Millionen Euro. Im nächsten Jahr ist Ähnliches zu erwarten. Für diesen Kredit wird das ERP-Sondervermögen Zinsen in noch unbekannter Höhe zahlen müssen, die zusätzlich an seiner Substanz zehren werden. Dass die Situation brenzlich ist, spiegelt sich auch im ERP-Wirtschaftsplan 2009 wider, in dem die Bundesregierung sich bewusst nebulös bzw. gar nicht zu den in künftigen Jahren entstehenden Risiken und Belastungen des ERP-Sondervermögens äußert, was auch der Bundesrechnungshof in einer Stellungnahme ausdrücklich anmerkt und kritisiert. Der Bund war davon ausgegangen, dass die KfW die entsprechenden Beträge für das ERP-Sondervermögen erwirtschaften könne, ein Traum, der aufgrund der Finanzkrise und vor allem wegen des Engagements der KfW bei der Krisenbank IKB wie eine Seifenblase geplatzt ist.

Eine Bedingung für die im Juli 2007 in Kraft getretene Neuordnung des ERP-Sondervermögens war, dass sich seine Substanz und Förderkraft nicht verschlechtern dürfen. Genau dies ist aber eingetreten. Das widerspricht eindeutig dem ERP-Gesetz und ist nicht hinnehmbar. Die FDP-Bundestagsfraktion hat eine solche Entwicklung von Anfang an befürchtet. Deshalb haben wir die Neuordnung des ERP-Sondervermögens immer entschieden abgelehnt. Wir haben kritisiert, dass ohne ersichtlichen Mehrwert mit einer 53 Jahre alten bewährten Praxis gebrochen und die Mittelstandsgelder aus der Verfügungsgewalt des Bundeswirtschaftsministeriums gelöst und dem KfW-Vorstand unterstellt wurden. Aus unserer Sicht bestand der wichtigste Grund dafür darin, dass das Bundesfinanzministerium seinen Einflussbereich ausweiten und über seine „Hausbank“ KfW die Mittelstandsförderung stärker an sich binden wollte.

Auch erlaubte es dieser Coup dem Finanzministerium, die Herauslösung von 2 Milliarden Euro aus dem ERP-Sondervermögen und deren Einstellung in den Haushalt relativ geräuschlos über die Bühne zu bringen. Ein beispielloser Vorgang, der deutlich machte, dass die Bundesregierung keine Hemmungen hat, den bislang immer rigide gehüteten Bestand des ERP-Sondervermögens als Steinbruch zu benutzen, um ihre Haushaltslöcher zu stopfen. Nun muss der Mittelstand die Suppe auslöffeln, die die Bundesregierung ihm ohne Not versalzen hat. Zwar war das Bundesfinanzministerium sehr eifrig, als es darum ging, dem Bundeswirtschaftsministerium die Oberhoheit über das ERP-Sondervermögen zu entwenden, aber jetzt, wo es gilt, die entstandenen Finanzlöcher zu stopfen, hält sich das Ministerium äußerst bedeckt. Da ist bestenfalls

ein Kredit drin, für den wahrscheinlich auch noch saftige Zinsen anfallen. Wie das ERP-Sondervermögen diese Schulden angesichts der eklatanten Ertragsschwäche der KfW wieder loswerden soll, das interessiert Herrn Steinbrück offenbar weit weniger. Wir erwarten vom Finanzminister, dass er nicht wortbrüchig wird und eine Zerschlagung des ERP-Vermögens verhindert. Dazu wird er notfalls auch Kapital an das Sondervermögen übertragen müssen.

Wir unterstreichen noch einmal, was wir in unserem Antrag gefordert haben: dass die Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung, die sich bereits nach kurzer Zeit erkennbar nicht bewährt hat, wieder rückgängig gemacht wird.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Das ERP-Sondervermögen erfüllt eine wichtige Funktion. Es ermöglicht die Ausgabe von zinsgünstigen Krediten an kleine Unternehmen. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr dieses Sondervermögen des Bundes auf die KfW übertragen mit dem Argument, dass es dort besonders gut angelegt sei.

Die Operation war mit großen Vorteilen für den Bundeshaushalt verbunden. Da lag die Vermutung nahe, dass den Vorteilen für den Bundeshaushalt entsprechende Nachteile für das Sondervermögen gegenüberstehen würden. Schließlich ist nicht zu erwarten, dass sich durch das Umsortieren von Vermögenswerten das Gesamtvermögen steigern lässt.

Und so kam es dann auch. Die Bewertung des Forderungsvermögens wurde, wie der Bundesrechnungshof feststellte, „politischen Zielsetzungen unterworfen“. Das Bundesfinanzministerium hob stille Reserven in der Bilanz des Sondervermögens und eignete sie sich an, laut Rechnungshof in Höhe von 373 Millionen Euro. Im Zuge der Auflösung von Rückstellungen übernahm der Bund tatsächliche Risiken in Höhe von 437 Millionen Euro und bekam zum Ausgleich 1 Milliarde Euro in bar aus dem ERP-Vermögen. Die Lasten aus der gebündelten Übertragung von Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Bund sollten, so war vereinbart, fair geteilt werden. Tatsächlich trägt das Sondervermögen mit 976 Millionen Euro deutlich mehr als der Bund.

Die Bundesregierung sagte dennoch verbindlich zu, dass die Substanz des Sondervermögens und seine Förderleistungen erhalten bleiben sollen. Ausgerechnet die Anlage in der KfW sollte die notwendigen Erträge sichern. Daraus wird nun nichts, nachdem die Bundesregierung der KfW erst die Verluste der IKB zugeschoben hat und sie dann dazu bewegt hat, ihre Anteile an der sanierten IKB an einen Finanzinvestor praktisch zu verschenken. Die KfW macht bis auf Weiteres Verlust. Also fehlen dem ERP-Sondervermögen jährlich 130 Millionen Euro. Das Bundesfinanzministerium möchte nun mit einem Kredit über 300 Millionen Euro aushelfen, den das Sondervermögen zurückzahlen soll, wenn die KfW-Anteile einmal mehr Ertrag abwerfen als erwartet. Worauf das hinausläuft, ist völlig klar: Die Verbindlichkeiten des Sondervermögens gegenüber dem Bund werden wachsen, bis die Förderleistung zurückgefahren wird. Da trifft es sich gut, dass dies für die nächsten Jahre ohnehin geplant

ist: Nach 300 Millionen Euro Förderleistung im Jahr 2009 soll sie auf 228 Millionen im Jahr 2010 sinken. Es ist genau das eingetreten, was wir befürchtet haben. Wer das ERP-Sondervermögen als Mittel der Wirtschaftspolitik erhalten wollte, konnte der Übertragung auf die KfW nicht zustimmen. Er muss nach den vorliegenden Zahlen dafür sein, die Übertragung rückgängig zu machen. Die Kosten für die komplizierten Finanztransaktionen, die dafür notwendig waren, lassen sich dadurch allerdings nicht wieder hereinholen.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Bundesfinanzministerium hat ganze Arbeit geleistet. Zuerst hat es große Teile des ERP-Sondervermögens gegen den Widerstand des Parlaments in die KfW gedrückt. Nur wenige Wochen nachdem das Geld bei der KfW auf den Konten einging, hat es dann die KfW dazu bemüht, den Hauptteil der IKB-Lasten zu übernehmen. Damit hat das BMF gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Vordergründig hat das BMF selbst Geld gespart, da ja die KfW statt des Bundes einsprang. Vor allem aber hat das BMF mit dieser Aktion so gut es ging das eigene Versagen in der IKB-Aufsicht übertüncht. Zuständig für die mangelnde Aufsicht war der damalige BMF-Abteilungsleiter Asmussen. Zum Dank für sein Versagen wurde er mittlerweile zum Staatssekretär befördert. Doch zurück zum ERP-Sondervermögen. Dieses hatte das Pech, dass es mittlerweile den größten Teil seines Vermögens in die KfW investiert hatte. Folglich muss es auch einen großen Teil der Verluste tragen. Der Schaden für das ERP-Sondervermögen dürfte zwischen 4 und 4,5 Milliarden Euro betragen. Die Bundesregierung und die KfW tun alles, um diesen Substanzverlust zu übertünchen. Dass dies immer schwerer fällt, zeigen die jüngsten Berichte des Bundesrechnungshofes. Die Berichte zeigen auf, dass die Substanz des ERP-Sondervermögens infrage gestellt ist und dass in den nächsten Jahren ein Rückgang der Förderung zu befürchten ist. Die Tragik für den Mittelstand liegt darin, dass genau dann, wenn die KfW und das ERP-Sondervermögen besonders gebraucht werden, diese staatlichen Geldgeber ausgedörrt sind. Jetzt, zu Beginn der Wirtschaftskrise, sind die wichtigsten Finanzierungsinstrumente weitgehend lahmgelegt. Die Politik des Bundesfinanzministeriums verursacht große Schäden im deutschen Mittelstand, der gerade jetzt auf eine finanzkräftige KfW und ein finanzkräftiges ERP-Sondervermögen angewiesen wäre.

Hätten die verantwortlichen Akteure im Bundesfinanzministerium Charakter, würden sie die Verantwortung für den Schaden übernehmen, den sie zu verantworten haben. Aber gerade das wollen sie nicht. Es kommt sogar noch schlimmer: Um von den Fehlern und den Schäden abzulenken, hat das BMF zwar vor einem Dreivierteljahr zugesagt, dass die Schäden, die das ERP-Sondervermögen aus den IKB-Verlusten erleidet, ausgeglichen werden sollen. Selbstverständlich hat man im BMF aber keine Sekunde daran gedacht, dieses Versprechen zu halten. Bis heute liegt dazu noch keine Einigung in der Bundesregierung vor. Es gibt keinen Grund für das Bundeswirtschaftsministerium, dem BMF bei dessen Wortbruch

auch noch Hilfestellung zu geben. Das BMF will doch tatsächlich für den Verlustausgleich nur einen Kredit zur Verfügung stellen, den das ERP-Sondervermögen danach brav verzinst zurückzahlen darf. Alle reden im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise von einer Vertrauenskrise, und der Bundesfinanzminister weigert sich, sein Wort zu halten, das er auch gegenüber dem Parlament gegeben hat.

Als Folge des Wortbruchs sind wir in der absurden Situation, dass die Unternehmen des Mittelstandes mit verschlechterten Kreditkonditionen und Kreditzugängen einen Großteil der Last der IKB-Verluste tragen müssen.

Dies wurde bis heute von keinem politischen Gremium so beschlossen. Aber das sind die Fakten, auch wenn das Zu Protokoll gegebene Reden

Bundesfinanzministerium sehr darum bemüht ist, die Tatsachen unter den Tisch zu kehren.

Was muss getan werden? Hier muss das Verursacherprinzip gelten. Die verursachten Schäden sind durch das Bundesfinanzministerium zu tragen. Das heißt: Zum einen muss die verloren gegangene Vermögenssubstanz in Höhe von mindestens 4 Milliarden Euro vom Bundesfinanzministerium an das ERP-Sondervermögen übertragen werden. Ein Teil dieser Mittel kann von BMF-Beteiligungen an der KfW auf das ERP-Sondervermögen übertragen werden.

Darüber hinaus muss das BMF im Rahmen des ERPGesetzes gesetzlich dazu verpflichtet werden, einen Ausgleich für die Mittel zu leisten, die jährlich weniger zur Verfügung stehen, als dies in der Benchmark, inklusive Inflationsausgleich, vorgesehen war. Nur so kann die Substanz und die Förderung erhalten bleiben. Die Bundesregierung will Hunderte Milliarden für die Finanzmärkte zur Verfügung stellen. Die Stärkung des ERP-Sondervermögens und der KfW hat sie in all der Eile übersehen. Dies muss jetzt korrigiert werden.

Das ERP-Sondervermögen wieder aus der KfW herauszulösen, ist zwar im Grundsatz richtig, würde aber angesichts der veränderten Verhältnisse die KfW quasi pleite machen, was auch nicht im Sinne der Mittelstandsförderung sein kann. Die Herauslösung des ERP-Sondervermögens aus der KfW hätte eine drastische Verringerung des Eigenkapitals der KfW zur Folge. Wie die KfW im Falle der ERP-Herauslösung handlungsfähig gehalten werden kann, sagt uns der FDP-Antrag leider nicht. Für die Mittelstandsförderung brauchen wir aber sowohl ein starkes ERP-Sondervermögen als auch eine handlungsfähige KfW. Darauf hat die FDP in ihrem Antrag keine Antwort gegeben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/8928 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

- Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16188 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle herzlich zu unserer Haushaltswoche. Wir treten nachher in die abschließenden Beratungen und Entscheidungen über den Bundeshaushalt 2009 ein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich den Kollegen Hartwig Fischer und Dr. Christoph Bergner zu ihrem 60. Geburtstag gratulieren, den sie vor einigen Tagen begangen haben. Aus eigener jüngerer Erfahrung weiß ich, dass es schlimmere Schicksale im Leben gibt, als 60 Jahre alt zu werden. Alle guten Wünsche für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

(Beifall - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Wer gratuliert eigentlich dem Präsidenten? -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wer gratuliert

Ihnen? - Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir gratulieren dem Präsidenten!)

- Ich nehme das mit Dank und Respekt zur Kenntnis.

Am 31. Dezember enden turnusgemäß die Amtszeit des Kollegen Jürgen Koppelin und die Amtszeit des Kollegen Oskar Lafontaine. Bevor sich jetzt Panik breitmacht: Gemeint ist nicht die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, sondern die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

(Zurufe von der SPD und der FDP: Oh! Ah!)

Für die FDP-Fraktion soll erneut der Kollege Jürgen Koppelin bestellt werden. Sind Sie damit einverstanden?

-

(Beifall bei der FDP)

Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist der Kollege Koppelin gewählt.

Die Fraktion Die Linke schlägt als neues Mitglied die Kollegin Dr. Gesine Löttsch vor. Sind Sie auch damit einverstanden? -

(Beifall bei der LINKEN - Thomas Oppermann

[SPD]: Der Oskar hat wohl kalte Füße bekommen!

- Weitere Zurufe von der SPD)

Dazu gibt es zwar Zwischenrufe, aber keinen erkennbaren Widerspruch. Dann ist auch die Kollegin Löttsch in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewählt.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD haben fristgerecht beantragt, die im Ältestenrat erörterte und unter Vorbehalt gestellte Tagesordnung durch das Plenum feststellen zu lassen, da eine Vereinbarung über die Tagesordnung im Sinne des § 20 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht zu erreichen war. Zur Änderung der Tagesordnung liegen fristgerechte Anträge der Fraktionen der FDP, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen vor.

Dazu gibt es nun eine kurze Geschäftsordnungsdebatte.

Ich erteile zunächst das Wort dem Kollegen Koppelin.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltswoche im Bundestag ist immer eine besondere Woche. Es geht schließlich um das wichtigste Recht des Parlaments, das Budgetrecht. Mit der Haushaltswoche nimmt das Parlament Einfluss auf Ein- und Ausgaben und damit auf die Grundzüge der Politik. Die intensiven



Debatten spiegeln die Beratungen in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss wider.

Gerade dann, wenn die Zeiten schwieriger werden, haben die Bürgerinnen und Bürger Anspruch darauf, dass hier im Bundestag zeitlich ausreichend debattiert wird, um unterschiedliche Argumente von Regierungs- und Oppositionsfraktionen zu hören. Wir brauchen Zeit, um uns austauschen zu können.

Damit genügend Debattenzeiten für die Regierung, die Regierungsfaktionen und die Opposition zur Verfügung stehen, verzichtet das Parlament sogar auf die sonst üblichen Tagesordnungspunkte einer Sitzungswoche: auf die Befragung der Bundesregierung, auf die Fragestunde und auch auf Aktuelle Stunden. Die völlig unmöglichen Äußerungen des Bundesinnenministers, Wolfgang Schäuble, zu möglichen neuen Abstimmungsregelungen im Bundesrat wären den Freien Demokraten in dieser Woche sicherlich eine Aktuelle Stunde wert gewesen. (Beifall bei der FDP)

Es ist jedoch Haushaltswoche. Also nehmen wir als Oppositionsfraktion Rücksicht auf das Königsrecht des Parlaments, über den Bundeshaushalt 2009 ausführlich zu diskutieren, und haben keine Aktuelle Stunde beantragt. Nicht so die Koalition, nicht so die Regierungsseite: Sie nehmen keine Rücksicht auf das Parlament. Sie wollen die Redezeiten für die meisten Einzeletats kürzen, um über einen Gesetzentwurf der CDU/CSU und der SPD sowie zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zu beraten, darunter auch den Gesetzentwurf über die Erbschaftsteuer. Es hat immer interfraktionelle Vereinbarungen gegeben, keine weiteren Themen in der Haushaltswoche auf die Tagesordnung zu setzen. Sie brechen jetzt diese Vereinbarung.

Nun wird die Koalition sagen: Das Gesetz über die Erbschaftsteuer muss ja bis Ende des Jahres beschlossen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Sie haben über ein Jahr Zeit gehabt, diesen Gesetzentwurf hier zu beraten und zu verabschieden.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Ihr Streit in der Koalition über das Gesetz hat dazu geführt, dass Sie den Gesetzentwurf nun in letzter Minute vorlegen; in den Fachausschüssen ist er nicht einmal zu Ende beraten worden.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Jetzt soll in der Haushaltswoche die Beratung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das ist eine Missachtung der intensiven Haushaltsberatungen in den Ausschüssen. Das ist auch eine Missachtung der Haushaltspolitik aller Fraktionen, die der Öffentlichkeit hier die Ergebnisse ihrer Beratungen in den Ausschüssen ausführlich vortragen wollen.

Um die Aufsetzung der Debatte über Ihre Gesetzentwürfe in dieser Woche durchzusetzen, reduzieren Sie einfach die Debattenzeiten bei wichtigen Etats. Finden Sie es wirklich in Ordnung, dass große Etats wie die der Ministerien für Arbeit und Soziales, der Verteidigung und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Umweltetat, der Etat des Ministeriums für Bildung und Forschung, der wichtige Innenetat und der Etat des Verkehrsministers jeweils nur in 75 Minuten abgehandelt

werden sollen? Wir finden das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Ein anderer Bereich: Wir würden auch gern mit der neuen Landwirtschaftsministerin über die Verhandlungsergebnisse von Brüssel intensiv diskutieren. Sie geben uns nicht die Möglichkeit dazu.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Doch!)

Komisch ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, dass Sie in zwei Bereichen nicht kürzen. Da wollen Sie bewusst, dass Ihre Leute lange Redezeiten haben. Dies betrifft den Bereich der Kanzlerin und erstaunlicherweise auch den Bereich des Kanzlerkandidaten der SPD. Da kürzen Sie nicht. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Beifall bei der FDP - Thomas Oppermann

[SPD]: Da wollen Sie doch auch am meisten reden, oder?)

Wir sind der Auffassung, es wäre in diesen schwierigen Zeiten richtig gewesen, die Redezeiten über diesen schwierigen Etat sogar zu verlängern und noch intensiver zu diskutieren. Das hätten wir für angemessen gehalten. Nein, Sie reduzieren die Redezeiten. Damit reduzieren Sie vor allem die Redezeiten der Oppositionsfraktionen, die sowieso schon wesentlich weniger Redezeiten haben als Sie. Sie beschneiden unser Recht als Opposition. Opposition gehört zu einer lebendigen Demokratie. Ohne Rücksicht wollen Sie jetzt Ihre Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung setzen und unsere Redezeiten kürzen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Unsere Redezeiten verkürzen sich doch auch dadurch!)

Aufgrund der Schwerfälligkeit der Großen Koalition und ihrer Unfähigkeit, zügig zu Ergebnissen zu kommen, manipulieren Sie jetzt die Tagesordnung dieser Woche. Dafür werden Sie unsere Zustimmung nicht bekommen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Norbert Röttgen für die CDU/CSU-Fraktion.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin gespannt, was das mit sozialer Marktwirtschaft zu tun hat!)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Koppelin, in der Sache haben Sie beantragt, dass sich der Deutsche Bundestag in der Lage, in der unser Land ist, nicht mit den politischen Maßnahmen, die der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage dienen, beschäftigen soll.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die Erbschaftsteuer dient der Stabilisierung?)

Glauben Sie, dass die Bürger Verständnis dafür haben, dass sich der Bundestag, ihre Volksvertretung, nicht mit der Wirtschaftslage beschäftigt? Ich glaube, dafür hat kein Mensch Verständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die Erbschaftsteuer als Konjunkturpaket!)

Die Politik steht vielmehr in der Verantwortung. Wir nehmen sie durch Beratung und Entscheidung wahr. Das

wird diese Woche geschehen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Mit der Erbschaftsteuer!)

- Ja, Sie dürfen gegen alles sein. Das ist Ihr gutes Recht.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wir sind nicht gegen alles! Wir sind nur gegen Sie!)

Aber die Position, überhaupt nicht darüber reden zu wollen, ist keine sehr überzeugende politische Haltung.

Vielleicht liegt es daran, dass die Argumente nicht so gut sind.

Jetzt zu den von Ihnen vorgetragenen Argumenten.

Sie sagen, dass die Debattenzeit für die Beratung des Haushalts beschnitten wird. Das darf natürlich nicht sein, und darum wird das auch nicht sein; das ist gar keine Frage. Das ist auch völlig unstrittig hier im Hause. Wir haben - ich habe es einmal zusammengerechnet - zur Beratung des Haushalts eine Debattenzeit von rund 25 Stunden. Wenn Sie selber nicht das Zutrauen haben, innerhalb von 25 Stunden Ihre Kritik am Bundeshaushalt zu artikulieren,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Herr Präsident, wir nehmen die 25 Stunden!)

dann würde ich einmal selbstkritisch fragen, ob es wirklich an der Quantität der Debattenzeit oder ob es nicht doch an der Qualität Ihrer Argumente liegt, dass Sie mit Ihrer Kritik nicht durchdringen. Ich würde die Dinge einfach etwas selbstkritischer angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie sagen weiterhin, wir hätten keine Zeit. Wenn wir diese zusätzliche Debatte heute nicht führen würden, dann wäre die Sitzung des Plenums um 16.40 Uhr zu Ende. Mit diesem Debattenpunkt müssen wir bis 17.50 Uhr arbeiten.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Ich bin dagegen, dass wir dramatisierende Reden zur wirtschaftlichen Lage halten. Aber die wirtschaftliche Lage ist doch immerhin so ernst, dass wir uns selber abverlangen können, heute bis 18 Uhr zu debattieren und zu arbeiten. Darum finde ich das relativ albern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Wissen Sie eigentlich, dass die Ausschüsse noch tagen?)

Der Grundsatz, den Sie aufgestellt haben, dass in der Haushaltswoche nie ein anderer Punkt aufgesetzt werden soll, existiert nicht. Das Debattenrecht wird nicht beschnitten.

Es ist so, dass jede Fraktion dieses Hauses - die PDS-Fraktion, die Linke-Fraktion,

(Lachen bei der LINKEN)

die SPD-Fraktion, die Grüne-Fraktion, die CDU/CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion - in früheren Haushaltsdebatten beantragt hat, Punkte zusätzlich aufzusetzen.

Auch Sie selber haben das getan, was Sie heute kritisieren.

Jede Fraktion hat das getan. Es hat auch schon jede Fraktion dagegengeredet. Einmal in jeder Legislaturperiode findet eine solche grundsätzliche Geschäftsordnungsdebatte statt. Es ist also eine Art Ritual, das ich gar nicht so stark kritisieren möchte. Aber man muss wissen, worum es sich hier handelt.

Ich möchte mit einer Bemerkung abschließen, die ich

politisch sehr ernst meine. Wir haben hier in den letzten Wochen über die globale Finanzmarktkrise, die auch unser Land trifft, wiederholt ernsthaft, intensiv und engagiert diskutiert. Ich glaube, dass das völlig richtig war. Wir haben die Situation eines Zusammentreffens einer globalen Finanzmarktkrise mit einem zyklischen, globalen, konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwung. In einer solchen Situation kann sich der Bundestag nicht der Debatte entziehen: Was kann die Politik leisten, um die Auswirkungen dieser wirtschaftlichen und finanziellen Krise auf die Unternehmen, die Arbeitnehmer und die Verbraucher abzulindern?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Erbschaftsteuer!)

Was kann hier die Politik tun? Es geht um die Verantwortung der Politik, in die wir gestellt sind. Die Große Koalition wird diese Verantwortung wahrnehmen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Erbschaftsteuer!)

Es ist Ihr gutes Recht zu kritisieren. Aber zu verlangen, dass sich die Politik mit dieser Lage nicht beschäftigt, ist keine überzeugende politische Position. Wir werden das zur Kenntnis nehmen. Wir werden abstimmen.

Wir versuchen, unserer Verantwortung gerecht zu werden: durch Beratung, durch Entscheidung, durch Problemlösung. Das wird die Große Koalition leisten.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Die Linke hat die Kollegin Dr. Enkelmann das Wort.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linke stimmt der veränderten Tagesordnung nicht zu.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das hätten wir auch gar nicht erwartet!)

Ja, es ist gute Sitte dieses Hauses, dass eine Haushaltswoche tatsächlich eine Haushaltswoche ist und bleibt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es wurden immer vereinzelt Anträge eingebracht, über deren Behandlung wir uns einvernehmlich geeinigt haben. Aber was wollen Sie heute? Sie wollen drei schwergewichtige Themen zusätzlich auf die Tagesordnung setzen. Das zeigt eines ganz deutlich: Zu Zeiten großer Koalitionen verkommen die guten Sitten.

Kollege Röttgen hat gerade wieder gesagt, es gebe einen politischen Handlungszwang, wir müssten heute und jetzt über ein Konjunkturprogramm reden, die Bürgerinnen und Bürger würden das von uns erwarten. - Ja, Kollege Röttgen hat recht.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Er hat meistens recht!)

Aber seriöse Wirtschaftswissenschaftler fordern seit Monaten ein Konjunkturprogramm und machen seit Monaten darauf aufmerksam, dass es einen wirtschaftlichen Abschwung gibt. Ihr Kollege, Wirtschaftsminister Glos, war es, der vor Monaten ein Konjunkturprogramm gefordert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Kollege Glos, wir haben Sie darin unterstützt. Auch die

Linke fordert seit Monaten ein Konjunkturprogramm, das diesem Namen tatsächlich gerecht wird. Das heißt, es gab genug Zeit. Sie hätten rechtzeitig handeln können und auch handeln müssen. Sie haben sich in der Koalition nicht einigen können. Deswegen soll nun in der Haushaltswoche hopplahopp ein Konjunkturprogramm verabschiedet werden.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nein! Es wird in dieser Woche nicht verabschiedet!)

Zur Erbschaftsteuer. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber bereits im Januar 2007 aufgefordert, die Erbschaftsteuer zu reformieren. Ich wiederhole: im Januar 2007. Das ist fast zwei Jahre her. Das heißt, Sie haben genug Zeit gehabt, uns Ihre Vorschläge rechtzeitig vorzulegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Thema Erbschaftsteuer stand mehrfach auf unserer Tagesordnung. Aber in der Koalition gab es Streit. Die CSU wollte nicht so, wie Sie wollten, und auch die SPD wollte nicht so, wie Sie wollten. Deswegen steht die Erbschaftsteuer in dieser Woche erneut auf unserer Tagesordnung, sozusagen auf den letzten Drücker. Nun muss es also ganz schnell gehen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja! Geht doch!)

Ein weiteres Beispiel ist das Jahressteuergesetz, das in dieser Woche ebenfalls debattiert werden soll. Es stand bereits in der letzten Sitzungswoche auf unserer Tagesordnung. In der Ausschusssitzung, die am Abend zuvor stattfand, wurden 70 Änderungsanträge eingebracht. Sogar in der letzten Ausschusssitzung wurden, wie ich gehört habe, noch Änderungsanträge eingebracht.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Ganz genau! So war es!)

Da selbst Abgeordnete der Koalition nicht mehr durchgeblickt haben, haben Sie den Gesetzentwurf schnell von der Tagesordnung genommen. Damit er noch verabschiedet werden kann, mussten Sie ihn allerdings in dieser Woche auf die Tagesordnung setzen.

Offenkundig hat die Koalition Angst, dass ihr die mühsam gefundenen Kompromisse in irgendeiner Form verlorengehen bzw. dass Bruchstellen entstehen; bereits jetzt wird ja über Konsumguthaben, Steuervergünstigungen usw. diskutiert. Sie haben Angst, dass Ihnen Ihre Mehrheiten flöten gehen. Deswegen wollen Sie jetzt in der Haushaltswoche schnell handeln.

Sie haben sich in der Koalition nicht einigen können. Damit verstoßen Sie gegen die guten Sitten des Parlaments.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, das ist kein Kavaliersdelikt. Die Opposition ist für Sie offenkundig nur Spielmasse. Bei Ihrem Vorgehen missachten Sie die Minderheiten; auch das muss deutlich gesagt werden.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sie dürfen Ihre eigene Vergangenheit nicht mit unserem Verhalten verwechseln!)

Das zeugt von einem schlechten demokratischen Stil in diesem Haus.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Interesse der parlamentarischen Demokratie darf dies aus meiner Sicht nicht kritiklos hingenommen werden. Deswegen stimmen wir gegen die Tagesordnung. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Thomas Oppermann für die SPD-Fraktion.

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist kurios, dass das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, in Gefahr gesehen wird, weil wir im Zusammenhang mit dem Haushalt auch über die Erbschaftsteuer beraten und entscheiden und das Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung auf die Tagesordnung setzen wollen. Ich frage Sie: Wie wollen Sie denn auf sinnvolle Art und Weise über den Haushalt 2009 diskutieren, ohne auch das Konjunkturpaket zu debattieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Jürgen Koppelin [FDP]: Und was ist mit der Erbschaftsteuer?)

Wenn wir so vorgehen würden, dann würden Sie uns in der Debatte fragen: Was tun Sie gegen den drohenden Abschwung? Diese Frage würde dann gestellt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die werden wir Ihnen morgen beantworten!)

Jetzt haben Sie die Chance, zu sagen: Wunderbar! Die Haushaltsdebatte ist die Stunde des Parlaments.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ihr seid wunderbar!)

Das ist die Debatte, in der wir auch über Wachstum und Beschäftigung diskutieren können.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und was ist mit der Erbschaftsteuer?)

Dabei geht es auch um die Frage, wie die Bundesländer ihre Einnahmen in Höhe von 4 Milliarden Euro sichern können. Dass diese Debatte so spät geführt wird, ist ganz sicher nicht die Schuld der SPD-Fraktion. Wir hätten diese Vorlage schon vor einigen Monaten für entscheidungsreif gehalten. Innerhalb der Koalition hat dies allerdings etwas länger gedauert.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Gut Ding braucht Weile!)

Meine Damen und Herren, das Parlament und die Politik in Deutschland insgesamt haben sich durch die Art und Weise, wie wir alle miteinander innerhalb von nur fünf Werktagen in Bundestag und Bundesrat das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz verabschiedet haben, eine Menge Respekt erworben.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Durchgepeitscht habt ihr das!)

- Frau Löttsch, auch Sie haben auf Fristeinreden verzichtet.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ja, das stimmt! Trotzdem!)

Dann können Sie doch jetzt nicht sagen, wir hätten diesen Gesetzentwurf „durchgepeitscht“. Ich wollte Sie gerade loben und darauf hinweisen, dass selbst die Linkspartei eingesehen hat, dass man nicht mit Fristeinreden

und Formalismen auf eine solch wichtige Maßnahme reagieren sollte. Wenn Sie „durchgepeitscht“ rufen, liegen Sie also völlig daneben.

Den Respekt, den sich das gesamte Parlament in dieser einen Woche erworben hat, sollten wir jetzt nicht durch Debatten über Geschäftsordnungsformalismen verspielen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Es besteht Entscheidungsbedarf. Wir werden beraten und dann entscheiden. Herr Westerwelle, Ihnen mag das vom Inhalt her nicht gefallen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das haben Sie richtig zusammengefasst!)

Sie können unsere Entscheidung aber nicht verhindern,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Auch das ist richtig zusammengefasst!)

und das ist gut so.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Volker Beck das Wort.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ganz ruhig, Herr Beck! Bitte nicht wieder künstlich aufregen!)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig: Die Haushaltswoche ist die heilige Woche des Parlaments.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo er recht

hat, hat er recht! - Volker Kauder [CDU/

CSU]: Oje, ein solcher Missgriff! - Joachim

Poß [SPD]: Ihnen ist ja nichts heilig! -

Thomas Oppermann [SPD]: Wo ist der

Bischof? - Weitere Zurufe von der CDU/CSU

und der SPD: Oh!)

Es ist auch richtig, dass wir durch die aktuelle konjunkturelle Situation vor besondere Aufgaben gestellt sind.

Herr Kollege Oppermann und Herr Kollege Röttgen, es ist aber nicht richtig, wie Sie das hier behauptet haben, dass der Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 zwingend noch in dieser Woche verabschiedet werden muss, weil Sie in dieser Woche überraschend festgestellt haben, dass sich der 31. Dezember nähert. Den Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 hätten Sie früher beraten können. Dann würde er in dieser Sitzungswoche auch nicht auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Den Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform haben wir am 28. Januar dieses Jahres eingebracht. Können Sie mir erklären, warum es jetzt zwingend notwendig ist, ihn noch vor der Haushaltsberatung zu verabschieden? Die Beratung darüber stand schon einmal auf der Tagesordnung, nämlich am 14. Oktober 2008.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So ist es!)

In der Woche vor der Bayernwahl haben Sie uns zugemutet, im Ältestenrat keine Tagesordnung zu verabschieden,

um am Tag der Sondersitzung am 7. Oktober

2008 auch eine Sondersitzung des Ältestenrats durchzuführen

und diesen Punkt auf die Tagesordnung für den 14. Oktober 2008 zu setzen. Auf einmal hatte die CSU dann Befindlichkeitsstörungen, sodass wir diesen Punkt wieder absetzen mussten, weshalb er heute wieder auf der Tagesordnung steht.

Dass das Haushaltsrecht des Parlaments durch die Diskussion in dieser Sitzungswoche beschädigt wird, ist nicht der konjunkturellen Lage, sondern der Schlamperei, der Uneinigkeit und dem Murks der Großen Koalition zu schulden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Weil wir als Bündnis 90/Die Grünen eine staatspolitisch verantwortliche Opposition sind,

(Zurufe von der SPD: Oh! - Lachen bei der FDP)

sagen wir: Ja, wir wollen im Gegensatz zur FDP, dass die Erbschaftsteuerreform nicht in den Orkus wandert; denn obwohl diese Reform ein Millionärsschutzprogramm ist, wollen wir nicht, dass auch noch die letzten Reste der Erbschaftsteuer über die Wupper gehen. Deshalb haben wir Ihnen angeboten, nach dem Ende der Haushaltsdebatte am Freitag über diesen Punkt, über das Investitionsprogramm und über den Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 zu reden.

Natürlich müssen diese Gesetze vor dem 31. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt stehen. Dagegen wollen wir uns nicht stemmen, und wir wollen Ihnen zur Beseitigung Ihrer Schlamperei gerne ein bisschen dabei helfen, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das haben Sie aber vergessen, zu sagen!)

Meine Damen und Herren, wenn wir nachher oder im Laufe dieser Woche über das Investitionsprogramm reden, dann wollen wir, dass nicht so getan wird, als ob das, was Sie da vorschlagen, alternativlos ist. Wir haben einen Antrag dazu vorgelegt, in dem wir uns dafür aussprechen, dass nachhaltig in Klimaschutz, in Bildung und in soziale Gerechtigkeit investiert wird. Gerade in einer Situation, in der der Staat für die Binnennachfrage und für die Erhöhung der Investitionen etwas tun muss, sollte man nicht nach dem Gießkannenprinzip verfahren, sondern die Dinge anpacken, die man ohnehin bewältigen muss und die sinnvolle Investitionen darstellen: in die Bildung, in die soziale Gerechtigkeit und in den Klimaschutz. Man sollte hier nicht mit ungelenkten Steuersubventionen durch die Lande gehen, kleckern und dafür sorgen, dass Luxuslimousinen durch eine Befreiung von der Kfz-Steuer eine bessere Stellung auf dem Markt erhalten. Das wäre wirklich eine fehlgeleitete Politik. Wir haben das Geld ja nicht übrig, weil wir uns in einer konjunkturellen Rezession befinden, sondern wir brauchen dieses Geld dringend, um die Zukunftsprobleme unseres Landes zu bewältigen. Viel besser als das, was Sie hier vorgelegt haben, wäre es, den kommunalen Investitionsstau aufzulösen und dafür zu sorgen, dass die Kommunen ihre Schulen in Ordnung bringen, ihre Straßen nachbessern und sich auf die Zukunft entsprechend vorbereiten können.



Deshalb ist Ihr Programm, das Sie hier vorlegen, nicht alternativlos, weshalb wir Sie bitten, unserem Antrag auf Aufsetzung unserer Alternativen auf die Tagesordnung in dieser Debatte auch zuzustimmen. Wenn Sie die Tagesordnung hier schon mit der Arroganz der Macht durchsetzen und mit der Opposition nicht mehr über die Tagesordnung verhandeln, dann sollten Sie wenigstens dafür sorgen, dass die Alternativen der Opposition hier im Parlament noch Gegenstand der Debatte sein können. Das ist das Mindeste, was man an Anstand von Ihnen erwarten muss.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Geschäftsordnungsanträge.

Die FDP-Fraktion hat beantragt, die Tagesordnungspunkte I, IV und VI - das sind die Gesetzentwürfe zur Beschäftigungssicherung und zur Erbschaftsteuerreform sowie der Entwurf eines Jahressteuergesetzes - nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Wer stimmt für diesen Geschäftsordnungsantrag der FDP? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Weiterhin hat die Fraktion der FDP beantragt, die Debattenzeiten zu den Einzelplänen 30, 06, 16, 14, 11, 17

und 12 auf jeweils eineinhalb Stunden zu verlängern.

Wer stimmt für diesen Geschäftsordnungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Dieser Geschäftsordnungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, die Tagesordnungspunkte I - Beschäftigungssicherung - und IV - Erbschaftsteuer - erst am Freitag nach der Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz zu beraten.

Wer stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag zu? -

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dieser Geschäftsordnungsantrag ist mit breiter Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Wir kommen nun zur Feststellung der Tagesordnung.

Wer stimmt für den Geschäftsordnungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD? - Wer stimmt dagegen?

- Wer enthält sich? - Dann ist der Geschäftsordnungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Zu dieser jetzt festgestellten Tagesordnung liegen weitere Geschäftsordnungsanträge vor, über die ich nun abstimmen lasse. Die Fraktion Die Linke hat beantragt, ihren Antrag auf Drucksache 16/10619 mit dem Titel „Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise“ auf die Tagesordnung zu setzen und verbunden mit Tagesordnungspunkt I zu beraten. Wer stimmt diesem Aufsetzungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist diesem Aufsetzungsantrag zugestimmt worden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, ihren Antrag auf Drucksache 16/11023 mit dem Titel „Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit“ auf die Tagesordnung zu setzen und verbunden mit Tagesordnungspunkt I zu beraten. Wer stimmt diesem Aufsetzungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? -

Wer enthält sich? - Dann ist das bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit breiter Mehrheit so beschlossen. Dieser Aufsetzungsantrag ist damit angenommen. Außerdem hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, ihren Antrag auf Drucksache 16/11024 mit dem Titel „Neuer Schwung für die Klimaverhandlungen - Poznan zum Erfolg machen“ auf die Tagesordnung zu setzen und verbunden mit Tagesordnungspunkt VII zu beraten. Wer stimmt für diesen Aufsetzungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist wiederum bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit breiter Mehrheit dieser Aufsetzung zugestimmt worden. Damit ist die Tagesordnung mit den soeben beschlossenen Änderungen und Ergänzungen festgestellt, sodass wir hoffentlich nun unstreitig nach der festgestellten Tagesordnung verfahren können.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I sowie die Zusatzpunkte 1 und 2 auf:

I. Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

- Drucksache 16/10930 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

ZP 1 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulla

Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Konjunkturprogramm gegen die drohende

Wirtschaftskrise

- Drucksache 16/10619 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Haushaltsausschuss

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten

Christine Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae,

weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit

- Drucksache 16/11023 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Dazu höre ich

keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.  
Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen  
Joachim Poß für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser  
scheinheiligen Geschäftsordnungsdebatte nun zur  
Sache.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN und bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde  
mir lieber über den Mitgliederverlust Gedanken  
machen, statt hier so arrogant aufzutreten!)  
Wie sich die konjunkturelle Lage in den kommenden  
Monaten in Deutschland entwickeln wird, liebe Kolleginnen  
und Kollegen, ist mit „ungewöhnlich großen Unsicherheiten“  
behaftet. - So oder ähnlich formulieren  
alle, die sich mit Wirtschaftsprognosen beschäftigen.  
Das heißt, es gibt keinerlei neue belastbare Fakten, die  
die Unsicherheit darüber beseitigen, wie tief und wie  
lange der wirtschaftliche Abschwung in Deutschland  
und weltweit wirklich sein wird.

Jedenfalls sollte die Wirtschaftskrise kein Alibi für  
umweltpolitische Steinzeitgedanken sein, wie wir sie in  
den letzten Tagen gehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bleiben auch beim Klimaschutz bei unserer Linie.  
Wir wissen nicht, ob das schwarze Bild, das manche  
für das nächste Jahr zeichnen, wirklich eintrifft oder ob  
es vielleicht doch nicht ganz so schlimm wird.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wen meinen  
Sie denn mit „manche“? Nennen Sie doch  
mal Frau Merkel!)

Eine Gefahr ist allerdings gegeben, liebe Kollegin  
Löttsch: Durch einen Dramatisierungswettbewerb in der  
Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung könnte  
eine weitere Investitions- und Kaufzurückhaltung geschürt  
werden. Das sollten wir im Interesse der Arbeitsplätze  
in Deutschland alle gemeinsam vermeiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist: Wir haben wegen der noch nicht beendeten  
Krise im globalen Finanzsektor und durch andere Faktoren  
eine Situation, für die es in der Vergangenheit keine  
Vergleiche gibt.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Jede Parallele, über die in den letzten Tagen geschrieben  
wurde, hat ihre Tücken. Auch darüber müssen wir uns  
im Klaren sein. Ob wir 80 Jahre zurückgehen oder von  
welchem Zeitraum auch immer wir ausgehen: Für diese  
Situation gibt es keine Parallelen.

Das heißt, für uns alle - für die Politikerinnen und  
Politiker wie auch für die Wissenschaftler, Gewerkschaften  
und Wirtschaftsverbände - gilt: Niemand kann sicher  
sein, das Königsrezept dafür zu haben, wie mit der Problemgemengelage,  
vor der wir stehen, umzugehen ist.

Die Maßnahmen, die die Bundesregierung und die  
Große Koalition zur Stabilisierung des konjunkturellen  
Abschwungs beschlossen haben, sind auf jeden Fall ein  
aussichtsreicher, schnell umsetzbarer Ansatz, um gefährdete  
Beschäftigung in Deutschland in der vor uns liegenden

Phase zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ob das reichen wird, wird sich dann zeigen.

Gesetzgeberisch umgesetzt wird das Stabilisierungspaket im Rahmen des Haushalts 2009, der ab heute abschließend beraten wird. So waren zum Beispiel die zusätzlichen Investitionen des Bundes oder auch der Bundesanteil an den zusätzlichen KfW-Programmen in das Rechenwerk einzupassen. Was die steuerlichen Elemente angeht, so werden sie mit dem Steuergesetz umgesetzt, zu dem ich jetzt rede.

Hierbei geht es um eine auf zwei Jahre befristete attraktive Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten, die verbesserte Absatzbarkeit von Handwerkerleistungen und eine zeitlich befristete Kfz-Steuerbefreiung. Die dabei gewählte Strategie, möglichst auf gezielte Maßnahmen und Angebote mit Hebelwirkung zu setzen, schmälert die Wirksamkeit des Paketes nicht, sondern sichert sie ab.

Bei all dem sollten wir bedenken, was im Rahmen eines Jahres praktisch umsetzbar ist. Bei manchen Vorschlägen, die sich im Bruttoregistertonnenbereich bewegen, wird die Praxis überhaupt nicht bedacht. Unsere Vorschläge sind praxisorientiert. Dadurch zeichnen sie sich aus.

(Beifall bei der SPD)

Wer bereits heute behauptet, die beschlossenen Maßnahmen würden nur wenig bis gar nichts bewirken, entwertet das Paket und schlägt unsere Erfahrungen mit dem 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm in den Wind. Klug ist das nicht, weil die Menschen verunsichert werden und das Gegenteil dessen erreicht wird, was beabsichtigt ist. Das gilt auch für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Hinzu kommt, dass die konjunkturstabilisierenden Ansätze unserer Politik sich nicht auf das Paket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung beschränken.

Das zentrale Stabilisierungsinstrument bleibt der Finanzmarktschirm, der – auch nach einigem anfänglichen Stottern – funktioniert und die notwendige Versorgung von Unternehmen und Verbrauchern mit Liquidität und Krediten weiterhin sichern wird. Lesen Sie die Zeitungen von heute! Darin wird das bestätigt.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das ist doch keine Konjunkturbelebung!)

– Dass wir diesen Finanzmarktschirm aufgespannt haben, ist die notwendige Voraussetzung, um eine Konjunkturbelebung zu erreichen, lieber Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die in anderem Kontext beschlossenen Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag und die nochmalige Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags werden konjunkturstützend wirken. Gleiches gilt für viele andere Positionen im Haushalt, der diese Woche verabschiedet wird.

Wir haben in den letzten Jahren Milliarden in die Hand genommen, um Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung und Familienbetreuung zu

finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch Familienbetreuung ist eine Zukunftsinvestition.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen diesen Weg in dieser Woche fort. Das muss man im Zusammenhang sehen und denken.

Erhebliche Entlastungen für Investoren wie für Verbraucher bieten zudem die mittlerweile stark gesunkenen Energiepreise. Die jüngsten Quartalszahlen zur Wirtschaftsentwicklung, heute veröffentlicht, zeigen, dass

der vor allem energiepreisbedingte Rückgang der Teuerung den privaten Konsum sofort beflügelt hat. Es

stimmt also nicht, dass insgesamt nicht in einem großen Umfang Konjunkturimpulse entstehen. Weil wir unsere

konjunkturpolitische Verantwortung wahrnehmen, hat die Koalition die Nettokreditaufnahme des Bundes für

2009 im Vergleich zum Regierungsentwurf fast verdoppelt.

Das ist kein Pappenstiel und wird uns von der Opposition in dieser Woche sicherlich noch oft vorgehalten

werden. Wir halten es aber für richtig, in der jetzigen Situation die automatischen Stabilisatoren des Budgets

wirken zu lassen. Wir halten es für falsch, dem Abschwung noch hinterherzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir in der Großen Koalition wollen aktiv gegensteuern.

Das Gleiche sollte übrigens für die Bundesländer

gelten. Auch die Bundesländer müssen ihrer konjunkturpolitischen Mitverantwortung nachkommen und zum

Beispiel kommunale Investitionsprogramme auflegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer sich hier verweigert, versagt eventuell in einer historisch nicht ganz belanglosen Situation. Ich bitte die

Ministerpräsidenten, in einer stillen Stunde einige Interviewäußerungen, die in den letzten Wochen zu lesen waren,

noch einmal zu überdenken. Konjunkturpolitik ist

nicht nur Sache des Bundes. Wir alle sind in einer gesamtstaatlichen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserer gemeinsamen Auffassung in der Koalition sind wir jetzt gezwungen, unseren Haushaltskonsolidierungskurs an die aktuelle Entwicklung anzupassen.

Auch Frau Bundeskanzlerin Merkel hat verschiedentlich deutlich gemacht, dass wir das Ziel eines ausgeglichenen

Bundeshaushaltes 2011 an die Realität anzupassen haben.

Das Bundeskabinett hat am 5. November formuliert:

Aufgrund der veränderten gesamtwirtschaftlichen

Rahmenbedingungen wird ein Bundeshaushalt

ohne Neuverschuldung in 2011 aus heutiger Sicht

nicht zu realisieren sein. Dies bedeutet keine Aufgabe

des Ziels; vielmehr wird die Bundesregierung

alles tun, um einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung

baldmöglichst zu erreichen.

(Otto Fricke [FDP]: Wann?)

Dem ist aus Sicht der Sozialdemokraten nichts hinzuzufügen.

Wenn ich mir allerdings vor Augen führe, was der

CSU-Vorsitzende Seehofer, aber auch andere in CDU

und CSU in den letzten Tagen gesagt haben, dann stelle

ich fest, dass manchen das Ziel eines ausgeglichenen

Haushalts nicht mehr viel zu bedeuten scheint.

(Beifall der Abg. Simone Violka [SPD])

Es ist erstaunlich - das muss ich auch als Koalitionsmitglied deutlich sagen -, wie schnell das frühere Glaubensbekenntnis „Keine Steuersenkungen auf Pump!“ aufgegeben wird, gerade in Bayern. Für die nachfolgende Generation ist eine solche Botschaft durchaus nicht beruhigend. (Beifall bei der SPD)

Dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger bin ich in diesem Zusammenhang dankbar, am 21. November im Handelsblatt noch einmal darauf hingewiesen zu haben, dass Forderungen nach weitgehenden Steuerentlastungen sanierte öffentliche Haushalte voraussetzen.

(Otto Fricke [FDP]: Fangen Sie doch einmal an!)

Dieser Zusammenhang wird nach meiner Auffassung auch in der derzeitigen konjunkturellen Schwächephase nicht außer Kraft gesetzt, auch wenn uns das viele einreden wollen. Ob massive Steuerentlastungen zugunsten der privaten Konsumenten zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich in zusätzliche Binnennachfrage umgesetzt würden, bleibt fraglich und ungewiss.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir leben in Deutschland mit einem Hang zu einer hohen Sparquote. Wir leben nicht in strukturell konsumorientierten Volkswirtschaften, in denen die Mechanismen seit Jahrzehnten anders funktionieren.

Und es gibt bereits erste Stimmen im Einzelhandel in Großbritannien, die die von Gordon Brown geplante Mehrwertsteuersenkung kritisieren; sie werde überhaupt nicht spürbar sein, weil die Preise sowieso fielen. Ist die Situation bei uns nicht ähnlich?

Wenn Herr Oettinger an das finanzpolitische Einmaleins erinnert - je größer die Steuersenkung, desto höher die Verschuldung -, dann hat er mit seinen Äußerungen offensichtlich auf die eigenen Reihen gezielt. Mit der steuerpolitischen Unklarheit in den Reihen unseres Koalitionspartners werden die Menschen verunsichert und der Abschwung verstärkt. Deswegen bitte ich auch, da Klarheit herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen jetzt vertrauensbildende Maßnahmen, und das sind neben dem Finanzmarktschirm auch die kurzfristig umsetzbaren Investitionen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Frank-Walter Steinmeier hat mit seinem „Europäischen Zukunftspakt für Arbeit“ in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass zur Bewältigung der Krise, deren Ursachen weit über Deutschlands Grenzen hinausgehen, auch europäische Initiativen und europäische Koordination nötig sind. Die Bundeskanzlerin hat das richtig aufgenommen. Ich vertraue darauf, dass hier in den nächsten Tagen vernünftige Lösungen gefunden werden.

Entlang dieser Linie gilt es, mit gemeinsamer Kraft weiterzuarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingen wird.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg.

Dr. Michael Meister [CDU/CSU] und Max Straubinger [CDU/CSU])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Volker  
Wissing, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
Herr Kollege Poß, Sie haben eben erklärt, dass der  
sinkende Ölpreis die Nachfrage stabilisiert, aber gleichzeitig  
erklären Sie, dass sinkende Steuern möglicherweise  
gar keine Auswirkung auf die Nachfrage haben.  
Diese Logik müssen Sie einmal erklären.

(Beifall bei der FDP)

Europa diskutiert über Steuersenkungen, aber uns  
wird hier ein zusammengeflicktes Konjunkturprogramm  
vorgelegt. Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung  
- das ist ein starker Titel für diese schwache  
Vorlage.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist Populismus  
zulasten des Bundeshaushalts und  
nachfolgender Generationen, was Sie hier machen!)  
Glauben Sie denn wirklich, das, was Sie uns hier vorlegen,  
sei dazu geeignet, in Deutschland Wachstum und  
Beschäftigung zu fördern? Der ganze Gesetzentwurf  
krankt daran, dass man jeder einzelnen Maßnahme deutlich  
anmerkt: Es soll vor allen Dingen gut klingen. Aber  
wie mickrig das ist, was Sie hier abliefern, wird deutlich,  
wenn wir uns anschauen, was die sogenannte Große  
Koalition gegen mehr Wachstum und Beschäftigung in  
Deutschland in den letzten Jahren aktiv unternommen  
hat. Denken Sie an die Mehrwertsteuererhöhung:  
3 Prozentpunkte - damit haben Sie den Bürgern die Luft  
zum Atmen genommen, die sie jetzt dringend brauchten.  
SPD und CDU/CSU haben den Menschen in Deutschland  
systematisch das Geld aus den Taschen gezogen,  
wann immer sie konnten.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt wundern Sie sich, dass die Binnennachfrage am  
Boden liegt. Das haben wir Ihnen seit Jahren vorausgesagt.  
Sie ernten jetzt die Früchte Ihrer verfehlten Finanzpolitik  
und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP)

Glauben Sie denn, Sie könnten den Schaden, den Sie angerichtet  
haben, mit einer begrenzten Aussetzung der  
Kfz-Steuer auch nur ansatzweise vergessen machen?  
Das Problem Ihres Gesetzentwurfes ist: Sie wollen die  
Menschen nicht wirklich entlasten, weil Sie sich im  
Kern darauf nicht einigen können. Genau deshalb wird  
von Ihrem Gesetz auch kein entscheidender Impuls für  
Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Das Gesetz  
gleichet aber auch das nicht aus, was Sie unternommen  
haben, um diesem Land zu schaden: Sie haben die Pendlerpauschale  
gekürzt, Sie haben die Eigenheimzulage ersatzlos  
gestrichen, die Versicherungsteuer erhöht und,  
und, und. Heute Morgen im Finanzausschuss haben Sie  
sich darauf verständigt, dass am Freitag im Jahressteuergesetz  
die Regelung zum Mantelkauf verschärft wird,  
was dazu führen wird, dass wir in einer wirtschaftlich  
schwierigen Phase übertragene Sanierungen in Deutschland  
erschweren. Denken Sie doch einmal darüber nach,  
was Sie da anrichten. Das können Sie doch mit einem so  
zusammengeflickten Konjunkturprogramm nicht aufwiegen.

Ihre Steuer- und Finanzpolitik ist völlig verfehlt.

(Beifall bei der FDP)

Aber es gibt bei Ihnen offensichtlich einen gewissen Erkenntnisgewinn; denn mit Ihrem Konjunkturpaket gestehen Sie zumindest teilweise ein, dass Sie Fehler gemacht haben. Sie haben die degressive Abschreibung zunächst abgeschafft, und jetzt meinen Sie, den Stein der Weisen entdeckt zu haben, und erklären, diese müsse dringend wieder eingeführt werden. Nun haben wir Ihnen damals schon gesagt, dass es ein Fehler war, was Sie gemacht haben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Es war falsch. Es ist schade, dass eine so große Mehrheit im Deutschen Bundestag immer nur hinterherhinkt, nicht auf die Opposition hört, das Kind in den Brunnen fallen lässt und dann versucht, mit Aktionismus die Dinge wieder zu retten. Die Hauptursache für die Probleme liegt doch darin, dass Sie seit Jahren kein finanzpolitisches Konzept haben, das Land auf eine schwierige konjunkturelle Phase nicht vorbereitet haben und jetzt in blanken Aktionismus verfallen.

(Beifall bei der FDP)

Degressive Abschreibung abschaffen, degressive Abschreibung einführen - wenn man darunter einen Strich zieht, stellt man fest, was die Bilanz Ihrer Finanzpolitik ist: Das ist eine Nullnummer, was Sie hier abliefern.

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Hans

Michelbach [CDU/CSU]: Der Hellseher der Finanzmarktkrise!)

Es ist mehr als fraglich, ob sich damit in einer Rezession heute noch die gleichen Investitionen generieren lassen, wie das damals im Aufschwung möglich gewesen wäre. Investitionen sind nämlich auch Ausdruck wirtschaftlicher Aussichten, und die waren damals entschieden besser als heute. Damals haben Sie ohne Not Wachstum und Beschäftigung aufs Spiel gesetzt. Ihr spätes Einlenken wird den angerichteten Schaden nicht vollständig wieder ausgleichen können. Ihre Steuer- und Finanzpolitik ist nicht vorausschauend. Sie hinken hinterher. Sie haben kein klares Ziel vor Augen.

Aber abgesehen davon versuchen Sie nicht nur, einige Dinge zurückzunehmen, die Sie falsch gemacht haben, sondern auch, reine Placeboeffekte in unserem Land zu schaffen. Ich meine, Herr Finanzminister Steinbrück, es wäre eine Frage der Ehrlichkeit, den Menschen zu sagen: Diese Koalition kann sich auf Strukturreformen nicht einigen; deswegen sind wir in dieser Krise handlungsunfähig. Das wäre ein Stück Ehrlichkeit, und es wäre besser, als hier so ein zusammengeflicktes Konzept vorzulegen und den Menschen vorzumachen, dies sei die Lösung der enormen Probleme, die unser Land - auch wegen der Tatenlosigkeit dieser Bundesregierung - hat.

(Beifall bei der FDP)

Es ist noch nicht lange her, dass die Bundeskanzlerin in diesem Hohen Haus tönte, der Aufschwung komme bei den Menschen an und das sei gut für Deutschland. Das Dumme war nur, dass die Menschen davon nichts gemerkt haben. Der Abschwung trifft die Menschen jetzt aber in voller Härte. Das ist die schlechte Botschaft für unser Land, und die Bundeskanzlerin glänzt durch Abwesenheit.



(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP] - Zuruf von der CDU/CSU: Warum das denn? Da ist sie doch!)

SPD und CDU/CSU haben eine historische Chance vertan. Statt den Aufschwung zu nutzen, um den Haushalt zu sanieren, wurde fröhlich weiter auf Pump gelebt. Sie geben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Geld aus, das Sie in guten Zeiten nicht angespart haben. Was Frau Merkel und Herr Steinbrück heute ausgeben, müssen künftige Generationen doppelt zurückzahlen. Hier tritt eine bemerkenswerte Lernunfähigkeit der Bundesregierung zutage. Die Beratungen der Föderalismuskommission II wurden ausgesetzt, obwohl dort dringend Handlungs- und Einigungsbedarf besteht. Gerade jetzt wären eine Schuldenbegrenzung und auch eine klare Regelung, wie Schulden, in einer konjunkturellen Schwächephase aufgenommen, zurückgezahlt werden, dringend notwendig. Aber mit diesen strukturellen Fragen wollen Sie sich in Ihrer angeblich so großen Koalition nicht beschäftigen, weil Sie sich mit den wirklich zentralen Fragen, durch deren Beantwortung Deutschland nach vorne gebracht und auf diese schwierige Situation hätte vorbereitet werden können, nicht auseinandersetzen wollen. Ihnen fehlt die Kraft zur Einigung auf Strukturreformen in unserem Land.

„Reformieren, Konsolidieren, Investieren“ war das Versprechen der Regierung Merkel an die Bürgerinnen und Bürger. „Abkassieren, Ignorieren und Ruinieren“ ist die bittere Realität dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der FDP - Ludwig Stiegler [SPD]:

Ja mei! Das haben wir auch schon besser gehört!) Sie haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hemmungslos abkassiert. Sie haben Probleme ignoriert. Sie haben die Chance nicht genutzt, die Binnennachfrage in Deutschland auf Vordermann zu bringen. Es war klar, dass die Realität bitter sein wird, wenn wir in eine konjunkturelle Schwächephase kommen. Dass die konjunkturelle Schwäche kommt, war ebenfalls vorhersehbar. Jetzt stehen Sie tatenlos da und bringen nichts zustande. Es ist bedauerlich, was Sie uns in der Finanzpolitik bieten.

Deutschland braucht - die FDP sagt das seit Jahren - dringend Strukturreformen. Wir brauchen eine Steuerreform, die die Bürgerinnen und Bürger entlastet. Herr Kollege Poß, es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass eine steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen die Binnennachfrage in Deutschland beleben kann. Es wäre gut, wenn die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung auf das achten würden, was die europäischen Partner tun, was sie sagen und was sie auf den Weg bringen. Das ist allemal besser als das, was die deutsche Bundesregierung uns hier bietet.

(Beifall bei der FDP)

Sie fuchteln mit einem zusammengeflickten Konjunkturprogramm herum, nehmen Ihre fehlerhaften Maßnahmen teilweise zurück und haben damit für das Land nichts erreicht. Inzwischen treten Ihre ehemaligen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister schon aus der SPD aus. Das sollte Ihnen eine Mahnung sein. Sie sind auf dem falschen Weg. Sie sind nicht gut aufgestellt, und

Sie können die Probleme dieses Landes nicht lösen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Haben Sie auch Argumente?)

Sie haben die Menschen abkassiert. Sie haben ihnen den Aufschwung in Deutschland vorenthalten und lassen sie im Abschwung allein. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP- Ludwig Stiegler [SPD]: Blabla ist das!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Michael Meister ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben momentan zwei Entwicklungen, die sich überlagern, zum Ersten eine Abschwächung der Weltkonjunktur, von der wir als Exportnation, als Exportweltmeister natürlich massiv betroffen sind. Zum Zweiten erleben wir eine Strukturkrise auf den Finanzmärkten und - das erkennen wir, wenn wir in die USA und in andere Länder blicken - in der Immobilienwirtschaft. Die Auswirkungen beider Entwicklungen treffen uns nun.

Wir stellen deshalb ein massives Wegbrechen der Auftragseingänge bei den Unternehmen fest, und wir haben ein Problem in der Liquiditätsversorgung der Unternehmen. Auf diese Probleme müssen wir in der nationalen Politik versuchen eine Antwort zu geben.

Ich möchte ausdrücklich sagen, Herr Wissing: Die Darstellung, dass wir es hier mit rein national verursachten Problemen zu tun haben, geht nach meiner Wahrnehmung an der Realität massiv vorbei. Wir haben es mit einem Problem zu tun, das international ist und fast alle Länder trifft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Weil es ein internationales Problem ist, ist es wichtig, dass wir national die richtigen Antworten geben, aber genauso wichtig, dass wir diese Antworten international koordinieren. An der Stelle möchte ich einen Dank an die Bundesregierung sagen, und zwar dafür, dass sowohl im Rahmen der Europäischen Union wie auch im Rahmen der G 8 versucht wird, die Handlungsoptionen zu koordinieren, aber die Verantwortung für das Handeln jeweils bei den nationalen Regierungen zu belassen. Ich glaube, das ist der richtige Ansatz.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass sich in den vergangenen drei Jahren unsere Kondition wesentlich verschlechtert hat. Ich will hier ausdrücklich feststellen: Ich teile diese Einschätzung nicht. Meine Wahrnehmung ist, dass wir in den Bereichen der Staatsverschuldung, des Arbeitsmarkts und des Potenzialwachstums wesentlich besser aufgestellt sind, als wir es vor drei Jahren waren. Wer in die Unternehmen hineinschaut, sieht: Sie sind in einer wesentlich besseren Verfassung als vor drei Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch was die Verantwortung der Tarifpartner angeht, wird ein massiver Beitrag dazu geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben die Chance, in der Krise zu bestehen, weil wir besser aufgestellt sind als vorher.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir uns jetzt die einzelnen Probleme anschauen, dann stellen wir fest, dass es zum einen eine massive Vertrauenskrise innerhalb der Bankenwelt gibt und zum anderen eine Vertrauenskrise in der Hinsicht, ob ein Kreditnehmer aus der Realwirtschaft in der Lage sein wird, seine Kredite zu bedienen. An diesen Stellen setzen wir an. Wir haben gemeinschaftlich das Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschiedet und damit als Politik einen schnellen Beitrag dazu geleistet, neues Vertrauen unter den Akteuren zu schaffen. Wir leisten jetzt einen zweiten Beitrag, indem wir versuchen, die Kreditversorgung der Realwirtschaft zu stärken. Über die KfW sorgen wir dafür, dass das Volumen der Kreditmöglichkeiten ausgeweitet wird und dass durch Maßnahmen im Bereich der Haftungsübernahme die Kreditversorgung der Realwirtschaft gestärkt wird. Ich glaube, das ist ein richtiger Ansatz. Jetzt kommt es darauf an, dass die jeweiligen Hausbanken diesen Schritt unterstützen und dafür sorgen, dass die Liquidität wirklich bei den Unternehmen ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, es ist richtig, dass wir in dieser Lage keinen Kurswechsel vornehmen. Wir haben zu Beginn gesagt: Sanieren, Investieren, Reformieren. Das ist aus meiner Sicht auch jetzt die richtige Antwort. Wir dürfen nicht immer nur auf die Negativfaktoren blicken. Vor einem halben Jahr haben wir massive Inflationsgefahren am Himmel gesehen. Jetzt erkennen wir: Diese Inflationsgefahren sind gebannt. Deshalb freue ich mich, dass die Bundesbank den Spielraum ein Stück weit genutzt hat, um uns in dieser Lage beim Basisrefinanzierungssatz zu helfen.

Wir haben uns vor wenigen Monaten mit extrem hohen Energie- und Rohstoffpreisen herumgeschlagen. Die Lage hat sich jetzt entspannt. An der Stelle reden wir über Volumina, die mein Freund Kampeter und der Kollege Schneider aus dem Bundeshaushalt niemals heben könnten. Natürlich ist es richtig, dass wir über politische Maßnahmen nachdenken, aber auch die Frage, wie die sonstigen Rahmenbedingungen sind, sollten wir nicht aus dem Blick verlieren. Für die Unternehmen ist ein deutlich besseres Umfeld entstanden und entsteht weiter, was uns natürlich freut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wird kritisiert, dass wir unseren Konsolidierungskurs aufgeben. Ich sage an dieser Stelle für die Unionsfraktion eindeutig: Nein, wir bleiben bei unserem Kurs. Wir wollen den Bundeshaushalt konsolidieren und strukturell ausgleichen. Wir haben in unserem Konzept aber immer gesagt: Wenn es zu einer konjunkturellen Notlage kommt, dann brauchen wir ein Haushaltsausgleichskonto.

(Zuruf von der FDP: Also nie!)

Jetzt wird es spannend: Unser Konzept einer Schuldenbremse - dazu stehen wir - trägt auch in dieser Krisensituation, weil es genau für diese Krisensituation den Konjunkturausgleich vorsieht. Wir dürfen uns deshalb nicht von diesem Modell abwenden, sondern wir müssen es

umsetzen, um ein Stück weit für Vertrauen zu werben und für Planbarkeit bei der Staatsverschuldung zu sorgen. (Zuruf von der FDP: Machen!)

Wir als Unionsfraktion stehen zu diesem Weg. Wir wollen das auch in der jetzigen Situation umsetzen. Das bedeutet natürlich, dass man die Mehrausgaben, die jetzt temporär notwendig sind, in Zukunft wieder erspart. Dazu müssen wir uns „committen“; dazu müssen wir an dieser Stelle eindeutig Ja sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir versuchen mit diesem Programm vor allen Dingen, Investitionen zu stärken. In diesem Zusammenhang möchte ich eindeutig sagen: Nach meiner Meinung stellt die Unternehmensteuerreform für die Unternehmen in Deutschland einen Gewinn bzw. einen Sprung nach vorne dar: Denn dadurch, dass Erträge geringer als früher versteuert werden, wird der Standort Deutschland international wettbewerbsfähiger. Jetzt kommt es aber darauf an, dass wir für einen begrenzten Zeitraum dafür sorgen, dass die Unternehmen Investitionen tätigen. Deshalb sind die Maßnahmen, die wir im Zusammenhang mit der degressiven AfA getroffen haben, auch wenn sie teuer sind, richtig, um für einen begrenzten Zeitraum Investitionen anzuschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Genauso richtig ist es, dass wir die Investitionen der öffentlichen Hand zum Beispiel in die Infrastruktur erhöhen. Wir werden in den nächsten beiden Jahren, also 2009 und 2010, rund 4 Milliarden Euro mehr für Infrastrukturinvestitionen bereitstellen. Das ist aus meiner Sicht ein richtiges Signal – sinnvoll ist es besonders dann, wenn es dazu dient, langfristig Wachstum und Beschäftigung im Lande zu befördern. Deshalb stehen wir auch zu dieser Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt komme ich zum steuerlichen Bereich. Natürlich ist es richtig, die Menschen steuerlich zu entlasten.

(Zuruf von der FDP: Warum machen Sie es nicht?)

Wir als Union wollen Steuerentlastungen aber, wie ich vorhin gesagt habe, mit einer Konsolidierung des Staatshaushaltes verbinden. Ich will beides:

(Zuruf von der FDP: Wann?)

strukturellen Ausgleich der Haushalte und steuerliche Entlastung. Deshalb beschließen wir jetzt, dass zum 1. Januar 2009 – die Gesetze liegen vor – die Familien durch Erhöhung des Kinderfreibetrages bzw. des Kindergeldes entlastet werden. Wir beschließen jetzt gemeinsam eine Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages.

Wir eröffnen jetzt die Möglichkeit, Handwerkerleistungen noch stärker bei der Einkommensteuer zu berücksichtigen. Das bedeutet eine steuerliche Entlastung der Einkommensteuerzahler.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Schließlich sorgen wir für eine Besserstellung der Privathaushalte als Arbeitgeber, um mehr Beschäftigung in diesem Bereich zu mobilisieren bzw. aus der Illegalität zu holen. Auch damit ist eine Besserstellung der Steuerzahler

verbunden. All diese steuerlichen Maßnahmen setzen wir zum 1. Januar 2009 um.

(Zuruf von der FDP: Placebo!)

- Nein, das ist kein Placebo. Hierbei handelt es sich um ganz gezielte Entlastung. Die Menschen werden dadurch animiert, auch selbst und an der richtigen Stelle zu investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine zweite Maßnahme haben wir verabredet, nämlich eine steuerliche Entlastung um 8,4 Milliarden Euro zum 1. Januar 2010, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen deutlich verbessern. Auch das bringt eine massive Entlastung der Steuerzahler mit sich, die wir jetzt gemeinschaftlich beraten und umsetzen wollen.

Man sollte nicht sagen, wir täten nichts. Wir tun jetzt etwas zu Beginn des Jahres 2009 und etwas zu Beginn des Jahres 2010. Für die Union sage ich Ihnen: Wir sind der Meinung, dass wir über diese beiden Schritte hinaus noch einen dritten Schritt brauchen, nämlich stärkere Motivierung der Leistungsträger. Dazu müssen wir wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression treffen.

Dies wollen wir machen, indem wir die Kurve der Einkommensteuertarife flacher verlaufen lassen, damit sich

Leistung mehr lohnt. Das ist der dritte Schritt, den wir gemeinschaftlich umsetzen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dr. Volker Wissing [FDP]: Wann denn? Sie tun nichts!)

Ich glaube, deshalb sollten wir nicht immer nur das tun, was ganz leicht ist, nämlich Kritik an vereinbarten Zeitplänen oder vereinbarten Maßnahmen üben, sondern wir sollten auch einmal, um Vertrauen zu schaffen, gemeinschaftlich das, was umgesetzt wird, nach außen kommunizieren. Damit leistet man einen echten Beitrag dazu, dass sich Vertrauen bildet. Wir sind ein Teil, der Stabilität in diesem Lande schafft. Wir sind ein Teil, dem man vertrauen kann. Deshalb werden wir es auch schaffen, dass wir als Stabilitätsanker in dieser Krise wahrgenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Gregor Gysi ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einen Weltfinanzgipfel erlebt. Die meisten - wir gehören dazu - sind davon wirklich mehr als enttäuscht, und zwar deshalb, weil unter anderem beschlossen wurde, weiterhin freie Finanzmärkte zuzulassen. Es wurde nicht verstanden, dass es einen Unterschied zwischen dem Gütermarkt und dem Finanzmarkt gibt.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Auf dem Güter- und Dienstleistungsmarkt werden Waren und Dienstleistungen entweder gegen Waren und Dienstleistungen oder gegen Geld getauscht; das ist regulierbar. Auf dem Finanzmarkt wird Geld gegen Geld

getauscht. Das Ergebnis ist immer, dass einer verlieren muss und einer gewinnen soll. Das Ganze ist reine Spekulation und führt zu solchen Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben. Wenn Ihre Entscheidung nicht anders lautet, als alles weiter so laufen zu lassen, dann haben Sie nicht verstanden, worum es geht, und sind nicht bereit, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es stimmt, es gibt internationale Ursachen. Es gibt Ursachen, die in anderen Ländern liegen. Es gibt aber auch Ursachen, die in Deutschland liegen. Ich frage Sie: Was tun Sie gegen die Ursachen in Deutschland? Ich nenne Ihnen einige wenige Beispiele.

Nehmen wir die Hedgefonds. Was sind Hedgefonds? - Man muss der Öffentlichkeit diesen Begriff erklären. Diese Fonds beteiligen sich mit einem Minimum an Eigenkapital an einem Unternehmen, das gerade pleitegeht. Sie leihen sich den größten Anteil des Geldes und bürden die dadurch entstehenden Schulden dem neuen Unternehmen auf. Dann entlassen sie massenhaft Leute und verkaufen das Ganze profitabel. Das ist ihr Zweck. Deshalb sagte Herr Müntefering, nachdem er das Ganze zugelassen hat, das seien Heuschrecken. Ich frage Sie: Was machen Sie?

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Außerdem wurde unter der Regierung von SPD und Grünen geregelt, dass für diese Käufe und Verkäufe nicht ein Cent an Steuern zu zahlen ist; diese Steuern musste man unter der von Kohl geführten Regierung noch zahlen. Die Große Koalition hat an dieser Regelung nichts geändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Anreiz gewesen, all diese Geschäfte in Deutschland zu betreiben. Ich frage Sie nun: Was haben Sie für einen Gesetzentwurf? Haben Sie einmal überlegt, ob Sie Hedgefonds entweder wieder verbieten oder - wenn Sie weiterhin zulassen wollen - in ihren Möglichkeiten kontrollieren und einschränken? - Sie haben nichts dergleichen getan.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen wir die Zweckgesellschaften. Banken gründen in Steueroasen Zweckgesellschaften, damit sie nicht der Finanzkontrolle unterliegen. Diese Zweckgesellschaften verkaufen faule Kreditbriefe - das hat uns mit in den Ruin getrieben -, und dafür müssen sie keine Steuern zahlen. Wo ist Ihr Gesetzentwurf zum Verbot oder wenigstens zur Kontrolle dieser Zweckgesellschaften? - Den gibt es nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die dritte Forderung, die man aus der Finanzkrise herleiten kann, ist, dass Steueroasen trockengelegt werden. Ich frage Sie: Wann haben Sie mit Präsident Bush darüber geredet, ob er versucht, die entsprechenden Inseln im Atlantik diesbezüglich mit amerikanischen Mitteln zu überzeugen?

(Zuruf von der SPD: Bundeswehr!)

- Nein, um die Bundeswehr geht es nicht, es geht um ganz andere Wege. Die Bundeswehr ist immer Ihre Antwort. Wir haben regelmäßig andere Antworten.

(Beifall bei der LINKEN - Ludwig Stiegler)

[SPD]: Ja, die Volksarmee!)

Das ist schon ein bemerkenswerter Vorgang. Nichts dergleichen ist verabredet worden. Ich frage Sie daher: Haben Sie wenigstens schon einmal mit Obama telefoniert? Ich frage dies, weil ich hoffe, dass man sich mit ihm diesbezüglich verständigen kann.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Wir haben ihn in die Fraktion eingeladen!)

Ein weiterer Aspekt sind die Verbriefungen. Das sind Handelsgeschäfte mit Krediten, die Banken, Immobiliengesellschaften und Investmentfonds zu Paketen

bündeln und weltweit verkaufen. Genau dadurch wurde die Krise ausgelöst; denn die meisten Kredite waren faul, weil keine Werte dahinter standen. Das war die Ursache. Was machen Sie gegen diese Art der Verbriefungen?

- Nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie haben keine Schlussfolgerungen gezogen.

Die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, bereitet uns darauf vor, dass das kommende Jahr schlechte Nachrichten bringen wird. Die Deutsche Bundesbank erklärt: Wir werden ab dem nächsten Jahr die schwerste Wirtschaftskrise seit 1949 erleben, weil die Finanzkrise mit allen

Folgen in die Realwirtschaft überschwappt. Was macht die Bundesregierung? - Sie legt für das nächste Jahr ein Konjunkturprogramm im Umfang von weniger als 4 Milliarden Euro vor. Das sind 0,15 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Ich sage Ihnen: Daran wird deutlich, dass Sie die Situation nicht verstanden haben; denn Sie sind nicht bereit, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die deutsche Wirtschaft lebt nun einmal sehr von den Ausfuhren. Diese brechen aber wegen der internationalen Finanzkrise weg. Sie erkennen das erste Mal, dass man vielleicht die Binnenwirtschaft stärken muss. Das geht aber nur, indem Sie die Kaufkraft erhöhen, die Sie seit Jahren geschwächt haben, sei es durch die Mehrwertsteuererhöhung, durch die Rentenformel oder durch was auch immer. Überall haben Sie die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt. Das muss in unserer Gesellschaft grundsätzlich geändert werden, aus sozialen und aus wirtschaftlichen Gründen.

(Beifall bei der LINKEN)

Andere Länder reagieren ganz anders als Deutschland. Nehmen Sie das Beispiel China.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Von China lernen, heißt Siegen lernen!)

- Ja, ich bitte Sie. - China legt ein Konjunkturprogramm in Höhe von 1,2 Billionen Euro auf. Das entspricht der Hälfte des Bruttoinlandprodukts, nicht 0,15 Prozent. Wenn Ihnen China nicht gefällt, dann nehmen wir die USA. Obama hat gesagt, er wolle 700 Milliarden Dollar in ein Konjunkturprogramm einbringen. Davon sind wir meilenweit entfernt.

Nehmen Sie Großbritannien. Großbritannien steckt im nächsten Jahr 23 Milliarden Euro in ein Konjunkturprogramm

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie wollen doch den Staatskapitalismus!)

und senkt die Mehrwertsteuer von 17,5 auf 15 Prozent. Nichts dergleichen fällt Ihnen ein, was aber dringend erforderlich wäre, wenn eine Wirtschaftsrezession verhindert werden soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß ja, dass Sie uns nicht glauben; deshalb nenne ich Ihnen auch andere Stimmen. Die EU-Kommission hat gerade vorgeschlagen, jedes Mitgliedsland solle ein Konjunkturprogramm im Umfang von wenigstens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts starten. Das wären in Deutschland 25 Milliarden Euro. Sie setzen weniger als 4 Milliarden Euro ein. Mit diesem Kleckern werden die Probleme nicht gelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch der Sachverständigenrat, die Fünf Weisen, die durch und durch neoliberal geprägt sind, schlagen Ihnen plötzlich, ebenso wie die Linke, vor, doch mindestens 25 Milliarden Euro zu investieren.

(Frank Schäffler [FDP]: Sehr mutig!)

Auch sie haben erkannt, dass wir in Deutschland einen anderen Weg gehen müssen.

Wir haben 50 Milliarden Euro vorgeschlagen. Sie werden sagen, das sei viel zu viel Geld und maßlos übertrieben. Aber Ihr Geldargument zieht nicht mehr richtig. Wenn Sie einen Schutzschirm von 480 Milliarden Euro über die Banken breiten, können Sie nicht sagen, Sie hätten keine 50 Milliarden Euro zur Rettung, zur Erhaltung und zum Ausbau der Arbeitsplätze in Deutschland; denn das ist die zentrale Aufgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

Die 50 Milliarden Euro sollen auf verschiedene Bereiche aufgeteilt werden; davon schlagen wir 30 Milliarden Euro als Investitionssumme vor: 15 Milliarden Euro sollen in Bildung fließen. Das ist ungeheuer wichtig, damit wir diesbezüglich wieder durchschnittlich oder sogar überdurchschnittlich in Europa dastehen und damit endlich alle Kinder chancengleich oder wenigstens annähernd chancengleich aufwachsen können, indem ihnen eine gute Bildung zuteil wird.

(Beifall bei der LINKEN)

4 Milliarden Euro brauchen wir für die Energiewende. Für die Gesundheit brauchen wir 3,5 Milliarden Euro. All das führt nicht nur zu gerechteren Verhältnissen, sondern kurbelt auch die Binnenwirtschaft an; denn es gibt immer mehr kleine und mittlere Unternehmen, die auf die Kaufkraft der Bevölkerung und auf Investitionen dieser Art angewiesen sind. In diesem Zusammenhang haben wir auch eine Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV auf 435 Euro vorgeschlagen. Diese Erhöhung würde 7 Milliarden Euro kosten und wäre vertretbar. Außerdem fordern wir eine Erhöhung der Renten um 4 Prozent. Es soll endlich einmal wieder eine wirkliche Erhöhung der Renten sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch diese kostet 7 Milliarden Euro. Wir wollen endlich die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,71 Euro brutto die Stunde. Auch das stärkt die Kaufkraft in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:



Herr Kollege Gysi!

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Der Herr Präsident weist zu Recht darauf hin, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Ich weiß, dass Sie das freuen wird. Sonst würde ich Ihnen noch unsere tollen Vorschläge für die kleinen und mittleren Unternehmen erläutern. Das erzählt Ihnen Oskar Lafontaine morgen. Sie müssen also keine Sorge haben; das werden Sie noch erfahren.

Eines müssen Sie begreifen: Sie müssen aufhören, zu kleckern, und endlich klotzen. Sonst geraten wir in die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1949, wie es die Deutsche Bundesbank vorausgesagt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Intellektuell untergründig, rhetorisch großkotzig! Das ist Ihr Prinzip!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Fritz Kuhn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des Konjunkturprogramms, das in dieser Woche in erster Lesung beraten wird, und der Diskussionen, die darüber hinausgehen, ist unser Eindruck, dass die Große Koalition in ihrer Konjunkturstabilisierungsbemühung keine klare Richtung hat, dass sie extrem schlecht koordiniert ist und dass sie bislang auch nicht bereit ist, wirklich ernsthaft in einen europäischen Verbund von Konjunkturmaßnahmen einzutreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzteres kann ich an einem einfachen Beispiel belegen. Einen Tag, nachdem die Bundeskanzlerin Herrn Glos beauftragt hat, auf der europäischen Ebene zu sondieren und in das europäische Konjunkturprogramm deutsche Vorschläge einzubringen, stellt der Außenminister sein Konzept für ein europäisches Konsolidierungsprogramm vor. Wenn eine Regierung so agiert, dann muss doch auf dem Markt der Eindruck entstehen, dass die Große Koalition nicht so richtig weiß, was sie eigentlich will. Wenn man uns zudem schon jetzt erklärt, die 10 Euro Kindergelderhöhung seien der deutsche Beitrag zum europäischen Konjunkturprogramm, dann kann ich eigentlich nur lächeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein konsistentes Konzept wird daraus jedenfalls nicht. Wir sagen: Gebt dem, was wir machen müssen, endlich einmal eine Richtung! Lasst uns schauen, wo Deutschlands Wirtschaft Schwächen aufweist! In diesen Bereichen müssen wir ein effektives Investitionsprogramm auflegen. Dies würde erstens positive Konjunkturreffekte bewirken und zweitens dem Ziel dienen, die wirtschaftlichen Schwächen der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen. Dadurch spart man Kosten und gewinnt neue Spielräume.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Meister, diese Felder, die wir auch in unserem Antrag genannt haben, sind: erstens Investitionen in den Klimaschutz, zweitens Investitionen in Bildung - das umfasst Investitionen in die Ausstattung des Bildungssystems, aber auch in die Schulgebäude - und drittens

mehr Investitionen in eine bessere soziale Infrastruktur und in Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Machen wir doch alles!)

Ich will mit der Umwelt anfangen. Wir haben die Zahlen in unserem Antrag genannt, die aufzeigen, was man zusätzlich alles machen könnte. Man kann aber nicht einerseits Umweltinvestitionen in das Paket aufnehmen - das machen Sie in einem bescheidenen Umfang - und andererseits, wie die CSU, eine Debatte führen nach dem Motto, jetzt müsse der Klimaschutz zurücktreten; denn Klimaschutz sei schließlich teuer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die CSU da offenbart, ist das Uraltdenken, man könne sich Klimaschutz und Umweltschutz nur leisten, wenn es der Wirtschaft gut gehe, ansonsten stünden sie hinten an. Das Gegenteil ist richtig: Gerade wenn es der Wirtschaft schlecht geht, müssen wir in die Stabilisierung unserer Umwelt und des Klimas investieren. Damit verbinden wir Wirtschaft und Umwelt und kreieren die notwendigen zusätzlichen Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon ein starkes Stück, dass Sie sich nicht wegen Ihres Kfz-Steuer-Gruschds schämen, der heute in erster Lesung behandelt wird. Wer im nächsten halben Jahr ein Auto kauft, soll nach Ihren Plänen ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit werden. Das bedeutet für einen Smart eine Steuerentlastung von 135 Euro, aber für einen Audi Q 7, der 298 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer emittiert, eine Steuerentlastung von 1 852 Euro. Das ist - mit Ihrer Unterstützung - die staatliche Subventionierung von CO<sub>2</sub>-Dreckschleudern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun gab es Bewegung in dieser Sache. Zuerst sollte diese Regelung für den Neukauf ein Jahr gelten. Dann hat die SPD ein bisschen gezuckt, und nun ist ein halbes Jahr daraus geworden. Ich sage Ihnen aber deutlich: Was ein Jahr lang Unsinn ist, ist auch ein halbes Jahr lang Unsinn, liebe Genossinnen und Genossen. An dieser Stelle hätten Sie das Kreuz gerademachen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Damit es keiner falsch versteht: Die Anrede „Genossinnen und Genossen“ war in Anführungszeichen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie wollen doch nicht etwa übertreten? Die Genossen können heute einen Neuen gebrauchen!)

Jetzt zur sozialen Frage. Die CDU führt eine Steuerentlastungsdiskussion. Sie tut so, als sei eindeutig klar, dass eine Steuerentlastung einen wirksamen Konsumschub bringen könnte. Aber die Steuerentlastung, über die Sie diskutieren und die Herr Meister in seiner Rede an die dritte Stelle gestellt hat, als er von einem gleichmäßigen, linear progressiven Tarif sprach, kostet nach Einschätzung der Experten 45 Milliarden Euro.

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Sie müssen schon die Summe nennen, um die es eigentlich geht. - Wir sagen klar: Eine Steuerreform in dieser pauschalen Form ist unter den bestehenden Bedingungen nicht zu finanzieren,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil nicht garantiert ist, Herr Meister, dass sie wirklich konsumsteigernde Effekte in der Breite hat. Sie können diese Effekte nicht genau vorhersagen.

Wir stellen eine andere Frage: Warum entlasten wir nicht die Leute, denen es sozial so schlecht geht, dass sie sicherlich mehr für ihre Familien kaufen würden, wenn sie nur etwas mehr Geld hätten? Deswegen sagen wir: Lasst uns das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro anheben! Damit ist auch ein Anstieg des steuerlichen Grundfreibetrages auf 8 500 Euro verbunden, was im unteren Einkommensbereich zu positiven Effekten führt. Lasst uns endlich die Beseitigung der sozialen Schieflage, die es in Deutschland gibt, mit der Notwendigkeit eines Konjunkturprogramms verbinden! Davon haben Sie bislang nicht geredet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will von der Union wirklich einmal wissen - aus Ihren Reihen gibt es ja noch Redner zu diesem Punkt -, wie Sie die Aussichten für Ihre Steuerreform einschätzen. Wollen Sie sie noch in dieser Legislaturperiode machen, oder stimmen Sie Herrn Meister zu, der davon gesprochen hat, erst den Haushalt zu konsolidieren und dann die Steuern zu senken?

Für den Fall, dass Sie das ernst meinen, Herr Meister, stelle ich Ihnen einmal folgende Frage: Wieso ist im Rahmen der Föderalismuskommission II noch nicht von Herrn Oettinger und Herrn Struck zu einem Anschlusstermin für eine Plenarsitzung eingeladen worden? Zur Erinnerung: Im Oktober sollte in der Föderalismuskommission eine Regelung zur Schuldenbremse verabschiedet werden - wegen der Bayern-Wahl erst so spät im Oktober. Das ist bekannt; es ist kein Geheimnis. Dann hat man die Sitzung mit der Begründung des SPD-Parteitag abgesagt. Klar war: Der eigentliche Grund war die Finanzkrise; denn in der Großen Koalition glaubt keiner mehr ernsthaft an eine Schuldenbremse. Jetzt ist der SPD-Parteitag vorbei, und es gibt noch immer keine Einladung zu einer Sitzung der Föderalismuskommission, auf der vereinbart werden könnte, dass eine Schuldenbremse beschlossen wird, die - mit Ausnahmen für Notzeiten, wie dies die Finanzkrise ja jetzt ist - funktioniert. Ich sage Ihnen, Herr Meister: Die Verwirklichung des Plans, zuerst zu konsolidieren und den Haushalt dann tatsächlich auszugleichen, schaffen Sie nie bis zur nächsten Bundestagswahl. Ihre Vorstellung: „Wir führen nach der Bundestagswahl eine Steuersenkung durch, damit wir einen schönen Wahlkampf führen können“ ist nicht richtig und nicht zu verwirklichen - zumindest dann nicht, wenn das stimmt, was Sie heute gesagt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss stelle ich fest: Ein richtiges Investitionsprogramm, das Arbeitsplätze schafft, muss bei der Klimapolitik, der Bildung und bei sozialer Gerechtigkeit ansetzen. Es muss eine Richtung haben und darf kein wildes Sammelsurium sein, wie es das der Bundesregierung ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ludwig Stiegler [SPD]: Man muss es nur sehen wollen! Dann sieht man, dass es das gibt!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Hans Michelbach ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt keinen Zweifel: Die Finanzmarktkrise, die Angst vor der Rezession, die Sorge um Auftragseinbrüche, die Furcht vor Arbeitsplatzverlusten, Investitionskürzungen sind leider Realität. Ursachen sind das Versagen von Marktakteuren in der Kreditwirtschaft und ein breiter Stimmungsabschwung in der gesamten Wirtschaft, insbesondere in allen Exportländern dieser Welt. Da ist es gut, wenn die Politik schnelle und konkrete Handlungsfähigkeit beweist. Die Krisenfähigkeit, das Krisenmanagement dieser Bundesregierung, der Großen Koalition haben funktioniert und funktionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das sieht die Wirtschaft so; das sehen die Menschen so. Wir erzeugen Vertrauen in die Zukunftssicherung. Wir haben in den Maßnahmen eine klare Richtung. Wir haben klare ordnungspolitische Grundsätze.

(Otto Fricke [FDP]: Leider die falschen!)

Wir müssen deutlich sagen, was getan wurde und was noch getan werden muss. Das ist ein fortlaufender Prozess; denn auch Wirtschaft ist ein fortlaufender Mechanismus. Zunächst haben wir wirtschaftliche Erfolge erzielt. Darüber muss man reden. Wir hatten im letzten Jahr Steuermehreinnahmen von 38,2 Milliarden Euro. Das heißt, hier wurden überhaupt erst die Grundlagen geschaffen, die nötig sind, um Maßnahmenpakete, Investitionsanreize und Steuersenkungen in Angriff zu nehmen. Die Situation ist: Wir haben in den letzten drei Jahren etwas geschaffen; wir haben einen wirtschaftlichen Erfolg auf der Habenseite. Das ist ein wesentlicher Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen deutlich machen, welche Grundlage vorhanden ist: zum Beispiel die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent.

Das ist eine Entlastung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber um 30 Milliarden Euro. Auch das ist ein Punkt auf der Habenseite. Damit geben wir Konjunkturanreize.

(Beifall des Abg. Olav Gutting [CDU/CSU])

Wir müssen natürlich deutlich machen, dass gezielte Maßnahmen ergriffen wurden. Ich denke dabei an den 500-Milliarden-Euro-Schirm für das Funktionieren des Geldmarktes. Das war ein wichtiger Schritt und hat bei den Sparern und Anlegern Vertrauen geschaffen. Es wurde verhindert, dass sich wie in Großbritannien vor den Banken Schlangen gebildet haben. Es wurde das richtige Paket aufgelegt. Natürlich wünschen wir uns, dass die Standards der Kreditvergabe wieder so sind, dass es keine Kreditklemme gibt. Aber zunächst einmal ist wesentlich gehandelt worden. Auch das ist ein Punkt auf der Habenseite.

Das heutige Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ ist ein weiterer wichtiger Schritt, ein Impuls für mehr Konsum und Investitionen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Troost?

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):  
Selbstverständlich, gerne.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Kollege Michelbach, Sie haben gerade von der expansiven Wirkung der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags gesprochen. Stimmen Sie mir zu, dass dieser Senkung die erhöhten Beiträge für die Gesundheitsversorgung gegenüberstehen und die Bürgerinnen und Bürger insofern letztlich nicht mehr Geld in der Tasche haben werden, sondern eher weniger?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Da stimme ich Ihnen nicht zu; denn letzten Endes dient eine solche Maßnahme der Stärkung des Wettbewerbs. Mit Einführung des Gesundheitsfonds wird es zu mehr Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen kommen. Durch Bonuszahlungen und andere Wettbewerbsmaßnahmen wird ein Systemwechsel bewerkstelligt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Quatsch! Er hat etwas anderes gefragt! - Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Der Konjunkturbeitrag ist in jedem Fall dadurch gegeben, dass beim Arbeitnehmer und beim Arbeitgeber durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge Wirkung entfaltet wird.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Und bei der Krankenversicherung? Was ist da? Peinlich!

Die Bundesregierung wird auch das EU-Paket auf den Weg bringen. Schon jetzt weitere Maßnahmen anzukündigen, halte ich für kontraproduktiv. Die Situation darf nicht schlechtgeredet werden. Wir müssen gegen den Pessimismus und die Aktionismusforderungen Einzelner vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen deutlich machen, dass eine ordnungspolitische Linie - Vernunft, Effizienz und Optimismus - der richtige Weg ist. Auf diesem Weg wird es das eine oder andere weitere Maßnahmenpaket geben.

Natürlich wollen wir im steuerlichen Bereich weitere Maßnahmen ergreifen, aber alles zu seiner Zeit. Wir haben gehandelt: Mit der Wiedereinführung der degressiven AfA und der Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Handwerkerleistungen haben wir Mittelstandsfreundlichkeit bewiesen. Der Motor des Beschäftigungssektors, der Motor der Wirtschaft ist der Mittelstand, und dieses Maßnahmenpaket ist absolut zielsicher auf den Mittelstand angelegt. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen. Diesen Weg sollten wir gemeinsam beschreiten; denn er führt zu Erfolg bei Wachstum und zu Beschäftigungssicherung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Reinhard Schultz, SPD-Fraktion.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet, kommt es auf zwei wesentliche Dinge an: Erstens. Die Erkenntnis der Schwierigkeiten darf nicht in Panik umschlagen. Als verantwortliche Politiker haben wir einen ganz wesentlichen Beitrag dazu zu leisten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

In der Bevölkerung wird Ruhe bewahrt. Wir haben sogar Daten vorliegen, nach denen der private Konsum steigt, obwohl man eigentlich vermuten müsste, dass er zurückgeht. Im Bereich der Wirtschaft handelt man trotz des Ernstes der Lage sehr rational und tritt mit der Politik in einen Dialog über die Frage ein, was erforderlich ist und was nicht.

Auslöser der Probleme ist die Finanzkrise. Ich glaube, wir haben sehr schnell und gut gehandelt. Wir stellen sicher, dass der Geldverkehr, der Geldfluss, die Finanzierung von Unternehmen und privaten Haushalten, ohne Kreditklemme möglich ist. Wir werden darauf achten, dass das auch weiterhin möglich bleibt. Auch das Paket, das wir heute beschließen, enthält Elemente, die dafür sorgen sollen, dass Unternehmen, private Haushalte und verschuldete Gemeinden, die Schwierigkeiten am Kapitalmarkt haben, leichter an Geld herankommen, um investieren zu können.

Zweitens. Wir müssen natürlich darauf achten, dass die Maßnahmen, die wir ergreifen, sofort funktionieren und nicht wie ein Forschungsförderungsprogramm - manch einer schlägt hier Programme vor, die er schon immer mal umsetzen wollte - erst in fünf, zehn oder 15 Jahren spürbare Erträge abwerfen. Man darf die Umstrukturierungen von Wirtschaft und Gesellschaft, die langfristig erforderlich sind, hin zur Forschungs- und Bildungsgesellschaft - das machen wir ja - und auch den ökologischen Umbau der Gesellschaft nicht mit Konjunkturpolitik verwechseln. Konjunkturpolitik ist nur das, was sofort treffgenau wirkt; es geht dabei um Treffgenauigkeit.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Siehe Kfz-Steuer-Reform!)

- Zur Kfz-Steuer will ich gern etwas sagen. Wenn der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie diese Reform ausdrücklich für eine geeignete Maßnahme hält,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann machen Sie das! Toll!)

kann man trotzdem seine Zweifel haben - auch ich glaube nicht immer allen Präsidenten -, aber dann ist sie zumindest nicht völlig weltfremd. Wenn eine Reform der Kfz-Steuer dazu beiträgt, dass wir vielleicht schneller als erwartet mit den Ländern zu einem Konsens über eine CO2-orientierte Umgestaltung der Kfz-Steuer kommen - vielleicht sogar noch im nächsten Jahr -, dann wäre das eine gute Sache. Allein das wäre es wert, diese Diskussion zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden schon seit Jahren darüber!)

Die Kaufzurückhaltung bei Automobilen liegt zum Teil daran, dass die Käufer nicht genau wissen, welche

steuerliche Kulisse mittelfristig auf sie zukommt. Da gibt es aufgrund der Konjunktur, aber auch aufgrund unsicherer Besteuerungsgrundlagen in der Zukunft einen Attentismus.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wer macht die Besteuerungsgrundlagen?)  
Insofern können wir nur appellieren und daran arbeiten, so schnell wie möglich mit der richtigen Kfz-Steuer-Reform über die Rampe zu kommen.

Konjunkturprogramme müssen etwas Besonderes sein. Das, was wir in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten organisieren, darf nicht auf die Ewigkeit angelegt sein; denn dann gäbe es gar keinen Grund, jetzt zu handeln.  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Deswegen haben wir unsere Maßnahmen im Wesentlichen auf zwei Jahre angelegt.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Wer in den nächsten zwei Jahren nicht handelt, guckt in die Röhre. Man muss in diesem Zeitraum, in dem es wirtschaftlich schwierig ist, investieren und ausgeben. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass diese Maßnahmen zu dem passen, was wir langfristig erreichen wollen. Dazu dienen die Maßnahmen, die im Haushalt angelegt sind, zum Beispiel die, die mit der KfW insbesondere im Bereich der Gebäudesanierung durchgeführt werden, übrigens unter Einbeziehung öffentlicher Gebäude, insbesondere Schulen und Kindergärten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wird hier immer gefordert. Aber viele, die das fordern, lesen offensichtlich nicht, was in den Vorlagen steht; das muss man leider manchmal feststellen.

Ich denke, wir sind richtig aufgestellt. Diese Maßnahmen sind nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der Gesamtkulisse. Ich denke an das Finanzmarktpaket. Übrigens, Herr Gysi, ich weiß nicht, was Sie so im Allgemeinen lesen - hoffentlich nicht nur Neues Deutschland - ,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Marx und Engels!)

aber das Kommuniqué nach den Gipfeln war völlig eindeutig: Alle Themen, von den Ratingagenturen bis zu der Frage, dass Risiken, die außerhalb der Bilanzen stehen, in die Bilanzen aufgenommen werden, usw. sind angelegt.

(Joachim Poß [SPD]: Steueroasen!)

Wenn Sie der Diskussion über das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz in Deutschland folgen würden - als Berichterstatter haben Sie das Recht, daran teilzunehmen -, dann wüssten Sie, dass in der Koalition verabredet ist, die Aufnahme von außerbilanziellen Risiken in die Bilanzen noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen. Ich denke, da sind wir völlig richtig aufgestellt. Ich kann nicht nachvollziehen, was Sie erzählen; aber ich weiß, aus welchen Gründen Sie das tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Sie sind eine personifizierte Zweckgesellschaft, die nur einen Zweck verfolgt, nämlich die Bürger hinter die Fichte zu führen. Das ist Ihre Aufgabe als Zweckgesellschaft

namens Linkspartei.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Situation, dass die Energiepreise gesunken sind. Das ist natürlich auch ein Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Situation. Daher sinkt auch die Inflationsrate.

Darüber freuen sich insbesondere die Rentner – sie werden dauernd erwähnt –, die mit einer Rentenerhöhung von über 2 Prozent fest rechnen können, die nicht von der Inflation im nächsten Jahr aufgeessen werden wird. Das ist eine gute Botschaft und trägt – das war von uns so nicht geplant – zum Erfolg des Konjunkturprogramms bei.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Natürlich!)

Dies gilt auch für die volle Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge im Jahr 2010. Auch dies war nicht als Konjunkturprogramm geplant; aber wenn man sich überlegt, wie viel Geld bei den privaten Haushalten zusätzlich ankommt, dann muss man auch das einbeziehen, was man sowieso schon beschlossen hat. Es trifft sich gut, dass Milliardenbeträge gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Situation bei den privaten Haushalten als Entlastung ankommen werden.

Zur Frage der Größenordnung. Herr Gysi nennt das 1,3-Billionen-Programm der Chinesen. Bei den Chinesen gibt es 800 Millionen arme Leute, die nur davon leben, ihren Reis anzubauen. Dort gibt es soziale Unruhen. Der Einzige, der dort wirklich Geld hat, ist der Staat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist Gysis Leitbild!)

Beispiel USA: Dort ist der Staat verschuldet, und die Sparquote liegt im Schnitt im Minusbereich. Dort kann man kein Programm machen wie bei uns. Wir haben eine sehr hohe Sparquote. Wir müssen den Sparern sozusagen ein Bonbon anbieten, damit sie mit ihrem Ersparten herausrücken. Wir wollen das private Geld mobilisieren, nicht nur Staatsknete.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das gelingt mit unserem Programm. Das ist in den USA überhaupt nicht möglich, weil es kein privates Geld gibt. Das ist in China erst recht nicht möglich, wie man sich lebhaft vorstellen kann. Dort ist nur der Einsatz von Staatsknete möglich. Da wir aber weder die USA noch China sind, sondern Deutschland sehr sparsame Bürger hat, die auf ihrem Ersparten sitzen, müssen wir ihnen das Vertrauen geben, dass es sich lohnt, ihr Geld jetzt für Investitionen in den privaten Haushalt auszugeben. Diese Investitionen erleichtern wir ihnen, indem sie die Handwerkerrechnungen absetzen können und auch durch andere Art und Weise.

Wir haben damit auch schon Erfahrungen gemacht.

Mit dem ersten Wachstumsprogramm, das wir zu Beginn der Großen Koalition aufgelegt haben, haben wir Grundlagen für Maßnahmen gelegt, die sehr gut gewirkt haben.

Ein Beispiel ist das Programm zur Gebäudesanierung und noch viele andere Dinge. Daran knüpfen wir an. Dann wurden hier die degressive AfA und auch andere Abschreibungstatbestände kritisiert. Der Vorwurf war, dass diese nicht für immer gelten. Das aber ist der Sinn der Sache. Ich als Berichterstatter habe schon bei



der Unternehmensteuerreform gesagt: Diese Dinge müssen wir für wirtschaftlich schwierige Zeiten in petto haben. Das ist kein Tatbestand für normale Zeiten. Gut, dass wir das getan haben. Denn jetzt können wir mit diesen Maßnahmen die Konjunktur anschieben. Hätten wir sie als Regeltatbestand, dann würden diese Instrumente nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht der Panik das Wort zu reden, aber auch nicht hasenfüßig zu sein. Ich glaube, wir sind auf einer ausgesprochen guten Spur, auch dieses wirtschaftliche Risiko gemeinsam zu bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Olav Gutting ist der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen!

Wir befinden uns dieser Tage in einer Situation, die vor wenigen Monaten noch keiner für möglich gehalten hätte. Die Indikatoren sind klar: Wir befinden uns in einer Rezession. Dennoch ist das nicht die Katastrophe, die jetzt einige an die Wand malen. Die deutsche Wirtschaft und vor allem auch der deutsche Arbeitsmarkt haben sich in den letzten Jahren eine Robustheit erarbeitet, die ihresgleichen sucht.

Wir sollten deshalb jetzt nicht damit beginnen, den Abschwung in ein tiefes Tal geradezu herbeizureden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wie lange und wie tief die Wachstumsdelle wird, hängt von einem Gutteil von uns selbst ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Industrie in Deutschland ist jedenfalls sehr viel stärker als in anderen vergleichbaren Industrieländern.

Gerade auch deshalb gilt es, trotz der Finanzkrise die Haushaltskonsolidierung nicht völlig aus den Augen zu verlieren.

Die letzten Jahrzehnte haben immer wieder gezeigt:

Ein klassisches Konjunkturprogramm entwickelt ungefähr die Wirksamkeit eines Regentanzes der Hopi-Indianer.

Der einzige Unterschied ist: Ein solcher Tanz ist regelmäßig umsonst zu haben, ein klassisches Konjunkturprogramm hingegen belastet die öffentlichen Haushalte bis weit in die nächste Generation hinein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben deswegen heute kein klassisches Konjunkturprogramm auf dem Tisch liegen. Nein, wir wollen Beschäftigung durch Wachstumsstärkung sichern.

Hier kann das heutige Maßnahmenpaket ein wichtiger Impulsgeber sein. Ich möchte besonders die geplante Verdoppelung des Absetzbetrages für Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im privaten Bereich hervorheben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hier werden wir den Steuerbonus von bisher maximal

600 Euro auf 1 200 Euro verdoppeln. Nachdem es bei der ursprünglichen Einführung der 600-Euro-Grenze ein bisschen gedauert hat, bis die Kunden und die Handwerker das ganze System verstanden haben, bis es durchgedrungen war und die Handwerker das Ganze in ihren Akquisebemühungen berücksichtigt haben, können wir heute sagen: Die Anlaufschwierigkeiten bei den Regelungen zur Verdoppelung, die wir heute beschließen werden, gibt es nun nicht mehr. Das Handwerk weiß, wie es geht. Das wird gut angenommen. Deswegen wird diese Maßnahme unmittelbar und sofort Wirksamkeit entfalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden des Weiteren, befristet für die nächsten zwei Jahre, die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter einführen. Ich meine aber - diese Bemerkung erlauben Sie mir -, dass die Beschränkung auf bewegliche Wirtschaftsgüter doch zu wenig innovativ ist. Was machen wir mit den immateriellen, also den unkörperlichen Wirtschaftsgütern? Hierzu zählt zum Beispiel Software. Schon längst sind die immateriellen Wirtschaftsgüter in den modernen Unternehmen in Deutschland nämlich mindestens genauso wichtig wie die materiellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will klarstellen: Es geht nicht darum, jetzt noch einer weiteren notleidenden Branche etwas zukommen zu lassen nach dem Motto „Wer hat noch nicht, wer will noch mal?“, sondern es geht darum, unsere erfolgreiche Stellung im internationalen Wettbewerb zu stärken. Dafür brauchen wir Effizienz- und Intelligenzverstärker. Hierfür ist zum Beispiel moderne Software hervorragend geeignet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir auch zukünftig Weltmarktanteile hinzugewinnen wollen - das wollen wir, und das werden wir -, dann müssen wir gerade in diesen Bereich zusätzlich investieren, das Investitionsverhalten stimulieren und entsprechende Anreize schaffen. Wir sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, um gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen. Lassen Sie mich auf Folgendes hinweisen - das wurde schon mehrfach angesprochen -: Man darf das vorliegende Maßnahmenpaket nicht isoliert betrachten. Es ist ein Bestandteil vieler verschiedener Bausteine. Vorhin wurde bereits hervorgehoben, dass die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 6,5 Prozent auf demnächst 2,8 Prozent eine Maßnahme ist, die bei den Arbeitnehmern hälftig ankommt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Und was kommt bei den Rentnern an?)

Die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dadurch erzielt wird, entspricht in etwa einer Senkung der Mehrwertsteuer um zwei bis drei Prozentpunkte.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ja, und bei der Krankenversicherung kommt das alles wieder oben drauf!)

Auch das gehört zur Wahrheit und muss einmal deutlich gemacht werden.

Insgesamt kann man festhalten: Die Maßnahmen des jetzt vorliegenden Paketes sind langfristig sinnvoll,

kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam. Darauf kommt es jetzt an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 16/10930 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 16/10619 soll federführend an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Die Vorlage auf

Drucksache 16/11023 soll federführend an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden, oder gibt es weitere Vorschläge zur Überweisung? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte II a und b auf:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)  
– Drucksachen 16/9900, 16/9902 –
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012  
– Drucksachen 16/9901, 16/9902, 16/10426 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Wir kommen zur Beratung der Einzelpläne, und zwar zunächst zu den drei Einzelplänen, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.1 auf:

Einzelplan 01

Bundespräsident und Bundespräsidialamt

– Drucksache 16/10424 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Herbert Frankenhauser

Ewald Schurer

Jürgen Koppelin

Dr. Dietmar Bartsch

Omid Nouripour

Wer stimmt für den Einzelplan 01 in der Ausschussfassung?

– Stimmt jemand dagegen oder enthält sich der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Einzelplan 01 einstimmig angenommen. – Das fängt doch gut an.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.2 auf:

Einzelplan 02

Deutscher Bundestag  
- Drucksachen 16/10402, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Königshofen

Gunter Weißgerber

Jürgen Koppelin

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Präsident Dr. Norbert Lammert

Wer stimmt dem Einzelplan 02 in der Ausschussfassung zu? - Stimmt jemand dagegen oder enthält sich der Stimme? - Dann ist auch dieser Einzelplan einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.3 auf:

Einzelplan 03

Bundesrat

- Drucksachen 16/10423, 16/10424 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Jens Spahn

Johannes Kahrs

Otto Fricke

Dr. Dietmar Bartsch

Omid Nouripour

Wer dem Einzelplan 03 in der Ausschussfassung zustimmt, den bitte ich ums Handzeichen. - Ist jemand dagegen, oder enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich auch hier die einstimmige Annahme des Einzelplanes feststellen.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten

II.4 a und b:

a) Einzelplan 08

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- Drucksachen 16/10408, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme

Bernhard Brinkmann (Hildesheim)

Ulrike Flach

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

b) Einzelplan 20

Bundesrechnungshof

- Drucksachen 16/10423, 16/10424 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle

Petra Merkel (Berlin)

Dr. Claudia Winterstein

Michael Leutert

Omid Nouripour

Zum Einzelplan 08 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir später abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. - Das ist offensichtlich einvernehmlich und damit so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Carsten Schneider für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundeshaushalt 2009 ist ein guter Haushalt in schwierigen Zeiten. Wir haben diesen Etat im Haushaltsausschuss und in der Großen Koalition gemeinsam beraten. Wir haben uns Zeit genommen, um auch die eben diskutierten Maßnahmen zur konjunkturellen Stützung aufzunehmen. Das heißt: Auch die Opposition hatte lange Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sind leider nicht so viele Beiträge von der Opposition gekommen!) Wir haben fast alle Minister, deren Aussagen gewünscht wurden, gehört und die Beratungen in einer konstruktiven Atmosphäre durchgeführt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eine gute Atmosphäre ist schon einmal wichtig!)

Seitdem der Bundeshaushalt vor fünf Monaten im Kabinett beschlossen wurde, haben sich dramatische Veränderungen ergeben. Wir haben das teilweise eben schon diskutiert und gehört. Wer hätte im Juli gedacht, dass es zu einer Insolvenz von Lehman Brothers, einem 150 Jahre alten Unternehmen, kommen könnte? Wer hätte gedacht, dass aus dem Mutterland des Turbokapitalismus innerhalb weniger Wochen die Vereinigten Verstaatlichungen von Amerika werden würden? Wer hätte damals gedacht, dass europäischen Staaten wie Island und Ungarn der Staatsbankrott drohen könnte? All dies geschah im Zeitraffer und mit einer unglaublichen Beschleunigung, wodurch auch wir Abgeordnete und die Bevölkerung vor große Herausforderungen gestellt wurden. Heute sind wir alle klüger. Wir wissen, dass sich die Welt da draußen dramatisch verändert hat. Wir wissen, dass die Finanzmärkte, ohne die eine moderne Volkswirtschaft nicht funktionieren kann, nicht mehr das sind, was sie waren. Wir wissen, dass die Auswirkungen auf die Realwirtschaft eingetreten sind und nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch ganze Branchen Schwierigkeiten haben, Kredite zu erhalten. Auf all diese Veränderungen haben wir als Parlament in den Beratungen reagiert und entsprechend gehandelt. Von daher können wir auch klar sagen, dass der Haushalt nach den Beratungen durch das Parlament wie immer besser geworden ist, als er vorher war.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben unter dramatisch schlechteren äußeren Bedingungen das Bestmögliche getan.

Wenn wir diese Legislaturperiode als Vergleich nehmen – wir hatten uns das Ziel gesetzt, den Haushalt zu konsolidieren, wir wollten gemeinsam in der Großen Koalition dafür sorgen, dass die Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht werden, wir haben trotz der Umstände zusätzliche Investitionen angestoßen und andere gesellschaftspolitische Maßnahmen umgesetzt, zum Beispiel das Elterngeld, aber auch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen –, dann lässt sich konstatieren, dass wir 2005 mit einem strukturellen Defizit beim Bund von über 60 Milliarden Euro gestartet sind und heute mit dem Entwurf, den wir Ihnen vorlegen und in dieser Woche debattieren, bei einem strukturellen Defizit

von knapp 20 Milliarden Euro liegen, und dies trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeit.

Ja, wir werden die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um 8 Milliarden Euro gegenüber der Planung erhöhen. 10,5 Milliarden Euro waren es nach unseren Planungen.

Wir kommen auf insgesamt 18,5 Milliarden Euro. Dies ist notwendig, weil wir als Staat in eine wirtschaftliche Krise nicht noch hineinsparen und damit die Krise verstärken wollen. Nein, wir lassen die automatischen Stabilisatoren - so nennt sich das, wenn man die Steuermindereinnahmen und die Mehrausgaben durch eine schlechtere Arbeitsmarktsituation zum Beispiel beim Arbeitslosengeld II in den öffentlichen Haushalten hinnimmt - gelten und wirken. Das ist der eine Grund für die Erhöhung der Kreditaufnahme.

Der andere Grund ist Vorsorge. Schauen Sie sich die Entwicklung an den Börsen an, was die Unternehmenswerte betrifft. Eine Commerzbank bekommen Sie mittlerweile für 6 Milliarden Euro. Die Deutsche Bank gibt es für 12 Milliarden Euro. In diesen Zeiten ist es nicht gerechtfertigt, Privatisierungen in dem Umfang durchzuführen, den wir geplant hatten. Deswegen haben wir den Verkauf von Vermögen, von Beteiligungen des Bundes, den wir grundsätzlich für gerechtfertigt erachtet haben, und damit das Erwirtschaften von Privatisierungserlösen geschoben. Dies führt zu einer Veränderung, aber auch einer strukturellen Verbesserung des Haushalts um 2,3 Milliarden Euro, denn in diesem Umfang erhöhen wir die Kreditaufnahme und senken die Privatisierungserlöse. Wenn Sie dies mit der Zahl des strukturellen Defizits im Jahre 2008 vergleichen - da hatten wir eine Kreditaufnahme von knapp 12 Milliarden Euro plus 10 Milliarden Euro Privatisierungserlöse; wir haben in diesem Jahr 18,5 Milliarden Euro plus 2 Milliarden Euro -, dann stellen Sie fest, dass das strukturelle Defizit nahezu gleich groß ist.

(Otto Fricke [FDP]: Ihr schafft doch gar nicht die 10 Milliarden in diesem Jahr! Ihr schafft doch nicht einmal die Hälfte!)

Das zeigt, trotz der wirtschaftlichen Krisensituation haben wir es geschafft, einen soliden Haushalt vorzulegen, der sich, was das Defizit betrifft, im europäischen Vergleich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Jürgen Koppelin [FDP]: Euer Haushalt gehört auch unter den Schutzschirm!)

Das Defizit der öffentlichen Haushalte liegt in der Bundesrepublik nach der neuesten Meldung für 2009 an die EU-Kommission bei 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den Vereinigten Staaten werden es im nächsten Jahr 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein. Im Vereinigten Königreich werden es 5,6 Prozent und bei den Franzosen 3,5 Prozent sein. Bei uns sind es 0,8 Prozent und dies, obwohl wir die Maßnahmen, auf die ich noch eingehen werde, zur Investitionsstärkung eingerechnet haben. Dies ist nur möglich, weil wir in den vergangenen Jahren eine solide Haushaltspolitik mit einer deutlichen Rückführung der Kreditaufnahme, der Privatisierungserlöse und des strukturellen Defizits gemacht haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP:  
150 Milliarden Mehreinnahmen!)

Dies ermöglicht uns unser Vorgehen in der heutigen Krise, von der niemand weiß, wie stark sie tatsächlich ist, wie tief sie greifen wird und wie lange sie dauern wird. Wenn man sich die Konsumzahlen in der GfK-Studie von heute anschaut, dann stellt man fest, dass die Bevölkerung diesem Land vertraut, dass sie seiner Leistungsfähigkeit vertraut. Das müssen wir verstärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir verstärken dies zum einen durch die Entlastungen, die wir sowohl durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages als auch bei den steuerlichen

Maßnahmen durch die Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro vornehmen.

Wir verstärken es zum anderen durch die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge - das ist alles in diesem Haushalt drin - und durch zusätzliche Maßnahmen zur Investitionsförderung.

Dies alles ermöglicht uns, als Staat zu handeln. Das ist auch notwendig in einer Zeit, in der die Märkte verrückt spielen und der letzte Anker letztendlich der Staat ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir als Staat steuerlich so ausgestattet sind, dass wir dies auch alles tun können. Das sage ich auch klar in Richtung FDP. Wer ständig Steuersenkungen und eine Verarmung des Staates fordert, kann in Krisenzeiten nicht mehr handeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir schaffen mit diesem Etat eine solide Grundlage, um sowohl in der Europäischen Union als auch für unsere Volkswirtschaft die notwendigen Impulse zu setzen, wohl wissend, dass wir einen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung weder stimulieren noch maßgeblich beeinflussen können - und schon gar nicht den Abschwung aufhalten können. Was wir machen können, ist ein Vorziehen - das ist auch sinnvoll - von gezielten Investitionen auch in den Kapitalstock unseres Landes. Dies tun wir mit Mehrausgaben im Bereich der Straßenbauinvestitionen. Das rechnet sich langfristig. Das ist auch sinnvoll für eine Volkswirtschaft wie die unsere im Zentrum Europas, die leistungsfähig sein will und sein muss. Das tun wir durch zusätzliche Investitionen auch in den Forschungsbereich. Wir investieren also nicht etwa in Projektförderung oder sonstiges, sondern finanzieren gezielte Investitionsmaßnahmen in Höhe von 200 Millionen Euro auf Initiative des Parlaments für den bereits bestehenden Bedarf an Großforschungseinrichtungen. Durch diesen Impuls werden diese Maßnahmen in Gang gesetzt werden können, und damit bleiben uns langfristig unser Know-how, das das Entscheidende für unsere Volkswirtschaft ist, unser Wissensvorsprung und damit auch unser Produktivitätsvorsprung gegenüber anderen Volkswirtschaften erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir erhöhen die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 100 Millionen Euro, um Investitionen voranzutreiben - auch dabei ist eine klare Aufteilung vorgesehen: 50 Prozent der Mittel fließen in die neuen Bundesländer,

50 Prozent in die alten Bundesländer -, um einen Vorzieheffekt bei Investitionen zu erreichen und Attentismus zu verhindern.

Zusätzlich haben wir ein Programm aufgenommen, das mir als Haushaltspolitiker besonders wichtig war - ich bin dankbar, dass die Große Koalition dies so beschlossen hat -, nämlich die investive Verstärkung von Weltkulturerbestätten. Wir haben 33 Weltkulturerbestätten in Deutschland. Sie sind ein elementarer Bestandteil unserer Kulturgeschichte. Es sind meistens kleine Städte, die gar nicht in der Lage sind, mit diesem Kulturgut umzugehen und die notwendigen Finanzierungsvoraussetzungen zu schaffen, um den touristischen und kulturellen Effekt, aber auch den wirtschaftlichen Effekt durch zusätzliche Investitionen gezielt zu nutzen. Hierfür haben wir 150 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Ich gehe davon aus, dass Bundesminister Tiefensee uns im Laufe des Jahres eine Aufstellung vorlegen wird, wie wir dieses besondere kulturelle Erbe auch mit Mitteln des Bundes ausfüllen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen Tempo bei den Verkehrsinvestitionen.

Das habe ich schon erwähnt.

Wir haben einen Schutzschirm von knapp 500 Milliarden Euro gespannt. Das ist die wichtigste konjunkturelle Maßnahme zur Stabilisierung unserer Wirtschaft im Bankensektor, aber nicht für die Banken und Banker, sondern dafür, dass die Finanzwirtschaft, die für die Kapitalversorgung der Unternehmen unseres Landes entscheidend ist, wieder Kredite vergibt und Unternehmen investieren können. Das war eine einmalige Entscheidung in diesem Parlament und die wichtigste Maßnahme, um die Konjunktur und die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land zu sichern, insbesondere was die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Hier herrschen Sicherheit und Vertrauen.

In dieser Zeit sind viele dabei, eine Krise herbeizureden und auch zu verstärken. Wir sollten dies nicht tun,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Kanzlerin?)

und es sollte auch nicht noch in jeder Branche nach zusätzlichen Förderungen und Subventionen geschrien werden. Das geht nicht an. Wir müssen als Staat sehr solide und bewusst mit dem Geld umgehen. Das meiste, das wir einnehmen, kommt von den Bürgerinnen und Bürgern, von den einfachen Leuten. Sie finanzieren diesen Staat.

Von daher kann man in einer Zeit, in der es vielleicht wirtschaftlich schlechter läuft, nicht Subventionen für jede einzelne Branche wiederaufleben lassen und mit dem Füllhorn durchs Land gehen. Ich warne davor. Das ist das Gesetz der großen Zahl: je größer, desto besser, und dann kommt noch eine Ebene oder noch ein Minister, der etwas fordert, was er schon immer fordern wollte. Das werden wir als Deutscher Bundestag nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Je größer die Zahl, desto schneller beschlossen!)

Wir nehmen nur ganz gezielte Investitionen vor, die auch



den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.

Dabei gilt das alte Gelassenheitsgebet: Gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden! Dazu rate ich uns auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Zu den Entlastungen, die vielfach angesprochen wurden - aus der Union ist ein vielstimmiger Chor dazu zu hören; ich bin froh, dass mein Kollege Kampeter Ordnung hält; ich hoffe, er dringt damit auch auf dem Bundesparteitag ab Ende dieser Woche durch -, sage ich

klar: Die größte Einzelentlastung der Bürgerinnen und Bürger, die es gibt und auf die wir keinen Einfluss haben, ist der Rohölpreis. Was haben wir im Sommer für Diskussionen geführt: 150 Dollar pro Barrel! Jetzt liegt der Rohölpreis bei unter 50 Dollar. Das entspricht einer Entlastung von 20 Milliarden bis 25 Milliarden Euro für die Bevölkerung.

Hätten wir damals die Pendlerpauschale angepasst, wie es die CSU und auch die Oppositionsfraktionen gefordert haben, dann wären wir jetzt erst mit der Gesetzgebung durch, aber die Situation sähe schon wieder ganz anders aus. Das heißt, wer glaubt, dass der Staat ständig auf Marktveränderungen kurzfristig reagieren kann oder eingreifen muss, geht vollkommen fehl. Ich rate zu Gelassenheit und dazu, nicht zur Verunsicherung beizutragen und mit dem Füllhorn durch das Land zu gehen.

Wenn wir etwas anpacken müssen, dann ist es die Stabilisierung der Wirtschaft. Das tun wir mit den Maßnahmen, insbesondere den gezielten Investitionen. Aber die Voraussetzung für das, was wir heute tun, ist der Erfolg der Haushaltskonsolidierung. Diese dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Das gilt für uns weiterhin. Deshalb werden wir Haushaltspolitiker darauf achten, dass nicht alle beim Geldausgeben sozusagen besoffen werden, dass die Mittel gezielt eingesetzt werden und dass sich vor allen Dingen alle staatlichen Ebenen an der Finanzierung beteiligen. Das sage ich explizit in Richtung Bundesrat. Es ist Aufgabe nicht nur des Bundes, für eine starke Konjunktur zu sorgen, sondern es ist eine Aufgabe auch der Bundesländer. Ich fordere die Bundesländer auf, im Bundesrat dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Jürgen Koppelin hat nun das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Keine Frage, es waren ganz schwierige Beratungen im Haushaltsausschuss. Wir hatten über einen Haushaltsentwurf zu beraten, der mit der Realität überhaupt nichts mehr zu tun hatte. Es ist sicherlich unbestritten, dass wir eine andere Situation hatten, als der Etatentwurf vom Kabinett beschlossen wurde. Bei den Haushaltsberatungen

Mitte September lobten sich Bundeskanzlerin und Bundesfinanzminister für eine gute Konjunktur, sinkende Arbeitslosenzahlen und hohe Steuereinnahmen. Noch vor zwei Monaten erklärte der Bundesfinanzminister hier im Plenum, dass wir uns zwar in einem Abschwung befänden, von einer Rezession aber keine Rede sein könne; in Deutschland gebe es eine positive Entwicklung. Auf unsere Kritik erklärte der Bundesfinanzminister - das habe ich mir gemerkt -: Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein Rätsel. Originalzitat des Bundesfinanzministers! (Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat er gesagt!)

Die Hinweise aus meiner Fraktion, dass nach einem Aufschwung auch ein Abschwung, vielleicht sogar eine Rezession kommen könne und deshalb für solche Zeiten Vorsorge getroffen werden müsse, wurden von ihm wie folgt kommentiert: Die positive Entwicklung sollte nicht durch Kassandrarufer gestört werden. - Der Bundesfinanzminister vergaß dabei natürlich - das will ich ihm zugute halten; vielleicht ist er in Geschichte nicht so gut gewesen -, dass Cassandra mit ihren Warnungen recht hatte.

Nun, zwei Monate später, erklärt uns die Regierung, insbesondere die Kanzlerin und der Bundesfinanzminister, wir seien in einer Rezession, und es liege ein schweres Jahr 2009 vor uns. Das stimmt. Wer wollte das bestreiten? Doch wenn das die Wahrheit ist, fragt man sich, warum nicht auch wahre Zahlen im Bundeshaushalt stehen. (Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wer gute Zeiten für sich als politisches Verdienst reklamiert, der muss dann auch Verantwortung übernehmen, wenn es eine Rezession und schwere Zeiten gibt. Das ist dann auch seine Verantwortung. Sie tragen zumindest teilweise Verantwortung; denn Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen. Für eventuell schlechte Zeiten haben Sie keine Vorsorge getroffen. Das ist einer unserer Hauptvorwürfe.

(Beifall bei der FDP)

Nun wollen Sie plötzlich für die aktuelle Situation nicht mehr verantwortlich sein. Die Gründe für das Scheitern der Haushaltskonsolidierung liegen nach unserer Auffassung vor allem bei der Bundesregierung. Es geht doch gar nicht um die Finanzmarktsituation. Es geht vielmehr darum, dass die Bundesregierung falsche Entscheidungen getroffen hat. Ich nenne Ihnen zwei Bereiche. Die Große Koalition hat nicht auf Ausgabenbegrenzung gesetzt, sondern allein auf Einnahmeerhöhung durch massive Steuererhöhungen. Das war ihr erster großer Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Ihr zweiter großer Fehler war: Aktuelle, positive Steuereinnahmen haben Sie zur Grundlage für langfristig den Haushalt belastende Ausgaben gemacht. Das darf man ebenfalls nicht machen. Jedes Mal birgt der Bundeshaushalt Risiken, so auch jetzt wieder, 2009. Dazu hätten Sie, Kollege Schneider, vielleicht etwas mehr sagen müssen. In diesem wirtschaftlich noch guten Jahr 2008 werden die ALG-II-Ausgaben circa 22 Milliarden

Euro betragen. Warum haben Sie dann für das nächste Jahr, in dem es wahrscheinlich schlechter aussehen wird, nur 20 Milliarden Euro im Etat vorgesehen? Damit kommen Sie auf keinen Fall aus. Das sagen wir Ihnen bereits heute.

(Beifall bei der FDP - Christine Scheel  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir uns auch gefragt!)

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die wirtschaftlichen Eckdaten überzeichnet sind. In seinem Haushalt geht der Bundesfinanzminister immer noch von einer positiven Konjunktur aus, während er draußen schon ganz anders redet. Der Bundeswirtschaftsminister hat bei unseren Beratungen die kommende Entwicklung sehr realistisch beschrieben. Nur, im Bundeshaushalt findet sich davon überhaupt nichts wieder. Ein anderes Beispiel: Die Koalition lobt sich - das werden wir in den Debatten noch hören -, weil sie in den Straßenbau und in die Infrastruktur investieren will. Woher nehmen Sie das Geld? Die Sache ist einfach zu erklären. Sie machen es wie immer. Sie kassieren zuerst einmal ordentlich ab - in diesem Fall bei den Spediteuren; Sie kassieren 1 Milliarde Euro durch die Erhöhung der Mautgebühren -, und dieses Geld wollen Sie dann investieren. So geht es nicht. Sie hätten im Haushalt sparen müssen, und dann hätten Sie investieren können. Das wäre das Richtige gewesen.

(Beifall bei der FDP - Bernhard Brinkmann  
[Hildesheim] [SPD]: Die zahlen aber nicht nur die deutschen Spediteure!)

Alle Haushaltspläne der Koalition zeichnen sich durch Maßlosigkeit bei den Ausgaben aus. In vier Haushaltsjahren der Großen Koalition sind die Ausgaben auf über 30 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen. Von Sparwillen kann überhaupt keine Rede sein. Die FDP hat aufgezeigt, dass Einsparungen bei den Ausgaben möglich sind. Kollege Brinkmann wartet förmlich darauf; deswegen sage ich es schon jetzt: In über 400 Anträgen haben wir ein Einsparvolumen auf der Ausgabenseite von 10,5 Milliarden Euro aufgezeigt. Diese Anträge werden wir demnächst ins Internet stellen, damit sie jeder Bürger abrufen kann.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben alle Anträge von uns abgelehnt. Das zeigt, dass Sie sich die Ausgabenseite noch nicht einmal vernünftig angeschaut haben. Sie haben gar nicht den Willen zum Sparen. Das ist Ihr Problem.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist wirklich kein neuer Gag mehr! - Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Man kann nur vernünftige Anträge annehmen!)

Statt 10,5 Milliarden Euro - das war die geplante Neuverschuldung - wollen Sie jetzt sogar 18,5 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Damit liegt die Neuverschuldung für 2009 höher als die für 2007 und 2008.

Kollege Schneider, wenn man die Situation der Banken auf den Haushalt übertragen würde, dann müsste auch Ihr Haushalt jetzt einen Schutzschirm haben. Das ist meine Meinung dazu.

(Beifall des Abg. Otto Fricke [FDP])

Die Große Koalition hat in ihrer Amtszeit insgesamt

73 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen - und das bei Steuermehreinnahmen von 155 Milliarden Euro. Es wäre doch genug Geld zur Haushaltssanierung vorhanden gewesen, und ein ausgeglichener Haushalt wäre ebenfalls möglich gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Nun wollen Sie - das ist das Tollste - mit einem schuldenfinanzierten Konjunkturpaket - Programm darf man das ja nicht nennen - der Konjunkturschwäche begegnen. Was hat denn der Bundesfinanzminister hier noch im September erklärt? Der Bundesfinanzminister sagte wörtlich:

Es ist nicht möglich, eine konjunkturelle Eintrübung ... mit einem nationalen Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Wer das tut, verbrennt lediglich Steuergeld.

(Beifall bei der FDP)

Weiter sagte der Bundesfinanzminister - das kann man alles unterschreiben -:

Jede Abkehr vom ... Konsolidierungskurs, die mit einem Konjunkturprogramm verbunden wäre, würde zwangsläufig zu gegenläufigen Entwicklungen führen.

Das ist ein Originalzitat des Bundesfinanzministers von vor zwei Monaten hier im Plenum des Deutschen Bundestages. Die FDP hat seit langem gesagt, dass das beste Konjunkturprogramm endlich eine deutliche Steuersenkung für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen wäre, und zwar vor der Bundestagswahl, Herr Kollege Kampeter. Die Steuern vor der Bundestagswahl zu senken, wäre ein Signal gewesen, und das wäre ein Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der FDP)

Nun kommt die Union - das liest man in diesen Tagen - und sagt, auf ihrem Parteitag wolle sie Steuersenkungen beschließen. Das verkünden die Kanzlerin und der Generalsekretär der Union. Wieso wollen Sie eigentlich erst auf dem CDU-Parteitag Steuersenkungen beschließen?

Ich erinnere mich übrigens daran, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, vor der letzten Bundestagswahl das schon einmal beschlossen haben.

Sie haben es nur nicht durchgeführt. Ich dachte, die alten Beschlüsse würden noch gelten. Aber nun beschließen Sie das noch einmal. Wenn die Kanzlerin mit ihrer Voraussage, dass wir ein schwieriges Jahr bekommen, recht hat, und wenn Sie nach der nächsten Bundestagswahl die Steuern senken wollen, dann muss man Sie doch fragen: Warum machen Sie es denn nicht jetzt? Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen sage ich noch einmal: Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen müssen steuerlich entlastet werden. Das wäre die Botschaft des Haushalts 2009 gewesen. Das wäre auch ein Programm zur Belebung der Binnenkonjunktur gewesen.

Ebenso könnten die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte gesenkt werden. Damit würden wir den Beitragszahlern 3 Milliarden Euro zurückgeben. Auch das Geld würden wir dringend zur Belebung der Binnennachfrage brauchen.

Der Bundesfinanzminister als großer Weltökonom

hätte wissen müssen, dass es Konjunkturzyklen gibt und dass Wirtschaftsaufschwünge nicht ewig anhalten. Er hätte entsprechende Vorsorge treffen müssen. Diesen Rat hat er in den Wind geschlagen, und das rächt sich jetzt. Am 7. November schrieb die Süddeutsche Zeitung über die Berliner Märchentage, bei denen auch Peer Steinbrück jungen Schülerinnen und Schülern ein Märchen vorgelesen hat. Die Süddeutsche Zeitung schrieb - sehr interessant! -:

Und im Grunde war der Termin ja auch Routine für ihn: Steinbrück redet, und viele staunende Gesichter blicken ihm gebannt zu und finden das, was er erzählt, so faszinierend wie unrealistisch.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

... „Warst du in der Schule gut in Mathe?“, fragte ein Mädchen ... „Nein“, sagte der Finanzminister, „im Rechnen war ich nie so gut.“

(Zuruf von der FDP: Das merkt man!)

„Ist Finanzminister Ihr Lieblingsberuf?“, fragte eine andere. „Eher Pirat“, antwortete Steinbrück.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich hatte mir das mit dem Piraten schon gedacht; denn anderer Leute Geld und Wertsachen wegnehmen, das versteht er. Davon sind wir überzeugt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP], an den Bundesminister Peer Steinbrück gewandt: Ein bisschen Humor, Herr Steinbrück!)

- Ein bisschen Humor darf sein.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Wenn Sie Kinder wären, würde ich genauso mit Ihnen reden! - Heiterkeit)

- Herr Bundesfinanzminister, diesen Zuruf von der Regierungsbank lasse ich ausnahmsweise zu.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das haben Sie aber gar nicht zu entscheiden, sondern der Präsident!)

Herr Bundesfinanzminister, zum Ernst der Sache zurück.

Ihnen sind die Finanzen des Bundes aus dem Ruder gelaufen. Der Bundeshaushalt ist ein Dokument verpasster Chancen. Sie haben kein haushaltspolitisches Konzept mehr. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Bundeshaushalt zeigt eindrucksvoll, dass diese Große Koalition nun auch an ihrer letzten selbsternannten Legitimation, an der Sanierung der Finanzen des Bundes, gescheitert ist. Sie werden verstehen, dass wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Steffen Kampeter, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich feststellen, dass es nichts Ehrenrühriges ist, wenn man als Kind Pirat werden möchte. Meine Tochter Elisabeth erzählt mir jede Woche, dass sie Pirat werden möchte. Jetzt muss ich allerdings nachdenken, ob ich ihr zumuten möchte, dass sie daraus später einmal den Anspruch ableitet, politische

Führungsaufgaben zu übernehmen. Ich glaube, das sollte ich ihr nicht raten. Ich möchte, dass sie eine ungestörte Kindheit hat. In dem Ansehen meiner Tochter, Herr Bundesfinanzminister, dürften Sie stark gestiegen sein. Das birgt für so eine christdemokratische Familie wie die unsere natürlich einiges an Konfliktpotenzial. (Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das arme Kind!)

Der Haushalt wird oft das Schicksalsbuch der Nation genannt. Ich habe in meiner zehnjährigen Mitgliedschaft im Haushaltsausschuss selten einen Etatentwurf erlebt, bei dem sich zwischen Einbringung und Verabschiedung so viel Wesentliches verändert hat. Auch wir als Parlament mussten handeln und auf veränderte Rahmenbedingungen eingehen.

Ein paar Hinweise: Wir haben eine Finanzkrise gehabt, die sich mit der Insolvenz der Lehman-Brothers-Bank erheblich verschärft hat. Wir haben Zahlungsbilanzprobleme in vielen Ländern, insbesondere in Osteuropa und weit darüber hinaus, zu lösen gehabt. Hinzugekommen ist eine hohe Unsicherheit im realwirtschaftlichen Bereich. Ja, wir haben eine Rezessionspanik, und wir haben ebenso Trittbrettfahrer, die ihr eigenes wirtschaftliches Versagen unter dem Deckmantel der Finanzkrise sozialisieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir haben höchst unterschiedliche Signale aus der Wirtschaft. Wir hören doch selbst in unseren Wahlkreisen von Unternehmerinnen, Unternehmern und Belegschaften, die sagen: Bei uns brummt die ganze Veranstaltung; wir können gar nicht so viel arbeiten. In vielen Unternehmen wird das Gerede, das die Politik teilweise veranstaltet, überhaupt nicht verstanden.

Wir kennen aber auch andere Informationen aus unseren Wahlkreisen, durch die klar wird, dass es Sorgen gibt, dass in bestimmten einzelnen Bereichen in panikartiger Reaktion – nicht aufgrund von realwirtschaftlichen Veränderungen – angepasst werden muss. Dass die Verbraucherinnen und Verbraucher darauf trotzdem noch so positiv reagieren – aus einer heute veröffentlichten Umfrage der GfK geht hervor, dass das Konsumentenvertrauen steigt –, zeigt, dass die Menschen in unser Land sehr viel mehr Vertrauen haben, als die Schlechtredner unserem Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt zutrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD –

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt sind wir schon wieder bei den Schlechtrednern!)

Trotzdem müssen wir auf diese Veränderung seit der Einbringung unseres Bundeshaushalts im Sommer dieses Jahres reagieren. Das wollen wir. Dies ist ein Haushalt des Vertrauens und der Handlungsfähigkeit der unionsgeführten Koalition.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Was ist das?)

Was wir hier vorlegen, ist maßvoll und verantwortungsvoll. Wir spüren allerdings allerorten Aktionismus, insbesondere im Ausland. Wir halten diesen Aktionismus im Hinblick auf die deutsche Situation für nicht angemessen. Ich glaube, dass die Kontinuität und das Vertrauen zu dem, was man einmal gesagt hat, richtig sind.

Wir sollten das in diesem Sinne weiter vorantreiben. Wir müssen schauen, ob unsere Instrumente auf die erkannten Ursachen wirken. So warne ich alle: Die monetären Probleme sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gelöst. Wir müssen in den nächsten Monaten an der Front der Finanzmarkt- und Geldpolitik noch sehr viel stärker arbeiten und dürfen nicht versuchen, die Probleme dort mit realwirtschaftlichen Antworten zu bekämpfen; das wäre die falsche Therapie. Wenn jemand eine schwere Lungenentzündung hat, würde der Arzt ja auch nicht raten, ihm das Bein oder den Arm in Gips zu legen.

Wir handeln überlegt und maßvoll. Erstens machen wir mit diesem Bundeshaushalt höhere Schulden, als wir ursprünglich vorgesehen haben - das ist eine schwierige Entscheidung -, und zwar 8 Milliarden Euro mehr. (Zuruf von der FDP: Bisher!)

Das ist für einen Haushälter keine leichte Entscheidung. Sie bereitet mir innerlich Schmerzen, aber sie ist der Situation geschuldet, richtig und notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens. Wir schieben das Ziel des ausgeglichenen Haushalts auf der Zeitachse nach hinten. Es hilft nicht, darum herumzureden. Auch das schmerzt mich. Es ärgert mich nicht deshalb, weil Haushälter eitel sind, sondern deshalb, weil wir alle wissen, dass dies unsere Kinder und deren Kinder abtragen müssen. Schulden zu machen, das ist nichts anderes als die Verlagerung von politischen Kosten auf die nachfolgenden Generationen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Deshalb sollten wir damit vorsichtig sein.

Ich höre und lese aus dem Ausland, Deutschland sei knickrig und knausrig. Ich will an dieser Stelle mit zwei, drei Argumenten deutlich machen, auch vor dem Hintergrund der Oppositionskritik hier, warum wir den Schuldenhahn nicht weiter aufdrehen.

Wir haben in Deutschland nicht so auf die Finanzindustrie gesetzt wie andere Staaten. Wir haben deswegen geringere Anpassungslasten.

Wir haben in Deutschland in den vergangenen drei Jahren eine gute Arbeit geleistet. Wir haben unser Land durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik widerstandsfähiger gemacht.

Wir setzen den Hebel nicht allein über den Bundeshaushalt, sondern auch über die Kreditanstalt für Wiederaufbau an. So kann man mit weniger Haushaltsmitteln eine höhere Hebelwirkung erzeugen, als das Ländern möglich ist, die ein solches Förderbankensystem nicht haben.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Sparquote von über 10 Prozent; das ist in dieser Debatte schon vorgetragen worden.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: 12 Prozent)

Weil wir der Überzeugung sind, dass privates Kapital vor staatlichem Kapital geht, nutzen wir die Möglichkeit, durch vertrauensbildende Maßnahmen gerade privates Kapital für Investitionen in unsere Zukunft zu mobilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für richtiger als den Aktionismus, den ich beispielsweise aus dem Élysée höre. Das gilt auch für die riesigen Zahlen, die über den Atlantik zu uns rüberplatschen.

Vor allen Dingen: Wir betreiben keinen Raubbau an den nachfolgenden Generationen. Wer heute übermäßig Schulden macht, der verlagert notwendige politische Entscheidungen aus der Gegenwart auf die nachfolgenden Generationen. Dies war nicht unser Anliegen, dies wird nicht unser Anliegen sein, und dies sollte auch nicht das Anliegen einer verantwortungsvollen Regierungspolitik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir tragen mit diesem Haushalt - das zeigt sich auf den zweiten Blick - den besonderen Herausforderungen von Rezession und Finanzmarktkrise Rechnung. Wir erhöhen die Investitionen deutlich. Wir stoßen zentrale Infrastrukturprojekte an und realisieren sie. Ich nenne: Stuttgart 21, Rhein-Ruhr-Express. Ich sage ebenso selbstbewusst: Wir investieren auch in unsere kulturelle Infrastruktur, indem wir die UNESCO-Welterbestätten jetzt sanieren. Dies sind wichtige und notwendige Investitionen in Bereichen, wo die Kapazitätsauslastung noch nicht so groß ist.

Wir setzen Steuerentlastung durch. Manchmal frage ich mich, ob diejenigen, die heute Steuerentlastung fordern, in den Bundeshaushalt geschaut haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir entlasten die deutsche Wirtschaft und die deutschen Verbraucher und Verbraucherinnen in Milliardenhöhe. Ich nenne den Handwerkerbonus und die verbesserten Abschreibungsbedingungen.

Wir erweitern den Bürgschaftsrahmen des Bundes zusätzlich zu dem bereits gewährten Bürgschaftsrahmen für das Bankenpaket um knapp 100 Milliarden Euro. Es gibt jetzt fast 500 Milliarden Euro Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft. Dies macht deutlich: Wir geben nicht nur Bürgschaften zugunsten von Banken; diejenigen, die außerhalb von Banken arbeiten, haben genauso Möglichkeiten, unter bestimmten Bedingungen vom Staat Garantieübernahmen gegen Entgelt, gegen Gegenleistung zu erhalten. Diejenigen, die behaupten, dass wir nur Banken retten und andere im Stich lassen, sollten einmal in den Bundeshaushalt schauen. Das ist nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Jürgen Koppelin [FDP]: Erzählen Sie das mal Seehofer!)

Die Rolle von Teilen der Opposition in dieser Debatte ist in meinen Augen höchst fragwürdig. Ganz Europa kritisiert Deutschland dafür, dass wir zu wenig Schulden machen. Aber die Opposition in Deutschland, eine kleine Insel der Standhaften, so könnte man sagen, kritisiert uns dafür, dass wir zu viel Schulden machten.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Meine Rede kommt doch noch, Steffen!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang eines einmal deutlich machen: Kein Ökonom würde jetzt fordern, den staatlichen Konsum zu drosseln, egal, ob er Neo-Keynesianer



ist oder die angebotsorientierte Richtung vertritt. Keine verantwortliche internationale Organisation rät jetzt den Volkswirtschaften dieser Welt, auf die Bremse zu treten. Wir haben ein differenziertes Vorgehen als Koalitionsfraktionen in unseren Beschlussfassungen für die Föderalismusreform festgelegt. Unser Vorschlag für die FÖKo sah vor, dass in einer solchen Situation, in der wir uns jetzt befinden, die Nettokreditaufnahme steigen darf, weil das konjunkturpolitisch geboten ist. Entscheidend ist aber, dass die Bundesregierung deutlich macht - das erwarten wir von ihr bei der Vorlage der nächsten mittelfristigen Finanzplanung; da steht sie in der Pflicht -, wann diese zusätzlichen Schulden wieder zurückgeführt werden sollen. Erst so wird daraus ein Schuh. Hier geht es nicht um eine dauerhafte zusätzliche Verschuldung, sondern hier geht es darum, einer besonderen Situation mit besonderen Maßnahmen Rechnung zu tragen und das zu tun, was unserem Land und den Bürgerinnen und Bürgern nutzt.

(Zuruf der Abg. Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser Kernanliegen bleibt aber, mittelfristig diese überbordende Verschuldung wieder zurückzuführen. Genauso ist es unser Kernanliegen, einen Fahrplan für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt noch in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge an dieser Stelle hinzu - den Haushältern wird ja zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer mal wieder vorgeworfen, sie seien reine Buchhalter -: Die Renitenz der Haushaltspolitiker, das unangenehme Beharren darauf, alles dafür zu tun, um einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen, ist überhaupt die Voraussetzung dafür gewesen, dass wir jetzt als Staat handeln konnten, ohne an den Abgrund des Staatsbankrotts zu geraten wie etwa die Staaten, die jetzt nahezu 10 Prozent ihrer jährlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an neuen Schulden aufnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deutliches und richtiges Handeln, ohne in die Nähe des Staatsbankrotts zu kommen, wäre ohne die Konsolidierungspolitik der Großen Koalition überhaupt nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt: Ohne diese penetranten Buchhalter, ohne diese Erbsenzähler befänden wir uns jetzt in einer krisenhaften Situation.

Ich will auch deutlich sagen: Lassen Sie uns jetzt bitte nicht kleinreden, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben. Wir hatten in den abgelaufenen Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten, wir haben 1,3 Millionen Arbeitsplätze mehr.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über 160 Milliarden mehr Steuern!)

Über 40 Millionen Beschäftigte stellen einen Nachkriegsrekord dar. Die letzten Arbeitslosenzahlen, die unter 3 Millionen Arbeitslose in Deutschland aufweisen, sind außerordentlich erfreulich. Wir haben im Dreiklang

von Sanieren, Investieren und Reformieren  
(Jürgen Koppelin [FDP]: Und Abkassieren!)  
offensichtlich den richtigen Kurs gewählt, um jetzt auch  
in einer krisenhaften Situation die Aufgaben zu schultern,  
die vor uns liegen.

Wir haben trotz anderslautender Wünsche an den  
Bundeshaushalt in der Vergangenheit die Schulden kontinuierlich  
verringert. Wir liegen jetzt mit dem strukturellen  
Defizit in der Finanzkrise noch deutlich unter dem  
strukturellen Defizit zum Amtsantritt der Großen Koalition  
ohne Finanzkrise. Diese Dinge sollte die Opposition  
vielleicht auch einmal berücksichtigen, statt kleinkariert,  
wie es die Opposition ja manchmal ruhig machen kann,  
auf die Regierung einzudreschen,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)  
und anerkennen, dass wir angesichts einer nationalen, einer  
säkularen Krise trotzdem noch Finanzkennziffern  
aufweisen, die sich international eindeutig sehen lassen  
können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Fritz  
Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuern  
erhöht!)

Ich will an dieser Stelle auch deutlich sagen: Die Entscheidungen,  
die wir getroffen haben, haben sich für die  
Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt. Die deutliche Senkung  
des Arbeitslosenversicherungsbeitrages von 6,5 Prozent  
zu Beginn dieser Legislaturperiode auf demnächst  
unter 3 Prozent bedeutet ein deutlich zweistelliges Entlastungsvolumen  
für die Bürgerinnen und Bürger sowie  
Unternehmer. Die von uns gesetzten Rahmenbedingungen  
haben deutliche Lohnsteigerungen ermöglicht, im  
Übrigen auch im öffentlichen Dienst. Eine höhere Rentenanpassung,  
eine Erhöhung des Kinderzuschlages,  
eine Erhöhung des Wohngeldes und des Elterngeldes,  
ein Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten  
(Jürgen Koppelin [FDP]: Erhöhung der Krankenkassenbeiträge!)  
und die höhere steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten  
sind wesentliche Maßnahmen auf

unserem Weg zu mehr Netto für alle gewesen. Wir  
sollten daran festhalten, dass wir einen Teil der Konsolidierungsrendite  
den Menschen zurückgeben. Diese müssen  
nämlich dafür arbeiten. Aber das zu vergessen, was  
wir in den vergangenen Jahren schon geleistet haben,  
wäre schade. Wir haben deutlich gemacht, dass es mehr  
Netto für alle gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Jürgen Koppelin [FDP]: Krankenkassenbeiträge  
erhöht!)

Da die Opposition nicht darüber redet und Teile der  
Koalition es leider auch nicht tun, sage ich: Wir machen  
weiter auf diesem Weg mit dem Ziel mehr Netto für alle.  
Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird im nächsten  
Jahr trotz der Finanzkrise weiter gesenkt. Das bedeutet  
für die Unternehmen und die sozialversicherungspflichtig  
Beschäftigten netto ein Mehr von 4 Milliarden Euro.

(Zuruf der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

- Wenn wir das nicht gemacht hätten, dann würden Sie  
auf die Barrikaden gehen und sagen, wir würden die  
Entlastungen unterschlagen. Die notwendige Krankenkassenbeitragserhöhung

wäre ohne die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und ohne eine konsequente Reduzierung der Arbeitsmarktausgaben gar nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich verstehe Ihre Kritik an dieser erfolgreichen Politik nicht.

Das Wachstumspaket bedeutet 20 Milliarden Euro weniger Steuern und somit höhere Nettobeträge, und zwar insbesondere bei denjenigen, die Handwerkerdienstleistungen in Anspruch nehmen, und bei den Unternehmen. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages bedeutet netto ein Mehr von 2 Milliarden Euro. Wenn ich die stärkere Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen ab dem Jahr 2010 hinzuziehe, dann haben wir allein durch diese Maßnahmen, die wir jetzt oder in den nächsten Wochen beschließen, im Rahmen dieses Finanzplans bis zum Jahr 2013 eine Nettoentlastung unserer Leistungsträger in der Gesellschaft, die Steuern zahlen, von 85 Milliarden Euro. Das ist eine respektable Leistung. Diese darf in der Finanzkrise nicht untergehen. Wir dürfen auch in der Politik nicht in Panik geraten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das heißt, wir setzen den Entlastungskurs für die Bürgerinnen und Bürger fort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst erhöhen Sie die Steuern, dann geben Sie etwas zurück!)

An dieser Stelle will ich hinzufügen: Es gibt auch Dinge, die nichts mit dem Bundeshaushalt zu tun haben, die unseren Bürgerinnen und Bürgern aber auch ein Mehr an Kaufkraft bringen. Das sind mir die liebsten Dinge. Ich nenne hier die Senkung der Benzin- und Dieselpreise von 1,50 Euro auf 1,15 Euro. 10 Cent weniger pro Liter bedeuten im Jahresdurchschnitt ein Mehr von 6 Milliarden Euro in den Taschen derjenigen, die tanken. Wir kommen so auf eine Senkung der Energierechnung der Bürgerinnen und Bürger in einer Höhe von deutlich über 20 Milliarden Euro. Das ist nicht unsere Leistung, aber trotzdem darf das nicht vergessen werden. Ich sage auch, dass angesichts des Rückgangs der Inflation eine situationsangepasste Lohnpolitik ein wichtiger Aspekt ist. Das ist ein Appell an die Tarifvertragsparteien, dies zu berücksichtigen. Wie haben unsere Exporteure gejammert, als der Dollarkurs um 1,50 Euro pendelte. Jetzt liegt er bei 1,25 Euro. Das ist ein Exportprogramm in einem schwierigen Umfeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns diese Signale der Zuversicht und auch der verbesserten Rahmenbedingungen in Teilen der Wirtschaft nicht vergessen. Wir haben eine schwierige Zeit vor uns. Wenn wir uns als Politiker aber an die Spitze der Schlechtredner und der Panikerzeuger setzen, dann wird es in diesem Land nicht aufwärts gehen. Wenn wir gemeinsam das tun, was nötig ist, und das ehrliche und differenzierte Bild unserer Wirklichkeit darstellen, dann wird es vorwärts gehen, dann wird es in diesem Land wieder aufwärts gehen.

Mit diesem Bundeshaushalt haben wir ein ehrliches Bild gezeichnet und notwendige Maßnahmen in Kraft gesetzt. Wir brauchen das. Die Große Koalition unter der Führung der Union ist dazu herzlich bereit. Wir freuen uns auf diese Arbeit. Wir dienen unserem Land gern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Gesine Löttsch, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die Bundesregierung hat immer noch nicht den Ernst der Lage erkannt. Die Kanzlerin und ihr Finanzminister tanzen auf den Vulkangipfeln dieser Welt, doch in unserem Land tun sie nichts, um die Menschen wirksam vor der Weltwirtschaftskrise zu schützen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dafür braucht es Sie! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie nicht zugehört?)

Die Banken werden mit frischem Geld versorgt, doch die Spielregeln des Kasino-Kapitalismus wurden noch nicht geändert. Das ist eine absurde Klientelpolitik.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Sie hat es nicht verstanden!)

Ein Konjunkturprogramm, das diesen Namen verdient, gibt es nicht. Das hat auch die vorangegangene Debatte gezeigt.

Wir als Linke haben von Anfang an gesagt, dass ein Rettungspaket für die Banken mit strengen Regeln für den Finanzmarkt verbunden werden muss. Gleichzeitig muss ein wirkliches Konjunkturprogramm aufgelegt werden; sonst wird das nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Was die Regeln angeht, ist es doch immer noch so, dass jede Lidl-Filiale in diesem Land besser überwacht wird als die Hypo Real Estate, die Milliarden verzockt hat und jetzt mit üppigen Bürgschaften des Staates ausgestattet wird.

(Beifall bei der LINKEN - Bartholomäus Kalb

[CDU/CSU]: So ein Schmarrn! - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn diesen Blödsinn aufgeschrieben, Frau Kollegin?)

Wir beobachten jetzt die Entwicklung eines neuen Volkssports unter Regierungspolitikern: das Schattenboxen.

Die Kanzlerin, der Finanzminister und sogar der Bundespräsident schimpfen auf die gierigen Bank

Dr. Gesine Löttsch  
manager. Dabei kommt natürlich kein Manager zu Schaden. Es ändert sich auch nichts an der Politik der Bundesregierung gegenüber den Managern. Aber zumindest entsteht bei den Bürgern der Eindruck, dass es jetzt den Richtigen an den Krügen geht. Ziehen Sie lieber die Schattenboxhandschuhe aus und gehen Sie endlich an Ihre Arbeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Der Finanzminister interessiert sich weniger für die Wirtschaftskrise als vielmehr für das Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen. Konjunkturprogramme scheut

Herr Steinbrück wie der Teufel das Weihwasser. Aber Minister Steinbrück betreibt ebenso wie sein Vorgänger Hans Eichel Politik gegen die ökonomischen Gesetze, (Jörg Tauss [SPD]: Was?) und das geht nie gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinbrück will jetzt auch nicht mehr an seinen Zielen gemessen werden, die er noch vor ein paar Wochen hier immer wieder trotzig verkündet hat. Jetzt muss die Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die nach Auffassung des Finanzministers keiner voraussehen konnte, für sein Scheitern herhalten. Das erinnert mich an den Kapitän der Titanic, der zu seiner Entschuldigung gesagt haben soll, dass ja schließlich keiner habe wissen können, dass es im Eismeer Eisberge gibt.

Ich kann der Bundesregierung nur empfehlen, dem Beispiel von Tausenden Studenten zu folgen und einen Marx-Lesekurs zu besuchen. Im Kapital könnte der Finanzminister dann lernen, dass Wirtschaftskrisen und Kapitalismus zusammengehören wie Blitz und Donner.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steinbrück, Sie können sich das auch von Ihrer Bundeskanzlerin erklären lassen; denn Frau Merkel hat schließlich während ihres Studiums einen Grundkurs über Marxismus-Leninismus absolviert. Da kann sie Ihnen sicherlich auf die Sprünge helfen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:

Genau!)

Meine Damen und Herren, es gibt ein paar ganz schlaue Mitarbeiter in der SPD-Fraktion,

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

die auf dem Oktoberfest bei ein paar Maß Bier alle Vorschläge der Linken zusammengerechnet haben wollen.

Sie kamen auf eine astronomische Summe, weil sie ihre üppige Bierrechnung und das Geburtsdatum der Kellnerin dazugerechnet haben. Richtig ist, dass die Linke ein Konjunkturprogramm gegen die Wirtschaftskrise fordert.

Wir wollen, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern und den Gemeinden ein Konjunkturprogramm startet, um einen Absturz in die Rezession zu verhindern.

Die Europäische Union hat ein Konjunkturprogramm in Höhe von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gefordert.

Das wären für Deutschland 25 Milliarden Euro. Die Kanzlerin hat ein solches Konjunkturprogramm zwar öffentlich unterstützt; doch in dem vorliegenden Haushalt gibt es dieses Programm nicht. Wenn Sie sagen, das sei alles schon eingerechnet, ist das ein Rosstäuschertrick, den Ihnen niemand abnehmen wird; für so dumm können Sie die Menschen nicht verkaufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt, wie uns die Kanzlerin dieses Täuschungsmanöver gegenüber der EU und den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik morgen in ihrer Rede erklären wird. Ich hoffe sehr, dass sie das tun wird. Sie soll uns hier einmal den Widerspruch zwischen öffentlichem Reden und praktischem Nichthandeln darlegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat für 2009 ein Programmchen im Wert von ungefähr 3 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt. Das erinnert mich wieder an die Titanic: Erst

werden die Bankenrettungsboote für die erste Klasse ins Wasser gelassen, und dann wird den Passagieren der zweiten bis vierten Klasse mitgeteilt, dass es keinen Grund zur Sorge gebe; sie bekämen schließlich Gutscheine für Rettungsringe, wenn sie das rettende Ufer erreicht haben sollten. So funktioniert das nicht.

Die Linke fordert Sofortmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger, die wir bei gutem Willen aller Abgeordneten noch in dieser Woche beschließen könnten.

Erstens fordern wir die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro. Herr Kuhn, auch Sie haben vorhin die Anhebung des Arbeitslosengeldes II gefordert. Sie haben aber vergessen, zu erwähnen, dass Ihre Fraktion Miterfinder dieses beschämenden Arbeitslosengeldes II war.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und drittens die Erhöhung des Kinderzuschlages und des Kindergeldes.

Die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro ist sozial und ökonomisch sinnvoll. Dieses Geld wäre gut angelegt; denn in der Regel reicht das Arbeitslosengeld II für die Menschen nicht bis zum Ende des Monats. Das Geld würde sofort in den Konjunkturkreislauf fließen, also wie eine Infusion wirken.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes entlastet den Haushalt sogar direkt. Immerhin zahlen wir 9 Milliarden Euro für Aufstocker, also für Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können und staatliche Zuschüsse benötigen. Viele Unternehmen machen sich auf Kosten des Staates hier einen schlanken Fuß. Auch das sollten wir endlich beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Kindergeld wird von der Koalition gegen den Widerstand des Finanzministers um 10 Euro pro Kind erhöht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat errechnet, dass der Kaufkraftverlust seit der letzten Kindergelderhöhung 12 Prozent beträgt. Das heißt, das Kindergeld müsste also auf mindestens 172 Euro ansteigen, damit wenigstens dieser Verlust ausgeglichen wird. Aber selbst das funktioniert nicht. Die 164 Euro, die nun herausgekommen sind, gleichen den Verlust nicht aus. Was ich im Übrigen besonders beschämend finde: Die Kindergelderhöhung gilt für alle Kinder – außer für die Kinder von ALG-II-Empfängern. Es ist wirklich empörend, wie diese Regierung arme Kinder diskriminiert und ausgrenzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert ein Kindergeld von 200 Euro pro Kind und eine Anhebung des Kinderzuschlages für Kinder, deren Eltern mit dem Arbeitslosengeld II auskommen müssen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Wo ist die Finanzierungsgrundlage?)

Diese drei Vorschläge muss die Regierung nicht auf G-20- oder G-8-Gipfeln debattieren. Wir könnten sie heute oder am Freitag im Bundestag beschließen. Bis Freitag haben Sie noch Zeit, nachzudenken. Vielleicht nutzt es etwas.

Es gibt den legendären Satz: „Wer zu spät kommt,

den bestraft das Leben!"

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hättet ihr in der DDR doch früher auf Gorbatschow gehört!)  
Der Finanzminister kam zu spät, um bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und bei der IKB Ordnung zu schaffen. Der Finanzminister kam zu spät, als die schlimmsten Folgen der Finanzkrise verhindert werden mussten. Er kam wiederum zu spät, als es darum ging, mit einem Konjunkturprogramm Arbeitsplätze zu sichern. Herr Steinbrück, Sie haben uns einen Schönwetter-Haushalt vorgelegt. Sie haben die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Sie laufen den Ereignissen hinterher und sind unfähig, einen krisenfesten Haushalt vorzulegen. Einen Haushalt wie den vorliegenden kann die Fraktion Die Linke nur ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Christine Scheel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Eigentlich müsste jetzt unser haushaltspolitischer Sprecher Alexander Bonde hier stehen. Er ist aber auf dem Weg in den Kreißaal. Wir wünschen der Mutter, dem Kind und dem Vater für die Zukunft alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Seit der Einbringung des Bundeshaushaltes Mitte September haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen extrem verändert. Was die Bürgerinnen und Bürger von einer guten Regierung in einer solch schwierigen Phase - wir sind in einer Rezession - zu Recht erwarten, ist eine offene und ehrliche Analyse der Situation.

Steffen Kampeter hat es schon gesagt: Die Menschen haben Vertrauen in unser Land. Lieber Steffen Kampeter, auch ich glaube, dass die Menschen Vertrauen in unser Land haben. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie auch Vertrauen in diese Regierung haben

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mehr als in

Ihre Arbeit, Frau Kollegin!)

und auch Vertrauen in einen Haushalt haben, der nicht das Papier wert ist, auf dem er steht.

Zu Beginn der Finanzkrise in den USA im Sommer 2007 - es ist schon eine ganze Weile her - hatten wir vor einem Übergreifen auf den globalisierten Markt gewarnt.

Der Minister hat uns damals - Kollege Koppelin hat es schon angesprochen - Sodom-Tendenzen nachgesagt und hat außerdem vor den Kassandrarufern gewarnt. Jetzt muss man sagen: Wir waren einfach nur realistisch, als wir davon gesprochen haben, dass man die Entwicklung nicht ignorieren darf und dass man Positionen nicht erst dann aufgeben sollte, wenn ihre Grundlagen von der Realität bereits meilenweit überholt wurden. Ein solches Handeln schafft kein Vertrauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Das gilt für die Finanzkrise und gilt jetzt auch für den

Bundeshaushalt. Denn Sie verdoppeln die Schulden und sagen nur die halbe Wahrheit. Im Hinblick auf die Banken haben wir - ich sage bewusst: leider - immer noch eine Vertrauenskrise. Das gegenseitige Gewähren von notwendigen Krediten läuft immer noch nicht so, wie wir es eigentlich brauchen. In dieser Situation müssen wir aufpassen, dass diese Vertrauenskrise nicht auf das Handeln der Regierung überschwappt.

Die Wachstumsprognose ist im Vergleich zum Entwurf des Haushaltsplans vom Sommer von 1,2 auf 0,2 Prozent für 2009 geändert worden. Diese Eintrübung hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf der Einnahmeseite, sondern auch auf der Ausgabenseite, und zwar in Form von Ausgabensteigerungen, beispielsweise beim Sozialtransfer. Das haben Sie im jetzt vorgesehenen Haushaltsplan in dieser Form nicht berücksichtigt, (Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unglaublich!)

abgesehen davon, dass der Sachverständigenrat, die Bundesbank und viele andere schon jetzt davor warnen, dass wir im nächsten Jahr in eine Situation geraten, in der es kein Wachstum von 0,2 Prozent, sondern ein Minuswachstum von 0,5 bis 1 Prozent geben wird. Darauf muss man sich vorbereiten, und diese Vorbereitung hat vonseiten der Koalition bislang überhaupt nicht stattgefunden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verstecken den Finanzmarktstabilisierungsfonds in einem Sondervermögen, statt hier transparent zu agieren.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich, steht nicht im Haushalt!)

Die Bundesregierung rechnet mit Bürgschaftsausfällen von 20 Milliarden Euro. Man muss davon ausgehen, dass ein Teil davon 2009 anfällt. Auch die Kosten für Eigenkapitalmaßnahmen

bei Unternehmen der Finanzbranche

- es sind 80 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre vorgesehen - verstecken Sie in diesem Sondervermögen. Hier wurde etwas getan, wozu wir sagen:

Dies muss transparent sein. Die Leute wollen verstehen, wie es funktioniert, wenn Banken gerettet werden, und wollen genaue Kenntnis über die Gegenleistungen haben.

Das haben wir von unserer Seite im Zusammenhang mit dem Rettungspaket immer eingefordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch schwieriger ist es beim Arbeitslosengeld II. Da haben Sie im Entwurf 1,4 Milliarden Euro weniger veranschlagt, als Sie dieses Jahr, das konjunkturell bestimmt besser gewesen ist, als es das kommende sein wird, benötigen. Carsten Schneider hat vorhin gesagt, dass die Arbeitslosengeldzahlungen steigen werden.

Wenn ich mir anschau, dass im Etat für 2009 20,8 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II vorgesehen

sind, dieses Geld aber schon jetzt, im November, nicht ausreicht und Sie im Haushaltsausschuss eine überplanmäßige Ausgabe von 800 Millionen Euro beantragen

mussten, Herr Minister - und das vor dem Hintergrund einer noch guten Konjunktur -, dann frage ich mich:

Wem wollen Sie weismachen, dass wir in einem konjunkturellen Abschwung mit einem um mindestens



1 Prozent geringeren Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr plötzlich 1,4 Milliarden Euro weniger Geld für das Arbeitslosengeld II aufwenden müssen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch Voodoo-Politik, was Sie hier betreiben, und keine realistische Haushaltspolitik.

Vergangene Woche hat die Kanzlerin noch einmal für eine nachhaltige Schuldenpolitik geworben: Zwar dürfe man in schwierigen Zeiten Schulden machen; aber in Zeiten des Wachstums müsse man diese Schulden kompensieren. Wichtig sei, dass man in einem Wirtschaftszyklus mit Null herauskommt - so hat sie sinngemäß gesagt -; denn sonst seien die Politik und das, was man bei den Haushaltsberatungen tue, insgesamt nicht nachhaltig.

Wir stellen fest: Die Kanzlerin scheint das Konzept der Schuldenbremse verstanden zu haben. Aber was zählt, ist nicht die Theorie, sondern die Praxis. Gerade im Zusammenhang mit der Föderalismuskommission ist nichts vorangegangen. Sie hätte längst eine Schuldenbremse beschließen sollen - eine Schuldenbremse, die atmet, wie Fritz Kuhn vorhin gesagt hat, indem man in wirtschaftlich guten Zeiten Geld zurücklegt und in schwierigen Zeiten genug Spielräume hat. Das hätten Sie längst tun können; aber auch das ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich die Regierungsjahre von 2005 bis 2009 und das entsprechende Wachstum anschaut, dann sieht man, dass Sie neue Schulden in einer Größenordnung von insgesamt 72 Milliarden Euro gemacht haben. Sie haben 72 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, obwohl Sie die Steuern erhöht haben und die Steuermehreinnahmen im gleichen Zeitraum 160 Milliarden Euro betragen haben. Sie sollten den Menschen einmal erklären, wie man es schafft, so hohe Steuereinnahmen zu haben und trotzdem in guten Zeiten so viele Schulden zu machen, wie Sie das getan haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bei der FDP)

Wir vonseiten der Grünen haben mit unserem Zukunftshaushalt dokumentiert, wie nachhaltiges Haushalten funktioniert. Dieser würde in der Krise mehr Spielräume ermöglichen, um den Herausforderungen zu begegnen. In einer solchen Krise ist es noch wichtiger, darauf zu achten, wofür man Geld ausgibt, und vor allem darauf zu achten, was für eine Wirkung dieses Geldausgeben hat.

Die Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitiker unserer Fraktion haben alles getan, um dafür zu sorgen, dass in langfristiger Hinsicht die Weichen richtig gestellt werden können. Uns geht es - wir glauben, dass es das Richtige für dieses Land ist - um Investitionen in den Klimaschutz, um Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung und um Investitionen in den sozialen Zusammenhalt dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Solche Investitionen können eine konjunkturelle Wirkung entfalten und gleichzeitig nachhaltig wirken. Das ist der Punkt: konjunkturell wirken und gleichzeitig für

die Zukunft Sinn machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund haben wir Haushaltspolitiker in den Beratungen viele Anträge vorgelegt.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Energiekosten durch einen Fonds entlastet werden.

Wir möchten die energetische Sanierung von Gebäuden, den Ausbau von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und den Ausbau der Stromnetze. Wir

wollen, dass die Kfz-Steuer zu einer CO<sub>2</sub>-Steuer umgebaut wird. Das, was Sie hier vorgelegt haben, was verabschiedet werden soll, ist eine Perversion ökologischer Logik. Man muss sich das einmal vorstellen: Je mehr Hubraum ein Auto hat, das jetzt gekauft wird, desto höher ist die Steuerentlastung. Das ist doch verrückt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man denjenigen, die die Autos bauen, Anreize für die Entwicklung zukunftsfähiger Technologien bieten möchte, dann muss man eine klare Kante zeigen. Im Koalitionsvertrag steht die CO<sub>2</sub>-Steuer. In drei Jahren ist es Ihnen aber nicht gelungen, dies umzusetzen. Und jetzt, in Krisenzeiten, wo die Möglichkeit dazu bestünde, machen Sie einen solchen Quatsch, der uns in keiner Weise voranbringt, der uns sogar zurückwirft und außerdem 500 Millionen Euro kostet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Kinder brauchen hochwertige Kindergärten und Betreuungsplätze. Unsere Schüler und Schülerinnen brauchen vernünftige Schulen. Unsere Studenten und Studentinnen brauchen Studienplätze, die sachgerecht ausgestattet sind. Unser Land muss für den globalen Wettbewerb fit gemacht werden.

Die Große Koalition hat ihre große Mehrheit in Bundestag und Bundesrat leider nicht genutzt, um diese Impulse zu setzen, sondern sie hat sich mit der verkorksten Föderalismusreform freiwillig die Hände gebunden. Ich verstehe bis heute nicht, dass man sich auf so etwas einlassen konnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Jörg Tauss [SPD]: Das sieht man an Baden-Württemberg!)

Wir erwarten, dass man etwas für die Nachfrage tut.

Wenn man etwas für die Nachfrage tun will, dann ist es notwendig, den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II anzuheben; denn diese Menschen, die das Geld dringend brauchen, verkonsumieren es, wodurch das Geld in den Wirtschaftskreislauf einfließt. Das, was Sie sich vorstellen, eine Senkung des Spitzensteuersatzes, würde bedeuten, dass die Leute mehr Geld sparen. Das würde für unsere Wirtschaftsentwicklung aktuell überhaupt nichts bringen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Luft! Luft!)

Aus diesem Grund meinen wir, dass wir die kleinen Einkommen entlasten müssen. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anforderungen, die an den Haushalt gestellt werden, haben zwei Ebenen: einen zukunftsfähigen Haushalt aufstellen und gleichzeitig die Folgen der Finanz- und Konjunkturkrise abmildern. Wir haben in den letzten

Jahren gezeigt, wie man mit Strukturreformen, die sich an ökologischen und sozialen Zielen ausrichten, die Basis eines Haushaltes verbessern kann. Wir hätten heute ganz andere Handlungsmöglichkeiten, wenn Sie dem ein Stück weit gefolgt wären. Es ist sehr schade, dass Sie uns nicht gefolgt sind. Auch deswegen befinden wir uns jetzt in dieser schwierigen Situation; denn man kann nur mit langfristig sinnvollen Investitionen etwas erreichen. Maßnahmen zur Krisenbekämpfung dürfen kein Strohfeuer sein. Das müssen Investitionen sein, die tragfähig sind und insgesamt zünden. Sie feuern ein ziemlich widersprüchliches Ideenfeuerwerk ab. Wenn sich der Rauch gelegt hat, wird es wieder keiner gewesen sein wollen. Dann wird die CDU/CSU sagen: Das haben wir gemacht, weil die SPD das wollte. Und die SPD wird sagen: Das wollten die Schwarzen. Am Ende war es wieder keiner. Das ist genau das Problem, vor dem wir stehen. Das heißt, wir brauchen ein vernünftiges Programm, das nach vorne weist. Wir brauchen kein Sammelsurium von beliebigen Maßnahmen, die am Ende gar nicht greifen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage, dass für diese Haushaltspolitik nicht allein der Finanzminister die Schuld trägt, sondern auch das quasi unbesetzte Wirtschaftsministerium, die Kanzlerin und die bei Detailfragen zerstrittene Große Koalition. Deswegen haben die Grünen völlig zu Recht im Haushaltsausschuss gefordert, dass ein neuer Haushalt vorgelegt wird, der für die Zukunft gut ist, der auf ehrlichen Zahlen basiert und uns für die nächsten Jahre gut rüstet. Wir brauchen im Grunde einen neuen Haushalt. Aber wir brauchen im nächsten Jahr auch eine andere Regierung.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nicht nur ich, sondern auch die Oppositionspolitiker treffen ihre Bewertungen und ihre Einschätzungen auf der Basis verfügbarer Informationen. Diese verfügbaren Informationen von Ende August/Anfang September unterscheiden sich von den heute verfügbaren Informationen.

Frau Scheel, Sie hatten damals keine anderen

Informationen als ich, aber Sie als Opposition können

sich eine Art oppositionsbedingte Abweichungsrhetorik

gegenüber der Regierung leisten. Das heißt, es macht gar

keinen Sinn, mir Zitate entgegenzuhalten, die auf den Informationsstand von Ende August/Anfang September

zurückgehen, der sich deutlich von dem heutigen unterscheidet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie haben genauso wenig wie ich vorhergesehen, dass mit Lehman Brothers ein systemrelevantes Institut pleitegehen kann. Die daraus resultierende Erschütterungsdynamik hat viele europäische Länder erfasst; von den USA will ich gar nicht reden. Sie haben nicht vorhergesehen,

dass seitdem ungefähr acht oder neun weitere USBanken pleitegegangen sind. Sie haben einen möglichen Staatsbankrott von Island genauso wenig vorhersehen können wie ich.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ungarn! -  
Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor einem Jahr war die Finanzkrise schon vorhersehbar! Wir haben im Dezember letzten Jahres entsprechende Anträge eingebracht!)  
Sie haben die Nöte von Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht vorhersehen können. Sie haben auch nicht diese Übersprungeffekte der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft vorhergesehen. Wir hatten keine unterschiedlichen Informationen, aber Sie können es sich leisten, Reden zu halten, die erkennbar eine gewisse Entfernung und Distanz zu den Einschätzungen der Bundesregierung bzw. der Koalitionsfraktionen wiedergeben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immerhin wussten wir, wann die Sonne aufgeht! - Gegenruf des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Künast, Sie sollten nach Ihrer letzten Rede zur Finanzkrise schweigen! - Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich bleibe dabei: Auch in dieser Situation warne ich vor dem Vergnügen des Erschauerns, vor dem Vergnügen an schlechten Nachrichten, vor dem Vergnügen, sich immer weiter da hineinzusetzen, fast zu suhlen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es gab einen Debattenbeitrag von einem Vertreter der CDU/CSU-Fraktion - ich weiß nicht mehr genau, von wem -, der völlig richtig darauf hinwies, dass es auch an unserer öffentlichen Rede liegt, wie wir mit dieser Krise, mit dieser Rezession, auf die ich gleich ungeschminkt zu sprechen komme, fertig werden. Dafür tragen wir Verantwortung.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie tragen auch Verantwortung für Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit!)

Politische Verantwortung zeichnet sich übrigens dadurch aus, dass man bei unsicheren Informationen entscheiden muss. Das unterscheidet uns von der Opposition. Das ist die Übernahme politischer Verantwortung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Bei einer Haushaltsrede in dieser Zeit muss aufgrund der geänderten Situation natürlich an den Anfang gestellt werden: Ja, die Weltwirtschaft ist auf einer Talfahrt. Ja, die Bundesrepublik Deutschland ist in einer Rezession. Es wäre nicht mehr eine zutreffende Feststellung, zu sagen, dass wir in einer Stagnation sind. Dass die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgeschüttelt wird, ist kein Wunder. Denn ein Land, das 40 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Im- und Exportbeziehungen verdient, das weltweit so vernetzt ist, wird an der weltweiten Entwicklung kaum vorbeigehen können.

Keiner kann mit Bestimmtheit sagen - ich sage keiner: weder aus der wissenschaftlichen Expertise noch aus dem Bereich der Politik -, wie scharf diese Rezession ist und wie lange sie dauern wird. Ich rate sehr dazu, nicht mit Scheingenauigkeiten aufzuwarten und nicht in ein Rattenrennen hineinzugehen, bei dem man

sich selber negativ übertrifft nach dem Motto: Der eine sagt minus 0,2, der Nächste minus 0,4, der Nächste minus 0,8 und der Nächste minus 1,0. Das widerspricht dem, was ich für notwendig halte, um der Verunsicherung entgegenzuwirken.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Suhlen! Rattenrennen!)

Ich rate auch dazu, keine historischen Zeitreihen aufzumalen, die suggerieren sollen, die Bundesrepublik Deutschland sei plötzlich auf den Stand von 1949 zurückgeworfen worden. Ich rate davon ab.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In dieser Situation ist es nicht verwunderlich, sondern eher verständlich, dass es Unsicherheiten und viele Fragen gibt, dass es auch Irritationen und die Suche nach Lösungen gibt. Das beschäftigt uns, das beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger, und das beschäftigt all diejenigen, die uns kommentierend begleiten. Dennoch: In diesem sehr engen Beziehungsgeflecht von Politik, wissenschaftlicher Expertise und Medien gibt es diverse Vorschläge und Ratschläge, gelegentlich auch andere Schläge, die der ökonomischen Vernunft nicht standhalten. Das Wochenende bietet offenbar immer eine sehr gute Gelegenheit, die halbe Republik auf dem medialen Resonanzboden - davon rate ich ab - aufzumischen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt spricht er über Glos!)

Die jüngste Blüte, die allerdings, wie ich glaube, in der heutigen Tagespolitik verwelken wird, ist der Vorschlag zur Einführung sogenannter Konsumgutscheine oder Konsumcoupons. Ich bin dem nachgegangen, habe aber nichts Genaues herausfinden können. Aber daran kann man sehen, wie schnell ein solches Stichwort - in die Debatte hineingeworfen, und zwar unverantwortlich, wie ich finde - eine Eigendynamik bekommen kann. Ich kann dazu nur sagen: In meinem Haus gibt es solche Pläne nicht, ich vermute, an anderen Stellen auch nicht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir durch solche Säugetiere, die wir durchs Dorf jagen, die Bevölkerung nicht noch mehr verunsichern, als sie ohnehin schon verunsichert ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist übrigens nicht nur eine Aufgabe der Politik, wie ich mit Blick auf die Ränge sagen darf. Unbenommen dieser Verunsicherung und unbenommen der jetzt herrschenden unsicheren Zeiten halte ich ein Plädoyer dafür, dass Beständigkeit, Sorgfalt, Solidität und auch eine gewisse Standpunktfestigkeit durchaus ein Qualitätsmerkmal von Politik sein können, selbst wenn wir in einer so schwierigen Lage sind wie der jetzigen. Noch einmal: Nicht jeder Vorschlag besteht den Test der ökonomischen Vernunft. Der Überbietungswettbewerb hochdimensionierter Konjunkturprogramme lässt viele Grundsätze sehr schnell verblassen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau!)

Das ist genau das, was der Kollege Poß vorhin ganz zutreffend als die „Bruttoregistertonnenideologie“ bezeichnete. - Wie viel darf es denn sein, Frau Löttsch? 25 Milliarden Euro? 50 Milliarden Euro? 75 Milliarden

Euro? Gleichzeitig werden wir von einer anderen Politikerin der Opposition, Frau Scheel, aufgefordert, einen genauen Plan vorzulegen, wie wir von den Schulden, ausgelöst durch die Nettokreditaufnahme, wieder herunterkommen. (Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben! - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das müssen Sie!)

- Das erwarten Sie. Aber auch Sie beteiligen sich an diesen maßlosen Aufforderungen, die in die Welt gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das sind doch Beruhigungstabletten, die Sie aufgrund Ihrer eigenen Verunsicherung verteilen. Das hat doch mit ökonomischer Vernunft und mit Maßhalten nichts mehr zu tun. Das ist der alte Fehler, dem wir in dieser Situation leicht nach dem Motto unterliegen: Viel hilft viel; das sei schon richtig!

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verschleiern bringt überhaupt nichts!

Das ist unverantwortlich!)

Aber keiner denkt darüber nach, ob dabei nicht die Grundsätze der Effizienz und der Treffsicherheit verletzt werden.

Das gilt ebenso für Steuersenkungsprogramme und für staatliche Ausgabenprogramme. Herr Gysi hat in seiner Rede verlangt: Klotzen statt kleckern! - Was heißt das denn? Nennen Sie einmal einen Betrag. Sagen Sie den Beteiligten, insbesondere den Jugendlichen, die dort oben sitzen, ob Sie den Kapitaldienst der damit verbundenen Schulden bedienen wollen. Das müssen Sie einmal klar sagen. Sie können nicht einfach etwas dahinmurmeln oder in einer großen Rhetorik mit bombastischer Darstellung erklären, kleckern sei nicht erlaubt, sondern es müsse geklotzt werden. - Was heißt „Klotzen“ konkret?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Bei den Banken wird geklotzt!)

- Entschuldigen Sie, bei den Banken klotzen wir doch nicht mit Haushaltsgeld. Sie haben das bis heute nicht begriffen. Ich habe die starke Vermutung, Sie wollen es auch gar nicht begreifen. Das ist doch nicht der Punkt. Sie versuchen doch nur, daraus Kapital zu schlagen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Veränderungen des Haushaltsplanes 2009 zwischen der Kabinettsentscheidung Anfang Juni und der Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss am Freitag spiegeln exakt die zwischenzeitlich eingetretene wirtschaftliche Situation wider. Wir kommen in sehr schweres Wetter.

Ich mache etwas, was in der Politik wahrscheinlich gar nicht so ratsam ist: Ich glaube, wir sollten den Menschen ehrlicher Weise sagen, dass die Politik zwar Turbulenzen lindern kann, dass sie Schutz organisieren kann, dass sie abschirmen kann, aber dass wir in Deutschland nicht jede Fährnis und nicht jede Unbill in der Entwicklung des nächsten Jahres von den Menschen werden abwenden können. Wir sollten nicht vollmundig etwas versprechen, das wir erkennbar nicht halten können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

NEN]: Das tun Sie aber!)

- Das tun wir nicht. Keine meiner Reden und auch die der Mitglieder der Bundesregierung insgesamt laufen darauf hinaus, dass wir etwas versprechen, was wir nicht halten können, weil wir uns sehr bewusst sind, dass der Vertrauensverlust und der Ansehensverlust der Politik dadurch eher zunehmen als abnehmen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Sie haben in der Vergangenheit etwas versprochen, was Sie nicht gehalten haben!)

Worüber ich gelegentlich bekümmert bin, um das ebenso deutlich zu sagen, ist, dass Pläne gemacht werden, die dann mit einer Handbewegung wieder weggewischt werden. Teilweise wird auch mit falschen Zahlen gearbeitet.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, darf ich Sie kurz unterbrechen? Der Kollege Fricke möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Geht das auf Kosten meiner Redezeit?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nein.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Das ist nie so!)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Fricke.

Otto Fricke (FDP):

Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass wir keine vollmundigen Versprechen machen sollten. Sie haben gesagt: Heute verfügen wir über andere Informationen als vor ein paar Monaten. Sie haben gesagt: Deutschland befindet sich in einer Rezession.

(Jörg Tauss [SPD]: Er weiß, was er alles gesagt hat! - Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Würden Sie der Bevölkerung vor diesem Hintergrund Folgendes sagen: „Der geänderte Haushalt, den ich heute vorlege, basiert auf einem Wachstum von 0,2 Prozent. Nach den mir als Finanzminister vorliegenden und verfügbaren Informationen gehe ich davon aus - das ist kein vollmundiges Versprechen -, dass es dabei bleibt, dass das Wachstum im Jahre 2009 ungefähr 0,2 Prozent betragen wird. Ich mache auch kein vollmundiges Versprechen, wenn ich sage, dass die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen, die gerade erst prognostiziert wurde, nicht eintreten wird“?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Wo bleibt Ihre Frage?)

Bleiben Sie bei diesen Aussagen, oder können Sie in Anbetracht der Ihnen vorliegenden und verfügbaren Informationen nicht versprechen, dass das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr 0,2 Prozent betragen wird?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Die verfügbaren Informationen, die mir vorliegen, laufen, was das Wachstum angeht, auf einen Korridor von ungefähr 0,2 Prozent bis minus 1 Prozent hinaus. Insofern liegen die Planungen der Bundesregierung - das gebe ich zu - am oberen bzw. am „optimistischen“ Ende der momentan verfügbaren und vorliegenden Informationen.

(Ulrike Flach [FDP]: Aha! Sehr interessant!)

Damit bewegen wir uns im Rahmen dessen, was wir auch in unseren Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft, der Verbände und der Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft hören. Daher halte ich es für legitim, dass der Haushalt vor dem Hintergrund dieses Korridors aufgestellt wurde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will zu dem Punkt zurückkommen, an dem ich vorhin versucht habe, aufzuhören:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

zur Geschwindigkeit, mit der öffentlich, aber auch in unserer eigenen Kommunikation konsumiert wird, was in Gang gesetzt worden ist. Da mir nicht sehr viel Zeit zur Verfügung steht, will ich nur daran erinnern, was das Kabinett am 7. Oktober diesen Jahres beschlossen hat: Entlastungen in Höhe von 6,7 Milliarden Euro im Jahre 2009 und Entlastungen in Höhe von 13 Milliarden Euro im Jahre 2010, und zwar ohne Hebelwirkung. Diese Beträge umfassen nur das, was die öffentlichen Haushalte insgesamt zur Konsolidierung beitragen.

Ich möchte insbesondere an die weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung erinnern, die mit 4 bis 4,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen wird. Insgesamt hat diese Koalition den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in den letzten drei Jahren von 6,5 auf 2,8 Prozent gesenkt, mit einem Entlastungsvolumen von 30 Milliarden Euro.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber gleichzeitig ging der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung nach oben!)

- Darauf komme ich gleich zu sprechen. Seien Sie doch nicht so nervös. Ich lege Ihnen diesen Zusammenhang noch dar. -

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin überhaupt nicht nervös! Ich bin ganz ruhig! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er hat seine Parteitagsniederlage wohl noch nicht ganz verkraftet!)

Meine Mutter würde sagen: 30 Milliarden Euro sind 60 Milliarden DM. Über die Größenordnung dieses Betrages reden wir aber gar nicht.

Auf der anderen Seite kam es zu einer Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 0,5 Prozent; das entspricht einem Volumen von 5 Milliarden Euro. Zu dieser Erhöhung, Herr Kuhn, wäre es übrigens auch völlig unabhängig von der Gesundheitsreform gekommen, schlicht und einfach aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen, der demografischen Entwicklung, der Verteuerung des medizinischen Fortschritts etc. Machen Sie diese Beitragssatzerhöhung also bitte nicht zum Gegenstand Ihrer Polemik gegen die Gesundheitsreform.

Die Maßnahmen, die das Kabinett am 7. Oktober diesen Jahres beschlossen hat, wurden ergänzt. Die Schritte, die das Kabinett am 5. November diesen Jahres beschlossen hat, haben weitere Entlastungen zur Folge: Entlastungen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro im nächsten Jahr und Entlastungen in Höhe von 7 Milliarden Euro im übernächsten Jahr. Alles zusammen kommt man



auf ein Entlastungsvolumen von 31 bis 32 Milliarden Euro. Das ist weit mehr als 1 Prozent des Bruttonettoproduktes. Hinzu kommen die Hebelwirkungen, die insbesondere aus den jüngsten Maßnahmen resultieren werden; das hat Herr Kampeter bereits beschrieben.

Am 7. November diesen Jahres haben wir insgesamt 15 vernünftige Maßnahmen beschlossen. Die gesamte öffentliche Debatte kapriziert sich aber auf einen einzigen Punkt: die Kfz-Steuer. Frau Scheel, warum erwähnen Sie nicht auch einmal eine der anderen 14 vernünftigen Maßnahmen? Warum reden Sie nicht von der Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms im Sinne von Klima- und Umweltschutz?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ja, genau! Vor allen Dingen als Grüne!)

Warum reden Sie nicht von der Unterstützung des Mittelstandes? Warum reden Sie nicht davon, dass wir zusätzlich 15 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um zu verhindern, dass kleinere, aber auch größere mittelständische Unternehmen in eine Kreditklemme kommen?

Über diese Punkte könnten Sie genauso offenherzig sprechen, wie Sie es bei der Kfz-Steuer tun; über dieses Thema kann man übrigens so oder so denken.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muss hier doch keine Lobeshymne loslassen! Man kann ja wohl auch mal ein bisschen Kritik äußern, oder? – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das war jetzt aber ein bisschen trotzig!)

Ich möchte unterstreichen, dass die deutschen Unternehmen durch die Unternehmensteuerreform zusätzlich in einer Größenordnung von 7 Milliarden Euro entlastet wurden. Darüber hinaus will ich nicht unerwähnt lassen, dass wir weitere wachstumsstärkende Maßnahmen ergriffen haben, insbesondere zur Stärkung der Kaufkraft. So wurde im öffentlichen Dienst ein Tarifabschluss vereinbart, durch den die Kaufkraft gestärkt wird, und zwar in einem Volumen von 2 Milliarden Euro.

Im Jahre 2009 wird die öffentliche Hand 20 Milliarden Euro in den Wirtschaftskreislauf pumpen, im Jahre 2010 werden es 30 Milliarden Euro sein. Angesichts dieser Beträge kann man der Bundesregierung nicht vorwerfen, dass sie passiv war; die diesbezügliche Debatte mit den Ländern steht übrigens noch aus. Kaum haben wir diese beiden Pakete verabschiedet, wird, bevor sie ihre Wirkungen entfalten können, schon eine heftige Debatte über irgendwelche Anschlussmaßnahmen geführt.

Kann mir jemand diese Debatte und das Signal, das von ihr an die Marktteilnehmer ausgeht, erklären?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Natürlich nicht! Wie auch? – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein!)

– Von den beiden Koalitionsfraktionen jedenfalls niemand, und auch sonst niemand.

Wir sollten endlich einmal die Beständigkeit und übrigens auch, wie ich finde, die Standpunktfestigkeit haben, das zur Wirkung zu bringen, was vernünftigerweise beschlossen worden ist. Wir können uns ja gerne

wieder unterhalten, aber doch nicht so, dass wir uns selber infrage stellen und das schon verheizen, was wir selber in Gang gebracht haben, wodurch wir die Menschen geradezu dazu einladen, zu denken: Die wissen ja selber nicht, ob das hinreichend oder zureichend ist, also halte ich mich weiter zurück.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das geht gegen die CSU!)

Die dahinter stehende ökonomische Logik habe ich keineswegs verstanden.

Ich werde so nüchtern wie möglich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mit Steuern zu tun hat. Ich darf daran erinnern, dass es ab dem Jahre 2000 Steuersenkungen im Umfang von jährlich fast 32 Milliarden Euro gegeben hat. Die anschließende Rezession ist dadurch nicht verhindert worden. Wir stellen fest, dass es 47 Millionen private Haushalte gibt. Von denen sind nur 23,6 Millionen einkommensteuerpflichtig. Das heißt, an 50 Prozent der Haushalte geht jede Einkommensteuersenkung vorbei.

Im Übrigen zahlen die unteren 50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen nur 6,3 Prozent des Einkommensteueraufkommens.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber sie ziehen den Karren!)

Das heißt, im Hinblick auf die Massenkaukraft erreicht man sie auch nicht. Wir stellen fest, dass die Steuerquote um 2 Prozent gesunken ist, während die Sparquote im selben Zeitraum zwischen 2000 und 2004 um 1,2 Prozent gestiegen ist.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Wissen Sie, wie die Sparquote bei denjenigen aussieht, bei denen durch Steuererleichterungen die größten Spielräume erschlossen werden? 22 bis 23 Prozent.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das habe ich auch so ähnlich gesagt!)

Das ist meine Antwort auf die ewige Vorstellung, dass dadurch die Kaufkraft eins zu eins gesteigert wird.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Ich könnte die Argumentation fortsetzen, merke aber, dass mir meine Redezeit davonläuft.

Mich beschäftigen viel mehr die Fragen: Hatten wir vor Kurzem nicht einen Bildungsgipfel, auf dem wir beschlossen haben, dass die Bildungsausgaben 7 Prozent, gemessen am Bruttosozialprodukt, betragen sollen? Haben wir nicht eine Lissabon-Verpflichtung, die besagt, dass 3 Prozent des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden sollen?

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Wissen Sie, wie hoch im Augenblick das Defizit ist, um diese 10 Prozent zu erreichen? Im Jahre 2008 fehlen uns 28,7 Milliarden Euro.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Wir müssten ungefähr 32,4 Milliarden Euro für das Jahr 2012 aufwenden. Sind wir in Heiligendamm nicht Verpflichtungen hinsichtlich der ODA-Quote eingegangen? Haben wir nicht gerade die Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen, was 9 Milliarden Euro ausmacht? Haben wir nicht beschlossen, dass der Zuschuss

an die Krankenversicherungen jährlich um 1,5 Milliarden Euro - im nächsten Jahr sind es 4 Milliarden Euro, dann 5,5 Milliarden Euro, dann 7 Milliarden Euro - steigen soll? Haben wir es nicht erkennbar mit Steuermindereinnahmen zu tun, wobei es im Lichte der Steuerschätzung im Mai noch größere Probleme als im Lichte der Steuerschätzung im November gibt? Und vor dem Hintergrund reden Sie dann noch von weiteren Steuersenkungen!

(Beifall bei der SPD - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir nicht, ihr in der Regierung! - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie einmal Ihre Ministerkollegen!)

Wenn man das alles tut, was sich diese Große Koalition vorgenommen und beschlossen hat - damit schaue ich das gesamte Haus an -, dann kann es nicht klappen, dass der Staat mit immer weniger Geld auskommen muss.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was reden Sie dann in der Regierung?)

Ich will darauf hinaus, dass man sich und andere mit dem, was mit Blick auf einen handlungsfähigen Staat und mit Blick auf die Erwartungen an diesen handlungsfähigen Staat wirklich finanziert werden muss, nicht hinter die Fichte führen sollte.

Ich bin betrübt darüber, dass die Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr erkennbar höher, als im Plan der Bundesregierung vorgesehen, liegen muss. Dies ist einer aktuellen konjunkturpolitischen Entwicklung, Steuermindereinnahmen und der Tatsache geschuldet, dass wir die Privatisierungseinnahmen realistisch einschätzen, weil wir Bundesvermögen vor dem Hintergrund einer im Augenblick sehr ungünstigen Börsensituation nicht verschleudern wollen. Dies ist auch mit Blick auf das gerechtfertigt, was wir zur Abschirmung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich finanzieren.

Ich sage freimütig: Dies bedeutet nicht die Aufgabe des Konsolidierungsziels; keineswegs. Wir werden dies auf der Zeitachse aber neu justieren müssen. Das bedeutet, dass wir bis zum Jahr 2011 keinen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung erreichen können, es sei denn, dass es in den nächsten zwei Jahren eine wundervolle Entwicklung gibt. Ich will aber sehr deutlich machen: Wir bleiben bei diesem wichtigen und richtigen Ziel, und sei es aus Gründen der Generationengerechtigkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegin Ulrike Flach, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Liebhaber knallharter Worte sind eben wieder einmal zu ihrem Recht gekommen. Aber die Zuhörer der heutigen Debatte sollten sich darüber im Klaren sein, dass wir zurzeit einen Finanzminister haben, der vor allen Dingen die dramatische Rede besonders gut beherrscht.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Genau!)

Nur weil Sie, Herr Steinbrück, Bottiche ätzender Lauge über die Opposition ausschütten, sind Ihre Aussagen weder richtig noch helfen sie weiter.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg.)

Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Wir suhlen uns nicht, Herr Minister. Wir sind keine Ratten, und wir sind auch keine anderen ähnlichen Säugetiere; vielmehr beobachten die Liberalen in diesem Bundestag die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande einfach genauer als Sie, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP)

Fakt ist und bleibt: Sie haben in den letzten Monaten die Augen vor der heraufziehenden Wirtschaftsflaute geschlossen. Sie haben weder den Fall des Ifo-Geschäftsklimaindexes beachtet, noch haben Sie auf das Konsumklima und schon gar nicht auf die heraufziehende Immobilienkrise geachtet.

Herr Kampeter hat uns eben mit dem Brustton der Überzeugung erzählt, das Konsumklima werde sich so toll entwickeln. Es ist heute das schlechteste seit dem Jahre 1991, Herr Kampeter. Sie müssen das bitte auch zu Ende lesen, was Sie den Leuten hier zu erklären versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Die Menschen in diesem Lande wissen, dass die Rezession auf sie zukommt, und das unter einer Großen Koalition. Das ist nicht die Schuld der Opposition, sondern das ist die Schuld dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der FDP - Jörg Tauss [SPD]: Oje! -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein bisschen kleinkariert ist es schon, was Sie da sagen! Als ob wir uns die Weltfinanzkrise gewünscht hätten!) Sie haben uns Liberale noch im September als Apokalyptiker und Sodomasochisten beschimpft, als wir vor dem Einbruch der Wirtschaft warnten, liebe Kollegen. Trotz gegenteiliger Aussagen der renommiertesten Ökonomen in diesem Lande und trotz Aussagen des IWF vor wenigen Tagen schaffen Sie es noch heute - Herr Fricke hat es durch seine Nachfrage eben erneut betont -, einen Haushalt aufzustellen, der auf einem Plus, auf einem Wachstum aufbaut. Das heißt, Sie arbeiten in Ihrem Ministerium mit Zahlen, die mit Risiken in Milliardenhöhe für diesen Haushalt verbunden sind.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, die Steinbrück'sche Regierungszeit wird einmal als eine Zeit der Verdrängung und des Hinterheragierens in die Geschichte eingehen.

(Lothar Mark [SPD]: Das stimmt aber überhaupt nicht!)

Weil Sie die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkennen wollen - ich unterstelle Ihnen ja gar nicht, Herr Minister, dass Sie sie nicht erkennen; Sie wollen sie nicht erkennen -, treffen Sie weder die nötige Vorsorge durch konsequentes Sparen im Haushalt noch sind Sie in der Lage, die Steuersenkungen vorzunehmen, die wir jetzt bräuchten, um Deutschland auf dem Wachstumspfad zu halten.

(Beifall bei der FDP - Lothar Mark [SPD]: Ihr habt doch gerade erklärt, dass wir es nicht brauchen!)

Stattdessen verstecken Sie sich hinter kleinteiligen Subventionsprogrammen. Übrigens - darauf haben schon mehrere Redner zu Recht hingewiesen - sagen Sie genau das Gegenteil dessen, was Sie uns noch vor wenigen Tagen gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Noch am 29. August haben Sie großartig erklärt, ein Konjunkturprogramm sei in der aktuellen Situation weder angemessen noch notwendig, sondern sogar schädlich.

(Jörg Tauss [SPD]: Das war gut!)

Nur weil Sie das heute rhetorisch zurücknehmen, wird die Sache doch nicht besser. Sie führen die Leute ganz systematisch hinter die Fichte.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] - Widerspruch des Abg. Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU])

Deswegen konnten wir uns darauf nicht einstellen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das nehmen Sie sofort zurück!)

- Lieber Kollege, ich nehme das nicht zurück.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wäre aber besser!)

Sie sparen weder, Herr Steinbrück, noch sind Sie dabei, ein Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen; vielmehr spannen Sie eilfertig einen Schutzschirm für Arbeitsplätze, von dem der Sachverständigenrat übrigens zu Recht von einem Sammelsurium an Einzelmaßnahmen spricht.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bei Ihrer Argumentation muss man einen Schutzschirm über die Opposition spannen!)

15 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von rund 50 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren, anfinanziert auf Pump und über eine Erhöhung der Neuverschuldung auf 18,5 Milliarden Euro. Da Sie den Mut und, ich vermute, auch die Mehrheit in Ihrer Fraktion zum konsequenten Sparen

(Jörg Tauss [SPD]: Was?)

und dem eigentlich erforderlichen handfesten Antirezessionsprogramm nicht haben, kleckern Sie mit Subventionen nach dem altbekannten Gießkannenprinzip vor sich hin: Kfz-Steuerbefreiung, Absetzbarkeit der Handwerkerrechnungen, Verbesserung der Jobvermittlung durch 1 000 zusätzliche Vermittler bei der BA.

(Lothar Mark [SPD]: Das ist gut! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das wollen Sie alles nicht, oder wie?)

Putzig hat das der Sachverständigenrat genannt, Herr Steinbrück. Genau das ist es. Das wird diesem Land in dieser Situation natürlich nicht helfen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mancher Sachverständigenrat macht sich über seine eigene Altersversorgung mehr Sorgen als über die Altersversorgung der Bevölkerung!)

Die FDP hat Ihnen heute zum vierten Mal in Folge ein milliardenschweres Sparbuch vorgelegt, lieber Herr Kampeter. Wir haben in den Jahren Ihrer Regierung

Sparvorschläge in Höhe von 40 Milliarden Euro gemacht. Hätten Sie diese umgesetzt, Herr Steinbrück, dann ständen Sie heute nicht hier und würden uns sagen: Ich kann doch gar nicht anders. Sie hätten das Volumen gehabt, um die Menschen in diesem Lande zu entlasten. Sie hätten eine Steuerreform machen können: niedrig, einfach und gerecht. Sie hätten die Rentenversicherungsbeiträge absenken können. Da haben Sie mich im Haushaltsausschuss übelst beschimpft und gefragt, warum wir so etwas vorschlagen können.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Zu Recht!)

Sie haben doch die Reserven. Natürlich können Sie das. (Beifall bei der FDP)

Sie hätten die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge vorziehen können. Das wäre - um in Ihren Worten zu sprechen, Herr Minister - konzise, zielgerichtet und punktgenau. Das würde diesem Lande helfen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Jochen-Konrad Fromme für die CDU/CSU-Fraktion.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Hier wird der Eindruck von sozialer Kälte erzeugt. Deswegen muss man zunächst einmal einige Blöcke nennen, aus denen sich dieser Haushalt zusammensetzt. Er hat ein Volumen von 290 Milliarden Euro. Davon sind 124 Milliarden Euro für Arbeit und Soziales, allein 80 Milliarden Euro für die Rentenversicherung, 30 Milliarden Euro für den Arbeitsmarkt, 31 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt, 42 Milliarden Euro für die Bundesschuld und 6 Milliarden Euro für Familie und Jugend vorgesehen. Ich erwähne das deshalb, weil man den Gesamtzusammenhang sehen muss.

Es schmerzt uns zwar, dass dieser Haushalt mit einer höheren Nettokreditaufnahme abschließen muss als geplant, aber das ist der Situation geschuldet. Ich rufe eines in Erinnerung - das macht deutlich, was sich unter dieser Koalition verändert hat; der Kollege Schneider hat es bereits angesprochen -: Wir haben trotz der erhöhten Nettoneuverschuldung in diesem Jahr das strukturelle Defizit von 60 Milliarden Euro auf gut 20 Milliarden Euro gesenkt. Das heißt, wir haben Fortschritte gemacht. Wir haben durch die Reformen unsere Gesellschaft und Wirtschaft robuster gemacht. Sonst sähe es bei all dem, was aus der ganzen Welt auf uns einwirkt, viel schlechter aus. Wir wissen, dass wir mit einem solchen Haushalt keinen Schönheitswettbewerb gewinnen können. Aber wenn man auf hoher See ist und im Sturm steht, dann ist das eben kein Laufsteg, und dann kann man nicht das machen, was in anderen Zeiten vielleicht machbar wäre. Deshalb muss man deutlich differenzieren, was wir ohne den Eintritt der Krise getan hätten und was wir der jetzigen Situation schulden.

(Lothar Mark [SPD]: Genau das ist die Frage!)

Es ist durchaus umstritten, was in dieser Situation zu tun ist. Eines dürfen wir nicht tun - das haben wir aus der Vergangenheit gelernt -: Konjunkturprogramme alter Art auflegen

(Lothar Mark [SPD]: Richtig!)

bzw. den Staatshaushalt sozusagen einfach aufblähen. Das hat nämlich am Ende immer Folgendes bewirkt: erstens höhere Staatsschulden und damit zweitens höhere Zinsen. Drittens sind die Folgekosten der Einrichtungen zu tragen, die wir uns geleistet haben. Das hat das strukturelle Defizit noch weiter erhöht. Letzten Endes hat das immer zu einer erhöhten Sockelarbeitslosigkeit geführt. Deswegen war das der falsche Weg.

Da die Mehrwertsteuersenkung in England als Beispiel angeführt wurde, weise ich noch einmal darauf hin, dass wir das mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags in der Summe längst vorweggenommen haben. Diese Maßnahme ist viel wirksamer.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU])

Ihrer Behauptung, die Krankenversicherungsbeiträge seien gegenzurechnen, ist entgegenzuhalten, dass der Krankenversicherungsbeitrag wegen der besseren medizinischen Versorgung und des Älterwerdens der Menschen steigt. Über beides sollten wir uns freuen. Aber das hat auch seinen Preis. Wenn wir noch die medizinische Versorgung der 70er-Jahre hätten, dann würden wir mit einem anderen Krankenversicherungsbeitrag auskommen. Heute sind neue Hüften und Knie möglich.

Das heißt, wir können das Leben der Menschen deutlich erleichtern. Das hat seinen Preis. Deswegen müssen wir für diesen Bereich auch in Zukunft mehr aufwenden, ob uns das gefällt oder nicht. Es ist eben die zweite Seite der Medaille - ich sage bewusst nicht Kehrseite, weil das negativ klingt -, dass wir heute älter werden und mehr Möglichkeiten haben.

Kollege Koppelin - er ist gerade nicht anwesend - hat vom finanzpolitischen Blindflug gesprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Na ja, ich würde sagen, wir sprechen ab und zu mal vom finanzpolitischen Blindflug!)

Er hat offensichtlich in den haushaltspolitischen Beratungen nicht zugehört. Vielleicht sollte er aus den erhöhten Aufwendungen für die Gesundheitspflege ein Hörgerät und eine bessere Brille kaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn wir haben sehr deutlich dargestellt, was wir machen. Sie haben vorsichtshalber Ihr Sparbuch, von dem Sie gar nicht mehr so viel reden,

(Ulrike Flach [FDP]: Hier ist es!)

nicht ins Internet gestellt, damit man es dort einsehen kann, sondern nur als Bild gezeigt, damit man sich nicht mit den Inhalten beschäftigen kann.

(Ulrike Flach [FDP]: Das stimmt aber nicht!)

Bei dem, was Sie hier vorgetragen haben, hätten Sie realistischerweise feststellen müssen, dass wir mit Hartz IV nicht auskommen, und eine Ansatzserhöhung beantragen müssen, wenn Sie es mit einem besseren Haushalt als dem, den wir vorgeschlagen haben, ernst meinen. Aber das haben Sie nicht gemacht. Sie haben auch nicht aufgezeigt, wie Sie die von Ihnen vorgeschlagenen Steuersenkungen finanzieren wollen.

(Ulrike Flach [FDP]: Doch, natürlich!)

Wenn Sie das aufgezeigt hätten, dann hätten Sie nicht sagen können, wir seien bei der Nettoneuverschuldung schlechter; denn dann wäre Ihr Ergebnis noch viel schlechter gewesen.

Der Kollege Wissing beklagt, dass wir die degressive AfA wieder einführen. Er hat offenbar das Prinzip nicht verstanden. Die befristete Einführung der degressiven AfA führt genau dazu,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zu Vorzieheffekten!)  
dass bestimmte Sachen vorgezogen werden und dass damit ein Schub erzeugt wird. Das ist doch das Prinzip. Wir machen das im Übrigen ohne Steuersubstanzverlust. Nur der Zeitpunkt, zu dem die Steuern erhoben werden, ändert sich. Das ist eine der wirksamsten Maßnahmen, die man ergreifen kann. Als wir in der Vergangenheit im Vorgriff auf eine Steuerreform schon einmal die degressive AfA übergangsweise eingeführt hatten, hat das gewirkt. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir nun genau das Richtige machen. Sie sollten das entsprechend würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Grünen schlagen - so haben sie es im Haushaltsausschuss beantragt - vor, den Haushaltsentwurf nicht zu verabschieden. Das ist das Falscheste, was man in der jetzigen konjunkturellen Situation machen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Den Haushaltsentwurf wegen bestimmter Risiken nicht zu verabschieden, bedeutet, dass der Haushalt später in Kraft tritt und damit später Wirkung entfaltet. Das heißt, dass die Firmen erst später beispielsweise Straßenbauaufträge erhalten. Damit führt man eine künstliche Verzögerung herbei, die die Konjunktur verschlechtert. Das ist falsch. Man darf diese Wirkungen nicht außer Acht lassen.

Meine Damen und Herren von der Linken, Ihre Ausführungen sind nichts anderes als ein Konzert nach dem Motto „Wünsch dir was“. Sie wollen hier und da mehr. Aber Sie haben an keiner Stelle aufgezeigt, wie Sie das finanzieren wollen. Im Übrigen möchte ich noch eines sagen: Natürlich ist es kein Vergnügen, von Hartz IV leben zu müssen. Aber es ist auch klar: Jemand, der arbeitet und eine vierköpfige Familie zu ernähren hat, muss etwa 12,50 Euro pro Stunde verdienen, um auf die gleichen Leistungen wie im Rahmen von Hartz IV zu kommen; denn man darf nicht vergessen, dass der Betreffende Miete zahlen muss. Hier muss man bei der vollen Wahrheit bleiben.

(Widerspruch der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

- Sie können sich gerne zu einer Zwischenfrage melden - oder lassen Sie es lieber.

Sie haben als Finanzierungsmaßnahme eine Erhöhung der Millionärsteuer gefordert. Sie haben das Prinzip der Marktwirtschaft noch immer nicht verstanden.

Wenn wir das Kapital aus dem Land jagen, können wir auch keine Arbeitsplätze finanzieren. Ihre Vorschläge sind schlicht und einfach eine Luftnummer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Kollegin Löttsch, in einer Pressemitteilung werfen



Sie der Kanzlerin ein Täuschungsmanöver vor. Ich kann dazu nur sagen: Sie begehen ein riesiges Täuschungsmanöver; denn Sie werfen immer nur ein, was Sie alles Gutes tun wollen, ohne die Auswirkungen auf das gesamte System aufzuzeigen. Sie haben bewusst kein Parteiprogramm veröffentlicht, damit man nicht nachvollziehen kann, was Sie eigentlich wollen.

(Lachen bei der LINKEN)

Sie haben natürlich ein inneres Programm. Aber genau das ist der Punkt: Sie wollen dieses innere Programm den Menschen nicht zeigen, weil Sie ihnen dann sagen müssten: Eigentlich sind wir erst zufrieden, wenn die Menschen am Monatsanfang ihr Geld abliefern und die staatlichen Leistungen erhalten, die wir ihnen als Politiker zuteilen.

Wohin das führt, haben wir erlebt. Für Zinsen sind im Haushalt rund 42 Milliarden Euro eingestellt.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]:

Mehr!)

Davon geht rund die Hälfte nicht auf die Wiedervereinigung - das war ein Federstrich im Gesetzblatt -, sondern auf den Wiederaufbau einer von Ihren politischen Vorgängern verhunzten Landschaft und Nation zurück. Sagen Sie den Menschen doch bitte alles, was Sie wollen, damit sie das erkennen. Aber genau das tun Sie nicht, weil Sie nicht wollen, dass man erkennt, was Sie vorhaben. Eines ist klar: Wir müssen jetzt eine höhere Nettoneuverschuldung in Kauf nehmen. Schulden an sich sind weder gut noch böse. Damit verhält es sich wie mit dem Feuer: Das Feuer kann wärmen; dann ist es gut. Das Feuer kann verbrennen; dann ist es zerstörerisch und schlecht. Es kommt also auf die richtige Verwendung der Mittel an, für die man sich verschuldet. Deswegen sehen wir in unserem Föderalismuskonzept vor, dass man in einer konjunkturellen Abschwungphase mehr Geld ausgeben kann, wenn man dafür sorgt, dass das nicht auf Dauer zur Finanzierung struktureller Haushaltsdefizite führt, sondern dass die Ausgaben in der anderen Hälfte des Zyklus zurückgeführt werden.

Herr Kollege Poß - er ist jetzt leider nicht da -, ich verstehe überhaupt nicht, warum Ihre Fraktion einen entsprechenden Entschließungsantrag, um dies deutlich zu machen, abgelehnt hat. Wir wollten durch einen Entschließungsantrag deutlich machen, dass wir im System der Föderalismusreform bleiben und nicht einfach Schulden machen, um höhere strukturelle Defizite zu finanzieren, sondern deshalb, weil wir durch ein konjunkturelles Tal müssen und den Faden nicht abreißen lassen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir geben unser Ziel nicht auf. Ich fordere jeden, der es ernst meint, auf, sich in dieser Form zu binden, damit das am Ende nachvollziehbar ist. Wir wollen doch mit einer positiven Bilanz vor die Öffentlichkeit treten, und wir wollen deutlich machen, dass es genau das ist, was uns in der Vergangenheit in die Katastrophe geführt hat, nämlich dass wir laufende Staatsausgaben mit Krediten finanziert haben. Das war falsch. Man kann das vorübergehend machen, aber man kann durch Kredite seine Konsumkraft nicht verändern. Ich kann Konsum zeitlich

befristet vorziehen oder, was heute aus der Mode gekommen ist, durch Ansparen aufschieben, aber am Ende wird das Volumen nicht größer. Wenn der Konsum über Kredite finanziert wird, dann endet das entweder in steigenden Zinsen – über die letzten 50 Jahre hat die Bundesrepublik Deutschland 42 Milliarden Euro aufgehäuft – oder in Steuererhöhungen. Beides ist auf Dauer gesehen falsch.

Deswegen müssen wir die Konsequenzen ziehen. Das können wir auch. Unser System, das wir im Rahmen der Föderalismusreform auf den Tisch gelegt haben und das hoffentlich noch – der Finanzminister steht noch dazu; von anderen weiß ich es nicht ganz genau – verwirklicht wird, besteht darin, dass wir uns selbst Daumenschrauben anlegen; denn es ist doch völlig klar, dass Politik immer ausweicht und die Maßnahmen zur Lösung der Probleme vertagt. Ich sage aber eines: Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen. Deswegen dürfen wir keine Schulden anhäufen, sondern wir müssen sie beseitigen. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will noch eines ganz deutlich machen: Die Krise ist kein Versagen der Marktwirtschaft. Vielmehr haben viele bei uns Bürokratieabbau mit Regellosigkeit verwechselt. Auch eine Marktwirtschaft – deswegen heißt sie bei uns soziale Marktwirtschaft – braucht Spielregeln. Wir müssen uns darum bemühen, dass wir an dieser Stelle besser werden.

Andere Länder können für uns kein Maßstab sein. Wir müssen vielmehr unseren eigenen Weg finden. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Haushalt, wie er jetzt aufgestellt ist, den Anforderungen dieser Situation entspricht. Wir haben auf die Lage mit dem Konzept „Sanieren, Investieren, Reformieren“ reagiert. Bei diesem Dreiklang wollen wir bleiben. Wir dürfen aber den roten Faden nicht verlieren, und wir dürfen uns jetzt nicht irremachen lassen. Wenn sich die Fakten noch einmal ändern, dann müssen wir einen Nachtrag beschließen. Wir dürfen aber nicht vor lauter Angst, etwas falsch zu machen, gar nichts machen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegin Gesine Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Fromme, Sie haben hier eine Behauptung wiederholt, die auch schon andere Mitglieder des Hauses bzw. der Bundesregierung in den Raum gestellt haben, die aber schlichtweg falsch ist und die darum korrigiert werden muss. Sie haben behauptet, die Partei Die Linke habe kein Programm. Nun muss man den Bürgerinnen und Bürgern der Republik sagen, dass eine Partei, die kein Programm hat, gar nicht zugelassen ist und wir als Abgeordnete einer Partei ohne Parteiprogramm hier gar nicht sitzen könnten. Wir haben ein Programm. Wir haben das Programm auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16. Juni 2007 in Berlin beschlossen. Im Mittelpunkt dieses Programms stehen die Interessen der

Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, der kleinen Leute, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentner und der Arbeitslosen.

Sehr geehrter Kollege Fromme, ich werde Ihnen persönlich demnächst ein Exemplar zur Verfügung stellen, damit Sie alles im Detail nachlesen können.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der SPD: Mit Widmung!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Fromme, Sie haben Gelegenheit zur Reaktion.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Frau Kollegin Löttsch, ich will wiederholen: Sie sagen den Menschen nicht voll die Wahrheit über all das, was Sie wollen. In Ihrem Programm steht zum Beispiel - ich habe es nicht gelesen - -

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich habe es jedenfalls nicht so gelesen, dass ich es wie ein Gebetbuch, das ich auf dem Nachttisch habe, verinnerlicht hätte; denn daraus kann ich wenig lernen.

Sie haben zum Beispiel gesagt, Sie wollten die Banken und solche Unternehmen wie Schaeffler verstaatlichen.

Das ist in einer der Debatten hier herausgekommen.

Das macht deutlich, dass Sie etwas wiederholen wollen, was einen Teil unseres Vaterlandes schon einmal in eine große Katastrophe geführt hat.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Lesen Sie das Programm erst einmal!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie das alles aufschreiben und den Menschen sagen würden. Umso schneller würden die Menschen erkennen, auf welchem Irrweg Sie sich befinden.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Lesen Sie erst einmal!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Axel Troost für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Wochen ist in diesem Haus viel von Vertrauen die Rede:

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

von Vertrauen der Anlegerinnen und Anleger, von Vertrauen in Märkte und Politik. Es trifft zu, dass eine Geldwirtschaft ohne Vertrauen nicht funktionieren kann.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Es stimmt aber auch, dass in den letzten Wochen viel Vertrauen verloren gegangen ist. Dieses Vertrauen ist aus unserer Sicht zu Recht verloren gegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Politik der Bundesregierung Merkel wie auch der Vorgängerregierung Schröder hatte dieses Vertrauen nicht verdient. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise bekommen wir die Quittung für politische Fehler, die Sie, Herr Steinbrück, aber auch Sie als Abgeordnete der Regierungsfractionen mit verantwortet haben.

(Lothar Mark [SPD]: Nur die Linke nicht!)

Ich könnte stundenlang aus Reden vorlesen, in denen Sie die Segnungen freier Finanzmärkte preisen. Ich

möchte hier nur zwei Beispiele bringen. Im Februar dieses Jahres hat unsere Fraktion einen Aktionsplan zur Finanzkrise eingebracht. Herr Oswald von der CSU, ich zitiere Sie:

Zur Deregulierung der Finanzmärkte gibt es keine Alternative. Sie hat der Wirtschaft und den Bürgern neue Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet, und sie hat zur Risikostreuung beigetragen. Jetzt befürworten Sie und Ihre Koalition Teilverstaatlichungen von Banken. Sie reden von internationaler Regulierung. Insgesamt habe ich das Gefühl, jetzt überall von frischgebackenen Reregulierern umgeben zu sein.  
(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Fraktion, Die Linke, hat ebenso wie viele Engagierte in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen davor gewarnt, dass Ihre Politik der Deregulierung unbeherrschbare Risiken schafft. Diese Stimmen haben leider recht behalten. Ende April dieses Jahres haben wir einen zusätzlichen Sicherungsfonds für private Banken vorgeschlagen, damit nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern die privaten Banken Risiken übernehmen und dafür bezahlen müssen. Angeblich haben wir übertrieben. Auch hier möchte ich ein Zitat bringen. Der Kollege Dautzenberg von der CDU hielt uns entgegen: Die Darstellung in Ihrem Antrag, in dem Sie die Gefahr von Serienbankrotten deutscher Banken skizzieren, bedeutet Panikmache und ist unverantwortlich. Leider kam es viel schlimmer. Inzwischen gibt es den Rettungsfonds von 480 Milliarden Euro.

(Jörg Tauss [SPD]: Sind denn Banken bei uns bankrott gegangen?)

- Aber das haben wir mit diesem Fonds ja verhindert, der jetzt aus Steuermitteln und eben nicht von den privaten Banken bezahlt wird. Genau das ist der Unterschied.

(Beifall bei der LINKEN - Klaus Hagemann  
[SPD]: Das stimmt!)

Von allen Parteien hatten wir sicherlich die wenigsten Informationen im Fall DEPFA und im Fall Hypo Real Estate. Aber es war eigentlich klar - zu diesem Zeitpunkt wusste man es schon -: Hier ist Sanierung, hier ist ein solcher Fonds notwendig.

Ehrlich gesagt traue ich Ihrer Rhetorik von der Regulierung insgesamt nur wenig. Die Tatsache, dass Sie, Herr Steinbrück, als Schreiber der Rechtsverordnung zum 480-Milliarden-Euro-Paket den Sohn des Wirtschaftsministers beauftragt haben, macht mich da skeptisch. Der Sohn von Herrn Glos ist nicht gewählter Politiker und kein unabhängiger Berater oder Beamter, sondern Anwalt in der Kanzlei Freshfields und vertritt dort die Finanzbranche.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist aber ein exzellenter Anwalt, wie Sie wissen!)

- Ja, aber eben ein Anwalt, der im Interesse der Kreditwirtschaft arbeitet und so Einfluss nimmt.

(Beifall bei der LINKEN - Bartholomäus Kalb  
[CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier sagen!)

Wie auch immer Sie es schaffen wollen, die Wählerinnen und Wähler von Maßnahmen zu überzeugen, eines

scheint mir ungeheuer wichtig zu sein: Machen Sie endlich Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!

(Beifall bei der LINKEN)

Holen Sie die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise von denen zurück, die an der Deregulierung verdient haben!

(Beifall bei der LINKEN)

Die reichsten 30 Prozent der Deutschen haben ihr Geldvermögen von 2002 bis 2007 um 780 Milliarden Euro gesteigert. Freie Finanzmärkte sind die Grundlage, um Staaten, Bevölkerung und Beschäftigte durch Steuerwettbewerb und Lohndumping gegeneinander auszuspielen. Nur so konnte sich eine kleine Minderheit diesen unvorstellbaren Reichtum aneignen.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Eine Chance zur Korrektur der Kluft zwischen Arm und Reich hat die Große Koalition leider völlig verpasst. Ich spreche von der Erbschaftsteuer, über die wir am Freitag reden werden. Statt hier korrigierend einzugreifen, werden wir einen Kompromiss sehen, mit dem nicht einmal erreicht wird, dass das alte Aufkommen beibehalten wird, geschweige denn dass Aufkommenssteigerungen entstehen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal etwas zur konjunkturellen Situation und zum Konjunkturprogramm sagen. Es gibt inzwischen Prognosen, nach denen wir in einem Jahr einen Wachstumsrückgang um bis zu 1,8 Prozent haben werden. Das ist - um das deutlich zu sagen - doppelt so hoch wie der stärkste Rückgang, den wir bisher hatten, nämlich im Jahr 1975. Wenn hier erklärt wird: „Wir wollen nicht dagegenhalten, wir wollen keine Staatsverschuldungserhöhung, wir wollen keine großangelegten Konjunkturprogramme“, dann hört sich das erst einmal solide an. Nur, wir kennen das doch aus den Erfahrungen: Wir werden Steuermindereinnahmen haben. Wir werden steigende Arbeitslosigkeit haben. Wir werden deswegen anschließend steigende Staatsverschuldung haben, aber auf höherem Niveau der Arbeitslosigkeit und bei schlechterer wirtschaftlicher Situation.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie sollten mit dieser Politik der ruhigen Hand Schluss machen. Sie landen sonst am Ende mit eingeschlafenen Füßen in einer wirtschaftlichen Katastrophe.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bernd Brinkmann für die SPDFraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Troost, es ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Den Vorwurf, es sei mit Vetterwirtschaft zu vergleichen, wenn sich der Bundesfinanzminister oder das Ministerium in Sachen Finanzmarktstabilisierungsgesetz durch den Sohn eines Ministers aus der Regierung von Frau Dr. Merkel, der ein renommiertes Anwaltsbüro vertritt, hat beraten lassen, muss ich in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das habe ich  
überhaupt nicht gemacht! - Weiterer Zuruf  
von der LINKEN: Das hat er überhaupt nicht  
gemacht!)

Wir kennen das schon, was Sie in dieser Art und  
Weise in diesem Hohen Hause immer wieder zum Besten  
geben.

(Zuruf von der LINKEN: Sie stellen hier einen  
Pappkameraden auf!)

Sie haben eben Milliardensummen von Vermögensvermehrung  
in den Raum gestellt. Ich sage Ihnen zu Beginn  
meiner Ausführungen: Wir könnten in einer stillen  
Stunde einmal ausrechnen, welche zusätzlichen Lasten  
unser Land durch die Wiedervereinigung tragen musste.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ach, waren  
Sie dagegen?)

Es sind Kosten, die letztendlich Ihre Vorgängerpartei bis  
1989 durch Misswirtschaft zu verantworten hat, meine  
sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der  
FDP)

Damit komme ich zu einem Punkt, der sich auch  
durch die Äußerungen anderer Kolleginnen und Kollegen  
von der Linkspartei zieht und sich durch nichts  
rechtfertigen lässt. Der Kollege Fromme hat schon völlig  
recht: Sie ziehen durchs Land und versprechen den Menschen  
den Himmel auf Erden.

(Zuruf von der LINKEN: Nein!)

Sie kritisieren den Haushalt 2009 und fordern gleichzeitig  
jährliche Mehrausgaben in der Größenordnung von  
150 Milliarden Euro. Sie sind aber bis heute die Antwort  
auf die Frage schuldig geblieben, wie Sie das gegenfinanzieren  
wollen. Mit dem, was Sie an Vorschlägen unterbreitet  
haben, ist das beim besten Willen nicht zu machen.

Am Schluss dieser Debatte kann man über den Weg  
aus der Krise durchaus unterschiedlicher Meinung sein;  
das ist schon aus den Äußerungen der Kolleginnen und  
Kollegen der Koalition hervorgegangen. Ich will dazu  
zwei Beispiele geben.

Die Bundesregierung hat mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz  
reagiert. Von der linken Seite dieses

Hauses wird nichts unterlassen, um den Eindruck zu erwecken,  
als wäre mit diesem Gesetz eine entsprechende  
Belastung des Bundeshaushalts in Verbindung zu bringen.

Dem ist nicht so. Wir haben das Geld auch nicht  
den Banken in den Rachen geworfen, meine Kolleginnen  
und Kollegen von der Partei Die Linke, sondern wir  
haben dafür gesorgt, dass verloren gegangenes Vertrauen  
wieder zurückgewonnen werden kann. Das, was dort gemacht  
worden ist, dient dem Mittelstand in Deutschland;  
das dient den Sparerinnen und Sparern; das dient der gesamten  
Wirtschaft. Deshalb wird es auch mit entsprechenden  
Erfolgen in Verbindung gebracht werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ein zweiter Punkt - der ist auch von entscheidender  
Bedeutung - betrifft die Veranschlagung der Ausgaben  
für das Arbeitslosengeld II. Zur Erinnerung sei hier  
noch einmal gesagt: Im Februar 2005 lag die Arbeitslosenzahl

jenseits von 5 Millionen; im letzten Monat lag sie erstmals seit vielen Jahren unter 3 Millionen. Das ist ein großer Erfolg solider Haushalts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Schauen wir uns jetzt einmal an, welche Botschaften man den Medien in den letzten Tagen bezüglich der Frage entnehmen kann, wie sich die Arbeitslosigkeit entwickelt. In der Bild-Zeitung vom 24. November war zu lesen: „BA-Chef Weise warnt vor Rezessions-Panik“. Andere Wirtschaftsfachleute schüren genau diese. Nun könnte man sich vielleicht darauf einigen, dass die Wahrheit in der Mitte liegt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir in einer Krise sind und durch Schlechtreden diese Krise letztendlich noch verschärfen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen im Land, wenn Handwerk und Mittelstand, also die tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft, weiter verunsichert werden. Dabei wäre es doch unsere gemeinsame Aufgabe, zur Bewältigung dieser Krise dem entgegenzusteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Heute Morgen sind hier Prozentrechnungen aufgestellt worden.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wir rechnen noch!)

Es wurde gesagt: Das, was durch die massive Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge – sie wurden mehr als halbiert von 6,5 auf 2,8 Prozent – eingespart wurde, würde aufgeessen durch die Steigerung des Krankenversicherungsbeitrages. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Parteivorsitzender Franz Müntefering würde dazu sagen: Das kann man mit Volksschule Sauerland schon ganz einfach rechnen. Ich ergänze: Auch mit Volksschule Dinklar – das ist die Schule, wo ich gelernt habe – kommt man eindeutig zu dem Schluss, dass eine Senkung um 3,7 Prozentpunkte in jedem Falle mehr ist als eine Steigerung um 0,5 Prozentpunkte. Auch das müsste man einmal deutlich machen gegenüber denjenigen, die in dieser Frage ständig etwas anderes behaupten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Bezüglich der prozentualen Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liefern Sie, Herr Kollege Troost, mir geradezu Steilvorlagen: Sie haben doch in Ihrem Programm stehen,

(Zuruf von der LINKEN: So, jetzt hat er es gelesen!) dass der Rentenversicherungsbeitrag von derzeit roundabout 20 Prozent auf 28 Prozent erhöht werden soll. (Widerspruch bei der LINKEN)

– Der Kollege Gysi hat das hier – Sie können das im Protokoll nachlesen – bestätigt.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Er hat es erklärt, aber Sie haben es nicht verstanden!)

– Vielleicht falsch erklärt, weil er nicht weiß, worüber er spricht. – Wenn wir diese Erhöhung vornehmen würden, dann hätte das zur Folge, dass die Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer in Deutschland mit 2500 Euro brutto jeden Monat 100 Euro netto weniger im Portemonnaie hätten. Gleichzeitig würden auch die Lohnnebenkosten steigen.

(Zurufe von der LINKEN)

Das würde zum Abbau von Arbeitsplätzen und zu entsprechenden Mindereinnahmen der sozialen Sicherungssysteme führen. Hören Sie auf, solche Milchmädchenrechnungen aufzustellen! Das führt uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht noch zwei Sätze zu dem Überbieten bei Steuersenkungsvorschlägen. Ich kann mich daran erinnern, dass der Kollege Brüderle von diesem Platz aus vor einigen Jahren einmal gefordert hat, den Menschen zu Weihnachten einen Steuerscheck zu schicken - jedem 200 Euro.

(Ulrike Flach [FDP]: Das habt ihr jetzt aufgenommen?)

Die Antwort darauf, wie er das finanzieren will und welche Basis bzw. welcher Berechnungssockel zugrunde gelegt werden soll, ist er schuldig geblieben.

(Zuruf des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die Freien Demokraten legen zum wiederholten Male ein Sparbuch vor. Ich bringe ein Sparbuch immer mit Guthaben in Verbindung und nicht mit den unrealistischen Vorschlägen, die Sie in Ihrem Sparbuch zum Besten geben.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Jedes Jahr die gleiche Platte!)

Im Übrigen würde das, Herr Kollege Koppelin, nicht zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt führen,

(Ulrike Flach [FDP]: Wenn ihr mehr Schulden macht, geht das natürlich nicht!)

sondern das, was Sie vorgeschlagen haben - in einigen Bereichen ist ja noch nicht einmal die Datenbasis sicher -, würde auch nur ein kleines Strohfeuer entfachen und die Probleme im Haushalt nicht beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Wir können gar nicht so viel sparen, wie ihr Schulden macht!)

Zurück zu den Steuersenkungsvorschlägen: Es wurde vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer zu senken; denn das führe dazu, dass Konsumanreize gegeben würden. Es ist heute Morgen schon deutlich geworden, dass andere Forderungen Steuersenkungen bei den mittleren und unteren Einkommen ansprechen. Ich habe eine herzliche Bitte: Definieren wir erst einmal, was ein mittleres und was ein unteres Einkommen ist, und gucken uns dann deren Steuerbelastung an. Wir werden feststellen, dass die Steuerbelastung gering oder gleich null ist. Das Problem liegt eher bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Hier haben wir mit der gewaltigen Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags den richtigen Schritt unternommen.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch zwei Punkte ansprechen. Auch das ist eine Botschaft, die wir nach draußen geben sollten: Deutschland ist ein starkes



Land. Mehr als 40 Millionen Frauen und Männer  
- auch junge Menschen - gehen jeden Tag zur Arbeit  
und leisten letztendlich ihren Beitrag dazu, dass die  
Steuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge  
fließen. Wenn wir darüber hinaus auch denjenigen danken,  
die sich Tag für Tag und Woche für Woche ehrenamtlich  
für unser Land engagieren - es sind mehr als  
23 Millionen Menschen -, dann geben wir auch eine  
Botschaft nach draußen. Wir bedanken uns dann bei denjenigen,  
die über ihre tägliche Arbeitsleistung hinaus mit  
zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Das könnte  
der Staat nie leisten und schon gar nicht finanzieren.  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bundeshaushalt  
2009 wird den Problemen, die wir haben, gerecht.  
Wenn wir die beschlossenen Maßnahmen mit einem hohen  
Maß an Gemeinsamkeit positiv nach draußen transportieren,  
dann werden wir diese Krise auch in den Griff  
bekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem  
Kollegen Axel Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Lassen Sie mich kurz etwas zu zwei Punkten sagen:

Erstens. Ich habe überhaupt nicht von Vetternwirtschaft  
gesprochen. Es ging mir darum, zu sagen, dass im Ministerium  
Vertreter und Anwälte von Kanzleien arbeiten,  
die eben sehr eng mit der Finanzindustrie zusammenarbeiten.  
Das ist der Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, es ist ungeheuer wichtig, dass die Politik ihre  
Souveränität behält. In diesem Zusammenhang will ich  
sagen: Als wir im Finanzausschuss über das Bankenpaket  
diskutiert haben, wurde einstimmig gesagt: Wenn das  
etwas kostet, dann soll das die Kreditwirtschaft bezahlen.  
Das ist im Gesetz nicht durchgesetzt worden. Das ist  
der Unterschied.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweiter Punkt zur Rente: Es ist richtig, dass wir  
- wenn auch nicht in unserem Parteiprogramm - bei unseren  
Rentenvorstellungen einmal gesagt haben, im Jahr  
2030 könnten beide Seiten paritätisch 28 Prozent - also  
je 14 Prozent - bezahlen. Jetzt haben wir ein Einfrieren  
der Arbeitgeberanteile und einen Einstieg in die private  
Altersvorsorge. Jetzt zahlen die Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer bereits 14 Prozent und die Unternehmen  
nur 10 Prozent. Das ist der Unterschied zwischen gesetzlicher  
und privater Altersvorsorge.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Brinkmann bitte.

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):

Herr Kollege Troost, in der Frage, wer das Finanzministerium  
beraten hat, kann man durchaus abwägen, wie  
man es gesagt hat und wie Sie es gemeint haben. Allein  
der Vorwurf, den ich hier zu Recht angesprochen habe,  
ist schon ein starkes Stück. Ich werde auch weiterhin auf  
dieser Aussage bestehen. Hier habe ich nichts zurückzunehmen.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Das

sind nur Tatsachen, die angesprochen wurden!)  
Zweitens. In der Frage der Renten haben Sie auch nichts dazugelernt. Wenn Sie den Beitrag auf 28 Prozent erhöhen, dann bleibt es bei 4 Prozent mehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Arbeitgeber.

(Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

- Durch die lauten Zurufe wird es nicht besser. Wenn der Arbeitnehmer jetzt aber für die Riester-Rente und für andere kreative Versorgungsmodelle 4 Prozent aufbringen soll, dann bekommt er einen Zuschuss von bis zu 80 Prozent. Das ist - um bei meinem Beispiel von 2 500 Euro zu bleiben - in jedem Fall besser als netto 100 Euro weniger. Auch das haben Sie nicht begriffen, aber Sie werden es im Laufe der Zeit bestimmt noch begreifen, wenn Ihnen dazu die entsprechenden Zahlenbeispiele geliefert werden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Die haben wir schon selbst!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun der Kollege Eduard Oswald für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Bestell mal Grüße von Seehofer!)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man über den Haushalt des Finanzministers debattiert, gehört richtigerweise dazu, zu den Themen der Finanzpolitik Bemerkungen zu machen und dabei die Arbeit des Finanzministers zu würdigen - positiv natürlich.

Die Bundesregierung und die Koalition haben durch verantwortungsbewusstes politisches Handeln alles getan,

um Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft in unserem Lande zu schaffen.

(Zuruf von der SPD: Insbesondere auch der Haushaltsausschuss!)

Ich glaube, das ist das Entscheidende.

Die weltweite Finanzkrise hat uns gezeigt, dass die Selbstregulierungsmechanismen des Marktes nicht ausreichen, um eine schwere Krise des internationalen Finanzsystems zu verhindern. Deshalb muss alles getan

werden, um die Krise zu überwinden und eine Wiederholung auszuschließen. Durch konkrete staatliche

Regulierungsvorschriften müssen wir dem Finanzsystem dauerhaft die Stabilität zurückgeben, die es als

Rückgrat der Realwirtschaft benötigt. Für mich ist klar:

Letzten Endes kann nur ein international abgestimmtes Vorgehen auf einem international vernetzten Finanzmarkt künftige Krisen verhindern.

Klar ist auch: Der Staat kann den Markt nicht ersetzen.

Die soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Wirtschaftssystem in der Geschichte. Aufgabe der Politik

ist es und muss es sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies auch so bleibt. Deshalb muss es unser

Ziel sein, die Finanzmärkte nachhaltig zu stabilisieren, um die soziale Marktwirtschaft auch international zukunftsfähig zu machen.

Das entschlossene und rasche Vorgehen der wichtigsten

Industrienationen und der wichtigen Schwellenländer

ist ein deutliches Signal: Die internationale Staatengemeinschaft

handelt. Unser Dank gilt unserer Bundeskanzlerin und dem Finanzminister für ihren Einsatz und ihren Beitrag beim Weltfinanzgipfel in Washington. Die G-20-Staaten haben ohne Zweifel den Grundstein für die Reform des internationalen Finanzsystems gelegt.

Bis zum nächsten Treffen im März nächsten Jahres sollen für einige Punkte bereits konkrete Maßnahmen erarbeitet werden: erstens eine schärfere Kontrolle und lückenlose Aufsicht der Finanzmärkte unter Einbeziehung der Ratingagenturen; zweitens einheitliche Bilanzierungsregeln, die für mehr Transparenz und internationale Vergleichbarkeit sorgen sollen; drittens weniger Risiken durch einen neuen Verhaltenskodex, eine verbesserte Risikobewertung sowie die Schaffung eines Frühwarnsystems; viertens eine Stärkung des Internationalen Währungsfonds, IWF, der die zentrale Frühwarneinrichtung des internationalen Finanzsystems werden soll. Die Beschlüsse machen deutlich: Die Kapitalmärkte sind für die Wirtschaft und das Wohlergehen der Menschen da und nicht umgekehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist: So wie die Globalisierung in der ganzen Welt jahrelang zu mehr Wohlstand geführt hat, erfasst auch der Abschwung alle Länder gleichzeitig. Eine Welt, die sich immer schneller zu drehen scheint, in der Geldströme in Millisekunden um den Globus geschickt werden, in der Waren über das Internet in Sekunden von einem Ort an den anderen verkauft werden, überfordert viele Menschen in unserem Lande. Was wir also brauchen – das gilt insgesamt –, ist nicht eine weitere Beschleunigung, sondern als erste Folgerung daraus eine Entschleunigung, das heißt, das Tempo muss aus dieser Entwicklung herausgenommen werden. Wir brauchen eine Entschleunigung zum Beispiel bei den Bankern, die immer neue Produkte kreieren und ihr Gewinnstreben überproportional gesteigert haben. Wir brauchen eine Entschleunigung bei den Unternehmen, die allein auf kurzfristige Aktienkurssteigerungen geschaut haben. Das heißt, wir müssen die Langfristigkeit im Denken wieder stärken. Kurzfristige Erfolge mögen das Selbstbewusstsein Einzelner sicher kräftigen. Sie sind aber nicht nachhaltig, weder für unsere Wirtschaft noch für unsere Umwelt. Entschleunigung heißt aber auch, dass die vielen Produkte mit den fantasievollen Namen, die die Banker rund um die Uhr in alle Welt verkauft haben, besser kontrolliert werden. Wer etwas verkauft, muss sagen, was drin ist, und wer etwas kauft, muss wissen, was und wer dahinter steckt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das trifft auch auf eure Politik zu!)

– Nicht jeder deiner Zwischenrufe ist gut; dieser war es jedenfalls nicht.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Wir müssen nicht nur auf internationaler Ebene die Herausforderungen angehen, sondern wir müssen auch schauen, was wir im nationalen Bereich tun können. Wir haben für die Bankenaufsicht zwei Institutionen: die

Bundesbank und die BaFin. Zwei Institutionen haben immer Reibungsverluste. Eine Integration der Bankenaufsicht in die Bundesbank sollte überlegt werden. Doppelarbeiten könnten vermieden werden, eine einheitliche Aufsicht würde gewährleistet und die Potenziale der Bundesbank in der Fläche würden besser genutzt.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

- Da hätten meine Fraktionskollegen ruhig mitklatschen können. Aber gut, es ist schon in Ordnung.

Um die Unabhängigkeit der Bundesbank aber nicht zu gefährden, muss eine Lösung gefunden werden, wo die Bankenaufsicht in einer der Zentralbank nachgeordneten Einheit konzentriert ist. Auch im europäischen Bereich muss sichergestellt werden, dass die Aufsichtsbehörden besser zusammenarbeiten, um schneller agieren und reagieren zu können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Gründung von europäischen Aufsichtskollegs ist ein erster und richtiger Schritt. Die Europäische Zentralbank könnte hier in Zukunft koordinierend tätig werden. Aus all dem ersehen wir, dass es nicht reicht, nur national vorzugehen. Wir müssen auch auf europäischer und internationaler Ebene handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Heute wissen wir, dass die Krise in Europa womöglich weitaus geringer hätte ausfallen können; doch die US-Regierung wollte die traditionsreiche Investmentbank Lehman Brothers nicht retten. Dies löste eine weltweite Vertrauenskrise aus. Die Botschaft aus den USA war: Es gibt keine Regel, wonach ein Institut gerettet wird oder nicht. Darauf muss man sich aber international einigen; denn die Auswirkungen einer solchen Pleite treffen fast immer eine ganze Reihe von Ländern und eine Vielzahl von Menschen. Die Staaten müssen Gewissheit haben, dass sie sich hier im Notfall auf Partner im Ausland verlassen können. Daher ist international zu regeln, wie sich der Staat verhalten soll, wenn Banken vorübergehend Liquiditätshilfen benötigen oder gar auf Dauer am Leben gehalten werden müssen, weil sonst nicht wiedergutzumachende Schäden für die Volkswirtschaften zu erwarten wären.

Als weiterer Regulierungsschritt ist den Banken vorzuschreiben, dass künftig alle Geschäfte in den Bilanzen auftauchen müssen - auch die von Ablegern möglicherweise in Niedrigsteuerländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es geht also um mehr Transparenz und Offenlegung; es geht um Transparenz über Risiken und die effizientere Aufsicht etwa über Ratingagenturen. Das ist ein ganz entscheidendes Thema der nächsten Wochen und Monate. Nur so kann wieder Vertrauen entstehen. Der zentrale Punkt ist: Wo Vertrauen ist, da ist wirtschaftliches Handeln möglich. Vertrauen bewirkt, dass Menschen konsumieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf eine funktionierende Kreditversorgung sind

unsere soliden Unternehmen und auch die Mittelständler angewiesen. Auch in diesen turbulenten Zeiten gilt festzuhalten: Ein starker Finanzplatz ist ein zentraler Eckpfeiler des Wirtschaftsstandortes Deutschland, und der Finanzmarkt darf nicht pauschal für jede Fehlentwicklung verantwortlich gemacht werden. Wir müssen aber auch deutlich machen, dass nicht der Finanzmarkt der eigentliche Markt ist, sondern dass der Finanzmarkt der klassischen Wirtschaft zu dienen hat. Dies scheint mir in der zurückliegenden Zeit von manchen vergessen worden zu sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, und zwar zunächst über den Einzelplan 08, Bundesministerium der Finanzen, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Linken auf Drucksache 16/11025? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des ganzen Hauses gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Linken auf Drucksache 16/11026? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von FDP und der Linken bei Stimmenthaltung der Grünen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Einzelplan 08. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Abstimmung über den Einzelplan 20, Bundesrechnungshof, in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan 20 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt II.5 auf:

Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

– Drucksachen 16/10420, 16/10423 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Klaus-Peter Willsch

Klaus Hagemann

Ulrike Flach

Michael Leutert

Anna Lührmann

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor, über den wir am Freitag im Anschluss an die Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin

Ulrike Flach für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, über den wir heute hier beraten, ist der letzte in dieser Regierungsperiode und bietet damit natürlich eine gewisse Chance, eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Bildungs- und Forschungsministerin zu ziehen. Frau Schavan, aus unserer Sicht fällt diese Bilanz sehr gemischt aus. Sie haben auf der Habenseite erfreuliche Steigerungen im Haushalt

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sowie bundesweite Initiativen wie den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative, die Ihrer Vorgängerin, liebe Kollegen von der SPD und den Grünen, noch nicht einmal im Ansatz gelungen sind.

(Zurufe von der SPD: Was? - Oh! - Falsch!)

Aber Sie haben genauso wie Edelgard Bulmahn weder das 3-Prozent-Ziel erreicht noch für Deutschland den großen Schritt - das ist eigentlich das Wichtigste bei einer Bildungs- und Forschungsministerin - in die Crème de la Crème der Hightechländer geschafft. Deutschland ist nach wie vor Spitze in Bereichen wie Automobilbau; aber es fehlt der Schritt in die internationale Elite der Hochtechnologie - und das übrigens in Zeiten, in denen die Treiber der bisherigen Technologiepolitik, insbesondere die Autoindustrie, in schwere Turbulenzen geraten sind.

Sie springen von Gipfel zu Gipfel, Frau Schavan. Ich beobachte das eigentlich fast jeden Abend in den Nachrichten. Ich habe das Gefühl, diese Regierung macht gerne Gruppenreisen zu Gipfeln. Da sind auch Sie immer dabei. Aber selbst Ihnen wohlgesonnene Medienberichterstatter haben jedes Mal mehr Schwierigkeiten, etwas Positives bei diesen Gipfeln herauszuloben.

(Beifall bei der FDP)

Dass nach nunmehr zehnjähriger Diskussion auf dem letzten IT-Gipfel endlich die Bedeutung Deutschlands als Breitbandstandort erkannt wird, ist schon mehr als erstaunlich. Statt über gewünschte Jobzahlen zu spekulieren, hätte sich die Große Koalition in den letzten Jahren mit den mehr bodenständigeren Sektoren des IT-Bereichs befassen sollen. Warum zum Beispiel - so muss man sich fragen - gelingt es Ihnen als Chefkoordinatorin der Hightech-Strategie so gar nicht, den Innovationsstau in den Behörden in den Griff zu bekommen? Warum sieht die Telekom immer noch in der Überregulierung des Telekommunikationsmarktes das bedeutendste Problem für den flächendeckenden Ausbau von Breitbandanschlüssen? Das heißt, es ist Ihnen unter der Großen Koalition genauso wenig wie unter Rot-Grün gelungen, in diesem sicherlich innovationskräftigsten und zukunftssträchtesten Bereich der Wirtschaftspolitik auch nur in etwa Fuß zu fassen.

Bildungs- und Forschungspolitik ist mehr - das haben gerade die Haushaltsberatungen der letzten Wochen gezeigt - als das Verteilen von Milliarden. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen - das zeigt das Beispiel

Breitbandtechnologie nur zu deutlich -, werden Sie unser Land nie an die Weltspitze der wichtigsten Zukunftsmärkte,

(Jörg Tauss [SPD]: Aber die Analyse ist völlig

falsch, Frau Kollegin! - Weiterer Zuruf von

der SPD: Schwarz in schwarz!)

wie Sie sich das vorgestellt haben, führen.

(Beifall bei der FDP)

Zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch die Steigerung der FuE-Tätigkeit unserer Wirtschaft. Drei Jahre hatten Sie jetzt Zeit. Wir mussten vor wenigen Tagen im Haushaltsausschuss mit großem Erstaunen feststellen, dass die von Ihnen mit lautem Getöse eingeführten Innovationsallianzen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft nach wie vor in den Kinderschuhen stecken.

Die Forschungsprämie, Frau Schavan, ist leider - so muss man an dieser Stelle sagen - ein Flop.

(Cornelia Pieper [FDP]: Stimmt!)

Die FuE-Förderung ist nach wie vor hochselektiv und mit hohem Bewerbungsaufwand und Bürokratiekosten verbunden.

Ich finde es besonders bedauerlich - ich bedauere auch, dass unser Freund Riesenhuber heute nicht da ist; denn er hätte an dieser Stelle eigentlich dazugehört -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es ist immer

ein Verlust, wenn Riesenhuber nicht da ist!)

dass es Ihnen nicht gelungen ist, gegen den Finanzminister endlich eine steuerliche F-und-E-Förderung durchzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist etwas, was Sie mit der FDP mit links geschafft hätten

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Links?)

und was diesem Land vor allen Dingen wirklich gutgetan hätte.

Wie der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative weiterfinanziert werden sollen, haben wir in den Haushaltsberatungen nicht erkunden können. Aus unserer

Sicht sind Sie diesbezüglich genauso in die Länderfalle hineingeraten wie Ihre Vorgängerin, Frau Bulmahn.

Beim Thema Wissenschaftsfreiheit wirft Ihnen sogar der hochgeschätzte Kollege Hagemann - ich muss das ablesen - ein „ziellooses Verfahrens(miss)management“

vor. Herr Hagemann, ich bin da ganz bei Ihnen. An dieser Stelle hätten wir ein ordentliches Gesetz haben

müssen und nicht eine Initiative, die sogar in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses noch nachbearbeitet

werden musste, damit sie in einigermaßen treffsicherer Form bei den Wissenschaftsorganisationen ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich in diesen Tagen zum Beispiel mit dem Präsidenten der DFG darüber unterhalten, stellen Sie fest, dass Ihre Initiative vor allen Dingen große Irritationen hinterlassen hat.

Liebe Frau Schavan, lassen Sie mich zum Abschluss sagen - das sage ich ganz neidlos -: Sie sitzen auf einem Sack mit wirklich viel Geld. Ihre Regierungszeit ist genauso schillernd wie Ihr Geld. Sie haben viel Geld und viele schöne Worte, aber Sie haben nur einige wenige Erfolge auf dem Weg zu verzeichnen, den wir alle seit vielen Jahren gemeinsam verfolgen, nämlich Deutschland zu dem Wissens- und Innovationsstandort zu machen, den wir uns alle erwünschen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Klaus-Peter Willsch,

CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Endlich mal jemand, der vom  
Thema etwas versteht!)

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Liebe Frau Flach, bereits bei der ersten Lesung  
habe ich Ihnen empfohlen, sich einzureihen und sich an  
den gemeinsamen Erfolgen zu erfreuen; denn die sind  
unbestreitbar.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber es gibt leider nicht  
viel zum Freuen!)

Ich glaube, heute besteht noch mehr Anlass dazu. Ihr Angebot,  
sich mit uns in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam  
an eine steuerliche Förderung von FuE-Vorhaben  
zu machen, nehme ich gerne auf. Lassen Sie uns im  
September des nächsten Jahres darüber reden, wenn wir  
eine Mehrheit für eine bürgerliche Regierung in  
Deutschland gewonnen haben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: Das  
stört die SPD gar nicht! - Gegenruf des Abg.

Jörg Tauss [SPD] - Steffen Kampeter [CDU/  
CSU], an den Abg. Jörg Tauss [SPD] gewandt:  
Herr Tauss, jeder Ihrer Zwischenrufe fördert  
die Zusammenarbeit mit der FDP!)

Aber auch das, was wir in der Großen Koalition erreicht  
haben, lässt sich sehen. In vielen Sitzungen des  
Haushaltsausschusses sowie in Gesprächen zwischen  
Berichterstattem und Vertretern des Ministeriums  
wurde der Entwurf verbessert. Heute können wir sagen,  
dass wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in Zeiten,  
in denen sich die Menschen Sorgen machen, zu Ergebnissen  
gekommen sind, die ein Zeichen der Hoffnung  
sind.

Weil Frau Flach das schon angesprochen hat, will ich  
kurz auf unseren Koalitionspartner eingehen, der unsere  
Ministerin Annette Schavan in einer Pressemitteilung  
wegen der hohen Zahl von Änderungsanträgen, die im  
Laufe des Verfahrens zu beraten waren, ich will mal sagen,  
kritisiert hat.

(Jörg Tauss [SPD]: Das würden wir nie tun!)

Ich rate hier zu mehr Gelassenheit. Wir sollten den Aufbruch  
und die Erfolge im Feld der Forschungspolitik gemeinsam  
feiern. Wir sollten uns darüber freuen. Ich  
glaube, dass wir mit einem Betrag von nunmehr 10,2 Milliarden  
Euro für den Bereich Bildung und Forschung die  
Messlatte auf ein Niveau gelegt haben, das sich sehen  
lassen kann. Wir tun das Richtige in einer schwierigen  
Zeit.

Natürlich ist es so, dass, wenn man neue Verfahren  
implementiert, wenn man neue Wege geht, nicht immer  
alles wie geplant zum Erfolg führen kann. Wenn man zu  
neuen Ufern aufbricht, dann weil einem das Ziel erstrebenswert  
erscheint und man eine Vorstellung vom Weg  
dorthin hat. Dass man auf dem Weg oder am Ziel Überraschungen  
erleben kann, das sollte gerade im Bereich  
der Forschung nicht fremd sein, sondern als Selbstverständlichkeit  
angesehen werden.

Thema Wissenschaftsfreiheit; Frau Flach hat es kurz  
angesprochen. Ich meine, wir sollten uns auch hier zunächst



einmal anschauen, was wir erreicht haben, und das wirken lassen. Mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative haben wir langgehegte Wünsche der Wissenschaftsszene umgesetzt. Wir haben mehr Freiheit und mehr Flexibilität gegeben.

Wir müssen aber immer bedenken, dass wir mit öffentlichen Mitteln, mit hart erarbeiteten Steuergeldern der Bürger umgehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wir müssen darauf achten - gerade wir im Haushaltsausschuss -, dass diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Deshalb muss beim Umgang mit den Mitteln eine Balance zwischen mehr Freiheit und einer haushaltspolitisch notwendigen Verantwortlichkeit gefunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Ulrike Flach [FDP]: Aber richtig! Als Gesetz!)

Unsere Wissenschaftsorganisationen, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, erhalten zusätzliche Freiräume bei der Bewirtschaftung ihrer Finanzmittel und beim Personal.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und teilweise mehr Geld!)

Den Wissenschaftsorganisationen stehen zur Selbstbewirtschaftung erheblich mehr Mittel zur Verfügung, und die gegenseitigen Deckungsfähigkeiten wurden, um die Flexibilität zu erhöhen, erheblich erweitert. Ganz wichtig war - das wurde uns von den Wissenschaftsorganisationen immer wieder vorgetragen -: Es gibt Flexibilitäten bei der Möglichkeit der Bezahlung des wissenschaftlichen Personals, um Nachverhandlungen, um jemanden zu halten, zu ermöglichen, um jemanden aus dem Ausland zurückzuholen, um dafür zu sorgen, dass die besten Köpfe in Deutschland forschen und daran arbeiten, dass dieser Standort eine Zukunft hat. Dass er sie hat, davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte zu den Rahmendaten des Einzelplans 30 kommen. Wir sollten uns wirklich nicht mit kleinelchem Geplänkel abgeben, sondern uns schlicht auf die Zahlen konzentrieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Für kleinliches Geplänkel ist Frau Flach zuständig!)

Wir legen 850 Millionen Euro obendrauf, dabei haben wir nochmals 200 Millionen Euro aus der Investitionsoffensive mitgenommen und stellen insgesamt einen Betrag in Höhe von 10,2 Milliarden Euro für Forschung und Bildung in Deutschland zur Verfügung. Es gibt keinen Einzelplan im Bundeshaushalt, der mehr für Zukunftsinvestitionen steht als der Einzelplan 30.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Flaggschiff ist und bleibt dabei die Hightech-Strategie.

Mithilfe dieses Maßnahmenpakets - beginnend mit Übernahme der Regierungsverantwortung, beginnend mit der Übernahme der Verantwortung durch Frau Bundesministerin Schavan - haben wir eine Aufbruchstimmung

in der deutschen Wissenschaftsszene erzeugt.

(Ulrike Flach [FDP]: Wenn die Strategie klappen würde, wäre es schon besser!)

Sie ist mit Händen greifbar, sie ist spürbar. Darauf müssen wir aufbauen.

Wir müssen heute angesichts der Lage, in der wir uns befinden, dafür sorgen, dass wir in den Labors, an den Hochschulen und an den Forschungsinstituten die Produkte und Verfahren entwickeln, die es uns erlauben, am Ende des Konjunkturtales, das wir jetzt durchschreiten, gleich vorne wieder dabei zu sein. Wir haben als Exportnation eine besondere Problemlage, wenn in allen Weltregionen gleichzeitig wirtschaftliche Schwierigkeiten wie gegenwärtig auftauchen. Sobald auch nur eine dieser Regionen – sei es Asien, sei es Amerika oder sei es Europa – wieder Tritt fasst, dann müssen wir wieder vorne dabei sein. Dafür legen wir mit den Forschungsmitteln, die wir jetzt einsetzen, die Grundlage. Denn dann werden wir mit innovativen Produkten und innovativen Verfahren einen wesentlichen Beitrag zum Aufschwung in Deutschland leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit den 200 Millionen Euro aus dem Innovations- und Investitionsprogramm für Bildung und Forschung setzen wir Schwerpunkte. Das haben wir uns im Haushaltsausschuss vorgenommen. Wir geben 10 Millionen

Euro mehr für den weiteren Ausbau des Programms KMU-innovativ. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass im Bereich des Mittelstandes Forschung ausgeweitet wird und mehr für Forschung aufgewendet wird. Wir helfen auf diese Weise. Wir geben 10 Millionen Euro mehr für die Förderung innovativer Produktionssysteme sowie für ein Cluster zum Ausbau der Bioenergien. Daneben stellen wir für die Wissenschaftsorganisationen 155 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, die im Wesentlichen in Energieeffizienzmaßnahmen investiert werden sollen. Wir geben die restlichen 15 Millionen Euro in den Bildungsbereich, um Modernisierungs- und Fortentwicklungsmaßnahmen an den circa 700 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten durchzuführen. Das ist gerade mit Blick auf die notwendigen Ausbildungsplätze für unsere Jugend eine sinnvolle Investition.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr vernünftig!)

Ich komme zur Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und zur Nachwuchsförderung. Wir haben in diesem Hause schon häufig über das wichtigste Kapital in Deutschland gesprochen, das zwischen den Ohren der Menschen in Deutschland steckt und nicht im Boden. Hier stehen mit rund 140 Millionen Euro für „Stärkung des Lernens im Lebenslauf“ ebenfalls Rekordbeträge zur Verfügung. Wir investieren weiter in die Förderung der besonders Begabten, weil wir natürlich die Spitze haben wollen. Wir brauchen eine gute Bildung in der Breite. Aber wir brauchen auch die Spitze. Das ist wie beim Sport: Die Spitze kann auf einer guten Breite wachsen. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen – deshalb stellen wir uns dem –, dass die Menschen länger arbeiten müssen und sich gleichzeitig das verfügbare Wissen der Menschheit ständig schneller reproduziert und überholt. Deshalb müssen wir lebenslanges Lernen ernst nehmen.

Wir tun das durch einen Aufwuchs in diesem Bereich. Das kann man sich auch vor Ort anschauen. Ich kann anhand meiner Volkshochschule im Rheingau-Taunus sehen, wie das „Netzwerk lernende Region“ lebt, wie es alle Altersgruppen fördert und nach vorne bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Welchen Kurs haben Sie denn belegt?)

– Herr Tauss, Sie fragen nach meinem Kurs bei der Volkshochschule. Ich würde Ihnen einen Kurs in der Tanzschule empfehlen, und zwar insbesondere den Teil, in dem man Umgangsformen lernt. Ein bisschen bescheidener, ein bisschen zurückhaltender und nicht so viel dazwischenquasseln, das wäre das Richtige für Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich sehe, dass meine Redezeit abläuft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schade eigentlich! Gute Rede!)

Ich hätte Ihnen gerne noch 20 oder 30 Minuten von dem erzählt, was wir tun, wie verdienstvoll, wie wichtig das ist und wie sehr das nach vorne gerichtet ist. Zum Schluss möchte ich betonen: Wir befinden uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Gerade dann braucht man eine Förderung der Innovation und der Schaffenskraft unserer Bürger. Wir müssen sie stärken, und das tun wir mit diesem Einzelplan. Wir haben die richtigen Grundlagen gelegt, um die wertvollste Ressource in Deutschland, nämlich das Wissen, die Lernbereitschaft und die Lernfähigkeit der Menschen, zu stärken.

Dafür lohnt es sich einzutreten. Wir haben im Ausschuss lange Stunden damit verbracht und haben, wie ich glaube, ein gutes Werk zustande gebracht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein erfolgreiches Werk!)

Ich danke allen, die daran beteiligt waren. Mein Dank gilt vor allen Dingen dem Ministerium und den Mitarbeitern, die uns gut unterstützt haben. Bleiben Sie so in der Zusammenarbeit. Ich denke, dann werden wir auch in den nächsten Jahren für den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland ein gutes Werk tun.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Cornelia Hirsch, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Ministerin Schavan! Sie haben diesen Haushalt mit zwei zentralen Versprechen verknüpft.

Das erste war: Die Bundesregierung investiert verstärkt in die Zukunft. Das zweite war: Die Bundesregierung sorgt für Bildung für alle. Wenn wir uns aber diesen Haushaltsentwurf angucken, dann müssen wir feststellen, dass beide Versprechen nicht umgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mit dem ersten Versprechen beginnen. In den letzten Wochen hatte man hier im Parlament doch

sehr eindrückliche Erlebnisse. Wir erinnern uns: Mitte Oktober hat die Bundesregierung in nur einer Woche schwuppdiwupp ein Rettungspaket für die Banken in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro beschließen lassen.

Eine Woche später kommen die Spitzen von Bund und Ländern in Dresden zum Bildungsgipfel zusammen. Das Ergebnis dieses Gipfels ist - man muss es sich vorstellen: nachdem eine Woche vorher innerhalb nur einer Woche Hunderte Milliarden einfach so zur Verfügung gestellt wurden -:

(Jörg Tauss [SPD]: Aber nicht aus dem Haushalt!)

Das Ergebnis des Gipfels ist: Wir sind uns zwar einig, dass es mehr Geld für die Bildung geben sollte. Aber wie und woher genau, wissen wir auch nicht. Wir richten erst einmal eine Arbeitsgruppe ein.

Das ist noch nicht alles. Wieder eine Woche später kommt das Bundeskabinett zusammen und stellt fest: Irgendwie müssen wir nicht nur die Banken retten, sondern uns auch einmal darum kümmern, dass die gesamte Gesellschaft nicht den Bach heruntergeht. Also müsste vielleicht doch so etwas wie ein Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun aber muss man sich dieses sogenannte Konjunkturprogramm der Bundesregierung einmal genauer anschauen.

Nicht nur sind die darin vorgeschlagenen Beträge lächerlich, sondern wir müssen auch feststellen: Es enthält nicht einen einzigen Cent für Bildung. Da müssen wir sagen: So eine Politik, Milliarden für die Banken, aber nicht 1 Cent für die Bildung, kann die Linke nicht mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Tauss [SPD]:

Ach, Frau Hirsch!)

Ich frage Sie, Frau Schavan: Wie wollen Sie diese Politik einer Alleinerziehenden erklären, die nicht weiß, wie sie die Kitagebühren für ihre Tochter aufbringen soll?

(Klaus Hagemann [SPD]: In Rheinland-Pfalz gibt es keine mehr!)

Wie wollen Sie das einem Schüler erklären, der sich in der Schule nicht mehr auf die Schultoilette traut, weil sie in einem erbärmlichen Zustand ist? Wie wollen Sie das einem Auszubildenden erklären, der seine Ausbildung hinschmeißt, weil ihm ausbildungsbegleitende Hilfen fehlen und er ohne sie nicht durchkommt? Das alles sind nur Beispiele.

Ich muss sagen: Ich kann das diesen Leuten nicht erklären. Das ist einfach ein politischer Skandal. Deshalb sagt die Linke: Wir brauchen jetzt einen nationalen Bildungspakt, in dem festgeschrieben wird, jedes Jahr mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung bereitzustellen. Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, dass wir jetzt ein Konjunkturprogramm auflegen, in dem der Ausbau der bildungspolitischen Infrastruktur ganz eindeutig festgehalten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit komme ich zu Ihrem zweiten Versprechen: Bildung für alle. Wenn wir uns den Haushaltsentwurf ansehen,

stellen wir fest: Das Problem ist nicht nur, dass für Bildung insgesamt deutlich zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird, sondern auch, dass das wenige Geld, das dafür vorhanden ist, komplett falsch verteilt wird. Das beste Beispiel ist Ihre Exzellenzinitiative im Hochschulbereich, mit der Sie den Weg in die Zweiklassenhochschullandschaft fortsetzen. Mit dieser Exzellenzinitiative wird für einige wenige Hochschulen jedes Jahr doppelt so viel Geld zur Verfügung gestellt wie im Rahmen des Hochschulpaktes für alle anderen Hochschulen zusammen. Wir stellen fest: Hier besteht ein krasses Missverhältnis. Es fehlt an Qualität in der Breite. Deshalb fordert die Linke: Diese Exzellenzinitiative darf nicht fortgesetzt werden. Wir brauchen einen gut ausgestatteten zweiten Hochschulpakt.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, wenn Sie Ihre Forderung nach Bildung für alle ernst meinen, dann müssten Sie ganz andere Maßnahmen auf den Weg bringen. Dazu würde gehören, dass man sich auch auf Bundesebene für die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Weiterbildung einsetzt. Dazu würde gehören, ein Schüler/innen-BAfÖG einzuführen und das bisherige BAfÖG so auszubauen, dass wirklich jeder und jede an Bildung teilhaben kann. Dazu würde auch gehören, in den Schulen bessere Förderangebote zu schaffen, anstatt zu akzeptieren, dass der Nachhilfesektor boomt; wenn ich von „besseren Förderangeboten“ spreche, meine ich übrigens nicht die geringen Kleckerbeiträge, die die SPD im Haushaltsplan unterzubringen versucht hat. Das wären geeignete Schritte, um die Forderung nach Bildung für alle zu erfüllen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fasse zusammen: In Ihrem jetzigen Bildungshaushalt entlarvt sich ganz eindeutig, was Ihr ganzes Bildungsgetöse – Bildungsreise, Bildungsgipfel, Bildungsrepublik Deutschland – eigentlich ist: lauter leere Wahlkampfversprechen. Glauben Sie mir: So dumm sind die Leute trotz Ihrer Bildungspolitik noch nicht, dass sie so etwas nicht merken.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Gott sei Dank sind sie auch nicht so dumm, auf Sie hereinzufallen!)

Wir finden, es ist ein ermutigendes Zeichen, dass vor zwei Wochen hunderttausend Schülerinnen und Schüler auf die Straße gegangen sind und gesagt haben: So nicht! Wir streiken für eine bessere Bildung! – Dafür haben sie unsere Unterstützung.

Besten Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Klaus Hagemann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Hagemann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann an das anknüpfen, womit ich in meiner Rede bei der ersten Lesung im September dieses Jahres aufgehört habe.

Frau Flach, als Sie an der Regierung beteiligt waren,

waren die Ausgaben für Bildung und Forschung wesentlich geringer als heute.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wird von uns auch nicht bestritten!)

Unter Herrn Rüttgers, der nun Ihr Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ist, wurden die Mittel erheblich gekürzt. Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der SPD)

An die Kollegin Hirsch gewandt möchte ich sagen: Sie haben wie immer ein Schwarz-Weiß-Bild gemalt, haben sich nur negativ geäußert und keine Differenzierungen vorgenommen. Sie erkennen nicht an, was alles getan wurde. Deswegen gebe ich die Formulierung, die Sie gewählt haben, an Sie zurück: Die Leute sind nicht so dumm, das zu glauben, was Sie vorgetragen haben, sehr geehrte Frau Hirsch.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte an das anknüpfen, was der Kollege Willsch gesagt hat: dass unsere Beratungen gut waren. Vielen Dank dafür, Herr Kollege! Ich möchte hervorheben: Einschließlich der Mittel für das Ganztagschulprogramm werden für Forschung und Entwicklung etwa 11 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Gott sei Dank haben wir das Ganztagschulprogramm.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Es wurde nämlich lange bekämpft, hauptsächlich von den CDU-Ministerpräsidenten, aber auch von Ihnen, Frau Schavan, als Sie noch Ministerin in Baden-Württemberg waren. Im vorliegenden Einzelplan haben wir die Mittel um weitere 200 Millionen Euro erhöhen können. In der Rede, die ich bei der ersten Lesung gehalten habe, sagte ich: Der Entwurf der Regierung ist gut. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wollen wir ihn allerdings noch weiter verbessern. - Das haben wir getan. Den Erfolg können wir heute sehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben außerdem eine Reihe Anträge gestellt, um den Einfluss des Parlamentes hier noch einmal deutlich zu machen.

Man darf nicht nur reden, sondern muss auch handeln.

Das möchte ich für die Koalition hier sagen; denn die Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist es, durch mehr Bildung für alle Schichten der Bevölkerung soziale Ungleichheiten abzumildern und Chancengleichheit herzustellen. Das haben wir auch dringend nötig.

Wenn man die OECD-Studien - PISA-Studien genannt - und die Untersuchungen des DSW, des Deutschen Studentenwerks, betrachtet, dann stellt man fest, dass es leider immer noch so ist - und das ist ein Skandal -: Wer aus einem Arbeiterhaushalt kommt oder einen Migrationshintergrund hat, der hat bei uns weniger Bildung und damit auch weniger Berufs- und Aufstiegschancen.

Das ist nicht gut. Unsere Leitlinie muss es sein, das zu bekämpfen, damit Chancengleichheit hergestellt wird.

Deswegen kann ich den Steuersenkungswettlauf, der zurzeit stattfindet, und die Diskussionen über Steuersenkungen auf Pump nicht nachvollziehen; denn der Staat - damit meine ich Bund, Länder und Gemeinden -

braucht die Einnahmen, um gerade das zu finanzieren, was wir uns vorgenommen haben. Deshalb können wir das nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Oktober fand der Bildungsgipfel statt. Ich freue mich, dass man dort zumindest das Ziel festgelegt hat, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und 3 Prozent für Forschung auszugeben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten schon heute - der Finanzminister hat vorhin darauf hingewiesen - 28,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. Ich hoffe, dass dies nicht nur Deklamationen bleiben, die man sich vorgenommen hat - es sind schöne Bilder entstanden -, sondern dass wir die Bildungsrepublik hier wirklich gemeinsam - Bund, Länder und Gemeinden - realisieren können. Wir brauchen gemeinsame Strategien und nicht einen Streit um Zuständigkeiten. McKinsey, das bekannte Beratungsunternehmen, und die Robert-Bosch-Stiftung haben gesagt: Wir brauchen bis zum Jahre 2020 ein 500-Milliarden-Euro-Paket für Forschung und Bildung zusätzlich - das wären jährlich 40 Milliarden Euro zusätzlich für diesen Bereich -, ansonsten werden durch den Fachkräftemangel Kosten in Höhe von 1 000 Milliarden Euro entstehen. - Das ist sicherlich eine richtige Analyse. Es wird verlangt, dass die Hälfte eines Jahrgangs zu Abitur und Studium geführt wird. Es ist aber interessant - damit zurück zur Steuerdiskussion -, wie das nach dem Vorschlag von McKinsey finanziert werden soll. Das müsse der Staat machen, sagen sie. Die Wirtschaft könne sich höchstens mit 100 Millionen Euro an diesem Betrag beteiligen. Das kann natürlich nicht sein und ist auch zurückzuweisen. Unsere Grundidee ist es, im Bildungsbereich Aufstieg durch Bildung zu erreichen. Das drücken wir auch mit diesem Bundeshaushalt aus, Frau Hirsch. Dies gilt gerade für den Bereich Bafög. Wir haben im vorigen Jahr eine deutliche Erhöhung beschlossen, die in diesen Tagen in Kraft tritt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mehr Studierende bekommen Geld, und höhere Leistungen werden ausgegeben. Die volle Wirksamkeit wird im Haushalt 2009 festzustellen sein.

Wir wollen mehr für das sogenannte Meister-Bafög tun. Die Beschlüsse sind gefasst.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Am 1. Juli 2009 tritt das Gesetz in Kraft. Mehr Geld soll zur Verfügung stehen, und mehr Gruppen sollen einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen, dass auch die Erzieherinnen jetzt bald in ein entsprechendes Programm einbezogen werden, damit dies vorangebracht werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten hinsichtlich des Stichworts Aufstieg durch Bildung - das heißt, ohne Abitur, aber mit entsprechender beruflicher Qualifikation einen universitären oder Hochschulabschluss zu erreichen - auch noch einmal klarstellen: Nur 0,5 Prozent der Studierenden können dies zurzeit tun. - Die Pläne dafür - Frau Ministerin, Sie hatten sich dazu im Sommer geäußert - sollten bald mit den Ländern abgestimmt

werden, sodass sie auch entsprechend umgesetzt werden können; denn hierin ist eine große Chance dafür enthalten, Aufstieg durch Bildung zu erreichen.

(Ulrike Flach [FDP]: Was machen Sie als Bund denn?)

Wir stellen mehr Geld für die Studienförderwerke zur Verfügung. Wir stellen ein Bundesprogramm für mehr Betriebspraktika von Schülern zur Vorbereitung auf die Berufsreife bereit. Wir bauen die überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten aus und stellen auch hier mehr Mittel zur Verfügung. Wir haben das Lehrstellenprogramm Ost auf einem hohen Niveau angesiedelt. Meine Damen und Herren, diese Aufzählung ist eine Ergänzung dessen, was der Kollege Willsch schon vorgetragen hat. Es sind wichtige Schritte getan worden, um das Ziel, Aufstieg durch Bildung, zu erreichen.

Lassen Sie mich noch einen kleinen Betrag erwähnen, der für kleine Kinder zur Verfügung steht, aber Zukunftswirkung hat: Auch die Mittel für das Programm

„Haus der kleinen Forscher“ wurden erhöht. Auch das sei an dieser Stelle noch einmal genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf den Hochschulpakt zu sprechen kommen. Wir wissen, dass wir mehr Studierende haben und in den nächsten Jahren auch mehr brauchen. Es werden in nächster Zeit noch einmal zusätzlich 275 000 Studienplätze gebraucht. Hier ist schnelles Handeln notwendig. Der Wissenschaftsrat hat kürzlich auch vor dem Fachausschuss noch einmal darauf hingewiesen. Aber bei der Finanzierung müssen wir schon darauf achten, dass wirklich nur die Länder Mittel vom Bund erhalten, die nachweisbar zusätzliche Studienplätze geschaffen haben.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Insoweit kann nur dem Grundsatz gefolgt werden:

Geld folgt den Studierenden. Die Zahlen aus den verschiedenen Ländern, die im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt I vorgelegt worden sind, sind noch nicht so überzeugend.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die sind miserabel!)

Ein weiteres Thema ist folgendes: Die Studienbewerber des ersten Semesters haben dieses Jahr ein Chaos erlebt, weil die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen nicht funktioniert. Da schaue ich gerne zu Ihnen, Frau Flach, erstens weil sie in Nordrhein-Westfalen, in Dortmund, ist und zweitens weil Herr Pinkwart es in erster Linie war, der diese Stelle kaputt- und schlechtgeredet hat.

(Ulrike Flach [FDP]: Und jetzt neu organisiert!)

Sie hat nicht funktioniert. Jetzt ist es notwendig, dass der Bund mit 5 Millionen Euro eine neue Einrichtung, eine Serviceagentur unterstützt. Wir stellen das Geld gerne zur Verfügung, damit es endlich klappt, dass sich möglichst alle Hochschulen anschließen, ohne dass ihnen Kosten dafür entstehen. Man sollte, wenn man etwas kaputtschlägt, Alternativen haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Vorher!)



- Man sollte vorher schon Alternativen haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Frau Flach will zu dem Thema etwas wissen!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Hagemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Flach?

Klaus Hagemann (SPD):

Ja, wenn das nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Ulrike Flach (FDP):

Gut, dass Kollege Tauss meinen Fragewunsch gemerkt hat.

(Jörg Tauss [SPD]: Auf Sie achte ich immer, Frau Flach! - Zuruf von der FDP: Das sollten Sie auch!)

Herr Hagemann, Sie kennen ja unseren langen Streit zu dem Thema ZVS. Das ist ja nichts Neues in diesem Raum. Aber ist Ihnen eigentlich bekannt, dass die Neugestaltung der ZVS unter der Federführung des nordrhein-westfälischen Ministers durch seinen Staatssekretär Stückradt erfolgt ist, den Sie eben so negativ bewertet haben?

Klaus Hagemann (SPD):

Den kenne ich gar nicht.

Ulrike Flach (FDP):

Das heißt, Nordrhein-Westfalen hat alles getan - übrigens gegen viele Widerstände auch in den eigenen Reihen -, um sie zu einem Instrument zu machen, mit dem wir den Menschen helfen können, schnell und zügig ihren Universitätsplatz zu finden. Ist Ihnen das nicht bewusst?

Klaus Hagemann (SPD):

Mir ist bewusst, dass, obwohl es Sache der Länder ist, sehr geehrte Frau Flach, der Bund erst einmal eine Anschubfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro leisten

muss, damit es überhaupt funktioniert und die Universitäten und Hochschulen Vertrauen gewinnen und sich anschließen, sodass dieses Chaos endlich aufgelöst wird.

Das scheint nur zu klappen, wenn der Bund Geld zur Verfügung stellt. Das ist mir klargeworden, und deswegen habe ich dem so zugestimmt.

(Beifall bei der SPD - Ulrike Flach [FDP]:

Aha!)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Forschungsbereich stellen wir für das nächste Jahr insgesamt etwa 12 Milliarden Euro zur Verfügung.

Wir haben eine tolle Forschungslandschaft. Der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft hat gerade in der vergangenen Woche - Kollege Willsch, wir haben es zusammen gehört - von einem Allzeithoch dieser Einrichtung, sowohl was die zur Verfügung stehenden Mittel als auch was die Initiativen angeht, gesprochen. Insofern sind wir hier sicherlich auf einem guten Weg.

Frau Flach, auch was das 3-Prozent-Ziel betrifft, sind wir auf einem guten Weg. Wenn wir die 200 Millionen Euro dazurechnen, die wir im Haushaltsverfahren oben draufgepackt haben, dann kommen wir fast an 2,9 Prozent des BIP heran. Ich meine, wir sind hier auf einem guten Weg. Er ist jedenfalls besser als der vor 15 Jahren, als Sie hier noch mit in der Verantwortung gestanden haben.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD] - Ulrike

Flach [FDP]: Ich bin ja schon alt, Herr Hagemann, aber so alt nun doch noch nicht!) Ich hoffe nur, dass die 0,5 Prozent des BIP, die die Länder zu leisten haben, auch von den Ländern erbracht werden und dass die Wirtschaft, liebe Frau Flach, zu der Sie ja ein sehr gutes, enges Verhältnis haben, die von ihr zu erbringenden 2 Prozent trotz der wirtschaftlich schweren Zeit aufbringt.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch für den Pakt für Forschung und Innovation, der demnächst ausläuft und verlängert werden muss, neue Ideen. Denn die Forschungsgemeinschaften weisen darauf hin, dass die Kosten für Energie und Personal die Steigerung um 3 Prozent schon fast auffressen.

Hier werden wir sicherlich neue Wege gehen müssen.

Die großen Forschungseinrichtungen brauchen auch mehr Flexibilität – ich kann mich kurzfassen; Kollege Willsch hat schon darauf hingewiesen –; deswegen haben wir die Initiative „Wissenschaftsfreiheit“ gestartet. Wir mussten erst einige chaotische Situationen bewältigen.

(Ulrike Flach [FDP]: Aha!)

Wir haben das aber in der Diskussion auf einen sehr guten Weg gebracht. Den großen Forschungsorganisationen muss bei der Selbstbewirtschaftung und der Verwaltung der Personalstellen mehr Vertrauen und mehr Flexibilität entgegengebracht werden. Ich glaube, dass wir einen guten Kompromiss gefunden haben, der auch den Interessen des Parlaments gerecht wird, Einblick zu haben und Einfluss auf die Gestaltung zu nehmen. Ich weise auch darauf hin, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Programmpauschale erhält. Wir bringen ihr seitens des Parlaments das notwendige Vertrauen entgegen. Unsere Forschungsorganisationen spielen in der Forschungsweltliga. Das wird immer wieder festgestellt. Aber sie haben das Problem, dass sie zwar hervorragende Ergebnisse im Bereich der Grundlagenforschung erzielen, aber Schwierigkeiten haben, diese in Produkte und Dienstleistungen umzuwandeln. Ich erinnere nur an den MP3-Player. Es hat lange gedauert, bis diese Erfindung umgesetzt werden konnte. Leider sind die damit verbundenen Arbeitsplätze nicht in Deutschland, sondern in Amerika entstanden.

Die Forschungseinrichtungen haben den Wunsch, in der Validierungsforschung mehr zu erreichen. Wir hatten schon für das laufende Jahr Mittel zur Verfügung gestellt und wären dem Ministerium sehr dankbar, wenn abgestimmte Pläne und Ziele vorgelegt werden könnten, wie an dieser Stelle mehr erreicht werden kann. Deswegen haben wir nur einen geringen Baransatz vorgesehen, aber 100 Millionen Euro zusätzlich für Verpflichtungsermächtigungen in diesem Bereich vorgesehen.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, das mit entsprechendem Nachdruck voranzubringen.

(Beifall des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir haben in den Haushaltsberatungen in der Koalition zusätzliche 200 Millionen Euro vorgesehen und wollen, dass jetzt

auch entsprechend gehandelt wird. Die Forschungsorganisationen sollen über ausreichende Mittel verfügen, um Maßnahmen durchführen zu können, die bisher aus Geldmangel nicht möglich waren. Das gilt beispielsweise für die energetische Sanierung von Institutsgebäuden. Wir haben ein umfangreiches Programm mit auf den Weg gebracht.

Es wäre schön, wenn die Länder die Mittel, die wir aus dem Hochschulbauprogramm zur Verfügung stellen – wenn ich mich richtig erinnere, erhalten die Länder 800 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt –, auch für die Sanierung der Universitäten und Hochschulen nutzten. Denn das ist dringend notwendig. Wir wissen, dass dadurch schnell Arbeitsplätze entstehen. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, die Mittel für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Forschung zur Verfügung zu stellen. Wir haben deshalb bei den Haushaltsberatungen den Einzelplan 30 gestärkt und mehr Mittel bereitgestellt. Die Opposition hat den meisten unserer Anträge zugestimmt – herzlichen Dank dafür –; deswegen kann ich die Kritik zum Teil nicht nachvollziehen. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. Die Diskussionen im Ausschuss waren immer fair und sachlich. Selbstverständlich stimmen wir unserem Einzelplan zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Für Bündnis 90/Die Grünen gebe ich das Wort der Kollegin Priska Hinz.

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Große Koalition lobt die Steigerungen im Einzelplan 30. (Jörg Tauss [SPD]: Zu Recht!)

– Sie sagen: Zu Recht. – Ich möchte Ihnen entgegenhalten: Hätten Sie die vorsorgende Haushaltspolitik der Grünen in den letzten Jahren mitgetragen, dann könnten wir jetzt noch viel mehr Geld für Bildung und Forschung ausgeben. Das wäre eigentlich dringend notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mittel für das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wurden mühselig um 200 Millionen Euro für den Bildungs- und Forschungsbereich aufgestockt. Es spricht Bände, dass die Bundesregierung diesen Bereich nicht selber aufgenommen hat. Diese Aufstockung ist aber zu wenig. Dagegen setzen wir unser Konjunkturprogramm. Sie haben noch Zeit, ihm zuzustimmen. Wir zeigen in unserem Programm deutlich, was Zukunftsausgaben in Bildung sind. Es macht keinen Sinn, Spritschleudern steuervergünstigt durch die Gegend fahren zu lassen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das hatten wir ja schon!)

Wir brauchen eine echte Klimaforschung. Wir brauchen eine Energieforschung. Wir brauchen Investitionen in

Köpfe, das heißt eine bessere Bildungsinfrastruktur. Hier haben Sie noch die Möglichkeit, Ihren Kurs zu korrigieren.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Investitionen und eine andere Schwerpunktsetzung sind notwendig, genauso wie eine Kombination von Haushaltspolitik und Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die Reformen einleitet, Strukturen in diesem Land verändert und positive Anreize für Forschungs- und Entwicklungsausgaben setzt - und zwar auch in der Wirtschaft -, damit wir das 3-Prozent-Ziel erreichen, Frau Dr. Schavan. Sie haben in diesem Haus die Forschungsprämie als die Wunderstrategie gelobt, die dazu führe, dass Hochschulen und Forschungsorganisationen mit mittelständischen Unternehmen besser zusammenarbeiteten. Ihre Forschungsprämie ist in der Realität ein Flop. Aber Sie ziehen keine Konsequenzen daraus, abgesehen davon, dass Sie den Haushaltsansatz nach unten korrigieren. Sie sagen nicht, was Sie stattdessen machen wollen. Darauf warten wir bis heute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Selten wurde über Bildung so viel geredet wie im Jahr 2008. Die Kanzlerin hat eine Bildungsreise gemacht. Sie hat aber auch den größten Flop des Jahres gelandet, und zwar mit einem Bildungsgipfel, bei dem nichts herausgekommen ist, weder inhaltlich noch finanziell.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Eigentlich müsste sich etwas von diesem Bildungsgipfel im Bundeshaushalt 2009 niederschlagen, genauso wie in den Landeshaushalten. Aber, Frau Schavan, Sie haben schon vor dem Bildungsgipfel gesagt, eigentlich sollte er kein Finanzierungsgipfel werden.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Das ist nur Kosmetik!)

Wir brauchen aber Geld für bessere Rahmenbedingungen. Wir Grünen haben vorgeschlagen, die Hälfte der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag, der nicht mehr für die neuen Länder genutzt wird, in Bildungsinvestitionen umzuwandeln. Dann könnten wir tatsächlich vorangehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ab wann?)

- 23 Milliarden, von 2009 bis 2019. - Bitte gehen Sie diesen Weg mit uns!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg  
Tauss [SPD]: Solidarpakt kürzen!)

Dann haben wir die Möglichkeit, die Bundesländer auf unsere Seite zu ziehen. Auch diese müssen in Bildung investieren. Sie müssen Butter bei die Fische tun. Wenn Sie sich im Gestrüpp der Föderalismusreform so verheddert haben, dass Sie die Ministerpräsidenten nicht mehr auf Linie bringen können, dann müssen Sie darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, erstens das Kooperationsverbot aufzuheben und zweitens einen soliden Finanzierungsvorschlag zu machen, der dazu führt, dass sich auch die Bundesländer beteiligen. Dann könnten wir tatsächlich mehr in Bildung investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben aber auf Bundesebene auch originäre Zuständigkeiten: die berufliche Bildung. Wir geraten nun in eine Rezession. Von der wirtschaftlichen Entwicklung

ist aber auch die Zahl der Ausbildungsplätze abhängig. Wahrscheinlich werden wir in den nächsten Jahren in diesem Bereich keine Steigerungen mehr verzeichnen können wie zuletzt. Wir Grüne haben mit dem Konzept „DualPlus“ einen eigenen Vorschlag gemacht. Sie von der Großen Koalition lösen nun einen Modernisierungsschub bei den überbetrieblichen Einrichtungen aus. Aber das reicht nicht, wenn kein Konzept dahintersteht. Wir wollen nach dem dualen Prinzip mehr Ausbildungsplätze durch einen Dreiklang aus überbetrieblichen Einrichtungen, Betrieben und Berufsschulen. Daran können sich mehr Betriebe beteiligen. Modularisierungen können eingeführt, das heißt bestimmte Ausbildungsschritte anerkannt werden. Damit wird zusätzlich das Übergangssystem, das uns so große Probleme bereitet, verkleinert. Damit hätten wir 3 bis 4 Milliarden Euro frei, die wir entsprechend dem nationalen Bildungsbericht umschichten können. Sie sollten den grünen Vorschlägen in diesem Punkt ebenfalls folgen. Wir machen solide Finanzierungsvorschläge und solide inhaltliche Vorschläge. Es liegt an Ihnen mitzumachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Satz. Was die Weiterbildung betrifft, so sind Sie mit dem Bildungssparen nicht sehr viel weiter gekommen. Das wird den Geringqualifizierten nicht helfen. Die Ausweitung des Meister-BAFöG ist viel zu zaghaft; denn wir brauchen eigentlich ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, das die Weiterbildung in allen Phasen des Erwerbslebens möglich macht. Andere Staaten haben das erkannt. Mehr Weiterbildung, gerade in der Rezession, fördert die Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und führt dazu, dass dann, wenn die Wirtschaft wieder anzieht, kein Fachkräftemangel aufgrund von mangelnden Fähigkeiten zu verzeichnen ist. Wir sollten uns ein Beispiel an anderen Ländern nehmen. Wir haben einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag gemacht. In diesem Punkt können Sie uns einfach folgen. Wenn Sie das täten, stünden wir in Sachen Bildung in den nächsten Jahren viel besser da. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In turbulenten Zeiten gilt einmal mehr der Satz: Bildung und Forschung sind das Gebot der Stunde.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Jetzt beschäftigen wir uns nicht allein mit der Bewältigung der derzeitigen Situation, sondern wir müssen zugleich die Weichen so stellen, dass künftige Generationen ein gutes Fundament und Perspektiven für Entwicklung haben. Ich finde: Der Haushalt 2009 meines Hauses gibt eine Menge positiver Impulse für die

Schaffung eines solchen Fundaments. Ein ganz wichtiger Punkt - ich sage das gleich, weil Frau Hinz es angesprochen hat - in diesen turbulenten Zeiten wird es sein, nicht über allen Sorgen des Alltags die nächste Generation zu vergessen, also auch im Jahr 2009 ausreichend Ausbildungsplätze in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Daran sollten unsere Unternehmen denken. Wir aber sollten auch daran denken, dass sich in diesen drei Jahren vieles positiv für die junge Generation entwickelt hat. Wir haben in diesem Jahr erstmals - das ist völlig anders als noch vor vier, fünf Jahren - eine völlig neue Situation. Wir haben offene Lehrstellen, nie zuvor gab es so viele Jugendliche, die eine Chance bekommen haben, und wir sind auch bei dem wichtigen Thema des Übergangs von der Schule zur Ausbildung weitergekommen. Es ist richtig, dass der Übergang von der Schule zur Ausbildung viele Schwachstellen aufweist, Schwachstellen, die auf junge Leute entmutigend wirken und die viel Geld kosten. Deshalb war es richtig, gemeinsam mit den Ländern und übrigens auch beim Bildungsgipfel für frühere Förderung und individuellere Förderung Sorge zu tragen; denn das führt zu weniger Entmutigung bei jungen Leuten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Flach, ich kann verstehen, dass man sprachspielerisch von „Gipfelei“ spricht.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist nur Neid! - Volker

Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das

Beste an den Gipfeln ist die Zeit dazwischen!)

Ich entgegne Ihnen: Besser von Gipfel zu Gipfel als von einem Tal zum anderen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

- Es gab schon andere Zeiten in der Bildungspolitik. - Ich verstehe, dass man sich bei manch einer Veranstaltung fragt, was denn wirklich das Ergebnis ist. Das Ergebnis des Bildungsgipfels ist ein Konsens quer durch alle Parteien über zentrale Themen der Bildungspolitik, über die Entwicklungen der nächsten zehn Jahre und über das 10-Prozent-Ziel, ein Ziel im Bereich Bildung und Forschung, das es in 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland nie gegeben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Swen Schulz [Spandau]

[SPD]: Hauptsache ist: Es passiert was!)

Kollege Steinbrück hat heute Morgen gesagt, welche Perspektiven damit verbunden sind.

(Uwe Barth [FDP]: Da sind wir mal gespannt!)

Zum 3-Prozent-Ziel für Forschung und Entwicklung sage ich Ihnen auch: Berücksichtigt man die Jahre 2000 bis heute, dann muss man feststellen, dass durch dieses Ziel enorme Investitionsmittel für die Forschung mobilisiert worden sind. Betrachtet man den Anteil des Bundes an der Erreichung des 3-Prozent-Ziels im Haushalt 2009, erkennt man: Unser Anteil liegt unter Zugrundelegung der uns heute vorliegenden Zahlen bei 2,88 Prozent. Das heißt, wir sind, was den Bundesanteil angeht, kurz vor Erreichung des 3-Prozent-Ziels. Jetzt muss klar sein: Wir

erwarten entsprechende Leistungen der Länder und der Unternehmen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mir wird in diesem Zusammenhang immer wieder gesagt: Die Unternehmen werden diesen Anteil erst leisten können, wenn es in Deutschland neben der Institutionenförderung und der Projektförderung in der Forschungsförderung steuerliche Anreize für F und E gibt. Das wird ganz gewiss ein Thema der nächsten Legislaturperiode sein. Bereits im nächsten Koalitionsvertrag wird dazu Stellung genommen werden müssen. Ich halte die damit verbundenen Vorschläge für interessant. Ich bin da sehr offen. Das wird kommen.

(Ulrike Flach [FDP]: Welche Vorschläge?)

- Sie kennen die Vorschläge, Anreize anders zu setzen und nicht einfach nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen. Aber ich sage Ihnen auch: Glaube doch niemand - man schaue sich die Länder in Europa an -, das sei jetzt der Königsweg! Genauso hat man es von der Forschungsprämie gesagt. Ich betone: Diesen Weg werden wir dann gehen, wenn klar ist, welche Effekte damit verbunden sind und welche zusätzlichen Investitionen der Unternehmen wir uns davon versprechen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie

der Abg. Ulrike Flach [FDP] - Jörg Tauss

[SPD]: Und ob es welche gibt!)

Entscheidender Impuls der aktuellen Forschungspolitik in dieser Legislaturperiode ist, Wissenschaft und Wirtschaft zu natürlicher Partnerschaft zu bringen. Die Innovationsallianzen haben uns ein großes Stück vorangebracht.

(Ulrike Flach [FDP]: Welche denn?)

- Neun sind es mittlerweile. Das Ganze hat erst einmal angefangen und geht über mehrere Jahre; das ist wohl wahr. Man muss irgendwann anfangen. Wir haben im Unterschied zu mancher Forschungspolitik früherer Zeiten angefangen.

Wir haben ein völlig anderes Klima. Wir haben in der Wissenschaft Aufbruchstimmung. Das ist doch wahr; das kann jeder nachvollziehen. Schauen Sie sich nur die Wissenschaftsseiten in den großen Zeitungen in Deutschland

an: Eine solche Berichterstattung über wissenschaftliche Entwicklungen, über die Rolle der Wissenschaft in unserer Gesellschaft hat es nie zuvor gegeben.

Nun ist die Frage: Wie erreichen wir eine entsprechende Aufbruchstimmung in der Bildungspolitik? Da sage ich Ihnen: Alle die, die da agieren - es sind ziemlich viele in Deutschland -, müssen wissen, dass das, was auf dem Bildungsgipfel vereinbart worden ist, jetzt Stück für Stück umgesetzt werden muss. Wir werden jedes Jahr nachfragen, und wir werden uns jedes Jahr die Bilanz ansehen. Das, was für den Wissenschaftsstandort Deutschland gilt, muss genauso für den Bildungsstandort gelten. Wir brauchen in Deutschland eines der besten Bildungssysteme der Welt, weil dies die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass wir in Zukunft einen der besten Wissenschaftsstandorte der Welt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt wichtige neue Akzente. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Meister-BAfÖG. Dazu gehören die

Aufstiegsstipendien. Dazu gehört eine deutliche Verstärkung der Bildungsforschung.

Zur ZVS will ich betonen: Die Schritte, die Kollege Pinkwart gemacht hat, waren ein Anfang. Ich kann Ihnen nur sagen: So kommen wir natürlich überhaupt nicht zum Ziel.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja! - Swen Schulz [Spandau]

[SPD]: Stückwerk!)

Deshalb ist es unbedingt notwendig, den nächsten Schritt zu vollziehen. Ich bin wirklich jemand, der hinter Exzellenzinitiativen und allem, was damit verbunden ist, voll und ganz steht. Aber ich sage auch all denen, die für Hochschulen Verantwortung tragen: Eine weitere Exzellenzinitiative wird in der deutschen Öffentlichkeit nur akzeptiert werden, wenn wir auch für die Studierenden sorgen, (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

das heißt, wenn wir dafür sorgen, dass es vernünftige Zugänge zur Hochschule gibt, dass nicht einer am ersten Studientag vier Studienplätze hat, während drei andere keinen haben.

Damit sind die Länder bislang anscheinend überfordert. Deshalb muss hier mehr geschehen, und es muss bald geschehen, weil wir auch zu diesem Wintersemester wieder feststellen, dass die Zahl derer, die studieren wollen, deutlich gestiegen ist.

Ich nenne als wichtige Schwerpunkte die Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern - ich danke ausdrücklich für die weitere Erhöhung der Möglichkeiten in diesem Zusammenhang -, die Neuordnung in der Gesundheitsforschung mit den Stichworten „nationales Demenzzentrum“ und „nationales Netzwerk Diabetesforschung“, (Ulrike Flach [FDP]: Darüber müssen wir noch einmal reden!)

aber auch die Verstärkung der Forschungsförderung an den Fachhochschulen, denen ich im Innovationsprozess eine wichtige Rolle beimesse, etwa durch das Programm zur älteren Gesellschaft. Ich verweise auch auf verstärkte Fördermöglichkeiten und Instrumente im Bereich von Klima- und Energieforschung. Wir werden in den nächsten Wochen ein Climate Institute for Advanced Studies in Potsdam mit Wirkung zum nächsten Jahr gründen. Das wird auch international ein Anziehungspunkt werden und die besten Forscher nach Deutschland holen.

Schließlich nenne ich die Wissenschaftsfreiheit und danke für die Unterstützung in diesem Bereich. Natürlich hätte ich mir mehr gewünscht. Die Forschungsorganisationen in Deutschland verdienen Vertrauen. Wir brauchen neue Spielregeln. Der jetzige Einstieg ist ein guter Weg, Erfahrung zu sammeln, um dann über weitere Schritte nachzudenken.

Es sind turbulente Zeiten, jetzt muss auch öffentlich deutlich werden: Bildung und Forschung sind das Gebot der Stunde. Die Regierungsfractionen und die Bundesregierung setzen mit dem Bundeshaushalt 2009 das richtige Signal: Es gibt einen deutlichen Zuwachs und - das ist mindestens so bedeutsam - konzeptionelle Ansätze, die deutlich machen, wie stark wir Bildung und Forschung



als Quelle künftigen Wohlstands verstehen.  
Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Uwe Barth, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Swen Schulz [Spandau]

[SPD]: Jetzt geht die Nörgelei wieder los! -

Jörg Tauss [SPD]: Herr Barth, stellen Sie mal  
die Zahlen richtig! Ich habe es vorgegeben!)

Uwe Barth (FDP):

Der Kurs in Prozentrechnung folgt im Anschluss unter  
vier Augen, lieber Herr Tauss.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Ministerin, „Bildung und Forschung

sind das Gebot der Stunde“, haben Sie gesagt. „Ich

möchte, dass Deutschland eine Bildungsrepublik wird“,

so klingt das bei der Kanzlerin. Mit diesen Sätzen, mit

diesen Ankündigungen zeigen Sie, dass Sie die Prioritäten  
richtig erkennen, aber Sie wecken natürlich auch

Hoffnungen damit,

(Jörg Tauss [SPD]: Zu Recht!)

die Hoffnung zum Beispiel, dass kraft der Richtlinienkompetenz  
der Kanzlerin die Bildungspolitik tatsächlich

ein Schwerpunkt in der politischen Arbeit der Bundesregierung

sein wird, die Hoffnung, dass die vielen Probleme

und Unzulänglichkeiten in unserem Bildungssystem

nun auch wirklich gezielt angegangen und behoben

werden, und die Hoffnung, dass das dafür notwendige

Geld nun auch wirklich bereitgestellt und zielgerichtet  
eingesetzt wird.

Auf dem Bildungsgipfel, über den Sie auch gesprochen

haben, Frau Ministerin, der den Aufbruch in diese

Wunschrepublik der Bundeskanzlerin kennzeichnen sollte,

hat man sich in der Tat nicht lumpen lassen: 10 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts sollen es bis 2015 sein, die für

Bildung und Forschung ausgegeben werden. Da will man

natürlich nicht als Kleingeist oder Erbsenzähler am Wegrand  
stehen

(Beifall des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/

CSU] sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

und fragen, ob 2015 nun richtig ist; dass 2012 noch viel

besser wäre, darüber können wir sicherlich schnell Einigkeit

herbeiführen. Aber hier und heute sprechen wir

über den Bundeshaushalt 2009. Darin müsste sich diese

Prioritätensetzung, wenn man das denn bis 2015 erreichen

will, widerspiegeln.

(Ulrike Flach [FDP]: Richtig!)

Das suche ich aber vergebens.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Will man 10 Prozent erreichen, muss man mit gutem

Beispiel vorangehen.

Frau Ministerin, Sie sagen, in 60 Jahren habe es ein

Ziel wie das 3-Prozent-Ziel noch nicht gegeben. Entschuldigung!

Ich will nicht Ziele feiern; mir wären Feierstunden

beim Erreichen von Ergebnissen wichtiger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Swen

Schulz [Spandau] [SPD]: Aber gleichzeitig

wollen Sie die Steuern senken und die Schulden

abbauen!)

Was das 3-Prozent-Ziel angeht, haben Sie die Einladungen immer noch nicht drucken können; denn Sie werden dieses Ziel nicht erreichen.

9 Prozent mehr im Haushalt - das ist richtig, das ist erfreulich; überhaupt keine Frage. Aber das relativiert sich natürlich, wenn man auf die anderen Einzelpläne schaut. Das Umwelt- oder das Gesundheitsministerium zum Beispiel bekommen weit über 50 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Wenn wir eine Hitliste der prozentualen Zuwächse des Etats der einzelnen Ressorts erstellen, landet Ihr Ressort, Frau Ministerin, gerade einmal auf Platz sieben.

(Zuruf des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Um es ganz klar zu sagen: Eine Prioritätensetzung zugunsten der Bildung stelle ich mir anders vor. Eine solche sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

1,2 Prozent des Gesamthaushaltes fließen in die Bildung.

1,2 Prozent! Das, Frau Ministerin, verkaufen Sie uns hier auch noch als den großen bildungspolitischen Aufbruch in neue Sphären.

(Cornelia Pieper [FDP]: So ist es! Endlich einmal klare Worte!)

Wenn wir bildungspolitisch in neue Galaxien aufbrechen wollen, um Ziele zu erreichen, die nie ein Mensch zuvor gesehen hat, dann brauchen wir dazu ein Raumschiff namens „Bildungsland Deutschland“ mit einer gut ausgebildeten Mannschaft und mit einem Warp-Antrieb. Sie, Frau Ministerin, tuckern hier stattdessen mit dem Ausflugsdampfer „Angela“ mit Holzvergaser durch die Gegend. In der aktuellen Situation sind Sie noch nicht einmal in der Lage, selbst für diesen eine gut ausgebildete Mannschaft zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Realität: 10 Prozent der ausbildungswilligen Unternehmen können ihre Lehrplätze nicht besetzen; Sie haben es angesprochen. Der Grund ist das Fehlen von ausbildungsfähigen Bewerbern. Mehr als die Hälfte der ausbildenden Unternehmen beklagt eklatante Schwächen der Schulabgänger in elementaren Rechenfertigkeiten wie Addieren und Subtrahieren. Und wenn die Stiftung Lesen meldet, dass es in Deutschland 4 Millionen erwachsene Analphabeten gibt, wird klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie weit wir von dem Ziel einer Bildungsrepublik Deutschland noch entfernt sind.

Gerade in Zeiten, wo das Geld knapper wird, muss die Erkenntnis gelten, dass wir uns gute Bildung leisten müssen, weil wir uns schlechte Bildung nicht leisten können.

(Beifall bei der FDP - Jörg Tauss [SPD]:  
Schöner Satz!)

Gerade weil in den letzten zehn Jahren insgesamt viel zu wenig in die Bildung investiert wurde, müssen wir jetzt verstärkt eine Erhöhung der Bildungsinvestitionen einfordern. Zugleich benötigen wir ein Umdenken bei der staatlichen Förderung des Bildungswesens. Denn bei aller Notwendigkeit der Bereitstellung staatlicher Mittel ist es nicht mit einem Griff in das Staatssäckel getan,

Bildung ist auch eine ganz persönliche Sache, an der jedem Einzelnen gelegen sein muss und für die jeder Einzelne auch etwas tun muss.

(Jörg Tauss [SPD]: Aha!)

- Ja, Herr Tauss, auch jeder Einzelne muss etwas dafür tun.

(Jörg Tauss [SPD]: Schulgeld, oder was?)

- Nein, kein Schulgeld.

(Beifall bei der FDP - Jörg Tauss [SPD]: Was dann?)

- Wenn Sie sich einen Moment gedulden, dann sage ich es Ihnen, lieber Herr Tauss.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich gedulde mich!)

Gerade im Bereich der Hochschul- und Weiterbildung müssen wir die Bereitschaft zu privaten Investitionen erhöhen. Die FDP-Fraktion hat hier deshalb den Vorschlag unterbreitet, ein System des privaten Bildungssparens aufzubauen. Damit soll ein Kapitalstock befördert werden,

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Damit haben Sie ja auch Erfahrung!)

aus dem jeder später seine privaten Bildungsinvestitionen bezahlen kann. Die entsprechende Systematik kennen Sie: Die Vermögensbildung gerade von einkommensschwächeren Schichten wird ja in analoger Weise durch Bausparprämien und vermögenswirksame Leistungen gefördert. Genau diese Logik und dieses System wollen wir in den Bereich der Bildungsinvestitionen übertragen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, die Bildungsrepublik Deutschland ist auch unser Ziel. Das ist ganz klar. Mit diesem Haushalt verpasst die schwarz-rote Koalition leider eine weitere und, wie ich hoffe, die letzte Chance, dafür nicht nur ein Zeichen zu setzen, sondern endlich auch Fakten zu schaffen.

(Cornelia Pieper [FDP]: So ist es!)

Das machen wir dann nächstes Jahr im Herbst. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Lange [Backnang])

[SPD]: Schauen wir mal! - Jörg Tauss

[SPD]: Erschrecken Sie doch die Leute nicht so, Herr Barth!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die SPD-Fraktion gebe ich das Wort dem Kollegen Jörg Tauss.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP: Wir hatten schon die Hoffnung, er bliebe uns erspart! - Volker Schneider [Saarbrücken])

[DIE LINKE]: Da wir gerade von Erschrecken sprechen!)

Jörg Tauss (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich fand Ihre Rede, Frau Ministerin, bemerkenswert. Sie war sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Lachen bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- Nein, das spricht für die Koalition, dass wir auch solche

Dinge einmal aussprechen können. - Vor allen Dingen haben mir Ihre Hinweise auf die Studierenden gefallen. Wichtig war auch die Bemerkung, Exzellenz dürfe nicht zulasten der Breite gehen. Das ist schon fast sozialdemokratisch.

(Uwe Barth [FDP]: Jetzt würde ich mir Sorgen machen, wenn ich Ministerin wäre!)

Auch die Forderung nach Aufstieg durch Bildung - die stammt ja auch von uns -

(Uwe Barth [FDP]: Ich habe gewusst, dass da etwas kommt!)

fand ich prima. Ihre Gute-Laune-Rede, Frau Schavan, hat mich etwas mit der Schlechte-Laune-Rede des Kollegen Willsch versöhnt. Deswegen habe ich, Kollege Willsch, in mein Konzept ein paar Gemeinheiten zur CDU und zur Unionsfraktion insgesamt hereingeschrieben. Daran sind Sie selber schuld. Ich werde das dann vortragen. Außerdem möchte ich Ihnen sagen: Ihre Attacke auf den Kollegen Hagemann fand ich nicht in Ordnung. (Zurufe von der FDP: Och!)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir haben die Frau Ministerin in der Frage der Wissenschaftsinitiative unterstützt, auch unsere Haushälter, unser Kollege Hagemann. Herr Kollege Willsch, ich hätte mir gewünscht, dass Herr Kampeter die Frau Ministerin nicht so im Regen hätte stehen lassen, wie er es getan hat. Hier hätten wir uns auch vonseiten des Koalitionspartners in der Tat mehr Unterstützung gewünscht.

(Uwe Barth [FDP]: Koalitionsausschuss!)

Ich habe wenig Verständnis für den Kollegen Kampeter. Kollege Willsch, ich finde es nicht fair und nicht in Ordnung, wie Sie die Erfolge von Edelgard Bulmahn herunterreden. Es gehörte zu Ihrer Souveränität, wenn Sie anerkennen würden, was damals nach Ihrer Regierungszeit erreicht wurde. Dann würden wir uns noch besser vertragen. Der Haushaltszuwachs lag bei 37,6 Prozent. Bei Schwarz-Rot ging es in dieser Tradition weiter. Kollege Willsch, das könnte man doch mit etwas mehr Souveränität einfach einmal sagen. Ihre Aufforderung an mich, gemeinsam mit Ihnen einen Tanzkurs zu belegen, entschädigt mich nicht für diese Verärgerung. Das will ich an dieser Stelle sagen.

In die Richtung der FDP und der Grünen sage ich: Natürlich haben Sie Einsparvorschläge gemacht. Jetzt liegt dieses dicke Ding, das telefonbuchähnliche Werk, das der Kollege Koppelin immer in die Kameras hält, nicht mehr da.

(Abg. Uwe Barth [FDP] hält ein Schriftstück hoch)

- Sie haben es schon umgedreht, damit man es nicht mehr so sieht. Also gut, das ist das Ding, über das wir hier reden. - Gucken wir einmal, was drinsteht. Allein im Bereich der Arbeitsmarktinstrumente enthält es Kürzungen von 2 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Das geht zulasten von arbeitslosen Jugendlichen, die wir von der Straße holen wollen und denen wir in diesem Land helfen müssen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP)

An die Adresse der Grünen sage ich: Ihr habt dies gegenüber der FDP sogar noch deutlich übertroffen. Das finde

ich auch nicht in Ordnung. Wenn man Einsparvorschläge macht, dann sollte man auch sagen, wo diese Einsparungen gemacht werden sollen.

Zur FDP sage ich: Ganz nebenbei wollen Sie auch noch das Erziehungsgeld um 500 Millionen Euro kürzen. Sagen Sie das einmal den Betroffenen. Das Erziehungsgeld ist in dem Ausmaß, wie es angenommen wird, ein großartiges Ergebnis der letzten Jahre. Es wird auch von Männern immer mehr angenommen. Das wollen Sie einfach um 500 Millionen Euro kürzen. Es gilt also nicht nur, Sparbücher hochzuhalten; es ist gut, dass Sie das umgedreht haben, damit man es nicht mehr so sieht. Es geht darum, ein Stück weit auch auf die Inhalte der Verpackung hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Bildungsgipfel. Meine Begeisterung hält sich auch in Grenzen. Ich hätte mir in der Tat gewünscht, dass Konkreteres dabei herauskommt. Das 10-Prozent-Ziel mit 7 Prozent für Bildung, wie wir es immer gefordert haben, und - entsprechend dem Lissabon-Prozess - 3 Prozent für Forschung ist wichtig. Die Bildungsrepublik, wie sie Jürgen Zöllner schon vor Jahren forderte, wurde durch den Bildungsgipfel noch nicht erreicht; das ist keine Frage.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Herr Kollege Tauss, die Kollegin Flach würde gern eine Zwischenfrage stellen. Wie stehen Sie dazu?

Jörg Tauss (SPD):

Ich stehe positiv dazu, da mir die Zeit ohnehin davonrennt. Frau Kollegin Flach, vielleicht geben Sie mir die Gelegenheit, möglichst viele Teile meiner Rede mit unterzubringen. (Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Vielleicht will sie mit Ihnen einen Tanzkurs machen!) - Mit Frau Flach würde ich den Tanzkurs lieber machen als mit Ihnen, Herr Kollege Willsch. Das müssen Sie mir zugestehen.

Ulrike Flach (FDP):

Lieber Kollege Tauss, Sie vermengen hier immer Tatsachen mit dem, von dem Sie sich vorstellen, dass Sie es uns gern unterstellen möchten. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir, wenn wir etwas im Sozialbereich einsparen wollen, dies tun, weil diese Mittel nicht abgerufen werden oder weil es sich um Doppelförderungen handelt. Ich vermute, dass Sie das Thema Eingliederungshilfen gemeint haben; es ist ja immer etwas obskur, was Sie so von sich geben. Gerade bei diesem Thema haben wir jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen dasselbe Spielchen. Sie beschimpfen uns in jedem Jahr übelst, dass wir den Menschen, die in diesem Land schlechter wegkommen als zum Beispiel ein Bundestagsabgeordneter Tauss, angeblich Böses tun wollen.

(Dr. Hermann Scheer [SPD]: Oder eine Abgeordnete Flach!)

Aber jedes Jahr tun Sie das Gleiche wie wir. Sie müssen zugeben, dass die Mittel falsch eingesetzt sind und dass die Vorschläge der FDP den Realitäten entsprachen und nicht die Ihren.

(Zuruf von der FDP: Die Frage kann man mit Ja oder Nein beantworten!)

Jörg Tauss (SPD):

Liebe Frau Kollegin, ich beschimpfe Sie doch nicht.  
Ich weise nur darauf hin, was die Folgen dessen wären,  
was Sie uns seit Jahren hier vortragen.

(Uwe Barth [FDP]: Er hat es immer noch nicht  
verstanden!)

Ich kann nur sagen: Die Kürzungsvorschläge Ihrer Partei  
gehen insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktindikation  
an den Bedürfnissen vorbei, die wir in diesen Bereichen  
haben. Das ist der Punkt, über den wir hier diskutieren.  
(Beifall bei der SPD)

Ich habe oft das Vergnügen, mit Herrn Niebel über diesen  
Punkt zu diskutieren. Dessen schon fast paranoides  
Verhalten gegenüber der Bundesagentur für Arbeit  
(Zurufe von der FDP: Oh!)

ist kaum nachvollziehbar. Wir müssen doch etwas tun,  
um Menschen, die am Arbeitsmarkt Probleme haben, zu  
helfen. Wenn wir hier mit der FDP einmal eine gemeinsame  
Position haben sollten, Frau Kollegin Flach, dann  
wäre ich noch nicht einmal traurig. Wir wollen ja auch  
mit Ihnen Koalitionsverhandlungen führen.

(Ulrike Flach [FDP]: Deswegen setze ich mich  
direkt wieder!)

Aber Sie werden ja heute von der anderen Seite sehr umworben.  
Schauen wir mal!

Ich komme zurück zum Bildungsgipfel, liebe Kolleginnen  
und Kollegen. Zu Recht ist das mit der Föderalismusreform  
I beschlossene Kooperationsverbot kritisiert  
worden. Aber, liebe Kollegin Hinz, ich kann Ihnen  
meinen Hinweis da nicht ersparen. Man muss den Föderalismus  
in diesem Land richtig begreifen: Nicht der  
Bund leistet sich 16 Bundesländer; vielmehr leisten sich  
von der Anlage unseres Grundgesetzes her - leider oder  
wie auch immer - 16 Länder mit den entsprechenden  
Zuständigkeiten für Bildung einen Bund. Ich erinnere  
mich gut - deswegen immer wieder mein Zuruf bezüglich  
Kretschmann -: Das war keine parteipolitische Veranstaltung.  
Schauen Sie einmal hinter sich, Herr Kollege  
Barth; der Kollege Meinhardt ist in Sachen Bildungsföderalismus  
völlig anderer Auffassung als Sie.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Als Sie, Herr  
Tauss!)

- Erst recht ist er völlig anderer Auffassung als ich. Deswegen  
haben wir im Wahlkreis immer wieder heftige  
Kräche ausgetragen. - Es war eine Veranstaltung der  
Länder gegen den Bund. Erinnern Sie sich doch an die  
Anhörung! Auf der Bundesratsbank saßen sie alle; heute  
sind weniger Ländervertreter da, obwohl die Länder für  
Bildung zuständig sind.

(Abg. Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich würde die Zwischenfrage gerne beantworten, wenn  
Sie erlauben, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Tauss, ich wollte Sie fragen, aber ich  
wollte Ihren Redefluss nicht unterbrechen. Gestatten Sie  
eine Zwischenfrage der Kollegin Hinz?

Jörg Tauss (SPD):

Ich gestatte diese Zwischenfrage natürlich und hoffe  
auf Einsicht bei der Kollegin Hinz, was den Föderalismusprozess  
anbelangt.

(Ulrike Flach [FDP]: Das glaube ich nicht!)

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Tauss, würden Sie mir zustimmen, dass der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit, mit den Abgeordneten von CDU/CSU und SPD, gegen die Stimmen der Grünen, aber auch der Linken und der FDP diese Föderalismusreform beschlossen hat, in der das Kooperationsverbot festgezurrert wurde,

(Uwe Barth [FDP]: Gut, dass wir das noch einmal hören!)

wodurch der Bund nicht mehr gemeinsam mit den Ländern Programme zur Verbesserung der Bildung auflegen darf, dass die Länderkammer anschließend mit Zweidrittelmehrheit diesem Gesetz zugestimmt hat und dass Herr Kretschmann, den Sie immer zitieren, weder im Bundestag sitzt, noch im Bundesrat je eine Stimme hatte? Das heißt, lediglich die CDU/CSU und die SPD in diesem Land sind dafür verantwortlich, dass der Bund nicht mehr die Möglichkeit hat, irgendein Programm aufzulegen, und sei es ein so sinnvolles wie das Ganztagschulprogramm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN - Uwe Barth [FDP]: Sie haben das beschlossen, Herr Tauss!)

Jörg Tauss (SPD):

Liebe Frau Kollegin Hinz, Sie haben selbst gesagt, was auch ich gerade gesagt habe: Es war eine Veranstaltung der Länder gegen den Bund, und da gab es ein Geben und Nehmen in diesen Fragen.

(Ulrike Flach [FDP]: Ihr habt euch nicht gewehrt!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir haben beispielsweise das Kooperationsverbot in Bezug auf die Hochschulen in letzter Minute verhindert, das übrigens der Kollege Kretschmann befürwortet hat; er hat mit Blick auf die Grünen in Berlin immer gesagt, sie seien sehr zentralistisch und begriffen nicht so recht die Herausforderungen. Wir sollten uns das nicht gegenseitig vorhalten. Wir hier im Bund hätten uns alle miteinander mehr gewünscht. Ich halte es wirklich für einen Treppenwitz der Geschichte und für einen Skandal - ich billige Ihnen das ja auch zu -, dass Herr Koch aus Hessen gesagt hat, es dürfe nie wieder ein Ganztagschulprogramm des Bundes geben. Das ist aus dieser Ecke gekommen. Herr Althaus war übrigens derjenige, der gefragt hat, warum dann überhaupt noch ein Bildungsgipfel stattfindet. Es ist skandalös, wie die Ministerpräsidenten der Union mit der Kanzlerin umgegangen sind und erklärten, der Bund sei nicht zuständig; denn sie wollten das erreichen. Ich sage Ihnen nochmals: Ich habe die Zustimmung nur gegeben, um das Kooperationsverbot wenigstens in Bezug auf die Hochschulen in letzter Minute zu verhindern. Das ist ein Erfolg, den wir erzielt haben. Ansonsten kann ich nur sagen, dass ich mir eine andere Föderalismusreform gewünscht hätte. Das ist so, und das bleibt so. Ich werde beispielsweise weiterhin fordern, dass wir den entsprechenden Grundgesetz-Artikel in eine vernünftige Gestalt bringen in dem Sinne, dass, wenn Bund und Länder miteinander kooperieren wollen, eine solche Kooperation möglich ist und nicht verboten wird, wie es der Koch'sche Unfug vorgesehen hat; denn ich bin von

der Richtigkeit einer solchen Kooperation überzeugt.

(Uwe Barth [FDP]: Tosender Beifall!)

- Die können doch alle klatschen, wie Sie übrigens auch.

(Uwe Barth [FDP]: Die hatten aber keinen Anlass dazu!)

- Die fanden das schon richtig; denn das ist doch der Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem weiteren Punkt, der ebenfalls eines Beifalls wert ist. Die Große Koalition hat vier Rekordhaushalte in direkter Folge vorgelegt. Darauf können wir stolz sein. Heute Morgen hat Ihr Kollege gesagt

- mir fällt sein Name nicht ein; ich glaube, er kommt bezeichnenderweise aus Heuchelheim -,

(Ulrike Flach [FDP]: Sie meinen den Kollegen Wissing aus Landau!)

wir hätten die Eigenheimzulage ersatzlos gestrichen.

Das ist falsch. Wir haben die Eigenheimzulage nicht ersatzlos gestrichen, sondern wir haben die Mittel, die an

dieser Stelle eingespart wurden - dies tut auch mir leid -, für Investitionen in den Bereich Forschung und Wissenschaft eingesetzt, wie auch Sie es gefordert haben, Frau

Kollegin Flach. Ich denke, es gehört zur Korrektheit dazu, zu erwähnen, dass wir die Hightech-Strategie nur

deswegen auf den Weg bringen konnten, weil an anderen Stellen gespart wurde. Ich gönne jedem - das ist überhaupt

keine Frage - sein Eigenheim. Aber wir setzen die Priorität nicht im Vorgartenbereich, sondern bei Wissenschaft und Forschung. Ich hätte gerne beides gehabt.

Aber beides zusammen geht nicht; es sei denn, man ist bei der PDS, die der Meinung ist, dass Manna vom Himmel fällt.

An dieser Stelle will ich auf das hinweisen, was der Kollege Hagemann zum Ausdruck gebracht hat. Bei dem vorliegenden Haushalt handelt es sich um den im Rahmen dieser Haushaltsberatungen am stärksten veränderten Einzelplan. Das dokumentiert zweierlei. Erstens.

Wir sind dem Anspruch gerecht geworden, als Parlament zu gestalten und zu Verbesserungen beizutragen. Ich

finde es sehr erfreulich, dass wir unserem Gestaltungsauftrag nachgekommen sind. Zweitens. Es wurden wichtige

Neuausrichtungen beschlossen. Die 200 Millionen Euro im Rahmen des Investitionsprogramms für Bildung und Forschung sind schon angesprochen worden.

Ich hätte überhaupt nichts dagegen, Frau Kollegin Hinz, wenn wir mit den Ländern zu einer unbürokratischen

Regelung kommen könnten. Der Kollege Brase hat dieser Tage in unserer Fraktion diesen Punkt mit Blick auf

die Schulen angesprochen. Auch hier stellt sich die Frage: Was könnten wir alles an Programmen auf den

Weg bringen, wenn Koch uns nicht den Unfug eingebrockt hätte, dass wir es nicht tun dürfen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben das getan, was möglich ist. Wir investieren im Rahmen des Investitionsprogramms 200 Millionen

Euro in die Bereiche, in denen es uns möglich ist. Dieses Geld kommt den Wissenschaftsorganisationen zugute,

die sich natürlich darüber freuen. Darunter sind die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die

Fraunhofer-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft.



Damit werden nachhaltige Entwicklungen im Bereich der Energieeinsparung und Energieeffizienz unterstützt, was sicherlich auch die Kollegin Hinz erfreut. Sie wirft uns nämlich immer vor, wir täten zu wenig in diesem Bereich. In den Forschungseinrichtungen, die natürlich viel Energie verbrauchen, wird zukünftig weniger verbraucht. Das sind nachhaltige Investitionen. Frau Präsidentin, könnten Sie nicht meine Redezeit verlängern? Ich habe hier nämlich noch rund zehn Seiten vor mir liegen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Wenn Sie noch länger warten, ist die Zeit noch schneller abgelaufen, Herr Kollege Tauss.  
(Heiterkeit)

Jörg Tauss (SPD):  
Ich habe es befürchtet.  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss noch der Hinweis: Ihr wahlkämpferischer Redebeitrag, Herr Kollege Willsch, war unnötig. Wir haben nämlich insgesamt gesehen erneut einen ordentlichen Erfolg bei der Aufstellung dieses Haushalts erzielen können. Ich freue mich, dass die Opposition nur ein bisschen daran mäkeln konnte.

Da wir so viel über den Föderalismus geschimpft haben, möchte ich ganz zum Schluss sagen: Es gibt natürlich Länder, die das Ganze ein bisschen anders machen. Herr Kollege Hagemann, in diesem Zusammenhang fällt mir Rheinland-Pfalz ein. Dort wurde die Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Universität erreicht, liebe Frau Kollegin Hirsch. Im nächsten Jahr wird die letzte Stufe verwirklicht. So sieht seriöse linke Politik aus, wie die SPD sie macht.

(Beifall bei der SPD)  
Sie aber machen, wie Ihre Rede bewiesen hat, das blanke Gegenteil.

Ich bedanke mich - auch bei Ihnen, Frau Präsidentin - für die Aufmerksamkeit.  
(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Ich gebe das Wort dem Kollegen Volker Schneider, Fraktion Die Linke.  
(Beifall bei der LINKEN)

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):  
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem vor lauter Szenen einer Große-Koalitions-Ehe die Inhalte beim Kollegen Tauss am Schluss etwas zu kurz gekommen sind,

(Jörg Tauss [SPD]: Gebührenfreiheit!)  
wieder zurück zu den Fragen der Politik. Ich möchte mich den Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Weiterbildung zuwenden und stelle erst einmal fest: Ich hätte problemlos jede meiner Haushaltsreden in dieser Legislaturperiode heute noch einmal halten können;

(Ulrike Flach [FDP]: Ja, da haben Sie wohl recht! - Uwe Barth [FDP]: Ich habe den Eindruck, der eine oder andere hat das auch gemacht!)  
denn sie sind leider erschreckend aktuell.

(Beifall bei der LINKEN)  
Ich werde Ihnen das ersparen; aber an eines muss ich Sie schon erinnern. In Ihrem Koalitionsvertrag steht geschrieben

- ich zitiere -:

Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems machen und mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen eine Weiterbildung mit System etablieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Mittelfristig!)

An dieser von Ihnen selbst formulierten hochtrabenden Zielsetzung müssen Sie sich in der Weiterbildung schon messen lassen. Wenn ich mir das kritisch anschau, dann erkenne ich in der realen Politik allenfalls starke Worte und ansonsten fast immer nur kleinstmögliche Trostpflasterchen, die Sie dann auch noch an den falschen Stellen platzieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Aufstiegsstipendium!)

Wer heute lebenslang lernen will, sollte sich schon einmal auf lebenslanges Löhnen einstellen; denn die Förderung des lebenslangen Lernens, die Sie hier beschließen werden, überlässt die Finanzierung im Wesentlichen den um Weiterbildung bemühten Menschen. Gerade einmal 500 000 Euro mehr wollen Sie für die Weiterbildung ausgeben. Wenn ich mir allein Ihr Leuchtturmprojekt Weiterbildungsprämie anschau, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass Sie es vermutlich mit der Förderung der Weiterbildung nicht ganz so ernst nehmen. Maximal 154 Euro versprechen Sie jedem Bürger und jeder Bürgerin als Zuschuss zu einer Weiterbildungsmaßnahme.

(Jörg Tauss [SPD]: Was haben Sie dagegen?)

- Meinen Sie denn, dass die Mittel, die Sie heute dafür beschließen werden, tatsächlich dafür ausreichen? - Immerhin reicht es für eine Plakatkampagne für das Weiterbildungssparen. Der Slogan „Weiter durch Bildung“ richtet sich doch wohl am ehesten an Selbstzahler und an solche, die bereit sind, sich zu verschulden. An den Geringqualifizierten, an denjenigen, die in ihrer Bildungskarriere schon immer benachteiligt waren, geht diese Politik völlig vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist also ein nettes Plakat, aber nichts dahinter. Es gilt nicht „Weiter durch Bildung“, sondern eher: Was Hänschen nicht lernen durfte, braucht Hans nimmermehr. Das ist das wahre Motto Ihrer Weiterbildungspolitik. Leider ist das kein bedauerlicher negativer Ausreißer in einer ansonsten recht ordentlichen Weiterbildungsförderung. Das ganze erschreckende Ausmaß Ihrer Unfähigkeit, richtige Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, offenbart die aktuelle Finanzkrise. Man weiß nicht mehr, ob man weinen oder lachen soll, wenn die Bundesregierung treuherzig vermutet, dass es mit der Arbeitslosigkeit schon deshalb nicht so schlimm werden wird, weil angesichts des heraufziehenden Mangels an Fachkräften die Personen, die nicht mehr ausreichend ausgelastet sind, gehalten und qualifiziert werden. Das will die Bundesregierung dann auch noch im Rahmen des Konjunkturprogramms flankieren und gräbt ein zwei Jahre altes Sonderprogramm aus, das bislang dadurch gegläntzt hat, dass es einen Mangel an Inanspruchnahme gab. Sie sollten einmal im Bildungsbericht nachlesen, in welchem erschreckendem Umfang sich die Unternehmen aus der betrieblichen Weiterbildung zurückgezogen haben.

Herr Hagemann, Sie haben vollkommen recht: Wie kann die Wirtschaft, wenn sie 1 Billion Euro Verluste wegen des Fachkräftemangels erwartet, damit kommen, ein Trostpflasterchen zu geben? Sie müsste die Qualifizierung in eigener Verantwortung voll übernehmen. Dafür ist nicht der Staat verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht nur angesichts der Finanzkrise müssen wir Weiterbildung endlich wieder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen und dürfen sie nicht in die Eigenverantwortung des Einzelnen abschieben.

Wir von der Fraktion Die Linke fordern ein umfassendes Erwachsenenbildungsgesetz wie die Grünen, das Sicherheit für Anbieter und Nachfrager von Weiterbildung schafft. Wir fordern, die Lücken bei BAfÖG und Meister-BAfÖG zu schließen, die, Herr Hagemann, immer noch bestehen. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land durch finanzielle Unterstützung ermutigt werden, lebenslang zu lernen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Kai Gehring, Bündnis 90/Die Grünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den vergangenen Monaten haben wir eine großkoalitionäre Hochschulpolitik erlebt, die für Studierende und Hochschulen reihenweise schlechte Nachrichten und halbherzige Entscheidungen gebracht hat. Daran ändert dieser Haushalt leider nichts. Fakt ist: Als Anwältin für Studierende, Frau Schavan, fallen Sie leider aus. Da hilft auch Ihre heute gehaltene Wahlkampf vorbereitungsrede überhaupt nicht weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die unsoziale Zinsexplosion bei den hochriskanten KfW-Studienkrediten war noch nicht ganz verhalten, als uns die neuesten Hiobsbotschaften zum Hochschulpakt erreicht haben. Statt der für 2007 verabredeten zusätzlichen 13 000 Studienplätze bundesweit sind nur rund 5 500 geschaffen worden. Gerade unionsgeführte Bundesländer wie NRW, Baden-Württemberg, Niedersachsen und das Saarland haben sogar Studienplätze abgebaut, statt zusätzliche zu schaffen.

(Jörg Tauss [SPD]: NRW! Frau Flach! - Gegenruf der Abg. Ulrike Flach [FDP]: Die Welt ist hart!)

Wenn das so weitergeht, Frau Schavan, dann droht Ihr Hochschulpakt als Hochstapelpakt zu scheitern, und das wäre schlecht für die Studienberechtigten in unserem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einen Kurswechsel und erheblich mehr Studienplätze. Wir Grüne wollen einen echten Pakt für Studierende.

Der Ausbau unserer Hochschulen ist eine zentrale Frage von Zugangsgerechtigkeit. Das haben die Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition offensichtlich noch nicht begriffen; sonst hätten sie gehandelt und der von uns beantragten erheblichen Aufstockung der

Mittel im Rahmen des Hochschulpakts I um über 470 Millionen Euro zugestimmt.

(Jörg Tauss [SPD]: Wenn ihr uns alle Begriffe klaut!)

Das wäre notwendig und entspräche im Übrigen auch den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Offensichtlich sind Ihnen aber die Empfehlungen Ihres eigenen Beratungsgremiums schnuppe.

Auch die Empfehlungen für gute Lehre, die vom Wissenschaftsrat entwickelt wurden, werden überhaupt nicht aufgegriffen. Das ist traurig, aber wahr. Ich frage mich ernsthaft: Was hat diese Große Koalition auf den Weg gebracht, um die Studienbedingungen und die Lehre in diesem Land nachhaltig zu verbessern? Nichts haben Sie dazu beigetragen. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine Drei-Säulen-Strategie für gute Lehre vorgeschlagen. Dazu gehört unter anderem, dass man der Exzellenzinitiative eine neue Richtung gibt. Wir wollen die Exzellenzinitiative um einen Baustein für herausragende Lehre ergänzen. Wir sagen: Nur wer exzellente Leistungen in Forschung und Lehre erbringt, kann sich Spitzenuni nennen. Das ist etwas, was Sie seit Jahren ignorieren und ablehnen, obwohl das einen Schub geben würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um Spitze in der Breite zu werden, braucht es mehr als Wettbewerb. Das ist uns allen klar. Deshalb muss ich noch einmal an alle appellieren: Bund und Länder müssen sich zusammentun und mehr Geld für den Ausbau der Studienplatzkapazitäten zur Verfügung stellen.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Auf dem Bildungsgipfel hätten Sie einen großen Schritt machen können. Bund und Länder hätten das dort verabreden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Aber das war ein Gipfel der Kleingeisterei. Das war ein einziges Jammertal. Da hilft es auch nichts, wenn Herr Tauss, die SPD und die Union sich da durchlavieren. Dieser Gipfel war ein Vollflop, und das ist schade.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Das war ein Hügelchen! - Jörg

Tauss [SPD]: Habe ich irgendetwas Nettes zum Gipfel gesagt?)

Wir erleben einerseits einen erfreulichen Boom bei den Studienberechtigten, andererseits aber einen fatalen Fachkräfte- und Akademikermangel und mittendrin eine Große Koalition, die nicht in der Lage ist, die Zugangshürden vor den Hörsaal Türen einzureißen. Entgegen aller Empirie verteidigt die Union - vor allem die Bundesbildungsministerin - die Erhebung von Studiengebühren, und das, obwohl Sie regierungsamtlich, durch eine Studiengebührenstudie, selber festgestellt haben, dass Studiengebühren abschrecken.

(Uwe Barth [FDP]: Das ist doch nicht wahr!

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! Und das in

einer Bildungsdebatte!)

Die Ergebnisse sind so verheerend, dass Sie diese Studie wochenlang in Ihrem Ministerium in einer Schublade verbergen mussten. Diese Studie belegt, dass allein im Jahr 2006 bis zu 18 000 junge Menschen allein durch unsoziale Studiengebühren abgeschreckt worden sind.

(Ulrike Flach [FDP]: Es ist immer Dasselbe, was Sie falsch erzählen!)

Das ist etwas, was man nicht ignorieren darf.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Und was machen die Grünen in Hamburg?)

Laut Studie werden durch Studiengebühren Bildungschancen vernichtet.

(Uwe Barth [FDP]: Man muss es erst einmal richtig lesen!)

Das ist ein hochschulpolitischer Irrweg.

Je deutlicher die Fakten zum Vorschein kommen, desto mehr verschanzen sich Union und FDP in ihren ideologischen Schützengräben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie diese Fakten endlich zur Kenntnis, und handeln Sie danach. Sonst werden Sie das Ziel, dass 40 Prozent eines Jahrgangs ein Studium beginnen, verfehlen. Sie verfehlen dieses Ziel leider seit Jahren. Unter Rot-Grün waren wir da schon viel weiter. Damals hatten wir die 40 Prozent fast erreicht.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gehring, Sie müssen zum Ende kommen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Davon sind Sie weit entfernt. Es ist also höchste Zeit – nicht nur für mich – für die Große Koalition, diese unsoziale und ideologische Bildungspolitik zu beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Klaus Hagemann [SPD]: Wie ist das in Hamburg, Herr Gehring?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin

Katherina Reiche, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Finanzmarktkrise schüttelt die Weltwirtschaft. Die Unsicherheit ist groß. Die Prognosen für 2009 bleiben schwierig. Aber jede Krise bietet am Ende auch die Möglichkeit für einen Neuanfang. Ich glaube, dass eines sicher ist: Die Länder, die systematisch in Bildung und Forschung investieren, werden aus dieser Krise gut herauskommen.

Es gilt jetzt mehr denn je, in das Kapital

des 21. Jahrhunderts, nämlich in Wissen, zu investieren.

Nicht von ungefähr hat die Obama-Administration angekündigt, einen Chief Technology Officer im Weißen

Haus zu installieren und die Ausgaben für die Grundlagenforschung zu verdoppeln. Aus eigener Erfahrung

weiß ich, welche Dynamik eine solche Ankündigung in

dem begeisterungsfähigen US-Wissenschaftsbetrieb entwickeln kann; das wird sicherlich wieder einen Sog auslösen.

Das Ziel ist klar: Die Vereinigten Staaten bleiben

dran, um die besten Köpfe in der Welt zu werben.

So erweist sich unsere Strategie, die Strategie der

Großen Koalition und der Bundesbildungsministerin, als

richtig, seit 2005 eine sehr solide Basis zu schaffen und die Weichen richtig zu stellen. Wir investieren in dieser Legislaturperiode mehr als 6 Milliarden Euro in Bildung und Forschung. Dieser Haushalt wird erstmals über 10 Milliarden Euro umfassen, so viel wie nie zuvor. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass wir verstanden haben, was es bedeutet, in Forschung und Entwicklung zu investieren, nämlich den Wohlstand von morgen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vor allem haben wir in Bildungs- und Forschungsfragen aus einem Gemischtwarenladen, um es einmal so zu formulieren, ein strategisches und zukunftsorientiert ausgerichtetes Politikschwergewicht gemacht. Es zeigt sich, dass wir auch in diesen schwierigen Zeiten Kurs halten. Ja, die Länder und die Wirtschaft müssen mitziehen. Deshalb war der Bildungsgipfel kein einfaches Unterfangen. Dennoch haben Annette Schavan und die Bundeskanzlerin es geschafft, dem Ziel einer Bildungsnation näher zu kommen, indem sich die Teilnehmer dieses Gipfels darauf geeinigt haben, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auszugeben.

(Cornelia Pieper [FDP]: Wann denn? Wo denn? Wo steht das denn?)

Das Strategiepapier, das Annette Schavan dort vorgestellt und eingefordert hat, nimmt die Teilnehmer in die Pflicht. Das ist das Gegenteil von dem, was die Opposition hier behauptet. Natürlich können wir die Länder nicht aus ihrer Pflicht entlassen, die Wirtschaft ebenso wenig; der Bund allein kann es nicht richten. Ich habe aber auch nicht den Eindruck, dass dies jemand tut. Leitmotiv der Großen Koalition war: Aufstieg durch Bildung. Die Botschaft, dass uns jedes Talent, jede Fähigkeit und jede Begabung wichtig ist, dringt durch. Wir haben das BAföG deutlich erhöht und die Familienkomponente umgesetzt. Wir haben Studienkredite ermöglicht. Wir haben uns um Weiterbildung und um Begabtenförderung gekümmert. Ja, die Schwächeren verdienen unsere Solidarität - das ist richtig -, aber auch besonders begabte Studenten und Schüler dürfen wir nicht vergessen. Ich finde es gut, dass wir wieder unbeschwert über Bildungseliten sprechen können und Begabung und Begabtenförderung als etwas Positives begreifen. Wir brauchen die Eliten von morgen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Jörg Tauss [SPD]: Wir brauchen beides: Wir brauchen unten und oben!)

- Das habe ich gesagt, Herr Tauss. Sie sollten zuhören.

(Jörg Tauss [SPD]: Tue ich doch! Unten und oben! Das ist ein Unterschied!)

Das wichtigste Instrument der Forschungsförderung bleibt die Hightech-Strategie. Sie bündelt die Initiativen der Bundesressorts und nimmt die gesamte Innovationskette in den Blick: von der Forschung über die Anwendung, zum Produkt bis hin zum Markt. Die Exzellenzinitiative, die die Linke nach wie vor nicht versteht, weil ihr der Ansatz so fremd ist wie nur irgendwas, ist frei von Ideologie und voll Leistung. Durch den Pakt für Forschung und Innovation, die Gründung der Nationalen Akademie sowie die Strategie zur Internationalisierung

von Wissenschaft und Forschung haben wir eine hohe Dynamik in Deutschlands Forschungslandschaft und bei den Hochschulen erreicht. Das spürt man, wenn man in die Hochschulen geht; vor allem spürt man es, wenn man im Ausland ist und mit Bewunderung sieht, was sich in Deutschlands Wissenschaftslandschaft tut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber Wissenschaft braucht nicht nur finanzielle Planungssicherheit, Wissenschaft braucht vor allem Freiheit.

Geld ohne mehr Freiheit in der akademischen Welt entfaltet nicht die ganze Wirkung, die es haben könnte. Forschung braucht dringend mehr Flexibilität. Deshalb werden wir als Union an der Stelle nicht nachlassen. Die ersten guten Instrumente, mehr Wissenschaftsfreiheit zuzulassen, gibt es. Wir werden da weiter nachsetzen. Am Ende kommen wir vielleicht doch noch zu einem Wissenschaftsfreiheitsgesetz.

(Klaus Hagemann [SPD]: Das müssen Sie dem Kollegen Kampeter sagen!)

Ein letzter Satz zu den neuen Ländern. Wir haben für die neuen Länder viel erreicht. 245 Millionen Euro stehen erstmals zur Verfügung. Das sind knapp 80 Millionen mehr, als geplant waren. Das ist ein wichtiges Signal, weil Forschung und Innovation, hervorragende Schulen, wie sich an PISA und dem PISA-Sieger Sachsen beweisen lässt, hervorragende Hochschulen angesichts der demografischen Entwicklung wichtiger denn je sind, ja die Lebensader für die Länder zwischen Ostsee und Fichtelberg sind.

Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang für die konstruktiven Beratungen, die unsere Bildungsnation, den Forschungsstandort Deutschland, weiter nach vorne bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 30, Bundesministerium für Bildung und Forschung, in der Ausschussfassung. Wer stimmt für den Einzelplan 30 in der Ausschussfassung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan 30 ist mit den Stimmen der Koalition bei Gegenstimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.6 auf:

Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

– Drucksachen 16/10406, 16/10423 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Michael Luther

Norbert Barthle

Bettina Hagedorn

Jürgen Koppelin

Roland Claus

Omid Nouripour

Es liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke und zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für

die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Gisela Piltz, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gisela Piltz (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kleine Ausmaße, große Wirkung. Der Einzelplan des Bundesinnenministers hat mit nur circa 2 Prozent, was das Finanzielle angeht, einen geringen Anteil am Haushalt des Bundes. Große Wirkung erzielt man für die nötigen sicherheitspolitischen und innenpolitischen Schwerpunkte jedoch nur dann, wenn die richtigen Akzente gesetzt werden. Außerdem dürfen nach unserer Auffassung keine finanziellen Risiken im Haushalt schlummern. In Zeiten der Finanzkrise ist es diesmal - sonst natürlich auch - besonders notwendig, die erforderlichen Mittel richtig und effektiv einzusetzen. Wir Liberale haben den Haushalt des Bundesinnenministers auf Herz und Nieren geprüft. Mit im Operationssaal waren, wenn ich im Bild bleiben darf, nicht nur Ihre Mitarbeiter, bei denen ich mich herzlich bedanken möchte, sondern auch die Berichterstatter der anderen Fraktionen, bei denen ich mich auch herzlich bedanken möchte, unsere Mitarbeiter und die Mitarbeiter des Bundesrechnungshofes. Ich denke, für die entstandene Arbeit ist an dieser Stelle ein herzlicher Dank angebracht.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und der SPD)

Leider muss ich Ihnen jedoch mitteilen, dass der Patient - in diesem Falle der Haushalt - aus unserer Sicht schon ernsthaft krank ist. Es ist schon verwunderlich, wie schnell das Sparen vergessen wird, wenn die nächste Wahl vor der Tür steht. So fragen wir uns, warum wir drei Polizeiorchester brauchen. Die Frage hat uns bisher niemand ernsthaft beantwortet.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]:

Um Musik zu machen! - Reinhard Grindel

[CDU/CSU]: Sonst verlangen Sie doch mehr

für Integration und das Bundeskriminalamt! -

Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- Es ist immer schön, wenn Sie sich aufregen, weil Sie etwas nicht auf die Reihe bekommen haben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie im Innenausschuss auch so lebhaft diskutieren und nicht nur alles durchwinken würden.

(Beifall bei der FDP - Michael Hartmann [Wackernheim]

[SPD]: Der Herr Grindel macht

das!)

Wer im Bundesinnenministerium glaubt, dass wir Parlamentarier für jede Studie mal eben so das erforderliche Geld herüberwachsen lassen, der irrt gewaltig.

Quantencomputer zum Beispiel werden sicherlich irgendwann einmal Wirklichkeit sein. Da werden Rechenschritte

nicht wie beim normalen Computer sequenziell ausgeführt, sondern können in einer einzigen Operation ausgeführt werden, sodass die Rechnerleistung insgesamt erheblich gesteigert wird. Das sind im Moment

aber theoretische Überlegungen. Von einer tatsächlichen Anwendung sind wir noch meilenweit entfernt. Die geplanten Ausgaben der Bundesregierung sind eher damit



vergleichbar, als ob jemand ein Beamgerät erfinden würde, das man nachher im Straßenverkehr einsetzt. Aber der Befehl, wenn ich mir das erlauben darf „Kirk an Enterprise, beam me up, Wolfgang“ – Sie werden mir das hoffentlich verzeihen –, wird noch ein Weilchen dauern. (Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Amtssprache Deutsch!)

Mit Raumschiff Enterprise auf unseren Straßen wird es genauso lange dauern wie mit den Quantencomputern. (Beifall bei der FDP)

An anderer Stelle im Haushalt wird uns ein Mehr für ein Weniger vorgemacht. Zieht man nämlich bei den Ausgaben für das BKA die Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie die Ausgaben für das umstrittene BKAGesetz ab, kommt man zu dem Ergebnis, dass das BKA tatsächlich weniger Geld als in den Vorjahren erhält. Das ist nicht das, was wir unter Aufstockung im Sicherheitsbereich verstehen. Außerdem ist noch gar nicht klar, ob es das BKA-Gesetz überhaupt geben wird. Geld haben Sie dafür allerdings schon in den Haushalt eingestellt. Herr Minister, die Ausgaben dafür können Sie noch nicht als Gewinn für diesen Haushalt verkaufen. Mich persönlich wundert auch, wie Sie als Verfassungsminister mit diesem Gesetz umgehen. Es kann nicht sein, dass Sie, weil Sie sich nicht durchsetzen können, das Verfahren infrage stellen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie, nachdem Sie gemerkt haben, dass das Verfahren nicht funktioniert, weil Sie dafür eine Grundgesetzänderung brauchen, dann die FDP in die Pfanne hauen und behaupten, wir hätten im Bundestag für die Föderalismusreform I gestimmt, wie Sie es heute in der Presse getan haben, ist nicht redlich. Das ist kein ordentlicher Umgang mit der Opposition. Mich würde interessieren, woher Sie die Information, wir hätten diesem Gesetz zugestimmt, haben.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem kritisieren wir, dass die nicht verbrauchten Mittel des sogenannten Programms zur Stärkung der Inneren Sicherheit in weiten Teilen noch gar nicht ausgegeben worden sind. Ende Oktober dieses Jahres waren 25 Stellen noch nicht besetzt. Das mag seine Gründe haben. Allerdings kann ich mich noch daran erinnern, dass wir vor gut zwei Jahren sozusagen die Welt retten mussten, damit dieses Programm noch an den Haushalt angedockt werden konnte. Vieles hat der Bundesrechnungshof kritisiert, und viel Geld haben Sie gar nicht ausgegeben. Im Nachhinein frage ich mich wirklich, wo hier eine Stärkung der inneren Sicherheit stattgefunden haben soll.

Andere dringend notwendige Ausgaben stellen Sie zurück, zum Beispiel die Sanierung des Laborgebäudes des BKA. Die Mitarbeiter müssen dort unter unwürdigen und technisch nicht einwandfreien Bedingungen arbeiten. In diesem Fall denkt aber niemand von Ihnen daran, dafür Geld zur Verfügung zu stellen. Das alles passt nicht zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was nicht passt, wird passend gemacht. Das ist die Art und Weise, in der

Sie Politik machen. So gibt es bis heute keine Kriterien zur Evaluierung der Bundespolizeireform. Was wir beobachten können, ist Folgendes: Sie haben eine Polizeireform durchgeführt und werfen jetzt uns vor, dass sie aufgrund einer nicht so schnell getroffenen Entscheidung für den Standort und den Neubau ins Wanken gerät. So kann man keine Reform machen. Eine Reform bedingt eine ordentliche Planung. Wenn wir nicht erfahren, dass ein Neubau notwendig ist, müssen Sie damit umgehen können, dass wir eine gewisse Zeit brauchen, um dies zu prüfen. Nur so kann man als Haushälter verantwortungsvoll mit Geld umgehen.

Zum Datenschutz. Dieses Thema hat uns in den vergangenen Wochen immer wieder beschäftigt. Es ist schön, dass jeder von uns Verbesserungen beim Datenschutz will. Was wir aber nicht verstehen können, ist, dass die Große Koalition für die angekündigten Gesetzentwürfe, deren Umsetzung beim Bundesdatenschutzbeauftragten natürlich auch Geld kosten wird, nicht mehr Mittel bereitgestellt hat. Das haben wir immer gefordert, und das haben alle Fraktionen beantragt. Sie haben es aber nicht umgesetzt.

(Helmut Brandt [CDU/CSU]: Erst nachdenken und dann Geld ausgeben!)

Weiterhin möchte ich an das sehr umstrittene Großprojekt beim Digitalfunk erinnern. Ist Ihnen eigentlich klar, dass seit dem 2. April 2007 eine Bundesanstalt mit 142 Planstellen existiert, wir aber bis heute keinen flächendeckenden Digitalfunk haben und noch gar nicht klar ist, ob der, den wir im Moment haben, im Ernstfall wirklich funktioniert? Meine Damen und Herren, so stellt man keinen Haushalt auf, und so macht man erst recht keine effektive Sicherheitspolitik. Die Kosten dieses Projekts, für das bisher 2,5 Milliarden Euro angesetzt waren, sind bereits jetzt auf 3 Milliarden Euro gestiegen, und wahrscheinlich werden sie noch höher. So kann das nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Bei der angestrebten Errichtung einer gemeinsamen Bundesabhörszentrale der deutschen Sicherheitsbehörden haben Sie sich wohl an folgendes Motto gehalten:

Ich rechne hin, ich rechne her,  
am Ende kostet es gar nicht mehr,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: An dem  
Zweizeiler hast du lange gearbeitet, oder? -  
Helmut Brandt [CDU/CSU]: Reim dich, oder  
ich hau dich!)

die Überwachung, einfach sie gelingt,  
weil das Trennungsgebot in Vergessenheit versinkt.

(Beifall bei der FDP)

Anders kann ich mir nicht erklären, warum der Bundesrechnungshof festgestellt hat, dass Sie sich die Parameter so lange schönrechnen, bis Sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. Mit solchen Schönrechnereien und Experimenten kann man aus unserer Sicht keinen Blumentopf gewinnen. Das verdient auch kein Bundeshaushalt. Deshalb können wir diesem Einzelplan und dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat Dr. Michael Luther, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Luther (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Etat des Bundesministeriums des Innern hat in diesem Jahr einen Umfang von 5,6 Milliarden Euro. Das klingt sehr viel, sind aber bei 290 Milliarden Euro für den gesamten Bundeshaushalt lediglich 2 Prozent. Trotzdem muss man sagen, dass das eine ganze Menge Geld ist.

Man kann sich immer wieder die Frage stellen: Warum geben wir eigentlich jedes Jahr so viel Geld insbesondere für die innere Sicherheit aus? Für mich ist die Frage ganz einfach zu beantworten: Wir wollen, dass unsere Bürger in unserem Land sicher leben können, und zwar Tag für Tag.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: So ist es! -

Jan Mücke [FDP]: Deswegen weniger Bundespolizei an der Grenze zu Polen! Das ist sehr intelligent!)

Deshalb ist Sicherheit für uns nicht verhandelbar. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Haus darin einig sind. Die Erfahrung zeigt, dass sich zum Beispiel die organisierte Kriminalität und der Terrorismus heute mit den modernen Medien, den modernen Möglichkeiten, die es gibt, und den modernen Technologien anfreunden, sie verwenden und sich zunutze machen. Das heißt für uns als Staat natürlich - ob wir wollen oder nicht -: Wir müssen auf Augenhöhe bleiben, um der Aufgabe gerecht zu werden, Sicherheit für unsere Bürger zu garantieren. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen wurden die Haushaltsberatungen auch ganz besonders durch zwei Themen geprägt, nämlich zum einen durch das Thema BKA-Gesetz und zum anderen durch das Thema Telekommunikationsüberwachung. Dazu will ich kurz Stellung nehmen.

Das BKA-Gesetz ist hier im Haus mit großer Mehrheit beschlossen worden. Die Zustimmung des Bundesrates steht noch aus. Ich will sagen: Letztendlich werden dem Bundeskriminalamt durch dieses Gesetz die Befugnisse verliehen, die Abwehr von Gefahren im Bereich des internationalen Terrorismus zu leisten und im begründeten Einzelfall eine Onlineuntersuchung durchzuführen. Sinn und Zweck der Onlineuntersuchung ist es - das will ich auch ganz klar sagen -, Terrorismus zu bekämpfen, Anschläge- bzw. Attentatspläne aufzudecken, und zwar dann, wenn die bisherigen Ermittlungsmethoden dafür nicht ausreichen, und die Hintermänner zu identifizieren. Ich erwarte, dass der Bundesrat dem Gesetz zustimmt;

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tut der nicht!)

denn ansonsten - das sage ich auch ganz klar - übernimmt der Bundesrat eine große Verantwortung.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Ich stelle mir nämlich vor, was wäre, wenn in Deutschland etwas passieren würde, was mithilfe des Instrumentariums, das durch das BKA-Gesetz geboten wird, hätte

verhindert werden können. Ich glaube, diese Verantwortung sollte der Bundesrat nicht auf sich nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wenn wir jetzt damit anfangen, mit Wenn und Aber Politik zu machen, dann gute Nacht!)

Die Menschen in unserem Land verdienen es auf jeden Fall, dass wir alles tun, damit sie hier in Sicherheit leben können. Wir haben zumindest im Haushalt die entsprechende Vorsorge dafür getroffen.

Zur Telekommunikationsüberwachung, abgekürzt: TKÜ. Die TKÜ ist aus meiner Sicht die Fähigkeit der Sicherheitsbehörde, die Kommunikation von organisierter Schwerstkriminalität oder von Terroristen mittels Internet oder Mobilfunk bei einem begründeten Verdacht wirkungsvoll überwachen und dann auch schnell im Sinne von Gefahrenabwehr handeln zu können. Die technische Entwicklung in den Bereichen Mobilfunk, Internet und E-Mail schreitet rasant voran. Deshalb ist die TKÜ heute viel aufwendiger als früher und heute noch zum Beispiel die Telefonüberwachung.

Das anfallende Datenvolumen ist riesig. Über eine moderne DSL-Standardleitung können pro Tag rund 500 Gigabyte transportiert werden. Wenn man das in DIN-A-4-Schreibmaschinenseiten ausdrücken will: Dies entspricht 2 Milliarden Seiten. Die Erfassungsanlagen, mit denen das realisiert werden kann, sind viel aufwendiger und damit natürlich auch viel teurer. Das Prinzip der Sparsamkeit gebietet es, zu versuchen, die Mittel zu reduzieren. Letztendlich wollen wir in Deutschland nur noch zwei Anlagen haben, nämlich eine für den laufenden Betrieb und eine Redundanzanlage, damit die Ausfallsicherheit gegeben ist.

Ich finde, dass die rein technische Erfassung beim Bundesverwaltungsamt, das mit großen IT-Projekten große Erfahrungen hat, richtig angesiedelt ist und dass die Auswertung dann in den jeweiligen Sicherheitsbehörden, die für die bestimmte Aufgabe, die gestellt ist, zuständig sind, erfolgen kann.

Ich glaube, das ebenfalls diskutierte Zweisäulenmodell führt dazu, dass Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Sicherheitsbehörden vorprogrammiert sind. Abschließend dazu will ich gegenüber dem, was der Bundesrechnungshof dargestellt hat, noch sagen – wir haben es im Haushaltsausschuss diskutiert -: Wenn man die Ausfallsicherheit, die notwendig ist, gewährleisten will, dann wird es auch noch viel teurer. Deswegen haben wir im Haushaltsausschuss letztendlich den Weg für das sogenannte Bündelungsmodell freigemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Technischen Hilfswerk sagen. Ich denke, das ist das Beste, was wir im Bereich des Innenministeriums haben: Wir können auf eine Organisation blicken, die mit 80 000 Freiwilligen im Rahmen des Katastrophenschutzes für uns tätig ist. Das THW ist ein fester Bestandteil unserer Sicherheitsagentur. Das THW verdient deshalb unsere uneingeschränkte Unterstützung, damit es für seine Aufgaben letztendlich entsprechend ausgestattet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auf Anregung der Union konnten die Mittel für Investitionen und die Modernisierung von Einsatzfahrzeugen und Geräten gegenüber dem Regierungsentwurf um 1,6 Millionen Euro aufgestockt werden. Ich denke, dass damit die entsprechende Ausstattung des THW gewährleistet werden kann.

Ein Wort zur Integration. Die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer ist uns wichtig. Ich glaube auch, dass die Integrationspolitik der Bundesregierung auf einem guten Weg ist. Dass wir erfolgreich sind, wird daran deutlich, dass wir mehr Geld für Integrationskurse brauchen, als wir ursprünglich dafür eingeplant hatten, nämlich in diesem Jahr 15 Millionen und im nächsten Jahr 20 Millionen. Wir haben das Geld selbstverständlich etatisiert. Ich freue mich auch über die steigenden Kursteilnehmerzahlen. Ich ärgere mich allerdings über das schlechte Monitoring beim zuständigen Bundesamt, in dem man erst im August gemerkt hat, wie die Entwicklung ist. Ich denke, hier gibt es Möglichkeiten, etwas zu verbessern. Ich bitte das Bundesinnenministerium, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darauf hinzuwirken, dass man schneller beobachtet, was in der Realität tatsächlich passiert. Zusammenfassend will ich noch einmal festhalten: Die Zahlen zeigen, dass wir bei dem Thema Integration auf einem guten Weg sind.

BOS-Digitalfunk. Frau Piltz, im Unterschied zu dem, was Sie dargestellt haben, finde ich, dass wir auch hier auf einem guten Weg sind.

(Zuruf von der FDP: Seit der Fußball-WM!)

Es ist ein unbekanntes Terrain, das wir beschreiten. Wir haben gerade das im Haushaltsausschuss sehr intensiv begleitet. Der Durchbruch ist mit Beginn dieser Legislaturperiode gelungen. Es gibt so manche Unebenheit, die wir dabei zu überwinden haben. Ich kritisiere auch, dass wir nach wie vor noch nicht genau wissen, wie das Ganze finanziell ausgeht. Aber nach den Erfahrungen, die wir in den letzten drei Jahren gemacht haben, verstehe ich zum Teil auch die Schwierigkeiten. Wir müssen versuchen, mit den Schwierigkeiten umzugehen. Wir als Haushaltsausschuss werden das Projekt BOS Digitalfunk auch im nächsten Jahr sehr intensiv begleiten; denn uns ist es wichtig, dass das ganze Projekt zum Erfolg geführt wird. Wir werden mit dem Bundesministerium und mit dem Bundesrechnungshof, denke ich, gemeinsam versuchen, die Standards zu setzen und die Lösungen zu finden, die zu einem guten Ergebnis führen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nicht unerwähnt lassen will ich das Kapitel Sport. Sport ist sehr wichtig.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir auf einem guten Weg!)

Sport ist etwas, was viele Menschen aktiv verfolgen. Es zeigt sich, dass die Olympischen Spiele, aber auch die Paralympics in Peking auch in Deutschland eine ungeheuer große Faszination ausgelöst haben. Wir müssen - das sollte für alle klar sein - im internationalen Spitzensport spitze bleiben oder zur Spitze zurückfinden. Deswegen haben wir den Haushalt in diesem Bereich in diesem Jahr um 9 Prozent aufgestockt. Das betrifft insbesondere

die Deutsche Sporthilfe und den DOSB.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Schluss sage ich Minister Schäuble und seinem gesamten Haus Danke. Ich weiß, dass Sie es mit uns als Haushältern nicht immer leicht haben. Aber wir bemühen uns, gemeinsam etwas Gutes zum Ergebnis zu bringen. Ganz besonders danke ich auch dem Haushaltsreferat und den Mitarbeitern im Haushaltsausschuss, die gemeinsam mit uns an dem ganzen Projekt gearbeitet haben. Ich glaube, wir haben einen ordentlichen Haushalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern vorgelegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulla Jelpke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt hat im Wesentlichen nur eine Botschaft: Weiter so mit dem Ausbau des Überwachungsstaates, weiter mit der Missachtung von Flüchtlingen und weiter im Versagen beim Kampf gegen Neonazis. Dazu sagen wir ganz klar Nein.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]:

Das sind drei Botschaften!)

Es wäre die Aufgabe des Innenministers, im Umgang mit den Flüchtlingen wenigstens die Menschlichkeit zu wahren. Stattdessen hat die Regierung das Aufenthaltsgesetz verschärft, den Familiennachzug erschwert und die Luftnummer einer Altfallregelung beschlossen. Beim Flüchtlingsschutz versagt sie permanent. Ich erinnere nur an die beharrlichen Diskussionen, die wir über die Aufnahme irakischer Flüchtlinge geführt haben. Die EU fordert jetzt, 75 000 Iraker schnellstmöglich aufzunehmen. Die Bundesregierung erwägt, gerade einmal 2 500 aufzunehmen, und das, wo insgesamt 2 Millionen irakische Flüchtlinge das Land verlassen haben. Das ist meines Erachtens beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre die Aufgabe des Innenministers, den Rechtsextremismus entschlossen zu bekämpfen. Ich erinnere daran, dass seit 1990 140 Menschen durch Übergriffe von Neonazis ermordet worden sind. Aber nach wie vor muss jede Initiative gegen Rechtsextremismus um jeden Euro kämpfen und feilschen, und ein Verbotsverfahren gegen die NPD ist von dieser Bundesregierung blockiert worden. Genau darin, Herr Schäuble und übrigens auch Herr Luther, sehe ich die Sicherheitsgefährdung in diesem Land.

Gleichzeitig erhält der Bund der Vertriebenen weiterhin Millionen Euro Fördergelder und betreibt damit puren Geschichtsrevisionismus. Das hat seine Vorsitzende Erika Steinbach erst unlängst vorgeführt, indem sie die Deutschen als Opfer eines zweiten Holocaust darstellte und Ländern wie Polen und der CSSR Nazimethoden unterstellte.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Es gibt keine CSSR mehr!)

- Lesen Sie die Rede Ihrer Kollegin! Darin steht es so. -  
Für so einen gefährlichen, rechtsgestrickten Blödsinn  
darf es unserer Meinung nach keine Steuergelder geben.  
(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre auch die Aufgabe eines Innenministers, den  
Rechtsstaat zu verteidigen. Stattdessen stellt ihn diese  
Bundesregierung mit sogenannten Sicherheitsgesetzen  
auf den Kopf. Sie stockt beispielsweise den Haushalt des  
Innenressorts um eine halbe Milliarde Euro auf und redet  
von einer modernen Sicherheitsarchitektur, aber in Wirklichkeit  
bauen Sie einen neuen, monströsen Überwachungsstaat  
auf. Jeder gilt heute als verdächtig, bis geheime  
Ermittlungen von Polizei und Geheimdiensten  
seine Unschuld beweisen. Deswegen gibt es zum Beispiel  
die Vorratsdatenspeicherung, die biometrischen  
Pässe und weitere Überwachungsmaßnahmen.

Wo es wirklich sinnvoll wäre, zu investieren - etwa  
beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik  
-, wird geknausert, genauso wie beim Datenschutz.

Da stagniert der Etat. Denn da geht es ja auch „nur“ um  
die Sicherheit der normalen Bürgerinnen und Bürger.

Dagegen soll das BKA 25 Millionen Euro extra erhalten,  
nur um die Onlinedurchsuchung zu realisieren und den  
Bürgern hinterherzuspionieren. Hier wäre weniger mehr,  
nämlich ein Plus für die Demokratie.

Weil der Innenminister für sein BKA-Gesetz keine  
Mehrheiten findet, will er nun kurzerhand die Abstimmungsregeln  
im Bundesrat in seinem Interesse ändern.

Das ist wirklich ein verqueres Demokratieverständnis,  
Herr Schäuble.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Verfassung à la Schäuble wäre die Garantie für einen  
autoritären Überwachungsstaat. Das muss man ganz  
deutlich sagen. Dazu können wir nur sagen: Nein danke.  
Das einzige Erfreuliche ist, dass die SPD zunehmend  
von Panik erfasst wird und etwa von dem Einsatz der  
Bundeswehr im Innern, aber auch, wie wir hören, vom  
BKA-Gesetz vorsichtig abrückt.

(Beifall bei der LINKEN)

Offenbar merkt die SPD, dass der Kampf gegen die eigene  
Bevölkerung doch keine Wählerstimmen bringt.

Das zeigt, dass die Linke mit ihrer eindeutigen Haltung  
für Bürgerrechte und gegen die Preisgabe des Grundgesetzes  
auf dem richtigen Weg ist.

Deshalb fordern wir in den vorliegenden Anträgen:

Weg mit den 25 Millionen Euro für das BKA! Senken

Sie die Mittel für die Förderung des Bundes der Vertriebenen!

Erhöhen Sie die Mittel für Initiativen gegen

Rechtsextremismus! Wir fordern, dass 5 Millionen Euro  
für eine unabhängige Beobachtungsstelle im Bereich des  
Rechtsextremismus bereitgestellt werden, damit endlich  
Klarheit geschaffen wird, welches Ausmaß vorhanden  
ist. Im Unterschied zu Herrn Luther wollen wir nicht nur  
einige Millionen mehr für die Integrationskurse. Vielmehr  
unterstützen wir in unseren Anträgen die Initiativen,  
die 50 Millionen Euro mehr fordern.

Ich fordere Sie auf: Wenn dieser Haushalt im Hinblick  
auf eine menschenwürdige und demokratische Politik  
eine Rolle spielen soll, dann stimmen Sie unseren  
Anträgen zu!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Bettina Hagedorn, SPD-Fraktion.

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Hauptberichterstatteerin für den Einzelplan 06 bin ich uneingeschränkt froh und erleichtert, dass wir am Ende der Beratungen sind; denn nicht nur wegen der Finanzmarktkrise und des Konjunkturpaketes waren die Beratungen anstrengend. Ich denke, wir alle haben unsere Sache gut und gründlich gemacht. Wir haben im Laufe der Beratungen drei Berichterstatteergespräche zusätzlich anberaamt. Alle fünf Fraktionen haben insgesamt über 100 Berichte angefordert. Das alles hat dazu beigetragen, dass wir die Ansätze gut abwägen konnten. Sicherlich sind wir in dem, was wir wollen, verschiedener Meinung. Aber unter dem Strich kann man sagen: Ende gut, alles gut. Herr Minister, mit diesem Etat können Sie etwas anfangen.

Der Etat, in den 5,6 Milliarden Euro eingestellt sind, wies schon im Regierungsentwurf mit 10,5 Prozent die fünfthöchste Zuwachsrates insgesamt auf. In den parlamentarischen Beratungen sind 22 Millionen Euro hinzugekommen.

Davon profitieren in allererster Linie - das freut mich besonders - die Bereiche Integration und Sport; das wurde schon kurz angesprochen. Lieber Michael Luther, ich möchte noch etwas zu deiner Analyse und deinen Schuldzuweisungen im Hinblick auf die Unterfinanzierung im Bereich der Integration sagen. Aus meiner Sicht verhält es sich folgendermaßen: Wenn das BMI eine Evaluation anberaamt und diese eigenmächtig von März auf Juli verlegt, dann ist es klar, dass man das Ergebnis der Evaluation erst im Sommer, also lange nachdem der Regierungsentwurf vorliegt, erhalten kann. Im Sommer erschienen dann die erhöhten Zahlen, aus denen hervorgeht, dass wir in diesem Jahr ungefähr 16 Millionen Euro und im nächsten Jahr knapp 20 Millionen Euro mehr für Integration benötigen. Das war aber nicht unerwartet und ist nicht vom Himmel gefallen. Für diesen Bereich waren vor ein paar Jahren unter Otto Schily schon 200 Millionen Euro etatisiert. Nun waren es 154 Millionen Euro. Die Mittel werden jetzt auf 174 Millionen Euro aufgestockt. Mein Kollege Michael Bürsch, der als zuständiger Fachpolitiker noch zu diesem Thema reden wird, wird sicherlich darauf hinweisen, dass wir insbesondere für Frauen, Frauen mit Kindern, Jugendliche und Analphabeten dringend mehr tun müssen als bisher, um die berufliche Integration dieses Personenkreises zu verbessern. Das ist für ein Land wie Deutschland, das unter einem Fachkräftemangel leidet, existenziell notwendig. Ich bin froh, dass die entsprechenden Ansätze gelungen sind.

Zum Bereich des Sports nur so viel - meine Kollegin Dagmar Freitag wird das sicherlich noch detailliert beschreiben - : Ich bin froh, dass hier ein Aufwuchs möglich ist.

Ich möchte im Hinblick auf die Zuständigkeiten von Bundesländern und Wirtschaft noch etwas zur NADA,



zum Thema Doping sagen. Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2000 die NADA etabliert. Damals haben Bund, Länder und die Wirtschaft verabredet, das Stiftungskapital im Verhältnis 1 : 1 : 1 aufzustocken.

Es ist beschämend, dass bis heute nur der Bund mit 9,1 Millionen Euro seiner Verantwortung gerecht geworden ist, sich die Länder und die Wirtschaft aber vornehm zurückhalten - und das, wo doch das Doping diese gesellschaftspolitische Bedeutung erlangt hat. Ich appelliere von dieser Stelle aus dringend an die Länder und die Wirtschaft, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden; denn die NADA braucht mehr Stiftungskapital. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme zum Digitalfunk, der schon angesprochen wurde. Eigentlich stehen dafür 400 Millionen Euro zur Verfügung; 200 Millionen Euro aus diesem Jahr kommen hinzu, weil wegen der Verzögerung des Projekts um ein Jahr die Mittel in diesem Jahr nicht mehr verausgabt werden können. Nun sollte man meinen, dass sich 600 Millionen Euro, die 2009 zur Verfügung stehen, nach einer richtig guten Nachricht für all jene anhören, die sich bis heute bei der Feuerwehr, bei Sanitäts- und Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk und bei der Polizei noch mit den Tücken der veralteten Analogtechnik abmühen müssen. Aber das ehrgeizige und dringend notwendige Projekt des Digitalfunks ist leider ins Stocken geraten, wie wir hier schon gehört haben. Die Verzögerung des Projekts beträgt fast ein Jahr. Da die Notwendigkeit dieses Projekts parteipolitisch völlig unumstritten ist, sorgt uns das schon sehr. Als Haushälter hat es uns auch ein Stück weit befremdet, dass wir erst nach viel Nachhaken im Oktober überhaupt von dieser Projektverzögerung und von den explodierenden Kosten erfahren haben.

(Beifall der Abg. Gisela Piltz [FDP])

Lassen Sie mich etwas dazu sagen, weil wir hier in den Haushaltsberatungen sind. Es ist schon beängstigend, dass innerhalb von nur einem einzigen Jahr aus dem sogenannten Best-Case-Szenario - mit 2,5 Milliarden Euro Bundesmitteln bis 2021 kalkuliert - das Worst-Case-Szenario mit über 3 Milliarden Euro geworden ist. Das sind Mehrkosten von über 500 Millionen Euro. Ob das das Ende der Fahnenstange ist, weiß man nicht; man kann es nur hoffen.

Wir haben uns mit guter Unterstützung des Bundesrechnungshofs ausführlich mit diesem Thema beschäftigt.

Ich will für die, die das interessiert, nur drei Gründe nennen, warum die Kosten so explodieren. Allein die Kosten für die Systemtechnik sind um 20 Prozent gewachsen, die Basisstationen haben sich von 3 000 auf 4 000 erhöht - ein Plus von 34 Prozent -, und die Kosten für die Umbaumaßnahmen pro Standort sind durchschnittlich von 1,5 Millionen Euro auf 3,3 Millionen Euro angewachsen; das ist ein Plus von 120 Prozent. Bei einem so komplexen Projekt kann einen das schon besorgt machen. Herr Minister, dabei erwartet niemand von Ihnen oder Ihrem Haus die prophetische Gabe, für die nächsten zehn Jahre vorausplanen zu können. Das

Problem ist aber, dass man kein Prophet sein muss, um zu wissen, dass eine undifferenzierte Planung, die nicht Jahr für Jahr geplante Ausgaben konkret beschriebenen Leistungen zuordnet, und ein Projekt, das weder kontinuierliches Controlling noch ein effektives Berichtswesen und vor allem kein ganzheitliches Projektmanagement kennt - also ein Mangel an Fachaufsicht -, Kostensteigerungen geradezu provozieren.  
(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

Vor dem Hintergrund, dass wir es schon im nächsten Jahr trotz der 600 Millionen Euro wieder mit einer Lücke von 40 Millionen Euro zu tun haben werden und wir wissen, dass das dicke Ende erst 2010 bis 2012 auf den Bundesetat zukommen wird, war es natürlich das Mindeste, was wir als Haushälter tun konnten, die Verpflichtungsermächtigung von 560 Millionen Euro, die im nächsten Jahr neu ausgebracht werden muss, zu sperren. Ich kann der Öffentlichkeit versichern, dass wir Haushälter alles in unserer Macht Stehende tun werden, um dieses umfangreiche Projekt einerseits zu einem guten Ende zu führen - denn wir alle wollen es -, andererseits aber auch aufzupassen, dass das Parlament für eine enge Begleitung sorgt. Der Rechnungshof wird uns dabei unterstützen. Ein Wort zur Bundespolizei und zur inneren Sicherheit. Michael Luther hat darauf hingewiesen - darin sind wir uns alle einig -, dass die innere Sicherheit ein Schwerpunktthema ist und natürlich auch sehr viel Geld kostet. Mit 2,4 Milliarden Euro umfasst die Bundespolizei die Hälfte des Etats des Innenministeriums. 1,5 Milliarden Euro davon sind Personalausgaben. Es ist klar, dass dieses Geld für 40 000 Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, erforderlich ist. Lassen Sie mich ein Wort zur Bundespolizeireform und zur Suche nach dem Bundespolizeipräsidium sagen. Es ist unumstritten, dass wir einen geeigneten Standort finden wollen und dass es ein ordentliches Polizeipräsidium werden soll. Allerdings hat der Haushaltsausschuss das Standortsuchverfahren im Sommer auf unsere Initiative hin neu aufgemacht. Die Räumlichkeiten in Potsdam, in denen die Bundespolizei im Moment untergebracht ist, sind eine Zwischenlösung. Das Innenministerium hat sich ursprünglich auf Potsdam fokussiert. Wäre man dem gefolgt, hätte man möglicherweise zur Verfügung stehende Bundesliegenschaften ausgeschlossen. Ich wiederhole: Wir haben das Suchverfahren noch einmal eröffnet. Wir werden uns im Dezember andere Liegenschaften im Berliner Umland, vor allen Dingen in Oranienburg, anschauen. Wir werden dann - das kann ich der Bundespolizei versichern - schnell eine Entscheidung treffen; denn sie ist erforderlich, damit die dort Beschäftigten Sicherheit haben. Perspektivisch werden an dem neuen Standort 750 Menschen arbeiten. Dieses Verfahren muss dringend transparent gestaltet werden. Es muss ein Standort gefunden werden, der gegenüber dem Steuerzahler auch langfristig zu verantworten ist. Was die Bundespolizei angeht, haben wir einen neuen, einen eigenen Schwerpunkt gesetzt, indem wir das maritime Schulungs- und Trainingszentrum in

Neustadt an der Ostsee gestärkt haben. Dieses Zentrum gibt es auf dem Papier schon seit dem Jahr 2005. Es soll nicht nur die Aus- und Fortbildung bei der Bundespolizei, sondern auch bei anderen Ressorts, die eine maritime Komponente haben, zum Beispiel der Zoll, aber auch Länderbehörden, zukunftssicher gestalten. Der Fachkräftemangel im nautischen Bereich ist nämlich enorm. Die öffentliche Hand kann sich hinsichtlich des Personals auf dem freien Markt einfach nicht mehr bedienen, sodass es notwendig ist, eigene Schulungen vorzunehmen. Herr Schäuble, das Konzept aus Ihrem Hause wird fortgeschrieben. Diese Fortschreibung ist zwar noch ganz frisch, nämlich vom Oktober, aber hervorragend. Wir haben dieses Konzept mit einem Plus von 20 Stellen ausgestattet. Damit gehen Mehrkosten sowohl bei der Gebäudesanierung - Ziel sind mehr Unterkünfte - als auch bei der Ausgestaltung des Lehrbetriebs einher. Bemerkenswert ist sicherlich, dass dieser Ansatz dennoch haushaltsneutral ist. Es lagen uns sehr viele Bundesrechnungshofberichte, die Bundespolizei betreffend, vor. Bei deren Abarbeitung haben wir ein so großes Einsparvolumen vorgefunden, dass das Ganze haushaltsneutral bleiben konnte.

Zum Thema Telekommunikationsüberwachung hat auch Michael Luther schon einiges gesagt. Da gibt es in der Großen Koalition durchaus eine unterschiedliche Bewertung. Herr Luther hat hier darauf hingewiesen, dass der Haushaltsausschuss den Weg für das Bündelungsmodell freigemacht hat. Das ist eine aus meiner Perspektive etwas eigenwillige Sichtweise. Richtig ist, dass schon der Regierungsentwurf die Personal- und Sachmittel für das Bundesverwaltungsamt vorsah. Wie es üblich ist, muss sich eine Koalition immer einig sein, um den Regierungsentwurf zu ändern.

Ich mache hier aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich will auch für die SPD-Haushälter deutlich sagen, dass die Debatte darüber, welches Modell das Bündelungs- oder Zweisäulenmodell des Bundesrechnungshofes - richtig gewesen wäre, aus unserer Sicht noch nicht beendet war und dass dieses Projekt deshalb noch nicht etatreif war. Das heißt nicht, dass man dagegen ist, sondern: Es ist noch nicht etatreif.

Das Problem ist, dass unser Wunsch, die Stellen und die Mittel zu sperren, nicht einigungsfähig war und dass damit jetzt in der Tat der Weg frei ist. Das bedeutet aber auch, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und Herr Minister, dass der Weg, den Sie jetzt eigenverantwortlich einschlagen werden, tatsächlich Ihr Weg ist. Noch einmal:

Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Die Bedenken des Bundesrechnungshofes waren für mich sehr nachvollziehbar.

(Beifall der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] sowie der Abg. Gisela Piltz [FDP])

Ich stehe mit meinen Kollegen im Haushaltsausschuss uneingeschränkt dafür, dass wir die Telekommunikationsüberwachung im Vergleich zum Status quo zentralisieren müssen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Müsste man!)

Das kann man aber auch an zwei Stellen und nicht nur an einer Stelle tun. Dafür muss man auch viel Geld in die Hand nehmen. Das alles ist richtig. Wir brauchen da auch Know-how; auch das ist richtig. Es hat mich bis heute nicht überzeugt, dass es vernünftig ist, das Ganze beim Verwaltungsamt anzusiedeln und die Bereiche Verfassungsschutz und Polizei zu verschränken. Wenn man das auseinandergehalten hätte, dann hätte dieses Modell durchaus sehr viel Charme gehabt.

(Beifall der Abg. Gisela Piltz [FDP])

Lassen Sie mich abschließend sagen – meine Redezeit geht zu Ende –: Ich freue mich natürlich darüber, dass wir das THW gestärkt haben. Das haben wir wie immer gemeinsam gemacht; diesmal war es das vierte Jahr in Folge. Ich freue mich aber auch, dass wir der Bundeszentrale für politische Bildung für ein besonderes Projekt noch einmal 500 000 Euro genehmigen konnten. Dabei geht es darum, dass wir auf ein Superwahljahr zusteuern. In Schaufensterreden kommt immer wieder zur Sprache, dass die Wahlbeteiligung zurückgeht. Man ist besonders traurig darüber, dass die Wahlbeteiligung der jungen Leute sinkt.

Da stimme ich allen zu. Wir wollen aber nicht jammern, sondern wir wollen etwas dagegen tun. Die Bundeszentrale wird in einem Projekt versuchen, insbesondere was die sogenannten bildungsfernen Schichten anbelangt, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Bundestagswahl 2009 und die Europawahl 2009 von vielen jungen Menschen aktiv begleitet werden.

(Iris Gleicke [SPD]: Und die Landtagswahlen!)

In diesem Sinne möchte ich mich für, wie ich finde, faire und konstruktive Haushaltsberatungen bedanken. Das Ergebnis ist ein durchdachter, runder Entwurf, mit dem Sie, Herr Schäuble, glaube ich, gut ins neue Jahr gehen können. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute. Machen Sie das Beste draus!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Omid Nouripour von Bündnis 90/Die Grünen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Der erklärt uns jetzt erst mal, was mit seiner Doktorarbeit ist, auf die wir alle warten!)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Grindel, ich finde, es gibt Zwischenrufe, die muss man Menschen überlassen, die ein kleineres Sendungsbewusstsein haben als Sie.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir am Anfang, nach all den Wochen der intensiven Beratung zum Haushalt einen Dank auszusprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BMI, im BMF, in den Ausschussekskretariaten, in den Fraktionen und in den Büros der Abgeordneten; denn ohne sie wäre diese Beratung in der Form ganz bestimmt nicht möglich gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Nun liegt uns ein Entwurf des Einzelplans 06 vor, dem meine Fraktion so keineswegs zustimmen kann. Wir werden ihn selbstverständlich ablehnen.

Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern:  
Ich habe vor über zwei Jahren an dieser Stelle meine  
erste Rede im Bundestag gehalten.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Ach, Sie waren  
das?)

Ich habe damals ein Geschenk überreicht und Sie gelobt,  
und zwar für die Einrichtung der Deutschen Islamkonferenz.  
Nach über zwei Jahren und nach diesen Haushaltsberatungen  
sind mir die Flausen der lobenden Worte  
eher vergangen.

Wenn man sich das Fachgeschäft Innenpolitik des  
Dr. Schäuble anschaut, dann sieht man ein schönes  
Schaufenster und einiges an schöner Dekoration. Aber  
wenn man hineingeht, stellt man fest: Es gibt etliche Regale,  
in denen man nur Staub vorfindet. Beispiele sind  
genannt worden: Digitalfunk, Bundespolizeireform, Bekämpfung  
des Rechtsextremismus. Erlauben Sie mir,  
drei Punkte zu vertiefen.

Zunächst noch einmal zur Deutschen Islamkonferenz.  
Wir haben das damals gut gefunden. Ich freue  
mich immer noch darüber, dass es eine Deutsche Islamkonferenz  
gibt, in der die Selbstverständlichkeit von  
Menschen muslimischen Glaubens in dieser Gesellschaft  
dargestellt wird. Aber so langsam fragen wir uns: Wo  
sind denn eigentlich die Ergebnisse? So langsam fragen  
wir uns: Welche Substanz soll eigentlich dabei herauskommen?  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fragen uns vor allem: Welches Ziel hat eigentlich  
diese Islamkonferenz? Das ist bis heute nicht klar.  
(Helmut Brandt [CDU/CSU]: Der Weg ist das  
Ziel!)

Bei uns gibt es mittlerweile den Verdacht, dass das Ziel  
von vornherein nicht so ganz klar war.  
Dasselbe kann man zum Thema Integrationspolitik  
sagen. Natürlich gibt es große Überschriften - „Nationaler  
Integrationsplan“ -, aber mit ganz viel Unverbindlichkeit  
dahinter. Ich erwähne aber auch die Integrationskurse.  
Die Kollegin Hagedorn und der Kollege Luther  
haben gerade gesagt, dass die Mittel aufgestockt werden.  
Sie haben sich ein bisschen darüber ausgetauscht, wer  
eigentlich schuld ist. Ich habe keine Lust mehr, immer  
wieder die Konflikte in der Koalition zu moderieren, nur  
weil wir in der Mitte sitzen. Fakt ist, dass im ersten Entwurf  
des Einzelplans hierfür derselbe Ansatz vorgesehen  
war wie 2008, aber relativ schnell war klar, dass dieses  
Geld nicht ausreichen würde. Schnell war nämlich klar,  
dass immer mehr Menschen gewillt sind, an den Integrationskursen  
teilzunehmen.

(Helmut Brandt [CDU/CSU]: Weshalb denn?)  
Der Bedarf ist riesig.

(Helmut Brandt [CDU/CSU]: Und wir reagieren  
darauf!)

Wir wollen, dass mehr Menschen an den Kursen teilnehmen  
können. Wir wollen, dass die Bürokratie nicht mehr  
so groß ist und die Kinderbetreuung funktioniert.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Dafür haben  
wir gesorgt - im Gegensatz zu den Grünen! Ihr  
habt die Bürokratie herbeigeführt!)

- Dazu können Sie noch mehr beitragen, indem Sie unserem  
Änderungsantrag zustimmen, in dem wir zusätzlich

50 Millionen Euro fordern, was auch von fachkundiger Seite gefordert wird. Es darf nicht bei der Lückenschließerei bleiben, die Sie jetzt betrieben haben. Da ist die Priorität nicht richtig gesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dasselbe gilt beim Thema Datenschutz, und das ist gerade nach dem letzten Sommer eigentlich unverständlich. Wir haben im Sommer erlebt - wir erleben es bis heute immer wieder -, dass Unternehmen leider - erst recht leider auch staatliche Unternehmen - nicht so verantwortungsvoll mit den Daten der Menschen in diesem Land umgehen, wie sie das sollten.

Herr Minister, Sie haben damals gesagt: Wir haben ausreichende Gesetze; sie müssen nur konsequent umgesetzt werden. - Auf eine Frage sind Sie uns bis heute die Antwort schuldig geblieben, nämlich: Wer soll die Gesetze umsetzen? Es gibt eigentlich eine Person dafür, und das ist der Bundesdatenschutzbeauftragte. Sein Stab ist aber völlig unterbesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ersticken in Arbeit. Sie bekommen immer mehr Zuständigkeiten. Sie sind zuständig für den Bund, für Telekommunikationsunternehmen und demnächst in immer stärkerem Maße für das Gesundheitswesen. Sie werden sich, wenn sie Pech haben - das wäre unser Glück -, auch mit den Argen beschäftigen müssen. Die Frage ist: Warum werden nicht mehr Mittel für die Wahrnehmung dieser Aufgaben bereitgestellt? Wir versuchen, dem abzuweichen. Ein diesbezüglicher Antrag steht hier zur Abstimmung. Demnach sollen die Mittel für das Personal in diesem Bereich verdoppelt werden. Wir hoffen in diesem Punkt ebenfalls auf die Vernunft der Mehrheit in diesem Hause, zumal es nicht wirklich um große Sprünge geht. Allein bei Ihrem Einzelplan, Herr Minister, gibt es einen Aufwuchs um 500 Millionen Euro; uns geht es um 0,7 Prozent davon, die wir dafür ausgeben wollen. Deshalb noch einmal mein Appell: Datenschutz ist nicht irgendein Thema fürs gute Wetter; Datenschutz ist ein Thema, durch das die Menschen in diesem Land Vertrauen in die Politik gewinnen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem diesbezüglichen Antrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem ist, dass es Ihnen, Herr Minister, nicht darum geht, Daten zu schützen, sondern darum, Daten zu jagen und zu sammeln. Das sieht man ja beim BKA-Gesetz. Ich würde im Übrigen jedem jede Wette anbieten, dass das BKA-Gesetz in der Form, wie es vorliegt, nicht durch den Bundesrat kommen wird. Das ist auch gut so; denn in diesem Gesetz wird die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit aus unserer Sicht massiv aufgehoben. Die Hauptkritik richtet sich dabei nicht unbedingt in Richtung der Verbesserung der Sicherheit. Vielmehr erleben wir, dass teilweise Datenberge gesammelt werden sollen, mit denen die Bundesbehörden überschwemmt werden. Das wird nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit führen, Herr Minister. Auch deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch jetzt kommt Hoffnung auf. Hoffnung deswegen,

weil sich die Sozialdemokraten überlegt haben, dass sie diesem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen und es deshalb dort keine Mehrheit erhalten wird. Das ist erst einmal sehr erfreulich. Ich frage mich aber: Warum erst jetzt? Wo waren Sie denn die letzten Monate, als es darum ging, aktiv gegen dieses Gesetz vorzugehen?

(Sebastian Edathy [SPD]: Hier!)

Es ist sehr bedauerlich, dass erst der Bundesrat einschreiten musste. Es ist sehr bedauerlich, dass erst ein Wahlkampf am Horizont auftauchen musste. Es ist jetzt aber nicht zu spät. Deshalb rufe ich Ihnen zu: Guten Morgen! Und: Schön, dass Sie bei uns angekommen sind!

Einen bleibenden Schaden haben Sie allerdings wohl doch hinterlassen. Sie haben nämlich beim Bundesinnenminister den Eindruck hinterlassen, dass nicht nur Sie, sondern das ganze Parlament schläft, und zwar - das ist hier schon mehrfach gesagt worden - beim Thema „Abstimmungsverfahren im Bundesrat“. Hier soll ja Mehrheit so definiert werden, dass bei Abstimmungen das Ergebnis herauskommt, das Ihnen, Herr Minister, passt.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Als hessischer Grüner müssen Sie sich darüber keine Gedanken machen, wie im Bundesrat abgestimmt wird!)

Das ist nichts anderes als ein Taschenspielertrick. Ich finde, Herr Minister, so etwas wird Ihnen, Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Biografie keineswegs gerecht. Ich kann nur an Sie appellieren, davon Abstand zu nehmen, über eine Veränderung des Abstimmungsverfahrens im Bundesrat zu diskutieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben an dieser Stelle viel Kreativität gezeigt. Es wäre erfreulich, wenn Sie diese Kreativität nicht nur für das Herumbiegen von Verfahren, sondern vor allen Dingen für den Schutz von Bürgerinnen und Bürgern und von deren Rechten aufwenden würden. Sie haben nicht mehr so viel Zeit dazu, nur noch bis zum 27. September. Danach wird jemand anders zuständig sein. In dieser Zeit können Sie aber noch einiges aufholen und das aufgreifen, was Sie bisher noch nicht gemacht haben.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das Protokoll notiert: „enden wollender Beifall“!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst auch einmal sehr bedanken: Die Haushaltsberatungen waren - das müssen sie ja auch sein - intensiv, was von guter Partnerschaft zeugt. Ich glaube, mit dem Ergebnis, das wir dabei erzielt haben, kann das Innenministerium die Aufgaben, die sich dem Bund im Bereich der Innenpolitik stellen, gut erfüllen. Ich habe schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen:

Die Steigerungsrate täuscht, weil darin viele Sonderposten enthalten sind. Ich glaube aber, wir haben gemäß dem Prinzip, dass wir mit begrenzten Mitteln auskommen müssen - es handelt sich ja um Steuergelder, und die Lage ist ernst -, vernünftige Ergebnisse erzielt. Die Innenpolitik dient in allen Bereichen dem Ziel, unsere Freiheitsordnung nachhaltig zu machen. Deshalb, weil Sie, Herr Kollege Nouripour, es gerade angesprochen haben, würde ich zunächst einmal gern eine Bemerkung zur Deutschen Islamkonferenz machen. Sie warten auf Ergebnisse. Wenn Sie sich die Wirklichkeit in diesem Land ein bisschen unvoreingenommen anschauen, dann werden Sie überhaupt nicht bestreiten können, dass im Verhältnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen und zwischen den Muslimen in ihrer Vielfalt eine ganze Menge geschehen ist. Ich habe gestern mit dem türkischen Staatsminister für Religion und für Türken im Ausland Sait Yazicioglu ein langes Gespräch geführt. Wir haben am Samstag in München den Eugen-Biser-Preis an drei Muslime verliehen. Ich habe die Festrede dazu gehalten. Es wird niemand ernsthaft bestreiten, dass sich etwas an dem Verhältnis verändert. Das gilt übrigens auch aufseiten der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft. Das ist der Sinn dieser Islamkonferenz. Wir haben zum Beispiel im März dieses Jahres in der Vollversammlung zwischen den 15 unterschiedlichen muslimischen Teilnehmern und den 15 Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen einvernehmlich Regeln festgelegt, wie der Religionsunterricht im Sinne von Art. 7 als Bekenntnisunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland durchgeführt werden kann. Wir haben diese der Kultusministerkonferenz übermittelt, deren Präsidentin an der Islamkonferenz teilnimmt. Die Länder haben nun die Voraussetzungen, um dies Schritt für Schritt zu verwirklichen, die Lehrerbildung und die Curricula anzupassen. Entsprechendes wird sich natürlich auch an den Hochschulen in dem Sinne entwickeln, wie es nach unseren bewährten Prinzipien im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften nur geht und auch richtig ist. Da hat sich etwas bewegt. Das geht nicht auf Knopfdruck. Solche Dinge gehen nie auf Knopfdruck, aber es bewegt sich. Das dient der Nachhaltigkeit unserer Ordnung von Freiheit und Toleranz. Deshalb ist das richtig.

Gleiches gilt für die Integration. Es ist gut, dass wir jetzt dort die Mittel erhöhen. Frau Kollegin Hagedorn, Sie haben gesagt, die Mittel waren schon einmal höher etatisiert. Das ist wahr. Damals sind sie aber nicht abgeflossen; selbst im letzten Jahr noch nicht.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: So ist es!)

Deshalb haben wir von Jahr zu Jahr gesagt: Sobald die Nachfrage höher ist, was wir hoffen, müssen wir die Mittel entsprechend erhöhen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass dies im Haushaltsausschuss gelungen ist. Ich will mich ausdrücklich dafür bedanken. Man kann darüber streiten, ob man das früher hätte wissen können oder nicht. Die Nachfrage hat sich im Laufe dieses Jahres verstärkt. Wir sind uns darüber einig und es ist erfreulich, dass sie nicht in erster Linie Neuzugewanderte betrifft. Es sind vor allem Frauen und Mütter, die schon länger da



sind. Das wollen wir auch, und zwar gerade im Interesse der Kinder.

Man muss übrigens auch gar nicht mehr darüber streiten, dass die Regelung im Aufenthaltsgesetz, über die wir lange gestritten und die wir dann eingeführt haben, besagt, dass wir für den Familiennachzug ein Minimum an Deutschkenntnissen zur Voraussetzung machen. Das wirkt sich vor allem auch insofern segensreich aus, als alle begreifen, dass nicht nur die Kinder Deutsch lernen müssen, damit sie im Bildungs- und Ausbildungssystem unseres Landes Chancen haben. Auch die Eltern sollten Deutsch sprechen. So kommen wir auf diesem Weg

voran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Sinne ist es auch wichtig, dass wir weiterhin dem freien Sport in unserem Lande helfen, um im härter werdenden Wettbewerb der Besten der Welt Schritt zu halten, eine Position zu verteidigen oder dort, wo wir besser werden können, auch besser zu werden. Deshalb bin ich auch sehr dankbar dafür, dass es im Rahmen der Haushaltsberatungen gelungen ist, die immer knappen Mittel aufzustocken. Das ist ein wichtiger Punkt.

Das, was in der Debatte zum Technischen Hilfswerk gesagt wurde, will ich auch von meiner Seite aus ausdrücklich unterstreichen. Das ist wirklich vorbildlich.

Ich weiß nicht, ob das im Bereich des Innenministeriums wirklich das Beste ist. Wir haben hier viel Gutes. Es ist aber vorbildlich, dass wir für eine Katastrophenschutzorganisation nicht nur hervorragende hauptberufliche Mitarbeiter haben, sondern vor allem auch 80 000 ehrenamtliche Mitarbeiter. Das ist ein Gütezeichen für die Lebensfähigkeit und für die Vitalität unserer freiheitlichen Lebensordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese freiheitliche Lebensordnung wird nachhaltig sein, wenn die Menschen auch darauf vertrauen können, dass der Staat diese Freiheitsrechte schützt. Der Staat bedroht die Freiheitsrechte nicht. Das ist ein verbreiteter Irrtum, der von manchen bewusst geschürt wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Es gibt keine Freiheit, ohne dass auch eine Instanz im Sinne des staatlichen Gewaltmonopols vorhanden ist, die diese Freiheitsrechte schützt. Es gibt keine Freiheit ohne Regeln, und es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Freiheit braucht einen Rahmen, nur so ermöglicht dieser Verfassungsstaat überhaupt Freiheit. Deshalb brauchen wir eine leistungsfähige Polizei. Das ist und bleibt in unserem Land zuallererst Sache der Bundesländer. Diese föderale Grundstruktur hat sich bewährt.

Ergänzend haben wir die Bundespolizei. Die Standorte der Bundespolizei - ich möchte darauf aufmerksam machen -, so steht es im Gesetz - werden vom Bundesinnenminister im Einvernehmen mit den Regierungschefs der Bundesländer festgelegt. So ist die Regelung im Gesetz. Ich habe sehr bewusst entschieden, dass das neu zu bildende Bundespolizeipräsidium in einem neuen Bundesland liegen soll. Das hat mit vielen Beschlussfassungen

in diesem Hause im Zusammenhang mit dem Umzug und der Überwindung der Folgen der deutschen Teilung zu tun.

Ich würde aber doch bitten, dass, wenn wir über die Bundespolizei reden, Frau Kollegin Piltz und die anderen, die das getan haben, nicht einen der großen Erfolge in diesem Jahr völlig unterschlagen, nämlich die Tatsache, dass es gelungen ist, die Kontrollen an unseren Grenzen abzuschaffen, ohne dass die vor einem Jahr reichlich vorhandenen Besorgnisse, dass das zu weniger Sicherheit führen würde, wahr geworden wären.

(Zuruf des Abg. Jan Mücke [FDP])

- Entschuldigung, ich komme in zwei Wochen wieder mit meinen Kollegen aus der Region, aus den Bundesländern, aus Polen und Tschechien zusammen, wo wir Bilanz ziehen werden. Sie können mit den Betroffenen in der Region sprechen. Die Besorgnisse sind alle nicht wahr geworden. Es ist uns gelungen, ein Europa ohne Grenzkontrollen mit nicht weniger Sicherheit zu schaffen. Das ist ein großer Erfolg, und das zeigt: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Was ist mit der Abschottung an den Grenzen und den Flüchtlingen?)

- Frau Kollegin Jelpke, das ist ein offensichtlich bewusst verbreitetes Missverständnis. Indem Europa noch an seinen Außengrenzen kontrolliert, schottet es sich nicht ab. An den Binnengrenzen wird weniger kontrolliert. Das ist ein Fortschritt, den wir nicht kleinreden sollten.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Deswegen gibt es jedes Jahr ein paar Tausend Flüchtlinge!)

Das Bundeskriminalamtgesetz haben wir lange diskutiert und in diesem Haus verabschiedet. Am Freitag steht es auf der Tagesordnung des Bundesrates. Wie der Bundesrat entscheiden wird, werden wir sehen. Je nachdem, wie die Entscheidung ausfällt, ist im Grundgesetz geregelt, wie es weitergehen kann. Kommt das Bundeskriminalamtgesetz nicht zustande, bleibt es bei der bisherigen Rechtslage.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und mit der sind wir bis heute gut gefahren!)

- Ja, das ist schon wahr. Herr Kollege Wieland, es ist völlig legitim, diese Meinung zu vertreten. Der Verfassungsgesetzgeber hat es allerdings vor zwei Jahren anders entschieden, und zwar angesichts der Intensität der Gefahr durch den internationalen Terrorismus.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da waren Sie ja nicht ganz unbeteiligt!)

- So legitim es ist, dass Sie Ihre Auffassung vertreten, so legitim ist es auch, darauf hinzuweisen, dass der Verfassungsgesetzgeber anders entschieden hat.

Ich füge hinzu: In der vergangenen Woche hat in Potsdam eine Konferenz der Innenminister und -senatoren der Bundesländer stattgefunden. Von 16 Innenministern haben 15 gesagt, wir bräuchten dieses Gesetz dringend. Der Kollege Wolf hat gesagt, er sei immer dagegen gewesen, dem Bundeskriminalamt diese Aufgabe zu übertragen. Alle anderen haben gesagt, wir brauchen dieses Gesetz. Sollte es nicht zustande kommen, bleibt es bei der ausschließlichen Zuständigkeit der Länderpolizeien

zur Abwehr der Gefahren auch durch den internationalen Terrorismus. Anderenfalls werden wir einen Weg finden. Wir haben gesagt, wir führen den Auftrag des Verfassungsgesetzgebers aus.

Ich will noch eine Bemerkung machen. Glauben Sie doch nicht, dass ich so blöd wäre, zu glauben, man könne die Abstimmungsregeln im Bundesrat verändern. Das Thema, das in den Koalitionsverträgen auf Länderebene zu leicht geschrieben wird, nämlich sich bei Uneinigkeit in Bundesratsabstimmungen zu enthalten, weitet sich zunehmend im Lauf des Jahres zu einem Problem aus.

(Gisela Piltz [FDP]: Aber das müssen Sie schon denen überlassen, die verhandeln!)

- Entschuldigung, wir reden von der Föderalismuskommission. Der Kollege Körper und ich sind für die Große Koalition in dieser Arbeitsgruppe die beiden Federführenden. In dieser Eigenschaft haben wir den Brief an die beiden Vorsitzenden geschrieben. Das ist absolut legitim. Diese Debatte werden Sie nicht los; das hat mit dem Bundeskriminalamtgesetz nichts zu tun. Aber die Debatte um das Bundeskriminalamtgesetz zeigt, dass es absurd ist, dass die Länder erst sagen, sie bräuchten das Gesetz dringend, und sich anschließend im Bundesrat enthalten. Das geht so nicht weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU - Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann sind sie in Zukunft eben dagegen! - Gisela Piltz [FDP]: Wo ist denn eigentlich Herr Körper?)

Frau Kollegin Piltz, ich will Ihnen ganz freundschaftlich noch etwas sagen: Wenn wir in unserem Land Probleme haben, von denen wir wissen, dass sie gelöst werden müssen, dann ist es doch notwendig, dass wir darüber reden. Dann ist es falsch, dass man jedes Mal, wenn ein Vorschlag gemacht wird, mit einem Geschrei anfängt, als fürchte man die Debatte. Ich finde, die freiheitliche Demokratie bewährt sich in der offenen Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen ist der Versuch, Debatten immer zu verhindern und zu verbieten, im Grunde mit einem liberalen Verständnis von freiheitlicher Demokratie nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt höre ich aus Ihrer Fraktion spöttische Bemerkungen über die schwierigen Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika unter deutscher Beteiligung; es wird gesagt, da passten die Rechtsvorschriften nicht mehr. Als ich schon vor zwei Jahren gesagt habe, dass wir angesichts neuer Bedrohungen nationales wie internationales Recht auf seine Wirksamkeit überprüfen müssen, ist gesagt worden, das sei ein Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit. Ich finde, wir sollten die Kirche im Dorf lassen, wir sollten ein bisschen abrüsten, und wir sollten wieder mehr über die Sache diskutieren, anstatt das Nachdenken über Probleme durch eine falsche Tabuisierung zu verbieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD])

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal für die gute Zusammenarbeit. Wir werden aus dem Haushalt

das Beste machen. Ihre guten Wünsche zum neuen Jahr erwidere ich zu einem späteren Zeitpunkt, Frau Kollegin Hagedorn.

Ich bitte Sie, diesem Haushalt zuzustimmen, und bedanke mich für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Max Stadler von der FDP-Fraktion.

Dr. Max Stadler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Minister Schäuble, niemand und schon gar nicht die Freie Demokratische Partei will hier offene Debatten abwürgen. Aber Sie müssen sich schon sagen lassen:

Wenn Sie einen Vorschlag für die Änderung der Abstimmungsregeln im Bundesrat ausgerechnet zu dem Zeitpunkt erneut - Sie haben es auch schon früher getan - in die öffentliche Debatte bringen, wo Sie Gefahr laufen, mit Ihrem BKA-Gesetz im Bundesrat zu scheitern, dann ist natürlich der Verdacht naheliegend, dass man die Regeln so gestalten möchte, dass eine Mehrheit für das eigene Gesetzesvorhaben zustande kommt, die nach den jetzt gültigen Vorschriften nicht in Sicht ist.

Es ist nicht die FDP allein, die Sie in diesem Punkt kritisiert hat, sondern es gibt auch Kritiker aus Ihren eigenen Reihen: Ole von Beust, Hamburgs Erster Bürgermeister, hat gesagt, aktuelle Schwierigkeiten sollten nicht ein Grund dafür sein, das zu ändern, was sich über Jahrzehnte bewährt hat. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, hat Kritik geübt. Sogar der bayerische Innenminister Joachim Herrmann hat dies getan. Ich will jetzt nicht auf das näher eingehen, was Bremens Bürgermeister, der der SPD angehört, gesagt hat, der von einem Anschlag auf bewährte parlamentarische Prinzipien gesprochen hat.

Debatten müssen zur richtigen Zeit geführt werden.

Dann ist allerdings in der Tat - da stimme ich Ihnen zu - eine Tabuisierung nicht der richtige Weg. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir vorhin - vielleicht hat es nicht jeder bemerkt - Zeugen einer Art Tabuisierung waren, gegen die wir uns wehren. Herr Kollege Luther, vielleicht haben Sie es nicht so gemeint, als Sie vorhin zu der rhetorischen Figur der präemptiven Schuldzuweisung gegriffen haben.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Sie haben nämlich gesagt: Wer dieses BKA-Gesetz verhindert, der trägt die Verantwortung dafür - ich will es einmal so auf den Punkt bringen -, wenn später etwas passiert. Dagegen wehren wir uns allerdings.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die deutschen Sicherheitsbehörden haben jede Menge Eingriffsbefugnisse, und sie haben in der Vergangenheit mit den geltenden Gesetzen erfreulicherweise schlimme Anschläge verhindern können. Sie können uns hier nicht einreden, dass nur mit dem neuen BKA-Gesetz die Sicherheit in Deutschland gewährleistet sei. Herr Minister Schäuble hat neulich in einem Interview

im Stern zu einem kühnen Vergleich gegriffen, als er auf Wallensteins Kriegsführung rekurriert hat, um das BKA-Gesetz zu rechtfertigen. Uns erscheint etwas anderes aus dem 17. Jahrhundert passender, nämlich das Zitat von Thomas Hobbes, der von „bellum omnium contra omnes“ gesprochen hat, also von der Auseinandersetzung jeder gegen jeden. Das ist das, was wir derzeit in der Großen Koalition erleben: beim BKA-Gesetz, bei der Auseinandersetzung um die Abstimmungsregeln im Bundesrat und – das liegt schon etwas länger zurück – bei der Maßnahme, die Sie vorhin so gepriesen haben, nämlich bei der Forderung, Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug nachzuweisen. Dazu hat der Kollege Edathy, immerhin Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, gesagt – ich werde dies nie vergessen –, er stimme dem Gesetz zu, hoffe aber, dass das Bundesverfassungsgericht es aufheben wird.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Aber wir haben es!)

Das ist symptomatisch für den Zustand der Großen Koalition.

Herr Minister Schäuble, Sie haben in der letzten Ausgabe des Stern eines sehr richtig gesagt und damit das eigentliche Stichwort für die heutige Haushaltsdebatte geliefert.

Sie haben nämlich gesagt:

Ich bin kein Anhänger der Großen Koalition ... Sie ist vom System her falsch.

Völlig richtig, füge ich hinzu. Ich zitiere Sie – am Ende des Interviews – noch einmal:

Wir hatten gute Vorsätze, haben auch manches vorangebracht, aber es ist gut, wenn es vorbei ist.

Dem stimmen wir wirklich zu.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Bürsch von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Michael Bürsch (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Verehrter Kollege Max Stadler, ich darf darauf hinweisen:

Die Legislaturperiode dauert noch bis zum 28. September 2009.

(Gisela Piltz [FDP]: Länger!)

Bis dahin wird – so sage ich einmal voraus – diese Koalition mit diesem Innenminister und auch den Innenpolitikern der SPD ihre Pflicht tun

(Gisela Piltz [FDP]: Uns bleibt auch nichts erspart!)

und versuchen, das umzusetzen, was wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben.

Ich nehme die Debatte heute zum Anlass, drei Stichworte zu nennen, die uns beschäftigt haben und die uns in den nächsten neun bis zehn Monaten noch beschäftigen werden. Das sind die Stichworte „innere Sicherheit“, „Integration“ und „Datenschutz“.

In aller Kürze zum ersten Stichwort, zur inneren Sicherheit. Es geht – das spielt auch in der Koalition eine Rolle – um den Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit.

Das beschäftigt uns. Insofern, lieber Max Stadler, würde ich den Zustand der Koalition auch nicht beschreiben, als Kämpfe jeder gegen jeden, sondern als das Ringen um den besten Weg. Da sehe ich allerdings uns und sogar die Opposition in der Verpflichtung. Der Innenminister hat in einer früheren Debatte etwas gesagt, was für mich Richtlinie ist und bleiben wird: Die Freiheitsrechte, die unser Grundgesetz verbürgt, bedürfen des Schutzes durch den Rechtsstaat, durch den freiheitlich verfassten Staat. Sie sind ... ohne Gesetze nicht garantiert. Deswegen ist es notwendig, dass der freiheitlich verfasste Rechtsstaat die Grundrechte schützt.

Wenn wir diese beiden Interessen, um die es geht - Freiheit und Sicherheit -, gegeneinander abwägen, dann kann es nicht sein, dass man sich im Zweifel entweder für die Sicherheit oder für die Freiheit ausspricht. Ich glaube, die richtige Beschreibung ist: Dies sind zwei Seiten derselben Medaille. Das gilt dann auch für die endgültige Verabschiedung eines Gesetzes über das Bundeskriminalamt. Die SPD ist jedenfalls der Meinung, dass wir ein solches Gesetz brauchen.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche SPD?)

Das ist vor drei Jahren so beschlossen worden. Insofern geht es aus meiner Sicht nicht um das Ob, sondern um das Wie. Dazu sage ich dem Innenminister allerdings: Es ist keine Majestätsbeleidigung, wenn von Länderseite gesagt wird: An der einen oder anderen Stelle haben wir durchaus noch Verbesserungsbedarf. - Das wird hoffentlich im Vermittlungsausschuss eine Rolle spielen. Das ist eine Institution, die wir im Grundgesetz vorgesehen haben. Diese soll jetzt bitte schön ihre Arbeit tun, und dann werden wir zum Beispiel darüber reden, ob wir den Richtervorbehalt generell einführen oder ob wir wirklich eine Eilfallregelung brauchen und an dieser Stelle nicht auch generell den Richter einsetzen.

(Gisela Piltz [FDP]: Warum hat die SPD das nicht hier direkt durchgesetzt?)

Die Integration - das zweite Stichwort - ist eine Erfolgsgeschichte; daran möchte ich erinnern. Seit 2005

haben wir einen Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen.

Das ist ein Quantensprung in der Integration gewesen. Es gibt seitdem 600 000 Teilnahmeberechtigungen und 200 000 Absolventen dieser Kurse.

Das ist eine enorme Erfolgsgeschichte. Das hat nicht nur mit dem Erlernen der Sprache zu tun, sondern auch damit, dass wir damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Wir ermöglichen damit, dass Menschen, die aus einem anderen Land zu uns kommen oder länger bei uns sind, an unserem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Das bedeutet Sprache.

Insofern freue ich mich über den Zuwachs an Mitteln.

Meine Vorstellung wäre, Herr Innenminister, dass wir dahin zurückkehren, was wir 2005 an den Anfang gesetzt haben, nämlich über 200 Millionen Euro. Das ist eine Zahl, die wir, so glaube ich, verkraften können und die dem Anspruch gerecht wird, den dieses Thema verdient. Integration wird uns nicht nur in diesem und im nächsten Jahr nach Integrationsgipfeln beschäftigen,

sondern nach meinem Verständnis mindestens das nächste Jahrzehnt. Dies muss uns beschäftigen, damit kein sozialer Sprengstoff entsteht, der uns und unsere Gesellschaft auseinanderreißt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittes Stichwort in aller Kürze: der Datenschutz, der uns in den nächsten Wochen intensiv beschäftigen wird. Ich sage für alle, die sich mit dem Datenschutz nicht beschäftigen können: Was jetzt auf dem Wege ist, ist für mich ein enormer Sprung nach vorne. Ich kann nur hoffen, dass der Innenminister das umsetzt, was er am 4. September angekündigt hat. Ich nenne drei entscheidende Stichworte: Wir brauchen eine Einwilligung. Jedes Mal, wenn Daten genutzt werden, wenn mit ihnen gehandelt wird, brauchen wir eine Einwilligung der Betroffenen. Wir wollen Transparenz schaffen. Wir brauchen einen Überblick, was mit den Daten geschieht. Wir wollen die Wirtschaft dazu bringen, dass sie sich einer Überprüfung unterzieht. Das nennen wir Audit. Diese drei Stichworte sind enorm wichtig. Ich hoffe, dass sie in den kommenden Verhandlungen tatsächlich erhalten bleiben, Herr Minister; denn das ist das, was ein fortschrittliches Gesetz im Bereich des Datenschutzes mit sich bringen muss.

Es bleibt eine Menge zu tun, lieber Max Stadler. Ich glaube aber, dass die Vorhaben, die gerade im Zusammenhang mit dem letzten Thema, Datenschutz, auf unserer Tagesordnung stehen, eine gemeinsame Anstrengung verdienen. Vielleicht ist sogar eine gemeinsame Anstrengung mit der Opposition möglich; denn der Datenschutz steht jetzt im Mittelpunkt. Nach dem Motto „Pack an“ wollen wir das Thema gemeinsam voranbringen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gisela Piltz [FDP]: An uns hat es nie gelegen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mit meinem ersten Stichwort an die Rede des Kollegen Bürsch anschließen, allerdings nicht ganz so optimistisch enden wie er.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Jedem seine Rolle!)

In den zurückliegenden Monaten hatten wir eine Serie von Datenschutzskandalen. Ich erinnere nur an Lidl, die Telekom und andere. Ihr Ausmaß ist noch nicht absehbar. Dann gab es im September einen sogenannten Datenschutzgipfel. Innenminister trafen sich mit Datenschützern. Bundesinnenminister Schäuble versprach danach: Noch im November wird der Bundestag über ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung beraten und entscheiden können.

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Nein! Das Kabinett! Das ist falsch!)

Ich stelle fest: Der November ist so gut wie zu Ende,

aber noch nicht ein einziger Datenschutzvorschlag der Regierung hat das Plenum erreicht. Ich finde das blamabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke bleibt bei ihrer Forderung: Wir brauchen ein neues Datenschutzrecht, ein Datenschutzrecht, das nicht nur private Verfehlungen ahndet, sondern auch den Staat in seiner Datengier zügelt. Wir brauchen ein Datenschutzrecht, das dem 21. Jahrhundert gerecht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dazu hat die Linke drei aktuelle Forderungen: Wir fordern ein Moratorium für alle elektronischen Großprojekte, die den Datenschutz gefährden können. Dazu gehört auch die elektronische Gesundheitskarte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern, dass die ausufernde Erfassung persönlicher Daten gestoppt wird. Dazu gehört vor allem die Vorratsdatenspeicherung aller Telekommunikationsdaten. Wir fordern, die Datenschutzbeauftragten endlich so auszustatten, dass sie handeln können. Dazu gehören mehr Autonomie, mehr Geld und mehr Personal.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Michael

Bürsch [SPD]: Das ist richtig!)

Stimmen Sie unserem Antrag heute zu, dann können wir einen ersten Schritt gehen.

Zweites Stichwort: BKA-Gesetz. Die Linke hat bekanntlich gegen das BKA-Gesetz gestimmt. Dafür gab und gibt es viele Gründe im Detail. Vor allem aber halten wir das BKA-Gesetz für einen weiteren Schritt auf dem Weg vom demokratischen Rechtsstaat zum präventiven Sicherheitsstaat. Diesen Weg lehnt die Fraktion Die Linke ab. Wenn Bundesländer ihre Entscheidung heute korrigieren - es ist ja richtig, Herr Bundesinnenminister, dass diese damals der Föderalismusreform zugestimmt haben -, dann begrüßt die Linke das. Ich denke, wir sollten als Politikerinnen und Politiker überhaupt gelegentlich zeigen, dass wir Fehler im Nachhinein korrigieren können, wenn wir sie erkannt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit bin ich bei meinem dritten Stichwort: Bundespolizei. Die Bundespolizei wurde und wird in großem Stil umgebaut. Dazu hatten wir hier im Bundestag mehrere Debatten. Ich will sie nicht wiederholen. Ein Grund für die Reform der Bundespolizei war ganz offensichtlich: Sie soll immer häufiger und zahlenstärker zu Auslandseinsätzen geschickt werden. Aktuell sind Einsätze gegen die Piraterie vor Somalia im Gespräch. Über den Sinn dieser Einsätze will ich jetzt nicht sprechen. Mir geht es um etwas Grundsätzliches: Jeder Bundeswehreininsatz im Ausland braucht ein Mandat des Bundestages. Die Bundespolizei braucht dies nicht. Ich halte das für widersinnig. Deshalb fordert die Linke einen Parlamentsvorbehalt des Bundestages auch bei Einsätzen der Polizei im Ausland. Das ist überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit bin ich bei meinem vierten Stichwort: Rechtsextremismus. Wir haben hier jüngst über das Gift des Antisemitismus gesprochen. Wir wissen, auch beim Rechtsextremismus gibt es keinerlei Entwarnung. Allein die Zahl der offiziell registrierten Straf- und Gewalttaten mit einem rechtsextremen Hintergrund ist nicht hinnehmbar.



Entsprechend größer ist übrigens noch die Zahl der Opfer. Der organisierte Rechtsextremismus versucht planmäßig und mit langem Atem, Terrain zu gewinnen, inmitten der Gesellschaft. Das ist eine akute Gefahr für die Demokratie, häufig auch für Leib und Leben. Gemessen daran sind die Bundesprogramme für Vielfalt, Demokratie und Toleranz geradezu leichtsinnig kurzatmig und unzureichend.

Deshalb fordert die Linke, die bestehenden Programme zu überprüfen. Wir müssen mehr denn je auf Prävention statt auf Reaktion zielen. Vor allem müssen die Programme auf Dauer angelegt sein. Das können Sie heute unterstützen, indem Sie unserem Antrag, ein Sonderprogramm einzurichten, zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Helmut Brandt von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Helmut Brandt (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei der Betrachtung des Zahlenwerks des Haushaltes fällt zunächst die augenscheinlich erhebliche Steigerung der Etatmittel für das Bundesinnenministerium um mehr als 10 Prozent auf. Betrachtet man die Zahlen allerdings genauer, so relativiert sich diese Steigerung schnell, und es wird deutlich, dass die tatsächliche Steigerung äußerst moderat ist. Die Kollegin Piltz von der FDP-Fraktion hat jüngst bei der BKA-Debatte und heute wieder moniert, die Etatmittel seien zu gering angesetzt. Insbesondere im Bereich des Bundeskriminalamtes seien nach ihrer Auffassung erheblich mehr Mittel nötig. Ich ermuntere Sie und Ihre Fraktion, im nächsten Jahr bei den Beratungen zum Haushalt 2010 mit dafür zu sorgen, dass hier tatsächlich noch mehr Mittel eingestellt werden.

(Gisela Piltz [FDP]: Ich verhandele gern im nächsten Jahr mit Ihnen über den Haushalt! - Gegenruf des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keine Koalition mit Ihnen!)

Von den insgesamt 554 Millionen Euro, um die der Einzelplan wächst, muss man bei realistischer Betrachtung zunächst die haushaltsneutralen Positionen abziehen.

- Wenn Sie sich weiter unterhalten wollen, kann ich meine Rede gern unterbrechen.

(Gisela Piltz [FDP]: Wir stören doch nicht, oder?)

- Sie stören mich sehr.

Ebenso muss man die Mehrkosten für die Umsetzung der Tarif- und Besoldungserhöhungen abziehen. Wenn man dies alles abzieht, bleiben von den 554 Millionen Euro lediglich etwas mehr als ein Drittel, also nur noch rund 200 Millionen Euro, an Steigerung übrig. Diese verhältnismäßig geringe Steigerung ist aber unabdingbar, um die unbestritten notwendigen Mehrausgaben tätigen zu können. Denn unsere Aufgabe ist es, jedem einzelnen Bürger dieses Landes ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen. Freiheit ist jedoch ohne Sicherheit nicht denkbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Um dieses Ziel zu erreichen, stehen im Haushalt 2009 für die Bundespolizei 206 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Jahr 2008. Hierdurch werden insbesondere die Kosten für die Neuorganisation der Bundespolizei und die Aufwendungen für die Auslandseinsätze gedeckt. Der Stärkung im Bereich der Terrorbekämpfung dient insbesondere die Umsetzung des jüngst vom Parlament verabschiedeten BKA-Gesetzes, wofür im vorliegenden Haushalt die dafür notwendigen Mittel bereits zur Verfügung gestellt werden.

Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung zu dem Verhalten einiger Landesverbände der SPD zu machen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Haben Sie aber gut aufgeschrieben!)

- Ich habe es nicht nur aufgeschrieben, ich weiß es auch so.

Nach den Diskussionen, die sich hier im Parlament über anderthalb Jahre hingezogen haben, nach umfangreichen Sachverständigenanhörungen und intensiver Beratung mit dem Koalitionspartner wurde ein Ergebnis in Form eines Gesetzentwurfes erzielt, der von Herrn Wiefelspütz als Jahrhundertgesetz bezeichnet wurde und dem die große Mehrheit des Bundestages zustimmt. Ich finde es unsäglich, dass dieser Gesetzentwurf nun von einzelnen Landesverbänden, genauer gesagt von einigen Jungsozialisten, infrage gestellt wird.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: So ist es! -

Gisela Piltz [FDP]: Wo ist er eigentlich?)

Ich kann nur die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass wir in den offensichtlich notwendig werdenden Vermittlungsausschusssitzungen rasch zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen. Jeder Tag, der weiter ins Land geht, ohne dass wir dem Bundeskriminalamt die notwendigen Kompetenzen in seinem Kampf gegen den Terror geben, erhöht die Anschlagsgefahr in unserem Land.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Wir zittern alle schon!)

- Ja, zu Recht.

Im Haushalt sind nunmehr auch hinreichend Mittel vorgesehen, um die zugegebenermaßen schwierige Einführung des BOS-Digitalfunks weiter voranzutreiben.

Es darf keine Zeit verloren gehen, wenn wir verhindern wollen, dass unsere Polizeikräfte nur unzureichend ausgestattet sind und nicht mit der technischen Entwicklung Schritt halten können.

Besonders hervorheben möchte ich aber auch die zusätzlichen Mittel von 1,6 Millionen Euro für Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände des Technischen Hilfswerks. Dies unterstreicht unser Anliegen, in diesem wertvollen ehrenamtlichen Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes alles zu tun, um das Technische Hilfswerk auch in Zukunft auf dem gleichen hohen technischen Niveau zu halten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern aller Bereiche - nicht nur des Technischen Hilfswerks - für ihre uneigennützig Arbeit bedanken.

Ebenfalls der Sicherheit dienen die zusätzlich bereitgestellten

3,9 Millionen Euro, die das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik für seine Arbeit im Bereich Kryptografie erhält. Ohne die schnelle Entschlüsselung kodierter Nachrichten von Terroristen ist ein effektiver Kampf gegen den Terror nicht denkbar. Gleiches gilt für den Bereich der organisierten Kriminalität. Ein Thema liegt mir noch besonders am Herzen. Ich spreche von der Notwendigkeit, die Erfolge der Integrationsbemühungen dieser Bundesregierung weiterzuführen.

Die eingeführten Integrationskurse sind ein Erfolgsmodell. Das wurde bereits erwähnt. Durch die erfreuliche Erhöhung der Teilnehmerzahlen werden zusätzliche Mittel benötigt. Dies zeigt, dass das Thema Integration bei der CDU auf Bundes- wie auf Länderebene gut aufgehoben ist. Entscheidend zu dieser positiven Entwicklung hat mein Kollege in Nordrhein-Westfalen, Herr Minister Armin Laschet, als bundesweit erster Landesminister für Integration beigetragen.

(Gisela Piltz [FDP]: Gute Koalition übrigens!)

Der zusätzliche Finanzbedarf für Integrationskurse beträgt rund 19,3 Millionen Euro. Wir meinen, dass das sowohl für die Besucher der Integrationskurse wie auch für unsere Gesellschaft insgesamt gut angelegtes Geld ist. Im Jahr 2009 werden wir uns neben den hier angesprochenen Themen sicherlich auch noch schwerpunktmäßig der Verbesserung des Datenschutzes widmen müssen. Der notwendige Datenschutz darf allerdings nicht dazu führen, dass diejenigen, die in der Vergangenheit redlich mit Daten umgegangen sind und dies in Zukunft sicherlich auch tun werden, durch kriminelle Handlungen Einzelner bestraft werden und hierdurch ganze Geschäftsbereiche mit Hunderttausenden von Beschäftigten in Existenznot gebracht werden.

Schließen möchte ich mit der Feststellung: Der Haushalt bietet die Grundlage dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande auch künftig sicher fühlen können. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir auch mit diesem Haushalt die Freiheit in unserem Lande weiterhin gewährleisten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Einzelplan hat das Wort die Kollegin Dagmar Freitag von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dagmar Freitag (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Kollegin Bettina Hagedorn hat schon darauf hingewiesen, dass im Einzelplan 06 auch die Zahlen der Spitzensportförderung des Bundes zu finden sind. Ich bin froh sagen zu können, dass es sich einmal mehr um einen Sporthaushalt handelt, der sich aus unserer Sicht sehen lassen kann. Wir können erneut einen erheblichen Aufwuchs verzeichnen - und das in Zeiten, wie sie schwieriger kaum sein könnten. Mein ausdrücklicher Dank hierfür gilt den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, insbesondere meiner Kollegin Bettina Hagedorn und dem Kollegen Carsten Schneider, die einmal mehr verlässliche Partner des Sports waren.

(Beifall bei der SPD)

Mein Dank gilt auch Ihnen, Herr Minister Schäuble, sowie Ihrem Kollegen Steinbrück. Ohne Ihre Unterstützung wären wir vielleicht nicht dort, wo wir sind.

Aber auch das Parlament hat seine Hausaufgaben gemacht. Gestatten Sie mir daher bitte einige Anmerkungen zu den finanziellen Mitteln, die wir sozusagen on top ausgehandelt haben. Es ist uns gemeinsam gelungen - allerdings auf Initiative meiner Fraktion -, dafür zu sorgen, dass für die Stiftung Deutsche Sporthilfe einmal mehr 1 Million Euro bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass es hierfür im außerpolitischen Bereich durchaus Widerstände zu überwinden galt. Gestatten Sie mir die persönliche Bemerkung:

Das finde ich ziemlich merkwürdig.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allerdings! Den Banken geben wir viele Milliarden, aber diese 1 Million tut uns richtig weh! Das ist wieder einmal typisch!)

Mit der Förderung unserer Spitzenathletinnen und Spitzenathleten übernimmt die Stiftung Deutsche Sporthilfe eine wesentliche Aufgabe im deutschen Sport.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dafür verdient und bekommt sie auch im Jahre 2009 unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein deutlicher Hinweis: Diese Maßnahme soll und darf kein Signal an bisherige und vor allen Dingen an künftige Sponsoren der Sporthilfe sein, sich jetzt entspannt zurückzulehnen. Nein, die Sporthilfe ist und bleibt unsere gemeinsame Aufgabe.

Mit der Bereitstellung von 400 000 Euro für die Entsendung unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den World Games in Taiwan hat das Parlament ein gewolltes oder ungewolltes Versäumnis von BMI und/oder DOSB geheilt. Wie Sie sehen, betreibe ich keine Ursachenforschung in der Tiefe. Wichtig ist heute die Botschaft an die nichtolympischen Verbände, dass wir ihre Teilnahme an den World Games finanziell sichergestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Olympischen Spiele in Peking sind Geschichte. London 2012 liegt vor uns. Wir hätten uns bei den Olympischen Spielen in Peking in einigen Sportarten, auch in der Leichtathletik, ein besseres Ergebnis gewünscht.

(Gisela Piltz [FDP]: Das ist wohl wahr!)

Mehr Geld sei vonnöten, war anschließend eine der Hauptforderungen. Es stellt sich allerdings die Frage nach der Verwendung zusätzlicher Mittel. So ist zum Beispiel die Bedeutung der Sportwissenschaft unter Fachleuten völlig unbestritten. Unsere Institute, IAT und FES, leisten in den Bereichen der Trainingswissenschaft und der Entwicklung von Sportgeräten anerkannt gute Arbeit. Daher ist es richtig, auch hierfür zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Natürlich geht die sportwissenschaftliche Forschung über den von mir gerade genannten Bereich deutlich hinaus. Die Mitglieder des Sportausschusses, die an der Delegationsreise nach Japan teilgenommen haben, konnten sich dort über den Stellenwert und die enorme finanzielle Förderung der Sportwissenschaft informieren. Ich denke, die Forderung nach mehr Geld ist auch im Hinblick auf den deutschen Sport unverzichtbar. Nur so ist der erforderliche Wissenstransfer zu gewährleisten. Ich bedaure, dass wir uns mit unserem Koalitionspartner nicht über die Förderung einer wegweisenden und auf London 2012 ausgerichteten sportwissenschaftlichen Forschung verständigen konnten, auf ein Projekt, das zuvor die ausdrückliche Unterstützung der Sportsprecher aller Fraktionen bekommen hatte. An dieser Stelle wäre es vernünftig gewesen, dem Sachverstand der Sportpolitiker zu folgen.

In der kommenden Sitzungswoche werden wir uns im Sportausschuss erneut mit dem Thema Sportwissenschaft beschäftigen. Ich sage nicht ohne Grund: Für Eifersüchteleien zwischen den Protagonisten ist kein Platz mehr. Auch im Hinblick auf die Sportwissenschaft muss unser Ziel sein, den vor uns liegenden Weg gemeinsam zu gehen.

Noch eine kurze Anmerkung zum Änderungsantrag der Linken, die Mittel für das Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“ um 18 Millionen Euro zu erhöhen. Hier ist eine interessante Entwicklung zu beobachten: Im vergangenen Jahr haben Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen ebenfalls einen Änderungsantrag zum Programm „Goldener Plan Ost“ eingebracht. Damals forderten Sie eine Erhöhung der Mittel auf „nur“ 10 Millionen Euro, allerdings auch eine Ausweitung des Plans auf alle Bundesländer. Heute greifen Sie noch ein wenig tiefer in die Schatulle und fordern einen Aufwuchs der Mittel auf 20 Millionen Euro, jetzt allerdings ausschließlich für die neuen Bundesländer. Ganz offensichtlich wissen Sie selbst nicht, was Sie wollen. Für solche Anträge – mal so, mal so – können Sie nicht ernsthaft unsere Zustimmung erwarten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06, Bundesministerium des Innern, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen insgesamt fünf Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion

Die Linke auf Drucksache 16/11030? – Wer stimmt dagegen?

– Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist

mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die

Linke auf Drucksache 16/11031? – Gegenstimmen? –

Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung

der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller anderen

Fraktionen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11032? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Zustimmung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11027? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Zustimmung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11028? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt II.7:  
Einzelplan 16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
- Drucksachen 16/10415, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Bernhard Schulte-Drüggelte

Andreas Weigel

Ulrike Flach

Michael Leutert

Anna Lührmann

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Ulrike Flach von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundesumweltminister hat im nächsten Jahr so viel Geld zur Verfügung wie noch nie irgendein Umweltminister vor ihm,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

nämlich 1,4 Milliarden Euro. Und die Koalitionsfraktionen waren auch noch so gütig und haben noch 94 Millionen Euro obendrauf gelegt. Dieses Geld stammt aber zu mehr als einem Drittel aus den Einnahmen aus dem Verkauf der Emissionszertifikate. 460 Millionen Euro der insgesamt 900 Millionen Euro Einnahmen landen beim Umweltminister.

Das sind die haushalterischen Fakten, und hier teilen sich dann auch die politischen Welten. Sie, Herr Gabriel, verteilen die Einnahmen aus der Veräußerung von Verschmutzungsrechten nach Gutsherrenart und ihrem politischen Gusto, die FDP gibt den Bürgern das Geld zurück.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Bürger mit den 900 Millionen Euro entlasten, indem wir die Stromsteuer absenken.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Opposition!)

Herr Minister, man kann eben nicht mit dem Finger auf die Stromkonzerne zeigen, wenn der Staat selbst den Bürgern im letzten Jahr gleichzeitig 6,4 Milliarden Euro Stromsteuer aus der Tasche gezogen hat.

(Beifall bei der FDP)

900 Millionen Euro weniger Stromsteuer, das wäre eine spürbare Entlastung für die Bürger und Unternehmen und natürlich auch ein Beitrag zur Konjunkturbelebung, über die wir heute Morgen ja so heftig gestritten haben.

Sie, Herr Gabriel, sagen uns dagegen, dass Sie die Einnahmen für den Klimaschutz verwenden. Der Haushaltsausschuss war bereits so misstrauisch - und zwar über alle Fraktionsgrenzen hinweg -, dass er Ihnen auferlegt hat, jedes Projekt mit einem Umfang von über 5 Millionen Euro vorher dem Ausschuss vorzulegen. Ich habe mir dann den Spaß gemacht, die Projekte mit einem Umfang von unter 5 Millionen Euro auch noch einmal extra abzufragen.

Offensichtlich mit Recht: Der Klimaschutz ist bei Ihnen zu einem Nebenprodukt der Industriepolitik verkommen. Viele der Projekte, die Sie im Ausland anschieben, haben wenig Klimaschutzwirkungen, zumal ihre Überprüfung nicht sichergestellt ist.

(Beifall bei der FDP)

In der Vorlage haben Sie so verschämt dazugeschrieben: „enthält auch Elemente der Exportförderung“. Lieber Herr Gabriel, das ist Außenwirtschaftsförderung und hätte an erster Stelle im Haushalt von Herrn Glos und weniger bei Ihnen etwas zu suchen.

Was übrigens den inländischen Bereich betrifft: Das sind Subventionen pur. Ist es wirklich Aufgabe des Staates - fragen die Liberalen -, Pilotanlagen für die Industrie zu finanzieren, wie beispielsweise eine Verzinkungsanlage für Stahlseile oder eine Anlage zur Wiederverwertung von Gummireifen? Ist es Aufgabe des Bundes, für den Flugplatz in Köthen eine Biogasanlage zu finanzieren oder für die Gemeinden dieses Landes Laternen zu sanieren? Warum - das frage ich ganz gezielt die Haushälter der CDU/CSU-Fraktion, die ja so wie wir immer gerne die Auffassung vertreten, Subventionen an dieser Stelle nicht vorzusehen -

(Ulrich Kelber [SPD]: Das kommt immer auf die Gemeinde an, bei beiden!)

erhält Köthen mit einer Einsparung von 3 000 Tonnen im Jahr 777 000 Euro, während für die Verzinkungsanlage bei einer Einsparung von 486 Tonnen aber 1 Million Euro gewährt werden? Das hat doch mit Einsparung von CO2 rein gar nichts zu tun. Das scheint nicht im Zentrum Ihres Handelns zu liegen. Das ist Subvention pur, für wen auch immer, Herr Gabriel.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Kelber [SPD]:

Da sind wir anderer Meinung!)

Fazit: Das Integrierte Klima- und Energieprogramm klingt gut, ist nach Meinung der FDP in seiner Wirkung aber mehr als zweifelhaft. Dies ist umso schmerzhafter, als das von Ihnen selbst in Auftrag gegebene Element des IKEP, die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>, auf die lange Bank geschoben wurde. Hiermit könnte man nach Ihren eigenen Studien immerhin einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 360 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> erzielen.

Aber gerade hier hat die Koalition mit dem Konjunkturprogramm und der unsinnigen und ökologisch

wie ökonomisch wirkungslosen Steuerbefreiung für Neuwagen klimapolitisch gesündigt. Die CSU - wenn ich das richtig verstehe - mit Horst Seehofer an der Spitze will diese Klimaziele, so weich sie auch sind, auch noch aufweichen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Auch der FDPWirtschaftsminister in Bayern will das!)

Der Bundesumweltminister hat seine neue Rolle als Füllhorn der Subventionen gefunden. Ich finde, das ist ein schönes Bild für Herrn Gabriel. Auch sein eigener Wahlkreis wird mit einer 30-Millionen-Spende für entgangene Gewerbesteuerereinnahmen aus dem atomaren

Endlager bedacht. Da frage ich mich, wie viele Regionen es wohl in diesem Lande gibt, die unter ähnlich guten Bedingungen in Zukunft leben könnten. Der Wahlkreis von Herrn Gabriel kriegt es bezahlt, die anderen nicht. Das ist nun wirklich Subvention im eigenen Sinne pur.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Kelber [SPD]:

Wie viele Endlager wollen Sie denn errichten?)

Wer so offen Subventionspolitik als Umweltpolitik verkauft, lieber Herr Kelber, kann mit der Unterstützung der FDP nicht rechnen. Wir werden Ihrem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Andreas Weigel von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Weigel (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahlen sind genannt worden. Das Volumen des Haushalts des Umweltministeriums steigt um 477 Millionen Euro. Allein 460 Millionen Euro gehen in die Klimaschutzinitiative. Gemessen an dem, was wir zurzeit im

Rahmen der Finanzmarktkrise an Mitteln aufwenden, ist das natürlich ein bescheidener Betrag. Aber mit diesem Programm und diesem Geld bringen wir eine durchdachte und, wie ich meine, zukunftsweisende Klimapolitik auf den Weg. Wir zeigen damit, dass wir über die Tagespolitik hinaus Ziele und Themen formulieren, die nachhaltig wirken und Bestand haben.

Wenn ich mir die Presse des heutigen Tages vor Augen halte, dann stelle ich fest, dass es um Themen geht, über die man über den Tag hinaus diskutieren muss und die man nicht dem Populismus preisgeben darf, indem man kurzerhand fordert, bei den Klimazielen, die man sich gesetzt hat, den einen oder anderen Weg nicht mehr einzuschlagen, um zum Beispiel der Automobilindustrie



gegenüber Zugeständnisse zu machen. Ich halte das für außerordentlich problematisch.

(Beifall bei der SPD)

Das Klimaschutzprogramm des Umweltministeriums gibt keine einfachen Antworten. Es gibt aber Lösungen, die, wie ich meine, langfristig durchaus hilfreich und wichtig für unser Land sind.

Im Bereich der industriellen Fragen diskutieren wir über Programme zum Beispiel zur Fernwärmeversorgung, bei der wir im Bereich der CO<sub>2</sub>-Einsparung erhebliches Potenzial haben. Es gibt Projekte, die für unser Land wichtig sind, die Modellcharakter haben und die wir ausweiten müssen. Damit setzen wir durchaus ein Zeichen für unsere Klimaschutzinitiative.

In der ersten Beratung des Haushaltes wurde stark bemängelt, dass wir im Bereich der Klimaschutzinitiative im Jahr 2008 zu wenig getan haben. Frau Flach hat auf diese Kritik hingewiesen, die von ihrer Fraktion mehrfach vorgebracht worden ist. Ich habe mich noch einmal gründlich mit den Zahlen befasst und bin der Überzeugung, dass wir im Jahr 2008 durchaus richtig gehandelt haben. Wir haben aus haushälterischer Sicht seriös und richtig entschieden, zuerst die Programme und damit auch die Förderrichtlinien für die Klimaschutzinitiative zu besprechen und festzulegen, bevor wir dafür Geld zur Verfügung stellen.

Wir haben die Mittel im Sommer dieses Jahres zur Verfügung gestellt, und die Zahlen sprechen für sich. Im Bereich des Marktanreizprogramms sind immerhin 245 Millionen Euro der zur Verfügung stehenden 350 Millionen Euro ausgebracht worden. Für Projekte und Programmdurchführungen wurden 40 Millionen Euro von 70 Millionen Euro ausgebracht. Das ist zwar nicht alles, aber gemessen an dem Zeitraum, den wir zur Verfügung hatten, nämlich insgesamt nur ein halbes Jahr, eine beachtliche Zahl. Das Ministerium mit Sigmar Gabriel an der Spitze hat, wie ich meine, gut und richtig gearbeitet. Wir Haushälter haben eine seriöse und solide Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht bei der Klimaschutzinitiative darum, einzelne Modellprojekte im Inland wie im Ausland anzustoßen und mit diesen Projekten einen deutlichen Multiplikationscharakter zu entwickeln, mit dem wir - ob in China oder Russland, bei der internationalen Klimaschutzinitiative oder auf nationaler Ebene - dazu beitragen, dass sich viele dazu bereit erklären, ebenfalls ähnliche Projekte auf den Weg zu bringen. Das hat nichts mit Subventionen zu tun; es sind vielmehr Vorreiterprojekte, die für uns, unser Land und die Klimaschutzinitiative wichtig sind, weil sie die eingesetzten Mittel deutlich verstärken. Ich glaube, dass wir im Jahr 2009 mit insgesamt 600 Millionen Euro viel Geld für die Klimaschutzinitiative zur Verfügung haben. Insgesamt werden 460 Millionen Euro der 600 Millionen Euro im Haushalt des Bundesumweltministeriums eingeplant. 140 Millionen Euro gehen an andere Ministerien. Das ist im Kabinett so beschlossen worden. Ich glaube, diese Entscheidung ist für das Jahr 2009 grundsätzlich richtig. Aber wir müssen

darauf achten, dass andere Ministerien, die Geld aus der Klimaschutzinitiative erhalten, diese Mittel auch tatsächlich für eine konzertierte Klimaschutzinitiative des Bundes einsetzen, statt sie für eigene Projekte zu verwenden, die nicht abgestimmt sind. Ich plädiere für eine intensive Abstimmung in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden im nächsten Jahr genau darauf achten, ob die Abstimmung erfolgt. Andernfalls müssen wir uns sicherlich noch einmal damit befassen. Ich bin der Auffassung, dass die Verantwortung für den Haushalt und damit auch für die Klimaschutzinitiative beim Bundesumweltministerium liegt.

Ein weiteres großes Thema für den Haushalt 2009 ist die Übernahme des Schachtes Asse als Endlager. Wir haben die Mittel aus dem Bundesministerium für Forschung und Entwicklung an den Haushalt des Bundesumweltministeriums übertragen. Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, dass das Ministerium die Lösung der Endlagerproblematik Asse ordentlich und seriös angehen

kann. Wir wissen aber schon heute genau, dass diese finanzielle Grundlage von fast 90 Millionen Euro, die wir eingesetzt haben, nicht ausreichen wird. Wir werden im kommenden Jahr sehr intensiv darüber diskutieren, wie hoch die finanziellen Aufwendungen sein werden, die wir für den Schacht Asse erbringen müssen. Ich plädiere sehr dafür, dass diese Aufwendungen nicht zu zusätzlichen Lasten für das Bundesumweltministerium werden, sondern aus dem Gesamthaushalt finanziert werden.

Ich glaube, dass wir mit dem Haushaltsentwurf 2009 eine solide Grundlage geschaffen haben, insbesondere im Hinblick auf die internationale Klimaschutzinitiative, die an die Ergebnisse von 2008 anknüpft und hoffentlich in den nächsten Jahren ihre Wirkung entfalten wird. Ich möchte mich bei allen Berichterstatterern zu diesem Thema, beim Bundesumweltministerium und bei allen anderen bedanken, die an der Vorbereitung mitgewirkt haben. Ich wünsche dem Ministerium viel Kraft, Glück und Erfolg bei der Ausbringung der Mittel im Jahr 2009.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Leutert von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Minister, ich habe eine sehr wichtige Frage an Sie.

Man kann das Bundesumweltministerium nicht losgelöst von den anderen Ministerien betrachten, sondern nur im Zusammenhang. Frau Flach hat schon daran erinnert:

Als es im Haushaltsausschuss um das Klimaschutzprogramm ging, haben die Koalitionsfraktionen peinlich genau darauf geachtet, dass der Verkehrs- und der Wirtschaftsminister eingebunden sind. Es ging so weit, dass sogar 100 000-Euro-Projekte im Haushaltsausschuss behandelt und abgesegnet werden mussten. Meine Frage lautet nun: In dem Klimaschutzprogramm geht es um die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Waren Sie ebenfalls in

die Beratungen über das milliardenschwere Konjunkturprogramm eingebunden, durch das der CO2-Ausstoß mit Millionen gefördert wird?

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Es müssen Kabinettsmitglieder darüber abstimmen!)

- Ich möchte genau das wissen. Es gab Verstimmungen zwischen Herrn Glos und der Kanzlerin, ob er bei der Bewältigung der Bankenkrise eingebunden werden sollte. Meine Frage richtet sich an Herrn Gabriel. Wenn man den Haushaltsentwurf 2009 einschließlich des Konjunkturprogramms betrachtet, dann kann man nur feststellen, dass von Klima- und Umweltschutz beim besten Willen keine Rede mehr sein kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ausgangslage war: Die Kanzlerin hat sich hier im Haus als Klimaschützerin präsentiert und hat von Notwendigkeiten und moralischer Verantwortung gesprochen.

Sie hat auf der Klimaschutzkonferenz im September letzten Jahres in New York gesagt, der Klimaschutz sei ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und für sie eine moralische Notwendigkeit. Man muss sich die Zahlen genau anschauen und bedenken, dass Ihr Ministerium, Herr Gabriel, eines der zukunftssträchtesten Ministerien sein könnte. Sie haben den höchsten Zuwachs bei den Einnahmen aufgrund der Erlöse aus dem Zertifikatehandel und die höchste Ausgabensteigerung aufgrund des Klimaschutzprogrammes zu verzeichnen.

Vor einem Jahr hat sich die Summe 400 Millionen Euro vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe gewaltig ausgenommen. Immerhin sind es dieses Jahr 460 Millionen Euro. Aber diese Summe nimmt sich vor den milliardenschweren Konjunkturprogrammen geradezu lächerlich aus. In diesen Programmen spielt der Klimaschutz keine Rolle. Ich darf daran erinnern, dass im Rahmen des Konjunkturprogramms 550 Millionen Euro allein für den Bau von Autobahnen und Bundesfernstraßen an Direktinvestitionen ausgegeben werden. Das sind 90 Millionen Euro mehr als für das Klimaschutzprogramm.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wie viel hat Ihre Partei für den Straßenbau vorgeschlagen? Milliarden, zusätzlich Milliarden!)

Die Kfz-Steuer wird unter bestimmten Umständen ganz einkassiert. Lediglich 5 Millionen Euro werden für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm bereitgestellt. Deswegen frage ich Sie: Wie waren Sie in die Verhandlungen eingebunden?

Man fragt sich, wo die kreativen Gedanken zur Umweltpolitik geblieben sind, von denen man so viel gehört hat. Wo sind die ergriffenen Chancen? Wo ist die nachhaltige Investitionspolitik in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz? Optionen gäbe es zuhauf. Ich erinnere an die CO2-Gebäudesanierung, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, den Ausbau der Stromnetze, die Forschung im Bereich der regenerativen Energien oder den Ausbau des Schienennetzes.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Wir haben uns in letzter Zeit oft mit dem Schienennetz befasst. Dafür sind lediglich 170 Millionen Euro an Direktinvestitionen vorgesehen. Es ist wirklich unglaublich:

Die Bahn kümmert sich derzeit nur um den Börsengang

und die Bonizahlungen, aber um die Verkehrsanbindung kümmert sich die Bahn nicht.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Unsinn!)

Ich möchte dafür ein Beispiel nennen. Chemnitz ist nach allen Prognosen ein aufstrebender Wirtschaftsstandort, Chemnitz hat eine viertel Million Einwohner, aber Chemnitz ist die einzige Stadt in Deutschland in dieser Größenordnung, die nicht an das ICE-Netz angeschlossen ist. Wenn Sie das nachprüfen wollen, können Sie sich gerne mit dem Wirtschaftsminister von Sachsen, Ihrem Parteikollegen Herrn Jurk, unterhalten. Der hat genau dies heute in der Freien Presse moniert. Im Übrigen ist nicht nur Chemnitz vom Fernverkehr abgekoppelt, sondern ganz Sachsen. Man kommt mit dem ICE nicht von der Bundeshauptstadt in die Landeshauptstadt Dresden. Nach Chemnitz führt nicht einmal eine Direktverbindung der Deutschen Bahn.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn diese schwarz-rote Regierung jetzt Milliarden in die CO<sub>2</sub>-Schleuder Auto investiert, dann ist das Klimaschutzprogramm das Papier nicht wert, auf dem es steht. Herr Minister Gabriel, wenn die anderen Ministerien, ohne sich mit Ihnen abzusprechen, so viele Millionen in den Straßenverkehr investieren können, Sie aber auf der anderen Seite für jede Million, die Sie für den Klimaschutz ausgeben wollen, das Okay von Wirtschafts- und Verkehrsminister einholen müssen, dann würde ich mir an Ihrer Stelle den Kopf darüber zerbrechen, wie hoch der Stellenwert des Klimaschutzes bei der Kanzlerin tatsächlich ist. Meine Fraktion kann jedenfalls unter diesen Bedingungen diesem Haushalt auf gar keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Bernhard Schulte-Drüggelte von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Natürlich haben die Ereignisse auf den Finanzmärkten den Bundeshaushalt verändert. Das ist selbstverständlich. Aber ich möchte eines ganz deutlich sagen: Trotz der Finanzkrise wird beim Klimaschutz nicht gespart. Das noch einmal klar zu Ihnen von der Opposition!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Zahlen wurden genannt. Es handelt sich um einen Haushalt von 1,4 Milliarden Euro für 2009. Das sind über 570 Millionen Euro mehr als 2008. Daran sieht man die Bedeutung dieses Haushalts.

Es ist auch zu einer Verstetigung gekommen. Darüber haben wir in der letzten Zeit sehr oft diskutiert. Es kam zu einer Verstetigung bei klimaschützenden Programmen. Als Beispiel nenne ich das Marktanreizprogramm. Schon im letzten Jahr wurden die Mittel dafür erhöht, aber jetzt haben wir auch die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut sind, verbessert. Befristungen wurden abgeschafft, was deutlich zeigt, dass das Marktanreizprogramm keine befristete Aufgabe ist. Vielmehr ist und bleibt die Förderung der erneuerbaren Energien eine

Daueraufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte etwas zum Naturschutz sagen. Es ist der Bundesregierung gelungen, im Rahmen der G-8-Präsidentschaft das Thema Biodiversität ganz oben zu platzieren.

Bei der Vertragsstaatenkonferenz in Bonn ist ein weltweiter Aufbruch zum Schutz der Natur gelungen,

(Beifall bei der SPD)

und die Regierung hat eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Nach

15 Jahren!)

Deshalb ist es auch richtig, dass wir dahinterstehen, und deshalb ist es richtig, dass das Bundesamt für Naturschutz in diesem Bereich personell verstärkt wird.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau!)

Ich möchte einen Punkt ansprechen, bei dem wir besonders verantwortungsbewusst sein müssen, nämlich

die Endlagerung radioaktiver Stoffe. Die Linke stellt

während der Haushaltsberatungen immer wieder Anträge

mit dem Standardsatz: Die Linke lehnt die Einrichtung

des Endlagers Konrad ab. Dann gibt es eine Presseerklärung

mit dem Inhalt, die Asse müsse ausgeräumt

werden. Ich glaube, das war die von Herrn Hill. Man

muss den Menschen deutlich sagen, dass die Abfälle da

sind,

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Man wird das

doch noch deutlich sagen können!)

natürlich aus Atomkraftwerken, aber auch aus der Industrie, der Forschung und der Medizin.

Im Augenblick wird über verschiedene Optionen des

Zurückholens diskutiert. Wenn man vorschnell das Ausräumen

fordert, dann stellt sich die Frage: Wohin soll

denn ausgeräumt werden? Da bleibt doch nur das Endlager

Konrad. Sie sind doch völlig auf dem falschen

Dampfer, wenn Sie beides nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Michael Leutert [DIE LINKE]: Aber Sie wissen,

dass Sie das jahrelang als Forschungslager

vorgesehen haben?)

Eine konstruktive und verantwortungsvolle Politik

- ich hoffe, Sie kennen diese Begriffe überhaupt - sieht

ganz anders aus.

Ich möchte darauf zu sprechen kommen, dass die Forschungsministerin

und der Umweltminister eine Lösung

für die Probleme der Asse erarbeitet haben.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wäre schön und

nachhaltig!)

Das Ergebnis fließt in diesen Bundeshaushalt ein, Frau

Flach. Das Umweltministerium übernimmt die finanzielle

und personelle Verantwortung. Mittel aus dem Forschungshaushalt

werden in den Umwelthaushalt umgeschichtet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des

Bergwerks werden von dem neuen Betreiber übernommen.

Auch das ist, finde ich, richtig und wichtig. Zusätzlich

werden über 4 Millionen Euro investiert und 80 neue

Stellen beim Umweltministerium und beim Bundesamt

für Strahlenschutz geschaffen. Das ist ein starkes Signal,

dass die Sorgen der Menschen ernst genommen werden

und dass jetzt zügig an einer Lösung gearbeitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte sagen, was für mich bei den Endlagern an erster Stelle steht: die Sicherheit.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Für uns auch!)

Ich möchte die Frage stellen, ob sich der Bund an Unternehmen, die Endlager bauen oder betreiben, stärker beteiligen sollte. Dadurch würden viele Probleme, die jetzt noch da sind, gelöst.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Damit die Atomindustrie noch an diesem Müll verdient!

Na klar, große Klasse!)

- Sie sind zwar Hauptberichterstatter, aber das haben Sie gerade nicht verstanden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Herr Leutert, das haben Sie wirklich nicht verstanden!)

- Ja.

In den vergangenen Wochen haben wir uns sehr intensiv mit dem Rettungspaket für den Finanzmarkt beschäftigt; deshalb möchte ich auch das noch ansprechen. Wir haben in den Debatten klargestellt: Da geht es nicht um einen Rettungsschirm für Banken oder Banker; dieser Schirm soll vielmehr dazu dienen, die Sparerinnen und Sparer nicht im Regen stehen zu lassen. Außerdem soll er dazu dienen, dass die Wirtschaft so stabil wie möglich bleibt. Das ist der Sinn dieser Angelegenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich meine, auch beim Klimaschutz stehen die Menschen im Mittelpunkt. Die Arbeitsplätze haben die höchste Priorität. Auch wenn man das kurzfristig sieht - andere sehen das vielleicht langfristig -, steht das an erster Stelle.

In diesen Tagen wird auf europäischer Ebene über die Zukunft des Emissionshandels verhandelt. Ich freue mich, dass zwischen den betroffenen Ministerien, Umwelt und Wirtschaft, eine Einigung hergestellt worden ist. Ich hoffe, das ist früh genug geschehen; denn besonders die Bereiche Stahl, Papier und Chemie sind gefährdet, je nachdem, was bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene herauskommt. Auch andere Branchen könnten davon sehr betroffen sein, zum Beispiel in meiner Heimat die Zementindustrie. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit auch der energieintensiven Industrien, also derjenigen Industrien, die zwangsläufig einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben, keinen Schaden nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns ist überhaupt nicht geholfen, wenn unsere effizienten, effektiven Industrien mit möglichst geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch bestimmte Maßnahmen dazu gezwungen werden, ihren Standort zu verlagern.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt!)

Davon hat das Klima in der Welt überhaupt nichts, und wir haben hier nur Nachteile. Deshalb wünsche ich der Bundesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel sehr viel Erfolg.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Ulrich Kelber [SPD]: Man darf Lobbyisten nicht alles glauben!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Hans-Josef Fell von Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wir müssen alles tun, um das Klimaproblem zu lösen“ – ein richtiger und wichtiger Satz, den ich häufig von Kanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel hörte. Ich frage mich aber, warum Sie dann nicht alles tun, um das Klimaproblem zu lösen, Herr Umweltminister. Der Neubau von Kohlekraftwerken zementiert den Ausstoß klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen über Jahrzehnte. Gemeinsam mit der Kanzlerin kämpfen Sie in Brüssel dafür, dass deutsche Autos auch in Zukunft möglichst viel Sprit saufen dürfen. Die deutsche Automobilindustrie wird aber doch nicht am Spritschlucker genesen.

Die Spitze der Uneinsichtigkeit kommt gerade vom neuen bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Seehofer. Er hat allen Ernstes behauptet, dass Jobs wichtiger seien als Klimaschutz. Er übersieht, dass Klimaschutz Arbeitsplätze schafft.

Haben Sie, Herr Seehofer, Frau Merkel, Herr Gabriel, immer noch nicht begriffen, warum General Motors, der ehemals größte Automobilkonzern der Erde, aktuell vor dem Konkurs steht und seit Monaten Zehntausende von Arbeitslosen produziert? Jahrzehntlang haben die Konzernmanager ökologische Grundsätze missachtet. Sie haben übersehen, dass wegen der Endlichkeit der Erdölressourcen die Preise so stark steigen werden, dass viele Menschen den Sprit für die klimazerstörenden Autos gar nicht mehr bezahlen können. Was wir endlich brauchen, sind erdölfreie Null-Emissions-Autos und eine klare politische Unterstützung dafür statt halbherziger Maßnahmen der Großen Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der neu gewählte Präsident der USA, Barack Obama, hat dies klar erkannt. Er stellt in den Mittelpunkt seines Konjunkturprogramms: Schulen und erneuerbare Energien. Das ist richtig so; dies sind genau auch die grünen Vorschläge.

Auch im heute zu verabschiedenden Umweltetat können wir erkennen, dass die Große Koalition nicht alles tut, um Klimaschutz zu leisten. Es ist ein Etat, der hohe Altlasten aus den Atomenergiesünden der Vergangenheit zu bewältigen hat, der nur halbherzig die Chancen der erneuerbaren Energien aufgreift und der immer noch am alten, fossilen Energiesystem festhält.

Im Bundeshaushalt 2009 soll allein für die Endlagerung in der Asse mit 90 Millionen Euro fast das Dreifache der Mittel für die Windenergieforschung – sie soll vom BMU gerade mal 35 Millionen Euro erhalten – ausgegeben werden. Angesichts der Kostenentwicklung ist anzunehmen, dass allein für die Asse bald mehr Mittel ausgegeben werden als für die Erforschung aller erneuerbaren Energieträger zusammen. Wenn wir die gesamten Energiekosten der alten Atomanlagen und der Endlager zusammenrechnen, wird klar: Für die Bewältigung der atomaren Vergangenheit zahlen wir bereits heute ein Vielfaches der Mittel, die wir für Forschung und Entwicklung

sämtlicher erneuerbaren Energien und Einspartechnologien zusammen ausgeben. Und dann reden

Sie von der Union immer noch von billiger Atomenergie!

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ja!)

Die Atomkonzerne hingegen drücken sich weitgehend um ihre Verantwortung. Die gleichen Konzerne wollen ihre Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren mit Milliarden subventionieren lassen. Bundeswirtschaftsminister Glos hat bereits 1,7 Milliarden Euro zugesagt. SPD und Union setzen dabei blind auf eine Kohletechnologie, die heute noch nicht einmal zur Verfügung steht.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Haben Sie schon mal was von Grundlast gehört?)

Sie kehren die Probleme in Machbarkeitsutopien für sogenannte saubere Kohle unter den Boden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Real stoßen auch die neuen Kohlekraftwerke Millionen von Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre, und daran ändern auch die PR-Konferenzen von Vattenfall nichts. Der Umweltminister und der Finanzminister setzen stattdessen auf Steuererhöhungen für reine Biokraftstoffe, die wesentlich ökologischer hergestellt wurden als die Biokraftstoffe, die von den Mineralölkonzernen im Hinblick auf den Beimischungszwang benötigt wurden; dafür wurden Urwälder abgeholzt, und das kann nicht das Ziel sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Besteuerung der reinen Biokraftstoffe haben Sie eine wichtige ökologische Alternative zum Erdöl im Keim zerstört - und gleichzeitig Tausende heimische Arbeitsplätze im Mittelstand. Das ist Ihre Antwort auf die Rezession.

Wer heute noch auf Erdöl setzt, sei es in der Automobilindustrie oder im Heizungsbau, dem ist nicht zu helfen. Über die vielen Millionen Euro, die Umweltminister Gabriel dazu missbraucht, dass aus dem Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien stinknormale Ölbrennwertkessel subventioniert werden, freuen sich nur die Mineralölkonzerne; das schadet den Verbrauchern - über hohe Energiekosten - und dem Klima.

Anstatt auf knappe Energieträger und veraltete Technologien zu setzen, müssen wir bis 2030 unsere Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Das ist realistisch und möglich, allen Argumenten der Energiekonzerne zum Trotz. Wenn wir dies anstreben, tun wir im Energiesektor wirklich alles, um das Klima zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst das Wichtigste machen, nämlich mich bei den Koalitionsfraktionen dafür bedanken, dass sie etwas



mitgemacht haben, was nicht selbstverständlich ist.

(Jan Mücke [FDP]: Aha! Das ist das Wichtigste?)

Dass in einer solchen Situation die Große Koalition – Sie wissen, Geld macht bekanntlich sinnlich – die Einnahmen aus dem Emissionshandel jedenfalls zum ganz überwiegenden Teil dem Bundesumweltministerium für Klimaschutzpolitik zur Verfügung gestellt hat, zeigt, dass die Große Koalition bereit ist, sich im Umweltsektor und in der Klimaschutzpolitik große Ziele zu setzen. Diese hat sie ja auch zum Teil schon erreicht. Vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie hierzu bereit waren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bedanke mich auch in aller Offenheit dafür, dass Sie akzeptiert haben, dass die Wahrnehmung immer weiterer Aufgaben zum Beispiel bei der Chemikaliensicherheit und der Reaktorsicherheit bedingt, dass der Personalabbau in einer Reihe unserer Behörden nicht fortgesetzt werden kann, sondern es im Gegenteil nötig ist, zusätzliches Personal bereitzustellen. Auch das ist in solchen Zeiten nicht selbstverständlich. Ich glaube, dass man auch als Minister und Teil der Regierung an dieser Stelle dem Parlament zu danken hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber im Wesentlichen ein paar der Scheinargumente aufgreifen, die eben Herr Fell und Herr Leutert vorgetragen haben. Ich fange einmal mit Herrn Leutert an. Ich akzeptiere, dass nicht jeder den Unterschied zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Barmitteln kennt, aber ein Mitglied des Haushaltsausschusses sollte diesen kennen.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüssel [CDU/CSU])

Im Haushalt, Herr Leutert, steht – das stimmt –, jeweils plus 1 Milliarde in 2009 und 2010 für die beschleunigte Umsetzung von Verkehrsinvestitionen. Das sind, wie wir beide wissen, seit wir die Grundschule besucht haben, wie viel zusammen? 2 Milliarden Euro. Was steht weiterhin dort? Plus 3 Milliarden Euro in 2009 und 2010 für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Sie haben eben der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag schlicht Unfug erzählt, es sei denn, Sie sind der Meinung, dass 3 Milliarden weniger sind als 2 Milliarden. Dann allerdings müsste ich die Vermutung, Sie hätten die Grundschule besucht, doch noch revidieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Abg.

Michael Leutert [DIE LINKE])

– Nein, der Unterschied, den Sie nicht erkannt haben, ist der Unterschied zwischen Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen. Aber vielleicht kann man das im Haushaltsausschuss noch einmal in Seminarform nachholen.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Ich habe bewusst von Direktinvestitionen gesprochen!)

– Ja, gut, okay. Versuchen Sie, es noch einmal zu überprüfen. Weiterhin sagten Sie, im Konjunkturprogramm stehe nichts drin. Ich antworte Ihnen: Unter anderem steht da drin:

Zusätzliches KfW-Finanzierungsinstrument mit einem Volumen von 15 Mrd. Euro.

Dazu zählt zum Beispiel die Absicherung der hohen Investitionen

in Offshore-Windparks, deren Betreiber natürlich auch in Schwierigkeiten geraten sind. Ich kann das noch ein bisschen fortsetzen. Ich wollte nur einen Hinweis darauf geben, dass das Halten einer schlanken Rede nicht unbedingt zwingend etwas mit der Realität zu tun hat.

Nun komme ich zu den Ausführungen des Kollegen Fell. Neben allen notwendigen Unterschieden möchte ich Ihnen insbesondere sagen, dass ich glaube, dass Sie zu den Rednern des Deutschen Bundestages gehören, die das EU-Klima- und Energiepaket auf internationalen Veranstaltungen - hier treten Sie ja auch als Redner auf - massiv hintertreiben und damit dazu beitragen, dass unsere Verhandlungen über den Emissionshandel kaum öffentliche Unterstützung erfahren. Im internationalen Bereich fordern Sie sogar das Gegenteil dessen, wozu wir aufgefordert wurden, uns weltweit in Verhandlungen einzusetzen, nämlich die Durchsetzung eines starken Emissionshandels. In Ihren Redebeiträgen erwähnen Sie den Emissionshandel mit keinem einzigen Wort. Ich weiß auch, warum. Würden Sie den Emissionshandel erwähnen, würde sich Ihre Kohlediskussion in Luft auflösen, und zwar in schlechte.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ein starker Emissionshandel begrenzt die Emissionen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und lässt neue Kohlekraftwerke zu!)

Ich weiß, dass Sie gerne vergessen machen wollen, dass während der Zeit, in der Ihre Partei an der Regierung beteiligt war, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um ganze 2 Millionen Tonnen gesenkt wurden. Dagegen haben wir sie bis zum 1. Januar 2008 um fast 60 Millionen Tonnen gesenkt. Der Emissionshandel führt dazu, dass die Zahl der Kohlekraftwerke keine Auswirkungen auf die Menge der CO<sub>2</sub>-Emissionen hat, sondern nur auf den Preis von CO<sub>2</sub>. Darüber wollen Sie nicht mehr reden. Sie möchten das verschweigen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, wir wollen die Kohle ersetzen!)

Ich sage Ihnen: Würden wir das tun, was Sie wollen - leider setzen Sie sich dafür ja öffentlich international ein -, würden wir das europäische Klima- und Energiepaket wirklich gefährden. Sie gehören nicht mehr zu den Verteidigern des europäischen Klima- und Energiepakets.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch völlig absurd!)

- Doch, sonst würden Sie das Wort „Emissionshandel“ ja einmal in Ihren Reden aussprechen. Das tun Sie nicht, stattdessen führen Sie eine Schein-Kohledebatte, die mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie arbeiten doch mit neuen Kohlekraftwerken!)

Zweitens. Derzeit verhandeln 27 Mitgliedstaaten über CO<sub>2</sub> und Pkw. Ich sage Ihnen, wir kommen zu einer Regelung. 120 Gramm CO<sub>2</sub> sind ab 2012 die Obergrenze.

Wir streiten nun noch über die Frage, ob es im Jahr 2012 65 Prozent oder 100 Prozent der Pkw sind. Spätestens

2015 sind es 100 Prozent. Sie wollen doch nicht ernsthaft sagen, dass eine möglichst kostensparende Einführung in der Automobilindustrie das Klimaproblem schafft?

Ich verstehe den Ärger darüber, dass man das nicht früher gemacht hat. Unterschätzen Sie aber nicht, welche Bedeutung es hat, dass wir gerade beschließen, im Jahr 2020 95 Gramm vorzugeben, also der Industrie zu sagen, wo sie hin soll. Es gibt 27 Mitgliedstaaten, wodurch es einige Schwierigkeiten gibt.

Wenn Sie für eine Erdölfreiheit eintreten, dann müssen Sie entscheiden, wofür Sie sind. Sind Sie für Biokraftstoffe oder - wie in anderen Reden im Bundestag - dagegen?

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für ökologische Biokraftstoffe!)

Wir setzen auf die Steuerfreiheit der zweiten Generation von Biokraftstoffen bis zum Jahr 2015. Das müssten Sie doch wissen. Wir reden aber nicht über die Rapsmühle des Bäuerleins,

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Fehler!)

sondern wir reden über Hochtechnologie. Das ist eben nicht unser Fehler. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Konkurrenz zwischen Tank und Teller nicht immer weiter ausbreitet. Sie verschweigen völlig, dass die Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsverordnung beschlossen hat und dass die Europäische Union gerade dafür sorgt, dass diese europaweit eingeführt werden soll, damit der billige Import von Palmöl und Sojaöl aufgrund der Abholzung von Regenwäldern nicht stattfindet. All das verschweigen Sie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sind immer präzise bei 50 minus 1 Prozent der Wahrheit unterwegs. Sie liegen stets 1 Prozent unter der Hälfte der Wahrheit. Ich finde, das muss man im Deutschen Bundestag einmal sagen.

Das gilt auch für die Debatte, die Sie über die Frage führen, wofür wir eigentlich Geld ausgeben. Sie haben gerade behauptet, das Bundesumweltministerium würde im Marktanreizprogramm für Öl-Brennwertkessel Geld ausgeben. Sie verschweigen hier, dass dies nur in Kombination mit erneuerbarer Wärme funktioniert und dass dies das einzige nachgefragte Programm in der Altbausanierung ist, das im Handwerk Jobs erhält und dazu führt, dass wir unabhängiger von Erdöl und Erdgas werden. Das ist wieder weniger als die Hälfte der Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist Ihre Politik, weil das für Sie die einzige Chance ist, öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen. Sonst müssten Sie zugeben, dass Sie froh wären, wenn Sie in Ihrer Regierungszeit auch nur die Hälfte dessen erreicht hätten, was die Große Koalition hier erreicht hat. Das ist eigentlich das, was Sie aufregt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Zurufe von der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe das, ich habe dafür ein gewisses Maß an kollegialem Verständnis. Sie müssen aber damit rechnen,

dass Ihnen widersprochen wird.

Zu der Bemerkung der Kollegin Flach möchte ich sagen: Der Bundeshaushalt beinhaltet im Bereich der Klimapolitik eine Steigerung von rund 800 Millionen Euro im Jahr 2005 auf jetzt über 3 Milliarden Euro. Vor allem aber steigert er im Umweltschutzbereich die Ausgaben von 4 Milliarden Euro auf 5,5 Milliarden Euro. Im Bundesumweltministerium liegt hierbei der größte Anteil im Marktanzreizprogramm. Ich wundere mich darüber, wie eine Vertreterin einer angeblich wirtschaftsfreundlichen Partei darüber spricht. Dieses Marktanzreizprogramm hat zur Folge, dass im nächsten Jahr im Bereich von Klimaschutz und Energieeffizienz eine Investition von 4 Milliarden Euro erfolgt. Das sind 4 Milliarden Euro in den Haushalten in Deutschland. Das ist ein massives Programm. Die Deutsche Bank sagt, dass dies das größte Programm zur Stabilisierung der Beschäftigung im Handwerk ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Von daher verstehe ich Ihre Kritik an diesem Punkt nicht. Zu einer Steigerung der Mittel des Bundesumweltministeriums auf mehr als das Doppelte und zu einer Steigerung der Mittel für Klima- und Umweltschutz im Bundeshaushalt um rund 40 Prozent kann man schon sagen, dass dies ein großer Erfolg der Großen Koalition ist. Das gilt jedenfalls dann, wenn der Haushalt in Zahlen gegossene Politik ist.

(Jan Mücke [FDP]: Oh je!)

Ich glaube, dass wir als Große Koalition mit den rund 30 Gesetzen und Verordnungen zum Klimaschutz, mit dem Erreichen und zum Teil Übertreffen der deutschen Klimaschutzziele im Kioto-Protokoll bereits im Jahr 2010, mit einem Minus von 36 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rahmen des Integrierten Klima- und Energieprogramms, mit dem EEG, mit dem Wärme-EEG, mit der Kraft-Wärme-Kopplung, mit der Energieeinspeiseverordnung und mit vielem anderen mehr zu Recht sagen können: Deutschland ist europaweit und international das einzige Land, das es geschafft hat, damit zu beginnen, seine ehrgeizigen Ziele in tatsächliche Politik umzusetzen. Ich sage nicht, dass das das Ende dessen ist, was wir erreichen müssen. Ich sage nicht, dass wir nicht noch mehr tun könnten. Ich sage nicht, dass wir damit in Zukunft zufrieden sein können. Gelegentlich muss man aber denen, die in Bürgerinitiativen und in Umweltverbänden dafür eintreten, dass man solche Politik macht, auch einmal signalisieren, dass ihr Eintreten erfolversprechend gewesen ist und dass sie Mut haben sollen, weiterzumachen, die Politik und die Wirtschaft dazu zu drängen. Man muss ihnen sagen, dass man damit Erfolg haben kann. Wenn man alles immer nur in Grund und Boden redet, macht man den Menschen keinen Mut. Ich finde, es gibt guten Grund, gerade jetzt weiter in Klimaschutz und Effizienztechnologien zu investieren; denn das schafft Arbeitsplätze, sichert nachhaltiges Wachstum und schützt das Leben zukünftiger Generationen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Leutert.

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Minister, meine Schulausbildung war recht gut. Ich habe zehn Jahre die Polytechnische Oberschule und dann das Gymnasium besucht. Ich kann sehr wohl rechnen und auch lesen. Ich möchte daran erinnern: Nicht wir von der Linken sind diejenigen gewesen, die gesagt haben, 0 Prozent Mehrwertsteuererhöhung plus 2 Prozent Mehrwertsteuererhöhung sind 3 Prozent Mehrwertsteuererhöhung, sondern das waren Ihre Regierung, Ihre Koalition, Ihre Fraktionen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Prozentpunkte, nicht Prozent! Das ist ein großer Unterschied!)

So weit zum Rechnen; das können wir ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens zum Lesen. Ich habe nicht von den Ausgaben in diesen Bereichen gesprochen, sondern von den zusätzlichen Ausgaben im Konjunkturprogramm. Dazu gibt es eine Drucksache – die Drucksachenummer reiche ich Ihnen gern nach –, in der ausdrücklich steht: Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung „CO2-Gebäudesanierungsprogramm“ der KfWFörderbank: 0 in 2009, Verpflichtungsermächtigung 580 Millionen Euro; Zuschüsse im Rahmen des Programms zur energetischen Gebäudesanierung „CO2-Gebäudesanierungsprogramm“ der KfW-Förderbank: Ausgaben in Höhe von 5 Millionen Euro in 2009, Verpflichtungsermächtigung ebenfalls 5 Millionen Euro. Das habe ich hier erwähnt und nichts anderes.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zur Erwidern, Herr Minister.

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege Leutert, Sie haben gesagt, dass wir Verkehrsinvestitionen von mehreren Milliarden Euro tätigen würden und dass lediglich 5 Millionen Euro auf zusätzliche Klimaschutzmittel beim Gebäudesanierungsprogramm entfielen. Ich stelle noch einmal fest: Es gibt einen Unterschied zwischen Barmitteln – die für die Verkehrsinfrastruktur aufgewendet werden – und Verpflichtungsermächtigungen; sie betreffen Programme in der Gebäudesanierung, die, wie bisher auch, über acht Jahre laufen. Diese Haushaltssystematik müsste Ihnen klar sein. In den Jahren 2009 bis 2011 sind insgesamt 3 Milliarden Euro mehr für die CO2-Gebäudesanierung vorgesehen. Wenn ich mich richtig an meine Grundschulzeit erinnere, dann sind 3 Milliarden 1 Milliarde mehr als 2 Milliarden. Das wollte ich klarstellen. Sie haben einen Eindruck vermittelt, von dem ich meinte, dass man ihn richtigstellen muss, und ich glaube, das ist auch gelungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Kauch von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP – Ulrike Flach [FDP]:

Jetzt wird es wieder vernünftig!)

Michael Kauch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert: Man konnte den Umweltminister zu den meisten Dingen, die er in Richtung der Grünen gesagt hat, nur beglückwünschen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Er hatte keine Zeit mehr für die FDP!)

Ich bin gespannt, wie Sie als SPD nach der nächsten Bundestagswahl mit einer Fraktion koalieren wollen, die das Klimaprogramm der Europäischen Union hintertreibt. Das war eine sehr starke Aussage, die der SPD zu denken geben sollte.

(Beifall bei der FDP)

Auch inhaltlich hat der Minister natürlich völlig recht, wenn er den Emissionshandel als zentralen Punkt des Klimaschutzprogramms der Europäischen Union darstellt. Wir sollten uns noch einmal klarmachen, was der Emissionshandel bringt. Er bringt eine effiziente Umsetzung der Klimaschutzziele. Vor allem aber – das sollte in dieser Umweltdebatte besonders interessieren – ist der Emissionshandel das einzige Instrument, das qua Definition das Ziel erreicht, weil schlichtweg nicht mehr Emissionsrechte ausgegeben werden, als man für ökologisch verträglich hält. Deshalb ist der Emissionshandel so wichtig für die Umwelt und nicht nur für die Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, wenn wir uns auch beim Thema Pkw etwas stärker konzeptionell Gedanken über den Emissionshandel machten. Denn würden wir den Verkehr in den Emissionshandel einbeziehen, würden die ökologischen Ziele auch hier automatisch erreicht, und wir könnten uns die energieverzehrenden Diskussionen über 120, 125 oder 130 Gramm, die potenziell aus dem Auspuff kommen, sparen; denn dann würde tatsächlich das gedeckelt, was aus dem Auspuff kommt, und zwar je nach Fahrleistung und nicht nur potenziell.

(Beifall bei der FDP)

Die Debatten, die momentan um den Emissionshandel in der Europäischen Union, auch in den Bundesländern, geführt werden, sind zum Teil nicht zielführend. Ich kann verstehen, wenn Bundesländer regionale Interessen haben. Auch mein Bundesland hat regionale Interessen angemeldet. Aber wenn beispielsweise Herr Wulff und Herr Schmoldt davon sprechen, man solle doch bitte die Entscheidung über das Klimapaket der EU verschieben, dann kann ich nur sagen, dass das nicht nur die Klimaschutzziele, sondern auch die Investitionssicherheit deutscher Unternehmen gefährdet.

(Beifall der Abg. Ulrich Kelber [SPD] und Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Denn dieses Paket wird seine Wirkung erst 2013 entfalten. Dann befinden wir uns hoffentlich wieder in einer Aufschwungsphase. Die Unternehmen, die ihre Investitionen für die Zukunft planen, müssen aber schon heute Investitionssicherheit haben. Wenn sie diese Sicherheit jetzt nicht bekommen, dann werden sie die Investitionen verschieben müssen. Das wäre tatsächlich Gift für die Konjunktur.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Was den Emissionshandel angeht, so gibt es momentan

in den Verhandlungen Entwicklungen, die ich aufgrund eines Vergleichs mit den Vorgaben, die der Deutsche Bundestag der Bundesregierung mit auf den Weg gegeben hat, ziemlich negativ finde. Beispielsweise schlägt Frankreich vor, dass 50 Prozent der Mittel aus den Versteigerungserlösen zweckgebunden sein sollen. Das hat nichts mit der Position zu tun, die der Deutsche Bundestag beschlossen hat, nämlich dass über das Versteigerungsaufkommen national entschieden wird. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese deutsche Position im Ministerrat durchsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Umweltpolitik ist mehr als nur Geld ausgeben. Deshalb ist die Tatsache, dass der Haushalt so groß ist wie noch nie zuvor, allein noch kein Beweis für eine gute Umweltpolitik. Man muss sich einmal anschauen, was bei den Dingen passiert, die kein Geld kosten und bei denen das Umweltministerium einfach seine Hausaufgaben machen muss. Sie haben die Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung angesprochen. Wir sind uns hier im Hause einig, dass in Blockheizkraftwerken kein Palmöl eingesetzt werden soll, das auf Flächen angebaut wird, auf denen vorher Regenwald zu finden war. Wir wollen Palmöl, das auf nachhaltige Weise gewonnen wurde. Das ist richtig.

Sie sagen, dass die Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung im Kabinett verabschiedet wurde. Diese Verordnung ist aber nicht in Kraft getreten. Am 1. Januar tritt die EEG-Novelle in Kraft, und dann werden die Blockheizkraftwerke kein Palmöl mehr einsetzen können, weil sie nicht nachweisen können, dass dieses Öl aus nachhaltigem Anbau stammt. Sie treiben die Unternehmen in die Insolvenz, weil Sie es versäumen, hier entsprechende Übergangsregelungen zu treffen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Sie wissen doch, warum sie nicht in Kraft ist! Moratorium durch die EU!)

– Aber dann müssen Sie Übergangsregelungen treffen, wenn die Europäische Union Probleme macht. Das versäumt die Bundesregierung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das mit der Europäischen Union sollten Sie wenigstens erwähnen! Ein bisschen Wahrhaftigkeit!)

Hinsichtlich des CCS-Gesetzes müssen wir noch in dieser Wahlperiode Klarheit schaffen, wie die Pipelines, die das von Kohlekraftwerken abgeschiedene CO<sub>2</sub> aufnehmen sollen, genehmigt werden können. Das ist nicht nur eine Frage der europäischen Verordnung, sondern auch eine Frage nationaler Gesetze. Hier muss die Bundesregierung zumindest skizzieren, wie ein nationales Gesetz aussehen soll, damit wir direkt nach Verabschiedung der entsprechenden europäischen Verordnung das Gesetzgebungsverfahren noch in dieser Legislaturperiode abschließen können. Hier vernachlässigt die Koalition momentan ihre Aufgaben, was die langfristige Sicherung einer CO<sub>2</sub>-armen Kohleverstromung angeht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Marie-Luise Dött von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Jahr 2008 im Umweltbereich eine Vielzahl wichtiger Gesetze beschlossen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz waren für uns Umweltpolitiker sicher die beiden wichtigsten, aber auch die arbeitsintensivsten Gesetzesvorhaben. Ich denke, wir können mit den Ergebnissen unserer Arbeiten durchaus zufrieden sein. Deutschland hat seine Zusagen beim Klimaschutz mit konkreten Maßnahmen umgesetzt. Das, was wir auf Bali angekündigt haben, haben wir auch eingehalten.

Klimapolitik findet nicht nur national statt. Auch Europa hat sich Ziele gesetzt und ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in diesen Wochen zur Entscheidung ansteht.

Europa muss international der Schrittmacher für den Klimaschutz bleiben. Das unterstützen wir nachdrücklich, und in diesem Sinne verhandelt die Bundesregierung in Brüssel.

Allerdings kommt es bei der konkreten Ausgestaltung insbesondere des künftigen europäischen Emissionshandelssystems darauf an, dafür zu sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht Schaden nimmt.

Wettbewerbsnachteile für unsere Unternehmen – egal ob für die Automobilindustrie, die Stromerzeuger oder das produzierende Gewerbe – müssen verhindert werden. Es ist nicht die Zeit, in der Unternehmen zusätzlich Belastungen in Milliardenhöhe aus der Portokasse bezahlen können.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Es ist nicht akzeptabel, dass die Bürger zu den ohnehin hohen Strom-, Wärme- und Kraftstoffkosten weitere Belastungen aus einem unausgewogenen europäischen Klimapaket aufgebürdet bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Minister Gabriel, passen Sie in Brüssel auf, dass Sie in Präsident Sarkozy nicht Ihren Meister in ökologischer Industriepolitik finden!

Meine Damen und Herren, die Aufforderung, eine die Wirtschaft sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unterstützende Klima- und Umweltpolitik zu gestalten, geht nicht nur in Richtung Brüssel. Wir müssen auch in Deutschland dafür sorgen, dass umwelt- und klimapolitische Maßnahmen Innovationen fördern, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland stärken und so Arbeitsplätze sichern und neu schaffen.

Herr Minister Gabriel, Sie erwecken in der Öffentlichkeit immer wieder den Eindruck, als gäbe es hier einen Automatismus: je mehr Umwelt- und Klimaschutz, desto besser für die Entwicklung der Wirtschaft.

(Ulrich Kelber [SPD]: So ist es auch!)

Das mag für einzelne Maßnahmen und die bevorteilten Branchen wie zum Beispiel die erneuerbaren Energien gelten.



(Ulrich Kelber [SPD]: Nein, auch für das Handwerk!)

Diese haben dank der Novelle zum EEG und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes einschließlich des Marktanzreizprogramms hervorragende Entwicklungsbedingungen, auch wenn die für uns alle allerdings nicht ganz billig sind. Aber das Geld ist gut angelegt; wir sind da einer Meinung.

Nur, der Standort Deutschland lebt nicht allein von den erneuerbaren Energien.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Er lebt vom Maschinen-, vom Fahrzeug- und Anlagenbau,

(Ulrich Kelber [SPD]: Genau!)

von der Chemie, vom verarbeitenden Gewerbe und von Tausenden mittelständischen Unternehmen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Für die ist Energieeffizienz gut!)

Wenn Sie in die Unternehmen gehen und sich ansehen, mit welcher Effizienz dort gearbeitet wird, welche Innovationen entstehen und wie ernst Umwelt- und Klimaschutz genommen werden, dann sehen Sie: Es ist eben nicht eine Old Economy, wie Sie sie zu Unrecht gern leichtfertig abtun. Auch wenn sie vielleicht keine Windmühlen oder Solarkollektoren herstellen, müssen wir klima- und umweltpolitische Maßnahmen so ausgestalten, dass diese Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und das Gros der Arbeitsplätze sichern, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Unterstützung erhalten. Zusätzliche Kosten und mehr Bürokratieaufwand durch Umwelt- und Klimaschutz sind Gift für diese Unternehmen, die in einem knallharten internationalen Wettbewerb stehen. Effizienzgewinne, Beschäftigungseffekte, Kostenminderung und Bürokratieabbau müssen wieder stärker Prüfkriterien für Maßnahmen gerade auch im Umweltbereich sein. Das Umweltgesetzbuch ist beispielsweise ein Vorhaben in diesem Sinne. Kürzere, einfachere Genehmigungsverfahren für Investitionen mit weniger Bürokratie und weniger Zeitaufwand für Unternehmen, ohne die Umweltstandards abzusenken – das ist die Umweltpolitik, die dem Standort hilft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genau deshalb haben wir dafür gesorgt, dass das UGB in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Das UGB hat das Potenzial, Innovationen und Investitionen zu stärken, und schafft mehr Rechtssicherheit auch in Bezug auf europäisches Umweltrecht. Damit unsere Unternehmen weiter investieren, brauchen sie diese Rechtssicherheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte Ihnen gerne ein Beispiel nennen, das zeigt, wie es nicht geht, wie man statt Investitionssicherheit Investitionsattentismus erzeugt. Das ist uns im EEG bei den Pflanzenöl-Blockheizkraftwerken passiert. Ich weiß, dass es nicht Ihre Schuld ist, Herr Minister, dass die Kommission noch keine Nachhaltigkeitsverordnung vorgelegt hat. Gleichwohl hatten wir Sie bereits frühzeitig im parlamentarischen Verfahren auf die Gefahren des Verlustes der Bonusvergütung für die bestehenden Pflanzenöl-Blockheizkraftwerksanlagen hingewiesen. Jetzt stehen viele Anlagen vor dem Aus und die Anlagenbetreiber

vor dem wirtschaftlichen Ruin. Solche handwerklichen Fehler müssen in wirtschaftlich normalen Zeiten vermieden werden – und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erst recht. Ich bitte Sie nochmals, auch von diesem Platz aus: Legen Sie umgehend eine Übergangsregelung vor, um das Überleben der Anlagen zu sichern.

Ich würde jetzt gerne noch etwas sagen, was ich aber leider wegen der abgelaufenen Redezeit nicht mehr sagen kann. Daher nur: Wir werden Sie in allem unterstützen, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Hans-Kurt Hill hat jetzt das Wort für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wann, wenn nicht jetzt, wollen Sie in den Klimaschutz investieren? Die Linke fordert eine Aufstockung der Mittel für den Klimaschutz auf 4 Milliarden Euro. Das entspricht dem Gesamtpaket der Bundesregierung gegen die Finanzkrise. Das als Beispiel.

Es hat den Anschein – Herr Kelber grinst so schön –, dass Christ- und Sozialdemokraten das Gegenteil von Klimaschutz wollen. Sie wollen eine Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Senkung, sie wollen mehr Autobahnen, und sie wollen eine Kfz-Steuerbefreiung für Spritschlucker. „Grassierender Populismus“ titelt Die Zeit in der gestrigen Onlineausgabe einen Artikel zu den Vorschlägen der Wirtschaftsradikalen der CDU.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Ausgerechnet von Ihnen!)

Dabei zeigt das Versagen der Finanzmärkte eines ganz deutlich, Herr Nüßlein: Wer auf kluge Energienutzung und anspruchsvollen Klimaschutz setzt, kommt durch die Krise und schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider hinkt die Bundesregierung beim Klimaschutz hinterher. Das belegt auch die „Leitstudie 2008“, von Bundesumweltminister Gabriel selbst in Auftrag gegeben. Darin wird der Koalition bescheinigt, dass, erstens, die Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung nicht ausreichen, zweitens, dass nach 2012 keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden dürfen und drittens, Herr Kelber, dass das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz nicht das Papier wert ist, auf dem es gedruckt steht. Warum setzen Sie nicht stärker auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien? Sie wollen mit dem Bau von Autobahnen das Klima retten. Ich weiß nicht, wie das gehen soll. Wer Klimaschutz ernst nimmt, der muss andere Prioritäten setzen.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Wie viel Geld für Straßenbau hat die Linkspartei beantragt?)

Hier zwei Punkte, an denen sich meine Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2009 für wirksamen Klimaschutz einsetzt:

Erstens: Energieeffizienz. Kluge und sparsame Erzeugung

und Nutzung von Energie führt am schnellsten zum Klimaschutz. Gleichzeitig zahlt sich Energieeffizienz bei den Bürgerinnen und Bürgern direkt aus und kann Energiearmut verhindern helfen. Die Linke fordert deshalb eine Energieeffizienzoffensive für dieses Land. Wir fordern neben gesetzlichen Vorgaben gegen Energieverschwendung einen Energiesparfonds mit einem Volumen von 2,5 Milliarden Euro. Mit ihm können Maßnahmen zur Energieeinsparung gefördert werden. Davon haben alle etwas. Das führt zu Investitionen in allen Bereichen: bei den privaten Haushalten, den Unternehmen und bei der öffentlichen Hand. Der Energiesparfonds unterstützt zum Beispiel Handwerksbetriebe mit zielgerichteten Schulungsprogrammen. Er hilft aber auch armen Haushalten mit Klimaschecks, die beim Kauf besonders energiesparender Haushaltsgeräte einlösbar sind. Zweitens: erneuerbare Energien. Jetzt ist eine durchgreifende Förderung erneuerbarer Energien erforderlich. Je später Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden, desto höher sind die Kosten für die Volkswirtschaft. Lassen Sie uns die Geothermie stärker fördern. Wir brauchen mehr Mittel zur Erforschung und zum Ausbau von Speicher- und Netztechnologien.

Die Linke fordert deutlich mehr Mittel bei Forschung und Entwicklung, die Förderung von Einzelmaßnahmen und Investitionsvorhaben für erneuerbare Energien. Wie lange wollen Sie noch auf den Klimakollaps warten? Mit diesem Haushalt haben wir die Chance, ein Zurückfallen beim Klimaschutz zu verhindern und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Erklären Sie mir nicht, das sei nicht finanzierbar. Mit einem unserer Vorschläge für die Besteuerung von fossil- und uranbefeuerten Kraftwerken lenken wir die überzogenen Profite der Energieversorger direkt in die Hände der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Handwerksbetriebe. Frau Dött, wir sagen: Mehr Klimaschutz heißt mehr Beschäftigung.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ja!)

Machen Sie einfach mit!

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht für Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Bärbel Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mir die Rede von Herrn Gabriel eben aufmerksam angehört und muss sagen, dass ich überrascht war.

(Jan Mücke [FDP]: Wir auch!)

Normalerweise – auch wenn ich anderer Meinung bin als Herr Gabriel – finde ich, dass er gut redet. Heute hat er eine Rede gehalten, die gar nicht zu ihm gepasst hat: sehr unsouverän. Ich habe mich gefragt: Was hat der Mann? Wir haben erlebt, wie er zum Beispiel den Kollegen von der Linken attackiert hat. Das war eine Art, wie es ein Dorfschullehrer in den 60er-Jahren gemacht hat, und zwar mit dem Holzhammer drauf – bum, bum! –, und nicht wie ein moderner Lehrer, der er sonst ist. Seine Rede war also wirklich schlecht und diesem Parlament nicht angemessen. Das muss ich ehrlich sagen. So geht man miteinander nicht um.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN - Ulrich Kelber [SPD]:  
Stimmten die Zahlen, oder stimmten sie  
nicht?)

Er hat zum Beispiel übertrieben aggressiv auf Hans-Josef Fell reagiert. Normalerweise macht er das nicht. Normalerweise ist er bei seinen Reden sehr souverän und auch sehr clever; Herr Gabriel ist eine Herausforderung. Aber heute war er schlecht. Da fragt man sich: Warum? Man muss nicht lange nach der Antwort suchen. Nächste Woche findet in Polen eine große Klimakonferenz statt. Normalerweise geht er für Deutschland mit breiter Brust - die hat er sowieso - dorthin und zeigt, was wir vorzuweisen haben. Wir in Deutschland machen viel für den Klimaschutz. Dieses Jahr hat er ein Problem. Denn was ist in Europa passiert? Genau das, was Europa leisten müsste, wenn es in Polen Gastgeber ist, nämlich ein gutes Klima- und Energiepaket auf den Weg zu bringen, zerbröseln. Es gleitet Gabriel weg. Die EU wollte dieses Klima- und Energiepaket im Oktober verabschieden. Es ist verschoben worden. Jetzt hat Europa gesagt: Okay, jetzt kann man vielleicht parallel zur Konferenz in Poznan noch etwas verabschieden. Auch das ist weggeglitten, weil das Europaparlament noch zustimmen muss. Ihnen gleitet die Grundlage weg, die zu einer guten Basis gehört, wenn man in Poznan etwas erreichen will. Deshalb sind Sie so aggressiv und unsouverän.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Ulrich  
Kelber [SPD]: Frau Höhn, das ist unter Ihrem  
Niveau!)

Warum? Dieses Energie- und Klimapaket der EU wird auch von der Bundesregierung, von Ihren Kollegen im Kabinett, zerstört, nicht von Hans-Josef Fell. Er ist gut und international unterwegs. Herr Glos und die Ministerpräsidenten der Länder zerstören dieses Paket und schwächen momentan die Position von Deutschland und damit auch die der EU.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN - Widerspruch bei der  
CDU/CSU)

Wenn Sie hören, wie die Umweltverbände mit Ihnen, mit der Bundesregierung heute ins Gericht gehen, dann können Sie das nicht einfach so platt abservieren, wie Sie es heute hier getan haben.

Ich komme noch einmal auf den Emissionshandel zurück. Die entscheidende Frage lautet: Wie wird der Emissionshandel ausgestaltet? Wenn die Bundesregierung am Ende sagt, ein immer größer werdender Teil der Unternehmen bekommt Ausnahmen, bekommt die Zertifikate umsonst, werden Sie genau das nicht erreichen, was Sie hier immer fordern, nämlich einen guten Emissionshandel. Wenn ein immer größerer Teil dieser CO<sub>2</sub>-Senkungen im Ausland mithilfe von CDM-Projekten erbracht werden soll, dann ist das eine Verlagerung der Probleme ins Ausland. Sie wollen hier weiter Ihre Kohlekraftwerke bauen und die Probleme ins Ausland verlagern. Das geht so nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Wenn wir uns noch einmal den Bereich der Automobilindustrie anschauen, dann muss ich ehrlich sagen, Herr Gabriel, dass Sie hier eine Lachnummer abgeliefert haben. Die Automobilindustrie wollte schon heute bei dem Standard sein, den Sie jetzt für 2015 als Erfolg verkaufen. Das ist doch eine Lachnummer. 10 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß kann man durch CO<sub>2</sub>-reduzierende Maßnahmen erbringen, zum Beispiel durch eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach. Was soll das denn? Stellen Sie sich einmal vor, dass Betreiber von Kohlekraftwerken demnächst eine Fotovoltaikanlage an den Schornstein hängen und als Ausgleich dafür weniger CO<sub>2</sub>-Zertifikate kaufen wollen. Diese Lösung wird momentan in der EU, angeschoben von der Automobilindustrie, diskutiert. Sie wirft uns um Jahre zurück. Was derzeit auf EU-Ebene beschlossen wird, ist das Gegenteil von Klimaschutz. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem ist die sechsmonatige Befreiung von der Kfz-Steuer, die Sie in der Großen Koalition vereinbart haben, der größte Unsinn, den man im Klimabereich machen kann. Der Besitzer eines kleinen klimaschonenden Autos spart 130 Euro, der Besitzer eines großen Porsche Cayenne, eines richtigen Klimavernichters, spart 1 800 Euro.

(Ulrich Kelber [SPD]: Falsche Zahlen!)

Diese Politik fördert diejenigen, die mit Klimaschluckern unterwegs sind. Diese Politik schadet dem Klimaschutz. Sie stehen für eine solche Politik. Das geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. - Klimaschutz gefährdet keine Arbeitsplätze, sondern er schafft Arbeitsplätze, Frau Dött. Wir müssen aufpassen, dass Obama nicht an uns vorbeirent und dass wir die Vorteile, die wir im Klimaschutz erreicht haben, nicht an andere verlieren, die straighter sind als die Bundesregierung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gehen Sie zu Ihren Ministerpräsidenten! Kämpfen Sie für Arbeitsplätze und Klimaschutz! Tun Sie nicht so, als ob Klimaschutz Arbeitsplätze zerstören würde. Das ist nicht der Fall.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ulrich Kelber [SPD]: Unmöglich, wie Sie die Präsidentin ignorieren! - Iris Gleicke [SPD]:

Die Redezeit um drei Minuten überzogen! Es ist aber trotzdem nicht besser geworden!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Marco Bülow spricht jetzt für die SPDFraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Marco Bülow (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, als Erstes muss man festhalten - ich will die Zahl noch einmal nennen -, dass 460 Millionen Euro für den Klimaschutz vorgesehen sind. Davon sind 340 Millionen Euro für den nationalen Klimaschutz vorgesehen, in den wir gut investieren, was richtig ist, weil er Arbeitsplätze

schafft, CO2 einspart und nachhaltiges Wachstum fördert. Ich glaube, dass man das zu Beginn festhalten sollte, bevor man zu den Einzelpunkten kommt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

Ich denke, dass man am Rande auch erwähnen kann, dass wir im Parlament mit der Unterstützung des Ministers dafür gesorgt haben, dass wir das Geld, das durch den Emissionshandel eingenommen wird, für den Klimaschutz ausgeben können.

Ich möchte auf den Bereich des kommunalen Klimaschutzes eingehen, weil er heute noch nicht erwähnt worden ist und weil ich ihn für einen sehr wichtigen Beitrag innerhalb des Klimaschutzpaketes halte. Wir haben dafür 25 Millionen Euro vorgesehen. Vielleicht weiten wir das noch aus. In diesem Bereich gibt es eine Menge Potenzial, das Geld sinnvoll zu verwenden.

Ich rate Ihnen, sich die Internetseite des BMU zum Thema kommunaler Klimaschutz anzusehen. Dort werden mehrere Projekte wie Schulen vorgestellt, an deren Beispiel deutlich gemacht wird, wie man das eingenommene Geld in der Kommune investieren kann, um Geld bzw. CO2 einzusparen, und wie man das Handwerk vor Ort stärkt.

Ich würde auch jedem Abgeordneten empfehlen, sich zu Hause mit dem Oberbürgermeister oder den Politikern vor Ort zusammzusetzen und zu beraten, wie man das Geld, das für den kommunalen Klimaschutz bereitgestellt wird, am besten und am sinnvollsten verwendet.

Denn gerade in den Kommunen haben wir ein riesiges Potenzial, um in den Klimaschutz zu investieren, um das kommunale Handwerk zu stärken und um Arbeitsplätze direkt vor Ort zu schaffen. Das ist gerade in Zeiten, in denen wir in der Konjunktur Schwächen zu erwarten haben und dringend Arbeitsplätze brauchen, das beste Programm, das wir nutzen können.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ulrich Petzold [CDU/CSU])

Ich möchte an einen anderen Topf erinnern, auch wenn er nicht unseren Einzelplan betrifft. Die Mittel aus dem Topf, die für die Gebäudesanierung vorgesehen sind, lassen sich in diesem Zusammenhang gut kombinieren, denn auch mit diesen Mitteln wird in den Klimaschutz investiert. Dort sind, so glaube ich, die Potenziale gar nicht hoch genug einzuschätzen. Es gibt 186 000 öffentliche Gebäude, von denen jedes Jahr 24 Millionen Tonnen CO2 in die Luft gepustet werden. Allein die Energiekosten schlagen mit 3,5 Milliarden Euro jährlich zu Buche. Hier gibt es riesige Einsparpotenziale. In diesem Bereich brauchen wir das Geld, das wir für das Gebäudesanierungsprogramm bereitgestellt haben. An dieser Stelle sollten wir investieren.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen: Es gibt Kommunen, die einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen und nicht so investieren können, wie sie wollen. In solchen Kommunen sagt der Regierungspräsident: Das geht nicht, weil ihr sparen müsst. - In Zukunft müssen wir es hinbekommen - das ist ein Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen, auch an mich selbst -, Möglichkeiten

zu schaffen, damit auch diese Kommunen in den Klimaschutz investieren können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Eine Anmerkung zu Herrn Kauch. Ich muss zugeben:

Es passiert nicht häufig. Heute haben wir allerdings in vielen Punkten übereinstimmende Positionen. Daher möchte ich jetzt noch einen Aspekt aufgreifen, in dem wir nicht einer Meinung sind. Sie haben sich zur Nachhaltigkeitsverordnung geäußert. Was ihren Sinn betrifft, stimmen wir natürlich überein. Sie sollten in diesem Zusammenhang aber auch erwähnen, dass die Bundesregierung gerade dabei ist, eine nationale Verordnung zu erarbeiten. Ich denke, dass wir dabei zu einem guten Ergebnis kommen werden. Allerdings wird derzeit auch eine europäische Verordnung erarbeitet.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Allerdings!

Genau das ist das Problem!)

Auf europäischer Ebene ist man leider nicht so schnell wie wir in Deutschland. Ich hoffe, dass die deutsche Verordnung auf die europäische Ebene transferiert wird.

Dann müssten wir nicht länger Palmöl und andere Öle verwenden, die nicht nachhaltig, sondern auf Kosten der Urwälder produziert wurden. Dann müssten wir auch die Zerstörungen der Wälder, von deren Ausmaß sich der Ausschuss ein Bild gemacht hat, nicht mehr hinnehmen. Ich glaube, was die Nachhaltigkeitsverordnung angeht, handelt es sich nicht um einen Fehler der Bundesregierung. Das Problem ist vielmehr, dass Europa an dieser Stelle noch nicht so weit ist wie wir in Deutschland. Nach dem Haushalt ist immer vor dem Haushalt. Deswegen sollten wir heute auch einen Blick darauf werfen, wie es in Sachen Emissionshandel in Zukunft aussehen wird. Von allen möglichen Seiten werden abenteuerliche Diskussionen darüber geführt, wofür das Geld, das wir durch den Emissionshandel eventuell einnehmen, verwendet werden sollte. Interessant ist auch, wer sich, obwohl er mit dem Emissionshandel eigentlich nichts zu tun hat, in diese Diskussionen einschaltet.

Die SPD jedenfalls steht zu dem Beschluss, den dieses Haus im Mai dieses Jahres gefasst hat: Wir wollen die 100-prozentige Versteigerung der Zertifikate, (Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

und wir wollen, dass das Geld, das dadurch eingenommen wird, zum überwiegenden Teil in den Klimaschutz in Deutschland und in den internationalen Klimaschutz investiert wird. Das ist eine Aussage, die nach wie vor Gültigkeit hat, welche Diskussionen auch immer hier geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Flach, das war die Antwort auf Ihre Forderung, die Energiesteuer zu senken. Indem Sie diese Forderung erheben, tun Sie nichts anderes, als den Leuten vorzumachen, dass sie davon profitieren. Davon profitieren aber nur diejenigen, die Aktien der großen Unternehmen haben.

(Ulrike Flach [FDP]: Das stimmt!)

Denn eines ist klar: Wenn die Energiesteuer gesenkt

wird, dann werden die Unternehmen die Energiepreise erhöhen. Die Einsparkosten landen allerdings nicht beim Verbraucher. Dem Verbraucher käme allerdings zugute, wenn man in den Klimaschutz investierte.

(Jan Mücke [FDP]: Erzählen Sie das erst einmal Ihren Wählern!)

Denn dann würden die Kosten sinken, und das Problem des Klimawandels würde sich verringern. Das sind die Gewinne, die wir erwirtschaften wollen, nicht das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD - Ulrike Flach [FDP]:

Das müssen Sie einmal dem Verbraucher erklären!

Das ist ja abenteuerlich, was Sie da sagen!)

Nicht nur abenteuerlich, sondern auch ärgerlich sind manche Aussagen, die in den letzten Wochen von Politikern fast aller Couleur - der Name eines Politikers ist schon erwähnt worden - zu hören waren. Herr Seehofer sagte, der Klimaschutz müsse jetzt hintangestellt werden, da im Augenblick wichtigere Dinge zu erledigen seien. Natürlich darf man die Finanzkrise und ihre Folgen nicht unterschätzen. Wenn man ein bisschen genauer hinsieht, stellt man aber fest: Der Klimawandel ist eine größere Gefahr.

All denjenigen, die es immer noch nicht verstanden haben, sage ich: Investitionen in Klimaschutz und Umwelttechnologien führen zu Wachstum und schaffen Arbeitsplätze.

Durch solche Investitionen werden weder Arbeitsplätze vernichtet noch wird dadurch das Wachstum negativ beeinflusst. Wir dürfen nicht kurzfristig, sondern wir müssen mittel- und langfristig denken; darauf sollten wir immer wieder hinweisen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und zudem - einige haben es gesagt; es wurde auch heute wieder Obama zitiert, aber viele andere in Deutschland sagen es Gott sei Dank auch -: Man muss die Krisen gemeinsam betrachten, das ist die Chance dieser Stunde. Wir müssen jetzt und auch in Zukunft investieren; die Grundlagen dafür schaffen wir mit dem vorliegenden Haushalt. Wir müssen Zukunftsinvestitionen tätigen: beim Klimaschutz, bei Umwelttechnologien, bei Bildung und Forschung und in den Bereichen, in denen wir gute Renditen erzielen und etwas zurückbekommen, in denen wir Arbeitsplätze schaffen, in denen wir CO2 einsparen und in denen in Deutschland Technologien entwickelt werden, bei denen wir Marktführer werden können, also in den Bereichen, die für die Welt immer wichtiger werden.

Wenn wir ein solches Zusammendenken parteiübergreifend hinbekommen - ich weiß, dass es in jeder Partei Leute gibt, die das verstehen, und ich hoffe, dass es mehr und nicht weniger werden; das ist gerade in Zeiten einer Krise wichtig -, dann haben wir eine gute Chance, nicht nur bei den Klimakonferenzen in Poznan und im nächsten Jahr in Kopenhagen gut dazustehen, sondern auch Krisen wie die Finanzkrise zu bewältigen. Darauf hoffe ich. Den Anfang haben wir mit dem vorliegenden Haushalt gemacht. Klar ist: Die Diskussion über Zukunftsinvestitionen und Klimaschutz muss fortgesetzt werden.

Ich lade alle herzlich ein, sich daran zu beteiligen.



Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Georg Nüßlein hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ein bisschen hat mir der Kollege Fell vorhin ja schon leidgetan. Trotzdem, lieber Kollege, sage ich jetzt, dass ich Sie auch an einer anderen Stelle korrigieren muss: Barack Obama hat schon jetzt die Bereitstellung von 25 Milliarden Dollar für Notkredite für die Automobilindustrie in den USA angekündigt. Wir werden uns wundern und uns noch umschauen, mit wie vielen Subventionen und mit wie viel Protektionismus dort reagiert wird, um mit der Finanzkrise und den Auswirkungen auf die Realwirtschaft umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Patrick Döring [FDP])

Es bleibt abzuwarten, wie hoch der Stellenwert des Klimaschutzes dann am Schluss dort noch ist.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau!)

Ich hoffe, dass sich das nicht umgekehrt darstellt, wie der Herr Hill das formuliert hat, was ich für ein Unding halte. Herr Hill, wenn Sie ernsthaft mehr Klimaschutz statt mehr Beschäftigung fordern, dann sage ich Ihnen: Erklären Sie das einmal Ihren Hartz-IV-Empfängern und den Arbeitslosen, deren Zahl in Zukunft steigen wird. Genau so haben Sie das gesagt. Das wird im Protokoll letztendlich auch so stehen.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Zuhören!)

- Nein, ich habe zugehört. So hat er es formuliert. Ich sage Ihnen aber auch eines: Wir sollten die Themen Finanzkrise und Klimaschutz bei der Diskussion ein bisschen auseinanderhalten; denn aus meiner Sicht haben diese Dinge nicht so viel miteinander zu tun.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh doch! Sie haben ganz viel miteinander zu tun!)

Unabhängig von Aufschwung oder Abschwung sind wir als Politiker doch dafür verantwortlich, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass am Ende Klimaschutz neben der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung des Wirtschaftswachstums möglich ist. Das ist doch ein ganz entscheidendes Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum ist das so entscheidend? - Ich trage das hier ja fast schon gebetsmühlenartig immer wieder vor: Der kleine Emittent Deutschland, der pro Jahr weniger emittiert, als in China als Zuwachs an Emissionen zu verzeichnen ist, kann für den Klimaschutz doch nur eines tun, nämlich der Welt zeigen, dass wir beides können: wachsen und das Klima sinnvoll schützen, indem wir zum Beispiel den Einsatz der Ressourcen reduzieren. Das ist doch das Entscheidende.

Also hören Sie doch auf, diesen Gegensatz zu konstruieren, sondern schauen Sie sich an, was diese Bundesregierung alles unternommen hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN])

- Sie schreien natürlich wieder. - Ich weiß natürlich, dass dem einen oder anderen - insbesondere den Grünen - das nicht gefällt. Es ist eine ganze Menge mehr gemacht worden als unter Rot-Grün. Der Herr Bundesumweltminister hat das richtig angesprochen. Durch eine Reihe von Maßnahmen werden tatsächlich auch Arbeitsplätze geschaffen: EEG, Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, Marktanzreizprogramm Erneuerbare Energien, CO2-Gebäudesanierungsprogramm. All dies sind Dinge, die positiv wirken.

Ich halte den Emissionshandel für deutlich problematischer, wenn es uns nicht gelingt, ihn richtig auszugestalten. Auch diesbezüglich möchte ich hier ein paar Akzente setzen. Aus meiner Sicht müssen wir das produzierende Gewerbe in Deutschland davon ausnehmen, und wir müssen einen stufenweisen Einstieg in die Vollauktionierung schaffen. Das ist wichtig für unsere Wirtschaft.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/  
CSU] - Ulrich Kelber [SPD]: Warum haben Sie im Mai noch etwas anderes mit uns beschlossen?)  
Bei den Versteigerungserlösen muss es natürlich darum gehen, dass das Geld im ersten Schritt bei den Mitgliedstaaten ankommt und nicht irgendwo bei der Europäischen Union hängen bleibt. Das kann nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Wir entscheiden dann in eigener Souveränität darüber, was wir mit dem Geld tun. Ich bin auch der Meinung, dass man den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen größeren Teil zurückgeben muss, weil es nicht sein kann, dass wir die Energiepreise von verschiedenen Seiten aus belasten, zum Beispiel steuerlich und über den Emissionshandel und was uns sonst noch alles einfällt. Das halte ich für vollständig richtig und wichtig.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/  
CSU] - Ulrike Flach [FDP]: Warum stimmen Sie dann immer gegen meine Vorschläge?)  
Lassen Sie mich im Übrigen auch etwas zu dem sagen, was heute hier schon über die Verlässlichkeit der Politik gesagt worden ist. Natürlich ist es richtig, dass wir beim Thema Biokraftstoffe eine Kehrtwende gemacht haben, durch die diejenigen, die darin investiert haben, böse auf die Nase gefallen sind.

(Ulrike Flach [FDP]: Ja, das ist wahr!)  
Ich bedauere das nach wie vor. Das war falsch, und wir hätten das nicht tun dürfen. Viele von uns haben dagegen protestiert, insbesondere gegen das, was hier angeblich aus finanziellen Gründen hätte gemacht werden sollen - dafür wurde die Steuerpolitik vorgeschoben -, was aber in der Tat wohl auf das Lobbying insbesondere der Mineralölkonzerne zurückging. Das muss man einmal in dieser Klarheit sagen.

Herr Minister Gabriel, ich bin auch der Meinung, dass wir einen solchen Fehler nicht wiederholen dürfen. Ich spreche das an, was hier hinsichtlich des Palmöls heute schon verschiedentlich angesprochen worden ist. Es geht darum, eine Übergangslösung zu schaffen. Diese müssen wir schnell schaffen. Wir können doch nicht sagen: Na ja, die Europäische Union hat leider nicht so zügig gehandelt,

wie wir uns das vorgestellt haben. Unter diesem Gesichtspunkt haben alle, die in mit Palmöl betriebene Blockheizkraftwerke investiert haben, leider Pech gehabt. - Das können wir nicht machen. Ich meine, wir sollten insbesondere diejenigen, die unserem Kurs folgen, die für den Klimaschutz etwas tun wollen und die das wirtschaftlich sinnvoll tun wollen, nicht im Regen stehen lassen. Deswegen brauchen wir an der Stelle eine sinnvolle Übergangslösung. Ich darf Sie herzlich bitten, diese zügig in Angriff zu nehmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Hans-Kurt Hill das Wort.

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Ich dachte eigentlich, ich käme heute ohne eine Kurzintervention aus; aber es muss sein.

Herr Nüßlein, Sie haben nicht richtig zugehört. Sie sind doch mit mir der Meinung, dass es im Bereich der erneuerbaren Energien insgesamt, einschließlich dessen, was ansonsten im Bereich der Gebäudesanierung geschehen ist, einen Zuwachs von Arbeitskräften gibt. Wir rechnen im Handwerk bis 2013 mindestens mit einer Verdoppelung der Zahl der Arbeitskräfte. Ich habe nie etwas anderes gesagt. Da müssen Sie die Ohren irgendwo anders gehabt haben.

Zweiter Punkt. Was die Versteigerung angeht, so geht es nach den Berechnungen des Öko-Instituts um 35 Milliarden Euro bis 2010. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Bevölkerung, die Menschen in diesem Land dazuzahlen sollen, damit die Energiekonzerne sich weiter die Taschen vollstopfen und sich an Atomkraftwerken im Ausland beteiligen können, dann finde ich diese Politik verachtenswert.

Danke.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie antworten? - Bitte schön.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Zunächst einmal habe ich überhaupt nicht in Abrede gestellt, dass durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn Sie mir zugehört haben - das sage ich häufig in gleicher Weise -, dann wissen Sie, dass das Gegenteil der Fall ist. Ich habe vorhin auch gesagt, dass es im Klimaschutz eine Menge von Maßnahmen gibt, durch die tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden. Darum ist es wichtig, dass wir als Regierung den Akzent genau darauf setzen.

Zweiter Punkt. Das, was Sie im Hinblick auf die Energiekonzerne behaupten, stelle ich in Abrede. Wir sind momentan auf dem besten Wege, den Wettbewerb in dem Bereich zu stärken. Sie können doch nicht sagen, dass all die Dinge, die preislich gemacht werden, nicht wirken, dass sie verpuffen und die Konzerne letztendlich die Preise so gestalten, wie sie wollen. Das würde das infrage stellen, was wir politisch tun. Ich meine, der Wettbewerb entwickelt sich nach und nach; er wird immer intensiver. Im Übrigen habe ich auch noch nicht gesagt, wie wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern letztendlich das

Geld zurückgeben. Ein größerer Teil muss dahin zurück. Das, was bleibt, wollen wir für den nationalen und internationalen Klimaschutz einsetzen. Lassen Sie das doch in der Souveränität des Bundestages. Lassen Sie uns das gemeinsam entscheiden. Warten Sie doch einmal ab und lassen Sie uns überhaupt erst einmal sicherstellen, dass das Geld von Europa nicht kassiert wird. Das wäre das Schlimmste, was uns an der Stelle passieren kann. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Ulrich Petzold für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ulrich Petzold (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Eine Steigerung des Haushaltsvolumens von rund 70 Prozent in einem Jahr für ein Ressort – wann gab es das schon einmal? Mehr als 570 Millionen Euro werden im Umweltschutz für das Jahr 2009 mehr veranschlagt als in diesem Jahr. Ich glaube, wir Umweltpolitiker haben allen Grund, stolz darauf zu sein. Ich finde es traurig, dass wir in dem Zusammenhang immer so viel schlechtreden. Selbstverständlich hat der Geldsegen eine Ursache. Der von uns allen beschlossene Verkauf und ab 2010 die Versteigerung der Emissionszertifikate bringt eine für den Umweltbereich beträchtliche Verbesserung der Einnahmen mit sich. Es ist unser Verdienst als Umweltpolitiker, dass diese Mehreinnahmen nicht irgendwo im Haushalt versickern, sondern ganz überwiegend dem Umwelt- und Klimaschutz zugutekommen. Begehrlichkeiten aus anderen Ressorts gab es ja genug. Das wissen wir; darüber haben wir auch lange diskutiert. Überlegungen sollten wir allerdings hinsichtlich der Abwicklung des Emissionshandels durch die KfW anstellen. Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen berechnet die KfW die Kosten pro Zertifikat mit 6 Eurocent.

Zur Finanzierung der Deutschen Emissionshandelsstelle wurden in den vier Jahren der ersten Handelsperiode weniger als 3 Eurocent pro Zertifikat berechnet. Bei 40 Millionen Zertifikaten macht das immerhin eine Differenz von 2,4 Millionen Euro aus. Vor dem Hintergrund, dass eine Mitwirkung der Emissionshandelsstelle in jedem Fall notwendig ist und dort auch eine leistungsfähige EDV-Infrastruktur vorhanden ist, müssen wir zwingend überlegen, ob die Abwicklung des Zertifikatehandels nicht auch ohne die KfW durch die Deutsche Emissionshandelsstelle möglich ist.

Nach dem Verursacherprinzip ist es auch zu begrüßen, dass der Löwenanteil der Mehreinnahmen durch den Zertifikatehandel wieder in die Forschung und die Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien fließt. Wir als Union versprechen uns dadurch einen nicht unbeträchtlichen An Schub auch in der mittelständischen Wirtschaft. Es geht um einen effizienten Klimaschutz. Wir können nicht Klimaschutz um jeden Preis machen, sondern wir setzen gerade mit diesem Haushalt einen hocheffizienten und sinnvollen Klimaschutz

durch. Das sollten alle anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass auch der Personalhaushalt sowohl im Ministerium selbst als auch in den nachgeordneten Behörden entsprechend dem Bedarf besser ausgestattet wurde, kann ich nach meinen Mahnungen in den letzten Jahren nur begrüßen. Das Problem der ungerechtfertigten kw-Stellen und der befristeten Übernahme der Auszubildenden wurde endlich gelöst, und das Problem der Finanzierung von Stellen für Vollzugsdienstleistungen für andere Ministerien wurde wenigstens angegangen. Dabei sollten wir wohl überlegen, woher wir auch in Zukunft das Geld nehmen.

Bis jetzt folgt der Bundeshaushalt den Vorgaben der Kameralistik. Bereits im Oktober 2006 hat eine Projektgruppe des BMF empfohlen, das Modell der erweiterten Kameralistik zu verfolgen. Im Rahmen der Evaluation dieser erweiterten Kameralistik wurde allerdings dem BMF im September 2007 vorgeschlagen, die Vor- und Nachteile einer Doppik zu prüfen. Das Statistische Bundesamt sowie das UBA sind interessiert, aber auch in der Lage, an einer solchen Erprobung der Doppik teilzunehmen. Durch das Durchbrechen des Jährlichkeitsprinzips, die Lockerung der Zweckbestimmung und die Möglichkeit der Verschiebung von Titel zu Titel in einem Globalhaushalt können wir eine höhere Wirtschaftlichkeit erwarten. Deswegen ist das durchaus sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch mit einigen Sätzen auf die Windkraft und das Jahressteuergesetz eingehen. Die Debatte um den Haushalt und das Jahressteuergesetz ist eine gute Gelegenheit, um Dank zu sagen. Im April 2007 hat der Bundesfinanzhof letztinstanzlich geurteilt, dass eine Regelabweichung bei der Zerlegung der Gewerbesteuer durch Vereinbarung, wie sie bis dahin bei Windparks üblich war, nicht zulässig ist. Danach musste die für Windparks anfallende Gewerbesteuer nach den allgemeinen Grundsätzen am Ort der Arbeitsplätze – also am jeweiligen Firmensitz – gezahlt werden. Da das auch rückwirkend gilt, kann sich wohl jeder vorstellen, was das für die Standortgemeinden, die bisher sehr stark von den Einnahmen profitiert haben, bedeutete.

In dankenswerter Weise haben sich bei der Lösung des Problems Länder, Ministerien und eine ganze Zahl von Kollegen, aber auch Kommunen und Unternehmen eingebracht. Der gefundene Kompromiss einer Aufteilung von 30 zu 70 zwischen Unternehmensstandort und Anlagenstandort ist gut, auch wenn bisher schon in Einzelfällen eine von 10 zu 90 üblich war. Da hiervon insbesondere der Norden und dort ganz wesentlich die neuen Bundesländer profitieren, ist es gut und richtig, wenn wir Dank dafür sagen, dass wir an der Stelle ein vernünftiges Ergebnis erreicht haben.

Danke schön. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

So schnell geht es nicht. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan

16 - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit - in der Ausschussfassung. Zwei Änderungsanträge liegen vor, über die wir zunächst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11033? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt gegen die Stimmen der Linken mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11034? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt. Wer stimmt für den Einzelplan 16 in der Ausschussfassung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 16 bei Zustimmung durch die Koalition und Ablehnung durch die Opposition angenommen. Damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung. Genießen Sie den restlichen Abend und die gewonnenen Einsichten. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Mittwoch, den 26. November 2008, 9 Uhr, ein. Die Sitzung ist geschlossen.

</ text >

< text 16189 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Die Sitzung ist eröffnet.  
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie alle herzlich.  
Wir setzen unsere Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:  
a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)  
- Drucksachen 16/9900, 16/9902 -  
b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012  
- Drucksachen 16/9901, 16/9902, 16/10426 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Otto Fricke  
Dr. Gesine Löttsch  
Alexander Bonde  
Dazu rufe ich den Tagesordnungspunkt II.8 auf:  
Einzelplan 04  
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes  
- Drucksachen 16/10404, 16/10423 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Petra Merkel (Berlin)

Jürgen Koppelin  
Roland Claus  
Omid Nouripour

Zu diesem Einzelplan liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Wir werden über den Einzelplan 04 später namentlich abstimmen.

Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, dass wir im Anschluss an die namentliche Abstimmung über den Etat des Kanzleramtes den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit mit Stimmkarte und Wahlausweis wählen werden. Den dafür erforderlichen Wahlausweis können Sie später Ihrem Stimmkartenfach entnehmen. Die Stimmkarten werden zu gegebener Zeit von den Saaldienern im Plenarsaal ausgegeben.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zu diesem Einzeletat dreieinhalb Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. Daraus ergibt sich auch eine relativ übersichtliche angenommene Zeit für die namentliche Abstimmung, die unmittelbar danach folgt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie regieren dieses Land in Zeitlupe. Es ist höchste Zeit, die Vorspultaste zu drücken, damit in Deutschland nicht alles einschläft. Ihr Vorgänger wollte einmal „Politik der ruhigen Hand“ machen. Im Vergleich zu heute wäre er damit fast ein Zappelphilipp.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Frau Merkel, Sie haben am Sonntag ein bemerkenswertes Interview gegeben. Mir geht es nicht um die öffentlichen Avancen an uns Liberale. Davon lassen wir uns nicht einlullen. Sie haben wörtlich gesagt: Wirtschaft ist zum großen Teil auch Psychologie. - Sie haben vor einer durch Angst angetriebenen Abwärtsspirale gewarnt. Sie sagen im gleichen Atemzug, es werde ein Jahr schlechter Nachrichten, und Ihr Adlatus Steinbrück stimmt in die Kassandrarufer gleich mit ein. Fataler geht es nicht. Vor einem Vierteljahr war Realismus gefragt. Damals hat Schwarz-Rot noch alles schöngeredet. Jetzt, da die Regierung Zuversicht verströmen müsste, heizt sie bei den Menschen die Angst an.

(Beifall bei der FDP)

Angesichts solcher düsterer Stimmungen halten die Leute ihr Geld lieber zusammen.

Nicht nur die Opposition sagt: Sie haben die Tiefe und die Schwere der Wirtschaftslage bis heute nicht erkannt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Volker Kauder [CDU/CSU]:

Betreiben Sie doch keine Schwarzmalerei! Sie sind ein Schwarzmalerei!)

Das sagt man in Frankreich; das sagt man in Großbritannien; das sagt man sogar im Wahlkreis von Herrn Kauder.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Jetzt ist handfeste Rezessionsökonomie gefragt. Jetzt sind die Brot-und-Butter-Themen angesagt. Aber das ist offensichtlich nicht das Metier dieser Regierung. Wie man sieht, kann diese Regierung das nicht.

(Beifall bei der FDP)

Die Menschen machen sich wieder Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Es geht inzwischen nicht nur darum, dass sie Angst haben, dass ihr Erspartes bei der Bank nicht sicher ist, sondern auch darum, dass Zweifel bestehen, ob sie ihre Kreditzinsen noch pünktlich zahlen können. Als Reaktion darauf beschließt Schwarz-Rot das Maßnahmenpaket – die Titel sind immer sehr hübsch – „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“. Das klingt ja putzig. Selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung sagt: Das ist ein Sammelsurium; da haben die Ressorts zusammengekehrt, was sie schon immer machen wollten. Es ist aber kein Programm aus einem Guss, das eine entsprechende Wirkung entfaltet.

(Beifall bei der FDP)

Die Wachstumskräfte hätten Sie schon längst stärken können. In drei relativ guten Jahren haben Sie die Zeit verplempert, Deutschland fit zu machen. Es war doch klar, dass dem Aufschwung wieder ein Abschwung folgt. Auch diese Koalition setzt den Konjunkturzyklus nicht außer Kraft. Allerdings hat sie keine Vorbereitungen dafür getroffen.

(Beifall bei der FDP)

Der private Konsum dümpelt schon lange. Die Hochsteuerpolitik der Regierung ist dafür verantwortlich. Was machen Sie? Innerhalb weniger Tage jagt ein Opel-Gipfel den nächsten. Frau Bundeskanzlerin, Sie müssen aufpassen, dass Opel nicht Ihr persönliches Holzmann-Erlebnis wird.

(Beifall bei der FDP)

Die entscheidende Frage ist: Wo ist Schluss mit der Verteilung von Steuergeldern? Die Regierung verfährt frei nach dem Motto: „Wer will noch mal? Wer hat noch nicht?“ Man muss in Deutschland nur groß genug sein und laut genug jammern, dann gibt es Rettungsschirme in Milliardenhöhe. Die Kleinen werden abgespeist mit Progrämmchen: ein bisschen mehr Handwerkerrechnungen absetzen, ein bisschen mehr Styropor für die Gebäudesanierung. Nehmen wir einmal Ihre Idee von der Kfz-Steuer-Befreiung. Sie haben durch die Mehrwertsteuererhöhung die Mittelklassewagen um 600 bis 800 Euro teurer gemacht. Sie haben die Autofahrer durch Ihre bedenkliche Änderung der Kilometergeldpauschale mit 2,5 Milliarden Euro belastet. Sie erheben 18 Milliarden Euro Ökosteuern. Denken Sie, dass Sie Menschen dazu bewegen können, ein neues Auto zu kaufen, wenn sie 200 bis 300 Euro weniger zahlen müssen? Das ist eine Lachnummer.

(Beifall bei der FDP)

Überhaupt ist bemerkenswert, dass die Bundesregierung mit einer Steuerentlastung von 5 Milliarden Euro Investitionen und Aufträge in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro initiieren will. Wir haben uns schon amüsiert, als die Banken von 25 Prozent Rendite geträumt haben. Was Sie hier vorgaukeln, sind 1 000 Prozent Rendite; Sie gaukeln vor, dass man aus 5 Milliarden Euro



50 Milliarden Euro machen kann. Im Vergleich zu Ihrer Berechnung sind die Wirtschaftspläne von Lehman Brothers und Hypo Real Estate noch geradezu solide.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben ein klares Antirezessionsprogramm vorgelegt: Vorziehen der vollen steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge, Wiedereinführung der Pendlerpauschale, Senkung des Rentenversicherungsbeitrags, Aussetzen des Gesundheitsfonds - er ist unsinnig - und Investitionen in die Infrastruktur. Das würde die Wachstumskräfte stärken.

(Beifall bei der FDP)

Karl Schiller wusste noch, dass ein Budget mehr ist, als einen Ausgleich zu suchen, dass vielmehr Wachstum und Beschäftigung gefördert werden müssen. Die Schuhe von Karl Schiller sind für den Finanzminister ein paar Nummern zu groß. Was Sie machen müssen, ist, Steuern zu senken, damit die Nettoeinkommen steigen, damit ein Wachstumsimpuls entsteht. Ihr eigener Wirtschaftsminister sagt: Das wäre das Wirksamste. - Machen Sie es!

Die CDU hat eine neue Idee: Sie will die Steuern in der nächsten Legislaturperiode senken. Das haben wir schon einmal gehabt. Damals haben Sie Steuersenkungen versprochen und anschließend die größte Steuererhöhung aller Zeiten durchgeführt. Weshalb sollen die Menschen Ihnen jetzt mehr glauben, Frau Merkel? Senken Sie jetzt die Steuern! Handeln Sie jetzt, bevor wir tiefer in den Mist hineingeraten! Sie müssen jetzt handeln.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die internationalen Finanzmärkte sind in diesem Herbst in eine Krise geraten, wie sie die Welt seit Jahrzehnten nicht erlebt hat. Das betraf auch wichtige deutsche Kreditinstitute. Die Politik hat zu außergewöhnlichen Mitteln greifen müssen. Wir alle haben gespürt, dass hier ein Lebensnerv unserer Volkswirtschaft in Gefahr geraten ist. Wir spüren das natürlich umso mehr, weil Deutschland seit jeher eine offene Volkswirtschaft ist. Wir erarbeiten unseren Wohlstand ganz wesentlich auf den Weltmärkten. Es ist deswegen klar, dass wir unsere Wirtschaft vor den konjunkturellen Folgen der internationalen Finanzkrise nicht abschotten können.

Die Wucht aber, mit der das erfolgt ist, können wir auch heute noch nicht vollständig abschätzen. Die Politik ist in diesen Wochen und Monaten vor Herausforderungen gestellt, für die es kein Drehbuch gibt. Niemand von uns kann auf wirklich vergleichbare Erfahrungswerte zurückgreifen. Dies prägt natürlich auch - wie sollte es anders sein? - die diesjährigen Beratungen zum Haushalt.

(Dr. Peter Struck [SPD]: So ist es!)

Wir können nicht alle Entwicklungen voraussagen; das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen jedoch: 2009 wird ein Jahr schlechter Nachrichten sein. Wir bauen eine Brücke, damit es spätestens 2010 wieder besser wird. Das ist der Ansatz der Bundesregierung, und das ist auch der Ansatz der Mehrheit hier im Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was ist klar? Klar ist, dass die aktuellen Prognosen bestenfalls ein marginales Wachstum für das kommende Jahr voraussagen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im kommenden Jahr um mindestens 27 Milliarden Euro niedriger ausfallen, als wir alle bis zur Verschärfung der Finanzmarktkrise durch den Konkurs von Lehman Brothers erwarten konnten.

Die täglichen Nachrichten, die wir aus der Automobilbranche, aus der Chemie und anderswoher erhalten, zeigen: Wir stehen vor einer schwierigen Wegstrecke für Deutschland, für Europa, für alle Industrieländer und für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Zur Dimension dieser Krise gehört: Es hat selten eine wirtschaftliche Krise gegeben, die gleichzeitig in den Vereinigten Staaten von Amerika, Europa und Asien stattfand. Das macht diese ungewöhnliche Herausforderung aus.

Die Bundesregierung wird mit dem Blick nach vorn das Notwendige tun, auch wenn es natürlich bisherige Planungen verändert. Außergewöhnliche Umstände erfordern auch besondere Maßnahmen. Dabei gilt: Unser Ziel ist nicht, die Krise irgendwie zu überstehen, sondern unser Ziel ist, mit neuen Chancen auf den Weg zu Wachstum und Wohlstand zurückzukehren. Wir sind überzeugt: Deutschland ist stark. Ich sage sogar: Deutschland ist sehr stark. Wir haben weltweit wettbewerbsfähige Produkte. Wir haben einen vitalen Mittelstand. Wir sind wirtschaftlich so breit aufgestellt wie kaum ein Land in Europa. Wir haben sorgfältig ausgebildete, leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben gute Ideen und sind bei vielen Zukunftstechnologien führend. Wir haben eine vergleichsweise hervorragende Infrastruktur und eine lebenswerte Umwelt. Auf all das können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In dieser Krise zeigt sich auch: Die Schritte der Regierungspolitik der letzten drei Jahre waren richtig: die Reform der Unternehmensteuern, die Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik, die Stärkung der Forschungs- und Innovationskraft, die Förderung der Umwelttechnologien, der Bürokratieabbau, der im Übrigen ein Entlastungsvolumen bringt, wie es auch eine Unternehmensteuerreform gebracht hat. Wir haben die Finanzen des Staates konsolidiert. Das alles macht uns stärker, als wir vor drei Jahren waren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vor allen Dingen - erinnern wir uns doch! -: Wir Deutsche haben schon in der Vergangenheit große Herausforderungen gemeistert: den Wiederaufbau nach dem Krieg, den Aufbau in den neuen Bundesländern, einen Strukturwandel, der aus Agrargebieten und Kohlerevieren Hightechstandorte gemacht hat, die technologische und

gesellschaftliche Revolution, die zur Wissensgesellschaft führt, nicht zuletzt die jahrelange, zum großen Teil hausgemachte Stagnation und die Umkehr von einer Rekordarbeitslosigkeit von 5 Millionen auf heute nur - immer noch zu viel - 3 Millionen Arbeitslose. All das sind Erfolge, all das waren Herausforderungen; die haben wir gestaltet, und die haben wir gepackt. Deshalb werden wir es auch diesmal wieder schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

All das war jedes Mal ein Beweis für die Lebenskraft der sozialen Marktwirtschaft. Mit ihrer Hilfe haben die Menschen, Arbeitnehmer wie Unternehmer, den Wandel erfolgreich bestanden. Deshalb sind wir jetzt besser vorbereitet auf diese Krise: Wir haben den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren, wir haben die höchste Zahl von Beschäftigten überhaupt - 40,7 Millionen in diesem Herbst -, wir haben einen deutlichen Rückgang der Lohnzusatzkosten, wir haben ein Maastricht-Defizit von etwa 0 Prozent in diesem Jahr, und wir haben die niedrigste Staatsquote seit der Wiedervereinigung. Richtig ist: Natürlich wird, weil außergewöhnliche Umstände eine Antwort brauchen, das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr ansteigen. Jawohl, das tut es. Im europäischen Vergleich stehen wir trotzdem gut da. Deshalb können wir sagen: Alles in allem sind die öffentlichen Haushalte in Deutschland solide aufgestellt. Deshalb bleibe ich, auch mit Blick auf die auf uns zukommenden demografischen Veränderungen im nächsten Jahrzehnt, dabei: Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes sollte, wenn irgend möglich, in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden. Auch dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, beides ist richtig: Wir haben auf der einen Seite Deutschlands grundsätzliche Stärke und auf der anderen Seite die Dramatik des weltweiten Konjunkturerinbruchs. Deshalb braucht es jetzt vor allem eines: eine Politik des Maßes, der Mitte und der praktischen Vernunft.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

Das ist das, was wir machen. Dafür brauchen wir Grundsätze, nach denen wir handeln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich bin der tiefen Überzeugung: Gerade in Krisen muss man klare Grundsätze und Leitsätze haben, an denen man sich orientieren kann; und das tut die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein erster Grundsatz gilt für den Umgang mit dem Finanzsektor: Der Staat muss dort mit voller Kraft eingreifen, wo die Volkswirtschaft in Gänze und das gesamte gesellschaftliche Leben unseres Landes in Gefahr geraten. So sehr eine einzelne Bank ein privates Unternehmen ist, so sehr ist das Finanzdienstleistungswesen als Ganzes ein öffentliches Gut. Es ist nämlich existenziell für die gesamte Volkswirtschaft. Deshalb war es unumgänglich, in kurzer Zeit mit atemberaubenden Summen und kürzesten Entscheidungsfristen einzuspringen. Ich glaube, hier haben die Bundesregierung, der Bundestag

und der Bundesrat sich der Herausforderung gestellt und gezeigt, dass sie sie bewältigen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wo stehen wir heute? Es sind Anträge auf Garantien in Höhe von 100 Milliarden Euro eingegangen. Wir haben insgesamt ein Volumen von 400 Milliarden Euro dafür vorgesehen. Zugleich liegen Anträge auf Rekapitalisierungshilfe in Höhe von 10 Milliarden Euro vor. Sie erinnern sich: Wir haben hierfür 80 Milliarden Euro vorgesehen. Das heißt also, das Maßnahmenpaket wird Schritt für Schritt angenommen. Die Entscheidungen, die zu fällen sind, sind oft nicht einfach. Sie müssen mit der notwendigen Sorgfalt gefällt werden; denn im Rückblick wird man fragen: Habt ihr das alles richtig entschieden? Gleichzeitig muss natürlich zügig gehandelt werden.

Weil viele angesichts der 500 Milliarden Euro für die Banken fragen: „Was habt ihr für uns, die kleinen Unternehmen und die Mittelständler?“, möchte ich an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Wir haben dieses Paket nicht für die Banken gemacht. Wir haben dieses Paket für unsere Volkswirtschaft, für die kleinen, mittleren und großen Unternehmen und für die Sparerinnen und Sparer gemacht. Das war die erste Aktion zur Rettung unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir müssen heute konstatieren: Das Vertrauen zwischen den Banken ist noch nicht wieder so weit hergestellt, wie wir uns das wünschen. Deshalb zwei Zurufe an die Finanzmarktteilnehmer: Erstens. Man sollte nicht aus falschem Prestigedenken eine wettbewerbsfähige eigene Kapitalisierung verhindern oder nicht in Anspruch nehmen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr wahr!)

Wir haben das Paket gemacht, damit die Banken wettbewerbsfähig bleiben. Zweitens ist es die Pflicht der Finanzinstitutionen, Unternehmen ausreichend mit Krediten zu versorgen. Beide Aufgaben stehen im Raum und müssen erfüllt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Folge dieser Finanzmarktkrise ist ein scharfer Wachstumseinbruch, qualitativ ein ganz anderer Wachstumseinbruch, als wir ihn in einem auslaufenden Konjunkturzyklus gehabt hätten. Diesen qualitativen Unterschied müssen wir bei unseren Beratungen berücksichtigen, wenn wir die richtigen Antworten finden wollen. Das führt mich zum zweiten Grundsatz: Für uns geht es bei der Wirtschaft um Hilfe zur Selbsthilfe, um das Bauen von Brücken. Worum es nicht geht, sind dauerhafte Produktsubventionen oder gar die Verhinderung eines notwendigen Strukturwandels.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das kann der Staat nicht. Deshalb ist dieser zweite Grundsatz wichtig.

Das heißt also, unsere Maßnahmen bilden eine Brücke für Investitionen, für Beschäftigung, insbesondere auch für unsere Fachkräfte, bis der Aufschwung wieder aus eigener Kraft trägt. Alle Ökonomen sagen uns, diese

Maßnahmen sollten unmittelbar wirksam und zeitlich befristet sein. Deswegen führen wir zum Beispiel für zwei Jahre die degressive AfA ein. Wir haben gesagt - es ist richtig -: bis zur Unternehmensteuerreform eine degressive AfA, Ersetzung durch die Unternehmensteuerreform und jetzt mit den Abschreibungsmöglichkeiten zusätzliche Hilfen, befristet auf zwei Jahre. Wir wissen natürlich auch: Damit eine solche Maßnahme und andere Maßnahmen, die von uns angeregt werden, überhaupt wirken können, brauchen die Unternehmen eine sichere Kreditversorgung. Diese ist heute durch die Finanzinstitutionen nicht gewährleistet. Deshalb haben wir gesagt, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau ein neues Finanzierungsinstrument auflegen wird, mit dem wir private Investitionen und Betriebsmittel im Umfang von insgesamt 20 Milliarden Euro absichern. Die Ausfallhaftung wird weitgehend von der Kreditanstalt für Wiederaufbau getragen, damit wir den Banken, Sparkassen und Raiffeisenbanken Risiken abnehmen, die sie zurzeit vielleicht nicht tragen können. Ich sage hier: Die Anträge können ab Montag gestellt werden. Das ist in vielerlei Hinsicht wichtig. Vielleicht ist dies eines der wirksamsten Mittel, um geplante Investitionen in dieser Zeit doch durchführen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine weitere Brücke vorgeschlagen: die Verlängerung des Kurzarbeitergelds. Hier geht es darum, dass Fachkräfte nicht entlassen werden, dass wir die Zeiten für Qualifizierung nutzen. Die Bundesagentur für Arbeit wird an genau dieser Stelle ansetzen. Natürlich war es richtig, dass wir gesagt haben: Wir wollen zusätzliches Personal einstellen, das sich mit der Vermittlung und mit der Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern befasst. Gerade auch die KfW-Programme werden an dieser Stelle sehr wichtig sein; denn wir wissen aus vielen Einzelbeispielen, dass die Unternehmen, die Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen wollen, die Sozialversicherungsabgaben bezahlen müssen, dies oft nicht aus eigener Kraft leisten können und deshalb einen Kredit dafür bekommen müssen. Ansonsten würde das Kurzarbeitergeld völlig ins Leere laufen. Bei dem zweiten Grundsatz und der Frage „Wie helfen wir der Wirtschaft?“ gibt es auch besondere Fälle. Ein solcher Fall könnte Opel sein. Wir beraten darüber; wir wissen überhaupt noch nicht, ob hier eine Bürgschaft in Anspruch genommen werden müsste. Dieses Unternehmen könnte aber allein wegen einer Mutter in den Vereinigten Staaten von Amerika, die in noch viel größeren Schwierigkeiten ist, in Schwierigkeiten geraten sein. Wir werden Opel deshalb keine Subventionen geben; aber ich halte es allemal für legitim, eine Brücke zu bauen, damit Opel als überlebensfähiger Automobilbauer nicht an den Schwierigkeiten der amerikanischen Mutter scheitert. Wir werden das vernünftig machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Wir wissen, dass die Automobilbranche - eine Kernbranche der Bundesrepublik - in einer schwierigen Situation ist. Deshalb haben wir die Aussetzung der Kfz-

Steuer beschlossen. Deshalb werden wir die Kfz-Steuer zügigst durch eine CO2-Verbrauch-Steuer ersetzen. Ich glaube, dass die Bundesregierung die hierfür notwendigen Informationen hat, sodass wir das sehr schnell schaffen können. Wir werden natürlich auch die ökologische Weiterentwicklung der Automobilbranche fördern, auch durch Kredite der Europäischen Union bei der Europäischen Investitionsbank. Ich füge hinzu: Wir müssen bei den anstehenden Klimaverhandlungen in Brüssel, wo gerade der Trilog mit dem Europäischen Parlament stattfindet, darauf achten, dass wir nicht durch unsinnige Strafvorschriften im Bereich der CO2-Reduktion am Ende das wieder einreißen, was wir durch Hilfsmaßnahmen für die Automobilindustrie erreichen. Ich glaube, hier sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Chancen, die aus der Krise erwachsen, sind für den Standort Deutschland auch die Kommunikationsnetze von entscheidender Bedeutung. Ob wir ein moderner Standort sind, wird sich unter anderem daran erweisen, ob wir auch in den ländlichen Räumen in absehbarer Zeit eine vernünftige Breitbandversorgung hinbekommen. Deshalb sage ich: Lasst uns aus dieser Krise die Chance machen, dass in drei Jahren jeder Haushalt in Deutschland einen Breitbandanschluss bekommen kann, wenn er das möchte, ob er sich in einem Ballungsgebiet oder in einer ländlichen Region befindet!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich weiß von den Betreibern, dass sie bereit sind, zu investieren. Aber das ist ein klassischer Fall, in dem wir auch die Europäische Union benötigen. Wir brauchen nämlich einen Regulierungsrahmen, in dem sich diese Investitionen lohnen. Bevor der Fall eintritt, dass noch in 10 oder 20 Jahren im ländlichen Raum keine Investitionen in diesem Bereich getätigt werden, lasse ich lieber Wettbewerbsausnahmen für fünf Jahre zu, um die nötige Versorgung zu erreichen, damit wir nicht nur Autobahnen und Schienenwege, sondern auch Breitbandanschlüsse im ganzen Land haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die öffentliche Debatte, die in Krisenzeiten naturgemäß dadurch geprägt ist, dass viele um eine Meinungsbildung ringen, zeigt: So hochvermögend die gesamten Ratschläge sein mögen, sie sind unterschiedlich, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Der Sachverständigenrat hat uns in seinem Gutachten zu Investitionen aufgefordert

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Der ist ja auch überflüssig! - Dr. Peter Struck [SPD]: Abschaffen!) und steuerliche Maßnahmen für nicht sinnvoll gehalten. Der IWF warnt uns vor Mehrwertsteuersenkungen. Die OECD empfiehlt schnelle Investitionen. Die Europäische Union wird heute ein Paket vorschlagen, in dem gerade Mehrwertsteuersenkungen gefordert werden.

Was zeigt das? Es zeigt, dass wir einen Weg - ich wiederhole es - des Maßes und der Mitte gehen sollten, der auch für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland maßgeschneidert ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deshalb werden wir uns zunächst am europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausrichten, nach dem erst einmal die automatischen Stabilisatoren wirken sollen, und dann werden wir darüber hinausgehen. Die Bundesregierung hat Vorschläge in Bezug auf Verkehrsinvestitionen gemacht, ganz im Einklang im Übrigen mit dem Sachverständigenrat, der allerdings sehr viel größere Summen ansetzt. Gespräche mit dem Verkehrsminister machen deutlich: Die Mittel für zusätzliche Maßnahmen im Bereich Infrastruktur können im nächsten Jahr verbaut werden.

(Joachim Poß [SPD]: Richtig!)

Wir werden die Planungen beschleunigen, so gut wir das können, und dann werden wir weiter in Infrastruktur investieren. Es hat aber keinen Sinn, 10 Milliarden Euro in den Haushalt einzustellen, um am Ende des Jahres festzustellen, dass 8 Milliarden Euro nicht verbaut wurden. Deshalb gehen wir realistisch an die Sache heran.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben gesagt, dass der Privatisierungskurs fortgesetzt werden wird. Aber bei den augenblicklichen Kursen an den Aktienmärkten würde eine Privatisierung bedeuten, Bundesvermögen zu verschleudern. Deshalb verschieben wir Privatisierungsvorhaben; das ist nicht als Abkehr zu verstehen.

Zur Wahrheit gehört auch: Staatliches Handeln stößt in der Wirtschaft an seine Grenzen. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Der Auslandsumsatz der deutschen Chemie liegt bei gut 55 Prozent. Drei von vier Autos, die in Deutschland hergestellt werden, gehen in den Export. Der deutsche Maschinenbau exportiert 75 Prozent seiner Produkte. Wenn auf dem amerikanischen Markt der Absatz um 30 Prozent einbricht, wie das im Oktober der Fall war, dann wird deutlich: Wir können nicht alle globalen Trends mit nationalen Mitteln bekämpfen. Vielmehr ist gemeinsames europäisches Vorgehen gefragt. Eine Investition in den Strukturfonds der Weltbank zur Ankurbelung von Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern kann genauso sinnvoll sein wie eine Maßnahme im eigenen Land. Deshalb wird die Bundesregierung immer ein Vorgehen auf diesen drei Ebenen - national, europäisch und weltweit - praktizieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit Blick auf die jetzt stattfindende Entwicklungsländerkonferenz in Doha sage ich: Wir müssen gerade in dieser Zeit auch schauen, dass Länder, die auf dem Pfad des wirtschaftlichen Wachstums waren - die afrikanischen Länder haben in den letzten Jahren mit einem Wachstum von durchschnittlich etwa 5 Prozent zum Weltwachstum beigetragen -, jetzt nicht im Stich gelassen werden und damit das Gesamtwachstum auf der Welt rapide sinkt. Nicht die europäischen Länder waren die Wachstumstreiber auf der Welt, sondern die Schwellenländer und die Entwicklungsländer. Genau dahin müssen wir wieder kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber natürlich können wir national einiges tun. Deshalb setzen wir das fort, was wir erfolgreich begonnen haben: ökologische Gebäudesanierung, Handwerkerbonus

und Bauvorhaben bei den Kommunen. An dieser Stelle will ich noch einmal sagen: Deutschland ist - anders als andere europäische Länder - ein föderaler Staat. Unsere Maßnahmen sind immer die Summe von Maßnahmen auf der Bundesebene plus der Länderebene plus der kommunalen Ebene. Ich weiß, dass viele Bundesländer jetzt zusätzliche Maßnahmen planen. Das ist auch richtig so. Die Steuereinnahmen der Länder sind nicht schlechter als die des Bundes. Ich habe die Bitte, dass die finanziellen Haushaltsspielräume der Kommunen vielleicht etwas mehr genutzt werden,  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

damit wir zu dem Punkt kommen, dass notwendige Investitionen vor Ort durchgeführt werden können. Das kann mehr bewirken als das, was wir von der Bundesebene aus tun können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Bund stellt in den Jahren 2009 und 2010 rund 32 Milliarden Euro aus dem öffentlichen Gesamthaushalt zur Verfügung. Das allein ist schon mehr als 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit wird die Bundesregierung Investitionen und Aufträge von privaten Haushalten und Kommunen an Unternehmen in Höhe von rund 50 Milliarden Euro auslösen. Wir können natürlich den psychologischen Fehler machen, dass wir all das kleinreden, was wir tun. Ich rate uns nicht dazu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn es richtig ist, dass Psychologie eine Rolle spielt, Herr Brüderle, dann sollten wir die Wahrheit benennen, aber wir sollten auch das, was wir tun, nach vorne tragen - wenn möglich, gemeinsam. Sie können ja sagen, es reicht nicht. Aber dass Investitionen von 50 Milliarden Euro nichts sind, kann man nicht sagen. Ich bitte deshalb darum, dies positiv zu vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Heute wird die Europäische Kommission ihre Vorschläge vorlegen. Darüber wird auf dem Rat im Dezember intensiv zu diskutieren sein. Wir haben die Kommission am 7. November gebeten, uns solche Vorschläge zu machen. Wir werden sicherlich auch eine strittige Diskussion haben. Aber ich glaube, Deutschland liegt absolut im Trend, wenn die Kommission uns nahe legt, dass wir mindestens 1 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes in konjunkturelle Maßnahmen stecken sollten.

Ich bitte auch darum, dass wir nicht immer sozusagen in einen Wettlauf um Milliarden verfallen, sondern vielleicht ab und zu darüber nachdenken, dass man auch ohne Geld manches machen kann. Ich nenne eine flexiblere Handhabung der Strukturfonds, damit es nicht jedes Jahr Rückflüsse in Milliardenhöhe gibt, nur weil die Gelder, die die Europäische Kommission bereitstellt, in Bulgarien, in Rumänien oder in den neuen Bundesländern nicht verbaut werden. Das darf jetzt nicht passieren. Deshalb ist es richtig, dass die Europäische Kommission sagt: Wir wollen hier flexibler herangehen, wir wollen Maßnahmen vorziehen, wir wollen in dieser Phase das Geld, das wir haben, wirklich ausgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir bitten auch darum - da bin ich mit den Kommissionsvorschlägen noch nicht ganz zufrieden -, dass die



Beihilferegulungen für kleine und mittlere Unternehmen gelockert werden. In der gegenwärtigen Situation müssen wir unendlich viel Zeit aufbringen, weil alles, was über 200 000 Euro Förderung liegt, unter die De-minimis-Regel fällt und damit in Brüssel erst langwierig genehmigt werden muss. Wenn wir diesen Grenzwert für eine bestimmte Zeit verdoppeln, dann wird der europäische Binnenmarkt nicht zusammenbrechen, aber die mittelständischen Unternehmen werden wieder leichter investieren können, und staatliche Beihilfen - auch von der Länderebene - werden besser auf den Weg gebracht werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich plädiere dafür, dass wir im Sinne eines einheitlichen Energiemarktes dazu übergehen, dass wir unser Hochspannungsnetz in Europa ausbauen. Dazu gehören insbesondere die verschiedenen Interkonnektoren zwischen den verschiedenen Ländern. Das könnte neben dem Ausbau des Breitbandnetzes ein gutes europäisches Vorhaben sein.

Natürlich werden die Klimaverhandlungen auf dem Rat im Dezember nicht abgekoppelt von der Diskussion über die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten Europas stattfinden können. Ich sage hier ganz eindeutig: Ich glaube nicht, dass es richtig wäre, die gut begründeten Klimaziele der Europäischen Union aufzugeben. Bis 2020 20 Prozent Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und 20 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien: Das war unser Ziel, und das bleibt unser Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wie wir dann im Einzelfall den Auktionshandel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für die energieintensive Industrie zwischen 2013 und 2020 angesichts der Tatsache, dass es außerhalb Europas noch kein einziges Zertifikatesystem in großem Ausmaß gibt, ausstatten, muss verhandelt werden, und zwar so, dass nicht ökologisch vernünftige Chemie-, Stahl- und andere Arbeitsplätze aus Europa abwandern, weil wir ein falsches Zertifikatesystem vereinbart haben. Es hat mit der Zielerreichung überhaupt nichts zu tun, sondern mit dem gesunden Menschenverstand, dass man nicht Arbeitsplätze aufs Spiel setzt, wenn man solche Maßnahmen macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind natürlich erfreut, dass der gewählte amerikanische Präsident den Eindruck erweckt, dass er offener gegenüber dem Klimaschutz ist. Wir haben in diesem und im nächsten Jahr viel Gelegenheit, das abzuchecken. Aber wir brauchen natürlich weltweit ein vergleichbares Wettbewerbsfeld. Ansonsten würden wir unsere Stärken wirklich schwächen.

Meine Damen und Herren, ein dritter Grundsatz. Uns geht es vor allen Dingen auch darum, die Mitte in unserem Land zu stärken, das heißt die Arbeitnehmer, die Familien, die engagierten Älteren, den leistungs- und verantwortungsbewussten Mittelstand. Dazu brauchen wir natürlich wo immer möglich finanzielle Entlastungen der Menschen. Aber wir dürfen an dieser Stelle auch die Nachhaltigkeit nicht aus dem Auge verlieren. Ich will nur daran erinnern: Ein Treiber der jetzigen Krise war

die Tatsache des zu billigen Geldes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich will hier nicht verhehlen, dass ich mir erhebliche Sorgen mache, ob wir durch ein bestimmtes Verhalten in manchen Teilen - dazu gehört auch Amerika - diesen Trend vielleicht wieder verstärken und in fünf Jahren wieder davorstehen und sagen: Nun haben wir die gleiche Krise.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb plädiere ich an dieser Stelle für den Weg von Maß und Mitte, der immer der Weg der sozialen Marktwirtschaft war und der sich auf die lange Frist bewährt hat. Es ist so: Wenn man in den letzten Jahren Amerikaner getroffen hat - das gilt zum Teil auch für Briten -, dann haben sie sich über unsere knappen Anstiege der Durchschnittsgehälter lustig gemacht. Dann haben sie gesagt: Ihr könnt doch ganz andere Renditen machen. Warum geht ihr nicht in die Vollen? Wir sind nicht in die Vollen gegangen. Ich gebe zu: Auch die CDU war damals gegen die Mindestbesteuerung. Die Mindestbesteuerung hat sich heute als ein Element herausgestellt, das zeigt, warum wir in Europa, die Deutschen, keine Verluste aus Amerika zugeschoben bekommen, sondern diese eher an andere Länder gehen. Denn man muss hier auf den Gewinn erst einmal einen Teil Steuern zahlen, bevor man ihn dann mit den Verlusten verrechnen kann. Das ist ein klassischer Weg von Maß und Mitte, den ich aus der heutigen Sicht für richtig halte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb Entlastung wo immer möglich. Wir haben die Lohnzusatzkosten gesenkt. Aber bitte keine Entlastungen, die das Zeichen der nächsten Steuererhöhung schon wieder auf der Stirn tragen.

Wir entlasten Familien - -

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr flexibel!)

- Man kann ja mal etwas dazulernen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das soll auch bei der Sozialdemokratie schon vorgekommen sein. Ich finde das nicht so schlimm. Ich möchte jetzt nur die Aufmerksamkeit für die Familien haben. Wir entlasten Familien durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes. Wir werden die volle Absetzbarkeit der Aufwendungen für die Krankenversicherung einführen. Das alles wird, wenn es voll wirksam sein wird, noch einmal eine Entlastung von 14 Milliarden Euro mit sich bringen.

Die Möglichkeit des Wirtschaftswachstums und damit steigender Löhne in diesem Jahr wird dazu führen, dass die Rentnerinnen und Rentner im nächsten Jahr eine gewisse Rentensteigerung erwarten können. Die Höhe kann man nicht voraussagen; aber im Altersvorsorgebericht der Bundesregierung wird gesagt: Das Versorgungsniveau im Alter wird weiter ansteigen, nicht absinken. Das ist eine ganz wichtige Botschaft an diejenigen, die unser Land aufgebaut haben und die natürlich auch nicht aus unserem Blickfeld geraten dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will dann auch noch sagen, dass sich in den letzten fünf Monaten in der Gesamtdiskussion, die sich massiv

verändert hat, natürlich auch die Rolle der Energiepreise dramatisch geändert hat. Was wir im Sommer sozusagen als Höchstpreise für Energie diskutiert haben, kann in der augenblicklichen Konjunktursituation als Entlastungsmoment für die privaten Haushalte gesehen werden. Deshalb können wir insgesamt davon ausgehen, dass die Mittel, die für den Binnenkonsum, für den privaten Konsum, zur Verfügung stehen, im nächsten Jahr um etwa 0,4 Prozent steigen. Das sind knapp 6 Milliarden Euro. Auch das ist etwas, was uns in der jetzigen Konjunkturschwäche helfen wird.

Es gibt einen vierten Grundsatz - den dürfen wir in diesen Zeiten nicht aus den Augen verlieren -: Es geht darum, dass wir uns jetzt besonders anstrengen, dass Gerechtigkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erhalten bleiben. Da geht es um langfristige Investitionen, zum Beispiel um Investitionen in Bildung. Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir auf unserem Bildungsgipfel eine ganz klare Zielmarke gesetzt haben, die für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von essenzieller Bedeutung ist. Neben der Tatsache, dass wir bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Innovation ausgeben werden - wir sind mit diesem Haushalt bei fast 2,9 Prozent, also auf einem wirklich erfolgreichen Pfad -, wollen wir bis 2015 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Bildung ausgeben. Das ist eine anspruchsvolle Quote. Ich sage aber auch: Das ist eine notwendige Quote.

Wir haben mit der gemeinsamen Qualifizierungsinitiative für Deutschland als Bundesregierung auf allen Stufen des Bildungslebens neue Impulse gesetzt: von der frühkindlichen Bildung über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur berufsbegleitenden Weiterbildung. Wir haben in Dresden einiges erreicht: Die verbindliche Feststellung des Sprachvermögens vor der Einschulung in allen Bundesländern bis 2010 ist eine Verpflichtung der Bundesländer. Der Bund wird das durch Sprachkurse für die Eltern von Migrantenkindern flankieren. Es gibt jetzt eine festgeschriebene Verpflichtung der Länder, die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher zu halbieren. Wir haben beschlossen, dass die Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbindlich sein wird. Das ist eine Verabredung zwischen Bund und Ländern, die es in dieser Weise bisher noch nicht gegeben hat und die natürlich zeigt, dass Bund und Länder an der Schnittstelle zwischen Schul- und Berufsleben zusammenarbeiten müssen. Für Hauptschulabschlüsse wird eine vertiefte Berufsorientierung angeboten, und wer seinen Hauptschulabschluss im normalen Schulgang nicht erreicht, hat einen Anspruch auf Förderung durch die Bundesagentur für einen nachträglichen Abschluss. Wir setzen auf bessere Aufstiegschancen durch bessere Übergänge, Aufstiegsstipendien und die Öffnung von Hochschulen für beruflich qualifizierte nach dem Motto: Jedem eine Chance geben, aus eigener Kraft weiterzukommen. Ich darf Ihnen sagen: Ein solches umfassendes Konzept von Bund und Ländern hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Das war eine richtige Initiative, auch wenn noch nicht alle davon überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben mit dem Nationalen Integrationsplan einen Prozess angestoßen. Wir können jetzt wirklich sagen - das hat sich beim dritten Integrationsgipfel gezeigt -: Von der Kommune über die Integrationsministerkonferenz bis hin zum Bund ist das Thema Integration nicht mehr irgendein Nebenthema, sondern ein Teil unseres gesellschaftlichen Engagements, und das ist auch richtig so.

Die soziale Marktwirtschaft hat nie nur in Sektoren gedacht, sondern sie hat immer das Zusammenwirken von Ökonomie, Sozialpolitik und ethischen Grundlagen im Blick gehabt. Dabei geht es um eine gesellschaftspolitische Dimension, die nach meiner Ansicht in dieser tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise von außerordentlicher Bedeutung ist. Es muss wieder klarer werden, dass die soziale Marktwirtschaft eine Ordnung der Verantwortung und des Maßhaltens ist. Nur dann kann der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit überhaupt glaubhaft gelebt werden. Deshalb geht es um eine Wirtschaftskultur, in der der unauflösliche Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung gerade von jenen vorgelebt wird, die über Macht und Einfluss verfügen, von jenen also, die in besonderem Maße Gestaltungsfreiheit in unserer Gesellschaft haben. Ich bin der festen Überzeugung: Es ist die Aufgabe der Politik - nicht nur der Politik, aber auch der Politik -, diese dringend notwendige gesellschaftliche Debatte mit neuer Energie voranzutreiben und auch Widerstände dabei in Kauf zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden erleben, dass wir bei allen Fehlentwicklungen viele sehr verantwortungsvolle Unternehmer haben, gerade im persönlich haftenden Mittelstand. Wir haben verantwortungsbewusste, engagierte Bürgerinnen und Bürger und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es sind die Bürger und die Arbeitnehmer dieses Landes, die mit ihrer Leistung den Löwenanteil am Aufschwung der letzten Jahre erarbeitet haben. Wir können - davon bin ich fest überzeugt - auf diese Kraft bauen. Deshalb werden uns diese vier Grundsätze leiten, die dazu führen, dass wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft erhalten, und zwar dadurch, dass wir den Einzelnen stärken, der Wirtschaft Brücken bauen und da, wo unser Gemeinwesen vollständig in Gefahr ist, mit aller Kraft eingreifen.

Wir müssen uns natürlich die Frage stellen: Was ist das Neue in der augenblicklichen Situation? Ich glaube, wir alle miteinander haben noch nie so deutlich gespürt, wie sehr die Wirtschaft auf nationaler Ebene, auf europäischer Ebene und auf internationaler Ebene vernetzt ist. Die schlichte Wahrheit ist: Detroit und Rüsselsheim liegen eben nicht mehr auf getrennten Kontinenten.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nun nicht!)

Sie liegen, was die Krise anbelangt, dicht nebeneinander. Die Sorgen des Hausbesitzers in Kalifornien und die Sorgen des Facharbeiters in Ludwigshafen nähren sich aus ein und derselben Wurzel von Intransparenz und Maßlosigkeit. Die Hoffnungen dieser Menschen ruhen

auf den gleichen Kräften: einer international geordneten sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb müssen wir nicht nur unsere nationale Antwort nach den von mir dargestellten Leitsätzen ausrichten, sondern auch die internationale Antwort. Deshalb war der Finanzgipfel mit den 20 führenden Industriestaaten notwendig. Er war auch ein historisches Ereignis, weil Menschen mit ganz unterschiedlichen Kulturen, wirtschaftlichen Entwicklungen und Lebensstandards zusammengesessen haben und sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst geworden sind. Wir haben dort nicht nur diskutiert, sondern wir haben auch 50 Maßnahmen beschlossen. Wir werden uns Anfang April wieder treffen. Die Finanzminister werden diese Maßnahmen umsetzen, damit sie wirksam werden. Ich kann nur sagen: Wir dürfen angesichts aller Schwierigkeiten der Wirtschaft nicht vergessen, was die Ursache war, und wir müssen die Lehren daraus ziehen. Denn wir würden vor der Geschichte versagen, wenn uns so etwas wieder passiert. Ungeregelte Märkte führen ins Unglück. Wir brauchen eine Ordnung auch auf globalem Niveau.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir werden dies im Rahmen der Offenheit unserer Gesellschaft tun. Offenheit hat Deutschland stark gemacht. Deshalb gibt es die feste Absicht, die Welthandelsrunde noch in diesem Jahr zu einem Ende zu bringen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Denn wir wissen: Nur ein offener und fairer Handel auf der Welt wird die Wachstumskräfte wieder stärken und die Sicherheit geben, die wir für die wirtschaftliche Entwicklung brauchen.

An dieser Stelle erleben wir noch etwas anderes, nämlich wie sehr die klassische Sicherheit mit der Sicherheit des Wirtschaftens heute vernetzt ist. Wenn wir über offene Märkte sprechen, sprechen wir über Transportwege, über sichere Transportwege. Dann sind wir schnell bei einem ganz anderen Thema, das sich mit Piraterie und anderen Fragen beschäftigt, bei dem die Bundesregierung natürlich auch ihre Verantwortung wahrnehmen wird. Denn was nützt uns ein freier Handel, wenn man mit einem Schiff nicht dahin kommt, wohin man will?

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig! So ist es!)

So hängen innere und äußere Sicherheit und die Fragen von sicherem Wirtschaften und Sicherheit insgesamt im Sinne einer zivilen Sicherheit aufs Engste zusammen, und die alten Trennlinien passen nicht mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sind wir in Afghanistan engagiert. Deshalb müssen wir uns mit dem Iran und seinem Nuklearprogramm befassen. Deshalb haben wir die Aufgabe, bei unseren Entwicklungsanstrengungen nicht etwa nachzulassen, sondern sie zu stärken. Ich glaube, die Bundesrepublik und die Bundesregierung sind mit ihrem Ansatz der vernetzten Sicherheit auf einem richtigen Weg. Wir werden diesen Ansatz auch auf dem NATO-Gipfel im April nächsten Jahres, der in Deutschland und Frankreich

gleichermaßen stattfindet, vorantreiben. Rein militärische Aktionen helfen nicht, aber ohne militärische Aktionen werden wir die Sicherheit auch nicht gewährleisten. Deshalb werden wir für diesen Ansatz werben. Wir haben dafür schon eine große Mehrheit erhalten. Meine Damen und Herren, Deutschland und Europa stehen vor völlig neuen Aufgaben, die wir vor wenigen Monaten so noch nicht gesehen haben. Es ist eine Stärke unserer Gesellschaft, dass wir schneller als andere Fehlentwicklungen korrigieren können. Ich bin der Überzeugung, dass es keine andere Ordnung gibt als die der sozialen Marktwirtschaft, die darauf die richtigen Antworten gibt. Offen für den Wandel, für Innovation, für die Initiative des Einzelnen, für die Leistungsbereitschaft der Vielen, für die Hilfe für Hilfebedürftige und für das Verantwortungsbewusstsein aller – das ist das, was uns leitet. Wenn wir das beherzigen, wenn wir auf dem Fundament aufbauen, das Deutschland stark gemacht hat, dann werden wir aus dieser Krise gestärkt hervorgehen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Oskar Lafontaine für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch nach der Diskussion der letzten Wochen bleiben wir dabei: Es handelt sich bei der Finanzmarktkrise nicht um eine technisch-ökonomische Krise. Es handelt sich um eine Krise unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Diese Bemerkung bezieht sich nicht allein auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, sondern auf die Weltwirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich von einer Krise der Wirtschafts- und Sozialordnung spreche, dann geht es nicht nur um ökonomisch-technische Vorgänge. Es geht auch um die Wertorientierung der Gesellschaft. Daher ist es zu begrüßen, dass jetzt auch in anderen Parteien und Fraktionen eine Debatte darüber beginnt, ob die Wertorientierung der Gesellschaft in den letzten Jahren überhaupt gestimmt hat. Wenn beispielsweise wieder die Grundsätze des ehrbaren Kaufmannes beschworen werden, dann kann man wohl eines sagen: Auf den internationalen Finanzmärkten herrschten vielleicht viele Grundsätze, aber niemals die Grundsätze des ehrbaren Kaufmannes.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir hatten in den letzten Jahrzehnten die Ausbreitung einer gesellschaftlichen Philosophie, der Philosophie des Neoliberalismus. Der Neoliberalismus ist eine Einstellung, eine Art Alltagsreligion. Diese Alltagsreligion beruht auf bestimmten Denkfiguren und auf Denktraditionen, die heute noch lange nicht überwunden sind. Wenn öffentlich kommentiert wird, der Neoliberalismus sei gescheitert, dann stimme ich dem, bezogen auf die Ergebnisse, zu.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Können Sie

mir einmal erklären, was das ist?)

Ich stimme aber niemals der Auffassung zu, seine Denktraditionen und seine Denkfiguren seien bereits gescheitert, denn Denktraditionen und Denkfiguren, die über Jahrzehnte geprägt wurden, können nicht von heute auf morgen überwunden werden. Deshalb ist die Kernfrage heute die, ob wir denn die Grundsätze und Leitsätze haben, die uns in die Lage versetzen, die jetzige Krise zu überwinden. Über diese Kernfrage muss heute debattiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eben sehr richtig darauf hingewiesen, dass man Grundsätze und Leitsätze haben muss, um eine solche Krise zu überwinden. Wir sind aber der Überzeugung, dass Sie die falschen Grundsätze und Leitsätze haben und dass Sie daher nicht in der Lage sind, diese Krise zu überwinden. Das prognostiziere ich hier.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte dies an dem Ergebnis des Gipfels der G 20 beleuchten. Natürlich war dort die Absicht, zu regulieren. Natürlich hat man näher hingeschaut: Was wird denn jetzt das Ergebnis dieses Gipfels sein? Natürlich hat man nicht erwartet, dass dort bereits ein Ergebnis wie nach dem Gipfel von Bretton Woods vorliegen würde. Aber es gab zwei Feststellungen, die sehr bedenklich sind und die ich hier werten möchte. Die eine Feststellung im Hinblick auf die Ordnung der Finanzmärkte ist: Wir müssen weiterhin marktwirtschaftliche Grundsätze berücksichtigen. Die andere Feststellung ist: Wir werden weiter am freien Kapitalverkehr festhalten. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Wenn Sie weiterhin dem Irrtum unterliegen, dass Finanzmärkte genauso wie Gütermärkte zu behandeln seien, dann wird die Krise nicht überwunden werden können. Wenn Sie am freien Kapitalverkehr festhalten, dann legen Sie schon jetzt die Grundlage dafür, dass es in einiger Zeit die nächste Finanzmarktkrise mit allen Folgen geben wird. Mit diesem Problem sind wir heute konfrontiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundlage dieser Fehlentscheidungen ist aber der Neoliberalismus. Der Neoliberalismus hat zu der heutigen Krise geführt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Jetzt sagen Sie einmal, was das ist!)

Der Neoliberalismus beruhte auf drei Prinzipien: Erstens forderte er die Deregulierung. Heute reden alle von Regulierung. Zweitens forderte er die Privatisierung. Wir fordern wieder öffentliche Verantwortung für die Bereiche der Daseinsvorsorge. Statt Privatisierung fordern wir eine Wirtschaftsdemokratie mit Mitbestimmung und Belegschaftsbeteiligung. Das ist ein anderes gesellschaftliches Konzept.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens und vor allen Dingen forderte der Neoliberalismus die Flexibilisierung. Wir fordern stattdessen Arbeitsplätze - jetzt kommt das Entscheidende; davon war heute aber noch gar nicht die Rede -, auf deren Grundlage man das eigene Leben planen kann, eine Familie gründen und auch ernähren kann. Das ist die Herausforderung,

über die wir heute sprechen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zum ersten Punkt, zur Deregulierung.

Was hat man in den letzten Jahren alles dereguliert!

Zunächst wurden die Wechselkurse freigegeben.

Dazu höre ich von dieser Regierung seit Wochen überhaupt

nichts. Man hat den Eindruck, als habe sie gar

nicht begriffen, dass wir derzeit weltweit Währungskrisen

haben, die auch auf die deutsche Volkswirtschaft zurückschlagen.

Wenn es nicht gelingt, diese Währungskrisen

einzudämmen, dann werden wir in Zukunft immer

wieder solche Währungskrisen erleben. Ich verstehe einfach

nicht, dass die Bundesregierung keine Vorschläge

vorlegt, um diese Krisen zumindest einzudämmen, wenn

nicht gar zu bewältigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens: Der Kapitalverkehr wurde freigegeben.

Da man daran festhalten will, stellt sich die Frage: Wie

will man bei freiem Kapitalverkehr verhindern, dass

zum Beispiel die Krise einer amerikanischen Großbank

auf die ganze Welt übergreift? Ich war gestern bei einer

Veranstaltung, auf der die These geäußert wurde, dass

man Lehman Brothers pleitegehen ließ, weil man

wusste, dass diese Großbank am intensivsten mit den

Volkswirtschaften anderer Länder verflochten ist.

Ist denn niemand auf die Idee gekommen, dass man

auch Brandschneisen braucht, wenn man einen Flächenbrand

verhindern will? Wie sollen diese Brandschneisen

im internationalen Finanzsystem aussehen? Reicht es

aus, ständig nur alte Forderungen, beispielsweise nach

mehr Transparenz und besserer Kontrolle, wiederzukäuen,

ohne konkret zu werden?

(Beifall bei der LINKEN)

Die dritte Deregulierung, die durchgeführt wurde

- sie ist nach wie vor vorhanden -, betrifft die Steueroasen.

Sie können auf nationalstaatlicher Ebene so viel

regeln und festlegen, wie Sie wollen. Wenn Sie die Steueroasen

weiterhin nicht stilllegen, dann wird es in Zukunft

so weitergehen wie in den vergangenen Jahren.

Dann werden Sie nichts erreichen. Ich wundere mich,

dass davon überhaupt nicht die Rede ist.

(Beifall bei der LINKEN)

- Es ist ziemlich unhöflich, dass auf der Regierungsbank

gequatscht wird, wenn man hier versucht, ein anderes

Konzept vorzustellen; das will ich in aller Klarheit sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten

der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Und das aus Ihrem Mund!)

Wir haben im Parlament gewisse Spielregeln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Allerdings!

Das müssen wir uns von Ihnen nicht erklären

lassen!)

Es wäre wünschenswert, dass auch Sie etwas zu

Wechselkursen, freiem Kapitalverkehr oder Steueroasen

sagen würden.

Man hat Ratingagenturen zugelassen, und man hat zugelassen,

dass diese Ratingagenturen von denen finanziert

werden, die die Nutznießer der Testate sind. Welche

Konsequenz hat man aus der Feststellung, dass dies



schiefgegangen ist, gezogen? Ende der 80er-Jahre wurden bei uns die Prüfmechanismen abgeschafft, die die Kundinnen und Kunden der Banken davor geschützt haben, dass ihnen ein Vertreter falsche Papiere andreht. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich glaube, es war wirklich gut, dass Sie damals zurückgetreten sind!)

Welche Konsequenz ziehen wir heute daraus? Vor einiger Zeit hat die Vorgängerregierung ein Gesetz vorgelegt, durch das diejenigen geschützt werden sollten, denen falsche Papiere angeboten wurden. Dieses Gesetz ist aber auf Druck der Finanzindustrie zurückgezogen worden. Angesichts der schlechten Erfahrungen, die insbesondere alte Leute, denen man Lehman-Brothers-Papiere und Ähnliches angedreht hat, gemacht haben, wäre es an der Zeit, dieses Gesetz jetzt erneut vorzulegen. (Beifall bei der LINKEN)

In diesem Zusammenhang geht es um zwei Punkte: Erstens. Solche Papiere müssen wieder testiert werden, und zwar von staatlicher Seite, nicht von Agenturen, die von den Banken bezahlt werden. Zweitens. Was die Verjährungsfrist betrifft, kann man gerade bei Produkten, die zur Altersvorsorge erworben werden, nicht von einem Jahr ausgehen, sondern man muss eine Verjährungsfrist von mindestens drei, wenn nicht sogar von zehn Jahren einführen, um die Kundinnen und Kunden zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Deutschland wurde auf nationaler Ebene eine ganze Reihe von Deregulierungsmaßnahmen durchgeführt. Dazu hört man von Ihnen kein einziges Wort. Ihre ganzen Bekenntnisse zur Regulierung sind völlig unglaubwürdig. Wir haben Sie gefragt: Was haben Sie für mehr Deregulierung unternommen? Daraufhin haben Sie eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgetragen - aus Zeitgründen nenne ich nur einige -: die Zulassung der Hedgefonds, die Zulassung der Verbriefungen und die Zulassung der Zweckgesellschaften.

Würden Sie eine Lehre aus den jüngsten Entwicklungen ziehen - dass Sie dies nicht tun, ist bedauerlich -, (Beifall bei der LINKEN)

dann würden Sie jetzt ankündigen, dass Sie diese Deregulierungsmaßnahmen zurücknehmen. Sonst sind all

Ihre Bekenntnisse zur Regulierung völlig unglaubwürdig.

Es wäre das Einfachste von der Welt, diese Gesetze jetzt einzukassieren, nachdem wir festgestellt haben, dass diese Mechanismen nicht funktionieren.

Der nächste Punkt ist die Privatisierung. Ich habe die öffentliche Verantwortung für die Bereiche der Daseinsfürsorge und eine Wirtschaftsdemokratie mit Mitbestimmung und Belegschaftsbeteiligung dagegengestellt. Das ist ein ganz anderer gesellschaftspolitischer Ansatz. Sie haben die öffentlichen Einrichtungen in großem Umfang privatisiert, und die Bundeskanzlerin hat hier gesagt - deswegen sage ich, dass Sie weiterhin auf der Basis der Grundsätze des Neoliberalismus operieren -, dass Sie zum Beispiel bei der Bahn die Privatisierung fortsetzen wollen. Das heißt, Sie nehmen die Konsequenzen überhaupt nicht wahr; denn Privatisierung bedeutet eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

für die Menschen, die in den privatisierten Unternehmen beschäftigt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man diese Konsequenzen nicht wahrnimmt, dann kann man natürlich weiterhin an diesen Vorstellungen festhalten.

Das Fatalste war - das möchte ich hier einmal ansprechen - die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme. Ich habe bei der letzten Debatte gehört - ich will das gar nicht an bestimmten Namen abarbeiten -, dass die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme nichts mit der Finanzmarktkrise zu tun habe. Wer übersieht, dass die Ansammlung von Geld in privaten Fonds weltweit eine der Ursachen der Finanzmarktkrise ist, der hat überhaupt nichts verstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Privatisierung der Sozialversicherung ist unverzüglich zurückzunehmen - das ist die Forderung unserer Fraktion -, weil sie nicht nur in Chile, Argentinien oder den Vereinigten Staaten zu nachteiligen Entwicklungen führt, wo plötzlich viele ältere Leute mit leeren Händen dastehen, sondern auch bei uns, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Gebühr belastet werden und weil ihnen letztendlich keine sichere Basis für das Leben im Alter gegeben wird. Deshalb ist die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme zurückzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne beschlossen. Das war nicht die jetzige Mehrheit, sondern das war eine andere Mehrheit. Mittlerweile hat man dankenswerterweise erkannt - das taucht in einigen Papieren auf -, dass das ein Fehler war. Wenn man das erkannt hat, dann sollte man aber auch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

(Zuruf des Abg. Joachim Poß [SPD])

In einer Welt, in der Private-Equity-Gesellschaften Unternehmen kaufen und wieder verkaufen und in der Hedgefonds Unternehmen kaufen, ausschachten und wieder weiter verkaufen, können wir die Gewinne aus diesen Verkäufen nicht auch noch steuerfrei stellen. Damit reizen wir diesen Menschenhandel doch gerade erst an. Deshalb ist die Steuerfreiheit zurückzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben die Vermögensteuer abgeschafft. Das hat natürlich Konsequenzen für die Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserer Gesamtgesellschaft.

(Joachim Poß [SPD]: Das war 1995!)

- Ja.

(Joachim Poß [SPD]: Red doch nicht so einen Stuss hier! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo der Poß recht hat, hat er recht!)

- Ich stelle hier fest: Der Kollege Poß ist unschuldig an der Abschaffung der Vermögensteuer. Er wollte das nicht. Das war eine andere Mehrheit. Wenn ich das Wort „Sie“ gebrauche, dann kann ich Sie, Herr Kollege Poß, nicht immer ausklammern. Ausnahmsweise möchte ich das hier aber einmal feststellen.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn er von Stuss redet, dann hat der Poß recht!)

Das ändert aber nichts an dem Sachverhalt, dass dieser Wegfall der Vermögensteuer natürlich zu einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland geführt hat.

Herr Kollege Poß, jetzt möchte ich Ihnen dann doch eine Antwort geben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist hier eine Plenardebatte und keine sozialdemokratische Selbsthilfegruppe!)

Wenn Sie angesichts dieser Entwicklung die Erbschaftsteuer so regeln, wie sie jetzt geregelt wird, mit dem Ergebnis, dass Milliardäre entlastet werden, dann haben Sie überhaupt nichts von dem Aufbau und der Liquidität der internationalen Finanzmärkte verstanden.

(Beifall bei der LINKEN - Joachim Poß [SPD]: Ach!)

Unter den Bereich Privatisierung fällt auch die Absicht, die Staatsquote sinken zu lassen. Die Bundeskanzlerin war sehr stolz darauf, dass die Staatsquote sehr niedrig ist. Man kann ja dieser Auffassung sein, aber dann muss man auch wissen, was es heißt, wenn die Staatsquote niedrig ist. Frau Bundeskanzlerin, solange Sie der Meinung sind, eine niedrige Staatsquote sei erstrebenswert, können Sie sich Ihre Bildungsgipfelchen wirklich sparen; denn eine niedrige Staatsquote bedeutet nun einmal weniger Geld für Bildung im Vergleich zu anderen Ländern, die eine höhere Staatsquote haben. Die Grundrechenarten sollte man in der Regierung doch zumindest noch kennen.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Das ist dummes Zeug! - Volker

Kauder [CDU/CSU]: Ein solcher Stuss!)

Eine niedrige Staatsquote bedeutet natürlich auch weniger Leistungen für diejenigen, die soziale Leistungen beziehen. Das ist nun einmal die Folge einer niedrigen Staatsquote. Deshalb sage ich: Orientieren Sie sich doch einmal an den Ländern, die in den Bereichen Bildung und soziale Sicherung erfolgreich arbeiten. Wenn Sie einfach nur die internationalen Statistiken zur Kenntnis nehmen, dann werden Sie feststellen, dass diese Länder anders an dieses Problem herangehen. Die Entstaatlichung Deutschlands in den letzten Jahren war ein schwerer Fehler und hat bei vielen Leuten zu Armut geführt. Nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stuss, Stuss, Stuss! - Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Ein seltener Blödsinn!)

Diese Entwicklung hin zur Privatisierung - insbesondere verbunden mit der Senkung der Unternehmensteuer, die die Kanzlerin vorhin auch wieder ganz stolz angeführt hat - hat dazu geführt, dass in Deutschland teilweise nur 25 Prozent der Gewinne reinvestiert worden sind. Die Frage ist doch: Was ist mit den übrigen 75 Prozent geschehen? Ist Ihnen denn nicht zu vermittelten, dass dies eine der Ursachen dafür ist, dass wir beispielsweise jetzt Unternehmen haben, deren Gewinn größer ist als der Umsatz? Ist denn nicht klar, dass die Gelder nicht mehr in die Investitionen gehen, sondern in die internationale Spekulation? Sie bauen doch das alles mit auf, ziehen aber nicht die geringste Konsequenz daraus.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist die Fehlentwicklung, die wir in den nächsten Jahren bitter zu spüren bekommen werden; das prognostiziere ich an dieser Stelle.

Deshalb sagen wir, dieser Privatisierung, die die Grundlage dafür ist, dass sich die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen dramatisch entwickelt hat, ist ein anderer Ansatz vorzuziehen: Wir wollen wieder eine stärkere Beteiligung der öffentlichen Hand. Wir wollen insbesondere eine Wirtschaftsdemokratie, die die Beschäftigten in weitaus stärkerer Form als derzeit an den Entscheidungen und an den Erträgen der Unternehmen beteiligt.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zu dem größten Flurschaden, den der Neoliberalismus angerichtet hat – ich meine nicht den Ordoliberalismus, Herr Kollege Brüderle;

(Otto Fricke [FDP]: Sie meinen Ihre Partei!)

wenn genügend Zeit da wäre, könnte ich mich dazu äußern –: Das ist die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Dies ist eines der törichtsten und verhängnisvollsten Wörter, die das Denken und Handeln vieler bestimmt haben und die zu enormen Schäden für viele Menschen in Deutschland geführt haben. Nun nenne ich diese Schäden. Erstens. Wer von der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte spricht, der durchlöchert gerne und zuerst einmal die Tarifverträge mit all den Folgen für das Lohndumping, das wir in Deutschland beklagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zumindest müsste doch festgestellt werden, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um wieder einen geregelten Arbeitsmarkt zu haben, was die Höhe der Bezahlung angeht.

Zweitens. Sie waren stolz auf Mini- und Midijobs, die eingerichtet worden sind. Das hatte ja vielleicht einmal einen Sinn, als einige Studenten und Pensionäre beschäftigt worden sind, um Zeitungen auszutragen oder auszuhelfen. Da mag das einen Sinn gehabt haben. Dass aber einzelne Unternehmen aus Gründen der Lohnkostensenkung jetzt flächendeckend Mini- und Midijobs in Millionenzahl ausgebaut haben, ist die Ursache dafür, dass es heute Menschen gibt, die ihr Leben nicht mehr planen können und die, wenn man so will, schlicht und einfach aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies sind falsche Grund- und Leitsätze, mit denen Sie die Krise niemals bewältigen können.

Der dritte Punkt ist die Leiharbeit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Charta der Menschenrechte steht, ein Grundsatz weltweit sei: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. In dem Moment, in dem Sie die Leiharbeit ausufern ließen und zuließen, dass es so gehandhabt wurde, wie es jetzt geschieht, verstießen Sie sogar gegen die Charta der Menschenrechte. Sie reden von Werten. Ja, wo ist denn Ihre Wertorientierung an dieser Stelle? Da wäre ich doch konkret, dann würde man sie nachvollziehen können. Wer nichts gegen die Leiharbeit tut und zusieht, wie Hunderttausende Leiharbeiter jetzt in der Gefahr sind, ihren Job zu verlieren, wobei viele

Tausende ihn schon verloren haben, der hat überhaupt keine Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise gezogen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist das Ärgerliche an dieser Stelle. Warum legen Sie nicht ein Gesetz vor, um diese Menschen in Zukunft zu schützen? Was soll denn das ganze Gerede von der Wertorientierung, wenn Menschen darunter leiden, dass sie einfach hinausgeworfen werden, weil sie keine Rechte haben, Sie aber nichts vorlegen, um das zu ändern, obwohl auch die große Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung ist, dass hier etwas geändert werden muss?

Dann gibt es die befristeten Verträge. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Leben der Menschen muss planbar sein. Der große Soziologe Richard Sennett sagte, wenn die Arbeitsverhältnisse so organisiert werden, wie Sie sie organisiert haben, dann führt dies zur Zerstörung des Charakters

(Dirk Niebel [FDP]: Dann müssen Sie dauerhaft befristet beschäftigt gewesen sein!)

- stellen Sie sich doch einmal diesem Vorwurf -, weil das Leben nicht mehr planbar ist, jedes menschliche Leben sich aber in beschützten Bereichen vollziehen muss. Wer also die Ausweitung der befristeten Arbeitsverträge zu verantworten hat, weil er an das neoliberale Credo der Flexibilisierung geglaubt hat, der hat großen Flurschaden bei den Menschen angerichtet und ist mitverantwortlich dafür, dass in Deutschland keine Familien mehr gegründet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Welcher junge Mensch kann denn noch eine Familie gründen, wenn er Angst haben muss, dass er in einem halben Jahr hinausfliegt? Warum sehen Sie diese Zusammenhänge nicht? Warum sehen Sie nicht, wie das ineinandergreift? Dann sind wir aufgrund dieser verheerenden Arbeitsmarktpolitik, die der falschen neoliberalen Philosophie geschuldet ist, mittlerweile das Land mit dem größten Niedriglohnsektor unter den Industriestaaten. Niedriglohnsektor heißt nun einmal: ein Jahreseinkommen von 15 000 Euro oder weniger oder ein Monatseinkommen von etwa 1 000 Euro. Es lässt sich zwar leicht sagen: „Das ist immerhin etwas“. Aber dann sollten Sie auch erklären, wie eine Familie mit zwei Kindern bei solchen Einkommensverhältnissen gut leben können soll. Das Entscheidende ist, dass wir das ohne Not getan haben; denn alle anderen Staaten weisen andere Zahlen auf. Es ist verwerflich, dass wir die einzigen waren, die den Niedriglohnsektor so fleißig ausgeweitet haben. Deshalb müssen Sie endlich etwas tun. Führen Sie endlich den gesetzlichen Mindestlohn ein, damit wir wenigstens von unten die Dinge in den Griff bekommen!

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst wenn Sie diese Zusammenhänge nicht sehen, gilt: Wer bei Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen und beim gesetzlichen Mindestlohn nichts tut, hat nichts von der internationalen Finanzmarktkrise und ihren verheerenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaften - auch in Deutschland - verstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört auch die Zumutung durch Hartz IV. Die

Zumutbarkeitsklausel hat erwartungsgemäß zum Rutschen der Löhne nach unten geführt. Das haben die Befürworter mittlerweile auch zugegeben. Sie haben zugegeben, dass sie genau das erreicht haben, was sie wollten. Die Löhne sind in Deutschland immer weiter gesunken. Das beschäftigt einen vielleicht nicht, wenn man nicht selbst betroffen ist. Aber es sind viele Menschen davon betroffen, und es werden immer mehr. Deshalb müssen wir diese verhängnisvolle Rutschbahn schließen.

Wir müssen aufhören, die Menschen zu zwingen, weit unter ihrer Qualifikation und zu jedem angebotenen Lohn zu arbeiten. Das ist geradezu eine Einladung, in Deutschland weiter Lohndumping zu betreiben und den Niedriglohnsektor immer weiter auszubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ursache für die Verwerfungen auf den Finanzmärkten sind zwei Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft und in den Volkswirtschaften, zu denen wir - also die Mehrheiten, die diese Gesetze beschlossen haben - wesentlich beigetragen haben. Das eine ist das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht. Ich habe vorhin die Wechselkurse angesprochen. Wie soll man zu richtigen Schlussfolgerungen kommen, wenn man das nicht einmal sieht?

Wir sind aufgrund des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes, zu dem wir mit beigetragen haben und das dazu geführt hat, dass wir wie Japan in großem Umfang Exportüberschüsse und Leistungsbilanzüberschüsse haben, als erste gehalten, Konjunkturprogramme aufzulegen, um die Weltwirtschaft zu stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum sehen Sie diese Zusammenhänge nicht? Warum begreifen Sie das nicht? Wir sind als erste dazu verpflichtet, weil wir Waren produziert haben, die im Saldo eigentlich in anderen Ländern hätten produziert werden müssen. Das heißt, wir haben Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet. Welche Länder sind denn jetzt als erste gefordert, die Weltwirtschaft zu stabilisieren? Das sind doch nicht diejenigen, die große Defizite angehäuft haben, sondern diejenigen, die Überschüsse erzielt haben. Das heißt, Sie versagen an dieser Stelle auf der ganzen Linie, und das wird in Europa so gesehen: von Frankreich bis in die anderen europäischen Staaten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite Ungleichgewicht besteht bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die jüngsten Zahlen werden immer eindeutiger. Aufgrund der falschen Philosophie, die Sie vorhin wieder vorgetragen haben, werden sich die Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderentwickeln. Sie haben ja alles dafür getan: steuerlich und durch Ihre Arbeitsmarktgesetzgebung. Marktwirtschaft und soziale Marktwirtschaft funktionieren aber nicht ohne ein gewisses Gleichgewicht zwischen Einkommen und Vermögen in einer Volkswirtschaft.

Die Ursache für die derzeitige Krise ist auch darin zu suchen, dass dieses Gleichgewicht empfindlich gestört wurde. Während eine Minderheit immer höhere Einkommen und größere Vermögen angesammelt hat, hat die große Mehrheit mit stagnierenden Löhnen und stagnierenden Renten zu tun. Das ist eine der Ursachen

für die ökonomische Schwäche, die Deutschland derzeit aufweist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frage, wie man diese Krise bekämpfen kann, ist sehr einfach zu beantworten. Man muss dort ansetzen, wo man bisher Fehler gemacht hat. Es ist richtig, dass Sie die degressive Abschreibung jetzt wieder einführen. Die Linke hat über Jahre dafür gekämpft und entsprechende Anträge eingebracht, die immer wieder abgelehnt wurden. Wir erkennen aber an, dass Sie diesen Schritt jetzt gehen. Denn dahinter steht die Philosophie, nicht den spekulierenden, sondern den investierenden Unternehmer zu belohnen. Aber dazu bräuchte es eine andere Steuergesetzgebung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist auch richtig, dass das Kurzarbeitergeld verlängert wird. Denn das ist eine bessere Lösung als Leiharbeit, bei der die Leiharbeiter wieder entlassen werden, oder befristete Arbeitsverträge, bei denen die Menschen sehr schnell wieder auf der Straße stehen. Das alles ist richtig. Aber dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, jetzt den Banken vorwerfen, sie seien Kaltblüter im Winter, wirft die Frage auf, warum Sie selbst sich bei der Bekämpfung der Konjunkturkrise so kaltblütig im Winter verhalten und die Politik der ruhigen Hand praktizieren. Während China 8 Prozent und die Vereinigten Staaten 2 Prozent des Bruttosozialproduktes einsetzen, um die Konjunkturkrise zu bekämpfen, halten Sie mit 0,15 Prozent dagegen und sagen: Vielleicht werden wir irgendwann etwas anders machen. Das ist nichts anderes als ein klägliches Versagen. Sie haben die Dimension nicht erkannt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden dies mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit bezahlen müssen, für den Sie persönlich dann die Verantwortung tragen, und zwar aufgrund der zögerlichen Bekämpfung der konjunkturellen Krise. Glauben Sie nicht, dass die anderen Volkswirtschaften aus Leichtfertigkeit mit großen Summen antreten, um den Einbruch zu bekämpfen! Erinnern Sie sich der Tatsache, dass wir als Erste verpflichtet sind, ein Konjunkturpaket zu schnüren, um den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen! Ich sage Ihnen - ich greife Ihren Satz auf -: Es stimmt, dass man diese Krise nur auf der Grundlage richtiger Grundsätze und Leitsätze bekämpfen kann. Solange aber nach wie vor die Philosophie des Neoliberalismus mit Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Senkung der Staatsquote Ihr Handeln bestimmt, so lange werden Sie die Krise verschärfen und nicht bekämpfen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Peter Struck für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Peter Struck (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über den Bundeshaushalt 2009, die wir gerade führen, ist, wenn ich richtig gezählt habe, die 56. Debatte, die ich seit 1980 miterlebe. Seit 28 Jahren

bin ich MdB. Pro Jahr gibt es in der Regel eine erste Lesung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und im September die zweite und dritte Lesung. Als Mitglied des Haushaltsausschusses, als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, als Fraktionsvorsitzender und als Minister ist mir der Ablauf einer solchen Debatte überhaupt nicht neu: Die Regierung und die sie stützenden Koalitionsfraktionen loben sich für die gute Politik. Die Oppositionsfraktionen beklagen die hohen Steuern und die hohen Schulden, fordern mehr Ausgaben für soziale und andere Zwecke und versprechen, alles besser zu machen, wenn der Wähler sie nur ließe. Das ist die Normalität. In diesem Jahr ist aber die Debatte über den Haushalt 2009 völlig anders. Der gesamte Finanzmarkt ist nach der ersten Lesung im September dieses Jahres weltweit wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Ganze Industrien sind in ihrer Zukunft bedroht. Viele Menschen hierzulande befürchten, in diesen Strudel hineingerissen zu werden. Wer jetzt der Koalition vorwirft, sie gebe das Ziel der Nullverschuldung auf, blendet die Realität völlig aus. Noch absurder wird es dann, wenn die Krokodilstränen um den ausgeglichenen Haushalt mit überhitzten Forderungen nach immer gigantischeren Konjunkturprogrammen gepaart werden. Mit Leerverkäufen sind die Finanzmärkte gecrasht. Mit Leerversprechen ist der Realwirtschaft überhaupt nicht zu helfen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Menschen haben ein Recht darauf, von uns zu erfahren, wo der Staat helfen kann und wo er nicht helfen kann, wo er überfordert ist. Die Reihenfolge der Regierung war genau richtig: Zuerst haben Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück klargestellt, dass der Staat für die Sicherheit der Spareinlagen steht. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damit hat die Regierung um Vertrauen bei den Bürgern geworben und verhindert, dass sie massenhaft ihre Konten kündigen und damit den Geldverkehr zum Erliegen bringen. Umgekehrt: Wenn es nicht eine Instanz gegeben hätte, die den Sparern Vertrauen geschenkt hätten, hätte das Abräumen der Konten uns alle das Fürchten gelehrt. Insofern ist die schnelle Vertrauenserklärung von Kanzlerin und Finanzminister nicht hoch genug einzuschätzen. In einem zweiten Schritt hat die Regierung einen gewaltigen finanziellen Schutzschirm über die Banken gespannt, um zum einen das Vertrauen unter den Banken zu stärken und zum anderen ihre Liquidität bei der Kreditvergabe zu sichern. Diese Finanzoperation und Bürgschaft waren kein Geschenk an wenige abgehobene Zocker in den Chefetagen deutscher Banken, sondern ein Sicherheitsnetz für Wirtschaft und Sparer. (Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich etwas einfügen: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Politik in letzten Wochen viel an Reputation zurückgewonnen hat, und zwar nicht, weil wir so gut waren, sondern weil die Menschen gespürt haben, dass es außer ihrem Bankautomaten und ihrem Anlageberater noch etwas anderes geben muss, das für ihre Daseinsvorsorge eintritt, und das ist in diesem Fall der Staat.



(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben weltweit eine Renaissance des Staates erlebt. Paradoxe Weise war er dort plötzlich besonders stark und wurde er dort am heftigsten herbeigerufen, wo er in der Vergangenheit nur noch ein Nachtwächterdasein führen sollte.

Dem Schutzschirm für die Finanzwirtschaft – das war eine Operation am offenen Herzen – hat die Bundesregierung dank einer Fülle von Initiativen von Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier in einem zweiten Schritt einen Schutzschirm für Beschäftigung folgen lassen. Das war eine Reparatur bei laufendem Motor. Will sagen: Wir haben die Räder nicht neu erfunden, indem wir den Motor erst einmal ausgestellt und dann neue Techniken ausgetüftelt hätten; stattdessen haben wir Bewährtes verstärkt und ohnehin Geplantes noch zügiger verabschiedet. Die Regierung und die Koalitionsfraktionen haben sich nicht damit aufgehalten, nach Etiketten zu suchen, sondern sie haben Ausschau gehalten, wo sie punktgenau die größte Hebelwirkung für die Entlastung der Wirtschaft, des Arbeitsmarkts und der Bürgerinnen und Bürger erzielen konnten. Das hat Erfolg gehabt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rund 50 Milliarden Euro. Ich will einen Satz zu den Kommunen sagen und unterstreichen, was die Kanzlerin dazu gesagt hat. Ich weiß, dass in manchen Ländern Kommunen über Landesgesetze gehindert werden, die Mittel, die wir bereitstellen könnten und würden, zu nehmen. Ich fordere die Innenminister dieser Landesregierungen auf, diese Schranke zu beseitigen, weil gerade Investitionen im kommunalen Bereich erfolversprechend wären und viel bewirken würden. Wir sollten da nicht nachlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darüber hinaus gewährleisteten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität von Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Milliarden Euro. Zusammen mit den vom Kabinett am 7. Oktober beschlossenen Initiativen werden allein in den Jahren 2009 und 2010 Mittel von mehr als 30 Milliarden Euro aus den öffentlichen Gesamthaushalten zur Verfügung gestellt. Das Bündel der Instrumente ist breit gefächert. Es reicht von der Auflegung eines Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr über die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms bis hin zur Entlastung privater Haushalte als Auftraggeber. Herr Kollege Brüderle, das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm als Styroporprogramm zu bezeichnen, ist wirklich eine Unverschämtheit. Jeder weiß, welche große Wirkung das in Bezug auf Energieeinsparung hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist auch besonders wichtig, dass wir beschlossen haben, die privaten Haushalte als Auftraggeber und als

Arbeitgeber steuerlich zu entlasten. Natürlich sind die Stärkung der Kaufkraft durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Wohngeldes genauso wichtig.

Dieses Paket muss im Verbund mit Entscheidungen gesehen werden, die wir längst getroffen haben. Wir haben durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 6,5 Prozent auf 3 Prozent und weiter auf 2,8 Prozent dafür gesorgt, dass alle Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto haben. Ich erwarte an dieser Stelle den Dank der Arbeitgeber, die uns immer aufgefordert haben, diese Maßnahmen durchzuführen; jetzt, da sie erfolgt sind, werden weitere Forderungen gestellt. Es ist ein wichtiger Schritt, dass wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung im Laufe der drei Jahre dieser Wahlperiode halbiert haben. Ein Wort des Dankes wäre also schon angebracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind nämlich insgesamt Entlastungen von mehr als 30 Milliarden Euro für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmer. Wir haben mit dieser Abgabensenkung vor allem den Beziehern unterer und mittlerer Einkommen geholfen.

Eines will ich angesichts der aktuellen Debatte in der Union zu Steuersenkungen auch einmal sagen: Mit Steuersenkungen erreicht man Haushalte mit niedrigen Einkommen überhaupt nicht mehr, weil die Hälfte aller Haushalte - in absoluten Zahlen: 23,5 Millionen Haushalte - überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Es ergibt doch keinen Sinn, weiter über Steuersenkungen zu reden, wenn eine Unternehmensteuerreform auf den Weg gebracht worden ist und der Staat in einer finanziellen Situation wie der jetzt vorzufindenden ist. Ich empfehle dringend, die Debatte über Steuersenkungen sein zu lassen. Das wird nicht möglich sein. Das Geld ist nicht da.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden morgen - die Vorredner haben das teilweise schon angesprochen - nach langem Ringen, wie ich es in dieser langen Zeit auch noch nicht erlebt habe, eine Erbschaftsteuer verabschieden, die den Erhalt von Unternehmen belohnt und den Ländern gleichzeitig 4 Milliarden Euro für Bildung und andere Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellt. Es ist ein großer Erfolg, dass die Erbschaftsteuer erhalten bleibt, und zwar in dem von uns festgelegten Umfang.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zur Bildung. Eine der wichtigsten Bildungsinitiativen für den Arbeitsmarkt der Zukunft geht nicht von dem Hause Schavan, sondern von dem Hause des Arbeitsministers aus. Ich rede hier von dem Recht auf einen Hauptschulabschluss; ein großer Erfolg im Bereich der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man weiß, dass von den 3 Millionen Arbeitslosen 500 000 ohne Hauptschulabschluss, überhaupt ohne einen Schulabschluss sind, dann kann man erahnen, wie wichtig diese Qualifizierungsoffensive ist. Es darf nämlich nicht sein, dass wir tatenlos hinnehmen, dass die Hälfte der Langzeitarbeitslosen über keinen Berufsabschluss

verfügt. Diese Initiative ist ein großer Fortschritt für die 500 000 Arbeitssuchenden. Sie ist aber auch ein geeignetes Instrument, um in Zeiten drohenden Fachkräftemangels die menschlichen Ressourcen und Fähigkeiten zu nutzen.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen – an die möchte ich mich jetzt einmal besonders richten –, lassen Sie uns doch das breitgefächerte Bündel an Maßnahmen, das beschlossen worden ist, nicht kleinreden. Stattdessen sollten wir in unseren Wahlkreisen intensiv verbreiten, was wir getan haben. Wir sollten mit den Bürgermeistern, mit den Landräten darüber reden, was noch möglich ist. Wir wollten den Kommunen Hilfe geben. Wir wollen auch den Menschen sagen, was alles durch die Programme des Bundes noch möglich ist. Wir müssen offensiv und positiv darüber reden und nicht immer nur feststellen, was alles noch fehlt. So wird man in der Politik keine Erfolge haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will eine Anmerkung zur ökonomisch-ökologischen Diskussion machen. Es ist doch absurd, in der Diskussion so zu tun, als ginge es etwa in der Automobilindustrie darum, Klimaziele gegen Absatzziele und Arbeitsplatzverluste auszuspielen. Auf eine solche Debatte – einerseits Klima, andererseits Autos – kann man sich nur einlassen, wenn man nicht ahnen kann, was von Amerika auf uns zukommt. Der Wind of Change, der von Obama ausgeht, wird uns in dieser Frage in den nächsten Monaten massiv beschäftigen. Obama sagt: Klima ist das Wichtigste. Man muss sehen, dass daraus eine große Konkurrenz für Deutschland erwachsen kann, der wir weder taten- noch hilflos begegnen sollten; vielmehr müssen wir im Bereich des Klimaschutzes etwas tun. Dazu gibt es gar keine Alternative.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer glaubt, er könne einen Schutzzaun um die Klimavorgaben bauen, der kann seine Autos auf absehbare Zeit vielleicht nur noch in die Vereinigten Arabischen Emirate verkaufen. Machen wir uns doch nichts vor: Die deutsche Autoindustrie war zu sehr von sich überzeugt und zu gesättigt, um in Sachen CO<sub>2</sub>-Reduzierung mehr zu tun.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Ich bin mir sicher: Unsere Autobauer werden den nötigen Kurswechsel schaffen. Sie haben ihn nur verschlafen. Sie müssen jetzt langsam in die Gänge kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich befürchte, dass sich dieses Abwarten im Falle von Opel und Ford rächt, weil ihnen die Blaupausen in den Schubladen fehlen, um gewichtigere Worte bei ihren Mutterkonzernen in den USA mitreden zu können, wenn sie nach Obamas Ankündigungen von heute auf morgen umsteuern müssen. Die Entscheidung der Regierung in Sachen Opel steht noch bevor; die Kanzlerin hat davon gesprochen. Da ich unseren Finanzminister kenne, weiß ich, dass sie bei der Regierung in guten Händen ist. Davon unabhängig bin ich schon erstaunt, wer alles jetzt

nach Hilfe vom Staat ruft und erwartet, dass der Staat es richten wird.

Peer Steinbrück ist wirklich ein guter, ich sage sogar: ein sehr guter Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Er ist aber, erstens, keine Revisionsinstanz für Managementfehler in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er ist, zweitens, leider noch viel weniger Weltfinanzminister.

Ich weiß nicht, ob er das gern wäre; ich glaube es nicht. Er minimiert durch sein umsichtiges Verhalten die Gefahren für Deutschland; aber er kann den anderswo zu verantwortenden Crash der Weltfinanzen nicht ungeschehen machen. Das könnte er auch nicht, wenn wir

ihm - was er nicht will, was auch ich nicht will - immer weitere Milliarden für seine internationalen Verhandlungen als Blankoscheck geben würden. Der Finanzminister ist an diesem Punkt eher ein bescheidener Mensch. Wir sollten ihm glauben: Am deutschen Finanzwesen wird der Crash nicht genesen. - Wir können ihm noch so viele Milliarden mitgeben: Deutsches Geld wird nicht reichen, um für uns ein Rundumwohlfühlpaket zu schaffen.

Mich beeindruckt im Übrigen eine Fußnote im Weltfinanztheater.

Zur Stabilisierung der amerikanischen

Wirtschaft wären zwei Drittel aller weltweiten Spareinlagen vonnöten: von Australien bis Korea, von Japan bis Argentinien. Deutschlands Sparquote ist zwar hoch - das wissen wir -, aber auch da wären wir als alleiniger Spieler hoffnungslos überfordert.

Deswegen finde ich es, drittens, klug, dass die Regierung auf eine enge internationale, vor allem europäische Abstimmung setzt.

(Beifall bei der SPD)

„Enge Abstimmung“ heißt aber nicht, auf nationale Maßnahmen zu verzichten. Es muss einen Mix aus nationalen Wegen und europäischen Impulsen geben. Klug abgestimmt, können sie sich gegenseitig verstärken.

Aber nicht jede getroffene nationale Maßnahme empfiehlt sich zum Kopieren in anderen Ländern - zu unterschiedlich sind die wirtschaftlichen Ausgangslagen, zu verschiedenartig die Betroffenheiten durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte. Die Instrumente in einem postindustriellen Land wie Großbritannien können und müssen anders aussehen als in stärker industriell geprägten Ländern wie Frankreich oder Deutschland.

Richtig ist aber auch, dass Europa gemeinsame Impulse für Beschäftigung setzen kann. Deshalb halte ich den von Außenminister Steinmeier vorgeschlagenen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit für sinnvoll und unterstützungswürdig.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe meine sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzendenkollegen in den Parlamenten der Europäischen

Union gebeten, die Vorschläge in ihren nationalen Debatten zu unterstützen; denn wir müssen alles tun, um die europäischen Möglichkeiten beim Ankurbeln der Weltwirtschaft optimal zu nutzen und zu stärken. Wenn uns dies gelingt, liegt in der momentanen Krise auch die Chance, die Schlagkraft der europäischen Wirtschaft durch ein sinnvolles Zusammenwirken insgesamt zu

stärken.

Meine Damen und Herren, auf nationaler Ebene sollten wir trotz andersgerichteter Debatten im Augenblick die Neuordnung der Finanzbeziehungen nicht aus den Augen verlieren. Gerade die gegenwärtig schwierige Lage sollte Ansporn sein, dass wir die Föderalismusreform II zu einem erfolgreichen Ende bringen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Gemeinsam mit meinem Kovorsitzenden Günther Oettinger werde ich alles tun, um auf Bundes- und Länderebene ein sinnvolles und praktizierbares Schuldenfrühwarnsystem zu installieren.

Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation sollten sich alle Beteiligten fragen - das richten wir an die Kollegen von der FDP und auch an manche Kollegen aus der Union -, ob ihre bisherigen Vorschläge in dieser Lage realitätstauglich gewesen wären. Nach meinem Verständnis haben die letzten Wochen eher gezeigt, dass eine starre Schuldengrenze von null alle Handlungsspielräume des Staates verschüttet.

(Beifall bei der SPD)

Insofern kann es sich für die Debatte als Chance erweisen, dass die Arbeit der Kommission erst jetzt in die entscheidende Phase geht. Es muss in diesem Jahr aber klargestellt werden, wohin die Reise gehen soll. Darüber müssen wir uns einigen.

Einige wenige Anmerkungen zu aktuellen außenund sicherheitspolitischen Themen will ich doch machen. Wir dürfen - das ist die Lehre aus der Finanzkrise - Anarchie und Gesetzlosigkeit auf internationaler Ebene nicht zulassen. Das gilt nicht nur für das Finanzsystem, sondern für die internationalen Beziehungen insgesamt. Vor der Küste von Somalia erleben wir derzeit, welche Folgen es hat, wenn Staaten zusammenbrechen, zu sogenannten Failed States werden, wenn Regierungen nicht mehr in der Lage sind, für Recht und Ordnung in ihrem Hoheitsgebiet zu sorgen. Wir können nicht zulassen, dass diese rechtsfreien Räume von Kriminellen und Terroristen usurpiert werden. Das kann eine zivilisierte Gesellschaft nicht dulden.

Es steht für mich deshalb völlig außer Frage, dass die internationale Gemeinschaft gegen die Piraten vor der Küste Somalias vorgehen muss.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es steht ebenso außer Frage, dass Deutschland sich daran beteiligen muss. Mit Blick auf die nicht ganz einfachen Beratungen innerhalb der Bundesregierung sage ich aber auch: Wenn wir helfen wollen, Recht und Gesetz auf internationaler Ebene durchzusetzen, dann müssen wir auch selbst sehr genau darauf achten, nach Recht und Gesetz zu handeln. Ich warne jeden, der rechtsstaatliche Bedenken mit einem Handstreich beiseitewischen möchte: Wir dürfen uns hier nicht auf eine schiefe Ebene begeben. Wohin das am Ende führen kann, haben wir am Beispiel Guantánamo erlebt. Das wollen wir natürlich überhaupt nicht herbeiführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die sorgfältigen Vorbereitungen einer deutschen Beteiligung an der EUMission zur Pirateriebekämpfung durch die Bundesregierung. Ich unterstütze mit Nachdruck auch den Vorstoß von Außenminister Steinmeier bei den Vereinten Nationen, die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes zu prüfen; nach meinem Dafürhalten wäre dies am Ende wahrscheinlich die beste und auch einfachste Lösung für uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der Einsatz von Militär zur Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus auf internationaler Ebene ist manchmal unabdingbar. Das gilt für die Piraten vor der Küste Somalias ebenso wie für die Terroristen und ihre Unterstützer in Afghanistan. Aber hier wie dort, in Somalia wie in Afghanistan, gilt: Am Ende werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir eine politische Strategie haben, mit der wir die Ursachen bekämpfen. Wir setzen in Afghanistan deshalb auf eine Kombination von militärischer Absicherung und zivilem Wiederaufbau. Wir werden auch mit Blick auf Somalia intensiv darüber nachdenken müssen, wie wir politisch zur Stabilisierung dieses innerlich zerrissenen Landes beitragen können. Mit Blick auf Afrika insgesamt füge ich eines hinzu – ich denke viel darüber nach, nicht nur aufgrund der Fernsehberichterstattung –: Der Kampf gegen die Piraten ist natürlich dringend notwendig. Das ist gar keine Frage. Aber wir dürfen darüber nicht vergessen, was die Menschen im Kongo und im Sudan nach wie vor zu erleiden haben. Hier haben wir eine Verpflichtung, meine Damen und Herren. Wir dürfen dem nicht tatenlos zusehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es eine Konsequenz aus der Finanzmarktkrise gibt, dann an erster Stelle die, dass ein starker, handlungsfähiger Staat gerade in Zeiten globaler und offener Märkte des 21. Jahrhunderts wichtiger ist denn je.

Ich finde es erstaunlich, wer in den letzten Wochen und Monaten nach dem Staat gerufen hat. Gerade die verlangen jetzt Wunderdinge von ihm, die ihn noch vor einem halben Jahr in die Mottenkiste verbannen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Der Staat kann nicht alles regeln. Das weiß ich; das wissen wir alle. Wir sollten aber jedem Allmachtswahn einen Riegel vorschieben und uns vor nicht einhaltbaren Versprechen hüten.

Aber der Staat kann eines: Er kann und muss für eine gestaltete soziale Marktwirtschaft sorgen. Er muss dem Markt einen ethischen und rechtlichen Rahmen geben. Auch die Bedeutung des ethischen Rahmens ist gerade im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise besonders deutlich geworden.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, die Chance nutzen, um diesen Rahmen bei allen wieder stärker ins Bewusstsein zu rufen. Ich bin der festen Überzeugung: Deutschland wird aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Unser Land wird es schaffen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der

CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Renate Künast,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier eine Rede gehalten, bei der

Sie mit dem Satz „2009 wird ein Jahr schlechter Botschaften“ jetzt schon einmal sicherheitshalber erklärt haben,

für was alles Sie selbst nicht verantwortlich sein

werden und was Sie alles nicht tun können. Sie haben

uns hier erzählt, Sie wollten aber in der Zeit der Not eine

Brücke bauen, damit es 2010 besser werde. Ich muss Ihnen

ehrlich sagen: Bei Ihrer Rede, Frau Merkel, habe ich

nicht verstanden, wohin die Brücke, von der Sie sprechen,

eigentlich führen soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben hier munter über das Sowohl-als-auch geredet.

Schauen wir uns einmal an, wie Ihre Politik in den

Zeiten der Krise aussah. Ich gebe freihand vorneweg zu:

Sie haben an manchen Stellen zeitlich richtig reagiert,

zum Beispiel an dem Sonntag, als Sie und Herr

Steinbrück etwas zu den Sparguthaben gesagt haben.

Das, Frau Merkel, ist aber ehrlich gesagt schon alles. Sie

reden über Brücken, die Sie in die Zukunft bauen wollen.

Dann fangen Sie hier an, uns zu erklären, dass Sie

eine Kfz-Steuer-Befreiung für den Porsche Cayenne finanzieren

wollen. Diese Brücke führt nicht in die Zukunft,

sie geht rückwärts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben hier erzählt, die Bundesregierung werde

das Notwendige tun. Sie wollten hier eine Botschaft von

Maß und Mitte senden. Frau Merkel, „Mitte“ bedeutet

aber noch nicht Bewegung. An dieser Stelle haben Sie

nicht einmal Mut zur Zukunft.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten mal Menschliches, Allzumenschliches lesen, damit Sie wissen, wo das Zitat herkommt!)

Herr Kampeter, wenn ich mir anschau, welche Schritte

Sie in den letzten drei Jahren Ihrer Regentschaft hier

vollbracht haben, dann muss ich sagen: Es gibt für uns

- für die Fraktion der Grünen und für das Land - überhaupt

keinen Ansatzpunkt, zu glauben, dass Sie auch nur

eine Ihrer schönen Versprechungen in die Realität umsetzen

würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrer Regierungszeit ist die Schere zwischen Arm

und Reich noch größer geworden; Ihre Vorschläge laufen

darauf hinaus, sie noch größer zu machen. In Ihrer

Regierungszeit sind wir bei den Umwelttechnologien

keinen einzigen Millimeter weiter vorangekommen. Im

Gegenteil: Sie sind die Regierung der Ausnahmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie loben sich für sinkende Arbeitslosigkeit, für die

Sie und die Regierung aber gar nichts können. Sie hatten

nicht den Mut, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Frau Merkel, Sie sagen hier: „Gerade in Krisen muss man

klare ... Leitsätze haben“, es brauche eine „Politik ... der

praktischen Vernunft“ und eine ethische Dimension. Sie

können es sich gerne selber schönreden; ich sehe diese ethische Dimension bei Ihnen nicht. Ich sehe nur: Heute habe ich wieder eine neue Frau Merkel kennengelernt. Sie haben sich zum so und so vielten Mal neu erfunden: auf jedem Parteitag wieder, im letzten Wahlkampf und jetzt schon wieder. Es gibt gar keinen Grund, Ihnen auch nur ein Wort zu glauben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, jetzt müsste man den Mut haben, Zukunft zu wagen. Jetzt müsste man den Mut haben, sich von den alten Lobbyistinnen und Lobbyisten loszusagen. Wir sehen doch, dass alle Prämissen erodieren, dass die alte Art des Wirtschaftens so nicht mehr funktioniert und nicht mehr akzeptiert wird. Mit Konsum und Wachstum geht es so nicht weiter, weil Natur, Menschen, die Staaten im wahrsten Sinne des Wortes dagegenarbeiten. Sie haben den Zusammenbruch mit den drei Krisen gesehen. Die Grundlagen des Industriezeitalters sind uns sozusagen unter den Füßen weggezogen worden. Das haben Sie quasi selbst organisiert. Frau Merkel, in dieser Zeit haben wir einen Mangel an Leitplanken, an Regeln, an Schutz und an internationalen Strukturen. Sie haben dazu heute nur Allgemeinplätze geboten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, man muss dann auch sagen, dass man die alten Regeln des Industriezeitalters über Bord wirft, weil gerade diese Wirtschaftsweise gescheitert ist. Man darf hier nicht nur über grüne Technologie reden; jedes Handeln von Ihnen ist im Widerspruch zu dem, was Sie hier erzählen, Sie tun ständig das Gegenteil. Wissen Sie, wie der Spitzname von Frau Merkel in Brüssel lautet? Madame Non. Sie tun nämlich so, als würden Sie vorangehen wollen; aber am Ende tun Sie immer wieder das Gegenteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben hier zu Anfang der Legislaturperiode gesagt: „Ich will Deutschland dienen.“ Sie haben gesagt, in Deutschland begännen „neue Gründerjahre“, es gebe eine „Koalition der neuen Möglichkeiten“ und: „Wir wollen niemanden zurücklassen.“

Frau Merkel, Sie haben, wenn wir einmal zurückschauen, in diesen drei Jahren Gipfel für Gipfel für Gipfel erklimmt und sich inszeniert; aber ich kenne keinen einzigen Gipfel, bei dem Sie am Ende Ihrer Wanderschaft die andere Seite des Berges erreicht haben. Sie sind immer mit großem Tamtam und viel Medienaufmerksamkeit den Berg hinaufgestiegen; nachts sind Sie an der gleichen Seite wieder heruntergegangen. Es hat sich nichts geändert, trotz der Mehrheiten, trotz der Tatsache, dass Deutschland im konjunkturellen Aufschwung war, trotz der Tatsache, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern tief in die Tasche gegriffen haben, zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer.

Frau Merkel, heute haben wir nicht nur eine Finanzkrise, eine Welternährungskrise und eine Klimakrise, sondern wir leiden auch darunter, dass Deutschland drei verlorene Jahre für Reformen hinter sich hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keinen Plan. Ich glaube, man kann mit Fug und Recht sagen: Sie repräsentieren die gesellschaftlichen



Beharrungskräfte Deutschlands im Deutschen Bundestag. Frau Merkel, die Menschen haben Sorgen. Sie sorgen sich um ihre Jobs, um die Zukunft ihrer Kinder, um die Auswirkungen des Klimawandels, die einige schon am eigenen Leib zu spüren bekommen. Und was machen Sie neben Ihrer hübschen Rede heute? Sie unterhalten das Land mit den Inszenierungen der koalitionsinternen Streitigkeiten und der Streitigkeiten zwischen CDU und CSU. Das zeigt, dass Sie noch nicht wissen, was die Uhr geschlagen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wohin wollen Sie eigentlich? Sie reden über Pläne und Ziele. Wollen Sie Politik für alle Kinder machen, oder wollen Sie Steuersenkungen für diejenigen, die viel brutto haben? Wollen Sie Politik für alle Kinder machen, indem Sie in Bildung investieren, oder wollen Sie die Millionärvillen schützen, wie vor allem die CSU es fordert?

(Widerspruch bei der CDU/CSU - Wolfgang

Zöllner [CDU/CSU]: So ein Schwachsinn!)

- Da können Sie gerne zwischenrufen. Das ganze Land hat es gesehen. Sie haben sich nicht mit der gleichen Verve um Bildung für alle Kinder in diesem Land bemüht, mit der Sie sich darum bemüht haben, dass die Villen, die steuerfrei vererbt werden können, einen möglichst hohen Wert haben können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: So ein Quatsch! -

Gegenruf der Abg. Petra Merkel [Berlin]

[SPD]: Natürlich! Das stimmt!)

Und wir sollen auch noch in Dankbarkeit niederknien,

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Richtig!

Tun Sie es doch!)

dass Sie bei der Erbschaftsteuer überhaupt irgendetwas entschieden haben, an dessen Wirksamkeit im nächsten Jahr Sie selber gar nicht glauben. Was sollen eigentlich die Leute draußen bei dieser Inszenierung innerhalb der Koalition und der Regierung denken? Sie mögen zwar zahlenmäßig zurzeit die größte der Fraktionen in diesem Hause sein; aber die Leute draußen haben nicht das Gefühl, dass Sie sich um ihre Jobs und die Bildung ihrer Kinder kümmern. Sie kümmern sich nur um sich selbst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: So ein Schmarren!)

Wenn ich daran denke, was die selbsternannte Klimakanzlerin in der letzten Zeit alles zum Besten gegeben und welche Ziele sie für 2050 in die Umlaufbahn geschickt hat, kann ich nur sagen: Da muss man sich schon einmal entscheiden. Will man wirklich ehrgeizige Klimaziele für 2020 und 2050 setzen? Will man in der Automobilindustrie Jobs durch die Produktion moderner Autos schaffen, oder will man bei Luxusschlitten mit 390 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß für eine steuerliche Entlastung sorgen? Diese Entscheidung haben Sie bis heute nicht getroffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind an dieser Stelle die Partei des Sowohl-als-auch.

Gestern gab es dann eine richtige Lachnummer.

Nachdem Frau Merkel die CSU hinsichtlich der von ihr gewünschten Steuersenkung vor der Bayern-Wahl hat am ausgestreckten Arm verhungern lassen - da haben

Sie ja alle gelitten und gedacht, das Ergebnis der Wahl hätte besser sein können; Ihre gesamte Landesregierung ist darüber implodiert -, ist nun der Zoff so groß, dass man sich vor den Neujahrsklausuren noch einmal treffen muss, um doch wieder über eine Steuerreform zu reden, damit das Treffen in Wildbad Kreuth nicht wie eine Atombombe zündet. Was sollen die Leute eigentlich denken? Ein Plan, eine Strategie für Deutschland, Frau Merkel, sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Haushalt haben Sie die Finanzkrise bis zum Ende geleugnet. Sie rechnen sich die Zahlen heute immer noch schön. Sie haben die Absicht, einen Haushalt für morgen vorzulegen; aber in Wahrheit schieben Sie uns die Zahlen von vorgestern unter. Sie legen einen Haushalt vor, von dem Sie behaupten, es sei ein Haushalt von morgen; aber dieser Haushalt enthält die Werkzeuge und Maßnahmen von gestern. Mit den Ideen, die in diesem Haushalt stecken, werden wir die Zukunft dieses Landes nicht bauen können.

Sie haben die Vernetzung von Klima, Ernährung und Finanzkrise bis heute nicht gesehen. Ich muss Ihnen sogar vorwerfen, dass Sie wiederholt nicht nur das Gegenteil von einer Bekämpfung der Krise tun, sondern die Krise international noch verschärfen.

Schauen wir uns einmal an, was Sie zum Thema Welternährungskrise in den letzten Monaten gesagt und getan haben. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes Doppelbödigkeit. Sie haben bei der ersten Krise, die aufgetreten ist, Krokodilstränen geweint, sich, ganz christlich, Gedanken über die Welternährung gemacht und gesagt, Sie wollten die Menschen retten, die auf dieser Welt hungern. Was haben Sie dann getan? In diesem Haushalt ist immer noch nicht genug Geld für die Entwicklungshilfe vorhanden. Sie haben letzten Endes die alte Agrarlobby bedient und noch Exportsubventionen für Schweinefleisch hinterhergeworfen. Das Schweinefleisch aus Europa macht aber die Fleischmärkte in Afrika kaputt, weil die Leute dort ihre Produkte nicht mehr verkaufen können. Sie haben in Brüssel gegen eine Reform der Agrarsubventionen und gegen einen Umbau hin zum Klimaschutz, zur Artenvielfalt und zum Tierschutz gekämpft. Das alles ist das Gegenteil von dem, was Sie wollten. Das hilft nicht, die Welternährungskrise zu lösen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben an dieser Stelle gesagt, Sie wollten etwas für das Soziale und für die Kinder tun. Was tun Sie aber für Kinder mit Blick auf Kindergärten und Schulen? Ihre Regierungszeit hat mit der Föderalismusreform begonnen. Sie haben zwar ordentlich auf den Putz gehauen, aber den Rest an Bundeskompetenzen aufgegeben. Da haben wir gesehen, wie groß die Macht der Bundeskanzlerin im Vergleich zu den Ministerpräsidenten ist - sehr klein. Herr Koch hat sich nämlich durchgesetzt. Sie, Frau Merkel, sind verantwortlich dafür, dass in der Bildungsfrage - das ist die zentrale Frage dieser Gesellschaft, weil wir eine Bildungsgesellschaft sind - nicht mehr die Möglichkeit besteht, dass Bund und Länder gemeinschaftlich handeln. Sie haben sich an dieser Stelle

schuldig gemacht, weil so die Zukunft unseres Landes verbaut wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil es immer heißt, man müsse im Bildungswesen auch Spätzündern eine Chance geben, könnte ich jetzt sagen: Vielleicht ist Frau Merkel ja eine Spätzünderin und hat erst spät - aber immerhin - verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Sie haben einen Bildungsgipfel gemacht, von dem ich dachte, dass da etwas Neues kommt. Dieser Gipfel ist aber ebenfalls Sinnbild der Merkel'schen erfolglosen und sinnlosen Gipfelstürmerei. Es wird zwar über große Pakete gesprochen - wie auch hier -, aber kein einziger Euro wird in die Zukunft unserer Kinder investiert. Das ist nicht zukunftsstragend, Frau Merkel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es nicht einmal geschafft, dafür zu sorgen, dass die Ministerpräsidenten zusagen, die Einsparung aufgrund weniger Kinder, also die demografische Rendite, in Zukunft für die Bildung der Kinder einzusetzen. Stattdessen bieten Sie uns hier und heute eine Kindergelderhöhung an. Diese bieten Sie auch in Brüssel an nach dem Motto: „Das große Konjunkturpaket Deutschlands enthält unter anderem 10 Euro Kindergelderhöhung.“ So viel Mut muss man einmal haben, 10 Euro Kindergelderhöhung in ein Konjunkturpaket zu packen und als große Armutsbekämpfung zu betiteln. Dabei kann man über diese Erhöhung nur eines sagen: Das Bundesverfassungsgericht hat Sie mit seiner Rechtsprechung dazu gezwungen - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht einmal die Frage beantwortet, wie die Kinder der Ärmsten der Armen von der Erhöhung profitieren. Die 10 Euro Kindergelderhöhung werden nämlich mit den Transferleistungen verrechnet. Das heißt, diese Kinder haben nichts von einer Erhöhung. Wir wollen, dass uns in diesem Land jedes Kind gleich viel wert ist. Aber die mit den Transferleistungen verrechneten 10 Euro Kindergelderhöhung bringen uns da keinen Schritt weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Zeit des Wandels, wo wir wissen, dass Welternährungskrise, Weltklimakrise und die Finanzkrise zusammenhängen und nur über nationale Grenzen hinweg gelöst werden können, wo wir sehen, dass die alte Technologie nicht mehr zieht - die Autos stehen bei den Autokonzernen auf Halde; das gilt besonders für die USA -, wo wir wissen, dass alle - die Privathaushalte, der Mittelstand und sogar die großen Konzerne - Sorgen wegen der Energiekosten haben, muss man Zukunft wagen. Man muss jetzt den Mut haben, nicht mehr in das Alte zu investieren, sondern auf das Neue zu setzen und die Jobs von morgen und die Grundlagen der Zukunft zu schaffen. Sie tun das an keiner Stelle.

Ich will noch auf einige Punkte eingehen und zunächst zum Thema Klima etwas sagen. Frau Merkel, die Ziele, die Sie nennen, sind gut. Ich war beeindruckt, als Sie vor der UN gesagt haben, bis 2050 solle der CO2-

Ausstoß halbiert werden. Bitte schön, fangen Sie an! Wir brauchen gerade wegen der Finanzkrise eine harte und scharfe Klimapolitik und eine neue Energiepolitik, weil wir nur so volkswirtschaftliche Schäden vermeiden und nur so die Jobs von morgen schaffen können. Gerade heute lesen wir wieder – die Jahresabrechnungen kommen ja bald auf die Privathaushalte zu –: Die Strompreise werden sich im nächsten Jahr um mindestens 8,5 Prozent erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keinen Eiertanz, sondern eine wirkliche Veränderung. Dann haben Sie doch den Mut, das Soziale, die Ökologie und die Ökonomie neu miteinander zu verbinden, diese Prämissen neu zueinanderzubringen und zu sagen: In Zukunft wirtschaften wir nicht mehr auf Kosten anderer, nicht mehr auf Kosten der Natur. Lassen Sie uns einen New Green Deal machen, einen neuen Deal, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bei Ihnen würde ich eher sagen: No Deal!)

der die Gesellschaft anders zusammenfasst und sagt: Jetzt gehen wir wirklich über die Brücke und verändern unsere Art zu wirtschaften.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser New Green Deal wird ja nicht nur von uns vertreten. Obama nennt ihn; der UN-Generalsekretär nennt ihn. Wir wissen, wie man an dieser Stelle neue Arbeitsplätze organisiert, und zwar nicht mit Spritschluckern, Herr Kampeter.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich bin doch nicht für Spritschlucker!)

Sie behaupten immer, Ihr Wischiwaschi – Sie machen eine Reform, sehen aber keine Sanktionen und keine Grenzwerte vor; also ist es irgendwie wieder keine Reform – sei im Interesse der Wirtschaft. Das ist falsch. Es ist nicht im Interesse der Wirtschaft und nicht im Interesse der Arbeitsplätze.

Lassen Sie mich einmal die EU Corporate Leaders Group on Climate Change zitieren. Mitglieder sind so kleine Unternehmen wie die Allianz, Shell und viele andere. Sie haben diese Gruppe gegründet, um gegen Merkmals Strategie in Europa zu kämpfen. Sie sagen: Der künftige Wettbewerbsvorteil ...

– der EU – besteht darin, die europäischen Unternehmen zu ermutigen und in die Lage zu versetzen, an dem für die nächsten Jahrzehnte in der Weltwirtschaft erwarteten Transformationsprozess mitzuwirken und sich ihm nicht zu verschließen.

Das sagen selbst die großen Konzerne. Sie sind weiter als Sie mit Ihren Sprechblasen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie an dieser Stelle auf: Nehmen Sie endlich in Brüssel den Fuß von der Bremse! Sie kämpfen in Brüssel immer noch gegen die Einführung von CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für Neufahrzeuge. Sie haben sich gerade noch einmal gegen Sanktionen ausgesprochen. Wenn herauskommt, was die Bundesregierung in Brüssel vertritt, dann brauchen wir vielleicht gar keine Regelung, weil die Verbraucher sagen: „Wir kaufen den Scheiß nicht“

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ihre Umgangsformen lassen tief blicken, Frau Kollegin!

- Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh, oh!) und schneller für Klimaschutz sorgen als Sie mit Ihrem angeblichen Programm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Warum sind Sie immer so schlecht gelaunt?)

Sie machen sich an dieser Stelle mit Ihrer verbissenen Salamtaktik auch beim Emissionshandel schuldig. Dann tun Sie noch so mütterlich, als würden Sie die Interessen anderer Mitgliedstaaten mitvertreten wollen. Ich sage Ihnen: Wir sehen, was Sie machen. Sie haben keine Sorge um Polen, sondern sind im Hinblick auf den Großinvestor RWE nicht am Klimaschutz, nicht an der Situation in Polen interessiert, sondern schon wieder nur am Profit von RWE. So macht man aber keinen Klimaschutz, und so schafft man auch nicht die Jobs der Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben beim Thema Gerechtigkeit in den letzten drei Jahren nichts anderes bewirkt als die Tatsache, dass die Einkommensschere zwischen Arm und Reich in diesem Land noch größer wird. Warum können wir in wenigen Tagen ein Finanzmarktpaket aus dem Boden stampfen, aber bis heute nicht die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger auf 420 Euro erhöhen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen doch: Das Leben ist mit dem heutigen Regelsatz nicht mehr bezahlbar. Warum reden Sie auf der einen Seite über ein stärkeres Anschieben der Konjunktur und des Konsums, sagen auf der anderen Seite aber nicht, dass Sie mit Progressivmodellen, in denen die Lohnnebenkosten übernommen werden, oder durch vereinbarte Mindestlöhne dafür sorgen, dass die Ärmere ihr Leben finanzieren können? Dieses Geld würden sie im Übrigen sofort investieren, und dies würde zum Konsum beitragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso behaupten Sie hier, Sie würden in die Zukunft gehen und Brücken bauen wollen, und haben an dieser Stelle nicht den Mut, zu sagen: „Ab dem nächsten Jahr investieren wir über den Haushalt Geld in Bildung“? In diesem Land gehen 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit 15 aus der Schule, ohne lesen und rechnen zu können, also auf Grundschulniveau. Das ist nicht in Ordnung. Das ist ungerecht. Da antwortet man mit einem Bildungssoli, indem die ganze Gesellschaft die Finanzierung von Kindergärten und Schulen für jedes Kind und nicht nur für die Reichen übernimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann an dieser Stelle nur dankbar sein, dass sich der Osten dem westdeutschen System schon verweigert hat. Das Schulsystem im Osten ist eher Vorbild für den Westen. Was machen Sie? Sie finanzieren weder Bildung noch schaffen Sie mehr Studienplätze.

Mein letzter Punkt: Frau Merkel, Sie haben beim Thema Gerechtigkeit das Soziale und die Marktwirtschaft angesprochen; so sage ich es einmal. Wir haben hier in wenigen Tagen ein Finanzmarktpaket aus dem Boden gestampft. Was aber immer noch fehlt, ist, dass Sorge dafür getragen wird, dass die Regeln für den

Finanzmarkt endlich so aufgestellt werden, dass die Kundinnen und Kunden der Banken und Finanzdienstleister, dass das Individuum, dass Otto Normalverbraucher nicht mehr über den Tisch gezogen werden können. Diesbezüglich haben Sie bisher noch gar nichts geleistet. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehreren Tausenden von Beratungsstellen und Filialen der Finanzdienstleister und Banken stehen nur ungefähr 180 Verbraucherzentralen gegenüber, wo man eine unabhängige Beratung bekommen kann. Ich frage Sie: Wie finanzieren Sie die unabhängige Beratung der Kunden in Zukunft? Wie finanzieren Sie jetzt die Beratung und den Schutz der vielen Opfer, zum Beispiel von Lehman Brothers? Wann schaffen Sie endlich eine Finanzaufsicht, die die einzelnen Produkte untersucht und kontrolliert und die Produkte nur dann zulässt, wenn sie okay sind? Schaffen Sie Regeln für das Zustandekommen von Verträgen - das brauchen wir - und eine Beweislastumkehr bei falscher Beratung! Wir brauchen Haftungsregeln, damit diejenigen, die die Leute ins Unglück „organisieren“, dafür auch privat haften.

Sie tun so, als hätten Sie bei der Finanzmarktkrise Ihre Hausaufgaben gemacht. Nein, Millionen von Bürgern stehen heute, morgen und übermorgen vor der Citibank oder bei Lehman Brothers und fragen: Wo ist mein Geld? An der Stelle haben Sie nichts getan. Nur die Banker und die Banken haben Sie geschützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben vorhin überhaupt nicht aufgepasst!)

- Ich gebe ja zu, dass die Rede von Frau Merkel hinten raus ein bisschen besser wurde.

Was macht Frau Mustermann? Sie fragt: Wo ist mein Geld geblieben? Wer hilft ihr, sich durchzusetzen? Wer sorgt dafür, dass die Menschen, die mehr Eigenverantwortung für die Zukunft übernehmen sollen, in Zukunft nicht wieder auf die falschen Finanzdienstleistungen hereinfliegen? An dieser Stelle haben Sie nichts getan. An dieser Stelle zeigt sich aber, ob Sie es mit einer sozialen und - ich sage - ökologischen Marktwirtschaft ernst meinen. Eine soziale Marktwirtschaft ist unter den Bedingungen des globalen Handels und der globalen Finanzen nur dann möglich, wenn Sie die Konsumenten, die Verbraucher wirklich rechtlich schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben uns am Anfang Ihrer heutigen Rede erzählt, wie schwer die nächsten Jahre werden. Ich glaube, dass Ihre Rede über das Jahr 2009 dazu diente, sich vorab schon einmal zu exkulpieren, dass Sie nichts tun können. Wir warten darauf, dass es endlich einen Aufbruch gibt. Wir warten auf neue Bedingungen des Wirtschaftens. Wir warten darauf, dass man endlich aus dem Stillstand der letzten drei Jahre ausbricht und die behaupteten Ziele und Visionen endlich zu den Taten passen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir warten auf das Ende Ihrer Rede, auf das Ende Ihrer Keiferei hier!)

Hören Sie endlich auf, den alten Lobbyismus zu pampern und zu unterstützen! Dieses Land muss losgehen.

Ich sage Ihnen ehrlich: Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient, eine, die nicht über Brücken schwadroniert, sondern selber eine Brücke baut, die zukunftsorientierte Politik und keine rückwärtsgewandte macht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Bundeshaushalt gibt in außergewöhnlicher, in ungewöhnlicher Zeit Antworten. Er wurde zu einem Zeitpunkt aufgestellt, als ein paar von denen, die heute sagen, sie hätten es damals schon gewusst, erkannt haben wollten, aber viele noch nicht erkennen konnten, was sich an den Finanzmärkten und in der Folge auch in der Wirtschaft entwickelt. Diese Regierungskoalition hat sehr schnell reagiert. Sie hat nicht nur wie Frau Künast dahergeredet, sondern sie hat konkret gehandelt. Sie gibt konkrete Antworten auf die Fragen, die die Menschen in unserer Zeit stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Bundeshaushalt, der konkrete Antworten gibt, trägt dazu bei, die Menschen zu stabilisieren, ihnen Zuversicht zu geben. Frau Künast, was Sie hier gemacht haben, ist das genaue Gegenteil davon. Ich will Ihnen einmal sagen, wie die Realität in unserem Land ist. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat in diesen Tagen die Meinung der Menschen erfragt. Dabei kam etwas ganz anderes heraus. Da sieht man, dass Sie in Ihrer ideologischen Rede verfangen und meilenweit von den Menschen in unserem Land entfernt sind, Frau Künast.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insgesamt, so das Institut in Allensbach, ist die Stimmung der Bevölkerung von einer großen Skepsis, aber keineswegs von einer krisengetriebenen Weltuntergangsstimmung geprägt. Nur 27 Prozent sehen den kommenden Monaten mit großen Befürchtungen entgegen, 28 Prozent sehen ihnen mit abwartender Skepsis entgegen, aber 35 Prozent sind nach wie vor optimistisch gestimmt, vor allem die junge Generation. Es gilt, diesen grundlegenden Optimismus, für den es aufgrund dessen, was die Regierungskoalition macht, auch Anlass gibt, zu stärken und ihn nicht mit dümmlichen Reden zu schwächen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt also ganz entscheidend darauf an, die Lage realistisch einzuschätzen und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Es kommt darauf an, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Dazu gehört, dass die Finanzkrise natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Dazu gehört aber auch, dass wir in diesem Land nach drei Jahren Regierung Merkel und Großer Koalition stärker sind als zuvor und deswegen diese Herausforderung packen und meistern können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann nur sagen: Es ist gut, dass Merkel und

Steinbrück die Krise managen und nicht Künast und Lafontaine die Krise in unserem Land meistern müssen.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss der Führung der Regierung außerordentlich dankbar sein.

Welche Antworten gibt nun der Bundeshaushalt? Der Bundeshaushalt zeigt: Wir müssen als Staat, als Land das tun, was wir tun können.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können gar nichts!)

Das heißt, wir müssen im nächsten Jahr Investitionen tätigen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Aber es geht nicht ausschließlich darum, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch darum, dass alle Maßnahmen, die wir als Staat ergreifen, darüber hinaus eine Zukunftsperspektive haben.

Die habe ich bei Ihnen total vermisst.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Unsere Devise lautet: Wir als Staat machen etwas, das Arbeitsplätze schützt und dafür sorgt, dass wir gestärkt aus der Krise herauskommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, dass wir in dem einen oder anderen Bereich, wo wir noch etwas machen müssen, wo wir in der Vergangenheit etwas weniger getan haben, weil wir unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung Investitionen nicht in dem Umfang haben tätigen können, wie wir es uns gewünscht haben, durchaus ein Defizit haben. Die Bundeskanzlerin hat das angesprochen. Deswegen ist es richtig, durch konjunkturstärkende Maßnahme einen Impuls zu geben, indem wir Investitionen tätigen und auslösen. Investitionsorientierte Verschuldung ist die Antwort in diesem Haushalt. Das ist genau die richtige Antwort. Nicht Schulden für den Konsum, sondern Schulden für Investitionen, die uns nach der Krise stärker machen, das ist die Antwort, die wir jetzt geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind die Investitionen im Straßenbau. Das sind die Investitionen über die Fördermittel der KfW, die genannt worden sind. Das sind natürlich auch die Investitionen in die Strukturen der Zukunft, nämlich in das Internet, die wir so dringend brauchen. Es gilt, in dieser Zeit bei diesen Herausforderungen Kurs zu halten und den Kurs nicht aus den Augen zu verlieren.

Kurs zu halten heißt: Die Ziele, die wir uns gesetzt haben, verfolgen wir auch in dieser Situation weiter. Natürlich wollen und werden wir – das ist ein Ziel – unseren Beitrag leisten, den Klimawandel zu bekämpfen. Der Klimawandel lässt sich nämlich durch Finanzkrise und Wirtschaftskrise in keiner Weise beeindrucken. Deswegen werden wir Kurs halten.

Frau Künast, es ist überhaupt nicht die Rede davon, dass wir unsere Ziele aus den Augen verlieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja!)

Sie aber haben einfach planlos ein Ziel formuliert, ohne zu sagen, in welchen Schritten man es erreichen kann,



sodass Arbeitsplätze bestehen bleiben und die Klimaschutzziele erreicht werden. Genau das ist die intelligente Herausforderung, die wir annehmen und auch anpacken. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt ganz entscheidend darauf an, dass wir beispielsweise in der Automobilindustrie sowohl das Ziel des Klimaschutzes als auch des Erhalts von Arbeitsplätzen verfolgen. Ich glaube aber auch, dass wir der Automobilindustrie sagen müssen: Es geht nicht nur darum, sich Gedanken zu machen, wie wir neue Automobile auf den Markt bringen können, sondern wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir miteinander Mobilität produzieren und wie wir auf bestimmte Situationen reagieren. Da halte ich Ansätze, wie wir sie heute erleben, für völlig richtig: der Einstieg in das Elektroauto, in das Hybridauto und in neue Konzepte für Bewegung und Mobilität in unserem Land.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie vor einem Jahr noch herumgeschrien, wenn man das gesagt hat!)  
Genau das sind die richtigen Themen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage auch in Richtung Opel: Überall dort, wo der Staat hilft, überall dort muss er auch Wert darauf legen, dass es nicht nur ein „Weiter so“, sondern dass es auch neue, in die Zukunft gerichtete Ansätze gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht nicht nur ausschließlich darum, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch darum, in dieser Krise ganz besonders Zukunftsaspekte zu stärken.

Wenn wir sagen, wir dürfen unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren, gilt dies natürlich auch für unsere Haushaltsziele. Ich kann mich manchmal nur wundern, wenn ich morgens die Zeitungen aufschlage und lese, was da jeden Tag für neue Vorschläge kommen, gerade auch von denen, die uns noch vor einigen Tagen und Wochen gesagt haben, vor allem für die nachfolgende Generation sei nichts schlimmer als Verschuldung und wir dürften den Haushalt nicht außer Rand und Band geraten lassen. Deswegen kommt es auch jetzt wieder darauf an, den richtigen Mix aus einer investitionsstimulierenden, akzeptablen Verschuldung und der Erkenntnis zu finden, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind und dass sie eines Tages gezahlt werden müssen.

Wir werden – darüber sind wir uns in der Koalition einig – kein Wettrennen machen und jeden Tag neue Milliarden auf den Markt werfen, sondern wir werden sehr genau prüfen, was Sinn macht. Nicht jeden Tag neue Milliarden anbieten macht Sinn, sondern genau zu überlegen, was wir tun müssen, also Investitionen tätigen und auslösen, Arbeitsplätze sichern und neue Strukturen aufbauen, aber nicht ein Wettrennen in der Weise veranstalten, dass derjenige, der am meisten fordert, auch am meisten Applaus in unserem Land erhält.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin überzeugt davon, dass wir dieses Ziel des ausgeglichenen Haushalts erreichen können. Wenn wir jetzt

das Richtige tun, dann werden die Antriebskräfte im nächsten Jahr dazu führen, dass wir wirtschaftlich zwar kein Wachstum haben, dass wir aber für 2010 wieder eine Perspektive entwickeln können. All die Befürchtungen, die jetzt laut werden, es würde über das Jahr 2009 hinaus schwieriger, kann ich überhaupt nicht teilen. Ich bin zuversichtlich, dass das, was wir mit diesem Haushalt in dieser Woche auf den Weg bringen, die Basis dafür ist, dass wir im nächsten Jahr eine Perspektive für Entwicklung haben werden.

Ich sage Ihnen weiter, dass wir an dem Ziel der Nullverschuldung auch in der Föderalismusreform II festhalten werden. Lieber Kollege Struck, ich bin der Meinung, dass wir das Ziel der Nullverschuldung und die Möglichkeit von Ausnahmen in besonderen Situationen ausdrücklich festschreiben sollten. Das, was im Augenblick geschieht, wäre eine solche besondere Situation.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Ich möchte allerdings nicht, dass die Kriterien für eine Neuverschuldung so festgesetzt werden, dass man diese quasi in jeder Situation erfüllt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen der Föderalismusreform II eine Nullverschuldung mit Ausnahmemöglichkeiten, aber keine aufgeweichte Nullverschuldung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen an unseren Zielen festhalten. Dazu gehört auch das, was der Kollege Struck angesprochen hat: Wir müssen uns auch in Zukunft gegen den weltweiten Terror wehren; denn der weltweite Terror hat seine Aktivitäten nicht eingestellt. Deswegen kann ich nur hoffen, dass der Bundesinnenminister doch noch die notwendige Zustimmung zu seinem BKA-Gesetz bekommt, sodass es in Kraft treten kann. Ich hoffe, dass es uns gelingt, dieses Gesetz, das die Koalition und der Deutsche Bundestag beschlossen haben und das Peter Struck als ein gutes Gesetz bezeichnet hat, über die Rampe zu heben und dafür zu sorgen, dass das Bundeskriminalamt, für das Wolfgang Schäuble zuständig ist, so arbeiten kann, dass es den Terrorismus wirksam bekämpfen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, was geschah, als die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor einigen Monaten ihre Sicherheitsstrategie vorgelegt hat, in der wir auch einige Punkte, die für Wirtschaft und Welthandel wichtig sind, erwähnt haben. Es wurde eine Diskussion darüber begonnen, was die Unionsfraktion damit eigentlich vorhat. Zum Teil wurde unsere Sicherheitsstrategie sogar ins Lächerliche gezogen. Wir haben darin einen Satz formuliert, der heute Allgemeingut ist, über den man damals aber gestaunt hat: Wir müssen unsere Seehandelswege schützen, weil sie die Voraussetzung dafür sind, dass auch in Zukunft wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für selbstverständlich, dass wir die Piraterie bekämpfen. Ich bin der

Bundesregierung dankbar, dass sie jetzt schnell handelt, damit wir uns daran beteiligen können. Es wäre wirklich ein unmöglicher Zustand, wenn sich alle Länder an der Bekämpfung der Piraterie beteiligen würden, die Deutschen aber abseits stünden, obwohl auch ihre Schiffe betroffen sind. Ich fordere die Bundesregierung auf, jetzt schnell Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Viele wissen vermutlich gar nicht, dass die Piraterie kein Randereignis ist. Seit Jahresbeginn wurden auf unseren Seewegen mehr als 90 Schiffe gekapert. Wir erfahren von solchen Vorfällen immer nur dann, wenn es um große Schiffe geht. Insgesamt sind aber mehr als 90 Schiffe betroffen. Fast 400 Mann Besatzung sind vor Somalia festgesetzt. Es besteht die zwingende Notwendigkeit, etwas dagegen zu unternehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben allen Grund, an dieser Stelle nicht nur der Bevölkerung für ihre Vernunft und ihr Augenmaß in dieser Krise zu danken, sondern auch all denjenigen Dank zu sagen, die dabei helfen, diese Krise zu überwinden und die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind: den mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

die nicht bei jedem Windstoß umfallen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht entlassen, sondern überlegen, wie sie auf andere Art und Weise über die Runden kommen können, und die lieber etwas Geld aus ihrem Privatvermögen nehmen, als die Leute, die ihre Firma seit vielen Jahren mit ihnen gemeinsam gestalten, in die Wüste zu schicken.

Es ist richtig, dass die Regierungskoalition und die Bundesregierung einen Schwerpunkt darauf legen, die mittelständischen Unternehmen zu stützen. Ich bin für die Zusage der Bundeskanzlerin, dass das Programm der KfW am Montag starten kann, dankbar. Ich hoffe, dass die Prüfung nicht wie sonst mehrere Wochen oder Monate dauert, sondern dass schnell gehandelt werden kann, sodass unsere mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer sagen können: Von dieser Regierung bekommen wir in schwieriger Zeit Hilfe; wir werden dafür sorgen, dass dies auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unseren Firmen spüren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesen Tagen wird sehr viel über Manager gesprochen. Wir haben allerdings allen Grund, auch denen zu danken, die ihren Anteil daran haben, dass wir in den letzten drei Jahren gut vorangekommen sind: den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land, den Rentnerinnen und Rentnern und den mittelständischen Unternehmern. Allen dreien, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern und unseren mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern, dient unser Konzept. Wir haben eine richtige Antwort auf das, was jetzt auf uns zukommt, und ich rate, das jetzt umzusetzen und nicht bereits wieder mit

neuen Dingen zu kommen und die Menschen zu irritieren. Ich sage den Menschen in diesem Land: Wir fahren auf Sicht, und wir reagieren sofort, wenn es notwendig wird, aber wir geben ihr Geld nicht unnötigerweise aus, nur um zu zeigen, dass wir als Politikerinnen und Politiker einfach alles können. Das tun wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Verantwortungsbewusst zu handeln, sich selber zu bescheiden und nur das zu tun, was wirklich notwendig ist und hilft, das ist das Konzept dieser Bundesregierung. Dafür auch herzlichen Dank an Angela Merkel, an Peer Steinbrück und an die ganze Bundesregierung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -

Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die FDP-Fraktion gebe ich ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst eine Bemerkung an meinen Kollegen Volker Kauder richten. Was Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Volker, hier am Anfang gesagt haben, finde ich an einer Stelle sehr schwierig und meiner Meinung nach der Debatte auch nicht angemessen. Wir befinden uns hier in einer Generaldebatte und streiten doch nicht über die Qualität von Deutschland, sondern über die Qualität der Politik der Regierung.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Renate

Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Richtig!)

Wenn die Opposition die Regierung kritisiert, dann redet sie Deutschland nicht schlecht, sondern wir sind genauso Patrioten. Ob wir auf der Regierungsbank, in der Opposition oder in den Koalitionsfraktionen sitzen, wir lieben unser Land. Deswegen wollen wir eine andere Politik, um das an dieser Stelle klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/

CSU]: Unstrittig!)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Rede im Grunde genommen tatsächlich vorgebaut. Sie haben hier gesagt, 2009 werde das Jahr der schlechten Nachrichten sein. Das ist natürlich eine politisch vorbeugende bzw. vorsorgende Erklärung, die hier abgegeben worden ist. Weil das aber die letzte Haushaltsdebatte sein wird, die wir in dieser Legislaturperiode führen werden, möchte ich schon noch einmal an die großen Debatten erinnern, die wir in den letzten Jahren geführt haben, also an die letzten drei Haushaltsdebatten, seitdem die sogenannte Große Koalition im Amt ist. Jedes Mal haben Sie sich hier hingestellt und gesagt, dass das Ihr Aufschwung ist. Das war entweder einmal ein Schröder-Aufschwung, oder es war ein Merkel-Aufschwung. Mit dem Abschwung wollen Sie nichts zu tun haben. Der Aufschwung war Merkel, der Abschwung ist Bush. Das glaubt Ihnen niemand. Das ist absoluter Unfug.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen keine Regierung, die vor schwierigen Zeiten warnt, sondern wir brauchen eine Regierung, die in schwierigen Zeiten handelt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Norbert Röttgen  
[CDU/CSU]: Tun wir ja! - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Zustimmung!)

Das ist das Entscheidende, worum es geht. Wir brauchen auch keine Regierung, die den Deutschen gut zuredet, sondern die Deutschen brauchen eine Regierung, die Gutes für sie tut. Das ist das Entscheidende, weshalb wir das, was Sie uns hier vorgelegt haben, völlig anders bewerten. Natürlich haben Sie nicht tatenlos herumgesessen. Sie sind verantwortungsvolle Persönlichkeiten. Wer bestreitet das denn?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Künast!)

Natürlich haben Sie in Anbetracht einer Krise nicht tatenlos zu Hause gesessen und Däumchen gedreht. Natürlich haben Sie sich abgearbeitet. Das ist doch gar keine Frage. Wir kritisieren weniger, dass Sie ein Sammelsurium von Maßnahmen gefunden haben. Das Problem Ihrer Regierung ist, und zwar auch aufgrund der Uneinigkeit in Ihrer Koalition, dass Sie in Wahrheit keinen gemeinsamen Weg mehr finden können.

Herr Kollege Kauder, Sie sagen, Sie fahren auf Sicht.

Ich sage: Sie stehen mitten im Nebel. Sie fahren auf Sicht, und Sie wissen nicht, wohin Sie wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wer keinen Standpunkt hat, der kann seinem Land auch keine Orientierung geben. Sie haben keinen gemeinsamen Standpunkt mehr. Das drückt sich hier aus.

Das ist alles aus der Not geboren. Das mit dem Sammelsurium ist ja nicht etwa die Kritik der bösen oppositionellen FDP, sondern das ist das, was Ihnen Ihr eigener Wirtschaftssachverständigenrat sagt. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung sagt: Sie haben ein sinnloses Sammelsurium beschlossen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Deshalb wollen sie ihn abschaffen!)

- Frau Kollegin Künast, das ist ein wichtiger Zwischenruf, den Sie gerade gemacht haben. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung kritisiert die Bundesregierung, sagt, das, was Sie jetzt in der Krise machen, sei putzig und ein sinnloses Sammelsurium, und die Antwort der Koalition in Form von Herrn Kollegen Struck ist: Dann schaffen wir diesen Sachverständigenrat eben ab.

(Beifall bei der FDP - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kennen wir aus der Antike: Man köpft den Boten, weil einem die Nachricht nicht passt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen einmal über das reden, womit Sie sich an die Bürger und Bürgerinnen wenden. Das ist das, was Sie im Augenblick in Anzeigen millionenfach verbreiten: Häkchenpolitik, acht Häkchen. Das ist das, warum sich Deutschland keine Sorgen mehr machen soll. Das sind die viele Millionen teuren Anzeigen der Bundesregierung, millionenfach herausgegeben von Ihnen auf Kosten der Steuerzahler:

Liebe Deutsche, macht euch keine Sorgen. Wir haben acht Häkchen für euch gefunden. Acht Häkchen! Grund für diese Häkchenpolitik ist in Wahrheit, dass immer dann, wenn die SPD in dieser Großen Koalition ein Häkchen durchsetzen kann, auch die Union eines

durchsetzen möchte. Das ist in Wahrheit das Problem. Sie lähmen sich. Dabei zeigt sich eines: Große Mehrheiten sind noch lange nicht zu großer Politik fähig. Viel zu oft ist es nur sehr kleines Karo, was Sie hier fahren. (Beifall bei der FDP)

Natürlich kommt niemand aus der Opposition auf die Idee, der Regierung allen Ernstes vorzuwerfen, sie habe den Abschwung verursacht. Wir werfen Ihnen doch nicht vor, dass die Krise kommt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Doch, Lafontaine hat es erklärt!)

- Herr Kollege Kampeter, mich für Herrn Kollegen Lafontaine verantwortlich zu machen, ist ihm und mir gegenüber sehr ungerecht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich glaube, das können Sie getrost zurücknehmen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Okay, ich nehme es zurück!)

Wir werfen Ihnen ja nicht vor, Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, dass die Krise da ist. Wir wissen, dass sowohl der Aufschwung als auch der Abschwung sehr viel mit der Weltwirtschaft zu tun hat und dass wir nicht alles beeinflussen können. Wir würden uns auch überheben, wollten wir diese Illusion bei den Bürgern hervorrufen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Aber das Entscheidende ist: Nicht, dass die Krise da ist, kritisieren wir an der Arbeit der Bundesregierung, sondern wir kritisieren, dass Sie in guten Zeiten, in den fetten Jahren für die mageren Jahre nicht vorgesorgt haben und dass Sie jetzt, da die mageren Jahre weiß Gott vor der Tür stehen - in Wahrheit sind wir mittendrin -, immer noch nicht beherzt handeln, sondern sich immer noch mit einer Politik der kleinen Schritte zufriedengeben. Sie merken gar nicht: Ihre Politik der kleinen Schritte, die einmal von der Großen Koalition als neues Politikprojekt gelobt wurde, ist eine Politik der eingeschlafenen Füße geworden, weil Sie sich nicht mehr einig sind. Das ist das eigentliche Problem dieser Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Nun wird einem Abgeordneten der Opposition - das gilt für alle, wenn auch mit großen Unterschieden -, wenn er hier spricht, immer der Vorwurf gemacht - wir haben ihn eben auch gehört -: Sie reden ja nur, Sie handeln nicht. Was für ein - entschuldigen Sie bitte - banaler Vorwurf! Die Opposition hat immer nur die Macht des Wortes, und die Regierung hat die Pflicht zur guten Tat. An beiden muss der Wähler sie messen. So ist es nun einmal in der Demokratie aufgeteilt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So soll es auch bleiben!)

Übrigens: Tut mal nicht so, als wärt ihr als Regierungsabgeordnete auf die Welt gekommen. Wir saßen

bis vor drei Jahren noch zusammen. Da habt ihr es auch nicht gemocht, wenn es immer hieß, ihr redet das Land schlecht. Also fangt nicht an, so über uns zu reden, nur weil ihr jetzt drei Jahre auf der Regierungsbank sitzt - wer weiß, wie lange noch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten)

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Damals war es  
berechtigt, jetzt ist es unberechtigt!)

- Volker, ist geschenkt. Warten wir einmal ab, wie lange  
noch! Macht ist ja begrenzt, und es ist nicht ausgemacht,  
ob einer Kiesinger wird oder Kohl. Das muss man alles  
einmal abwarten. Wie es weitergeht, entscheiden die  
Wählerinnen und Wähler.

Meine Damen und Herren, ich möchte an der Stelle  
aber nicht nur uns einbringen, sondern ich möchte, wenn  
Sie erlauben, noch darauf eingehen, dass es immer heißt,  
international sei die Politik der Regierung unumstritten;  
das sei alles wunderbar. Das entspricht nämlich nicht  
den Tatsachen.

Wenn Sie mit internationalen Gästen zu tun haben,  
die uns besuchen und die anschließend von Ihnen besucht  
werden - weil Sie eine mächtige Frau sind, will ich  
die Namen nicht nennen -, dann hört man schon einmal  
den Satz: „First she came too late and then she was  
wrong“.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt doch  
gar nicht!)

Diese Meinung wird nicht nur in Großbritannien und  
in der Europäischen Union vertreten, sondern das konnten  
alle Deutschen am Montag bei Ihrem Besuch in Paris  
am Fernsehschirm verfolgen. Da steht die deutsche Regierungschefin,  
der ich in Herzlichkeit zugewandt bin

(Zurufe: Oh!)

- ich darf Sie in aller Freundlichkeit bitten, durch Ihr  
Raunen keine wirklich absurden Gerüchte in die Welt zu  
setzen -,

(Heiterkeit bei der FDP)

neben dem französischen Staatspräsidenten, sie erzählen  
in großer diplomatischer Manier, was man immer so tut,  
nach dem Motto „Wir sind uns alle einig“, und dann sagt  
Frankreichs Präsident Sarkozy - Angela Merkel steht  
daneben, und es gefriert ihr das Lächeln -: Wir sind uns  
einig, dass wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen.  
Frankreich arbeitet daran. Deutschland denkt darüber  
nach.

(Heiterkeit bei der FDP)

Das sind die internationalen Bewertungen. Frau  
Bundeskanzlerin, das war kein Handkuss; das war eine  
Ohrfeige.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Das ist kein petit bisou - geringe Kenntnisse im Französischen  
habe ich auch -; es ist eine massive Kritik an  
dem, was vorgetragen ist.

Es wird immer wieder gesagt, das sei alles nur oppositionelles  
Gerede. Aber in Europa wird das gemacht,  
was von der liberalen Opposition vorgeschlagen wird. In  
Wahrheit sind Sie mit Ihrer Politik, die Steuern nicht zu  
senken, in Europa die Exoten.

Wenn Sie es immer noch nicht verstanden haben, sollten  
Sie die Titelseite der Süddeutschen Zeitung von  
heute lesen: „Brüssel drängt Merkel zu Steuersenkung“.  
Wir wollen eines festhalten: Die Europäer drängen zur  
Steuersenkung. Unsere Nachbarländer wollen die Steuern  
senken. Die Wirtschaftsverbände, Handwerksverbände  
und Verbraucherverbände in Deutschland wollen

die Steuern senken.

(Zuruf von der FDP: Die FDP auch!)

Der Wirtschaftsminister - unser Quantum Trost in der Regierung -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

will die Steuern senken. Die Ministerpräsidenten Herr Müller und Herr Seehofer wollen die Steuern senken.

Wir halten Folgendes fest: Die SPD will nicht die Steuern senken. Die Grünen wollen nicht die Steuern senken. Die Linkspartei will nicht die Steuern senken. (Widerspruch bei der LINKEN)

Frau Merkel will nicht die Steuern senken. Frau Merkel, Sie befinden sich in der falschen Gesellschaft. Da müssen Sie wieder raus!

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, Sie lachen jetzt,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein!)

weil Sie sich darüber freuen; denn Sie werden ganz mutig als Heldinnen und Helden der Unionsfraktion nächste Woche auch einmal für Steuersenkungen stimmen dürfen - folgenlos auf eurem Bundesparteitag. Ihr solltet aber nicht auf eurem Bundesparteitag nächste Woche für Steuersenkungen stimmen, sondern im Deutschen Bundestag. Das wäre eure Verantwortung für Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Der Sachverständigenrat und alle anderen empfehlen das.

Es heißt immer, Deutschland habe kein Geld für Steuersenkungen. Mittlerweile macht sich eine spannende Argumentation breit. Gehen wir doch einmal im Haushalt der Frage nach, ob wir kein Geld für Steuersenkungen haben. Abgesehen davon sollten wir aber festhalten, dass die Europäer Steuersenkungen durchführen. Stattdessen erhöhen Sie die Steuern.

Nach dem von Ihnen gefundenen Erbschaftsteuerkompromiss, der mit neun zu elf Stimmen unter

Abwesenheit aller anderen CSU-Abgeordneten in der Landesgruppe mutig beschlossen wurde, hat Finanzminister Peer Steinbrück einen bemerkenswerten Brief verfasst. Wir halten zur Erbschaftsteuerreform eines fest - wie Sie gemerkt haben, formuliere ich diplomatischer, seitdem wir dort zusammen regieren -: Die Länder um uns herum reden nicht darüber, wie man die Erbschaftsteuer erhöhen könnte, und sie verkünden auch keinen Sieg, wie es Herr Steinbrück per Brief an die SPD-Abgeordneten geschrieben hat: Was für ein Erfolg für die Sozialdemokraten!

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja genau! Ganz richtig!)

Wir haben das Volumen der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte fest, dass die Erbschaftsteuerreform ein Erfolg der Sozialdemokraten in der Koalition ist. Ich finde ihn aber furchtbar. Gerade deswegen kritisiere ich ihn an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP)

Was mir nicht einleuchten will, ist die lustvolle Freude, mit der Sie einen solchen Unfug bei der Erbschaftsteuer



mitmachen. Die anderen schaffen die Erbschaftsteuer ab, während wir darüber reden, wie man sie erhöhen kann. Nun hat man einen großartigen Begriff gefunden, um der Verfassungswidrigkeit zu entgehen: die Kernfamilie. Um es auf den Punkt zu bringen: Wenn ein Onkel oder eine Tante Nichten und Neffen und wenn eine Schwester ihrem Bruder etwas vererben will, dann gilt ein Freibetrag in Höhe von 20 000 Euro. Anschließend werden Steuersätze von 30 bis 50 Prozent erhoben. Das ist in meinen Augen eine Enteignung durch den Steuerstaat. Was dort stattfindet, ist unfair. Sie werden das beschließen. Wie können Sie nur!?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD)

- Sie haben eine andere Haltung dazu. Das ist auch legitim. Aber Sie erlauben mir, dass ich unsere Haltung dagegenstelle.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Es gilt immer noch Meinungsfreiheit!)

Nehmen wir als Beispiel die Familienbetriebe. Sie tun so, als wäre alles prima. 160 Familienbetriebe sagen: Um Gottes willen, lasst diesen Murks bei der Erbschaftsteuer! Diese Familienbetriebe haben sich vor zehn Tagen schriftlich an die Bundesregierung gewendet und gesagt: Wir werden gezwungen sein, ins Ausland abzuwandern.

- Das ist aus unserer Sicht ein ganz schwerer Fehler zulasten der Familienbetriebe. Was machen Sie? Sie sagen: Wenn man zehn Jahre den ererbten Betrieb mit derselben Lohnsumme, also mit der gleichen Zahl an Arbeitsplätzen, die man im Durchschnitt in den letzten fünf Jahren hatte, fortführt, dann ist man erbschaftsteuerfrei. Das ist absoluter Irrsinn; denn jeder weiß, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten zehn Jahren im Schnitt vermutlich schwächer sein wird als in den letzten Jahren. Jeder weiß, dass niemand eine solche Garantie für zehn Jahre geben kann. Wir hatten gute fünf Jahre. Diese sollen nun als Maßstab herhalten. Sie enteignen Familienbetriebe und die betreffenden Familien. Das ist keine Belohnung der Arbeitnehmer.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Kauder sagt an dieser Stelle: Wir bedanken uns bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für ihren Fleiß. Was haben Sie getan? Sie haben sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland mit der höchsten Steuererhöhung in der Geschichte dieser Republik bedankt. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen. Sie stehen für höhere Steuern und höhere Schulden. Solide ist etwas anderes.

(Beifall bei der FDP)

Sie erklären uns ständig, warum Steuersenkungen - im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern - nicht möglich sind. Möglich ist aber Hilfe für einzelne Unternehmen und Branchen. Das halten wir für falsch. Natürlich ist es richtig, dass sich die Bundesregierung mit den Landesregierungen zusammensetzt, wenn ein solches Drama wie bei Opel passiert. Es ist sicherlich selbstverständlich - wer will das bestreiten? -, dass man, wenn man Verantwortung für Zehntausende Bürgerinnen und Bürger, die um ihre Zukunft bangen, trägt, Gespräche führt und sich darüber Gedanken macht, was zu tun ist. Täten Sie es nicht, würden wir Sie mit Sicherheit kritisieren. Es ist richtig, dass Sie das tun. Aber die Antwort,

die Sie geben, ist falsch. Was werden Sie denn machen? Heute ruft Opel. Morgen ruft das zweite Unternehmen, das ebenfalls wichtig ist. Übermorgen ruft das dritte, dann das vierte, das fünfte und das sechste. Es wird im nächsten Jahr Dutzende Unternehmen geben, die in ernsthafte Schwierigkeiten gekommen sind. Wollen Sie dann jedes Mal - Unternehmen für Unternehmen, Branche für Branche - sagen: „Dafür stellen wir als Regierung einen Scheck aus“? Besser wäre es, nicht die Unternehmen an den Tropf der Subventionen zu hängen, sondern für alle Branchen, für die gesamte Wirtschaft, für alle Bürgerinnen und Bürger durch ein einfacheres und gerechteres Steuersystem mit niedrigen Sätzen für mehr Dynamik zu sorgen. Das wäre die eigentliche Aufgabe.

(Beifall bei der FDP)

Nun ist von Mitte und Maß die Rede.

Dann reden wir einmal über den Bundeshaushalt - Mitte und Maß -, der das Schicksalsbuch der Nation ist. Herr Kollege Steinbrück, Sie sind in der Rede, die Sie gestern gehalten haben, scharf und bitter gewesen. Ich möchte Ihnen ehrlich sagen: Einen Vorwurf wie „Rattenrennen“ an die Opposition zu richten, finde ich völlig unangemessen. Sie haben Worte wie Rattenrennen gewählt, gesagt, wir suhlten uns, und Sie haben noch andere Säugetiere genannt, die wir durchs Dorf treiben würden. Ich muss Ihnen sagen: Das ist Ihre Angelegenheit. Ich finde, so etwas kann man in einer Wirtshausrede sagen, aber hier ist das nicht angemessen. Aber so ist es halt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Steinbrück, der Punkt ist: Sie hatten eine riesige Chance. Sie hätten angesichts der genialen drei letzten Konjunkturjahre ein wirklicher Finanzminister werden können. Sie hätten ein Finanzminister werden können, der als der erste Finanzminister seit Jahrzehnten in die Geschichte eingeht, weil er in guten Jahren mit seinem Haushalt ohne Neuverschuldung auskommt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sirenengesänge!

Odysseus, halte die Ohren zu!)

Sie sind genauso wie Herr Eichel gescheitert. Das erklärt auch die Aggression, Ihre Angriffe gegen die liberale Opposition, die wir Ihnen an dieser Stelle aber nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen es doch selber - und das hat nichts mit mangelnder menschlicher Wertschätzung zu tun; wir schlagen vielmehr einen anderen politischen Weg vor -: Sie setzen in dieser Woche hier im Deutschen Bundestag einen Haushalt durch, der auf einem Wachstum von 0,2 Prozent basiert. Niemand von Ihnen glaubt daran, dass wir im nächsten Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent haben werden. Jeder von Ihnen weiß, dass wir das nicht erreichen werden.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das ist falsch!)

Jeder Kaufmann, der seine Bücher so frisieren würde, landete vor Gericht. Wir erwarten auch von Ihnen, dass Sie endlich ehrliche Zahlen vorlegen. Das ist das Mindeste, was man vor Ihrem Abgang verlangen kann.

(Beifall bei der FDP)

73 Milliarden Euro Schulden hat diese Koalition bei Steuernehmereinnahmen von 160 Milliarden Euro gemacht, die sie in dieser Legislaturperiode von den Bürgerinnen und Bürgern bekommen hat. Was wir machen müssen, ist relativ klar. Was wir mit einem einfachen Plan - das ist nicht irgendein kleines Häkchenkonzept - machen müssten, wäre, dafür zu sorgen, dass wir dem Abschwung entgegenwirken, indem wir die Kräfte freisetzen, die in unserer Volkswirtschaft schlummern. Dazu gehört erst einmal die Leistungsbereitschaft unseres Volkes. Das geht nur, indem sich Leistung lohnt und indem wirklich ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem alle für ihre Leistungen belohnt, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle Mittelständler und alle Unternehmer, damit alle wirklich etwas von ihrer Leistung haben. Ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem müsste jetzt beschlossen werden. Sie werden es niemandem erklären können, auch nicht auf Ihrem Parteitag, wenn die Union nächste Woche sagt, Deutschland brauche Steuersenkungen. Es gibt in Anbetracht unserer dramatischen Lage keinen Grund, damit noch ein Jahr zu warten. Es muss jetzt gehandelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssten die Bremsen für Investitionen lösen. Ich will nicht alles aufgreifen, was Frau Kollegin Künast gesagt hat. Ich teile vieles nicht, aber in einem Punkt will ich ihr ausdrücklich recht geben, nämlich bei der Kfz-Steuer. Die Kfz-Steuer auszusetzen, ist nun strukturell überhaupt keine Antwort. Als ob irgendjemand einen Golf für 19 000, 20 000 Euro kaufen würde, wenn er ein Jahr lang 109 Euro Steuern spart. Das, was Sie als Nachlass anbieten, handelt jeder normale Bürger im ersten Verkaufsgespräch unter der Überschrift „Fußmatten“ schon selber aus.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da sehen Sie, wie niedrig die Steuer ist!)

Das ist absurd, und das wissen auch Sie.

(Beifall bei der FDP)

Das ist sehr weit weg vom Leben. Schauen Sie in die Gesichter der Bürgerinnen und Bürger! Keiner von den Bürgerinnen und Bürgern dort oben auf der Tribüne wird ein einziges Auto kaufen, nur weil Sie 109 Euro für ein Jahr nachlassen. Absurd ist das. Das weiß jeder.

(Beifall bei der FDP)

Welchen Weg man bei der Kfz-Steuer geht, darüber müsste gestritten werden. Das tun wir dann auch. Aber Ihr Vorschlag ist gar nichts. Was wir machen müssten, wäre, die Bremsen zu lösen, und das gilt insbesondere für die Investitionen.

Nehmen wir nur einmal die Investitionen im Energiesektor: Wir reden nicht darüber, dass der Staat Geld ausgibt, sondern wir reden nur darüber, dass Energieinvestitionen stattfinden, die sowieso stattfinden müssen, Investitionen in Leitungsnetze, Gleichstromleitungen, übrigens auch in den Bau von sauberen und modernen Kohlekraftwerken, damit wir dreckige und alte abschalten können. Wenn Sie, die Regierung, nur diese Bremsen, die Verwaltungs- und Genehmigungsbremsen in der Energiewirtschaft, lösen würden, dann müssten Sie keinen

einzigem Euro dazutun, und trotzdem würden etwa 20 Milliarden Euro an Investitionen in unsere Volkswirtschaft fließen. Das bedeutete Arbeitsplätze, und das wäre etwas, was in Deutschland hilft.

Auch das muss ich Ihnen sagen, Frau Bundeskanzlerin: Es ist richtig, dass Sie das Thema Bildung zu einem zentralen Punkt machen. Das ist doch vernünftig. Übrigens - damit hier nichts missverstanden wird; das gilt ausdrücklich auch für die beiden Damen im Kabinett, die in diesem Falle besonders mitwirken -, es ist richtig, dass das von Ihnen sozusagen mit einem Ausrufezeichen vertreten wird. Aber tun Sie bitte nicht so, als sei dieser Bildungshügel ein Gipfel gewesen. Gut, wenn man flach im Gras liegt, dann ist auch ein Maulwurfshügel ein Gipfel. (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Sie es ernsthaft als Erfolg, als Durchbruch verkünden, dass Deutschland - das mache ich gar nicht an Parteien fest; da können wir die Länder völlig zu Recht einbeziehen; ich sage das, damit wir da einig sind - seine Bildungsinvestitionen bis zum Jahr 2015 von jetzt 8,9 Prozent auf 10 Prozent steigert, dann sage ich Ihnen: Sie sind nicht ehrgeizig genug für unser Land. Wer sich damit zufriedengibt, gibt sich mit zu wenig zufrieden. Das ist nicht vernünftig.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben viele Brücken bauen wollen. Sie haben über alles gesprochen, über AfA, über Hauptschulen, über Piraterie, über CO<sub>2</sub>; aber Sie haben nicht gesagt, wo Deutschland morgen stehen soll. Sie haben sich mit den Themen unserer Zeit nicht wirklich auseinandergesetzt. Nicht wir sind diejenigen, die in der Minderheit in Europa sind, nur weil wir hier im Deutschen Bundestag in der Minderheit sind, wenn es um Steuersenkungen geht; vielmehr gibt es in Europa eine klare Mehrheit. Es ist eine Mehrheit für entschiedene Politik, für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Es wird Zeit, dass nicht nur Europa, sondern auch Deutschland eine solche, eine neue, vernünftige Mehrheit bekommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Ludwig Stiegler, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muss sich Sorgen um den Kollegen Westerwelle machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Er denkt immer nur an das eine: also, nicht an Frau Merkel,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nicht schlüpfzig werden!)

sondern immer nur an Steuersenkungen. Beim Frühstück, beim Mittagessen und beim Abendessen denkt er an Steuersenkungen. Er ist besessen von Steuersenkungen. Habt Erbarmen mit ihm!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Denkweise

(Joachim Poß [SPD]: Das ist aber keine fromme Denkweise!)

besagt: Wenn jeder für sich selber sorgt, ist für alle gesorgt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ach, du lieber Gott!)

Das war das Glaubensbekenntnis von Westerwelle, und genau dieses Glaubensbekenntnis hat die Welt in diese Katastrophe geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Westerwelle, denken Sie deshalb mehr an Frau Merkel und weniger an Steuersenkungen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Haushaltsdebatte im letzten Jahr haben wir noch gut gelaunt geführt, in diesem Jahr haben wir allerdings mit den sich überschlagenden Prognosen das Fürchten gelernt. Das Frühjahrsgutachten, das Septembertgutachten und das Novembertgutachten des Weltwährungsfonds - es war fast wie Hitchcocks Die Vögel, die Schwierigkeiten sind immer deutlicher geworden. Das belegen auch die OECD-Gutachten, die Gemeinschaftsdiagnose und der Sachverständigenrat. Ich muss Peter Struck recht geben: So wie der Sachverständigenrat heute arbeitet und begutachtet, ist er überflüssig. Was wir da über Konjunktur und Weltwirtschaft erfahren, haben wir fünfmal anderswo und teilweise besser gelesen. Die Stammtischoder Forschungsergebnisse können auch in anderen Veröffentlichungen publiziert werden. Entweder bekommen wir hier wirklich einen Rat, oder wir können uns in der Zukunft diesen teuren Rat schenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben gesehen, dass die Tendenz nach unten gerichtet ist; je aktueller die Gutachten, desto trüber der Inhalt. Jetzt kann niemand mehr leugnen: Wir sind mitten in einer Weltrezession. - Was ist noch letztes Jahr von den Wissenschaftlern geschrieben worden? Decoupling - Entkopplung - der Entwicklungsländer, der Emerging Markets oder Europas von der amerikanischen Krise! Davon ist keine Rede mehr. Wir sind als Exportland eben nicht abgekoppelt, sondern mittendrin, und unsere Hauptpartner in der Weltwirtschaft sind in der Rezession. Das ist ein schwieriger Befund. Aber - um es fast mit Hölderlin zu sagen - auch das Rettende wächst. Wir können sehen, dass die Akteure in der Weltwirtschaft heute - anders als bei der ersten großen Depression - zusammenarbeiten. Das ist ein hohes Gut. Deutschland ist nicht, wie damals, am Katzentisch, sondern einer der Hauptakteure. Das bürdet uns Verantwortung auf. Das gibt uns aber auch Chancen. Deshalb brauchen wir vor dieser Krise nicht davonzulaufen, sondern wir haben die Chance, die Krise zu gestalten und zu überwinden.

(Beifall bei der SPD)

Der Internationale Währungsfonds sagt uns deutlich:

Abgestimmtes Verhalten bringt doppelte Wirkung. -

Man braucht nur die jüngsten Reden zu lesen. Der G-20-Gipfel, auf dem auch die Emerging Markets dabei waren, hat gemeinsames Handeln gebracht. Eines habe ich

aber schon festgestellt: Frau Merkel hat „freie Marktwirtschaft“ unterschrieben. Von „sozialer Marktwirtschaft“

war darin nichts zu lesen. Nun stehe ich vor der Frage: Soll ich sie deswegen tadeln? Aber nachdem das auch die chinesischen Kommunisten und Lula unterschrieben haben, habe ich festgestellt: Offenbar haben wir ein neues semantisches Differenzial, unter dem man alles verstecken kann. Sei's drum! Man darf nicht deshalb das Richtige unterlassen; man darf nicht an den Worten kleben. Den Linken sage ich: Ihr müsst euch um eure chinesischen Freunde kümmern, bevor ihr die Große Koalition schlagt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU])

Wir haben Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Ich hoffe auch, dass die Welthandelsorganisation wieder aus dem Scheintod aufwacht. Ich danke vor allem Frank-Walter Steinmeier dafür, dass er auch auf europäischer Ebene gemeinsames Handeln angestoßen hat. Kein Land kann sich allein aus der Krise ziehen. Nur dann, wenn alle miteinander handeln, wenn jeder seinen Beitrag leistet, werden wir gemeinsam aus der Krise kommen. Das ist ein unglaublicher Fortschritt in der Weltwirtschaftspolitik, den wir wie unseren Augapfel hüten sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was ist unser Beitrag, den Westerwelle und der Sachverständigenrat „Sammelsurium“ nennen? Die sind der Tonnenideologie verhaftet. Die können wir zurzeit in Amerika sehen. Dort besteht aber eine andere Ökonomie. Dort hat man vor ein paar Monaten 150 Milliarden auf die Bürger abgeworfen. Was ist davon übrig geblieben? Nur die Erhöhung der Staatsschuld ist davon übrig geblieben, aber kein Wachstumsimpuls. Deshalb ist unser gezielter Ansatz - wir setzen vor allem auf Investitionen und ermuntern die privaten Verbraucher, zu investieren - richtig.

Wir haben primär eine Exportkrise. Diese Exportkrise kann nicht primär mit nationalen Mitteln adressiert werden. Aber all das, was die Chinesen tun, all das, was die Japaner tun, und all das, was wir tun, um die Importe zu steigern, ist ein Beitrag dazu. Langfristig werden wir unsere Exportabhängigkeit redressieren müssen. Wir sind zurzeit einen Tick zu exportabhängig, und das Bein der Binnenwirtschaft ist zu asthenisch.

Wir könnten vielleicht größere Initiativen starten, wenn wir eine voll entwickelte Bauwirtschaft hätten. Aber nach dem Rückbau ihrer Kapazitäten kann man nicht über Nacht Milliarden in diesen Bereich schütten und denken, dass gleich Millionen marschieren und Neues bauen. Das dauert vielmehr eine gewisse Zeit. Angesichts dessen ist es notwendig, anderes zu machen, zum Beispiel Kurzarbeit zu fördern. Ich danke Olaf Scholz, dass er den Zeitraum für die Gewährung von Kurzarbeitergeld verlängert hat.

(Beifall bei der SPD)

Für die deutsche Wirtschaft muss gelten: Kurzarbeitszeiten sind das Trainingslager bzw. die Qualifikationszeiten für den nächsten Aufschwung. Das ist das Entscheidende. Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung müssen in dieser Zeit stattfinden, statt die Menschen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stärken auch die Binnennachfrage. Wir haben gute Lohnrunden hinter uns.

Dank an die Gewerkschaften! Wir haben Gott sei Dank wieder stabile Preise. Allein der Ölpreis ist um zwei Drittel gesunken. Das bedeutet aufs Jahr gerechnet einen Push der Massenkaufrkraft von rund 23 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund von sinkenden Preisen und steigenden Löhnen besteht die Aussicht, dass die Massenkaufrkraft im nächsten Jahr steigt, wenn es zugleich gelingt, die Stabilisatoren aufrechtzuerhalten und für ein Wachstum der Sozialeinkommen zu sorgen. Der Anstieg des privaten Verbrauchs wird sich also für uns alle positiv auswirken.

Hinzu kommen die privaten Investitionen. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist das Programm mit dem größten Hebel. 1 Milliarde Euro, die von der KfW hierfür zur Verfügung gestellt werden, lösen an die 9 Milliarden Euro Investitionen aus, die wiederum für ein höheres Wirtschaftswachstum sorgen. Deshalb ist es Quatsch, nur auf die eingesetzten Summen zu schauen. Man muss auch die Hebelwirkung betrachten. Aber dafür sind die Steuersenkungspolitiker in diesem Hause wohl zu blind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch mit der Ausweitung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten fördern wir die Investitionen. Ich muss allerdings einschränken: Gerade den kleinen und mittleren Unternehmen werden wir auch über Kredite helfen müssen. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf die „kaltblütig“ handelnden Banken verlassen. Von denen fordern wir ja auch Deleveraging, also weniger Kredite, ein stärkeres Risikomanagement und ein stärkeres Risikobewusstsein. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass nur Staat und Bankenwelt gemeinsam die Mittelständler fördern können. Das wird die Große Koalition zusammen mit der KfW in Angriff nehmen und auch miteinander durchsetzen.

Wir haben außerdem die privaten Haushalte als Arbeitgeber steuerlich bessergestellt und die Absatzbarkeit von Handwerkerdienstleistungen erhöht. Das wird bundesweit an vielen Stellen mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Vor allen Dingen wird das dazu führen, dass Privatleute an ihr Erspartes gehen und es in Haus und Garten investieren. Es kann nicht sein, dass sich immer nur der Staat verschuldet; vielmehr müssen auch private Ersparnisse eingesetzt werden, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir fordern auch die Länder auf, mitzumachen. Es ist unmöglich, dass bei einer so zentralen Debatte die Bundesratsbank leer ist. Die Länder wollen alle nur beim Bund abkassieren. Es kann aber nicht sein, dass ausschließlich Forderungen an den Bund gerichtet werden. Auch die Länder stehen in der Pflicht. So ist zum Beispiel die Universität Regensburg eine Tropfsteinhöhle. Der Freistaat Bayern könnte da ohne weiteres 200 Millionen Euro und mehr investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Passau und anderen Orten gilt das Gleiche. Ebenso

trifft das auch auf andere Länder zu. Die Länder müssen also mitmachen; dafür müssen sie auch die Gemeinden entsprechend unterstützen.

Wir wollen, dass gerade die Städte im Westen und im Norden, die unter einem Haushaltsdeckel aufgrund ihrer Schulden leiden, in die Lage versetzt werden, zu investieren. Wir können nicht zulassen, dass die Lebensverhältnisse weiter auseinanderdriften. Lasst uns vielmehr gemeinsam mit den Ländern den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein oder in den neuen Ländern dabei helfen, dass sie die notwendigen Investitionen, die sie sofort tätigen könnten, auch wirklich tätigen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wurde schon angesprochen, dass Regulierung als Investitionsbremse wirkt. Wir sind dagegen, flächendeckend - wie mit der Schrotflinte - Steuersenkungen einzuführen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD - Petra

Merkel [Berlin] [SPD]: Gutes Bild! - Zuruf von der FDP)

- Ihr würdet gerne breit streuen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das macht ihr!)

Wir alle wissen, dass die Sparquote in Deutschland hoch ist. Die OECD geht in ihrer jüngsten Prognose von einer Sparquote von über 10 Prozent aus. Diese Ersparnisse bleiben aber liegen. In Deutschland gibt es viel weniger Investitionen, als es die Ersparnisse hergeben würden. Deshalb wird Kapital exportiert, das in zweifelhafte Anlagen fließt und mit zweifelhaften Infektionen zurückkommt. Steuersenkungen sind also nicht der richtige Weg. Vielmehr sollte der Staat, wenn er Mittel hat, Investitionen anstoßen, die die Privaten veranlassen, ihren Teil zu leisten. Es sollten Investitionen getätigt werden, von denen morgen nicht nur Schulden übrig bleiben. Konsum über Schulden ist keine gute Idee und geht auf Dauer nicht gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Investitionen stützen auch die Wirtschaft unserer Exportpartner.

Wir müssen kapieren: Wir müssen eine internationale Wirtschaftspolitik betreiben; wir können nicht nur an Deutschland denken, sondern müssen auch andere Länder berücksichtigen. Gerade die Länder, mit denen wir Exportüberschüsse haben, müssen wir in den Blick nehmen. Wenn wir hier investieren, dann steigt auch unsere Importquote. Im dritten Quartal beispielsweise ist unsere Importquote gestiegen. Das hilft der Weltwirtschaft insgesamt.

Schauen wir uns die Rolle des Staates an. Wir haben gesehen: Mit Marktdisziplin allein funktioniert es nicht; der Staat muss Regeln setzen und sie auch durchsetzen.

Wir, gerade die SPD, mussten uns jahrelang von den liberalen Egoisten verleumden und verhöhnen lassen: Wir wollten alles regulieren und die Wirtschaft fesseln. - Ihre entfesselte Wirtschaft ist im Straßengraben gelandet. Wir dürfen sie jetzt herausziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen nicht einmal Dank oder ein Trinkgeld.

(Jörg Tauss [SPD]: Eine Entschuldigung!)



- Das kann man von denen nicht erwarten; denn die haben immer recht. Ultra posse nemo obligatur. Da kann man nichts machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Auf Deutsch!)

Wir haben den Staat als „lender and investor of last resort“. Wenn ich bedenke, was diese stolzen Banker vorher getrieben haben, ist es schon interessant, wie sie nun in die sicheren Häfen des Staates einlaufen. Erst haben sie auf den Staat geschimpft und ihn bespuckt. Sie haben immer gesagt: Was willst du Depp da? - Aber wehe, es wird eng; dann kommen sie wie die Küken unter die Henne.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die Situation: Sie kommen wie die Küken unter die Henne, und wir müssen den Habicht abwehren.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Westerwelle wird dann wieder sagen: Das ist der Bundesadler, der einem das Einkommen nehmen will. Jetzt zur Rolle der Zentralbanken und dazu, was die amerikanische Zentralbank, aber auch die Europäische Zentralbank gemacht haben. Die Bilanzen der Zentralbanken sind angeschwollen. Wir werden uns noch umschauen, wenn wir deren Bilanzentwicklung betrachten.

Trotzdem war es nötig, was sie getan haben. Die Fed hat ihr Pulver weitgehend verschossen. Wir sollten aber die Bekehrung der Europäischen Zentralbank feiern. Das sind die Weisen, die vom Irrtum zur Wahrheit reisen. Deshalb begrüßen wir, dass die Europäische Zentralbank nicht mehr mit schlechtem Gewissen, sondern optimistisch und vorsätzlich Zinssenkungen beschließt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weber, Herr Trichet und vor allem Jürgen Stark, willkommen im Klub! Das war eine Bekehrung. Die haben noch im Sommer die Zinsen erhöht, jetzt sind sie dabei, sie zu senken. Im Hause des Vaters ist über einen reuigen Sünder mehr Freude denn über 100 Gerechte.

(Heiterkeit - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]:

99! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: 99! Nicht mal bibelfest!)

- Genau, es sind nur 99 Gerechte.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: 99 Luftballons!)

Jawohl! Wo Sie recht haben, haben Sie recht; das muss ich zugeben. Das kommt selten genug vor. Wenigstens beherrschen Sie die Bibel. Das ist schon ein Vorteil. Meine Damen und Herren, der Staat ist der Hüter der Nachhaltigkeit in Bezug auf Bildung, Forschung, Entwicklung und Klima. Aber jetzt heißt es: We have to overcome. Nun müssen wir die Krise überwinden. Die nächsten vier Quartale erfordern unsere gesamte Anstrengung. Die Weltwirtschaft ist nicht nur unser Schicksal, sondern auch ein gestaltbares Geschick. Wir sind entschlossen, unser Geschick zu gestalten.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dr. Peter Ramsauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von der heutigen Debatte geht unter anderem eine Botschaft aus: dass wir den Bundeshaushalt 2009 in einem außergewöhnlich schwierigen konjunkturellen und weltwirtschaftlichen Umfeld beraten. Aber - ich habe das schon mehrfach öffentlich betont - bei aller sorgfältigen und gewissenhaften Betrachtung, Analyse und Entwicklung von Gegenmaßnahmen dürfen wir nicht in eine Weltuntergangsstimmung verfallen und eine Apokalypse heraufbeschwören. Deswegen war es ausgesprochen wichtig, dass die Bundeskanzlerin heute an unser Selbstvertrauen appelliert hat, indem sie betont hat, dass wir Deutsche schon andere gewaltige Herausforderungen in den letzten Jahrzehnten gemeistert haben und dass wir, wenn wir alles richtig machen, gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Lafontaine, Demagogie hilft hier nicht weiter. Derjenige, dessen Antwort in Demagogie besteht, versündigt sich an unserem Volk und löst nicht die Probleme, die wir haben, sondern verschärft sie eher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin deshalb froh, dass der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Weise, in aller Nüchternheit darauf hingewiesen hat - das ist richtig -, dass sich ein schwächeres Wachstum weniger auf die Arbeitslosenzahlen auswirken wird, als viele befürchten. Bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistungen um 0,5 Prozent, wie wir es im nächsten Jahr vielleicht erleben werden, werde die Arbeitslosigkeit insgesamt um nur - in Anführungszeichen - 130 000 steigen. Ich verstehe das als eine Ermutigung, in dieser Krise um jeden Arbeitsplatz entschlossen zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen kommt es jetzt darauf an, dass wir gemeinsam handeln und unserer Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen geben. Das Erste, was wir beschlossen haben und was Wirkung zeigt, ist das Finanzmarktpaket, mit dem die Eskalation der Finanzkrise gebrochen worden ist. Jetzt kommt es unter anderem darauf an, dass die Geschäftsbanken in Deutschland ihrer Verantwortung gerecht werden, nämlich die Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Ich sage das vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass wir mit unserem Impulsprogramm eine Reihe von zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten gerade für den Mittelstand schaffen. Es ist wichtig, immer wieder zu betonen, dass wir das, was wir gemacht haben, nicht nur für die Banken getan haben und dass für uns jemand nicht erst dann hilfsbedürftig ist, wenn er im Gewand und in der Größe von Opel daherkommt, sondern dass uns jeder Mittelständler genauso am Herzen liegt und uns diese Arbeitsplätze ebenso wichtig sind. Deswegen geben wir mit diesem Impulsprogramm kleinen und mittleren Betrieben hervorragende zusätzliche Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Ich rufe die Banken in Deutschland auf: Fallen Sie bei Sicherheitsbewertungen jetzt nicht in das andere Extrem, sondern helfen Sie mit, die bestehende Krise zu meistern! Ich möchte darauf hinweisen, was vor 80 Jahren wahrscheinlich falsch gemacht worden ist. Was zunächst eine reine Bankenkrise war, ist erst durch eine engstirnige Wirtschaftspolitik zu der gewaltigen Weltwirtschaftsdepression geworden. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen.

Wir müssen - das ist der zweite Punkt - andere Instrumente wie die Stärkung des Freihandels und das Wiederbeleben der Doha-Runde nutzen. Dort engagiert sich unser Wirtschaftsminister Michael Glos gegen Subventionswettläufe zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Ein solcher Wettlauf wäre Gift. Wir brauchen stattdessen mehr Freihandel. Das hilft einer exportorientierten Nation wie der unsrigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dritter Punkt. Es ist schon das Spannungsfeld zwischen Klimaschutzzielen auf der einen Seite und den Wirtschaftsproblemen auf der anderen Seite angesprochen worden. Bei den aktuellen Problemen, die die Autoindustrie im Augenblick hat, können wir nicht einfach sagen „Weiter so“. Das würde in der augenblicklichen Situation heißen, dass wir Arbeitsplätze in Deutschland mutwillig gefährden. Ein Auto wird nicht allein dadurch umweltfreundlicher, dass es nicht mehr in Deutschland, sondern irgendwo im europäischen oder außereuropäischen Ausland gebaut wird. Das müssen wir uns vor Augen halten.

Frau Künast, Sie haben an die Bundeskanzlerin den Vorwurf gerichtet, sie werde in Brüssel „Madame Non“ genannt. Ich bin froh darüber - dafür danke ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin -, dass Sie, wenn es erforderlich ist, in Brüssel oder sonstwo in Europa zu den anderen Staatsführern sagen: Non, das machen wir wegen der deutschen Interessen nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen zwar Rücksicht auf europäische Interessen, aber wir, das Parlament und die Bundesregierung, sind zuerst dazu da, deutsche Interessen zu wahren. Das erwartet auch die Öffentlichkeit in Deutschland von uns.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Wo bleibt die Handtasche?)

Forderungen in Bezug auf Klimaschutz - ja, aber sie müssen auch erfüllbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gehört auch - ich glaube, da sind wir auf einem vernünftigen Weg, Herr Bundeswirtschaftsminister -, dass wir die energieintensiven Industrien von der Versteigerung der Zertifikate ausnehmen müssen.

Ein Wort an Bundesumweltminister Gabriel. Lieber Herr Gabriel, unsere Position für Arbeitsplätze und Klimaschutz haben Sie bisweilen kritisiert. Aber da kann ich Ihnen nur zurufen: Was unsere Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner in Brüssel kann, nämlich deutsche Interessen durchsetzen, das sollten auch Sie gefälligst können.

(Beifall bei der CDU/CSU - Bärbel Höhn  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja  
kein deutsches Interesse!)

Ein vierter Punkt. Es geht natürlich auch um Steuersenkungen;  
Herr Kollege Westerwelle, Sie haben darauf  
hingewiesen. Es ist keineswegs so, dass davon nicht die  
Rede ist. Ich möchte vorlesen, was auf dem CDU-Parteitag  
in Stuttgart, der vom kommenden Sonntag bis Dienstag  
stattfindet - ich werde selbst als Gast in Stuttgart sein -,  
beschlossen werden soll.

(Zuruf des Abg. Ludwig Stiegler [SPD])

- Hören Sie mir doch zu, lieber Ludwig Stiegler! - Ich  
darf zitieren:

Der derzeitige Tarifverlauf führt dazu, dass Lohnsteigerungen  
oder Überstunden zu wenig bei den  
Menschen ankommen. Diese leistungsfeindliche  
Wirkung des Steuerrechts werden wir ändern.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden den Tarifverlauf so gestalten, dass Gehaltserhöhungen  
oder Mehrarbeit nicht durch die  
kalte Progression minimiert werden, sondern bei  
den Arbeitnehmern auch stärker ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu kann ich nur sagen: Bravo, CDU-Parteitag!  
Vonseiten der CSU haben wir das Notwendige hierzu  
schon längst gesagt.

(Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP] meldet  
sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich beantworte Ihre Zwischenfrage später, Herr Kollege  
Westerwelle. Denn dann können Sie das Thema  
Erbschaftsteuer inkludieren.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Das Thema Erbschaftsteuer ist in dieser Debatte zu  
Recht schon mehrfach angesprochen worden. Ich bin zutiefst  
davon überzeugt, dass die Frage, wie Erbschaften  
- egal ob landwirtschaftlich, betrieblich oder privat -  
steuerlich behandelt werden, ein außerordentlich wichtiger  
Standortfaktor für Deutschland ist. Denn jeder macht  
sich Gedanken darüber, wie in einem Land mit dem Eigentum  
umgegangen wird. Eine kluge Erbschaftsteuerreform  
ist auch ein exzellentes Konjunkturprogramm.  
Das müssen wir uns immer vor Augen halten.

Ich habe in den vergangenen Monaten und Jahren mit  
Entschiedenheit und mit großem Verantwortungsbewusstsein  
dafür gekämpft, dass im Rahmen einer Erbschaftsteuerreform  
Eigentum und auch die Leistung respektiert  
werden, die der Eigentumsbildung vorausgeht.

Ich sage eines klipp und klar: Ich verurteile es aus  
voller Überzeugung, wenn jemand die These vertritt,  
dass Erben ein leistungsloser Erwerb sei. Nein, Erben ist  
kein leistungsloser Erwerb. Erben ist vielmehr zweierlei:  
Derjenige, der sein ganzes Leben lang gearbeitet und etwas  
geleistet hat, der es sich vom Mund abgespart hat,  
was er vererbt, soll dies zu vernünftigen Konditionen an  
die nächste Generation weitergeben können.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Diejenigen, auf die  
die Beschreibung zutrifft, zahlen überhaupt  
keine Steuern!)

Derjenige, der einen Familienbetrieb, der über Generationen  
hinweg besteht, als Erbe übernommen hat, soll

ihn weitergeben können. Er kann ihn an seinem Lebensende nicht mitnehmen. Alle diejenigen, die Eigentum haben, unter Generalverdacht zu stellen, es zu verscherbeln und es irgendwo auf der Welt zu verjubeln, ist eine gemeine Anklage gegen all diejenigen, die verantwortungsvoll in unzähligen Familienbetrieben Deutschlands zusammen mit den dortigen Beschäftigten arbeiten und Leistung erbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Darf ich jetzt eine Frage stellen?)

- Ich bin noch nicht fertig.

(Heiterkeit bei der SPD und der FDP)

Dazu ist viel zu sagen. Als liberaler Christsozialer könnte ich mehr zu diesem Thema sagen, als die Formalliberalen dazu überhaupt zu sagen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle steuerpolitisch und grundsätzlich eines fest:

Wir müssen mit der Frage, inwieweit sich der Staat bei der Weitergabe von Eigentum durch Besteuerung gütlich tut, sehr sorgfältig umgehen. Wenn sich jemand aus bereits versteuertem Einkommen Eigentum schafft, dann hat der Staat bei der Weitergabe an die nächste Generation nicht mehr Hand anzulegen. Unsere Maßgabe muss sein: Respekt vor Eigentum, Respekt vor Leistung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eine Freude!)

Eines gehört noch hierher: die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas Erben bzw. Erbschaftsteuer.

„Respekt vor Eigentum“ habe ich gesagt. Eigentum ist die Voraussetzung für Freiheit. Wir wollen nicht den eigentumslosen Staatsbürger; denn dieser kann keine Eigenverantwortung und keine Freiheit haben. Wir wollen vielmehr den freien Bürger, der für sich selbst sorgt und nicht am Tropf des Staates hängt.

Eigentum ist die Voraussetzung nicht nur für Freiheit, sondern auch für etwas, auf das wir im Sozialstaat Deutschland besonders stolz sind. Es ist nämlich die Voraussetzung für Solidarität. Ohne Eigentum funktioniert Solidarität nicht. Ohne Eigentum kann es keine Solidarität geben. Denn derjenige, der kein Eigentum hat, kann auch keine Solidarität üben. Eine Gesellschaft ohne Eigentum ist eine Gesellschaft ohne Solidarität und nur noch eine Mangelverwaltung. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen ein klares Ja zum Eigentum, ein klares Ja zur Leistung, ein klares Ja zur Weitergabe des Eigentums. Dann sind wir auf dem richtigen Weg und schaffen eine großartige Standortvoraussetzung in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Guido Westerwelle.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

An den liberalen Christsozialen gerichtet: Die Rede hat uns viel Freude gemacht. Jetzt weiß man auch, warum wir in Bayern gut zusammen regieren werden.

Als Zweites möchte ich ansprechen: Sie haben hier,

wie ich finde, sehr klug auf die entscheidenden Sätze aus dem Leitantrag der CDU hingewiesen, Herr Kollege. Werden Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied der Führung der Unionsfraktion dafür eintreten, dass das, was die CDU auf dem Parteitag mutmaßlich beschließen wird, noch vor der Bundestagswahl hier im Hohen Hause beschlossen wird oder danach? Ich richte meine Frage an den unabhängigen liberalen Christsozialen, der jetzt aus seinem Herzen keine Mördergrube machen muss. Reden Sie bitte frei!

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nur mal unter uns!)

- Nur mal so unter uns. - Bitte!

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Ramsauer, ich habe eine weitere Bitte nach einer Kurzintervention vorliegen, und zwar vom Kollegen Ernst. Wollen Sie die Frage des Kollegen Westerwelle gleich beantworten oder anschließend?

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Dann habe ich zwei mal vier Minuten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zwei mal drei Minuten.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Zwei mal drei gibt acht! - Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gut. Dann kommt jetzt der Herr Kollege Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Ramsauer, Sie haben über die Erbschaftsteuer gesprochen und erklärt, warum es notwendig ist, dass man das Vermögen an die jeweils nächste Generation vererben kann. In der bayerischen Verfassung heißt es, dass die Erbschaftsteuer auch dazu dient - das steht dort wörtlich -, „die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen“ von wenigen „zu verhindern.“ Jetzt stelle ich mir natürlich die Frage - in diesem Zusammenhang stelle ich sie Ihnen -, wie Sie die Aussage, dass man versteuertes Einkommen - und zwar mehr oder weniger ohne Begrenzung; so habe ich Sie verstanden - einfach weitervererben können muss, mit der bayerischen Verfassung in Einklang bringen wollen, die die Ansammlung von Riesenvermögen, die als Folge eines solchen Vererbens entstehen können, verhindern will.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Und das jetzt alles in sechs Minuten!)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zum Kollegen Ernst - ich bedanke mich für die Gelegenheit, meiner Rede einen Punkt hinzuzufügen, den ich vorhin aus Zeitgründen nicht mehr darlegen konnte -: Vererben hat für uns in der CDU und der CSU sehr viel mit unserem Familienbild zu tun.

(Ute Kumpf [SPD]: Aha!)

Damit haben Sie und Ihre Partei, Die Linke, vielleicht Probleme. Unsere Grundüberzeugung hat sich vor langer Zeit in der bayerischen Verfassung niedergeschlagen. Wir wollen, dass innerhalb der Familie erbschaftsteuerfrei vererbt werden kann. Das gab es noch nie. Auch nach dem jetzigen Erbschaftsteuerrecht ist es nicht möglich, dass zwischen Ehegatten sowie Eltern und Kindern vollkommen erbschaftsteuerfrei, ohne Rücksicht auf den

Wert der Immobilie, vererbt wird.

Jetzt sage ich Ihnen, wer einer der größten Nutznießer dieser Regelung für den privaten Bereich ist. Sie und Ihre Parteifreunde haben immer wieder demagogisch auf irgendwelche imaginären Villen am Starnberger See oder in meiner Heimat, am Chiemsee oder am Königssee, verwiesen. Ich kenne eine wirkliche Luxusvilla im Bundesland Saarland.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, auch das muss man sagen. Hier sitzt er: Ihr Fraktionsmitvorsitzender Lafontaine ist einer der obersten Nutznießer dessen, was die CSU durchgesetzt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Lachen des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Wir haben auch für Sie aus christlicher Nächstenliebe und einem ordentlichen Familienbild heraus einen Schutzschirm gestaltet, den Ihnen Ihre eigene Partei nicht gönnen würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sehr geehrter Herr Kollege Westerwelle, zu Ihrer Frage: Eines haben wir sicherlich schon jetzt geschafft: Wir haben die Neugier auf den CDU-Parteitag gefördert. Wie gesagt, wir werden aus geschwisterlichem Zugetansein dort anwesend sein. Wir lernen viel voneinander. Wichtig ist Ihre Frage, ob diese Steuererleichterungen vor der Bundestagswahl oder nach der Bundestagswahl kommen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt kommt es!)

Sie kommen dann, wenn sie erforderlich sind.

(Lachen bei der FDP)

- Entschuldigung, die CDU-Vorsitzende sitzt auf dem Stuhl der Bundeskanzlerin. Insofern bin ich jetzt sozusagen der Interpret von CDU-Politik, was ich außerhalb Bayerns oft und gerne bin. Ich habe mir den zehnteiligen Entwurf des Leitantes sehr genau durchgelesen. Ich finde es großartig, dass sich zwei Seiten davon, also 20 Prozent, ausschließlich mit Steuersenkungen befassen. Ich habe das ausgesprochen aufmerksam gelesen. Das vielleicht Wichtigste ist: Es steht nicht drin, dass die Steuersenkungen erst nach der Bundestagswahl kommen. Es steht kein Zeitpunkt drin, wann das alles getan wird. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir alle miteinander, CDU und CSU, den richtigen Zeitpunkt für die richtigen Steuersenkungen festlegen werden. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Merkel, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel begibt sich zur CDU/CSU-Fraktion und reicht Abg. Dr. Peter Ramsauer die Hand - Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich lieber nach der Rede von Herrn Kollegen Kauder gesprochen,

weil ich sie angenehm und wohltuend fand. Stattdessen muss ich jetzt nach Ihnen, Herr Ramsauer, sprechen. Ich möchte Herrn Röttgen, der sich für die moralischen Fragen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion häufig zuständig fühlt, bitten, sich die Rede von Herrn Ramsauer anzusehen und sie in Bezug auf Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung zu analysieren. Das wäre ein gutes Werk. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]:

Ich habe ja hier gesessen und sie gehört!) Wir hatten wahrlich ungewöhnliche Haushaltsberatungen, und wir befinden uns in einer Situation, die sich niemand von uns vor einigen Monaten hätte vorstellen können. Der im Sommer von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf musste nach der Finanzkrise auf eine sich abzeichnende Wirtschaftskrise ausgerichtet werden. Darüber ist gestern und heute viel diskutiert worden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, wie gut, konstruktiv und schnell wir im Haushaltsausschuss zusammengearbeitet haben, als es um die rasche Verabschiedung der Hilfen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ging. Das lief innerhalb der Großen Koalition gut. Es lief auch gut durch die Unterstützung aller Oppositionsfraktionen, die die schnelle Beratung ermöglichten. Dafür herzlichen Dank! Ich möchte an dieser Stelle auch Peer Steinbrück danken, der mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium bis in die Nächte hinein die Vorarbeit geleistet und mit klaren Vorgaben und Regeln Vertrauen statt unkontrollierbarer Panik erreicht hat. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich Folgendes betonen: Das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ konnten wir guten Gewissens beschließen, weil wir vorher einen verantwortungsvollen Sanierungspfad eingeschlagen hatten, und das übrigens seit zehn Jahren unter sozialdemokratischer Verantwortung. In der Zeit haben wir Strukturveränderungen durchgesetzt. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist beispielhaft, weil es nach zwei Seiten erfolgreich ist: Es hilft, zur Senkung der Energiekosten beizutragen, und es schafft neue Arbeitsplätze. Das sind Strukturveränderungen, die in die richtige Richtung gehen. Der Klimawandel kann nicht warten.

Wir Abgeordnete müssen den Staat gerade jetzt handlungsfähig halten, zur Not auch mit höherer Verschuldung, um Investitionen zu ermöglichen. Wir dürfen in dieser Zeit den Staat nicht kaputtsparen. Das sage ich hier auch als Mitglied des Haushaltsausschusses und der Föderalismuskommission ganz klar und deutlich. Wir müssen allerdings auch die eingestellten Mittel so effektiv wie möglich zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Ich habe dafür Beispiele aus meinem Haushalt, dem Haushalt des Beauftragten für Kultur und Medien, herausgesucht, die zeigen, dass Investitionen in Kultur nicht nur der Bildung dienen, sondern auch Arbeitsplätze und bleibende Werte schaffen.



(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Im Etat des Beauftragten für Kultur und Medien, dem Etat des BKM, werfen wichtige Jubiläen und wichtige Ereignisse schon jetzt ihre Schatten voraus. Wir konnten in diesem Jahr den zehnten Geburtstag des Amtes des Beauftragten für Kultur und Medien feiern. Drei männliche und eine weibliche Beauftragte haben dieses Amt bislang innegehabt, alle mit ihren Schwerpunkten und jede und jeder auf seine oder ihre besondere Weise, die jeweils gut war. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Dass es das Amt des Beauftragten für Kultur und Medien seit 1998 gibt, verdanken wir übrigens dem damaligen Bundeskanzler Schröder. Die Kultur wird von diesem Parlament ganz besonders gut behandelt.

Jetzt komme ich zu dem, was ich vorhin schon angesprochen habe, zu den Investitionen in Kultur, die Arbeitsplätze schaffen. Im Etat des Beauftragten für Kultur und Medien findet sich das Programm „Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland“, für das jährlich 60 Millionen Euro vorgesehen sind, die dazu dienen, die Filmproduktion in Deutschland zu unterstützen. Dieses Programm ist sehr erfolgreich. Internationale Filmproduktionen zieht es vermehrt nach Deutschland, vor allem nach Berlin, aber nicht nur in die Hauptstadt. Die Bilanz nach den ersten zwei Jahren dieses Anreizprogramms kann sich sehen lassen. Die ersten Schätzungen ergeben, dass für jeden ausgegebenen Euro über 6 Euro zurückkommen. Das nenne ich eine gute Rendite.

(Beifall der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Kultur ist ein Wirtschaftsfaktor. Ich werde mich aber hüten, Kultur allein darüber zu definieren. Dieser Wirtschaftsfaktor wird allerdings nicht oft genug gesehen.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang gern unseren Finanzminister, der das Maßnahmenpaket mit den Worten beschrieben hat: langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar, rasch wirksam. Das sind die Investitionen in Kultur allemal.

Ein weiteres Beispiel für Investitionen im Kulturbereich ist Folgendes: Wir haben im letzten Jahr mit dem Nachtragshaushalt 2007 400 Millionen Euro im Kulturetat für Investitionsmaßnahmen verankert, davon 40 Millionen Euro für ein Sonderprogramm Denkmalschutz, das in diesem Jahr sehr erfolgreich angelaufen ist. Die erste Tranche haben wir im September im Haushaltsausschuss verabschiedet, die zweite Tranche läuft jetzt, und eine dritte folgt im nächsten Jahr.

40 Millionen Euro dienen zur Sanierung und Restaurierung von akut vom Verfall bedrohten Denkmälern.

Durch diese 40 Millionen Euro sind weitere 40 Millionen Euro von den Ländern, Gemeinden oder Privaten lockergemacht worden, die sich zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen müssen. Insgesamt sind es also 80 Millionen Euro, die gerade kleinen und mittleren Handwerksbetrieben, die an der Sanierung beteiligt sind, zugutekommen. Die Sanierung, die Rekonstruktion eines Gebäudes, bedeutet an manchen Orten die Steigerung der Attraktivität, vielleicht auch höhere Tourismusraten und dadurch

wieder mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte gerne weitere Bereiche im Kulturetat hervorheben, die deutlich machen, wie sich Investitionen auszahlen. Das nun folgende Programm befindet sich zwar nicht in meinem Etat, sondern im Etat des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Aber es geht um den Kulturbereich, und deswegen möchte ich diesen Punkt erwähnen. Wir haben insgesamt 150 Millionen Euro eingestellt und fördern damit in den nächsten fünf Jahren die UNESCO-Weltkulturerbestätten in Deutschland. 33 Denkmäler und Denkmalkomplexe in Deutschland gehören zum Weltkulturerbe. Dieses Förderprogramm soll die Erhaltung und Sanierung der baulichen Anlagen der Weltkulturerbeliste unterstützen. Stätten im Norden, Süden, Osten und Westen der Bundesrepublik sind hier vertreten.

Wenn ich schon bei einem fremden Etat bin, dann bleibe ich gleich hier, und es geht weiter mit dem Berliner Schloss bzw. dem Humboldt-Forum. Ebenfalls im Etat des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurden 1,5 Millionen Euro eingestellt, die zur Errichtung einer neuen Stiftung dienen, einer „Stiftung Berliner Schloss/Humboldt-Forum“.

Viele von uns erwarten sicherlich mit Spannung die Entscheidung des Wettbewerbs am kommenden Freitag.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Bayern hat viel Verständnis für Berliner Anliegen!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen: Wie kann man sich in eine Jury berufen lassen, wenn man ein Gegner des Rekonstruktionsbaus ist? Es gibt klare Vorgaben durch den Bundestagsbeschluss.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich zitiere hier mit Erlaubnis der Präsidentin den Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz im Tagesspiegel vom 21. November 2008:

Mehrheitsfähig und demokratisch legitimiert ist einzig die historische Rekonstruktion. Nicht nur, dass sich die Bürgerinnen und Bürger das Stadtschloss zurückwünschen, das SED-Chef Ulbricht einst sprengen ließ. Auch der Deutsche Bundestag hat ... 2007 den Wiederaufbau eindeutig beschlossen.

Wir erwarten, dass in dem Wettbewerb die klaren Vorgaben, die der Bundestag beschlossen hat, auch erfüllt werden, egal was einzelne Jurymitglieder derzeit in der Presse erzählen mögen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die komplexen Baumaßnahmen machen es nötig, hier eine Struktur zu schaffen, die dieses Projekt begleitet. Diese neue Stiftung soll nun als Bauherr der zentrale und verantwortliche Ansprechpartner für alle den Bau und später den Betrieb betreffenden Angelegenheiten werden.

Mit dem Humboldt-Forum sollen die Weltkulturen ins Zentrum Berlins geholt und in den Dialog mit den europäischen Kulturen auf der Museumsinsel gesetzt werden. Die außereuropäischen Sammlungen des Ethnologischen und des Asiatischen Museums in Dahlem sollen in das zukünftige Humboldt-Forum einziehen. Somit

werden die weltbedeutenden Berliner Sammlungen auch international in den Fokus gerückt.

Die Bundesrepublik Deutschland

- ein Zitat aus dem Bundestagsantrag -  
nimmt somit die historische Chance wahr, in der Mitte der Hauptstadt ein zukunftsweisendes Signal ihres kulturellen Selbstverständnisses zu setzen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Haushalt 2009 ist auch der Haushalt für ein spannendes Gedenkjahr. Manchmal sind Daten gut, um etwas zu bewegen oder anzustoßen. Als Erstes möchte ich mit Ihnen auf das Jahr 2010 blicken. Da wird die Region Ruhr eine der Kulturhauptstädte Europas sein. Wir konnten in diesem Haushalt 5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, um Projekte für die Kulturhauptstadt Ruhr 2010 zu unterstützen. Was besonders wichtig ist: Diese Mittel werden schon 2009 fließen, sodass die Arbeit konkret losgehen kann. 2010 wird der Bund 13 Millionen Euro geben, also eine Summe von insgesamt 18 Millionen Euro, ohne die Mittel aus der Bundeskulturstiftung, die wir übrigens um 1 Million Euro aufgestockt haben.

Da ich gerade über das Jahr 2010 spreche, kann ich den Bogen zu einem Projekt schlagen, das mir besonders am Herzen lag und liegt und für das ich zum Glück viele begeistern konnte. Nach einem Besuch der Villa Massimo in Rom vor einigen Jahren habe ich davon geträumt, dass es einen ähnlichen Ort auch in Istanbul geben sollte, einen Ort, an dem deutsche Künstlerinnen und Künstler aus den unterschiedlichen Sparten - Film, Literatur, Musik, bildende und darstellende Kunst - eine Zeit lang leben und arbeiten und dadurch in der manchmal vertrauten, manchmal fremden Metropole Istanbul neue Impulse für ihre Arbeit erhalten können. Gleichzeitig sind diese Künstlerinnen und Künstler auch Mittler und schaffen ein weiteres Glied in der Kette der zahlreichen Verbindungen zwischen der Türkei und Deutschland.

Ich konnte meinen Koalitionspartner Steffen Kampeter sehr schnell für diese Idee gewinnen; ich glaube, das gilt auch für Gesine Löttsch, die bei der Reise nach Istanbul dabei war. Wir haben dort einen Ort gefunden: die ehemalige Sommerresidenz des deutschen Botschafters in Istanbul. Der Ort heißt Tarabya; diesen Namen müssen Sie sich merken.

Diese Idee scheint nun Wirklichkeit zu werden. Natürlich ist dies nicht zuletzt auch der Unterstützung unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier zu verdanken, der dieses Projekt begrüßt hat und es tatkräftig unterstützt, ebenso wie der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann.

In den Haushaltsberatungen ist es uns gelungen, diese deutsche Kulturakademie sowohl im Etat des BKM als auch im Haushalt des Auswärtigen Amtes zu etablieren und im Etat des Auswärtigen Amtes schon für das kommende Jahr mit Blick auf die sanierungsbedürftigen Häuser in Tarabya Baumittel bereitzustellen. Es scheint alles auf gutem Weg zu sein, damit wir 2010 den Startschuss geben können, in dem Jahr, in dem sowohl Istanbul als auch die Region Ruhr Kulturhauptstädte Europas

sind. Welcher Zeitpunkt wäre passender?

Ich komme auf das Jahr 2009 zurück. Nun geht es ganz in die Nähe, in die Normannenstraße, Haus 1, in Berlin. Ich weiß nicht, ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon einmal in Haus 1 in der Normannenstraße gewesen sind. Es ist das ehemalige Hauptquartier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Dies ist ein authentischer Ort, der gewiss als solcher erhalten werden sollte, weil Orte manchmal mehr aussagen und mehr vermitteln als Bücher und Lehrpläne.

An diesem Ort befinden sich viele Originalschauplätze, zum Beispiel die sogenannte Mielke-Suite. Dieser Ort sagt aber auch viel über die Geschichte, das System der Überwachung und Unterdrückung sowie über die Diktatur der DDR aus. Vielleicht haben Sie, wie auch ich, noch die Bilder von fliegenden Akten und Papieren beim Sturm auf das MfS im Kopf, oder vielleicht kennen Sie diesen Ort als Kulisse des Films Das Leben der Anderen. Was tut man mit einem solchen Ort? Was tut man mit diesem sanierungsbedürftigen Haus, dem dort sehr engagiert arbeitenden Verein und den Opferverbänden? Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept für die weitere Nutzung vorzulegen, die Sanierungskosten zu ermitteln – auch vor diesem Hintergrund ist ein Besuch vor Ort sehr erhellend – und die dafür notwendigen Mittel in den kommenden Jahren in den Haushalt einzustellen. Damit wollen wir sicherstellen, dass dieser Ort zur Mahnung und zur Aufklärung sowie gegen jegliche Art der Verklärung – Stichwort: Ostalgie – beiträgt. Die Geschichte soll gerade jungen Menschen auf diese Weise buchstäblich vor Ort nahegebracht werden können.

Zum Gedenken an den Mauerfall vor 20 Jahren gehört auch, dass das Parlament die Gelder für den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals kräftig aufgestockt hat. Nun stehen dafür insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung. So kann 2009 mit der Errichtung dieses Denkmals in der Mitte Berlins begonnen werden. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

– Danke. – Wichtig war uns darüber hinaus, dafür zu sorgen, dass unter Berücksichtigung dieses finanziellen Rahmens auch eine sichtbare Würdigung des Beitrags der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leipzig zur Einheit Deutschlands erfolgt. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Börnsen,  
CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Die Kultur gehört zum Etat der Bundeskanzlerin.

Dort ist sie passend eingebunden. Gleichzeitig erfährt sie dort eine umfassende Förderung.

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!  
Petra Merkel, herzlichen Dank für die verständnisvolle Kulturrede, die Sie gehalten haben. Kultur braucht Verbündete.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das bin ich gerne!)

Um mit einem wirklichen Kulturthema zu beginnen:  
Die 1. Fußball-Bundesliga verzeichnet jährlich 10 Millionen Besucher. 396 Fußballerbeine sorgen täglich für Schlagzeilen, und wenn Ballacks Bein keine Beule hat, dann sind wir mit der Nationalmannschaft auch erfolgreich. Mit unseren Kulturerfolgen tun wir uns viel schwerer. Obwohl wir in vielen Bereichen meisterlich – sogar Spitzenklasse – sind, üben wir uns in Bescheidenheit.

10 Millionen Fußballfans – das begeistert. Jährlich besuchen aber 100 Millionen Menschen unsere Museen. Das ist erst recht eine tolle Botschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

35 Millionen Theatergänger und 35 Millionen Konzert- und Kunsthalleninteressierte haben wir in unserem Land. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur ist neben dem Breitensport die größte Bürgerbewegung unserer Republik. Wir sind eine Kulturnation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –

Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Unionsfraktion ist kulturlos!)

750 Staats- und Symphonieorchester musizieren in unserem Land. Nirgendwo auf der Welt gibt es mehr. Drei von ihnen gehören seit diesem Jahr zu den besten zehn dieser Welt: die Berliner Philharmoniker, das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks und die Sächsische Staatskapelle. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fühlen uns Beethoven, Bach, Brahms und allen anderen großen Komponisten verpflichtet.

Es gibt aber auch 50 000 Chöre und 50 000 Rock-, Pop- und Jazzbands zwischen Flensburg und Konstanz. Wir bieten den viertgrößten Musikmarkt der Welt mit einem Umsatz von fast 5 Milliarden Euro. In der Klassik sind wir die Nummer zwei. Und das Interesse wächst. Deshalb ist es klug, mit der Bundesinitiative Musik einen weiteren Förderschwerpunkt zu setzen: für den Nachwuchs, für den Export und für die Integration. Wir sind ein Musikland, und wir wollen es auch bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir als Bundesrepublik wollen auch ein Filmland bleiben und uns weiter nach vorne bringen. Wir wollen unsere Werte, unsere Sprache und unsere Schauspieler in den Filmen verwirklicht sehen und Hollywood das Feld nicht kampflos überlassen. Dadurch wird die Verstärkung der 60 Millionen Euro für den Filmförderfonds gerechtfertigt. Dieser Betrag und weitere 60 Millionen Euro haben alleine 2008 dazu geführt, dass fast 800 Millionen Euro in die Filmproduktion investiert wurden.

170 Uraufführungen in diesem Jahr: Wir sind ein Filmland im Aufwind.

Seit Beginn der Großen Koalition wird der Kreativstandort Deutschland konzeptionell und gezielt gefördert.

In der Kulturwirtschaft gibt es bereits 800 000 Arbeitsplätze, mehr als in der Chemieindustrie und mehr als im Autobau. Jahr für Jahr wächst sie um 3,5 Prozent. Jeder dritte Kreative ist selbstständig. Wir treten weiter für die Förderung des Kreativstandortes Deutschland ein.

Beachtenswerte Zuwächse erzielt auch der Kulturtourismus.

Seit 2000 stieg die Anzahl europäischer Kulturreisender nach Deutschland um 30 Prozent. Nach

Frankreich sind wir das zweitbeliebteste Land. 2007

- im letzten Jahr - bestritten über 1,5 Millionen Mitbürger ihr Einkommen alleine aus dem Kulturtourismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb war es weise, die Mittel für die Denkmalpflege anzuheben. Durch die 40 Millionen Euro für das Denkmalschutz-Sonderprogramm ergaben sich bisher 300 Projekte und Investitionen von über 100 Millionen Euro. Durch den Denkmalschutz wird die Geschichte gesichert, werden aber auch Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Verantwortung als Parlamentarier geht darüber hinaus. Wir sind auch gegenüber den Künstlern und den Kreativen selbst in einer Verantwortung. Ihre soziale Absicherung muss unser Anliegen sein. Für uns als Union und für alle ist eindeutig und klar: An der Künstlersozialversicherung wird nicht gerüttelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es gibt sie seit 1983, seit Helmut Kohls Regierung sie eingeführt hat, sie ist weltweit beispielgebend geworden und wird von allen Kulturpolitikern hier mitgetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für vier Fraktionen gibt es eine weitere Gemeinsamkeit, sie wollen nämlich mit 35 Millionen Euro gemeinsam für die Realisierung des Gedenkstättenkonzepts sorgen. Das ist nicht selbstverständlich. Den Freien Demokraten und den Bündnisgrünen danke ich für die Mitwirkung am Gedenkstättenkonzept. Die vier Fraktionen waren auch bereit, den Protest gegen die Absicht der Deutschen Post mitzutragen - die jetzt glücklicherweise aufgegeben worden ist -, die Zwangsvereinigung von SPD und KPD von 1946 auf einer Silbermünze zu ehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Börnsen!

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Ich komme zum Ende. - Das ist ein Ansinnen ohne historisches Fingerspitzengefühl.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Allerdings!)

In einer weiteren Sache sind wir uns einig - damit komme ich wirklich zum Schluss -: Der in dieser Legislaturperiode erzielte Kulturerfolg wird von uns laut, von den meisten jedoch verhalten leise und eher zurückhaltend

deutlich gemacht. Er ist mit einem Namen verbunden. Bernd Neumann, dem Staatsminister, gelang es, vier Mal einen Anstieg seines Haushaltsvolumens zu erreichen

-

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Börnsen!

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

- und den Koalitionsvertrag insoweit sogar zu 110 Prozent zu erfüllen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Manches machen wir ja ganz gut in Deutschland, auch weil wir uns, Herr Westerwelle, so viel darüber streiten, wie viel Staat wir eigentlich haben wollen. Wie wichtig eine starke öffentliche Kulturförderung ist, zeigt sich in der aktuellen Finanzkrise ganz besonders; denn dort, wo Kultureinrichtungen vorwiegend auf Fundraising oder private Förderer angewiesen sind, stehen weitaus weniger Gelder zur Verfügung als in Deutschland. Jetzt ist das kulturelle Angebot gerade dort direkt bedroht. Würde oder könnte Guido Westerwelle in Deutschland bestimmen, was sich niemand wünschen kann, wären wir heute genau da, wo andere sind, die sich große Sorgen machen.

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! - Wohl wahr!)

Das gilt natürlich nicht nur für den von den Liberalen angeblich so geschätzten Kulturbereich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der SPD)

In New York zum Beispiel müssen einige Museen nicht zuletzt deshalb ihr Personal reduzieren oder geplante Ausstellungen ganz und gar abblasen, weil Lehman Brothers ein wichtiger Förderer von Kultureinrichtungen war. 39 Millionen sind in Häuser wie das Museum of Modern Art oder Guggenheim, also die großen Häuser in New York, geflossen.

(Zuruf von der FDP: Wollen Sie dem Geld jetzt nachtrauern?)

Sosehr wir uns natürlich privatwirtschaftliches Engagement in der Kultur wünschen, so sehr brauchen wir gerade hierfür einen vernünftig handelnden, starken Staat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kulturinstitutionen dürfen nicht vom Gutdünken, von der aktuellen Situation privater Geldgeber oder gar den Unwägbarkeiten globaler Finanzmärkte abhängig sein; denn auch hier in Deutschland zeichnet sich ab, dass wegen der Finanzkrise weniger privates Geld in die Kultur fließen wird. Das wird übrigens erst recht geschehen, wenn die Bundeskanzlerin, wie sie es in den letzten Tagen - heute nicht, aber in den letzten Tagen - ausführlich getan hat, darüber redet, was für ein fürchterlich schwarzes

Jahr wir vor uns haben.

Wenn das so ist, dann müssen wir aus meiner Sicht jetzt sehr aufpassen, mit welcher Haltung wir gerade mit gesellschaftlichen Fragen, mit Bürgerschaftlichkeit und Engagement in unserer Bürgergesellschaft umgehen.

Viele fragen sich heute: Werde ich, wenn 500 Milliarden zur Verfügung stehen - wir alle wissen, wie es gemeint ist; dennoch ist dieses Gefühl vorhanden -, mit meinem Engagement vor Ort eigentlich noch gebraucht? Die da oben drehen das ganz große Krisenrad. Werden wir in dieser Gesellschaft in Zukunft überhaupt noch vonnöten sein?

Natürlich ist es immer ärgerlich, wenn die eigenen Anträge zum Haushalt abgelehnt werden; das ist ganz klar. Aber ich will an dieser Stelle auf eine Haltung aufmerksam machen, die mir Sorge macht. Es sind nämlich gerade die Projekte abgelehnt worden, bei denen es ganz besonders um bürgerschaftliches Engagement geht.

Ein Beispiel: Der „Zug der Erinnerung“, der an die Deportationen mehrerer Hunderttausend Kinder erinnert, wird nun nicht durch Europa fahren, weil die Summe von 400 000 Euro fehlt. Viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben den Zug wahrscheinlich in Ihrem Wahlkreis ganz in der Nähe besuchen können. Der „Zug der Erinnerung“ wird nun nicht mehr fahren. Dabei handelt es sich um eine bürgerschaftliche Initiative, die sehr viele Jugendliche erreicht hat, die ihnen gezeigt hat, was Erinnerungskultur heute bedeutet, und die ihnen deutlich gemacht hat, dass sie selbst etwas tun können und auch etwas tun müssen. Ich finde es traurig und sehr dramatisch, dass wir das nicht unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE])

Es gibt ähnliche Beispiele. Nehmen wir die ausdrückliche Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die deutlich gemacht hat, dass wir mehr Geld für die soziokulturellen Zentren in der Republik brauchen. Gerade sie gestalten Kultur von unten und binden Kinder und Jugendliche ein, die sonst keine Chancen haben. Auch diese Empfehlung wurde abgelehnt. Manchmal hat man das Gefühl, die Ablehnung erfolgt pauschal immer dort, wo es um das Engagement der Bürgerinnen und Bürger geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite stehen Großprojekte wie das Freiheits- und Einheitsdenkmal. Ich bin sicherlich die Letzte, die im Verdacht steht, gegen Freiheit und Einheit zu sein bzw. gewesen zu sein. Nichtsdestotrotz reicht es nicht aus, ein Denkmal zu errichten, vor allem dann nicht, wenn man es auf Biegen und Brechen durchsetzen will, wenn statt 5 Millionen Euro plötzlich 15 Millionen Euro gebraucht werden, wenn es im Prinzip immer noch keinen Entwurf gibt - er wird hoffentlich im nächsten Jahr vorliegen, wenn der große Jahrestag begangen wird - und man es unbedingt auf einen bestimmten Sockel stellen muss.

Ich finde, der Ansatz für das Denkmal ist gut. Freiheit und Einheit sollten wir zuerst diskutieren. Erst dann können wir ein Denkmal bauen, das den Bürgerinnen und



Bürgern wirklich aus der Seele spricht. Darum muss es dabei gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich komme zum letzten Punkt. Auch hierbei geht es um die Frage, welche Prioritäten wir setzen. Wir wissen genau - das hat auch der Bildungsgipfel deutlich gemacht -, wie wichtig auch kulturelle Bildung ist. „Jedem Kind ein Instrument“ ist ein Projekt, das, glaube ich, viele von uns als etwas besonders Hervorragendes ansehen. Der Antrag, dieses Projekt bundesweit zu vernetzen, um es allen Kindern und Jugendlichen zugänglich zu machen, ist abgelehnt worden. Ich finde, wir hätten uns dazu bekennen sollen, dass wir mit kultureller Bildung und musischer Förderung auch die Kinder erreichen können, deren Eltern sie nicht automatisch in der Musikschule anmelden und sie dann auch noch einmal pro Woche dorthin kutschieren.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Frau Kollegin.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es geht um die Kinder, die diese Chance nicht haben. Es wäre gut gewesen, wenn wir einen anderen Schwerpunkt gesetzt hätten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Monika Griefahn, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Monika Griefahn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegin Petra Merkel hat schon die wichtigsten Punkte des Kulturhaushalts skizziert. Ich danke ihr ganz herzlich für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich danke auch unserem haushaltspolitischen Sprecher Carsten Schneider. Denn das Engagement für die Kultur ist in der SPD-Fraktion sehr groß. Das machen die zusätzlichen Mittel für die UNESCO-Weltkulturerbestätten deutlich, die diese wirklich benötigen. Ganz herzlichen Dank dafür, auch den Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion, die mitgeholfen haben, das im Parlament zu erreichen.

Gerade in diesen Zeiten wird deutlich - darauf hat auch Frau Göring-Eckardt hingewiesen -, wie sinnvoll staatliche Kulturfinanzierung ist. Kultur ist nämlich Lebensmittel, prägt die Kreativität und fördert Integration. Sie fördert ein friedliches Miteinander und das Zusammenleben. Kultur ist eine Wurzel unserer Gesellschaft, die einen Grundkonsens herstellt, der nicht durch das Wirtschaftssystem oder den Finanzmarkt entstehen kann.

Ich denke, mit diesem Haushalt bekennt sich der Deutsche Bundestag zu der weitreichenden Bedeutung von Kultur. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Zeichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Die Kulturstiftung des Bundes, die bereits seit ihrer Gründung 2002 innovative Projekte mit nationaler und internationaler Strahlkraft fördert, ist ein Schwerpunkt unseres Engagements. Die Einschnitte bei der Projektförderung 2007 waren falsch, weil gerade die Projekte sehr wesentlich sind, um die Bevölkerung mit einzubeziehen. Deswegen bin ich sehr froh, dass im Haushalt der Jahre 2008 und 2009 wieder 1 Million Euro zusätzlich zur Verfügung steht, damit wir gerade auch solche Projekte fördern können und nicht immer nur Vorhaben von bestehenden Institutionen. Herzlichen Dank auch dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann mir auch gut vorstellen, dass es lohnend ist, aus den zusätzlichen Mitteln eine Aufstockung des Fonds Soziokultur vorzunehmen. Das ist eine Empfehlung der Enquete-Kommission. Gerade die Zahl der Projekte im interkulturellen Bereich nimmt zu. Die Zahl der Anträge steigt. Deswegen ist es sinnvoll, hier mehr Geld auszugeben. Ich freue mich zudem, dass das Institut für Kulturpolitik zusätzlich Geld bekommt, um im Auftrag der Enquete-Kommission eine Evaluation der soziokulturellen Zentren vorzunehmen. So sehen wir, wie die Arbeit weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die „Ruhr 2010“ bekommt schon 2009 Geld. Das ist sehr sinnvoll. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und weiß um die dortige kulturelle und soziale Vielfalt sowie um die vielen verschiedenen Initiativen. Wenn hier tatsächlich Sachen auf den Weg gebracht und verwirklicht werden, dann hat das eine nachhaltige Wirkung; denn im Ruhrgebiet zeigt sich die Bedeutung des Zusammenlebens sehr stark. Das ist ein sehr guter Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch das Zusammenleben mit den Sorben ist sehr wichtig. Das Parlament hat 600 000 Euro mehr genehmigt, sodass die kulturelle Identität der Sorben erhalten und dafür mehr getan werden kann. Das ist ein positiver Schritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Initiative Musik. Nach anfänglichen Schwierigkeiten haben wir das Gefühl, dass hier viel Gutes bewegt wird. Dafür werden die Mittel erhöht. Damit betreiben wir aber keine Wirtschaftsförderung. Stattdessen steht in dem entsprechenden Haushaltsvermerk: „Die Erhöhung der Mittel dient der Durchführung von Maßnahmen im Bereich Jazzmusik.“ Es geht nicht darum, ausschließlich den Stil Jazz zu fördern. Vielmehr geht es um diejenigen, die in vielen Bereichen auch ehrenamtliche Arbeit leisten, Musiker, Veranstalter und andere Engagierte. Es geht um ein Förderprogramm für Konzertklubs, Initiativen und Spielstätten, die sich der Livemusik widmen. Diese kommen sonst zu kurz. Ich finde es sehr gut, dass wir sie jetzt stärker berücksichtigen können.

(Beifall bei der SPD)

Im nächsten Jahr gibt es sehr viele Gedenktage. Wir haben in der letzten Sitzungswoche über das Gedenkstättenkonzept gesprochen. Ich bin froh, dass wir die

notwendigen Mittel haben, um vieles von dem, was wir besprochen haben, zu verwirklichen, und dass wir Geld für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989, aber auch für diejenigen, die sich für Freiheit und Einheit eingesetzt haben, eingestellt haben. Sachsen und insbesondere Leipzig werden dabei integriert. Wir bekommen beides hin. Sowohl in Leipzig als auch in Berlin soll der Menschen gedacht werden, die sich aktiv eingesetzt haben. Ich bewundere diese Menschen. Ich habe damals, als ich Bildungsreferentin beim CVJM war, mitbekommen, wie es in den Kirchen brodelte und was dort los war. Ich freue mich, dass wir das, was geplant ist, im nächsten Jahr auf den Weg bringen können. Wir werden im nächsten Jahr sicherlich sehr viel mit den Gedenkveranstaltungen zu tun haben.

Herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Jörg Tauss, SPD-Fraktion.

Jörg Tauss (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht ist es ganz gut, wenn zum Ende dieser Debatte ein Kultur-, Forschungs- und Bildungspolitiker wie ich das Wort bekommt. Damit sind die Prioritäten im Land richtig beschrieben. – Herr Kauder, ich teile Ihre Freude. Weil wir gleich den Datenschutzbeauftragten wählen: Lieber Herr Schäuble, Sie haben in Ihrem Etat noch keine Stelle gefunden, um diesen zu stärken. Ich bitte Sie herzlich, nicht nur Pressemitteilungen für den Datenschutz zu verfassen. Stärken Sie den Datenschutzbeauftragten finanziell! Damit machen Sie ihm eine genauso große Freude wie wir nachher mit seiner Wahl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Etat für Kultur und Medien ist sicherlich nicht der größte, aber er ist gut. Wir wollen etwas im Bereich des Deutschen Presserates tun. Wir werden ihn auch für den Onlinebereich zuständig machen. Wir werden die vorhandenen Informationsdefizite im Zusammenhang mit der Pressestatistik in diesem Land beseitigen. Wir wissen als Medienpolitiker zu wenig über die Verquickungen von medialen Entwicklungen im Fernsehund im Printbereich. Wir setzen mit dem Etat ein entsprechendes Signal; das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden last, but not least nicht, wie die Gelben es mit den Schwarzen in Bayern tun wollen, Computerspiele verbieten – lieber Herr Stadler, da haben Sie kläglich versagt –, sondern wir haben intelligente Lösungen für diesen Bereich. Wir reden nicht darüber, sondern wir schaffen ein Netz für Kinder und fördern vernünftige und gute Computerspiele. Auch das steht in diesem Etat, für den wir gemeinsam gesorgt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mir von Herrn Westerwelle – er ist nach seiner fulminanten Rede nicht mehr da – gewünscht, dass er sich ähnlich wie Banker und Manager verhält, die im Moment mit Demut durch das Land gehen.

(Beifall bei der SPD)

Aufgeblasen und arrogant verkörpert er weiter die alten Konzepte bis hin zu den Steuersenkungen, die heute angesprochen worden sind und gegen die niemand etwas hat. Lieber Kollege Ramsauer, Sie haben es wunderbar auf den Punkt gebracht. Da sitzt der reiche Lafontaine und hat eine Villa zu vererben. Ich wünsche Lafontaine ein langes Leben - politisch natürlich nicht, aber ansonsten schon -, aber wenn er sie vererbt, dann werden Sie ihm die Erbschaftsteuer erspart haben, wo er sie doch so gerne zahlen würde. Vielleicht wäre das ein Punkt, worüber Sie noch einmal nachdenken sollten. Reiche Leute, die Villen zu vererben haben, sollten einen kleinen Anteil dem Staat zukommen lassen. Das wäre eine vernünftige Politik.

(Beifall bei der SPD - Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE]: Richtig!)

Nun hat Herr Westerwelle das Ziel, das zusammen mit Frau Merkel und Frau Schavan auf dem Bildungsgipfel vereinbart wurde, nämlich 7 Prozent für Bildung - eine alte SPD-Forderung - und 3 Prozent für den Bereich Forschung auszugeben, richtig madig und lächerlich gemacht. Wissen Sie, was das heißt? Wenn wir diese 10 Prozent erreichen würden, hieße das, dass in den nächsten Jahren pro Jahr durch Bund, Länder, Gemeinden und Wirtschaft 40 Milliarden Euro mehr für den Bereich Bildung zur Verfügung gestellt würden. Das steckt hinter dem 10-Prozent-Ziel. Herr Westerwelle hat das madiggemacht. Ich sage Ihnen: Ich werde alle Kerzen in Altötting aufkaufen und sie in den Kirchen entzünden, wenn wir das große Ziel erreichen würden, in Bildung und Forschung voranzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben nichts anderes getan, als darüber zu reden, wie man die Menschen entlasten soll. Ich bin sehr dafür. Aber eines muss an dieser Stelle gesagt werden: Seien wir doch kritisch gegenüber diesen Steuersenkungspropheten. Wir haben in Rheinland-Pfalz etwas geschafft, was die Menschen wirklich entlastet. Wir werden die Kindergartengebühren kontinuierlich abschaffen, auch die Gebühren für das letzte Jahr. Wir erheben keine Steuern in Form von Studiengebühren für Menschen, die ihre Kinder auf Universitäten schicken. Das sind Entlastungen für die Menschen, die wichtig und besser sind als manches, was Sie mit Ihrem Gießkannenprinzip vorschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage deshalb ausdrücklich in Richtung FDP - auch sie kann dazulernen -: Misstrauen wir allen diesen Steuersenkungsexperten!

Auch ich bin keiner, der gerne Steuern zahlt, aber ich bin jemand, der gerne in einem Staat lebt, wo es Dörfer gibt, in denen es noch Polizei und Grundschulen gibt, in einem Staat, der eine gute Verkehrsinfrastruktur aufweist und in dem es Unis gibt, auf die auch Menschen, die weniger Geld haben, ihre Kinder schicken können. Ich bin ein Mensch, der gerne in einem Staat lebt, in dem die Leute ihre Kinder auf Gymnasien schicken können und in dem die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft wird, die Sie, Frau Flach, nicht mehr bekämpfen wollen. Wenn Ihre Pläne in die Realität

umgesetzt werden, dann können nur noch die Menschen im Schwimmbad baden, die sich einen privaten Swimmingpool leisten können. Aus diesem Grunde: Misstraut diesen falschen Propheten! Ein handlungsfähiger Staat ist das, was wir brauchen; einen handlungsfähigen Staat haben wir mit diesem Etat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04 - Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt - in der Ausschussfassung. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen wollen.

Kann bitte jemand das Mikrofon lauter stellen?

(Jörg Tauss [SPD]: Soll ich übersetzen?)

- Nein danke, Herr Tauss, das wäre mir nicht so recht.

Ich möchte gerne ohne Sie verstanden werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das können

wir wiederum verstehen!)

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11042? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag bei Zustimmung durch die einbringende Fraktion und Gegenstimmen durch das übrige Haus abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache

16/11048? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen?

- Damit ist auch dieser Änderungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion Die Linke, bei Gegenstimmen durch die Große Koalition und die FDP und bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen) abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache

16/11049? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Dieser Änderungsantrag ist bei Zustimmung durch die Fraktion Die Linke und die FDP, bei Gegenstimmen der SPD, der CDU/CSU und bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ebenso abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung

über den Einzelplan 04 in der Ausschussfassung. Bevor ich die Abstimmung eröffne, möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass wir im direkten Anschluss an diese namentliche Abstimmung eine Wahl durchführen werden.

Ich bitte Sie daher, hierzubleiben. Ich bitte jetzt die

Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. - Sind alle Plätze an den Urnen besetzt?

- Das ist der Fall. Dann ist die Abstimmung eröffnet.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine

Stimme nicht abgegeben hat? - Das scheint nicht der

Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich

bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der

Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen

Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

</ text >

< text 16190 >

Wir setzen unsere Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung

eingebraachten Entwurfs eines Gesetzes über die  
Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das  
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksachen 16/9900, 16/9902 -

b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(8. Ausschuss) zu der Unterrichtung  
durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksachen 16/9901, 16/9902, 16/10426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt II.12:

Einzelplan 11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Arbeit und Soziales

- Drucksachen 16/10411, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Joachim Fuchtel

Waltraud Lehn

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Zum Einzelplan 11 liegt ein Änderungsantrag der  
Fraktion Die Linke vor, über den wir später namentlich  
abstimmen werden. Außerdem liegt ein Änderungsantrag  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich  
höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.  
Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin  
Dr. Claudia Winterstein, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Herr Minister Scholz, Sie sind jetzt seit einem  
Jahr im Amt. Dies ist der erste Haushalt des Arbeitsministeriums,  
den Sie voll zu verantworten haben. Sie hätten  
die Chance gehabt, aus den Fehlern Ihres Vorgängers  
zu lernen und für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit  
zu sorgen, aber Sie haben diese Chance verpasst; Sie  
haben es nicht getan. Stattdessen haben Sie uns wiederum  
einen Haushalt mit geschönten Zahlen vorgelegt.  
Seit der Vorlage des Haushaltsentwurfs hat die Regierung  
ihre Wachstumsprognose von 1,2 Prozent auf  
0,2 Prozent gesenkt; das ist immer noch sehr positiv gedacht.  
Die Wirtschaftsweisen prognostizieren für 2009  
eine Rezession. Alle Sachverständigen gehen für 2009  
von steigenden Arbeitslosenzahlen aus. Nur einer tut das  
nicht, und das ist der Arbeitsminister, der sich gerade  
noch intensiv mit der Frau Bundeskanzlerin unterhält.  
Der Haushalt des Arbeitsministers präsentiert sich nahezu  
unverändert. Der Ansatz für das Arbeitslosengeld  
II steigt zwar um 250 Millionen Euro, aber nur für  
die Erhöhung bei den Krankenkassenbeiträgen. Im Sinne  
der Haushaltsklarheit und -wahrheit wäre eine weitere  
Erhöhung notwendig gewesen. Gerade in der letzten

Woche musste eine knappe Milliarde Euro als überplanmäßige Ausgabe genehmigt werden, weil der Ansatz für das Arbeitslosengeld II nicht gereicht hat. Wir brauchen für dieses Jahr knapp 22 Milliarden Euro. Für 2009 sind nur 20,25 Milliarden Euro angesetzt. Das ist wieder viel zu niedrig. Diese Schönrechnerei geschieht jetzt übrigens schon das vierte Mal in Folge, und das ist unsolide, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen es jetzt genau. Insofern sollten Sie so ehrlich sein und die 1,8 Milliarden Euro, die hierfür zusätzlich benötigt werden, nicht verschweigen. Dann allerdings können Sie sich nicht mehr brüsten mit dem sogenannten Sparhaushalt, wie Sie gesagt haben; im Gegenteil. Der Ansatz für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Hartz-IV-Empfänger, für die der Bund zuständig ist, bleibt unverändert. Sie sprechen zwar davon, die Instrumente neu zu ordnen und effizienter zu machen; viel Erfolg haben Sie damit allerdings nicht. Ihr Gesetzentwurf ist in der Anhörung durchgefallen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Bei wem denn?)

Es hieß: viel zu mutlos; das Ziel der Instrumentenvereinfachung wird verfehlt; sogar: Beim ALG II sieht der Gesetzentwurf geradezu das Gegenteil einer Vereinfachung vor.

Aus meiner Sicht ist Ihr schlimmster Fehler: Sie unterlassen es, die Finanzen neu zu ordnen und damit auch Einspareffekte zu erzielen. 10 Milliarden Euro haben Sie in diesem Jahr für Eingliederungsmaßnahmen und Verwaltung vorgesehen. Genau 10 Milliarden Euro sehen Sie auch für das nächste Jahr vor. Eine Neuordnung der Instrumente ist aber überfällig und verbunden damit natürlich auch eine Einsparung. Wir haben deswegen bei diesen beiden Titeln eine Kürzung um 20 Prozent beantragt. Wir dürfen nicht für wirkungslose Instrumente Geld aus dem Fenster werfen. Herr Minister, tun Sie endlich etwas dagegen!

(Beifall bei der FDP – Stefan Müller [Erlangen])

[CDU/CSU]: Was genau wäre der Vorschlag?)

Der Kommunal-Kombi beispielsweise hat sich als Flop erwiesen. 143 Millionen Euro sind dafür bereitgestellt worden. 3,5 Millionen Euro sind bisher aber nur abgeflossen. Was machen Sie? Sie nehmen das ungenutzte Geld und setzen es einfach zum Löcherstopfen beim ALG II ein.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Unglaublich! –

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist auf jeden Fall besser, als immer nur Schulden zu machen!)

Nun könnte man denken: Das Instrument wird im nächsten Jahr abgeschafft. Aber weit gefehlt! Es bleibt, und es wird einfach im Eingliederungsbudget versteckt. Ein zweites Beispiel. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden in diesem Jahr bislang 340 Millionen Euro ausgegeben – mehr als im gesamten letzten Jahr. Aber gerade die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind nach dem Evaluierungsbericht negativ zu bewerten. Sie tragen erwiesenermaßen nicht zur Eingliederung bei und wirken sogar eher bremsend. Das wissen Sie nun schon

seit Januar 2006. Wie kann es da sein, dass Sie immer noch so viel Geld für solche Maßnahmen ausgeben?

Herr Minister, damit muss jetzt endlich Schluss sein!

(Beifall bei der FDP)

Die Hälfte des Eingliederungsbudgets von 10 Milliarden Euro lassen Sie sich von der Bundesagentur für Arbeit bezahlen, also von den Beitragszahlern. Es ist und bleibt der falsche Ansatz, die Bundesagentur an der Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen für Hartz-IV-Empfänger zu beteiligen. Wir wollen, dass der Bund aufhört, den Beitragszahlern immer wieder in die Tasche zu greifen.

(Beifall bei der FDP)

Statt dass Milliarden von Euro von der Bundesagentur in den Bundeshaushalt geschoben werden und umgekehrt, sollte jeder für das zahlen, für das er zuständig ist, nämlich der Bund für die Arbeitslosengeld-II-Empfänger und die Bundesagentur für die Arbeitslosengeld-I-Empfänger.

Herr Minister, Sie haben in letzter Zeit mit viel Selbstzufriedenheit auf einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze hingewiesen. Man muss dazu aber eines ganz

klar sagen: Soweit das Konjunkturpaket den Arbeitsmarkt betrifft, halten Sie Ihren Haushalt fein aus der Sache heraus. Alles, was hier als Bonbon angeboten wird, beispielsweise das Kurzarbeitergeld, wird aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit finanziert, (Andrea Nahles [SPD]: Natürlich, was denn sonst? Das ist originäre Aufgabe!)

also aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Für Ihren Haushalt ist das ganz bequem, aber das geht zulasten Dritter.

Meine Damen und Herren, Deutschland geht schwierigen Zeiten entgegen. Der Haushalt 2009 liefert dafür jedoch nicht das richtige Rüstzeug.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt IV und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über den Entwurf eines Erbschaftsteuerreformgesetzes der Bundesregierung bekannt, Drucksachen 17/7918, 16/8547, 16/11107 und 16/11075: abgegebene Stimmen 557. Mit Ja haben gestimmt 386, mit Nein haben gestimmt 168, Enthaltungen 3. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Ich gebe das Wort dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute sind wieder die Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht worden. Nach dem letzten Monat haben wir wieder einen Monat mit guten Zahlen. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ist weiter zurückgegangen. Das ist ein gutes Ergebnis der Anstrengungen der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich ist das etwas, über das wir heute reden müssen; denn tatsächlich sind die Entwicklungen, die wir heute auf dem Arbeitsmarkt sehen können, nicht zufällig



zustande gekommen. Sie sind das Ergebnis der Anstrengungen von Unternehmen, sie sind das Ergebnis der harten Arbeit vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sie sind aber unverkennbar auch das Ergebnis der richtigen Weichenstellungen, die in der letzten und in dieser Legislaturperiode vorgenommen wurden. Diese haben zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beigetragen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns diese Zahlen anschauen, dann ist es wichtig, dass wir uns immer wieder klarmachen, wie sie eigentlich zusammengesetzt sind, was sie uns für die Zukunft sagen und welche Handlungsmöglichkeiten sich für uns daraus ergeben. Eine wichtige Zahl ist - eine genaue gibt es nur für das letzte Jahr, für dieses Jahr kann man sie nur hochrechnen -, dass die Zahl der Zugänge und Abgänge von Arbeitslosen insgesamt jeweils über 8 Millionen gelegen hat bzw. liegen wird. Es findet also ganz viel Bewegung auf dem Arbeitsmarkt und bei der Beschäftigung statt. Das darf man nie vergessen, wenn man die konsolidierten Zahlen betrachtet. Hinter ihnen stehen viele Schicksale. Weil es so viele Bürgerinnen und Bürger sind, um die es geht und deren Schicksal berührt wird von dem, was wir tun, ist es von zentraler Bedeutung, dass wir uns sehr viel Mühe dabei geben, die Arbeitsvermittlung zu organisieren und etwas wir für sie zu unternehmen. Dass wir die Zahl der Arbeitsvermittler erhöht haben, ist ein richtiger Ansatz. Das bedeutet, dass wir Menschen für Menschen einsetzen und ihnen in einer schwierigen Situation ihres Lebens helfen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Zahlen, über die wir im Zusammenhang mit diesem Haushalt diskutieren, sind ja beeindruckend. Wir haben uns dazu entschlossen, die Zahl der Vermittler bei den Arbeitsgemeinschaften unmittelbar um etwa 2 000 zu erhöhen und innerhalb der nächsten Jahre durch Verlagerung von Stellen aus der Sachbearbeitung und der Leistungsausrechnung hin zur Vermittlung noch einmal 5 000 zusätzliche Stellen zu mobilisieren, sodass 7 000 zusätzliche Vermittlerinnen und Vermittler für Menschen in großer Not da sind. Das Gleiche gilt für die Arbeitsagentur, deren Service sich über die letzten Jahre stetig verbessert hat.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Als Walter Riester mit den Reformen begonnen hat, waren gerade einmal knapp über 10 Prozent der Beschäftigten mit der Vermittlung beauftragt. Heute sind es bei der Agentur über 30 Prozent und bei den Arbeitsgemeinschaften knapp über 40 Prozent; das sind beeindruckende Zahlen. Ich benenne unser Ziel ganz deutlich: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass irgendwann das Verhältnis halbehalbe sein wird. Im Mittelpunkt der Arbeitsagentur und der Arbeitsgemeinschaften muss die Vermittlung stehen, nicht die Auszahlung der Leistungen; Letztere muss einfach gut funktionieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Daher ist es richtig, dass wir uns in der jetzigen wirtschaftlichen Situation entschieden haben, für die Arbeitnehmer, die bisher ihre Beiträge gezahlt haben und eine Kündigung bekommen, 1 000 zusätzliche Vermittler einzusetzen.

Eine Job-to-job-Vermittlung ist das richtige Zeichen in einer schwierigen Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn wir die Situation verstehen wollen, müssen wir uns die Zahlen noch etwas genauer ansehen. Von den jetzt unter 3 Millionen Arbeitslosen bekommen knapp über 800 000 Menschen Arbeitslosengeld, und etwas über 900 000 sind im Rechtskreis SGB III gemeldet. Das konjunkturelle Auf und Ab wird sich dort zuallererst abbilden. Deshalb ist es richtig, dass wir entschieden haben, in dieser wirtschaftlichen Situation ein Zeichen zu setzen und dazu beizutragen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch dann in den Betrieben bleiben, wenn es schwierig wird. Wir verlängern die Zeit der Kurzarbeit von sechs Monaten, wie es im Gesetz steht, auf 18 Monate. Das ist das richtige Zeichen an die Unternehmen und an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir verbinden dies mit einer weiteren Botschaft: Die Zeiten der Kurzarbeit, in denen vielleicht weniger zu tun ist, muss man für Qualifizierung nutzen. Qualifizieren statt entlassen, das ist die zweite Botschaft, die wir in der jetzigen wirtschaftlich angespannten Situation formulieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen deutlich sagen, wo wir stehen: Wir stehen gut da und stehen trotzdem vor schweren Zeiten. Wir sind gut vorbereitet, aber wir wandern durch unbekanntes Gebiet. Insofern kann niemand wissen, ob unsere Ausrüstung insgesamt die richtige ist. Wir müssen darüber nachdenken, was wir tun können. Natürlich wird in einer solchen Situation über sehr unterschiedliche Ansätze diskutiert. Je nach Neigung und Interesse stützen sich manche eher auf den ersten Teil der Wahrheit und beschwichtigen, während andere eher den zweiten Teil betonen und in Alarmismus machen. Beides ist nicht redlich. Weder dürfen wir so tun, als müssten wir nur wollen und dann werde alles wieder gut, noch sollten wir mit unbändiger Lust an der Apokalypse den Zusammenbruch von Wachstum und Wohlstand in Deutschland und der Welt prophezeien. Erst analysieren und dann Lösungen entwickeln, zügig, aber nicht hektisch, und das alles mit der gebotenen Klarheit, das verlangen die Bürgerinnen und Bürger in der jetzigen Situation von uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Niemand erwartet, dass wir jetzt schnell Flugblätter produzieren. Vielmehr erwartet man von uns, dass wir das tun, was wir tun können. Dies bedeutet, dass nicht besonders markige Forderungen vernünftig sind, sondern solche, von denen man glauben kann, dass sie wirklich helfen. Die von der Regierung auf den Weg gebrachten und die Konjunktur stützenden Impulse sind viel klüger und vernünftiger als manches, was man sonst so hört. Gäben wir jetzt einfach irgendwelche Milliarden aus, dann fehlten sie uns bitter für wirklich vernünftige und hilfreiche Dinge, die wir brauchten, wenn die Krise länger dauern und schwieriger werden sollte.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Im Übrigen entstünde, wenn wir die markigen Forderungen erfüllten, nicht das, was wir in der jetzigen wirtschaftlichen Situation wirklich brauchen: Wir brauchen Vertrauen. Das Vertrauen und der Kredit in die Finanzmärkte sind zurzeit sehr gefährdet. Das ist auch kein Wunder angesichts all der Spiele, die wir in den letzten Jahren und Monaten bei Banken und Börsen beobachten mussten, und angesichts der Tatsache, dass jetzt viele, die dafür selbst gar nichts können, um ihre Zukunft fürchten müssen, weil einige an einer ganz anderen Stelle etwas falsch gemacht haben.

Die Menschen investieren Vertrauen in die Politik, weil sie uns etwas zutrauen. Sie haben gesehen, dass dies angesichts unserer schnellen und zügigen Reaktion in Bezug auf die Krise der Finanzmärkte und angesichts des Schirms, den wir aufgespannt haben, berechtigt ist. Dieses Vertrauen ist auch gerechtfertigt angesichts der Entscheidungen, die wir für den Arbeitsmarkt getroffen haben. Aber Vertrauen wird immer verspielt, wenn man nicht seriös handelt und wenn man von dem, was vorgeschlagen wurde, nicht überzeugt ist, dass es in der Zukunft hilft. Darum geht es.

Ich habe schon etwas zu denjenigen der knapp unter 3 Millionen Menschen gesagt, die Arbeitslosengeld erhalten. Die anderen Arbeitslosen bekommen Arbeitslosengeld II. Darunter sind viele, die schon lange arbeitslos sind. Wir müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass das Schicksal vieler Bürgerinnen und Bürger von uns bewegt werden kann, und zwar unabhängig davon, ob die Konjunktur gut oder schlecht läuft; denn ihre Schwierigkeiten haben oft mit Dingen zu tun, die auch jenseits der Konjunktur ein Problem darstellen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass manche unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Ansonsten kann es passieren, dass auch in einer boomenden Konjunktur viele von ihnen keine Beschäftigung finden. Das ist die Aufgabe, die wir mit großem Mut und großer Klarheit angehen müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Darum spielt für das, was wir tun, Qualifizierung eine so große Rolle. 500 000 Arbeitslose haben keinen Schulabschluss; fast alle davon sind Langzeitarbeitslose. Darum ist es richtig, dass wir bei der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sagen: Es muss ein lebenslanges Recht geben, diesen Schulabschluss nachzuholen, um die eigene Zukunft besser meistern zu können.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb

[FDP]: Auf Kosten der Beitragszahler!)

Darum ist es richtig, dass wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass von den Langzeitarbeitslosen die Hälfte keinen Berufsabschluss hat. Wenn wir deren Schicksal wenden wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass jeder und jede in diesem Lande die Chance auf eine Berufsausbildung hat. Das ist das Entscheidende für die Zukunft unseres Landes. Ich will ausdrücklich sagen: Die wichtigste Ausbildung in Deutschland ist die Lehre, die Berufsausbildung. Auch mit zukünftig mehr Akademikern werden 60 bis 70 Prozent eines Altersjahrgangs diese Ausbildung brauchen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es wird eine große Rolle spielen, wie wir qualifizieren. Das gilt nicht nur in Zeiten der Konjunkturkrise, sondern auch langfristig. Daher müssen wir für mehr Ausbildungsplätze sorgen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch diejenigen eine Chance bekommen, die nicht so gut sind. Meine feste Überzeugung ist, dass wir deutlich darüber sprechen müssen, wie diese Menschen eine Chance bekommen können. Wer mit 16 Jahren die Schule verlässt, hat fünf Jahrzehnte Arbeit vor sich. Die Frage, ob er in dieser Zeit immer wieder auf fremde Hilfe angewiesen sein wird oder ob er von dem, was er selber tut, leben kann, entscheidet sich an dem, was wir an Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen eröffnen. Das ist unsere Aufgabe, die wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Blick haben müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen natürlich aus der Ausbildung auch mehr machen. Deshalb finde ich es gut, dass wir im Zusammenhang mit dem Bildungsgipfel die Zusage der Länder bekommen haben, mitzuhelfen, dass innerhalb eines Jahres überall in Deutschland nach einem einheitlichen Verfahren geregelt ist, dass Meister, Techniker und diejenigen, die eine Berufsausbildung gemacht haben und die ein paar Jahre gearbeitet haben, direkt zum Studieren an eine Universität gehen und dort ihre Talente entfalten können. Der Fachkräfte- und Ingenieursmangel kann eben auch behoben werden, indem wir die Potenziale unserer Berufsschulen und derjenigen, die dort etwas lernen, besser nutzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube, das sind die wichtigsten Dinge, die wir bewegen müssen. Alles, was wir sonst noch getan haben, haben wir unter Berücksichtigung dieser Punkte auf den Weg gebracht. Ich nenne beispielsweise das Fachkräftekonzept für Spitzenkräfte. Dabei geht es um diejenigen, die einen Hochschulabschluss haben. Wir werden den Arbeitsmarkt in Deutschland ab dem nächsten Jahr öffnen, sodass es einen Ingenieursmangel nicht mehr geben muss. Denn die Unternehmen haben dann die Möglichkeit, die Kräfte zu holen, die sie brauchen. Damit werden auch Arbeitsplätze für diejenigen geschaffen und gesichert, die als Gelernte, Angelernte und auch Ungelernte Arbeit haben wollen. Diese Arbeitsplätze hängen davon ab, dass das wissenschaftliche Qualifikationsniveau unserer Arbeitskräfte insgesamt so hoch ist, dass wir alle unsere Chancen nutzen können.

Man kann etwas tun. Das ist die entscheidende Botschaft, die in einer Demokratie die Politik aussenden muss. Es ist nicht die Stunde der Zyniker, die malerisch beschreiben, warum sowieso alles schiefgehen wird. Das kann von links und von rechts geschehen, um auf diese Weise Applaus zu bekommen. Aber die Demokratie lebt nicht davon, dass sie Wolkenkuckucksheime verspricht, sondern davon, dass sie ganz konkrete Vorschläge macht, wie das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann. Wo ist das wichtiger als auf dem Arbeitsmarkt, wo wir mit besserer Vermittlung, besserer Qualifizierung und dem, was wir uns insgesamt vorgenommen haben, konkrete Handlungsmöglichkeiten haben?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich bekommt das auch noch einen gewissen Drive - das ist eine gute Entwicklung -, wenn wir sagen: Wer arbeitet, muss auch gut zurechtkommen. Deswegen freue ich mich, dass wir zum Beispiel heute wieder dabei sind, festzulegen, in welchen Branchen in Deutschland nun Mindestlöhne Einzug halten sollen. Ich bin mir sicher: Wenn wir unsere Gespräche beendet haben werden, wird sich die Zahl der Arbeitnehmer, die durch Mindestlöhne geschützt werden, noch einmal verdoppeln. - Das ist eine gute Nachricht für Deutschland und für die vielen, die in unserem Land schwer arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Beschäftigungspotenziale derjenigen nutzen, die bisher vom Arbeitsmarkt oft ferngehalten werden. Deshalb kündige ich hier noch einmal an: Der Zugang zum Arbeitsmarkt für diejenigen, die in den Pflegeberufen tätig sein wollen, muss verbessert werden. Es kann nicht sein, dass wir so hohe Hürden aufgebaut haben, dass engagierte Absolventen der Hauptschulen kaum eine realistische Chance haben, in diesen Berufen tätig zu sein. Wir müssen ihnen dieses Feld öffnen und ihre Qualifikationsmöglichkeiten in der Berufsausbildung verbessern. Das werden wir tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss allen, die mitgeholfen haben, diesen Haushaltsentwurf aufzustellen, und die ihn mitberaten haben, danken. Ganz besonders danke ich den Berichterstattern aus dem Haushaltsausschuss. Herausheben - das sei mir gestattet - möchte ich ausdrücklich Waltraud Lehn, die uns, leider zum letzten Mal, in bewährter Weise geholfen hat, einen Etat für Arbeit und Soziales auf die Beine zu stellen. Wir sollten nicht unterschätzen, welchen Eindruck solides Parlamentshandeln in der Krise machen kann. Ich glaube, wir haben einen guten Eindruck gemacht. Gehen wir an die Arbeit.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Für die Fraktion der Linken erteile ich der Kollegin Katja Kipping das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):  
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vergangene Woche kam eine sehr engagierte Frau in meine Sprechstunde. Sie ist seit vielen Jahren ehrenamtlich aktiv, unter anderem beim DGB und in einem Erwerbslosen-Café. Sie hat sich ein ums andere Mal erfolglos beworben. Der einzige Erfolg bestand in einer längeren Maßnahme. Am Ende unseres Gespräches fasste sie ihre Situation wie folgt zusammen. Sie sagte: Es ist schon verdammt schwer, mit dem wenigen Geld klarzukommen. Besonders belastend ist jedoch das Gefühl, dem Jobcenter ausgeliefert zu sein, das Gefühl, als Bürger zweiter oder dritter Klasse behandelt zu werden. - Mit diesem Gefühl steht sie leider nicht allein. Nun werden Sie womöglich einwenden, wir als Gesetzgeber hätten nichts damit zu tun, wenn die Menschen

in den Jobcentern schlecht behandelt würden. Ich meine jedoch: Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen dem, wie viel Mittel wir bereit sind, für Arbeitslosengeld II einzustellen, und dem, wie mit den Bedürftigen in den Jobcentern umgegangen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Mechanismus funktioniert wie folgt: Alljährlich werden Leistungsvereinbarungen mit den lokalen Jobcentern abgeschlossen. Diese Leistungsvereinbarungen verpflichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter, genau beim Arbeitslosengeld II Mittel zu sparen. Dieses Jahr wurden die Mitarbeiter gezwungen, 6,5 Prozent einfach einmal so einzusparen. Wer weiß, dass er einsparen muss, der sucht natürlich nach Anlässen für irgendwelche Sanktionen. Wer unter diesem Druck steht, kann kein Gespräch auf gleicher Augenhöhe führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser von der Bundesregierung abgeseignete Einspardruck ist eine Quelle für Demütigungen. Insofern tragen auch wir als Bundestagsabgeordnete die Verantwortung dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Linke beantragt deswegen, im Haushalt mehr Mittel für das Arbeitslosengeld II einzustellen. Wir meinen, der Hartz-IV-Regelsatz muss umgehend auf 435 Euro angehoben werden. Das kann nur ein erster Schritt in Richtung einer repressionsfreien Grundsicherung sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Von den vielen guten Gründen, die dafür sprechen, möchte ich aufgrund der knappen Redezeit nur auf zwei eingehen.

Erstens. Was wir aktuell erleben, ist nur die Spitze des Eisbergs Wirtschaftskrise. Ich finde, diese Krise macht deutlich, dass der Kapitalismus abgewirtschaftet hat.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der FDP)

Wir müssen auch auf der Ebene der Produktion über Alternativen nachdenken, wie etwa die solidarische Ökonomie.

Aber wenden wir uns heute erst einmal den kurzfristigen Maßnahmen zu. Kurzfristig kann ein Konjunkturprogramm helfen, die drohende Umsatzflaute abzumildern; hier sind wir uns ja auch einig. Strittig ist immer nur, wie ein geeignetes Konjunkturprogramm aussehen kann. Studien zum Sparverhalten geben uns hier einen ganz wichtigen Hinweis. Wenn jemand, der ein hohes Einkommen hat, 50 Euro mehr bekommt, legt er diese üblicherweise an. Wenn aber Menschen mit einem niedrigen Einkommen 50 Euro mehr bekommen, dann geben sie diese in der Regel aus. Das kurbelt die Wirtschaft an.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern meine ich: Ein gutes Konjunkturprogramm muss zuallererst dafür sorgen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen mehr haben. Deswegen setzen wir uns gerade jetzt für die Erhöhung des Regelsatzes ein.

Zweitens. Der jetzige Regelsatz ist so niedrig, dass Betroffene ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrnehmen können. Die Kosten für eine Fahrt zu einer politischen Diskussionsveranstaltung sind im Regelsatz einfach nicht mehr vorgesehen. Daraus droht Ausgrenzung.

Diese Ausgrenzung setzt sich fort. So sind im Hartz-IV-Regelsatz beispielsweise die Kosten für das Abo einer Tageszeitung nicht vorgesehen. Wer in Hartz IV fällt, ist somit gezwungen, sein Zeitungsabo zu kündigen.

Nun steht zu befürchten, dass sich im Gegenzug auch die Medien immer weniger für die Belange von Hartz-IV-Betroffenen engagieren. Das ist nicht aus der Luft gegriffen:

Ein engagierter Oberlausitzer hat mir neulich erzählt, dass, als er seine Zeitung für das Thema Sozialticket begeistern wollte, der Lokalredakteur gesagt hat: Das Thema ist für unsere Zeitung uninteressant. Hartz-IV-Leute können sich eh keine Tageszeitung mehr leisten. - Hier sehen wir eine Spirale der Ausgrenzung. Unsere Verantwortung ist es, diese Spirale zu stoppen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Linke bekommen wir oft vorgehalten, dass unsere Forderungen nicht finanzierbar seien, dass man sich das nicht leisten könne. Diesen Vorwurf können wir leicht entkräften. Wir haben genügend Vorschläge unterbreitet, wo man einsparen kann, beispielsweise im Bereich Verteidigung. Wir haben auch verschiedene Vorschläge unterbreitet, wo man mehr Geld einnehmen kann, zum Beispiel durch eine Börsenumsatzsteuer.

Aber apropos „nicht leisten können“: Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir einmal nachgefragt, welche Einsparungen im Sozialhaushalt die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns mit sich bringen würde. Die Bundesregierung hat es uns schwarz auf weiß gegeben: Wenn es einen Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde gäbe - wir fordern ja bekanntlich einen höheren; aber die Antwort bezog sich nur auf diese Höhe -, gäbe es im Bereich der Aufstocker Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro. Im Klartext - und das an die Adresse der CDU/CSU gerichtet -: Solange es keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, so lange finanzieren wir Lohndumping mit Steuergeldern. Ich finde, das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der LINKEN)

Solange sich SPD und CDU/CSU in diesem Haushalt sowohl gegen die Einführung eines Mindestlohnes als auch gegen die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes als auch gegen eine Rentenangleichung zwischen Ost und West einsetzen, können wir von der Linken diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Hans-Joachim Fuchtel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Gestatten Sie mir, dass ich die Debatte von der sozialistischen Wundertütenpolitik wieder in die Realpolitik zurückführe.

(Beifall bei der CDU/CSU - Widerspruch bei der LINKEN)

Für die Fraktion der CDU/CSU stelle ich fest:  
Erstens. Mit einem Anteil von 42,6 Prozent am gesamten Bundeshaushalt wird der hohe Stellenwert des Sozialhaushaltes absolut deutlich.

Zweitens. Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung verfügen nach drei Jahren Große Koalition nicht mehr über Schulden, sondern über mehr als 30 Milliarden Euro Rücklagen und damit über Stabilität in ganz neuer Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich darf dazu noch eine Anmerkung machen. Natürlich haben die Berichterstatter der Regierungskoalition sofort nach Beginn der Bankenkrise die Anlagenpolitik der Sozialversicherungen untersucht. Wir können heute Entwarnung geben: Die Prüfung hat keine negativen Überraschungen erbracht.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist erfreulich!

- Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Was ist mit den Anlagen bei der Hypo Real Estate?)

- Was wäre los, wenn negative Vorgänge zutage getreten wären und alle im Sozialbereich verunsichert hätten? Dann hätten Sie hier eine Sternstunde. Stattdessen haben Sie heute Ihren Abgesang.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das hätten Sie gerne!)

Drittens. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um mehr als die Hälfte trägt ganz wesentlich zu einer beständigen Sozialleistungsquote bei. Auch die Rentner werden 2009 ein gutes Jahr haben.

Viertens. Die Kosten für ALG II und die Kosten der Unterkunft - die Kollegin Winterstein hat das hier erneut problematisiert - laufen bei weitem nicht mehr so auseinander, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Auch hier können wir langsam Konsolidierungserscheinungen feststellen, wenngleich wir sagen: An diesen Dingen muss noch gearbeitet werden.

Fünftens. Die Zahl der Arbeitslosen ist bekanntlich um über 1,4 Millionen auf unter 3 Millionen zurückgegangen. Auch die heute bekannt gegebenen neuen Zahlen zeigen, dass die Politik, die wir gemacht haben, richtig angesetzt war. Diese Zahlen sind für die jetzige Situation absolut okay und zeigen, dass eine gute Basis für das nächste Jahr gegeben ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Sechste, was ich hier anmerken möchte: Dank der Mitwirkung der Tarifpartner entstehen Arbeitsmarkteffekte in Deutschland bereits bei einem Wachstum von 0,2 Prozent und nicht mehr, wie vor Jahren, erst bei einem Wachstum von 1,5 Prozent. Das hat Deutschland im internationalen Bereich wieder wettbewerbsfähig gemacht. Das alles sind sehr positive Zwischenergebnisse. Sie lassen zwei Aussagen zu: Erstens. Ohne die neuen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, hätten wir zum Ende dieser Legislaturperiode die Ziele der Koalitionsvereinbarung mehr als nur erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Es wäre falsch, diesen Kurs zum jetzigen Zeitpunkt aufzugeben.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Auch das ist wahr!)

So wäre es völlig falsch, das ALG II jetzt zu erhöhen. Wir müssen befürchten, dass mehr Menschen diese Leistung



brauchen und gleichzeitig Investitionsprogramme gefahren werden müssen. Eine Erhöhung passt da nicht in die Landschaft. Solange es noch Rechnungshofberichte über gravierende Verschwendungen und Abweichungen von mehr als 25 Prozent vom Durchschnitt bei vergleichbaren Regionen gibt, muss der Titel im Interesse des Steuerzahlers knapp gehalten werden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Denken Sie auch einmal an die Leute!)

- Das geht nicht zulasten der Betroffenen, denn die haben einen gesetzlichen Anspruch, lieber Kollege von den Grünen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte einmal, die CDU sei eine soziale Partei!)

Notwendig ist, dass die Politik und die Tarifpartner auf allen Ebenen aus früheren Konjunkturkrisen lernen. In der Vergangenheit wurde eine sich schnell verfestigende Sockelarbeitslosigkeit zugelassen. Arbeitslose erhielten Leistungen, für ihre Betreuung wurde aber wenig Sorge getragen. Die Vermittlung wurde oft erst nach Monaten Realität. Man hat sich in dieser Phase viel zu wenig um diese Leute gekümmert. Die Folge, ein Abrutschen in die Dauerarbeitslosigkeit, war vorprogrammiert, ebenso Qualitätsmangel, hohe Kosten für die Heranführung an den Arbeitsmarkt und Startschwierigkeiten. Das muss anders werden. Der Minister hat hier in gleicher Richtung gesprochen. Wir von der Union unterstützen diesen Kurs hundertprozentig.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schirm, Charme und Melone!)

Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen zur Konjunkturförderung und die Kreditangebote der KfW haben im Blick, dass die Arbeitnehmer trotz der Auftragseinbrüche in den Betrieben gehalten werden sollen; denn nach der Krise wird mehr qualifiziertes Personal denn je gebraucht werden. Was wir einleiten wollen, ist eine neue Form der Vernetzung von Maßnahmen der Konjunkturbelebung mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik. Es geht also vor allem um betriebliche Weiterbildung und betriebliche Qualifikation jetzt, damit die Leute im Betrieb bleiben können. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit eine bessere Ausrüstung gegeben ist, wenn die nächste positive Konjunkturwelle kommt. Das ist zentral. Das ist Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Dazu sind wir in dieser Phase verpflichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Bundeshaushalt sind für Eingliederungsmaßnahmen bekanntlich 6,2 Milliarden Euro etatisiert.

Über die Verwendung entscheidet in starkem Maße die örtliche Ebene. Unsere Idee ist, dass in dieser Krisenzeit in Kombination mit Impulsen, die selbstverständlich auch von der kommunalen Ebene ausgehen können und müssen, neue Pakete geschnürt werden.

Bei der Bundesagentur für Arbeit stehen dafür in fünf Kategorien Mittel in Höhe von 12,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind übrigens 31 Prozent des dortigen Gesamtetats. Es wird notwendig sein, dass man sich darüber Gedanken macht, wie man durch diese Instrumente

und möglicherweise durch neue Überbrückungsinstrumente das Notwendige tut, um die berufliche Qualifikation im Betrieb sicherzustellen. Wir haben bereits jetzt einige Voraussetzungen durch Neuregelungen im Bereich des Kurzarbeitergeldes geschaffen. Dies sind ganz wichtige Maßnahmen, die für mehr Sicherheit für die Menschen im Betrieb sorgen. Hierzu gehört beispielsweise das sogenannte WeGebAUProgramm, das sich bereits flächendeckend im Aufbau befindet. Wir haben die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 12 auf 18 Monate verlängert. Wie ich höre, will die BA das auch auf die Leiharbeiter ausdehnen; das würden wir begrüßen.

Aus meiner Sicht muss diese Zeit genutzt werden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt gesundheitlich fit zu machen. Wer eine Kur braucht, sollte sie jetzt, in der Zeit der Flaute, angeboten bekommen. Die Leute sollten keine Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie in dieser Phase einen Kurantrag stellen. Vor Ort, in den Betrieben, müssen Gespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden, damit die Situation anders wird und ein Fitmachen auf breiter Ebene stattfindet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die Zahl der Mitarbeiter für Grundsicherung und Vermittlung bei der Agentur für Arbeit und den Argen um 2 900 erhöht. Ich sage für die Union ganz deutlich: Damit sind auch Erwartungen verknüpft. Die Menschen müssen in Krisenzeiten verstärkt merken, dass sie von den Mitarbeitern der Agenturen angenommen werden. Auch ich habe schon von solchen Fällen, wie sie vorhin geschildert wurden, gehört.

Ich sage ganz klar zur Bevölkerung und den Betroffenen: Gehen Sie, wenn Sie merken, dass sich die Dinge nicht in Ihrem Sinne bewegen, zu Ihren Abgeordneten und sagen Sie es ihnen, damit sie entsprechend vorstellig werden können. Auch wir als Abgeordnete werden in dieser Zeit der Krise eine etwas größere Verpflichtung haben, bürgernah zu arbeiten und für solche Anliegen da zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört für uns auch, dass sich die Öffnungszeiten ändern, dass man zum Beispiel auch samstags mit seinem Ehepartner zu einem solchen Beratungsgespräch gehen kann und dass sich die Öffnungszeiten tatsächlich an den Wünschen des Kunden und nicht an der gewünschten Arbeitszeit des Mitarbeiters ausrichten.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte allen danken, die an der Beratung mitgewirkt haben: den Mitarbeitern des BMAS und auch unseren Mitarbeitern. Natürlich danke ich auch meiner lieben Kollegin Waldtraud Lehn, für die das, wie der Minister bereits gesagt hat, die letzte Haushaltsberatung gewesen wäre; sie ist, glaube ich, heute krank. Ich möchte bekennen, dass ich mich langsam an ihren Politikstil gewöhnt hatte und ich es deswegen bedauere, dass sie künftig nicht mehr mit von der Partie sein wird.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Für die CDU/CSU kann ich Ihnen die Annahme des Einzelplans 11 empfehlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Brigitte Pothmer, Bündnis 90/Die Grünen.

(Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] geht mit einem zerfledderten Regenschirm zum Rednerpult - Wolfgang

Meckelburg [CDU/CSU]: Ist schon Karneval?

- Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Was ist das?)

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, dass das Wort Schirmherrschaft in den letzten Wochen eine völlig neue Bedeutung bekommen hat. Diese Regierung spannt auf, was das Zeug hält: Schutzschirm für Banken und Banker, Schutzschirm für die Realwirtschaft. Jetzt gibt es auch einen Schutzschirm für Arbeitsplätze.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nein!)

Ich zeige Ihnen jetzt einmal den Prototyp -

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer!

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- der Schlechtwetterüberdachung der Marke Olaf Scholz:

(Die Rednerin spannt einen zerfledderten Regenschirm auf.)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer!

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

nackte Speichen im Sturm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN - Hartmut Koschyk

[CDU/CSU]: Unmöglich! - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer!

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dass dieses Gerippe keinen wirklichen Schutz bietet, ist doch augenscheinlich. Die Beschäftigten werden nass, und die Arbeitslosen kommen vom Regen in die Traufe.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer, Sie müssen die Präsidentin vorher fragen, wenn Sie zu Demonstrationszwecken etwas zeigen möchten. Sie können so etwas zu Demonstrationszwecken nicht einfach machen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, gut, ich habe den Schirm wieder zugemacht.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Peinlich! -

Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wer keine Argumente hat, muss so etwas machen! - Zurufe von der FDP)

Lieber Herr Scholz, Sie haben gesagt - da stimme ich Ihnen zu -:

Wenn ein Schutzschirm für die Finanzmärkte recht ist, dann ist ein Schutzschirm für Arbeitsplätze mehr als billig.

Stimmt, Herr Scholz. Richtig ist an dieser Aussage aber

noch etwas: Der Schirm, mit dem Sie flanieren gehen, ist tatsächlich billig. Ihr Etat hat dazu keinen einzigen Cent beigetragen. Für den Finanzmarkt stellt diese Regierung eine Bürgschaft in Höhe von 500 Milliarden Euro zur Verfügung, für den Arbeitsmarkt keinen zusätzlichen Cent.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes halte ich für eine richtige Maßnahme. Frau Winterstein hat aber vollkommen recht: Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zahlen ganz allein die Beitragszahler.

(Andrea Nahles [SPD]: Das ist in diesem Fall auch sachgerecht!)

Aus Ihrem Etat wird dafür kein einziger Cent zur Verfügung gestellt. Das finanziert die Bundesagentur für Arbeit. Abgesehen davon, dass sie die Kosten der Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes trägt, muss sie auch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent finanzieren, und das bei steigender Arbeitslosigkeit. „Steigende Arbeitslosigkeit“ heißt: mehr Ausgaben und weniger Einnahmen.

Herr Scholz, bei einem solchen Konzept geht jede Pommeshütte pleite. Aber Sie wollen mit diesem Konzept ein Land regieren. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt ist Ihr Haushalt extrem unterfinanziert. Allein in diesem Jahr geben Sie 800 Millionen Euro mehr aus, als in Ihrem Etat für Arbeitslosengeld II vorgesehen ist. Trotzdem hat der Etat, den Sie uns vorlegen, ein geringeres Volumen als der Etat für das Jahr 2008. Sie werden ein Defizit von mindestens 1,5 Milliarden Euro zu verzeichnen haben. In diesem Betrag sind die steigenden Kosten aufgrund steigender Arbeitslosigkeit überhaupt noch nicht berücksichtigt.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das! Das ist eine Milchmädchenrechnung!)  
Warum legen Sie uns diesen Haushalt überhaupt vor? Er ist doch schon jetzt Makulatur. Darüber brauchen wir gar nicht zu beraten. Ziehen Sie ihn zurück!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestern ist von der Kanzlerin darauf hingewiesen worden, dass wir in die größte Rezession seit 30 Jahren schlittern. Die OECD prognostiziert, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 700 000 steigen wird, und der Minister schwadroniert von Vollbeschäftigung und beklagt, dass andere Vorschläge machen, die Wolkenkuckucksheime sind. Herr Scholz, ich bitte Sie: Hören Sie auf, über Vollbeschäftigung zu schwadronieren, und machen Sie endlich das, wofür Sie bezahlt werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inzwischen wissen wir, wie Sie Vollbeschäftigung erreichen wollen: nicht durch neue Jobs, sondern durch Manipulation der Statistiken. Statt die Statistiken zu manipulieren, sollten Sie lieber die Frage der Trägerschaft beantworten. Täglich verlässt eine große Zahl von Beschäftigten die Jobcenter, und zwar insbesondere diejenigen, die besonders motiviert und qualifiziert sind. Diese Beschäftigten wissen nicht, welche Perspektive

sie dort in Zukunft noch haben. Die Neuregelung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist, wie die Anhörung ergeben hat, wirklich eine Katastrophe. Die Leidtragenden Ihrer bockbeinigen und zentralistischen Politik, die keine individuellen und passgenauen Lösungen möglich macht, sind die Arbeitslosen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Wir alle wissen: In Zeiten der Rezession sind die Geringqualifizierten im Niedriglohnbereich die Ersten, die ihren Job verlieren. Die Einführung eines Mindestlohns tritt auf der Stelle. Herr Scholz, Leute, die in den ALG-II-Bezug fallen, müssen jahrelang mit viel zu wenig Geld auskommen. Der ALG-II-Regelsatz ist einfach zu gering.

Herr Fuchtel, Ihnen möchte ich sagen: Die Erhöhung des Regelsatzes auf 420 Euro ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern sie ist auch ein Konjunkturprogramm. Leute, die von so wenig Geld leben müssen, können keinen einzigen Cent auf die hohe Kante legen. Sie müssen ihr gesamtes Geld ausgeben. Dieses Geld fließt also direkt in die Binnenwirtschaft und ist unmittelbar arbeitsplatzwirksam. Wenn Sie mir nicht glauben, sollten Sie wenigstens der EU glauben, die Ihnen rät, ein Programm zur Verbesserung der Situation der unteren Einkommensgruppen zu erarbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es wurde viel über die Notwendigkeit geredet, in der jetzigen Situation Qualifikation und Weiterbildung zu stärken. Ich sage: Das ist richtig.

Lieber Herr Scholz, zu Ihrem Programm WeGebAU kann man wirklich nur sagen: Die Lösung wird der Dimension des Problems bei weitem nicht gerecht. So werden wir das vorhandene Leck hinsichtlich der Qualifikation jedenfalls nicht überwinden können. Wir brauchen bei der Lösung wirklich eine ganz andere Dimension. Deswegen sagt Herr Walwei vom IAB zu Recht, dass wir hier einen Bildungsruck brauchen. Wir legen Ihnen ein Programm vor, durch das 1 Million Menschen zusätzlich qualifiziert und in Arbeit gebracht wird.

Erster Punkt. Alle Jugendlichen - auch die Altbewerber - müssen einen Ausbildungsplatz erhalten. Herr Scholz, Sie müssen sich einmal fragen, was diese Regierung in den letzten Jahren getan hat. Wenn nur ein Drittel der unter 30-jährigen Hartz-IV-Empfänger es schafft, aus dem Hartz-IV-Bezug herauszukommen, dann liegt das daran, dass sie eben nicht qualifiziert worden sind. Das ist ganz eindeutig nachzuweisen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Ihr habt doch sieben Jahre lang regiert! Da kommen die Probleme doch her!)

Deswegen können wir uns nicht einfach darauf verlassen, dass von den Betrieben genug Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb müssen wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

Wir haben Ihnen das Programm DualPlus vorgelegt.

Damit sind wir in der Lage, den über 300 000 Altbewerbern einen qualifizierten Ausbildungsplatz anzubieten. Es würden also 300 000 junge Leute qualifiziert werden, und sie hätten eine Perspektive. Wir können natürlich auch sagen, dass wir in dem Bereich gar nichts tun und sie lieber ein Leben lang alimentieren. Ich halte das für falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Ihr habt es früher so gemacht!)

Zweiter Punkt. Wir müssen die Akademikerquote dringend anheben. Das sollten wir nicht gegen eine berufliche Qualifizierung ausspielen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie sind ja schon heiser geworden! Zu viel geschrien!)

Die Akademikerquote in Deutschland ist viel zu niedrig. Wir sollten auch diejenigen dafür gewinnen, die derzeit berufstätig sind. Lassen Sie uns sie dazu motivieren, jetzt ein Studium anzufangen und ihren Arbeitsplatz Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Wir schlagen Ihnen vor, mit 2,4 Milliarden Euro 230 000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Ich glaube, mit dieser Dimension kommen Sie der Lösung des Problems näher.

Dritter Punkt. Geringqualifizierte. Die Quote der Geringqualifizierten, die an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen, geht in den Promillebereich. Andere Länder, wie zum Beispiel Finnland - Herr Müller, Sie haben es gelernt -, zeigen uns, dass das auch ganz und gar anders geht.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wir brauchen dafür Geld, aber auch andere Konzepte. Mit Schulbänken und Klassenräumen erreichen wir diese Leute nicht. Hier muss es auf ganz anderen Wegen weitergehen.

Vierter Punkt. Wir müssen den Umfang der öffentlich geförderten Beschäftigung ausweiten. Es ist einfach falsch, so zu tun, als gebe es keine Gruppe von Menschen, die unter den gegebenen Bedingungen überhaupt keine Chance auf eine Perspektive haben. Ich glaube, für 400 000 Menschen sollten wir öffentlich geförderte Beschäftigungen anbieten, damit sie eine Perspektive, aber auch die Chance haben, aus ihrer Lage wieder herauszukommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme sofort zum Schluss. - Herr Scholz, ich bitte Sie inständig: Geben Sie Ihre Vollbeschäftigungsträume bis auf Weiteres auf! Machen Sie eine kreative, tatkräftige Politik! Schönwetterpolitik kann jeder, beweisen Sie sich und uns, dass Sie Krisen meistern können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pothmer, ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass der Einsatz von Gegenständen zu Demonstrationszwecken der Genehmigung der amtierenden Präsidentin bedarf. Es nützt dann auch nichts, dass Sie ignorant weiterreden und die Zwischenrufe der Präsidentin einfach ignorieren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: So sind die Grünen!)

Ich gebe der Kollegin Andrea Nahles, SPD-Fraktion, das Wort.

Andrea Nahles (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Die Grünen geben das Ziel der Vollbeschäftigung auf. Wir liegen jetzt bei 2,9 Millionen Arbeitslosen. Ich frage die Grünen: Ab wann stellen Sie denn dann die aktive Arbeitsmarktförderung ein? Ab 2,5 Millionen? Ab 2 Millionen? Wo ist denn dann der Punkt erreicht, an dem unser Bemühen nicht mehr darauf gerichtet sein muss, dass jeder Arbeitslose eine Zukunft mit seinem Arbeitsplatz bekommt? Da kann ich nur den Kopf schütteln, wenn Sie hier ankündigen, dass für die Grünen das Ziel der Vollbeschäftigung nicht mehr das zentrale Momentum ist.

(Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir machen nur keine falschen Versprechungen! Darum geht es!)

Wenn das nicht mehr das zentrale Momentum ist, dann stellen Sie im Grunde genommen die insgesamt 6 Milliarden Euro, die für Eingliederungsmaßnahmen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgesehen sind, infrage, und das werden wir niemals akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen niemanden aufgeben. Arbeit first. Wir wollen unsere Arbeitsmarktpolitik ganz klar auf Aktivierung ausrichten. Wir parken nicht mehr Millionen von Sozialhilfeempfängern und geben ihnen keine Chance auf aktive Arbeitsmarktvermittlung. Das haben wir doch überwunden. Ich dachte, das wäre unser gemeinsames Ziel. Wir wollen, dass jeder, der gesund ist, die Chance hat, Arbeit zu bekommen.

Mit 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, mit einem überproportionalen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit und mit den im Wesentlichen hervorragenden Zahlen bezüglich des Ausbildungsmarktes haben wir sehr gut unter Beweis gestellt, dass eine richtige Strukturreform, kombiniert mit sehr guter Arbeit der BA-Mitarbeiter, am Ende entsprechende Wirkung zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir können jedenfalls stolz darauf sein. Wenn die Grünen nicht mehr stolz auf ihre Arbeit sind, die sie sieben Jahre lang gemeinsam mit uns gemacht haben, dann bedauere ich das sehr.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Dafür müssen Sie sich nicht schämen, Frau Nahles!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Nahles, die Frau Kollegin Pothmer würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber ohne Schirm! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die brauchen wir heute nicht mehr!)

Andrea Nahles (SPD):

Nein, es tut mir wirklich leid; das geht jetzt nicht.

(Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

NEN]: Das ist kein Stil!)

Wir haben immer gesagt - das sollte man an dieser Stelle betonen -: Fordern und Fördern. Ich will vor dem Hintergrund der Bankenkrise aber auch sagen: Die Aufforderung, Fordern und Fördern, gilt nicht nur in Bezug auf Arbeitslose. Fordern und Fördern heißt für mich auch, dass diejenigen, die in den letzten Jahren die Mitbestimmung massiv angeschossen haben, erkennen, dass es ein eingebautes Korrektiv gegen Überhitzung, gegen kurzfristige Renditeorientierungen und miserable Unternehmenskultur gibt, und das ist die Mitbestimmung.

Deswegen sollten wir an dieser Stelle von denen, die von uns jetzt mit Steuergeldern finanzierte Sicherheiten bekommen haben, fordern, dass sie in Zukunft das automatische Korrektiv der Mitbestimmung nicht mehr infrage stellen, sondern es mit uns zusammen weiter ausbauen. (Beifall bei der SPD)

Ich habe mich schon gefragt: Wann? Dann habe ich mich gefragt: Wer? - Ich hatte auf Herrn Niebel gehofft.

(Dirk Niebel [FDP]: Was habe ich gemacht?)

Aber nein, es war der Sachverständigenrat, der, kaum hörten wir etwas über Krise, wieder einmal auf die Idee gekommen ist, dass das Wichtigste - -

(Dirk Niebel [FDP]: Dass Sie auf mich hoffen, macht mir Sorge!)

- Herr Niebel, jetzt warten Sie doch einmal ab, was ich meine. Es ging um die Frage: Wer bringt als Erstes den Kündigungsschutz als Hauptursache für die Krise ins Spiel? Wie gesagt, da hatte ich an Sie gedacht. Aber Sie haben mich enttäuscht, Herr Niebel.

(Dirk Niebel [FDP]: Das tut mir leid!)

Es war in diesem Falle der Sachverständigenrat. Der Sachverständigenrat hat auch eines nicht verstanden. Der Sachverständigenrat hat nicht verstanden, dass es in diesen Tagen und Wochen auch um eine Vertrauenskrise geht - die wird noch lange anhalten - und dass man in diesem Land Vertrauen nur schaffen kann, wenn es auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die abhängig Beschäftigten in dieser schwierigen Situation ein Stück Perspektive und Sicherheit gibt. Deswegen wird es mit uns auch kein weiteres Aufweichen und Lockern des Kündigungsschutzes geben, und zwar aus wohlverstandenen ökonomischen Gründen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir merken doch auch, wer jetzt wieder der Erste ist, der dran glauben muss. Das sind die, die ohnehin schon prekär beschäftigt sind, nämlich die Leiharbeiter. Wir kämpfen gerade darum, dass auch sie einen Mindestlohn erhalten; darüber beraten wir heute noch. Auch diejenigen, die wir immer wieder ein Stück weit unter Druck setzen, müssen von uns die Hand gereicht bekommen. Auch sie müssen von uns ein Signal bekommen, dass uns ihr Schicksal nicht egal ist. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir es angehen, auch Leiharbeitern den Bezug von Kurzarbeitergeld zu ermöglichen. Herr Fuchtel hat das schon angesprochen. Ich freue mich auch, dass das vom Koalitionspartner in vollem Umfang mit unterstützt wird.

Das ist ein Signal. Dann kommt noch der Mindestlohn,



(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Nein!)

und dann spüren auch diejenigen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, etwas von der guten Politik in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns auch darüber klar werden, dass wir uns angesichts der Anstrengungen, die wir mit dem Konjunkturpaket unternommen haben, vorsichtig verhalten sollten. Wir sollten uns auch keine eigenen Denkblockaden auferlegen, welche zusätzlichen Handlungsnotwendigkeiten die nächsten Monate vielleicht ergeben. Ich sage das bewusst nicht als Haushälterin, sondern als Arbeitsmarktpolitikerin.

Wir haben dabei ohnehin manchmal einen strukturellen Konflikt. Das verstehe ich, und das ist nicht mein Punkt.

Tatsache ist aber, dass es nicht ums Geldverballern geht, sondern darum, präventiv zu verhindern, dass Beschäftigung weiter ins Rutschen kommt. Den jüngsten Zahlen der BA zufolge steigt die Zahl der Anzeigen über einen drohenden Arbeitszeitausfall. Wir haben das seinerzeit gesetzlich geregelt, damit wir frühzeitig etwas für diese Menschen tun können. Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit dem verbesserten Kurzarbeitergeld und mit den 1 000 zusätzlichen Vermittlerstellen im SGB III die entsprechenden Wege eröffnen können, diesem Problem zu begegnen. Ich sage ein herzliches Dankeschön dafür, dass das im Rahmen des Konjunkturpaketes so kurzfristig in den Haushalt aufgenommen werden konnte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin im Übrigen der Auffassung, dass wir insgesamt vorausschauend agieren und agieren müssen, und zwar mit Maßnahmen, die jetzt noch dringender geworden sind, zum Beispiel die Einführung von Mindestlöhnen. Herr Fricke hat sich im Ticker vom 20. November darüber beklagt, dass die Regierung die drohenden Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II nicht berücksichtige. Aber wenn sich Herr Fricke ernsthaft Sorgen um das möglicherweise steigende Arbeitslosengeld II macht, dann habe ich eine geniale Idee: Werfen Sie bei der FDP endlich die ideologischen Blockaden in Bezug auf Mindestlöhne über Bord!

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das Parlament kann die Mindestlöhne ohne die FDP beschließen! Dafür brauchen wir die FDP nicht!)

Damit würden wir nämlich - darauf hat eben schon meine Kollegin hingewiesen - bei den Aufstockern 1,5 Milliarden Euro sparen. Das wäre sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, auch aus haushalterischer Sicht.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So einfach ist es leider nicht! - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Setzt euch in der Koalition durch!)  
Insofern ist auch der Mindestlohn an dieser Stelle von großer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mit der Feststellung schließen, dass wir in der Lage sind, die auf uns zukommenden Probleme zu bewältigen.

Ich bin insofern optimistisch. Wir machen uns aber auch nicht vor, dass es sich nur um eine kurzfristige Eintrübung handelt; wir müssen uns auf eine Strecke einstellen, deren Bewältigung nicht ganz einfach werden wird. Ich bin aber zuversichtlich. Es gibt ein sehr schönes Zitat des französischen Philosophen Jacques Derrida. Er hat sinngemäß gesagt: Die Katastrophe ist nahe, doch die Apokalypse ist von langer Dauer. - Darüber sollte man nachdenken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Brigitte Pothmer das Wort.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Nahles, Sie haben den Eindruck erweckt, als würden wir Grünen das Ziel der Vollbeschäftigung aufgeben. Das halte ich vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ich einen Vorschlag unterbreitet habe,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Klamauk haben Sie gemacht! Sonst gar nichts!)

der 1 Million Menschen zusätzlich in Qualifikation und Arbeit bringt, für infam.

Ich habe darauf hingewiesen, dass ich es angesichts der Probleme, auf die wir zulaufen - die Kanzlerin hat diese Probleme gestern in eine Reihe gestellt mit dem Aufbau in der Nachkriegszeit und der Neugestaltung Deutschlands nach dem Mauerfall; es geht also um eine Dimension eines wirklich nicht kleinen Ausmaßes -, für völlig unzureichend halte, einfach nur Vollbeschäftigung als Ziel anzugeben. Wir erwarten sehr konkrete und umfängliche Maßnahmen, aus denen hervorgeht, wie das Ziel zu erreichen ist. Statistische Manipulationen sind jedenfalls das falsche Instrument.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Haben Sie dazu einen Antrag gestellt?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Nahles, bitte.

Andrea Nahles (SPD):

Ich habe jahrelang Germanistik studiert und sogar einen Abschluss gemacht.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Deswegen möchte ich wissen, wie ich folgenden Satz zu interpretieren habe: „Herr Scholz, ..., hören Sie auf, über Vollbeschäftigung zu schwadronieren!“ - Ich interpretiere diesen Satz so: Die Grünen fordern den Arbeitsminister auf, das Ziel der Vollbeschäftigung aufzugeben.

Vielleicht muss ich mir aber noch ein paar Semester grüner Sprachphilosophie gönnen.

Frau Pothmer, die ganze Zeit schwadronieren Sie von einem bedarfsunabhängigen Bürgergeld, oder wie auch immer das heißen mag.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich? Nie!)

Viele in Ihrer Partei hängen hieran große Hoffnungen.

Frau Pothmer, was halten Sie von Folgendem: Wir haben, obwohl uns die Haushälter das Leben schwer gemacht

haben, den Eingliederungstitel bei 10 Milliarden Euro gehalten. Mit konkreten Eingliederungsmaßnahmen geben wir 100 000 Menschen mit großen Vermittlungshemmnissen eine Jobperspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Privatwirtschaft oder bei öffentlichen Arbeitgebern. Soll ich Ihnen jetzt im Ernst unseren gesamten arbeitsmarktpolitischen Katalog vortragen, über den wir im Ausschuss gemeinsam diskutiert haben?

(Dirk Niebel [FDP]: Dafür reichen die drei Minuten! Das können Sie machen!)

Ich glaube, das muss ich nicht. Sie legen in Ihren Reden zu viel Wert auf Provokation. Ich werde in Zukunft einfach mehr weghören. Dann müssen wir uns nicht streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dirk Niebel [FDP]: Geht doch Kaffee trinken! - Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zur Erwidern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Frau Kollegin Pothmer, Sie müssen sich ein bisschen mehr mit der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages befassen. Dann wüssten Sie, dass eine Kurzintervention auf eine Kurzintervention leider nicht möglich ist.

Ich gebe jetzt das Wort dem Kollegen Dr. Heinrich Kolb, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Ich möchte zuerst der Kollegin Waltraud Lehn alles Gute wünschen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Waltraud Lehn hat uns in den letzten Jahren von ihrer Familie, von ihren Familientreffen, von Tante Käthe, Onkel Otto und Onkel Paul erzählt und damit ein Stück Lebenswirklichkeit und Lebenserfahrung in die Debatte gebracht. Das wird uns fehlen. Ich wünsche ihr alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Anfang der Woche war in den Zeitungen zu lesen, dass die Koalition, zumindest die Union, den ehrbaren Kaufmann wiederentdeckt hat. Ich halte diesen Ansatz für durchaus verfolgenswert. Wenn ich mir aber vor Augen führe, welche Eigenschaften einen ehrbaren Kaufmann auszeichnen - Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Weitblick, Entschlossenheit, Fleiß, Gerechtigkeit, Verlässlichkeit und vielleicht auch ein bisschen Demut -, dann muss ich feststellen: Das Zahlenwerk des Haushaltes 2009 wird diesem Anspruch nicht gerecht, Herr Minister Scholz. Die Bundesregierung handelt nicht wie ein ehrbarer Kaufmann.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Mit Demut ist es bei Ihnen auch nicht weit her!)

Das Motto der Bundesregierung für 2009 scheint eher zu sein: „Augen zu und durch!“, vielleicht ergänzt durch den

rheinischen Hoffnungssatz: Es ist noch immer gut gegangen. Herr Scholz, das ist der FDP-Bundestagsfraktion angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen - die Nachrichten vom Arbeitsmarkt werden schlechter werden; Herr Weise geht von 30 000 bis 130 000 Arbeitslosen mehr im Laufe des Jahres 2009 aus -, (Dirk Niebel [FDP]: Registrierte!) zu wenig.

Ich will Ihnen sagen, was wir für nötig erachten. Das sind vier Dinge: eine realistische Einschätzung der Lage, Vermeidung von Aktionismus, ein Neubelastungsverbot und schließlich ein konsequentes Entlastungsgebot. (Beifall bei der FDP)

Zum ersten Punkt, zur realistischen Einschätzung der Lage. Herr Scholz, ein ehrbarer Kaufmann bilanziert ehrlich und schonungslos. Er macht sich selbst nichts vor. Er schönt seine Bilanz nicht. Sie tun das aber; denn Sie wollen mehr als 100 000 Arbeitslose, die von privaten Vermittlern betreut werden, aus der Statistik herausnehmen. Ein ehrbarer Kaufmann ist ausgabenrealistisch. Das sind Sie bei den Leistungen nach dem SGB II nicht. Die Kollegin Winterstein hat das in ihrer Rede schon deutlich gemacht.

Zum zweiten Punkt. Der ehrbare Kaufmann wartet nicht ab, bis der Schaden eintritt. Er handelt rechtzeitig und weitsichtig, aber nicht aktionistisch. Ich will Ihnen das an einem Beispiel erläutern, Herr Minister. Die Einschätzung der Entwicklung 2009, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt schwieriger wird, dass die Arbeitslosigkeit zunehmen wird und dass sich das Angebot an Arbeitsplätzen eher verringern wird, ist realistisch. Was aber macht die Bundesregierung angesichts eines sich verknappenden Angebotes an Arbeitsplätzen? Sie kündigt an, dass sie tausend neue Vermittler einstellen wird. Herr Scholz, ich muss Sie daran erinnern: Sie wollten die weltbeste, nicht die weltgrößte Arbeitsvermittlung schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Mir kommt der Versuch, vor dem Hintergrund eines rückläufigen Angebotes an Arbeitsplätzen die Arbeitslosigkeit mit der Einstellung neuer Vermittler zu bekämpfen, etwa so vor, als wenn man nach einer Missernte die drohende Hungersnot durch die Aufstockung des Küchenpersonals abwenden wollte. Das wird so nichts werden.

Herr Scholz, beenden werden Sie damit allenfalls die Arbeitslosigkeit der neu angeworbenen Vermittler.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: das Belastungsmoratorium. Ein ehrbarer Kaufmann bürdet seinem Unternehmen in schweren Zeiten nicht neue Belastungen auf. Das heißt für Sie, Herr Scholz: Projekte wie der Mindestlohn per Entsendegesetz oder auch Mindestarbeitsbedingengesetz, Projekte wie die unsägliche Reform der Erbschaftsteuer, bei der aus rein ideologischen Gründen an einem willkürlich gesetzten Aufkommen festgehalten wird, verbieten sich. Das sind Mühlsteine am Hals des deutschen Mittelstandes. Sie ziehen die Unternehmen im Strudel der Krise nach unten.

(Beifall bei der FDP)

Vierter Punkt. Ich sehe ein Entlastungsgebot. Es geht

um die konsequente Nutzung von Handlungsspielräumen. Das gilt für die Entlastung bei den Steuern ebenso wie für Beitragssenkungen in der Sozialversicherung und natürlich auch für den Abbau von Bürokratie. Ein Zuviel an Entlastung kann es in der derzeitigen Situation nicht geben. Ich bin der Meinung, dass Steuer- und Beitragssenkungen besser und direkter als jedes zusammengewürfelte Konjunkturprogramm wirken.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen schlägt die FDP-Fraktion vor, den Rentenversicherungsbeitrag von heute 19,9 Prozent im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6 Prozent abzusenken.

(Beifall bei der FDP)

Das entlastet die Beitragszahler um weitere 3 Milliarden Euro, die auch den Menschen mit einem geringen Einkommen zugutekommen.

Sie, Herr Scholz, lehnen hier eine Senkung der Sozialversicherungsabgaben mit fadenscheinigen Begründungen

ab. Das finde ich erstaunlich, weil Sie noch im Mai dieses Jahres in einem Interview mit der Wirtschaftswoche Folgendes gesagt haben - ich zitiere -:

Viele Volkswirte raten uns dazu, weil das die Beschäftigung ganz unmittelbar fördern würde. Davon haben alle etwas - von den Bürgerinnen und Bürgern, die wenig verdienen, bis hin zum mittleren Management. Nehmen Sie zum Beispiel die Familie, die bis zu 60 000 Euro im Jahr verdient. Sie leidet doch unter der Abgaben- und nicht unter der Steuerlast. Und die Unternehmen

- das haben Sie damals gesagt, Herr Scholz - profitieren auch: Wer viele Mitarbeiter beschäftigt, wird bei den Sozialabgaben besonders entlastet.

Ich sage Ihnen: Diese Entlastung, diese Absenkung ist machbar, ohne dass dafür die Nachhaltigkeitsrücklage angegriffen werden muss. Wir müssen anders als in der Arbeitslosenversicherung nicht an die Reserven herangehen. Nur der Aufbau der Rücklage soll ausgesetzt werden. Wenn das gilt, was die Bundeskanzlerin gestern an dieser Stelle gesagt hat, dass nämlich außergewöhnliche Umstände besondere Maßnahmen erfordern, dann, Herr Scholz, gibt es keinen, aber auch wirklich gar keinen Grund, den Menschen diese Entlastung nicht zuteilwerden zu lassen. Die BDA und der ZDH haben sich hinter diese Forderung gestellt. Daher sollten wir diese Forderung gemeinsam beschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächster Redner ist der Kollege Max Straubinger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!  
Dieser Bundeshaushalt ist ein Beleg der sozialen Verantwortung der Bundesregierung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, aber auch gegenüber den sozial Bedürftigen in unserem Land. Der Kollege Fuchtel hat hier bereits dargelegt: Über 42 Prozent dieses Bundeshaushaltes werden für die soziale Sicherung der Menschen in unserem Land und für die Arbeitsmarktpolitik ausgegeben.

Deshalb, lieber Herr Kollege Kolb, ist diese Bundesregierung der ehrbare Kaufmann, dessen Aufgabe es ist, auch zukünftig gut zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle fest: Die Prognosen der Opposition waren in der Vergangenheit immer falsch.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So ist das!)

Wir haben einen großen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland mittlerweile die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat, nämlich knapp 28 Millionen. Die Zahl der erwerbstätigen Personen liegt bei 40,5 Millionen. Das ist die höchste Zahl, die es in der Bundesrepublik jemals gab. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren zu verzeichnen. Auch dies sind die Erfolge dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, man sollte häufiger darlegen, wie es zu diesem Ergebnis kam. Es kam dazu nicht wegen der Untätigkeit der Regierung, sondern im Gegenteil wegen der vielfältigsten Maßnahmen, die wir zur Modernisierung der Arbeitsverwaltung eingeleitet haben. Herr Kollege Kolb hat gerade kritisiert, dass wir tausend neue Vermittler einstellen; Vermittlungstätigkeit ist aber nur durch Personen zu erreichen. Wenn wir derzeit Gott sei Dank an die 800 000 offene Stellen zu verzeichnen haben, so müssen diese so schnell wie möglich besetzt werden. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung mehr für die Vermittlungstätigkeit tut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben auch einen guten Beitrag durch die Senkung der Beitragssätze geleistet. Kollege Fuchtel und der Herr Bundesminister haben darauf hingewiesen. Beim Antritt dieser Bundesregierung lag der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung bei 6,5 Prozent. Wir haben ihn kontinuierlich auf 4,2 Prozent und dann auf 3,3 Prozent gesenkt, und ab Januar nächsten Jahres wird er bei 2,8 Prozent liegen. Damit haben wir die Betriebe und natürlich auch die Versicherten entlastet und darüber hinaus die Konjunktur gestützt. Deshalb war diese Politik auch in der Vergangenheit alternativlos. Kollege Kolb hat vorhin das Verhalten des ehrbaren Kaufmanns eingefordert. Deshalb bin ich jetzt über seine Forderung schon überrascht, den Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zu senken.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist problemlos machbar!)

Natürlich kann man grundsätzlich sagen, die Beitragssätze sollten gesenkt werden. Zum Verhalten des ehrbaren Kaufmanns gehört aber auch, Herr Kollege Kolb, dass er sich an die gesetzlichen Grundlagen hält. Die gesetzliche Grundlage besteht darin, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung erst dann gesenkt wird, wenn Rücklagen in einem Umfang von eineinhalb Monatsrenten aufgebaut sind. Auch das gehört zu einer verlässlichen Politik in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auf die Vermittlungstätigkeit zurückkommen.  
Ich wende mich massiv dagegen – das hat Frau  
Kollegin Kipping heute gesagt –, die Menschen seien  
dem Jobcenter und damit den Verantwortlichen und denen,  
die den Menschen helfen wollen, ausgeliefert.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ungeheuerlich!)

– Ungeheuerlich. –

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Der Kollege  
Fuchtel hat das doch bestätigt! Er hat  
doch gesagt, dass das so ist!)

Wollen Sie, Frau Kollegin Kipping, dass die Menschen  
arbeitslos bleiben? Wir schaffen in diesen Jobcentern  
Angebote für Menschen, die erwerbsfähig sind.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie müssen sich  
mit Ihrem Fraktionskollegen Fuchtel abstimmen!

– Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:

Wissen Sie überhaupt, was ein Jobcenter ist?!)  
Diese Angebote müssen erwerbsfähige Menschen dann  
aber auch annehmen. Sozialpolitik kann nicht darin bestehen,  
dass manchen gut arbeitenden Menschen möglichst  
hohe Beiträge abverlangt werden, damit möglichst  
viele Menschen keine Arbeit anzunehmen brauchen.  
Ich erinnere an die gestrige Debatte. Kollege  
Lafontaine hat hier wiederum die Leiharbeit kritisiert.  
Gerade Leiharbeit hat in den vergangenen Jahren einen  
wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass auch Langzeitarbeitslosigkeit  
in unserem Land bekämpft werden konnte,  
dass Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gekommen  
sind und dass sie überhaupt eine Arbeitsstelle gefunden  
haben. Damit konnten sie auch beruflich qualifiziert  
werden. Das geschah sicherlich nicht immer zu dem  
Lohn, den sich jeder wünscht, aber es wurden den Langzeitarbeitslosen  
damit Chancen eröffnet. Ihre Alternative  
ist, die Menschen in der Arbeitslosigkeit verharren zu  
lassen. Das ist eine verfehlte Sozialpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Kollegin Pothmer hat vorhin begonnen, als ob  
sie eine Büttenrede halten wollte. Sie hat kritisiert, dass  
wir wegen der zukünftigen Herausforderungen einen  
Schirm aufspannen. Dieser Schirm ist aber notwendig,  
Frau Kollegin Pothmer.

(Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN] ist im Gespräch mit der Abg.

Andrea Nahles [SPD])

– Wenn Sie mir vielleicht Ihre Aufmerksamkeit schenken  
könnten? – Es geht nicht, macht nichts. –

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Entschuldigung!)

Wenn wir die Finanzkrise bewältigen wollen, dann  
müssen wir einen Schirm aufspannen. Offensichtlich  
wollten das die Grünen nicht; Sie haben es hier ja gerade  
kritisiert. Mit solchen Schirmen werden die Arbeitsplätze  
in unserem Land gesichert bzw. erhalten. Das ist  
das entscheidende Argument dafür, dass der Staat solche  
unterstützenden Leistungen gewährt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir treten für die Unterstützung der arbeitenden Menschen  
in unserem Land ein. In dieser Debatte ist auch  
wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir ein großartiges  
soziales Sicherungssystem für die Menschen in unserem

Land haben, dass dies auch weiterhin finanziert wird und dass es auf einer soliden finanziellen Grundlage steht. Der Kollege Fuchtel hat darauf hingewiesen, dass gerade die Rentenversicherung solide finanziert ist. Das ist ein Beleg für die Qualität unseres Rentensystems, das sich auch in Krisenzeiten bewährt. Das bedeutet auch, dass sich die Rentnerinnen und Rentner auf dieses System verlassen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir in der Lage sind, eine gute Sozialpolitik für die Menschen in unserem Land zu betreiben, für viele Arbeitsplätze zu sorgen und damit auch die soziale Sicherheit für die Menschen zu garantieren. Deshalb kann ich allen nur empfehlen, diesem Bundeshaushalt die Zustimmung zu geben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Der Kollege Scholz möchte gern mit einer Kurzintervention auf die Rede von Herrn Kollegen Kolb reagieren.

Olaf Scholz (SPD):

Herr Kollege Kolb, Sie haben mich wegen der Rücklagen der Rentenversicherung angesprochen. Darauf möchte ich reagieren.

Ich glaube, dass die Rentenversicherung Vertrauen verdient. Es ist ganz wichtig, dass wir dafür sorgen, dass die finanzielle Stabilität der Rentenversicherung gewährleistet ist. Das ist uns gelungen, und darum wachsen Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr die Rücklagen der Rentenversicherung an. Wir sind jetzt bei einer Monatsausgabe angelangt. Das ist ein Wert, der von dem, was wir erreichen wollen - anderthalb Monatsausgaben -, noch entfernt ist. Das Vertrauen der Rentnerinnen und Rentner in die Rentenversicherung ist jetzt groß, weil sie gesehen haben, dass das eine gute Einrichtung ist. Um das zu erkennen, reicht es, zu betrachten, was amerikanische Pensionäre heute erleben müssen, nachdem ihre Rücklagen durch die Veränderung der Börsenkurse um über 1,5 Billionen Dollar reduziert worden sind.

Eines ist ganz klar: Wer jetzt an diese Rücklagen herangeht - wie Sie es wollen, Herr Kolb -, der versetzt den Rentnerinnen und Rentnern einen Stich ins Herz; er gefährdet ihr Vertrauen in das System der Rentenversicherung. Das ist das Falscheste, was man in einer wirtschaftlichen Krise wie der jetzigen machen kann. Mit mir wird es eine solche Veränderung und ein Angreifen der Rücklagen nicht geben, weder jetzt noch im Januar noch im restlichen nächsten Jahr.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zur Entgegnung, Herr Kollege Kolb, bitte.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Scholz, das Muster ist nicht unbekannt.

Ich denke an die Entfristung der Abgabefreiheit bei der Entgeltumwandlung: Auch da hat die Regierung bis zum



letzten Moment alles abgestritten, um dann genau das zu machen, was die FDP vorher - ebenfalls über lange Zeiträume - gefordert hatte.

Ich sage Ihnen, Herr Scholz: Wir haben uns diese Forderungen nicht leichtgemacht. Wir haben uns das sehr genau angeschaut. Wir haben in der Rentenversicherung jetzt eine Reserve - das haben Sie zu Recht gesagt - von einer Monatsausgabe. Das hatten wir sehr lange nicht. Wir erachten das im Moment als ausreichend. Es ist so, dass der Überschuss in der Rentenversicherung im nächsten Jahr knapp 3 Milliarden Euro betragen wird. Das ist die Prognose der Bundesregierung, zuletzt auch im Rentenversicherungsbericht vorgetragen.

Wir haben diesbezüglich zweimal im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages nachgefragt: Bleibt ihr dabei, dass das so ist?

Antwort zweimal: Ja. Macht es wirklich Sinn, in dieser Situation, in der wir nach Angaben der Kanzlerin eine Weltrezession erwarten, in der die Krise auf die Realwirtschaft übergreift, einfach so weiterzumachen, wie es bisher geplant war, und stur eine Rücklage, die schon jetzt ausreichend hoch ist, weiter aufzubauen? Oder kann man diese Mittel, diese 3 Milliarden Euro Überschuss, nächstes Jahr anderweitig einsetzen? Das würde genau dann der Fall sein, wenn wir den Beitrag um 0,3 Prozentpunkte senkten.

Sie selbst gehen davon aus, dass der Beitrag ab 2012 gesenkt werden kann, weil die Rücklage dann aufgefüllt ist. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass in den Jahren nach 2011 ein weiterer starker Aufbau der Rücklage erfolgen wird. Dann wollen Sie den Beitrag sogar auf 19,2 Prozent absenken. Ich glaube, es wäre gutes, antizyklisches Verhalten, wenn wir jetzt Senkungsspielräume nutzen, um eine Krise erst gar nicht entstehen zu lassen.

Das Letzte - das geht an die Adresse des Kollegen Straubinger -: Gesetze können von diesem Hohen Hause geändert werden. Wir sollten in schwierigen Situationen - da zitiere ich gern noch einmal die Kanzlerin - auch außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen. Die Inkaufnahme der Reduzierung der Rücklage und die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,9 Prozent auf 19,6 Prozent gehören dazu.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Elke Reinke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Elke Reinke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Werte Gäste! Ich finde es immer wieder aufs Neue außerordentlich beschämend und respektlos, in welche Ecke manche Politiker Erwerbslose stellen. In der vergangenen Sitzungswoche forderte die Linke, auch Kindern aus Hartz-IV-Familien die 10 Euro Kindergelderhöhung zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu fiel Herrn Romer von der CDU/CSU-Fraktion folgende

Peinlichkeit ein:

Ich kenne Beispiele, wo Kinder vernachlässigt werden und zusätzliche Mittel in Alkohol, Zigaretten oder einen neuen Flachbildfernseher fließen.

Das zeigt Ihr wahres Gesicht, Herr Romer.

In die gleiche Kerbe schlägt der Berliner Finanzsenator Sarrazin. Er meint, dass eine Regelsatzerhöhung in Flachbildschirme, Videorekorder und MP3-Player fließt, wodurch das Geld nach Fernost abwandert. Das sagt jemand, der unentwegt Sozialmissbrauch wittert. Ein führender Sozialdemokrat! Wie arrogant und alltagsfern muss man sein, um so einen Mist zu verbreiten?

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unerträglich, wie Menschen, die sowieso schon am sozialen Abgrund stehen, dauerhaft beleidigt und als „Sozialschmarotzer“ hingestellt werden. Ich erinnere Sie an Art. 1 unseres Grundgesetzes. Nehmen Sie ihn endlich ernst!

(Beifall bei der LINKEN)

Über die Schuldigen der Finanzmarktkrise spannen Sie einen milliardenschweren Rettungsschirm, ohne diese Schuldigen in die Verantwortung zu nehmen; aber Millionen Menschen, die unverschuldet in Erwerbslosigkeit gekommen sind, lassen Sie im Regen stehen. Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Kranke, Behinderte, Migrantinnen und Migranten schauen beim Aufschwung in die Röhre, und jetzt im Abschwung werden sie weiter geschröpft.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun kommt die Regierung mit einem zweifelhaften Konjunkturprogramm. Doch was hilft es den rund 7 Millionen Hartz-IV-Beziehenden, wenn sie von der Kfz-Steuer für Neuwagen entlastet werden? Sie sind doch froh, wenn sie ihre 15 Jahre alte Rostlaube behalten dürfen.

Die Linke fordert, die Regelsätze umgehend auf 435 Euro anzuheben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde die Binnennachfrage steigern und die Konjunktur ankurbeln. Die damit steigenden Kosten der Unterkunft dürfen aber nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Hier ist klar der Bund gefordert, die zusätzlichen Kosten zu übernehmen.

(Iris Gleicke [SPD]: Die eierlegende Wollmilchsau!)

Schließlich wurde den Kommunen schon mit Einführung von Hartz IV eine Entlastung um 2,5 Milliarden Euro zugesagt. Das alles wäre ein erster Schritt in Richtung repressionsfreie, armutsfeste, wirklich soziale Grundsicherung.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann Menschen, die am Existenzminimum leben, doch nicht noch mehr belasten, während man Reiche immer reicher werden lässt. Das ist ein Widerspruch in sich und verstößt gegen die Menschenwürde.

Momentan decken die Grundsicherungsleistungen das soziokulturelle Existenzminimum nicht annähernd ab. Das sagt auch eine Studie der Bundesagentur für Arbeit. Eine ausgewogene gesunde Ernährung ist kaum möglich. Die Mittel reichen weder für Bustickets noch

für Medikamente; von Teilhabe an Kultur kann nicht die Rede sein. Wann begreifen Sie endlich, dass Kinder einen eigenen Bedarf haben und nicht 60 bzw. 80 Prozent Mensch sind? Wann begreifen Sie, dass Kinder wachsen? Nach dem aktuellen Existenzminimumbericht will die Regierung eine minimale Erhöhung des Eckregelsatzes vornehmen. Eines ist klar: Jeder Cent zählt. Aber die geplante Anhebung deckt nicht annähernd die gestiegenen Kosten für Energie, Lebensmittel, Kleidung oder Spielsachen ab. Die Linke fordert, die Regelsatzhöhe an den Lebenshaltungskosten auszurichten. Woran denn sonst?  
(Beifall bei der LINKEN)

Für Bildung sind im Regelsatz nach wie vor sage und schreibe 0 Euro vorgesehen. Dabei meint die Regierung: Bildung ist das beste Mittel gegen Armut. – Aber Sie wollen, dass Hartz-IV-Beziehende systematisch von Bildung ausgeschlossen werden. „Ist das politische Absicht?“, frage ich mich.

Die Bundesregierung stellt zudem immer wieder mit großer Heuchelei fest, dass sich die sogenannten bildungsfernen Schichten – das ist Ihre sehr unschöne Bezeichnung – vergrößern. Das ist in meinen Augen eine zynische Doppelmoral. Ihre Politik verfestigt Bildungsarmut.  
(Beifall bei der LINKEN)

Im kommenden Jahr steht wieder pünktlich vor der Bundestagswahl eine Erhöhung des mickrigen Regelsatzes an. Glauben Sie mir: Die Betroffenen wissen ganz genau, wem sie ihr Elend zu verdanken haben.  
(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Frau Kollegin!

Elke Reinke (DIE LINKE):

Ich komme zum letzten Satz. – Nicht umsonst gehen jeden Montag bundesweit viele Menschen auf die Straße. Vergangene Woche hatten wir in Aschersleben die 222. Montagsdemo in Folge. Von Anfang an haben wir nichts anderes gesagt als das, was nun das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts bestätigt hat: Die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze verstößt gegen das Grundgesetz.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Frau Kollegin, das war jetzt bestimmt der zehnte Satz. Ich bitte Sie jetzt wirklich, zum Ende zu kommen.

Elke Reinke (DIE LINKE):

Ich möchte bitte noch einen wichtigen Satz sagen, Frau Präsidentin.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/  
CSU und der FDP)

Solange Sie zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich jeden Tag weiter auseinandergeht, haben Sie nicht das Recht, das Wort „soziale Gerechtigkeit“ in den Mund zu nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Wolfgang Meckelburg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Der letzte Redner vor einer namentlichen Abstimmung hat es bekanntlich etwas schwerer; aber ich bemühe mich, Ihnen noch einmal eine Zusammenfassung zu liefern, der man folgen kann.

Es ist in heutiger Zeit schwierig, Haushaltsberatungen durchzuführen. Niemand weiß genau, wie sich das nächste Jahr entwickeln wird. Politik sollte nur das versprechen, was sie auch wirklich halten kann. Wir könnten so tun, als gäbe es keine Krise, und nichts machen. Das wäre falsch. Wir könnten aber jetzt auch das Chaos ausrufen und alles Mögliche unternehmen. Das wäre genauso falsch. Das wäre nämlich ein ganz falsches Signal. Das sage ich hauptsächlich in Richtung der Linken. Frau Pothmer, Ihre Geschichte eben mit dem Schirm habe ich nicht verstanden. Bisher habe ich Sie für eine ernst zu nehmende Debattenrednerin gehalten. Diesmal war es eher ein Karnevalsauftritt. Ich hoffe, Sie haben an den belehrenden Worten der Präsidentin gemerkt, dass das hier nicht hingehört, vor allem nicht in einer solchen Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seien Sie nicht so humorlos!)

Meine Damen und Herren, es gibt Hauptbotschaften. Die erste lautet: Wir sind zur Jahreswende 2008/2009 besser aufgestellt als vor drei Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir können eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen: Die Arbeitslosenzahl ist von 5 Millionen auf jetzt unter 3 Millionen gesunken. Wir sind bei der Vermittlung älterer Arbeitsloser in Beschäftigung einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Wir haben immer noch offene Stellen. Vor allem an einer Stelle sind wir besonders deutlich weitergekommen - das wird heute gerne als „gute“ Arbeit bezeichnet -, nämlich bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In den 65 Monaten vor März 2006 ist die Zahl dieser Beschäftigten Monat für Monat zurückgegangen. Innerhalb der letzten Monate und Jahre der rot-grünen Regierung haben wir 1,7 Millionen Arbeitsplätze „guter“ Arbeit verloren. Wenn Sie sich nun die Zahl anschauen, die heute veröffentlicht worden ist, dann stellen Sie fest, dass wir es seit der Trendwende im März 2006 bis heute geschafft haben, wieder eine Zahl von 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zu erreichen.

Das sind vom absoluten Tiefpunkt aus gerechnet 2 Millionen mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in den letzten drei Jahren das, was verloren gegangen ist, mehr als ausgebügelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insofern gilt der Satz: Wir sind gut aufgestellt. Wir haben den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in mehreren Stufen verringert, von 6,5 Prozent auf im nächsten Jahr 2,8 Prozent. Das bringt insgesamt eine Entlastung von 30 Milliarden Euro für Arbeitnehmer und Unternehmer. Das kommt einer Gehaltserhöhung in ebendiesem Umfang gleich. Auch das entlastet die Wirtschaft

und die Arbeitnehmerhaushalte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun zur zweiten Hauptbotschaft: Wir haben die Rentenversicherung wieder stabilisiert. In den letzten Jahren von Rot-Grün erlebten wir ein Ausplündern der Rücklage. Wir sind bei stabilen Beiträgen und wieder steigenden Renten jetzt dabei, wieder eine Rücklage aufzubauen. Diese sollten wir auch nicht antasten, weil niemand genau weiß, wie es in den nächsten zwölf Monaten weitergeht.

Man kann über alles reden. Zum jetzigen Zeitpunkt aber über Beitragssenkungen zu reden, ist wirklich falsch, auch wenn Sie von der FDP bei diesem Thema immer leuchtende Äuglein bekommen. Gestern hat Herr Westerwelle hier gemeint, die Politik der Großen Koalition sei nun keine Politik der kleinen Schritte mehr, sondern eine Politik der eingeschlafenen Füße.

(Beifall bei der FDP)

Bei Ihnen von der FDP habe ich den Eindruck, dass Sie bei Themen wie der Beitragssatzsenkung jedes Mal Ihren blau-gelben Strampelanzug anziehen, mit den Füßchen strampeln, kieksen und sich freuen. Sie müssen erst einmal wieder auf einem realen Boden laufen lernen, wenn Sie wieder mitregieren wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die dritte Botschaft: Wir haben schnell und verantwortungsvoll für das Funktionieren der Finanzmärkte gesorgt, indem wir einen Schirm aufgespannt haben. Hätten wir dies nicht getan, brauchten wir über all die Themen, die jetzt den Bundeshaushalt betreffen, gar nicht zu reden. Erst mussten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass wieder Kredite gegeben werden, sodass investiert werden kann und Arbeitsplätze erhalten werden können. Wenn Sie von der Linken immer wieder sagen, für die Banken seien 500 Milliarden Euro vorhanden, für die Ärmsten der Armen aber nichts, dann verwechseln Sie Äpfel und Birnen. Das eine ist notwendig, um die Rahmenbedingungen zu erhalten; diese Mittel werden nicht aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Demgegenüber reden wir hier über Zahlen des Bundeshaushalts.

Unsere vierte Botschaft lautet: Wir wollen den Haushalt stabil erhalten. Wir verschieben das Erreichen des Endes der Neuverschuldung um ein oder zwei Jahre; aber es bleibt für uns die Leitschnur, von vermehrten Ausgaben wegzukommen.

Das Maßnahmenpaket für Arbeit und Wachstum stellt einen weiteren Schritt dar, um gut aufgestellt zu sein. Im Bereich der Gebäudesanierung werden zusätzliche Investitionen möglich sein. Der Steuerbonus für Handwerkerleistungen ist verdoppelt worden; dies wird helfen, im Handwerk Arbeitsplätze zu sichern. Bei der Beschäftigungssicherung haben wir Sonderprogramme für Ältere und Geringqualifizierte ausgebaut und die Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes von 12 auf 18 Monate erhöht. All diese Maßnahmen sind geeignet, in dem krisenhaften Jahr 2009 die Beschäftigung so stabil wie möglich zu halten. Alle sind aufgefordert, daran mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Letztes sage ich in Richtung der Linken: Wir haben

die Anträge voller Ideologien, populistischer Ansätze und Heilsversprechen verhindert, die Sie über drei Jahre lang in den Bundestag eingebracht haben.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wir haben immer ganz konkrete Anträge!)

Immer dann, wenn es um die Frage ging, wie etwas zu bezahlen sei, haben wir von Ihnen gehört, zahlen sollten die Vermögenden und Reichen. Haben Sie nicht mitbekommen, dass diese Menschen dann, wenn sie so besteuert würden, dass sie nicht mehr leben könnten, schnell aus Deutschland weg wären? Wenn sie aber Deutschland verlassen hätten, fehlten uns allen die Rahmenbedingungen, um das bezahlen zu können, was wirklich bezahlt werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Widerspruch bei der LINKEN)

Auch heute legen Sie wieder nur ein Programm auf den Tisch, mit dem Sie 7 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben wollen. Das ist Ihre Politik. Sie sagen am Ende nicht, woher das Geld dafür kommen soll, weil in diesem Fall die Menschen, die es bezahlen sollen, längst weg wären.

Sie machen jetzt erneut den Versuch, die Finanzkrise für sich auszunutzen. Kolleginnen und Kollegen von der Linken, bei dieser Nummer werden Sie sich verheben. Zwar bekommen Sie durch das Thema „Finanzzocker“ zunächst Wasser auf Ihre Mühlen. Aber am Ende steht die Frage, wem die Deutschen zutrauen, sie durch diese schwierige Zeit zu führen. Hier sind eine Politik und Politiker gefragt, die Vertrauen haben.

(Lachen bei der LINKEN)

Wir brauchen keine Politiker wie Gysi und Lafontaine, die abhauen, sondern eine standfeste Kanzlerin und eine standfeste Regierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Wir kommen zunächst zu dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11059. Die Fraktion Die Linke verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? - Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Hat ein Mitglied des Hauses seine Stimme noch nicht abgegeben? - Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.03 bis 13.09 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke bekannt. Es geht dabei um den Einzelplan 11, den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Abgegeben wurden 534 Stimmen. Es haben 45 Abgeordnete mit Ja gestimmt. Mit Nein haben 489 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Enthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11056. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag?

- Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion, bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Linken.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 11 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 11 ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt II.13 auf:

Einzelplan 17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
- Drucksachen 16/10416, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Ole Schröder

Petra Hinz (Essen)

Otto Fricke

Roland Claus

Anna Lührmann

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, wobei wir über einen Änderungsantrag namentlich abstimmen werden. Außerdem liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir morgen im Anschluss an die Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Das ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Kollegin Ina Lenke von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ina Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Einzelplan 17 stehen Familien, Frauen, Senioren, der Zivildienst und die Jugend im Mittelpunkt. Die Steigerung der Ausgaben im Einzelplan 17 täuscht aber darüber hinweg, dass die Regierung den Familien in den letzten Monaten und Jahren eine hohe Steuer- und Abgabenlast aufgebürdet hat. Seit Jahren gibt es keine echte Steuersenkung für Familien. Im Gegenteil: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat - das wissen wir doch alle - Familien mit Kindern Geld gekostet, ihnen das Geld aus der Tasche gezogen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Familie mit zwei Kindern muss jedes Jahr 1 600 Euro mehr lohnen. Sie hat höhere Ausgaben. Sie

wissen ja, wo die Mehrwertsteuer überall zuschlägt.  
Auch gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit  
wird im Gesamthaushalt 2009 verstoßen.

Ich habe im Bereich der Familienpolitik eine besonders  
große Kritik an dieser Regierung:

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Nur in der Familienpolitik?)

Seit Jahren drückt sie sich vor der Evaluierung, der Prüfung  
der ehe- und familienbezogenen Leistungen in  
Höhe von 185 Milliarden Euro. Wenn Sie sich die dort  
bestehenden 145 Töpfe anschauen, dann wissen Sie  
doch, dass sie historisch gewachsen sind, dass sich vieles  
vielleicht gegenseitig ausschließt, dass vieles vielleicht  
weg muss oder neu geschaffen werden muss.

Ich muss sagen: Ich bin sehr enttäuscht. Die Regierung  
hat immer gesagt, sie wolle eine Analyse machen.

Kurz vor dieser Haushaltsberatung hat sie gesagt - wir  
haben immer wieder nachgefragt -, das könne man selber  
machen; es gebe sehr viele Gutachten. Ich glaube,  
dass wir das nicht machen sollten. Vielmehr muss uns  
diese Bundesregierung mit dieser Familienministerin  
noch in dieser Legislaturperiode Antwort darauf geben.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP will diese 185 Milliarden Euro zielgerichtet  
ausgeben für Familien, für Alleinerziehende, für Paare,  
die erwerbstätig sind und gerade mal so über die Runden  
kommen. Dazu habe ich ein gutes Beispiel: das Schulstarterpaket.  
Sie geben nur den Familien 100 Euro

- das steht im Gesetz zur Förderung von Familien und  
haushaltsnahen Dienstleistungen -, die staatliche Leistungen  
beziehen. Die Familien, deren Einkommen knapp  
über der Bemessungsgrenze liegt, die ihr Einkommen  
selbst sichern, aber trotzdem zu wenig haben, bekommen  
das Starterpaket nicht. Das finde ich unseriös und  
unsozial. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Das Größte ist, dass Sie das Schulstarterpaket für  
Kinder von Hartz-IV-Empfängern nur bis zur 10. Klasse  
geben, also nur bis zum Ende der Sekundarstufe I. Frau  
Humme, ich habe im Gesetz nicht gelesen, dass Sie dieses  
Geld auch bei einem Besuch der gymnasialen Oberstufe  
gewähren. Sie könnten in Ihrer Rede ja einmal erklären,  
warum Sie so etwas machen. Ich kann das nicht  
verstehen. Wenn, dann sollten Sie den Kindern von  
Empfängern staatlicher Leistungen das Schulstarterpaket  
für die gesamte Schulzeit gewähren. So geht das meines  
Erachtens nicht. Das ist in Teilen wirklich nicht in Ordnung.  
Wenn ich mir die Legislaturperiode anschau, stelle  
ich fest, dass Sie sich auf Gesetze geeinigt haben, die  
enorm fehlerhaft sind. Weil ich so wenig Redezeit habe,  
will ich hier nur auf den Kinderzuschlag und das Elterngeld  
zu sprechen kommen. Diese Regierung hat eine  
Analyse der Wirkung des Elterngeldes nicht vorgelegt.  
Sie hat nur einen Bericht vorgelegt. Sie hat nichts zur  
Steuerklasse V, nichts zum Teilzeitelterngeld und nichts  
dazu gesagt, dass manche Selbstständige überhaupt kein  
Elterngeld bekommen.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Wie sieht  
denn Ihre Eigenanalyse aus?)

Ich bin entsetzt, dass die Regierung hier nur alles schönredet.



Ein neuer Gesetzentwurf wird hier nicht einmal auf den Prüfstand gestellt. Dafür hätte ich Sie nicht kritisiert, ich kritisiere Sie aber dafür, dass Sie keine Evaluation, keine Prüfung gemacht haben.

Als Jugendministerin erhöhen Sie, Frau von der Leyen, die Zahl der Zivildienstleistenden. Heute Morgen habe ich im Radio gehört, dass in den neuen Bundesländern händeringend nach Azubis gesucht wird. Es heißt, die jungen Leute sollen erst einmal einen Pflichtdienst machen und dann mit ihrer Ausbildung beginnen.

Wo sind wir denn eigentlich? In diesem Jahr werden erstmals mehr Ausbildungsstellen angeboten, als Ausbildungsinteressenten vorhanden sind. Wir sollten lieber

die Freiwilligendienste fördern - denn davon haben wir mehr -, und dann kann sich jeder selbst entscheiden.

(Beifall bei der FDP)

Zur Steuerpolitik. Die Große Koalition sieht tatenlos zu, wie die Steuerprogression die Bürger und vor allem die Familien kalt erwischt. Jede Gehaltserhöhung bedeutet prozentual mehr Lohnsteuer. Ich kann nicht verstehen, warum Sie die Mehrwertsteuer bei Skiliften von 19 auf 7 Prozent verringern, den Mehrwertsteuersatz für Pampers, die Familien brauchen, aber bei 19 Prozent belassen. Das ist mir wirklich ein Graus. Wenn Sie uns das bitte erklären könnten. Das wäre sicher ein guter Lacherfolg.

(Beifall bei der FDP - Christel Humme [SPD]:

Bayern! So sind sie halt!)

Sie haben ein neues Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen gemacht. Ich will Ihnen sagen: Das ist kein Familienleistungsgesetz. Das ist ein Mittelstandsförderungsgesetz.

Dieser Name passt überhaupt nicht. Wenn Sie die Leute verleiten wollen, aus privaten Mitteln 25 500 Euro für Handwerkerlöhne, haushaltsnahe Dienstleistungen und Minijobs zu bezahlen, damit sie eine Einkommensteuererstattung in Höhe von 5 100 Euro bekommen, dann ist das ein Witz. Wer kann sich so hohe Ausgaben erlauben?

Das hat mit Familie nichts zu tun. Das hat eher mit Mittelstandsförderung zu tun und gehört hier nicht rein.

Ich komme zum Schluss, auch wenn ich gerne noch etwas zur Erbschaftsteuer gesagt hätte; vielleicht kommen andere Oppositionspolitiker dazu. Betrachtet man als FDP-Politikerin den Gesamthaushalt und nicht nur den Haushalt des Familienministeriums, steht unterm Strich fest: Familien sind die großen Verlierer dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Ole Schröder von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2009, Frau Lenke, zeigen wir, dass die Familienpolitik in Deutschland unter Familienministerin Frau von der Leyen einen so hohen, positiven Stellenwert hat wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Auch wenn sich die Haushaltslage durch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise verschlechtern wird, gehen wir den Weg der Stärkung der Familie weiter. Mit der Erhöhung des Kindergeldes, mit der Ausweitung des Kinderzuschlages, mit der Einführung des Elterngeldes und mit dem Ausbau der Kinderbetreuung haben wir die Situation für Familien mit Kindern erheblich verbessert. Beim Kindergeld sind wir eben nicht den Weg derjenigen gegangen, die Misstrauen gegenüber den Familien aussprechen und sagen: Das zusätzliche Geld durch die Kindergelderhöhung wird nur für Alkohol, Zigaretten und Flachbildschirme ausgegeben. Wer so etwas behauptet, verkennt die Realität der Familien in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie verkennen, dass sich die meisten Eltern für ihre Kinder langmachen. Wir haben uns daher aus voller Überzeugung dafür entschieden, die direkten finanziellen Hilfen an die Eltern zu erhöhen. Denn wir wissen, dass das Geld bei den Eltern richtig angelegt ist, wenn es darum geht, die Kinder zu fördern.

(Otto Fricke [FDP]: Wir ja auch!)

Das Kindergeld wird jeweils monatlich für das erste und zweite Kind um 10 Euro, für das dritte und die weiteren Kinder um 16 Euro angehoben. Familien mit drei Kindern verfügen damit über 432 Euro mehr im Jahr. Für Familien mit vier Kindern sind es 624 Euro. Wir setzen damit ein deutliches Signal für Familien mit vielen Kindern. Eltern von drei Kindern sind natürlich ganz besonders auf das Kindergeld angewiesen, weil es für sie wesentlich schwieriger ist, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Diese Familien haben häufig nur ein Arbeitseinkommen zum Lebensunterhalt. Dass gerade für Mehrkindfamilien Handlungsbedarf besteht, zeigt die jüngste Allensbach-Umfrage. Demnach sind drei Kinder nur für 13 Prozent der Deutschen das Ideal, aber für 38 Prozent der Franzosen.

Eines der zentralen Projekte der Großen Koalition hat sich zu einem großen Erfolg entwickelt: das Elterngeld. Selten ist eine familienpolitische Leistung so stark angenommen worden wie das Elterngeld.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das zeigt die nahezu hundertprozentige Inanspruchnahme des Elterngeldes.

(Otto Fricke [FDP]: Mehr als 100 Prozent!)

Diese hohe Inanspruchnahme führt zusammen mit der Einkommenssteigerung des letzten Jahres dazu, dass wir mehr Geld für das Elterngeld ausgeben müssen, als wir es in der Finanzplanung vorgesehen haben,

(Ina Lenke [FDP]: Aber das wussten Sie doch vorher!)

nämlich 350 Millionen Euro mehr. Wir sind sozusagen Opfer unseres eigenen Erfolges geworden.

Gerade das Elterngeld ermutigt berufstätige Frauen und Männer, sich für ein Kind zu entscheiden.

(Ina Lenke [FDP]: Aber keine Selbstständigen!)

Vor allem Frauen zwischen 33 und 37 Jahren, die schon mitten im Berufsleben stehen, entscheiden sich jetzt vermehrt für Kinder.

(Otto Fricke [FDP]: Ich hoffe doch, dass das die Partner gemeinsam tun!)

Zudem hat das Elterngeld die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der sogenannten Vätermomate eröffnet.

Die Anzahl der Väter, die sich dazu entschließen, vorübergehend auf ihre berufliche Tätigkeit zu verzichten, um sich um ihre Kinder zu kümmern, steigt deutlich.

(Ina Lenke [FDP]: Zwei Monate!)

Das zeigt eben auch, dass die Herausforderung, ein Leben mit Kindern zu organisieren, nicht nur die Frauen betrifft, sondern eben auch die Männer,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Ina Lenke

[FDP]: Schon lange!)

und dass die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eben nicht nur eine Sache der Mütter ist, sondern eben auch eine Sache der Väter.

Der Erfolg des Elterngeldes hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir es durch den Ausbau der Kinderbetreuung entsprechend unterstützen. Die Mittel,

die wir dafür bereitgestellt haben, fließen jetzt - je nach Bundesland in unterschiedlicher Geschwindigkeit - an die Länder ab. Es ist jetzt Aufgabe der Kommunen und der Länder, unsere Vereinbarung umzusetzen, damit wir die Ziele, die wir uns gesteckt haben, bis 2013 erreichen.

Ich bin froh, dass wir im parlamentarischen Verfahren der Haushaltsaufstellung noch erhebliche Verbesserungen erreichen konnten. Ich möchte hier vor allen Dingen die Stiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“ nennen. Wir werden hier 5 Millionen Euro mehr ausgeben. Das finde ich auch richtig, weil diese Stiftung von der letzten Regierung etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Unter Rot-Grün hat der Bund die von ihm für diese Stiftung bereitgestellten Mittel auf die vorgegebene Mindesteinlage zurückgefahren, und dies, obwohl die Hilfebedürftigkeit schwangerer Frauen in Notlagen in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen hat.

Mit den Mitteln für diese Stiftung helfen wir gerade denjenigen, die unsere Unterstützung am dringendsten benötigen, nämlich den schwangeren Frauen, die sich in Konfliktlagen befinden und die anerkannten Beratungsstellen aufsuchen. Diese Frauen bekommen von der Stiftung die notwendige Unterstützung, die ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft erleichtert, sei es für die Erstausrüstung des Kindes, für die Fortführung des Haushalts oder für die Betreuung des Kindes. Darüber hinaus erleichtert diese Stiftung auch den Zugang zu Frühen Hilfen; sie ist sozusagen ein Türöffner. Außerdem schaffen wir auf diesem Weg einen Anreiz, dass auch überforderte Väter und Mütter die Beratungsstellen aufzusuchen. Ich bin wirklich froh, dass wir es im parlamentarischen Verfahren geschafft haben, die Mittel hierfür erheblich aufzustocken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eine weitere Änderung, die im parlamentarischen Verfahren vorgenommen worden ist, betrifft die Maßnahmen zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Ich finde, wir sollten diese Mittel ganz

besonders für die nachholende Integration aufwenden. Gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, brauchen noch mehr Hilfe, um sich in die Gesellschaft und ins Berufsleben zu integrieren. Ich würde mir wünschen, dass wir auch die Reputation der Otto-Benecke-Stiftung nutzen, um zur Stärkung der nachholenden Integration beizutragen. Meine Damen und Herren, ein weiteres Zeichen setzen wir in diesem Jahr bei der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Aus gutem Grund haben wir die Mittel für den Titel „Modellvorhaben zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ um 750 000 Euro erhöht. Dafür hat sich insbesondere meine Kollegin Petra Hinz eingesetzt. Ich habe mich diesem Vorschlag gerne angeschlossen. Denn das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist besonders wertvoll, (Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Richtig!) sei es bei der Unterstützung von Jugendlichen, den richtigen Weg ins Erwachsenenleben zu finden, sei es bei der Unterstützung der Kinder von Eltern, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht in ausreichendem Maße nachkommen können. Die Erhöhung der Mittel für diesen Haushaltstitel ermöglicht uns, in Zukunft zusätzliche Modellprojekte zu fördern, die sicherlich auch für andere Initiativen Vorbildcharakter haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

An den Ergebnissen des von der Prognos AG erstellten Engagementatlas 2009 wird eines deutlich: dass es gerade bei älteren Menschen ein unglaublich großes Potenzial gibt, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie sind dazu bereit. Hier können wir mit nur wenigen Impulsen eine ganze Menge erreichen. Diese Impulse sollten wir setzen, um das hervorragende Engagement insbesondere älterer Menschen zu nutzen. Das ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, wie schon im vorigen Haushalt ist es uns auch in diesem Haushalt gelungen, Akzente bei Familien, Frauen, Senioren und Jugendlichen zu setzen. Ich bedanke mich ganz besonders bei der Hauptberichterstatterin und bei den Mitberichterstattern für die gute Zusammenarbeit und die konstruktive Beratung. Ganz besonders bedanke ich mich bei der Ministerin, Frau von der Leyen, und ihrem Haus für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ich denke, dass wir einen hervorragenden Haushalt aufgestellt haben. Daher bitte ich Sie, diesen Haushalt zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Diana Golze von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Diana Golze (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In Brandenburg, dem Bundesland, aus dem ich komme, leben jeder achte Erwachsene und sogar jedes vierte Kind in Armut, Tendenz steigend. Zu diesem Ergebnis kam man im offiziellen Lebenslagenbericht,

den die Große Koalition in Brandenburg vorgestern vorgestellt hat.

Im Jahr 2005 umschrieb Bundesministerin von der Leyen ihre Ziele auf der Startseite der Homepage ihres Ministeriums mit den Sätzen:

Wir müssen uns besser um die Kinder kümmern, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden. Denn gerade in jungen Jahren werden die entscheidenden Weichen für ihr späteres Leben gestellt.

Familie muss wieder ein Erfolgsmodell in der Gesellschaft werden. Dafür setze ich mich ein.

Das alles ist Schnee von gestern. Jedes vierte Kind in Brandenburg – ein Viertel der Kindergartengruppe meiner Tochter – ist Beweis dafür. Heute haben wir eine Ministerin, bei der nur noch die weitausschweifende Handbewegung alle Familien zusammenzuführen vermag.

Frau von der Leyen, mit Ihrer Politik tun Sie das nicht. (Ilse Falk [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Mit Ihrer Politik werfen Sie so viel Schatten, dass die Zahl der Kinder, die darin stehen, größer geworden ist.

(Otto Fricke [FDP]: Und Sie sind die Sonne?)

Mit den Instrumenten, die Sie vollmundig als Mittel zur Armutsbekämpfung ankündigten, wurden die Armutsr Risiken noch weiter verschärft. Dieser Haushalt, mit dem die Bundesregierung in das Wahljahr 2009 gehen will, erscheint mir wie die Fortsetzung der Unendlichen Geschichte: Dort wächst die Dunkelheit wegen der Fantasielosigkeit der Menschen, hier wächst der Schatten aufgrund der Tatenlosigkeit der Regierung. – Das ist leider bittere Realität und kein Kinderfilm.

(Beifall bei der LINKEN)

Sicher, Frau Ministerin, Sie haben in den Köpfen der Menschen viel bewegt. Das Wort „Rabenmutter“ für berufstätige Frauen ist im Sprachgebrauch zum Glück kaum noch zu finden. Auch Väter gehen heute selbstbewusst in die Elternzeit, weil sie nicht nur finanziell aufgefangen werden, sondern dafür auch eine gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Doch dass die Einführung des Elterngeldes mit einer Schlechterstellung der Familien einherging, die wenig oder kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit haben, wurde nicht nur von der Linksfraktion kritisiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum haben wir auch für diesen Haushalt einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir vorschlagen, die Bezugszeit des Elterngeldes zu erhöhen und jedem Elternteil einen individuellen Anspruch einzuräumen. Dies würde eine Weiterentwicklung der sogenannten Vätermonate bedeuten, und Frauen und Männer würden gerechter an der Erwerbs- und Erziehungsarbeit beteiligt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Um das Elterngeld sozial gerechter zu gestalten, fordern wir hinsichtlich der Bezugsdauer eine Gleichbehandlung aller Familien und eine Anhebung der Mindestleistungen.

Frau von der Leyen, mit einem solchen Schritt würden Sie allen Familien und nicht nur denen auf der Sonnenseite den Start erleichtern.

Kindertagesbetreuung und Elterngeld sind nicht voneinander

zu trennen; denn junge Familien brauchen auch nach der Elterngeldzeit eine ganztägige Kinderbetreuung, und zwar nicht nur in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, sondern auch in den übrigen Bundesländern. Da diese bekanntermaßen größer an Zahl und Einwohnern, aber kleiner an Zahl der Kindertagesangebote sind, sehen wir auch hier einen erhöhten Nachholbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sehen aber nicht die logischen Schlussfolgerungen der Bundesregierung. Der Umfang des Sondervermögens, das gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister zur Beschleunigung eingerichtet wurde, ist ungenügend. Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel reichen für ein flächendeckendes Kindertagesstättenetz nicht aus – von einem gebührenfreien Ganztagsangebot ganz zu schweigen.

Auch mit dem Ausbauziel, dass 35 Prozent der Kinder bis zum Jahr 2013 einen Platz erhalten, bleiben viele Fragen offen. Wie sollen berufstätige Mütter, zum Beispiel in Niedersachsen, Beruf und Familie bis dahin unter einen Hut bringen? Es bleibt auch die Frage, aus welchen sozialen Strukturen die übrigen 65 Prozent der Kinder kommen, die bei diesem Ausbauziel eben nicht vorgesehen sind.

Wenn wir die Kindertagesstätten völlig zu Recht als einen wichtigen Teil des Bildungsweges betrachten, dann muss dieser auch für alle zugänglich sein.

(Beifall bei der LINKEN)

In unserem Änderungsantrag fordern wir daher, dass die Ausgaben des Bundes für den Ausbau der Kindertagesbetreuung aufgestockt werden. Diese Mittel sind wichtig, um die Kommunen und die gemeinnützigen Träger bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Es ist für mich aber nicht nachvollziehbar, dass die Debatte zur Gemeinnützigkeit von Ihnen, Frau Ministerin, immer noch unter dem Zeichen der Förderung privatgewerblicher Anbieter geführt wird – und das trotz breiter Kritik und einer merklichen Abschwächung bei der Gesetzgebung.

Noch in der Debatte zum Kinderförderungsgesetz hieß es aus der SPD-Fraktion – Zitat –:

Öffentliche Gelder für Kinderbetreuung sollen auch in Zukunft nicht zur Maximierung des Gewinns von privatgewerblichen Trägern eingesetzt werden.

(Ina Lenke [FDP]: So ein Quatsch!)

In der Ausgabe des Informationsmagazins des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste vom 27. Oktober 2008 erklärte die Ministerin hingegen – Zitat –:

Das bedeutet, dass das Kriterium der Gemeinnützigkeit bei der öffentlichen Förderung keine Rolle mehr spielen darf.

(Ina Lenke [FDP]: Richtig! Genau!)

Das ist hü und hott. Die gemeinnützigen Träger der freien Jugendhilfe brauchen eine klare Antwort. Sie haben auch mittels einer Kleinen Anfrage meiner Fraktion die Möglichkeit, diese Antwort zu geben. Vielleicht bekommen wir ja endlich einmal eine Antwort, die zur Erhellung beiträgt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen: Die Bildung unserer Kinder gehört nicht an den Markt.

(Ina Lenke [FDP]: Ach! Es gibt Privatschulen; warum soll es nicht auch privatgewerbliche Kinderbetreuung geben?)

Gewinnorientierung und gleiche Teilhabemöglichkeiten aller Kinder sind nicht miteinander vereinbar. Auch der Ausbau der Kindertagesbetreuung braucht einen Schutzschirm, und zwar einen, der den Gesetzen des Marktes nicht unterworfen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Kinderbetreuung ist Armutsbekämpfung. Sie gewährleistet die Erwerbstätigkeit der Eltern. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung wirkt auch maßgeblich gegen die vorhandene Ausgrenzung von Kindern im Bildungswesen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Golze, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lenke?

Diana Golze (DIE LINKE):

Ja, sehr gern.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Frau Lenke.

Ina Lenke (FDP):

Frau Golze, Sie haben sich sehr stark gegen die privatwirtschaftliche Kinderbetreuung ausgesprochen. Das gilt zum Beispiel für den Fall, dass eine Erzieherin sich selbstständig macht und einen Kindergarten eröffnet. Ich sehe überhaupt keinen Unterschied darin, ob eine Erzieherin ihren Lohn letztendlich aus ihrem Gewinn erhält oder als Angestellte eines Kindergartens. Ich frage Sie: Würden Sie auch private Schulen wie die Waldorfschulen abschaffen? Wenn Sie nämlich gegen privatgewerbliche Kindergärten oder Kitas sind, dann müssten Sie auch gegen private Schulen sein.

(Sönke Rix [SPD]: Die sind doch nicht privatgewerblich!

- Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Golze.

Diana Golze (DIE LINKE):

Ob Waldorfschulen privatgewerblich sind, sei einmal dahingestellt. Schon in meiner letzten Rede zu diesem Thema hatte eine FDP-Kollegin Fragen gestellt, die mich doch sehr an ihrem Verständnis von privatgewerblichen Angeboten zweifeln ließen. Frau Lenke, bei Ihnen hätte ich das jetzt nicht erwartet. Mir geht es darum, dass allen Kindern der Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Angebot gewährleistet wird

(Ernst Burgbacher [FDP]: Uns auch!)

und nicht nur den Kindern von Eltern mit einer dicken Brieftasche.

(Ina Lenke [FDP]: Das wollen wir auch nicht!)

Ich möchte nicht, dass öffentliche Gelder in solche privatgewerblichen Angebote gesteckt werden, um zur Gewinnmaximierung der Träger beizutragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mir geht es um die Stärkung gemeinnütziger Angebote, um die Stärkung von öffentlichen und gemeinnützigen Trägern. Damit ist die Frage, denke ich, beantwortet.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sechs,

setzen!)

Es ist viel von Chancen die Rede. Ich denke aber, es geht eher um das Wort „Teilhabe“. Zur Teilhabe an Bildung für alle Kinder gehört, dass die zusätzlichen Leistungen für Schülerinnen und Schüler, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften leben, bis zum Abitur und nicht

nur bis zur 10. Klasse gezahlt werden. Geschieht dies nicht, bekommt das Wort „Chance“ glücksspielhaften Charakter. Die Kinder, deren Eltern die Schulmaterialien nicht bezahlen können, werden benachteiligt; denn Bildungskosten sind im ALG-II-Regelsatz nicht berücksichtigt.

Für die Fraktion Die Linke steht die Bekämpfung der Kinderarmut nicht erst an letzter Stelle wie bei dem eingangs erwähnten Internetauftritt des Ministeriums. Zur Erinnerung, Frau von der Leyen: Es war eines Ihrer Hauptziele, die Kinderarmut zu bekämpfen. Auch hier kann ich nur feststellen: Selbst mit den Änderungen beim Kindergeld und dem überarbeiteten Kinderzuschlag haben Sie in diesem Haushalt Ihr Ziel verfehlt.

Der Kinderzuschlag war in seiner Ursprungsform zu bürokratisch. Dies belegt allein die hohe Ablehnungsquote.

Wie eine schallende Ohrfeige muss sich nun für die Betroffenen der Satz lesen - Zitat -:

Flexibel können die Eltern dann wählen, ob sie lieber ALG II oder den Kinderzuschlag in Anspruch nehmen wollen.

Im Moment sieht es so aus, dass viele der Betroffenen aus dem System des Grundsicherungsamts herausfallen, bevor sie in das System der Familienkasse aufgenommen worden sind. Da erhält das Wort „Flexibilität“ doch wirklich einen sehr faden Beigeschmack.

Die Chance, den Kinderzuschlag zu einem wirksamen Mittel gegen Kinderarmut zu machen, haben Sie vertan, Frau von der Leyen. Der Kinderzuschlag ist unzureichend.

Deshalb haben wir auch hierzu einen Änderungsantrag eingebracht. Unser Hauptproblem ist, dass die Gruppe der Alleinerziehenden davon weiterhin nicht profitieren wird. Die Gruppe der Alleinerziehenden ist es auch, die gemeinsam mit Familien im Hartz-IV-Bezug von der längst überfälligen Kindergelderhöhung nicht profitieren wird, da diese ihnen angerechnet wird auf Unterhaltsvorschuss und ALG II. Bei einem Viertel der Kindergartengruppe meiner Tochter wird also diese Kindergelderhöhung nicht ankommen.

Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang erklären, warum Sie in diesem Haushalt beim Unterhaltsvorschuss Kürzungen vornehmen konnten. Das wurde

nämlich dadurch möglich, dass die Anrechnung gleich wieder als positive Einnahme zugrunde gelegt wurde.

Das ist eine Linke-Tasche-rechte-Tasche-Politik.

(Otto Fricke [FDP]: Das ist Gesetzeslogik! Da gibt es Väter, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen!)

Die Kinder werden davon nicht profitieren. Sie stehen wieder einmal auf der Schattenseite.

Doch auch für die Familien, die nicht in derartige Anrechnungsfallen rutschen, ist diese Kindergelderhöhung

nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. 10 Euro für das erste und das zweite Kind decken nicht einmal ansatzweise den Wertverlust, den das Kindergeld seit seiner



letzten Erhöhung erfahren hat. Auch aus diesem Grund ist die Staffelung der Kindergelderhöhung ab dem dritten Kind nicht zu erklären.

Ich komme zum Schluss. Im dritten Jahr der Großen Koalition und der Familienministerin von der Leyen ist in der Debatte um die Rolle von Familien viel geschehen. Die Zahl der von Armut betroffenen Kinder haben Sie aber nicht verringert, wie Sie es versprochen haben; Sie haben sie stattdessen vergrößert. Das Wort Schattenkabinetts bekommt in diesem Zusammenhang eine völlig neue Bedeutung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Haben Sie schon mal etwas davon gehört, dass es 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze gibt? Diese Arbeitsplätze werden von Vätern und Müttern wahrgenommen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Hinz von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Ministerin! Von der Opposition muss man nicht unbedingt etwas anderes erwarten als das Aufzählen von Verbesserungsvorschlägen.

(Ina Lenke [FDP]: Was? Seien Sie doch froh, dass wir welche haben! Was soll denn das!)

Aber ich habe weder von der FDP noch von den Linken einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag gehört. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Kindergeld nicht angerechnet wird, aber Sie verschweigen, dass für alle Kinder, die in den Kindergarten gehen und Sozialleistungen beziehen, keine Kindergartengebühren gezahlt werden müssen. Die eine Seite nennen Sie; die andere Seite verschweigen Sie. Insofern muss ich Sie bitten: Wenn Sie über einen Sachverhalt berichten, dann nennen Sie bitte auch das, was wir gut vorgebracht haben.

(Ina Lenke [FDP]: Das ist doch gar nicht unsere Aufgabe als Opposition!)

Ich bin der Auffassung, dass wir mit diesem Haushalt gerade vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise noch einmal sehr deutlich gemacht haben, was wir für den Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen geschaffen wurden, damit junge Paare sich für Kinder und Familie entscheiden können. Die Zahlen belegen das, und es ist auch im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich gemacht worden. Beim Elterngeld gab es immer wieder Nachbewilligungen. Das zeigt, wie viele daran partizipieren. Man kann also von einem Erfolgsmodell reden.

Wir haben dafür gesorgt, dass Familien mit ihren Verantwortungen und Fähigkeiten gestärkt werden. Unser Augenmerk liegt insbesondere auf Familien mit sozialen Risiken. Wir haben dafür gesorgt, dass entsprechende Mittel bereitgestellt werden, um die Bildungschancen für Kinder, Mütter und Väter, die in diesem Bereich

dringend Kompetenzvermittlung brauchen, zu verbessern. Wir haben dafür gesorgt, statt es abzulehnen, wie es die Linken grundsätzlich tun. Wir haben dafür gesorgt, dass im Kinder- und Jugendplan weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. So sind 1 Million Euro zusätzlich für Integrationsmaßnahmen vorgesehen. Allein für den Kinder- und Jugendplan stehen damit 142 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt stehen für Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit 192 Millionen Euro zur Verfügung. Ist das nichts? Ich denke, das sind genau die Mittel für Maßnahmen, die abgerufen werden, die zeitnah sind, den Bedarfen gerecht werden und Orientierung geben, und zwar in den Kommunen, über Vereine, Organisationen und sonstige Träger.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben über das Kinder- und Jugendprogramm entsprechende Mittel für Maßnahmen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern zur Verfügung gestellt. Wir haben 192,6 Millionen Euro in diesem Bereich bereitgestellt. Diese Mittel stehen für Maßnahmen für Toleranz, gegen Diskriminierung und für Integration zur Verfügung. Wir haben in diesem Jahr auch zusätzliche Mittel für den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt von Frauen bereitgestellt. Ich erinnere an die Diskussion über die Unterstützung von Contergan-Geschädigten. Wir haben seit eineinhalb Jahren im engen Dialog mit den Betroffenen, der Contergan-Stiftung und der Firma Grünenthal Gespräche geführt und die Haushaltsmittel in diesem Bereich verdoppelt. Sie belaufen sich jetzt auf 31 Millionen Euro. Ist das nichts?

(Beifall bei der SPD)

Seit dem 1. Juli 2008 bekommen Betroffene, die den Höchstsatz erhalten, 1 090 Euro statt wie bis dahin 545 Euro. Ist das nichts? An zusätzlichen Leistungen sind das in diesem Jahr 6 540 Euro. Wir befinden uns mit den Betroffenen weiterhin im Gespräch. Wir werden weitere Maßnahmen durchführen, damit diejenigen, die geschädigt wurden, zu ihrem Recht kommen. Für Entschädigungsleistungen bringt der Bund künftig 31 Millionen Euro jährlich auf.

Für Gleichstellung, Familien, ältere Menschen steht ein Leistungspaket mit einem Volumen von 36 Millionen Euro zur Verfügung. 36 Millionen Euro für Gleichstellung, Familien und ältere Menschen! Allein für die älteren Menschen, die noch aktiv sind, und die Stärkung des zivilen Engagements geben wir 13,9 Millionen Euro aus. Maßnahmen für diejenigen, die nicht mehr so aktiv teilhaben können, der Pflegebereich, die Weiterbildung im Bereich der Pflege- und Betreuungsmaßnahmen für ältere Menschen, Teilhabe und Gleichstellungspolitik sind weitere Schwerpunkte. Auch dafür stellen wir Mittel bereit. Ich nenne nur ein Stichwort: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist unser Ziel. Für diesen Bereich stellen wir 14,4 Millionen Euro zur Verfügung. Mein Kollege Ole Schröder hat die Gleichstellungspolitik schon angesprochen. Für die Verbesserung der Teilhabe derjenigen, die alleinerziehend sind, haben wir 5 Millionen Euro bei der Bundesstiftung „Mutter und

Kind" draufgesattelt. Uns wurde nämlich im Berichterstattergespräch glaubhaft mitgeteilt, dass zusätzliche Mittel aufgrund der Kostensteigerung notwendig sind. Insgesamt stehen nun 97,033 Millionen Euro zur Verfügung. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Für Familienprojekte - ohne die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ - geben wir 12,1 Millionen Euro aus. Insgesamt sind es 36,4 Millionen Euro.

Das Elterngeld wurde bereits angesprochen. Die Vorzüge des Elterngeldes werden hier grundsätzlich negiert. Wir waren es, die nach intensiven Beratungen deutlich gemacht haben, wie wichtig und sinnvoll das Elterngeld ist. Aber wie wird das hier angenommen? Sie sagen, es müsste noch mehr und länger gezahlt werden. Erinnern Sie sich doch bitte an die Anhörung und die Diskussionen hier im Parlament! Es geht beim Elterngeld darum, dass die Eltern, wenn sie es wollen, schnellstmöglich in den Beruf zurückkehren können. Die frühkindliche Erziehung soll möglichst früh einsetzen. Die starke Inanspruchnahme des Elterngeldes macht deutlich, dass wir genau die richtige Zielsetzung verfolgt haben. Ganztagschulen, flexible Elternzeiten, das Recht auf Teilzeit und steuerliche Vergünstigungen für Familien sind weitere Stichworte. Liebe Frau Lenke, man kann nicht ein bisschen Steuererleichterungen vornehmen. Wir haben in diesem Bereich für Steuererleichterungen gesorgt. Die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten, die Allianz für Familien und die lokalen Bündnisse für Familien, dies alles sind wichtige Bausteine. Mehr Gerechtigkeit ist das Ziel. Mit diesem Haushalt machen wir das deutlich.

Mein Kollege Ole Schröder hat gerade ausgeführt, welche Mittel wir nachträglich auf dem parlamentarischen Weg zur Verfügung stellen. Ich möchte unsere Leuchtturmprojekte im Bereich der Freiwilligendienste erwähnen. Die Zahl der Projekte steigt von 30 auf 45. Dafür stehen 750 000 Euro zusätzlich zur Verfügung. Diese 45 Projekte sind zielorientiert und machen deutlich, wie engagiert unsere Bürger für die Gesellschaft arbeiten. Für den gesamten Bereich „Stärkung der Zivilgesellschaft“ stehen 33,975 Millionen Euro zur Verfügung. Der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen mit circa 38 000 Gruppen und Initiativen stellen wir 260 000 Euro zusätzlich zur Verfügung.

Für das kommende Jahr sind Ausgaben in Höhe von rund 6,147 Milliarden Euro vorgesehen. Wir dürfen nicht vergessen, was wir im zurückliegenden Jahr auf den Weg gebracht haben. Für das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ stehen 4 Milliarden Euro zur Verfügung, und zwar nicht aus unserem Etat, sondern aus dem Gesamtetat. Das ist der richtige Weg. Aber mehr hilft nicht immer. In diesem Fall müssen wir sehen, dass die Bundesländer die Mittel leider noch nicht in dem gewünschten Maß abrufen. Beispiel NRW: Die Ausführungsbestimmungen sind erst jetzt auf den Weg gebracht worden. Die Gelder, die bereits in diesem Jahr hätten fließen können, kommen dadurch zeitverzögert bei den Trägern und Kommunen an.

Wir stellen 4 Milliarden Euro für ein Sonderausbauprogramm zur Verfügung, mit dem der Bau von Kindertagesstätten unterstützt und die dadurch entstehenden Betriebskosten getragen werden. Lassen Sie uns gemeinsam das, was wir hier für Familien, Senioren, Frauen und Jugend auf den Weg gebracht haben, nicht kleinreden. Wir machen mit diesem Haushalt genau die richtigen Schritte auf dem richtigen Weg. Ich will nicht verschweigen, dass es schöner wäre, manchmal mehr zu fördern. Aber man muss einmal genauer hinsehen, was man in einem Haushaltsjahr verausgaben kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen Ole Schröder, Anna Lührmann, Otto Fricke und auch Roland Claus für die konstruktive Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Dieser Dank geht auch an die Ministerin Frau von der Leyen, an ihr gesamtes Haus und auch an die Fachkolleginnen und -kollegen, die immer fair und sachlich mit uns Haushaltspolitikern zusammengearbeitet haben, damit wir möglichst viel für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Kinder, für die Jugend und für die Seniorinnen und Senioren auf den Weg bringen können. Es gilt, nicht alles kleinzureden, sondern das, was möglich ist, eins zu eins umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Britta Haßelmann von Bündnis 90/Die Grünen.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Herr Staatssekretär! Lassen Sie mich zu Beginn sagen: Puh, so viele Zahlen. Ich hatte gedacht, dass wir uns hier nicht nur wechselseitig den Haushalt vortragen und Zahlen vorstellen. Ich fange einmal so an: Aus der Feder Bertolt Brechts stammen folgende Worte: Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut. Das kann man für den Einzelplan 17 nicht sagen, auch wenn Sie jetzt gerade versucht haben, sich alles schönzureden. Statt eines dringend nötigen Neuanfangs steht aus meiner Sicht am Ende des Tages nur folgendes Ergebnis: ein Kinderfreibetrag von 237,80 Euro für Besserverdienende (Ina Lenke [FDP]: In einem Jahr!) und ein Kindergeld in Höhe von 164 Euro für Familien, die Einkommen beziehen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Nach sieben Jahren Durststrecke!)

Gerade da, wo das nötige Geld nicht vorhanden ist, nämlich in den Familien, in denen die Eltern ALG II beziehen - das war früher die Sozialhilfe -, kommt nichts an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass Sie an dieser Stelle aufhören sollten, sich wechselseitig auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, wie toll Sie das alles machen und dass Sie für alle Familien etwas tun.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt aber! So ist es!)

Sie tun nicht für alle Familien das Gleiche. Leider ist aus dem Anspruch, dass Ihnen jedes Kind gleich viel wert

ist, nichts geworden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie fördern durch Ihre Maßnahmen nicht jedes Kind in gleicher Weise.

Sie sind mit dem hohen Anspruch angetreten: Wir überprüfen die Familienleistungen. Wir richten ein Familienkompetenzzentrum ein.

(Ina Lenke [FDP]: Ja!)

Wir stellen das alles auf ganz neue Füße. Alles wird viel gerechter. – Was ist am Ende geblieben? Der Kinderfreibetrag erhöht sich. Das Kindergeld erhöht sich. Das ist selbstverständlich und keine Großtat der Großen Koalition.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Doch!)

Wie wollen Sie es politisch durchhalten, das Kindergeld nicht zu erhöhen? Das ist eine logische Folge der Kinderfreibetragserhöhung.

Das ist keine besondere Wohltat.

Das könnten Sie den Zuhörerinnen und Zuhörern ruhig erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP)

Natürlich ist die Kindergelderhöhung für die Familien gut, die dieses Geld bekommen. 10 Euro mehr bedeuten möglicherweise ein bisschen mehr Spielraum für kleinste Kleinigkeiten in ihrem Familienbudget. Aber dennoch werden davon sehr viele Kinder nicht profitieren, weil sie das Geld nicht erreicht. Hier ist kein Neuanfang gemacht worden. Sie haben hier hohe Erwartungen geweckt und hehre Versprechungen abgegeben. Aber am Ende stehen nur wenige Maßnahmen. Wir wollen an dieser Stelle doch ein bisschen Bescheidenheit an den Tag legen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der FDP und der LINKEN)

Wir reden seit drei Jahren über die Kinderregelsatzerhöhung. Wir reden seit Jahren über die Frage der Investitionen in Infrastruktur, jüngst beim Bildungsgipfel; den Etat des entsprechenden Ministeriums haben wir gestern diskutiert. Frau Ministerin, Sie müssen sich eingestehen, dass auch Ihre Maßnahmen nicht dazu führen, dass die gesellschaftlichen Gräben und die Ungleichbehandlung von Kindern und Familien nicht kleiner, sondern größer werden und sich vertiefen. Das ist im Grunde genommen ein Armutszeugnis für die Große Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hilft aus meiner Sicht auch kein Schulstarterpaket. Schauen Sie sich das Schulstarterpaket an! Was ist denn die Botschaft? Die Botschaft ist: Wir führen bis zur 10. Klasse eine Maßnahme durch, aber von der 11. bis zur 13. Klasse nicht. Was heißt das bildungspolitisch? Kinder aus ärmeren Familien machen kein Abitur, oder was bedeutet das? Ich finde, Sie sollten sich einmal fragen, welche bildungspolitische Botschaft das ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Lassen Sie mich jetzt zum bürgerschaftlichen Engagement kommen. Welche Kraft hat es gekostet, über die

Frage der notwendigen Arbeit der Selbsthilfegruppenbewegung und der NAKOS hier im Land zu diskutieren.

Ich kann Ihnen sieben verschiedene Begründungen des Ministeriums nennen, warum wir keine Förderung mehr brauchen. Dabei gibt es 3 Millionen Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren. Ich bin froh, dass Sie aufgrund des öffentlichen Drucks und aufgrund der ganzen Diskussionen, die es in dem Bereich gegeben hat, noch in allerletzter Minute die Kurve gekriegt haben und sich jetzt entschließen, die Selbsthilfebewegung doch noch zu fördern. Ich glaube, alles andere hätte riesengroßen Schaden angerichtet; denn Sie können sich in Sachen bürgerschaftliches Engagement nicht von einem Wettbewerb zum nächsten und von einer Preisverleihung zur nächsten hangeln, am Ende aber auf einem so wichtigen Feld nichts tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ein zweiter Punkt ist für mich die Frage, wie Sie eigentlich mit dem bürgerschaftlichen Engagement umgehen, wenn es konkret wird. Ich erinnere an das, worüber wir gestern beraten haben, nämlich über die 400 000 Euro, die wir für den Zug der Erinnerung brauchen. Die hätten wir aus dem Gesamtbudget finanzieren können. In dieser Arbeit steckt ganz viel bürgerschaftliches Engagement. Die Große Koalition ist nicht in der Lage, dieses Geld aufzubringen, aber es werden massenhaft Broschüren, Preisverleihungen und sonst was finanziert, und es wird viel über bürgerschaftliches Engagement geredet. Aber da, wo ganz viel bürgerschaftliches Engagement besteht, haben wir nicht die Kraft gehabt, etwas zu leisten und ein Zeichen für eine lebendige Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement zu setzen. Deshalb hat Ihr Haushalt Schwächen, und zwar massive, auf die man hinweisen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat das Wort die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Politik ist sicher aufgefordert, sich immer wieder für eine offene Gesellschaft und ihren Zusammenhalt einzusetzen. Das spiegelt der Etat 2009 auch wider, auch wenn er ein trockenes Zahlenwerk ist. Deshalb gleich vorweg, Frau Lenke: Ich weiß, dass Sie den Haushalt gut kennen und dass Sie auch die Prozesse und die Dinge, die wir im Familienausschuss beraten, gut kennen. Ich nehme aber mit einiger Verblüffung zur Kenntnis, dass Sie einfach nicht wahrnehmen wollen, dass die Durchforstung und die Analyse, die systematische Aufarbeitung der Familienleistungen längst ein Prozess ist, der läuft, und dass diese wissenschaftlichen Aufgaben im Übrigen mit dem Bundesfinanzminister nicht nur abgestimmt sind, sondern mit ihm gemeinsam finanziert werden. Das ist nicht etwas, das man soeben einmal innerhalb von sechs Monaten so hinwirft.

(Ina Lenke [FDP]: Vier Jahre!)

Sie haben inzwischen den Arbeitsbericht bekommen. Sie wissen, dass das ein längerer Prozess ist. Der Übergang vom Erziehungsgeld zum Elterngeld, der neue Kinderzuschlag, das gestaffelte Kindergeld und der Ausbau der Infrastruktur in der Kinderbetreuung sind Ergebnisse, die sich sehen lassen können. Ich glaube, Sie sollten das einfach einmal zur Kenntnis nehmen, wenn ich auch weiß, dass ich Ihnen dadurch ein Argument wegnehme, das Sie immer wieder anbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man spricht in der Tat von der offenen Gesellschaft, vom Zusammenhalt der Gesellschaft und davon, am Anfang Hürden abzubauen, damit Menschen für sich überhaupt Perspektiven sehen, eine Familie zu gründen. Ein Synonym dafür ist das Elterngeld. Ich kann mich an den Anfang erinnern, liebe Renate Schmidt. Welch ein Kampf war es, erst einmal Offenheit im Kopf zu schaffen, damit der Gedanke an das Elterngeld angenommen wurde. Jetzt ist es seit 2007 da, und es ist auf 4,4 Milliarden Euro angewachsen. Das ist eine stolze Summe. Ich weiß, dass Sie, Herr Fricke, ab und zu wegen des stetigen Anwachsens des Elterngeldes die Stirn runzeln. Ich rufe Ihnen zu: Weil mehr Kinder geboren werden und weil mehr junge Väter Elternzeit nehmen, müssen wir immer wieder das Elterngeld erhöhen. Das ist das Beste, was einem Land überhaupt passieren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Genauso eindeutig ist der Kinderzuschlag. Inzwischen wurde er auf 374 Millionen Euro erhöht. Er ist nicht nur deshalb so wichtig, weil dadurch 250 000 Kinder aus Hartz IV geholt werden, sondern auch, weil er das eindeutige und ermutigende Signal an ihre Eltern aussendet: zu arbeiten ist immer besser als nicht zu arbeiten. Wenn es für das eigene Einkommen reicht, dann sollt ihr nicht wegen der Kinder in Armut rutschen. Frau Golze, deshalb sage ich – ob Sie es wahrnehmen wollen oder nicht –: Gerade für Alleinerziehende ist der Kinderzuschlag deutlich verbessert worden. Alleinerziehende haben das Recht, das zu wählen, was in ihrer spezifischen Lebenssituation besser ist.

Noch ein Satz zu den Alleinerziehenden. Wir haben gesehen, dass durch die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 – es hilft gerade Alleinerziehenden – die Zahl der jungen Mütter, die nach der Geburt eines Kindes in Hartz IV rutschen, um 5 Prozent gesunken ist. Nehmen Sie diese Dinge einfach einmal zur Kenntnis! Es heißt, Mut zur Gründung einer Familie zu machen und auch dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen ihren Lebensunterhalt selber verdienen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie sprechen zu Recht über Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden. Frau Golze, Sie haben wahrscheinlich nicht wahrgenommen, wie viel auch in Ihrem Bundesland, Brandenburg, gerade durch die Frühen Hilfen, durch die Modellprojekte, die wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen durchführen, geschehen ist. Wir wissen nämlich, dass Kinder, die von Misshandlung und Verwahrlosung bedroht sind, nicht ohne Weiteres nur durch die kommunale Arbeit oder nur

durch die Landes- oder Bundesarbeit gerettet werden können; vielmehr muss es ein Netz der Frühen Hilfen geben. Da ist im letzten Jahr viel geschehen. Inzwischen haben fast alle Bundesländer das verbindliche Einladewesen. Neu ist bei uns die Früherkennungsuntersuchung U 7 a im dritten Lebensjahr. Die Familiengerichte sind gestärkt worden. Das entsprechende Gesetz ist hier im Bundestag verabschiedet worden. Das Kinderförderungsgesetz ist verabschiedet. Das Kinderschutzgesetz ist jetzt in der Ressortabstimmung. Das alles ist innerhalb eines Jahres geschehen. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis! Es ist für uns alle bedrückend, Kinder auf der Schattenseite zu erleben; aber wir tun etwas. Ich rufe alle auf, die mitmachen wollen, dieses Netz der Frühen Hilfen gemeinsam zu knüpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vorsorgende, ermutigende Politik hat die Aufgabe, in allen Lebensabschnitten und Lebenssituationen Möglichkeiten zu geben. Das gilt für die Bildungschancen aller Kinder; das gilt genauso für die Erwerbschancen ihrer Eltern. Deshalb hat die Große Koalition eine Bresche für den Ausbau der Kinderbetreuung geschlagen. Das ist jetzt in den Kommunen angekommen. Für das Jahr 2008 sind bereits 333 Millionen Euro angemeldet.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Ministerin, darf ich Sie kurz unterbrechen? Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ilja Seifert?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:  
Gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, Sie haben gerade aufgezählt, was alles für Kinder auf der Schattenseite usw. gemacht wird. Wieso enthält Ihr Haushalt nicht einen einzigen Posten, der die Umsetzung der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen vorsieht, die wir wahrscheinlich in der nächsten Woche - wenn auch zu sehr später Stunde - mit großer Einmütigkeit beschließen, also ratifizieren werden? Warum enthält Ihr Haushalt keinen einzigen Posten, durch den Kinder mit Behinderungen, Frauen mit Behinderungen, Familien, die von behinderten Menschen gegründet werden, gefördert werden sollen? Die UNO-Konvention schreibt vor, was die Staaten zu tun haben: dass Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben tatsächlich teilhaben können. Gerade das ist der Paradigmenwechsel, der durch diese UNO-Konvention eingeleitet wird. In Ihrem Haushalt, in dem all diese Punkte eigentlich berücksichtigt sein müssten, kommt das alles nicht vor. Wieso beachten Sie solche Dinge überhaupt nicht?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Es kommt in unserem Haushalt nicht spezifisch vor, weil die Hilfen für Menschen mit Behinderungen in anderen Ressorts angesiedelt sind.

Ich nehme als Beispiel nur das Thema „Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige“. Da sind integrative



Gruppen eine der großen Chancen, die sich für Kinder mit Behinderungen eröffnen. Bei diesem Thema sage ich immer wieder: Die Türen müssen aufgemacht werden, damit Kinder mit Handicaps und Kinder ohne Handicaps unvoreingenommen miteinander den Weg ins Leben gehen können. Herr Seifert, Sie werden nicht einen einzelnen Posten dafür finden; vielmehr geht es darum, die Fülle der Aufgaben zu sehen und immer wieder den Blick auf die Menschen mit Behinderungen zu werfen. Ich war bei dem Thema „Ausbau der Kinderbetreuung“. Ich sagte: Es ist jetzt bei den Kommunen angekommen. Heute sind für das Jahr 2008, also für das laufende Jahr, 333 Millionen Euro angemeldet, obwohl das Gesetzespaket gerade erst einige Wochen alt ist. Insofern zeigt sich, dass die Botschaft angekommen ist und dass auch die Bereitschaft der Kommunen, nachdem mittlerweile sämtliche Verwaltungsvereinbarungen der Länder getroffen worden sind, vorhanden ist, den Ausbau der Kinderbetreuung voranzubringen.

Frau Golze, auch da gilt: Bitte, sagen Sie doch die volle Wahrheit! Wenn es 2013 für alle Eltern einen Rechtsanspruch gibt, dann heißt das 100 Prozent und nicht 35 Prozent. Der Sinn des Rechtsanspruchs ist, dass alle Eltern eine Chance haben, einen Kindergartenplatz zu erhalten, wenn sie es denn möchten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Augenblick suchen 35 Prozent. Insofern wird jetzt vorsorgend ausgebaut.

Wir sehen im Haushalt zusätzliche Mittel für die Qualifikation von Tagesmüttern und für betrieblich unterstützte Kitas vor. Von dieser Stelle und an diesem Punkt noch einmal von Herzen meinen Dank an alle streitbaren Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker, die unsere geschätzten Haushälter beim Thema „Ausbau der Kinderbetreuung“ mitgerissen haben! Ich weiß, es war ein ungewöhnlicher Weg. Ich weiß, es ist eine stattliche Summe Geld; 4 Milliarden Euro wurden zur Verfügung gestellt. Mein Dank von Herzen an dieses Parlament! Ohne Sie wäre es nicht gegangen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die globalisierte Gesellschaft bietet für viele Menschen Chancen, aber sie ruft bei vielen auch Ängste hervor. Das betrifft vor allem Menschen aus bildungsfernen Milieus, die sich von Aufstiegsmöglichkeiten ausgeschlossen oder von der Gesellschaft vernachlässigt fühlen. Das ist nicht nur so irgendein Gefühl, sondern es bestehen reale Barrieren für diese Kinder und Jugendlichen. Deshalb wollen wir gezielt jungen Menschen, die Probleme haben, die Schule abzuschließen, eine zweite Chance geben. Wenn sie den Weg in die Berufswelt nicht finden können, wollen wir in Kompetenzagenturen ihre Stärken zutage fördern, auch wenn diese vielleicht unter einer dicken Schicht von Schwächen, Unzulänglichkeiten oder negativen Lebenserfahrungen verborgen sind.

143 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds stellen wir in den nächsten drei Jahren für die insgesamt

400 Standorte für die Programme „Schulverweigerung“ und „Kompetenzagenturen“ zur Verfügung. Es geht um die Kompetenz, die eigenen Fähigkeiten zu erkennen und zu entwickeln, um dann am Arbeitsmarkt eine reelle Chance zu haben. Deshalb auch die 53 Millionen Euro aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans für die Integration von Jugendlichen! Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist - dafür bin ich auch dankbar -, eine weitere Million Euro einzustellen, um diese Mittel zu verstärken. Wir brauchen diese jungen Menschen im Land.

An dieser Stelle noch einmal zur Otto-Benecke-Stiftung. Damit das in diesem Raum klar ist: Wir übernehmen jetzt 28 Beschäftigte mit ihren Kompetenzen beim Thema Integration in diese Integrationsarbeit vor Ort. Wir wollen nicht, dass diese Kompetenzen verloren gehen. Aber Tatsache ist, dass die Zahl der Aussiedlerinnen und Aussiedler dramatisch zurückgegangen ist. Deshalb ist es richtig, die Kompetenzen der Beschäftigten anderweitig zu nutzen, die Menschen weiterhin zu beschäftigen und damit die Integration vor Ort allgemein und nicht nur die Integration der Aussiedlerinnen und Aussiedler voranzutreiben.

Ebenso drastisch wie bei den jungen Menschen fordert der demografische Wandel auch eine Neubewertung der Fähigkeiten, Erfahrungen und der Verantwortung älterer Menschen. Die älteren Menschen werden in absehbarer Zeit einen Großteil, wenn nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Deshalb fördern wir das Thema „Wirtschaftskraft Alter“ und das Thema „Aktiv im Alter“. Es geht um ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement im Alter. Wir brauchen mehr bürgerschaftliches Engagement. Jeder kann mitmachen, egal woher er kommt. Vom Sofa aufstehen muss jeder allein, aber dann - das ist das Entscheidende - müssen auch Orte da sein, an die die Menschen gehen und sich engagieren können. Da sprechen die 500 Mehrgenerationenhäuser im Land eine ganz lebendige Sprache. Dazu gehört das jetzt erweiterte, bereits erwähnte Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“. Das sind Pionierprojekte, die hoffentlich eine deutliche Vorbildfunktion im Land entfalten werden.

Das bürgerschaftliche Engagement muss Spaß machen - sonst kommt keiner -, und es muss gewürdigt werden; sonst bleibt keiner. Das bleibt auch das große Thema bei der Förderung der Qualifizierung der ehrenamtlichen Demenzbegleiter. Deshalb sagt unsere Initiative ZivilEngagement sehr deutlich: Schiebt die Puschen in die Ecke, wir brauchen euch!

„Alter ist etwas Herrliches“, sagt Martin Buber, „wenn man nicht verlernt hat, anzufangen!“

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Otto Fricke von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es einfach wäre, jetzt zu sagen: „Ich mache bei diesem Schönen und Guten mit“,

bleibe ich als Haushaltsausschussvorsitzender doch dabei:  
Ja, es ist richtig, das Elterngeld auszubauen. Ja, es  
ist richtig, mehr Geld für Kinder zu geben. Ja, es ist richtig,  
für die Schwachen in unserer Gesellschaft mehr  
Leistungen von den Starken zur Verfügung zu stellen.  
Aber eines muss man bei diesem Haushalt für die Zuhörer,  
die jetzt hier sind oder die am Fernseher sind, sagen:  
Immer daran denken: Geld ist endlich. Das geht nicht,  
wie von den Linken immer gesagt wird: Mehr Geld für  
alle von niemandem. - Irgendwo muss das herkommen.  
Ich erwarte von Familienpolitikern und von Ihnen, Frau  
Ministerin - Sie wissen es -, dass gesagt wird: Vorsicht!  
Wo ist die Grenze dessen, was wir als Gesellschaft können?  
Wenn wir nämlich weiter so agieren, dass wir uns,  
sobald schlechte Zeiten kommen, immer wieder über  
alle Maßen verschulden, ohne vorher Reserven geschaffen  
zu haben, dann nützt das den Kindern überhaupt  
nichts; denn die Schulden, die wir heute machen, müssen  
entweder unsere Kinder später abbezahlen, oder uns  
fehlt, wenn wir sie abtragen, das Geld für Bildungs- und  
Forschungsausgaben, die nötig sind, um eine Zukunft zu  
gestalten, auf die unsere Kinder Anspruch haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, es ist immer leicht und schön, nur für das  
Gute zu sprechen und Leistungen einzufordern. Aber  
man muss aufpassen. Dem Elterngeld als Grundleistung  
- Sie haben es gesagt - stimmen wir zu. Aber nach dem,  
was Sie und Ihr Haus gemacht haben - erst wird mehr  
Elterngeld gefordert, dann kommt man gegen Ende des  
Jahres wieder und spricht davon, dass mehr Erziehungsgeld  
nötig ist, und verweist dabei darauf, dass die Länder  
es nicht entsprechend abgefordert haben -, bin ich sehr  
gespannt, was noch kommt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr  
Kollege!)

Am Ende steckt dahinter wahrscheinlich eine einfache  
Theorie: Beim Elterngeld, beim Erziehungsgeld, bei  
Leistungen für Kinder kann ich ruhig etwas weniger veranschlagen.  
Keiner in diesem Parlament wird nachher  
sagen: Wir zahlen das Geld nicht und kürzen die Leistung.  
- So etwas ist verfehlte Haushaltspolitik, denn  
wenn Sie den Haushalt zu niedrig veranschlagen, trägt  
das dazu bei, dass an anderer Stelle mehr Geld ausgegeben  
wird. Ich erhoffe mir, dass die Zahlen für das Jahr  
2009 besser sind. Ich bin mir nicht sicher, ich bin aber  
gespannt. Wir werden es am Ende sehen. Es wird sozusagen  
Ihre kleine Meisterprüfung sein, ob Sie es wenigstens  
für dieses Jahr hinbekommen.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Wenn, dann schon Meisterinnenprüfung!)

Kommen wir zur Kindergelderhöhung. Ja, wir alle  
haben sofort gesagt, sie ist richtig und gut trotz des Problems,  
ob es korrekt ist, das erhöhte Kindergeld gegen  
andere staatliche Leistungen gegenzurechnen. In diesem  
Zusammenhang müsste man eigentlich über die Bundesratsbank  
reden. Was passiert denn im Moment? Was machen  
denn CDU-Minister landesweit? Was machen denn  
die SPD-Länderminister? Die sagen auf einmal: Ich bin  
für eine Kindergelderhöhung, aber bezahlen will ich sie  
als Landesminister nicht, auch wenn ich bisher immer

daran beteiligt war. - Frau Ministerin, hier kommt auf Sie harte Arbeit zu. Sie können nicht nur einfach das Finanzministerium agieren lassen und es auffordern: Ihr müsst euch dagegen wehren. - Beim Kindergeld und beim Kinderfreibetrag sind die Länder und Kommunen genauso beteiligt, wenn es wie bisher eine gesamtstaatliche Aufgabe sein soll. Dafür müssen Sie sorgen. Es darf nicht sein, dass der Bund diese nachher alleine bezahlt. Die Länder sich hier aus der Verantwortung stehlen zu lassen, wäre unverantwortlich gegenüber unserer Gesellschaft. (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang Spanier [SPD])

Sie haben eben so schön von Evaluierung gesprochen, als Sie auf den Einwand von der Kollegin Lenke reagiert haben. Jeder hat jetzt den Eindruck, Sie hätten eine Evaluierung gemacht. Das stimmt zwar, aber es ging folgendermaßen - ich verkürze das etwas -: Ursprünglich wollte man die Leistungen, die es gab, evaluieren und dann schauen, welche falsch ist. Die Grundfrage war ja, warum wir so viel Geld für Kinder und Familien ausgeben, aber so wenig davon im Lande ankommt.

(Ina Lenke [FDP]: Ja, richtig, Otto!)

Jetzt Achtung! Wie lautete die Antwort der Sachverständigen? Sie lautete nicht: Diese Leistung ist falsch, jene Leistung müsste verändert werden. Die Antwort lautete: Da brauchen wir mehr, hier wäre es besser, noch ein wenig mehr zu haben, dort wäre es wichtig, ganz viel mehr zu haben. - Nicht einmal wurde gesagt: Eine Leistung ist falsch, unnötig oder Derartiges. Das war doch keine Evaluierung, was da gemacht worden ist, sondern ein reines Wünsch-dir-was-Programm.

(Beifall bei der FDP)

Ich gehe kurz auf die Otto Benecke Stiftung ein. Sie haben diesen Punkt angesprochen und gesagt, dass die Leute übernommen werden. Das betrifft aber nur die Fachleute. Was geschieht mit den anderen, die jetzt Ängste haben, weil Sie die Stiftung nicht weiter finanzieren wollen? Ich gestehe ja zu - das ist ja vollkommen richtig -, dass die Otto Benecke Stiftung in dem Bereich, wo sie bisher arbeitete, nicht mehr arbeiten kann. Sie will das ja auch gar nicht mehr. Das hat sie von sich aus gesagt. Bitte kümmern Sie sich aber auch um die genannten Personen. Der Haushaltsausschuss wird mit Sicherheit ein genaues Auge darauf haben - das sage ich jetzt auch im Namen meiner Mitberichterstatter -, was da passiert.

Ich will noch kurz auf die Erbschaftsteuer zu sprechen kommen. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass Sie als Familienministerin das dort verankerte Prinzip der Kernfamilie haben durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe Sie immer so verstanden, dass Sie Ihre Partei dahin gebracht hätten, einzusehen, dass der Begriff der Familie viel vielschichtiger ist: Es gibt die Patchwork-Familien, Unterschiede aller Art.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kein Wort zur Familienpolitik, Herr Fricke!)

Aber jetzt kommt Ihre Partei und sagt: Nein, bei der Erbschaftsteuer erkennen wir nur ein Modell von Familie

an, das steuerrechtlich bevorzugt wird. Ich halte das für einen großen Schritt zurück. Ich verstehe das nicht. Hierzu hätte ich gerne mehr von Ihnen gehört. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss meiner Rede  
(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

möchte ich etwas zum Schluss des Lebens sagen. In der Politik gibt es ein hohes Engagement von Senioren. Bei meinen Bürgergesprächen und beim Zusammentreffen mit Besuchergruppen erlebe ich es immer wieder, dass hier sehr viel kommt.

(Christel Humme [SPD]: Wenn das so junge Leute sagen!)

- Da kommt es wieder. Ich trage doch als 43-Jähriger nicht nur Verantwortung für meine drei Kinder. Ich trage auch Verantwortung für meine Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten usw. in höherem Alter. Hier zu sagen, das müsste man trennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich für völlig falsch. Man steht in der Mitte des Lebens, und das heißt, man trägt für alle Generationen Verantwortung. Ich möchte insbesondere auf ein Thema ganz kurz hinaus, nämlich auf die Patientenverfügung. Kein Thema wird mir gegenüber von Senioren häufiger angesprochen als die Patientenverfügung. Ich will jetzt nicht die Position darstellen, für die ich stehe, aber ich will ganz bewusst sagen, dass es hier bei den Bürgern sehr viele Ängste und einen unglaublichen Bedarf gibt, diese Ängste abzubauen. Die Bürger sorgen sich, ob man in ihr Leben hereinreden wolle bzw. was sie tun können, damit man sie nicht so lange wie möglich an irgendwelche Apparate anschließt. Wir müssen hier dringend etwas tun. Eine Ministerin, die für Senioren zuständig ist, muss, auch wenn dieses Problem jedes Ressort betrifft, an dieser Stelle irgendwann bekennen, wo sie hin will, was sie für die Senioren tun will.

Alles in allem: Der Haushalt könnte besser sein. Es sind noch viele Aufgaben zu erledigen; ich bin gespannt, wie Sie das bis zum Ende der Legislaturperiode hinbekommen wollen. Danach werden Sie einen neuen Koalitionspartner benötigen, der Ihnen dabei ein bisschen mehr auf die Beine hilft. Welcher das ist, können Sie sich denken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr staatstragend, aber am Thema vorbei!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Wolfgang Spanier von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wolfgang Spanier (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Über die Fakten des Einzelplans 17, Familienministerium, ist hier ausreichend informiert worden. Weil es sich um den letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode handelt, gestatte ich mir, die Gelegenheit zu nutzen, eine Art Bilanz zu ziehen.

Zunächst einmal stelle ich fest: Es gab auf diesem politischen Feld durchaus eine konstruktive Zusammenarbeit in der Koalition

(Ina Lenke [FDP]: Von uns auch!)

und auch - das will ich gern einräumen, Frau Lenke - eine konstruktive Diskussion mit den Oppositionsfraktionen. Natürlich sind nicht alle Erwartungen erfüllt worden. Aber wir - das ist das Entscheidende - haben große Schritte in die richtige Richtung gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Familienpolitik eingeleitet. Dass Sie, Frau Lenke, Sie, Frau Golze, und Sie, Frau Haßelmann, die Bilanz anders sehen, kann ich nachvollziehen.

(Ina Lenke [FDP]: Nein, sehe ich gar nicht anders!)

Aber insgeheim werden Sie mir sicherlich recht geben.

(Ina Lenke [FDP]: Auch nicht insgeheim!)

Wir haben einen Familienbegriff zugrunde gelegt, der nicht nur die Tatsache berücksichtigt, dass Eltern und Kinder zusammenleben, sondern darüber hinaus vom Zusammenleben mindestens dreier Generationen ausgeht. Dies war ein wichtiger Paradigmenwechsel, weil er der demografischen Entwicklung Rechnung trägt und den Zusammenhalt der Generationen betont.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nenne die wichtigsten Punkte. Wir haben das Ganztagschulprogramm fortgesetzt: 6 500 Grundschulen in Deutschland mit dem offenen Ganztage. Das sind noch keine Ganztagschulen;

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nach der Föderalismuskommission I könnte damit Schluss sein!)

aber das hat im Bewusstsein und in der politischen Diskussion eine wirklich nachhaltige Änderung gebracht.

Die Widerstände, die es vor allen Dingen aus den Reihen der Union vor Ort über Jahrzehnte gegeben hat, sind aufgebrochen worden. Dies gibt uns Zuversicht, dass wir das Instrument der Ganztagschulen nutzen können, weil es besondere Fördermöglichkeiten für benachteiligte Kinder gewährleistet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Kinderförderungsgesetz ist ein Meilenstein. Rot-Grün hat mit dem Tagesstättenausbaugesetz den Anfang gemacht und das ehrgeizige Ziel verfolgt, bis 2010 20 Prozent zu erreichen. In dieser Legislaturperiode haben wir noch einmal richtig draufgelegt und das mehr als ehrgeizige Ziel festgeschrieben, bis 2013 auf 35 Prozent zu kommen. In diesem Zusammenhang haben wir, was für uns Sozialdemokraten besonders wichtig war, den Rechtsanspruch durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist, gerade was wiederum die Förderung benachteiligter Kinder anbetrifft, ein echter Meilenstein. Dass wir hier den Akzent auf die frühe Förderung gesetzt haben, ist ein ganz entscheidender Fortschritt. Dass wir dabei gleichsam als Anmerkung einen Hinweis auf das Betreuungsgeld ins Gesetz aufgenommen haben, war eine bayerische Kröte, die nicht nur wir Sozialdemokraten,

sondern auch Sie, Frau Ministerin, schlucken mussten.

(Beifall bei der SPD - Johannes Singhammer

[CDU/CSU]: Das ist eine zukunftsweisende  
Regelung!)

Ich gehe davon aus, dass der nächste Bundestag, dem ich nicht mehr angehören werde, hier eine weise Entscheidung treffen und sich nicht an dem genannten Beispiel orientieren wird.

(Beifall bei der SPD - Johannes Singhammer

[CDU/CSU]: Ihr Enkel wird sich über das Betreuungsgeld freuen!)

Ganz entscheidend - dies betone ich an dieser Stelle erneut - ist, dass wir neben der Familienpolitik die Bildungspolitik an die Stelle gerückt haben, an die sie gehört.

Bildung ist in der Tat der Schlüssel. Vor über 40 Jahren hat der Philosoph Georg Picht ein Buch über den Bildungsnotstand geschrieben. Dieses Thema hat mich damals als jungen Lehrer umgetrieben. Es ist beschämend und erschreckend, dass sich an dieser Situation in 40 Jahren nichts grundlegend geändert hat. Deswegen müssen wir hier - wir tun es ja auch - einen neuen Anlauf nehmen.

Im Übrigen müssen wir uns alle, egal welchem politischen Lager wir angehören und auf welcher politischen Verantwortungsebene wir tätig sind, an die Nase fassen, auch wenn man ein paar Jahre Ministerpräsident des Saarlandes war. Wir haben dieses Thema nicht angepackt; wir haben diese grundsätzliche Schwäche unseres Bildungssystems, nämlich dass die Bildungschancen in Deutschland von der sozialen Herkunft abhängig sind, leider nicht beseitigt und noch nicht einmal gemildert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ina Lenke

[FDP])

Deswegen ist das Kinderförderungsgesetz ein so entscheidender Schritt nach vorne.

Das Elterngeld. Ich freue mich, dass Sie, Frau Ministerin, Renate Schmidt in diesem Zusammenhang genannt

haben. Das Elterngeld ist in der Tat eine Initiative der SPD, namentlich von Renate Schmidt. Es ist hier schon genügend vorgestellt und gewürdigt worden. Es hat sich in der Tat in den Köpfen der jungen Männer etwas verändert. Ich sehe es an unseren beiden Söhnen.

Sie haben eine ganz andere Einstellung zu den Kindern und zu den Erziehungsaufgaben der Väter. Deswegen hat es mich nicht erstaunt, dass das Angebot in einem solch erfreulichen Umfang von den Vätern angenommen wird.

(Ina Lenke [FDP]: Jetzt machen Sie aber wieder ein Gesetz!)

Frau von der Leyen hat vorhin schon darauf hingewiesen, wie wichtig es war, dass wir bei den Frühen Hilfen, beim Frühwarnsystem vorangekommen sind. Ich beobachte das auch bei mir zu Hause im Kreis Herford. Da ist wirklich etwas in Bewegung gekommen. Der Anstoß kam von der Bundesebene. Dass das novellierte Kinderschutzgesetz in absehbarer Zeit hier ergänzend verabschiedet wird, sei nur noch erwähnt.

(Beifall bei der SPD)

Das Kindergeld. Die Erhöhung der Freibeträge und

dementsprechend die Erhöhung des Kindergeldes waren eine zwangsläufige Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Natürlich hätten wir Sozialdemokraten uns eine andere Gestaltung des Kindergeldes vorstellen können: gleicher Betrag für jedes Kind. Das ist in der Großen Koalition nicht durchsetzbar gewesen. Das wird sicherlich eine Aufgabe der Zukunft sein. Es war leider genauso wenig durchsetzbar, beim Ehegattensplitting Veränderungen vorzunehmen. Der Staat soll selbstverständlich die Ehe schützen und fördern. Aber ich will an einem Punkt deutlich machen, wie verquer die ganze Regelung ist. Wenn beide Ehepartner gleich viel verdienen, dann ist die steuerliche Förderung der Ehe gleich null.

(Ina Lenke [FDP]: Endlich sagt es mal einer!)

Da kann doch irgendetwas nicht stimmen. Das sagt einem doch schon der gesunde Menschenverstand.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen da also ran. Das war aber in dieser Koalition bislang - leider - noch nicht möglich.

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ausweitung des Kinderzuschlages und die deutliche Anhebung des Wohngeldes - beides gehört zusammen - zum 1. Januar 2009 sind weitere wichtige Maßnahmen, die wir in dieser Großen Koalition in diesen gut drei Jahren auf den Weg gebracht haben. Auch das ist ein Erfolg, den wir uns sicherlich zugute halten lassen können.

Schulbedarfspaket. Da will ich ganz offen einräumen, dass wir es für richtig halten. Es war ein längst überfälliger Schritt. Aber es ist uns in der Großen Koalition nicht gelungen - das möchte ich an dieser Stelle frank und frei sagen -, die Regelsätze und die Ermittlung der Regelsätze insbesondere für Kinder tatsächlich auf den Prüfstand zu stellen und zu verändern. Möglicherweise wird uns ein höchstrichterliches Urteil dazu zwingen. Das scheint absehbar zu sein. Ich halte es für bedauerlich, dass womöglich erst ein Urteil uns dazu bringt, dieses endlich zu vollziehen.

Für den Zusammenhalt der Generationen ist das Mehrgenerationenhaus ein Beispiel und Impulsgeber. Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Anträge der Linken eingehen. Was Frau Golze hier vorgetragen hat, klingt sehr sympathisch. Eines hat sie aber vergessen. Sie hat keine Zahlen genannt. Allein die Kosten, die die Vorschläge in Ihren beiden Anträgen zum Einzelplan 17 verursachen würden, belaufen sich auf annähernd 6 Milliarden Euro jährlich. Der gesamte Haushalt unseres Einzelplans umfasst gerade einmal 6,3 Milliarden Euro. Das wäre also mal eben locker eine Verdoppelung. Dazu sollen 18 Milliarden Euro Mehrausgaben jährlich für Bildung, 9 Milliarden Euro für SGB II und XII und 38 Milliarden Euro für die Rente kommen. Ich werde es noch erleben - wir werden noch ein halbes Jahr Sitzungswochen im Deutschen Bundestag haben -, dass Sie endlich Ihr Ziel erreichen werden, dass Ihre Forderungen nach jährlichen Mehrausgaben die Höhe des jetzigen Bundeshaushalts übertreffen werden. Das wäre



dann schlicht eine Verdoppelung.

Wie soll man das nennen? Ich möchte mich im parlamentarischen Rahmen bewegen. Vorhin hat uns eine Ihrer Rednerinnen Doppelmoral vorgeworfen. Ich meine, man sollte mit solchen Vorwürfen vorsichtig sein. Ich nenne das, was Sie hier machen, auch Doppelmoral. Das sind wirklich Versprechungen im absolut luftleeren Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wenn jemand irgendwo in diesem Land etwas fordert - mag es inhaltlich auch noch so wenig begründbar sein -, dann greifen Sie das auf, formulieren hier mal locker einen Antrag und warten eigentlich immer nur darauf, dass wir diese Anträge ablehnen müssen, weil wir auch eine Verantwortung hinsichtlich der Finanzen und eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Spanier.

Wolfgang Spanier (SPD):

Das scheinen Sie zu vergessen.

Herzlichen Dank. - Herr Präsident, Entschuldigung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort erhält jetzt der Kollege Kai Gehring von Bündnis 90/Die Grünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Spanier, für Ihre nachdenklichen und zum Teil auch selbstkritischen Worte möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Frau Ministerin, an Sie gerichtet, möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen: Obwohl Sie Kleckerbeträge draufgelegt haben, stellen Sie sich mit diesem Haushalt im Bereich der Jugendpolitik selber ein Armutszeugnis aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder verfolgen Sie eine Strategie gegen die zunehmende Armut von Jugendlichen, noch setzen Sie Prioritäten bei deren sozialer und beruflicher Integration. Viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene befinden sich in sinnlosen Warteschleifen oder müssen 1-Euro-Jobs machen. Sie sind in diesen Warteschleifen geparkt. Das ist für die Betroffenen demotivierend und kommt die Gesellschaft teuer zu stehen. Deshalb fordern wir, dass der Vorrang für die Vermittlung junger Arbeitslosengeld-II-Bezieher in eine Ausbildung endlich gesetzlich festgeschrieben wird. Da fragen wir uns schon: Wo bleibt da die Initiative der Bundesjugendministerin, zusammen mit dem Arbeitsminister und der Bildungsministerin, für diese Jugendlichen? - Sie sollten hier nicht über den Aufstieg durch Bildung schwadronieren, sondern Sie sollten ihn als Bundesregierung endlich organisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Vergeudung von Lebenschancen der Jugendlichen können Sie als Jugendministerin nicht schweigen und wegsehen. Anstatt die jugendpolitischen

Scheuklappen bei der Arbeit in Ihrem Ministerium weiter zu tragen, sollten Sie sich bei unseren grünen Anträgen bedienen und unsere Vorschläge aufgreifen, die zeigen, wie die Lage armer und benachteiligter Jugendlicher verbessert werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie dürfen zum Beispiel das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ nicht einfach streichen, sondern Sie müssen es fortsetzen und fortentwickeln. Nur so kann der Bund auch weiterhin Verantwortung dafür übernehmen, dass es eine starke Jugendhilfe gibt und dass mehrfach benachteiligten Jugendlichen tatsächlich geholfen wird. Sie müssen besser unterstützt werden. Dafür brauchen wir starke Initiativen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso wie in der gesamten Jugendpolitik erwarten wir auch, dass beim Zivildienst und bei den Freiwilligendiensten endlich mehr geschieht und Sie uns nicht jedes Jahr aufs Neue Ihre konservativen Ladenhüter vorstellen. Vielmehr sollten Sie uns endlich zukunftsfähige Konzepte anbieten. Es ist so, dass sich die Wehrungerechtigkeit in den Zeiten dieser Großen Koalition von Jahr zu Jahr verschärft hat.

(Ina Lenke [FDP]: Ja!)

Das geht jedes Mal auf Kosten der Ausbildungschancen junger Menschen. Da sind wir uns, die Vertreter der Opposition, völlig einig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt in diesem Deutschen Bundestag längst eine parlamentarische Mehrheit, um endlich aus der Wehrpflicht auszusteigen, die Freiwilligendienste massiv aufzustocken und den Zivildienst entsprechend umzuwandeln. Das ist eine Gegenkonzeption, von der ich mir wünschen würde, dass man den Mut hat, das endlich in diesem Land umzusetzen, um damit das Engagement Jugendlicher stärker zu fördern und anzuerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dorothee Menzner [DIE LINKE])

Frau Ministerin, ich würde mir auch wünschen, dass Sie Jugendliche als Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und sie nicht bevormunden. Starten Sie endlich eine Ausbauoffensive für demokratische Jugendarbeit in unserem Land! Anderenfalls überlassen Sie das Feld den Rechtsextremisten, die Jugendliche für ihre menschenverachtende Ideologie ködern wollen.

Ich finde es schade, dass Sie unsere Vorschläge, zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus gezielt zu fördern und diesen eine direkte Antragsmöglichkeit bei der Mittelvergabe zu eröffnen, in den letzten Jahren immer wieder aus ideologischen Gründen abgelehnt haben. Sie sind damit konzeptionslos umgegangen. Das ist aus unserer Sicht verantwortungslos und reicht nicht aus, um Rechtsextremismus in diesem Land wirklich zu bekämpfen und eine demokratische Jugendkultur zu fördern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese brauchen wir aber dringend; denn wir benötigen Nachwuchs für die Demokratie.

Ein letzter Punkt. Seit Roland Koch Jugendliche mit Migrationshintergrund skrupellos in seinem Wahlkampf instrumentalisiert hat,

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Was ist denn das für ein Unsinn!)

hat die Bundesjugendministerin ein Jahr lang zum Thema Jugendgewaltprävention geschwiegen. Es ist schon ein starkes Stück, dass Sie vorgestern zusammen mit Herrn Schäuble einmal ganz locker eine PR-Aktion zum Thema Jugendgewalt gestartet haben, in der Sie zum Ausdruck bringen, dass Sie den Extremismus allein über das Ehrenamt bekämpfen wollen. Das wird nicht ausreichen. Da Sie gleichzeitig einzelne Programme zur Prävention und zur Jugendarbeit auslaufen lassen, ist das wieder nur ein typischer PR-Gag. Das reicht überhaupt nicht aus, um eine entsprechende Jugendgewaltprävention zu betreiben.

Die Jugendlichen hierzulande haben es nicht verdient, von Ihnen weitgehend ignoriert zu werden. Das spiegelt dieser Haushalt wie alle vorherigen Haushalte auch wider. Das wird der jungen Generation nicht gerecht. Stellen Sie endlich Kinder und auch Jugendliche in den Mittelpunkt Ihrer Politik, anstatt sie großkoalitionär im Regen stehen zu lassen!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Johannes Singhammer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wichtigste, erfreulichste, mutmachendste, kurzum, die schönste Zahl im Haushalt für das kommende Jahr ist die der Steigerung der Ausgaben des Elterngelds: 225 Millionen Euro sind für das kommende Jahr zusätzlich eingeplant. Ich glaube, da wird es auch dem ansonsten verschlossensten Haushälter warm ums Herz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Warum ist das so? Diese 225 Millionen Euro werden deshalb mehr eingeplant, weil aller Voraussicht nach mehr Elterngeld beantragt werden wird. Mehr Elterngeld wird deshalb beantragt, weil voraussichtlich mehr Kinder geboren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Ina Lenke [FDP]: Das werden wir erst mal sehen!)

Seit dem Jahr 1964 haben wir bei der Zahl der Geburten einen Rückgang zu verzeichnen; manche sprechen auch von einem freien Fall. Seit der Einführung des Elterngelds erstmals 2007 gibt es eine Trendwende - zwar auf einem niedrigen Niveau, aber immerhin. In diesem Jahr hat sich die Trendwende fortgesetzt. Die Prognosen für das kommende Jahr lassen, wie dieser Haushaltsplan

zeigt, einen weiteren Anstieg erwarten.  
Das ist deshalb schön, weil wir in einer Zeit leben, in der viele eine Krise heraufziehen sehen, in der Unheilspropheten nicht müde werden, apokalyptische Szenarien zu entwickeln. Gleichzeitig gibt es nichts Mutmachenderes, als wenn sich junge Menschen entschließen, Kinder zu bekommen, weil sie damit ihr Vertrauen nicht nur in die eigene Partnerschaft, sondern auch in die Zukunft unseres Landes dokumentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wird immer an der Kindergelderhöhung im kommenden Jahr herumgemäkelt. Mindestens 120 Euro mehr im Jahr und, je nach Kinderzahl, 240 Euro, 432 Euro oder 624 Euro mehr für Familien mit mehr Kindern – das ist nicht nur Symbolpolitik, sondern effektiv mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich kann man daran herummäkeln und fordern, man müsse noch mehr machen. Führen Sie, liebe Kollegen von der Opposition, sich die Zahlen einmal vor Augen: Elterngeld – 300 Euro mindestens – und erhöhtes Kindergeld zusammengenommen, das bedeutet für die ersten zwölf Monate beim ersten Kind mindestens 464 Euro im Monat. Man kann zwar sagen, dass das immer noch zu wenig ist, aber Sie müssen doch feststellen, dass damit die Zeit des Abwartens, der Pausen und des Verzögerns vorbei ist. Hier wird nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr zeigt das.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Singhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Gruß?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Frau Gruß.

Miriam Gruß (FDP):

Herr Singhammer, Sie haben gerade Beträge genannt, die den Familien jetzt angeblich zur Verfügung stehen. Sind Sie ungeachtet der Koalition in Bayern geneigt, zur Kenntnis zu nehmen, dass die CSU zusammen mit SPD und CDU in den letzten drei Jahren mit insgesamt 19 Steuererhöhungen dafür gesorgt hat, dass einer durchschnittlichen vierköpfigen Familie auf der anderen Seite 1 600 Euro mehr aus der Tasche gezogen wurden?

(Beifall bei der FDP – Dirk Niebel [FDP]:

Gute Frage! Sagen Sie Ja und schämen Sie sich!)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Kollegin Gruß, wollen Sie bei Ihren Überlegungen zur Kenntnis nehmen, dass mit dem schon beschlossenen Kinderzuschlag, dem Schulbedarfspaket, der Kindergelderhöhung, dem Ausbau der Kinderbetreuung, (Zuruf von der CDU/CSU: Wohngelderhöhung!) dem beabsichtigten Betreuungsgeld und dem Umstand, dass die Kindergartenplätze in den Ländern nach und nach – hoffentlich – kostenfrei werden,

(Zuruf von der CDU/CSU: Absenkung der Lohnnebenkosten!)

in den letzten Jahren wesentlich mehr passiert ist als in den Jahren zuvor?

(Ina Lenke [FDP]: Antworten!)

Sind Sie bereit, zumindest zuzugestehen, dass nach sieben Jahren der Durststrecke in Bezug auf Kindergelderhöhungen im kommenden Jahr das Kindergeld endlich wieder erhöht wird?

(Beifall bei der CDU/CSU - Ina Lenke [FDP]:

Antworten! - Abg. Miriam Gruß [FDP] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage der Frau Gruß?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Ich würde jetzt gerne weitermachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

An dieser Stelle sage ich aber auch: Geld allein ersetzt nicht mehr Kinderfreundlichkeit in unserem Land. Ohne Geld und ohne einen Ausgleich für die ständig steigenden Kosten ist mehr Kinderfreundlichkeit aber schwer vorstellbar.

Ich freue mich, dass es nach vielen Jahren des Stillstands, nach mehr als zehn Jahren gelungen ist, bei den Mitteln für die Stiftung „Mutter und Kind“ 5 Millionen Euro draufzusatteln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Dabei geht es nicht um Nebensächliches, sondern darum, jemandem zu helfen, der sich in einem schwierigen Abwägungsprozess befindet. Es geht darum, schwangeren Frauen eine finanzielle Unterstützung anzubieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

An dieser Stelle sage ich aber auch: Wir wissen, dass alle Steigerungen im Haushalt, dass alle staatlichen Maßnahmen nicht das aufwiegen können, was die Eltern an Fürsorge, Liebe und Erziehung ihren Kindern angedeihen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ina Lenke [FDP])

Deshalb sage ich gerade in einer Haushaltsdebatte: Das, was wir vorhaben, sind keine Almosen, sind keine Wohltaten.

(Ina Lenke [FDP]: Linke Tasche, rechte Tasche!)

Das ist das, was der Staat den Familien schuldet. Wir sagen den Familien, die wesentlich mehr leisten, die wesentlich mehr tun, gleichzeitig Danke schön. Ich denke an die Mütter und die Väter, die heute früh, an diesem Donnerstag, früher als ihre Kinder aufgestanden sind, um ihnen ein Pausenbrot zu machen. Ich denke an die Eltern, die sich krummlegen und ein paar Stunden länger arbeiten, damit ihre Kinder es besser haben. Ich möchte diesen Eltern im Rahmen der Haushaltsberatungen an dieser Stelle sagen: Danke schön. Ohne eure Leistung wäre das alles nichts. Wir brauchen euch.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Einzelplan hat das Wort

der Kollege Sönke Rix von der SPD-Fraktion.

Sönke Rix (SPD):

Schönen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Singhammer, natürlich muss die Politik den Eltern danken. Wir müssen aber auch den engagierten Menschen in den Kindertagesstätten und den Ganztagschulen, die sich um die Kinder kümmern, immer mal wieder Danke sagen. Ich glaube, es ist ein Gesamtkunstwerk, dass wir uns alle gemeinsam als Gesellschaft um die Kinder kümmern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen, nachdem der Regierungsentwurf vorgelegen hat, haben wir ein paar Veränderungen gemeinsam innerhalb der Koalition vorgenommen. Ich will hier auf einige eingehen, die die Vorredner schon genannt haben.

Wir nehmen mehr Geld in die Hand für die generationenübergreifenden Freiwilligendienste bzw. die - sie heißen jetzt anders - Freiwilligendienste aller Generationen. Wir alle gemeinsam haben erkannt, dass es hier gute Ansätze gibt, um nicht nur junge Menschen für Freiwilligendienste zu begeistern, sondern eben auch ältere Menschen. Deshalb sind eine Verdoppelung der Projekte und 750 000 Euro mehr ein sehr guter Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider hat es vorher im Haushalt eine Kürzung im Bereich NAKOS - das ist die Organisation, die den Selbsthilfegruppen Infrastruktur bietet - gegeben. Die hier vorgesehenen 260 000 Euro sind wenig Geld im Verhältnis zum großen Haushalt. Man hätte diese Strukturen, die Selbsthilfegruppen, die so sinnvoll sind, beinahe zerschlagen. Auf Druck der SPD haben wir dieses Geld wieder in den Haushalt eingestellt. Ich finde, wir haben da eine gute gemeinsame Leistung erbracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Antisemitismus haben wir nicht gekürzt. Wir haben in dieser Legislaturperiode - das war erst vor ein paar Wochen - einen Antrag zum Thema Antisemitismus verabschiedet. Darin haben wir die Forderung aufgestellt, dass wir die Projekte, die im Moment zum Thema Antisemitismus laufen - das sind die Projekte gegen rechts, für Demokratie und für Toleranz -, daraufhin prüfen, ob wir sie verstetigen, ob wir eine dauerhafte Förderung vorsehen. Hier haben wir einen riesigen Schritt getan. Ich hoffe, wir kommen da gemeinsam zu guten Zielen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich über den KJP, über den Bereich Jugend, spreche, dann muss ich erwähnen, dass wir 1 Million Euro mehr für Jugendliche mit Migrationshintergrund, für Projekte, die sich speziell um diese Jugendlichen kümmern, haben einstellen können. Das ist ein guter Ansatz. Im KJP sind auch die Mittel für die Jugendverbandsarbeit enthalten. Wir sagen, wenn wir dort zu Gast sind, immer gern, dass die Verbände ein wichtiger und starker Partner für die Arbeit des Jugendund

Familienministeriums sind. Deshalb bitte ich umso stärker, bei der Verteilung der Mittel für die Jugendverbände darauf zu achten, dass sie weiterhin ein starker Partner bleiben, auch wenn sie manchmal kritische Meinungen gegenüber unserer Politik äußern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In einem Punkt waren wir uns in der Großen Koalition leider nicht einig. Wir haben in der, glaube ich, letzten Legislaturperiode einen Beschluss gefasst, dass mehr Mittel für Freiwilligendienste, für in diesem Rahmen tätige Jugendliche bereitgestellt werden sollen. Wir haben in den letzten Jahren nur zaghafte ein paar Millionen draufgelegt. Die Trägerorganisationen und die Einrichtungen hätten es verdient, dass wir hier deutlich mehr Mittel in die Hand nehmen und nicht immer nur in Sonntagsreden sagen, wie wichtig das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sind.

Nein, hier hätten wir an die Trägerorganisationen und vor allen Dingen an die Jugendlichen selbst ein Signal setzen können. Wir hätten ihnen sagen können: Hier macht ihr gute Arbeit; das ist ein guter Punkt. Wir haben uns leider mit der Union nicht einigen können, mehr Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Das ist doch Blödsinn!)

Aber hier ist noch nicht aller Tage Abend. Wir haben noch Gelegenheit, in dem Bereich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der vergangenen Debatte war öfter das Schulbedarfspaket angesprochen worden. Es wurde zu Recht kritisiert, dass es für Schüler im 11., 12. und 13. Jahrgang nicht gelten soll. Dies ist ein zweiter Punkt, bei dem wir uns mit der Union leider nicht einigen konnten. Für die Sozialdemokraten ist klar: Auch Kinder aus Familien mit Geringverdienern haben das Anrecht, Abitur zu machen. Deshalb sollten wir das Schulbedarfspaket auf Schüler des 11., 12. und 13. Jahrgangs ausweiten; auch für diese Schüler sollte es gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist schön, wenn man einmal vor einem so vollen Haus sprechen darf; aber meine Redezeit ist abgelaufen. Ich hätte noch jede Menge Punkte nennen können, bei denen wir uns einig sind oder vielleicht auch nicht einig sind. Aber wir machen trotzdem immer wieder richtige und gute Schritte im Bereich der Familien- und Jugendpolitik. Ich finde, daran sollten wir alle gemeinsam weiterarbeiten. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Ina Lenke [FDP])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 17, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11058? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist gegen die Stimmen der

Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11051? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist ebenfalls bei Zustimmung der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11057. Die Fraktion Die Linke hat namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die Abstimmung.

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben?

- Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt, unterbreche ich die Sitzung.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt II. 14 auf:

Einzelplan 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

- Drucksachen 16/10412, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Bartholomäus Kalb

Norbert Königshofen

Dr. Frank Schmidt

Dr. Claudia Winterstein

Roland Claus

Anna Lührmann

Zum Einzelplan 12 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Außerdem liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir morgen nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Dr. Claudia Winterstein, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben die letzten Haushaltsberatungen vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr. Herr Minister Tiefensee, wenn man sich Ihre Bilanz nach drei Jahren Regierungszeit ansieht, kann man davon ausgehen, dass es für Sie die letzten Haushaltsberatungen im Amt des Verkehrsministers sein werden. Pleiten, Pech und Pannen haben Ihre Amtszeit geprägt. Ich nenne nur die jüngsten Fälle.

Bonuszahlungen für Bahnmanager: Sie wollten sich als edler Ritter darstellen und wetterten gegen die Boni für den Bahnvorstand im Fall des Bahnbörsenganges, nur leider viel zu spät. Sie haben bereits viel früher von den Bonusplänen gewusst und hätten das Problem entschlossen aus der Welt schaffen können. Stattdessen haben Sie sich in Widersprüche verwickelt und sogar Ihren Staatssekretär als Bauernopfer entlassen,



(Zuruf von der SPD: Wir reden hier über den Haushalt!)

um Ihre eigene Haut zu retten. Das ist nicht nur schlechter Stil, sondern schlichtweg unwürdig für einen Minister.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verschiebung des Bahnbörsenganges: Es ist in letzter Zeit billige Masche der Regierung, die Schuld für alles Mögliche in der Finanzkrise zu suchen. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass ein Verkauf von Bahnaktien in diesem Herbst nicht die 5 Milliarden Euro eingebracht hätte, die mindestens nötig gewesen wären. Der Grund dafür ist aber das schlechte Privatisierungskonzept der Bundesregierung. Das Scheitern der Bahnprivatisierung in dieser Legislaturperiode ist das größte Desaster Ihrer Amtszeit.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommen diese Woche undurchsichtige Zahlungen an Beraterfirmen hinzu, übrigens nicht das erste Mal in Ihrem Hause. Herr Tiefensee, Sie haben sich und Ihr Ministerium ganz offensichtlich nicht im Griff. Das gilt auch für Ihren Haushalt. Der Haushalt des Verkehrsministeriums ist der Etat, der am stärksten vom sogenannten Konjunkturpaket profitiert: 1 Milliarde Euro mehr für Investitionen in 2009, 1 Milliarde Euro mehr in 2010. Je 11 Milliarden Euro können in den beiden nächsten Jahren in Straße, Schiene und Wasserstraße investiert werden. Das ist eine sehr positive Nachricht. Aber was kommt danach? 2011 sollen die Investitionen schon wieder sinken, und zwar auf ganze 9,8 Milliarden Euro. Sie wissen ganz genau, dass das zu wenig ist.

(Beifall bei der FDP)

Allein für die Straße empfehlen Verkehrsexperten jährliche Investitionen in Höhe von 7 Milliarden Euro. Aktuell sind es aber weniger als 5 Milliarden Euro. Es ist kaum zu glauben: Im Jahre 2004, als es die Maut noch nicht gab und Rot-Grün an der Regierung war, lagen die Investitionen für die Straße höher als heute.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Hört! Hört!)

Dabei hätten Sie längst höhere Investitionen realisieren können, wenn Sie die Einnahmen aus der Lkw-Maut konsequent für den Ausbau der Infrastruktur genutzt hätten. Ich erinnere noch einmal daran: Die Mauteinnahmen waren ursprünglich als zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gedacht. Daran haben Sie sich aber nicht gehalten. Im Gegenteil: Die Mauteinnahmen verschwinden zum großen Teil im Haushalt. Das ist Mautbetrug; das werfe ich Ihnen auch heute wieder vor, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP - Sören Bartol [SPD]:

Gut, dass Sie nicht regieren!)

- Das kommt noch, im nächsten Jahr. Sie werden sich wundern.

(Sören Bartol [SPD]: Das werden wir ja sehen!)

Bei der Bahn gehen Sie in gleicher verantwortungsloser Weise mit dem Geld der Steuerzahler um. Nach unzähligen Versuchen liegt nun eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung vor, in der die Zahlungen des Bundes an die Bahn für das Schienennetz geregelt

werden. 2,5 Milliarden Euro sollen jährlich fließen.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Sie fließen schon jetzt!)

Leider aber hat die Vereinbarung einige Macken. Sie wird nichts an der Situation ändern, dass die Bahn unattraktive Strecken verrotten lässt, obwohl sie jährlich Milliardenzuschüsse aus dem Steuertopf erhält.

(Rainer Fornahl [SPD]: Kompletter Unfug!)

Die Vereinbarung enthält keine ausreichenden Kontrolloder Sanktionsmöglichkeiten für den Bund, um den Einsatz des Geldes wirkungsvoll zu prüfen. Das halte ich für sehr fahrlässig, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -

Uwe Beckmeyer [SPD]: Dass Sie reden dürfen!

Das ist schon ein gewaltiges Stück, was sich die FDP erlaubt!)

Die Vereinbarung wird auch nichts an der Situation ändern, dass der Bund jährlich auf Millionensummen verzichtet, weil er die Mittel an die Bahn als Zuschüsse zahlt und nicht als Darlehen vergibt, die die Bahn dann zurückzahlen müsste. Sie verschenken hier einfach Millionen von Steuergeldern.

Der Rechnungshof weist schon seit Jahren darauf hin, dass die Vergabe von Darlehen die Regel ist, und bis Ende der 90er-Jahre ist auch so verfahren worden. Die FDP hat deswegen den Antrag gestellt, der Bahn wieder Darlehen statt Zuschüsse zu gewähren. Durch die Rückzahlungen wären dann pro Jahr etwa 750 Millionen Euro mehr in der Kasse. Aber die Koalition ist offenbar der Meinung, dass solche - um einmal den Bahnjargon aufzunehmen - „Möhrchen“ nicht weiter ins Gewicht fallen.

Herr Tiefensee, Ihr leichtfertiger Umgang mit öffentlichen Mitteln verdeutlicht noch einmal Ihre Unfähigkeit im Amt des Ministers.

(Rainer Fornahl [SPD]: Na, na, na!)

Die Diskussion um Ihre Person und die Rücktrittsforderungen haben sehr wohl berechtigte Gründe. Die Tatsache, dass Sie überhaupt noch im Amt sind, verdanken Sie vor allem dem anstehenden Wahljahr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Ute Kumpf [SPD]: Das war alles nicht überzeugend!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Frank Schmidt spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank Schmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Claudia Winterstein,

(Jörg Tauss [SPD]: Liebe?)

da Sie eben rhetorisch den Bundesminister Wolfgang Tiefensee angegriffen haben, muss man auf eines hinweisen: Sie in der FDP gehören doch zu denen, die sich im nächsten Jahr aufgrund dessen, dass ein Rekordetat hinsichtlich der Investitionen ansteht, bei Pressefotos genüsslich mit auf das Bild drängen und dabei sein wollen, wenn dieser Bundesminister den Spatenstich macht.

(Beifall bei der SPD - Sören Bartol [SPD]: So ist es!)

Das ist der beste Beweis dafür, wie man hier im Parlament mit den Dingen umgeht: Auf der einen Seite wird auf alles eingedroschen, auf der anderen Seite ist man gerne dabei, wenn Positives bewegt wird.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Ich dränge mich bestimmt nicht aufs Bild!)

Mit diesem Bundeshaushalt wird viel Positives bewegt. Wir haben nach dem Mautkompromiss, den wir Gott sei Dank erzielt haben, und der Einstellung zusätzlicher Bundesmittel einen starken Einzelplan 12 vorlegen können. Dieser Rekordinvestitionsetat kommt ohne Luftbuchungen aus; das muss man sehr deutlich hervorheben. Einige Fraktionen hier im Deutschen Bundestag haben noch mehr gefordert. Aber wir haben sehr deutlich gemacht: Wir können nur das etatisieren - das haben wir auch im Haushaltsausschuss gesagt -, was auch ausgegeben werden kann.

Es ist natürlich das Vorrecht der Opposition, zu fordern, die Steuern zu senken, die Investitionen zu erhöhen und gleichzeitig die Neuverschuldung abzubauen. Aber diese Rechnung geht nun einfach nicht auf, liebe Freunde; das ist nicht möglich. Das kann die Bundesregierung nicht umsetzen. Natürlich kann man den Minister angreifen. Natürlich kann man hier die eine oder andere Forderung stellen. Aber all das geht ins Leere: Wir haben einen guten Bundesminister. Wir haben eine gute Regierung, und mit dem Einzelplan 12 wurde ein hervorragender Investitionsetat vorgelegt, der sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will aber auch auf die Ansätze selber eingehen. Wir haben - ich habe es eben gesagt - realistische Ansätze eingebracht. Das sieht man allein daran, dass wir zum Beispiel für die Straße einen höheren Barmittelanteil als VEs eingestellt haben, weil wir hier schneller anfangen können. Bei der Schiene hingegen haben wir einen niedrigeren Barmittelansatz und einen höheren VE-Anteil eingebracht, weil wir nämlich wissen, dass im Schienenbereich Dinge etwas langsamer auf den Weg gebracht werden, weil die Vorplanungen intensiver sind. Das heißt, dass wir einen realistischen Ansatz gewählt haben. Es gab andere Fraktionen hier im Deutschen Bundestag, die mehr bereitstellen wollten. Nur, was nützt es, Geldmittel als Barmittel im Bundeshaushalt 2009 bereitzustellen, die überhaupt nicht ausgegeben werden können? Wir haben hier einen realistischen Ansatz gewählt, der die Antwort auf die gestiegenen Baupreise und die zahlreicheren Instandhaltungsmaßnahmen, die wir durchführen müssen, ist. Der Ansatz zeigt aber auch, dass wir neue Investitionen tätigen wollen. Ich weise hier darauf hin, dass wir allein 5,7 Milliarden Euro für die Straße bereitstellen. Das ist ein Rekordanteil. Hier steht eine Menge an. Das bedeutet aber nicht, dass nur Neubaumaßnahmen durchgeführt würden - darauf will ich ausdrücklich hinweisen -, es sind auch eine Menge Instandhaltungsmaßnahmen notwendig. Jeder von uns, der über die Autobahn zu seinem Wahlkreis fährt, weiß, was auf der rechten Spur los ist. Die ist in der Zwischenzeit nämlich ziemlich zusammengefahren

worden. Wir müssen kräftig in die rechte Spur der Autobahnen investieren und Instandhaltungsmaßnahmen durchführen, um überhaupt wettbewerbsfähig zu sein. Diese Instandhaltungsmaßnahmen können mit dem erhöhten Einzelplanansatz, den wir hier haben, durchgeführt werden. Sonst hätten wir das nicht tun können. Der Einzelplan 12 mit insgesamt 11 Milliarden Euro für Verkehrsinvestitionen ist eine hervorragende Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir im nächsten Jahr stehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich des Schienennetzes stellen wir insgesamt 4,1 Milliarden Euro bereit. Viele von uns haben teilweise Bahnhöfe in ihren Wahlkreisen, mit deren äußerlichem Bild es nicht unbedingt zum Besten bestellt ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Wir haben im Bundeshaushalt reagiert und ein Sonderprogramm zur Sanierung von Bahnhöfen aufgelegt. Das ist ein Teil dieser 4,1 Milliarden Euro. Darüber wurde lange Jahre geredet. Wir packen es jetzt an und bringen diese wichtige Maßnahme auf den Weg, mit der in ganz Deutschland die Bahnhöfe saniert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben auch im Bereich Wasserstraßenbau kräftig zugelegt. Ich will auf das eine oder andere verweisen. Es ist notwendig, mehr Geld für den Wasserstraßenbau bereitzustellen, auch wenn die Vorplanungsmaßnahmen ihre Zeit brauchen. Allein im letzten Jahr wurden 12 Prozent mehr Gütertransporte über die Wasserstraßen abgewickelt. Das sind 12 Prozent mehr Gütertransporte, die nicht auf der Straße durchgeführt werden mussten. Das ist eine richtige Antwort zur richtigen Zeit. In einigen Regionen haben wir Schleusenkanäle und Schleusenanlagen, die noch aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammen. Diese bewältigen nicht mehr den Verkehr der Schiffe aus der heutigen Zeit. Wir müssen dringend Schleusen bauen, um für Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen. Wir müssen die Häfen besser als bisher an den Hinterlandverkehr anbinden. Hierfür stellen wir 1,2 Milliarden Euro bereit. Das ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Bereich Städtebau haben wir die richtigen Akzente gesetzt. Insbesondere bei der Energieeinsparung können wichtige Maßnahmen durchgeführt werden. Ich erinnere nur an das äußerst erfolgreiche CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Das wurde vor vielen Jahren noch belächelt. In der Zwischenzeit müssen wir im Haushaltsausschuss jedes Jahr zur Jahresmitte aufstocken, weil wir zu wenig Geld bereitgestellt haben. Die Abfrage hat sich aufgrund der gestiegenen Energiepreise erheblich erhöht, und das Programm ist so erfolgreich, dass mit der über 1 Milliarde Euro, die wir in den beiden Jahren bereitstellen, mehr als das Zehnfache an entsprechenden Finanzmitteln bewegt wird. Das bedeutet Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir konnten im Rahmen der Haushaltsberatung erreichen, dass wir die Mittel für den Stadtumbau West und den Stadtumbau Ost anheben konnten. Wir konnten den

Investitionspakt von Bund, Ländern und Kommunen mit 300 Millionen Euro wesentlich besser ausstatten, und wir konnten Mittel für strukturschwache Kommunen bereitstellen, und zwar immerhin 150 Millionen Euro. Darauf weise ich ausdrücklich hin; denn nicht alle Kommunen sind auf Rosen gebettet. Was nützt ein zinsgünstiges Angebot von der KfW oder wem auch immer, wenn eine Kommune unter verschärfter Finanzaufsicht steht und gar keine Kredite aufnehmen darf? Wir haben in diesem Bundeshaushalt die richtige Antwort gefunden. Wir haben ein Bundesprogramm für strukturschwache Kommunen aufgelegt, damit auch diese Kommunen in den Genuss kommen können, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Programm bin ich besonders froh, dass es aufgelegt worden ist. Ich denke an das Programm zur Förderung seniorenberechtigten Wohnens, das wir in den letzten Haushaltsberatungen schon einmal andiskutiert haben. Man schaue sich an, wie sich unsere Gesellschaft verändert: Wir alle werden älter - gesünder älter, Gott sei Dank -, und wir wollen gerne dort älter werden, wo wir aufgewachsen sind, in unserer Heimatgemeinde. Dies bedingt aber, dass wir Möglichkeiten dafür schaffen, dass die eigenen vier Wände so umgebaut werden, dass man darin älter werden kann. Dieses neue Programm halte ich für bahnbrechend; denn es ist die richtige Antwort auf die Fragen der Zeit. Wir sind dadurch in der Lage, älteren Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, in den eigenen vier Wänden alt zu werden. Das ist die drängende Frage der Zukunft.

Es ist wichtig, dass dieser Bundeshaushalt mit einem großen Investitionsanteil für den Verkehr, den Städtebau und Weiteres ausgestattet ist. Wir alle können froh darüber sein, dass wir diesen Bundeshaushalt als richtige Antwort zur richtigen Zeit verabschieden können. Wir alle können uns im nächsten Jahr freuen, wenn Bundesminister Tiefensee mit seiner hervorragenden Mannschaft, darunter seine drei Parlamentarischen Staatssekretäre, bei uns in den Wahlkreisen auftaucht (Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trief, trief! Auweia!) und den einen oder anderen Spatenstich vornimmt, den wir uns schon seit Jahren wünschen. Plötzlich sind wir alle wieder einer Meinung: dass das ein hervorragendes Werk ist. Deswegen bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit. Alles Gute!

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Werner Hoyer [FDP]:  
Peinlich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Roland Claus spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch dieser Haushaltsplan wird mit dem 1. Januar 2009 beginnen. Was wir heute beschließen, wird schon zu Beginn zu einem guten Stück veraltet sein. Wir lesen heute, dass die Kanzlerin die Koalitionsspitzen

bereits zum 5. Januar zusammenruft.

Seit Mitte September ticken auf dieser Welt die ökonomischen Uhren anders. Nur die Bundesregierung erweckt den Eindruck, als hätte sie den Schuss nicht gehört und könnte mit einem „Weiter so!“ agieren.

Ungewöhnlich häufig wird in dieser Haushaltsdebatte von staatlicher Verantwortung, gar von Verstaatlichung geredet. Bei diesem Begriff kann man sich unter anderem vorstellen, dass etwas Werthaltiges in die Hände des Staates genommen wird, um es zum Nutzen zu vermehren. Man muss hier erst einmal die Wahrheit aussprechen: Was wir im Moment machen, ist eine Verstaatlichung von Schulden.

Wenn ich hier einmal, Frau Präsidentin, Karl Marx zitieren darf, dann würde ich das gerne tun.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Band? - Ute Kumpf [SPD]:

Welche Stelle? - Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

- Für Sie ist es, glaube ich, ganz hilfreich, zuzuhören. - Marx schrieb im Kapital:

Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - ihre Staatsschuld.

Die Quelle kann ich nachliefern.

(Zuruf)

- Auch Sie wären gut beraten, sich mit dieser Quelle vertraut zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Wir reden hier über den Etat des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Der zuständige Bundesminister und Ostbeauftragte war während der ganzen Beratung des Etats vorwiegend mit dem Dilemma der DB AG und natürlich mit der Rettung seines eigenen Amtes beschäftigt. Er hat großes Glück gehabt, dass der Titel „Ostbeauftragter“ nicht so eine Art Nebenjob ist; denn wenn er nicht der Ostbeauftragte wäre, wäre er jetzt nicht mehr Minister. Das wissen nicht nur die Oppositionskollegen hier im Haus.

Es ist der Invest-Etat des Bundes; das ist hier schon richtig hervorgehoben worden. Die Bundesregierung hat die Chance gehabt, an dieser Stelle ein Konjunkturprogramm zu platzieren, das diesen Namen verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich steckt in diesem Etat viel Richtiges und Gescheites; darum machen wir doch keinen Bogen. Aber es wird den Anforderungen der Zeit in keiner Weise gerecht.

Das Beispiel Gebäudesanierungsprogramm ist schon angesprochen worden. Regelmäßig hat meine Fraktion hier Erhöhungen beantragt.

(Sören Bartol [SPD]: Das machen Sie in allen Bereichen so!)

Regelmäßig haben Sie sie abgelehnt. Regelmäßig haben Sie sie in der Realität dann doch vorgenommen. Wir können so weitermachen.

Herr Minister, richtig wäre an dieser Stelle gewesen

- ich nenne Ihnen nur eine Idee -, sich mit Ihrer Kollegin von der Leyen sowie mit den Ländern und Kommunen zu verbünden und zu sagen: Wir legen ein großes Programm auf, um in der Kinderbetreuung im Westen

wenigstens das Niveau zu erreichen, das wir gegenwärtig im Osten schon haben. Das wäre ein mutiger Schritt gewesen, den Sie hätten gehen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider leben wir immer noch mit der Situation: Im Westen gibt es die Arbeit, aber keine Kita, und im Osten gibt es die Kita, aber keine Arbeit. Hier hätten Sie wirklich etwas zur Stadtentwicklung leisten können.

Insofern ist das, was Sie uns vorlegen, ein Etat in der Krise und nicht ein Etat gegen die Krise.

In den Haushaltsberatungen haben wir mehrfach den Satz zu hören bekommen: Auf einem Schuldenberg können unsere Kinder nicht spielen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Der ist auch von Steffen Kampeter!)

Das ist ja okay, aber ich sage Ihnen: Auf dem Scherbenhaufen Ihrer verfehlten Investitions- und Bildungspolitik können unsere Kinder noch weniger spielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ostbeauftragte muss natürlich Antworten auf die Frage geben: Was bedeutet die Krise für Ostdeutschland?

Da die Ostdeutschen nicht so hohe Spareinlagen haben, konnte man zunächst annehmen, dass sie davon nicht so sehr betroffen sein würden. Ich will nur einen Fakt hervorheben, nämlich dass wir im Osten eine riesige Dimension von Zeit- und Leiharbeit haben; es gibt viele 1-Euro-Jobber und Aufstocker. In mehr als einem Drittel der ostdeutschen Betriebe stellen die genannten Gruppen die Mehrheit der Beschäftigten. Wir gehen also auf eine sehr ernsthafte Herausforderung zu.

Ein positiver Schritt ist im Zuge der Haushaltsberatungen erreicht worden - er gehört natürlich zum Bauetat -, und das ist der kleine Schritt, den der Haushaltsausschuss vollzogen hat, nämlich die Möglichkeit einzuräumen, dass die Bundesregierung, die noch immer zweigeteilt in Bonn und Berlin arbeitet, eine Wiedervereinigung in Berlin vollzieht. Wenn wir das nicht angestoßen hätten, hätten Sie dort nichts bewegt.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Die Bundesregierung hätte an dieser Stelle die Chance gehabt, einen Etat für Investitionen und für die Konjunktur vorzulegen. So ist es ein Plan der vertanen Chancen. Diese Bundesregierung ist in schwieriger Situation nicht konjunkturfähig. Das ist zu bedauern. Deshalb können wir diesem Etat nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN - Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Gott sei Dank! Das wäre auch eine Schande gewesen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Bartholomäus Kalb spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsfraktionen hatten bei den Beratungen zu diesem Haushalt durchgängig das Anliegen, die Investitionen zu stärken. Es ist uns gelungen, in diesem Etat die Investitionssumme auf insgesamt 27 Milliarden Euro zu erhöhen.

Dabei hat das Programm „Beschäftigungssicherung

durch Wachstumsstärkung" einen besonderen Stellenwert. Wir stellen für Verkehrsinvestitionen im Jahr 2009 1 Milliarde Euro mehr und im Jahr 2010 ebenfalls 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Damit erreichen die Verkehrsinvestitionen einen historischen Höchststand. Ich sage dazu: Das ist notwendig und richtig, weil, wie schon gesagt worden ist, sowohl bei den Neubauten als auch beim Erhalt und beim Unterhalt der Infrastruktur ein großer Nachholbedarf besteht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einschließlich der Mittel aus der Mauterhöhung und aus dem Programm „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ werden wir über 11 Milliarden Euro für die klassische Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung haben. Im Bereich Straße können wir – beide Blöcke eingerechnet, also Mautmittel und Mittel aus der Mauterhöhung sowie Mittel des Programms „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ – die Investitionen um 824 Millionen Euro verstärken, bei den Bundesschienenwegen um 374 Millionen Euro und bei den Bundeswasserstraßen um 369 Millionen Euro. Auch im Jahr 2010 – dafür haben wir bereits Verpflichtungsermächtigungen ausgemacht – werden wir die Mittel für diese drei Verkehrsträger um insgesamt 1 Milliarde Euro verstärken können.

Ich danke dem Bundesfinanzministerium ganz herzlich dafür, dass es in den Ausschussberatungen eines deutlich gemacht hat: Für den Fall, dass die Mittel in diesen beiden Jahren nicht abfließen sollten, werden Überhänge zusätzlich nachveranschlagt; übertragbar sind die Mittel ohnehin, weil sie investiv sind. Das ist wichtig, damit diese Mittel wirklich ausschließlich für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Das BMF will dies auch in einem Schriftverkehr mit dem BMVBS absichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine gute Verkehrsinfrastruktur ist nun einmal die wichtigste Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Heute gehört dazu natürlich auch eine gute Infrastruktur bei den Datenkommunikationsnetzen; die Frau Bundeskanzlerin hat es in Ihrer Rede gestern angesprochen. In diesem Zusammenhang darf ich auch das Projekt Galileo, das in unserem Haushalt eine Rolle spielt, erwähnen. All das gehört zusammen, um die Leistungsfähigkeit unseres Landes und auch der ländlichen Räume zu sichern, zu verbessern und zukunftsfest zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich stehe nicht an, zu sagen, dass bereits in den letzten Monaten und Jahren deutlich geworden ist, dass die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur zum begrenzenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist. Umso richtiger ist es, dass wir hier nun deutliche Verstärkungen vornehmen.

Wir haben auch dafür Sorge getragen – das möchte ich auch erwähnen –, dass die Zusagen, die beim Mautkompromiss gemacht wurden, jetzt voll erfüllt werden können. 600 Millionen Euro werden zur Entlastung des nationalen Transportgewerbes bereitgestellt. Dafür haben wir Vorsorge getroffen. Deshalb habe ich auch kein



Verständnis für die Kampagne, die derzeit vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung gegen die Bundesregierung gemacht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Jan Mücke [FDP]: Die Leute haben recht!)

Wir haben auch ein neues Programm zur Modernisierung der Binnenschiffverkehrsflotte initiiert. Ich denke, das ist auch ganz wichtig, zum einen für die Unternehmen, zum anderen aber auch für die Sicherheit auf den Wasserstraßen und zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit dieser Verkehre.

Für die Engpassbeseitigung auf viel befahrenen Schienenstrecken - darauf wird sicherlich der Kollege Norbert Barthle eingehen - ist es uns gelungen, Vorsorge für wichtige Zukunftsprojekte zu treffen. Ich nenne die Stichworte Stuttgart 21, Rhein-Ruhr-Express. Auch im Bereich des Lärmschutzes sind wir drauf und dran, neue Wege zu gehen; zum Beispiel soll mit Absorbern direkt an der Schiene der Lärmschutz verbessert werden. Hier müssen wir aber europäisch koordiniert vorgehen. Hier müssen Standards gesetzt werden. Es darf nicht sein, dass wir mit nationalen Mitteln Verbesserungen an unserem rollenden Material vornehmen, aber dann Güterwaggons aus ganz Europa ohne diese Ausstattung auf den viel belasteten Strecken fahren und zusätzlichen Lärm verursachen. Wir müssen auch die Trassenentgelte je nach Lärmemission staffeln, so wie es beim Luftverkehr schon der Fall ist. Wir haben auch kein Verständnis dafür, wenn auf hoch belasteten elektrifizierten Strecken mit Dieselloks gefahren wird und diese dann nachts mit laufenden Motoren vor den Häusern der Bürger abgestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Dr. Schmidt hat schon darauf hingewiesen, dass wir wiederum Schwerpunkte bei der Gebäudesanierung und anderen Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Minderung gesetzt haben - im Interesse des Klimaschutzes, aber auch im Interesse von Beschäftigung. Gerade hier kann eine große Hebelwirkung erzielt werden, und davon können sehr positive Beschäftigungseffekte für die mittelständischen Handwerksbetriebe ausgehen.

Ich freue mich, dass dieser Haushalt ein Investitionshaushalt mit einer Akzentuierung ist, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

Ich möchte zum Abschluss den Kolleginnen und Kollegen Mitberichterstattem und auch den Kolleginnen und Kollegen aus der Verkehrspolitik ganz herzlich danken. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit! Ich wünsche natürlich dem Minister und den Mitarbeitern im Ministerium viel Erfolg bei der Umsetzung des Haushaltes, den wir heute verabschiedet werden. Ich danke im Übrigen auch - das sei an dieser Stelle auch gesagt - den Mitarbeitern der Ministerien, der Fraktionen und des Haushaltsausschussesekretariates. Es waren in diesem Herbst doch etwas ungewöhnliche und anstrengende Haushaltsberatungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächste hat jetzt Anna Lührmann für die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition! Sie feiern sich gerade, weil Sie die Verkehrsinvestitionen für die nächsten Jahre um 1 Milliarde Euro steigern.

(Jörg Vogelsänger [SPD]: Feiern Sie doch mit!)

Es ist ja richtig - nicht, dass Sie mich jetzt falsch verstehen -, dass der Staat in einer Rezession mehr investieren muss. Aber es kommt nicht nur darauf an, dass Geld ausgegeben wird, sondern es kommt vor allem darauf an, dass es sinnvoll ausgegeben wird.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wir geben das nur sinnvoll aus!)

Das aber kriegen Sie, Herr Tiefensee, nicht auf die Reihe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sinnvoll Geld auszugeben, bedeutet zum einen, dass das Geld für die richtigen Projekte ausgegeben wird. Da denke ich zum Beispiel an klimafreundliche Mobilität, an Gebäudesanierung und Ähnliches. Dazu wird mein Kollege Herrmann nachher noch mehr sagen. Sinnvoll Geld auszugeben, bedeutet zum anderen, dass man für jeden Euro möglichst viel Leistung bekommt. In der Bundeshaushaltsordnung heißt das „wirtschaftliche und sparsame“ Mittelverwendung. Eine Ausnahme für den Verkehrsbereich ist in der Bundeshaushaltsordnung nicht vorgesehen, auch wenn Sie, Herr Minister Tiefensee, so tun, als gälte dieser Grundsatz für Ihr Ministerium nicht. Dafür führe ich drei Beispiele an:

Erstes Beispiel: Jahrelang verhandelt das Verkehrsministerium mit der Bahn über eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die LuFV. Sie soll die Ausgaben

des Bundes für Investitionen in das bestehende Schienennetz in Höhe von 2,5 Milliarden Euro - einer enormen Summe - regeln. Eigentlich war der Sinn dieser LuFV, dass die Bahn damit zu einer effizienteren Verwendung von Steuergeldern gebracht werden sollte.

In der Vorlage der Regierung ist davon allerdings nicht mehr viel übrig geblieben; denn nach dem jüngsten Ländergutachten ist die LuFV schlicht und einfach unwirksam.

Zudem kritisiert der Rechnungshof, dass eine echte Kontrolle des Bundes nur bei den viel befahrenen Schienen möglich ist. Das heißt, dass Strecken mit geringer Auslastung, Weichen, Brücken, Tunnel und Bahnhöfe außen vor bleiben. Als Folge kann die Bahn schalten und walten, wie sie will, und muss keinerlei Sanktionen befürchten, wenn sie Bahnhöfe, Brücken und Tunnel verlottern lässt. Das ist das Gegenteil von nachhaltiger Investitionspolitik und eine Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Uwe Beckmeyer [SPD]: Sie haben das doch gar nicht gelesen! Wer Ihnen das erzählt hat, muss ein bisschen hinterm Berg leben!)

- Ich habe das sehr wohl gelesen. In der nächsten Woche werden wir im Verkehrsausschuss eine Anhörung dazu durchführen, und ich hoffe, dass die Expertinnen und Experten Ihnen hierzu noch einiges sagen können, damit Sie diesen Unfug wirklich stoppen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel für eine nicht sinnvolle Verwendung von Steuergeldern: Für Stuttgart 21, auch ein Bahnthema, sind 3 Milliarden Euro eingeplant. Diese Kostenschätzung ist jedoch nicht mehr aktuell; denn in einem Bericht an den Haushaltsausschuss stellt Ihr Ministerium, Herr Tiefensee, fest:

Besonders anfällig für außergewöhnliche Preissteigerungen scheinen sehr komplexe Bauvorhaben mit Gesamtkosten jenseits von 100 Millionen Euro zu sein ... Hier werden aktuell Kostensteigerungen von bis zu 100 Prozent beobachtet.

In dem Bericht heißt es weiter, dass gerade bei Tunneln die Kosten um bis zu 60 Prozent steigen. Mithilfe dieser Zahlen rechnete der Bundesrechnungshof das Großbauprojekt Stuttgart 21, auf das genau diese Kriterien zutreffen, nach. Dabei kam heraus, dass die Untertunnelung des Stuttgarter Hauptbahnhofs nicht mehr 3 Milliarden Euro, sondern realistisch 5,3 Milliarden Euro kosten wird. Minister Tiefensee leugnet diese Kostenexplosion. Dabei hat sein eigenes Haus, wie ich eben zitiert habe, vor solchen Kostensteigerungen gewarnt. Angesichts dessen frage ich Sie, Herr Tiefensee: Wollen Sie uns hier eigentlich für dumm verkaufen? 3 Milliarden Euro sind für dieses unsinnige Prestigeprojekt schon viel zu viel. 5,3 Milliarden Euro für einen einzigen Bahnhof sind absurd.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bei der LINKEN - Uwe Beckmeyer

[SPD]: Das müssen Sie woanders diskutieren, aber nicht hier! Das ist ein Baden-Württemberg-Projekt, liebe Frau Lührmann!)

Ein drittes Beispiel: Mittelverschwendung gibt es nicht nur bei Bahnprojekten, sondern auch bei der Schifffahrt. Der Spiegel berichtete am Wochenende über Lohnkostenzuschüsse für deutsche Reedereien. Hier haben Sie, Herr Tiefensee, den Bock zum Gärtner gemacht; denn die Unternehmensberatung PwC hat zum einen für die Bearbeitung der Anträge 700 000 Euro vom Ministerium kassiert. Gleichzeitig hat PwC als Wirtschaftsprüfer für die Reedereien gearbeitet, deren Anträge sie hinterher bearbeitet hat, und auch dafür noch einmal Geld kassiert. Ich halte es ja für gut, dass das Ministerium angesichts dieser Faktenlage irgendwann auf die Idee gekommen ist, die Sinnhaftigkeit dieser Subventionen überprüfen zu lassen. Jetzt raten Sie einmal, wer dazu mit einem Gutachten beauftragt wurde!

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: PwC?)

- Genau. - Kein Wunder, dass dabei herauskam, dass sich diese Subventionen lohnen, jedenfalls für PwC.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wie lange habt ihr dafür geübt?)

Herr Tiefensee, diese drei Beispiele zeigen sehr deutlich: Sie können mit Geld nicht umgehen, und es wäre das beste Konjunkturprogramm für Deutschland, wenn Sie endlich Ihren Hut nehmen würden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Herr Bundesminister Wolfgang Tiefensee das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich vermute, die Damen und Herren, die uns heute hier zuhören, und diejenigen, die morgen die Zeitung lesen werden, werden weniger an den Zahlen interessiert sein, die wir uns gegenseitig vorrechnen. Sie haben in dieser Zeit vielmehr ganz schlichte Fragen: Ist mein Sparkonto sicher? Bleibt mein Arbeitsplatz erhalten? Kann ich mir die Wohnung noch leisten? Ist für mich Mobilität bezahlbar? In der äußerst schwierigen Situation, in der wir uns jetzt mit Blick auf die Finanzmärkte und mit Blick auf die Wirtschaft befinden, hat Politik eine Antwort zu geben. Der Einzelplan 12 mit einem riesigen Volumen an Investitionen muss eine besondere Antwort auf diese Fragen geben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Frau Winterstein, billige Polemik, und dem Minister am Schlips zu ziehen, wird keinen interessieren. Auch die Antworten von Karl Marx aus dem 19. Jahrhundert passen nicht. Das Gleiche gilt für eine falsche Darstellung der Fakten. Das sind nicht die richtigen Antworten auf diese Fragen. Die richtige Antwort ist vielmehr, dass wir gemeinsam etwas dafür tun müssen, dass Arbeitsplätze gesichert werden, dass Wohnen bezahlbar bleibt und dass man mobil sein kann, auch wenn man wenig Geld im Portemonnaie hat. Unsere Koalition gibt diese Antwort.

Ich möchte mich am Anfang, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie es uns im engen Schulterschluss ermöglicht haben, eine Antwort zu geben. Diese legen wir Ihnen hier vor.

Ich will es so zusammenfassen: Eine Finanzkrise, die wir nicht verursacht haben, bedarf einer Antwort im investiven Bereich. Ich nehme zunächst den Bereich des Verkehrs und will versuchen, auf ein paar Ihrer Einwürfe zu reagieren.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das wäre schön!)

Im Verkehrsbereich hat der Haushalt hinsichtlich der Investitionen die Grenze von 10 Milliarden nicht nur knapp, sondern mit 11,2 Milliarden Euro deutlich überschritten. Das ist einmalig und das ist gut, damit wir in verschiedenen Sektoren einen großen Schritt vorankommen. So sichern wir vor allem im Baugewerbe und in der Bauindustrie direkt und indirekt Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das gilt für die Straße genauso wie für die Schiene oder für die Binnenwasserstraße.

Darüber hinaus tun wir endlich etwas für die Bahnhöfe und gegen den Lärm, damit Mobilität und Verkehr Akzeptanz bei der Bevölkerung finden. Es ist unsinnig, dass alle drei Oppositionsfraktionen an der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung auf diese Weise herumkritisieren. Das bringt uns unserem Ziel nicht näher. Ich rate insbesondere Ihnen, Frau Lührmann, einmal die aktuelle

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zu lesen. Da ist explizit enthalten, dass es Parameter für die Qualität von Bahnhöfen und für die Qualität des Nebennetzes gibt.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber keine Sanktionsinstrumente!)

Diese Parameter müssen eingehalten werden. Ansonsten gibt es Sanktionen mittels Abzug von Geldern.

Wie kann man an dieser Stelle nur so viel Falsches über ein schriftlich vorliegendes Vertragswerk sagen?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Gleiche gilt in Bezug auf die Deutsche Bahn AG.

Frau Winterstein, Sie wissen ganz genau, dass wir 2,5 Milliarden Euro konstant als Zuschuss über die nächsten Jahre gewähren müssen, um die Dienstleistungsqualität zu erhöhen. Etwas anderes zu behaupten, ist Unsinn. Warum propagieren Sie nach den ausführlichen Diskussionen, die wir geführt haben, nach wie vor die, dass der Zuschuss auf Kreditbasis erfolgen soll? Am Ende müssten wir bei der Bahn wieder zuschießen, damit sie die erforderliche Qualität erreicht. Das ist Unsinn. Aus diesem Grund haben wir uns anders entschieden und legen eine andere Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung vor.

Herr Claus, ich wundere mich darüber, wie Sie von einem Scherbenhaufen reden können. Wissen Sie, was unser zentrales Problem ist? Das zentrale Problem ist, dass wir von den 185 Milliarden Euro, die wir seit 1990 in die Infrastruktur Deutschlands gesteckt haben, 75 Milliarden Euro in den Osten transferieren mussten, damit wir den Scherbenhaufen beseitigen konnten, der sich bis 1990 aufgehäuft hatte. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich wünschte mir, wir brauchten nicht Stadtumbau in dieser Art und Weise zu leisten. Ich wünschte mir, dass wir nicht die Ortsumgehungen bauen und die Lückenschlüsse im Osten in dieser Art und Weise finanzieren müssten. Ich wünschte mir, dass wir nicht 40 Jahre Misswirtschaft - 40 Jahre, die auf Karl Marx aufgebaut haben - ausgleichen müssten. Das kann also nicht das Argument sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber Ihren Blick weg vom Verkehr hin zu einem anderen Bereich lenken. Das ist der Gebäudesektor. Die Zahlen wurden von den Vorrednern angesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass wir bei all diesen Programmen mit 1 Euro eingesetztem Geld mindestens 8 Euro Investitionen generieren? Das fließt direkt in die Bauwirtschaft.

Erstens betrifft dies das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm.

Zweitens können wir erstmalig Großwohnsiedlungen umbauen. Ich appelliere an die Städte und Gemeinden, daraus ein Klima- und Energieprogramm zu machen.

Drittens können wir dann aufgrund des Investitionspaktes einen Zuschuss an die Kommunen geben - das ist kein Kredit -, damit Schulen, Kindertagesstätten, Turnhallen und Krankenhäuser endlich energetisch saniert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Viertens arbeiten wir darüber hinaus an dem Umbau von Wohnungen, die seniorengerecht werden sollen. Außerdem wollen wir älteren Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in ihren vier Wänden zu bleiben. Das fünfte Programm bezieht sich auf den Sektor Stadtumbau. Das meint den Stadtumbau Ost und den Stadtumbau West. Das meint die „Soziale Stadt“, das meint den städtebaulichen Denkmalschutz, der erstmalig ab dem Januar 2009 auch für Westdeutschland gelten wird. Dort können wir zulegen.

Sechstens tun wir schließlich erstmals etwas dafür, dass die Städte und Gemeinden unterstützt werden, die Weltkulturerbe haben und pflegen müssen. Ich meine, aus diesem Grund kann man auch in dem Gebäudesektor von einer Erfolgsstory reden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Tiefensee, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hofreiter zulassen?

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ich möchte den Gedanken gerne zu Ende führen. Sie haben nachher Gelegenheit, in Ihren Beiträgen etwas dazu zu sagen.

Mir sind zwei Dinge noch wichtig. Die möchte ich kurz ansprechen und damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Dinge richten.

Das erste ist Folgendes. Wir kümmern uns darum, dass Wohnen bezahlbar bleibt, indem wir das Wohngeld erhöhen. Das Wohngeld wird erhöht, sodass Rentnerinnen und Rentner mit schmalem Portemonnaie im Durchschnitt statt 90 Euro 140 Euro im Monat erhalten werden. Ich hoffe, dass auch der Bundesrat zustimmen wird, damit wir dieses Wohngeld rückwirkend vom 1. Oktober 2008 zahlen können. Wir haben also eine soziale Komponente eingebaut, die dafür sorgt, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Ein anderer Aspekt ist, dass dieser Haushalt alles andere als ein Haushalt sein wird, mit dem in Beton investiert wird. Vielmehr handelt es sich um einen Haushalt, der sich den neuen Technologien und den Innovationen stellt. Gestern haben wir eine Konferenz über Wasserstoff- und Brennstoffzellen und über Elektromobilität abgehalten. Wir können auf solche Programme wie Galileo, auf moderne Verkehrsleittechnik und die Ausstattung kombinierter Verkehrsterminals schauen. Wenn wir das tun, wird klar, dass es sich um einen Haushalt handelt, mit dem im doppelten Sinne investiert werden soll. Mit ihm wird in die Infrastruktur investiert werden. Mit ihm wird in neue Technologien investiert werden. Mit ihm wird vor allem aber auch in die Menschen und in das soziale Gefüge in unserem Land investiert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist gut. Die Bilanz ist gut. Das ist so, auch wenn es immer wieder Nörgler gibt, die das anders sehen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich erteile dem Kollegen Anton Hofreiter das Wort zu einer Kurzintervention.

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Minister, ich wollte Ihnen eigentlich eine Zwischenfrage stellen. Ich habe bei Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Es war viel von der Finanzkrise die Rede. Es war auch viel von der Finanzierung des Haushalts die Rede. Mir ist aufgefallen, dass ein Thema überhaupt nicht vorkam. Dazu wollte ich Sie jetzt fragen. Sie haben auf dem Gewerkschaftstag der Transnet bekannt gegeben, dass es unter einem Verkaufserlös von 5 Milliarden Euro für das Paket der Bahn von 24,9 Prozent keinen Börsengang geben soll. Da das mehr als finanzrelevant ist und zum Haushalt passt, würde mich sehr interessieren, ob Sie das hier bestätigen können oder ob die Berichte falsch waren, die dazu in der Zeitung zu lesen waren.  
Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Herr Hofreiter, die Teilprivatisierung der Mobilitätssparte der Deutschen Bahn AG ist kein Selbstzweck. Sie verfolgt Ziele. Dazu gehört, diese Ziele mit einer bestimmten Erlösstruktur zu erreichen.  
Was sind das für Ziele? Das erste Ziel ist: Die Deutsche Bahn AG muss angesichts geöffneter Grenzen in Deutschland und in Europa wettbewerbsfähig gemacht werden. Das zweite Ziel ist: Wir wollen die Dienstleistungsqualität erhöhen. Das gilt sowohl für die Kunden, die am Bahnsteig stehen, als auch für die Unternehmen, die ihre Güter auf die Schiene bringen. Das dritte Ziel ist, dass wir in dieser Branche eine große Verantwortung für 240 000 direkt Beschäftigte und für eine weitaus größere Zahl indirekt Beschäftigte haben. Dies wollen wir mit der Teilprivatisierung der Mobilitätssparte stabilisieren. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir einen Erlös, der nicht unter 5 Milliarden Euro sein soll. Im gegenwärtigen Umfeld ist ein solcher Erlös nicht zu erzielen. Aus diesem Grund wird es zurzeit keine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG geben. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, auch noch auf Frau Winterstein einzugehen, die meint, dass dieses Kapitel des Koalitionsvertrages nicht eingelöst ist. Sie irren. Drei Voraussetzungen sind für den Börsengang nötig: Die erste ist, dass sich das Parlament dazu positiv verhält und der Minister dafür die Vorbereitungen trifft. Die zweite ist, dass die Bahn kapitalmarktfähig ist, und die dritte, dass der Kapitalmarkt eine Teilprivatisierung hergibt.  
Zwei Punkte kann ich direkt und indirekt beeinflussen - sie sind positiv -, nämlich Kriterium eins und zwei. Das dritte Kriterium hängt von der Finanzmarktsituation ab. Die ist momentan nicht geeignet, die Teilprivatisierung zu vollziehen. Ich denke, die Experten haben Verständnis dafür.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt erteile ich Herrn Mücke das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jan Mücke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor Sie sich weiter selbst feiern für

1 Milliarde Euro mehr, die Sie für das kommende Haushaltsjahr einplanen, muss ich Sie daran erinnern, dass Sie mit diesem Geld nicht wesentlich mehr bauen können, als es bisher schon der Fall war. Das vergessen Sie bei Ihrer Diskussion gern, und deshalb muss es immer wieder für die Öffentlichkeit klargestellt werden. Sie können mit diesem Geld höchstens genauso viel bauen wie in den Jahren zuvor; denn es hat eine Mehrwertsteuererhöhung gegeben, die jede Bauleistung sehr viel teurer macht. Die Baupreise und die Stahlpreise sind massiv gestiegen. Überhaupt sind alle Baustoffe etwas teurer geworden. Das heißt, dass Sie, wenn Sie mehr Geld einsetzen, trotzdem nicht unbedingt mehr Infrastruktur errichten können. Tun Sie also bitte nicht so, als könnten Sie mit den bisher zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln und der 1 Milliarde Euro zusätzlich wesentlich mehr bauen. Das ist schlicht falsch.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist sehr verräterisch, was Kollege Dr. Schmidt von der SPD hier geäußert hat. Er hat vorhin gesagt - ich habe es mir genau aufgeschrieben -, dass Herr Minister Tiefensee „bei uns in den Wahlkreisen auftauchen und den einen oder anderen Spatenstich vornehmen“ werde. Das ist eine sehr verräterische Äußerung; denn aus meiner Sicht zeigt es ganz deutlich, was dieses Programm eigentlich sein soll. Es geht Ihnen gar nicht um eine Verbesserung der Infrastruktur. Es geht Ihnen darum, damit Wahlkampf zu machen. Das ist alles, was Sie damit vorhaben.

(Beifall bei der FDP - Axel Schäfer [Bochum])

[SPD]: Sie können zu Hause bleiben!

Sie können gern versuchen, Ihr Wahlkampfprogramm „Spatenstich mit Tiefensee“ durchzuführen. Wir werden weiter darauf hinweisen, dass bestimmte Dinge trotzdem nicht fertigwerden.

Ich will dafür ein Beispiel nennen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Herr Minister Tiefensee müsste eigentlich das gleiche Interesse haben wie ich als sächsischer Abgeordneter. Herr Minister, nehmen Sie es mir nicht übel; aber ich habe den Eindruck, Sie vergessen manchmal, woher Sie kommen. Ich will Ihnen eines unserer wichtigsten Infrastrukturprojekte nennen - darüber habe ich heute in der Zeitung gelesen -: die Bahnstrecke Dresden-Berlin. Sie soll nun endlich ausgebaut werden. Die ursprüngliche Planung war, dass wir bereits im vergangenen Jahr - ich rede vom Jahr 2007 - mit der vollständigen Sanierung dieser Bahnstrecke durch sind und dass man bereits ein Jahr lang die Strecke zwischen Dresden und Berlin mit dem Zug in 58 Minuten hätte zurücklegen können. Passiert ist bisher nichts. In den nächsten Monaten soll eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen werden. Sie planen einen Ausbau für Tempo 160, um keine Bahnübergänge beseitigen, um keine Brücken und keine Tunnel bauen zu müssen. Sie sparen also Mittel ein. Eigentlich müssten wir mit Tempo 200 fahren, um die geplante Fahrtzeit zu erreichen. Das ist der Hintergrund. Trotz der Tatsache, dass Sie 1 Milliarde Euro mehr ausgeben wollen, fehlen Ihnen für den Ausbau der Strecke Dresden-Berlin immer noch über 200 Millionen Euro, um genau dieses Problem



in den Griff zu bekommen.

Ich kann Ihnen weitere Verkehrsprojekte überall in Deutschland nennen, wo genau das der Fall ist. Tun Sie also bitte nicht so, als ob Sie enorme Summen investieren, um die Infrastruktur in Deutschland wesentlich zu verbessern. Sie versuchen nur, die Bugwelle, die Sie schon seit Jahren vor sich hertreiben, ein bisschen abzumildern. Das ist nicht das, was wir uns unter einer langfristigen Haushalts- und Investitionspolitik im Bereich Verkehrsinfrastruktur vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin hat gesagt, es würde keinen Sinn machen, ein Infrastrukturprogramm aufzulegen und 7 oder 8 Milliarden Euro zu investieren, wenn es dafür gar keine Projekte gibt. Der Frau Bundeskanzlerin nehme ich es aufgrund all ihrer Verantwortung nicht übel, dass sie nicht genau weiß, wie viele Verkehrsprojekte in Deutschland planfestgestellt und sofort begonnen werden können. Ich kann Ihnen auch diesbezüglich nur einen Blick auf die Details empfehlen. Allein im Bereich Straßenbau - ich rede noch nicht über die Schiene und auch noch nicht über die Wasserwege - haben wir überall in Deutschland planfestgestellte Projekte mit einem Volumen von mehr als 2 Milliarden Euro, bei denen sofort mit dem Bau begonnen werden kann.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Allein in Baden-Württemberg haben wir die schon!)

- Allein in Baden-Württemberg, das der Kollege gerade erwähnt hat, geht es um Projekte mit einem Volumen von 600 und 700 Millionen Euro, die sofort begonnen werden können. - Jeder von uns kann leicht feststellen, welche Projekte in seinem Bundesland auf Eis liegen, weil schlicht und einfach kein Geld da ist.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Meinen Sie Stuttgart 21, oder was meinen Sie damit?)

So kann man Verkehrsinfrastrukturpolitik nicht betreiben. Sie sollten versuchen - da haben Sie die Opposition immer an Ihrer Seite -, eine langfristige Planung zu machen. Es macht keinen Sinn, jedes Jahr wieder 1 Milliarde Euro mehr zu versprechen. Im letzten Jahr haben Sie nur eine halbe Milliarde Euro zusammenbekommen. Das Wichtige ist, dass es bei den Verkehrsinvestitionen langfristig ein hohes Niveau gibt, damit langfristig geplant werden kann. Das gilt insbesondere für die Schiene. Bevor im Bereich Schiene ein Planfeststellungsbeschluss vorliegt, bevor Sie große Projekte umsetzen können, vergehen mindestens zwei, wahrscheinlich eher drei bis vier Jahre. Wenn Sie solche Projekte realisieren wollen, sollten Sie langfristig mehr Geld zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass Planungssicherheit besteht. Die erratische Haushaltspolitik, die Sie betreiben - erst einmal 10 Milliarden Euro, und dann schauen wir, ob wir in den Nachverhandlungen noch 1 Milliarde Euro mehr bekommen -, hilft niemandem in Deutschland.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Jan Mücke (FDP):

Eine solche Politik hilft vielleicht Ihrem Wahlkampf,

sie wird am Ende aber nicht dazu führen, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland wesentlich verbessert wird.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dem Kollegen Norbert Barthle erteile ich jetzt das Wort für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An den Anfang meiner Ausführungen will ich die wichtigste Botschaft stellen: Der große Gewinner der diesjährigen Haushaltsberatungen ist der Verkehrsetat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben die Mittel für Investitionen im Etat um insgesamt 1,35 Milliarden Euro erhöht. Davon fließt ein großer Teil in Investitionen in Verkehrsachsen. Man muss hinzufügen: Als Haushälter bedauern wir es zwar, dass wir das Ziel der Konsolidierung unseres Haushaltes etwas verschieben müssen. Dennoch kann ich diese neuen Schulden gegenüber der jüngeren Generation gut vertreten; denn wir schaffen Werte, denn wir investieren in die Zukunft. Das ist ein Verfahren, das man zu Recht vertreten kann. Wir Abgeordneten folgen dabei nicht nur unserer Einsicht und unserer Erfahrung. Nein, wir folgen auch dem Sachverständigenrat, der explizit gesagt hat: Für die Verkehrsinfrastruktur sind jetzt Investitionen auch zulasten neuer Schulden sinnvoll.

Warum investieren wir in den Verkehr?

Ich denke, erstens, weil es klug ist. Minister Tiefensee hat bereits darauf hingewiesen, dass der Multiplikatoreffekt hier besonders groß ist. Jeder investierte Euro sorgt für ein Mehrfaches an Wachstum. Mit diesen Investitionen sichern wir Beschäftigung und schaffen Werte für die Zukunft. Das ist sinnvoll.

Zweitens. Genauso wichtig ist, dass diese Investitionen direkt vor Ort wirken. Beim Bau einer Ortsumfahrung zum Beispiel bleiben die Investitionsmittel in der Region. Dort werden Arbeitsplätze gesichert. Dort wird die Nachfrage angeschoben. Dort wird der Warenverkehr erleichtert. Dienstleistungen können schneller erbracht werden. Eines ist sicher: Wo Verkehr ist, da ist Leben. Es geht darum, dass wir jetzt dort, wo Leben und Verkehr sind, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Wirtschaftskreislauf wieder in Gang kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Die Verstärkung in diesem Bereich ist eine großartige Botschaft insbesondere für die Teile unseres Landes - Baden-Württemberg wurde schon mehrfach angesprochen -, in denen erheblicher Nachholbedarf besteht. Ganze Regionen warten schon seit Jahren auf den Bau entsprechender Verkehrsachsen. Wenn ich allein an meine Wahlkreisgemeinde Mögglingen denke, die seit 50 Jahren von zunehmend unerträglicher werdendem Durchgangsverkehr geplagt wird, dann weiß ich, dass Investitionen in solche und ähnliche Projekte gut angelegtes Geld sind. Denn dadurch wird - auch

über die Punkte, die ich bereits angeführt habe, hinaus - Lebensqualität geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Baden-Württemberg hat tatsächlich großen Nachholbedarf. Wir haben planfestgestellte Straßenverkehrsmaßnahmen mit einem Volumen von rund 1,2 Milliarden Euro, aber die notwendigen Baufirmen müssen natürlich vorhanden sein. Das ist ein limitierender Faktor. Es ist richtig und gut, dass jetzt das Notwendige vor dem Wünschenswerten gebaut wird. Da bin ich ganz bei den Entscheidungen des Ministeriums.

Viertens. Es ist auch gut und richtig, dass wir von den zusätzlichen 2 Milliarden Euro den Löwenanteil, nämlich knapp 1 Milliarde Euro, in den Straßenverkehr fließen lassen. Denn dort kann dieses Geld sofort wirken, dort kann schnell gebaut werden. Wir können es uns nicht leisten, in Projekte zu investieren, die erst in zwei oder drei Jahren realisiert werden können. Wir brauchen frisches Geld für Projekte, die jetzt anstehen. Man muss schnell handeln; das ist richtig so.

Es gibt für Baden-Württemberg - wenn ich als jemand, der von dort kommt, schon einmal die Gelegenheit habe, zum Verkehrsetat zu sprechen, will ich diese nutzen - eine weitere gute Botschaft, die bereits angesprochen worden ist. Das ist die finanzielle Beteiligung des Bundes an Stuttgart 21 und an der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Das ist im Haushalt abgesichert. Das gilt dank der Kollegen Kampeter und Königshofen auch für den Rhein-Ruhr-Express.

(Enak Ferlemann [CDU/CSU]: Das haben wir gern gemacht!)

Das ist gut so; das ist wichtig. Denn damit sind sozusagen die Hauptsignale für die Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt, Land, Bund und Bahn auf Grün gestellt. Freie Fahrt ist angezeigt. Damit kann eines der wichtigsten Zukunftsprojekte des gesamten Landes zügig in Angriff genommen werden. Dafür sind uns viele, viele Menschen dankbar,

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt Gegner vor Ort!)

auch wenn die Grünen, Frau Lührmann - Kollege Hermann wird es wahrscheinlich auch noch tun -, immer wieder dagegen polemisieren und versuchen, die Gegner zu mobilisieren. Natürlich gibt es wie bei jedem großen Projekt Gegner. Aber dieses Signal ist für ganz Baden-Württemberg ganz wichtig, weil es sich um ein Zukunftsprojekt handelt, das für das ganze Land von Bedeutung ist, nicht nur für Stuttgart.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Unsinn!)

Das Gutachten des Bundesrechnungshofes haben wir sehr wohl zur Kenntnis genommen und auch kritisch beleuchtet. Es gibt aber auch eine Gegenstellungnahme der Landesregierung. Ich muss dem Bundesrechnungshof von dieser Stelle sagen, dass er sich an manchen Stellen etwas verrechnet hat und dass er vielleicht auch nicht mehr auf dem aktuellsten Stand ist. Zum Beispiel, Herr Kollege, sind die Stahlpreise inzwischen ähnlich abgestürzt wie die Ölpreise. Würde man es jetzt berechnen, käme man auf ganz andere Kosten. Deshalb muss

man das alles in einem größeren Gesamtzusammenhang sehen. Das heißt, eine kurzfristige betriebswirtschaftliche Betrachtung, bei der man allein die eingesparte Fahrzeit oder ähnliche Parameter misst, wird diesem Verkehrsprojekt nicht gerecht. Man muss es volkswirtschaftlich beleuchten. Aus volkswirtschaftlicher Betrachtung ist das eines der wichtigsten Projekte für ganz Baden-Württemberg. Wir Baden-Württemberger sind dem Bund, diesem Hohen Hause und Verkehrsminister Tiefensee sehr dankbar, dass jetzt grünes Licht gegeben wird.

Deshalb bin ich der Auffassung - ich komme zum Schluss -: Mit diesem Etat wird der Verkehr zu einem der wichtigsten Treiber für die wirtschaftliche Stabilisierung Deutschlands. Sie, Herr Minister, haben eine großartige Chance und eine großartige Verantwortung zugleich, dies entsprechend umzusetzen und einen Beitrag zu leisten, dass es mit uns wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Wir vertrauen Ihnen und empfehlen Zustimmung zum Einzelplan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dorothee Menzner ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir, die Linken, zitieren die EU-Kommission nicht sehr oft. Wenn sie recht hat, kann man sie aber einmal zitieren. Gestern war der Süddeutschen Zeitung zu entnehmen - ich zitiere -:

Um Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten, empfiehlt die EU-Kommission den Mitgliedsländern, die Steuern massiv zu senken und die Staatsausgaben zu steigern.

Der größte Widerspruch dagegen komme von der Bundesregierung. Die Zahl der Wirtschaftswissenschaftler, die fordern, die Wirtschaft anzukurbeln, um die Konjunktur am Laufen zu halten und sie nicht abstürzen zu lassen, steigt.

Sie schlagen zwei Instrumente vor: erstens die Erhöhung des verfügbaren Einkommens der unteren Einkommensgruppen und zweitens Investitionen in Infrastrukturprojekte. Hierfür ist der Verkehrsetat prädestiniert, und er gibt - das muss ich zugeben - positive Signale; denn sein Volumen wird erhöht. Dennoch ist die Schwerpunktsetzung falsch.

Es wurde schon mehrfach erwähnt, dass viel zu viele überdimensionierte und zweifelhafte Großprojekte in Milliardenhöhe durchgeführt werden: der Hyper-U-Bahnhof Stuttgart 21, die Y-Trasse als Rennbahn durch die Lüneburger Heide mit zweifelhaftem Nutzen für den Hafenhinterlandverkehr, (Hans-Michael Goldmann [FDP]: Quatsch!

Das stimmt doch gar nicht! Das ist ja wohl ein Witz!)

die ICE-Piste unter dem Thüringer Wald, vom Berliner Stadtschloss und der Kfz-Steuer-Befreiung, die in die falsche Richtung geht und nicht die richtigen Anreize

setzt, ganz zu schweigen.

Was ist stattdessen zu tun? Engpässe im Schienengüterverkehr müssen dringend beseitigt werden; in aktuellen Studien heißt es, dass es einen akuten Mangel an Abstellgleisen in einer Größenordnung von rund 60 Kilometern gibt. Knotenbahnhöfe im Güterverkehr sind dringend auszubauen. Die Zahl der Lkw-Rastanlagen an Autobahnen ist zügig dem gestiegenen Lkw-Aufkommen anzupassen;

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Das sind alles Projekte des Bundesverkehrsministers! - Patrick

Döring [FDP]: So etwas Verlogenes! Ihre Leute sind doch bei der Y-Trasse dagegen!

Was erzählen Sie denn da?)

jeder, der nachts einmal auf der A 2 unterwegs war, weiß, wovon ich rede.

Schäden an Autobahnbrücken sind zu beheben. Die Anstrengungen zum Lärmschutz sind deutlich zu verstärken. Wir brauchen kleinteilige Projekte, keine Großprojekte. Bahn und öffentlicher Nahverkehr müssen ausgebaut und Mobilitätsbarrieren beseitigt werden; dazu gehört auch, dass der Eisenbahnfernverkehr dort, wo er in den letzten Jahren abgebaut wurde, wiederbelebt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Infrastruktur muss für die Zukunft fit gemacht werden. Dabei müssen die Bedingungen der globalen Welt und der knapper werdenden Ressourcen berücksichtigt werden. Nur so können wir die von uns allen immer wieder formulierten Ziele der Minimierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und des Klimaschutzes erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine gute Infrastruktur, die die Bedürfnisse der Menschen erfüllt, ist auch für die Volkswirtschaft von morgen unerlässlich.

In Zeiten, in denen wir in den Abgrund einer von profitgeilem Kapital angezettelten Weltkrise blicken, ist die Linke nicht dagegen, für Verkehrsprojekte Geld auszugeben, (Enak Ferlemann [CDU/CSU]: Sehr gut!)

auch viel Geld auszugeben. Wir wollen aber, dass dieses Geld nicht von Mammutprojekten mit zweifelhaftem Nutzen verschlungen wird.

Das eingesetzte Geld muss mehrere Stationen der Volkswirtschaft durchfließen, damit es vielen Menschen nützt, nicht nur wenigen Konzernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das eingesetzte Geld muss nachhaltige Wirkungen haben; es muss zur Schaffung sicherer Arbeitsplätze beitragen und ökologisch nachhaltig wirken. Mit dem eingesetzten Geld müssen wir auch deutlich machen, dass wir unseren Auftrag, uns um die Daseinsvorsorge zu kümmern, ernst nehmen und verstanden haben.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Winfried Hermann spricht jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist nicht klug,

dass die Große Koalition die Kritik der Opposition als Nörgelei abtut;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Patrick Döring [FDP])

das haben Sie in Ihren heutigen Reden allerdings immer wieder getan. Auch eine Regierung kann nämlich durch die Argumente einer guten Opposition besser werden. Auffällig ist, dass einige Probleme sowohl von Ihnen als auch von uns, obwohl wir in vielen Punkten auch unterschiedlicher Meinung sind, wahrgenommen werden.

Erstens zur Finanzierung der Infrastruktur. Wir erkennen an, dass dafür im nächsten und im übernächsten Jahr jeweils 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung gestellt wird. Eines darf man aber nicht übersehen: Diese Erhöhung der Mittel um 1 Milliarde Euro pro Jahr ist in Anbetracht der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplanes und der Preissteigerungen, die bei Bauprojekten zu beobachten sind, nicht wirklich eine Steigerung. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens zu den verschiedenen Projekten. Ein Kollege hat gesagt: Wir verschönern die Bahnhöfe, wir bauen neue Strecken, wir betreiben Klimaschutz und Lärmschutz usw. - Schauen Sie sich nur einmal das Großprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm an. Alleine diese beiden Großprojekte haben einen Umfang von mehr als dem Zehnfachen von dem, was Sie in den zwei Jahren drauflegen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Von welcher Zeitachse reden Sie denn? Zwei Jahre oder zehn Jahre? Mein Gott!)

Das heißt, im selben Augenblick, in dem Sie sagen, dass Sie vorankommen und die Zahl der Projekte verringern wollen, stoßen Sie noch zwei Großprojekte an, was nur dazu führt, dass alles andere noch langsamer realisiert wird. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wir sind ja nicht gegen Stuttgart 21, weil wir etwas gegen die Bahn oder gegen eine Modernisierung haben, sondern weil wir einfach sehen, dass ein funktionierender Bahnhof mit unglaublich viel Geld von oben nach unten verlegt werden soll, wodurch ein unterirdischer Engpass gebaut wird, den man anderswo beseitigen möchte.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das Gegenteil!)

Der Bahnhof ist anschließend so groß wie der Cannstatter Bahnhof und kleiner als der Karlsruher Bahnhof als vergleichbarem Bahnhof. Das ist doch der Unsinn. Es bringt für das Netz nichts. Insofern ist das gesamtwirtschaftlich unsinnig. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Norbert Barthle [CDU/CSU]: Unbelehrbar!)

Ich will dazu jetzt nichts mehr sagen, sondern aufgrund der Kürze meiner Redezeit noch ein ganz anderes Thema ansprechen, nämlich Klimaschutz und Autoverkehr. Herr Minister, Sie haben, wie übrigens auch die Kanzlerin, vor einem guten Jahr nach dem Meseberg-

Beschluss hier verkündet, was Sie alles tun werden, um das Autofahren klimafreundlicher zu machen. Dazu haben gehört: neue CO2-Grenzwerte auf europäischer Ebene, eine Effizienzauszeichnung mit Ampeln usw., sodass die Bürger wissen, welches Auto sie kaufen können, welches klimafreundlich ist, und die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO2-Basis. Von diesen drei zentralen Punkten Ihres Klimaschutz- und Energieprogramms ist nach einem Jahr nichts, aber auch gar nichts übrig. Das ist angesichts der Tatsache, dass wirklich etwas zu tun ist, verheerend.

Ich komme zu dem, was Sie in dem Zusammenhang wirklich beschlossen haben, nämlich zur Aussetzung der Kfz-Steuer für zwei Jahre bei dem Neukauf eines Autos. Das ist sozusagen Ihre Klimaschutzantwort. Jetzt spreche ich die Genossen und die Freunde der Facharbeiter an: Sie sorgen für eine Steuerbefreiung, durch die der Käufer eines teuren spritfressenden Wagens wie der Audi Q7 - wie wir alle wissen, kostet er 60 000 Euro aufwärts - von 3 600 Euro Kfz-Steuer in zwei Jahren befreit wird, während der Käufer eines kleinen Smarts, eines kleinen Toyota-Aygos oder eines anderen spritsparenden Kleinwagens zusammengerechnet auf vielleicht 300 Euro Steuerbefreiung kommt. Das ist Ihre sozial verträgliche Klimaschutzpolitik. Das ist doch absurd. Das ist Absurdistan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dass Sie dann auch noch stolz darauf sind, dass Sie diese Maßnahme korrigiert haben, kann ich gar nicht mehr nachvollziehen, weil Sie bei einer völlig vermurksten, mistigen Regelung, die weder ökonomisch der Automobilindustrie etwas bringt noch ökologisch dem Klimaschutz hilft, nur die entsprechende Frist verkürzt haben. Sonst haben Sie aber nichts korrigiert.

Sie haben das, was Sie in diesem Bereich wollten, letztendlich gar nicht getan, sondern stattdessen noch eine Maßnahme durchgeführt, mit der all das konterkariert wird, was Sie bisher erzählt haben. Das ist wirklich eine Schande für Sie und Ihre Klimaschutz- und Verkehrspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Klaus Hofbauer spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns das nicht kleinreden lassen: Mit 11,2 Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur wird ein Rekordhaushalt aufgestellt, und wir sind gemeinsam stolz darauf, dass wir dies bei diesen Haushaltsberatungen erreicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit auch bei unserer Bundeskanzlerin und beim Bundeswirtschaftsminister, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass für die Verkehrsinfrastrukturprogramme pro Jahr 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung gestellt werden kann.

Erlauben Sie mir, auch festzustellen, dass für mich

zwei Dinge dafür entscheidend sind, dass wir in diese Verkehrsinfrastruktur investieren:

Erstens. Durch diese Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur fördern wir die dringend notwendige Mobilität.

Wir leisten damit einen wesentlichen Beitrag dafür, den Zuwachs des Verkehrs – insbesondere des Güterverkehrs – zu bewältigen.

Zweitens. Mit diesen Investitionen sichern wir Arbeitsplätze. Durch Verkehrsinvestitionen werden Arbeitsplätze geschaffen und gehalten. Ich glaube, das ist in der heutigen Zeit von ganz großer Bedeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es verdienen nämlich nicht nur einige Bauunternehmer. Schauen Sie sich zum Beispiel an, wie der Mittelstand vom CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm profitiert. Gehen Sie doch zu unseren Elektromeistern und zu denen, die Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbereich durchführen. Hier gibt es doch einen Auftragsboom; die Menschen nehmen diese Maßnahmen an und sind vor allen Dingen bereit, zu investieren. Das ist ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Klimaschutz in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es wurde gesagt, wir würden nur Konzerne und Großprojekte fördern. Diese Große Koalition bemüht sich um Großprojekte, aber zum Beispiel auch um den öffentlichen Nahverkehr. Hier gibt es eine optimale Lösung; hier erreichen wir einiges. Das zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Günther zulassen?

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Joachim Günther (Plauen) (FDP):

Kollege Hofbauer, Sie haben das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm angesprochen und gesagt, der Gesamthaushalt sei gut. Wenn Sie am Beispiel dieses Programms das zugrunde legen, was der Bundesminister gesagt hat, nämlich dass mit 1 Euro 8 Euro angestoßen werden, dann zeigt sich, dass allein durch die Mehrwertsteuer mehr eingenommen wird, als Sie ausgeben. Warum begrenzen Sie dann die Investitionen in dieses Programm?

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Die meisten der Kolleginnen und Kollegen kommen aus der Kommunalpolitik und sind dort zum Teil nach wie vor verankert.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das sind die Besten!)

– Das sind die Besten, das gebe ich zu; schließlich bin ich seit 40 Jahren im Stadtrat.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Gratulation!)

Als Kommunalpolitiker sehen wir, wie sich die Initiativen, die wir im Bundestag beschließen, bei den Menschen vor Ort, in den Kommunen, konkret auswirken.

Sie dürfen nicht nur das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm



sehen, sondern müssen die Maßnahmen, die der Herr Minister angesprochen hat, insgesamt betrachten. Das ist eine Palette von verschiedenen Initiativen, die sich positiv auswirken. Deswegen bleibe ich bei meiner Feststellung: Das CO2-Gebäudesanierungsprogramm ist ein Erfolgsprogramm.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Bereich der Schiene. Es tut uns leid - ich teile hier die Auffassung vom Herrn Minister -, dass der Börsengang momentan nicht sinnvoll ist. Aber was zum Beispiel die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung anbelangt, ist bisher hervorragende Arbeit geleistet worden. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Beckmeyer, Herr Dr. Friedrich, Herr Ferlemann, die Sie mit dem Ministerium einen Weg aufgezeigt haben, auf dem wir Politiker erstmals die Möglichkeit haben, noch mehr bei der Gestaltung der Investitionen in die Bahn mitzuwirken.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Noch mehr“! Ist ja unglaublich!)

Ich glaube, dass wir hier auf einem guten Weg sind, wenn wir politisch Einfluss darauf nehmen, wie die 2,5 Milliarden Euro umgesetzt werden.

Herr Kollege Mücke, ich gebe Ihnen recht, und ich möchte das als zentrale Forderung für uns alle aufstellen: Wir haben einen Rekordhaushalt; aber dieser wird nichts nutzen, wenn wir die Summe nicht verstetigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen sie über das Jahr 2011 hinaus verstetigen, und zwar im Interesse der Planungsbehörden und der Bauten. Sie können nicht für ein Jahr 1 Milliarde Euro dazulegen und im nächsten Jahr wieder 1 Milliarde Euro wegnehmen. Das können wir uns nicht leisten. Das heißt, wir müssen und werden miteinander darum kämpfen, dass die hohe Verkehrsinvestition - ich gebe Ihnen recht, dass hier sicherlich das eine oder andere noch geschehen muss und dass wir einen gewissen Nachholbedarf haben - verstetigt wird. Dabei möchte ich auch erwähnen, dass wir - der Kollege Barthle hat es gesagt - bratfertige Projekte vorliegen haben. In Bayern sind es Projekte in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro, die wir sofort starten können. Hinzu kommt, dass wir Verkehrsinvestitionen in die Sanierung von Brücken usw. tätigen, die sofort umgesetzt werden können. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu den Mauteinnahmen. Wir sind uns sicherlich einig, dass die gezogenen Einnahmen richtig sind

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Nein, falsch!

Sie kosten jede Menge Arbeitsplätze!)

und dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Aber eines möchte ich sagen: Die Spediteure haben gewusst, was auf sie zukommt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Quatsch!)

- Lassen Sie mich doch den Satz vollenden. - Aber wir sollten die Probleme, die die Spediteure zurzeit haben, ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es darf nicht das Ziel der Politik sein, dass für die Spediteure die deutschen Verkehrszeiten nicht mehr gelten.

Deswegen müssen wir diese Themen aufgreifen. Es gibt dazu einiges zu sagen.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Thema Breitbandversorgung. Der Kollege Kalb hat es bereits angesprochen. Für mich ist das ein zentrales Thema. Früher stand der Bau von Autobahnen im Vordergrund. Natürlich ist eine Autobahn notwendig, aber eine attraktive Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum ist für die Lebensqualität von entscheidender Bedeutung. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Breitbandversorgung ist ein Thema, das nicht nur die Wirtschaft angeht. Jede Familie ist auf Breitbandversorgung angewiesen. In Zukunft wird ein Bürgermeister keinen Bauplatz mehr verkaufen können, der keine Breitbandversorgung bietet. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es ist für mich von entscheidender Bedeutung, diesen hohen Ansatz zu verstetigen. Ich halte es für wichtig, die Wirtschaft und hier insbesondere den Mittelstand in den Mittelpunkt zu stellen. Ich glaube, wir können feststellen, dass wir mit dem Einzelplan 12 einen Superhaushalt haben. Darauf können wir stolz sein. Wir werden ihn miteinander erfolgreich umsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe jetzt dem Kollegen Uwe Beckmeyer für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Uwe Beckmeyer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon fast alles gesagt worden, (Heiterkeit)

gleichwohl, so ist mein Eindruck, von einigen Oppositionsrednern noch nicht.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geben Sie uns doch Ihre Redezeit! Das wäre konsequent! - Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können noch mal zusammenfassen!)

Deutschland ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte innerhalb der Europäischen Union. Ich glaube, wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, dass das, was diese Volkswirtschaft am Laufen hält - nämlich die Verkehrsinfrastruktur -, in einem ausgesprochen guten Zustand ist. Ich denke, dass der Bundesverkehrsminister und die für die Verkehrsinfrastrukturpolitik Verantwortlichen in diesem Hause sich dessen immer bewusst sind. Wir kämpfen um hohe Investitionen und haben erreicht - die Kollegen der Großen Koalition haben darauf hingewiesen -, dass im Haushaltsjahr 2009 eine überaus große Investitionssumme den Haushalt schmückt. Das ist gut, und das ist eine grundsätzlich richtige Voraussetzung.

Wenn wir jetzt gleichzeitig darum ringen, dass wir auch mit dem Verkehrshaushalt einen Schutz vor der Krise erreichen, die auf uns zukommt, und die Arbeitsplätze

schützen wollen, dann geht es insbesondere darum, dass wir mit diesem vielen Geld möglichst viel bewirken. Was bedeutet das für die Ausgabe der vor uns liegenden Projekte? Es geht darum, dass wir die Projekte identifizieren, die schon laufen, und dass wir sie dazu bringen, noch schneller zu laufen, und vorziehen, was vorgezogen werden kann. Das sind schon alles planfestgestellte Projekte. Es geht auch darum, die Projekte, die schon planfestgestellt sind und vielleicht erst im übernächsten Jahr anlaufen würden, vorzuziehen. Diese Aufgabenstellung sehen der Bund und die obersten Verkehrsbehörden der Länder für das Jahr 2009 auf sich zukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das ist, denke ich, unsere Aufgabe, die wir jetzt zu leisten haben.

Das bedeutet, dass für den Verkehr, den Tiefbau und den Hochbau in der Bundesrepublik Deutschland, die Gebäudesanierung, das Handwerk, aber auch das produzierende Gewerbe ein großer Schub kommen wird, der aber auch verkraftet werden muss. Wir müssen alles tun, dass diese Aufgaben so zügig und exakt umgesetzt und unserer Wirtschaft zugeführt werden, dass wir am Ende des Jahres 2009 feststellen können, die 11 Milliarden Euro für Investitionen sind vollständig ausgegeben und haben den größtmöglichen Effekt erreicht. Das ist unser Ziel für das kommende Jahr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will einige Beispiele nennen, weil man nicht nur, wie es die Opposition heute teilweise gemacht hat, kritisieren, sondern auch darüber nachdenken sollte, was man mit den Mitteln Sinnvolles anfangen kann. Es gilt nicht nur die Bauinvestitionen zu berücksichtigen, sondern auch das, was der Umweltminister und der Verkehrsminister in der letzten Woche vorgestellt haben.

Das eröffnet dem Verkehr, aber auch der Industrie eine Zukunftsperspektive. Stichwort Elektromobilität: Wir müssen das Thema Elektromobilität so puschen - hier sind der Bundesverkehrsminister und der Bundesumweltminister hochgradig engagiert -, dass unsere Automobilindustrie rechtzeitig - vielleicht noch zügiger als bisher geplant - in die Lage versetzt wird, Elektrofahrzeuge in Deutschland auf den Markt zu bringen. Das lässt die Arbeitsplätze in dieser Branche krisenfester werden als bisher. Die Brennstoffzellentechnologie ist ein weiteres wichtiges Thema.

Der Haushalt enthält auch kleine Positionen, die ich dennoch erwähnen möchte, weil sie für ganz bestimmte Branchen wichtig sind. Thema Binnenschiff flotte: Wir fördern zum Beispiel Doppelhüllenschiffe, die auf unseren Kanälen fahren. Wir machen den Verkehr so sicherer, egal ob es um die Tankschiffahrt oder um Stückgutfrachter geht. Das alles ist wichtig und wesentlich.

Ich habe in meinen letzten Reden häufig darauf hingewiesen, dass wir uns um die Akzeptanz des Verkehrs kümmern müssen, zum Beispiel um den Lärmschutz am Gerät der Bahn, entlang der Autobahnstrecken und des Bahnnetzes. Das ist weiterhin ein ganz wesentliches Thema und wird in unserem Haushalt gut abgebildet.

Mich erfreut außerdem, dass es uns gelungen ist, im Rahmen des CO2-Gebäudesanierungsprogramms einen Programmteil zu verstärken, der von struktur- und steuereinnahmenschwachen Gemeinden genutzt werden kann. Nicht nur Darlehen, sondern auch Zuschüsse spielen hier eine Rolle; denn solche Gemeinden können sich nicht weiter verschulden und müssen dennoch dringend in den Genuss der Vorteile des CO2-Gebäudesanierungsprogramms kommen, egal ob es um städtische Einrichtungen oder Sportstätten geht. Es ist wichtig, dass wir das Programm so gestalten, dass auch finanzschwache Gemeinden mit Bundes- und Landesmitteln ausgestattet werden können, um ihre Projekte vor Ort zu realisieren.  
(Beifall bei der SPD)

Da ich noch ein paar Minuten Zeit habe, möchte ich auf das eine oder andere, was seitens der Opposition gesagt wurde, eingehen. Frau Menzner, Sie haben von einer falschen Projektsetzung gesprochen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Auch andere Kollegen haben das Projekt Stuttgart 21 angesprochen. Wir sind hier nicht im baden-württembergischen Landtag.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das teuerste Projekt der Republik!)  
Unsere Aufgabe ist, die Projektkosten, die bei der Ertüchtigung der Strecke ohnehin anfallen, zu tragen.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weit mehr! Viel mehr!)

Wenn Sie anderer Meinung sind, empfehle ich, sie im baden-württembergischen Landtag zu artikulieren. Der Bundestag ist jedenfalls die falsche Adresse.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir geben das Geld aus!)

Das Land ist für das Projekt verantwortlich. Die Kommune Stuttgart will dieses Projekt. In einer Demokratie müssen Sie dies akzeptieren.

Es ist wichtig, hier nicht Wahlkampf zu machen, Herr Mücke. Wir müssen im Rahmen der Infrastrukturvorhaben für sichere Straßen, intakte Autobahnen und sanierte Fernstraßen sorgen. Hier wird nicht nur ein Spatenstich ausreichen. Vielmehr muss eine Bauleistung erbracht werden, und zwar möglichst rasch. Wenn planfestgestellte Projekte begonnen werden, dann ist das gut, egal ob in Ihrem Wahlkreis oder im Wahlkreis anderer Kollegen. Das hat aber nichts mit Wahlkampf zu tun. Vielmehr wird mit einem notwendigen Projekt begonnen, für das wir alle gemeinsam gestritten haben.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was wir haben, ist ein echtes Konjunkturprogramm; denn alles, was wir ausgeben, wirkt ganz gezielt auf eine große Branche.

Gleichzeitig ist es uns mit Unterstützung des Bundesrates gelungen, die Mautmittel für das Jahr 2009 parlamentsfest zu machen. Ich denke, das ist ein großer Vorteil, weil uns die Mauteinnahmen auf diese Weise für den Haushalt 2009 zur Verfügung stehen. Wenn man all dies zusammennimmt, kann man schlussendlich einen relativ guten und wohldotierten Haushalt für die Jahre 2009 und 2010 erwarten.

Bei welchem Verkehrspolitiker kommen Initiativen, dies zu verstetigen, nicht gut an? Ich denke, dass sie bei

uns allen gut ankommen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir auch in den kommenden Jahren der Finanzplanung einen gut dotierten Bundesverkehrshaushalt vorfinden. Die Sozialdemokraten jedenfalls werden dafür streiten, damit dies auch in Zukunft der Fall ist. Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Ende der Debatte spricht der Herr Kollege Arnold Vaatz für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer Situation, in der man damit rechnen muss, dass die Nachfrage infolge der Finanzkrise schlagartig wegbricht, ist es sicher richtig, wenn die öffentliche Hand ihre Nachfrage forciert. Das hat sie in diesem Fall getan. Sie hat es sogar in erheblichem Maße getan. Allerdings sollte uns allen angesichts der Tatsache, dass wir die neu zustande kommende Nachfrage ausschließlich durch Verschuldung erzeugen, ein kleines bisschen unwohl sein. Wir sollten uns daran erinnern, dass das, was Keynes als erste Phase beschrieben hat, in der Welt sehr oft praktiziert worden ist. Die zweite Phase, die Refinanzierung, ist allerdings fast nie eingetreten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das haben Sie auch nicht gemacht!

Das sollte man einfach als nachdenkenswerten Hinweis aus dieser Debatte mitnehmen.

Jetzt komme ich auf die Bemerkung des Herrn Kollegen Mücke zu sprechen. Herr Kollege Mücke, ich möchte Ihnen fast Punkt für Punkt recht geben.

(Beifall des Abg. Patrick Döring [FDP])

- Ich habe gesagt: fast. Klatschen Sie nicht zu früh. - Sie sagen: Die Baupreise sind viel schneller gestiegen als der Aufwuchs unserer Infrastrukturhaushalte. Selbstverständlich haben wir Projekte en masse. Wir könnten eigentlich aus dem Vollen schöpfen und sofort alles umsetzen. Eigentlich brauchten wir aber viel mehr. Ich bin auch der Meinung, dass wir für die Infrastrukturhaushalte mehr Geld aus dem Bundeshaushalt benötigen.

Herr Mücke, gleichzeitig verlangt Ihre Partei eine Steuersenkung. Das bedeutet, dass das Deckungsdefizit zunächst einmal größer und nicht kleiner wird. Das Vabanquespiel, das wir auf diese Weise beginnen, wird für uns damit noch unkalkulierbarer.

Wir sollten zu einer realistischen Politik kommen.

Das heißt, dass wir das, was wir ausgeben, durch Einnahmen so stark wie möglich abdecken müssen. Das ist die große Zukunftsaufgabe. Erstens müssen wir unsere Infrastrukturhaushalte vergrößern; dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo die Lücken noch am größten sind. Zweitens müssen wir für eine wesentlich bessere Deckung durch Einnahmen sorgen. Es wäre uns sehr lieb, wenn der größte Anteil dieser vermehrten Deckung durch Einnahmen aus einer florierenden Wirtschaft käme. Lassen Sie uns alles dafür tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genau in diese Richtung geht unser Haushalt. Ich

finde es großartig, dass es in der Bereinigungssitzung möglich war, 2 Milliarden Euro aufzusatteln, und zwar für das nächste und das übernächste Jahr. Allerdings sollten wir es nicht nur bei Lückenschlussplänen belassen. Lückenschlüsse sind zum Beispiel im Autobahnbereich notwendig. Wir brauchen auch noch eine ganze Menge von Ortsumgehungen in Ostdeutschland. Aber es gibt einen großen Mangel. Darüber sollten wir uns in diesem Haus einmal intensiver unterhalten und nicht immer nur am Rande. Das ist die Tatsache, dass eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung in Deutschland, nämlich die Rhein-Schiene, zu wenig für das wiedervereinigte Deutschland ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen ein Konzept und eine langfristige Planung in Übereinstimmung mit den Planungen der Europäischen Union für einen zweiten leistungsfähigen Nord-Süd-Korridor, der die Ostsee mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt verbindet und eine Erschließungswirkung für Ostdeutschland entfaltet. Das wäre nämlich etwas, was die Wirtschaft selbst täte und was wir nicht Schritt für Schritt finanzieren müssten. Diese Erschließungswirkung kennen wir von anderen Nord-Süd-Verbindungen, die in der Bundesrepublik Deutschland die Stärke des Westens erzeugt haben. Das ist umso wichtiger, als im Augenblick die chinesischen Schifftransporte durch den Suezkanal, soweit sie nicht von Piraten gekapert werden, in das Mittelmeer über die Straße von Gibraltar an der Bretagne vorbei nach Rotterdam führen. Wenn aber der Hafen Koper in Slowenien als leistungsfähiger Abnehmer infrage kommt und eine Ableitung nach Norden durch eine leistungsfähige Schienen-Meer-zu-Meer-Verbindung stattfände, dann hätten wir eine tolle Verkürzung dieser wichtigen Verkehrsader. Wir hätten eine Erschließungslinie für Ostdeutschland und für ganz Osteuropa, die für uns einen existenziellen Rang haben könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann Sie, Herr Minister Tiefensee, nur auffordern: Bitte, kümmern Sie sich darum, ver stolpern Sie nicht die Möglichkeit, werden Sie in Brüssel vorstellig, und sorgen Sie dafür, dass dieser Gedanke bei der Revision der transeuropäischen Netze aufgenommen wird!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gestatten Sie mir noch ein Wort in Bezug auf die Bereinigungssitzung. Ich freue mich besonders, dass es gelungen ist, Gelder für ein Denkmal für die Freiheit und Einheit Deutschlands in Leipzig lockerzumachen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, mit diesem Denkmal ein Symbol für einen der wichtigsten und entscheidendsten Momente in der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg in Leipzig zu installieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Menschen warten auf dieses Signal der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben es verdient, und wir sollten es machen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten)

der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11062? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung der einbringenden Fraktion, Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen und Ablehnung des übrigen Hauses abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11063? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt wie vorher.

Wer stimmt für den Einzelplan 12 in der Ausschussfassung?

- Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit

ist der Einzelplan mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt II.15 auf:

Einzelplan 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Drucksachen 16/10423, 16/10424 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Georg Schirmbeck

Ernst Bahr (Neuruppin)

Jürgen Koppelin

Roland Claus

Alexander Bonde

Zum Einzelplan 10 liegen ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Zwischen den Fraktionen ist eine Debattenzeit von eineinviertel Stunden vorgesehen worden. - Damit sind Sie offensichtlich einverstanden. Dann ist so beschlossen. Ich erteile das Wort zur Beginn der Debatte dem Kollegen Jürgen Koppelin und grüße alle Besuchergruppen ganz herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Vereinzelter Applaus

bei der FDP!)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin, Sie sind anscheinend sehr gut informiert.

Ich glaube, auf der Besuchertribüne sitzt auch eine Besuchergruppe des Kollegen Kampeter.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Deswegen habe ich alle Besuchergruppen begrüßt und nicht nur Ihre, Herr Koppelin.

(Heiterkeit und Beifall)

Jürgen Koppelin (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Wer die

einzelnen Beratungen zu den Etats, auch die zum Verkehrsetat eben, den ganzen Nachmittag verfolgt hat, der

stellt etwas teilweise Erschreckendes fest: dass das Bundeskanzleramt an diesen Etats anscheinend überhaupt

nicht interessiert ist. Es ist nicht ein Vertreter des Bundeskanzleramtes

da, und das trotz seiner starken Besetzung.  
Man verlangt nicht, dass die Kanzlerin da ist, aber  
zumindest einer der Staatsminister. Frau Präsidentin, das  
sollte auch im Ältestenrat einmal angemerkt werden.  
Das ist ein Vorgang, der nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der FDP - Bartholomäus Kalb  
[CDU/CSU]: Heute Vormittag war von den  
Ländern auch keiner da!)

Aber das mag auch ein bisschen ein Symbol für das Interesse  
des Kanzleramtes an einzelnen Etats sein.

Frau Ministerin, Gratulation, dass Sie seit kurzem Ministerin  
sind. Ich denke, Sie werden zu den Freien Demokraten  
immer ein sehr gutes Verhältnis pflegen. Das  
mag daran liegen, dass die FDP durch einen sensationellen  
Erfolg in Bayern nun in der Koalition ist. Der frühere  
Minister Seehofer wurde Ministerpräsident, und dadurch  
sind Sie - eigentlich durch die FDP - Ministerin geworden.

(Beifall bei der FDP)

Wir gratulieren und hoffen, dass wir ein gutes Verhältnis  
zueinander pflegen können.

(Zurufe von der CDU/CSU: Na, na! - Herr  
Kollege!)

Jetzt aber zum Ernst der Sache. Man muss diesen  
Ministerwechsel eigentlich begrüßen; denn in dieser  
Legislatur - das muss man einfach sagen, und daran  
muss man sich erinnern - war das Landwirtschaftsministerium  
in einen Dornröschenschlaf gefallen. Das lag an  
Herrn Minister Seehofer, der an diesem Ministerium eigentlich  
überhaupt kein Interesse hatte, sondern ganz andere  
Interessen verfolgte. Das mag ja menschlich verständlich  
sein. Das Ministerium hat allerdings erheblich  
darunter gelitten. Frau Ministerin, insofern hoffen wir,  
dass Sie jetzt etwas daraus machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass Minister Seehofer an diesem Etat und an seinem  
Ministerium wenig Interesse hatte, das mögen Sie auch  
daran sehen, dass er in seiner Amtszeit - immerhin fast  
drei Jahre - keinerlei Akzente und auch keine politischen  
Schwerpunkte gesetzt hat. Wenn man sich den  
Etat anschaut, dann kann man sagen: Er hat eigentlich  
einfach den Etat der ehemaligen Ministerin Künast fortgeführt  
und keine neuen Akzente gesetzt. Das war das  
Bedauerliche.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Widerspruch  
bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allerdings hat es Minister Seehofer immer verstanden  
- das wollen wir gar nicht verkennen -, uns Wasser als  
Wein zu verkaufen. Das war sein größtes Talent.  
Aber der Etat hat sich - das muss man sagen - nicht  
allzu sehr geändert. Sie haben nach wie vor hohe Ausgaben  
für Öffentlichkeitsarbeit. Da sollten Sie einfach einmal  
schauen. Auch wenn Sie diesen Etat nicht auf den  
Weg gebracht haben, müssen Sie ihn jetzt verantworten.  
Außerdem ist die Ökoförderung in diesem Etat ganz  
stark: 16 Millionen Euro für ein Programm, das überhaupt  
nicht angenommen wird. Schauen Sie sich die  
Dinge einfach einmal an!

Keiner hat etwas gegen Öko; das ist bei den Menschen  
angekommen. Frau Ministerin - jetzt haben auch



Sie eine Stimme im Kabinett -, sorgen Sie dafür, dass die Menschen durch Steuersenkungen wieder mehr Geld in der Tasche haben, damit sie sich Öko auch leisten können.

(Beifall bei der FDP)

Die Entscheidung wird ja am Ladentisch getroffen.

Frau Ministerin, ich hoffe, dass Sie in einem Punkt anders als Ihr Vorgänger handeln. Minister Seehofer hat nur an 18 von 32 Sitzungen in Brüssel teilgenommen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist ein schlechtes Ergebnis. Bei Ihnen kann man zumindest sagen: Sie haben bisher an 100 Prozent der Sitzungen teilgenommen. Ich glaube, in Ihrer bisherigen Amtszeit hat nur eine Sitzung stattgefunden.

(Heiterkeit bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte einen anderen Bereich ansprechen, in dem wir uns als Freie Demokraten sehr engagiert haben: Verbraucherschutz.

Frau Ministerin, ich weiß, dass Sie sich ebenfalls in diesem Bereich engagieren wollen. Setzen Sie bitte Akzente! Wenn beim Verbraucherschutz in diesem Ministerium nicht endlich etwas geschieht - wir haben nicht nur Streichungsanträge gestellt, sondern auch Aufstockungen der Mittel verlangt -, dann werden Sie erleben, dass man in der nächsten Legislatur sagt: Verbraucherschutz gehört gar nicht in dieses Ministerium, sondern ins Justizministerium. Wir wollen, dass der Verbraucherschutz bei Ihnen ist; aber dann sorgen Sie auch dafür, dass wir in Deutschland einen vernünftigen Verbraucherschutz haben

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

und dass unsere Bevölkerung durch Ihr Ministerium intensivst informiert wird.

(Ulrich Kelber [SPD]: In jedem Land, wo Sie drankommen, kürzen Sie zuerst beim Verbraucherschutz!

- Waltraud Wolff [Wolmirstedt]

[SPD]: An ihren Taten sollst du sie erkennen!)

Nehmen Sie einmal Themen wie Gaspreise, Energiekosten, Interneteinkauf, Onlinebanking, Finanzanlagen.

Eine Aufgabe Ihres Ministeriums besteht darin, die Verbraucher auf diesen Gebieten zu schützen und vor allem ein verlässlicher Ratgeber zu sein.

Frau Ministerin, Sie haben sich in der Vergangenheit

- das weiß ich - im Bereich der Agrarsozialpolitik sehr engagiert. Sie haben Reformen gefordert. Jetzt haben Sie die Chance, sie durchzusetzen. Minister Seehofer hatte anscheinend weder Zeit noch Lust, sich um die landwirtschaftliche Unfallversicherung oder die landwirtschaftliche Krankenversicherung zu kümmern. Hier brauchen wir dringend Reformen. Wir sind dabei, wenn Sie das anpacken; wir wollen das mit Ihnen zusammen angehen. Wir halten das für dringend erforderlich.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das machen wir alles schon! - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Koppelin wird agrarpolitischer Sprecher, wenn ich mir das so anhöre! Zum Etat hat er allerdings noch nicht viel gesagt!)

Frau Ministerin, lassen Sie mich wegen der kurzen Redezeit zum Schluss nur noch Folgendes sagen: Mit

uns können Sie rechnen, wenn es darum geht, die Interessen der Landwirte zu vertreten, so wie Sie es in Brüssel versucht haben. Da war aus meiner Sicht mehr nicht drin; es war schon vorher durch Herrn Seehofer so verkorkst. Wie soll man sagen? Vielleicht haben Sie wirklich versucht, das Beste zu erreichen. Befriedigend ist das Ergebnis für unsere Landwirte natürlich nicht. Dazu werden Sie gleich sicherlich etwas sagen. Sie werden unsere Unterstützung haben, auch meine als Berichterstatter; das ist ganz klar. Aber gehen Sie auf die Landwirte zu! Ihr Vorgänger Seehofer konnte das leider nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Bartholomäus Kalb

[CDU/CSU]: Das war eine verdeckte Liebeserklärung an die Ilse!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Georg Schirmbeck hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Unterhaltungswert mancher Rede mag hoch sein, aber es geht eigentlich darum, dass wir uns mit den Fragen von Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auseinandersetzen. Deshalb möchte ich zu diesen Einzelpunkten etwas sagen.

Der besonderen Initiative des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, ist es zu verdanken, dass wir einen unabhängigen Verbraucherschutz bekommen,

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

der auch von den Zyklen des Haushalts unabhängig ist. Auf hohem Qualitätsniveau werden die Verbraucher von unabhängigen Personen informiert.

Deshalb ist es unser Anliegen, dass die Stiftung Warentest dauerhaft selbstständig ist und das Kapital so aufgestockt wird, dass dort unabhängig von den Zyklen des Bundeshaushalts gearbeitet werden kann. Es ist uns in intensiven Gesprächen mit dem Koalitionspartner auch gelungen, entsprechende Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt auszubringen. Herr Kollege Kelber, in diesem Zusammenhang verwundert uns, dass Sie in einer Presseerklärung den Eindruck erweckt haben, das sei Ihre Idee gewesen. Wir sollten gerade unter Koalitionspartnern so viel Charakterfestigkeit beweisen, dass wir uns nur die Blumen ans Revers heften, die wir auch selber gepflückt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Charakterlos war das!)

Ich gehe davon aus, dass wir die Probleme mit dem Verbraucherschutz im nächsten Jahr geregelt bekommen.

Der Kollege Ernst Bahr und ich haben wiederholt mit den Verbraucherschützern gesprochen und großes Einvernehmen erzielt. Deshalb darf man sagen: Das, worüber früher immer Streit zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen war, ist heute in der Sache auf gutem Weg. Wir haben wirklich eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Herr Kollege Koppelin, vielleicht haben Sie das gar nicht bemerkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist uns ebenfalls im Ökolandbau gelungen, und das ist uns auch bei der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung gelungen.

Natürlich kann man in jedem Politikbereich immer Reformen fordern. Aber erst einmal ist festzustellen, dass uns Folgendes gelungen ist: Die Kinder der Landwirte werden, was die Krankenversicherung angeht, genauso behandelt wie die, die in der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung sind.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch selbstverständlich!)

- Das ist überhaupt nicht selbstverständlich, (Beifall bei der CDU/CSU)

und deshalb darf man das auch herausstellen. Für die Krankenversicherung der Landwirte müssen immerhin 45 Millionen Euro zusätzlich oder 3,8 Prozent mehr zur Verfügung gestellt werden. Das darf man in diesem Zusammenhang erwähnen.

Dass es uns gelungen ist, die Berufsgenossenschaft mittelfristig, vielleicht sogar langfristig, beitragsstabil zu organisieren, ist auch erwähnenswert. Wir werden im Haushalt 2009 dafür 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Ich sage einmal ganz ehrlich: Ich habe mich im vorigen Jahr ein bisschen geärgert, wenn der eine oder andere Vertreter der Berufsgenossenschaften den Eindruck vermittelt hat, als wäre das alles nichts oder als wäre das alles selbstverständlich. 200 Millionen Euro sind viel Geld.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Man darf dabei auch erwähnen, dass in dieser Wahlperiode in jedem Jahr, also laufend, 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind. Das ist eine enorme Leistung. Dafür darf man auch dankbar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Hans-Michael Goldmann [FDP])

Im letzten Jahr ist hier mit Recht kritisiert worden, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht so ausgestattet worden ist, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Man kann in einem Haushalt, der ja nach Möglichkeit irgendwann ausgeglichen sein soll, nicht jeden Wunsch erfüllen. Umso bemerkenswerter ist, dass jetzt 700 Millionen Euro zur Verfügung stehen und dass vor allen Dingen der Wunsch der norddeutschen Länder oder der Küstenländer nach einem Sonderprogramm zum Küstenschutz erfüllt werden konnte. Langfristig stehen dafür 25 Millionen Euro zur Verfügung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir hätten noch mehr gemacht, aber Herr Kelber wollte nicht!)

Ich habe in der ersten Beratung des Einzelplans 10 hier deutlich gemacht, dass in der Vergangenheit die eine oder andere Küstenschutzmaßnahme unterblieben ist, weil die Länder ihre Pflichten nicht erfüllt haben. Ich gehe davon aus, dass die Länder die Mittel, die jetzt insgesamt durch die GAK und das genannte Sonderprogramm zur Verfügung stehen, auch wirklich ausschöpfen und dass nicht immer auf den Bund mit dem Finger gezeigt

wird, obwohl der Bund seine Pflichten eigentlich schon lange erfüllt hat.

Bei der Diskussion im Fachausschuss hat mich enttäuscht, dass wir uns nicht darauf einigen konnten, die GAK um weitere 150 Millionen Euro aufzustocken. Der Kollege Carsten Schneider ist mir noch eine Antwort auf die Frage schuldig, warum er dagegen war. Wir wollen ja mit diesem Haushalt kurzfristig Arbeit schaffen. Überlegt man sich einmal, wo man kurzfristig Arbeit schaffen und wo man kurzfristig privates Kapital mobilisieren kann, dann käme man darauf, dass eine Möglichkeit wäre, die GAK um weitere 150 Millionen Euro aufzustocken. Das hätte dazu geführt, dass beispielsweise schon im Januar Aufträge für die einzelbetriebliche Förderung hätten vergeben werden können. Das wäre wirklich etwas gewesen, was jedem Tischler und jedem Zimmermann im ländlichen Raum Arbeit gebracht hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist schade, dass das nicht geklappt hat. Aber ich sage schon jetzt: Es wird eine Wiedervorlage geben. Wenn es dann an der einen oder anderen Stelle Handlungsbedarf gibt, neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann werden wir darauf zurückkommen. Jedenfalls ist das bei uns auf Wiedervorlage.

Hier ist eben schon von den Verkehrspolitikern die Breitbandverkabelung, also der Anschluss an die sogenannte Datenautobahn, angesprochen worden. Man könnte ja sagen, dass das die moderne Form des Verkehrs ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Dadurch, dass wir im Einzelplan 10 hierfür im laufenden Haushalt mindestens 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben, ist es uns gelungen, diese Frage zu einem Thema zu machen, das in ganz Deutschland diskutiert wird. Wir können mit den Mitteln, die wir im Einzelplan 10 zur Verfügung stellen, nicht die Probleme lösen, aber wir haben Problembewusstsein geschaffen.

Ich fand es beachtlich, dass die Bundeskanzlerin bei den Gesprächen, die jetzt in Brüssel über ein europäisches Konjunkturprogramm geführt werden, vorschlagen wird, mit den großen Versorgern wie Vodafone und Telekom darüber zu diskutieren, ein großes Breitbandprogramm aufzulegen, damit in drei oder vier Jahren jeder Haushalt in Deutschland entsprechend versorgt werden kann. Wenn das gelingt, dann ist das wirklich ein Konjunkturprogramm, das auch sehr gute Auswirkungen im ländlichen Raum haben wird. Deshalb können wir das nur unterstützen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Ich glaube, es ist ein großes Verdienst von uns, dass wir diese Initiative ergriffen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wer ein bisschen weiß, wofür ich mich besonders engagiere, der wird Verständnis dafür haben, dass ich auch darauf hinweise, dass in diesem Jahr 2 Millionen Euro für die Waldkalkung zur Verfügung stehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es entsprechende Anträge gibt, die einen Umfang von 5,6 Millionen Euro haben. Es reicht also eigentlich

überhaupt nicht aus, nur 2 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Deshalb liegt dieses Anliegen bei mir auch auf Wiedervorlage. Bei passender Gelegenheit werde ich versuchen, eine entsprechende Aufstockung dieser Mittel zu erreichen.

Ich sage das auch deshalb, weil im Einzelplan des Umweltministeriums Einnahmen in Höhe von 600 Millionen Euro aus dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel eingestellt sind. Eigentlich sind das ja Gelder, die Umwelt- bzw. Luftverschmutzer zahlen. Wenn nun durch diese Luftverschmutzung auch unsere Wälder in großem Umfang geschädigt worden sind, dann ist es, wie ich glaube, naheliegend, von den Einnahmen aus diesem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel auch einen größeren Teil für die Wälder in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

(Ulrich Kelber [SPD]: CO<sub>2</sub> schädigt keine Bäume! Das sollte man schon einmal lernen!)

Immerhin ist jeder dritte Quadratmeter in Deutschland durch Wald bedeckt.

Der Kollege Koppelin hat eben gesagt, in diesem Haushalt seien überhaupt keine Schwerpunkte gesetzt worden. Wo liegt denn nun unser Schwerpunkt in einem Hochtechnologieland? Unser Schwerpunkt liegt auf der Förderung der Forschungsinstitute, die wir haben. Wir können feststellen, dass wir gerade für diese Forschungsinstitute in den vergangenen Jahren Mittel in erheblicher Höhe zur Verfügung gestellt haben. Im nächsten Jahr werden wir 50 Millionen Euro bzw. 16 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stellen. Das führt dazu, dass wir auf hohem wissenschaftlichen Niveau Verbraucher- und Gesundheitsschutz für die Menschen betreiben, auf hohem Niveau Tierzucht betreiben und auf hohem Niveau für Tiergesundheit sorgen können und Technologien für die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen voranbringen können. Das führt dazu, dass wir in unserem Land eine höhere Wertschöpfung haben. Das führt dazu, dass wir diese Technologien auch auf den internationalen Märkten anbieten können.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Da übertreibt mal nicht! Da springt nichts heraus! - Gegenruf des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schweigen ist Goldmann!)

Ich sage Ihnen, das führt dazu, dass Wohlstand in Deutschland, gerade auch im ländlichen Bereich, dauerhaft gesichert wird.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass über unseren Einzelplan heute nicht namentlich abgestimmt wird, zeigt ja, dass es unter den wirklichen Fachleuten gar nicht so viel Streit gibt, wie es hier bei den Diskussionen manchmal scheint. Wenn es um richtige Sachfragen geht, habe ich sogar ein gutes Einvernehmen mit Frau Behm. Mit Michael Goldmann liege ich eh auf einer Linie, auch wenn es manchmal so aussieht, als wären gerade wir diejenigen, die sich heftig bekämpfen. In den dreieinhalb Jahren, in denen wir beide, Ernst Bahr, diese Fragen erörtert haben - das gilt auch für Frau Wolff und für Frau Drobinski-Weiß -, haben wir dies sehr einvernehmlich hinbekommen.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Spannend wird es immer erst, wenn Leute, die von der Sache relativ wenig verstehen, von außen hineinschießen. Ich bedanke mich jedenfalls bei dir, Ernst, ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit. Wir werden hier ja noch einige Monate gemeinsam das eine und andere bestreiten können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich habe, Frau Präsidentin, meine Redezeit bis auf eine Sekunde ausgeschöpft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt für meine Fraktion eine ganze Reihe von Gründen, den Einzelplan des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz abzulehnen.

Auf einige wenige werde ich eingehen.

Der wichtigste Grund ist für mich die Rolle der ostdeutschen Agrarbetriebe. Ich habe jene Zeit nicht vergessen, als wir - im Jahre 1990 war ich Mitglied der Volkskammer - beim Entstehen des Einigungsvertrages in einem halben Jahr fraktionsübergreifend darum rangen, dass die Ergebnisse der Bodenreform nicht revidiert, sondern anerkannt wurden. Dies war die rechtliche Grundlage dafür, dass ostdeutsche Agrarunternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überhaupt eine ökonomische Chance hatten, sich am Wettbewerb zu beteiligen und sich durchzusetzen.

Ich verweise deshalb darauf, weil gerade die ostdeutschen Agrarunternehmen von der Kürzung der EU-Fördermittel in besonders hohem Maße betroffen sind. Dies wissen Sie hier natürlich alle, zumal die Frau Ministerin in einem Brief an die agrarpolitischen Sprecher gerade die Ergebnisse der Beratungen von Brüssel zu erklären versucht hat.

Bevor Sie uns nun wieder der Kassandrarufe zeihen, zitiere ich den Landwirtschaftsminister von Brandenburg, der als Folge dieser Kürzungen den Verlust von 5 000 Arbeitsplätzen befürchtet, was strukturelle Probleme in Form von Verlusten ganzer Unternehmen aufwirft. Ich sage Ihnen ganz deutlich: So kann man Menschen im ländlichen Raum nicht für die europäische Idee gewinnen.

Zu den Fakten, die Ihnen auch nicht neu sind: Von den Kürzungen sind in der Gruppe der größten Unternehmen 1 900 Betriebe betroffen, von denen 95 Prozent im Osten und 5 Prozent im Westen ihren Standort haben. Nun wird oft damit argumentiert, dass das Geld nicht verlorengelange, sondern zurückfließe, es gebe als zweite Säule die Förderung des ländlichen Raums. Dafür können sich aber die neuen Bundesländer nichts kaufen.

Eine solche Förderung des ländlichen Raums kann nur dann zum Tragen kommen, wenn sie eine entsprechende Kofinanzierung erfährt. Wenn ich den Finanzministern in den neuen Bundesländern mit einem gewissen Stolz aus dem Haushaltsausschuss berichte, dass wir bei der

Gemeinschaftsaufgabe gemeinsam wieder etwas bewegt hätten, sagen sie: Oje, wir können das nicht kofinanzieren. - Wegen dieses Problems produzieren die Mittelkürzungen, die einseitig die ostdeutschen Agrarunternehmen treffen, so viel Frust in den neuen Bundesländern. Ich sage dies deshalb, weil ich die Agrarbetriebe - unter ihnen viele Genossenschaften - im Osten wirklich für zukunftsfähig halte. Sie praktizieren ein hohes Maß an Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung und sind der einzige lebendige ökonomische Beweis, dass es in der DDR wirtschaftliche Strukturen gab, die denen des Westens überlegen waren.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Keine Legendenbildung!)  
Deswegen hatten sie es auch seit 1990 schwer und mussten sich gegen erhebliche Widerstände durchsetzen. Aber sie haben es getan, und das verdient Anerkennung. Nach langer Zeit hat dies ja auch der Bauernverband eingesehen. Der zweite Bereich betrifft die Problematik der ländlichen Räume. Ich hatte eine gewisse Hoffnung, als ich Ihr Konjunkturprogramm, das Sie so nicht nennen dürfen, zum ersten Mal durchgeblättert habe. Darin stand etwas von Hilfe für strukturschwache Kommunen, natürlich in Ost und West; das versteht sich. Da habe ich gedacht: Hoppla, das ist ja die von vielen schon lange geforderte Investitionspauschale; das wäre eine tolle Hilfe. Aber es ist nur eine Erweiterung des Kreditrahmens der KfW. Das hilft natürlich den Kommunen in Ost und West, die hoch verschuldet sind, keineswegs. Dort haben wir es mit solchen Problemen zu tun, dass die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2020 um ein Drittel zurückgeht und eine mangelhafte medizinische Versorgung auf absehbare Zeit zu befürchten ist. Als einen falschen Weg sehen wir auch die Kürzung der Mittel für die Agrarforschung an. Gerade angesichts solcher großen Herausforderungen wie der Bewältigung des Klimawandels ist es falsch, dass in den Bereichen Energieerzeugung, Flächenkonkurrenz und globaler Wasserhaushalt im Durchschnitt um 2 Prozent gekürzt wird.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: In welchem Titel haben wir die Mittel gekürzt?)  
Über die Verbraucherschutzprobleme gerade infolge der Finanzmarktkrise wird meine Kollegin Binder sprechen. Weil Sie sich vorhin so aufgeregt haben, als ich Karl Marx zitiert habe, werde ich noch ein Zitat von ihm präsentieren. (Heiterkeit bei der CDU/CSU)

- Sie sollten mich nicht über Gebühr ärgern. Ich halte noch mehrere Reden in dieser Haushaltswoche.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU - Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hätte sich Karl Marx vorstellen können, dass Sie eine so gute Versorgung wie heute haben?)

Zum Schluss also ein Zitat von Karl Marx:  
... bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidene Beihilfe der Akkumulation sich einschleicht, ... aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren

sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt.

Recht hatte er, damals wie heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Ernst Bahr das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir hatten uns so auf Herrn Kelber gefreut!)

Ernst Bahr (Neuruppin) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wer Marx als Zeugen für eine erfolgreiche Gesellschaftspolitik zitiert, der muss beachten, dass die Theorie von Marx da, wo sie angewendet wurde, völlig gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn mein Vorredner, der in der DDR gelebt hat und der jetzt in einem der wohlhabendsten und nach innen und außen sichersten Länder der Welt lebt, versucht, alles schwarzzumalen, dann muss ich sagen: Die Landwirtschaft in der DDR war nun wirklich kein Musterbeispiel für Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Mitbestimmung.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Der Bürgermeister musste einen Kindergarten bauen, weil die Partei das angeordnet hatte. Manchmal wurden auch diejenigen Bürgermeister, die es gar nicht wollten. Solche Verhältnisse kann man doch wohl nicht loben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle ist es mir sehr wichtig, zu sagen: Die Politik, die seit 1990 für die ehemaligen ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe gemacht wurde, ist so gut und erfolgreich, dass alle existierenden Eigentumsformen - ob es die Wiedereinrichter, die Alteigentümer, die Agrargenossenschaften oder auch die GbRs sind - eine stabile Entwicklung genommen haben. Mit großer Unterstützung der Politik haben sie eine wirtschaftlich gute Existenzgrundlage bekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch eine Reihe von Problemen gibt. Die Veredelungspolitik liegt immer noch im Argen, weil wir leider immer noch nicht die richtigen Möglichkeiten haben, dort voranzukommen.

Die Kürzungen aus Brüssel sind natürlich nicht unbedingt zu begrüßen. Dennoch müssen wir den Landwirten in Ostdeutschland sagen: Es muss an dieser Stelle mitgemacht werden, ob wir es nun wollen oder nicht. Wir müssen eine Umstrukturierung in diesem Bereich mittragen, auch wenn es vielleicht - das ist nicht zu leugnen - besonders für die ostdeutschen Betriebe zum Teil schmerzhaft ist.

Ich wollte eigentlich mit einem Glückwunsch an die Ministerin, also an Sie, liebe Frau Aigner, liebe Ilse, beginnen und möchte auf unsere gute Zusammenarbeit hinweisen.

Ich möchte auf einen anderen bemerkenswerten, für



unsere Arbeit wichtigen Aspekt zu sprechen kommen, nämlich auf den Finanzmarkt. Der Kollege Schirmbeck hat in seiner tollen Rede unsere Leistung dargestellt. Dafür herzlichen Dank, Schorsch. Damit hast du wieder Pluspunkte sammeln können.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Du hast es richtig dargestellt, wie es ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gemeinsam sind wir gut!)

Wir sind hier an einer Stelle, an der wir auf die Finanzkrise aus dieser Sicht eingehen müssen. Denn das Problem ist, dass wir oft so tun, als sei alles vorhersehbar gewesen und als habe man wissen können, was da alles kommt.

Ich erinnere an die Diskussion, die wir voriges Jahr geführt haben. Die Agrarmärkte sind vor die Situation gestellt worden, dass in den Schlagzeilen zu lesen war, dass es demnächst in den Supermärkten leere Regale geben würde. So war die Situation. Wenn wir uns das ansehen, erkennen wir, dass es sich inzwischen so entwickelt hat, dass die Preise für Agrarprodukte leider wieder gesunken sind. Ich sage „leider“, weil das die Verbraucher nicht in allen Fällen zurückbekommen haben, was man bedauern muss. Ich sage „leider“ natürlich auch hinsichtlich der Landwirte, weil sie ihre Produktion nicht entsprechend bezahlt bekommen.

Das sind zwei Probleme. Es wäre zu wünschen, dass man da Änderung schaffen kann. Die Agrarstrukturreform, die die Europäische Union eingeleitet hat, soll langfristig darauf hinwirken. Das heißt, die Umverteilung der Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule wird fortgesetzt. Damit sind wir bei den Kürzungen, von denen wir gesprochen haben, die wir unter diesem Gesichtspunkt dann auch akzeptieren müssen.

Wir haben bei der Sicht auf die Entwicklung des Agrarmarktes und die landwirtschaftliche Produktion nicht nur Sorgen. Die Landwirtschaft arbeitet mit einem Produktionsmittel, das nicht mehr, sondern eher weniger wird. Wir haben die Bodenerosion. Wir haben die Versalzung und die Versteppung landwirtschaftlicher Produktionsflächen.

Ich sage das alles unter dem Gesichtspunkt, dass nicht nur mehr Nahrungsmittel in hoher Qualität und Güte, übrigens in Deutschland, produziert werden sollen, sondern dass wir auch eine Nachfrage nach Energierohstoffen aus der Landwirtschaft haben. Das wird zu einer großen Nachfrage in der Landwirtschaft führen. Das wird natürlich auch zu einer Anhebung der Preise führen.

Ich hoffe, dass die Landwirte, die das dann produzieren, davon auch etwas haben werden. Wir brauchen eine gesunde Landwirtschaft. Das ist uns allen hoffentlich klar. Denn die Landwirte sind nicht nur eine Betriebsform und ein Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

Vielmehr haben sie im ländlichen Raum eine wesentliche, tragende Funktion. Deswegen muss uns daran liegen, die Landwirtschaft im Sinne eines Wirtschaftsfaktors im ländlichen Raum zu stärken.

Das ist auch der Grund, warum wir noch versuchen, Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen. Beispielsweise wollen wir bei der Gemeinschaftsaufgabe um 85 Millionen

Euro aufstocken, um sie damit zu verstärken. Das ist für den ländlichen Raum ein wesentliches Infrastrukturpaket. Wir haben darin auch das enthalten, was wir schon im vorigen Jahr begonnen haben, nämlich die Versorgung mit dem Breitbandkabel zu verbessern. Hierfür sollen wieder mehr als 10 Millionen Euro vorgesehen werden, sodass man davon ausgehen kann, dass auch nichtlandwirtschaftliche Betriebe, also Unternehmer, Handwerker, Ärzte, Ingenieurbüros und andere, die auf dem Land arbeiten, dann auch eine verbesserte Infrastruktur für ihre Arbeit zur Verfügung haben. Der ländliche Raum wird deshalb weiter belebt bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Situation in der Verbraucherpolitik haben wir insofern verbessert, als wir die schon, so glaube ich, im Jahre 2004 begonnene Förderung der Landesverbraucherzentralen insgesamt verstärken werden. Wir wissen, dass da die Situation ziemlich schlecht war. An dieser Stelle möchte ich aber auch noch einmal unterstreichen, dass der Rechnungshof kritisiert hat, dass wir diese Aufgabe übernommen haben. Denn so ohne Weiteres ist dafür keine Zuständigkeit des Bundes gegeben. Ich plädiere sehr dafür, dass wir diese Zuständigkeit durch Gesetz schaffen, aber mit der Maßgabe, dass wir die Länder darauf hinweisen, dass sie ihrer gesetzlichen Aufgabe mit angemessener Beteiligung nachkommen, damit das umgesetzt wird, was wir da fordern.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Darüber kann man reden!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine sehr gute Rede!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält die Kollegin Nicole Maisch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf des Einzelplans 10 macht wieder einmal deutlich: Der Verbraucherschutz steht bei dieser Bundesregierung immer an letzter Stelle. Das ist auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht verborgen geblieben. Eine Studie aus dem Sommer dieses Jahres belegt - da war Herr Seehofer, zumindest formal, für den Verbraucherschutz noch zuständig -: Die Hälfte der Befragten hat der verbraucherpolitischen Arbeit der Bundesregierung geringe Wirksamkeit bescheinigt. Als gefragt wurde, welche Politikerin oder welcher Politiker sich denn besonders für die Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzt, bekam nicht Horst Seehofer, sondern natürlich Renate Künast mit Abstand die meisten Stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wer hat das Gutachten bezahlt?)

- Nur zu Ihrer Erläuterung: Das Gutachten wurde nicht von den Grünen bezahlt, sondern von einer unabhängigen Verbrauchervertretung, der vzbv, die Sie in Ihrer Rede auch sehr gelobt und unterstützt haben.

Zurück zum Thema. Die Bilanz der Arbeit der Bundesregierung in Sachen Verbraucherpolitik ist mager. Sie hinken den Themen hinterher, die die Menschen in diesem Land wirklich bewegen. Das beste Beispiel hierfür ist die aktuelle Finanzmarktkrise. Die gibt es nicht erst seit gestern, sondern schon seit einiger Zeit. Wer sind denn die wirklich Leidtragenden dieser Krise? Es sind die Sparerinnen und Sparer, diejenigen Menschen, die ihr Gespartes den Sparkassen und Banken anvertraut haben und jetzt Angst um ihre private Altersvorsorge, um ihre Fonds haben. Die Leute haben Angst um ihr Geld, und sie wollen von der Bundesregierung etwas hören, und zwar nicht nur vom Finanzminister, sondern natürlich vor allem auch von dem Haus, das den Verbraucherschutz im Namen trägt.

Da brauchen wir gar nicht über Marx zu reden, sondern eher über Horst Seehofer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Der hat sich nämlich in diesem Bereich nicht besonders engagiert. Außer der Finanzierung des Notfalltelefons – das ist ja schon einmal ganz gut – kommen aus dem Verbraucherschutzministerium überhaupt keine Vorschläge, wie man die Finanzmärkte verbraucherpolitisch besser gestalten kann.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Soll ich Ihnen die 18 Punkte nennen?)

– Die Wahrheit tut weh; aber es wäre doch schön, wenn Sie etwas leiser leiden würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Nein, lesen sollte man!)

Es wäre zum Beispiel notwendig, bei der unabhängigen Finanzberatung zu klotzen, statt zu kleckern.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: So wie Frau Künast? – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ignoranz verhindert Sachkunde!)

Aber eine solche Schwerpunktsetzung können wir im Haushalt nicht erkennen.

Die Mittel, die Sie für die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung gestellt haben, reichen nicht aus. Das gilt vor allem für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz und für das Thema „nachhaltiger Konsum“. Aber als konstruktive Opposition haben wir natürlich umfangreiche Verbesserungsvorschläge gemacht.

Punkt eins: Stärkung der sektorspezifischen Verbrauchervertretung. Das Land Baden-Württemberg, die vzbv und natürlich auch Bündnis 90/Die Grünen arbeiten seit langem an Konzepten zu den sogenannten Watch-Dogs, an Konzepten für eine sektorspezifische Verbrauchervertretung. Leider hören wir aber aus dem Bundesverbraucherministerium nichts über Konzepte. Der Einzige, der das in einem Nebensatz anspricht, ist der Wirtschaftsminister. Auch das Verbraucherministerium, das für die Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher zuständig ist, sollte sich da engagieren – und nicht nur die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Ulrich Kelber [SPD]: Das ist aber eine gewisse Nabelschau, was Sie jetzt betreiben, Frau Kollegin! Sie sollten ein paar mehr Dinge lesen! -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Auf den Kelber sollten Sie nicht hören!)

- Nein, das werde ich mir verkneifen.

Punkt zwei. Die Erhöhung der Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist notwendig; das hat mittlerweile sogar die FDP eingesehen.

Die Zahl der Aufgaben steigt; da müssen auch die Mittel moderat steigen. Vorschläge dazu haben wir Ihnen gemacht.

Punkt drei. Es ist notwendig, zusätzliche Mittel für die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung zu stellen. Ich habe das Thema „wirtschaftlicher Verbraucherschutz“ angesprochen.

Ich möchte noch etwas zum Thema „nachhaltiger Konsum“ sagen. Sie alle wissen: Die Art, wie wir einkaufen, verändert die Welt. Mit unseren Konsumentscheidungen können wir beeinflussen, ob Arbeiterinnen auf Ananasplantagen knietief im Gift stehen oder nicht.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Oh!)

- Da brauchen Sie gar nicht zu jammern. Da werden Pestizide ausgebracht, die in der EU schon lange verboten sind und von denen auch die Union nicht will, dass sie wieder eingeführt werden. Das will schon etwas heißen bei diesem Thema.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Dass Sie uns das zugestehen, ist ja schon fantastisch!)

Darüber entscheiden also die Verbraucherinnen und Verbraucher. Damit sie aber ihre Macht auf den Märkten ausspielen können, müssen sie informiert werden. Zu rot-grünen Zeiten war im Bereich des nachhaltigen Konsums noch einiges an Geld im Haushalt eingestellt. Das ist Ihnen jetzt nur noch eine halbe Million wert. Ich finde das ziemlich dürftig; da war mal mehr. Zu diesem Standard sollten wir zurückkommen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Umfassende Sachkenntnis ist nicht Ihr Markenzeichen!)

Letztes Thema: die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung.

Die Bundesregierung macht ein gutes Projekt in Form dieser Kennzeichnung. Das haben auch wir von den Grünen immer unterstützt. Aber wo sind denn die Mittel im Haushalt, um dieser Kennzeichnung durch Informationskampagnen auch durchschlagende Wirkung auf den Märkten zu verschaffen? Da sehen wir nichts.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Lesen!)

Aber das ist auch nicht verwunderlich bei einem Minister, der seine Zustimmung zur Gentechnik vom bayerischen Landtagswahlkampf abhängig macht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Aigner, die Verhandlungen zum Health Check in Brüssel sind jetzt beendet und gegen den Widerstand der Bundesregierung zu einem positiven Ende gebracht worden.

(Beifall des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt haben Sie Ihre ganze Kraft und Ihre ganze Zeit der Verbraucherpolitik zuzuwenden. Wir wünschen Ihnen dabei ein gutes Händchen. Sie haben mit den Grünen

eine konstruktive Opposition an Ihrer Seite. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre wie immer die Zustimmung zum Haushaltsantrag der Grünen.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält die Bundesministerin Gelegenheit, sich für die guten Wünsche auch und gerade aus den Reihen der Opposition zu bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sei mir am Anfang gestattet, mich bei allen zu bedanken, die mir zu der Amtsübernahme gratuliert haben. Ich bedanke mich wirklich ganz herzlich bei allen Seiten. Ich kann Ihnen zusichern: Ich habe bisher bei all meinen Tätigkeiten immer auf eine kollegiale, konstruktive Zusammenarbeit Wert gelegt und plane, dies auch in Zukunft so fortzuführen. Ich glaube, das ist auch im Sinne der Politik.

(Beifall im ganzen Hause)

Dabei setze ich auf der einen Seite natürlich auf Kontinuität, was offensichtlich nicht allen gefällt. Dafür setze ich auf der anderen Seite aber auch auf Innovation, und zwar in allen Bereichen, nämlich der Ernährungs-, der Landwirtschafts- und der Verbraucherpolitik. Aufgrund der aktuellen Situation will ich mit der Verbraucherpolitik beginnen. Es wurde schon mehrfach gesagt, dass es auch in diesem Bereich aufgrund der Finanzmarktkrise große Turbulenzen gibt. Die Bundesregierung hat einen Schutzschirm aufgespannt, um gerade die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Zeichen an den Finanzmarkt und die Sparer gewesen, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weiterhin auf ihr Ersparnis hoffen können. Auf der anderen Seite werden aber auch die Firmen unterstützt, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ferner haben wir mit dem Wachstumspaket dafür gesorgt, dass die Land- und Forstwirtschaft in die besondere Abschreibung einbezogen wird. Ich glaube, das ist im Sinne der ländlichen Räume, weil die besondere Abschreibung zu zusätzlichen Investitionen führen kann.

Ich bedanke mich bei allen, die dafür gesorgt und dieses Vorhaben unterstützt haben.

Ich bedanke mich bei den Haushälterinnen und Haushältern dafür, dass sie die Verpflichtungsermächtigungen für die Stiftung Warentest eingestellt haben. Ich glaube, das war ein Zeichen im Sinne des Verbraucherschutzes. Zwar sind die Mittel noch gesperrt, aber ich hoffe, dass sie irgendwann entsperrt werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir für Verbraucherpolitik insgesamt rund 88 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt haben, allein 17 Millionen für die Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Ich gehe dementsprechend davon aus, dass alle Bereiche der Informationspolitik abgedeckt werden können. Ein weiteres Anliegen ist mir gesunde Ernährung in Verbindung mit viel Bewegung. Wir werden in der nächsten Woche im Gesundheitsministerium gemeinsam das neue Projekt „IN FORM“ auf den Weg bringen. Das ist auch deshalb wichtig, weil gesunde Ernährung etwas mit Bewusstsein zu tun hat und durch das Bewusstsein vielleicht auch das Verständnis für die Landwirtschaft, für die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln gestärkt wird. Auch das ist mir ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit sind wir bei einem wesentlichen Bereich, der Agrarpolitik. In der vergangenen Woche hat eine Ratssitzung in Brüssel stattgefunden, die heute schon mehrfach angesprochen wurde. Natürlich kann man hierzu viele hundertprozentige Forderungen aufstellen. Die meisten zielten übrigens in ganz unterschiedliche Richtungen. Man sieht an diesem Beispiel, dass es bei 27 Nationen nicht ganz einfach ist, alle Wünsche zu erfüllen. Die Wünsche sind schon innerhalb Deutschlands unterschiedlich und erst recht bei 27 Nationen. Ich glaube aber nach wie vor, dass wir uns mit dem Ergebnis, das wir nach Hause gebracht haben, durchaus sehen lassen können. Wir haben wesentliche Eckpunkte, die wir uns gewünscht haben, umsetzen können. Ich nenne als Beispiel nur die Milchpolitik und den Bereich der Modulation, bei dem wir die bisherigen Vorgaben wesentlich verändern konnten.

Fangen wir bei der Milch an. Wir haben einen Milchfonds gefordert, und wir haben ihn bekommen. Das Schöne an dem Milchfonds ist, dass jedes Land ihn seinen Prioritäten entsprechend einsetzen kann, wie es will. Die Mittel, die wir bei der Modulation umgeschichtet haben, und die Mittel aus den Direkthilfen bleiben in dem jeweiligen Mitgliedstaat und dem jeweiligen Bundesland. Daher kann jedes Land eigene Akzente setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Um auf den Bereich der Modulation zu sprechen zu kommen – damit klar wird, woher wir kommen und wo wir letztlich gelandet sind –: Die ursprüngliche Regelung war eine 8-prozentige Basismodulation und eine progressive Modulation in drei Stufen: 3 Prozent, 6 Prozent und 9 Prozent. Durch Verhandlungen haben wir eine Reduzierung auf eine 5-prozentige Basismodulation erreicht. In der obersten Stufe, bei Betrieben, die mehr als 300 000 Euro Direktzahlungen erhalten, ist zusätzlich eine 4-prozentige progressive Modulation vorgesehen. Das muss ich Ihnen vielleicht einmal an einem Beispiel verdeutlichen, damit man das versteht: Wenn ein Betrieb bis 300 000 Euro Direktbeihilfen bekommt, werden 5 Prozent Basismodulation abgezogen. Bei allem, was darüber liegt, greift zusätzlich die 4-prozentige Modulation. Bei einem Betrieb mit 500 000 Euro Direktzahlungen macht das einen Unterschied von 8 000 Euro aus.

Ich weiß, dass das nicht schön ist, aber ich glaube, dass das eine oder andere überzogen dargestellt wird, wenn man sagt, dass daran der Betrieb scheitert. Ich

glaube, wir haben das Bestmögliche in diesem Bereich erreicht. Noch einmal - ich will das betonen -: Die Mittel bleiben in dem jeweiligen Bundesland, in dem diese Modulation entsprechend umgestaltet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ferner haben wir beim Bürokratieabbau einiges vorangebracht - auch das ist ein wichtiger Bereich in diesem Wirtschaftsfeld - ,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sie haben nichts vorangebracht! Das stimmt nicht!)

und - das will ich noch sagen, weil die Debatte darüber heute früh stattgefunden hat - wir haben bei der Erbschaftsteuer auch für die Landwirtschaft extrem viel erreicht.

Mittlerweile braucht kein landwirtschaftlicher Betrieb mehr Angst zu haben, wenn der Betrieb übergeben bzw. vererbt werden muss,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

dass eine hohe Erbschaftsteuer anfällt oder der Betrieb sogar gefährdet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt - das wurde schon angesprochen - ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Wir haben es mittlerweile geschafft, die Mittel dafür wieder auf 700 Millionen Euro aufzustocken; 25 Millionen Euro davon sind für den Küstenschutz reserviert.

Das ist sozusagen ein Zeichen in diese Richtung. Aber das ist nur die reine Summe. Ich weise immer darauf hin, was für eine große Hebelwirkung die Gemeinschaftsaufgabe hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Sie löst in den Regionen, in denen die Mittel eingesetzt werden, ein Investitionsvolumen in vier- bis sechsfacher Höhe aus. Genau diese Investition in die Zukunft brauchen wir in den ländlichen Regionen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wurde auch schon angesprochen, dass ländliche Räume sehr viel mit Infrastruktur, mit der Frage der Breitbandverkabelung zu tun haben. In diesem Jahr wurden schon 10 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das wird fortgesetzt. Ich halte es für zwingend erforderlich, dass - so hat es auch die Kanzlerin gestern früh gesagt - jeder Haushalt die Möglichkeit hat, auf einen Breitbandanschluss zuzugreifen. Dazu werden wir aber, glaube ich, auf europäischer Ebene noch über andere Maßnahmen diskutieren müssen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

zum Beispiel darüber, ob es nicht sinnvoll ist, im Wettbewerbsrecht eine Ausnahmeregelung für diejenigen zu finden, die diese Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit es sich für sie auch rentiert. Denn sonst werden sie es im Zweifelsfall nicht machen. Ich glaube, dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass für alle diese Bereiche, sowohl für die Ernährung als auch für die Verbraucherpolitik, aber auch für die Landwirtschaft, Forschung ganz wesentlich ist. Ich möchte mich

hier ausdrücklich dafür bedanken, dass die Mittel für das Forschungsinstitut auf der Insel Riems zur Verfügung gestellt werden. Auch hier setzen wir in diesem Haushalt einen wichtigen Schwerpunkt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür haben wir uns schwer eingesetzt!)

- Ich gehe davon aus und bedanke mich dafür ganz herzlich.

- Ich will darauf hinweisen, weil uns die Innovationen, die letztendlich aus Forschungsergebnissen entstehen, wettbewerbsfähig machen. Wir haben heute Mittag die Exportstrategie vorgestellt. Wir können im internationalen Wettbewerb hauptsächlich mit qualitativ sehr hochwertigen Produkten bestehen. Deshalb ist der Bereich der Forschung ein ganz wichtiger Schwerpunkt, den wir setzen werden.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Die Zukunft erkennt man nicht, man schafft sie.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich glaube, mit diesem Haushalt haben wir ein ordentliches Fundament gelegt. Lassen Sie uns gemeinsam im Sinne einer ordentlichen, zukunftsgerichteten und zukunftsinnovativen Ernährungspolitik, Verbraucherpolitik und Landwirtschaftspolitik auf diesem Fundament bauen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor der Kollege Goldmann nun das Wort erhält, der, um den Präsidenten gar nicht auf andere Einfälle zu bringen, vorsichtshalber schon einmal ans Rednerpult geschritten ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

möchte ich die Ministerin mit dem Hinweis ermutigen, dass ich den Kollegen Kampeter in einer Haushaltsdebatte bei der Rede eines amtierenden Ministers oder einer amtierenden Ministerin noch nie so häufig ohne Not und erkennbar im Brustton der Überzeugung ein kräftiges „Sehr wahr!“ habe rufen hören wie heute Nachmittag.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Nun hat der Kollege Goldmann das Wort.

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Nachbar von Herrn Kampeter war es unter Verbrauchergesichtspunkten schwer erträglich;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie der

Abg. Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn es hat fast zu einem Hörschaden geführt.

(Heiterkeit)

Aber wenn man manches laut sagt, ist man vielleicht mehr davon überzeugt.

(Heiterkeit)

Frau Ministerin, auch ich bzw. die Fraktion der FDP gratuliert. Wir sind leider heute sehr schwach vertreten; Frau Dr. Happach-Kasan und Herr Dr. Geisen sind erkrankt. Ich wünsche Ihnen ganz viel Erfolg. Ich hatte bei Ihrer Rede und bei dem einen oder anderen kleinen Schnack mit Ihnen den Eindruck, dass wir endlich wieder über die Probleme, die uns bewegen, gemeinsam reden



können.

Ich bitte Sie nur um eines - das sage ich ganz deutlich

-: Verzichten Sie auf Kontinuität zu Ihrem Vorgänger!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was unter seiner Verantwortung passiert ist, war eine  
einzige Katastrophe.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Er hat auf der Anuga erklärt, die Ampelkennzeichnung  
sei dummes Zeug. Später hat er sie eingeführt, weil er  
sich an den Ergebnissen einer komischen Umfrage, die  
er hat durchführen lassen, orientiert hat. Er hat gefordert,  
in Bayern auf die Anwendung Grüner Gentechnik zu  
verzichten. Gleichzeitig hat er gesagt, in Brandenburg  
könne Grüne Gentechnik angewandt werden, weil dort  
nicht so viele Menschen lebten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und die Bananen!)

Hinzu kommt, dass er sich selbst als „Bananenminister“  
bezeichnet hat. Das muss man sich einmal auf der  
Zunge zergehen lassen!

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ja, genau!)

Hier geht es immerhin um einen Bereich, in dem wir  
vor dramatischen Herausforderungen stehen. Angesichts  
dessen muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist gut,  
dass er gegangen ist. Soll er doch in die Bierzelte Bayerns  
gehen. Vielleicht findet er dort größere Zustimmung  
zu seiner Politik, als er sie hier gefunden hat.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nur besser werden.

Liebe Frau Aigner, Sie haben ein schweres Erbe übernommen.  
Ich will ganz vorsichtig anmerken: Sie haben  
den Verbraucherschutz völlig zu Recht angesprochen;  
das möchte ich gar nicht kritisieren. Wir müssen aber  
feststellen, dass es im Moment ein Thema gibt, das unsere  
Dörfer bzw. den ländlichen Raum insgesamt zerreißt:  
die Diskussion über die Milchpreise. In diesem  
Bereich ist so ziemlich alles falsch gelaufen, was falsch  
laufen konnte.

(Beifall bei der FDP)

Das Anliegen der BDM-Vertreter ist berechtigt. Die  
Milchpreise sind zum Teil nicht fair. Herr Seehofer und  
zum Teil auch sein Haus haben darauf überhaupt nicht  
erfolgsorientiert reagiert. Der BDM ist galoppiert, hat  
die Leute mitgenommen und Erwartungen geweckt.  
Diese Erwartungen kann er aber nicht erfüllen. Das  
BDM-Modell eines national regulierten und zollbestimmten  
Marktes ist in Anbetracht der vergemeinschafteten  
Agrarpolitik völlig unrealistisch. Das hätte Herr  
Seehofer den Bäuerinnen und Bauern des BDM klipp  
und klar sagen müssen.

Jetzt haben wir das Problem, dass bestimmte Versprechen,  
zum Beispiel die Maßnahmen zu Saldierung und  
Umrechnungsfaktor, nicht eingehalten werden können,  
und zwar völlig zu Recht. Das hätte im Grunde genommen  
nur dazu geführt, dass Milch aus dem Ausland nach  
Deutschland gebracht worden wäre. Jetzt ist das Problem,  
dass die Leute beim BDM nicht mehr weiterwissen  
und die Sache mit den Köpfen verwechseln. Mittlerweile  
werden dort zum Teil ohne Sinn und Verstand  
Personen abgelöst, die in diesem Bereich eigentlich gute

Politik gemacht haben.

Frau Ministerin, das Wort Wortbruch spielt auch mit Blick auf das, was beim Health Check passiert ist, eine Rolle. Wer die Modulation im vorausseilenden Gehorsam politikfähig macht, indem er erklärt, sie sei ein gutes Instrument, der darf sich nicht wundern, dass die Modulationsmittel von den Betrieben, die bereits im Markt sind, abgezogen werden. Genau das ist das Problem.

Frau Aigner, ich unterstütze den von Ihnen befürworteten Milchfonds. Aber Ihr Milchfonds wird aus Modulationsmitteln und nicht aus frischem Geld gespeist; das ist der springende Punkt. Sie nehmen dieses Geld den Betrieben, die schon im Markt sind, weg. Ich glaube, man sollte einmal sehr gründlich darüber nachdenken, ob das richtig ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss einen zweiten Punkt ansprechen - dabei geht es um eine Erfahrung, die keinem von uns gefällt -: Wir alle kommen bei Veranstaltungen immer wieder mit Bäuerinnen und Bauern ins Gespräch. Dann erzählen sie uns zum Beispiel von ihrer Betriebsstruktur und sprechen von 12 bis 14 Kühen. Daraufhin werden wir gefragt: Welche Perspektive habe ich? Ich bin nicht so vermessen, zu behaupten, dass ich genau weiß, wie die Perspektive eines solchen Betriebes ist; denn ich kenne weder seine finanzielle Situation noch seine Chancen im Tourismusbereich gut genug. Unter normalen Umständen muss ich einem Bauern, der mir diese Frage stellt, allerdings sagen: Steig so schnell wie möglich aus diesem Markt aus! Mit deiner Betriebsstruktur hast du in diesem Markt, der sich global entwickelt, keine Chance! Wir müssen klipp und klar sagen: Mit dem Milchfonds müssen wir dafür sorgen, dass den noch produzierenden Betrieben der Ausstieg aus dem Markt erleichtert wird. Mit dem Milchfonds müssen wir an den Stellen, an denen eine andere Form der Beweidung nötig oder eine andere Form der regionalen Vermarktung möglich ist, Hilfen geben. Mit dem Milchfonds müssen wir aber auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass die Dinge nicht bis zum Jahr 2015 - dann wird die Quote fallen; das ist erneut beschlossen worden - so weitergehen, wie es sich der eine oder andere erträumt.

Ich finde es super, dass Sie heute auch die Absicht zum Ausdruck gebracht haben, den Export zu fördern. Ihr Staatssekretär hat die Weichen richtig gestellt.

(Beifall bei der FDP)

Bei diesem Thema werden Sie immer unsere volle Unterstützung haben.

Wir müssen aber auf beiden Schienen fahren: so viel Export wie möglich und so starke unternehmerische Marktorientierung wie möglich, um - auch im Bereich der Biotechnologie - neue Chancen zu nutzen und in diesen Bereichen Akzente zu setzen. Dann müssen wir denjenigen, die langfristig keine Chance in diesem Markt haben, sagen: Wir helfen euch beim sozialen Umoder sogar Ausstieg.

In diesem Sinne bieten wir unsere Zusammenarbeit sehr gerne an, und wir wissen, dass wir bei Ihnen auch Gehör finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Durch die Finanzkrise wurde in der Tat nicht nur gezeigt, welche Bedeutung die Verbraucherinnen- und Verbraucherpolitik unmittelbar für den Einzelnen oder die Einzelne hat, der oder die Schutz vor Überforderung und unlauterem Wettbewerb benötigt und nach Sicherheit und Gesundheit strebt, sie hat auch gezeigt, dass ein solcher Verbraucherschutz auch für das reibungslose Funktionieren von Märkten notwendig, also auch ein Teil von unmittelbarer Wirtschaftspolitik ist.

Die Große Koalition macht diese Bedeutung des Verbraucherschutzes mit dem Budget im Haushalt durchaus

erneut deutlich: durch Akzentsetzungen und durch das Aufrechterhalten bestimmter Budgetansätze für die Bereiche, in denen wir in den letzten Jahren Arbeit geleistet haben. Nach über drei Jahren können wir gemeinsam durchaus auf einige Erfolge beim Verbraucherschutz zurückblicken. In nächster Zeit haben wir einige weitere wichtige Weichenstellungen zu erreichen.

Die Erste wird sein, dass wir den Verbraucherschutz im gesamten Bereich der digitalen Welt stärker durchsetzen müssen. Ein Beispiel: gegen die unerwünschte, lästige und in ihren finanziellen Folgen für die Menschen schwer zu tragende Telefonwerbung. Zweitens wollen wir im Bereich der Fahrgastrechte ein einfaches, klares und im gesamten Bereich des Bahnverkehrs gültiges Entschädigungsrecht in der Form einführen, dass am Ende nicht möglichst viel Entschädigung gezahlt wird, sondern dass die Bahn auch wirtschaftlich angereizt wird, möglichst pünktlich zu sein. Wenn wir diese beiden Punkte demnächst erledigt haben werden, dann haben wir in etwas mehr als drei Jahren ein großes Pensum geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Bereich: Nach den ersten Rettungsmaßnahmen für das Finanzsystem und nach den ersten Definitionen dafür, was auf dem internationalen Finanzmarkt anders laufen muss, müssen wir klare und zusätzliche Regelungen für den Bereich der Finanzmärkte schaffen, und zwar über das hinaus, was in den letzten drei Jahren schon erreicht wurde. Wir müssen erreichen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Kundinnen und Kunden bei den Finanzgeschäften mit Banken und Versicherungen auf gleicher Augenhöhe sind und einen Schutz vor Übervorteilung haben.

Wer einmal in die Beraterprotokolle bestimmter Banken hineingeschaut und gesehen hat, wie Menschen – zum Teil hohen Alters – aus sicheren Finanzanlagen wie Tagesgeldern oder Sparbüchern herausgelockt wurden, wird mir zustimmen. Bei ihnen wurde ein Risikoprofil festgestellt: möchte kein Risiko eingehen, möchte Sicherheit für die Anlage, ist auch zu niedrigeren Zinsen bereit, wenn dadurch Sicherheit gewährleistet ist. – Weiter unten auf der Seite wird dann ein Häkchen gemacht, dass es der Wunsch des Kunden ist, ein Zertifikat zu

kaufen, was aber mit der Gefahr eines Totalverlustes verbunden ist. Irgendwo auf der siebten Seite erscheint dann eine Unterschrift.

Die Menschen dürfen in einem solchen sogenannten Beratungsgespräch, das in Wirklichkeit ein Aufschwätzgespräch ist, nicht mehr im Stich gelassen werden. Dass wir dort klare Informationen, eine Standardisierung und eine Veränderung der Dokumentationspflicht und der Rücknahmepflicht brauchen, ist offensichtlich. Ich bin mir sicher, dass diese Große Koalition dies bis zum Frühjahr auch erreichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ein ganzes Stück weitergehen müssen. Vorhin habe ich einen Zwischenruf gehört. Man muss in der Tat aufpassen, dass es zu keiner Nabelschau kommt. Sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der SPD hat es Arbeitsgruppen, Konferenzen und Fachgespräche zum Thema Marktwächterfunktion gegeben. Ich glaube, das ist eine gute deutsche Übersetzung für die Consumer Watchers.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir müssen eine Möglichkeit schaffen, dass zusätzlich zur verstärkten staatlichen Aufgabenteilung auch Nichtregierungsorganisationen mit Aufgaben des Marktwächtertums - verbunden mit unabhängiger Information - betraut werden, und wir müssen die Frage beantworten, wie wir die Finanzkompetenz unserer Bürger durch entsprechende Inhalte in den Schulen und durch entsprechende Förderungen im Erwachsenenbereich vergrößern können.

Der Kollege Schirmbeck ist in einer für ihn ungewohnt harten Wortwahl auf zwei Presseerklärungen von SPD und CDU/CSU eingegangen. Die Presseerklärung der CDU/CSU endete mit dem Satz, damit sei wieder der Beweis angetreten, dass die CDU/CSU der alleinige Vorantreiber von Verbraucherschutzpolitik sei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde das gut. Ich habe zwar irgendwann einmal gelernt, dass man, wenn man etwas betont, das in der Regel deshalb tut, weil es sonst niemand merkt;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

aber Sie sind herzlich eingeladen zu einem Wettbewerb in diesem Bereich.

Ich biete Ihnen drei weitere Bereiche für einen Wettbewerb an: Erstens. Lassen Sie uns gemeinsam das Verbraucherinformationsgesetz endlich auf alle Produkte und Dienstleistungen ausdehnen

(Beifall bei der SPD)

und verzichten Sie auf die bisher von der CDU/CSU vorgebrachten Vorbehalte in Bezug auf die Fälle, in denen die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht durch die öffentlichen Behörden informiert werden dürfen!

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Beschließen Sie mit uns gemeinsam eine klare, übersichtliche Kennzeichnung dessen, was in den Lebensmitteln enthalten ist, damit die Menschen das schnell erkennen können!

(Beifall bei der SPD)

Auch da scheitern wir bisher am alleinigen Vorantreiber

des Verbraucherschutzes.

Drittens; das ist mir besonders wichtig. Nach dem Gammelfleischskandal haben die Landesregierung und Ihr Vorgänger, Frau Ministerin, einen Mitarbeiter, der die Öffentlichkeit darüber informiert hat, dass sein Arbeitgeber mit Gammelfleisch arbeitet, mit einem Orden ausgezeichnet. Gleichzeitig will unser Koalitionspartner diesem Menschen aber den nötigen gesetzlichen Schutz verweigern. Wir brauchen in Deutschland endlich einen Informantenschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Öffentlichkeit über gefährliche Machenschaften ihrer Arbeitgeber informieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Geben Sie sich endlich einen Ruck und beschließen Sie mit uns gemeinsam diesen Informantenschutz! Das wäre ein echter Fortschritt für den Verbraucherschutz in Deutschland, und der ist wichtiger als irgendwelche beleidigten Pressemitteilungen, die auf das zurückgehen, was man selber zwei Wochen zuvor gemacht hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Karin Binder für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Angst, ob später die Rente reichen wird, hat viele Menschen in Deutschland in die Fänge von windigen Finanzinstituten getrieben. Mit entsprechend schlechter oder falscher Beratung wurden den Leuten Zertifikate mit hohen Gewinnerwartungen aufgeschwatzt, wie es auch der Herr Kollege Kelber gerade beschrieben hat. Die Information, dass damit ein entsprechendes Risiko verbunden ist, ist dabei leider auf der Strecke geblieben. Die Problematik wurde zumindest von einigen dieser Bankberater nicht so zum Ausdruck gebracht, dass die Menschen es verstanden hätten. Deshalb brauchen wir dringend eine qualifizierte und unabhängige Finanzberatung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass durch den Abbau von Sozialleistungen immer mehr Menschen in private Vorsorge gedrängt werden. Langfristige Geldanlagen für zusätzliche Altersvorsorge oder kurzfristige Kreditnahmen für Ausbildung stellen Verbraucherinnen und Verbraucher immer wieder vor schwierige Entscheidungen.

Viele dieser Menschen waren, wie sich jetzt herausstellt, schlecht beraten. Die Verbraucherverbände haben Belege dafür. Es gibt nicht wenige Bankkunden, die mit dem ausdrücklichen Wunsch nach sicherer Geldanlage in die Beratung gehen und mit einem risikobehafteten Papier wieder herauskommen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Und wie wollen Sie das ändern?)

Fest steht, dass durch die weltweite Finanzmarktkrise auch in Deutschland schon Tausende Menschen ihre Rücklagen fürs Alter, für den Pflegefall oder für sonstige Notfälle verloren haben.

Als Maßnahme zur Unterstützung der Verbraucherinnen

und Verbraucher wurde eine Hotline geschaltet.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Die war sehr gut!)

Diese Hotline finde ich durchaus lobenswert; aber sie war völlig überlastet, und sie ist nach wie vor überlastet.

(Beifall der Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP] und Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hunderttausende Menschen haben versucht, diese Hotline zu erreichen und dort Beratung zu bekommen; aber nur ein Bruchteil von ihnen kam durch. Es sind also viel zu wenige unabhängige Finanzberater und Finanzberaterinnen eingesetzt. Sie reichen gerade einmal für die Spitze des Eisbergs.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese unabhängige Finanzberatung darf vor allem nicht dadurch lahmgelegt werden, dass sie sich immer wieder über befristete Projekte finanzieren muss. Es wäre viel sinnvoller, die Energie und die Arbeit, die immer wieder für die Beschaffung der notwendigen Mittel aufgewendet werden muss, für die Beratung selbst einzusetzen.

Deshalb plädieren wir dafür, die unabhängige Finanzberatung als wichtige Kernaufgabe für die Verbraucherverbände zu betrachten und sie verlässlich, kontinuierlich und langfristig abzusichern.

Für die Finanzierung der Finanzberatungsstellen werden derzeit von Bund und Ländern rund 4 Millionen Euro pro Jahr aufgebracht. Jetzt gibt es ein großes Konjunkturprogramm mit einem Schutzschirm, der aber diesen Bereich und die betroffenen Menschen gar nicht berücksichtigt. Damit komme ich zu unserem Antrag. Die Linke möchte gerne mit 10 Millionen Euro zusätzlich für 2009

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Woher?)

- was ist das im Vergleich zu den vielen Milliarden, die jetzt aufgebracht werden müssen? - die unabhängige Finanzberatung dauerhaft auf- und ausbauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verbraucherzentrale Bundesverband schlägt in einem Papier zur Finanzmarktkrise den Aufbau einer sogenannten Leitzentrale vor. Diese Finanzleitzentrale soll den Markt - also Produkte und Unternehmen - beobachten, bewerten und kontrollieren, Verbraucherbeschwerden aufnehmen und kollektiven Rechtsschutz gewährleisten. Ich denke, dass die Politik die Pflicht hat, die Mittel dafür bereitzustellen, dass diese Arbeit geleistet werden kann.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen die unabhängige Finanzberatung. Dafür müssen wir jetzt die Entscheidung treffen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Cornelia Behm, Bündnis 90/Die Grünen.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerin, Sie werden sich nicht wundern, dass wir als bündnisgrüne Fraktion zumindest einen Teil der Beschlüsse zum Health Check begrüßen,

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Dann ist etwas schief gelaufen!)

auch wenn der Kompromiss weit hinter den Erwartungen an die dringend notwendigen Reformen der EU Agrarpolitik zurückgeblieben ist. Durch die Erhöhung der Modulation geht die EU in die richtige Richtung, mehr Mittel für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, um klima-, wasser- und umweltschonend zu produzieren. Allerdings geht diese Rechnung nur auf, wenn auch die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen. Davon ist in Deutschland allerdings bisher nicht viel zu merken. Herr Schirmbeck, auch auf die Gefahr hin, die Harmonie zwischen uns zu stören: Der vorgelegte Agrarhaushalt ist nicht nur in dieser Hinsicht ein Armutszeugnis der Großen Koalition. Sie sind nicht bereit, mehr für die so notwendige ökologische Intensivierung der deutschen Landwirtschaft zu tun. Ich will einige Beispiele nennen.

Um auf die neuen Herausforderungen angemessen reagieren zu können, ist eine deutliche Verbesserung der Bedingungen für den Ökolandbau nötig. Dafür muss die zwischen den Agrarministern in Bund und Ländern vereinbarte Erhöhung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien in den Bundesländern zügig umgesetzt werden. Außerdem brauchen die Landwirte die Wiedereinführung des Fördertatbestandes „Ökologischer Landbau“ bei den Agrarinvestitionen, der einen um immerhin 10 Prozentpunkte erhöhten Fördersatz von 35 Prozent ermöglicht.

Zusätzlich muss die Forschung in diesem Bereich verstärkt werden. Dazu fordern wir die Umwandlung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau in ein permanentes Forschungsprogramm und eine deutliche Erhöhung des Forschungsbudgets für diesen Bereich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, wir brauchen nicht nur für diesen Bereich ein erhöhtes Forschungsbudget. Ich glaube, dass die von Ihnen angesprochene Aufstockung, Herr Schirmbeck, vor allem dann nicht ausreicht, wenn sie für Gentechnikforschung verwendet wird. Wir brauchen Forschung zur nachhaltigen Landnutzung, zum Beispiel zur Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir einige Sätze zur Milchpolitik. Die Erhöhung der Milchquote ist – das ist wohl unbestritten – eine Katastrophe für die Milchbauern in Deutschland. Die Industrialisierung im Milchsektor wird weiter angeheizt. Der Strukturwandel wird befördert. Ich meine den Strukturwandel, bei dem die Agrarproduktion anstelle der Agrikultur im Vordergrund steht. Daran wird auch der von Ihnen als Verhandlungserfolg gefeierte Milchfonds, Frau Ministerin, nichts ändern. Die enormen Verluste der Milchbauern lassen sich so nicht ausgleichen. Das wird schon an der geplanten Konstruktion des Fonds deutlich. Die Speisung dieses Fonds durch die Modulationsmittel in der zweiten Säule, die in den Bundesländern verbleiben, aus denen sie stammen, wird zu einer sehr unausgewogenen Situation zwischen den Bundesländern führen. Im Grunde genommen kann man davon ausgehen, dass in den südlichen Bundesländern, wo die Milchbetriebe

vor besonders großen Schwierigkeiten stehen, der Zuwachs an Modulationsmitteln eher bescheiden ausfallen wird. Hier ist nicht wirklich Hilfe zu erwarten. Das Abzweigen der eigentlich für Klimaschutz, Biodiversität und Wassermanagement gedachten zusätzlichen Modulationsgelder für einen wirkungslosen Milchfonds darf deshalb auf keinen Fall dazu führen, dass Milchbauern und Umwelt gegeneinander ausgespielt werden. Das Konstrukt sieht leider im Moment so aus. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene endlich für die Einführung eines flexiblen Milchmengenregulierungsinstruments als Nachfolge der heutigen Quotenregelung stark zu machen und den Milchfonds so zu gestalten, dass die bäuerlichen Betriebe unterstützt werden. Investitionsbeihilfen, die zur weiteren Industrialisierung der Milchwirtschaft führen, sind der falsche Weg. Ihr Agrarhaushalt bedeutet nichts weiter als ein „Weiter so“. Sie nehmen den Ball der EUKommission nicht auf und bereiten die deutsche Landwirtschaft auf die bevorstehenden Probleme nicht vor. Ihr Haushalt ist nicht mutig und konsequent. Er ist leider nicht zukunftsfähig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Wilhelm Priesmeier, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in der Diskussion ist einiges klar geworden. Wir haben an sich einen guten Haushalt auf den Weg gebracht, einen Haushalt, der dazu beiträgt, die deutsche Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Als kleine Replik auf Sie, Frau Kollegin Behm: Was Sie eben zur Milchpolitik geäußert haben, halte ich für äußerst fragwürdig. Sie stellen sich den wahren Problemen der Milchbauern und -bäuerinnen nicht. An der in Brüssel gefallenen Entscheidung, die Milchquote 2015 auslaufen zu lassen, wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Deshalb kommt es darauf an, das richtige Instrumentarium zu entwickeln, um diesen Prozess zu begleiten. Man kann aber nicht in die Mottenkiste des Kartellrechts bzw. des Kartellwidrigen greifen und versuchen, mit Instrumentarien, die wir längst überwunden zu haben glaubten, eine Lösung herbeizuführen. Was Sie betreiben, ist nichts anderes als Anbietung an einen bestimmten Verband, den ich hier nicht namentlich nennen will; denn das Optionsmodell ist nicht zukunftsfähig. Das ist unbestritten. Aus diesem Grunde werden die Forderungen zunehmend leiser erhoben. Ich glaube, dass das, was wir zu entscheiden haben, nicht mit dem von dieser Seite geforderten Instrumentarium begleitet werden kann; das sage ich ganz klar.

Frau Ministerin, mein Kompliment für das, was Sie in Brüssel erreicht haben! Das ist mehr, als man erwarten konnte. Das gilt auch im Hinblick auf die Unterlegung der prozentualen Größenordnungen mit Zahlen. So wird in Bayern für 23,2 Millionen Euro aus dem Milchfonds Masse moduliert. Insgesamt stehen zu Beginn 30 Millionen Euro zur Verfügung. Das wächst bis 2013 auf etwa



das Doppelte auf. Das reicht natürlich nicht aus, um alle Strukturprobleme gerade in den süddeutschen Bundesländern anzugehen. Deshalb müssen wir den Landwirten und den Milchbauern eine klare Antwort auf ihre Fragen geben. Die klare Antwort heißt: Wir werden erhebliche Strukturveränderungen hinnehmen müssen. Das heißt auch, dass in bestimmten Bereichen die Milchviehhaltung nicht in dem Umfang vorhanden sein wird, wie dies bisher der Fall war. Das ist eine klare Ansage und auch eine klare Aussage.

Dieser Entwicklung müssen wir uns ganz klar und deutlich stellen. Wir dürfen nicht so tun, als ob diese Entwicklung rückgängig zu machen wäre. Wir haben Verpflichtungen, was die Maßnahmen, die der Milchfonds ermöglicht, angeht. Per definitionem ist das eine der großen Herausforderungen, von denen hier auch noch andere zu erwähnen sind, wie zum Beispiel die Frage der nachhaltigen Energieerzeugung oder die Frage des Klimawandels. Deshalb ist dies als gleichgewichtig anzusehen. Ich halte es für richtig, dass die Mittel den Ländern zugewiesen werden

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wie viel Milchgeld ist denn im Fonds drin?)  
und dort entsprechend der Ausgestaltung der jeweiligen Schwerpunkte verausgabt werden können. Das bringt den Ländern Flexibilität, und sie können entsprechend reagieren.  
(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Zur Größenordnung ist eines natürlich zu bemerken: Die neuen Bundesländer verlieren zwar nominal. Wenn man es aber umrechnet, steht zumindest dem Milchbereich, auch in den neuen Bundesländern, eine erhebliche Größenordnung zur Verfügung. Die dortigen Betriebe sind bereits wettbewerbsfähig. Aus diesem Grunde brauchen sie keine Förderung in dem Maße, wie sie in den süddeutschen Ländern erforderlich wäre.

Wir dürfen nicht alles und jeden fördern. Die Illusion, jeder Landwirt würde dadurch überleben – so haben wir es bei der Einführung der Milchquote in den 80er-Jahren getan –, sollten wir nicht erwecken. An dieser Stelle ist Klarheit und Wahrheit angesagt.

Ich glaube, dass kein Hektar in Baden-Württemberg oder Bayern in Zukunft nicht mehr bewirtschaftet wird. Wir müssen intelligente Agrarumweltprogramme schaffen, um diesen Regionen eine Perspektive zu geben.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür gibt es dann kein Geld, weil alles im Milchfonds ist!)

Geld ist ausreichend vorhanden, wenn man das bisherige Instrumentarium im Rahmen der zweiten Säule entsprechend ausgestaltet.

Das kann aber nicht bedeuten, dass wir jeden Cent, der moduliert wird, nur für den Bereich Milch ausgeben. Die aktuellen Äußerungen vonseiten der neuen Bundesländer besagen, dass sie die Mittel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Milch in dieser Größenordnung nicht brauchen werden. Es gibt also auch dort neue Optionen in den Gestaltungsmöglichkeiten. Das sollte man entsprechend ausschöpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten)

der CDU/CSU)

Wichtig sind mir auch die strukturverändernden Maßnahmen im Hinblick auf die Molkereien. An dieser Stelle muss ein klares Wort gesprochen werden. Ich halte es für notwendig, dass wir die Andienungsverpflichtung, den Ausnahmetatbestand für Genossenschaften aus dem Wettbewerbsrecht streichen. Das macht die Milcherzeuger freier, zum Beispiel bei der Gestaltung von Verträgen mit den Molkereien. Das macht den Molkereien Druck, ihre Strukturen zu reformieren.

Rund um Deutschland passiert einiges. In den Niederlanden fusionieren zwei große Molkereien und stellen sich zur viertgrößten Molkerei der Welt auf. Arla in Dänemark fusioniert mit einer großen Molkerei aus Großbritannien. Um uns herum passiert also etwas. Es gibt einen erheblichen Nachholbedarf. Auch in diesem Bereich sind zusätzliche Kosten zu senken und zusätzliche Erträge zu erwirtschaften.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Bei uns passiert ja auch was!)

Wir müssen aber auch vorsichtig sein. Dies gilt zum Beispiel für die Förderung der Biogasanlagen. In einer Untersuchung - die Ergebnisse habe ich aus Kiel bekommen - wurden dazu ganz klare Feststellungen getroffen.

In den Bereichen, in denen die Energieerzeugung mit der Milcherzeugung konkurriert, ist aufgrund steigender Flächenpreise die Vollkostenrechnung Milch um 3 bis 5 Cent angestiegen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Wir müssen an dieser Stelle klare Prioritäten setzen. Was wollen wir? Wollen wir Milch in wettbewerbsfähigen Standorten, oder wollen wir Energieerzeugung in diesen Standorten? Für mich ist die Entscheidung klar: Unsere deutsche Milcherzeugung ist auch im Weltmaßstab wettbewerbsfähig.

Ich glaube, dass die Entscheidungen, die getroffen wurden, auch im Hinblick auf die Quotenerhöhung, uns die Perspektive verschaffen, dass wir auf den Zukunftsmärkten bestehen können. Aus diesem Grunde ist mir nicht bange.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Peter Bleser ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man eine gerade Furche pflügen will, muss man weit vorausschauen, und man muss wissen, wo man steht. Wenn wir uns das vor Augen halten, dann müssen wir zunächst einmal attestieren, dass wir jetzt schon den zweiten Monat haben, in dem die Arbeitslosenzahl vorne eine zwei aufweist. Wir müssen auch attestieren, dass wir die Einkommen in der Agrarwirtschaft in den letzten Jahren verbessert haben. Wenn wir das feststellen, dann bedeutet das, dass unsere Grundsätze, unsere Ziele und auch die Maßnahmen, die wir getroffen haben, richtig

waren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist zunächst einmal das Erste, was wir heute feststellen müssen. Wenn wir uns dann vor Augen halten, dass wir auch dieses Jahr in der Agrarwirtschaft im dritten Quartal hintereinander ein Exportplus von 17 Prozent vorweisen können, dann zeigt das, dass wir in der Wettbewerbsfähigkeit einen entscheidenden Schritt vorangekommen sind. Das ist ein Erfolg dieser Bundesregierung, von Herrn Seehofer und von Frau Aigner, die diese Politik fortsetzt.

Die Einkommen der Landwirte sind stabilisiert worden, aber wir dürfen nicht verkennen, dass seit einigen Wochen die Situation eine andere ist. Wir haben eine Finanzkrise, die von den USA und Großbritannien auf uns hereingebrochen ist, und wir haben eine veränderte Marktsituation bei den Agrarrohstoffen. Das führt zu Veränderungen der Einkommenssituation in der Gesamtwirtschaft, aber auch in der Agrarwirtschaft. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir jetzt die Rahmenbedingungen so setzen, dass wir aus dieser Krise gut herauskommen. Es ist nicht entscheidend, wie man in eine Krise hineinschlittert, sondern entscheidend ist, wie man wieder herauskommt. Dazu werden wir die richtigen Entscheidungen treffen.

Ein gutes Ergebnis ist, dass der Health Check in Brüssel so ausgefallen ist, wie er ausgefallen ist. Frau Aigner, das war ein erster Härte-test. Der ist bestanden worden, auch wenn unsere Fraktion eigentlich überhaupt keine höhere Modulation wollte. Man muss attestieren, dass die Forderung der Kommission, zusätzlich Mittel für die Landwirtschaft in Höhe von 17 Prozent zu streichen, doch deutlich unterschritten worden ist. Damit ist den Betrieben geholfen worden, diese schwierige Zeit zu überstehen. Herzlichen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist schon angesprochen worden, dass die Einrichtung eines Milchfonds erreicht worden ist. Man muss sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was damit möglich wird. Damit ist bei der Milchproduktion nicht nur ein gleitender Übergang für die Landwirte, die Milch produzieren, für die Zeit nach der Quote möglich geworden, sondern mit der Weideprämie kann gleichzeitig – das sollten Sie, Frau Behm, achten, wenn Sie den Namen „Grüne“ weiter zu Recht tragen wollen – natürlich etwas für den Umweltschutz und den Erhalt der Kulturlandschaft getan werden. Jetzt können auch mit Investitionshilfen, die zusätzlich für Stallbauten gewährt werden können, modernere und artgerechtere Ställe errichtet werden. Sie sollten auch sehen, dass mit zusätzlichen Mitteln die Verbesserung der Infrastruktur in der Milchwirtschaft – Herr Goldmann, da sind wir einer Meinung – erreicht werden kann. Das ist der richtige Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Milchwirtschaft zu stärken. Das hilft den Bauern in Deutschland, insbesondere denen in Bayern, wo die natürlichen Voraussetzungen nicht ganz so gut wie woanders sind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Cornelia Behm

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch

rechte Tasche, linke Tasche! Keine zusätzlichen Mittel!)

In diese Strategie der Hilfe, um die vor uns liegenden Probleme zu überwinden, passt die Erhöhung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz. 40 Millionen Euro mehr - das ist schon sehr viel. Herr Kollege Schirmbeck, Dank auch an Sie, dass Sie im Haushaltsausschuss für weitere Mittel im Rahmen des Impulsprogramms gekämpft haben. Dass das mit dem Koalitionspartner nicht zu machen war, ist das eine; aber richtig ist, dass wir nach wie vor in der Landwirtschaft einen Investitionsstau haben. Den aufzulösen, wäre eigentlich eine dringende Aufgabe. Das gelingt jetzt nicht in der Form, wie es möglich gewesen wäre, aber es gelingt mit 40 Millionen Euro mehr besser, und das ist ein riesiger Erfolg.

Frau Ministerin, dass wir die Förderung für die DSL-Anschlüsse fortsetzen, ist sehr lobenswert. Das hat nicht nur Impulse ausgelöst, sondern letztlich auch dazu beigetragen, dass sich die große Politik, auch die Europäische Union, des Themas annimmt. Wenn es gelingt, in drei Jahren in jedem Weiler einen leistungsfähigen DSL-Anschluss bereitzustellen, dann dient das der Schaffung von Arbeitsplätzen mehr als manche Million oder Milliarde an Förderung.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist wohl wahr!)

Deswegen muss das intensiv verfolgt werden. Ich bin wirklich begeistert, dass unsere Bundeskanzlerin das in dieser Klarheit angesprochen hat. Von ihr kann man erwarten: Wenn sie etwas ankündigt, dann wird es auch umgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ulrich Kelber [SPD]:

Und die eigene Fraktion stoppt sie!)

Hier ist viel über Verbraucherschutz geredet worden.

Es wurde gesagt, es sei nicht genug getan worden. Dazu will ich, weil das schon viele andere angesprochen haben, nicht viel sagen. Die Tatsache, dass die Bundeskanzlerin mit einer sehr gewagten, aber richtigen Erklärung alle deutschen Sparer vor dem Verlust ihrer Spareinlagen geschützt hat, zeigt: Wir betreiben Verbraucherschutz, wie er besser nicht sein kann.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der

SPD: Das war der Finanzminister, Herr Kollege!)

Das sollte man nicht vergessen. Ich will die lange Liste unserer Erfolge - sie ist schon angesprochen worden - nicht noch einmal vortragen: Fahrgastrechte, Verbraucherinformationsgesetz

- -

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das wäre in Ihrer verbleibenden Redezeit auch schwer möglich, Herr Kollege.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Präsident, das ist schade, denn jetzt wird es gerade interessant.

(Heiterkeit bei der SPD - Waltraud Wolff

[Wolmirstedt] [SPD]: Dann hättest du interessant anfangen müssen!)

Es sind viele Dinge, die wir aufweisen können.

Wir haben Erfolge erzielt; aber wir befinden uns jetzt

in einer Situation, in der wir eine gewisse Sorge wegen der Zukunft haben. Das soll man den Menschen nicht verschweigen. Man soll ihnen auch sagen, dass wir die richtigen Rezepte haben, um aus dieser Krise herauszukommen. Ich sage Ihnen eines: Wir werden am Ende stärker sein als vorher.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Waltraud Wolff für die SPD-Fraktion.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner, es war noch Ihr Vorgänger, Herr Seehofer, der diesen Haushalt als Landwirtschaftsminister in erster Lesung eingebracht hat. Er hat ihn als Bekenntnis zur Landwirtschaft bezeichnet. Dabei hat er die Stärke der ländlichen Räume explizit an die Stärke der Land- und der Forstwirtschaft geknüpft.

Vor zwei Wochen nun hat die EU-Kommission die Rückmeldungen auf ihr Grünbuch zur Reform des EUHaushalts vorgestellt. Das Ergebnis: Viele der Konsultationsteilnehmer wünschen eine Senkung der Agrarausgaben, insbesondere der Direktzahlungen. Aus dieser Reformdebatte erwächst natürlich ein sehr großer Druck auf die Agrarpolitik.

Dieses Ergebnis kommt für uns nicht überraschend.

Es bedeutet aber, dass wir sehr aufpassen müssen. Wir müssen uns mit unserer nationalen Agrarpolitik darauf vorbereiten, was in der EU schon absehbar ist. 2003 hat die EU die Landwirtschaft in den Markt entlassen. Sie hat die Förderung an höhere Anforderungen gekoppelt. Im Jahr 2013 – das ist uns allen klar – folgt der nächste Schritt. Das ist keine Überraschung. Die Frage ist aber: Werden wir darauf vorbereitet sein? Mein Kollege Wilhelm Priesmeier hat ausführlich zum Thema Milch gesprochen. Ich will hier nur eines doppelt unterstreichen: Ab 2015 wird es keine Mengensteuerung mehr geben, auch nicht, Frau Behm, auf nationaler Ebene. Da wird es nichts geben. Das bedeutet ganz klar: Wir müssen den Ausstieg begleiten; wir können es nicht einfach laufen lassen. Die Vorschläge des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter – ich nehme das doch noch einmal in den Mund – würden eindeutig zum Verlust von Marktanteilen und der Wettbewerbsfähigkeit führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Das ist jedenfalls das Ergebnis des Gießener Instituts für Agribusiness. Das deckt sich mit unserer Einschätzung. Wir wollen die Milcherzeugung in Deutschland aber nicht vor die Wand fahren. Wir wollen einen sanften Ausstieg. Deshalb heißt Verlässlichkeit an dieser Stelle: Perspektiven eröffnen. Das bedeutet wiederum, dass wir uns wirklich dem stellen müssen, was absehbar vonseiten der EU auf uns zukommt.

Sind wir denn darauf vorbereitet, die neuen Herausforderungen

überhaupt anzunehmen? Es wäre natürlich wichtig gewesen, die Entwicklung der ländlichen Räume auf EU-Ebene als neue Herausforderung zu begreifen und anzunehmen. Wie erhalten wir in den ländlichen Räumen die öffentliche Infrastruktur, wie die Daseinsvorsorge und wie die regionale Wirtschaftsstruktur? Wir haben mit der Förderung der Breitbandversorgung über die GAK einen kleinen Schritt gewagt. Ansätze dafür gibt es auch noch in der zweiten Säule. Diese Ansätze müssen wir national und auch europäisch stärken. In den Beschlüssen zum Gesundheitscheck ist es leider nicht gelungen, die ostdeutschen Landwirte vor Sonderlasten zu bewahren. Die progressive Modulation - lassen Sie es mich als ostdeutsche Abgeordnete so sagen - ist ein Sündenfall, und sie passt nicht zur Gesamtreform der Agrarpolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen eine zielgerichtete Politik, die sich an den Leistungen für die Gesellschaft orientiert, und das ist keine Frage der Größe von Betrieben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Immerhin ist es gelungen, dass die Mittel in den jeweiligen Bundesländern verbleiben. Das ist auch notwendig, damit nämlich nicht gerade die strukturell benachteiligten Gebiete noch einmal leiden müssen. Frau Ministerin, bei den künftigen Verhandlungen in Brüssel müsste als Erstes auf der Tagesordnung stehen: Schluss mit dieser Sonderlast!

(Beifall bei der SPD)

Eines ist uns auch ganz klar: Es muss aufhören, dass Deutschland in Brüssel aus kurzfristigen Überlegungen heraus, vielleicht auch mit Blick auf das Wahlverhalten bayerischer Bauern, zu den Bremsern gehört. Wir müssen in Brüssel für eine zielgerichtete Agrarpolitik eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen sie so gestalten, dass sie auch nach 2013 noch Bestand hat, national, indem wir gerade in der Gemeinschaftsaufgabe den neuen Herausforderungen begegnen und uns daran orientieren, und in Europa müssen wir dafür sorgen, dass es eine Agrarpolitik gibt, die die Leistungen für die Gesellschaft honoriert. Das verstehen die Menschen - nicht nur hier im Saal, sondern auch draußen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müssen wir die Weichen stellen. Das sind wir allen unseren Landwirten schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10 - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor, über die wir zunächst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion

Die Linke auf der Drucksache 16/11067? - Wer stimmt

dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 16/11068? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Einzelplan 10 in der Ausschussfassung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? -

Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt II.16 auf:

Einzelplan 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- Drucksachen 16/10414, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle

Ewald Schurer

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Omid Nouripour

Zum Einzelplan 15 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Über einen Änderungsantrag werden wir am Schluss dieser Debatte namentlich abstimmen.

Nun bitte ich diejenigen, die an der Debatte teilnehmen wollen, die reichlich vorhandenen Plätze einzunehmen, und diejenigen, die gegebenenfalls anderes Dringliches zu erledigen haben, den Sitzungssaal zu verlassen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. So kann man sich auch schon darauf einrichten, dass wir gegen 19.30 Uhr die namentliche Abstimmung durchführen werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst die Kollegin Dr. Claudia Winterstein für die FDP-Fraktion. (Beifall bei der FDP)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 1. Januar 2009 beginnt das letzte Amtsjahr der Großen Koalition. Das ist eine gute Nachricht. Es startet aber auch das, laut Kanzlerin Merkel, wichtigste Projekt dieser Großen Koalition: der Gesundheitsfonds. Das ist eine schlechte Nachricht. Schon vor dem Start droht das wichtigste Projekt von Schwarz-Rot zu einem Debakel zu werden, und das aus mehreren Gründen. Wunsch und Wirklichkeit liegen bei der Koalition weit auseinander. Das zeigt ein Blick in den Koalitionsvertrag. Dort sind unter der Überschrift „Wettbewerbliche und freiheitliche Ausrichtung des Gesundheitswesens“ vier zentrale Ziele aufgezählt.

Im Koalitionsvertrag steht erstens: „Erweiterung der Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten“.

Aber: Wo ist denn die Wahlmöglichkeit, wenn alle Versicherten den gleichen Beitrag bezahlen müssen?

Zweitens: „Intensivierung des Wettbewerbs um Qualität und Wirtschaftlichkeit“. Aber: Wo ist der Wettbewerb, wenn alle Versicherungen den gleichen Beitrag anbieten müssen?

Drittens: „Erhöhung der Transparenz über Angebote,

Leistungen und Abrechnung". Aber: Wo ist denn die Transparenz, wenn alle Mittel in einen Topf fließen und nach einem undurchsichtigen System dann wieder verteilt werden?

Viertens: „Verminderung des bürokratischen Aufwands“.

Aber: Wo ist der Bürokratieabbau, wenn die Kassen neue Strukturen aufbauen müssen, um mit ihren Versicherten abzurechnen?

(Beifall bei der FDP)

Die Große Koalition ist vor drei Jahren mit großen Ambitionen angetreten und droht jetzt kläglich zu scheitern. Der Gesundheitsfonds steht auf äußerst wackeligen Beinen. Unter dieser Regierung sind die Gesundheitskosten seit 2005 um 24 Milliarden Euro gestiegen.

167 Milliarden Euro sollen 2009 aus den Taschen der rund 70 Millionen gesetzlich Versicherten in den Fonds fließen. Um diese Kosten zu decken, haben Sie den Einheitsbeitrag mit 15,5 Prozent auf Rekordhöhe angesetzt.

90 Prozent der Versicherten werden im nächsten Jahr höhere Beiträge zahlen müssen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: So ist es!)

Ich weiß nicht, was der Einzelne dazu sagt.

Das ist aus ökonomischer Sicht auch der größte Fehler überhaupt, den Sie mit der Einführung dieses Gesundheitsfonds begehen; denn Deutschland befindet sich

in keiner besonders guten Situation. Wir befinden uns im Wirtschaftsabschwung. Genau in dieser Phase erhöhen Sie die Beiträge und treiben damit die Lohnnebenkosten in die Höhe. Damit wird es für Arbeitgeber noch schwieriger, Arbeitsplätze zu halten, und die Arbeitnehmer haben immer weniger Geld im Portemonnaie, um den Konsum zu stützen. Eine fatale Entwicklung.

Da nutzt es dann leider auch gar nichts, wenn der Arbeitsminister den Arbeitslosenbeitrag um 0,5 Prozentpunkte senkt. Diese Bemühungen machen Sie, Frau Ministerin, durch höhere Krankenkassenbeiträge wieder zunichte. Auch in diesem Punkt ist die Regierung an ihren Ansprüchen aus dem Koalitionsvertrag gescheitert.

Ich zitiere aus dem Papier:

CDU, CSU und SPD stellen sicher, dass die Lohnzusatzkosten ... dauerhaft unter 40 % gesenkt werden.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Aha!)

2009 werden die Beiträge auf 40,15 Prozent steigen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das ist ja mehr als 40 Prozent!)

Von Entlastung bei den Arbeitskosten also keine Spur.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sind 14,6 oder 15,5 gerecht?)

- Sie können mir das gern noch einmal anders vorrechnen; da bin ich sehr gespannt.

Dabei ist noch nicht einmal sicher, ob der Rekordbeitrag von 15,5 Prozent überhaupt ausreichen wird, um den Fonds zu 100 Prozent auszustatten. Ich habe ernste Zweifel an den Rechenkünsten Ihrer Experten, Frau Ministerin. Schon bei der Berechnung des Konvergenzbetrags, also des Ausgleichs der Bundesländer aus dem Fonds, hat sich Ihr Haus um über 700 Millionen Euro überschätzt, weswegen jetzt kaum Rücklagen im Fonds gebildet werden können. Dies bedeutet, dass Sie mit dem Gesundheitsfonds ein massives Risiko für den Bundeshaushalt



schaffen. Wir alle kennen doch die Konjunkturprognosen für das nächste Jahr. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, damit gehen die Beitragszahlungen zurück. Wer muss zahlen, wenn dann nicht genug Geld im Fonds ist? Der Steuerzahler!

Sie reden nur von „unterjährigen Schwankungen“, die „kurzfristig mit Steuermitteln ausgeglichen werden“, oder davon, dass das Risiko beim Fonds liege. Frau Ministerin, sagen Sie doch deutlich, wie es ist: Das Risiko für Ihre Gesundheitspolitik liegt beim Steuerzahler und sonst nirgendwo.

(Beifall bei der FDP)

Der Bürger wird doppelt zur Kasse gebeten: als Beitragszahler und als Steuerzahler. Das ist die ganze Wahrheit.

Das wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode ist im Ergebnis ein Reinfluss. Das können aber weder die SPD noch die CDU zugeben; denn wir befinden uns schließlich im Wahlkampf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Bundesregierung erhält nun die Bundesministerin Ulla Schmidt das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Norbert Barthle [CDU/CSU])

Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre bei Ihrer Rede jetzt gar nicht auf die Idee gekommen, dass sich auch die FDP im Wahlkampf befindet. Zunächst bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die konstruktiven Beratungen und vor allen Dingen bei den Berichterstattern der Koalition, den Kollegen Schurer und Barthle, für die wirklich sehr gute Zusammenarbeit, die dazu geführt hat, dass wir auch im kommenden Jahr einen Haushalt haben werden, der gute Voraussetzungen für die gesundheitliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger schafft.

Mit diesem Haushalt werden wir mehr in Prävention investieren, vor allen Dingen bei HIV/Aids; aber auch im Hinblick auf Bewegung und Ernährung bei den Programmen „IN FORM“ und „3.000 Schritte“. Wir investieren des Weiteren in die Erprobung besserer Versorgungskonzepte vor allen Dingen für demenziell erkrankte Menschen, aber auch in die Verbesserung der Kindergesundheit. Aufgrund der uns vorliegenden Daten wissen wir, dass nicht alle Kinder in Deutschland die gleichen Chancen haben, gesund aufzuwachsen. Hier setzen wir im Rahmen dessen, was ein öffentlicher Haushalt dazu tun kann, die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der größte Betrag in unserem Haushalt ist der Bundeszuschuss an die Krankenversicherung in Höhe von 4 Milliarden Euro. Ich bin sehr froh, dass wir in der langfristigen Haushaltsplanung sichergestellt haben, dass der Betrag in den folgenden Jahren bis zum Erreichen einer Summe von 14 Milliarden Euro um jeweils 1,5 Milliarden Euro erhöht wird. Diese Mittel benötigen wir als pauschale Abgeltung dafür, dass die gesetzliche Krankenversicherung eine Reihe von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben übernimmt, womit bislang die Beitragszahlerinnen

und Beitragszahler belastet werden. Wir halten es für richtig, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen Anteil mittragen, weil dies nicht allein Sache der Beitragszahler sein kann.

Insgesamt stehen den gesetzlich Versicherten im kommenden Jahr über den Gesundheitsfonds 167 Milliarden Euro zur Verfügung. Ich bleibe dabei: Die Krankenkassen tragen im kommenden Jahr kein Einnahmerisiko. In der jetzigen Situation stellt dies eine sehr gute Grundlage im Hinblick auf die Ausgabenplanung für 2009 dar. Die Krankenkassen tragen das Ausgabenrisiko, da sie dafür verantwortlich sind, dass diese 167 Milliarden Euro, die die Beitragszahler hart erarbeiten, effizient und effektiv eingesetzt werden und dafür gesorgt wird, dass kein Geld in irgendwelche Projekte fließt, die für eine gute medizinische Versorgung nicht notwendig sind.

Frau Kollegin Winterstein, die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland sind auch in Zukunft wettbewerblich organisiert. Wettbewerb allein über Beiträge wollten wir nicht mehr, weil er dazu führt, dass Krankenkassen, in denen viele ältere und kranke Menschen versichert sind, höhere Beitragssätze erheben müssen als diejenigen Kassen, die junge und gesunde Versicherte haben. Der Wettbewerb allein über den Beitrag hat dazu geführt, dass wir heute bei den Beiträgen eine Spreizung von 5 Prozent haben. Bei einem Einkommen von 1 000 Euro im Monat macht das 50 Euro Unterschied bei gleichem Anspruch auf Leistung, Medikamente, ärztliche Behandlung und Behandlung im Krankenhaus aus.

Es ist daher richtig, dafür zu sorgen, dass bei den Krankenkassen, die viele ältere Menschen haben, die Beitragssätze nicht stark ansteigen und bei den Krankenkassen, die viele junge Versicherte haben, die Beitragssätze nicht immer weiter abgesenkt werden. Alle sollen sich mit dem gleichen Anteil ihres Einkommens an der Finanzierung der medizinischen Versorgung beteiligen. Die Koalition stellt sich einen Wettbewerb vor, bei dem es um gute Qualität in der Versorgung geht. Dazu gehört, dass sich Krankenkassen anstrengen, einen guten Service für ihre Versicherten zu bieten und gute Verträge abzuschließen, damit die ambulante und die stationäre Versorgung besser koordiniert werden können. Dazu gehört auch, dass eine gute Versorgung für chronisch kranke Menschen organisiert wird und dass Wahlmöglichkeiten, die die Versicherten wollen, eingeräumt werden. Das ist Wettbewerb, wie wir ihn wollen. Wir wollen aber keinen Wettbewerb, der sich nur an Beitragssätzen ausrichtet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Im kommenden Jahr fließen fast 11 Milliarden Euro mehr in das System der gesetzlichen Krankenversicherung. Das ist sehr viel Geld. Aber dieses Geld hat nichts mit dem Gesundheitsfonds zu tun. Es wird investiert, damit wir eine bessere und zugleich transparentere Bezahlung beispielsweise der Vertragsärzte auf den Weg bringen können und damit wir die Kliniken bei ihrer schweren Aufgabe unterstützen können, die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dieses Geld steht auch dafür zur Verfügung, dass mehr Pflegekräfte eingestellt werden können oder dass in der Gesundheitsversorgung

auf einen wachsenden Behandlungsbedarf reagiert werden kann, der entsteht, weil es mehr ältere Menschen gibt. Außerdem kostet der medizinische Fortschritt, der therapeutische Erfolge mit sich bringt, mehr Geld. Wir haben ein Ziel: Wir wollen, dass 100 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir wollen eine Versorgung für alle. Deswegen werden wir auch dafür sorgen, dass das notwendige Geld zur Verfügung steht.

(Widerspruch bei der FDP)

Die FDP hingegen will eine Grundversorgung und eine privat abgesicherte gute Rundumversorgung für die, die Geld haben. Das wissen wir schon lange. Aber das entspricht nicht unserer Auffassung von Gesundheitspolitik in diesem Lande.

Ich will auch noch sagen: Die Lohnnebenkosten liegen im kommenden Jahr bei 39,15 Prozent.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Das stimmt leider nicht!)

Sie können das nachrechnen. Die Versicherten übernehmen 0,9 Prozentpunkte, was zu einer Entlastung bei den Lohnnebenkosten führt.

(Unruhe bei der FDP)

Hören Sie auf, dies in die Lohnnebenkosten hineinzurechnen!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Das stimmt doch alles nicht!)

Die Kassen wissen seit der letzten Woche, wie viel Geld ihnen zugewiesen wird. Wir erwarten, dass die Kassen ihre Chancen nutzen, Verhandlungsmöglichkeiten ausloten und dass sie sich daranmachen, dieses Geld - sie wissen jetzt erstmals, wie viel Geld sie für ein ganzes Jahr, aufgeteilt auf zwölf Monatsraten, zur Verfügung haben - für gute Versorgungsangebote, für guten Service und für wirtschaftliches Handeln einzusetzen. Ich glaube, an diesem Punkt haben die Kassen einiges zu tun. Das wird sie vor neue Herausforderungen stellen. Aber wir brauchen das, damit wir zu einer guten Gesundheitsversorgung kommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein weiterer Punkt ist die Finanzierung und Zukunft der Krankenhäuser. Die Bundesregierung hat beschlossen, dass wir im kommenden Jahr zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Demnächst wird ein entsprechendes Gesetz hier beraten. Wir sind bei der Verabschiedung des Gesetzentwurfs davon ausgegangen, dass 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Der Schätzerkreis hat 500 Millionen Euro für Mengenausweitungen und anderes mehr hinzuaddiert.

In diesen 3,5 Milliarden Euro sind aufgrund des Wegfalls des Solidarbeitrages, des Auslaufens der Anschubfinanzierung und der Grundlohnsummensteigerung

1,5 Milliarden Euro enthalten, die den Krankenhäusern für eine gute Versorgung zur Verfügung stehen. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Die Krankenhäuser selbst fordern 6,7 Milliarden Euro für die Jahre 2008 und 2009. Alle Experten gehen davon aus, dass die Krankenhäuser im Jahre 2008 2 Milliarden Euro erhalten werden. Für das kommende Jahr haben wir im Gesundheitsfonds 3,5 Milliarden Euro eingeplant.

Wenn man dazunimmt, was die Krankenhäuser auch über die private Krankenversicherung und die Beihilfe erhalten, kann man sagen: Allein damit sind rund 6 Milliarden Euro von den geforderten 6,7 Milliarden erfüllt. Das Folgende sage ich jetzt auch an die Fraktion Die Linke. Wenn die Länder ihre Verpflichtung wahrnehmen und Mittel für die Investitionen bereitstellen würden, stünden die deutschen Krankenhäuser richtig gut da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben heute wieder gefordert, dass der Bund Steuermittel zur Verfügung stellen soll, während sich Ihre Gesundheitssenatorin in Berlin, so glaube ich, nie dafür eingesetzt hat, dass die 50 Prozent von den Investitionen, die in Berlin noch fehlen und die in jedem Land erhöht werden müssen, erbracht werden. So funktioniert das Ganze nicht.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ihr Regierender Bürgermeister - was macht denn der?)

- Ich greife meine Leute an, Sie greifen Ihre nicht an. Ich bin die Einzige, die deswegen durchs Land geht. Von Ihnen habe ich noch nichts gehört, damit der Investitionsanteil der Länder wirklich hereinkommt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Norbert Barthle [CDU/CSU]:

Das hat gegessen!)

Dazu sage ich: Hier werden nur Forderungen gestellt, und es wird gar nicht akzeptiert, dass in der föderalen Struktur, die wir haben, die Länder für die Investitionen verantwortlich sind. Wenn die Länder das nicht wollen, sind wir gerne bereit, andere gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Wer bestimmt, wie viele Betten es in einem Land gibt, der muss auch dafür sorgen, dass die Aufgabenteilung bei der Finanzierung stimmt. Die Krankenkassen sind für den Bedarf an medizinischer Versorgung und für die Innovationen da. Die Länder sind für die Investitionen, also die Kosten der Gebäude und auch der Geräte, zuständig. Da haben sie ihre Aufgabe wahrzunehmen. Ich erwarte, dass auch die Vertreter der Krankenhäuser - und Sie mit - genau dies einfordern. Denn das brauchen wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Frank Spieth [DIE LINKE]:

Aufgabe der Bundesregierung ist es, die Länder in die Verpflichtung zu nehmen!)

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, das Geld der Beitragszahler ist hart erarbeitet. Deshalb werden wir auch nicht lockerlassen, darauf zu achten, dass das Geld der Beitragszahler dahin fließt, wo wir es für eine gute Versorgung brauchen.

Hinsichtlich der Frage, wie das Geld verteilt wird, möchte ich hier abschließend noch einmal Folgendes sagen. Da geht es nicht nur um die Krankenhäuser. Da geht es nicht nur um die Apotheker. Da geht es nicht nur um die Ärzte oder andere. Vielmehr geht es uns um die Patientinnen und Patienten. Wir müssen dafür sorgen, dass das Ganze und nicht nur ein Teilbereich stimmt. Ich glaube, dass wir deswegen mit unseren Projekten und auch mit dem Gesundheitsfonds, der eine fairere Finanzierung bietet, sowie mit dem, was wir im Haushalt vorgesehen haben, einen guten Weg einschlagen.

Ich bedanke mich ganz herzlich. Machen wir weiter so!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Frank Spieth [DIE LINKE]: Gute Nacht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Martina Bunge ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen dreht sich die Debatte um den Gesundheitsfonds mit seinen rund 167 Milliarden Euro. Der Einzelplan des Bundeshaushalts, über den wir heute sprechen und zu befinden haben, ist dagegen sehr bescheiden. Für das Jahr 2009 sind ganze 4,45 Milliarden Euro vorgesehen. Die Ministerin sagte es gerade: 4 Milliarden Euro davon sollen an den Fonds gehen. Also nur mit Aufwendungen im Null-Komma-Milliarden-Bereich will die Bundesregierung gesamtgesellschaftliche Aufgaben für die Gesundheit der Bevölkerung befördern. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Gesundheit in Deutschland trotz der milliardenschweren Ausgaben über die Krankenversicherung im EU-weiten Vergleich im hinteren Mittelfeld liegt.

Es ist traurig, aber wahr: In der Bundesrepublik ist Gesundheit stark vom sozialen Status abhängig. – Zugegeben, die Erkenntnis ist nicht neu. Die Erkenntnis ist nicht neu, dass arme Männer im Durchschnitt zehn Jahre früher als reiche sterben. Es ist lange bekannt: Armut macht krank. Das ist unhaltbar, so denken wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade weil diese Erkenntnis nicht neu ist, sollte man meinen, dass sie zu politischen Maßnahmen führt. Aber an dieser Bundesregierung geht diese Erkenntnis vorüber, ohne dass sie den geringsten Niederschlag in der Politik und auch im Haushalt findet.

Wer die Gesundheit befördern will, muss aber zuallererst die sozialbedingte Ungleichheit der Gesundheitschancen verringern. Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Bildungspolitik müssen hierfür Hand in Hand gehen; aber leider passiert das nicht. Wenn Sie nun schon nichts dagegen tun, dass sich die Schere immer weiter auseinanderspreizt, dann wäre es zumindest geboten, gegen die Auswirkungen dieses Auseinanderspreizens auf die Gesundheit vorzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was aber macht die Bundesregierung? Gesundheitskampagnen. Obwohl in der Koalitionsvereinbarung 2005 fixiert, hat die Große Koalition dank besonderer Unterstützung seitens der CDU/CSU kein Präventionsgesetz zustande gebracht.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]:

Unglaublich!)

Werbekampagnen – ich meine, Gesundheitskampagnen – sollen jetzt demonstrieren, dass die Bundesregierung auf dem Feld der Prävention aktiv ist. Die Wirkung dieser Kampagnen ist aber sehr umstritten, vor allem, weil sie nicht diejenigen erreicht, die am meisten betroffen sind, nämlich Menschen mit wenigen Ressourcen – und das

sind in der Regel sozial benachteiligte Menschen. Anstatt dass die Regierung also versucht, die gesundheitlichen Folgen ihrer Politik zumindest zu mildern, verschärft sie die Situation noch.

(Beifall bei der LINKEN)

Verschärft wird unseres Erachtens auch die Situation für die Präventionsmaßnahmen der Krankenkassen. Diese werden zuallererst bei freiwilligen Leistungen und damit bei der Prävention sparen, wenn das Geld in Zeiten des Gesundheitsfonds knapp wird. Aus Wettbewerbsgründen werden sie sehr lange – so lange wie möglich – warten, Zusatzbeiträge zu erheben. Ich habe, ehrlich gesagt, sehr große Sorge um die Primärprävention. Ich sehe da richtig schwarz.

Trotz aller Beteuerungen der Bundesregierung ist zu konstatieren: Gesundheitsförderung und Prävention haben keinen guten Stand bei dieser Bundesregierung. Tausende auf diesem Gebiet Engagierte sind zutiefst enttäuscht. Funktionierende Konzepte für Kinder und Jugendliche, für Menschen aller Altersgruppen können nicht verstetigt bzw. verbreitert werden. Um hier endlich Änderungen zu schaffen, muss ein Präventionsgesetz her,

(Beifall der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

das die soziale Ungleichheit ins Zentrum rückt, wie von meiner Fraktion vorgeschlagen.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Fangen Sie doch jetzt schon einmal damit an!)

Dies ist ein Ansatz, der im Juni dieses Jahres in einer Anhörung breite Zustimmung bei den Experten fand. Im Haushalt muss die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hierfür zum Ausdruck kommen. Deshalb schlagen wir die Bereitstellung von 1 Milliarde Euro für die Prävention vor. Das wäre nicht zu viel für diese wichtige Aufgabe.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Norbert Barthle, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Bunge, Sie haben eine interessante These aufgestellt: Armut macht krank.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist wissenschaftliche Forschung! – Dr. Martina Bunge

[DIE LINKE]: Das sage ich nicht allein! –

Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Ich will darüber gar nicht streiten. Ich will nur feststellen: In denjenigen Ländern in Deutschland, in denen die Linke mitregiert, geht es den Menschen deutlich schlechter als in denen, in denen die CDU mitregiert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Also heißt dies doch: Die Linke macht arm.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn dies so ist, brauche ich gar nicht weiterzureden. Nach der hervorragenden Haushaltsrede, die die Ministerin Schmidt gehalten hat, will ich meine Ausführungen auf einige Schwerpunkte lenken, die sonst untergehen könnten. Zuallererst möchte ich sagen: Den Dank, Frau Ministerin, den Sie geäußert haben, will ich zurückgeben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und Ihrem Haus für die sehr gute Zusammenarbeit und die tatkräftige Unterstützung. Ich bedanke mich auch beim Sekretariat des Haushaltsausschusses; es hat häufig bis in die Nachtstunden aufopferungsvoll gearbeitet. Ich bedanke mich bei den Referenten unserer Fraktion und natürlich bei den Kolleginnen und Kollegen Berichterstatlern, die über die Parteigrenzen hinweg sehr gut und konstruktiv zusammengearbeitet haben. Eines ist mir noch erwähnenswert: Der Etat des Gesundheitsministeriums wurde im parlamentarischen Verfahren dieses Jahres praktisch nicht verändert. Es war gerade einmal eine Baumaßnahme, die wir verschieben mussten; ansonsten sind wir beim Regierungsentwurf geblieben. Das ist angesichts der Tatsache, dass das Haushaltsrecht das Königsrecht des Parlaments ist, etwas Außergewöhnliches.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Da ist ja nicht viel drin!)

Dieses Ergebnis kam dadurch zustande, dass der Regierungsentwurf gut war und die Kommunikation zwischen den Berichterstatlern und dem Haus sehr gut funktioniert. Sie wissen, was wir wollen, und wir wissen, was Sie wollen. Auch dafür mein herzlicher Dank. Nun aber zur Gesundheit. Ein kluger Kopf sagte einmal: Gesundheit ist ein Geschenk, das man sich selber machen muss. Da ist was dran. Je älter man wird, desto wahrer wird dieser Satz. Da wir Deutschen immer älter werden, ist er umso richtiger. Mädchen, die heute geboren werden, zum Beispiel die Tochter unseres Haushaltskollegen Alexander Bonde, dem ich von dieser Stelle ebenso wie seiner Frau Conny ganz herzlich gratulieren will

(Beifall)

- ja, das ist einen Beifall wert; dazu kann man nur sagen: Weiter so! -, haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82 Jahren.

Ein anderer kluger Kopf sagte, dass nicht die Jahre in unserem Leben zählen, sondern das Leben in unseren Jahren. Es kommt also auch auf die Qualität und nicht nur auf die Quantität an. Das ist der Grund, weshalb viele Menschen Sport treiben. Damit bin ich wieder am Ausgangspunkt: Gesundheit ist nichts Selbstverständliches. Dafür ist nicht nur die Medizin zuständig, sondern dafür sind vor allem wir selbst zuständig. Je früher man dieses Bewusstsein bei den Menschen implantiert, desto besser ist es.

Wenn Mädchen und Jungen bereits in der Familie, im Kindergarten und in der Schule gesundes Verhalten von ihren Eltern, ihren Erzieherinnen und Erziehern sowie ihren Lehrerinnen und Lehrern erlernen, dann ist das der beste Weg.

(Ute Kumpf [SPD]: Von den Eltern müssen sie vor allem lernen!)

Das können wir zwar nicht herbeiführen, aber unterstützen, und das tun die Koalitionsfraktionen und die Regierung mit dem Haushaltsentwurf für 2009 noch stärker als bisher: 3 Millionen Euro mehr für Prävention, 40 Millionen Euro insgesamt. Das ist angesichts der geringen Spielräume in diesem Etat eine gute Botschaft für uns alle.

Dabei lobe ich ausdrücklich, dass sich das Ministerium nicht nur gegen die Volksseuche Übergewicht einsetzt, sondern sich zunehmend auch das Thema Schlankeitswahn vornimmt; denn die gesundheitlichen Folgen sind in beiden Fällen ähnlich gravierend.

In den Bereichen „Aidsaufklärung“ und „Drogen- und Suchtmittelmissbrauch“ unterstützen Union und SPD die lobenswerte Arbeit Ihres Hauses und der nachgeordneten Behörden ebenfalls. Jede vermiedene Neuinfektion und jedes vermiedene Abrutschen in die Sucht sind ein Erfolg und ersparen der Solidargemeinschaft, nebenbei bemerkt, erhebliche Folgekosten.

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt aufgreifen, der in den Gesprächen der Berichterstatter mit dem Hauptpersonalrat eine große Rolle gespielt hat. Die Personalsituation in den Ministerien und in den nachgeordneten Behörden ist angespannt. Normalerweise drängen wir Haushälter auf weitere Personaleinsparungen; heute muss ich aber sagen: Ich begrüße es, dass wir die lineare Stellenkürzung auf 0,6 Prozent abgesenkt haben. Inzwischen ist das für manch eine nachgeordnete Behörde Ihres Hauses, Frau Ministerin, genug, fast zu viel.

Ich erwarte deshalb, dass Ihr Haus zusammen mit dem Personalrat in den kommenden Jahren ein tragfähiges Konzept entwickelt, das uns über lange Zeit hinweg vor einer schwierigen Situation bewahrt. Vielleicht muss man eine ordentliche Aufgabenkritik vornehmen und sich von manchen Tätigkeitsfeldern trennen. Ein „Weiter so!“ kann es jedenfalls nicht geben; denn auch bei der Personalgewinnung stehen wir inzwischen vor Problemen, die sich nicht einfach lösen lassen. Wir brauchen in den Fachabteilungen und in den Behörden immer weniger allgegenwärtige Juristen oder Verwaltungsexperten, sondern Chemiker, Physiker, Mediziner und Informatiker. (Otto Fricke [FDP]: Nichts gegen Juristen!)

Der öffentliche Dienst steht natürlich in Konkurrenz zu anderen Bereichen, insbesondere zur Privatwirtschaft. Manchmal passiert es, dass eine junge Ärztin, die sich beworben hat, nachdem sie die Rahmenbedingungen, zum Beispiel das Gehaltsniveau, erfahren hat, sofort wieder Lebewohl sagt. Kompensieren kann man das nur dadurch, dass man die ohnehin „schwierige“ Bezahlung durch entsprechende Angebote kompensiert, zum Beispiel durch solche, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen. Man muss also Dinge anbieten können, die ansonsten nicht so leicht zu erreichen sind. Wir brauchen vor allem auf diesem Feld gute Ideen und kreative Konzepte, um die öffentliche Verwaltung flexibler gestalten und für attraktive Stellen sorgen zu können.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch auf die Kritik am Gesundheitsfonds eingehen. Das richtet sich an die Adresse der FDP: Wenn Ihnen die Erhöhungen des



Beitragsatzes, die wir aufgrund der Vergütung für die Ärzte, aufgrund der Vergütung für das Pflegepersonal in den Krankenhäusern und aufgrund der Kostensteigerungen im Medikamentenbereich vorgenommen haben, nicht recht sind, dann können Sie das sagen. Aber die Beitragssteigerungen sind genau darauf zurückzuführen und haben mit dem Fonds nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das muss man wieder einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ewald Schurer [SPD])

Abschließend möchte ich sagen: Der Etat des Gesundheitsministeriums ist ein guter. Ich empfehle Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Birgitt Bender ist die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen ist viel von der Rückkehr des Staates die Rede gewesen: Angesichts der Finanzmarktkrise müsse die Politik wieder die Zügel in die Hand nehmen; Deregulierung und übermäßiges Marktvertrauen seien gestern gewesen. Wenn man sich die Gesundheitspolitik dieser Ministerin und der Großen Koalition in ihrem Fahrwasser ansieht, könnte man fast auf die Idee kommen, dass sie ihrer Zeit voraus sind: So viel Staat wie seit der letzten Gesundheitsreform hat es im Gesundheitswesen dieser Republik noch nie gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Da aber endet die Analogie. Was für die anarchischen Finanzmärkte eine dringend notwendige Medizin ist, wird sich für die Gesundheitsversorgung als Gift erweisen. Verglichen mit Gesundheitssystemen in anderen Ländern ist die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland finanziell gut ausgestattet.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Das liegt auch daran, dass die GKV mit ihren zweckgebundenen Beiträgen und der Beitragsfestsetzung durch die Kassen bisher vergleichsweise unabhängig über ihre Finanzausstattung entscheiden konnte. Das unterscheidet sie von Gesundheitssystemen, die aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden.

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Herr Kollege Spahn, wir haben das in Großbritannien studieren können, und wir haben beispielsweise in Kanada sehr eindrucksvoll vorgeführt bekommen, zu welchen Situationen von Unterversorgung das je nach Haushaltslage führen kann.

In Deutschland wird sich das durch den Gesundheitsfonds grundlegend ändern; denn jetzt übernimmt auch hier der Staat die Regie für die Einnahmeseite des Gesundheitswesens.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]:

Falsch! – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie müssten es doch besser wissen!)

Künftig, liebe Kollegin Widmann-Mauz, wird die Finanzausstattung der Krankenkassen mehr von politischen Konjunkturen und Kalkülen als von den Anforderungen der Gesundheitsversorgung abhängig sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Den Auftakt für diesen Paradigmenwechsel haben wir  
in den letzten Wochen mit der Diskussion über die erstmalige  
Festsetzung des Einheitsbeitrags für das nächste  
Jahr schon erlebt.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das war ein  
Vorgesmack!)

Die beschlossenen 15,5 Prozent sind ausschließlich der  
Absicht geschuldet, den Gesamtsozialversicherungsbeitrag  
zu Beginn des Wahljahres möglichst nicht ansteigen  
zu lassen – die Ministerin hat uns das vorhin noch einmal  
vorgeführt –; deswegen darf der Beitragssatz der  
GKV nicht stärker ansteigen, als Sie den Beitrag zur  
Arbeitslosenversicherung

absenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Heinz Lanfermann [FDP]: Nur vorübergehend!)

Reichen werden diese 15,5 Prozent aber hinten und  
vorne nicht. Das sagen die Kassen schon seit einiger  
Zeit.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wollen Sie  
noch weiter steigern?)

Inzwischen – das muss man sagen – räumt die Koalition,  
wenn auch auf etwas verdruckte Weise, im Grunde  
genommen genau dies ein. Die Spatzen pfeifen von den  
Dächern, dass Sie bei den Krankenhäusern das zusätzliche  
Geld, das Sie mit der einen Hand versprochen haben,  
mit der anderen Hand wieder einsammeln wollen.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Den  
Vorschlag kenne ich nur von den Kassen! –

Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie sind aber  
schlecht informiert!)

In Zukunft soll wieder 1 Milliarde Euro aus diesem Bereich  
herausgeholt werden. Daran sieht man doch, liebe  
Kolleginnen und Kollegen aus der Union und überhaupt  
aus der Koalition, dass Sie hier eine Gesundheitspolitik  
machen, die sich zwischen gesundheitspolitischen Zielsetzungen  
auf der einen Seite und fiskalpolitischen auf  
der anderen Seite nicht entscheiden kann. Mit diesen  
selbstgeschaffenen Handlungszwängen haben Sie sich  
selber völlig überfordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsächlich ist das erst der Anfang; denn wer die Einnahmen  
kontrolliert, muss natürlich auch die Ausgaben  
diktieren. Auch da kann man wieder auf das Beispiel  
Krankenhausfinanzierung schauen: Künftig möchte die  
Regierung jedes Jahr festlegen, ob – und, wenn ja, wie  
stark – die Preise für Krankenhausleistungen steigen  
dürfen. Damit wird dieser Sektor, der ohnehin schon  
stark von politischen Kalkülen geprägt ist, vollends von  
Kalkülen abhängig, die mit der Gesundheitsversorgung  
nichts zu tun haben.

Statt für mehr finanzielle Eigenständigkeit der gesetzlichen  
Krankenversicherung sorgt die Große Koalition  
für staatliche Finanzsteuerung und Dirigismus. Bald  
wird man das System kaum noch wiedererkennen. Das  
ist kein Kompliment. Das wird der Qualität der Gesundheitsversorgung  
schaden. Manchmal habe ich den Eindruck,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition,

dass noch nicht alle von Ihnen wirklich erfasst haben, auf welchen Weg Sie sich begeben haben.

(Otto Fricke [FDP]: Ach! Die kennen doch noch nicht einmal die ungefähre Richtung!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Es wird Zeit, aufzuwachen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ewald Schurer erhält nun das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ewald Schurer (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der guten Ordnung halber möchte auch ich mich erst einmal bedanken.

Das ist der letzte Haushalt, zu dem ich in dieser Legislatur in meiner Funktion als Hauptberichterstatter für Gesundheit spreche. Was danach geschieht, werden das Schicksal und das Ergebnis der Bundestagswahl im September 2009 entscheiden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU – Heinz Lanfermann [FDP]: Interessant!

Gibt es also in Zukunft keinen Gesundheitshaushalt mehr, oder was soll das heißen?)

Alle Spekulationen, die vonseiten der FDP angestellt werden, sind ohnehin verfrüht. Sie werden sich nicht so erfüllen, wie man es sich bei Blau-Gelb wünscht.

Mein Dank geht an die Ministerin und an alle Beteiligten im Gesundheitsministerium. Mein Dank geht natürlich

auch an das Finanzministerium, an die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, an das Haushaltssekretariat

und an alle anderen, die daran mitgewirkt haben, dass

wir unsere Beratungen relativ geräuschlos abschließen

konnten, und das trotz einer Unterbrechung. Denn aufgrund

der Finanzmarktkrise waren die Haushaltsberatungen

faktisch für eine Woche unterbrochen. Trotzdem haben

wir inhaltlich sehr gute Ergebnisse erzielt.

Ich möchte mich auch bei meinem Kollegen Norbert

Barthle bedanken. Wir hatten im Hinblick auf die Gesundheitsreform

zwar nicht immer die gleichen inhaltlichen

Präferenzen, haben es aber geschafft, relativ kollegial

und sehr gut zusammenzuarbeiten.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: „Relativ“?

Was heißt das denn? Das ist ja sehr interessant!)

Mein Dank richtet sich auch an die Berichterstatter

der Oppositionsfraktionen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen

haben wir es geschafft, immer sehr fair über

die Inhalte zu diskutieren, auch wenn wir oftmals zu verschiedenen Ergebnissen gekommen sind.

Richtig ist: Im Mittelpunkt des Gesundheitshaushalts

stehen die 4 Milliarden Euro, die für die pauschale Abgeltung

der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben bereitgestellt werden.

Diese Mittel wurden um 1,5 Milliarden Euro erhöht.

(Otto Fricke [FDP]: Ach! Das ist doch angeblich

noch gar nichts! Ich denke, das wird noch

viel mehr!)

In der Perspektive wollen wir auf einen Betrag von

14 Milliarden Euro kommen.

Verehrte Frau Bunge, aufgrund der Rückstellungen

für die Baumaßnahmen beim RKI stehen nur noch

424 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist zwar der

Kern dieses Haushalts, wurde von Ihnen allerdings missinterpretiert. Dieser Betrag versetzt das Gesundheitsministerium in die Lage, gemeinsam mit fünf weiteren Instituten alle hoheitlichen Aufgaben in diesem Bereich wunderbar zu erledigen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wir auch den fachlichen Belangen des Leitinstituts im Bereich von Public Health, dem RKI, durch einen Stellenaufwuchs gerecht geworden sind. Ich möchte auf die Struktur des Haushalts eingehen. Für die eigentlichen Aufgaben des BMG werden 73 Millionen Euro und für allgemeine Bewilligungen 121,5 Millionen Euro bereitgestellt. Aufgrund der bereits erwähnten Rückstellungen für Baumaßnahmen beim RKI benötigen wir im Augenblick noch 210 Millionen Euro für Institute. In Kap. 1567 verbleiben noch 19,4 Millionen Euro für die sogenannten Versorgungsausgaben in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, wir haben inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Mit diesem Haushalt werden 73 Millionen Euro für gesundheitspolitisch relevante Maßnahmen des Ministeriums zur Verfügung gestellt.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Wo denn?)

- Frau Bunge, Sie müssen sich einmal genau informieren, was im Haushalt steht.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Ich kann Haushalte lesen!)

Es geht um Forschungsvorhaben, Modellprogramme und Maßnahmen zur gesundheitlichen Aufklärung. Mich interessiert ganz besonders der Bereich der Prävention. Das hat allerdings nichts mit Ihrem Schaufensterantrag zu tun, der nur beweist, dass Sie das System der Bezahlung und der finanziellen Generierung gesundheitlicher Leistungen nicht verstehen. Die 1 Milliarde Euro, um die es hierbei geht, muss auch durch die im Gesundheitswesen gezahlten Beiträge aufgebracht werden, also von den Krankenkassen. Auch die Kassen werden sich künftig vermehrt präventiven Leistungen widmen. Die 40 Millionen Euro, die an dieser Stelle eingeplant sind, sind wichtig, weil es um ernste Inhalte geht. Uns alle beschäftigt zum Beispiel die Tatsache, dass die Zahl der Aids-Neuinfektionen leider erneut gestiegen ist; deswegen kommt der Aufklärung an dieser Stelle eine eminent wichtige Bedeutung zu.

Ich habe schon bei der ersten Lesung des Haushalts darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs, gerade durch junge Menschen, intensiv fortgesetzt werden muss. In einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die am 14. November dieses Jahres veröffentlicht wurde, kommt ganz deutlich zum Ausdruck, dass mittlerweile mehr als 1 Million junge Menschen in Deutschland regelmäßig exzessiv Alkohol trinken, um sich zu entspannen. Diese Dinge müssen mit neuen, wirksamen Konzepten bekämpft werden. Wir brauchen dabei neue und unkonventionelle Wege, um junge Menschen in dieser schwierigen Lebensphase - zum Beispiel in der Pubertät - zu erreichen. Wir erreichen mit dem pädagogischen Zeigefinger und altbackenen Methoden nichts. Das sind ganz wichtige Dinge. Verehrte Kollegin, über diese Dinge und nicht über Schaufensteranträge müssen wir

reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Zum RKI ist bereits einiges gesagt worden. Wir sind stolz darauf, dass wir als Haushälter aufgrund der fachlichen Notwendigkeiten – Stichwort: Public Health – dazu beigetragen haben, die zentrale Überwachungs- und Forschungseinrichtung RKI in drei Schritten mit 45 neuen Stellen so auszustatten, dass es seine originären Aufgaben auch künftig wahrnehmen kann.

Es gibt eben auch Gesundheitsrisiken, die sich verändert haben. Ich nenne zum Beispiel den Anstieg der Anzahl der HI-Viren, die Influenzaverbreitung, das Auftreten von Pandemien und die Ausweitung der Antibiotikaresistenzen. All das sind immense wissenschaftliche Aufgaben, denen sich das RKI zu stellen hat. Deswegen haben wir als Haushälter an dieser Stelle gesagt: Es geht nicht nur um den Sparprozess, sondern auch darum, dieses Institut im Hinblick auf seine weltweite Reputation und den wissenschaftlichen Dialog so auszustatten, dass man federführend ist und gut arbeiten kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor: Der politische Diskurs über die Ursachen und Wirkungen der internationalen Finanzkrise wird sich auch auf das Feld der Gesundheitsversorgung ausweiten; das ist ganz klar. Daher sage ich als Sozialdemokrat ganz bewusst: Wir sehen jetzt, dass es für die Menschen von eminenter Bedeutung ist, dass es funktionierende öffentliche Gesundheitssysteme gibt, die durch die Art und Weise, wie sie in Deutschland – auch aufgrund der öffentlichen Strukturen – angelegt sind, ein Stück weit Stabilität besitzen. Das ist ein Wert an sich, den wir als Sozialdemokraten in dieser Zeit der Finanzkrise bewusst unterstreichen wollen und müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier auch noch einen weiteren Gedanken ansprechen, der für mich in diesen vier Jahren als Gesundheitshaushälter immer mehr an Bedeutung gewonnen hat: Es wird in der öffentlichen Diskussion immer nur von den Kosten der Gesundheitsmechanik gesprochen. Kosten bedeuten aber auch Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung dient der Gesundheit der Menschen. Es ist richtig: In allen wissenschaftlichen Studien wird gesagt, dass die Bildungsvoraussetzungen der Menschen für ihr späteres Bewusstsein im Bereich der Gesundheit immens wichtig sind. Auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sind für ihre Gesundheit von eminenter Bedeutung.

Umso mehr betone ich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesicherten Arbeitsverhältnissen durch ihre soziale Absicherung bessere Chancen haben, gesund zu werden bzw. zu bleiben, während Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen – auch das besagt die Sozialforschung – aufgrund der nicht vorhandenen sozialen Standards in der Tat einem eminent hohen Risiko ausgesetzt sind, krank zu werden. Daher will ich diesen Zusammenhang hier bewusst ansprechen. In der Gesundheitslandschaft gibt es mittlerweile ganz andere Verhältnisse.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie bitte daran, dass Sie jetzt gerade noch Zeit für eine fulminante Schlussbemerkung, aber nicht mehr für einen neuen Abschnitt haben.

(Heiterkeit)

Ewald Schurer (SPD):

Herr Präsident, ich danke Ihnen für diesen zarten Hinweis. Ich möchte zum Schluss sagen: 4,6 Millionen Menschen in Deutschland sind mittlerweile im Gesundheitssektor beschäftigt. Die Prognosen besagen, dass es bis 2020 800 000 Menschen mehr sein werden. Ich glaube, Herr Präsident, das ist fulminant.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Versuch, jetzt alle namentlich anzusprechen, würde sicher scheitern.

(Heiterkeit)

Ewald Schurer (SPD):

Der Gesundheitssektor ist gemeinsam mit dem Umweltsektor derjenige Sektor, der für die Wertschöpfung der Volkswirtschaft künftig von eminenter Bedeutung ist. In diesem Sinne glaube ich sagen zu können, dass wir einen guten Haushalt vorgelegt haben. Ich bedanke mich für die große Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Kollege Heinz Lanfermann für die FDP-Fraktion das Wort, die ihm ärgerlicherweise auch nur fünf Minuten zubilligt.

(Beifall bei der FDP)

Heinz Lanfermann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade heute - zu dieser Debatte passend - ist die neue Allensbach-Studie zum Gesundheitswesen vorgestellt worden. Ich nenne einmal vier wesentliche Ergebnisse in Schlagworten: Nur noch etwa jeder Zweite ist mit dem Gesundheitswesen zufrieden. Mehr als 60 Prozent rechnen mit einer sich verschlechternden Gesundheitsversorgung. 87 Prozent aller Ärzte prophezeien eine Zweiklassenmedizin. 94 Prozent der ostdeutschen Ärzte rechnen mit einem Ärztemangel in ihrer Region. Nach drei Jahren Gesundheitspolitik der Großen Koalition ist das die Realität. Realität ist also nicht die Heile-Welt-Rhetorik der Gesundheitsministerin.

(Beifall bei der FDP)

Die Bilanz der letzten drei Jahre ist - auch wenn die Jahre davor ebenfalls nicht besonders gut waren - wirklich erschreckend: immer mehr Gesetze, die zudem handwerklich immer schlechter werden; immer mehr Bürokratie; immer mehr Staat; höhere Beiträge; ein nicht zu übersehender Trend zu schlechteren Leistungen; weniger Selbstverwaltung und dafür noch mehr Gängelung.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Wie wahr!)

Verbunden wird das Ganze mit einer gewissen Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung - ich will jetzt nicht „Propaganda“ sagen - und der Realität. Ein Beispiel dafür haben wir heute erlebt.

Meine Damen und Herren, machen wir heute

Abend noch eine kleine Rechenstunde - alles bezogen auf das nächste Jahr -: 19,9 Prozent Rentenversicherung, 14,6 Prozent Krankenversicherung - so sagt die Ministerin; ich belasse es einmal dabei -, 2,8 Prozent Arbeitslosenversicherung und 1,9 Prozent Pflegeversicherung; bei den Kinderlosen ist es noch etwas mehr - das sind insgesamt 39,2 Prozent. Damit, so behauptet die Ministerin, wäre die Selbstvorgabe der Großen Koalition im Koalitionsvertrag erfüllt, dauerhaft dafür zu sorgen, dass die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent sinken.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Das ist Rosstäuscherei!)

Dabei haben Sie etwas übersehen, Frau Ministerin. Es war nämlich nicht die Rede von Arbeitgeberbeiträgen, sondern von Lohnnebenkosten. Das sind diejenigen prozentualen Beiträge, die nach dem Gesetz verpflichtend von Lohn und Gehalt abgeführt werden. Dann gibt es den kleinen Unterschied - der wirkt sich für Arbeitnehmer aber noch schlimmer aus, als wenn, wie üblich, geteilt wird; das bejammern Sie sonst immer -: Das ist der Teil des Beitrages zur Krankenversicherung - 0,9 Prozent -, den die Arbeitnehmer selbst zu zahlen haben. Das gehört aber auch zu den gesetzlich vorgeschriebenen Lohnnebenkosten, die man abführen muss.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Sehr wahr!)

Wenn wir also auf diesen Taschenspielertrick aus der untersten Schublade nicht hereinfallen wollen, dann müssen wir diese 0,9 Prozent dazurechnen. Damit sind wir tatsächlich bei 40,1 Prozent. Das sind - glauben Sie es mir, Frau Ministerin - wirklich mehr als 40 Prozent. (Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Gedanke zur Differenz zwischen Darstellung und Realität. Die Bundesregierung gibt sich trotz aller Anfragen, trotz aller Bemerkungen und trotz aller entsprechenden Vorträge in diesem Hohen Hause viel Mühe, einfach darüber hinwegzureden und zu ignorieren, dass bei diesem bürokratischen Monster Gesundheitsfonds Bürokratiekosten entstehen. Die Bundesregierung behauptet immer - das ist sogar amtlich; es steht nämlich in den Mitteilungen des Bundespresseamtes -, es seien nur ganz wenige Stellen, die zusätzlich geschaffen würden, damit man die Gelder, die im Zusammenhang mit dem Risikostrukturausgleich schon jetzt eingingen und verwaltet würden, an die Krankenkassen verteile, die auf das warteten, was ihnen zugeteilt werde. Immer wieder verschweigen oder negieren Sie, dass 51 Millionen Versicherte - ich rede nur von denen, die etwas zahlen, nicht von den Mitversicherten - jetzt neue Konten bekommen müssen. Konten dieser Art hat es bisher nicht gegeben und musste es auch nicht geben. Der AOK-Bundesverband - nicht die FDP - hat gesagt: Das führt zu Kosten von 2,50 Euro pro Versicherten und Monat. Ich glaube, das ist eher konservativ gerechnet; denn man muss Personalkosten, Raumkosten, Kosten für EDV usw. dazurechnen. Im Monat 2,50 Euro mal 51 Millionen - ich bleibe bei dieser Rechnung - sind nun einmal etwa 125 Millionen Euro. Da das bezogen auf das Jahr bekanntlich zwölfmal so viel ist, sind das jährlich 1,5 Milliarden oder 1 500 Millionen Euro, wie immer Sie es gerne hätten. Das entspricht im Übrigen 0,15 Prozentpunkten

des Beitragssatzes.

Jetzt rede ich vom Geld der Beitragszahler. Das ist nämlich wichtig, wie wir schon bei dem anderen Beispiel gesehen haben. Entweder schlagen Sie das Geld den Versicherten bei Ihrer nächsten staatlichen Zwangsfestsetzung der Beiträge drauf,

(Zuruf von der FDP: Das wollen sie doch!)

oder Sie schreiben den Kassen vor, die 0,15 Prozentpunkte wieder einzusparen oder nach der Logik dessen, was Sie mit Ihrem Gesundheitsfonds angerichtet haben, Zusatzbeiträge in entsprechender Höhe zu erheben.

Das sind nur drei kleine Beispiele für den Unterschied zwischen Darstellung und Realität.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Zöllner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Lanfermann. Da Sie sich so stark auf Umfragen gestützt haben, schildere ich Ihnen das folgende Ergebnis einer Umfrage: Danach befragt, ob ältere, pflegebedürftige Menschen in Pflegeheimen mit Dihydrogenmonoxid behandelt werden dürfen, gaben 95 Prozent an, das müsse sofort abgestellt werden. Dabei ist Dihydrogenmonoxid normales Trinkwasser.

Es kommt also darauf an, wie eine Frage gestellt wird und welche Konsequenzen man daraus zieht.

(Otto Fricke [FDP]: Sie behaupten also, es ist falsch gefragt worden?)

Ich kann schon im Vorhinein die gewünschte Antwort mit meiner Frage vorgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU - Heinz

Lanfermann [FDP]: Ist falsch gefragt oder falsch geantwortet worden?)

- Wenn Sie eine Frage haben, können Sie sie gerne stellen. Dann bekommen Sie die richtige Antwort.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Jetzt haben Sie Herrn Lanfermann zu einer Zwischenfrage ermuntert.

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Lanfermann, bitte.

Heinz Lanfermann (FDP):

Herr Kollege Zöllner, meine Frage geht dahin: Hat Allensbach falsch gefragt, haben die betroffenen Menschen - darunter auch mehrere Hundert Ärzte, wie aus der Darstellung erkennbar war - falsch geantwortet, oder waren sie zu dumm, die richtigen bzw. die falschen Fragen zu verstehen?

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Nein, ich würde sagen, Sie haben die falschen Schlüsse gezogen.

(Lachen bei der FDP und der LINKEN)

Wenn nämlich 50 Prozent etwas nicht gut finden, dann



müssen die übrigen 50 Prozent sagen, dass sie zufrieden sind.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Sie hätten heute genauso verkünden können, in Deutschland hätten über 50 Prozent angegeben, sie seien mit dem Gesundheitssystem zufrieden.

Wenn Sie Menschen fragen – damit sind wir wieder beim Thema –, ob sie in der gesetzlichen Krankenversicherung alle Medikamente bekommen, dann werden sicherlich einige antworten, sie bekämen nicht jedes Medikament. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird auch nur das bezahlt, was notwendig und wirtschaftlich ist. Insofern kann man mit einer Frage eine Antwort vorformen. Deshalb sollte man damit sehr vorsichtig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Trotz aller Kritik, die vorgetragen wurde, können wir, glaube ich, feststellen, dass wir in den letzten Wochen unsere Hausaufgaben gemacht haben. Die gesetzlichen Krankenversicherungen erhalten im kommenden Jahr 167 Milliarden Euro. Das sind über 10 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Es trifft also nicht zu, dass die Krankenkassen mehr Probleme haben werden. Die Kassen bekommen mehr Geld als in diesem Jahr. Damit werden die Versorgung der Patienten und eine leistungsgerechtere Vergütung sichergestellt. Gleichzeitig haben wir durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages erreicht, dass es nicht zu einer Steigerung der Lohnzusatzkosten kommen wird. Die Koalition kann mit Recht behaupten: Wir haben Wort gehalten. Es werden mehr als 3 Milliarden Euro für die ambulante Versorgung und 3,5 Milliarden Euro für die stationäre Versorgung ausgegeben. Das heißt, diese beiden Bereiche sind finanziell besser ausgestattet als in diesem Jahr. Bei dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung haben wir mit der Konvergenzklausel erreicht, dass der Gesundheitsfonds keine negativen Auswirkungen auf einzelne Bundesländer hat. Auch hier gilt: In jedem Land steht für die Krankenversorgung nach Einführung des Gesundheitsfonds 2009 mehr Geld zur Verfügung als 2008.

(Otto Fricke [FDP]: Klar! Und die Erde ist eine Scheibe!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas ansprechen. Ich halte es für verantwortungslos, wie manche im Vorfeld der Reform die Menschen mit Zahlen verunsichert haben. Ich nenne ein konkretes Beispiel. Eine Krankenkasse hat behauptet, aus Bayern würden 500 Millionen abfließen.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

– Von wegen „So ist es“! Sie haben wirklich Ahnung. – Daraufhin haben die Ärztevertreter ihren Mitgliedern mitgeteilt, sie würden Einbußen in Höhe von 25 bis 30 Prozent haben. Dann hat man die Patienten durch Plakataktionen verunsichert. Gleichzeitig hat man Mitarbeiter unter Androhung von Personalabbau zu Postkartenaktionen aufgerufen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. So weit zum Vorspiel. Was kam als Ergebnis heraus? Die besagte Krankenkasse bekommt nicht

500 Millionen Euro weniger, sondern erhält 200 Millionen Euro mehr. Deshalb sage ich: Es ist unverantwortlich, wie manche die Menschen verunsichern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich wünsche mir, dass man in Zukunft mit Zahlen ehrlicher umgeht. Man kann sicherlich unterschiedlicher Meinung sein. Aber dann wären keine sachlich unbegründeten Protestaktionen mehr notwendig.

Das Gesetz ist auch mit Verbesserungen für die Patienten verbunden, speziell für chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung. Auf Leistungen zur sozialmedizinischen Nachsorge besonders für chronisch kranke und schwerstkranke Kinder besteht künftig ein Anspruch. Die enterale Ernährung wird sichergestellt, genauso wie eine Versorgung mit qualitativ hochwertigen Hilfsmitteln. All das sind Maßnahmen, die den Versicherten zum Vorteil gereichen.

Die Ministerin hat es schon angesprochen: In diesem Jahr geht es auch um die Krankenhausfinanzierung. Wir wissen, dass die Krankenhäuser nicht nur einer der wichtigsten Kostenträger, sondern auch wichtig für die Versorgung der Patienten sind.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Seifert?

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Zöllner, ist es Ihrer Ansicht nach wirklich eine Verbesserung für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen, wenn Krankenkassen nun dazu übergehen, Monopolverträge zum Beispiel über die Versorgung von inkontinenten Menschen abzuschließen, was zur Folge hat, dass einem das, was man früher aus der Apotheke um die Ecke geholt hat oder was einem nach Hause gebracht wurde, von irgendwoher geliefert wird – in Berlin zum Beispiel gibt es noch nicht einmal einen barrierefreien Zugang, sodass man sich als Mensch mit Behinderung noch nicht einmal beschweren kann – und dass viele Apotheken vor Ort ruiniert werden?

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Genau den Fall, den Sie beschreiben, beheben wir mit der Gesetzesänderung.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Nein, das wird doch gerade eingeführt! – Gegenruf des Abg.

Jens Spahn [CDU/CSU]: Erst Gesetze lesen, dann Fragen stellen!)

– Selbstverständlich.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das wollt ihr doch ins parlamentarische Verfahren bringen!)

– Entschuldigung, ich bin gefragt worden.

Ich habe gesagt, dass wir eine Regelung vorbereiten, die besser ist. Sie ist deshalb besser, weil wir die Hilfsmittelerbringer in die Verhandlungen einbeziehen. Es wird zuerst festgestellt, was überhaupt sinnvoll ist auszuschreiben. Das, was Sie geschildert haben, wäre nicht sinnvoll. Wir wollen eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung erreichen. Die Kritik ist angekommen. Wie Sie sehen, sind wir nicht beratungsresistent.

Wir werden hier handeln.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Haben wir schon!)

Bei der Krankenhausfinanzierung müssen wir folgende Überlegungen berücksichtigen: Man darf das nicht aus dem Blickwinkel einer Kapitalgesellschaft sehen, sondern man muss sich am medizinischen Bedarf orientieren. Frau Kollegin Bender, wir werden deshalb im Gegensatz zu Ihrer Äußerung die Budgetierung aufheben. Wir sind für eine wohnortnahe Versorgung. Das heißt, wir müssen sicherstellen, dass die Krankenhäuser auch im ländlichen Raum eine Regelversorgung anbieten können. Aber der Ehrlichkeit halber muss man sagen, dass hier die Bundesländer gefordert sind. Sie müssen endlich ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen. Es kann nicht sein, dass Krankenhäuser etwas von dem Geld, das sie für den Betrieb brauchen, abzweigen müssen, um notwendige Investitionen tätigen zu können. Die richtigen Ansprechpartner sind hier die Bundesländer.

Wir wollen eine ausreichende Anzahl an Ärzten und Pflegepersonal. Hierbei kommt es uns auch auf die Qualität der Patientenversorgung an.

Ein Punkt, der immer wieder angesprochen wird, betrifft die Entbürokratisierung der Arbeitsabläufe. Auch die Selbstverwaltung muss etwas ernster an diese Sache herangehen. Wir wollen den Aufwand nämlich auf das wirklich Notwendige reduzieren und unnötige - ich sage jetzt: bürokratische - Vorgaben ersatzlos streichen. Die Notwendigkeit der Sicherstellung der Aus- und Weiterbildung in den medizinischen Berufen sowie einer leistungsgerechten Vergütung ist, glaube ich, ebenfalls unbestritten.

Frau Kollegin Bender, ich finde es schade, dass Sie sich hier hinstellen und etwas behaupten, das nicht stimmt. Sie suggerieren wieder, die Leute würden 1 Milliarde Euro weniger bekommen. Ich kenne niemanden aus der Koalition, der das vorgeschlagen hat. Sie zitieren aus einem Brief, den eine Krankenversicherung geschrieben hat.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Und Sie arbeiten an den Änderungsanträgen!)

Aber noch ist die Koalition nicht der Handlungsbevollmächtigte von Krankenversicherungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden mit der Reform der Krankenhausfinanzierung weiter dafür sorgen, dass die finanzielle Lage der Kliniken wesentlich verbessert wird. Schwerpunkte sind eine anteilige Refinanzierung der Tariflohnsteigerungen für die Jahre 2008 und 2009 sowie ein Förderprogramm für die Pflege, das es ermöglicht, zusätzliche Pflegekräfte einzusetzen. Außerdem wird in diesem Gesetz die Aufhebung des bisherigen Sparbeitrags der Krankenhäuser geregelt. Ebenfalls geregelt wird der neue Orientierungswert; da rufen Sie auch wieder nach dem Staat. Es ist doch sinnvoll, dass sachverständige Fachleute einen bestimmten Betrag festsetzen, der dann flexibel gestaltet werden kann.

Nun kommt natürlich von den Krankenkassen die Kritik, das sei nicht ausreichend. Die Krankenhäuser sagen: Wir brauchen mehr Geld. - Die Krankenkassen sagen:

Es ist genügend da. - Es ist unbestritten, dass wir an dieser Stelle mehr finanzielle Mittel brauchen. Die wirtschaftliche Lage der einzelnen Kliniken ist jedoch höchst unterschiedlich. Die aktuellen Daten des Deutschen Krankenhausinstituts weisen zwar aus, dass rund 30 Prozent der Krankenhäuser ein Defizit verzeichnen. Sie weisen aber gleichzeitig aus, dass 50 Prozent der Krankenhäuser einen ausgeglichenen Haushalt bzw. einen Überschuss haben. Deshalb ist es verkehrt, alle Krankenhäuser pauschal zu beurteilen.

(Beifall der Abg. Annette Widmann-Mauz  
[CDU/CSU])

Wir haben mit diesem Gesetz erhebliche Verbesserungen vorgesehen. Dies sollte man nicht kleinreden. Wie in jedem Gesetzgebungsverfahren wird es sicherlich noch zu der einen oder anderen Änderung des Regierungsentwurfs kommen. Die Krankenhäuser bieten eine hochwertige medizinische Versorgung. Sie nehmen damit eine wichtige Schlüsselrolle in der gesamten medizinischen Versorgung ein. Deshalb werden wir als Fraktion dafür sorgen, dass die Verbesserung der Finanzausstattung wie zugesagt erfolgen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Frank Spieth das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Frank Spieth (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um es noch einmal zu sagen: Knapp 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sowie fast 90 Prozent der Ärztinnen und Ärzte in Deutschland befürchten eine Entwicklung, die mehr und mehr zu einer Zweiklassenmedizin führt. 60 Prozent sagen, die Gesundheitsversorgung sei in den vergangenen zwei bis drei Jahren schlechter geworden. Herr Zöllner, das kann doch einen normalen Menschen nicht kaltlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zufriedenheit sank von 82 Prozent im Jahre 1994 auf mittlerweile nur noch 59 Prozent. In Ostdeutschland sind sogar nur noch 49 Prozent mit der Versorgung zufrieden. Meine Damen und Herren von der Großen Koalition, Sie müssten bei diesem Vertrauensverlust eigentlich längst die Warnsignale hören.

(Beifall bei der LINKEN)

Um es medizinisch zu sagen: Das ist kein Tinnitus, den Sie da klingeln hören, sondern das ist eine Katastrophe in der Bewertung.

(Abg. Dr. Rolf Koschorrek [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Koschorrek würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Entschuldigung, ich war gerade abgelenkt. - Herr Kollege, bitte sehr.

Dr. Rolf Koschorrek (CDU/CSU):

Herr Kollege Spieth, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass dieselbe Allensbach-Studie auch ergeben hat, dass 60 Prozent der Bevölkerung die gesundheitliche

Versorgung als gut oder sehr gut bezeichnen und 80 Prozent der Ärzte die medizinische Versorgung genauso beurteilen?

Frank Spieth (DIE LINKE):

Das ist richtig, Herr Koschorrek.

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Rolf Koschorrek [CDU/CSU]: Danke!)

- Herr Zöllner, Sie lachen zu früh. - Vorhin hat Herr Zöllner in Entgegnung auf Herrn Lanfermann versucht, den Leuten dicken Kleister auf die Augen zu schmieren und ihnen die Ohren zuzustopfen.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Eben nicht!)

Tatsächlich ist es so, dass diese Studie, die gestern vorgestellt worden ist, besagt, dass die Zufriedenheitswerte dramatisch gesunken sind. Das ist kein Widerspruch zu der von Ihnen getroffenen Aussage. Wir haben einen erheblichen Vertrauensverlust zu verzeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bürgerinnen und Bürger sehen für die Zukunft des Gesundheitssystems schwarz und geben dieser Bundesregierung schlechte Noten. Sie befürchten höhere Zuzahlungen und steigende Beiträge bei gleichzeitig abnehmenden Leistungen. Nur noch 15 Prozent der Bürger und Ärzte glauben, dass die Politik es schafft, längerfristig eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

90 Prozent glauben nicht daran, dass der Gesundheitsfonds daran etwas ändert, im Gegenteil. - Das sind, wie gesagt, keine Horrorszenarien der Linken. - Gesetzlich Krankenversicherte fühlen sich nur noch zu 56 Prozent gut abgesichert; bei privat Versicherten sind dies immerhin 89 Prozent. Klar, wir haben schon längst den Weg in die Zweiklassenmedizin beschritten. Gesetzlich Krankenversicherte warten länger in den Arztpraxen auf die Behandlung, kommen schwerer an Termine und erhalten weniger Leistungen. Sie werden deutlich schlechter behandelt. Das ist die gelebte Realität in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Damen und Herren oben auf der Tribüne abstimmen könnten, dann würden sie diese Aussagen sehr wahrscheinlich einstimmig bestätigen.

Schlecht behandelt fühlen sich die Patientinnen und Patienten auch im Krankenhaus. Die unterlassenen Investitionen haben zu einem Investitionsstau von rund 50 Milliarden Euro geführt. Viele Krankenhäuser haben durch Personalkosteneinsparungen über den Abbau von Stellen für Krankenschwestern und Krankenpfleger die Mittel frei gemacht, die sie für die dringendsten Investitionen brauchten. Patienten werden deshalb schlechter betreut. Die Länder - das stimmt - sind ihrer Aufgabe, in neue Gebäude und in neue Technik zu investieren, seit Jahren - auch in Bayern, Herr Zöllner - nicht mehr ausreichend nachgekommen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Es gibt kein Land, das mehr tut als Bayern!)

Sie sind nicht mehr dazu in der Lage - das ist die andere Seite der Medaille -, die entstandene Investitionslücke zu schließen.

Wir schlagen deshalb ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Krankenhäuser vor,

(Beifall bei der LINKEN)

mit dem der Bund über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich 2,5 Milliarden Euro bereitstellt. Der Bund wird außerdem von uns aufgefordert, die Länder nicht zu entlasten, sondern zu verpflichten, einen Beitrag in derselben Höhe aufzuwenden. Das wäre übrigens ein sinnvolles Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm zugleich.

(Beifall bei der LINKEN)

Im April 2008 hat Frau Staatssekretärin Caspers-Merk einen Brief an die Abgeordneten der Großen Koalition geschrieben. Darin heißt es wörtlich: Die Krankenhäuser brauchen für ihre Investitionsentscheidungen solide Kalkulationsgrundlagen und verlässliche Rahmenbedingungen. Diese können oder wollen die Länder trotz ihrer gesetzlichen Verpflichtung ... nicht mehr bieten.

So weit das Zitat. Sie führt dann weiter aus, dass die Investitionen der Länder in den Krankenhäusern seit den 1970er-Jahren stetig gesunken sind. Sie erwähnt ein aktuelles Gutachten von Professor Dr. Bert Rürup, in dem ein notwendiger Investitionsbedarf von 5 Milliarden Euro pro Jahr beschrieben wird. - Genau diese 5 Milliarden Euro wollen wir den Krankenhäusern zukommen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der Grundlage richtiger Erkenntnisse ist jetzt endlich konsequentes Handeln geboten. Sie müssen deshalb, wenn Ihre Erkenntnisse zutreffen, unserem Änderungsantrag zustimmen. Alles andere ist unglaubwürdig und überhaupt nicht mehr zu vermitteln.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke lehnt den Einzelplan 15 des Bundesministeriums für Gesundheit aus weiteren vier zentralen Gründen ab: erstens weil Sie wahrscheinlich unseren Änderungsantrag zur Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern ablehnen

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, - -

Frank Spieth (DIE LINKE):

- ich komme zum Ende -, zweitens weil Sie die von uns geforderte 1 Milliarde Euro für Prävention - -

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich wollte Sie nicht auf Ihre Redezeit aufmerksam machen, sondern auf den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Wodarg.

Frank Spieth (DIE LINKE):

Entschuldigung. - Selbstverständlich gerne.

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Können Sie mir zustimmen, dass das, was Sie eben gefordert haben, nämlich den Krankenhäusern jedes Jahr 5 Milliarden Euro zusätzlich zu geben, ohne über die Ursachen des Defizits zu diskutieren, verantwortungslos ist?

Ich habe vor kurzem ein Praktikum in der Aufnahmestation eines Krankenhauses gemacht. Dort sind in zwölf Stunden 40 Patienten eingeliefert worden. Die Hälfte der Einlieferungen wäre nicht nötig gewesen. Wir haben keine Strukturen, die dafür sorgen, dass Menschen nicht ins Krankenhaus müssen. Im ambulanten Bereich haben wir schlechte Strukturen. Hier muss viel

gemacht werden. Es spricht doch für eine schlechte Qualität von Politik, wenn Sie jetzt einfach nur mehr Geld in diesen Bereich stecken wollen.

Frank Spieth (DIE LINKE):

Ich bedanke mich ausgesprochen für Ihre Zwischenfrage. Sie gibt mir die Gelegenheit, Folgendes zu entgegnen: In unserem Antrag, den wir im März eingebracht haben, um die Finanznot der Krankenhäuser zu beenden, haben wir genau das gefordert, was jetzt im Krankenhausfinanzierungsreformgesetz steht. Wir haben in diesem Zusammenhang über 3 bis 3,5 Milliarden Euro geredet. Damals hat uns insbesondere die sozialdemokratische Fraktion erklärt, das sei finanzpolitisch unverantwortlich. Genau das, was wir gefordert haben, machen Sie jetzt. Das ist die Halbwertszeit Ihrer Aussagen hinsichtlich unverantwortlicher Politik. Insofern ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte zu dem zweiten Punkt zurückkommen, weshalb wir den Einzelplan 15 ablehnen: Die von uns geforderte 1 Milliarde Euro für einen Präventions- und Gesundheitsförderungsfonds wird von Ihnen abgelehnt. Drittens. Sie unterstützen unsere Forderung nach einer industrieunabhängigen Forschung nicht. Viertens. Die Bundesregierung ist nicht bereit, den Krankenkassen für einen Arbeitslosengeld-II-Bezieher anstatt der Pauschale von nur 118 Euro den Betrag zuzuweisen, den Sie selbst, Frau Ministerin, als notwendig ansehen, nämlich eine Pauschale in Höhe von 180 Euro. An welcher Stelle im Haushalt finden wir die finanzielle Umsetzung Ihrer richtigen Erkenntnis? In diesem Gesundheitssystem brennt es an allen Ecken und Enden. Die Löschwerkzeuge reichen nicht aus.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, kommen Sie dann zum Schluss?

Frank Spieth (DIE LINKE):

Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Harald Terpe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Drogen- und Suchtpolitik ist selten Gegenstand von Plenardebatten. Wie sieht die Bilanz der drogenpolitischen Arbeit der Bundesregierung aus? Der Haushalt 2009 enthält eine Vielzahl drogenpolitischer Projekte, sicher auch auf Initiative der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Aber so richtig Einzelmaßnahmen auch sind, der bunte Strauß aus Forschungs- und Modellprojekten, aus Fachtagungen und Kampagnen ist eben nur ein bunter Strauß. Eine umfassende, ebenso wirksame wie glaubwürdige Präventionspolitik, die alle Drogen gleichermaßen betrachtet, sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abg. Dr. Martina Bunge [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, es offenbaren sich wieder und wieder die entscheidenden Schwächen und Differenzen Ihrer Drogenpolitik. Sie betonen in Teilen weiter ideologische Vorbehalte, die am Alltag der Menschen vorbeiziehen. Sie setzen bei einigen Drogen noch immer vor allem auf das Mittel der Repression und eben nicht auf die Stärkung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz zu schweigen von fehlender ausreichender Hilfestellung gegenüber den Suchtkranken. Bei anderen Drogen wie Alkohol wird Verharmlosung als Selbstbestimmung stilisiert.

Ich will Ihnen das anhand einiger Beispiele illustrieren. Wir diskutieren in diesem Hause seit fast zwei Jahren über die Behandlung von schwer abhängigen Menschen mit Heroin – bisher ohne Ergebnis; es werden sogar Bundesmittel gestrichen. Weder die geballte Mehrheit des Bundesrates noch Hilferufe aus den Kommunen können die Unionsfraktion in ihrer halsstarrigen Ablehnung beirren. Sie von der Union haben seit zwei Jahren keinen einzigen sachlichen Grund dafür geliefert, warum Sie den Betroffenen die Hilfe zum Weiterleben mit einem besseren Gesundheitszustand verweigern. Das grenzt an Borniertheit, ist mitmenschlich fragwürdig und volkswirtschaftlich gesehen fahrlässig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt einen aktuellen Lichtblick. Die SPD hat heute den Entwurf eines Gruppenantrags zur Heroinbehandlung herumgeschickt. Natürlich bin ich darüber sehr froh, eröffnet er doch die Möglichkeit, über die Heroinbehandlung als ethische Frage frei vom Fraktionszwang zu entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein weiteres Beispiel belegt anschaulich, dass der Koalition wirtschaftliche Interessen der Industrie im Zweifelsfall wichtiger sind. Es geht um bis zu 400 000 Menschen in Deutschland, die glücksspielabhängig sind. Sie sind häufig hoch verschuldet, haben ihren Job verloren; ihre Familien sind auseinandergebrochen. Ich erwähne dieses Beispiel, weil Ihre Regierung es war, die Anfang 2006 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Spielverordnung geändert und so die Probleme eher verschärft hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein drittes Beispiel ist gewissermaßen das Paradebeispiel für die Folgen einer ideologischen Drogenpolitik.

Es geht um Cannabis. Cannabis kann bei riskantem Gebrauch zu einer psychischen Abhängigkeit und, falls es geraucht wird, zu Lungenkrebs führen. Cannabis ist also keineswegs harmlos. Aber es gibt bis heute keinen praktischen Beleg dafür, dass die Kriminalisierung von Cannabis in Deutschland irgendeinen Effekt auf die Prävention des riskanten Konsums hätte;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie der Abg. Dr. Martina Bunge [DIE LINKE])

im Gegenteil: Das Strafrecht ist und bleibt ein stumpfes



Schwert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Anliegen muss eine Präventionspolitik sein, die auf die Stärkung der Selbstverantwortung und auf einen besseren Jugendschutz setzt. Nachhaltige Primärprävention ist von Ihnen unzureichend gesetzlich verankert worden. Sicherlich kostet sie Geld - im Haushalt ist zu wenig eingestellt -, aber mit Sicherheit ist sie ökonomisch sinnvoller, als es später notwendige Therapien sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Eine wirksame Drogenpolitik verlangt vor allem Glaubwürdigkeit und ein schlüssiges Konzept. Ihrer Drogenpolitik fehlt es an beidem. In diesem Sinne ist Ihre bisherige Regierungszeit leider verschenkte Zeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Jella Teuchner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Jella Teuchner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Das Volumen des Einzelplans 15 wird im kommenden Jahr um über 50 Prozent steigen. Der Großteil davon, nämlich 1,5 Milliarden Euro, dient dem Ausgleich für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die von der Krankenversicherung getragen werden.

(Otto Fricke [FDP]: Wer es glaubt!)

Bis zum Jahr 2014 wird der Bundeszuschuss auf 14 Milliarden Euro angehoben.

(Otto Fricke [FDP]: Wer es glaubt!)

Damit sollen die gesetzliche Krankenversicherung und somit auch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler entlastet werden. - An die Adresse der FDP sage ich: Wir glauben, dass das so vollzogen wird.

(Detlef Parr [FDP]: Glauben reicht aber nicht!)

- Wir werden es auch machen.

Im aktuellen Einzelplan 15 stehen einige Bereiche im Mittelpunkt, die ganz besonders hervorzuheben sind - die Bundesministerin hat darauf hingewiesen -: Damit Prävention und Aufklärung gestärkt werden, stehen fast 40 Millionen Euro bereit. Wichtig sind die Programme zu gesunder Ernährung, für mehr Bewegung, für die Stärkung der Bereitschaft zum Spenden von Blut oder Organen und nicht zuletzt gegen den Drogen- und Suchtmittelmissbrauch. Das ist gut angelegtes Geld. Zu dem Schluss kommt man, wenn man die täglich erscheinenden Meldungen in der Zeitung liest, nach denen junge Menschen nach viel Alkoholkonsum in Kliniken eingeliefert worden sind. Ich finde es richtig und wichtig, dass hierfür mehr Mittel fließen. Der Politik und damit uns kann es nicht gleichgültig sein, wenn sich junge Menschen - zum Teil sind es noch Kinder - mit Alkohol zudröhnen.

Auch sehr wichtig ist der Kampf gegen Aids. Dafür sind fast 17 Millionen Euro vorgesehen. Unter anderem werden wichtige Projekte in Osteuropa unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Prävention erscheint mir ganz besonders wichtig, damit die Lebensqualität steigt, Kinder gesund aufwachsen und wir alle gesund altern können. Ich bin sehr dafür, dass sich die Koalitionsfraktionen noch einmal zusammenraufen und ein Präventionsgesetz auf den Weg bringen.

Wir in der SPD-Fraktion wollen dieses Gesetz, gerne auch mit Ihnen, werte Kollegen und Kolleginnen von der CDU/CSU, verabschieden und durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der aktuellen Nachrichten über die Finanzkrise bin ich sehr froh darüber, dass die Koalition an einer solidarischen Krankenversicherung festhält. Die Umlagefinanzierung ist wichtig, leistungsfähig, funktionierend und meiner Meinung nach auch modern. Eine Kapitaldeckung könnte allenfalls eine Ergänzung in einem gewissen Rahmen darstellen. Bisher jedoch hat sich die Umlagefinanzierung bewährt. Es ist zweifellos gut, dass die Politik nicht denjenigen Wissenschaftlern und Verbänden folgte, die auf Kapitaldeckung umstellen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Im kommenden Jahr werden Mehrbelastungen auf die gesetzliche Krankenversicherung zukommen. Daran ist aber mitnichten der Gesundheitsfonds schuld. Das hat mit der vereinbarten Honorarreform zu tun. Hier will die Politik ein überschaubares, kalkulierbares und verlässliches Vergütungssystem. Wir wollen auch, dass es in unterversorgten Regionen weiter Ärzte gibt. Dafür wird es Anreize geben. Ebenso sollen Hausbesuche, die Arbeit in Pflegeeinrichtungen und vieles mehr adäquat honoriert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls für die Mehrausgaben ursächlich ist das geplante Gesetz zur Krankenhausfinanzierung. Wenn in der Gesundheitspolitik etwas falsch läuft, dann schimpfen alle immer zuerst auf den Bund. Ich kann mich noch gut an die Proteste der Ärzte und Pflegekräfte in den Krankenhäusern Ende September vor dem Brandenburger Tor erinnern. Auf den Plakaten stand: „Ullas Politik sorgt für kranke Häuser“. Aber für die Misere ist nicht die Bundesministerin oder die Bundespolitik verantwortlich, sondern die Bundesländer sind es. Eigentlich hätte diese Demonstration am 25. September vor dem Bundesrat statt vor dem Brandenburger Tor stattfinden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit Jahren weigern sich die Länder, genügend Geld für die Instandsetzung der Kliniken auszugeben, obwohl es ihre Aufgabe wäre. Hier liegt für die Kliniken ein viel größeres Problem, als es die gestiegenen Personalkosten darstellen, deretwegen die Bundesregierung richtigerweise eine Finanzspritze von 3 Milliarden Euro setzt. Oft werden die Kliniken durch Baumängel immer unwirtschaftlicher. Obwohl die Länder die Kliniken vernachlässigen, wachen sie geradezu eifersüchtig darüber, dass der Bund ihnen nicht die Finanzhoheit wegnimmt. Es spricht vieles dafür, dass die Versorgung der Krankenhäuser besser würde, wenn sich die Länder aus der Bauplanung heraushielten und die Kliniken einheitliche Investitionspauschalen von den Kassen bekämen. So etwas

lehnen aber gerade Bayern und Baden-Württemberg ab. Es ist doch zu verlockend für die Landespolitiker, weiter als Gönner und Planer aufzutreten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Krankenhausfinanzierung ist richtig und wichtig. Mehr

Einsicht bei den Ländern wäre aber wirklich schön und würde uns weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mehr Ausgaben haben auch Auswirkungen auf den Beitragsatz; das kann sich ja jeder denken. Aber eine realitätsnahe Politik hat mit dem Wünsch-dir-was der Opposition nichts zu tun.

Wir als SPD drängen schon seit der letzten Gesundheitsreform auf eine größere Steuerfinanzierung, damit Beitragszahler entlastet werden. Wir wollen nach wie vor eine Bürgerversicherung, die sich ebenfalls entlastend auf die Beiträge auswirkt. Daran zu arbeiten, bleibt auch weiterhin unsere Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich nun der letzten Rednerin in dieser Debatte das Wort erteile, bitte ich Sie, dieser Kollegin auch wirklich noch ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Wort hat die Kollegin Annette Widmann-Mauz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Die Haushaltsberatungen über den Etat des Gesundheitsministeriums gleichen im Grunde den Haushaltsberatungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Sie haben, liebe Kollegin Winterstein, ganz zu Beginn der Debatte gesagt, wir hätten steigende Ausgaben. Ja, Frau Winterstein, da haben Sie recht. Aber warum haben wir sie? Weil es einen steigenden medizinischen Bedarf gibt, weil wir die Ärzteschaft endlich von der Budgetierung befreit haben – nach 16 Jahren der Budgetierung werden wir leistungsgerechte Honorare bezahlen –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil wir Innovation und Fortschritt in diesem System weiterhin allen Menschen verfügbar erhalten und weil wir den Krankenhäusern, die zum Teil wirklich am Rande der Zumutbarkeit arbeiten müssen, das notwendige Finanzpolster verschaffen wollen, damit angemessene medizinische Leistungen auch im ländlichen Raum möglich sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir ignorieren die Versorgungsnotwendigkeiten nicht. Das ist in einer Zeit, in der wir nicht wissen, wie stark sich die Finanzkrise auf die Wirtschaft niederschlagen wird, von besonderer Bedeutung. Die Gesundheitswirtschaft ist der größte Sektor in unserem Land.

Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade hier beschäftigungspolitische Impulse geben. Dies tun wir zum Beispiel mit dem geplanten Programm zur Mehreinstellung von Pflegekräften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich kann die Bundesländer nur auffordern, die Chance zu nutzen, den Antragsstau bei den Bauinvestitionen in ihren jeweiligen Ländern abzubauen. Das sind sinnvolle Investitionen, die der Wirtschaft, aber in allererster Linie den Patientinnen und Patienten in unserem Lande zugutekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann es auch nicht nachvollziehen, dass Sie hier von steigenden Lohnnebenkosten sprechen. Es ist zum ersten Mal die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags gelungen. Das können Sie nicht ignorieren; die Wirtschaftsverbände zumindest ignorieren es nicht. Außerdem

trägt die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags dazu bei, dass die Lohnnebenkosten

weiterhin deutlich unter 40 Prozent bleiben. Nehmen Sie dies zur Kenntnis und machen Sie den Menschen nicht ständig etwas anderes vor!

(Beifall bei der CDU/CSU – Heinz Lanfermann

[FDP]: Unglaublich!)

Gott sei Dank ist mittlerweile auch an der Krankenkassenfront etwas mehr Ruhe eingekehrt. Die Demonstranten haben die Barrikaden verlassen und sind an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt, wohin sie auch gehören. Die einen arbeiten an neuen Verträgen und an Strukturveränderungen. Andere sind noch etwas unsicher, weil

sie sich auf der neuen Fahrbahn Gesundheitsfonds mit ihren neuen Autos noch nicht zurechtfinden; weil sie die Strecke nicht kennen, fahren sie besonders langsam und auf Sicht. Manche fahren im Hinblick auf eine adäquate medizinische Versorgung sogar zu langsam. Mehr Erfahrung mit dem neuen System wird aber mehr Sicherheit bringen. Wir haben auf jeden Fall die Steuerungsinstrumente ins Gesetz hineingeschrieben. Sie sind dafür da, angewandt zu werden; denn nur derjenige, der sie anwendet, kann mit ihnen auch etwas bewirken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf ein Steuerungsinstrument näher eingehen, das wir in der Gesundheitsreform verankert haben und das insbesondere dafür von

Bedeutung ist, auf der einen Seite Innovation weiterzugeben und auf der anderen Seite die Ausgabenentwicklung

im Griff zu halten. Ich spreche von der Kosten-

Nutzen-Bewertung, um Höchstpreise für Arzneimittel festlegen zu können. Seit 2007 haben wir diese Vorschriften

im Gesetz. Seitdem tobt eine akademische Diskussion, die sich im Kreis dreht. Die Selbstverwaltungspartner,

die Träger des Instituts für Qualität und

Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, Ärzteschaft,

Krankenhäuser, Krankenkassen, das Gesundheitsministerium

und die Pharmaindustrie kommen nicht zu Potte.

Aus meiner Sicht ist dies eine skurrile Situation: Niemand

bewegt sich, niemand entscheidet, weil die einen

lieber nichts als etwas Suboptimales wollen und die anderen

am liebsten gar nichts wollen, da sie wissen, dass

bei so viel Druck im System am Ende Zwangsmaßnahmen

die einfachere Lösung sind. Das kann nicht das Ziel

unserer Politik sein, da die politischen Steuerungsinstrumente

nicht fürs Nichtstun vorgesehen sind und Selbstverwaltungspartner

fürs Nichtstun nicht belohnt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern, Frau Ministerin: Setzen Sie nicht aufs Aussitzen, sondern nehmen Sie sich die Verhandlungspartner vor, setzen Sie sich mit ihnen an einen Tisch und bringen Sie die Verantwortlichen endlich zum Handeln! Wir brauchen diese Kosten-Nutzen-Bewertung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zur Linken kann man wirklich nur sagen: Dass Sie in solchen Situationen nach mehr Steuergeld rufen und die Verantwortlichen damit aus der Verantwortung nehmen, ist verantwortungslos. Das können wir nicht hinnehmen, und deshalb machen wir bei dieser Art Gesundheitspolitik nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen, meine Herren, wir haben mit der Finanzierungsreform einen ersten Schritt getan, das kasseninterne Denken zu verändern. Wir wollen weg von der Risikoselektion unter Einnahmeoptimierung hin zu mehr medizinischer Versorgung und hin dazu, dass die Qualität, der Zugang und der Service zum besten Preis im Vordergrund der Vertragsverhandlungen und des Kassengeschehens stehen. Zugegeben: Für den einen oder anderen Kassenvertreter war und ist dies ein Kulturschock. Trotzdem ist dieser Schritt notwendig und richtig.

Ich sage am Ende ganz bewusst: Dies ist erst der halbe Weg; denn ohne die notwendige Transparenz und Orientierung für die Versicherten und für die Patientinnen und Patienten entfaltet das neue System nur die halbe Wirkung. Deshalb sind wir noch nicht am Ende des Weges, den wir gemeinsam gehen wollen. Die gesetzliche Krankenversicherung ist für die Versicherten und für die Patientinnen und Patienten geschaffen; sie sind der Souverän. Also lassen Sie uns gemeinsam auf dieser Grundlage für bessere Bedingungen streiten und unsere Verantwortung dafür im Hause wahrnehmen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 15, Bundesministerium für Gesundheit, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11036? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/11035. Die Fraktion Die Linke verlangt dazu namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? - Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Stimmen auszuzählen. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.45 bis 19.50 Uhr)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11035 bekannt: abgegebene Stimmen 510. Mit Ja haben gestimmt 38, mit Nein haben gestimmt 472. Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 509;

davon

ja: 38

nein: 471

Ja

Wir können mit der Abstimmung über den Einzelplan 15 in der Ausschussfassung fortfahren. Wer stimmt dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Einzelplan 15 ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt II.17 auf:

a) Einzelplan 07

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- Drucksachen 16/10407, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Ole Schröder

Lothar Binding (Heidelberg)

Otto Fricke

Roland Claus

Manuel Sarrazin

b) Einzelplan 19

Bundesverfassungsgericht

- Drucksachen 16/10423, 16/10424 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Ole Schröder

Lothar Binding (Heidelberg)

Otto Fricke

Dr. Dietmar Bartsch

Manuel Sarrazin

Zum Einzelplan 07 liegen ein Änderungsantrag sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor. Über den Entschließungsantrag werden wir morgen nach der Schlussabstimmung abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. - Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Haushalt des Bundesjustizministeriums ist klein, fein und enthält ein Juwel: das Deutsche Patent- und Markenamt. Es ist ein Juwel, weil es für einen fetten Einnahmeposten sorgt und weil es für den Wirtschaftsstandort

Deutschland eine überragend wichtige Stellung einnimmt. Innovativen Unternehmen bei der Absicherung der Verwertung ihrer Produkte zu helfen, ist gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs wichtig. Alle Maßnahmen, die der Verkürzung und der Effektivität der Patenterteilungsverfahren dienen, sind zu unterstützen. Patentrecht ist insofern auch ein Standortfaktor. Finanziell nicht so gut wie dem Patent- und Markenamt geht es der Justiz insgesamt. Wir von der FDP-Fraktion unterstützen es vom Grundsatz her, dass die Bundesanwaltschaft personell verstärkt wird, um große Prozesse besser bewältigen zu können. Aber es wird sich zeigen, in welchem Umfang die Stellen wirklich benötigt werden. Noch entscheidender ist aber, dass auch die Länderjustizhaushalte in den nächsten Jahren so ausgestattet werden, dass sie gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs die bei ihnen anhängigen Verfahren zügig bewältigen können. In Bayern haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung deshalb darauf verständigt, in den Haushalt 2009/2010 400 Stellen für Richter, Staatsanwälte und für den Bereich der Justizvollzugsanstalten einzustellen und sie natürlich auch zu besetzen. Das soll ein Zeichen sein: Wir wollen den Trend der Kürzung bei der Justiz stoppen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Botschaft übermitteln, dass man ihre Erwartungen in die Funktionsfähigkeit der Justiz und ihre berechtigten Klagen über zu lange Verfahrensdauern, wodurch dem Gerechtigkeitsanspruch nicht Rechnung getragen wird, ernst nimmt. Wir wollen, dass das Vertrauen in die Justiz gestärkt wird. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Deshalb sieht die FDP-Bundestagsfraktion eine Entwicklung mit Sorge: Das Gleichgewicht zwischen Richterschaft und Staatsanwaltschaft auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite verschiebt sich nachhaltig zugunsten der Polizei. Um andere zu zitieren: Nicht zu Unrecht warnen Generalbundesanwältin Monika Harms und der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Christoph Frank, immer wieder vor einem Paradigmenwechsel im Strafprozess.

(Joachim Stünker [SPD]: Die sollen für Ausgleich sorgen!)

Der Umstand, dass sich die Ausübung der Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft zunehmend stärker auf eine gewisse Anzahl von bedeutenden Verfahren konzentriert, die entscheidende Einwirkung und vor allen Dingen die Bestimmung von Art und Umfang der konkreten Ermittlungsmaßnahmen aber bei der Polizei liegen, ist aus Sicht des Richterbundes und aus Sicht der FDP-Fraktion berechtigterweise zu kritisieren.

(Beifall bei der FDP)

Gerade angesichts der Verlagerung der Tätigkeit der Polizei in den präventivpolizeilichen Bereich kommt den Anforderungen an eine möglichst frühzeitige Überleitung der Ermittlungsergebnisse vom präventiven in den repressiven Bereich mit einer staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Absicherung eine große Bedeutung zu, um die Justizförmigkeit der Verfahren bis in die Hauptverhandlung

zu sichern. Deshalb muss unserer Meinung nach der Ermittlungsrichter aufgewertet werden, stärker spezialisiert werden, und in den Ländern, in denen das notwendig ist, muss eine personelle Aufstockung bei den Ermittlungsrichtern erfolgen.

(Joachim Stünker [SPD]: Sehr gut!)

Wenn wir das tun, brauchen wir keine Eilfallregelungen in dieser Form. Die rechtsstaatliche Hürde des Richtervorbehalts, die bei seiner Einführung eine Rolle gespielt hat, darf nicht entwertet werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, wir sollten im Rechtsausschuss einmal überlegen, wie wir das Gewicht des Richtervorbehalts wieder stärken können.

Weil die Justizhaushalte unter starkem Druck der Finanzminister stehen, erleben wir erhebliche rechtspolitisch nachteilige Auswirkungen. Der Deal im Strafprozess ist eine Folge wegbrechender Ressourcen. Bei einer Vielzahl von Verfahren entsteht insbesondere in Haftsachen ein immer stärker werdender Druck, die Verfahren irgendwie ökonomisch zu beenden. Deshalb lässt man sich in Absprachen auf einen verkürzten Abschluss ein. Dass das von Dritten nicht unbedingt als gerecht empfunden wird, ist eine Einschätzung, die wir, glaube ich, teilen. Deshalb ist wichtig, was vonseiten der Bundesregierung auf diesem Themenfeld verfolgt wird; es gibt da ja Überlegungen. Ich darf für die FDP-Fraktion sagen: Wir sehen diese Entwicklung als sehr problematisch an. Man muss alles tun, um das massiv einzuschränken. Wir wissen ja, wo die Probleme liegen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein Wort zur Stellung der Berufsgeheimnisträger – ich habe dieses Thema schon in der letzten Debatte zu diesem Haushalt angesprochen –: Ich denke, es wäre gut, wenn die rechtspolitisch unterschiedliche Behandlung von Berufsgeheimnisträgern auf den Prüfstand käme und hier eine Korrektur vorgenommen würde, und zwar im Interesse des Schutzes aller Berufsgeheimnisträger. Strafverteidiger, Anwälte und Ärzte sollen gleichbehandelt werden.

Ich weiß, wie kontrovers das ist. Ich denke aber, dass es gerade angesichts der Tatsache, dass sich das in allen Rechtsordnungen festsetzt, gut wäre, wenn wir diesen Punkt nicht als der Materie angemessen stehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wir erwarten, Frau Ministerin, dass Sie uns zu den offenen Punkten – Kronzeugenregelung und Strafbarkeit des Aufenthalts in einem Terrorcamp – heute sagen, wie es weitergeht. Wird das betrieben? Wird das beerdigt?

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte beerdigen!)

Gibt es dazu noch ein Verfahren im Rechtsausschuss?

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zum Schluss.

Frau Raab, Sie hatten letztes Mal, am 16. September dieses Jahres, in der Haushaltsdebatte darauf hingewiesen, dass ganz entscheidend ist, dass das Einverständnis des Verbrauchers zur Weitergabe der personenbezogenen Daten generell in die Gesetze aufgenommen wird. Ich



spreche das heute an.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Das ist mein letzter Satz.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, ich möchte Sie zwar auf die Redezeit hinweisen, aber auch darauf, dass es vom Kollegen Stünker den Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Oh, Entschuldigung.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Wenn Sie mir versprechen, dass Sie den Schluss Ihrer Rede in die Antwort einbeziehen, sind wir alle zufrieden.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Ja.

Joachim Stünker (SPD):

Frau Präsidentin, auch ich verspreche, dass ich mich kurz fasse.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ich fand Ihre Ausführungen bezogen auf die Stärkung der Strafjustiz und die Probleme, die wir vor Ort teilweise beobachten können, sehr überzeugend. Ich möchte Sie fragen: Sind Sie bereit, das in die Landesregierungen zu tragen, in denen die FDP mitregiert? Denn die sind gegenwärtig dafür verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Otto

Fricke [FDP]: Das tut sie! - Mechthild

Dyckmans [FDP]: Haben Sie nicht zugehört?)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Vielen Dank, Herr Stünker, dass Sie mir die Möglichkeit geben, noch einmal zu sagen, dass wir gerade im Rahmen der Koalitionsvereinbarung in Bayern - da habe ich nun die meiste Einwirkungsmöglichkeit - die Bereitstellung von 400 Stellen für Richter, Staatsanwälte und die Justizvollzugsanstalten beschlossen haben.

(Beifall des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Weil das nicht ganz leicht war, habe ich es hier erwähnt.

Ich denke, das zeigt, dass man es auch anders machen kann.

(Beifall bei der FDP)

Ein letztes Wort zur Einwilligung.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nein!)

- Ich komme zu meinem letzten Wort.

Beim Scoring ist dies nicht vorgesehen. Ich hoffe, dass wir nächste Woche, wenn wir im Rechtsausschuss darüber sprechen, gemeinsam eine Korrektur vornehmen.

Damit kann ich hier für die FDP-Fraktion meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizministeriums und des gesamten Rechtsausschusses für die guten Arbeiten zum Ausdruck bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Lothar Binding.

(Beifall bei der SPD)

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ein schöner Zufall, dass wir hier heute eine Besuchergruppe

der Bundesrechtsanwaltskammer begrüßen dürfen, die gerade zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend sein kann. Das ist, finde ich, ein netter Zufall.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wir haben noch Termine!)

- Ja, wir haben noch Termine. Fritz Rudolf Körper hat gerade gefragt, worüber ich zehn Minuten reden wolle, es gebe doch umfangreichere und spannendere Einzelpläne.

Umfangreicher stimmt in jedem Fall; aber es kann durchaus spannend sein, worüber wir hier sprechen. Zum Beispiel ist spannend, wie wir Berichterstatter miteinander kooperieren. Dafür möchte ich Ole Schröder, Otto Fricke, Manuel Sarrazin, Roland Claus und Dietmar Bartsch danken.

(Ute Kumpf [SPD]: Eine reine Männergruppe!)

- Es ist eine reine Männergruppe, funktioniert aber trotzdem sehr gut, manche sagen, gerade deswegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht minder möchte ich die gute Kooperation und lösungsorientierte Arbeit mit den Mitarbeitern des Ministeriums hervorheben: natürlich mit der Ministerin, Brigitte Zypries,

(Ute Kumpf [SPD]: Unsere Ministerin!)

Herrn Schmidt-Wellbrock und Axel Vogel, aber auch den damit befassten Staatssekretären, Lutz Diwell, Alfred Hartenbach und, last, but not least - er ist jemand, der so über und zwischen allem steht - Karl Diller.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Und Daniela Raab?)

Ich erwähne das, weil es Dinge gibt, die nicht selbstverständlich sind. Wir wollten zum Beispiel für einzelne Stellen, die sehr notwendig sind, zusätzliche Mittel. Jeder kennt die Komplexität in diesem Haushalt und den Mittelbedarf insgesamt. Es war nicht ganz einfach, den Deckungsbeitrag aus dem Einzelplan selbst herauszuquetschen. Dass ein Ministerium da mitmacht, halte ich nicht für selbstverständlich. Dafür vielen Dank. Karl Diller winkt mir gerade zu; er dankt in einer ähnlichen Weise. Denn das hat die Ausgabesituation dort sehr entspannt. Apropos Ausgaben: Es ist ein sehr kleiner Haushalt, der nur eine halbe Milliarde Euro umfasst. Er ist aber besonders erwähnenswert, weil es der einzige Haushalt ist, der eine so hohe Deckungsquote hat. Er deckt 76 Prozent aus sich selbst, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, deshalb teile ich Ihr Lob für das DPMA, das Sie eben vorgetragen haben. Wenn man die Versorgungsausgaben herausrechnet, ist sogar eine Deckungsquote von 100 Prozent gegeben. Das ist eine Einmaligkeit. Vielleicht können wir deshalb gelegentlich darüber nachdenken, in diesem Ministerium insgesamt mehr zu machen. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Ich möchte die Besonderheiten dieses Haushalts erwähnen. Dabei geht es um die Personalausstattung.

Zur Verstärkung des internationalen Bereichs, zur Institutionalisierung des Redaktionsstabes für verständliche Gesetzessprache und natürlich zur Ausstattung mit dem erforderlichen Personal im Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz

wird das Ministerium  
mehr Stellen bekommen.

Auch Zuwendungsempfänger, das Deutsche Institut für Menschenrechte und das Institut für Ostrecht, werden personell verstärkt. Der Generalbundesanwalt wird ebenfalls personell verstärkt. Auch der Bundesfinanzhof wird personell verstärkt. Darüber hinaus wird das Bundesamt für Justiz personell verstärkt, natürlich insbesondere mit Blick auf das EHUG. Das Bundesamt für Justiz wird im Zusammenhang mit der Strafregistervernetzung in den Bereichen IT und Sonstiges ebenfalls personell verstärkt. Ich denke, das ist eine sehr gute Sache.

Dem Anliegen von Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist dadurch Rechnung getragen worden, dass für das DPMA 45 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, allerdings in dem Wissen, dass es im Moment nicht gerade leicht ist, auf dem Markt geeignete Bewerber zu rekrutieren. Die Ausstattung ist also ganz gut. Zumindest erlaubt sie uns, alles, was nötig ist, zu tun.

Jetzt komme ich zu einem Thema, mit dem sich Ole Schröder und ich seit zwei Jahren etwas intensiver befassen: zur Einrichtung eines Redaktionsstabes der Bundesregierung für verständliche Gesetzessprache.

(Ute Kumpf [SPD]: Das ist gut!)

In diesem Bereich wurde sozusagen ein kleiner Quantensprung erzielt; eigentlich sind Quantensprünge ja gar nicht unterscheidbar.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das, was hier gelungen ist, ist deshalb ein Quantensprung, weil es im Justizministerium künftig eine Art Fremdkörper geben wird: einen Redaktionsstab, der sich mit Sprache befasst.

(Ute Kumpf [SPD]: Wunderbar!)

Die Einrichtung eines solchen Redaktionsstabes hielten wir für sehr wichtig. Ich als Nichtjurist bin natürlich besonders daran interessiert, dass sich die Situation auf diesem Gebiet verbessert.

Ich will Ihnen erklären, warum. Zu diesem Zweck gebe ich Ihnen ein paar Kostproben, die zumindest bei Laien zu Verwirrung führen. Einzelne Beispiele kennen Sie eventuell schon, und wahrscheinlich können Juristen diese Formulierungen besser interpretieren als Nichtjuristen.

Ich zitiere aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts. Darin heißt es:

Der Entwurf sieht davon ab, im Rahmen der Absätze 3 bis 5 ein bloßes entgeltliches Nutzungsverhältnis der Ehegatten untereinander zuzulassen.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das ist doch ganz leicht zu verstehen! - Jerzy Montag

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie das verbessern?)

Wie ist das zu verstehen? Wer nutzt wen oder was in der Ehe gegen Entgelt? Ich halte diese Formulierung für relativ kompliziert.

Außerdem gibt es sprachliche Spezialprobleme, die uns auch in der Gesetzessprache Probleme bereiten. Damit beschäftigt sich die Wissenschaft. Ich möchte auf ein Projekt hinweisen, das im Fachbereich Allgemeine und

Theoretische Psychologie an der Universität Heidelberg durchgeführt wird. Es geht darum, auch in Gesetzen eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden. Hier findet man Formulierungen, die einen ganz einfachen Text unlesbar machen:

Der/Die Wähler/in ist an die vorgeschlagenen Bewerber/innen der Wahlvorschläge gebunden. Jeder/Jede Wähler/in hat 8 Stimmen. Von dieser Gesamtstimmenzahl können einem/r Bewerber/in bis zu zwei Stimmen gegeben werden.

Wie Sie sehen, ist eine solche Formulierung absolut unlesbar. Das erscheint Ihnen jetzt vielleicht sehr weit hergeholt zu sein. Sie merken aber, dass solche Projekte unterstützenswert sind.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können das wahrscheinlich deshalb nicht lesen, weil Sie in einer reinen Männergruppe arbeiten! - Silke Stokar von Neuforn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir können ja in Zukunft immer nur die weibliche Form verwenden! Wie wäre das denn? Ich kann solche Formulierungen übrigens viel besser lesen als Sie!)

Ich werde Ihnen noch etwas vorlesen, damit Sie merken, wie notwendig die Einrichtung dieses Redaktionsstabes ist. Es handelt sich um die Formulierung in einem Gesetzentwurf, den wir noch in dieser Woche, nämlich morgen, beschließen werden. Auch wenn fast nur Juristen anwesend sind, habe ich jetzt die Leute im Blick, die mich auf der Straße ansprechen und mich fragen: Wie ist das eigentlich gemeint? Vielleicht können wir uns, wenn an dieser Stelle gelegentlich etwas vorsichtiger und sorgfältiger gearbeitet würde, in Zukunft sogar unendlich viel unnötige Bürgerkorrespondenz sparen. Ich zitiere: Der Ausgleich oder die Verrechnung eines Übertragungsgewinns mit verrechenbaren Verlusten, verbleibenden Verlustvorträgen, nicht ausgeglichenen negativen Einkünften und einem Zinsvortrag nach § 4 h Abs. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (Verlustnutzung) des übertragenden Rechtsträgers sind nur zulässig, wenn dem übertragenden Rechtsträger die Verlustnutzung auch ohne Anwendung der Absätze 1 und 2 möglich gewesen wäre. Satz 1 gilt für negative Einkünfte des übertragenden Rechtsträgers im Rückwirkungszeitraum entsprechend. Das wollen wir morgen beschließen.

(Ute Kumpf [SPD]: Alles klar!)

Wir müssen uns darum kümmern, dass die Gesetzestexte sprachlich verbessert werden, auch um Lerneffekte bei den Verfassern zu erzielen. Ich glaube, dass die Installation eines solchen Redaktionsstabes im Bundesjustizministerium, flankiert durch Mittel, die es ermöglichen, diese Aufträge nach außen zu vergeben, ein sehr guter Weg ist, um die Rechtssprache in Zukunft auch in der Gesetzgebung zu verbessern.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Selbstbetrug ist nicht strafbar, aber oft verhängnisvoll. Ich halte es für ein Stück Selbstbetrug, dass wir heute einen Etat beschließen, von dem die meisten von uns wissen, dass er zu dem Zeitpunkt, ab dem er gültig ist, am 1. Januar 2009, zu einem guten Stück schon veraltet sein wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte es auch für Selbstbetrug, dass den Menschen gesagt wird, man wolle ihnen mit dem Haushalt eine Brücke über das Jahr 2009 bauen, damit es 2010 wieder besser wird. Allerdings wird damit die Grenze zwischen dem Selbstbetrug und dem Wählerbetrug schon ziemlich fließend.

Wenn das soziale Gleichgewicht bedroht ist, dann wird es für den Rechtsstaat schwerer, aber gerade dann muss er sich beweisen und vorsorgen. Er muss stark und widerständig sein, und er darf sich nicht bücken. In diesen Tagen erleben wir in manchen Situationen auch eine Krise des Rechtsstaates. Es ist doch Fakt, dass auch Menschen in rechtliche Notlagen geraten – zum Beispiel durch Insolvenzen –, die sich das vor einigen Jahren überhaupt noch nicht vorstellen konnten.

(Joachim Stünker [SPD]: Wovon reden Sie denn jetzt? Was kritisieren Sie denn konkret?)

Das Maß, mit dem Sie durch Ihre Politik beispielsweise den Mittelstand zerstören, ist ein Ausdruck dafür.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist die falsche Rede!)

In dieser Situation wäre ein guter Justizetat erforderlich. Mit dem vorliegenden leisten Sie das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will das an drei Fakten kenntlich machen:

Erstes Beispiel. Seit dem vorigen Jahr ist das Bundesamt für Justiz in Bonn. Die Bundesministerin preist die Entscheidung, die ministerielle Weisheit hier in Berlin und die Ausführungskompetenz in Bonn zu konzentrieren,

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Zu Recht!)

gewissermaßen als eine sehr gute Lösung. Wir beurteilen die Situation anders und sehen das wesentlich kritischer.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Ohne jegliche Fachkompetenz!)

Inzwischen gibt es zwei etwa gleich große Verwaltungsstrukturen.

Für die Verwaltung des Bundesministeriums steht ein Ausgabenblock von 50 Millionen Euro zur Verfügung, während es beim Bundesamt 41 Millionen Euro sind. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass zwei so große sich gegenüberstehende Verwaltungen auch Verselbstständigungstendenzen gegeneinander entwickeln.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: So ein Unfug!)

Ein zweites Beispiel. Wir schlagen Ihnen, wie bereits im vergangenen Jahr, vor, die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den obersten Gerichten zu erhöhen,

(Beifall bei der LINKEN)

um wenigstens auf ein Verhältnis von eins zu eins zwischen den Richterinnen und Richtern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kommen. Wir machen das

ausdrücklich mit dem Ziel, die Verfahrensdauern an den Gerichten zu verkürzen. Bei so vielen Wohltaten, die wir Ihnen vorschlagen, sollten Sie hier wirklich nicht noch protestieren.

(Beifall bei der LINKEN - Dirk Manzewski)

[SPD]: Die Arbeit ist bei den Amts- und Landgerichten!

Der dritte Punkt, bei dem es eine Differenz zwischen uns gibt - das ist hier erfreulicherweise schon angesprochen worden -, ist das Deutsche Patent- und Markenamt mit Sitz in München und Jena. Ihnen ist bekannt, dass wir seit dem Jahr 2006 beharrlich Anträge dafür stellen, die Zahl der Stellen zu erhöhen und die Sachmittel aufzustocken. Ich freue mich, wie mein Vorredner, dass es hier im Vergleich zum vorigen Etat einen tatsächlichen Aufwuchs gibt. Das begrüßen wir selbstverständlich auch.

Dennoch stellen auch wir fest, dass die Patentbearbeitung, also die Phase von der Anmeldung und damit dem einsetzenden Rechtsschutz bis zur möglichen Vermarktung, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen und für Existenzgründerinnen und Existenzgründer immer noch zu lang ist. Gerade in der jetzigen Situation ist es doch ein Gebot, jedem Start-up-Unternehmen, den jungen Unternehmen, die Chance zu geben, ihre kreativen Leistungen auch zu vermarkten. Es ist schlimm, dass Ihnen ein Sozialist einen solchen Grundzug der Marktwirtschaft hier erklären muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen, dass das der Justizetat nicht hergibt. Dafür ist er zu klein. Deshalb schlagen wir die Deckung aus dem Einzelplan 09 vor. Das ist der Etat des Ministers für Wirtschaft und Technologie. Dieser enthält auch einen entsprechenden Titel, nämlich „Patentbegleitung“. Das ist also nichts Unmögliches. Das einzige, woran das immer wieder scheitert, ist ein purer Ressortegoismus. Dieser passt auch nicht mehr in diese Zeit.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-

Brömer [CDU/CSU]: Irgendwann müssen Sie doch einmal zum Thema kommen!)

Deshalb sage ich Ihnen zum Schluss noch einmal: Selbstbetrug ist nicht strafbar, aber oft verhängnisvoll. Aus diesem Grunde müssen wir diesen Etat auch ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Carl-Christian

Dressel [SPD]: Gute Nacht!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Ole Schröder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die derzeitige Wirtschaftskrise macht deutlich, dass für unsere Gesellschaft nicht nur der nationale Rechtsrahmen, sondern vor allem auch der internationale Rechtsrahmen von großer Bedeutung ist.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Die Gestaltung und die Regelung insbesondere der internationalen Finanzmärkte sind eine Herausforderung von epochaler Bedeutung, die vielleicht höchstens mit der internationalen Klimapolitik vergleichbar ist. Daher ist es so wichtig, dass wir diese Rahmenbedingungen

mitgestalten und unsere Wirtschaftsordnung, die geregelte soziale Marktwirtschaft, auch international etablieren. Die Ergebnisse des internationalen Finanzgipfels sind ein guter Anfang. Es kommt jetzt auf deren Umsetzung und die Ausgestaltung der einzelnen Bereiche an. Deshalb ist es auch richtig, dass wir bei der Aufstellung des Haushalts darauf geachtet haben, in den einzelnen Ressorts die entsprechenden Stellen zu schaffen, damit wir insoweit Einfluss nehmen können.

Wenn wir von internationalen Rahmenbedingungen sprechen, heißt das auch, dass diese für deutsche Unternehmen so zu gestalten sind, dass sie im internationalen Wettbewerb gut bestehen können. Für unsere exportorientierte Wirtschaft ist es ein Vorteil, wenn auch die Rechtsrahmen auf internationaler Ebene so gestaltet sind, dass sie unseren Prinzipien und nicht denen anderer Länder entsprechen.

(Mechthild Dyckmans [FDP]: Sehr wahr!)

Eine vergleichbare Rechtsordnung in anderen Ländern führt zu mehr Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen, erspart diesen Rechtsberatungskosten und führt damit automatisch zum Bürokratieabbau. Es ist ein Vorteil, wenn sich internationale Unternehmen bei Vertragsabschlüssen für das deutsche Rechtssystem entscheiden.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]:

Genau!)

Andere Nationen machen es uns vor. Die Briten beispielsweise schaffen es, ihre Rechtsordnung internationalen Unternehmen so schmackhaft zu machen, dass diese nicht unsere Rechtsordnung nutzen, sondern vor allem die Rechtsordnung des Königreichs. Das erspart den britischen Unternehmen erhebliche Kosten, weil sie günstiger prozessieren können.

Auch die Amerikaner sind uns um einiges voraus, wenn es darum geht, Recht als Wettbewerbsfaktor zu nutzen. Während beispielsweise wir Deutschen im Kosovo das Führerscheinrecht eingeführt haben, was durchaus eine wichtige Sache ist, haben die Amerikaner sich darauf konzentriert, das Immobilienrecht nach ihren Prinzipien zu gestalten, was für die Unternehmen, für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt von wesentlich größerer Bedeutung ist als das Führerscheinrecht. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland sich im Wettbewerb der Rechtsordnungen noch stärker engagiert und gleichzeitig sein eigenes Recht attraktiver gestaltet. Ich denke, wir haben mit der GmbH-Rechtsreform und der Gründung der Unternehmergesellschaft einen wichtigen Schritt gemacht, deutsche Rechtsformen im europäischen Wettbewerb attraktiver zu gestalten. Aber verglichen mit anderen Ländern haben wir hier noch ein großes Stück Arbeit vor uns.

Wenn ich mir anschau, was auf der Ebene des EU-Rechts passiert, auf der insbesondere immer mehr angloamerikanische Rechtsprinzipien eingeführt werden, wie beispielsweise die Sammelklage nach US-Vorbild, dann kann ich nur sagen: Wir müssen hier wirklich aufpassen; wir müssen uns auf diesem Gebiet einfach stärker engagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das gilt auch für internationale Organisationen. Wir sind im Bereich der internationalen Organisationen einfach zu wenig engagiert. Wir haben es in den letzten Jahrzehnten versäumt, unsere eigenen guten Leute dort hinzubekommen, um Einfluss nehmen zu können. Viele Staaten, wie beispielsweise die USA, leisten sich zum Beispiel Attachés für den Bereich des internationalen Privatrechts, die informell Einfluss nehmen. Diese Einflussmöglichkeiten haben wir nicht; wir verzichten darauf. Aus den genannten Gründen haben wir das Justizministerium mit sechs neuen Stellen ausgestattet. Ich denke, das ist ein Anfang. Es kann aber noch nicht das Ende sein. Wir müssen etwas tun, um gerade bei den internationalen Organisationen besser vertreten zu sein.

Das Justizministerium setzt sich auf internationaler Ebene auch für Rechtsstaatlichkeit ein. Das ist wichtig, um anderen Ländern auf ihrem Weg zu Demokratie und zur Durchsetzung von Menschenrechten zu helfen. Dabei nimmt die Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit eine besonders bedeutende Stellung ein. Die Stiftung wurde 1992 als gemeinnütziger Verein gegründet. Das hat der damalige FDP-Justizminister Klaus Kinkel vollbracht.

Die Stiftung verbindet zwei Ziele. Sie unterstützt Länder auf dem Weg zum Rechtsstaat. Diese Länder orientieren sich dann wiederum beim Aufbau einer privaten Wirtschaftsordnung an deutschen Rechtsvorschriften und suchen den Dialog mit deutschen Rechtspartnern. Das führt letzten Endes dazu, dass wir dort indirekt Einfluss gewinnen können, was die Rechtsordnung angeht. Deshalb ist es gut, dass wir die vernünftige Idee von Klaus Kinkel über das Jahr 2011 hinaus fortführen und die Mittel mit 1,3 Millionen Euro deutlich erhöht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines ist dabei allerdings wichtig: Wir haben noch andere Organisationen, die sich im Bereich der internationalen Rechtspflege engagieren und in diesem Bereich Entwicklungshilfe leisten, zum Beispiel die GTZ. Ich denke, wir können als Parlament erwarten, dass zwischen diesen Organisationen eine stärkere Abstimmung erfolgt. Statt parallel zu arbeiten, muss klar geregelt werden, für welche Bereiche die Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit und die GTZ jeweils zuständig sind.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung zur internationalen Bedrohung. Der internationale Terrorismus hat sich zur größten sicherheitspolitischen Herausforderung entwickelt. Unsere bisherigen Methoden und Vorgehensweisen sind nicht auf eine solche Bedrohung zugeschnitten. Deshalb sind Anpassungen dringend notwendig. Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, dass wir das BKA-Gesetz bekommen.

(Otto Fricke [FDP]: Aber nicht dieses BKA-Gesetz!)

Sonst sind wir nicht vernünftig gewappnet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Darüber hinaus sind auch im Bereich der Generalbundesanwaltschaft



entsprechende Anpassungen notwendig.  
Denn die Verfahren werden in einem Rechtsstaat immer noch von der Anwaltschaft geführt statt von der Polizei. Damit rechtsstaatliche Maßstäbe auch weiterhin eingehalten werden können und überführte Terroristen schnell angeklagt werden können, ist es notwendig, dass die Generalbundesanwaltschaft besser ausgestattet wird. Deshalb haben wir 21 neue Stellen geschaffen, die zum größten Teil mit Staatsanwälten besetzt werden. Ich habe bisher vor allen Dingen von internationalen Herausforderungen gesprochen. Zum Schluss möchte ich auch auf unser Projekt „Verständliche Gesetze“ eingehen. Lothar Binding hat das Projekt bereits gut vorgestellt. Wir haben bei dem Projekt erlebt, dass alle Beteiligten sehr positiv dazu eingestellt waren, dass die anderen Ministerien vernünftig daran mitgearbeitet haben und dass dieses Projekt akzeptiert wird. Insofern ist es richtig, es angemessen zu institutionalisieren. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir den Redaktionsstab der Bundesregierung auch in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien verankern. Die jetzige Situation ist nicht stringent. In der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien wird auf den Redaktionsstab des Bundestages Bezug genommen. In der Geschäftsordnung des Bundestages wird aber nicht auf den Redaktionsstab des Bundestages Bezug genommen. Es ist jetzt insbesondere Aufgabe der Justizministerin, den Redaktionsstab der Bundesregierung, der beim Bundesministerium angesiedelt ist, in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zu verankern. Wir müssen im Bereich des Bundestages unsere Aufgabe hinsichtlich der Geschäftsordnung des Bundestages wahrnehmen. Ich möchte mich auch für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ich denke, wir haben einen guten Haushalt aufgestellt. Ich bitte Sie daher, die beiden Haushalte – den Haushalt des Bundesverfassungsgerichts und den Justizhaushalt – zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort der Kollege Hans-Christian Ströbele.  
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Stokar meinte gerade, ich solle erzählen, was der BND im Kosovo gemacht habe; das interessiere sie viel mehr.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Wir wissen Bescheid!)

Dazu kann ich nur sagen: Erstens darf ich das nicht, weil ich zur Verschwiegenheit verpflichtet bin.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Darauf habt ihr noch nie Rücksicht genommen!)

Zweitens hätte wahrscheinlich die Präsidentin etwas dagegen, weil das nicht zur Tagesordnung gehört. Drittens gibt es hier einige, die das genauso erläutern könnten wie ich. Diese kann man vielleicht nachher befragen, soweit die Betroffenen dazu überhaupt etwas sagen dürfen.

Ich wende mich dem Haushalt der Bundesjustizministerin zu.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Das ist überraschend!)

Ich will ihr den überhaupt nicht streitig machen. Ich will nicht über Zahlen reden.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Aber es geht um den Haushalt! Das sind Zahlen!)

Ich glaube, über die Zahlen muss man sich nicht streiten. Hier herrscht weitgehend Einigkeit. Ich will vielmehr versuchen, eine Art Bilanz zu ziehen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie regieren doch gar nicht! - Gegenruf der Abg.

Ute Kumpf [SPD]: Der Ströbele regiert immer mit! Das ist Ströbele!)

Bei dieser Bilanz kommt es sicherlich darauf an, dass Sie in der Regierung sitzen und wir in der Opposition. Trotzdem sage ich: Es war nicht alles schlecht, was aus Ihrem Hause gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD -

Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das war ein schöner Schlusssatz!)

Es war auch nicht alles schlecht, was die Große Koalition in der Rechtspolitik auf den Weg gebracht hat. Ich nenne die Reform des FGG und des Urheberrechts als Beispiele. Hier gibt es eine ganze Reihe von Gesetzen - an den Beratungen hat sich auch der Kollege Montag verdienstvoll beteiligt -, die wir gemeinsam getragen haben und die vorzeigbar sind. Hier wurden notwendige Reformen durchgeführt.

(Joachim Stünker [SPD]: Notwendige? Innovative!)

Ich will auch nicht kritisieren, dass Sie, Frau Ministerin, sich persönlich vor das Oberlandesgericht gestellt haben, das die Freilassung von Christian Klar angeordnet hat, und darauf hingewiesen haben, dass Gesetze für alle gleich gelten, dass Entscheidungen, die nach Gesetz gefällt werden, zu akzeptieren sind und dass man keine neuen Voraussetzungen schaffen muss. Das war in Ordnung. Das sehe ich positiv.

Aber, Frau Ministerin, wenn ich mir Ihre Bilanz als Verfassungsministerin, als Ministerin, die die Freiheits- und Bürgerrechte sowie wichtige Verfassungsgrundsätze wahren soll, ansehe, dann muss ich feststellen, dass Ihre Bilanz viel trauriger aussieht.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Düster!)

Ich will versuchen, das an sechs Beispielen zu verdeutlichen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Aber kurze!)

- Das müssen Sie sich schon anhören. Das ist meine Redezeit und nicht Ihre.

Als Erstes haben Sie uns die Vorratsdatenspeicherung - das war das Weihnachtsgeschenk im letzten Jahr - sozusagen vererbt. Sie haben dazu gesagt, damit verhalte es sich nicht viel anders als mit einem gefüllten Briefumschlag; mehr Gefahren gebe es nicht. Das Bundesverfassungsgericht sieht das offenbar anders.

(Joachim Stünker [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Es ist mit der höchsten Zahl von Verfassungsbeschwerden befasst, die jemals in der Bundesrepublik erhoben wurden. Es gibt eine Wiederbelebung der Straße. Seit den Notstandsgesetzen und vielleicht seit der Volkszählung ist noch nie so intensiv über ein Gesetz, bei dem es um Bürgerrechte geht, auf der Straße diskutiert worden. 15 000 Menschen sind - auch hier in Berlin - dagegen auf die Straße gegangen. Das haben Sie wenigstens zur Kenntnis genommen. Leider haben Sie daraus bisher keine Schlussfolgerungen gezogen. Sie hätten beispielsweise die Anwendung dieses Gesetzes aussetzen können, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Das wäre vernünftig gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zweitens zum BKA-Gesetz. Hierzu haben Sie sich am Anfang - das schien ganz hoffnungsvoll zu sein - mit einigen kritischen Bemerkungen an die Öffentlichkeit gewagt. Sie haben beispielsweise geäußert, dass das BKA-Gesetz die Onlinedurchsuchung beinhalten soll. Sie haben außerdem gefragt: Welchen Sinn macht eigentlich die präventive Onlinedurchsuchung? Wozu brauchen wir das? Sie haben auch etwas zum Spähangriff auf Privatwohnungen gesagt: Wenn der Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht abgehört werden darf, also etwa intime Gespräche im Schlafzimmer, dann gilt das erst recht für die heimliche Beobachtung mit Kameras.

Sie haben das BKA-Gesetz mit auf den Weg gebracht und im Deutschen Bundestag für die Verabschiedung gesorgt. Offenbar waren Ihnen all Ihre starken Worte, die Sie vorher in der Kritik, auch an Ihrem Ministerkollegen, geäußert haben, nichts mehr wert. Das war alles vergessen. Das ist nicht gut und wirft ein schlechtes Licht auf die Ministerin, die eigentlich für die Wahrung der Freiheits- und Bürgerrechte zuständig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Als dritten Punkt möchte ich etwas erwähnen, wo es noch viel schneller ging. Zunächst haben Sie sich durchaus kritisch zu den Plänen, den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren zuzulassen, geäußert. Sie haben dann mit Ihrem Kollegen im Bundeskabinett, ganz stickum und ohne dass es irgendjemand außerhalb bemerkt hat, eine Änderung des Grundgesetzes ausgehandelt und verabschiedet.

(Joachim Stünker [SPD]: Das war nicht im Kabinett!)

Eine solche Änderung wird hier im Hause offenbar und glücklicherweise keine Mehrheit finden. Auch da haben Sie wichtige Verfassungsgrundsätze, nämlich dass die Bundeswehr für Sicherheit und Ordnung im Inneren nicht zuständig ist und auch nicht zuständig werden soll, einfach aufgegeben und über Bord geworfen.

Ich komme zum vierten Punkt. Er betrifft eine unserer Lieblingskritiken. Sie haben unter Rot-Grün einmal etwas gewagt, was ich damals anerkannt habe. Sie haben die UN-Konvention gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 unterzeichnet, obwohl Sie wussten, dass das einige Fraktionen im Parlament und einzelne Abgeordnete aus allen Fraktionen anders sehen.

(Jörg van Essen [FDP]: Aus sehr guten Gründen!)

Sie haben aber nicht dafür gesorgt, dass diese internationale Verpflichtung, die Sie eingegangen sind, auch eingehalten wird. Diese Verpflichtung beinhaltet,

(Otto Fricke [FDP]: Parlamentsvorbehalt!)

dass wir eine gesetzliche Bestimmung schaffen, nach der Abgeordnetenbestechung über die jetzige Regelung

§ 108 e StGB hinaus strafbar wird. Darum haben Sie

sich nicht mehr gekümmert. Sie können auch nicht sagen,

dass das Sache des Parlaments ist und Sie damit

nichts zu tun haben. Soweit ich weiß, sind Sie auch Bundestagsabgeordnete

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Brandstifter

ruft Feuerwehr!)

und wären durchaus aufgerufen, eine Regelung zu treffen.

Ich komme zum vorletzten Punkt, den ich in diesem

Zusammenhang nennen will. Es geht um den neuesten

Vorstoß Ihres Regierungskollegen Schäuble.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Guter Mann!)

Nachdem er für das BKA-Gesetz im Bundesrat ganz offensichtlich

keine Mehrheit gefunden hat, nicht findet

und keine Aussicht darauf besteht, will er nichts anderes

tun, als die Verfassung kompatibel zu machen und sie so

zu ändern, dass in Zukunft der Bundesrat nicht mehr so

wie bisher darüber entscheiden kann, wie das in den inzwischen

fast 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland

üblich war. Ich habe von Ihnen kein Stopp und keine

klare Aussage gehört, dass Sie das für falsch halten und

auf keinen Fall mitmachen.

Ich komme zum letzten Punkt,

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Sehr gut!)

der vor allen Dingen mich betrifft. Im Jahre 1999 - damals

waren Sie noch nicht Ministerin - haben die damalige

Justizministerin und insbesondere der Staatssekretär

Geiger mir persönlich und der grünen Bundestagsfraktion

versprochen, dass das Bundesdatenschutzgesetz

novelliert wird. Das Datenschutzgesetz sollte modern

und bürgernah gestaltet werden und die Daten in allen

Bereichen, auch im privaten Bereich, schützen. Bis

heute warten wir darauf, dass ein solches Gesetz vorgelegt

wird, obwohl es immer wieder von Verbänden, von

Fachleuten und von Sachverständigen gefordert worden

ist. Da sind Sie Ihrer Pflicht nicht nachgekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, achten Sie auf die Redezeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN):

Letzter Satz: Eine gute Ministerin für die Verfassung

und für die Grundrechte und Freiheitsrechte sind Sie leider

nicht gewesen. Ich hoffe, Sie geloben Besserung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat für die Bundesregierung die Bundesministerin

der Justiz, Brigitte Zypries, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten

Damen und Herren Kollegen! Herr Ströbele, das trifft

sich gut: Ich mag in Ihren Augen keine gute Ministerin

für die Verfassung sein, Ihnen hingegen fehlen grundlegende Kenntnisse über den Verfassungsaufbau des Staates.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es kann überhaupt nicht sein, dass ich ein Gesetz aussetze, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sich dafür einsetzen!)

Was glauben Sie, welche Kompetenzen eine Ministerin in diesem Lande hat?

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist geschenkt!)

Es kann auch gar nicht sein, dass eine Ministerin alleine ein Gesetz zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung im Parlament durchbringt. Das geht nicht. Es muss schon die Mehrheit dieses Hauses diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie könnten sich darum kümmern!)

Es ist auch - das hat weniger mit Verfassungsrecht als mit der Frage zu tun, wer innerhalb der Bundesregierung zuständig ist - immer noch so, wie seit 1999, dass für das Bundesdatenschutzgesetz der Bundesinnenminister zuständig ist und nicht die Bundesjustizministerin.

(Beifall bei der SPD - Otto Fricke [FDP]: Wobei das schlecht ist!)

- Das ist eine andere Frage, lieber Herr Kollege Fricke. - Deswegen gebe ich diese Empfehlung weiter. Das geht einfach nicht. Insofern bitte ich sehr um Nachsicht, dass man nicht alles machen kann, was man tun möchte. Ich gebe Herrn Fricke durchaus recht; ich hätte gegen die Zuständigkeit nichts einzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für die Haushaltsberatungen des Parlaments will ich zunächst einmal Dank sagen, zum einen an das Haus BMJ, das mich sehr unterstützt hat und dessen Mitarbeiter hier schon hinreichend gelobt worden sind. Also auch von mir das verdiente Lob!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum anderen will ich auch dem Parlament Dank sagen, das die Aufstellung dieses Haushalts sehr gut unterstützt hat, insbesondere Dank an die beiden Berichterstatter Lothar Binding und Ole Schröder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gute Berichterstatter - das haben Sie heute Abend an den Reden schon gemerkt - verfolgen eigene Projekte.

Es ist keineswegs so, dass sie nur den Haushalt begleiten, sondern sie haben eigene Vorstellungen. Die Vorstellungen, die die beiden Berichterstatter haben, betreffen zum Beispiel die verständliche Gesetzessprache.

Sie haben schon gemerkt, dass es ihnen diesmal gelungen ist, uns zu den dazugehörigen Stellen zu verhelfen.

Wir haben die Ankündigung schon gehört. Das nächste

Mal müssen wir die GGO ändern, damit das Ganze weitergeht. Lieber Ole Schröder, wir werden das gerne im

Auge behalten.

Weil wir die Ehre haben, heute Vertreter der Bundesrechtsanwaltskammer als einzige Gäste bei unserer Parlamentsdebatte zu begrüßen, habe ich mir vorgenommen, etwas über das Anwaltsrecht und über die vielen Projekte, die wir im Bereich des Anwaltsrechts gemacht haben, zu sagen; denn es gibt nicht nur die innere Sicherheit und andere Themen, sondern wir haben durch Gesetzgebung auch für den Berufsstand einzutreten, der ein wesentlicher Berufsstand in der Justiz ist.

Das Erste, das ich gerne in dem Zusammenhang erwähnen möchte, ist ein Gesetz, das schon seit vielen Jahren in Kraft ist. Es betrifft die Rechtsanwaltsvergütung. Das ist eines der ersten größeren Gesetzgebungsvorhaben, für die ich als Ministerin verantwortlich war.

Ich habe schon Mitte des Jahres deutlich gemacht, dass ich für eine vernünftige Evaluierung dieses Gesetzes offen bin; denn jedes Gesetz gehört evaluiert. Bei dieser Evaluierung müssen wir die Einkommensentwicklung ab dem Jahre 2004 berücksichtigen. Wir müssen auch schauen, in welchen Tätigkeitsgebieten es Defizite gibt; denn wir haben seinerzeit mit dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz neue Schwerpunkte gesetzt. So sind zum Beispiel die Streitwerte für die Asylverfahren seit 15 Jahren nicht mehr angepasst worden. Wir müssen auch überlegen, ob wir bei den Sozialrechtsmandaten sowie bei den Regelungen für die Prozesskostenhilfe und die Beratungshilfe bei den Familienrechtsmandaten etwas ändern müssen. Denn auch hier gilt mit Blick auf die Anwaltsgebühren: Gerechtigkeit hat ihren Preis; den Zugang zu einer guten anwaltlichen Beratung kann es nicht zu Dumpingpreisen geben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das zweite Thema, das die Anwaltschaft betrifft, ist das Rechtsdienstleistungsgesetz, das am 1. Juli 2008 nach langen Beratungen in Kraft getreten ist und das von der Anwaltschaft durchaus mit einer gewissen Skepsis beäugt wurde. Deshalb bin ich froh, hier sagen zu können: Die erste Bilanz nach einem knappen halben Jahr zeigt, dass sich das Gesetz in der Praxis in der Tat bewährt. Auch die Regelungen zur Rechtsberatung als Nebenleistung, die von der Anwaltschaft besonders skeptisch beäugt worden waren, sind so gut wie keiner nennenswerten Kritik ausgesetzt. Vielen Dank dafür, dass es gelungen ist, mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz ein Gesetz aus der Zeit des Faschismus abzulösen und ein modernes Recht zu schaffen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Andreas Schmidt [Mülheim] [CDU/CSU] - Daniela Raab [CDU/CSU]: Das trägt aber die Handschrift der Union!)

Das dritte Thema, das die Anwaltschaft interessieren wird und das das Haus noch nicht kennt, ist die Frage der Anrechnung der Geschäftsgebühr für die vorgerichtliche Tätigkeit auf die Verfahrensgebühr.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Sehr gut! - Otto Fricke [FDP]: Ah!)

Das ist ein Thema, das durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine gewisse Aktualität erfahren hat.

(Otto Fricke [FDP]: Eine „gewisse“?)

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam darüber sprechen, ob es noch einer kurzfristigen Änderung bedarf.

(Beifall bei der FDP)

Ein vierter Punkt, den ich ansprechen möchte und dessen Beratung noch auf das Parlament zukommt, ist die Reform der Bundesrechtsanwaltsordnung. Dabei geht es um zwei wesentliche Punkte:

Erstens. Streitigkeiten über die Zulassung zur Anwaltschaft sollen künftig nach der VwGO erfolgen.

Zweitens. Bei der BRAK, der Bundesrechtsanwaltskammer, soll eine Schiedsstelle mit einem sogenannten Ombudsmann eingerichtet werden, damit Konflikte zwischen Mandantschaft und Anwaltschaft schon auf dieser Ebene beigelegt werden können. Der Ombudsmann der Versicherungswirtschaft, der sich in den letzten Jahren gut bewährt hat, ist ein bisschen das Vorbild für diese Institution. An dieser Stelle geht mein Dank an die Bundesrechtsanwaltskammer, insbesondere an ihren Präsidenten, Herrn Filges, der sich für diese Idee sehr engagiert eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Last, but not least wollen wir auch den Zugang zum Anwaltsnotariat ändern und eine andere notarielle Fachprüfung einführen. In Zukunft wollen wir bei der Auswahl der Bewerber noch stärker auf die individuelle Eignung der Bewerber achten. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Der Gesetzentwurf hat bei einer Anhörung im Rechtsausschuss am 5. November 2008 breite Unterstützung gefunden, sodass man davon ausgehen kann, dass er noch verabschiedet wird. Es geht der Dank an die Anwaltschaft für die gute Zusammenarbeit.

Dank gilt der Anwaltschaft, aber auch dem Deutschen Richterbund, dem Deutschen Juristinnenbund und anderen für die Zusammenarbeit beim „Bündnis für das deutsche Recht“. Dieses Thema hat Ole Schröder schon angesprochen. Wir haben jetzt eine neue, druckfrische Broschüre, die in großer Zahl vorliegt.

(Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr gut! - Ute Kumpf [SPD]: Jetzt kommt der Werbeblock der Ministerin!)

Ich sende sie Ihnen gerne zu, damit Sie sie verteilen können, um deutlich zu machen: Unser deutsches Recht ist gutes Recht; wir wollen das kontinentaleuropäische Recht behalten. Im Hinblick darauf, dass die Vertreter der Bundesrechtsanwaltskammer auf das Essen warten, will ich dazu keine weiteren Ausführungen machen; ich erinnere Sie an die Ausführungen von Herrn Schröder zu diesem Thema.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Otto Fricke.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Vizepräsidentin! Meine lieben Damen und Herren! Justiz und Finanzkrise: Passt das zusammen? Eigentlich könnte man fragen: Führt die Tatsache, dass sich die Wirtschaft in der Rezession befindet, nicht dazu, dass sich möglicherweise irgendwann auch das Recht in der Rezession befindet? Ich glaube, dass das Recht durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und die Reaktion des Staates darauf gefordert sein wird, dass die Gerichte gefordert sein werden.

Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich möchte Ihnen - gerade als Rechtspolitiker - Folgendes anheimgeben: Achten Sie bei allem, was jetzt Wirtschafts- und Finanzpolitiker machen, darauf, dass wir im Rahmen des Haushalts nicht Investitionen versprechen, die später aufgrund überlanger Verfahren nicht getätigt werden können! Achten Sie bitte auch darauf, dass die zusätzlichen Mittel, die die Länder für die Personalausstattung der Gerichte bereitstellen - sie geben ausnahmsweise mehr -, am Ende nicht steckenbleiben, weil viele Verfahren bei den Bundesgerichten, die immer mehr angefordert werden, hängenbleiben! Das wird eine Aufgabe sein, Frau Ministerin, bei der ich Sie wirklich nur bitten kann, genau zu schauen, wohin die Entwicklung geht, und dann, wenn Sie sehen, dass sie in die falsche Richtung geht, sehr schnell, frühzeitig zu reagieren; denn sonst bleiben die Investitionen, die wir in der nächsten Zeit brauchen, sozusagen beim Recht hängen, und das kann in einem gut funktionierendem Rechtsstaat nicht der Sinn der Sache sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe die Länder angesprochen. Insofern will ich durchaus auch Kritik üben. Wenn ich mir anschau, was die Länder in der letzten Zeit so alles gemacht haben, (Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Das ist ganz schlimm, vor allem da, wo Sie mitregieren!) fällt mir auf, dass sie finanziell immer wieder auf der Bremse stehen, um so den Rechtsstaat mehr oder weniger Stück für Stück an die Wand zu fahren.

(Zuruf des Abg. Joachim Stünker [SPD])

- PKH, Kollege Stünker; genau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es kann nicht sein, dass man versucht, Prozesskostenhilfe abzuwürgen, indem man da und dort die Gebühren herunterfährt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das kann mit Sicherheit nicht sein; denn Recht - ich glaube, da sind wir uns einig - steht allen zu. Der Zugang zum Recht ist essenzielle Voraussetzung für unseren Rechtsstaat.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das wäre durch Änderung der PKH auch nicht anders gewesen!)

Es gibt nach meiner Meinung immer wieder den Versuch der Länder, sich aus der finanziellen Verantwortung zu stehlen. Wir erleben es zurzeit beim Kindergeld, wo es gerade umgekehrt ist. Eigentlich sind die Länder - mit den Kommunen - für das Kindergeld und den Aufwand zuständig, sie sagen aber: Das soll der Bund machen. -



Wir haben eine Aufteilung. Sie ist richtig so. Darauf sollten wir achten.

Ich glaube, dass die Aufteilung - Gesetzgebung, Zuständigkeit für den größten Teil der Rechtsprechung, Frage der Finanzierung - so richtig ist. Gerade im Rechtsstaat ist der Föderalismus ein starker Faktor. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass sich die Länder nicht aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein wenig Kritik muss ich in der Frage der Verständlichkeit von Sprache im Recht üben.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Dazu ist alles gesagt!)

Wenn ich bei der Sprache die Wahl habe zwischen Schönheit und Präzision, zwischen Lesbarkeit und Präzision, (Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Darum geht es doch überhaupt nicht!)

dann wähle ich als privater Leser die Schönheit und die Lesbarkeit. Wenn ich aber als Jurist mit Sprache umgehe, ist das anders. Weil beim Recht und bei der Auslegung des Rechts die Grenze der Wortlaut ist, muss diese Grenze präzise sein; sonst ist Recht nichts mehr wert.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Deshalb bitte ich darum, bei dem, was Sie wollen - ich weiß, Sie wollen, dass es in eine andere Richtung geht -, darauf zu achten, dass die Grenze nicht verwischt wird. Der Glaube, man könne durch bessere Lesbarkeit Recht präziser und besser machen, ist nach meiner Meinung ein Irrglaube.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber verstehen sollte man es schon!)

Eine kurze Anmerkung zum Einzelplan 19, um den es jetzt ja auch geht. Ohne es zu weit auszuführen - die Berichterstatter wissen es; ich möchte es aber auch im Protokoll haben -: Ein Parlament muss sich bei der Frage, wie man mit der Bezahlung eines Präsidenten eines Verfassungsorgans umgeht, immer vergegenwärtigen, wie die Kleiderordnung sein sollte. Ich glaube, dass das, was wir insofern beim Verfassungsgericht gemacht haben, nicht richtig ist und dass wir das spätestens in der nächsten Legislatur - sprich: im nächsten Jahr - klären sollten. Oder handelt es sich etwa um eine Strafaktion des Parlaments gegenüber dem Gericht?

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das ist doch abwegig!)

Das kann ich mir auf gar keinen Fall vorstellen. Deswegen hoffe ich, dass wir vernünftig im Blick behalten, wie die Kleiderordnung ist.

Zum Schluss: Eine Tendenz fällt mir auch hier im Parlament im Umgang mit dem Recht auf. Ich will nicht sagen, dass wir da ein wenig feige wären, aber doch, dass wir immer mehr zurückschrecken. Ich nenne die Themen „Spätabtreibung“ und „Patientenverfügung“. Ohne in die Details zu gehen, will ich sagen - das ist meine persönliche Meinung, nicht die Meinung meiner Fraktion -: Ich erlebe, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen den Standpunkt vertreten: Besser nicht anpacken,

besser nichts regeln. - Ich will ausdrücklich davor warnen. Nach der Gewaltenteilung ist es unsere Aufgabe, Regeln zu treffen, wo das, was die Rechtsprechung normiert hat, nicht ausreicht, und dann müssen wir ihr auch nachkommen.

(Beifall der Abg. Daniela Raab [CDU/CSU] und Joachim Stünker [SPD])

Das Ergebnis bei der Spätabtreibung mag für viele kein gutes Ergebnis sein, aber es ist immer noch ein besseres als gar keins. Das Gleiche gilt bei der Patientenverfügung. Eine Regelung, sei es die vom Kollegen Stünker, die ich nicht unterstütze, sei es die vom Kollegen Bosbach, ist besser als keine. Etwas zu regeln, ist besser, als zu sagen: Bloß keine Regelung, bloß nicht anfassen.

(Daniela Raab [CDU/CSU]: Sehr richtig! -

Joachim Stünker [SPD]: Das stimmt in diesem Fall nicht!)

Alles andere würde die Menschen auf Dauer zu sehr verunsichern, nicht deshalb, weil die Rechtsprechung schlecht ist, sondern deshalb, weil die Menschen vom Gesetzgeber eine Orientierung erwarten.

(Daniela Raab [CDU/CSU]: Für die Spätabtreibung gilt das Gleiche!)

Diese Art von Rechtspolitik ist unsere Verantwortung.

Diese Art von Rechtspolitik werden wir in der nächsten Zeit, so hoffe ich, auch betreiben, spätestens wieder nach den Wahlen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Dr. Jürgen Gehb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gemerkt, dass nicht nur ich die Haushaltsdebatte zum Anlass nehme, über den nationalen Tellerrand der Rechtspolitik hinauszublicken - ich habe das schon immer getan -, sondern auch Ole Schröder und die Ministerin.

Das freut mich insofern ganz besonders, als ich merke, dass das auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Nun will ich Ihnen nicht schon wieder mit meinem Lieblingslogo „German Law goes Hollywood“ auf die Nerven fallen, aber es war kein Geringerer als der Bundespräsident, der dieses Thema auf dem Juristentag in Erfurt aufgegriffen hat.

Nicht nur er hat dieses Thema aufgegriffen: Die Berufsorganisationen der Anwälte und Notare und die der

Richter haben vor kurzem ein „Bündnis für das deutsche Recht“ gegründet. Vor wenigen Tagen wurde uns

- mit „uns“ meine ich die rechtspolitischen Sprecher - im Beisein der Ministerin aus den Händen des Vorsitzenden

des Deutschen Richterbundes, Herrn Frank, im Beisein der Präsidenten der Bundesrechtsanwaltskammer,

Herrn Filges, des Deutschen Notarvereins, Herrn

Vossius, und der Bundesnotarkammer, Herrn Götte, sowie

eines Vertreters des Deutschen Anwaltvereins ein

entsprechendes Schriftstück überreicht. Das heißt, auch der DAV macht sich für den Export deutschen Rechts

stark, und das, obwohl sich dessen Präsident beim Deutschen

Anwaltstag im Mai hier in Berlin vor dem Hintergrund der Sicherheitsdebatte weiß Gott dazu hat hinreißen lassen, unsere Rechtsordnung in die Nähe von Guantánamo zu rücken.

(Daniela Raab [CDU/CSU]: Pfui Teufel! -

Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Quatsch! Stimmt doch nicht! Ich war dabei! -

Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

- Vorsicht, Herr Montag, sonst erzähle ich die Geschichte mit den 2 Zentimetern.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um Ihre Gesetze!)

Wörtlich hat er ausgeführt - das ist im Anwaltsblatt vom Juni 2008 auf Seite 407 nachzulesen -: Unsere Rechtsordnung reicht. Alles andere, meine Damen und Herren, ist ein Schritt in die Zustände von Guantánamo. Wir haben bisher ein gutes Verhältnis zur BRAK, zum DAV und allen anderen Vereinigungen gehabt.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie nicht solche Gesetze!)

Ich kann an dieser Stelle Herrn Kilger nur auffordern, dass er mit dem Ausdruck des Bedauerns dafür um Entschuldigung bittet, sonst kann er für uns kein seriöser Gesprächspartner mehr sein. Guantánamo hat hier nichts zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der SPD - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Jetzt machen Sie nicht auf beleidigte

Leberwurst! - Dr. Gesine Löttsch [DIE

LINKE]: Was ist mit den 2 Zentimetern?)

Genauso neben der Kappe ist ein Artikel in der Ausgabe des Spiegels vom 17. November, also vom letzten Montag, mit dem schmissigen Titel „Der letzte Versuch“.

Hier ist ein Bild vom Plenum abgedruckt, das von oben aus der Kuppel aufgenommen wurde und unter dem steht: „Deutscher Bundestag: eine Maschine, gebaut für Gesetze, nicht für Gerechtigkeit.“ Hintergrund dieses Artikels ist ein zugegebenermaßen tragisches Schicksal des Witwers einer ermordeten Frau. Der Mörder läuft frei herum, obwohl man ihn möglicherweise mit neueren Erkenntnismethoden, namentlich der DNA-Analyse, überführen könnte.

Der Bundesrat hatte ja eine diesbezügliche Initiative zur Reform des strafrechtlichen Wiederaufnahmerechts auf den Weg gebracht; den entsprechenden Gesetzentwurf haben wir vor wenigen Wochen im ganz normalen Verfahren in erster Lesung, wenn auch ohne Debatte, an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Wir müssen uns nun in diesem Bericht vorhalten lassen: „Doch der Großen Koalition ist die Sache vor allem eines: lästig.“

(Daniela Raab [CDU/CSU]:

Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, bei allem, was uns vielleicht parteipolitisch trennt, diesen Vorwurf sollten wir uns alle nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden in einem ganz normalen Prozedere dieses

Gesetzesvorhaben auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses setzen und noch im Frühjahr hierzu eine Anhörung durchführen. Hier warten zwar sehr viele Schlingpflanzen, sehr viele verfassungsrechtliche und prozessuale Implikationen auf uns. Dennoch sage ich an dieser Stelle, ohne hiermit schon dem Ergebnis vorzugreifen: Ich persönlich, meine Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsgruppe Recht und wahrscheinlich die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben für diesen Antrag viel Sympathie.

Auch wir halten es für unerträglich, dass für das schwerste Verbrechen, nämlich für unverjährbaren Mord, die materielle Gerechtigkeit hinter dem Prinzip der formellen Rechtssicherheit zurückstehen soll.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Jörg van Essen [FDP])

Wo ich nun schon an diesem Punkt bin: Haushaltsdebatten sind ja in der Regel eine Generalabrechnung der Opposition mit der Regierung. Da aber die Opposition nicht wahrzunehmen ist, müssen wir deren Aufgabe auch noch mit übernehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Machen Sie einmal, aber kräftig!)

Es gibt viele Dinge zu kritisieren, aber den Grünen, die sich jetzt über die Höhe der Haftentschädigung, die ja Thema der Justizministerkonferenz war, echauffieren - immerhin ist der Vorschlag gemacht worden, sie von mindestens 11 Euro auf 25 Euro zu erhöhen; das sind mehr als 100 Prozent -, sage ich:

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 100 Euro mindestens!)

Jemand, der dieses Thema überhaupt noch nicht angepackt hat und in seiner Regierungszeit nicht in der Lage war, den Betrag um einen einzigen Cent zu erhöhen, sollte ganz kleine Brötchen backen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor wenigen Tagen haben wir uns, liebe Frau Justizministerin, darauf geeinigt, dass wir den Ball an die Justizminister zurückgeben, zumal sie in ihrer Auffassung nicht ganz einheitlich waren. Frau von der Aue aus Berlin hat wie der DAV von 100 Euro gesprochen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Berliner haben es ja auch!)

Wir haben gesagt, die Justizminister sollten einen schönen Gesetzentwurf erarbeiten und die Höhe der Haftentschädigung bestimmen, die schließlich aus ihrem Landesetat bezahlt wird.

Dann werden wir dies genauso auf den Weg bringen wie den Opferschutz - diese Initiative haben Sie aus dem Bundesrat aufgenommen - und wie die Erhöhung des Kinderschutzes im Wege eines erweiterten Führungszeugnisses.

Auch hier freue ich mich, Brigitte, dass du das aufgenommen hast. Aber die Freude über die Aufnahme wäre noch größer, wenn gelegentlich auch einmal der geistige Urheber der einen oder anderen Idee genannt würde, insbesondere wenn er aus dem Lager der Union kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt kein Copyright und auch keinen Schutz des geistigen Eigentums; aber es gibt eine gewisse Fairness.

Meine Damen und Herren, das Thema Justiz ist immer

nur abends an der Reihe. Deswegen bewundere ich, dass immer noch ein Teil des Vorstands der BRAK auf der Besuchertribüne sitzt, obwohl klar war, dass ich jetzt reden würde. Ich hätte es ja verstanden, Herr Filges, wenn Sie früher gegangen wären. Aber nach mir müssen Sie noch einen anderen ertragen; das wird noch viel schöner.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir können uns weiß Gott nicht den Vorwurf gefallen lassen, wir würden Fälle nur dilatorisch und sehr schleppend bearbeiten. Wir haben, auf Deutsch gesagt, die Raufe voll bis oben hin. Weit bis in das nächste Jahr werden wir in jeder Sitzungswoche mindestens eine Anhörung, gelegentlich sogar zwei Anhörungen durchführen. Andreas Schmidt, der Vorsitzende unseres Rechtsausschusses, hat vor wenigen Tagen bei einem sehr schönen parlamentarischen Abend des Rechtsausschusses in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung Bilanz gezogen und dargestellt, was wir schon alles erledigt haben.

Wenn heute unter unserer Zuhörerschaft schon die großen Repräsentanten der Bundesrechtsanwaltskammer sind, um deren Anerkennung und Lob alle Vorredner ein bisschen gebuhlt haben, dann will ich Folgendes sagen: Wir haben nicht nur ein hervorragendes Verhältnis miteinander, wir haben das Rechtsdienstleistungsgesetz gewissermaßen im Zusammenspiel mit den Anwälten erarbeitet, wir haben für die Erfolgshonorare gesorgt, wenn auch in abgespeckter Form, aber eigentlich so, wie es die Anwaltskammer wollte. Wir werden des Weiteren - auch dies hat die Ministerin angesprochen -, um die Sache rund zu machen, das Anwaltsnotariat so regeln, dass wir weder ein drittes Staatsexamen einführen noch zulassen, dass nur Anwälte aus großen Kanzleien dahin kommen. Vielmehr soll auch der kleine Krauter aus Falkensee oder aus meinem Heimatort Heringen eine Chance haben; wir werden also die lokale Verwurzelung ins Gesetz schreiben. Wenn uns dies gelingt, dann werden wir auch im Berufsrecht unsere Pflicht erfüllt haben.

Wir konnten sie nur erfüllen, weil außer den Politikern von der Ministerin über den Staatssekretär bis zu den Sprechern und Berichterstatlern sowie den Haushältern all die vielen fleißigen Ministerialbeamten - ein Teil von ihnen sitzt da hinten - mitgearbeitet haben. Die Große Koalition funktioniert mindestens auf dem Gebiet der Rechtspolitik.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Höchstens, und da auch nur zum Teil!)

Dies wollte ich vor Beginn der Adventszeit, die ja auch die Zeit der Besinnlichkeit ist, als ein versöhnliches Abschlusswort zum Ausdruck bringen.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir so diszipliniert zugehört haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Mechthild Dyckmans [FDP]: Es bleibt uns ja nichts anderes übrig!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Neškovic für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Gehb, recht herzlichen Dank, dass Sie mich so freundlich annonciert haben. Da die Zeit nun fortgeschritten ist, könnte es dazu führen, ein wenig kuschelig mit der Ministerin und ihrer Politik umzugehen. Da Sie von mir sicherlich keine kuschelige Rede erwarten, werde ich Sie in Ihrer Hoffnung auch nicht enttäuschen, sondern gleich an einen Vorwurf anknüpfen, den ich in meiner letzten Rede erhoben habe.

Frau Ministerin, ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Sie wirklich keine Bremserin von Herrn Schäuble sind, sondern dass Sie gemeinsam mit ihm in die falsche Richtung fahren: im Zweifel für die Sicherheit und nicht für die Freiheit. In der Süddeutschen Zeitung vom 21. November heißt es hierzu:

Auch bei der SPD dominieren in der Innen- und Rechtspolitik die Innenpolitiker, für die Sicherheit stets den Vorrang vor Freiheit hat. Justizministerin Brigitte Zypries, die ehemalige Staatssekretärin Schilys, stammt auch aus dieser Denkschule und ist von daher kein gleichrangiges Gegengewicht zu Schäuble und seinen orwellhaften Vorstellungen vom Staat.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! - Ute Kumpf

[SPD]: Wo sind denn Ihre eigenen Gedanken?)

So schnell, Frau Zypries, wird unsere Einschätzung Ihrer Politik bestätigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer Vorwurf, den ich erhoben habe, war: Das Personaldilemma der SPD schlägt sich in den Personen Steinbrück, Steinmeier und Zypries in prägnanter Weise nieder. Sie stehen für den Typ Politikbeamte und Technokraten.

(Ute Kumpf [SPD]: Das sind gute Leute!)

Was ist das Wesen des Technokraten? Kein Herzblut, keine inhaltlichen Überzeugungen und keine politischen Visionen.

(Ute Kumpf [SPD]: Das ist eine Beleidigung!)

An der Stelle der Macht der Visionen tritt nur noch die Vision von der Macht. Die politischen Inhalte sind nur ein Mittel, ein Instrument zum Machtgewinn und zum Machterhalt.

Die Reaktion auf meine Rede und auf diesen Vorwurf war erstaunlich: Frau Zypries grüßt mich nicht mehr.

(Lachen bei der CDU/CSU - Michael Grosse-

Brömer [CDU/CSU]: Jetzt kommen wir zu

den großen Problemen der Rechtspolitik!)

Diese Form des Beifalls ist bemerkenswert, aber nicht bedeutsam. Bedeutsam ist vielmehr, dass Frau Zypries einen bemerkenswerten Eifer an den Tag legt, ihre Kritiker durch immer neue Aktionen zu bestärken. Jüngstes Beispiel - Herr Ströbele hat es schon angeführt -: ist die Einigung innerhalb der Koalition zum Bundeswehreinsatz im Innern. Gemeinsam mit Herrn Steinmeier haben Sie sich im Wesentlichen den Begehrlichkeiten von Herrn Schäuble unterworfen. Herr Steinmeier verkündet dann im besten Technokratendeutsch, die Einigung belege die Handlungsfähigkeit der Koalition. Kein Wort zum Inhalt. Das einzig Entscheidende ist also nur die Handlungsfähigkeit der Koalition. Das ist das beste

Technokratendeutsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch auch Technokraten beherrschen manchmal nicht ihr Geschäft. Frau Zypries, Sie vergaßen die Abstimmung mit Ihrer Fraktion. Sie wurden von dieser auch zurückgepfiffen und standen sehr blamiert da. Was machen Technokraten angesichts einer solchen Situation? Natürlich, sie reagieren technokratisch. Sie setzen dem Ganzen noch die Krone auf, indem Sie sich, Frau Zypries, als Leiterin einer Arbeitsgruppe installieren lassen, die einzig und allein die Aufgabe hat, das mit Steinmeier erarbeitete Ergebnis wieder einzusammeln. Das ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus. Das ist nicht Realpolitik, sondern Realsatire.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch das BKA-Gesetz belegt den Kotau vor Herrn Schäuble und erneut das Verhalten von Technokraten. Entgegen den Bedenken vieler Fachleute, insbesondere des ehemaligen Staatssekretärs aus dem Justizministerium Herrn Professor Geiger haben Sie, Frau Zypries, dem BKA-Gesetz zugestimmt. Dies ist ein Gesetz, das Herrn Schäuble einen ungeheuren Machtzuwachs sichert und das mit wesentlichen rechtsstaatlichen Prinzipien bricht. So wird das Bundeskriminalamt zukünftig die Kompetenzen von Geheimdiensten und Polizei unter einem Dach besitzen. Damit wird gegen das rechtsstaatliche Trennungsgebot verstoßen.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Das wird durch ständiges Wiederholen auch nicht wahrer!)  
- Ich sehe mich zur Wiederholung veranlasst, weil es ein Prinzip der Pädagogik ist.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Trotzdem wird es nicht wahrer!)  
Auch der Kernbereichsschutz ist verfassungswidrig geregelt. Aber auch hier die gleiche Inszenierung für die Technokratentruppe Zypries und Steinmeier wie beim Bundeswehreinsatz, diesmal aber mit anderen Akteuren. Diesmal sind es die Landesverbände der SPD, die die Bauchlandung für diese Truppe organisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Gut, dass es gelegentlich noch Sozialdemokraten gibt, die sich daran erinnern, dass es in der Anatomie einer Partei etwas gibt, das man Rückgrat nennt. Herz und Rückgrat sind die Elemente, die für die Zukunft einer Partei überlebensnotwendig sind. In Ihrer Politik, Frau Zypries, sind solche Wesenselemente nicht erkennbar. Sie stehen nicht in der rechtsstaatlichen Tradition eines Adolf Arndt, eines Hans-Jochen Vogel, eines Herbert Schnoor oder einer Frau Herta Däubler-Gmelin. Die SPD ist - das sage ich an die Adresse der Kollegen - rechtsstaatlich unzuverlässig geworden.

Ich teile deswegen ausdrücklich die Auffassung des Autors aus der Süddeutschen Zeitung in dem eingangs zitierten Artikel, der dazu auffordert, die SPD müsse sich endlich auf ihre rechtsstaatlichen Traditionen besinnen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Jürgen Gehb

[CDU/CSU]: Das ist das Buch Hiob!)

Mit Ihnen, Frau Zypries, wird das nicht möglich sein. Ich erinnere dabei nur an das Strafvollzugsgesetz. Ein Kleinod sozialdemokratischer Rechtspolitik wird mit der

Föderalismusreform einfach über Bord geworfen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Ich bin am Ende meiner Rede angelangt.

Frau Zypries, ich würde Ihnen wünschen, dass Sie wirklich einmal in die Werke Adolf Arndts und anderer gucken, die ich zitiert habe. Ich glaube, dann hätten wir eine bessere Rechtspolitik der SPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Martina Krogmann

[CDU/CSU]: Peinliche Rede!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Der Kollege Joachim Stünker hat seine Rede zu Protokoll

gegeben. Ebenso hat dies die Kollegin Daniela

Raab getan.1)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der

FDP - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]:

Das ist eigentlich schade!)

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan

07, Bundesministerium der Justiz, in der Ausschussfassung.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der

Fraktion der Linken vor, über den wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache

16/11037? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wer stimmt nun für den Einzelplan 07, Bundesministerium

der Justiz, in der Ausschussfassung? - Wer ist dagegen?

- Enthaltungen? - Der Einzelplan 07 ist damit

mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der

Fraktion Die Linke und Enthaltung der FDP-Fraktion

angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan

19, Bundesverfassungsgericht, in der Ausschussfassung.

Wer stimmt dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen?

- Der Einzelplan 19 ist damit mit den Stimmen

des ganzen Hauses angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am

Schluss unserer heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich bedanke mich herzlich für die aktive Diskussion

und berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestags

auf morgen, Freitag, den 28. November 2008, 9 Uhr,

ein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe

die Sitzung. Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung:

- Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung

des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr

2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Beschlussempfehlung: Finanzplan des Bundes

2008 bis 2012

hier: Einzelplan 07

Geschäftsbereich des Bundesministeriums

der Justiz

hier: Einzelplan 19

Bundesverfassungsgericht

(Tagesordnungspunkte II.17 a und b)



Daniela Raab (CDU/CSU): Die Justiz in Deutschland wird oft angerufen, und unsere Bürger wollen sich auf die Judikative verlassen. Sie hoffen stets auf Gerechtigkeit. Dafür schaffen wir die Grundlagen! Wir haben in dieser Legislaturperiode viel erreicht, aber einiges liegt auch noch vor uns.

Erstens: Terrorcamp. Der Koalitionsvertrag verpflichtet uns, Änderungen im Strafrecht für eine wirksamere Terrorismusbekämpfung zu prüfen. Die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus sind stets vorhanden. Leider müssen wir dies aktuell in Indien wieder erleben, mit verheerenden Folgen. Um die Vorbereitung von Terrorattentaten rechtzeitig wirksam unterbinden zu können, sollen daher auch bestimmte Vorbereitungshandlungen für Terroranschläge unter Strafe gestellt werden.

Wir fordern, dass nicht nur das Durchlaufen einer Ausbildung in der Absicht, eine terroristische Gewalttat zu begehen, strafbar sein soll, insbesondere das Sich-Unterweisen-Lassen in der Herstellung oder im Umgang mit Schusswaffen oder Sprengstoffen. Aus Sicht der Union sollte schon der Aufenthalt in einem Terrorcamp strafbar sein, weil die sogenannte Absicht ansonsten kaum nachweisbar ist.

Darüber hinaus soll auch das Verbreiten oder das Anpreisen von Informationen, die als Anleitungen zu einer Gewalttat geeignet sind, etwa die Veröffentlichung und Verbreitung von Bombenbauanleitungen im Internet, strafbar sein. Gleiches gilt dann auch für diejenigen, die das Ganze finanzieren. Dies ist keine unnötige Härte und keinesfalls Panikmache, wie uns oft vorgeworfen wird, sondern eine Maßnahme, die sich auszahlen wird - zum Schutze von uns allen.

Zweitens. Versorgungsausgleich. Der Versorgungsausgleich regelt die Verteilung von Rentenansprüchen zwischen den Eheleuten nach einer Scheidung. Scheitert eine Ehe, so erhält damit auch der Ehepartner, der beispielsweise wegen Kindererziehung auf Erwerbsarbeit verzichtet hat, eine eigenständige Absicherung im Alter und bei Invalidität.

Das Prinzip des Versorgungsausgleichs hat sich grundsätzlich bewährt, und nach wie vor profitieren vor allem die Frauen von ihm. Eine Reform des Versorgungsausgleichs ist aber längst überfällig, weil die gerechte Halbteilung der in der Ehe erworbenen Versorgungsansprüche häufig verfehlt wird und weil das Recht so kompliziert und unübersichtlich geworden ist, da es für die große Mehrheit der Familienrichter, der Anwälte und nicht zuletzt der betroffenen Eheleute kaum noch verständlich ist.

Nach dem Konzept der Strukturreform soll künftig jedes Anrecht systemintern geteilt werden. Das bedeutet, dass, wenn zum Beispiel ein Ehepartner sowohl mit einer betrieblichen als auch mit einer privaten Altersvorsorge für die Rente vorsorgt auch der dann geschiedene Ehepartner künftig ein eigenes Anrecht auf betriebliche und private Altersversicherung erhält. Außerdem erhalten die Eheleute größere Möglichkeiten und Spielräume, Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich zu schließen und damit diese Angelegenheiten auch ohne

gerichtliche Entscheidung zu regeln.

Dabei handelt es sich nicht zuletzt auch um Bürokratieabbau. Die Reform berücksichtigt nämlich auch die Interessen der Versorgungsträger, die sie bei der öffentlichen Anhörung hier im Hause nächsten Mittwoch darlegen können. Auf Bagatellausgleiche wird künftig verzichtet; zusätzliche Kosten entstehen ihnen nicht.

Schließlich werden die vereinfachten Rechtsvorschriften zu einer Entlastung aller Beteiligten führen.

Drittens. Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, im europäischen Rechtsetzungsumfeld internationale einheitliche Rechnungslegungsstandards anzustreben. Dagegen war und ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber wir mussten hier auch immer die Auswirkungen auf unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen im Auge behalten, bevor wir Standards in nationales Recht übernehmen und sie für alle verpflichtend machten. Wir müssen also den funktionierenden Rahmen unseres Handelsgesetzbuches beibehalten und gerade für die kleineren Unternehmen für Vereinfachungen im Bilanzwesen sorgen. Dies unterstütze ich ganz ausdrücklich.

Das modernisierte Bilanzrecht entlastet also und stärkt den Mittelstand. Es sichert eine den International Financial Reporting Standards (IFRS) gleichwertige, aber kostengünstigere und einfachere handelsrechtliche Rechnungslegung. Was für mich besonders hohe Priorität hat, ist, dass die Funktion des handelsrechtlichen Jahresabschlusses als Grundlage der Gewinnausschüttung

und der steuerlichen Gewinnermittlung unberührt bleibt. Risiken durch Zweckgesellschaften werden durch die verschärfte Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses transparent. Dies ist besonders wichtig in Zeiten der aktuellen, internationalen Finanzkrise.

Der Entwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sieht erhebliche Erleichterungen für viele Unternehmen vor. Einzelkaufleute, die mit ihrem Betrieb bestimmte Schwellenwerte nicht übersteigen, werden von der handelsrechtlichen Buchführungs- und Bilanzierungspflicht sowie der Pflicht zur Aufstellung eines Jahresabschlusses sogar ganz befreit. Dank der Anhebung der Schwellenwerte können künftig mehr kleine und mittelgroße Kapitalgesellschaften als bisher die großenabhängigen Erleichterungen bei der Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses in Anspruch nehmen. Wieder treiben wir den Bürokratieabbau voran. Ich denke, wir und unsere Unternehmen können zufrieden mit dem Ergebnis sein. In einer Anhörung werden wir noch weitere Details klären können.

Zum Schluss noch ein Thema, das Frau Ministerin Zypries anscheinend so gut gefallen hat, dass sie es gleich von den Bayern übernommen hat und nun als eigene Idee einzubringen versucht:

Fünftens: Eine Initiative zur Erweiterung des Führungszeugnisses. Bayern hat bereits im März dieses Jahres einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht.

Nach diesem Entwurf sollen auch Verurteilungen wegen „leichterer“ Sexualdelikte, namentlich wegen Verbreitung, Erwerb, Besitz kinderpornografischer Schriften, § 184 b StGB, und wegen Verletzung der Fürsorge- und

Erziehungspflicht, § 171 StGB, und Missbrauch von  
Schutzbefohlenen, § 225 StGB, immer ins Führungszeugnis  
aufgenommen werden. Derzeit werden Verurteilungen  
wegen dieser Straftaten nur dann aufgenommen,  
wenn die Verurteilung zu mehr als 90 Tagessätzen oder  
zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Wochen erfolgt.  
Somit tauchen diese Verurteilungen nach geltendem  
Recht in den einem privaten Arbeitgeber von dem  
Betroffenen vorzulegenden Privatführungszeugnissen  
sowie in den einem öffentlicher Arbeitgeber zuzuleitenden  
Behördenführungszeugnis nicht auf.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf Bayerns unverändert  
beschlossen und in den Bundestag eingebracht.

Die Bundesregierung, das BMJ, hat in ihrer Stellungnahme  
den Ansatz des Bundesrats, Bayerns, kritisiert  
und eigene Vorschläge angekündigt. Einer Ihrer Kritikpunkte  
ist, dass der Bundesrat die obengenannten Verurteilungen  
generell in alle Führungszeugnisse aufnehmen  
will, also auch für - aus Ihrer Sicht, Frau Ministerin -  
„nicht schutzwürdige Bereiche“.

Stattdessen wollen Sie einen „zielgenauen“ Schutz  
von Kindern und Jugendlichen sicherstellen. Wenn es  
nach Ihnen geht, soll nur bei kinder- und jugendnahen  
Tätigkeiten ein erweitertes Führungszeugnis ausgeschrieben  
werden. Sie nennen in Ihrer Pressemitteilung  
auf Ihrer Homepage zum Beispiel den Erzieher in Kindergärten,  
aber auch Schulbusfahrer, Bademeister,  
Sporttrainer oder Mitarbeiter im Jugendamt. Mir stellt  
sich die Frage: Wo fangen solche Tätigkeiten an, und wo  
hören sie auf? Was ist mit der Reinigungskraft, dem  
Koch, dem Gärtner oder dem Schülerlotsen? Muss man  
die alle aufzählen? Was ist, wenn man einen vergisst?  
Sollte man die Entscheidung nicht dem Arbeitgeber  
überlassen? Darüber wird noch zu reden sein.

Joachim Stünker (SPD): Herausragende Gesetzgebungsvorhaben  
in dieser Legislaturperiode:

- Stalking
- Unterhaltsrecht
- Urheberrecht
- Versicherungsvertragsrecht
- GmbH-Recht
- Novellierung des großen Lauschangriffes
- Novellierung der Telefonüberwachung
- Vorratsdatenspeicherung
- Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des  
familiengerichtlichen Verfahrens.

Im Koalitionsvertrag vereinbart und mit Erfolg zum  
Abschluss gebracht.

Vor dem Abschluss stehende weitere Gesetzgebungsvorhaben:

- Neuregelung des Versorgungsausgleichs
- Bekämpfung der unerlaubten Telefonwerbung und  
Verbesserung des Verbraucherschutzes
- Modernisierung des Bilanzrechts
- TK-Entschädigungs-Neuordnungsgesetz
- Fahrgastrechte der Bahnkunden

Auch diese Gesetzgebungsvorhaben werden wir bis  
zum Frühjahr nächsten Jahres abgeschlossen haben. Die  
Koalition hat damit in der Rechtspolitik überzeugend gearbeitet.  
Es bleiben unerledigt:

- Regelungen zur Verständigung im Strafprozess

(Deal)

- Kronzeugenregelung

Beide Regelungen scheitern leider am Widerstand des Bundesministers des Innern, der in dieser Frage offensichtlich nicht gut beraten ist. Denn mit dem Gesetzentwurf zu „Verständigung im Strafprozess“ schaffen wir mehr Rechtssicherheit und „ein Mehr“ an Rechtsstaatlichkeit. Ich gebe nicht auf: „Der Minister sollte sich besserer Einsicht nicht länger verschließen.“

</ text >

< text 16191 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen die Haushaltsberatungen - Tagesordnungspunkt II - fort:

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksachen 16/9900, 16/9902 -

b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012

- Drucksachen 16/9901, 16/9902, 16/10426 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Dazu rufe ich den Tagesordnungspunkt II.18 auf:

Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

- Drucksachen 16/10409, 16/10423 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Kurt J. Rossmann

Klaus-Peter Willsch

Volker Kröning

Ulrike Flach

Roland Claus

Anna Lührmann

Zum Einzelplan 09 liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Beratungen dieses Einzelplans 90 Minuten vorgesehen.

- Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter

[CDU/CSU]: Rainerle, ach Rainerle!)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in Deutschland in einer handfesten Rezession;

daran bestehen keine Zweifel mehr. Die Unternehmen beurteilen die Zukunftsaussichten so pessimistisch wie seit 35 Jahren nicht mehr. Außer der Bundesregierung erwartet niemand mehr ein Wirtschaftswachstum für das kommende Jahr. Es gibt sogar einige Experten, die eine Schrumpfung um 2 Prozent für keineswegs zu pessimistisch halten. Auch die Bundesregierung rechnet intern sicherlich mit minus einem Prozent. Professor Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrats, erklärt ja auch, dass er seine ursprüngliche Prognose heute nicht mehr abgeben, sondern nach unten revidieren würde. Nur, die Bundesregierung hält unverdrossen an ihrer Wachstumsprognose von plus 0,2 Prozent als Basis für den Bundeshaushalt fest. Das ist nicht mutig, sondern unseriös.  
(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gestern beim Eiertanz von Herrn Ramsauer zur Erbschaftsteuer erfahren,  
(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Ein guter Tänzer!)

dass die CDU für den Leitantrag auf ihrem Parteitag den ehrbaren Kaufmann entdeckt hat. Für den Bundeshaushalt gelten die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns nicht; sonst würde man anders ansetzen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch nur eine Frage der Zeit, bis wir die Auswirkungen am Arbeitsmarkt feststellen müssen. Die OECD rechnet für Deutschland bis 2010 mit 700 000 Arbeitslosen mehr. Wer jetzt nicht entschieden handelt, versündigt sich an der Entwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Wir können nicht länger auf Impulse der Weltwirtschaft warten. Wir können uns nicht länger auf den Export verlassen. Der Welthandel wird sich 2009 längst nicht mehr in dem Maße entwickeln wie bisher. Es wird eine Art Globalisierungspause geben.

In dieser Situation muss sich auch der Exportweltmeister auf seine eigene Nachfrage besinnen. Jetzt gilt es, die Binnenkonjunktur zu stärken. Das Konjunkturpaket, mit dem die Bundesregierung gegensteuern will, wird dem Problem weder von der Struktur noch von der Wirkung her - es wirkt viel zu langsam - gerecht. Damit wird man den Absturz 2009 nicht verringern.

Herr Minister Glos, in Ihrem Ministerium herrscht bereits Weihnachtszeit. Endlich klingeln bei Ihnen die Glocken. Sie erstellen fleißig Steuerwunschkettel; aber am Ende wird es wohl doch nur eine stille Nacht und keine heilige Nacht werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben den richtigen Vorschlag gemacht, zur Stärkung der Wachstumskräfte Steuern zu senken. Aber in der Regierung können Sie das nicht durchsetzen. Dass die Regierung Steuersenkungen eine Absage erteilt, ist eine Bevormundung. Offenbar hält Schwarz-Rot die Steuerzahler für dumm und den Staat für allwissend; sonst würde die Regierung den Menschen nicht vorschreiben, in welchen Bereichen sie mehr konsumieren sollen.

Herr Glos, Sie haben sich in der vergangenen Woche

dazu erfreulich deutlich geäußert. Auch Sie - ich zitiere - können „dieses Misstrauen gegen den mündigen Bürger“ nicht verstehen. Ihre Einlassungen, die richtig sind, kann man nicht anders verstehen als ein Misstrauensvotum gegen die Politik, die die Große Koalition macht.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das die Mehrheitsmeinung Ihrer Partei, der CSU, ist, hätte sie schon längst aus der Regierung herausgehen müssen; denn es wird das Gegenteil von dem gemacht, was Sie zu Recht reklamieren.

Inzwischen hat auch die CDU das Thema Steuersenkungen entdeckt. Sie wacht langsam auf. Heute erklärt Herr Merz im Handelsblatt: Frau Merkel darf nicht „die Letzte auf der Welt“ sein, die merkt, dass man Steuern und Abgaben senken und Entlastungen durchführen muss. Herr Merz hat recht. Hoffentlich sind Sie nicht die Letzte, die das merkt. Der Einwand, die Menschen würden Steuer- und Abgabentlastungen nicht zum Konsum nutzen, ist ökonomisch nicht haltbar. Ökonomische Studien belegen, dass etwa zwei Drittel des zusätzlichen Einkommens durch Steuerentlastungen in den Konsum fließen. Solange die Menschen das zusätzliche Nettoeinkommen in die Geschäfte oder auf die Bank tragen, ist das volkswirtschaftlich völlig in Ordnung. Das Sparen der einen ist die Voraussetzung für die Investitionen der anderen. Wenn mehr Einlagen bei den Banken sind, können sie günstige Mittelstandsdarlehen ausreichen.

(Beifall bei der FDP)

Als Auszahlungsmodus sollten Steuerschecks eingesetzt werden. Dann würden die Menschen die Entlastung unmittelbar in ihrem Geldbeutel spüren und das Argument, solche Maßnahmen hätten keinen kurzfristigen Effekt, würde ins Leere laufen. Immer mehr Experten fordern genau dieses Vorgehen, um der Konjunktur einen Impuls zu geben. Fatal wäre es nur, wenn die meisten Menschen das zusätzliche Nettoeinkommen unter das Kopfkissen legen würden. Dann ginge es nicht mehr um die Bekämpfung einer Rezession, dann würden wir in eine Depression hineinschlittern. Dazu darf es nicht kommen. Das müssen wir verhindern. Deshalb ist die Strategie der Bundeskanzlerin und der SPD, erst einmal abzuwarten, was passiert, fahrlässig.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz beschlossen, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen. Das war richtig. Aber das allein reicht bei der derzeitigen Wirtschaftskrise nicht aus. Wir brauchen einen kräftigen zusätzlichen Impuls. Deshalb gilt: Steuersenkungen jetzt, damit wir die Entwicklung abfedern können.

(Beifall bei der FDP)

Je früher man die Rezession bekämpft, desto weniger heftig werden die Ausschläge. Man weiß, dass es bei einer Infektion besser ist, schnell Medikamente einzusetzen, weil sonst aus einem Schnupfen schnell eine schwere Grippe wird.

Was wir nicht brauchen, ist eine Debatte über die Systemfrage. Ohne Frage ist die soziale Marktwirtschaft die überlegene Wirtschaftsordnung. Leider ist es aber so: Selbst wenn Sie ein Auto mit tollen Airbags und Radarsteuerung

bauen, wenn der Falsche am Steuer sitzt, fährt er trotzdem gegen die Wand. Das liegt aber nicht am Auto, das liegt nicht an der sozialen Marktwirtschaft, sondern an der falschen Handhabung.

Seit Jahren wird gegen den Geist der sozialen Marktwirtschaft verstoßen, indem man in die Märkte hinein interveniert:

Holzmann, demnächst Opel oder was auch immer an falschen ordnungspolitischen Entscheidungen noch folgen mag. Dadurch, dass man Marktkonzentrationen zulässt, die ungesund sind, zum Beispiel in den Bereichen Energiewirtschaft und Post, verhindert man, dass in diesen Bereichen Konkurrenz entsteht. Weil man das Postmonopol fortsetzt – man hält an der Mehrwertsteuerbefreiung für die Post fest und hat 9,80 Euro als Mindestlohn festgelegt –, kann kein Wettbewerb entstehen. Hier sind Schwächen. Die müssen beseitigt werden. Das System aber ist das richtige. Deshalb gilt: Finger weg vom Wirtschaftssystem – das ist das für Deutschland erfolgversprechende –, lieber eine bessere Politik im System betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Die Regierung muss endlich eine nachhaltige Lösung finden, damit sie das in der Substanz bedrohte ERP-Sondervermögen als Hilfsinstrument für unseren Mittelstand aufrechterhält. Die eitlen Streitereien zwischen den Ministerien helfen nicht weiter. Es geht nicht an, dass der Mittelstand die Zeche für die abenteuerlichen Aktivitäten der KfW bei der IKB und anderen zahlt. Die KfW hat das Geld verbraten, verzockt und verbrannt. Es geht nicht an, dass Folge davon ist, dass der Mittelstand keine Kredite bekommt oder nur zu schlechten Konditionen. Deshalb gilt: Schaffen Sie Klarheit beim ERP-Sondervermögen.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen beim Bürokratieabbau eine substanzielle Lösung. Die Druckkosten des Dritten Mittelstandsentlastungsgesetzes sind fast höher als dessen Entlastungswirkungen. Wenn die Situation nicht so ernst wäre, könnte man das alles als eine Lachnummer bezeichnen. Hier muss man die Blockaden lösen. Sie schaffen durch die Reform der Erbschaftsteuer eine Riesenbürokratie zusätzlich. Es hat keinen Sinn, wenn Sie um ein Stückchen reduzieren und das Dreifache wieder draufknallen. Die Fesseln für das Wachstum müssen abgelegt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die tausend Handschellen, die man den Bürgern angelegt hat, müssen weg.

Ich darf noch ein Wort zum Außenwirtschaftsgesetz sagen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Finger davon zu lassen. Wir brauchen ausländische Investitionen. Hier ist eine Spielwiese für künftige Industriepolitiker der falsche Ansatz. Wir haben in Deutschland andere Sorgen.

Wir brauchen jetzt Nachfrage und ein Ankurbeln der Binnenkonjunktur, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Dazu brauchen die Menschen Geld. Geben Sie ihnen das Geld zurück, und verplempern Sie es nicht für falsche Verwendungen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister für Wirtschaft

und Technologie, Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Brüderle, Sie haben am Beginn Ihrer Rede die Weihnachtszeit bemüht und ein Weihnachtslied zitiert.

Ich freue mich, dass Sie mit der Melodie von „O du fröhliche“ begonnen haben, obwohl wir ernste Zeiten haben. Sie haben ein paar Probleme angesprochen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen. Ich meine, das sind die größten Herausforderungen, die wir in der Nachkriegsgeschichte zu bewältigen haben. Wir werden uns diesen Herausforderungen stellen; denn wir wollen, dass der freie Welthandel weiter funktioniert. Dazu gehören gegenseitige Investitionen, und man muss sich um weitere Investitionen von außen bemühen. Wir erleben aber derzeit, dass

sogar Staaten, von denen wir geglaubt haben, sie würden im Geld schwimmen, ihre Anlagen zurückholen, weil sie gezwungen sind, Liquidität zu schaffen. Ich könnte Ihnen konkret Länder nennen. Ich nenne nur als Beispiel die Kuwaiter, die unlängst bei mir gewesen sind.

Als Exportweltmeister waren wir Gewinner des weltweiten Aufschwungs. Jetzt geht es zum ersten Mal seit Jahrzehnten in fast allen Weltregionen gleichzeitig abwärts. Ich meine, das ist das eigentlich Bedrohliche an

dieser Krise. Manche Branchen befinden sich fast im freien Fall. Ich hoffe, dass dieser Fall gestoppt wird. Am Beginn von Rezessionen werden natürlich immer Lagerbestände abgebaut; das verstärkt die Schwierigkeiten.

Ich glaube, dass diese Situation bald überwunden ist.

Ich führe ständig Krisengespräche mit Vertretern der verschiedenen Branchen. Ich habe zum Beispiel am Montag wieder die Automobilzulieferindustrie und anschließend die Schiffbauindustrie bei mir. Das zeigt, wo wir uns überall bemühen. Deswegen war es wichtig, dass der Rettungsschirm für die Banken aufgespannt worden ist. Denn es geht um das Funktionieren der Realwirtschaft.

Wir haben inzwischen Weiteres dazu getan. Ich will jetzt nicht die Details des 15-Punkte-Maßnahmenpakets aufzählen; das würde meine Redezeit sprengen. Ich nenne nur als Beispiel das KfW-Stützungsprogramm.

Bei Krediten für kleine und mittlere Unternehmen werden 90 Prozent des Kreditvolumens abgesichert, indem die KfW und eine Bundesgarantie mit im Spiel sind. Nur 10 Prozent der Risiken bleiben bei den ausreichenden Banken. Wir wollen, dass Kredite ausgereicht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich höre die Klage überall. Ich bin froh, dass wir zumindest gut gerüstet in diese Rezession hineingegangen sind. Deutschland steht besser da als vergleichbare Industrieländer.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das muss man einmal sagen!)

Wir haben Gott sei Dank in der Vergangenheit unsere Hausaufgaben gemacht. Die Beschäftigungsschwelle ist gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen liegt gegenwärtig bei unter 3 Millionen. Die öffentlichen Haushalte sind saniert. Wenn ich den Gesamthaushalt insgesamt betrachte, erkenne ich, dass wir in einer besseren Situation



sind als beim Bundeshaushalt. Die Bilanzstrukturen der Unternehmungen sind in Ordnung gebracht worden. Die Haushaltssanierung, die natürlich immer stattfinden muss, muss im Moment eine Pause machen, damit wir am Schluss nicht in einer Situation sind, deren Sanierung sehr viel teurer wird, weil wir jetzt nicht genug Gas gegeben haben.

Ich meine, so wie wir gerüstet sind, kann unser Land dem Sturm trotzen. Aber wir müssen uns gemeinsam anstrengen. Wir dürfen die Lage nicht schlechterreden, als sie ist. Deswegen gibt es zum Optimismus keine Alternative. Das kann nicht heißen, dass wir die Augen vor Tatsachen verschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen mehr Realismus wäre sinnvoll!)

- Der Realismus ist bei uns immer noch ein Stück weit stärker ausgeprägt als bei Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Ulrike Flach [FDP]: Das stimmt wohl! Sie sehen nämlich nicht gerade besonders optimistisch aus!)

Wenn ich mir vor Augen halte, welche rigide Forderungen im Hinblick auf die Umweltpolitik von den Grünen trotz der schwierigen Situation der deutschen Wirtschaft nach wie vor erhoben werden,

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dazu kommen wir noch! Später!)

muss ich feststellen: Der Realismus ist bei uns und nicht bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Sie haben die Situation immer noch nicht verstanden! Wirklich sehr schade!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der einen Seite ist die Lage übersichtlich, auf der anderen Seite dramatisch. Ich gebe dem Kollegen Brüderle in vielen Punkten, die er angesprochen hat, recht. Anders als in früheren Konjunkturzyklen ist der private Verbrauch während des letzten Aufschwungs nicht aus den Startlöchern gekommen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Warum denn?

Woran lag das denn?)

- Wenn Sie zuhören würden, würden Sie es vielleicht verstehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ach! Wahrscheinlich auch dann nicht!)

Der reale Zuwachs betrug seit dem Jahr 2000 nur 2 Prozent. Jetzt wird der Exportmotor aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise leider in den Rückwärtsgang geschaltet. Wir haben keinen Einfluss auf die Exportnachfrage. Wir können nur hoffen, dass die Maßnahmen, die andere Länder ergreifen, unserer Exportwirtschaft helfen. In diesem Zusammenhang denke

ich zum Beispiel an das große Investitionspaket Chinas, von dem wir uns Aufträge erhoffen, und an die Maßnahmen, die die USA eingeleitet haben.

Eines können wir allerdings tun - an dieser Stelle bin ich mir mit vielen einig -: Wir können die Binnennachfrage durch zusätzliche Impulse stärken. Genau diesem

Ziel dient unser Maßnahmenpaket.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber es ist ein bisschen schwach!)

Wir erhoffen uns davon eine möglichst große Wirkung auf Investitionen und Konsum. Wir stärken also Angebot und Nachfrage gleichzeitig. Ich glaube, das ist die richtige Antwort auf diese schwierige Situation.

Viele fordern sehr kurzfristig wirkende Maßnahmen, zum Beispiel Steuerschecks - dieses Wort haben auch Sie, Herr Brüderle, gerade erwähnt - ,  
(Ulrike Flach [FDP]: Die Bundesbank fordert sie übrigens auch!)

Gutscheine mit Konsumpflicht oder eine vorübergehende Mehrwertsteuersatzsenkung. Berlusconi lässt sogar Kreditkarten ausgeben, mit denen die Bürger Güter des täglichen Bedarfs kaufen können. Ich weiß nicht, ob das auf Dauer der richtige Weg ist.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen gar nicht, was der richtige Weg ist, das ist ja das Drama!)

Ich bin der Meinung, dass wir einen engen Schulterschluss mit der Wirtschaft, selbstverständlich aber auch mit dem Finanzminister brauchen. Ohne Zustimmung des Finanzministers ist, was die Steuern betrifft, natürlich keine Veränderung möglich. Wir haben allerdings auch gelernt - das ist zumindest meine Lebenserfahrung - : Steter Tropfen höhlt den Stein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und den Steinbrück! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- Ja, notfalls auch den Steinbrück, mein lieber Freund Peer.

Angesichts dieser Krise müssen wir Maßnahmen ergreifen, die wir auch dann guten Gewissens vertreten könnten, wenn es keine Krise gäbe. Dazu gehört zum Beispiel, Investitionen, die ohnehin geplant und notwendig sind, vorzuziehen; dazu sage ich Ja. Wir müssen für die Verbraucher durch Steuer- und Abgabensenkungen strukturelle Verbesserungen herbeiführen; auch dazu sage ich Ja. Zu kurzfristigen Steuergeschenken oder Geschenken anderer Art sage ich allerdings Nein, und das, obwohl bald Weihnachten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind vor kurzem als „Madame Non“ bezeichnet worden. In diesem Zusammenhang würde ich mich Ihnen als „Mister No“ zur Seite stellen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU - Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: James Bond! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Genau! James Bond!

Mit der Lizenz zum Steuern senken! -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Dr. No!)

- Auf diesem Gebiet möchte ich keinen Ehrendoktor. Jetzt will ich zum Ernst der Situation zurückkommen. Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, welche große Verantwortung wir für die Weltwirtschaft haben. Wir wissen nicht, wie lange der Abwärtstrend andauern wird. Wollen wir wirklich alle sechs Monate Geld im Land verteilen und versuchen, dadurch die Krise zu bewältigen?

Deutschland leidet nicht nur aktuell, sondern auch strukturell an einem Nachfrageproblem. Der Zugriff der Steuerprogression wirkt schon im unteren Einkommensbereich als Bremse, sowohl im Hinblick auf die Leistung als auch im Hinblick auf den Konsum. Wir müssen uns bemühen, diese Bremse zu lockern.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann denn?)

So können wir einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Konjunktur und Wachstum zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine Entlastung der Bürger ist aber nur dann möglich, wenn wir den mittelfristigen Konsolidierungspfad nicht verlassen.

(Beifall des Abg. Volker Kröning [SPD] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Menschen müssen das Vertrauen haben, dass das, was wir tun, längerfristig wirkt. Kurzfristige Maßnahmen führen hinterher immer wieder zu Steuererhöhungen. Das kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt aber nichts zu tun, kann fiskalisch genauso teuer werden wie eine rasche und beherzte Investition in Wachstum und Beschäftigung. Das ist unser Weg. In der Vergangenheit wurde uns gezeigt, wie schnell durch eine Wirtschaftsflaute gewaltige Löcher in die öffentlichen Finanzen gerissen werden können. Ich könnte Ihnen jetzt das Funktionieren der automatischen Stabilisatoren, die ja in Kraft sind, erläutern. Dadurch würde ich allerdings den Rahmen meiner Redezeit sprengen. Außerdem habe ich es hier mit einem sehr kundigen Publikum zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Peter Struck [SPD]: Das stimmt!)

Ich möchte noch ein Weiteres sagen: Wir haben uns bemüht - das macht natürlich in jeder Hinsicht sehr viel aus -, die Energiemärkte zu liberalisieren und Druck auf die Konzerne auszuüben. Ich weiß, dass es damals schwierig war, die Novelle des Kartellgesetzes zu verabschieden. Das wirkt aber schon jetzt. Aufgrund der

Bocksprünge auf den internationalen Energiemärkten wird allerdings auch die Fantasie unserer Energiekonzerne gefordert, bei Preissenkungen genauso rasch zur Hand zu sein wie bei Preiserhöhungen. Ich bedanke mich beim Bundeskartellamt, dass es hart eingreift, wenn sich ein Anlass dazu bietet.

Durch die gesunkenen Energiepreise ist die Inflationsrate, die Preissteigerungsrate, bis jetzt schon wieder auf 1,4 Prozent zurückgegangen. Dadurch wird natürlich auch ein ungeheures Potenzial freigesetzt. Je rascher das geht, desto mehr können sich die Bürger - damit komme ich wieder auf Weihnachten zurück - zu Weihnachten kaufen und leisten und auch weiterverschenken. Das ist ungeheuer wichtig für die Konjunktur.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Rainer Wend [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Letztes sagen: Mit dem Haushalt - auch mit meinem - leisten wir einen großen Beitrag zur Stabilität.

Wir sind ein Muster an Sparsamkeit. Ich bin überzeugt, dass Peer Steinbrück das loben wird, wenn er seine Abschlussrede hält, weil er mich vor einem viertel oder halben Jahr einmal gegenteilig hingestellt hat. (Lachen der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Der Haushalt des Wirtschaftsministers ist vorbildlich. Wir investieren in die Zukunft und halten nicht an Vergangenen fest. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, dass es auch im Land gut weitergeht.

Drei der Berichterstatter, die sich um den Haushalt bemüht haben, kandidieren aus freien Stücken nicht mehr für den Deutschen Bundestag.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Schade, schade!)

Ich bedauere das, allerdings in unterschiedlicher Intensität; das steht mir zu. Herr Kröning, Ihr Ausscheiden bedauere ich selbstverständlich auch, aber ich möchte noch einmal einen Blick auf meinen Freund Kurt Rossmanith werfen, der seit 1980 im Bundestag ist.

(Beifall des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

Später ist er dann in den Haushaltsausschuss gekommen. Ich habe damals nie gedacht, dass ich einmal als Minister von ihm in Bezug auf den Haushalt kontrolliert werde. Er ist fast so streng, wie ich damals als Haushälter gewesen bin.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Frau Dr. Gesine Löttsch, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei seinem ersten Besuch im Haushaltsausschuss sagte Minister Glos: Lieber ein Onkel, der etwas mitbringt, als eine Tante, die Klavier spielt. - Herr Glos, leider haben Sie diesen flotten Spruch in Ihrem Haushalt nicht umgesetzt.

Gerade von Ihnen hätten wir ein Konjunkturprogramm mit einem Umfang von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet, wie es die EU verlangt; denn Sie, Herr Glos, gehören doch zu den Regierungsmitgliedern, die wissen, dass ein solches Konjunkturprogramm auch richtig wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie legen hier aber nur ein Programmchen mit einem Umfang von 0,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor, mit dem keine guten Wirkungen erzielt werden. Darin sind sich alle Wirtschaftsexperten einig.

Sie haben es ja schon angedeutet: Die Kanzlerin und der Finanzminister haben Sie, Herr Glos, am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Das ist für Sie persönlich bedauerlich, für Millionen Arbeitnehmer in unserem Land aber eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN)

Da Sie kein Geld bekommen, versuchen Sie, mit anderen Themen ins Gespräch zu kommen. Sie wollen zum Beispiel, dass die deutsche Automobilindustrie nicht

weiter durch angeblich überzogene europäische CO2-Zielwerte belastet wird. Das ist reiner Populismus und hilft auch den Autobauern kein Stück weiter; denn die Zukunft liegt nicht in Spritschleudern, sondern in umweltfreundlichen Autos.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Wirtschaftsminister aus Bayern müssten Sie doch jetzt „Lederhosen und Elektroautos“ - das wäre ein passender neuer Slogan - fordern, statt mit Konzepten aus den 70er-Jahren aufzuwarten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Glos, Sie könnten sich als Minister um die deutsche Einheit verdient machen, wenn Sie eine Forderung der ostdeutschen Wirtschaft aufnehmen würden. Die ostdeutsche Wirtschaft fordert zu Recht, dass die Mittel aus dem Solidarpakt nicht so schnell absinken dürfen, wie es jetzt vorgesehen ist. Diese Forderung kann man auch ohne Schwierigkeiten zusammen mit den Ländern umsetzen, da die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, aber die Ausgaben für den Solidarpakt kontinuierlich gesunken sind.

In Anbetracht der Wirtschaftskrise wäre es ein Zeichen der wirtschaftlichen Vernunft, die dramatische Degression aus dem Solidarpakt herauszunehmen, um die ökonomische Situation im Osten Deutschlands zu verbessern. Das müsste Ihnen doch eine Herzensangelegenheit sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Gleichzeitig - das ist meine sehr persönliche Meinung - halte ich es für vernünftig, wenn man diesen Vorschlag mit einer Absenkung des Solidaritätszuschlags verbindet. Von diesen beiden Vorschlägen hätten Ost und West etwas. Wir würden ein klares Signal an den Osten senden, dass wir auch in der Krise Ostdeutschland nicht im Stich lassen, und wir würden ein Signal an die alten Bundesländer senden, dass ihre Solidarität sehr hoch geschätzt wird, aber nicht überstrapaziert werden soll.

Wir wollen ein Konjunkturprogramm, das die Menschen entlastet, die am wenigsten Schuld an der Krise tragen, und diejenigen zur Kasse bittet, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch die Wiedervereinigung, mithilfe der Rüstungsindustrie und an den Börsen ihre märchenhaften Gewinne eingestrichen haben.

Herr Ramsauer von der CSU sagte in der Diskussion um die Erbschaftsteuer, dass nur diejenigen solidarisch sein können, die auch Eigentum haben.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sonst ist alles Mangelverwaltung wie bei Ihnen! So ein Quatsch!)

Ja, Herr Ramsauer, sie können solidarisch sein; sie sind es aber nicht. Eigentum scheint diese Menschen nur dazu zu verpflichten, noch mehr Eigentum anzuhäufen.

Es ist nicht die Zeit, auf noble Spenden zu warten.

Die Politik hat vielmehr die Aufgabe, für soziale Gerechtigkeit - das heißt vor allem für Steuergerechtigkeit - zu sorgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen Sie also Schluss mit der staatlichen Reichtumspflege!

Wenn Finanzminister Steinbrück darauf verweist, dass die Besserverdienenden den Großteil der Einkommensteuer bezahlen, vergisst er immer wieder darauf hinzuweisen, dass diejenigen, die keine Einkommensteuer zahlen, weil sie zu wenig verdienen, trotzdem Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer und andere Steuern bezahlen müssen, die die Einkommensteuer im Gesamtaufkommen bei weitem übersteigen. Es wäre also das falsche Signal, jetzt wieder über die Senkung der Einkommensteuer zu sprechen, wie es die Herrschaften auf der rechten Seite des Hauses gerne tun. Wir müssen jetzt diejenigen steuerlich entlasten, die besonders hart von der Krise betroffen sind. Das sind nicht die Menschen, die hohe Einkommensteuern zahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Gros, es tut mir leid, aber Ihr Haushalt ist nicht der Rede wert. Das Lob, das Sie von Herrn Steinbrück eingefordert haben, hat meine Position bestätigt, dass Ihr Haushalt nicht der Rede wert ist.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Warum reden Sie dann überhaupt?)

Wenn Sie aber zu Ihrem eigentlichen Vorhaben zurückkehren, ein Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen, das diesen Namen auch verdient, dann haben Sie mich und die Fraktion Die Linke als zuverlässige Verbündete an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Links und zuverlässig?

Das verstehe ich nicht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Volker Kröning für die SPD-Fraktion.

Volker Kröning (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsdebatten haben sich bei der ersten wie bei der zweiten und dritten Beratung zu allgemeinen Debatten über das jeweilige Politikfeld entwickelt. Wir haben das heute wieder beispielhaft bei Herrn Kollegen Brüderle erlebt.

Umso mehr scheint es mir angebracht, einen Augenblick innezuhalten und zu fragen, was sich von den großen Debatten im Haushalt widerspiegelt und welche scheinbaren Details es verdienen, festgehalten zu werden. Es wird sich dabei zeigen, Frau Kollegin Löttsch, dass Ihre Bewertung dieses Einzelplans absolut daneben ist.

Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2009 ist hinlänglich bekannt. Umso wichtiger ist, das festzuhalten, was sich an diesem Einzelplan, dem Haushalt für Wirtschaft und Technologie, wie das Ressort vor drei Jahren so schön programmatisch geschnitten und bezeichnet worden ist, geändert hat und was nicht. Ebenso wichtig ist es, die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung im Auge zu behalten. Ich fand es bemerkenswert, dass Herr Minister Gros doch beides erwähnt hat, nämlich Wachstum und Konsolidierung des Staatshaushalts, auch wenn es etwas zickzackförmig geklungen hat. Die Veränderungen, die der Einzelplan 09 erfahren hat, sind markant. Die Minderausgaben bei der Kohle infolge

der Entwicklung der Energiepreise betragen fast 400 Millionen Euro, eine erfreuliche Entwicklung.

(Ulrike Flach [FDP]: Das könnte mehr sein!)

Dem stehen im Vergleich zum Regierungsentwurf Mehrausgaben für Mittelstand und Innovation in Höhe von weiteren 20 Millionen Euro gegenüber, übrigens jeweils einträchtig von Union und SPD beantragt und beschlossen, knapp derselbe zusätzliche Betrag für das Zinsverbilligungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau und weitere 200 Millionen Euro für regionale Wirtschaftsförderung in den Jahren 2009 bis 2011.

Der Haushalt des BMWi, wie es in traditioneller Gegenüberstellung zum BMF heißt, trägt damit auf beiden

Seiten des Budgets auf einzigartige Weise zum Doppelprogramm der Koalition bei, nämlich zu „Sparen und Investieren“.

Als einziger Einzelplan – das wurde schon angedeutet – wird er nachhaltig gekürzt, aber auch umstrukturiert.

Ich hoffe, dieser Beitrag des Wirtschaftsressorts zur Begrenzung der Kreditaufnahme und zum Konjunkturpaket wird, Herr Minister Steinbrück, bei der Aufstellung des Regierungsentwurfs 2010 gedankt und honoriert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht nur die Quantität, sondern meines Erachtens vor allen Dingen die Qualität eines Haushalts zählt. Deshalb lassen Sie mich in wenigen Punkten die wichtigsten Innovationen zusammenfassen. Dabei komme ich zuerst auf einen Wermutstropfen zu sprechen, aber auch nur auf einen: Ein weiterer Schritt zur Exploration des Weltraums, die sogenannte Mondmission, ist nicht durchsetzbar gewesen,

(Ulrike Flach [FDP]: Schlimm, schlimm!)

übrigens schon im Regierungsentwurf nicht.

(Ulrike Flach [FDP]: Wer hätte das durchsetzen müssen?)

Es hieß damals in den Erläuterungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, dass die Mission mittelfristig weiterverfolgt werden sollte. Neuerdings ist davon überhaupt nicht mehr die Rede, lieber Freund Kurt. Das wäre, wenn ich jetzt zukunftsgerichtet formulieren darf und nicht über die Vergangenheit maulen darf, ein schwerer Fehler.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wäre mal eine Investition gewesen!)

Die Aufgabe und das Thema sollten besser als bisher begründet und kommuniziert werden. Zu viele sehen in dem Projekt noch eine Spielerei, die man im Übrigen auch schön karikieren kann, und sie verkennen die Verbindung von Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung, nämlich die Kette von Entwicklung bis Produktion, also die gesamte Wertschöpfung.

(Beifall der Abg. Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU] und Ulrike Flach [FDP])

– Zwei einsame Beifallspender.

Vor allen Dingen fehlt der Explorationsstrategie eine ressortübergreifende Schwerpunktbildung. Eine Richtlinie der Bundeskanzlerin wäre hierfür nach wie vor angebracht. In der Weltraumpolitik muss klar sein, dass es an der Schwelle von der ersten zur zweiten Dekade dieses Jahrhunderts darum geht, die dritte Dekade vorzubereiten.

Ich hoffe sehr, dass dies mit den Ergebnissen der augenblicklich zu Ende gehenden ESA-Ministerratskonferenz gelingt. Der Haushalt des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, das Nationale Weltraumprogramm und die Linie der ESA-Beiträge im Einzelplan 09 können sich jedenfalls sehen lassen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das stimmt!)

Damit bin ich bei den Hauptinnovationen im Einzelplan 09. Schon im letzten Jahr habe ich auf die bedeutenden und interessanten Einrichtungen hingewiesen, die sich im Geschäftsbereich dieses ebenso klassischen wie modernen Ressorts befinden. In der Aussprache über den Einzelplan 30 - Bildung und Forschung - war schon von der Umsetzung der sogenannten Wissenschaftsfreiheitsinitiative die Rede, die Bundesministerin

Schavan und Bundesminister Steinbrück im Sommer verabredet haben, aber leider erst nach der Aufstellung des Regierungsentwurfs. Deshalb war auch unser Spielraum bei den parlamentarischen Beratungen enger begrenzt, als es mir lieb gewesen wäre.

Auch das die Verkehrsinvestitionen ergänzende Programm der Forschungsinvestitionen in Höhe von 200 Millionen Euro verdient im Zusammenhang mit dem Einzelplan 09 Erwähnung.

Für dieses Ressort - ich bezeichne es gerne als unser Ressort - ist dreierlei hervorzuheben. Erstens. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt erfährt eine Heraufsetzung der sogenannten Selbstbewirtschaftungsmittel, also jener Mittel, über die es auch über das Kalenderjahr hinweg verfügen kann. Auch da wäre mir mehr lieber gewesen. Außerdem erhält das DLR die Chance, Investitionen in Baumaßnahmen und Geräte vorzuziehen. Die Helmholtz-Gemeinschaft, der das DLR nach wie vor angehört, sollte eine Verteilung vornehmen, die der Fairness ebenso genügt wie dem Ziel der Konjunkturstützung. Von den 65 Millionen Euro für die HGF halte ich ein Drittel für das DLR für angemessen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es dazu kommt.

Zweitens. Drei Ressortforschungseinrichtungen, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, PTB, in Braunschweig, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, BAM, in Berlin und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover erhalten einen gleichberechtigten Zugang zum sogenannten ZIM, zu dem Zentralen Innovationsprogramm für den Mittelstand, das eine Schlüsselprogramm des Wirtschaftsressorts ist. Ich freue mich, dass eine Benachteiligung gegenüber anderen Forschungseinrichtungen abgewendet werden konnte.

Drittens. Bei der PTB und der BAM habe ich eine Lockerung der rechtlichen Bedingungen für die Gewinnung von wissenschaftlichem Spitzenpersonal erreicht. Ich bedanke mich für die Unterstützung, die ich dafür allenthalben bekommen habe. Beide Einrichtungen haben - das will ich bekräftigen - hervorragend bei der Evaluation durch den Wissenschaftsrat abgeschnitten. Ich bin der Meinung, dass nicht nur Misserfolge Anlass zur Nachbesserung sein sollten, sondern dass auch Erfolge belohnt werden sollten. Das ist damit erreicht worden. Das für Innovationen im Wirtschaftsressort unentbehrliche



Finanzressort verdient für zwei weitere Verständigungen Lob und Anerkennung; denn von der Handlungsfähigkeit des Staates zu sprechen, ohne die Funktionsfähigkeit des Staatsdienstes zu sichern, wäre Selbsttäuschung. Da ist zuerst zu erwähnen, dass das beim Bundesumweltministerium nun dauerhaft veranschlagte Marktanzreizprogramm enorm ausgeweitet wird. Davon war in den Beratungen über den Einzelplan 16 - Umwelt - die Rede. Darüber hinaus werden die Beschäftigungsverhältnisse der mit diesem Programm befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entfristet. Sie gehören weiterhin zum Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn. Ich bin entschieden dafür, auch wenn ich hier mit dem Ressort querliege, dass dies so bleibt. Das Zeugnis, das dem BAFA über die bisherige Erfüllung dieser Aufgabe ausgestellt worden ist, rechtfertigt allemal, es bei dieser Zuordnung der Aufgabe zu belassen, von der Vermeidung von Umzugs- und Gemeinkosten ganz zu schweigen. Noch ein Wort zu einer wichtigen Stütze der Außenwirtschaftsförderung und des Standortmarketings für Deutschland. Die am weitesten reichende Änderung im nachgeordneten Bereich des Wirtschaftsministeriums, das auch und gerade Handelsministerium ist und damit eine ganz wichtige Rolle für die Exportnation Deutschland spielt, ist, dass wir die Gründung der einheitlichen Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mit dem einprägsamen Kürzel GTaI, Germany Trade and Invest, abschließen. Ich freue mich, dass mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltsgesetz sowie dem parallel verabschiedeten bfai-Personalgesetz alle Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, die Gesellschaft zum 1. Januar 2009 vom Stapel laufen zu lassen. Dazu war eine Fülle von Einzelentscheidungen zur Zusammenführung der Personalkörper der bisherigen Gesellschaft Invest in Germany, der bisherigen Behörde bfai und der ihr zugeordneten Gesellschaft für das Korrespondentennetz, gfai, nötig. Es ist beeindruckend, wie gut Wirtschafts- und Finanzressort dabei zusammengewirkt haben, und ich freue mich, wie gut dabei auch Bund und Länder zusammengewirkt haben.

(Beifall des Abg. Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU])

- Es kommt nicht alle Tage vor, dass man so etwas ressortübergreifend und ebenenübergreifend schafft. - Das Ergebnis wird eine funktionstüchtige Gesellschaft sein, die alle Aufgaben der Vorgängereinrichtungen effizienter erfüllen wird als bisher. Sie stärkt die Investitionen Deutschlands im Ausland und des Auslands in Deutschland. Sie verbessert die Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der weltweit verflochtenen deutschen Wirtschaft. „Wann, wenn nicht jetzt?“, konnte man zu diesem Projekt sagen. Ich bedanke mich, dass gerade der Wirtschaftsausschuss seine Bedenken überwunden und mitgespielt hat.

Ich habe eingangs von der mittelfristigen Finanzplanung gesprochen. Die Schwerpunktbildung für ein Ministerium für Wirtschaft und Technologie, das seinen Namen verdient, sollte auch in der Zukunft weitergehen. Lassen Sie mich diesen Ausblick bitte noch geben. Ich

denke zum Beispiel an den wichtigen Sektor „Schifffahrt und Meerestechnik“. Im Frühjahr 2009 findet in Rostock die nächste Maritime Konferenz in einem erfolgreichen Land unter einer guten Führung und nicht zufällig in der Nachbarschaft des Wahlkreises der Bundeskanzlerin statt. In diesem Zusammenhang eine aktuelle Bemerkung auch, aber nicht nur zur maritimen Wirtschaft. Ich erwarte, dass Ihr Haus, Herr Minister Glos, die Umsetzung des 20-Milliarden-Euro-Programms der KfW für Unternehmen, besonders für kleine und mittlere Unternehmen, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Not geraten sind, überwacht. Dies gilt nicht nur für die KfW, eine Staatsbank, sondern es gilt auch für die Geschäftsbanken, die wochenlang Stillstand geübt haben und die jetzt unter den sogenannten Bankenschirm kommen, also in den Finanzmarktstabilisierungsfonds aufgenommen werden. Ich könnte Ihnen Beispiele für noch immer anhaltendes Zuwarten nennen, und ich hoffe, dass man sich nicht nur generell um Unternehmen kümmert, sondern dass man auch Einzelfälle abarbeitet und an die Bilanzierung von Unternehmen denkt, und zwar nicht erst in der Zukunft, sondern auch in der Gegenwart. (Beifall bei der SPD)

Als Haushälter und Bundesstaatsreformer wende ich mich zum Schluss an meine beiden Ressorts – das ist bei jedem Haushälter so, dass er zwei Ressorts hat –, nämlich das Fachressort und das Finanzressort. In diesem Falle sind das die Zwillingbrüder für Stabilität und Wachstum. Wir beobachten den edlen Wettstreit zwischen den Ministern, den Wettstreit von Stilen, den Wettstreit um Konzepte. Ich urteile darüber nicht voreilig, sondern ich setze auf Entscheidungen und Wirkungen. Umso dankbarer bin ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Struck, dem vom Bund gestellten Vorsitzenden der Kommission zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, dass und wie er in der sogenannten Elefantenrunde das Ziel einer neuen Schuldenregel und eines die Länder mitumfassenden Frühwarnsystems bekräftigt hat. Mir gefiel die Formulierung auch an dieser Stelle, dass aus der Krise eine Chance erwachsen muss. Der Vorschlag der Bundesregierung, auf den sich die Ministerien von Steinbrück und Glos verständigt haben, kann eine Richtschnur für die Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen sein, vielleicht auch darüber hinaus. Ich hoffe es unter den veränderten Verhältnissen und den neuen Einsichten, die daraus resultieren. Dies sage ich, versehen mit einem dicken Ausrufungszeichen, auch zur Debatte über die sogenannte Nullverschuldung. Es tut mir leid, dass beide Fraktionsvorsitzenden im Moment nicht im Saal sind, aber ich darf hinzufügen: Beiden habe ich dieses noch einmal dringend ans Herz gelegt. Der Vorschlag der Bundesregierung für eine Schuldenbremse ist nicht nur für konjunkturelle und strukturelle Schönwetterzeiten gedacht, sondern gerade für Schlechtwetterzeiten geeignet, ja bestimmt. Ich kann es in der Sprache der Branche, die den Deutschen die liebste ist, ausdrücken: Ein gutes Auto braucht nicht nur ein Gaspedal, sondern auch ein Bremspedal, damit seine Insassen gesund ans Ziel kommen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gos, Sie müssen meine Kurzatmigkeit heute entschuldigen, aber seien Sie gewiss: Es ist nicht Ihre Rede, die mir den Atem raubt. Ich fand unglaublich müde, was Sie als Wirtschaftsminister zu diesen Haushaltsberatungen vorgeschlagen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst einmal zum Grundsätzlichen. Sie legen diesem Haushalt die Annahme „0,2 Prozent Wachstum“ zugrunde, sagen aber selbst persönlich im Haushaltsausschuss: Eigentlich gehen wir von minus 1 Prozent aus. – Warum ist das wichtig? Wir wissen: 0,1 Prozent weniger Wachstum bedeutet Mindereinnahmen von ungefähr 500 Millionen Euro. Also sprechen wir hier von mehreren Milliarden Euro Mindereinnahmen für das nächste Jahr. Es ist für eine Regierung und für einen Wirtschaftsminister unseriös, einen solchen Haushalt zu verabschieden, Herr Gos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Jetzt möchte ich schon noch auf Ihre Rolle in den letzten Wochen eingehen. Es war wirklich erstaunlich. Wir hatten einen Wirtschaftsminister, der in der Finanzmarktkrise durch überhaupt kein Krisenmanagement aufgefallen ist. Dann fällt er auf, nämlich durch Forderungen nach einem milliardenschweren Konjunkturpaket, (Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Ihnen fällt auch nichts Neues ein!) das aber von der Kanzlerin und vom Finanzminister sofort wieder eingesammelt wurde. Als wir hier die erste Lesung hatten, habe ich Ihnen gesagt, Herr Gos, dass Sie mit der Forderung zur Entfernungspauschale in Bayern ganz fürchterlich auf die Nase fallen werden. Das ist auch passiert. Mich persönlich freut es, dass Sie in Bayern ein schlechtes Wahlergebnis gehabt haben. Die Forderung zur Entfernungspauschale war nichts anderes als ein Wahlkampfgeplänkel. Sie reden heute nicht mehr davon. Inhaltlich finde ich das ja richtig. Es macht aber deutlich, dass Sie populistisch Forderungen aufstellen und versuchen, bestimmte Maßnahmen als Wahlgeschenk zu versprechen, und am Ende ist dann nichts dahinter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was machen Sie dann? Sie beklagen sich. In der FAZ vom 21. November steht – das ist aus einem Interview mit Ihnen –:

„In einem Orchester bestimmt derjenige vorn am Pult die Einsätze. Und die Dirigentin der Regierung hat bei der Lösung der Bankenkrise den öffentlichen Einsatz des Wirtschaftsministeriums wenig gefordert.“

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Och!)

Absurd!

Wir brauchen keinen Wirtschaftsminister, der in der

Krise auf seinen Einsatz wartet, sondern wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der selbst die Initiative ergreift. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie gemacht haben, reicht vielleicht für die Triangel in einem Orchester, ein bisschen „bing“, wenig Einsätze, und das war es dann, Herr Glos.

Natürlich sind wir in einer schwierigen, in einer absolut schwierigen wirtschaftlichen Situation – das ist überhaupt nicht schönzureden –, aber eines ist klar:

Schrumpfende Absatzmärkte, Unsicherheiten auf den Weltmärkten, sinkende Rohstoffvorkommen, der Wandel zur Wissensökonomie, der Klimawandel – das sind Tatsachen, die wir auch schon vor der Finanzkrise hatten. Diesen Tatsachen hätten wir – das haben wir auch immer wieder eingefordert – schon damals mit einem Strukturwandel begegnen müssen. Die Finanzkrise verstärkt die Wirtschaftskrise – absolut, massiv –, aber dass wir vor diesen weltwirtschaftlichen Herausforderungen stehen, wissen wir nicht erst seit ein paar Wochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Natürlich brauchen wir jetzt Maßnahmen. Zwei Strategien sind gefordert. Wir brauchen kurzfristige Maßnahmen, die schnell wirken, und wir brauchen Strukturpolitik für unsere Wirtschaft, um diese zukunfts- und wettbewerbsfähig zu machen. Für uns heißt das: Kaufkraft steigern – ja! –, aber es heißt auch: Investitionen in Klimaschutz sowie Investitionen in Bildung und Wissensökonomie. Das ist das grüne Investitionsprogramm. – Das nur zu Ihrem Zuruf, dass mir nichts Neues einfällt.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Immer die alte Leier!)

– Jetzt hören Sie mal zu!

Nun zu einem Vorschlag, der im Rahmen des Punktes „Kaufkraft steigern“ diskutiert wird, nämlich: Steuersenkungen. Die FDP hat sich damit nie durchgesetzt.

Friedrich Merz hat sich damit nicht durchgesetzt. Sie haben damit die letzte Wahl fast verloren. Woran liegt das? Das liegt daran, dass wir im Prinzip eine sehr sensible Bevölkerung haben, was Steuergerechtigkeit angeht. Die Menschen sind da sensibel, und sie wissen genau: Wenn Sie jetzt Steuersenkungen fordern, kommt das nicht bei den unteren 30 Prozent an, die gar keine Einkommensteuer zahlen. – Diese mangelnde Steuergerechtigkeit von Steuersenkungen spüren die Menschen, und deswegen finden Sie da keine Unterstützung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sie sollten froh darüber sein, dass die keine Steuern zahlen!)

Ein zweiter Vorschlag dazu ist, die Mehrwertsteuer zu senken. Natürlich war die Erhöhung ein Riesenfehler. Sie brauchen sich nicht zu wundern, dass wir jetzt eine mangelnde Kaufkraft haben, nachdem Sie die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht haben. Wozu führt der Vorschlag, die Mehrwertsteuer jetzt wieder um 1 Prozentpunkt zu senken? Wenn ein Radio im Geschäft

150 Euro kostet, dann kostet es dadurch etwa ein Prozent weniger. Das ist keine wirkliche Kaufkraftsteigerung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist wohl wahr!)

Insofern sagen wir: Nehmen Sie dieses Geld und verwenden Sie es für eine Erhöhung des Regelsatzes! Der Regelsatz beträgt 351 Euro. Erhöhen Sie diesen auf 420 Euro! Das sind faktisch fast 70 Euro mehr für jeden Hartz-IV-Empfänger. Das sind die Leute, die das Geld wieder ausgeben. Das ist sozial gerecht. Das ist sofort spürbar. Das ist effizient. Das wäre aus unserer Sicht die richtige Maßnahme.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätte etwas Weiteres zur Folge, nämlich dass auch der Steuerfreibetrag ansteigen muss. Das hätte dann etwas sehr Vernünftiges zur Konsequenz: Auch diejenigen, deren Einkommen zwar über dem Hartz-IV-Satz liegt und die nicht mehr Transferempfänger sind, aber ein sehr niedriges Einkommen haben, würden von einem höheren Steuerfreibetrag profitieren.

Zweiter Punkt: Investitionen in Klimaschutz und Strukturwandel. Es ist kein Jahr her, da sind Sie von der Regierung nach Grönland gefahren oder haben Eisbären im Zoo geknuddelt. Da haben Sie scheinbar das erste Mal verstanden, dass der Klimawandel nicht nur massive ökologische, sondern vor allem auch massive ökonomische Folgen hat. War das Schönwetterpolitik?

Wir hören nun vom Wirtschaftsminister Glos: Wir brauchen ein Belastungsmoratorium. - Er fordert die Aufweichung der deutschen Klimaschutzziele. Die Lobby hat sich durchgesetzt. Ich sage Ihnen: Wer übersieht, dass Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft nur mit klarer Klimaorientierung einhergeht, der hat nichts kapiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir können uns eine Vertagung eines klaren Klimakurses nicht leisten, letztes Jahr schon nicht und heute erst recht nicht. Wenn Sie schon nicht über Umweltschutz und Umweltschäden reden wollen, dann reden Sie über Wirtschaft. Klimapolitik ist ein Konjunkturpaket ersten Ranges. Es schafft Arbeit, und zwar zukunftsfähige Arbeitsplätze. Es fördert Innovation durch neue Technologien, sichert den Export und sichert auch die Wettbewerbsfähigkeit. Wissen Sie, was meine Sorge ist? Meine Sorge ist, dass uns andere hier gerade den Rang ablaufen. Wir hören aus Amerika und vom UN-Generalsekretär, dass ein grüner New Deal nötig ist. Wir hören von der zuständigen EU-Kommissarin: Klimaschutz und die Entwicklung energieeffizienter Technologien können ... die Lokomotive werden, die uns aus der Krise zieht.

Was macht die Bundesregierung? Sie unterbreitet einen Kfz-Steuer-Vorschlag, der zur Folge hat, dass die Anschaffung spritfressender Geländewagen mit 1 800 Euro belohnt wird und die Anschaffung eines sparsamen kleinen Autos mit 130 Euro. Das geht in die völlig falsche Richtung. Das dürfen Sie nicht machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben in der Rede zum Wachstumspaket, Herr Glos, zu diesem Kfz-Steuer-Vorschlag gesagt: ... das ist eine Art symbolischer Akt, der zeigt, wie wichtig uns die Automobilindustrie ist.

Wir brauchen keine Symbolpolitik, sondern wir brauchen

eine klare Ausrichtung auf den Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt: Investitionen in Bildung und Wissensgesellschaft.

Das ist eine Forderung, die der Sachverständigenrat, der ja Ihr Konjunkturpaket nicht gerade positiv beurteilt hat, auch aufgestellt hat. Wir brauchen Geld für Betreuung und Geld für Bildung, aber zum Beispiel auch Geld, um den Kommunen zu helfen, ihre Schulen zu sanieren.

(Volker Kröning [SPD]: Das passiert doch, Frau Kollegin!)

Schauen Sie sich einmal in der Landschaft um, schauen Sie sich einmal an, wie die Schulen aussehen. Hier ergäbe sich eine mehrfache Win-win-Situation: für die Kinder in den Schulen, für die Kommunen, für das Klima und für die Wirtschaft.

(Volker Kröning [SPD]: In den Gemeinden ist es weitaus besser als in den Ländern und im Bund!)

Hier muss massiv mehr Geld investiert werden. Natürlich passiert das an der einen oder anderen Stelle, aber das reicht einfach nicht aus.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber doch nicht mit Bundesgeld!)

- Natürlich geht das. Sie müssten sich einmal ein paar Gedanken machen, wie das funktionieren könnte, aber natürlich ist es möglich, den Kommunen hier finanziell unter die Arme zu greifen.

(Ulrike Flach [FDP]: Steuerlich!)

Es liegen Vorschläge auf dem Tisch. Diese muss man sich anschauen. Man darf sich aber nicht einfach auf den Standpunkt zurückziehen: Das funktioniert nicht; das machen wir nicht; deswegen lassen wir zu, dass die Schulen immer maroder werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ja noch viel mehr Vorschläge, was Sie machen könnten. Ich höre mir diese immer gerne an und unterstütze sie auch. Schauen Sie sich einmal an, wie wir beim Bürokratieabbau vorankommen. Ich finde, das ist einfach zu wenig. Die Niederlande haben es geschafft, den Bürokratieabbau massiv voranzubringen und die Informationspflichten zu senken. Wir sprechen hier noch nicht über irgendwelche politisch gesetzten Vorgaben, sondern wir sprechen hier schlicht über Informations- und Statistikpflichten. Das, was die Kanzlerin in ihrer Rede gesagt, nämlich dass es hier um ein Volumen ungefähr in Höhe des Volumens der Steuerreform gehe, stimmt, aber nur theoretisch. Wir haben nämlich nicht genug gemacht. Wir haben dieses Volumen nicht ausgeschöpft. Wir haben die Unternehmen nicht so entlastet, wie es andere machen. Auch Österreich läuft uns in diesem Punkt davon.

Ich wünsche mir vom Wirtschaftsminister, dass er Maßnahmen, die in anderen Ländern erfolgreich waren, auch hier umsetzt. Ein sinnvoller Vorschlag, den Sie umsetzen könnten, wäre zum Beispiel, dass jeder Fachminister einmal im Jahr hier im Plenum zu der Frage der Bürokratiebelastung durch seine Gesetze Stellung nehmen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei den Wirtschaftspolitikern von CDU/CSU und SPD bedanken, die am Mittwoch mit uns gemeinsam beschlossen haben, dass wir das Erbschaftsteuerreformgesetz dem Normenkontrollrat vorlegen. Das ist sehr sinnvoll. Sie hätten es vorher schon machen können; jetzt wird es halt ein bisschen später gemacht. Da bei dieser Reform nach der Reform sowieso vor der Reform ist, kann es noch zu interessanten Ergebnissen kommen. Sie hätten vorher schon überlegen können, was die Reform der Erbschaftsteuer für die Unternehmen bedeutet. Wahrscheinlich haben Sie sich vor den Ergebnissen gefürchtet - zu Recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Lohnnebenkosten will ich nicht lange reden. Am 1. Januar 2009 werden wir aufgrund der Gesundheitsreform eine massive Steigerung der Lohnnebenkosten erleben. Ihr Ziel war doch eigentlich die Senkung auf unter 40 Prozent. In der Wahrnehmung der Menschen bedeuten 40 Prozent Lohnnebenkosten immer noch 20 Prozent Arbeitgeberanteil und 20 Prozent Arbeitnehmeranteil. Das stimmt aber nicht mehr; denn inzwischen gibt es durch die Festschreibung des Arbeitgeberanteils eine massive Steigerung für die Arbeitnehmer. Wenn Sie wirklich mehr Netto vom Brutto wollen, dann müssen Sie die Lohnnebenkosten senken. Aber Sie bewirken mit der Gesundheitsreform die größte Steigerung bei den Beitragssätzen zur gesetzlichen Krankenversicherung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch eine Bemerkung zu unserem Antrag über Breitbandanschlüsse machen. Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen können

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Der Antrag hinkt hinterher!)

oder warum Sie nicht wenigstens etwas Gleichwertiges vorlegen. Sie selber sagen, eines der größten Probleme für die sogenannten weißen Flecken, also die betroffenen Gemeinden, ist, dass es da keine Breitbandanschlüsse gibt. Wir schlagen nun vor, sich um eine solide Datenbasis und um eine zielgenaue Beratung der Gemeinden zu kümmern.

(Martin Dörmann [SPD]: Haben wir doch alles schon beschlossen!)

- Das haben Sie aber nicht in der Weise beschlossen, dass die notwendigen Mittel etatisiert sind. Das ist doch das Problem.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sie haben es nicht verstanden!)

Sie machen große Worte, aber nichts ist dahinter. Deswegen ist das, was Sie machen, nur Show.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Alles durch! Klimaschutz ist auch durch!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

Mit Blick auf das Konjunkturprogramm fordere ich Sie auf: Passen Sie auf, dass Sie nicht Maßnahmen ergreifen,

die eine neue Krise automatisch nach sich ziehen!  
Es ist falsch, in marode Unternehmen und in  
marode Branchen zu investieren. Es ist richtig, den  
Strukturwandel voranzutreiben und die Zukunft im Blick  
zu haben. In diesem Sinne brauchen wir eine Wirtschaftspolitik  
für morgen und keinen Wirtschaftsminister  
von gestern. Das wäre aus unserer Sicht ein sehr sinnvolles  
Konjunkturprogramm.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kurt Rossmanith ist der nächste Redner für die CDU/  
CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren Kollegen! Alle Vorredner haben in ihren Beiträgen  
die weltweite Finanzkrise und auch die Krise, die  
sich daraufhin im ökonomischen Bereich einstellt, dargestellt.  
Denen kann ich natürlich nicht widersprechen.  
Aber ich halte es für wichtig, dass wir ein Stück Optimismus  
mit einbringen. Wir sollten uns alle gemeinsam  
darum bemühen und alles daransetzen, dass aus dieser  
Krise eine hoffnungsvolle Zukunft erwächst. Denn jede  
Krise birgt die Chance und die Hoffnung auf einen Wandel  
und eine bessere Zukunft in sich. Im Chinesischen  
steht für „Krise“ und für „Optimismus“ das gleiche  
Schriftzeichen. Daran sollten wir vielleicht auch denken.  
Die Bundesregierung hat – getragen von der Koalition  
– Maßnahmen beschlossen und eingeleitet, um diese  
Krise nicht zu einem Desaster für unser Land, das natürlich  
von der Weltwirtschaft in ganz besonderem Maße  
abhängt, werden zu lassen und um aus der Krise herauszukommen.  
Die Bundeskanzlerin hat gesagt, dass 2009  
ein schwieriges Jahr werden wird. Aber ich bin davon  
überzeugt, dass wir im Jahr 2010 aufgrund der eingeleiteten  
und durchgeführten Maßnahmen wieder auf dem  
Weg nach oben sein werden und dass es zu einer kräftigen  
wirtschaftlichen Erholung und damit zu sicheren Arbeitsplätzen  
für die Bürgerinnen und Bürger unseres  
Landes kommen wird.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Setzen Sie mal Ihre  
rosarote Brille ab!)

Natürlich sind alle Maßnahmen, die dazu dienen, uns  
aus der Wirtschaftskrise zu führen und nach vorne zu  
bringen, im Zusammenhang mit der Stabilisierung des  
Haushaltes zu sehen. Bundesminister Glos hat ebenso  
wie Bundesminister Steinbrück darauf hingewiesen, dass  
wir uns durch die jetzt vorgesehenen Investitionen – dadurch  
werden wir für ein Jahr die Nettoneuverschuldung  
gegenüber dem Vorjahr etwas erhöhen – auf keinen Fall  
von unserem Stabilisierungsweg abbringen lassen. Wir  
werden auf diesem Weg fortschreiten und schon im Jahr  
2010 die Nettokreditaufnahme wieder deutlich senken  
können.

(Volker Kröning [SPD]: Na, na, na!)

Gerade im Haushalt des Bundesministers für Wirtschaft  
und Technologie spiegeln sich diese Bemühungen  
wider. Dieser Haushalt stellt den stärksten Beitrag zur



Stabilisierung dar. Immerhin haben wir gegenüber dem Haushaltsansatz im Jahre 2009 etwas mehr als 240 Millionen, die durch die Absenkung der Hilfen für die Steinkohle, eine auslaufende Technologie – die Vorrednerin hat darauf hingewiesen –, frei geworden sind. Wir müssen fast 400 Millionen Euro weniger an Leistungen erbringen, sodass wir entsprechende Freiräume haben. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stellen in diesem Haushalt mit rund 2,2 Milliarden Euro etwa ein Drittel des gesamten Plafonds dieses Haushalts des Ministers für Wirtschaft und Technologie dar. Ein Schwerpunkt – ich bin dem Kollegen Volker Kröning sehr dankbar, dass er dies schon angesprochen hat – ist die Raumfahrt. Hier sind wesentliche Akzente zu setzen. Gerade ist die ESA-Ministerratskonferenz zu Ende gegangen, die diese Woche in Den Haag stattgefunden hat und sehr erfolgreich war. Sie hat auch für die Bundesrepublik Deutschland nicht nur unmittelbar wirtschaftlich, technologisch und wissenschaftlich umsetzbare Erfolge gezeigt, sondern es wurde auch wieder dargestellt, dass wir der stärkste Partner sind und auf diesem Gebiet einen ganz wesentlichen Vorsprung haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es ist unser aller Aufgabe, diesen Vorsprung zu halten. Unsere Wissenschaft, unsere Hochtechnologie wird letztlich in neuer Wirtschaftskraft ihren Niederschlag finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten unsere jungen Menschen animieren, auch auf diesem Hochtechnologiefeld tätig zu werden.

Volker Kröning hat es schon angesprochen: Unser Dank geht an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch unsere anderen Agenturen nennen, die Bundesanstalten und Bundesämter, die sonst bei diesen Diskussionen immer unter den Tisch fallen, und ihnen ein herzliches Dankeschön für die Leistung sagen, die sie hier erbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Als Exportweltmeister und vom Export ganz wesentlich getragenes Land müssen wir natürlich auch bei der Außenwirtschaftsförderung entsprechende Akzente setzen. Ich bin sehr dankbar, dass es mit allen Beteiligten möglich war, ein Instrumentarium zu schaffen, wodurch die Suche nach Geschäftsbeziehungen sowohl nach innen als auch nach außen gebündelt wird, sodass nicht drei, vier oder fünf verschiedene Aktionen nebeneinanderlaufen, sondern dass dies aus einer Hand angeboten werden kann, wie es in manchen Bereichen schon der Fall ist. Ich will hier nur als Beispiel Südamerika nennen: Mithilfe unserer Außenhandelskammer in São Paulo, Brasilien, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen hervorragend. Wir werden diese Zusammenarbeit ausbauen. Ich bin allen dankbar, die daran mitgewirkt haben, dass wir dies erreichen konnten. Wir werden weiterhin einen ganz wichtigen Akzent auf die Darstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Ausland setzen müssen. Das heißt, dass unser

Auslandsmessewesen weiterhin ein wichtiger Faktor im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sein muss. Ich halte das für das Instrumentarium schlechthin. Wir, also das Wirtschaftsministerium, die Bundesregierung und die Bundesrepublik Deutschland, müssen gerade unseren mittleren und kleineren Unternehmen eine Plattform schaffen, damit sie auf den internationalen Weltmärkten bestehen können.

Ich glaube, dass der Entwurf des Haushalts des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, so wie wir ihn im Haushaltsausschuss beschlossen haben und Ihnen heute vortragen, für den wir um Zustimmung bitten, das Ergebnis einer sehr guten Arbeit ist. Wir brauchen die Impulse. Wir haben gezeigt, dass Sparsamkeit in schwierigen Zeiten nicht gänzlich an die Seite gerückt oder sogar vergessen werden muss.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Rossmann!

Kurt J. Rossmann (CDU/CSU):

Sehr verehrter Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Ich möchte allen Dank sagen, die daran mitgewirkt haben. Zum einen möchte ich den Mitberichterstattern danken, aber auch den Vertretern beider Häuser, also den Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Finanzministeriums, hier insbesondere denen der Haushaltsabteilung, aber auch denen aus allen anderen Abteilungen, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

Wir legen Ihnen eine sehr gute Arbeit vor. Diese Arbeit sollte in der zweiten Lesung durch Ihr Ja entsprechend anerkannt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Ulrike Flach für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, auf welcher unterschiedlichen Ebenen die wirtschaftspolitische Debatte am heutigen Tage geführt wird. Auf der einen Seite erleben wir in den Medien heute und in den letzten Tagen immer wieder höchst engagierte Mitglieder der Kanzlerin-Partei - ich sehe gerade Herrn Meyer da sitzen - mit der Forderung nach Steuersenkungen; Sie, Herr Minister, treten als einsamer Rufer in der Kabinettsüste nach Entlastungen in Erscheinung. Auf der anderen Seite haben wir eine Kanzlerin, die sich zunehmend als Cassandra geriert und vor düsteren Zeiten warnt, ohne im Endeffekt über sehr kleinteilige Rettungsmaßnahmen hinauszukommen. Da frage ich mich als Liberale natürlich:

Was ist eigentlich aus der CDU/CSU geworden?

(Beifall bei der FDP)

Wie soll dieses Land noch Vertrauen in die Wirtschaftspolitik haben? Wie soll dieses Land aus der Rezession, in der wir uns befinden, mit Ihnen wieder herauskommen? Sie verstecken sich hinter Herrn Steinbrück und einer Kanzlerin, die meint, auf Parteitage etwas vorzustellen zu können, was in der Realität nicht umgesetzt wird,

nämlich eine Entlastung der Menschen draußen im Lande, damit sie konsumieren. Das schaffen Sie nicht. Das ist ein wirklich schlechtes Zeugnis für eine Partei, die ihre Wirtschaftspolitik immer für gut gehalten hat.  
(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in der Rezession angekommen; alle Wirtschaftsindikatoren deuten darauf hin. Wir haben ein Rettungspaket vorliegen, das nur als minimales Rettungspaket bezeichnet werden kann. Gleichzeitig haben wir einen Bundesfinanzminister, der sich an die Wachstumsannahme von 0,2 Prozent für das nächste Jahr klammert. Herr Glos, ich hätte an dieser Stelle schon von Ihnen erwartet - da bin ich völlig bei Frau Andreae -, dass Sie das wiederholt hätten, was Sie uns in der Sitzung des Haushaltsausschusses gesagt haben. Sie gehen nämlich von einer deutlich schlechteren Annahme als der Finanzminister aus. Das heißt, dieser Haushalt ist mit deutlich höheren Risiken belastet, als Sie uns heute weismachen wollen. Ich hätte von dem Wirtschaftsminister dieses Landes deutliche Worte erwartet.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Erkenntnis ist bei Ihnen, zumindest nach den Zeitungsmeldungen, der erste Schritt auf dem Weg zur Besserung. Wir, die Liberalen, sind ganz klar mit Ihnen einer Meinung, dass wir eine deutlich spürbare Entlastung der Bürger brauchen. Jetzt rächt sich natürlich - das erkennen wir als Haushälter ganz deutlich -, dass Sie in den letzten Jahren nicht vorgesorgt haben.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht gespart. Die FDP hat Ihnen in den letzten Jahren Sparvorschläge in Höhe von 40 Milliarden Euro vorgelegt, und Sie haben durch die Bank alle abgelehnt.  
(Beifall bei der FDP)

Wären Sie unseren Sparvorschlägen gefolgt, hätten wir heute zumindest ein Fundament, um etwas anzustoßen. Wir beide, lieber Herr Rossmann, hätten dann wirklich den Mond erobern können. Aber weil Sie nicht gespart haben, können Sie auch keine wichtigen Investitionsvorhaben auf den Weg bringen. Aus diesem Grund verschwinden auch Ihre Steuersenkungsvorschläge im Nebel.

Nun wird es eng. Ohne den entsprechend sanierten Haushalt müssen Sie ins kalte Wasser springen. Der Finanzminister sagt immer gerne, man solle nicht jeden

Tag eine neue Sau durchs Dorf jagen. Aber ich betrachte mit Interesse, was uns die Bundesbank in diesen Tagen zu diesem Thema sagt. Wir werden in den nächsten Tagen damit konfrontiert werden, dass uns die Bundesbank auffordert, Steuerschecks zu verteilen. Da frage ich mich natürlich: Wie stehen Sie dazu? Heute wäre die Chance gewesen, Herr Glos, das deutlich zu machen.  
(Beifall bei der FDP)

Das haben Sie leider nicht getan. Das Quantum Trost sind Sie für uns heute nicht gewesen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie etwas dazu gesagt hätten. Unter diesen Umständen können wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen.  
(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Edelgard Bulmahn, SPD-Fraktion.

Edelgard Bulmahn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Es ist richtig, dass wir uns in einer sehr schwierigen Krise befinden. Ebenso ist richtig, Frau Kollegin Andreae, dass sich die Weltwirtschaft auf Talfahrt befindet. Niemand wird das bestreiten können. Unser Land, das wie kein anderes vom Exportgeschäft lebt, wird nicht darauf hoffen können, hiervon verschont zu bleiben. Die Krise hat - auch das ist gesagt worden - die Realwirtschaft erreicht. Sie hat bereits Auswirkungen auf die chemische Industrie und auf die Automobilindustrie, und wir befürchten, dass sie auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird.

Ich sage dennoch - mein Kollege Stiegler hat zu Recht darauf hingewiesen -: Das Rettende wächst.

(Ulrike Flach [FDP]: Was?)

Der G-20-Gipfel, die EU, die Bundesregierung, die USA, China und viele andere Länder, sie alle arbeiten zusammen.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber wir nicht!)

Das ist ein entscheidender Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

Anders als in der großen Depression in den 20er-Jahren, die bis in die 30er-Jahre hineinging, gibt es heute den politischen Willen, die Krise gemeinsam zu meistern.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber doch nicht bei der Bundesregierung!)

Das ist ein unglaublicher Fortschritt, den man, liebe Frau Flach, nicht zerreden darf.

(Beifall des Abg. Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU] - Ulrike Flach [FDP]: Aber er ist doch gar nicht da! - Ernst Burgbacher [FDP]: Was soll man denn zerreden?)

Abgestimmtes Handeln - das sagt der IWF ausdrücklich - zeigt doppelte Wirkung. Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und die Kanzlerin haben auf internationaler und auf europäischer Ebene mit Erfolg auf ein abgestimmtes gemeinsames Handeln gedrungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nachdem die Wirtschaft sich globalisiert hat, ist es angesichts der Herausforderungen unausweichlich, auch zu einer weltweit koordinierten Wirtschaftspolitik zu kommen.

Wenn man sich in einer derart unsicheren und schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet, dann kommt es darauf an, den Kopf nicht in den Sand zu stecken und zügig zu handeln. Die Bundesregierung und das Parlament haben in den letzten Tagen und Wochen beides geleistet.

(Gudrun Kopp [FDP]: Mit dem Kopf gegeneinander!)

Mit dem Schirm für die Finanzwirtschaft - hier reden wir über 500 Milliarden Euro: 400 Milliarden Euro an Bürgschaften und 100 Milliarden Euro an konkreter finanzieller Hilfe -, dem Konjunkturprogramm, dem Beschäftigungssicherungsprogramm und auch mit dem

Bundshaushalt leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft und damit auch zur Sicherung

der Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kurt J. Rossmannith [CDU/CSU])

Es kommt jetzt darauf an - das haben hier viele gefordert -, die Binnennachfrage zu stärken. Genau das tut die Bundesregierung

(Ulrike Flach [FDP]: Wer merkt es denn, Frau Bulmahn?)

mit dem Konjunkturprogramm, mit dem Beschäftigungssicherungsprogramm, aber auch mit diesem Haushalt.

Es kommt außerdem darauf an, die Exportfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu stärken, weil wir extrem exportabhängig sind. Das geht nur, wenn wir die Innovationskraft unserer Unternehmen weiter stärken.

Auch das tun wir mit diesem Bundeshaushalt.

(Beifall des Abg. Kurt J. Rossmannith [CDU/CSU])

Liebe Frau Kollegin Andreae, wir sind uns in dem, was wir tun müssen, einig: Wir müssen die Binnennachfrage stärken; wir müssen die Exportnachfrage stärken.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht mit der Kfz-Steuer!)

Genau das tun wir mit dem, was wir hier in den letzten Wochen vorgelegt haben, und mit dem, worüber wir heute entscheiden werden.

Die Maßnahmen, die wir hier zu ergreifen haben, müssen - das ist ein weiterer wichtiger Aspekt - kurzfristig Wachstumsimpulse geben, und sie müssen gleichzeitig eine nachhaltige Wirkung haben. Deshalb haben wir uns entschlossen, bestimmte Vorschläge - etwa die Verteilung von Konsumschecks, was wie ein Strohfeuer wirken würde, was schnell aufflammt, aber genauso schnell auch wieder erlischt - nicht aufzugreifen. Mit der deutlichen Erhöhung der Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm setzen wir genau den Schwerpunkt, den Sie hier gefordert haben. Dadurch können wir kurzfristig Investitionen mit einer großen Wirkung - gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für das Handwerk - in Gang setzen. Dieses Programm wollen wir im Übrigen, liebe Frau Kollegin, ganz gezielt für die CO<sub>2</sub>-Sanierung von Schulgebäuden einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das wollen wir damit erreichen; denn wir sehen die Notwendigkeit und den Bedarf. Liebe Kollegin Andreae, man muss schon ein bisschen genauer hinschauen. Ich will allerdings auch ausdrücklich sagen - das erwähne ich hier nicht zum ersten Mal -: Neben der Bundesregierung haben auch die Länder und die Kommunen eine konjunkturpolitische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es muss schon so sein, dass wirklich alle Ebenen koordiniert zusammenarbeiten, so wie es unsere Bundesregierung in den internationalen Verhandlungen zu Recht immer wieder eingefordert hat und zu Recht durchsetzt.

Zum ersten Mal seit zwei Jahren - auch das will ich in diesem Zusammenhang sagen - haben wir überhaupt diese Handlungsmöglichkeiten. Zum ersten Mal seit zwei Jahren ist die Situation so, dass der gesamtstaatliche Haushalt einen Überschuss ausweist. Das gibt uns

die Möglichkeit, jetzt diese Entscheidungen zu treffen. Auch das ist ein Ergebnis einer guten Regierungspolitik, wenn auch nicht allein ihr Ergebnis; das weiß ich auch. Die Wirtschaft hat dabei eine wichtige Rolle gespielt, vor allen Dingen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; schließlich sind sie diejenigen, die Wertschöpfung betreiben. Aber ich wiederhole: Das ist auch ein Ergebnis guter politischer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die FDP hat wieder Steuersenkungen verlangt. Es ist fast schon so, dass man bei der FDP immer weiß, was kommt.

(Ulrike Flach [FDP]: Ja, das ist auch wichtig! -

Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist kein Nachteil, denke ich mal!)

Ich muss allerdings sagen: Steuersenkungen wären in der derzeitigen finanz- und wirtschaftspolitischen Lage einfach verantwortungslos:

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kerstin

Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum einen würden die öffentlichen Haushalte ihre Gestaltungsspielräume, die sie im Augenblick dringend

brauchen, verlieren, und zum anderen würde das, wie ich persönlich fürchte, zu nichts anderem führen, als dass die Menschen die zusätzlichen Mittel auf das Sparkonto einzahlen würden. Darauf haben Sie selbst hingewiesen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist aber Sache

der Menschen selbst! - Ulrike Flach [FDP]:

Wie wär's denn, wenn Sie einfach mal überlegen, was mit dem Gesparten gemacht wird auf der Bank!)

Ich habe den Eindruck, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Sie immer noch nichts dazugelernt haben, obwohl Friedrich Hebbel schon vor über 150 Jahren gesagt hat:

Selbst im Fall einer Revolution würden die Deutschen sich nur Steuerfreiheit, nie Gedankenfreiheit erkämpfen.

Sie haben Friedrich Hebbel allerdings gründlich missverstanden, wenn Sie glauben, er habe das als wünschenswert beschrieben. Es war als Kritik gemeint.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sage ich: 150 Jahre reichen doch, um dazuzulernen.

(Ulrike Flach [FDP]: Es fällt uns ja schwer, aber wir glauben es!)

Die neoliberalen Wirtschaftskonzepte, die Sie heute wieder vorgetragen haben,

(Ernst Burgbacher [FDP]: Wissen Sie überhaupt, was „neoliberal“ heißt?)

haben uns die gegenwärtige Krise eingebrockt, und sie sind untauglich, uns aus dieser Krise wieder herauszuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen nicht weniger Staat, sondern einen handlungsfähigen Staat.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Erfolge der letzten Jahre - ich sage das ausdrücklich für die Koalitionsfraktionen; wir haben inzwischen über 40 Millionen Beschäftigte - nicht wieder

leichtfertig preisgeben. Deshalb stärken wir mit dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums besonders die Wirtschafts- und Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir stärken zudem durch die deutliche Erhöhung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und durch das Zinsverbilligungsprogramm der KfW in Höhe von 20 Milliarden Euro, auf das mein Kollege Kröning schon hingewiesen hat, gleichzeitig und zusätzlich Investitionen in der Breite.

Wir stärken die Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen vor allem deshalb, weil wir wissen, dass sie das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, weil wir wissen, dass sie über 80 Prozent der Arbeitsplätze zur Verfügung stellen,

(Ulrike Flach [FDP]: Deswegen brauchen sie doch Entlastungen!)

weil wir wissen, dass sie die Ausbildung tragen,

(Beifall des Abg. Volker Kröning [SPD] -

Ernst Burgbacher [FDP]: Warum gängeln Sie sie dann nur?)

und weil wir auch wissen, dass sie wichtige Wachstums- und Fortschrittstreiber für neue Produkte, Güter und Dienstleistungen sind. Daher stärken wir mit diesem Haushalt Forschung und Entwicklung, Technologieentwicklung und Innovationen im Mittelstand.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allem konjunkturpolitischen Handlungsbedarf wäre eines grundfalsch: darauf zu verzichten, die Unternehmen auch weiterhin für die Zukunft fit zu machen und ihre Innovationskraft zu stärken. Wir werden deshalb die Mittel für die Technologieförderungsprogramme des BMWi für den Mittelstand von 246 Millionen Euro auf 323 Millionen Euro erhöhen. Mit dem zentralen Innovationsprogramm „Mittelstand“ wird zudem - auch das ist ein wichtiger Aspekt - die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen schlagkräftiger, effektiver, kundenfreundlicher und klarer strukturiert. Mit dem Innovationsprogramm werden die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der KMUs unterstützt. Wir haben dabei darauf geachtet, dass auch die bewährten Prinzipien und Grundsätze beibehalten werden.

Das heißt, dass die Unternehmen selbst über die Technologie entscheiden, dass sie selbst die Kooperations- und Netzwerkpartner auswählen und dass sie selbst über den Kurs im Zusammenhang mit marktorientierten FuE-Projekten entscheiden. Das ist wichtig, weil wir damit die zweite wichtige Säule der Forschungsförderung, die des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, sinnvoll ergänzen. In dieser Zusammenschau macht das Ganze nämlich Sinn, und dieses Zusammenspiel ist erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Zudem bleibt es bei der Offenheit der Technologien und Branchen.

Kurz gesagt: Das Programm ist ein wichtiger Schritt hin zu einer breitenwirksamen, schlagkräftigen Förderung in einem konsistenten Programm, das dem hohen Förderbedarf des innovativen Mittelstands in ganz Deutschland entspricht.

Ich will ein weiteres Beispiel ansprechen, mit dem wir die Technologieförderung der kleinen und mittleren Unternehmen verbessern. Wir setzen nicht nur einseitig auf die Stärkung der technologischen Innovationskraft. Vielmehr wollen wir Innovationen auch für die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft nutzen. Das ist eingefordert worden; wir tun es. So unterstützen wir mit dem Programm „E-Energy“ die Entwicklung von IKTgestützten Energiesystemen der Zukunft. Wir alle wissen doch, dass eine effiziente Steuerungs- und Regelungstechnik ganz entscheidend dafür ist, dass unsere Energiewirtschaft leistungsfähiger wird. Das gilt sowohl für die Produktion als auch für die Überland- und die Verteilnetze. Deshalb ist dies im Übrigen auch ein wichtiger Bereich für unsere Volkswirtschaft.

Ich will allerdings nicht verhehlen, dass ich mir gewünscht hätte, dass die Bundesregierung in der Weltraumforschung und -technik das deutliche Signal gesetzt hätte, dass sie auch hier gewillt ist, die Technologieführerschaft zu übernehmen. Es geht nämlich darum, dass wir in wichtigen Leitmärkten auch weiterhin die Technologieführerschaft haben. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass man sich zu einer Mondmission entschieden hätte, damit uns die Technologieführerschaft in diesem Bereich in Zukunft auch wirklich gelingt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will kurz ein letztes Thema anschneiden: Das ist die industrielle Gemeinschaftsforschung. Sie ist ein weiteres wichtiges Instrument für die kleinen und mittleren Unternehmen; sie hat eine herausragende Bedeutung. In der industriellen Gemeinschaftsforschung können die Unternehmen unmittelbaren Einfluss auf die Projektentstehung nehmen. Das ist ein ganz entscheidender Vorteil. Sie bringen dabei ihre eigenen Erfahrungen im Bereich Forschung und Entwicklung aus der Praxis ein und setzen sie gemeinsam mit Wissenschaftlern und Partnern aus anderen Unternehmen um. Auch hier werden wir im kommenden Haushaltsjahr deutlich zulegen und die Ausgaben von circa 119 Millionen Euro auf 184 Millionen Euro steigern.

Last, not least werden wir dafür sorgen, dass jungen, engagierten Unternehmensgründerinnen und -gründern mit innovativen Ideen angesichts der gegenwärtigen Krise des Finanzsystems das Geld nicht ausgeht.

Auch hier haben wir deutliche Steigerungen vorgesehen: von 54,3 Millionen Euro auf 66,5 Millionen Euro. Dazu kommen natürlich noch die Mittel aus dem ERP-Programm.

Ich weiß aufgrund meiner langen Erfahrung, wie viel junge Unternehmen in den letzten Jahren gegründet worden sind. Diese Unternehmen müssen weiter wachsen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber nicht bei dieser Regierung!)

Wenn wir wollen, dass unsere Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung nicht ins Leere laufen, müssen wir – das ist ganz entscheidend – gute Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stellen, damit sich diese jungen Unternehmen zu erfolgreichen Unternehmen entwickeln können. Das ist mir ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU])



Wer die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft überstehen will, der darf nicht nur daran denken, wie er die nächsten Stunden übersteht; er muss gleichzeitig dafür sorgen, dass er aus dieser Krise gestärkt hervorgeht und für die Märkte von morgen und übermorgen gerüstet ist.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aber nicht mit dieser Regierung!)

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundeswirtschaftsminister Glos hat uns alle vor zwei Monaten

bei der Einbringung seines Etats, vier Tage nach dem

Untergang von Lehman, mit dem Satz überrascht: Wir

hatten eine Krise bei der Industriekreditbank und der

KfW. So fatal dieser Satz vor zwei Monaten war, so fatal

war und ist leider auch die Wirtschaftspolitik von Herrn

Glos. Das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik, Herr Bundesminister,

ist, dass in diesem Land die Reichen reicher

und die Armen zahlreicher werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind nun dabei, den Banken die Schuld zuzuschreiben.

Es muss aber ausdrücklich klargestellt werden: Was

die Banken leisten können, hat die Politik erstens gewollt

und zweitens zugelassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Ergebnis ist, dass die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft im Osten und im Westen erheblich sinkt.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Ach

was!)

Der frühere Generalsekretär der Christlich-Demokratischen

Union, Heiner Geißler, hat seine Partei heute sogar

aufgerufen, gegen diesen ungezügelten Kapitalismus

anzugehen.

Herr Minister, Sie wären als Wirtschaftsminister gewissermaßen

der berufene Anwalt der sogenannten Realwirtschaft.

Wenn jetzt Töne laut werden, dass am freien

Kapitalmarkt festgehalten werden soll, dann müssten Sie

im Sinne dieser Realwirtschaft lautstark protestieren. Wir

haben Sie nicht vernommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben in den letzten Monaten und Jahren vielleicht

viele Menschen aus der Arbeitslosenstatistik geholt, aber

nicht aus Armut, Zukunftsangst und Niedriglohn. Wenn

die Menschen, von denen ich rede, heute diese Debatte

verfolgen und feststellen, dass es dem Parlament offensichtlich

am wichtigsten ist, demnächst auf den Mond zu

kommen, werden sie sich fragen: In welcher Gesellschaft

leben wir eigentlich?

(Beifall bei der LINKEN)

Das Konjunkturprogramm, das Sie nicht einmal so

nennen dürfen, ist in seinem Umfang viel zu gering und

eine Sammlung alter Hüte. Als Zeugen will ich Professor

Rürup aufrufen, der auf dem Weg vom Regierungsberater

zum Finanzdienstleister ist. Er hat Ihnen ins

Stammbuch geschrieben, dass ein solches Konjunkturprogramm

überhaupt erst Wirkung erzielen kann, wenn es ein Volumen von 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes, also von 25 Milliarden Euro, hat.

Die Europäische Kommission schlägt der Bundesregierung vor, ein abgestimmtes europäisches Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen. Jetzt kommt der Knüller: Minister Glos begrüßt diese Idee zwar, sagt aber in dem gleichen Artikel, aus dem ich zitiere: Aber Geld geben wir dafür nicht. – Wie kann man ernsthaft von „Begrüßen“ sprechen, wenn man nicht bereit ist, sich an einem solchen Programm zu beteiligen? (Beifall bei der LINKEN – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: „Zusätzliches Geld“ hat er gesagt! Wir geben ja genügend!)

Herr Minister, ich muss Sie auch auf die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern ansprechen, die jetzt in der Krise besonders notwendig sein wird. Sie wissen wie wir, dass wir es in den neuen Bundesländern vor allem mit verlängerten Werkbänken zu tun haben. Die hundert größten ostdeutschen Unternehmen zusammen erreichen nicht die Hälfte der Leistungskraft von Daimler. Das ist ein Problem, mit dem wir jetzt zu tun haben. Man weiß, dass im Osten Zeit- und Leiharbeit besonders ausgeprägt sind. Das IAB – nicht die Linksfraktion, sondern das Arbeitsmarktinstitut der Bundesagentur für Arbeit – hat unlängst ausgerechnet, dass in einem Drittel der ostdeutschen Betriebe die Zeit- und Leiharbeiter, die 1-Euro-Jobber die Mehrheit der Belegschaften stellen. Was sind denn das für Zustände? Das kann man doch nicht hinnehmen. Das erfordert auch jetzt in der Krise Handeln.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD:

Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

– Ich hatte Ihnen gesagt, woher das stammt.

Der Sachverständigenrat hat Sie in jüngster Zeit kritisiert. Ihre Reaktion war, öffentlich darüber nachzudenken, ob man ihn nicht auflösen könnte. Die Linke hat Ihnen Vorschläge unterbreitet, wie mit einem wirklichen Konjunkturprogramm, das mehr Mittel für Bildung und Wissenschaft, einen Mindestlohn und höhere Leistungen für Arbeitslosengeldbezieher vorsieht, der Krise beizukommen ist. Wir sagen Ihnen: Wege aus der Krise sind möglich, aber nicht mit diesem Wirtschaftsetat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das kann Ihnen, Herr Glos, nicht passieren. Sie kommen nicht zu spät, Sie kommen bei der Bewältigung der Krise gar nicht vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Laurenz Meyer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Claus, ich weiß gar nicht, warum Sie hier Krokodilstränen über die soziale Marktwirtschaft weinen. Das nimmt Ihnen sowieso keiner ab. Die Wahrheit ist: Unser Land mit seiner sozialen Marktwirtschaft ist zurzeit das Land in der ganzen Welt, in dem die Bewältigung der

Wirtschaftskrise bisher am besten gelingt, nicht nur in Europa, sondern weit darüber hinaus.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Na, na!)

Das sollten wir zu Beginn feststellen. Das sage ich auch an die FDP-Fraktion.

Wir müssen eine vernünftige Analyse bei allem machen, wo wir zu handeln haben. Wir haben zurzeit eine absolut gespaltene Lage. Kleine und mittlere Unternehmen, die in ihrem regionalwirtschaftlichen Handeln auf Deutschland angewiesen sind, sind ja von der ganzen Krise nahezu unberührt. Wir haben zurzeit die Situation, dass in den großen Unternehmen, den großen Familienunternehmen, die bei ihren Exportanstrengungen auf Schwellenländer angewiesen sind, Probleme sprunghaft und bruchhaft auftauchen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat noch im letzten Monat verkündet, es gibt keinen Anstieg bei der Kurzarbeit.

Wir haben gestern die Zahlen bekommen. Wer hätte geglaubt, dass dies möglich ist? In welchem Land wird in dieser Phase die Arbeitslosigkeit noch abgebaut? Trotzdem dürfen wir die Warnsignale, den sprunghaften Anstieg der Kurzarbeit, nicht übersehen. Deshalb müssen wir aufmerksam sein und so weiterarbeiten, wie wir bisher in der Krise gearbeitet haben. Wir müssen präpariert sein, damit dort eingegriffen werden kann, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Unternehmen sind richtig gut aufgestellt. Deshalb müssen wir alles tun, damit unsere Unternehmen in der Phase, in der es in der Welt wieder losgeht, ganz vorne dabei sind. Das ist unsere Aufgabe. Auf diese Aufgabe müssen wir uns konzentrieren.

In dieser Situation sage ich zur Kreditvergabe an Unternehmen, insbesondere an große Mittelständler, eines:

Wenn die Landesbanken nicht jetzt an Stellen einspringen, an denen es Probleme mit privaten Kreditinstituten gibt, haben sie ihre Existenzberechtigung in meinen Augen endgültig verloren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das ist die dringende Aufforderung. Wenn wir hier helfen, dann muss auch gehandelt werden. Ich bitte Sie, Herr Finanzminister und Herr Wirtschaftsminister, den Druck auf die Landesbanken, die öffentlich-rechtlichen Banken, die im Übrigen am meisten mitversagt haben, denn sie hatten auf diesem Sektor von Geldpapieren überhaupt nichts zu suchen, zu erhöhen, dass sie jetzt in dieser Phase ihre Aufgaben wahrnehmen. Erhöhen Sie den Druck! Sie haben unsere Unterstützung bei Ihrem Handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich an die Adresse der Grünen eines ganz klar sagen: Sie haben den entscheidenden Grund, warum es Deutschland besser geht, nicht zur Kenntnis genommen. In der Zeit nach Rot-Grün haben wir etwas geändert, was in der Diskussion allerdings viel zu kurz kommt: Wir haben ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland abgegeben, mit all seinen Problemen. Wir haben uns nicht auf das konzentriert, was Sie „qualitatives Wachstum“ nennen, das sich in

weißen Kragen und nicht störenden Gewerbegebieten  
niederschlägt.

(Lachen der Abg. Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN] - Kerstin Andreae  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Wir bekennen uns zu Industriegebieten vor Ort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir bekennen uns auch zu energieintensiven Unternehmen.

Es macht nämlich keinen Sinn, dass sie aus  
Deutschland abwandern und die Umweltbelastungen in  
einem anderen Land erhöhen.

Ich habe an die Regierung, insbesondere die Bundeskanzlerin,  
aber auch ihre Minister, die Bitte: Es darf in  
dieser Phase zu keinen neuen Belastungen für die deutsche  
Wirtschaft kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen alle Maßnahmen daraufhin untersuchen, ob  
sie zu neuen Belastungen führen. Die Bundeskanzlerin  
hat bei den Verhandlungen über das Klimapaket in Brüssel  
unsere volle Rückendeckung. Es darf in Europa keine  
Ausnahmefälle geben, die dazu führen, dass in anderen  
Ländern Zugeständnisse gemacht werden, die bei uns  
aber nicht gelten, und das zum Schaden der Arbeitsplätze  
in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bisher waren wir in der aktuellen Krise handlungsfähig.

Ich will hier und heute keine neuen Steuervorschläge  
machen;

(Ulrike Flach [FDP]: Ach nein? - Jürgen

Koppelin [FDP]: Wie schade!)

denn es liegen genügend Vorschläge auf dem Tisch.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Ach ja? Oh!)

- Frau Andreae, weil Sie gerade so schön lächeln, will  
ich Ihnen ganz klar sagen - bei uns hat das jeder begriffen  
-: Wer keine Steuern zahlt, der kann durch Steuersenkungen  
auch nicht entlastet werden; das ist völlig  
richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unser Problem ist nicht, dass wir die Transferleistungen  
erhöhen müssen; hier sind wir nämlich Weltspitze.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Nein! Wir liegen im  
europäischen Mittelfeld!)

Unser Problem ist, dass den ganz normalen Arbeitnehmern  
in Deutschland, den Facharbeitern und den Beziehern  
kleiner Einkommen, die allerdings Steuern zahlen,  
zu wenig von ihrem Brutto übrig bleibt. Hier müssen wir  
eingreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lieber Kollege Meyer.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Abschließend habe ich eine Bitte an die Bundesregierung,

(Jürgen Koppelin [FDP]: Eine Bitte? Was soll

das denn? Ihr regiert doch!)

insbesondere den anwesenden Bundesfinanzminister  
und Bundeswirtschaftsminister, denen ich für ihre bisherige  
Arbeit danke.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ihr regiert doch!

Warum macht ihr das nicht selber?)

Ich bitte im Namen der Kolleginnen und Kollegen, die sich sehr ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt haben - wir haben das nämlich getan -:

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Meyer, ich muss Sie noch einmal auf Ihre Redezeit aufmerksam machen.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Ich bin bei meinem letzten Satz, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Nutzen Sie die Zeit bis zum Jahreswechsel, um Pläne vorzubereiten, damit die Bundesregierung auch in dem Fall handlungsfähig ist, dass negative Entwicklungen in anderen Ländern, in denen die wirtschaftspolitischen Zustände sehr viel schlechter sind als bei uns, auf Deutschland übergreifen, damit wir nicht erst dann zu diskutieren anfangen.

(Dem Redner wird das Mikrophon abgeschaltet - Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich empfehle noch einmal, mit dem ganz Wichtigen möglichst anzufangen, damit es am Ende nicht der ohnehin strapazierten Geduld des amtierenden Präsidenten zum Opfer fällt.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD -

Volker Kröning [SPD]: Ein sehr guter Hinweis!

- Jürgen Koppelin [FDP]: Wir konnten nicht erkennen, dass in dieser Rede etwas Wichtiges enthalten war!)

Nun erhält als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt der Kollege Dr. Michael Fuchs das Wort, ebenfalls für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Volker Kröning [SPD]: Michael Fuchs sagt jetzt bestimmt etwas Wichtiges!)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Diese Krise ist eine Krise, die nicht nur einige Bereiche, sondern die gesamte Welt betrifft; darauf hat der Bundeswirtschaftsminister völlig zu Recht hingewiesen. In allen möglichen Regionen der Welt hat diese Krise zugeschlagen. Richtig ist auch, dass Deutschland nach wie vor am besten dran ist, weil wir eine der robustesten Volkswirtschaften haben. Sie ist vor allen Dingen deswegen so robust, weil sie auf dem Mittelstand basiert und weil es bei uns stabile mittelständische Unternehmen gibt, die ihre Mitarbeiter in einer solchen Krise nicht schnell entlassen, sondern versuchen, ihren Mitarbeiterstamm beizubehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bin ich optimistisch, dass wir diese Krise besser überstehen werden als viele andere Länder.

Diese Krise hat für unsere Wirtschaft allerdings einen sehr negativen Effekt: Sie ist für Deutschland vor allen Dingen deswegen so riskant, weil wir eine exportorientierte

Wirtschaft haben. In den letzten Jahren ist es so gut wie nie vorgekommen, dass der Export in einem Wirtschaftsabschwung in dem Maße zusammengebrochen ist, wie es zurzeit geschieht. Das ist das, was mir sehr viel Sorge macht, weil wir in vielen Bereichen unserer exportorientierten Wirtschaft regelrechte Abstürze erleben.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich habe ein ganz klein bisschen Ahnung vom Großund Außenhandel und noch einige gute Bekannte in diesem Bereich. Ich habe vor kurzem mit einigen Außenhändlern gesprochen. Dabei hat mir zum Beispiel jemand, der im Maschinenbau tätig ist und Waren nach China exportiert, gesagt, dass er 33 Projekte in China hatte, von denen 30 gecancelt und drei auf „on hold“ gestellt worden sind. Man kann jetzt darüber diskutieren, ob die Chinesen nicht doch Verträge zu erfüllen haben, aber wenn sie nicht zahlen, dann wird allenfalls die Hermes-Problematik im Wirtschaftsministerium noch dramatischer werden. Vielleicht wird es auch aufgrund dieses Bereichs zu erheblichen Belastungen für den Bundeshaushalt kommen, lieber Kollege Kampeter.

Deswegen halte ich es für dringend notwendig, lieber Bundeswirtschaftsminister – hierauf möchte ich meinen wesentlichen Akzent setzen –, dass wir gerade in dieser Situation beim Welthandel weiter vorankommen. Es gibt ja anscheinend doch noch eine Chance – die Bundeskanzlerin hat das angedeutet –, dass die Doha-Runde schnell beendet werden kann. Das wäre für die exportorientierte Wirtschaft und vor allen Dingen für die Mittelständler der Branche sehr wichtig.

(Beifall des Abg. Volker Kröning [SPD])

Falls das aber nicht der Fall ist, dann wird es meiner Meinung nach Zeit, dass sich Europa schnell auf den amerikanischen Weg begibt. Ich gehe davon aus, dass der Protektionismus in den USA eher stärker wird, wenn die Demokraten jetzt den Präsidenten stellen. Die Amerikaner haben in der letzten Zeit überall in der Welt FTAs, Free Trade Agreements, abgeschlossen. Wir müssen darüber nachdenken, ob das auch für uns infrage kommt, falls wir mit der Doha-Runde tatsächlich nicht zu einem Abschluss kommen; denn es kann nicht sein, dass wir unsere Wirtschaft noch mehr ins Hintertreffen bringen – gerade Deutschland ist hier besonders benachteiligt – und dass die amerikanische Wirtschaft von diesen FTAs profitiert, die eigentlich die Verursacherin dieser Krise ist.

Parallel dazu halte ich es aber für notwendig, dass wir über alle möglichen Entlastungsmaßnahmen nachdenken. Der Kollege Meyer hat völlig zu Recht gesagt, dass wir auf dem Sektor Umweltschutz schon sehr viel getan haben und auch weiter tun müssen, Frau Andreae. Man muss aber überlegen, ob wir jedes Projekt unbedingt jetzt durchführen müssen oder nicht um zwei oder drei Jahre verschieben können. Wir werden im nächsten Jahr viel weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als in den Jahren zuvor. Das ist traurig, weil das daran liegt, dass unser Wirtschaftswachstum sinkt. Das wird ein Beweis dafür sein.

Parallel dazu halte ich es aber auch für nötig, permanent über Steuern nachzudenken.

(Ulrike Flach [FDP]: Nachdenken tun wir!)

Der Bundeswirtschaftsminister hat recht, wenn er sagt, dass auch die Steuern unter Umständen noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Dazu eine Anmerkung: Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge spätestens ab dem Jahre 2010 in voller Höhe absetzbar sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass uns das Bundesverfassungsgericht das aufgegeben hat, heißt ja, dass die bisherige Regelung nicht erst im Jahre 2010, sondern auch schon 2009 falsch ist. Deswegen sollte man darüber nachdenken, das auch schon früher zu ermöglichen.

Heute steht in der Bild-Zeitung ein interessanter Artikel von Herrn Barbier, dem Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung, nach dem Motto: Was hätte Erhard jetzt getan? – Erhard hätte in dieser Krise über Steuersenkungen nachgedacht. Wir sollten das auch tun, und zwar gemeinsam. Ich danke allen für ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, in der Ausschussfassung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt II.19 auf:

Einzelplan 32

Bundesschuld

– Drucksache 16/10421 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme

Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einzelplan 32, Bundesschuld, in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür?

– Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan ist mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Wir müssen noch über Änderungsanträge der Fraktion Die Linke abstimmen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wir hatten schon Herzflattern, Herr Präsident!)

– Dass das dem Präsidenten auch ohne schwere Attacken der Parlamentarischen Geschäftsführer selber aufgefallen ist, ist ein Zeichen für die gemeinsame Konzentration auf diesen Bundeshaushalt.

Um der Ordnung Rechnung zu tragen: Wir haben über zwei Änderungsanträge im Zusammenhang mit dem Einzelplan 09 nicht abgestimmt, was eigentlich Voraussetzung für die Schlussabstimmung über den Haushalt gewesen wäre. Diese rufe ich beide – wenn Sie damit einverstanden sind – nachträglich noch einmal auf.

Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/11038 stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 16/11071? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Präsident Dr. Norbert Lammert

Darf ich allgemeines Einvernehmen voraussetzen, dass unter Berücksichtigung dieser nicht gänzlich überraschenden Abstimmungsergebnisse die vorhin getroffene Entscheidung über den Einzelplan 09 nicht wiederholt werden muss? – Dazu stelle ich Einvernehmen fest.

Dann ist das so festgehalten.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt II.20 auf:

Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

– Drucksache 16/10422 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Auch hierzu gibt es Änderungsanträge, über die wir diesmal vorab abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/11039? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11040? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/11041? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen der übrigen Fraktionen ebenfalls abgelehnt.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wir haben uns enthalten!)

– Ich bitte um Nachsicht. Beim letzten Änderungsantrag gilt: bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das hatte ich nicht gesehen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 60, Allgemeine Finanzverwaltung, in der Ausschussfassung.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung –

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Einzelplan 60 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt II.21 auf:

Haushaltsgesetz 2009

– Drucksachen 16/10424, 16/10425 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde



Eine Aussprache ist in der zweiten Beratung nicht vorgesehen, sodass wir gleich zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2009 in der Ausschussfassung kommen können.

Hierzu gibt es wiederum einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/11046, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag?

- Das wird wieder nicht reichen. -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist auch gut so!)

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für das Haushaltsgesetz 2009 in der Ausschussfassung?

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Haushaltsgesetz ist in der Ausschussfassung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Wir kommen nun zum Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012 auf den Drucksachen 16/9901 und 16/9902.

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/10426, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung?

Wer stimmt dagegen? - Enthält sich jemand?

- Das lassen wir jetzt auf sich beruhen. Es ist unzweifelhaft, dass die Beschlussempfehlung mit breiter Mehrheit angenommen ist.

Dann rufe ich nun den Tagesordnungspunkt V auf: Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die

Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

- Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10402, 16/10404 bis 16/10409, 16/10411 bis 16/10416, 16/10419 bis 16/10422, 16/10423, 16/10424, 16/10425 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Es liegen insgesamt elf Entschließungsanträge vor, über die wir nach der Schlussabstimmung abstimmen werden. Das haben wir vorhin schon einmal unfreiwilligerweise geübt. Ich weise jetzt schon darauf hin, dass wir später über das Haushaltsgesetz namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst der Kollegin Ulrike Flach für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat mich in dieser Woche zunehmend an das Orchester auf der „Titanic“ erinnert. Frei nach dem Motto, was nicht sein darf, wird auch nicht sein, spielt er das alte Lied der vergangenen Haushaltsjahre, während sich das Schiff schon zu neigen

beginnt. Trotz der sich rapide eintrübenden wirtschaftlichen Lage setzen Sie, Herr Steinbrück, wie immer auf diejenigen Konjunkturprognosen, die Ihnen am besten passen, in diesem Jahr einfach einmal auf zu rosige Voraussagen, weichen Sie nicht vom Ausgabenkurs der letzten Jahre ab und bleiben Sie bei den alten Konjunkturerezepten Ihrer Vorväter.

Sie haben sich in Ihren Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung jedes Jahr geirrt. Neu ist nur eines: Früher hatten Sie mehr Steuereinnahmen, weniger Sozialleistungen und bessere Konjunkturdaten als geschätzt, und in der Haushaltsdebatte am 11. September 2007 haben Sie das sogar zum Prinzip erhoben, indem Sie sagten:

Gerade die Finanzpolitik muss von realistischen, eher vorsichtigen Annahmen getragen sein ... Wir haben uns am Ende der vergangenen Jahre zugunsten und nicht mehr zulasten der Bundesrepublik verschätzt, und dies ist für die weiteren Debatten vertrauensbildend.

Jetzt haben Sie eingeräumt, dass Sie dieses Mal genau umgekehrt vorgehen, nämlich bei Wachstumswahlen zwischen plus 0,2 und minus 1 Prozent plötzlich von der optimistischen Variante, also von plus 0,2 Prozent, ausgehen. Das heißt, Sie sind von Ihrem Prinzip abgerückt, und wenn das andere Vorgehen früher vertrauensbildend war, so wird dies wohl weniger Vertrauen bringen und dieses Land mit Sicherheit nicht mit Vertrauen erfüllen.  
(Beifall bei der FDP)

Trotz negativer Wachstumsprognosen rechnen Sie noch mit 6 Milliarden Euro mehr an Steuern als in diesem Jahr, und dies, obwohl die Auswirkungen der Finanzkrise auf die gewinnabhängigen Steuern erst im nächsten Jahr voll durchschlagen werden. Das, lieber Herr Minister, sind Luftbuchungen.

Betrachtet man das Wachstum der Ausgaben - ein Plus von 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr -, so unterscheidet sich dieser Bundeshaushalt nicht von denen vergangener Jahre. Rechnet man die Umleitung eines Mehrwertsteuereinkommens an die Arbeitsagentur in 2007 und den Wiedereinstieg in die Postbeamtenversorgung 2008 heraus, bewegt sich das jährliche Ausgabenwachstum ungefähr auf diesem Niveau. Seit 2005 hat sich Schwarz-Rot, statt zu sparen, Ausgaben von 65 Milliarden Euro geleistet, ein Plus von 11 Prozent, und das bei circa 160 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen. Als Begründung für den Ausgabenanstieg 2009 wird immer vorgebracht, man dürfe nicht in den Abschwung hineinsparen. Aber wann hat diese Regierung denn einmal gespart? Das geschah doch nur marginal und meist zulasten der Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Nie hat es in diesen Jahren wirkliche ausgabenseitige Konsolidierung gegeben, und das, was Sie uns als Konsolidierung verkaufen, den Abbau der Neuverschuldung, haben die Bürger und Unternehmen dieses Landes mit ihren eigenen Steuerbeiträgen geleistet.

(Beifall bei der FDP)

Nun stehen Sie vor der ungunstigen Situation, den nach Meinung fast aller Sachverständigen nötigen Konsumschub

aus der hohlen Hand machen zu müssen, und greifen dafür in die Mottenkiste. Sie legen uns ein Konjunkturprogramm vor, das Sie in ähnlicher Form schon vor wenigen Jahren als Wachstumsprogramm vorgelegt haben, und verurteilen an der gleichen Stelle die Bundesbank, die jetzt einen mutigen Schritt zur Entlastung der Bürger fordert und Sie auffordert, die Finger aus den alten Programmen der Subventionspolitik zu lassen.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Unter dem Strich gehen wir davon aus, dass der heute zu verabschiedende Haushalt bereits in wenigen Wochen Makulatur sein wird. Sie werden an weiteren Entlastungsschritten nicht vorbeikommen, Herr Steinbrück.

Der Haushalt, so wie er jetzt vorliegt, drückt sich vor der heraufziehenden Rezession und verschweigt Risiken, kurzum: Er ist nicht krisenfest. Wir werden ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine ganz muntere Woche erlebt,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

erstens mit den Debatten hier im Parlament sowohl zum Bundeshaushalt als auch zur Erbschaftsteuer, aber zweitens und vor allen Dingen aufgrund einer sehr angeregten öffentlichen Debatte darüber, welches der richtige wirtschaftspolitische Kurs in einer schwierigen weltwirtschaftlichen Situation ist. Viele Sachverständige, deren Empfehlungen wir oft und zur Genüge zu hören bekommen, haben sich bei ihren Empfehlungen in den letzten zwei, drei Monaten um 180 Grad gedreht. Früher galt die Empfehlung der EU-Kommission: immer ausgeglichene Haushalte, keine Defizite, eine ganz restriktive Politik, keine Nachfragesteuerung und keine Stimulierung. Gleiches gilt für den Sachverständigenrat und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Ich nehme diese Hinweise ernst. Ich finde, man kann sie nicht beiseitewischen. Man muss darüber reden. Es darf aber

nicht zu einer vollkommenen Verunsicherung der Bevölkerung und Umkehr in unserer Finanzpolitik kommen; denn diese hat sich in den vergangenen Jahren bewährt.

Der Etat, dessen Entwurf wir Ihnen heute zur Abstimmung vorlegen und den ich Ihnen zur Zustimmung empfehle, weist für 2009 ein Defizit in Höhe von 20,5 Milliarden Euro auf, 18,5 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme und 2 Milliarden Euro Privatisierungserlöse.

Damit ist das strukturelle Defizit fast genauso hoch wie in diesem Jahr, in dem die Nettokreditaufnahme bei knapp 12 Milliarden Euro und die Privatisierungserlöse bei über 10 Milliarden Euro liegen. Wir sind in der Europäischen Union und weltweit das Land, das sein Pulver noch trocken hat und in den vergangenen Jahren die stärksten Konsolidierungsanstrengungen unternommen hat. Das gesamtstaatliche Defizit liegt bei 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ermöglicht uns, in der heutigen Krisensituation zu handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies tun wir mit einer klaren Verstärkung der Investitionen

in die Infrastruktur des Bundes, insbesondere in den Verkehrsbereich. Wir führen befristet die degressive AfA zur Stimulierung von Investitionen im Unternehmensbereich ein. Ich bin der Auffassung, dass wir das erst einmal wirken lassen sollten und schauen sollten, wie sich diese Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt auswirken. Daher bin ich einigermaßen überrascht gewesen, als ich Anfang der Woche erfahren habe, dass die Bundeskanzlerin vorgeschlagen hat, am 5. Januar 2009 diese Maßnahmen zu evaluieren und dann zu schauen, was wir als Nächstes machen. Ich will klar sagen: Der Haushalt tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Wie viele Straßen sind wohl am 5. Januar gebaut und wie viele Investitionsgüter zusätzlich gekauft? Ich finde, man muss das, was wir machen, auch ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Dagmar Enkelmann  
[DIE LINKE]: Der Steinbrück will aussitzen!)

Wir Sozialdemokraten halten klar an unserem Kurs, den Frau Flach eben richtig beschrieben hat, fest: Investieren, Reformieren, Sanieren.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Abkassieren!)

Für uns gilt: Solide Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere Republik und die Volkswirtschaft unseres Landes. Das betrifft nicht nur die hiesige Bevölkerung, sondern auch die internationalen Investoren. Welche Schuldpapiere kaufen diese denn noch weltweit? Es sind die der Bundesrepublik Deutschland. In unsere Anleihen wird investiert. Dabei zahlen wir weltweit die geringsten Zinsen. Das zeigt, dass die Investoren mit Marktwissen Vertrauen in dieses Land und seine Leistungsfähigkeit haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir tun gut daran, dieses Land nicht schlechtzureden, sondern die Potenziale und die Wachstumskräfte zu stärken und zu stimulieren.

Von der Opposition habe ich viel Verschiedenes gehört. Die Linke antwortet auf eine konjunkturelle Schwäche, insbesondere der Binnennachfrage, mit Steuererhöhungen in Höhe von 40 Milliarden Euro. Die FDP will die Mittel für das Elterngeld für ALG-II-Bezieher und die Werbung von Investoren in den neuen Bundesländern streichen, und das entgegen allen Trends und der Tatsache, dass sie die Nettokreditaufnahme des Bundes um 10 Milliarden Euro reduzieren will. Alle vorliegenden Anträge betreffen den konsumtiven Bereich. Aber den von uns geplanten Stimulierungsmaßnahmen - staatliche Maßnahmen zur Infrastruktur, insbesondere zum Verkehrsbereich, und zum Kapitalstock werden vorgezogen, genauso wie es uns der Sachverständigenrat empfiehlt, allerdings in einer Größenordnung von 25 Milliarden Euro - stimmen Sie nicht zu.

Wenn Sie sagen, der Haushalt sei auf Sand gebaut - oder wie auch immer Sie das nennen -, dann frage ich Sie, wo denn Ihre Anträge zur Erhöhung des Haushaltsansatzes für das Arbeitslosengeld II sind, wenn Sie der Auffassung sind, dass es zu gering etatisiert ist.

(Otto Fricke [FDP]: Wir sollen das machen?)

Ich habe diese Anträge nicht gesehen. Auch sagen Sie, die Steuern würden nicht sofließen. Wenn ich mir anschau, wie die Steuern bis November geflossen sind,

dann kann ich nur sagen: hervorragend. Diesen Sockeleffekt werden wir auch noch 2009 haben. Sie haben auch dazu keine Änderungsanträge gestellt. Ich will auf einen weiteren Punkt kommen: die Verantwortung auch der Länder und der Gemeinden für eine konjunkturgerechte Politik. Ich habe den Eindruck, dass es auf europäischer Ebene zurzeit viele Gipfel gibt und dass dort viele Gespräche geführt werden. Unsere Minister sind immerzu dort. Ich finde aber, was jetzt nottut, ist eine gemeinsame Anstrengung, zum Beispiel im Finanzplanungsrat oder in der Runde der Ministerpräsidenten, von Bund, Ländern und Gemeinden, um die Investitionsmaßnahmen, die wir heute hier beschließen, gezielt durch Maßnahmen der Länder und der Gemeinden zu verstärken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich zitiere dazu das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, damit wir das nicht vergessen:

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten.

In § 16 heißt es:

Die Länder haben durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände den konjunkturpolitischen Erfordernissen entspricht.

Ich kann das nur unterstreichen.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Ich fordere die Länder auf, dem Rechnung zu tragen, also nicht zu sagen, Konjunkturpolitik sei die Aufgabe des Bundes, und sich keinen schlanken Fuß zu machen. Dort ist Geld vorhanden - Länder und Gemeinden verzeichnen Überschüsse -, und sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, und zwar erstens bei der Finanzierung und zweitens dadurch, dass sie jetzt notwendige Investitionen in Schulen, Kindergärten und staatliche Infrastruktur vorziehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe vorhin gesagt, dass wir diese Woche eine muntere Debatte hatten. Ich habe auch die muntere Debatte vor dem Auftakt des CDU-Parteitags verfolgt. Man lernt immer dazu, wenn man erstens zuhört und sich zweitens die Entwürfe anschaut.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Nicht unbedingt!)

Ich habe mir einmal den Entwurf vom 13. November zum Leitantrag angeschaut. Er enthielt einen Satz, (Otto Fricke [FDP]: Der Satz war von Kampeter!)

den ich für bemerkenswert halte: Wir wissen, dass in diesen Zeiten linke Parteien geneigt sind, die Haushaltsdisziplin zugunsten von Schuldenerhöhungsprogrammen aufzugeben. Wir werden das nicht zulassen. -

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Lassen Sie mich erst einmal ausreden!)

In der Version des Leitantrags für den 30. November ist dieser Satz gestrichen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, worauf ich das beziehen soll. Ob die CDU jetzt eine linke Partei ist oder ob sich die Zeiten so

schnell ändern? Es sind noch ein paar Tage bis zum Parteitag. Wir werden das mit Aufmerksamkeit verfolgen. Ich glaube, es ist gut, dass wir als Sozialdemokraten diese Regierung mitstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Kollegin

Dr. Gesine Löttsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Woche ist eine verlorene Woche im Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung wehrt sich mit Händen und Füßen gegen ein wirksames Konjunkturprogramm. Damit gefährdet sie Arbeitsplätze von Millionen von Menschen, nicht nur in unserem Land, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN)

China, Japan, die USA und andere europäische Staaten haben Konjunkturprogramme aufgelegt, nur die Bundesregierung meint, einen deutschen Sonderweg gehen zu können. Wenn es um den aussichtslosen Krieg in Afghanistan, wenn es um den sinnlosen Kauf von Eurofightern geht, dann steht die Bundesregierung als atlantischer und europäischer Musterschüler in der ersten Reihe. Da warnt die Bundesregierung mit erhobenem Zeigefinger vor einem deutschen Sonderweg. Wenn es aber um die Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen geht, dann spielt die atlantische und europäische Solidarität keine Rolle mehr. Die Bundesregierung glaubt, als Trittbrettfahrer der chinesischen, japanischen und amerikanischen Konjunkturzüge mitreisen zu können. Das ist nicht nur unsolidarisch, das ist auch verantwortungslos und für Deutschland ausgesprochen gefährlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Was bietet uns die Regierung statt eines Konjunkturprogramms an? Durchhalteparolen – wir haben sie heute mehrmals gehört – und die Aufforderung, doch optimistisch zu sein. Kanzlerin und Finanzminister fordern die Bürger auf, Ruhe zu bewahren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird damit, Herr Steinbrück, zu einem psychologischen Problem der Konsumenten heruntergespielt. Wenn jetzt alle die Nerven behalten, so die Botschaft der Bundesregierung, dann wird die Krise schon an uns vorüberziehen. Welch eine grandiose Fehleinschätzung!

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Koppelin

[FDP]: Kann es sein, dass ihr die Nerven schon verloren habt?)

Die Bundesregierung ist eine Regierung der zwei Geschwindigkeiten. Sie ist über Nacht in der Lage, ein 500-Milliarden-Euro-Paket zu schnüren. Das ist eine erstaunliche Leistung, wenn man bedenkt, dass das eine Rechnung mit sehr vielen explosiven Unbekannten ist. Wir wissen gar nicht, welche faulen Kredite in den Banken schlummern und welche Risiken auf den Steuerzahler zukommen. Wir wissen gar nicht, ob die Bankenmanager, die staatliche Bürgschaften in Anspruch nehmen, in der Lage sind, ihre Geschäftsmodelle an die neue Situation anzupassen, und ob sie es überhaupt wollen.

Dazu eine aktuelle Geschichte. Ein Fernsehjournalist fuhr nach Österreich, besuchte dort Zweigstellen deutscher Banken, gab sich zum Beispiel gegenüber der Commerzbank als Kunsthändler und Steuerhinterzieher aus. Er wollte wissen, ob Banken, die das Rettungspaket der Bundesregierung in Anspruch nehmen, weiter bereit sind, den Staat zu betrügen. Die Antwort vor Ort war: Ja, sie sind dazu bereit. - Das ist wirklich ein Skandal! (Beifall bei der LINKEN - Jürgen Koppelin

[FDP]: Eure Gelder haben sie ja auch genommen!) Die Bundesregierung hat unter Anleitung von Herrn Ackermann sehr schnell gehandelt, hat den Banken aber keine Auflagen erteilt, sondern nur vage Kannbestimmungen vorgesehen. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, den Banken klar zu sagen: „Wer den Staat betrügt, dem wird nicht geholfen“? Hätte man nicht regeln können, dass einer Bank, die den Pakt in Anspruch nimmt und dabei erwischt wird, wie sie Steuerhinterziehern hilft, den Staat zu betrügen, die Bürgschaften sofort wieder entzogen werden? Wo steht das im Gesetz? Das fehlt! Wir können nur feststellen, dass die Bundesregierung in der Lage ist, im fünften Gang, sozusagen in Michael-Schumacher-Geschwindigkeit, ein hochkomplexes 500-Milliarden-Euro-Paket zu schnüren, um vom fünften Gang sofort in den Rückwärtsgang zu schalten. Die Kanzlerin wollte dem französischen Präsidenten Sarkozy doch ernsthaft erklären, dass ein Konjunkturprogramm hier eine komplizierte Angelegenheit sei, weil Deutschland ein föderaler Staat sei und ein solches Programm mit den Ländern und den Gemeinden abgestimmt werden müsse. Das ist eine absurde Argumentation. Man weiß doch, dass auch das Bankenrettungspaket innerhalb einer Woche mit den Ländern abgestimmt wurde.

(Beifall bei der LINKEN) Die Kanzlerin erklärt den Ost-Ministerpräsidenten nach fast 20 Jahren deutscher Einheit, eine Angleichung der Ostrenten an die Westrenten sei so kompliziert, dass man mindestens noch zehn Jahre dafür brauche. Ich kann Ihnen sagen: Von unserer Fraktion, von der Fraktion Die Linke, liegen im Bundestag Anträge zur Rentenangleichung vor. Die können wir in der nächsten Woche sofort beschließen.

(Beifall bei der LINKEN) Die Regierung der zwei Geschwindigkeiten ist also kein Zufall, sondern das ist Programm. Es gibt Dinge, die für die Bundesregierung wichtig sind, die mit hoher Geschwindigkeit vorangetrieben werden, und es gibt Dinge, die der Bundesregierung nicht wichtig sind, die dann schon mal ein paar Jahre liegen bleiben können. (Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das finde ich richtig perfide! Unglaublich! Sie haben doch mitgemacht, dass es so schnell geht! Wenigstens das Kurzzeitgedächtnis sollte funktionieren!) Dazu ein Beispiel. Das Bundesverfassungsgericht verpflichtete den Gesetzgeber, die Vermögensteuer spätestens bis zum 31. Dezember 1996 neu zu regeln. Dieser Termin ist seit fast zwölf Jahren verstrichen. Kein Problem! Bekanntlich dauert die Erledigung der Aufgaben am längsten, an denen gar nicht gearbeitet wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Bundesregierung kann, wenn sie will, und in manchen Fällen kann sie ganz gut, wenn es sich für sie selbst lohnt. An dieser Stelle wende ich mich einmal an die Sozialdemokraten, die gerade so munter dazwischenrufen. Nur ein winziges Beispiel: Für den ehemaligen Wirtschaftsstaatssekretär Ditmar Staffelt - er ist übrigens einer der Konstrukteure der Berliner Bankgesellschaft, die Berlin den Bankenskandal gebracht hat - hat es sich gelohnt. Er ging zu EADS. EADS ist der größte Auftragnehmer des Staates in Sachen Rüstung. Ein wirklich lohnender Wechsel für einen Sozialdemokraten!

Finanzminister Steinbrück wies in seiner Rede am Dienstag alle Kritik an seiner Amtsführung zurück. Keiner habe wissen können, so Herr Steinbrück, dass Lehman Brothers zusammenbrechen würde.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wussten in der DDR noch nicht einmal, was in der nächsten Woche passiert! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Oskar wusste das!)

Das ist richtig. Aber Sie verschweigen, Herr Steinbrück, dass Ihre Finanzpolitik und die Finanzpolitik Ihrer Vorgänger in den letzten Jahren darauf ausgerichtet war, den Finanzmarkt zu deregulieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hätte er mal bei der Stasi anrufen sollen?)

Sie haben mit Ihrer Politik dem Kasino-Kapitalismus die Türen nach Deutschland geöffnet.

(Widerspruch bei der FDP - Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist so irre! Wer hat das aufgeschrieben?)

Das war kein dummer Zufall, sondern - lesen Sie Ihre Koalitionsvereinbarung! - das war Programm, und zwar ein falsches Programm.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre an der Zeit, dass die Bundesregierung die Geschichte der Finanz- und Wirtschaftskrise aufarbeitet und ihre Fehler klar benennt. Doch dazu fehlt ihr wahrscheinlich der Mut. Aber Herr Steinbrück hat in seiner Rede ja noch Gelegenheit dazu.

Nur mal nebenbei: Von den Ostdeutschen wird dreimal am Tag die Aufarbeitung der Geschichte verlangt.

Ich wende mich jetzt einmal solidarisch an die CDU. Wenn ein jetziger CDU-Ministerpräsident in den 80er-Jahren noch nicht erkannt hatte, dass 1989 die DDR nicht mehr existieren würde, dann beschäftigt das die Medien mehr als das Versagen der Bundesregierung in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise. Da läuft doch etwas falsch in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, diese Woche ist eine verlorene Woche im Kampf gegen Demokratieabbau. Ist es nicht bemerkenswert, dass die Bundesregierung auf alle Probleme reflexartig mit Demokratieabbau reagiert? Sei es das Recht auf Asyl, sei es das Recht auf Privatsphäre, sei es das Budgetrecht des Bundestages - alle diese Rechte wurden beschränkt, um angeblich schwerwiegende Probleme besser lösen zu können. Wir wissen, dass mit Einschränkung von Bürgerrechten kein einziges Problem zu lösen ist.

(Beifall bei der LINKEN)



Da wir ja in der Schlussrunde der Haushaltsdebatte sind, will ich hier nur auf das Budgetrecht des Bundestages eingehen. Wir werden heute einen Haushalt von 290 Milliarden Euro für das nächste Jahr beschließen. An diesem Haushalt hängt viel Lebenszeit der Abgeordneten und der Mitarbeiter des Haushaltsausschusses, für deren Unterstützung - sie sitzen ja hier alle - ich mich herzlich bedanken möchte.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Wir sind die Einzelpläne, die Kapitel und Titel mit großer Sorgfalt durchgegangen. Doch der Haushaltsausschuss steckt in einer tiefen Sinnkrise.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Bitte, was?)

Denn das 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket wird in einem Geheimgremium von neun Abgeordneten verhandelt. Diese neun Abgeordneten können auch nur nachträglich die Entscheidung der Regierung zur Kenntnis nehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Wieso der Regierung? Die Regierung hat da nichts zu entscheiden!)

Die Opposition ist in diesem Gremium in der Minderheit und wird keine Möglichkeiten haben, in der Öffentlichkeit Alarm zu schlagen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist so wirr!)

Wie wichtig der Regierung und den Koalitionsfraktionen dieses Gremium ist, zeigt sich daran, dass es heute erstmalig zusammengetreten ist, obwohl wir alle öffentlich darüber diskutieren und gespannt darauf sind, wann welche Bürgschaften an die Banken ausgegeben werden. Demokratie darf nicht nur in Zeiten der Konjunktur, sie muss auch in Zeiten der Krise funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, diese Woche ist eine verlorene Woche im Kampf gegen die Armut. Die Krise trifft nicht alle Menschen gleich. Auch wenn sich einige Milliarden verzockt und Millionen verloren haben - sie werden es verschmerzen. Die Krise trifft vor allem die hart, die an ihr am wenigsten Schuld haben. Dass zum Beispiel der Finanzminister Steinbrück die Kindergelderhöhung um 10 Euro pro Monat als Konjunkturprogramm verkauft, ist einfach nur zynisch.

(Beifall bei der LINKEN - Otto Fricke [FDP]:

In Berlin seid ihr ja dagegen! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die PDS in Berlin ist dagegen!)

Diese Erhöhung gleicht noch nicht einmal - ich habe das schon am Dienstag ausgeführt - den Kaufkraftverlust aus, den die Familien seit der letzten Kindergelderhöhung hinnehmen mussten. Bei Kindern von ALG-II-Empfängern kommt dieses Geld überhaupt nicht an. Das ist wirklich nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Pfui!))

Die Linke hat von der Regierung Sofortmaßnahmen gefordert, um die Menschen zu schützen, die besonders hart von der Krise betroffen sein werden.

Wir fordern erstens die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Hier muss ich schon einmal an die Adresse der SPD sagen: Statt wie Frau Nahles hier gestern

die FDP dafür zu beschimpfen, dass diese angeblich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verhindere, sollten Sie lieber einmal die Mehrheiten in diesem Saal zusammenrechnen und sich bewusst machen, dass SPD, Linke und Grüne für den gesetzlichen Mindestlohn sind. Bei aller Verehrung für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wir wissen, Sie sind dagegen, aber an Ihnen wird ein solches Vorhaben zahlenmäßig nicht scheitern.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wohl!)

Von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fordere ich also ein bisschen mehr Ehrlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Jürgen Koppelin

[FDP]: Ich glaube, die Linke hat eine Sinnkrise!)

Zweitens fordern wir die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro, und drittens fordern wir die Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro. Sie, meine Damen und Herren, haben alle diese ökonomisch und sozialpolitisch vernünftigen Vorschläge abgelehnt.

Wir als Linke lehnen diesen Haushalt ab, weil er keine Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise gibt und weil er nicht im Ansatz versucht, mit der verhängnisvollen neoliberalen Politik zu brechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Jürgen Koppelin

[FDP]: Wer hat das denn aufgeschrieben?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Steffen Kampeter für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die jetzt zu Ende gehende Woche war eine gute Woche für unser Land, weil die handelnde Koalition deutlich gemacht hat, dass es besser ist, nach Maß und Mitte zu regieren - das tut nämlich unserem Land gut -, statt Aktionismus, Populismus und Rezessionspanik zu verbreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es war erfreulich, dass wir endlich auch einmal in einer Haushaltswoche sehr viel stärker als in den vergangenen Jahren über die Grundfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik gesprochen haben. Dabei wurde ja deutlich, dass es das politische Handeln ist, das die Wirklichkeit in unserem Land wesentlich mitbestimmt. Ich fordere an dieser Stelle diejenigen auf, die geglaubt haben, sie seien für die gesellschaftliche Realität sehr viel wichtiger - das sind die Manager, die ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Wertvorstellungen gehandelt haben -, ein bisschen mehr Demut zu dokumentieren. Der Kern unserer Gesellschaft wird durch das Politische bestimmt. Wir Abgeordneten sind verfassungsmäßig legitimiert, den Volkswillen im parlamentarischen Handeln zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Otto

Fricke [FDP]: Verfassungsexegese! Kommen Sie mal zur Sache!)

Ich möchte mich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haushaltsausschusses anschließen, möchte aber auch meinen Kollegen im Haushaltsausschuss

danken. Stellvertretend für viele nenne ich meinen  
Obmann Norbert Barthle und den Sprecher der SPD  
Carsten Schneider.

Meine Redezeit will ich dazu nutzen, einige Argumente,  
die wir in dieser Woche gehört haben, kritisch  
und auch selbstkritisch daraufhin zu überprüfen, ob sie  
zutreffen und ob wir aus ihnen Hinweise für unsere Politik  
nach Maß und Mitte ableiten können.

Das erste Argument, das in den unterschiedlichsten  
Formen vorgetragen worden ist, lautete: Es wurde zu  
wenig getan. - Niemand in der Großen Koalition will  
sich allen Ernstes in dieser krisenhaften Zeit prozyklisch  
verhalten. Deswegen würde es mich freuen, wenn viele  
auch einmal einen Blick auf das werfen würden, was tatsächlich  
zur Abwehr der Krise gemacht worden ist.

Erstens. Wir lassen die automatischen Stabilisatoren  
wirken. Auf Deutsch gesagt: Wir nehmen in Kauf,  
dass sinkende Steuereinnahmen eine höhere Verschuldung  
bedeuten. Es ist das Gebot der Stunde, in dieser  
Krise so zu handeln. Die Große Koalition tut das.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Widerspruch  
der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Zweitens. Wir setzen einen zielgerichteten Impuls im  
investiven Bereich sowohl über den Bundeshaushalt  
wie aber auch über Hebelinstrumente von Instituten wie  
der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Damit erzeugen wir  
einen expansiven Impuls von bis zu 50 Milliarden Euro.  
(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Drittens. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die  
Zentralbanken in Europa, aber auch weltweit handeln.  
Sie senken die Zinsen; das wirkt expansiv. Wir haben  
also auch im monetären Bereich einen starken expansiven  
Impuls. Es kann doch allen Ernstes nicht behauptet  
werden, dass dies ein prozyklisches Kaputtsparen ist. Es  
ist vielmehr eine verantwortliche und verantwortungsvolle  
Reaktion auf die Herausforderungen der Krise, die  
Politik und Geldpolitik hier zeigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Otto  
Fricke [FDP]: Das ist nur Hinnehmen und  
nicht Reaktion!)

Das zweite Argument, das immer wieder vorgetragen  
wird, lautet: Wir sollten uns an anderen Ländern orientieren.

- Dieses Argument hat mich in dieser Debatte am  
allerwenigsten überzeugt. Helmut Schmidt hat in einem  
Interview deutlich gemacht, dass in vielen Ländern die  
riesigen Summen, über die wir in den Zeitungen lesen  
können, lediglich Ausgaben für Reparaturaufwendungen  
und keineswegs Zukunftsausgaben sind. Wir standen in  
Deutschland nicht an der Spitze des Finanzkapitalismus.  
Die Folgen treffen uns zwar hart, aber bei weitem nicht  
so schlimm wie die Vereinigten Staaten oder das Vereinigte  
Königreich. Das ist auch gut so.

Wenn jetzt gefordert wird, wir sollten mit ähnlichen  
Beträgen auf eine für uns in Deutschland völlig andere  
Situation reagieren, dann muss man sagen, dass bei dieser  
Kritik Maß und Mitte und ein gewisser Realitätssinn  
verloren gegangen sind. Ich bin froh und glücklich, dass  
wir ein dreigliedriges Bankensystem aus Volksbanken,  
Sparkassen und Privatbanken haben, das erheblich krisenresistenter  
ist als das Bankensystem in den USA und

Großbritannien.

(Otto Fricke [FDP]: Wie teuer kommt uns die Bayerische Landesbank? 10 Milliarden Euro?)

Wir sollten diese Vorschläge in der Schublade lassen; sie sind Unsinn und Blödsinn und führen nicht zu den richtigen Antworten, die die Politik geben muss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will an dieser Stelle auch deutlich machen, dass sich Länder, die sich stark verschulden, das Vertrauen der Finanzmärkte verlieren. Wir erleben es gerade bei den USA und Großbritannien, dass sie einen steigenden Risikoaufschlag für ihre Staatsverschuldung einrechnen müssen. Deutschland - das hat Carsten Schneider schon herausgearbeitet - steht gut da. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich sehe keinen Grund, dass wir der Aufforderung, wir sollten uns an den Schadensfällen anderer Länder orientieren, nachkommen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Dann müssten wir den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland sagen: Ja, auch wir müssen höhere Zinsen zahlen. - Diesen abstrusen Vorschlag lehnt die Union ab. Wir werden ihm nicht folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Dass unter dem Deckmantel, man müsse sich an anderen Ländern orientieren, auch viele Rattenfänger mit wirtschaftspolitischen Konzepten unterwegs sind, die nicht klug sind, will ich an dieser Stelle nicht verschweigen. Es sind diejenigen unterwegs, die der Auffassung sind, man könne mit Inflation Politik machen. Das ist Unsinn. Dem werden wir nicht folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es sind auch welche unterwegs, die den Stabilitätsund Wachstumspakt infrage stellen. Wir haben auf die D-Mark verzichtet und versprochen, mit dem Stabilitätsund Wachstumspakt die Zentralbankkultur, wie wir sie aus D-Mark-Zeiten kannten, auf den Euro zu übertragen. Ich weiß, dass das vielen in Europa nicht gepasst hat. Aber wir werden an dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und damit an der Stabilität unserer Währung festhalten. Etwas anderes ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es sind auch viele unterwegs, die meinen, man müsse jetzt die Party für die Gegenwart organisieren. Das ist ein brutaler Angriff auf die Interessen der nachfolgenden Generationen.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir haben aus diesen krisenhaften Veränderungen gelernt, nicht dem Partygefühl von Wall-Street-Bankern zu folgen, die ohne Rücksicht auf Schulden und damit auf die nachfolgenden Generationen genau das gefordert haben, nämlich eine riesengroße Party zu feiern. Stattdessen müssen wir im Sinne einer Verantwortungsgesellschaft eine Politik nach Maß und Mitte machen, wie wir sie in dieser Woche hier im Plenum vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch darf ein kluges Argument, das Jürgen Stark von der EZB in diesen Tagen vorgetragen hat, nicht in Vergessenheit geraten: Wer in Unsicherheit die Dämme flutet,

wird am Ende nicht mehr Nachfrage, sondern im Ergebnis lediglich höhere Schulden, höhere Zinsen und höhere Inflation erhalten. - Deswegen fand ich es gut, dass der Kollege Glos, unser Wirtschaftsminister, noch einmal deutlich gemacht hat, dass Vertrauen ein ganz wichtiger Aspekt in unserer Politik ist. Vertrauen kann man nicht kaufen, weder durch Schulden noch durch andere staatspolitische Maßnahmen. Vertrauen muss man sich mühsam erarbeiten. Wir haben das mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds gemacht. Wir sollten dieses Vertrauen nicht durch einen kurzfristigen finanzpolitischen Aktionismus zerstören.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kampeter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke?

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Der Kollege Fricke ist mir stets eine Freude und wird uns in dieser Debatte sicher mit einer netten Zwischenfrage erheitern.

Otto Fricke (FDP):

Das wünsche ich mir auch. - Herr Kollege Kampeter, bei alledem, was Sie in den letzten drei oder vier Sätzen gesagt haben, kann ich Ihnen weitestgehend zustimmen. Dann würde ich von Ihnen als Haushälter jetzt aber gern eine klare Absage an die Einführung von Konsumgutscheinen hören, ohne dass Sie darüber hinwegreden. Können Sie uns hier und heute sagen, dass die CDU und vielleicht auch sogar die CSU diese Konsumgutscheine ablehnt, oder hält sie sie noch für möglich, nach dem, was Herr Stark - Sie haben ihn gerade zitiert - gesagt hat?

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sind Sie für Herrn Kampeter oder für Herrn Brüderle?)

Halten Sie die Konsumgutscheine für richtig oder für falsch?

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Fricke, ich stelle fest: Der Einzige, der im Deutschen Bundestag bisher Konsumgutscheine gefordert hat, ist der Abgeordnete Brüderle, Mitglied der FDP-Fraktion.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der

CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Unterstützen Sie Brüderle? Ja oder Nein?)

Ich kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht erkennen, dass die Situation in Deutschland so ist, dass wir über eine solche Maßnahme ernsthaft nachdenken sollten. Der Bundesfinanzminister hat erklärt, es gebe keine Pläne für diese Maßnahme. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir machen das, was wir in unserem Haushalt an Maßnahmen festgehalten haben. Wir lassen die automatischen Stabilisatoren wirken. Wir unterstützen die Europäische Zentralbank bei ihrem vernünftigen Kurs in der Geldpolitik.

Wir setzen im Übrigen - dazu komme ich jetzt - auf steuerpolitisch vernünftige und nachhaltig wirkende Impulse. Der Bundesbankpräsident, Herr Kollege Fricke, hat deutlich gemacht, dass man in der Steuerpolitik zwischen

strukturellen Maßnahmen, die das Steuersystem verändern, und einmalig wirkenden steuerpolitischen Impulsen unterscheiden muss.

Wer jetzt eine strukturelle Änderung anstrebt, wird bei einer kleinen Lösung in der nächsten Legislaturperiode enden. Wir sollten unser Pulver trocken halten.

Deswegen haben wir uns eben für diese gezielten Maßnahmen in der Steuerpolitik entschieden. Wir haben in der Steuer- und Abgabenpolitik mit diesem Haushalt wichtige Impulse gesetzt. Ich nenne den Handwerkerbonus, die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die politische Festlegung auf die steuerliche Anrechenbarkeit der Vorsorgeaufwendungen. Unterm Strich ist im Rahmen des Finanzplanungszeitraumes bis 2013 gegenüber dem geltenden Recht eine Entlastung von 85 Milliarden Euro im Steuer- und Abgabenbereich zu verzeichnen. Ich frage Sie: Ist das kein steuerpolitischer Impuls?

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Argument, das in dieser Woche leider viel zu wenig vorgetragen worden ist, ist die Finanzversorgung der realen Wirtschaft; Michael Glos hat das an zwei oder drei Stellen vorgetragen. Es ist ein Stück weit fahrlässig, wie sich die politische und auch öffentliche Debatte diesem Thema verschließt. Es ist leider richtig, dass auf dem Interbankenmarkt die Liquidität noch nicht in Gang gekommen ist. Jeden Abend werden bei der Europäischen Zentralbank aus allen Ländern des Euroraums knapp 300 Milliarden Euro geparkt.

(Zuruf: Nicht über Nacht!)

- Über Nacht. - Damit stehen Mittel in dieser Größenordnung der Finanzierung von Wachstum nicht zur Verfügung.

Deswegen muss es unser gemeinsames Bemühen sein, die Maßnahmen, die die Politik und die Europäische Zentralbank eingeleitet haben, mit dem Sektor der Privatbanken so weit umzusetzen und nach vorne zu treiben, dass diese 300 Milliarden Euro, die jetzt unproduktiv bei der EZB geparkt sind, für die Kreditversorgung der kleinen, mittleren, aber auch der großen Unternehmen in Europa und Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Das zu tun, ist die zentrale Verpflichtung, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben. Solange diese finanzwirtschaftliche; diese monetäre Frage nicht gelöst ist, ist es wenig sinnvoll, überhaupt darüber nachzudenken, starke fiskalpolitische Impulse zu setzen. Wir befüllen einen Motor mit Benzin, dem es an Öl mangelt. Das einzige Ergebnis, das am Ende einer solchen Politik stehen kann, ist ein Kolbenfresser. Wir wollen aber keinen Kolbenfresser haben,

(Zuruf von der FDP: Ein Zweitaktmotor täte es auch!)

sondern wir wollen eine nachhaltige Politik, die Wachstum und Arbeitsplätze sichert und expansiv tätig wird.

Wir brauchen keine Politik, die an den Ursachen vorbei die falschen Antworten gibt und die sich dieser monetären Herausforderung nicht stellt. Darin sehe ich in den nächsten Wochen und Monaten die eigentliche Aufgabe in einem Verbund von Geldpolitik und Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte für mich und die Mitglieder der Unionsfraktion die in dieser Woche geführte Debatte zusammenfassen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Es kommen doch noch zwei Redner!)

Deutschland ist für die Herausforderungen, die schwierig sind, gut gerüstet. Wir haben eine zentrale Stabilisierung der Finanzmärkte nach der Lehman-Brothers-Pleite durchgeführt. Das war vor allen Dingen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wichtig; denn das hat die Stabilisierung und die Garantie der Sparguthaben beinhaltet.

Wir haben einen Arbeitsmarkt, der sich in guter Verfassung befindet. Es sollte nicht vergessen werden, dass wir mit unter 3 Millionen Arbeitslosen eine der besten arbeitsmarktpolitischen Situationen seit vielen Jahren haben.

Der Dollarkurs stützt unseren Export. Auch wenn das nicht die einzige gute Nachricht in diesem Bereich ist, ist es doch gegenüber der schwierigen Situation hinsichtlich des Dollars vor einigen Wochen eine erhebliche Erleichterung. Die Rohstoffpreise sinken. Die Inflation bei den Energiepreisen ist zumindest vorübergehend gebändigt.

Ja, es ist richtig, wir stehen vor wichtigen Aufgaben, vor allen Dingen in der Geldpolitik. Aber wir haben durch das, was wir in dieser Woche beschlossen haben und beschließen werden, den Anteil geleistet, den die Politik leisten kann und leisten sollte. Wir haben das mit Maß und Mitte und auch mit Verantwortung getan.

Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Der Etat für das Jahr 2009 ist ein guter Ausdruck der gemeinsamen Politik der Großen Koalition. Ich empfehle ihn Ihnen allen zur Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Zurufe von der FDP: Diese Rede bedauerst du noch! - Die Rede holt dich ein! - Und zwar schon bald, im Januar!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält nun die Kollegin Anna Lührmann das Wort.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Steinbrück, dieses Jahr nehmen Sie aller Voraussicht nach 48,5 Milliarden Euro Steuern mehr ein als im Jahr 2005. Trotzdem haben Sie es nicht geschafft, den Haushalt auszugleichen. Das ist der Kardinalfehler Ihrer Amtszeit. Sie haben die wirtschaftlich guten Zeiten nicht für die Konsolidierung genutzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schaue mir jetzt nur die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 an. In diesen Jahren Ihrer Amtszeit wurden bisher 54 Milliarden Euro neuer Schulden aufgenommen.

Das geschah trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung mit Wachstumsraten von 3 und 2,5 Prozent.

Sie haben das Erreichen des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts auf das Jahr 2011 verschoben. Da ist Ihnen jetzt die Finanzmarktkrise dazwischengekommen.

Ich weiß schon, was Sie gleich sagen werden, wenn Sie hier reden werden. Sie werden sagen: Die Finanzmarktkrise konnte keiner vorhersehen, wir sind keine Hellseher. - Aber jeder weiß: Auf Konjunkturaufschwünge

folgen Konjunkturabschwünge. - Sie haben für harte Zeiten wie diese nicht vorgesorgt. Sie haben so getan, als würde die Konjunktur immer so weitergehen. Diesen Fehler haben Sie begangen. Das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stimmt, dass es fahrlässig wäre, in den Abschwung hineinzusparen. Man muss jetzt die automatischen Stabilisatoren wirken lassen und Wachstumsimpulse setzen. Aber ich werde schon ein bisschen nachdenklich, wenn ich höre, dass viele Politikerinnen und Politiker, aber zum Beispiel auch Kommentatoren sagen, jetzt - im Abschwung - sei die Zeit für eine keynesianische Wirtschaftspolitik gekommen. Aber wenn die Wirtschaft wieder besser läuft, haben das alle wieder vergessen. Das ist genau das Problem. Denn eine keynesianische Wirtschaftspolitik oder generell eine Wirtschaftspolitik, die von atmenden Haushalten spricht, zeichnet sich dadurch aus, dass in guten Zeiten Defizite abgebaut werden müssen und der Haushalt konsolidiert werden muss, um in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Kraft und den Spielraum zu haben, Schulden machen zu können. Das ist genau das, was viele vergessen. Deshalb regt es mich so auf, wenn man davon redet, dass jetzt Schulden gemacht werden müssen, das dann aber in Aufschwungsphasen weiterhin betrieben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund finde ich es so wichtig, Herr Steinbrück - auch wenn er mir gerade nicht zuhört -, dass gerade jetzt eine Schuldenbremse eingezogen wird. Eine Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild schreibt genau das fest. Danach ist vorgesehen, dass in wirtschaftlich guten Zeiten konsolidiert werden soll, dass eher Überschüsse erwirtschaftet werden sollen, damit in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Luft da ist, um konjunkturelle Impulse geben zu können. Das muss festgeschrieben werden. Das wäre eine große Reform, für die man die Mehrheit in Bundestag und Bundesrat braucht. Ich frage mich, wer die Kraft haben soll, eine solche Reform umzusetzen, wenn nicht eine Große Koalition, die diese Mehrheit hätte. Aber das schaffen Sie nicht, weil das eine wirklich große Reform bedeuten würde. Stattdessen machen Sie lauter große Gipfel im Kanzleramt mit den Automobilfirmen und sonst wem. Bald ist die Legislaturperiode vorbei, und Sie haben an großen Reformen nichts, aber auch gar nichts hinbekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch einmal zum konkreten Haushaltsentwurf für 2009. Es ist ganz klar, dass die Regierung aufgrund der aktuellen Entwicklung einen neuen Haushalt hätte vorlegen sollen; denn die Wachstumsprognosen und auch andere Rahmenbedingungen haben sich stark verändert. Stattdessen hält die Regierung weiter an ihrer Salomitaktik fest, ebenso wie die Banker zu Beginn der Finanzkrise, als sie immer gesagt haben, so schlimm werde es schon nicht kommen. Herr Steinbrück hat noch im September gesagt, dass er die Krise für ein amerikanisches Problem halte, das mit uns nur sehr wenig zu tun habe. In der Bereinigungssitzung letzte Woche waren Sie immerhin so ehrlich, den Ansatz für die Schulden im



nächsten Jahr zu verdoppeln. Aber das ist trotzdem nur die halbe Wahrheit, wie ich Ihnen an drei Punkten verdeutlichen möchte:

Der erste Punkt. Sie haben ein Sondervermögen „Finanzmarkt“ geschaffen. Das ist ein Schattenhaushalt; das heißt, es ist das Gegenteil von Transparenz und Kontrollmöglichkeiten für das Parlament, weil wir jetzt bei den Haushaltsberatungen für das nächste Jahr darüber nicht mehr beraten können.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Genau!)

Die Regierung sagt selber, dass sie mit Bürgerschaftsausfällen in Höhe von 20 Milliarden Euro in den nächsten Jahren rechnet. Davon ist im Haushalt nichts zu finden. Ehrlicherweise müssten Sie mindestens die Hälfte davon in den Haushalt für das nächste Jahr einstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Sie haben die Wachstumsprognose zwar von 1,2 auf 0,2 Prozent korrigiert. Aber leider haben fast alle Wirtschaftsexperten ein Minus vor ihrer aktuellen Wachstumsprognose für das nächste Jahr. Die OECD sagt minus 0,9 Prozent voraus, der IWF minus 0,8 Prozent, die Bundesbank minus 1 Prozent. Da frage ich mich: Wo haben Sie Ihre 0,2 Prozent her? Von wem werden Sie da eigentlich beraten? Mit der Realität hat das wirklich nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Punkt, warum Ihr Haushaltsentwurf unehrlich ist. Sie haben die großen Ausgabenblöcke, die mit der Konjunktur schwanken, nicht angepasst. Da sind vor allen Dingen die Arbeitslosengeld-II-Kosten zu nennen. Jeder geht davon aus, dass wir nächstes Jahr mehr für das Arbeitslosengeld ausgeben müssen, weil wir leider mit einem wirtschaftlichen Abschwung zu rechnen haben. Aber was macht die Koalition? Sie hat 1,5 Milliarden Euro weniger für das Arbeitslosengeld II eingestellt. Das ist wirklich der Gipfel der Unseriosität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Wenn man die Risiken, von denen ich gerade gesprochen habe, addiert, dann kommt man auf eine Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr von um die 40 Milliarden Euro. Wenn Sie wirklich so ehrlich wären, Herr Steinbrück, wie Sie uns gleich sicherlich wieder erzählen werden, dann müssten Sie das hier zugeben. Stattdessen halten Sie weiter an Ihrer Salami taktik fest. Das führt zu Vertrauensverlust und ist wirklich unseriös. Viele sagen, eine Nettokreditaufnahme von 40 Milliarden Euro sei nicht so schlimm; im Gegenteil: Je höher die Verschuldung jetzt sei, umso schneller kämen wir aus der Krise heraus. Gilt denn hier wirklich das Motto „Viel hilft viel“? Nein, die Qualität der Ausgaben ist entscheidend, und vor allen Dingen die lässt bei Ihrem Konjunkturpaket zu wünschen übrig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür möchte ich nur ein Beispiel anführen: die Kfz-Steuer. Wer im nächsten halben Jahr ein Auto kauft, soll ein Jahr lang keine Kfz-Steuer zahlen, und zwar unabhängig vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß des gekauften Autos oder anderen umweltschädlichen Gesichtspunkten. Keiner wird

wegen dieser Vergünstigung ein Auto kaufen; es kostet auch so ziemlich viel Geld. Der ganze Vorschlag ist ökonomischer Unfug. Hinzu kommt: Demjenigen, der einen dicken Audi-Geländewagen kauft, sollen 1 852 Euro erlassen werden, während demjenigen, der einen kleinen Smart kauft, nur 135 Euro erlassen werden. Das heißt, diese Maßnahme ist auch noch sozial ungerecht. Außerdem: Man bekommt umso mehr Geld erlassen, je mehr CO2 das gekaufte Auto in die Luft pustet. Das ist wirklich absurd und hat mit Klimaschutz überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man sieht: Die 600 Millionen Euro, die im Haushalt des nächsten Jahres für Klimaschutz vorgesehen sind, sind wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Ihre Konjunkturpolitik ist von vorgestern. Herr Gabriel hat auf einer Klimakonferenz vorgeschlagen, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel für den Neubau von Kohlekraftwerken genutzt werden. Das heißt, Sie machen in der Klimaschutzpolitik zwei Schritte vor und drei zurück. Das ist wirklich das Gegenteil von einer nachhaltigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ganze Welt redet jetzt über das, was man eigentlich machen müsste, um aus der Finanz- und Klimakatastrophe herauszukommen: Man soll die Chance der Krise nutzen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist notwendig, damit wir nicht weiter auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften. Das heißt, man muss in Innovationen investieren, und das gibt der Konjunktur einen guten Impuls, den wir jetzt so dringend brauchen. Die Zeitungen sind voll von dieser Idee: Ban Ki-moon, der UN-Generalsekretär, schlägt einen New Green Deal vor. Er will „zwei Krisen mit einer Klappe“ schlagen. Der Spiegel titelt: „Konzernchefs für Klimaschutz“. Selbst Obama will eine Führungsrolle für die USA. Er will unsinnige Ausgaben, durch die das Klima verpestet wird, zugunsten nachhaltiger Ausgaben kürzen. Über die Politik der Bundesregierung heißt es in einer Überschrift der Berliner Zeitung: „Konjunkturkrise stoppt Klimaschutz“. Sie haben die Zeichen der Zeit wirklich nicht erkannt. Die ganze Welt redet vom Klimaschutz; nur die Bundesregierung macht eine Konjunkturpolitik von vorgestern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen in den Haushaltsberatungen eine ganze Menge Vorschläge gemacht: einen Energiesparfonds mit einem Umfang von 3 Milliarden Euro, eine deutliche Ausweitung der Gebäudesanierung, Impulse für Elektromobilität und für mehr Verkehr auf der Schiene und den Abbau der ökologisch schädlichen Subventionen wie die Befreiung des gewerblichen Flugverkehrs von der Energiesteuer für Kerosin und anderes. Wo wir beim Thema Subventionen sind. Sie von der Union tun immer so, als würde die Atomenergie nichts kosten und wäre außerdem noch gut, um das Klima zu schützen. Dazu will ich Ihnen Folgendes sagen: Die Atomenergie ist gefährlich; das ist sowieso klar. Wenn man sich den Haushalt 2008 einmal ganz genau anschaut, dann stellt man fest: Für die Atomenergie wurde

so viel ausgegeben, wie Sie jetzt für den Klimaschutz ausgeben wollen. Für den Rückbau von kerntechnischen Anlagen hat man rund 600 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Gesamtsumme der in Haushalten veranschlagten Ausgaben für die Atomkraft beträgt 31 Milliarden Euro; darin sind die enormen Kosten zur Sanierung der Asse, dieses „abgesoffenen“ Forschungsendlagers, noch nicht enthalten. Es ist ganz klar: Die Atomenergie ist nicht nur gefährlich, sondern kostet auch ganz schön viel Geld, das uns jetzt fehlt, um aus der Klimakrise und aus der Finanzkrise herauszukommen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist eindeutig: Die Große Koalition ist nur groß darin, künftigen Generationen große Probleme, eine Klimakatastrophe und auch eine ganze Menge Schulden mit auf den Weg zu geben. Sie haben in guten Zeiten keine Vorsorge zur Bewältigung der Krise, die jetzt vor uns steht, getroffen. Sie machen eine Konjunkturpolitik ohne Richtung. Es wird wirklich höchste Zeit, dass Sie abgewählt werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, wenn ich auf die drei Reden der Oppositionspolitiker nicht eingehe, weil ich nur sehr wenig Zeit habe, und eher versuchen möchte, einige sehr grundsätzliche Anstriche zu zeichnen. Im Übrigen enthielten diese Reden und Zusammenfassungen auch nichts Überraschendes.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Jetzt könnten Sie eigentlich abtreten!)

- Dass aus der Oppositionsriege kommt, dass wir abgewählt werden müssten und dass das alles nichts taugt, ist nun wirklich nichts Überraschendes.

(Otto Fricke [FDP]: Jetzt kommt die Überraschung: Sie stimmen zu!)

Ich habe in meiner Rede in der zweiten Lesung versucht, Begriffe wie „Beständigkeit“ und „Stetigkeit“ aufzugreifen. Die Kanzlerin hat in ihrem Redebeitrag von Maß und Mitte gesprochen. Ich würde ganz gerne Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, in welcher großen Geschwindigkeit wir es mit Themen- und Szenenwechseln, mit Akzentveränderungen zu tun haben. Mein Rat an die Bundesregierung, an die Koalitionsfraktionen ist in der Tat der gleiche, den auch Herr Kampeter gibt: dies nicht dem Aktionismus zu opfern, sondern diese Stetigkeit und Beständigkeit in Zeiten, in denen es wirklich abrupte Szenenwechsel gibt, einigermaßen beizubehalten. Ich will solche Beispiele geben.

Es ist noch nicht sehr lange her, dass wir uns - wahrscheinlich über die Fraktionsgrenzen hinaus - einig gewesen sind, dass wir eine nachhaltige Wachstumspolitik betreiben müssen. Anders als manche Oppositionsrednerinnen und -redner glaube ich, dass die Bundesregierung

einen Teil der Steuermehreinnahmen im Sinne dieser nachhaltigen Wachstumspolitik richtig verwandt hat, (Otto Fricke [FDP]: Aber leider nur einen Teil!)

indem wir Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, das Elterngeld, das BAföG und den Hochschulpakt finanziert haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber auch nichts Neues, Herr Steinbrück!)

Deshalb trifft mich der Vorwurf von vielen nach dem Motto: „Du hättest mit allen Steuermehreinnahmen nur Haushaltskonsolidierung betreiben müssen“ nicht. Der entscheidende Punkt ist vielmehr gewesen, beides zu tun und Impulse für die Zukunft dieses Landes zu setzen. Das bedeutet, dass man insbesondere in Forschung und Entwicklung, in Hochschulen und in die Erziehung der Kinder finanziert und gleichzeitig konsolidiert. Dies ist Common Sense gewesen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Jetzt haben wir es mit einem sehr schnellen Szenenwechsel zu tun. Plötzlich sind alle der Auffassung, dass wir in der Rezession, in der wir stecken, nur noch dem Motto folgen sollen: Viel hilft viel.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das nicht im Koalitionsausschuss klären?)

Je höher die Etatisierung ist, je mehr Geld wir in die Hand nehmen – unbenommen der Fragestellung, ob wir darüber wirklich eine nachhaltige Wachstumspolitik betreiben –, sind wir dabei, uns fast im Tagesrhythmus in den Summen zu übertreffen, die in die Hand genommen werden sollen, um der weltweiten Rezession und ihrer Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken. Dies ist innerhalb weniger Wochen eine vollständige Akzentverschiebung.

Die gleiche Erfahrung mache ich mit Blick darauf, dass wir bis in die jüngsten Wochen hinein, bis in den Sommer dieses Jahres vor dem Hintergrund einer sehr bedenklichen Inflationsentwicklung fast erstarrt gewesen sind. Inzwischen ist die Inflationsentwicklung vollständig nach unten gerichtet. Im Vorjahresmonatsvergleich liegt die Inflation jetzt nur noch bei 1,4 Prozent, und plötzlich steigt das neue Gespenst einer Deflation auf. Dies ist innerhalb weniger Wochen eine Akzentverschiebung. Erst Inflationsgefahr, und jetzt werde ich mit der Fragestellung konfrontiert, ob wir es nicht eigentlich längst mit Maßnahmen einer Deflationsbekämpfung zu tun haben müssten.

Nächster Szenenwechsel. Wir haben es mit einem Euro zu tun gehabt, der noch vor einem halben Jahr in vielen Gesprächen insbesondere mit der deutschen Exportindustrie als ausgesprochenes Hindernis für die Exportstrategien bezeichnet wurde. Seinerzeit sind bei einem Eurokurs von 1,26 bzw. 1,27 in Dollar in einer aufsteigenden Entwicklung viele Leute in meinem Büro erschienen, weil sie meinten, dies sei ein zu starker Euro. Heute haben wir nach einem Peak von fast 1,50 wieder einen Eurokurs von 1,25 bzw. 1,26 in einem absteigenden Ast – wie lange diese Entwicklung andauert, weiß

keiner -, und plötzlich stehen dieselben Leute vor meinem Schreibtisch und sagen: Wir haben einen schwächelnden Euro. - Dies ist eine Entwicklung innerhalb von vier, fünf, sechs Wochen.

Das Gleiche haben wir mit Blick auf die Energiepreise erlebt. Wir haben im Juli dieses Jahres beim Rohöl einen durchschnittlichen Barrelpreis von 134 Dollar gehabt. Inzwischen ist er auf unter 50 Dollar hinunter. Können sich alle in diesem Hohen Haus noch an die Erregungszustände bei diesem Barrelpreis vor drei, vier Monaten erinnern?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bisher haben Sie nichts Neues erzählt, Herr Minister!)

Haben wir nicht einige Maßnahmen, wie zum Beispiel das Vorziehen der Wohngeldnovelle, vor dem Hintergrund dieser enorm hohen Energiepreise vorgenommen?

Allein das Absinken des Monatsdurchschnittspreises von 134 Dollar auf jetzt unter 50 Dollar ist übrigens eine Erleichterung, eine Förderung für diejenigen, die konsumieren, von 6 Milliarden Euro. Kein Mensch redet darüber.

Wenn wir es nächstes Jahr mit einer gegenüber diesem Jahr ähnlichen monatsdurchschnittlichen Entwicklung zu tun haben sollten - ich hatte jüngst die Gelegenheit, mit einem BP-Vorstandsmitglied aus London darüber zu reden; die rechnen im nächsten Jahr mit einer Schwankungsbandbreite von vielleicht 45 bis 60 Dollar -, dann ist das eine Entlastung für diejenigen, die in diesem Jahr unter den hohen Benzinpreisen, Heizölpreisen und mit einem Zeitverzug auch unter den Erdgaspreisen zu leiden gehabt haben, in einer Dimension von 15 Milliarden Euro. Keiner redet davon.

Den größten und abruptesten Szenenwechsel hat es mit Blick darauf gegeben, dass wir es alle für richtig erachtet haben, die öffentlichen Haushalte in Deutschland zu konsolidieren, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit - was müssen eines Tages unsere Kinder und Enkelkinder an Kapitaldienst leisten, weil wir über unsere Verhältnisse leben? -, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

sondern auch mit Blick darauf, dass wir wieder größere Spielräume in den Haushalten erschließen müssen, damit die Zinsgarrotte, die Zinsschlinge, die wir um den Hals haben, nicht immer enger wird, sondern letztlich unsere Möglichkeiten, in die Zukunft dieses Landes zu investieren, wieder erweitert werden.

Plötzlich haben wir einen Szenenwechsel, und die Nettokreditaufnahme kann gar nicht schnell genug gesteigert werden.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Ja!)

Wir werden nicht nur von unseren eigenen politischen Debatten getrieben, sondern auch von denen, die in der wissenschaftlichen Expertise rasante Tanzschrittwechsel vornehmen - bis hin zum Sachverständigenrat -, was mir dann hier vorgehalten wird. Das gilt auch für all die Professoren, von denen man täglich etwas in der Zeitung lesen kann - ich habe gar nicht gewusst, dass es so viele deutsche Professoren gibt, die auch Finanzmarktfachleute sind -,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei

Abgeordneten der CDU/CSU)

und die medialen Verstärker, die uns in genau diese Richtung treiben wollen. Sie erzeugen ein Klima, bei dem wir fast den Eindruck haben, wir müssten jede Woche noch mehr bieten. Es gibt das Märchen vom kleinen Häwelmann, der immer schreit: „Mehr, mehr!“ Und, haben wir den Eindruck, dass das vertrauensbildend ist?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein!)

Ich glaube nicht, dass das vertrauensbildend ist.

Ich rate dazu, das weiterzuverfolgen, was wir als richtig erkannt haben. Es bleibt dabei, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein Ziel sein muss, schon allein, weil ich am Ende dieser Legislaturperiode nicht dort enden will, wo wir angefangen haben: bei einer strukturellen Verschuldung des Bundes von 55 Milliarden Euro. Dann hätte diese Große Koalition keinen guten Job gemacht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein anderer Vorschlag, auf den ich kurz eingehen will, ist ein großes Steuersenkungsprogramm. Herr Westerwelle hat wesentliche Teile seiner Redezeit darauf verwandt. Worauf Sie nicht eingegangen sind, Herr Westerwelle, sind drei von mir nicht agitatorisch vorgetragene Hinweise: Erstens. Ich habe versucht, Sie darauf hinzuweisen, dass die Hälfte der ungefähr 47 Millionen privaten Haushalte in Deutschland gar nicht einkommensteuerpflichtig ist. Das heißt, eine Steuersenkung erreicht diese Menschen gar nicht.

Zweitens habe ich Sie darauf hingewiesen, dass 50 Prozent derjenigen, die steuerpflichtig sind, lediglich 6 Prozent des Steueraufkommens erbringen, das heißt, durch Steuererleichterungen in ihrer Konsumkraft keineswegs gestärkt werden.

Dann habe ich Sie drittens darauf hingewiesen, dass diejenigen, die allemal über einen finanziellen Spielraum verfügen und zusätzlich etwas ausgeben könnten, also die aus den höheren Einkommenssetagen, die höchsten Sparquoten haben, die man sich vorstellen kann.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Richtig!)

Ich würde gerne mit Ihnen in eine sachliche Debatte darüber einsteigen, welchen Konjunkturreffekt eine solche Steuersenkung haben kann. Oder versuchen Sie lediglich, eine Umverteilungspolitik unter dem Mantel der Konjunkturpolitik zu betreiben?

(Beifall bei der SPD - Petra Merkel [Berlin]

[SPD]: Genau so ist das!)

Das ist nichts anderes als Umverteilungspolitik. Die Wählerklientel, die Sie erreichen wollen, was aus Sicht der FDP ja legitim sein mag, besteht vornehmlich aus denjenigen, die ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 4 000 oder 5 000 Euro haben und bei denen die Sparquote laut Statistischem Bundesamt bei 22 Prozent liegt. Das ist irrelevant für die Konjunkturentwicklung und für die Konjunkturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Otto

Fricke [FDP]: Und das will Ihr Koalitionspartner auch?)

Vor dem Hintergrund bitte ich darum, gelegentlich manche Argumente mit Blick auf den konjunktursteigernden Effekt von Steuersenkungsprogrammen endlich

einmal zu entkleiden und auf das zurückzuführen, worum es geht: Das ist eine klare Umverteilungspolitik, die Arme und Reiche in Deutschland noch weiter auseinanderziehen würde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Westerwelle?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Ja, bitte.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Minister, dass Steuersenkungen nur diejenigen entlasten, die Steuern zahlen, liegt in der Natur der Sache.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Anna Lührmann

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tolle Erkenntnis!)

Ich halte das für logisch. Diejenigen, die Steuern zahlen, ziehen übrigens den Karren in der Republik. Alles, was Sie so gerne verteilen, wird, nebenbei bemerkt, von den Steuerzahlern erst einmal erwirtschaftet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das war aber gar nicht mein Punkt. Da Sie sich zum Thema Steuersenkungen mit der Fraktion der Freien Demokraten auseinandergesetzt haben, frage ich - Sie haben den Beifall bemerkt -: Wie bewerten Sie die Beschlüsse, die mutmaßlich auf dem Bundesparteitag der CDU zum Thema Steuersenkungen in der nächsten Woche gefasst werden?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Der erste Punkt von Ihnen war keine erhellende Erkenntnis.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Aber nötig!)

- Er hat die Diskussion aber nicht vorangebracht.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Doch! Sehr!)

Das Zweite ist: Jede Partei im Wettbewerb beschließt das, was sie für richtig hält.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aha! Und die Koalition?)

- Ja, selbstverständlich. - Ich sage Ihnen nur: Diese Vorschläge werden an den Fakten zerschellen. Sie werden zum Beispiel daran zerschellen, dass auf dem Bildungsgipfel, der vor kurzem stattgefunden hat, gesagt wurde, dass wir eigentlich 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgeben müssten. 3 Prozent müssen wir für Forschung und Entwicklung ausgeben. Wir müssen die ODA-Quote erfüllen. Wir müssen 9 Milliarden Euro mit Blick auf die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen wegstecken. Wir müssen unsere Zuschüsse an die Krankenversicherungen 2009 um 1,5 Milliarden Euro erhöhen. Ich sage Ihnen: Die normative Kraft des Faktischen wird meine Position bestätigen.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]:

Ihr habt das doch beschlossen!)

Das ist meine Antwort.

Da ich nicht auf einem Auge blind bin, will ich mich nicht nur auf das Thema Steuersenkungen kaprizieren, sondern blicke auch auf staatlich geförderte Ausgabenprogramme.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja, da kommen wir uns wieder näher!)

Die Vorstellung, man müsse einfach nur etatisieren, bereits das hätte einen Konjunktoreffekt, ist natürlich irrig.

Das einzig Konjunkturfördernde ist der Mittelabfluss in konkrete Projekte. Dieser ist begrenzt.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Das heißt, wenn mir oder Herrn Tiefensee jetzt jemand vorschlägt, die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur um 8 Milliarden Euro zu erhöhen, dann hat das keinerlei konjunkturfördernden Effekt, wenn bis zum Ende des Jahres 6 Milliarden Euro davon nicht abfließen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Dieser Überbietungswettbewerb muss sich daran messen lassen, ob die Kommunen, die Länder und der Bund dort, wo er Träger dieser Maßnahmen ist, die Mittel im nächsten Jahr so zur Anwendungen bringen können, dass sie investitionssteigernde, arbeitsplätzeerhaltende oder arbeitsplatzschaffende Effekte haben. Ich bitte, die entsprechenden Maßnahmen zukünftig daran zu bemessen (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und nicht einfach nur weiteren Vertrauensverlust in diesem Überbietungswettbewerb zu bewirken.

Ich habe auch nach allen internationalen Debatten den Eindruck, dass eines der Hauptprobleme der jetzigen Rezession kreditfinanzierte Wachstumsprogramme der Vergangenheit sind. Wenn diese Analyse zutreffend ist, dann stelle ich die Frage,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warum wir kreditfinanzierte Wachstumsprogramme machen sollen?)

warum wir diesen Fehler weiter fortsetzen sollen? Können wir darüber eine Debatte führen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Steffen Kampeter [CDU/CSU]:

Der Beifall bei den Sozis ist noch ausbaufähig!)

Wenn viele darauf hinweisen, dass insbesondere in den USA, aber auch bei uns ein maßgeblicher Grund dieses Hineinpumpen von Liquidität gewesen ist, kreditfinanziert, und zwar nicht nur in Richtung der staatlichen Ausgaben, sondern bei vielen auch in Richtung der privaten Verbraucher - anders ist die Situation in den USA, wo es eine negative Sparquote von minus 0,5 bis 1 Prozent gibt, überhaupt nicht zu erklären -, warum sollen wir dann diesen Fehler aufgrund von manchen Empfehlungen der wissenschaftlichen Expertise leichtfüßig wiederholen? (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine vorletzte Bemerkung: Wir haben die beiden Pakete, wie ich sie nennen möchte - Herr Kampeter hat darauf hingewiesen -, die die Bundesregierung verabschiedet hat und die von Ihnen weitergetragen werden - sowohl das vom 7. Oktober als auch das vom 5. November -, noch nicht einmal zur Wirkungskraft gebracht, und schon überholen wir uns wieder selber mit den nächsten Vorschlägen. Sind wir nicht ganz gut beraten, erst einmal abzuwarten, wie diese 31 Milliarden Euro mit ihren Hebelwirkungen etwas in Gang setzen, das in dieser Rezession hoffentlich abschirmender Natur ist? Wir werden den gesetzgeberischen Abschluss erst am 19. Dezember dieses Jahres im Bundesrat erleben. Ich sage Ihnen voraus, dass wir mit den Ländern noch eine der schärfsten Auseinandersetzungen über die Finanzierung dieser beiden Pakete bekommen werden.



(Otto Fricke [FDP]: Ja, die verstecken sich!)

Ich wäre sehr dankbar, wenn die Position des Bundes, dass der Bund Kompromisse nicht finanzieren muss, partei- und fraktionsübergreifend aus diesem Haus gegenüber den 16 Ländern - egal ob A oder B - endlich einmal unterstützt werden könnte.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Denn das geht eindeutig und einseitig zulasten des Bundeshaushaltes.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ludwig Erhard hat einmal gesagt, dass 50 Prozent der Wirtschaft Psychologie sind. Ich glaube, dass zu dieser Psychologie eine Kategorie gehört, die sehr weich ist und die man nicht kaufen kann, nämlich das Vertrauen. Mein Plädoyer lautet, dass im Sinne von Vertrauensbildung Kontinuität, Stetigkeit und Beharrlichkeit eine größere Qualität haben sollen als Aktionismus und tägliche Tapetenwechsel in der wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte, zu denen wir gelegentlich beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Otto Fricke das Wort.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Keiner weiß es besser als Otto!)

Otto Fricke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren!

Als Haushaltsausschussvorsitzender darf ich als Erstes in dieser Schlussrunde dem Kollegen Kampeter sagen, er solle für den Rest der Debatte ruhig sein.

Als Zweites darf ich mich beim Sekretariat, bei den Mitarbeitern des Ministeriums, bei den Mitarbeitern der Fraktionen und nicht zuletzt bei den Mitarbeitern der Abgeordnetenbüros für die harte Arbeit bedanken.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD

und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es waren insgesamt 60 Stunden Sitzungen, 1 053 Anträge, dazwischen noch einmal eben ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Zusammen mit dem Finanzausschuss!)

Warum rattere ich dies so runter? Weil wir manchmal dachten: Wann kommen wir eigentlich noch zum Nachdenken?

Wann schaffen wir es, an der Stelle so zu reagieren, wie es die Bürger von uns erwarten? Herzlichen

Dank. Ich hoffe, dass wir alle eine gute Arbeit geleistet haben, auch wenn wir nicht alle mit dem Ergebnis zufrieden sind.

(Beifall bei der FDP)

Zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

Noch kein Haushalt in dieser Legislaturperiode war von Haushaltsklarheit und -wahrheit so weit entfernt wie dieser Haushalt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des

Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Er ist ein reiner Wahlkampfhaushalt. Er wird - das prophezeit

Ihnen nicht nur meine Fraktion, sondern das prophezeien Ihnen auch alle anderen – höchstens bis zum September nächsten Jahres gelten. Dann werden wir wieder von Ihnen hören: Wir haben uns die Zahlen und Unterlagen noch einmal ein bisschen genauer angesehen. Es tut uns leid, aber die Nettokreditaufnahme wird höher ausfallen.

Herr Steinbrück, das erinnert mich ein wenig an Ihren Vorgänger, an Hans Eichel. Was geschah denn im Jahre 2005? Die Nettokreditaufnahme sollte 22 Milliarden Euro betragen. Gelandet ist man letztlich bei einem Betrag in Höhe von 31,2 Milliarden Euro.

(Ulrike Flach [FDP]: So war es!)

Genau dasselbe droht auch Ihnen. Dabei wissen Sie es besser, und dabei könnten Sie es wahrscheinlich auch besser. Sie wollen aber leider nicht.

Zu Ursache und Wirkung. Sie haben auch heute wieder auf die Finanzmarktkrise und auf die Ereignisse des 15. September dieses Jahres hingewiesen und die Frage in den Raum geworfen: Wer konnte all das ahnen? Seien wir einmal ehrlich, Herr Steinbrück: Sie wussten, dass die Industrieproduktion seit mehreren Monaten rückläufig ist. Sie wussten, dass auch die Zahl der Auftragseingänge rückläufig ist. In jeder Diskussion mit Bankern oder anderen Fachleuten, in der es um die Situation in den USA ging, haben Sie gehört, dass dort etwas nicht funktioniert. Sie wussten, was bei der IKB schiefgegangen ist. Sie wussten, dass dasselbe, was bei der IKB schiefgegangen ist, auch bei anderen Banken schiefgehen wird. Deswegen können Sie nicht sagen: Ich war völlig überrascht. – Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Roland Claus [DIE LINKE] und Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie vergessen etwas, was in jedem Wirtschaftslehrbuch steht: In der Wirtschaft geht es nach oben und nach unten, obwohl sich der Bürger eigentlich nach Gleichmäßigkeit sehnt. In dem Moment, in dem man den Gipfel überschreitet, hat man eine ganz andere Perspektive. Daraus ergeben sich auch ganz andere Aufgaben. Sie aber tun so, als hätten Sie nicht gewusst, dass es, wenn man den Gipfel überschritten hat, bergab geht. So kann ein Finanzminister und so kann eine Große Koalition nach meiner Meinung nicht agieren.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Zahlen. Sie haben in dieser nun langsam zu Ende gehenden Legislaturperiode Steuermehreinnahmen in Höhe von 160 Milliarden Euro erzielt. Ihre Nettokreditaufnahme hatte in dieser Zeit eine Größenordnung von 70 Milliarden Euro. Da fehlt doch etwas! Richtig, die Ausgaben. Manche Ausgaben, zum Beispiel die Investitionen in Bildung und Forschung, waren richtig. Aber der überwiegende Teil der Ausgaben wurde verkonsumiert. Jetzt ist er futsch. Das wird letztlich unter dem Strich stehen, wenn man im Hinblick auf diesen Haushalt Bilanz zieht.

Für den Bürger bedeutet sparen, die Ausgaben zu senken bzw. sie zumindest stabil zu halten. Sie hingegen haben die Ausgaben um 30 Milliarden Euro erhöht. Ich

wiederhole: Die Ausgabensteigerung betrug 30 Milliarden Euro. Der Staat hat seine Ausgaben um 10 Prozent erhöht. Fragen Sie einmal die Rentner, ob auch ihre Renten in dieser Zeit um 10 Prozent gestiegen sind! Fragen Sie einmal die Arbeitnehmer, ob ihre Reallöhne um 10 Prozent gestiegen sind! Diese Ausgabensteigerung macht deutlich: Sie wollen nicht nur einen starken Staat. Sie wollen sogar einen fetten Staat, der den Bürgern das Geld wegnimmt. Den Bürgern gönnen Sie das Geld nämlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Zum Streit innerhalb der Koalition, ob die Neuverschuldung bis zum September nächsten Jahres bei 10,5 Milliarden Euro bleibt. Wären Sie ein vorausschauender Minister und würde die Koalition vorausschauend handeln, hätten Sie sagen müssen: Wir sind uns nicht sicher, ob dieser Betrag ausreicht. Wir müssen abwarten. Es kann allerdings sein, dass er im September nächsten Jahres höher ist.

Von der Politik erwartet man etwas anderes, als dass die Situation immer nur schöngeredet wird. Gerade dann, wenn es schlecht läuft, muss man den Bürgern die Wahrheit sagen. Man muss sich Gedanken darüber machen, was man tun kann, damit es wieder bergauf geht. Dieses Land hat verdammt viele Möglichkeiten, voranzukommen. Probleme gibt es überall auf der Welt. Überall wird über Detailfragen gestritten, und alles wird komplizierter. Wenn es aber ein Land gibt, das aus allem ein Problem macht, dann ist dieses Land mit Sicherheit Deutschland. Wir können die Probleme, die wir haben, lösen. Wir sind nur leider nicht schnell genug. Die mangelnde Schnelligkeit ist auch jetzt wieder unser eigentliches Problem.

Sie wissen, dass es schlecht läuft. Sie wissen, dass der für das nächste Jahr beschlossene Umfang der Neuverschuldung in Höhe von 18,5 Milliarden Euro nicht ausreichen wird. Jetzt müsste man schnell reagieren. Unser Vorgehen im Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds hat gezeigt, dass wir das können. Auch die FDP hat ihn unterstützt. Stattdessen warten Sie ab und sagen: Vielleicht handeln wir im Januar, vielleicht im Februar, vielleicht vor Karneval, vielleicht nach Karneval. Das ist falsch. Richtig wäre, jetzt schnell zu reagieren. Sie müssen dafür sorgen, dass sich die Kräfte unseres Landes wieder entfalten, dass die Abwärtsentwicklung gedämpft wird, sodass es bald bergauf geht und die Bürger wieder Vertrauen gewinnen. Das wäre Ihre Aufgabe. Da Sie das leider nicht tun, wird Ihnen die Entwicklung bis zum September nächsten Jahres sozusagen um die Ohren fliegen. Das ist sehr, sehr schade.

(Beifall bei der FDP)

Manchmal habe ich das Gefühl, der Großen Koalition geht es nur um die Fragen: Ist es eine rote Null oder eine schwarze Null? Sind es rote minus 18,5 Milliarden Euro, oder sind es schwarze minus 18,5 Milliarden Euro? Seien wir ehrlich: Es sind schwarz-rote minus 30 Milliarden Euro, und vielleicht wird es sogar noch mehr. Sie bauen in diesem Haushalt Luftschlösser. Es ist leider so, dass Sie die Realität nach wie vor ignorieren. Ich komme noch kurz auf eine Frage zu sprechen, die

von meinen Vorrednern schon aufgeworfen wurde: Auf welcher Basis stellt der Finanzminister bzw. die Große Koalition einen solchen Haushalt eigentlich auf? Im Kern geht es um das Wirtschaftswachstum. Sie haben am Dienstag auf die Frage danach gesagt: Na ja, ich gebe zu, dass es zwischen minus 1 Prozent - davon geht die Bundesbank aus - und plus 0,2 Prozent sein werden, womit wir uns am oberen Ende des Korridors bewegen. - Das Problem ist: Das obere Ende des Korridors haben Sie selber bestimmt. Wenn Sie die Wirtschaftserwartungen der Bundesregierung herausrechnen, dann bewegen Sie sich tief im Minus. Das heißt, Sie selber definieren das Wachstum hoch, damit Sie das noch einigermaßen retten. Es sind Ihre eigenen falschen Voraussagen, mit denen Sie versuchen, sich gerade noch über Wasser zu halten. So kann man keinen Haushalt aufstellen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann auch noch sagen: Na ja, gut, aber an diesem Jahr kann man doch sehen, dass wir das alles richtig machen. - Ich will für alle Neugierigen nur kurz einen Hinweis geben: Wir haben das einmal zusammenrechnen lassen. In diesem Jahr haben Sie bereits über 4 Milliarden Euro überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben, und das Jahr ist noch nicht zu Ende. Wir wissen noch gar nicht, wie hoch manche Zahlen sind. Das heißt, dass Sie schon jetzt wissen, dass Sie hinsichtlich der Neuverschuldung wahrscheinlich bereits in diesem Jahr ein riesiges Problem haben.

Der Kollege Schneider hat die Privatisierungen angesprochen. Kollege Schneider, es wurden 10 Milliarden Euro etatisiert. Wie viel kommt heraus? - Es werden höchstens 5 Milliarden Euro sein. Auch hier haben Sie in diesem Haushalt ein Loch von 5 Milliarden Euro. Damit sind wir an dieser Stelle bei einem Risiko von 9 Milliarden Euro.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt ist er völlig durchgedreht!)

Sagen Sie doch, dass es auch dieses Jahr schon schlechter wird. Sie werden aber wieder versuchen, auch das mit der Endrechnung irgendwie zu verwischen, und dann irgendein falsches Konjunkturprogramm vorlegen. Nein, so kann man das nicht stehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Politik Wahrheit und Ehrlichkeit vertritt, dann muss sie bereit sein, zu sagen, wo es langgeht. Sie tun immer so, als sei es nicht möglich, auf der einen Seite Investitionen in die Zukunft zu tätigen und etwas für die Forschung zu tun und sich auf der anderen Seite um einen vernünftigen Haushalt zu kümmern. Zum dritten Teil einer guten Haushaltspolitik - ich meine das hier -,

(Der Redner hält das Liberale Sparbuch 2009 hoch)

nämlich Anträge zu stellen und Ausgaben zu reduzieren, können Sie wie immer sagen: Das ist nicht richtig. - Sie könnten das aber tun. Sie haben doch die Fähigkeiten und die Leute dazu.

Im Juli haben wir noch gedacht, dass wir diese Ausgaben brauchen. Seien wir aber ehrlich: Wir können sie uns im September, im Oktober und erst recht im November nicht mehr leisten. - Sie haben nicht den Mut, der

Bevölkerung zu sagen, dass nicht mehr als das geht und dass wirklich nur das geht, was in schlechten Zeiten möglich ist. Sie sagen: Wir geben weiter aus, die Steuern nehmen wir später von genau den Generationen ein, für die wir eigentlich vernünftig agieren sollten.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss. Wer in der Bibel liest, der wird finden: Von Haushältern wird erwartet, dass sie für gerecht befunden werden. – Man kann dort auch das berühmte Gleichnis von den fetten und den mageren Kühen lesen, die diese fetten Kühe übrigens auffressen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist aber das Alte Testament!)

– Es ist mir völlig egal, aus welchem Teil der Bibel das ist. Sie sind für mich genau gleich wichtig, lieber Kollege Kalb von der CSU.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wir führen hier auch noch eine theologische Diskussion miteinander!)  
Diese Sünden der Vergangenheit werden Sie jetzt einholen. Das Vergessen des Grundsatzes „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ wird sich bitterlich rächen. So endet dann die Große Koalition leider auch in der Haushaltspolitik ganz klein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Bartholomäus Kalb.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre dem Haushaltsausschuss nun seit etwa 20 Jahren an. Zum dritten Mal habe ich in diesem Jahr erlebt, dass wir während der Haushaltsberatungen von ganz einschneidenden, dramatischen Veränderungen getroffen worden sind.

Zum Ersten war das der Fall der Mauer am 9. November 1989. Wir standen vor völlig neuen Herausforderungen. Niemand wusste genau, wie es weitergehen würde. Wir haben uns dieser Herausforderung seinerzeit aber gestellt, und ich meine, wir haben diese Herausforderung alles in allem gut bestanden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich füge hinzu: Ich empfinde es auch heute, 19 Jahre später, noch als Glück und Segen für unser Land, dass die Teilung unseres Vaterlandes und unseres Kontinentes mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl überwunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das zweite tiefgreifende Ereignis waren die Anschläge am 11. September 2001. Wir befanden uns hier in der ersten Lesung des Bundeshaushaltes 2002. Ich kann mich noch genau daran erinnern, dass wir am Dienstagnachmittag die Sitzung abbrechen und die Beratungen aussetzen mussten, um Krisengespräche zu führen. Dabei standen wir wieder vor völlig neuen Herausforderungen. Heute dürfen wir sagen: Auch damals wusste nicht jeder genau, welche einzelne Maßnahme ergriffen werden musste, aber die Politik und die Verantwortlichen sind ihrer Verantwortung gerecht geworden

und haben diese Herausforderungen bewältigt. In diesem Jahr sind wir von der Wucht der internationalen Finanzkrise erfasst worden, wie wir sie nie für möglich gehalten hätten. Wir mussten während der Haushaltsberatungen in einer unglaublichen Geschwindigkeit das Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschieden, viele andere Maßnahmen ergreifen und jetzt auch das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung auflegen. Selbstverständlich können nicht immer alle Fragen, die sich stellen, gleich präzise beantwortet werden. Darauf hat der Bundesfinanzminister hingewiesen. Die Entwicklung kann nicht zuverlässig prognostiziert werden. Niemand kann genau vorhersagen, was noch auf uns zukommt und welche Maßnahmen möglicherweise notwendig werden.

Aber diese drei tiefgreifenden Ereignisse haben eines gemeinsam: In dieser Situation konnten sich die Menschen im Land auf die Politik verlassen. Die demokratischen Institutionen waren funktionsfähig. Regierung und Parlament haben ein Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Ich füge hinzu: Die Fraktionsgrenzen sind weitestgehend überwunden worden. Die Parlamentarier sind ihrer Verantwortung im Interesse der Menschen in unserem Land gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich gehe davon aus, dass es ein gutes Zeichen ist, das den Menschen Hoffnung geben und Sicherheit vermitteln kann, dass dann, wenn es darauf ankommt, auf die Politik, die Regierung und die Parlamentarier Verlass ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es mag ja sein, dass man in der Rückschau sagen wird: Das eine oder andere hätte man noch besser machen können. – Hinterher weiß man sowieso immer alles besser. Aber ich halte es lieber mit Franz Josef Strauß, der einst sinngemäß gesagt hat: Lieber ungenau richtig als exakt falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Bundeswirtschaftsminister Michael Glos pflegt immer zu sagen:

Wer schnell gibt, gibt doppelt. – Das gilt gerade auch in krisenhaften Situationen.

Jetzt waren schnell wirkende Maßnahmen erforderlich; die haben wir ergriffen. Natürlich schmerzt es einen Haushälter, wenn wir feststellen müssen, dass wir die Nettokreditaufnahme erhöhen müssen und dass das selbstgesteckte Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 so nicht erreicht wird.

Aber jetzt kommt es darauf an, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Konjunktur zu stützen und die Beschäftigung zu sichern. Deswegen sind im Bundeshaushalt die Investitionen auf 27 Milliarden Euro erhöht und steuerliche Maßnahmen ergriffen worden.

Ich nenne nur die Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen, haushaltsnahe Dienstleistungen und das KfW-Kreditprogramm. Das ist alles sehr wichtig. Gerade die Kreditversorgung des Mittelstands ist in dieser Debatte wiederholt angesprochen worden. Ich bin sicher, dass die vorgesehene weitgehende Haftungsfreistellung

der Banken sehr gut wirken wird.

Den Rettungsschirm, den wir mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz aufspannen, haben wir nicht beschlossen, weil wir die Banker und die Banken so sehr lieben, sondern weil wir den Menschen in diesem Land, der Wirtschaft und den Beschäftigten in diesem Land zu dienen haben. Dafür haben wir diese Maßnahmen ergriffen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein funktionierendes Bankenwesen und eine funktionierende Kreditwirtschaft sind nun einmal eine Voraussetzung dafür, dass die Arbeitsplätze erhalten werden können, dass die Wirtschaft funktioniert und Existenzen nicht in Gefahr geraten.

Aber wir können alle diese Maßnahmen und Probleme, die sich stellen, nicht allein auf nationaler Ebene bewältigen. Wir sind ein exportorientiertes Land. Über 60 Prozent unserer Industrieproduktion gehen in den Export. Das heißt, wir brauchen auch international abgestimmte Maßnahmen. Ich danke der Frau Bundeskanzlerin und den Mitgliedern der Bundesregierung ganz herzlich, dass auch hierbei die wichtigsten Maßnahmen auf internationaler und europäischer Ebene eingeleitet und koordiniert wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen noch nicht, was auf diesem Gebiet noch alles auf uns zukommen wird. Es ist diese Woche schon gesagt worden:

Wir müssen auf Sicht fahren. Wir brauchen verschiedene Instrumente, auch solche, die schnell helfen, aber keine Instrumente, bei deren Einsatz das Geld dann nur versickert. Vielmehr brauchen wir Maßnahmen, die im Hinblick auf die Konjunktur wirken. Daneben müssen wir natürlich auch schon jetzt die Voraussetzungen schaffen, um strukturelle Verbesserungen in die Wege zu leiten. Dabei ist das von der CSU vorgelegte Steuerkonzept zweifellos ein sehr gutes Instrument, das zu gegebener Zeit umgesetzt werden muss.

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Wir müssen jeweils zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen ergreifen. Dies sind zum einen Maßnahmen zur konjunkturellen Stützung und zum anderen Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung. Dies muss eines nach dem anderen geschehen.

Der Bundesfinanzminister hat vorhin darauf hingewiesen – das sollten wir gerade in dieser Debatte nicht verschweigen –, dass es neben den Problemen, die wir sehen, und den Besorgnissen, die wir haben, auch positive Indikatoren gibt. Die Euro-Dollar-Relation ist bereits angesprochen worden. Für eine Exportnation wie die unsrige ist dies von ganz entscheidender Bedeutung. Zu den positiven Indikatoren zählt weiter, dass die Zinsen auch für die Verbraucher ebenso wie die Preise für Öl und Mineralstoffe gesunken sind und dass die Inflationsrate nicht so hoch wie befürchtet, sondern deutlich niedriger ausfällt. Das setzt ungeheure Größenordnungen an privater Kaufkraft frei, und dies wird positiv wirken. Es wird also darauf ankommen, dass wir uns nicht selber noch tiefer in die Krise hineinreden, sondern dass wir auch auf diese Indikatoren aufmerksam machen.

Angst ist ohnehin immer ein ganz schlechter Ratgeber. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass alle Privatkonsumenten wie Marktteilnehmer wieder Vertrauen zueinander haben, und mithelfen, dass dieses Vertrauen geschaffen wird. Dies scheint mir im Moment das Allerwichtigste zu sein, und wenn das gewährleistet wird, dann bin ich zuversichtlich, dass wir auch diese Krise gut bewältigen können, selbst wenn schwierige Herausforderungen vor uns stehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Hans-Ulrich Krüger.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzmarktkrise ist - aus den Redebeiträgen, die wir alle gehört haben, ergibt sich dies unzweifelhaft - das beherrschende Thema unserer Haushaltswoche. Ich freue mich, dass die Opposition anerkennt, dass derjenige, der dies vor vier, fünf oder sechs Monaten prophezeit hätte, nur ungläubiges Erstaunen geerntet hätte.

Die Realitäten aus den USA, entstanden durch das Platzen der Immobilienblase, haben uns eingeholt, und wir haben mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, mit einem tatkräftigen Finanzminister reagiert, um Schaden von Deutschland abzuwenden. Einige Banken haben von diesem Finanzmarktstabilisierungsgesetz bereits Gebrauch gemacht. Das ist auch gut so, das ist richtig und vernünftig, und zwar im Interesse von uns allen; denn es geht hierbei nicht um die Stabilisierung der Geldmärkte, sondern vor allen Dingen um den Erhalt und die Stabilisierung von Arbeitsplätzen.

Daher ist das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nur der Anfang und nicht bereits das Ende unserer Maßnahmen. Deswegen haben wir neben dem Rettungsschirm für Banken einen Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgespannt, deswegen werden wir in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von insgesamt 50 Milliarden Euro fördern.

Was bedeutet das konkret? Was bedeutet die degressive AfA, die immer nur einfach so in den Raum gestellt wird? Sie bedeutet eine Anstoßwirkung von 10 Milliarden Euro sowie die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 600 Millionen Euro. Ich nenne das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Angeblich täten wir im Haushalt nichts dafür. Nein, die KfW hat aktuell die Möglichkeit, Kredite von 27,5 Milliarden Euro zu vergeben, davon 15 Milliarden Euro allein im nächsten Jahr im Rahmen eines Sonderprogramms.

In Bezug auf Verkehrsinvestitionen nenne ich den Betrag von jeweils 1 Milliarde Euro für 2009 und 2010. Warum 1 Milliarde Euro? Weil bei realistischer Erwartung schlicht und ergreifend mehr nicht verbaut werden kann. Alles andere wären Luftnummern, die nichts bewirken



und keinerlei Impuls geben.

(Beifall bei der SPD)

Damit jedoch nicht genug: Mit den Familiengesetzen in den bereits beschriebenen Maßnahmenpaketen entlasten wir Familien im Jahre 2009 um 6 Milliarden Euro und im Jahre 2010 um 14 Milliarden Euro. Was machen wir mit den Handwerkerleistungen? Jawohl, es hört sich zwar niedlich und klein an, wenn wir sagen: Der Steuerbonus wird von 600 Euro auf 1 200 Euro erhöht. Aber was hat sich bereits hinter den 600 Euro verborgen? Die 600 Euro Steuerbonus haben bewirkt, dass gezielte Förderungsmaßnahmen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 2 Milliarden Euro geleistet worden sind respektive 10 Milliarden Euro Lohnkosten des Handwerks mit dem Steuerbonus positiv belegt werden konnten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieser Bonus nun verdoppelt wird, dann werden nicht 10 Milliarden Euro, sondern 20 Milliarden Euro an Handwerkerleistungen positiv unterlegt werden. So wird ein effektiver Anreiz gesetzt, sich eines Handwerkers zu bedienen und auf die Frage „Brauchen Sie eine Rechnung?“ mit einem eindeutigen Ja zu antworten.

Was bedeutet es, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung – das wird meistens nur nebenbei erwähnt

– 2,8 Prozent beträgt? Das bedeutet 30 Milliarden Euro Gesamtentlastung, 15 Milliarden Euro auf der Arbeitnehmerseite und 15 Milliarden Euro auf der Arbeitgeberseite.

Wenn wir das alles addieren, dann können wir sagen:

Jawohl, wir haben ein kraftvolles, ein effektives Gesamtkonzept entwickelt, um Anreize zu geben. Natürlich gibt

es – davon wurde heute Morgen geredet – weitergehende

Vorstellungen, vor allem in den Medien. So werden

Steuersenkungen bei kleinen und mittleren Einkommen

vorgeschlagen. Ich frage Sie: Was sind kleine und mittlere

Einkommen? Die Verkäuferin, die 20 000 Euro im

Jahr verdient, zahlt 2 000 Euro an Steuern. Aber sie zahlt

fast 4 000 Euro an Sozialabgaben. Der verheiratete Arbeitnehmer

mit 35 000 Euro Jahreseinkommen zahlt

circa 1 300 Euro an Steuern. Aber er zahlt 6 900 Euro an

Sozialabgaben. Ein Einkommensmillionär zahlt vielleicht

45 Prozent seines Einkommens an Steuern plus

Solidaritätszuschlag. Aber er zahlt infolge der Beitragsbemessungsgrenze

nur 1,1 Prozent seines Einkommens

an Sozialabgaben. Wenn wir jenseits jedweder Ideologie

und Rechthaberei darüber nachdenken, wo man am

zweckmäßigsten ansetzen kann, wenn man die Bezieher

kleiner und mittlerer Einkommen entlasten will, dann

stellen wir fest: nicht bei den Steuern, sondern bei den Abgaben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir unser Ziel von 36 Prozent Gesamtsozialabgaben

erreichen, dann tritt bei einem Durchschnittsverdiener

mit einem Jahreseinkommen in Höhe von

25 000 Euro eine Entlastung um 600 Euro und damit

eine 10-prozentige Reduzierung der Sozialabgaben ein,

während der Spitzenverdiener nur um 0,1 Prozent entlastet

wird, was für diesen verkräftbar ist; das sage ich ganz

offen. Bei den Aufwendungen für die Altersvorsorge

und die Krankenversicherung sorgen wir im Rahmen

von Riester und durch die Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge

für eine Entlastung in Höhe von  
8,7 Milliarden Euro.

Wenn ich all das sehe, bin ich froh - Carsten  
Schneider hat es bereits angesprochen -, dass wir gestern  
eine - um es vorsichtig zu sagen - sehr bunte Debatte  
über die Erbschaftsteuer geführt haben. Die Erbschaftsteuerreform  
bedeutet, dass die Bundesländer  
4 Milliarden Euro zur Verfügung haben, um in Bildung  
und damit in unser aller Zukunft zu investieren.  
(Beifall bei der SPD)

Das alles sind gute Zeichen in einer schwierigen Zeit,  
in der wir uns als Parlament nicht zurücknehmen sollten,  
nein, nicht zurücknehmen dürfen. In diesen Tagen bekommen  
wir viele Ratschläge, wie wir uns zu verhalten  
hätten. So werden allgemeine Steuersenkungsprogramme  
vorgeschlagen. Die Unternehmensteuerreform wird infrage  
gestellt. Am besten sei es, zusätzlich die Abgeltungsteuer  
auf 15 oder 10 Prozent nachhaltig zu senken.

Ich frage dann gerne zurück - ich bitte Sie, das auch zu  
tun -: Wo sind denn all diejenigen, die nun eine neue  
Heilslehre verkünden, die sie noch vor nicht allzu langer  
Zeit als Irrglauben verteufelt haben? Wo sind denn diejenigen,  
die sich heute im Besitz der allein selig machenden  
Wahrheit glauben und die das, was sie noch vor  
anderthalb Jahren und noch vor einem Jahr in Fachzeitschriften  
veröffentlicht haben, am liebsten mit einem  
schwarzen Balken versehen würden?

(Beifall bei der SPD)

Dieses Selbstbewusstsein sollten wir entwickeln und  
müssen wir entwickeln. Dieses Selbstbewusstsein ist  
auch dazu angetan, zu sagen: Jawohl, dieses Parlament  
nimmt Kritik ernst, nimmt Kritiker für voll, aber Kritiker,  
die sich distanzlos in Widerspruch zu dem setzen,  
was sie uns über Jahrzehnte gepredigt haben, müssen  
sich auch fragen lassen, wie ernst es ihnen mit ihren  
Thesen ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Otto  
Bernhardt das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! In wenigen Minuten werden wir das Haushaltsgesetz  
2009 verabschieden. Dieses Gesetz regelt die Einnahmen  
und die Ausgaben im kommenden Jahr, und es  
kann dementsprechend nur auf Prognosen, Erwartungen  
und Erfahrungen beruhen.

(Otto Fricke [FDP]: Wäre schön, wenn es so  
wäre!)

Ich stimme dem Finanzminister zu, dass sich die Rahmenbedingungen  
noch nie in einem solchen Tempo geändert  
haben wie in den letzten Wochen. Schauen Sie  
sich nur die Prognosen an, wie sich das Bruttoinlandsprodukt  
entwickeln wird, schauen Sie sich die Prognosen  
über die Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen an!  
Keiner kann heute genau sagen, wie das Jahr 2009 wirklich

ablaufen wird. Wir können nur Maßnahmen ergreifen - das hat die Bundesregierung getan, und die Große Koalition hat sie dabei unterstützt -, um die inzwischen eingetretene Rezession abzuschwächen. Jeder, der glaubt, Deutschland könne eine weltweite Rezession sozusagen mit hausgemachten Instrumenten vollständig auffangen, der kennt die Zusammenhänge in der globalisierten Welt nicht. Es geht jetzt darum, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit die Rezession möglichst nicht so tief wird und möglichst bald überwunden wird. Es ist sicher ein tolles Ereignis gewesen, dass dieses Parlament in einer Woche das größte Rettungsprogramm, das hier je beschlossen wurde - dieses 480-Milliarden-Euro-Programm -, mit breiter Mehrheit - sogar eine Oppositionspartei, die FDP, hat mitgemacht - durch dieses Haus bekommen hat. Es gibt keinen Fachmann in Deutschland, weder in der Wirtschaft noch in der Wissenschaft, der dieses Programm nicht für richtig hält. Nur, jetzt kommen die Probleme. Es gibt ein großes Interesse der Banken an diesem Programm. Es gibt sogar Anträge, aber ich verrate, glaube ich, keine Geheimnisse, wenn ich sage: Es ist noch nicht 1 Euro von den 80 Milliarden Euro Eigenkapitalhilfe geflossen. Ich weise darauf hin, dass es zurzeit ziemlich große Probleme im EU-Bereich gibt, die notwendigen Genehmigungen zu erteilen. Es stimmt nachdenklich, wenn wir hier in einer Woche entscheiden, aber bei der EU wochenlange Verhandlungen anstehen. Dies könnte für die Entwicklung gefährlich werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Bernhardt, ich unterbreche Sie ungern, ich habe aber die Redezeit angehalten. Aus aktuellem Anlass ein Hinweis an alle Kolleginnen und Kollegen: Ich habe mich heute früh extra vergewissert. Für jedes Mitglied des Hauses steht ein Stuhl zur Verfügung. Ich denke, wir sollten auch dem letzten Redner in dieser Haushaltsdebatte so viel Respekt entgegenbringen, dass wir ihn sitzend anhören und Gespräche, die unabdingbar sind, außerhalb des Plenarsaals führen.

(Beifall im ganzen Hause)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Inzwischen haben wir auch gehandelt, was die Situation der Realwirtschaft betrifft, auf die sich nun die internationale Finanzkrise auswirkt. Dabei stellt sich das Bild sehr unterschiedlich dar. Es gibt Bereiche wie die gesamte Autobranche, die es voll getroffen hat, und es gibt Bereiche, die davon nichts oder noch nichts merken. Dennoch haben wir ein 15-Punkte-Programm auf den Weg gebracht. Die notwendigen parlamentarischen Entscheidungen stehen an. Einige wichtige werden schon in der kommenden Woche behandelt.

Ich finde es richtig, dass die Bundeskanzlerin erklärt hat: Wir werden uns in der Regierung und in der Koalition schon in den ersten Januartagen wieder zusammensetzen, die Lage analysieren und dann die Frage behandeln: Brauchen wir weitere Instrumente? - Die Zeit ist so schnelllebig. Es kann sein, dass alles das, was wir beschlossen haben, nicht ausreicht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wünschen uns das aber nicht!)

- Es kann wirklich sein, Kollege Kampeter, dass es nicht ausreicht. Die Haushälter sind sehr restriktiv; das verstehe ich. Auch ich bin Anhänger eines ausgeglichenen Bundeshaushalts. Ich fand es bisher immer richtig, mit Steuersenkungen erst 2011 zu beginnen; bis dahin wollten wir ja einen ausgeglichenen Haushalt haben. Nur, wir stehen vor der Frage, ob wir Anfang nächsten Jahres vielleicht doch weitere Instrumente brauchen. Einige Kollegen haben das angesprochen. Ich sage ganz deutlich: In Wirtschaft und Wissenschaft verlangt man zurzeit Steuersenkungen. Das ist die Realität. Aus dem Bereich kommt das.

Wir haben eine Reihe von Punkten beschlossen, die zur Entlastung der Bürger führen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Immerhin 85 Milliarden Euro!)

Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: Ob das ausreicht, werden wir sehen müssen.

Wir haben natürlich ein Problem - auch das ist hier schon angesprochen worden -:

(Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist die CDU!)

Die jetzt beschlossenen Bruttolohnerhöhungen kommen, was das Netto angeht, zum Teil nur in sehr bescheidener Form bei den Arbeitnehmern an. Das ist nun einmal so. Natürlich hat der Herr Kollege Dr. Krüger recht damit, dass die Sozialabgaben im Vergleich zu den Steuern den größeren Teil ausmachen, zumindest bei den meisten der Betroffenen. Dennoch würde ich per heute Steuersenkungen als ein weiteres Instrument, wenn die Lage es denn erfordert, nicht ausschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber wir müssen schon abwarten, wie all die Maßnahmen wirken, die wir bereits beschlossen haben. Wir überschlagen uns ja fast mit solchen Maßnahmen.

(Beifall des Abg. Sönke Rix [SPD])

Die entscheidende Frage ist: Wie wird sich die Konjunktur wirklich weiterentwickeln? Hierzu können wir jeden Tag sehr unterschiedliche Prognosen lesen. Das reicht von „große Katastrophe“ bis „halb so schlimm“. Als realistischer Optimist - so bezeichne ich mich selber - schließe ich mich dem Urteil des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Professor Weber, an, der vorgestern beim Empfang der Deutschen Bundesbank hier in Berlin zu diesem Thema etwa Folgendes erklärt hat: Die Deutsche Bundesbank geht davon aus, dass wir im ersten Halbjahr kommenden Jahres reales Minuswachstum haben, dass das Bruttoinlandsprodukt zurückgeht; es gibt aber eine Reihe von Zeichen, dass sich die Weltwirtschaft und auch die Konjunktur in Europa und Deutschland bereits im zweiten Halbjahr kommenden Jahres wieder ein Stück in die richtige Richtung bewegen. Er sagte wörtlich: Die Perspektiven für eine Überwindung der Rezession könnten bereits im zweiten Halbjahr 2009 stärker sein und sich durchsetzen.

Wir alle hier im Parlament bestimmen ein Stück weit die öffentliche Meinung. Der Vater der sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, wird immer wieder mit dem Satz zitiert: Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie. -

Ich habe manchmal den Eindruck: Sie ist zu 51 Prozent Psychologie.

(Beifall des Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU])

Deshalb warne ich vor dem Panikerede.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Es bringt uns in keiner Weise weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben gehandelt, zunächst mit einem großen Programm zur Finanzkrise. Wir haben die notwendigen Entscheidungen zur Krise der Realwirtschaft getroffen. Wir sollten jetzt abwarten, wie in den nächsten Wochen die Ergebnisse sind. Sie können sicher sein: Die Große Koalition wird, wenn erforderlich, weitere Schritte einleiten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2009. Das betrifft die Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10402, 16/10404 bis 16/10409, 16/10411 bis 16/10416, 16/10419 bis 16/10425. Es ist namentliche Abstimmung verlangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass nach dieser namentlichen Abstimmung noch weitere, einfache Abstimmungen über Entschließungsanträge folgen werden. Auch hier gilt mein eben gegebener Hinweis: Für jede Kollegin und für jeden Kollegen des Hauses steht ein Stuhl zur Teilnahme an diesen Abstimmungen zur Verfügung. Ich bitte, diesen dann auch einzunehmen, damit wir von hier vorne das Ergebnis zweifelsfrei feststellen können.

Ich bitte Sie nun, sich zu vergewissern, dass auf Ihrer Stimmkarte Ihr Name steht, sodass das Abstimmungsergebnis Ihnen dann auch entsprechend zugeordnet werden kann.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. - Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an Ihrem Platz? - Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zu den Entschließungsanträgen.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache

16/11045. Wer stimmt für den Entschließungsantrag?

- Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? -

Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Wir stimmen nun über fünf Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke ab.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11029? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält

sich? - Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11043? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11044? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11050? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11087? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist wiederum abgelehnt. Wir kommen schließlich zur Abstimmung über fünf Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11047? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11064? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11069? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Wir kommen zur Drucksache 16/11066, die ich gerade übersprungen habe. Wer stimmt für den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11066? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch dieser Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Damit kommen wir zum Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11072. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2009 bekannt: abgegebene Stimmen 526. Mit Ja haben gestimmt 388 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein haben gestimmt 138 Kolleginnen und Kollegen, keiner hat sich enthalten. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

</ text >

< text 16193 >

Ich rufe nun unseren Tagesordnungspunkt 2 auf:  
Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin  
Zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12.  
Dezember 2008

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der FDP vor.  
Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung  
90 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen  
Widerspruch. Dann können wir das so festhalten.  
Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält  
nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am  
11. und 12. Dezember wird der Rat zum Abschluss der  
französischen Präsidentschaft in Brüssel tagen. Frankreich  
musste – das kann man heute schon sagen – das europäische  
Schiff durch schwere See steuern. Ich finde,  
das ist der französischen Präsidentschaft außerordentlich  
gut gelungen. Ich möchte mich heute schon bei Frankreich  
ganz herzlich bedanken, dass Europa so viele Bewährungsproben  
bestanden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Eine der großen Bewährungsproben in der Außenpolitik  
war mit Sicherheit im Sommer der Kaukasus-Konflikt.  
Europa hat es hier – man muss sich das noch einmal  
vor Augen halten – trotz 27 Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen  
Ansichten immer wieder geschafft, mit  
einer Stimme zu sprechen, den Dialog weder mit Russland  
noch mit Georgien abklingen zu lassen, sondern einen  
wichtigen Beitrag zur Lösung dieses Konfliktes zu  
leisten. Das war eine Bewährungsprobe der europäischen  
Außenpolitik, und Europa hat diese Bewährungsprobe  
nach meiner Meinung gut bestanden. Deutschland  
hat hier an der Seite Frankreichs sehr, sehr eng mitgearbeitet.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Beim EU-Russland-Gipfel ist es dann auch gelungen, die  
Verhandlungen zu dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen  
wieder aufzunehmen. Dieses Abkommen  
ist – trotz aller strittigen Fragen – von größter strategischer  
Bedeutung sowohl für die Europäische Union  
als auch für Russland. Deshalb wünsche ich mir zügige  
Verhandlungen. Die ganze Bundesregierung – selbstverständlich  
auch der Bundesaußenminister – wird sich dafür  
einsetzen, dass das auch wirklich vorangeht.  
Wir haben in der nächsten Woche beim Rat zwei Themen  
im Mittelpunkt, die auf eine ganz besondere Weise  
zusammenhängen. Zum einen haben wir uns mit den  
Folgen der weltweiten internationalen Finanzmarktkrise  
zu befassen, die gefolgt wird von einer Wirtschaftskrise,  
die wir schon als schwerwiegend einstufen müssen.  
Zum anderen werden wir uns mit der Umsetzung eines  
Klimapakets befassen, das unter deutscher Präsidentschaft

in seinen Grundzügen verhandelt worden ist und jetzt zum Abschluss gebracht werden muss. Beiden Themen ist eigen, dass die Überschrift heißt: Es handelt sich um globale Probleme. Eine nationale Lösung allein wird nicht ausreichen. Globale Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Deshalb ist Europa in dieser Frage in ganz besonderer Weise gefragt. Ob Finanz-, Wirtschaftskrise oder Klimawandel, wir müssen zeigen, dass durch internationale Zusammenarbeit gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme gefunden werden. Europa kann und Europa sollte auch in diesen Themenbereichen Vorreiter sein.

Europa hat bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise gezeigt, dass wir mithilfe eines gemeinsamen Instrumentenkastens und eines abgestimmten nationalen Vorgehens diese Krise ein Stück weit in den Griff bekommen haben. Europa muss nun aber auch - das sage ich ganz deutlich mit Blick auf das deutsche Bankenrettungspaket - zügig handeln. Europa hat uns aufgefordert, schnell zu agieren. Wir haben das als Mitgliedstaat getan. Nun erwarten wir aber auch zügige Genehmigungen in Brüssel für unsere Rettungsaktion. Dort kann auch nicht einfach Business as usual betrieben werden. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

In der Wirtschaftskrise ist das gemeinsame europäische Vorgehen noch wichtiger; denn wir leben in einem europäischen Binnenmarkt. Der Binnenmarkt ist sozusagen das Herzstück der europäischen Zusammenarbeit. Wir haben seit etlichen Jahren eine gemeinsame Lissabon-Strategie, die zum Ziel hat - ich will daran noch einmal erinnern -, dass Europa der modernste und wirtschaftlich effizienteste Kontinent am Beginn des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts wird. Wir haben einen gemeinsamen Stabilitäts- und Wachstumspakt, auf dessen Grundlage die gemeinsame Währung, der Euro, in Europa gilt. Das heißt, wir müssen, auch um die nationalen Programme überhaupt einpassen zu können, zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen kommen.

Man kann schon sagen, dass sich die 27 Mitgliedstaaten in der Europäischen Union und ihre Staats- und Regierungschefs ein Stück weit als das verstehen, was in Frankreich manchmal „Wirtschaftsregierung Europas“ genannt wird. Dazu können wir uns bekennen. Ich bin nur dafür, dass wir das gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten tun und an dieser Stelle nicht Untergruppen bilden; denn wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt. Das erfordert, dass die 27 Mitgliedstaaten miteinander agieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben in unserer Ratssitzung Anfang November, als wir uns mit der internationalen Krise der Finanzmärkte und der Vorbereitung des Weltfinanzgipfels beschäftigt haben, genau aus diesen Gründen die Kommission gebeten, uns zum Dezember-Rat Vorschläge zu machen, wie wir die Wirtschaftskrise auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen bewältigen können.

Die Kommission hat uns in der vergangenen Woche Vorschläge gemacht. Die Finanzminister haben in dieser Woche im Rat der Finanzminister, im Ecofin-Rat, ausführlich



darüber diskutiert. Die Bundesregierung sagt:  
Grundsätzlich gehen die Vorschläge, die die Kommission gemacht hat, in die richtige Richtung.  
Die Kommission schlägt vor, einen zusätzlichen Investitionsimpuls von etwa 200 Milliarden Euro in der Europäischen Union zu geben. Das sind 1,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Die Kommission sagt, dass sie davon aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten 30 Milliarden Euro bereitstellen kann, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihrerseits Mittel in Höhe von 170 Milliarden Euro - das sind 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Nationalstaaten - zur Verfügung zu stellen.

Ich kann mitteilen, dass mit den heutigen Beratungen im Deutschen Bundestag ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung auf den Weg gebracht wird, durch das in den nächsten zwei Jahren 32 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglicht werden. Angeregt werden dadurch sogar Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro. Wir gehören damit zu den führenden Ländern Europas, was die Reaktion auf die Wirtschaftskrise anbelangt. Das will ich hier noch einmal betonen.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser nationales Maßnahmenpaket kann sich sehr wohl sehen lassen, weil wir damit ähnlich vorgehen wie viele andere auch. Wir werden heute hören, dass auch Frankreich zum Beispiel im Blick auf die Automobilindustrie ganz gezielte Maßnahmen vorschlagen wird.  
Wir haben gesagt: Natürlich werden wir den Verlauf der Wirtschaftskrise, die Meldungen und die Einschätzungen, die wir jeden Tag bekommen und die sich im Übrigen in der Zeitachse sehr verändern, Anfang des nächsten Jahres vonseiten der Bundesregierung noch einmal bewerten, ohne schon jetzt zu sagen, ob und gegebenenfalls was wir tun. Wir wollen einfach nur zeigen:  
Wir müssen den Verlauf der Krise verfolgen und schnell, adäquat, aber auch sorgsam agieren.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere in dieser Situation zu Besonnenheit auf. Ich will daran erinnern, dass es in Europa einen Stabilitäts- und Wachstumspakt gibt. Der Euro, unsere gemeinsame Währung, gründet sich auf diesen Pakt. Wenn wir uns die Mitgliedstaaten der Europäischen Union anschauen - auch das gehört zur Wahrheit; das muss ausgesprochen werden -, dann stellen wir fest, dass die Bedingungen sehr unterschiedlich sind, unter denen Mitgliedstaaten schon heute Staatsanleihen aufnehmen dürfen. Das heißt, wir müssen auf mittlere Sicht wieder Wert darauf legen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt von allen eingehalten wird. Deutschland wird die Kommission darin unterstützen, solche mittelfristigen Pläne wieder aufzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir in Deutschland bei aller Dringlichkeit, die besteht, den Wettlauf um Subventionen oder den Wettlauf um Milliarden, einfach nur um den Eindruck zu erwecken, man habe etwas getan, nicht mitmachen.

Das sage ich für die ganze Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD)

Die Kommission hat eine Idee aufgegriffen, der auch die Bundesregierung anhängt. Wenn wir Zusätzliches tun, dann lasst uns dies dazu verwenden, aus der Krise eine Chance zu machen. Dann lasst uns daran arbeiten, dass ein zukunftsfähiges Europa ganz im Sinne der Lissabon-Strategie das Ergebnis ist. Dann lasst uns dieses Europa auf das 21. Jahrhundert vorbereiten. Deshalb sind wir froh, dass die Vorschläge, die von uns zu den Breitbandnetzen gemacht wurden, umgesetzt wurden. Deshalb begrüßen wir es, dass zusätzliche Kreditprogramme für die Europäische Investitionsbank aufgelegt werden. Deshalb sind wir dafür, dass die Gelder, die in Europa vorhanden sind, jetzt beschleunigt ausgegeben werden, zum Beispiel für europäische Verkehrsnetze im Rahmen der europäischen Strukturfonds. Es geht gar nicht um mehr Geld, sondern es geht zuallererst darum, dass die Bedingungen so sind, dass Europa sein Geld ausgeben kann. Darauf werden wir Wert legen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir, der Bundesaußenminister und ich, werden in der nächsten Woche sehr viel Wert darauf legen, dass wir für die Erreichung der Ziele, zum Beispiel Breitbandanschlüsse für alle in Europa, auch den entsprechenden Regulierungsrahmen bekommen. Es wird sich kein Investor finden, wenn nicht die Breitbandversorgung im ländlichen Bereich im Sinne des Investors für eine gewisse Zeit privilegiert wird; das macht dann niemand. Wir wollen, dass jeder einen Breitbandanschluss hat, auch im ländlichen Raum. Dafür muss die Kommission die Bedingungen schaffen. Darauf werden wir dringen, ich hoffe: erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genauso werde ich eine Sache verfolgen, die für unsere kleinsten Unternehmen von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Kommission sagt in der Wettbewerbskommission, sie sei im Augenblick überlastet. Wir sagen: Dann lasst uns doch in der Krise die Beihilferegeln so verändern, dass Zahlungen bis zu 400 000 Euro statt heute bis zu 200 000 Euro nicht mehr beihilferechtlich überprüft werden müssen! Dann hätten wir die De-minimis-Regeln ein bisschen ausgeweitet. Die Kommission hat dann weniger Arbeit, und wir können besser handeln. Ich halte dies in dieser außergewöhnlichen Situation für eine absolut richtige Maßnahme.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen nicht verschweigen, dass in dem Kommissionspaket auch einige Dinge kritisch von deutscher Seite diskutiert werden, insbesondere steuerrechtliche Fragen. Wir glauben zum Beispiel nicht, dass abgesenkte Mehrwertsteuersätze für sogenannte Green Products oder - um es auf Deutsch zu sagen, Herr Präsident - Grüne Produkte

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das muss dringend ins Grundgesetz!)

uns weiterhelfen. Wir haben die Sorge, dass dadurch

nichts erreicht wird und zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird, wenn alle auf dem Markt befindlichen Produkte zuerst auf ihre ökologische Eignung überprüft werden müssen. Das ist ein schwer abgrenzbarer Prozess. Deshalb setzen wir nicht auf diese Maßnahmen. Der zweite große Schwerpunkt, über den wir im Europäischen Rat zu diskutieren haben, ist das Klimapakete, das natürlich mit der Frage, welche Rolle Europa in der Welt einnehmen möchte, aber auch mit der Frage der wirtschaftlichen Leistungskraft und der Bewältigung der Wirtschaftskrise aufs Engste verflochten ist. Als wir unter deutscher Präsidentschaft das Thema Klimaschutz auf die Tagesordnung gesetzt haben, da konnte niemand ahnen, in welcher Situation die Abschlussberatungen stattfinden. Wir sind sehr froh, dass wir von dem neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hören, dass sich Amerika auch hierbei stärker engagieren wird. Ich will das ausdrücklich begrüßen; denn das Klimathema ist genauso wie die Weltwirtschaftskrise und die Finanzkrise ein Problem, das nur global gelöst werden kann. Europa hat heute einen Anteil an den weltweiten CO2-Emissionen von 15 Prozent. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mitmachen, werden wir nicht zu einem vernünftigen internationalen Abkommen im nächsten Jahr kommen. Dann wird unser Bemühen in Europa, Vorreiter zu sein, natürlich fehlschlagen, weil wir die Nachteile haben, aber die Anstrengungen zur Erreichung der Vorteile nicht gemeinsam unternommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf der anderen Seite wissen wir - ein Blick zum Beispiel auf die amerikanische Automobilindustrie zeigt das natürlich -: Wer die Zeit verschläft, wer nicht rechtzeitig handelt, wer die Herausforderungen der Zukunft nicht sieht, kann sich in eine schwierige Wirtschaftskrise hineinbugsieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: BMW! - Zuruf von der FDP: Also Steuersenkung jetzt!)

Deshalb ist es richtig, dass wir in Deutschland und in Europa jetzt starke Regelungen für die Automobilindustrie haben.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will aber deutlich sagen: Auch hier geht es darum, dem Umweltschutz und dem Ziel der CO2-Minderung wirklich zu dienen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Peinlich!)

Deshalb begrüße ich den Kompromiss, den die französische Präsidentschaft mit dem - -

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch typisch USA, dieser Kompromiss!)

- Ich habe mir schon gedacht, dass Sie schreien werden, Frau Künast. Wer am liebsten gar kein Auto mehr will, kann nur böse sein, dass solch ein Kompromiss gefunden wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie dann aber auch, keine Krokodilstränen zu

vergießen, wenn deutsche Arbeitsplätze in Gefahr sind. Wir arbeiten für Arbeitsplätze und moderne Autos. Das muss man schon zusammenbekommen in diesem Land, wenn man vernünftige Politik machen will. (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich sage: Die für die Automobilindustrie gefundene Lösung ist eine vernünftige Lösung. In absehbarer Zeit wird der durchschnittliche Flottenverbrauch einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 120 Gramm pro Kilometer erreichen. Das ist eine Zielmarke, die wir für vernünftig halten. Es ist doch wirklich nicht redlich, die Automobilhersteller zum Schutz des Weltklimas zu Investitionen zu drängen, die sie letztlich wirtschaftlich nicht leisten können, und ihnen Strafen aufzuerlegen und ihnen damit einen Nachteil zu verschaffen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Autos kauft doch gar keiner mehr!)

Ich sage ausdrücklich: Die Konsumenten müssen entscheiden, ob sie ein größeres oder ein kleineres Auto haben wollen. Wir wollen neueste Technik. Im Übrigen findet die Innovation im Automobilbau immer zuerst bei den großen Autos statt und setzt sich dann bei den kleinen durch. Auch das sollten wir nicht vergessen, wenn wir über die deutsche Automobilindustrie sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das denn aufgeschrieben? Wer hat das Dreiliterauto erfunden? Daimler?)

Wir stehen zu den unter der deutschen Präsidentschaft vereinbarten Zielen. „Dreimal 20“: 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion bis zum Jahr 2020 und ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung von 20 Prozent. 20-20-20, das ist unsere Zielmarke. Gleichzeitig haben wir den festen Willen, bei den Verhandlungen darauf zu drängen, dass dies nicht zulasten von Arbeitsplätzen erfolgt, sondern dass dies mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland einhergeht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir von deutscher Seite haben die Kommission gedrängt, nicht einfach ein Klimapakete zu verabschieden, ohne klarzumachen, wie der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikatehandel in der Industrie stattfinden soll. Die ursprünglichen Überlegungen der Kommission waren, das erst nach der internationalen Klimaschutzkonferenz in Dänemark im Jahr 2010 festzulegen. Die deutsche Wirtschaft hat immer wieder gesagt: Wenn ihr das tut, dann führt ihr uns in einen Investitionsstagnation, und wir werden überhaupt nicht mehr investieren, bevor diese Festlegungen nicht erfolgt sind. - Deshalb haben wir erfolgreich darauf gedrungen, dass wir dies jetzt entscheiden. Wir entscheiden es, damit wir Sicherheit für Zukunftsinvestitionen in Deutschland und in Europa haben. Ich halte das für absolut richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen es in diesem Zusammenhang schaffen, dass die Innovation, zum Beispiel unseres Kraftwerksparks,

gestärkt wird. Deshalb treten wir dafür ein, dass Investitionen in gewisser Weise auch bei dem Zertifikatehandel berücksichtigt werden. Außerdem müssen wir erreichen, dass unsere energieintensive Industrie, die vom Export lebt, von dem Zertifikatehandel so ausgenommen wird, dass daraus keine Nachteile auf dem Weltmarkt entstehen. Eine andere Sache wäre es, wenn wir in anderen Regionen der Welt heute schon Zertifikatehandel hätten; dann brauchten wir das nicht. Aber so wie die Sache steht, können wir uns unsere Exportchancen nicht verderben und zum Schluss zusehen, wie Chemiearbeitsplätze, Stahlarbeitsplätze und Ähnliches in Regionen der Welt abwandern, wo der Umweltschutz geringer ist als bei uns. Das wäre paradox und ist deshalb nicht gut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Uns werden - das kann man heute schon absehen - harte Verhandlungen bevorstehen. Die Situation in der Europäischen Union ist inzwischen so, dass wir mit Abstand das industrieintensivste Land sind. 15 Prozent unserer Wertschöpfung kommen aus der klassischen Industrie, und wir wollen, dass das so bleibt. Aber wir haben zum Teil weniger Verbündete, weil andere Länder über bestimmte Industrien überhaupt nicht mehr verfügen und natürlich genau deshalb sagen: Wir haben ein Interesse daran, dass Deutschland die Wirtschaftslokomotive in Europa ist. - Das geht aber nur, wenn wir erträgliche Bedingungen haben und wenn unsere Betriebe nicht abwandern. Diese Aufgabe werden wir nächste Woche angehen müssen. Ich sage voraus: Es werden spannende, harte Verhandlungen, aber immer unter der Maßgabe: Wir wollen einen Erfolg, wir wollen die Vorreiterrolle in Europa. Wir sind nämlich der Meinung, dass wir gute Technologien entwickeln. Wir wissen, dass unsere Umwelttechnik schon heute ein Exportschlager ist. Das Weltmarktvolumen von Umwelttechnologien beträgt inzwischen 1 000 Milliarden Euro. Es ist gut, wenn Deutschland daran einen wichtigen Anteil hat. Das schafft und sichert Arbeitsplätze bei uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es soll Ausnahmeregelungen geben für Industriezweige wie Eisen, Stahl, Grundstoffchemie, Zement - um nur einige zu nennen. Wir sind darüber mit der Kommission und auch mit der Präsidentschaft in einem intensiven Gespräch.

Wir werden bei der Innovation des Kraftwerksparks auch darüber sprechen müssen, welche Möglichkeiten der Kohlendioxidspeicherung wir haben. Deutschland selber arbeitet auch an dem Rechtsrahmen, um diese Kohlendioxidspeicherung voranzubringen.

Meine Damen und Herren, neben dem Wirtschaftsprogramm und dem Klimaprogramm geht es als drittem Beitrag um die Frage: Wie geht es mit dem Lissabonner Vertrag weiter? Gestern Abend war der irische Premierminister zu Besuch in Berlin. Irland arbeitet intensiv daran, einen Weg zu finden, um zu einer Ratifizierung des Vertrages zu kommen. Wir werden Irland in dieser Situation unterstützen. Ich will hier ganz klar sagen:

Schweden ist auf einem guten Weg. Das tschechische Verfassungsgericht hat vor kurzem ein positives Votum zu dem Verfassungsvertrag abgegeben.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist erfreulich!)

Ich gehe davon aus, dass die Ratifizierungsprozedur dort weitergeht. Ich glaube, dass wir es schaffen können und dass wir es schaffen werden, den Lissabon-Vertrag in Kraft zu setzen, weil er besser ist als der heutige Nizza-Vertrag. So viel steht für mich fest.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Unter tschechischer EU-Präsidentschaft wird das erste Halbjahr des Jahres 2009 gestaltet. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang wird sein, dass es wieder einen EU-USA-Gipfel gibt. Dieser wird Anfang April in Europa stattfinden, etwa am 60. Jahrestag der NATO-Gründung. Wir werden alles daransetzen, neben den Verhandlungen mit Russland über ein Partnerschaftsabkommen vor allen Dingen die transatlantische Achse zu stärken, in einer umfassenden Zusammenarbeit zu kräftigen - von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über den Umweltschutz bis hin zu den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich glaube, dass Europa dafür gut gerüstet ist.

Insgesamt wird es ein spannender Rat nächste Woche, ein Rat mit harten Verhandlungen, in dem wir bei allem Bekenntnis zu den allgemeinen Zielen unsere eigenen Positionen sehr hart vortragen werden, damit in Deutschland keine Arbeitsplätze verloren gehen, sondern gesichert werden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne hat der Präsident der Abgeordnetenkammer des Königreichs Marokko, Herr Mustapha Mansouri, mit seiner Parlamentarierdelegation Platz genommen. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages begrüße ich Sie ganz herzlich.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident, es ist uns eine große Freude, Sie und Ihre Begleitung zu einem offiziellen Besuch in Deutschland zu Gast zu haben. Der Deutsche Bundestag misst der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parlamenten große Bedeutung bei. Wir hatten gestern bei unseren Gesprächen schon Gelegenheit, unser gemeinsames Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern des Mittelmeerraums zum Ausdruck zu bringen. Das schließt auch besonders enge und freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Parlamenten ein. Wir wünschen Ihnen für Ihren Aufenthalt und für Ihr weiteres parlamentarisches Wirken alles Gute.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung davon gesprochen, dass Sie Deutschland als eines der führenden Länder bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise betrachten. Das ist, wenn man sich in Europa umhört - mit Verlaub gesagt -, eine interessante Selbsttäuschung. Denn Tatsache ist, dass Sie ganz andere Noten in der Europäischen Union bekommen, als Sie sich hier selber geben.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Politik des Abwartens wird in Italien ängstlich und versteinert genannt,

(Lachen bei der SPD)

in Frankreich mutlos und unsichtbar; und in Großbritannien nennt man das, was Sie tun, eine schwindsüchtige Reaktion auf die Finanzkrise.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen, Sie wollten keinen Wettlauf um Milliarden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich denke, Sie verstehen sich so gut!)

Es geht nicht um einen Wettlauf um Milliarden, es geht ganz einfach um die Frage: Ist es nicht klüger, jetzt in Steuersenkungen zu investieren,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

anstatt später mit Milliardenbeträgen Arbeitslosigkeit zu finanzieren? Das ist die eigentliche Weichenstellung, vor der wir stehen.

(Beifall bei der FDP)

Das Entscheidende ist, dass Sie den Eindruck erwecken, als habe sich Deutschland mehr oder weniger mit der Rezession bereits abgefunden. Wenn Sie lediglich reagieren, dann mag das in der Großen Koalition für Sie bequemer sein. Aber es ist für unser Land schlecht. Sie wollen im nächsten Jahr über Steuersenkungen entscheiden. Das hat nichts mit deutschem Interesse zu tun, sondern das entspringt dem Wahlkampfinteresse der beiden Regierungsparteien.

(Beifall bei der FDP)

Sie von der Großen Koalition wollen das Thema Steuersenkungen im Wahlkampf. Aber Deutschland braucht Steuersenkungen jetzt; denn regieren heißt nicht reagieren, sondern regieren heißt, unser Land so zu lenken, dass man eine Krise, die man mit bloßen Händen greifen kann, verhindert, in jedem Fall aber abmildert. Das ist die patriotische Verantwortung, die Sie heute haben.

(Beifall bei der FDP)

Man muss ja nicht mit allem einverstanden sein, was Präsident Sarkozy oder Premierminister Brown vorschlagen; aber der deutsche Beitrag kann nicht sein, in Lethargie zu verfallen und sich gar nicht zu Wort zu melden. Das sagen übrigens der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD, die EU-Kommission und unsere anderen Partner in Europa, und der zukünftige US-Präsident Obama wird seine Amtszeit mit einem gigantischen Maßnahmenpaket beginnen. Ihre Antwort ist es, abzuwarten und ein bisschen kosmetische Salbe zu verteilen. Mehr ist es nicht, wenn Sie es allen Ernstes als Beitrag für unsere Konjunktur ansehen, wenn beim Kauf eines Neuwagens 100 Euro von der Kfz-Steuer nachgelassen werden. Das ist keine vernünftige Politik.

Sie wissen doch auch von Ihrem eigenen Parteitag und von Ihrer Schwesterpartei, der Partei von Herrn Seehofer, dass wir Steuersenkungen in Deutschland brauchen. Sie werden hier Steuersenkungen beschließen, weil Sie dem Druck nicht dauerhaft standhalten können und weil die Krise kommen wird. Das wissen wir alle, und jeden Tag können wir das lesen. Deshalb ist es besser, jetzt zu handeln, als zu warten, bis die Katastrophe da ist. Vorsorgendes Regieren ist besser, als später hinterherzulaufen. Darum wird es auch auf dem Gipfel gehen.

(Beifall bei der FDP - Gerd Andres [SPD]:

Kassandra!)

- Sie sagen „Kassandra“. Was bei Ihnen diskutiert wird, sind Konsumgutscheine. Das ist das, was Sie als Beitrag zur Krise vorschlagen. Was soll das allen Ernstes bringen? Das ist nicht mehr als ein Strohfeuer. Besser, als zu Weihnachten irgendwelche Konsumgutscheine unters Volk zu bringen, wäre es, dafür zu sorgen, dass die Familien, die Bürger und die mittelständischen Unternehmer in dieser Republik durch Steuersenkungen dauerhaft entlastet werden.

(Thomas Oppermann [SPD]: Sie wollen Konsumgutscheine auf Dauer!)

Das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen, dass die anderen Länder sich nicht so verweigern, wie Sie es tun. Deutschland wartet ab. In Großbritannien senkt der Premierminister die Mehrwertsteuer. In Frankreich und Italien kündigt man eine Senkung der Unternehmensteuer und eine entsprechende Entlastung der Bürgerinnen und Bürger an. In Spanien werden die Steuern reduziert und zum Teil abgeschafft. In Österreich werden Freibeträge erhöht, die Steuertarife gesenkt und Familien steuerlich entlastet. Wie oft hat man, auch als Opposition, der deutschen Regierung vor einem europäischen Gipfel viel Erfolg gewünscht! Es ist meines Wissens das erste Mal, dass ich in meiner Antwort auf eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin aufgrund Ihrer zögerlichen Verhandlungstaktik nicht Ihnen Erfolg wünsche, sondern den restlichen europäischen Staaten. Möge sich Europa gegen Sie beim Thema Steuersenkungen durchsetzen, Frau Bundeskanzlerin! Möge es anders kommen, als Sie es sich vorstellen!

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das der FDP nicht abnehmen, darf ich Sie auf das aufmerksam machen, was Ihnen unser Bundestagskollege Friedrich Merz wörtlich gesagt hat:

Die Vorsitzende der CDU sollte nicht die Letzte auf der Welt sein, die zu der Einsicht gelangt, dass eine solche Krise auch im Bereich der Steuer- und Abgabenbelastung eine Korrektur erfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie werden drei Punkte auf der Tagesordnung haben.

In zwei Punkten sind wir sehr nah beieinander; das gilt insbesondere für die Fragen, die die deutsche Staatsräson angehen, was also zum Beispiel den Lissabon-Vertrag angeht. In der Tat ist es auch richtig, dass Sie mit Blick auf die Automobilindustrie deutsche Interessen vertreten. Das ist vernünftig, und das will ich hier ausdrücklich noch einmal zu Protokoll geben. Es ist richtig,



dass Sie auf Abschluss setzen.

Bei dem Kernanliegen, um das es nächste Woche in Wahrheit gehen wird – dem Thema, wie wir auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagieren –, liegen Sie allerdings völlig falsch, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der FDP)

Nicht die anderen täuschen sich, sondern Sie sind in Europa der Geisterfahrer. Die deutsche Bundesregierung wendet sich in Europa gegen ein mutiges und entschiedenes Handeln. Wir brauchen jetzt kein Klein-Klein, keine mutlosen Kleinstpakete; vielmehr bräuchten wir eine gestaltende Regierung, eine führende Regierung, die mutig bei einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ansetzt. Das ist aus unserer Sicht das, was in Europa jetzt getan werden müsste.

Frau Bundeskanzlerin, wir bedauern es, dass Sie sich für einen anderen Weg entschieden haben, und wir bedauern es nachdrücklich, dass Sie nur deshalb sehenden Auges zusehen, wie Arbeitsplätze in Deutschland verschwinden, weil Sie als Regierungspartei für den Wahlkampf im nächsten Jahr ein Thema haben wollen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, einer müsste auch einmal gegen den Strom schwimmen. So haben Sie sich auf dem Parteitag erklärt. Es geht nicht darum, ob Sie gegen den Strom schwimmen, Frau Bundeskanzlerin, es geht darum, dass man nicht zusieht, wie in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze den Bach heruntergeht. Das wäre Ihre wirklich wichtige nationale Verantwortung – auch in Europa.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP – Gerd Andres [SPD]: Ist ja unverschämt! Unglaublich!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

In der Krise zeigt sich, ob sich Institutionen bewähren. Die EU hat sich in der internationalen Finanzkrise bisher nicht schlecht geschlagen – so schrieb Nikolas Busse letzte Woche in der FAZ.

Die französische Ratspräsidentschaft hatte es in der Tat mit schwierigen Themen und mit schwierigen Problemen zu tun: Nach dem Nein Irlands kamen die Russland-Georgien-Krise und die Finanzmarktkrise mit den enormen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Da ist es nicht von vornherein selbstverständlich, dass man zu einem gemeinsamen Handeln in der EU findet, obwohl die Gelegenheit nie günstiger als heute war, dass wir in der EU zusammenstehen, weil sogar Staaten wie Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich inzwischen darüber nachdenken, ob sie der in der Krise erfolgreichen Eurozone beitreten sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat ist Abstimmung in diesen Zeiten unabdingbar.

Um die Europäische Union aus der Finanzkrise zu steuern, hat die EU erfolgreich einen Aktionsplan zur Stützung des Bankensystems aufgelegt. Die EU hat sich für den G-20-Gipfel ein gemeinsames Programm gegeben

und dies dort erfolgreich durchsetzen können.  
Wir sind froh, dass die Maßnahmen zur Regulierung  
und Beaufsichtigung des Banken- und Finanzsektors auf  
den Weg gebracht worden sind und nun im Europäischen  
Parlament beraten und hoffentlich möglichst bald abgeschlossen  
werden. Ich denke, es ist auch ein Erfolg für  
Deutschland, Herr Westerwelle, dass die Vorschläge von  
Peer Steinbrück zur Regulierung der Ratingagenturen  
von der Kommission übernommen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Gestern Abend hat uns der amerikanische  
Kongressabgeordnete Delahunt bei einer Veranstaltung  
gesagt, Washington und London hätten früher auf  
Peer Steinbrück hören sollen. Ich glaube, das ist ein Beleg  
dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Trittin [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten schon auf  
Hans Eichel hören sollen!)

Nun kommen wir zur Realwirtschaft. Ich freue mich  
sehr, dass uns Klaus Regling, der Hüter des Wachstumsund  
Stabilitätspakts, auch ins Stammbuch geschrieben  
hat, dass die EU-Staaten koordiniert handeln müssen,  
weil nur so die Stärkung der Binnennachfrage möglich  
ist. Ja, eine Abstimmung ist unabdingbar; denn, Herr  
Westerwelle, wir können weder einen Subventionswettbewerb  
gebrauchen - darin stimmen Sie mir sicher zu -,  
noch können wir einen Steuersenkungswettbewerb gebrauchen.  
In der Tat ist das Instrument der Steuersenkung  
nämlich ein unpräzises und ungerechtes Instrument, ein  
Instrument mit zweifelhafter Wirkung. Deswegen müssen  
wir dafür sorgen, dass wir diesen Weg nicht beschreiten  
und uns gegenseitig nicht in diese Richtung  
treiben lassen. Nein, wir brauchen das, was uns Frank-  
Walter Steinmeier im Zusammenhang mit dem Begriff  
der verdichteten Koordinierung auf den Weg gegeben  
hat und was nun auch in der Europäischen Union weitgehend  
übernommen wird: der Zukunftspakt für Arbeit.  
Mit dem Zukunftspakt für Arbeit wird in Ökologie und  
in Innovationen investiert und damit der Arbeit ein absoluter  
Vorrang gegeben.

Ich freue mich sehr, dass wir in der Bundesrepublik  
im Gegensatz zu dem, was Sie versuchen uns einzureden,  
eine ganze Reihe von richtigen Maßnahmen auf den  
Weg bringen. Wenn dann, Herr Kauder, auch noch die  
Länder daran mitwirken, so wie die Mitgliedstaaten das  
auf der europäischen Ebene im Einzelnen tun müssen,  
dann sind Ihre Vorschläge, dass es auch bei Schulen und  
Krankenhäusern Investitionsbedarf gibt, selbstverständlich  
zu begrüßen. Aber da müssen in der Tat auch die  
Länder ihre Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen die  
weitere Stärkung der Investitionen im Bereich Klimaschutz.  
Es ist für mich - so muss ich sagen - ein Skandal,  
wenn einige CDU-Länderchefs meinen, der Klimawandel  
könne warten. Nein, er wartet nicht. Wir haben  
mit der Krise nun auch die Chance, hier notwendige Innovationen  
voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Der Europäische Rat steht vor einer großen Herausforderung.

Das Europäische Parlament drängt Präsident Sarkozy zu Recht darauf, zu einem Abschluss zu kommen, weil wir ansonsten nicht sicher sein können, während der tschechischen Ratspräsidentschaft voranzukommen. Wir müssen am Kioto-Protokoll, an den Zielsetzungen für den Klimaschutz festhalten; ansonsten sind wir Europäer auf der Posener Konferenz unglaubwürdig. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Vereinigten Staaten brauchen, wenn wir auf diesem Weg vorankommen wollen.

Das heißt ganz konkret, dass die Energieproduzenten voll in den Zertifikatehandel integriert werden müssen. Mir ist völlig klar, dass dies eine große Belastung für einige der neuen Mitgliedstaaten bedeutet. Wir müssen dort Kompensationen finden, zum Beispiel über Strukturfondsinstrumente, anstatt die veraltete Technologie weiter zu stützen, indem wir Ausnahmen im Zertifikatehandel zulassen.

Selbstverständlich ist es eine richtige Politik, Maßnahmen gegen Produktionsverlagerungen in den Bereichen der Eisen- und Stahlindustrie vorzunehmen. Aber wir können die Industrie nicht generell von vorausweisenden Maßnahmen ausnehmen.

Ich glaube, dass wir mit dem Kompromiss zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei den Autos in der Tat einen guten Mittelweg gefunden haben, der Umweltpolitik und Industriepolitik miteinander verbindet. Mit diesem Beschluss wird es unausweichlich sein, dass kleinere, sparsamere und schadstoffärmere Autos auf den Markt kommen, attraktiver werden und damit eine Innovationsbasis für die Zukunft bilden.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort Energie wird in Zukunft bei allem Bemühen um Energieeffizienz und um erneuerbare Energien auch das Thema der Energieversorgungssicherheit wichtig bleiben. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir das Gespräch mit Russland weiterführen und die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wieder in Gang gesetzt werden können, damit wir einen rechtlichen Rahmen für mehr Energiesicherheit gewinnen. Ich bin sehr froh, dass wir den Russland-Georgien-Konflikt so handhaben können, dass wir auf der einen Seite Georgien auf seinem Weg des Wiederaufbaus und der Transformation helfen und auf der anderen Seite das Gespräch und den Dialog mit Russland fortsetzen. Hier bedeutet auch die transatlantische Partnerschaft mit Barack Obama eine neue Chance. Ich gehe davon aus, dass wir zusammen mit ihm einen guten Weg werden gehen können. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Alle Maßnahmen der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedingen eine Erneuerung der Institutionen und ein starkes Europäisches Parlament. Nur dann werden wir unsere langfristige Vision von Stabilität und Prosperität voranbringen. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, hoffe ich sehr, dass in Ihren Gesprächen mit dem irischen Präsidenten deutlich gemacht werden konnte, welche große Verantwortung Irland für die Zukunft seines eigenen Landes, aber auch für die Zukunft Europas hat, damit wir im nächsten Jahr endlich den Lissabonner Vertrag in Kraft setzen können.

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
und viel Erfolg für den Europäischen Rat am 11./  
12. Dezember!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion  
Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Der Europäische Rat wird eine Fülle von Themen  
behandeln, die sich wechselweise durchdringen.  
Wir alle wissen, dass wir komplexe Antworten brauchen.  
Aktuell befinden wir uns in der tiefsten finanziellen,  
wirtschaftlichen und sozialen Krise seit Jahrzehnten.  
Diese Krise betrifft die Menschen weltweit; sie gefährdet  
Einkommen, soziale Sicherheit und bei den  
Schwächsten gar die Existenz. Die Krise entstand aus  
unverantwortlichem Handeln der politischen und ökonomischen  
Eliten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie ist Folge des neoliberal globalisierten Kapitalismus,  
der ungezügelter Raffgier und von Finanzspekulationen.  
Kurz: Sie ist die Konsequenz aus fehlender Transparenz,  
zu geringer Kontrolle und mangelnder Regulierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neoliberale  
Ausrichtung der Wirtschaft wurde der EU und den europäischen  
Volkswirtschaften nicht von außen aufgezwungen.  
Sie war politisch gewollt, und sie ist durch die  
Einheitliche Europäische Akte und den Vertrag von  
Maastricht durchgesetzt worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Vertrag von Lissabon sollte dies noch zementiert und  
verschärft werden. Nicht einmal jetzt gehen Sie davon  
ab, da offensichtlich wird, dass dies der falsche Weg ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Weg ab,  
denn unser Nein zum Vertrag von Lissabon ist von unseren  
proeuropäischen Hoffnungen getragen. Die Linke  
will eine andere Politik. Sie will ein besseres Europa, das  
auf wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt beruht und  
in dessen Mittelpunkt die Bürgerinnen und Bürger stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linken kämpfen für den Ausbau und die Wiederherstellung  
sozialer Errungenschaften. Wir wollen eine Politik  
der Solidarität und Zusammenarbeit, die auf Vollbeschäftigung  
und einen vernünftigen Umgang mit der  
Natur zielt.

Insofern halte ich es für richtig, dass die Bundeskanzlerin  
dem Klimaschutz in ihrer Rede einen ihm gebührenden  
Platz einräumt, wiewohl wir seit langem keinen  
Mangel an Absichtserklärungen haben, allerdings an  
entsprechenden Ergebnissen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Vorschläge der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten  
zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise  
greifen zu kurz: Ein Finanzsystem, das nur  
mit massiven staatlichen Bürgschaften wieder flottgemacht  
werden kann, gehört dauerhaft unter öffentliche

Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Konjunkturprogramme von Bundesregierung und EU-Kommission sind zu gering ausgestattet. So kann die aktuelle Krise nicht wirksam bekämpft werden. Es ist richtig, Opel zu helfen, aber es gilt, zu verhindern, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für CO2-Killer-Autos verwendet wird und an den Mutterkonzern General Motors fließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Schlussfolgerung wäre die Aufhebung des Verbotes von Kapitalverkehrskontrollen in der EU.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Die EU-Kommission hat angekündigt, Hilfsmaßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen zu erleichtern und die Regeln für staatliche Beihilfen zu lockern - wir unterstützen das -, das reicht aber nicht. Die Genehmigungspflicht bei Subventionen im Rahmen einer Konjunktur- und Strukturpolitik muss infrage gestellt werden. Überdies brauchen wir ein besseres EU-Recht zur Auftragsvergabe.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Zentralbank zu einer wirtschaftspolitischen Zielorientierung verpflichtet wird und die Daseinsvorsorge vom Deregulierungs- und Privatisierungsdruck befreit wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu muss das EU-Vertragsrecht geändert werden. Hier initiativ zu werden, stünde der Bundesregierung gut zu Gesicht.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben auf den transatlantischen Gipfel zwischen den USA und der EU hingewiesen.

Wir würden es begrüßen, wenn in diesem Zusammenhang vereinbart würde, dass auf die US-Basen im System des geplanten Raketenabwehrschildes in Polen und der Tschechischen Republik gänzlich verzichtet wird;

(Beifall bei der LINKEN)

denn sie bringen nicht mehr Sicherheit, aber gewiss mehr Aufrüstung, und sie bergen die Gefahr einer neuen Spaltung Europas in sich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linke wollen die neoliberale und auf Militärinterventionen ausgerichtete EU-Politik stoppen. Nur wenn das gelingt, wird die europäische Integration zu einem sozialen und friedenssichernden Europa führen, zu einem Europa, zu dem die Menschen Ja sagen. Nur wenn die Menschen dieses Europa bejahen, wird es auf Dauer von Bestand sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Katherina Reiche für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Rat am 11. und 12. Dezember hat eine außerordentlich große strategische Bedeutung. Er trifft

Entscheidungen zu den Grundpfeilern des deutschen Industriestandortes:  
zum Automobilbau, zur Chemieindustrie,  
zur Stahl- und Aluminiumproduktion, zur Energiewirtschaft  
und zu vielen weiteren Bereichen.

Das Ergebnis des Rates wird die industriepolitischen  
Weichen für das nächste Jahrzehnt stellen. Dazu haben  
Sie, Herr Westerwelle, nichts gesagt. Das war kleinliches  
und parteipolitisches Gezänk. Dass Sie Italien als Urlaubsziel  
entdeckt haben, wissen wir. Dass Sie Italien  
nun aber auch als wirtschaftspolitischen Kronzeugen  
aufgerufen haben, fand ich doch etwas lächerlich.  
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD - Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]:

Also distanzieren Sie sich von Berlusconi!)  
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich ganz  
klar zu den Klimaschutzziele. Wir wollen, dass  
Deutschland und Europa in Sachen Klimaschutz die Vorreiterrolle  
behalten. Wir werden unseren Beitrag dazu  
leisten. Über die Ausgestaltung einzelner Instrumente  
muss aber geredet werden.

Die EU-Kommission hat Ende 2007 eine CO2-Strategie  
für Pkw vorgelegt. Diese musste nachgebessert  
werden. Brüssel hatte die Hersteller von Kleinwagen  
ganz klar bevorzugt. Die deutschen Automobilbauer hätten  
die Hauptlast getragen. Das war nicht Klimaschutzpolitik,  
sondern ganz klar Industriepolitik zulasten von  
Deutschland. Klar ist aber auch, dass die deutschen Automobilbauer  
mehr tun müssen, mehr in alternative Antriebstechnologien  
investieren müssen.

Es ist der Bundeskanzlerin zu verdanken, dass am  
Ende eine Lösung gefunden wurde, die ökologisch und  
ökonomisch vernünftig ist. Die Grenzwerte sind erreichbar,  
zwingen aber auch die Unternehmen zu Innovationen.  
Jetzt sind Erfindergeist und deutsche Ingenieurskunst  
gefragt; die Konzepte liegen vor.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Offensichtlich trauen Sie denen nicht  
viel zu!)

Die Automobilindustrie dürfte aus ihren Erfahrungen gelernt  
haben: Sie ließ die Zeitspanne, die ihr für die Erfüllung  
der freiwilligen Selbstverpflichtung zur CO2-Minderung  
ingeräumt wurde, ungenutzt verstreichen.

Ich wundere mich, dass den Grünen 700 000 Arbeitsplätze  
in der Automobilindustrie und 5 Millionen davon  
abhängende Arbeitsplätze bei den Zulieferern scheinbar  
egal sind. Das spricht für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Welcher Schwachkopf hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Am vergangenen Wochenende haben wir eine gute  
Nachricht gehört. Die gute Nachricht war, dass Deutschland  
mit seiner Klimapolitik auf dem richtigen Weg ist.

Laut Umweltbundesamt hat Deutschland bereits im Jahr  
2007 seine Verpflichtungen nach dem Kioto-Protokoll  
mit einer Minderung von über 21 Prozent sogar übererfüllt.  
Das heißt, wir halten Wort beim Klimaschutz.

Das ist ein Erfolg, auf den die Unternehmen, die Handwerker  
und die Verbraucher stolz sein können.

Wenn Sie heute unter dem Stichwort „Emissionshandel“  
googeln, erreichen Sie allein auf deutschen Seiten

ungefähr 500 000 Einträge. Das zeigt, welche Rolle der Emissionshandel mittlerweile spielt. Dies ist ohne Zweifel die kostengünstigste Möglichkeit, CO<sub>2</sub> einzusparen. Deshalb spielt er im Energie- und Klimaprogramm der Europäischen Kommission die zentrale Rolle.

Damit einher geht eine entscheidende industriepolitische Weichenstellung für die kommenden Jahrzehnte.

Der Vorschlag der Kommission vom Januar stellt die deutsche Volkswirtschaft vor enorme Herausforderungen. Deutschland ist der letzte große wirklich bedeutende Industriestandort innerhalb der Europäischen Union. Ein falsch konzipierter Emissionshandel kann dazu führen, dass viele Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien verloren gehen, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wir wollen das nicht. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Produktion würde in Regionen mit weniger Klimaschutz abwandern. Das schadet dem Klima, und das schadet Deutschland. Wir wollen einen gerechten Lastenausgleich innerhalb der Europäischen Union. Das liegt auch im Interesse von Mitgliedstaaten, die mit Europas größter Volkswirtschaft eng verflochten sind. Fast nirgendwo auf der Welt wird so umweltfreundlich und effizient produziert wie hier in Deutschland. Dass Deutschland ein Land ist, das beim Klimaschutz vorangeht, das zeigen die Beispiele der Kioto-Ziele, und das zeigt auch unser Integriertes Klima- und Energieprogramm, das wir im Sommer dieses Jahres verabschiedet haben. Wir sind mit unserer Selbstverpflichtung, unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 Prozent zu senken, gegenüber anderen Staaten in Vorleistung gegangen. Man kann aber nicht verlangen, dass der gesamte Wirtschaftsstandort aufs Spiel gesetzt wird. Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten haben wir an unseren Industrien festgehalten. Die Unternehmen sind aus dem schmerzhaften Anpassungsprozess an die Globalisierung gestärkt hervorgegangen. Innovationen haben sich gelohnt.

Aber nicht wenige Branchen wie die Stahlindustrie, die Karbidindustrie und Raffinerien sind bezüglich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes am physikalischen Limit angelangt. Es geht technisch nichts mehr, und es geht physikalisch nichts mehr. Das kann man zwar herbeireden, es macht die Sache aber nicht besser.

Deshalb wollen wir, dass die zahlreichen energieintensiven Unternehmen weitgehend vom Emissionshandel befreit werden. Man muss über die Details und Abgrenzungskriterien sprechen.

Nach dem Willen der Kommission soll auch der Energiesektor ab dem Jahr 2013 seine Emissionsrechte zu 100 Prozent ersteigern. Hinter diesem kurzen Satz stecken weitreichende Folgen. Wir sind ein Land mit einem hohen Kohleanteil bei der Stromerzeugung.

Wenn man weiß, dass wir bei den erneuerbaren Energien zwar schnell vorankommen, dass wir sehr viel schneller unsere Ziele erreichen, wenn man weiß, dass wir offensichtlich nicht nur der Kohle richtig Druck machen, sondern auch aus der Kernenergie aussteigen wollen - bestimmt nicht wir, aber viele in diesem Hause - ,

dann muss man ganz klar sagen, was das zur Folge hat. Zunächst einmal hat das mehr Gasimporte zur Folge. Allein Russland, Iran und Katar verfügen über 55 Prozent der weltweiten Gasreserven. Auch die Tendenzen, eine Art Gas-OPEC zu bilden, nehmen immer konkretere Formen an. Das sind die Nachteile des relativ klimafreundlichen Energieträgers Gas. Die Energiewirtschaft in Deutschland hat durch die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten in den vergangenen Jahren Milliarden Gewinne eingefahren. Es ist auch unser Ziel, diese Windfall-Profits wieder abzuschöpfen. Es ist aber auch unser Ziel, dass wir alte Kraftwerke durch neue ersetzen. Es ist dringend geboten, den Kraftwerkspark in Deutschland zu erneuern. Kraftwerksneubauten sind dringend geboten. Also braucht es hierfür Anreize.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die EU-Kommission plant, Teile der Erlöse aus der Zertifikateversteigerung an andere Mitgliedstaaten zu verteilen. Auch hier muss man noch einmal ganz deutlich fragen, ob das so sein kann. Wir finden, dass die Erlöse nach Deutschland fließen müssen, und zwar zu den Verbrauchern, in Forschung und Entwicklung und in die Erfüllung der Klimaschutzziele. Auch Klimaschutzmaßnahmen außerhalb der Europäischen Union müssen ab 2013 weiter auf europäische Minderungsverpflichtungen anrechenbar sein. CDM und JI müssen weiter möglich sein. Den Vorschlägen der Kommission, diese Instrumente ganz stark einzuschränken, widersprechen wir. Sie führen im Umkehrschluss nämlich zu weiteren Erhöhungen von Strom- und CO<sub>2</sub>-Preisen. Es gibt in der Europäischen Union Mitgliedstaaten, die ihre Klimaverpflichtungen, ihre Kioto-Ziele nicht besonders ernst nehmen. Auch hier muss man Druck machen. Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder die Vorreiterrolle einnehmen. Anderen europäischen Ländern darf hier kein Dispens erteilt werden. Last, but not least muss, damit wir auch in Zukunft Braunkohle und Steinkohle klimaverträglich nutzen können, sowohl europäisch als auch national die Gesetzgebung hinsichtlich CCS vorangetrieben werden. Wir wollen, dass Kohlekraftwerke mit Speicher- und Abscheidungsmöglichkeiten von CO<sub>2</sub> in Deutschland zumindest erprobt werden. Wir wollen diesen Weg gern gehen. Aber dazu brauchen wir sowohl in der Europäischen Union als auch national eine klare Gesetzgebung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, Sie stehen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche wie gewohnt vor großen Herausforderungen und vor sehr schwierigen Verhandlungen. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass Sie diese immer gemeistert haben. Wir wünschen Ihnen auch diesmal eine glückliche Hand und viel Erfolg. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jürgen Trittin ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):



Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Merkel, ich stimme Ihnen ja zu: Klimakrise, Finanzmarktkrise, Rohstoffkrise – all das wird sich nur gemeinsam mit einem handlungsfähigen Europa lösen lassen. Aber was machen Sie hier als Erstes in Ihrer Regierungserklärung? Sie beschwerten sich darüber, dass Sie Probleme mit der Notifizierung Ihres Bankensicherungskonzepts bei der Kommission haben. Ich sage Ihnen: Diese Probleme sind hausgemacht. Sie sind nicht bei der Kommission abzuladen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Natürlich!)

Dass Sie heute vor einem Wettbewerbsproblem stehen, hat eine einfache Ursache. Sie haben in dieser Frage nicht auf Friedrich Merz gehört. Er hat Ihnen auf dem Parteitag gesagt: Es geht nicht, dass sich die Banken selber aussuchen, wer unter den Schutzschirm geht. Hier bedarf es – ich zitiere Friedrich Merz – des gesetzlichen Zwanges. Genau das wäre richtig gewesen. Weil Sie das falsch gemacht haben, haben Sie jetzt Probleme in der Europäischen Union.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sich wundern, dass ich Herrn Merz zitiere. Er hat natürlich nur in dem einen Fall recht. Selbstverständlich haben er und auch Sie, lieber Herr Westerwelle, unrecht, wenn Sie sagen, dass man in dieser Situation etwas durch Steuersenkungen erreichen könnte. Was würde denn passieren, wenn man die Einkommensteuer jetzt senken würde? Sie würden sich doch nicht noch eine schwarz-gelbe Krawatte kaufen; und selbst wenn doch, würde uns das nicht aus der Wirtschaftskrise herausführen, Herr Westerwelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber schön ist sie!)

– Schön ist sie. – Das würde uns aber wirtschaftspolitisch nicht weiterhelfen. Sie würden von dem zusätzlichen Geld wahrscheinlich Pfandbriefe kaufen bzw. es entsprechend anlegen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Was hieße das? Die Sparquote würde weiter nach oben gehen. Das wäre konjunkturpolitisch kontraproduktiv und sozial ungerecht. Deswegen ist es falsch, Steuersenkungen zu fordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Aber es lohnt, sich gelegentlich anzusehen, was die Kommission in ihrem Paket gefordert hat. Sie hat nicht allgemeine Steuersenkungen gefordert, sondern sie hat erhöhte Transferzahlungen an Arbeitslose und Haushalte mit niedrigen Einkommen gefordert. Sie hat niedrigere Sozialabgaben gefordert. Frau Bundeskanzlerin, ich frage Sie: Wo bleibt denn die angemessene Erhöhung des Arbeitslosengeldes II? Das wäre vernünftig und sozial gerecht; übrigens auch aus europäischer Perspektive.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie steht es um die Einführung eines Mindestlohns wie in Großbritannien, in den Niederlanden und in Frankreich? Stattdessen können wir heute Morgen in den

Zeitungen lesen, dass die Zahl der Aufstocker in Deutschland um rund 40 Prozent gestiegen ist. Das ist ein Skandal. Das zeigt, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, was man in einer Abschwungphase wirtschaftspolitisch tun muss: Man muss die Kaufkraft derjenigen stärken, die wenig haben, und darf nicht einfach nur abwarten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein anderes Gegenbeispiel zu der Forderung nach Steuersenkungen: Fast ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande zahlt keine oder kaum Einkommensteuer, aber es werden ab dem ersten Euro, der für ihre Beschäftigung ausgegeben wird, 40 Cent Sozialversicherungsbeiträge fällig. Das schmälert das Netto vom Brutto, lieber Herr Westerwelle, und zwar in einem Ausmaß, wie Sie es sich bei der von Ihnen beklagten sogenannten kalten Progression überhaupt nicht vorstellen können. Deswegen sage ich: Es ist höchste Zeit, im Interesse der Bezieher kleiner Einkommen eine Progression bei den Sozialversicherungsbeiträgen einzuführen und endlich dafür zu sorgen, dass diese Menschen mehr Netto vom Brutto behalten können. Das würde in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir in der gegenwärtigen Situation einer sich abzeichnenden Rezession brauchen, sind massive Investitionen in soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung; wir nennen das einen „Green New Deal“.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Was heißt das denn auf Deutsch? – Zurufe von der SPD)

Dazu sagt Frau Merkel: Selbstverständlich  
(Zurufe von der CDU/CSU)

– seien Sie doch ruhig, wenn ich die Kanzlerin zitiere; das sollte Sie eigentlich freuen –, wir stehen zu unseren Klimaschutzzielen. Sehen wir uns einmal an, was in letzter Zeit passiert ist: Aus der Vorreiterrolle beim Klimaschutz, die Deutschland unter Klaus Töpfer innehatte, ist heute eine Bremserrolle geworden.

(Katherina Reiche [Potsdam] [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wie bitte?)

Im Jahre 1998 haben Sie, Frau Merkel, als Bundesumweltministerin mit Herrn Piëch eine Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung lautete: Die deutsche Autoindustrie sorgt dafür, dass die Fahrzeuge bis zum Jahre 2008 im Durchschnitt nur noch 140 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen. Im Jahre 2008 hat die deutsche Autoindustrie einen durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 170 Gramm pro Kilometer erreicht. Der europäische Durchschnitt hingegen liegt bei 160 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilometer.

In Anbetracht dessen hat die Kommission gesagt: Das Versprechen, diese Werte bis 2008 zu erreichen, das man Frau Merkel gegeben hat, wurde nicht eingehalten.

Wenn die Autoindustrie auch das Versprechen bezüglich der Werte, die sie bis 2012 erreichen will, das Sie Frau Merkel nun gegeben hat, nicht einhält, dann müssen Sanktionen verhängt werden. Wie dankt Frau Merkel der Kommission, dass sie sich dafür einsetzt, dass ihre

Worte ernst genommen werden? Sie tut alles, um genau dies zu verhindern.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Sie hat alles getan, um die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie an dieser Stelle zu unterlaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Ich habe mir einmal angesehen, was bei den Verhandlungen über das Maßnahmenpaket herausgekommen ist.

Ich greife jetzt bewusst nicht auf die Zahlen von Greenpeace zurück, sondern, liebe Frau Reiche, auf die Zahlen der holländischen Regierung; dort regiert eine ähnliche Koalition wie hier. Die holländische Regierung hat ausgerechnet, was das Maßnahmenpaket, das in der Nacht auf Montag verabschiedet worden ist, in Wirklichkeit bringt. Die Maßnahmen dieses Pakets bedeuten zusammengenommen, dass sich die Autoindustrie bis 2012 einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 160 Gramm pro Kilometer erlauben darf, ohne dass eine Sanktion erfolgt. Verfolgt man den vereinbarten Pfad weiter, so landet man erst im Jahre 2015 bei einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 140 Gramm pro Kilometer. Liebe Frau Reiche, das ist genau der Wert, den die Autoindustrie schon im Jahre 2008 zu erreichen versprochen hatte. Das ist kein Klimaschutz. Das ist schlicht und ergreifend ein Skandal. Das ist auch kein Kompromiss. Das, was Sie hier vereinbart haben, ist ein Kotau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich setze meine Aufzählung fort. Schauen wir uns an, was beim Emissionshandel geschieht. Liebe Frau Merkel, ich will gerne konzedieren, dass Sie nicht ganz so kurzsichtig sind wie Herr Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen, der ja glaubt, es sei eine Konjunkturmaßnahme, Kohlekraftwerke zu bauen. Dazu kann ich nur sagen: Auch in Nordrhein-Westfalen braucht man vom Bauantrag bis zur Realisierung fünf Jahre. Das, was Herr Rüttgers vorschlägt, bedeutet also mit anderen Worten: In fünf Jahren kümmern wir uns dann um die Rezession. Sind Sie aber wirklich so viel klüger als Herr Rüttgers? Schauen wir uns einmal die Position Deutschlands im Hinblick auf den Emissionshandel an. Sie wollen, dass 90 Prozent der Industrie außerhalb der Stromerzeugung von der Versteigerung der Emissionszertifikate ausgenommen werden. Das ist unklug, weil nur die Bereiche getroffen werden, die keinem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Es ist aber auch unklug, weil Sie damit ausschließlich die Rohstoffintensität zum Maßstab machen und nicht mehr die Wettbewerbsfähigkeit. Im Ergebnis heißt das nämlich, dass Sie kein Geld zur Verfügung haben werden, mit dem Sie wirklich helfen könnten, wettbewerbsverzerrende Zusatzkosten für bestimmte Industriezweige aufzufangen. Was heißt das zusätzlich? Wenn Sie tatsächlich die gesamte Industrie in Europa außerhalb der Stromerzeugung vom Emissionshandelssystem samt Versteigerung ausnehmen, dann ist das ein Anschlag auf den internationalen Klimaschutz. Ich will Ihnen auch gerne erläutern, warum.

In den USA wird gerade darüber debattiert, ob man dort ein Emissionshandelssystem einführt. Was werden denn die amerikanischen Lobbyisten sagen, wenn sie sehen, dass in Europa die gesamte Industrie in Sachen Klimaschutz nichts tun muss?

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Sie werden sagen: Dann unsere Industrie auch nicht!

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Jetzt komme ich aber zum nächsten Schritt. Wir alle wissen, dass es ein Klimaabkommen nur zusammen mit den USA, mit Indien und China geben wird. Was glauben Sie denn, wie gut Ihre Verhandlungsposition ist, liebe Frau Merkel, wenn Sie Indien und China erklären wollen, diese brauchten sektorale Ziele für ihre Stahlindustrie, aber die eigene Stahlindustrie werde vom Klimaschutz komplett ausgenommen? Das wird nicht funktionieren. Deswegen haben Sie hier gerade einen Anschlag auf den internationalen Klimaschutz vor. Das ist kein Schritt nach vorne.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN und der LINKEN -

Zuruf: So ein Schwachsinn!)

- Wo ich gerade das Wort „Schwachsinn“ aus dem Publikum höre, will ich das gerne aufnehmen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein, das waren wir nicht!)

- Ich habe Sie nicht gemeint, Herr Westerwelle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber Sie haben auf mich gezeigt!)

- Das war weiter hinten. Entschuldigen Sie, ich weiß, dass Sie ein Mensch gepflegter Umgangsformen sind.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das war auch nicht aus dem Publikum, sondern aus dem Plenum!)

- Gut, dann war es aus dem Plenum, lieber Herr Kauder.

Damit komme ich zu den Baden-Württembergern. Frau Merkel, Sie haben von Herrn Oettinger auf dem CDUParteitag einen Fischertechnik-Baukasten bekommen, mit dem man mithilfe von Windrädern, Biomasse und Fotovoltaik Energie erzeugen kann. Das zeigt in ganz zugespitzter Form die energiepolitische Kompetenz der Union. Ich stelle mir diese so vor: Da sitzt spätabends der Günther Oettinger im Lichte der Grundlast von Neckarwestheim

(Heiterkeit des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE  
LINKE])

und bastelt ein Modellwindrad, während er tagsüber alle Windparks in Baden-Württemberg mit bürokratischen Auflagen verhindert und nichts anderes zu tun hat, als von morgens bis abends eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zur Vermehrung des Atommülls zu fordern. Das ist kein Klimaschutz. Das ist keine Bewahrung der Schöpfung. Das ist einfach Bigotterie.

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der  
SPD und der LINKEN)

Wenn Sie in dieser schwierigen Situation etwas machen wollen, dann müssen Sie investieren. Ich frage Sie:

Wo bleibt eigentlich der 3-Milliarden-Euro-Effizienzfonds für unsere Industrien, damit sie tatsächlich wettbewerbsfähiger

werden? Wo bleibt die 1 Milliarde Euro  
zusätzlich - ich betone: zusätzlich - für die Gebäudesanierung?  
Das hilft nicht nur den Handwerkern. Das  
hilft auch und gerade BASF, die jetzt 20 Produktionsstandorte  
stilllegen müssen; denn sie profitieren von einem  
solchen Programm. Wo bleiben die 750 Millionen  
Euro für neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die  
uns tatsächlich von den von Ihnen angesprochenen Gasimporten,  
liebe Frau Reiche, unabhängiger machen und  
gerade auch dem Mittelstand an dieser Stelle Beschäftigung  
bringen würden?

An all diesen Punkten tun Sie nichts. Sie verweigern  
sich vernünftigen Investitionen in diesem Bereich. Stattdessen  
schmeißen Sie dem Porschefahrer 500 Euro Kfz-  
Steuern hinterher. Nein, Frau Merkel, Sie schwimmen in  
dieser Frage nicht gegen den Strom. Schlimmer: Sie haben  
sich darauf beschränkt, sich auf den Beifahrersitz  
von Herrn Wiedeking zu setzen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das ist keine Klimapolitik. Das ist auch keine Wettbewerbspolitik.  
Das ist in einer solchen Krise schlicht und  
ergreifend unverantwortlich.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Axel Schäfer für die  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir  
haben in der bisherigen Debatte überwiegend gehört,  
was an wichtigen Sachthemen ansteht. Wir müssen hier  
aber auch über das reden, was institutionell ansteht, damit  
die Europäische Union überhaupt in der Lage ist,  
diese Sachfragen auch im 21. Jahrhundert zu lösen. Deshalb,  
liebe Frau Bundeskanzlerin, lieber Herr Bundesaußenminister,  
(Zuruf von der FDP: Der Außenminister ist  
nicht da!)

bitte ich Sie, bei dem Gipfel einfach Fragen zu stellen.

Fragen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen:

Haben wir uns vor zehn Jahren gemeinsam auf den  
Weg gemacht, diese Europäische Union für das 21. Jahrhundert  
handlungsfähig zu machen?

Haben wir einen Konvent ins Leben gerufen, auf dem  
wir eine öffentliche Debatte, getragen von den Parlamentariern,  
verbunden mit Lösungen, in Gang gesetzt  
haben, die wichtige Ergebnisse gezeigt hat?

Haben die Organisationen der Zivilgesellschaft insgesamt  
1 200 Vorschläge für das künftige gemeinsame Europa  
gemacht?

Haben wir in der deutschen Ratspräsidentschaft eine  
Erklärung abgegeben, die lautet: „Wir werden diesen  
Weg gemeinsam beibehalten, um zu Lösungen zu kommen“?

Hat in vier Referenden innerhalb der Europäischen  
Union die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine  
entsprechende Verfasstheit und nur die Minderheit gegen  
eine solche Verfasstheit gestimmt?

Haben wir mittlerweile in insgesamt 54 Regierungsentscheidungen  
und insgesamt 84 Ratifizierungen in

Parlamenten ein Ja für diesen neuen Vertrag bekommen?  
Haben die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mehrheit,  
und zwar in allen 27 Mitgliedstaaten ebenso wie in den  
Staaten, die beitreten wollen, eine positive Erwartung an  
die Europäische Union?

Haben wir jetzt zum ersten Mal die Chance, dass die  
Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen von direkter  
Demokratie in Europa mitentscheiden können? Auf  
diese Fragen, liebe Frau Bundeskanzlerin, müssen wir  
und müssen auch Ihre Kolleginnen und Kollegen jedes  
Mal mit Ja antworten: Ja, wir haben uns dazu verpflichtet.  
„Verpflichtung“ heißt, dass wir daraus auch die Konsequenzen  
ziehen müssen; denn Glaubwürdigkeit  
macht ja aus, dass, nachdem man etwas vereinbart hat,  
jeder in seiner Verantwortung und jeder in seinem Land  
auch so handelt. Darum wird es bei diesem Gipfel gehen.  
(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wann  
kommt das heute?)

Wenn diese Frage am 11. und 12. Dezember ansteht,  
dann müssen wir auch ein Stückchen die K-Fragen beantworten,  
die da lauten: Werden die Präsidenten, die die  
Verträge inklusive der Verfassung selbst mit ausgearbeitet  
haben, zu ihrer Verpflichtung stehen - dabei geht es  
nicht nur um Politik; das ist auch eine Frage von Moral  
und Anstand - und, nachdem die parlamentarische Ratifizierung  
gelingen ist, in ihrem Land alles tun, um diesen  
Prozess auch abzuschließen? Ich nenne hier bewusst  
die Herren Klaus und Kaczynski. Das Verhalten, das  
sie angekündigt haben, ist sowohl aus europäischer Sicht  
wie aus der Sicht der Parlamentarier in ihren Staaten, in  
Tschechien und in Polen, nicht akzeptabel, und das sollten  
wir hier auch deutlich benennen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer  
Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir  
als Parlamentarier haben kein Anrecht darauf, uns dazu  
zu äußern, was das Bundesverfassungsgericht entscheiden  
möge; aber wir als Verfassungsorgan haben einen  
Anspruch darauf, dass das Bundesverfassungsgericht  
entscheidet. Ich sage sehr vorsichtig, bei allem  
notwendigen Respekt vor Karlsruhe: Wir erwarten, dass  
es zu einer Entscheidung über die Klagen kommt, dass  
wir als Bundestag bald die Möglichkeit haben, uns zu  
äußern. Es kann nicht sein, dass wir in eine Spielsituation  
wie bei Maastricht kommen: Auf der einen Seite  
sagt man, wie in Tschechien und in Polen: „Wir warten  
ab, bis die Ratifizierung abgeschlossen ist“, und auf der  
anderen Seite sagt man: „Wieso sollen wir in Karlsruhe  
verhandeln, bevor es nicht in allen Staaten zu einem Ja  
gekommen ist“? In diese Situation dürfen wir in  
Deutschland nicht geraten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer  
Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil es um die Verantwortung jedes einzelnen Landes,  
damit auch jeder Politikerin und jedes Politikers  
geht, sage ich ferner: Verantwortung muss wahrgenommen  
werden.

Das heißt auch für Irland: Mut statt Kleinmut.  
Wir haben zu Recht erwartet, dass die Staats- und  
Regierungschefs von Ländern, die sich der Europäischen

Union nähern wollen - ich nenne das Beispiel  
Serbien - und von denen wir, damit sie europafähig  
werden, fordern, dass sie sich verändern und demokratisieren,  
ihren Kopf auf den Richtblock legen mit der  
Botschaft: Stimmt für Europa, oder wir als politisch  
Verantwortliche scheitern! Das ist eine verdammt  
ernste Sache. Für dieses Europa ist ein wundervoller  
Regierungschef - Herr Djindjic - gestorben, weil die  
Nationalisten das so nicht wollten. Jetzt gibt es einen  
ebenso wunderbaren Staatschef, der sein Amt damit verbunden  
hat, dass es weiter in Richtung Stabilitäts- und  
Assoziationspakt geht.

Wir sollten deshalb die irische Regierung bitten,  
dass auch dort bei der anstehenden Entscheidung klargemacht  
wird, dass es nicht mehr bloß um die Frage Ja  
oder Nein oder um die eigenen nationalen Interessen  
geht. Diese müssen natürlich gewahrt bleiben, und so  
wäre es gut, wenn es dort zu einer Erklärung kommt, die  
bei den Themen Verteidigungsbündnis, Abtreibung und  
Steuererhöhung Klarheit schafft. Das alles ist in Ordnung,  
was Europa anbelangt. Aber letztendlich geht es  
dort um folgende Frage: Können wir Iren uns so, wie wir  
es zugesagt haben und wie es auch die Mehrheit unserer  
Parlamentarier gewollt hat, an diesem gemeinsamen Europa  
des 21. Jahrhunderts beteiligen, oder lassen wir dieses  
gemeinsame Europa des 21. Jahrhunderts scheitern?  
Ich sage deshalb in vollem Respekt vor der nationalen  
Souveränität: Die Entscheidung, die mit dem Referendum  
2009 in Irland ansteht, muss eine Entscheidung mit  
Konsequenzen sein.

In Anlehnung an das, was der britische Premier  
Harold Wilson in einer vergleichbaren dramatischen Situation  
für sein Land und seine gespaltene eigene Partei  
gemacht hat, bitte ich deshalb den irischen Präsidenten  
sehr eindringlich: Lassen Sie darüber abstimmen, ob der  
Lissabon-Vertrag mit dem ratifiziert werden soll, was  
noch an zusätzlichen Erklärungen nötig ist, aber verweisen  
Sie zugleich auch auf die Konsequenz zu einem Nein  
zu Lissabon, nämlich Austritt aus der Europäischen  
Union. Es gibt zu der Fragestellung und den Konsequenzen  
keine Alternative mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Würde diese Konsequenz nicht einbezogen, hieße das,  
142 parlamentarische Entscheidungen in 27 Mitgliedstaaten  
würden durch ein einziges Votum zunichte gemacht.  
Alle Debatten, die gesamte Arbeit, alle gemeinsamen  
Anstrengungen von zehn Jahren wären für die  
Katz. Das können wir uns nicht erlauben. Die Geschichte  
wartet nicht.

Wir brauchen ein handlungsfähiges Europa für das  
21. Jahrhundert. Deshalb brauchen wir einen gemeinsamen  
Erfolg auf dem Gipfel, und wir brauchen auch einen  
Erfolg bei dem Referendum in Irland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort der Kollege  
Dr. Daniel Volk.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Daniel Volk (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Europas Wirtschaft gerät zunehmend in Turbulenzen.  
Unser Haus Europa ist selbst ein Opfer der Finanzkrise  
geworden. Aber es gibt auch Hoffnung und  
Zuversicht der Europäer in der Krise.  
Zum einen hat die Europäische Zentralbank in einem  
kritischen Moment verantwortungsvoll gehandelt.  
Sie hat Augenmaß und Besonnenheit gezeigt und die  
Zinsen im richtigen Moment gesenkt. Der Euro hat sich  
in der Krise als Stabilitätsanker bewährt. Ohne die gemeinsame  
europäische Währung hätte die Finanzkrise  
schnell zu einer Währungskrise werden können. Kein  
EU-Mitgliedstaat wäre in der Lage, die Krise alleine  
wirksam zu meistern.

(Beifall bei der FDP)

Die Europäische Union hat in der Krise erheblich an  
Popularität gewonnen. Selbst in Irland. Nutzen wir diese  
Chance, um endlich den dringend benötigten Lissabon-  
Vertrag umzusetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Zum anderen hat die Europäische Kommission zur  
Bewältigung der Krise einen Werkzeugkasten zusammengestellt.  
Es ist ein Mix aus koordinierten nationalen  
und europäischen Maßnahmen, die kurzfristig Arbeitsplätze  
und Wettbewerbsfähigkeit sichern sollen. Die  
Kommission – sonst zu Recht Befürworterin niedriger  
Staatsdefizite – plädiert für Steuersenkungen, um den  
Konsum zu stützen. Bei einer Steuerentlastung mag es  
um riesige Summen gehen. Doch eine tiefe Rezession  
wäre für den Staat wesentlich teurer: Wenn das Wirtschaftswachstum  
einbricht, sinken die Steuereinnahmen  
überproportional.

(Beifall bei der FDP)

Was aber macht die Bundesregierung? In einem mutigen  
Schritt veranlasst sie, dass die Steuervorschläge von  
der Tagesordnung des Europäischen Rates genommen  
werden.

(Zuruf von der FDP: Pfui!)

„Madame No“ nannte der Spiegel diese Woche Sie, Frau  
Bundeskanzlerin, und traf damit den Nagel auf den  
Kopf; denn seit vorgestern darf über Steuersenkungen  
nicht einmal mehr diskutiert werden!

Da Weihnachten näher rückt, darf auch ich einmal einen  
Wunsch äußern. Ich wünsche mir, dass Sie tatsächlich  
auf ein ordnungspolitisches Gewissen in Ihrer Partei hören.  
Keinesfalls darf die Unabhängigkeit der Europäischen  
Zentralbank angetastet werden. Hände weg von  
Protektionismus, von Abschottungspolitik oder Subventionswettbewerb  
zwischen den EU-Staaten.

(Beifall bei der FDP)

Am Stabilitätspakt und an den Maastricht-Kriterien  
muss festgehalten werden. Hören Sie auch auf ein ordnungspolitisches  
Gewissen, das Ihnen ein rettendes Konjunkturpaket  
zimmert. Bei aller Kontroverse – fangen  
Sie damit bitte sofort an! Denn in erster Linie muss ein  
Konjunkturpaket schnell wirken. Deshalb ist es höchst  
gefährlich, was diese Bundesregierung gerade macht.  
Sie reden davon, dass frühestens in einem Jahr eine  
große Steuerreform mit echten Entlastungen für Bürger



und Unternehmen möglich sei. Es ist verantwortungslos, die rettende Medizin erst dann zu geben, wenn der Patient schon ins Koma gefallen ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen von den Steuererhöhungsparteien:

(Widerspruch bei der SPD)

Kehren Sie jetzt um zur wirtschaftspolitischen Vernunft!

Senken Sie jetzt die Steuern!

(Beifall bei der FDP)

Es gibt noch zwei weitere elementare Punkte, die ein gutes Konjunkturpaket auszeichnen: Es muss zielgerichtet und groß genug sein, um zu wirken. Ihre Antwort auf diese ökonomische Tatsache ist der 15-Pünktchen-Plan, ein Sammelsurium aus kleinen Geldgaben, die sich kaum zu einem spürbaren Impuls addieren werden. Bei vielen Einzelpunkten ist zudem nicht einmal abzusehen, ob sie überhaupt Wirkung zeigen. Hier ein bisschen Rabatt beim Autokauf, da minimal verbesserte Abschreibebedingungen, ein bisschen berufsbegleitende Weiterbildung und auch noch etwas für das Klima.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Und was ist mit den Steuern?)

Ich sage Ihnen: Dieses Kleckerprogramm wird weder das Wachstum anregen noch Arbeitsplätze retten und schon gar nicht die große Krise verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Den Unternehmen fehlen bereits jetzt die Aufträge. Deshalb wollen die Menschen in diesem Land, dass Sie jetzt nicht schweigen oder sie in die Zukunft verträsten, sondern dass Sie beherzt handeln.

(Beifall bei der FDP)

Wenn diese Bundesregierung die Frage, ob sie der Krise gewachsen ist, eindeutig beantworten will, dann muss sie jetzt handeln. Frau Bundeskanzlerin, beenden Sie Ihr Schweigen und beantworten Sie die Frage, wie Deutschland als führende Exportnation eine führende Rolle bei der internationalen Krisenbekämpfung spielen wird. Nur eine ordentliche Koordinierung und Abstimmung der nationalen Anstrengungen zwischen den EUPartnern kann der richtige Ansatz zur Bewältigung der Krise sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Volk, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag, verbunden mit allen guten Wünschen für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Beifall)

Wenn es Ihnen auch in Zukunft gelingen sollte, Ihre Redezeit so punktgenau wie heute auszufüllen, werden Sie schnell zu einem der seltenen Lieblinge der amtierenden Präsidenten werden.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Wir sind bereits ein Talentschuppen!)

Nun hat das Wort der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darin einig, dass wir zügig reagieren müssen,

um langfristigen volkswirtschaftlichen Schaden durch die Finanzmarktkrise abzuwenden. Wir sind uns sicherlich auch darin einig, dass wir innerhalb der Europäischen Union koordiniert vorgehen müssen. Aber nicht nur Geschwindigkeit, sondern auch Sorgfalt ist gefragt. Ich kann mich erinnern, dass sich vor nicht allzu langer Zeit ganze Fraktionsvorstände in unserem Haus mit nur einstelligen Millionenbeträgen auseinandergesetzt haben. Nun schmeißen wir seit einigen Wochen mit dreistelligen Milliardenbeträgen nur so um uns. Wir haben uns als Politiker insoweit gewaltig „verbessert“. Deswegen meine ich, dass nun sehr sorgfältig abgewogen werden muss, wie wir vorgehen wollen. Ich rate dazu, nicht gewissen Versuchungen der Camouflage durch die Europäische Kommission zu erliegen.

Das EU-Konjunkturpaket wird nicht von der Europäischen Union, sondern zu Recht in erster Linie von den Mitgliedstaaten getragen. Von den im Paket vorgesehenen 200 Milliarden Euro sollen 170 Milliarden Euro durch die Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Es ist wichtig, zu betonen, dass es nicht auf den Umfang, sondern auf die Wirksamkeit der Maßnahmen, die nun durchgeführt werden sollen, entscheidend ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist notwendig, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Hauptlast dieses Pakets schultern und die Freiheit haben, nach ihren eigenen Vorstellungen vorzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn auch hier geht es um das Prinzip der Subsidiarität. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union höchst unterschiedlich. Deswegen müssen auch die Instrumente unterschiedlich sein, mit denen die einzelnen Mitgliedstaaten auf diese Krise reagieren. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der zweite Punkt betreffend die Camouflage der Kommission: Wir sollten uns allen Versuchen widersetzen, nun europäische Vorgaben dafür zu machen, wie viel Geld für welche Projekte eingesetzt werden soll. Wir brauchen keine Wirtschaftsregierung der Europäischen Union durch die Hintertür, auch wenn manche unserer Partner in der Europäischen Union, insbesondere die Franzosen, sie gerne möchten. Im Gegenteil: Es ist notwendig, dass wir uns den gesunden Wettbewerb erhalten. Nur dann können die Mitgliedstaaten ganz unterschiedlich reagieren. Es mag sein, dass Maßnahmen, die in Deutschland weniger wirksam wären, in Frankreich eine ganz andere Wirksamkeit entfalten, oder umgekehrt. Den gesunden Wettstreit um Instrumente und Ideen sollten wir uns erhalten.

Der dritte Punkt zum Vorgehen der Kommission: Ich betrachte mit Sorge, dass die Kommission versucht, unter dem Deckmantel des Konjunkturpakets die geltende Finanzielle Vorausschau erneut aufzubrechen. Wir brauchen keine Zweckentfremdung der EU-Mittel, keine EU-Steuern und keine Aufweichung des Verbots, Kredite in der Europäischen Union aufzunehmen. Wir sollten an dem bewährten Finanzsystem festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Kommission ist erst vor kurzem - ich meine: zu Recht - damit gescheitert, ungenutzte Mittel aus dem Agrarhaushalt für Nahrungsmittelhilfen umzuwidmen. Sie hat erneut vorgeschlagen, nicht abgerufene Mittel in den Jahren 2009 und 2010 - das sind insgesamt 5 Milliarden Euro - für zusätzliche Investitionen aufzuwenden. Es wäre richtig, daran festzuhalten, was wir bei dem Navigationssystem Galileo beschlossen haben, nämlich nicht erneut die Finanzielle Vorausschau zu ändern. Dabei soll es bleiben. Ich sehe mit Interesse, Herr Bundesfinanzminister, dass sich der Ecofin-Rat offenbar darauf verständigt hat. Ich hoffe, dass auch der Europäische Rat diese Linie weiterverfolgen wird. Die Kommission sollte sich jedenfalls in dieser Krise nicht zum Trittbrettfahrer machen und einen eigenen Vorteil suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich begrüße, dass die Kommission Vorschläge aus der hochrangigen Gruppe zum Bürokratieabbau unter Leitung von Edmund Stoiber aufgreift. Das sind Maßnahmen, die Wirksamkeit entfalten können, ohne viel Geld zu kosten, ohne dass es notwendig wäre, Finanzmittel aufzustocken oder umzuschichten. Nun ist die Zeit, im Rahmen des Konjunkturpakets die konkreten Maßnahmen anzugehen, die diese hochrangige Gruppe vorgeschlagen hat. Die Kommission muss jetzt konkret werden, um das Ziel, bis 2012 die bürokratischen Verwaltungslasten um 25 Prozent zu verringern, zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen sehr darauf achten, dass die aktuelle Finanzmarktkrise nicht zum Vorwand genommen wird, um bewährte Grundsätze unserer europäischen Politik über Bord zu werfen. Die Sicherung der Währungsstabilität bleibt ein wichtiges Anliegen. Wir können doch jetzt nicht aus kurzfristigem Interesse den Stabilitäts- und Wachstumspakt so aufschnüren, dass die langfristige Wirksamkeit der Schuldenregeln infrage gestellt wird. Wir dürfen diesen Stabilitätspakt nicht aushöhlen, und wir dürfen die Stabilität des Euro nicht gefährden; denn die Stabilität der Währung ist der Schutz des kleinen Mannes in der Krise. Daran müssen wir festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass in dieser Diskussion mehrfach vor einem Subventionswettbewerb gewarnt worden ist. Ich glaube, auch das ist wichtig. Es ist Aufgabe der Kommission, den Wettbewerb im Binnenmarkt sicherzustellen.

Dieser Aufgabe muss die Kommission als Hüterin der Verträge gerecht werden. Sie darf keinem Wettbewerb der Subventionen Vorschub leisten.

Zum Klima- und Umweltpaket ist heute schon viel gesagt worden. Ich teile die Einschätzung, dass wir zu einer gerechten Lastenverteilung kommen müssen und nicht knallharte wirtschaftliche Interessen unter dem Vorwand des Klimaschutzes durchgehen lassen dürfen.

Was den Emissionshandel angeht, so macht es keinen Sinn, dass wir energieintensive Branchen bei uns wettbewerbsunfähig machen. Das schützt keine Arbeitsplätze, und das schützt vor allem auch nicht das Klima, sondern das dient den nationalen Interessen einiger weniger. Deswegen ist es notwendig, dass dieser Emissionshandel

so gestaltet wird, dass wir nicht zu einer Vollauktionierung kommen, sondern dass wir ein Phasingin machen, insbesondere für die deutsche Energiewirtschaft. (Beifall bei der CDU/CSU – Frank Schwabe [SPD]: Aha!)

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Emissionshandel darauf hinweisen, dass die Kommission den Versuch unternimmt, sich eine eigene Einnahmequelle aus den Erträgen des Emissionszertifikatehandels zu erschließen, die keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegt, auch nicht einer Kontrolle durch unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament. Es wäre vorzuziehen, wenn die Erträge aus dem Emissionszertifikatehandel nicht der Kommission zur Verfügung gestellt würden, sondern an die Mitgliedstaaten zurückfließen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir können uns gerne darauf verständigen, dass Einnahmen aus dem Emissionshandel auch für Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes verwendet werden müssen, aber die Einnahmen sollen an die Mitgliedstaaten zurückfließen. Auch hier warne ich vor einer Camouflage der Kommission.

Was die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Neuwagen angeht, so glaube ich, dass es notwendig ist zu sehen, dass der Bedarf an Veränderung und Modernisierung in der Automobilindustrie nicht durch die Finanzkrise verursacht worden ist, wohl aber durch diese Finanzkrise beschleunigt wird. Aber wir dürfen bei allen Hilfen, die wir gewähren, nicht dazu beitragen, dass wir aus den Staatshilfen eine dauerhafte Einrichtung für Autohersteller machen. Ich glaube aber auch, dass es wichtig ist, dass wir jetzt nicht zu einer einseitigen Benachteiligung von Herstellern von Premiumautomobilen kommen. Wir alle wissen, dass der technische Fortschritt in der Automobilindustrie gerade von den Herstellern ausgeht, die Premiumautomobile produzieren. Deswegen müssen alle, die ein Interesse an Klimaschutz und an Modernisierung in diesem Bereich haben, darauf achten, dass sie diese technologische Führerschaft nicht unterminieren. Lassen Sie mich einige Worte zum Vertrag von Lissabon sagen. In Irland hat ein Unterausschuss einen Bericht vorgelegt, der zu dem Ergebnis kommt, dass nach der irischen Verfassung ein zweites Referendum möglich ist. Ob die Iren dieses Vorgehen wählen, müssen sie selbst entscheiden. Sie werden möglicherweise bei dem im Dezember anstehenden Europäischen Rat ihre nächsten Schritte darlegen und mit den Partnern der Europäischen Union erörtern. Ich glaube aber auch, dass es notwendig ist zu sehen, dass trotz jüngster Umfragen eine Mehrheit in der irischen Bevölkerung für den Vertrag von Lissabon keineswegs als gesichert angesehen werden kann.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Deswegen meine ich: Wir müssen sehr ernsthaft fragen, was man jetzt tun kann, um irische Bedenken aufzugreifen. Es gibt offenbar eine weitverbreitete Sorge, dass irische Kerninteressen nicht berücksichtigt werden könnten und sich die Europäische Union darüber hinwegsetzen

könnte. Ich habe bei meinem Besuch in Irland vor wenigen Wochen hohe Aufmerksamkeit für meine Schilderung gefunden, wie wir im Parlament die Rolle des Deutschen Bundestages und des Bundesrates bei der Befassung mit europäischen Angelegenheiten gestärkt haben. Ich glaube, dass das durchaus ein Modell wäre, das auch in anderen Parlamenten, gerade in Irland, funktionieren könnte. Wenn wir zeigen, dass das nationale Parlament das Forum ist, wo die Begleitung europäischer Prozesse erfolgt, dass wir damit nationale Interessen auf die europapolitische Agenda setzen können und diese durch die eigene Regierung in der Europäischen Union vortragen lassen können, dann kann das insgesamt die Akzeptanz der europäischen Politik stärken. Ich möchte etwas zu dem Vorschlag, die Kommission neu zu ordnen, sagen. Es gibt einen gewaltigen Drang, dahin zurückzukehren, dass jeder Mitgliedstaat einen eigenen Kommissar hat. Ich kann dem Vorschlag einiges abgewinnen, so etwas wie stellvertretende Kommissare einzuführen - unsere europäischen Kollegen sprechen gern von „Juniorkommissaren“; das klingt mir ein bisschen zu sehr nach Ausbildungsbedürftigkeit -, die zwar kein eigenes Ressort, aber in der Kommission ein volles Stimmrecht haben. Das ist ein diskussionswürdiges Projekt. Ich darf darauf hinweisen, dass so etwas in der bayerischen Staatsregierung seit vielen Jahrzehnten gut funktioniert.

(Markus Löning [FDP]: Na denn!)

Dort gehören die Staatssekretäre dem Kabinett mit vollem Stimmrecht an. Es gibt also modellhafte Beispiele, die die Praktikabilität eines solchen Vorschlags belegen. Wenn diese Diskussion so geführt wird, müssen gerade wir Deutschen uns in Erinnerung rufen, dass wir einmal zwei Kommissare hatten und schon auf einen verzichtet haben. Wenn wir also dahin kommen sollten, dass wieder jeder Mitgliedstaat einen eigenen Kommissar bekommt - wenn auch nicht jeder mit einem eigenen Portfolio -, dann muss das Mindeste, was wir auf den Tisch legen, sein, dass eine Rotation nur unter den kleinen Mitgliedstaaten stattfindet, dass aber die großen Mitgliedstaaten einen ständigen Kommissar erhalten. Das sollte unser Anliegen sein.

Auch hier gibt es übrigens ein Modell, das bereits funktioniert, nämlich bei den Generalanwälten am Europäischen Gerichtshof. Auch dort haben die großen Mitgliedstaaten einen permanenten Generalanwalt, und auch dort findet bei der Vertretung der kleineren Mitgliedstaaten eine Rotation statt. Ich weiß wohl, dass man dazu eine Vertragsänderung brauchte. Wenn eine solche Diskussion, die auf einen Eingriff in das institutionelle Gefüge abzielt, geführt wird, dann müssen wir unsere Interessen sehr klar auf den Tisch legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Lassen Sie mich dazu ein Letztes sagen. Die Diskussion über die Zusammensetzung der Kommission wird gerade deshalb so heftig geführt, weil die Kommission die einzige Einrichtung ist, die überhaupt eine Initiative ergreifen darf. Deswegen wiederhole ich meine Kritik an diesem Initiativmonopol der Kommission: Dieses Monopol

ist überholt. Wir müssen diese Regelung überarbeiten. Wir müssen im Ergebnis dahin kommen, dass in Europa eine Initiative eingebracht werden kann, die parlamentarisch, von gewählten Vertretern des Volkes, und nicht nur von der Exekutive getragen ist. Dass das bisher nicht so ist, halte ich für einen der Webfehler in der Konstruktion der Europäischen Union. Dieser Fehler erklärt manche Diskussion, manche aktuelle Debatte erst. Wir müssen die Ursachen bekämpfen und nicht nur an den Symptomen herumdoktern.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Diether Dehm ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Verpflichtung auf den ‚unverfälschten Wettbewerb‘ im Lissabon-Vertrag stellt insgesamt die Öffentliche Daseinsvorsorge, den ‚demokratischen und sozialen Rechtsstaat‘ infrage.“

Das war ein Zitat vom Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, AfA, dort so mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich zitiere weiter: „Die AfA lehnt den Lissabon-Vertrag ab und fordert die Bundestagsabgeordneten der SPD auf, diesem Vertrag im Bundestag nicht zuzustimmen.“

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist Eure Stimme aus den Betrieben, lieber Axel Schäfer. Dieser Stimme zu folgen, ist besser, als Irland und andere indirekt mit der Rauswurfdrohung aus der EU zu erpressen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Der miserable Lissabon-Vertrag ermutigt den Europäischen Gerichtshof zu solchen Skandalurteilen wie dem Ruffert-Urteil,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: So ein Quatsch!)

das der niedersächsischen Landesregierung verbietet, Bauunternehmen Vorzug zu gewähren, die wenigstens ordentliche Tariflöhne zahlen. Ich verweise auch auf die unverschämten EuGH-Angriffe auf unser VW-Gesetz, also auf die Mitbestimmung bei VW, oder – so im Viking-Urteil geschehen – auf das Streikrecht in Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Darum fürchten Sie jede Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser. Aber die Europawahl am 7. Juni wird quasi zur Volksabstimmung gegen den Lissabon-Vertrag. Die Linke wird die einzige Wahl sein, auch für die Mitglieder der AfA in der SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

Barack Obama klotzt mit 2 Prozent des US-Bruttosozialprodukts für Arbeitsplätze und gegen die Finanzkrise.

So etwas dürften Sie beim EU-Stabilitätspakt gar nicht.

(Dirk Niebel [FDP]: Dann wandern Sie doch nach Amerika aus!)

Und so kleckern Sie mit „neu und netto“ 0,25 Prozent

hinterher.

Der oft von der NPD beklatschte Roland Koch sagte gestern, wir bräuchten keine weiteren Konjunkturanstrengungen. Koch, der Fachmann für schwarze Koffer, kennt nur Milliarden für Milliardäre, aber nicht für Millionen Arbeitnehmer.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Wir sind hier nicht auf einem Parteitag!)

Mit dem geltenden EU-Recht könnten Sie nicht einmal verhindern, dass Steuermilliarden für Opel in die USA abfließen.

(Dirk Niebel [FDP]: Oder SED-Vermögen nach Kuba!)

Das verbietet Ihnen Art. 56 des EG-Vertrages. Wir aber wollen ein EU-Recht, mit dem die Folgen der Krise nicht auf die Leiharbeiter, die Rentner, die Arbeiter bei Opel, die Studierenden und unsere Handwerksbetriebe abgewälzt werden. Diejenigen sollen Macht abgeben, die diesen Finanz-Tsunami aufgequollen haben: die Spekulationsfondsbesitzer und die Großbanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein neues EU-Recht, das dem Frieden Vorrang gibt vor Battle Groups und dem Aufrüstungszwang des Lissabon-Vertrags. Die Linke will ein neues EU-Recht, das dem Klimaschutz Vorrang gibt vor den Luxusklassen von BMW und Daimler,

(Beifall bei der LINKEN)

wo die Konzernchefs den Umweltmarkt verschlafen haben. Sie, Frau Merkel, haben sich vor dem EU-Rat und vor dem Klimagipfel in Poznan für die Luxuskarossen durchgesetzt,

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

ein Pyrrhussieg über das Polareis und die Alpengletscher, ein trauriger Sieg über die Nachgeborenen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Umweltministerin wollten Sie die 120 Gramm pro Kilometer bis 2005, die Sie jetzt als Kanzlerin ins Nirwana nach 2015 vertagen. Jetzt, wo es in den USA ein kleines grünes Licht fürs Klima gibt, schalten Sie die Ampel auf Schwarz-Rot. Sie sind keine große Europäerin, Frau Merkel. Sie sind eine Kanzlerin der Luxusklassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh!)

Sie flehen die Deutsche Bank an, die Steuermilliarden doch gnädigerweise in Anspruch zu nehmen. Aber die Deutsche Bank gehört seit 1945 eher verstaatlicht, als mit den Milliarden der Steuerzahler gesalbt und gepudert.

(Beifall bei der LINKEN)

Der gesamte Kreditsektor gehört unter Gemeinnützigkeit gestellt. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen Vorrang haben vor den Universalbanken.

Kredite sollen kreativen unternehmerischen Ideen und dem Allgemeinwohl dienen. Aber dazu muss das Finanzkasino radikal geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein europäisches Recht, das offen ist für Vergesellschaftung - so wie unser Grundgesetz in Art. 15 -, das den Wählerinnen und Wählern die Überführung der deutschen Banken in Gemeineigentum erlaubt und nicht, mit dem Lissabon-Vertrag, verbietet.

Nur ein solches Europa, das rechtlich den „Terror der Ökonomie“ stoppen darf, wie ihn Viviane Forrester genannt hat, das den Terror der Deutschen Bank und der Allianz gegen Arbeitsplätze, Sozialstaat und Frieden stoppen darf, ein Europa, das sozial, friedlich, ökologisch und demokratisch „mit dem Herzen gedacht ist“

- um Konstantin Wecker zu zitieren -,

(Beifall bei der LINKEN)

hat - statt Milliardäre zu vergötzen - eine Zukunft in den Herzen und Köpfen der Millionen in diesem Europa.

(Beifall bei der LINKEN - Thomas Silberhorn

[CDU/CSU]: Ihre Lyrik reimt sich nicht, Herr

Kollege!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Frank Schwabe für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Temperament der vorherigen Rede ist nicht zu toppen; ich mache es ein bisschen ruhiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Katherina Reiche [Potsdam] [CDU/CSU]: Das

ist ein guter Anfang!)

- Vielen Dank. Ich versuche auch, keine Parteitage-Rede zu halten.

Der Abschluss der französischen Ratspräsidentschaft findet ganz ohne Zweifel unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt, als es zumindest zu Beginn absehbar war. Die Finanz- und beginnende Wirtschaftskrise stellt die Europäische Union vor mindestens zwei zentrale Fragestellungen und Herausforderungen, die es anzunehmen und zu bewältigen gilt.

Erstens. Wie kann Europa als gemeinsamer großer Wirtschaftsraum - darüber ist heute in der Tat schon viel gesprochen worden - in die Lage versetzt werden, die notwendigen politischen Instrumente zu entwickeln - wann sollte Europa dies tun, wenn nicht jetzt - und gemeinsam und koordiniert eine aktive, steuernde Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu betreiben?

Die zweite Herausforderung ist, dass Europa als Vorreiter - jedenfalls bisheriger, mit starker deutscher Rolle - weltweiter Klimaschutzpolitik erkennt, dass ein ambitionierter Klimaschutz nicht Teil eines Weges in die Krise, sondern Teil eines Weges aus der Krise ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei Letzterem muss man sich wirklich entscheiden.

Niemand - das ist heute hier mehrfach beschworen worden - will Brüche in unserer industriellen Basis, nicht bei Stahl, nicht bei Chemie und erst recht nicht beim Auto. Vor allem die SPD will solche Brüche nicht. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und weiß, wie schwierig die Situation ist, wenn es Brüche in der industriellen Basis gibt. Behutsamkeit im Umbau der Grundlagen der Energieversorgung und der Energienutzung darf aber nicht mit mangelnder Klarheit in der Zielrichtung und mangelnder Konsequenz in den Handlungen verwechselt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fürchte, dass da die eine oder andere Diskussion zu



führen ist.

Nicholas Stern hat zu Recht darauf verwiesen, dass es sich beim Klimawandel um das größte Marktversagen aller Zeiten handelt. Die Folgen der aktuellen Entwicklungen der Finanzmärkte werden – bei aller Dramatik – verschwindend gering sein gegenüber den Wohlstandsverlusten, die durch den Klimawandel zu erwarten sind.

Jetzt gilt es, einem süßen Gift zu widerstehen: Wenn man von der Notwendigkeit einer grundlegenden und umfassenden Klimaschutzpolitik überzeugt ist – das haben, glaube ich, heute alle hier zum Ausdruck gebracht –, darf man sich nicht von kurzfristigen, über den Tag nicht hinausblickenden Lobbyinteressen leiten lassen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wahr!)

Diese sind oftmals nicht von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung getrieben, weder für Arbeitsplätze noch für Energieversorgungssicherheit. Vielmehr sind sie zu oft getrieben von kurzfristigem, rein auf eine Kurzfristbetriebsökonomie ausgerichtetem Interesse. Deshalb muss sich Politik ihrer Verantwortung bewusst sein. Politik, nicht Kurzfristökonomie, kann und muss gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine zukünftige Energiepolitik durchsetzen.

Das sage ich gar nicht nur mit Blick auf die Begegnungen mit Bangladeschern, Kenianern, Indonesiern, Menschen aus Sibirien, dem Amazonas-Becken, von kleinen gerade untergehenden Inseln, die uns bitten, ihnen zu helfen, weil unsere Lebensweise ihre gefährdet. Nein, wir brauchen eine andere Energie- und damit Klimaschutzpolitik auch und gerade im eigenen wohlverstandenen Interesse der Menschen in unserem Land. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in die Lage versetzen, sich auch zukünftig noch bezahlbar von A nach B bewegen und ihre Wohnung heizen zu können. Wir müssen die Unternehmen in die Lage versetzen, zukünftig energieeffizienter produzieren und am Weltmarkt die effizientesten Produkte anbieten zu können. Das ist die Verantwortung, die wir als Politikerinnen und Politiker haben und die uns niemand abnehmen kann, auch nicht die Wirtschaft. Wir müssen diese Verantwortung wahrnehmen.

Dafür müssen wir jetzt mutig vorangehen. Jetzt ist die entscheidende Zeit. Was gibt es Vernünftigeres, als gerade jetzt in der Wirtschaftskrise auf Investitionen und Impulse in neue, zukunftsfähige, innovative und effiziente Produkte zu setzen? Das wird sich doppelt auszahlen. Entschuldigung, Frau Bundeskanzlerin, wenn ich das an dieser Stelle sage: Ich teile all das, was heute in dem beschreibenden Teil zum Klimaschutz gesagt wurde; bei den konkreten Positionen kam mir das eine oder andere allerdings doch etwas zu kurz. Ich glaube, dass aus dem Deutschen Bundestag das klare Signal an die Bundesregierung und den Europäischen Rat gesendet werden muss, dass wir nicht bereit sind, bei den Klimaschutzzielen, die wir uns selber hier im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung gesetzt haben, Abstriche zu machen. Ich verweise ausdrücklich auf den Beschluss – der im Übrigen auf die Koalition zurückgeht – in der Drucksache 16/9334 des Deutschen Bundestages, in

dem zum Ausdruck kommt, dass wir zu einem ambitionierten Klimaschutz stehen. In diesem Beschluss bekennen wir uns als Deutscher Bundestag zu dem 30-Prozent-Ziel. Dieses Ziel ist heute nicht genannt worden. Ich hoffe, dass die Bundesregierung es auf europäischer Ebene weiterhin vertreten wird. Voraussetzung ist natürlich, dass in Kopenhagen auch andere Industriestaaten sich dazu bekennen. Aber ich finde, das 30-Prozent-Ziel muss um der Klarheit willen immer erwähnt werden; sonst glauben einige womöglich, dass sie sich dazu nicht mehr verpflichten müssten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Wir verpflichten die Bundesregierung - sehr selbstbewusst, wie es dem deutschen Parlament gebührt - nach Art. 23 Abs. 3 des Grundgesetzes insbesondere auf zwei Positionen zum europäischen Emissionshandel. Da wundert es mich schon, wenn Abgeordnete der Union hier anderes vertreten, als wir im Deutschen Bundestag schon beschlossen haben und heute wieder bekräftigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist erstens die Durchsetzung einer 100-prozentigen, also umfassenden Versteigerung im Bereich der Stromwirtschaft. Das ist beschlossen, und das werden wir heute wieder beschließen. Es darf keine Lösung geben, bei der insbesondere für die deutschen Energieversorger Ausnahmen möglich sind. Sollte die Regierung diese Position nicht durchsetzen können, muss sie - auch das sage ich hier ausdrücklich - nach Art. 23 den Parlamentsvorbehalt geltend machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens geht es in der Tat um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie; das ist gar keine Frage. Das kann aber eben nicht bedeuten, dass wir Ausnahmen für alle Industrien machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gibt auch Industrien, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Für sie muss es einen Einstieg in die Versteigerung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung kann und darf hier also nicht hinter diese Positionierung zurückfallen. Das würde unsere deutsche Rolle als Führungsnation beim internationalen Klimaschutz zunehmend infrage stellen und dem Geist, aber auch den Buchstaben des Willens des Deutschen Bundestages widersprechen.

Wir erwarten diesbezüglich für die Verhandlungsführung in den nächsten Tagen vor allem eine Unterstützung der Position von Bundesminister Sigmar Gabriel. Achim Steiner und andere, die das in den letzten Tagen gesagt haben, haben recht: Der Klimawandel macht wegen der Finanzkrise keine Pause. - Wir brauchen gerade jetzt mutige Politikerinnen und Politiker, die ihrer Aufgabe gerecht werden, Führung ausüben können und Führung ausüben wollen.

Ich glaube, es ist nicht zu pathetisch, zu sagen: Die

Welt schaut auf uns und baut auf uns. Die Welt baut auf eine starke Bundesregierung, die starke und klare Signale an die Weltgemeinschaft sendet. Die Welt schaut auch auf die deutsche Bundeskanzlerin, die in der entscheidenden Phase ihrer wahrhaft historischen Aufgabe gerecht werden muss.

Der Deutsche Bundestag unterstützt sie dabei, aber er verpflichtet sie auch mit seiner klaren Haltung für einen engagierten, ambitionierten und konsequenten Klimaschutz. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Klaus-Peter Flosbach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist ein Lichtblick in der Debatte!)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Europäische Rat wird sich in wenigen Tagen mit der Sicherheit von Einlagen bei Banken und Sparkassen beschäftigen. Seit 1994 gibt es eine Richtlinie, durch die die Sicherheit von Einlagen geregelt wird. Nach den Turbulenzen an den Finanzmärkten ist es jetzt aber unsere politische Aufgabe, den Änderungen Rechnung zu tragen und dementsprechend die Änderungen dieser Richtlinie vorzunehmen, damit das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder gestärkt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hinsichtlich der Banken in Deutschland haben wir sicherlich ganz hervorragende Sicherheits- und Schutzeinrichtungen, doch der wichtigste Schritt für die Bürger war die Erklärung der Bundeskanzlerin, der Bundesregierung und des Bundesfinanzministers, dass die Einlagen in Deutschland gesichert sind. Das war der wichtigste Schritt in Deutschland, um wieder Vertrauen zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit 1994 gibt es in Deutschland und auch in Europa eine gesetzliche Einlagensicherung. Durch diese werden den Kunden 90 Prozent ihrer Einlagen auf dem Konto garantiert. Das bedeutet also einen Schutz der Guthaben auf den Konten, der Sparbriefe, der Sparbücher und der Termingelder, der sogenannten Festgelder - allerdings begrenzt auf maximal 20 000 Euro. Das gilt nicht nur für Private, sondern auch für Gewerbetreibende, für Freiberufler und insbesondere auch für die mittelständischen Unternehmen.

Jetzt soll die europaweite Sicherung der Einlagen kurzfristig und schnell auf 50 000 Euro und bis 2011 möglicherweise auf 100 000 Euro angehoben werden. Das wird 90 Prozent aller Einlagen der Bürger und der kleinen Unternehmen umfassen. Durch diese Entscheidung wird weiteres Vertrauen geschaffen, und sie wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachdrücklich unterstützt. Dazu gehört auch, dass der Selbstbehalt des einzelnen Bürgers von 10 Prozent wegfallen wird. Der Entwurf der Richtlinie enthielt aber eine nicht akzeptable Bestimmung. Der Schutz sollte auf Privatpersonen

begrenzt werden. Damit wäre ein großer Teil des Mittelstandes aus dem Schutzbereich, der mit dieser Richtlinie verbunden ist, herausgedrängt worden. Der Mittelstand als tragende Säule wäre schwer beschädigt worden.

Erst die Beharrlichkeit der Bundesregierung hat dazu geführt, dass auch die Einlagen von mittelständischen Betrieben geschützt bleiben. Das ist ein wichtiger Erfolg für die Unternehmen und die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beachten Sie bitte, dass die gesetzliche Einlagensicherung nur eine Basisabsicherung ist; denn die deutschen Kreditinstitute gehen weit über diese Regelungen hinaus. Jede Säule unseres Bankensystems hat einen eigenen, ergänzenden Sicherungsfonds. Der Einlagen- und Sicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken garantiert auch bei Kleinstbanken Einlagen von bis zu 1,5 Millionen Euro je Anleger. Die Sparkassen sowie die Raiffeisenbanken und Volksbanken gehen sogar noch weiter und garantieren die vollständige Absicherung aller Einlagen ihrer Kunden.

Ist deshalb eine europäische Lösung möglicherweise überflüssig? Nein, in der europäischen Regelung wird genau definiert, was mindestens abzusichern ist, wann der Anspruch festgestellt werden muss und dass nach der aktuellen Vorlage bereits nach 20 Arbeitstagen für jeden einzelnen Anleger Entschädigung geleistet werden muss.

Für die einzelnen Bürger ist es natürlich entscheidend, ob ihre Geldanlage bei der Bank gesichert ist oder verloren gehen kann. Will der Bürger einen höheren Ertrag erzielen, muss er ein höheres Risiko eingehen. Da aber die Anbieter von Finanzprodukten einen Wissensvorsprung haben, muss der Anleger meines Erachtens jederzeit darüber informiert sein, ob seine Anlage geschützt ist, ob sie den Schutz einer Sicherheitseinrichtung hat. Dann werden auch keine Papiere gekauft oder verkauft, die für eine Altersvorsorge überhaupt nicht geeignet sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Unsicherheit bei den Bürgern ist nach wie vor sehr groß. Viele haben ihre Guthaben beispielsweise aus offenen Immobilienfonds, offenen Investmentfonds und auch aus Geldmarktfonds abgezogen, obwohl diese als sogenannte Sondervermögen von der Pleite einer Bank oder Investmentgesellschaft überhaupt nicht betroffen wären. Hier liegt das Risiko nur innerhalb der Anlage, innerhalb des Fonds.

Es ist unsere Aufgabe, insgesamt Rahmenbedingungen für einen leistungsfähigen Finanzplatz in Deutschland und Europa zu schaffen. Wer sein Geld sicher anlegen will und damit auf höhere Renditen verzichtet, muss sich darauf verlassen können, dass seine Anlage hier geschützt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung konnte in den Vorverhandlungen zum Europäischen Rat zahlreiche Verbesserungen erreichen. Gemeinsam mit der Einlagensicherung deutscher Banken und Sparkassen werden die neuen europäischen Vorschriften den Schutz der Anleger stärken und das Vertrauen in das finanzielle

Sicherheitsnetz erhalten. Das ist ein wichtiger Erfolg für die Sparer und Anleger in Deutschland. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Markus Meckel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Meckel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kanzlerin hat zu Beginn ihrer Rede von zwei großen Herausforderungen für die französische Präsidentschaft gesprochen: zum einen von der außenpolitischen Herausforderung im Georgien-Russland-Krieg und zum anderen von der Finanzkrise. Ich möchte an den ersten Punkt anknüpfen und die Fragen der Außenpolitik, die auf dem Gipfel eine Rolle spielen - auch wir stehen vor deren Beantwortung -, ansprechen. Das, was Frankreich im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Russland und Georgien erreicht hat, war wichtig. Dies verdanken wir erstens einem entschlossenen Handeln und zweitens einer großen Geschlossenheit; das ist angesprochen worden. Dass das bei 27 Staaten mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen nicht einfach ist, wurde ebenfalls deutlich. Dies zeigt aber auch, dass wir politischen Willen und Geschlossenheit brauchen, um das zu tun, was wir auch in Zukunft tun müssen und was von uns erwartet wird, nämlich Global Player zu sein. Die Europäische Union hat dies im Sommer dieses Jahres zwar geschafft; aber sie wird dies auch fortführen müssen. Dies ist für uns alle eine große Herausforderung. Natürlich wissen wir, dass der Lissabonner Vertrag eine entscheidende Rolle spielt, wenn es darum geht, uns die entsprechenden Instrumente in die Hand zu geben. Wir alle hoffen sehr, dass im nächsten Jahr die richtigen Entscheidungen fallen und wir diese Instrumente in die Hand bekommen. Aber auch dann, wenn uns diese Instrumente zur Verfügung stehen, bleibt es bei der zentralen Frage des politischen Willens und der Geschlossenheit der Europäischen Union; denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. An allen Brennpunkten der Welt - so kann man sogar sagen - sind die Erwartungen an uns Europäer immens - gerade auch nach acht Jahren Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Bush, nach der sich manche Erwartungen an Amerika, aber nichtsdestoweniger auch an uns selbst richten.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann jetzt nicht alle Konfliktfelder aufzählen und werde mich auf ein paar Stichworte beschränken:

Erstens. Im Gefolge des Kaukasuskrieges wird es bei der im Dezember erneut stattfindenden Genfer Konferenz darauf ankommen, Russland davon zu überzeugen, dass der von dieser Konferenz gesetzte Rahmen für die Zukunft notwendig ist, um einerseits einen Rahmen für die praktischen Fragen zu geben - die Menschen vor Ort brauchen uns, und die Flüchtlinge müssen versorgt werden; wie das konkrete Management vor Ort aussieht, haben wir gestern im Ausschuss von Herrn Haber, dem Leiter der europäischen Mission gehört -, andererseits

aber auch im Hinblick auf die langfristigen Statusfragen. Wir beharren darauf, dass die territoriale Integrität Georgiens gewahrt bleiben muss, und akzeptieren nicht, dass Russland die beiden abgespalteten Gebiete anerkannt hat. Für die Zukunft wird es also von zentraler Bedeutung sein, einen langfristigen Rahmen für internationale Konfliktlösungen zu schaffen.

Zweitens zur Zukunft des Kosovo: Nach dem Brief des serbischen Präsidenten und der Entscheidung der Europäischen Kommission kann EULEX endlich starten. Dies ist die größte Mission der Europäischen Union, bei der zivile Maßnahmen im Mittelpunkt stehen. Gerade in den letzten Tagen haben wir erlebt, dass es eine zentrale Frage sein wird, inwieweit die internationale Akzeptanz, aber auch die Akzeptanz vor Ort für EULEX gewährleistet werden kann. Ich nehme an, nicht allein davon überzeugt zu sein, dass die Zukunft des Kosovo vom Gelingen dieser Mission abhängt.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft der Menschen sowohl im Kosovo selbst als auch in Serbien wird ganz wesentlich davon bestimmt sein, dass sie dies erkennen. Für das Kosovo gilt dies im Hinblick auf den Umgang mit der dortigen serbischen Minderheit, Serbien muss erkennen, dass nicht das Fehlschlagen dieser Mission, sondern deren Gelingen hilft, in der gesamten Region Fortschritte zu erzielen. Dies verbinden wir mit der notwendigen europäischen Perspektive, die wir eröffnet haben und die wir verstärken müssen. Die Menschen setzen darauf, dass sie als Europäer anerkannt sind. Es wird darauf ankommen, dass wir ihnen die Bedingungen dafür schaffen. Natürlich müssen sie sich aber auch vor Ort entsprechend verhalten. Dies ist eine Herausforderung sowohl für Herrn Thaçi und seine Regierung als auch für die serbische Regierung, aber auch für uns, die wir diese Mission sowohl personell als auch im konkreten Verhalten implementieren müssen.

Drittens zur Zusammenarbeit von EU und NATO:

Während des Gipfels wird von Frankreich der Implementierungsbericht der europäischen Sicherheitsstrategie vorgelegt werden. Wenn die NATO nach ihrem 60. Jahrestag im Frühjahr nächsten Jahres ein neues strategisches Konzept ausarbeiten wird, muss die Implementierung des europäischen Sicherheitskonzeptes gemeinsam mit dem strategischen Konzept so erfolgen, dass die Zusammenarbeit von NATO und Europäischer Union in Zukunft besser gewährleistet ist, als es bis heute der Fall ist. Diese Frage stellt sich nicht nur Amerika, sondern insbesondere uns Europäern. Wir müssen klarmachen, was wir wollen, dass wir zu dem stehen, was wir wollen, und dafür auch die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Dieser großen Herausforderung müssen wir Europäer uns stellen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11176. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen?

- Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets

„Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

- Drucksache 16/10930 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/11171, 16/11190 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Patricia Lips

Reinhard Schultz (Everswinkel)

Dr. Volker Wissing

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/11183 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Roland Claus

Alexander Bonde

Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Reinhard Schultz, SPD-Fraktion.

(Otto Fricke [FDP]: Er wird wahrscheinlich lange brauchen, um das zu erklären!)

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die öffentliche Debatte in diesen Tagen und Wochen verfolgt, dann hat man den Eindruck, wir wären dabei, uns zu überlegen, ob wir ein Maßnahmenpaket für mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen.

In Wirklichkeit - das dokumentieren wir hier und heute - beschließen wir bereits eines. Es ist schon etwas merkwürdig, über Nachfolgemassnahmen zu philosophieren und öffentlich nachzudenken und sich wechselseitig mit Vorschlägen zu überbieten, bevor wir unser Paket, das wir heute beraten, beschlossenen haben und es überhaupt Wirkung entfalten kann.

Dieses Steuerpaket ist ein ganz wichtiger Baustein aus einem größeren Maßnahmenpaket, das zu einem Teil aus Haushaltsmitteln gespeist wird, soweit es die Infrastrukturmaßnahmen des Bundes angeht, zum anderen

Teil aus zinsgünstigen Darlehen der KfW für die Wirtschaft und für die privaten Haushalte besteht. Wenn man über die Größenordnung dieses Programms redet, darf man auch nicht übersehen, dass wir parallel dazu zum einen außerordentlich niedrige Energiepreise haben, die sehr viel Luft für zusätzliche private Ausgaben, aber auch solche der Wirtschaft schaffen, und zum anderen

eine außerordentlich günstige Euro-Dollar-Relation, die den Export stützt und ihn nicht schwächt. Wir haben Parallelmaßnahmen in Form der Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes durch den Bundesarbeitsminister in Gang gesetzt, damit die Firmen, die kurzfristig in Schwierigkeiten kommen, ihre Belegschaft halten können. Da immer über Steuerentlastungen geredet wird, haben wir perspektivisch fest verabredet, dass die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung ab dem Jahr 2010 vollständig von der Steuer abgesetzt werden können. Das bewegt sich also im Rahmen des Zeitraums, über den wir nachdenken, wenn wir über die Krisenbewältigung reden.

Es wird auch immer übersehen, vor allen Dingen dann, wenn mit einem Tremolo in der Stimme beschrieben wird, dass das die größte aller Wirtschaftskrisen überhaupt seit Erfindung von Wirtschaftskrisen ist, dass das eine Prognose ist, die nur zutreffen könnte, wenn keiner etwas täte. In Wirklichkeit tun alle Industrieländer und alle Schwellenländer etwas in erheblichem Umfang. Wenn man die Ausgaben, die zur Stabilisierung der Binnenwirtschaft dieser Länder getätigt werden, zusammen mit dem sieht, was dort bewegt worden ist und wie sich das für Exportländer, wie wir eines sind, auswirkt, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. Das heißt nicht, dass ich glaube, dass wir im nächsten und im übernächsten Jahr auf der Insel der Seligen leben werden. Aber eine künstliche Dramatisierung, die nur Milliardenforderungen auf all den Politikgebieten, auf denen man sich bislang nicht durchsetzen konnte, legitimieren soll, halte ich auch nicht gerade für verantwortlich.  
(Beifall bei der SPD)

Wir machen genau das, was jetzt machbar und was jetzt notwendig ist. Es sind Maßnahmen, die schnell umsetzbar, die zielgenau und die zeitlich befristet sind, damit eine zusätzliche Anstrengung auch der Wirtschaft und der Privaten erfolgt. Folgten wir denen, die fordern, die degressive Abschreibung auf Dauer wieder einzuführen, würden wir zwar eine andere steuerliche Kulisse schaffen, aber keinen Anreiz setzen, irgendwelche Investitionen auf das nächste oder das übernächste Jahr vorzuziehen; das ist doch ganz offensichtlich. Wir haben bereits bei der Unternehmensteuerreform erklärt, dass wir im Bereich der Abschreibungen ein paar Instrumente für konjunkturell schlechte Zeiten in petto haben wollen. Deshalb werden wir zu einer normalen Abschreibungskulisse zurückkehren, wenn diese konjunkturell schlechten Zeiten vorbei sind. Wenn wir nicht so vorgehen, haben wir keine Instrumente mehr, um beim übernächsten Konjunkturerinbruch noch angemessen reagieren zu können. Alle Maßnahmen, die wir getroffen haben, stimmen mit unseren grundsätzlichen Politikzielen voll überein. Im Bereich der Investitionen sorgen wir für mehr Energieeffizienz, zum Beispiel in den privaten Haushalten. Das fördert den ökologischen Umbau dieser Gesellschaft und steht sozusagen nicht „quer im Stall“. Wir ziehen Investitionen im Infrastrukturbereich, die wir sowieso tätigen würden, vor. Wir machen kein Strohfeuer oder Ähnliches wie die klassische japanische Wirtschaftspolitik, der es gelungen ist - man hat sich lange Zeit von Krise



zu Krise gehandelt und sich mit öffentlichen Mitteln geholfen -, fast ganz Japan zu asphaltieren. Man sah nämlich den einzigen Weg darin, die Baukonjunktur auf Teufel komm raus zu stützen. Bei uns würde dies zu Fehlallokationen führen. Wir versuchen, diesen zusätzlichen Impuls in unsere gesamtpolitischen Zielsetzungen einzubetten.

Eine der wichtigen gesamtpolitischen Zielsetzungen ist natürlich ein ausgeglichener Staatshaushalt. Man hat insbesondere mit Blick auf die USA diagnostiziert, dass eine der Ursachen der Finanzkrise die Überschuldung von Staat und privaten Haushalten gewesen ist. Die Antwort darauf kann nicht sein, dass sich Deutschland weiter verschuldet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man schuldenfinanzierte Zig-Milliarden-Programme fordert, dann begibt man sich auf einen Pfad in Richtung USA und der dort vorhandenen Probleme. Diese Probleme werden die USA durch die Art und Weise, wie sie jetzt versuchen, die Fehler der Vergangenheit zu berichtigen, auch in Zukunft haben.

Interessant ist auch die europäische Diskussion. Ich sage einmal ganz offen: Ich bin sehr dafür, dass die Verantwortlichen ihre nationalen Wirtschaftspolitiken besser verzahnen und koordinieren. Ich halte es nicht für besonders hilfreich, dass die EU-Kommission riesige Konjunkturprogramme vorschlägt, für deren Finanzierung sie keinen einzigen Cent in ihrer Tasche hat. Sie kann maximal 20 Prozent dieser Programme durch das Vorziehen von Haushaltsverpflichtungen der nächsten Jahre selber finanzieren; den Rest müssten nationale Mittel ausmachen. Das geht nicht. Es wird suggeriert, es komme etwas Zusätzliches, aber in Wirklichkeit ist es die Addition der Maßnahmen, die die einzelnen Länder schon durchführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man der - Gott sei Dank nicht geäußerten - Forderung der EU folgte, neben dem Finanzierungsregime der EU - es ist quasi ein Umlagesystem, das sich an der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder orientiert - noch eines nach demselben Mechanismus einzuführen, würde man einen gewaltigen zusätzlichen Finanzausgleich installieren, der ausschließlich zulasten der starken Volkswirtschaften gehen würde und zulasten derjenigen Volkswirtschaften, die, was ihre Haushaltssituation angeht, ihre Schularbeiten gemacht haben. Insofern haben beide - Finanzminister und Außenminister - recht, Peer Steinbrück, der sich dagegen wehrt, durch die Hintertür ein völlig neues Haushaltsregime zu unseren Lasten einzuführen, und der Außenminister, der gesagt hat: Wir brauchen eine stärkere Koordinierung. - Beide verfolgen unterschiedliche Ziele.

Der Vorwurf, wir blockierten auf europäischer Ebene, ist falsch. Wir warnen vor Übergriffen in nationale Zuständigkeiten. Jeder muss nach seinen strukturellen Gegebenheiten, nach seinen Haushaltsmöglichkeiten und nach der Schuldensituation der privaten Haushalte angemessen reagieren können. Das geht nicht, wenn es ein

Zentralregime gibt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Wir hören überall Diskussionen, in denen gesagt wird, man müsse jetzt in erster Linie steuerlich etwas tun. Einmal abgesehen davon, dass ein solches Vorgehen quer zu den Haushaltskonsolidierungszielen stehen würde - natürlich wünscht sich jeder, dass seine Steueroder Abgabenlast reduziert wird -: Maßnahmen wie die Absenkung der Mehrwertsteuer - in Großbritannien wird eine Diskussion darüber geführt; der dortige Einzelhandel selber erklärt, eine solche Absenkung sei geradezu albern - hätten zur Folge, dass eine solche Absenkung voll eingepreist wird. Sie zöge de facto eine Preiserhöhung im Einzelhandel nach sich und brächte dem privaten Konsumenten nicht mehr Ausgabemöglichkeiten. Am Beispiel Großbritannien bekommen wir das sozusagen in der Retorte aktuell vorgeführt. Eine solche Maßnahme hilft überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genauso wenig hilfreich ist die Diskussion darüber, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz durch die Hintertür zum Regelsteuersatz zu machen, indem wir immer neue Ausnahmetatbestände einführen. Der eine möchte den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel; der andere möchte sie auf Lebensmittelprodukte, die vor Ort beispielsweise im Café verzehrt werden. Das hilft uns aber überhaupt nicht weiter, weil es unsere Steuerbasis geradezu zerstört. Konjunkturpolitik zu machen, ist das eine. Eine zielgerichtete und nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik zu machen, ist das andere.

(Otto Fricke [FDP]: Beides machen Sie nicht!)

Beides muss vernünftig zusammengeführt werden. Allein das Steuerpaket, das heute verabschiedet wird, mobilisiert etwa 25 Milliarden Euro. Enthalten sind die degressive AfA, der Investitionsabzug, den wir mehr Unternehmen ermöglichen, und vor allen Dingen eine Verdopplung der Grenze für die Steuerabzugsfähigkeit von Handwerkerleistungen in privaten Haushalten. Damit haben wir seit 2005 bereits gute Erfahrungen in Sachen Anschlag gemacht. Wir mobilisieren dadurch vor allen Dingen privates Geld.

Ich wiederhole, was ich in der Debatte gesagt habe, als der Gesetzentwurf eingebracht wurde: Wir haben eine im internationalen Vergleich exorbitant hohe Sparquote. Sie wird, was die OECD-Staaten angeht, nur von den Japanern übertroffen. Übrigens sind die Japaner damals, als es dort eine Wirtschaftskrise gab, mit Konsumgutscheinen nicht zu locken gewesen. Diese Gutscheine haben nicht zu mehr Ausgaben geführt, sondern lediglich dazu, dass unter dem Strich die Sparquote gestiegen ist. Die Menschen haben die Gutscheine ausgegeben und das so eingesparte Geld aufs Sparkonto oder unters Bett gelegt oder in Gold investiert. Letztendlich haben sie das Geld gespart und nicht ausgegeben.

Ich finde es verständlich - das ist auch in einer Debatte über Instrumente zulässig -, über den Anschlag des privaten Konsums nachzudenken. Aber dagegen spricht,

dass wir zumindest im Augenblick keine Konsumkrise haben. Man kann doch weiß Gott nicht behaupten, dass wir eine hätten. Wir haben - erstaunlicherweise, wie manche sagen - ein deutlich ansteigendes Weihnachtsgeschäft. In einer solchen Situation Staatsknete in Form von Gutscheinen zur Steigerung des Konsums einzuspeisen, würde nicht helfen. Es würden dieselben Weihnachtsgeschenke gekauft werden, aber - und das ist das Problem dabei - zulasten des Fiskus und nicht mehr zulasten des eigenen Sparbuchs. Deswegen rate ich dringend davon ab, solche Gutscheine in der gegenwärtigen Situation auszugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen

Sie das mal Frau Nahles! Die hat das heute Morgen im Radio wieder verkündet!)

- Die SPD ist eine Partei der Freiheit des Geistes. Wir sind auch ein Parlament von selbstbewussten und unabhängigen Abgeordneten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Als jemand, der zumindest ein bisschen etwas von Finanzen versteht, weiß ich, dass Konsumgutscheine nur einen Einmaleffekt haben und verpuffen. Konsumgutscheine bringen konjunkturell nichts, sie führen nur zur Erhöhung der Sparquote.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Bravo!)

Das möchte ich einmal sachlich feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich erkläre diese Möglichkeit nicht für aus der Welt und auch nicht für verrückt. Aber ich sage: Es ist keine angemessene Antwort auf ein Problem, das es derzeit gar nicht gibt. Dieser Umstand kommt erschwerend hinzu: Wir würden damit ein Problem lösen, das es derzeit nicht gibt. Wir lösen doch nicht das Problem der Automobilzulieferer dadurch, dass wir Konsumgutscheine ausgeben. Für 125 Euro kann man noch nicht mal einen alten Manta tunen. Das bringt überhaupt nichts. Weswegen ist denn der Konsum gestiegen? Wir haben Gott sei Dank die Situation, dass einerseits durch bessere Tarifabschlüsse, die es aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation gab, höhere Löhne bei den Menschen angekommen sind und in der andererseits die Inflation gesunken ist. Dadurch wurde eine Menge zusätzliches Geld freigesetzt, was sich im Weihnachtsgeschäft zeigt.

Ich glaube, zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss man eher darüber nachdenken, wie man nachhaltige Investitionen fördert, als darüber, wie der private Konsum zusätzlich angekurbelt werden kann. Es mag ja sein, dass das noch einmal nötig ist. Aber zum jetzigen Zeitpunkt steht es sicherlich nicht zur Debatte.

Ich verstehe die Ängste bei der Diskussion über Konjunkturpakete. Aber man muss doch auf dem Teppich

bleiben. Wir legen jetzt dieses Programm auf und schauen, wie es wirkt. Ebenso ist es aber intellektuell redlich, darüber nachzudenken, was sinnvoll sein könnte,

wenn darüber hinaus etwas notwendig wird. Das ist besser, als im Dunkeln mit der Schippe irgendetwas zutage zu fördern, was kein Mensch braucht und niemandem nützt. Natürlich müssen wir unsere ökonomische Munitionskiste intellektuell redlich auffüllen für den Fall, dass weitere Schritte notwendig werden. Darum geht es jetzt. Aber auch da sind wir, glaube ich, gut beraten, wenn wir weiterhin über einen ökologischen Umbau dieser Industriegesellschaft nachdenken und darüber, wie wir wirklich eine Forschungs- und Bildungsgesellschaft werden; da stehen wir ja erst am Anfang. Solche ohnehin notwendigen Investitionen müssen beschleunigt und verstärkt werden. Natürlich gehört in den nächsten Schritt eine vernünftige Kfz-Steuer-Reform statt des Halbjahresprogramms, das wir jetzt aufgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist notwendig, um allen Beteiligten, den Autokäufern genauso wie der Automobilindustrie, Planungssicherheit zu geben.

Ebenso werden wir darüber nachdenken müssen, wie wir die Kommunen, denen es zum Teil sehr schlecht geht, die zwangsbewirtschaftete Haushalte haben und denen es untersagt ist, aktiv an der Stützung der Konjunktur mitzuwirken, in die Lage versetzen, notwendige Investitionen vorzunehmen. Das wird ein Ringen mit den Ländern sein.

(Beifall bei der SPD - Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das muss aber jetzt passieren!)

- Entsprechende Gespräche finden schon statt. - Der Bund kann derzeit nicht mehr tun als das, was wir machen, nämlich strukturschwachen Gemeinden zinsvergünstigte Kredite anzubieten. Aber das hilft denjenigen nicht, die ohnehin schon unter dem Schuldendeckel angekommen sind und nach Weisung ihrer Kommunalaufsicht selbst diesen zinsvergünstigten Kredit nicht annehmen dürfen. Das wird nur über Zuschüsse funktionieren. Zuschüsse können nur dann gegeben werden, wenn die Länder mitspielen. Es muss sichergestellt sein, wenn sich Bund und Länder gemeinsam um diese Kommunen kümmern, dass das Geld nicht in den Landeshaushalten versickert,

(Beifall bei der SPD)

wie wir es leider schon erlebt haben, völlig unabhängig von der parteipolitischen Landschaft in den Ländern.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Das sind Punkte, über die wir jetzt nachdenken müssen, ebenso wie über Branchensonderprogramme, die mit der allgemeinen Konjunktur nichts zu tun haben. Natürlich wollen wir nicht, dass die Automobilzulieferer in der gegenwärtigen Krise reihenweise Insolvenz anmelden müssen. Dazu müssen wir wirtschaftspolitische Instrumente finden, die aber nicht nach dem Gießkannenprinzip für alle gleichermaßen angewendet werden dürfen; vielmehr sind da sehr zielgerichtete Maßnahmen erforderlich. Es gibt keinerlei Denkverbote; es muss aber auch nicht jeder Schwachsinn ausgesprochen werden.

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Ich bin auch sehr froh darüber, dass der Koalitionspartner,

der dieses Maßnahmenpaket mit uns gemeinsam sehr konstruktiv beschlossen hat, (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]) auf dem Parteitag der Versuchung widerstanden hat, große steuerpolitische Versprechen zu machen. Das finde ich ausgesprochen gut. Da sind wir sehr nah beieinander. Denn selbst wenn man jetzt etwas Derartiges versprechen würde, brächte das strukturpolitisch und konjunkturpolitisch überhaupt nichts. Wann würde eine sogenannte neue große Steuerreform ihre Wirksamkeit wohl frühestens entfalten? Ich vermute, 2011. Ich hoffe aber dringend, dass wir 2011 zumindest nicht mehr über eine Konjunkturkrise zu reden haben, die wir mit steuerpolitischen Maßnahmen bekämpfen wollen, sondern dass wir dann wieder in einem ruhigeren wirtschaftspolitischen Fahrwasser sind und die Arbeitsplätze, die jetzt gefährdet sind, gesichert haben, um dann in einer ökonomisch gesehen normalen Lage in Ruhe darüber nachzudenken, wie wir die steuerpolitische Kulisse, gestützt durch Wachstum, anders ordnen. Heute gibt es dazu keine Gelegenheit, keine Luft, kein Geld und auch keine Notwendigkeit.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Na!)

Ein letzter Appell. Ich habe eben die Situation der Kommunen angesprochen. Es kann nicht sein, dass der Bund allein dafür zuständig ist, die ökonomischen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Wir müssen die Länder mit ins Boot bekommen. Wenn die Länder erklären, sie hätten damit nichts zu tun, Konjunkturpolitik sei ausschließlich Bundessache, dann ist das erstens, auch verfassungsrechtlich gesehen, falsch und zweitens unverantwortlich.

Wenn wir öffentliche Investitionen wollen, die von der Gesetzeslage her zum Teil gemeinschaftlich finanziert werden bzw. nach der Föderalismusreform I getrennt finanziert werden, dann müssen Bund und Länder im selben Boot sitzen, und jeder muss im Rahmen seiner Zuständigkeit mitwirken, auch im Interesse der Kommunen. Ich denke, auch dort sind für das Jahr 2009 dringend Gespräche erforderlich, um zu einem besseren Gleichschritt zu kommen.

Es kann nicht sein, dass der Bund sozusagen aus Daffke in eine neue Schuldenfalle gedrängt wird, während sich andere trotz wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten ihren Haushalt sanieren. Das können wir nicht mitmachen. Wir müssen ernsthaft miteinander reden.

Ich denke, das müssen alle Fraktionen hier im Hause gemeinsam so sehen und auch betreiben - jeder in seiner Zuständigkeit und jeder an seinem Platz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Volker Wissing, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen erwarten von der Bundesregierung, dass sie angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage entschieden handelt. Anstatt die Ärmel hochzukrempeln

und kraftvoll an die Sache heranzugehen, wird uns hier aber Politik mit Ärmelschonern geboten.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heinrich L. Kolb

[FDP]: Mit einer Augenbinde auf beiden Augen!)

Sie sagen den Menschen, dass wir große Probleme haben, und bieten ihnen nur kleinste Lösungen an, weil Sie sich auf nichts Großes verständigen können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin sagt, 2009 werde ein Jahr der schlechten Nachrichten. Ich finde es durchaus mutig, dass Frau Merkel die Bevölkerung auf eine sehr schwierige Wirtschaftslage vorbereitet, aber sie ist nicht dafür gewählt worden, die Bevölkerung vor Schaden zu warnen, ihre Aufgabe ist es, die Menschen vor Schaden zu bewahren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn, wie es so schön heißt, Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, dann heißt das doch auch, dass von diesem Konjunkturpaket - unabhängig von den steuerrechtlichen Einzelregelungen - ein positives Signal für unsere Wirtschaft ausgehen muss. Wenn Sie mit diesem Konjunkturpaket etwas erreichen wollen, dann muss es die Menschen und die Wirtschaft überzeugen. Deutschland muss daran glauben, dass die Maßnahmen wirksam sind. Das tut aber niemand in diesem Land. Sie glauben ja nicht einmal selbst daran.

Während wir heute Ihr Konjunkturpaket beraten, hört man aus Ihren Fraktionen, dass Sie schon an dem zweiten und dritten Konjunkturpaket arbeiten. Herr Kollege Schultz, es ist auch an Ihren Ausführungen deutlich geworden, dass es erhebliche Diskrepanzen zwischen dem gibt, was Sie erklären, und dem, was Mitglieder Ihrer Fraktion öffentlich erklären.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heinrich L. Kolb

[FDP]: 19-minütiger Irrtanz des Kollegen

Schultz! - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist wie in der FDP-Fraktion!)

Es gibt eine Nahles-SPD, die Konsumgutscheine fordert, und es gibt eines Steinbrück-SPD, die das Rattenrennen um Milliarden leid ist. Die CSU fordert Steuersenkungen mit voller Pendlerpauschale, und die CDU will das irgendwie auch, aber erst später oder vielleicht sogar erst nach der Wahl.

Von wem geht denn hier das Rattenrennen aus? - Es geht doch von der SPD und der CDU/CSU aus. Sie sind es doch, die mit Ihrem Durcheinander in den eigenen Reihen dafür sorgen, dass das, was wir heute beraten, morgen wirkungslos verpuffen wird.

(Joachim Poß [SPD]: Muss er so böse sein?)

Wenn Sie ein Konjunkturprogramm mit Salami taktik zusammenflicken, dann ist die Bilanz schon heute absehbar:

Wir werden eine minimale Wirkung bei enorm hoher Neuverschuldung erleben.

(Beifall bei der FDP)

Das ist besonders schlimm, weil andere Staaten um uns herum entschlossen handeln und investieren: Großbritannien 24 Milliarden Euro, Spanien 38 Milliarden Euro, Frankreich 40 Milliarden Euro, Italien 80 Milliarden Euro, China 450 Milliarden Euro und Amerika sage und

schreibe 550 Milliarden Euro.

Es geht nicht darum, wer am meisten Geld in die Hand nimmt, es geht um die Ernsthaftigkeit, mit der auf eine Bedrohung reagiert wird. Im Rest der Welt geht man von einer bevorstehenden ökonomischen Katastrophe aus und entlastet die Menschen bei den Steuern. In Deutschland heißt die Devise: erst einmal abwarten. Wo andere Länder klotzen, wird bei uns gekleckert. Die Bundesregierung scheint noch immer darauf zu hoffen, dass die Krise einen großen Bogen um Deutschland macht. Damit gehen Sie aber ein unverantwortliches Risiko ein.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Konjunkturpaket kann nicht wirken, wenn es aus reinem Aktionismus heraus entsteht. Es reicht in einer Krisensituation nicht aus, verschiedene Forderungen von Verbänden abzuarbeiten. Ihr Vorschlag ist ein Sammelsurium mehr oder weniger sinnvoller Einzelmaßnahmen. Die Ökonomen sind sich dagegen einig: Es muss zügig ein Konjunkturpaket geben, und es muss kraftvoll und zielgenau ausgerichtet sein. Ich füge noch eines hinzu: Wir wissen nicht, wie lange die Krise anhalten wird. Deshalb muss ein Konjunkturprogramm neben den sofortigen Effekten auch strukturelle Verbesserungen bringen, die mittelfristig wirken und unsere Volkswirtschaft stärken.

(Beifall bei der FDP)

Kaum eine dieser Anforderungen ist in Ihrem Maßnahmenpaket umgesetzt.

Die FDP hat im Laufe der Beratungen hinsichtlich der Steuern insgesamt zehn Verbesserungsvorschläge zu Ihrem Konjunkturprogramm gemacht. Wir haben auch konkrete Anträge dazu vorgelegt. Wir haben wichtige Korrekturen der Unternehmensteuerreform gefordert. Ich nenne nur die Korrektur der Zinsschranke und Verbesserungen beim Mantelkauf, was in einer wirtschaftlich schwierigen Situation sehr dringend erforderlich ist. Unter unseren Vorschlägen sind auch Verbesserungen für kleine und mittlere Einkommen, nämlich durch eine Korrektur des Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer. Wir wollen eine deutlich gerechtere Steuerkurve, um niedrige und mittlere Einkommen gerade in dieser schwierigen Zeit zu entlasten.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Weg mit der kalten Progression!)

Dies könnte im Gegensatz zu Ihren Äußerungen, Herr Kollege Schultz, schon ab Januar 2009 schnell und effektiv wirken,

(Beifall bei der FDP)

wenn Sie nur handlungsfähig wären.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Bundesfinanzminister jährlich 25 Milliarden Euro einnimmt, weil kleine und mittlere Einkommen überproportional hohe Steuern zahlen. Es müsste doch eigentlich ein gemeinsames Anliegen sein - nicht nur ein Kernanliegen liberaler, sondern auch sozial- und christdemokratischer Finanzpolitik -, im Steuersystem bestehende Ungerechtigkeiten wie die kalte Progression und den Mittelstandsbauch zu beseitigen. Aber Sie haben keinen unserer Vorschläge angenommen.

Sie weigern sich, kleinen und mittleren Verdienern mehr Kaufkraft zu geben. Ich halte das in dieser Situation für ökonomisch und sozialpolitisch unverantwortbar.

(Beifall bei der FDP)

Wir hätten die einmalige Chance, sowohl etwas für die konjunkturelle Belebung zu tun als auch strukturell dringend erforderliche Verbesserungen im Steuerrecht in Angriff zu nehmen. Sie verweigern sich und bieten uns mickrige kleine gemeinsame Nenner.

Die Vorschläge der FDP zu Steuersenkungen liegen konkret auf dem Tisch.

(Joachim Poß [SPD]: Wir haben es heute Morgen schon gehört!)

Wir könnten sie heute beschließen. Die versprochenen Entlastungen der Bundesregierung sind ebenso wenig glaubwürdig wie damals die Äußerungen der SPD im Kampf gegen die Mehrwertsteuererhöhung.

(Dirk Niebel [FDP]: Merkel-Steuer!)

Wir machen Ihnen nicht zum Vorwurf, dass Sie heute einen zweistelligen Milliardenbetrag für ein Konjunkturprogramm in die Hand nehmen. Wir werfen Ihnen aber vor, dass Sie dieses Geld ziellos verplempern, anstatt gezielt etwas für die Struktur und die Konjunktur in unserem Land zu tun.

Es geht heute um viel Steuergeld. Um es in einem Sammelsurium von Einzelmaßnahmen versickern zu lassen, ist es wahrhaftig zu viel Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das Sie heute auf den Weg bringen wollen.

Die Bundeskanzlerin hat in diesem Hohen Hause für eine Politik mit Maß und Vernunft geworben. Genau diese Anforderungen stellen wir an Sie. Es wäre maßvoll und vernünftig, jetzt die Steuern zu senken, wie es in Europa um uns herum geschieht. Damit könnten sowohl kurzfristige als auch mittelfristige strukturelle Effekte ausgelöst werden. Was für ein großer Schritt für dieses Land wäre das!

(Beifall bei der FDP)

Die CDU hat auf ihrem Parteitag einen Beschluss gefasst mit dem Titel: „Die Mitte. Deutschlands Stärke“.

Ich frage Sie: Warum haben Sie in dieser Legislaturperiode nichts unternommen, um die Mitte zu stärken?

(Beifall bei der FDP)

Ihre Politik verdient den Titel: „Das Mittelmaß. Deutschlands Schwäche“. Sie haben die Mitte seit 2005 durch Ihre kontinuierliche Steuererhöhungspolitik geschwächt. Sie sind auch jetzt nicht bereit, sie wirksam zu entlasten. Den finanziellen Handlungsspielraum, der Ihnen zur Verfügung stand, haben Sie nicht genutzt, um den Haushalt stressfest zu machen. Sie haben nicht in der Zeit gespart und stehen jetzt in der Not schlecht da und setzen noch eines drauf: Sie versäumen es, die notwendigen Maßnahmen effizient auf den Weg zu bringen, und verplempern Geld, das Sie noch nicht einmal haben.

(Joachim Poß [SPD]: Er lässt aber auch nichts aus!)

Es ist eine Sache, den Menschen im Aufschwung Fesseln anzulegen, so wie Sie es gemacht haben. Aber noch schlimmer ist es, wenn man sich in der Abschwungphase weigert, den Schlüssel herauszugeben. Deshalb fordern



wir Sie auf: Nehmen Sie die Verantwortung Ihrer großen Regierungsmehrheit wahr! Hören Sie auf, die Menschen in Krisenzeiten mit Ihrem kleinsten gemeinsamen Nenner abzuspeisen! Senken Sie jetzt die Steuern! Die Menschen in Deutschland können und wollen nicht länger darauf warten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Eduard Oswald, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Als verantwortungsbewusste Politiker müssen wir uns entsprechend verhalten. Es gilt, die Situation zu sondieren und, soweit dies momentan möglich ist, auf Basis solider Informationen und Analysen zu handeln. Wenn wir aber jeden Tag und jede Stunde einen anderen Vorschlag bekommen, der möglichst schon gestern realisiert worden sein sollte, dann ist dies nicht hilfreich. Wie verunsichert die Menschen sind, zeigt sich daran, dass im Finanzausschuss schon Anfragen eingehen, wann der entsprechende Konsumgutschein oder Steuergutschein ausbezahlt werde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Ursache der Probleme ist die Finanzkrise. Wie sich die konjunkturelle Lage entwickeln wird, ist nicht abzuschätzen. Fortwährend werden Wachstumsprognosen aller Couleur korrigiert. Für die Zukunft fehlt jedoch eine sichere Datenbasis. Wir wissen nicht, wie lange der Abschwung der Wirtschaft andauern wird und wie tief diese Effekte greifen werden. So viel steht fest: Jeder historische Rückgriff bleibt erfolglos, eine reine Parallele existiert nicht, und jeder Vergleich hat Lücken. Handlungsstränge der Vergangenheit auf die Gegenwart zu übertragen, wäre daher verfehlt und bisweilen töricht.

(Zuruf von der FDP: Das gilt aber immer!)

Dennoch haben die Bundesregierung und die Koalition mit ihrem Finanzpaket richtig und vor allem rasch gehandelt. Das schnelle und effektive Handeln zeigt, dass unsere parlamentarische Demokratie auf Basis der sozialen Marktwirtschaft alternativlos ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ ist ein weiterer bedeutsamer Schritt, um Investitionen und den Konsum im Inland zu fördern. Dies sollte man nicht kleinreden.

Wir verzichten dabei auf effektlose Einmalzahlungen, wie es sie Anfang des Jahres in den USA gab. Heute muss man fragen, ob sie einen messbaren Effekt hatten. Anfang Januar 2008 wurden Steuerschecks ausgegeben, die den Konsum stärken sollten. Das Volumen betrug 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wie Analysen zeigen, wurde lediglich ein Strohfeuer entfacht, und im Sommer sind die Einzelhandelsumsätze wieder zurückgegangen. Geschätzt wird, dass nur ein Fünftel ausgegeben wurde; der Rest landete auf Sparbüchern. Wer solche Vorschläge macht, sollte sich auch diese Erfahrung einmal ganz genau anschauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genau dies wollen wir vermeiden. Deswegen setzen wir bewusst auf Beschäftigung durch Wachstumsstärkung. Ich nenne nur ein Beispiel: Handwerkerleistungen sind ab Januar 2009 noch besser von der Steuer absetzbar. Derzeit gibt es einen Steuerbonus von bis zu 600 Euro pro Jahr, also 20 Prozent der Arbeitskosten in Höhe von 3 000 Euro. Bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird der Steuerbonus im Rahmen des Schuttschirms für Arbeitsplätze auf 20 Prozent von maximal 6 000 Euro, also auf 1 200 Euro, verdoppelt. Man muss dies erst einmal beschließen, damit die Menschen es wahrnehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dank der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit werden auf der einen Seite private Haushalte als Auftraggeber gestärkt und auf der anderen Seite Handwerksbetriebe unterstützt, weil es den Menschen nun leichter fallen wird, einen Handwerker zu beauftragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Kreditversorgung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstandes auch bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wird bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zeitlich befristet bis Ende 2009 ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mit einem Volumen von bis zu 15 Milliarden Euro geschaffen, mit dem das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In die gleiche Kerbe schlägt die Förderung der Sanierungskredite der KfW. So werden wir die staatlichen Mittel für die Kredite zur energetischen Sanierung für drei Jahre um insgesamt 3 Milliarden Euro aufstocken. Dabei geht es uns um die gesamte Programmfamilie, die neben der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung auch die Kredite zur Finanzierung von Wohnraummodernisierung, zu ökologischem Bauen und der Erzeugung von Solarstrom umfasst.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Oswald, der Herr Kollege Wissing würde furchtbar gerne eine Zwischenfrage stellen.

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Mir sind die Wortbeiträge des Kollegen Wissing aus dem Ausschuss wohlbekannt, sodass seine Frage für mich vermutlich keine große Überraschung darstellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Das weiß man nie. – Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Oswald. Ich glaube, ich werde Sie mit meiner Frage wirklich nicht überraschen. Ich möchte Sie an das erinnern, was die CSU, der Sie ja angehören, in letzter Zeit gefordert hat: gerade angesichts der jetzigen Situation baldige Steuersenkungen! Meine Frage lautet: Warum vertreten Sie das an dieser Stelle nicht? Halten Sie Steuersenkungen in der jetzigen Situation für erforderlich? Wenn ja, warum erfolgen diese nicht?

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Kollege Wissing, wie unschwer zu erraten ist, stehe ich als CSU-Abgeordneter zu dem Paket, das wir bereits im Mai dieses Jahres auf den Weg gebracht haben. Als

CSU sind wir aber nun einmal mit der CDU zusammen; Sie haben den CDU-Parteitag in Stuttgart erwähnt. Außerdem bilden wir eine Koalition mit der SPD. Von daher ist es so, dass wir den Willensbildungsprozess nicht im Bundestag austragen, sondern innerhalb der Fraktion und innerhalb der Koalition. So ist das nun einmal. Eine Koalition muss Geschlossenheit darstellen, weil sie sonst nicht handlungsfähig ist. Deswegen geben wir das Ziel unserer Partei „Mehr Netto vom Brutto“ in der Koalition aber nicht auf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehen Sie, Sie sind in Bayern mit meinen CSU-Kollegen in einer Koalition. Auch da wird es so sein, dass Sie nicht anders als vereinbart stimmen, sondern sich ebenfalls koalitionsstreu verhalten. Wenn ich mich an die Zeiten erinnere, in denen wir eine Koalition gebildet haben, muss ich sagen: Auch wir waren nicht immer ein Herz und eine Seele, aber wir haben uns immer zusammengerauft und gute Ergebnisse hervorgebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich prophezeie Ihnen: Wir haben einen langen Atem. Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit. Wir setzen uns auch in dieser Frage durch. – Vielen Dank für Ihre Zwischenfrage.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Heinrich L.

Kolb [FDP]: Jetzt sehe ich die Nachhaltigkeit mit anderen Augen!)

Die Fragen, die uns gestellt werden, lauten: Wie verbinden wir unsere klare ordnungspolitische Linie mit der nötigen Flexibilität? Wie schaffen wir es, Impulse zu setzen, ohne gleichzeitig die Schleusen für sinnlose Geldausgaben zu öffnen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wie handeln wir angemessen, ohne die Lage schlechterzureden, als sie ist, und sie dadurch noch weiter zu verschlechtern?

Das sind doch die zentralen Fragen. Für mich ist entscheidend, dass die deutsche Wirtschaft aus dem aktuellen Abschwung – Kollege Dr. Wissing, jetzt sind Sie wieder ganz bei mir – strukturell gestärkt und nicht geschwächt hervorgeht. Auch dies erfordert eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik, die auf Maßnahmen setzt, die auch langfristig sinnvoll sind.

Deswegen bitte ich Sie, im ersten Schritt dem heute vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Axel Troost, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn manche es nicht hören wollen: Ich denke, es ist gesichert, dass wir vor der größten Weltwirtschaftskrise seit 1945 stehen. Zum ersten Mal sind alle drei Zentren, die USA, Europa und die größten Teile Asiens, betroffen. Das hat es in dieser Form noch nicht gegeben. Hinzu kommt die Finanzmarktkrise.

Das wird dazu führen – und das hat überhaupt nicht viel mit Psychologie zu tun –, dass wir auch in der Bundesrepublik den seit 1949 schärfsten Rückgang bei den

Wachstumsraten erleben werden. Zur Erinnerung: 1975 hatten wir einen Rückgang um 0,9 Prozent. Das war der bisher stärkste Rückgang. Ich denke, in einem Jahr werden wir gemeinsam feststellen, dass wir auch aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung bei minus 2 Prozent oder noch mehr landen werden. Das ist keine Frage des privaten Verbrauchs - der stagnierte in den letzten Jahren sowieso schon aufgrund der Schaffung des Niedriglohnsektors und der schlechten Tarifabschlüsse, bei denen noch nicht einmal der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft wurde -, sondern Folge des Einbruchs bei den Exporten; und das in einer Wirtschaft, die voll auf den Export getrimmt worden ist und in der der Binnenmarkt seit zehn Jahren völlig vernachlässigt wurde. Das ist sozusagen das Resultat. Deswegen ist dringend aktives Handeln notwendig. Herr Oswald, gestern ist das von Ihrem neuen Ministerpräsidenten Seehofer genauso angemahnt worden,

(Zuruf von der FDP: Das ist auch ein Sozialist!) weil er in der Tat von vornherein erkannt hat, dass das, was man jetzt nicht macht, die Krise nur verschärft und anschließend in Form von höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Steuereinnahmen sowieso wieder auf uns zukommt. Insofern stellt in der gegenwärtigen Situation die Aussage, es sei kein Geld da, schlicht und einfach die Aussage dar: Im Augenblick passt uns die Wirtschaftskrise nicht so richtig. Es ist aber nun einmal so, dass in einer Marktwirtschaft bzw. im Kapitalismus Zyklen existieren. Diese kann man entweder aktiv bekämpfen, oder man kann sie hinnehmen, was zur Konsequenz hat, dass die Folgen umso schwerwiegender sind. Das haben wir in den 80er-Jahren erlebt, das haben wir unter Herrn Eichel erlebt, und das werden wir das nächste Mal bei Ihnen erleben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Im Sozialismus geht es allen gleich schlecht!) Insofern ist die Politik aus unserer Sicht völlig verfehlt, zunächst einmal abzuwarten und zu schauen, wie das Progrämmchen wirkt, dann Mitte des Jahres festzustellen, dass es nicht wirkt, wenn man sich bereits in einer größeren Krise befindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir nicht brauchen, sind große Versprechungen in Bezug auf Steuersenkungen, die man sowieso schon machen wollte und die dann letztlich in Form einer höheren Sparquote bei den Reichen landen. Auch die Frage der Steuerschecks scheint mir völlig zielungenau zu sein. Wenn dies nicht nur bei den untersten Einkommen ankommt, ist mit keinen Konjunkturimpulsen, sondern nur mit großen Mitnahmeeffekten zu rechnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern sagt die Linke, dass Handeln dringend erforderlich ist, und zwar auf drei Ebenen.

Erstens. Wir brauchen dringend eine Stärkung der Massenkaukraft. Dazu schlagen wir erstens die sofortige Anhebung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes auf 435 Euro vor und zweitens die Aufhebung der Rentendämpfungsfaktoren in der Rente. Das würde insgesamt zu einer zusätzlichen Nachfrage von 15 Milliarden Euro führen. Dies würde in der Tat eine sofortige

Ankurbelung des Konsums bedeuten.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Wir sollten so schnell wie möglich - spätestens Mitte nächsten Jahres - die Gewerbesteuerumlage zugunsten des Bundes aussetzen. Das würde bedeuten, dass den Städten und Gemeinden sofort 4 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stünden, die vor Ort ausgegeben werden können und die dort direkt ankommen, ohne dass wir Angst haben müssen, dass die Länder zulasten der Gemeinden sparen.

Drittens. Das ist der Kern und mit das Wichtigste: Wir brauchen ein großes und sehr schnell eingeleitetes Investitionsprogramm, und zwar in Richtung Energie, in Richtung Bildung, in Richtung ökologischer Umbau, in Richtung Gesundheit und vieles andere mehr.

Es geht nicht darum, Strohfeuer zu entfachen. Es geht nicht darum, in Bereiche zu investieren, die dann wieder aufgegeben werden. Sondern wir brauchen den Einstieg in diese Bereiche. In diesen Bereichen ist die Expansion nachgewiesenermaßen am größten. So können wir versuchen, Beschäftigung zu halten, und so können wir versuchen, die Konjunktur zu stützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn nun die Frage nach der Finanzierung aufkommt, dann sage ich, dass dies mittelfristig natürlich über Steuern und Steuererhöhungen zu finanzieren ist. Die Linke hat hierzu Vorschläge entwickelt. Wir sagen, dass wir die Wiedererhebung der Vermögensteuer brauchen. Wir sind nach wie vor verärgert darüber, was in der vergangenen Woche im Hinblick auf die Erbschaftsteuer beschlossen worden ist. Hierbei sind mindestens 4 Milliarden Euro Mehreinnahmen möglich. Wir brauchen eine Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes. Außerdem brauchen wir eine breit angelegte Finanztransaktionsteuer, damit wir zu einer Entschleunigung

- -

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Tobin lässt grüßen!)

- Tobin ist genauso darin enthalten wie die alte Börsenumsatzsteuer. Das wäre ein Schritt zur Entschleunigung und Dämpfung der Finanzmarktkrise.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird natürlich aber nur mittelfristig machbar sein. Insofern muss man schlicht und einfach die Neuverschuldung ansteigen lassen.

Ich bin auch Mitglied der Föderalismuskommission.

(Zuruf von der CDU/CSU: Daran hapert es also!)

Ich hätte nicht gedacht, dass man vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise und der Dämonisierung der Staatsverschuldung so schnell vergisst, dass das Instrument der Staatsverschuldung zumindest als antizyklisches Instrument ein ungeheuer wichtiges Mittel ist. Der Staat ist der Einzige, der in der Krise Impulse setzen kann, und zwar kreditfinanziert. Ich bin erstaunt darüber, dass diese klare Erkenntnis der Finanzwissenschaft in der Bundesrepublik so schnell in Vergessenheit gerät.

Mit Sparen kommen Sie nicht aus der Krise.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Wir

tun ja was!)

Die Krise wird uns alle einholen. Wir werden im nächsten Jahr Nachtragshaushalte und die Auflage weiterer Programme erleben; aber das alles bei höherer Arbeitslosigkeit. Daran hat Ihre Mutlosigkeit, die sich gegenwärtig zeigt, Schuld.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kanzlerin hat den Parteitag der CDU ja ganz gut überstanden,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was heißt hier gut? Hervorragend!)

aber auch nur mit der Ansage: Bloß keine Festlegungen! Das heißt, niemand weiß, was in den nächsten Monaten noch alles kommt. Das trägt natürlich dazu bei, dass die Leute sehr verunsichert sind. Das muss man einmal so festhalten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Es kommt darauf an, was man meint!)

Das heute vorliegende Paket enthält ein Sammelsurium von steuerlichen Maßnahmen. Davon sind einige recht gut, wie zum Beispiel die bezüglich der Handwerkerleistungen, die Verbesserung der Kreditvergabe und einiges mehr. Es sind allerdings auch Maßnahmen dabei, die wir für völlig kontraproduktiv halten. Das ist zum Beispiel die völlige Steuerbefreiung von Spritschleudern. Ich glaube, damit wird das falsche Signal ausgelöst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Das ist auch für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie nicht die richtige Antwort.

Herr Schultz hat ja angemahnt, man solle nicht dauernd neue Vorschläge machen. Die Union führt im Moment aber eine Diskussion, bei der man verschiedene Meinungen aufeinanderprallen sieht. Auf der einen Seite sagt die CSU, man brauche Steuersenkungen vor der Bundestagswahl. Auf der anderen Seite sagt die CDU: Wir wollen Steuersenkungen nach der Bundestagswahl.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist bei den Grünen ganz anders!)

Dann gibt es noch ein paar bei Ihnen, die sagen, die Mehrwertsteuer, die Sie selber um 3 Prozentpunkte angehoben haben, müsse wieder herunter. Auch das trägt nicht gerade zur Klarheit bei.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hü und hott!)

- Hü und hott!

Die SPD diskutiert über Konsumschecks. Die einen fordern Schecks in Höhe von 200 Euro, andere von 500 Euro. Wenn man sich anschaut, was das kostet, stellt man fest, dass dies bis zu 40 Milliarden Euro sind. Da muss man dann den Bürgern und Bürgerinnen draußen auch sagen, dass das 40 Milliarden Euro neue Schulden bedeutet. Es bedeutet, dass die nächsten Generationen die Zins- und die Tilgungslasten zu tragen haben und

dass dies keine nachhaltige Investitionspolitik ist, sondern ein reines Strohfeuer und sonst gar nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dann werden die Intershops wieder eingeführt!)

Damit sich die Menschen einmal vorstellen können, was man mit bis zu 40 Milliarden Euro machen kann, nenne ich Ihnen drei Beispiele. Sie könnten mit diesem Geld für alle Kinder in diesem Land, die jünger als drei Jahre sind, ein pädagogisch wertvolles Betreuungsangebot finanzieren. Oder Sie könnten alle Schulen über die nächsten Jahre zu Ganztagschulen mit kleineren Klassen umwandeln. Oder Sie könnten 27 Jahre lang allen Schülern und Schülerinnen die Fahrt zur Schule, die Schulbücher und andere Lernmittel bezahlen, und Sie könnten für die 25 Prozent aller Kinder, die aus einkommensschwachen Haushalten kommen, ein kostenloses Mittagessen anbieten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Soll die Krise jetzt 27 Jahre dauern?)

Diese Beispiele helfen, sich etwas darunter vorzustellen. Wir brauchen also keinen Konsumgutschein nach dem Motto: Geht einmal schnell einkaufen, kauft etwas, egal was, und seid zufrieden; denn das kurbelt die Wirtschaft an. Das ist völliger Quatsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen vertreten ein Programm zur nachhaltigen Investitionspolitik, das mehr Investitionen in Klimaschutz, Investitionen in Bildung und Investitionen in soziale Gerechtigkeit vorsieht. Wir sind davon überzeugt, dass eine ökologische Modernisierung die richtige Antwort im Kampf gegen die Klimakatastrophe und auch in der jetzigen Zeit, in der wir es mit der Finanzkrise zu tun haben, das richtige Signal ist: So kann etwas für die Zukunft getan und so können Arbeitsplätze geschaffen werden, die auch in Zukunft Bestand haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet, dass wir einen Strukturwandel durchführen müssen, einen Strukturwandel in ökologischer und sozialer Hinsicht. Jedes Aufschieben dieses Strukturwandels macht es für die nächsten Generationen noch schwieriger, die Probleme, die in diesem Land existieren, zu lösen. Dass die Große Koalition das nicht zur Kenntnis nimmt, muss man ihr wirklich vorwerfen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat zu Recht eine kommunale Investitionsoffensive gefordert. Wir Grüne haben diesen Vorschlag aufgegriffen. Wir treten dafür ein, dass der kommunale Investitionsstau in Höhe von 700 Milliarden Euro endlich aufgelöst wird. Die Kommunen stehen vor einem Berg politischer Herausforderungen. Wir müssen sie dabei unterstützen, ihre Infrastruktur für Kinder, Gesundheit und Bildung auszubauen. Außerdem müssen wir sie in die Lage versetzen, eine zuverlässige Daseinsvorsorge sicherzustellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das schaffen will, muss man sich auch Gedanken darüber machen, ob es sinnvoll ist, durch zinsgünstige Kredite Investitionsanreize zu geben, und ob klammen Kommunen nicht Sonderkonditionen eingeräumt

werden sollten. Viele Kommunen befinden sich ja in einer schlechten finanziellen Situation. Aber auch die Kommunen, die im Moment keine Kofinanzierung leisten können, müssen in die Lage versetzt werden, vernünftige Investitionen zu tätigen. Zurzeit können sie das nicht, weil die Aufsichtsbehörden ihre Haushalte nicht akzeptieren würden. Was die Infrastruktur betrifft, wäre das ein Investitionsanschubpaket, von dem alle etwas hätten: Kinder, Erwachsene und vor allen Dingen unser Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zielgenaue Vorschläge zur Stärkung der Kaufkraft der Bezieher kleiner Einkommen gemacht. Wir schlagen vor, die Sozialversicherungsbeitragssätze für die Bezieher kleiner Einkommen zu senken. Das könnte man sofort tun. Dies hätte zur Folge, dass die Menschen sofort mehr Netto in der Tasche hätten. Im Gegensatz dazu hätte die Umsetzung der Forderung der FDP nach einer allgemeinen Steuersenkung nur eine Erhöhung der Sparquote zur Folge, sonst nichts.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Unsinn! Das verstehen Sie nicht!)

Hier muss man zielgenau vorgehen.

(Rainer Brüderle [FDP]: Warum schreien Sie denn so? Wir sind doch nicht schwerhörig!)

„Zielgenau“ heißt, die Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, die dringend Geld brauchen: nämlich diejenigen, die Arbeitslosengeld II beziehen,

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Wer schreit, hat nicht unbedingt recht!)

und diejenigen, die ein sehr geringes Einkommen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Rainer Brüderle [FDP]: Noch einmal: Wer schreit, hat nicht recht!)

Insbesondere diesen Menschen wollen wir helfen. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, das Geld, das sie gerne investieren würden, auch zu investieren.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin Scheel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wissing?

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Sehr gerne.

(Rainer Brüderle [FDP]: Wenn Sie antworten, schreien Sie bitte nicht wieder so laut! Jetzt langt es nämlich! - Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

- Das muss mir gerade Herr Brüderle erzählen. Bei ihm und seinen Kollegen wird doch immer die Lautstärke heruntergestellt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Frau Kollegin Scheel, teilen Sie meine Auffassung, dass unsere Vorschläge, den Verlauf des Steuertarifs so zu verändern, dass untere und mittlere Einkommen entlastet werden, nicht zu einer Erhöhung der Sparquote führen würde, weil die Sparquote in diesen Einkommensgruppen zum Teil bereits negativ ist?

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Weshalb behaupten Sie hier das Gegenteil?

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):



Herr Kollege Wissing, wie Sie wissen, sind die Grünen der Auffassung, dass die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro erhöht werden sollten

(Frank Schäffler [FDP]: Na ja! Mal so, mal so!)

und die Regelsätze für Kinder neu justiert werden müssen. Die Sozialminister aller Bundesländer haben bestätigt, dass dieser Schritt angebracht wäre. Wenn man das tut, muss man natürlich auch das steuerfreie Existenzminimum erhöhen. Dieser Vorschlag wird von unserer Seite unterstützt.

Wir können den Leuten in der aktuellen Situation und angesichts der gigantischen Staatsverschuldung aber nicht versprechen, dass wir den Steuertarif insgesamt senken, wie Sie es vorgeschlagen haben. Dafür ist jetzt der falsche Zeitpunkt. Jetzt muss man die Dinge tun, die jetzt anstehen, um den Leuten zu helfen, die jetzt Unterstützung brauchen. Deswegen müssen wir sowohl die Hartz-IV-Sätze als auch die unteren Einkommen in den Blick nehmen. Von einer Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, Herr Wissing, hätten sogar alle etwas. Hinzu käme, dass sehr viele Menschen dann nicht mehr steuerlich belastet würden. Auch das würde insgesamt zur Vereinfachung beitragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre die richtige Antwort. Das gilt aber nicht für das Steuerprogramm, das die FDP vorgeschlagen hat.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie haben es wirklich nicht verstanden!)

Für uns ist es wichtig, dass wir in die Zukunft investieren. Für uns ist es wichtig, dass wir Regelungen treffen, die Anreize zu mehr Klimaschutz und zur Einsparung von Energie geben. Auch die Einsparung von Energie ist ein gutes Investitionsprogramm; denn das hat zur Folge, dass die Bürger und die Unternehmen in Zukunft geringere Kosten haben. Wir müssen Schritte in diese Richtung unternehmen.

Darüber hinaus treten wir Grüne für ein Green-Car-Konzept ein;

(Rainer Brüderle [FDP]: Oh! Das ist ja interessant!)

das wissen Sie. Das würde eine ökologische Innovationskraft entfalten, mit der für die Automobilindustrie neue Märkte erschlossen werden können. Auch das geht in die richtige Richtung. Das heißt: Wir müssen den technologischen Wandel fördern. Wir müssen umweltverträgliche Automobile so schnell wie möglich auf die Straße bringen und dürfen nicht das tun, was diese Große Koalition vorgeschlagen hat und heute mit diesem Gesetz verabschieden wird, nämlich CO<sub>2</sub>-Schleudern auch noch von der Kfz-Steuer zu befreien. Das ist, wie gesagt, die falsche Antwort.

Es gibt viele gute Ideen. Die Grünen haben diese Ideen vorgetragen. Wir gehen davon aus, dass wir diese in der Zukunft weiter diskutieren werden. Das werden wir wohl machen, wenn die Regierung im Herbst des nächsten Jahres wechselt. Dann haben wir vielleicht die Chance, diese Ideen umzusetzen, und zwar sofort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe dem Kollegen Philipp Mißfelder, CDU/

CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Scheel, ich habe den Verdacht, dass Sie diese Rede nicht selber geschrieben haben, sondern dass dieser Hokusfokus, den Sie hier gerade vorgetragen haben, aus der grünen Zauberkiste stammt.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

All das kann doch nicht ernsthaft Ihrer Überzeugung entsprechen. Ich bin sonst von Ihren Reden, Äußerungen und Interviews im Fernsehen und in anderen Medien gewohnt, dass Sie den Aspekt der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit verteidigen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt das jetzt?)

Im Gegensatz zu anderen Grünen, bei denen ich wenig Hoffnung habe, haben Sie ja in der Vergangenheit vernünftige Positionen vertreten. Aber leider - das muss ich sagen - war das gerade eben in Ihrem Wortbeitrag nicht der Fall. Vielmehr haben Sie hier zulasten der zukünftigen Generationen ein Konjunkturprogramm gefordert - das tun Sie auch in Ihrem Antrag -, das absolut unverantwortlich ist und das wir auf keinen Fall mittragen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie ein Beispiel!)

Eine Ihrer hier vorgetragenen Forderungen - aus Ihrem Regenbogen an Forderungen ist dies eine, die eigentlich nur mit „Wünsch dir was“ überschrieben werden kann - ist die Anhebung der Hartz-IV-Sätze. Damit sind Sie nahe bei dem, was die Linkspartei gefordert hat.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Schon lange!)

Sie fordern die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen und die Verstaatlichung der Stromnetze und verüben fortwährend Frontalangriffe auf die Automobilindustrie. Damit haben Sie hier gerade ja auch fulminant geendet.

Ich sage Ihnen: Gerade die Automobilindustrie, die momentan so viele Schwierigkeiten hat,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Warum? Weil sie alles verpennt hat!)

braucht unsere Unterstützung statt weiteren Gegenwind. Deshalb wehre ich mich gegen die Vorschläge, die Sie in Ihrem Antrag aufgestellt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann macht doch mal die CO2-Steuer!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Mißfelder, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Scheel?

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Philipp Mißfelder, wir hatten zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung. Bei der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf waren auch Vertreter der Verbände

der Automobilindustrie da. Die Vertreter dieser Verbände haben die Position vertreten, dass sie Klarheit im Blick auf die Zukunft der Kfz-Steuer brauchen und dass jetzt eine CO2-orientierte Kfz-Besteuerung auf den Weg gebracht werden sollte.

Das, was in dem vorliegenden Gesetzentwurf steht, ist in dieser Form nicht zukunftsgerecht und nicht das, was die Automobilindustrie von der Politik und von der Großen Koalition erwartet. Vielmehr will sie eine CO2-basierte Kfz-Steuer, und zwar entsprechende Beschlüsse, nicht nur mit Gerede.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:

Frage!)

- Wie stehen Sie dazu? Wann kommt denn jetzt dieses Gesetz?

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Die rhetorische Frage, die Sie noch angeschlossen haben, gibt mir die Gelegenheit, darauf zu antworten. Auch wir stehen in permanenten Gesprächen mit der Automobilindustrie. Ich selber war bei der Anhörung nicht dabei.

Ich lese mir das Protokoll aber gerne durch; das werde ich im Anschluss an diese Sitzung tun.

Ich kann Ihnen allerdings versichern: Das, was wir mit der Automobilindustrie und mit führenden Automobilkonzernen besprochen haben, ist etwas anderes. Wir haben uns bei unseren Vorschlägen, insbesondere denjenigen, die der Automobilindustrie helfen sollen, an dem orientiert, was uns in diesen Gesprächen geraten worden ist. Diese Vorschläge sind ja nicht aus der Luft gegriffen worden, sondern sie sind in enger Abstimmung mit denen erfolgt, die in der Automobilindustrie Verantwortung tragen, insbesondere auf der Ebene der Vorstandsvorsitzenden und der Bundeskanzlerin. Deshalb kann ich nur sagen: Der Weg, den wir beschreiten, ist der richtige und nicht der, den Sie hier anmahnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

All Ihre Vorschläge bedeuten nicht nur eine Belastung für die zukünftige Generation, sondern - ich habe gerade schon gesagt, dass das für uns nicht vertretbar ist - sie bedeuten auch weitere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in einer Phase, in der wir uns entschlossen haben, den Bürgerinnen und Bürgern nicht noch mehr zuzumuten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Was ist mit den Krankenversicherungsbeiträgen?)

In einer Zeit, in der die Menschen ohnehin das Gefühl haben, sie würden an vielen Stellen stärker zur Kasse gebeten, wäre es ein völlig falscher Weg, sowohl der Wirtschaft als auch den Menschen noch weitere Bürden aufzuerlegen.

Deshalb bin ich dagegen, dass Sie Ihre grüne Zauberkiste öffnen und Dinge vorschlagen, die letztlich absolut unrealistisch sind und nur einem kleinen Teil der Bevölkerung dienen, nämlich Ihrer Klientel, die lediglich Klientelpolitik will und die sich den Luxus, den Sie an vielen Stellen einfordern, leisten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Thea Dückert

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben da

eine Blackbox! - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

In den vergangenen Tagen haben wir darüber diskutiert

- auch mit unserem Koalitionspartner -, wie eine maßvolle Reaktion auf das, was sich aktuell im Bereich der Wirtschaft tut, aussehen könnte. Es darf nicht eine Ad-hoc-Maßnahme nach der nächsten geben. Mich stört bei dieser ganzen Diskussion, dass immer wieder Einzelvorschläge, auch übereilt, kommen, die weder gegenfinanziert noch durchdacht sind und die im Zweifel nur auf einem basieren, nämlich auf der Belastung der zukünftigen Generationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb teile ich das, was die Bundeskanzlerin in der Öffentlichkeit, auf dem CDU-Parteitag, aber auch hier im Deutschen Bundestag gesagt hat, absolut. So halte ich die Strategie, auf Sicht zu fahren, für den besseren Weg als den, sich in Forderungen nach Einzelmaßnahmen, die letztlich nur weitere Verschuldung für die junge Generation bedeuten, gegenseitig zu überbieten.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Thea Dückert

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie

was zu den Kommunen! - Dr. Axel Troost

[DIE LINKE]: So haben wir die Debatte in einem halben Jahr wieder!)

Es geht darum, dass der Staat auch in Zukunft handlungsfähig bleibt

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön wäre, wenn es bei der Regierung so wäre!)

und dass wir auch in den kommenden Monaten noch Reaktionsmöglichkeiten haben. Deshalb werbe ich für eine maßvolle Reaktion auf das, was wir in den nächsten Wochen und Monaten noch erleben werden, um so hoffentlich Schlimmeres abwenden zu können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auf dem richtigen Weg, ausnahmsweise, muss ich sagen - ich bin sonst eher ein Kritiker der Großen Koalition -, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der SPD. Ich möchte mich deshalb für die gute Zusammenarbeit bei vielen Sozialdemokraten bedanken, die eher an das anknüpfen, was auch wir wirtschaftspolitisch für sinnvoll erachten, als an das, was die Grünen nun fordern, obwohl bei diesen vor einiger Zeit auch noch Vernunft vorhanden war.

Einen Satz möchte ich noch zur FDP sagen. Sie haben heute mit Ihren Zwischenrufen, Herr Brüderle und Herr Wissing - Herr Niebel ist ja leider schon gegangen -

(Rainer Brüderle [FDP]: Er übt wieder!)

- er übt Zwischenrufe, aha -, deutlich gemacht, mit welcher Vorfreude Sie den September nächsten Jahres erwarten,

(Rainer Brüderle [FDP]: Das stimmt!)

wenn Sie mit uns gemeinsam, wie ich hoffe, die Regierung stellen werden. Diese Vorfreude möchte ich erwidern. Ich bitte Sie aber, bis dahin noch einige Positionen zu prüfen.

(Rainer Brüderle [FDP]: Wir halten durch!)

Wenn Sie mit uns regieren sollten, werden Sie sicherlich den einen oder anderen Kompromiss mittragen müssen.

Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen: Orientieren Sie sich an Bayern, an dem, was Horst Seehofer dort macht! Da üben Sie gerade den Kompromiss. Da können Sie sich schon an das Regierungshandeln mit uns gewöhnen. Auf gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Koalition hat bewiesen, dass sie gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig und handlungsbereit ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Lachen des Abg. Dr. Volker Wissing [FDP])

Wir haben bereits vier Wochen nach der Pleite von Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten das bisher größte Rettungsprogramm vorgelegt und hier innerhalb einer Woche verabschiedet; sogar die FDP hat mitgemacht. Damit haben wir zunächst einmal die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Finanzkrise einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Inzwischen hat die von der Großen Koalition getragene Bundesregierung schon ein 15-Punkte-Programm beschlossen, um sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft begrenzt werden können, und um die Wachstumskräfte zu fördern. In dieser Debatte heute geht es lediglich darum, drei Punkte aus diesem 15-Punkte-Programm zu verabschieden. Es sind solche, die steuerlich relevant sind. In wenigen Minuten werden wir also drei ganz entscheidende Schritte machen. Wer jetzt sagt, das seien nur kleine Schritte, dem sei erwidert: Es sind nur die steuerlichen.

Ein ganz wichtiger Schritt - für mich mit der wichtigste - ist das 15-Milliarden-Euro-Programm der KfW.

Das brauchen wir jedoch hier nicht zu verabschieden. Firmen haben dank dieses Programms die Chance, Kredite mit bis zu 90-prozentiger Bürgschaft für Investitionen und mit bis zu 50-prozentiger Bürgschaft für Betriebsmittel zu erhalten. Das ist für die mittelständische Wirtschaft zurzeit der wichtigste Punkt. Dieses Programm läuft jetzt an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch gut!)

- Schön, dass das auch die Grünen so sehen, Kollegin Scheel. Das ist jedenfalls gut, und das ist auch die Auffassung in diesem Hause.

Heute wollen wir die folgenden drei Maßnahmen beschließen: Erstens. Wer bis zum 30. Juni 2009 ein neues Auto kauft, wird für ein bis zwei Jahre von der Kfz-Steuer befreit. (Rainer Brüderle [FDP]: Wow! Heiße Kiste!)

Ich weiß, dass dieser Vorschlag umstritten ist. Aber das war eine zentrale Forderung der Automobilindustrie. Ich finde, wir sollten dieses Zeichen setzen und das Thema nicht zerreden. Wir sind sicher nicht in der Lage, innerhalb von drei Wochen eine CO<sub>2</sub>-Steuer einzuführen, aber diese Maßnahme können wir in wenigen Tagen verabschieden. Das ist ein positives Signal für die Automobilindustrie, bei der die Krise jetzt real angekommen ist.

Beim zweiten Punkt geht es um die zentrale Forderung des deutschen Handwerks, indem wir die Möglichkeiten bei einem Instrument, das sich bewährt hat, jetzt

schlicht verdoppeln.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]:

20 Milliarden!)

Bei Handwerkerleistungen können in Zukunft 20 Prozent vom Arbeitslohn bis zu einem Betrag von 6 000 Euro steuerlich abgesetzt werden. Auf die Art kann jeder 1 200 Euro Steuern im Jahr sparen. Das ist eine wichtige Maßnahme, die wir positiv verkaufen sollten. Das Handwerk wartet darauf. Es ist eine Botschaft, dass wir gerade in schwierigen Zeiten zum deutschen Handwerk stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Drittens verändern wir für eine begrenzte Zeit die Abschreibungsmöglichkeiten zum einen für die kleinen Betriebe, indem wir bestimmte Betriebs- und Gewinn Grenzen erhöhen, zum anderen insbesondere dadurch, dass wir befristet wieder die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung eröffnen. Dies ist zwar nichts für notleidende Firmen - das weiß ich; denn wer nur zu 70 Prozent ausgelastet ist, kauft keine neue Maschine -, aber Gott sei dank gibt es eine Reihe von Bereichen, denen es noch gut geht. Hoffentlich reden wir die nicht auch noch in die Krise. Die zeitlich begrenzte Einführung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten dürfte dazu führen, dass manche Investition vorgezogen wird. Damit hätten wir ein positives Signal für die Nachfrage im Investitionsbereich erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Erfreulich an dieser Debatte war für mich, dass alle Fraktionen erklärt haben, dass sie von dem Gespenst der Konsumentengutscheine nichts halten. Ich habe allerdings eine kleine Befürchtung. Ich hoffe nicht, dass der Kollege Schultz, der ja als einziger von den Sozialdemokraten geredet hat, auch der einzige Sozialdemokrat ist, der dagegen ist. Aus den heutigen Presseberichten gewinnt man ja den Eindruck, dass 50 Prozent dafür und 50 Prozent dagegen sind. Wir hier im Parlament haben jedoch gezeigt, dass wir nichts davon halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Eduard Oswald [CDU/CSU]:

Der Beifall war jetzt nicht auf allen Seiten des Hauses!)

- Nein, offensichtlich hat man die Vernünftigen ans Rednerpult geschickt; die anderen durften oder wollten nicht.

Für Konsumentengutscheine in Höhe von 500 Euro pro Person müssten wir 15 Milliarden Euro - ich kann dem Kollegen Schultz nur zustimmen - am Kapitalmarkt aufnehmen. Dafür würden wir jährlich 100 Millionen Euro Zinsen zahlen, und irgendwann müssten unsere Kinder das zurückzahlen. Ich hoffe, dass das Gespenst nach dieser Debatte verschwunden ist. Denn eines ist klar: Diese Schecks erzeugen Hoffnung. Viele wissen schon, was sie damit machen wollen. Deshalb ist die Botschaft von hier, dass wir die Steuergelder nicht so leichtsinnig einsetzen werden, richtig und gut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Christine Scheel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Abschließend will ich auf einen Aspekt eingehen, der in keiner Rede heute und eigentlich auch nicht in den vielen Reden, die wir draußen im Lande halten, fehlen darf. Es geht um die Frage, wie es mit der Konjunktur in Deutschland und weltweit weitergeht.

Ich selbst betrachte mich als positiven Realisten. Ich schließe mich der Auffassung des Internationalen Währungsfonds und der des Präsidenten der Deutschen Bundesbank an. Beide haben in diesen Tagen in etwa Folgendes erklärt: Das erste Halbjahr 2009 wird noch sehr kritisch. Wir werden einen realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts erleben.

Aber es spricht aus heutiger Sicht vieles dafür, so der Internationale Währungsfonds und der Chef der Deutschen Bundesbank, dass schon im zweiten Halbjahr die positiven, die Wachstumskräfte überwiegen werden und wir wieder halbwegs vernünftige Zahlen haben werden. Diese Botschaft, meine Damen und Herren, sollten wir verbreiten und nicht Panik.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -  
Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das war ein gutes  
Schlusswort zu der Debatte! Das ist die  
Überschrift der Debatte!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ auf Drucksache 16/10930. Ich weise darauf hin, dass zu dieser Abstimmung 31 Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vorliegen. 1)

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD in der Ausschussfassung anzunehmen, Drucksache 16/11171 und Drucksache 16/11190.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. -

Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.  
Dritte Beratung  
und Schlussabstimmung.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in dritter Beratung ebenfalls mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11209? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen Die Linke, SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.  
Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11210?  
- Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.  
Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:  
Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG)  
- Drucksachen 16/10809, 16/11001 -  
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)  
- Drucksachen 16/11172, 16/11191 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Patricia Lips  
Lydia Westrich  
1) Anlagen 2 bis 4  
Carl-Ludwig Thiele  
Barbara Höll  
Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung  
- Drucksache 16/11184 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Otto Fricke  
Roland Claus  
Alexander Bonde  
Hierzu liegen Entschließungsanträge der Fraktion der FDP, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später namentlich abstimmen.  
Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.  
Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.  
(Beifall bei der SPD)  
Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:  
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Mit diesem Gesetz zur Unterstützung von Familien werden wir eine Förderung von Familien auf den Weg bringen, die auf vier Säulen beruht.  
Zum einen wird die materielle Unterstützung von Familien durch Anheben des Kinderfreibetrags verbessert.  
Grundlage dafür ist die Berechnung des steuerlichen Existenzminimums von Kindern. Hierbei sind also Fakten die Grundlage. Es ist mir besonders wichtig, darauf hinzuweisen, weil in der einen oder anderen politischen Debatte manchmal der Eindruck erweckt wird, als könne man die Höhe des Kinderfreibetrags beliebig aus dem Ärmel schütteln. Das tun wir nicht, sondern wir rechnen das wirklich aus.  
Zweitens. Da es im System der bisherigen Freibeträge liegt, dass Familien, die mehr verdienen, auch mehr entlastet



werden, ist es eine politische Entscheidung der Regierung und der Fraktionen zu sagen: Wir wollen auch das Kindergeld anheben. Ich betone, dazu besteht kein verfassungsrechtlicher Zwang. Es ist eine politisch gewollte und gute Entscheidung der Fraktionen und der Bundesregierung, das Kindergeld anzuheben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Carl-Ludwig Thiele [FDP]:

Etwas gering, Frau Parlamentarische Staatssekretärin!)

Dabei wird auf die Situation von Mehrkindfamilien

Rücksicht genommen. Darüber gab es ja eine Debatte.

Aber natürlich wissen alle, dass ab dem dritten Kind die Frage nach dem Auto oder der Wohnung eine andere Bedeutung erhält.

Drittens. Wir werden mit diesem Gesetz auch Familien unterstützen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen. Das war nicht immer so. Aber ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass wir in diesem Gesetz sowohl Einkommensteuerzahler als auch Transferleistungsbezieher berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ein Schulstarterpaket im Wert von 100 Euro pro Jahr auflegen, und zwar jedes Jahr. Der Begriff „Schulstarterpaket“ mag darauf hinweisen, dass es nur um den Beginn der Schule geht. Nein, das ist nicht der Fall. Vielmehr werden die betreffenden Familien zu Beginn eines jeden Schuljahres 100 Euro erhalten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nur bis zum zehnten Schuljahr!)

Ich halte das für wichtig, weil wir damit Rücksicht darauf nehmen, dass es zwei unterschiedliche Systeme gibt, Familien und Kindern das Existenzminimum zu sichern: auf der einen Seite die eigenständige Existenzminimumssicherung von Kindern und Familien, die Transferleistungen erhalten, und auf der anderen Seite die Einkommensteuerzahler. Mit unserem Gesetz unterstützen wir beide. Ich setze im Übrigen voraus - das verbinde ich mit einem dringenden Appell -, dass kein Bundesland - ich betone: kein - diese Regelung dazu nutzt, weitere Einsparungen zum Beispiel bei der Lernmittelfreiheit zu begründen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Der Bundesrat hat uns eine Prüfbitte mit auf den Weg gegeben. Ich saß in der Debatte im Bundesrat dabei, als die Sozialministerin aus Baden-Württemberg die Bundesregierung gebeten hat, zu prüfen, ob wir das Schulstarterpaket nicht auch auf Kinder ab dem zehnten Schuljahr ausweiten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie das nicht?)

Wir haben in der Gegenäußerung zugesagt, das zu prüfen.

Ich will ausdrücklich betonen: Es liegt in der Hand des Parlaments und der zuständigen Gremien, die über den Gesetzentwurf beraten werden, darauf zu reagieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann stellen wir den Antrag!)

Ich persönlich glaube, dass es notwendig ist, darüber hinauszugehen,

weil Kinder unabhängig von ihrer Herkunft Unterstützung bei jedem Bildungsabschluss brauchen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und ist ökonomisch sinnvoll; denn es dürfen keine Talente verloren gehen.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Die im Gesetz vorgesehene Unterstützung von haushaltsnahen Dienstleistungen verbessert nicht nur die materielle Situation der Betroffenen - anderen falls würden wir nur an den Symptomen herumdoktern -, sondern gibt Menschen in Familien die Möglichkeit, durch eigene Arbeit für ihre materielle Basis zu sorgen. Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützen damit Familien. Wir weiten die steuerliche Förderung betreffend die haushaltsnahen versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, aber auch betreffend die Beschäftigungsverhältnisse in Dienstleistungsagenturen deutlich aus, und zwar auf einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20 000 Euro, höchstens 4 000 Euro pro Jahr. Damit schaffen wir neben der materiellen Verbesserung die Grundlage für Familien, sich freier als bisher zu entscheiden, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Ich will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen. Wie wir wissen, stehen Alleinerziehende immer im Mittelpunkt der Armut- und Reichtumsberichte. Auf diese Gruppe müssen wir besonders achten; denn sie trägt das höchste Armutsrisiko.

Wer aber glaubt, mit materiellen Verbesserungen alleine könnte Alleinerziehenden geholfen werden, täuscht sich. Wir müssen den Alleinerziehenden zum Beispiel durch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Möglichkeit geben, für sich selber sorgen zu können. Nur dieses wird ihnen auch im Alter helfen, nicht in Altersarmut zu geraten.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend: Das ist ein gutes Paket für Familien, das die Zustimmung der Fraktionen verdient. Ich wünsche mir, wir würden diese nachher bei der Abstimmung erleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die FDP-Fraktion gebe ich dem Kollegen Carl-Ludwig Thiele das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst finde ich es schon erstaunlich, dass zu diesem von der Regierung eingebrachten Gesetz zur Förderung der Familien kein Vertreter des Familienministeriums das Wort ergreift. Das zeigt ganz deutlich, wessen Handschrift dieses Gesetz trägt: nicht die des Familienministeriums, sondern die des Finanzministeriums. Deshalb hat Frau Kressl hier gesprochen; denn was hier groß als Familienförderpaket dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eher eine Belastung für Familien. In den letzten drei Jahren ist das Kindergeld um über 2,5 Milliarden Euro zurückgegangen, unter anderem aufgrund von Kürzungsmaßnahmen, die die

Große Koalition vorgenommen hat.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Weniger Kinder,  
Herr Kollege!)

Das Kindergeld wird nicht mehr für 26-Jährige bzw. 27-Jährige ausgezahlt. Das Geld, das die Familien bisher erhalten haben, wird den Familien bei der jetzigen Erhöhung des Kindergeldes nicht einmal in der bisherigen Größenordnung zurückgegeben. Der Staat hat für Kindergeld 2,5 Milliarden Euro weniger ausgegeben, und mit diesem Gesetz gibt er den Bürgern 2,2 Milliarden Euro als Familienförderung zurück. Ich glaube, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union und von der SPD, das ist eigentlich nicht das, was wir allgemein unter Familienförderung verstehen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern möchte ich für die FDP hier erklären, dass uns die Erhöhung zu niedrig ist. Seit 2002 hat es weder eine Erhöhung des Kinderfreibetrags noch eine Erhöhung des Kindergelds gegeben. Die Kosten sind in den sieben Jahren aber gestiegen. Zusätzlich zu den gestiegenen Kosten hat es deutliche Steuererhöhungen der Großen Koalition gegeben. Diese ganzen Mehrausgaben haben die Familien aus einem begrenzten Budget zu leisten. Dass zum Ende einer Legislaturperiode eine Erhöhung stattfindet, ist eher Zeichen eines schlechten Gewissens als Zeichen eines entschlossenen Handelns.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns einmal das Kindergeld an. Es steigt ab dem dritten Kind um 16 Euro. Da frage ich mich natürlich: Warum eigentlich nicht beim ersten und beim zweiten Kind? Beim ersten und zweiten Kind haben wir eine Steigerung um etwa 6 Prozent, um lediglich 10 Euro. Der Hintergrund – das kann ich hier erklären, und das hat mir die Bundesregierung auf meine Anfragen bestätigt – ist: Kindergeld für das erste Kind wird für über 10 Millionen Kinder gezahlt, Kindergeld für das zweite Kind für 5 Millionen Kinder, und Kindergeld ab dem dritten Kind wird für etwa 3 Millionen Kinder gezahlt. Wenn man für die ersten beiden Kinder das Kindergeld nicht erhöht, dann erhält der Großteil der Familien keine Förderung, die der Förderung ab dem dritten Kind entspricht. Das halten wir für falsch. Wir wollen eine stärkere Erhöhung schon für das erste und zweite Kind. Im Finanzausschuss haben wir 6 Euro mehr gefordert. Wir hätten dann ein einheitliches Kindergeld von 170 Euro ab dem ersten Kind und danach eine Staffelung mit höheren Beträgen.

Die langfristige Richtung der FDP besteht allerdings darin, das Existenzminimum deutlich zu erhöhen. Es wird hier um etwa 2 Prozent erhöht. Das ist uns nach sieben Jahren zu wenig. Wir fordern einen einheitlichen Freibetrag von 8 000 Euro für Erwachsene und Kinder und ein einheitliches Kindergeld von 200 Euro, weil das erforderlich ist, um den Familien in unserem Lande zu helfen. Familienpolitik besteht nicht nur in der Auszahlung von Geld, das ist vollkommen klar: Wir brauchen eine familienfreundliche Gesellschaft, und zu der Familienfreundlichkeit der Gesellschaft gehört auch, dass Familien entsprechend gefördert werden, damit die Kosten tatsächlich getragen werden können. Dafür ist dieser

Entwurf viel zu mutlos. Er ist saft- und kraftlos und erreicht nicht das, was das Gesetz vorgaukelt, nämlich die Familien tatsächlich zu fördern.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns doch einmal den Stuttgarter Parteitag der Union an. Da wurde gesagt: Lasst uns die Steuern senken. – Das kann man über einen Freibetrag machen, das kann man tariflich machen, man kann es aber auch über das Kindergeld in Form einer negativen Einkommensteuer machen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wollen wir in der nächsten Periode mit Ihnen machen!)

– Herr Kollege Kauder, wir machen das gerne mit Ihnen, aber wir hätten uns etwas mehr Einsatz schon bei diesem Gesetz gewünscht. Hier haben wir nämlich ein Steuergesetz, welches ab dem 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt. Die von uns erwünschte Wirkung hätte für große Teile der Bevölkerung, gerade für die Familien, schon ab dem 1. Januar 2009 einsetzen können, wenn hier etwas mutiger vorgegangen würde.

Dabei muss man wissen, dass sich die Diskussion über eine Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages schon über Jahre hinzieht und dass der Abschluss zustande kam, bevor das Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschiedet und das Konjunkturprogramm aufgelegt worden waren. Wenn man sagt: „Ab dem 5. Januar fangen wir an, den Leuten zu erklären, warum wir die Steuern senken“, frage ich mich natürlich: Warum zeigt man nicht hier und heute Flagge, indem man die Bürger ab dem 1. Januar 2009 per Gesetz steuerlich entlastet? Das wäre heute möglich. Mir ist unverständlich, dass Sie das nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Thiele, die Kollegin Frechen würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr gerne, Frau Präsidentin.

Gabriele Frechen (SPD):

Herr Kollege Thiele, können Sie mir sagen, wie sich die von Ihnen geforderten höheren Kinderfreibeträge auf die Familien auswirken, die im Schnitt 30 000 Euro zu versteuerndes Einkommen im Jahr und zwei Kinder haben? Wie viel haben sie mehr in der Tasche, wenn die Kinderfreibeträge erhöht werden? Sollten Sie nicht so blitzschnell rechnen können wie ich, möchte ich Sie nur bitten, mir zu sagen, ob Sie mir zustimmen, dass diese Familien durch die Erhöhung der Freibeträge null Euro mehr in der Tasche haben, weil sie einzig und allein vom Kindergeld profitieren.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Frechen. – Sie wissen, dass wir die Zahlung des Kindergeldes im Einkommensteuergesetz geregelt haben. Das Kindergeld ist die Zahlung eines monatlichen Abschlags auf die Wirkung des Freibetrages, die erst im Laufe des Jahres einsetzt. Im Gesetz steht, dass es sich um eine zusätzliche und gewollte Förderung der Familie handelt, sofern der Umfang des Kindergeldes über die Wirkung des Freibetrags hinausgeht. Wir als FDP haben damals das Modell einer

negativen Einkommensteuer entwickelt. Es ist das erste praktizierte Bürgergeld - wir als FDP treten dafür ein -, welches hier gesetzlich verankert worden ist. Wir bitten immer wieder darum, den Zweiklang zu beachten: Wir wollen zum einen den Freibetrag erhöhen - das habe ich vorgetragen - und parallel das Kindergeld erhöhen. Wenn Sie mir zugehört hätten, dann wüssten Sie - das wird voraussichtlich Bestandteil unseres nächsten Bundestagswahlprogramms werden -: Wir wollen einen Freibetrag in Höhe von 8 000 Euro für alle und ein Kindergeld von 200 Euro. Davon sind wir nach dem Vorschlag, den die Koalition hier zuletzt auf den Tisch gelegt hat, leider noch entfernt. Denn wenn ich es recht sehe, fehlen noch - insbesondere für das erste und das zweite Kind - 36 Euro, um den Wert von 200 Euro zu erreichen. Ich bitte Sie, den Zweiklang, den die FDP immer gesehen hat, im Auge zu behalten: Kinderfreibetrag auf der einen Seite, Kindergeld auf der anderen Seite. Sie haben recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass der Freibetrag nicht jedem Steuerpflichtigen zugutekommt. Daher wollen wir neben dem Freibetrag die Erhöhung des Kindergeldes, wofür in der Vergangenheit auch einmal die Sozialdemokraten eingetreten sind, Frau Kollegin. Insofern betrachten wir die Erhöhung des Kindergeldes nach sieben Jahren um lediglich 10 Euro für das erste und zweite Kind - der Großteil der Familien hat so viele Kinder - für absolut unzureichend; 6 Prozent nach sieben Jahren, das ist zu wenig. Damit ist nicht einmal die Preissteigerung abgebildet. Wir fordern - die FDP hat es in ihrem letzten Wahlprogramm gefordert; auch bei der nächsten Wahl werden wir mögliche Koalitionspartner daran messen -, unseren Vorschlag umzusetzen. (Beifall bei der FDP - Gabriele Frechen [SPD]: Mir reicht, dass Sie zugestimmt haben!) Wir haben ferner das Problem, dass der Freibetrag beim sächlichen Existenzminimum lediglich um 2 Prozent steigt. Auch das ist uns zu wenig; das reicht nicht aus. Insofern hätte ich mir etwas mehr Mut gewünscht und nicht nur den Verweis: Einen Tag vor dem Dreikönigsfest beschließt die Union ein Steuerprogramm, (Rainer Brüderle [FDP]: Das ist auffällig!) die Weihnachtsbescherung kommt im Januar. Das kann nicht die richtige Politik sein. Hier und heute können wir beschließen. Wir sollten nicht alle Hoffnung auf die Zukunft setzen, zumal man sehen muss, dass gerade die Hoffnung auf die Zukunft von der Union auch in dieser Wahlperiode nicht erfüllt wurde, Stichwort „Steuererhöhungen“. Das, was befürchtet wurde, wurde getoppt. Dies ist eine Koalition der Steuererhöhungen und nicht der Steuersenkungen. Wer hier ernsthaft und glaubwürdig vor die Bürger treten will, der muss sich jetzt zu Steuersenkungen bekennen. Das ginge mit einer entsprechenden Ausgestaltung dieses Gesetzes direkt und konkret. (Beifall bei der FDP) Lassen Sie mich zu zwei weiteren Punkten kommen. Wir begrüßen es, dass die Haushalte inzwischen auch von den Sozialdemokraten als private Arbeitgeber anerkannt werden. Über die Technik kann man streiten; da haben wir andere Vorstellungen. Dass das geschieht, halten wir für richtig und begrüßen es.

Ich möchte noch einige Sätze zum Schulstarterpaket sagen. Wir als FDP halten es für richtig, dass Kinder frühzeitig in die Lage versetzt werden, Bildungschancen unabhängig vom Einkommen der Eltern wahrzunehmen. Deswegen halte ich persönlich es für einen Fehler, dass unter Rot-Grün an dieser Stelle Bildung kein Bestandteil des Warenkorb für die Bemessung der Regelsätze im Sozialgesetzbuch II wurde.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Genau!)

Das gehört im Interesse der Kinder da hinein; es ist aber bislang nicht enthalten.

(Beifall der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Wir halten dies für falsch.

Deswegen müssen wir uns mit diesem Problem beschäftigen. Ein entsprechender Ansatz geht zwar in die richtige Richtung, aber ich halte ihn für etwas zu kurz gesprungen. Denn wir wollen, dass das Geld tatsächlich bei den Kindern ankommt. Deshalb plädiert die FDP für eine Nachweispflicht oder für ein Gutscheinsystem; über die Technik, wie man das umsetzt, kann man sich noch unterhalten. Wir wollen, dass das, was den Familien, die nicht in der Lage sind, aus eigener Erwerbstätigkeit den Unterhalt ihrer Kinder zu bestreiten, zusätzlich gegeben wird, bei den Kindern ankommt.

Wir müssen in diesem Zusammenhang aber auch das Lohnabstandsgebot beachten. Es muss auch für Geringverdienende in unserer Gesellschaft interessant sein, erwerbstätig zu sein und ihre Kinder mit den entsprechenden Schulmaterialien auszustatten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie unserem Vorschlag folgen und den Grundfreibetrag erhöhen würden, dann wäre diese Bedingung für Steuerpflichtige erfüllt. Auch für diejenigen, die nur wenig Steuern zahlen, wäre diese Bedingung aufgrund der Erhöhung des Kindergeldes erfüllt. Deshalb bitte ich Sie, über diesen Vorschlag noch einmal nachzudenken.

Aber eines geht nun überhaupt nicht, nämlich dass man sagt: Unterstützung beim Schulmaterial muss sein, aber mit der zehnten Klasse ist Schluss damit.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das ist überhaupt nicht richtig und überhaupt nicht akzeptabel. Diese Unterstützung muss für die Zeitdauer der gesamten Schulpflicht inklusive der beruflichen Bildung gelten. Es ist mir unbegreiflich, wie man seitens der Großen Koalition in eine solche Situation kommen kann. Ich halte Ihren Weg für den falschen. Wir kritisieren Ihre Pläne und haben entsprechende Änderungsanträge im Ausschuss gestellt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Thiele.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. - Weil das Gesetz gleichwohl eine Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages vorsieht - wenn auch aus unserer Sicht nicht in ausreichendem Maße -, enthalten wir uns. Der Weg geht in die richtige Richtung, aber er ist viel zu mutlos. Sie hätten mehr machen können. Vielleicht gibt es im Laufe der Debatte und bei der Abstimmung noch

Bewegung.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Thiele, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Denn der Bundestag beschließt heute und muss nicht zwangsläufig dem folgen, was der Finanzausschuss beschlossen hat.

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Patricia Lips, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Patricia Lips (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Augenmerk vieler Menschen in diesem Land liegt ganz sicher auf den Beschlüssen des heutigen Tages, die zur Belebung und Aufrechterhaltung der Konjunktur beitragen sollen, natürlich auch ausgelöst durch die weltweite Finanzmarktkrise.

Das Familienleistungsgesetz wird durch seine Entlastungswirkung in der vor uns liegenden Zeit zu einem ganz wichtigen Baustein in der weiteren Entwicklung werden. Herr Thiele, das hat nichts - ich sage dies ausdrücklich - mit schlechtem Gewissen zu tun. Wir begrüßen vor allem, dass alle darin enthaltenen Maßnahmen darauf ausgerichtet sind, gerade diejenigen zu unterstützen und zu stärken, die das Fundament einer stabilen Gesellschaft bilden, nämlich die Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alle Inhalte des Gesetzes sind kurzfristig umsetzbar. Sie berücksichtigen individuelle Lebensumstände, und sie sind vor allem Investitionen in die Zukunft, auch über die Finanzmarktkrise hinaus.

Ich möchte es noch einmal kurz zusammenfassen:

Erstens. Das Kindergeld wird gestaffelt erhöht. Dies kommt vor allem Mehrkindfamilien zugute. Davon sind rund 4,5 Millionen Kinder in unserem Land betroffen. Zweitens. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages bewirkt eine weitere Entlastung an anderer Stelle und er gibt sich schon aus verfassungsrechtlicher Notwendigkeit. Drittens. Berufstätige Eltern, die praktische Hilfe im Alltag in Anspruch nehmen wollen, die ihnen am Ende mehr Zeit für das Zusammensein mit ihren Kindern ermöglicht, erhalten eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit ihrer Aufwendungen. Damit verbunden ist natürlich auch das Ziel, vorhandenes Potenzial bezüglich des Beschäftigungsaufbaus gerade in schwierigen Zeiten auszuschöpfen.

Viertens. Ganz neu ist - wir haben es heute schon gehört - das sogenannte Schul- oder Starterpaket in Höhe von 100 Euro zu Beginn eines jeden Schuljahres für Kinder und Jugendliche aus Familien, die auf Hartz IV bzw. Sozialhilfe angewiesen sind. Es gilt bis zum 10. Schuljahr und damit bis zum Ende der gesetzlichen Schulpflicht. So weit die Vorlage.

Alle genannten Punkte reihen sich nahtlos in die Erfolgsgeschichte ein, die wir in den vergangenen drei Jahren für die Kinder in diesem Land und deren Eltern auf den Weg gebracht haben. Das wollen und dürfen wir

nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei allem, was darüber hinaus gefordert wird, auch in dieser Debatte und auch von uns, dürfen wir nicht Gefahr laufen, diese Leistung aus dem Blick zu verlieren.

Mit dem Familienleistungsgesetz gehen wir heute einen weiteren wichtigen Schritt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gruß?

Patricia Lips (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Miriam Gruß (FDP):

Frau Kollegin, da Sie nicht im Familienausschuss sind, möchte ich an dieser Stelle auf etwas hinweisen, was vielleicht die Kolleginnen und Kollegen aus dem Familienausschuss nicht mehr hören können, was Sie aber ebenfalls wissen sollten.

(Zurufe von der CDU/CSU: Frage!)

- Die Frage kommt. Ich will sie nur einführen. - Sie haben davon gesprochen, dass die Maßnahmen aus dem Familienleistungsgesetz sich in die Erfolgsgeschichte einreihen würden, die wir für Familien in den letzten drei Jahren auf den Weg gebracht hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Frage an Sie lautet: Wie beurteilen Sie im Zusammenhang mit dieser Erfolgsgeschichte, dass Sie per Beschluss dieses Bundestages in den letzten drei Jahren 19-mal die Steuern und Abgaben erhöht haben, was dazu geführt hat, dass eine vierköpfige Familie pro Jahr im Durchschnitt 1 600 Euro mehr ausgeben muss?

Patricia Lips (CDU/CSU):

Dass die Familien mit Kindern durch unsere Unterstützung eine Erfolgsgeschichte erlebt haben, steht unwiderruflich fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Gabriele Frechen [SPD])

Das können Sie nicht negieren. Von dem, was von Ihrer Seite in der Vergangenheit an Vorschlägen gerade in diesem Bereich kam, war vieles ohne eine auch nur annähernd ausreichende Gegenfinanzierung, was für die Zukunft der Kinder, auf die Sie sich in Ihrer Fragestellung bezogen haben, aber wichtig wäre. Ich werde später noch einmal darauf zurückkommen. Wir müssen in unserer Gesellschaft die Balance wahren. Dazu gehört, dass wir, in Bezug sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Zukunft, darauf achten, wie wir mit dem Vermögen der Kinder umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, auch im Finanzausschuss - heute sind ja die Familien- und die Finanzpolitiker im Dialog -, gingen weit über diese Verantwortung hinaus. Das sage ich durchaus mit einem gewissen Erstaunen in Richtung Ihrer Partei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD])

Ich komme zurück zu meiner Rede. Bei allem, was der Gesetzentwurf bietet, haben wir dennoch darüber hinausgehende eigene Vorstellungen und Ideen. Das haben wir an verschiedenen Stellen deutlich gemacht. Natürlich



ist es schwer nachvollziehbar, weshalb das Schulpaket, die 100 Euro für die Schulausstattung, nur bis zum 10. Schuljahr gezahlt werden soll - obgleich wir der Überzeugung sind, dass sich die verantwortlichen Spitzen in den zuständigen Ministerien sicher etwas bei dieser Begrenzung gedacht haben. Es liegt nun in unserer Verantwortung, wie wir damit umgehen. Wir haben das Angebot gemacht, diese Unterstützung grundsätzlich auszuweiten und auch jenseits der Schulpflicht zu gewähren. Damit bin ich aber schon bei einem weiteren Punkt. Aus unserer Sicht ist es ebenso wenig begründbar - da gebe ich Ihnen recht, Herr Thiele -, weshalb wir uns in der Frage der Ausweitung in den letzten 48 Stunden immer nur auf die allgemeinbildenden Schulen, Stichwort: Oberstufe, versteifen. Was antworten wir dem Jugendlichen, der aus einer Familie kommt, die Hartz IV bezieht, und der eben nicht diesen Weg einschlagen will, sondern bereits früher in die berufliche Bildung wechseln will?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ja, was sagen Sie dem?)

Was antworten wir auch den vielen Familien, die zwar nicht Hartz-IV-berechtigt sind, aber mit einem niedrigen Erwerbseinkommen auskommen müssen? So wenig, wie das eine begründbar erscheint, so schwer ist doch auch das andere zu beantworten. Es ist nicht immer nur so einfach,

(Rainer Brüderle [FDP]: Das ist wahr!)

dass es auf der einen Seite die Transferleistungsbezieher und auf der anderen Seite die Steuerzahlenden gibt. Wir müssen aufpassen, dass wir die vielen dazwischen nicht immer wieder durch ein Raster fallen lassen.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, Herr Thiele, gestatten Sie mir, dass ich jetzt erst einmal im Zusammenhang fortfahre.

Ich möchte ein Weiteres nennen: Immer mehr Arbeitgeber

- darunter viele mittelständische Betriebe -, die ihre guten Fachkräfte halten wollen, engagieren sich darin, ihren Mitarbeitern bei der Betreuung ihrer Kinder Unterstützung zu geben, damit sie ihrer Arbeit vollumfänglich und guten Gewissens nachgehen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ist das Kind vier Jahre alt und im Kindergarten, dann besteht für die Eltern eine Steuerfreiheit hinsichtlich dieser Unterstützungsleistung. Ist das Kind neun Jahre alt

- ich nenne das jetzt einfach einmal als Beispiel - und kommt es mittags von der Grundschule nach Hause

- teilweise recht unkalkulierbar -, sodass es faktisch ebenso einer Betreuung bedarf, dann gilt dies in dieser Form laut geltendem Recht zumindest im Moment noch nicht.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Ganztagschulen!)

Diese Situation finden wir in einem hohen Maße bei vielen einfachen, redlichen Familien in unseren Regionen vor, die wir vertreten.

Ich sagte es bereits: Es ist in der Tat unsere Aufgabe, Balance zu wahren. Wir müssen es vermeiden, dass bei Eltern und Familien mit eigenem Einkommen - das sind vielfach auch Geringverdiener - der Eindruck entsteht,

dass sich ihre eigene Leistung und ihr eigener Einsatz nicht mehr lohnen. Wir wollen ausdrücklich diejenigen unterstützen, die der Hilfe bedürfen. Ja! Wir sind stolz, in einem Land zu leben, in welchem dies auch derart umfangreich möglich ist.

Wir wollen und dürfen aber auch diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die uns diese Hilfe am Nächsten mit ihren Abgaben und Beiträgen überhaupt erst ermöglichen und damit zur gegenseitigen Solidarität in unserer Gesellschaft beitragen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das sind nicht nur die Reichen, das sind auch sehr viele aus Mittelstand.

Zusammengefasst: Wir wollen erstens die Ausweitung des Bedarfspakets für Jugendliche über die 10. Jahrgangsstufe hinaus, wobei zweitens die Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in gleicher Weise berücksichtigt werden.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht doch gar nicht zur Abstimmung!)  
- Ich komme gleich darauf. - Drittens wollen wir eine Prüfung, inwieweit diese Förderung auch außerhalb von Hartz IV bzw. Sozialhilfe - ich nenne das jetzt so - Familien mit geringem Einkommen zugutekommen könnte. Viertens sind wir für die Ausweitung der Steuerbefreiung hinsichtlich der Leistungen der Arbeitgeber, die die Betreuung der Kinder ihrer Arbeiter und Angestellten bis zum 14. Lebensjahr finanziell unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das alles steht nicht im Gesetzentwurf!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind unsere Vorstellungen, durch die in unseren Augen ein guter Weg aufgezeigt wird. Wir respektieren auch die vielen anderen Vorstellungen. Eine Verständigung insgesamt war - sagen wir es einmal so - auch in der Kürze der Zeit nicht möglich.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Noch nicht! -  
Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange regieren Sie schon? - Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann wird das wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr klappen!)

Wir regen deshalb an, das Gesetz so, wie es zunächst ist - mit all den vielen guten Maßnahmen -, heute auf den Weg zu bringen, um die zeitnah zu erfolgenden Entlastungen - beispielsweise beim Kindergeld - nicht zu gefährden, sondern aus diesem Haus möglichst breit zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In einer zweiten Runde - es gibt ja durchaus Elemente, die am 1. Januar 2009 gar nicht zum Tragen kommen - sollten wir gemeinsam nochmals zusammenkommen, um die vielen Vorschläge, die zurzeit genannt werden, ihrer Bedeutung gemäß zu bewerten, zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Wir sollten keine einseitigen Schnellschüsse in einer emotionalen Zeit abgeben, so gut sie auch gemeint sind, sondern uns darum bemühen, die offenen Fragen möglichst

umfassend zu beantworten, Anregungen aufzugreifen und diejenigen mitzunehmen, die ebenfalls am Wegesrand stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Carl-Ludwig Thiele das Wort.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herzlichen Dank, Herr Vizepräsident. - Frau Kollegin Lips, einem Großteil Ihrer Fragen - das möchte ich vorab sagen - kann ich ausdrücklich zustimmen. Sie haben aber auch viele Ihrer Aussagen in Fragen gekleidet. Sie haben gefragt: Was sagen wir denn den Menschen, wenn die Unterstützungsleistungen nach dem 10. Schuljahr nicht weiter gewährt werden? Was sagen wir denn den Menschen, wenn sie im berufsbildenden Bereich nicht gewährt werden? Die Fragen habe ich aufgenommen. Ich habe aber auch eine Frage an Sie: Was sagen Sie diesen Menschen denn? Eine Antwort habe ich nämlich nicht gehört. Ich habe nur die Frage dazu gehört, aber nicht die Antwort - auf die bin ich gespannt.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben ja keine Antwort!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Lips.

Patricia Lips (CDU/CSU):

Sehr geehrter Kollege Thiele, ich glaube, ich habe gegen Ende meiner Ausführungen einen Weg aufgezeigt. Deswegen wollte ich meinen Redebeitrag erst fortsetzen, bevor ich Ihre Frage beantworte. Ich habe gerade in den letzten 48 Stunden gemerkt, dass es zu diesem Thema sehr viele Emotionen gibt. Betrachten Sie die Aussagen, die ich als Fragen formuliert habe - ich hätte sie auch als Forderungen formulieren können -, in gewisser Weise auch unter einem rhetorischen Aspekt.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es geht hier um ein Gesetz!)

Uns geht es darum, die Probleme hinsichtlich der Menschen, die von SGB II und Hartz IV betroffen sind, und denjenigen, die das entsprechende Einkommen haben, einer umfänglichen Prüfung zu unterziehen. Der Fairness halber soll dies nicht nur einseitig für eine Bevölkerungsgruppe geprüft werden, sondern es soll auch den anderen die Chance zu einer neuen Bewertung gegeben werden. Das habe ich damit beabsichtigt.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber darüber stimmen wir heute nicht ab! - Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt ist Herr Thiele klüger!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Barbara Höll von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Lips, seit 2002 wurde das Kindergeld nicht mehr erhöht. Es war Zeit genug, nachzudenken und Antworten zu finden, um uns hier nicht wieder mit einem Fragenkatalog zu konfrontieren.

(Beifall bei der LINKEN - Leo Dautzenberg  
[CDU/CSU]: Wir sind aber erst seit 2005  
dran!)

Sie erhöhen endlich das Kindergeld um 10 Euro pro Monat.  
Sie besitzen aber die Frechheit, dies als Bestandteil  
Ihres Konjunkturprogrammchens zu verkaufen. Das finde  
ich wirklich bodenlos.

(Beifall bei der LINKEN - Carl-Ludwig  
Thiele [FDP]: Das stimmt!)

Kindergeld und Kinderfreibetrag sind kein Gnadenakt.  
Uns liegt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts  
vor. Das Existenzminimum, auch das von Kindern, muss  
steuerfrei sein. Wir haben nun zu überlegen, wie das berechnet  
wird. Sie berechnen es permanent; das hat Frau  
Kressl auch gesagt. Sie berechnen es aber permanent zu  
niedrig. Die Berechnung der Regelsätze geht in die Berechnung  
des steuerfreien Existenzminimums ein. Der  
Paritätische Wohlfahrtsverband und die Familienverbände  
der Evangelischen Kirche und der Katholischen  
Kirchen haben Ihnen ihre Berechnungen vorgelegt. Sie  
ignorieren das einfach. Sie tun so, als ob diese nicht da  
wären und nicht gelten.

Dass wir heute so intensiv über das Schulstarterpaket  
diskutieren, hat natürlich etwas mit den Regelsätzen zu  
tun. Sie alle hier waren doch von der Einführung von  
Hartz I bis Hartz IV und von der Festsetzung der Regelsätze  
begeistert. Die Bildung wurde einfach rausgelassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daran sind Sie alle doch beteiligt. Rot-Grün hatte die  
Verantwortung. Gegenstimmen der anderen waren nicht  
zu hören. Sie plustern sich jetzt hier auf und sagen, dass  
es endlich gemacht werden muss. Natürlich muss es endlich  
gemacht werden. Aber dann lassen Sie uns die Bildung  
insgesamt betrachten.

Bei der frühkindlichen Bildung muss ebenfalls mehr  
getan werden. Vielleicht sollte ein Kindergartenkind  
auch zusätzliche Bildung in Form von musikalischer  
Früherziehung oder sportlicher Betätigung bekommen.  
All das fällt weg. Hartz-IV-Kinder brauchen kein Abitur,  
weil sie sowieso nicht studieren werden. Studiengebühren  
können sie sowieso nicht aufbringen. Also lassen wir  
es alles. Diese Perspektive sollte es nicht mehr geben.  
Das ist Ihre zynische Politik.

Die SPD sagt: Wir wollten für Abiturientinnen und  
Abiturienten unbedingt, aber wir haben die 18 Millionen  
Euro von der CDU nicht bekommen. - Das ist einfach  
nur ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD-Kollegin Westrich hat im Ausschuss gesagt  
und uns versprochen: Die SPD wird sich dafür einsetzen,  
dass die Kinderregelsätze kindgerecht ausgestaltet werden,  
noch in dieser Legislaturperiode. - Da bin ich gespannt.  
Dies ist natürlich ein Eingeständnis, dass Ihre  
Regelsätze viel zu gering sind und Sie sich seit Jahren  
nicht mehr auf dem festen Boden der Verfassung befinden  
(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Sie müssen  
gerade über die Verfassung reden!)

- das Bundesverfassungsgericht hat sich dazu geäußert -,  
sondern weit darunter sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen wir es einmal konkret: Von Regelsätzen in Höhe von 235 Euro pro Monat geht der Bericht zum Existenzminimum aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht für 2008 von realistischen Regelsätzen in Höhe von 299 Euro, und der Caritasverband hat Ihnen vorgerechnet, dass sich allein aufgrund der Inflation eine Steigerung um 18 Prozent niederschlagen müsste. Nichts passiert, was der Realität von Kindern und Jugendlichen tatsächlich nahe käme.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: So sind sie halt, ja!)

Frau Kressl, Sie haben zum Ende Ihrer Rede gesagt, Materielles allein helfe vor allem Alleinerziehenden nicht. Dies streitet niemand ab. Wir brauchen natürlich Berufstätigkeit von Frauen. Wir brauchen vor allem gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit: 24 Prozent beträgt der Abstand zur Bezahlung von Männern; damit sind wir europaweit ganz hinten. Wir brauchen Kinderbetreuung. Dies aber so zu interpretieren und umzusetzen, wie Sie es getan haben, dass nämlich bei den Alleinerziehenden gar nichts mehr ankommen muss, das entbehrt doch jeglicher Logik.

(Beifall bei der LINKEN)

Erinnern Sie sich bitte an die Anhörung: 500 000 Kinder von Alleinerziehenden leben vom Bezug von Unterhaltsvorschussleistungen, 800 000 Kinder von Alleinerziehenden vom Bezug von Hartz IV. Bei weiteren 2 Millionen Kindern von Alleinerziehenden werden nur 5 Euro von der Kindergelderhöhung ankommen. Das sind die Fakten: Es kommt genau bei den Menschen, die wenig haben - entweder kein Einkommen oder nur ein geringes Einkommen -, überhaupt nichts an. Diesem Problem stellen Sie sich nicht. Sie machen keine Familienförderung, wenn Sie die Familien von Alleinerziehenden hier überhaupt nicht mehr auf dem Schirm haben. Nur 1,6 Prozent der Alleinerziehenden können den Kinderfreibetrag ausnutzen. Diese 1,6 Prozent berücksichtigen Sie - das will ich Ihnen zugestehen -, aber die große Mehrheit eben nicht.

Wir haben Ihnen dazu entsprechende Vorschläge im Ausschuss vorgelegt und werden dies nachher noch diskutieren: Nichtanrechnung der Kindergelderhöhung bei Hartz-IV-Beziehern. Sie verweigern sich dem, und das ist nicht mehr zu akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Familienministerin bereits am 18. September hier im Plenum sehr wohl zur Kenntnis genommen hat, dass es einen sehr guten Weg aus dieser Situation heraus gibt und dass wir es tatsächlich erreichen könnten, dass alle Kinder dem Staat und unserer Gesellschaft gleich viel wert sind. Ich habe Frau von der Leyen hier bereits einmal zitiert und mache es noch einmal:

Wenn man das alles auf ein Niveau bringen will, dann kann man das Ganze doch wohl nicht auf das niedrigste Niveau herunterstufen. Dann muss man vielmehr lege artis auf das höchste gemeinsame Niveau heraufstufen. Das würde 15 Milliarden Euro kosten - eine Illusion, die mit der Realität wenig zu tun hat.

Ich wiederhole: Es kostet keine 15 Milliarden Euro. Lassen Sie uns im Einkommensteuerrecht zur Individualbesteuerung bei Übertragbarkeit des steuerfreien Existenzminimums des Partners oder der Partnerin übergehen, wenn diese es nicht ausschöpfen. Dann brauchten wir nur noch 6 Milliarden Euro. Es kann nicht angehen, was Sie machen. Seien Sie wenigstens so ehrlich, den Menschen zu sagen: Kinder bekommen den Rest, den wir noch irgendwo haben, Kinderarmut ist nicht schön, aber wir müssen erst einmal die Banken beschirmen. - Es ist einfach Pflicht, dass diese 6 Milliarden Euro über den Bundeshaushalt bereitgestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Ziel sind eine realitätsgerechte Bewertung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums, eine Umsetzung, die es ermöglicht, dass es bei allen Kindern ankommt, weil uns alle Kinder gleich viel wert sein sollen, und ein ganz kurzfristiges Reagieren, damit zumindest diese viel zu niedrige Kindergelderhöhung - wir fordern 200 Euro Kindergeld - bei Hartz-IV-Bezug, bei Bezug von Sozialgeld und Unterhaltsvorschuss nicht gegengerechnet wird. Deshalb können wir dem Gesetzentwurf heute nicht zustimmen. Die kleine Erhöhung lehnen wir nicht ab. Wir können uns nur enthalten. Denken Sie endlich um und gehen Sie mit uns in die andere Richtung, die besagt, dass alle Kinder dem Staat gleich viel wert sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Britta Haßelmann vom Bündnis 90/Die Grünen.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen! Herr Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend! Wir haben hier gerade wirklich einiges gehört: „ein gutes Paket für Familien“, so die Staatssekretärin;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

„eine Erfolgsgeschichte für Kinder“;

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

„ein Konjunkturprogramm“ - der Beitrag aus dem Bereich Familie.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lächerlich!)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich finde, Sie sollten auf dem Teppich bleiben. Ein bisschen mehr Bescheidenheit angesichts dessen, was Sie hier als Familienleistungsgesetz vorlegen, stünde Ihnen ganz gut zu Gesicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sage ich das? Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Familien eine Kindergelderhöhung bekommen.

Diejenigen, die sie zu Beginn des nächsten Jahres bekommen werden, werden sich darüber freuen. Auch aus Sicht derjenigen, die vom Schulstarterpaket letztlich profitieren, spricht nichts dagegen; sie werden sich über 100 Euro mehr freuen. Und auch diejenigen,

denen die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen zugutekommt, werden sich freuen. Für Familien und Kinder, die diese Leistungen erhalten - ich betone: die diese Leistungen erhalten -, ist das sicher positiv. Wir haben hier aber auch über diejenigen zu reden - das hat von den Rednern aus der Großen Koalition bisher niemand getan -, die diese Leistungen nicht erreichen. Das ist doch der Punkt. Sie machen ein Familienleistungsgesetz und verkaufen es als die Maßnahme, als Konjunkturprogramm und als Erfolgsgeschichte für Familien,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Luft holen!)

dabei wird ein großer Teil der Familien und Kinder in Deutschland nicht erreicht. Das ist das Problem, über das wir heute zu sprechen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörn Wunderlich [DIE LINKE])

Das Gesetz erreicht die Kinder, die am dringendsten Unterstützung brauchen, nicht. Kinder in prekären Situationen, die auf Hilfe angewiesen sind, profitieren in keiner Weise davon. Es gibt genügend Familien mit Kindern - das wissen Sie ganz genau -, die von der Kindergelderhöhung nicht einmal ansatzweise profitieren. Warum klopfen Sie sich kurz vor Weihnachten hier eigentlich ständig selbst auf die Schultern? Erläutern Sie doch einmal, warum Sie meinen, einen großen Teil der Kinder ausgrenzen zu müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ungerecht ist das! - Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Einfach zuhören!)

Damit endlich einmal Schluss damit ist, dass Sie sich in dieser Debatte hier ständig selbst beweisen, wie stark Sie agiert haben, will ich auch in Richtung der Zuhörerinnen und Zuhörer sagen: Hier wird etwas vorgegaukelt; denn in Wirklichkeit wird nur ein Teil der Familien erreicht. Wir legen heute einen Entschließungsantrag vor, der im Bundesrat einstimmig beschlossen worden ist. Im Bundesrat haben die CDU- und SPD-geführten Länder die Mehrheit. Dort ist einstimmig beschlossen worden, den Bundestag dazu aufzufordern, die Eckregelsätze für Kinder neu zu fassen, die Kinderregelsätze zu erhöhen und dies umgehend, sofort und nicht erst in zwei oder drei Jahren zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir heute zur Abstimmung stellen. Wir entlassen Sie an dieser Stelle nicht mit warmen Worten aus Ihrer Verantwortung.

Wissen Sie eigentlich, was passiert? Von Nordrhein-Westfalen bis Bayern gehen die Sozialminister der Union und der SPD, Karl-Josef Laumann und andere, durchs Land und propagieren überall: Die Hartz-IV-Regelsätze, die Kinderregelsätze, alles ist viel zu niedrig; der Bundestag muss jetzt handeln.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Recht haben sie!)

Damit bekommen sie dicke Schlagzeilen in den regionalen Zeitungen der unterschiedlichen Länder. Aber hier, im Bundestag, kneifen Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir heute genau diesen Antrag zur Abstimmung stellen. Sie können sich hier nicht einfach aus der Verantwortung stehlen, im Land sagen, dass eine Erhöhung des Kinderregelsatzes dringend notwendig ist, hier aber erklären, dass eine solche Erhöhung nicht infrage kommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt sage ich noch etwas zu der Posse um das Schulbedarfspaket: Sie bringen ein Schulbedarfspaket für Kinder von der 1. bis zur 10. Klasse, die aus armen Familien kommen, auf den Weg. Was ist das für eine bildungspolitische Botschaft? Sind Kinder aus diesen Familien nicht auch in der Lage, Abitur zu machen? Sollten sie nicht auch die Chance bekommen bis zum Abitur oder zum Abschluss einer berufsbildenden Schule geführt zu werden?

In den Zeitungen kann man lesen, was Sie sich in den letzten zwei Tagen geleistet haben: einen offenen Koalitionsstreit darüber, ob man sich die Ausgabe der 17 Millionen Euro leisten kann, die es kosten würde, die Kinder aus ärmeren Familien zu unterstützen, die weiterführende Schulen besuchen, und ob diese 17 Millionen Euro mit der Verlängerung bei der Absetzbarkeit der betrieblichen Betreuungskosten gegengerechnet werden können. In Klammern füge ich hinzu: Diese Maßnahme verursacht locker 70 bis 100 Millionen Euro Mindereinnahmen. Das haben Sie als Große Koalition nicht hinbekommen. Das muss man den Leuten draußen erzählen.

Was ist das für ein Maßstab? Was ist das für eine Politik im Sinne der Gerechtigkeit, die alle Kinder erreicht? Jedes Kind muss uns doch gleich viel wert sein in seinem Zugang zu Bildungschancen, in seiner Teilhabe an Bildung und in seiner materiellen Absicherung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie liefern ein Armutszugnis ab mit dem, was Sie sich in den vergangenen zwei Tagen mit Ihrem Streit geleistet haben. 17 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben gegen 100 Millionen Euro Mindereinnahmen. Das waren Ihnen die Kinder an dieser Stelle nicht wert. Das finde ich wirklich fatal.

Was bleibt also unter dem Strich bei diesem fulminanten Familienleistungsgesetz? Es bleibt die Kindergelderhöhung, die die Familien erreicht und für die Familien gut ist, die davon profitieren. Es bleiben 100 Euro als Einmalhilfe für die Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse, die unterstützungsberechtigt sind. Außerdem sind haushaltsnahe Dienstleistungen künftig eher absetzbar als bisher.

Es bleibt aber auch, dass Sie sich mit diesem Gesetzentwurf weiter von Ihrem Anspruch, dass uns jedes Kind gleich viel wert ist und dass uns jede Familie gleich viel wert sein muss, verabschieden und damit dazu beitragen, dass Bildungsgerechtigkeit in diesem Land leider immer noch nicht verwirklicht wird.

Deshalb freuen wir uns, gleich zu sehen, wie Sie über unseren Entschließungsantrag mit dem Text von CDU und SPD abstimmen werden. Ich bin gespannt, ob Sie dem zustimmen, so wie es die CDU- und SPD-geführten Länder gemacht haben.

Im Übrigen werden wir Ihrem Gesetzentwurf an dieser



Stelle nicht zustimmen; denn er hat zu viele Macken und ist ungerecht. Wir werden uns an dieser Stelle der Stimme enthalten.

(Zurufe von der CDU/CSU)

- Herr Singhammer, hören Sie doch erst einmal zu. Bleiben Sie ganz ruhig und begründen Sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zunächst einmal die Ungerechtigkeiten, die Sie produzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Lydia Westrich von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Lydia Westrich (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fulminante Rede von Frau Haßelmann hat die Stimmung im Parlament ein wenig angeheizt. Bei diesen Temperaturen ist das vielleicht nicht schlecht. Allerdings enthielt die Rede viele Mängel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben als Staat jedes Jahr mehr als 180 Milliarden Euro zur Förderung von Familien aus. Viele Milliarden Euro hat die Große Koalition in den vergangenen Jahren noch auf den Haufen hinzugelegt: Elterngeld, Kinderzuschlag, Bafög und Wohngelderhöhung sowie das Sonderpaket für die Schaffung von Kinderkrippenplätzen in Höhe von 4 Milliarden Euro samt dem Rechtsanspruch auf die Betreuung für die Kleinsten. Wenn wir jetzt noch einmal 2 Milliarden Euro für die Familien oben draufsetzen, bedeutet das eine riesengroße Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die mit diesem Gesetzentwurf angestrebte Kindergelderhöhung ist ein weiterer Schritt in der Geschichte der Entlastung von Familien. Den Kinderfreibetrag müssen wir ohnehin anheben, weil dies verfassungsgemäß geboten ist. Der Existenzminimumsbericht liegt vor.

In allen Fraktionen gibt es Diskussionen darüber, ob Investitionen in eine familiengerechte Infrastruktur oder eine materielle Erhöhung der bessere Weg der Familienförderung ist. Wir als Große Koalition haben uns für einen Mix entschieden und entsprechend gehandelt. Die Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen sind zum Beispiel auf den Weg gebracht, und - jetzt kommt es - sie bedeuten eine finanzielle Verbesserung für die Familien. Dies ist notwendig - ich weiß das -, weil die unumgängliche Mehrwertsteuererhöhung besonders Familien hart getroffen hat. Die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro pro Kind im Monat ist für die Koalition in dieser schwierigen Zeit eine Anstrengung. Aber wir haben sie gern umgesetzt. Zusätzlich gibt es mehr Geld für Mehrkindfamilien. Es gibt auch mehr Geld im Bereich der Sozialleistungen aus SGB II und XII.

Das Schulbedarfspaket, das in diesem Gesetzentwurf enthalten ist, erfüllt punktgenau die Vorstellung von Bildungsförderung für alle Kinder. Es kompensiert für die Familien, denen die Erhöhung des Kindergeldes nicht direkt zugutekommt, die Ausgaben für die Schule, die nicht aus dem Sozialgeld oder dem Arbeitslosengeld II zu leisten sind. Es ist in diesem Gesetzentwurf erst einmal

bis zum 10. Schuljahr gesichert. Darüber kann ich mich freuen, weil es immerhin für 1 Million Familien gilt.

Allerdings kann ich die Befristung nicht nachvollziehen.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Lips, diese Begrenzung wurde übrigens nicht in den Ministerien festgelegt, sondern im Koalitionsausschuss. Wir als Parlament hätten dies sehr gut reparieren können. Langzeitarbeitslose Eltern, die es schaffen, mit ihrem geringen Einkommen Kinder auf eine weiterführende Schule, auf das Gymnasium oder Berufsaufbauschulen zu schicken, verdienen doch Respekt und brauchen unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Verlängerung der Gewährung des Schulbedarfspakets würde etwa 17 Millionen Euro kosten und für rund 160 000 Kinder gelten. Jedes Kind mehr auf dem Gymnasium oder der Berufsaufbauschule ist doch zu begrüßen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann nicht verstehen, dass sich unser Koalitionspartner nicht dazu durchringen konnte, auch diese Kinder jetzt zu unterstützen. Die Sozialdemokraten sind ausdrücklich der Meinung, dass Kinder aus finanzschwachen Familien weiter unterstützt werden müssen, um auf weiterführende Schulen gehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen alle Kinder mitnehmen und gerade dort unterstützen, wo besondere Anstrengungen notwendig sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Hier klaffen der Anspruch, Deutschland zu einem Bildungsland zu machen, und die raue Wirklichkeit weit auseinander. Die Begrenzung der Gewährung des Schulbedarfspakets auf zehn Jahre für finanzschwache Familien muss deshalb umgehend aufgehoben werden. Ich sehe eine erste Chance – nicht bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Grünen – beim Vermittlungsausschuss. Rheinland-Pfalz hat bereits einen Antrag dazu eingereicht. Die A-Länder werden zu diesem Punkt den Vermittlungsausschuss anrufen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch peinlich! Sie haben die Mehrheit!)

Ich bin davon überzeugt, dass das Gesetz im Endeffekt diese Position enthalten wird. Das ist politisches Geschäft. Falls sich der Bundesrat doch nicht darauf verständigen kann, bin ich und ist auch die gesamte SPDFraktion dazu bereit, schnellstmöglich auf die Verlängerung der Gewährung des Schulbedarfspakets hinzuarbeiten. Ich denke, dass die CDU/CSU da mitmachen wird.

(Beifall bei der SPD – Britta Haßelmann

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine peinliche Vorstellung!)

Denn hier geht es um Bildungsgerechtigkeit.

Es ist ja schlimm genug, dass unserem Schulsystem sogar international immer wieder bestätigt wird, wie wenig durchlässig es gerade für Kinder aus finanzschwachen Familien ist. Für mich ist das ein nationaler

Schandfleck, den wir umgehend beseitigen müssen.  
Durch den so hoch gelobten Bildungsgipfel hatte ich  
Hoffnung geschöpft. Der Schandfleck lebt in diesem Gesetzentwurf  
aber leider weiter. Deswegen kann diese berechnete  
Forderung, Frau Lips, nicht Tauschpfand für  
die Erweiterung steuer- und sozialversicherungsfreier  
Arbeitgeberleistungen für Kinderbetreuung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD-Fraktion unterstützt die Anstrengungen von  
Unternehmen, mehr zur Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf zu tun. Steuer- und sozialversicherungsfreie Arbeitgeberleistungen  
für Kinderbetreuung jetzt auch auf  
Schulkinder auszuweiten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist nur gerecht!)

bedeutet aber, ein sehr großes Fass aufzumachen, wenn  
wir die Absetzungsfähigkeiten nicht eingrenzen. Dazu  
war die CDU/CSU leider nicht bereit. Diese Maßnahme  
eröffnet nämlich viele Gestaltungsmöglichkeiten. Sie  
kostet mindestens 130 Millionen Euro an Ausfällen bei  
Steuern und Sozialversicherung. Wir als SPD-Fraktion  
können uns eine bessere Verwendung des Geldes vorstellen,  
als zum Beispiel die Internatskosten - ob für ein  
Internat in Salem, in Oxford oder wo auch immer - als  
Gehaltsbestandteil steuer- und sozialversicherungsfrei  
zu lassen. Da ist es eher angebracht, das Schulbedarfspaket  
zu erweitern,

(Beifall bei der SPD)

und zwar ohne die von der FDP geforderte Überprüfung  
der Kosten. Wenn es um die Unternehmen geht, fordert  
die FDP ständig weniger Bürokratie, zum Beispiel den  
Wegfall von Aufzeichnungspflichten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie doch auch!)

Wenn es aber um die Unterstützungsberechtigten geht,  
fordern Sie mehr Überprüfungen. Das zeigt ganz deutlich  
Ihre Geisteshaltung, Herr Thiele.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sicherlich wäre ein Kindergeld in Höhe von 200 Euro  
eine tolle Sache. Aber im Endeffekt müssten die Kinder,  
die wir jetzt mit viel Geld fördern wollen, dieses Geld  
später zuzüglich Zins und Zinseszins zurückzahlen. Deshalb  
ist jetzt eine maßvolle Erhöhung sinnvoll. Außerdem  
wissen auch Sie, dass wir diese Mittel angesichts  
der Finanzkrise dringend brauchen. Die 4 000 Opel-Arbeiter  
hoffen auf die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. So  
gesehen ist auch die Familienförderung. Es könnte ja  
sein, dass sie diese Unterstützung dringend brauchen.  
Geld kann man nur einmal verteilen. Das sage ich insbesondere  
in Richtung der Fraktion Die Linke, die heute  
selbst Unterstützung für Opel gefordert hat. Ich kann allmählich  
wirklich nicht mehr glauben, dass es Ihnen, den  
Mitgliedern der Fraktion Die Linke, wirklich um die  
Fortentwicklung des Familienleistungsausgleichs geht.  
Ihre Forderungen - von der Nichtanrechnung der Kindergelderhöhung  
auf Sozialleistungen bis hin zum Unterhaltsvorschuss  
- sind rein polemisch.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst wissen nur zu gut, dass wir die verschiedenen  
Sozialsysteme nicht vermischen können und wollen; das  
gilt auch für die Grünen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wollen! Sie

wollen nicht! - Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ihr wollt es nicht! Der politische Wille fehlt!)

- Können und wollen. Ich sage ganz deutlich: Die SPD-Fraktion will den Regelsatz für sozial bedürftige Kinder kindgerecht anpassen. Dafür werden wir auch in der Koalition kämpfen.

(Beifall bei der SPD - Britta Haßelmann

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum tun

Sie es dann nicht? - Renate Künast [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Dann können Sie unserem

Antrag ja gleich zustimmen!)

- Da wir früher gemeinsam in einer Koalition waren, wissen Sie doch, wie das läuft. Sie können sich ruhig einbringen, Frau Haßelmann. Verwirklicht werden kann das aber nicht in diesem Gesetz. Wir sollten uns davor hüten, die beiden Systeme miteinander zu verknüpfen.

Ich will an der Verankerung des Kindergelds im Einkommensteuerrecht und an seinem Förderanteil festhalten.

Das Kindergeld soll ein Rechtsanspruch bleiben und nicht zu einem verhandelbaren Almosen des Staates für die Familien werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Barbara Höll [DIE

LINKE]: Richtig!)

Hier können wir uns keine Experimente, wie Sie sie fordern, leisten. Allerdings will ich mich auch im Namen der SPD-Fraktion gerne dafür einsetzen, dass die Leistungssätze beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld erhöht werden, bis sie kindgerecht sind.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ab dem 1. Januar 2009 stellt die Große Koalition über 2 Milliarden Euro für Familien zur Verfügung. Das Kindergeld und der Kinderfreibetrag werden erhöht, das Schulbedarfspaket, das für Kinder und Jugendliche bis zum 10. Schuljahr gilt, tritt in Kraft, und die Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen wird ausgeweitet.

Ich bin froh, dass es der Großen Koalition gelungen ist, die steuerliche Begünstigung haushaltsnaher Dienstleistungen nicht nur in einem Paragraphen zu erwähnen, sondern auch die Förderung entsprechend zu erhöhen.

Wir möchten das Ziel, die Schwarzarbeit in diesem Bereich zurückzudrängen, gerne weiterverfolgen. Dass wir dabei erfolgreich sind, bestätigen die Ergebnisse verschiedener Studien einschließlich der OECD und der EU-Kommission. Dadurch werden wir mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen, ob in Privatfamilien oder in Pflege- und Dienstleistungseinrichtungen. Außerdem werden wir den Familien für ihre Lebensplanungen die notwendige Luft verschaffen.

Es ist mehr als sinnvoll, dieses Gesetz zu unterstützen.

Weil sich der Bundesrat noch mit den Anträgen der FDP, der Grünen und der Linken befassen wird, können wir sie in Ruhe ablehnen und dem vorliegenden Gesetzentwurf mit gutem Gewissen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich dem Kollegen Paul Lehrieder von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne,  
insbesondere aus dem Landkreis Main-Spessart!

(Zurufe: Oh! - Wie nett! - Heiterkeit bei der  
CDU/CSU)

Werte Freunde an den Fernsehern!

(Dirk Niebel [FDP]: Könnten Sie bitte auch  
meine Mutter grüßen? - Heiterkeit bei der  
FDP)

Dank des Familienleistungsgesetzes können Familien mit Kindern dem neuen Jahr von heute an mit großer Freude entgegensehen. Denn durch das Familienleistungsgesetz erhalten sie deutlich mehr Unterstützung als bisher. Familien sollen gestärkt und als Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr als bisher gefördert werden. Mit dem Leistungsgesetz für Familien will die Große Koalition ihren sehr erfolgreichen Weg in der Familienpolitik fortsetzen. Neben dem eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener werden auch mit dem heute zur Debatte stehenden Gesetz Familien in Deutschland zukünftig gefördert und entlastet.

Folgende Maßnahmen zur Senkung der steuerlichen Belastung von Familien und für Investitionen in Familien

werden zum 1. Januar 2009 eingeführt: die Erhöhung

des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes - die

Vorredner haben zum Teil darauf hingewiesen - ,

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Jawohl!)

die Verbesserung der steuerlichen Förderung von haushaltsnaher Beschäftigung und Dienstleistung - Stichwort:

Haushalt als Arbeitgeber - sowie pünktlich zum

neuen Schuljahr das hier bereits eingehend diskutierte

neue Schulstarterpaket für bedürftige Kinder und Jugendliche.

Die Gesamtentlastungswirkung durch das

Familienleistungsgesetz beträgt jährlich mehr als 2 Milliarden Euro.

Es sind ganz besonders die Familien mit Kindern, die

das Fundament einer stabilen Gesellschaft bilden. Gerade

sie brauchen eine sichere finanzielle Grundlage in

Form von Ausgleichszahlungen und steuerlichen Entlastungen.

Das Kindergeld für das erste und zweite Kind ist

seit sechs Jahren nicht mehr erhöht worden. Seit 2002

sind die Lebenshaltungskosten jedoch merklich gestiegen.

Eine Erhöhung des Kindergeldes wird den finanziellen

Spielraum der Familien mit Kindern in Zukunft erweitern:

Das Kindergeld wird durch dieses Familienleistungsgesetz

für das erste und zweite Kind um jeweils

10 Euro von 154 Euro auf 164 Euro, für das dritte Kind

um 16 Euro von 154 Euro auf 170 Euro sowie für vierte

und weitere Kinder um 16 Euro von 179 Euro auf

195 Euro angehoben. Familien mit drei Kindern verfügen

damit über 432 Euro mehr im Jahr. Bei Familien mit

vier Kindern sind es sogar 624 Euro.

Diese wichtige Anhebung und gezielte Staffelung des

Kindergeldes, sehr geehrter Herr Thiele, trägt insbesondere

zur Stärkung kinderreicher Familien sowie von Familien

im unteren und mittleren Einkommensbereich

bei. Sie selber - ich habe mich im Bundestagshandbuch kundig gemacht - sind Vater von immerhin fünf Kindern. (Rainer Brüderle [FDP]: Bisher!)

Sie wissen, dass mehr Kinder mehr Aufwand und mehr Kosten als in der Einkindfamilie bedingen. Deshalb haben wir die Staffelung vorgenommen. Vielleicht können Sie es akzeptieren, dass eine gezielte Förderung von Mehrkindfamilien von uns politisch gewollt und auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Viertel aller Kinder mit Anspruch auf Kindergeld lebt in einer Familie mit drei oder mehr Kindern; das sind 4,5 Millionen Kinder und Jugendliche. In vielen dieser Mehrkindfamilien ist die Erwerbstätigkeit beider Eltern oft nicht mehr möglich.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Das ist nachvollziehbar. Kinderreichtum darf in diesem Land jedoch keinesfalls zur Armut führen, sondern sollte entsprechend gefördert und anerkannt werden. Die geplante Kindergelderhöhung wird den betroffenen Familien somit eine spürbare finanzielle Entlastung bringen. Darüber hinaus wird mit dem Familienleistungsgesetz der Kinderfreibetrag erhöht. Insgesamt werden zur Umsetzung des zwischenzeitlich vorliegenden Existenzminimumberichts die Freibeträge für jedes Kind von 5 808 Euro auf immerhin 6 024 Euro erhöht. Über die Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes wird sichergestellt, dass Familien mit Kindern wirksam geholfen wird.

Eltern brauchen jedoch nicht nur finanzielle Unterstützung und Erleichterungen, sondern vor allem auch Zeit für ihre Familie sowie praktische Hilfe und Entlastung im Alltag. Wer selbst Kinder hat, weiß, wie sehr es oft gerade an Zeit mangelt und wie schwer es manchmal ist, neben der Berufstätigkeit allem anderen gerecht zu werden.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Zukunftsorientierte Familienpolitik muss daher dazu beitragen, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können. Deshalb wird mit dem Familienleistungsgesetz die Förderung von familienunterstützenden Dienstleistungen, wie beispielsweise Hilfe im Haushalt oder bei der Pflege von Angehörigen, deutlich vereinfacht. Zudem werden die Möglichkeiten erweitert, diese Leistungen steuerlich geltend zu machen. Die bisher in mehreren Vorschriften verstreuten Regelungen zur steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten werden ohne materiell-rechtliche Änderungen in einer einzigen Vorschrift zusammengefasst.

Die Verbesserungen der steuerlichen Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und tragen der zunehmenden Erwerbsorientierung von Frauen Rechnung. Darüber hinaus sichern die Förderungen Arbeitsplätze in der Dienstleistungswirtschaft. Die Verdrängung von Schwarzarbeit durch legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Haushalt führt letztendlich zu mehr Wachstum und Beschäftigung in diesem unserem Land.

Im Rahmen des Familienleistungsgesetzes wird auch die mit dem Koalitionspartner vereinbarte Einführung eines Schulbedarfspaketes für Kinder aus Familien, die auf Leistungen für den Lebensunterhalt angewiesen sind, umgesetzt: Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien, solchen, die Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII bekommen, erhalten bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 jeweils zum Beginn eines Schuljahres einen zusätzlichen Betrag von 100 Euro. Damit soll über die materielle Existenzsicherung hinaus die notwendige Ausstattung mit Schul- und Unterrichtsmaterialien sichergestellt werden.

Jeder, der selbst Kinder im schulpflichtigen Alter hat, weiß aus eigener Erfahrung, welche hohen Beträge für die Anschaffung von Heften, Büchern usw. zu Beginn eines Schuljahres anfallen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Lehrieder, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Reinke von der Linken?

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Sofern es der Wissensmehrung dient, sehr gern.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Elke Reinke (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Ich habe einfach eine Bitte. Sie haben Ihre Leute aus dem Wahlkreis begrüßt. Vielleicht können Sie denen auch einmal erklären, warum Sie dagegen sind, dass Kinder aus Familien im Hartz-IV-Bezug ab Klasse 11 nicht mehr von diesem Schulstarterpaket profitieren dürfen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Reinke. Mit etwas Geduld hätte sich die Frage erübrigt. Ich wäre ohnehin darauf zu sprechen gekommen. So habe ich etwas mehr Redezeit. Danke schön dafür.

Wir halten eine Ausweitung der Leistung des Schulbedarfspaketes über die 10. Jahrgangsstufe hinaus für geboten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Reinke, hören Sie zu? Haben Sie es verstanden? -

Herr Präsident, die Kollegin Reinke konnte meine Antwort nicht vernehmen. Ich wiederhole sie. - Aber vielleicht können Sie alle auch etwas leiser sein.

Sehr geehrte Frau Reinke, wir halten eine Ausweitung der Leistung des Schulbedarfspaketes über die 10. Jahrgangsstufe hinaus für geboten. Insofern besteht Einvernehmen mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Britta

Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Warum machen Sie es dann nicht gleich?)

Hierdurch sollen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in gleicher Weise gefördert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Von der Kollegin Westrich wurde zutreffend die Berufsaufbauschule exemplarisch angeführt. Diese Auffassung

teilen wir.

Zudem möchten wir prüfen, ob die Förderung über den Kreis von Empfängern von Leistungen nach dem SGB II bzw. dem SGB XII hinaus auch Familien mit geringem Einkommen – um die machen sich unsere Freunde von der Linkspartei genauso Sorgen wie wir – zugutekommen kann, wobei insbesondere der Kreis der sogenannten Aufstocker und Kinderzuschlagsbezieher einbezogen werden müsste.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie es dann nicht?)

Um eine sozial ausgewogene und gerechte Lösung für alle Familien gleichermaßen zu erreichen, werden wir sine ira et studio mit unserem Koalitionspartner eine gerechte Prüfung mit Blick auf alle Familien mit Kindern im entsprechenden Alter vornehmen.

Zur Frage der Kollegin Haßelmann: „Warum nicht jetzt?“ Folgendes: Das erste Schulstarterpaket – Sie kennen den Jahresablauf – wird es frühestens im August 2009 geben. Das heißt, wir können mit dem Koalitionspartner eine sozial ausgewogene gerechte Lösung auch nach dem 1. Januar 2009 noch diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wir schaffen das rechtzeitig!)

Da diese Prüfung etwas Zeit erfordert, die Erhöhung des Kindergeldes in diesem Gesetz jedoch nicht verzögert werden soll, bitten wir Sie, dem Gesetz in der jetzigen Form insoweit zuzustimmen – mit der Maßgabe, dass die Ausweitung des Kreises der Bezugsberechtigten für das Schulstarterpaket, wie ausgeführt, noch geprüft wird. Da sind wir mit unserem Koalitionspartner völlig d'accord; da passt zwischen uns kein Blatt.

Zusätzlich und im gleichen Atemzug sollte – auch das ist ein Gebot der Gerechtigkeit bezüglich der jeweils betroffenen Kinder – die Steuerbefreiung von Arbeitgeberleistungen für Kinderbetreuung und -unterbringung, welche derzeit mit dem sechsten Lebensjahr des Kindes endet, in Zukunft bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes gewährt werden.

Hierbei, Frau Kollegin Westrich, handelt es sich keinesfalls nur um Internatskosten. Auch die alleinerziehende Krankenschwester ist darauf angewiesen, dass ihr schulpflichtiges Kind nachmittags vernünftig betreut wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Carl-Ludwig Thiele [FDP] – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Sie sollten mehr Ganztagschulen einrichten!)

Es ist nicht einzusehen, dass diese Kosten – anders als bei einem unter sechsjährigen Kind – nicht abgesetzt werden können.

Hier besteht noch Diskussionsbedarf mit unserem Koalitionspartner. Das erkennen wir an. Wir bemühen uns um eine gerechte, korrekte und soziale Lösung. Ich kenne die Genossinnen und Genossen aus der Sozialdemokratie gut genug, um zu wissen, dass auch ihnen eine soziale Lösung am Herzen liegt. Ich freue mich auf die Diskussion in der nächsten Zeit.

Insofern wird das Jahr 2009 ein gutes Jahr für Familien,



für Kinder und hoffentlich auch für uns in der Politik.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich  
zwei Bemerkungen machen.

Erstens. Gegenwärtig liegen 52 Erklärungen zur Abstimmung  
nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor, die  
wir zu Protokoll nehmen.<sup>1)</sup>

Zweitens. Der Kollege Carl-Ludwig Thiele möchte in  
der zweiten Beratung mündlich einen Änderungsantrag  
einbringen, den er jetzt vortragen und begründen wird  
und auf den Sie dann gegebenenfalls reagieren können.  
Danke.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten  
Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Debatte nicht  
groß verlängern. Herr Kollege Lehrieder, Sie haben es  
bereits angesprochen; auch Frau Westrich und Frau Lips  
haben es angesprochen: Die Begrenzung auf den Abschluss  
des 10. Schuljahrs - neben der Diskussion, was  
weiter erfolgen sollte - halten wir, glaube ich, fraktionsübergreifend  
für völlig falsch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der SPD und der LINKEN)

Weil wir alle im Deutschen Bundestag die Gesetzgeber  
sind, halte ich es für richtig, nicht auf den Vermittlungsausschuss  
oder auf das nächste Jahr zu warten.

Vielmehr beantrage ich ganz konkret, in Art. 3 des Gesetzentwurfs  
in § 24 a in den Zeilen 3 und 4 die Worte  
„bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10“ zu streichen.

Dann wäre dieser Änderungswunsch schon erfüllt.

Wenn danach noch mehr kommen sollte, dann soll  
uns das recht sein. Aber was wir heute erledigen können,  
das sollten wir heute auch machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie  
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE  
GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich darf fragen, ob einer der Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen  
darauf antworten möchte. - Der Fraktionsvorsitzende  
der SPD, Peter Struck, möchte darauf  
antworten. Bitte schön, Herr Struck.

Dr. Peter Struck (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich  
stimmen wir diesem Vorschlag zu, aber es ist  
völlig klar, dass Sie hier ein rein taktisches Spiel betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch  
des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

1) Anlagen 5 bis 7

- Doch, Herr Thiele. Sie sind nie auf die Idee gekommen,  
selbst ein Schulbedarfspaket zu initiieren. Das war  
unsere Idee.

Wir werden Ihren Antrag jetzt ablehnen. Wir werden  
das Vorhaben im Vermittlungsausschuss oder im nachfolgenden  
Gesetzgebungsverfahren ordnungsgemäß beraten.

Dann wird genau das kommen, was wir wollen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen.

Bevor wir in die Abstimmung über den Vorschlag des Ausschusses eintreten, stimmen wir jetzt über den Antrag des Kollegen Carl-Ludwig Thiele ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag des Kollegen Thiele ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen und gegen einige Stimmen aus den Koalitionsfraktionen.

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung

- das sind die Drucksachen 16/11191 und 16/11172 -, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 16/10809 und 16/11001 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen,

um ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. -

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit gleichem Stimmenverhältnis angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11225? Ich

bitte um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

- Der Entschließungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion

Die Linke auf Drucksache 16/11188? Ich bitte um

Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der

Entschließungsantrag ist abgelehnt gegen die Stimmen

der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen.

Wir kommen nun zu dem Entschließungsantrag der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11224.

Auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

stimmen wir nun über den Entschließungsantrag namentlich

ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer,

ihre Plätze einzunehmen. - Haben die Schriftführerinnen

und Schriftführer ihre Plätze eingenommen? -

Ich sehe, das ist jetzt der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung. - Gibt es noch Mitglieder

des Hauses, die ihre Stimme nicht abgegeben

haben? - Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.1)

Wir setzen die Beratungen fort. Daher bitte ich die

Kolleginnen und Kollegen, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:  
Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Arbeit und Soziales  
(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten  
Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, Dr. Barbara  
Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
DIE LINKE

Kindergelderhöhung sofort auch bei Hartz IV  
wirksam machen

- Drucksachen 16/10616, 16/11240 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Rolf Stöckel

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die  
Aussprache eine Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch?

- Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin  
der Kollegin Gabriele Hiller-Ohm von der SPDFraktion  
das Wort.

(Beifall der Abg. Renate Gradistanac [SPD])

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe  
Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, wir  
lehnen Ihren Antrag ab. Mit Ihrer Forderung leisten Sie  
keineswegs einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung  
von Kinderarmut, und Sie stellen auch nicht, wie Sie behaupten,  
mehr Gerechtigkeit her. Dass Sie mit Vorliebe  
tagesaktuelle und populistische Anträge einbringen, ist  
nichts Neues. Ob es aber ratsam ist, auf jedes, aber auch  
auf jedes Pferd, das sich Ihnen in den Weg stellt, aufzuspringen,  
muss bezweifelt werden.

(Rolf Stöckel [SPD]: Vor allen Dingen: Das ist  
ein totes Pferd!)

Man kann nämlich bei unrealistischer Beurteilung der  
Abstände auf der anderen Seite wieder herunterfallen,  
was bei Ihnen sehr häufig der Fall ist.

Sicherlich kommt Ihre Forderung, die geplante Kindergelderhöhung  
von der Einkommensanrechnung nach

1) Seite 20763

SGB II und SGB XII auszunehmen, bei den Betroffenen  
gut an. Das Problem, das Sie eigentlich aus der Welt  
schaffen wollen, lösen Sie mit diesem Schnellschuss  
aber nicht. Sie werfen vielmehr eine Nebelbombe; denn  
das, was Sie fordern, ist gar nicht Ihr Anliegen, wie wir  
aus der Begründung Ihres Antrages ersehen können. Die  
10 Euro mehr pro Kind sind lediglich, wie Sie selber  
schreiben, als Kompensation gedacht. Sie sind eine Zwischenlösung,  
bis eine Neuberechnung der Kinderregelsätze  
stattgefunden hat. Ihr eigentliches Ziel sind höhere  
Kinderregelsätze, Regelsätze, die sich am Bedarf der  
Kinder orientieren sollen. Wie die jetzt von Ihnen geforderte  
Nichtanrechnung der Kindergelderhöhung in die  
gesetzliche Systematik passen soll, bleibt im Dunkeln.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist  
ganz einfach zu verstehen!)

Unklar ist auch, was in der Realität geschehen soll,  
wenn eine Neuberechnung der Kinderregelsätze erfolgt  
ist. Soll das Kindergeld dann genauso wie bisher in voller  
Höhe als Einkommen behandelt werden und den  
Hartz-IV-Eltern bzw. ihren Kindern wieder weggenommen  
werden? Werden Sie das dann auch fordern, nach

dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“?  
Warum – so frage ich Sie – fordern Sie nicht  
gleich, was Sie eigentlich wollen? Ich will es Ihnen sagen:  
Die Kindergelddebatte passt Ihnen gut in den Kram,  
um einen populistischen Antrag zu stellen. Es ist Ihnen  
egal, ob die Forderung zielführend ist oder nicht.  
(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ihnen sind die  
Kinder egal!)

Worum geht es? Kinderarmut soll bekämpft werden.  
Dafür brauchen wir ein schlüssiges Lösungskonzept. Die  
SPD hat ein entsprechendes Zehnpunkteprogramm vorgelegt,  
das alle politischen Ebenen einbezieht.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ja, und Taten?)  
Die Verbesserung der Lebenschancen unserer Kinder  
hängt nicht allein von den Entscheidungen des Bundes  
ab. Länder und Kommunen sind gleichermaßen gefordert.  
Die Länder tragen zum Beispiel Verantwortung für  
die Bildung. Die Kommunen sind für die Kinderbetreuung  
zuständig. Die Bereitstellung von angemessenen  
Kinderregelsätzen für Eltern im Arbeitslosengeld- oder  
Sozialhilfebezug ist Aufgabe des Bundes. Hier besteht  
Handlungsbedarf.

Heute sind 60 bzw. 80 Prozent des Eckregelsatzes eines  
alleinlebenden Erwachsenen die Basis für das, was  
Kindern zugestanden wird. Die Erwachsenenregelsätze  
leiten sich aus der Einkommens- und Verbrauchsstatistik  
ab, die alle fünf Jahre durchgeführt wird. Die derzeitige  
Festlegung der Kinderregelsätze passt nicht in diese Systematik.  
Sie ist einfach zu ungenau. Deshalb brauchen  
wir an dieser Stelle eine Änderung.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wenn wir das sagen,  
dann ist das Blödsinn!)

Das Ministerium für Arbeit und Soziales führt aktuell  
eine Überprüfung durch, die den Bedarf von Kindern genauer  
bezieht.

Heute haben wir für zwei Altersgruppen Kinderregelsätze:  
zum einen für die bis zu 14-Jährigen und zum anderen  
für die 14- bis 18-Jährigen. Eine stärkere Differenzierung  
mit mindestens drei Stufen ist notwendig, um  
die jeweiligen Bedarfe besser erfassen zu können. Außerdem  
muss der Zeitraum zwischen den statistischen  
Erhebungen verkürzt werden, um zu aktuelleren Verbrauchswerten  
zum Beispiel im Fall von Energiekostensteigerungen  
zu kommen. Notwendig ist, dass bald Lösungsvorschläge  
vom Ministerium für eine bessere  
Berechnung der Regelsätze vorgelegt werden.

Aktuell sind wir einen guten Schritt vorangekommen.  
Um die Bildungschancen von Kindern bedürftiger Eltern  
zu verbessern, haben wir das Schulbedarfspaket auf den  
Weg gebracht. Eltern erhalten für jedes Schulkind  
100 Euro pro Jahr, um die notwendigen Schulmaterialien  
kaufen zu können. Das ist ein wirklicher Erfolg. Das  
passt in die Systematik; denn wir stellen dieses Geld gezielt  
für die Bildung der Kinder zur Verfügung und leisten  
damit einen Beitrag, ihre Situation zu verbessern. Ich  
freue mich, dass wir mit diesem Schritt einen weiteren  
Punkt aus unserem SPD-Programm umsetzen werden.  
Selbstverständlich muss diese Förderung bis zum Ende  
der Schulausbildung laufen, also bis zum Abitur. Die  
Union sagt an dieser Stelle: Nach der 10. Klasse ist

Schluss.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das ist eindeutig falsch, Frau Kollegin!)

Damit sind wir nicht einverstanden. Um es auch für den Kollegen Gysi, der heute leider nicht da ist, klarzustellen: Die SPD kämpft für das Schulbedarfspaket bis zum Abitur. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, können im Übrigen nicht einmal ein Schulbedarfspaket für die 1. Klasse vorweisen. Arme Kinder sind in der Regel Kinder armer Eltern, und Eltern sind arm, weil sie keine oder eine schlecht bezahlte Arbeit haben. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht hat gezeigt, dass Alleinerziehende und mit ihnen ihre Kinder zu den besonders Betroffenen gehören. Über 660 000 Alleinerziehende leben gegenwärtig in einer Bedarfsgemeinschaft mit Kindern. Damit Alleinerziehende erwerbstätig sein können, haben wir in den vergangenen Legislaturperioden einen Paradigmenwechsel in der Familien- und Bildungspolitik eingeleitet. Gute und zuverlässige Betreuungsmöglichkeiten sind jedoch die zentrale Voraussetzung, damit Eltern überhaupt arbeiten gehen können. Auch hier hat der Bund große Anstrengungen unternommen, um Deutschland im europäischen Vergleich nach vorne zu bringen. Den Kommunen haben wir beim Aufbau und Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten mit erheblichen finanziellen Mitteln auf die Sprünge geholfen. Wir haben gegen den Willen der Union den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013 durchgesetzt. Wir haben gemeinsam mit den Grünen mit einem 4-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm den Ausbau von Ganztagschulen angeschoben, auch wenn dies eigentlich Aufgabe der Länder ist, die so viel Wert auf die Bildungshoheit legen.

Mit unserer Arbeitsmarktpolitik haben wir große Erfolge erzielt. Die Erwerbslosigkeit ist mit weniger als 3 Millionen Erwerbslosen so niedrig wie seit 16 Jahren nicht mehr. So bekämpfen wir Armut. Das bestätigt im Übrigen auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung mit neuesten Daten. Ausruhen werden wir uns darauf aber nicht. 660 000 alleinerziehende Arbeitslose und deren Kinder sind eine Herausforderung. Der stellen wir uns. Wenn wir hier noch erfolgreicher sind, bekommen wir auch das Armutsrisiko der Kinder in den Griff. Wir setzen das mit unseren Konzepten um.

Danke schön. Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Martin Burkert, Frank Schwabe, Dirk Becker, Marko Mühlstein, Detlef Müller (Chemnitz), Dr. Matthias Miersch, Christoph Pries und Gerd Bollmann (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

(Tagesordnungspunkt 4)

Das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ setzt in vielen Punkten richtige Anreize für die Ankurbelung der Binnennachfrage und für die Stützung der Konjunktur. Damit leistet der

Bund einen wichtigen Beitrag, den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise entgegenzuwirken. Wir begrüßen ausdrücklich die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen für bessere Abschreibungsbedingungen und eine bessere Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen. Diese Regelungen sind geeignet, die drohende Konjunkturschwäche rasch zu überwinden, indem Anreize für Investitionen geschaffen werden. In diesem Sinne sind auch weitere Elemente des gesamten Maßnahmenpakets positiv zu würdigen. So wird beispielsweise durch die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms ein wichtiger Impuls für umweltund klimafreundliche Investitionen gesetzt. Daher werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Gleichwohl halten wir die im Gesetzentwurf enthaltene befristete Kfz-Steuerbefreiung für nicht zielführend. Es ist vorgesehen, für Neufahrzeuge, die zwischen dem 5. November 2008 und dem 30. Juni 2009 zugelassen wurden oder noch zugelassen werden, die Kfz-Steuer für ein Jahr zu erlassen. Erfüllen sie die Pkw-Euro-5-Norm oder -Euro-6-Norm, so ist die Kfz-Steuer zwei Jahre lang nicht zu entrichten.

Angesichts der hohen Kaufpreise für Neuwagen fällt eine Steuerbefreiung nicht dermaßen ins Gewicht, dass dadurch die momentan herrschende Kaufzurückhaltung überwunden werden könnte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Steuerbefreiung nur von denjenigen als staatlicher Nachlass mitgenommen wird, die ohnehin bereits geplant hatten, einen Neuwagen zu erwerben. Insofern kommt diese Maßnahme in erster Linie gut situierten Personen zugute, die beim Kauf eines Autos im Wert von mehreren 10 000 Euro nicht auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Zudem fällt die Steuererleichterung beim Erwerb eines teureren Geländewagens mit großem Motor und hohem Spritverbrauch höher aus als beim Kauf eines Kleinwagens mit geringem Benzinverbrauch. Aus verteilungspolitischer Sicht schlägt diese Initiative somit bereits aus diesem Grund fehl.

Obendrein entfaltet eine generelle Steuerbefreiung umweltpolitisch die falsche Lenkungswirkung, um den Kauf verbrauchs- und schadstoffarmer Pkw zu fördern. In diesem Sinne wären sofort umsetzbare Alternativen durchaus denkbar gewesen. Neben der Kfz-Steuerbefreiung bedarf es ergänzender Instrumente, beispielsweise einer Abwrackprämie, mit der alte Autos mit hohem Schadstoffausstoß durch sparsamere Modelle ersetzt werden. Dringend benötigt - und dies ist unbestritten - wird vor allem die zeitnahe Umstellung der Kfz-Steuerberechnung auf Basis des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Sollte nach dem Ablauf des eingeführten befristeten generellen Steuererlasses im Sommer 2009 keine soziale und ökologische Anschlussregelung getroffen werden, so würde dies bedeuten, dass ab Juli 2009 der alte Gesetzesstand wieder eintreten wird, wonach Kraftfahrzeuge steuerlich nach ihrem Hubraum und nicht nach ihrem Schadstoffausstoß bemessen werden. Damit würden wir eine große Chance vergeben, ein Signal zu setzen, das nicht nur konjunkturpolitisch, sondern auch umweltpolitisch geeignet wäre, die derzeitige Kaufzurückhaltung tatsächlich zu überwinden.

Wir würdigen ausdrücklich, dass sich die SPD-Fraktion damit durchsetzen konnte, die Kfz-Steuerbefreiung auf sechs Monate zu begrenzen. Trotz dieser Kritik werden wir dem Gesetzentwurf aus den anfangs genannten Gründen zustimmen, verbinden unser Votum aber mit dem Appell, dass zügig an der Umsetzung einer CO2-basierten Kfz-Steuer gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang appellieren wir auch an die Bundesländer, ihre Zurückhaltung in den Verhandlungen mit dem Bund aufzugeben und den Weg hierfür freizumachen.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Lale Akgün, Klaus Barthel, Clemens Bollen, Willi Brase, Angelika Graf (Rosenheim), Wolfgang Gunkel, Dr. Reinhold Hemker, Christian Kleiminger, Rolf Kramer, Lothar Mark, Hilde Mattheis, Andrea Nahles, Rene Röspel, Ottmar Schreiner, Swen Schulz (Spandau), Christoph Strässer, Andreas Steppuhn, Jella Teuchner, Rüdiger Veit und Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Tagesordnungspunkt 4)

In Anbetracht der weltweiten Rezession müssen alle politischen Ebenen rasch, gezielt und kraftvoll handeln, um die Wirtschafts- und Finanzkreisläufe in Gang zu halten, die Wachstumskräfte zu stärken und Beschäftigung zu sichern.

Daher haben Bundesregierung und Parlament weitreichende Mittel und Instrumente zur Stabilisierung der Finanzmärkte durchgesetzt (500-Milliarden-Programm).

Nunmehr geht es um das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ und seine steuerlichen Komponenten.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stimmen diesen Gesetzen als wichtigen ersten Schritten zur Krisenbekämpfung zu.

Angesichts der Dimensionen der beginnenden Weltwirtschaftskrise und ihrer Ursachen, angesichts des wegbrechenden deutschen Exports und der anhaltenden binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche reichen die bisherigen Schritte bei weitem nicht aus. Wenn nicht massiv gegengesteuert wird, drohen anhaltende Stagnation, Massenarbeitslosigkeit und Deflation.

Die Folgen für die Einkommensentwicklung breiter Bevölkerungsschichten, für sämtliche öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen sowie für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft und Wirtschaft wären dramatisch.

Deshalb brauchen wir einen europaweit abgestimmten und verstärkten Investitions- und Konjunkturpakt von Bund, Ländern und Kommunen. Da für deren Handlungsfähigkeit große finanzielle Ressourcen notwendig sind, wäre eine dauerhaft wirkende Absenkung der Steuerquote kontraproduktiv. Wir plädieren jedoch dringend für eine Umschichtung der Steuerlasten.

Der Rezession muss also schnell, gezielt und massiv

auf zwei Wegen begegnet werden:

Sowohl zur möglichst wirksamen Stärkung der Binnennachfrage als auch aus Gründen sozialer Gerechtigkeit brauchen wir eine gezielte Stützung der unteren und mittleren Einkommen, um in dieser Krise der bereits in den letzten Jahren registrierten zunehmenden Kluft der Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenzuwirken. Wir brauchen ein umfassendes, auf zehn Jahre angelegtes und schnell wirksames Programm zur massiven Ausweitung der öffentlichen und privaten Investitionen mit einem Volumen von rund 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also circa 50 Milliarden Euro im ersten Jahr.

Eine Gesamtstrategie, die auch die Ursachen der Krise korrigiert, muss - um wirksam zu sein - folgende Maßnahmen umfassen:

Neujustierung der Progression der Einkommensteuer.

Die unteren und mittleren Einkommen müssen von der kalten Progression entlastet und der steuerliche Grundfreibetrag muss angehoben werden. Höchste Einkommen hingegen müssen stärker belastet werden. Dazu bedarf es der Anhebung des Spitzensteuersatzes und einer Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögensteuer, einer europaweiten Harmonisierung der Kapital- und Unternehmensteuern einschließlich der Börsenumsatzsteuer, Mindeststeuersätze in diesem Bereich sowie einer konsequenten Beseitigung der Steueroasen.

- Ermäßigte Mehrwertsteuer auf Arzneimittel,
- die zügige Einführung des gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohns,

- eine expansive Lohnpolitik, flankierende Maßnahmen für Menschen in prekären Lebensverhältnissen wie zum Beispiel Prävention und ein Aktionsplan gegen Überschuldung,

- Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze einschließlich eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder.

Investitionen sind entscheidend für Standortqualität und Zukunftsfähigkeit. Mit nur 4,3 Prozent Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland im Jahre 2004 auf dem viertletzten Platz der EU-27-Länder und bei den Infrastrukturinvestitionen mit nur 1,6 Prozent auf dem zweitletzten Platz. Die deutschen Ausgaben liegen um einen Prozentpunkt unter dem EU-Schnitt von 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dieser andauernde Entzug von öffentlichen Mitteln hat bereits zu einem erheblichen und schleichenden Verfall der Substanz unserer Verkehrsinfrastruktur, bei den öffentlichen Gebäuden und Plätzen, im Bildungssystem und im Gesundheitsbereich geführt; von Modernisierungsdefiziten ganz zu schweigen.

Insbesondere folgende Initiativen sollen verstärkt werden:

Die Politik des Energiesparens und der Hebung der Energieeffizienz muss mit Nachdruck fortgesetzt werden.

Dabei sind besonders Energiesparmaßnahmen im Bereich der Raumwärme bei privaten Wohngebäuden und öffentlichen Gebäuden zu fördern. Neben der Wirkung auf die Energieeinsparung sind zusätzlich schon kurzfristig erhebliche Beschäftigungseffekte zu erwarten (circa 600 000 Vollzeitarbeitsplätze). Der absehbare Investitionsbedarf



liegt in den nächsten zehn Jahren bei etwa 35 Milliarden Euro.

Im Verkehrsbericht liegen die Investitionsbedarfe seit langem auf dem Tisch, wie ein Blick auf den Bundesverkehrswegeplan zeigt. Besonderes Augenmerk ist auf die Defizite bei der Bahninfrastruktur zu legen, die letztlich nur durch zusätzliche Bundesmittel gedeckt werden können. Im Bereich der Bildung, Forschung und Technologieförderung muss der Rückstand zum europäischen Durchschnitt aufgeholt werden.

Flächendeckendes und gebührenfreies Angebot an Ganztagesbetreuung und Ganztagschulen.

Der Investitionsstau im Gesundheitswesen insbesondere bei den Krankenhäusern muss aufgelöst werden.

Dazu brauchen wir eine neue nachhaltige Finanzierungsstruktur. Durch Städtebauförderungsmaßnahmen sind die Kommunen, gestaffelt nach ihrer Finanzsituation, bei der Aufgabe der Stadtsanierung und -erhaltung zu unterstützen. Zinsverbilligungen sind nicht ausreichend. Insbesondere Programme zur altersgerechten Wohnraumgestaltung entlasten nicht zuletzt auch die Sozialkassen.

Außerdem sind alle weiteren Privatisierungsvorhaben auf allen politischen Ebenen zu stoppen; dies gilt insbesondere für jegliche Anteilsverkäufe von Telekom, Post inklusive Postbank und Bahn wie für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in Kommunen und Ländern. Verkäufe unter Wert, die Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen sind derzeit weniger vertretbar denn je.

Im Übrigen werden wir darauf achten, dass die EU und die Bundesregierung alle angekündigten Maßnahmen zur Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte, wie sie etwa auf Ebene der G20 vereinbart wurden, zügig und vollständig umsetzen.

Insgesamt fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Gesamtstrategie zu erweitern und ein umfassendes Konzept aus den genannten wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Zusammenhängen zu erarbeiten und umzusetzen.

Umfang und Geschwindigkeit dieses Konzepts müssen der Dimension der Krise entsprechen: Denn je zaghafter wir sind und je länger wir warten, desto schwieriger und teurer gestalten sich die Maßnahmen.

</ text >

< text 16194 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nehmen Sie bitte Platz, die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich zur Behandlung der für den heutigen Vormittag vorgesehenen Tagesordnungspunkte.

Dazu rufe ich zunächst unsere Tagesordnungspunkte 36 a bis 36 e auf:

a) - Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

- Drucksachen 16/10810, 16/11196 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- Drucksache 16/11233 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Stefan Müller (Erlangen)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)  
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/11237 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Joachim Fuchtel

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Arbeit und Soziales  
(11. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel,  
Dr. Heinrich L. Kolb, Jens Ackermann, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Arbeitsmarktinstrumente auf effiziente  
Maßnahmen konzentrieren

- zu dem Antrag der Abgeordneten Kornelia  
Möller, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE

LINKE

Arbeitslosenversicherung stärken - Ansprüche  
sichern - Öffentlich geförderte Beschäftigte  
einbeziehen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte  
Pothmer, Markus Kurth, Irmgard Schewe-  
Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lokale Entscheidungsspielräume und passgenaue  
Hilfen für Arbeitsuchende sichern

- Drucksachen 16/9093, 16/10511, 16/8524,  
16/11233 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Stefan Müller (Erlangen)

c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Arbeit und Soziales

(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten  
Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Katrin Göring-  
Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechte von Arbeitsuchenden stärken - Kompetentes  
Fallmanagement sicherstellen

- Drucksachen 16/9599, 16/11142 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Kornelia Möller

d) - Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung  
eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes  
zur Senkung des Beitragssatzes zur  
Arbeitsförderung

- Drucksache 16/10806 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- Drucksache 16/11241 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Stefan Müller (Erlangen)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)  
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/11242 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Hans-Joachim Fuchtel

Carsten Schneider (Erfurt)

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

e) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Arbeit und Soziales

(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten  
Kornelia Möller, Klaus Ernst, Dr. Barbara Höll,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE  
LINKE

Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für  
Arbeit erhalten - Auf Senkung der Beitragssätze  
verzichten

- Drucksachen 16/10618, 16/11241 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Stefan Müller (Erlangen)

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Senkung  
des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung liegt ein  
Entschließungsantrag der FDP-Fraktion vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache 75 Minuten vorgesehen. - Ich höre keinen  
Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst  
dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus  
Brandner.

Klaus Brandner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister  
für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen!  
Liebe Kollegen! Wir beschließen heute zwei wichtige  
Gesetzentwürfe: den Gesetzentwurf zur Neuausrichtung  
der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und den  
Gesetzentwurf zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung.  
Beide Gesetzentwürfe sind gerade angesichts  
der zu erwartenden Folgen der Finanzkrise für die  
Entwicklung des Arbeitsmarktes wichtig. Sie werden daher  
genau zum richtigen Zeitpunkt beschlossen. Sie zeigen  
nachdrücklich, dass die Große Koalition handlungsfähig  
ist.

Die internationale Banken- und Finanzkrise fordert in  
manchen Bereichen einen grundlegenden Paradigmenwechsel.  
Den Satz „Es wird nie wieder so sein wie vor  
der Krise“ haben wir in den letzten Wochen des Öfteren  
gehört. Auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir einen solchen  
tiefgreifenden Einschnitt nicht. Durch die Reformen,  
die die vorherige Bundesregierung unter Bundeskanzler  
Gerhard Schröder in die Wege geleitet hat,  
(Dirk Niebel [FDP]: Die von euch rückabgewickelt  
wurden!)

ist der Arbeitsmarkt dynamischer geworden, und die Arbeitsvermittlung  
ist besser und leistungsfähiger geworden.

Insofern sind wir beim Reformprozess auf einem  
guten Weg. Deshalb sollten wir selbstsicher an die Herausforderungen  
der Zukunft herangehen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ralf  
Brauksiepe [CDU/CSU])

Dass wir jetzt schon zwei Monate hintereinander eine  
Arbeitslosenzahl von unter 3 Millionen verzeichnen konnten

- und das, obwohl sich schon im Sommer das Klima in der Wirtschaft merklich abgekühlt hatte -, zeigt, dass unsere Reformen erfolgreich waren. Wir wollen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Unser Ziel bleibt: Die Arbeitsvermittlung in unserem Land muss eine der leistungsfähigsten Institutionen sein und bei dem Modernisierungsprozess von Institutionen an der Weltspitze stehen.

Wir wollen das Versprechen geben und einlösen, dass in naher Zukunft niemand mehr länger als ein Jahr nach Arbeit suchen muss. Mit der internationalen Banken- und Finanzkrise ist die Aufgabe - das wissen wir - gewiss noch größer geworden. Statt mit Pessimismus Existenzängste in der Bevölkerung zu verbreiten, zeigen wir, dass wir gut aufgestellt und in der Lage sind, auf diese Situation zu reagieren.

Genau das tun wir heute mit den beiden zu beschließenden Gesetzentwürfen. Mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente verbessern wir die Leistungsfähigkeit der Arbeitsförderung angesichts der Herausforderungen einer sich hoffentlich nur vorübergehend abschwächenden Konjunktur. Damit mildern wir die Folgen für die dadurch von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. In dieser Situation sind wir alle gefordert: der Staat, die Wirtschaft und die Gewerkschaften, zum Beispiel durch Kurzarbeit, durch die Nutzung von Beschäftigungssicherungstarifverträgen, durch Qualifizierungsmaßnahmen, durch Arbeitszeitkonten. Wir müssen verantwortliches, kreatives und auch mutiges Handeln zeigen, damit die Arbeitslosigkeit in der Krisensituation nicht ansteigt. Wir alle gemeinsam müssen dafür sorgen, die Arbeitsplätze der Menschen zu sichern. Das muss die Botschaft des Tages sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung setzen wir auch ein beschäftigungspolitisches Signal und entlasten damit die Beitragszahler.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das trägt zur Belebung der Konjunktur bei, weil Unternehmen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung haben. Dennoch werden wir die Handlungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik nicht einschränken.

Im Gegenteil, im kommenden Jahr werden für die aktive Arbeitsförderung und auch für die Eingliederungsleistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende mehr Mittel zur Verfügung stehen, als wir im laufenden Jahr voraussichtlich ausgeben werden.

Mit dem Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente führen wir die Arbeitsmarktreformen konsequent weiter, indem wir den

Akteuren vor Ort noch mehr Verantwortung und Gestaltungsspielraum geben.

Ich habe in letzter Zeit immer häufiger den Vorwurf gehört, es gebe vor Ort nicht genügend Freiräume für flexibles Handeln. Der Bund bevormunde die lokalen Akteure. Mit der Neuausrichtung der Instrumente würden die letzten Freiräume auf regionaler Ebene abgeschafft.

(Dirk Niebel [FDP]: Das stimmt! - Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das ist mitnichten der Fall, um es deutlich zu sagen.

Im Gesetzgebungsverfahren ist genau an dieser Stelle eine deutliche Justierung vorgenommen worden. Ich glaube, auch das Einwirken der Koalitionsfraktionen in dem gesamten Prozess hat gezeigt, dass gemeinsam an einem guten Gesetzentwurf gearbeitet worden ist, sodass Freiräume gegeben sind und genügend finanzielle Mittel für die Akteure vor Ort zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Richtig ist: Der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und die konkrete Verteilung der Mittel erfolgen grundsätzlich durch die Entscheidungen in den zuständigen Arbeitsagenturen und bei den Trägern der Grundsicherung vor Ort. Alle Maßnahmen, die im Rahmen von SGB II und SGB III erfolgreich und wirksam sind, werden auch in Zukunft eingesetzt werden können, und das auf fester gesetzlicher Basis. Zum Teil bekommen bisher vielfach erfolgreich erprobte Maßnahmen wie zum Beispiel die Unterstützung beim Nachholen eines Hauptschulabschlusses nun eine feste Rechtsgrundlage. Schon mit den Arbeitsmarktreformen haben wir konsequent die Verantwortung der Akteure vor Ort gestärkt. Wir setzen gezielt auf deren Know-how und Kompetenz. Jetzt eröffnen wir noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wir nehmen gesetzliche Regelungen dort zurück, wo eine passgenaue Unterstützung bei der Eingliederung erforderlich ist. Damit erleichtern wir wesentlich die Handhabung der Instrumente vor Ort. Wir wissen, dass in den Arbeitsagenturen, den Arbeitsgemeinschaften und bei den zugelassenen kommunalen Trägern im engen Kontakt mit den zu Fördernden am besten erkannt werden kann, welche Maßnahmen und welche Abläufe im Einzelnen zur Integration führen und bei der Integration helfen können.

Die dafür erforderlichen gesetzlichen Regelungen müssen so einfach und transparent wie möglich sein. Das ist ein wichtiges Ziel dieses Gesetzentwurfs. Allein im „Vermittlungsbudget“ und in den „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ gehen 17 bisherige Einzelinstrumente und individuelle Förderleistungen auf. In Zukunft steht ein Zehntel des gesamten Eingliederungstitels im Bereich des SGB II für freie und maßgeschneiderte Förderungen zur Verfügung. Wer da noch von Gängelung spricht, meine Damen und Herren, dem kann ich nun wirklich nicht mehr weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, parallel dazu senken wir den Beitragssatz zur Arbeitsförderung. Damit setzen wir einen kräftigen Impuls für die Beitragszahlenden, für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und für den Arbeitsmarkt.

Das ist möglich, richtig und wichtig. Das ist möglich, weil wir mit unserer Politik mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit erreicht haben, und das ist richtig und wichtig, weil wir damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlasten. Dieses Ziel unserer Koalition – Senkung der Beiträge, ohne die Leistungen einzuschränken – haben wir besonders im Bereich der Arbeitsförderung erfüllt und erreicht.

Ich möchte daran erinnern, dass der Beitragssatz im

Jahre 2006 noch bei 6,5 Prozent lag. Auch 1998 lag er bei 6,5 Prozent. Er lag fast zwei Jahrzehnte in dieser Größenordnung. Die jetzige spürbare Senkung ist natürlich ein deutliches Signal, dass wir auch in einer schwierigen konjunkturellen Zeit Mittel zur Verfügung stellen, um die Kaufkraft und die Nachfrage, die in der jetzigen Zeit dringend gebraucht werden, zu stärken.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Alles Schmarrn! Der Krankenversicherungsbeitrag steigt doch!)

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfes senken wir den Beitragssatz zum 1. Januar 2009 langfristig auf 3 Prozent. Gleichzeitig wird die Bundesregierung den Beitragssatz durch Rechtsverordnung vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2010, wie Sie wissen, zusätzlich senken, und zwar auf 2,8 Prozent.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: In drei Monaten sprechen wir uns wieder!)

Damit entlasten wir die Beitragszahler insgesamt um rund 30 Milliarden Euro.

Mit diesem Konjunkturprogramm in Höhe von 30 Milliarden Euro setzen wir ein deutliches Signal für mehr Beschäftigung und Stabilität. Die Beschäftigten können sicher sein, dass die Unternehmen, in denen sie arbeiten, und ihre Arbeitsplätze nicht durch eine kurzfristige prozyklische Anhebung des Beitragssatzes gefährdet werden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was?)

Darauf kommt es uns besonders an, nicht darauf, was die Pessimisten von der Linken ankündigen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Werner Dreibus [DIE LINKE]: Sie verwechseln Pessimismus mit Realismus! - Frank

Spieth [DIE LINKE]: Das ist Symbolpolitik statt Verstand! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, die Menschen in unserem Land, diejenigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, aber auch diejenigen, die mit ihren Steuern und Beiträgen Tag für Tag dazu beitragen, dass arbeitssuchende Menschen in Beschäftigung kommen, sie alle können mit Recht von uns erwarten, dass wir gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik schaffen.

Arbeitsmarktpolitik ist gut, wenn es gelingt, die Arbeitssuchenden erfolgreich und schnell zu unterstützen, wenn es gelingt, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, und wenn es gelingt, den Menschen die Chance zu erhalten, dass sie sich durch Arbeit beweisen können, dass sie gebraucht werden und dass Arbeit einen Wert hat. Deshalb sage ich zum Schluss ganz deutlich: Gute Arbeit in Deutschland ist und bleibt unser zentrales Anliegen. Daran arbeiten wir, und zwar in möglichst großer Geschlossenheit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion erhält nun der Kollege Dirk Niebel das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dirk Niebel (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Eloquenz des Vortrags des Staatssekretärs zeigt ziemlich deutlich, wie begeistert man von den vorliegenden Gesetzentwürfen ist.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Jetzt warten wir erst einmal auf Ihre Eloquenz!)

Zumindest was die Arbeitsmarktinstrumente betrifft, ist es auch richtig,

(Andrea Nahles [SPD]: Sagten Sie gerade

„richtig“? Na also, es geht doch!)

dass der Staatssekretär mit gedämpftem Schaum gesprochen hat.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ihre Krawatte sitzt schief!)

Was die Beitragssenkung angeht, muss ich sagen: Sie ist nötig. Die erste Beitragssenkung dieser Bundesregierung ist übrigens - das wollen wir nicht vergessen - durch die Mehrwertsteuererhöhung finanziert worden. Das war die Merkel-Steuer, Herr Staatssekretär, die Sie wahrscheinlich gerne vergessen möchten.

(Beifall bei der FDP)

Die Beitragssenkung ist deshalb notwendig und richtig, weil seit Monaten immer wieder erzählt wird, die Bundesagentur für Arbeit würde Überschüsse erwirtschaften. Die Bundesagentur kann alles Mögliche, aber eines kann sie mit Sicherheit nicht: irgendetwas erwirtschaften. Das gesamte Geld, das sie eingesammelt hat und das als Rücklage bezeichnet wird, ist den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern vorher zu viel weggenommen worden.

(Beifall bei der FDP)

Es muss natürlich zurückgegeben werden, und zwar gerade jetzt. Aus diesem Grunde unterstützen wir die Beitragssenkung ausdrücklich.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Aha!

Das ist ja mal etwas Neues! Sonst haben Sie das immer abgelehnt!)

Wir würden uns wünschen, dass Sie die Beiträge auch in anderen Bereichen deutlich senken. Wenn jetzt so getan wird, als sei das eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, wird immer wieder gerne vergessen, dass die Pflegeversicherungsbeiträge gestiegen sind,

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sehr richtig!)

dass die Krankenversicherungsbeiträge gestiegen sind und dass auch die Rentenversicherungsbeiträge gestiegen sind, seit Sie die Regierungsverantwortung tragen.

(Dr. Erwin Lotter [FDP]: So ist es!)

Den Beitragssatz zur Rentenversicherung könnte man um 0,3 Prozentpunkte senken, ohne die Nachhaltigkeitsrücklage antasten zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dadurch könnte man eine echte Entlastung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber organisieren. Das wäre auch sinnvoll. Denn die Wissenschaft geht davon aus, dass ein Beitragssatz ungefähr 100 000 Arbeitsplätze bringt bzw. dass ein Beitragssatz zu viel 100 000 Arbeitsplätze verhindert.

Die Bundesagentur geht davon aus, dass im nächsten Jahr aufgrund des konjunkturellen Abschwungs mit durchschnittlich

30 000 zusätzlichen Arbeitslosen gerechnet werden muss. Wir brauchen eigentlich nur eine einfache Rechnung nach Adam Riese aufzumachen: 0,3 Beitragssatzpunkte weniger in der Rentenversicherung machen 30 000 Arbeitslose weniger, und das ergibt ein durchschnittliches Arbeitslosenaufkommen, das ungefähr dem jetzigen entspricht, und das trotz einer Phase wirtschaftlichen Abschwungs. Daran trauen Sie sich überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP wollen ausdrücklich die Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Nun werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entlastet - nur sie; demgegenüber werden bei der Erhöhung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung alle belastet -, aber dazu müssen wir deutlich sagen: So wie Sie das hier vorsehen, können wir dem, obwohl wir die Beitragssenkung wollen und sie auch richtig und notwendig ist, schlichtweg nicht zustimmen; denn Sie machen wieder genau das, was Sie schon die ganze Zeit machen: Sie verlagern Belastungen, die eigentlich gesamtgesellschaftlich, also aus dem Bundeshaushalt, getragen werden müssen, auf die Kasse der Versicherten. Es sind Belastungen in zwei Bereichen, die Sie mal eben so en passant mit Änderungsanträgen festschreiben, die Sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales nachgeschoben haben.

(Dr. Erwin Lotter [FDP]: Richtig!)

Die Beitragszahler sollen jetzt für die Versicherungspflichtigen bezahlen, die erziehen. Das hat bisher der Bund gemacht. Das ist eine Mehrbelastung von 290 Millionen Euro Jahr für Jahr für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Was Sie aus der Mehrwertsteuererhöhung dem Beitragstopf bisher monatlich zuführen - daraus wollen Sie angeblich arbeitsmarktpolitische Leistungen finanzieren -, wollen Sie jetzt nur noch jährlich im Nachhinein zuführen, damit der Bundesfinanzminister 170 Millionen Euro an zusätzlichen Zinseinnahmen hat, die eigentlich den Beitragszahlern gehören würden. Das sind die Gründe dafür, dass wir uns bei diesem Gesetz, obwohl wir für die Entlastung bei der Arbeitslosenversicherung sind, leider nur enthalten können. Wieder einmal organisieren Sie hier den Verschiebebahnhof „Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zulasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“.

(Beifall bei der FDP)

Was den Bereich der arbeitsmarktpolitischen Instrumente betrifft, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass Sie schon in Ihrem Koalitionsvertrag, der sinnigerweise am 11. 11. 2005 unterschrieben worden ist, gesagt haben, dass spätestens bis Ende 2007 die arbeitsmarktpolitischen Instrumente neu sortiert werden sollen.

Mit dem, was Sie jetzt vorlegen, erreichen Sie nicht nur nach unserer Meinung dieses Ziel nicht - Sie wollten mehr Transparenz und mehr Effizienz schaffen -; auch der Bundesrat, in dem die FDP immer noch keine Mehrheit hat,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Aber es wird langsam bedrohlich! - Thomas

Oppermann [SPD]: Aber Sie sind auf dem



Weg dahin!)

sagt ausdrücklich, dass mit diesem Gesetz das Ziel, das sich die Bundesregierung vorgenommen hat, nicht erreicht wird.

Wir bräuchten arbeitsmarktpolitische Instrumente, die den Kriterien der Effizienz und der Zielgruppenorientierung gerecht werden. Stattdessen schlagen Sie Maßnahmen vor, die wieder zentralisieren und die Nürnberger Anstalt in den Mittelpunkt stellen, statt die Möglichkeiten der freien Kräfte vor Ort und der flexiblen Instrumente vor Ort wirklich nachhaltig zu fördern. Die Entscheidungskompetenz vor Ort ist genau das, was wir in einer Situation brauchen, in der es wirtschaftlich schwieriger wird. Gerade vor Ort kann man entscheiden, ob eine Maßnahme der Qualifizierung und Bildung oder eine assistierte Vermittlung notwendig ist. Das kann in Rostock ganz anders sein als in Passau. Deswegen brauchen wir diese flexiblen Instrumente mit möglichst viel Entscheidungskompetenz für die Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittler.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin hat einen Bildungsgipfel veranstaltet, der über Maulwurfshügelniveau nicht hinausgekommen ist. Aber in dem Bereich, der ihre bundespolitische Kompetenz ist, nämlich in der beruflichen Bildung und Weiterbildung, hat sie überhaupt keine Akzente gesetzt. Auch in der Zusammenfassung neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente ist eine Akzentsetzung nicht erkennbar. Der Bereich, für den Sie Kompetenzen haben, wird kläglich vernachlässigt, und in anderen Bereichen tummeln Sie sich medienöffentlich, ohne im Ergebnis etwas zu erreichen.

Der Rechtsanspruch auf Nachholung des Hauptschulabschlusses, finanziert aus Mitteln der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, ist mit Sicherheit das am wenigsten geeignete Instrument, um Langzeitarbeitslose ohne Schulabschluss wieder in Beschäftigung zu bringen.

(Dr. Erwin Lotter [FDP]: Richtig!)

Ein Hauptschulabschluss kann bei jungen Leuten ein Mittel sein, kann helfen, aber noch niemand hat mir erklären können, warum der 47-jährige ungelernte Arbeitslose mit dem Hauptschulabschluss bessere Vermittlungsmöglichkeiten haben soll. Und das sollen dann die Beitragszahler zahlen, obwohl das Schulsystem, also die Gesamtgesellschaft, versagt hat!

(Andrea Nahles [SPD]: Dass Sie sich für solche Sätze nicht schämen! Unglaublich! - Katja

Mast [SPD]: Nur weil Sie nichts lernen, müssen andere Leute auch nichts mehr lernen! -

Andrea Nahles [SPD]: Sie lernen nichts mehr dazu! Das halten wir mal fest! Dafür wollen wir doch keine Beitragsmittel ausgeben!)

Der Bundesarbeitsminister ist angetreten - ich komme zum Schluss, Herr Präsident - mit dem Anspruch, die Bundesagentur für Arbeit zur weltbesten Vermittlung zu machen. Sie sind mittlerweile nicht auf dem Weg zur weltbesten Arbeitslosenverwaltung, sondern auf dem Weg zur weltgrößten Arbeitslosenverwaltung. Wenn wir heute, bei unter 3 Millionen Arbeitslosen, über 100 000 Beschäftigte bei der Bundesagentur

zählen, während es 2003, bei noch 5 Millionen Arbeitslosen, 87 000 Beschäftigte waren, dann zeigt das: Sie sind auf dem falschen Weg. Sie gehen in die falsche Richtung. Sie verschwenden das Geld der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Dafür können wir unsere Hand nicht reichen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Ralf Brauksiepe ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Niebel, Sie haben von der Eloquenz des Staatssekretärs gesprochen. Ich gebe gleich zu: Wir alle können mit Ihrer Eloquenz nicht mithalten.

(Dirk Niebel [FDP]: Das habe ich schon immer gewusst!)

Da sind Sie besser. Aber dafür reden wir zur Sache und zu den Menschen. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zur Sache gehört, dass die Regierung Merkel die Beitragssatzsenkungsregierung ist, was die Arbeitslosenversicherung angeht. Darauf hat Staatssekretär Brandner völlig zu Recht hingewiesen. Gegenüber 2006 haben wir den Arbeitslosenversicherungsbeitrag um 3,7 Prozentpunkte gesenkt. Das entspricht einer Entlastung von 30 Milliarden Euro für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das ist das Ergebnis unserer Arbeit in der Großen Koalition. 265 Euro Entlastung für einen Arbeitnehmer bei einem Jahresbruttoeinkommen von 30 000 Euro: Das ist die stolze Bilanz der Entlastung der Menschen, die diese Große Koalition vorlegen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben an eine Tradition angeknüpft, die Sie schon in der ganzen Legislaturperiode in diesem Hause verfolgt haben. Sie haben noch keiner einzigen Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung zugestimmt,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ihr seid zu zaghaft und zögerlich!)

obwohl es schon drei Versuche gab. Spätestens nach dem dritten Versuch ist man üblicherweise durchgefallen. Sie sind also mit Ihrer Politik der Verhinderung von Beitragssatzsenkungen durchgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments, Herr Kollege Niebel.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Wir haben in der letzten Woche einen Bundeshaushalt beschlossen, der für die Erstattung von Beiträgen für Erziehende durch den Bund an die Bundesagentur für Arbeit keine Mittel mehr vorsieht. Das kann man so oder so sehen. Jeder Bundeshaushalt ist immer auch ein Kompromiss, den man schließen muss. Aber wenn keine Mittel mehr vorgesehen sind, dann ist es auch nicht möglich,

einen entsprechenden Rechtsanspruch aufrechtzuerhalten. Von daher vollziehen wir in dieser Woche rechtstechnisch das nach, was der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber in der letzten Woche beschlossen hat.

Das taugt ziemlich wenig, um zu begründen, dass Sie einer Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nicht zustimmen wollen. Es ist eine sehr schwache Begründung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben von daher als Große Koalition auch diese Senkung wieder alleine durchführen müssen. Wir haben mit dieser Politik der Entlastung der Beitragszahler in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielt. Das können wir auch jetzt tun, weil wir nach wie vor die beste Lage auf dem Arbeitsmarkt seit 16 Jahren haben. Allen Unkenrufen und all denjenigen zum Trotz, die im Oktober darauf hingewiesen haben, dass wir erstmals und letztmals eine Situation mit weniger als 3 Millionen Arbeitslosen haben würden, kann man feststellen: Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält auch aktuell an. Angesichts dieser positiven Entwicklung sind wir bereit und in der Lage, die Beiträge weiter zu senken. Wir wissen, dass die BA keine Sparkasse ist. Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt, um die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Arbeitsmarkt gering zu halten, um auch hier zu einer weiteren Entlastung der Menschen zu kommen. Deswegen gehen wir diesen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben weitere Rekordzahlen auf dem Arbeitsmarkt, die uns darin bestärken, diesen Weg zu gehen.

Wir haben nicht nur die niedrigste Zahl an Arbeitslosen seit 16 Jahren, sondern wir haben auch mit 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen, und mit 41 Millionen Erwerbstätigen die höchsten Beschäftigtenzahlen seit langer Zeit.

Auf diese Rekordzahlen können wir gemeinsam stolz sein, und wir sind auch stolz darauf, dass wir die paritätisch finanzierten Beiträge zu den Sozialversicherungen auf 39,25 Prozent und die Beiträge der Arbeitgeber auf deutlich unter 20 Prozent gesenkt haben. Das war unser Ziel, das auch erreicht wurde. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]:

Das war nicht euer Ziel!)

Wir wissen, dass die Bundesagentur für Arbeit keine Sparkasse ist. Deswegen sind wir ganz klar der Auffassung, dass man jetzt auch eine Situation akzeptieren kann, in der die BA möglicherweise auf die Reserven zurückgreifen muss. Ich rate aber auch dabei zur Vorsicht. Im letzten Jahr hatten wir eine um 11 Milliarden Euro bessere Situation bei der Bundesagentur für Arbeit als erwartet. Wir werden auch in diesem Jahr bei der Bundesagentur für Arbeit um rund 3,5 Milliarden Euro besser dastehen als geplant. Von daher kann man feststellen, dass unsere Entlastungen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, gut durchkalkuliert und solide finanziert sind. Deswegen beschreiten wir

diesen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch auf den Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente eingehen.

Es war uns als CDU/CSU wichtig, dass im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu kommen. Wir haben gesagt: Was sich als wirksam erwiesen hat, wird fortgeführt; was nicht gebraucht worden ist oder sich als unwirksam erwiesen hat, das wird gestrichen. Das ist genau der Weg, den wir gegangen sind, wodurch wir zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Instrumente gekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht einfach irgendetwas weggestrichen, sondern wir haben vor allem für mehr Flexibilität vor Ort gesorgt. Wir haben mit der Einführung des Vermittlungsbudgets dafür gesorgt, dass die Vermittler nicht mehr kleinkariert nach jeder Einzelheit gucken müssen, sondern dass sie wirklich Flexibilität haben, um vor Ort zu entscheiden, was ein Arbeitsloser braucht, der erst kurze Zeit arbeitslos ist, und vor allem, welche möglicherweise unkonventionellen Wege gegangen werden müssen, um Menschen, bei denen das normale Instrumentarium der Arbeitsförderung über 12 oder 18 Monate nichts genutzt hat, in Arbeit zu bringen. Das haben wir getan. Wir haben das klare Signal gesetzt: Es gibt mehr Handlungsfreiheit und mehr Flexibilität vor Ort, um mehr konkrete und passgenaue Hilfe für die Menschen zu ermöglichen. Das ist ein großer arbeitsmarktpolitischer Fortschritt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben den Gesetzentwurf mit den Änderungsanträgen, die wir als Koalitionsfraktionen eingebracht haben, erheblich verbessert. Diese sind auf unseren Vorschlag hin vorgestern im Ausschuss für Arbeit und Soziales beschlossen worden. Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD herzlich dafür bedanken, dass wir dies mit Pragmatismus und Augenmaß gemeinsam tun konnten.

Wir haben uns darauf verständigt, dass über die Flexibilisierung hinaus, die durch das Vermittlungsbudget entstanden ist, auch die Freie Förderung im Bereich des Sozialgesetzbuchs III – also für diejenigen, die erst kurze Zeit arbeitslos sind – in Höhe von 10 Prozent erhalten bleibt. Wir haben die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Mittel für die Freie Förderung von Langzeitarbeitslosen von 2 Prozent auf 10 Prozent verfünffacht. Darüber hinaus haben wir jede Menge zusätzliche Flexibilisierungsmöglichkeiten eingebaut. Von daher sind jetzt ziel- und passgenaue Möglichkeiten vorhanden, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Das ist unser Ziel gewesen.

Ich will gleichzeitig sagen, obwohl es selbstverständlich ist, dass dies kein Gesetz zur Aufhebung der Gewaltenteilung in Deutschland ist. Das klingt selbstverständlicher, als es manchmal zu sein scheint, wenn man Debatten führt. Die Kollegin Pothmer wird gleich noch sprechen. Wir haben schon manche Runde gemeinsam mit Landräten und Arge-Geschäftsführern gehabt, in der ich von der Kollegin aufgefordert worden bin, dafür zu

sorgen, dass das Arbeitsministerium nicht mehr so böse Briefe an Landräte und Arge-Geschäftsführer schreibt. Es wird natürlich auch weiterhin so sein, dass die Abgeordneten ihre Briefe nicht auf Bögen des Ministeriums schreiben. Daran wird sich nichts ändern. Die Kollegin Pothmer weiß das auch; sie sagte nämlich dann auf den Hinweis: Herr Brauksiepe, Sie haben ja recht. Aber ich habe doch so viel Beifall bekommen; da musste ich das doch einfach einmal fordern.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das glauben Sie doch selber nicht! - Brigitte

Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber den meisten Beifall habe ich immer von Ihnen aus der Fraktion bekommen!)

So machen wir nicht Politik, meine Damen und Herren. Ich will nur klar sagen: Die Briefe des Ministeriums an die Geschäftsführer der Argen und an die Landräte werden weiterhin im Ministerium geschrieben werden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das muss Sie ja sehr verletzt haben!)

Aber auf den Gesetzgeber kann sich niemand berufen, der im Geiste des Misstrauens und der Nichtkooperation agieren will. Dies ist ein Gesetzentwurf, der auf Vertrauen, Kooperation und gleiche Augenhöhe setzt. Das ist der klare Rahmen, den wir als Gesetzgeber heute schaffen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Werner Dreibus ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Werner Dreibus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir sind mitten in einer schweren Wirtschaftskrise. Jedes vierte Unternehmen denkt über Entlassungen nach. Die OECD befürchtet, dass es Ende nächsten Jahres bereits 700 000 Arbeitslose mehr sein könnten. Immer mehr Kurzarbeit und deutlich mehr Arbeitslose werden Tag für Tag - das gilt im wörtlichen Sinne - zur bitteren Realität. Schon allein deshalb sind die heute von der Großen Koalition vorgelegten Gesetzentwürfe absolut daneben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie nur einen Funken Mut und Verantwortung hätten, dann hätten Sie angesichts der aktuellen Lage mit Ihrer Mehrheit beide Gesetzentwürfe von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir uns die Ausgangslage am Arbeitsmarkt noch einmal genauer an! Es gibt offiziell knapp 3 Millionen Arbeitslose. Hinzukommen mehr als 1 Million Menschen, die nur deshalb nicht als arbeitslos gelten, weil sie in Maßnahmen der Arbeitsförderung sind, sowie mindestens 600 000 Menschen in der stillen Reserve. Das sind die Zahlen am Ende des Aufschwungs. Ich denke, das ist genau das Gegenteil einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter: Zwischen 2003 und 2007 wurden fast 1 Million

Vollzeitarbeitsplätze abgebaut. Dafür boomen prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Mini- und Midijobs oder Befristungen. Die Beschäftigten sind genau diejenigen, die nun als Allererste ihre Arbeitsplätze verlieren. Das passiert bereits täglich. Hinzu kommt: Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen. Welch eine katastrophale Bilanz, und das am Ende einer Aufschwungperiode, bevor die Krise auf dem Arbeitsmarkt überhaupt angekommen ist!

Was wir jetzt dringender denn je brauchen, ist mehr und bessere Arbeitsmarktpolitik. Deshalb ist das Allerletzte, was man in einer solchen Situation machen kann, eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. (Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesagentur für Arbeit muss doch in der Lage sein, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, und zwar angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen mehr denn je.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das kann sie doch! Wo leben Sie eigentlich? Wissen Sie nicht, welche Rücklagen sie hat?)

Dafür braucht sie eine angemessene finanzielle Ausstattung und nicht reduzierte Einnahmen.

Die Bundesagentur für Arbeit selbst rechnet bei einer Senkung des Beitragssatzes auf 2,8 Prozent für 2009 mit einem Defizit von fast 6 Milliarden Euro, vorausgesetzt, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stagniert.

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise, hat es im Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgerechnet: Sollte es im nächsten Jahr durchschnittlich nur 130 000 Arbeitslose mehr geben, dann müsste die BA allein im Jahr 2009 mit 700 Millionen Euro Mehrausgaben rechnen, und das bei nur 130 000 Arbeitslosen mehr, eine Zahl, die wahrscheinlich weit untertrieben ist und die weit weg von der zu befürchtenden Realität ist. Um es deutlich zu sagen: Wenn Sie in der aktuellen Lage auf Beitragssatzsenkungen bestehen – teilweise wider besseres Wissen, wie ich aufgrund dessen, was ich aus der Koalition höre, vermute –, dann fahren Sie die BA und damit auch die Wirksamkeit und die Legitimation der Arbeitslosenversicherung insgesamt an die Wand.

(Andrea Nahles [SPD]: Haben Sie nicht zugehört, dass der Herr Weise im Ausschuss das Gegenteil gesagt hat? Sie waren bei der entscheidenden Sitzung nicht dabei! Halten wir das mal fest!)

Auch mit dem Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden Sie die Steuer in der Arbeitsmarktpolitik nicht herumreißen. Sie setzen damit – im Grunde ist das in der Rede des Staatssekretärs deutlich geworden – die Linie der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen konsequent fort, konsequent in die falsche Richtung. Der repressive Charakter der Arbeitsmarktpolitik wird weiter verschärft.

Arbeitslose werden weiter entrechtet. Die Daumenschraube der Sanktionen wird noch fester angezogen.

Die Zumutbarkeitskriterien werden weiter verschlechtert. Die Bundesregierung strafft und flexibilisiert den Instrumentenkasten. Sie gehen dabei allerdings fast ausschließlich von quantitativen Aspekten aus. „Sparen

vor Verbessern" heißt offensichtlich Ihr Motto.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: So ist es! -  
Wolfgang Grotthaus [SPD]: So ein dummes  
Zeug! - Stefan Müller [Erlangen] [CDU/  
CSU]: Quatsch!)

Die für eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik zentralen Fragen,  
ob und unter welchen Bedingungen Instrumente  
nicht nur eine schnelle, sondern tatsächlich auch eine  
nachhaltige Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen,  
spielen in qualitativer Hinsicht offensichtlich  
keine Rolle. Deshalb werden Instrumente wie beschäftigungsbegleitende  
Eingliederungshilfen oder die Weiterbildung  
durch Vertretung ersatzlos gestrichen, während  
1-Euro-Jobs nicht abgeschafft werden, obwohl alle Untersuchungen  
die Nichtwirksamkeit der 1-Euro-Jobs hinsichtlich  
einer nachhaltigen Arbeitsmarktpolitik längst  
belegt haben.

Die Bundesregierung setzt weiterhin vor allem auf  
kurzfristige Qualifizierung, statt die berufliche Weiterbildung  
insgesamt wirklich zu stärken.

(Andrea Nahles [SPD]: Hallo?!)

Hinzu kommt: Wer erst einmal in Hartz IV drin ist,  
kommt nicht mehr heraus; denn ALG-II-Beziehende haben  
weiterhin nicht zu allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten  
Zugang. Jetzt wird auch noch die Möglichkeit  
der Förderung durch ABM für ALG-II-Beziehende  
abgeschafft. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die alle Arbeitslosen  
gleichermaßen gut fördert, sieht anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Stolz ist die Koalition darauf, dass der Handlungsspielraum  
der Arbeitsvermittler und Fallmanager vor  
Ort erhöht wird.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Genau!)

Fraglich bleibt nur, Herr Brauksiepe, ob und wie der einzelne  
Erwerbslose davon profitiert; das ist der Maßstab.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn Erwerbslose haben nur auf äußerst wenige Fördermaßnahmen  
einen Rechtsanspruch, auch nach Inkrafttreten  
Ihres Gesetzes.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Sie wissen  
doch, dass das nicht stimmt!)

Für die Vermittler bedeutet mehr Handlungsspielraum  
zunächst mehr Flexibilität. Das ist gut. Es bedeutet aber  
auch mehr Verantwortung für den Vermittler,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das  
gestehen wir ihm auch zu!)

und es wird, Herr Brauksiepe, für den Vermittler mehr  
Spardruck von oben bedeuten. Das ist angesichts kommender  
Defizite - Sie senken ja gleichzeitig die Beitragssätze  
- doch vollkommen absehbar.

(Katja Mast [SPD]: Das Budget für aktive  
Arbeitsmarktpolitik bleibt gleich!)

Das Gesetz macht insofern das Tor für weitere Einsparungen  
und weiteren Druck auf Arbeitslose weit auf. Die  
Löcher im sozialen Netz werden immer größer.

Arbeitsmarktpolitik muss eine ausreichende soziale  
Absicherung bieten und die nachhaltige Integration in  
gute Arbeit tatsächlich fördern, nicht nur in Sonntagsreden,  
Herr Staatssekretär, sondern in der Praxis.

(Beifall bei der LINKEN)

Verstärkt gefördert werden müssen gerade in der Krise Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und andere besonders Benachteiligte. Wir, die Linke, fordern deshalb ein sofortiges Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören - ich will sie nur stichwortartig nennen - mindestens die folgenden Punkte: Wir brauchen eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Wir brauchen eine sofortige Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze auf mindestens 435 Euro, verbunden mit der Einführung eines bedarfsdeckenden Satzes für Kinder - und das alles nur als ersten Schritt zur tatsächlichen Überwindung von Hartz IV. Wir brauchen die Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Teilhabe an den Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung für alle Erwerbslosen. Wir brauchen die Abschaffung der 1-Euro-Jobs zugunsten von öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen, die nach Tarif bezahlt werden. So würden endlich wieder brachliegende Aufgaben angegangen und Langzeitarbeitslosigkeit effektiv bekämpft. Ganz wichtig ist: Arbeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen existenzsichernd und voll sozialversicherungspflichtig sein,

(Beifall bei der LINKEN)

der individuellen Qualifikation entsprechen, sie dürfen keine extremen Anforderungen an Flexibilität und Mobilität stellen, und sie müssen die politische und religiöse Gewissensfreiheit berücksichtigen. Das sind Mindestanforderungen aus der Sicht der Linken. Notwendig sind darüber hinaus wirksame Maßnahmen gegen den wachsenden Niedriglohnsektor und gegen die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, um gute Arbeit tatsächlich zu stärken. Dazu gehört als wichtigste Maßnahme endlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,71 Euro wie in Frankreich.

(Beifall bei der LINKEN - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie in Berlin!)

Zusammengefasst: Wer ausgerechnet in der Krise die Beiträge kürzt und damit notwendige und sinnvolle Arbeitsmarktpolitik weiter demontiert, ist entweder zynisch oder betätigt sich als Geisterfahrer. Jedenfalls ist er weder christlich noch sozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine solche Politik haben die Menschen, die jetzt Angst um ihren Arbeitsplatz haben, und die Arbeitslosen wirklich nicht verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält die Kollegin Brigitte Pothmer, Bündnis 90/Die Grünen.

(Dirk Niebel [FDP]: Wo ist denn Ihr Regenschirm, Frau Pothmer?)

- Den hätte ich eingesammelt, und das hat sich wohl vorher herumgesprochen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will darauf verzichten, den gesamten Kanon der arbeitsmarktpolitischen Debatten, die wir hier immer wieder führen, zum Thema zu machen, sondern ich will mich auf die hier zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe konzentrieren;



denn ich meine, dass sie wichtig sind und dass sie es verdient hätten, dass wir uns in der Debatte auf sie konzentrieren.

Die Anhörung zur Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente war - das wissen alle, die dabei waren - ein echtes Desaster für diese Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ach, Frau Pothmer, Sie haben so gut angefangen!)

Das ist an den Koalitionsfraktionen nicht vorbeigegangen - offensichtlich auch nicht an Ihnen, Herr Müller -, und das ist auch gut so. Ich finde es richtig, dass Sie die 2 Prozent, die im Gesetzentwurf für die Freie Förderung vorgesehen waren, auf 10 Prozent heraufgesetzt haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Ist viel zu wenig!)

Gut so, sage ich - aber das ist noch zu wenig -, und das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir dadurch weder quantitativ noch qualitativ das erreichen, was wir vorher mit dem Instrument der weiteren Leistungen hatten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Das fällt immer noch weit hinter den Status quo zurück.

(Andrea Nahles [SPD]: Nein, das ist einfach falsch!)

- Liebe Frau Nahles, das wissen Sie wirklich ganz genau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Andrea Nahles [SPD]: Sie verstehen es immer noch nicht, Frau Pothmer! Wir haben es Ihnen schon zweimal erklärt!)

Wenn es tatsächlich nur darum gegangen wäre, auf die Kritik des Bundesrechnungshofes an den weiteren Leistungen einzugehen, dann hätte man einfach nur für ein Aufstockungs- und Umgehungsverbot für weitere Leistungen bei Arbeitgebern sorgen können. Dann hätten wir dieses Instrument beibehalten können, das im Einzelfall vor Ort so gute Wirkungen erzielt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben Sie die vorhandene Handlungsfreiheit und Flexibilität im großen Stil rasiert. Seit mittlerweile über einem Jahr beschäftigen sich die Argen und die Kommunen mit den Folgen dieser Entscheidung.

Das ist wirklich schlecht für die Arbeitslosen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Das ist kein Zufall; das ist offenbar regelrecht gewollt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Andrea Nahles [SPD]: Sie behaupten dies wider besseres Wissen!)

- Nein, Frau Nahles. Ich mache Ihnen jetzt einmal folgenden Vorschlag: Lassen Sie uns das hier nicht nur theoretisch im Streit ausfechten; wir treffen uns in einem Jahr wieder. Dann werden wir ganz genau wissen, wo die Probleme dieses neuen Instruments sind.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Dann trifft ihr

beiden euch in der Opposition! - Dirk Niebel [FDP]: Es gibt doch keine Koalition in der Opposition, Frau Pothmer! Das wissen Sie doch!)

Ich will Ihnen sagen: Das Problem liegt im Wesentlichen darin, dass dieses Instrument erst angewendet werden darf, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen

ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitslosen müssen erst zu Langzeitarbeitslosen werden, damit die Flexibilität, die wir brauchen, tatsächlich vorhanden ist.

(Katja Mast [SPD]: Das ist falsch! - Wolfgang

Grotthaus [SPD]: Zwei Tage Zeit zum Lernen gehabt, und es hat nichts genützt!)

Vorher werden Instrumente von der Stange angewendet, die überhaupt nicht zielführend sind. Das ist das zentrale Problem Ihrer Neuregelung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon ganz besonders negativ betroffen sind die Jugendlichen. Mittlerweile hat uns das IAB ein Gutachten vorgelegt, aus dem hervorgeht - das muss man sich einmal vorstellen -, dass nur 40 Prozent der jungen Menschen unter 30 Jahren, die abhängig von Leistungen aus dem Bereich Hartz IV geworden sind, einen dauerhaften Ausstieg daraus schaffen. Das wissen Sie sehr genau; trotzdem beschränken Sie die Möglichkeit, hier Hilfe zu leisten, mit Ihrem Instrumentenkasten noch einmal ganz deutlich.

(Andrea Nahles [SPD]: Das ist Oberunsinn!)

Wir brauchen Herrn Scheele mit seinem Drahtverhau von Verordnungen überhaupt nicht. Sie haben doch schon dafür gesorgt, dass dieses Instrument wahrlich nicht passgenau eingesetzt werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Brauksiepe, jetzt komme ich noch zu dem von Ihnen so hochgelobten Vermittlungsbudget. Sie sagen: Gut, wenn da nicht kleinkariert vorgegangen werden muss, wenn nicht jede Leistung en détail abgerechnet werden muss, wenn das vielmehr budgetiert werden kann. Stimmt, das sieht der Gesetzentwurf tatsächlich so vor. Aber parallel dazu überlegt sich die BA, wie sie dieses Instrument in ihrem Statistikwahn zerstückeln kann. Haben Sie sich einmal den Entwurf angeschaut, den die BA vorgelegt hat? Darin ist Folgendes vorgesehen: Nachdem das Geld dem Arbeitslosen pauschal gegeben worden ist, muss sich der Sachbearbeiter hinsetzen und genau diese Pauschale - in 36 Einzelpunkten aufgliedert - abrechnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie pauschalisieren. In der Praxis bringt das für die einzelnen Arbeitsagenturen und für die Vermittler rein gar nichts. Sorgen Sie dafür, dass das nicht Wirklichkeit wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das qualitativ wirklich einzig Neue in diesem Gesetzentwurf ist die Verordnungsermächtigung. Sie sagen jetzt hier: Es geht um mehr Flexibilität vor Ort und um mehr Vertrauen in die einzelnen Jobcenter. Parallel dazu stellen Sie in dieses Gesetz eine Verordnungsermächtigung ein, die es dem Ministerium jeden Tag, den Gott werden lässt, ermöglicht, in das operative Geschäft vor Ort unmittelbar einzugreifen.

(Dirk Niebel [FDP]: Zentralisten!)

Dass Sie überhaupt nicht schüchtern sind, von so etwas Gebrauch zu machen, wissen wir aus den Erfahrungen

- aus schmerzhaften Erfahrungen, kann ich dazu nur sagen
- mit den weiteren Leistungen.

Was ich als weiteren Punkt wirklich tragisch finde, ist, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf - ich möchte es einmal so sagen - die Architektur, die Idee dieser Gesetze völlig verkehren. Wir sind immer davon ausgegangen, dass Arbeitsmarktpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn Arbeitssuchender und Fallmanager tatsächlich auf Augenhöhe miteinander in Kontakt treten und vereinbaren, was für den Arbeitssuchenden gut ist. Was Sie jetzt machen, ist, dieses Machtgefälle zwischen Fallmanager bzw. der Institution zulasten des Arbeitssuchenden noch einmal zu verschärfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Wenn es so ist, dass eine Eingliederungsvereinbarung keine gemeinsame Vereinbarung ist, sondern qua Verordnung gesetzt wird, und wenn sich dann der Arbeitssuchende darin nicht wiederfindet und diese Vereinbarung nicht eingehalten wird, dann gibt es sofort Sanktionen. Ich frage Sie: Was hat denn das mit Augenhöhe zu tun? Das ist wieder Ausdruck des tiefen Misstrauens, das Sie gegenüber den Arbeitssuchenden haben. Sie bringen damit die Idee dieses Gesetzes wirklich zu Fall. Das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt ist dieser Gesetzentwurf nicht nur Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Arbeitslosen, sondern nach wie vor auch gegenüber den Akteuren vor Ort, gegenüber den Vermittlern und den Maßnahmenträgern. Sie sitzen hier in Berlin und sind von der Idee verfolgt, dass diese Menschen Sie alle übers Ohr hauen und mit Steuer- und Beitragsmitteln Schindluder treiben wollen. Aber Sie sehen nicht, dass mit dieser kleinteiligen Überprüfungstechnik viel mehr Geld verschwendet wird, als das andersherum möglicherweise der Fall sein könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Katja Mast [SPD]: Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

Ich muss leider zum Schluss kommen.

(Andrea Nahles [SPD]: Das ist gut!)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu der Frage der Absenkung der Beitragssätze sagen. Herr Weiß rechnet uns im Ausschuss jedes Mal neu vor - ich höre ihm auch jedes Mal wieder gerne zu -, dass die Absenkung eines Beitragssatzpunktes hunderttausend Arbeitsplätze bringt. Aber, lieber Herr Weiß, das geht nur, wenn es tatsächlich auch unter dem Strich 1 Prozentpunkt weniger ist.

(Dirk Niebel [FDP]: Das stimmt!)

Das geht nicht, wenn Sie auf der einen Seite wie bei der Krankenversicherung den Beitragssatz um 1 Prozentpunkt erhöhen und auf der anderen Seite bei der Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt reduzieren. So funktioniert das in der Praxis nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Das ist eine Milchjungenrechnung, Herr Weiß. Die Beitragssatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung

hat mit den Bedürfnissen in diesem Bereich nichts zu tun. Sie kompensiert Fehler, die bei der Reform der Krankenversicherung gemacht worden sind. Das werden bei steigender Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen noch bitter bezahlen müssen. Schließlich brauchen wir gerade in dieser Zeit eines: langfristige und gute Qualifizierung. Dies wird mehr Geld kosten, als derzeit zur Verfügung steht. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, Sie müssen nun wirklich zum Schluss kommen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Ich will nur noch darauf hinweisen, dass all das noch dadurch verschärft wird, dass es mal wieder ein Verschiebemanöver gibt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, jetzt gibt es keine neue Abteilung einer längst überschrittenen Redezeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Genug mit den Manövern!)

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dann lassen Sie mich sagen: Ich fürchte, (Wolfgang Grotthaus [SPD]: Entscheidend ist nicht, was Sie fürchten, sondern was kommt! Das ist der Punkt!)

dass im nächsten Jahr die angeblichen Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik nur auf rein statistische Effekte zurückzuführen sein werden. Der Minister ist sehr gut darin, in diesem Bereich Verschiebungen vorzunehmen. Ansonsten wird die Situation für die Arbeitslosen mit diesen Instrumenten jedenfalls nicht besser. Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Wolfgang Grotthaus [SPD]: Was ich nach Ihrer Rede alles fürchte!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Katja Mast ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion. (Beifall bei der SPD)

Katja Mast (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am liebsten würde ich Ihnen, Frau Pothmer, einen Bildungsgutschein anbieten, damit Ihnen das vorliegende Gesetz noch einmal erläutert wird. Vielleicht hören Sie mir einfach zu. Dann verstehen Sie es besser.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das doppelte „V“ ist aus meiner Sicht die Überschrift für das heute zu verabschiedende Gesetz. Das doppelte „V“ steht für Vertrauen und Verantwortung in die Kraft der Gestaltung vor Ort. Die Neuorganisation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente setzt Vertrauen in dezentrale Entscheidungsspielräume und innovative Möglichkeiten, auch wenn es einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht so sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Gesetz ist ein kraftvolles Signal für Vor-Ort-Lösungen. Wir als Gesetzgeber eröffnen bewusst Handlungsspielräume. Unsere Erwartung ist: Wir wollen, dass diese Möglichkeiten verantwortlich genutzt werden. Unsere Hoffnung geht weit darüber hinaus. Wir setzen damit

auch ein Signal für eine gute Lösung bei der Neuorganisation der Argen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch wenn man sich über das eine oder andere Detail streiten kann, ist doch die zentrale Frage: Wo finden wir diese Handlungsspielräume im heute zu verabschiedenden Gesetz?

Erstens. Wir haben es geschafft: Wir reduzieren die Anzahl der Einzelgesetze für Arbeitsvermittler vor Ort und schaffen durch Budgets Spielräume für passgenaue Lösungen, auch wenn Sie, Herr Niebel, das noch nicht richtig erkannt haben.

(Andrea Nahles [SPD]: Er war vor einigen Jahren bei der BA!)

Diese Budgets sind sowohl nach dem SGB III als auch dem SGB II möglich. Sie finden sich als Vermittlungsbudget in § 45 und als Aktivierungsbudget in § 46.

(Dirk Niebel [FDP]: Haben Sie sich einmal die Höhe angeguckt? Verschiebebahnhof!)

Zweitens. Noch nie gab es eine Freie Förderung für dezentrale Projekte im SGB II. Diese schaffen wir jetzt. Das ist erklärter Wille sowohl der Bundesregierung als auch des Parlaments.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns Volksvertretern ist es gelungen, den Ansatz der Regierung von 2 Prozent auf das Fünffache – ich betone: das Fünffache –, also auf 10 Prozent, anzuheben. Unser sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender Peter Struck hatte recht mit dem von ihm vielbeschworenen Grundsatz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag, wie es eingebracht wurde. Eine Steigerung von 2 auf 10 Prozent für die Freie Förderung ist ein Durchbruch in der bundesdeutschen Arbeitsmarkt- und Vertrauenspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Doch damit nicht genug:

Drittens. Wir schaffen weitere Möglichkeiten für dezentrales Handeln. Das Aufstockungs- und Umgehungsverbot wird für Langzeitarbeitslose gelockert.

Das ist Ergebnis vieler Gespräche mit Experten vor Ort und mit Fachverbänden. Das ist größtmögliches Vertrauen in die Akteure vor Ort. Dieses Vertrauen fordert auch Verantwortung. Im Gesetz steht klar:

Bei Leistungen an Arbeitgeber ist darauf zu achten, Wettbewerbsverfälschungen zu vermeiden.

Das meinen wir sehr ernst. Wir wollen keine vollfinanzierten Lohnkostenzuschüsse und keine vollfinanzierten betrieblichen Ausbildungen – um extreme Beispiele für solche Verfälschungen am Arbeitsmarkt zu nennen. Es gilt natürlich geltendes Recht, zum Beispiel das europäische Beihilferecht. Unser Vertrauen steht: Die Akteure vor Ort können mit dieser Verantwortung umgehen.

Viertens. Mit dem Recht auf die Vorbereitung eines Hauptschulabschlusses im SGB III setzen wir auf vorsorgende Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen jedem eine zweite Chance geben. Aufstieg durch Bildung ist seit 145 Jahren sozialdemokratisches Kernanliegen. Das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Wir übernehmen damit Verantwortung da, wo die Bundesländer bei jährlich 70 000 Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss versagen. Denn jedem Sozialpolitiker ist doch klar: Ohne Schulabschluss keine Ausbildung und ohne beides ist die Wahrscheinlichkeit für Langzeitarbeitslosigkeit hoch.

Wir sind froh, dass wir mit der Union einen Partner haben, der unseren Argumenten an dieser Stelle nicht widerstehen konnte. Handlungsspielräume vor Ort entstehen hierdurch, weil jetzt absolut klar ist: Der Hauptschulabschluss ist Sache des SGB III.

Ich bin froh, dass die Bundesagentur für Arbeit in unserer Expertenanhörung zugesagt hat, das Fachkonzept für die berufsvorbereitenden Maßnahmen zu überarbeiten. Nur in der Verbindung von Begleitung durch berufsvorbereitende Maßnahmen und Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss machen wir es schulumüden Jugendlichen möglich, ihren Schulabschluss nachzuholen. Mit diesem Gesetz und seinen Budgets stärken wir die Vermittler. Dies ist wichtig, da sie der Partner der Arbeitsuchenden sind. Durch sie wird Arbeitsmarktpolitik jeden Tag konkret. Deshalb stellen wir weitere Vermittler ein

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie sollten sich mehr um das Angebot an Arbeitsplätzen kümmern! Das wäre vernünftiger!)

und werden mehrere Tausend befristete Arbeitsverträge bei der Bundesagentur für Arbeit entfristen.

So weit nun zu den abstrakten Möglichkeiten der neuen Handlungsspielräume. Aber wie geht eigentlich Silvia Müller, Vermittlerin bei der Agentur für Arbeit in meiner Heimat Pforzheim, damit um?

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Schöne Grüße auch! - Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ist Frau Müller SPD-Mitglied?)

Vor ein paar Tagen hat sie erfahren, dass ihr befristeter Arbeitsvertrag jetzt unbefristet weiterlaufen kann. Sie hat nun endlich einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Peter Kühn, ein ehemaliger Lagerarbeiter von 45 Jahren, der seit ein paar Wochen arbeitslos ist, sitzt heute vor ihr.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Und John, der Klempner?)

Er ist zum Vorstellungsgespräch in Düsseldorf eingeladen. Im Bewerbungskurs wurde ihm empfohlen, mit Schlips und Kragen zum Gespräch zu gehen. Sowohl Fahrtkosten als auch Schlips und Kragen kann er sich nicht leisten. Er wollte den Termin zum Vorstellungsgespräch deshalb absagen. Frau Müller motiviert ihn, hinzugehen, und sagt ihm zu, die Kosten zu übernehmen.

Bis vor einigen Wochen hatte sie immer aus verschiedenen Töpfen genauestens berechnen müssen, wie sie Herrn Kühn helfen kann. Doch mit unserem Gesetz ist das anders: Sie hat jetzt ein Budget, Verwaltungskosten werden gespart - eine passgenaue Lösung also. Dieses Gesetz verändert das Verhältnis zwischen Vermittler und Arbeitsuchendem. Das wollen wir so.

(Beifall bei der SPD - Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wunschdenken ist das! Die Praxis sieht doch anders aus!)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Gesetzentwurf

trägt eine deutliche Handschrift. Wir haben erreicht, dass jeder und jede künftig das Recht hat, sich auf den Hauptschulabschluss vorzubereiten. Das ist ein großer Erfolg und wieder ein Beleg dafür, dass Sozialdemokraten den Aufstieg durch Bildung gestalten, auch gemeinsam mit der Union.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Katja Mast (SPD):

Ich bin gleich fertig. - Die Budgets werden die notwendigen Spielräume geben, um Menschen individuell und bedarfsgerecht zu fördern, und die Freie Förderung ermöglicht passgenaue Lösungen vor Ort. Das ist Politik, die verantwortungsvoll mit den Mitteln der Beitragszahler und der Steuerzahler haushaltet.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie müssen aber verantwortungsvoll mit der Redezeit umgehen!)

Das ist Politik mit und für die Menschen. Das ist Politik mit doppeltem „V“: Vertrauen und Verantwortung für maßgeschneiderte Lösungen vor Ort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Erwin Lotter ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Brauksiepe, eines haben die heutige Debatte und die zurückliegenden Beratungen im Ausschuss ganz klar bewiesen: Die Regierungsfractionen lernen nicht aus ihren Fehlern.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Wir machen doch gar keine Fehler!)

- Das denken Sie!

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Aus Fehlern, die man nicht macht, kann man nicht lernen!)

Sie haben in drei langen Jahren der Bedenkzeit seit Unterzeichnung des Koalitionsvertrages nicht viel zustande gebracht. Anders kann man Ihren Gesetzentwurf zur Neuregelung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht bewerten.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralf Brauksiepe

[CDU/CSU]: Ich erzähle das alles dem Horst Seehofer!)

Sie haben einige wenige Instrumente gestrichen; aber viel zu viele bleiben bestehen. Der Instrumentenkasten der Arbeitsvermittlung ist immer noch so vollgestopft, dass kein Jobvermittler alle Instrumente kennen, geschweige denn beherrschen kann.

(Dirk Niebel [FDP]: Selbst die Regierung kennt die nicht alle!)

Manchmal ist eben weniger mehr.

(Beifall bei der FDP)

Bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten gilt dies mit Sicherheit.

Aber es kommt noch schlimmer. Ohne jeden Grund deckeln Sie die Freie Förderung auf einem viel zu niedrigen Niveau.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Dirk Niebel [FDP]: Unverschämt!)

Warum gestehen Sie kreativen Argen und Optionskommunen nur 10 Prozent Freie Förderung zu?

(Dirk Niebel [FDP]: Die haben Angst vor der Freiheit!)

Viele Kommunen haben großen Erfolg bei der Jobvermittlung, gerade weil sie sich nicht aus dem Standardinstrumentenkasten bedienen, sondern eigene, passgenaue und individuelle Fördermöglichkeiten für ihre Kunden entwickeln. Das aber geht Ihnen von CDU/CSU und SPD gegen den Strich. Wenn es nach Ihnen geht, dann soll sich der Jobsuchende an den Bedürfnissen der Arge und nicht die Jobvermittlung an der Persönlichkeit des Arbeitslosen orientieren.

(Beifall bei der FDP)

Hier verschenken Sie viel Potenzial, sowohl bei den Arbeitslosen als auch bei den Jobvermittlern. Als auch kommunalpolitisch aktiver Bundespolitiker kann ich nicht das geringste Verständnis für Ihr Handeln aufbringen. Anstatt richtigerweise kommunale Handlungsspielräume auszuweiten, schränken Sie diese ein und gehen damit genau in die falsche Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Auch in der Frage des Rechtsanspruchs auf einen Hauptschulabschluss haben Sie ordnungspolitisch leider völlig die Orientierung verloren.

(Dirk Niebel [FDP]: Völlig versagt! -

Wolfgang Grotthaus [SPD]: Hauptsache geschwätzt!)

Ein Schulabschluss ist für die meisten Arbeitssuchenden zweifellos wichtig. Die Frage ist jedoch, ob dies tatsächlich für alle gilt. Wer nicht mehr zur jungen Generation gehört, wird nicht wegen seines nachgeholtten Hauptschulabschlusses eingestellt, sondern wegen seiner Lebens- und Arbeitserfahrung.

(Beifall bei der FDP - Andrea Nahles [SPD]:  
Bildungsverweigerer!)

Das Nachholen des Hauptschulabschlusses ist vielleicht für viele, aber eben nicht für jeden der direkteste Weg aus der Arbeitslosigkeit.

(Dirk Niebel [FDP]: Wie wahr!)

Vor allem: Ein fehlender Hauptschulabschluss resultiert in den allermeisten Fällen aus einem Versagen des Bildungssystems. Insofern ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht durch die Beitragszahler zu leisten ist.

(Beifall bei der FDP - Gerd Andres [SPD]:

Ein Versagen der Bildungspolitik! Das ist Ländersache, Herr Kollege!)

Wenn wir Fehler in der Bildungspolitik korrigieren wollen, dann müssen wir Steuergelder dafür einsetzen und dürfen nicht die Bundesagentur für Arbeit mit diesen Kosten belasten.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Grotthaus [SPD]: Ihr seid in Bayern an der Regierung!  
Da könnt ihr das ja machen!)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich habe Ihnen jetzt nur drei von etlichen Versäumnissen in Ihrem Gesetzentwurf vorgehalten. Allein diese reichen aber schon aus, um Ihnen viel zu kurz greifenden Gesetzentwurf abzulehnen.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das



ist doch nur Ihr schlechtes Gewissen!)

Aus diesem Grund haben wir, die FDP, einen eigenen Antrag und einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Stefan Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dirk Niebel [FDP]: Wie ist

das mit der Gesamtbelastung der Steuerzahler?)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Lotter,

(Dr. Erwin Lotter [FDP]: Herr Müller!)

vorweggeschickt: Man hat bei der FDP gelegentlich den Eindruck, als gebe es einen zentralen Redenschreiber oder als ob jede Rede, die Sie sich zusammenschreiben, zunächst durch die Zensur von Herrn Niebel muss. - Herr Dr. Lotter, Sie haben jedenfalls die Chance vertan, hier ausnahmsweise einmal einen konstruktiven Beitrag der FDP abzuliefern.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Das ist jammerschade!)

Sie werden ja noch ein paar Chancen dazu haben. Schade eigentlich! Es wäre nicht schlecht, wenn neue Abgeordnete auch einmal neue Reden halten würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Irmgard Schewe-Gerigk

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie ist recycelt worden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja wohl unstrittig, dass in den vergangenen Jahren ein beeindruckender Umbau in der deutschen Arbeitsmarktverwaltung und Arbeitsvermittlung stattgefunden hat.

Dazu beigetragen haben die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre, eine Geschäftspolitik, die an Effizienz und Effektivität ausgerichtet war, und der Fleiß und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit, die es gemeinsam geschafft haben, aus einer Behörde einen leistungsfähigen Dienstleister am Arbeitsmarkt zu machen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Wir werden diesen Erfolgskurs mit dem Gesetzentwurf, den wir heute beschließen werden, fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Katja Mast [SPD])

Mit der Reform der Arbeitsmarktinstrumente werden wir einen weiteren Schritt machen, um die Bundesagentur für Arbeit noch schlagkräftiger und dynamischer aufzustellen und die Arbeitsvermittlung noch besser zu gestalten.

Wir werden mit diesem Gesetzentwurf vorhandene Instrumente, sofern sie unwirksam sind, abschaffen und andere, die wirksam sind, fortentwickeln und zusammenfassen.

Es ist heute schon des Öfteren von der Zahl der Instrumente die Rede gewesen. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum die Bundesagentur einen ganzen Bauchladen voller Arbeitsmarktinstrumente hat, am Ende aber nur ein Bruchteil dieser Arbeitsmarktinstrumente

tatsächlich genutzt wird. Deswegen ist richtig, was wir hier tun: Wir reduzieren den Arbeitsmarktinstrumentenkasten, wir machen ihn übersichtlicher und transparenter. Damit helfen wir nicht nur den Vermittlern, denen es leichter gemacht wird, vor Ort zu arbeiten, sondern auch denjenigen, die Arbeit suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wichtig ist, einen Punkt noch einmal herauszuarbeiten:

Mit dem Vermittlungsbudget lassen wir mehr Innovation bei der Vermittlung zu. Der Kreativität sind zunächst einmal keine Grenzen gesetzt. Jedenfalls ist es erklärter Wille der Koalitionsfraktionen, aber wohl des Gesetzgebers insgesamt - davon gehe ich einfach mal aus -, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um an den Stellen, wo der Instrumentenkasten nicht eingesetzt werden kann, im Rahmen dieses Vermittlungsbudgets dem einzelnen Arbeitsuchenden etwas anbieten zu können, was genau zu ihm passt.

Zudem wollen wir den Praktikern vor Ort damit ermöglichen, etwas Neues auszuprobieren. Wir wollen aber nicht, dass das, was da vor Ort ausprobiert wird, nur dort angewendet wird. Vielmehr streben wir einen lernenden Prozess an, in dessen Rahmen Neues, das in einzelnen Regionen gut funktioniert, auf andere übertragen wird. Ich verspreche mir durchaus, dass gerade mit dem Vermittlungsbudget und dem Experimentierkasten in der Arbeitsvermittlung neue Ideen entwickelt werden, die dann in ganz Deutschland angewendet werden können. Herr Staatssekretär, wir haben schon etwas Vergleichbares im Zusammenhang mit der Initiative „50 plus“, einem Bundesprogramm, in dessen Rahmen etliche Regionen gefördert werden und bei dem wir genau diesen Ansatz des Experimentierens und Ausprobierens bereits praktizieren. Die Ergebnisse dieses Bundesprogramms geben uns recht. Diesen Weg werden wir mit dem, was wir heute beschließen werden, weiter beschreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus werden wir die Entscheidungsspielräume vor Ort erhöhen. Das bedeutet natürlich für den Vermittler dort zunächst einmal mehr Verantwortung; das ist überhaupt keine Frage. Aber es ist ja richtig, demjenigen, der die Stärken und Schwächen des Arbeitsuchenden kennt, dieses Maß an Verantwortung zu geben, weil er dies am besten einschätzen kann. Im Mittelpunkt muss stehen, dass dadurch nur noch solche Maßnahmen finanziert werden, die dazu beitragen, eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Eines darf meines Erachtens jedoch nicht unerwähnt bleiben: Erfolgreich wird jedes Bemühen des Vermittlers vor Ort nur dann sein, wenn auch der Arbeitsuchende selber bereit ist, eigene Anstrengungen zu unternehmen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Und vor allem, wenn es ein Angebot an Arbeitsplätzen gibt, Herr Kollege!)

Das beste Instrument hilft ja nichts, wenn die eigenen Bemühungen dem im Wege stehen. Deswegen wird Fördern und Fordern auch in Zukunft an dieser Stelle, bei den Arbeitsmarktinstrumenten und in der Arbeitsmarktpolitik, ein wichtiges Prinzip bleiben müssen.

Wir werden auch langfristig eine schlagkräftige Arbeitsvermittlung brauchen, weil uns der demografische Wandel vor große Herausforderungen stellen wird. Eine Prognos-Studie sagt voraus, dass uns in rund 20 Jahren etwa 5,5 Millionen Arbeitskräfte fehlen werden. Das heißt, die Arbeitsmarktpolitik wird eine Dauerbaustelle bleiben, weil der Fachkräftemangel letztlich auch dazu führt, unsere wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten einzuschränken. Insofern brauchen wir, langfristig gesehen, eine funktionierende Arbeitsvermittlung. Wir benötigen sie aber auch kurzfristig, um die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt abschwächen bzw. ihnen entgegenwirken zu können.

Alles, was wir dazu hören, ist sicherlich kein Grund zur Panikmache. Die Beschäftigungsentwicklung wird im nächsten Jahr sicherlich weitaus weniger dynamisch sein, vielleicht sogar ein negatives Vorzeichen aufweisen; diese Prognose der Bundesagentur mussten wir im Ausschuss vernehmen. Wir müssen also mit einem gewissen Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen. Deshalb müssen wir auch mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik versuchen, hier Schlimmstes zu verhindern. Genau deswegen werden wir die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes verlängern; genau deswegen hat die Bundesagentur den Ansatz für das Kurzarbeitergeld im Haushalt noch einmal aufgestockt. Alles das wird dazu beitragen, ein wichtiges Signal zu geben und den Abbau von Arbeitsplätzen möglichst zu verhindern bzw. zumindest die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu dämpfen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Noch eine Bemerkung zur Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages: Wir setzen mit der Beitragssatzsenkung, die wir heute beschließen werden, den konsequenten Kurs der Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge, der Arbeitslosenversicherungsbeiträge fort. Wir haben den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt: von 6,5 Prozent auf jetzt 2,8 Prozent, aber begrenzt auf höchstens 3,0 Prozent. Das ist eine Entlastung um 27 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Heinrich L.

Kolb [FDP]: Mehrwertsteuer!)

- Herr Kolb, selbst wenn Sie alle Erhöhungen gegenrechnen, bleibt unterm Strich immer noch eine Entlastung übrig.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ne, ne! Ich bin kurz vor einer Zwischenfrage!)

Mit dieser Politik der Beitragssatzsenkung haben wir einen wesentlichen Beitrag geleistet, um Einstellungshemmnisse und damit Arbeitslosigkeit in diesem Land abzubauen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen. Das ist nicht nur die Konjunktur, sondern das ist die Politik der Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich halte diese Beitragssatzsenkung für verantwortlich. Manchmal hilft es, sich einfach die Zahlen anzuschauen, Herr Dreibus: Die Rücklagen der Bundesagentur zum Jahresende 2008 betragen 16 Milliarden Euro.

Die BA geht davon aus, dass sie - die Senkung des Beitragssatzes auf 2,8 Prozent eingerechnet - im nächsten Jahr ein operatives Defizit von 6 Milliarden Euro machen wird. Ich stelle fest: Nach Adam Riese bleiben dann immer noch knapp 10 Milliarden Euro Rücklagen übrig.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Nur wenn es nicht mehr Arbeitslose gibt!)

Das zeigt doch, dass das solide finanziert ist. Der Beitrag kann stabil gehalten werden, und zwar auch dann, wenn die Arbeitslosigkeit ansteigt, Herr Dreibus. Ich glaube, Sie waren gestern im Ausschuss nicht dabei, als Herr Weise das vorgetragen hat. Auch die Bundesagentur geht davon aus, dass, selbst wenn die schlimmsten Befürchtungen eintreten, der Beitragssatz stabil gehalten und die Rücklagen nicht komplett aufgebraucht werden. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, was Experten dazu sagen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Dreibus, ich halte es für unredlich, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, aufgrund dieser Beitragssatzsenkungen würde bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik Geld gespart werden. Das ist schlichtweg falsch. Der Mittelansatz für die aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt im Haushalt der Bundesagentur unverändert. Es wird dort nichts eingespart.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will deutlich machen, dass wir den Beitragszahlern nicht gnädigerweise irgendetwas zurückgeben. Wir geben den Beitragszahlern in der Tat das Geld zurück, das wir ihnen vorher abgenommen, aber nicht gebraucht haben. Es scheint wichtig zu sein, darauf hinzuweisen. Wichtig ist aber auch, dass wir auch künftig darauf achten, dass mit den Mitteln der Beitragszahler verantwortungsvoll umgegangen wird. Auch dem wird Rechnung getragen. Mit den beiden Gesetzentwürfen leisten wir einen wesentlichen Beitrag, um Einstellungshemmnisse abzubauen und die BA noch besser aufzustellen.

Ich hätte jetzt gerne noch etwas Unfreundliches zu den Oppositionsanträgen gesagt.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Da kann man auch wenig Freundliches zu sagen!)

Herr Präsident, ich fürchte, Sie werden mir das nicht mehr genehmigen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das ist eine zutreffende Vermutung.

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Ich bitte deshalb abschließend um Zustimmung zu den beiden Gesetzentwürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Andrea Nahles ist die nächste Rednerin für die SPDFraktion.

Andrea Nahles (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente trägt den Stempel der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in diesem Haus, die sich dafür stark gemacht haben - das waren übrigens auch Oppositionspolitiker -, dass wir mehr Verhandlungs- und Gestaltungsspielraum für die Vermittler vor

Ort organisieren. Das lösen wir mit diesem Gesetz ein.

(Dirk Niebel [FDP]: Nicht wirklich!)

Vergessen Sie die sonstigen weiteren Leistungen.

Das, was wir hier haben, ist viel besser.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das sieht die Praxis aber anders!)

Das werde ich Ihnen jetzt gerne beweisen. Wir haben - das ist hier schon ausgeführt worden - die Mittel für die Freie Förderung ausgehend vom ursprünglichen Gesetzentwurf von 2 Prozent auf 10 Prozent angehoben.

Das war übrigens eine Forderung, die von allen Oppositionsparteien in diesem Haus erhoben wurde, deren Umsetzung heute aber mit keinem Wort lobend erwähnt wurde.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Pothmer

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, von mir!)

Das halte ich hier einfach einmal so fest.

Das ist aber nicht der einzige Punkt. Wir haben zum Zweiten dafür gesorgt, dass die Freie Förderung nicht länger befristet ist. Es gibt kein Verfallsdatum mehr. Das schafft mehr Planungssicherheit für die Akteure vor Ort. Meines Erachtens ist es besonders wichtig, dass wir für die Projekte der Freien Förderung rechtlich abgesicherte Spielräume geschaffen haben, die es vorher nicht gab. Das wurde zwar unter der Hand gemacht, war aber rechtlich nicht sauber. Das geschah nicht auf Basis einer gesetzlichen Grundlage. Deswegen gab es die Mahnbriefe, von denen hier die Rede war. Jetzt sorgen wir für Rechtsklarheit. Aber auch darüber hört man kein positives Wort.

Noch wichtiger ist, dass wir zusätzlich - das erhöht übrigens auch das Volumen - das Vermittlungsbudget als ein ganz neues Momentum einführen. Es ist ganz klar: Das Vermittlungsbudget ist etwas sehr Individuelles, etwas sehr Persönliches, etwas, was vor Ort zwischen dem Arbeitsvermittler und dem jeweiligen Arbeitslosen ausgehandelt werden kann. Ich kann Ihnen nur recht geben: Wir werden unsererseits darauf achten, dass die Spielräume, die wir als Gesetzgeber einräumen wollen, auch durch die BA ermöglicht werden. Ich habe Herrn Weise, der in dieser Woche bei uns im Ausschuss war, an dieser Stelle so verstanden, dass er unseren sozialpolitischen Auftrag bzw. die Spielräume, die wir einräumen wollen, bejaht. Wir nehmen ihn schlichtweg beim Wort.

(Beifall bei der SPD)

Da werden wir in den nächsten Monaten nachfassen.

Ich denke, dass wir darüber hinaus eine Chance geschaffen haben. Die arbeitsmarktpolitischen Gesetze sind Ihnen allen ja als bürokratisch und nicht funktionierend vorgekommen. Das war bei dieser Reform nie das Thema. Wir haben gesagt, wir wollen weniger Gesetze, weil dies zu mehr Übersichtlichkeit führt. Wir sind aber nicht der Meinung, dass alle unsere Instrumente nichts taugen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das haben aber Ihre Sachverständigen gesagt!)

Trotzdem sagen wir: Es kann sein, dass sich am Ende, nachdem versucht wurde, alle möglichen regulären Instrumente

anzuwenden, für einzelne Personen, die vor einem Arbeitsvermittler sitzen, dadurch keine Lösung ergibt. Das kann vorkommen. Genau für diesen Fall, liebe Frau Pothmer, ist in unserem Gesetzentwurf die Möglichkeit vorgesehen, durch eine Modifikation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, so wie sie vorgegeben sind, einen individuellen Instrumentenkatalog zu erstellen. Das heißt, wir haben an dieser Stelle das Umgehungs- und Aufstockungsverbot gelockert. Das ist auch richtig so, weil hier passgenaue Lösungen nötig sind.

Insoweit kann ich nur sagen: Die sonstigen weiteren Leistungen waren bisher in einem solchen Fächer von Möglichkeiten, die wir jetzt gesetzlich verankern, nicht im Entferntesten vorgesehen. Ich bitte, diese Botschaft an alle Skeptiker und Briefeschreiber weiterzugeben. Hier gibt es nämlich nur ein Problem: Diese haben noch nicht gesehen, welches Potenzial und welche Verhandlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort in dem vorliegenden Gesetzentwurf stecken.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist: Wir haben die Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs eines Schulabschlusses als Rechtsanspruch verankert. Ich sage Ihnen ganz offen: Es ist eigentlich nicht unser Job, nicht der Job der Bundesebene, dies vorzusehen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das stimmt!)

Ich bin 1998 in das Parlament gekommen. Seit dieser Zeit haben wir immer wieder festgestellt, dass 500 000 der Langzeitarbeitslosen keinen Schulabschluss haben. Das ist ein erhebliches Vermittlungshemmnis; da können wir nichts schönreden, meine Damen und Herren von der FDP. Jetzt ging es um entsprechende Appelle an die Länder. Wir haben diese 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006 formuliert. Gerd Andres,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ist ein guter Mann, der Andres!)

der damals Staatssekretär war, hat das immer besonders laut gemacht, weil er natürlich nicht wollte, dass der Bund am Ende diese Aufgabe übernehmen muss. Ich frage aber an dieser Stelle: Wie lange wollen wir denn noch warten, bis die Länder ihre Hausaufgaben machen? Sollen die Arbeitslosen, die keine Chance auf Bildung bekommen, weitere zehn Jahre schmoren? Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen haben wir an dieser Stelle den Rechtsanspruch auf den Erwerb eines Schulabschlusses geschaffen. Jetzt gibt es ganz spitzfindige Kritiker, die feststellen: Wir sehen einen solchen Rechtsanspruch nur aus Gründen der Berufsvorbereitung vor. Natürlich ist das so; das ist ja unsere Aufgabe. Wir sehen diesen Rechtsanspruch doch nicht zum Spaß vor, sondern deshalb, damit die Leute einen Beruf bekommen. Das ist unser Ziel; das ist der Witz der ganzen Sache. Wenn diese Vorgabe nicht reicht, haben wir immer noch die Freie Förderung, die auch in Zukunft die Möglichkeit eröffnet, im Einzelfall andere Maßnahmen zu ergreifen. Das ist wirklich eine

tolle Sache.

Ich warne die Länder: Das machen wir nicht sehr oft. - Es ist peinlich, dass sie entsprechende Volkshochschulkurse, all die Angebote, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat, zurückgefahren haben. Das ist wirklich ein Armutszeugnis. Diejenigen Länder, die immer laut schreien, wenn es darum geht, Bildungskompetenz zu bekommen, haben ihre Leistungen an dieser Stelle weitestgehend zurückgefahren. Das muss von uns heute ganz scharf kritisiert werden.

(Beifall bei der SPD - Gerd Andres [SPD]:

Die haben an dieser Stelle voll versagt!)

Ein letzter Punkt. Wir sorgen vor, Herr Dreibus, indem wir 1 000 zusätzliche Vermittler bei der Job-to-Job-Vermittlung im Rahmen des SGB III und 1 900 Vermittler im ALG-II-Bereich einstellen. Wir haben es geschafft, die Befristungen zurückzuführen; sie werden bis 2011 auf 10 Prozent heruntergefahren. Das alles wirkt neben den ganzen Instrumenten.

Lassen Sie uns ehrlich sagen: Es ist wunderbar, wenn man ganz tolle Instrumente hat

(Dirk Niebel [FDP]: Schön, wenn man damit spielen kann!)

und einige davon noch bessere Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort bieten. Aber ganz wichtig ist, dass der Vermittler vor Ort Zeit hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sich mit den individuellen Problemen der Arbeitslosen zu beschäftigen. Dafür haben wir in diesem Jahr eine wichtige Grundlage gelegt.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Karl Schiewerling für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Kernfrage lautet: Wie schaffen wir es, dass Menschen, die erwerbslos sind bzw. von Erwerbslosigkeit bedroht sind, wieder in Beschäftigung kommen bzw. erst gar nicht erwerbslos werden? Die gesamte Diskussion über den Instrumentenkasten und über das SGB II und das SGB III führen wir in der Politik gelegentlich technisch und stellen sie oft auch technisch nach außen dar. Im Kern geht es um die Aufgabe, Menschen zu helfen und sie wieder in der Lage zu versetzen, mit ihrer eigenen Hände und ihres eigenen Kopfes Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu verdienen.

Die Idee der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat nun einige Jahrzehnte auf dem Buckel. Über fast vier Jahrzehnte hinweg haben sich alle Bundesregierungen darum bemüht, Menschen vor Erwerbslosigkeit zu bewahren oder sie wieder in Beschäftigung zu bringen.

Diese Instrumente wurden als Bundesgesetz geschaffen, sie wurden zentral eingerichtet und sollten möglichst im Gleichschritt in der gesamten Bundesrepublik über die damaligen Arbeitsamtstrukturen umgesetzt werden.

Allerdings hat es immer wieder neue Herausforderungen

und veränderte Problemlagen gegeben. Das große Problem, vor dem wir stehen, ist die zunehmende Individualisierung der Probleme der Menschen. Wir tun uns schwer, mit bundeszentral gestalteten Instrumenten vor Ort flexibel zu reagieren; denn die Verwaltung macht es uns oft schwer, vor Ort flexibel zu handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind im Kern die Auseinandersetzung und die Problemlage, um die wir uns kümmern. Ein weiteres Problem ist dazugekommen. Als wir, der Gesetzgeber, dieses Parlament, in den Jahren 2004 und 2005 beschlossen haben, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen und damit ein neues Instrument für die Menschen zu schaffen, die besonders lange arbeitslos sind und besonders viele Vermittlungshemmnisse aufweisen, hatte man nicht geahnt, dass gerade für diese Zielgruppe besonders intensive und individuelle Hilfen zwingend notwendig sind und angegangen werden müssen. Die Probleme, die wir heute haben, hängen damit zusammen, dass die Instrumentarien für die Menschen, die in der Kurzzeitarbeitslosigkeit sind, auch bei den Menschen angewandt werden sollen, die in der Langzeitarbeitslosigkeit sind. Hinter diesen Instrumentarien stehen Finanzierungssysteme - und auch die Fragen, was beitragsfinanziert und was steuerfinanziert ist. Folgerichtig haben viele Träger vor Ort die sonstigen weiteren Leistungen, die das Instrumentarium des SGB II vorsieht, genutzt, um flexibel handeln zu können. Das war kein böser Wille, keine Faulheit, auch keine Hinterhältigkeit; (Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Notwendigkeit!) das war schlicht eine Notwendigkeit, um Menschen flexibel zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass das nicht im Rahmen des Gesetzes erfolgte, wissen wir. Deswegen wurde § 16 f SGB II eingeführt; dadurch ermöglichen wir diese Flexibilisierung. Ich bin außerordentlich dankbar, dass wir die Mittel für die Freie Förderung nun auf 10 Prozent aufstocken konnten und dass wir den Helfern und Fallmanagern vor Ort mit den unterschiedlichen Instrumentarien, die vorhanden sind, unmittelbare Hilfen an die Hand geben und sie daraus eine passgenaue Hilfe für die Betroffenen organisieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf den neu eingeführten § 45 SGB III kurz eingehen, auf das sogenannte Vermittlungsbudget. Erklärter Wille der Politik ist, dass dieses Vermittlungsbudget ebenfalls flexibel eingesetzt werden kann. Wir müssen sicherstellen, dass dies durch Verwaltungshandeln nicht wieder konterkariert wird. Es ist erklärter Wille der Koalitionsfraktionen, dass diese Mittel durch die Argen eingesetzt, verwaltet, verantwortet und gestaltet werden, das heißt: sowohl durch die BA als auch durch die Kommunen. Das ist deswegen an dieser Stelle wichtig, weil es im Kern um die Frage geht, wer die Verantwortung für die Integration



der Langzeitarbeitslosen trägt. Die spannende Frage, die sich in dieser Diskussion stellt, lautet: Wie wird die Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zukunft organisiert?

Sie wissen alle, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil umgesetzt werden muss. Ich sage Ihnen: Die Frage, die beantwortet werden muss, damit wir den Menschen helfen können, ist, wie wir die Entscheidungshoheit über die arbeitsmarktpolitischen Instrumente organisieren. Das ist der Kern des SGB II. Im Zentrum des SGB II steht dies deswegen, weil es nicht darum geht, möglichst viele Leistungen auszuschütten, sondern darum, Menschen effizient zu helfen, damit sie wieder in Beschäftigung kommen. Das ist die große Herausforderung. Ich glaube, dass das, was wir mit dem heutigen Gesetzentwurf an Flexibilität auf den Weg bringen, in der Verantwortungshoheit der Grundsicherungsträger der Argen und der optierenden Gemeinden ein wichtiger Schritt zu mehr Flexibilität ist. Ich bitte sehr nachdrücklich darum, dass sowohl die Verwaltung des Bundesarbeitsministeriums als auch die Verwaltung der BA alles daransetzen, dass sich die dahinterstehenden Gedanken auch im Verwaltungshandeln deutlich niederschlagen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die letzte kurze Bemerkung will ich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Hinter diesem Gedanken steht, dass die Fallmanager selbst entscheiden und eigenverantwortlich vor Ort ihre Verantwortung wahrnehmen. Das wollen wir alle. Wir wollen, dass vor Ort Freiheit herrscht, um passgenau helfen zu können. Der Freiheit steht die Verantwortung gegenüber, die man natürlich für die verausgabten Mittel trägt. Aufgabe des Parlaments und der Regierung muss es aber doch sein, den Menschen in aller Deutlichkeit zu sagen: Ihr dürft bei diesen Schritten, die ihr oft in einer hochkomplizierten Situation geht, auch einmal Fehler machen, ohne dass sich sofort die Kameras dieser Welt darauf richten. Aus den Erfahrungen, die ihr dabei macht, können wir lernen, wie wir die nächsten Schritte gehen. - Die Integration von Arbeitslosen, insbesondere von Langzeitarbeitslosen, ist und bleibt ein lernendes System. Ich freue mich sehr, dass wir mit diesem Schritt des Lernprozesses, mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf ein gutes Stück weiterkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/11233, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/10810 und 16/11196 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen

gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. -

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

Bei gleichen Mehrheitsverhältnissen ist der Gesetzentwurf damit angenommen.

Wir setzen die Abstimmung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses auf Drucksache 16/11233 fort.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung geht es um die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache

16/9093 mit dem Titel „Arbeitsmarktinstrumente auf effiziente Maßnahmen konzentrieren“. Wer stimmt

für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen?

- Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit breiter Mehrheit angenommen.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der

Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/10511 mit dem

Titel „Arbeitslosenversicherung stärken - Ansprüche sichern - Öffentlich geförderte Beschäftigte einbeziehen“.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer

stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei spiegelbildlichen Mehrheitsverhältnissen ist auch diese Beschlussempfehlung

angenommen.

Unter Nr. 4 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt

der Ausschuss, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen auf Drucksache 16/8524 mit dem Titel „Lokale

Entscheidungsspielräume und passgenaue Hilfen für

Arbeitsuchende sichern“ ebenfalls abzulehnen. Wer

stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt

dagegen? - Wer enthält sich? - Auch diese Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 36 c.

Hier geht es um die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit

dem Titel „Rechte von Arbeitsuchenden stärken - Kompetentes Fallmanagement sicherstellen“. Der Ausschuss

empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache

16/11142, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen auf der Drucksache 16/9599 abzulehnen.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer

stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die

Beschlussempfehlung, wiederum mit den Stimmen der Koalition, angenommen.

Bei der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 36 d

geht es um den von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Senkung des Beitragssatzes

zur Arbeitsförderung. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung

auf der Drucksache 16/11241, den Gesetzentwurf der

Bundesregierung auf Drucksache 16/10806 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die

dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen

wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -

Wer enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer Enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit der Mehrheit der Koalition angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 16/11296. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer Enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 36 e. Hier geht es um die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit erhalten - Auf Senkung der Beitragssätze verzichten“. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11241, den Antrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/10618 abzulehnen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer möchte dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen. Nun rufe ich die Tagesordnungspunkte 38 a und 38 b

sowie den Zusatzpunkt 11 auf:

38 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Karin Binder, Ulrich Maurer, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
Verbesserung des Verbraucherschutzes beim Erwerb von Kapitalanlagen

- Drucksache 16/11185 -  
Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Nicole Maisch, Dr. Gerhard Schick, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten stärken

- Drucksache 16/11205 -  
Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)  
Rechtsausschuss

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

ZP 11 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Christine Scheel, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schutz der Anlegerinnen und Anleger bei Zertifikaten stärken

- Drucksachen 16/5290, 16/11226, 16/11279 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg  
Ortwin Runde  
Dr. Gerhard Schick

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die  
Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich sehe, Sie sind  
1) Anlage 2 damit einverstanden. Dann werden wir so verfahren.  
Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin  
das Wort der Kollegin Karin Binder für die Fraktion  
Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Meine Damen und Herren! Viele Menschen in Deutschland  
haben in der aktuellen Finanzmarktkrise ihre Ersparnisse  
bereits verloren, das Geld, das sie für Notlagen  
oder für das Alter zurückgelegt hatten. Viele der Betroffenen  
haben ihr Geld auf Empfehlung geschulter Verkäufer  
zum Beispiel der Citibank, der Dresdner Bank,  
der Volksbank oder einer Sparkasse in vermeintlich sichere  
Anlagen gesteckt. Zigtausende wurden so Opfer  
der Finanzmarktkrise. Allein durch Lehman-Brothers-  
Zertifikate wurden vermutlich zwischen 40 000 und  
80 000 Menschen in Deutschland geschädigt. Eine genauere  
Zahl ist bisher leider nicht bekannt. Aber offensichtlich  
waren die Verkäufer keine qualifizierten  
Finanzberater oder Finanzberaterinnen, was auch in einer  
Pressemitteilung der Verbraucherzentrale Baden-  
Württemberg vom 26. August dieses Jahres deutlich  
wird. Ich zitiere:

Viel zu oft werden falsche Produkte empfohlen.  
„Die Berater verkaufen nicht das, was zur Situation  
des Sparerers passt, sondern das, was Provision  
bringt.“

Solche Erfahrungen sammeln gerade die Verbraucherverbände,  
der Anlegerschutzverein oder spezialisierte  
Rechtsanwälte. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
können Berichte dazu auch auf Internetseiten nachlesen,  
die inzwischen von Interessengruppen geschaltet wurden.  
Betroffen sind vor allem viele ältere Menschen, die  
keine Chance haben werden, jemals das verlorene Geld  
wieder anzusparen. Ansprüche gegenüber den Finanzinstituten  
geltend zu machen, ist eine teure Angelegenheit.  
Hohe Streitwerte ergeben hohe Kosten für Anwälte  
und Gerichte. Das Geld dafür müssen die Betroffenen  
erst einmal aufbringen, bevor nach langer Prozessdauer  
vielleicht irgendwann etwas zurückfließen kann. Deshalb  
haben engagierte Menschen eine öffentliche Petition  
zu einem Prozesskostensicherungsfonds auf den  
Weg gebracht. Auf der Seite des Petitionsausschusses  
des Bundestages kann man diese Petition unterstützen.  
Es darf einfach nicht sein, dass Herr Minister Steinbrück  
als oberster Feuerwehrmann die Sprinkleranlage in Gang  
setzt und die Regierung für die Banken Rettungsschirme  
aufspannt, damit die Häupter der Manager in den oberen  
Etagen der Finanzinstitute nicht nass werden, während  
gleichzeitig die Menschen im Keller des Hauses, in der  
Hausmeisterwohnung, bereits bis zum Hals im Wasser  
stehen. Hier muss dringend etwas geschehen. Deshalb  
halte ich die Forderung der Petition für sehr gerechtfertigt.  
Ich komme nun zum vorsorgenden Brandschutz - wie

ihn Herr Steinbrück bezeichnet hat -, der dringend geboten ist und den wir mit unserem Antrag erreichen wollen. Der Antrag der Linken umfasst sechs Punkte. Erstens. Wir wollen eine Prospektspflicht für Kapitalanlagen ohne Ausnahmeregelung. Das bedeutet, dass alle Angaben in den Prospekten vollständig und richtig sein müssen. Außerdem soll ein sogenannter Finanz-TÜV eine Zertifizierung der Produkte vornehmen, damit Anlegerinnen und Anleger von vornherein wissen, ob sie es mit einer sicheren Geldanlage oder einem risikobehafteten Papier zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Wir wollen, dass die Beweislast bei der Anlageberatung umgekehrt wird. Verbraucherinnen und Verbraucher, die einen finanziellen Schaden erlitten haben, müssen nicht mehr beweisen, dass sie falsch oder irreführend beraten wurden, sondern die Finanzinstitute müssen belegen, dass sie ordnungsgemäß und richtig beraten haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies soll mit einheitlichen und verständlichen Beratungsprotokollen belegt werden.

Drittens sollen die Unternehmen, die Finanzprodukte und Kapitalanlagen auf den Markt bringen, künftig viel stärker in Haftung genommen werden können. Die sogenannten Emittenten und deren Aufsichtsorgane müssen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie falsche Angaben zu den von ihnen angebotenen Produkten machen. Wir wollen viertens die Verjährungsfristen für Ersatzansprüche, also Entschädigungszahlungen für falsch beratene Anlegerinnen und Anleger, gegenüber den Finanzdienstleistern verlängern. Eine fehlerhafte Beratung oder die Verletzung der Informationspflicht darf nicht bereits nach drei Jahren verjähren. Das ist viel zu kurz. Wir wollen, dass die Frist von zehn Jahren, wie sie im BGB auch für andere Schadenersatzansprüche gilt, zum Tragen kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen fünftens, dass eine unabhängige Finanzberatung bei den Verbraucherzentralen aufgebaut wird. Sie muss so gestaltet werden, dass langfristig innerhalb von zehn Jahren wenigstens 10 Prozent der Haushalte in Deutschland mindestens einmal beraten werden können. Die unabhängige Finanzberatung soll umfassend und branchenübergreifend sein und folgende Schwerpunkte abdecken: Altersvorsorge, Versicherungen und Kapitalanlagen. Im Augenblick können Menschen über die von der Regierung unterstützte Telefonhotline beraten werden, so sie denn das Glück haben, durchzukommen. Aber auch diese Hotline soll zum Jahresende eingestellt werden. Danach sind die Verbraucherinnen und Verbraucher bei Problemen mit der privaten Altersvorsorge oder bei anderen Geldanlagen wieder der unzulänglichen Beratung der Finanzinstitute ausgeliefert.

Sechstens wollen wir eine weitaus bessere Ausbildung und Qualifizierung der Verkäuferinnen und Verkäufer bei den Finanzinstituten. Finanz- und Anlageberater sollen ähnlich wie im Versicherungsbereich ihre Befähigung zum Beispiel durch eine spezielle IHK-Prüfung nachweisen.

Aufgrund der derzeitigen Politik, die die staatlichen Sicherungssysteme abbaut und immer mehr private Vorsorge von den Menschen erwartet, werden langfristige Geldanlagen gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen eine immer größere Rolle spielen. Wenn die Politikerinnen und Politiker nicht zusehen wollen, wie diese Menschen ihre private Vorsorge auf den Geldmärkten dieser Welt verlieren, dann müssen sie jetzt handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur wenn solche Maßnahmen, wie wir sie vorschlagen, rasch umgesetzt werden, haben Verbraucherinnen und Verbraucher in Zukunft tatsächlich mehr Rechte und damit mehr Schutz.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine konstruktive Beratung unseres Antrags.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Leo Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzkrise hält uns weiter in Atem. Nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz haben wir gestern ein Paket zur Wachstumsstärkung verabschiedet. Die Große Koalition hat diese Maßnahmen nicht ergriffen, um einzelne Banken zu retten, und auch nicht, um Weihnachtsgeschenke an bestimmte Wirtschaftszweige zu verteilen; wir haben diese Maßnahmen vielmehr ergriffen, um die deutsche Volkswirtschaft zu schützen und zu stützen und damit das gesamtgesellschaftliche System zu stabilisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zu dieser Volkswirtschaft gehören auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist falsch, wenn Sie, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen und von der Linken, mit Ihren Anträgen den Eindruck erwecken, als habe der Verbraucherschutz in der politischen Aufarbeitung der Finanzkrise bisher keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Ich bin überzeugt davon, dass in dieser Krise der beste Verbraucherschutz darin besteht, die Funktionsfähigkeit der Kreditwirtschaft schnellstens und vollständig wiederherzustellen und die negativen Auswirkungen auf die Konjunktur zu begrenzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dennoch – da sind wir uns wahrscheinlich fraktionsübergreifend einig in diesem Haus –: Die aktuelle Finanzkrise hat auch ganz spezifische verbraucherpolitische Probleme offengelegt. Ein zentraler Punkt ist die teils mangelhafte Beratung. Hierüber müssen wir diskutieren, und daraus müssen wir gegebenenfalls Konsequenzen ziehen. Meine Fraktion ist da im Übrigen nicht untätig. Als Finanzpolitiker sind wir mit unseren Verbraucherschutzpolitikern, mit Verbraucherschutzorganisationen, Bankenverbänden und Produktanbietern im Gespräch. Diskussionswürdig erscheinen uns zum Beispiel folgende Punkte:

Erstens: Prüfung zusätzlicher Regelungen für den

grauen Kapitalmarkt. Mit der Einführung der Anlageverwaltung in das KWG im Rahmen der anstehenden Novelle zum Pfandbriefgesetz macht die Große Koalition hier bereits einen Anfang.

Zweitens: Verlängerung der Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche im Falle einer Falschberatung. Hier ist in der Tat zu fragen, ob drei Jahre ein ausreichender Zeitraum sind, innerhalb dessen Verbraucher ihre berechtigten Interessen durchsetzen können.

Drittens - das ist ein zentraler Punkt -: Gewährleistung der Qualifizierung von freien Finanzberatern durch Befähigungsnachweis, ähnlich des gesetzlich geforderten Qualifikationsnachweises im Versicherungsbereich nach dem Versicherungsvertragsgesetz.

Lassen Sie mich auf die Probleme der Beratung etwas genauer eingehen. In den letzten Tagen und Wochen sind viele Fälle von offensichtlicher Falschberatung an uns herangetragen worden. Uns beschäftigt nun die Frage, wie sich derartige Beratungsfehler künftig vermeiden lassen. Brauchen wir neue Gesetze mit mehr Informations- und Dokumentationspflichten? Meine Antwort ist:

Nein. Wir haben nämlich das Wertpapierprospektgesetz, das Verkaufsprospektgesetz, das Wertpapierhandelsgesetz und seit November 2007 das Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz, dem die sogenannte MiFID vorausging. Damit sind genügend rechtliche Grundlagen gegeben, auch was die Beratung angeht.

Bereits seit 1994 ist im Wertpapierhandelsgesetz geregelt, dass Produkte nach den Risikoklassen 1 bis 5 einzuordnen sind. Mit der Umsetzung der MiFID geht die Dokumentationspflicht einher. Da stellt sich die Frage: Welcher Handlungsbedarf leitet sich aus Ihrer Forderung nach Umkehr der Beweislast ab? Vielleicht kann man sich dazu durchringen, dass dieses Beratungsprotokoll dem Anleger ausgehändigt wird; bei manchen ist dies schon Standard. Wenn die Aushändigung überall Standard wird, sind wir schon ein Stückchen weiter. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung wäre dann nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bereits mit diesen Gesetzen haben wir ausreichende Vorkehrungen für eine umfassende Information und Dokumentation der Beratung getroffen. Das gilt auch für Zertifikate. Das Problem ist nicht ein Mangel an Informationen. Wenn man sich ansieht, was im Versicherungsbereich dokumentiert wird und welche Informationen dort herausgegeben werden, dann stellt man fest: Schriftliche Auskünfte haben oft einen Umfang von 150 Seiten. Durch eine Erweiterung würde der Informationsstand des Verbrauchers nicht besser. Vielmehr muss man sich im Grunde auf die wichtigsten Punkte konzentrieren, damit der Verbraucher überblicken kann, was mit dem Produkt tatsächlich verbunden ist. Das muss von den Beratern auch kommuniziert werden.

Ich möchte auf folgenden Fall eingehen - Frau Kollegin Binder, Sie haben einige Fälle angedeutet -: Wenn die Auszahlung eines Anlageplans eines Rentnerehepaares - die Eheleute sind etwa 75 Jahre alt - erst nach 10 oder 15 Jahren beginnt, dann ging dem offensichtlich ein Beratungsfehler voraus. Wir brauchen hier keine anderen gesetzlichen Grundlagen; schließlich schreit es

hier förmlich zum Himmel, dass falsch beraten worden ist. Wir sollten mit der Forderung, dass der Gesetzgeber handeln soll, keine falschen Richtungen einschlagen. Ich sehe die Geschäftsführung von Banken und Maklerpools selbst in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass ihre Berater kompetenter werden. Was die Produkte anbelangt, muss der Fokus stärker auf eine längere Kundenbindung ausgerichtet werden. Das muss wieder wichtiger sein als die Erreichung eines bestimmten Vertriebsziels.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Nehmen wir die Beispiele Lehman Brothers oder Kaupthing-Bank in Island. Bezüglich der Festgeldanlagen war genügend Information da, auch über die Risikoklassen. Es ist menschlich und durchaus nachvollziehbar, dass der Anleger selber nach dem etwas höher verzinslichen Produkt greift, obwohl er die Risiken kennen müsste. Aber es ist nun einmal so: Die Chancen auf höhere Rendite sind immer mit mehr Risiko verbunden. Das sollte im Grunde auch den Verbrauchern klar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es kommt auf den Kern an, nämlich eine bessere Beratung. Hier befinden wir uns mit den Verbänden in einer konstruktiven Diskussion. Dabei wird ersichtlich, dass viele diesen Punkt schon zu ihrem eigenen Maßstab entwickelt haben. Auf der anderen Seite muss das Wissen über Finanzmärkte und Wirtschaft über das Bildungssystem besser vermittelt werden, damit sich die Beteiligten auf Augenhöhe begegnen können.

Ich komme zu den Forderungen der Linken zur Verbesserung des Einlagensicherungssystems. Sie beschreiben die Probleme sehr schön, aber Sie geben keine Antwort darauf, was Sie sich als Lösung vorstellen. Ihr Antrag ist eine Zustandsbeschreibung. Aber was Sie wollen, geben Sie in keiner Weise an. Von daher müssen wir die Grundlagen sehen, die wir jetzt haben. Auf europäischer Ebene wird eine Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie in zwei Stufen vorbereitet, nach der die Deckungssumme der gesetzlichen Einlagensicherung demnächst auf 50 000 Euro und 2011 in der Endstufe auf 100 000 Euro festgelegt werden soll. Das ist die gesetzliche Einlagensicherung.

Darüber hinaus gibt es in den drei Säulen unseres Bankensystems jeweils eigene freiwillige Sicherungssysteme: Die Deckungssummen bei den Privatbanken sind an dem Anteil des haftenden Eigenkapitals ausgerichtet und gehen so über die Summe von 100 000 Euro hinaus. Bei den Genossenschaftsbanken und den öffentlich-rechtlichen Sparkassen greift sogar eine Institutssicherung, die an sich weitestgehende Absicherung für Einlagen. Sie müssen mir wirklich erklären, wo Sie zusätzlichen Bedarf sehen, es sei denn, Sie sprechen sich dafür aus, alles zusammenzuwerfen. Dazu sind wir nicht bereit, sondern wir sehen in der Effizienz der einzelnen Arme auch in Zukunft die zielgerichtete Einlagensicherung in Deutschland, die auch Maßstab für andere Länder sein kann.

Dann kommt die Forderung, der BaFin den Schutz der Verbraucher als zentraler Aufgabe zu übertragen. Die BaFin soll durchaus auch Verbraucherschutzinteressen



berücksichtigen und sich um den Verbraucherschutz kümmern, aber wir brauchen die BaFin überwiegend als Aufsicht für die Stabilisierung des Finanzmarktes. Herr Schick, wenn Sie dann auch noch fordern, die zentrale Bankenaufsicht zusätzlich auf die BaFin zu übertragen, dann sage ich Ihnen für meine Fraktion: Wir wollen den umgekehrten Weg. Ohne Bundesbank ist die Bankenaufsicht im Grunde nicht zu gewährleisten; denn schließlich brauchen wir eine Liquiditätskontrolle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schick?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Ich darf diese Ausführungen noch beenden. – Für Solvenz ist die BaFin zuständig, für Liquidität die Bundesbank. In dieser Banken- und Finanzkrise war diese Ergänzung für uns sinnvoll. Angesichts Ihrer Forderung nach Zentralisierung verweise ich auf den von uns verfolgten Weg, nämlich diese Aufgaben bei der Bundesbank anzusiedeln.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, bitte.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:

Hat er keine Redezeit bekommen?)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, ich möchte kurz zum Thema Verbraucherschutz und BaFin nachfragen. Es ist heute so, dass die Aufgabe Verbraucherschutz von der BaFin etwa in Form eines Verbrauchertelefons wahrgenommen wird, dieser aber nicht Teil ihres gesetzlichen Auftrags ist. Da Sie aber sagen, dass die BaFin auch Elemente des Verbraucherschutzes gewährleisten soll, frage ich Sie: Sind Sie dann nicht mit mir der Auffassung, dass sie dafür einen gesetzlichen Auftrag braucht und das nicht nur freiwillig nebenher machen kann?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Kollege Schick, das kann die BaFin schon über ihre Aufsichtskompetenz. Wenn Sie als Verbraucher bestimmte Vorgaben haben und bei den Banken Fehlentwicklungen beobachten, dann können Sie sich schon heute mit einer Eingabe an die BaFin wenden. Darüber hinaus stehen auch in den jeweiligen Bankenarmen Ombudsleute zur Verfügung, die den Interessen der Verbraucher und damit der Anleger nachgehen.

In Ihrem Antrag stand ganz klar, dass Sie den Verbraucherschutz mit zur Hauptaufgabe der BaFin machen wollen. Das weisen wir im Grunde zurück, weil das nicht Hauptaufgabe der BaFin sein kann. Hauptaufgabe der BaFin ist, die Solvenz für den Finanzmarkt zu gewährleisten, ergänzt durch die Bundesbank, die für Liquiditätskontrolle sorgen muss.

Wenn wir in einem stabilisierten Finanzmarkt für mündige Bürger auf der einen Seite und ein differenziertes Angebot auf der anderen Seite sorgen, tun wir für den Verbraucher das Beste. Kollege Schick, das, was in Ihrem Antrag zu den Zertifikaten gefordert wird, ist zusätzlich in die Beratungen einbezogen worden. Wir haben im Finanzausschuss sehr ausführlich darüber

beraten, dass wir mit der bestehenden Gesetzgebung aus Wertpapierhandelsgesetz, MiFID und weiteren gesetzlichen Regelungen für den Finanzmarkt die Grundlage dafür haben, auch den Bereich der Zertifikate abzudecken, sodass wir auch da keinen zusätzlichen Handlungsbedarf sehen.

Insofern werden wir diesen Antrag ablehnen. Darüber hinaus werden wir aber der Überweisung der beiden anderen Anträge in den Finanzausschuss zur weiteren Fachberatung zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Hans-Michael Goldmann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal betonen: Ich bin Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Mein Vorredner ist Mitglied des Finanzausschusses. Federführend in diesem Bereich ist auch der Finanzausschuss.

Wir müssen einfach einmal darüber reden - damit können wir heute beginnen -, ob die Trennung - hier die Finanzpolitiker, da die Verbraucherschutzpolitiker - ein kluger Weg ist. Der Kernansatz der heutigen Debatte sollte sein, dass wir uns aufeinander zubewegen und dass wir nicht sagen: Bei den Banken ist zwar etwas Schlimmes passiert, aber eigentlich ist das nur ein bedauerlicher Zwischenfall. Wir sollten uns vielmehr die Frage stellen: Welche Konsequenz hat dieser bedauerliche Zwischenfall für die Verbraucherinnen und Verbraucher? In diesem Zusammenhang taucht immer ein unklarer Verbraucherbegriff auf. Verbraucher sind auch Mittelständler, Handwerker, Einzelhändler und Menschen, die eine Alterssicherung angespart haben. Da ich auch Kommunalpolitiker bin, bin ich manchmal bei diesen Leuten, wenn sie Goldene Hochzeit oder ihren 85. Geburtstag feiern.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das sind wir auch!)

Bei ihnen gibt es im Moment nur ein Thema: Sie haben Angst um ihre Alterssicherung.

Herr Dautzenberg, Sie haben in Ihrem Beitrag eine ganze Reihe von Punkten erwähnt, bei denen wir aufeinander zugehen können. Aber ich warne davor, zu glauben, dass das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausreicht. Wir haben eine Menge für die Banken gemacht.

Wir müssen aber auch eine Menge Konkretes in den Banken für die Verbraucher machen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo

Dautzenberg [CDU/CSU]: Wenn Sie mir doch zugehört hätten!)

- Herr Dautzenberg, unterstellen Sie mir nicht auf diese primitive Weise, dass ich Ihnen nicht zugehört hätte! Auch Finanzpolitiker sollten es sich nicht so einfach machen. Sie können davon ausgehen, dass ich Ihnen zugehört

habe. Sonst würde ich nicht auf Ihren Beitrag reagieren. Es gibt da einen Versagensstrang, Herr Dautzenberg – Sie kennen ihn auch -: Das Versagen begann in Amerika und wurde von den Ratingagenturen und von den deutschen Banken mitgemacht. Ich bin Mitglied im Verwaltungsrat einer Bank. Als ich vor kurzem einmal danach gefragt habe, wie es in Niedersachsen mit der Nord/LB aussieht, wurde mir gesagt: Alles prima! Als ich nach dem Kreditwesen fragte, wurde mir gesagt: Alles prima! Gleichzeitig wurde mir aber eine Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, dass ab Juni 2007 diese Problematiken eindeutig abzusehen waren. Ich habe dann die vier Leute im Vorstand dieser Kreissparkasse gefragt: Warum haben Sie uns das eigentlich nicht gesagt? Warum haben Sie die Verbraucher auf die Problematiken, die darin stecken, nicht offensiv aufmerksam gemacht? Da ist eine Menge Vertrauen in der Beziehung zwischen der Bank und dem Kunden verloren gegangen. Es geht jetzt entscheidend darum, dass dieses Vertrauen wiederhergestellt wird. In diesem Punkt sollten wir uns wirklich einig sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP hat entsprechende Vorschläge gemacht. Dazu gehört zum Beispiel ein Vorschlag zur Verbesserung der Finanzaufsicht. Ich glaube, dass Sie vom Bündnis 90/Die Grünen da wirklich falsch liegen. Mit der BaFin ist das nicht zu machen; diese Aufsicht gehört in die Bundesbank.

Wir schlagen eine Art Stiftung Warentest für Finanzprodukte vor. Wir machen auch einen emotionalen Vorschlag, indem wir sagen: Wir brauchen ein neues System der Vorstandsvergütung. Ich bin davon überzeugt, dass wir wieder zu einer Aussöhnung zwischen Anstand und Markt kommen müssen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Da gibt es doch keinen gesetzlichen Handlungsbedarf!)

In diesem Bereich ist die Vorbildfunktion der Bosse der Banken verloren gegangen. Das müssen wir gemeinsam zurückgewinnen. Es muss in diesem Bereich Korrekturen geben. Die Branche hat jede Menge Porzellan zerschlagen. Wenn die Zeitschrift Die Wirtschaftswoche schreibt, dass in vielen Filialen deutscher Banken Zustände wie in einer Drückerkolonie herrschen, dann ist das nicht einfach dahingeplappert, sondern dann ist da etwas dran. Wir müssen uns mit dem Wechselspiel zwischen dem Kunden und demjenigen, der ihm etwas verkauft, beschäftigen. Für mich war es früher ganz einfach. Ich bin zu meiner Aschendorfer Bank gegangen; da saß mein Freund. Den habe ich gefragt: Was mache ich mit meinem Angesparten? Ich habe ihm vertraut. Aber heute ist in vielen Bereichen dieser direkte Kommunikationsprozess auf eine ganz andere Basis gestellt. Auch die Arbeit der Banken ist auf eine andere Basis gestellt. Das bringt zum Teil Veränderungen mit sich, die wir nicht einfach hinnehmen dürfen. Stattdessen müssen wir Verbesserungen erkämpfen.

Ich bin ebenfalls hundertprozentig der Meinung, dass es in erster Linie um Eigenverantwortung, um den sich

um Mündigkeit bemühenen Verbraucher gehen muss. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sehr viele Verbraucher nicht in der Lage sind, bestimmte Dinge zu durchblicken, weil sie einer anderen Tätigkeit nachgehen und sich mit diesen Dingen nicht so intensiv beschäftigen. Deswegen müssen wir die Verbraucherberatung substanziell verbessern. Das müssen wir deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Krisensituation sind Hunderttausende von Anrufen bei den Banken und Verbraucherzentralen eingegangen. Die Verbraucherzentralen waren auf diese Herausforderung nicht vorbereitet. Deswegen muss man hier sehr konkret sagen, dass Verbesserungen notwendig sind.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir die richtigen Gesetze machen. Das Verbraucherinformationsgesetz ist in der Form entstanden, weil es einen Gammelfleischskandal gab. Das war eine Lappalie im Verhältnis zu dem momentanen Finanzskandal auf dem Markt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

– Am Gammelfleisch ist keiner – ich sage es in Anführungsstrichen – „kaputtgegangen“. Aber an dem Verlust von finanzieller Perspektive im Alter leiden eine Menge Menschen, und viele zerbrechen daran. Herr Dautzenberg, ich will ja nicht das eine ausschließen und das andere an dessen Stelle setzen. Vielmehr will ich dafür plädieren, dass wir die Dinge, die uns im Moment beschäftigen, zum Beispiel in ein Verbraucherinformationsgesetz aufnehmen, dass wir sie nicht nur mit Blick auf die Lebensmittelwirtschaft behandeln, sondern auch mit Blick auf die Verbraucher. Das kann zusammengefasst werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte ein Beispiel nennen, das deutlich macht, wo es im Grunde genommen um den Kampf in der Sache geht. Ich habe hier die Kopie eines ausgefüllten Beratungsbogens einer Bank. Auch Sie bekommen ja Schreiben von Menschen, die sich bei den Banken beraten lassen. Die Banken haben von 100-prozentiger Sicherheit gesprochen. In diesem Wertpapiersammelordner ist die Einstufung des Kunden vermerkt; Sie kennen das sicherlich.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Citibank!)

Da steht: konservativ. Dennoch hat der Kunde am Ende auf ausdrücklichen Wunsch ein hochriskantes Papier gekauft. Das hat nichts mit Eigenverantwortung zu tun. Das ist Fehlberatung.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fällt in die Verantwortung derjenigen, die die bessere Kenntnis haben. Deren Verhalten finde ich unmoralisch. Die Banken sollten schleunigst selbst dafür sorgen, dass sie nicht mehr solchen Vorwürfen ausgesetzt sein

müssen. Banken sind die Oberinstitutionen des Vertrauens in unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir mit Ruhe und konsequentem Durcharbeiten Lösungen entwickeln. Ich halte die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken für nicht sehr erfolgsorientiert. Aber wir müssen ganz generell darüber diskutieren und entscheiden, wie wir hier zu Verbesserungen kommen, und dann die entsprechenden Weichen stellen. Parteipolitische Auseinandersetzungen finde ich in dem Zusammenhang überflüssig. Es geht um das Zurückgewinnen von Vertrauen in unser Gesamtsystem. Wir sollten die Interessen der Verbraucher angemessen – nicht überzogen – im Auge haben. Aber wir sollten auch deutlich machen, dass sich in diesen Bereichen etwas tun muss. Wir haben dazu Vorschläge gemacht, und wir hoffen, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung und guten Ergebnissen kommen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Ortwin Runde.

Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Goldmann hat völlig zu Recht von Vertrauen gesprochen. Das wiederherzustellen, ist im Interesse der Verbraucher. Dass das kein einfacher Prozess ist, wissen die Financer so gut wie die Verbraucherschützer. Die Hohepriester der Finanzindustrie trauen sich gegenseitig nicht mehr und handeln nicht mehr miteinander. Das haben wir gespürt. Der Interbankenhandel ist zusammengebrochen. Wenn es um die Herstellung von Vertrauen geht, muss man aber auch sagen: Politik darf nicht in die Rolle gedrängt werden, die Verantwortung für all das zu übernehmen, was andere angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Das halte ich für einen fundamentalen Fehler. Vielmehr muss Politik sehen, welche Rolle sie bei der Wiederherstellung des Vertrauens zu spielen hat. Dabei halte ich das, was die Kanzlerin und der Finanzminister zu einer politischen Garantieerklärung gegenüber den Verbrauchern gesagt haben, für einen wichtigen Schritt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Ich erwarte von den Banken, Sparkassen und Finanzinstituten aber, dass sie zu den Fehlern, die sie gemacht haben, stehen und sie korrigieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich finde es richtig mannhaft, dass Herr Seehofer die Verantwortung von Vorgängern deutlich benannt und sich dafür mit entschuldigt hat. Noch mannhafter finde ich das, was Herr Falthäuser getan hat. Er hat dort ja selbst Verantwortung getragen.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist das denn mit den CDU-Ministerpräsidenten?)

Ich sehe es bezogen auf Beratungsfehler als notwendig an, dass die Sparkassen, Banken und Finanzinstitute, die mit ihren Kunden so umgegangen sind, an die Kunden herantreten und sagen: Wir prüfen, ob wir dort Beratungsfehler gemacht haben. – Das halte ich für notwendig und richtig.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

In Härtefällen müssen sie den Kunden dann auch entsprechend entgegenkommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe natürlich mit großem Interesse wahrgenommen, dass die Linke eine neue Zielgruppe hat, nämlich die Lehman-Geschädigten. Wenn man daran denkt, kommt man bei dem gesamten Thema auch zu einer anderen Verantwortung und einem anderem Aspekt:

Wir haben uns über die Renditegier der Ackermänner und anderer beklagt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die gibt es auch bei den Verbrauchern!)

Hier muss man aber doch auch sehen: Menschen, deren Löhne und Gehälter in den letzten Jahren nicht gewachsen sind, gehen an die Kapitalmärkte - auch als kleine Kapitalisten - und erwarten, dass sie nicht Zinsen von 3 bis 4 Prozent, sondern von 5 bis 6 Prozent bekommen. Wenn man sieht, welche Auswirkungen das insgesamt auf die Verteilung des Volkseinkommens hat - es geht um das Einkommen der abhängig Beschäftigten und deren Lohnquote und das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen -, dann muss man einfach feststellen: Auch das Spiel am einarmigen Banditen ist Ausdruck einer falschen Geisteshaltung. Das ist ein Kasinobesuch für die Kleinen.

Hier gilt einfach, dass der Besuch dieses Kasinos für die Kleinen auch durch bestimmte Geisteshaltungen befördert worden ist. Es muss sich auch an den Einstellungen etwas ändern. Jeder weiß aufgrund alter Volksweisheiten: Wer hohe Renditen haben will, der muss hohe Risiken eingehen. - Von dieser Grundregel können wir auch niemanden befreien - bei allen Schutzmaßnahmen, die wir dort vorhaben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Für uns als Finanzpolitiker und Verbraucherschützer steht jetzt die Prüfung an, welche Maßnahmen die Verbraucher am besten gegen Risiken schützen. Ich habe die Garantieerklärung als eine wichtige Maßnahme zur Vertrauenswiederherstellung angesehen. Ich halte die Richtlinie zur europaweiten Einlagensicherung, die die EU jetzt sehr schnell auf den Weg bringt, für einen weiteren wichtigen Schritt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Gesetzlich!)

Diese europäische Richtlinie wird wahrscheinlich noch in diesem Monat vorliegen, und wir werden sie dann in Deutschland umsetzen müssen. Bei der Umsetzung in Deutschland werden wir die 50 000 Euro, die dann einlagengesichert sind,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Gesetzlich!)

natürlich in Verbindung mit dem Einlagensicherungsfonds sehen müssen.

Hierbei ist die Frage, was die Banken garantieren, das eine, das andere ist nach den Erfahrungen mit der Krise aber die Frage, zu was sie in der Lage sind. Mit Kaupthing in Island haben wir ja die Erfahrung gemacht, dass selbst Einlagerungssicherungszusagen nicht eingehalten werden können.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Tja!)

Das heißt also, die Fragen, ob die entsprechende Liquidität vorhanden ist und ob dieses Versprechen eingelöst werden kann, sind von entscheidender Bedeutung.

Eines muss ich dazusagen: Es geht nicht - das habe ich von einigen gehört -, dass am Ende Staatsgarantien stehen sollen.

Vielmehr müssen diejenigen für die Produkte haften, die sie vertreiben und im Normalfall damit viel Geld verdienen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn dann argumentiert wird, das koste aber etwas, muss ich sagen: Exakt das ist es. Wir müssen die Differenz zwischen Renditen im Bereich der Finanzwirtschaft und den Renditen, die es ganz normal gibt, abbauen. Wir brauchen auch wieder ein neues Verhältnis von Einkommen aus Arbeit zu Einnahmen aus Finanzanlagen. Das sage ich wegen Lehman noch einmal in Richtung der Linken. Ich halte also diese Regelung beim Einlagensicherungsfonds für etwas sehr Wichtiges, weil dies die Stabilität der Finanzmärkte erhöht.

Wir müssen jedoch auch prüfen, welche Instrumente und Produkte geeignet sind, die Stabilität des Gesamtsystems zu gefährden. Damit bin ich bei den Leerverkäufen. Diese gehören für mich auf den Prüfstand, auf europäischer Ebene diskutiert und im besten Falle verboten.  
(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Dauerhaft!)

Wir können ja nicht noch eine Einlagensicherung für Herrn Merckle wirken lassen, der mit entsprechenden Spekulationen auf sinkende Kurse der VW-Aktie nicht nur sein eigenes Vermögen, sondern auch seine Firmen und somit die an ihnen hängenden Arbeitsplätze gefährdet. So weit kann das Ganze nicht gehen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Porsche!)

In diesem Punkt halte ich es für zentral, dass wir die Aufsichtsmöglichkeiten verbessern. In dieser Krise haben wir gesehen, dass in Europa in der Aufsicht vieles noch verbesserungsfähig und -bedürftig ist, auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Deswegen spreche ich mich sehr deutlich für eine Stärkung der Regelwerke, für eine Verstärkung der Regelbeachtung und für eine Beobachtung durch die BaFin sowie für europäische aufsichtsrechtliche Regelungen aus. All dies ist dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich wundere mich ein bisschen über die Diskussion über das Verhältnis zwischen BaFin und Bundesbank. Dazu haben wir eine sehr dezidierte Auffassung. Es gab eine Verständigung zwischen Bundesbank und BaFin. Überall da, wo sie auftreten, erklären sie, sie kooperierten hervorragend. Das sollte man dann auch nicht stören, wobei man feststellen muss: Alle hoheitlichen Aufgaben und hoheitliche Funktionen können nur durch die BaFin wahrgenommen werden. Das Unabhängigkeitsmantra der Bundesbank hat uns schon vor kurzem bei anderen Gelegenheiten beschäftigt. Hierzu muss man feststellen: Der Steuerzahler, der Verbraucher, hat ein Anrecht darauf, dass es politisch Verantwortliche für solche aufsichtsrechtlichen Maßnahmen und Regulierungen gibt.

Deswegen lautet hier die deutliche Ansage: An dieser Stelle ist die BaFin in ihrer Funktionsfähigkeit gefragt.

Darüber, ob es klug ist, der BaFin das Thema Verbraucherschutz als weiteren Schwerpunkt zuzuweisen, muss man intensiv nachdenken. In diesem Zusammenhang sind mir Vorschläge, hier eine Art Stiftung Warentest zu schaffen, sehr viel näher und lieber. Ich bin der Meinung, dass wir, bezogen auf den Verbraucherschutz im engeren Sinne, in einer Reihe von Punkten übereinstimmen, beispielsweise hinsichtlich der Fragen, wann Verjährungsfristen zu laufen beginnen und ob es für Kunden die Möglichkeit gibt, den entstandenen Schaden auch wirklich geltend zu machen.

Ich stimme auch mit Herrn Goldmann voll und ganz überein, dass wir überprüfen müssen: Ist das, was wir mit der MiFID an Dokumentationspflichten eingeführt haben, etwas, das auch vom Geiste des Vertrauens gelebt wird? Die Aussage, eine höhere Risikoklasse sei auf eigenen Wunsch gewählt worden, ist hierbei in der Tat nicht der richtige Ansatz. Das ist ein Beratungsfehler. Über die Beratungen müssen jeweils Protokolle gefertigt werden, die beide Seiten unterschreiben müssen.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Das halte ich für einen wichtigen Punkt, den wir hierbei einführen müssen.

Wir haben eine Reihe von Anträgen vorliegen. In der nächsten Zeit werden wir die europäischen Richtlinien zur Einlagensicherung umzusetzen haben. Wir werden uns in diesem Zusammenhang auch mit diesen Anträgen beschäftigen. Ich glaube, wir werden eine konstruktive Diskussion führen und zu guten Ergebnissen auf diesem Feld kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Nicole Maisch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine ganze Menge über Vertrauen als Schmierstoff auf den Finanzmärkten und als Voraussetzung für das Funktionieren der Finanzmärkte gehört. Ich teile ausdrücklich die Analyse des Kollegen Goldmann, dass dieses Vertrauen erschüttert ist. Ich teile auch Ihre moralische Empörung. Es hätte mich aber interessiert, welche konkreten Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung des Verbraucherschutzes auf den Finanzmärkten sich die FDP traut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Die habe ich genannt, Frau Maisch!)

Es wäre sehr interessant gewesen, das zu erfahren. Noch interessanter wäre es gewesen, wenn das in Antragsform vorliegen würde. Von Ihnen haben wir bisher nämlich keine besonders aggressiven verbraucherpolitischen Vorschläge, die auch einmal gegen die Banken gerichtet sind, gehört. Das hätte mich sehr interessiert. Wir von Bündnis 90/Die Grünen haben Ihnen Vorschläge vorgelegt:

Wir wollen die Rechte der Kundinnen und Kunden



durch das Instrument der Sammelklage stärken. Menschen, die falsch beraten wurden, die betrogen wurden, sollen bessere Möglichkeiten zur kollektiven Rechtsdurchsetzung haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern – das ist von den Vertretern der Regierung dankenswerter Weise positiv bewertet worden – eine Verlängerung der Verjährungsfrist bei Schadenersatzansprüchen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Die Lehman-Brothers-Geschädigten hätten von einer solchen Regelung profitiert.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Richtig!)

Für sie ist das jetzt zu spät. Um zukünftige Schadensfälle vermeiden zu können, ist das aber zentral.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine starke Finanzmarktaufsicht. Die Vorschläge der Grünen hierzu wurden hart kritisiert. Ich möchte aber noch einmal betonen, dass es für die BaFin gut wäre, wenn der Verbraucherschutz eine ihrer Kernaufgaben, natürlich nicht die alleinige Aufgabe, wäre.

Wir wollen ein sektorspezifisches Instrument einführen.

Wir nennen es „Watchdog“, die SPD nennt es „Marktwächter“ – das ist vielleicht besser verständlich –, damit man sektorspezifisch Verbraucherschutzarbeit auf den Finanzmärkten in einer progressiveren Weise gestalten kann und damit die BaFin als Regulierungsbehörde einen Gegenspieler hat, der sie bei deutlichen Missständen auf den Finanzmärkten anrufen und aktivieren kann.

Weiterhin wollen wir ein einheitliches Schutzniveau für alle Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu gehören strengere Regeln für den sogenannten grauen Kapitalmarkt. Wir sind diesem grauen Kapitalmarkt gegenüber nicht grundsätzlich negativ eingestellt – wir wissen, dass zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien viel darüber finanziert wurde –, aber es kann nicht sein, dass das Schutzniveau auf diesem Markt so schlecht ist, wie es im Moment ist. Wir wollen eine Vereinheitlichung, damit auch die Menschen, die ihr Geld auf diesem Markt anlegen, sich sicher sein können, dass ihr Geld in guten Händen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Beratungsqualität insgesamt verbessern. Eine ehrliche Beratung im Sinne der Kundinnen und Kunden und nicht im Sinne der Provisionsmaximierung ist das A und O bei Finanzgeschäften. Ich muss doch darauf vertrauen, dass mich mein Sparkassenberater, mein Bankberater ehrlich berät und nicht so, dass er die größtmögliche Provision kassiert. Wir Grüne fordern in diesem Zusammenhang einen Finanzvorsorgecheck bei einer unabhängigen Beratungsstelle. Das können zum Beispiel die Verbraucherzentralen sein. Dazu gehört aber auch, dass man die Finanzierung einer solchen Beratung klärt und sichert. Im Zweifelsfall müssen auch die Banken ihren Beitrag dazu leisten. Ich freue mich schon jetzt, wenn der Kollege Goldmann an unserer Seite diesen Wunsch gegenüber den Banken äußern wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Hans-Michael Goldmann [FDP]: Dann habe ich ja doch einen Vorschlag gemacht, Frau Maisch!)

Mein letzter Punkt ist die Hilfe für Menschen in der Not. Auch das hat mit den Finanzmärkten zu tun. Wir glauben, dass das längst überfällige Recht auf ein Girokonto für alle endlich realisiert werden muss.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist doch Blabla! Das bringt doch nichts!)

Wir wollen - Stichwort Privatinsolvenz - eine Kultur der zweiten Chance; denn die Menschen, die reingefallen sind, brauchen eine zweite Chance.

Ich finde es gut, dass unsere Anträge jetzt zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen werden. Ich erwarte vom Verbraucherausschuss, dass er sich ähnlich wie die Finanzpolitiker mit diesen Themen beschäftigen wird.

Die Bundesregierung kann ich nur auffordern: Sorgen Sie für mehr Sicherheit der Anleger! Dann funktionieren auch die Finanzmärkte wieder besser.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat die Kollegin Julia Klöckner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt genauso wenig die Banken und die Bankberater, wie es die Verbraucherinnen und Verbraucher gibt. Nicht alle Bankberater haben ihre Kunden über den Tisch gezogen. Es war auch nicht jeder Verbraucher ganz frei von dem Wunsch, möglichst noch mehr Zinsen zu bekommen. Auch beim Hinterherhecheln von einem Zehntel mehr Zins zu einem weiteren Zehntel mehr Zins ist sicherlich vieles auf der Strecke geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte mich heute denjenigen Bürgerinnen und Bürgern zuwenden - ihr Anteil beträgt etwa 80 Prozent -, die ihr Geld nicht angelegt haben, um zu zocken, sondern die ihr Geld im Rahmen der Altersvorsorge bei einer sicheren Bank anlegen wollten. Ich meine diejenigen, denen es ähnlich erging wie zum Beispiel einem Petenten in meinem Wahlkreisbüro, der aufgrund seiner Frühverrentung seine Abfindung bis zum Eintritt in die Rente anlegen wollte und dieses Geld verloren, aber nicht verspielt hat.

Zusammen mit meinen Kollegen aus dem Finanzausschuss war ich, als wir eine Expertenrunde einberufen haben, etwas erstaunt darüber, dass viele der geladenen Verbandsvertreter unterschiedlicher Sparten uns den Eindruck vermittelt haben, es sei alles ganz in Ordnung, man müsse nur etwas mehr aufklären und dann gehe schon alles seinen Weg. Dem ist nicht so. Deshalb danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzausschuss sehr. Wir haben uns nämlich zusammen auf den Weg gemacht und wollen sinnvolle Vorschläge machen. Deswegen debattieren heute sowohl die Finanz- als auch die Verbraucherpolitiker von der CDU/CSU-Fraktion.

Denn beides gehört zusammen: Gute Finanzpolitik ist guter Verbraucherschutz,

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

aber auch eine gute Wirtschaftspolitik für unseren Standort in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Hans-Michael Goldmann

[FDP]: Umgekehrt auch: Gute Verbraucherpolitik ist auch gute Wirtschaftspolitik!)

Über den Hinweis, wir sollten als Verbraucherpolitiker keine Schnellschüsse machen, den ich vom Bankenverband bekam, war ich etwas erstaunt. Es stimmt: Schnellschüsse sind immer ein schlechter Ratgeber. Nur, diesen Hinweis habe ich nicht gehört, als es darum ging, innerhalb einer Woche einen Bankenrettungsschirm aufzuspannen. Es war relativ zackig, was wir da hinbekommen haben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: War aber auch qualitativ gut!)

Es war sehr gut und auch notwendig. Dazu höre ich von der Opposition nichts; denn wir könnten heute nicht über mögliche Schutzfunktionen für den Verbraucher reden, wenn wir diesen ersten Schritt nicht gemacht hätten. Ansonsten wäre alles den Bach hinuntergegangen. Dann hätte auch die Notwendigkeit von Beratungsprotokollen überhaupt nicht mehr auf der Tagesordnung gestanden.

(Beifall bei der CDU/CSU und SPD - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Du musst aber sagen: Teile der Opposition!)

Interessant ist natürlich die Betrachtung derjenigen Zahlen, die zum Ausdruck bringen, wie sich die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland entwickelt hat. 1997 hatten noch etwa 41 Prozent der privaten Haushalte ihr Geld in Geldanlagen bei der Bank. Zehn Jahre später sind es etwa noch 35 Prozent. Etwa ein Drittel der Anlagen sind in Wertpapieren, in Aktien, Anleihen, Investmentfonds und in anderen Beteiligungen, investiert. Das einmal wahrzunehmen, ist ganz interessant, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass trotz dieser breiten Streuung - es wird ja immer geraten, das Vermögen auf mehrere Beine zu stellen - die Rendite bzw. die Kapitalerträge mitnichten gestiegen sind. Im Gegenteil! Bei einer repräsentativen Umfrage war auffallend - da setzen wir als Verbraucherpolitiker und Finanzpolitiker an -, dass die Deutschen nach wie vor konservativ anlegende Sparer sind, dass das Anlageverhalten eher risikoarm ist. Es gibt aber einen wachsenden Anteil risikobehafteter Anlagen und Depots von privaten Haushalten. Dieses Chancen-Risiko-Raster ist von diesen aber mitnichten so wahrgenommen oder verstanden worden. Das lässt mich fragen, ob die Beratung bei der Auswahl solcher Produkte falsch oder zumindest unzureichend war.

Wir wissen auch: Ganz viele Verbraucherinnen und Verbraucher, die eben keine studierten Ökonomen sind, (Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig!)

treffen ihre Entscheidungen natürlich nicht alleine, sondern sie holen sich Rat von ihrem Bankberater und verlassen sich auf seine Empfehlungen; denn letztlich sind das die Profis. Besinnen wir uns einmal darauf, was „Kredit“ eigentlich heißt. Kredit kommt von „credere“, kommt also von Vertrauen und Glauben. Genau das

müssen wir wieder hinbekommen: Wir müssen diesen Schmierstoff wiederherstellen. Das ist auch im Sinne derjenigen, die sich bei der Beratung in der Vorkrisenzeit ordentlich verhalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nichtsdestotrotz zeigen die Erfahrungen - wir wissen das -, dass Banken gute wie auch schlechte Produkte im Angebot haben. Sowohl die guten als auch die schlechten Produkte werden empfohlen. Auch das ist Tatsache. Im jüngsten Frontal-Bericht des ZDF wurden aktuell Testpersonen losgeschickt. Eine Testperson, die 70 000 Euro für die Altersvorsorge anlegen wollte, war bei acht Banken, und immer wurden risikoreiche und nicht sichere Produkte angeboten. Es ist ärgerlich - ich betone noch einmal, dass das nicht für alle Banken gilt -, dass just in dieser Situation, in der die Sensibilität für diese Dinge gestiegen ist, so etwas noch vorkommt. Deshalb habe ich Zweifel an der Qualität der Beratungen. In der Wirtschaftswoche wird eine Bankmitarbeiterin zitiert, die namentlich natürlich nicht genannt werden möchte:

Sie können sich nicht sicher sein, ob sie ein Produkt empfohlen bekommen, weil es wirklich gut ist oder weil es in dieser Woche noch verkauft werden muss.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Oder die Rendite!)

- Oder weil die Rendite oder die Provision dementsprechend attraktiv sind.

Es geht darum, dem Kunden die Produkte anzubieten, die er wirklich braucht, und sie auch dann anzubieten, wenn er sie braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme noch einmal auf die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Sicherheit hier in Deutschland bei Otto Normalverbraucher, dem Durchschnittsanleger und Nichtzocker, und der Risikosteigerung zurück. Relativ neue Anlageformen sind zum Beispiel die Zertifikate. Bei einem Drittel aller Beratungen spielen diese Zertifikate nach Angaben von Bankberatern eine entscheidende Rolle. Ob aber Verbraucher das mit diesen Zertifikaten verbundene Risiko wirklich einschätzen können, ist fraglich.

Laut einer Marktstudie des Deutschen Aktieninstitutes wird der Kenntnisstand der Kunden über Zertifikate von den Bankberatern durchweg als defizitär eingeschätzt.

83 Prozent der Bankberater schätzen das Risiko als sehr hoch ein, aber sie geben an, privaten Anlegern einen Zertifikateanteil von durchschnittlich 38 Prozent im Depot empfohlen zu haben. Da geht etwas auseinander. Das Hauptkriterium der Anlageempfehlung war zudem keinesfalls die Aussicht auf hohe Wertentwicklung. Etwa 23 Prozent der Bankberater gaben als Kriterium für die Empfehlung von Zertifikaten eine konservative, sichere Ausrichtung der Anlage an. 13 Prozent nannten sogar eine absolute Absicherung gegen Risiko als Kriterium für die Empfehlung. Rund die Hälfte aller Bankberater meinte zudem, die Papiere hätten unter der Berücksichtigung des Anlageziels und der Risikostruktur zum jeweiligen Kunden gepasst. Ich denke, das passt nicht zusammen.

Diese Beschreibungen passen auch zu den Angaben der Lehman-Geschädigten. Es gibt jetzt ein Urteil aus Leipzig. Dort wurde einem Ehepaar recht gegeben, das sein Geld für die Ausbildung der Tochter absolut sicher anlegen wollte. Es wurden auch noch im Mai und Juni dieses Jahres Lehman-Zertifikate angeboten, als schon klar war oder sich zumindest abzeichnete, dass dort eine Zahlungsunfähigkeit anstehen würde.

Was sind die Forderungen bzw. die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion? Diese sind zwischen Finanzpolitikern und Verbraucherschutzpolitikern abgestimmt. Denn es bringt wenig, hier jetzt Forderungen aufzustellen, die weder unserem Finanzmarktstandort helfen noch dem Verbraucher nützen. Es bringt nichts, Protokolle auszuhändigen, die nicht zu verstehen sind. Deshalb sind wir dafür, dass Protokolle verständlich abgefasst werden, sodass der Verbraucher nachvollziehen kann, was er erwirbt, und wir sind dafür, dass innere Logiken geschaffen werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Julia Klöckner (CDU/CSU):

Denn es kann nicht sein, dass ein Protokoll ausgehändigt wird, auf dem vorne „risikoarm“ steht, aber „risikobehaftet“ hinten herauskommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit den Gelddingen ist es so wie mit der Gesundheit: Man sollte sich am Anfang beraten lassen, weil man da noch etwas unbedarft ist. Wir wissen auch, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen. Das hat meine Oma immer gesagt. Deshalb sollten wir Maß halten, auch bei den Zinsen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Dr. Gerhard Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Klöckner, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Ausführungen, die Sie zu dem Bereich gemacht haben, den ich jetzt ins Zentrum rücken will, nämlich den Zertifikatemarkt.

Sie haben völlig richtig dargestellt, dass selbst nach der Einschätzung derjenigen, die beraten sollen, viele Menschen überhaupt nicht verstehen, was sie kaufen, und dass das „vorne“ abgefragte Anlagenprofil und das, was den Menschen nachher verkauft wird, nicht zusammenpassen. Vor dem Hintergrund Ihrer Analyse, die ich teile und der ich viele einzelne Beispiele von Fehlentwicklungen hinzufügen könnte, stellt sich jedoch die Frage, weshalb seit eineinhalb Jahren dem Finanzausschuss ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vorliegt, der darauf abzielt, am Zertifikatemarkt etwas zu verändern, und der in der Bereitschaft formuliert worden ist, gemeinsam einen alternativen Antrag zu erarbeiten, der Ihre Erwägungen aufgreift, und es stellt sich die Frage, weshalb Ihre Fraktion nicht in der Lage war, eineinhalb Jahre lang etwas zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Stimmt doch

nicht!)

Sie haben bei der MiFID-Umsetzung erklärt, Sie seien bereit, sich das anzuschauen. Es gab aber keinen einzigen Vorschlag, der darauf abzielte, diesen Markt zu verändern. Ich finde es gut, dass wir uns heute im Plenum diesen Aspekt genauer anschauen; denn es gibt zwei Finanzmarktkrisen. Es gibt die große Finanzmarktkrise, über die in den Schlagzeilen berichtet wird, bei der es um Milliardenabschreibungen geht, und es gibt die täglich andauernde Finanzmarktkrise, bei der Anlegerinnen und Anleger in Deutschland schlecht beraten und über den Tisch gezogen werden. Sie werden provisionsorientiert beraten; denn der Markt setzt die falschen Akzente. Wir müssen uns in diesem Parlament mehr mit der andauernden kleinen Finanzmarktkrise der Anlegerinnen und Anleger beschäftigen. Heute ist ein Anlass dazu gegeben. Ich hoffe, dass es nicht nur bei Ankündigungen und Prüfaufträgen bleibt, sondern dass endlich etwas bei den Beratungen herauskommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Ausschuss über die Zertifikate diskutiert. Herr Runde pflegt eine gute antikapitalistische Grundhaltung. Er schimpft aber dann auf die Kleinkapitalisten. Das sind die Sparerinnen und Sparer, das sind Ihre Wählerinnen und Wähler, das sind die kleinen Leute, die Sie meinen zu vertreten. Das von Ihnen geführte Finanzministerium tut für diese Menschen im Zweifelsfall gar nichts. Ich möchte, dass die SPD-Fraktion nicht nur große Ankündigungen macht, sondern wirklich etwas unternimmt. Jetzt haben Sie Zeit dazu, etwas zu tun. Ich fordere Sie auf, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Dazu habe ich von Ihnen heute nicht viel gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Zertifikatemarkt, der in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist, ist ein ganz besonderes Beispiel. Daran sieht man wieder, dass es wichtig wäre, dass die BaFin etwas unternimmt. Herr Dautzenberg, da habe ich jetzt die Gelegenheit, auf Ihren Beitrag einzugehen. Es wäre wichtig, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, damit die BaFin die Prospekte auch inhaltlich prüft. All diese Punkte sind in unserem Antrag enthalten. Ich meine, es gibt die Spitze des Eisbergs; das sind die Leute, die konkret durch die Pleite etwa von Lehman Brothers geschädigt worden sind. Darüber hinaus müssen wir uns aber auch mit den laufenden Verlusten der Leute beschäftigen, die schlecht beraten worden sind und zu denen die Zertifikate, die ihnen aufgedrückt worden sind, nicht gepasst haben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit bereits eine halbe Minute überschritten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich hoffe, dass das nächstes Mal gelingt. Sie werden unseren Antrag heute ablehnen, aber die Verantwortung, etwas in diesem Bereich zu unternehmen, werden Sie nicht los.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Marianne Schieder, SPDFraktion.

Marianne Schieder (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen!  
Liebe Kollegen! Herr Dr. Schick, ich möchte zunächst einmal feststellen, dass die Bundesregierung auf die Finanzmarktkrise nicht nur schnell und effizient reagiert hat, sondern mit den getroffenen Maßnahmen gerade im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher bereits Wesentliches auf den Weg gebracht hat.

Ich meine, dass die Garantieerklärung zugunsten der Sparerinnen und Sparer zum richtigen Zeitpunkt abgegeben worden ist. Damit wurden nicht nur Panikreaktionen verhindert, sondern damit wurde auch neues Vertrauen aufgebaut. Nun steht für alle Inhaberinnen und Inhaber von Spar- und Girokonten, von Sparbriefen und von Tages- und Festgeldanlagen bei Banken mit Sitz in Deutschland fest, dass ihnen kein Euro verloren geht. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung, liebe Frau Binder, dienen eben nicht nur den Banken, sondern gerade auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen doch, dass damit im Interesse aller nicht nur die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes stabilisiert wurde, sondern auch der Wirtschaftskreislauf aufrechterhalten und Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch auf EU-Ebene und auf internationaler Ebene wurden und werden Maßnahmen beraten, um die Finanzmarktkrise einzudämmen und dem künftigen Entstehen von Finanzmarktkrisen vorzubeugen. Aus verbraucherpolitischer Sicht ist besonders der Beschluss der EU-Finanzminister hervorzuheben, nach dem die Deckungssumme der gesetzlichen Einlagensicherung zum 30. Juni 2009 auf 50 000 Euro angehoben werden soll; ab dem 31. Dezember 2011 sollen dann sogar 100 000 Euro geschützt sein.

Ganz hervorragend angenommen wurde von sehr vielen verunsicherten Verbraucherinnen und Verbrauchern die vom BMELV finanzierte und für die Nachfragenden kostenlose Telefonhotline der Verbraucherzentralen. Entsprechend dem Bedarf wird sie auch über den zunächst geplanten Zeitraum von vier Wochen hinaus weiterhin zur Verfügung stehen. Mithilfe dieser Hotline können wir genau herausfinden, wo es hakt, wo im Sinne des Verbraucherschutzes nachgebessert werden muss und wo Information und Beratung nicht gut funktionieren. Die Bundesregierung ist, über dieses Krisenmanagement hinaus, inzwischen auch auf dem Wege, zusätzliche verbraucherpolitische Maßnahmen einzuleiten und vorzubereiten. Heute ist schon angesprochen worden, dass die kurzen kapitalmarktrechtlichen Verjährungsvorschriften an die Verjährungsvorschriften des Allgemeinen Schuldrechts angepasst werden sollen.

Derzeit verjähren Ansprüche wegen fehlerhafter Anlageberatung, falscher oder unterlassener Mitteilung von Insiderinformationen und unrichtiger Verkaufsprospekte bereits ein Jahr nach Kenntnis und spätestens drei Jahre nach dem Pflichtenverstoß. Anleger erhalten häufig jedoch erst später Kenntnis von ihren berechtigten Ansprüchen;

das ist übrigens auch im Zusammenhang mit den Lehman-Anlagen zu beobachten. Deshalb sollen die kurzen kapitalmarktrechtlichen Verjährungsvorschriften im Sinne des Schuldrechts so verändert werden, dass man ab Kenntnis drei Jahre, höchstens aber zehn Jahre Zeit hat, um Ansprüche durchzusetzen. Dies halten wir seitens der SPD-Fraktion für absolut geboten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

Intensiv geprüft wird auch, ob die Beweislast, dass über die Risiken einer Kapitalanlage ordentlich und richtig aufgeklärt wurde, im Sinne einer Beweislastumkehr auf den Anlageberater verlagert werden kann. Auch dies wird seitens der SPD-Verbraucherpolitikerinnen und -Verbraucherpolitiker nachhaltig unterstützt.

Es geht uns um eine wesentliche Verbesserung der Informations- und Dokumentationspflichten von Banken

und Beratern. Diese sollen ihre Kunden deutlich darauf hinweisen müssen, wenn bestimmte Produkte nicht ihrem Risikoprofil entsprechen. Sie sollen begründen und dokumentieren müssen, weshalb eine bestimmte Anlageempfehlung ausgesprochen wurde. Treffen die Kunden Entscheidungen entgegen dem Rat des Beraters, muss auch darauf deutlich hingewiesen werden, zum Beispiel in Form einer gesonderten Unterschrift; es reicht nicht aus, lediglich ein Häkchen hinter einem Kästchen zu machen, in dem „besonderer Kundenwunsch“ steht. Die Informationen müssen verständlich und vergleichbar formuliert werden, sind vom Kunden zu unterschreiben und müssen ihm auch ausgehändigt werden.

Wir wollen die Regelung treffen, dass alle Finanzvermittler zukünftig einen Mindeststandard an Befähigungsnachweisen erbringen und eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen müssen. Es wird intensiv geprüft, wie die Verbraucherberatung und die Arbeit der Verbraucherzentralen gestärkt werden können. Denn es ist natürlich klar, dass gut informierte und gut beratene Verbraucherinnen und Verbraucher sicherlich besser davor geschützt sind, riskante Anlagen zu tätigen oder überteuerte Kreditverträge zu unterschreiben, und dass gut beratene Verbraucherinnen und Verbraucher auch ihre Rechte besser geltend machen können.

Uns gefällt der Vorschlag der Verbraucherzentrale Bundesverband gut, einen Finanzmarktwächter einzusetzen, weil mit einem solchen Instrumentarium der Finanzmarkt sicherlich gut in den Blick genommen werden kann und dort auftauchende Produkte kritisch beleuchtet werden können. So kann rechtzeitig auf problematische Entwicklungen hingewiesen werden.

Wir brauchen gerade in diesem Bereich nicht nur gute Vorschläge, sondern auch realistische Finanzierungskonzepte; denn ohne zusätzliche Mittel wird die Verbraucherberatung diesen zusätzlichen Aufgaben nicht gerecht werden können. Die Länder sind einmal mehr gefordert, die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit Schuldnerberatungsstellen ihre Dienste zeitnah und flächendeckend anbieten können. Es bedarf auch einer Stärkung der Allgemeinbildung in Sachen Finanzen - so möchte ich es einmal zusammenfassen - ,



insbesondere an den Schulen und in der Erwachsenenbildung. Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der Linken: All das, was an Sinnvollem in Ihren Anträgen steht, ist entweder bereits auf den Weg gebracht

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na! Das halte ich für ein Gerücht!

- Klaus Uwe Benneter [SPD]: Alte Hüte!)

oder wird intensiv geprüft, und das wissen Sie auch; denn wir haben darüber im Verbraucherschutzausschuss schon ausführlich diskutiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben dort bereits am 12. November eine Anhörung dazu beschlossen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Genau!)

Wegen der Komplexität der Materie und der nicht unerheblichen finanziellen Folgen, die bei den meisten

Vorschlägen zu berücksichtigen sind, gilt für uns in diesem Bereich der Grundsatz: Gründlichkeit vor Eile.

Schnellschüsse, Populismus und Aktionismus werden uns da nicht weiterhelfen.

Ich habe eine herzliche Bitte: Nutzen wir die Anhörung,

die wir gemeinsam beschlossen haben, um mit allen

Beteiligten die aufgeworfenen Fragen und Forderungen

in der gebotenen Sorgfalt zu diskutieren! Ich bin mir

sicher, dass wir dabei sowohl für die Verbraucherinnen

und Verbraucher als auch für das Finanzwesen zu vernünftigen

und realisierbaren Lösungen kommen können.

Jetzt danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf

Drucksache 16/11185 - Tagesordnungspunkt 38 a - an

die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse sowie

an den Rechtsausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft

und Technologie vorgeschlagen, wobei der Finanzausschuss

in der Beratung federführend sein soll.

Die Vorlage auf Drucksache 16/11205 - Tagesordnungspunkt

38 b - soll an dieselben Ausschüsse überwiesen

werden. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall.

Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Zusatzpunkt 11: Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen mit dem Titel „Schutz der Anlegerinnen und Anleger

bei Zertifikaten stärken“. Der Ausschuss empfiehlt

in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11226

- die Drucksache 16/11279 enthält den Bericht des Finanzausschusses

-, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen auf Drucksache 16/5290 abzulehnen. Wer

stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt

dagegen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung

ist bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

mit den Stimmen des Hauses im Übrigen angenommen. Ich rufe den

Tagesordnungspunkt 43 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion

DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines Zweiten

Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über

die Bildung eines Sachverständigenrates zur  
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
- Drucksache 16/8980 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses  
für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- Drucksache 16/10507 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Dr. Michael Fuchs

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die  
Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre  
keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege  
Klaus Ernst, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten  
Damen und Herren! Wir haben im April 2008 einen Gesetzentwurf vorgelegt,  
um die Neutralität des Sachverständigenrates  
zu gewährleisten. Wir wollten und wollen  
mit diesem Gesetz erreichen, dass die Mitglieder des  
Sachverständigenrates ihre Einkünfte offenlegen, wenn  
Interessenverbindungen, also andere Tätigkeiten, das erforderlich  
machen. Wir wollen, dass diese Einkünfte und  
Tätigkeiten veröffentlicht werden, und wir wollen, dass,  
wenn das nicht geschieht, eine Rückzahlung der Entschädigung  
durch diese Sachverständige erfolgt.

Zum Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzentwurfs im  
April war uns noch nicht klar, welche Aktualität er gewinnen  
würde. Fakt ist, dass der oberste Wirtschaftsberater  
der Bundesrepublik, Herr Rürup, jetzt, noch während  
er als Sachverständiger im Amt ist, bekannt  
gegeben hat, dass er demnächst zum Finanzberater AWD  
wechseln wird. AWD ist nicht irgendein Unternehmen.  
AWD macht 80 Prozent seines Umsatzes in Deutschland  
mit dem Verkauf von Vorsorgeprodukten für das Alter.  
Herr Rürup hat der Regierung Kürzungen bei der gesetzlichen  
Rentenversicherung vorgeschlagen. Er hat  
Millionen Menschen dazu gebracht, ihr Geld in Hoffnung  
auf eine hohe Rendite auf die Finanzmärkte zu tragen.  
Seinen Namen tragen Altersvorsorgeprodukte. Die  
Aufzählung der Ämter, die er schon heute bei Finanzdienstleistern  
und Versicherungskonzernen innehat, füllt  
die Rückseiten von Einladungen zu Veranstaltungen mit  
ihm. Und jetzt wechselt Herr Rürup, pünktlich zu seiner  
eigenen Pensionierung, zu einem der Profiteure der Rentenprivatisierung.  
Fakt ist: Jemand, der die Bundesregierung,  
die Öffentlichkeit und das Parlament in einer bestimmten  
Weise beraten hat, wird nun Profiteur seiner  
eigenen Beratung, weil er in einem Unternehmen, das  
von dieser Politik profitiert, tätig wird. Dazu könnte man  
sagen: Das ist in der freien Marktwirtschaft üblich; dagegen  
kann man nichts machen - möglich.

Mit unserem Gesetzentwurf schlagen wir vor, dass  
zumindest die Interessenverbindungen bei Mitgliedern  
des Sachverständigenrates schon zum Zeitpunkt ihrer  
Tätigkeit offengelegt werden müssen, damit wir, die  
Bürger, das Parlament und auch die Regierung, wissen,  
woran wir sind, wenn wir „unabhängig“ beraten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates

ist die Neutralität des Sachverständigenrates festgeschrieben.  
Es heißt wörtlich:

Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses  
Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner  
Tätigkeit unabhängig.

Diese Neutralität wird durch Herrn Rürup mehr als nur  
infrage gestellt. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf  
zur Wahrung der Neutralität beitragen. Das kostet nichts,  
das ist auch nicht populistisch. Es ist schlichtweg ein  
Gebot der Stunde, wenn wir auf bestimmte Vorgänge politisch  
reagieren wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie winken ab. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass  
Gerhard Schröder als Kanzler den Weg für die Ostsee-  
Pipeline geebnet hat und heute bei Gazprom im Aufsichtsrat  
sitzt. Wolfgang Clement hat die Leiharbeitsverhältnisse  
geradezu gefördert und leitet jetzt das Adecco-  
Institut zur Erforschung der Arbeit beim Adecco-Konzern,  
einem der größten Leiharbeitskonzerne Europas.

(Jörg van Essen [FDP]: Was ist denn mit den  
Gewerkschaftsfunktionären? Warum vergessen  
Sie immer die Gewerkschafter?)

Auch Herr Riester, der bekanntlich die Riester-Rente  
eingeführt hat, verdient am meisten als Vortragsreisender  
für die Versicherungsbranche. - Wenn wir das so lassen  
wollen und so dazu beitragen wollen, dass der Ruf der  
Politik weiter beschädigt wird, dann können wir so weitermachen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das stimmt  
doch gar nicht! Sie schädigen den Ruf!)

Wir können es aber auch ändern, indem wir ein Gesetz  
beschließen, nach dem diese Dinge offengelegt werden  
müssen. Dann würde so etwas deutlich.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Ernst Hinsken, CDU/  
CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen  
und Kollegen! Herr Kollege Ernst, Sie haben wieder die  
alte Platte aufgelegt: Neid, Neid, Neid!

(Jörg van Essen [FDP]: Genau! - Widerspruch  
bei der LINKEN)

Sie appellieren an die niedrigsten Instinkte des Menschen.  
Ohne auf die Problemstellung im Besonderen einzugehen,  
haben Sie die eine oder andere Person verunglimpft  
und an den Pranger gestellt.

Lassen Sie mich aber zunächst darauf verweisen, was  
das eigentliche Thema ist, nämlich über den Sachverständigenrat  
insgesamt gesehen zu sprechen. Dieser

Sachverständigenrat gehört seit 1963 zum wissenschaftlichen  
Tafelsilber der sozialen Marktwirtschaft. Seine  
Mitglieder sind die Vordenker unserer Wirtschaftspolitik.

Hauptaufgabe ist die jährliche Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen  
Entwicklung in der Bundesrepublik

Deutschland. Dabei soll untersucht werden, wie die  
Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, die Stabilität  
des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand  
und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - und dies alles

bei einem stetigen Wirtschaftswachstum -, erreicht werden können.

Politik und Wirtschaft verdanken dem Sachverständigenrat seit sage und schreibe 43 Jahren wertvolle Impulse.

Über 49 Gutachten wurden in der Zwischenzeit erstellt. Sondergutachten bestimmten und beflügelten unsere Wirtschaftspolitik. Ich möchte besonders erwähnen und herausheben: Unvergessen und herausragend sind beispielsweise das Gutachten zur Ölkrise im Jahre 1973 und das Gutachten zu den Wirtschaftsreformen in der ehemaligen DDR 1990.

Jetzt kommen Sie von den Linken und wollen diese Gutachter und Gutachten madigmachen.

(Lachen des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Gerade Sie, Herr Ernst, tun so, als wüssten Sie alles besser.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Das machen die alle!)

Sie argumentieren populistisch, stellen den Zusammenhang nicht dar und sprechen nur an, was Ihnen passt. Wir brauchen aber harte Fakten und das Darstellen logisch zwingender Zusammenhänge, wie sie gerade der Sachverständigenrat liefert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen diese ganz konkreten, an der aktuellen politischen Situation orientierten Vorschläge. Daran wollen gerade wir von der Unionsfraktion festhalten.

Deutschland ist ein starkes und erfolgreiches Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Vielen Dank, Kollege Meyer. - Der Sachverständigenrat hat diese Entwicklung hervorragend wissenschaftlich begleitet und gibt mit dem neuesten Gutachten vom 12. November 2008 mit dem Titel Die Finanzkrise meistern - Wachstumskräfte stärken weitere Impulse.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Hinsken, der Kollege Ernst würde gern eine Zwischenfrage stellen.

(Jörg van Essen [FDP]: Bei dieser fortgeschrittenen Zeit doch nicht!)

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Wenn es kurz geht, bitte.

(Franz Obermeier [CDU/CSU]: Aber nicht wieder Neid!)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Hinsken, ich habe eine sehr kurze Frage. Ich habe mit unserem Gesetzentwurf deutlich machen wollen, dass wir die Qualität des Sachverständigenrats und seine Ausführungen, die er bisher gemacht hat, nicht dadurch entwerten wollen, dass es bei einzelnen Mitgliedern des Sachverständigenrats für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Interessenkonflikte aufgrund anderer Tätigkeiten gibt. Könnten Sie sich vorstellen, dass es die Bedeutung des Sachverständigenrats erhöhen würde, wenn die Bevölkerung, das Parlament und die Regierung jeweils wüssten, welche Gehälter das jeweilige Mitglied des Sachverständigenrats noch bezieht? Könnten Sie sich vorstellen, dass damit genau das, was Sie wollen, nämlich eine höhere Akzeptanz des Sachverständigenrats, gefördert werden kann?

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Werter Herr Kollege Ernst, Sie betreiben wieder einmal das Spiel mit dem Neid.

(Beifall des Abg. Laurenz Meyer [Hamm]  
[CDU/CSU] - Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Die Gelder, die den Sachverständigen zur Verfügung gestellt werden, sind Peanuts im Vergleich zu vielen anderen Zuwendungen, die in der Bundesrepublik Deutschland diesbezüglich gezahlt werden. - Eines möchte ich hinzufügen: Ich kann mir einen guten Sachverständigenrat allemal vorstellen. Aber Sie würde ich für nicht befähigt halten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Ziemlich deutlich, aber wahr! - Klaus Ernst [DIE LINKE]: Diesen Antrag haben wir auch nicht gestellt, Herr Kollege!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich meine, dass wir uns den Sachverständigenrat von Ihnen, den Linken, nicht schlechtreden lassen dürfen. Gerade in der jetzigen Situation, angesichts der internationalen Finanzkrise und der sich eintrübenden Konjunktur, ist es unverzichtbar, die Ratschläge des Sachverständigenrates einzuholen und so weit wie möglich umzusetzen.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine gute Idee! Das sollten Sie auch mal machen!)

Wir von der Union haben eine Empfehlung aufgegriffen: Wir legen eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik auf; Kollege Meyer hat vor wenigen Tagen hierzu eine bemerkenswerte Rede gehalten. Diese Maßnahmen geben Impulse für öffentliche und private Investitionen; dies geschieht auch durch unser gestern beschlossenes Beschäftigungssicherungsprogramm. Wir stärken den Mittelstand und das Handwerk; Bürger und Unternehmer werden entlastet. Der Konsum und die Binnenwirtschaft werden belebt. Unsere Bundeskanzlerin und unser Bundeswirtschaftsminister, Michael Glos, haben auf den Rat der Weisen gehört und entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Herr Staatssekretär Schauerte, Sie sind Kronzeuge in dieser Angelegenheit. Das sind Fakten und keine Wolkenkuckucksheime wie bei Ihnen von den Linken.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Sind Sie sicher, dass das zu diesem Tagesordnungspunkt gehört?)

Ihnen, den Neokommunisten, ist doch ins Stammbuch zu schreiben: Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft dürfen nicht ignoriert werden. Statt den Sachverständigenrat zu kritisieren, sollten Sie sich einmal vom Sachverständigenrat selbst Nachhilfeunterricht geben lassen; Herr Ernst, ich meine Sie. Dann würden Sie endlich auch die wichtigen Zusammenhänge begreifen und könnten hier konstruktiv mitarbeiten.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das glauben Sie doch nicht wirklich!)

Mit Ihrem Populismus und Ihrer Umverteilungsrhetorik kommen wir nicht weiter. Das führt nicht aus der Krise heraus, sondern erst richtig hinein. Dieser Gesetzentwurf von Ihnen, den Linken, beweist erneut, dass Sie niemals

an einer Regierung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Werner Dreibus

[DIE LINKE]: Das ist verfassungswidrig!)

Da Sie von der Linken bei den gegenwärtig zu bewältigenden Herausforderungen mit Ihrem Latein am Ende sind,

(Lachen bei der LINKEN)

fällt Ihnen nichts anderes ein, als den Sachverständigenrat, wie man so schön im Volksmund sagt, durch den Dreck zu ziehen. Dies tun Sie wohl auch deshalb, weil Ihnen die Empfehlungen und der wirtschaftliche Sachverstand, der hier gebündelt ist, ein Dorn im Auge sind.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Haben Sie auch eine Riester-Rente?)

Unabhängig ist in Ihren Augen wohl nur jemand, der Ihnen nach dem Mund redet und Sie nicht von Ihrer dunkelroten Wolke herunterholt. Weil Sie keine Argumente haben und Ihnen jedes Verständnis für eine vernünftige Wirtschaftspolitik abgeht, versuchen Sie es auf diese fast hinterhältig zu nennende Weise.

(Lachen bei der LINKEN)

Sie wollen nicht nur diese herausragenden Wissenschaftler treffen, sondern durch diese Persönlichkeiten auch unsere ganze soziale Marktwirtschaft.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Ja, ja!)

Das lassen wir unter keinen Umständen zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir von der CDU/CSU werden dafür sorgen, dass die Mitglieder des Sachverständigenrats weiter hervorragende Arbeit leisten können. Ich fordere alle anderen Fraktionen auf: Lassen Sie uns gemeinsam über Parteigrenzen hinweg den Sachverständigenrat stärken statt ihn zu schwächen oder abzuschaffen!

(Jörg van Essen [FDP]: Sehr richtig!)

Lassen Sie uns gemeinsam gegen die linke Neiddebatte vorgehen! Wir dürfen nicht zulassen, dass den Menschen etwas vorgegaukelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

Im Großen und Ganzen ist es wichtig, das Folgende festzustellen: Eine hauptberufliche Tätigkeit im Sachverständigenrat wurde vom Gesetzgeber nicht festgelegt.

Die Sachverständigen müssen unabhängig sein

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Ja! Allerdings!)

vom Staat, von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden und von den Gewerkschaften.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: Ja!)

Bislang waren alle Räte Hochschulprofessoren. Im Sachverständigenrat sind Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Sachverstand in besonderer und herausragender Weise repräsentiert. Die jetzt bestehenden Regelungen stellen sicher, dass dies künftig so bleibt. Sie haben sich bewährt und wesentlich zur hervorragenden Arbeit des Sachverständigenrates beigetragen. Hier brauchen wir von Ihnen, den Linken, keine vergifteten Verbesserungsvorschläge.

(Lachen bei der LINKEN)

- Sie lachen über sich selbst, Herr Ernst. Dafür sind Sie ja bekannt. - Ihr Gesetzentwurf ist auch deshalb entbehrlich, weil die besondere Sorgfalt bei der Auswahl der Mitglieder des Sachverständigenrates sicherstellt, dass die Mitglieder dieses Gremiums nicht nur qualifizierte, sondern auch integere Persönlichkeiten sind.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Er könnte es schon deshalb nicht sein!)

Ich meine, abschließend feststellen zu dürfen und zu müssen: Auch in Zukunft brauchen wir in diesem Gremium die besten Köpfe.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]:

Jawohl!)

Der von Ihnen, den Linken, geforderte Zwang zur Offenlegung der Tätigkeiten und Einkünfte ist kontraproduktiv, da der Anreiz, nebenberuflich zeitintensiv im Sachverständigenrat mitzuarbeiten, ganz stark zurückgehen würde. Die geringen Kosten, die die Tätigkeiten der Sachverständigen verursachen, kommen durch deren Ratschläge vielfach wieder rein. Wir brauchen auch in Zukunft einen starken Sachverständigenrat. Deshalb werden wir ihn weiterhin unterstützen und gegenüber Ihnen, den Neokommunisten, auch in Schutz nehmen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege!

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Hans-Michael Goldmann [FDP])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort erhält der Kollege Ernst Burgbacher, FDPFraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ernst Burgbacher (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Linke wirft ihre üblichen Nebelkerzen und versucht, Dinge in die Welt zu setzen, die völlig an den Tatsachen vorbeigehen. Deshalb will ich einen Teil meiner Redezeit darauf verwenden, das noch einmal klarzustellen.

Herr Ernst, Sie sprechen sich für die Offenlegung von Interessenverbindungen aus. Das ist völlig richtig, aber das ist längst der Fall. Dafür brauchen wir diese Debatte nicht.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: So ist es!)

Über das Verhalten gibt es tatsächlich immer wieder Diskussionen.

Auch wir haben uns darüber unterhalten, ob

das Verhalten von Schröder, Müller oder Tacke in Ordnung

war. Auch wir fragen uns manchmal, ob es in Ordnung

ist, wenn Linke in bestimmten Gremien vertreten

sind. Uns geht es hier im Parlament aber doch um die

Voraussetzungen.

Lassen Sie sich einmal in aller Kürze sagen, dass es

bereits bestehende Regelungen zur Offenlegungspflicht

von Nebeneinkünften aller Ratsmitglieder gibt; denn alle

Ratsmitglieder sind Hochschulprofessoren. Jedes Hochschulgesetz

der Länder schreibt klipp und klar die Offenlegung

von Nebeneinkünften vor, aber noch viel mehr.

(Jörg van Essen [FDP]: Sehr richtig!)

Alle Hochschulgesetze schreiben vor, dass Nebentätigkeiten durch den Dienstherrn genehmigt werden müssen.

Die Landesbeamtengesetze, die Hochschulgesetze der Länder und die Satzungen der deutschen Universitäten sehen vor, dass Nebentätigkeiten genehmigungspflichtig und die Einkünfte offenzulegen sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ernst, bevor Sie Anträge stellen und eine Debatte vom Zaun brechen, sollten Sie vielleicht ab und zu ins Internet gehen. Ich empfehle Ihnen die Internetseiten der Universitäten in Würzburg, in Regensburg, in Mainz, in Darmstadt und in Mannheim. Dort können Sie ganz genau sehen, welche Nebentätigkeiten die Mitglieder des Sachverständigenrates ausüben.

Das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates schreibt in § 1 Abs. 3 klar und unmissverständlich vor, dass die Mitglieder des Sachverständigenrates ... weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören ...

dürfen. Weiter heißt es:

Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein ...

Offener kann man das doch gar nicht legen. Sie sollten davor nicht die Augen verschließen und der Öffentlichkeit irgendetwas vorlügen, was überhaupt nicht stimmt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um was es Ihnen wirklich geht, das erfahren wir am besten, wenn wir die Rede von Gysi in der ersten Lesung nachlesen: Es geht darum, die Arbeit des Sachverständigenrates zu diskreditieren. Es geht darum, unser ganzes System zu diskreditieren. Das wird Ihnen aber nicht gelingen, da Sie völlig falsche Dinge in die Welt setzen. Schauen Sie doch einmal ins Internet, schauen Sie sich einmal die Gesetze an, dann ist alles geregelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die SPD-Fraktion gebe ich das Wort dem Kollegen Reinhard Schultz.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist wirklich nicht ganz einfach, sich zum zweiten Mal zu diesem „wegweisenden“ Gesetzentwurf Gedanken zu machen und dazu etwas Sinnvolles auszuführen. Trotzdem will ich mich dieser Mühe unterziehen.

Ich hätte eigentlich gedacht, dass die Linken nach der Vorlage des aktuellen Gutachtens ihren Gesetzentwurf zurückziehen, weil die Sachverständigen, die eigentlich für angebotsorientierte und staatsferne Wirtschaftsstrategien bekannt sind, zur Überraschung aller dieses Mal richtig zugelangt und ein Keynesianisches Modell in



Milliardenhöhe vorgeschlagen haben, was den Vorschlag der Bundesregierung und der Koalition noch um Längen getoppt hat und eigentlich zu dem passt, was man aus dem Bereich der Linkspartei an Forderungen gehört hat. Da habe ich mir gedacht: Jetzt passt das zusammen. Jetzt werden sie ihren Frieden mit dem Sachverständigenrat machen. - Aber nein, Ihr überschäumender Eifer war einfach nicht zu bremsen. Daher müssen wir uns heute mit diesem Gesetzentwurf auseinandersetzen. Zur Unabhängigkeit ist von Herrn Burgbacher schon einiges Treffendes gesagt worden. Bei den Sachverständigen handelt es sich in der Regel um Hochschullehrer, deren Nebentätigkeiten genehmigungsbedürftig sind und die inzwischen auch an allen Hochschulen veröffentlicht werden; dort gibt es lange Veröffentlichungsregister. (Ernst Burgbacher [FDP]: Ja! So ist es!)

Es ist nicht so, dass zum Beispiel Bert Rürup zufällig auf der Straße entdeckt

(Jörg van Essen [FDP]: Ja, genau!)

und dann von der Bundesregierung aufgefordert worden ist: Mein lieber Junge, jetzt befass dich einmal in unserem Auftrag mit Fragen der Altersvorsorge. Vielmehr war es so, dass er als Sachverständiger genommen wurde, weil er von diesem Thema schon vorher Ahnung hatte und weil er schon vorher strategische Hinweise gegeben hat, die für die Politik so interessant waren, dass man sagte: Lasst den mal zusammen mit anderen Vorschläge erarbeiten, wie die gesetzliche Rente um ein kapitalgedecktes privates Element ergänzt werden kann. - Es war so, dass er genommen wurde, weil er sich vorher Gedanken über dieses Thema gemacht hat. Er war doch nicht völlig unbefleckt und ist dann von den langen Krakenarmen derjenigen, die private Altersvorsorgeprodukte auflegen, sozusagen an Land gezogen worden. Ich finde es anständig, was Herr Rürup tut: dass er, weil er bei einem privaten Unternehmen eine zweite oder sogar dritte Karriere starten will, postwendend seine Tätigkeit im Sachverständigenrat - die ihn ja nicht gerade ernährt - aufgegeben hat. Das finde ich in Ordnung. Daran könnten sich manch andere ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade dieses Beispiel macht deutlich, was zu tun ist. Man kann von Leuten, die erfolgreich gearbeitet haben - das gilt für Sachverständige wie für Politiker -, doch nicht verlangen, dass sie sich nach dieser Tätigkeit sofort an Ort und Stelle öffentlich erschießen, damit sie bloß nicht in Versuchung geraten, noch einer anderen sinnstiftenden Verwendung zugeführt zu werden. Das kann man doch nicht ernsthaft verlangen. Das ist völlig blödsinnig und fernab der Realität.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Ich glaube, wir müssen das Waffenrecht ändern! - Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Ernst, ich würde nie auf die Idee kommen, mit Ihnen eine ernsthafte Debatte darüber zu führen, ob es eigentlich legitim ist, dass Sie einen großen Teil von Gewerkschaftern, insbesondere von IG-Metallern, hinter

die Fichte geführt haben, weil Sie jetzt ständig im Namen der Linkspartei für sie sprechen. Das dürfen Sie machen. Das ist transparent und völlig in Ordnung. Kein Mensch wird das ernsthaft kritisieren.

Unabhängigkeit ist immer relativ. In der ersten Debatte über dieses Thema habe ich mir eine ganz interessante Auseinandersetzung mit dem Kollegen Schui geliefert, der selber Wissenschaftler ist, der dem Sachverständigenrat sicherlich auch gerne angehören würde - dieses Schicksal war ihm allerdings nicht beschieden - (Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Woran liegt das wohl?)

und der sich hier über die geistige Unabhängigkeit verbreitet hat.

Im wissenschaftlichen Bereich, vor allen Dingen in den Sozial-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, gibt es überhaupt keine komplette Unabhängigkeit. Jeder Mensch kommt irgendwoher, und jeder hat ein bestimmtes Weltbild; wenn man einen Lebenslauf liest, weiß man meistens auch ungefähr, aus welcher Richtung jemand kommt.

Es gab in allen Zeiten Sachverständige. Mal waren sie stärker angebotsorientiert, mal stärker nachfrageorientiert. Mal lehnten die Sachverständigen den Keynesianismus ab, mal befürworteten sie ihn. Dabei spielten natürlich auch Zeitströmungen eine Rolle. Dadurch, dass sich der Sachverständigenrat auf der Basis eines Rotationssystems rekrutiert, sind Innovationen zwangsläufig. Niemand bleibt auf ewig Mitglied des Sachverständigenrates; es kommen immer neue hinzu. Dieses System ist sehr gut angelegt.

Das ist auch der Grund, warum die neue amerikanische Regierung unter Präsident Obama angekündigt hat, in den USA nach deutschem Vorbild einen unabhängigen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Hört! Hört!)

Im Gegensatz dazu haben die früheren amerikanischen Präsidenten, zum Beispiel Reagan und Bush, Wissenschaftler nur beauftragt, genau das wissenschaftlich verbrämt zu verarbeiten bzw. zu produzieren, was ihnen vorgegeben worden ist. Das ist ein Riesenunterschied. Ich finde es gut, dass sich das jetzt ändert. Auch andere europäischen Regierungen haben Sachverständigengremien. Diese Gremien sind allerdings

durch die Bank nicht so unabhängig wie der deutsche Sachverständigenrat. Entweder unterstehen sie direkt dem Präsidenten - in Frankreich ist das zum Beispiel der Fall - oder dem Wirtschaftsminister. Sie haben eher den Charakter eines Beirats und denken nicht unabhängig. Was uns mit Blick auf die Sachverständigen ärgert, ist, dass sie § 2 des Sachverständigenratsgesetzes manchmal nicht ernst nehmen. Darin heißt es, dass sie die Lage analysieren, aber keine Empfehlungen für wirtschaftsund sozialpolitische Maßnahmen abgeben sollen, weil sie dadurch oftmals die Regierung, die Handelnden, vorführen. (Jörg van Essen [FDP]: Ja! Das wäre im Augenblick aber dringend notwendig!)

Wir Politiker müssen bei der politischen Entscheidungsfindung

nämlich noch andere Gesichtspunkte berücksichtigen als nur die einer bestimmten wirtschaftswissenschaftlichen Schule oder die der reinen ökonomischen Logik. Es gehört natürlich dazu, auch das Weiße im Auge des Wählers zu sehen.

Die Wirklichkeit ist vielfältiger, als es die verengte wirtschaftswissenschaftliche Sicht zulässt. Deswegen kommen wir manchmal zu anderen Ergebnissen, um nicht zu sagen: Eigentlich sind die Kollegen, seit es den Sachverständigenrat gibt, seit 1963, fast immer zu anderen Ergebnissen gekommen als der Sachverständigenrat, aber wir alle haben die Analysen mit großem Interesse und hohem Genuss gelesen, für die eigene Erkenntnis genutzt, aber unterschiedliche Schlüsse daraus gezogen, so wie es sich eigentlich auch gehört.

Insofern gibt es keinen Bedarf für ein solches Gesetz. Die Transparenz ist gegeben. Es bestehen keine verknöcherten Strukturen, weil die Besetzung des Sachverständigenrats regelmäßig wechselt. Professor Rürup ist das beste Beispiel dafür, wie die Unabhängigkeit gewahrt wird: durch ein charakterstarkes Verhalten. Nachdem er einen anderen Job hat, scheidet er aus.

(Jörg van Essen [FDP]: Sie meinen, er ist ein vorbildlicher Sozialdemokrat!)

Insofern: Es besteht kein Bedarf, den Gesetzentwurf weiterzuverfolgen. Wir lehnen ihn ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege

Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Meine Lehrveranstaltungen an der Universität Frankfurt zu Makroökonomie und Wirtschaftspolitik habe ich häufig mit einem Zitat von Terry Pratchett eingeleitet:

Wissenschaft: Eine Möglichkeit, um Dinge herauszufinden und sie funktionieren zu lassen. Die Wissenschaft erklärt, was die ganze Zeit über um uns

herum geschieht, ebenso wie die Religion. Doch die

Wissenschaft ist besser, weil sie glaubwürdigere

Ausreden bietet, wenn etwas nicht klappt.

Damit wollte ich den Studentinnen und Studenten

deutlich machen, dass die Volkswirtschaftslehre keine

objektive Naturwissenschaft ist, sondern dass hinter den

Modellen und vertretenen Positionen immer Ideologien

stecken, die durchaus Religionen ähneln.

Nun ist es traditionell so, dass der Sachverständigenrat

einer dieser „Religionen“ nahesteht. So vertrat er in

der Vergangenheit vor allem eine angebotsorientierte

und marktliberale Position, auch bezüglich der Reform

der sozialen Sicherungssysteme - eine Ideologie, die offensichtlich nicht der der Linkspartei nahesteht, wie wir

alle wissen. Aber zu unterstellen, dass die einzelnen Mitglieder

des Sachverständigenrats eine inhaltliche Position

deshalb vertreten, weil sie auch Gutachten für bestimmte

Auftraggeber erstellen, halte ich für aberwitzig.

Das ist absurd. Wenn überhaupt, bekommen die Mitglieder

des Sachverständigenrats Aufträge, weil sie eine bestimmte

inhaltliche Positionierung haben, und nicht umgekehrt.

(Beifall des Abg. Christian Lange [Backnang]

[SPD] - Jörg van Essen (FDP): So ist es!)

Ich gebe zu, dass der Wechsel des Vorsitzenden des Sachverständigenrats, Bert Rürup, zum Finanzdienstleister AWD scheinbar für den Gesetzentwurf der Linken spricht. Aber ich kenne Bert Rürup lange genug - für viele von Ihnen gilt das sicherlich auch -, um sagen zu können, dass er Politik bestimmt nicht für irgendeine Gruppierung oder politische Strömung macht, sondern aus Überzeugung.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Für sich selber!)

Ich gehe davon aus, dass das ebenfalls für die anderen Mitglieder des Sachverständigenrats - einige kenne ich auch - gilt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der FDP)

Das sieht man nicht zuletzt daran, dass der Sachverständigenrat im neuesten Gutachten seine Position, zumindest bei konjunkturpolitischen Fragen, geändert hat; das hat der Kollege Schultz gerade schon gesagt. Der Sachverständigenrat fordert jetzt fiskalpolitische Maßnahmen und eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik durch öffentliche Investitionen in Höhe von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also 25 Milliarden Euro, die zumindest zum Teil durch eine höhere Neuverschuldung finanziert werden sollen. Diese Forderungen gehen sehr in Richtung dessen, was die Linkspartei konjunkturpolitisch vertritt. Okay, es geht wahrscheinlich nicht weit genug. Es ist eher die Position der Grünen, die da vertreten wird. Aber was denken Sie, Herr Ernst: Wer hat denn jetzt den Sachverständigenrat beeinflusst? Ich kann Ihnen sagen: die grüne Bundestagsfraktion sicherlich nicht.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das ist gar nicht die Frage, Kollege!)

- Sie unterstellen aber doch, dass der Herr Rürup bestimmte Positionen vertritt, weil er mit der Versicherungswirtschaft zusammenarbeitet.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schneider?

(Jörg van Essen [FDP]: Keine Zwischenfragen mehr, Frau Präsidentin! - Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN):

Ich habe jetzt nur noch einen Aspekt vorzutragen. Dabei gehe ich auch auf die Frage ein, die der Kollege vermutlich stellen will. Er kann dann ja noch eine Kurzintervention machen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Die brauchen wir auch nicht!)

Der Sachverständigenrat bestimmt seine Positionen nach meiner festen Überzeugung danach, was er ökonomisch für richtig hält, wobei ökonomische Theorien, Kenntnisse, aber natürlich immer auch Ideologien - dessen sollte man sich bewusst sein; das sage ich einmal den Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite - eine Rolle spielen. Dennoch bin ich der Auffassung, dass

es völlig überzogen ist, zu fordern, dass die Wirtschaftsweisen denselben Regeln wie Abgeordnete unterworfen werden.

Die fünf Wirtschaftsweisen sind Gott sei dank keine Wirtschaftsregierung und auch keine Abgeordneten, sondern ein Sachverständigenrat. Sie sind unabhängige Wissenschaftler, die sich der Wissenschaft verpflichtet fühlen. Sie müssen - darauf wurde schon hingewiesen - bereits heute als Beamte gegenüber ihrem Arbeitgeber, der Universität, ihre Nebeneinkünfte offenlegen. Sie sind also bekannt. Insofern obliegt die Prüfung der Unabhängigkeit der Professoren der Universität. Das ist gut so und reicht nach unserer Auffassung völlig aus. Insofern ist der Gesetzentwurf überflüssig. Wir werden dagegen stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Zu einer Kurzintervention gebe ich das Wort dem Kollegen Schneider.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):  
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute war mehrfach zu hören, wie unbedenklich all das ist, was Herr Rürup tut, und welche Begeisterung in Bezug auf seine Person herrscht. Er hat fast einen Heiligenschein verliehen bekommen.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang auf eines hinweisen, was mich als rentenpolitischen Sprecher meiner Fraktion sehr berührt hat. Mir ist auf einmal aufgefallen, dass Herr Rürup - es war übrigens noch nicht die Rede davon, dass er wechselt - Riester-Produkte eines ganz bestimmten Anbieters empfohlen hat, nämlich Swiss Life. Ich war darüber etwas erstaunt, weil dieser Anbieter weder von Finanztest noch von Öko-Test, die regelmäßig die Riester-Produkte testen, in irgendeiner Form herausgehoben genannt wurde.

Als dann die Mitteilung kam, dass Herr Rürup zu AWD wechselt, habe ich mich nicht mehr gewundert, weil nämlich der Hauptanteilseigner von AWD Swiss Life ist. Diese Zusammenhänge machen mich etwas skeptisch. Insofern kann ich Ihr unendliches Vertrauen in Herrn Rürup wahrhaftig so nicht teilen.

Auch dass er als edle Geste am 31. März ausscheidet, weil er ab 1. April für AWD arbeitet, kann ich nicht nachvollziehen. Eine wirklich edle Geste wäre es gewesen, sofort zurückzutreten, weil er wegen seiner Tätigkeit für AWD nicht mehr unabhängig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Herr Kollege Strengmann-Kuhn, Sie können antworten.  
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, ich antworte ganz kurz: Es geht nicht um einen Heiligenschein, sondern darum, dass der Mensch nicht in eine bestimmte Ecke gestellt werden soll. Ich bin weiß Gott nicht immer einer Meinung mit Bert Rürup, aber es geht darum, sich mit ihm und dem Sachverständigenrat inhaltlich auseinanderzusetzen, statt ihm irgendetwas zu unterstellen.

Es geht hierbei um objektive wissenschaftliche Positionen. Mit diesen kann man sich auseinandersetzen, genauso wie ich mich mit Herrn Schui auseinandersetze. Ihm unterstelle ich auch nicht irgendetwas. Darum geht es, nicht um einen Heiligenschein.

(Beifall beim BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes der Fraktion Die Linke zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/10507, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/8980 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir sind am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 17. Dezember 2008, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Besucherinnen und Besuchern auf der Tribüne ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

</ text >

< text 16195 >

Damit rufe ich die Frage 32 des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele auf:

Welche Auflagen gemäß § 5 Abs. 2 bis 4 der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung, FMStFV - insbesondere zu Vergütungshöhe, Abfindungen, Boni und anderen Vergütungsteilen von Organmitgliedern sowie zu Beschränkungen und Gestaltungen der Geschäftstätigkeit -, hat die Bundesregierung nach ihren eigenen dahin gehenden Ankündigungen - „höchstens 500 000 Euro“; vergleiche taz, 21. Oktober 2008 - konkret denjenigen 15 Banken auferlegt bzw. wird dies tun, die seither staatliche Garantien sowie Eigenkapitalhilfen beantragten (vergleiche Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 2008), und ist die Bundesregierung gewillt, nach ihrer ablehnenden Antwort auf meine entsprechende Frage in der Fragestunde des Bundestages am 12. November 2008 (Plenarprotokoll 16/186, Seite 19924 D) nun zu beachten, dass derlei Auskünfte gemäß § 10 a Abs. 2 Satz 1 FMStFG keineswegs ausschließlich dem SoFFin-Kontrollgremium des Bundestages zustehen, sondern die gesetzlichen Kontrollrechte aller Abgeordneten und sonstigen Ausschüsse uneingeschränkt bestehen bleiben, zumal die Bundesregierung zu solchen Nachfragen Anlass gibt, etwa indem sie trotz Rüge der EU-Kommission der Commerzbank zu wenig Kreditzinsen

abverlangen wollte (Handelsblatt, 9. Dezember 2008)?

Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Kollege, bislang sind Garantien gemäß § 6 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes zugunsten der Hypo Real Estate Holding AG, der HSH

Nordbank sowie der Bayern LB gewährt worden. Entsprechend sollen den Antragstellern bei Stabilisierungsmaßnahmen in Form der Garantie Auflagen gemäß § 5

Abs. 2 Nr. 1 der entsprechenden Verordnung aufgegeben werden. Auflagen zu Vergütungshöhe, Abfindungen, Boni und anderen Vergütungsteilen von Organmitgliedern sind für Garantien hingegen nicht vorgesehen.

Zu den konkreten Vertragsgestaltungen der bereits abgeschlossenen oder künftigen Stabilisierungsmaßnahmen

darf sich die Bundesregierung - insoweit bleiben

wir bei unserer Position - nur gegenüber dem eigens dafür eingerichteten Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds gemäß § 10 a des Gesetzes äußern. Dieses

Gremium ist eingerichtet worden, um die Mitglieder des Deutschen Bundestages über die konkrete Ausgestaltung

von Stabilisierungsmaßnahmen informieren zu können, ohne dabei die berechtigten Geheimhaltungsinteressen

der betroffenen Unternehmen zu verletzen. Diese Regelung des § 10 a wurde nach ausführlicher Debatte des

Gesetzgebers, also dieses Parlaments, unter Abwägung der widerstreitenden Interessen des Parlaments auf der

einen Seite und der Antragsteller auf der anderen Seite getroffen. Der verfassungsgemäße parlamentarische Informationsanspruch

ist im Übrigen selbst durch die Verfassung begrenzt, in diesem Fall durch den in

Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes gewährten Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre erste Zusatzfrage, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN):

Frau Kollegin, können Sie mir sagen, wie ich als Bundestagsabgeordneter mein Kontrollrecht gegenüber der

Bundesregierung ausüben soll, wenn ich überhaupt

keine Informationen über die Ausgestaltung der geforderten Auflagen oder Ähnliches bekomme? In dem Gesetz

steht ja nicht, dass nur dieses Gremium Informationen bekommen darf. Es heißt dort, dass dieses Gremium

Informationen bekommt und die Mitglieder dieses Gremiums zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet sind.

Also auch mir darf mein Kollege nicht mitteilen, was er dort erfahren hat. Wie kann ich dann noch meiner parlamentarischen

Pflicht - so fasse ich es jedenfalls auf - zur

Kontrolle dieser Abgabe von Garantieerklärungen in Milliardenhöhe nachkommen?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben sich wieder auf Garantieerklärungen, also Bürgschaften, bezogen. Ich

weise noch einmal darauf hin, dass dafür diese Auflagen nicht gelten. Dies wollte ich zunächst fachlich klarstellen.

Gerade Sie wissen doch, dass es auch bei anderen

Themenfeldern zur Geheimhaltung verpflichtete Gremien

gibt, die den Kontrollauftrag des gesamten Parlaments sicherstellen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es im Gesetzgebungsverfahren eine Abwägung zwischen den verschiedenen Pflichten gibt. Da wir aber grundgesetzlich auf die von mir angesprochene Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen verpflichtet sind, hat sich der Gesetzgeber - die Mehrheit dieses Parlaments - nun eben dafür entschieden, Detailinformationen, also die konkreten Vertragsgestaltungen, nach denen Sie gefragt haben, ausschließlich dem zur Geheimhaltung verpflichteten Gremium zu geben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, ich nehme einmal an, Sie stimmen mit mir darin überein, dass das Recht zur Kontrolle des Haushalts eines der wichtigsten, vielleicht das wichtigste Recht des Parlaments gegenüber einer Regierung ist. Wenn jetzt beschlossen worden ist, dass ein Betrag - ich meine den Gesamtbetrag: die Garantieerklärungen und alles andere - in mehrfacher Höhe des Bundeshaushalts vergeben werden kann, ohne dass über 90 Prozent der Abgeordneten wissen können, unter welchen Voraussetzungen Gelder vergeben werden, dann kann das Haushaltsrecht der Abgeordneten nicht mehr wahrgenommen werden. Dies unterscheidet sich grundlegend von der Kontrolle der Geheimdienste. Mir ist auch bewusst, dass die Bestimmung, die Sie ins Gesetz aufgenommen haben, zum Teil wörtlich den Bestimmungen des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste, also des PKG-Gesetzes, nachgebildet worden ist. Beim einen Fall geht es um die Kontrolle von Geheimdiensten, beim anderen Fall um das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages, das praktisch für obsolet erklärt worden ist.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, ich stimme Ihnen in keiner Weise zu.

Es geht nicht um das Haushaltsrecht. Über die Frage, wie viele Mittel insgesamt zur Verfügung gestellt werden, wird natürlich auch im Haushaltsausschuss entschieden. Aber Ihre Frage bezog sich nicht auf die Zurverfügungstellung eines bestimmten Mittelvolumens,

sondern auf die konkrete Ausgestaltung von Verträgen zwischen Unternehmen. Daraufhin habe ich Ihnen die grundgesetzliche Verpflichtung sowohl der Bundesregierung als auch des Parlaments beschrieben. Ich will in meiner dritten Antwort noch einmal darauf hinweisen, dass sich das Parlament selbst in seiner Funktion als Gesetzgeber und nicht die Bundesregierung - Sie wissen doch, wie es funktioniert - für dieses Geheimgremium entschieden hat.

</ text >

< text 16196 >

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 32 auf:  
4 Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen zu den Ergebnissen des Europäischen Rats am



11./12. Dezember 2008

32 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für die Angelegenheiten  
der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem  
Antrag der Abgeordneten Dr. Diether Dehm,  
Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von  
Lissabon aussetzen - Ein Sozialprotokoll vereinbaren  
- Drucksachen 16/8879, 16/10832 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Michael Stübgen

Michael Roth (Heringen)

Markus Löning

Dr. Diether Dehm

Rainer Steenblock

Zu der Regierungserklärung liegt ein Entschließungsantrag  
der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung  
90 Minuten vorgesehen. - Auch dazu kann ich Einvernehmen  
feststellen. Dann können wir so verfahren.

Ich erteile das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung  
dem Bundesminister des Auswärtigen,

Dr. Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des  
Auswärtigen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten  
Damen und Herren Abgeordneten! Hinter uns liegen in  
der Tat bewegte Monate. Unter der französischen Ratspräsidentschaft  
hatte Europa ganz außerordentliche Belastungen  
und Bewährungsproben zu bestehen. Ich  
glaube, wir dürfen heute mit Genugtuung und auch mit  
etwas Erleichterung sagen: Europa hat sich all diesen  
Krisen wirklich gewachsen gezeigt. „Wo aber Gefahr ist,  
wächst das Rettende auch“, wurde Hölderlin am vergangenen  
Wochenende in einer großen deutschen Tageszeitung  
zitiert. Das hätte nicht gereicht, sage ich. Als es darauf  
ankam, haben wir als Europäer gemeinsam  
gehandelt. Wir haben einig und vor allen Dingen wirksam  
gehandelt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Europäische Union hat die Waffen zum Schweigen  
gebracht, als im Sommer im Südkaukasus, gleich in  
unserer Nachbarschaft, der Krieg ausgebrochen war. Die  
EU hat eine neue Finanzarchitektur auf die internationale  
Tagesordnung gesetzt. Das war eine schnelle Reaktion  
auf die historische Krise auf den weltweiten Finanzmärkten.  
In der vergangenen Woche - darüber diskutieren wir  
heute - hat sich die Europäische Union auf dem Europäischen  
Rat auf sehr konkrete zukunftsweisende Entscheidungen  
verständigt: erstens auf ein Konjunkturpaket  
von 200 Milliarden Euro, das ein deutliches Signal  
an die Wirtschaft bedeutet, zweitens auf einen zukunftsweisenden  
Durchbruch in der Klimapolitik mit - hoffentlich  
- Signalwirkung für unsere Partner weltweit,  
drittens auf ein eindeutiges Bekenntnis zum Vertrag von  
Lissabon, der Ende 2009 in Kraft treten soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist eine gute Bilanz in wahrhaft schwieriger Zeit; darüber bin ich froh. Sie straft Gott sei Dank all jene Lügen, die der Europäischen Union schon wieder eine Eurosklerose bescheinigen wollten. Stattdessen haben sich in Europa die alten europäischen Tugenden – Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit, auch Solidarität – erneut bewährt und Europa wieder handlungsfähig gemacht. Ich darf Ihnen sagen: Ohne die mutige Führung der französischen Ratspräsidentschaft wäre das nicht möglich gewesen. Unseren französischen Freunden sagen wir deshalb an dieser Stelle Dank für die Arbeit in schwierigstem Gelände. Ich finde, das verdient auch Anerkennung in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, vom Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember geht eine klare Botschaft aus. Mit der Verständigung auf ein europäisches Programm zur Belebung der Konjunktur hat Europa sich seiner Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung gestellt. Wir haben früh darauf hingewiesen: Diese Verantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten, aber gleichzeitig auch auf der europäischen Ebene. Das gehört zur Logik eines offenen europäischen Binnenmarktes. Abstimmung, Koordinierung und, wo immer möglich, gemeinsames Vorgehen liegen auch im Interesse der Mitgliedstaaten, gerade bei der Bekämpfung der Krise, in der wir uns zurzeit befinden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 1,5 Prozent des EU-weiten Bruttoinlandsproduktes ist aus meiner Sicht ein starkes Signal. Die Botschaft lautet: Die Staaten Europas werden sich gemeinsam mit aller Kraft gegen den Abschwung stemmen und Arbeit erhalten, wo immer das möglich ist. Es ist gut für uns, dass sich alle in Europa darüber einig sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Brüsseler Konjunkturprogramm enthält auf nationaler und auf europäischer Ebene Instrumente, die sich gegenseitig ergänzen werden und sollen. Ich darf Ihnen nach den Diskussionen der vergangenen Woche sagen: Bei den nationalen Maßnahmen steht Deutschland in Europa bisher gut da. Noch nicht einmal die Hälfte der Mitgliedstaaten hat vergleichbare Maßnahmenpakete, wie wir sie in diesem Hohen Hause in den vergangenen Wochen beschlossen und verabschiedet haben, auf den Weg gebracht. Gleichwohl – das ist verständlich angesichts der Wirtschaftsdaten, denen wir entgegensehen – tobt natürlich auch in Deutschland eine Debatte darüber, ob in der Krise genügend nationale Gegenwehr gegeben ist. Die Zahl der Vorschläge – Sie erkennen das auch – wird nach und nach unüberschaubarer. Wir wissen, meine Damen und Herren, wenn Konjunktur und Beschäftigung massiv einbrechen, dann werden wir gegebenenfalls neu entscheiden müssen, um Arbeitsplätze zu schützen und Jobs zu erhalten. Wir werden dabei kraftvoll und – so darf ich Ihnen versprechen –

auch überlegt handeln. Wir werden wirksame Maßnahmen ergreifen, die konkret und langfristig zugleich sind. Darauf kommt es nämlich an.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wirksam können Konjunkturprogramme nur dann sein, wenn wir in Europa gemeinsam handeln, wenn Europa und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in dieselbe Richtung marschieren. Ich glaube, dass wir nur so eine Konjunkturkrise wirklich abfedern können. Deshalb müssen wir in Europa ein Dreifaches gemeinsam tun: Beschäftigung sichern, Infrastruktur ausbauen und Zukunftstechnologien fördern. Das Programm, das wir gerade in Brüssel beschlossen haben, greift viele unserer Vorschläge auf. Ich finde, das ist keine schlechte Auszeichnung für uns in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein wichtiger Punkt für mich ist: Wir müssen stärker in Energieeffizienz und auch in die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Gebiete investieren. Wir dürfen diese Gebiete nicht abhängen, auch nicht bei uns in Deutschland. Wir brauchen auch im ländlichen Raum eine technische Infrastruktur. Breitbandnetze sind Lebensadern für Modernisierung, Wachstum und Innovation in den ländlichen Räumen. Sie wissen aus Ihren Wahlkreisen, dass das Vorhandensein von Breitbandnetzen mittlerweile auch ein Gesichtspunkt für mögliche Ansiedlungen ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir das auch von europäischer Ebene aus auf den Weg bringen, dass wir bürokratische Hemmnisse beseitigen und dass wir den Ausbau auch fördern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein zweiter Punkt, den ich herausstellen möchte, ist die Ausweitung der Kredite der Europäischen Investitionsbank zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch das hatten wir von deutscher Seite bereits früher angeregt. In letzter Zeit haben wir auch in Deutschland oft gehört, dass Kredite so etwas wie der Blutkreislauf der Wirtschaft sind. Das ist ein gutes Bild. Wenn dies zutrifft, dann brauchen viele Betriebe gerade jetzt in der Krise eine Blutzufuhr, damit sie innovativ bleiben. Wir dürfen den Kreislaufkollaps nicht zulassen. Ich finde, die europäischen Beschlüsse, aus denen ich gerade zitiert habe, sind eine gute Hilfe, um genau dies zu verhindern. Deshalb sind es gute Beschlüsse.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mehr Investitionen und Beschäftigung versprechen wir uns im Übrigen auch von einfacheren Beihilfe- und Ausschreibungsverfahren. Bisher werden Beihilfen ab 200 000 Euro in Brüssel geprüft. Künftig werden Beihilfen erst ab einem Betrag von 500 000 Euro geprüft. Das bedeutet mehr Planungssicherheit für viele Vorhaben, die in dem Umfang bisher nicht gegeben war. Hinzu kommt, dass die Ausschreibungsfrist bei Großprojekten von derzeit 87 auf künftig 30 Tage verkürzt wird. Auch damit gewinnen Unternehmen wertvolle Zeit. Deshalb ist dies ein guter Beschluss aus der vergangenen Woche.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Nicht zuletzt werden auch der Europäische Sozialfonds und andere europäische Instrumente - wie wir es gefordert haben - noch einmal daraufhin durchforstet,

wie Beschäftigung gesichert und wie die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert werden kann. Eine der Lösungen, die wir im Vorfeld diskutiert haben, war: Wenn kleine Unternehmen einen Arbeitslosen einstellen, dann können künftig Lohnnebenkosten unter Zurückgreifen auf europäische Mittel – auch ESF-Mittel – befristet übernommen werden. Ich finde, wenn Europa für die Menschen Gestalt annehmen soll, dann müssen wir an solchen lebensnahen Lösungen mehr arbeiten als bisher. Davon werden wir alle profitieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Alle diese Maßnahmen entsprechen einer Prämisse, die wir auch für uns gelten lassen: Vorfahrt für Arbeit. Darum geht es uns. Das müssen wir auf der nationalen und der europäischen Ebene umsetzen, damit wir die Rezession so gut wie nur irgend möglich abpuffern. Ich habe an anderer Stelle gesagt: 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden. Das müssen wir mit unseren Möglichkeiten so gut wie möglich verhindern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Beschlüsse des Europäischen Rates – auch das haben Sie gesehen – geben den nationalen Mitgliedstaaten Möglichkeiten, je nach den unterschiedlichen Bedingungen ergänzende, weiter gehende Maßnahmen zu ergreifen. Man kann – das ist mittlerweile Allgemeingut – die Mitgliedstaaten der EU nicht über einen Kamm scheren. Die Volkswirtschaften haben eine unterschiedliche Struktur, und von dieser Vielfalt haben wir in Europa sogar ganz gut gelebt. Was zur Bewältigung der Krise etwa in der britischen Dienstleistungs- und Finanzdienstleistungswirtschaft hilft, das muss noch keine Hilfe für eine aus guten Gründen nach wie vor – wir sind froh darüber – industriell geprägte deutsche Volkswirtschaft sein. Deshalb war es klug, dass wir nicht alles über einen Kamm geschert haben, uns nicht auf einige wenige Instrumente verständigt haben, sondern weiterhin von der Anwendung eines Instrumentenkastens ausgehen.

Wo einheitliches Handeln nicht zwingend und sogar untauglich ist, da stimmen wir uns über den Rahmen nationalen Handelns gemeinsam ab. Das haben wir in der vergangenen Woche getan; das werden wir auch in Zukunft tun müssen. Warum? Weil zu dem Rahmen für nationales Handeln weiterhin natürlich auch zum Beispiel der Stabilitäts- und Wachstumspakt gehört. Wir haben uns in Brüssel vonseiten der deutschen Regierung dafür starkgemacht, dass dieser Pakt nicht komplett unterlaufen und nicht gänzlich ausgehebelt wird. Dieser Pakt bietet nämlich auch für die kommende Zeit Flexibilität. Er erlaubt, wie Sie wissen, ein zeitlich befristetes Überschreiten der 3-Prozent-Verschuldungsgrenze. Klar ist aber auch – auch das ist enthalten –: Alle sind gehalten, die Verschuldung unverzüglich zurückzuführen und für ausgeglichene Haushalte zu sorgen, sobald der nächste Aufschwung beginnt. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das zweite große Thema neben der Finanz- und Wirtschaftskrise beim Gipfel war natürlich das Klimapakete. Auch bei der Klimakonferenz in Posen oder anderswo – überall zweifelte man, ob die Europäische Union ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele bei der ersten Gelegenheit,

wenn es denn passt, gleich wieder in die europäische Schublade zurücklegt. Es klingt in der Tat nicht ganz mutlos, was wir uns vorgenommen haben. Bis 2020 wollen wir in Europa 20 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 haben. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 Prozent steigern. Dann gab es tatsächlich welche - Unternehmen, Staaten und auch manche aus der Politik, wie ich Ihnen sagen kann -, die natürlich die Gunst der Stunde nutzen und den Klimaschutz von den vorderen Rängen der politischen Tagesordnung - auch der internationalen Tagesordnung - herunterziehen und von dort verdrängen wollten. Ich sage Ihnen offen: Auch aus meiner Sicht lag in den letzten Wochen vor dem Gipfel die Verschiebung des gesamten Paketes manchmal näher als die Möglichkeit, sich noch vor Weihnachten auf einen gemeinsamen Kompromiss zu verständigen.

Nach diesem Gipfel können wir aber sagen: Die EU hat Wort gehalten. Wir haben die Ziele bekräftigt und die Last konkret und verbindlich auf die EU-Staaten aufgeteilt. Ich finde, die Eckpunkte dieser Verständigung, die ich Ihnen jetzt vortragen werde, zeigen das knapp, aber auch ebenso klar:

Erstens. Wir werden einen gemeinsamen europäischen Emissionshandel einführen, der die bis dahin bestehenden nationalen Regelungen ablöst. Alle energieintensiven Unternehmen in Europa bekommen jetzt

endlich - das war notwendig - gleiche Wettbewerbsbedingungen. Zweitens. Kraftwerke, auch energieintensive Industriebetriebe dürfen jedes Jahr weniger Treibhausgase ausstoßen. Bis 2020 sinkt die Obergrenze schrittweise um 21 Prozent gegenüber 2005.

Drittens. Grundsätzlich bekommt kein Energieerzeuger in Europa Emissionsrechte geschenkt. Nur manchen Ländern in Osteuropa werden Übergangsregelungen eingeräumt, weil sie fast komplett von Strom aus alten Kohlekraftwerken abhängen.

Viertens. Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich die europäischen Mitgliedstaaten auf dem Rat zu verbindlichen Zielen verpflichtet. Wir Deutsche wollen bis 2020 18 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. 2005 waren es noch 5,8 Prozent. Auf diesem Gebiet wartet viel Arbeit und vor allen Dingen viel kluge Politik auf uns. Die wollen wir miteinander machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese vier Punkte, die ich Ihnen kurz vorgetragen habe, sind aus meiner Sicht unter Klimaschutzgesichtspunkten ganz wichtige Schritte nach vorn. Zum ersten Mal werden in einem wirklich großen Wirtschaftsraum Ziele und Deklarationen, die bisher unverbindlich waren, in Regelungen und Maßnahmen umgesetzt. Das ist ein Erfolg, den wir hier im Hause und möglichst auch außerhalb dieses Hauses nicht kleinreden sollten. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich darf hinzufügen, dass damit den Erwartungen Rechnung getragen wurde, die uns der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages im Mai 2008 vorgetragen hat. Der Bundesumweltminister hat das in der gestrigen

Sitzung des Umweltausschusses, wie ich gehört habe, ausführlich und überzeugend dargestellt. Ich danke ihm dafür.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis beweist, dass man Klimaschutz und Arbeitsplatzschutz nicht gegeneinander ausspielen muss, sondern dass es sinnvolle Verknüpfungen gibt. Ich sage hier ganz klar: Wer eine breite Akzeptanz für den Klimaschutz will, der darf diese notwendige Anstrengung nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmern durchsetzen. Nach dieser Überzeugung haben wir - ich zähle auf Ihr Verständnis - auch auf diesem EU-Gipfel gehandelt. Zur Wahrheit gehört auch, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleiben muss. Wir brauchen produzierende Betriebe. Mit Dienstleistungen allein - das wissen Sie - können wir unseren Wohlstand nicht sichern. Deshalb - das ist der Grund, meine Damen und Herren - haben wir Regeln vereinbart, die die energieintensiven Betriebe in Deutschland wettbewerbsfähig halten und nicht aus dem Land treiben. Das ist für mich und für die gesamte Bundesregierung verantwortungsvolle Politik. Dafür stehen wir. Dafür haben wir auch in Brüssel gestanden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir kommen an den schwierigen Themen nicht vorbei; ich weiß das. Die Kohlekraft gehört dazu. Ich glaube aber, dass wir nur dann Standards setzen und in den noch problematischeren Regionen der Welt Vorbild bleiben können, wenn wir eine verantwortungsvolle Politik machen. Mit einem Verbot von Kohlekraftwerken, das manche fordern, werden wir in China niemanden überzeugen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Deswegen subventionieren wir sie ja auch!

Wir werden eher Kopfschütteln hervorrufen, Herr Kuhn. Wenn Kohlekraft weltweit genutzt wird - das wird auf Sicht in vielen Regionen dieser Welt so sein -, dann dürfen gerade wir als Technologietreiber - hören Sie ruhig zu - uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Ein gutes Gewissen, das manche sich davon versprechen, macht noch kein gutes Klima. Deswegen war das, glaube ich, ein richtiger Kompromiss.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mit Blick auf manche Debatten, die uns bei den Verhandlungen in Brüssel begleitet haben, muss ich sagen:

Ich verstehe manches von dem, was an Vorwürfen öffentlich gehandelt worden ist, nicht. Wie kann man denn glauben, dass eine solche Debatte, die wir in Brüssel geführt haben, in einem völlig luftleeren Raum stattfindet?

Wenn dort Regierungschefs aus 27 Staaten zusammensitzen, sprechen sie natürlich auch über alles andere, was uns gegenwärtig plagt und umgibt: über die wirtschaftliche Situation und auch über die Sicherung von Arbeitsplätzen. Was soll also der Vorwurf, dass das bei der Diskussion über Klimafragen eine Rolle spielt?

Entscheidend nach diesem Gipfel ist, dass Europa trotz dieser Diskussion - wir haben einen guten Kompromiss erzielt - weiterhin Vorreiter beim Klimaschutz bleibt. Die EU kann im nächsten Jahr die Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen zum Kioto-

Protokoll glaubwürdig beginnen. Ich sage Ihnen auch:  
Wir freuen uns über einen amerikanischen Präsidenten,  
der dem globalen Kampf gegen Erderwärmung einen  
wirklich neuen Schub gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

- Sie haben jetzt eine Sekunde zu früh geklatscht; ich  
wollte noch einen Satz hinzufügen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir klatschen gern  
noch einmal!)

Ich verfolge im Augenblick die inneramerikanische  
Diskussion. Die USA wollen - vorausgesetzt, Obama  
setzt sich mit seinen Vorstellungen durch - eine CO2-Reduzierung,  
eine Reduzierung der Treibhausgase auf den  
Stand von 1990 erreichen. Das ist vor dem Hintergrund  
der amerikanischen Diskussion sehr ehrgeizig; aber wir  
in Europa wollen weiter. Deshalb sage ich: Wir müssen  
uns angesichts dessen, was in Brüssel erreicht und bestätigt  
worden ist, nicht verstecken. Die Ziele bleiben. Wir  
sind aber weiter, weil wir sie jetzt mit Maßnahmen und  
konkreten Verabredungen unterlegt haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ob im Kampf gegen die Rezession oder beim Klimaschutz  
- überall zeigt sich, dass wir in Europa gemeinsam  
mehr schaffen als jeder für sich allein. Aber Politik  
ist eben auch Organisation. Da haben manche recht und  
viele Erfahrung. Deshalb müssen wir Europas Handlungsfähigkeit  
auf Dauer sichern. Dafür steht der Vertrag  
von Lissabon, für den wir alle gemeinsam gekämpft  
haben. Ich glaube, wir haben beim Europäischen  
Rat einen Weg gefunden, wie der Vertrag im nächsten  
Jahr hoffentlich doch noch in Kraft treten kann. Das war  
nur möglich, weil die irische Regierung Mut gezeigt und  
ein weiteres Referendum im nächsten Jahr in Aussicht  
gestellt hat. Dies begrüße ich in der Tat sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Wir jedenfalls wollen diesen Vertrag. Deshalb sind  
wir trotz mancher Kritik bereit, Irland entgegenzukommen.  
Wir werden das Prinzip „Ein Land - ein EU-Kommissar“  
nicht im Jahre 2014 abschaffen. Das ist in der  
Tat eine bedeutsame Konzession, die uns nicht einfach  
gefallen ist. Aber wir sagen: Der Vertrag selbst muss in  
Kraft treten, und zwar wie geplant. Das heißt, Nachverhandlungen  
über den Vertrag darf es nicht geben. Das ist  
gesichert. Ich bin froh darüber, dass der Weg zur Ratifizierung  
jetzt auch in Irland besritten wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss. Frieden in Europa gibt es  
nur, wenn auch Frieden um Europa herum herrscht. Wie  
schnell Situationen eskalieren, haben wir gerade in diesem  
Jahr mit einigem Schrecken im südlichen Kaukasus  
erlebt. Wir in Europa arbeiten gemeinsam dafür, dass  
sich diese oder ähnliche Situationen nicht wiederholen.  
Darum wollen wir Stabilität und Sicherheit in der östlichen  
Nachbarschaft der Europäischen Union stärken.  
Das ist eine unserer Antworten auf die Georgien-Krise.  
Das ist gelebte praktische Verantwortung. Das ist, wenn  
Sie so wollen, nachhaltige Politik im Bereich der Außenpolitik.

Konkret heißt das: Wir werden im März 2009 die europäische Nachbarschaftspolitik durch eine östliche Partnerschaft stärken. Erste Vorschläge dazu haben wir gemacht. Sie wurden von den Polen und Schweden aufgegriffen und sind in ein Konzept der Europäischen Kommission eingeflossen. Diese östliche Partnerschaft umfasst die Ukraine, Moldau und die Staaten des südlichen Kaukasus. Wenn sich die Entwicklung in Weißrussland positiv fortsetzt - ein paar Anzeichen dafür waren in den letzten Wochen zu sehen -, dann wird auch Weißrussland zu dieser östlichen Partnerschaftspolitik dazugehören können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die tschechische Präsidentschaft wird dies zu einem Schwerpunkt ihres Vorsitzes machen. Der tschechische Außenminister war gerade erst hier. Ich habe ihm versprochen, dass wir diesen Schwerpunkt von deutscher Seite aus nach Kräften unterstützen wollen. Meine Damen und Herren, nächstes Jahr wird für die Europäische Union ein wichtiges Jahr, nicht nur, weil Europawahlen anstehen. Vor uns liegt eine Zeit der Veränderungen. Wir haben jetzt die Chance, auf die Globalisierung der Märkte mit kluger gemeinsamer Politik die politische Globalisierung folgen zu lassen. Die neue Architektur der Finanzmärkte wird dabei nur ein erster Schritt sein.

Es geht aber auch darum, wie wir die verschobenen Gewichte auf der internationalen Bühne neu austarieren, wie wir möglichst viele Akteure in eine internationale Verantwortungsgemeinschaft einbeziehen und integrieren. Das muss gelingen, und das kann nur gelingen, wenn wir in Europa gerade dabei eine gemeinsame Haltung entwickeln.

Die wichtigste Antwort auf die Globalisierung lautet für unser Land immer noch Europa, nicht nur ein Europa der Märkte, sondern auch ein Europa für alle Menschen, ein Europa, das nicht nur mit feierlichen Erklärungen und Dokumenten glänzt, sondern auch richtige Antworten auf die großen Zukunftsfragen gibt. Der Europäische Rat jedenfalls hat dafür in der vergangenen Woche aus meiner Sicht ein sehr ermutigendes Signal gegeben. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch der Kollegin Renate Schmidt herzlich zu ihrem Geburtstag, den sie vor wenigen Tagen begangen hat, zu gratulieren und die guten Wünsche auf diesem Wege noch einmal öffentlich zu bekräftigen. Alles Gute!

(Beifall)

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Werner Hoyer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch vor zwei Monaten, im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat im Oktober dieses Jahres, hat die Bundesregierung jede Regierungserklärung verweigert. Dieses Mal haben wir schon zwei Regierungserklärungen gehört:



Vor 14 Tagen hat uns die Kanzlerin einen Ausblick auf den letzten Europäischen Rat gegeben, heute durfte der Außenminister zwecks koalitionspolitischer Ausbalancierung einen Rückblick wagen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Oppositionsgemäkel!)

Wir sind froh darüber. Denn das gibt uns die Gelegenheit, Themen zu debattieren, die in Brüssel behandelt worden sind und die weiß Gott sehr, sehr wichtig sind. Die Lage ist in der Tat sehr ernst. Ich bin kein Schwarzmalerei, sondern eher struktureller Optimist; aber ich weiß, dass die Politik ganz leicht Vertrauen verspielen kann, wenn der Eindruck entsteht, es werde Realitätsverweigerung betrieben.

Noch im September dieses Jahres hat die Bundesregierung alle Anzeichen für eine Finanz- und Wirtschaftskrise geleugnet, obwohl sich die Rezession schon damals deutlich abzeichnete. Selbst der Begriff „Rezession“ ist noch vor zwei Monaten bestritten worden. Wir können froh sein, dass die Stimmung im Lande zurzeit besser ist als die Lage; das ist übrigens ein Befund, der mit unserem Nationalcharakter eigentlich kaum in Einklang zu bringen ist. Die Konsumnachfrage ist gegenwärtig die Hauptstütze der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage; auch das ist in Deutschland nicht gerade oft der Fall.

Politik muss über den Tag hinaus denken und vorbereitet sein. Manchmal hat man allerdings den Eindruck, dass der eine Teil der Mannschaft des deutschen Kreuzfahrtschiffes noch auf dem Sonnendeck die Stühle sortiert, während der andere Teil unten bereits schuftet, um die größten Lecks abzudichten. In dieser Situation muss Europa handeln. Europa ist ja ebenso wie der Euro ein Pfund, mit dem wir heute wuchern können, im Gegensatz zur Situation vor 80 Jahren.

Wo aber steht Europa, wo steht die Europäische Union, und wo steht Deutschland in der Europäischen Union? Im Jahre 2009 wird es die EU nicht leicht haben. Die Kommission wird neu zu bestimmen sein; das Parlament wird gewählt; von der tschechischen Präsidentschaft erwarte ich, ehrlich gesagt, nicht unbedingt den ganz großen integrationspolitischen Elan, und die Zukunft des Lissabon-Vertrages steht in den Sternen. Ich hoffe, dass an Ihrem Optimismus bezüglich des zweiten Referendums in Irland mehr als nur Wunschdenken dran ist.

Es wird also ganz besonders auf die Mitgliedstaaten ankommen, und das heißt, ganz besonders auf die größte Volkswirtschaft, also auf Deutschland. Deutschland hat in der Geschichte der Europäischen Union stets die Lokomotive gemacht, und der deutsche Regierungschef war immer im Führerhaus dieser Lokomotive. Aber als sich zur Vorbereitung dieses Gipfels Premier Brown, Staatspräsident Sarkozy und Kommissionspräsident Barroso trafen, war die Bundeskanzlerin 800 Kilometer entfernt. Das ist ein ziemlich unglaublicher Vorgang.

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig hat es an Belehrungen und Beschimpfungen unserer Partner durch den Bundesfinanzminister nicht gefehlt. So muss man sich nicht wundern, wenn man auf der Bühne der Europapolitik plötzlich im Abseits

steht oder sogar die Rolle des Buhmanns zugewiesen bekommt. Zumindst bei unseren Partnern ist der Eindruck eines unsolidarischen und kraftlosen Deutschland entstanden. Die Meinungsführerschaft haben längst andere übernommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Dabei stimme ich dem Finanzminister in einigen wesentlichen Punkten ja durchaus zu. Er warnt zum Beispiel davor, Geld zu sehr mit der Gießkanne zu verteilen. Das ist nie gut. Im Gegenteil: Wir sollten uns all denen entgegenstellen, die die Krise nutzen wollen, um endlich den Staatsanteil am Sozialprodukt wieder nach oben zu treiben. Wir sollten uns denen entgegenstellen, die das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes endgültig über Bord gehen lassen wollen, denen, die den Stabilitätspakt sowieso am liebsten loswerden wollen, denen, die der Meinung sind, Politiker und Beamte seien ohnehin die besseren Unternehmer und Banker, oder denen, denen angesichts der großen Krise der ordnungspolitische Kompass völlig abhanden zu kommen droht.

(Beifall bei der FDP)

Nein, ein rationales und entschlossenes Handeln ist sowohl bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen - gewissermaßen der Leitplanken, mit deren Hilfe unsere soziale Marktwirtschaft wieder wetterfest gemacht werden muss -, als auch bei der Bekämpfung der Nachfrageschwäche gefragt, die im nächsten Jahr gefährliche Dimensionen annehmen wird.

Schauen wir uns die einzelnen Elemente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an:

Erstens. Die Auslandsnachfrage wird erheblich in Schwierigkeiten geraten. Das war immer die Stütze der deutschen Konjunktur. Hier besteht die Gefahr, dass die Lehren aus der Krise von vor 80 Jahren eben nicht gezogen werden und den Versuchungen des Protektionismus von einigen wieder nicht widerstanden wird. Hier müssen Berlin und Brüssel ohne Wenn und Aber in der Freihandelsspur bleiben. Niemand würde sonst so viel Schaden wie Deutschland nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Staatsnachfrage. Hier kann und muss der Staat handeln. Entscheidend ist dabei, dass damit zugleich Strukturschwächen entgegengewirkt und Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Das heißt, neben der Verbesserung der Infrastruktur - übrigens nicht nur durch Geld, sondern auch durch Bürokratieabbau - geht es insbesondere auch darum, dass in den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft und Umwelt geklotzt werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Drittens: Investitionsnachfrage. Hier geht es darum, diese nicht völlig absaufen zu lassen. Das ist nicht gerade leicht, wenn man schon in der Keynes'schen Liquiditätsfalle angekommen ist. Durch die Geldmengensteuerung kann dann nicht mehr viel geholfen werden, vor allem dann nicht, wenn die Banken ihre Liquidität lieber über Nacht bei der Zentralbank parken und sogar Bilanzverkürzung betreiben als Mittelstandskredite zu vergeben.

Ich habe übrigens die Sorge, dass die Volkswirtschaft

durchaus auch in Liquidität ersaufen kann. Das heißt, dass man die Liquidität eines Tages auch wieder wird abschöpfen müssen;

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Was ist das denn?)

denn sonst wäre es geradezu vorprogrammiert, dass eines Tages auf die jetzt zu befürchtende Deflation später eine schwere Inflation folgen würde.

(Beifall bei der FDP)

Hier zeigt sich, dass es ein Fehler gewesen ist, beim Bankenrettungsschirm nicht alle Institute in die Pflicht zu nehmen. Deswegen bleibt die steuerliche Entlastung des Mittelstandes die wichtigste Stellschraube.

(Beifall bei der FDP)

Viertens: Konsumnachfrage. Hier gilt erst recht, dass eine steuerliche Entlastung das Gebot der Stunde ist. Noch wird konsumiert; Weihnachtsstimmung und jetzt zufließende Lohnerhöhungen tragen dazu bei. Aber vertun wir uns nicht: Anfang des neuen Jahres wird die Sorge um die Arbeitsplätze mehr und mehr um sich greifen, und die Leute werden mit Grausen feststellen, wie viel von dem Mehr an Brutto durch die kalte Progression und die Sozialabgaben weggefressen wird. Mehr Netto vom Brutto ist jetzt das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich kommen Sie jetzt mit dem Argument, dass all das die Verschuldungssituation verschärft. Stimmt! Anfang des nächsten Jahres wird diese Bundesregierung die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen, um überhaupt verfassungsrechtlich und europarechtlich noch über die Runden zu kommen. Es rächt sich eben jetzt, dass diese Regierung der Großen Koalition in ihren vier Jahren trotz 160 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, also in den fetten Jahren, nichts auf die hohe Kante gelegt, sondern die Staatsverschuldung noch erhöht hat.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen kann es nicht sein, dass die Bundesregierung zögerlich handelt, dass sie die Abfolge ihrer Maßnahmen von wahltaktischen Erwägungen abhängig macht. Sie handelt nicht dann, wenn es erforderlich ist, sondern dann, wenn es wahltaktisch passt. Das ist unverantwortlich. Schnelle, breit angelegte Steuerentlastungen vor allem für kleinere und mittlere Einkommen sind jetzt in dieser Situation das richtige Signal und, nebenbei bemerkt, das richtige Signal an unsere Partner in der Europäischen Union.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie wollen ja nicht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Michael Stübgen ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns am Ende einer in jeder Beziehung bemerkenswerten Ratspräsidentschaft Frankreichs, bei der schon die Person des Ratspräsidenten Sarkozy versprochen hat, dass es eine spannende Zeit wird.

Diese Ratspräsidentschaft war allerdings auch noch durch äußere Einflüsse geprägt, die von uns nicht gesteuert werden konnten und sie in besonderer Weise schwierig machten, sodass sie über weite Zeiträume eine reine Krisenpräsidentschaft war. So hatte die französische Ratspräsidentschaft von Anfang an mit dem ungelösten Problem des gescheiterten irischen Referendums zu tun. Hinzu kamen die Georgien-Krise und die internationale Finanzkrise.

Ein Vorhaben der französischen Ratspräsidentschaft, das von uns unterstützt wurde, war, dass das, was unter für den Einstieg in die aktive Klimapolitik der Europäischen Union beschlossen worden ist, jetzt in den schwierigen Details mit klaren Vorgaben für die Industrie festgelegt und umgesetzt wird. All das sind extrem schwierige Dinge. Am Ende dieser Ratspräsidentschaft kann man feststellen, dass die französische Ratspräsidentschaft erfolgreich war. Der französischen Regierung gebührt dafür unser Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei ist gerade zum Ende dieser Präsidentschaft ein Phänomen für mich besonders bemerkenswert: Am Ende hat die französische Ratspräsidentschaft letztlich das umsetzen müssen, was die deutsche Ratspräsidentschaft vorgegeben hat. Ich will hier an die Frage des Lissabon-Vertrages erinnern. Nur durch das Agieren der deutschen Bundesregierung und von Bundeskanzlerin Angela Merkel war es möglich, den gescheiterten Verfassungsvertrag als Lissabon-Vertrag wieder auf die Schiene zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war nicht geplant, dass wir uns noch damit beschäftigen. Aber es war Frankreich möglich, einen Zeitplan festzulegen, wie wir eine klare Chance eröffnen können, um am Ende des nächsten Jahres den Lissabon-Vertrag doch zu implementieren.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Es war auch die Fortführung der deutschen Ratspräsidentschaft, beim Klimapakete zu klaren Beschlüssen zu kommen. Hier war es – das muss man sagen – für Frankreich noch etwas schwieriger; denn allgemeine Ziele festzulegen, wie die dreimal 20 Prozent, ist in jedem Fall leichter, als zum Beispiel eine klare Umsetzung mit klaren Belastungen zu beschließen. Auch da sind wir zum Schluss zu einem vernünftigen Kompromiss gekommen. Auch der Europäische Rat in der vergangenen Woche am 11. und 12. Dezember ist insgesamt als Erfolg zu werten.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Drei Schwerpunkte gab es auf der Tagesordnung des Europäischen Rates, wobei ich nur auf einen in besonderer Weise eingehen will. Die Frage war: Wie geht es mit dem Lissabon-Vertrag weiter? Es ist vernünftig und richtig, dass sich die irische Regierung verpflichtet hat, bis zum 31. Oktober des nächsten Jahres die Ratifizierung in ihrem Land durchzuführen. Im Gegenzug haben die Staats- und Regierungschefs der irischen Regierung Garantien gegeben, um den irischen Bedenken Rechnung zu tragen. Ich glaube, es ist in der Tat nicht besonders

gut, die Zahl der Kommissare letztlich doch wieder bei 27 bzw. 28 in der nächsten Legislaturperiode zu belassen. Sie alle wissen, dass wir richtigerweise die Forderung vertreten haben, die Zahl der Kommissare so zu reduzieren, dass die Kommission in Zukunft in der Lage ist, eine Art Regierung mit verschiedenen Ressorts zu bilden. Das ist nämlich mit 27, 28 oder mehr Kommissaren nur bedingt möglich. Wir haben zum Beispiel jetzt einen Kommissar, der für das bemerkenswerte Thema Sprachenvielfalt zuständig ist, aber letztlich in der Frage nichts erreicht hat.

Ich glaube, wir müssen dafür sorgen, dass die Europäische Kommission intern zu Strukturen kommt, in denen nicht wie bisher jeder Kommissar für bestimmte Bereiche zuständig ist; vielmehr müssen die Zuständigkeiten gestrafft werden, sodass wir auch bei Kommissaren, die keine direkte oder sozusagen eine untergeordnete Zuständigkeit haben, zu einer klaren Regierungsstruktur kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube auch, dass die Beschlüsse zum Konjunkturpaket der Europäischen Union sehr wichtig waren.

Dabei ist in besonderer Weise hervorzuheben, dass es eine Reihe von Erleichterungen geben wird, zum Beispiel die Erweiterung der sogenannten De-minimis-Regelung, die Verkürzung der Ausschreibungsfristen für Infrastrukturprojekte und – das muss noch umgesetzt werden – die Erhöhung des Volumens, ab dem eine europaweite Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge gegeben ist, und zwar von 5 Millionen auf 10 Millionen Euro.

Ich will ausdrücklich Bundeskanzlerin Angela Merkel danken: dass sie in dieser Frage trotz Kritik und Anfeindungen einen klaren Kurs gehalten und verhindert hat, dass der Europäische Rat in finanzpolitischem Aktionismus alles Mögliche beschließt, nur weil das vielleicht gerade populär ist, und dass die Finanzielle Vorausschau ausgeweitet wird. Angela Merkels Position war zwar über weite Strecken unpopulär, aber extrem wichtig. Ich glaube, es ist richtig – das ist der deutschen Bundesregierung zu verdanken –, dass sich der Europäische Rat darauf einigen konnte, den Umfang des Konjunkturpakets auf 1,5 Prozent des europäischen Bruttosozialproduktes zu begrenzen, dass der europäische Anteil daran knapp ein Siebtel beträgt und dass nicht von vornherein eine Ausweitung der Finanziellen Vorausschau angestrebt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Am strittigsten – das war zu erwarten – war die Diskussion um das Klimapaket. Bei aller Kritik, die von allen Seiten vorgetragen wird, muss man einige grundsätzliche Punkte festhalten. Die Europäische Union ist in der Tat – das war unser Ziel, und es ist auch notwendig – die erste Völkergemeinschaft, die aktiv in den Klimaschutz einsteigt und dies auch umsetzt. Aber bei der konkreten Umsetzung musste von Anfang an beachtet werden, dass es in den europäischen Mitgliedsländern höchst unterschiedliche Industriestrukturen und Energieerzeugungsstrukturen gibt. Bedauerlicherweise haben die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinien zum Klimapaket darauf nicht ausreichend Rücksicht genommen

und waren insofern untauglich.

Es bringt letztlich nichts, wenn wir Belastungen für die Industrie beschließen, die sie gar nicht bewältigen kann, selbst wenn sie dazu bereit ist, und das zum Zusammenbruch und zur Abwanderung industrieller Strukturen führt. Das schädigt Europa, und es nützt nicht einmal dem Klima. Denn wenn die Produktion in andere Länder verlagert wird, in denen es keine entsprechenden Auflagen gibt, dann schadet dies dem Klima.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass der gefundene Kompromiss vernünftig ist. Es war eine sehr schwierige Gratwanderung, und es war klar, dass Deutschland in dieser Diskussion gleich zweifach in einer schwierigen Situation ist. Zum einen haben wir eine Industriestruktur, die in der Europäischen Union ihresgleichen sucht. Sie ist obendrein noch stark exportabhängig. Das heißt, sie steht im internationalen Wettbewerb mit Ländern, in denen es noch keine Klimaschutzvorgaben gibt. Zum anderen haben wir in Deutschland eine Energieerzeugungsstruktur, die sehr stark – zu über 40 Prozent – auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruht. Auch hierbei bringt es nichts – wenn wir zu Ergebnissen kommen wollen –, ab 2013 sozusagen einen Schnitt zu machen und zu einem Knockout der bisher sehr erfolgreichen und auch technisch sehr fortschrittlichen und innovativen Energieproduktion in Deutschland zu kommen.

Ich glaube, dass die Ausnahmen für exportabhängige Industrien, die durch die Einführung der Auktionierung besonders betroffen sind, richtig und ausreichend sind. Wichtig ist auch, dass die sogenannte indirekte Carbon Leakage auch durch die Kommission so berücksichtigt wird, dass wir auf nationaler Ebene in der Lage sind, Industriebetriebe, die zwar nicht direkt durch die Auktionierung von Emissionszertifikaten betroffen, aber durch einen im Verhältnis zu ihrer Bruttowertschöpfung hohen Stromverbrauch belastet sind, zu entlasten. Auch hier ist es wichtig, zu wissen: Es bringt niemandem etwas, wenn diese Industrie Deutschland verlässt und an das andere Ende der Welt geht.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf die Frage der Energieerzeugung eingehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das wird allerdings schwierig.

(Heiterkeit)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Dann wird einer meiner nachfolgenden Redner noch ausreichend darauf eingehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sehr schön. Ich habe übrigens den begründeten Eindruck, Herr Kollege, dass dieser Schluss den meisten Kollegen mindestens so gut wie das gefallen hat, was Sie eigentlich noch vortragen wollten.

(Heiterkeit)

Das Wort erhält nun der Kollege Oskar Lafontaine für die Fraktion die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: Der Antieuropäer!)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stimme dem Bundesminister des Auswärtigen

zu: Europa stand in den letzten Monaten vor großen Herausforderungen.

Das ist überhaupt nicht zu bestreiten.

Ich stimme ihm auch darin zu, dass wir Veranlassung haben,

dem französischen Präsidenten für seine Amtsführung

in den letzten Monaten zu danken; denn er hat in

dieser schwierigen Situation eines sofort erkannt: Auf

diese Herausforderung kann man nicht durch nationalstaatliches

Handeln reagieren, vielmehr muss man gemeinsame

europäische Antworten finden. Dass er dies

erkannt und durchzusetzen versucht hat, dafür gebührt

ihm nach unserer Auffassung Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundesaußenminister hat vorgetragen, es sei gut,

dass sich in Europa alle einig sind. An dieser Aussage

bestehen berechtigte Zweifel. Es wäre schön, wenn sich

alle in Europa einig wären und man eine gemeinsame

Antwort fände. Aber festzustellen ist, dass es in Europa

sehr unterschiedliche Auffassungen gab und dass insbesondere

die Bundesregierung diejenige war, die eine

einheitliche europäische Antwort auf die Herausforderung

eher hintertrieben denn befördert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür gibt es nun Gründe. Wenn beispielsweise die

Bundeskanzlerin in Frankreich als „Madame Non“ bezeichnet

wird, dann kommt dies nicht von ungefähr. Es

kommt schlicht und einfach daher, dass sie am Anfang,

als man versuchte, gemeinsame Antworten zu finden,

nicht bereit war, die notwendigen Kompromisse einzugehen,

und gewissermaßen zum Jagen getragen werden

musste. Insofern wäre es redlich, auch dies einmal anzumerken.

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in

Europa. Deutschland hätte eigentlich vorangehen müssen,

um eine gemeinsame Antwort zu finden, und nicht

als Blockierer dastehen dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn irgendjemand Zweifel daran hat, dass diese

Analyse richtig ist, dann erinnere ich daran, dass der

Herr Bundeswirtschaftsminister zu Beginn der Krise sagen

zu müssen meinte, ein jeder kehre vor seiner eigenen

Tür. Hätte in Europa wirklich jeder vor seiner eigenen

Tür gekehrt, dann sähe die Situation jetzt noch viel

schlechter aus. Insofern ist es gut, dass es von Anfang an

europäische Staatsmänner gab, die erkannt hatten, dass

wir gemeinsam handeln müssen, und nicht solche dummen

Sprüche absonderten, wie es hier in Deutschland

geschah.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle ist auch darauf hinzuweisen, dass es

nicht glücklich ist, wenn sich der Bundesfinanzminister

so aufführt, wie er es auf europäischer Ebene getan hat.

Wenn er beispielsweise meint, sich über Gordon Brown

lustig machen zu müssen, dann ist demgegenüber festzuhalten,

dass dieser schneller und konsequenter als diese

Bundesregierung reagiert hat. Insofern besteht für solche

Überheblichkeit überhaupt kein Anlass.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten

der FDP)

In diesem Zusammenhang hat der Bundesfinanzminister zum Ausdruck gebracht, die Mehrwertsteuersenkung in Großbritannien sei lächerlich, weil es schließlich keinen großen Unterschied mache, eine Ausgabe für 97,50 Euro anstatt für 100 Euro zu tätigen. Eine solche Auffassung kann man zwar vertreten; wenn man selbst aber vorher in Deutschland der Auffassung war, für ein paar hundert Euro Kraftfahrzeugsteuerermäßigung kauften sich alle Leute schnell ein Auto, befindet man sich nicht in einer günstigen Position, sondern dann fällt ein solcher Vorwurf zumindest auf einen selbst zurück. (Beifall bei der LINKEN und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist wahr!)

Der französische Ratspräsident hat noch einmal den von Jacques Delors stammenden Vorschlag - ich sage dies ganz bewusst - einer europäischen Wirtschaftsregierung eingeführt. Für meine Fraktion erkläre ich, dass wir diesen Vorschlag nach wie vor für richtig halten, weil dies am Anfang der europäischen Wirtschaftsunion völlig unstrittig war. Diejenigen, die die Krönungstheorie vertraten, waren zugleich der Auffassung, man brauche zunächst gemeinsame politische Organe und erst dann eine gemeinsame Währung. Man kann eine ganze Reihe von Gründen anführen, um zu einer solchen Auffassung zu kommen. Wenn man sich aber schon für den umgekehrten Weg aus sachlichen und politischen Erwägungen heraus entschieden hat, zuerst eine gemeinsame Währung einzuführen, ist es umso logischer, zu sagen: Dann müssen auch die Wirtschafts- und die Finanzpolitik sowie nach Möglichkeit die Lohnpolitik im gesamteuropäischen Raum koordiniert werden, wenn man optimale makroökonomische Ergebnisse haben will.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb begrüße ich, dass dieser Delors-Vorschlag noch einmal vom französischen Staatspräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nun hat der Bundesaußenminister gesagt - ich bedauere, dass er sich vertieft unterhält; er hat sicherlich Gründe dafür -: Gut, dass sich alle in Europa einig sind. - Ich möchte hier für meine Fraktion erklären: Es wäre gut, wenn sich alle in der Bundesregierung einig wären. Dann wären wir ein ganz großes Stück weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Was die Bundesregierung aufführt, ist nichts anderes als Affentheater. Jeder Minister hat irgendeinen anderen Vorschlag. Es ist ganz ungewöhnlich, dass eine Regierung zu einem Palaverklub denaturiert, in dem jeder andere Vorschläge in ökonomischen Fragen hat. Der eine ist für Steuersenkungen, der andere ist dagegen. Der eine ist für Konjunkturprogramme, der andere ist dagegen. Der eine sagt: Die Sozialabgaben müssen sinken. Der andere sagt etwas anderes. Die entscheidende Frage ist doch: Wie will man denn auf europäischer Bühne eine überzeugende Figur abgeben, wenn alle Mitglieder des Bundeskabinetts unterschiedliche Auffassungen in den Kernfragen haben? Das ist nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotz der Angst, die Sie davor haben, das Wort „Konjunkturprogramm“ in den Mund zu nehmen, möchte ich sagen: Sie würden allen europäischen Ländern erheblich



helfen, wenn Sie die Strukturdefizite Deutschlands beseitigten. Diese möchte ich für meine Fraktion benennen:

Erster Punkt. Jeder weiß, dass wir 1 Prozent, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, weniger für Bildung ausgeben als die anderen OECD-Staaten im Durchschnitt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Daraus wäre der einfache Schluss zu ziehen: Jawohl, wir beseitigen dieses strukturelle Defizit und geben in Zukunft 1 Prozent mehr für Bildung, Forschung und Wissenschaft aus. Es ist doch nicht so schwer, zu einem solchen Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweiter Punkt. Jeder in diesem Hause kann überprüfen, dass wir 1 Prozent weniger in die Infrastruktur investieren als die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft im Durchschnitt. Angesichts dessen ist es doch nicht so schwer, zu dem Ergebnis zu kommen:

Lasst uns in Zukunft dafür Sorge tragen, dass wir genauso viel in die Infrastruktur investieren wie die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft im Durchschnitt!

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, saldiert die 50 Milliarden Euro, von denen immer die Rede ist. Man kann das für richtig oder für falsch halten, aber diese Vorschläge sind logisch und liegen vor.

Dritter Punkt. Ein weiteres strukturelles Defizit in Deutschland stellt – darüber herrscht sicherlich keine Übereinstimmung in diesem Haus – die Lohnentwicklung dar. Wir haben einen Abfall der Lohnquote zu verzeichnen, der zumindest für die deutsche Volkswirtschaft, wenn nicht sogar für Gesamteuropa von Bedeutung ist. Ich will die Zahlen nennen. Hätten wir noch die Lohnquote des Jahres 2000, dann hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland rund 140 Milliarden Euro mehr an Bruttolöhnen. Dieses strukturelle Defizit muss man beseitigen. Daher haben wir Vorschläge betreffend Hartz IV und den Mindestlohn gemacht; denn dieses Defizit können wir uns auf Dauer nicht leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das vierte strukturelle Defizit ist das, was der Wirtschaftsweisenrat als Entstaatlichung bezeichnet.

Er hat die Entstaatlichung der letzten zehn Jahre beziffert.

Die Bundesregierung hat uns dankenswerterweise die Auskunft gegeben, dass wir dann, wenn wir die gleiche Staatsquote wie im Jahr 2000 hätten, Mehrausgaben in Höhe von 118 Milliarden Euro pro Jahr hätten. Mit anderen Worten: Erklärte die Bundesregierung nur, sie beseitigte die strukturellen Defizite, die sich über Jahre bei Bildung, Infrastruktur, Löhnen und Staatsausgaben aufgebaut haben, würden wir massiv dazu beitragen, dass Europa die richtige Antwort auf die Krise fände.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch etwas zu den infrage stehenden Programmen sagen. Natürlich muss man sich entscheiden.

Wenn der Bundesfinanzminister richtigerweise sagt:

„Die Hälfte der Haushalte zahlt keine Steuern“ – er meint natürlich die andere Hälfte der Haushalte, die Lohn- und Einkommensteuer zahlt –, dann ist das einfach nur eine statistische Feststellung. Natürlich kann man daraus die Konsequenz ziehen – wir halten das für

die falsche Antwort -: Wir helfen der Hälfte der deutschen Haushalte, die Lohn- und Einkommensteuer zahlen. Man kann zu diesem Ergebnis kommen. Dies ist aber rein makroökonomisch nicht so effizient, als wenn man der Hälfte der deutschen Haushalte hilft, die keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen, indem man ihnen mehr Einnahmen verschafft; denn diese Haushalte tragen das Geld in die Kaufhäuser. Hier haben wir die höchste Konsumrate. Das ist die Antwort, die wir empfehlen. (Beifall bei der LINKEN)

Nun noch eine Bemerkung zur Umwelt. Natürlich ist es richtig - wer wollte das kritisieren -, dass Sie, Herr Bundesaußenminister, Kompromisse schließen müssen. Es wäre einfach naiv, zu sagen: Um Himmels willen, ihr dürft keine Kompromisse schließen! - Natürlich kann man darüber rechten, ob das weite Entgegenkommen gegenüber der Energiewirtschaft richtig war. Eines kann man auf jeden Fall sagen: Wenn Sie hier - nach unserer Auffassung richtigerweise - den technologischen Fortschritt reklamieren und sagen, wir müssten einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien in der Zukunft erreichen, dann müssen wir im Inland die technischen und strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen. Das heißt für uns: gesamtstaatliche Verantwortung für die Netze und Dezentralisierung der Energieversorgung; sonst werden wir die hehren Ziele, was die erneuerbaren Energien in Deutschland angeht, nicht realisieren. (Beifall bei der LINKEN)

Eine letzte Bemerkung, auch wenn Sie das immer wieder ärgert: Wir definieren Demokratie nicht nur vom Formalen, sondern auch vom Ergebnis her. Eine demokratische Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit und nicht die Interessen der Minderheit durchsetzen. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt auch für Gesamteuropa. Deshalb zitiere ich an dieser Stelle gern Karl Arnold: Formale politische Demokratie auf der einen Seite, aber Absolutismus in der Wirtschaft, das wird und kann auf Dauer nicht funktionieren. - Wir wollen zu einem demokratischen und sozialen Europa kommen. Wir wollen an die Stelle des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte die Wirtschaftsdemokratie als gesamtgesellschaftliches Konzept setzen. (Beifall bei der LINKEN)

Ich kann auch nicht nachvollziehen, dass hier begrüßt wird, dass die Iren noch einmal abstimmen müssen. Es wäre doch ganz schön, wenn man nicht immer nur auf der Ebene der Regierungen denken würde und der irischen Regierung Komplimente dafür machen würde, dass sie bereit ist, noch einmal abstimmen zu lassen. Wir sind der Auffassung, dass Demokratie ernst zu nehmen ist. Wir alle haben in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung viel zu wenig an dem Fortschritt der europäischen Einigung teilhaben lassen. (Beifall bei der LINKEN)

Deshalb plädieren wir für Volksabstimmungen. Wir halten es für einen Fehler, immer wieder zu sagen: Wenn ihr nicht so abstimmt, wie wir wollen, dann müsst ihr halt noch einmal abstimmen. - So werden wir das demokratische und soziale Europa nicht voranbringen. Noch eine allerletzte Bemerkung: Wenn jetzt nach

dem Deutschen Gewerkschaftsbund auch die Sozialdemokratische Partei den Vorschlag macht, den wir seit längerem machen, nämlich eine soziale Fortschrittsklausel in das europäische Vertragswerk aufzunehmen, dann sollte man versuchen, vor Verabschiedung eines Vertrages eine solche Fortschrittsklausel zu verankern, damit Europa nicht nur demokratisch, sondern auch sozial wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vor zwei Wochen stand ich schon einmal hier. Damals stand die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Gipfel auf der Tagesordnung. Wir haben hier vor allen Dingen unseren Hoffnungen Ausdruck verliehen, dass die Ergebnisse des Gipfels gute sein mögen und dass die deutsche Regierung erfolgreich verhandeln möge.

Der Erfolg, den wir erzielt haben, ist nicht selbstverständlich. Wir haben in der Tat der französischen Ratspräsidentschaft zu danken, die zukunftsweisende Beschlüsse zustande gebracht hat, die zufriedenstellende Beschlüsse erreicht hat und die Einigkeit erreicht hat. Gerade das ist in Krisen und vor großen Herausforderungen unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf nur einige wenige Punkte eingehen. Gerade der Erfolg, was das Klimapaket angeht, ist keine Selbstverständlichkeit gewesen; denn viele haben versucht, sich von den ehrgeizigen Klimaschutzzielen zu verabschieden, übrigens auch in der deutschen Politik. Deswegen bin ich besonders froh, dass wir bei der 100-Prozent-Auktionierung geblieben sind.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Uli Kelber wird das sicher genauer ausführen. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, nämlich die Tatsache, dass wir in dieser Hinsicht auch die mittel- und osteuropäischen Staaten haben mitnehmen können, die im Jahr 2020 bei einer 100-prozentigen Stromauktionierung landen werden. Sie wollten aufgrund ihrer Struktur – 95 Prozent der Stromerzeugung basiert auf Kohle – weitreichende Ausnahmeregelungen erreichen. Wer dieses Land gut kennt und weiß, vor welchen großen strukturellen Veränderungen es steht – wir haben unsere eigenen Erfahrungen mit Kohleregionen –, der kann diesen Wunsch nachvollziehen. Es ist wichtig, dass wir dieses Phasing-in erreicht haben und nun über den Solidaritätsmechanismus Hilfen für Modernisierung, für Investitionen in moderne Technologien gewähren können, damit auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Fortschritt im Bereich Klimaschutz bald sichtbar werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gezeigt.

Ich bin sehr froh, dass es bei den verabredeten Maßnahmen nicht dazu gekommen ist, dass Umwelt und Arbeit gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr haben wir mit Strategien zur Bekämpfung der Rezession sowohl den „Vorrang für Arbeit“ – so hat es Frank-Walter Steinmeier in seinen neun Punkten formuliert – als auch die ökologische Innovation auf die Tagesordnung gesetzt. Das kann man an dem Investitionsprogramm festmachen, an dem sich die Europäische Investitionsbank beteiligen wird. Profitieren werden davon insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – das ist in der Tat sehr wichtig – und der Bereich „saubere Mobilität“. Das passt hervorragend zu den Maßnahmen, die wir in unser deutsches Konjunkturprogramm aufgenommen haben, und zu den Maßnahmen, die wir darüber hinaus wahrscheinlich noch verabreden werden. Das Gleiche gilt für die Investition, was die Breitbandverkabelung anbelangt. Ich freue mich, dass sogar die Formulierungen von Frank-Walter Steinmeier in dieses Investitionsprogramm aufgenommen wurden. Unser Außenminister hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir in dieser Krise nicht allein nationale Maßnahmen ergreifen können, sondern dass es hier eines ergänzenden europäischen Impulses bedarf. Das scheint mir selbstverständlich zu sein in einer Gemeinschaft, in der der Export jedes einzelnen Landes und auch unseres Landes vor allen Dingen auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist. Wenn wir weiterhin Maschinen exportieren wollen, ist es wichtig, dass auch unsere Handelspartner in der Europäischen Union gut dastehen. Deswegen brauchen wir diese verdichtete Koordinierung.

Herr Lafontaine, ich streite mich überhaupt nicht darüber, ob wir „gouvernement économique“ oder „Wirtschaftsregierung“ sagen. Sarkozy wird mit großer Sicherheit niemals gemeint haben, dass er staatliche Souveränität in einer Weise an die Europäische Union abgeben werde, dass dort eine Regierung für Wirtschaftsfragen im eigentlichen Sinne eingerichtet wird – aber es macht sehr wohl Sinn, sich hier abzustimmen und Arbeitsteilung durchzuführen –; denn ein industrielles Kernland wie Deutschland braucht andere Maßnahmen als eine überwiegend von Dienstleistungen geprägte Volkswirtschaft wie die des Vereinigten Königreiches.

(Beifall bei der SPD)

Wir diskutieren jetzt über ein weiteres Konjunkturprogramm. Herr Hoyer, die Krise ist so ernst, wie Sie sie beschrieben haben; über die weiteren Entwicklungen können wir noch nicht sehr viel Genaues sagen. Ich erwarte – das sage ich insbesondere in Richtung der FDP –, dass sich die Opposition ebenfalls an der Lösung der Probleme beteiligt und nicht nur bei kittelndem Widerstand verbleibt.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das haben wir doch wohl sehr konstruktiv getan, Frau Kollegin!)

Ich will an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, wie widersprüchlich Ihre Argumentationen sind. Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass wir hier keine kurzfristigen Feuer entfachen dürfen, indem wir Sozialabgaben senken oder Sozialtransfers erhöhen. Gleichzeitig plädieren

Sie aber für eine Steuersenkung, die vor allen Dingen den Gruppen zugutekommen würde, die eine relativ hohe Sparquote haben, weswegen vernünftigerweise gar nicht zu erwarten ist, dass die Entlastung in Konsum und Nachfrage umgemünzt wird. Insofern müssen wir in unserer Argumentation schon konsequent bleiben. Deswegen setze ich in erster Linie auf ein Investitionsprogramm, das die Kommunen darin bestärkt, ökologische Investitionen und Bildungsinvestitionen sowie solche Investitionen zu tätigen, die die Infrastruktur zum Stichwort „saubere Mobilität“ voranbringen.  
(Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort zum Lissabonner Vertrag. Wir sind froh darüber, dass die Aussichten wieder besser geworden sind, auch wenn der Preis – die Anzahl der Kommissare – hoch ist. Aber das Referendum ist noch nicht gewonnen. Ich kann langsam nicht mehr hören, Herr Lafontaine, welche Äußerungen Sie im Hinblick auf den Lissabonner Vertrag machen und mit welchen Gruppen Sie sich ins Boot begeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Murdoch und Ganley, das ist eine feine Gesellschaft, mit der zusammen Sie gegen einen Vertrag vorgehen wollen, der schneller als die Verabredung einer sozialen Fortschrittsklausel, die wir wollen, Verbesserungen für ein soziales Europa bringt. Insofern widersprechen Sie sich hier selber.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zur Rolle der französischen Ratspräsidentschaft sagen. Wenn wir die dynamische und kraftvolle Arbeit des französischen Staatspräsidenten positiv sehen, weil in einer Krise wie dem Krieg zwischen Georgien und Russland schnelles Handeln gefordert war, dürfen wir doch nicht außer Acht lassen, dass auch immer Integrationskraft nötig ist. Hier hat die deutsch-französische Zusammenarbeit eine ganz große Rolle gespielt. Das deutsch-französische Tandem hat Impulse gegeben. Das ist nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftskrise der Fall gewesen; das ist zum Beispiel auch in der Frage der Beobachtermission in Georgien, in der Frage der Untersuchungskommission der Fall gewesen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, ich darf auch Sie bitten, auf die Uhr zu achten.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Deswegen, Herr Präsident, will ich zum Abschluss nur noch sagen:

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Schade!  
Kein Inhalt!)

Die Ratspräsidentschaft wie die Europäische Union sind ein ständiger Lernprozess. Dort hat sowohl Gordon Brown dazugelernt, nämlich dass man eine Finanzmarktregulierung braucht, wie auch Präsident Sarkozy, der Toleranz gelernt hat und gelernt hat, dass in der Europäischen Union Kompromisse am Ende zu Erfolgen

führen.

Herzlichen Dank, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,  
für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Renate Künast für  
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Jetzt kommt wieder  
die Abteilung „schlechte Laune“!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss  
ehrlich sagen: Ich wundere mich

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das wundert  
mich nicht!)

über die Versuche, diesen europäischen Regierungsgipfel  
gesundzubeten. Ich habe viele Menschen getroffen,  
Herr Steinmeier, die von den Ergebnissen des europäischen  
Gipfels enttäuscht sind und die auch sagen, dass  
dieser Gipfel eine Blamage für die Bundesregierung ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Da müssen wir  
uns über Sie wundern!)

Nun ja, Frau Schwall-Düren, auch wenn Sie jetzt lächeln,

(Ulrich Kelber [SPD]: Das mit dem Lächeln  
können Sie auch mal ausprobieren!)

Sie haben erklärt, man habe beschlossen - nehmen wir  
mal einen zentralen Punkt, das Thema Klimawandel -:

20 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020. Dazu kann  
ich nur eines sagen: Was auf diesem Klimapakete draufsteht,  
ist gar nicht drin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist machtpolitisches Maulheldentum oder, unter  
Verbrauchergesichtspunkten

- das versteht ja jeder -: Es ist  
eine Luftverpackung. So groß ist die Verpackung, und so  
klein ist der Inhalt.

Mit tatkräftiger deutscher Hilfe - das muss man ja sagen

- sind große Löcher in den Emissionshandel gebohrt  
worden. 90 Prozent der Industrie werden ausgenommen,  
bekommen gar keine Anreize, in kohlestoffarme Technik  
zu investieren. Der notwendige Strukturwandel wird verschleppt.

Hier haben einige, auch von der FDP, immer  
über Wettbewerb geredet. Sie machen aber Ausnahmen  
und diskutieren über Wettbewerb und Arbeitsplätze für  
Betriebsbereiche,

(Jörg van Essen [FDP]: Zu Recht!)

zum Beispiel die Produktion von Zement, die gar keinen  
Wettbewerb zu fürchten haben, meine Damen und Herren.

Das ist doch kein mutiger Schritt, keine Brücke zu  
etwas Neuem, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern das  
ist schlicht und einfach die Unterstützung des Alten und  
die Pöppelung einzelner Industriezweige.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zwar die 100-Prozent-Versteigerung der  
Emissionsrechte an die Energieversorger in Deutschland  
erreicht, aber Sie haben auch eine Subvention für  
den Neubau von Kohlekraftwerken organisiert. Wieso  
sollen wir ihnen eigentlich, wenn wir vorwärts gehen  
sollen, noch bis zu 15 Prozent der Investitionssumme

hinterher werfen? Das Geld brauchten wir an ganz anderer Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben an anderer Stelle diese 100-Prozent-Versteigerung wieder aufgehoben, indem Sie geregelt haben, dass Mittel- und Osteuropa Zertifikate noch lange umsonst vergeben können. Was wird dort passieren, meine Damen und Herren? Am Ende werden wieder die Energieversorger aus Deutschland profitieren, zum Beispiel RWE, die dann dort Gewinne einstreichen, ohne irgendeine Leistung für die Umwelt zu erbringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Rande sei erwähnt: Der Parlamentsbeschluss „100-Prozent-Versteigerung im Energiesektor“ ist von Ihnen an der Stelle missachtet worden. Dafür haben Sie sich in Europa nicht eindeutig eingesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht die Antwort auf die Klimakrise.

Frau Merkel, Herr Steinmeier, an der Stelle kann man auch nicht behaupten, Europa habe Wort gehalten. Im Gegenteil. Was wir da gesehen haben, ist ein Kniefall vor der alten Lobby. Bei der Automobilindustrie hat man voller Freude die Sektkorken knallen lassen, und Zetsche und Wiedeking haben geweint - vor Glück und vor Freude. Sie sagen, da sei Klimaschutz drin. Wahr ist: Die deutsche Automobilindustrie muss bis 2012 überhaupt nichts tun. - Das ist doch kein Klimapaket, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einmal den Klimachefberater von Angela Merkel zitieren, Herrn Schellnhuber aus Potsdam, Leiter eines der führenden Institute. Auch er hat diese EUBeschlüsse scharf kritisiert. Er hat ganz klar gesagt: Die behaupteten Ziele Ihrer Beschlüsse werden Sie mit den vereinbarten Maßnahmen definitiv nicht erreichen. - Das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil immer alle so auf die USA schauen: Obama hat es anders gemacht.

(Eduard Lintner [CDU/CSU]: Der ist noch nicht einmal Präsident!)

Obama hätte so jemanden wie Schellnhuber, statt ihn zu düpieren, zu seinem Energieminister gemacht.

(Zurufe von der CDU/CSU)

- „Warten wir es ab!“, rufen Sie, Herr Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein! Das habe ich gar nicht gesagt!)

Wenn man, wie Obama es macht, so jemanden wie Herrn Chu, also einen, der die erneuerbaren Energien gedanklich, auch zusammen mit deutschen Wissenschaftlern, zum Beispiel Eicke Weber, entwickelt hat, zum Energieminister macht, dann ist das keine Düpierung, sondern vermittelt die Aussage: Wir folgen der modernen technologischen Entwicklung. - Das haben Sie mit den Beschlüssen nicht geschafft. Wir können nur sagen: Die Klimakanzlerin Merkel ist an der Stelle entzaubert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ulrich Kelber [SPD]: Als Erstes hat Chu die deutsche Gesetzgebung zu erneuerbaren Energien gelobt!)

- Gut, dass Sie das noch einmal sagen. Aber die deutsche Gesetzgebung zu erneuerbaren Energien, Herr Kelber, ist nicht von dieser Regierungskoalition verabschiedet worden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sondern?)

Das waren doch wohl andere Konstellationen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ulrich Kelber [SPD]: Aber wir waren dabei!)

Unter Ihrer Regierungskonstellation hat die EU die Vorreiterrolle im weltweiten Klimaschutz aufgegeben, und ich finde es bedauerlich, dass es für Entwicklungs- und Schwellenländer nicht einmal mehr einen Anreiz für Modernisierungen in den Bereichen Kohle oder Energieverbrauch gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach, Frau Künast!)

Es gibt auch keinen Grund, diesen Gipfel zu loben, weil man einfach gemerkt hat, dass diese Bundesregierung regelmäßig planlos und zögerlich ist. Andere haben hier schon erwähnt, welche wundersamen Mehrheiten Sie immer haben. Bei zehn Ministern haben Sie mindestens acht unterschiedliche Meinungen, und Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes kein Programm. Es kommt nicht von ungefähr, dass Frau Merkel in Brüssel „Madame Non“ heißt und mittlerweile alle in Europa diesen Namen übernommen haben. Es kommt nicht von ungefähr, dass Sarkozy und Brown Merkel quasi zum Jagen tragen müssen. Ich frage mich ehrlich: Womit verbringen Sie die Zeit? Sie haben am letzten Wochenende einen Analyse- und Gipfel mit den Vertretern der gesellschaftlichen Beharrungskräfte durchgeführt. Das ist ja kein Vorreitertum. Was machen Sie danach? Sie schreiten nicht etwa zur Tat, sondern Sie machen jetzt vier bis fünf Wochen Weihnachtspause. Aber die Klima- und Konjunkturkrise wird keine Weihnachtspause machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

Dann haben Sie noch die Chuzpe, Zufallstreffer in Ihr Konjunkturprogramm miteinzurechnen. Ich nenne zum Beispiel die Pendlerpauschale oder die Aussage, die Sie nach dem Treffen am Wochenende getroffen haben, dass man jetzt möglicherweise erreicht habe, dass keine betriebsbedingten Kündigungen mehr ausgesprochen werden. Wissen Sie was? Die Gewerkschaften haben längst eine über 2010 hinaus gültige Beschäftigungssicherung vereinbart. Das ist die Wahrheit. Um zu so einem Ergebnis zu kommen, hätten Sie Ihr Sonntagstreffen gar nicht gebraucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie könnten aber einmal etwas für die Leiharbeiter in dieser Gesellschaft tun.

Wo ist Ihr Programm, um Deutschland in den Industrien, die einmal unsere Leitindustrien waren - Maschinenbau, Automobilbranche, Umwelttechnologie -, wirklich nach vorne zu bringen? Da sehen wir bei Ihnen im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt nichts. Bei Ihnen bleibt alles in altem Denken stecken.



Wir bräuchten jetzt ein ökologisch-soziales Investitionsprogramm, das, Frau Schwall-Düren, mehr beinhalten muss als nur das Vorziehen von Maßnahmen, die schon planfestgestellt sind. Wir brauchen ein ehrgeiziges Programm beim Energiesparfonds. Wir brauchen jetzt wirklich Geld für die Gebäudesanierung. Wir wollen nicht, dass die chemische Industrie abwandert. Wir wollen vielmehr, dass der chemischen Industrie, die wie zum Beispiel BASF jetzt so viele Standorte schließen will, Veranlassung dazu gegeben wird, etwas Neues zu produzieren -

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- sofort -, zum Beispiel in großen Mengen das Material für die Gebäudesanierung. So erhält man Arbeitsplätze in Deutschland, so erhält man Arbeitsplätze in Europa und nicht, indem man Ausnahmeregelungen organisiert und das Alte finanziert.

Was Sie in Europa erreicht haben, stellt keine Antwort auf die Klimakrise und auch keine Antwort auf die Konjunkturkrise dar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Eduard Lintner ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eduard Lintner (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Künast, dieser europäische Gipfel hat ja nicht im luftleeren Raum stattgefunden. Sie haben überhaupt nicht die Tatsache erwähnt, dass ein wahrlich nicht leichter Hintergrund gegeben war. Ich nenne die weltweite Finanzkrise, die Verhandlungen über das Weltklima in Posen und auch die Unsicherheit hinsichtlich des Vertrags von Lissabon. All das waren Rahmenbedingungen für diesen Gipfel, all das hat ihn im Vorfeld belastet und natürlich auch die Erwartungen an die zu erzielenden Ergebnisse gesteigert. Wenn wir heute das Ergebnis unter dieser Prämisse betrachten, so wird man sagen müssen: Es war trotz dieses schwierigen Umfelds ein erstaunlich erfolgreicher Gipfel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bei den Beschlüssen zum Klimaschutz und zur Energiepolitik gefällt mir vor allem, dass die EU ihrer weltweiten Vorreiterrolle treu geblieben ist - auch das haben Sie nicht erwähnt - und wichtige Prinzipien gewahrt worden sind. Die Süddeutsche Zeitung - man beachte: keinesfalls ein unionsfreundliches Blatt - schreibt dazu, dass die Bundeskanzlerin den Gipfel zu einem persönlichen Erfolg gemacht habe, und nennt das europäische Klimapaket ausdrücklich einen „Quantensprung im globalen Lernprozess“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bemerkenswert ist auch, dass die Mitgliedstaaten zwar ihren nationalen Besonderheiten vernünftigerweise Rechnung tragen dürfen, auch wenn die damit verbundenen

Belastungen letztlich gleichmäßig verteilt werden sollen. „Letztlich“ sage ich deshalb, weil bei den Stromerzeugern in Polen und anderen osteuropäischen Mitgliedstaaten noch nachgebessert werden muss; das ist ja anerkannt worden. Deutschland muss in Zukunft darauf drängen, dass spätestens ab 2020 tatsächlich die Energiewirtschaft in allen EU-Mitgliedsländern vollständig in den Zertifikatehandel einbezogen wird. Sonst drohen unserem Wirtschaftsstandort ernste und schwere Nachteile. Positiv hervorzuheben ist auch, dass Sektoren des produzierenden Gewerbes, in denen ein besonderes Risiko von Arbeitsplatzverlusten durch Produktionsverlagerung besteht, ihre Zertifikate bis 2020 kostenlos erhalten. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zum Erhalt vor allem deutscher Arbeitsplätze und insofern ein besonders lobenswerter Erfolg der Verhandlungsstrategie unserer Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der europäischen Klima- und Energiepolitik ist die Stärkung der Energiesicherheit in Europa. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die künftige tschechische Ratspräsidentschaft am vergangenen Dienstag, also nach dem Gipfel, angekündigt hat, die Realisierung der Nabucco-Pipeline von Zentralasien nach Mitteleuropa zu einem Schwerpunkt ihres Handelns machen zu wollen. Das ist eine wichtige Entscheidung, und wir hoffen, dass sie erfolgreich umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Axel Schäfer [Bochum] [SPD])

Trotz der Finanzkrise und des aus diesem Grunde notwendigen EU-Konjunkturpakets wurden auf dem Gipfel die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bekräftigt. Den Mitgliedstaaten wurde aufgegeben, die bei der Bewältigung der Finanzkrise entstandenen Haushaltsdefizite mittelfristig wieder abzubauen. Auch dies entspricht der deutschen Position. Das gilt auch für den auf dem Gipfel sichtbar gewordenen Konsens, dass ein schnelles Gegensteuern und ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der EU notwendig sind, um volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden oder zumindest zu minimieren. Damit ist im Übrigen auch jenen Kritikern der Wind aus den Segeln genommen worden, die in den letzten Wochen immer wieder behauptet haben, die Bundesregierung stehe mit ihrer Position bezüglich einer europäischen Antwort auf die Krise isoliert da und wirke gar als Bremsen. Lassen Sie mich noch einmal die Süddeutsche Zeitung zitieren, die ausdrücklich feststellt, dass im Ratsgebäude zu Brüssel nichts davon zu merken gewesen sei, dass Deutschland isoliert sei. Das ist eine neutrale, unabhängige Stimme, die Sie, Frau Künast, offenbar nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zugleich haben die Staats- und Regierungschefs durch ihren Verweis auf die uneingeschränkte Einhaltung der geltenden sogenannten finanziellen Vorausschau der Kommission ebendieser Kommission klargemacht, dass überschüssige Haushaltsmittel an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden müssen und nicht durch Umschichtung in ein eigenes Konjunkturprogramm der Kommission

umgewandelt werden dürfen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einen weiteren Punkt aus der Masse der auf dem Gipfel behandelten Themen herausgreifen, der, wie ich meine, für die Zukunft der EU eine ganz entscheidende Bedeutung hat.

Um die nachträgliche Zustimmung

der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon

zu ermöglichen, wurden Irland Zugeständnisse

gemacht. Damit ist man dem irischen Staat sehr weit entgegengekommen.

Ich finde, das war ein notwendiger

Schritt, um die dringend erforderliche Fortentwicklung

der EU zu gewährleisten. Das darf aber am Ende nicht

zulasten der Handlungsfähigkeit der EU gehen. In einem

nächsten Schritt - das wird auch eine Aufgabe für die

Bundesregierung sein - müssen daher kreative Lösungen

für die künftige Struktur der Kommission gefunden werden,

zum Beispiel durch die Reduzierung der Zahl der

Ressorts und durch die Einführung von stellvertretenden

Kommissaren mit Stimmrecht. Das ist vielleicht ein

Ausweg aus der gegebenen Situation.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr richtig!)

Als Fazit dieses Gipfels kann man, glaube ich, feststellen:

Europa hat sich bei diesem Gipfel vor den Augen

der ganzen Welt unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen

als voll handlungsfähig und auch als prinzipientreu

erwiesen. Wir können gemeinsam dankbar feststellen,

dass die Bundesregierung dazu wichtige Beiträge

geleistet hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Markus Löning für die

FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen

Sie mich mit dem Klimapaket beginnen. Die Freien Demokraten

unterstützen die Ziele des europäischen Klimapaketes.

Europa muss eine Vorreiterrolle im Kampf

gegen den Klimawandel einnehmen. Das sind wir uns,

unseren Bürgern, aber auch unserer Verantwortung in

der Welt schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Aber das, Frau Bundeskanzlerin, was Sie in Brüssel

verhandelt haben, möchte ich unter den Stichpunkten

Scheckbuch und Chips zusammenfassen. Wer bezahlt

denn die Ausnahmen? Wer bezahlt denn die Modernisierung

der polnischen Kraftwerke? Dies ist notwendig.

Was ist aber vereinbart worden? Wer bezahlt am Ende

des Tages die Modernisierung der polnischen Kraftwerke?

Es wird doch darauf hinauslaufen, dass dies der

deutsche Steuerzahler oder der deutsche Stromkunde bezahlt.

Das ist die typische Politik, die wir in der Europäischen

Union nicht brauchen, nämlich die Scheckbuchpolitik

vergänger Tage.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Chips. Die Ziele sind gut und ambitioniert.

Wir haben zudem ein Trainingsprogramm aufgestellt,

um diese Ziele zu erreichen. Stellen Sie sich einmal vor,

ein Marathonläufer nimmt sich vor, im Jahr 2020 einen

Marathon zu gewinnen. Dann machen wir einen Gipfel und sagen: Das Trainingsprogramm streichen wir einmal. Wir machen Sonderregeln und Ausnahmen. Dann stellen wir die Ernährung um. Wir stellen die Ernährung auf Chips um. Wir behalten aber das Ziel bei, im Jahr 2020 die Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, es ist doch vollkommen unglaublich, was passiert ist. Die ganzen Sonderregeln und Ausnahmen konterkarieren doch die Ziele, die richtigen Ziele, die gesteckt worden sind, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum Vertrag von Lissabon sagen. Es ist richtig, und wir begrüßen es, dass ein erneuter Versuch unternommen wird, den Vertrag von Lissabon in Kraft zu setzen. Die politischen Erklärungen, die gegenüber den Iren im Hinblick auf die Neutralität und andere Punkte, bei denen die irische Wählerschaft empfindlich ist, abgegeben worden sind, sind zu begrüßen. Herr Außenminister, ich hätte aber auch gern eine Antwort auf die Frage gehört: Wie soll das in die Verträge hineingeschrieben werden? Sie haben doch Rechtsverbindlichkeit zugesagt. Wie soll das aber an dieser Stelle passieren?

Zu den Kommissaren. Ich glaube, dass Sie einen Fehler gemacht haben, als Sie gesagt haben, im Jahr 2014 solle es 27 Kommissare geben. Faktisch ist zugesagt worden, dass die Regel „ein Kommissar pro Land“ weiter gelten soll. Ehrlich gesagt kann man nur noch spotten über diese Art von europäischen Kompromissen, die die Große Koalition eingeht. Wir hängen die Fahne des Kampfes gegen die Bürokratie heraus. Wir schreiben uns auf die Fahnen, dass alles schlanker und schneller werden muss. Am Ende beschließen wir aber, dass dasselbe alte Lied weiter gespielt wird: 27 Kommissare, jedes Land bekommt einen Kommissar. Meine Damen und Herren, das war sicher kein Beitrag zu weniger Bürokratie und zu einer Verschlinkung der Europäischen Union.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:

Die FDP will doch auch immer einen Vizepräsidenten!)  
Herr Lafontaine, lassen Sie mich an dieser Stelle eine Bemerkung machen. Ihre bemerkenswerte Definition von Demokratie ist an dieser Stelle untergegangen: Demokratie definiere sich nicht nur durch formale Voraussetzungen, sondern vom Ergebnis her. Ich glaube, Sie befinden sich in ganz schlechter Gesellschaft, wenn Sie so etwas behaupten.

(Beifall des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN] – Oskar Lafontaine [DIE  
LINKE]: Perikles!)

Es gibt andere Leute in der europäischen Geschichte, die meinten, sie müssten zunächst einmal die Ergebnisse festlegen. Wer wählt und wie dann gewählt wird, das sei alles egal. Es ist dekuvierend, was Sie gesagt haben, Herr Lafontaine.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD  
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu den Themen EZB und Euro sagen. Es ist wichtig, dass wir in den Debatten um die Finanz- und Konjunkturkrise

klar herausstellen, dass die auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik der Europäischen Zentralbank die richtige Politik war und auch in Zukunft die richtige Politik ist. Es ist richtig, es ist gut für uns, und es hat uns in der Krise geschützt, dass wir den Euro haben. Gemeinsam sind wir dadurch stärker, dass wir den Euro haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich denke, es ist jetzt die richtige Zeit, insbesondere Dänemark und Schweden noch einmal einzuladen, sich der Eurozone anzuschließen. Je größer die Eurozone ist, je mehr stabile Volkswirtschaften der Eurozone angehören, umso besser für uns.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines darf in diesem Zusammenhang aber nicht passieren: Es darf keine Aufweichung der Maastricht-Kriterien geben. Dann ist es sofort vorbei mit der Stabilität. Es darf keine Aufweichung der Kriterien für den Beitritt zur Eurozone geben. Auch dann ist es nämlich sofort vorbei mit der Stabilität. Wir werden auch in Zukunft darauf achten müssen, dass der Euro eine stabile, solide Währung bleibt. Das heißt: keine Rabatte im Zusammenhang mit den Kriterien, keine Rabatte gegenüber denjenigen, die jetzt laut an die Tür klopfen. Lassen Sie uns den Euro auch in Zukunft stabil halten! Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrich Kelber ist der nächste Redner für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse des europäischen Gipfels sind für den internationalen Klimaschutz eine Lebensversicherung. Die Ergebnisse dieses Gipfels machen möglich, dass die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen zu einem guten Ergebnis kommen kann. Europa hat gehandelt, Europa hat Einigungsfähigkeit bewiesen und hat damit erreicht, dass jetzt der Druck auf anderen Industriestaaten liegt, vor der Weltklimakonferenz ebenfalls klar zu sagen, was ihr Beitrag sein soll. Erst das europäische Handeln ermöglicht es dem neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, in den USA zu handeln, weil er darauf verweisen kann, dass Europa zum Beispiel bei der Schaffung eines europäischen Handelssystems in Vorleistung getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Europäische Union hat jetzt klar definiert: Wir werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent senken, unabhängig davon, was andere tun. Handeln die anderen Industriestaaten auch, wird Europa die Emissionen um 30 Prozent senken. Ich erwarte allerdings von der Europäischen Union, dass sie in 2009 neben der jetzt beschlossenen Strategie zur 20-prozentigen Minderung auch sagt, wie sie diese 30 Prozent erreichen will, um damit in Kopenhagen eine noch bessere Ausgangsposition zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Deutschland sind ein Stückchen weitergegangen. Wir haben eine 40-prozentige Reduktion bis 2020 zugesagt. Wir haben dafür bereits über 30 Gesetze und Verordnungen in Kraft gesetzt und die Förderung in vielen Bereichen vervielfacht. Wir haben diese 40 Prozent noch nicht voll abgedeckt, aber einen großen Teil. Ein weiteres Beispiel: Die SPD-Fraktion hat in der letzten Woche einen Antrag zum Klimaschutz in der Landwirtschaft beschlossen, wodurch eine weitere Einsparung von 50 bis 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ermöglicht wird und damit die 40 Prozent weiter abgedeckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig: Deutschland wird die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken. Wenn die Amerikaner dem Ziel von Obama folgen, würde dies die Emissionen weltweit stabilisieren. Wir sollten uns in Europa also nicht unnötig kleinreden. International wird unsere Führungsrolle im Klimaschutz nach wie vor anerkannt.

(Beifall bei der SPD)

Wir streiten natürlich über einzelne Instrumente; das macht auch Sinn. Aber eine Sache muss von allen anerkannt werden - ich erwarte dies auch von der Opposition - : Europa hat sich eine feste Obergrenze für die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Energieversorgung und Industrieproduktion gesetzt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Aber die Instrumente nicht!

Sie darf nicht überschritten werden, egal ob die CO<sub>2</sub>-Zertifikate gratis oder per Auktionierung zugeteilt werden. Es ist eine feste Obergrenze festgelegt worden.

(Beifall bei der SPD)

Neben dieser festen Obergrenze wird selbst in den Bereichen, in denen es eine Gratzuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate gibt, mit der Orientierung an der bestverfügbaren Technologie - sprich: wer eine veraltete Anlage hat, muss zukaufen; wer besonders modern ist, muss nicht zukaufen - ein Anreiz gesetzt. Dieser Anreiz ist nicht nur für den Klimaschutz gut, sondern auch für die Effizienz der entsprechenden Branchen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen es als ein Innovationsförderinstrument ein. Klimaschutz und Wachstum liegen in einer Hand.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt natürlich, dass wir gesagt haben: Es bringt weder dem Klimaschutz noch den Arbeitsplätzen etwas, wenn wir denjenigen Branchen, die in einem starken internationalen Wettbewerb stehen, zumuten, dass sich ihre Kosten durch den Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten erhöhen, und die Produktion dann an anderer Stelle stattfindet. Dass wir diesen Weg gegangen sind, war richtig. Dies war die Position der Großen Koalition. Dies war die Position der SPD von Anfang an. Ich hätte mir trotzdem gewünscht, dass einige in Deutschland nicht zu sehr auf die Lobbyisten gehört hätten; denn einige wenige Ausnahmen hätten gut funktioniert und hätten dieses Instrument noch handlungsfähiger gemacht.

Aber der Dreh- und Angelpunkt der Ergebnisse des europäischen Gipfels ist die Entscheidung, dass die Zertifikate für die Stromerzeugung zu 100 Prozent in Gesamtwesteuropa

und bis 2020 aufwachsend dann auch in Osteuropa auktioniert werden. Diese Entscheidung schafft die große Möglichkeit, dass der bisher nur regional, nur in Teilen Nordamerikas stattfindende Emissionshandel auf die gesamten Vereinigten Staaten ausgedehnt wird. Allein dieses Ziel war es wert, so zu verhandeln. Damit kann die Energiewende konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Man muss offen über Geld sprechen. Die Versteigerung der Emissionszertifikate liefert uns das Geld, das wir brauchen, um die dringend notwendigen internationalen Projekte, die wir zugesagt haben, durchführen zu können. Das ist erstens wichtig, um die Schwellen- und Entwicklungsländer in den Klimaschutzprozess einzubinden. Das ist eine Frage der Solidarität; denn in dieser Welt leiden bereits heute Menschen unter dem Klimawandel, zum Beispiel in Afrika und Teilen Asiens, die selbst überhaupt keinen Beitrag dazu geleistet haben, dass es zu einer Temperaturveränderung der Atmosphäre gekommen ist. Deswegen ist es unsere Pflicht, diesen Menschen bei der Anpassung zu helfen und ihnen die Technologien zu liefern, die sie benötigen, um selber eine saubere Entwicklung zu durchlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Die Versteigerung liefert uns zweitens Geld, das wir brauchen, um die nationalen Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verstärkt fortzusetzen. Seit zehn Jahren investieren wir in diesen Bereich. Das ist wichtig für die Volkswirtschaft. Dadurch wird Deutschland fit. So können neue Technologien entwickelt und die Energiekosten gesenkt werden. Man muss aber auch darüber sprechen, dass es Emissionszertifikate bereits seit 2005 gibt. Sie werden von Kundinnen und Kunden der Energieversorger bezahlt. Bisher sind die Gewinne aber bei den großen Energiekonzernen wie Eon und RWE geblieben. Damit ist mit dem neuen Handel jetzt Schluss. Das Geld gehört den Menschen, den Kundinnen und Kunden und nicht den Besitzern einzelner Unternehmen. Deswegen war diese Entscheidung wichtig, und allein deswegen war der Klimagipfel in Brüssel ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Um über die Rolle Deutschlands zu sprechen: Am Ende war es die klare Haltung Deutschlands, die diese Entscheidung möglich gemacht hat. Deswegen möchte ich mich bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesaußenminister und beim Bundesumweltminister dafür bedanken, dass sie die Position „100 Prozent Versteigerung“ durchgehalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen aber, dass am Ende nur die SPD Ihre Position in dieser Frage unterstützt hat, (Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

nicht Ihre eigene Partei. Weil ich wusste, dass es an dieser Stelle Lachen geben würde, habe ich mir die Zitate und die Zeitpunkte herausgeschrieben. Wir haben am 28. Mai im Deutschen Bundestag gemeinsam, SPD und CDU/CSU, 100-Prozent-Auktionierung beschlossen. Danach waren es Herr Glos, Herr Kauder, Herr

Ramsauer, Herr Wulff, Herr Rüttgers und Herr Seehofer, die gefordert haben, von dieser 100-Prozent-Auktionierung abzuweichen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Aha!)

Ich hatte gehofft, dass wenigstens die Umweltpolitiker der CDU/CSU in der Debatte bei der 100-Prozent-Auktionierung bleiben. Nein, auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frau Reiche, zuständig für Umwelt, hat sich dafür ausgesprochen, die 100-Prozent-Auktionierung aufzugeben.

(Willy Wimmer [Neuss] [CDU/CSU]: Wir denken an die Arbeitsplätze!)

Gott sei Dank hat der Druck von Nichtregierungsorganisationen und Medien geholfen, dass sich diese Neupositionierung nicht durchgesetzt hat, sondern die 100-Prozent-Auktionierung gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Europa hat gehandelt, als viele das der EU nicht mehr zugetraut haben. Europa hat gehandelt, als die Lobbyisten, die sich schon immer gegen Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen haben, die Finanzkrise als Ausrede missbrauchen wollten. Wir haben gehandelt, als es notwendig war, auf andere Druck auszuüben. Jetzt stellen wir fest, dass Investitionen in Klimaschutz eine doppelt so hohe Rendite erzielen. Sie bieten eine sichere Zukunft und ermöglichen eine schnellere Überwindung der Wirtschaftskrise. Zu diesem Weg gibt es keine Alternative.

Es ist gut, dass wir ihn gegangen sind und weiter gehen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Kelber, so sehr ich Sie als Kollegen, der sich sehr für Umweltpolitik engagiert, schätze, muss ich doch sagen: Die Rede, die Sie heute zur Bewertung des Vertrages von Lissabon gehalten haben, ist nicht gerade Ihre stärkste Rede in diesem Zusammenhang gewesen. Sie wissen sehr genau, dass das Backing, die Beschlüsse, die Sie hier mitvertreten haben, alles andere als richtungsweisend sind. Die Bundesregierung - wir wollen ihre Rolle gar nicht kleinreden - hat eine große Rolle bei diesem Gipfel gespielt, allerdings als großer Bremsen und Verhinderer einer zukunftsweisenden Energiepolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ulrich Kelber [SPD]: Das wird durch Wiederholung nicht richtiger!)

Sie haben ja die Rolle der CDU/CSU richtig beschrieben. Aber man muss sehr deutlich sagen: Wir haben hier im Bundestag eine hundertprozentige Auktionierung beschlossen. Diesen Beschluss hat die Bundesregierung beim Gipfel nicht vertreten. Diese Vereinbarung ist gebrochen worden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Man hat sich auch nicht an die Regeln gehalten, die wir in der Zusammenarbeitserklärung festgelegt haben. Für



den Fall, dass der Bundestag etwas beschließt und die Bundesregierung sich nicht daran halten kann, haben wir ein Verfahren beschlossen. Auch dieses ist an dieser Stelle nicht eingehalten worden. Deshalb sage ich sehr deutlich: Hier ist die Bundesregierung dem Parlament mit dem, was sie ausgehandelt hat, in den Rücken gefallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Ulrich Kelber [SPD]: Nennen Sie einmal ein Argument!)

Wenn ich das betrachte, was in Brüssel in der Sache und mit welcher Philosophie verhandelt worden ist und was in der Debatte hier in den letzten Wochen gesagt worden ist, in der es um das Verhältnis von ökonomischer und ökologischer Entwicklung und die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz für die Politik einer Regierung ging, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir leider wieder da sind, wo wir schon in den 90er-Jahren waren. Der Trend, der hier in der Argumentation aufgebaut wird, ist genau der gleiche, den wir mit der rot-grünen Bundesregierung glücklicherweise erfolgreich bekämpft haben. Wir haben deutlich gemacht: Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze. Eine vernünftige nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung braucht gerade in der Energiepolitik vernünftige ökologische Rahmenbedingungen.

Sie bauen durch das, was in Brüssel gerade unter Mitwirkung der deutschen Bundesregierung massiv vorangetrieben worden ist, eine Rückwärtsentwicklung in der Umwelt- und Klimapolitik, in der Automobilindustrie und in der Energiepolitik auf. Denn wenn wir nach vorne kommen wollen, brauchen wir vernünftige ökologische Rahmenbedingungen. Das, was Sie machen, ist genau das Gegenteil dessen. Sie wollen dafür sorgen, dass die deutsche Zementindustrie zukünftig nicht mit Zement aus Russland unsere Autobahnen beschicken soll. So ein Quatsch.

Was Sie sich dort als ökologische Rahmenbedingungen zusammengebastelt haben, macht uns leider nicht wettbewerbsfähig. Ökologie hat dafür gesorgt, dass wir in Deutschland als Modell für Europa und für die Welt Hunderttausende von Arbeitsplätzen in nachhaltiger Energiewirtschaft geschaffen haben. Umweltpolitik beinhaltet eine technologische Entwicklung; hier sind wir als Exportnation Weltmeister. Sie bauen hier wieder Gegensätze auf und behaupten, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch Umweltschutz und durch anspruchsvolle Klimapolitik reduziert wird. Das ist auch im Interesse des Arbeitsplatzstandortes Deutschland der völlig falsche Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde es jetzt gern dabei belassen, weil ich noch ein bisschen zu den anderen Ergebnissen des Gipfels sagen möchte.

Ich glaube, Folgendes bei der Klimapolitik ist richtig - da unterstütze ich den Außenminister, dem ich dies noch einmal sagen will -: Es ist keine Technologiepolitik, wenn man versucht, Kohlekraftwerke zu subventionieren, die einen Wirkungsgrad von maximal 44 Prozent haben, und dann sagt, das sei fortschrittliche Technologiepolitik, die man mit Klimazertifikatehandel noch unterstützen

will. So ein Unfug. Wir müssen in eine andere Richtung gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Außenminister, das, was Sie zur Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gesagt haben, ist wichtig und richtig. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. In Irland über ein neues Referendum auf den Weg zu kommen und unter der tschechischen Präsidentschaft bei dem Vertrag, den wir alle wollen - Sie und die Bundesregierung haben sich dafür eingesetzt; Sie haben da unsere Unterstützung -, einige Schritte voranzukommen, halte ich für sehr wichtig. Ich glaube, dass die tschechische Präsidentschaft, vor der wir jetzt stehen, unsere ganze Unterstützung braucht. Denn dieses mitteleuropäische Land - es ist das zweite mitteleuropäische Land nach Slowenien, das diese Präsidentschaft neu übernimmt - kann all die Fragen, die neben der Klima- und Umweltpolitik anstehen, also Sicherheit, Verhandlungen mit Russland, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und Schwerpunkt Israel, -

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Steenblock.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- den sich die tschechische Präsidentschaft vorgenommen hat, nicht allein bewältigen. An all diesen Stellen, glaube ich, kommen wir gut nach vorne, wenn die Bundesregierung und das Parlament diese Ratspräsidentschaft unterstützen. Denn sie steht vor wichtigen Aufgaben. Das Wichtigste ist, dass wir vorbereiten, dass der Vertrag von Lissabon, der uns eine handlungsfähige und demokratische Europäische Union beschert, durchgesetzt wird. Deshalb, glaube ich, sollten wir für die Zukunft, für das nächste Jahr darauf unseren Schwerpunkt legen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Marie-Luise Dött ist die nächste Rednerin für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europa bleibt mit seinen Beschlüssen zur Reduktion von Treibhausgasen internationaler Vorreiter beim Klimaschutz.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, bestätigt und ein Maßnahmenpaket beschlossen, das den Führungsanspruch für alle sichtbar und sehr konkret unterlegt. Es ist ein wesentliches Signal für die Kioto-Nachfolgekonferenz 2009 in Kopenhagen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn Sie nicht müde werden, das Erreichte in Ihren ständigen Wiederholungen zu zerreden, sage ich: Wir befinden uns weder in Deutschland noch in Europa in der klimapolitischen Sackgasse, sondern auf der Überholspur,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und hinter uns ist meilenweit niemand zu sehen. Das sollten Sie, vor allen Dingen Sie, Herr Steenblock, zur Kenntnis nehmen und auch einmal so sagen. Das gehört für mich zur redlichen und verantwortungsvollen parlamentarischen

Arbeit.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach was! Sie sitzen doch im Bremserhäuschen! Das ist leider das Problem!)  
Wir jedenfalls sind stolz, dass wir mit unserer Klimapolitik auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht nachlassen. Das, meine Damen und Herren, ist gerade unserer Bundeskanzlerin zu verdanken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie hat in Brüssel ein Klimapaket verhandelt, mit dem klimapolitisch Kurs gehalten wird und das auch wirtschaftliche und soziale Fragen berücksichtigt.

Es ging in Brüssel um mehr als um die Minderung von Treibhausgasemissionen. Es ging dieses Mal um die Fortsetzung unserer gemeinsamen Klimapolitik in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation. Es ging darum, den Beweis anzutreten, dass der Klimaschutz nicht zu einer Schönwetterpolitik verkommt. In diesem Zusammenhang finde ich es sehr eigenartig, dass sich gerade der ehemalige Bundesumweltminister Trittin - ich sehe ihn jetzt leider nicht mehr - bemüht fühlte, die Ergebnisse zum Emissionshandel dahin gehend zu kommentieren, 80 Prozent der deutschen Industrie seien von Klimaschutzauflagen befreit, da sie ihre Zertifikate kostenlos erhielten. Das ist doch Blödsinn.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Da hat er schon recht!)

An der Minderungsvorgabe von jährlich 1,74 Prozent wurde nicht gerüttelt. Wir haben allerdings dafür gesorgt, dass die betreffenden Unternehmen, die in einem zunehmend schwierigen internationalen Wettbewerb und noch dazu in einem zunehmend problematischen konjunkturellen Umfeld agieren, nicht mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe belastet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Rainer

Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sind doch alles Argumente der Vergangenheit!)  
Wir haben dafür gesorgt, dass keine Standortverlagerungen einschließlich Arbeitsplatzverlagerungen dorthin erfolgen, wo es überhaupt keinen Klimaschutz gibt.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht ist das ja auch ein Standortvorteil!)

Wenn Sie an der Ausnahme für energieintensive Branchen im Hinblick auf die Auktionierung etwas kritisieren können, dann höchstens, dass der Staat auf Einnahmen aus dem Emissionshandel verzichtet. Es ist aber wirtschaftspolitisch nicht vertretbar, dass wir vormittags über konjunkturelle Maßnahmen zur Unterstützung dieser Unternehmen diskutieren, um am Nachmittag für die gleichen Unternehmen zusätzliche Kosten in Millionenhöhe zu generieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, insbesondere die Angriffe auf das EU-Klimapaket aus dem Lager der Grünen zeigen, dass es Ihnen noch immer nicht gelingt, die klaffende Lücke zwischen ideologischem Anspruchsdenken und tatsächlich Machbarem zu überbrücken.  
Erstens. Fakt ist: Es gab einmal ein nationales Klimaschutzziel,

die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 Prozent bis 2005 zu reduzieren; Herr Steenblock, Sie erinnern sich.

(Raider Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das haben wir auch unterstützt!)

Dieses Ziel wurde von den Grünen zunächst als zu wenig ambitioniert kritisiert und anschließend vom grünen Bundesumweltminister Trittin wegen Unerreichbarkeit klammheimlich unter den Tisch fallen gelassen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha! Das ist ja interessant! - Hört! Hört!)

Zweitens. Fakt ist: Trotz miserabler Konjunktur ist es in den sieben Jahren grüner Politik nicht gelungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland nennenswert zu senken oder zu stabilisieren.

Drittens. Fakt ist: Deutschland wurde unter Helmut Kohl zum Motor des weltweiten Klimaschutzes. Nicht zuletzt das große Engagement von Klaus Töpfer führte dazu, dass im Jahre 1992 über 150 Staaten die Klimarahmenkonvention von Rio unterzeichneten. Deutschland war auch auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz 1997 in Kioto die treibende Kraft. Nicht zuletzt dank des Verhandlungsgeschicks von Angela Merkel einigte sich die Staatengemeinschaft auf das verbindliche Kioto-Protokoll. Dieses Engagement und dieses Verhandlungsgeschick wurden von Deutschland unter Bundesumweltminister Trittin nicht fortgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Ulrich Kelber [SPD]: Ich finde, es ist ein bisschen früh für Dauerwahlkampf bei CDU und CSU! Es wäre gut, wenn wir über das Thema sprechen würden!)

Die Vorreiterrolle bei der Überzeugungsarbeit ist verspielt worden. Lange sechs Jahre wurde es versäumt, Russland nachhaltig zu einer raschen Ratifizierung des Kioto-Protokolls zu drängen. Es bedurfte des Engagements der ehemaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel, unserer Bundeskanzlerin, um auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene der Klimapolitik wieder einen zukunftsweisenden Schub zu verschaffen.

(Michael Stübgen [CDU/CSU]: So ist es!) Klimapolitik ist nicht konjunkturabhängig, aber bei klimapolitischen Maßnahmen müssen auch wirtschaftliche und soziale Fragen berücksichtigt werden. Sie machen Klimaschutz, wir machen einen wirtschaftlich und sozial kompetenten Klimaschutz. Das ist der Unterschied zwischen Ihren und unseren Ansätzen. Das verstehen zunehmend auch die Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU - Raider Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, wir machen damit auch Wirtschaftspolitik!

Bei ein Standortfaktor! Klimaschutz sichert auch Arbeitsplätze!)

Meine Damen und Herren, die Stromerzeuger müssen die Zertifikate ab 2013 vollständig ersteigern. Das ist eine sehr anspruchsvolle Vorgabe mit erheblichen Auswirkungen auf die Stromerzeugung in Deutschland, weil wir bei uns einen relativ hohen Anteil an Kohleverstromung haben. Wir müssen hier sehr genau beobachten, wie sich die Strompreise und die Erzeugungskapazitäten bei uns künftig entwickeln.

Deutschland liegt zwischen Frankreich, das einen hohen Anteil an Strom aus Kernenergie hat, und Polen, das zukünftig Standortvorteile wegen des beschlossenen Phasing-in für neue Kraftwerke haben wird.

(Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da exportieren wir unseren Strom hin!)

Der Emissionshandel darf nicht dazu führen, dass wir unseren Strom künftig aus Frankreich oder Polen importieren und unsere eigene energetische Basis veraltet sowie Kapazitäten in nennenswertem Umfang abwandern.

Wir müssen auch in Zukunft Energieproduzent sein.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir exportieren dahin! Sie haben keine Ahnung von der Wirklichkeit! So ein Quatsch!)

Die Möglichkeit, dass in den Jahren 2013 bis 2015 für neue Kraftwerke Zuschüsse von bis zu 15 Prozent gezahlt werden dürfen, muss unbedingt genutzt werden.

Das ist innovationspolitisch nur ein kleines Zeitfenster.

(Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Investitionen in eine Dinosauriertechnologie!)

Ich appelliere deshalb an die Stromerzeuger, entsprechende Investitionen vorzubereiten.

In Brüssel ist ein klimapolitisch effektives, wirtschaftspolitisch verantwortliches und europäisch faire

Maßnahmenpaket beschlossen worden. Mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln für CCS und erneuerbare Energien haben wir zudem eine gut ausgestattete Innovationskomponente im Paket. JI- und CDM-Projekte möchte ich nicht mehr ansprechen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der EU verhält es sich so wie mit unseren Kirchen: Zu Weihnachten und in der Krisenzeit sind sie gefragt. Es ist gut, dass die EU unter Beweis gestellt hat, dass sie in Krisenzeiten funktioniert. Man mag es kaum glauben: Länder pochen an die Tür der EU, von denen man es vor wenigen Monaten und Jahren noch nicht erwartet hätte, Island beispielsweise.

Wir spannen Schutzschirme und schnüren Konjunkturprogramme bzw. -pakete. Noch wichtiger wäre es aber, wenn wir die EU in die Lage versetzen würden, präventiv auf mögliche Krisen zu reagieren bzw. in noch stärkerem Maße dazu beizutragen, dass Krisen erst gar nicht entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Hierfür brauchen wir entsprechende vertragliche Grundlagen;

sie sind zwingend. Wir brauchen handlungsfähige Institutionen, sinnvolle Instrumente und klare Zuständigkeiten.

Deswegen ist es gut, dass der Gipfel dem Vertrag von Lissabon abermals eine neue Chance eröffnet hat.

Es ist eine Brücke nach Dublin gebaut worden. Ob diese Brücke tragfähig ist, wird die Zukunft zeigen; denn

- auch das muss man unter Partnern offen ansprechen -  
es geht hier nicht um eine Einbahnstraße nach Irland,  
sondern wir brauchen eine Zweibahnstraße.

Die Europäische Union hat jetzt entsprechende Beiträge  
geleistet. Sie hat Zusicherungen erteilt. Ich erwarte  
von den Iren aber auch mehr Mut, gegenüber ihren Bürgerinnen  
und Bürgern deutlich zu machen, was es heißt,  
wenn der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft tritt. Auch  
seitens der irischen Regierung muss deutlich werden: Es  
geht eben nicht mehr alleine darum, ob ein neuer Vertrag  
in Kraft tritt, sondern auch darum, ob Irland unter den  
obwaltenden Bedingungen überhaupt noch Mitglied der  
Europäischen Union sein möchte. Das sind klare Worte,  
die in schwierigen Zeiten auch einmal auf den Tisch gehören.  
Die EU hat gezeigt, dass sie dazu in der Lage ist.

Jetzt brauchen wir einen eindeutigen Beitrag von Irland.  
(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer  
Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf Erklärungen  
verständigt, um den Iren dabei zu helfen, ein  
weiteres Referendum erfolgreich durchzuführen. Ich  
will aber deutlich sagen, dass dies nicht zu Konsequenzen  
führen kann, die das gesamte Gemeinschaftsprojekt  
infrage stellen: Stichwort „Steuerpolitik“. Eine steuerpolitische  
Erklärung kann kein Harmonisierungsverbot  
bedeuten. Sie kann keine Absage an eine engere Zusammenarbeit  
in Fragen der Steuer- und Finanzpolitik bedeuten.  
Wir müssen die Steueroasen in der Europäischen  
Union endlich austrocknen. Wir müssen den Kampf gegen  
unsolidarisches Steuerdumping endlich aufnehmen.  
Deswegen brauchen wir perspektivisch auch in der Steuerpolitik  
eine engere und vertrauensvollere Zusammenarbeit  
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen  
Union. Das darf durch eine neue Erklärung nicht verhindert  
werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer  
Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt genauso für die Sicherheitspolitik. Wenn  
beispielsweise die Vereinigten Staaten jetzt der Europäischen  
Union die Hand zur kooperativen Zusammenarbeit  
reichen, dann müssen wir diese Hand ergreifen.  
Das heißt, die Europäische Union darf jetzt nicht abwehren  
und nicht wieder in nationale Egoismen verfallen.  
Wir müssen mit einer Stimme sprechen! Auch das darf  
durch eine Erklärung, in der man noch einmal die sicherheitspolitische  
Souveränität der Mitgliedstaaten unterstreicht,  
nicht infrage gestellt werden.

Wir müssen europäische Beiträge für mehr zivile  
Konfliktprävention, für mehr Abrüstung und für die Verhinderung  
von Konflikten weltweit leisten. Wir müssen  
die Entwicklungszusammenarbeit pflegen und noch weiter  
ausbauen. Dies darf nicht infrage gestellt werden.  
Dieses Signal darf von keinem europäischen Gipfel ausgehen.  
Das müssen wir den Partnern in Irland und anderswo  
deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zusammensetzung der Europäischen Kommission  
ist angesprochen worden. Wir alle müssen uns vor  
Augen halten: Es geht hier nicht darum, den Lissabon-  
Vertrag nicht in Kraft zu setzen. Es geht hier um „Nizza

minus". In dem Vertrag von Nizza ist schon jetzt vorgesehen, dass in der neuen Kommission die Zahl der Kommissarinnen und Kommissare unter der Zahl der Mitgliedstaaten liegt. Wir brauchen weniger Kommissare. Deswegen mahne ich, dass diejenigen, die dieses Zugeständnis in Richtung Irland auf den Weg gebracht haben, intelligente Lösungen finden, wie die Kommission handlungsfähig bleiben kann. Wir brauchen nämlich starke Gemeinschaftsinstitutionen und nicht mehr Intergouvernementalität. Wir brauchen nicht mehr nationales Regierungshandeln. Wir brauchen mehr gemeinsames Regierungshandeln in der Europäischen Union. Die Kolleginnen und Kollegen, die eben von dem Kommissar für Sprachenvielfalt gesprochen haben, haben recht:

(Beifall der Abg. Mechthild Dyckmans [FDP])

Wir brauchen schon jetzt keinen Kommissar für Sprachenvielfalt. Wir brauchen zukünftig auch keinen Kommissar für die Süßwasserfische und keinen Kommissar für die Meerwasserfische.

(Beifall der Abg. Mechthild Dyckmans [FDP])

Wir brauchen eine starke und handlungsfähige Institution, die sich dem Gemeinwohl in der Europäischen Union verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Iren haben zu Recht deutlich gemacht: Wir brauchen ein soziales Europa. Wir brauchen ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dann müssen aber auch die Iren vor ihrer eigenen Haustüre kehren; denn ein neoliberaler Dinosaurier erster Güte ist der irische Kommissar McCreevy. Er hat sich in den vergangenen Monaten nicht mit Ruhm bekleckert, indem er sich deutlich gegen Mindestlöhne im Postbereich in der Bundesrepublik Deutschland gewandt hat oder indem er einen Kampf gegen das VW-Gesetz führt. Es steht in keinem Vertrag und in keinem europäischen Gesetz, dass es kein VW-Gesetz und keine Mindestlöhne in der Europäischen Union und erst recht nicht in Deutschland geben darf.

Hier muss man handeln und nicht nur darüber reden.

Da muss man für entsprechende politische Mehrheiten in der Europäischen Union kämpfen. Bei aller gerechtfertigter oder in Richtung Linkspartei auch ungerechtfertigter Kritik an dem Vertrag von Lissabon: Kein Vertrag allein sichert soziale Rechte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen dafür gesellschaftliche und vor allem politische Mehrheiten. Deswegen wird das Jahr 2009 so spannend für uns. Am 7. Juni besteht eine Chance, deutlich zu machen, dass das soziale Europa - das Europa der Beschäftigten - eine reale Chance hat. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Hans Peter Thul für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans Peter Thul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir zunächst einmal, mich sehr herzlich dafür zu bedanken, dass Sie mir heute Morgen gute Wünsche zu meinem 60. Geburtstag ausgesprochen haben. Bei dieser Gelegenheit auch heftigen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die das in schriftlicher, mündlicher oder SMS-Form und in allen möglichen anderen Darbietungen getan haben.

(Heiterkeit - Michael Roth [Heringen] [SPD]:

Jetzt sparen Sie sich die Post!)

- Sogar durch die Post. Herzlichen Dank!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Sache selber: Wer heute über die Europäische Union redet, der kommt nicht umhin, trotz der französischen Ratspräsidentschaft in ganz besonderer Weise die Verdienste unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zu loben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mehr noch: So, wie Helmut Kohl den europäischen Einigungsgedanken verkörpert hatte, personifiziert Angela Merkel ein gemeinsam handelndes Europa. Wer wollte bestreiten, dass in dieser Situation gemeinsames Handeln - möglicherweise auch auf gemeinsam vereinbarte Ziele abgestimmt - das Gebot der Stunde ist? Ich möchte das gerne anhand von einigen Punkten diskutieren.

(Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Das heißt aber nicht, gemeinsam bremsen!)

- Herr Steenblock, Ihnen mag eine gewisse Feindlichkeit in Sachen Industriedarbiebung immanent sein, aber sie bringt uns nicht weiter. Auch darauf werde ich noch eingehen.

Es war diese Bundesregierung, die unter Leitung der Kanzlerin die mutigen Meseberger Beschlüsse formuliert und während der eigenen Ratspräsidentschaft im Jahre 2007 bereits als Planziele für den gesamten EURaum definiert hat. Die jetzt als Bestandteile des Energie- und Klimaschutzpaketes bis 2020 verbindlich und voller Mut beschlossenen Ziele - die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 20 Prozent, die Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent und der Anteil von 20 Prozent der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch - sind unter deutscher Ratspräsidentschaft formuliert worden, und das bereits im März 2007.

Ich verstehe an dieser Stelle die Vorbehalte nicht, die von der linken Ecke dieses Hauses formuliert werden. In dieser Sache voranzugehen, ist allemal besser, als sich davonzustehlen, Herr Lafontaine.

Dass diese Ziele in der vergangenen Woche von niemandem mehr infrage gestellt wurden, ist auf die vielen intensiven Gespräche zurückzuführen, die wiederum die Bundeskanzlerin mit Sarkozy, dem italienischen und dem polnischen Ministerpräsidenten und vielen anderen Staats- und Regierungschefs geführt hat. Ich bin übrigens fest davon überzeugt, dass fundierter Sachverstand und fundierte Kenntnisse der physikalischen Grundwahrheiten mit dazu beigetragen haben, die anderen EUPartner zu überzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass diese Fragen eben nicht ideologisch zu lösen sind, sondern sehr viel besser technologisch begründet und pragmatisch angegangen werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist für unsere Volkswirtschaft und unseren Produktionsstandort Deutschland von geradezu existenzieller Bedeutung, dass wir auch in Zukunft über eine verlässliche, bezahlbare und gleichermaßen umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgung verfügen. All den kritischen Stimmen, die jetzt lauthals ein Einknicken der Klimakanzlerin vor der Industrielobby beklagen, möchte ich mit einem Zitat begegnen. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Wenn Herr Töpfer, Herr Schellnhuber, die Umweltverbände diese Ausnahmen in der Industrie kritisieren, dann muss ich ganz offen sagen, dann dürfen wir diesen Vorschlägen dieser Leute nicht folgen, weil es im Zweifel für den Klimaschutz nichts bringt, aber wir hier in eine Situation geraten, wo wir die Unterstützung verlieren. Wir können nicht so tun, als ob die Menschen in der Stahlindustrie oder in der Autoindustrie nicht Angst um ihre Jobs hätten aktuell. Denen dann zu sagen, die gute Idee der Woche ist, wir packen euch noch ein bisschen was oben drauf, wissend, dass in China, Indien, USA, Japan das alles nicht passiert, und dann schauen wir mal, was passiert, das ist ziemlich naiv. Und deswegen finde ich, dass gestern die Staatsund Regierungschefs etwas beschlossen haben, was wirklich verantwortungsbewusst in jede Richtung ist.

Dieses zugegebenermaßen etwas holprige wörtliche Zitat stammt von unserem Umweltminister, so von ihm im Deutschlandfunk am 13. Dezember dieses Jahres gesagt. Selten genug, aber an dieser Stelle teile ich die späte Einsicht des Umweltministers voll und ganz. An den EU-Klimazielen, den besten der Welt, ist nicht gerüttelt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solange es kein internationales Klimaabkommen gibt, wäre es grob fahrlässig und klimapolitisch kontraproduktiv, das europäische produzierende Gewerbe einseitig zu belasten.

Carbon Leakage bedeutet in diesem Zusammenhang doch nichts anderes als die Verlagerung von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und schädlichen Emissionen ins außereuropäische Ausland, und zwar für immer; da mache ich mir keine Illusionen.

Deutschland hat die Zielvorgaben des Kioto-Protokolls schon heute mehr als erfüllt. Dort, wo wir schon vor Verabschiedung eines international gültigen Nachfolgeprotokolls handeln können, tun wir es: Die beschlossene Auktionierung von Verschmutzungsrechten im stromproduzierenden Sektor trifft besonders Deutschland sehr hart, weil wir bei über 50 Prozent unserer Stromproduktion Braun- und Steinkohle einsetzen. Dennoch halte ich vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen die getroffene Vereinbarung für mehr als richtig.

Die Erlöse aus dem Zertifikatehandel werden uns ab

2013 die Möglichkeit geben, die dringend notwendigen Investitionen in neue Kraftwerke mit bis zu 15 Prozent der Investitionssumme zu unterstützen. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass wir einen größeren Teil dieser Erlöse in die Erforschung moderner und möglichst verlustarmer Speichertechnologien stecken sollten. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir in unserem Lande mehr erneuerbare Energien einsetzen können und so in 2020 den Anteil von 35 Prozent an erneuerbarer Energie im Stromsektor erreichen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige wenige Worte zur aktuellen konjunkturellen Entwicklung sagen: Deutschland muss sich mit seiner bisherigen Antwort auf die Finanzkrise und die wirtschaftlichen Abschwünge nicht verstecken. Ich gebe all denen recht, die sagen, dass wir zurzeit alles daransetzen sollten, auf Sicht zu fahren; denn das ermöglicht uns, auf die jeweiligen Veränderungen flink zu reagieren. Wir sind bestens aufgestellt, was den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungslage anbelangt. Es ist nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn die Finanzblase im Jahre 2005 geplatzt wäre.

Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten zusätzliches Geld in die Hand nehmen, dann nur, wenn sich zu dem kurzfristigen Konjunktur- und Beschäftigungsimpuls ein nachhaltiger Wertzuwachs gesellt, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden. Dies hilft sowohl dem Handwerk - in der Regel dem örtlichen Handwerk - als auch der Umwelt.

Deutschland und die Europäische Union gehen gut aufgestellt in das kommende Jahr. Unser Dank sollte daher Angela Merkel, unserem Außenminister und natürlich auch dem französischen Präsidenten Sarkozy gelten. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und schöne Feiertage!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Gert Weisskirchen für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was ist die eigentlich große Herausforderung, vor der die Europäische Union steht? Im Grunde genommen dreht es sich darum, drei Ziele aufeinander zu beziehen und, wenn es geht, diese drei Ziele gleichzeitig zu verfolgen.

Das erste zentrale Ziel ist, die industrielle Basis innerhalb der Europäischen Union so zu verändern, dass die Energieeffizienz erhöht wird und wir am Ende von den bisherigen Kohlendioxidemissionen Schritt für Schritt wegkommen. Wenn wir uns dieses Ziel vor Augen führen und es da-raufhin prüfen, was der Europäische Rat erreicht hat, dann finde ich, dass wir einen Durchbruch erzielt haben, sicherlich nicht so, wie wir das am 28. Mai im Bundestag beschlossen haben, lieber Kollege Steenblock; das stimmt. Aber wir müssen sehen, dass wir hier einen ganz zentralen, strukturellen Fortschritt

erreicht, eine fundamentale Reform durchgeführt haben. Allein die Tatsache, dass der Europäische Rat das beschlossen hat, ist wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter Punkt ist - das ist mindestens genauso wichtig -, dass der Europäische Rat der Gefahr, dass man angesichts der Finanzkrise die Umweltziele aus den Augen verliert, in der Tat begegnet ist. Nicht allein die ökonomischen Ziele im Hinblick auf die Bewältigung der Finanzkrise haben sich durchgesetzt. Vielmehr wurden diese Ziele mit den ökologischen Zielen in Zusammenhang gesetzt, nicht zuletzt in der Absicht, Arbeitsplätze zu sichern. Lieber Kollege Steenblock und Oskar Lafontaine, wenn man das, was der Europäische Rat beschlossen hat, fair beurteilt, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass das ein wesentlicher Schritt ist. Wir werden 2009 in Kopenhagen deutlich machen: Die Europäische Union will an den Zielen des Kioto-Protokolls festhalten und wird dafür sorgen, dass konkrete Beschlüsse gefasst und diese Ziele real erreicht werden. Das ist das Signal, das die Europäische Union in ihrer globalen Verantwortung aussendet. Ich finde, dass das ein gutes, nach vorne weisendes Signal ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU - Rainier Steenblock [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Die Ziele sind richtig,

aber die Instrumente sind demoliert worden!)

- Natürlich muss man auch über die Instrumente debattieren.

Eines der zentralen Instrumente wurde bereits installiert;

der Kollege Kelber hat bereits darauf hingewiesen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Feste Obergrenzen!)

Der Emissionshandel wird so unverrückbar durchgesetzt, dass später das richtige Instrument eingesetzt werden kann, um die historische Chance zu nutzen. Daran müssen wir uns alle messen lassen. Die Europäische Union muss beweisen, dass sie an diesem Instrument nicht nur festhält, sondern es auch über das Kioto-Protokoll global durchsetzt, um die weitere Entwicklung positiv zu beeinflussen.

Wenn das gelingt, dann kann die Europäische Union

- ich hoffe, dass mich Karl Schlögel für die Verwendung seines Begriffs nicht kritisieren wird - zu einem Laboratorium der Moderne werden. Sie kann dann die industrielle Basis revolutionieren und dafür sorgen, dass Energieeffizienz die höchste Priorität hat und ein fester Bestandteil unseres Modernisierungsbegriffs wird. Das wäre ein gewaltiger Fortschritt, übrigens einer, für den Erhard Eppler seit Jahrzehnten kämpft. Wenn das jetzt durchgesetzt werden könnte, wäre das historisch gesehen ein qualitativer Fortschritt. Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin und beim Bundesaußenminister dafür, dass dieser Durchbruch nun in der Europäischen Union gelungen ist.

Das Europaparlament hat im Übrigen die entsprechenden legislativen Akte durch seine Beschlüsse umgesetzt, und zwar mit großer, überwältigender Mehrheit.

Ich weiß nicht, ob sich Herr Cohn-Bendit daran beteiligt hat. Ich wünsche mir aber, dass diejenigen, die seit Jahrzehnten in der Europäischen Union im Hinblick auf eine Verbindung von ökologischer und sozialer Reform und

damit im Hinblick auf eine Veränderung der industriellen Basis zusammengearbeitet haben, diesen Fortschritt ernst nehmen, ihm zum Durchbruch verhelfen und 2009 dafür sorgen, dass das global realisiert werden kann. Herzlichen Dank, Herr Außenminister.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

</ text >

< text 16198 >

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:  
Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung zwei Stunden vorgesehen. – Darüber besteht offenkundig Einvernehmen. Es ist damit so beschlossen.

Ich erteile das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vor uns liegt ein schwieriges Jahr. Gerade deswegen ist heute ein entscheidender Tag. Ich sage: Es ist ein guter Tag; denn mit dem Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland gibt die Bundesregierung eine umfassende Antwort auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns alle Handlungsoptionen eröffnet. Und genau das ist gut für unser Land in einer solchen Situation.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bund, Länder und Kommunen werden ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so noch nicht gegeben hat. Zusammen mit den schon im Herbst beschlossenen Maßnahmen werden wir über 80 Milliarden Euro einsetzen.

Das ist ein Impuls von mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, auf zwei Jahre gerechnet. Die Bundesregierung verfolgt dabei ein großes, ja ein

überragendes Ziel. Wir wollen die Krise nicht einfach überstehen. Deutschland soll aus dieser Krise stärker und zukunftsfester herauskommen, als es hineingeht.

Wir wollen diese Krise als Chance nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Viele rufen nach kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen in 2009. Wir wollen diese Maßnahmen gleichzeitig

für einen Modernisierungsschub für das kommende

Jahrzehnt nutzen. Viele rufen nach Aktionen, um jetzt Entlassungen zu vermeiden. Wir werden den Unternehmen

nicht nur helfen, ihre Fachkräfte zu halten, sondern wir werden auch eine breite Qualifizierungsoffensive

starten, um die Beschäftigungschancen im nächsten Aufschwung zu verbessern. Es werden schnelle Nachfrageimpulse

gefordert, zum Beispiel durch zusätzliche Zahlungen an die privaten Haushalte. Wir bleiben nicht bei

Einmalmaßnahmen stehen, sondern wir werden die Privathaushalte verlässlich und dauerhaft entlasten.

Das ist unsere Leitlinie: Alles tun, um die Krise abzumildern, aber eben nicht dabei stehen bleiben, sondern die Chancen suchen und finden, die diese Herausforderung mit sich bringt.

In den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stellen wir die Arbeitsplätze: die vorhandenen Arbeitsplätze, die wir sichern wollen, und die künftigen, für die wir trotz aller Sorgen des Tages jetzt die Grundlagen legen wollen.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Arbeit für die Menschen – daran richten sich alle unsere Maßnahmen aus. Jede der Maßnahmen trägt auf ihre Art und Weise dazu bei. Das ist unser Maßstab. Ich halte ihn mit Blick auf die Menschen in unserem Land für absolut richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Richtig ist: Deutschland kann sich vor den Verwerfungen an den Finanzmärkten und auch vor dem weltweiten Wachstumseinbruch nicht abschotten. Wir erleben die erste umfassende Krise der Weltwirtschaft in der modernen Globalisierung. Diesmal sind nicht nur einzelne Regionen, Länder oder Branchen davon erfasst, nein, diese Krise geht rund um den Globus alle an. Was zuerst Möglichkeit war und dann Wahrscheinlichkeit wurde, das ist jetzt Gewissheit. Auch Deutschland befindet sich infolge der weltweiten Krise in der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit vielen Jahrzehnten. Glücklicherweise spüren das noch nicht alle in unserem Land – ich hoffe, das bleibt auch so –, aber manche Branchen, manche Bereiche trifft es dramatisch. Gerade heute haben wir wieder gehört: Auftragseinbrüche im Maschinenbau um 30 Prozent allein im November 2008. Das sind Signale, die nicht übersehen werden dürfen und zum Handeln auffordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir im November schon gewusst!)

Weil das so ist, ist Nichtstun keine Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Weil das so ist, reichen die herkömmlichen Instrumente nicht aus. Die Selbstheilungskräfte des Marktes können erst wieder voll wirken, wenn die Marktkräfte auch wirklich funktionieren. Wenn zum Beispiel ein gesundes Unternehmen mit Weltmarktführung für seine Investitionen heute keine Kredite bekommt oder nur Kredite zu Konditionen, die ein rentables Wirtschaften nicht mehr möglich machen, weil die Banken sich untereinander noch nicht richtig vertrauen, dann muss der Markt – das ist unsere politische Aufgabe – wieder funktionstüchtig gemacht werden. Wir müssen den Kräften des Marktes Hilfestellung leisten, um sie gesunden zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb sind Strohfeuerprogramme früherer Zeiten oder gar protektionistische Maßnahmen ungeeignet. Deshalb darf unsere Diskussion auch nicht darauf hinauslaufen, dass wir jetzt immer nur fragen: Ist das gut für deutsche

Produkte? Wir sind in einer weltweiten Krise. Daher ist Protektionismus mit Sicherheit das falsche Denken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genau deshalb werden wir für die Offenheit der Märkte eintreten.

Es ist sehr wichtig - das ist auch die Begründung unseres Handelns -, sich klarzumachen: Dies ist eine außergewöhnliche Situation, für die die herkömmlichen Lehrbücher nicht ausreichen. Diese Einschätzung teilt die gesamte Bundesregierung, und nur sie erklärt unser Vorgehen. Deswegen greift die Bundesregierung eben auch zu außergewöhnlichen Maßnahmen.

Die Menschen in Deutschland können sicher sein: Wir handeln gut überlegt, und wir sind entschlossen, Deutschland mit aller Kraft gut durch die Krise zu bringen und unser Land, wo immer es möglich ist, stärker zu machen. Dieses Ziel zu erreichen, das kann nur gelingen, wenn wir gleichzeitig an den wichtigsten Schlüsselstellen unserer Wirtschaft ansetzen. Die wichtigsten Schlüsselstellen, das sind die Innovationskraft der Unternehmen, die Kreativität und Ausbildung der Menschen und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur. An genau diesen Schlüsselstellen setzt unser Maßnahmenpaket an.

Erstens. Wir starten eine Investitionsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen im Bildungsbereich und bei der Modernisierung der Infrastruktur. Der Bund wird zusammen mit den Ländern in den nächsten zwei Jahren knapp 20 Milliarden Euro zusätzlich einsetzen. Das wird ein richtiger und wichtiger Impuls für unsere Infrastruktur sein. Dass wir dies auf den Weg gebracht haben - zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen -, das zeigt, dass unser Land handlungsfähig ist, nicht nur in der Bankenkrise, sondern auch, wenn es darum geht, unser Land stärker zu machen. Dafür allen Beteiligten herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen, dass die Kreativität der Menschen unsere wichtigste Produktivkraft ist. Deshalb steht der Bildungsbereich im Mittelpunkt der Investitionen; dafür werden zwei Drittel der Investitionen, die von Bund und Ländern gemeinsam getätigt werden, bereitgestellt. Da bei geht es auch um die Verbesserung der Situation in Kindergärten, in Schulen, in Fachhochschulen und Hochschulen. Ich glaube, das ist genau das, was wir meinen, wenn wir sagen: Wir wollen eine Bildungsrepublik sein. Wir setzen jetzt die notwendigen, zusätzlichen Impulse, um die Zukunft zu meistern.

Seit gestern höre ich: Es ist ja schön, wenn man die Schulen renoviert. Aber was hilft das, wenn nicht ausreichend Personal da ist? Deshalb füge ich gleich an dieser Stelle hinzu: Der Bundesarbeitsminister hat dafür Sorge getragen, dass im Bereich der Kleinkinderbetreuung - hier erhöhen wir gerade die Zahl der Betreuungsplätze, und hier entstehen neue Rahmenbedingungen - vorrangig Qualifizierung betrieben wird, genauso wie auch im Pflegebereich. Wir werden diese Dinge kombinieren. Aber es kann doch wohl nicht sein, dass wir die Schulen nicht renovieren, weil vielleicht irgendwo noch ein Lehrer

fehlt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vielleicht kann dies dazu beitragen, dass mehr Lehrer und Betreuer eingestellt werden.

Alles, was wir im Infrastrukturbereich machen, verbinden wir auch mit zusätzlichen Impulsen für Klimaschutz und Energieeffizienz. Das bringt uns der Erfüllung unserer Klimaschutzziele näher. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunft.

Um die Schwerpunkte schnell, effizient und sichtbar umzusetzen, werden die Finanzhilfen unter dem Gesamtdach des kommunalen Investitionsprogramms zur Verfügung gestellt. Wir vereinfachen das Vergaberecht, damit Aufträge möglichst schnell vergeben werden können. Das sichert nicht nur kurzfristig Aufträge für die Wirtschaft und Arbeitsplätze, sondern es bringt für Deutschland auch die Chance auf einen umfassenden Modernisierungsschub. Ich sage: Das ist ein Qualitätssprung, der sonst viele Jahre gebraucht hätte. Bei den Besuchen, die ich gemacht habe, habe ich gespürt - das wird jedem so ergangen sein -, dass gerade die kommunalen Verantwortlichen sehr verantwortlich mitmachen

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja! Richtig!)

und dieses Programm sehr intensiv aufgreifen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens handeln wir für eine gesicherte Kreditversorgung der Wirtschaft, damit Investitionen und Innovationen der Unternehmen trotz der Verwerfungen auf den Finanzmärkten möglich bleiben. Dazu wird die Bundesregierung als Schwerpunkt ein besonderes Kredit- und Bürgschaftsprogramm einrichten. Über das schon heute laufende KfW-Sonderprogramm hinaus werden wir mit einem Bürgschaftsvolumen von 100 Milliarden Euro sicherstellen, dass die Kreditversorgung durch die Banken auch funktioniert. Wir brauchen heute zusätzliche Absicherungen, damit die Banken ihrer Tätigkeit nachkommen können.

Mithilfe der staatlichen Bürgschaften werden wir ein Vielfaches an privaten Investitionen auslösen. Ziel dieses Bürgschaftsprogramms ist, dass keine gesunden, wettbewerbsfähigen Betriebe, die häufig mit ausgezeichneten Weltmarktpotenzialen ausgestattet sind, aufgrund der Verwerfung im Bankensektor verloren gehen. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Es geht nicht um Betriebe, die Schwächen haben. Es geht um Betriebe mit herausragendem Potenzial, die zu jeder normalen Zeit sofort Kredite bekommen würden und die wir jetzt besonders schützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft gehören auch eine Umweltprämie für die Automobilwirtschaft, die Umstellung der Kfz-Steuer zum 1. Juli 2009 auf CO<sub>2</sub>-Basis und eine besondere Forschungsförderung für innovative Antriebstechnologien.

Ich weiß sehr wohl, dass gerade das Thema Umweltprämie erhebliche Diskussionen auslöst, da man sich fragt: Ist es eigentlich gerechtfertigt, eine Branche in besonderer Weise zu stützen? Dies hat - das muss man der Automobilindustrie sagen - zum Teil auch damit zu tun, dass die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern in den vergangenen Jahren nicht immer langfristig und nachhaltig

umgegangen ist - um das ganz freundlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben uns für die Umweltprämie entschieden, weil die Automobilbranche gerade in Deutschland nicht irgendeine Branche ist. Die großen Automobilunternehmen bilden mit ihrem Netz von Zulieferern einen weltweit einmaligen Technologie- und Innovationscluster. Sie gehören zur Kernsubstanz unseres Industrielandes Deutschland.

Weil wir diese Substanz nicht nur erhalten, sondern auch modernisieren wollen, sagen wir: Wir entschließen uns zu einer solchen außergewöhnlichen Hilfe. Deshalb sind die Hilfen so konzipiert, dass sie Anreize bieten, verbrauchsarme und klimafreundliche Fahrzeuge zu entwickeln und zu kaufen; das gilt gerade für die CO<sub>2</sub>-basierte Kfz-Steuer. Das ist aus meiner Sicht eine vertretbare und akzeptable Hilfe, die gleichzeitig in die Zukunft führt.

Zur Modernisierung der Infrastruktur gehört in unserem Land natürlich auch der Ausbau des Breitbandnetzes. Wir wollen damit zeigen, dass alle Regionen unseres Landes von der Modernisierung profitieren müssen, gerade auch die ländlichen Räume, die bis jetzt nicht ausreichend mit Breitbandtechnologie versorgt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb wird es darauf ankommen, unser Programm so umzusetzen, dass alle Regionen Deutschlands davon profitieren können - nicht nur wichtige oder scheinbar wichtige Regionen, in denen Unternehmen angesiedelt sind oder die aus anderen Gründen bekannt sind. Ich finde, das ist ein wichtiges Signal mit Blick auf die Gerechtigkeit in unserem Land, ein Signal an die Menschen und vor allem an diejenigen, die in den Kommunen Verantwortung tragen und deren Engagement wir jetzt dringend brauchen.

An dieser Stelle möchte ich sagen: Unsere Hilfen für Unternehmen sind nicht an deren Größe orientiert. Es geht nicht darum, ob ein kleines Unternehmen einen Arbeitsplatz, ein Mittelständler mehrere Hundert Arbeitsplätze oder ein DAX-Unternehmen Zehntausende Arbeitsplätze hat. Jeder Arbeitsplatz steht in unserem Bemühen an gleicher Stelle. Wir unterscheiden nicht; denn für uns sind alle wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Drittens. Wir ergreifen Maßnahmen zur direkten Sicherung von möglichst vielen Arbeitsplätzen, verbunden mit einer umfassenden Qualifizierungsoffensive.

Bei allem Einsatz - wir wissen das -: Die Bundesregierung kann nicht versprechen, dass die Krise den Arbeitsmarkt weitgehend unberührt lässt. Das wäre vollkommen unredlich. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass die Politik den Betrieben hilft, bis zum nächsten Aufschwung eine Brücke für die Arbeitnehmer zu bauen.

Eine solche Brücke hat in unserem Programm eine ganz zentrale Bedeutung.

Deshalb haben wir die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld bereits im Herbst verlängert und werden jetzt die Bedingungen dafür schaffen, dass die Betriebe dieses Instrument der Kurzarbeit auch nutzen können, indem wir



50 Prozent der Sozialversicherungskosten übernehmen und das Angebot machen, wenn Qualifizierung angefordert wird, dann auf Antrag bis zu 100 Prozent der Sozialversicherungskosten zu übernehmen. Das ist wieder die Kombination: Nicht einfach nur warten, nicht einfach nur nichts tun, sondern Anreize setzen, um sich auf die Zukunft vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das kann ein Beitrag sein, um zukünftigen Fachkräftemangel zu überwinden, und so entsteht wieder eine Chance, aus der Krise herauszukommen.

Wir wissen, dass die Qualifizierung nicht alleine von den Betrieben geleistet werden kann. Deshalb kommt der Bundesagentur für Arbeit und ebenso den Trägern der Grundsicherung, bei denen Arbeitnehmer und Arbeitsuchende aktiviert und qualifiziert werden, eine erhebliche Bedeutung zu. Deshalb erweitern wir hier auch den Umfang der Stellen.

Gerade an dieser Stelle zeigt sich, wie wertvoll es ist, dass die Bundesagentur für Arbeit mit den Reformen der letzten Jahre wirkungsvoll umorganisiert wurde und schlagkräftiger geworden ist. Sie wird eine sehr wichtige Säule im Einsatz für Beschäftigung und Qualifizierung sein. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Nürnberg und auch in den Argen vor Ort ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Von ihnen wird in den nächsten Monaten viel abhängen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Viertens. Die Privathaushalte und auch die Personengesellschaften des Mittelstandes werden bei Steuern und Abgaben spürbar und dauerhaft entlastet. Insgesamt entlasten wir mit den gestrigen Beschlüssen die Bürger bei Steuern und Abgaben in den nächsten zwei Jahren um rund 18 Milliarden Euro. Bei der Einkommensteuer wird der Grundfreibetrag angehoben, der Eingangsteuersatz auf 14 Prozent gesenkt und eine Rechtsverschiebung der Kurve vorgenommen. Damit wird der „kalten Progression“ ein Stück weit Einhalt geboten. Ich möchte darauf hinweisen, dass eine solche Steuersenkung die Nachfrage insbesondere bei den arbeitenden, gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit niedrigen und mittleren Einkommen stärken wird. Genau diese sind durch die Wirkung der „kalten Progression“ in besonderer Weise belastet. Künftig wird ihnen mehr von jedem mehr verdienten Euro bleiben als bisher.

Diese Steuersenkung – auch das will ich noch erwähnen – entlastet auch viele Personengesellschaften gerade im Mittelstand. Mit dieser Steuersenkung geht es um mehr als nur um einen finanziellen Konjunkturimpuls. Im Kern geht es mit dieser Maßnahme darum, die Leistungsgerechtigkeit und den Optimismus der Menschen zu stärken. Deshalb ist sie eine wichtige Maßnahme in unserem Paket.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Entlastungen sind keine Einmalmaßnahme, sondern wirken dauerhaft, genauso wie die Senkung der Beiträge. Die paritätische Senkung der Beiträge zur

Krankenversicherung um 0,6 Punkte wird sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer noch einmal entlasten.

Um den Umfang einmal darzustellen: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Erwerbstätigen mit einem Durchschnittseinkommen von etwa 30 000 Euro wird im Jahr 314 Euro mehr zur Verfügung haben. Das ist ein Beitrag, um Vertrauen zu schaffen.

Ich will an dieser Stelle noch eines deutlich machen. Wir gehen in verschiedenen Schritten vor. Auch das ist gestern kritisiert worden. Aber worum geht es bei diesen Beitrags- und Steuersenkungen? Es geht darum, dass wir Vertrauen mit Blick auf den Konsum der Bevölkerung schaffen. Glücklicherweise befinden wir uns in einer Situation, in der die Inflationsrate und die Energiepreise in diesem Jahr niedriger sein werden. Es gibt die Entlastungen für Familien ab 1. Januar. Es wird ab 1. Juli Rentenerhöhungen und Erhöhungen bei den Leistungen für Hartz-IV-Empfänger geben. Es gibt die steuerlichen Entlastungen und die Gesundheitskostenentlastungen, und dann zum 1. Januar 2010 noch einmal mehr.

Das heißt, die Menschen können darauf vertrauen, dass das ihnen zum Konsum zur Verfügung stehende Einkommen möglichst gleich oder höher sein wird. Das stärkt dann die Konjunktur. Das ist ein innerer Impuls, und das ist unsere Philosophie: Nicht einmal, sondern dauerhaft Hoffnung geben, damit sich die Dinge möglichst vernünftig entwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir tun das, weil uns wichtig ist, dass alle Bürger spüren: Es ist eine gemeinsame Herausforderung, und deshalb soll es auch eine gemeinsame Chance geben. Jeder wird gebraucht, und jeder soll gestärkt werden. Deshalb ist der Mix aus Lohnzusatzkostensenkung und Steuersenkung auch richtig, weil die unterschiedlichen Bevölkerungsteile unterschiedlich betroffen sind. Es gibt auch viele, die keine Steuern zahlen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist richtig: Wir nehmen viel Geld in die Hand. Wir nehmen sogar sehr viel Geld in die Hand. Aber wir haben auch darauf geachtet, dass wir den richtigen Zeitpunkt wählen. Wir sind bewusst nicht in einen Überbietungswettbewerb auf europäischer Ebene eingestiegen. Wir sind der Überzeugung: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Wir brauchen mit unserer Antwort allerdings den Vergleich mit den Initiativen anderer Länder wahrlich nicht zu scheuen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das ist wahr!)

Ich erinnere daran: Die Europäische Union hat - so haben wir es im Rat beschlossen - ein gemeinsames europäisches Programm mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro gefordert. Deutschland ist jetzt mit 80 Milliarden Euro dabei. Wir leisten als größte Volkswirtschaft unseren Beitrag. Ich finde das richtig. Aber ich finde, wir alle können das auch selbstbewusst sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die volle Wirkung dessen, was wir hier zur Diskussion stellen, entfaltet sich im Übrigen erst im Zusammenwirken aller Maßnahmen. Ich habe von den Schlüsselstellen gesprochen, an denen wir ansetzen müssen.

Sie erfordern verschiedene Maßnahmen. Wer nur auf die eine oder andere Maßnahme setzt, der wird eine Halbierung der Wirkung erleben.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Wer auf alle Maßnahmen setzt, der wird erleben, dass sich die Wirkung vervielfacht. Das muss das Ziel sein; denn eindimensionale Antworten sind in der Globalisierung definitiv zum Scheitern verurteilt.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Gerade deswegen hat sich die Bundesregierung bewusst für einen breiten und vernetzten Ansatz entschieden. Gerade weil es heute keine isolierten nationalen Maßnahmen mehr geben kann, möchte ich noch einmal betonen, dass dieser Pakt für Beschäftigung und Stabilität nur die eine Seite der Medaille, der internationalen Situation ist. Die andere Seite der Medaille ist die aktive Gestaltung der internationalen Ordnung. Ich werde nicht lockerlassen – das gilt für die gesamte Bundesregierung –, bis wir international eine neue Finanzmarktverfassung, einen fairen Freihandel, eine bessere Beachtung von sozialen Mindeststandards, einen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und den Ausbau des internationalen Klimaschutzregimes geschafft haben.

Die Gruppe der G-20-Länder wird – Großbritannien hat in diesem Jahr den Vorsitz – am 2. April wieder tagen. Ich habe die europäischen Teilnehmer dieser G-20-Gruppe nach Berlin eingeladen, um dieses Treffen vorzubereiten; denn die europäische Stimme wird von großem Gewicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dahinter steht die Erkenntnis, dass wir für die Globalisierung keine ausreichende internationale Architektur haben.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

Deshalb werde ich Anfang Februar mit den internationalen Organisationen, mit OECD, WTO, ILO, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds – genauso, wie wir das schon während unserer G-8-Präsidentschaft gemacht haben –, wieder Gespräche führen, um alles mit den Aktivitäten der Vereinten Nationen zusammenzuführen. Wir brauchen eine bessere internationale Architektur, die uns in Zukunft vor solchen Krisen wie der jetzigen schützt. Deutschland muss dabei eine starke, eine führende Rolle spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich rede nicht darum herum: Der Weg, den wir eingeschlagen haben, um unser Land durch die Krise zu bringen, bringt eine deutliche Neuverschuldung mit sich, in diesem Jahr und auch im nächsten. Das muss klar gesagt werden. Darum brauchen wir nicht herumzureden. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Auch ich habe sie mir nicht leicht gemacht. Ich will deutlich sagen: Es ist bisher die schwerste innenpolitische Entscheidung, die ich als Bundeskanzlerin zu treffen hatte. Aber ich glaube, wir haben sie so getroffen, dass wir der außergewöhnlichen Dimension dieser Krise gerecht werden. Eine solche Antwort ist nicht nur notwendig, sondern definitiv geboten, weil nichts tun – daran

möchte ich noch einmal erinnern - schwerstwiegende Folgen hätte, nicht nur wegen des Rückgangs bei Aufträgen und Arbeitsplätzen in der Krise, die an sich schon erhebliche Mindereinnahmen für die staatlichen Kassen bedeuten würde, sondern vor allem auch, weil zu viele Quellen unseres Wohlstands in Gefahr geraten würden und versiegen könnten, weil im nächsten Aufschwung dann wichtige Firmen, wichtiges Know-how, wichtige Facharbeiter einfach nicht mehr da gewesen wären, um wieder neues Wachstum in Deutschland zu schaffen. Ich denke, wir alle sollten vermeiden, dass wir in eine Situation kommen, in der wir sagen müssen: Hätten wir doch damals etwas getan, hätten wir das, was uns stark macht, gerettet. - In diese Situation möchten wir nicht kommen, möchte ich nicht kommen. Deshalb handeln wir so, wie wir handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Neuverschuldung ist nicht Ausdruck einer falschen Politik, sondern sie ist Ausdruck der Krise selbst. Sie ist Bestandteil der Herausforderung, die wir zu meistern haben. Dafür werden wir - auch das ist schon heute absehbar - viel Ausdauer und Geduld brauchen. Aber auch das können wir schaffen. Wer Schulden aufnimmt, muss sie zuverlässig tilgen. Wir haben im Übrigen beim Erblastentilgungsfonds bewiesen, dass wir das können. Er wurde 1995 eingerichtet und hatte damals einen Schuldenstand von umgerechnet 171 Milliarden Euro. Jetzt ist er getilgt.

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Viele sagen, das habe 14 Jahre gedauert. Darauf sage ich: Aber es ist geschafft. - Um die Verlässlichkeit der Politik zu zeigen, muss man auch einmal sagen, wenn man so etwas geschafft hat. Die deutsche Einheit war doch keine Kleinigkeit. Wir können sagen, dass wir das gehalten haben, was wir versprochen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Daraus erwächst auch das Vertrauen, dass wir, wenn wir jetzt wieder einen Fonds einrichten und einen Tilgungsplan verabreden - der Finanzminister wird dazu Vorschläge machen -, die Schulden genauso tilgen, wie wir sie früher getilgt haben. Dafür stehe ich ein, dafür stehen wir ein.

Wir werden darüber hinaus - auch angesichts dieser Krise - nach Beratungen in der Föderalismuskommission eine Schuldenbremse einführen, also für die zukünftigen, die normalen Zeiten verabreden, dass wir kein Defizit oberhalb von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlauben dürfen. Es ist interessant: Dinge, die fast unerreichbar schienen, scheinen jetzt wieder in Reichweite. Ich jedenfalls werde mit aller Intensität dafür eintreten - ich weiß, dass die Mitglieder der Föderalismuskommission das auch tun -, dass wir das jetzt schaffen und die Schuldenbremse ins Grundgesetz bringen, um für zukünftige Generationen ein klares Zeichen zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Jahr wird die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Ein Drittel dieser Zeit, nämlich fast 20 Jahre, gehen Ost und West einen gemeinsamen Weg. Vor 20 Jahren, am 9. November, war der Fall der Berliner

Mauer. Die beiden Daten, finde ich, zeigen uns, dass Deutschland schon ganz andere Herausforderungen gemeistert hat. Das ist Grund zur Zuversicht; das ist Grund, auf Deutschlands Kraft und Stärke zu vertrauen. Das Allerwichtigste, so heftig der Wachstumseinbruch auch ausfallen kann, ist: Dies ist keine Krise - das, finde ich, ist die wichtige Botschaft - der ökonomischen, sozialen oder finanziellen Grundstrukturen unserer Bundesrepublik Deutschland.

(Lachen bei der LINKEN)

- Ich kann mir denken, dass Sie da lachen. Das ist gerade der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Wirtschaft ist stark. Unsere Produkte sind weltweit wettbewerbsfähig. Wir haben 1,5 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den letzten drei Jahren geschaffen. Das soziale Netz ist stabil; es ist durch die Reformen der letzten Jahre gestärkt worden. Wir hatten 2007 und 2008 einen ungefähr ausgeglichenen Haushalt. Heute sind die Zahlen gekommen:

Das Bruttoinlandsprodukt weist ein Wachstum von minus 0,1 Prozent auf, die Verschuldung von Deutschland ist nahezu ausgeglichen. Das gibt uns mehr Handlungsspielräume. Dies alles zeigt: Die soziale Marktwirtschaft bewährt sich in der Globalisierung. Deutschland ist im Kern gesund und stark.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Finanzielle Exzesse und mangelndes soziales Verantwortungsbewusstsein haben die Welt dagegen genau in diese Krise geführt. Nur wenn wir diese Ursache klar benennen, dann können wir die Welt tatsächlich gemeinsam mit anderen Staaten aus dieser Krise führen. Dazu brauchen wir klare Grundsätze. Der Staat ist der Hüter des wirtschaftlichen und sozialen Ordnungsrahmens. Der Wettbewerb braucht Augenmaß und soziale Verantwortung. Das sind die Prinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft. Sie gelten bei uns, aber es hat sich gezeigt, dass genau das nicht reicht. Diese Prinzipien müssen weltweit beachtet werden. Erst das wird die Welt aus dieser Krise führen.

Die Krise wird nicht spurlos an uns vorübergehen. Sie wird uns auch in der nächsten Zeit viel abverlangen. Es kommt jetzt mehr denn je auf den Zusammenhalt aller Kräfte in unserer Gesellschaft an, auf das, was wir Gemeinsinn nennen: Betriebe und Behörden, Banken und Sparkassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbände und Bürgerinitiativen, jeder ist aufgerufen, wenn er kann, seinen Teil dazu beizutragen. Ich werde in den nächsten Monaten - wie auch die Mitglieder der Bundesregierung - immer wieder das Gespräch mit allen Gruppen in der Gesellschaft suchen.

Der Pakt für Beschäftigung und Stabilität bietet für jeden einen Ansatzpunkt, seinen Teil der Verantwortung wahrzunehmen. Er ist ein Pakt für alle, und deshalb ist er ein Pakt für Deutschland, so haben wir ihn konzipiert: für die Unternehmen, indem sie jetzt ihre Beschäftigten halten, für die Arbeitnehmer, indem sie sich weiterqualifizieren, für die Ingenieure und Forscher, indem sie neue Ideen entwickeln und Innovationen vorantreiben, für die ehrenamtlich Tätigen, indem sie mithelfen,

unsere soziale Infrastruktur stabil zu erhalten, für die Verbraucher, indem sie sich umweltbewusster verhalten. Vertrauen wir auf das, was wir gut können, was wir vielleicht sogar besser können als andere! Das ist gerade jetzt wichtig. Es ist mehr als manche denken; davon bin ich überzeugt.

Ich sage Ihnen: Die Regierung hat jetzt viel Arbeit hinter sich. Aber sie hat in den kommenden Monaten auch einiges an Arbeit vor sich. Ich sage Ihnen: Das werden wir mit Verantwortung, Kraft und Zuversicht und, wie ich hoffe, auch mit der Unterstützung dieses Hohen Hauses tun.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -  
Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Dr. Guido Westerwelle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist in der Tat eine ganz außergewöhnliche Sitzung des Deutschen Bundestages und ein außergewöhnlicher Tag, schon deshalb, weil wir Deutsche noch sehr lange an dem abzahlen werden, was heute von der Regierung vorgeschlagen wird und durchgesetzt werden soll. Die wenigsten, die hier sitzen, werden den Zeitpunkt erleben, an dem zurückgezahlt ist, was Sie heute beschließen.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

In Wahrheit ist das nicht das größte Konjunkturpaket in der Geschichte unseres Landes. Es ist bisher nichts anderes als das größte Schuldenpaket in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen: Nichtstun ist keine Alternative. Da haben Sie recht. Aber das Falsche zu tun, ist auch keine Alternative, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierung wird damit als eine Regierung der Rekorde in die Geschichte eingehen. Sie stehen damit für die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig werden Sie die Regierung sein, die wie noch nie eine Regierung seit Gründung der Republik Schulden gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir werfen Ihnen nicht vor, dass die Krise da ist. Wir haben Ihnen nie vorgeworfen, dass die Krise der Weltwirtschaft auch Deutschland trifft.

(Joachim Poß [SPD]: Das haben Sie auch gerade nötig!)

Was wir Ihnen vorwerfen, ist, dass Sie in guten Zeiten nicht für die schlechten Zeiten vorgesorgt haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hätten Sie in Zeiten des Aufschwungs etwas an Überschüssen erwirtschaftet, wären Sie heute glaubwürdiger,

wenn Sie sagen, dass Sie Schulden machen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, das sei keine  
Zeit für die herkömmlichen Lehrbücher. Für die herkömmlichen  
Lehrbücher mag es nicht die Stunde sein;  
aber für ein Lehrbuch wäre es die richtige Stunde, nämlich  
für Ludwig Erhards Wohlstand für alle. Das wäre  
die richtige Lehre: sich auf die Kräfte der sozialen  
Marktwirtschaft nicht nur in Worten, sondern auch in  
Taten zu besinnen. Eine Lehre des Wirtschaftswunders,  
eine Lehre der sozialen Marktwirtschaft ist: Aufschwung  
gibt es nur, wenn sich Leistung für die Bürger lohnt.  
Deswegen brauchen wir vor allen Dingen eine Entlastung  
durch ein einfaches und gerechteres Steuersystem  
mit niedrigeren Tarifen. Das wäre das beste Konjunkturprogramm  
für diese Republik. Dazu fehlen Ihnen der  
Mut und die Einigkeit.

Die Schulden, die Sie in diesen Tagen beschließen  
und durchsetzen wollen, verbauen die Zukunft, und  
- was viel schlimmer ist - sie nehmen auch den Spielraum  
für einen wirklichen Neuanfang. Sie wollen das  
größte Schuldenpaket, das eine Regierung bisher vorgelegt  
hat, diesem Hohen Haus schmackhaft machen, indem  
Sie gleichzeitig sagen, Sie würden 2015 eine Schuldenbremse  
einführen. Wer am selben Tag das größte  
Schuldenpaket in den Deutschen Bundestag einbringt  
und sagt, irgendwann werden wir eine Schuldenbremse  
einführen, der ist nicht glaubwürdig. Das glauben Ihnen  
nicht einmal die eigenen Leute. Der haushaltspolitische  
Sprecher der Unionsfraktion, Herr Kampeter - er sitzt in  
der ersten Reihe, geduckt, gebückt;

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU/CSU)

keine Sorge, man kann es verstehen -, selbst sagt:  
Deutschland öffnet die Schuldenschleusen; das ist eine  
Form von Konfettipolitik. Das ist das, was Herr  
Kampeter sagt - nicht die FDP sagt das -, das sagt der  
haushaltspolitische Sprecher Ihrer Fraktion über das,  
was Sie hier heute vorlegen. Das ist kein gutes Zeugnis  
für Ihren Koalitionskompromiss.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie vorlegen, ist ein Sammelsurium. Es ist  
ein Paket, das nicht wirken kann, weil es ihm einerseits  
an der Linie fehlt und weil es andererseits an dem Mut  
fehlt, die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.  
Das, was Sie bisher an Entlastung für die Bürgerinnen  
und Bürger in dieser schweren Zeit vorschlagen,  
ist nichts anderes als eine Steuerentlastung auf  
Taschengeldniveau. Damit kann man keine Wirtschaft  
anspringen lassen. Ob es 5 Euro Steuerentlastung sind  
oder 15 Euro - wie Sie behaupten -, Deutschland wird  
deswegen mit Sicherheit nicht in einen Konsumrausch  
verfallen. Das ist zu kurz gesprungen. Sie flickschustern,  
anstatt ein einfaches und gerechteres Steuersystem mit  
niedrigeren Tarifen zu beschließen. Das müsste der zentrale  
Stein dieses Konjunkturpaketes sein; aber das tun  
Sie nicht.

Wir wissen natürlich, was dahintersteckt. Meine Damen  
und Herren, Sie sprechen viel von der Konjunktur,

Sie sprechen viel von der Wirtschaft, aber was bei diesem Paket in Wahrheit mitschwingt, sind vor allen Dingen Ihr innerparteilicher und Ihr innerkoalitionärer Konflikt. In Wahrheit ging es um die Frage: Wie konnten Sie in der Koalition noch einmal zueinanderfinden? Jeder legte etwas auf den Tisch, damit am Schluss ein Paket geschnürt werden konnte - teuer, mit Schulden für die Bürgerinnen und Bürger und mit wenig Wirkung. In Wahrheit ist es ein Paket, dessen - wenige - Entlastungen erst zur Mitte dieses Jahres wirken und in Kraft gesetzt werden sollen, ein Zufall, dass das wenige Wochen vor der Bundestagswahl ist. Mit diesem Paket kümmern Sie sich weniger um die Konjunktur als vielmehr um Ihre Wahlkampfinteressen, was man schon daran sieht, dass nach der Bundeskanzlerin und meiner Wenigkeit gleich der Kanzlerkandidat der SPD hier sprechen wird. Allein die Rednerliste zeigt, worum es mit diesem Paket in Wahrheit geht: viel Wahlkampf und wenig Zukunft für Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Schicksal ist: Es ist mutmaßlich der teuerste Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der hier in diesem Hause beschlossen werden soll. Was ist zu tun? Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass es eine echte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gibt bei den Steuern, bei den Abgaben und ausdrücklich auch bei der Bürokratie.

Ich will zum Punkt Steuern noch etwas im Detail sagen. In diesem Jahr wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger bei den Steuern um 3 Milliarden Euro entlasten. Wir vergleichen das einmal mit dem, was in anderen Ländern erörtert wird. Es sind allein 300 Milliarden Dollar, die der künftige Präsident Obama beim Thema „Entlastung der Bürgerinnen und Bürger“ auf den Tisch legt. Sie sagen, wir hätten für Steuersenkungen kein Geld. Wer wie Sie in diesem Paket für alles Geld hat - bis hin zu einer Abwrackprämie -, der kann nie wieder behaupten, wir hätten kein Geld für Steuersenkungen. Sie wollen es nicht. Sie können es nicht. Das sollen die Bürgerinnen und Bürger wissen.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist der Unterschied zwischen dauerhaft und einmalig!)

Gleichzeitig erklären Sie, Sie würden die Beiträge zur Krankenversicherung senken. Das ist, mit Verlaub gesagt, nichts anderes als eine Veräppelung der Bürgerinnen und Bürger in dieser Republik. Wann hat es das in Deutschland jemals gegeben, dass eine Gesundheitsreform zum 1. Januar eines Jahres in Kraft tritt und dass man bereits zwei Wochen später die Milliarden suchen muss, um den größten Schrott dieser Gesundheitsreform wieder einigermaßen wegzukehren? Es ist eine Veräppelung der Leute, wenn Sie ihnen per Gesundheitsreform erst höhere Beiträge verordnen, um ihnen dann eine Brosame als Entlastung zurückzugeben. Das ist keine Entlastung. Was Sie hier beschließen, ist eine Frechheit.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2 500 Euro für alte Autos, 100 Euro fürs Kind, das ist ein Wettbewerb der Hilflosigkeit - übrigens mit einer sehr aussagekräftigen Schiefelage. Was ist denn mit Ihren Reden über Familie, wenn Sie in diesem Paket eine solche Gewichtung vornehmen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN - Joachim Poß [SPD]: Das ist Demagogie!)

Ich will klar sagen: Es ist richtig, dass Sie in die Bildung investieren. Das unterstützen wir. Es ist ausdrücklich auch richtig, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie darauf hinweisen: Natürlich muss bei baulichen Maßnahmen ebenfalls etwas geschehen. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, darauf hinzuweisen, dass natürlich nicht nur der Putz an den Wänden bröckelt, sondern dass auch die Bibliotheken und die Lehrmittel immer schlechter werden. Dies wird eine gemeinsame große Aufgabe sein, auch in der Bildungspolitik. Übrigens kann man an dem, was Sie zur Bildungspolitik beschließen, erkennen - mindestens jetzt kann man es erkennen -, wie falsch die Zerfledderung der Bildungslandschaft durch die Föderalismusreform gewesen ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN)

Es ist richtig, dass Sie die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur erhöhen. Allerdings sind in den vergangenen zehn Jahren die Abgaben und Steuern für die Autofahrer und den Straßenverkehr von 37 auf 53 Milliarden Euro gestiegen. Sie haben in unglaublichem Maße zugegriffen. Das Plus von 2 Milliarden Euro, das jetzt gewährt werden soll, haben die Autofahrer in den letzten Jahren bereits x-fach eingezahlt.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich fehlt aus unserer Sicht vor allen Dingen der Ausstieg aus der ideologischen Energiepolitik. Allein wenn man die Energieinfrastruktur modernisieren würde, könnten sich private Investitionsmittel in einem Volumen von 20 bis 40 Milliarden Euro bewegen lassen. Das würde den Staat nichts kosten, und es hätte große Wirkung.

Meine Damen und Herren, dieses Paket ist nicht überzeugend.

Es ist ein Sammelsurium. Das Schlimme an diesem Paket ist in Wahrheit, dass es schnell verpufft, aber die Schulden bleiben: für viele Jahrzehnte, für die nächsten Generationen. Es wird wenig bringen, unglaublich viel kosten. Ich sage Ihnen gleichwohl zu: Es wird in diesem Haus und auch in der anderen Kammer natürlich konstruktive Beratungen geben. Was in diesem Paket sinnvoll ist, werden wir mittragen. Aber Sie können nicht erwarten, dass wir ein Paket unterstützen, mit dem in Wahrheit die Steuern nicht gesenkt, die Schulden aber erhöht werden und bei dem für die Konjunktur herzlich wenig herkommt. Deutschland hat Besseres verdient als diese Flickschusterei der Großen Koalition.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Bundesminister des Auswärtigen,

Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in der Tat, Herr Westerwelle, in außergewöhnlichen Zeiten. Die Weltwirtschaft ist in die schwerste Krise seit 80 Jahren gerutscht, und – das ist wichtig zu sagen – diese Krise wird um uns, wird auch um unser Land keinen Bogen machen. In dieser Situation muss allen klar sein: Abwarten war und ist keine Option. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Krise geradezu wie ein Tsunami unsere industriellen Strukturen zerstört, dass wettbewerbsfähige Unternehmen schließen müssen, dass Entlassungswellen unser Land erschüttern. Deswegen muss und musste die Bundesregierung handeln, und zwar schnell und entschlossen. Genau das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer nach der Schuld fragt, liegt falsch. Es ist ja so: Weder die Ursachen der Finanzmarktkrise noch die Ursachen der Wirtschaftskrise kommen von hier oder sind hausgemacht. Wir können aber sehr wohl bei uns zu Hause etwas gegen die Krise und vor allen Dingen gegen die Folgen dieser Krise tun. Deshalb und nur deshalb verstärken wir öffentliche Investitionen. Wir sichern dadurch Arbeitsplätze. Wir verhindern Entlassungen durch Qualifizierung, durch Umschulung, durch Erweiterung und Erleichterung von Kurzarbeit. Wir entlasten Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir stärken private Nachfrage. Wir unterstützen Familien und Kinder. Das alles sind Maßnahmen, die sinnvoll und vernünftig sind, weil sie die Krisenfolgen abmildern, und das ist notwendig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir mussten in diesen letzten drei Monaten ein ums andere Mal erleben, dass Märkte und noch mehr die Akteure und Claqueure auf diesen Märkten versagt haben. Wenn sie nicht weiterwussten und gar nichts mehr ging – das haben wir erlebt –, dann erscholl der Ruf nach dem Staat. Ich sage Ihnen angesichts von Finanzkrise und Wirtschaftskrise ganz ehrlich: Ich finde es sehr beruhigend, dass der Staat in Deutschland handlungsfähig ist und dass sich die Politik auch in diesen schwierigen Zeiten ihrer Verantwortung stellt, nicht ausweicht, sondern das tut, was von ihr erwartet wird. Das ist gut für Deutschland. Das ist gut für die Politik in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir legen Ihnen heute in der Tat das größte Konjunktur- und Stabilitätsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik vor. Es ist kein Diskussionsbeitrag, kein Palaver, sondern ein in den letzten drei bis vier Wochen gut vorbereitetes Paket. Nur so vorzugehen, das ist der Situation angemessen.

Ich sage mit großem Ernst – das meine ich auch so –: In diesem Jahr muss sich Politik bewähren. Politik muss Substanz liefern, muss Mut zur Verantwortung zeigen.

Mit Show und Mätzchen werden wir in diesem Jahr ganz sicherlich nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Westerwelle, ich schätze Sie - Sie wissen das - als politischen Gesprächspartner.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist ein Irrtum!)

Ich sage Ihnen aber ebenso deutlich: Mit Spöttereien werden Sie hier nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe die von Ihnen verwendeten Begriffe einmal mitgeschrieben: Wahlkampfklingelei, Schrott, Wettbewerb der Hilflosigkeit, Flickschusterei. Sie können diese riesige Kraftanstrengung, die wir hier unternehmen, mit solchen Begriffen belegen. Helfen - das prophezeie ich Ihnen - wird Ihnen das politisch nicht. Deswegen sage ich Ihnen, Herr Westerwelle: Die FDP ist an den wichtigen Weggabelungen dieser Republik immer den Weg der Vernunft gegangen. Ich hoffe und setze darauf, dass das auch bei dieser Anstrengung so sein wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bin froh, dass wir in den letzten Jahren - das war nicht immer ganz einfach, wie sich sicherlich alle erinnern können - den Weg gegangen sind, unser Land zu modernisieren. Die Früchte dieser Politik sind eine starke Wirtschaft, wie wir sie heute haben, Sozialkassen, die wieder Reserven angesammelt haben - 17 Milliarden Euro allein bei der Bundesagentur für Arbeit -, und konsolidierte Haushalte. Nur diese Früchte unserer Politik versetzen uns jetzt in den Stand, entschlossen zu handeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das zeigt wieder einmal: Politik muss auf Langfristigkeit angelegt sein. Das zahlt sich aus; nur dadurch wird Politik handlungsfähig.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, 50 Milliarden Euro sind in der Tat eine gewaltige Summe. Aber nicht allein die Summe ist ein entscheidendes Merkmal dieses Konjunkturprogramms. Vielmehr ist entscheidend, dass das Konjunkturprogramm sinnvoll, wirksam und gründlich

durchdacht ist. Wir reagieren eben nicht nur auf die Krise, sondern wir nutzen sie ganz bewusst. Wir wollen unser Land auch in dieser Krise moderner machen. Deshalb darf man bei diesem Konjunkturprogramm nicht nur sehen, dass es mit 50 Milliarden Euro ausgestattet ist, sondern man muss auch feststellen, dass es ein intelligentes Konjunkturprogramm ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir legen mit diesem Programm einen Mix von Maßnahmen vor, die sich gegenseitig verstärken und erst in der Kombination wirken. Wir investieren in Infrastruktur. Wir sichern und fördern Beschäftigung. Wir geben Anreize für mehr Konsum. Wir gehen gezielt in die Förderung von Innovationen. Außerdem tun wir etwas für die ökologische Erneuerung: durch die Umweltprämie für Altfahrzeuge, die Neuordnung der Kfz-Steuer, Maßnahmen zur Energieeffizienz in den Gebäuden, die Forschungsprämie. Alle Maßnahmen zusammen dienen

dazu, dass unsere Wirtschaft beim nächsten Aufschwung in den Zukunftsmärkten wieder vorne liegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicht zuletzt ist dieses Programm auch ein klares Signal an die Länder in Europa, nämlich das Signal: Wir nehmen unsere Verantwortung als stärkste Volkswirtschaft in der Europäischen Union an. Wir nehmen Geld in die Hand, um diese schwierige Zeit durchstehen zu können, gemeinsam mit den anderen Europäern. Darüber reden wir in Europa.

Europa ist wichtig; aber in dieser Situation, in der wir über ein nationales Programm reden, ist es vielleicht noch wichtiger, eine gemeinsame Kraftanstrengung in Deutschland, und zwar in der ganzen Gesellschaft, einzufordern. Politik kann diese Krise am Ende nicht allein bewältigen. Aber Politik kann - das habe ich gestern gesagt - in einer solchen Situation Vorbild sein, und das werden wir jetzt zeigen. Wie das geht, haben wir mit unserem kommunalen Infrastrukturprogramm demonstriert.

Das ist ein Bündnis mit Ländern und Kommunen, das für mich, auch im Sinne der Vorbildfunktion, ein Herzstück des gesamten Konjunkturpakets ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Bund gibt 10 Milliarden Euro, um in den Kommunen eine Welle von Aufträgen für Handwerker und Bauwirtschaft auszulösen und Arbeitsplätze zu sichern. Wir betonen: Der Schwerpunkt soll darauf liegen, Kindergärten und Schulen zu verbessern. Denn da ist, wie wir alle wissen, noch viel zu tun. Noch nie in der Geschichte - das haben uns die Repräsentanten der Kommunen gesagt - hat es einen solchen Schulterchluss von Bund, Ländern und Gemeinden wie in diesem Programm gegeben.

Nachdem das gelungen ist, appelliere ich an alle, die jetzt an der Umsetzung arbeiten: Verzetteln wir uns bitte nicht wieder in ein Gezerre um Zuständigkeiten! Handeln wir gemeinsam, so wie die Menschen es von uns erwarten! Genau so - und nur so - schaffen wir Vertrauen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bleibe auch dabei: Unser Programm hat zwei Bestandteile. Aus meiner Sicht sind es zwei Seiten derselben Medaille. Wir geben jetzt einen kräftigen Impuls für die Konjunktur. Aber wir müssen mit Beginn des nächsten Aufschwungs genauso entschieden gegensteuern.

Neuverschuldung und Tilgung gehören zusammen. Entsprechend zu handeln, sind wir uns und der nächsten Generation schuldig. Deshalb müssen wir es schaffen.

Herr Westerwelle, wenn ich das noch ergänzen darf: Ich habe die feste Absicht, das noch zu erleben.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Wenn ich mich erinnere, hat das Abtragen der Schulden des Erblastentilgungsfonds 14 Jahre gedauert. In 14 Jahren wäre ich 67 Jahre alt. Diese Lebenserwartung muss mir auch die Opposition zugestehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber nicht mehr im Amt! -

Gegenrufe von der SPD: Oh!)

Ich sage noch etwas dazu, warum ich dieses Konjunkturpaket wirklich für einen großen politischen Erfolg halte. Wir zeigen damit, dass sich wirtschaftliche Notwendigkeit und soziale Gerechtigkeit in diesem Paket ergänzen.

Davon profitieren auch all die Menschen überdurchschnittlich, die in den letzten Jahren weniger zum

Zuge gekommen sind: Menschen, die arbeiten gehen, Familien mit Kindern, 17 Millionen Rentner und auch die 6- bis 13-jährigen Kinder von Langzeitarbeitslosen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dafür eingetreten, dass vor allen Dingen die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen von

den Maßnahmen profitieren. Das erwartet man auch von

Sozialdemokraten. Darüber hinaus ist es auch unter

Konjunktugesichtspunkten hochvernünftig. Warum?

Weil in einer Flaute nur die Maßnahmen wirksam sind,

bei denen zusätzliches Geld tatsächlich im Konsum landet

und eben nicht auf dem Sparbuch. Das ist der Grund,

warum wir Bezieher kleiner Einkommen besonders begünstigen

wollen. Sie wissen, am liebsten hätten wir es

über eine Senkung der Abgaben gemacht. Aber wenn es

schon über Steuerentlastungen erfolgen soll, dann soll

dies möglichst für die kleinen und mittleren Einkommen

gelten.

Unter dem Strich kann man sagen: Gute Konjunkturpolitik

und eine sozial gerechte Politik gehen zusammen;

sie müssen kein Widerspruch sein. Das beweist unser

Paket. Deshalb kann ich dieses Paket nicht nur gut vertreten,

sondern bin hochzufrieden mit dem Gesamtergebnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

So wichtig dieses Konjunkturpaket auch ist, es kann,

gemessen an den politischen Aufgaben, die vor uns liegen,

nur ein Zwischenschritt sein. Die Menschen erwarten

von der Politik ganz sicherlich Maßnahmen zur Stützung

der Konjunktur. Wenn wir - wie auch viele

Menschen im Lande - in dieser Situation von einer Zeitenwende

sprechen, dann wollen sie wissen: Wie geht es

darüber hinaus weiter? Wie stellen wir sicher, dass so etwas

nicht noch einmal vorkommt? Wie sieht der politische

Rahmen aus, mit dem wir wirksam dafür sorgen,

dass der Ehrliche nicht der Dumme ist? Es geht um einen

Rahmen, in dem wir die Stellschrauben so ausrichten,

dass Unternehmen wieder langfristig denken und

langfristig investieren. Dafür zu arbeiten, dass ein solcher

Rahmen mit klaren Regeln und Maßgaben entsteht,

das wird die große Aufgabe in diesem Jahr sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Wir können und müssen uns dabei klarmachen: Die

Gründe für die Finanzkrise liegen ganz sicherlich in der

übergroßen Risikobereitschaft und auch in der übergroßen

Gier vieler Einzelner. Aber die Ursache ist natürlich

eine andere: Dies war ein Finanzwirtschaftssystem, das

auf dieses Verhalten nicht ausgelegt war, das Tür und

Tor geöffnet und sogar Anreize für unverantwortliches

Verhalten geboten hat. Mit anderen Worten: Wer eine

Rendite von 25 Prozent erbringen muss, weil er anderenfalls

seinen Job in der Finanzwelt verliert, handelt eben

nicht so, wie das dem langfristigen Interesse der Unternehmen entspricht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darin liegt die Ursache der Krise. Da müssen wir heran. Diese Weltwirtschaftskrise konnte nur entstehen, weil in der internationalen Finanzwirtschaft ein Markt ohne Regeln mit zu wenig Aufsicht und zu wenigen Kontrollmechanismen bestand, ein Markt, der sich seine Regeln sozusagen selber geschrieben hat. Sie wissen, nationale Politik allein ist dagegen machtlos.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Auf der internationalen Ebene bestand über viele Jahre hinweg nicht nur Handlungsunfähigkeit, sondern, wenn ich es richtig in Erinnerung habe - der Finanzminister wird es bestätigen -, Handlungsunwilligkeit. Jetzt, da wir eine Phase haben, in der Einsicht herrscht, könnte darin eine historische Chance liegen, die wir nutzen müssen. Wir müssen jetzt mit aller Kraft an einer Weltwirtschaftsordnung arbeiten, die Krisen dieses Ausmaßes in Zukunft verhindert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das geht nur international. Wer Markt und Gemeinwohl in eine neue Balance bringen will, muss noch viel stärker als bisher international handeln. Er muss sich in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, der Finanz-, der Sozial- und der Umweltpolitik enger abstimmen. Deshalb ist es gut, dass sich die G-20-Staaten zusammengefunden haben. Es ist gut, dass wir uns auf der europäischen Ebene vorher abstimmen und dann möglichst mit einer Stimme sprechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber ich sage auch: Die Nachricht von der neuen Zeit, die neue Antworten verlangt, muss auch in Brüssel bei den Institutionen der Europäischen Union ankommen. Wenn die Europäische Union eine gute Zukunft haben soll, dann dürfen die Kommissare und die leitenden Angestellten der Europäischen Union nicht mehr länger nur allein - auch das muss natürlich sein - das Lied vom ungehinderten Wettbewerb und vom freien Binnenmarkt singen, sondern müssen realisieren, dass etwas passiert ist. Die Menschen erwarten mehr, und deshalb muss auch Europa mehr leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Krisenzeiten sind Gestaltungszeiten. Das gilt für jedes Land, für jede Regierung und auch für jede Partei. Die nächsten 18 bis 24 Monate werden - ich bin mir da sehr sicher - darüber entscheiden, wie die Weltwirtschaftsordnung und die Gesellschaftsordnung in der Zukunft aussehen werden, jene Ordnungen, in denen unsere Kinder leben werden. Dies ist natürlich eine Aufgabe der Bundesregierung. Diese Aufgabe nehmen wir an. Wir werden schon im März bei der nächsten Zusammenkunft des Koalitionsausschusses auf der nationalen Ebene darüber beraten, was wir tun müssen, um Regeln für Transparenz und Kontrolle auf den Finanzmärkten zu schaffen, und wie wir mit Managergehältern umgehen. All

das werden wir tun. Aber dies, worüber ich rede, ist natürlich nicht nur eine Aufgabe der Politik und der Regierungen. Dies ist auch eine Aufgabe der Verbände, der Kirchen, der Gewerkschaften, also der ganzen Zivilgesellschaft. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten in diesem Zusammenhang einen engen Dialog nicht nur mit der Opposition hier im Hause, sondern auch mit der Zivilgesellschaft als Ganzes führen. Ich bin mir sicher, dass das geht.

Diesen Appell möchte ich auch an die Verantwortlichen in der Wirtschaft richten. Das, was diese Krise ausmacht, ist eine tiefgreifende Legitimationskrise der inzwischen globalisierten Marktwirtschaft. Eine solche Krise kann die Politik nicht allein überwinden. In den vielen Gesprächen, die ich in der letzten Zeit mit Wirtschaftsvertretern führte, bemerkte ich, dass sie spüren, dass man hier etwas tut. Auch dort gibt es Bewegung, Bewegung in den Köpfen. Auch dort suchen viele nach neuen Orientierungen. Es gibt Manager in der Leitungsebene, die erkennen, dass der kurzfristige Renditedruck des Kapitalmarktes die Unternehmen nicht immer nach vorne gebracht hat, und deshalb für eine Neuordnung der Märkte offen sind. Ich finde es schade, dass sich bisher nur wenige aus der Wirtschaft öffentlich an dieser Diskussion beteiligen. Ich bin mir sicher, dass wir eine solche Diskussion brauchen, insbesondere in einer solchen Situation, in der deutlich wird, dass Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, die Legitimität des Wirtschaftssystems und vor allen Dingen die Legitimität des politischen Rahmens, der dieses System trägt, berührt oder sogar beschädigt haben.

Deshalb sage ich: Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft ist notwendig - das fällt uns leicht -; aber das Bekenntnis allein - da bin ich mir sicher - wird nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD - Andrea Nahles [SPD]:  
Richtig!)

Wenn wir den Vertrauensverlust wirklich aufarbeiten wollen, dann müssen wir um Zustimmung und Akzeptanz werben. Ich bin überzeugt: Erfolgreich wird dieses Werben nur dann sein - es gibt eine einzige Voraussetzung -, wenn unser Handeln, auch unser Wirtschaften den Maximen dieser sozialen Marktwirtschaft wirklich entspricht, das heißt, wenn Rücksicht auf die Menschen genommen wird, auch und gerade in Zeiten der Krise.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mich beeindruckt - damit komme ich zum Schluss -, dass einzelne Unternehmen - Siemens gehört dazu - ihre aus dem Unternehmen heraus verursachte Krise dazu nutzen, sich neu zu erfinden und neue Regeln der Nachhaltigkeit und Transparenz aufzustellen, dabei aber eben auch - deshalb komme ich an dieser Stelle darauf zu sprechen - Arbeitsplätze garantieren und auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Das nenne ich Verantwortung für das Gemeinwohl in der Krise. Ich würde davon in der deutschen Wirtschaft gerne noch mehr sehen, damit die Menschen merken: Auch die Wirtschaft meint es in dieser Situation ernst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Weg durch eine solche Krise ist nicht einfach. Er bedarf einer Richtung. Wir sind im Augenblick gemeinsam dabei, den Kompass neu zu justieren. Die Bundesregierung hat ihren Beitrag dazu geleistet. Ich finde, sie hat einen guten Beitrag geleistet.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Oskar Lafontaine ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung stellt uns das nach ihren eigenen Worten größte Konjunkturprogramm nach dem Kriege vor. Wenn die Öffentlichkeit diese Bemerkung hört, dann ist sie geneigt zu glauben, dass damit die entscheidende Antwort auf die Krise gegeben wird, der wir uns gegenübersehen.

Dieses „größte Konjunkturprogramm nach dem Kriege“ - ich beziehe mich auf die Vorlage, um die es jetzt geht - umfasst pro Jahr - nur darüber kann man reden, wenn man redlich argumentieren und die Öffentlichkeit nicht täuschen will - 1 Prozent des Bruttosozialproduktes. Würde man das Konjunkturprogramm I hinzunehmen, wären es 1,2 bis 1,3 Prozent. Darüber reden wir hier. Die Frage ist, ob diese Antwort ausreichend ist, um die Verwerfungen, die sich jetzt abzeichnen, auch nur teilweise abzumildern.

Wenn man diese Größenordnung sieht, dann muss man sie mit zwei anderen Zahlen konfrontieren, die ich hier noch einmal in Erinnerung rufen will. Wir hatten in den letzten Jahren eine strukturelle Veränderung der Staatsausgaben in großem Umfang. Die strukturelle Veränderung hat die Bundesregierung selbst angegeben: Sie beträgt 118 Milliarden Euro pro Jahr. Das heißt, nach Auskunft der Bundesregierung geben wir im Vergleich zum Jahre 2000 118 Milliarden Euro pro Jahr weniger aus. Wenn man diese strukturelle Fehlentwicklung jetzt mit Ihrem Konjunkturprogramm vergleicht, dann muss man zu dem Ergebnis kommen, dass Ungleichgewichte, wie sie in den letzten Jahren aufgebaut worden sind, mit diesem Strukturprogramm nicht beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Staatsausgaben werden im Vergleich zu anderen Ländern immer noch deutlich zu gering sein. Ich nenne zwei Zahlen. Würden wir so viel Geld für Bildung ausgeben wie der Durchschnitt der OECD-Staaten, dann müssten wir pro Jahr 25 Milliarden Euro mehr ausgeben. Würden wir für die Infrastruktur so viel Geld ausgeben wie der Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft, dann müssten wir pro Jahr 25 Milliarden Euro mehr ausgeben. Das heißt, verglichen mit diesen Zahlen ist das jetzige Konjunkturprogramm völlig unzureichend, weil es insbesondere in die öffentliche Infrastruktur viel zu wenig investiert.



(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie waren doch der Verantwortliche damals, als die Quote zurückgegangen ist!)

Zweiter Punkt. Das noch größere Ungleichgewicht, das sich aufgebaut hat und zu dem Sie keinen einzigen Satz gesagt haben, ist die soziale Schieflage in der Gesellschaft. Allein bei den Löhnen gibt es ein Sinken der Lohnquote, das sich folgendermaßen umrechnet: Hätten wir heute noch die Lohnquote des Jahres 2000, dann hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland 140 Milliarden Euro pro Jahr mehr Einkommen. Das setzt sich fort über die Renteneinkommen und natürlich auch über die sozialen Leistungen. Gegen diese Schieflage, gegen dieses große soziale Ungleichgewicht unternehmen Sie mit Ihrem Konjunkturprogramm überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Treppenwitz ist, dass Sie es auch noch verschärfen. Das ist eine Dreistigkeit sondergleichen. Herr Bundesaußenminister, Sie haben hier gesagt, dass Sie die Bezieher der kleinen Einkommen mit diesem Konjunkturprogramm stärken wollen. Sie tun doch das Gegenteil; die Zahlen zeigen das eindeutig. Ich will Ihnen das jetzt hier vorlegen. Es war richtig, dass der Bundesfinanzminister - leider ist er ja umgefallen - immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Hälfte der Haushalte in Deutschland keine Lohn- und Einkommensteuern zahlen. Das ist die Hälfte der Haushalte, die das Geld am nötigsten brauchen. Seine Schlussfolgerung war richtig: Wenn man etwas zur Stärkung der Nachfrage tun will, muss man den Haushalten Geld geben, die es am nötigsten brauchen, und nicht den Haushalten, die es nicht brauchen. Das ist der Fehler Ihres Konjunkturprogramms.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun kommen wir einmal zu den Zahlen. Man glaubt es kaum, wenn man es liest. Ich las heute in der Tageszeitung Die Welt - das ist also keine bösertige Unterstellung der Fraktion Die Linke -: Für diejenigen mit 17 500 Euro Jahresbrutto, die in Steuerklasse III sind und zwei Kinder haben, gibt es im Jahr eine Entlastung von 26,25 Euro. Für jemanden, der in derselben Steuerklasse ist und 110 000 Euro Jahresbrutto hat - das ist etwa das, was ein Bundestagsabgeordneter an Einkommen ausweisen kann -

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wie viele Nebeneinkünfte haben Sie?)

gibt es eine Entlastung von 379,33 Euro. Das heißt, Sie entlasten sich deutlich stärker, zehnfach stärker, als denjenigen, der einen geringen Lohn hat. Das ist eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Widerspruch bei der SPD)

Das heißt, Sie haben überhaupt nicht erkannt, dass es in der jetzigen konjunkturellen Situation notwendig wäre, die sozialen Ungleichgewichte in unserer Volkswirtschaft

anzugehen. Deshalb sagen wir hier für die Fraktion Die Linke noch einmal: Es wäre viel sinnvoller gewesen, den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,71 Euro wie in Frankreich einzuführen. Das hätte einen viel größeren Wirkungseffekt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es wäre viel sinnvoller gewesen, die Renten um 4 Prozent anzuheben. Die Rentnerinnen und Rentner waren in den letzten Jahren immer diejenigen, die auf Erhöhungen verzichten mussten. Es wäre viel sinnvoller gewesen, den Hartz-IV-Satz auf 435 Euro anzuheben. Es ist doch nicht mehr nachvollziehbar, dass Sie einer Geschäftsbank mal eben 18 Milliarden Euro zuschieben, aber für die Hartz-IV-Empfänger keine 7 Milliarden Euro übrig haben. Das alles, was Sie hier vorlegen, ist doch bodenlos.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Können Sie kopfrechnen?)

Man kann nicht über das hinwegsehen, was sich jetzt anbahnt. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben gesagt, Deutschland muss stärker werden. Es ist immer wunderbar, wenn Sie von Deutschland sprechen; denn dann stellt sich jedes Mal die Frage, wer eigentlich gemeint ist. Deutschland sind doch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die hatten aber Reallohnverluste zu verzeichnen. Deutschland sind doch die Rentnerinnen und Rentner – die hatten in den letzten Jahren aber eine immer geringere Kaufkraft. Deutschland sind doch die Bezieher sozialer Leistungen – die hatten allerdings Kürzungen zu verkraften. Jetzt wollen Sie denen, die in Zeiten einer wachsenden Wirtschaft Verluste zu verzeichnen hatten, weismachen, sie würden gestärkt aus dieser Rezession hervorgehen. Frau Merkel, wollen Sie diese Auffassung ernsthaft vertreten? Wie wollen Sie das denn anstellen?

Ich will Ihnen einmal etwas zum aktuellen Einkommen eines Stahlarbeiters sagen. Noch vor drei Monaten machte er Überstunden. Er verdiente ungefähr 4 000 Euro pro Monat und konnte teilweise sogar steuerfreie Sonderschichten fahren. Die fallen jetzt natürlich alle weg.

Er wurde auf Kurzarbeit gesetzt und erhält nur noch 67 Prozent seines Einkommens. Das sind in manchen Fällen pro Monat fast 2 000 Euro weniger. Einen solchen Stahlarbeiter entlasten Sie nach der Tabelle, die mir vorliegt, im Jahr um insgesamt rund 200 Euro. Das ist die Wirklichkeit, über die wir hier reden. Lassen Sie mich an dieser Stelle eine spannende Frage, mit der wir uns auch beschäftigen müssen, stellen: Wer bezahlt eigentlich die Zeche für die Milliardenchecks, die Sie verteilen? Wer bezahlt dafür die Zeche?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

So, wie Sie Ihre Steuerpolitik in den letzten Jahren angelegt haben, werden Sie die Milliardenschulden, die Sie jetzt auftürmen, nutzen, um Ihre Politik der brutalstmöglichen Umverteilung von unten nach oben fortzusetzen.

Darauf muss die Linke hinweisen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Wir müssen deshalb darauf hinweisen, weil Sie die Katze in dieser Woche Gott sei Dank aus dem Sack gelassen haben. Da sagte ein Abgeordneter der CDU: Jetzt müssen die Rentnerinnen und Rentner antreten, um diese Milliardenschulden zu bezahlen.

(Zurufe von der LINKEN: Pfui! - Hört! Hört!)

Da sagte ein Abgeordneter der SPD: Jetzt müssen die Rentnerinnen und Rentner antreten, um diese Milliardenschulden zu bezahlen. Und da sagte ein Abgeordneter

der FDP: Jetzt müssen die Rentnerinnen und Rentner antreten, um diese Milliardenschulden zu bezahlen. - Auf der anderen Seite trauen Sie sich aber nicht, eine Vermögensteuer zu erheben, und das, obwohl in dieser Volkswirtschaft riesengroße Ungleichgewichte entstanden sind. Das ist ein Skandal erster Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede ein einziges Mal das Wort „Ungleichgewichte“ in den Mund genommen. An dieser Stelle wurde ich aufmerksam; denn ich war gespannt, was sie dazu sagt. Sie sagte, sie wolle die internationalen Ungleichgewichte beseitigen. Mich würde wirklich interessieren, was Sie damit eigentlich meinen. Meinen Sie tatsächlich, dass Sie die Exportüberschüsse Deutschlands abbauen wollen, oder was haben Sie mit „internationalen Ungleichgewichten“ gemeint? Bevor Sie die internationalen Ungleichgewichte abbauen, müssen Sie

erst einmal die Ungleichgewichte im eigenen Land abbauen:

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

die sozialen Ungleichgewichte, die Ungleichgewichte bei den Einkommen und die Ungleichgewichte bei den Vermögen.

Ich kann die Bevölkerung nur warnen. Ihren eigenen Jahreswirtschaftsberichten zufolge hat Ihre Politik der letzten Jahre zu folgender Entwicklung geführt - dies kann man der drittletzten Seite des Jahreswirtschaftsberichts entnehmen -: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen nichts dazu, die Rentnerinnen und Rentner bekommen nichts dazu, und die Sozialhilfeempfänger bekommen ebenfalls nichts dazu. Zuwächse haben nur die Bezieher von Vermögens- und Gewinneinkommen zu verzeichnen, und zwar in einer Größenordnung von 7 Prozent. Wer, wenn es um steuerpolitische Maßnahmen geht, nicht in der Lage ist, den Reichen ans Geld zu gehen, der hat bei der Bewältigung dieser Krise schon jetzt in dramatischer Weise versagt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Volker Kauder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Es ist schon etwas Außergewöhnliches, wenn der Deutsche Bundestag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenkommt und wenn er sich mit einem bestimmten

Thema nicht im Rahmen der ganz normalen Plenardebatten beschäftigt, sondern dafür eine Sondersitzung durchführt.

Der Anlass, aus dem wir uns heute zusammenfinden, rechtfertigt diese Sondersitzung auf jeden Fall. Es geht nämlich um etwas Außergewöhnliches. Für den Fall, dass Sie von der Linken oder der eine oder andere Abgeordnete der übrigen Oppositionsfraktionen es noch nicht mitbekommen haben sollte - als ich mir Ihre Reden angehört habe, habe ich diesen Eindruck zum Teil gewonnen -, sage ich Ihnen: Jeden Tag erreichen uns erneut Meldungen darüber, was in der deutschen Wirtschaft los ist. Ich kann über meinen Wahlkreis - es ist ein ländlicher Wahlkreis - und die dort ansässigen Zulieferer zur Automobilindustrie sprechen. Dort wird Kurzarbeit angemeldet. Es ist nicht so, dass wir es nur mit einer konjunkturellen Delle zu tun haben. Wir haben es mit einer Wirtschaftskrise zu tun, die ganz außergewöhnliche Maßnahmen erfordert. Dem wird die Große Koalition gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Man kann im Hinblick auf das, was heute von der Bundesregierung vorgestellt worden ist, durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Natürlich gehört es zu einer parlamentarischen Diskussion dazu, sich darüber auseinanderzusetzen und zu diskutieren, welcher der richtige Weg ist und ob die einzelnen Maßnahmen tatsächlich greifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es ist aber in einer solchen Zeit überhaupt nicht angebracht, mit Häme und in einer Art und Weise zu diskutieren, die die Menschen nicht mehr als konstruktiven, soliden Beitrag zur Debatte in einer schwierigen Zeit verstehen. Es darf nicht sein, dass alles schlechtgemacht wird, nur weil es nicht von der eigenen Truppe vorgeschlagen worden ist. Das finde ich in der aktuellen Situation nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es handelt sich hier um eine Situation, die nicht nur unser Land betrifft. Wir haben es mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun. Deshalb ist völlig klar, dass wir eine Antwort auf folgende Frage finden müssen: Wie können wir die Stabilität in der Weltwirtschaft wiederherstellen? Es geht also nicht nur darum, eine nationale Antwort zu finden, sondern auch darum, die Antwort auf die Frage, wie internationale Stabilität hergestellt werden kann, zu suchen.

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das stolz darauf war und auch in Zukunft stolz darauf sein sollte, Exportweltmeister zu sein und zu bleiben, weiß, dass diese Position nur erreicht und gehalten werden kann, wenn die Weltwirtschaft wieder in Ordnung kommt. Das wird nicht gelingen, wenn sich die großen Wirtschaftsnationen ihrer Verantwortung für die Weltwirtschaft nicht bewusst sind.

Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten von Amerika, von denen diese ganze Krise ausgegangen ist. Der neuen Administration und dem neuen amerikanischen Präsidenten Obama muss man deshalb sagen: Lassen Sie sich nicht darauf ein, was Ihnen der eine oder andere

in Ihrem Land einreden will. Mit Protektionismus, dem Abschotten der amerikanischen Märkte und dem einseitigen Stützenwollen der amerikanischen Industrie, wird dieses Problem, das aus den USA zu uns gekommen ist, nicht aus der Welt geschafft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Andrea Nahles [SPD])

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es natürlich auch darum geht, die Finanzmärkte wieder in Ordnung zu bringen. Es sind nationale Maßnahmen notwendig, und diese wurden im vergangenen Jahr im Rahmen des ersten Konjunkturpakets ergriffen. Natürlich reicht dies aufgrund der weltweiten Verflechtung nicht. Deshalb glaube ich, dass ein weiterer Hinweis an die Vereinigten Staaten notwendig ist. Die Entwicklung erreichte einen Höhepunkt, als man Lehman Brothers in den Konkurs gehen ließ. Jetzt muss man dafür sorgen, dass im Finanzmarktbereich neues Vertrauen entsteht. Dabei hat auch Amerika die Aufgabe, sich nicht national abzuschotten. Ein Land, das ohne Finanzbeziehungen zu China nicht in die Zukunft gehen kann, muss in dieser globalen Krise um seine Verantwortung in der Welt wissen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, bin ich Ihnen dankbar, dass Sie auch die internationale Dimension deutlich gemacht haben.

Warum lege ich so großen Wert darauf, dies noch einmal zu sagen? Es geht mir darum, deutlich zu machen, dass diese Krise mehr ist als nur eine konjunkturelle Irrfahrt in den Nationalstaaten Europas. Der Hinweis, was weltweit getan werden muss und was die Bundesregierung jetzt in den Diskussionen über die Weltwirtschaft anpackt, ist das eine. Das andere ist, auf die Herausforderung auch national so zu reagieren, wie es in unseren Möglichkeiten liegt.

In diesen Tagen wird sehr viel darüber gesprochen, ob eine Maßnahme marktwirtschaftlich oder ordnungspolitisch richtig ist und ob man dieses oder jenes machen müsse. Ich glaube, in diesen Tagen muss zunächst einmal eine ganz einfache Frage gestellt und dann beantwortet werden: Was erwarten die Menschen von unserer sozialen Marktwirtschaft, unserer Demokratie und unserem Land?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Rüttgers!)

- Herr Kuhn, Sie haben schon bessere Beiträge eingeworfen als jetzt. Daran merke ich, dass Sie noch nicht auf dem Niveau meiner Ausführungen angekommen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Gott sei Dank!)

Ich glaube, die Antwort muss heißen: Die Menschen erwarten von ihrem Staat, von ihrem Land Sicherheit in existenziellen Fragen, und zwar in der äußeren und in der inneren Sicherheit. Sie erwarten auch, dass dieser Staat das Richtige für eine Grundentscheidung tut, die den Menschen Sicherheit gibt, nämlich den Erhalt der

sozialen Marktwirtschaft auch in schwierigen Zeiten.  
Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die soziale Marktwirtschaft hat nicht nur eine ordnungspolitische Dimension, sondern sie hat auch gesellschaftliche Implikationen und Bedeutung. So haben wir von der Union jedenfalls soziale Marktwirtschaft immer verstanden. Das heißt in dieser konkreten Situation zweierlei - das wird mit dem Paket auch gemacht -: Wir tragen Verantwortung dafür, dass die Menschen in diesem Land mit einer Perspektive durch diese schwierige Situation kommen können. Dass sie eine Perspektive haben, heißt: Wir müssen dafür sorgen, dass sie ihre Existenzgrundlage - nämlich ihren Arbeitsplatz - erhalten können. Das ist das entscheidende Thema. Alles, was wir machen, dient dazu, den Menschen zu helfen, durch diese Krise zu kommen und mit der nötigen Stabilität in die Zukunft schauen zu können. Das bedeutet, in unserer nationalen Wirtschaft Arbeitsplätze zu erhalten. Genau dies wird gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft: die Existenzgrundlage in unserer Gesellschaft zu sichern. Das Programm auf seine Richtigkeit und Wirksamkeit zu überprüfen - soweit man das heute überhaupt voraussagen kann, lieber Kollege Westerwelle -, heißt, zu fragen: Wird das Programm dem Maßstab gerecht, den Menschen zu helfen, eine Perspektive zu haben, und Arbeitsplätze zu erhalten? Wenn man diesen Maßstab anlegt, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, und in dieser Krise gutwillig seinen Beitrag leisten will, dürfte es sehr schwerfallen, Punkte zu finden, die diesem Ziel nicht dienen. Deswegen kann ich nur sagen: Die Große Koalition hat zum zweiten Mal außerordentlich rasch gehandelt.

In einem Wahlkampfjahr äußert sich der eine oder andere. Für mich ist es nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag neben dem, was wir jetzt alles machen müssen, eine außerordentliche Erfahrung, dass es trotz Wahlkampfes, trotz einer kurz bevorstehenden Landtagswahl und trotz der Tatsache, dass wir uns in diesem Jahr neu positionieren und dass jeder in der Koalition versucht, seine Chancen zu nutzen, gelungen ist, ein solches Programm - nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern in Abwägung dessen, was dem Land dient - aufzulegen. Ich finde, das muss deutlich gemacht werden,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

genauso wie die Tatsache, dass diese Große Koalition unter Führung der Bundeskanzlerin ihre Aufgaben und ihre Verantwortung ernst nimmt und dem Land dient. Die wichtige Botschaft lautet: Die Regierung sorgt für solide Stabilität in diesem Land. Die Menschen wissen, dass diese Regierung ihre Aufgaben auch in einem Superwahljahr ernst nimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, dass uns die aktuelle Krise in besonderer Weise fordern wird. Wenn ich in die Geschichte zurückblicke, weiß ich, dass wir immer wieder vor schwierigen Situationen standen

und diese immer gemeistert haben. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn man zuversichtlich ist, dies zu schaffen, den Kompass richtig ausrichtet und sich danach orientiert. Wir haben einen Kompass und eine klare Orientierung, die uns auch in schwieriger Zeit nicht vom Weg abbringen, sondern auf dem Weg halten. Es sind unsere Überzeugungen von der sozialen Marktwirtschaft, die dieses Land in 60 Jahren stark und wettbewerbsfähig gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei bleibt es auch: sozial und Marktwirtschaft. Wenn das entsprechend umgesetzt wird, führt dies zu den richtigen Ergebnissen.

In diesem Jahr können wir auf 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und auf bald 20 Jahre deutsche Einheit zurückblicken. Wenn man einen Blick zurückwirft, wird man feststellen: Das ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte in diesem Land. An dieser Erfolgsgeschichte haben alle, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, sowohl in Oppositionszeiten als auch während der Regierungsbeteiligung ihren Anteil, bis auf die ehemalige

PDS und die Linke, und das war auch immer gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man die heutige Rede von Oskar Lafontaine gehört hat, kann man nur sagen: Man kann und muss sich in der Opposition mit dem auseinandersetzen, was die Regierungsfractionen vorlegen. Aber Ihr heutiges Niveau, Herr Lafontaine, wird der konkreten Situation nicht gerecht und ist für mich erneut ein Beweis dafür: Sie dürfen in diesem Land keine Verantwortung tragen. Das wäre ein großer und entscheidender Fehler.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt, dass 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland eine gemeinsame Erfolgsgeschichte darstellen, an der alle, bis auf diejenigen, die ganz links sitzen, beteiligt waren. Wir sind nun wieder in einer besonderen Situation und stehen vor großen Herausforderungen. Ich bin sicher: Wir schaffen das. Ich lade Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ein, erneut Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Erfolgsgeschichte auch im 60. Jahr der Bundesrepublik Deutschland weitergehen kann. Ich bin deshalb dankbar, Herr Westerwelle, dass Sie nicht gesagt haben: Wir lehnen im Bundesrat alles einfach ab. - Der Bundesrat dient sicherlich der Vertretung der Interessen der Bundesländer. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt kaum ein anderes vom Deutschen Bundestag beschlossenes Programm, das so viele Länderinteressen berücksichtigt wie das jetzige. Werden Sie also in den Bundesländern, in denen Sie an der Regierung beteiligt sind, den Länderinteressen gerecht!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile dem Kollegen Fritz Kuhn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Frau Merkel, Ihr Versuch, in das Programm, das

heute vorliegt, mehr Sinn hineinzuinterpretieren, als drin ist, hat uns bislang nicht überzeugt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will in aller Ruhe darstellen, woran das liegt. Vorweg muss ich eine Bemerkung zu dem 100-Milliarden-Euro-Schirm, den Sie jetzt für die Wirtschaft aufspannen wollen, machen. Die Begründung, die von Ihnen vorgebracht wurde, ist die Kreditklemme. Das heißt, dass die Banken doch nicht Kredite für Investitionen in dem Umfang bereitstellen, wie es nötig wäre. Ich kann nur sagen: Diese Begründung kann doch jemanden, der die letzten Wochen politisch einigermaßen mitverfolgt hat, nicht überzeugen. Wir haben einen Finanzmarktschirm von 480 Milliarden Euro für die Banken mit dem Ziel und der Aufgabe aufgelegt, dass diese der Wirtschaft Kredite zur Verfügung stellen. Jetzt tun sie es nicht ausreichend. Und was machen Sie? Sie spannen einfach noch einen Garantieschirm extra für die Wirtschaft auf, wobei dann Herr Glos entscheidet, was ein solider Betrieb ist. Das ist der falsche Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen ganz deutlich: Wenn der Finanzmarktschirm nicht funktioniert, dann korrigieren Sie ihn. Er funktioniert nicht, und das mit Ansage. Wir haben ihn damals abgelehnt, weil uns klar war, dass Sie gegenüber den Banken zu wenig Klarheit - Stichwort Teilverstaatlichung - praktizieren. Jetzt gibt es hintenherum einen zweiten Schirm nach der Methode „Viel hilft viel“. Es ist aber Murks, was Sie da wieder angestellt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wird die Commerzbank teilverstaatlicht, aber gleichzeitig rühmt sich der Finanzminister, dass er zwar das Geld zur Verfügung stellen und Anteile kaufen will, aber keinen effektiven Einfluss auf das Geschäft der Commerzbank ausüben will. Wir haben bereits - auch das muss man zur Kenntnis nehmen, wenn man über Milliardenbeträge redet - 18,2 Milliarden Euro des Bundes in der Commerzbank, einer Bank, die vielleicht gerade einmal 4 Milliarden Euro wert ist. Die ganzen Erwartungen, dass man mit einem wirtschaftlich positiven Ergebnis herauskommt, sind absurd. In einer solchen Situation kommen Sie mit einem weiteren Schirm für die Wirtschaft. Ich sage Ihnen klar, weil all das schuldenfinanziert ist: Man kann künftigen Generationen nicht erklären, warum Sie mit diesem Eintreten bei der Commerzbank der Allianz, die die Dresdner Bank loswerden wollte, das Risiko einer verhängnisvollen Fusion abnehmen. Das macht aber jetzt der Staat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So kann man Ordnungspolitik nicht machen. Was Sie, Frau Merkel, da machen, nenne ich einen ordnungspolitischen Blindflug. Die berühmte schwäbische Hausfrau, die Sie oft zitiert haben, wird mit dem Programm, das Sie jetzt auf den Tisch gelegt haben, keine Konsumorgie veranstalten. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie da machen, gleicht einem Sammelsurium: 9 Milliarden Euro für die CSU - die hat sich schon verabschiedet -, 9 Milliarden Euro für die SPD, und so haben Sie immer weiter eingesammelt. Sie sagen, das



werde am Schluss zu einer klaren Richtung führen. Herr Ramsauer, das ist Geld künftiger Generationen. All das ist über Schulden kreditfinanziert. Dieses Geld auszugeben, ist nach unserer Überzeugung nur dann legitim, wenn es gezielt in solchen Bereichen ausgegeben wird, von denen auch die künftigen Generationen direkt etwas haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sagen wir: Investitionsprogramm ja, aber konzentriert auf Maßnahmen für Klimaschutz, Bildung und zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Schauen wir uns einmal die Abwrackprämie an, die Sie Umweltprämie nennen. Kolleginnen und Kollegen von der SPD, selten hat man mit dem Wort Umweltprämie mehr Schindluder getrieben als in diesem Zusammenhang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man erhält 2 500 Euro für das Abwracken eines Autos, wenn man sich ein neues kauft. Es gibt aber keinerlei Auflagen, wie hoch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß dieses neuen Autos maximal sein darf. Die EU-Abgasnorm Euro 4 sagt nichts über CO<sub>2</sub>, sondern nur etwas über andere Abgase. Das heißt, Sie subventionieren kräftig den Kauf klimaschädlicher Fahrzeuge. Das ist keine zukunftsweisende Investitionspolitik, sondern eine ganz miese Subventionpolitik im alten Stil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Stellen Sie sich mal vor die baden-württembergischen Werkstore!) Die Konjunkturwirkung Ihrer Maßnahmen ist sehr fragwürdig, Herr Kauder. Es ist nicht gesichert, dass die Steuererleichterungen konjunkturell irgendetwas auslösen. Es kann sein, dass die Leute das Geld sparen. Ich sage Ihnen: Die Nachzahlungen zu den Heizkostenabrechnungen 2008, die dieser Tage eingehen, sind ein Vielfaches von dem, was Sie an Steuererleichterungen vorschlagen. Den Leuten kommt es darauf an, was sie im Geldbeutel übrig haben. Deswegen sind wir skeptisch.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine viel bessere konjunkturelle Wirkung hätten Sie erzielen können, wenn Sie konzentriert denjenigen, die wenig haben, geholfen hätten, zum Beispiel durch eine Arbeitslosengeld-II-Erhöhung, durch eine konsequente Haltung beim Mindestlohn und vor allem, indem Sie die Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich gezielt senken. Denn dort kommt es an und wirkt konjunkturell.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber beim Arbeitslosengeld II wird die Heizung bezahlt, und zwar zu 100 Prozent!)

Ich finde, Herr Kauder, was Sie im Bereich der Krankenversicherung machen, ist der reine Hohn. Derzeit erhöhen sich die Krankenversicherungsbeiträge mancher Krankenkassen um über 2 Prozentpunkte, und am 1. Juli sagen Sie den Leuten: Jetzt sinken sie wieder um 0,6 Prozentpunkte. Das nenne ich Voodoo-Ökonomie. Sie müssen sich schon ungeheuer einen hinter die Binde gießen, damit Sie glauben, dass die Leute so blöd sind, deswegen dem Konsum zu verfallen, weil Sie eine solche Zaubernummer vorführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu den Investitionen. Gemessen an den 50 Milliarden Euro finden wir den Investitionsanteil des Bundes mit 14 Milliarden Euro zu gering. Er ist zu wenig zielgerichtet und vor allem zu gering. Frau Merkel, auf eine Frage gehen Sie nicht ein, nämlich ob das Geld wirklich bei den Gemeinden ankommt. Das schieben Sie auf die Länder, die dafür Sorge tragen sollen. Aber wir wissen von der Kitafinanzierung, dass die Länder nicht alle Mittel des Bundes wirklich an die Gemeinden weitergegeben und auch den Eigenanteil nicht so wie versprochen eingebracht haben. Deswegen sage ich: Langfristig muss das Kooperationsverbot – ein Ergebnis der Föderalismuskommission I – wieder fallen. Es geht nicht, dass der Bund seine Programme für die Kommunen in dieser komischen Art und Weise über die Länder abwickeln muss, ohne wirkliche Garantien zu haben, dass dies geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

An einer Stelle in der Rede von Frau Merkel – sie hat sich verdrückt – ging es um das Thema Bildung und Beton. Wir sagen: Wer wirklich in die Zukunft investiert, der muss in Schulgebäude investieren. Das ist logisch. Aber Bildung ist mehr als Beton. Bildung ist auch die Lehre, die Ausbildung, die Betreuung und die Erziehung. Wer in diesem Bereich nichts tut, wie Sie mit diesem Programm, der kann nicht den Anspruch erheben, er würde in das Zukunftsfeld Bildung investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen klar: Kommen Sie endlich zu einem vernünftigen Investitionsbegriff, der nicht nur die Schulgebäude umfasst, sondern auch das Lehrpersonal, die Hochschullehrer, die Kindergärtner und Kindergärtnerinnen und Erzieher. Wir haben dafür den Bildungssoli als Finanzierungsquelle vorgeschlagen, weil wir der Meinung sind, dass ohne neue Finanzierungsmittel die ganze Bildungsdiskussion, die Sie gelegentlich hier und auf Bildungsgipfeln pathetisch führen, keinen realökonomischen Hintergrund hat.

Jetzt möchte ich auf das Konjunkturpaket und die damit verbundene Tilgung der Schulden eingehen. Erst einmal ist festzustellen, dass der Begriff Tilgungsfonds ein Euphemismus ist. Tatsächlich nehmen Sie außerhalb des Haushalts neue Kredite auf, von denen Sie jetzt noch nicht entschieden haben, ob und wie Sie sie tilgen wollen. Außerdem ist die Tilgungssumme nicht 50 Milliarden Euro, sondern nur 11,3 Milliarden Euro. Das ist eine Mogelpackung, die Sie im Zusammenhang mit der deutschen Einheit zelebrieren. Bislang liegt kein Konzept auf dem Tisch, wie Sie die Schulden wirklich tilgen wollen. Nur für einen Teil der Schulden haben Sie das bisher versprochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun wollen Sie eine Schuldenbremse ab dem Jahr 2015 vereinbaren. Diese Schuldenbremse ist rein aus schlechtem Gewissen entstanden. Warum sagen Sie nicht in der Föderalismuskommission: Wir führen beim Bund die Schuldenbremse ab 2010 ein? Sie beginnt dann halt in einer Abschwungphase und nicht in einer Aufschwungphase.

Bei dem Konzept der Ausgleichskonten für die Schuldenbremse ist es völlig egal, ob Sie im Abschwung oder im Aufschwung starten. Nein, Sie geben jetzt das Geld aus und vereinbaren, dass eine Schuldenbremse erst später eingeführt wird. Über die Länder reden Sie nicht, weil Ihnen das Thema Altschuldenhilfe für die Länder unangenehm ist.

Ich ziehe ein Fazit: Sie handeln wie Alkoholabhängige, die weiter trinken wollen und sagen: Jetzt trinken wir noch fünf Jahre kräftig weiter, und dann unterwerfen wir uns einem Trinkverbot. Herr Kauder, so einfach, wie Sie es hier getan haben, kann man mit dem Geld künftiger Generationen nicht umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Sie, Herr Steinmeier, haben nicht den großen, superintelligenten Mix auf den Tisch gelegt - das haben Sie gestern in der Öffentlichkeit angekündigt -, sondern ein Sammelsurium aus Einzelinteressen der Koalitionsparteien vorgelegt, in das Sie jetzt Sinn hineinzuninterpretieren versuchen. Sie geben zu viel Geld für zu wenig Richtung, für zu wenig Konjunkturreffekte aus, und Sie schauen, dass Sie über den kalten Januar kommen. In den nächsten Monaten wird man sehen, was daraus wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck.

(Beifall bei der SPD)

Matthias Platzeck, Ministerpräsident (Brandenburg):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man muss sich eigentlich ganz schön wundern. Dieses unser Land ist in einer außergewöhnlichen Situation: Vor uns liegt vielleicht eines der kompliziertesten und schwierigsten Jahre der bundesdeutschen Geschichte, und die Bundesregierung macht das, was in solch einer Situation von den Menschen im Land zu Recht erwartet wird, nämlich zügig, entschlossen und klar zu handeln, ohne dass sie dabei sagen kann - wir betreten nämlich alle zusammen Neuland -, dass jede Maßnahme bis zum Letzten ausgelotet ist und wir genau wissen, wie was wirkt. Aber sie handelt! Und was hören wir von der versammelten Opposition in diesem Hohen Hause? Besserwisserei, Beckmesserei und Spötterei.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit

dem Begriff „Beckmesserei“ sollten Sie vorsichtig sein, Herr Kollege!)

Das erwarten die Menschen in unserem Lande nicht, meine Damen und Herren, und das haben sie auch nicht verdient.

Verehrter Kollege Westerwelle, die Bundesregierung mag ja an vielem schuld sein: An dieser Weltwirtschaftskrise ist sie mit Sicherheit nicht schuld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Hören Sie mal zu, wenn ich hier spreche!)

Schuld an dieser Weltwirtschaftskrise sind eher die, denen Sie immer gern das Feld geöffnet haben,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)  
die Sie ohne Spielregeln agieren lassen wollten.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wer hier nicht  
zuhört, soll hier nicht sprechen!)

Sie haben einmal den Spruch geprägt: Auf jedem  
Schiff, das dampft und segelt, braucht es einen, der alles  
regelt. Wenn ich Ihre Reden von vor einem Jahr mit denen  
vergleiche, die Sie im letzten Herbst gehalten haben  
und die Sie jetzt wieder halten, dann muss ich sagen:  
Das Schiff reißt das Ruder jedes Vierteljahr herum. Das  
tut diesem Land nicht gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch  
bei der FDP)

Belastbare Umfragen im Osten Deutschlands aus  
den letzten Wochen zeitigen aus meiner Sicht Ergebnisse,  
die uns Sorgen machen müssen. 52 Prozent der  
Ostdeutschen zwischen Rostock und Suhl sagen: Die soziale  
Marktwirtschaft ist für sie nicht mehr eine zukunftsfähige  
Organisationsform der Gesellschaft. 43 Prozent beantworten  
die Frage, ob sie die sozialistische  
Planwirtschaft wiederhaben wollen, mit Ja.

(Ina Lenke [FDP]: Sie sind doch Ministerpräsident!  
Machen Sie doch mal was!)

Ich glaube nicht, dass das wirklich so gemeint ist.  
Aber es drückt etwas aus: Es drückt Sorgen und auch  
eine gewisse Ratlosigkeit aus. Das haben wir aus meiner  
Sicht hochgradig ernst zu nehmen. Viele Menschen in  
Ostdeutschland haben sich erst in den letzten Jahren aus  
der schwierigen Phase der Nachwende hochgearbeitet,  
haben eine Basis, ein Fundament geschaffen - nach ganz  
schwierigen Jahren. Sie haben natürlich Angst, dass dieses  
Fundament schon jetzt nicht mehr trägt.  
Deshalb bin ich dankbar - das sage ich der Bundesregierung  
ausdrücklich -, dass hier ganz klare Zeichen gesetzt  
wurden. Wenn man sich in dieser schwierigen Zeit  
verschuldet, dann müssen Grundbedingungen erfüllt  
sein: die Grundbedingungen der Nachhaltigkeit. Die  
Maßnahmen müssen möglichst viele erreichen. Es muss  
das Thema Arbeitsplätze im Zentrum stehen. Ich finde  
das in diesem Programm wieder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Es gibt diese und jene Maßnahme, zu der auch ich sage:  
Mein Gott! Aber in der Summe stimmt dieses Programm.  
Ich werde mich mühen - meine Kollegen mit Sicherheit  
auch -, dass wir es schnell und unbürokratisch  
umsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Wenn ich eben einen Vorwurf an die Opposition gerichtet  
habe, dann deshalb - das sage ich mit vollem  
Ernst -: Ein solches Programm in einer solch außergewöhnlichen  
Situation hat mehrere Wirkmechanismen.

Einer ist mit Sicherheit die psychologische Ebene.

(Dr. Peter Struck [SPD]: So ist es!)

Wir tun uns in Deutschland einen Tort an, wenn wir ein  
so großes Programm auflegen, uns solch einen Rucksack  
mit Schulden aufsetzen und das Ganze sofort wieder zerreden;

denn dann ist dieser Wirkmechanismus zerstört,  
und da hat Opposition in diesem Land eine große Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Wenn wir dabei sind, uns mit dieser Krise auseinanderzusetzen  
und sie zu bekämpfen, wenn wir also in der

Phase der Arbeit an den Folgen sind, dann sollten wir

nicht die Ursachen vergessen. Wir neigen dazu - wir

Menschen sind so gestrickt -, dass wir dann nur nach

vorn und nicht mehr nach hinten schauen. Hier ist eine

große Blase geplatzt. Hier ist eine Ideologie baden gegangen,

die des Neoliberalismus.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gregor Gysi [DIE

LINKE]: So ist es! - Widerspruch bei der

FDP)

Ich sage ganz klar: Vor solchen Einflüssen war keiner  
völlig gefeit, auch wir nicht immer.

(Zurufe von der LINKEN)

- Das sage ich ja ganz klar. Wer behauptet, er würde in  
Jahrzehnten keine Fehler machen, der lügt per se.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist aber: Welche Schlussfolgerungen ziehen

wir daraus? Unsere Schlussfolgerung muss sein, dass

dieses Spielfeld nie mehr ohne Regeln betreten werden

darf. Darauf haben die Menschen in unserem Lande ein

Anrecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU)

Diese Regeln müssen so beschaffen sein, dass eines

klar ist: Wirtschaft hat eine einzige Funktion, Finanzmarkt

hat eine einzige Funktion, nämlich das Leben der

Menschen zu ermöglichen und zu verbessern, und keine

andere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sie das nicht tut, hat sie ihr Ziel verfehlt. Dafür,

dass sie diese Funktion erfüllt, haben wir zu sorgen. Ich

bitte darum, dass das in Zukunft ganz klar im Blick ist.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei

Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Hermann Otto Solms ist der nächste Redner für die

FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Wenn man Ihnen, Herr Platzeck, folgt, ist anscheinend

die Opposition, jedenfalls solange sie die Regierung

nicht lobt, schuld an der Krise. Das ist eine ganz

neue Sichtweise.

(Thomas Oppermann [SPD]: Sie machen es

nur schlimmer!)

Sie sind nun schon viele Jahre an der Regierung. Da sind

Sie verantwortlich, genauso wie die Bundesregierung für

die Bundespolitik verantwortlich ist. Sie können sich aus

Ihrer Verantwortung nicht davonestehlen.

(Beifall bei der FDP)

Wir erleben nach dem Steuererhöhungsrekord jetzt einen

neuen Ausgabenrekord, der mit einem Schuldenrekord

finanziert werden soll. Das Interessante daran ist,

dass die Ausgaben, die Sie jetzt beschließen wollen, so zusammengesetzt sind, dass sich jeder in der Koalition wiederfindet - jeder konnte seine Wünsche äußern -, dass also für viele vieles, aber in Wirklichkeit für keinen etwas Richtiges getan wird. Es ist nicht alles falsch, was Sie vorschlagen, aber von dem Falschen ist zu viel und von dem Richtigen ist zu wenig in diesem Paket.

(Beifall bei der FDP)

Wer soll Ihnen glauben? Es ist doch immer dieselbe Politik. Sie verkünden jetzt, was populär ist und was bei den Menschen vielleicht gut ankommt; die unangenehmen Dinge verschieben Sie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, 2015, übernächste Legislaturperiode. Das glaubt doch keiner.

Was haben Sie denn am Anfang dieser Legislaturperiode gemacht? Sie haben die größte Steuererhöhung durchgesetzt mit dem Versprechen an die Bürger, dass diese der Sanierung der öffentlichen Haushalte diene. Und was haben Sie erreicht? Sie waren trotz des Aufschwungs, trotz der hohen Steuereinnahmen nicht in der Lage, die öffentlichen Haushalte, insbesondere den Bundeshaushalt, zu sanieren; jedes Jahr weitere Schulden.

Jetzt, da Sie gesehen haben, es reicht nicht, ist es mit der Moral vorbei. Wenn man einmal das Falsche getan hat, glaubt man, man kann es immer tun. Nun greifen Sie wieder den Steuerzahlern voll in die Tasche und beschließen diese Ausgaben, ohne zu sagen, wie das finanziert werden soll.

Seit drei Jahren reden Sie in der Föderalismuskommission von einer Schuldenbremse. Legen Sie doch einen Vorschlag auf den Tisch! Es würde zwingend zu diesem Paket gehören, dass man sagte, wie hoch wir uns jetzt verschulden und wie wir die Schulden, die wir jetzt machen, wieder tilgen werden. Auch dazu haben Sie nicht den Mut.

(Beifall bei der FDP - Thomas Oppermann)

[SPD]: Das kommt ja noch!

Deshalb ist es einfach nicht glaubwürdig, dass all dies wirklich zielführend ist.

Noch viel mehr verunsichert mich aber Ihr Verständnis von der Aufgabe des Staates in der sozialen Marktwirtschaft. Ich sehe Sie auf direktem Weg in die kapitalistische Staatswirtschaft.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Bleiben Sie ganz

ruhig! Sind wir nicht! - Dr. Carl-Christian

Dressel [SPD]: Gibt es die überhaupt?)

Sie trauen sich alles zu. Sie glauben, der Staat könne alles. Die Bundesregierung suggeriert der Öffentlichkeit eine Allgewalt und Allzuständigkeit, die sie natürlich gar nicht hat. Der Staat hat in der sozialen Marktwirtschaft anders als im sogenannten Turbokapitalismus eine fundamentale Aufgabe. Er hat nämlich die Aufgabe, Spielregeln aufzustellen, damit fairer Wettbewerb möglich ist, damit es keine Machtentfaltung auf den Märkten gibt. Er hat auch die Aufgabe, die Einhaltung dieser Regeln zu überwachen.

Jetzt schauen wir uns einmal an, was der Staat getan

hat. Schauen wir es uns am Beispiel der Finanzkrise an.

Ihr liegt in hohem Maße Staatsversagen zugrunde. Natürlich haben auch Manager versagt. Aber der Staat hat

ihnen hierzu die Möglichkeit gegeben. Also Staatsversagen auf breiter Front. Die Regeln für die Finanzmärkte haben nicht mehr gestimmt. Die staatliche Bankenaufsicht hat auf breiter Linie versagt.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Sie beaufsichtigen auch den Finanzmarkt, Herr Solms!)

Die Bundesregierung hat mitgemacht, als es darum ging, dass amerikanische Ratingagenturen Unternehmen bewerten dürfen, obwohl erkennbar war, dass es hier Interessenkonflikte gab. Die Bundesregierung hat mitgemacht, als es darum ging, Bilanzierungsregeln durchzusetzen, die gar nicht deutscher Tradition entsprechen und die Unternehmen zu kurzfristigem Denken verleiten. Sie sehen also, das, was da auf breiter Front gelaufen ist, hat nicht gestimmt. Das muss korrigiert werden. Wir haben dem Schirm für die Finanzmärkte zugestimmt, weil es dabei darum ging, ein System, nämlich den Finanzmarkt, zu sichern bzw. den Zusammenbruch des Finanzmarktes zu vermeiden. Uns ging es nicht darum, einzelne Banken zu schützen; nur, die Banken sind zu dem Zeitpunkt eben Teil des Finanzmarktes gewesen. Was die Bundesregierung jetzt macht, ist schon wieder falsch. Sie versucht, sich in die Strukturen der Bankenwelt einzumischen. Notwendig wäre das, Herr Steinbrück, bei den Landesbanken. Denen dürften Sie keinen einzigen Cent Staatsmittel zur Verfügung stellen, wenn es dort nicht zu Korrekturen kommt. Die Vorgänge dort beweisen doch: Der Staat als Banker bzw. Unternehmer ist nicht fähig, solche Aufgaben zu erfüllen. In diesem Bereich wurden die größten Fehler gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Feld muss man schon den Privatleuten überlassen. Der Staat muss nur dafür sorgen, dass der Markt richtig funktioniert und dass es nicht zu solchen Formen der Machtausübung und der Entartung, wie es sie dort gegeben hat, kommt. Hier hat der Staat versagt. Jetzt geht es darum, das zu korrigieren.

Ich bin ja neugierig, wer bei dem Schutzschirm für die Wirtschaft, den Sie jetzt aufspannen wollen, darüber entscheidet, welche Firma wie viel Geld bekommt.

Als ob die Amträte in den Ministerien, die häufig noch nie eine Firma von innen gesehen haben, wüssten, ob ein Unternehmen unterstützenswert ist oder nicht. Das kann nicht funktionieren. Der Staat muss sich auf seine Aufgaben beschränken. Das entspricht dem Ordoliberalismus, der Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie gelernt und lange Zeit praktiziert haben.

Zum Abschluss sage ich Ihnen: Die FDP wird ganz konsequent und prinzipientreu die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verteidigen und auch in Zukunft als Partei der sozialen Marktwirtschaft auftreten. Wer mit uns koalieren will, muss wissen: Gesellschaftspolitische Reformen sind dringend notwendig.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Solms!

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Eine Steuerreform bleibt notwendig, auch wenn Sie das dafür notwendige Geld vorher verschwenden. Sie bleibt notwendig; denn bei einer Steuerreform geht es ja nicht nur um eine Steuersenkung, sondern auch um eine

Umgestaltung des Systems hin zu mehr Steuergerechtigkeit und Steuereinfachheit.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Nicht immer überziehen!)

Diese Reformen werden mit der FDP nur zu machen sein, wenn sie auf der Grundlage der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und beschlossen werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann wird es ja was mit uns!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dr. Peter Ramsauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kuhn, wie Sie sehen, hat sich die CSU noch nicht verabschiedet. In diesem Zusammenhang darf ich Sie herzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer grüßen, (Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr guter Mann!)

der nach den einführenden Reden nach Wildbad Kreuth eilen musste, um dort kraftvoll Politik für Deutschland und Bayern zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Präsidentin, es war gut, dass Sie den Kollegen Solms haben ausreden lassen; denn am Ende wurde uns eine viel differenziertere Betrachtungsweise dessen, was uns heute und in den nächsten Wochen beschäftigt, zuteil. Herr Kollege Solms, ich stimme Ihnen in den beiden wesentlichen Punkten gegen Ende Ihrer Ausführungen vollkommen zu. Der erste Punkt ist, dass wir mit aller Kraft und Konsequenz die richtigen Schlussfolgerungen aus dem, was uns beschäftigt, ziehen müssen, um kraftvoll aus der Krise zu kommen. Sie haben Beispiele genannt: die Bankenaufsicht und die Rolle der Ratingagenturen, die genau betrachtet werden muss.

Auch in dem zweiten Punkt stimme ich vollkommen mit Ihnen überein. Ich halte nichts davon, wenn sich der Staat an Unternehmen der Realwirtschaft beteiligt. Weder sind wir Politiker die besseren Manager, noch ist der Staat der bessere Unternehmer. Deswegen sollten wir eine solche Beteiligung besser unterlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Allerdings ist auch interessant, dass nicht wenige von denen, deren allumfassendes Credo immer war, dass der Staat die Wirtschaft und die Unternehmen vollkommen in Ruhe lassen soll, jetzt diejenigen sind, die am lautesten nach staatlichen Hilfen schreien. Auch das passt nicht so recht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin sehr für eine Politik des Maßes und der Mitte, des gesunden Menschenverstands mit einem Stück Programmatik, aber ohne Dogmatik. Wenn heute so und morgen entgegengesetzt geredet und gehandelt wird, passt das einfach nicht zusammen und steigert auch nicht die Glaubwürdigkeit der Politik.

Ich finde, wir handeln zur richtigen Zeit, wir handeln kraftvoll, und wir handeln besonnen. Dieser Dreiklang



schafft Vertrauen. Wir können uns in dieser Krise auch etwas zutrauen. Wir dürfen nicht nur negativ reden. Vielmehr sollten alle, die es angeht, mutig in die Zukunft schauen. Die Politik kann es aber nicht alleine richten. Alle sind aufgefordert, ihren Anteil zur Bewältigung der Krise zu leisten. Natürlich ist die Politik gefragt; aber genauso sind die Unternehmen, die Arbeitnehmer, die Banken und die Verbraucher gefragt. Alle zusammen müssen ihren Beitrag leisten.

Deswegen hat es mich tatsächlich etwas geärgert, als ich heute aus einer der oberen Chefetagen - ich kann es ruhig sagen: es war der DIHK - die Aussage lesen musste, es werde überall nur ein bisschen gemacht, aber nichts richtig. Solche defätistischen Äußerungen kann man sich wirklich sparen. Auch die Wirtschaft muss nun konstruktiv nach vorne gehen. Das, was wir jetzt machen, machen wir ja nicht für uns, sondern um die Wirtschaft zu stärken, um ihr dort, wo es erforderlich ist, ein Korsett zu geben. Darum möchte ich von dort, von denen, die es angeht - dass die Opposition anders spricht, ist klar -, eher positive Stimmen hören und nicht dieses Beckmesserische.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Hermann Otto Solms [FDP])

Das, was wir uns vorgenommen haben, ist in ganz Europa vorbildlich. Von den 200 Milliarden Euro, die die Kommission vor wenigen Wochen zur Stärkung der Wirtschaft beschlossen hat, erbringen wir Deutsche wohl den Löwenanteil. Wenn man alles zusammenrechnet, was wir seit Herbst geleistet haben - durch Mehrausgaben für Investitionen und durch Mindereinnahmen, die wir erzielen -, kommt man auf etwa 120 Milliarden Euro.

Wir sind es uns auch deswegen schuldig, weil wir als Exportweltmeister - wir sind auch in der Krise nach wie vor Exportweltmeister; die guten Daten belegen das - selbstverständlich in einer ganz besonderen weltwirtschaftlichen Verantwortung stehen. Auf uns sind natürlich die Blicke nicht nur Europas, sondern der gesamten Welt gerichtet. Was wir jetzt tun, sichert unseren guten Ruf an den internationalen Märkten und stärkt das Vertrauen in unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bausteine des Programms, über das wir jetzt diskutieren, sind keine Wundermittel; das ist uns allen klar.

Aber es sind Maßnahmen, die eine rasche und dauerhafte Wirkung erzeugen. Der Schirm, den wir in Form von Bürgschaften zusätzlich aufspannen, schafft Vertrauen. Als gelernter Kaufmann weiß ich, was Vertrauen unter allen Marktpartnern für die Wirtschaft bedeutet. Die Investitionen, die wir anstoßen, geben Schübe mit Multiplikatorwirkung. Die Abgabensenkungen, die wir vornehmen, erzeugen zusätzliche Nachfrage.

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, wenn ich für meine Partei den Blick auf die verabredeten Lohn- und Einkommensteuersenkungen richte. Wer behauptet, das sei kein Mittel in der Konjunkturkrise, der irrt. Steuersenkungen sind ein Klassiker der Konjunkturpolitik, sogar mit Gesetzesrang. Dies ist nachzulesen im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das seit den 60er-Jahren

gilt.

(Zuruf des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Das Volumen der jährlichen Steuerentlastung ab dem nächsten Jahr in Höhe von 6 Milliarden Euro – so haben wir es verabredet – ist höher als das Volumen der Entlastung im Zuge der Unternehmensteuerreform im letzten Jahr in Höhe von ungefähr 5 Milliarden Euro. Das Paket kann sich nicht nur aufgrund des Volumens sehen lassen, sondern es ist auch ein erster Schritt im Rahmen einer längerfristig angelegten Philosophie der Einkommensteuersenkung über die Bundestagswahl hinaus. Auch dies ist wichtig zu sagen. Denn die Verbraucher – auch das ist heute schon häufig betont worden – richten ihr Ausgabeverhalten nach längerfristigen Sicherheiten und nach Vertrauenswürdigkeit aus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will auch ein Wort an jene richten, denen das zu wenig ist. Noch einmal: Es ist ein erster Schritt und umfasst nicht all das, was wir uns mittel- und langfristig vornehmen wollen. Herr Kollege Westerwelle, aber eines geht natürlich nicht, nämlich dass Sie erst kürzlich die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags um 0,6 Prozentpunkte von durchschnittlich 14,9 auf 15,5 Prozent als unzumutbar bezeichnet haben, jetzt aber so tun, als sei die verabredete Beitragssenkung geradezu nichts. Entweder so oder so.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kauder

[CDU/CSU]: Lieber so!)

Schauen Sie sich einmal die Familie eines Durchschnittsverdieners mit ein, zwei oder drei Kindern an, wie sparsam es in solchen Familien oft zugeht und auch zugehen muss. Diesen Familien ist es eben nicht egal, ob am Monatsende 30, 40 oder 50 Euro netto mehr oder weniger in der Haushaltskasse sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun eine Bemerkung zum grundsätzlichen Ansatz. Neulich hat jemand gesagt, es sei unverantwortlich, wenn man dem Staat jetzt Geld in Form von Steuersenkungen wegnehmen würde. Was ist denn das für ein Verständnis vom Steuerstaat? Wer so etwas sagt, der meint wohl, alles Steuergeld gehöre erst einmal dem Staat und werde dann in Form von Almosen oder Taschengeld an die Bürger verteilt. Wir haben ein umgekehrtes Verständnis vom Steuerbürger und vom Steuerstaat: Alles, was erwirtschaftet wird, gehört zunächst einmal den Steuerbürgern. Diesen muss so viel bleiben, wie es nur irgendwie möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Bravo! Wir Liberale müssen zusammenhalten!)

– Hier klatscht die künftige Koalition.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das angesichts der ganzen Steuererhöhungen der letzten Jahre jetzt zu sagen, ist schon dreist! Mal wieder ein bisschen mehr Erdung!)

– Erdung – jawohl, Frau Kollegin Scheel!

Zum Stichwort „kalte Progression“. In den Jahren 2006 bis 2009 wird die kalte Progression nach altem Recht den Steuerbürgern ein zusätzliches Volumen von

18 Milliarden Euro weggenommen haben.

(Thomas Oppermann [SPD]: Der Waigel-Bauch!)

Ist das nicht eine gewaltige Größenordnung? Mit den geplanten Steuersenkungen nehmen wir in einem ersten Schritt einen Teil davon zurück. Wir können mit Fug und Recht sagen: Der kalten Progression ist fürs Erste die Schärfe genommen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Thomas Oppermann [SPD]: Wir haben eine kleine Falte vom Waigel-Bauch geglättet!)

Wer es auf der einen Seite beklagt, dass wir in die kalte Progression hineinwachsen - und das tun wir -, muss auf der anderen Seite auch rühmen und loben, wenn wir die Steuerbürger Stück für Stück und Schritt für Schritt aus der kalten Progression wieder herausführen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Wann kommt denn der zweite Schritt?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir gehen die richtigen Schritte. Wer Zuversicht in die Konjunktur, wer Zuversicht in unsere Wirtschaft, wer Zuversicht in die Sicherheit unserer Arbeitsplätze schaffen will, muss in Deutschlands Zukunft und in Deutschlands Stärken investieren. Genau das tun wir.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU - Christine Scheel

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre richtig, wenn es so wäre! - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Gut, dass es die CSU gibt!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die Linke gebe ich das Wort dem Kollegen

Dr. Gregor Gysi.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin, die gerade wieder einmal den Saal verlässt

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Herr Gysi, das ist doch unverschämt! - Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Ich komme gleich wieder!)

- Frau Bundeskanzlerin, ich weiß, Sie kommen gleich wieder; es wird auch höchste Zeit -, hat verkündet, dass hier das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte Deutschlands verabschiedet wird. Dies stimmt nicht, weil das größte Konjunkturprogramm 1967 mit einem Volumen von 3,1 Prozent des Bruttosozialproduktes aufgelegt wurde. Es geht nicht um 50 Milliarden Euro, Herr Kuhn. Dieser Betrag bezieht sich auf zwei Jahre. Es sind in einem Jahr nur 25 Milliarden Euro. Dies ist nur 1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Vergleicht man dies mit anderen Ländern - die USA geben 6 Prozent des Bruttosozialproduktes aus, China sogar 25 Prozent des Bruttosozialproduktes -, dann sieht man eines sofort: Ihr Programm ist kleinkariert und kann die Probleme dieser Gesellschaft mit Sicherheit nicht lösen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es kommt auch zu spät. Wir haben bereits im Oktober einen Antrag gestellt, der ein vernünftiges Konjunkturprogramm enthalten hat. Nehmen wir nur einmal die

Bildung. Die FDP macht immer wieder den Fehler, alle Zukunftsfragen an den Schulden abzuarbeiten. Herr Westerwelle, das ist ein schwerwiegender Irrtum. Die Kinder und die Enkelkinder von heute haben dann keine Zukunft, wenn sie keine vernünftige Bildung bekommen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb haben wir verlangt, in diesem Jahr 15 Milliarden Euro zu investieren. Jetzt nehmen Sie 3,25 Milliarden Euro in die Hand. Wir brauchen aber nicht nur sanierte Schulen, bessere Bibliotheken und bessere Sporthallen, Musikräume etc., sondern auch mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie kleinere Klassen. Aufhören muss die soziale Ausgrenzung der Kinder aufgrund des dreigliedrigen Schulsystems.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich brauchen wir auch Investitionen in Krankenhäuser, in eine Energiewende.

Ich hatte ja gehofft, dass sich die SPD einmal durchsetzt oder zumindest Ideen entwickelt, wie man damit beginnen kann, die soziale Schieflage in Deutschland zu überwinden. Aber davon kann nicht im Geringsten die Rede sein. Was ist denn während der Legislaturperiode passiert? Sie haben zu Beginn des letzten Jahres die Körperschaftsteuer für die Deutsche Bank von 25 auf 15 Prozent gesenkt. Das hat übrigens - das sollten Sie heute einräumen - die Finanzkrise nicht verhindert, obwohl Sie ja gepredigt haben, wie wichtig das wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Sie haben natürlich für die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen Unternehmen die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht. Damit und ebenso mit der Senkung der Reallöhne und der Renten haben Sie die Kaufkraft in Deutschland geschmälert.

Herr Platzeck hält hier große Vorträge - auch er ist natürlich schon gegangen; denn er interessiert sich ja nicht wirklich für dieses Thema - ,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

dass wir die Anstrengungen der Regierung unterstützen sollten, nachdem die Regierung diese Schieflage Schritt für Schritt organisiert hat, und zwar unter SPD und Grünen genauso wie unter der Union und der SPD. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Unsere Vorschläge sahen natürlich anders aus. Wir haben gesagt: Wir müssen die Kaufkraft wirklich stärken. Die Kaufkraft, Herr Westerwelle, kann man nicht bei den Reichen und Vermögenden stärken, weil die Reichen und Vermögenden nicht mehr kaufen, wenn sie mehr Geld haben, sondern mit diesem Geld mehr spekulieren. Vielleicht sparen sie ein bisschen mehr; aber mehr machen sie ganz bestimmt nicht. Aber die Hartz-IV-Empfängerin, die Rentnerin, die Geringverdienerin und derjenige, der ein durchschnittliches Einkommen hat - also, wenn Sie so wollen, auch die Mitte der Gesellschaft -, kauft mehr, wenn sie mehr Geld haben. Bei denen setzen Sie aber nicht an, und das ist das Problem.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert

Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben vorgeschlagen, die Rente um 4 Prozent zu erhöhen, den Sockelbeitrag für Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger vor der Überwindung von Hartz IV in einem ersten Schritt auf 435 Euro zu erhöhen und den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, was Oskar Lafontaine schon ausgeführt hat. Führten wir in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn ebenso wie Frankreich ein, dann käme es zu einer Kaufkraftsteigerung. Die anderen Länder sind doch nicht bekloppt. Sie tun immer so, als ob die anderen alle doof und Sie schlau wären. Nein, die Länder, die den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben - Großbritannien, Frankreich und andere Länder - haben recht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ein Mindestlohn würde eine positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland auslösen. Das würde endlich einmal die Binnenwirtschaft stärken. Seit Jahren haben Sie nur Politik für den Export gemacht. Wir müssen aber die Binnenwirtschaft stärken, wenn wir die Krise einigermaßen überstehen und bewältigen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt komme ich zu Ihrer Kompetenz. Herr Westerwelle, Sie haben im Fernsehen gesagt, dass Ihre Zustimmung zum Schutzschirm für die Banken in Höhe von 480 Milliarden Euro Ausdruck Ihrer Kompetenz sei - Sie haben ihn gemeinsam mit Union und SPD beschlossen -, und unser Nein dazu sei Ausdruck unserer Inkompetenz. Über diese Kompetenz würde ich gerne einmal reden. Sie stellen einen Schutzschirm auf, den so gut wie niemand von denen, die ihn nutzen sollen, zur Anwendung bringt. Das ganze Geld liegt bereit, aber niemand will es haben. Das ist bei einem kompetenten Vorschlag selten der Fall. Wissen Sie, was der Konstruktionsfehler ist? Wenn man einen solchen Schirm aufstellt, muss man die Banken verpflichten, Kredite zu vergeben. Das kann man nicht auf freiwilliger Basis organisieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Andere Länder machen das. Da müssen Sie einmal hinreisen. Was macht die Regierung jetzt? Sie nimmt weitere 100 Milliarden Euro in die Hand. Sie sagt, die sind für Industrie und Arbeitsplätze. Aber sie nimmt sie für die Banken. Sie sagt den Banken: Wenn ihr nun endlich freundlicherweise doch einmal einen Kredit gewährt, dann haften die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den Fall, dass ihr das Geld nicht zurückbekommt. Dafür schenken wir euch noch einmal 100 Milliarden Euro.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dazu sagen wir: Wenn die Banken ihre Pflichten nicht erfüllen, müssen sie vergesellschaftet werden, damit wir endlich wieder ein funktionierendes Finanzsystem in Deutschland haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Zuruf des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

- Ich wusste, dass Sie schreien würden. Herr Ramsauer,

jetzt hätten Sie lieber nichts sagen sollen; denn Ihre Kanzlerin hat inzwischen volkseigene Betriebe gefordert. So weit gehen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die frühere DBD, die Bauernpartei, und die CDU der DDR haben sich bei Ihnen wohl durchgesetzt. Wir sagen: Wir wollen nicht, dass Opel zum Teil staatliches Eigentum wird, aber wir wollen, dass die Belegschaft bis zu 49 Prozent Miteigentümer wird und mitzuentcheiden hat. Das wäre ein vernünftiger Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, dass es natürlich Unterschiede zwischen den vier anderen Fraktionen und unserer Fraktion gibt. Ein Kernunterschied besteht bei der Umverteilungsfrage. Sie alle, die Sie Regierungsverantwortung getragen haben und tragen, haben dafür gesorgt, dass von unten nach oben, von Arm zu Reich umverteilt wurde. Das ist die Wahrheit. Immer haben Sie dafür gesorgt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was haben Sie denn in Berlin gemacht?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gysi!

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Die Fraktion Die Linke ist die einzige im Bundestag - das macht unseren Reiz aus -, die sagt: Wir wollen Reichtum begrenzen, um Armut wirksam zu bekämpfen. Das wollen Sie nicht, und das trauen Sie sich nicht. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Gysi, Sie brauchen sich hier überhaupt nicht so aufzuspielen. Man muss sich nur anschauen, wie es dort war, wo Sie mitregiert haben. Sie waren ein Jahr lang Wirtschaftssenator in Berlin. In dieser Zeit haben wir erlebt, wie Umverteilung von unten nach oben funktioniert. Das sieht man auch jetzt noch in den Regionen, in denen Ihre Partei an der Regierung beteiligt ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Anspruch und Wirklichkeit liegen bei Ihnen so weit auseinander wie Tag und Nacht.

(Beifall des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, es ist richtig, wenn von den Koalitionsfraktionen betont wird, dass wir jetzt in einer sehr schwierigen Situation leben, dass ein sehr schwieriges Jahr, eventuell auch ein paar schwierige Jahre auf uns zukommen. Es sind Krisenzeiten. Frank-Walter Steinmeier hat gesagt: Krisenzeiten sind Gestaltungszeiten. Dazu sagen wir Ja. Aber das Problem ist, dass Sie nicht gestalten. Das ist die Kritik, die wir an diesem Programm haben. Hier wird nicht ausreichend in die Zukunft investiert, sondern es wird ein Sammelsurium von Maßnahmen aufgelegt. Dabei hat man den Eindruck, dass bei der Entstehung

dieses Pakets jede Fraktion ein paar Wünsche frei hatte und davon ein paar Wünsche übrig geblieben sind so nach dem Motto: Man darf zwei Wünsche nennen, einer wird erfüllt, und der Rest wird fallen gelassen. Das wird dann zusammengeschustert und als Konjunkturpaket dargestellt. Das ist keine zukunftsorientierte Politik, sondern reine Wahlkampfretorik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn betont wird, es gehe ja gar nicht um die Summe, dann wundere ich mich schon, wenn darauf hingewiesen wird, dass es jetzt um 50 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme, 50 Milliarden Euro Neuverschuldung geht. Die Große Koalition sagt: Im letzten Jahr haben wir das Investitionsprogramm I in Höhe von 30 Milliarden Euro beschlossen. Das sind also jetzt insgesamt 80 Milliarden Euro für Investitionsprogramme, und das entspricht 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ich glaube, genau darum geht es Ihnen. Sie wollen in Europa sagen: Wir haben hier Stärke gezeigt, wir nehmen eine solche Summe in die Hand. Aber Sie müssen auch davon ausgehen, dass geschaut wird, ob diese Gelder dort ankommen, wo sie hin sollen, und ob sie den Effekt erzielen, den sie erzielen sollen, nämlich Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Genau das kritisieren wir an den einzelnen Maßnahmen; das funktioniert so nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns das Konjunkturpaket genauer anschauen, sehen wir, dass maximal ein Drittel dieses Pakets aus Investitionen besteht. Ich glaube, dass es ein großer politischer Fehler ist, wenn man jetzt nicht in die Technologien investiert, die in der Zukunft auch die entsprechenden Arbeitsplätze nach sich ziehen.

(Andrea Nahles [SPD]: Wir tun das ja! Lesen Sie doch einfach mal, was wir gemacht haben!)  
Vielmehr planen Sie hier Maßnahmen, die ziemlich verkehrt sind. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das wir uns in den letzten Tagen genauer angeschaut haben. Es ist doch ziemlich verrückt - Frau Nahles, da brauchen Sie gar nicht „Wir tun das ja!“ dazwischenzurufen -, jetzt herzugehen und zu sagen: Wer einen Audi quattro 7 V10 TDI kauft,

(Andrea Nahles [SPD]: Schönes Auto!)

bekommt vom Staat insgesamt 5 500 Euro geschenkt: 2 500 Euro Abwrackprämie und 1 500 Euro Steuerersparnis pro Jahr für zwei Jahre. Dazu sagen wir: Hier wird das falsche Signal gegeben. Vielmehr müssen wir jetzt eine CO2-orientierte Kfz-Besteuerung schaffen, damit klar wird, was die Automobilindustrie für die Zukunft tun muss, und damit auch die Bürger und Bürgerinnen Planungssicherheit haben, wenn sie sich ein neues Auto kaufen. Da braucht man keine Abwrackprämie, sondern ganz klare politische Rahmenbedingungen, die von der Bevölkerung zu Recht erwartet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen verstehen auch dieses permanente Hü und Hott nicht. Sie haben die Steuern in den letzten Jahren massiv erhöht. Dadurch hatten wir bezogen auf den Bundeshaushalt über drei Jahre insgesamt 140 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Es gab eine Anhebung

der Sozialversicherungsbeiträge; zwischendurch wurden sie wieder ein bisschen gesenkt. Wir haben einen Gesundheitsfonds, den, wenn man sich die Interviews anschaut, eigentlich niemand mehr will. Dieser Gesundheitsfonds bewirkt, dass zum 1. Januar 2009 der Krankenversicherungsbeitrag auf 15,5 Prozent angehoben wird. Nun wird gesagt: Lieber Arbeitnehmer, liebe Arbeitnehmerin, jetzt zahlst du 0,3 Prozent weniger Beiträge.

- Und das ist dann ein Konjunkturprogramm. Man versteht nicht, warum Sie die Beiträge erst auf 15,5 Prozent erhöhen und dann wieder um 0,6 Prozent senken, indem Sie Bundesmittel in das System geben wollen. Die Leute werden ja verrückt; sie verstehen doch überhaupt nicht mehr, was das soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund, denke ich, ist die Glaubwürdigkeit dieses gesamten Paketes bei der Bevölkerung äußerst fragwürdig, und zwar zu Recht. Es ist nicht so, dass die Leute den Eindruck haben, damit werde das, was für die Zukunft notwendig ist, eingeleitet, nämlich ein Strukturwandel hin zu innovativen Produkten, zu emissionsfreien Kraftfahrzeugen, zu einer ausreichenden Gebäudesanierung und zu einer vernünftigen Bildungspolitik. Vielmehr hat man den Eindruck, es wird Geld in die Hand genommen, von dem jeder ein bisschen bekommt, damit in der Koalition Ruhe ist - sonst nichts. Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Andrea Nahles, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte meine Rede mit dem Satz beginnen: Der Staat hat sich in der Krise als handlungsfähig erwiesen. Diesen Satz muss ich nach dieser Debatte leider korrigieren: Die Regierung hat sich in der Krise als handlungsfähig erwiesen. Denn die Opposition lässt die nötige Verantwortungsbereitschaft leider vermissen.

(Beifall bei der SPD)

Wie wir gehört haben, muss die Nachricht von der neuen Zeit auch in Europa ankommen. Die Nachricht von der neuen Zeit muss vor allem in den Reihen der Opposition ankommen;

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wie bitte? Wenn sie bei Ihnen angekommen ist, Frau Nahles, ist das viel wert!)

denn dort ist sie leider noch nicht angekommen.

Guido Westerwelle hat eine ehemals stolze Wirtschaftspartei zu einer Einpunktpartei gemacht, der es nur noch um Steuersenkungen für Spitzenverdiener geht. Sie haben offensichtlich noch immer nichts verstanden. Sie haben schon im Jahre 2005 Steuersenkungen gefordert. Damals hat Franz Müntefering für Aufmerksamkeit gesorgt, als er gewisse Finanzinvestoren aufgrund ihrer Praktiken mit Heuschrecken verglichen hat. Daraufhin hat Guido Westerwelle gesagt, die wahre Plage in diesem Land seien die Gewerkschaften, und selbstverständlich kräftige Steuersenkungen gefordert. Herr Westerwelle, mittlerweile hat sich herausgestellt,



wer in dieser Krise die wahre Plage war,

(Beifall bei der SPD)

nämlich diejenigen, die jahrelang 25 Prozent Rendite verlangt haben, obwohl über lange Strecken höchstens 5 oder 10 Prozent Rendite realistisch sind. Es hat sich auch herausgestellt, dass Franz Müntefering recht hatte und dass Sie unrecht hatten. Sie sind uns aber leider nicht entgegengekommen, sondern plagen uns, wie ich heute erleben muss, immer wieder mit derselben Schallplatte. Das ist das Problem.

Oskar Lafontaine hat heute eine interessante Frage aufgeworfen. Oskar Lafontaine fragte: Wem hilft das Konjunkturpaket II, das wir heute beschließen? Er hat allerdings mit keinem einzigen Wort auf die konkreten Arbeitsplätze Bezug genommen, die wir aufgrund der Maßnahmen des Pakets, das wir heute beschließen, erhalten. (Ludwig Stiegler [SPD]: Das stört die Demagogie!)

Uns geht es nämlich nicht nur um Steuerentlastungen. Denjenigen, die jetzt arbeitslos würden, zum Beispiel in der Stahlbranche, können wir Kurzarbeitergeld anbieten. Das ist zwar weniger, als sie bisher verdient haben – das ist richtig –; aber es nützt den Menschen mehr, wenn sie ihren Job behalten, als wenn sie arbeitslos werden, einen höheren Hartz-IV-Satz erhalten und zu Hause sitzen. Es nützt den Menschen auch mehr, wenn sie in der Zeit der Kurzarbeit qualifiziert werden, als wenn wir allgemeine Diskussionen über die von Oskar Lafontaine erwähnten Lohnquoten führen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nämlich Diskussionen, die den Menschen nichts bringen.

Ich kann Ihnen sagen: Ja, das Jahr 2009 wird ökonomisch kein gutes Jahr werden. Aber es kann ein gutes Jahr für Deutschland werden, wenn es uns gelingt, die Grundlagen für den nächsten Aufschwung zu schaffen. Es kann ein gutes Jahr für Deutschland werden, wenn wir das tun, was in diesem konjunkturellen Umfeld wichtig ist. Wir müssen an den richtigen Stellen investieren, nämlich dort, wo der größte Investitionsbedarf besteht: in den Kommunen. An der richtigen Stelle investieren, das bedeutet, dort zu investieren, wo wir die zukünftigen Facharbeiter ausbilden: im Bildungsbereich. Wir müssen in die Menschen, die arbeitslos zu werden drohen, investieren, indem wir sie qualifizieren, statt sie zu entlassen. Genau diese Weichenstellungen finden sich in diesem Konjunkturpaket.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich: Wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen, kann es ein gutes Jahr für Deutschland werden. Wir müssen aber auch erkennen, dass wir aktiv etwas tun müssen, um Arbeitsplätze zu sichern. Da nimmt die Abwrackprämie mit Verlaub eine Schlüsselposition ein, um eine Leitindustrie in diesem Land wieder flottzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abwrackprämie ist ein Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen in diesem Land. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nicht auch in Wahlkreisen, in denen Sie, die Grünen, Verantwortung tragen, Zulieferer gibt, denen die Luft ausgeht und die in diesem Bereich dringend einen

Impuls brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist das, was wir an dieser Stelle machen, richtig. Wir tun sehr wohl etwas für die unteren Einkommen. Hier ist mehrfach behauptet worden, dieses Programm führe zu Entlastungen an der falschen Stelle. Was ist es denn, wenn wir denen, die besonders viel Geld brauchen, nämlich den Familien mit Kindern, einen Kinderbonus geben? Dieses Geld führt zu einer kurzfristig wirksamen Entlastung der Familien; es wird unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Deshalb ist diese Maßnahme nicht nur gerecht und sinnvoll, sondern setzt auch an der richtigen Stelle einen konjunkturellen Impuls.

(Beifall bei der SPD)

Dementsprechend ist es auch richtig, den 6- bis 13-jährigen Kindern von Arbeitslosengeld-II-Empfängern auf Dauer mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Wir nehmen hier mehr Geld in die Hand. Das ist wichtig, weil man beobachten kann, dass sich die Länder in den letzten Jahren immer mehr aus der Finanzierung der Lehrmittelfreiheit zurückgezogen haben. Damit wurden insbesondere diese Kinder in die Bredouille gebracht. An dieser Stelle beschreiten wir den richtigen Weg: konjunkturell wirksam, aber auch gerecht, weil das Geld an die Richtigen geht.

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch darum, ein Paket für Arbeitsplätze zu verabschieden. Nachdem wir ein Paket zur Rettung der Banken verabschiedet haben, haben wir klar gesagt - Frank-Walter Steinmeier hat das schon vor Monaten angekündigt -: Wir brauchen auch einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze. Es geht uns aber nicht nur um Arbeitsplätze und Jobs; wir wollen tatsächlich mehr: Wir wollen in dieser Krise gute Arbeit fördern. Ich bin froh, dass es uns im Rahmen der Verhandlungen gelungen ist, Mindestlöhne durchzusetzen: im Pflegebereich, für die Wach- und Sicherheitsleute, die sich die Beine in den Bauch stehen müssen, weil sie so viele Stunden machen und so niedrige Löhne bekommen, für diejenigen, die im Bereich Entsorgung arbeiten und einen sehr harten Job machen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das ist mir ganz wichtig: Diejenigen, die als Erste den Kündigungsbrief auf dem Tisch liegen hatten, die Zeitarbeiter, erhalten in Zukunft eine Lohnuntergrenze. Diejenigen, die sich jetzt in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, erhalten ein Signal der Sicherheit für die Zukunft, damit Ausbeutung vermieden wird. Das sollte uns eine Leitplanke für das Jahr 2009 sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben oft genug Krisen erlebt, in denen die Mitbestimmung geschleift werden sollte, der Kündigungsschutz abgebaut werden sollte. Wir haben oft genug erlebt, dass Finanzinvestoren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem als Kostenfaktor auf zwei Beinen verstanden haben. Ich glaube, dass das Jahr 2009 ökonomisch sehr schwierig wird, es aber ein gutes Jahr für Deutschland sein kann, weil es eine Bank, ein natürliches Korrektiv, einen Garant gegen Überhitzung und unrealistische

Spekulationen gibt: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte sowie die Gewerkschaften, die immer Garant für eine langfristige und nachhaltige Unternehmensstrategie sind. Ich bin froh, sagen zu können: Dieses Konjunkturpaket II stärkt Mitbestimmung und baut sie nicht ab; es fördert Ausbildung, schafft neue Vermittlerstellen und organisiert mehr Schutz für Leiharbeiter. Sie sagt allen, die entlassen werden müssen: Wir organisieren Kurzarbeit. Das heißt in diesem Fall: Sie investiert bei denen, die dieses Land zuverlässig aus der Krise herausarbeiten werden, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Ministerpräsident von Sachsen, Stanislaw Tillich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident (Sachsen):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Deutschland steht wahrscheinlich vor einer der bisher gewaltigsten Aufgaben. Bund und Länder kommen gemeinsam ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nach, und sie handeln mit aller Entschlossenheit. Ich kann mich nach der Debatte des Eindrucks nicht erwehren, dass das einigen nicht passt. Es kommt nicht darauf an, zu lamentieren oder zu reden, sondern zu handeln.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss aber wissen, wie man handeln will!)

Der Bund und die 16 Länder haben im Herbst einen Rettungsschirm für unser Bankensystem aufgespannt. Wir handeln gemeinsam für Deutschland, und die Menschen in diesem Land tragen auch gemeinsam die Lasten. Der Bund und die 16 Länder schnüren nun ein beispielloses Konjunkturpaket, damit unsere Wirtschaft gut durch diese Rezession kommt und Strukturen und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Unser Handeln ist ein eindrucksvoller Beweis, dass der Föderalismus Deutschland stark macht.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden wir noch sehen!)

- Doch, Herr Kuhn, wir wissen es. Wir Länder stehen in einer besonderen Verantwortung. Denn es sind gerade Einrichtungen in den Ländern und den Kommunen, in die investiert werden soll: in Hörsäle, Klassenzimmer, Jugendhäuser oder Krankenhäuser. Länder und Kommunen kennen ihre Verantwortung, wenn es darum geht, nachhaltig zu investieren.

Wir - die Länder und der Bund - haben uns einen Tag vor Weihnachten das erste Mal im Kanzleramt zusammengesetzt und analysiert, wo das Geld am besten wirkt.

Wir haben bis zum 2. Januar Vorhaben identifiziert und diese mit dem Bund besprochen. Jetzt - keine zwei Wochen später - ist das Paket in seinen wesentlichen Elementen geschnürt.

Die Lage erfordert rasches Handeln, und wir, Bund und Länder, handeln gemeinsam und rasch. Alle Maßnahmen haben ein Ziel, nämlich Deutschland weiter zukunftsfest

zu machen. Wir Länder werden dafür Sorge tragen, dass jeder Euro schnell in die neuen Projekte geht und damit Aufträge für Handwerker und mittelständische Unternehmen in den Regionen auslöst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir tun das ohne Verschiebepbahnhöfe. Wir nehmen als Länder frisches Geld in die Hand, das wir noch oben drauflegen. Noch einmal die Kasse aufzumachen, ist für uns, die Länder, genauso hart wie für den Bund, für einige sogar schmerzhaft. Denn der Spielraum in den öffentlichen Haushalten ist extrem gering. Ich bin mir sicher, dass wir diese Zitrone nicht beliebig oft ausquetschen können.

Wir haben in den vergangenen Jahren den Haushalt schon ein gutes Stück weit konsolidiert. Einige Länder haben die Nettoneuverschuldung bereits auf null gesenkt.

Es soll keiner glauben, dass uns das leichtgefallen ist. Als Sachse weiß ich, wovon ich rede. Es war ein Stück harter Arbeit. Dazu, dass sich aber Länder wie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern dieses Ziel gesteckt und erreicht haben, kann ich nur sagen: Hut ab!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Bund hat die gleichen Prinzipien wie wir Länder: den Haushalt zu konsolidieren. Aber in Zeiten wie diesen darf man sich nicht zum Sklaven der eigenen Regeln machen. Deshalb handeln Sie, Frau Bundeskanzlerin, und die gesamte Bundesregierung genau richtig. Die Länder und der Bund sind sich einig: Wir müssen das Konjunkturpaket so schnell wie möglich auf den Weg bringen, damit es rasch wirken kann. Gerade wir Länder haben daran ein Interesse. Denn bei uns wird investiert. Bei uns werden die Arbeitsplätze gesichert, und die Nachfrage wird belebt.

Aus Ländersicht ist es ebenso dringend, zu überlegen, wann und wie wir die Schulden wieder tilgen. Ich füge hinzu: Die Bürger in Deutschland haben ein Recht darauf, zu wissen, dass die Schulden des Staates im nächsten Aufschwung wieder geringer werden. Nur das schafft Vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wie beim letzten Aufschwung!)

- Herr Westerwelle, das nimmt uns als Politiker in der Gesamtheit in die Pflicht. Wir brauchen endlich eine wirksame Schuldenbremse, und zwar im Grundgesetz; dorthin gehört sie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Schuldenmachen muss ein Ende haben. Sonst packen wir unseren Kindern und Enkeln immer neue Steine in den Rucksack, der schon heute auf sie wartet. Der Deutschlandfonds hilft Unternehmen und baut eine Brücke. Damit kommen sie über die bevorstehende Durststrecke. Aber ich bin mir mit meinen Vorrednern, insbesondere mit Ihnen, Herr Ramsauer, einig: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Hier heißt es, auf der Hut zu sein. Wenn der Staat Unternehmen hilft, kann das nur ein einmaliger Impuls sein. Wenn ich einige höre, kann ich nur davor warnen, jetzt die Geister zu rufen, die

wir später nicht mehr loswerden. Klarere Regeln sind sicherlich notwendig. Aber es ist auch eindeutig: Die soziale Marktwirtschaft funktioniert, und wir können auf sie vertrauen. Dass der Mindestlohn in Frankreich dazu beitragen soll, dass die Krise um dieses Land einen Bogen macht, war mir im Übrigen neu und hat allein die Reise hierher gelohnt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Herausforderung nicht nur für Deutschland, sondern für Europa in Gänze. Überall in der Europäischen Union arbeiten die Regierungen daran, ihre Länder gut durch die schwierige Zeit zu steuern. Wir sollten die konjunkturelle Talfahrt nutzen, um Schwung für den nächsten Aufschwung zu holen. Die EU muss dafür sorgen, dass die europäischen Schlüsselindustrien fit für den weltweiten Wettbewerb sind, wenn die Krise überwunden ist. Ebenso wichtig wie die Lissabon-Ziele sind dabei die Regeln der europäischen Wettbewerbspolitik. Gegenwärtig ist die europäische Wettbewerbspolitik zu stark auf einen Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt fixiert. Immer öfter konkurriert nur noch ein europäischer Standort oder eine Technologie im weltweiten Wettbewerb. Gerade dort, wo Europa im Wettbewerb mit Asien und Amerika steht, können wir nur gewinnen, wenn wir bei den Querschnittstechnologien von strategischer Bedeutung europäisch denken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb gilt es, in der Krise die Chancen zu nutzen und europäisch zu handeln. Dann wird Europa neue Kraft gewinnen, und dann kann Europa diese Krise bestehen.

Wir erleben im deutschen Mittelstand gerade einen Generationenwechsel an der Spitze der Unternehmen. Eine neue Generation von Unternehmern übernimmt Verantwortung in einer sehr schweren Zeit. Ich bin mir sicher: Diese Generation wird die Feuertaufe bestehen, auch weil Bund und Länder geschlossen und entschlossen handeln und diese Unternehmen unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich vertraue unseren Unternehmern deshalb, weil sie mit ihrem ganzen Geschick, ihrem ganzen Mut, ihrer Entschlossenheit und ihrem Verantwortungsbewusstsein dafür kämpfen, das zu erhalten und fortzuführen, was Generationen vor ihnen in Deutschland aufgebaut haben. Deutschland ist stark. Deswegen bin ich überzeugt, dass wir auch diese Situation meistern werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Ich schließe die Aussprache.

</ text >

< text 16199 >

Anlage 13

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Klaus Brandner auf die Frage  
des Abgeordneten Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE)

(Drucksache 16/11612, Frage 28):

Inwieweit wird die Bundesregierung den Forderungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, SPD, zur Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausbau barrierefreier Infrastruktur im Rahmen der für 2009 geplanten Konjunkturpakete (siehe Pressemitteilung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen vom 18. Dezember 2008) Rechnung tragen?

Das am 5. November 2008 von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket sieht unter anderem Maßnahmen zur Förderung von Barrierefreiheit vor: Im Rahmen der Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms wird auch die Förderung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen berücksichtigt. Darüber hinaus sind im Rahmen des am 14. Januar 2009 vom Bundeskabinett beschlossenen Konjunkturprogramms gesonderte Maßnahmen zum Ausbau der Barrierefreiheit nicht vorgesehen. Es wird jedoch darauf verwiesen, dass mit dem Behindertengleichstellungsgesetz insbesondere in den Bereichen Bauen, Wohnen und Verkehr bereits wesentliche Gesetzesänderungen erfolgten, die auf die Herstellung einer möglichst weitgehenden Barrierefreiheit abzielen. Damit ist bereits nach geltender Rechtslage grundsätzlich sichergestellt, dass bei Bundesinvestitionen in Maßnahmen, die die Zugänglichkeit von Infrastruktur betreffen, das Ziel möglichst weitreichender Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Die Bundesregierung wird prüfen, inwieweit das Kriterium der Barrierefreiheit auch bei der Vergabe von Mitteln im Rahmen der Umsetzung des zweiten Konjunkturprogramms zu berücksichtigen ist.

Anlage 14

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Klaus Brandner auf die Frage des Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken)

(DIE LINKE) (Drucksache 16/11612, Frage 29):

Welche Gruppen sollen durch die von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II angekündigte Öffnung des Programms „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen“, WeGebAU (vergleiche [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)), in den Anwendungsbereich des Programms aufgenommen werden, und welche Verbesserungen des Programms sind im Rahmen der angekündigten Aufstockung der Mittel hierüber hinaus vorgesehen? In der Vergangenheit ist über alle Konjunkturzyklen hinweg der Bedarf an höher qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewachsen. Die Nachfrage nach Fachkräften wird infolge des technologischen und wirtschaftlichen Wandels sowie der demografischen Entwicklung mittel- und langfristig weiter wachsen. Ziel der Maßnahmen im Konjunkturpaket II („Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“) ist es deshalb, Beschäftigung zu sichern und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu verbessern. Geringere Kapazitätsauslastungen in den Betrieben bieten die Chance, Qualifizierungspotenziale stärker zu erschließen und die Weiterbildung der Beschäftigten zu intensivieren.

Das Programm der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung geringqualifizierter und älterer Arbeitnehmer (sogenanntes WeGebAU-Programm) ist nach den Regelungen des SGB III bislang auf den Personenkreis der Beschäftigten in Unternehmen ausgerichtet, die entweder gering qualifiziert oder mindestens 45 Jahre alt und in kleineren und mittleren Unternehmen beschäftigt sind. Der Koalitionsausschuss hat am 12. Januar 2009 Beschlüsse zur Erweiterung des förderberechtigten Personenkreises gefasst. Sie erfordern eine gesetzliche Konkretisierung. Der Gesetzentwurf befindet sich in Vorbereitung und wird mit den beteiligten Ressorts abgestimmt. Von einer Ausweitung des förderberechtigten Personenkreises sollen nach den Verabredungen innerhalb der Koalition Arbeitnehmer profitieren können, deren berufliche Grundqualifikation bereits längere Zeit zurückliegt, die besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind und bei denen eine berufliche Weiterqualifizierung als zweckmäßig für die Verbesserung ihrer künftigen Arbeitsmarktchancen einzustufen ist. Diese Erweiterung soll nicht zulasten der bisherigen Zielgruppen gehen. Die haushaltstechnische und operative Umsetzung ist Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit und ihrer Selbstverwaltung, da es sich bei dem WeGebAU-Programm um ein Programm der Bundesagentur für Arbeit handelt und die Leistungen aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.

</ text >

< text 16200 >

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden. - Ich kann auch dazu offensichtlich Einvernehmen feststellen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

a) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung  
Konjunkturgerechte Wachstumspolitik

- Drucksache 16/11650 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrates  
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen  
Entwicklung

- Drucksache 16/10985 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Zum Jahreswirtschaftsbericht 2009 liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir debattieren über den Jahreswirtschaftsbericht 2009 in der schwersten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nach einem Wachstum in Höhe von 1,3 Prozent im Jahr 2008 müssen wir für 2009 erstmals einen Rückgang des Bruttosozialproduktes in Höhe von zweieinviertel Prozent prognostizieren. Deutschland war lange auf der Sonnenseite der Globalisierung. Wir waren Gewinner des weltwirtschaftlichen Aufbruchs, den es in den letzten Jahren gegeben hat. Wir sind jetzt natürlich davon berührt, wenn es mit der Weltwirtschaft, verursacht durch die Finanzmarktkrise, abwärtsgeht. Wir müssen dadurch Rückgänge bei den Ausfuhren prognostizieren. Wir rechnen mit einem Rückgang in Höhe von 9 Prozent bei den Ausfuhren. Die Betroffenheit der deutschen Wirtschaft reicht allerdings über den Außenhandel hinaus. Betroffen ist die Ertragskraft deutscher Direktinvestitionen im Ausland; das ist eine ganze Menge. Betroffen ist auch die Stimmung bei Investoren und Konsumenten.

Es gibt allerdings auch Hoffnung. Es bestehen gute Chancen, dass der private Verbrauch als Anker der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt. Die Konsumausgaben werden nach unserer Prognose 2009 um 0,8 Prozent wachsen. Das liegt unter anderem an den gesunkenen Öl- und Energiepreisen, aber auch an der Tatsache, dass die Inflationsrate generell zurückgeht. Allein aufgrund der sinkenden Energiepreise haben Konsumenten und Unternehmen eine Ersparnis von 20 Milliarden Euro. Das ist eine gewaltige Summe. Das reicht aber natürlich nicht, um die außenwirtschaftlich bedingten Belastungen, von denen ich gerade gesprochen habe, zu kompensieren. Unsere Antwort auf diese große wirtschaftspolitische Herausforderung ist eine konjunkturgerechte



Wachstumspolitik. Das haben wir als Überschrift über den Jahreswirtschaftsbericht geschrieben. Ich meine, wir müssen alles tun, um den privaten Konsum und damit auch ein Stück die Konjunktur zu stabilisieren, neben Investitionsmaßnahmen, auf die ich noch zu sprechen komme.

In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung deswegen ein großes Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Es soll eine Brücke für Wachstum und Beschäftigung hier in Deutschland bauen. Auch in der schweren Zeit dürfen die Muskeln nicht erschlaffen. Wer seine Muskeln nicht nutzt, wird schwächer.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Hanteltraining!)

Deswegen wollen wir auch in diesem schwierigen Jahr unser Bestes tun. Ich bedanke mich bei dem Kollegen Scholz und bei der Bundesagentur für Arbeit dafür, dass sie entsprechende Übungsmaßnahmen ergriffen haben. Die Schulungsmaßnahmen sollen auch die Gehirnmuskeln trainieren.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Machen Sie doch Liegestütze!)

Wir wollen die Arbeitnehmer erstens im Beschäftigungsverhältnis halten, weil wir die Fachkräfte auch nach der Krise brauchen, und zweitens wollen wir diese Zeit für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das neue Paket setzt die Linie vom Oktober 2008 fort. Ich nenne als Beispiele die Erhöhung des Kindergelds und die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent, ferner das 15-Punkte-Programm, das ich nicht noch einmal im Einzelnen erläutern muss. Das neue Programm, um das es geht, lässt sich in vier Punkten zusammenfassen:

Erstens. Wir entlasten Bürger und Betriebe von Steuern und Abgaben um insgesamt 18 Milliarden Euro in diesem und im nächsten Jahr. Ihnen bleibt also künftig mehr Netto vom Brutto. Wir wirken auch der kalten Progression entgegen. Ich freue mich, dass das endlich möglich wird. Ich habe dafür jahrelang gekämpft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte unseren Bundespräsidenten zitieren, der in der Bild-Zeitung von heute schreibt:

Jetzt müssen wir unsererseits das Wachstum im Inneren stärken. Damit das nachhaltig gelingt, müssen wir auch an die denken, die hart arbeiten und ihre Steuern und Abgaben zahlen. Ihre Anstrengungen sollen sich auch für sie selber lohnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Schön, dass das mal einer sagt!)

Ich meine, das ist richtig. Viele Millionen von Menschen, die ihr Geld hart erarbeitet haben, wissen, wie sie es sinnvoll ausgeben. Wenn sich jemand entschließt, sein Geld zu sparen, dann hilft das der Versorgung der Wirtschaft mit Krediten.

Zweitens. Durch den niedrigen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung, den wir durch die

Erhöhung des Bundeszuschusses ermöglichen, werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die über 18 Millionen Rentner entlastet. Das ist der zweite große Schritt. Drittens. Die Bundesregierung weitet den Bürgschaftsrahmen für Unternehmen um 100 Milliarden

Euro aus; denn es darf in den kommenden Monaten nicht zu Engpässen bei der Kreditversorgung kommen. Darum geht es in allererster Linie. Es geht nicht darum, dass sich der Staat als Unternehmer betätigt. Das kann die Wirtschaft sehr viel besser. Aber wir müssen diese schwierigen Zeiten überbrücken und sicherstellen, dass die Unternehmen, die auch nach der Krise gebraucht werden, diese Brücke begehen können;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

denn wir rechnen bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit einer Verbesserung.

Viertens. Wir fördern mit 18 Milliarden Euro öffentliche Investitionen. Damit werden Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser modernisiert. Wir erneuern auch Schienen, Wasserwege und Straßen.

Ich hoffe, dass dieses Paket rasch umgesetzt wird, dass vor allen Dingen die Länder, die einen Großteil dieses Paketes umsetzen müssen, sehr rasch zu Vereinbarungen mit den Kommunen kommen und dass die Kommunen das, was sie betrifft, noch in diesem Jahr in die Tat umsetzen können. Alles in allem beläuft sich dieses Konjunktur- oder Maßnahmenpaket, wie immer Sie es nennen wollen, auf 80 Milliarden Euro, die schnell, zielgerichtet und vor allen Dingen dauerhaft wirksam eingesetzt werden müssen. Das ist eine bedeutende Größenordnung. Diese Hilfe geht weit über eine sektorale Hilfe für die Automobilindustrie hinaus.

Das Programm wird also einen ganz entscheidenden Beitrag dazu leisten, die negative Erwartungsspirale zu durchbrechen und Vertrauen wiederherzustellen. Deshalb ist es auch ein wichtiges Signal, dass die Bundesregierung nicht nur am Ziel der langfristigen Haushaltskonsolidierung festhält. Zusätzlich bauen wir eine Schuldenbremse ins Grundgesetz ein.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
2015! Peinlich!)

Damit stärken wir das Vertrauen der Bürger in die Zukunft, auch in die Zukunft eines handlungsfähigen Staates, Herr Kuhn.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber erst ab 2015!)

Das sind Schlüsselfaktoren bei der Überwindung dieser Krise.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin überzeugt: Das Paket wird wirken. Je weniger es zerredet wird, desto stärker wird die Wirkung dieses Paketes sein; denn Wirtschaft ist ein Stück weit auch Psychologie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zerredet? Sie machen es ja gar nicht!)

Dass wir überhaupt so viel in die Hand nehmen und mobilisieren können, hängt damit zusammen, dass in

den letzten drei Jahren sehr seriös gewirtschaftet worden ist und dass es uns im vergangenen Jahr gelungen ist, den öffentlichen Gesamthaushalt praktisch auszugleichen. Dadurch ist es möglich, diese Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass wir in diesem Jahr die 3-Prozent-Grenze von Maastricht übersteigen.

Wir werden mit den strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die ich schon erwähnt habe, nicht nur sehr viel bewegen. Vielmehr haben diese strukturellen Reformen überhaupt erst eine sehr gute Beschäftigungslage in Deutschland ermöglicht, wie wir sie lange nicht mehr hatten. Wir gehen also erstens mit einem starken Arbeitsmarkt in die Krise. Zweitens können wir große Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung vorweisen. Der dritte wichtige Punkt ist, dass unsere Unternehmen gut aufgestellt sind. Sie sind im weiten Durchschnitt besser mit Eigenkapital versorgt, als es vor etlichen Jahren der Fall war. Vor allen Dingen sind sie so gut am Markt aufgestellt, dass sie diese Krise überwinden können. Ich meine, dass diese Faktoren ganz entscheidend zum Aufbruch und zum Aufschwung in den vergangenen Jahren beigetragen haben. Die Unternehmen werden in der großen Mehrheit selbst Wege finden, wettbewerbsfähig aus der Rezession hervorzugehen.

Eine Katastrophe haben wir nicht, wohl aber wirtschaftlich schwierige Zeiten. Wer von einer Katastrophe spricht, der zerstört den Optimismus, den wir brauchen. Ich bin zuversichtlich, dass wir einen guten Weg eingeschlagen haben, um gestärkt aus dieser Phase herauszugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allen Dingen mit den bewährten Mitteln der sozialen Marktwirtschaft lösen, die uns einen fast unvergleichlichen Wohlstand bei gleichzeitiger sozialer Sicherheit gebracht haben. Natürlich müssen darüber hinaus die Finanzmärkte mit neuen Regeln versehen werden;

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Ja!)

die Bundesregierung ist dabei, hier im internationalen Konzert ihren Beitrag zu leisten.

Ich darf zum Abschluss noch einmal den Bundespräsidenten zitieren, der heute in dem schon erwähnten Artikel in der Bild-Zeitung sagt:

Es geht um eine Marktwirtschaft, die sich weltweit an Solidarität und Verantwortung bindet, ohne die Kraft von Markt und Preis und Wettbewerb auszuschalten.

Es geht um einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Dazu kann unser Land einen guten Beitrag leisten. Dann geht Deutschland gestärkt aus der Krise hervor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Ernst Burgbacher, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ernst Burgbacher (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Minister Glos, möchte ich Ihnen ein Lob aussprechen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- Ja, Herrn Minister Glos. - Anders als Ihre SPD-Vorgänger versuchen Sie nicht, die Wachstumsprognosen ständig politisch schöner zu machen.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Sie haben uns im Aufschwung realistische Werte vorgelegt. Sie tun das auch im Abschwung. Das halten wir für ein gutes Vorgehen, das man auch ausdrücklich anerkennen darf.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ob das allerdings für die Beschäftigungszahlen zutrifft, ist die Frage. Man kann eigentlich nur hoffen, dass die Werte eintreten, die Sie prognostizieren. Wir sind da allerdings skeptisch; möglicherweise bekommen wir doch eine andere Entwicklung. Aber wir hoffen mit Ihnen. Wir müssen alle gemeinsam hoffen, dass wir das Problem im Griff behalten. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Es macht überhaupt keinen Sinn, sich jetzt mit schlechten Raten zu überbieten und alles noch schlechter zu reden. Ein Stück Optimismus ist angesagt. Darin stimmen wir überein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Früher war der Jahreswirtschaftsbericht der wirtschaftspolitische Kompass der Bundesregierung. Das ist dieses Mal leider nicht der Fall. Dieser Jahreswirtschaftsbericht ist eigentlich nur eine konjunkturpolitische Bestandsaufnahme. Das halten wir ausdrücklich für falsch. Es gibt ein englisches Wort, das sinngemäß lautet: Wenn Sie nicht über die Zukunft nachdenken, können Sie keine haben. - Das trifft hier sehr stark zu. Deshalb brauchen wir einen wirtschaftspolitischen Kompass für dieses Land. Den haben Sie, Herr Minister, leider nicht vorgelegt.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben selbst davon gesprochen - das wird auch im Bericht erwähnt -, dass der private Konsum die deutsche Wirtschaft stützen muss. Das ist ja richtig; nur, meine Damen und Herren: Wer 20 Steuer- und Abgabenerhöhungen in drei Jahren beschließt, der kann nicht erwarten, dass die Binnennachfrage in Schwung kommt.

(Beifall bei der FDP)

Selbst der Chefwirtschaftsweise der Bundesregierung, Bert Rürup, stellt fest - ich zitiere -: Andererseits ist der private Verbrauch bei uns seit Jahren flach wie ein Brett. Den Export können wir nicht stimulieren, also bleibt uns nur die Binnennachfrage. Aber Sie tun viel zu wenig, um die Binnennachfrage anzukurbeln. Wenn wir sie tatsächlich stützen wollen, dann müssen wir die Menschen jetzt entlasten. „Mehr Netto vom Brutto“ muss jetzt gelten. Das ist das Wichtigste. Da ist bei Ihnen leider weitgehend Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern steuerliche Entlastungen. Wir wiederholen immer wieder: Das Allermindeste wäre doch jetzt, dass Sie die für 2010 geplanten Entlastungen vorziehen. Was unser Land unbedingt braucht, ist ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Tarifen. Das wird im Mittelpunkt der FDP-Forderungen stehen, weil das

das Entscheidende für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen in der Entwicklung Deutschlands seit 1998 eine ganz gefährliche Diskrepanz feststellen. Auf der einen Seite hat die große Mehrzahl der Unternehmen die guten Jahre genutzt, um Betriebsabläufe zu optimieren und die Kostenstrukturen grundlegend zu verbessern und gehört damit in ihrer Wettbewerbsfähigkeit weltweit zur Spitzengruppe. Gerade jüngste Untersuchungen bestätigen dies eindrucksvoll, übrigens auch die Tatsache, dass wir über Jahre hinweg Exportweltmeister sind. Auf der anderen Seite steht eine weitgehend verfehlte Wachstums- und Reformpolitik. Die Einführung von Mindestlöhnen in weiteren fünf Branchen sowie die geplante Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen gerade in dieser Woche sind ein trauriger aktueller Beleg für diese verfehlte Wachstums- und Reformpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Unternehmensteuerreform mit ihren kostentreibenden Elementen – das werden Sie im Augenblick vermehrt hören – geht gerade in konjunkturschwachen Zeiten häufig an die Unternehmenssubstanz. Nimmt man die Erbschaftsteuerreform dazu, die besonders Familienunternehmen erheblich belastet, dann zeigt sich:

Unter dem Strich ist die Wachstums- und Reformpolitik verfehlt. Der Vorwurf, den wir Ihnen machen, lautet: Sie haben in guten Zeiten in keiner Weise für schlechte Zeiten vorgesorgt, sondern Sie haben das Geld weiter ausgegeben. Herr Minister Glos, es stimmt ja nicht, dass Sie ausgeglichene Haushalte vorgelegt haben. Trotz erheblich höheren Steueraufkommens haben Sie in guten Zeiten noch einen Haushalt mit über 10 Milliarden Euro neuen Schulden vorgelegt. Das geht nicht. Das ist eine falsche Politik.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, ist auch eine unserer größten Sorgen. Wir brauchen mehr Entlastung. Das ist richtig. Aber Sie nehmen jetzt eine ganze Menge Geld in die Hand, um in ganz verschiedenen Bereichen Maßnahmen zu ergreifen. Sie begeben sich damit in eine Verschuldung, die zu einer schweren Hypothek für die Zeit des Aufschwungs wird. Wir haben schon heute fast 1,6 Billionen Euro Schulden. Seit zwei Jahren versuchen wir in der Föderalismuskommission – ich selbst bin Mitglied –, strenge Schuldengrenzen zu finden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Aber nicht alle!)

Was machen Sie jetzt? Alle Dämme reißen. Sie begeben sich in eine zusätzliche Verschuldung. Ich frage Sie: Wer soll diese noch beherrschen? Deshalb ist es unabdingbar – das muss uns gelingen –, strengere Schuldengrenzen einzuziehen. Das gebietet der Respekt vor den kommenden Generationen. Das gebietet aber auch die Sorge um die Zukunft unseres Landes insgesamt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sie haben ein breites Spektrum vorgelegt und gehen jetzt auf einzelne Branchen ein. Ich frage

Sie: Ist das wirklich der richtige Weg? Was ist eigentlich mit den anderen Branchen? Wenn das verfügbare Einkommen weiter zurückgeht, wenn die Binnennachfrage weiter zurückgeht, dann wird es beispielsweise im wichtigen Bereich Tourismus und Gaststätten große Probleme geben. 2,8 Millionen Menschen verdienen in diesem Bereich ihr Brot. Werden wir auch denen helfen? Es gibt nur eines, was wir jetzt tun müssen: die Bürgerinnen und Bürger entlasten, strenge Schuldengrenzen einziehen. Wir sagen Ihnen zu: Was vernünftig ist, wird von uns unterstützt; was falsch ist, wird genauso hart kritisiert. Das ist unsere Rolle, die wir in hoher Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wahrnehmen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ludwig Stiegler ist der nächste Redner für die SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Burgbacher hat wieder einmal gezeigt, wie gut es ist, dass die FDP in diesen schwierigen Zeiten nicht regiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das ist arrogant!)

Die Weltwirtschaft ist durch das Befolgen liberaler

Prinzipien in die jetzige katastrophale Lage geraten.

Herr Burgbacher, gehen Sie in die Bibliothek und leihen

Sie sich von Keynes The End of Laissez-Faire aus. Dann

werden Sie sehen: Es ist schon früher erkannt worden,

dass man in schwierigen Zeiten nicht alles laufen lassen

kann. Bevor Sie wieder eine Steuerorgie veranstalten, lesen

Sie die Ausführungen von Dominique Strauss-Kahn

vom Internationalen Währungsfonds,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt

[FDP])

in denen er deutlich gemacht hat, dass Steuersenkungen

in diesen Zeiten weitaus weniger bewirken als aktive

Maßnahmen wie Investitionen und Förderung von

Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Jahreswirtschaftsbericht

zeigt eine jähe Wende an. Erinnern wir uns zurück:

Vor einem Jahr haben wir hier oft noch viele

Selbstgefälligkeiten über die Entwicklung der Weltwirtschaft

und die Entwicklung unserer Wirtschaft hören

können. Die Frühwarnsignale wollte damals niemand

zur Kenntnis nehmen, obwohl es sie auch damals schon

gab.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Auch

Steinbrück nicht!)

Wir lernen jetzt, dass mit des Geschickes Mächten kein

ewiger Bund zu flechten ist und wir allein mit dieser jähen

Wende fertig werden müssen.

Wir sollten uns an einem Tag wie dem der Debatte

des Jahreswirtschaftsberichts auch mit unserer Prognosefähigkeit

auseinandersetzen. Ich denke in diesem Zusammenhang

zum Beispiel daran, dass die allermeisten

unserer Institute schöne Prognosen gemalt haben, aber damit weit hinter der Kurve lagen. Ausgerechnet die vom Weltwirtschaftsforum in Davos haben schon im Januar gewarnt, und der Internationale Währungsfonds hat, beschimpft von vielen, im April und dann wieder im September sowie im Oktober – das wird auch jetzt im Januar wieder so sein – die Realität aufgezeigt. Ich denke, hieraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen. Die Gemeinschaftsdiagnose muss überprüft werden. Das Modell ist wohl nicht stimmig. Der Sachverständigenrat lag hinter der Kurve; sogar bei seinem Worst-Case-Szenario lag er weit hinter der Kurve. Offenbar fehlt unseren Prognostikern die internationale Sicht der Dinge. Offensichtlich sind die Modelle nicht richtig kalibriert, und die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaftler ist noch ausbaubar. Daraus sollten wir auch Schlussfolgerungen für Deutschland ziehen. Wir müssen Strukturen aufbauen, die in der neuen Weltsituation die Lage der Weltwirtschaft stärker im Blick haben und besser überwachen können. Wir müssen mit der OECD, dem IMF und vor allem auch der Weltbank kooperieren, um uns ein Bild von der Lage in der ganzen Welt machen zu können; wir dürfen nicht nur einen nationalen oder europäischen Blick haben. Wir müssen Antworten in Bezug auf den von der Bundesbank in ihrem Monatsbericht Dezember 2008 mit 85 Prozent angegebenen Offenheitsgrad unserer Volkswirtschaft geben. Keine Volkswirtschaft der Welt ist – sowohl durch Importe als auch durch Exporte – derart mit der Weltwirtschaft verbunden wie unsere. Man könnte die deutsche Wirtschaft fast als Derivat der Weltwirtschaft bezeichnen; denn wir sind eine Funktion der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Das erfordert andere institutionelle Antworten vonseiten der Bundesregierung. Bei den Forschungsinstituten sowie beim Sachverständigenrat muss insbesondere der internationale Sektor ausgebaut werden. Ich hoffe, dass im Rahmen der Nachbesetzung nach dem Ausscheiden von Herrn Rürup jemand dazukommt, der dazu beiträgt, dass die internationalen Zusammenhänge besser abgebildet werden, als sie im jetzigen Mix des Rates abgebildet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen die internationale und die europäische Zusammenarbeit erweitern und verbessern. Niemand kommt aus dieser Krise alleine heraus. Schon Helmut Schmidt hat uns in seinem Büchlein gelehrt, dass die Weltwirtschaft unser Schicksal ist. Niemand darf glauben, er könne sich auf Kosten seines Nachbarn einen Exit aus den Schwierigkeiten leisten. Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine solidarische Zusammenarbeit in Europa – vor allem mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, die unter der Lage ganz besonders leiden –, aber auch mit der Dritten Welt. Deshalb finde ich es gut, dass das Konjunkturprogramm der Bundesregierung dank Heidemarie Wiecek-Zeul auch in diese Richtung ein Signal gesetzt hat. Das zeigt, dass wir in der Krise nicht nur auf uns schauen, sondern auch sehen, wie es den anderen geht; denn wir wissen, dass

wir aus der Krise nur gemeinsam wieder herauskommen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Erweiterung der G 7 auf die G 20, die immerhin 85 Prozent der Weltwirtschaft abbilden, unterstützen wir sehr. Dies muss eine dauerhafte Einrichtung sein, nicht nur bei der Neuregulierung der Finanzmärkte, sondern auch in einer abgestimmten Wirtschaftspolitik. Auch das erfordert institutionelle Vorkehrungen: dass man sich kennt, dass in der Wissenschaft zusammengearbeitet wird, dass die Politik aufeinander bezogen ist. Wir müssen alle miteinander den Internationalen Währungsfonds stärken, der als Einziger eine Weltübersicht hat und als Einziger auch denen eine Stimme gibt - und immer mehr geben muss -, die im Chor der Weltwirtschaft bisher keine Stimme haben. Nur auf diese Weise können wir aus der Krise herauskommen. Wir müssen eines lernen: Die Überschussländer müssen mehr tun als die Defizitländer.

(Beifall des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das gilt für China, für Japan und auch für Deutschland. Wir können nicht sagen: Das geht uns nichts an; wir haben unsere Überschüsse. - Nein, wir müssen hier zusammenarbeiten. Meine Damen und Herren, als Erstes steht die Konsolidierung des Bankensystems an. Ohne Konsolidierung der Finanzwirtschaft gibt es keine Erholung der Weltwirtschaft. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das haben wir inzwischen wohl gelernt. Im Rahmen der Diskussionen um die Amtseinführung von Herrn Geithner in den USA ist deutlich geworden, dass es andernorts ebenso gesehen wird.

Dies müssen wir oft auch unserer Bevölkerung erklären. Es geht nicht darum, dass wir Aktionäre oder Bankvorstände retten. Ohne das öffentliche Gut einer funktionierenden Finanzwirtschaft mit einer ordentlichen Kreditversorgung werden wir nicht aus der Krise herauskommen. Das ist die wichtigste und drängendste Aufgabe, die in den nächsten Wochen und Monaten vor uns liegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gehört die Kontrolle des Verhaltens von Vorständen. Ich bin dankbar, dass der Kollege Poß mit seinen Kollegen von der CDU/CSU gestern eine Verständigung über Managergehälter erzielt hat. Es gab falsche Anreize auf der Mikroebene, die zu Kurzfristigkeit und zu einer übersteigerten Risikofreudigkeit geführt haben. Denn das Risiko musste von den Managern nicht selber getragen werden, sondern es gab andere, die das getan haben. Die Boni mitnehmen und den Mist den anderen überlassen: All das muss ein Ende haben.

(Beifall des Abg. Detlef Dzembitzki [SPD])

Diese Entwicklung muss übrigens auch in der Wissenschaft nachgearbeitet werden. Die verfluchte Principal Agent Theory besagte: Ihr müsst die Manager am goldenen Zügel führen, damit sie die Aktionärswünsche befriedigen. Wenn die Aktionäre viel bekommen, dann bekommen auch die anderen viel. - Wir haben schon immer kritisiert, dass die Arbeitnehmerinteressen und die



Standortinteressen mit Blick auf die Zukunft zu kurz kommen. Das muss jetzt bei den Reformen gründlich geändert werden. Die Leistung eines Managers darf nicht an der Jahresperformance, sondern muss daran gemessen werden, ob das Unternehmen auch noch Jahre später Gewinne erwirtschaftet und seine Leute beschäftigen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die Mikroebene. Aber auch auf der Makroebene müssen wir mithelfen, dass die Banken wieder in der Lage sind, Kredite auszureichen. Wir appellieren an die Banken, dass sie die Angebote der Förderbanken vom Bund und von den Ländern annehmen. Den meisten von Ihnen wird es so gehen wie mir, nämlich dass Firmen anrufen und sagen: Die Banken wissen nichts von entsprechenden Bundesprogrammen. - Dabei hat die Bundeskanzlerin schon letztes Jahr gesagt, dass ab 1. Dezember Anträge gestellt werden können. Es kann nicht sein, dass sich die Banken vor ihrer Verantwortung drücken. Wir müssen den Firmen jetzt die Möglichkeit geben, diese schwierige Phase zu überbrücken. Wenn der Bund einen großen Teil der sorgfältig geprüften Risiken übernimmt, dann sollten Möglichkeiten zur Kreditaufnahme auch angeboten werden. Das ist die öffentliche Aufgabe des Bankensystems.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen unsere Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen. Wenn wir die Kriterien des Stabilitätsund Wachstumsgesetzes zugrunde legen, dann müssen wir sagen, dass die Wirtschaft schon einige Zeit aus dem Gleichgewicht ist. Ich habe bereits auf die laufenden hohen Überschüsse hingewiesen. Wir haben lange Zeit von der Außenwirtschaft gelebt. Wir erleben nun, dass wir von dieser Gleichgewichtsstörung heimgesucht werden. Diesen Punkt müssen wir angehen. Wir können uns nämlich nicht darauf verlassen, dass wir auf Dauer von hohen Überschüssen leben können. Ich greife das Bild des Wirtschaftsministers auf: Wir haben ein Außenwirtschaftsbein mit starken Muskeln, in dem es jetzt einen Krampf gibt. Wir haben aber ein nur sehr schwach entwickeltes Binnenwirtschaftsbein. Durch unsere Maßnahmen muss die Binnenwirtschaft gestärkt werden; ansonsten geht die ganze Veranstaltung schief.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -

Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Warum tun Sie es dann nicht?)

Lassen Sie uns deshalb dafür sorgen, dass die Binnenwirtschaft aufholt.

Der Bauwirtschaftsindex ist von 100 im Jahr 2000 auf 70 heute abgesackt. Da gibt es noch riesige Spielräume. Es gibt auch noch große Spielräume bei der Bildung, bei der Umwelt, bei Forschung und Entwicklung und bei den sozialen Diensten.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Das ist aber nicht ganz neu!)

Wir müssen uns auch die Anteile der verschiedenen Gruppen am Volkseinkommen ansehen. 2008 ist der Arbeitnehmeranteil erstmals wieder gestiegen. Herr

Burgbacher, gerade mit Mindestlöhnen werden wir dafür sorgen, dass die Arbeitnehmeranteile am Volkseinkommen weiter steigen. Das ist die geeignete Maßnahme für mehr Nachfrage und für mehr Massenkaufrkraft. Diese Aufgabe liegt vor uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aufpassen, dass die Disinflation - so die Bezeichnung der Europäischen Zentralbank - nicht zu einer Deflation führt. Da gibt es noch viele Beschwichtigungsversuche. In diesem Zusammenhang denke ich

manchmal an Biedermann und die Brandstifter von Max Frisch. In diesem Roman haben die Hauptpersonen immer beschwichtigt, um dann hinterher überrascht zu sein. Deshalb ist es gut, dass die Europäische Zentralbank und die anderen Zentralbanken der Welt ihre Aufgabe wahrnehmen.

Wir müssen uns auch um einen hohen Beschäftigungsstand kümmern. Deshalb heißt die sozialdemokratische Devise: qualifizieren statt entlassen. Das ist die Botschaft an die Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Menge Instrumente. Wir haben in Deutschland automatische Stabilisatoren, wie es sie sonst nirgendwo in der Welt gibt. Da sind zum Beispiel der niedrige Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, das Abschmelzen der Reserven und die Bundesgarantie. Das sind bedeutsame Stabilisatoren für das Wachstum der Wirtschaft. Diese sollten wir aufrechterhalten. Herr Burgbacher, ich bin dankbar dafür, dass der Finanzminister im Gegensatz zu Ihnen zu diesen automatischen Stabilisatoren steht.

Wir müssen die fallenden Energie- und Rohstoffpreise nutzen, weil dadurch die Massenkaufrkraft gestärkt wird - das ist ein gewaltiger Impuls -, und wir müssen die diskretionären Maßnahmen angehen. Ich meine die 80 Milliarden Euro. Das sind aber nur die direkten Effekte. Wenn man auch die Multiplikatoren berücksichtigt, kommt man zu dem Ergebnis, dass eine Reihe weiterer Impulse zu erwarten ist.

Ich denke, die deutschen Maßnahmen können sich im europäischen und im weltweiten Kontext sehen lassen. Wir werden damit auch den Anforderungen des Internationalen Währungsfonds gerecht. Wir müssen uns immer klar darüber sein, dass es nicht nur um uns geht, sondern auch um unsere europäischen Nachbarn und um unsere Partner in der Welt. Denen, die saudumm daherreden und sagen, von der Abwrackprämie profitierten auch die Hersteller ausländischer Fahrzeuge, sage ich: Ein Land, das von der Weltwirtschaft abhängig ist, kann nicht solche protektionistischen Sündenfälle begehen. Wir sind Welthändler, und wir bleiben der Weltwirtschaft gewogen, auch wenn wir jetzt schwerpunktmäßig unsere Binnenwirtschaft stärken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist: Geht man pessimistisch oder optimistisch an die Sache heran? Ich bin dafür, dass man realistisch bleibt. Obama hat den Amerikanern eine sehr nüchterne Bilanz präsentiert, am Ende aber Hoffnung gemacht, dass man es miteinander schaffen kann. Ich denke, nach einer ernüchternden Analyse und drastischen

Maßnahmen können wir gemeinsam den Weg zu einer Erholung bahnen.

Wenn ich die jetzige Situation zum Beispiel mit der Zeit der großen Depression vergleiche, ist es für mich tröstlich, dass die Staaten heute zur Zusammenarbeit bereit sind. Deutschland ist nicht Objekt, sondern Subjekt und ein wichtiger Akteur in dieser Auseinandersetzung. Die Europäische Union ist eine starke Gemeinschaft. Wir werden durch entschiedenes gemeinsames Handeln und nicht durch liberales Laisser-faire aus der Krise herauskommen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Oskar Lafontaine, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann den Ausführungen des Kollegen Stiegler zustimmen. Was er hier vorgetragen hat, ist im Grundsatz richtig und wird von meiner Fraktion unterstützt. Die erste Aussage war, dass die jetzige Krise ohne eine Regulierung der Finanzmärkte nicht zu bewältigen ist. Dieser Aussage kann man ohne Einschränkung zustimmen. Die Frage ist nur: Was hat unsere Bundesregierung bisher getan, um die Regulierung der Finanzmärkte voranzubringen? Für meine Fraktion muss ich feststellen, dass die Bundesregierung an dieser wichtigen Stelle, bei der Herausforderung, die diese wichtige Aufgabe darstellt, völlig versagt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hat bisher keinerlei Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen sie eine Regulierung der Finanzmärkte ernsthaft angeht.

Da ein solcher Vorwurf, wenn er von Vertretern der Oppositionsfraktionen vorgetragen wird, als Gerede abgetan wird, zitiere ich hier den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, der dazu in einem bemerkenswerten Aufsatz Stellung genommen hat. Er sagt zu den Maßnahmen, die bisher gehandelt werden:

Allerdings sind die meisten der prinzipiell richtigen Punkte unscharf und deshalb sehr auslegungsfähig formuliert.

Das trifft genau den Kern.

Vor allem aber hat sich keine der beteiligten Regierungen – also auch die deutsche Regierung nicht – in bindender Weise festgelegt. Keines der vorhandenen internationalen Organe ist mit der Verwirklichung der zahllosen Absichtserklärungen beauftragt worden.

Damit analysiert er die Situation sehr genau. Wir haben seit Monaten Kenntnis von den verheerenden Auswirkungen der Deregulierung auf den Finanzmärkten.

Warum tut diese Regierung nichts, um die Finanzmärkte zu regulieren? Wir verstehen das einfach nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben hier immer wieder einen ganzen Katalog mit Forderungen vorgelegt. Drei Kernforderungen möchte ich hier in Erinnerung rufen:

Erstens. Wenn man jetzt etwas besser machen will,

muss man sicherstellen, dass große Risiken nicht in Zweckgesellschaften versteckt oder nicht in der Bilanz ausgewiesen werden. Das ist eine pure Selbstverständlichkeit. Warum wird eine entsprechende Verordnung oder ein entsprechendes Gesetz nicht erlassen? Das ist doch niemandem mehr vermittelbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie den Banken weiterhin Milliarden über den sogenannten Bankenrettungsschirm geben, aber nicht sicherstellen, dass diese Milliarden nicht irgendwo verschwinden, dann ist das eine Veruntreuung von Milliarden Steuergeldern, der Sie sich hier schuldig machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage: Das tun Sie. In den letzten Monaten haben Sie Milliarden von Steuergeldern veruntreut.

Zweitens haben wir vorgeschlagen, dass die sogenannten Schrottpapiere in Zukunft verboten werden. Es kann nicht sein, dass weiterhin Verbriefungen in der bisherigen Form in Deutschland gehandelt werden. Es kann auch nicht sein, dass beispielsweise Kreditversicherungen in bisheriger Form in der ganzen Welt, aber auch in Deutschland gehandelt werden.

Der dritte Vorschlag, den wir Ihnen gemacht haben – ich greife nur drei von zehn oder zwölf unserer Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte auf –, ist, die Steueroasen trocken zu legen. Ohne das Trockenlegen der Steueroasen laufen Sie Gefahr, dass die von Ihnen zur Verfügung gestellten Milliarden in diesen Oasen landen. Das können Sie doch nicht ernsthaft verantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil Vorschläge der Opposition regelmäßig abgelehnt werden, haben wir uns erlaubt, diese drei Punkte, die praktisch deckungsgleich mit den Vorschlägen des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt sind, die er kürzlich in einem Aufsatz genannt hat, aufzugreifen und Ihnen in unserem Entschließungsantrag zur Abstimmung vorzulegen. Wir sind gespannt, wie Sie darauf reagieren. Ich sage hier nur eines: Diese Vorschläge sind konkreter und besser als alles, was bisher von dieser Bundesregierung vorgelegt worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie würden sich selbst einen Gefallen tun, wenn Sie an dieser Stelle zustimmen und dadurch den Maßnahmen, die jetzt zu treffen sind, eine gewisse Richtung geben würden.

Es ist wirklich ein Problem – man geht ja einfach zum Alltag über –: Wer in der jetzigen Situation beispielsweise der Geschäftsbank Commerzbank oder der Dresdner Bank 18 Milliarden Euro gibt – was reitet Sie eigentlich, die Fusion von privaten Geschäftsbanken mit Milliarden zu finanzieren; ist das Auftrag einer Regierung?, frage ich hier mal für die Fraktion Die Linke –, noch mehr Milliarden im Risiko bei der HRE hat – ich will das aus Zeitgründen gar nicht alles aufzählen – und nicht sicherstellt, dass diese Milliarden nicht veruntreut werden, handelt völlig verantwortungslos. Genau diesen Vorwurf mache ich dieser Regierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Nächster Punkt. Herr Kollege Stiegler hat davon gesprochen, dass man konjunkturell gegensteuern müsse

und insbesondere die Binnennachfrage stärken müsse. Wer wollte dem widersprechen? Die Frage ist aber, in welcher Form und in welchem Ausmaß man konjunkturell gegensteuern muss. Man kann dankbar sein, dass wiederum der ehemalige Bundeskanzler den Bezug herstellt, warum und in welcher Größenordnung man überhaupt gegensteuern sollte. Er stellt nämlich einen Bezug

- dies hat bisher kein Mitglied dieser Bundesregierung getan; wahrscheinlich kommen Sie überhaupt nicht auf diese Idee - zwischen den Konjunkturprogrammen, die man auflegt, auf der einen Seite und dem zu erwartenden Einbruch auf der anderen Seite her. Auf diese Idee hätte man nun wirklich kommen können. Denn den einfachen Zusammenhang, dass man dann, wenn der Einbruch gering ist, keine großen Anstrengungen unternehmen muss und dann, wenn der Einbruch größer ist, größere Anstrengungen unternehmen muss, hätte selbst eine Regierung dieses Formats herstellen können. Aber bis zum heutigen Tag ist nichts davon geschehen.

Helmut Schmidt weist in seinem Aufsatz darauf hin

- ich zitiere ihn gern, damit es nicht als Gerede der Linken abgetan wird -, dass die Vereinigten Staaten mit 6 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes konjunkturell gegensteuern, China - das ist ein Überschussland; Herr Kollege Stiegler, Sie haben recht mit dieser Bemerkung - mit 20 Prozent und Japan - auch das ist ein Überschussland - mit 10 Prozent, während wir - auch ein Überschussland - laut den Berechnungen der Commerzbank

- ich zitiere sie ausnahmsweise - weniger als 1 Prozent pro Jahr in die Hand nehmen, um gegenzusteuern. Welche Begründung gibt es für diese Größenordnung?

Wenn Sie beispielsweise den Ratschlägen von Schmidt folgen würden, der gesagt hat, dass bei einem Einbruch von 3 Prozent eine Gegensteuerung von mindestens 4 bis 6 Prozent angesagt ist, dann hieße das bei den von Ihnen genannten 2,25 Prozent - ich nehme sie einmal zur Grundlage, obwohl ich sie nicht ernst nehme; ich sage Ihnen das schon jetzt; ich würde solche Prognosen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgeben -, dass mindestens 3,25 bis 4,25 Prozent notwendig wären. Das sind Größenordnungen von 100 Milliarden Euro pro Jahr, wenn man den Ausführungen des ehemaligen Bundeskanzlers folgt. Dies zeigt die Dimension, mit der man konjunkturell gegensteuern muss.

Schon vor einigen Monaten habe ich die Erklärung des Bundesfinanzministers, man könne den Haushalt sanieren, es bleibe beim Konsolidierungsfahrplan und man habe weiter mit einer sinkenden Staatsquote in diesem Jahr zu rechnen, als absoluten Unsinn bezeichnet; dies sage ich hier erneut. Er hat damals gelacht. Dieses Lachen werde ihm noch vergehen, habe ich dann gesagt.

Mittlerweile spricht er von 40 oder 60 Milliarden Euro.

Ich sage Ihnen, dass die Vorschläge, die Sie jetzt vorlegen, völlig unzureichend sind, um den Einbruch der Wirtschaft zu verhindern. Aufgrund Ihrer Tatenlosigkeit sind Sie für einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie veruntreuen nicht nur viele Milliarden Euro, sondern sind auch für einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit

verantwortlich.

Ich komme zum letzten Punkt, den ich ansprechen möchte - hier unterscheiden wir uns von denen, die ich bisher zitiert habe -: zum Abbau der Ungleichgewichte. Es ist gut, dass Sie, Herr Kollege Stiegler, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht angesprochen haben. Es machte damals durchaus Sinn, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu fordern. Das wurde schließlich nicht einfach nur dahergesagt und als Forderung in das Stabilitätsgesetz aufgenommen.

Allerdings haben wir uns viele Jahre lang überhaupt nicht mehr an diese Bestimmung gehalten. Keiner der bisher von mir Zitierten hatte den richtigen Ansatz. Es muss zunächst einmal darum gehen, das Ungleichgewicht im Innern abzubauen. Denn das Ungleichgewicht bei Vermögen und Einkommen ist die Grundlage der Spekulation und all der verheerenden Entwicklungen auf den Finanzmärkten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist bedauerlich, dass selbst diejenigen, die sonst sehr einsichtig sind, unsere Ansicht an dieser Stelle nicht teilen. Jüngst wurde wieder einmal eine Statistik zur Vermögensverteilung veröffentlicht. Ihr Ergebnis kann man wie folgt zusammenfassen: Reiche werden noch reicher. Ähnlich lautet heute eine Überschrift in der Berliner Zeitung. In diesem Artikel ist zu lesen, was das DIW analysiert hat: Die Politik trägt dazu bei, dass es auch künftig bei einer steigenden Ungleichverteilung bleibt. Die Abgeltungsteuer und die Erbschaftsteuer mit den höheren Freibeträgen konservieren die gegenwärtige Situation. Grundlage der Finanzspekulation sind die Ungleichgewichte der Einkommens- und Vermögensverteilung. Wer diese Spekulation wirklich eindämmen will, der muss schon aus diesen technischen Gründen die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung abbauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das, was Sie mit Ihrer törichten Steuerpolitik anrichten, ist allerdings nicht nur hinsichtlich der Vermögensverteilung verheerend. Genauso verheerend ist Ihre Steuerpolitik auch im Hinblick auf die Lohnentwicklung. Herr Kollege Stiegler, an dieser Stelle muss ich eine leichte Korrektur an dem, was Sie gesagt haben, vornehmen. Es ist richtig, dass die Lohnabschlüsse in den Bereichen, in denen es Tarifverträge gibt, im letzten Jahr höher als üblich ausgefallen sind. Das Gesamtniveau der Lohnentwicklung ist aber leider deutlich unterhalb der Preissteigerungsrate geblieben. Das heißt, dass die Arbeitnehmer wie die Rentner und die sozial Bedürftigen im letzten Jahr wieder einmal verloren haben. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das wird dieses Jahr aber anders sein!)

Solange wir diese Entwicklung nicht korrigieren, ist all Ihrerede von einer Stabilisierung des Binnenmarktes völlig daneben.

(Beifall bei der LINKEN - Ludwig Stiegler [SPD]: Noch einmal: Das wird dieses Jahr anders sein!)

Vorhin wurde Herr Rürup zitiert, der festgestellt hat,

dass im Hinblick auf den Binnenmarkt schwere Versäumnisse aufgelaufen seien. Dazu muss ich sagen: Er und sein Sachverständigenrat sind dafür doch mitverantwortlich. Wer hat denn jahrelang den Quatsch von der Lohnzurückhaltung, die uns jetzt große Probleme macht, gepredigt?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, dass Sie sich eine andere Zusammensetzung des Sachverständigenrates erhoffen. An dieser Stelle möchte ich etwas hinzufügen: Ich hoffe, dass es auch einmal ein Mitglied des Sachverständigenrates geben wird, das der Finanzwirtschaft finanziell nicht so stark verbunden ist, um das einmal vornehm und zurückhaltend zu formulieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fasse zusammen:

Erstens. Wenn man eine adäquate Antwort auf die gegenwärtige ökonomische Krise geben will, dann muss man mit der Reregulierung der Finanzmärkte beginnen. Sie ist die *Conditio sine qua non*. Sonst läuft überhaupt nichts. Leider hat die Regierung an dieser Stelle völlig versagt.

Zweitens. Wenn man angesichts der Krise konjunkturrell gegensteuern will, muss man eine Messziffer zugrunde legen. Wir haben gesagt: Bei einem erwarteten Rückgang um 2,25 Prozent ist ein Konjunkturprogramm, das nach den Berechnungen von Geschäftsbanken einen geringeren Umfang als 1 Prozent des BIP hat, völlig unzureichend.

Drittens. Wenn man die jahrzehntelangen Fehlentwicklungen ernsthaft stoppen will, dann muss man endlich darangehen, die Vermögens- und Einkommensverteilung zu verändern und in Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in einer historisch neuen Situation: Wir haben eine Banken- und eine Wirtschaftskrise gleichermaßen, die sich nicht mehr nur auf Teilmärkte, sondern auf die Weltwirtschaft beziehen. Insofern ist es richtig, wenn angemerkt wird, dass wir mit Prognosen sehr vorsichtig sein müssen. Wenn allerdings der Bundeswirtschaftsminister bei uns im Ausschuss erklärt, dass auch er jetzt etwas vorsichtiger ist und lieber von minus zweieinviertel anstatt von minus 2,25 Prozent spricht, dann weiß ich nicht wirklich, ob er das alles verstanden hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es geht uns nicht um einen Wettbewerb um die schlechtesten Zahlen und um das größte Katastrophenszenario. Es geht uns vielmehr darum, eine realistische Einschätzung vorzunehmen und substanzielle Vorschläge zu machen. Genau das verlangen wir von einem Wirtschaftsminister: zur rechten Zeit handeln und eine klare Perspektive aufzeigen, aber vor allem auch eine klare Vorstellung entwickeln, wie die Wirtschaft nach

dieser Krise aufgestellt sein muss, wie die Wirtschaft stärker und sicherer wird, um so weniger abhängig von Schwankungen zu werden. Hierfür brauchen wir einen Wirtschaftsminister, der eine Vision hat. Das aber vermisste ich außerordentlich bei Wirtschaftsminister Glos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Burgbacher, Sie haben ihn für seine realistischen Einschätzungen gelobt.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist auch so!)

Sie waren bei der Debatte zum letzten Jahreswirtschaftsbericht nicht dabei. Dort haben wir Folgendes gehört:

Deutschland bleibe auf Wachstumskurs. Der Aufschwung komme bei den Menschen an. Die Reformen der Bundesregierung würden sich auszahlen. – Das war vor einem Jahr. Schon vor einem Jahr hat aber der Sachverständigenrat erklärt, es gebe Risikoszenarien hinsichtlich eines Minuswachstums. Vor einem Jahr jedoch hat die Bundesregierung einen Haushalt entworfen, der auf komplett falschen Wachstumswerten beruhte. Ich kann nicht sagen, dass die Bundesregierung mit den Zahlen sinnvoll umgegangen ist. De facto hat sie schon damals Schönfärberei betrieben und die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wäre damals wichtig gewesen? Wichtig wäre es gewesen, beherzt Strukturreformen anzugehen. Was haben Sie in der Zeit gemacht, in der Sie vom konjunkturellen Aufschwung über eine lange Zeit wirklich profitiert haben, in der die Reformen, die Rot-Grün gemacht hat, gewirkt haben? In dieser Zeit haben Sie leere Versprechungen gemacht und ungedeckte Schecks ausgestellt.

Sie haben die Rente ein bisschen erhöht und das Arbeitslosengeld I ein wenig aufgestockt. All das sind ungedeckte Schecks. Die Steuereinnahmen waren hoch. Aber Sie haben nicht gespart und keine Vorsorge für schlechtere Zeiten getroffen. Sie haben damals eine katastrophal schlechte Wirtschaftspolitik gemacht. Das rächt sich leider heute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was machen Sie jetzt? Sie legen im Dezember und im Januar hektisch Konjunkturpakete in einer Größenordnung von 80 Milliarden Euro auf. Gleichzeitig erklärt der Finanzminister, von diesen 80 Milliarden Euro erwarte er einen Wachstumsschub von 0,5 bis 0,8 Prozent. Bei 80 Milliarden Euro, die Sie kreditfinanziert aufnehmen müssen, ein Wachstumsvolumen von 0,8 Prozent zu benennen – das ist mager, das ist katastrophal. Wir Grüne sagen: Wenn Sie schon so tief in die Tasche greifen müssen, wenn Sie schon den Schuldenberg noch weiter erhöhen müssen, wenn Sie zukünftige Generationen so stark belasten müssen, dann müssen Sie mit diesen Maßnahmen einen Mehrwert schaffen. Sie müssen wirklich Rendite für zukünftige Generationen erreichen und entsprechende Investitionen tätigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die zentrale Anforderung an jedes Konjunkturpaket. Was aber machen Sie? Sie machen Klientelpolitik. Man kann ganz klar erkennen, wie sich die Große Koalition geeinigt hat: Zwei Drittel der Ausgaben gehen drauf für ein bisschen hier und ein bisschen dort. Man



kann ziemlich genau erkennen, wer sich wo durchgesetzt hat.

Ein Beispiel ist der Kinderbonus von 100 Euro. Wer von uns Kinder hat, fragt sich: Was sollen diese 100 Euro pro Kind, unabhängig davon, wie hoch das Einkommen ist? Damit verbrennen Sie nur Geld. Sie geben Geld aus, ohne eine effektive Wirkung zu erzielen. Schließlich ist völlig unklar, wie die Menschen das Geld ausgeben werden. Wenn jemand seinem Kind einen Anorak oder ein Paar Schuhe kaufen will, dann wird er das tun - 100 Euro hin oder her.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie wollen den Eltern vorschreiben, was sie damit machen!)

Wenn Sie schon Geld im Zuge eines direkten Transfers in die Hand nehmen, dann müssen Sie das den Menschen geben, die wenig Einkommen haben. Das würde Sinn machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Ich komme nun zu dem Unsinn im Zusammenhang mit der Abwrackprämie. Es ist wirklich irre, wenn man sich anschaut, was Sie sich in den letzten Monaten im Hinblick auf den Pkw haben einfallen lassen. Im ersten Konjunkturpaket haben Sie eine Kfz-Steuerreform vorgesehen, die schlicht eine Steuerbefreiung für Spritfresser ist. Im zweiten Konjunkturpaket sehen Sie eine Abwrackprämie vor. Die Wissenschaftler, die Medien, alle sagen: So ein Unsinn!

(Jörg van Essen [FDP]: Weshalb machen die Grünen in Hamburg mit?)

- Ich komme gleich dazu. - Als dritte Maßnahme - so dürfen wir heute lesen - will der Bund die Kfz-Steuer auch für große Autos senken. Drei Maßnahmen für Pkws, drei Maßnahmen, die in dieser Form unsinnig und rückwärtsgewandt sind. Sie haben keinen ökologischen Kompass; das ist massiv zu kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für all die, die gerade gefragt haben, warum die Grünen im Bundesrat zustimmen wollen. Erstens. Die Abwrackprämie wird nicht im Bundesrat, sondern im Bundestag behandelt. Zweitens. Da wir der Großen Koalition nicht zutrauen, dass sie in der Lage ist, dem Steuersenkungsirrsinn der FDP etwas entgegenzusetzen, ist es unsere Aufgabe, diesem Steuersenkungsirrsinn nicht Tür und Tor zu öffnen. Deswegen werden wir im Bundesrat zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei Abgeordneten der FDP - Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist eine Logik! - Jörg van Essen [FDP]: Eine dünnere Begründung konnte es gar nicht geben!)

Deutschland braucht ein grünes Investitionsprogramm, wir brauchen Investitionen in den Klimaschutz, wir brauchen Investitionen in Bildung, und wir brauchen Investitionen in soziale Gerechtigkeit. Wieso machen solche Investitionen Sinn? Weil sie die größte Multiplikatorwirkung haben. Wenn man sich damit auseinandersetzt, welche Maßnahmen wie viel bringen, sieht man, dass Steuersenkungen nicht zu dem Mehrwert, den ich

beschrieben habe, führen, Investitionen dagegen schon. Ein kreditfinanziertes Konjunkturpaket, das nicht auf Zukunftsinvestitionen und den Strukturwandel ausgerichtet ist, das nicht auf die Bekämpfung der Klimakatastrophe und eine Verbesserung der Bildungschancen ausgerichtet ist, taugt nichts - und es verletzt zumindest unser Gerechtigkeitsgefühl.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ludwig Stiegler [SPD]: Die Wirklichkeit sieht anders aus! Wir machen das so! - Laurenz

Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Wieso soll das Paket nicht auf Bildung ausgerichtet sein?)

Im Wirtschaftsausschuss haben wir über den Export und die Binnennachfrage diskutiert. Ich habe den Wirtschaftsminister gefragt, was aus seiner Sicht die Märkte von morgen sind. Welches sind die ungesättigten Märkte, die wir bedienen müssen, für die wir als Industrienation uns aufstellen müssen? Der Automobilmarkt ist gesättigt. Wir müssen uns darüber klar werden, was wir exportieren wollen, in welchen Bereichen wir forschen wollen und wo wir Innovationen brauchen. Die Märkte von morgen sind die ökologischen Märkte. Da ist es mager, dass hier in einer Debatte von einer Stunde in keinem Redebeitrag etwas von einer Ausrichtung auf Ökologie zu hören ist. Wir brauchen Energieeffizienz, wir brauchen Fortschritte bei den Energietechnologien. Die Umweltmärkte sind die ungesättigten Märkte. Hier liegt unsere Chance als Exportnation. Es ist bezeichnend, dass darüber nichts zu hören war. Stattdessen wird rückwärtsgewandt über Steuersenkungen oder über Hilfen für die Automobilindustrie gesprochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Märchenerzählerei geht weiter. Wenn Sie diese Debatte und wenn Sie die gestrige Bundespressekonferenz verfolgt haben, wissen Sie, dass Wirtschaftsminister Glos für 2009 mit einem durchschnittlichen Ölpreis von 45 Dollar pro Barrel rechnet. Im letzten Jahr ist er von 90 Dollar ausgegangen, und selbst da lag der tatsächliche Preis deutlich höher. Wer von 45 Dollar pro Barrel ausgeht, ignoriert, dass, wenn ein Gut knapp wird - und die Ressource Öl wird knapp; denn natürlich wird die Nachfrage wieder steigen -, der Preis steigt. Das sind wirtschaftspolitische Implikationen, die zu kennen ich von einem Wirtschaftsminister erwarte. Er kann nicht einfach nur sagen: Der durchschnittliche Ölpreis wird bei 45 Dollar pro Barrel liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir brauchen, sind Strukturprogramme. Wir brauchen die Bürgerversicherung, eine Krankenversicherung, in die alle einzahlen, egal wie hoch ihr Einkommen ist, damit es aufhört, dass Solidarität nur zwischen denen mit kleinen und denen mit mittleren Einkommen stattfindet. Solidarität muss alle betreffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen ein Progressivmodell, bei dem die unteren Einkommen entlastet werden. Wenn man konsumorientiert konjunkturpolitisch agieren will, muss man vor allem die Abgaben, die die Menschen mit niedrigen Einkommen zu zahlen haben, senken. Die Abgaben flächendeckend,

also für alle, zu senken, bringt nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die an Zukunftstechnologien ausgerichtet ist. Fangen Sie einmal an, eine Vision darüber zu entwickeln, wo es ökologisch hingehen soll. Wer sich heute ökologisch nicht richtig aufstellt, hat morgen ökonomisch keine Chance mehr. Das müssen Sie einmal begreifen; da müssen Sie hin. Das müssen Sie umsetzen. In den Bereichen Energieeffizienz, Energietechnologie und Umwelttechnologie müssen Sie die ganzen Vorschläge, die sich in der Diskussion befinden, einmal aufgreifen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das tun wir doch! Ich würde mir einmal die Programme durchlesen und anschauen!)

Sie müssen hier eine Vision und eine Vorstellung haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine klare Perspektive beim Bürokratieabbau, und zwar nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger. Wir alle sind teilweise von einer bürokratischen Belastung betroffen. Das ist ein völliger Wahnsinn. Auch hier brauchen wir eine Vision und eine Vorstellung.

Schließlich brauchen wir eine Wettbewerbspolitik – vor allem auf dem Energiemarkt –, die den Namen verdient, und nicht einen Wirtschaftsminister, der als Lobbyist für Kohle und Atomenergie auftritt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie versuchen, diese Probleme mit rückwärtsgewandter Politik zu lösen, dann schaffen Sie es nicht. Sie müssen es schaffen, die Krisen dieser Welt – Klimakrise und Wirtschaftskrise – im Zusammenhang zu sehen. Was nützt es denn, dass sich unsere Kanzlerin und viele andere, die hier rechts von mir sitzen, vor eineinhalb Jahren Eisberge angeschaut und Eisbären gestreichelt haben, wenn sie heute davon nichts mehr wissen wollen?

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:

Den Eisbär hat der Umweltminister gestreichelt!)

Die Klimakrise und die Wirtschaftskrise müssen im Zusammenhang betrachtet werden. Für eine Politik, die nach vorne gerichtet ist, brauchen wir vielleicht auch neues Personal. Vor allem brauchen wir aber Visionen und Vorstellungen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Michael Meister für CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss zunächst einmal zugestehen, dass ich heute Morgen bei der Rede des Kollegen Lafontaine etwas gelernt habe. Mir war bisher das enge und innige Verhältnis entgangen, das Herr Lafontaine zum Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat. Ich habe das Verhältnis bisher nie so eng und freundschaftlich gesehen. Deshalb habe ich heute Morgen etwas dazugelernt. Ich hoffe, dass das auch von Herrn Schmidt so gesehen wird.

(Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE): Beide sind charismatisch! - Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wahrheit bleibt Wahrheit!)  
Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundeswirtschaftsminister hat den Jahreswirtschaftsbericht 2009 vorgelegt. Ich glaube, durch die schnörkellose und zuverlässige Art und Weise, in der das geschehen ist, ist deutlich geworden, dass sich diese Bundesregierung in schwierigen Zeiten, in Zeiten großer Herausforderungen, als Anker der Stabilität und neuen Vertrauens erweist. Dafür, dass das in dieser Weise geschieht, möchten wir als Fraktion zunächst einmal Danke sagen.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt die Vorhaltung, das alles komme zu spät und sei zu wenig. Ich glaube, wir sollten angesichts der Probleme, vor denen wir stehen, vielleicht etwas Demut entwickeln. Niemand auf dieser Welt kann belastbar voraussagen, wie tief sich diese Krise noch ausdehnen wird, und niemand kann voraussagen, wie lange sie anhält. Das ist auch ein Problem für diejenigen, die normalerweise professionell Vorhersagen erstellen. Deshalb sollten wir mit der notwendigen Demut an diese Problematik herangehen.

Drei Dinge überlagern sich: Das Erste ist der normale Weltkonjunkturzyklus,

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]:  
Fundamental!)

dem wir als Exportnation ausgeliefert sind, das Zweite sind die Fehlentwicklungen und Krisenerscheinungen auf den Finanzmärkten, und zum Dritten sind es die Strukturprobleme in einigen Branchen. Ich nenne hier den Automobilsektor, der nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell vor Veränderungen steht. Eine solche weltweite Ballung von Problemen zu einem Zeitpunkt gab es in der Vergangenheit noch nie. Deshalb stehen wir vor einer neuen und einmaligen Herausforderung. Das erfordert besondere Antworten und einen besonders verantwortungsvollen Umgang mit diesen Antworten.

(Beifall bei der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wann kommen die?)

Ich glaube, wir haben durch die Politik der Großen Koalition die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Bewältigung dieser Situation in guter Kondition anzugehen. In den vergangenen Jahrzehnten - Herr Lafontaine, Sie haben eben dazwischengerufen; das war auch dann so, als Sie mitregiert haben - haben wir vor jedem Abschwung innerhalb des Konjunkturzyklus erlebt, dass die Sockelarbeitslosigkeit höher als im vorhergehenden Zyklus war. In jedem Abschwung hat sie sich noch etwas aufgebaut. Das ist der erste Abschwung, in den wir hineingeraten, vor dem die Sockelarbeitslosigkeit deutlich auf 3 Millionen Arbeitslose zurückgegangen ist. Wir wissen jetzt, dass wir in diesem Jahr wahrscheinlich wieder mit einem Aufbau der Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Aber wir gehen von einem deutlich niedrigeren Niveau aus. Das ist ein Erfolg der Politik, die wir in den vergangenen Jahren hier gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werben jetzt darum, dass trotz des Abschwungs möglichst wenige Menschen in die Arbeitslosigkeit gehen müssen; zu diesem Zweck haben wir die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes verlängert. Unser Ziel ist es nicht, Menschen in Arbeitslosigkeit zu bringen; vielmehr wollen wir Menschen in Arbeit halten, weil wir wissen, dass in relativ kurzer Zeit wieder viele Arbeitskräfte gebraucht werden und wir auf einen Facharbeitskräftemangel zugehen. Deshalb ist es richtig, Menschen in Arbeit zu halten und freie Zeit für Qualifikation zu nutzen. Dazu setzen wir nicht nur konjunkturell, sondern nach meiner Einschätzung auch strukturell einen richtigen Anreiz.

Wir haben den Staatshaushalt im vergangenen und im vorvergangenen Jahr ausgeglichen. Dies trifft zwar nicht für alle Einzelhaushalte der öffentlichen Hand zu, wohl aber für den Staatshaushalt. Auch dies ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Damit haben wir den Spielraum geschaffen, den wir benötigen, um konjunkturell wirksame Maßnahmen ergreifen zu können. Ich weise darauf hin, dass wir in der Debatte über Schulden ein bisschen zwischen strukturellen und konjunkturellen Dingen differenzieren sollten. Es täte uns auch in der wirtschaftspolitischen Debatte gut, wenn wir strukturell und konjunkturell wirksame Maßnahmen etwas stärker auseinanderhielten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Das muss nicht immer gegeneinander laufen. Das, was wir im Bildungsbereich tun, Frau Schavan, hilft uns momentan konjunkturell und für die Zukunft strukturell. Was wir zur Verbesserung der Breitbandversorgung tun, hilft uns strukturell, wenn wir allen Menschen im Lande einen Zugang zu einer ordentlichen Breitbandversorgung schaffen, und es hilft uns konjunkturell. Es gibt aber auch einige Maßnahmen, mit denen wir einen rein konjunkturellen Impuls setzen, etwa das Vorziehen von Investitionen. Deshalb müssen wir bei der Debatte über die einzelnen Maßnahmen sehr wohl abwägen, was dauerhafte Strukturpolitik ist. Auf diesem Gebiet sind wir in den vergangenen Jahren sehr weit vorangekommen. Aber selbstverständlich gibt es nach wie vor Defizite; ich habe eben zwei angesprochen, an deren Behebung wir weiterarbeiten müssen. Auf der anderen Seite gibt es Komponenten, mit denen wir lediglich versuchen, der konjunkturellen Entwicklung entgegenzusteuern. Ich wünsche mir, dass diese Dinge nicht einfach vermischt, sondern gedanklich sauber auseinandergelassen werden. Meine Damen und Herren, wir haben vorhin von Herrn Burgbacher gehört, dass es im Wesentlichen die Unternehmen seien, die uns die jetzigen guten Voraussetzungen geschaffen haben. Ja, ich sage all denjenigen ein Dankeschön, die in den Unternehmen Verantwortung tragen und dafür gesorgt haben, dass vernünftige Strukturen vorhanden sind. Dass wir die zukunftsfähigste Automobilindustrie weltweit und die besten Zulieferer, die es weltweit gibt, haben und hier am besten aufgestellt

sind, ist ein Verdienst der Verantwortlichen in den Unternehmen. Es gibt aber auch noch ein paar andere, die etwas getan haben. Die Arbeitnehmer in diesem Land haben durch ihre Lohnzurückhaltung einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir mehr Beschäftigung und bessere strukturelle Voraussetzungen haben. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle ein Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe uns selbst absichtlich nicht als Erste genannt. Aber auch wir haben einen Beitrag geleistet. Wir haben strukturelle Verbesserungen in diesem Land herbeigeführt, die dazu geführt haben, dass wir bessere Rahmenbedingungen und eine bessere Konstitution unseres Landes haben.

Jetzt mögen einige sagen, das, was wir aktuell als vierten Teil des Stabilitätsprogramms diskutieren, sei zu spät. Aber wenn wir jetzt den vierten Teil diskutieren, heißt dies, dass wir vorher bereits drei Teile entschieden haben. Der erste Teil sind die Maßnahmen, die wir Ende letzten Jahres unter anderem zur Stärkung der Familien auf den Weg gebracht haben. Der zweite Teil, den wir im November auf den Weg gebracht haben, hat die Stabilisierung der Finanzmärkte zum Gegenstand. Dann haben wir ein erstes Stabilitätsprogramm auf den Weg gebracht, das unter anderem mehr Investitionen beinhaltet.

Jetzt diskutieren wir bereits das vierte Maßnahmenpaket. Deshalb greift der Vorwurf „zu spät“ nicht. Nach meiner Einschätzung haben wir früher als viele andere gehandelt. Wir haben aber immer darauf geachtet, dass das, was wir tun, möglichst zielgenau ist und Wirkung erzielt. Es geht doch nicht darum, möglichst viel Geld auszugeben, sondern darum, dass mit jedem Euro, den der Staat in die Hand nimmt, möglichst viel Wirkung bei der Bekämpfung der Probleme erzielt wird. Darauf müssen wir uns konzentrieren, und deshalb war die Schrittfolge unserer Arbeit verantwortungsvoll. Unsere Arbeit ist ein Beitrag dazu, dass in diesem Lande neues Vertrauen erwächst.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe mich ein wenig gewundert, Herr Stiegler, dass Sie gesagt haben, die Bundesrepublik Deutschland sei mit ihrer Wirtschaftsleistung das Derivat der Weltwirtschaft.

Angesichts der Herausforderung, auf den Finanzmärkten weltweit neue Rahmenbedingungen zu setzen, und angesichts der Herausforderung, unsere Marktwirtschaft zu internationalisieren und deren Prinzipien zu exportieren, sollten wir unseren Anspruch etwas höher setzen. Wir sollten den Anspruch erheben, als größte Volkswirtschaft Europas dafür zu sorgen, dass Europa handlungsfähig wird und dass wir mit einer gemeinsamen europäischen Stimme in der Lage sind, die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht nur zu bewältigen, sondern deren Lösung bestimmend mit voranzubringen, damit wir nicht in wenigen Jahren vor neuen Problemen stehen, weil das, was ich angesprochen habe, unzureichend erfüllt worden ist. Deshalb wünsche ich mir, die Dinge nicht nur hinzunehmen. Vielmehr sollten wir versuchen, sie über Europa gemeinschaftlich aktiv zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Ludwig Stiegler [SPD]: Da haben wir keine

Differenzen!)

Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass der eine oder andere Regierungschef bei dem weltweit bedeutenden Thema Automobilindustrie nur von seiner nationalen Automobilindustrie redet. Das hat für mich einen relativ starken nationalen und protektionistischen Anklang. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, in solche Überlegungen zu verfallen. Wir brauchen nicht, dass sich einzelne isolieren. Was wir brauchen, ist, dass jeder zu Hause seinen Beitrag leistet. Diese Beiträge sollten wir nach Möglichkeit miteinander addieren, damit sich ein noch größerer Effekt ergibt, als dies bei den einzelnen nationalen Pakten der Fall ist. Also kein Protektionismus, sondern international abgestimmte Zusammenarbeit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine letzte Bemerkung. Ich komme zum Schluss. In diesem Lande gibt es viele, die sagen, die jetzige Situation würde eine Schuldenbremse im Grundgesetz ad absurdum führen. Ich bin komplett anderer Meinung. Wir wollen die strukturelle Verschuldung ausgleichen. Wir wollen keine strukturelle Staatsverschuldung. Aber wir wollen ein konjunkturelles Atmen erlauben. Wenn wir, wie im Moment, vor einer konjunkturellen Herausforderung stehen, dann muss ein solches Atmen möglich sein. Aber nach einer gewissen Zeit muss ein Ausgleich herbeigeführt werden.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wieso Schuldenbremse erst 2015?)

Auch das beschließen wir jetzt übrigens, indem wir einen klaren Tilgungsplan für das festlegen werden, was wir aus konjunkturellen Gründen tun. Das ist kein Widerspruch, sondern meiner Meinung nach eine sinnvolle Ergänzung, die dazu beiträgt, dass neues Vertrauen und mehr Stabilität in diesem Lande geschaffen werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Gudrun Kopp von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gudrun Kopp (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Lieber Herr Meister, was Sie vorgetragen haben, ist sehr löblich.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Ja! -

Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Es war sogar gut!)

Wenn Sie von einer Schuldenbremse, von einer Begrenzung der Schulden, die tatsächlich notwendig ist, sprechen, stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Warum Sie aber für das Atmen bis 2015 benötigen, erschließt sich mir nicht. Ich finde, Sie müssten schneller reagieren und dürfen nicht die Maßnahmen, die eigentlich schon jetzt notwendig wären, über Jahre verschieben.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister Glos, Ihr Jahreswirtschaftsbericht enthält

eine, wie auch ich finde, sehr realistische Einschätzung der Sachlage. Allerdings sind Sie mir mit Ihrem Maßnahmenpaket zur Konjunkturbelebung, wie Sie es nennen, viel zu schnell, zu früh

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist er denn?)

- der Minister ist gerade unterwegs - und zu bescheiden mit dem, was für die Bürger an Steuersenkungen tatsächlich übrig bleiben soll.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesregierung bringt ein breites Maßnahmenpaket ein: dieses Konjunkturpaket im Umfang von 50 Milliarden Euro mit vielen kleinen Stellschrauben, an denen Sie viel Geld ausgeben, mit denen Sie aber aller Voraussicht nach leider sehr wenig Wirkung erzielen werden. Das ist unser Hauptkritikpunkt.

Jetzt, in dieser Lage, wäre es notwendig, die Ausgaben gezielt so zu tätigen, dass damit tatsächlich Impulse erzielt werden, dass Innovationen befördert werden. Vor wenigen Wochen haben Sie eine enorme Erhöhung der Beiträge zu den Krankenkassen auf 15,5 Prozent beschlossen und haben die Einführung des unsäglichen Gesundheitsfonds verabschiedet. Wenn Sie jetzt - nur wenige Wochen später - Milliarden aus Steuergeldern als Konjunkturmaßnahme zuschießen, dann ist das doch eine absurde Politik.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie müssten doch selbst darauf kommen, dass Sie strukturell auf dem falschen Weg waren. Das ist keine Frage.

Für die Verkehrsinfrastruktur setzen Sie 2 Milliarden Euro ein. Wenn man allerdings bedenkt, dass der Individualverkehr seit 1999 erheblich gestiegen ist - die Belastungen in diesem Bereich sind von 37 Milliarden auf 53 Milliarden Euro gestiegen -, dann sind die von Ihnen vorgesehenen Mittel nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein.

Der Kinderbonus und viele andere Punkte sind bereits genannt worden.

Diejenigen im Hause, die offenbar meinen, dass Steuersenkungen für die Bürger mehr oder weniger herausgeschmissenes Geld oder als Almosen zu verstehen wären

- dazu gehören auch die Grünen -, sind auf einem völlig falschen Weg.

(Beifall bei der FDP - Kerstin Andreae

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die größte Einkommensteuererhöhung durchgeführt?)

- Nein, Frau Andreae. Wenn Sie Steuersenkungen in geringem Umfang für ausreichend halten und Investitionen

in die ökologische Energiepolitik fordern, dann halte ich Ihnen Folgendes entgegen: Was wir gerade erlebt haben

- den Gasstreit und das Bewusstsein der Abhängigkeit von Gaslieferungen -, haben wir auch und gerade

der rot-grünen Politik zu verdanken, insbesondere den Grünen, die den Ausstieg aus der Kohle und der Kernenergie

fordern und ausschließlich auf erneuerbare Energien und Gas setzen wollen.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN]: Um mehr Arbeitsplätze zu

schaffen! - Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang



Gerhardt [FDP]: Das glaubt ja noch nicht mal Joschka Fischer!)

Die Gasverstromung, die sehr kostenintensiv ist, hat in den letzten sieben Jahren um 58 Prozent zugenommen. Dadurch vergrößert sich die Abhängigkeit. Das müssen Sie beachten. Wenn Sie heute sagen, dass Sie in ökologischer Hinsicht sehr viel mehr erreichen möchten, dann sollten Sie sich erst einmal mit den Sünden der Vergangenheit befassen, zu denen Sie mit Ihrer Politik beigetragen haben.

(Beifall bei der FDP - Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sage nur Asse! - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP hat von Umwelt keine Ahnung!)

Die FDP-Bundestagsfraktion bleibt bei dem, was sie als einzig greifbare strukturelle Maßnahme tatsächlich für sinnvoll hält, nämlich eine strukturelle Steuerreform, die die Bürger als solche identifizieren können:

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach Ihrer Regierungszeit war der Eingangssteuersatz bei 25 Prozent!) eine Reform mit einer Senkung der Steuern und Abgaben gerade bei den unteren und mittleren Einkommen.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP hat die meisten Steuererhöhungen überhaupt gemacht!)

Durch eine Forsa-Umfrage wird belegt, dass 69 Prozent der Bürger meinen, von dem Konjunkturpaket mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro nicht wirklich zu profitieren. Die Bürger haben ein richtiges Empfinden. Wenn Sie schon 50 Milliarden Euro verausgaben, dann frage ich Sie, warum Sie dieses Geld nicht dafür verwenden, die Bürger zu entlasten. Das wäre ein Schritt, der den Bürgern und der Wirtschaft ermöglichen würde, so zu investieren, wie sie es für richtig halten, statt die Gelder staatlich gelenkt auszugeben. Das würde sie weiterbringen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kopp, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Gudrun Kopp (FDP):

Nein. - Wir als Liberale sind der Ansicht, dass eine wirkliche Steuerreform, die uns auch strukturell voranbringen würde, die einzig richtige Maßnahme wäre, um in dieser kritischen Lage mit der Finanzmarktkrise und der konjunkturellen Krise fertig zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält der Kollege Garrelt Duin für die SPDFraktion das Wort.

Garrelt Duin (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist meines Erachtens gut und vernünftig, wenn man in einer Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht 2009 die Ausgangslage sehr genau betrachtet und auch das in dem Bericht zur Kenntnis nimmt, was die Entwicklung im letzten Jahr beschreibt.

Der Kollege Meister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insgesamt

ausgesprochen erfreulich gewesen ist. Die Sockelarbeitslosigkeit ist deutlich geringer als nach dem letzten Aufschwung.

2008 ist die Zahl der Beschäftigten um rund 580 000 gestiegen. Anders als oft behauptet, fand der Aufwuchs nicht in erster Linie bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen statt. Deutlich über 90 Prozent dieser 580 000 Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Bei über zwei Dritteln dieser neuen Arbeitsverträge handelt es sich sogar um Vollzeitarbeitsplätze. Dadurch haben wir Älteren, Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen eine wesentlich bessere Perspektive gegeben. Das Armutsrisiko in diesem Bereich ist gesunken. Deswegen sollten wir uns vor Augen führen, dass die Ausgangsposition vor der aktuellen Krise wesentlich besser war, als es uns von der Opposition versucht wird einzureden. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben zurzeit eine Entwicklung in den Betrieben, nicht zuletzt in den sehr großen Industriebetrieben, die uns natürlich mit Sorge erfüllt, weil wir sehr genau wissen, was mit den Beschäftigten und deren Familien passiert, wenn Kurzarbeit – ob bei MAN, Volkswagen, Wacker Chemie, Bosch, Conti, BASF oder wo auch immer – angekündigt und durchgeführt wird. Mehrere Hunderttausend sind inzwischen davon betroffen. Deswegen ist es richtig und gut gewesen, dass die Bundesregierung und insbesondere der Bundesarbeitsminister sehr schnell die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht haben. Die Verlängerung der Zahlungsdauer des Kurzarbeitergeldes, die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge und die Vereinfachung des Verfahrens zeigen, dass wir die Kurzarbeit als Chance begreifen und mit Qualifizierung und Weiterbildung etwas für die betroffenen Menschen tun. Wir sorgen dafür, dass sie nicht entlassen werden, sondern dass sie sogar eine zusätzliche Perspektive entwickeln können. (Beifall bei der SPD)

Die andere Gruppe, die ich ansprechen will, sind die Leiharbeiter, insbesondere in der Industrie. Ihnen droht, in die Arbeitslosigkeit geschickt zu werden. Das Instrument der Leiharbeit ist – das zeigt der Blick zurück – durchaus richtig. Es hat dazu geführt, dass wir die Arbeitslosigkeit haben zurückführen können. Es dient als Wiedereinstieg in Arbeit und auch dazu, bestimmte Spitzen in den Betrieben abzuarbeiten. So genutzt, ist das Instrument der Leih- und Zeitarbeit richtig eingesetzt. Dort, wo es missbräuchlich genutzt wird, um Stammbeschaften zu reduzieren und Lohndumping zu betreiben, stehen wir klar an der Seite derjenigen, die sagen: Das ist mit uns nicht zu machen. – Diejenigen, die das Instrument der Leiharbeit missbräuchlich nutzen, treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU])

Wir wollen dafür sorgen, dass auch diejenigen, die in Leiharbeitsfirmen beschäftigt sind, vom Kurzarbeitergeld profitieren können und in dieser schwierigen Phase die Chance auf Qualifizierung und Weiterbildung haben,

damit sie nicht entlassen werden.

Frau Andreae und andere haben darauf Bezug genommen, dass wir Dinge im Zusammenhang bedenken müssen.

Wenn Sie ernsthaft zur Kenntnis nehmen, was wir im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme machen und worüber wir heute diskutieren, dann werden Sie feststellen, dass genau das passiert.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kfz-Steuer!)

Wir schreiben der Automobilindustrie natürlich in das Stammbuch, dass sie sich in ökologischer Hinsicht anders orientieren muss, dass sie nicht glauben darf, dass die Nachfrage nach verbrauchs- und schadstoffärmeren Autos nachlässt, nur weil der Spritpreis zurzeit relativ niedrig ist.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht aber im Konjunkturpaket nicht drin!)

Wir stehen dafür, endlich eine ökologische Industriepolitik nach vorne zu bringen, die genau auf die Leitmärkte setzt, die Sie eingefordert haben, ob es sich nun um die Luftfahrt, die Medizintechnik oder um die Umwelttechnik handelt.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann macht doch nicht so eine Kfz-Steuer und so eine Abwrackprämie!)

Hier wird gerade im Rahmen der Programme, die auf den Weg gebracht werden, zum Beispiel im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Reduzierung genau das getan, was Sie wollen. Das bedeutet zweierlei: Zukunftssichere Arbeitsplätze werden geschaffen, und wir tun mehr für die Ökologie, als das in den Jahren zuvor der Fall war.

(Beifall bei der SPD - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Anscheinend wissen Sie selbst nicht, was in dem Paket steht!)

Frau Kopp und Herr Burgbacher, im Kern geht es in dieser Debatte um etwas anderes, als Sie haben verlautbaren lassen. Es geht den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bei der Prognose für das Jahr 2009 um Sicherheit. Es geht um die Frage, wie der Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz behalten kann. Es geht nicht in erster Linie um Brutto oder Netto oder Steuerentlastungen, sondern es geht darum, dass wir durch gezielte Investitionen der Krise begegnen. Wir haben uns einen handlungsfähigen Staat erhalten. Ich bin mir nicht sicher, ob wir dann, wenn Sie von der FDP in den letzten zehn Jahren am Ruder gewesen wären, überhaupt noch einen derartig handlungsfähigen Staat hätten.

(Jörg van Essen [FDP]: Das waren die besten Jahre, als die FDP in der Regierung war!)

Der handlungsfähige Staat ist jetzt dazu in der Lage, durch gezielte Investitionen Nachfrage zu schaffen und so Arbeitsplätze zu sichern.

(Jörg van Essen [FDP]: Von der FDP hat Niedersachsen enorm profitiert!)

Das ist wesentlich effektiver, als mit Steuersenkungen zu versuchen, die Leute zufriedenzustellen. Die Arbeitsplatzsicherung muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

Das erreicht man nicht mit den Konzepten, die Sie

heute erneut vertreten haben.

(Beifall bei der SPD)

Eine Gruppe macht mir Sorgen, sehr geehrter Herr Minister, und das sind die jungen Menschen in unserem Land, die jetzt vielleicht noch zur Schule gehen und die eine Perspektive brauchen. Wir haben in dem Bereich, der die Ausbildung betrifft, durchaus Erfolge gehabt, wie dem Jahreswirtschaftsbericht zu entnehmen ist. Im Jahr 2008 sind 600 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Das ist ein Erfolg. Wir werden uns noch intensiver um das Problem der Altbewerberinnen und Altbewerber kümmern müssen, die seit Jahren einen Ausbildungsplatz suchen. Wir müssen uns aber schon jetzt fragen, Herr Minister, welche Auswirkungen diese Krise auf den Ausbildungsmarkt in diesem Sommer hat. Ich fordere Sie auf, angesichts der Bedeutung dieses Themas schon jetzt mit den Partnerinnen und Partnern des Ausbildungspaktes, mit der Industrie und dem Handwerk die Initiative zu ergreifen und dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Entwicklung, die in den nächsten Monaten auf uns zukommt, nicht dazu führt, dass wir erneut eine Generation von jungen Menschen ohne Perspektive auf eine sichere Ausbildung in unserem Land haben.

(Beifall bei der SPD - Kerstin Andreae

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Wirtschaftsminister hat nicht zugehört!)

Das ist vorausschauende Politik, und deswegen ist es wichtig, dass wir damit schon jetzt anfangen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir mit neuen Antworten auf die jetzige Situation reagieren und dass wir nicht das tun, was die FDP und Teile anderer Parteien immer wieder wollen. Wir sollten nicht das infrage stellen, was den sozialen Zusammenhalt und damit den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land ausgemacht hat, nämlich die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, insbesondere durch die Mitbestimmung. Wenn Sie jetzt wieder anfangen, die alten Rezepte aus Ihren Schubladen zu holen, und erklären, man müsse hauptsächlich die Interessen des Kapitals berücksichtigen (Gudrun Kopp [FDP]: Wer sagt denn das?) und dafür sorgen, dass sich dieses möglichst breit und frei entfalten kann, dann sagen wir in aller Klarheit: Gerade in dieser krisenhaften Situation ist deutlich geworden, dass Mitbestimmung zu den Eckpfeilern unserer Gesellschaft gehört und dass daran nicht herumgebastelt werden darf.

(Beifall bei der SPD - Jörg van Essen [FDP]:

Man muss keinen Popanz aufbauen!)

Ein letzter Punkt: Es geht um die Investitionen in den Kommunen. Wir erleben zurzeit eine Diskussion in den Kommunen darüber, was sich alles realisieren ließe. Man hat viele Pläne in den Schubladen. Die Bundesregierung muss auch in den Verhandlungen mit den Ländern darauf achten - das ist mein dringender Appell -, dass das Geld nicht an den klebrigen Fingern der Landesregierungen hängen bleibt. Ich habe manche Erklärungen der Länder gehört, in denen davon die Rede war, dass Landesprogramme, die bisher unterfinanziert waren, mit dem Geld aufgestockt werden sollen. Das Geld,

das die Bundesregierung hier für kommunale Investitionen zur Verfügung stellen will, muss - das muss durch die Verwaltungsvereinbarung, die jetzt verhandelt wird, sichergestellt werden - zu 100 Prozent in den Kommunen ankommen. Dort sind die Investitionen notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Sorgen Sie dafür, dass das passiert!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort nun dem Kollegen Laurenz Meyer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für die Fraktion beim Wirtschaftsminister bedanken,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil dieser Jahreswirtschaftsbericht keine Gesundbeterei enthält, sondern weil er, auch was die Zahlen betrifft, ungeschminkt die Lage zeigt und deutlich macht, dass wir wirklich in einer exemplarischen Situation sind, wie wir sie noch nie gehabt haben. Lieber Kollege Stiegler, ich fand, dass die Rede des Kollegen Burgbacher für die FDP dieser Situation angemessen war.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach nein!)

Das war heute die einzige verantwortungsbewusste Oppositionsrede, die hier gehalten worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg van Essen [FDP] - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Andreae, so gerne ich auch Ihnen dieses Kompliment machen würde: Bei Ihnen hat man leider Gottes bemerkt, dass Sie darunter leiden, dass die Landesregierungen, an denen Sie beteiligt sind, ihre Zustimmung zum Konjunkturpaket schon signalisiert haben. Dann fällt Kritik am Ganzen natürlich fürchterlich schwer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Da muss man kleinkariert werden. Das wollten Sie vielleicht gar nicht, es ist aber der Situation geschuldet.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Es ist trotzdem gut, dass die nicht regieren!)

Wer mich heute Morgen ärgerlich gemacht hat - das möchte ich ganz offen sagen -, ist Herr Lafontaine. Er hat sich hier zur Regulierung und Instandsetzung der Finanzmärkte geäußert. Herr Lafontaine, da sage ich Ihnen:

Um das hinzubekommen - das zeigt die jetzige Bundesregierung - ist harte, kontinuierliche Arbeit nötig. Da sind Leute nötig, die hart und dauerhaft arbeiten können, und nicht Leute, die bei der ersten Schwierigkeit wegrennen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Herr Lafontaine, Sie sind als Finanzminister gerade noch so weit gekommen - das sollten Sie heute einmal Ihren Wählern sagen -, eine Änderung bei der Unternehmensteuer

durchzubringen, die den Unternehmen steuerfreie Anteilsverkäufe ermöglicht hat. Dann stellen Sie sich heute hier hin und reden von der Ungerechtigkeit der Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Sie haben doch keine Ahnung!)

Wer so etwas macht und dann, wenn die Arbeit einmal ernst wird, gleich die Brocken hinschmeißt, der darf sich anschließend nicht ärgern. Was die Arbeitsmentalität angeht - das muss ich hier wirklich einmal feststellen -, ist Herr Steinbrück gegenüber Ihnen eine echte Lichtgestalt.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Sie haben doch überhaupt nichts vorzuweisen! Welches Ministerium haben Sie denn geführt und wie lange?)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist viel von Multiplikatoreffekten die Rede gewesen. Dazu hat Herr Duin gerade einen interessanten Aspekt angesprochen. Lieber Kollege Stiegler, die Multiplikatoreffekte, die durch die Investitionsprogramme herbeigeführt werden, sind nur dann gut, wenn das Geld zu 100 Prozent in zusätzliche Maßnahmen fließt. Da gilt es nicht nur dafür zu sorgen, dass die Gelder von den Länderkassen in vollem Umfang zu den Kommunen durchfließen, sondern auch sicherzustellen, dass es zu zusätzlichen Investitionen in den Kommunen kommt. Da ich lange genug Kommunalpolitik betrieben habe, weiß ich, wie erfinderisch Kämmerer, Bürgermeister und Oberbürgermeister sind, wenn es darum geht, die eigene Bilanz - in der Wirtschaft würde man das Passivtausch nennen - auf Bundeskosten zu schonen. Man könnte zynisch sagen: Das lindert dann die Staatsverschuldung, weil insgesamt nichts zusätzlich ausgegeben wird. Das ist aber nicht Sinn der Sache. Deswegen muss darauf geachtet werden, dass über diese Investitionsprogramme - Frau Andreae, sie sind zielgerichtet und, ganz im Sinne der CDU/CSU-Fraktion, in wesentlichen Teilen auf Bildung ausgerichtet - wirklich zusätzliche Maßnahmen finanziert werden.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Das Ganze ist ein Paket, das der verzwickten Lage angemessen ist, das nämlich Rücksicht darauf nimmt, dass Teile unserer Wirtschaft bis jetzt gar nicht betroffen sind. Viele der Unternehmen, die ausschließlich von der Inlandsnachfrage abhängig sind, sind bisher überhaupt nicht tangiert. Es gibt andere Unternehmen, die im Auslandsgeschäft insbesondere mit den Schwellenländern tätig sind und in wesentlichem Maße tangiert sind. All unsere Maßnahmen werden nie hundertprozentig bei denen wirken, die, was die Unternehmensentwicklung und die Arbeitsplätze angeht, am stärksten unter der Krise zu leiden haben. Deswegen ist das Bürgschaftsprogramm - die darüber bereitgestellten 100 Milliarden Euro - von so entscheidender, zusätzlicher Bedeutung; darauf möchte ich noch einmal aufmerksam machen.

Wir haben viele Unternehmen, die jetzt von zwei Seiten in die Klemme geraten: Den Unternehmen bricht die

Nachfrage weg; gleichzeitig erhöhen sich die Kosten der Unternehmensfinanzierung dadurch, dass für die Unternehmen der Realzins in der Finanzierung steigt. Auch wenn die Nominalzinsen sinken, steigen für die Unternehmen die Realzinsen in der Finanzierung; sie werden möglicherweise zusätzlich steigen. Wenn wir über das Bürgschaftsprogramm einen Beitrag dazu leisten, an sich gesunde Unternehmen für eine bestimmte Zeit im Bereich der Finanzierungskosten zu entlasten, dann tun wir etwas Gutes für die Arbeitsplätze und für den Bestand von Unternehmen in Deutschland. Deswegen haben wir das nachdrücklich unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ganze Paket mit dem 100-Milliarden-Euro-Programm, dem Kurzarbeitergeld, der Senkung von Steuern und Abgaben und der Förderung von Investitionen trägt dazu bei, die Risiken zu streuen. Deshalb ist es in sich vernünftig. Es muss gestreut werden; wir können nicht auf eine Karte setzen, wenn es darum geht, die Probleme zu bekämpfen.

Ich sage noch einmal - das wird auch aus dem Jahreswirtschaftsbericht deutlich -: Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir die Schwierigkeiten durch Staatsmaßnahmen unterpflügen könnten. Wir können einen Beitrag dazu leisten, dass über das Loch, das sich spontan gebildet hat und in das eine Reihe von Unternehmen in Deutschland im Moment zu fallen droht, eine Brücke gebaut wird, damit unsere Unternehmen durchstarten können, wenn es in der Welt wieder losgeht. Ich bin davon überzeugt: Unsere Wirtschaft ist so gut aufgestellt, dass wir, wenn wir es richtig anstellen, am Ende gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können. Dazu müssen wir einen Beitrag leisten. Das muss das Ziel von Politik in diesem und im kommenden Jahr sein. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will die Gelegenheit nutzen, um auf noch etwas aufmerksam zu machen. Es zeichnet sich schon jetzt ab - das klang in den Reden bereits an verschiedenen Stellen an -, dass die Energieversorgung in Deutschland, in Europa und in der Welt der nächste Bereich sein könnte, in dem wir in eine Krise laufen. Die Erdgasversorgung in diesem Winter hat allen Bürgern in Deutschland wirklich bedrohlich vor Augen geführt, auf welch dünnem Eis wir uns hier insgesamt bewegen. Deshalb plädiere ich für unsere Fraktion nachdrücklich dafür, dass der gesamte Deutsche Bundestag Risikostreuung betreibt und dass wir bei unserem Nachdenken darüber, wie wir unsere Energieversorgung sicherstellen wollen, nicht auf eine Karte, sondern auf mehrere Karten setzen.

Die Politik, die Deutschland betrieben hat, nämlich mit regenerativen Energien, Kohle, Kernenergie, Öl und Gas, ist die richtige Politik gewesen. Nur mit einer solchen Risikostreuung werden wir erstens den Klimaproblemen begegnen können, zweitens den Energieengpass weitgehend vermeiden können und drittens - das ist mir auch wichtig - unsere Bürger nicht überfordern, was ihr Portemonnaie und die Kosten für eine gesicherte Energieversorgung angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe vorhin Zwischenrufe von den Grünen gehört, etwa des Inhalts: Da werden Arbeitsplätze geschaffen. - Natürlich, aber dafür - das vergessen Sie immer - fallen Arbeitsplätze an anderer Stelle weg - das ist nun einmal volkswirtschaftliches Gesetz, das ist Adam Riese -, weil jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Wenn der Bürger den Euro über höhere Stromkosten für die Förderung von regenerativen Energien ausgibt, dann kann er ihn nicht gleichzeitig für Autos, Möbel oder sonst was ausgeben. Das müssen auch Sie einmal einsehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen bei diesen Fragen endlich daran denken, dass die Menschen in Deutschland mehr Netto in ihrer Tasche behalten müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Kerstin Andreae

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir müssen an die Zukunft denken!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Reinhard Schultz, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Jahreswirtschaftsbericht hat eigentlich zwei zentrale Botschaften. Die eine ist sozusagen rückwärtsgerichtet und macht deutlich: Wir gehen in eine außerordentlich schwierige wirtschaftliche Situation, aber mit einer wesentlich robusteren Wirtschaft, als wir sie in früheren großen Wirtschaftskrisen hatten. Dass die Wirtschaft robuster ist, liegt an konkreten politischen Reformen, aber auch am vernünftigen Verhalten von Gewerkschaften und Unternehmen in den vergangenen Jahren.

Zu der Robustheit gehört, dass die Beschäftigungsschwelle deutlich gesunken ist. Wir brauchen wesentlich weniger Wachstum für mehr Beschäftigung, als das in früheren Jahrzehnten der Fall gewesen ist.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Das hängt stark mit der Zeitarbeit zusammen!)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt und erklärt auch, dass die Sockelarbeitslosigkeit jetzt deutlich niedriger ist, als sie zu Beginn früherer Krisen gewesen ist.

Wir haben die Eigenkapitalbasis von Unternehmen deutlich verbessert, nämlich durch zwei Unternehmensteuerreformen, auch in unserer Verantwortung, die dazu beigetragen haben, dass das Unternehmen belohnt wird, das Gewinne reinvestiert und nicht in erster Linie an die Eigentümer ausschüttet. Das hat sich bezahlt gemacht. Das macht viele Unternehmen auch unabhängiger von Kreditinstituten und Fremdfinanzierung.

Entgegen manchen öffentlichen Äußerungen haben wir eine deutliche Verbesserung der Forschungs- und Innovationssituation in den Unternehmen zu verzeichnen - was Innovation und Forschung angeht, kann es natürlich nie genug sein -, auch ausweislich der Antwort auf die Große Anfrage zum innovativen Mittelstand. Wir stehen weltweit auf Platz zwei, was die Forschungs- und



Innovationsintensität von kleinen und mittleren Unternehmen angeht. Auch das wird sich in der Zukunft und auch in dieser Krise, denke ich, bezahlt machen.

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz wichtiger Punkt ist: Wir gehen mit einer völlig veränderten Ausgangslage hinsichtlich des Zustandes der Staatsfinanzen in diese Krise hinein. Man stelle sich einmal vor, wir hätten nicht in den vergangenen Jahren mit Peer Steinbrück einen strammen Konsolidierungskurs gefahren, bei dem es manchmal wirklich in den Knochen gekracht hat, auch politisch, wir hätten den Erblastentilgungsfonds in den letzten 14 Jahren nicht konsequent auf null heruntergefahren und wir wären mit einer Ausgangslage, wie sie vor fünf Jahren bestand, in diese Krise hineingerutscht: Dann hätten wir überhaupt nicht den Spielraum, solche Programme zu fahren, wie wir sie jetzt fahren, weder hinsichtlich der Stabilisierung der Finanzmärkte noch hinsichtlich der Absicherung von Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD)

Insofern zeigt sich jetzt, dass sich die Reformpolitik der vergangenen Jahre wirklich gelohnt hat, weil sie die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Deutschland krisensicherer gemacht hat. Wenn Politik das erreicht, dann hat sie sehr viel erreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, andererseits sind wir natürlich bei der Finanzkrise, die ja die Ursache für die Weltwirtschaftskrise ist, überhaupt noch nicht über den Berg. Dass viele Prognosen der vergangenen Monate falsch waren, nach oben oder nach unten, liegt einfach daran, dass es bislang wenig Erfahrungen sowohl der Politik als auch der Wissenschaft gab, wie man damit umgehen soll, wenn ein zentrales Element der Wirtschaft, nämlich der Finanzmarkt, als Ergebnis einer unverantwortlichen und völlig intransparenten Zockerei mit dem Ziel, exorbitante Gewinne zu erzielen, die völlig außerhalb der ökonomischen Realität lagen, zusammenbricht. Damit hatte keiner Erfahrung.

Wir müssen uns aber jetzt der Verantwortung stellen.

Deswegen haben alle recht – die Bundesregierung hat recht und alle Kollegen, die hier dazu gesprochen haben

–: Wir müssen neben dem akuten Krisenmanagement alles unternehmen, damit eine solche Krise aus den oben genannten Motiven nicht wieder entstehen kann.

Das heißt selbstverständlich, Spielregeln für Finanzmärkte national, europäisch, weltweit aufzustellen.

Dem Kollegen Lafontaine, der sich hier hingestellt und gesagt hat, es sei nichts geschehen, kann ich nur entgegenen:

Das ist völliger Quatsch. Wir sind im Rahmen der Möglichkeiten sehr weit gegangen. Ich will nur einmal ein paar Beispiele nennen:

Herr Lafontaine hat gefordert, dass sich die Zweckgesellschaften künftig in den Bilanzen widerspiegeln müssen.

Wir erstellen gerade auf der Grundlage einer EURichtlinie ein Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Das befindet sich im Augenblick im parlamentarischen Verfahren.

Das wird zu dem Ergebnis führen, dass sich die Zweckgesellschaften in den Bilanzen von Kapitalgesellschaften, auch von Banken, widerspiegeln müssen. Ich denke, damit ist dieser Punkt der Schularbeiten gemacht.

Wir haben darüber diskutiert, dass es offensichtlich falsche Wetterfrösche, auch Rating-Agenturen genannt, gibt, die die Entwicklung von Unternehmen, Banken und Finanzmarktprodukten vorhersagen sollen. In der Pipeline befindet sich jetzt eine europäische Richtlinie, die Regeln für Rating-Agenturen schafft, die die absolute Unabhängigkeit von den bewerteten Finanzmarktprodukten erzwingen wird, die eine Offenlegung der Methoden erzwingen wird und die sozusagen auch eine gewisse Marktvielfalt der Anbieter von Ratings sicherstellen soll. Auch in diesem Bereich wird, wie ich denke, einiges getan.

Wir haben über das Verbot gewisser Finanzmarktprodukte diskutiert, die bestimmte Kriterien nicht erfüllen. Das ist nicht ganz so einfach. Das ist vielleicht sogar die schwierigste Aufgabe; aber auch der stellen wir uns. Insofern glaube ich, dass neben der Bekämpfung der akuten Krise auf dem Finanzmarkt, damit nicht alles wegbricht, die Herstellung vernünftiger Rahmenbedingungen, denen natürlich gleichzeitig auch die Aufgabe zukommt, Zukunftsvorsorge zu treffen, wichtig ist, damit sich Krisen aufgrund von Finanzmarktversagen so schnell nicht wiederholen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/11650 und 16/10985 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

- Dazu stelle ich Einvernehmen fest. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke zum Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung. Interfraktionell ist vereinbart, über den Entschließungsantrag auf Wunsch der Fraktion Die Linke abweichend von der Geschäftsordnung sofort abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden? - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/11651? -

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist die Forderung von Helmut Schmidt!)

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

Damit ist der Entschließungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Zusatzpunkt 4 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE  
Konsequenzen aus der Existenz weiterer fauler Wertpapiere bei deutschen Banken im Umfang von Hunderten Milliarden Euro

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Uli Maurer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulrich Maurer (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, nachdem wir in den letzten Tagen in den deutschen Medien

immer neue aberwitzige Zahlen über den von der sogenannten deutschen Finanzindustrie aufgehäuften Giftmüll nachlesen durften.

(Zuruf von der CDU/CSU: „Sogenannten“!)

Wenn man dem Spiegel folgt, geht es um 300 Milliarden Schrottpapiere, wenn man den berühmten Börsenkreisen folgt, um 600 bis 800 Milliarden Schrottpapiere, wenn man der Süddeutschen Zeitung und dem Handelsblatt von gestern folgt, um 1000 Milliarden sogenannte Schrottpapiere. Die Einzigen, die informiert werden, sind offensichtlich die sogenannten informierten Kreise des Bundesfinanzministeriums, der Finanzaufsicht und der führungslos gewordenen Bankenrettungsanstalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Parlament wird nicht informiert. Ehrlich gesagt hätte ich es mir nicht träumen lassen, dass es das Schicksal eines deutschen Parlamentariers ist, sich bei Spiegel Online über die Pläne der Bundesregierung informieren zu müssen. Aber das ist der Zustand in diesem Haus.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der

CDU/CSU: Haben Sie Ihre Krawatte vergessen?)

Sie setzen hier Ihre Strategie der letzten Monate – die Finanzkrise dauert schon länger –, des letzten Jahres fort: tricksen, verschweigen, schönreden, nichts bekanntgeben.

– Meine Damen und Herren, nehmen Sie sich ein Beispiel an dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten, der seinem Volk wenigstens die Wahrheit über das sagt, was los ist, und versucht, angemessene Antworten zu formulieren.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der

CDU/CSU: Wo sie vorher schon dreimal das Konzept geändert haben!)

Noch mehr alarmiert sind wir wegen der Art und Weise, in der Sie offensichtlich mit dem Problem umzugehen gedenken. Das muss man einmal ins Deutsche übersetzen. Sie befinden sich offensichtlich in heftigen Diskussionen über die Gründung einer Bad Bank. Übersetzt heißt das: üble Bank.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagen wir mal: schlechte Bank!)

Mittlerweile haben Sie sich, wie wir den Gazetten entnehmen, dazu durchgerungen, eine üble Bank light zu gründen, eine leicht üble Bank oder eine üble Bank auf leichte Art.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Man muss schon einmal diskutieren, was Sie da vorhaben. Offenkundig beabsichtigen Sie, die gesamten Spekulationsverluste der deutschen Finanzindustrie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und dem Staatsvermögen überzuhelfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach dem, was ich heute im Handelsblatt lese – das ist dann die üble Bank leicht gemacht –, haben Sie vor, das so zu machen, dass – ich zitiere – alles übernommen wird, bei Fälligkeit dieser Papiere der Staat für die Spekulationsverluste einsteht, während Sie sich vorbehalten, dass der Staat im Laufe von 50 Jahren einen Teil – einen Teil! – der Gewinne dieser Banken zurückerhält. Ich hätte es mir nie träumen lassen, dass die Bürgerlichen

die bürgerliche Moral vollständig untergraben.  
(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])  
Aber ich teile selbstverständlich den schwäbischen Handwerksmeistern mit, was die soziale Marktwirtschaft ist. Die haben das jetzt zum ersten Mal verstanden. Soziale Marktwirtschaft nach Ihrem Credo sieht offensichtlich so aus: Wenn ein Handwerksmeister in Konkurs geht und mit seinem Privatvermögen haften muss, dann sagen Sie ihm „Pech gehabt!“ und wünschen eine gute Reise.  
Wenn aber ein Großspekulant in der deutschen Finanzindustrie über die Wupper geht, dann werden die Verluste aus dem Staatsvermögen finanziert und an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weitergegeben. Das ist nicht nur Verschleuderung von Staatsvermögen, sondern es untergräbt auch die Moral, die Sie selber immer den Menschen gepredigt haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])  
Dem deutschen Mittelstand machen Sie nicht so ein hochherziges Angebot.

Wozu Sie fähig sind, haben wir aus dem Beispiel der Commerzbank gelernt. Sie haben ein Institut, das noch ganze 3 Milliarden Euro wert ist, für sage und schreibe 18 Milliarden Euro vermutlich vorübergehend herausgekauft. Dabei haben Sie ganze 25 Prozent dieser 3 Milliarden Euro in Aktien bekommen. Das ist ein Wahnsinnsunternehmen. (Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

Warum haben Sie das gemacht? Die Commerzbank beteuert Tag und Nacht, sie sei nicht insolvent gewesen. Sie haben eine vorübergehende Stabilisierung der Kurse der Allianz bewirkt. Dieses Unternehmen hatte wahrscheinlich das größte Interesse daran. 18 Milliarden Euro für die Stabilisierung der Kurse der Allianz! Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN)  
Dieselben Leute sind knallhart, wenn es darum geht, die Armen in Deutschland arm zu lassen. Wenn es darum geht, die Besitzstände der Megareichen zu verteidigen, sind Sie mindestens so knallhart wie bei der Bestrafung der kleinen Leute, wie es vorhin jemand so schön gesagt hat. Es hat uns richtig gerührt, dass Sie plötzlich die kleinen Leute entdeckt haben.  
Sie schaffen ein großes makroökonomisches Problem, das sich wie folgt darstellt: Sie sind dabei, zugunsten der Finanzindustrie das Staatsvermögen zu veruntreuen – wie es Oskar Lafontaine formuliert hat –, zu einem Zeitpunkt, zu dem es darauf ankommen wird, die deutsche Realwirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren und zu retten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Ulrich Maurer (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende. – Während der amerikanische Präsident 825 Milliarden Dollar einsetzt, um seine Realwirtschaft zu retten, sind Sie stolz auf unsere 25 Milliarden Euro und verschleudern nebenbei das

Staatsvermögen an die Finanzindustrie. Das ist ein unannehmbarer Kurs.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maurer, wenn Sie in klassenkämpferischer Manier fordern, (Lachen bei der LINKEN)

dass Maßnahmen entwickelt werden, mit denen das Staatsvermögen geschont werden soll, dann sollten Sie das frühere Staatsvermögen der DDR an uns zurückgeben, mit dem dann all das, was wir zu finanzieren haben, ausgeglichen werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Vor allem Ulrich Maurer aus Baden-Württemberg! Das ist doch lachhaft!)

Die Thesen, die Sie vorgetragen haben, sind sehr widersprüchlich. Sie wissen offenbar genau, wie es beispielsweise bei der Commerzbank gelaufen sein soll.

Exakte Informationen haben wir in unseren Gremien noch nicht. Wir konnten uns bisher nur aus der Presse informieren. Deshalb ist es erstaunlich, dass Sie genau wissen, welche sogenannten toxischen Papiere jetzt zur Diskussion stehen. An dieser Stelle muss erst einmal differenziert werden, worüber wir sprechen, Kollege Maurer.

Sie haben sich auf Forderungen von CDU-Vertretern in der Presse bezogen. Eines ist klar: Mit uns kann es keine Einrichtung einer sogenannten Bad Bank geben, in die alle Risikopapiere eingebracht werden, die letzten Endes zulasten des Bundes und damit des Steuerzahlers beglichen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das geht mit uns nicht.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Weiß das auch Herr Oettinger?)

Insofern ist Ihren pauschalen Vorwürfen durchaus eine differenzierte Betrachtungsweise entgegenzuhalten. Das wird Ihnen wahrscheinlich schwerfallen, weil es nicht in Ihre klassenkämpferischen Parolen hineinpasst, wenn man sachgerecht und systemgerecht an das Thema herangehen will.

Was die systemischen Risiken anbelangt, muss eines klargestellt werden: Banken sind ab einer bestimmten Größenordnung systemisch. Wenn man keinen Rettungsschirm aufspannt, wird das Folgen für unsere gesamte Volkswirtschaft haben. Auch andere Bereiche können relevant sein. Deshalb haben wir im Rahmen der ersten Maßnahmen ein Kredithilfepaket für den Mittelstand beschlossen. Danach soll die KfW gerade den Unternehmen, die jetzt in Schwierigkeiten geraten, mit Maßnahmen helfen, sodass diese Unternehmen mithilfe ihrer Hausbank zu einer vernünftigen Kreditfinanzierung kommen. Hier werden im Grunde Risiken von der KfW

übernommen. Gerade das, was Sie kritisieren, haben wir mit unserem ersten Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Was ist nun mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz? Im Oktober letzten Jahres ist ein Maßnahmenpaket mit den drei Schwerpunkten Garantien, Rekapitalisierung und Übernahme sogenannter Risikopapiere beschlossen worden. Für uns ist klar, dass wir einzelnen Forderungen aus der Kreditwirtschaft nicht nachkommen wollen, wenn Reparatur- bzw. Ergänzungsbedarf besteht und wenn wir nicht bewerten können, inwieweit die bisherigen Maßnahmen gegriffen haben. Momentan läuft die Risikoübernahme. Das betrifft den Bereich der Garantien. Wir haben bisher drei Platzierungen gehabt. Darüber soll der Interbankenmarkt belebt werden. Nun muss die weitere Entwicklung abgewartet werden. Wir haben zudem Maßnahmen zur Rekapitalisierung ergriffen. Was die Übernahme sogenannter Risikopapiere anbelangt, war es immer politischer Wille, dass wir sehr defensiv agieren, weil es nicht sein kann, dass das alles nachher dem Steuerbürger aufgebürdet wird. Deshalb ist eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig, genauso wie die Diskussion über bestimmte Maßnahmen. Wir sind auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Die Linke, wenn Sie die Arbeit in den Gremien begleiten, dürften die gespenstischen Vorstellungen, die Sie entwickelt haben, nicht eintreten. Wir sind dabei, Vorschläge zu unterbreiten. Es muss sich um einen Weg handeln, der die Abwicklung der Maßnahmen, die dazu dienen, den Bankenbereich von Risikopapieren zu befreien, um neue Geschäfte zu ermöglichen, nahe der ursprünglichen Verantwortung belässt.

Diese Aktuelle Stunde geht zumindest von der Fragestellung her fehl; denn Sie, meine Damen und Herren von der Linken, könnten die Aufgaben in den entsprechenden Gremien wahrnehmen und erörtern.

(Zuruf von der LINKEN: Geheimhaltung!)

- Das hat mit geheim nichts zu tun. - Sie sollten hier keine Showveranstaltung machen und keinen Populismus betreiben, der darauf hinauslaufen soll, dass Sie sich in Ihrer Auffassung des Antagonismus der Klassen bestätigt sehen können.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Florian Toncar.

(Beifall bei der FDP)

Florian Toncar (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der heutigen Aktuellen Stunde erleben wir die Fortsetzung eines bislang wenig fruchtbaren Ideenfeuerwerks zur Einleitung des Jahres der Staatswirtschaft.

Herr Maurer, ich möchte zu Ihrer Rede nur eines sagen: Sie wettern gegen Spekulation. Sie sollten aber in den letzten Monaten gelernt haben, dass Spekulation gerade bei staatlichen Banken stattgefunden hat. Wenn es eine Lehre aus der aktuellen Krise gibt, dann ist es die, dass Verstaatlichungsfantasien im Bankenwesen offenkundig

besonders große Verluste verursachen. Sie sollten daher von diesen Ideen Abstand nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns zunächst einmal die Verfassung des deutschen Finanzsektors an. Der letzten Bankenstatistik der Bundesbank zufolge ist in den vergangenen Monaten bei Krediten an inländische Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ein moderater Anstieg zu verzeichnen. Vor allem Kredit- und Großbanken zeichnen sich durch eine aktivere Kreditvergabe aus. Die Sparkassen verharren etwa auf dem Niveau von 2007. Zwar haben die deutschen Banken laut Bundesbank mittlerweile Verschärfungen bei ihren Konditionen vorgenommen; doch diese bleiben in Deutschland insgesamt hinter den Vorgaben des Euroraumes zurück. Die Bundesbank schreibt wörtlich:

Eine angebotsseitige Kreditverknappung in der Breite des Bankensystems lässt sich ... für Deutschland aber derzeit nicht ableiten.

Die Regierung hat immer wieder die Bedeutung von Vertrauen herausgestellt. Bevor die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen mit ihrem Ideenfeuerwerk für eine noch umfangreichere Staatswirtschaft das verbliebene Vertrauensporzellan zerschlagen, sollten sie lieber vor der eigenen Türe kehren. Sowohl der Umfang als auch die Zahl der Anträge für die Förderprogramme der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau haben sich in den letzten neun Monaten halbiert. Dies hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP einräumen müssen. Offensichtlich sind es gerade die KfW-Förderprogramme, die nicht attraktiv genug sind. Auch das zeigt, dass der Staat nicht der bessere Banker ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auf das eingehen, was zurzeit in der Leitung des SoFFin passiert; denn wenn es so weitergeht, gefährdet auch das das Vertrauen. Zwei von drei leitenden Mitarbeitern kündigen vorzeitig, es wird dort zum Teil ohne Dienstverträge gearbeitet, und Mitarbeiter des Leitungsausschusses liefern sich mit der Bundesregierung öffentlich ausgetragene Debatten über die angeblich notwendigen Korrekturen am Rettungspaket.

(Otto Fricke [FDP]: Und wo ist Steinbrück?)

Das alles ist in der Form nicht mehr hinnehmbar. Gerade jetzt, da eine Bank nach der anderen die Zahlen für das vierte Quartal veröffentlicht, brauchen wir dort handlungsfähige Strukturen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich denke, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem die Mitglieder der Bundesregierung, vor allem die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister, in der persönlichen Verantwortung sind, dafür zu sorgen, dass dort die personelle Lage wieder so ist, wie wir sie uns wünschen und vorstellen;

(Beifall bei der FDP)

denn es handelt sich nicht um administrativen Kleinkram, den man mal eben delegieren kann, sondern es handelt sich bei der Handlungsfähigkeit dieser Institution um eine für unsere Volkswirtschaft ganz entscheidende Frage, bei der Sie die Dinge derzeit treiben lassen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, vor 80 Jahren hat der Ökonom Ludwig von Mises in seiner Kritik des Interventionismus das sogenannte Ölflecktheorem begründet. Dieses besagt, dass ein staatlicher Eingriff an einer Stelle mehr oder weniger unausweichlich weitere Folgeeingriffe und letztlich eine Interventionsspirale nach sich zieht.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!

Das darf nur vorübergehend sein!)

Genau in diese Richtung gehen die zum Teil wenig konstruktiven und zusammengewürfelten Vorschläge aus den Reihen der Bundesregierung und auch der Koalitionsfraktionen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

- Auch aus Ihrer Fraktion, Herr Dautzenberg. - Insbesondere was die Vorschläge zur personellen, inhaltlichen und finanziellen Erweiterung des Fonds und dessen Garantierahmen angeht, aber auch was die zeitliche Verlängerung des Gesetzes insgesamt betrifft, erodiert das Vertrauen, das der SoFFin im Finanzsektor und bei Investoren eigentlich begründen soll.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer hat das denn gefordert?)

Ich denke, etwas mehr Zurückhaltung bei solchen Vorschlägen würde schon vieles besser machen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich können wir am Rettungspaket Dinge verbessern.

Wenn die Bundesregierung einen Weg aufzeigt, wie wir Bankbilanzen schneller bereinigen können, ohne dass für den Steuerzahler neue und unzumutbare Lasten entstehen, dann werden wir darüber reden. Aber Aktionismus und wilde Spekulation schaden an dieser Stelle nur.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten die drastischen Zinssenkungen, die auf europäischer Ebene und auch in Übersee vorgenommen worden sind, wirken lassen. Die spürbare Verbilligung von Geld, die erst in einigen Monaten voll zum Tragen kommen wird, wird dazu führen, dass sich Banken leichter refinanzieren können und dass das Kreditangebot größer wird. Dieses Vertrauen in die Wirkung der Maßnahmen der Zentralbank sollten wir haben. Wir sollten es nicht durch kurzfristige Vorschläge aufs Spiel setzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht der Eindruck erweckt wird, je größer ein Kreditinstitut ist, desto größere Anstrengungen unternimmt die Politik, um für dessen Fehler einzustehen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Genau so ist es aber! Das ist die Realität!)

Deswegen muss eine Konsolidierung des Marktes an dieser Stelle stattfinden.

(Beifall bei der FDP)

Bertolt Brecht schrieb einmal: Wer auf großem Fuß lebt, dem bezahlen sie noch den größten Schuh. - Dies ist nicht die Linie der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Lachen des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Ulrich Krüger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz haben wir in unser aller Interesse, im Interesse der Kreditwirtschaft ebenso wie dem der Verbraucher, einen gigantischen Rettungsschirm für die Banken geschaffen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: „Gigantisch“ ist das richtige Wort!)

Es wurde ein Fonds gegründet, der Garantien für die Refinanzierung der Finanzinstitute in einer Höhe von bis zu 400 Milliarden Euro übernimmt und zur Stärkung des Eigenkapitals Rekapitalisierungsmaßnahmen von bis zu 80 Milliarden Euro zum Gegenstand hat. Dieser Fonds ermöglicht auch heute schon den Ankauf risikobehafteter Wertpapiere, sofern sie vor dem 13. Oktober letzten Jahres angeschafft wurden. Wir haben damit ein grundsätzlich wirksames Instrumentarium geschaffen, um das Vertrauen in die Finanzmärkte zurückzugewinnen und den Handel zu beleben.

Die aktuellen Zahlen zeigen allen Unkenrufen zum Trotz, dass dieser Rettungsschirm angenommen wird. Garantien in einer Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro und Rekapitalisierungen in einer Höhe von knapp 20 Milliarden Euro – addiert man alles – sprechen eine deutliche Sprache. Ich sage an dieser Stelle auch: Es könnte noch mehr sein, wenn die Banken verantwortungsbewusster ihre Chance nutzen und sich dem SoFFin zuwenden würden.

Unabhängig von allen spekulativen in der Tagespresse geführten Diskussionen – man kann natürlich alles Mögliche andenken; man kann zurück in die 90er-Jahre nach Schweden schauen, man kann nach England blicken

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber mit anderen Konsequenzen!)

oder dritte, vierte und fünfte Lösungen erwägen – dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren – das ist auch Sinn und Zweck der heutigen Aktuellen Stunde -: Der Steuerzahler darf nicht der Leidtragende sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vor diesem Hintergrund ist eines klar: Die Suppe, die sich die Banken durch ihre verantwortungslosen Finanzzockereien eingebrockt haben, müssen sie selber auslöffeln, und zwar aktiv und intensiv. Anders gesagt: Wer den Staat nach eigenem Versagen als Müllschlucker in Anspruch nehmen will, darf nicht auch noch Müllgebühren verlangen; nein, er muss sie zahlen. Wie auf jeder anständigen Müllhalde muss derjenige, der den Müll produziert hat, ihn entsorgen, und zwar von A bis Z.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allen Forderungen nach Gründung einer sogenannten Bad Bank bzw. schlechten Bank, bei der die faulen Kredite der Privatbanken auf Kosten der Steuerzahler abgeladen werden können, erteilen wir eine klare und deutliche

Absage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit uns wird es eine solche Lösung nicht geben. Egal, welche Summe dem deutschen Steuerzahler zugemutet werden soll, ob es, wie in der Tagespresse spekuliert wurde, um 200 oder 300 Milliarden Euro geht, eines ist klar: Es handelt sich um ein Fass ohne Boden, welches niemandem zuzumuten ist. Ich empfinde es als Zumutung, dem Steuerzahler nun zu sagen, er solle das Risiko der Banken übernehmen, die sich selbst ins Aus geschossen haben.

Unser Ziel ist es - dabei bleibe ich -, alle betroffenen Institute unter den Rettungsschirm zu bekommen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das hätte man doch ins Gesetz schreiben können!)

Sie sollen die Möglichkeiten - Kollege Dautzenberg hat es ausgeführt - der Garantie, der Rekapitalisierung und der Risikoübernahme ausschöpfen und nicht schon im Vorfeld, bevor sie die Reize des SoFFin entdeckt und ausprobiert haben, nach neuen, zusätzlichen Finanzierungsmethoden schreien. Der Staat muss den schlechten Finanzjongleuren klarmachen, dass er lediglich eine unterstützende Funktion hat. Die Banken dürfen nicht darauf hoffen, ihre nutzlosen Wertpapiere einfach so auf die Steuerzahler und den Staat abwälzen zu können. Im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise - ich komme zum Titel der Aktuellen Stunde zurück - müssen wir noch viele Diskussionen führen; aber eines sollte uns klar sein: Die Banken sind nicht die Opfer der Finanzmarktkrise, sondern auf der Mitverursacherseite zu suchen. Dementsprechend müssen sie zuallererst selbst Konsequenzen ziehen und die Fehler bei sich suchen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Gerhard Schick für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die aktuelle Situation eignet sich nicht für eine Diskussion darüber, ob der Staat ein guter oder ein schlechter Banker ist, ob man jetzt das Jahr der Staatswirtschaft ausrufen oder von Verstaatlichung träumen sollte. Die Frage, um die es geht, ist doch eine ganz andere.

(Frank Schäffler [FDP]: Wir sollten über die Ursachen reden!)

Der Staat ist gezwungen, in der Krise die Verantwortung zu übernehmen, weil es nicht anders geht. Jetzt müssen wir - das ist die politische Verantwortung dieses Hauses - dafür sorgen, dass das so geschieht, dass die Bürgerinnen und Bürger so wenig wie möglich belastet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Herr Dautzenberg, wenn das so ist, dann sprechen die Fakten - das muss ich leider sagen - gegen das Handeln dieser Bundesregierung. Sie haben es zwar clever versteckt: Am 23. Dezember, als alle Leute ihre Weihnachtseinkäufe gemacht haben, sind die neuen Zahlen und Informationen

präsentiert worden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Welche?)

Aber das Faktum, dass die Europäische Kommission bei den Konditionen der Bundesregierung zur Rettung einer Bank nachschrauben musste - sie hat gesagt, die Konditionen für die Banken seien zu günstig - und damit uns Deutsche vor der Großzügigkeit der Bundesregierung geschützt hat, muss man sich schon noch einmal genauer anschauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das spricht eindeutig gegen das Handeln dieser Bundesregierung. Da helfen die schönen Sprüche von Müllgebühren überhaupt nicht. Sie haben hier eine schlechte Politik der Sanierung gemacht.

Das erkennt man auch, wenn man sich die aktuellen Zustände anschaut. Im Oktober war von einem Plan B die Rede. Nachdem die Einzelaktionen - Hypo Real Estate, IKB - nicht fruchteten, gab es den Plan B; „B“ wie „Bankenrettung“. Inzwischen sind wir bei einem Plan C; „C“ wie „Chaos“. Man muss sich einmal klarmachen: In kurzer Zeit haben zwei von drei Mitgliedern des Leitungsausschusses beim Finanzmarktstabilisierungsfonds die Arbeit niedergelegt. Ein Mitglied des Leitungsausschusses ist von der Bundesregierung woandershin versetzt worden. Was ist das anderes als Chaos? Das Ziel, den Interbankenmarkt zu stabilisieren, ist nach Monaten nicht erreicht. Statt einem Eingeständnis und einer wirklichen Korrektur erleben wir schleichend eine Strategieveränderung, was das Handeln der Bundesregierung angeht. Ich möchte auch die Länderebene berücksichtigen. Die Ministerpräsidenten, insbesondere die der Union, meinen immer noch, man müsse jetzt kurzfristige Standortpolitik in den einzelnen Regionen machen, statt sinnvoll an einer Bankenrettung mitzuarbeiten. Was da passiert, ist wirklich unverantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dreierlei:

Das Erste ist eine klare Aufklärung darüber, wie es zu den einzelnen Problemen kommt. Ich wiederhole, was ich schon im Mai gesagt habe: Warum kann die Schweizer Bankenaufsicht bei der UBS für eine klare Aufklärung sorgen, und warum rettet die Bundesregierung eine Bank nach der anderen, ohne wirklich um Aufklärung zu bitten und die Fakten ans Licht zu bringen? Ich finde, das ist dringend notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Es braucht klare Strukturen der Verantwortlichkeit. Es muss geklärt werden, ob die Hauptverantwortung für die Bankenrettung im Bundesministerium der Finanzen und in den einzelnen Landesregierungen liegt, die da reinfunkeln, oder ob wirklich der Leitungsausschuss beim SoFFin mit der Rettung nach klaren Vorgaben beauftragt ist. Das müssen Sie klären. Wir brauchen dazu eine klare und effektive parlamentarische Kontrolle. Bei diesem Geheimgremium ist das leider nicht möglich. Auch da muss man dringend noch nachsteuern. Ohne eine gute parlamentarische Kontrolle wird es nicht gehen, wenn wir über solche Summen reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Dritte ist eine klare Strategie. Dabei geht es um die Frage: Wie reagiert man auf das Scheitern der bisherigen Vorgehensweise? Wir können misstrauisch sein, wenn die Einrichtung einer Bad Bank jetzt vehement bestritten wird. Wir haben im bisherigen Verlauf der Krise eines gelernt: Immer dann, wenn der Bundesfinanzminister hier besonders selbstbewusst sagt, etwas werde nicht kommen, wird es auf jeden Fall kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Er hat gesagt: Das ist ein US-amerikanisches Problem. - Natürlich ist es auch ein deutsches Problem geworden. Er hat gesagt: Es wird keine Rezession in diesem Ausmaß geben. - Natürlich sind wir mitten in einer solchen Rezession. Er hat gesagt: Es wird keine Steuersenkungen geben. - Natürlich gibt es Steuersenkungen. Jetzt sagt er: Es wird keine Bad Bank geben. - Das macht mir große Sorge.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir sind eindeutig gegen eine zentrale Sammelstelle, in die alle Probleme gleichzeitig hineingestopft werden. Wenn man sich die Probleme schon mit dem jetzigen Volumen anschaut, wird klar: Eine solche riesige Bad Bank ist sehr gefährlich und wird administrativ und bei der Bewertung der Wertpapiere zu großen Schwierigkeiten führen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass „Bad Bank“ nicht heißen muss, dass man alles in einem Riesentopf macht. Es gibt da sehr unterschiedliche Strukturen mit einer Verlagerung von Verantwortlichkeiten und Verlustrisiken. Deswegen bin ich dafür, dass wir sachlich darüber diskutieren, und zwar auch in diesem Hause.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Von Verantwortlichkeiten wollten wir an sich nicht reden!)

- Doch, wir müssen auch über die Verantwortlichkeiten reden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Über das Durchführen!)

Bei dem Chaos zwischen Bundesregierung und SoFFin ist genau das zu klären. Ich würde mir wünschen, dass es dazu in den nächsten Sitzungswochen konstruktive Vorschläge gibt. In dem Zusammenhang würde mich auch ein Vorschlag der FDP interessieren; denn es geht nicht an, dass man in dieser Situation nur kritisiert. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion spricht nun der Kollege Jochen-Konrad Fromme.

(Beifall des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Finanzkrise ist ein sehr ernstes Problem, und wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen sehr ernst.

Aber die Urheber dieser Aktuellen Stunde führen offensichtlich etwas ganz anderes im Schilde. Sie wollen unser marktwirtschaftliches System verunglimpfen, weil sie für eine andere Gesellschaftsordnung sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Roland Claus [DIE LINKE]: Das schafft ihr ganz alleine!)

Dazu kann ich nur sagen: Es geht nicht um ein Versagen der Marktwirtschaft. Das System, das Sie so verunglimpfen, war immerhin so stark, dass es den Wiederaufbau von fünf Ländern finanzieren konnte, die Sie bzw. Ihre Vorgänger verhunzt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Lachen bei der LINKEN)

Herr Kollege Maurer, Sie haben sich hier beschwert, dass Sie nicht informiert seien. Ich rate Ihnen, sich einmal mit Ihren Kollegen aus dem Haushaltsausschuss, aus dem Finanzmarktgremium und aus dem Kreditgremium zu unterhalten; denn in den entsprechenden Vorlagen war exakt eine Information zur Commerzbank, die Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Doch, die hat er zur Kenntnis genommen, was er an sich nicht durfte!)

Herr Kollege Schick, Sie haben gesagt, die EU habe unsere Konditionen nach oben korrigiert, weil wir zu großzügig gewesen seien. Ohne Betriebsgeheimnisse zu verraten, könnte ich sagen, dass vielleicht genau das Gegenteil der Fall gewesen ist. Deswegen sollten auch Sie sich einmal richtig informieren.

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch in unserer Marktwirtschaft nicht alles so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben. In jedem System gibt es natürlich Dinge, die aus dem Ruder laufen und fehlerhaft sind. Das war unter anderem die Ursache für die Finanzmarktkrise. Deswegen müssen wir genau da gezielt, aber auch systemgerecht ansetzen.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Das wollen wir machen!)

Der Vorwurf, wir machten eine Politik der ruhigen Hand, der manchmal erhoben wird, geht am Kern vorbei. Vielmehr ist jetzt eine Politik des kühlen Kopfes nötig. Wir haben ein Konzept entwickelt, das aus zwei Schritten besteht, während andere Länder

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dauernd gewechselt haben! Bei den USA angefangen!)

in Hektik jeden Tag nachbessern oder etwas Neues machen müssen, weil sie nicht genug nachgedacht haben.

Deswegen sage ich: Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Natürlich haben in der Vergangenheit manche Bürokratieabbau mit Regellosigkeit verwechselt.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Wir erinnern an die Leipziger Beschlüsse!)

Das ist natürlich nicht in Ordnung; denn auch eine soziale Marktwirtschaft braucht Spielregeln.

Kollege Maurer, Sie sagten, wir täten nichts für die Realwirtschaft, sondern nur etwas für die Finanzwirtschaft.

Dazu will ich Ihnen zwei Dinge sagen: Erstens haben Sie offensichtlich das zweite Maßnahmenpaket nicht gelesen.

(Lachen des Abg. Ulrich Maurer [DIE LINKEN] - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Noch nicht einmal das erste!)

Zweitens scheint Ihnen der Unterschied zwischen der Funktion von Banken und Produktionsbetrieben überhaupt

nicht klar zu sein. Kapital ist wie das Öl im Getriebe. Es ist nötig, damit eine Wirtschaft überhaupt erst laufen kann. Ich will Ihnen das einmal am Beispiel eines Dachdeckers deutlich machen.

Damit ein Dachdeckermeister den Auftrag, ein Dach zu decken, ausführen kann, muss er Material einkaufen und Löhne bezahlen. Wenn die Arbeit abgeschlossen ist, schreibt er eine Rechnung und bekommt das Geld.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Im Regelfall!)

Wenn er das nötige Eigenkapital nicht hat, muss er zur Bank gehen, um Material und Löhne vorzufinanzieren. Das alles ist nötig, damit Arbeitsplätze überhaupt erst entstehen können. Dem Geldwesen kommt hierbei also eine zentrale Funktion zu. Es hat sozusagen eine vorgelagerte Funktion. Es gibt dabei aber eigentlich keine deutliche Trennung.

Wir haben doch den Schutzschirm nicht gemacht, um die Banken zu schützen,

(Roland Claus [DIE LINKE]: Sondern den Dachdecker?)

also sozusagen um das Kapital zu stützen, sondern wir haben ihn gemacht, um die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu sichern. Damit helfen wir genau dem Dachdecker

(Lachen bei der LINKEN)

und vor allen Dingen dem Gesellen des Dachdeckers - nur so hat er nämlich Arbeit - und all diejenigen, die um ihr Sparguthaben fürchten müssten, wenn das Bankensystem einkrachte. Dafür haben wir das gemacht.

Genau das sind die Ziele dieses Gesetzes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Weil Sie von der Linken es nicht begreifen wollen, werden Sie es auch nicht begreifen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Dann erklären Sie doch einmal, wie die Allianz zur Dachdeckerfirma geworden ist! Das finde ich spannend!)

Auch Sie haben doch alles falsch gemacht.

Meine Damen und Herren, natürlich ist bei der Verbriefung von Forderungen das Regelsystem, das für Banken bestand, aus dem Ruder gelaufen. Banken sind ja theoretisch in der Lage, Geld zu schöpfen, sofern es um Buchgeld geht. Deswegen ist hier eine Eigenkapitalunterlegung zwingend erforderlich, damit nicht eine 25 000-Euro-GmbH Geschäfte in Milliardenhöhe machen kann. Die Gründung von Zweckgesellschaften hat nun dazu geführt, dass genau dieses System unterlaufen wurde.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Das gilt doch heute noch, Herr Kollege!)

Deswegen müssen wir hier mit unseren Korrekturen ansetzen.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Wann denn?)

In der Zwischenzeit müssen wir das System aber erst einmal stabilisieren, damit es nicht einkracht und die Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Genau das ist unser

Ziel. Wir wollen Arbeitsplätze schützen, und wir wollen die Sparguthaben der Menschen schützen. Das ist uns gelungen. Die Menschen in Deutschland sind nicht in Panik verfallen. Die Wirtschaft funktioniert weiterhin. Dass man alles besser und schöner machen kann, ist

gar keine Frage. Von daher sind wir natürlich lernfähig. Man kann nicht alles vorhersehen. Deswegen werden wir möglicherweise auch nachsteuern müssen. Warten Sie aber bitte erst einmal ab, ob das, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, auch wirklich greift und funktioniert. Dann können Sie gerne mit Ihrer Kritik kommen und anhand der einzelnen Funktionen sagen: Dieses oder jenes hätten wir anders gemacht; diese Alternative wäre besser gewesen. - Sie aber meckern und verunglimpfen nur. Da können wir Ihnen nicht folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bankenschirm ist eine teure Fehlkonstruktion. Der gestern angekündigte Rücktritt des SoFFin-Chefs war nur ein Symptom dafür.

Während Herr Dautzenberg uns auffordert, Ruhe zu bewahren,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe Sie gebeten, von den Fakten auszugehen, Frau Kollegin!)

lesen wir heute, dass die Bundesregierung bis Mitte Februar 2009 einen zweiten Bankenrettungsplan vorlegen will. Das ist blinder Aktionismus.

(Beifall bei der LINKEN)

Was passiert in der Realität? Die Bankenvorstände tanzen der Kanzlerin und dem Finanzminister weiter auf der Nase herum. Jeden Tag tauchen neue faule Kredite auf. Jeden Tag werden die Steuerzahler mit neuen Hiobsbotschaften geschockt.

Was passiert dann? Die Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Geld für Ackermann & Co. auf den Tisch legen, um den Banken aus der Patsche zu helfen. Das ist eine unglaubliche Zumutung für alle Menschen, die ihr Geld mit ehrlicher Arbeit verdienen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Gerhard Schick

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen

holzschnittartig! - Ute Kumpf [SPD]: Sehr

einfach! - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dagegen

war Marx doch anspruchsvoll!)

Meine Damen und Herren, niemand weiß, wie viele Zeitbomben noch in den Tresoren deutscher Banken ticken.

Niemand weiß, wann diese Zeitbomben in die Luft gehen. Wir als Bundestag müssen endlich Beschlüsse

fassen, damit das Katz-und-Maus-Spiel der Bankenmanager beendet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Kuschelpädagogik der Kanzlerin und des Finanzministers mit den Bankenvorständen muss jetzt

Schluss sein.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aha!)

Das Umfrageinstitut Emnid hat im Januar dieses Jahres Folgendes herausgefunden: 76 Prozent der in einer repräsentativen Umfrage Befragten sind der Auffassung, dass Gesetze verabschiedet werden sollten, die den Banken

Spekulationen wie in den letzten Jahren verbieten. Genau diese Gesetze hat weder die SPD noch die CDU noch die Bundesregierung bisher in den Bundestag eingebracht. Das ist nicht hinnehmbar. So etwas ist grob fahrlässig.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie sprechen viel über Vertrauen. Schauen Sie sich die Umfrageergebnisse an! 65 Prozent der Befragten sagen, die Absicherung notleidender Banken werde dazu führen, dass die Gewinne bei den Banken bleiben und die Steuerzahler die Verluste tragen müssen. So haben sie das nämlich oft genug erfahren. In dieser Art und Weise darf nicht weiter gehandelt werden.

Das Schlimmste ist, dass die Regierung keinen Plan hat, wie die Steuergelder der Bürger, die jetzt den Banken zugutekommen, wieder zurückfließen sollen. Das ist ebenfalls nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Warten Sie einmal ab!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein letztes Beispiel aus dieser Umfrage nennen. 71 Prozent der Befragten fordern, dass bei staatlichen Bankenbeteiligungen auch die Mitbestimmung des Staates bei wichtigen Entscheidungen garantiert sein muss. Das ist etwas anderes als Staatswirtschaft - dies einmal an die Adresse der FDP.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Das verstehen die aber nicht!)

Die Regierung nimmt die Mitbestimmung aber nicht wahr. Sie steckt Milliarden in die Commerzbank, hält sich aber vornehm aus der Geschäftspolitik der Bank heraus.

Diese Umfrageergebnisse zeigen deutlich, dass die Regierung eben nicht die Interessen der Mehrheit der Bürger in unserem Land vertritt, sondern immer mehr als Lobbyistin der Banken in Erscheinung tritt. Das ist nicht die Aufgabe einer Bundesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mehrheit der Menschen will endlich ein Ende dieser Kuschelpädagogik. Sie wollen klare, strenge Regeln im Umgang mit den Banken. Die Banken müssen jetzt an die Kandare genommen werden. Um überhaupt sinnvolle Rettungspläne entwickeln zu können, deren Haltbarkeit die eines Fruchtzweige-Joghurts übersteigen, müssen wir wissen, welche faulen Kredite noch in den Banken liegen.

Die Karten müssen endlich auf den Tisch gelegt werden. Wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und damit die deutsche Öffentlichkeit haben ein Recht, zu erfahren, welche faulen Kredite noch in den Banktresoren liegen.

(Florian Toncar [FDP]: Das weiß keiner!)

Darum fordern wir die Bundesregierung auf, den Bundestag endlich ausführlich über die Gesamtheit dieser faulen Kredite zu informieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, heute Morgen hat unsere Fraktion die Vorschläge des Altkanzlers Helmut Schmidt zur Regulierung der Finanzmärkte in den Deutschen



Bundestag eingebracht. Fatalerweise hat auch die SPD gegen die Vorschläge ihres eigenen Parteifreundes gestimmt. (Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was hat er denn gesagt?)

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Die Bundesregierung darf nicht weiter blind den Bankenlobbyisten hinterhertraben. Haben Sie Mut! Greifen Sie, wenn schon nicht unsere Vorschläge, dann die Vorschläge von Helmut Schmidt auf! Jeder Tag, an dem Sie sich von den Bankenvorständen weiter auf der Nase herumtanzen lassen, ist ein sehr teurer Tag für die Bürgerinnen und Bürger. Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Bürgerinnen und Bürger, die in unserem Land die Werte erarbeiten und mit ihrer Hände Arbeit das Geld verdienen, diese Zeche bezahlen müssen. Das muss ein Ende haben. (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ortwin Runde für die SPDFraktion. Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Löttsch, Sie machen es sich ein bisschen zu leicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ludwig

Stiegler [SPD]: Schwäbische Hausfrau!)

Wenn man davon ausgeht, dass der Schlüssel zur Bewältigung der riesigen Krisen, vor denen wir stehen, in absehbarer Zukunft die Lösung der Finanzmarktkrise ist - wir haben darüber heute Morgen im Rahmen einer anderen Debatte gesprochen -, dann wird die Größenordnung der Aufgabe deutlicher. Jeder, der sich ansieht, was gegenwärtig auf den Finanzmärkten los ist, der weiß, wie schwierig diese Krise zu lösen sein wird. Wer sagt, es sei eine Frage einer anderen Pädagogik gegenüber einigen deutschen Bankern, der übersieht die Schwierigkeiten, in denen die Banken in den Vereinigten Staaten, (Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wie oft wurde das Konzept geändert!)

die Banken in Großbritannien sowie die Schweizer Banken und Banken anderer Länder stecken. Machen all diese Länder eine Kuschelpädagogik? Ihr Ansatz, Frau Löttsch, ist nicht zielführend, und Ihre Analyse ist nicht hinreichend tiefgehend. Sie versuchen eher, ein kleines Süppchen zu kochen.

In diesen Tagen, in denen wir all diese Negativbotschaften aus dem Bankenbereich und aus dem Finanzsektor erhalten, wird deutlich, wie wichtig es war, dass die Kanzlerin und der Finanzminister eine Garantieerklärung gegenüber der Bevölkerung, was die Geldeinlagen angeht, abgegeben haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir werden diese Probleme nur lösen können, wenn die Bevölkerung unseren Maßnahmen zustimmt. Dass ein Einsatz von 400 Milliarden Euro plus 80 Milliarden Euro, also ein Paket von insgesamt fast 500 Milliarden Euro, gegenüber der Bevölkerung erklärungsbedürftig ist, ist richtig. Unsere Aufgabe sollte aber sein, dieses Paket zu erklären. Es kommt darauf an, deutlich zu machen, wie wichtig es ist, das Finanzmarktsystem wieder funktionsfähig zu machen. Zu überprüfen, mit welchen Instrumenten wir dies erreichen können, ist die Aufgabe

des Parlaments und Ziel der parlamentarischen Debatten.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Keiner kann sagen, wie die Entwicklung in der nächsten Zeit abläuft, Herr Toncar. Nach dem Bericht der Bundesbank funktioniert die Kreditvergabe weitgehend - bis auf die Großkredite mit einem Volumen von über 50 Millionen Euro. Das ist der gegenwärtige Stand. Wie sich das aber in der nächsten Zeit entwickeln wird, ist eine ganz andere Frage.

Mich stimmt natürlich nachdenklich - ich habe da große Bedenken -, dass die Leitzinssenkung nicht bei den Unternehmen ankommt. Ich meine damit nicht nur die Konditionen, sondern die Kreditvergabe überhaupt. Es stimmt mich nachdenklich, dass unser geldpolitisches Instrumentarium, mit einer Leitzinssenkung der Zentralbanken Konjunkturpolitik machen zu können, droht, zerstört zu werden. In Amerika, wo es einen Leitzinssatz von 0 Prozent gibt, kann die Fed die Prozesse nicht mehr steuern. Es kommt jetzt darauf an, zu schauen, wie man das Bankensystem wieder so funktionsfähig machen kann, dass es Vertrauen im Interbankengeschäft gibt und dass die Kreditgeberfunktion der Banken wieder funktioniert. Wir werden natürlich darüber diskutieren müssen, ob das Instrumentarium, das wir entwickelt haben, flexibel genug ist. Bisher ist es mir nicht möglich, darüber zu urteilen. Es ist nicht leicht, zu bewerten, ob durch die Vergabe von 18 Milliarden Euro - das Paket hat ein Volumen von insgesamt 80 Milliarden Euro - die angestrebte Wirkung hinsichtlich der Rekapitalisierung und der Eigenkapitalverstärkung der Banken erzielt wird, ob das das richtige Instrument ist. Das Gleiche gilt für die Garantien. Hier werden 107 Milliarden Euro von insgesamt 400 Milliarden Euro, die als Garantierahmen vorgesehen sind, aufgewendet.

Natürlich werden wir schauen, welche Erfahrungen man in anderen Ländern mit bestimmten Instrumentarien sammelt. Wir haben festgestellt, dass ein Ankauf von faulen Krediten in den USA bisher nicht stattgefunden hat, obwohl das dort ursprünglich als eine Hauptstrategie bezeichnet wurde. Das muss einen ein Stück weit nachdenklich stimmen, wenn es um das Stichwort „Bad Bank“ geht. Herr Schick, natürlich haben Sie völlig recht, wenn Sie sagen, dass es auch kleine Bad Banks gibt, in die einzelne Unternehmen ihre faulen Kredite auslagern, wobei sie die Verantwortung behalten.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Genauso ist es!)

Gegen eine große Bad Bank, die bedeuten würde, dass der Steuerzahler alle Risiken übernimmt, sind wir auf jeden Fall. Das wäre keine Lösung, sondern würde uns tiefer in die Krise hineinführen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Da sind wir uns ja einig! - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr gut beschrieben!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Albert Rupprecht das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Durch die schnelle Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes am 17. Oktober haben wir in der Tat Schaden vom deutschen Volke abgewandt.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Löttsch, dazu haben alle Fraktionen, auch die Linke, beigetragen. Durch den Bankenrettungsschirm haben wir verhindert, dass das Zahlungswesen in sich zusammengebrochen ist. Durch den SoFFin haben wir seit Dezember zudem erreicht, dass systemrelevante Banken wesentlich stabilisiert wurden.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
Zum Beispiel die Hypo Real Estate!)

Natürlich sind die Dauerfragen seither: Wann haben wir das Tal der Tränen durchschritten? Und: Reichen die Instrumente des Rettungsschirms aus? Anlass der heutigen Aktuellen Stunde sind Pressemeldungen über toxische Wertpapiere mit einem Volumen von 300 Milliarden Euro in den großen Banken. Diese Zahl ist dramatisch und zeigt, dass wir das Tal der Tränen noch nicht durchschritten haben. Nicht wenige Fachleute erwarten, dass es erst im zweiten Halbjahr 2009 zur Bodenbildung kommt.

Wichtig ist dennoch, dass wir die Zahlen richtig verstehen und richtig interpretieren. Die Linken zeichnen hier ein Bild, das falsch ist. Ihr Bild ist: Zocker in Banken verheimlichen seit Monaten die Wahrheit und wollen den Steuerzahlern wertlose Schrottprodukte unterjubeln. Dieses Bild ist falsch, und deshalb sind auch die Schlussfolgerungen der Linken falsch. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Krise führt neuerdings auch bei Produkten, die vor sechs Monaten noch absolut werthaltig waren, zu Abschreibungsbedarf. So gibt es neuerdings auch Wertberichtigungsbedarf bei europäischen Staatsanleihen, obwohl dies im Kern grundsolide Produkte sind. Es ist nicht so, dass der Verlust dauerhaft sein muss. Im Gegenteil: Man kann heute davon ausgehen, dass der Wert bei einem erheblichen Teil der Produkte am Ende der Laufzeit bei 100 Prozent liegen wird. - So viel zu den aktuellen Zahlen und deren Bewertung. Die Frage ist nun, ob der 480-Milliarden-Euro-Rettungsschirm richtig aufgestellt ist, um die nächsten Monate zu meistern. Ich glaube, dass der Dreiklang aus Garantien, Kapital und Herausnehmen toxischer Produkte sehr vernünftig und richtig ist. Die ausgereichten Garantien von 107 Milliarden Euro wirken sehr stabilisierend, und auch die Möglichkeit, Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, stabilisiert.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der Interbankenhandel ist immer noch nicht stabil!)

Beim dritten Element werden Änderungen diskutiert. Die Möglichkeit, toxische Produkte herauszunehmen, ist im Gesetz angelegt, funktioniert in der Praxis bis dato aber nicht. Die Dreijahresfrist ist zu kurz. Die Wirtschaftsprüfer sagen: Wegen der kurzen Zeit müssen die Produkte in der Bilanz bleiben und belasten somit weiter das Eigenkapital. Deswegen müssen wir das Gesetz technisch nachbessern.

(Zuruf von der LINKEN: Raus mit der Wahrheit!)  
Im Übrigen ist das nichts anderes als eine Art Bad Bank. Wertberechtigte Produkte werden aus der Bank herausgenommen und einer Auffanglösung zugeführt, damit die Bank stabilisiert wird. Das haben wir als Gesetzgeber so vorgesehen. Eine derartige Auffangbank, Besserungsbank oder wie auch immer Sie es nennen wollen,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Aha! Weg von diesem Begriff!)

gibt es bei den Landesbanken seit Monaten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Um es klarzustellen: Es wird mit uns keine Lösung geben, bei der der Schrott aus den Banken ausgelagert wird, die Steuerzahler letztendlich die Zeche zahlen und die Banken sich aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz im Gegenteil: Bei jeder Lösung, für die wir uns entscheiden, sollen die Alteigentümer am Ende für die verbleibenden Defizite haften.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden in den nächsten Wochen über weitere Punkte nachdenken, beispielsweise über die Frage: Wie schaffen wir es, den Interbankenmarkt zu reaktivieren? Ist dies untergesetzlich möglich? Wird sich das Problem von alleine lösen, oder braucht es gesetzliche Maßnahmen? Darüber werden wir diskutieren. Am heutigen Tag ist, glaube ich, noch niemand imstande, hierzu abschließend Position zu beziehen. Die Bundesländer drängen auf Verbesserungen zur Stabilisierung ihrer Landesbanken und auf eine Behandlung, die der von Privatbanken und anderen Instituten entspricht.

Der SoFFin war in den vergangenen Wochen ein Segen für unser Land. Dennoch lernen wir täglich hinzu. Lassen Sie mich zum Abschluss meinen höchsten Respekt vor der Leistung der Akteure beim SoFFin ausdrücken. In kürzester Zeit mussten neue Strukturen aufgebaut werden. Natürlich müssen wir über mögliche Verbesserungen bei der Organisation des SoFFin reden. Genügend Mitarbeiter und klare Zuständigkeiten sind zwingend, um diese Mammutaufgabe zu meistern. Ich danke an dieser Stelle insbesondere und ausdrücklich dem bisherigen Vorsitzenden des Leitungsausschusses, Herrn Merl, für sein Wirken in den vergangenen Wochen ganz herzlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl hat nun das Wort.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich aufgrund des Verlaufs der Debatte zuerst eine grundsätzliche Klarstellung machen. Dieses Parlament hat mit sehr großer Mehrheit entschieden, ein Rettungspaket für den Finanzmarkt auf den Weg zu bringen. Dies wurde nicht gemacht, um Bankvorstände oder

einzelne Manager zu retten. Das wird zum Beispiel dadurch deutlich, dass wir entschieden haben, dass es bei der Inanspruchnahme von Hilfen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis Einschränkungen bei der Gestaltung der Dividenden und der Vergütung der Vorstände gibt. Das macht das eigentliche Ziel deutlich. Im Übrigen dürfen diese Einschränkungen im Hinblick auf die Gehaltszahlungen und die Dividenden meiner Ansicht nach nicht infrage gestellt werden. Ich kann die Debatten darüber im Bankenbereich und in der Wirtschaft nicht verstehen. Ich akzeptiere sie auch nicht.

Eines muss deutlich sein: Die Frage, ob die Versorgung mit Geld und mit Krediten funktioniert, trifft natürlich die Handwerker. Ich frage mich nach dieser Debatte hier ernsthaft: Haben Sie eigentlich noch nicht mit Handwerkern gesprochen? Seit Jahren erzählen sie, wie wichtig es für sie ist, günstige Kredite zu bekommen. Dies ist der Hintergrund dafür, dass wir gesagt haben: Wir müssen den Finanzmarkt stabilisieren. Ich habe den Eindruck: Wer dies anders sieht, hat noch nie mit Handwerkern gesprochen

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Oder will das nicht!)

und weiß nicht, was ihnen am Herzen liegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daraus, dass diese Verbindungen nicht erkannt werden, kann ich nur schließen, dass hier entweder absichtlich eine andere Zielsetzung unterstellt wird oder dass die Zusammenhänge nicht verstanden werden. Beides ist nicht akzeptabel, um eine sachliche Debatte zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Leo

Dautzenberg [CDU/CSU]: Beides wäre fürchterlich!

- Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE]: Die Zusammenhänge bei der Commerzbank haben wir sehr gut verstanden!)

Es ist selbstverständlich, dass wir hier über die Konsequenzen der Finanzmarktkrise intensiv debattieren und dass aufgrund der sich ständig verändernden Situation immer wieder neu darüber diskutiert werden muss. Ich will auf das Problem, das heute Thema der Aktuellen Stunde ist - das war es bisher eigentlich nicht; es geht um die Frage des sich verändernden Abschreibungsbedarfs; Herr Rupprecht hat es beschrieben -, zu sprechen kommen. Dies muss ein Thema bleiben. Eines ist klar: Um eine Lösung für diese Probleme zu finden, muss mit einer soliden Sachaufklärung begonnen werden. Solide Sachaufklärung heißt, dass wir uns die Wertpapiersituation anschauen. Es ist richtig, dass mit steigenden Ausfällen vor allem bei den gewerblichen Immobilienkrediten und den Firmenkrediten gerechnet werden muss.

(Zuruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE])

Für diese Assets in den Bankenbilanzen stehen auf dem Markt im Moment so gut wie keine Käufer bereit. Leistungsgestörte oder faule Kredite binden bei den Banken aber in hohem Maße Eigenkapital. Hinzu kommen andere risikobehaftete Aktiva wie zum Beispiel ABS, die die Bankenbilanzen belasten. Es liegen allerdings

noch keine endgültigen und absolut belastbaren Analysen des Umfangs toxischer Assets vor. Bei einem Blick in die Tagespresse - dieser sollte die endgültige und belastbare Analyse, von der ich gerade sprach, nicht unbedingt ersetzen - stellt man fest: Die Schätzungen hinsichtlich des Volumens fauler Positionen reichen von einem unteren dreistelligen Milliardenbetrag bis zu 1 Billion Euro. Die Bundesbank geht davon aus, dass alle Banken zusammen über strukturierte Produkte mit einem Nominalwert von circa 281 Milliarden Euro verfügen; ich glaube, das ist ein Wert, an dem man sich durchaus orientieren kann. Die BaFin veranschlagt übrigens einen Betrag von 246 Milliarden Euro.

So belastbar bzw. so wenig belastbar diese Zahlen auch sind - im Zweifel sind sie auch schnell veränderlich; darüber haben wir gerade gesprochen -: Dieses Problem stand bereits bei den Beratungen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes im Mittelpunkt. Deshalb

haben wir bereits im Rahmen dieses Gesetzes ein Instrument geschaffen, das die - ich sage dies ausdrücklich - unbefristete Übernahme solcher Risikoaktiva durch den SoFFin ermöglicht.

Ich will das deshalb betonen, weil in den letzten Tagen hin und wieder zu lesen war, dass es bei der Übernahme toxischer Papiere eine gesetzliche Befristung auf 36 Monate gebe. Was die Befristung angeht, so handelt es sich um eine Befristung im Hinblick auf die Übernahme von Garantien. Für die Möglichkeit der Übernahme toxischer Papiere gibt es keine gesetzliche Befristung. Herr Krüger hat die Bedingungen vorhin beschrieben: Es gibt einen Stichtag. Es ist also von Bedeutung, wann die entsprechenden Papiere gekauft wurden. Es ist aber nicht so, dass eine gesetzliche Befristung auf 36 Monate gilt.

Selbstverständlich muss man analysieren, warum dieses Instrument nicht wie gewünscht in Anspruch genommen wird. Man muss allerdings auch deutlich machen:

Es kann nicht sein, dass dieses Instrument deshalb nicht genutzt wird, weil dann die Bedingungen des SoFFin erfüllt werden müssen. Das Bestreben, den Steuerzahler zu schützen, gebietet, dafür zu sorgen, dass dieses Instrument nicht deshalb nicht genutzt werden darf, weil dann strengere Kriterien eingehalten werden müssen. Das Parlament muss Wert darauf legen, dass an dieser Stelle genau hingesehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wenn trotz allem weitere oder erweiterte Instrumente gefordert werden, so darf eines nicht vergessen werden - ich habe das bereits erwähnt, möchte es aber noch einmal betonen; dies gilt auch für die Diskussion über eine große nationale Bad Bank, die wir bereits begonnen haben -: Es darf nicht sein, dass diejenigen, die verantwortlich waren, nicht in die Haftung einbezogen werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Dieses Parlament muss dafür sorgen, dass der Steuerzahler so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird.

Deshalb sagen wir eindeutig: Die Verursacher der Krise

werden auch weiterhin zur Verantwortung gezogen. Etwas anderes wird die Mehrheit dieses Parlaments nicht entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wo sind die entsprechenden Gesetzesvorschläge dazu?)

Weil heute über verschiedene Varianten spekuliert wurde, will ich eindeutig feststellen: Ich glaube, es ist nicht der beste Weg, in Form von Zeitungsüberschriften fünf Varianten durchzudiskutieren und dadurch zur Verunsicherung beizutragen;

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

denn hier geht es nicht um die Frage der Transparenz.

Wir müssen nach dem Dreiklang vorgehen, den ich gerade beschrieben habe. Wir brauchen eine gute Analyse und eine europäische und internationale Abstimmung.

Diese Abstimmung spielt nicht nur in dieser

Frage eine Rolle, sondern vor allem auch dann - darüber haben wir noch nicht gesprochen -, wenn es um die Prophylaxe geht, also um die Überwachung und die Erarbeitung

strengerer Regeln für den Finanzmarkt. Auch diese Bedingungen gehören für uns dazu. Natürlich können wir auch gemeinsam überlegen, ob Veränderungen oder Erweiterungen notwendig sind. Wir sollten allerdings den von mir beschriebenen Dreiklang beachten.

(Frank Schäffler [FDP]: Wann können wir denn mit Ihren Vorschlägen dazu rechnen?)

Wenn die Bundesregierung zu einem Ergebnis gekommen ist, wird sie dem Parlament selbstverständlich entsprechende Vorschläge vorlegen, mit dem Parlament darüber diskutieren und, wie beim Finanzmarktstabilisierungsfonds, für die erforderliche Mehrheit werben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Aha! Die Bedingung lautet also: wenn die Bundesregierung zu einem Ergebnis kommt! Die Frage ist nur: Wann?)

Ich glaube, das ist ein sachgerechter Umgang mit dieser Frage. Daran sollten wir uns alle halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Otto Bernhardt das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in einer großen internationalen Finanzkrise, die in Deutschland im Sommer 2007 sichtbar wurde. Sie wurde sichtbar, als damals zwei Kreditinstitute in eine Schieflage gerieten: die IKB und die Sachsen LB. Durch eine konzertierte Aktion der Bundesregierung, der Bundesbank, der BaFin und der Bankenverbände konnten beide Institute gerettet werden. Dann kam der 15. September 2008, jener Tag, an dem eine der größten Banken der Welt, Lehman Brothers, in die Insolvenz ging. Dies hat die ganze Finanzlandschaft grundlegend verändert. Rückblickend war es ein ganz entscheidender Fehler, diese Bank in die Insolvenz gehen zu lassen. Daraufhin wurde bei uns in Deutschland klar, dass mit Einzelaktionen - ich sage: leider - nichts

mehr zu machen ist. Deshalb hatte sich die Große Koalition entschieden - auch die FDP hat mitgemacht -, einen Bankenschirm einzusetzen.

Eines können wir heute feststellen: Das entscheidende Ziel war, sicherzustellen, dass keine Bank in Deutschland in die Insolvenz geht. Dies haben wir bis heute gewährleistet. Dies müssen wir auch in Zukunft sicherstellen. Damit hat der Schirm seine zentrale Aufgabe schon erfüllt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich sehe, dass inzwischen bei der SoFFin weit über 100 Anfragen vorliegen, dass etwa 30 Prozent der 400-Milliarden-Euro-Garantien in Anspruch genommen wurden, dass die ersten Eigenkapitalhilfen ausgezahlt worden sind, dann kann ich nur sagen: Dafür, dass es ein völlig neues Instrument ist, hat die SoFFin schon in den ersten Monaten hervorragende Arbeit geleistet.

Sicher muss man jetzt die Frage stellen - diese werden wir uns ständig stellen -: Was muss verändert werden? Bei uns gibt es eine Diskussion darüber, aber noch keine Entscheidung. Ich warne wie immer vor Schnellschüssen. Natürlich kann man über das Thema der Fristen diskutieren. Andere Länder in Europa haben Fristen von vier oder fünf Jahren vorgesehen; die EU hat dies akzeptiert. Aber wenn wir die Fristen zu lange ausdehnen, dann stellen wir eine Konkurrenz zu Pfandbriefen und Unternehmensanleihen her

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

und machen diese Märkte automatisch kaputt. Wir sollten auch an die Zeit nach der Krise denken. Deshalb bin ich persönlich und ist auch meine Fraktion in dieser Frage sehr restriktiv. Ich bin allerdings nicht mehr in der Situation, zu erklären: Das machen wir bestimmt nicht. - Das habe ich einige Male in der Vergangenheit gesagt und wurde dann durch die Fakten eingeholt. Aber bis heute sehe ich diese Notwendigkeit nicht.

Der zweite Punkt, der diskutiert wird, ist die Frage: Reichen die 33,3 Prozent, mit denen wir uns beteiligen? Bei der Commerzbank sind wir mit 25 Prozent plus einer Aktie beteiligt. Ich sage: Wenn man hier einen noch höheren Prozentsatz zulässt, dann sehe ich eine ganz große Gefahr für die Aktienkultur in Deutschland. Wir sollten davon ausgehen, dass wir auch nach der Krise eine gewisse Aktienkultur benötigen. Wir dürfen diesen Markt nicht zerstören.

Das zentrale Thema in der Diskussion ist aber der Umgang mit schlechten Papieren. Niemand kann heute einem Papier ansehen, ob es schlecht ist oder nicht. Wir tun so, als ob man bei der Bank auf einen Knopf drücken müsste, um zu wissen, wie viele schlechte Papiere man hat.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die schlechten sind gut versteckt!)

Das kann man eben nicht. Man kann nur zwei Fragen beantworten: Gibt es einen Markt für ein bestimmtes Papier?

Wenn es keinen Markt gibt, dann gibt es dafür überhaupt keinen Preis. Oder: Liegt der Preis deutlich unter dem Nennwert? Falls ja, wissen Sie, wie viel Sie abzuschreiben haben. Sie wissen aber nicht, wie viel Sie



in drei oder vier Jahren dafür bekommen.  
(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Oder in zehn Jahren!)

Dies kann sich jeden Tag ändern. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob man genau feststellen kann, was ein gutes und was ein schlechtes Papier ist und wie schlecht ein Papier ist.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Natürlich sehen wir das Problem. Wir lassen uns durch diese Hunderte von Milliarden Euro jedoch nicht verunsichern.

Aber eines ist sicher: Wenn sich herausstellt, dass wir neue Instrumente für die sogenannten schlechten Papiere brauchen, dann wird die Große Koalition wie damals nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank handeln. Die Große Koalition hat gezeigt, dass sie auf Herausforderungen, denen man sich stellen muss, mit dem richtigen Instrumentarium antwortet. Dies werden wir, falls sich neue Probleme ergeben, auch in den nächsten Monaten tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Lothar Binding für die SPD-Fraktion.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn Hans Eichel und Peer Steinbrück mit ihren Vorschlägen in den letzten zwei bis fünf Jahren international höhere Akzeptanz gefunden hätten – die Welt würde anders aussehen.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Ich erinnere daran, dass sich Peer Steinbrück dafür eingesetzt hat, dass sich auch die USA an Basel II halten. Dann wären Zweckgesellschaftskonstruktionen, mit denen man, ohne entsprechende Eigenmittel zu haben, Kredite international platziert, gar nicht möglich gewesen. Was die Aufsichtsregeln, die Eigenkapitalbewertungen angeht, war unser Ziel immer, es viel näher am Handelsgesetzbuch zu halten, als dies international der Fall war. Die Entwicklung hat gezeigt, dass es ein schwerer Fehler war, davon abzuweichen. Die Transparenzrichtlinie, die Prospektrichtlinie – bei der es darum geht, dem Bürger zu beschreiben, wie das Produkt, das er kauft, gestaltet ist –, all das haben unsere Finanzminister international zu platzieren versucht. Erst jetzt, nachträglich, erfahren unsere Minister, wie recht sie hatten. Nun erfahren sie international Akzeptanz, wird erkannt, dass mit ihren Vorschlägen viel Schlechtes hätte verhindert werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine große Krise. Aus dieser Krise folgt, dass die Bürgerinnen und Bürger Angst haben. Ich glaube – auch die Zwischenrufe deuten darauf hin –, dass es ein Fehler ist, wenn die PDS/Linke mit dieser Angst spielt. Die Sache ist nämlich zweiseitig: Auf der einen Seite ist da die Sorge, dass wir mit den Steuermitteln nicht gut umgehen. Auf der anderen Seite ist da die Angst, was passiert, wenn die Sparguthaben gefährdet sind, wenn die Kreditnehmer plötzlich Probleme bekommen. Dann gäbe es Zwangsversteigerungen en

masse, es gäbe Geschäftsaufgaben, es gäbe Versorgungslücken, die Leute würden ihr Sparguthaben verlieren:

Wir hätten ein riesengroßes Problem.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Keine Panik!

- Weitere Zurufe von der LINKEN)

Genau darum haben wir den Rettungsschirm gespannt.

Warum ist der Rettungsschirm so gut? Er stellt nicht nur das Vertrauen zwischen den Banken wieder her, sondern sorgt auch dafür, dass diejenigen, die eine Mitschuld haben - insbesondere Vorstände, Aufsichtsräte, aber auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften -, mit in Haftung genommen werden. Wie funktioniert das? In dem berühmten § 10 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes geht es um die Verwendung der Mittel. Die Geschäftsmodelle werden genau angeschaut, und solange Staatsmittel eingesetzt werden, gibt es - das ist ganz wichtig - keine Dividende. Die Eigenmittelunterlegung wird kontrolliert. Man sieht sofort, dass es mit diesem Gesetz, das unter parlamentarischer Kontrolle entstanden ist, gelungen ist, die Verantwortlichen in Haftung zu nehmen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Schön

wäre es ja!)

Letztendlich bleiben Alteigentümer und Kreditnehmer für das, was sie getan haben - einen Kredit aufzunehmen -, verantwortlich.

Die naive Vorstellung, Spekulationen zu verbieten, funktioniert nicht. Bei der Planung eines jeden Projektes braucht man eine Projektion in die Zukunft. Das ist ein mit Unsicherheiten behaftetes Geschäft. Man muss einen Kredit aufnehmen, der hinsichtlich Kosten und Lasten nie seriös in die Zukunft antizipiert werden kann. Deshalb kann die naive Vorstellung eines Spekulationsverbots nicht funktionieren.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Das ist vielleicht Ihre Vorstellung!)

Und natürlich erwartet der Sparer, der sein Geld auf die Bank bringt, möglichst hohe Zinsen und vergleicht, wo er welchen Zins bekommt. Die Frage ist allerdings, ob die Produkte, die aus diesem Leihgeschäft entstehen, transparent sind.

An diesem Punkt setzen wir an. Es geht darum, ob man den gebündelten Verkauf von Forderungen und das Ratingwunder, dass durch Tranchierung aus schlechten Krediten gute Kredite gemacht werden, unterbinden kann.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wie lange brauchen Sie denn, bis Sie das herausbekommen?)

Ich glaube, dass man das kann. Doch seien Sie bitte nicht so naiv, zu glauben, man könne einfach alles seriös bewerten. Ein Beispiel: Ich kaufe eine Aktie für 10 Euro. Einen Tag später ist diese 100 Euro wert. Damit habe ich einen Gewinn von 90 Euro gemacht. Drei Tage später ist die Aktie nur noch 20 Euro wert. Habe ich dann wirklich 80 Euro verloren? So leicht ist das mit der Bewertung schon in der Realwirtschaft nicht. Im virtuellen Raum Spekulationen zu unterbinden, ist noch komplizierter. Sie erkennen das schon jetzt an der Gesetzgebung in Bezug auf das Stabilisierungsgesetz: Wir sind mit den Gesetzen

auf einem sehr guten Weg.

Man muss auch sagen, dass es in der internationalen Finanzwirtschaft wesentlich darauf ankommt, dass man die Risiken international dort belässt, wo sie jetzt sind. Dass Peer Steinbrück es geschafft hat, dass nicht alle Risiken des Interbankengeschäfts auch nach Deutschland überschwappen, ist eine sehr große Leistung. Die Abschirmung funktioniert. Jeder kümmert sich um seine Risiken. Andernfalls würde eine gute Politik in Deutschland ja damit bestraft, dass sich die international erzeugten Risiken plötzlich alle in Deutschland finden. Genau das soll nicht der Fall sein. Ich glaube, deshalb sind wir mit dieser Abschirmung auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

Ludwig Stiegler (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ortwin Runde hat eben sehr deutlich gemacht, dass wir die Realwirtschaft nicht wieder ans Laufen bekommen, wenn wir die Finanzwirtschaft nicht in Ordnung bringen. Ich glaube, das ist inzwischen in London, in Amerika und in ganz Europa gelernt worden. Deshalb können wir uns all unsere Wünsche für die Realwirtschaft abschminken, wenn der Kreditfluss nicht wieder in Gang kommt und wenn damit keine ordentliche Finanzierung gelingt. Umso wichtiger ist es eben, dass wir alles daransetzen, unser Bankensystem zu stabilisieren und wieder ans Laufen zu bringen.

Nun haben einige darauf hingewiesen, dass die niedrigen Zinsen der Zentralbanken nicht weitergegeben werden. Wie ist das denn? Die Banken geben nicht nur ihre Kosten weiter, sondern sie bewerten auch die Risiken. Solange im Interbankenverkehr das Risiko besteht, dass man sein Geld, das man eine Nacht, eine Woche oder einen Monat lang ungesichert ausleiht, nicht mehr wiederbekommt, wird es entweder gar nichts oder nur mit hohen Risikozuschlägen geben. Deshalb haben wir ein gemeinsames Interesse daran, das Vertrauen der Banken untereinander wieder zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben die entsprechenden Möglichkeiten geschaffen. Die Amerikaner haben sie auch geschaffen, sie haben sie am Anfang aber nicht angewandt. Wer aber Ben Bernanke gehört hat, wer jetzt sieht, was die Engländer machen, und wer sich angehört hat, was der Geithner vor dem Senat erzählt hat, der weiß: Die Amerikaner und die Engländer sind dabei, ihre Banken mit frischen Windeln zu versehen, und wenn sie frisch gewickelt sind, dann werden unsere Banken mit duftenden Windeln keinen großen Erfolg bei der Refinanzierung haben.

Nun sind wir uns vollkommen darin einig, dass das nicht zulasten der Steuerzahler gehen kann – das ist völlig klar – und dass die Methoden sehr unterschiedlich sind.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Schön

wäre es, wenn wir uns da einig wären!)

Die Engländer haben jetzt dieses Ring-fencing-Modell eingeführt, sodass bei jeder einzelnen Bank die problematischen Assets ermittelt werden. Das sind ja illiquide und keine wertlosen Assets. In der Endfälligkeit können sie wieder zu 100 Prozent erfüllt werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die Maßnahmen wurden in der Vergangenheit schon dreimal gewechselt!)

- Das ist der Vorteil der Evolution, auf die man im Darwinjahr hinweisen kann.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn eine bestimmte Maßnahme nicht funktioniert, dann muss man sich vergleichbar der Evolution neue Dinge ausdenken.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber heißt das, dass wir das auch müssen?)

- Ich werfe ihnen jedenfalls nicht vor, dass man in schwierigen Zeiten, wie die Natur, durchaus auch mit Trial and Error vorgeht. Für mich ist aber viel entscheidender, dass sich die Banken untereinander wieder vertrauen.

Schauen Sie: Was ist denn jetzt die Alternative? Wo sind denn die Risiken? Schauen Sie sich doch einmal die Bilanzen der Zentralbanken an. Der ganze Mist ist doch zum großen Teil als Collateral in den Zentralbankbilanzen

- sowohl der Fed als auch der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank - enthalten. Es ist ja nicht so, als ob es nicht schon heute solche Maßnahmen gäbe. Allein zur Liquiditätsversorgung über Nacht werden solche Papiere in der Europäischen Zentralbank in ganz großer Breite als Collateral genommen. Darum müssen wir nach Wegen suchen, wie wir es hinbekommen, dass die Banken wieder einander vertrauen. Eine Möglichkeit bestünde hier in einer Clearingstelle, die als Drittpartei auftritt. Meine Damen und Herren, darüber, dass wir keine Anerkennung finden, denke ich auch immer nach. Eigentlich müsste jeder, der noch sein Gehalt überwiesen bekommt, dem Deutschen Bundestag dankbar sein, dass wir den Kollaps des Finanzsystems verhindert haben. Das stand im Herbst ja auf dem Spiel. Selbst die Linke könnte ihre Operationen nicht mehr finanzieren, wenn wir das Bankensystem nicht gerettet hätten.

(Lachen bei der LINKEN - Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Danke! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Ich will gar nicht von Fluchtgeld reden; so weit gehe ich jetzt gar nicht. Das ist ja wahrscheinlich in illiquiden Fonds angelegt.

Hier zeigt sich das Problem der Prävention: Wer in Deutschland Prävention betreibt, bekommt keine Anerkennung. Das Geschrei ist immer erst dann groß, wenn das Kind im Brunnen liegt, und der Retter ist allemal besser als derjenige, der einen Sturz in den Brunnen verhindert. Die Linke beklagt sich über mangelnde Information.

Ich empfehle die Website [www.dgap.de](http://www.dgap.de); dort finden sich die Quartalsberichte und alles, was Sie wissen wollen. Sie müssen sich nur die Mühe machen, es zu lesen.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wie ist es mit der Homepage von der SoFFin? Null Information!)

Ich habe aber das Gefühl, dass Sie den Rat befolgen, den Henri Nannen einmal jungen Journalisten gegeben hat: Kinder, recherchiert nicht so viel, es schreibt sich dann so schlecht. Bei Ihnen gilt: Recherchiert nicht so viel, es hetzt sich dann so schlecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf :

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu den Änderungen vom 28. April und 5. Mai 2008 des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF)

- Drucksache 16/10535 -  
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- Drucksache 16/11664 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg

Ortwin Runde

Es ist verabredet, eine Dreiviertelstunde zu debattieren.

- Ich sehe keinen Widerspruch. Das ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Ortwin Runde für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren! Es gibt Beratungsgegenstände mit unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten für das Parlament. Bei dem Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungen des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds ist die Einflussmöglichkeit so wie bei Staatsverträgen: Wir können den Gesetzentwurf annehmen oder ablehnen. Dazwischen gibt es nichts.

(Frank Schäffler [FDP]: Trotzdem reden Sie 14 Minuten!)

Die Relevanz der Beratung ist relativ gering.

(Frank Schäffler [FDP]: Sie müssen Ihre Redezeit nicht ausschöpfen!)

Was aber das Ganze spannend macht, ist der Zeitpunkt, zu dem der Gesetzentwurf zu den Änderungen des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds eingebracht wird. Der Vorgeschichte können wir entnehmen, dass es etwa zwei Jahre gedauert hat, ehe sich die Länder, die den Internationalen Währungsfonds konstituieren, auf leichte Veränderungen bei den Stimmrechten und auf eine Veränderung, was das Anlageverhalten des Währungsfonds angeht, geeinigt haben.

Dieser Zeitraum macht deutlich, wie schwierig es ist, dort international zu einem Konsens zu kommen. Wenn Gläubigerländer Stimmrechte abzugeben haben, sind sie ziemlich zähleibig. Ehe solche Veränderungen eintreten, vergeht einige Zeit.

Man hat sich hier nach langen Beratungen darauf geeinigt, in einem gewissen Umfang den Veränderungen in der Weltwirtschaft Rechnung zu tragen und dem stärkeren Gewicht der Schwellenländer entsprechend diese stärker im Internationalen Währungsfonds zu beteiligen.

Man hat sich darauf verständigt, in den Entscheidungsgremien vor allem dem afrikanischen Kontinent andere

Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Dies sind kleine Reformschritte. Das Ganze macht einen ein Stück nachdenklich, auch was die Geschwindigkeit hinsichtlich der Reformfähigkeit solcher Institutionen angeht, und konfrontiert einen ein Stück mit der Realität in diesen internationalen Gremien.

Neben diesen Veränderungen, die aus meiner Sicht von unserer Seite angenommen werden sollten - die SPD wird die Bundesregierung hier entsprechend unterstützen - , gibt es aber Entwicklungen, die uns nachdenken lassen, wie die weitere Rolle des Internationalen Währungsfonds sein sollte. Wir hatten heute schon eine Diskussion, in der es darum ging, mit welcher Geschwindigkeit und mit welchem Nachdruck wir das internationale Finanzsystem neu regeln müssen, mit welchem Nachdruck wir eine neue Finanzarchitektur anstreben müssen. Die Frage nach der Geschwindigkeit sollte uns veranlassen, auch zu überlegen, welche Institutionen eine Rolle in einer künftigen Finanzarchitektur spielen können.

Der Internationale Währungsfonds bietet sich an, weil er eine große Kompetenz in der Einschätzung von wirtschaftlichen Entwicklungen hat. Er bietet sich auch deshalb an, weil er schon heute im Bereich der Hilfen für Staaten, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, eine Rolle spielt und in den letzten Monaten auch zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, was Hilfe für Staaten wie Island, Ungarn und andere mehr angeht.

Es stellt sich die Frage, ob der Internationale Währungsfonds dort eine Rolle bei der Beaufsichtigung künftiger wirtschaftlicher Entwicklungen, des Finanzsystems und der Aufsichtsinstanzen in den einzelnen Nationen übernehmen könnte. Fraglich ist auch, ob er eine Rolle in der Frage der Regulierung spielen könnte.

Die Diskussionen, die wir geführt haben, haben deutlich gemacht, dass die Regulierungsaufgabe für ihn weniger infrage kommt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Regulierungsaufgabe ist sinnvollerweise beim Financial Stability Forum - eventuell in Zusammenarbeit mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich - anzusiedeln. Darin sind die Institutionen, die mit der Bankaufsicht zu tun haben, und die entsprechenden Staaten vertreten.

(Frank Schäffler [FDP]: Das sieht die Bundesregierung aber anders! - Gegenruf von der CDU/CSU: Nein!)

Deswegen ist die Ansiedlung von Regulierungsbefugnissen auf dieser Ebene wohl vorzuziehen.

Die Funktionen, die demgegenüber der Internationale Währungsfonds wahrnehmen kann, haben mehr mit Surveillance bzw. der Aufsicht über das Gesamtsystem und dessen Entwicklung zu tun. Das heißt, er könnte die internationalen Aufsichtssysteme und die nationalen Aufseher überwachen. Er hat die makroökonomischen Fähigkeiten zur Analyse, wobei man feststellen muss: Was die Kompetenzen angeht, ist in den Anhörungsverfahren deutlich geworden, dass die makroökonomischen Fähigkeiten noch zu ergänzen wären, wenn der Internationale Währungsfonds diese Aufsichtsfunktion wahrnehmen

sollte. Das wird ein entscheidender Punkt sein. Dass man neben der makroökonomischen Qualität und Kompetenz auch mikroökonomische Fähigkeiten zur Bewertung von Finanzsystemen und Aufsichtssystemen im Finanzbereich neu entwickeln muss, ist, glaube ich, in den Diskussionen deutlich geworden.

Eine entscheidende Frage ist aber auch, ob neben der Kompetenz auch die notwendige Akzeptanz derjenigen vorhanden ist, für die der Internationale Währungsfonds eine solche Aufgabe wahrnehmen könnte. Dabei ist festzustellen, dass die Akzeptanz in der Vergangenheit durch die Dominanz der Amerikaner und der europäischen Länder bei Unterrepräsentanz der Schwellenländer und der ärmeren Länder beeinträchtigt war.

Alle diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten als Gläubigerländer Erfahrungen mit dem Internationalen Währungsfonds gemacht haben, haben eher eine negative Einstellung, sodass nach der Reform, die wir heute beschließen wollen, weitere Veränderungen notwendig sind, um die Akzeptanz zu erhöhen. Das heißt, es müsste eine weitere Änderung in der Richtung erfolgen, dass der Internationale Währungsfonds die wirtschaftliche Kraft und die wirtschaftlichen Veränderungen im Verhältnis der Länder zueinander anders widerspiegelt.

Zur Frage der Akzeptanz gehört auch, dass der Internationale Währungsfonds in den letzten Jahren Teil eines Systems war, das nicht nur zur Krise des Finanzsystems und der Realwirtschaft geführt hat. Die gegenwärtige Situation bedeutet so etwas wie eine Bankrotterklärung des wirtschaftspolitischen Leitbildes, das auch der Internationale Währungsfonds gehabt hat. Insofern kommt es auch darauf an, ihn mit einem anderen wirtschaftspolitischen Leitbild auszustatten. Das wird ein ganz entscheidender Punkt sein.

Wenn wir weitere Veränderungen durchsetzen und umsetzen wollen, werden wir über die europäische Überrepräsentation in den Gremien des Internationalen Währungsfonds nachdenken müssen. Wenn man bedenkt, dass

8 der 24 Mitglieder des Entscheidungsgremiums europäische Länder sind, dann wird deutlich, dass hier ein Ungleichgewicht herrscht. Hier wird auf die Europäer die Aufgabe zukommen, ihre Rolle neu zu definieren. Es wird nicht nur darum gehen, die Dominanz der Amerikaner, die sie aufgrund ihres Vetorechts und ihrer Einflussmöglichkeiten haben, zu mindern. Auch die Europäer werden ein Stück weit zurückstecken müssen, um den Internationalen Währungsfonds zu einer Aufnahme zu befähigen.

Was die künftige Finanzarchitektur und die Veränderung des Leitbildes angeht, finde ich, dass die Vorschläge und Vorstellungen, die Helmut Schmidt entwickelt hat und die auch in dem enthalten sind, was die Bundesregierung in den Verhandlungen in Washington eingebracht hat, tragfähig sind. Das bedeutet, dass wir von der Idee einer marktradikalen Selbstregulierung wegkommen müssen. Für die Finanzinstitutionen müssen klare Regelungen gelten. Es wird darauf ankommen, solche klaren Regelungen schnell umzusetzen. Helmut Schmidt hat recht, wenn er sagt: Die Regierungschefs der G 20, also der 20 wirtschaftlich stärksten Länder,

sind am ehesten in der Lage, zu entsprechenden Übereinkommen zu gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Er skizziert zudem kurz, wie die Spielregeln in Zukunft aussehen müssen. Alle privaten Finanzinstitute und alle marktgängigen Finanzinstrumente sollen demnach derselben Banken- und Finanzaufsicht unterstellt werden.

Für alle sollen also geregelte Bereiche gelten. Dies ist ein wichtiger und zentraler Punkt.

Darüber, dass eine entsprechende Eigenkapitalunterlegung vorgesehen ist, herrscht, glaube ich, in allen unseren Diskussionen Einvernehmen. Darüber, dass Geschäfte außerhalb der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung verboten und unter Strafe gestellt werden sollen, haben wir schon verschiedentlich diskutiert.

Laut Helmut Schmidt sollen Instrumente wie Short-Selling, also Leerverkäufe, untersagt werden - auch das halte ich für einen wichtigen Punkt -, weil diese systemdestabilisierend wirken. Ein weiterer entscheidender

Punkt ist, dass Finanzanlagen und Finanzkredite zugunsten solcher Unternehmen und Personen verboten

werden sollen, die in Steuer- und Aufsichtsosen rechtlich registriert sind. Die Schließung der Steueroasen

wird ein entscheidender Punkt sein, wenn man später zu einem klar geregelten Bereich kommen will. Wir haben

dann neben dem IWF die G-20-Länder und das Financial Stability Forum als Institutionen einer künftigen Finanzarchitektur.

Helmut Schmidt äußerte einige Zweifel, ob mit den Amerikanern und Engländern ein entsprechendes Regelwerk durchgesetzt werden kann. Wenn ich mir den Bericht,

den Paul Volcker, ein enger Berater von Barack Obama, als ehemaliger Finanzminister für die Gruppe

der 30 vorgelegt hat, ansehe, dann bin ich etwas hoffnungsvoller gestimmt als noch vor kurzer Zeit, dass es

gelingen wird, gemeinsam mit den großen Ländern innerhalb der G 20 zu Regeln für die Finanzmärkte und

damit zu einer Bewältigung der Krisen, vor denen wir stehen, zu kommen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Carl-Ludwig Thiele von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen

und Kollegen! Auch ich hoffe, dass sich mit der amerikanischen Präsidentschaft Verbesserungen vollziehen

und wir zu weiteren Reformen im IWF kommen. Ich

glaube, insofern können wir gemeinsam sagen, dass wir

alle Hoffnung haben, dass Amerika eine führende Rolle spielen wird. Die ersten Zeichen der neuen amerikanischen

Regierung sind gut, und man sollte sie an dieser

Stelle entsprechend nutzen.

Der vorliegende Gesetzentwurf zielt darauf ab, die

Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die vom Gouverneursrat des IWF im Frühjahr 2008 beschlossenen Änderungen

des IWF-Übereinkommens ratifiziert werden.

Hier möchte ich gleich für die FDP erklären: Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu.



(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die vorgesehenen Änderungen des IWF-Übereinkommens bringen die langjährige Diskussion über eine Reform der Quoten und Stimmrechte zu einem vorläufigen Abschluss, vorläufig deshalb, weil die Diskussion über weitere Reformen schon läuft. Aber wer weiß, dass hier 185 Staaten beteiligt sind, und wer weiß, wie sich die Meinungsbildung in einer Großen Koalition oder in einer Koalition überhaupt vollzieht, der muss schon darüber erfreut sein, dass überhaupt Einigkeit erzielt wurde. Ich hoffe, dass dies angesichts der Dramatik der Finanzkrise zukünftig etwas flotter passieren wird und in die Dinge schneller weitere Bewegung kommt.

(Beifall des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Entscheidend vorangebracht wurde die Reform damals auf der IWF-Sitzung in Singapur im September 2006. Mehrere Mitglieder dieses Hauses haben an den Diskussionen teilgenommen. Dort verständigte man sich auf eine Quotenerhöhung zugunsten der bisher stark unterrepräsentierten Länder China, Brasilien, Korea, Mexiko und Türkei, auf eine Erhöhung der Basisstimmen eines jeden Mitgliedstaates und auf eine Anpassung und Überprüfung der Quotenformel. Nach den jetzt zur Diskussion stehenden Änderungen werden die IWF-Quoten und damit auch die Stimmrechte deutlich zugunsten der hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft zurzeit noch unterrepräsentierten Länder angehoben. Profiteure der Quotenerhöhung sind die aufstrebenden Volkswirtschaften, insbesondere Korea – für Korea erhöht sich die Quote um 106 Prozent –, China – die Erhöhung beträgt 50 Prozent – und Brasilien, dessen Quote sich um 40 Prozent erhöht. Damit wird dem stark gewachsenen Gewicht der Schwellenländer in der Weltwirtschaft Rechnung getragen. Die Quoten- und Stimmrechtsverteilung wird damit gerechter. Die Akzeptanz des Fonds in den Mitgliedsländern wird dadurch erhöht. Damit verbunden ist aber auch eine erhöhte Verantwortung der nunmehr bessergestellten Staaten für die Stabilität der internationalen Währungs- und Finanzsysteme. Erreicht werden konnte die Reform der Quoten und Stimmrechte nur deshalb, weil insbesondere Deutschland, aber auch andere Mitgliedsländer des IWF auf einen Teil der ihnen rechnerisch zustehenden Quoten verzichtet haben.

Auch die vorgesehene weitere Reform der Finanzausstattung des IWF verdient Unterstützung. Bisher erzielt der IWF den größten Teil seiner Einnahmen aus der Kreditvergabe. Die vor der Finanzkrise stark rückläufige Vergabe von Krediten und die frühzeitige Rückzahlung von Krediten früherer Krisenländer hatten erhebliche Einnahmeeinbußen des IWF zur Folge. Dagegen ist während der Finanzkrise in Asien Ende der 90er-Jahre und in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise das Kreditvolumen mit den daraus resultierenden Einnahmen gestiegen. Das ist eigentlich eine unglückliche Konstruktion;

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Paradox!)

denn die primäre Aufgabe des IWF besteht gerade in der Stärkung der Finanzstabilität, damit IWF-Kredite erst gar nicht notwendig werden. Durchaus vorstellbare Konfliktsituationen, in denen der IWF aus finanziellem Eigennutzen an einer Kreditvergabe an Mitgliedstaaten interessiert

sein könnte, sollten aus unserer Sicht so weit wie möglich vermieden werden.

(Beifall des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Der IWF muss seinen Auftrag auch in Nichtkrisenzeiten mit geringer Kreditvergabe effektiv wahrnehmen können.

Die Abhängigkeit des Fonds von der Kreditvergabe muss deshalb aus unserer Sicht verringert werden.

Künftig wird es im internationalen Finanzsystem oder, moderner ausgedrückt, in der internationalen Finanzarchitektur zu einem Bedeutungszuwachs beim

IWF kommen, auch wenn der Fonds - wie auch die anderen internationalen und nationalen Einrichtungen - nicht rechtzeitig und vor allem nicht in der gebührenden

Form auf die Ursachen der gegenwärtigen Finanzkrise aufmerksam gemacht hat. Der IWF hat zwar im Vorfeld der Krise vor möglichen Risiken an den Finanzmärkten gewarnt, diese Warnung jedoch zu allgemein gehalten und somit keine nennenswerten Reaktionen ausgelöst.

Dies sollte die Rolle des IWF bei der Sicherung der Finanzmarktstabilität im Grundsatz jedoch nicht infrage

stellen. Die Krise sollte vielmehr Anlass dazu sein, die Fähigkeiten des Fonds zur Krisenprävention zu stärken.

Aufgrund der Mitgliedschaft von weltweit 185 Staaten, seines breiten personellen Unterbaus und seiner Erfahrung in makroökonomischen Analysen scheint der IWF jedenfalls zur Sicherung der Finanzstabilität geeignet zu sein.

Die G 20 haben den IWF bereits beauftragt, eine führende Rolle bei der Erarbeitung der Lehren aus der Krise zu übernehmen. Dabei soll der Fonds mit anderen Institutionen wie dem Forum für Finanzstabilität kooperieren.

Die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten, vor allem aber des Finanzsektors, scheint beim IWF gleichfalls gut aufgehoben. Hier ist die Zusage aller G-20-Staaten ermutigend, ihre Finanzsektoren einer Gesundheitsprüfung zu unterziehen. Dazu gehört vor allem die Überprüfung der nationalen Aufsichtssysteme und -behörden, die in Deutschland bereits

2003 stattgefunden hat, aber - überraschend ist das nicht - in den Vereinigten Staaten und China bisher noch aussteht.

Die von den G 20 geforderte Stärkung der Frühwarnkapazitäten wird eine zentrale Aufgabe des IWF und des

Forums für Finanzstabilität sein. Eine Garantie gegen künftige Finanzkrisen können jedoch auch der Fonds und das Forum nicht geben. Jede Krise hat ihre eigene Ursache, und die Globalisierung macht die Finanzmärkte immer komplexer.

Ein verbessertes Frühwarnsystem steigert jedoch die Chancen zur Erkennung systemischer Risiken. Wenn diese Risiken erkannt sind, ist das entschlossene Handeln der Verantwortlichen in den Aufsichtsbehörden, Notenbanken und Regierungen entscheidend. Insofern ist es gut, dass wir einheitlich dazu beitragen, die Finanzkrise zu bekämpfen, die Ursachen zu analysieren

und hier zu Einigungen zu kommen. Wichtig ist an dieser Stelle: Wir brauchen ein Frühwarnsystem mit klaren Regeln und Aufsichtsbehörden, die sich nicht nur um Details bei den Kreditinstituten kümmern, sondern den systemischen Risiken nachgehen, damit diese frühzeitig erkannt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Leo Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Runde hat schon darauf hingewiesen, dass es wohl kaum einen dramatischeren Zeitpunkt geben könnte, um über den Internationalen Währungsfonds zu debattieren. Die schwerste Finanzkrise seit 1929 hält die Welt in Atem. Die Defizite im internationalen Finanzsystem liegen offen zutage. Es hat sich gezeigt, wie unzureichend die Regulierung und Beaufsichtigung in Teilbereichen der Finanzmärkte ist.

Krisen bieten aber immer auch Chancen. Weltweit wird zurzeit die Frage diskutiert, wie derartige Krisen künftig vermieden oder abgeschwächt werden können. Allenthalben ist von einer neuen internationalen Finanzarchitektur die Rede. Im Zentrum aller Reformüberlegungen steht dabei auch der Internationale Währungsfonds. Unsere Debatte darf sich deshalb nicht nur auf die jetzt beschlossenen Reformschritte beschränken; denn es liegt auf der Hand, dass wir damit erst am Anfang einer weitreichenden Neubestimmung der Aufgaben und Strukturen des IWF stehen.

Zunächst jedoch zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Als der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds im letzten Jahr den Änderungen des IWF-Übereinkommens zugestimmt hat, ging damit - wie bereits von mehreren Rednern betont - eine zweijährige intensive Verhandlungsrunde zu Ende. Im Ergebnis sind insbesondere zwei wichtige Teilaspekte als Änderungen vorgesehen: Erstens wird durch eine Quoten- und Stimmrechtsreform das intransparente Nebeneinander mehrerer Quotenformeln durch eine einheitliche Berechnungsgrundlage ersetzt. Zudem wird das wirtschaftliche Gewicht der Schwellenländer, die in den letzten Jahren dynamisch gewachsen sind, angemessen berücksichtigt. Im Gegenzug hat Deutschland beispielsweise auf einen kleinen Teil seines Stimmrechts verzichtet. Das ist meiner Meinung nach ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens wird durch eine Reform des Einkommenssystems die Finanzierung des IWF zukünftig unabhängiger von seiner Kreditvergabe. Denn aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den Schwellenländern ist die Kreditvergabe des Fonds in den letzten Jahren stark zurückgegangen und hat damit die Finanzierungsbasis des Fonds verschlechtert. Wir wollen nicht hoffen, dass die Krisen wiederum so stark werden und die Kreditvergabe auch an europäische Staaten so groß wird, dass er darüber seine Einnahmesituation verbessern kann.

Um den IWF auch zukünftig auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, soll ein Teil seiner Goldreserven verkauft und das Geld auf einem Investitionskonto gewinnbringend angelegt werden. Damit wird der Fonds endlich aus der paradoxen Situation befreit, finanziell

auf Krisen angewiesen zu sein, um seiner eigentlichen Aufgabe - Krisenprävention und -verhinderung - besser nachkommen zu können.

Es bleibt festzuhalten: Die Neuordnung der Quoten und Stimmrechte und das neue nachhaltige Finanzierungsmodell haben die Reform des Internationalen Währungsfonds ein gutes Stück vorangebracht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Damit ist die Reform des IWF allerdings nicht abgeschlossen. Während wir heute über die Umsetzung der IWF-Reformen des vergangenen Jahres entscheiden, ist die Diskussion über die zukünftige Rolle des IWF in einer neuen internationalen Finanzarchitektur in vollem Gange.

In der Tat scheint das einzig Gute der Finanzkrise darin zu liegen, dass in der Politik - jetzt auch in den angelsächsischen Ländern - eine weit größere Akzeptanz für regulatorische Maßnahmen zur Krisenprävention herrscht, ein Vorhaben, das die Bundesregierung bereits zu Zeiten des deutschen G-8-Vorsitzes auf den Weg gebracht hat.

Es macht Mut, dass sich die G-20-Staaten auf dem Finanzgipfel in Washington dazu verpflichtet haben, die Bretton-Woods-Institutionen zu reformieren. Jetzt geht es um die Frage, wie diese Vorgabe der G 20 umgesetzt werden kann.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Welche Aufgaben soll der Internationale Währungsfonds in Zukunft übernehmen? Welche Strukturreformen sind nötig, damit der IWF seine neuen Aufgaben auch effektiv erfüllen kann? Auf diese Fragen muss eine schnelle Antwort gefunden werden; denn das Zeitfenster für eine umfassende Neuordnung der Finanzmärkte ist leider möglicherweise nur so lange offen, wie die Krise andauert. Das gilt insbesondere für den amerikanisch dominierten Einfluss auf den IWF.

Meine Damen und Herren, die Kernaufgabe des Internationalen Währungsfonds besteht in der Vermeidung von Krisen. In der Vergangenheit ist dies dem Fonds allerdings regelmäßig nicht gelungen, ob in der Asien-Krise oder im Vorfeld der heutigen Krise. Zu erwarten ist also vor allem, dass die Krisenprävention des IWF treffsicherer wird.

Das zentrale Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist - der Kollege Runde hat es schon erwähnt - die sogenannte Surveillance. Surveillance meint in diesem Zusammenhang erstens die wirtschaftspolitische Überwachung der Mitgliedstaaten und zweitens die Überwachung der nationalen Aufseher. Diese Aufgabe übt der IWF unter anderem durch seine Finanzsektorbewertungsprogramme bereits aus. Das muss weiter ausgebaut werden. Wir begrüßen daher die Zusage aller G-20-Länder, an diesem Programm teilzunehmen. Ehe diese Aufgabe erfüllt werden kann, muss klar sein, dass die Länder daran teilnehmen. Gerade die USA waren bisher nicht bereit, diese Aufsicht, die Surveillance, mitzutragen. Weitere Verbesserungen der Surveillance, insbesondere durch eine noch stärkere Ausrichtung der Analyse auf die Wechselwirkungen zwischen Finanzsektor und

realwirtschaftlicher Entwicklung, sind jedoch weiterhin erforderlich. Weitergehende Vorschläge, den IWF als einen globalen Finanzaufseher über weltweit operierende Finanzinstitute auszubauen, betrachte ich durchaus noch kritisch. Die fachlichen Kompetenzen des IWF liegen auf der makroökonomischen Ebene. Diese sollten weiter ausgebaut werden.

Im Allgemeinen ist die Regulierung und die Durchsetzung von Regulierung Aufgabe des Financial Stability Forum. Alle drei Bereiche - IWF, Finanzstabilitätsforum und nationale Aufsichtsbehörden - müssen zur Bewältigung dieser Aufgabe stärker zusammenarbeiten. Meine Damen und Herren, wenn wir uns über die jetzt vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen hinaus weiterhin über die Bundesregierung für die Reform des IWF im Sinne der genannten Zielsetzungen einsetzen sowie unsere Aufgaben im Financial Stability Forum wahrnehmen, werden wir damit wichtige Grundlagen für eine zukünftige internationale Finanzarchitektur legen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Axel Troost von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Gesetz erweckt unter den derzeitigen Bedingungen einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise schon einen eigentümlichen Eindruck. Wie keine andere internationale Institution steht der IWF für das neoliberale Leitbild freier Kapital- und Gütermärkte.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere steht er dafür, dass eine globale Institution von wenigen wirtschaftlich mächtigen Ländern, vor allem der G-7-Gruppe, beherrscht wird. Er wurde und wird eingesetzt, verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländern von außen eine Politik aufzuzwingen, die diesen Ländern in der Regel wenig oder nichts gebracht hat, in vielen Einzelfällen sogar dramatischen Schaden angerichtet hat.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: So ist es!)

Als Beispiele sei hier nur auf die katastrophalen Folgen seiner Strukturanpassungsprogramme und auf das totale Versagen bei der Finanzkrise in Südostasien Ende der 90er-Jahre verwiesen.

Es gibt also gute Gründe dafür, dass der IWF in fast allen Ländern des Südens das Image eines imperialen Einpeitschers genießt.

(Beifall bei der LINKEN)

Allen voran wird er als verlängerter Arm der USA wahrgenommen; aber auch Japan und Deutschland als die zweit- und drittgrößten Mächte im IWF werden zu Recht für diese Politik mit verantwortlich gemacht.

Das vorliegende Gesetz stellt vor diesem Hintergrund, zynisch gesagt, eine kleine Neujustierung zweier konkurrierender Prinzipien im IWF dar, nämlich einerseits des Demokratieprinzips der UNO und andererseits

des Prinzips des neokolonialen Feudalismus.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Also liberal nicht!)

Ein gewisser Grundbetrag der Stimmrechte im IWF wird nach dem Demokratieprinzip vergeben - je Land eine Stimme -, der Rest wird nach wirtschaftlicher Macht vergeben. Das vorliegende Gesetz erhöht nun den demokratischen Grundbetrag von unerträglichen 2 Prozent auf nicht weniger beschämende 5,5 Prozent. Anders ausgedrückt: Im IWF soll in Zukunft 3,5 Prozent weniger Feudalismus drin sein: statt früher 98 Prozent nun nur noch gut 94 Prozent.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch ein Wort zum Rückgang der deutschen Anteile: Hatten bislang die G-7-Länder knapp 44,6 Prozent der Stimmanteile, werden sie künftig 44,5 Prozent der Stimmanteile haben. Das ist sozusagen die Reform.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Ein Fortschritt!)

Natürlich könnte man sagen, das sei ein Schritt in die richtige Richtung. 3 Prozent weniger Diktatur sind ein Schritt in die richtige Richtung; aber 3 Prozent weniger Diktatur sind trotzdem kein Grund, sich für dieses Gesetz starkzumachen. Nicht nur aus diesem Grund lehnen wir das Gesetz ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderer Kritikpunkt betrifft den zweiten Teil des Gesetzentwurfes. Aufgrund seines zu Recht schlechten Rufes haben es die Entwicklungs- und Schwellenländer mit allen Mitteln vermieden, mit dem IWF Geschäfte zu machen. Dies trifft gerade auf die großen Schwellenländer in Asien, aber auch in Lateinamerika zu. Dies hat - das haben wir schon gehört - zu entsprechenden Einnahmeausfällen geführt. Diese müssen nun sozusagen ausgeglichen werden, indem zugelassen wird, dass das Vermögen des IWF auch anderweitig angelegt werden kann. Diese Bestandssicherung des IWF liegt aus unserer Sicht aber überhaupt nicht im Interesse der Menschen mit einem Anspruch an globale Gerechtigkeit und globale Demokratisierung. Die Linke ist keineswegs ein Gegner multilateraler Finanzinstitutionen. Ganz im Gegenteil: Für die Bewältigung der aktuellen Krise wäre uns nichts lieber als ein funktionsfähiges globales, multilaterales Institutionengefüge. Der IWF ist in dieser Form aber eben keine multilaterale demokratische Finanzinstitution, sondern eine Feudalinstitution.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Finanzierungsproblem des IWF hätte eine Chance geboten, ihn hinreichend zu schwächen, um endlich den Weg für einen wirklichen Neuanfang zu nutzen. Dies ist leider nicht passiert, im Gegenteil. Die nicht ganz unschuldigen Finanzkrisenopfer Pakistan, Ungarn, Lettland, Island und die Ukraine müssen für ihre Rettungskredite hohe Zinsen zahlen. Damit gibt es jetzt wieder neue Finanzierungsmöglichkeiten. Das bedeutet, dass die Reformfenster, die hier eben angedeutet worden sind, letztlich nicht genutzt werden können. Insofern sagt die Linke als einzige Fraktion in diesem Parlament Nein zu diesem Gesetz. Anders ausgedrückt: Der IWF braucht nicht 3 Prozent weniger Feudalismus,

sondern der größte Teil der Welt braucht 100 Prozent weniger von diesem IWF.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Gerhard Schick von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sollte man inmitten der Finanzkrise mit etwas mehr Verve und auch mit mehr Beteiligung dabei sein, wenn es um den zentralen Akteur geht, auf dem bezüglich einer Neubegründung des Weltfinanzsystems viele Hoffnungen ruhen. Meines Erachtens wäre das notwendig. Der Grund für diese fehlende Verve liegt darin - es ist schon erwähnt worden -, dass wir jetzt einen aus der heutigen Perspektive gesehen kleinen Baustein vor uns liegen haben, für den man sehr lange gebraucht hat. In Zukunft muss es genau umgekehrt funktionieren: Man muss in einem kurzen Zeitraum etwas sehr Großes verändern. Deswegen lohnt es sich auch, stärker in diese Richtung und weniger auf die Details der Quotenveränderung zu schauen, wenn wir heute miteinander über den Internationalen Währungsfonds diskutieren.

(Beifall des Abg. Peter Hettlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Über diese Quotenveränderung stimmen wir gleich ab. Ich finde, dass sie in die richtige Richtung geht; denn sie führt zu einer Stärkung der Entwicklungsländer, gerade der kleinsten und ärmsten Länder. Weil wir das für den richtigen Weg halten, werden wir zustimmen. Zwei zentrale Probleme des Internationalen Währungsfonds machen deutlich, dass etwas noch nicht stimmt. Das erste Problem sind die USA, die sich dem Kapitel Surveillance bisher verweigert haben und ihr Finanzsystem nicht in dieser Form überprüfen lassen wollen. Dies ist vielleicht einer der Gründe, warum wir heute eine internationale Finanzkrise dieses Ausmaßes haben. Der Internationale Währungsfonds oder eine andere Institution wird die Aufgabe der Surveillance natürlich nur dann erfüllen können, wenn auch die USA bereit sind, sich überprüfen zu lassen, anstatt eine Sonderrolle zu spielen. Bei den internationalen Verhandlungen wird das ein zentraler Knackpunkt sein, an dem man die neue Administration in den USA wird messen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Das zweite Problem des Internationalen Währungsfonds ist, dass er bei den Entwicklungs- und Schwellenländern das Vertrauen völlig eingebüßt hat. Durch viele falsche Empfehlungen - die ja nicht nur Empfehlungen waren, sondern deren Umsetzung erzwungen wurde - ist in großen Teilen der Welt keine Legitimation mehr vorhanden. Daran wird auch die jetzt vorgesehene Quotenänderung nichts korrigieren können.

Aber es besteht nicht nur ein Legitimationsproblem. Darüber hinaus haben viele Staaten versucht, sich durch sehr große Währungsreserven abzuschotten. Sie haben das Ziel verfolgt, eine eigene Versicherung aufzubauen,

weil sie die Versicherung IWF nicht mehr für tragfähig und plausibel gehalten haben. Auch diese internationalen Ungleichgewichte sind eine Basis der heutigen Krise. Deswegen wird es darum gehen, zentrale Veränderungen vorzunehmen. Sie werden durchaus den Kern des Internationalen Währungsfonds betreffen. Mehr noch als die jetzige Stimmrechtskorrektur ist selbstverständlich eine wirkliche Demokratisierung notwendig.

Einen weiteren Aspekt müssen wir ebenfalls ganz klar sehen und der Bundesregierung noch einmal als Auftrag mitgeben - auch wenn wir wissen, dass darüber diskutiert wird, kann man es nicht stark genug betonen -: Die Institution selbst muss deutlich anders aufgestellt werden. In der Anhörung wurde nachdrücklich herausgestellt, dass die makroökonomische Perspektive auf die weltwirtschaftlichen Entwicklungen einerseits und der mikroökonomische Blick auf den Finanzsektor andererseits bislang völlig auseinanderfallen, sodass die Ursachen, die zu der jetzigen Krise geführt haben, auch in der Analyse des Internationalen Währungsfonds nicht wirklich ausgemacht werden konnten. Es wird also tatsächlich um die Management- und Organisationsstruktur, aber ebenso um die ausreichenden und richtigen personellen Ressourcen gehen. Gerade angesichts der neuen Finanzmarktentwicklungen sollten die Mittel für den Fonds auch in dieser Hinsicht aufgestockt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Langfristig gehen unsere Überlegungen zur internationalen Finanzarchitektur allerdings über den Internationalen Währungsfonds hinaus. Sie bedarf einer neuen Organisationsform - auch die Kanzlerin hat diesen Gedanken aufgegriffen - im Rahmen der Vereinten Nationen in Form eines Wirtschaftsrats, die demokratisch legitimiert ist und die sich vor allem mit anderen Fragen, mit ökologischen und sozialen Standards, verknüpft, über die international diskutiert wird.

Das ist nichts, was heute auf dem Tisch liegt; aber ich halte es für wichtig, dass wir beim Thema „internationale Finanzarchitektur“ nicht zu kurz springen und nicht auf dem heutigen Stand der Diskussion bleiben, sondern uns tatsächlich überlegen, wie wir zu einer Struktur kommen, die solche Krisen, wie wir sie jetzt erleben, weniger leicht möglich macht, und die in der Krise eine glaubwürdige Versicherung ist, um Ländern zu helfen, die in Probleme geraten. Wir hoffen, dass es international in diese Richtung weitergeht. Auch da bestehen große Erwartungen; denn das Ziel, das beim G-20-Finanztreffen in Washington formuliert wurde, muss die Richtschnur für das internationale Finanzsystem sein: Kein Land, kein Institut und kein Produkt dürfen außerhalb von Aufsicht sein. Das ist noch längst nicht erreicht, aber dorthin muss der Weg führen, und in diese Richtung müssen wir weiterarbeiten.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Otto Bernhardt von der CDU/CSU-Fraktion.



(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die 185 Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds haben sich in einem zweijährigen Prozess auf zwei kleine Veränderungen geeinigt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Beide sind sinnvoll und notwendig; insofern ist dies sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich verhehle nicht, dass ich natürlich für diejenigen Verständnis habe, die monieren, dass in einem zweijährigen Prozess lediglich so geringe Veränderungen erreicht wurden. Dennoch ist klar, dass wir dem zustimmen. Der Kollege Runde hat recht: Es ist im Grunde genommen wie bei einem Staatsvertrag. Wir können Ja oder Nein sagen. Der Gedanke, wir blockierten diese Schritte, wäre selbstverständlich unverantwortlich.

Der Internationale Währungsfonds hat in der Welt ein Imageproblem; das muss man konstatieren. Dieser Fonds ist - ich sage es einmal vereinfacht - ein bisschen europa- und amerikalastig, zumindest im Ansehen,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ein bisschen, nur ein bisschen!)

und die Entwicklungs- und die Schwellenländer stehen dem Unternehmen distanziert gegenüber.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Wohl wahr!)

Natürlich wird das Ansehen des Internationalen Währungsfonds aufgrund der Veränderungen bei den Quoten und im Stimmrecht der Entwicklungs- und Schwellenländer, vorsichtig gesagt, nur geringfügig steigen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Ich sage das deshalb mit allem Ernst, weil wir uns vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise selbstverständlich einig sind, dass wir mehr Kompetenzen auf internationale Behörden übertragen müssen. Wir sind uns alle einig, dass wir mehr Transparenz und mehr Reglementierung brauchen und dass nationale Einrichtungen nicht ausreichen.

Als wir uns im Anhörungsverfahren mit der Frage beschäftigten, ob zum Beispiel der Internationale Währungsfonds neue Funktionen übernehmen könne - mir persönlich geht es vor allem um eine Aufsicht für die international tätigen Banken -, vermittelte sich mir folgender Eindruck: Mit einer Institution, die zwei Jahre benötigt, um diese kleinen Schritte zu unternehmen, werden wir die erforderlichen grundlegenden Veränderungen kaum hinbekommen. In diese Überlegungen will ich die Weltbank nicht einbeziehen, die bestimmte Funktionen sicherlich übernehmen könnte, andere aber nicht.

Es gäbe natürlich einen dritten Weg. Die Frage ist - ich habe sie in der Anhörung gestellt -: Müssen wir vor dem Hintergrund der neuen Aufgaben eine neue Institution schaffen? Persönlich bin ich zu dem Ergebnis gekommen: Wir haben zurzeit leider keine Zeit, um eine neue Institution aufzubauen. Da schließt sich der Kreis: Wir müssen im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten alles tun, damit der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gestärkt werden. Wir haben keine andere Möglichkeit.

Die Frage, was der Internationale Währungsfonds

wirklich leisten kann, wird auch von Fachleuten sehr unterschiedlich beurteilt. Ich persönlich glaube, wir müssen die vorhandenen Kapazitäten nutzen. Der Internationale Währungsfonds ist keine kleine Einrichtung. Diese Einrichtung hat immerhin 2 700 Mitarbeiter. Der Einfluss Deutschlands als einer von 185 Staaten - wir haben sozusagen einen Anteil von 5 Prozent und gehören damit schon zu den Großen - ist begrenzt. Das entscheidende Problem aber ist, dass die USA und Europa alles blockieren können; denn um etwas durchsetzen zu können, braucht man eine Mehrheit von 85 Prozent. Wenn ich mich nicht verrechnet habe, können die USA auch nach diesen kleinen Veränderungen noch immer allein alles blockieren, und wenn sich drei europäische Länder einig sind - Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland -, dann reicht auch das. Abschließend sage ich deshalb: Wir sind froh, dass es gelungen ist, einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass wir einen starken Internationalen Währungsfonds und eine starke Weltbank benötigen. Ich verhehle nicht, dass wir uns mehr hätten vorstellen können; aber Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungen des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11664, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/10535 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen. Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2009 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2009)

- Drucksache 16/10663 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- Drucksache 16/11628 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Dr. Herbert Schui

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die Reden zu Protokoll genommen. Es handelt sich um die Reden der Kollegen Hans Michelbach, Garrelt Duin, Ernst Burgbacher, Dr. Herbert Schui und Hans-Josef Fell.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

In der Krise geht es ganz wesentlich darum, die Substanz der deutschen Volkswirtschaft zu schützen. Die Betriebe

und ihre Arbeitnehmer, insbesondere im Mittelstand, sind der Schlüssel für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. In Bereichen wie Energie und Umweltschutz, Medizintechnik, Verkehrstechnik, Maschinenbau und moderne Werkstoffe entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Damit diese Chancen erhalten bleiben, ist vor allem eine sichere Kreditversorgung für die Unternehmen notwendig.

Unser Ziel, die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand konkret und gerade jetzt zu verbessern, hat oberste Priorität. Denn nach wie vor haben vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch Unternehmerpersönlichkeiten, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, ein zu geringes Eigenkapitalpolster oder Probleme bei der Fremdfinanzierung. Dies verschärft sich natürlich in Zeiten der Finanzkrise noch. Wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern gerade auch über Gründungen von Unternehmen spreche, dann sagen sie mir: Das zentrale Problem ist die Finanzierung. Die KfW hat einige nicht akzeptable Managerfehler zu verkraften und es ist ein starker Gewinneinbruch zu erwarten. Dies darf aber nicht zulasten der Mittelstandsförderung gehen. Mein Ziel als Vorsitzender des Unterausschusses „ERP-Wirtschaftspläne“ ist es, die Substanz und Förderkraft des ERP-Sondervermögens in voller Höhe zu erhalten. Deshalb hat der Unterausschuss „ERP-Wirtschaftspläne“ auch darauf gedrungen, dass zwischen dem BMF und dem BMWi eine Vereinbarung zum dauerhaften Ausgleich der Verluste bei der KfW geschlossen wird. Unter Begleitung des Bundesrechnungshofes wurde im Dezember vergangenen Jahres kurzfristig eine Vereinbarung erarbeitet, die den dauerhaften Erhalt der Substanz des ERP-Sondervermögens gewährleistet. Die Vereinbarung gewährleistet den Erhalt des fortgeschriebenen Gegenwertaufkommens des ERP-Sondervermögens nicht nur im Hinblick auf die Ausfälle infolge der IKB-Belastungen, sondern auch bei sonstigen Belastungen aus dem Ergebnis der KfW. Trotz der Finanzkrise und „geschwächter“ KfW wird also die ERP-Wirtschaftsförderung im bisherigen Umfang und bisheriger Qualität fortgeführt. Das ist die gute Nachricht. Mit dem ERP-Wirtschaftsplan 2009 kann ein Volumen von rund 4,8 Milliarden Euro für neue Zusagen in 2009 für die einzelnen Förderschwerpunkte bereitgestellt werden. Diese Steigerung im Vergleich zum 4-Milliarden-Euro-Planvolumen des Jahres 2008 ergibt sich aus den Maßnahmen der Bundesregierung zum Wachstumspaket. Mit Bundesmitteln wird der ERP-Startfonds um 200 Millionen Euro, das ERP-Innovationsprogramm um 300 Millionen Euro sowie das Energieeffizienzprogramm um 300 Millionen Euro aufgestockt. Die Schwerpunkte der ERP-Finanzierungshilfen in 2009 sind: die Förderung von Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, der Aufbau und die Modernisierung bestehender Unternehmen im Osten und in regionalen Fördergebieten im Westen, die Innovationsförderung, die Förderung von Umweltschutzinvestitionen, die Förderung von Beteiligungskapital. Rund 1,7 Milliarden Euro Fördervolumen stehen für Maßnahmen in den

neuen Bundesländern zur Verfügung. Mit diesen Ansätzen kann der zu erwartenden Nachfrage nach ERP-Darlehensmitteln in 2009 entsprochen werden.

In den rund 4,8 Milliarden Euro sind rund 1,6 Milliarden Euro für Mezzanin-Produkte der Programme „ERPKapital für Gründung“ und „ERP-Innovationsprogramm“ vorgesehen. Mit der verstärkten Gewährung von eigenkapitalähnlichen Nachrangdarlehen wird der häufig gegebenen Eigenkapitalschwäche bei Gründern und kleinen und mittleren Unternehmen und den höheren Risiken von innovativen Vorhaben Rechnung getragen. Betrieblicher Umweltschutz kann im ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm gefördert werden. Der Planansatz von jetzt 2,2 Milliarden Euro beinhaltet auch den seit dem 1. Januar 2008 gestarteten „Energie-Effizienzfonds für kleine und mittlere Unternehmen“. Der ERP-Wirtschaftsplan 2009 leistet mit diesen Förderansätzen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen und der Freien Berufe und trägt zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze bei.

Das von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ schlägt sich auch im ERP-Wirtschaftsplangesetz 2009 nieder. Um auch in schwierigen Zeiten Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, werden die Mittel der KfW im Bereich der Innovationsförderung und -umsetzung deutlich verstärkt. Gleichzeitig soll die KfW ihr Angebot an Beteiligungskapital aufstocken, damit innovative Unternehmen einfacher zu einer Anschlussfinanzierung finden. Aus diesem Grund werden der ERP-Startfonds um 200 Millionen Euro sowie das ERP-Innovationsprogramm und das ERP-Energieeffizienzprogramm um jeweils 300 Millionen Euro aufgestockt. Damit erhöht sich das Zusagevolumen des ERP-Wirtschaftsplans für 2009 von ursprünglich 4 Milliarden Euro auf nunmehr 4,8 Milliarden Euro.

Die Mittel für die Aufstockung der drei ERP-Programme werden aus dem Einzelplan 09 des Bundeshaushalts zur Verfügung gestellt. Dafür sind in 2009 insgesamt 19 Millionen Euro vorgesehen sowie weitere 161 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen bis 2019. Die Zinszuschüsse aus dem Bundeshaushalt zur Leistungssteigerung mittelständischer privater Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft erhöhen sich von ursprünglich 21,68 Millionen Euro auf 40,68 Millionen Euro.

Ich kann Ihnen heute versichern, dass ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen werde, dass dem Mittelstand weiterhin so viel Förderung wie möglich zugutekommt. Denn eins weiß ich als Unternehmer nur zu gut: Die Gründung und der Erhalt eines Unternehmens und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen und fallen mit der Finanzierung.  
Garrelt Duin (SPD):

Wenn man sich die Geschichte der ERP-Förderung anschaut, liest sie sich wie die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandortes Deutschland: angefangen vom rudimentären Wiederaufbau über die Unterstützung exportintensiver Industrien und Investitionen sowie den Umweltschutz bis hin zu Beteiligungskapital für technische Innovationen. Anhand dieser Entwicklung wird ganz klar,

welche Bedeutung das ERP für zahlreiche Wirtschaftsunternehmen, aber auch für die wirtschaftliche Position Deutschlands weltweit hat.

Wir beraten heute abschließend den Gesetzentwurf über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2009. Insgesamt sieht der Gesetzentwurf zur Förderung der deutschen Wirtschaft die Bereitstellung von 462 Millionen Euro vor. Das Zusagevolumen des ERP-Wirtschaftsplans 2009 für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft – insbesondere des Mittelstandes – und Angehörige freier Berufe hat ursprünglich 4 Milliarden Euro betragen. Durch das von uns beschlossene Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ wurde eine Aufstockung der Innovationsförderung sowie der Maßnahmen zur Umwelt- und Energieeinsparung um insgesamt 800 Millionen Euro erforderlich.

Diese Zahlen bestätigen, dass die ERP-Förderung für den Standort Deutschland von herausragender Bedeutung und eine wichtige Basis ist. Vorrangiges Ziel ist und bleibt es, die Investitionsfähigkeit mittelständischer Unternehmen langfristig zu sichern und die Gründung neuer Unternehmen zu unterstützen. Das Fördervolumen und die Förderintensität des ERP bleiben dabei bestehen. Das in der KfW angelegte Sondervermögen bleibt ausdrücklich weiterhin der Wirtschaftsförderung erhalten. Wir wollen mit der Umsetzung des Wirtschaftsplans 2009 weiterhin zukunftsorientierte Akzente setzen. Unsere Politik setzt eindeutige Zeichen für nachhaltige Belebung und Stützung der wirtschaftlichen Dynamik im Mittelstand. Die ERP-Förderung von Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen stärkt den Standort Deutschland und damit die Position im Rahmen des europäischen und des globalen Standortwettbewerbs. Daher ist das ERP gerade in strukturschwachen Regionen ein wichtiges Fördermittel. Mit dieser bedarfsorientierten Förderung haben wir genau ins Schwarze getroffen. Nicht zuletzt stellt die ERP-Förderung einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme dar. Denn neue Betriebe und die Ausweitung mittelständischer Unternehmen wirken sich positiv und nachhaltig auf den Arbeitsmarkt aus.

Die Finanzierung betrieblicher Umweltprojekte und neuer Energiequellen leistet einen wichtigen Beitrag für unsere ökologischen Zielsetzungen. Gerade in diesen unsicheren Zeiten, in denen sich die weltweite Wirtschaft befindet, ist es wichtig, den Unternehmen den Rücken zu stärken und ihnen nachhaltige Strukturen zu bieten. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Krise die Schließung zahlreicher wettbewerbsfähiger Unternehmen zur Folge hat und Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr sind. Die ERP-Förderung ist an dieser Stelle ein Standbein einer nachhaltigen Mittelstandspolitik. Und das ist doch genau das, was wir mit unserer Politik erreichen wollen: Wir wollen den Mittelstand in Deutschland auch in Krisenzeiten stärken.

Ernst Burgbacher (FDP):

Mittlerweile werden seit mehr als einem halben Jahrhundert kleine und mittlere Unternehmen über das Sondervermögen des European Recovery Program gefördert.

Bereits 1949 kam es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA zu einem Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das am 1. Februar 1950 in Kraft trat. Das Abkommen bestimmte die Verwaltung einer Summe von damals 6 Milliarden DM als sogenanntes Sondervermögen. Dieses sollten Unternehmen zu Protokoll gegebene Reden zum Aufbau der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten deutschen Wirtschaft erhalten. Im Laufe der Jahre wuchs das ERP-Sondervermögen auf einen Bestand Ende 2007 von mehr als 13 Milliarden Euro. Diese erheblichen finanziellen Mittel kamen und kommen der mittelständischen Wirtschaft in Form von vergünstigten Krediten und sonstigen Förderleistungen zugute. Das Instrument der Mittelstandsförderung über ERP-Mittel ist gerade in der jetzigen Situation des wirtschaftlichen Abschwungs besonders bedeutsam.

Für das laufende Jahr beträgt das Fördervolumen 368 Millionen Euro. Insbesondere der Mittelstand und die freien Berufe erhalten im Rahmen der veranschlagten Mittel zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital. Damit leistet das ERP-Sondervermögen einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Der Mittelstand ist auf diese Fördermittel angewiesen. Deshalb ist es für die FDP auch bedauerlich, dass das Bundesfinanzministerium eine frühzeitige Verabschiedung des Wirtschaftsplanes vereitelt hat. Dass dieser Wirtschaftsplan erst im Jahr 2009 und nicht bereits am Ende des vergangenen Jahres verabschiedet werden konnte, liegt an den schwierigen Verhandlungen, die mit dem Bundesfinanzministerium über den Substanzerhalt des ERP-Sondervermögens geführt werden mussten. Wir haben im ERP-Unterausschuss dafür gestritten, dass der Substanzerhalt des ERP-Vermögens, das heißt die gesamte Fördersumme von 13 Milliarden Euro, auch in Zukunft für die Mittelstandsförderung zur Verfügung steht. Wir haben dafür gestritten, dass das Finanzministerium den gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen nachkommt und letztlich zumindest für das Wirtschaftsjahr 2009 eine vertragliche Vereinbarung erreicht. Dennoch muss auch hier in aller Offenheit gesagt werden, dass wir uns vor allem eine Vereinbarung gewünscht hätten, die die gesetzlichen Verpflichtungen des Finanzministeriums enthalten hätte, vor allem also einen umfassenden und dauerhaften Substanzerhalt, einen Erhalt der Fördermasse des ERP-Vermögens für den deutschen Mittelstand. Der beste Substanzerhalt wäre es jedoch gewesen, wenn die unsägliche Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die KfW rückgängig gemacht worden wäre. Dies haben wir wiederholt gefordert, und dies wäre der beste Weg zu einem gesicherten Substanzerhalt. Aus dem Bericht des Bundesrechnungshofs an den Unterausschuss für die ERP-Wirtschaftspläne vom 12. Juni 2008 zur Umsetzung der Neuordnung des ERP-Sondervermögens wird ersichtlich, dass die Neuordnung des Sondervermögens zu einer Hebung von stillen Reserven und deren Transfer zum Bundesministerium der Finanzen geführt hat. Das BMF erlangte hierdurch einen finanziellen Vorteil von rund 373 Millionen Euro auf Kosten des ERP-Sondervermögens. Diese Summen hätten ebenfalls

in den Wirtschaftsplan eingestellt werden müssen und dem Fördervolumen hinzugerechnet werden sollen. Im Interesse des deutschen Mittelstands und zur Stimulierung des Investitionsverhaltens von kleinen und mittleren Unternehmen bedarf es kurzfristig geeigneter Maßnahmen zum langfristigen Erhalt von Substanz und Fördervolumen des ERP-SV im vereinbarten Rahmen. Ohne derartige Regelungen weist der Wirtschaftsplan in wichtigen Bereichen Fehler auf, die eine Ablehnung rechtfertigen. Die mittelständische Wirtschaft hätte es verdient, mit allen erdenklichen finanziellen Mitteln gefördert zu werden. Diesem Anspruch wird der vorgelegte Wirtschaftsplan leider nicht gerecht.

Dr. Herbert Schui (DIE LINKE):

Die Finanzkrise zeigt: Die Neuordnung des ERP-Sondervermögens war eine völlig verfehlte Entscheidung.

Die Übertragung des ERP-Sondervermögens an die KfW bzw. zum Teil in den Bundeshaushalt schafft eine Lage, in der zunehmend ungewiss ist, ob das Sondervermögen seinen Aufgaben bei der Mittelstandsförderung geordnet nachkommen kann. Der Grund hierfür ist vor allem, dass die KfW im Rahmen der Finanzkrise vermehrt von anderen Aufgaben in Anspruch genommen wird.

Leistungsfähiger ist das Sondervermögen durch die Eingliederung nicht geworden. Dies war schon zum Zeitpunkt seiner Neuordnung abzusehen. Alle Kritiker der Opposition, die zu diesem Zeitpunkt Zweifel hatten am Substanzerhalt des Vermögens, müssen sich bestätigt sehen. Die Regierungsfractionen sind zu immer komplizierteren Sicherungsaktionen gezwungen.

Wie in den mündlichen und schriftlichen Verlautbarungen deutlich zu spüren ist, wissen selbst die Spitzen der beiden beteiligten Ministerien nicht, welche Sicherungen des Sondervermögens auf welche Weise funktionieren sollen. Der Substanzerhalt ist offenbar nicht gewährleistet. Mit Krediten von der KfW an das ERP-Sondervermögen wird versucht, das zu verschleiern. Solche Winkelbuchungen können zwar die Liquidität sicherstellen, nicht aber die Substanz.

Die Koalitionsfractionen sollten daher den Mut aufbringen, die am 26. Juni 2007 in Kraft getretene Neuordnung des ERP-Sondervermögens wieder rückgängig zu machen. Eine noch bessere Lösung wäre, das Sondervermögen zu einem Fonds auszubauen, der industriepolitisch handlungsfähig ist. In der gegenwärtigen Krise ist hier vor allem an die Zulieferindustrie der Autobranche zu denken oder an Unternehmen des Maschinenbaus, denen die sinkenden Exporte sehr zu schaffen machen. Allgemein führt an einer Umstellung auf wertschöpfungsintensive Qualitätsprodukte sowie energie- und rohstoffeffiziente Produkte und Produktionsweisen kein Weg vorbei. Dies ist vorzuziehen einem Anpassungsmechanismus, den der Markt erzwingt: Schließung von Werken, Streichung von Arbeitsplätzen, steigende Unternehmenskonzentration, Personalkosteneinsparungen oder Streichung von Umweltauflagen.

Um das zu vermeiden, ist Industriepolitik notwendiger denn je. Kredite oder Subventionen des ERP-Sondervermögens in einem industriepolitischen Fonds müssten an Bedingungen geknüpft werden, die solch einen Umbau

ermöglichen. Der Fonds selbst unterliegt dabei wieder der Kontrolle des Parlamentes, wie es vor Neuregelung des ERP-Sondervermögens bereits der Fall war. So könnten sinnvolle Innovationen durch das ERP-Sondervermögen angestoßen werden. In einem zweiten Schritt könnten die Konzerne mit ihren Gewinnen an den Kosten des Fonds beteiligt werden, um ihn weiter auszubauen.

Zu Protokoll gegebene Reden

Der hier zur Abstimmung stehende ERP-Wirtschaftsplan enthält natürlich keinerlei Ansatz zu einem industriepolitisch handlungsfähigen Fonds. Dennoch wäre es falsch, den Wirtschaftsplan abzulehnen. In einer Situation, in der die Kreditbeschaffung für viele KMU schwieriger wird, trifft eine Ablehnung vor allem die Unternehmen und nicht die Regierung. Davon hätte niemand was. Die Finanzierungen aus dem ERP-Sondervermögen werden im Moment besonders benötigt. Daher stimmen wir diesem Gesetz zu.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn es darum geht, Geld zu verbrennen, hat die Bundesregierung wahre Meisterschaft entwickelt. Nur wenige Wochen nachdem der Bundestag von der Bundesregierung dazu gedrängt wurde, einen Großteil der ERP-Mittel an die KfW zu geben, wurde die KfW vom Bundesfinanzminister dazu bemüht, einen relevanten Teil ihres Eigenkapitals bei der IKB zu verbrennen. Das ERP-Sondervermögen hatte das Pech, dass es mittlerweile den größten Teil seines Vermögens in die KfW investiert hatte. Folglich muss es auch einen großen Teil der Verluste tragen. Der Schaden für das ERP-Sondervermögen dürfte zwischen 4 und 4,5 Milliarden Euro betragen. Die Bundesregierung und die KfW taten alles, um diesen Substanzverlust zu übertünchen. Allerdings ließ sich das geschrumpfte Vermögen in der Finanzplanung nicht mehr verheimlichen. Insbesondere die Berichte des Bundesrechnungshofes zeigten auf, dass die Substanz des ERP-Sondervermögens reduziert ist und dass in den nächsten Jahren ein Rückgang der Förderung zu befürchten ist. Die Tragik für den Mittelstand liegt darin, dass genau dann, wenn die KfW und das ERP-Sondervermögen besonders gebraucht werden, diese staatlichen Geldgeber ausgedörrt sind. Jetzt zu Beginn der Wirtschaftskrise sind die wichtigsten Finanzierungsinstrumente weitgehend lahmgelegt.

Das BMF hatte im Februar 2008 zugesagt, dass die Schäden, die das ERP-Sondervermögen aus den IKB-Verlusten erleidet, ausgeglichen werden sollen. Im BMF hatte man aber keine Sekunde daran gedacht, dieses Versprechen zu halten. Es bedurfte monatelangen parteiübergreifenden Drucks des ERP-Unterausschusses, bis sich das BMF dazu durchringen konnte, seine Zusage vor Jahresende 2008 auch einzuhalten. Mittlerweile liegt eine Teillösung des Problems vor. Die Förderfähigkeit des ERP-Sondervermögens ist auf absehbare Zeit sichergestellt. Das Gleiche lässt sich für die Substanz des ERP-Sondervermögens leider nicht behaupten. Diese ist aufgrund des Zusammenschrumpfens der stillen Rücklagen in der gebeutelten KfW deutlich geschrumpft. Immerhin konnte man sich in Abstimmung mit dem Bundesrechnungshof aber auf einen Substanzbegriff einigen, der eine



Bodenlinie gezogen hat, auf deren Basis man jetzt weiterarbeiten kann.

Angesichts der heutigen Wirtschaftslage sollte es aber nicht mehr darum gehen, das Schlimmste bei dem wichtigsten Förderinstrument des Mittelstandes zu verhindern. Vielmehr müsste das ERP-Sondervermögen gerade jetzt gestärkt werden, damit es in der Kreditklemme den mittelständischen Unternehmen aushelfen kann. Doch weder im ersten noch im zweiten Konjunkturpaket hat die Bundesregierung diesbezüglich Maßnahmen ergriffen. Dies sollte korrigiert werden. Die Bundesregierung will Hunderte Milliarden für die Finanzmärkte zur Verfügung stellen. Die Stärkung des ERP-Sondervermögens und der KfW hat sie in all der Eile übersehen. Dies muss jetzt korrigiert werden.

Wir können dem vorliegenden Wirtschaftsplan nicht zustimmen, weil der faktische Substanzverlust der stillen Rücklagen mit dem Wirtschaftsplan abgesegnet wird. Zudem sind Substanzerhalt und Förderkraft nicht langfristig garantiert. Das Bundesfinanzministerium hatte sich dagegen gestäubt, eine entsprechende Garantieerklärung abzugeben. Damit bleibt die Sorge berechtigt, dass das Bundesfinanzministerium auch in Zukunft versucht sein könnte, sein Wort zu brechen. Die Details des Wirtschaftsplans zeigen erneut grundsätzlich die große Bedeutung des ERP-Sondervermögens auf - auch und gerade in Krisenzeiten. Die Regierungspolitik der letzten Jahre zeigt leider auf, dass die Bundesregierung hier großen Schaden angerichtet wird, der auch mit den jüngsten Beschlüssen nicht gänzlich behoben wird.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11628, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/10663 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung: Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Dr. Norman Paech, Hüseyin-Kenan Aydın, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
Abschiebestopp und Schutz für Flüchtlinge aus Afghanistan

- Drucksachen 16/5141, 16/6778 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Reinhard Grindel

Rüdiger Veit

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Sevim Dagdelen

Josef Philip Winkler

Auch hier werden, wie in der Tagesordnung ausgewiesen, die Reden zu Protokoll genommen. Es handelt sich um die Reden der Kolleginnen und Kollegen Helmut Brandt, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff, Sevim Dagdelen und Josef Philip Winkler.

Helmut Brandt (CDU/CSU):

Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag der Fraktion Die Linke vom 25. April 2007. In ihrem Antrag fordert die Fraktion Die Linke die Bundesregierung auf, sich aufgrund humanitärer Aspekte für eine Aussetzung der Abschiebungen von Flüchtlingen aus Afghanistan einzusetzen. Der Antrag der Fraktion Die Linke ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Zum einen verkennt der Antrag die Rechtspraxis sowie die Zuständigkeiten in unserem föderalen System. Der zweite wesentliche Grund für die Ablehnung ist der, dass der Antrag der Fraktion Die Linke durch einen Beschluss der Innenministerkonferenz vom 24. Juni 2005 überholt ist.

Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Grundsätze zur Behandlung afghanischer Staatsangehöriger, die nicht über einen legalen Aufenthaltstitel verfügen, sehen konkret Folgendes vor: Abgeschoben werden nur Straftäter und sonstige Personen, die die innere Sicherheit in Deutschland gefährden. Darüber hinaus werden alleinstehende Männer, die sich zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Innenministerkonferenz am 24. Juni 2005 noch nicht länger als sechs Jahre in Deutschland aufgehalten haben, zurückgeführt. Besondere Bleiberechtskriterien wurden für Familien mit minderjährigen Kindern entwickelt.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, dass Flüchtlinge aus Afghanistan mit großer Sensibilität zu behandeln sind und vor einer Abschiebung in jedem einzelnen Fall sorgfältig geprüft werden muss, ob diese insbesondere vor dem Hintergrund humanitärer Erwägungen vertretbar ist oder nicht.

Afghanistan befindet sich nach einem 23 Jahre dauernden Bürgerkrieg und kriegesischen Auseinandersetzungen nach wie vor in einem schwierigen und langwierigen Wiederaufbauprozess. Es werden auch in Zukunft noch viele Anstrengungen nötig sein, um die bereits erzielten Stabilisierungserfolge zu sichern und die Zukunftsperspektiven für die afghanische Bevölkerung zu verbessern. Auch die in vielen Regionen nach wie vor sehr schwierige Sicherheitslage in Afghanistan kann und soll nicht in Abrede gestellt werden. All dies wurde durch die Innenministerkonferenz hinreichend gewürdigt und bei ihrem Beschluss auch berücksichtigt. Dementsprechend eng wurden die Kriterien und der Personenkreis für eine mögliche Rückführung gefasst.

Aufgrund dieser sehr restriktiven Grundsätze erfolgen derzeit auch nur wenige zwangsweise Rückführungen; dies auch, da der Vorrang gilt, dass freiwillige Rückkehrungen unterstützt werden sollen.

So wurden im Jahr 2007 95 Personen aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben. Im Jahr 2008, und zwar in der Zeit von Januar bis November 2008, waren es 83 Afghanen, die abgeschoben wurden, also kein signifikanter

Anstieg der Zahl der Betroffenen.

An dieser Stelle ist übrigens ein Vergleich mit unseren Nachbarstaaten interessant. Eine Betrachtung der Rückführungszahlen unserer europäischen Nachbarländer, beispielsweise aus Großbritannien oder aus Frankreich, offenbart nämlich, dass deutlich weniger Afghanen aus Deutschland in ihr Heimatland zurückgeführt werden als aus unseren Nachbarländern. Großbritannien hat mit der afghanischen Regierung ein Abkommen geschlossen, das die Rückführung von bis zu 80 Personen pro Monat erlaubt. Tatsächlich werden von dort derzeit circa 50 Personen pro Monat zurückgeführt.

Die deutschen Zahlen und der europäische Vergleich zeigen, dass die zuständigen Behörden der Bundesländer in dieser Problematik mit dem nötigen Augenmaß verfahren. Damit ist der mit diesem Antrag verbundene Versuch, das rechtsstaatliche Handeln insbesondere des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge infrage zu stellen, gescheitert.

Beachtlich sind auch andere Zahlen, die in diesem Zusammenhang einmal genannt werden sollen. So sind seit der Entmachtung des Taliban-Regimes allein 4,5 Millionen Afghanen aus den unmittelbaren Nachbarländern Pakistan und Iran zurückgekehrt. Diese Zahl unterstreicht, dass grundsätzlich die Menschen auch bestrebt sind, wieder in ihr Heimatland zurückzukehren und am Wiederaufbauprozess teilzuhaben. Dieser stellt für Afghanistan eine ganz besonders große Herausforderung dar.

Unser Land trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass der Wiederaufbau in Afghanistan voranschreitet. Dabei ist auch nicht zu verkennen, dass sich die Menschenrechtssituation in Afghanistan sukzessive verbessert.

Traurig ist allerdings in diesem Zusammenhang auch, dass sich die Linke gerade bei notwendigen Beschlüssen zur Sicherung und Wiederherstellung eines stabilen Friedensprozesses in Afghanistan immer wieder verweigert.

Ich bin der Ansicht, dass der Beschluss der Innenministerkonferenz alle wesentlichen Gesichtspunkte berücksichtigt hat. Dazu gehört selbstverständlich auch unser Interesse daran, keine Afghanen, die sich in Deutschland strafbar gemacht haben und die ein Sicherheitsrisiko für uns darstellen, hierzubehalten. Vielmehr unterstützen wir hier eindeutig die von der Innenministerkonferenz im Jahr 2005 bereits gefassten Beschlüsse.

Dazu gehört ebenso die nach wie vor prekäre Sicherheitslage in Afghanistan. An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass die Bundesländer und auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen, ob eine Abschiebung erfolgen kann oder nicht, und dabei insbesondere auch humanitäre Gesichtspunkte angemessen berücksichtigen und prüfen.

Dazu gehört aber auch nicht zuletzt die Erwägung, dass Afghanistan darauf angewiesen ist, dass die Afghanen in ihr Heimatland zurückkehren, die aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Erfahrungen im Ausland in der Lage sind, sich am Wiederaufbau Afghanistans aktiv zu beteiligen. Für den gesamten Wiederaufbauprozess sind sie ein unverzichtbarer Teil.

Abschließend möchte ich noch auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel aus dem vergangenen Jahr verweisen. Nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes besteht gerade kein genereller Abschiebeschutz für Flüchtlinge aus Afghanistan. Vielmehr können nach dieser Entscheidung in einem entsprechenden Musterprozess junge, arbeitsfähige Männer ohne familiäre Bindungen in ihr Heimatland abgeschoben werden. Das Gericht hat dabei hervorgehoben, dass Ausnahmen nur dann gelten, wenn besondere individuelle und existenzielle Risiken bestehen. Genau dies sind die Kriterien, die von den Innenministern der Länder und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angewendet werden.

Wir alle, auch Sie von der Fraktion Die Linke sollten aktiv daran mitwirken, dass der Wiederaufbauprozess in Afghanistan erfolgreich abgeschlossen werden kann, sodass die Afghanen, die im Ausland Zuflucht gesucht haben, in ihr Heimatland zurückkehren können.

Rüdiger Veit (SPD):

Zweifelsohne ist die Sicherheitslage in Afghanistan alles andere als zufriedenstellend. Zwar seien Fortschritte im Norden und Westen des Landes klar erkennbar, so der Außenminister nach einem Besuch im Juli 2008 in Afghanistan, allerdings könne nicht verschwiegen werden, dass sich die Sicherheitslage sogar verschlechtert habe. Dem muss Rechnung getragen werden. Allerdings kann zum Beispiel subsidiärer Schutz nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG immer nur nach einer Einzelfallprüfung erteilt werden und nicht generell. Dabei ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts eine Aussetzung der Abschiebung einer Bevölkerungsgruppe nur dann möglich, wenn man die Bevölkerungsgruppe generell sehenden Auges in den Tod treiben würde. Davon gehen die Gerichte bezüglich Afghanistans jedoch zurzeit nicht aus. Bei der Einzelfallprüfung muss stets eine extreme Gefahr vorliegen. In Anbetracht der derzeitigen Lage in Afghanistan bejaht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine solche extreme Gefahr in der Regel für besonders gefährdete Personengruppen wie alleinstehende Frauen mit kleinen Kindern, kranke und alte Menschen. Insofern ist das, was der vorliegende Antrag fordert, bereits herrschende Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Auch die geltende Beschlusslage der Innenministerkonferenz zu Rückführungen nach Afghanistan sieht eine differenzierte Vorgehensweise vor, wobei Straftäter und alleinstehende junge Männer, die sich noch nicht länger als sechs Jahre in Deutschland aufhalten, vorrangig abgeschoben werden sollen. Im Jahr 2008 hat das BAMF insgesamt 3 765 Widerrufsprüfungsverfahren bei Afghanistanflüchtlingen eingeleitet. Diese relativ hohe Zahl erklärt sich aus der Verpflichtung des Amtes, gemäß § 73 Abs. 2 a AsylVfG nach drei Jahren bei einer positiven Entscheidung das weitere Vorliegen der schutzbegründenden Voraussetzungen zu überprüfen und daraufhin eine Mitteilung an die Ausländerbehörde zu machen, und nicht etwa daraus, dass das BAMF der Meinung war, bezüglich Afghanistan habe sich die Situation entschärft. Das Gegenteil ist der Fall, wie man am Ausgang der

Überprüfungsverfahren erkennen kann: In lediglich 204 Fällen erfolgte ein Widerruf. In der ganz überwiegenden Zahl der Fälle, nämlich bei 3 561 Personen – das sind etwa 95 Prozent – war dies nicht der Fall. Es ist mithin nicht zu erkennen, dass das BAMF hier einer Ermahnung und des Hinweises auf die prekäre Lage in Afghanistan bedarf. Im Regelfall werden zudem die Personen, bei denen nach Überprüfung der Flüchtlingseigenschaft bzw. des subsidiären Schutzes kein Widerruf erfolgt ist, nun eine Niederlassungserlaubnis erhalten können.

Von den 560 im vergangenen Jahr in der Zeit von Januar bis November 2008 gestellten Erstanträgen von Flüchtlingen aus Afghanistan wurden bis jetzt 5 Personen als Asylberechtigte anerkannt, 70 Personen erhielten den Flüchtlingsstatus nach der GFK gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG, und 86 Personen erhielten Abschiebeschutz. In 135 Fällen kam es zu einer sonstigen Erledigung des Verfahrens; in lediglich 56 Fällen kam es zu einer Ablehnung. Auch diese Zahlen belegen, dass das BAMF mit Flüchtlingen aus Afghanistan durchaus verantwortungsbewusst und mit Augenmaß vorgeht. Soweit also die Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in dem Antrag angesprochen ist – und damit die unmittelbare Zuständigkeit des Bundesministers des Inneren –, wird dem Anliegen der Antragsteller weitestgehend entsprochen.

Im Übrigen muss ich leider empfehlen, den Antrag abzulehnen, denn mehr als die oben dargestellte differenzierte Behandlung durch die Länderinnenminister – vergleiche auch ihre Beschlusslage auf den Innenministerkonferenzen – ist von dort nicht erreichbar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):

Menschenrechtsgruppen warnen schon seit langem vor einer Abschiebung von Flüchtlingen in das vom Krieg zerstörte Land. Es gebe für sie keine ausreichende Sicherheit und Versorgung. Grundsätzlich ist allerdings zu sagen: Ein genereller Abschiebestopp, wie ihn die Linkspartei hier für Afghanistan (wie auch für zahlreiche andere Länder) fordert, ist ein Notfallinstrument für akute Krisenentwicklungen. Afghanistan ist aber fraglos eine Dauerkrise.

Gerade vor dem Hintergrund der Verantwortung für andere Fälle muss die Notwendigkeit eines Abschiebestopps immer genau geprüft werden. Der generelle Abschiebestopp ist ein Instrument, das nicht inflationär verwendet werden darf. Die Linke spricht sich gegen das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan aus, durch das die Situation der Menschen dort bereits wesentlich verbessert wurde. Die Einbringung dieses Antrages wirkt auch vor diesem Hintergrund widersprüchlich. Die Linke hält die Zivilbevölkerung sogar gerade durch die internationalen Truppen – das heißt: auch durch die Bundeswehr – für bedroht. Solche populistischen Schuldzuweisungen kann die FDP nicht mittragen.

Die Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union durch die Bundesregierung

Zu Protokoll gegebene Reden

und der Kompromiss der Innenministerkonferenz zum Bleiberecht sind in mancherlei Hinsicht problematisch.

Die Zuwanderung insgesamt bedarf der Erörterung. Ein umfassendes Konzept zur Zuwanderungssteuerung fehlt nach wie vor. Der Antrag der Linkspartei ist in seiner Analyse der politischen und menschenrechtlichen Situation in Afghanistan zudem nicht mehr auf dem aktuellen Stand.

Vor diesem Hintergrund bezweifelt die FDP, dass ein genereller Abschiebestopp, wie ihn die Linkspartei fordert, die richtige Antwort ist. Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Menschenrechtslage in Afghanistan weiterhin der kritischen Aufmerksamkeit bedarf. Natürlich müssen wir leider davon ausgehen, dass es politische Verfolgung in Afghanistan auch heute noch gibt. Aber dafür besteht nach wie vor das Recht für politisch Verfolgte, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen. Eine individuelle Prüfung ist immer möglich, auch jetzt schon. Dauerhafte Probleme mit der Menschenrechtslage in einem bestimmten Land können mit einem generellen Abschiebestopp als politischem Instrument nicht gelöst werden. Dazu ist das Asylrecht das richtige Instrument. Die FDP lehnt daher den Antrag der Linkspartei ab.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Seit 2001 bombt die USA mit ihren NATO-Verbündeten, Deutschland inbegriffen, in Afghanistan. Nachdem die NATO-Mitgliedstaaten Art. 5 des Bündnisvertrags aktiviert hatten und die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon als einen bewaffneten Angriff auf das Bündnisgebiet erklärten, befinden sich Deutschland und die übrigen NATO-Staaten bis heute im Krieg. Inzwischen sind über 55 000 ISAF-Soldaten am Hindukusch. Deutschland ist mit 3 400 stationierten Soldaten der drittgrößte Truppensteller nach den USA und Großbritannien. Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze sind Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau. Sogar die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Frauenrechte, sollen der Legitimation für diesen Krieg dienen. Diese Ziele sind nicht erreicht - wie auch, waren sie doch nur ein Vorwand. Vielmehr ist das Gegenteil eingetreten: Bislang hat die Bundesregierung mehr als 3 Milliarden Euro im Rahmen von ISAF und etwa 1 Milliarde Euro im Rahmen von OEF ausgegeben. Demgegenüber wurden nur 1,2 Milliarden Euro für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Da den Bauern keine vernünftige Alternative zum Mohnanbau geboten wurde, nimmt die Opiumproduktion ständig zu. Warlords und die Taliban finanzieren dadurch die Waffen für ihren Krieg, und ein Großteil des Landes wird inzwischen von den Taliban kontrolliert.

Systematische Akte der Einschüchterung, einschließlich willkürlicher Tötungen, Entführungen und anderer Bedrohungen des Lebens, der Sicherheit und der Freiheit durch regierungsfeindliche Elemente und lokale Warlords, durch militärische Kommandeure und kriminelle Gruppen sind genauso an der Tagesordnung wie Selbstmordattentate und Anschläge. Laut einem im September

2008 veröffentlichten Bericht des Human Rights Teams waren zwischen Januar und August 2007 1 040 Zivilisten Opfer bewaffneter Konflikte. Im selben Zeitraum des Jahres 2008 stieg die Zahl der Todesopfer auf 1 445.

Die Versorgung der Menschen ist in vielen Zonen Afghanistans wegen der Auseinandersetzungen kaum möglich.

Die zunehmende Unsicherheit für humanitäre Helferinnen und Helfer erschwert diese zusätzlich. So erhöht die unsichere Nahrungsmittelversorgung noch die Zahl der Binnenvertriebenen.

Das Land ist Warlords und Drogenbaronen in die Hände gespielt worden, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. „Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“ Das berichtete die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya Ende 2007 in einem Interview. Selbst die Bundesregierung kommt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen – Drucksache 16/10804 – nicht umhin, zugeben zu müssen, dass Frauen zu den besonders gefährdeten Einzelpersonen und Gruppen gehören. Hervorgehoben werden aber auch rückkehrende Flüchtlinge. Dort leben sie in der Gefahr, zwangsrekrutiert, ermordet oder entführt zu werden, oder aber der Armut zu verfallen. Weder die afghanische Regierung noch internationale Hilfsorganisationen können abgeschobene Flüchtlinge vor konkreten Gefahren für Leib und Leben wirksam schützen. Sie sind erneut zur Flucht gezwungen. Zudem verschärfen sie die vor Ort bestehende unhaltbare humanitäre Situation. Das Nachbarland Iran hat seit April 2007 mit der zwangsweisen Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen begonnen. Von April bis Juni 2007 sollen fast 100 000 unregistrierte und registrierte Flüchtlinge ausgewiesen worden sein. Viele von ihnen leben in Afghanistan in der Wüste mit völlig unzureichendem Zugang zu Wasser, Grundnahrungsmitteln und Wohnraum. Von der Ausweisung aus dem Iran sind insgesamt rund 920 000 Menschen bedroht. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) löste die zwangsweise Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Iran in Afghanistan erhebliche Spannungen aus. Diese Erkenntnis über die katastrophale Situation in Afghanistan führt aber nicht etwa dazu, afghanische Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz vor der Gewalt suchen oder sogar hier aufgewachsen sind, nicht abzuschicken. Bereits im Juni 2005 hatten die Innenminister der Länder grundsätzlich die „Rückführung“ aller afghanischen Flüchtlinge beschlossen. Zunächst wurden Straftäter und alleinstehende Männer abgeschoben. Später dann auch afghanische Familien mit Kindern.

2007 musste dann Hamburgs Innensenator auf öffentlichen Druck hin auf die geplante und bereits eingeleitete Abschiebung von Familien mit Kindern verzichten – weniger ein Akt der Humanität als ein Eingeständnis des Versagens der Kriegsstrategie in Afghanistan. Denn dies unterstreicht, dass eine angeblich stabile Sicherheitslage zur Begründung von Abschiebungen nicht mehr herangezogen werden konnte.

Mit dem Einzug der Linksfraktion in den Deutschen Bundestag vertrat meine Fraktion die Auffassung, dass Zu Protokoll gegebene Reden Abschiebungen nach Afghanistan vor dem Hintergrund der Sicherheitslage und des Massenelendes von Hunderttausenden unverantwortlich sind, und legte einen

entsprechenden Antrag vor. Darin forderten wir einen umgehenden Abschiebestopp für alle afghanischen Staatsangehörigen. Ich appelliere in dieser Frage insbesondere an die SPD in der Hoffnung, dass sie sich wie im Hessischen Landtag im April des letzten Jahres unserer Initiative für einen Abschiebestopp von afghanischen Flüchtlingen anschließt. Dort haben sich SPD und Grüne in dieser Frage auf die Seite unserer Fraktion gestellt und dem Antrag so zu einer Mehrheit verholfen.

Angesichts der geschilderten konkreten Gefahren für Leib und Leben der Flüchtlinge aus Afghanistan, der sie bei einer Abschiebung ausgeliefert wären, lässt sich aktuell weniger denn je die Forderung nach einem humanitär begründeten Abschiebestopp auf einzelne Gruppen beschränken. Eine Beschränkung des humanitären Schutzes auf Familien mit Kindern ist angesichts der durch willkürliche Gewalt und extreme Not geprägten Lage, die alleinstehende Männer und kinderlose Ehepaare ebenfalls trifft, nicht zu begründen.

Doch unser Antrag ging darüber hinaus und hat auch in einem weiteren Punkt eher an Bedeutung gewonnen: den afghanischen Flüchtlingen, die sich nun schon seit Jahren hier aufhalten, endlich Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen. Es ist nämlich völlig ungewiss, ob und wann sie nach Afghanistan zurückkehren können. Das Aufenthaltsgesetz selbst sieht vor, dass ein Abschiebestopp gemäß § 60 a Abs. 1 AufenthG längstens für Zeiträume von bis zu sechs Monaten erlassen werden darf. Für darüber hinausgehende Zeiträume sollen Aufenthaltserlaubnisse gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG erteilt werden. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten der EU nach der sogenannten Qualifikationsrichtlinie eine Aufenthaltserlaubnis gewähren, wenn „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ vorliegt.

Zumindest die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber den afghanischen Flüchtlingen gilt es endlich uneingeschränkt umzusetzen, statt immer weiter die Truppen in Afghanistan aufzustocken und den Menschen in Afghanistan das Leben zur Hölle zu machen.

Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der vorliegende Antrag umfasst vier Forderungen:  
Erstens. Die Bundesregierung soll sich gegenüber den Bundesländern für eine Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan – gemäß § 60 a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz – einsetzen.

Zweitens. Der Bundesinnenminister soll gegenüber den Bundesländern sein Einverständnis zu einer Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen erklären, dessen es nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf.

Drittens. Der Bundesinnenminister soll dafür sorgen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, keine Asyl- und Flüchtlingsanerkennungen von Personen aus Afghanistan widerruft.

Viertens. Der Bundesinnenminister soll dafür sorgen, dass Flüchtlinge aus Afghanistan zumindest einen subsidiären Schutz gemäß der EU-Qualifikationsrichtlinie erhalten.



Das Hauptanliegen des Antrages - nämlich die Forderung nach einem Abschiebungsstopp - war zur Einbringung des Antrags richtig und ist es leider immer noch. Das gilt auch dann, wenn wir hinsichtlich der Frage, inwiefern auch militärisches Engagement in Afghanistan zur Verbesserung der Situation notwendig ist, andere Einschätzungen haben als die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion. In einer Zeit, in der uns täglich Meldungen über die sich verschärfende Sicherheitslage in Afghanistan erreichen, kann es nicht angehen, gleichzeitig Flüchtlinge dorthin abzuschicken. Ich zitiere aus der Reisewarnung des Auswärtigen Amtes vom 21. Januar 2009:

Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt. Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein.

Trotz Präsenz der Internationalen Schutztruppe ISAF kann es landesweit zu Attentaten kommen. Die Sicherheitskräfte der Regierung sind nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. In ganz Afghanistan besteht das Risiko, Opfer einer Entführung zu werden. Auch in der Hauptstadt Kabul können Überfälle und Entführungen nicht ausgeschlossen werden. Im übrigen Land bestehen teilweise noch deutlich höhere Sicherheitsrisiken. Eine Unterscheidung zwischen deutschen Reisenden und afghanischen Flüchtlingen bezüglich der vom Auswärtigen Amt geschilderten Sicherheitslage in Afghanistan halte ich für makaber.

Umso unverständlicher und verantwortungsloser finde ich hier die ablehnende Haltung der Abgeordneten der Großen Koalition zu dem vorliegenden Antrag. Der geforderte Abschiebestopp ist richtig. Hamburg hatte bereits im vergangenen Jahr den ersten Schritt gemacht und zumindest für Familien mit Kindern einen Abschiebestopp für mindestens ein Jahr erlassen. Das ist vor allem deswegen wichtig, weil nach der im Jahr 2005 von der Innenministerkonferenz beschlossenen gestaffelten Rückführung nach Afghanistan inzwischen auch Familien mit Kindern an der Reihe sind.

Inzwischen hat der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus am 15. Dezember 2008 sogar mitgeteilt, dass afghanischen Staatsangehörigen, die sich seit mehr als 18 Monaten im geduldeten Aufenthalt befinden, Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Grundlage für diese Bleiberechtsentscheidung ist die Tatsache, dass eine Ausreise nach Afghanistan gegenwärtig nicht zumutbar möglich ist und auch in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird. Sie sehen also, dass eine humanitäre Lösung für afghanische Flüchtlinge möglich ist, wenn der politische Wille da ist.

Zu Protokoll gegebene Reden

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/6778, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/5141 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke sowie Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

</ text >

< text 16201 >

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Zur Beantwortung der Fragen steht die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl zur Verfügung. Die Fragen 22 und 23 der Kollegin Dr. Gesine Löttsch werden schriftlich beantwortet. Bei diesen Fragen geht es um die Pflichten zur Meldung von faulen Krediten an die Bankenaufsicht und die Konsequenzen für die Bankenvorstände, wenn sie diesen Pflichten nicht nachkommen, sowie um die Information des Deutschen Bundestages über die Gesamtheit der faulen Kredite.

Ich rufe die Frage 24 der Kollegin Christine Scheel auf:

Plant die Bundesregierung eine Lösung für die sogenannten toxischen Wertpapiere in den Bankbilanzen, bei der der Staat die Wertpapiere im Tausch gegen Ausgleichsforderungen in Höhe des Wertes zum Bilanzstichtag übernimmt, und wie soll diese Lösung konkret aussehen (vergleiche Handelsblatt vom 22. Januar 2009)?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Kollegin Scheel, Sie erlauben, dass ich beide Fragen im Zusammenhang beantworte?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das ist der Fall. Dann rufe ich auch Frage 25 der Kollegin Christine Scheel auf:

Welche Vorteile verspricht sich die Bundesregierung von der Gründung solch einer Zweckgesellschaft - Bad Bank light - im Verhältnis zu der Übernahme von sogenannten intelligenten Staatsbeteiligungen an den jeweiligen Banken, um die anstehenden Marktberichtigungen im Welfinanzmarkt zu organisieren und abzusichern, und welcher finanzielle Höchststrahmen insgesamt und pro Institut ist vorgesehen?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Es gibt keine aktuellen Planungen in der Bundesregierung für eine nationale Bad Bank oder eine entsprechende Bad Bank light. Natürlich überprüft die Bundesregierung das bestehende Instrumentarium des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes regelmäßig und laufend im Hinblick auf mögliche und notwendige Verbesserungen.

Wenn die Bundesregierung zu dem Ergebnis kommt, dass aufgrund geänderter Rahmenbedingungen Anpassungen erforderlich sind, wird sie dem Parlament selbstverständlich entsprechende Vorschläge vorlegen, mit dem Parlament darüber diskutieren und, wie beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz, um die erforderliche Mehrheit werben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben jetzt die Möglichkeit zu insgesamt vier Nachfragen. Bitte.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Schauen wir einmal, ob das nötig ist. - Danke, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung. Mitte Februar werden die Bilanzen der Banken für das letzte Quartal 2008 vorliegen. Nach all dem, was wir bislang wissen, schauen diese Bilanzen nicht sehr gut aus. Das heißt, es gibt einen sehr hohen Abschreibungsbedarf. Die Bundesregierung hat zugesichert, dass sie, was die Kreditvergabe anbelangt, alles tut, was notwendig ist, um den Interbankenhandel wieder anzuregen und diese Papiere in irgendeiner Form bilanziell so zu bewerten, dass sie etwas unschädlicher wirken. - Ich fasse das jetzt einmal so zusammen.

Welche Maßnahmen planen Sie denn jetzt bis Mitte Februar? Denn es wird von einer zweiten Änderung mit Blick auf SoFFin und die Maßnahmen, die mit diesen schlechten Papieren verbunden sind, gesprochen. Dazu stehen verschiedene Überlegungen an. Was ist denn der aktuelle Stand?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Es ist richtig, dass in den Zeitungen von verschiedensten Überlegungen zu lesen war, wobei ich schon in der Aktuellen Stunde, die wir zum gleichen Thema in der letzten Woche hatten, deutlich gemacht habe, dass wir uns an diesen öffentlichen Spekulationen, zum Beispiel wie sogenannte toxische Wertpapiere bewertet werden können, nicht beteiligen werden. Es ist vor allem darauf hinzuweisen, dass im Rahmen des bestehenden Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, was die Garantien, die Rekapitalisierung und die Übernahme solcher Wertpapiere betrifft, durchaus ein Instrument vorhanden ist. Sie wissen - Herr Bundesminister Steinbrück hat es vorhin in der Regierungsbefragung angesprochen -, dass im Rahmen einer Einzelnotifizierung auch eine unbefristete Regelung möglich ist. Die Anwendung dieses Instruments wäre durchaus eine der Möglichkeiten, auf die Problematik, die Sie richtig analysiert haben, einzugehen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre zweite Nachfrage, bitte.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, es ist bekannt, dass die Bundesregierung den Weg der Schaffung einer großen Bad Bank nicht gehen will - das haben sowohl Sie als auch der Herr Minister so gesagt -, dass es über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz aber Wege gäbe, im Einzelfall nach Prüfung und in Absprache mit der EU hier eine Lösung zu finden.

Ein anderer Weg besteht darin - das wurde im Haushaltsausschuss von Kollegen der Koalition, vor allen Dingen von Abgeordneten der Union, insbesondere von Herrn Kampeter, angesprochen -, mit Ausgleichszahlungen Abhilfe zu schaffen. Ist das Thema Ausgleichszahlungen vom Tisch oder spielt es noch eine Rolle?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Die Frage der Ausgleichszahlungen ist, da wiederhole ich mich, zum Gegenstand von Spekulationen von Zeitungen - auch ich habe sie gelesen - geworden. Das Ganze hat natürlich auch einen Bezug zu der Frage: Wie

ist nach der deutschen Einheit in den 90er-Jahren vorgegangen worden? Selbstverständlich schauen wir uns noch einmal an, wie das damals gelaufen ist. Ich muss noch einmal deutlich machen: Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Vor allem existiert im Rahmen der SoFFin bereits eine Möglichkeit. Wir werden unsere Vorschläge öffentlich und vor allem gegenüber dem Parlament dann unterbreiten, wenn klar ist, was für einen Weg es geben sollte. Ich will mich auch da wiederholen - ich habe es bereits in der letzten Woche gesagt -: Ich glaube, dass es ein Stück weit zur Verwirrung beitragen kann, wenn ständig neue Varianten diskutiert werden. Daran will sich die Bundesregierung in dieser Form nicht beteiligen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre dritte Nachfrage, bitte.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Interessanterweise ist es so, dass die Varianten innerhalb der Koalition diskutiert werden, und das öffentlich.

Das sei einmal dahingestellt. Das heißt, Sie kritisieren Ihre eigenen Leute - aber gut.

Mich würde jetzt einmal interessieren - ich habe es vorhin angesprochen -, wie die zeitliche Situation im Hinblick auf das vierte Quartal ist. In dem einen oder anderen Fall besteht wohl ein relativ dringender Handlungsbedarf.

Können Sie bestätigen, dass es ein Vorhaben gibt - wie auch immer es im Detail aussieht -, bis Mitte Februar einen klaren Vorschlag für eine zweite Rettungsaktion zu machen?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Das kann ich nicht. Ich habe beschrieben, dass im Bereich des SoFFin Möglichkeiten existieren und dass diese Möglichkeiten in die Überlegungen einbezogen werden. Das bedeutet, dass für diesen Bereich nicht automatisch eine gesetzliche Änderung oder ein neuer Rettungsplan auf den Weg gebracht werden muss. Ich kann eine entsprechende Aussage also nicht treffen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre letzte Nachfrage, bitte.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine letzte Frage ist: Können Sie sicherstellen, dass der vom Parlament eingesetzte Ausschuss, bestehend aus Kollegen und Kolleginnen aus der Mitte des Parlamentes, frühzeitig genug über die Ergebnisse unterrichtet wird, sodass eine parlamentarische Mitwirkung an diesem Punkt überhaupt noch möglich ist? Es sollte nicht so sein, dass sich die Regierung festgelegt hat und wir das am Ende bloß noch abnicken können.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Kollegin, ich als Vertreterin der Bundesregierung gehöre diesem Geheimgremium nicht an. Sie wissen, bei wem die Federführung liegt. Soweit ich informiert bin, wird dort sehr regelmäßig und sehr intensiv über die jeweils aktuelle Lage unterrichtet. Außerdem wird über Möglichkeiten, darauf zu reagieren, debattiert. Wie Sie wissen - es handelt sich nicht ohne Grund um ein Geheimgremium -, darf ich hier nichts Weiteres darstellen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Fragen 26 und 27 des Kollegen Nouripour werden schriftlich beantwortet. Darin geht es um den Zeitpunkt des Abschlusses der Rückzahlung der Eigenkapitalhilfen des Bundes durch die Commerzbank AG sowie den Zeitrahmen von gesetzlichen Maßnahmen zur Tilgung der Schulden aus den Konjunkturpaketen I und II.

Diese Fragestellung ist auch anderweitig Gegenstand der Tagesordnung dieser Sitzungswoche.

Ich rufe die Frage 28 der Kollegin Silke Stokar auf:

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung ein angemessener Beitrag zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die staatliche Finanzaufsicht, wenn der Bundesrat auf Initiative der schwarz-gelben Koalition in Bayern in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Zahlungsdienstleistungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 16/11613) eine Informationssperre für den Bereich der Finanz-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht verlangt, während andererseits der neue US-Präsident Barack Obama angeordnet hat, die Regelungen zur Informationsfreiheit künftig großzügig anzuwenden und Regierungsdokumente nur noch „aus wichtigen Gründen“ unter Verschluss zu halten (vergleiche den Standard vom 22. Januar 2009)?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Kollegin, die Bundesregierung hat am 21. Januar 2009 in ihrer Gegenäußerung zu der Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Zahlungsdienstleistungsgesetzes zugesagt – ich vermute, darauf beziehen Sie sich in Ihrer Frage –, dass sie das Anliegen des Bundesrates prüfen wird. Diese Prüfung ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Antwort „Wir prüfen noch“ kenne ich schon. Ich möchte dennoch die Gelegenheit nutzen, mehr zu erfahren. Mich hat schon verwundert, dass die FDP in Bayern sozusagen als erste Amtshandlung jetzt ausgerechnet das Informationsfreiheitsgesetz angreift, gerade in einer Krise. Wie stehen Sie zu der Aussage, dass nur durch Transparenz Vertrauen geschaffen werden kann, und zu dem Ansinnen aus Bayern, in dieser Phase den Finanz- und Versicherungssektor mit einer Informationssperre zu belegen, also mit unseren Geheimdiensten gleichzusetzen? Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass wir gerade in diesem Bereich mehr Informationszugang brauchen anstatt weniger?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Kollegin Stokar, wir haben den Gesetzentwurf zur Umsetzung der EG-Richtlinie heute im Finanzausschuss erstmalig beraten. Ich habe deutlich gemacht, dass wir als Bundesregierung noch in der Prüfphase sind und dass zwischen notwendigen Informationsrechten und verfassungsrechtlich geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen abzuwägen sein wird. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Es wird auch eine Anhörung geben. Ich will noch einmal

betonen, dass eine Abwägung zwischen diesen verschiedenen Rechten und Notwendigkeiten stattfinden wird.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur zweiten Nachfrage.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, diesen Prozess der Abwägung mit Blick auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gerade im Finanzsektor haben die Ministerien in meinem Beisein nächstelang durchgeführt, als wir unter Rot-Grün ein Minimum an Informationsfreiheitsgesetz geschaffen haben. Muss ich Ihre Ausführungen jetzt so verstehen, dass ausgerechnet diese Krise und der Vertrauensverlust dazu führen sollen, dass die Errungenschaften des Informationsfreiheitsgesetzes

- damit wurde ein Hauch von

Transparenz auch in den Finanzsektor hineingebracht -

zurückgenommen werden und sich die Bundesregierung

leider gemeinsam mit Bayern und gemeinsam mit der

FDP für Geheimhaltung und für eine Informationssperre

im Finanzsektor einsetzt?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich kann gut verstehen,

dass Sie noch einmal den Versuch unternehmen, über

meine Aussage „Wir prüfen“ hinaus mehr zu erfahren.

Ich habe Ihnen beschrieben, dass wir, wie in der Gegenäußerung

zu der Stellungnahme des Bundesrates formuliert,

das Anliegen prüfen. Das ist noch nicht abgeschlossen.

Die Schlussfolgerung, die in Ihrer Frage implizit

enthalten war, will ich ausdrücklich nicht bestätigen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Danke, Frau Staatssekretärin.

Die Frage 29 der Kollegin Ina Lenke wird schriftlich

beantwortet. Darin geht es um anhängige Verfahren zur

Absetzbarkeit der Betreuungskosten bei der Lohn- und

Einkommensteuer.

Die Frage 30 des Kollegen Hans-Josef Fell wird

ebenfalls schriftlich beantwortet. Darin geht es um die

Haltung der EU-Kommission zum Regierungsentwurf

eines Gesetzes zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen

und die Zielsetzung der Bundesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am

Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages

auf morgen, Donnerstag, den 29. Januar 2009,

9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.15 Uhr) Anlage 12

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)

(Drucksache 16/11715, Frage 22):

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass die

Bundesregierung und der Deutsche Bundestag immer wieder

von neuen „faulen“ Krediten durch Bankvorstände überrascht

werden, und gibt es eine Pflicht der Bankvorstände, „faule“

Kredite der Bankenaufsicht zu melden?

Wie viele Banken weltweit so haben auch deutsche

Kreditinstitute zum Ende des vergangenen Quartals und

Kalenderjahres Wertkorrekturen bei ihren Vermögensgegenständen vornehmen müssen. Grund dafür sind die anhaltenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die damit einhergehenden Kursrückgänge und Preisabschläge. Die großen, kapitalmarktorientierten Banken, die nach den internationalen Rechnungslegungsstandards bilanzieren und ihre in den Büchern gehaltenen Finanzinstrumente einer zeitwertbezogenen Marktbewertung unterziehen, sind von den immer noch vorherrschenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und den daraus resultierenden Marktpreisschwankungen in besonderer Weise betroffen. Ein beaufsichtigtes Kreditinstitut muss den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Aufstellung und Feststellung bei der Bankenaufsicht einreichen; außerdem hat der Abschlussprüfer den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses vorzulegen. Darüber hinaus muss ein Institut regelmäßig qualitative und quantitative Informationen über sein Eigenkapital, die eingegangenen Risiken und seine Risikomanagementverfahren veröffentlichen. Besondere Offenlegungs- oder Meldevorschriften betreffend einzelne „faule Kredite“ existieren hingegen nicht. Solche Meldungen wären auch kaum nützlich, zumindest solange kein allgemeines Verständnis darüber besteht, welche Vermögensgegenstände genau als „faule Kredite“ anzusehen sind. Verstoßen Bankvorstände gegen die geltenden bankaufsichtrechtlichen Vorschriften zur Vorlage von Rechnungslegungsunterlagen und zur Offenlegung und zur Erfüllung der Anzeige- und Meldepflichten, hat die Bankenaufsicht deren Eignung als Geschäftsleiter eines zugelassenen Instituts zu prüfen. In gravierenden Fällen ist dem Institut die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften zu versagen.

Anlage 13

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) (Drucksache 16/11715, Frage 23):

Welche Konsequenzen hat es für Bankvorstände, wenn sie „faule“ Kredite nicht bei der Bankenaufsicht melden, und wann wird die Bundesregierung das zuständige Gremium des Deutschen Bundestages über die Gesamtheit der „faulen“ Kredite in deutschen Banken informieren?

Hinsichtlich des Volumens „fauler Kredite“ deutscher Banken gilt, dass dieses nicht bekannt ist, weil kein allgemein verbindliches Verständnis über den Begriff „fauler Kredit“ besteht. Ungeachtet dessen hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht das Volumen der Verbriefungstransaktionen deutscher Bestände recherchiert. Der Bericht darüber ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Einsichtnahme der Mitglieder des Gremiums zum Finanzmarktstabilisierungsfonds ausgelegt.

Anlage 14

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/11715, Frage 26):

Bis zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung

- bestenfalls und spätestens - mit dem Abschluss der Rückzahlung der Eigenkapitalhilfen - stille Einlage und direkte Beteiligung - des Bundes durch die Commerzbank AG?

Die am 19. Dezember 2008 vereinbarte stille Einlage der Finanzmarktstabilisierungsanstalt bei der Commerzbank AG ist aus Gründen der Anerkennungsfähigkeit als Kernkapital bester Qualität entsprechend den Kriterien des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zeitlich unbefristet. Allerdings werden durch Vertragsbestimmungen Anreize zur Rückzahlung der stillen Einlage gesetzt. Zur Frage der Rückzahlung einer direkten Beteiligung ist zu bemerken, dass erworbene Aktien jederzeit veräußert werden können.

Über die konkrete Ausgestaltung vereinbarter Stabilisierungsmaßnahmen berichtet die Bundesregierung dem gemäß § 10 a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz eingerichteten Gremium des Deutschen Bundestages. Das Gremium tagt geheim, um die berechtigten Geheimhaltungsinteressen der betroffenen Unternehmen zu wahren.

Anlage 15

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/11715, Frage 27):

Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung welche gesetzlichen Maßnahmen zur Tilgung der durch die Konjunkturpakete I und II verursachten Schulden?

Haushaltsauswirkungen, die aus den im Konjunkturpaket I enthaltenen Maßnahmen resultieren, sind im Bundeshaushalt abgebildet und führen dort zu einer höheren Nettokreditaufnahme. Auch wenn die jetzt notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine vorübergehende Erhöhung der Neuverschuldung unumgänglich machen, hält die Bundesregierung am Ziel einer langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik fest. Daher soll auch im Rahmen der Föderalismusreform II eine Regelung zur wirksamen Begrenzung der Neuverschuldung festgelegt werden.

Die Belastungen des Bundes aus den investiven Maßnahmen des Konjunkturpaketes II sollen als sichtbares Zeichen für eine nachhaltige Finanzpolitik in einem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ zusammengefasst und mit einer gesonderten Tilgungsregelung versehen werden. Hierzu soll ab 2010 ein steigender Anteil des Bundesbankgewinns verwendet werden.

Die Bundesregierung behält sich vor, in künftigen Haushaltsjahren zusätzlich zur Verwendung eines Teils des Bundesbankgewinns in wirtschaftlich günstigen Zeiten einen noch festzusetzenden Teil der konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen des Bundes zusätzlich zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens einzusetzen.

Anlage 16

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage der Abgeordneten Ina Lenke (FDP) (Drucksache 16/11715, Frage 29):

Wie viele Klagen sind hinsichtlich der vollen Absetzbarkeit



der Betreuungskosten bei der Lohn- und Einkommensteuer bundesweit anhängig - bitte nach Bundesländern sortieren - vor dem Hintergrund, dass seit 1. Januar 2006 von Familien mit berufstätigen Eltern nur zwei Drittel der Kosten - maximal 4 000 Euro im Jahr - bei der Lohn- und Einkommensteuer geltend gemacht werden können?

Der Bundesregierung liegen keine Angaben darüber vor, wie viele Klagen hinsichtlich der vollen Absetzbarkeit von Betreuungskosten berufstätiger Eltern anhängig sind.

Die Bundesregierung wird die Obersten Finanzbehörden der Länder um Mitteilung entsprechender Angaben bitten.

</ text >

< text 16202 >

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3 sowie Zusatzpunkt 1:

3 Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

zum Stand der Millenniumsentwicklungsziele

2015 und zu den Auswirkungen der Finanz- und

Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer

ZP 1 Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Dreizehnter Bericht zur Entwicklungspolitik

der Bundesregierung

- Drucksache 16/10038 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinhalb Stunden vorgesehen. - Auch hierzu gibt es offenkundig Einvernehmen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Wieczorek-Zeul.

Bitte schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor genau zwei Wochen hat UNICEF die neuesten Statistiken zur weltweiten Müttersterblichkeit vorgelegt. Pro Tag enden weltweit mindestens 1 500 Geburten für die Mütter mit dem Tod. Jede Minute stirbt weltweit eine Frau an den Folgen einer Schwangerschaft oder direkt bei der Geburt eines Kindes. Keines der globalen Menschheitsziele droht auf so tragische Weise verfehlt zu werden wie die Verbesserung der Gesundheit von

Müttern und Neugeborenen.

Ich will einfach nicht glauben - ich denke, das kann ich für uns alle sagen -, dass zur Rettung dieser Mütter und Kinder, zur Rettung der ärmsten Milliarde dieses Planeten, keine beherzte, kluge Intervention möglich sein soll, die diese Leiden und Opfer verhindert.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Millenniumsentwicklungsziele dienen uns als Kompass auf dem Weg zu einer gerechteren Globalisierung. Bereits vor 30 Jahren hat die Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt eine neue, gerechtere Gestaltung der Welt gefordert. Zu Beginn dieses Jahrhunderts hat die Weltgemeinschaft diesen Gedanken endlich konkretisiert. Mit den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen sind acht Gebote einer gerechten Globalisierung beschlossen worden, und es sind erstmals Größen- und Zielvorgaben verbindlich gemacht worden. Die Weltgemeinschaft hat erstens beschlossen, bis 2015 den Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, zu halbieren. Es hat in den letzten Jahren deutliche Fortschritte dabei gegeben. Wir dürfen aber auch nicht vergessen: Die Krisen des letzten Jahres haben über 100 Millionen Menschen wieder in Not und Elend zurückgeworfen.

Wir haben im Rahmen der Millenniumsziele zweitens beschlossen, bis 2015 für alle Kinder die allgemeine Primarschulbildung zu verwirklichen. Heute besuchen weltweit 83 Prozent der Kinder eine Grundschule. Seit 2001 wurden in den Entwicklungsländern auch Dank der Entschuldungsinitiativen, die wir mit vorangebracht haben, 34 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult. Das ist ein Riesenfortschritt für sie, für ihre Länder und für uns alle. Aber leider ist es so, dass immer noch 75 Millionen Kinder weltweit keinen Primarunterricht haben. Auch hier ist weiteres Handeln dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben drittens beschlossen, bis 2015 die Gleichstellung der Geschlechter - damit ist besonders die Stärkung der Rolle der Frau gemeint - voranzutreiben. In vielen Ländern sind Fortschritte greifbar. Das Land mit dem höchsten Frauenanteil im Parlament ist mittlerweile Ruanda mit 50 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein deutliches Zeichen. Auch bei der Bildung für Mädchen sind wir vorangekommen. Aber nach wie vor sind 70 Prozent der Menschen, die weltweit in Armut leben, Frauen. Dabei heißt Entwicklung voranzubringen - wer wüsste dies besser als Sie, die Sie sich in diesem Bereich engagieren? -, doch vor allem die Frauen zu stärken. Auch hier bleibt viel zu tun. Wir werden weiter dranbleiben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben weiterhin beschlossen, dass insbesondere die Kindersterblichkeit zurückgedrängt werden muss, die Gesundheit von Müttern und Kindern verbessert werden muss, die Ausbreitung von Pandemien wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zum Stillstand gebracht werden muss, dem Raubbau an unserem Planeten Einhalt geboten werden muss, der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen für alle Menschen sichergestellt werden

muss sowie die Entwicklung als eine internationale Gemeinschaftsaufgabe verstanden und umgesetzt werden muss.

Um diese Ziele zu erreichen, hat sich die Bundesregierung mit anderen Industrieländern und mit den Entwicklungsländern auf gemeinsame internationale Vereinbarungen verständigt. Wir haben diese Politik maßgeblich mitgestaltet. Ich möchte an vier Beispielen kurz darstellen, was erreicht worden ist, was möglich ist und zu was wir uns verpflichtet haben.

Erstens. Stichwort „Entwicklungsfinanzierung“. Wir stehen zu den Verpflichtungen von Gleneagles der G-8-Staaten. Wir stehen zum Stufenplan der Europäischen Union, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent unseres Bruttonationalproduktes für Entwicklung auszugeben. Wir wissen: Zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele sind innovative Finanzierungsinstrumente unverzichtbar.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wo sind die denn?)

Die Bundesregierung hat Einnahmen aus dem Emissionshandel bereits in den Haushalten 2008 und 2009 für internationalen Klimaschutz bereitgestellt. Dieses Engagement wird noch ausgebaut.

Zweitens. Die Bundesregierung mobilisiert – auch das ist wichtig – in den Haushalten von BMU und unserem Ministerium mehr als 1 Milliarde Euro für Vorhaben zum Ausbau erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz in den Partnerländern. Diese Woche hat IRENA, die Internationale Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien, eine Konferenz in Bonn durchgeführt. 116 Länder haben daran teilgenommen; 75 Länder haben die Statuten unterzeichnet und werden sich personell und finanziell beteiligen. Sie haben damit ein Signal gesetzt, dass die Welt aus Friedensgesichtspunkten, aus Energiegesichtspunkten und aus Klimagesichtspunkten auf erneuerbare Energien setzen will. Wir können nur hoffen, dass sich auch Länder wie China, Indien und die USA, die zwar vertreten waren, aber noch nicht Mitglied sind, anschließen werden. Das ist eine ganz wichtige Initiative.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens: die Bereiche Gesundheit und Bildung. Allein durch die Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria ist es gelungen, 3 Millionen Menschenleben zu retten.

Viertens. Im Bereich der Armutsbekämpfung haben wir mit dem Ausbau der Mikrofinanzinstrumente allein über die deutsche Zusammenarbeit mehr als 50 Millionen Menschen erreicht – vor allen Dingen Frauen, die auf diese Art und Weise ihre eigene Existenz aufbauen und Eigenständigkeit entwickeln konnten. Das wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zieht man ein Fazit, kann man mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass die Staaten jeder Weltregion in den Jahren seit der Verabschiedung der Millenniumserklärung und der Millenniumsentwicklungsziele wichtige Fortschritte gemacht haben. Aber das ist nur die eine

Seite der Medaille. Vor allen Dingen bezogen auf Afrika ist noch viel zu tun.

Eine aktuelle Gefährdung der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele sehe ich vor allem angesichts

der gegenwärtigen Krisen: der Finanzkrise und der schlimmer werdenden Ernährungskrise bzw. der steigenden Preise für Nahrungsmittel. Bereits heute hungern wieder 1 Milliarde Menschen. Es besteht die große Gefahr, dass sich die wirtschaftliche Krise auf einem Kontinent wie Afrika zu einer humanitären Katastrophe mit Tausenden von Hungernden und Tausenden von Toten entwickelt. Deshalb müssen wir handeln. Deshalb ist es unsere Verpflichtung, in diesem Bereich nicht nachzulassen. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

IWF und Weltbank haben unlängst ihre Wachstumsprognosen für die Entwicklungsländer drastisch nach unten korrigiert. Wir sollten uns erinnern - es ist dramatisch -: 1 Prozentpunkt weniger Wachstum in diesen Ländern bedeutet, dass 20 Millionen Menschen wieder in die Armut gedrängt werden. Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern bleiben aus. Die Steuereinnahmen gehen zurück, und die Exportchancen werden geringer. Die Infrastruktur ist gefährdet. Projekte für den Bau von Krankenstationen und Bewässerungsprojekte bleiben dann Reißbrettprojekte. Keine Hilfen, das bedeutet für immer mehr Menschen: kein Schulbesuch, keine ärztliche Betreuung bei der Geburt, keine Hebammen, kein Entkommen aus der Armutsfalle.

Uns allen möchte ich sagen: Die Wucht des Systemversagens trifft die schwächsten Staaten und die schwächsten Menschen am härtesten. Diese Menschen sind keine Aktienbesitzer. Sie zahlen für den Kollaps an den Börsen nicht in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer täglich bedrohten Existenz; das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen.

In diesem Monat hat die Bundesregierung ihr zweites Konjunkturpaket, den Pakt für Deutschland, verabschiedet. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die wichtig und notwendig sind. Aus gleicher Perspektive will ich an dieser Stelle betonen: Es ist wichtig, den Infrastrukturfonds der Weltbank mit 100 Millionen Euro aus diesem Konjunkturpaket zu stützen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit werden bestehende Infrastrukturprojekte gesichert und neue Investitionen in den Entwicklungsländern ermöglicht. Das ist auch in unserem Interesse. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn hat gesagt: Es ist doch eine krude Logik, dass manche glauben, man könne exportieren, wenn andere Länder arm würden. - Die Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren weltweit Stabilität gesichert. Dies war und ist in unserem Interesse. Wir kommen nur gemeinsam aus der Krise heraus.

Zweifeln will ich sagen: Die Bundesrepublik Deutschland hatte von allen OECD-Ländern die meisten Anteile bei den Aufträgen der Weltbank. Insofern ist es ein gemeinsames Interesse, aus dieser Krise herauszukommen und die Mittel entsprechend einzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir einen neuen globalen Pakt für das 21. Jahrhundert, der folgende acht Punkte umfasst:

Erstens geht es um ein Konjunkturprogramm zugunsten der ärmsten Länder. Ich danke dem Bundespräsidenten, dass er bei seinem Neujahrsempfang einen entsprechenden Vorschlag für die Frühjahrstagungen von Weltbank und internationalen Finanzinstitutionen gemacht hat. Dringend notwendig sind Investitionen in die Bereiche Landwirtschaft, Ernährungssicherung, Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit. Diese konjunkturpolitisch notwendigen Initiativen sind aber auch unter dem Gesichtspunkt der Krisenbekämpfung reformpolitisch unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir auch mit arabischen Fonds zusammenarbeiten, die Finanzmittel anbieten und auf unsere Beratung Wert legen, um in den afrikanischen Ländern Investitionen in die Landwirtschaft voranzubringen. Für diese dringend benötigten finanziellen Impulse ist eine Zusammenarbeit aller erforderlichlich.

Bei der Weltbank haben wir nicht zuletzt dank des Engagements von Weltbankpräsident Zoellick zusätzliche Mittel mobilisiert. Einen Punkt greife ich hier besonders heraus: Wir alle loben die Institutionen, die Mikrofinanzierung anbieten; aber die wenigsten wissen, dass dieses Instrument ebenfalls von der Finanzkrise betroffen und bedroht ist. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, diese Institutionen intakt zu halten; ansonsten brähe vieles weg, was den Menschen Perspektiven und Einkommenschancen geschaffen hat. Auch hier stehen wir also vor einer ganz wichtigen Aufgabe, die wir gemeinsam lösen müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens geht es um die Umsetzung des, wie ich es nenne, grünen New Deal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Sie das nennen?)

Ich habe vorhin von IRENA gesprochen. Entwicklungspolitik und Klimaschutz müssen Hand in Hand vorgehen.

Hier geht es vor allen Dingen um globale Gerechtigkeit:

Diejenigen, die für den Klimawandel nicht verantwortlich sind, werden davon am härtesten getroffen.

Deshalb ist es notwendig, dass wir mit dem Instrument des Emissionshandels, bei dem wir in Deutschland Vorreiter sind, auch mit Blick auf die Kopenhagener Klimakonferenz Impulse setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens müssen wir die WTO-Runde abschließen. Jeder sagt, die Krise dürfe nicht zu Protektionismus führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber sprechen Sie doch mal mit Frau Aigner!)

Aber in Wahrheit muss das, was die Europäische Union schon verwirklicht hat, nämlich den ärmsten Ländern ungehinderten Zugang zu den Märkten zu ermöglichen, erst noch auf weitere Mitgliedstaaten der WTO ausgedehnt werden. Ich persönlich unterstütze nachdrücklich

den Vorschlag von WTO-Generaldirektor Lamy, im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde den Marktzugang für die ärmsten Entwicklungsländer und Regelungen zum Beispiel bei der Baumwolle vorzuziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Katastrophe, dass die afrikanischen Länder hier immer noch unter hohen Subventionen der USA leiden müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit Zucker? Was ist mit europäischem Tomatenmark?)

Viertens geht es um die Förderung von Frauen. Wenn Frauen in Entwicklungsländern bezahlter Arbeit nachgehen, dann tun sie es mehrheitlich in exportorientierten Sektoren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft diese Sektoren ganz besonders. Deshalb sind die von mir schon erwähnten Mikrofinanzinstrumente und die einfachsten sozialen Sicherungssysteme, die Walter Riestler uns für die Entwicklungsländer sehr präzise skizziert hat, auszubauen. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist hier, den Frauen den Zugang zur Familienplanung zu geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Fünftens. Wir müssen die Zivilgesellschaft einbeziehen. Wir brauchen - und darum bemühen wir uns bereits - eine bessere Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Gebern, damit den Entwicklungsländern der maximale Nutzen aus den Finanzmitteln zugutekommt. Das heißt nicht zuletzt: mehr Mitsprache von Bürgern und Bürgerinnen in den Entwicklungsländern, also mehr Demokratie. Die Zivilgesellschaft muss diesen globalen Pakt mitgestalten. Nur so kann er gelingen.

Sechstens. Wir müssen die Finanzierung sicherstellen und unsere Verpflichtung zur Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erfüllen. Wir stehen - das habe ich vorhin schon deutlich gemacht - zu dem Stufenplan zur Steigerung der Mittel. Wir hoffen in diesem Zusammenhang auch auf die angekündigte Initiative der amerikanischen Regierung.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die tut mehr als Deutschland! Das ist wahr!)

Ich will an dieser Stelle fragen: Wie wollten die Industriestaaten den armen Ländern erklären, dass sie ihren Finanzanteil hinsichtlich der globalen Entwicklung nicht stemmen können, wenn gleichzeitig drei- bis vierstellige Milliardenbeträge mobilisiert werden können, um den Finanz- und Bankensektor zu retten? Dass hier eine Verpflichtung existiert, ist völlig klar.

Es gilt vielmehr, diese Krise zu nutzen, zum Beispiel um ein neues, globales Regelwerk zu erstellen, damit die bisher durch Kapitalflucht und Steueroasen verloren gegangenen Steuermilliarden endlich sinnvoll und gerecht eingesetzt werden können: für eine weltweit nachhaltige Entwicklung im Sinne der skizzierten Ziele.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Siebtens. Wir brauchen neue Regeln für die Weltfinanzmärkte. Diese Aufgabe hat der Kollege Steinbrück sehr energisch angepackt. Auch für die Entwicklungsländer

ist ein verlässlicher Ordnungsrahmen von zentraler Bedeutung. Wir brauchen globale Regeln, die dem ungezügelten Kapitalismus ein Ende setzen. Wir brauchen globale Regeln, die für mehr Transparenz, mehr Steuerungsfähigkeit und mehr Stabilität sorgen. Es darf keine aufsichtsfreien Räume geben. Auch deswegen müssen wir dazu beitragen, dass die in der Doha-Erklärung Anfang Dezember 2008 vereinbarte UN-Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer ein Erfolg wird.

Achtens und letztens: Wir müssen gerechte und handlungsfähige Institutionen schaffen. Die globale Welt braucht globale Verantwortlichkeit, Global Governance, die alle Aspekte der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen und Entscheidungen zusammen betrachtet und bewertet. Die G-8-Staaten können das nicht allein. Die Treffen der G 20 bedeuten zwar einen Fortschritt; aber diese Staaten repräsentieren natürlich nicht, wie die Entwicklungsländer sagen, die G 192, also alle Länder dieser Welt.

Deshalb gewinnt aus meiner Sicht die Forderung nach einem UN-Sicherheitsrat für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung an Bedeutung. Diese Forderung steht im Grundsatzprogramm der SPD.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Aha!

Auch die Bundeskanzlerin hat die Forderung nach einem Weltwirtschaftsrat in den letzten Wochen und Monaten in mehreren Reden erhoben. Ich unterstütze diesen Vorschlag nachdrücklich. Worum geht es? In dieser UN-Institution wären alle Regionen hochrangig vertreten, ebenso die internationalen Finanzinstitutionen und die WTO. Wir brauchen einen Prozess der Gestaltung, der alle einbezieht, aber trotzdem Handlungsfähigkeit sicherstellt. Deshalb möchte ich diesen Vorschlag auch in diese Diskussion einbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die globalen Veränderungsprozesse haben - ich habe es angesprochen, wir spüren es alle - durch den amerikanischen Präsidenten Obama neuen Schwung erhalten. Greifen wir die Perspektiven, die er aufgezeigt hat, auf: Setzen wir, wie er es formuliert hat, weltweit Hoffnung über Furcht, unsere gemeinsame Willenskraft über Streit und Zwietracht, und sagen wir denjenigen, die ihre Völker noch immer unterdrücken, die Freiheit und Menschenrechte missachten und nur ihr eigenes Fortkommen verfolgen, wie etwa Mugabe in Simbabwe: Auch ihr werdet fallen, auch eure Völker werden die Freiheit gewinnen. Wir engagieren uns bei der Verfolgung dieses Ziels.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Barack Obama hat, wie ich finde, noch etwas sehr deutlich ausgedrückt - ich zitiere ihn -: Die Menschen in euren Ländern werden euch daran messen, was ihr aufbaut, nicht, was ihr zerstört.

Ich freue mich, dass heute Vertreter und Vertreterinnen aus dem Bereich der Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, des zivilen Friedensdienstes und des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes

„weltwärts“ auf der Tribüne anwesend sind. Ich begrüße Sie sehr herzlich. Sie leisten eine ganz wichtige Arbeit für eine gerechtere Welt.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die sich für eine gerechte, solidarische Gestaltung unserer Welt und für die Verwirklichung der Menschenrechte engagieren: den Entwicklungshelfern aus GTZ und KfW, DED und Inwent, den vielen Expertinnen und Experten in den Nichtregierungsorganisationen, den Soldatinnen und Soldaten, die dazu beitragen, dass in vielen Regionen der Wiederaufbau eine Chance hat und Gewalt zurückgedrängt wird, den vielen lokalen Initiativen in Stadt und Land, den Kirchen und den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des zivilen Friedensdienstes sowie den jungen Menschen, die im Rahmen von „weltwärts“ ihren entwicklungspolitischen Freiwilligendienst – in diesem Jahr sind es 2 200 Jugendliche – leisten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle tragen dazu bei, die Hoffnung über die Furcht zu setzen und die Welt gerechter zu machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Hellmut Königshaus für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, keine Zwietracht – da haben Sie recht –, aber ein bisschen Streit muss schon sein, insbesondere da wir jetzt hier über das Weißbuch sprechen wollen, das – das muss man sagen – aufgrund der jüngsten Entwicklungen ein Schönwetterbericht vom letzten Sommer ist. Es hat mit der aktuellen Krise nichts mehr zu tun. Die Rahmendaten haben sich komplett verändert. Dazu haben wir von Ihnen gerade nichts Neues gehört.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre richtig gewesen, Frau Ministerin, dieses Weißbuch zurückzuziehen und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wo sieht denn die Bundesregierung jetzt beispielsweise weltweit steigenden Wohlstand und weltweit steigende Unternehmensgewinne, von denen der Bericht schon in der Einleitung ausgeht? Das klingt doch heute wie Satire.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Es geht zunächst um eine klare Analyse; dann können wir an die Korrektur gehen. Wir haben hier aber nur eine Zustandsbeschreibung und keine Analyse gehört. Wir alle wurden von dieser Krise überrascht; das will ich gerne einräumen. Ich glaube, mehr als die Ministerin eben hat gestern unser Präsident, Dr. Lammert, zur Ursachenforschung beigetragen, als er uns in der Französischen Friedrichstadtkirche eine kleine Geschichte, ein Gleichnis, erzählt hat. Mit seiner Genehmigung möchte



ich Ihnen das gerne vortragen, weil es einige Ursachen offenlegt.

Er hat erzählt - das wird die Herren mit den Heuschrecken freuen -, ein Investmentbanker sei zum Himmelstor gekommen, wurde aber abgewiesen mit der Begründung:

Die Abteilung für solche Personen sei ohnehin sehr klein und jetzt überfüllt. Darüber war der Banker sehr betrübt und sinnierte, wie er das ändern kann. Er bat Petrus, doch wenigstens einen kleinen Gruß an die Kollegen hineinrufen zu dürfen. Das wurde ihm erlaubt, und er rief: In der Hölle wurde Öl gefunden. Daraufhin sprangen alle reflexartig auf und zogen in die Hölle. Petrus war sehr überrascht und sagte mit einigem Zögern: Gut, jetzt ist Platz, jetzt kannst du reingehen. Der Banker antwortete ihm: Wenn der gesamte Markt davon überzeugt ist, dass in der Hölle Öl gefunden wurde, dann muss ich mitgehen. Dann ging auch er in die Hölle.

Das sind die Mechanismen, die zeigen, wie so etwas funktioniert. Darauf müssen wir eingehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir möchten die Geschichte noch einmal von Herrn Lammert hören!)

- Wie bitte?

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Wir haben es schon besser gehört!)

- Ja, wenn Sie gestern da waren. Unser Präsident ist unschlagbar in der Darstellung solcher Zusammenhänge.

Da kann ich nicht mithalten; das würde ich auch nie versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Sie haben gerade davon gesprochen, dass ein weltweites Regelwerk geschaffen werden soll. Wie wollen Sie das angesichts dieser geradezu menschlichen Eigenschaften, die Staaten wie Institutionen antreiben, erreichen? Etwa, indem Sie unsere potenziellen Partner dauernd mit starken Worten verunsichern, wie es unser Bundesfinanzminister macht? So doch sicherlich nicht. Wenn wir die Leute, die wir für eine Veränderung brauchen, vor den Kopf stoßen, werden sie nicht auf uns eingehen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungspolitik muss auf Fakten reagieren und darf nicht nur auf Stimmungen basieren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird die FDP alles tun, was hilft, eine humanitäre Katastrophe nicht nur in Afrika, sondern auch in anderen Ländern zu verhindern. Es nützt aber nichts, wenn man, ohne konkrete Ursachen zu beschreiben und ohne auf sie einzugehen, einfach immer nur mehr Geld zur Verfügung stellt.

Aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II sollen nun auf einmal insgesamt 100 Millionen Euro für einen Fonds der Weltbank herausgebrochen werden. Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Herr Minister Steinbrück, was hat das mit Stärkung der Binnenkonjunktur zu tun? Ich weiß, dass auch weltweit die Krise zu bekämpfen ist. Sie müssen allerdings die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit beachten.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die Mittel des Konjunkturpaketes II sind für die Stärkung

der deutschen Binnenkonjunktur vorgesehen, nicht dafür, dass, ähnlich wie im Hinblick auf die Autoindustrie bereits geschehen, andere Industrienationen gefördert werden. Das würden wir auch der Öffentlichkeit nicht erklären können. Mein Kollege Koppelin wird auf diese Thematik noch eingehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir aber gespannt! Mal sehen, ob der das besser kann als Sie!)

Frau Ministerin, Sie haben deutlich gemacht, dass Sie der Weltbank Geld zur Verfügung stellen wollen, weil sie viel Gutes tue. Gestern haben wir im Ausschuss eine Anhörung durchgeführt. Dort wurde uns ganz klar gesagt, dass die Weltbank gar nicht in der Lage sei, ihre Aufgaben wirklich zu erfüllen. Es hieß, sie sei viel zu groß angelegt und könne nur Großprojekte durchführen, die langfristig wirken. Durch solche Großprojekte kann die gegenwärtige akute Krise aber nicht bewältigt werden. Gleichwohl wollen Sie der Weltbank Geld zur Verfügung stellen. Das halten wir für falsch, insbesondere auch deshalb, weil die Weltbank dieses Geld für alle möglichen Maßnahmen verwenden könnte. Wofür sie es im konkreten Fall verwenden wird, wissen aber weder Sie noch wir. Deshalb lehnen wir das ab.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist Quatsch, was Sie da sagen! Das ist rückständig! Das ist rückschrittlich!)

Was die Gründung der IRENA angeht, möchte ich feststellen: Natürlich unterstützen auch wir einen vernünftigen Mix bei der Energiegewinnung; das ist gar keine Frage. Es gibt aber keinen Grund, besonders stolz darauf zu sein, dass das Abkommen bereits von so vielen Ländern unterzeichnet wurde. Wenn von vornherein 40 Prozent des Budgets übernommen werden, bevor die ersten überhaupt eingetroffen sind, dann ist das vergleichbar mit einem Kneipier, der sich darüber freut, dass seine Kneipe voll ist, wenn er Freibier ausschenkt. Das ist also keine große Überraschung.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Das ist doch Schwachsinn! - Gabriele Groneberg

[SPD]: Nein! Das ist doch nicht wahr! Das ist eine vollkommene Fehleinschätzung von Ihnen!

- Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wie bitte? Also ehrlich! Die FDP ist doch kleinkariert! - Dr. Sascha Raabe [SPD]: Ist das hier eine Karnevalsveranstaltung oder eine Debatte?)

Wir haben die großen Schwellenländer immer unterstützt. Das tun wir auch weiterhin, wenngleich in Grenzen. Kollege Ruck, die finanzielle Hilfe für China, nicht aber für Indien und Südafrika, ist übrigens eingestellt worden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat Herr Westerwelle das eigentlich auch schon begriffen?)

Was die Hilfe zum Beispiel für Afghanistan oder Dschibuti angeht - auch dort leiden die Menschen -, muss man aber feststellen: Hier passiert nichts bzw. nur sehr wenig. Auch diese Länder sind für uns sehr wichtig. Dort muss mehr getan werden. Daran wollen wir arbeiten.

Zu der grenzwertigen Erklärung des Kollegen Ruck vom gestrigen Tage, die verständlicherweise keinen Niederschlag fand - er sagte, dass die Entwicklungspolitik der FDP an Dummheit grenze - ,  
(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Er hat recht!)

kann ich nur sagen: Richtig ist, dass seine Aussage diese Grenze bereits überschritten hat.

(Beifall bei der FDP - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In diesem Fall hat

Herr Ruck recht! Ihre Entwicklungspolitik grenzt nicht nur an Dummheit! Sie ist Dummheit!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen internationalen Diskurs darüber, wie wir mit unseren Mitteln eine größere Wirksamkeit erzielen können. Dies ist im Sinne unseres Landes. Ihre Regierungserklärung hat uns leider keinen Weg in diese Richtung gewiesen. Sie wollen immer nur noch mehr Geld für falsche Entwicklungspolitik ausgeben. Aber das hilft unseren Partnern nicht, das hilft uns nicht, und das hilft erst recht nicht unseren Steuerzahlern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wohnzimmerpolitik nennt sich das!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Christian Ruck ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Es muss ein Ruck durch die Entwicklungspolitik gehen!)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklungspolitik ist in einer kritischen Phase. Wir haben zwar in den letzten Jahren im Kampf um das Erreichen der Millenniumsziele große Erfolge erzielt. Nach der Energie- und Nahrungsmittelkrise im letzten Jahr droht nun in der Tat durch die weltweit zu beobachtenden Negativtendenzen auf den Finanzmärkten und in den Volkswirtschaften ein dauerhafter Rückschlag. Vor allem ist zu konstatieren: Die Aufholjagd der Schwellenländer, deren Situation für die Bekämpfung der Armut von entscheidender Bedeutung ist - allein in Indien leben mehr Arme als in ganz Afrika südlich der Sahara -, ist ins Stocken geraten. Dem Vernehmen nach stehen demnächst allein in Bangalore 1,6 Millionen Arbeitnehmer auf der Straße. Mit einer gewissen Verzögerung wird diese Krise auch die ärmsten Länder erreichen und einen Teufelskreis von sinkenden Exporten, sinkenden Direktinvestitionen und sinkenden Überweisungen der Arbeitsmigranten herbeiführen.

Auch bei uns werden nun Stimmen laut, die sagen: Die EZ muss zurückgefahren werden, wir müssen zunächst das eigene Hemd retten. - In der Tat ist es so: Wir müssen das eigene Haus in Ordnung halten, es nützt niemandem, wenn wir schwach werden; denn dann können auch wir weniger helfen. Das gilt übrigens auch im Hinblick darauf, dass wir unsere Banken unterstützen. Man kann über Investmentbanker denken, was man will; aber dass wir unser Banksystem durch Bürgschaften retten

müssen, ist vollkommen klar.

Die EZ zurückzufahren, wäre jedoch ein schlimmes Eigentor. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Verzahnung der Volkswirtschaften ist stärker als je zuvor. Unsere Exporte in die entsprechenden Länder haben sich in den letzten sieben Jahren mehr als verdoppelt. Der Haushalt des BMZ ist mittlerweile der zweitgrößte Investitionshaushalt der Bundesrepublik Deutschland. Von ihm hängen allein in Deutschland zwischen 200 000 und 300 000 Arbeitsplätze ab.

Es ist auch richtig, Herr Königshaus, dass wir die Weltbank bei ihren Sofortmaßnahmen, insbesondere bei der Infrastrukturspritze, unterstützen, damit der Wachstumsfaden nicht reißt. Hinzu kommt - die Ministerin hat es angedeutet -: Die deutschen Unternehmen bekommen seit vielen Jahren die mit Abstand meisten Aufträge aus den Programmen der Weltbank, Aufträge in einem Volumen, das größer ist als der Betrag, den wir einzahlen. Deswegen habe ich davon gesprochen, dass es an Dummheit grenzt - wohlgermerkt: grenzt -, die Zahlungen zurückzufahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch in anderer Hinsicht wäre das ein Eigentor. Die Entwicklungspolitik ist mittlerweile ein fester und wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Die Entwicklungspolitik soll soziale Sprengsätze entschärfen, sie soll die Ursachen von Massenflucht bekämpfen, sie soll zur Energiesicherung beitragen, sie soll dem Terrorismus den Boden entziehen. Je mehr Menschen in den Entwicklungsländern in Schwierigkeiten geraten, desto wichtiger wird der Sicherheitsaspekt. Deswegen ist es in unser aller Interesse, dass wir in unseren entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Henry Kissinger hat vor kurzem gesagt: Die Krise ist eine Chance zur Besinnung. Das gilt auch für die Entwicklungspolitik. Wo stehen wir, und was muss geschehen, damit wir die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung trotz der derzeitigen Krise erreichen?

Wir haben bezüglich der Entwicklungspolitik sowohl, was den Haushalt des BMZ angeht, als auch, was die Umsetzung der entwicklungspolitischen Schwerpunkte - Umwelt, Energie - angeht, eine äußerst erfolgreiche Legislaturperiode hinter uns. Ebenso dominierten entwicklungspolitische Fragen unsere Präsidentschaft der G 8 und der EU. Das ist auch Ihrem Engagement zu verdanken, Frau Wiczorek-Zeul. Die Zeitenwende, so muss man es ja nennen, von 2005 kam aber insbesondere dadurch, dass die Kanzlerin die Entwicklungspolitik ganz anders gepusht hat als ihr Vorgänger. Auch daran sei hier erinnert

(Beifall bei der CDU/CSU - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD - Ludwig Stiegler

[SPD]: Das muss jetzt nicht sein! - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Für Schröder war das Gedöns!)

- Was wahr ist, muss wahr bleiben.

Trotzdem stehen wir unter Druck; denn die Probleme wachsen. Deswegen müssen wir uns wieder kritisch fragen: Was bringt Entwicklung voran? Welchen Beitrag

können wir leisten? Sind unsere Haushaltsmittel effizient eingesetzt? Wir müssen dabei die Erkenntnis zugrunde legen, dass die Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Gesamtheit keine schlüsselfertige Welt liefern kann. Wir können nur Impulse setzen, und wir sollten dies auch in der Öffentlichkeit sagen.

Deshalb müssen wir uns wieder auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf die Beantwortung der Frage konzentrieren, wie wir die schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern zur Entfaltung bringen können. Dazu gibt es zwei Ansatzpunkte: zum einen direkt am Menschen und zum anderen an den Rahmenbedingungen. Der Schlüsselsektor für die Hilfe direkt am Menschen ist die Bildung in all ihren Ausprägungen. Liebe Kollegen von der SPD, lieber Sascha Raabe, ich bin froh, dass wir es im parlamentarischen Verfahren zusammen geschafft haben, diesem Sektor mehr Gewicht zu verleihen, und damit ein bisschen von dem nachgeholt haben, was wir im Koalitionsvertrag versäumt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin auch der Meinung, dass in diesem Schlüsselsektor unabhängig von der Länderliste etwas getan werden muss. Bildung und Ausbildung sollten wir überall dort vorantreiben, wo wir die Gelegenheit dazu haben, auch in Schurkenstaaten und in fragilen Staaten, und das als Investition für die Zukunft betrachten, wenn uns dann hoffentlich wieder ein Zeitfenster zur Verfügung steht. Ich glaube, das muss unser Prinzip sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Sascha Raabe [SPD])

Lieber Sascha Raabe, ähnlich verhält es sich bei der ländlichen Entwicklung. Ich glaube, auch hier haben unsere Arbeitsgruppen gemeinsam eine gute Arbeit geleistet. (Dr. Karl Addicks [FDP]: Hätte aber besser sein können!)

Auch die ländliche Entwicklung hat etwas mit den Menschen zu tun; denn wenn Kinder und Jugendliche hungern oder krank sind, dann können sie ihre schöpferischen Kräfte mitnichten entfalten.

Entscheidend sind aber auch die Rahmenbedingungen. Wir können in manche Länder noch so viel Geld geben: Es wird nichts nützen. Ganz im Gegenteil! Ich möchte – die Ministerin hat acht Punkte genannt – in aller Kürze fünf Faktoren nennen, die für mich unabdingbar sind, wenn wir eine Chance zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele haben wollen.

Erstens. Wichtig ist eine gute Regierungsführung. Wenn wir es mit Empfängern bzw. Partnern zu tun haben, die legitimiert und entwicklungsorientiert sind, dann ist der Rest Formsache. Dann geht es nur noch um die Technik und zum Beispiel um die Frage, ob man hier den Hafen oder dort die Straße baut. Hier können wir natürlich schneller und unbürokratischer reagieren; das ist klar. Hier können wir uns auch nach den Vorstellungen der Partner richten. Je unlegitimierter, inkompetenter und korrupter unsere Gegenüber aber sind, desto mehr müssen wir auf unseren Wertvorstellungen bestehen, und zwar auch im wohlverstandenen Interesse der Menschen

dort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist Ownership kein Freibrief und keine Einbahnstraße. Genau das müssen wir im Klartext zum Beispiel auch der afghanischen Regierung sagen. Bei den Opfern, die wir für sie bringen, muss sie sich im Kampf gegen Inkompetenz und Korruption im eigenen Land mehr einbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Zusammenhang brauchen wir auch eine Offensive gegen schlechte Regierungsführung. Dabei sind alle gefordert. Hierfür brauchen wir natürlich auch die Unterstützung der Außenpolitiker. Vor allem brauchen wir hierfür aber vor Ort die Unterstützung unserer Kirchen, und wir brauchen auch die Unterstützung der Stiftungen und der engagierten NGOs. Das ist etwas, worauf wir, die Zivilgesellschaft, in der Entwicklungszusammenarbeit nicht verzichten können.

Zweitens. Ohne Wirtschaftswachstum in den betroffenen Ländern haben wir keine Chance, die Entwicklungsziele zu erreichen. Darauf wird der Kollege Klimke noch eingehen. Wir brauchen in diesen Ländern eine Wirtschaftsorientierung, aber eine Wirtschaftsorientierung, die mit Armutsbekämpfung einhergeht. Es gibt zu viele Länder, die zwar ein hohes Wachstum aufweisen, in denen dieses aber der breiten Bevölkerung nicht zugutekommt. Darum ist es richtig, dass man zum Beispiel auch auf eine vernünftige Steuerpolitik in diesen Ländern Wert legt.

Drittens. Handelspolitik. Auch das wurde ja schon angesprochen. Es geht um eine Handelspolitik als Hilfe zur Selbsthilfe für die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer. Im Sinne einer internationalen sozialen Marktwirtschaft muss dabei aber ein fairer Deal herauskommen. Wir sagen von unserer Seite aus Ja zu Marktzugang, zu Hilfen beim Kapazitätsaufbau und zur Rücksichtnahme auf lokale Märkte vor Ort. Das muss man von uns verlangen. Im Gegenzug müssen wir aber einen Verzicht auf jegliche Art von ausbeuterischer Kinderarbeit und Umweltdumping verlangen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viertens. Der größte Feind der Entwicklung ist der Krieg. Umgekehrt gibt es keine Sicherheit ohne Entwicklung. Wir brauchen mehr Möglichkeiten und auch mehr Mut, um gerade in Entwicklungsländern und Entwicklungsregionen bessere Formen der Friedensschaffung durchzusetzen - darauf wird Kollege Fischer noch eingehen -; das ist ganz essenziell, weil sonst alle Entwicklungsbemühungen vergeblich wären. Das gilt übrigens auch für Palästina.

Fünftens. Koordination und Arbeitsteilung. Das beginnt im eigenen Land mit einer uneigennütigen Ressortzusammenarbeit und geht über eine schlagkräftige Zusammenarbeit der Entwicklungsinstitutionen vom Haupt bis zu den Gliedern bis hin zur EU.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie

sind daran gescheitert, Herr Ruck!)

Wir freuen uns über die Grundsatzvereinbarungen in der EU, Frau Ministerin. Aber ich glaube, wir brauchen noch viel mehr Kraft und Energie, um sie auch durchzusetzen. Davon sind wir noch weit entfernt. Im internationalen Bereich gibt es sogar groteske Entwicklungen: Es gibt eine Vielzahl von Gebern, die in vielen Fällen die armen Administrationen der Entwicklungsländer erschlägt. Es gibt 34 für Gesundheit und 37 für Entwicklung und Umwelt zuständige UN-Organisationen. Wir befinden uns allmählich in einem Hamsterrad der Koordination und müssen auch in diesem Punkt wieder zur Besinnung kommen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie doch einmal an!)

Wir sind inzwischen der zweitgrößte internationale Entwicklungshilfegeber. Wir müssen unseren Einfluss auch dahin gehend geltend machen, dass wir die gesamte Hilfsarchitektur vom Kopf auf die Füße stellen. Dabei sind die genannten Vorschläge sehr hilfreich. Aber wir müssen hier zu Potte kommen.

Ich möchte eine Anregung geben. Die japanische Regierung, die US-amerikanische Regierung - auch die neue amerikanische Regierung; das hat Hillary Clinton vor kurzem bestätigt - und zum Beispiel auch die israelische Regierung sind hochinteressiert daran, mit uns verstärkt zu Dreieckskooperationen zu kommen. Ich glaube, wenn wir uns auf einen solchen Prozess eines Trainings on the Job verständigen könnten, dann könnten wir zusammen noch viel mehr Gewicht für eine konzentriertere Entwicklungspolitik in unserem Sinne aufbringen. Dafür plädiere ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten am Dienstag eine Gedenkstunde, in der es sehr eindrucksvoll um das Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ging.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die deutlich überschrittene Redezeit.

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Jawohl, ich komme zum Schluss. - Diese Würde wird in vielen Entwicklungsländern, gerade auch Kindern gegenüber, mit Füßen getreten. Deswegen gibt es für uns nicht nur rationale Gründe, sondern aus christlich-abendländischem Denken auch eine moralische Verpflichtung, die Entwicklungspolitik aufrechtzuerhalten.

Ich möchte mit einem Satz schließen, den der japanische Botschafter diese Woche gesagt hat: Deutschland und Japan haben eine Kultur gemeinsam, nämlich die Kultur, ihre Versprechen zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Aydin, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Heute geht es um weit mehr als um die Entwicklungszusammenarbeit. Wir

sprechen über die Gestaltung der Innen- und Sozialpolitik in der einen Welt, in der wir leben. Die Verwirklichung der Millenniumsziele ist nicht nur entwicklungspolitisch geboten, sondern von entscheidender Bedeutung für die regionalen Sicherheiten, den Frieden auf der Welt und das wirtschaftliche Miteinander der Weltgemeinschaft.  
(Beifall bei der LINKEN)

Extremismus, Kriege und Gewalt können sich besonders gut dort entfalten, wo den Menschen politische, soziale und humanitäre Rechte verweigert werden. Wir brauchen daher die Überwindung der extremen globalen Polarisierung zwischen wenigen Reichen und vielen Armen. Wie uns in diesen Tagen auf der italienischen Insel Lampedusa dramatisch vor Augen geführt wird, treibt der Ernst der Lage auf unserem Nachbarkontinent Afrika immer mehr Menschen in die Flucht. Obwohl die Fahrt über das Mittelmeer aufgrund der rigiden Abschottungspolitik der Europäischen Union jedes Jahr für Hunderte tödlich endet, treten sie diese Fahrt an, weil Hunger, Armut, Perspektivlosigkeit den Alltag in ihren Ländern prägen. Dieses Schicksal teilen sie mit anderen. Rund 1 Milliarde Menschen weltweit müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. 40 Prozent der Weltbevölkerung leben von weniger als 2 US-Dollar am Tag.

Seit der Verabschiedung der Millenniumsziele ist mehr als die Hälfte der vorgesehenen Zeit verstrichen. Es wird schwer, sie bis zum Jahr 2015 umzusetzen; denn die Bilanz des Erreichten ist ernüchternd.

Das erste Millenniumsziel, die Zahl der Menschen in Armut zu halbieren, ist nicht mehr zu erreichen. Außerhalb Ostasiens sinkt die Armut viel zu langsam, besonders in Südasien und im subsaharischen Afrika. Auch bei der Kindersterblichkeit, die um zwei Drittel gesenkt werden soll, laufen wir unserem Vorhaben hinterher. Die Ausbreitung der Infektionskrankheiten ist längst nicht gestoppt. 40 Millionen Menschen leben mit HIV/Aids. 2004 starben 3 Millionen Aidskranke. Jedes Jahr sterben 1 Million Menschen an Malaria, davon 90 Prozent in Afrika. 80 Prozent der Malariatoten sind Kinder in Afrika.

Beim zweiten Entwicklungsziel - Grundbildung für alle - hat es durchaus Fortschritte gegeben; da stimme ich mit Ihnen überein, Frau Ministerin. Die Einschulungsrate wurde bis 2006 auf etwa 70 Prozent gesteigert.

Doch die Herausforderungen bleiben enorm. Entscheidend ist - das habe ich in Ausschusssitzungen immer wieder deutlich gemacht - die Qualität der schulischen Bildung und nicht nur die quantitative Erhöhung der Einschulungszahlen. Wenn 80 Kinder in einer Klasse sitzen und Gelder für Lehrmittel und Lehrpersonal fehlen, wundert es nicht, dass später viele dieser Kinder die Schule als Analphabeten verlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem brechen vielerorts Kinder die Schule ab, weil Schulgebühren erhoben werden oder sanitäre Einrichtungen für Mädchen fehlen. Daher verstehe ich es nicht, dass gestern im Ausschuss der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen zur sanitären Versorgung durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS)



90/DIE GRÜNEN)

Auch die NGOs haben uns vorgerechnet, dass der Beitrag der Bundesregierung zur Grundbildung weit hinter dem zurückliegt, was eigentlich erforderlich wäre. 2006 wurde für die Grundbildung gerade einmal 1 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe eingesetzt. Das ist viel zu wenig; denn von besserer Bildung hängt die Verwirklichung der anderen Entwicklungsziele entscheidend ab.

Die Welt bleibt auch durch tiefe soziale Ungerechtigkeit geprägt. Jene rund 2,6 Milliarden Menschen weltweit, die täglich weniger als 2 US-Dollar pro Tag zum Leben haben, verfügen nur über 5 Prozent des globalen Einkommens. Die Reichsten der Welt hingegen – das sind 20 Prozent – besitzen über drei Viertel des globalen Einkommens. In Afrika ist die Situation am schlimmsten. Ein Drittel aller Menschen lebt hier in Armut. 1990 war es noch ein Fünftel. Doch nicht nur in Afrika, sondern überall in der Welt vertieft sich der Graben zwischen Reich und Arm. Es ist darum gut und richtig, dass sich die Staatengemeinschaft mit den Millenniumszielen konkrete Vorgaben gegeben hat.

Doch Entwicklungszusammenarbeit muss besser finanziert werden, auch von Deutschland, das weiter hinter seinen Zusagen zurückbleibt. Aber mit mehr Geld allein werden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Südens nicht überwunden werden. Dringend geboten sind strukturelle Veränderungen in den ungleichen Wirtschafts- und Handelsabkommen, eine Regulierung der Finanzmärkte im Sinne der Entwicklungsländer und die Demokratisierung der internationalen Finanzorganisationen. (Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich dies verdeutlichen. In Monterrey im Jahr 2002, in Paris im Jahr 2005 sowie zuletzt in Accra und in Doha versprochen die Geber, ihre Entwicklungspolitiken nicht länger von Wirtschafts- und Handelsinteressen konterkarieren zu lassen. Trotzdem kann man beim besten Willen nicht erkennen, dass die Entwicklung politisch kohärent ist. Ein Dauerbrenner ist hier die Landwirtschaft.

Jüngstes Beispiel: Die EU will die ausgesetzten Exporterstattungen für Milchprodukte wieder aufnehmen.

Diese Politik ruiniert die Landwirtschaft im Süden; das darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern daher: Weg mit den Exportsubventionen für die europäische Landwirtschaft! Besseren Marktzugang für die Produkte aus Entwicklungsländern!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die letzte Nahrungsmittelkrise 2008 war auch ein Resultat der jahrzehntelangen Landwirtschaftspolitik und -förderung, die im Süden auf Exportorientierung setzt, anstatt sich auf den lokalen Bedarf zu konzentrieren. Zahlreiche Experten, unter anderem der Weltagrarrat, betonen, dass stattdessen die Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern entscheidend für die Nahrungsmittelsicherheit ist.

Wichtig sind darüber hinaus Landreformen. In vielen

Ländern des Südens birgt die Landfrage erheblichen sozialpolitischen Sprengstoff. Unklare Rechtsverhältnisse und die ungebrochene Kommerzialisierung der Landwirtschaft führen zur Verdrängung kleiner einheimischer Produzenten und vor allem indigener Völker. Massive Landkäufe von Privatinvestoren und Regierungen aus der OECD-Welt, aus Asien und jüngst auch aus der arabischen Welt zur Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs oder für den Anbau sogenannter Biokraftstoffe haben die Landfrage vor allem in Afrika und Südamerika deutlich zugespitzt. Ob diese Konflikte gewaltsam oder demokratisch gelöst werden, hängt auch von den OECD-Staaten ab. Die Menschen Boliviens machten beispielsweise im Referendum am letzten Wochenende einen entscheidenden Schritt hin zu einer gerechteren Landverteilung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Westen muss diese Entscheidung der Bolivianer und Bolivianerinnen respektieren und unterstützen. Wir setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und soziale Kehrtwende in der Landwirtschaftsförderung ein; denn Ernährungssicherheit ist die Grundlage für die dringend notwendige Diversifizierung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Besonders die Länder Afrikas müssen weg von ihrer einseitigen Ausrichtung auf unverarbeitete Rohstoffe und Agrarexporte. Eine soziale und umweltverträgliche Industrialisierung ist die Voraussetzung für einen Ausweg aus den unfairen Handelsbeziehungen. Hierzu müssen bestehende Initiativen weiterentwickelt und die aggressive Marktöffnungspolitik der westlichen Staaten und Finanzinstitutionen korrigiert werden. Vor allem brauchen die Staaten des Südens Entscheidungsfreiheit in der Frage, wie sie ihre Volkswirtschaften in der Aufbauphase schützen wollen. Ihnen darf nicht über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU eine Liberalisierung aufgezwungen werden, die ihre Märkte zerstört und ihnen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume entzieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Im aktuellen kapitalistischen Wettbewerb gehen die Entwicklungsländer mit dem Fahrrad an den Start, während die Industriestaaten im Porsche sitzen. Das ist keine Marktwirtschaft. Das ist einfach unsozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Die globale Finanzkrise hat auch die Schwellen- und Entwicklungsländer erfasst. Nur wenige wie China und Indien konnten diese abfedern. Mexiko geriet unter Druck und muss höhere Kredite beim IWF aufnehmen. Die zuletzt deutlich gesunkenen Rohstoffpreise bringen die Haushalte vieler Rohstoffexporteure im Süden in eine ernste Schieflage.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Vor allem in Venezuela!)

Zudem sind eine Reduzierung der Entwicklungshilfe sowie der Abzug oder die Zurückstellung von Investitionen zu befürchten.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Was ist mit Hugo Chávez?)

Vor diesem Hintergrund hat die Regulierung der Finanzmärkte höchste Priorität. Notwendig sind unter anderem

ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation, die Schließung der Steueroasen und die strenge Kontrolle von Private Equity Fonds sowie Hedgefonds. Es muss außerdem ein internationales Insolvenzrecht geschaffen werden, das zahlungsunfähigen Staaten eine Mitsprache einräumt. Illegitime Schulden müssen erlassen werden. Wer an Diktatoren oder korrupte Betrüger verleiht, soll nicht mit der Rückzahlung seiner Gelder rechnen dürfen. Die Umsetzung dieser Forderung setzt die Demokratisierung der internationalen Finanzdienstleistungsinstitutionen voraus. Es kann nicht angehen, dass IWF und Weltbank von den OECD-Staaten dominiert werden, während die Entwicklungsländer die Zeche für deren verfehlte Politik zahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Nahrungsmittelkrise in Haiti ist dafür ein Beispiel. Über Jahrzehnte wurden auf Geheiß von Weltbank und IWF die Zölle gesenkt und Billigimporte ins Land geholt. Heute ist Haiti ein Nahrungsmittelimportland geworden. Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, würden auch Sie freundlicherweise auf die Zeit achten?

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich komme zum Ende. - Entwicklungspolitik ist kein Nebenschauplatz der internationalen Beziehungen. Sie hat eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer internationalen Sozialpolitik, für die die Linke einsteht, Herr Müntefering.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht in die Debatte verirrt, sondern vertrete hier meinen Kollegen Walter Kolbow, der einem guten Freund die letzte Ehre erweisen muss.

Den Auftrag, hier für ihn zu reden, habe ich gern übernommen, weil ich zu denen gehöre, die von der Politik unserer Entwicklungsministerin Heidi Wieczorek-Zeul begeistert sind, und zwar seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Trittin [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt aber unhöflich!)

Ich möchte ihr ganz herzlich für das Beispiel, das sie uns allen gibt, danken. Wir alle sind mal kurz bewegt und begeistert, aber dann legt sich das wieder, während Heidemarie Wieczorek-Zeul über Jahre und Jahrzehnte mit konstanter Güte - mit konstanter Bosheit, könnte man fast sagen - ihren Auftrag verfolgt und seit der Einsetzung der Nord-Süd-Kommission an seiner Umsetzung gearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe an vielen Stellen erlebt, wie sie mit List, mit Ausdauer und mit Beharrlichkeit die stursten Böcke überzeugt hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist eine bewundernswerte Leistung. Heidemarie Wieczorek-Zeul ist für uns alle, die wir diesen Geschäften

nachgehen, oft eine Entlastung, weil wir wissen, dass wir unseren Alltagsgeschäften nachgehen können, aber Heidi fest für die guten Dinge steht. Deshalb ein herzlicher Dank für diese Politik. Hier erleben wir, dass Max Webers Spruch, dass Politik das Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich ist, lebendig ist. Wir sollten ihr zusätzlich die Namen Constantia und Perpetua geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wunderbar!)

Wir erleben auf der anderen Seite eine bemerkenswerte Regression der FDP, die einmal mit Walter Scheel einen nicht unbedeutenden Entwicklungspolitiker gehabt hat. Jetzt kommen Herr Niebel und Herr Königshaus mit einem Horizont, der nicht einmal ein Kirchturmshorizont ist, sondern der Horizont einer Waldkapelle, die von Dornen und Stauden überwuchert ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann man nur so sein? Bitte gehen Sie einmal zu Walter Scheel auf ein Glas Wein, damit er Sie auf den neuesten Stand oder wenigstens auf den Stand von vor 30 Jahren bringt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist dieser Partei nicht würdig. Sie waren schon wesentlich weiter, und Sie können jetzt in der Krise nicht in diese Regression verfallen. Das geht einfach nicht. Der Kollege Ruck hat Ihnen schon das Notwendige gesagt. Wir müssen gerade in diesen Zeiten, in denen alle aus den Entwicklungsländern davonrennen - früher haben unsere Anleger diese Länder mit Geld überschwemmt; (Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So toll waren die Investitionen auch nicht!) mittlerweile flüchten sie alle in die sicheren Häfen -, Beharrlichkeit und Beständigkeit beweisen. Dazu sollten wir unseren Beitrag leisten. Ich bin froh, dass die KfW bei der Mikrofinanzierung einer der besten Player auf der Welt ist. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit von Heidi Wieczorek-Zeul und Ingrid Matthäus-Maier, die das angepackt haben!

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Die hätten doch ein paar Milliarden mehr zur Verfügung gehabt, Herr Kollege!)

Man sollte für das, was diese Menschen begonnen haben, dankbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Königshaus hat versucht, den Statusbericht vom Sommer, also von vor der Krise, lächerlich zu machen. Das ist falsch. Sie sollten sehen: Dieser Statusbericht zeigt, was wir erreicht haben, was jetzt gefährdet ist. Wir sollten auf die Weltbank, auf den Internationalen Währungsfonds und andere Beteiligte hören: Jetzt müssen wir zusammenstehen, um das Erreichte zu erhalten und zu bewahren. Nur gemeinsam kommt die Welt aus der Krise. Keiner kann das für sich allein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der

CDU/CSU)

Stichwort „Weltbank“: Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie Herrn Obama wieder treffen oder wieder mit ihm telefonieren, dann erinnern Sie ihn bitte daran, dass wir vor einer Verdoppelung der Sonderziehungsrechte stehen. Der Bundestag hat die Sonderziehungsrechte schon mit beschlossen. Das Ganze hängt noch an der Zustimmung der Amerikaner. Es wäre gut, wenn den schönen Sprichworten über das Wagnis der Zukunft Taten folgten und wir unsere Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds verdoppelten; damit wäre der ganzen Welt erheblich geholfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Mich bewegt seit meiner Pennälerzeit ein Gedicht von Hugo von Hofmannsthal.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das muss aber schon lange her sein!)

Dieses Gedicht sagt uns zu diesem Thema einiges. Es lautet:

Manche freilich müssen drunten sterben,  
wo die schweren Ruder der Schiffe streifen,  
andere wohnen bei dem Steuer droben,  
kennen Vogelflug und die Länder der Sterne.  
Manche liegen mit immer schweren Gliedern  
bei den Wurzeln des verworrenen Lebens,  
anderen sind die Stühle gerichtet  
bei den Sibyllen, den Königinnen,  
und da sitzen sie wie zu Hause,  
leichten Hauptes und leichter Hände.  
Doch ein Schatten fällt von jenen Leben  
in die anderen Leben hinüber,  
und die leichten sind an die schweren  
wie an Luft und Erde gebunden.  
Ganz vergessener Völker Müdigkeiten  
kann ich nicht abtun von meinen Lidern,  
noch weghalten von der erschrockenen Seele  
stummes Niederfallen ferner Sterne.  
Viele Geschicke weben neben dem meinen,  
durcheinander spielt sie all das Dasein,  
und mein Teil ist mehr als dieses Lebens  
schlanke Flamme oder schmale Leier.  
Unser Teil ist mehr als unser individuelles Leben hier.  
Wir sind mit den anderen verbunden. Wir sind in diese  
weltweite Verantwortlichkeit, in die internationale  
Kooperation einzubinden. Armutsbekämpfung ist Zukunftsinvestition.  
Armutsbekämpfung ist Friedenspolitik.  
Dafür danke ich der Bundesministerin, der Bundesregierung.  
Diese Politik unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ute Koczy für Bündnis 90/Die Grünen.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben der Zeitschrift Welt-Sichten dieser Tage ein Interview gegeben. Darin haben Sie die Europäische Union aufs Korn genommen. Sie haben die Absicht der EU kritisiert, wieder Exportsubventionen

für Milchprodukte einzuführen: Diese würden die Märkte in den Entwicklungsländern zerstören und die Existenz vieler Kleinbauern in diesen Ländern gefährden. Sie haben gesagt - ich zitiere -: Die Entscheidung steht im krassen Gegensatz zu den Erkenntnissen der Weltgemeinschaft aus der Nahrungsmittelkrise.

Frau Ministerin, das ist richtig. Die Wiedereinführung von Agrarsubventionen für Milchprodukte zerstört in der Tat die Märkte in den Entwicklungsländern. Diese Entscheidung der Europäischen Union, verkündet am Rande der Grünen Woche hier in Berlin, ist eine Katastrophe für viele Menschen in Afrika, Lateinamerika und Asien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN - Dr. Karl Addicks [FDP]: Da hat sie recht!)

Sie ist ein Schlag gegen alle Bemühungen, mehr globale Gerechtigkeit herzustellen, und zementiert die Praxis unseres unfairen Handelssystems.

Aber, liebe Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Europäische Union ist kein virtuelles Konstrukt, sondern gibt die Meinung souveräner Staaten wieder. Die Bundesregierung sitzt da mit am Tisch. Sie begrüßt und unterstützt diese Entscheidung. Sie sind Mitglied der Bundesregierung - und das nicht erst seit heute. Ich bin das EUBashing leid; es sind doch die Nationalstaaten, die an den Pranger gehören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eben haben wir eine Regierungserklärung der Bundesregierung zum Thema Entwicklungspolitik gehört.

Nun wird es schwierig. Das Mitglied der Bundesregierung Wieczorek-Zeul kritisiert die Entscheidungen des Kabinetts.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Mit Verlaub, Sie sitzen da doch mit am Tisch. Sie entscheiden, und jetzt versuchen Sie, die eigene, nämlich im Kabinett gefallene Entscheidung als Fehlentscheidung darzustellen. Mit dieser Nummer lassen wir Sie nicht durchkommen. Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Was machen Sie jetzt?)

Auch wenn Sie glauben, es merke keiner: Sie tragen als Entwicklungsministerin mit die Verantwortung dafür, dass mithilfe der deutschen Bundesregierung die Existenz der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern vernichtet wird und eine falsche, katastrophale Subventionspolitik der Europäischen Union zum wiederholten Male fortgesetzt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Sie sind dafür verantwortlich - sonst niemand -; da können Sie so viele Interviews geben, wie Sie wollen. Letztlich lenken Sie davon ab, was in Berlin wirklich gespielt wird. Sie verkaufen die Leute für dumm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum gehe ich auf diesen Punkt so ausführlich ein? Weil ich es einfach

leid bin, dass wir in der Entwicklungspolitik - - Oh, der Präsident meldet sich.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, er meldet sich, um Sie zu fragen, ob Sie geneigt sind, eine Zwischenfrage des Kollegen Müller zu beantworten.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Selbstverständlich.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die Entwicklungsländer komplett freien Zugang zum Markt der Europäischen Union haben, dass sie damit privilegiert sind und dass wir dazu auch stehen? Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass die von Ihnen so gezeißelten sogenannten Exporterstattungen für Milch in keinem Fall in ein Land Afrikas oder Lateinamerikas gehen, wie Sie behauptet haben? Es gelangt kein einziger Liter Milch und kein Kilo Produkt mit Exporterstattung in die von Ihnen genannten Staaten.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Ist Ihnen das bekannt, Frau Koczy?)

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Müller, dann frage ich Sie:

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Sie sollen antworten!)

Warum, wenn das so zuträfe, stellt sich die Ministerin hin und sagt, dass diese Entscheidung die Existenz der Bäuerinnen und Bauern in Afrika und Lateinamerika ruiniert?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

- Das hat sie gesagt. Das kann man in dem Interview nachlesen. Sie sagt es, weil sie weiß, dass sie recht hat. Jetzt streiten Sie mit ihr einmal darüber, was daraus an Konsequenzen erwächst!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Jürgen

Koppelin [FDP] - Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie sind leider nicht informiert!)

Wir stehen in der Entwicklungspolitik für den Kampf gegen die Armut. Das finden alle immer ganz toll. Aber Frau Merkel regiert, um in Deutschland die Leute an der Nase herumzuführen und es einfach zuzulassen, dass nicht Werte, sondern harte Lobbyinteressen die schwarze Politik bestimmen. Herr Kollege Stiegler, es nützt nichts, die Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul zur Galionsfigur zu machen, wenn auf dem Schiff gleichzeitig Meuterei herrscht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Regierungserklärung zu den MDGs, zu den Jahrtausendentwicklungszielen

der Vereinten Nationen, und

dem schon vielfach gegebenen Versprechen zur Aufstockung der Mittel kann keine entwicklungspolitische Debatte

im engeren Sinne sein; das ist richtig. So eine Debatte

steht im Kontext der Finanzkrise. Das letzte Jahr

stellt eine Zäsur dar. Das Jahr 2008 wird als ein Jahr der multiplen Krise in die Geschichte eingehen: Klimakatastrophe,

Ernährungskrise - darauf wird mein Kollege

Thilo Hoppe noch eingehen -, Energie-, Öl- und Finanzkrise

sowie die jetzt kommende Wirtschaftskrise. Das alles

ist eine Gemengelage, von der wir noch nicht wissen,

wie alles miteinander zusammenhängt.

Vor diesem Hintergrund frage ich: Was wird aus den Entwicklungszielen? Was wird aus den Zielen, die Armut zu halbieren, die Müttersterblichkeit zu bekämpfen oder die Qualität der Bildung zu verbessern? Wo bleiben Veränderungen in den ungerechten Handelsstrukturen, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit? Was wird aus den Erkenntnissen, dass erneuerbare Energien gerade in Afrika die Basis zur Armutsbekämpfung legen? Was wird aus dem Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts? Wir befinden uns momentan in der absurden Situation, dass mit ein wenig Zahlenspielererei eine Erhöhung der ODA-Quote denkbar ist, ohne dass neues Geld eingesetzt wird. Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt und die ODA-Quote stagniert, dann wirkt es auf dem Papier wie eine Erhöhung. Wir brauchen jedoch reale Zuwächse. Jetzt rächen sich die Versäumnisse von Schwarz-Rot. Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Sie haben in Ihrer Amtszeit nicht vorgesorgt. Sie haben es versäumt, Strukturen zu reformieren, damit die Entwicklungspolitik Deutschlands für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Genauso wenig, wie es dieser Regierung mit dem Finanzminister Steinbrück in den guten Tagen gelungen ist, Rücklagen zu bilden, Schulden abzubauen oder auch zu sparen, genauso wenig haben Sie es geschafft, frisches Geld durch innovative Finanzierungsinstrumente zu organisieren.

(Christian Ruck [CDU/CSU]: Das ist Unsinn! -

Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Ihr habt sieben Jahre lang das Geld zurückgeführt!)

Ich beziehe mich auf die Regierungserklärung. Dort ist zwar von innovativen Finanzierungsinstrumenten die Rede, aber Sie stehen komplett mit leeren Händen da. Nichts davon wurde realisiert: weder die Flugticket-Abgabe, noch die Kerosinsteuer, noch die Finanztransaktionsteuer. Das sind alles Vorschläge, die wir Grünen seit Jahren einfordern.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Noch mehr Steuern!)

Sie wurden alle nicht durchgeführt. Man hat sich zwar etwas bewegt und es verbalisiert, aber es kommt nichts rüber. Damit stecken wir haushaltspolitisch in der Sackgasse. Das haben Sie also auch vergeigt, und es gibt keinen Grund, Sie zu loben.

Frau Ministerin, Sie haben in der Saarbrücker Zeitung gesagt: Wenn es möglich sei, mit Milliarden die Finanzmärkte zu stabilisieren, müsse es auch möglich sein - ich zitiere -, „die Welt vor Armut und Hunger, Arbeitslosigkeit und dem Klimawandel zu retten.“ Ja, das sehen wir auch so. Aber im Gegensatz zur FDP sagen wir, dass die 100 Millionen Euro nicht ausreichen, die Sie ausgeben wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist zu wenig. Es müsste viel mehr Geld in die Hände genommen werden. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass wir einen echten grünen New Deal bekommen, nicht den, den die Koalition vorträgt - kleinfüßig und immer wieder torpediert. Am Beispiel Kfz-Steuer sieht man doch, was dabei herauskommt.

Wir brauchen einen echten grünen New Deal. Nur er ist der Weg. Daran müssen wir arbeiten, nicht an dem,



was die schwarz-rote Regierung hier vorgestellt hat.  
Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Sibylle Pfeiffer,  
CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Warum wird die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit  
mit der Höhe der verfügbaren Mittel in Zusammenhang  
gestellt? Lieber Herr Stiegler, was Ihre hochgelobte  
Kollegin Wieczorek-Zeul betrifft

(Ludwig Stiegler [SPD]: Da haben Sie recht!)

- das habe ich, ich bin auch sehr zufrieden mit ihr -: All  
ihre Mahnungen und Wünsche sind erst dann in Erfüllung  
gegangen, als es im Kanzleramt zum Glück zu einer  
Veränderung kam.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ich bin Zeuge, wie  
sie den alten Kanzler traktiert hat!)

Vorher hat sie sich bei ihren männlichen Genossen, angefangen  
bei Bundeskanzler Schröder, ohne Ende die  
Zähne ausgebissen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie hat sie sich nicht  
ausgebissen, sondern er hat nachgeben müssen!)

Liebe Ute Koczy, zu deinen Auslassungen bezüglich  
einer rot-schwarzen Regierungsführung im Zusammenhang  
mit der EZ möchte ich anmerken: Für alles, was du  
angeprangert hast, habt ihr sieben Jahre zur Umsetzung  
Zeit gehabt.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und ihr drei Jahre!)

Während dieser Zeit sind diese Forderungen, das weiß  
ich, auch gekommen. Warum sind sie nicht umgesetzt  
worden?

(Ludwig Stiegler [SPD]: Weil nur die Heidi  
die harten Bretter bohrt!)

Erst mit einer Änderung im Kanzleramt kann man die  
Dinge umsetzen, die man gerne möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber, liebe Freunde, was passiert eigentlich? Wir Parlamentarier  
heben die Hand zu enormen Erhöhungen in  
unserem Entwicklungshaushalt, und reflexartig werden  
wir mit Briefen von NGOs, der großen Gemeinde der  
Gutmenschen dieser Welt, überschüttet, in denen wir gefragt  
werden, warum wir so wenig Geld zur Verfügung  
stellen. Das ist ein Reflex. Tust du nichts, wirst du beschimpft;  
tust du was, wirst du auch beschimpft. Das ärgert  
mich. Mich ärgert, dass wir diejenigen sind, die pushen  
und powern und trotzdem beschimpft werden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Darum habe ich euch  
doch gelobt!)

Außerdem frustriert es mich. Ich fühle mich da zu Unrecht  
kritisiert, und das gefällt mir nicht.

Natürlich machen sich die Entwicklungsministerin  
und wir uns als Entwicklungspolitiker viele Freunde,  
wenn wir viel Geld verteilen. Das ist einfach. Aber hilft  
viel eigentlich auch wirklich viel?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nicht immer! -

Dr. Karl Addicks [FDP]: Das kennt man schon

aus der Medizin!)

Nirgends ist - das müssen wir uns einmal vorstellen, liebe Freunde - mit Zahlen belegt, wie viel Geld eigentlich in diesem System steckt. Die OECD spricht von etwa 110 Milliarden Euro, die dort ankommen, wo sie hingehören, nämlich bei den Menschen vor Ort. Man schätzt, dass derselbe Betrag irgendwo anders hinfließt. Deshalb sage ich, lieber Kollege Aydin, jetzt einmal etwas, was du von mir nicht erwartet hättest: Hier könnten wir eine Verteilung von oben nach unten vornehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

In diesem Fall wäre das angebracht. Wir sollten uns ganz genau anschauen: Wie sind die Mittel eingesetzt? Wo sind sie eingesetzt? Wie effizient sind sie eingesetzt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Entwicklungszusammenarbeit kostet viel Geld. Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, über Kürzungen im EZ-Haushalt zu beraten.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das hat auch keiner gesagt!)

Wir müssen aber die Krise als Chance begreifen und uns überlegen, wie wir die Mittel einsetzen. Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit ein Beispiel nennen, das meiner Meinung nach zeigt, dass wir auch mit wenig Mitteln sehr effizient arbeiten können.

Nicht umsonst sind vier der acht MDGs auf Frauen abgestellt. Frauen sind in der Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich. Auf der Arbeit der Frauen baut eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit auf. Ich denke, da gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Ich nenne einige Beispiele, wie man die Frauen effizient stärken kann. Wir reden von Landrechten. Lieber Kollege Aydin, auch das sehe ich im Zusammenhang mit den Rechten der Frauen; ich sehe die Landrechte der Frauen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das hat er vergessen!)

Auch das Erbrecht ist als Recht der Frauen von Bedeutung.

Das Thema „Rechte der Frauen“ ist meiner Meinung nach überhaupt ein Thema, das sehr kostengünstig ist. Um da etwas zu bewirken, bedarf es nur des politischen Willens. Ich rede hier weder von Gender-Mainstreaming noch von Gender-Budgeting oder Ähnlichem.

(Jörg van Essen [FDP]: Wir sprechen ja auch Deutsch!)

Ich rede von nichts anderem als von Good Governance.

Das kostet kein Geld, ist aber effektiv.

Daraufhin müssen wir unsere Haushalte einmal überprüfen.

Wir müssen schauen, wie wir die Prioritäten gesetzt

haben. Es ist richtig, dass wir mit dem aktuellen

Haushalt auch die Programme stärken, die sich hauptsächlich

mit dem Empowerment von Frauen beschäftigen,

zum Beispiel UNFPA, IPPF. Wenn wir uns um dieses

Thema verstärkt bemühen, dann tun wir das

Richtige. Wir müssen dort ansetzen, wo es nachhaltig

und effizient ist, wo es wenig Geld kostet, aber einen hohen Ertrag bringt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich hätte auch ich gerne mehr Geld im System,

nicht dass wir uns falsch verstehen. Wir benötigen natürlich

Geld, wahrscheinlich auch mehr Geld. Aber bitte

lasst uns die Krise, die wir zurzeit haben und nicht wegdiskutieren

können, auch als Chance begreifen, selbstkritisch zu hinterfragen: Wie setzen wir die Mittel ein? Setzen wir sie richtig ein? Wo können wir besser und effektiver werden?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte in dem bisherigen Verlauf der Debatte streckenweise den Eindruck, ich würde mich auf einem Lyrikkongress befinden.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wegen eines Gedichtes! Also wirklich! So fantasielos ist die FDP heute?)

Ich bin der Kollegin Sibylle Pfeiffer insofern sehr dankbar, dass sie endlich konkret geworden ist. Es war eine ausgesprochen gute Rede, der auch meine Fraktion Beifall gespendet hat. Gratulation, liebe Kollegin!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Kollegin hat sich mit dem Thema, nämlich mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer, beschäftigt und hat sich konkret dazu geäußert. Bis dato hatte ich darüber – auch von der Ministerin – nur sehr wenig gehört.

Lassen Sie mich zu Beginn sagen: Der UN-Generalsekretär hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, keine Ausgaben für Entwicklungshilfe wegen der Finanzkrise zu kürzen. Diese Auffassung teilen wir. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir das nicht tun wollen, auch wenn bei uns die Mittel knapper geworden sind.

Im Zusammenhang mit dem 100-Millionen-Euro-Paket für die Weltbank darf ich aber daran erinnern, dass wir für dieses Geld Schulden machen müssen. Wir haben es nicht irgendwo liegen und geben es einfach der Weltbank, sondern wir nehmen dafür Schulden auf und belasten somit unseren Haushalt.

Beim Stichwort Haushalt möchte ich eine Bemerkung machen. Frau Ministerin, mir muss jemand einmal erklären, warum die 100 Millionen Euro nicht aus dem Bundeshaushalt, sondern aus einem Sonderfonds, der jetzt gebildet wird, kommen. Früher, als Rot-Grün die Regierung stellte, haben Sie das Schattenhaushalte genannt, die abgeschafft werden müssten. Jetzt schaffen Sie selbst solche Schattenhaushalte, in denen Sie diese 100 Millionen Euro verstecken. Es wäre besser, dieses Geld ordnungsgemäß in den Haushalt einzustellen und sich dazu zu bekennen, anstatt es in einen Schattenhaushalt zu stecken. Die 100 Millionen Euro haben eine Geschichte. Die Bundeskanzlerin hat dieses Geld einmal auf einem G-8-Gipfel zugesagt. Wir als Haushälter haben dann hinterfragt, was die Weltbank mit diesem Geld macht. Das Ergebnis war, dass uns das keiner aus der Bundesregierung erklären konnte; die Ministerin wird sich noch an die Auseinandersetzung im Haushaltsausschuss erinnern. Wir, die Mitglieder des Haushaltsausschusses – und zwar die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU,

SPD und FDP, aber auch die Grünen -, haben in den Beratungen zum Haushalt 2008 diese 100 Millionen Euro abgelehnt; sie sind auch später nicht hineingekommen. Im Zuge der Krise will man nun das damals abgegebene Versprechen einlösen und die 100 Millionen Euro bereitstellen. Dieses Geld findet sich plötzlich in einem Schattenhaushalt wieder. Das ist unehrlich. Wie gesagt: Für diese 100 Millionen Euro, die die Bundesregierung der Weltbank plötzlich wieder zugesagt hat, müssen wir Schulden aufnehmen. Das sage ich, damit alle wissen, worum es geht.

Frau Ministerin, bei der Debatte kommt mir folgende Unterscheidung ein bisschen zu kurz: Wie ist die Situation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in Afrika, und wie ist sie in Asien? Man sollte nicht alle Länder in einen Topf werfen. Ich sehe, dass Länder in Südostasien durchaus besser mit dieser Krise fertig werden. Das ist auch klar; denn sie haben ihre große Finanzkrise schon gehabt, haben entsprechende Erfahrung gesammelt und ihre Lehren daraus gezogen. Wir könnten vielleicht sogar von diesen Ländern lernen. In Afrika sieht die Situation wieder ganz anders aus, weil die Banken dort international nicht so stark verflochten sind und daher von dieser Krise nicht so viel zu spüren bekommen. Man muss sich also die einzelnen Länder und die einzelnen Kontinente wie Afrika anschauen, bevor man sagt, dass man etwas pauschal für alle macht. Ich bin für eine differenzierte Betrachtung.

Ich hoffe und erwarte, dass wir noch mehr Informationen darüber bekommen, ob es vonseiten der Regierungen dieser Länder eine Kapitalflucht nach dem Motto „Bringen wir unser Geld in Sicherheit!“ gibt. Damit müssten wir uns allerdings ebenfalls beschäftigen. Wenn wir über die Krise und die Folgen für die Entwicklungsländer sprechen, müssen wir auch darüber reden, wie die Abhängigkeit von ausländischen Finanzierungen ist und wie hoch die Devisenreserven sind. Es gibt durchaus Staaten in Asien, die hohe Devisenreserven haben. Man sollte berücksichtigen, welche Folgen die Krise für die dortige Währungspolitik hat. Außerdem sollte man die einzelnen Länder nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beurteilen.

Ich sehe den Kollegen von der Linken im Moment nicht, der vorhin gesprochen hat.

(Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

- Das ist okay. - Sein Beitrag über Bolivien war so daneben, dass ich den Eindruck hatte, er hat von diesem Land null Ahnung. Ansonsten hätte er sich nicht hier hinstellen und einen solchen Unsinn verbreiten können. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass wir uns mit diesem Thema sowohl im entsprechenden Fachausschuss als auch im Haushaltsausschuss beschäftigen müssen. Ich sage Ihnen allerdings: So pauschal, wie das hier heute abgehandelt worden ist, sollten wir dieses Thema nicht behandeln. Kollege Ruck, vielleicht informieren Sie sich noch einmal bei Ihrer Kollegin Sibylle Pfeiffer, die in ihrem Beitrag mehr Kenntnis gezeigt hat

als Sie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Sascha Raabe,  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Dr. Karl Addicks

[FDP]: Jetzt kommt der Beitrag zur Landwirtschaft!)

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es erstaunlich, Herr Kollege Koppelin, mit welcher Überheblichkeit Sie die Reden meiner Kollegen aus dem Fachausschuss - die von Herrn Ruck und anderen - kritisieren angesichts dessen, dass ein Kollege Ihrer Fraktion zu Beginn der Debatte Scherze über Petrus gemacht hat bzw. erzählt hat, wer in die Hölle und wer in den Himmel kommt, und die Debatte damit auf ein Niveau gebracht hat, das ein bisschen an den Karneval erinnert.

(Jörg van Essen [FDP]: Er hat den Bundestagspräsidenten zitiert!)

Unsere Fachpolitiker brauchen sich vor der FDP nicht zu verstecken. Wir machen eine sachlich gute Politik. Das ist bisher deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Debatte heute hat in erster Linie die Frage zum Gegenstand, wo wir angesichts der Finanzkrise und der Nahrungsmittelkrise, die die ärmsten Menschen schon im Vorfeld der Finanzkrise ganz hart getroffen hat, bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele stehen. Man kann sich fragen, ob das berühmte Glas Wasser halb voll oder halb leer ist. Auch wenn das wichtigste Ziel, das sich die Vereinten Nationen bzw. die Weltgemeinschaft gegeben haben, ist, den Anteil der Armen an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 zu halbieren, sollte man sich einmal die absolute Zahl vor Augen führen. Es ist in der Tat erschreckend und schlimm, dass aufgrund der Nahrungsmittelkrise und ein paar Rückschlägen jetzt wieder 1 Milliarde Menschen in Armut lebt.

Man kann natürlich zu Recht darauf hinweisen, dass es, gemessen an der Weltbevölkerung - sie steigt seit 1990; zu diesem Zeitpunkt gab es mehr als 1 Milliarde weniger Menschen; das Bevölkerungswachstum findet hauptsächlich in den Entwicklungsländern statt -, heute „nur noch“ 26 Prozent arme Menschen im Vergleich zu 42 Prozent im Jahre 1990 gibt. Das sind immer noch viel zu viele. Ich sage das aber deswegen, damit wir uns Mut machen und sehen, dass die Mittel wirken, die wir auch von deutscher Seite dank unserer Ministerin, aber auch dank der Koalition, die sie beschließt, einsetzen. Jeder, dem wir geholfen haben, wieder zur Schule zu gehen, jeder mit einer tödlichen Infektionskrankheit, dem wir geholfen haben, wieder am Leben teilnehmen zu können, war das wert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten also stolz sein auf das, was wir erreicht haben.

Wir sind mit Haushaltsmitteln von insgesamt 10 Milliarden

Euro - davon fast 6 Milliarden Euro im Einzelplan 23, im entwicklungspolitischen Haushalt - der zweitgrößte Geber weltweit. Wir haben die Quote der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit von 0,26 Prozent - diesen Wert haben wir, Frau Pfeiffer, von der Regierung Kohl übernommen - auf 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigern können. Sicherlich wünschen wir uns alle - auch die Kollegen von der CDU/CSU -, dass wir weitere Schritte machen können. Diese sind auch notwendig.

Wenn man aber nur auf die Zahlen blickt, übersieht man leicht die Durchschlagskraft, die, wie Frau Pfeiffer es gesagt hat, in den Themenfeldern liegt, die nicht nur mit Geld zu bemessen sind. Neben dem Einsatz finanzieller Mittel haben wir das zuständige Ministerium seit 1998 dahin gehend umgewandelt, dass es sich auch mit Fragen der globalen Strukturpolitik beschäftigt. Das war immer ein großes Anliegen unserer Ministerin. Sie erhebt ihre Stimme eben nicht nur auf den Fachtagungen der Entwicklungspolitiker, sondern auch dann, wenn es darum geht, bei der Welthandelsorganisation (Dr. Karl Addicks [FDP]: Manchmal ja!)

für gerechte Handelsbedingungen zu kämpfen.

Wie wir damit umgehen, dass noch Handelsbarrieren vorhanden sind, dass viele Entwicklungsländer in erster Linie noch Rohstofflieferanten sind, wird die entscheidende Zukunftsfrage sein. Denn es reicht doch nicht, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Felder zu bestellen, wenn sie keine Möglichkeiten haben, ihre Produkte auf den lokalen Märkten zu verkaufen oder sie zu exportieren. Bei aller Einigkeit, die wir als Entwicklungspolitiker der CDU/CSU und der SPD haben, müssen wir darauf achten, dass nicht wieder Exportsubventionen auf europäischer Ebene eingeführt werden. Ich halte auch die jetzt vorgesehenen Milchexportsubventionen für falsch. Eine Frage ist, ob sie direkt bezahlt werden sollen, wenn sie in Entwicklungsländer gehen; es wäre gut, wenn dies nicht geschähe. Aber es gibt auch an anderer Stelle Marktverzerrungen, weil Drittmärkte gestört werden und weil es einen Quersubventionierungseffekt gibt, der auch wieder Märkte stören kann. In diesem Sinne sind unsere hier im Deutschen Bundestag gefassten Beschlüsse eindeutig gewesen, und ich bin auch sicher, dass wir gemeinsam dafür sorgen werden, dass die Beschlüsse von Hongkong - Frau Ministerin hat schon erwähnt, dass 2013 die Exportsubventionen fallen sollen - umgesetzt werden, und zwar je schneller desto besser.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.

Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Seit 1998 haben wir die Mittel für die Nichtregierungsorganisationen verdoppelt, die eine ganz hervorragende Arbeit und unschätzbare Dienste leisten. Wir haben vorhin schon die Zahlen gehört: 3 Millionen Menschen sind mit Mitteln des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria der Vereinten Nationen gerettet worden. Hinter solchen Zahlen stehen konkrete Schicksale. Wer wie wir oft in den betroffenen Ländern unterwegs ist und früher zum Beispiel in südafrikanischen Slums sah, wie sich dort an einigen

Stellen die Leichen von HIV-Toten getürmt haben, weiß, dass es so etwas nicht mehr gibt. Wir sahen in Malawi an HIV-Infektion Erkrankte in fortgeschrittenem Stadium, die wieder nach Hause in ihre Dörfer gehen und arbeiten konnten. Dies zeigt, dass dieser Fonds auf globaler Ebene sehr stark hilft.

Da Herr Koppelin vorhin die Haushälter angesprochen hat, muss ich daran erinnern, dass wir die Millionenbeträge, um die wir uns oft mit den Haushaltspolitikern gestritten haben, vor allen Dingen auf multilateraler Ebene der Vereinten Nationen wirksam einsetzen konnten. An dieser Stelle sollten wir mit der Kleingeisterei aufhören. Wir müssen global denken und helfen, was bedeutet, die Mittel an der richtigen Stelle einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in Ordnung, wenn man sich als Haushälter fragt, in welchem Haushaltstitel zusätzliche 100 Millionen Euro für die Weltbank bereitgestellt werden können. Wenn man aber wie der Generalsekretär der FDP, Herr Niebel, eine Debatte fast auf Stammtischniveau nach dem Motto führt, wir hätten genügend Probleme in Deutschland, was sollten wir dann noch 100 Millionen Euro nach Afrika geben, dann empfinde ich dies als ziemlich schäbig und kleinkariert.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Hat er so gar nicht gesagt!)

Einer solchen Argumentation sollten wir in diesem Hause die rote Karte zeigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist, wie Herr Kollege Stiegler gesagt hat, makroökonomisch völlig falsch, als Exportnation zu glauben, wir könnten zusehen, wie der Rest der Welt um uns herum zusammenbricht. Dies hätte nicht nur sicherheitspolitische, sondern insbesondere weltweite ökonomische Auswirkungen. Wir sind darauf angewiesen, dass Menschen nicht in Hunger und Armut leben, sondern unsere Produkte kaufen und selbst etwas produzieren können. Geht es den Menschen in den Entwicklungsländern gut, geht es auch uns gut. Wir sind in einer Welt miteinander verbunden und müssen über den eigenen Tellerrand hinausblicken. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir gemeinsam erkennen, dass wir in einer Welt leben, und die Millenniumsentwicklungsziele sachlich und engagiert erreichen.

Ich hoffe, dass wir, wenn wir im Jahre 2015 darüber debattieren werden, werden sagen können, dass wir vielleicht nicht alles erreicht haben, aber doch einen großen Schritt vorangekommen sind.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Sascha, natürlich muss man auch die Erfolge würdigen; man sollte auch auf das halb volle Glas und

nicht nur auf das halb leere Glas schauen. Gleichwohl vermisse ich bei der Bilanz einen lauten Aufschrei. Es gibt bei einigen Millenniumszielen Erfolge, etwa bei Bildung und Gesundheit, aber einen grandiosen Misserfolg bei dem Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden zu halbieren. Hier hilft jetzt auch nicht der statistische Trick, dass man den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung vorrechnet. Vielmehr kommt es auf die absoluten Zahlen an: Eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt. Das ist ein historischer Höchststand. Dies bedeutet, eine Milliarde Menschen, die Schmerzen leiden und um ihr tägliches Überleben kämpfen. Auf diese große Herausforderung müssen wir reagieren; wir dürfen sie weder schönreden noch bagatellisieren. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war am Montag und Dienstag auf der Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen in Madrid.

Momentan gibt es viele Konferenzen, die diesen Titel führen. Auch die Bundesregierung hat anlässlich der Grünen Woche eine solche Konferenz, eine Art Joint Venture mit der Nahrungsmittelindustrie und dem Bauernverband durchgeführt und die Konferenz so bezeichnet.

Auf dieser Konferenz ist noch einmal klargeworden, dass die internationale Gemeinschaft grandios versagt hat und die Herausforderungen immer noch nicht wirklich erkannt hat. Im Mai letzten Jahres fand ein Welternährungsgipfel in Rom statt. Dort gab es große Betroffenheitsbekundungen von Herrn Sarkozy und anderen.

Doch jetzt wurde vorgerechnet, dass gerade einmal 25 Prozent der Mittel, die damals zugesagt wurden, tatsächlich gezahlt worden sind. Es bedarf einer wirklichen Kurskorrektur und nicht der Heuchelei, die man auf solchen Konferenzen sehr häufig hören und erleben kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Leider kann man auf diesen Konferenzen auch viele Scheinlösungen hören. Da wird gesagt: It's very simple, wir düngen die ganze Welt, wir überziehen die Welt mit Stickstoffdünger, mit Pestiziden und Insektiziden.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Stickstoffdünger brauchen wir!)

Damit kann man kurzfristig vielleicht die Produktion steigern, aber zu welchem Preis? Die Böden werden ausgelaugt, das Klima wird noch stärker belastet, die Kleinbauern werden oft verdrängt oder in die Schuldenfalle getrieben.

Es ist notwendig, die Krisen im Zusammenhang zu sehen und über Armutsbekämpfung immer im Zusammenhang mit den Klimaveränderungen zu diskutieren; denn die Landwirtschaft kann einen Beitrag liefern, um die Klimaveränderungen zu verlangsamen.

Man kann aber auch, wenn man nur die Mittel der konventionellen Landwirtschaft einsetzt ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit, das Klimaproblem massiv vergrößern, was wiederum auf die Bauern zurückfallen und die Ernährungssicherheit weiter gefährden würde. Daher ist es absolut notwendig, den Nachhaltigkeitsgedanken aufzunehmen und die Empfehlungen des Weltagrarrates stärker zu berücksichtigen. Wir müssen an einem Strang ziehen. Vom Agrarministerium vernehme ich momentan



aber eher Verlautbarungen über Exportinitiativen; hier wurde schon gesagt, dass die Agrarexporterstattungen ausgedehnt werden sollen. Ich sehe zwar, dass die Agrarministerin und die Entwicklungsministerin an einem Strang ziehen, aber an unterschiedlichen Enden und in verschiedene Richtungen. Das hat die heutige Debatte klar ergeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wenn man nur

in Schlagzeilen diskutiert, ist das halt schwierig!)

- Das sind nicht nur Schlagzeilen. Lesen Sie bitte auch das, was uns die Fachleute in einer Anhörung im Entwicklungsausschuss gesagt haben. Nahezu alle Experten haben uns gesagt: Wir brauchen jetzt eine nachhaltige Stärkung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, bei der die Kleinbauern in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Eine Intensivierung voranbringen!)

Eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe die bestellte Zwischenfrage des Kollegen Müller auf.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe die Zwischenfrage nicht bestellt. Ich habe nur bemerkt, dass ihm etwas unter den Nägeln brennt und er etwas sagen möchte.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Redezeitverlängerungskoooperationen!)

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Herr Kollege, nachdem Sie mich angesprochen haben, möchte ich Sie Folgendes fragen: Ist Ihnen bekannt, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2030 bei abnehmender Fläche auf circa 9 Milliarden Menschen ansteigen wird?

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist mir bekannt!)

Ist Ihnen bekannt, dass darauf nur mit einer neuen Agrarentwicklungspolitik

und einer neuen Agrarentwicklungskooperation

mit den Staaten, in denen noch Potenziale

vorhanden sind, reagiert werden kann? Ist Ihnen

bekannt, dass wir bis zum Jahr 2030 zur Ernährung dieser

3 Milliarden zusätzlichen Menschen und der 1 Milliarde

hungernden Menschen die Nahrungsmittelproduktion

in der Welt um 50 Prozent erhöhen müssen? Können Sie

mir mitteilen, wie Sie die Nahrungsmittelproduktion um

50 Prozent erhöhen wollen? Kennen Sie das neue Konzept

des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Agrarentwicklungspolitik?

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist eine gute

Frage! - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Da kannst Du jetzt aber lange reden!)

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, wir haben im Entwicklungsausschuss

vor kurzem eine Anhörung durchgeführt. Mehrere

Experten, auch diejenigen, die von der Union benannt

wurden, wie beispielsweise Herr Professor

Dr. Theo Rauch, haben dargelegt, dass sich die Produktion

mit standortgerechten, angepassten und ökologisch

vertretbaren Anbaumethoden bei einem geringen Risiko

verdoppeln lässt. Wenn man das macht, was das Agrobusiness

tun will, und die Welt mit Stickstoffdünger, mit Hochleistungssaatgut, mit gentechnisch verändertem Saatgut überzieht, lässt sich die Produktion verdreifachen oder sogar verfünffachen, aber auch das Risiko wäre 50 Prozent höher. Die Folgen wären ausgelaugte Böden und große ökologische Schäden. Damit würden wir dem Ziel, Ernährungssicherheit zu erreichen, einen Bärendienst erweisen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ich schicke Ihnen unser Konzept zu!)

- Aber gerne. Wir können den Fachaustausch gern weiter vertiefen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Schlagabtausch über die Pressemitteilungen gestern zwischen FDP und Union sagen. Die Intervention von Herrn Niebel wurde hier schon von mehreren Rednern erwähnt. Ich finde auch die Antwort der Union bezeichnend. Der FDP wurde gesagt: Ja, aber das, was man in die Entwicklungszusammenarbeit investiert, kommt doppelt und dreifach zurück und dient unserer Exportindustrie.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Ja!)

Was ist denn das für eine Begründung? Was für ein Bild haben Sie von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande? Ich bekomme E-Mails und Anrufe von Menschen, die sagen: Wir bekommen schon Albträume, wenn wir uns die 1 Milliarde Hungernder vorstellen. - Wir wollen, dass denen geholfen wird. Wir wollen nicht, dass man Entwicklungshilfe damit begründen muss, dass das Zweifache und Dreifache zurückkommt und wir letztendlich daran verdienen. Das kann in einzelnen Fällen ein positiver Nebeneffekt sein; aber das ist doch keine Motivation dafür, Solidarität und Gerechtigkeit anzustreben und den Ärmsten der Armen zu helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] -

Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist doch keine Schande!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Klimke, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehrfach zitiert worden: 1 Milliarde Menschen muss vermutlich künftig unter Hunger leiden. Was müssen wir aufgrund unserer globalen und unserer sozialen Verantwortung tun, um gegenzusteuern? Wir brauchen eine konsequente Mittelerhöhung; das ist hier ziemlich einvernehmlich. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen unserer thematischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern verändern.

Das gilt aus meiner Überzeugung insbesondere für den Bereich, der sehr entwicklungsrelevant ist, nämlich für die nachhaltige Wirtschaftsförderung in unseren Partnerländern. Leitlinie unserer Philosophie muss sein, dass Wirtschaftswachstum der einzige Schlüssel zur konsequenten Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist.

(Beifall der Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/

CSU] und Dr. Karl Addicks [FDP])

Deshalb streben wir in der CDU/CSU im Rahmen unserer entwicklungspolitischen Strategie an, mehr Rechtsund Investitionssicherheit zu entwickeln, mehr Infrastruktur zu gewährleisten, die Energieentwicklung voranzutreiben und vor allen Dingen den Mittelstand stärker zu berücksichtigen. Dabei lautet unser vorrangiges Ziel, Wirtschaftswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern so zu gestalten, dass es direkte Effekte auf die Armutsbekämpfung hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das heißt, die Menschen müssen direkt davon profitieren, zum Beispiel durch gerechtere Steuer- und Abgabensysteme. Pflicht ist eine Refinanzierung des Wirtschaftswachstums; es muss in der Bevölkerung spürbar sein.

Ziel unserer Politik der Entwicklungszusammenarbeit muss sein, wirtschaftliche Kompetenz in Entwicklungsländer zu vermitteln, dort regionale Märkte aufzubauen und mittelständische Strukturen zu entwickeln, sodass diese Partnerländer dann vielleicht künftig in der Lage sind, ohne die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit selbstständig zu wirtschaften. Notwendig sind also die Stärkung der regionalen Märkte durch einen Know-how-Transfer sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort durch eigene Leistungsfähigkeit.

Das fängt bei der von der Ministerin angesprochenen Mikrofinanzierung und der Mikroversicherung gerade im ländlichen Raum an und geht damit weiter, dass die Entwicklungspolitik in Zukunft insbesondere für den deutschen Mittelstand einen Rahmen für wirtschaftliche Betätigung in den Entwicklungsländern bieten muss. Das heißt, die deutschen Kammern müssen noch intensiver einbezogen werden, und andere privatrechtliche wirtschaftliche Organisationen müssen dabei helfen, die Grundstrukturen für einen Aufschwung in den Partnerländern zu legen. Hierbei spielt auch die Frage der Bildung und Ausbildung eine Rolle, zum Beispiel im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung, mit dem dualen System, das weltweit nachgefragt ist und das wir stärker fördern sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer Kernaspekt ist, dass Mittelständler Risikofinanzierungen brauchen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Ja! Genau!)

Hier hat die staatliche Unterstützung eine wichtige Rolle zu spielen, vor allem durch die DEG und durch das BMZ, das nach unserer Auffassung die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit - so heißt das Ministerium ja auch - mit den Entwicklungsländern stärker koordinieren und steuern sollte, natürlich immer auf Augenhöhe mit den Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist nach wie vor so, dass sich mittelständische Unternehmen mit Investitionen in Entwicklungsländern schwertun. Nicht wenige laufen Gefahr, sich zu überheben. Eine Konzentration der staatlichen Unterstützung auf den Mittelstand ist deswegen

vorrangig. Die Entwicklungsorientierung der Wirtschaft ist jedoch auch Voraussetzung für derartige Ansätze. Wie schaffen wir das? Mit mehr Transparenz und Unterstützung der deutschen Unternehmen bei internationalen Ausschreibungen, damit sie sich daran noch intensiver und erfolgreicher beteiligen und dann in den Entwicklungsländern investieren können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Es ist wichtig, dass die KfW und die GTZ ihren Fokus auf die Infrastrukturentwicklung legen. Die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen sollten mittelstandsfreundlicher gestaltet werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, ich glaube, Sie haben die Uhr nicht richtig im Blick.

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im BMZ sollte erweitert werden. Eines muss allerdings klar sein - das möchte ich betonen -: Der Schlüssel für die erfolgreiche Entwicklung unserer Partnerländer liegt in der Teilnahme aller Menschen an einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung. Unser Konzept dient auch als Hilfe zur Selbsthilfe.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Karl Addicks [FDP] - Dr. Karl Addicks

[FDP]: Der größte Teil davon war ja eigentlich unser Konzept! Aber trotzdem: Gut gemacht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gabriele Groneberg ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Groneberg (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich mit zwei Bereichen beschäftigen, die von der Ministerin angesprochen worden sind, von allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die bisher gesprochen haben, aber nicht. Es handelt sich um zwei Themen, die zur Erreichung der acht Millenniumsziele von großer Bedeutung sind. Sie finden in der Formulierung jedes einzelnen Ziels ihren Niederschlag, lassen sich unter der Überschrift „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“ allerdings auch direkt Ziel sieben zuordnen.

Herr Koppelin, es geht nicht nur um die Finanzkrise bzw. um Finanzthemen, sondern auch um das Erreichen der Millenniumsziele. Dafür sind Wasser und Energie unabdingbar notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn beides nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist, wird man die Millenniumsziele auch im Hinblick auf die anderen Vorhaben nicht erreichen. Dass Wasser die Grundlage ist, um leben, ja überleben zu können, brauche ich nicht weiter zu erläutern; ich denke, das ist jedem klar. Geht es aber um Abwässer und Fäkalien, die zwangsläufig auch anfallen, ist die Sache schon eine andere.

Weltweit haben 42 Prozent der Menschen keine angemessene

Toilette. Es ist nicht nur so, dass eine einigermaßen hygienische Verrichtung der Notdurft zur Achtung der Menschenwürde gehört. Ebenso gravierend sind die Auswirkungen fehlender Siedlungshygiene und fehlenden Abwassermanagements. In den Ländern, in denen diese notwendigen Dinge fehlen, sind Krankheiten und verseuchtes Trinkwasser an der Tagesordnung. Sie stellen für die Entwicklung der betroffenen Länder ein gravierendes Hindernis dar. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Choleraepidemie in Simbabwe.

Der gesicherte Zugang zu Energie ist ebenfalls ein unerlässliches Element im Kampf gegen die Armut und ebenso wichtig wie der Zugang zu Wasser. Man muss wissen, dass weltweit 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu elektrischer Energie haben. Diese Situation zu ändern, ist eine zentrale Voraussetzung, um die Lebens- und Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Das Vorhandensein von Energie ist für die Stabilität eines Landes und einer Volkswirtschaft bedeutsam und beeinflusst in erheblichem Maße nicht nur die Lebensverhältnisse der Menschen, sondern wirkt sich auch positiv auf das von Herrn Klimke erwähnte Wirtschaftswachstum aus.

Ohne erneuerbare Energien werden wir nicht nur an unserem Ziel, für alle Menschen Energie bereitzustellen, scheitern. Ohne nachhaltige Energieerzeugung und aufgrund der daraus folgenden klimapolitischen Sünden würden wir uns buchstäblich auch unserer eigenen Lebensgrundlagen berauben. Unsere Entwicklungszusammenarbeit hilft den Entwicklungs- und Schwellenländern, ihren Zugang zu nachhaltiger Energie sicherzustellen und sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einige Ausführungen zur Nutzung von Biomasse machen. Die Dimension, die die Nutzung von Biomasse hat, wird daran deutlich, dass allein in Subsahara-Afrika 547 Millionen Menschen – Tendenz steigend – ohne Zugang zur Stromversorgung leben. Diese Menschen müssen 60 Prozent ihres Primärenergiebedarfs durch die Nutzung herkömmlicher Biomasse decken. 80 Prozent dieser Biomasse sind Holz. Dies verstärkt die Abholzung der Wälder – mit verheerenden Folgen für Mensch, Umwelt und Klima. Das Einatmen des Qualms, der entsteht, wenn das Holz in den engen Hütten verbrannt wird, führt zu enormen Gesundheitsschäden. Wir können dem wirksam begegnen, indem wir dafür sorgen, dass effiziente und emissionsarme Kochherde benutzt werden. Mit diesem einfachen Mittel kann man die Menschen in die Lage versetzen, ihre Gesundheit, das Klima und die Biodiversität vor Ort zu schützen.

Aber auch andere Nutzungen von Biomasse sind interessant. Ich nenne nur die Stichworte Biogas und – mittlerweile ein Reizwort – Biosprit. Was abstrakt klingen mag, wird konkret, wenn man den Bogen dazu schlägt, wie wir in Deutschland Biomasse als Beitrag zu einer klimafreundlichen Energieversorgung nutzen. Mit der Beschränkung auf die Gegenüberstellung von „Tank“ und „Teller“ wird die Konkurrenz bei der Nutzung von Biomasse polemisch zugespitzt. Doch die Nutzung von Biomasse hat viele Facetten, sie birgt sowohl für die Industrieländer

als auch für die Schwellenländer und für die Entwicklungsländer Chancen wie Risiken: Einerseits führt die Zunahme der Biomasseimporte aus Schwellen- und Entwicklungsländern zu steigenden Exporterlösen. Das ist wünschenswert. Die Produktion von Biomasse kann zu einer Erhöhung der Wertschöpfung und der Beschäftigung im ländlichen Raum beitragen. Landwirtschaft kann sich wieder lohnen. Damit sind Chancen zur Verminderung der Armut verbunden. Andererseits ist die Produktion von Biomasse mit Risiken im ökologischen und im sozialen Bereich verbunden. Es stellen sich die Frage des Schutzes der Biodiversität und die Frage der Klimarelevanz der Produktion von Biomasse. Allein die Umwandlung natürlicher Ökosysteme in Anbauflächen setzt erhebliche Mengen an Treibhausgasen frei. Ferner hat sich bereits gezeigt - und das dürfen wir nicht negieren -, dass der Anbau von Energiepflanzen, weil er in Konkurrenz zu einem Anbau von Nahrungsmitteln steht, zu Preissteigerungen und Nahrungsmittelengpässen führt. Diese Flächennutzungskonkurrenz ist von erheblicher entwicklungspolitischer Relevanz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Das betrifft alle Teile der Bevölkerung, nicht nur die Armen. Um Fehlentwicklungen bei der Nutzung von Biomasse zu vermeiden, brauchen wir ein Zertifizierungssystem, mit dem Nachhaltigkeit bei Anbau und Produktion sichergestellt wird. Wir wollen unserer Verantwortung in diesem Bereich nachkommen und arbeiten deshalb an einer Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung, in der wir Anforderungen für die Nutzung von Biomasse in Deutschland festlegen. Ich hoffe, dass diese Verordnung noch dieses Jahr in Kraft treten kann und dass der Inhalt dieser Verordnung EU-Standard wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist wichtig, dass die Standards, die wir für die Nutzung von Biomasse in Europa mithilfe wirksamer Zertifizierungssysteme festlegen werden, auch international Anwendung finden können. Mir ist klar, dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Aber ich habe gute Gründe, optimistisch zu sein. Die Gründungskonferenz der Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien, kurz: IRENA, ist ein gutes Beispiel dafür. Die Idee zu dieser Initiative ist maßgeblich hier im Deutschen Bundestag geboren worden. Es hat einige Jahre gedauert, bis man so weit gekommen ist; aber am Montag sind 75 Staaten dieser Initiative beigetreten. Das ist ein Zeichen, dass, wenn sich alle einig sind, viel erreicht werden kann. Das gilt genauso für die Zertifizierung von Biokraftstoffen oder andere Formen von Biomasse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Die Internationale Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien wird zum Erreichen von Ziel sieben der Millenniumserklärung - ökologische Nachhaltigkeit - beitragen. Deutschland kann also Motor sein für eine Politik, die Vorbild ist, die Möglichkeiten in Anspruch nimmt, die Vorzeigefunktion hat. Wenn wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, werden wir eines Tages

keine Erste, Zweite und Dritte Welt mehr haben, sondern eine Welt, eine Welt, für die alle zusammen Verantwortung tragen. Dieser Aspekt ist mir heute manchmal zu kurz gekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hartwig Fischer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben das Thema UNICEF und die Müttersterblichkeit angesprochen. Ich will das noch einmal ergänzen.

Wir alle wissen, dass täglich 30 000 Kinder auf dieser Welt aufgrund von Armut, schlechtem Wasser, Hunger und Ähnlichem sterben. Ich bin mit Ihnen darin absolut einig und dankbar dafür, dass der Bundespräsident dieses Thema immer wieder zum Schwerpunkt macht, aber ich ziehe andere Schlüsse als Ihre Fraktion daraus und unterstütze diesen Bundespräsidenten deshalb auch bei seiner nächsten Wahl.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Karl Addicks [FDP])

Zum Anspruch und zur Haushaltswirklichkeit der Entwicklungspolitik. Ich finde es gut, dass die Kolleginnen und Kollegen eben von dem Aufwuchs seit 1998 gesprochen haben, aber die 50 Prozent Aufwuchs hat es in den letzten drei Jahren gegeben.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So ist es!)

Deshalb kann man, wenn man die Zeit ab 1990 betrachtet, natürlich auch Stagnation feststellen.

Frau Ministerin, es gibt einen Punkt, den ich doch kritisieren möchte, weil ich glaube, dass dadurch nur Vorurteile bedient werden. Sie haben das Thema Banken und die Bankenbürgschaften angesprochen. Das ist etwas anderes, als Barmittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben alle gemeinsam – auch Sie im Kabinett – diesem Schirm zugestimmt, weil wir wissen, dass er dringend notwendig ist. Das kann man nicht im Verhältnis zu den Barmitteln sehen, die wir im Entwicklungshaushalt brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin absolut mit Ihnen darin einig, dass wir auch in Zukunft Aufwüchse brauchen. Dazu gehört aber auch – wir sind einer der größten Zahler in der Entwicklungscommunity und in den internationalen Organisationen –, dass wir zukunftsorientierte Organisationen brauchen; dazu gehört IRENA, darüber besteht gar kein Zweifel. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass wir Parallelstrukturen abbauen müssen.

Es gibt erhebliche Parallelstrukturen im Bereich der internationalen Organisationen, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Dadurch werden Mittel verschleudert.

Hiergegen müssen wir gerade in schwierigen Zeiten Speerspitze sein, damit die Mittel effektiver eingesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kollegin Koczy, weil Sie wieder das Thema Ticket

Tax angesprochen haben,  
(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Ja!)

möchte ich Sie doch noch einmal kurz fragen: Haben Sie gar nicht gemerkt, dass das eine olle Kamelle ist und dass es inzwischen einen Emissionshandel gibt, bei dem ein ganz anderer Aufwuchs zu verzeichnen ist, sodass entsprechende Mittel für eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik zu Verfügung stehen?

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Genau!)

Das ist eine schwarz-rote Politik, die absolut top und zukunftsorientiert gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist Ihr Lieblingsthema!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich denken, dass ich mein Spezialthema Kongo - der Kollege Ruck hat das Thema Frieden angesprochen - anspreche, wenn ich am Rednerpult stehe.

Frau Ministerin, Sie sind mit uns im Kongo gewesen und haben danach gesagt: Wir legen einen Friedensfonds im Umfang von 50 Millionen Euro auf. - Das ist für eine gewisse Zeit leider blockiert worden - nicht durch Sie; ich will das nicht vertiefen -, aber jetzt steht er zur Verfügung. Die Ersten, die mit dafür sorgen, dass Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden, sind jetzt dort.

Nachdem wir die Wahl begleitet haben, Herr Lubanga vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen Kinder angeklagt wurde und Herr Nkunda durch Ruanda verhaftet wurde, haben wir jetzt im Augenblick nach meiner Überzeugung ein kleines Zeitfenster für den Frieden. Frau Ministerin, ich bitte Sie - ich werde auch unsere Kanzlerin und den Außenminister noch einmal darum bitten -, dass die europäischen Geber jetzt gemeinsam einen Schwerpunkt im Ostkongo setzen.

Ich will noch einmal sagen, wie dieser Schwerpunkt aussehen muss:

Punkt 1. Wir werden dort keinen Frieden schaffen, wenn Rechtsstaatlichkeit nicht hergestellt wird. Es nützt nichts, wenn es Gerichte gibt, bei denen der Präsident 30 Dollar verdient, aber Leute verurteilen muss, die im Monat durch Schmuggel und Ähnliches 10 000 Dollar auf die Seite schaffen und dann versuchen, sich durch Korruption freizukaufen. Wir brauchen also eine funktionierende Justiz und Polizei sowie das Militär. Hier müssen wir uns als Europäer gemeinsam anstrengen.

Punkt 2. Wir können das nicht nacheinander tun, sondern hier muss man jetzt im Interesse des Friedens in dem gesamten Bereich der Großen Seen - Uganda, Burundi, Ruanda und insbesondere Ostkongo - die Infrastrukturmaßnahmen umsetzen: Straßen, Schulen, Gesundheitswesen.

Wir müssen auch das gemeinsam fortsetzen, was bereits angefangen worden ist, nämlich die Zertifizierung von Rohstoffen, die seit zehn Jahren in Botswana wunderbar funktioniert. Sie bringen die Wertschöpfung in den eigenen Haushalt ein und können die Mittel dann für Infrastrukturmaßnahmen nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ludwig Stiegler [SPD])



Wir brauchen auch ein ökonomisches Netzwerk, sodass wir ihnen durch deutsche Unternehmen und mit PPP-Projekten gemeinsam helfen können. Das müssen wir dort partnerschaftlich vereinbaren. Wir können dort beim Einsatz der Mittel auch zwischen Ituri und Südkivu unterscheiden, da wir sehen, dass es dort nicht mehr den Umfang an Korruption wie bei dem Gouverneur in Nordkivu gibt. Dann merken die Menschen, dass es sich für sie auszahlt, in den Provinzen, die ich eben genannt habe, eine Regierung zu unterstützen.

Das heißt, wenn wir jetzt nicht halbherzig vorgehen, sondern mit der internationalen Gemeinschaft gemeinsam handeln, dann können wir in Afrika ein Signal für diesen wichtigen Bereich setzen. Ich befürchte aber, dass wir weiter in die internationalen Haushalte einzahlen. Dieser Bürgerkrieg im Ostkongo kostet jedes Jahr allein für den Militäreinsatz MONUC über 1,2 Milliarden Euro, an denen wir mit fast 10 Prozent beteiligt sind. Wenn wir dauerhaft Frieden schaffen könnten, dann könnte man diese Summe langsam, aber sicher herunterfahren und gleichzeitig Kapazitäten freisetzen, die in Darfur oder in Somalia zur Unterstützung von AMISOM gebraucht werden, wo derzeit nur 2 400 von 8 000 Stellen der Friedenstruppe besetzt sind.

Ich glaube, wir haben die Chance zu friedenschaffenden Maßnahmen. Wir müssen sie nur gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern ergreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als letzte Rednerin in dieser Debatte hat das Wort die Kollegin Bärbel Kofler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

In dieser Debatte war viel von Haushaltsmitteln und ihrer internationaler Verwendung die Rede. Manchmal geht es in der Diskussion auch darum, dass Haushaltsmittel angeblich falsch eingesetzt werden. Das bin ich mittlerweile wirklich leid, weil es in der Öffentlichkeit ein falsches Bild auf die Entwicklungspolitik wirft und so getan wird, als hätten wir als Entwicklungspolitiker, aber auch die Ministerin und das Ministerium ein Interesse daran, Steuermittel falsch einzusetzen. Darum geht es aber nicht. Das möchte ich anhand von einigen Punkten deutlich machen, die auch heute genannt worden sind.

Das Thema Landreform ist angesprochen worden.

Wofür verwenden wir Haushaltsmittel? Sie fließen zum Beispiel in die Finanzierung der Haushalte der entsprechenden Staaten. Wir unterstützen den Aufbau von Justizsystemen und die Durchführung von Landreformen, zum Beispiel in Ghana, indem Mittel in den ghanaischen Haushalt hineinfließen. Ich glaube, das sind wichtige Beiträge zur Strukturpolitik. Es ist richtig - Kollege Raabe hat es angesprochen -: Entwicklungspolitik ist Strukturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin auch das Bashing von internationalen Organisationen in diesem Zusammenhang ein bisschen leid.

Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderung, dass 1 Milliarde Menschen in Hunger leben, bewältigen und die Probleme angehen. Das ist nur mit finanziellen Beiträgen auch für internationale Organisationen möglich. Ich glaube, es ist an der Zeit, auch in diesem Punkt für Wahrheit und Klarheit zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über Strukturpolitik in der Entwicklungspolitik diskutieren, dann möchte ich auch ein Thema ansprechen, das wir uns als Sozialdemokraten, aber auch innerhalb der Koalition in diesem Jahr verstärkt auf die Agenda gesetzt haben und das dankenswerterweise vom Ministerium sehr aktiv aufgegriffen wurde, nämlich die sozialen Sicherungssysteme. Wir können die Probleme, die durch das Fehlen sozialer Sicherungssysteme weltweit entstehen, nicht mit Einzelprojekten lösen, sondern nur, indem wir gemeinsam mit den Partnerländern auf deren Strukturen einwirken und neue Sicherungssysteme aufbauen.

Wer letzten Sonntag im Weltspiegel den Beitrag über Millionen chinesische Wanderarbeiter gesehen hat, die plötzlich von einem Tag auf den anderen vor den Fabriktoren stehen, keinen Lohn mehr bekommen und nicht wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen, die im Krankheitsfall keine Möglichkeit haben, irgendeine Form von Hilfe in Anspruch zu nehmen, dem muss klar sein, dass weltweite Entwicklung und nachhaltige Bekämpfung von Armut nur dann möglich sind, wenn es uns gelingt, weltweit soziale Sicherungssysteme aufzubauen, zu stützen und zu stärken. Dass das nur mit Systemen möglich ist, die solidarisch alle Bevölkerungsschichten einbeziehen, ist sicherlich auch klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch sind wir in einer Situation, in der weltweit 100 Millionen Menschen jährlich wieder in Armut zurückfallen, weil sie aufgrund von Erkrankungen der eigenen Person oder innerhalb ihrer Familien Verdienstauffälle haben, ihre Arbeit nicht ausüben können und ihr Vieh bzw. ihre Lebensgrundlage verkaufen müssen. Dass das nachhaltiger Armutsbekämpfung und allen Zielen, die heute genannt wurden, entgegensteht, ist sicherlich für jeden ersichtlich. Das bedeutet aber auch, dass wir das tun müssen, was wir zum Beispiel in Ruanda gemacht haben: Dort haben wir uns mit der Regierung zusammengesetzt und gemeinsam Pläne entwickelt, wie nachhaltig Einkommen in den Ländern generiert und Steuersysteme aufgebaut werden können. Nebenbei bemerkt: Dank der viel gescholtenen Budgethilfe werden in Ruanda Steuersysteme aufgebaut. Das hat dazu geführt, dass sich die Steuerquote in Ruanda in den letzten zehn Jahren versechsfacht hat.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist ein Schrecken für die Liberalen!)

Diese Gelder sind dann aber auch für nachhaltige Armutsbekämpfung einzusetzen, zum Beispiel für den Aufbau von Krankenstationen, für die Unterstützung des Gesundheitswesens, für die Schaffung von Zugängen für die Bevölkerung zum staatlichen Versicherungswesen und für die Einführung von Dezentralisierung.

Diesen richtigen Ansatz wollen und müssen wir weiterhin verfolgen und unterstützen. Der Antrag mit der Forderung, soziale Sicherungssysteme auszubauen, ist deshalb sehr gut. Die Internationale Arbeitsorganisation, ILO, bescheinigt uns, dass dieser Antrag einen machbaren und finanzierbaren Ansatz enthält und maßgeblich zur Bekämpfung der Armut in der Welt beitragen würde. Ich bin sehr dankbar, dass das BMZ nicht nur entsprechende Mittel, sondern auch Personal und Logistik zur Verfügung stellt. Wir haben alle im Ausschuss gehört, dass das Ministerium dieses Thema in den entsprechenden Regierungsverhandlungen prominent vertritt und sich dafür einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir alle im Haus sind uns beim Thema Bildung einig. In dem entsprechenden Antrag dazu wird die nachhaltige Entwicklung unterstützt und aufgezeigt, dass wir hier in den nächsten Jahren noch viel tun müssen. Es ist nach wie vor so, dass weltweit 77 Millionen Kinder keinen Zugang zu Bildungssystemen, keinen Zugang zu Schulen haben. Wie im UNESCO-Weltbildungsbericht vom letzten Jahr ausgeführt wird - auch dieses Thema müssen wir angehen -, ist für die Herstellung von Chancengleichheit die weltweite Abschaffung von Schulgebühren nötig. Daran zu arbeiten und dazu beizutragen, dass die Primärschulausbildung für die Kinder kostenfrei ist, muss unser aller Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Wer Bildung stärkt, stärkt damit natürlich alle von Armut Betroffenen und insbesondere die Frauen. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger sowie zum nachhaltigen Aufbau von friedlichen Strukturen geleistet. Man muss sich einmal ansehen, wie man mit einem qualitativ verbesserten Bildungswesen Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe stärken kann. Ich habe das letztes Jahr auf meiner Reise in den Ostkongo erlebt. Wir haben dort bereits vieles in Angriff genommen, aber es ist noch sehr viel zu tun. Wer die Bilder der letzten Wochen gesehen hat, dem ist das bewusst geworden.

Wir haben aber auch begonnen, partizipativen Unterricht zu unterstützen, gesellschaftliche Teilhabe von Kindern zu fördern und damit auch einen Beitrag zur Überwindung von Kriegsfolgen und Kriegstraumata zu leisten. Dazu gehört auch die Arbeit - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich loben und erwähnen - des Zivilen Friedensdienstes. Die von uns entsandten Entwicklungshelfer leisten in den Krisenregionen unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ja. - Es ist schade, wenn man nur einige Minuten Redezeit hat,

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das waren jetzt aber schon viele Minuten!)

aber über wichtige Themen zur Weiterentwicklung der

Armutsbekämpfung sprechen will. Es bleibt im Bereich Bildung viel zu tun. Leider habe ich nicht mehr die Zeit, um auf die Qualität der Lehrerausbildung, auf unser gesteigertes Engagement in der Grundbildung, die berufliche Bildung und die vielen Hochschulpartnerschaften einzugehen, die hier tolle wissenschaftliche Transferleistungen erbringen.

Ich möchte mich noch einmal für das Engagement und die Arbeit aller Beteiligten, auch des Ministeriums, in den letzten Jahren bedanken. Ich wünsche mir eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Arbeit und auch kontinuierlich aufwachsende Haushaltsmittel.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3 sowie Zusatzpunkt 1:

3 Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

zum Stand der Millenniumsentwicklungsziele

2015 und zu den Auswirkungen der Finanz- und

Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer

ZP 1 Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Dreizehnter Bericht zur Entwicklungspolitik

der Bundesregierung

- Drucksache 16/10038 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinhalb Stunden vorgesehen. - Auch hierzu gibt es offenkundig Einvernehmen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Wieczorek-Zeul.

Bitte schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor

genau zwei Wochen hat UNICEF die neuesten Statistiken

zur weltweiten Müttersterblichkeit vorgelegt. Pro

Tag enden weltweit mindestens 1 500 Geburten für die

Mütter mit dem Tod. Jede Minute stirbt weltweit eine

Frau an den Folgen einer Schwangerschaft oder direkt

bei der Geburt eines Kindes. Keines der globalen

Menscheitsziele droht auf so tragische Weise verfehlt

zu werden wie die Verbesserung der Gesundheit von

Müttern und Neugeborenen.

Ich will einfach nicht glauben - ich denke, das kann ich für uns alle sagen -, dass zur Rettung dieser Mütter und Kinder, zur Rettung der ärmsten Milliarde dieses Planeten, keine beherzte, kluge Intervention möglich sein soll, die diese Leiden und Opfer verhindert.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Millenniumsentwicklungsziele dienen uns als Kompass auf dem Weg zu einer gerechteren Globalisierung. Bereits vor 30 Jahren hat die Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt eine neue, gerechtere Gestaltung der Welt gefordert. Zu Beginn dieses Jahrhunderts hat die Weltgemeinschaft diesen Gedanken endlich konkretisiert. Mit den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen sind acht Gebote einer gerechten Globalisierung beschlossen worden, und es sind erstmals Größen- und Zielvorgaben verbindlich gemacht worden. Die Weltgemeinschaft hat erstens beschlossen, bis 2015 den Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, zu halbieren. Es hat in den letzten Jahren deutliche Fortschritte dabei gegeben. Wir dürfen aber auch nicht vergessen: Die Krisen des letzten Jahres haben über 100 Millionen Menschen wieder in Not und Elend zurückgeworfen.

Wir haben im Rahmen der Millenniumsziele zweitens beschlossen, bis 2015 für alle Kinder die allgemeine Primarschulbildung zu verwirklichen. Heute besuchen weltweit 83 Prozent der Kinder eine Grundschule. Seit 2001 wurden in den Entwicklungsländern auch Dank der Entschuldungsinitiativen, die wir mit vorangebracht haben, 34 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult. Das ist ein Riesenfortschritt für sie, für ihre Länder und für uns alle. Aber leider ist es so, dass immer noch 75 Millionen Kinder weltweit keinen Primarunterricht haben. Auch hier ist weiteres Handeln dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben drittens beschlossen, bis 2015 die Gleichstellung der Geschlechter - damit ist besonders die Stärkung der Rolle der Frau gemeint - voranzutreiben. In vielen Ländern sind Fortschritte greifbar. Das Land mit dem höchsten Frauenanteil im Parlament ist mittlerweile Ruanda mit 50 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein deutliches Zeichen. Auch bei der Bildung für Mädchen sind wir vorangekommen. Aber nach wie vor sind 70 Prozent der Menschen, die weltweit in Armut leben, Frauen. Dabei heißt Entwicklung voranzubringen - wer wüsste dies besser als Sie, die Sie sich in diesem Bereich engagieren? -, doch vor allem die Frauen zu stärken. Auch hier bleibt viel zu tun. Wir werden weiter dranbleiben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben weiterhin beschlossen, dass insbesondere die Kindersterblichkeit zurückgedrängt werden muss, die Gesundheit von Müttern und Kindern verbessert werden muss, die Ausbreitung von Pandemien wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zum Stillstand gebracht werden muss, dem Raubbau an unserem Planeten Einhalt geboten werden muss, der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen für alle Menschen sichergestellt werden muss sowie die Entwicklung als eine internationale Gemeinschaftsaufgabe

verstanden und umgesetzt werden muss.

Um diese Ziele zu erreichen, hat sich die Bundesregierung mit anderen Industrieländern und mit den Entwicklungsländern auf gemeinsame internationale Vereinbarungen verständigt. Wir haben diese Politik maßgeblich mitgestaltet. Ich möchte an vier Beispielen kurz darstellen, was erreicht worden ist, was möglich ist und zu was wir uns verpflichtet haben.

Erstens. Stichwort „Entwicklungsfinanzierung“. Wir stehen zu den Verpflichtungen von Gleneagles der G-8-Staaten. Wir stehen zum Stufenplan der Europäischen Union, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent unseres Bruttonationalproduktes für Entwicklung auszugeben. Wir wissen: Zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele sind innovative Finanzierungsinstrumente unverzichtbar.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wo sind die denn?)

Die Bundesregierung hat Einnahmen aus dem Emissionshandel bereits in den Haushalten 2008 und 2009 für internationalen Klimaschutz bereitgestellt. Dieses Engagement wird noch ausgebaut.

Zweitens. Die Bundesregierung mobilisiert – auch das ist wichtig – in den Haushalten von BMU und unserem Ministerium mehr als 1 Milliarde Euro für Vorhaben zum Ausbau erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz in den Partnerländern. Diese Woche hat IRENA, die Internationale Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien, eine Konferenz in Bonn durchgeführt. 116 Länder haben daran teilgenommen; 75 Länder haben die Statuten unterzeichnet und werden sich personell und finanziell beteiligen. Sie haben damit ein Signal gesetzt, dass die Welt aus Friedensgesichtspunkten, aus Energiegesichtspunkten und aus Klimagesichtspunkten auf erneuerbare Energien setzen will. Wir können nur hoffen, dass sich auch Länder wie China, Indien und die USA, die zwar vertreten waren, aber noch nicht Mitglied sind, anschließen werden. Das ist eine ganz wichtige Initiative. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens: die Bereiche Gesundheit und Bildung. Allein durch die Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria ist es gelungen, 3 Millionen Menschenleben zu retten.

Viertens. Im Bereich der Armutsbekämpfung haben wir mit dem Ausbau der Mikrofinanzinstrumente allein über die deutsche Zusammenarbeit mehr als 50 Millionen Menschen erreicht – vor allen Dingen Frauen, die auf diese Art und Weise ihre eigene Existenz aufbauen und Eigenständigkeit entwickeln konnten. Das wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zieht man ein Fazit, kann man mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass die Staaten jeder Weltregion in den Jahren seit der Verabschiedung der Millenniumserklärung und der Millenniumsentwicklungsziele wichtige Fortschritte gemacht haben. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Vor allen Dingen bezogen auf Afrika

ist noch viel zu tun.

Eine aktuelle Gefährdung der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele sehe ich vor allem angesichts

der gegenwärtigen Krisen: der Finanzkrise und der schlimmer werdenden Ernährungskrise bzw. der steigenden Preise für Nahrungsmittel. Bereits heute hungern wieder 1 Milliarde Menschen. Es besteht die große Gefahr, dass sich die wirtschaftliche Krise auf einem Kontinent wie Afrika zu einer humanitären Katastrophe mit Tausenden von Hungernden und Tausenden von Toten entwickelt. Deshalb müssen wir handeln. Deshalb ist es unsere Verpflichtung, in diesem Bereich nicht nachzulassen. (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

IWF und Weltbank haben unlängst ihre Wachstumsprognosen für die Entwicklungsländer drastisch nach unten korrigiert. Wir sollten uns erinnern - es ist dramatisch -: 1 Prozentpunkt weniger Wachstum in diesen Ländern bedeutet, dass 20 Millionen Menschen wieder in die Armut gedrängt werden. Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern bleiben aus. Die Steuereinnahmen gehen zurück, und die Exportchancen werden geringer. Die Infrastruktur ist gefährdet. Projekte für den Bau von Krankenstationen und Bewässerungsprojekte bleiben dann Reißbrettprojekte. Keine Hilfen, das bedeutet für immer mehr Menschen: kein Schulbesuch, keine ärztliche Betreuung bei der Geburt, keine Hebammen, kein Entkommen aus der Armutsfalle.

Uns allen möchte ich sagen: Die Wucht des Systemversagens trifft die schwächsten Staaten und die schwächsten Menschen am härtesten. Diese Menschen sind keine Aktienbesitzer. Sie zahlen für den Kollaps an den Börsen nicht in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer täglich bedrohten Existenz; das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen.

In diesem Monat hat die Bundesregierung ihr zweites Konjunkturpaket, den Pakt für Deutschland, verabschiedet. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die wichtig und notwendig sind. Aus gleicher Perspektive will ich an dieser Stelle betonen: Es ist wichtig, den Infrastrukturfonds der Weltbank mit 100 Millionen Euro aus diesem Konjunkturpaket zu stützen. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit werden bestehende Infrastrukturprojekte gesichert und neue Investitionen in den Entwicklungsländern ermöglicht. Das ist auch in unserem Interesse. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn hat gesagt: Es ist doch eine krude Logik, dass manche glauben, man könne exportieren, wenn andere Länder arm würden. - Die Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren weltweit Stabilität gesichert. Dies war und ist in unserem Interesse. Wir kommen nur gemeinsam aus der Krise heraus.

Zweifeln will ich sagen: Die Bundesrepublik Deutschland hatte von allen OECD-Ländern die meisten Anteile bei den Aufträgen der Weltbank. Insofern ist es ein gemeinsames Interesse, aus dieser Krise herauszukommen und die Mittel entsprechend einzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir einen

neuen globalen Pakt für das 21. Jahrhundert, der folgende acht Punkte umfasst:

Erstens geht es um ein Konjunkturprogramm zugunsten der ärmsten Länder. Ich danke dem Bundespräsidenten, dass er bei seinem Neujahrsempfang einen entsprechenden Vorschlag für die Frühjahrstagungen von Weltbank und internationalen Finanzinstitutionen gemacht hat. Dringend notwendig sind Investitionen in die Bereiche Landwirtschaft, Ernährungssicherung, Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit. Diese konjunkturpolitisch notwendigen Initiativen sind aber auch unter dem Gesichtspunkt der Krisenbekämpfung reformpolitisch unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir auch mit arabischen Fonds zusammenarbeiten, die Finanzmittel anbieten und auf unsere Beratung Wert legen, um in den afrikanischen Ländern Investitionen in die Landwirtschaft voranzubringen. Für diese dringend benötigten finanziellen Impulse ist eine Zusammenarbeit aller erforderlich.

Bei der Weltbank haben wir nicht zuletzt dank des Engagements von Weltbankpräsident Zoellick zusätzliche Mittel mobilisiert. Einen Punkt greife ich hier besonders heraus: Wir alle loben die Institutionen, die Mikrofinanzierung anbieten; aber die wenigsten wissen, dass dieses Instrument ebenfalls von der Finanzkrise betroffen und bedroht ist. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, diese Institutionen intakt zu halten; ansonsten bräche vieles weg, was den Menschen Perspektiven und Einkommenschancen geschaffen hat. Auch hier stehen wir also vor einer ganz wichtigen Aufgabe, die wir gemeinsam lösen müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens geht es um die Umsetzung des, wie ich es nenne, grünen New Deal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Sie das nennen?)

Ich habe vorhin von IRENA gesprochen. Entwicklungspolitik und Klimaschutz müssen Hand in Hand vorgehen.

Hier geht es vor allen Dingen um globale Gerechtigkeit: Diejenigen, die für den Klimawandel nicht verantwortlich sind, werden davon am härtesten getroffen. Deshalb ist es notwendig, dass wir mit dem Instrument des Emissionshandels, bei dem wir in Deutschland Vorreiter sind, auch mit Blick auf die Kopenhagener Klimakonferenz Impulse setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens müssen wir die WTO-Runde abschließen. Jeder sagt, die Krise dürfe nicht zu Protektionismus führen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber sprechen Sie doch mal mit Frau Aigner!)

Aber in Wahrheit muss das, was die Europäische Union schon verwirklicht hat, nämlich den ärmsten Ländern ungehinderten Zugang zu den Märkten zu ermöglichen, erst noch auf weitere Mitgliedstaaten der WTO ausgedehnt werden. Ich persönlich unterstütze nachdrücklich den Vorschlag von WTO-Generaldirektor Lamy, im



Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde den Marktzugang für die ärmsten Entwicklungsländer und Regelungen zum Beispiel bei der Baumwolle vorzuziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Katastrophe, dass die afrikanischen Länder hier immer noch unter hohen Subventionen der USA leiden müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit Zucker? Was ist mit europäischem Tomatenmark?)

Viertens geht es um die Förderung von Frauen. Wenn Frauen in Entwicklungsländern bezahlter Arbeit nachgehen, dann tun sie es mehrheitlich in exportorientierten Sektoren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft diese Sektoren ganz besonders. Deshalb sind die von mir schon erwähnten Mikrofinanzinstrumente und die einfachsten sozialen Sicherungssysteme, die Walter Riestler uns für die Entwicklungsländer sehr präzise skizziert hat, auszubauen. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist hier, den Frauen den Zugang zur Familienplanung zu geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Fünftens. Wir müssen die Zivilgesellschaft einbeziehen. Wir brauchen - und darum bemühen wir uns bereits - eine bessere Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Gebern, damit den Entwicklungsländern der maximale Nutzen aus den Finanzmitteln zugutekommt. Das heißt nicht zuletzt: mehr Mitsprache von Bürgern und Bürgerinnen in den Entwicklungsländern, also mehr Demokratie. Die Zivilgesellschaft muss diesen globalen Pakt mitgestalten. Nur so kann er gelingen.

Sechstens. Wir müssen die Finanzierung sicherstellen und unsere Verpflichtung zur Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erfüllen. Wir stehen - das habe ich vorhin schon deutlich gemacht - zu dem Stufenplan zur Steigerung der Mittel. Wir hoffen in diesem Zusammenhang auch auf die angekündigte Initiative der amerikanischen Regierung.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die tut mehr als Deutschland! Das ist wahr!)

Ich will an dieser Stelle fragen: Wie wollten die Industriestaaten den armen Ländern erklären, dass sie ihren Finanzanteil hinsichtlich der globalen Entwicklung nicht stemmen können, wenn gleichzeitig drei- bis vierstellige Milliardenbeträge mobilisiert werden können, um den Finanz- und Bankensektor zu retten? Dass hier eine Verpflichtung existiert, ist völlig klar.

Es gilt vielmehr, diese Krise zu nutzen, zum Beispiel um ein neues, globales Regelwerk zu erstellen, damit die bisher durch Kapitalflucht und Steueroasen verloren gegangenen Steuermilliarden endlich sinnvoll und gerecht eingesetzt werden können: für eine weltweit nachhaltige Entwicklung im Sinne der skizzierten Ziele.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Siebtens. Wir brauchen neue Regeln für die Weltfinanzmärkte. Diese Aufgabe hat der Kollege Steinbrück sehr energisch angepackt. Auch für die Entwicklungsländer ist ein verlässlicher Ordnungsrahmen von zentraler

Bedeutung. Wir brauchen globale Regeln, die dem ungezügelten Kapitalismus ein Ende setzen. Wir brauchen globale Regeln, die für mehr Transparenz, mehr Steuerungsfähigkeit und mehr Stabilität sorgen. Es darf keine aufsichtsfreien Räume geben. Auch deswegen müssen wir dazu beitragen, dass die in der Doha-Erklärung Anfang Dezember 2008 vereinbarte UN-Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer ein Erfolg wird.

Achtens und letztens: Wir müssen gerechte und handlungsfähige Institutionen schaffen. Die globale Welt braucht globale Verantwortlichkeit, Global Governance, die alle Aspekte der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen und Entscheidungen zusammen betrachtet und bewertet. Die G-8-Staaten können das nicht allein. Die Treffen der G 20 bedeuten zwar einen Fortschritt; aber diese Staaten repräsentieren natürlich nicht, wie die Entwicklungsländer sagen, die G 192, also alle Länder dieser Welt.

Deshalb gewinnt aus meiner Sicht die Forderung nach einem UN-Sicherheitsrat für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung an Bedeutung. Diese Forderung steht im Grundsatzprogramm der SPD.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

Aha!

Auch die Bundeskanzlerin hat die Forderung nach einem Weltwirtschaftsrat in den letzten Wochen und Monaten in mehreren Reden erhoben. Ich unterstütze diesen Vorschlag nachdrücklich. Worum geht es? In dieser UN-Institution wären alle Regionen hochrangig vertreten, ebenso die internationalen Finanzinstitutionen und die WTO. Wir brauchen einen Prozess der Gestaltung, der alle einbezieht, aber trotzdem Handlungsfähigkeit sicherstellt. Deshalb möchte ich diesen Vorschlag auch in diese Diskussion einbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die globalen Veränderungsprozesse haben - ich habe es angesprochen, wir spüren es alle - durch den amerikanischen Präsidenten Obama neuen Schwung erhalten. Greifen wir die Perspektiven, die er aufgezeigt hat, auf: Setzen wir, wie er es formuliert hat, weltweit Hoffnung über Furcht, unsere gemeinsame Willenskraft über Streit und Zwietracht, und sagen wir denjenigen, die ihre Völker noch immer unterdrücken, die Freiheit und Menschenrechte missachten und nur ihr eigenes Fortkommen verfolgen, wie etwa Mugabe in Simbabwe: Auch ihr werdet fallen, auch eure Völker werden die Freiheit gewinnen. Wir engagieren uns bei der Verfolgung dieses Ziels.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Barack Obama hat, wie ich finde, noch etwas sehr deutlich ausgedrückt - ich zitiere ihn -: Die Menschen in euren Ländern werden euch daran messen, was ihr aufbaut, nicht, was ihr zerstört.

Ich freue mich, dass heute Vertreter und Vertreterinnen aus dem Bereich der Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, des zivilen Friedensdienstes und des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ auf der Tribüne anwesend sind. Ich

begrüße Sie sehr herzlich. Sie leisten eine ganz wichtige Arbeit für eine gerechtere Welt.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die sich für eine gerechte, solidarische Gestaltung unserer Welt und für die Verwirklichung der Menschenrechte engagieren: den Entwicklungshelfern aus GTZ und KfW, DED und Inwent, den vielen Expertinnen und Experten in den Nichtregierungsorganisationen, den Soldatinnen und Soldaten, die dazu beitragen, dass in vielen Regionen der Wiederaufbau eine Chance hat und Gewalt zurückgedrängt wird, den vielen lokalen Initiativen in Stadt und Land, den Kirchen und den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des zivilen Friedensdienstes sowie den jungen Menschen, die im Rahmen von „weltwärts“ ihren entwicklungspolitischen Freiwilligendienst - in diesem Jahr sind es 2 200 Jugendliche - leisten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle tragen dazu bei, die Hoffnung über die Furcht zu setzen und die Welt gerechter zu machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Hellmut Königshaus für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, keine Zwietracht - da haben Sie recht -, aber ein bisschen Streit muss schon sein, insbesondere da wir jetzt hier über das Weißbuch sprechen wollen, das - das muss man sagen - aufgrund der jüngsten Entwicklungen ein Schönwetterbericht vom letzten Sommer ist. Es hat mit der aktuellen Krise nichts mehr zu tun. Die Rahmendaten haben sich komplett verändert. Dazu haben wir von Ihnen gerade nichts Neues gehört.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre richtig gewesen, Frau Ministerin, dieses Weißbuch zurückzuziehen und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wo sieht denn die Bundesregierung jetzt beispielsweise weltweit steigenden Wohlstand und weltweit steigende Unternehmensgewinne, von denen der Bericht schon in der Einleitung ausgeht? Das klingt doch heute wie Satire.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Es geht zunächst um eine klare Analyse; dann können wir an die Korrektur gehen. Wir haben hier aber nur eine Zustandsbeschreibung und keine Analyse gehört. Wir alle wurden von dieser Krise überrascht; das will ich gerne einräumen. Ich glaube, mehr als die Ministerin eben hat gestern unser Präsident, Dr. Lammert, zur Ursachenforschung beigetragen, als er uns in der Französischen Friedrichstadtkirche eine kleine Geschichte, ein Gleichnis, erzählt hat. Mit seiner Genehmigung möchte ich Ihnen das gerne vortragen, weil es einige Ursachen

offenlegt.

Er hat erzählt - das wird die Herren mit den Heuschrecken freuen -, ein Investmentbanker sei zum Himmelstor gekommen, wurde aber abgewiesen mit der Begründung: Die Abteilung für solche Personen sei ohnehin sehr klein und jetzt überfüllt. Darüber war der Banker sehr betrübt und sinnierte, wie er das ändern kann. Er bat Petrus, doch wenigstens einen kleinen Gruß an die Kollegen hineinrufen zu dürfen. Das wurde ihm erlaubt, und er rief: In der Hölle wurde Öl gefunden. Daraufhin sprangen alle reflexartig auf und zogen in die Hölle. Petrus war sehr überrascht und sagte mit einigem Zögern: Gut, jetzt ist Platz, jetzt kannst du reingehen. Der Banker antwortete ihm: Wenn der gesamte Markt davon überzeugt ist, dass in der Hölle Öl gefunden wurde, dann muss ich mitgehen. Dann ging auch er in die Hölle.

Das sind die Mechanismen, die zeigen, wie so etwas funktioniert. Darauf müssen wir eingehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir möchten die Geschichte noch einmal von Herrn Lammert hören!)

- Wie bitte?

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Wir haben es schon besser gehört!)

- Ja, wenn Sie gestern da waren. Unser Präsident ist unschlagbar in der Darstellung solcher Zusammenhänge.

Da kann ich nicht mithalten; das würde ich auch nie versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Sie haben gerade davon gesprochen, dass ein weltweites Regelwerk geschaffen werden soll. Wie wollen Sie das angesichts dieser geradezu menschlichen Eigenschaften, die Staaten wie Institutionen antreiben, erreichen? Etwa, indem Sie unsere potenziellen Partner dauernd mit starken Worten verunsichern, wie es unser Bundesfinanzminister macht? So doch sicherlich nicht. Wenn wir die Leute, die wir für eine Veränderung brauchen, vor den Kopf stoßen, werden sie nicht auf uns eingehen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungspolitik muss auf Fakten reagieren und darf nicht nur auf Stimmungen basieren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird die FDP alles tun, was hilft, eine humanitäre Katastrophe nicht nur in Afrika, sondern auch in anderen Ländern zu verhindern. Es nützt aber nichts, wenn man, ohne konkrete Ursachen zu beschreiben und ohne auf sie einzugehen, einfach immer nur mehr Geld zur Verfügung stellt.

Aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II sollen nun auf einmal insgesamt 100 Millionen Euro für einen Fonds der Weltbank herausgebrochen werden. Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Herr Minister Steinbrück, was hat das mit Stärkung der Binnenkonjunktur zu tun? Ich weiß, dass auch weltweit die Krise zu bekämpfen ist. Sie müssen allerdings die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit beachten.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Die Mittel des Konjunkturpaketes II sind für die Stärkung der deutschen Binnenkonjunktur vorgesehen, nicht

dafür, dass, ähnlich wie im Hinblick auf die Autoindustrie bereits geschehen, andere Industrienationen gefördert werden. Das würden wir auch der Öffentlichkeit nicht erklären können. Mein Kollege Koppelin wird auf diese Thematik noch eingehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir aber gespannt! Mal sehen, ob der das besser kann als Sie!)

Frau Ministerin, Sie haben deutlich gemacht, dass Sie der Weltbank Geld zur Verfügung stellen wollen, weil sie viel Gutes tue. Gestern haben wir im Ausschuss eine Anhörung durchgeführt. Dort wurde uns ganz klar gesagt, dass die Weltbank gar nicht in der Lage sei, ihre Aufgaben wirklich zu erfüllen. Es hieß, sie sei viel zu groß angelegt und könne nur Großprojekte durchführen, die langfristig wirken. Durch solche Großprojekte kann die gegenwärtige akute Krise aber nicht bewältigt werden. Gleichwohl wollen Sie der Weltbank Geld zur Verfügung stellen. Das halten wir für falsch, insbesondere auch deshalb, weil die Weltbank dieses Geld für alle möglichen Maßnahmen verwenden könnte. Wofür sie es im konkreten Fall verwenden wird, wissen aber weder Sie noch wir. Deshalb lehnen wir das ab.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist Quatsch, was Sie da sagen! Das ist rückständig! Das ist rückschrittlich!)

Was die Gründung der IRENA angeht, möchte ich feststellen: Natürlich unterstützen auch wir einen vernünftigen Mix bei der Energiegewinnung; das ist gar keine Frage. Es gibt aber keinen Grund, besonders stolz darauf zu sein, dass das Abkommen bereits von so vielen Ländern unterzeichnet wurde. Wenn von vornherein 40 Prozent des Budgets übernommen werden, bevor die ersten überhaupt eingetroffen sind, dann ist das vergleichbar mit einem Kneipier, der sich darüber freut, dass seine Kneipe voll ist, wenn er Freibier ausschenkt. Das ist also keine große Überraschung.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Das ist doch Schwachsinn! - Gabriele Groneberg

[SPD]: Nein! Das ist doch nicht wahr! Das ist eine vollkommene Fehleinschätzung von Ihnen!

- Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wie bitte? Also ehrlich! Die FDP ist doch kleinkariert! - Dr. Sascha Raabe [SPD]: Ist das hier eine Karnevalsveranstaltung oder eine Debatte?)

Wir haben die großen Schwellenländer immer unterstützt. Das tun wir auch weiterhin, wenngleich in Grenzen. Kollege Ruck, die finanzielle Hilfe für China, nicht aber für Indien und Südafrika, ist übrigens eingestellt worden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat Herr Westerwelle das eigentlich auch schon begriffen?)

Was die Hilfe zum Beispiel für Afghanistan oder Dschibuti angeht - auch dort leiden die Menschen -, muss man aber feststellen: Hier passiert nichts bzw. nur sehr wenig. Auch diese Länder sind für uns sehr wichtig. Dort muss mehr getan werden. Daran wollen wir arbeiten. Zu der grenzwertigen Erklärung des Kollegen Ruck

vom gestrigen Tage, die verständlicherweise keinen Niederschlag fand - er sagte, dass die Entwicklungspolitik der FDP an Dummheit grenze -,  
(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Er hat recht!)

kann ich nur sagen: Richtig ist, dass seine Aussage diese Grenze bereits überschritten hat.  
(Beifall bei der FDP - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In diesem Fall hat Herr Ruck recht! Ihre Entwicklungspolitik grenzt nicht nur an Dummheit! Sie ist Dummheit!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen internationalen Diskurs darüber, wie wir mit unseren Mitteln eine größere Wirksamkeit erzielen können. Dies ist im Sinne unseres Landes. Ihre Regierungserklärung hat uns leider keinen Weg in diese Richtung gewiesen. Sie wollen immer nur noch mehr Geld für falsche Entwicklungspolitik ausgeben. Aber das hilft unseren Partnern nicht, das hilft uns nicht, und das hilft erst recht nicht unseren Steuerzahlern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wohnzimmerpolitik nennt sich das!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Christian Ruck ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Es muss ein Ruck durch die Entwicklungspolitik gehen!)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklungspolitik ist in einer kritischen Phase. Wir haben zwar in den letzten Jahren im Kampf um das Erreichen der Millenniumsziele große Erfolge erzielt. Nach der Energie- und Nahrungsmittelkrise im letzten Jahr droht nun in der Tat durch die weltweit zu beobachtenden Negativtendenzen auf den Finanzmärkten und in den Volkswirtschaften ein dauerhafter Rückschlag. Vor allem ist zu konstatieren: Die Aufholjagd der Schwellenländer, deren Situation für die Bekämpfung der Armut von entscheidender Bedeutung ist - allein in Indien leben mehr Arme als in ganz Afrika südlich der Sahara -, ist ins Stocken geraten. Dem Vernehmen nach stehen demnächst allein in Bangalore 1,6 Millionen Arbeitnehmer auf der Straße. Mit einer gewissen Verzögerung wird diese Krise auch die ärmsten Länder erreichen und einen Teufelskreis von sinkenden Exporten, sinkenden Direktinvestitionen und sinkenden Überweisungen der Arbeitsmigranten herbeiführen.

Auch bei uns werden nun Stimmen laut, die sagen: Die EZ muss zurückgefahren werden, wir müssen zunächst das eigene Hemd retten. - In der Tat ist es so: Wir müssen das eigene Haus in Ordnung halten, es nützt niemandem, wenn wir schwach werden; denn dann können auch wir weniger helfen. Das gilt übrigens auch im Hinblick darauf, dass wir unsere Banken unterstützen. Man kann über Investmentbanker denken, was man will; aber dass wir unser Banksystem durch Bürgschaften retten müssen, ist vollkommen klar.

Die EZ zurückzufahren, wäre jedoch ein schlimmes Eigentor. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Verzahnung der Volkswirtschaften ist stärker als je zuvor. Unsere Exporte in die entsprechenden Länder haben sich in den letzten sieben Jahren mehr als verdoppelt. Der Haushalt des BMZ ist mittlerweile der zweitgrößte Investitionshaushalt der Bundesrepublik Deutschland. Von ihm hängen allein in Deutschland zwischen 200 000 und 300 000 Arbeitsplätze ab.

Es ist auch richtig, Herr Königshaus, dass wir die Weltbank bei ihren Sofortmaßnahmen, insbesondere bei der Infrastrukturspritze, unterstützen, damit der Wachstumsfaden nicht reißt. Hinzu kommt - die Ministerin hat es angedeutet -: Die deutschen Unternehmen bekommen seit vielen Jahren die mit Abstand meisten Aufträge aus den Programmen der Weltbank, Aufträge in einem Volumen, das größer ist als der Betrag, den wir einzahlen. Deswegen habe ich davon gesprochen, dass es an Dummheit grenzt - wohlgermerkt: grenzt -, die Zahlungen zurückzufahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch in anderer Hinsicht wäre das ein Eigentor. Die Entwicklungspolitik ist mittlerweile ein fester und wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Die Entwicklungspolitik soll soziale Sprengsätze entschärfen, sie soll die Ursachen von Massenflucht bekämpfen, sie soll zur Energiesicherung beitragen, sie soll dem Terrorismus den Boden entziehen. Je mehr Menschen in den Entwicklungsländern in Schwierigkeiten geraten, desto wichtiger wird der Sicherheitsaspekt. Deswegen ist es in unser aller Interesse, dass wir in unseren entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Henry Kissinger hat vor kurzem gesagt: Die Krise ist eine Chance zur Besinnung. Das gilt auch für die Entwicklungspolitik.

Wo stehen wir, und was muss geschehen, damit wir die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung trotz der derzeitigen Krise erreichen?

Wir haben bezüglich der Entwicklungspolitik sowohl, was den Haushalt des BMZ angeht, als auch, was die Umsetzung der entwicklungspolitischen Schwerpunkte - Umwelt, Energie - angeht, eine äußerst erfolgreiche Legislaturperiode hinter uns. Ebenso dominierten entwicklungspolitische Fragen unsere Präsidentschaft der G 8 und der EU. Das ist auch Ihrem Engagement zu verdanken, Frau Wieczorek-Zeul. Die Zeitenwende, so muss man es ja nennen, von 2005 kam aber insbesondere dadurch, dass die Kanzlerin die Entwicklungspolitik ganz anders gepusht hat als ihr Vorgänger. Auch daran sei hier erinnert

(Beifall bei der CDU/CSU - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD - Ludwig Stiegler [SPD]: Das muss jetzt nicht sein! - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Für Schröder war das Gedöns!)

- Was wahr ist, muss wahr bleiben.

Trotzdem stehen wir unter Druck; denn die Probleme wachsen. Deswegen müssen wir uns wieder kritisch fragen: Was bringt Entwicklung voran? Welchen Beitrag können wir leisten? Sind unsere Haushaltsmittel effizient

eingesetzt? Wir müssen dabei die Erkenntnis zugrunde legen, dass die Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Gesamtheit keine schlüsselfertige Welt liefern kann. Wir können nur Impulse setzen, und wir sollten dies auch in der Öffentlichkeit sagen.

Deshalb müssen wir uns wieder auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf die Beantwortung der Frage konzentrieren, wie wir die schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern zur Entfaltung bringen können. Dazu gibt es zwei Ansatzpunkte: zum einen direkt am Menschen und zum anderen an den Rahmenbedingungen. Der Schlüsselsektor für die Hilfe direkt am Menschen ist die Bildung in all ihren Ausprägungen. Liebe Kollegen von der SPD, lieber Sascha Raabe, ich bin froh, dass wir es im parlamentarischen Verfahren zusammen geschafft haben, diesem Sektor mehr Gewicht zu verleihen, und damit ein bisschen von dem nachgeholt haben, was wir im Koalitionsvertrag versäumt haben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin auch der Meinung, dass in diesem Schlüsselsektor unabhängig von der Länderliste etwas getan werden muss. Bildung und Ausbildung sollten wir überall dort vorantreiben, wo wir die Gelegenheit dazu haben, auch in Schurkenstaaten und in fragilen Staaten, und das als Investition für die Zukunft betrachten, wenn uns dann hoffentlich wieder ein Zeitfenster zur Verfügung steht. Ich glaube, das muss unser Prinzip sein. (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Sascha Raabe [SPD])

Lieber Sascha Raabe, ähnlich verhält es sich bei der ländlichen Entwicklung. Ich glaube, auch hier haben unsere Arbeitsgruppen gemeinsam eine gute Arbeit geleistet. (Dr. Karl Addicks [FDP]: Hätte aber besser sein können!)

Auch die ländliche Entwicklung hat etwas mit den Menschen zu tun; denn wenn Kinder und Jugendliche hungern oder krank sind, dann können sie ihre schöpferischen Kräfte mitnichten entfalten.

Entscheidend sind aber auch die Rahmenbedingungen. Wir können in manche Länder noch so viel Geld geben: Es wird nichts nützen. Ganz im Gegenteil! Ich möchte – die Ministerin hat acht Punkte genannt – in aller Kürze fünf Faktoren nennen, die für mich unabdingbar sind, wenn wir eine Chance zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele haben wollen.

Erstens. Wichtig ist eine gute Regierungsführung. Wenn wir es mit Empfängern bzw. Partnern zu tun haben, die legitimiert und entwicklungsorientiert sind, dann ist der Rest Formsache. Dann geht es nur noch um die Technik und zum Beispiel um die Frage, ob man hier den Hafen oder dort die Straße baut. Hier können wir natürlich schneller und unbürokratischer reagieren; das ist klar. Hier können wir uns auch nach den Vorstellungen der Partner richten. Je unlegitimierter, inkompetenter und korrupter unsere Gegenüber aber sind, desto mehr müssen wir auf unseren Wertvorstellungen bestehen, und zwar auch im wohlverstandenen Interesse der Menschen dort.



(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist Ownership kein Freibrief und keine Einbahnstraße. Genau das müssen wir im Klartext zum Beispiel auch der afghanischen Regierung sagen. Bei den Opfern, die wir für sie bringen, muss sie sich im Kampf gegen Inkompetenz und Korruption im eigenen Land mehr einbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Zusammenhang brauchen wir auch eine Offensive gegen schlechte Regierungsführung. Dabei sind alle gefordert. Hierfür brauchen wir natürlich auch die Unterstützung der Außenpolitiker. Vor allem brauchen wir hierfür aber vor Ort die Unterstützung unserer Kirchen, und wir brauchen auch die Unterstützung der Stiftungen und der engagierten NGOs. Das ist etwas, worauf wir, die Zivilgesellschaft, in der Entwicklungszusammenarbeit nicht verzichten können.

Zweitens. Ohne Wirtschaftswachstum in den betroffenen Ländern haben wir keine Chance, die Entwicklungsziele zu erreichen. Darauf wird der Kollege Klimke noch eingehen. Wir brauchen in diesen Ländern eine Wirtschaftsorientierung, aber eine Wirtschaftsorientierung, die mit Armutsbekämpfung einhergeht. Es gibt zu viele Länder, die zwar ein hohes Wachstum aufweisen, in denen dieses aber der breiten Bevölkerung nicht zugutekommt. Darum ist es richtig, dass man zum Beispiel auch auf eine vernünftige Steuerpolitik in diesen Ländern Wert legt.

Drittens. Handelspolitik. Auch das wurde ja schon angesprochen. Es geht um eine Handelspolitik als Hilfe zur Selbsthilfe für die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer. Im Sinne einer internationalen sozialen Marktwirtschaft muss dabei aber ein fairer Deal herauskommen. Wir sagen von unserer Seite aus Ja zu Marktzugang, zu Hilfen beim Kapazitätsaufbau und zur Rücksichtnahme auf lokale Märkte vor Ort. Das muss man von uns verlangen. Im Gegenzug müssen wir aber einen Verzicht auf jegliche Art von ausbeuterischer Kinderarbeit und Umweltdumping verlangen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viertens. Der größte Feind der Entwicklung ist der Krieg. Umgekehrt gibt es keine Sicherheit ohne Entwicklung. Wir brauchen mehr Möglichkeiten und auch mehr Mut, um gerade in Entwicklungsländern und Entwicklungsregionen bessere Formen der Friedensschaffung durchzusetzen - darauf wird Kollege Fischer noch eingehen -; das ist ganz essenziell, weil sonst alle Entwicklungsbemühungen vergeblich wären. Das gilt übrigens auch für Palästina.

Fünftens. Koordination und Arbeitsteilung. Das beginnt im eigenen Land mit einer uneigennütigen Ressortzusammenarbeit und geht über eine schlagkräftige Zusammenarbeit der Entwicklungsinstitutionen vom Haupt bis zu den Gliedern bis hin zur EU.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind daran gescheitert, Herr Ruck!)

Wir freuen uns über die Grundsatzvereinbarungen in der EU, Frau Ministerin. Aber ich glaube, wir brauchen noch viel mehr Kraft und Energie, um sie auch durchzusetzen. Davon sind wir noch weit entfernt. Im internationalen Bereich gibt es sogar groteske Entwicklungen: Es gibt eine Vielzahl von Gebern, die in vielen Fällen die armen Administrationen der Entwicklungsländer erschlägt. Es gibt 34 für Gesundheit und 37 für Entwicklung und Umwelt zuständige UN-Organisationen. Wir befinden uns allmählich in einem Hamsterrad der Koordination und müssen auch in diesem Punkt wieder zur Besinnung kommen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie doch einmal an!)

Wir sind inzwischen der zweitgrößte internationale Entwicklungshilfegeber. Wir müssen unseren Einfluss auch dahin gehend geltend machen, dass wir die gesamte Hilfsarchitektur vom Kopf auf die Füße stellen. Dabei sind die genannten Vorschläge sehr hilfreich. Aber wir müssen hier zu Potte kommen.

Ich möchte eine Anregung geben. Die japanische Regierung, die US-amerikanische Regierung - auch die neue amerikanische Regierung; das hat Hillary Clinton vor kurzem bestätigt - und zum Beispiel auch die israelische Regierung sind hochinteressiert daran, mit uns verstärkt zu Dreieckskooperationen zu kommen. Ich glaube, wenn wir uns auf einen solchen Prozess eines Trainings on the Job verständigen könnten, dann könnten wir zusammen noch viel mehr Gewicht für eine konzentriertere Entwicklungspolitik in unserem Sinne aufbringen. Dafür plädiere ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten am Dienstag eine Gedenkstunde, in der es sehr eindrucksvoll um das Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ging.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die deutlich überschrittene Redezeit.

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Jawohl, ich komme zum Schluss. - Diese Würde wird in vielen Entwicklungsländern, gerade auch Kindern gegenüber, mit Füßen getreten. Deswegen gibt es für uns nicht nur rationale Gründe, sondern aus christlichabendländischem Denken auch eine moralische Verpflichtung, die Entwicklungspolitik aufrechtzuerhalten.

Ich möchte mit einem Satz schließen, den der japanische Botschafter diese Woche gesagt hat: Deutschland und Japan haben eine Kultur gemeinsam, nämlich die Kultur, ihre Versprechen zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Aydin, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Heute geht es um weit mehr als um die Entwicklungszusammenarbeit. Wir sprechen über die Gestaltung der Innen- und Sozialpolitik

in der einen Welt, in der wir leben. Die Verwirklichung der Millenniumsziele ist nicht nur entwicklungspolitisch geboten, sondern von entscheidender Bedeutung für die regionalen Sicherheiten, den Frieden auf der Welt und das wirtschaftliche Miteinander der Weltgemeinschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Extremismus, Kriege und Gewalt können sich besonders gut dort entfalten, wo den Menschen politische, soziale und humanitäre Rechte verweigert werden. Wir brauchen daher die Überwindung der extremen globalen Polarisierung zwischen wenigen Reichen und vielen Armen. Wie uns in diesen Tagen auf der italienischen Insel Lampedusa dramatisch vor Augen geführt wird, treibt der Ernst der Lage auf unserem Nachbarkontinent Afrika immer mehr Menschen in die Flucht. Obwohl die Fahrt über das Mittelmeer aufgrund der rigiden Abschottungspolitik der Europäischen Union jedes Jahr für Hunderte tödlich endet, treten sie diese Fahrt an, weil Hunger, Armut, Perspektivlosigkeit den Alltag in ihren Ländern prägen. Dieses Schicksal teilen sie mit anderen. Rund 1 Milliarde Menschen weltweit müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. 40 Prozent der Weltbevölkerung leben von weniger als 2 US-Dollar am Tag.

Seit der Verabschiedung der Millenniumsziele ist mehr als die Hälfte der vorgesehenen Zeit verstrichen. Es wird schwer, sie bis zum Jahr 2015 umzusetzen; denn die Bilanz des Erreichten ist ernüchternd.

Das erste Millenniumsziel, die Zahl der Menschen in Armut zu halbieren, ist nicht mehr zu erreichen. Außerhalb Ostasiens sinkt die Armut viel zu langsam, besonders in Südasien und im subsaharischen Afrika. Auch bei der Kindersterblichkeit, die um zwei Drittel gesenkt werden soll, laufen wir unserem Vorhaben hinterher. Die Ausbreitung der Infektionskrankheiten ist längst nicht gestoppt. 40 Millionen Menschen leben mit HIV/Aids. 2004 starben 3 Millionen Aidskranke. Jedes Jahr sterben 1 Million Menschen an Malaria, davon 90 Prozent in Afrika. 80 Prozent der Malariatoten sind Kinder in Afrika.

Beim zweiten Entwicklungsziel - Grundbildung für alle - hat es durchaus Fortschritte gegeben; da stimme ich mit Ihnen überein, Frau Ministerin. Die Einschulungsrate wurde bis 2006 auf etwa 70 Prozent gesteigert.

Doch die Herausforderungen bleiben enorm. Entscheidend ist - das habe ich in Ausschusssitzungen immer wieder deutlich gemacht - die Qualität der schulischen Bildung und nicht nur die quantitative Erhöhung der Einschulungszahlen. Wenn 80 Kinder in einer Klasse sitzen und Gelder für Lehrmittel und Lehrpersonal fehlen, wundert es nicht, dass später viele dieser Kinder die Schule als Analphabeten verlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem brechen vielerorts Kinder die Schule ab, weil Schulgebühren erhoben werden oder sanitäre Einrichtungen für Mädchen fehlen. Daher verstehe ich es nicht, dass gestern im Ausschuss der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen zur sanitären Versorgung durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die NGOs haben uns vorgerechnet, dass der Beitrag der Bundesregierung zur Grundbildung weit hinter dem zurückliegt, was eigentlich erforderlich wäre. 2006 wurde für die Grundbildung gerade einmal 1 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe eingesetzt. Das ist viel zu wenig; denn von besserer Bildung hängt die Verwirklichung der anderen Entwicklungsziele entscheidend ab.

Die Welt bleibt auch durch tiefe soziale Ungerechtigkeit geprägt. Jene rund 2,6 Milliarden Menschen weltweit, die täglich weniger als 2 US-Dollar pro Tag zum Leben haben, verfügen nur über 5 Prozent des globalen Einkommens. Die Reichsten der Welt hingegen – das sind 20 Prozent – besitzen über drei Viertel des globalen Einkommens. In Afrika ist die Situation am schlimmsten. Ein Drittel aller Menschen lebt hier in Armut. 1990 war es noch ein Fünftel. Doch nicht nur in Afrika, sondern überall in der Welt vertieft sich der Graben zwischen Reich und Arm. Es ist darum gut und richtig, dass sich die Staatengemeinschaft mit den Millenniumszielen konkrete Vorgaben gegeben hat.

Doch Entwicklungszusammenarbeit muss besser finanziert werden, auch von Deutschland, das weiter hinter seinen Zusagen zurückbleibt. Aber mit mehr Geld allein werden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Südens nicht überwunden werden. Dringend geboten sind strukturelle Veränderungen in den ungleichen Wirtschafts- und Handelsabkommen, eine Regulierung der Finanzmärkte im Sinne der Entwicklungsländer und die Demokratisierung der internationalen Finanzorganisationen. (Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich dies verdeutlichen. In Monterrey im Jahr 2002, in Paris im Jahr 2005 sowie zuletzt in Accra und in Doha versprochen die Geber, ihre Entwicklungspolitiken nicht länger von Wirtschafts- und Handelsinteressen konterkarieren zu lassen. Trotzdem kann man beim besten Willen nicht erkennen, dass die Entwicklung politisch kohärent ist. Ein Dauerbrenner ist hier die Landwirtschaft.

Jüngstes Beispiel: Die EU will die ausgesetzten Exporterstattungen für Milchprodukte wieder aufnehmen.

Diese Politik ruiniert die Landwirtschaft im Süden; das darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern daher: Weg mit den Exportsubventionen für die europäische Landwirtschaft! Besseren Marktzugang für die Produkte aus Entwicklungsländern!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die letzte Nahrungsmittelkrise 2008 war auch ein Resultat der jahrzehntelangen Landwirtschaftspolitik und -förderung, die im Süden auf Exportorientierung setzt, anstatt sich auf den lokalen Bedarf zu konzentrieren. Zahlreiche Experten, unter anderem der Weltagrarrat, betonen, dass stattdessen die Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern entscheidend für die Nahrungsmittelsicherheit ist.

Wichtig sind darüber hinaus Landreformen. In vielen Ländern des Südens birgt die Landfrage erheblichen

sozialpolitischen Sprengstoff. Unklare Rechtsverhältnisse und die ungebrochene Kommerzialisierung der Landwirtschaft führen zur Verdrängung kleiner einheimischer Produzenten und vor allem indigener Völker. Massive Landkäufe von Privatinvestoren und Regierungen aus der OECD-Welt, aus Asien und jüngst auch aus der arabischen Welt zur Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs oder für den Anbau sogenannter Biokraftstoffe haben die Landfrage vor allem in Afrika und Südamerika deutlich zugespitzt. Ob diese Konflikte gewaltsam oder demokratisch gelöst werden, hängt auch von den OECD-Staaten ab. Die Menschen Boliviens machten beispielsweise im Referendum am letzten Wochenende einen entscheidenden Schritt hin zu einer gerechteren Landverteilung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Westen muss diese Entscheidung der Bolivianer und Bolivianerinnen respektieren und unterstützen. Wir setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und soziale Kehrtwende in der Landwirtschaftsförderung ein; denn Ernährungssicherheit ist die Grundlage für die dringend notwendige Diversifizierung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Besonders die Länder Afrikas müssen weg von ihrer einseitigen Ausrichtung auf unverarbeitete Rohstoffe und Agrarexporte. Eine soziale und umweltverträgliche Industrialisierung ist die Voraussetzung für einen Ausweg aus den unfairen Handelsbeziehungen. Hierzu müssen bestehende Initiativen weiterentwickelt und die aggressive Marktöffnungspolitik der westlichen Staaten und Finanzinstitutionen korrigiert werden. Vor allem brauchen die Staaten des Südens Entscheidungsfreiheit in der Frage, wie sie ihre Volkswirtschaften in der Aufbauphase schützen wollen. Ihnen darf nicht über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU eine Liberalisierung aufgezwungen werden, die ihre Märkte zerstört und ihnen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume entzieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Im aktuellen kapitalistischen Wettbewerb gehen die Entwicklungsländer mit dem Fahrrad an den Start, während die Industriestaaten im Porsche sitzen. Das ist keine Marktwirtschaft. Das ist einfach unsozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Die globale Finanzkrise hat auch die Schwellen- und Entwicklungsländer erfasst. Nur wenige wie China und Indien konnten diese abfedern. Mexiko geriet unter Druck und muss höhere Kredite beim IWF aufnehmen. Die zuletzt deutlich gesunkenen Rohstoffpreise bringen die Haushalte vieler Rohstoffexporteure im Süden in eine ernste Schieflage.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Vor allem in Venezuela!)

Zudem sind eine Reduzierung der Entwicklungshilfe sowie der Abzug oder die Zurückstellung von Investitionen zu befürchten.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Was ist mit Hugo Chávez?)

Vor diesem Hintergrund hat die Regulierung der Finanzmärkte höchste Priorität. Notwendig sind unter anderem ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation, die

Schließung der Steueroasen und die strenge Kontrolle von Private Equity Fonds sowie Hedgefonds. Es muss außerdem ein internationales Insolvenzrecht geschaffen werden, das zahlungsunfähigen Staaten eine Mitsprache einräumt. Illegitime Schulden müssen erlassen werden. Wer an Diktatoren oder korrupte Betrüger verleiht, soll nicht mit der Rückzahlung seiner Gelder rechnen dürfen. Die Umsetzung dieser Forderung setzt die Demokratisierung der internationalen Finanzdienstleistungsinstitutionen voraus. Es kann nicht angehen, dass IWF und Weltbank von den OECD-Staaten dominiert werden, während die Entwicklungsländer die Zeche für deren verfehlte Politik zahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Nahrungsmittelkrise in Haiti ist dafür ein Beispiel. Über Jahrzehnte wurden auf Geheiß von Weltbank und IWF die Zölle gesenkt und Billigimporte ins Land geholt. Heute ist Haiti ein Nahrungsmittelimportland geworden. Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, würden auch Sie freundlicherweise auf die Zeit achten?

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich komme zum Ende. - Entwicklungspolitik ist kein Nebenschauplatz der internationalen Beziehungen. Sie hat eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer internationalen Sozialpolitik, für die die Linke einsteht, Herr Müntefering.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ludwig Stiegler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht in die Debatte verirrt, sondern vertrete hier meinen Kollegen Walter Kolbow, der einem guten Freund die letzte Ehre erweisen muss.

Den Auftrag, hier für ihn zu reden, habe ich gern übernommen, weil ich zu denen gehöre, die von der Politik unserer Entwicklungsministerin Heidi Wieczorek-Zeul begeistert sind, und zwar seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der SPD - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt aber unhöflich!)

Ich möchte ihr ganz herzlich für das Beispiel, das sie uns allen gibt, danken. Wir alle sind mal kurz bewegt und begeistert, aber dann legt sich das wieder, während Heidemarie Wieczorek-Zeul über Jahre und Jahrzehnte mit konstanter Güte - mit konstanter Bosheit, könnte man fast sagen - ihren Auftrag verfolgt und seit der Einsetzung der Nord-Süd-Kommission an seiner Umsetzung gearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe an vielen Stellen erlebt, wie sie mit List, mit Ausdauer und mit Beharrlichkeit die stursten Böcke überzeugt hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist eine bewundernswerte Leistung. Heidemarie Wieczorek-Zeul ist für uns alle, die wir diesen Geschäften nachgehen, oft eine Entlastung, weil wir wissen, dass

wir unseren Alltagsgeschäften nachgehen können, aber Heidi fest für die guten Dinge steht. Deshalb ein herzlicher Dank für diese Politik. Hier erleben wir, dass Max Webers Spruch, dass Politik das Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich ist, lebendig ist. Wir sollten ihr zusätzlich die Namen Constantia und Perpetua geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wunderbar!)

Wir erleben auf der anderen Seite eine bemerkenswerte Regression der FDP, die einmal mit Walter Scheel einen nicht unbedeutenden Entwicklungspolitiker gehabt hat. Jetzt kommen Herr Niebel und Herr Königshaus mit einem Horizont, der nicht einmal ein Kirchturmshorizont ist, sondern der Horizont einer Waldkapelle, die von Dornen und Stauden überwuchert ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann man nur so sein? Bitte gehen Sie einmal zu Walter Scheel auf ein Glas Wein, damit er Sie auf den neuesten Stand oder wenigstens auf den Stand von vor 30 Jahren bringt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist dieser Partei nicht würdig. Sie waren schon wesentlich weiter, und Sie können jetzt in der Krise nicht in diese Regression verfallen. Das geht einfach nicht. Der Kollege Ruck hat Ihnen schon das Notwendige gesagt. Wir müssen gerade in diesen Zeiten, in denen alle aus den Entwicklungsländern davonrennen - früher haben unsere Anleger diese Länder mit Geld überschwemmt; (Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So toll waren die Investitionen auch nicht!) mittlerweile flüchten sie alle in die sicheren Häfen -, Beharrlichkeit und Beständigkeit beweisen. Dazu sollten wir unseren Beitrag leisten. Ich bin froh, dass die KfW bei der Mikrofinanzierung einer der besten Player auf der Welt ist. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit von Heidi Wieczorek-Zeul und Ingrid Matthäus-Maier, die das angepackt haben!

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Die hätten doch ein paar Milliarden mehr zur Verfügung gehabt, Herr Kollege!)

Man sollte für das, was diese Menschen begonnen haben, dankbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Königshaus hat versucht, den Statusbericht vom Sommer, also von vor der Krise, lächerlich zu machen. Das ist falsch. Sie sollten sehen: Dieser Statusbericht zeigt, was wir erreicht haben, was jetzt gefährdet ist. Wir sollten auf die Weltbank, auf den Internationalen Währungsfonds und andere Beteiligte hören: Jetzt müssen wir zusammenstehen, um das Erreichte zu erhalten und zu bewahren. Nur gemeinsam kommt die Welt aus der Krise. Keiner kann das für sich allein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Stichwort „Weltbank“: Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie Herrn Obama wieder treffen oder wieder mit ihm telefonieren, dann erinnern Sie ihn bitte daran, dass wir vor einer Verdoppelung der Sonderziehungsrechte stehen. Der Bundestag hat die Sonderziehungsrechte schon mit beschlossen. Das Ganze hängt noch an der Zustimmung der Amerikaner. Es wäre gut, wenn den schönen Sprichworten über das Wagnis der Zukunft Taten folgten und wir unsere Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds verdoppelten; damit wäre der ganzen Welt erheblich geholfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Mich bewegt seit meiner Pennälerzeit ein Gedicht von Hugo von Hofmannsthal.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das muss aber schon lange her sein!)

Dieses Gedicht sagt uns zu diesem Thema einiges. Es lautet:

Manche freilich müssen drunten sterben,  
wo die schweren Ruder der Schiffe streifen,  
andere wohnen bei dem Steuer droben,  
kennen Vogelflug und die Länder der Sterne.  
Manche liegen mit immer schweren Gliedern  
bei den Wurzeln des verworrenen Lebens,  
anderen sind die Stühle gerichtet  
bei den Sibyllen, den Königinnen,  
und da sitzen sie wie zu Hause,  
leichten Hauptes und leichter Hände.  
Doch ein Schatten fällt von jenen Leben  
in die anderen Leben hinüber,  
und die leichten sind an die schweren  
wie an Luft und Erde gebunden.  
Ganz vergessener Völker Müdigkeiten  
kann ich nicht abtun von meinen Lidern,  
noch weghalten von der erschrockenen Seele  
stummes Niederfallen ferner Sterne.  
Viele Geschicke weben neben dem meinen,  
durcheinander spielt sie all das Dasein,  
und mein Teil ist mehr als dieses Lebens  
schlanke Flamme oder schmale Leier.  
Unser Teil ist mehr als unser individuelles Leben hier.  
Wir sind mit den anderen verbunden. Wir sind in diese  
weltweite Verantwortlichkeit, in die internationale  
Kooperation einzubinden. Armutsbekämpfung ist Zukunftsinvestition.  
Armutsbekämpfung ist Friedenspolitik.  
Dafür danke ich der Bundesministerin, der Bundesregierung.  
Diese Politik unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ute Koczy für Bündnis 90/Die Grünen.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben der Zeitschrift Welt-Sichten dieser Tage ein Interview gegeben. Darin haben Sie die Europäische Union aufs Korn genommen. Sie haben die Absicht der EU kritisiert, wieder Exportsubventionen für Milchprodukte einzuführen: Diese



würden die Märkte in den Entwicklungsländern zerstören und die Existenz vieler Kleinbauern in diesen Ländern gefährden. Sie haben gesagt - ich zitiere -: Die Entscheidung steht im krassen Gegensatz zu den Erkenntnissen der Weltgemeinschaft aus der Nahrungsmittelkrise.

Frau Ministerin, das ist richtig. Die Wiedereinführung von Agrarsubventionen für Milchprodukte zerstört in der Tat die Märkte in den Entwicklungsländern. Diese Entscheidung der Europäischen Union, verkündet am Rande der Grünen Woche hier in Berlin, ist eine Katastrophe für viele Menschen in Afrika, Lateinamerika und Asien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN - Dr. Karl Addicks [FDP]: Da hat sie recht!)

Sie ist ein Schlag gegen alle Bemühungen, mehr globale Gerechtigkeit herzustellen, und zementiert die Praxis unseres unfairen Handelssystems.

Aber, liebe Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Europäische Union ist kein virtuelles Konstrukt, sondern gibt die Meinung souveräner Staaten wieder. Die Bundesregierung sitzt da mit am Tisch. Sie begrüßt und unterstützt diese Entscheidung. Sie sind Mitglied der Bundesregierung - und das nicht erst seit heute. Ich bin das EUBashing leid; es sind doch die Nationalstaaten, die an den Pranger gehören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eben haben wir eine Regierungserklärung der Bundesregierung zum Thema Entwicklungspolitik gehört.

Nun wird es schwierig. Das Mitglied der Bundesregierung Wieczorek-Zeul kritisiert die Entscheidungen des Kabinetts.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Mit Verlaub, Sie sitzen da doch mit am Tisch. Sie entscheiden, und jetzt versuchen Sie, die eigene, nämlich im Kabinett gefallene Entscheidung als Fehlentscheidung darzustellen. Mit dieser Nummer lassen wir Sie nicht durchkommen. Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Kauder [CDU/CSU]: Was machen Sie jetzt?)

Auch wenn Sie glauben, es merke keiner: Sie tragen als Entwicklungsministerin mit die Verantwortung dafür, dass mithilfe der deutschen Bundesregierung die Existenz der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern vernichtet wird und eine falsche, katastrophale Subventionspolitik der Europäischen Union zum wiederholten Male fortgesetzt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Sie sind dafür verantwortlich - sonst niemand -; da können Sie so viele Interviews geben, wie Sie wollen. Letztlich lenken Sie davon ab, was in Berlin wirklich gespielt wird. Sie verkaufen die Leute für dumm.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum gehe ich auf diesen Punkt so ausführlich ein? Weil ich es einfach leid bin, dass wir in der Entwicklungspolitik - - Oh, der

Präsident meldet sich.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, er meldet sich, um Sie zu fragen, ob Sie geneigt sind, eine Zwischenfrage des Kollegen Müller zu beantworten.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Selbstverständlich.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die Entwicklungsländer komplett freien Zugang zum Markt der Europäischen Union haben, dass sie damit privilegiert sind und dass wir dazu auch stehen? Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass die von Ihnen so gezeißelten sogenannten Exporterstattungen für Milch in keinem Fall in ein Land Afrikas oder Lateinamerikas gehen, wie Sie behauptet haben? Es gelangt kein einziger Liter Milch und kein Kilo Produkt mit Exporterstattung in die von Ihnen genannten Staaten.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Ist Ihnen das bekannt, Frau Koczy?)

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Müller, dann frage ich Sie:

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Sie sollen antworten!)

Warum, wenn das so zuträfe, stellt sich die Ministerin hin und sagt, dass diese Entscheidung die Existenz der Bäuerinnen und Bauern in Afrika und Lateinamerika ruiniert?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

- Das hat sie gesagt. Das kann man in dem Interview nachlesen. Sie sagt es, weil sie weiß, dass sie recht hat. Jetzt streiten Sie mit ihr einmal darüber, was daraus an Konsequenzen erwächst!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN sowie des Abg. Jürgen

Koppelin [FDP] - Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie sind leider nicht informiert!)

Wir stehen in der Entwicklungspolitik für den Kampf gegen die Armut. Das finden alle immer ganz toll. Aber Frau Merkel regiert, um in Deutschland die Leute an der Nase herumzuführen und es einfach zuzulassen, dass nicht Werte, sondern harte Lobbyinteressen die schwarze Politik bestimmen. Herr Kollege Stiegler, es nützt nichts, die Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zur Galionsfigur zu machen, wenn auf dem Schiff gleichzeitig Meuterei herrscht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Regierungserklärung zu den MDGs, zu den

Jahrtausendentwicklungszielen

der Vereinten Nationen, und

dem schon vielfach gegebenen Versprechen zur Aufstockung

der Mittel kann keine entwicklungspolitische Debatte

im engeren Sinne sein; das ist richtig. So eine Debatte

steht im Kontext der Finanzkrise. Das letzte Jahr

stellt eine Zäsur dar. Das Jahr 2008 wird als ein Jahr der

multiplen Krise in die Geschichte eingehen: Klimakatastrophe, Ernährungskrise - darauf wird mein Kollege

Thilo Hoppe noch eingehen -, Energie-, Öl- und Finanzkrise

sowie die jetzt kommende Wirtschaftskrise. Das alles

ist eine Gemengelage, von der wir noch nicht wissen,

wie alles miteinander zusammenhängt.

Vor diesem Hintergrund frage ich: Was wird aus den Entwicklungszielen? Was wird aus den Zielen, die Armut zu halbieren, die Müttersterblichkeit zu bekämpfen oder die Qualität der Bildung zu verbessern? Wo bleiben Veränderungen in den ungerechten Handelsstrukturen, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit? Was wird aus den Erkenntnissen, dass erneuerbare Energien gerade in Afrika die Basis zur Armutsbekämpfung legen? Was wird aus dem Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts? Wir befinden uns momentan in der absurden Situation, dass mit ein wenig Zahlenspielerei eine Erhöhung der ODA-Quote denkbar ist, ohne dass neues Geld eingesetzt wird. Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt und die ODA-Quote stagniert, dann wirkt es auf dem Papier wie eine Erhöhung. Wir brauchen jedoch reale Zuwächse. Jetzt rächen sich die Versäumnisse von Schwarz-Rot. Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, Sie haben in Ihrer Amtszeit nicht vorgesorgt. Sie haben es versäumt, Strukturen zu reformieren, damit die Entwicklungspolitik Deutschlands für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Genauso wenig, wie es dieser Regierung mit dem Finanzminister Steinbrück in den guten Tagen gelungen ist, Rücklagen zu bilden, Schulden abzubauen oder auch zu sparen, genauso wenig haben Sie es geschafft, frisches Geld durch innovative Finanzierungsinstrumente zu organisieren.

(Christian Ruck [CDU/CSU]: Das ist Unsinn! -

Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Ihr habt sieben Jahre lang das Geld zurückgeführt!) Ich beziehe mich auf die Regierungserklärung. Dort ist zwar von innovativen Finanzierungsinstrumenten die Rede, aber Sie stehen komplett mit leeren Händen da. Nichts davon wurde realisiert: weder die Flugticket-Abgabe, noch die Kerosinsteuer, noch die Finanztransaktionsteuer. Das sind alles Vorschläge, die wir Grünen seit Jahren einfordern.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Noch mehr Steuern!)

Sie wurden alle nicht durchgeführt. Man hat sich zwar etwas bewegt und es verbalisiert, aber es kommt nichts rüber. Damit stecken wir haushaltspolitisch in der Sackgasse. Das haben Sie also auch vergeigt, und es gibt keinen Grund, Sie zu loben.

Frau Ministerin, Sie haben in der Saarbrücker Zeitung gesagt: Wenn es möglich sei, mit Milliarden die Finanzmärkte zu stabilisieren, müsse es auch möglich sein - ich zitiere -, „die Welt vor Armut und Hunger, Arbeitslosigkeit und dem Klimawandel zu retten.“ Ja, das sehen wir auch so. Aber im Gegensatz zur FDP sagen wir, dass die 100 Millionen Euro nicht ausreichen, die Sie ausgeben wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist zu wenig. Es müsste viel mehr Geld in die Hände genommen werden. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass wir einen echten grünen New Deal bekommen, nicht den, den die Koalition vorträgt - kleinfüßig und immer wieder torpediert. Am Beispiel Kfz-Steuer sieht man doch, was dabei herauskommt.

Wir brauchen einen echten grünen New Deal. Nur er ist der Weg. Daran müssen wir arbeiten, nicht an dem, was die schwarz-rote Regierung hier vorgestellt hat.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Sibylle Pfeiffer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Warum wird die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit mit der Höhe der verfügbaren Mittel in Zusammenhang gestellt? Lieber Herr Stiegler, was Ihre hochgelobte Kollegin Wieczorek-Zeul betrifft

(Ludwig Stiegler [SPD]: Da haben Sie recht!)

- das habe ich, ich bin auch sehr zufrieden mit ihr -: All ihre Mahnungen und Wünsche sind erst dann in Erfüllung gegangen, als es im Kanzleramt zum Glück zu einer Veränderung kam.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ich bin Zeuge, wie sie den alten Kanzler traktiert hat!)

Vorher hat sie sich bei ihren männlichen Genossen, angefangen bei Bundeskanzler Schröder, ohne Ende die Zähne ausgebissen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie hat sie sich nicht ausgebissen, sondern er hat nachgeben müssen!)

Liebe Ute Koczy, zu deinen Auslassungen bezüglich einer rot-schwarzen Regierungsführung im Zusammenhang mit der EZ möchte ich anmerken: Für alles, was du angeprangert hast, habt ihr sieben Jahre zur Umsetzung Zeit gehabt.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und ihr drei Jahre!)

Während dieser Zeit sind diese Forderungen, das weiß ich, auch gekommen. Warum sind sie nicht umgesetzt worden?

(Ludwig Stiegler [SPD]: Weil nur die Heidi die harten Bretter bohrt!)

Erst mit einer Änderung im Kanzleramt kann man die Dinge umsetzen, die man gerne möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber, liebe Freunde, was passiert eigentlich? Wir Parlamentarier heben die Hand zu enormen Erhöhungen in unserem Entwicklungshaushalt, und reflexartig werden wir mit Briefen von NGOs, der großen Gemeinde der Gutmenschen dieser Welt, überschüttet, in denen wir gefragt werden, warum wir so wenig Geld zur Verfügung stellen. Das ist ein Reflex. Tust du nichts, wirst du beschimpft; tust du was, wirst du auch beschimpft. Das ärgert mich. Mich ärgert, dass wir diejenigen sind, die pushen und powern und trotzdem beschimpft werden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Darum habe ich euch doch gelobt!)

Außerdem frustriert es mich. Ich fühle mich da zu Unrecht kritisiert, und das gefällt mir nicht.

Natürlich machen sich die Entwicklungsministerin und wir uns als Entwicklungspolitiker viele Freunde, wenn wir viel Geld verteilen. Das ist einfach. Aber hilft viel eigentlich auch wirklich viel?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nicht immer! -

Dr. Karl Addicks [FDP]: Das kennt man schon aus der Medizin!)

Nirgends ist - das müssen wir uns einmal vorstellen, liebe Freunde - mit Zahlen belegt, wie viel Geld eigentlich in diesem System steckt. Die OECD spricht von etwa 110 Milliarden Euro, die dort ankommen, wo sie hingehören, nämlich bei den Menschen vor Ort. Man schätzt, dass derselbe Betrag irgendwo anders hinfließt. Deshalb sage ich, lieber Kollege Aydin, jetzt einmal etwas, was du von mir nicht erwartet hättest: Hier könnten wir eine Verteilung von oben nach unten vornehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

In diesem Fall wäre das angebracht. Wir sollten uns ganz genau anschauen: Wie sind die Mittel eingesetzt? Wo sind sie eingesetzt? Wie effizient sind sie eingesetzt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Entwicklungszusammenarbeit kostet viel Geld. Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, über Kürzungen im EZ-Haushalt zu beraten.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das hat auch keiner gesagt!)

Wir müssen aber die Krise als Chance begreifen und uns überlegen, wie wir die Mittel einsetzen. Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit ein Beispiel nennen, das meiner Meinung nach zeigt, dass wir auch mit wenig Mitteln sehr effizient arbeiten können.

Nicht umsonst sind vier der acht MDGs auf Frauen abgestellt. Frauen sind in der Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich. Auf der Arbeit der Frauen baut eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit auf. Ich denke, da gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Ich nenne einige Beispiele, wie man die Frauen effizient stärken kann. Wir reden von Landrechten. Lieber Kollege Aydin, auch das sehe ich im Zusammenhang mit den Rechten der Frauen; ich sehe die Landrechte der Frauen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das hat er vergessen!)

Auch das Erbrecht ist als Recht der Frauen von Bedeutung.

Das Thema „Rechte der Frauen“ ist meiner Meinung nach überhaupt ein Thema, das sehr kostengünstig ist. Um da etwas zu bewirken, bedarf es nur des politischen Willens. Ich rede hier weder von Gender-Mainstreaming noch von Gender-Budgeting oder Ähnlichem.

(Jörg van Essen [FDP]: Wir sprechen ja auch Deutsch!)

Ich rede von nichts anderem als von Good Governance.

Das kostet kein Geld, ist aber effektiv.

Daraufhin müssen wir unsere Haushalte einmal überprüfen.

Wir müssen schauen, wie wir die Prioritäten gesetzt haben. Es ist richtig, dass wir mit dem aktuellen Haushalt auch die Programme stärken, die sich hauptsächlich mit dem Empowerment von Frauen beschäftigen, zum Beispiel UNFPA, IPPF. Wenn wir uns um dieses Thema verstärkt bemühen, dann tun wir das Richtige. Wir müssen dort ansetzen, wo es nachhaltig und effizient ist, wo es wenig Geld kostet, aber einen hohen Ertrag bringt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich hätte auch ich gerne mehr Geld im System, nicht dass wir uns falsch verstehen. Wir benötigen natürlich Geld, wahrscheinlich auch mehr Geld. Aber bitte lasst uns die Krise, die wir zurzeit haben und nicht wegdiskutieren können, auch als Chance begreifen, selbstkritisch

zu hinterfragen: Wie setzen wir die Mittel ein?  
Setzen wir sie richtig ein? Wo können wir besser und effektiver  
werden?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der  
FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich  
hatte in dem bisherigen Verlauf der Debatte streckenweise  
den Eindruck, ich würde mich auf einem Lyrikkongress  
befinden.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wegen eines Gedichtes! Also wirklich! So fantasielos  
ist die FDP heute?)

Ich bin der Kollegin Sibylle Pfeiffer insofern sehr dankbar,  
dass sie endlich konkret geworden ist. Es war eine  
ausgesprochen gute Rede, der auch meine Fraktion Beifall  
gespendet hat. Gratulation, liebe Kollegin!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Kollegin hat sich mit dem Thema, nämlich mit  
den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf  
die Entwicklungsländer, beschäftigt und hat sich konkret  
dazu geäußert. Bis dato hatte ich darüber – auch von der  
Ministerin – nur sehr wenig gehört.

Lassen Sie mich zu Beginn sagen: Der UN-Generalsekretär  
hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert,  
keine Ausgaben für Entwicklungshilfe wegen der  
Finanzkrise zu kürzen. Diese Auffassung teilen wir. Ich  
denke, wir sind uns alle einig, dass wir das nicht tun  
wollen, auch wenn bei uns die Mittel knapper geworden  
sind.

Im Zusammenhang mit dem 100-Millionen-Euro-  
Paket für die Weltbank darf ich aber daran erinnern,  
dass wir für dieses Geld Schulden machen müssen. Wir  
haben es nicht irgendwo liegen und geben es einfach der  
Weltbank, sondern wir nehmen dafür Schulden auf und  
belasten somit unseren Haushalt.

Beim Stichwort Haushalt möchte ich eine Bemerkung  
machen. Frau Ministerin, mir muss jemand einmal erklären,  
warum die 100 Millionen Euro nicht aus dem Bundeshaushalt,  
sondern aus einem Sonderfonds, der jetzt  
gebildet wird, kommen. Früher, als Rot-Grün die Regierung  
stellte, haben Sie das Schattenhaushalte genannt,  
die abgeschafft werden müssten. Jetzt schaffen Sie selbst  
solche Schattenhaushalte, in denen Sie diese 100 Millionen  
Euro verstecken. Es wäre besser, dieses Geld ordnungsgemäß  
in den Haushalt einzustellen und sich dazu  
zu bekennen, anstatt es in einen Schattenhaushalt zu stecken.  
Die 100 Millionen Euro haben eine Geschichte. Die  
Bundeskanzlerin hat dieses Geld einmal auf einem G-8-  
Gipfel zugesagt. Wir als Haushälter haben dann hinterfragt,  
was die Weltbank mit diesem Geld macht. Das Ergebnis  
war, dass uns das keiner aus der Bundesregierung  
erklären konnte; die Ministerin wird sich noch an die  
Auseinandersetzung im Haushaltsausschuss erinnern.  
Wir, die Mitglieder des Haushaltsausschusses – und  
zwar die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU,  
SPD und FDP, aber auch die Grünen –, haben in den Beratungen

zum Haushalt 2008 diese 100 Millionen Euro abgelehnt; sie sind auch später nicht hineingekommen. Im Zuge der Krise will man nun das damals abgegebene Versprechen einlösen und die 100 Millionen Euro bereitstellen. Dieses Geld findet sich plötzlich in einem Schattenhaushalt wieder. Das ist unehrlich. Wie gesagt: Für diese 100 Millionen Euro, die die Bundesregierung der Weltbank plötzlich wieder zugesagt hat, müssen wir Schulden aufnehmen. Das sage ich, damit alle wissen, worum es geht.

Frau Ministerin, bei der Debatte kommt mir folgende Unterscheidung ein bisschen zu kurz: Wie ist die Situation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in Afrika, und wie ist sie in Asien? Man sollte nicht alle Länder in einen Topf werfen. Ich sehe, dass Länder in Südostasien durchaus besser mit dieser Krise fertig werden. Das ist auch klar; denn sie haben ihre große Finanzkrise schon gehabt, haben entsprechende Erfahrung gesammelt und ihre Lehren daraus gezogen. Wir könnten vielleicht sogar von diesen Ländern lernen. In Afrika sieht die Situation wieder ganz anders aus, weil die Banken dort international nicht so stark verflochten sind und daher von dieser Krise nicht so viel zu spüren bekommen. Man muss sich also die einzelnen Länder und die einzelnen Kontinente wie Afrika anschauen, bevor man sagt, dass man etwas pauschal für alle macht. Ich bin für eine differenzierte Betrachtung.

Ich hoffe und erwarte, dass wir noch mehr Informationen darüber bekommen, ob es vonseiten der Regierungen dieser Länder eine Kapitalflucht nach dem Motto „Bringen wir unser Geld in Sicherheit!“ gibt. Damit müssten wir uns allerdings ebenfalls beschäftigen. Wenn wir über die Krise und die Folgen für die Entwicklungsländer sprechen, müssen wir auch darüber reden, wie die Abhängigkeit von ausländischen Finanzierungen ist und wie hoch die Devisenreserven sind. Es gibt durchaus Staaten in Asien, die hohe Devisenreserven haben. Man sollte berücksichtigen, welche Folgen die Krise für die dortige Währungspolitik hat. Außerdem sollte man die einzelnen Länder nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beurteilen.

Ich sehe den Kollegen von der Linken im Moment nicht, der vorhin gesprochen hat.

(Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

- Das ist okay. - Sein Beitrag über Bolivien war so daneben, dass ich den Eindruck hatte, er hat von diesem Land null Ahnung. Ansonsten hätte er sich nicht hier hinstellen und einen solchen Unsinn verbreiten können. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass wir uns mit diesem Thema sowohl im entsprechenden Fachausschuss als auch im Haushaltsausschuss beschäftigen müssen. Ich sage Ihnen allerdings: So pauschal, wie das hier heute abgehandelt worden ist, sollten wir dieses Thema nicht behandeln. Kollege Ruck, vielleicht informieren Sie sich noch einmal bei Ihrer Kollegin Sibylle Pfeiffer, die in ihrem Beitrag mehr Kenntnis gezeigt hat als Sie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Sascha Raabe,  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Dr. Karl Addicks

[FDP]: Jetzt kommt der Beitrag zur Landwirtschaft!)

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es erstaunlich, Herr Kollege Koppelin, mit welcher Überheblichkeit Sie die Reden meiner Kollegen aus dem Fachausschuss - die von Herrn Ruck und anderen - kritisieren angesichts dessen, dass ein Kollege Ihrer Fraktion zu Beginn der Debatte Scherze über Petrus gemacht hat bzw. erzählt hat, wer in die Hölle und wer in den Himmel kommt, und die Debatte damit auf ein Niveau gebracht hat, das ein bisschen an den Karneval erinnert.

(Jörg van Essen [FDP]: Er hat den Bundestagspräsidenten zitiert!)

Unsere Fachpolitiker brauchen sich vor der FDP nicht zu verstecken. Wir machen eine sachlich gute Politik. Das ist bisher deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Debatte heute hat in erster Linie die Frage zum Gegenstand, wo wir angesichts der Finanzkrise und der Nahrungsmittelkrise, die die ärmsten Menschen schon im Vorfeld der Finanzkrise ganz hart getroffen hat, bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele stehen. Man kann sich fragen, ob das berühmte Glas Wasser halb voll oder halb leer ist. Auch wenn das wichtigste Ziel, das sich die Vereinten Nationen bzw. die Weltgemeinschaft gegeben haben, ist, den Anteil der Armen an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 zu halbieren, sollte man sich einmal die absolute Zahl vor Augen führen. Es ist in der Tat erschreckend und schlimm, dass aufgrund der Nahrungsmittelkrise und ein paar Rückschlägen jetzt wieder 1 Milliarde Menschen in Armut lebt.

Man kann natürlich zu Recht darauf hinweisen, dass es, gemessen an der Weltbevölkerung - sie steigt seit 1990; zu diesem Zeitpunkt gab es mehr als 1 Milliarde weniger Menschen; das Bevölkerungswachstum findet hauptsächlich in den Entwicklungsländern statt -, heute „nur noch“ 26 Prozent arme Menschen im Vergleich zu 42 Prozent im Jahre 1990 gibt. Das sind immer noch viel zu viele. Ich sage das aber deswegen, damit wir uns Mut machen und sehen, dass die Mittel wirken, die wir auch von deutscher Seite dank unserer Ministerin, aber auch dank der Koalition, die sie beschließt, einsetzen. Jeder, dem wir geholfen haben, wieder zur Schule zu gehen, jeder mit einer tödlichen Infektionskrankheit, dem wir geholfen haben, wieder am Leben teilnehmen zu können, war das wert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten also stolz sein auf das, was wir erreicht haben.

Wir sind mit Haushaltsmitteln von insgesamt 10 Milliarden Euro - davon fast 6 Milliarden Euro im Einzelplan



23, im entwicklungspolitischen Haushalt - der zweitgrößte Geber weltweit. Wir haben die Quote der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit von 0,26 Prozent - diesen Wert haben wir, Frau Pfeiffer, von der Regierung Kohl übernommen - auf 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigern können. Sicherlich wünschen wir uns alle - auch die Kollegen von der CDU/CSU -, dass wir weitere Schritte machen können. Diese sind auch notwendig.

Wenn man aber nur auf die Zahlen blickt, übersieht man leicht die Durchschlagskraft, die, wie Frau Pfeiffer es gesagt hat, in den Themenfeldern liegt, die nicht nur mit Geld zu bemessen sind. Neben dem Einsatz finanzieller Mittel haben wir das zuständige Ministerium seit 1998 dahin gehend umgewandelt, dass es sich auch mit Fragen der globalen Strukturpolitik beschäftigt. Das war immer ein großes Anliegen unserer Ministerin. Sie erhebt ihre Stimme eben nicht nur auf den Fachtagungen der Entwicklungspolitiker, sondern auch dann, wenn es darum geht, bei der Welthandelsorganisation (Dr. Karl Addicks [FDP]: Manchmal ja!)

für gerechte Handelsbedingungen zu kämpfen.

Wie wir damit umgehen, dass noch Handelsbarrieren vorhanden sind, dass viele Entwicklungsländer in erster Linie noch Rohstofflieferanten sind, wird die entscheidende Zukunftsfrage sein. Denn es reicht doch nicht, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Felder zu bestellen, wenn sie keine Möglichkeiten haben, ihre Produkte auf den lokalen Märkten zu verkaufen oder sie zu exportieren. Bei aller Einigkeit, die wir als Entwicklungspolitiker der CDU/CSU und der SPD haben, müssen wir darauf achten, dass nicht wieder Exportsubventionen auf europäischer Ebene eingeführt werden. Ich halte auch die jetzt vorgesehenen Milchexportsubventionen für falsch. Eine Frage ist, ob sie direkt bezahlt werden sollen, wenn sie in Entwicklungsländer gehen; es wäre gut, wenn dies nicht geschähe. Aber es gibt auch an anderer Stelle Marktverzerrungen, weil Drittmärkte gestört werden und weil es einen Quersubventionierungseffekt gibt, der auch wieder Märkte stören kann. In diesem Sinne sind unsere hier im Deutschen Bundestag gefassten Beschlüsse eindeutig gewesen, und ich bin auch sicher, dass wir gemeinsam dafür sorgen werden, dass die Beschlüsse von Hongkong - Frau Ministerin hat schon erwähnt, dass 2013 die Exportsubventionen fallen sollen - umgesetzt werden, und zwar je schneller desto besser.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.

Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Seit 1998 haben wir die Mittel für die Nichtregierungsorganisationen verdoppelt, die eine ganz hervorragende Arbeit und unschätzbare Dienste leisten. Wir haben vorhin schon die Zahlen gehört: 3 Millionen Menschen sind mit Mitteln des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria der Vereinten Nationen gerettet worden. Hinter solchen Zahlen stehen konkrete Schicksale. Wer wie wir oft in den betroffenen Ländern unterwegs ist und früher zum Beispiel in südafrikanischen Slums sah, wie sich dort an einigen Stellen die Leichen von HIV-Toten getürmt haben,

weiß, dass es so etwas nicht mehr gibt. Wir sahen in Malawi an HIV-Infektion Erkrankte in fortgeschrittenem Stadium, die wieder nach Hause in ihre Dörfer gehen und arbeiten konnten. Dies zeigt, dass dieser Fonds auf globaler Ebene sehr stark hilft.

Da Herr Koppelin vorhin die Haushälter angesprochen hat, muss ich daran erinnern, dass wir die Millionenbeträge, um die wir uns oft mit den Haushaltspolitikern gestritten haben, vor allen Dingen auf multilateraler Ebene der Vereinten Nationen wirksam einsetzen konnten. An dieser Stelle sollten wir mit der Kleingeisterei aufhören. Wir müssen global denken und helfen, was bedeutet, die Mittel an der richtigen Stelle einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in Ordnung, wenn man sich als Haushälter fragt, in welchem Haushaltstitel zusätzliche 100 Millionen Euro für die Weltbank bereitgestellt werden können. Wenn man aber wie der Generalsekretär der FDP, Herr Niebel, eine Debatte fast auf Stammtischniveau nach dem Motto führt, wir hätten genügend Probleme in Deutschland, was sollten wir dann noch 100 Millionen Euro nach Afrika geben, dann empfinde ich dies als ziemlich schäbig und kleinkariert.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Hat er so gar nicht gesagt!)

Einer solchen Argumentation sollten wir in diesem Hause die rote Karte zeigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist, wie Herr Kollege Stiegler gesagt hat, makroökonomisch völlig falsch, als Exportnation zu glauben, wir könnten zusehen, wie der Rest der Welt um uns herum zusammenbricht. Dies hätte nicht nur sicherheitspolitische, sondern insbesondere weltweite ökonomische Auswirkungen. Wir sind darauf angewiesen, dass Menschen nicht in Hunger und Armut leben, sondern unsere Produkte kaufen und selbst etwas produzieren können. Geht es den Menschen in den Entwicklungsländern gut, geht es auch uns gut. Wir sind in einer Welt miteinander verbunden und müssen über den eigenen Tellerrand hinausblicken. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir gemeinsam erkennen, dass wir in einer Welt leben, und die Millenniumsentwicklungsziele sachlich und engagiert erreichen.

Ich hoffe, dass wir, wenn wir im Jahre 2015 darüber debattieren werden, werden sagen können, dass wir vielleicht nicht alles erreicht haben, aber doch einen großen Schritt vorangekommen sind.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Sascha, natürlich muss man auch die Erfolge würdigen; man sollte auch auf das halb volle Glas und nicht nur auf das halb leere Glas schauen. Gleichwohl

vermisse ich bei der Bilanz einen lauten Aufschrei. Es gibt bei einigen Millenniumszielen Erfolge, etwa bei Bildung und Gesundheit, aber einen grandiosen Misserfolg bei dem Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden zu halbieren. Hier hilft jetzt auch nicht der statistische Trick, dass man den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung vorrechnet. Vielmehr kommt es auf die absoluten Zahlen an: Eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt. Das ist ein historischer Höchststand. Dies bedeutet, eine Milliarde Menschen, die Schmerzen leiden und um ihr tägliches Überleben kämpfen. Auf diese große Herausforderung müssen wir reagieren; wir dürfen sie weder schönreden noch bagatellisieren. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war am Montag und Dienstag auf der Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen in Madrid.

Momentan gibt es viele Konferenzen, die diesen Titel führen. Auch die Bundesregierung hat anlässlich der Grünen Woche eine solche Konferenz, eine Art Joint Venture mit der Nahrungsmittelindustrie und dem Bauernverband durchgeführt und die Konferenz so bezeichnet.

Auf dieser Konferenz ist noch einmal klargeworden, dass die internationale Gemeinschaft grandios versagt hat und die Herausforderungen immer noch nicht wirklich erkannt hat. Im Mai letzten Jahres fand ein Welternährungsgipfel in Rom statt. Dort gab es große Betroffenheitsbekundungen von Herrn Sarkozy und anderen.

Doch jetzt wurde vorgerechnet, dass gerade einmal 25 Prozent der Mittel, die damals zugesagt wurden, tatsächlich gezahlt worden sind. Es bedarf einer wirklichen Kurskorrektur und nicht der Heuchelei, die man auf solchen Konferenzen sehr häufig hören und erleben kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Leider kann man auf diesen Konferenzen auch viele Scheinlösungen hören. Da wird gesagt: It's very simple, wir düngen die ganze Welt, wir überziehen die Welt mit Stickstoffdünger, mit Pestiziden und Insektiziden.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Stickstoffdünger brauchen wir!)

Damit kann man kurzfristig vielleicht die Produktion steigern, aber zu welchem Preis? Die Böden werden ausgelaugt, das Klima wird noch stärker belastet, die Kleinbauern werden oft verdrängt oder in die Schuldenfalle getrieben.

Es ist notwendig, die Krisen im Zusammenhang zu sehen und über Armutsbekämpfung immer im Zusammenhang mit den Klimaveränderungen zu diskutieren; denn die Landwirtschaft kann einen Beitrag liefern, um die Klimaveränderungen zu verlangsamen.

Man kann aber auch, wenn man nur die Mittel der konventionellen Landwirtschaft einsetzt ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit, das Klimaproblem massiv vergrößern, was wiederum auf die Bauern zurückfallen und die Ernährungssicherheit weiter gefährden würde. Daher ist es absolut notwendig, den Nachhaltigkeitsgedanken aufzunehmen und die Empfehlungen des Weltagrarrates stärker zu berücksichtigen. Wir müssen an einem Strang ziehen. Vom Agrarministerium vernehme ich momentan aber eher Verlautbarungen über Exportinitiativen; hier

wurde schon gesagt, dass die Agrarexporterstattungen ausgedehnt werden sollen. Ich sehe zwar, dass die Agrarministerin und die Entwicklungsministerin an einem Strang ziehen, aber an unterschiedlichen Enden und in verschiedene Richtungen. Das hat die heutige Debatte klar ergeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wenn man nur

in Schlagzeilen diskutiert, ist das halt schwierig!)

- Das sind nicht nur Schlagzeilen. Lesen Sie bitte auch das, was uns die Fachleute in einer Anhörung im Entwicklungsausschuss gesagt haben. Nahezu alle Experten

haben uns gesagt: Wir brauchen jetzt eine nachhaltige Stärkung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, bei der die Kleinbauern in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Eine Intensivierung voranbringen!)

Eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe die bestellte Zwischenfrage des Kollegen Müller auf.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe die Zwischenfrage nicht bestellt. Ich habe nur bemerkt, dass ihm etwas unter den Nägeln brennt und er etwas sagen möchte.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Redezeitverlängerungskoooperationen!)

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Herr Kollege, nachdem Sie mich angesprochen haben, möchte ich Sie Folgendes fragen: Ist Ihnen bekannt, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2030 bei abnehmender Fläche auf circa 9 Milliarden Menschen ansteigen wird?

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist mir bekannt!)

Ist Ihnen bekannt, dass darauf nur mit einer neuen Agrarentwicklungspolitik

und einer neuen Agrarentwicklungskooperation

mit den Staaten, in denen noch Potenziale

vorhanden sind, reagiert werden kann? Ist Ihnen

bekannt, dass wir bis zum Jahr 2030 zur Ernährung dieser

3 Milliarden zusätzlichen Menschen und der 1 Milliarde

hungernden Menschen die Nahrungsmittelproduktion

in der Welt um 50 Prozent erhöhen müssen? Können Sie

mir mitteilen, wie Sie die Nahrungsmittelproduktion um

50 Prozent erhöhen wollen? Kennen Sie das neue Konzept

des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Agrarentwicklungspolitik?

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist eine gute

Frage! - Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Da kannst Du jetzt aber lange reden!)

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, wir haben im Entwicklungsausschuss

vor kurzem eine Anhörung durchgeführt. Mehrere

Experten, auch diejenigen, die von der Union benannt

wurden, wie beispielsweise Herr Professor

Dr. Theo Rauch, haben dargelegt, dass sich die Produktion

mit standortgerechten, angepassten und ökologisch

vertretbaren Anbaumethoden bei einem geringen Risiko

verdoppeln lässt. Wenn man das macht, was das Agrobusiness

tun will, und die Welt mit Stickstoffdünger, mit

Hochleistungssaatgut, mit gentechnisch verändertem Saatgut überzieht, lässt sich die Produktion verdreifachen oder sogar verfünffachen, aber auch das Risiko wäre 50 Prozent höher. Die Folgen wären ausgelaugte Böden und große ökologische Schäden. Damit würden wir dem Ziel, Ernährungssicherheit zu erreichen, einen Bärendienst erweisen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ich schicke Ihnen unser Konzept zu!)

- Aber gerne. Wir können den Fachaustausch gern weiter vertiefen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Schlagabtausch über die Pressemitteilungen gestern zwischen FDP und Union sagen. Die Intervention von Herrn Niebel wurde hier schon von mehreren Rednern erwähnt. Ich finde auch die Antwort der Union bezeichnend. Der FDP wurde gesagt: Ja, aber das, was man in die Entwicklungszusammenarbeit investiert, kommt doppelt und dreifach zurück und dient unserer Exportindustrie.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Ja!)

Was ist denn das für eine Begründung? Was für ein Bild haben Sie von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande? Ich bekomme E-Mails und Anrufe von Menschen, die sagen: Wir bekommen schon Albträume, wenn wir uns die 1 Milliarde Hungernder vorstellen. - Wir wollen, dass denen geholfen wird. Wir wollen nicht, dass man Entwicklungshilfe damit begründen muss, dass das Zweifache und Dreifache zurückkommt und wir letztendlich daran verdienen. Das kann in einzelnen Fällen ein positiver Nebeneffekt sein; aber das ist doch keine Motivation dafür, Solidarität und Gerechtigkeit anzustreben und den Ärmsten der Armen zu helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP] -  
Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist doch keine Schande!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Klimke, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehrfach zitiert worden: 1 Milliarde Menschen muss vermutlich künftig unter Hunger leiden. Was müssen wir aufgrund unserer globalen und unserer sozialen Verantwortung tun, um gegenzusteuern? Wir brauchen eine konsequente Mittelerhöhung; das ist hier ziemlich einvernehmlich. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen unserer thematischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern verändern.

Das gilt aus meiner Überzeugung insbesondere für den Bereich, der sehr entwicklungsrelevant ist, nämlich für die nachhaltige Wirtschaftsförderung in unseren Partnerländern. Leitlinie unserer Philosophie muss sein, dass Wirtschaftswachstum der einzige Schlüssel zur konsequenten Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist.

(Beifall der Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU] und Dr. Karl Addicks [FDP])

Deshalb streben wir in der CDU/CSU im Rahmen unserer entwicklungspolitischen Strategie an, mehr Rechtsund Investitionssicherheit zu entwickeln, mehr Infrastruktur zu gewährleisten, die Energieentwicklung voranzutreiben und vor allen Dingen den Mittelstand stärker zu berücksichtigen. Dabei lautet unser vorrangiges Ziel, Wirtschaftswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern so zu gestalten, dass es direkte Effekte auf die Armutsbekämpfung hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das heißt, die Menschen müssen direkt davon profitieren, zum Beispiel durch gerechtere Steuer- und Abgabensysteme. Pflicht ist eine Refinanzierung des Wirtschaftswachstums; es muss in der Bevölkerung spürbar sein.

Ziel unserer Politik der Entwicklungszusammenarbeit muss sein, wirtschaftliche Kompetenz in Entwicklungsländer zu vermitteln, dort regionale Märkte aufzubauen und mittelständische Strukturen zu entwickeln, sodass diese Partnerländer dann vielleicht künftig in der Lage sind, ohne die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit selbstständig zu wirtschaften. Notwendig sind also die Stärkung der regionalen Märkte durch einen Know-how-Transfer sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort durch eigene Leistungsfähigkeit.

Das fängt bei der von der Ministerin angesprochenen Mikrofinanzierung und der Mikroversicherung gerade im ländlichen Raum an und geht damit weiter, dass die Entwicklungspolitik in Zukunft insbesondere für den deutschen Mittelstand einen Rahmen für wirtschaftliche Betätigung in den Entwicklungsländern bieten muss. Das heißt, die deutschen Kammern müssen noch intensiver einbezogen werden, und andere privatrechtliche wirtschaftliche Organisationen müssen dabei helfen, die Grundstrukturen für einen Aufschwung in den Partnerländern zu legen. Hierbei spielt auch die Frage der Bildung und Ausbildung eine Rolle, zum Beispiel im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung, mit dem dualen System, das weltweit nachgefragt ist und das wir stärker fördern sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer Kernaspekt ist, dass Mittelständler Risikofinanzierungen brauchen.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Ja! Genau!)

Hier hat die staatliche Unterstützung eine wichtige Rolle zu spielen, vor allem durch die DEG und durch das BMZ, das nach unserer Auffassung die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit - so heißt das Ministerium ja auch - mit den Entwicklungsländern stärker koordinieren und steuern sollte, natürlich immer auf Augenhöhe mit den Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist nach wie vor so, dass sich mittelständische Unternehmen mit Investitionen in Entwicklungsländern schwertun. Nicht wenige laufen Gefahr, sich zu überheben. Eine Konzentration der staatlichen Unterstützung auf den Mittelstand ist deswegen vorrangig. Die Entwicklungsorientierung der Wirtschaft

ist jedoch auch Voraussetzung für derartige Ansätze.  
Wie schaffen wir das? Mit mehr Transparenz und Unterstützung  
der deutschen Unternehmen bei internationalen  
Ausschreibungen, damit sie sich daran noch intensiver  
und erfolgreicher beteiligen und dann in den  
Entwicklungsländern investieren können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Es ist wichtig, dass die KfW und die GTZ ihren Fokus  
auf die Infrastrukturentwicklung legen. Die Rahmenbedingungen  
für Auslandsinvestitionen sollten mittelstandsfreundlicher  
gestaltet werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, ich glaube, Sie haben die Uhr nicht  
richtig im Blick.

Jürgen Klimke (CDU/CSU):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im BMZ sollte  
erweitert werden. Eines muss allerdings klar sein - das  
möchte ich betonen -: Der Schlüssel für die erfolgreiche  
Entwicklung unserer Partnerländer liegt in der Teilnahme  
aller Menschen an einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung.  
Unser Konzept dient auch als Hilfe  
zur Selbsthilfe.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Karl Addicks [FDP] - Dr. Karl Addicks

[FDP]: Der größte Teil davon war ja eigentlich  
unser Konzept! Aber trotzdem: Gut gemacht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gabriele Groneberg ist die nächste Rednerin für die  
SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Groneberg (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen  
und Kollegen! Ich will mich mit zwei Bereichen beschäftigen,  
die von der Ministerin angesprochen worden  
sind, von allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die  
bisher gesprochen haben, aber nicht. Es handelt sich um  
zwei Themen, die zur Erreichung der acht Millenniumsziele  
von großer Bedeutung sind. Sie finden in der Formulierung  
jedes einzelnen Ziels ihren Niederschlag, lassen  
sich unter der Überschrift „Sicherung der  
ökologischen Nachhaltigkeit“ allerdings auch direkt Ziel  
sieben zuordnen.

Herr Koppelin, es geht nicht nur um die Finanzkrise  
bzw. um Finanzthemen, sondern auch um das Erreichen  
der Millenniumsziele. Dafür sind Wasser und Energie  
unabdingbar notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn beides nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße  
vorhanden ist, wird man die Millenniumsziele auch im  
Hinblick auf die anderen Vorhaben nicht erreichen. Dass  
Wasser die Grundlage ist, um leben, ja überleben zu können,  
brauche ich nicht weiter zu erläutern; ich denke, das  
ist jedem klar. Geht es aber um Abwässer und Fäkalien,  
die zwangsläufig auch anfallen, ist die Sache schon  
eine andere.

Weltweit haben 42 Prozent der Menschen keine angemessene  
Toilette. Es ist nicht nur so, dass eine einigermaßen

hygienische Verrichtung der Notdurft zur Achtung der Menschenwürde gehört. Ebenso gravierend sind die Auswirkungen fehlender Siedlungshygiene und fehlenden Abwassermanagements. In den Ländern, in denen diese notwendigen Dinge fehlen, sind Krankheiten und verseuchtes Trinkwasser an der Tagesordnung. Sie stellen für die Entwicklung der betroffenen Länder ein gravierendes Hindernis dar. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Choleraepidemie in Simbabwe. Der gesicherte Zugang zu Energie ist ebenfalls ein unerlässliches Element im Kampf gegen die Armut und ebenso wichtig wie der Zugang zu Wasser. Man muss wissen, dass weltweit 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu elektrischer Energie haben. Diese Situation zu ändern, ist eine zentrale Voraussetzung, um die Lebens- und Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Das Vorhandensein von Energie ist für die Stabilität eines Landes und einer Volkswirtschaft bedeutsam und beeinflusst in erheblichem Maße nicht nur die Lebensverhältnisse der Menschen, sondern wirkt sich auch positiv auf das von Herrn Klimke erwähnte Wirtschaftswachstum aus. Ohne erneuerbare Energien werden wir nicht nur an unserem Ziel, für alle Menschen Energie bereitzustellen, scheitern. Ohne nachhaltige Energieerzeugung und aufgrund der daraus folgenden klimapolitischen Sünden würden wir uns buchstäblich auch unserer eigenen Lebensgrundlagen berauben. Unsere Entwicklungszusammenarbeit hilft den Entwicklungs- und Schwellenländern, ihren Zugang zu nachhaltiger Energie sicherzustellen und sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einige Ausführungen zur Nutzung von Biomasse machen. Die Dimension, die die Nutzung von Biomasse hat, wird daran deutlich, dass allein in Subsahara-Afrika 547 Millionen Menschen – Tendenz steigend – ohne Zugang zur Stromversorgung leben. Diese Menschen müssen 60 Prozent ihres Primärenergiebedarfs durch die Nutzung herkömmlicher Biomasse decken. 80 Prozent dieser Biomasse sind Holz. Dies verstärkt die Abholzung der Wälder – mit verheerenden Folgen für Mensch, Umwelt und Klima. Das Einatmen des Qualms, der entsteht, wenn das Holz in den engen Hütten verbrannt wird, führt zu enormen Gesundheitsschäden. Wir können dem wirksam begegnen, indem wir dafür sorgen, dass effiziente und emissionsarme Kochherde benutzt werden. Mit diesem einfachen Mittel kann man die Menschen in die Lage versetzen, ihre Gesundheit, das Klima und die Biodiversität vor Ort zu schützen. Aber auch andere Nutzungen von Biomasse sind interessant. Ich nenne nur die Stichworte Biogas und – mittlerweile ein Reizwort – Biosprit. Was abstrakt klingen mag, wird konkret, wenn man den Bogen dazu schlägt, wie wir in Deutschland Biomasse als Beitrag zu einer klimafreundlichen Energieversorgung nutzen. Mit der Beschränkung auf die Gegenüberstellung von „Tank“ und „Teller“ wird die Konkurrenz bei der Nutzung von Biomasse polemisch zugespitzt. Doch die Nutzung von Biomasse hat viele Facetten, sie birgt sowohl für die Industrieländer als auch für die Schwellenländer und für



die Entwicklungsländer Chancen wie Risiken:  
Einerseits führt die Zunahme der Biomasseimporte aus Schwellen- und Entwicklungsländern zu steigenden Exporterlösen. Das ist wünschenswert. Die Produktion von Biomasse kann zu einer Erhöhung der Wertschöpfung und der Beschäftigung im ländlichen Raum beitragen. Landwirtschaft kann sich wieder lohnen. Damit sind Chancen zur Verminderung der Armut verbunden. Andererseits ist die Produktion von Biomasse mit Risiken im ökologischen und im sozialen Bereich verbunden. Es stellen sich die Frage des Schutzes der Biodiversität und die Frage der Klimarelevanz der Produktion von Biomasse. Allein die Umwandlung natürlicher Ökosysteme in Anbauflächen setzt erhebliche Mengen an Treibhausgasen frei. Ferner hat sich bereits gezeigt - und das dürfen wir nicht negieren -, dass der Anbau von Energiepflanzen, weil er in Konkurrenz zu einem Anbau von Nahrungsmitteln steht, zu Preissteigerungen und Nahrungsmittelengpässen führt. Diese Flächennutzungskonkurrenz ist von erheblicher entwicklungspolitischer Relevanz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Das betrifft alle Teile der Bevölkerung, nicht nur die Armen. Um Fehlentwicklungen bei der Nutzung von Biomasse zu vermeiden, brauchen wir ein Zertifizierungssystem, mit dem Nachhaltigkeit bei Anbau und Produktion sichergestellt wird. Wir wollen unserer Verantwortung in diesem Bereich nachkommen und arbeiten deshalb an einer Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung, in der wir Anforderungen für die Nutzung von Biomasse in Deutschland festlegen. Ich hoffe, dass diese Verordnung noch dieses Jahr in Kraft treten kann und dass der Inhalt dieser Verordnung EU-Standard wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist wichtig, dass die Standards, die wir für die Nutzung von Biomasse in Europa mithilfe wirksamer Zertifizierungssysteme festlegen werden, auch international Anwendung finden können. Mir ist klar, dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Aber ich habe gute Gründe, optimistisch zu sein. Die Gründungskonferenz der Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien, kurz: IRENA, ist ein gutes Beispiel dafür. Die Idee zu dieser Initiative ist maßgeblich hier im Deutschen Bundestag geboren worden. Es hat einige Jahre gedauert, bis man so weit gekommen ist; aber am Montag sind 75 Staaten dieser Initiative beigetreten. Das ist ein Zeichen, dass, wenn sich alle einig sind, viel erreicht werden kann. Das gilt genauso für die Zertifizierung von Biokraftstoffen oder andere Formen von Biomasse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Die Internationale Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien wird zum Erreichen von Ziel sieben der Millenniumserklärung - ökologische Nachhaltigkeit - beitragen. Deutschland kann also Motor sein für eine Politik, die Vorbild ist, die Möglichkeiten in Anspruch nimmt, die Vorzeigefunktion hat. Wenn wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, werden wir eines Tages keine Erste, Zweite und Dritte Welt mehr haben, sondern

eine Welt, eine Welt, für die alle zusammen Verantwortung tragen. Dieser Aspekt ist mir heute manchmal zu kurz gekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hartwig Fischer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben das Thema UNICEF und die Müttersterblichkeit angesprochen. Ich will das noch einmal ergänzen.

Wir alle wissen, dass täglich 30 000 Kinder auf dieser Welt aufgrund von Armut, schlechtem Wasser, Hunger und Ähnlichem sterben. Ich bin mit Ihnen darin absolut einig und dankbar dafür, dass der Bundespräsident dieses Thema immer wieder zum Schwerpunkt macht, aber ich ziehe andere Schlüsse als Ihre Fraktion daraus und unterstütze diesen Bundespräsidenten deshalb auch bei seiner nächsten Wahl.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Karl Addicks [FDP])

Zum Anspruch und zur Haushaltswirklichkeit der Entwicklungspolitik. Ich finde es gut, dass die Kolleginnen und Kollegen eben von dem Aufwuchs seit 1998 gesprochen haben, aber die 50 Prozent Aufwuchs hat es in den letzten drei Jahren gegeben.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So ist es!)

Deshalb kann man, wenn man die Zeit ab 1990 betrachtet, natürlich auch Stagnation feststellen.

Frau Ministerin, es gibt einen Punkt, den ich doch kritisieren möchte, weil ich glaube, dass dadurch nur Vorurteile bedient werden. Sie haben das Thema Banken und die Bankenbürgschaften angesprochen. Das ist etwas anderes, als Barmittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben alle gemeinsam - auch Sie im Kabinett - diesem Schirm zugestimmt, weil wir wissen, dass er dringend notwendig ist. Das kann man nicht im Verhältnis zu den Barmitteln sehen, die wir im Entwicklungshaushalt brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin absolut mit Ihnen darin einig, dass wir auch in Zukunft Aufwüchse brauchen. Dazu gehört aber auch - wir sind einer der größten Zahler in der Entwicklungscommunity und in den internationalen Organisationen -, dass wir zukunftsorientierte Organisationen brauchen; dazu gehört IRENA, darüber besteht gar kein Zweifel. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass wir Parallelstrukturen abbauen müssen.

Es gibt erhebliche Parallelstrukturen im Bereich der internationalen Organisationen, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Dadurch werden Mittel verschleudert.

Hiergegen müssen wir gerade in schwierigen Zeiten Speerspitze sein, damit die Mittel effektiver eingesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kollegin Koczy, weil Sie wieder das Thema Ticket Tax angesprochen haben,

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja!)

möchte ich Sie doch noch einmal kurz fragen: Haben Sie gar nicht gemerkt, dass das eine olle Kamelle ist und dass es inzwischen einen Emissionshandel gibt, bei dem ein ganz anderer Aufwuchs zu verzeichnen ist, sodass entsprechende Mittel für eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik zu Verfügung stehen?

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Genau!)

Das ist eine schwarz-rote Politik, die absolut top und zukunftsorientiert gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist Ihr Lieblingsthema!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich denken, dass ich mein Spezialthema Kongo - der Kollege Ruck hat das Thema Frieden angesprochen - anspreche, wenn ich am Rednerpult stehe.

Frau Ministerin, Sie sind mit uns im Kongo gewesen und haben danach gesagt: Wir legen einen Friedensfonds im Umfang von 50 Millionen Euro auf. - Das ist für eine gewisse Zeit leider blockiert worden - nicht durch Sie; ich will das nicht vertiefen -, aber jetzt steht er zur Verfügung. Die Ersten, die mit dafür sorgen, dass Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden, sind jetzt dort.

Nachdem wir die Wahl begleitet haben, Herr Lubanga vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen Kinder angeklagt wurde und Herr Nkunda durch Ruanda verhaftet wurde, haben wir jetzt im Augenblick nach meiner Überzeugung ein kleines Zeitfenster für den Frieden. Frau Ministerin, ich bitte Sie - ich werde auch unsere Kanzlerin und den Außenminister noch einmal darum bitten -, dass die europäischen Geber jetzt gemeinsam einen Schwerpunkt im Ostkongo setzen.

Ich will noch einmal sagen, wie dieser Schwerpunkt aussehen muss:

Punkt 1. Wir werden dort keinen Frieden schaffen, wenn Rechtsstaatlichkeit nicht hergestellt wird. Es nützt nichts, wenn es Gerichte gibt, bei denen der Präsident 30 Dollar verdient, aber Leute verurteilen muss, die im Monat durch Schmuggel und Ähnliches 10 000 Dollar auf die Seite schaffen und dann versuchen, sich durch Korruption freizukaufen. Wir brauchen also eine funktionierende Justiz und Polizei sowie das Militär. Hier müssen wir uns als Europäer gemeinsam anstrengen.

Punkt 2. Wir können das nicht nacheinander tun, sondern hier muss man jetzt im Interesse des Friedens in dem gesamten Bereich der Großen Seen - Uganda, Burundi, Ruanda und insbesondere Ostkongo - die Infrastrukturmaßnahmen umsetzen: Straßen, Schulen, Gesundheitswesen.

Wir müssen auch das gemeinsam fortsetzen, was bereits angefangen worden ist, nämlich die Zertifizierung von Rohstoffen, die seit zehn Jahren in Botswana wunderbar funktioniert. Sie bringen die Wertschöpfung in den eigenen Haushalt ein und können die Mittel dann für Infrastrukturmaßnahmen nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Ludwig Stiegler [SPD])

Wir brauchen auch ein ökonomisches Netzwerk, sodass

wir ihnen durch deutsche Unternehmen und mit PPP-Projekten gemeinsam helfen können. Das müssen wir dort partnerschaftlich vereinbaren. Wir können dort beim Einsatz der Mittel auch zwischen Ituri und Südkivu unterscheiden, da wir sehen, dass es dort nicht mehr den Umfang an Korruption wie bei dem Gouverneur in Nordkivu gibt. Dann merken die Menschen, dass es sich für sie auszahlt, in den Provinzen, die ich eben genannt habe, eine Regierung zu unterstützen.

Das heißt, wenn wir jetzt nicht halbherzig vorgehen, sondern mit der internationalen Gemeinschaft gemeinsam handeln, dann können wir in Afrika ein Signal für diesen wichtigen Bereich setzen. Ich befürchte aber, dass wir weiter in die internationalen Haushalte einzahlen. Dieser Bürgerkrieg im Ostkongo kostet jedes Jahr allein für den Militäreinsatz MONUC über 1,2 Milliarden Euro, an denen wir mit fast 10 Prozent beteiligt sind. Wenn wir dauerhaft Frieden schaffen könnten, dann könnte man diese Summe langsam, aber sicher herunterfahren und gleichzeitig Kapazitäten freisetzen, die in Darfur oder in Somalia zur Unterstützung von AMISOM gebraucht werden, wo derzeit nur 2 400 von 8 000 Stellen der Friedenstruppe besetzt sind.

Ich glaube, wir haben die Chance zu friedenschaffenden Maßnahmen. Wir müssen sie nur gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern ergreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als letzte Rednerin in dieser Debatte hat das Wort die Kollegin Bärbel Kofler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte war viel von Haushaltsmitteln und ihrer internationaler Verwendung die Rede. Manchmal geht es in der Diskussion auch darum, dass Haushaltsmittel angeblich falsch eingesetzt werden. Das bin ich mittlerweile wirklich leid, weil es in der Öffentlichkeit ein falsches Bild auf die Entwicklungspolitik wirft und so getan wird, als hätten wir als Entwicklungspolitiker, aber auch die Ministerin und das Ministerium ein Interesse daran, Steuermittel falsch einzusetzen. Darum geht es aber nicht. Das möchte ich anhand von einigen Punkten deutlich machen, die auch heute genannt worden sind.

Das Thema Landreform ist angesprochen worden.

Wofür verwenden wir Haushaltsmittel? Sie fließen zum Beispiel in die Finanzierung der Haushalte der entsprechenden Staaten. Wir unterstützen den Aufbau von Justizsystemen und die Durchführung von Landreformen, zum Beispiel in Ghana, indem Mittel in den ghanaischen Haushalt hineinfließen. Ich glaube, das sind wichtige Beiträge zur Strukturpolitik. Es ist richtig - Kollege Raabe hat es angesprochen -: Entwicklungspolitik ist Strukturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin auch das Bashing von internationalen Organisationen in diesem Zusammenhang ein bisschen leid.

Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderung,

dass 1 Milliarde Menschen in Hunger leben, bewältigen und die Probleme angehen. Das ist nur mit finanziellen Beiträgen auch für internationale Organisationen möglich. Ich glaube, es ist an der Zeit, auch in diesem Punkt für Wahrheit und Klarheit zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über Strukturpolitik in der Entwicklungspolitik diskutieren, dann möchte ich auch ein Thema ansprechen, das wir uns als Sozialdemokraten, aber auch innerhalb der Koalition in diesem Jahr verstärkt auf die Agenda gesetzt haben und das dankenswerterweise vom Ministerium sehr aktiv aufgegriffen wurde, nämlich die sozialen Sicherungssysteme. Wir können die Probleme, die durch das Fehlen sozialer Sicherungssysteme weltweit entstehen, nicht mit Einzelprojekten lösen, sondern nur, indem wir gemeinsam mit den Partnerländern auf deren Strukturen einwirken und neue Sicherungssysteme aufbauen.

Wer letzten Sonntag im Weltspiegel den Beitrag über Millionen chinesische Wanderarbeiter gesehen hat, die plötzlich von einem Tag auf den anderen vor den Fabriktooren stehen, keinen Lohn mehr bekommen und nicht wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen, die im Krankheitsfall keine Möglichkeit haben, irgendeine Form von Hilfe in Anspruch zu nehmen, dem muss klar sein, dass weltweite Entwicklung und nachhaltige Bekämpfung von Armut nur dann möglich sind, wenn es uns gelingt, weltweit soziale Sicherungssysteme aufzubauen, zu stützen und zu stärken. Dass das nur mit Systemen möglich ist, die solidarisch alle Bevölkerungsschichten einbeziehen, ist sicherlich auch klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch sind wir in einer Situation, in der weltweit 100 Millionen Menschen jährlich wieder in Armut zurückfallen, weil sie aufgrund von Erkrankungen der eigenen Person oder innerhalb ihrer Familien Verdienstauffälle haben, ihre Arbeit nicht ausüben können und ihr Vieh bzw. ihre Lebensgrundlage verkaufen müssen. Dass das nachhaltiger Armutsbekämpfung und allen Zielen, die heute genannt wurden, entgegensteht, ist sicherlich für jeden ersichtlich. Das bedeutet aber auch, dass wir das tun müssen, was wir zum Beispiel in Ruanda gemacht haben: Dort haben wir uns mit der Regierung zusammengesetzt und gemeinsam Pläne entwickelt, wie nachhaltig Einkommen in den Ländern generiert und Steuersysteme aufgebaut werden können. Nebenbei bemerkt: Dank der viel gescholtenen Budgethilfe werden in Ruanda Steuersysteme aufgebaut. Das hat dazu geführt, dass sich die Steuerquote in Ruanda in den letzten zehn Jahren versechsfacht hat.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist ein Schrecken für die Liberalen!)

Diese Gelder sind dann aber auch für nachhaltige Armutsbekämpfung einzusetzen, zum Beispiel für den Aufbau von Krankenstationen, für die Unterstützung des Gesundheitswesens, für die Schaffung von Zugängen für die Bevölkerung zum staatlichen Versicherungswesen und für die Einführung von Dezentralisierung. Diesen richtigen Ansatz wollen und müssen wir weiterhin

verfolgen und unterstützen. Der Antrag mit der Forderung, soziale Sicherungssysteme auszubauen, ist deshalb sehr gut. Die Internationale Arbeitsorganisation, ILO, bescheinigt uns, dass dieser Antrag einen machbaren und finanzierbaren Ansatz enthält und maßgeblich zur Bekämpfung der Armut in der Welt beitragen würde. Ich bin sehr dankbar, dass das BMZ nicht nur entsprechende Mittel, sondern auch Personal und Logistik zur Verfügung stellt. Wir haben alle im Ausschuss gehört, dass das Ministerium dieses Thema in den entsprechenden Regierungsverhandlungen prominent vertritt und sich dafür einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir alle im Haus sind uns beim Thema Bildung einig. In dem entsprechenden Antrag dazu wird die nachhaltige Entwicklung unterstützt und aufgezeigt, dass wir hier in den nächsten Jahren noch viel tun müssen. Es ist nach wie vor so, dass weltweit 77 Millionen Kinder keinen Zugang zu Bildungssystemen, keinen Zugang zu Schulen haben. Wie im UNESCO-Weltbildungsbericht vom letzten Jahr ausgeführt wird - auch dieses Thema müssen wir angehen -, ist für die Herstellung von Chancengleichheit die weltweite Abschaffung von Schulgebühren nötig. Daran zu arbeiten und dazu beizutragen, dass die Primärschulausbildung für die Kinder kostenfrei ist, muss unser aller Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Wer Bildung stärkt, stärkt damit natürlich alle von Armut Betroffenen und insbesondere die Frauen. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger sowie zum nachhaltigen Aufbau von friedlichen Strukturen geleistet. Man muss sich einmal ansehen, wie man mit einem qualitativ verbesserten Bildungswesen Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe stärken kann. Ich habe das letztes Jahr auf meiner Reise in den Ostkongo erlebt. Wir haben dort bereits vieles in Angriff genommen, aber es ist noch sehr viel zu tun. Wer die Bilder der letzten Wochen gesehen hat, dem ist das bewusst geworden.

Wir haben aber auch begonnen, partizipativen Unterricht zu unterstützen, gesellschaftliche Teilhabe von Kindern zu fördern und damit auch einen Beitrag zur Überwindung von Kriegsfolgen und Kriegstraumata zu leisten. Dazu gehört auch die Arbeit - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich loben und erwähnen - des Zivilen Friedensdienstes. Die von uns entsandten Entwicklungshelfer leisten in den Krisenregionen unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/

DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ja. - Es ist schade, wenn man nur einige Minuten Redezeit hat,

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das waren jetzt aber schon viele Minuten!)

aber über wichtige Themen zur Weiterentwicklung der Armutsbekämpfung sprechen will. Es bleibt im Bereich

Bildung viel zu tun. Leider habe ich nicht mehr die Zeit, um auf die Qualität der Lehrerbildung, auf unser gesteigertes Engagement in der Grundbildung, die berufliche Bildung und die vielen Hochschulpartnerschaften einzugehen, die hier tolle wissenschaftliche Transferleistungen erbringen.

Ich möchte mich noch einmal für das Engagement und die Arbeit aller Beteiligten, auch des Ministeriums, in den letzten Jahren bedanken. Ich wünsche mir eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Arbeit und auch kontinuierlich aufwachsende Haushaltsmittel.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/10038 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. - Damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 4 sowie Zusatzpunkt 2 auf:

4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut

- Drucksache 16/11755 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Sozialen Absturz von Erwerbslosen vermeiden

- Vermögensfreigrenzen im SGB II anheben

- Drucksache 16/11748 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Haushaltsausschuss

Es ist verabredet, hierzu eineinhalb Stunden zu debattieren.

- Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Markus Kurth für Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist nicht verwegen, anzunehmen, dass das, was noch als konjunkturelle Krise begriffen wird, den Auftakt eines tiefgreifenden und langanhaltenden Strukturwandels darstellen wird.

Es ist die historische Verantwortung dieses Hauses, diesen Strukturwandel zu gestalten und mitzubestimmen.

Immerhin hat sich - außer bei der FDP - die Erkenntnis durchgesetzt, dass die vielbeschworene unsichtbare Hand des Marktes ungezügelt durchaus in der Lage ist, ganze Volkswirtschaften zu erwürgen. Eine Summe von gut 80 Milliarden Euro, wie in den beiden Konjunkturpaketen vorgesehen, böte die Chance, den Umbau hin zu einer ökologischen Wirtschaft und sozial gerechteren

Wissensgesellschaft einzuleiten. Vor allem aber böte sich die Chance, eine der größten Wachstumsbremsen dieses Landes aufzulösen, nämlich die verfestigte soziale Spaltung und die in den letzten Jahren verschärfte soziale Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht wundert es manchen, dass ich von Armut und Arbeitslosigkeit als Wachstumsbremse spreche. Doch ich finde, es lohnt sich, das Phänomen Armut unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten; denn dauerhafte Armut ist teuer, und das nicht nur wegen der Kosten für das Arbeitslosengeld II und ebenfalls nicht nur wegen der Folgekosten von Armut, etwa aufgrund der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen armer Menschen. Viel schwerer wiegt, dass diese Gesellschaft auf die Potenziale von Millionen Menschen verzichtet, ja diese geradezu missachtet. Diese Vergeudung droht sich fortzusetzen. Wer von dem engen Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und Bildungsabschluss weiß, der muss angesichts von 2,5 Millionen armen Kindern und Jugendlichen in diesem Land auf das Äußerste alarmiert sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Strukturwandels ergibt sich geradezu die Verpflichtung im Rahmen der Konjunkturprogramme, den Umbau hin zur ökologisch wirtschaftenden Wissensgesellschaft eng mit offensiver Armutsbekämpfung zu verbinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Investitionschancen gibt es reichlich. Allein im Bildungssektor fehlen in Deutschland 23 Milliarden Euro, um wenigstens den Durchschnitt der OECD-Länder zu erreichen. Es gibt ebenfalls reichlich Chancen, schnell wirkende konjunkturelle Maßnahmen zu ergreifen und gleichzeitig soziale Notlagen zu verringern. Die sozialpolitisch längst überfällige Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro würde beispielsweise die Binnennachfrage unmittelbar um 10 Milliarden Euro erhöhen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was aber tut diese Regierung? Hat sie erkannt, dass es wohl nicht reichen wird, eine Abwrackprämie für Altkaros aufzulegen, um die Zukunftsbranche Schrotthandel zu befördern? Verknüpft die Große Koalition wirksame Konjunkturimpulse mit sozialpolitischen Zielen? - Leider nein! Nehmen wir uns doch einmal ein paar Maßnahmen vor. Zum Beispiel sollen Kinder zwischen 7 und 13 Jahren, deren Eltern Arbeitslosengeld beziehen, nun statt 60 Prozent des Erwachsenenregelsatzes 70 Prozent desselben erhalten. Zum einen ist dieser Schritt quantitativ völlig unzureichend. Zum anderen beseitigt er nicht einen grundlegenden Konstruktionsfehler des Sozialgeldes für Kinder. Die Leistung für Kinder wird nämlich nach wie vor vom Bedarf eines Erwachsenen abgeleitet, als ob ein 13-Jähriger 30 oder 40 Prozent weniger äße als eine 70-jährige Seniorin. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen fordern schon seit 2006 die Erstellung eines eigenen Kinderregelsatzes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns lernfähig gezeigt, als sich schnell abzeichnete, dass die Regelleistung für Kinder viel zu gering



ist. Seit vorgestern dürfen wir uns durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts bestätigt sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sieht in der geltenden Regelung einen Verstoß gegen das grundgesetzliche Gleichheitsgebot, gegen das Recht auf Menschenwürde und gegen das Sozialstaatsprinzip.

Es ist schon peinlich genug, dass es überhaupt zu einer solchen Gerichtsentscheidung kommen musste. Ebenfalls peinlich ist, dass die Bundesregierung seit über einem halben Jahr eine einstimmig gefasste Aufforderung des Bundesrats ignoriert, die gleichfalls eine eigenständige Erhebung dessen einfordert, was Kinder brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Am peinlichsten ist jedoch, dass jetzt Bundesminister Scholz, sekundiert von Ludwig Stiegler, erklärt, die Gerichtsentscheidung träfe sich gut mit der Einführung der

neuen Altersklasse; denn jetzt seien die Mängel behoben.

Dem Bundesrat bescheiden sie dann auch so nebenbei, sie hätten jetzt seiner Aufforderung Rechnung getragen.

Eine solche Sicht der Dinge ist geradezu unverfroren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie

der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Ein weiteres Beispiel für die falsche Verteilungspolitik der Regierung sind die Steuersenkungen. Das Bundesfinanzministerium selbst gibt an, dass der Großteil

der Steuerentlastungen bei den Gutverdienern landet.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE

LINKE]: So ist es!)

Rund 1,5 Milliarden Euro fließen an diejenigen, die dem Spitzensteuersatz unterliegen, während Bezieher von Niedrigeinkommen gerade einmal um 150 Millionen Euro entlastet werden. Diese Schieflage ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch ökonomisch blanker Unsinn.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN)

Peer Steinbrück selbst hat gestern auf meine Frage in der Regierungsbefragung geantwortet - ich zitiere -:

Sie haben völlig recht, dass der Massenkonsum, den man durch Steuersenkungen erreichen will, nicht befördert wird, weil die Steuerbelastung in

den unteren Einkommenssetagen nicht das große Problem ist ... Für die oberen Einkommenssetagen ist ... klar belegt, dass diejenigen, die ein monatliches Nettoeinkommen von über 3 500 Euro haben,

eine Sparquote von weit über 20 Prozent ... aufweisen.

Trotz besseren Wissens machen Sie diesen Unsinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich versäumt es die Koalition, die richtigen Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Binnennachfrage

zu schaffen. Hierzu würde zuerst ein wirksamer Mindestlohn gehören. Das, was Sie in der letzten Woche vorgelegt haben, ist mit Verlaub alles andere als eine umfassende Absicherung gegen Lohndumping.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt, so war gestern in der Zeitung zu lesen, geben Sie auch noch den Versuch auf, für die 700 000 Menschen in der Zeitarbeitsbranche einen Mindestlohn einzuführen - und das in einer Phase, in der bald krisenbedingt der Lohndruck noch zunehmen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie unzulänglich, ja geradezu kontraproduktiv die Regierung auf die Krise reagiert, zeigt sich auch an den kleinen Dingen, von denen es einige durchaus verdienen, öffentlich gemacht zu werden. Hierzu gehört zum Beispiel die Vergabeordnung für Bauleistungen, die Sie neu gefasst haben. Nach den bisherigen Plänen will das Bundesbauministerium eine VOB, Vergabeordnung für Bauleistungen, in Kraft treten lassen, die es gemeinnützigen Unternehmen verbieten soll, in Wettbewerb mit gewerblichen Anbietern zu treten. Das heißt, zahlreichen Beschäftigungsträgern, die sich um die Integration von Langzeitarbeitslosen kümmern, bräche ein wichtiges Geschäftsfeld weg. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Ihre Regierung hat offenbar nicht einmal bemerkt, dass sie mit dieser Neuordnung denjenigen die Beine wegschlägt, die sie selbst zur Umsetzung ihrer arbeitsmarktpolitischen Programme braucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geschieht zu einem Zeitpunkt, wo immerhin durch das Konjunkturpaket wieder in größerem Umfang öffentliche Bauaufträge anstehen. Es sind diese Schildbürgergeschichten, die ich mangels Redezeit gar nicht alle darstellen kann, die das ganze Ausmaß der Desorientierung dieser Regierung zeigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die von der Bundesregierung unterlassene Armutsbekämpfung und die Fehlleitung von Geldern durch unsinnige Steuersenkungen für die Falschen sind auch deshalb so bedrückend, weil die Ausgaben schuldenfinanziert sind und dadurch der künftige Spielraum für unabweisbar notwendige Investitionen in den Bildungsbereich und in den Sozialschutz verringert wird. Gerade die dauerhafte Schwächung der Einnahmeseite wird, so fürchte ich, bald dazu führen, dass in diesem Haus einige wieder das Hohelied vom Gürtel, den man enger schnallen müsse, anstimmen. Sie sollten sich fragen, welchen Eindruck diese Regierungspolitik bei denjenigen Heranwachsenden hinterlässt, die sich heute auf dem Schulhof für ihre Armut schämen, welchen Eindruck sie bei denjenigen Kindern hinterlässt, die Klassenausflüge absagen müssen und die mit ihren Eltern an der Lebensmittelausgabe der Tafel stehen. Für all diese muss es unfassbar sein, dass nicht nur nichts für ihre Chancen getan wird, sondern dass stattdessen auch noch steinreiche Familienclans wie die Familie Schaeffler die öffentliche Hand anpumpen, um ihre Übernahmefantasien zu finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Missverhältnis in der politischen Prioritätensetzung oder in den Ausgaben ist schon jetzt durchaus gegeben. Allein das finanzielle Engagement des Staates bei der Pleitebank Hypo Real Estate übersteigt das Volumen beider Konjunkturpakete bereits um einen zweistelligen Milliardenbetrag. Meine Damen und Herren von der Großen Koalition, wir stehen in dieser Krise nicht nur in der Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung; wir stehen auch in der Verpflichtung, das Vertrauen in demokratische Institutionen nicht weiter zu beschädigen. Ich sage Ihnen: Politische Stärke gewinnt man in einer

Demokratie nicht unbedingt, indem man seine Pläne um jeden Preis weiterverfolgt.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: So ist es!)

Souveränität kann man auch gewinnen, indem man sich lernfähig zeigt. Steuern Sie um! Betreiben Sie mit uns einen grünen New Deal! Investieren Sie in die soziale und ökologische Erneuerung dieses Landes.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Rolf Stöckel [SPD])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Karl Schiewerling hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! „Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut“

ist der Titel des Antrags von den Grünen, den wir gerade diskutieren. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Der folgende Text hält nicht, was der Titel verspricht.

(Rolf Stöckel [SPD]: So ist es!)

Die Rede, die Sie, Herr Kollege Kurth, gehalten haben, hat mit dem Antrag, den Sie gestellt haben, relativ wenig zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

In Ihrem Antrag wird das Konjunkturpaket II einschließlich Abwrackprämie mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz verwurstelt. Dann geht es auch noch darum, sozialversicherungsrechtliche Regelungen von Minijobs auf Arbeitsverträge bis zu 2 000 Euro auszudehnen und so das beitragsfinanzierte Solidarsystem mit steuerfinanzierten Anteilen weiter zu durchlöchern.

Mit dem einen oder anderen Punkt der Anträge, die die Grünen früher eingebracht haben, haben Sie mich durchaus – das will ich Ihnen gerne zugestehen – in argumentative Schwierigkeiten gebracht. Der vorliegende Antrag ist für mich in dieser Hinsicht eine herbe Enttäuschung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Sie zeigen in diesem Antrag und auch in Ihrer Rede keine einzige Lösung auf;

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sagen Sie!)

vielmehr beschreiben Sie die Gesamtsituation, fügen allerhand Dinge zusammen, ohne dass irgendwo deutlich wird, wie Sie den Menschen in dieser Situation ganz konkret helfen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich greife den Titel des Antrags der Grünen auf, weil ich ihn richtig finde; er deckt sich nämlich mit den Zielen der Großen Koalition und der CDU/CSU: Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut. Das ist richtig; das wollen wir auch. Grundlage ist, dass jeder die Möglichkeit haben muss, mit seines Kopfes und seiner Hände Arbeit den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen. Erwerbsarbeit ist der beste Schutz, um aus Armut herauszukommen, dieser vorzubeugen

oder sich vor ihr zu schützen.

Das Konjunkturpaket II, das Sie gerade so heftig kritisiert haben, will genau dies erreichen: die Wirtschaft stabilisieren, um Arbeitsplätze zu erhalten, vor allem dort, wo durch unverschuldete Einflüsse des Finanzmarktes Arbeitsplätze verloren zu gehen drohen. Anders als früher muss und wird es den Betrieben darum gehen müssen, Fachkräfte zu halten. Deswegen haben wir gegengesteuert und das getan, was zwingend notwendig ist, nämlich durch das Angebot von Kurzarbeitergeld Menschen in Beschäftigung, zumindest am Arbeitsplatz, zu halten und durch eine Ausweitung der Qualifizierung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle gute Startbedingungen haben, wenn es wieder aufwärts geht. (Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Zu nennen ist weiter die Stabilisierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent, um die Lohnnebenkosten nicht weiter steigen zu lassen. Gerechtigkeit und Chancen sowie die Verhinderung von Ausgrenzung und Armut, das beginnt bei stabilen familiären Strukturen. Hier werden wichtige, wenn nicht die wichtigsten Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt. Der Kinderzuschlag wurde erhöht, um so diejenigen stärker vor Armut zu schützen, die zwar ihren eigenen Bedarf, aber nicht den der Kinder decken können. Um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu verbessern, haben wir die Betreuungsangebote für unter Dreijährige ausgebaut. Auch bei der Betreuungsquote für Kinder ab drei Jahren haben wir das EU-Ziel von 90 Prozent fast erreicht. Am Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen beteiligt sich der Bund ebenfalls. Alles das sind Rahmenbedingungen, um letztendlich den Menschen Hilfen an die Hand zu geben, damit sie ihre eigene Lebenssituation stabilisieren, aus eigener Kraft Armut vorbeugen können und so gar nicht erst in Armut fallen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei allem, was der Staat tut, bei allem, was wir beschließen und erledigen, dürfen wir nicht vergessen: Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung der Kinder – nicht der Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Staat hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Eltern diese Aufgabe verantwortungsvoll leisten können.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II erhöhen wir auch die Regelsätze für Kinder von Arbeitslosen. Die Regelsätze für Kinder von Erwerbslosen, die Arbeitslosengeld II beziehen, werden stärker differenziert. Jungen und Mädchen im Alter von 6 bis 13 Jahren erhalten ab 1. Juli 2009 70 anstatt 60 Prozent des Regelsatzes von Erwachsenen. Das heißt, von 211 Euro steigt der Satz auf 246 Euro. Das sind immerhin 35 Euro mehr im Monat. Das Bundessozialgericht – darauf hat Herr Kurth zu Recht hingewiesen – hat in seinem jüngsten Urteil den Gesetzgeber aufgefordert, den Regelsatz für Kinder zu differenzieren, exakt nachzurechnen, was Kinder benötigen, den Regelsatz für Kinder also nicht einfach von dem für Erwachsene abzuleiten. Ich halte das auch für

richtig. Hier wird ein Webfehler des SGB II korrigiert werden müssen. Das Bundesarbeitsministerium arbeitet daran. Das Bundessozialgericht hat aber nicht gesagt, wie hoch der Satz sein muss. Diese Entwicklungen müssen wir noch abwarten.

Nicht zu vergessen ist: Jedes Kind erhält noch im laufenden Jahr einmalig 100 Euro. Über die Familienkassen wird diese Einmalzahlung an alle Kindergeldbezieher ausgezahlt. Sie wird nicht mit den Bedarfssätzen der Bezieher von Sozialleistungen verrechnet.

Nicht zu vergessen ist auch das Schulstarterpaket - ebenfalls 100 Euro -, das jedem zur Verfügung gestellt wird.

Diese Maßnahmen begrüße ich. Sie sind wichtig und gut. Dennoch dürfen wir bei der gesamten Diskussion diejenigen nicht vergessen, die das alles erwirtschaften müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Menschen dürfen wir nicht außer Acht lassen. Ihre Leistungsbereitschaft - sie gehen jeden Tag arbeiten, und mit ihren Steuern wird unser Sozialstaat finanziert - muss belohnt und unterstützt werden. Diese Menschen müssen am Ende mehr Geld in der Tasche haben als die, die nicht einer Erwerbsarbeit nachgehen, aus welchen Gründen auch immer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie schwierig es ist, das Lohnabstandsgebot einzuhalten, Herr Kollege Kurth, sehen wir an dem Urteil des Bundessozialgerichts zur Beteiligung des Staates an den Kosten von Klassenfahrten. Das ist eine schwierige Situation, die ich im Detail überhaupt nicht bewerten will. Grundlage für das Urteil war ein Fall aus Berlin, eine Klassenfahrt nach Florenz. Nach diesem Urteil müssen Kindern aus Hartz-IV-Familien, also Familien, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, die Fahrtkosten komplett bezahlt werden. Die Familien aber, die 100 oder 200 Euro über dem Satz liegen, müssen sehen, wie sie das Geld für die Klassenfahrt ihrer Kinder zusammenkratzen. Das ist eine der Schieflagen, mit denen wir zu tun haben. Ich kritisiere das Urteil überhaupt nicht, sondern weise nur auf die Konsequenzen hin: Nur ganz Arme oder ganz Reiche können sich die Klassenfahrt leisten. Die tragende Mittelschicht unseres Landes wird mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: So ist das, leider!)

Es ist übrigens auch eine Aufgabe der Schule, für Ausgleich zu sorgen. Ich halte das für eine wichtige Aufgabe.

Ich stimme zu, dass wir im Bereich der Bildungspolitik mehr tun müssen. Die PISA-Ergebnisse zeigen die Wissensdefizite auf. Es geht aber nicht nur um Wissen, sondern es geht auch um Bildung, und es geht um die Bildung, für die letztendlich im Elternhaus die Grundlage gelegt wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Erziehungsauftrag der Schulen stärken und in Schulen und Schulgebäude investieren, um vernünftige Rahmenbedingungen zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dennoch - ich wiederhole das -: Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung der Kinder, nicht

der Staat. Es gibt Eltern, die überfordert sind und es nicht alleine schaffen. In diesem Bereich muss Hilfe ansetzen; hier muss investiert werden, um Hilfe zur Erziehung in den vielfältigsten Formen und Gestaltungsmöglichkeiten, die wir heute kennen, zu gewährleisten. Wenn Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen, wenn es Kinder gibt, die bevorzugt Fast Food essen, dann ist das kein Zeichen von wirtschaftlicher Notlage, sondern dann deutet das möglicherweise auf soziale und kulturelle Schieflagen hin.

In unserem Staat gibt es viel Hilfe. Damit meine ich den Sozialstaat, das Gesundheitswesen, den Bereich der Grundsicherung, den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und des Sozialgesetzbuches. Alle doktern daran herum, aber niemand koordiniert diese Hilfen. Ich glaube, dass es bald an der Zeit sein wird, zu überlegen, an welchen Stellen die Systeme stärker integriert werden müssen, um den Menschen unmittelbar helfen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben ein sehr ausgefeiltes, ein sehr dicht geknüpftes soziales Netz. Darauf ist unser Staat stolz. Das ist gut. Aber ich habe den Eindruck, dass dieses Netz an manchen Stellen nicht nur dicht ist, sondern auch starr. Wir müssen die Durchlässigkeit bezogen auf die multiplen Situationen, in denen sich Kinder und Jugendliche und damit auch Familien befinden, erhöhen und dadurch mehr Durchgängigkeit organisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß, wie schwierig das ist, weil Kommunen, Bund und Länder betroffen sind. Aber ich glaube, dass es an der Zeit ist, daran zu arbeiten.

Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut – das wollen wir von der CDU/CSU. Daran arbeitet die Große Koalition. Damit sind wir im Konjunkturpaket II ein Stück weitergekommen. Ich denke, dass dort die konkreten Hilfen verankert sind, die die Menschen brauchen, damit sie nicht in Armut geraten bzw. aus Armut wieder herauskommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Heinz-Peter Haustein hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Heinz-Peter Haustein (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauer! Ist es Ihnen schon einmal passiert, dass Sie ins Kino gehen, um einen James-Bond-Film zu sehen, doch dann kommt Biene Maja? Daran habe ich gedacht, als ich den Antrag der Grünen durchgearbeitet habe. Er ist vollkommen daneben, ein Sammelsurium, ein wirres Durcheinander, und auch die Überschrift passt überall.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Beleidigen Sie nicht Biene Maja!)

Das Papier heißt: „Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut“.

(Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Titel, den jeder in diesem Haus unterschreibt. Der Vorteil einer solchen Überschrift liegt auf der Hand. Man kann damit alles überschreiben und Zustimmung ernten. Dem Leser erschließt sich nicht, was wirklich dahintersteht.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht Ihnen von der FDP nicht! Das wundert uns gar nicht!)

Leider muss ich im Zusammenhang mit dem Antrag auch an das Konjunkturpaket denken, das auch etwas durcheinander ist. Aber das nur nebenbei. Sie haben eine Allerweltsüberschrift gewählt und kritisieren in Ihrem Antrag eigentlich alles, was zu kritisieren ist:

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist daran auszusetzen? - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Ein ganzheitlicher Ansatz!)  
die Neuverschuldung, die umweltschädliche Kfz-Steuer und die Tatsache, dass Schulden für den Konsum aufgenommen werden.

Ich will auf drei Punkte eingehen. Erstens fordern Sie Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Das ist in Ordnung. Schon seit Jahren legt die FDP durchdachte Anträge vor, um mehr für die Infrastruktur zu tun. Das Schienennetz muss erneuert werden, und auch für die Straßen muss etwas getan werden. In diesem Zusammenhang fällt mir die Bahnstrecke zwischen Berlin und Dresden ein. 1934 ist man mit der Dampflokomotive BR 01 anderthalb Stunden schneller gefahren als heute. Da fällt mir ferner ein: Auf der Bundesstraße 170 von Dresden ins Erzgebirge können bestenfalls noch die Fuhrwerke fahren, für die sie damals gebaut wurde, nämlich Pferdekutschen. Sie hat immer noch die gleiche Gradiente, bergauf, bergab, Kurve rechts, Kurve links. Dort wollen wir investieren. Aber gerade Sie von den Grünen verhindern mit Ihren überzogenen ideologischen Forderungen einen schnellen Bau, ein sicheres, schnelles Vorgehen.

(Beifall bei der FDP!)

Baumaßnahmen werden verzögert und verteuert. Darin liegt auch der Widerspruch in Ihrer Politik. In der Universitätsstadt Freiberg in Sachsen soll eine Ortsumgehung gebaut werden. Da hat man vor zehn Jahren das letzte Mal eine Fledermaus gesehen; aber wegen dieser Fledermaus müssen zunächst Gutachten erstellt werden, und es darf nicht gebaut werden. So kann es nicht gehen. Das ist der Widerspruch in Ihrer Politik: Sie fordern Infrastruktur, verhindern diese aber gleichzeitig mit überzogenen ideologischen grünen Barrieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE]: Fledermausideologen! -  
Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das denn mit dem Antrag zu tun?)

Der zweite Punkt in Ihrem Antrag ist - das ist wenigstens ein sozialpolitischer Bezug - die Forderung nach höheren Regelsätzen bei Hartz IV und Sozialhilfe. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, die Binnennachfrage

zu stärken; dafür soll die Kaufkraft gefördert werden. Nun haben die Grünen aber doch gerade in diesem Antrag ausgeführt, es solle kein Geld für den Konsum ausgegeben werden.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was? Sie haben das nicht verstanden!)

Auch das ist ein Widerspruch. Diese Widersprüche ziehen sich durch Ihren Antrag wie ein roter Faden.

Bei der Regelsatzerhöhung kommt es doch auf den richtigen Weg an.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eigentlich erwarten wir nur, dass Sie die Anträge richtig lesen!)

Sie fordern mehr Geld, fragen aber nicht, wo das Geld herkommt.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Da nennen Sie mal die Steuersenkungen von der FDP!)

Ich möchte Ihnen einmal sagen, was alles vom Staat bezahlt wird. Jeder bekommt eine Wohnung, und jeder bekommt die Heizkosten bezahlt; auch dann, wenn er das Fenster auflässt, werden die Heizkosten voll vom Staat bezahlt. Die monatliche Hartz-IV-Leistung einer Familie mit zwei Kindern über 15 Jahre beträgt circa 1 600 Euro plus 439 Euro für Sozialabgaben, die der Staat bezahlt. Das muss man erst einmal verdienen.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig ist eines: Wir müssen in unserem Land den sozialen Frieden sichern. Jeder muss wissen, dass er hier abgesichert ist. Daran dürfen wir nicht rütteln. Dafür stehen wir als FDP. Aber ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass wir im Bundestag immer und immer wieder über das Geldverteilen reden und über die Hartz-IV-Empfänger, die das Geld bekommen, aber nicht über die, die es erwirtschaften müssen? Auch die müssen Sie einmal fragen. Das sind die vielen fleißigen Handwerker, die Facharbeiter, die Beamten, die Angestellten,

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht würden die Arbeitslosen auch gerne arbeiten!)

die von früh bis abends schufteten und das Geld für die Hartz-IV-Empfänger aufbringen. Jeder Hartz-IV-Empfänger, der keine Arbeit bekommt, tut mir leid. Trotzdem müssen wir beide Seiten sehen. Es geht auch darum, das Lohnabstandsgebot zu stärken.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum brauchen wir den Mindestlohn!)

Denn irgendwann sind die, die arbeiten, die Dummen.

Dazu darf es in diesem Land nicht kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Drittens holen Sie in Ihrem Antrag noch den Mindestlohn aus der Kiste, um die Leute mit Halbwahrheiten zu verwirren. Wir sagen: Lohnverhandlungen sind Sache der Tarifparteien, nicht der Politik. Es ist wichtig und richtig, dass jeder ordentlich bezahlt wird, damit er von seiner Arbeit leben kann. Doch ein Mindestlohn, wie hier gefordert, ist ordnungspolitisch denkbar falsch.

(Elke Ferner [SPD]: Was ist denn ordnungspolitisch richtig, Herr Kollege? – Markus Kurth



[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lohndumping ist ordnungspolitisch richtig? - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch absurd hier!)

Ist er zu hoch, vernichtet er Arbeitsplätze, ist er zu niedrig, wirkt er nicht. Wir sehen also: Die Grünen haben in ihrem Antrag wieder Dinge zusammengerührt, die nicht zusammenpassen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kriegen das nicht zusammen! -

Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was kriegt denn eine Friseurin in Sachsen?)

Aus Zeitgründen kann ich Ihnen zu diesem Antrag nur noch eines sagen: Notwendig ist eine liberale Politik, ein liberales Bürgergeldkonzept in Verbindung mit einer Reform des Steuersystems, das einfach, niedrig und gerecht gestaltet werden muss, eine Lösung aus einem Guss, die Anreize schafft. Das müssen wir machen. Wir brauchen auch betriebliche Bündnisse für Arbeit, in denen Tarifpartner betriebsspezifische Lösungen finden können. Wir haben Gott sei Dank unseren leistungsstarken Mittelstand, der Innovationen bringt.

(Dr. Edmund Peter Geisen [FDP]: Richtig!)

Dort entstehen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, und dort müssen wir Anreize verstärken; dort müssen wir entlasten, damit Arbeitsplätze entstehen. Packen wir es an! Es gibt viel zu tun. Lasst uns Deutschland erneuern! In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus dem Erzgebirge. (Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Stöckel spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der LINKEN:

Jetzt wird die Oppositionsrede für den Mindestlohn gehalten!)

Rolf Stöckel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der Herausforderungen, vor denen Deutschland steht - auch Markus Kurth hat zu Beginn seiner Rede betont, dass es diese Herausforderungen gibt -, hätten wir erwartet, dass die Grünen in dieser 90-minütigen Kernzeitdebatte einen konstruktiven Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. Stattdessen wurde uns gestern ein offensichtlich mit heißer Nadel gestrickter

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Mit dem Wort „heiße Nadel“ sollten Sie zurückhaltend sein!)

und auf dem Bundesparteitag der Grünen in Dortmund verfasster Antrag vorgelegt. Wenn man von der Polemik absieht, die sich durch den gesamten Antrag zieht, bleiben letztendlich nur einige Forderungen übrig, die schon aus alten Anträgen der Grünen bekannt sind.

Der dickste Hund begegnet uns bereits im ersten Satz des Antrages:

Die klaffenden Gerechtigkeitslücken, die durch die Politik der Bundesregierung in den vergangenen dreieinhalb Jahren ... entstanden sind ...

Man könnte sagen, dass vorher alles in Butter war, weil die Grünen mitregiert haben.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Die Arbeitslosigkeit war gestiegen!)

Die Grünen könnten aber auch sagen: Wir haben mit den Erfolgen der Agenda 2010, auf denen die Große Koalition aufbauen konnte, nichts zu tun. Abbau der Arbeitslosigkeit von 5 Millionen im Jahr 2005 auf 3 Millionen im Jahr 2008? Ist gar nicht passiert. - Das ist doch - entschuldigen Sie den unparlamentarischen, aber zutreffenden Ausdruck - saudumm.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU])

Das wird auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Herbert Wehner hätte gesagt: Meine Damen und Herren, Ihre Behauptungen haben kurze Beine. Deutschland befindet sich, wie auch sehr viele andere Länder, aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Es sind nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährdet, wie auch die aktuelle Statistik ausweist; vielmehr werden die Schwächsten am härtesten getroffen, wenn wir hier nicht handeln würden. Da hätte man von den Grünen doch gerne mehr gehört. Wir müssen die Kräfte bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern, und vor allen Dingen die Basis für den nächsten Aufschwung legen. Denn wir wollen diese Krise nicht irgendwie überstehen, sondern wir wollen gestärkt aus ihr hervorgehen. Das können wir schaffen. Nur mit einer starken, wettbewerbsfähigen und innovativen Wirtschaft können wir den Sozialstaat, Teilhabechancen und Verteilungsgerechtigkeit auf hohem Niveau sichern. Die beschlossenen Maßnahmen sollen und werden dazu beitragen, dass die Konjunktur in Deutschland wieder in Gang kommt, Arbeitsplätze gesichert werden und vor allen Dingen Qualifizierung gefördert wird. In diesen Punkten ist sich die Fachwelt einig. Das scheint ein Problem der Opposition zu sein.

Natürlich setzen auch die Beschlüsse zur Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, zur Erhöhung des Kindergeldes, zur Einführung des Kinderbonus, zur Erhöhung der Regelsätze für Kinder von 6 bis 13 Jahren und zur Erhöhung des Kinderfreibetrages wichtige konjunkturelle Impulse. Der Kernpunkt ist aber das staatliche Investitionsprogramm von insgesamt rund 17,3 Milliarden Euro, das direkt der kommunalen Infrastruktur und damit der Lebensumwelt der Bürgerinnen und Bürger zugutekommen soll. Wer behauptet, dass das die Gesellschaft zunehmend spalte, der hat offensichtlich nicht verstanden, in welcher Situation gerade die Kommunen sind, die die größten sozialen Probleme und eine schwache Infrastruktur haben.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem gemeinsamen Topf von Bund und Ländern werden zu zwei Dritteln Investitionen in den Bildungsbereich - das heißt in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschung - und zu einem Drittel in die Modernisierung der Infrastruktur - das heißt Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmsanierung - finanziert. Von den 4 Milliarden Euro zusätzlicher Bundesmittel wird die Hälfte, also 2 Milliarden Euro, für Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen bereitgestellt. Für sonstige Baumaßnahmen stehen 750 Millionen Euro zur Verfügung. Diese dienen der Grundsanierung

und der energetischen Sanierung von Gebäuden. Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, haben wir bereits im ersten Konjunkturpaket die Mittel für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm um 3 Milliarden Euro aufgestockt. Mit eingeschlossen sind sowohl die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“, mit der der altersgerechte Umbau von Wohnraum durch die KfW gefördert wird, als auch der Investitionspakt, den ich bereits angesprochen habe. Das schafft nachhaltig mehr Barrierefreiheit, hilft auf Dauer den Kommunen, Energiekosten zu sparen, und vermindert die Umweltbelastung. Das haben die Grünen immer eingefordert.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kurth, Sie müssten uns eigentlich einmal loben. Wir hatten gestern in der SPD-Bundestagsfraktion 500 Kommunalpolitiker zu Gast und haben mit ihnen über das Investitionsprogramm diskutiert. Es gibt sicherlich noch Detailprobleme, die zu lösen sind. Da sind vor allen Dingen die Länder gefordert. Wir haben eine breite und große Zustimmung bekommen. Ich glaube, Sie von den Grünen sollten einmal selbst in den Kommunen aktiv werden und daran mitarbeiten, dass diese Maßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler, die Beitragszahler, die Rentner, die Familien und auch die Arbeitslosen, massiv. Ein Großteil dieser Entlastungen ist nachhaltig, das heißt auf Dauer angelegt. Das betrifft vor allem die Steuer- und Beitragssatzsenkungen, (Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das ist ja das Problem! Sie schwächen die Einnahmeseite!) etwa die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 14 Prozent. Bereits unter der rot-grünen Bundesregierung haben wir nach 1998 große Schritte diesbezüglich getan; wir gehen diesen Weg weiter. Es gibt in diesem Jahr eine Entlastung um rund 3 Milliarden Euro und im Jahre 2010 um rund 6 Milliarden Euro. Der Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung wird ab dem 1. Januar 2010 deutlich verbessert. Das ist eine Entlastung von rund 7,8 Milliarden Euro. Über die Familienkassen wird an alle Kindergeldbezieher ein Kinderbonus von einmalig 100 Euro je Kind ausgezahlt. Damit stehen Familien mit Kindern 1,8 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Auf die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder von Hartz-IV-Beziehern und Sozialhilfeempfängern wird meine Kollegin Hiller-Ohm eingehen. Seit dem 1. Januar 2009 erhalten Familien monatlich 10 Euro mehr Kindergeld. Dies wurde im letzten Jahr beschlossen. Rund 2 Milliarden Euro stehen nun für Familien mehr zur Verfügung. Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass auch Kinder von Arbeitslosen besser unterstützt werden. Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten hilfsbedürftige Kinder einen Beitrag von 100 Euro bis zum Abschluss der 10. Klasse; wir Sozialdemokraten wären gerne weitergegangen. Diese Kosten

betragen in den kommenden beiden Jahren 240 Millionen Euro.

Wir haben das Wohngeld bereits zum 1. Januar 2009 von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro erhöht und außerdem rückwirkend zum 1. Oktober 2008 eine Heizkostenpauschale eingeführt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Maßnahmen kosten rund 520 Millionen Euro und helfen den Geringverdienern direkt.

Zu den weiteren Punkten, zur Sicherung der Beschäftigung, zur Verbesserung des Kurzarbeitergeldes, zur Qualifizierung, zur Ausweitung der Mindestarbeitsbedingungen und zur Ausdehnung der Mindestlöhne auf weitere Branchen sowie zur Überprüfung der Bedarfe und Regelsätze in den Grundsicherungen, werden sich meine Kolleginnen Hiller-Ohm und Lösekrug-Möller äußern. Sie werden auch etwas zu dem Vorschlag der Linken sagen, in Deutschland eine egalitäre Vermögensverteilung – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – über die Anhebung der Schonvermögen von ALG-II-Berechtigten zu erreichen.

Meine Damen und Herren, die Maßnahmenpakete der Großen Koalition sind nicht nur international abgestimmt.

Nein, sie sind mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Sachverständigen auf nationaler Ebene ebenso im Konsens beschlossen worden wie mit den Bundesländern und den Kommunalverbänden. Wir legen Wert darauf – das zu betonen, ist in Bezug auf den Vorwurf, es würden Schulden zulasten kommender Generationen gemacht, wichtig –, dass die höhere Verschuldung, die dazu notwendig ist, durch eine absehbare Tilgung in besseren Zeiten abgebaut wird, dass die Investitionen nachhaltig sind und das Ziel der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht aufgegeben, sondern angestrebt wird. Wir Sozialdemokraten sind im Übrigen zu Recht stolz darauf, dass wir unsere Vorschläge in der Großen Koalition in hohem Maße durchsetzen konnten.

Meine Damen und Herren von den Grünen, in einer Zeit großer Herausforderungen, in der es auch gilt, in kritischer Solidarität zusammenzustehen, stellt Ihr Antrag den kläglichen Versuch dar, ein oppositionelles, parteitaktisches Ritual krampfhaft durchzuhalten. Das wird Ihnen nicht nützen, sondern schaden. Wir lehnen Ihren Antrag ab. Das ist kein Rettungsschirm für die Opposition. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Klaus Ernst spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal reden wir im Deutschen Bundestag über die Hartz-Gesetze. Die Grünen legen einen Antrag vor, der unter anderem beinhaltet, den Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen. Meine Fraktion möchte die Vermögensfreigrenzen im SGB II auf 20 000 Euro erhöhen.

Wir versuchen hiermit, kleine Verbesserungen an einem

großen Murks durchzusetzen, den allerdings auch die Grünen – das kann ich ihnen nicht ersparen – mitzuverantworten haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn sie haben den Hartz-Gesetzen genauso zugestimmt wie die SPD.

Meine Fraktion bleibt dabei: Hartz IV muss weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Fast die Hälfte aller Klagen von Betroffenen vor deutschen Gerichten endet mit dem Erfolg der Kläger. Sie klagen gegen Leistungskürzungen. Sie klagen gegen Willkür in den Bewilligungsbescheiden. Sie klagen für schnelle Hilfe, die versagt blieb, obwohl die Heizung abgestellt wurde, und für vieles andere mehr. Das Gesetz erlaubt bürokratische Schikanen und schreibt Verwaltungsexzesse vor.

Es kann ja sein, dass Sie den Eindruck haben, was wir hier vortragen, sei relativ egal. Aber vielleicht hören Sie einmal auf die Presse. Herr Prantl schrieb gestern in der Süddeutschen Zeitung:

Das „Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende“, so der amtliche Titel des Hartz-IV-Gesetzes, ist eine gesetzgeberische Katastrophe ...

Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine Katastrophe für alle Betroffenen, die aufgrund von Schikanen der Behörden ihrer Würde beraubt werden. Es ist eine Katastrophe für die Menschen, die trotz jahrelanger Arbeit nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf einen Regelsatz von inzwischen 351 Euro gedrückt werden. Dass Sozialdemokraten dies mitgemacht haben, werde ich in meinem ganzen Leben nicht mehr verstehen.

Es ist eine Katastrophe, dass sich Menschen arm machen müssen, bevor sie diese Leistung in Anspruch nehmen können, dass sie ihr Vermögen, sofern man bei etwas über 9 000 Euro davon reden kann, aufbrauchen müssen, bevor sie Anspruch auf Unterstützung haben. Es ist eine Schande, dass letztendlich auch noch die Sparbücher der Kinder geplündert werden müssen, bevor Anspruch auf Unterstützung des Staates besteht. Das ist keine Sozialpolitik, das ist eine grenzenlose Sauerei.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine Katastrophe, dass Arbeitnehmer wegen dieser Gesetze eine solche Angst vor Arbeitslosigkeit haben, dass sie bereit sind, Arbeit jeder Art zu akzeptieren: nicht nur 1-Euro-Jobs, sondern Arbeit, bei der die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erhöht wird und bei der Schikanen von Vorgesetzten sowie niedrige Löhne akzeptiert werden. Das Ergebnis dieser Politik können Sie in den amtlichen Statistiken nachlesen. Herr Prantl kommt zu einem richtigen Schluss, wenn er in seinem Artikel von gestern sagt:

Wenn also je ein Gesetz ein gordischer Knoten war: Das Hartz-IV-Gesetz ist einer. Und seit der Antike weiß man, was da zu tun ist.

Sie wissen es leider noch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil sich die SPD, wie an diesem Gesetz deutlich wird, von Sozialpolitik verabschiedet hat,

(Rolf Stöckel [SPD]: Unsinn! Das wird auch

durch Wiederholen nicht richtiger!)

braucht sie sich nicht zu wundern, dass sie bei jeder Wahl von Niederlage zu Niederlage dümpelt.

(Rolf Stöckel [SPD]: Die Welt bei Ihnen ist nur schwarz-weiß!)

Von meinem Vorredner habe ich gerade gehört, die SPD habe alles richtig gemacht und sei mit ihren Vorschlägen auf der Höhe der Zeit. Ich wundere mich nur, warum die Bürger dann offensichtlich so doof sind, die tollen Leistungen Ihrer Partei nicht mehr zu akzeptieren. Darüber müssen Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Regierung verschließt nach wie vor die Augen vor der Realität. Die Armut steigt trotz Erwerbstätigkeit: Waren es im September 2005 noch 950 000 Menschen, die trotz Arbeit Leistungen nach dem SGB II bezogen haben, sind es im Februar 2008 schon 1,3 Millionen gewesen.

(Rolf Stöckel [SPD]: Gut, dass es die Grundsicherung gibt!)

Das Institut Arbeit und Qualifikation stellt fest, 2006 sind 6,5 Millionen Menschen mit Niedriglöhnen beschäftigt gewesen. Die Zahl hat dramatisch zugenommen.

Das ist Ergebnis der Hartz-Gesetze. Wenn Sie sich dieser Realität verweigern, werden Sie die Zustimmung der Arbeitnehmer nicht mehr erlangen, auch wenn Sie bei den Gewerkschaften noch so betteln gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hartz IV bedeutet, dass Leute zur Annahme von 1-Euro-Jobs und Billigarbeit gezwungen werden. Die Konsequenz dieser Politik - ich weiß nicht, ob Sie dies auch ignorieren, ob Sie die Realität bei der Veränderung der Lohnquote nicht mehr zur Kenntnis nehmen - ist, dass die Lohnquote inzwischen einen Stand von knapp über 60 Prozent erreicht hat. Dafür ist die Politik von Hartz mitverantwortlich. Dass Sie als Sozialdemokraten diese Politik einer Senkung der Löhne mitbetrieben haben, ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!

Das ist genau der Punkt! - Rolf Stöckel [SPD]:

Das ist Unsinn, was Sie da reden!)

Damit Sie nicht sagen, dies sei ein Nebeneffekt, von dem Sie vorher nichts gewusst hätten, zitiere ich - ich tue es ungern; aber wo er recht hat, hat er recht - Herrn Sinn aus München.

(Rolf Stöckel [SPD]: Ausgerechnet den!)

- Das sollten Sie sich einmal anhören. Entweder haben Sie dies ignoriert oder nicht verstanden. Ich zitiere Herrn Sinn,

(Andrea Nahles [SPD]: Sie sind sich für nichts zu schade!)

der 2004 gesagt hat:

In Wahrheit geht es um eine Lohnsenkung. Die kommt zustande, weil durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe die bislang Begünstigten auf die Sozialhilfe zurückfallen und bereit sein werden, für weniger Geld zu arbeiten.

(Rolf Stöckel [SPD]: Der hat doch keine Ahnung, der Mann!)

Das hat euch Sinn gesagt. Entweder habt ihr ihn ignoriert

oder nicht verstanden. Ich habe den Eindruck, dass bei euch beides der Fall ist: ignoriert und nicht verstanden.

(Beifall bei der LINKEN - Rolf Stöckel

[SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Mit ihren Hartz-Gesetzen haben die verantwortlichen Parteien dafür gesorgt, dass das größte staatliche Armutsprogramm umgesetzt wurde, das in dieser Republik je zu verzeichnen war. Insgesamt 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche stecken in Hartz. Das Bundessozialgericht hat Ihnen jetzt die Leviten gelesen - dies trifft natürlich für die CDU/CSU genauso zu -: Dieses Gesetz ist verfassungswidrig, und die Regelsätze für Kinder sind willkürlich festgelegt worden. Wie viele Urteile brauchen Sie eigentlich noch, um sich von diesem Holzweg abzuwenden?

(Beifall bei der LINKEN)

Wie viele Urteile müssen Ihnen deutsche Gerichte vorlegen, bevor Sie merken, dass die Hartz-Gesetze nicht akzeptabel sind und dem Rechtsstaatsgedanken dieser Republik widersprechen? - Meinem Vorredner von der CDU sage ich: Daran ändert sich auch dadurch nichts, dass der Regelsatz für Kinder jetzt um 10 Prozent hochgesetzt wird. Es geht darum, dass der Regelsatz individuell festgelegt werden muss. Solange Sie das nicht tun, ist dieses Gesetz nicht verfassungskonform. Zum Antrag der Grünen: Natürlich ist es richtig, die Regelsätze anzuheben. Diesbezüglich stimmen wir Ihnen voll zu; da sind wir auf Ihrer Linie. Ich verstehe nur nicht, warum die Grünen bei 420 Euro hängenbleiben und sich dabei auch noch auf die Sozialverbände beziehen. In der Stellungnahme des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 10. Juni 2008 heißt es: Wird weiterhin der Kaufkraftverlust seit 2003 in Rechnung gestellt, so müsste der Regelsatz nach aktuell zur Verfügung stehenden Daten zur Entwicklung der regelsatzspezifischen Lebenshaltungskosten auf 434 Euro angehoben werden, um bedarfsdeckend zu sein.

(Andrea Nahles [SPD]: Der Arbeitsmarkt- und Sozialexperte!)

Ich verstehe nicht, warum ihr so knickrig seid; ihr habt doch nicht nur Schwaben in der Fraktion.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen ist das grüne Progressivmodell abzulehnen. Letztendlich ist das eine Förderung des Niedriglohnssektors. Dem können wir nicht zustimmen.

Jetzt komme ich zu unserer Position. Wir wollen eine Anhebung der Vermögensfreigrenze auf 20 000 Euro. Zurzeit liegt sie bei maximal 9 750 Euro. Die gegenwärtige Regelung bedeutet Armut per Gesetz. Die Betroffenen müssen ihr Geld verbrauchen, weil sie sonst keinen Anspruch auf Leistungen haben. Es stimmt zwar, dass man Vermögen berücksichtigen muss; mit 9 750 Euro ist man aber sicherlich nicht reich. Es ist Willkür und eine unzumutbare Gängelerei und Quälerei, dass sich Menschen arm machen müssen, bevor sie Leistungen beziehen können.

Wir beziehen uns auf einen DIW-Wochenbericht aus dem Jahr 2009, den Sie offensichtlich auch nicht zur Kenntnis nehmen. Das Nettovermögen hat sich in dieser

Republik verändert, wird uns da attestiert. Das reichste Zehntel der Bevölkerung ist noch reicher geworden und das ärmste Zehntel noch ärmer. Das DIW sagt auch, woran das liegt - ich zitiere aus dem Bericht -: Die Regelungen zum Arbeitslosengeld II dürften „zu einem stärkeren Entsparen im Falle von Arbeitslosigkeit beigetragen“ haben, „da eigenes Vermögen zunächst weitgehend aufgezehrt werden muss, bevor diese staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden kann“. Hier hat Ihnen ein wissenschaftliches Institut bestätigt, dass Sie mit Ihrer Regelung zum Schonvermögen und der Regelung, dass zunächst Vermögen verbraucht werden muss, letztendlich zu einer ungleichen Vermögensverteilung in dieser Republik beitragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb könnten Sie wenigstens in dieser Frage unserem Antrag zustimmen.

Da die Firma Schaeffler vorhin genannt worden ist: Wie verhalten wir uns denn, wenn die Millionärin Frau Schaeffler zur Bundesregierung kommt und 6 Milliarden Euro haben möchte, weil sie offensichtlich mit ihrem Geschäftsführer Geld verzockt hat? Was machen wir denn dann? Sagen Sie ihr auch, sie solle erst einmal ihren Pelzmantel ausziehen, weil sie sonst nichts bekomme, wie Sie das bei den Arbeitslosen machen?

(Beifall bei der LINKEN)

Sagen Sie auch ihr, sie solle sich eine kleinere Wohnung nehmen?

(Jürgen Klimke [CDU/CSU]: Sie schicken lieber die Arbeitnehmer nach Hause, oder?)

Hier geht es nicht um 351 Euro im Monat, sondern um Milliarden. Ich sage Ihnen: Sie behandeln die Menschen in diesem Land ungleich, und das akzeptieren die Menschen nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte deutlich sagen - ich habe recherchiert und Folgendes festgestellt -: Die INA-Holding Schaeffler KG kommt ihrer Verpflichtung, den Jahresabschluss zu publizieren, nicht nach. Sie veröffentlichen noch nicht einmal, was sie verdienen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Müssen sie ja auch nicht!)

Trotzdem erhalten sie mit der Frage, wie viele Millionen sie überwiesen bekommen, Zugang zur Bundesregierung. Bei einer solchen Ungleichbehandlung werden die Menschen sagen: Das ist ein Staat, den wir nicht mehr akzeptieren. Ihr Verhalten führt genau dazu, übrigens auch das eine oder andere Urteil über Steuerflüchtlinge. Ich kann nur sagen: Ändern Sie diese Politik! Die einen müssen sich wegen 351 Euro arm machen; wenn es um Milliarden geht, sorgen Sie aber nicht dafür, dass die Leute ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen. Wir bleiben dabei: Hartz ist Schikane und Willkür. Deswegen ist es richtig, dass dieses Gesetz nach wie vor nach jemandem benannt ist, der ein vorbestrafter Gesetzesbrecher ist, nämlich nach Herrn Hartz. Genau so ist es richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Anhebung der Regelsätze. Wir wollen eigenständige, bedarfsdeckende Regelsätze für Kinder



und Jugendliche. Wir wollen, dass die Zumutbarkeit von Arbeit anders geregelt wird. Wir wollen, dass Arbeit anständig entlohnt wird und die 1-Euro-Jobs sofort aufhören; wir wollen stattdessen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Mit Bedarfsgemeinschaften muss Schluss sein. Jeder Mensch muss einen eigenen Anspruch auf Leistungen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Kürzungen von Leistungen unter das Existenzminimum entsprechen nicht der Würde des Menschen und müssen aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern in diesem Antrag die Erhöhung des Schonvermögens. Außerdem fordern wir: Weg mit Hartz IV. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Was macht ihr denn mit dem Schonvermögen, wenn ihr Hartz IV abschafft?)  
Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Stefan Müller hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ernst, ich muss schon sagen: Das, was Sie hier wieder abgeliefert haben, ist - man erwartet es von Ihnen nicht anders - unterirdisch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem die Art und Weise, wie Sie hier über Familienunternehmen reden - ich will überhaupt nicht entschuldigen, was bei der INA-Holding abgelaufen ist; dass man sich dort vielleicht verspekuliert hat, will ich nicht in Abrede stellen -,

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wie bedauerlich, was?)

ist schlichtweg unanständig. Ich wünschte mir, dass noch mehr Unternehmen dem Standort Deutschland die Treue halten würden, wie die Familie Schaeffler es schon über Jahrzehnte tut. Ich lade Sie gern in meinen Wahlkreis ein. Halten Sie dort bitte die gleiche Rede und erklären Sie den Beschäftigten - allein in meinem Wahlkreis sind es 10 000 -, was passieren wird, wenn man der Familie Schaeffler und der INA-Holding nicht hilft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Herr Ernst, unmöglich!

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Sie kennen doch unsere Forderung! Verteilung an die Arbeitnehmer!)

Nun dachte ich, dass Sie, Herr Ernst, und Ihre Abteilung hier alleine für den Klassenkampf zuständig sind.

Aber es ist leider so, dass Ihnen etwas Konkurrenz bei den Grünen erwächst; das ist gewissermaßen Konkurrenz von rechts. Wenn man sich Ihren Antrag durchliest, Herr Kurth, und sich anhört, was Sie hier zu sagen haben, dann kann man es nicht anders bezeichnen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klassenkampf?)

Herr Kollege Schiewerling hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass der Inhalt Ihres Antrags mit dem, was die Überschrift verheißt, leider nicht viel zu tun hat. Zunächst einmal haben Sie recht. Das Jahr 2009 wird sicherlich das Jahr der Wirtschaftskrise sein. Jedenfalls sind sich alle Experten einig, dass wir in diesem Jahr eine Rezession bekommen, im schlimmsten Falle den größten Absturz seit 60 Jahren, seit Bestehen der Bundesrepublik. Klar ist, dass die Schönwetterperiode der vergangenen Jahre mit steigenden Wachstumsraten, sinkenden Arbeitslosenzahlen und sprudelnden Steuereinnahmen erst einmal vorbei sein wird. Klar ist auch, dass sich in unserem Land Verunsicherung breit macht; ich denke, da sind wir uns einig. Es gibt Verunsicherung bei den Arbeitnehmern, die heute nicht wissen, ob sie ihren Arbeitsplatz behalten werden können, bei den Unternehmern, die nicht wissen, ob ihr Betrieb die Krise übersteht, bei jungen Menschen, die nicht wissen, ob sie, wenn sie die Schule abschließen oder ihr Studium beenden, einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz bekommen, und bei der älteren Generation, die nicht weiß, ob ihre Altersversorgung noch sicher ist. Das bedeutet, dass die Krise, der wir uns in diesem Jahr stellen müssen, alle bestehenden Herausforderungen wie Globalisierung, Demografie und Klimawandel sicherlich verstärken wird. Aber ich bitte inständig darum, dass wir uns jetzt keinen Überbietungswettbewerb mit immer schlechteren Prognosen abliefern, sondern dass wir uns gemeinsam darauf einstellen, dass wir auf diese Krise reagieren müssen und dass Konsequenzen gezogen werden müssen.

Ich finde, dass wir in Deutschland gute Gründe haben, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft, vor allen Dingen in das Jahr 2009 zu blicken. Wir haben gut aufgestellte Unternehmen. Wir haben gut ausgebildete, motivierte Arbeitnehmer. Wir haben in den vergangenen Jahren als Große Koalition die nötigen Weichenstellungen zur Modernisierung dieses Landes vorgenommen. All das wird dazu beitragen, dass wir diese Krise besser überstehen. Wir sollten uns nicht von Untergangsszenarien irre machen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kurth, Sie haben davon gesprochen, dass dies eine konjunkturelle Krise ist.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ich habe gesagt, dass es eine strukturelle Krise ist! Strukturwandel!)

Ich möchte Ihnen ausdrücklich widersprechen. Diese Krise ist nicht konjunkturbedingt, sondern ist eine Auswirkung der Finanzmarktkrise. Das will ich an dieser Stelle anmerken. Ich denke, wir alle haben uns in den schlimmsten Albträumen nicht vorstellen können, was im Zusammenhang mit dieser Finanzmarktkrise international abgelaufen ist. Eine explosive Mischung aus billigem Geld, unverantwortlicher Kreditvergabe, Leichtgläubigkeit, mangelndem Risikobewusstsein - was auch immer Sie anführen wollen - zusammen mit einem übersteigerten Streben nach schnellen und immer höheren Gewinnen haben diese Entwicklung überhaupt erst möglich

gemacht.

Ich sage ganz deutlich: Das, was im letzten Jahr passiert ist, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Finanzmarktkrise war nicht die Folge von Staatsversagen

(Andrea Nahles [SPD]: Ja! Richtig!)

oder des Versagens unserer sozialen Marktwirtschaft,

(Andrea Nahles [SPD]: Da haben Sie recht!)

sondern das Ergebnis einer Verletzung ethischer bzw. moralischer Grundlagen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Oh nein! Das wäre viel zu einfach!)

Deswegen ist es wichtig, dass wir reagieren. Die internationalen

Finanzmärkte brauchen Spielregeln, und die

Bundesrepublik Deutschland ist gut beraten, die Entwicklung

solcher Spielregeln auf europäischer und internationaler

Ebene einzufordern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Große Koalition leistet mit dem Konjunkturpaket

einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der

Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Es besteht aus einer

klugen Mischung aus staatlichen Investitionen auf der

einen Seite und der Stärkung der Binnennachfrage auf

der anderen Seite. Das Ziel ist klar: Wir wollen die Arbeitsplätze

in Deutschland erhalten. Bei allen Maßnahmen,

die wir in diesem Jahr durchführen, ist die Sicherung

der Arbeitsplätze das übergeordnete Ziel.

Gleichzeitig wollen wir diese Krise als Chance nutzen;

Kollege Stöckel hat schon darauf hingewiesen. Wir wollen

Investitionen in die Zukunft tätigen. Wir wollen aber

auch die Steuern und Abgaben dauerhaft senken.

Im Rahmen des Investitionsprogramms werden wir

eine deutliche Erhöhung des Umfangs staatlicher Investitionen

vornehmen. In den Jahren 2009 und 2010 wird

sich das Volumen auf 18 Milliarden Euro belaufen.

Herr Kurth, die Grünen kritisieren in ihrem Antrag,

das Prinzip der Politik der Bundesregierung laute „mehr

Beton statt mehr Gerechtigkeit“. Außerdem führen Sie

darin aus, die Bundesregierung verfolge das Ziel, für

„makellose Bundesstraßen“ zu sorgen. Ich empfehle Ihnen,

einen Blick in unseren Gesetzentwurf – mittlerweile

dürfte er auch Ihnen vorliegen –

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ja!)

zu werfen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben

wir schon gemacht! Keine Sorge!)

Zwei Drittel der Investitionen, die getätigt werden sollen,

fließen in Bildungseinrichtungen: in Kindergärten,

Schulen und Hochschulen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ein großer Teil fließt in den Straßenbau!

Deswegen reden wir ja auch von Beton!)

Ein Drittel der Investitionen fließt in Infrastrukturmaßnahmen:

in Straßen, Schienen, Krankenhäuser, den Städtebau

und die Breitbandversorgung.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ja, genau! Das sage ich doch: auch in

Straßen! Ein Drittel der gesamten Investitionen

ist doch jede Menge Geld, oder etwa nicht?)

Da können Sie doch nicht sagen, wir würden in Beton statt in Gerechtigkeit investieren. Herr Kollege Kurth, natürlich geht es uns auch darum, die Zukunftschancen junger Menschen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Von diesen Maßnahmen wird nicht nur die Bauwirtschaft profitieren, sondern davon werden aufgrund verbesserter Lernbedingungen auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Studentinnen und Studenten profitieren. Weil Sie in Ihrem Antrag das Stichwort „Gerechtigkeit“ erwähnen, sage ich Ihnen: Unsere Maßnahmen sind auch ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit; denn in Zukunft können die Bildungseinrichtungen eine bessere Infrastruktur anbieten. Daher wären Sie gut beraten, die Kritik, die Sie in Ihrem Antrag haben verlautbaren lassen, in Zukunft nicht zu wiederholen. Unser zweites Ziel ist die Stärkung der Binnennachfrage. Uns war klar, dass man mit einem solchen Konjunkturpaket nicht nur die Wirtschaft unterstützen darf. Herr Ernst, es geht uns ausdrücklich nicht darum, nur die Unternehmen zu fördern, sondern auch darum, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft zu entlasten. Das ist auch notwendig, weil ihre finanziellen Spielräume immer geringer werden. Das liegt allerdings nicht daran, dass die Bruttolöhne der Arbeitnehmer zu niedrig sind, sondern daran, dass die Abzüge zu hoch sind und das, was ihnen von ihrem Gehalt netto übrig bleibt, immer weniger ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wer kriegt denn den größten Anteil davon?)

Das ist das eigentliche Problem, das wir lösen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ernst zulassen?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Bitte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte, Herr Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Kollege, Sie haben kritisiert, dass ich das Familienunternehmen Schaeffler angegriffen habe.

Erstens. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es Pressemeldungen gibt, in denen zu lesen ist, dass das Privatvermögen von Frau Schaeffler in Höhe von 6 Milliarden Euro offensichtlich nicht zur Sanierung des Unternehmens verwendet werden soll, sondern dass man auf den Staat zurückgreifen will, obwohl das Unternehmen über ein Eigenkapital von 300 bis 600 Millionen Euro verfügt?

Zweitens. Sind Sie bereit, zu akzeptieren, dass die Menschen, die, bevor sie staatliche Hilfen in Anspruch nehmen können, ihr gesamtes privates Vermögen offenlegen und sogar aufbrauchen müssen, nicht amüsiert sind, einen solchen Vorgang zur Kenntnis nehmen zu müssen?

(Beifall bei der LINKEN)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Ernst, ich nehme gerne zur Kenntnis, dass Sie nicht bereit sind, andere Umstände zur Kenntnis zu nehmen. Ihr Lernbedarf ist sicherlich noch ausbaufähig.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Was für eine Arroganz!)

Um auf Ihre konkreten Fragen zu sprechen zu kommen:

Ich kenne die Kontoauszüge und die Vermögensaufstellung von Frau Schaeffler nicht.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Die Presse kennt sie! Das ist in der Zeitung zu lesen!)

Ob das Privatvermögen von Frau Schaeffler, wie Sie erwähnt haben, 6 Milliarden Euro beträgt, weiß ich nicht.

Ich unterstelle aber, dass diese 6 Milliarden Euro nicht auf irgendwelchen Konten liegen, sondern im Unternehmen investiert sind. Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Gewinne dieser Firma nicht nur auf verschiedene Konten überwiesen, sondern reinvestiert wurden; ich glaube, dass ich das ein bisschen beurteilen kann. Das ist die Art und Weise, wie Familienunternehmen in Deutschland agieren. Dass Ihnen wegen der Mitbestimmung und wegen vielem anderem, mit dem Sie hineinregieren können, große Kapitalgesellschaften lieber sind, ist mir klar.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Volkseigene Betriebe wollen die!)

Ich sage noch einmal: Ich bin stolz darauf, dass wir Familienunternehmer haben, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, indem sie Arbeitsplätze in Deutschland zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Ganz schwach, Herr Müller!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie auch eine Zwischenfrage von Frau Enkelmann zulassen?

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):  
Bitte.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Kollege, meinen Sie nicht, dass Unternehmen, bevor öffentliche Gelder an sie fließen, eine Bedürftigkeit nachweisen sollten, dass also ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen ist?

(Rolf Stöckel [SPD]: Das ist doch logisch! -

Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Was

hat die Bundesregierung denn gestern gemacht?)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Frau Kollegin Enkelmann, ich habe meine Informationen genau wie Sie aus der Zeitung. Den Medien zufolge werden Gespräche geführt. Das Ergebnis dieser Gespräche kennen weder Sie noch ich. Ich gehe davon aus, dass die Eigentümerfamilie ihrer Verantwortung gerecht wird und auch Privatvermögen einsetzen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zurück zum Antrag der Grünen. Herr Kurth, Sie sagen, dass Steuersenkungen nichts bringen, weil die Hälfte der Bevölkerung gar keine Steuern zahlt. Was ist das für eine Denkweise? Weil Schüler und Jugendliche

keine Steuern zahlen, weil Arbeitslose keine Steuern zahlen, weil die meisten Rentner keine Steuern zahlen, weil viele Arbeitnehmer keine Steuern zahlen, soll man die, die Steuern zahlen, nicht entlasten? Das muss man nicht verstehen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth zulassen? – Bitte schön.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht nach Schaeffler fragen!)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Wenn Sie nach Schaeffler fragen, Herr Kurth, lade ich Sie einmal nach Herzogenaurach ein.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kollege Müller, ist Ihnen erinnerlich, dass ich den Bundesfinanzminister zitiert habe, der deutlich sagte, dass bei Einkommen oberhalb von 3 500 Euro netto die Sparquote außerordentlich hoch ist und insofern anzunehmen ist, dass eine Erhöhung des Nettoeinkommens durch eine Steuersenkung keineswegs zu mehr Konsum und einer Erhöhung der Binnennachfrage führt, sondern zusätzlich gespart wird? Was sagen Sie zu dieser Auffassung des Bundesfinanzministers?

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Hat er da unrecht?)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Wenn der Bundesfinanzminister hier seine persönliche Auffassung vertritt, muss ich mich dieser nicht unbedingt anschließen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber Ihr Minister!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Bei den Steuersenkungen, für die sich die Union einsetzt, geht es nicht allein um eine Stärkung der Binnennachfrage, sondern auch um eine Selbstbeschränkung der Politik. Wir wollen die Steuern und Abgaben dauerhaft senken. Mein Verständnis von Politik ist nicht, dass der Staat den Menschen immer mehr abnehmen sollte, um es umzuverteilen. Mein Verständnis von Politik ist, dass der Staat den Menschen nur das abnehmen sollte, was er braucht, um seine Aufgaben zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –

Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann führen Sie doch die Schuldenbremse sofort ein und nicht erst ab 2013!)

In diesem Sinne will ich den Einstieg in Steuer- und Abgabensenkungen verstanden wissen. Ich meine, die Bürgerinnen und Bürger können besser entscheiden, was mit ihrem Geld passieren soll, als es der Staat kann.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So viel Schulden hatten wir noch nie! Die müssen abgetragen werden!)

Darum geht es mir, Herr Kollege Kurth.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Einen Punkt im Antrag der Grünen kann ich unterstützen, nämlich die Senkung der Sozialabgaben. Damit haben Sie recht. Aber ich darf Sie daran erinnern, dass die Große Koalition die Sozialabgaben gesenkt hat wie keine Regierung vor ihr.

(Zuruf von der FDP: Ach ja? Gesundheitsfonds!)

Zum Beispiel hat sie den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent gesenkt. Das ist eine Entlastung von 25 Milliarden Euro. Was kritisieren Sie also? Dieses Konjunkturpaket ist ein Bündel von Maßnahmen, um der Krise entgegenzuwirken, aber mit Augenmaß und ohne Panik.

Die Grünen sprechen von Gerechtigkeitslücken und von Armut.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar seitens der Kollegin Haßelmann.

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Das würde meine Redezeit verlängern. Vielen Dank!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben gerade eindringlich die Steuersenkungen verteidigt und gleichzeitig von Wohltaten für die Kommunen gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass das IMK ausgerechnet hat, dass die in den Konjunkturpaketen vorgesehenen Steuersenkungen für die Kommunen Mindereinnahmen von 1,9 Milliarden Euro bedeuten? Wie wollen Sie das zusammenbringen? Auf der einen Seite feiern Sie das Konjunkturpaket als das Paket für die Kommunen, auf der anderen Seite wissen Sie, dass die Steuersenkungen, die Sie verteidigen, für die Kommunen Milliardenausfälle bedeuten.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie dazu, Herr Müller?)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Wenn Sie sich dieses Konjunkturpaket einmal genau und vor allem in seiner Gesamtheit anschauen, also nicht immer nur einzelne Punkte herausgreifen,

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist doch linke Tasche, rechte Tasche!)

dann werden Sie feststellen, dass die Kommunen unter dem Strich mehr Geld für kommunale Investitionen zur Verfügung haben werden, sodass die Ausfälle, die dort vielleicht entstehen werden,

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nicht vielleicht!)

durchaus ausgeglichen werden können. Insofern sehe ich dieses Problem am Ende nicht.

Ich sage noch einmal: Es geht bei den Steuersenkungen sowohl darum, die Binnennachfrage zu stärken, als auch darum, jetzt damit anzufangen, die Menschen wieder zu entlasten. Wir mussten 2005 einen Bundeshaushalt übernehmen, den auch Sie von den Grünen mitzuverantworten hatten und der in einem katastrophalen

Zustand war, weswegen wir den Menschen gesagt haben, dass wir ihnen Belastungen nicht ersparen können.

Wir haben ihnen gleichzeitig aber immer auch das Signal gegeben, dass es Entlastungen geben muss und geben

wird. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht in diesem

Jahr, in dem wir wirtschaftliche Probleme haben, sollen wir denn über Entlastungen nachdenken? Insofern ist es richtig, dass wir das tun; das ist für die Kommunen, so denke ich, durchaus auch verantwortbar.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

NEN]: Sie belasten die Kommunen! Dazu haben Sie nichts gesagt!)

Frau Präsidentin, ich fasse zusammen: Gerade in Krisenzeiten braucht dieses Land eine Regierung, die die Herausforderungen mit Entschlossenheit, aber ohne Panik angeht.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Die haben wir nicht! - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wann kriegen wir die?)

Diese Bundesregierung geht diesen Weg. Das Konjunkturpaket, das wir auf den Weg bringen werden, ist richtig und ausgewogen. Damit tragen wir den verschiedenen Problemlagen dieser Krise Rechnung. Es ist der richtige Weg, um diesen Abschwung abzumildern, Arbeitsplätze zu erhalten und damit auch soziale Sicherheit zu gewährleisten. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat die Kollegin Hiller-Ohm für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Es ist das gute Recht der Opposition, Regierungshandeln, also auch unser Konjunkturpaket, zu kritisieren. Ich erwarte von Ihrer Seite dann aber auch echte Alternativen. Die bleiben Sie uns jedoch schuldig.

Sie wollen die Konjunkturkrise mit einem Antrag von gerade einmal anderthalb Seiten, auf denen vier Forderungen stehen, bewältigen und damit obendrein noch die Gerechtigkeitslücke in Deutschland schließen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Das ist doch Quatsch!)

Wenn das zumindest innovative Vorschläge wären! Was Sie uns jedoch vorlegen, ist nichts Neues und wird nicht zur Bewältigung der Krise beitragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu Ihrer ersten Forderung. Sie wollen eine Aufstockung der Sozialleistung für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger um 69 Euro und so die Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln. Bei dem Betrag stützen Sie sich auf die Berechnung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und erwecken den Eindruck, als habe dieser das objektiv wahre Niveau eines soziokulturellen Existenzminimums berechnet.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Habe ich davon etwas gesagt? - Gegenruf des Abg. Rolf Stöckel [SPD]: Sie haben aber den Eindruck erweckt!)

Es gibt hier aber nicht eine „einzige Wahrheit“; denn natürlich hat auch das Ministerium den geltenden Regelsatz sehr genau und in einem transparenten Verfahren errechnet und begründet.

Zurzeit werden die Regelsätze vom Ministerium auf Grundlage der neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe überprüft.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:



Das hören wir schon seit zwei Jahren!)

Mit dem Ministerium besteht Einvernehmen, dass der Zeitraum zwischen zwei Stichproben - das sind in der Regel fünf Jahre - zu lang ist. Wir wollen kürzere Abstände, um die Regelsätze besser an die tatsächlichen Bedarfe der Leistungsempfänger anpassen zu können. Ich halte es jedoch für falsch, das gewählte Verfahren generell über Bord zu werfen.

(Andrea Nahles [SPD]: Richtig!)

Ich erinnere: In der letzten Legislaturperiode haben wir Sozialdemokraten gemeinsam mit Ihnen, den Grünen, die damalige Arbeitslosenhilfe abgeschafft und durch das Arbeitslosengeld II ersetzt.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

War ja auch grundsätzlich richtig!)

Wir haben erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger aus der Sozialhilfe herausgeholt (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und ihnen Fördermöglichkeiten und Ansprüche über die Sozialgesetzbücher II und III eröffnet, die sie vorher nicht hatten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig!)

Gemeinsam mit Ihnen haben wir hierzu die gesetzlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Wir haben das aus gutem Grund getan. Unser gemeinsames rot-grünes Anliegen war es, durch die Arbeitsmarktreformen Menschen aus dem Leistungsbezug heraus in Arbeit zu bringen und ihnen Perspektiven für ein eigenständiges Leben ohne staatliche Transferleistungen zu bieten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist uns gelungen. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen sprechen für sich.

Gute Arbeit und faire Löhne für alle erwerbsfähigen Menschen sind eine sehr wichtige Grundlage für mehr Gerechtigkeit und Chancen in unserer Gesellschaft. Das gilt insbesondere in Krisenzeiten. Gerade jetzt müssen wir alles tun, um Arbeit zu erhalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicht durch höhere staatliche Sozialleistungen, sondern durch den Erhalt von Arbeit helfen wir den Menschen in der Konjunkturkrise und stärken gleichzeitig den Binnenmarkt. Das ist der richtige Weg. Deshalb ist es richtig, dass Minister Scholz gemeinsam mit uns den Bezug des Kurzarbeitergelds verlängert und dies auch auf die Zeitarbeitsbranche ausgeweitet hat und die Weiterbildung stark fördert.

Sie fordern in Ihrem Antrag gerechte Löhne und fairen Wettbewerb. Wir setzen dies bereits politisch um.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein großer Erfolg, dass es uns gerade jetzt gelungen ist, sechs weitere Branchen mit Mindestlöhnen abzusichern. Insgesamt haben wir damit 13 wichtige Branchen erfasst. Die Zeitarbeit wird in Kürze folgen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Das liest sich aber anders!)

- Lieber Herr Kurth, wir haben mit der Union im Übrigen sehr viel mehr erreicht, als uns mit Ihnen möglich

war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden nicht lockerlassen. Unser Ziel bleibt ein einheitlicher flächendeckender Mindestlohn. Das ist die beste Lösung gegen Lohndumping und für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gute Arbeit und gerechte Löhne helfen übrigens auch den Kindern von erwerbsfähigen Menschen im Sozialhilfebezug. Das größte Armutsrisiko ist nämlich die Arbeitslosigkeit. Die Armutsrisikoquote von Erwerbslosen liegt mit 43 Prozent mehr als dreimal höher als die der Gesamtbevölkerung. Kinder aus armen Familien haben im Vergleich zu Gleichaltrigen aus finanziell gesicherten Verhältnissen ein doppelt so hohes Risiko, in ihrer sozialen, gesundheitlichen und auch sprachlichen Entwicklung beeinträchtigt zu werden. Deshalb ist es richtig, dass wir gerade auch Alleinerziehenden einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir legen ein 13 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm speziell für die Kommunen auf. Mit diesem Programm wird sich die Infrastruktur im Bildungs- und Betreuungsbereich spürbar und nachhaltig verbessern. Ein derartiges Programm hat es in Deutschland bislang noch nicht gegeben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben es auf den Weg gebracht. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, lehnen es ab. Das ist bedauerlich;

(Beifall des Abg. Rolf Stöckel [SPD])

denn mit diesem Programm schaffen wir vor Ort und vor allen Dingen ganz konkret bessere Bedingungen, mehr Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit für unsere Kinder.

(Beifall bei der SPD - Markus Kurth [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Steuersenkungen!)

Sie wollen die Gerechtigkeitslücke durch eine Neubemessung der Kinderregelsätze schließen. Das ist eine der vier Forderungen in Ihrem Antrag. Dieses Anliegen haben wir hier schon häufig diskutiert.

Unsere Position ist klar: Auch wir halten das derzeitige Verfahren für nicht ausreichend. Wir haben uns für die Ermittlung der Eckregelsätze für erwachsene Leistungsbezieher gemeinsam mit Ihnen auf das Instrument der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe geeinigt. Dieses Verfahren muss auch für betroffene Kinder gelten.

(Beifall bei der SPD)

Das Ministerium hat in einer Sonderstudie die Kinderbedarfe auf Grundlage der alten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe unter die Lupe genommen und festgestellt, dass nachgebessert werden muss. Das Sozialgeld für die 6- bis 13-Jährigen hat sich als zu niedrig erwiesen und wird deshalb ab dem 1. Juli dieses Jahres von 60 auf 70 Prozent des Eckregelsatzes für erwachsene Leistungsbezieher, also um 35 Euro, aufgestockt. Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass wir diese Erhöhung mit unserem Koalitionspartner so schnell durchbekommen würden. Danke schön an dieser Stelle auch an Sie.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist uns im Übrigen die Konjunkturkrise zu Hilfe gekommen. Die Erhöhung des Kinderregelsatzes ist Teil des Konjunkturprogramms II und wird die Situation von rund 820 000 Kindern verbessern. Wir kommen damit auch den jüngsten Forderungen des Bundessozialgerichts entgegen, das übrigens nicht die Höhe der Regelsätze für Kinder, sondern die pauschale Ableitung vom Erwachsenenregelsatz als verfassungswidrig beurteilt hat.

(Beifall des Abg. Rolf Stöckel [SPD] -  
Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Daran halten Sie doch fest!)

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit ist uns gelungen: Wir haben das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr durchgesetzt. Außerdem erhalten alle Familien pro Kind einmalig 100 Euro extra.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, eines ist klar: Mit Ihrem Vierpunkteantrag schließen Sie die von Ihnen beklagte Gerechtigkeitslücke in Deutschland nicht. Das wird auch der Linksfraktion mit ihrem Antrag mit dem Titel „Sozialen Absturz von Erwerbslosen vermeiden - Vermögensfreigrenzen im SGB II anheben“ nicht gelingen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Selbstbehalt von 20 000 Euro pro Person in einer Bedarfsgemeinschaft, unabhängig vom Alter, Akzeptanz in unserer Gesellschaft finden wird. Eine vierköpfige Familie könnte dann 80 000 Euro besitzen und trotzdem Sozialleistungen beziehen. Das muss man erst einmal vermitteln.

Wie kommen Sie eigentlich auf 20 000 Euro?

Eine Begründung für diesen Betrag finden wir in Ihrem Antrag nicht. Hier geht es wohl wieder einmal nach Ihrem altbekannten Motto: Darf es ein bisschen mehr sein?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Es ist nicht so, Herr Ernst, dass wir überhaupt keinen Selbstbehalt für Bezieher von Arbeitslosengeld II vorgesehen haben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Ja. - Wir haben Freigrenzen in vernünftiger Höhe eingezogen. Selbstgenutztes Wohneigentum und ein Auto zum Beispiel werden nicht angerechnet. Auch bei der Altersvorsorge haben wir komfortable Freibeträge gewährt. Ich denke, das ist sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

(Andrea Nahles [SPD]: Wir haben zehn Minuten!)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Ja. - Meine Damen und Herren, Sie sehen, die SPD hat die richtigen Konzepte. Wir werden mit diesen Konzepten die Krise bewältigen; da bin ich zuversichtlich. Sie bleiben hinter Ihrem Anspruch deutlich zurück. Ihr

Antrag ist - so will ich es einmal sagen - wirklich nicht zielführend, wenn Sie damit Armut, Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit in Deutschland verhindern wollen. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren von der Linken. Wir sind auf dem richtigen Weg. Unterstützen Sie uns! Dann kommen wir voran.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Erwin Lotter hat jetzt für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Peter Haustein hat sich mit dem Antrag der Grünen befasst. Ich werde mich daher auf den Antrag der Linksfraktion konzentrieren.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist nett!)

Ich habe Ihren Vorschlag zur Ausweitung der Vermögensfreigrenzen für Hartz-IV-Empfänger zweimal durchgerechnet; denn beim ersten Mal dachte ich: Das muss ein Irrtum sein. Eine junge Familie mit zwei Kindern zum Beispiel, also eine Bedarfsgemeinschaft von vier Personen, dürfte nach dem Vorschlag der Linken bis zu 80 000 Euro Vermögen anrechnungsfrei besitzen und trotzdem für alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft Hartz IV beziehen. Das, meine Damen und Herren der Linken, ist ein groteskes und bizarres Verständnis von gesellschaftlicher Solidarität.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Leistungen nach SGB II, also Hartz IV, werden von der Gemeinschaft der Steuerzahler aufgebracht.

(Heinz-Peter Haustein [FDP]: Richtig!)

In Ihrem Verständnis, liebe Kollegen und Kolleginnen der Linken, sind Steuerzahler offensichtlich alle Großverdiener. In der Realität sieht das aber anders aus. Viele Menschen mit geringem Einkommen, wenn auch nur knapp über dem steuerlichen Grundfreibetrag, zahlen Steuern, aus denen auch Hartz IV finanziert wird.

(Heinz-Peter Haustein [FDP]: So ist es!)

Wollen Sie wirklich, dass Familien, die nur über ein geringes Arbeitseinkommen und über wenig bis gar kein Vermögen verfügen, vermögende Bezieher von Hartz IV mitfinanzieren? Ist das Ihr Verständnis von Solidarität?

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Zunächst einmal wollen wir die Löhne, die Sie wünschen, in der Höhe nicht!)

Bleiben wir bei dem Beispiel. Wenn eine vierköpfige Bedarfsgemeinschaft ein anrechnungsfreies Sparvermögen in Höhe von 75 000 Euro besitzt, würde dieses Kapital bei 5 Prozent Verzinsung über 300 Euro Zinsen monatlich abwerfen. Sollen auch diese Zinsen anrechnungsfrei bleiben? Es gibt nur eine Erklärung für diese absurde Politik der Linken: Sie wollen die Gesellschaft ganz bewusst spalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sind in Wahrheit nicht gegen Hartz IV. Vielmehr nutzen Sie die Bedürftigkeit der Menschen ganz gezielt für

Ihre Propaganda aus.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Lotter, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ernst zulassen?

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Bitte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Kollege, ich will auf die Studie des DIW hinweisen und fragen, ob Sie diese zur Kenntnis genommen haben. Dort heißt es, dass von 2002 bis 2007 beim untersten Zehntel, also bei den 10 Prozent der Bevölkerung, die in der untersten Vermögens- und Einkommenssituation leben, nicht nur kein Vermögen vorhanden war, sondern dass sich das nicht vorhandene Vermögen sogar verringert hat. Diese Menschen haben eine negative Vermögenssituation, die von minus 1,2 auf minus 1,6 Prozent gesunken ist. Mit anderen Worten: Diese Menschen haben mehr Schulden als zuvor. Das DIW schreibt: Unter den Arbeitslosen wuchs ihr Anteil, also der Anteil derjenigen, die kein Vermögen haben, deutlich an, von 41 auf 49 Prozent. Glauben Sie nicht, dass sich die Betroffenen, die nun Ihre Rede hören, angesichts dieser Realitäten fragen, von welchen 80 000 Euro Sie überhaupt reden?

(Birgit Homburger [FDP]: Von denen in Ihrem Antrag!)

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Lieber Herr Kollege Ernst, ich rate Ihnen, die Papiere, die Sie zitieren, vollständig zu lesen; denn das DIW kommt in der von Ihnen zitierten Studie zu dem völlig richtigen Fazit, dass das Hauptproblem unter Hartz-IV-Beziehern die unterdurchschnittlich niedrige Qualifikation für den Arbeitsmarkt ist. Jeder Dritte hat keine Berufsausbildung, jeder Fünfte keinen Hauptschulabschluss.

In jedem Hartz-IV-Bezieher sehen Sie einen potenziellen Wähler, der Ihrer Propaganda hinterherläuft. Sie wollen, dass sich die Menschen in Hartz IV einrichten. Deswegen verwundert es mich auch nicht, dass Sie mit Ihrem Vorschlag den Kreis der Hartz-IV-Anspruchsberechtigten deutlich ausweiten wollen. Das passierte, wenn die Vermögensfreigrenzen hochgesetzt würden.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Und anschließend erzählen Sie dann, dass es mehr Arme gibt!)

Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen. Die Menschen wollen nicht Hartz IV. Die Menschen wollen nicht die Linke. Die Menschen wollen Arbeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Herr Kollege Ernst, das sind doch Neiddebatten, die Sie hier führen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Solidarität gilt nicht nur von Reich nach Arm. Solidarität bedeutet, dass alle solidarisch sind. Das heißt auch, dass steuerfinanzierte Unterstützung durch die Gesamtheit der Gesellschaft erst dann bezogen werden kann, wenn die eigene Leistungsfähigkeit erschöpft ist. Solidarität ist nichts anderes als die gegenseitige Übernahme von Verantwortung.

Aber für Eigenverantwortung waren die Linken noch nie zu haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Klaus Ernst [DIE LINKE]: Hochintellektuelles Niveau bei Ihnen!)

- Vor allem bei Ihnen, Herr Ernst.

Die bisherige Regelung der Vermögensfreigrenzen staffelt diese nach Lebensalter. Das ist auch richtig so; denn so wird die Lebensleistung der Menschen in einem wirtschaftlich machbaren Umfang finanziell anerkannt. Wer sein ganzes Leben etwas zurückgelegt hat, darf mehr Vermögen anrechnungsfrei behalten als ein jugendlicher Hartz-IV-Empfänger, der vielleicht noch nie gearbeitet hat.

(Lachen bei der Linken - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Der hat auch kein Vermögen!)

Die FDP spricht sich deshalb für großzügige Freibeträge für Altersvorsorgevermögen aus. Auch Riester-Renten von Grundsicherungsempfängern sollen großzügig - begrenzt - anrechnungsfrei bleiben. Das ist verantwortliche Sozialpolitik, die die Eigenverantwortung der Menschen stärkt und respektiert.

Wie gesagt, das Hauptproblem ist die Bildung. Genau dort müssen wir ansetzen. Wir müssen in Bildung, Bildung und nochmals Bildung investieren. Das ist der beste Weg, um Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen zu verhindern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Maria Michalk das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Erneut beschäftigt uns heute Vormittag hier ein Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen und ein Antrag von den Linken, in denen von Ausgrenzung, von Armut, von mangelnder sozialer Gerechtigkeit und vom sozialen Abstieg gesprochen wird.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ernste Probleme!)

Die Argumente sind nicht neu. Sie werden wie beim Kartenspielen immer wieder neu gemischt. Ich sage Ihnen - das haben die Vorredner schon bestätigt -: Diesmal haben Sie echt ein schlechtes Blatt erwischt, weil die Überschriften Ihrer Anträge und die Inhalte nicht zusammenpassen. Dieses Spiel können Sie nicht gewinnen.

Ich möchte uns an einen Grundsatz erinnern, über den wir uns hier im Hohen Haus wirklich immer einig sind, nämlich: Alle Menschen sollen in Würde leben. Würde umfasst aber viele Aspekte. Einer ist eine ausreichende Finanzausstattung zum täglichen Leben. Diese wird am besten durch faire Teilhabe am gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess erreicht. Deshalb ist Arbeit so wichtig.

Damit das auch in Zukunft so bleibt, haben wir trotz der schwierigen Zeiten und der aktuellen Herausforderung in den zurückliegenden Tagen eine Menge von Vorschlägen unterbreitet, die uns in die Zukunft führen

werden. Der Grundsatz, dass Lohneinkommen aus Beschäftigung immer besser als soziale Transferzahlungen ist, gilt nach wie vor. Den müssen wir uns bei diesen Debatten vor Augen halten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb konzentrieren wir uns auf den Erhalt der Arbeitsplätze, und deshalb ist die Generalkritik an unserem Programm, das heute schon zur Debatte stand, absolut unangebracht.

Wirtschaft und damit Arbeitsplätze entwickeln sich; einmal geht es hoch, einmal herunter. Das hat die soziale Marktwirtschaft so an sich. Diese Prozesse kann man gestalten. Zurzeit müssen wir eine besondere Herausforderung meistern. So sind zum Beispiel Lohnkostenvorteile der Arbeitgeber, die wir zum Beispiel im Osten wegen der nach wie vor niedrigeren Tarifabschlüsse oder wegen fehlender Tarifbindung haben, im Grunde genommen schon ein Thema; wir wissen aber heute aus der Praxis, dass sich diese im täglichen Leben abschleifen. Deshalb wird zunehmend wichtig, den Gestaltungsspielraum beim Fachkräftepotenzial zu nutzen. Bildung und Qualifizierung bleiben hier ein grundsätzliches und immer wichtigeres Steuerinstrument.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das hat direkten Einfluss auf die Einkommenssituation und die Vermögensbildung. Wenn wir erleben, dass zunehmend mehr Leute in die wohlverdiente Altersruhe gehen, als neue auf den Arbeitsmarkt strömen, was auch ich vor Ort beobachten kann - das liegt an der demografischen Entwicklung -, dann ist das für die Zukunft ein echtes Problem, dem wir uns stellen müssen. Um dem zu begegnen, müssen wir branchenbezogen und punktgenau ausbilden und vermitteln.

Alle Menschen sollen in Würde leben. Dieser Grundsatz gilt auch für Leute, die ihr Einkommen erarbeiten und davon anderen, Hilfsbedürftigen, etwas abgeben. Das hat hier in den Debatten schon eine Rolle gespielt. Ich will aber auf noch einen Punkt hinweisen. Wenn wir das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“, zu dem wir nach wie vor stehen, derart strapazieren, wie es die Linken mit der Forderung nach einer pauschalen Erhöhung des Grundfreibetrags tun, bestrafen wir vor allem die mittleren Einkommenschichten, die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Das sind diejenigen, die zahlenmäßig die größte Gruppe sind. Etwa 40 Prozent der Menschen im Osten haben kein Vermögen, sagen die Statistiken, und rund 20 Prozent haben ein Vermögen bis zu 20 000 Euro. Wenn also der Grundfreibetrag pauschal auf die von Ihnen geforderte Schongrenze von 20 000 Euro erhöht wird, sind nach Ihrer Rechnung 60 Prozent der Ostdeutschen arm. Sie rechnen unser Land arm.

(Lachen bei der Linken - Dr. Dagmar

Enkelmann [DIE LINKE]: Bei 500 Milliarden!)

Damit kein Missverständnis aufkommt: Auch wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nehmen Berichte über Wohlstandsverluste und die möglicherweise drohende Altersarmut bei den unteren Einkommensgruppen sehr ernst.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wo denn? Was tun Sie denn?)

Obwohl wir aktuell vor großen Herausforderungen stehen, sind wir ein reiches Land.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Für wie viel Prozent der Bevölkerung denn?)

Wohlstand, der arm macht – ist das nicht ein Paradox? Arme und Reiche driften weiter auseinander, auch wenn die Armen nicht ärmer werden, was die Dynamisierung der Grundsicherung und die ständige Verfeinerung unserer sozialen Instrumente garantieren.

(Beifall des Abg. Rolf Stöckel [SPD])

Aber die Anzahl der Armen wird größer, und das macht uns unter demografischen Gesichtspunkten hellhörig. Neben Arbeitslosigkeit ist das Zerbrechen von Familien oder einer Partnerschaft – darauf will ich in dieser Debatte noch hinweisen – der wichtigste Grund für Armut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Was zwei gemeinsam noch ganz gut schultern können, das schaffen sie getrennt nicht mehr so gut. Bei gleichem Lebensstandard brauchen und verbrauchen vier Einpersonenhaushalte nachgewiesenermaßen mehr als ein

Vierpersonenhaushalt. Auf einem Band in der Küche meiner schönen großen Familie steht folgender Spruch: Tritt ein! Gieß Wasser in die Suppe hinein! Bist herzlich willkommen! Guten Appetit! – In einer großen Familie ist immer noch Platz; dort wird für jedes Mitglied Vorsorge getroffen. Wenn einer allein ist, hat er es schwer. Diesen Prozess müssen wir bei all unseren Überlegungen berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE

LINKE]: Was ist das für ein Niveau hier?)

Unser materieller Wohlstand hat eine Lebensweise hervorgebracht, die – das ist meine Behauptung – auch auf Vergeudung angelegt ist, und viele verarmen darüber. Auf diese Dimension muss man bei der Armutsdebatte hinweisen. Jede Erhöhung von Sozialgeldzahlungen schafft neue Ansprüche auf ergänzende Leistungen, vor allen Dingen im Niedriglohnbereich. Das trifft die Menschen bei uns im Osten mit doppelter Wucht. Die Zahl der älteren Menschen und damit die Zahl der Einpersonenhaushalte steigen; ich verweise in diesem Kontext auf das, was ich zuvor gesagt habe. Zum Beispiel hat Sachsen seit 1990 über 250 000 Einwohner verloren. Eine ganze Generation Frauen ist betroffen. 43 000 Kinder sind damit nicht in Sachsen geboren. Damit verbunden sind geringere Steuereinnahmen in der Zukunft. Die Spielräume der Kommunen werden enger. Man könnte weitere Konsequenzen aufzählen.

Diese kurzen Darlegungen sollen zeigen, dass wir sehr wohl das Gesamtbild im Auge haben. Deshalb sind unsere ergriffenen und jetzt noch zu beschließenden Maßnahmen sehr wohl richtig. Wir werden auf diesem Weg Schritt für Schritt weitergehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Gabriele Lösekrug-Möller hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.



(Beifall bei der SPD)

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit nunmehr 90 Minuten diskutieren wir über zwei Anträge, von denen ich persönlich sage: Beide haben eigentlich nicht so viel Debattenzeit verdient, weil sie wenig Substanz aufweisen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:

So eine Arroganz!)

Ich will das gern begründen und mich in der Argumentation vielen meiner Vorredner und Vorrednerinnen anschließen.

Das Beste am Antrag der Grünen ist in der Tat die Überschrift; der Kollege Schiewerling wies zu Recht darauf hin. Denn wer in diesem Haus wird schon gegen Gerechtigkeit und Chancen und für Ausgrenzung und Armut sein? Insofern haben wir beim Titel ganz zweifellos einen großen Konsens. Was kommt nach einer solchen Überschrift? Das ist wie bei Doktor Schiwago:

Nach dem Vorspann erwartet man: Jetzt geht's richtig los. Deshalb waren meine Erwartungen sehr hoch, als ich Ihren Antrag las. Was fand ich vor? Eine ziemlich bildhafte Sprache bei der Problembeschreibung. Zum Beispiel ist die Rede von „klaffenden Gerechtigkeitslücken“, die „weiter aufgerissen“ werden.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Leute müssen das verstehen!)

Dabei stellen wir - schließlich sind Sie nicht dabei - natürlich nur „Trostpflaster“ bereit. Allerdings integrieren Sie in diese zerklüftete Landschaft mühelos die „makellosen Bundesstraßen“, auf denen sich eine „atemberaubende Flottille von steuerbefreiten CO2-Schleudern“ bewegt. Ganz großes Kino!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Herr Kollege Haustein, es ist nicht einmal James Bond.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Biene Maja!)

- Es ist zweifellos nicht Biene Maja. - Ich hätte eigentlich erwartet, dass diese Flottille in den Sonnenuntergang hineinfährt. Das vermisste ich an diesem Antrag.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/

CSU und der FDP - Markus Kurth [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Nehmen wir das

nächste Mal auf!)

Ich will Ihnen einmal sagen: Ich vertrete in diesem Haus einen Wahlkreis, in dem es keinen Meter Autobahn gibt. Wir sind sehr froh darüber, dass wir über unsere Konjunkturpakete endlich - das wird schon jahrelang herbeigesehnt, übrigens auch von Grünen; die wissen nämlich, worum es in unserem Wahlkreis geht - Ausbaumaßnahmen für unsere Bundesstraßen und Umgehungsstraßen bekommen. Das haben wir mit verschiedenen Bürgerinitiativen - es gibt keine, die dagegen ist - jahrzehntelang gefordert. Wir sind also sehr dankbar, dass das im Rahmen unserer Pakete möglich wird. Ich werde nicht die einzige Abgeordnete sein, die in ihrem Wahlkreis genau das als einen wirklichen Fortschritt und einen Segen verkauft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unterhalten Sie sich bitte auch einmal mit Mitgliedern von solchen Initiativen, die froh darüber sind, dass da etwas geschieht.

Ähnliches, verehrter Kollege Kurth, gilt auch für Sportstätten, in die es hineinregnet, und für Schulen, in denen unter schlechten räumlichen Bedingungen unterrichtet wird. Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben können,

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Ich auch nicht!)  
dass wir in die Lage versetzt werden, da endlich etwas zu unternehmen.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Richtig! Genau!)  
Ich bin ein Fan unseres kommunalen Investitionspakets,  
(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja nicht alles! Um diesen Ausschnitt geht es gar nicht! Es geht um die gesamte Schieflage!)

weil darin genau die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Herr Kurth, stellen Sie sich einmal vor: Wir haben nicht einmal hineingeschrieben, dass es verboten ist, energetisch zu sanieren. Wenn man Ihren Antrag liest, könnte man meinen, das sei so.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch komplett unseriös, was Sie da machen! - Gegenruf des Abg. Rolf Stöckel [SPD]: Genauso wie Ihr Antrag!)

Worum geht es also? Der Kern Ihres Drehbuchs ist Kritik an den Konjunkturpaketen. Das haben Sie selber so hineingeschrieben. Ich kann nur sagen: Bei Ihrem Antrag scheint durch, Sie hätten das alles besser gemacht.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau richtig! So ist es! - Andrea Nahles [SPD]: Na klar! Absolut!)

Ich nehme allerdings wahr, dass Sie bei Ihren Vorschlägen sehr im Vagen bleiben. Wir haben durch zahlreiche Redebeiträge, etwa der Kollegin Hiller-Ohm oder der Kollegen Stöckel und Schiewerling, deutlich machen können, dass die Antwort auf diese Krise weder in Technicolor noch in Schwarz-Weiß gegeben werden kann; es muss ein Bündel von Maßnahmen sein. Wir haben einen Schwerpunkt im Bereich der sozialpolitischen Interventionen gesetzt. Ich stehe voll dahinter. Der Weg, den wir gehen, ist genau der richtige Weg.

Die Situation bei den Regelsätzen ist meines Erachtens - so werden es viele in diesem Haus sehen - keinesfalls abschließend geregelt. Sind Sie denn dagegen, dass wir endlich anfangen, indem wir festlegen, dass Kinder von 6 bis 13 Jahren mehr bekommen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie einen Einwand haben.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So viel war mit Ihnen nicht zu machen, Herr Kurth! Bei Ihnen waren nur 60 Prozent drin!)

Ich will nur einen Punkt noch hervorheben, und das ist die sogenannte dritte Säule des Konjunkturpakets, das, was wir arbeitsmarktpolitisch machen. Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds wird von 12 auf 18 Monate verlängert und die Qualifizierung in diesem Zusammenhang belohnt. Viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die dieser Debatte folgen, werden sagen: Gut,

dass die Bundesregierung das macht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der richtige Weg, die Menschen im Unternehmen zu halten. Es ist sinnvoll, sie zu qualifizieren, weil wir sie auf Dauer an Bord brauchen, und zwar mit möglichst hoher professioneller Kompetenz. Ich weiß, dass das wirklich keine theoretische Debatte ist. Es gibt inzwischen Anträge auf Kurzarbeit für über 400 000 Menschen. Das ist gewaltig angewachsen. Das ist also die richtige Antwort in der Krise. Ich hoffe sehr, dass sie alle an Bord bleiben können, weil wir davon ausgehen, dass diese Krise ein Ende hat und wir dann gestärkt aus ihr hervorgehen. Das allerdings können wir nur mit solchen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wenden 2 Milliarden Euro zusätzlich auf für Qualifizierung jener Arbeitnehmer, die keinen Berufsabschluss haben, und für Jugendliche, die schon lange eine Ausbildung suchen. Das ist richtig. Genauso richtig ist, finde ich, dass wir das Programm WeGebAU flächendeckend ausbauen. Das ist der richtige Weg. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin - -

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Zu Recht wird gesagt: Mehr Vermittler sollen zur Verfügung stehen. Das ist erforderlich. Wir haben in einem ersten Schritt 1 000 Stellen eingerichtet. Wir werden weitere schaffen, sodass wir am Ende 5 000 haben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, der Kollege Schneider würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Aber selbstverständlich, Herr Kollege.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Ja, Frau Kollegin, es ist jetzt leider etwas entfernt von dieser Stelle.

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Ja, ich war Ihnen zu schnell, ich weiß!

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Ich will noch einmal auf den Punkt zurückkommen, als Sie eben sagten, welche großartige Leistung es sei, dass Sie Qualifizierung bei Kurzarbeit leisten wollten. Ist Ihnen bekannt, dass die Personalvorstände der 30 größten DAX-Unternehmen bei einem Treffen Ihr Konzept wie folgt beurteilten? Die Idee, dass Weiterbildung während der Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit schützt, sei zwar gut, sie werde aber in der Art, wie dies beschlossen worden sei, schlecht umgesetzt.

(Andrea Nahles [SPD]: Hören Sie auf die DAX-Vorstände?)

Ich stelle fest, dass Sie mir vielleicht eine Antwort geben können, während Ihre Kollegen offensichtlich irgendwelche Gesetze für irgendjemanden machen, von dem sie nicht einmal wissen, wen sie denn tatsächlich meinen.

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Lieber Kollege Schneider, zum einen stelle ich für das Protokoll ausdrücklich fest, dass Sie sich sozusagen einer

Argumentation der Vorstände von DAX-Unternehmen bedienen. Das ist ja sozusagen ein Quantensprung für Vertreter Ihrer politischen Richtung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Zuruf von der CDU/CSU: Von einem Extrem ins andere!)

Zum anderen haben wir hin und wieder die Erfahrung machen müssen, dass selbst solche Vorstände in ihren Einschätzungen hinsichtlich dessen, was ist und was sein sollte, ein wenig irren. Ich bin ziemlich überzeugt davon, dass die grundsätzliche Richtung, die wir eingeschlagen haben, eine richtige ist,

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das habt ihr in den letzten Monaten bewiesen!)

und ich bin sicher, dass uns die Projekte, die wir angeschoben haben, recht geben werden. Wir beschränken uns nämlich mitnichten auf jene Unternehmen, die DAX-notiert sind, sondern erklären, dass dies für all diejenigen Unternehmen gilt, bei denen Kurzarbeit ein guter Weg ist, um Beschäftigte an Bord zu halten, und die darüber hinaus erkannt haben, dass es Sinn macht, die Belegschaft mittels Weiterbildung und Qualifizierung auf dem Laufenden zu halten, um auf Dauer im Wettbewerb zu bleiben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss, denn ich spreche im Wesentlichen zum Antrag der Grünen und habe nur noch einen Hinweis an die Linken zu deren Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich werde den Eindruck nicht los, dass Ihr Antrag in gewisser Weise eine Doppelvermarktung von Textbausteinen darstellt. Wenn wir ehrlich sind, kennen wir das. Ich habe überlegt: Wo wird Ihr Text richtig Eindruck gemacht haben? Ich nehme an, auf einem Parteitag war er exzellent platziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie doch viel Erfahrung!)

Hier im Haus hat er uns keinen weiteren Erkenntnisgewinn gebracht.

Außerdem spreche ich noch einmal die DIW-Studie an, die mehrfach angeführt wurde. Kollege Lotter hat bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass es immer Sinn macht, eine Studie ganz zu lesen. Wissen Sie, was mich bei dieser Studie besonders beeindruckt hat? Das war die Selbstkritik, die die Herausgeber an den Tag gelegt haben, weil sie zum Beispiel einen Punkt im gesamten Bereich der Vermögen überhaupt nicht wirklich bewerten konnten, nämlich den der kleinen Vermögen, sofern es sich um Eigentumswohnungen oder kleine Häuschen handelt. Ich empfehle Ihnen sehr, dies noch einmal nachzulesen. Sie sind nach wie vor - auch in dieser Studie - nicht in der Lage, sie angemessen zu bewerten. Ich sage Ihnen: Sie kommen zu einem etwas anderen Bild der Lage insgesamt. An dieser Stelle nehme ich die Selbstkritik der Autoren dieser Studie sehr ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Klaus Ernst [DIE LINKE]: Wenn Sie selbst auch eine hätten, wäre es noch besser!)

Insgesamt wünsche ich mir, dass von dieser Debatte, so lange sie gedauert hat und so beschränkt ich diese beiden Anträge als Anlass für sie empfand, Mut und Zuversicht ausgehen; denn wenn dieses Haus eine Verpflichtung hat, dann besteht sie darin, das, was wir gut auf den Weg bringen, auch nach außen wirklich ernsthaft und ehrlich zu vertreten. Das können die Menschen von uns verlangen, und das haben viele Redner in dieser Debatte getan. Insofern ist dies das einzige Lob, das mir zu den beiden Anträgen bleibt, die bestenfalls abgelehnt werden können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/11755 und 16/11748 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Damit sind Sie einverstanden? – Dann verfahren wir so.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 28 a bis 28 c

sowie die Zusatzpunkte 3 a und 3 b auf:

28 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Anhebung der Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen

– Drucksache 16/11606 –

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Innenausschuss

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dr. Hakki Keskin, Monika Knoche, Hüseyin21828

Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der

Fraktion DIE LINKE

Gewerkschaften in der Türkei stärken

– Drucksache 16/11248 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

c) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/

CSU und der SPD

Bürgerschaftliches Engagement umfassend

fördern, gestalten und evaluieren

– Drucksache 16/11774 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)

Innenausschuss

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Haushaltsausschuss

ZP 3 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Volker

Wissing, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig

Thiele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

der FDP

Steuervollzug effektiver machen

– Drucksache 16/11734 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen  
Kulturpolitik 2007/2008

- Drucksache 16/10962 -

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Sportausschuss

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ausschuss für Kultur und Medien

Es handelt sich hierbei um Überweisungen im vereinfachten  
Verfahren ohne Debatte.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, dass die Vorlagen

an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse

überwiesen werden. Damit sind Sie einverstanden? -

Das ist der Fall. Dann wird so verfahren.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 a bis 29 l sowie

Tagesordnungspunkt 14 auf. Es handelt sich um die

Beschlussfassung zu Vorlagen, zu denen keine Aussprache  
vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 29 a:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat

eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur

steuerlichen Gleichbehandlung der Auftragsforschung

öffentlich-rechtlicher Forschungseinrichtungen

(Hochschulforschungsförderungsgesetz

- HFFördG)

- Drucksache 16/5726 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses

für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

(18. Ausschuss)

- Drucksache 16/11104 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Michael Kretschmer

René Röspel

Cornelia Pieper

Dr. Petra Sitte

Krista Sager

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung

auf Drucksache 16/11104, den Gesetzentwurf

des Bundesrates auf Drucksache 16/5726 abzulehnen.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen

wollen, um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen? -

Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter

Beratung bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP,

Gegenstimmen durch die Fraktionen CDU/CSU, SPD

und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung durch die

Fraktion Die Linke abgelehnt. Damit entfällt nach unserer

Geschäftsordnung die dritte Beratung.

Tagesordnungspunkt 29 b:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts

des Ausschusses für Verkehr, Bau und

Stadtentwicklung (15. Ausschuss) zu der Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen

Parlaments und des Rates zur Änderung

der Verordnungen (EG) Nr. 549/2004, (EG)

Nr. 550/2004, (EG) Nr. 551/2004 und (EG) Nr.

552/2004 im Hinblick auf die Verbesserung

der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen  
Luftverkehrssystems (inkl. 11323/08  
ADD 1 bis 11323/08 ADD 3)

KOM(2008) 388 endg.; Ratsdok. 11323/08

- Drucksachen 16/10286 Nr. A.60, 16/11447 -  
Berichterstattung:

Abgeordneter Ingo Schmitt (Berlin)

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf  
Drucksache 16/11447, in Kenntnis der Unterrichtung  
eine EntschlieÙung anzunehmen. Wer stimmt für diese  
Beschlussempfehlung? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen?  
- Damit ist die Beschlussempfehlung bei Zustimmung  
durch CDU/CSU, SPD und FDP ohne Gegenstimmen  
und bei Enthaltung durch die Fraktionen Die Linke  
und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 29 c:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Bildung, Forschung  
und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)  
zu dem Antrag der Abgeordneten Axel E. Fischer  
(Karlsruhe-Land), Ilse Aigner, Michael  
Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten René Röspel, Jörg  
Tauss, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und  
der Fraktion der SPD

Im Deutsch-Israelischen Jahr der Wissenschaft  
und Technologie 2008 neue Impulse für  
die Zusammenarbeit setzen

- Drucksachen 16/10847, 16/11724 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

René Röspel

Patrick Meinhardt

Dr. Petra Sitte

Priska Hinz (Herborn)

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung  
auf Drucksache 16/11724, den Antrag der Fraktionen  
der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/10847 anzunehmen.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? -

Die Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung  
einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 29 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses  
(6. Ausschuss)

Übersicht 13

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten  
Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

- Drucksache 16/11638 -

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen?

- Enthaltungen? - Auch diese Beschlussempfehlung

ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Tagesordnungspunkt 29 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)

Sammelübersicht 515 zu Petitionen

- Drucksache 16/11652 -

Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist einstimmig angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 f:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 516 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11653 -  
Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist bei Zustimmung  
durch die Koalition und die FDP, Gegenstimmen durch  
die Fraktion Die Linke und Enthaltung bei Bündnis 90/  
Die Grünen angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 g:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 517 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11654 -  
Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist einstimmig angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 h:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 518 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11655 -  
Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist angenommen bei Zustimmung  
durch das gesamte Haus bis auf Bündnis 90/  
Die Grünen, die dagegen gestimmt haben.  
Tagesordnungspunkt 29 i:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 519 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11656 -  
Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist bei Zustimmung  
durch die Große Koalition und die FDP sowie Gegenstimmen  
durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen  
und Die Linke angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 j:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 520 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11657 -  
Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist mit der Zustimmung  
durch die Große Koalition und die Fraktion Die Linke  
sowie Gegenstimmen durch Bündnis 90/Die Grünen und  
die FDP angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 k:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses  
(2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 521 zu Petitionen  
- Drucksache 16/11658 -  
Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?  
- Die Sammelübersicht ist bei Zustimmung  
durch die Koalition und Bündnis 90/Die Grünen sowie  
Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und der  
Linken angenommen.  
Tagesordnungspunkt 29 l:  
Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses



(2. Ausschuss)

Sammelübersicht 522 zu Petitionen

- Drucksache 16/11659 -

Wer stimmt dafür? - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen?

- Die Sammelübersicht ist bei Zustimmung durch die Koalition und Gegenstimmen der Opposition angenommen.

Tagesordnungspunkt 14:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen

Parlaments und des Rates über Qualitäts- und

Sicherheitsstandards für zur Transplantation

bestimmte menschliche Organe (inkl. 16521/08

ADD 1 und 16521/08 ADD 2) (ADD 1 in Englisch)

KOM(2008) 818 endg.; Ratsdok. 16521/08

- Drucksachen 16/11517 Nr. A.30, 16/11781 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Michael Henrich

Hierzu liegt uns eine Erklärung zur Abstimmung nach

§ 31 der Geschäftsordnung des Kollegen Dr. Ilja Seifert

vor.1)

Der Ausschuss empfiehlt, in Kenntnis der Unterrichtung

eine EntschlieÙung anzunehmen. Wer stimmt für

die Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

- Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung

durch die Große Koalition und Bündnis 90/Die Grünen

gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung

der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b auf:

a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/

CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines

Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von

schweren staatsgefährdenden Gewalttaten

- Drucksache 16/11735 -

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Innenausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung des

Aufenthalts in terroristischen Ausbildungslagern

(... StrÄndG)

- Drucksache 16/7958 -

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Es ist hier verabredet, eine Stunde zu debattieren. -

Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort der

Frau Bundesministerin Brigitte Zypries.

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steht

im Fokus des internationalen Terrorismus. Das wissen

wir seit den Anschlägen des 11. September 2001 in den

USA. Die Drohvideos, die wir zurzeit im Internet sehen können, zeigen dies einmal mehr sehr deutlich. Wir müssen in dieser Situation zwei Dinge gewährleisten. Wir müssen erstens die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor terroristischen Anschlägen schützen. Es ist unsere Aufgabe, Sicherheit in diesem Land so weit wie möglich zu garantieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu den Instrumenten, die wir dabei nutzen, gehört selbstverständlich das Strafrecht an vorderster Stelle. Wir müssen aber zweitens sicher sein, dass wir unsere rechtsstaatlichen Grundsätze bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer gesagt - das gilt auch heute -, dass es für die Terrorismusabwehr kein Sonderstrafrecht geben kann. Eine Strafverfolgung darf es nur auf Grundlage des Allgemeinen Strafrechts geben. Eine unverhältnismäßige Ausweitung der Strafbarkeit wäre genauso falsch wie die Untätigkeit im Angesicht der Gefahr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Man kann auch ein Sonderstrafrecht ins StGB platzieren! Das würde den Terroristen in die Hände arbeiten! Das wollen die auch!)

- Lieber Herr Wieland, wir werden uns darüber noch austauschen. Ich meine, dass wir mit dem heute zu diskutierenden Entwurf beides gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir schließen zum einen eine Lücke im Staatsschutzstrafrecht, und wir folgen zum anderen den rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Es ist seit 2001 in vielen Punkten gelungen, die tatsächlichen Möglichkeiten unserer Sicherheitsbehörden auszubauen. Ich möchte hier deutlich machen, dass es vor allem dem engagierten Einsatz unserer Sicherheitsbehörden sowie der Polizistinnen und Polizisten in Deutschland zu verdanken ist, dass Anschlagversuche - es ist nicht nur einer gewesen - bisher vereitelt werden konnten.

1) Anlage 2 (Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle deshalb ein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden.

Gerade die Ermittlungen im Fall der sogenannten Kofferbomber haben deutlich gemacht, dass wir hier eine Strafbarkeitslücke haben

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: So ist es!)

und dass dementsprechend Nachbesserungsbedarf besteht.

Die Bedrohungen - das wissen Sie; Sie werden es auch morgen im Magazin der Süddeutschen Zeitung nachlesen können - gehen eben nicht mehr von terroristischen Vereinigungen aus, die so organisiert sind, wie wir es vom deutschen Terrorismus der 70er-Jahre her kennen oder wie es bei den Anschlägen vom 11. September offenbar der Fall war. Wir haben heute vielmehr lose Netzwerke und Einzeltäter, die sich nur von Fall zu Fall zusammenschließen.

(Jörg van Essen [FDP]: Aber auch das reicht für § 129!)

Auf solche Personen hat unser Strafrecht bisher keine

Antwort. Wir haben die Gründung, die Mitgliedschaft und die Unterstützung von und in terroristischen oder kriminellen Vereinigungen unter Strafe gestellt. Das heißt, es müssen immer zumindest drei Personen beteiligt sein. Wenn es aber weniger als drei sind, dann können wir mit den Mitteln des Strafrechts nichts tun. Deswegen müssen wir das Gesetz ändern und müssen mit einem Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten auf diese Situation reagieren. In Zukunft macht sich also schon derjenige strafbar, der Kontakt zu einer terroristischen Vereinigung aufnimmt, um sich zur Begehung einer staatsgefährdenden Gewalttat, wie zum Beispiel Mord oder Totschlag, ausbilden zu lassen. Ihm droht künftig eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Derjenige, der sich ausbilden lässt, um eine solche Gewalttat auszuüben, muss mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren rechnen. Wir erfassen damit zum Beispiel den Fall, dass sich jemand in einem islamistischen Ausbildungslager im Umgang mit Sprengstoff schulen lässt, damit er dann in Deutschland Sprengstoffanschläge begehen kann. Von der Norm erfasst werden - darauf möchte ich hinweisen - natürlich nicht nur islamistische Täter, sondern selbstverständlich zum Beispiel auch rechtsextremistische Einzeltäter, die sich Sprengstoff besorgen, um einen Anschlag auf eine Synagoge auszuüben.

Entscheidend ist, dass die Ausbildung oder der Erwerb des Sprengstoffs in der Absicht erfolgen, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen. Erst in der Verbindung mit dem Vorsatz, diese Tat begehen zu wollen, wird etwa das Training an der Waffe zu einer strafwürdigen Vorbereitungshandlung. Die Absicht also, ein schweres Gewaltverbrechen zu begehen, das unseren Staat gefährdet, macht die Ausbildung zu einer strafwürdigen Vorbereitungshandlung.

Mir ist es sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese subjektive Komponente immer dabei sein muss; denn wir schlagen gerade nicht vor, wie man jetzt vereinzelt in Zeitungen lesen konnte, die bloße Gesinnung oder den reinen Erwerb von Kenntnissen unter Strafe zu stellen. Das machen wir natürlich nicht. Niemand soll wegen seiner Überzeugung oder seiner Meinung bestraft werden. Aber wer den Vorsatz gefasst hat, einen Bombenanschlag zu verüben, und sich ausbilden lässt, um diesen Anschlag begehen zu können, der zeigt nicht nur eine Gesinnung, sondern unternimmt bereits eine gefährliche und deshalb strafwürdige Handlung.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie gucken Sie in die Köpfe hinein, Frau Ministerin?)

- Wir müssen dazu nicht in die Köpfe schauen. Das ist nicht erforderlich. Selbstverständlich braucht man immer Anhaltspunkte, um bei Straftaten zu ermitteln. Das machen Sie doch ansonsten auch.

(Joachim Stünker [SPD]: Das weiß er doch ganz genau!)

- Wenn es so ist, wie es der Kollege Stünker sagt, dann höre ich auch auf, speziell auf Sie einzugehen, Herr Wieland. Wir verlegen das Gespräch.

Die Strafverfolgungsbehörden müssen also eingreifen können. Genau dieses Eingreifen ermöglicht der Gesetzentwurf, über den wir heute diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Generalbundesanwaltschaft hat uns bescheinigt, dass dieser Gesetzentwurf praxistauglich ist. Ich gehe deshalb davon aus, dass man ihn entsprechend anwenden kann und dass die Sorgen, die Sie haben, unnötig sind.

Dieser Gesetzentwurf beinhaltet eine weitere Facette. Wir schaffen mit diesem Gesetzentwurf auch Regelungen, um des Mediums besser habhaft zu werden, das heute mit zu den Kommunikationsmedien schlechthin gehört: des Internets. Im Internet wird zum Dschihad aufgerufen; im Internet werden Pläne für den Bau von Bomben verbreitet. Im Internet gibt es aber natürlich auch von der anderen Seite, beispielsweise von den Rechtsextremen, Aufrufe zu gewalttätigem Vorgehen. Auch den Gefahren, die sich aus dieser Kommunikation im Internet ergeben, begegnen wir mit dem Gesetzentwurf, über den wir heute diskutieren. Wer Anleitungen zur Begehung schwerer Gewalttaten verbreitet, macht sich künftig strafbar, und zwar dann, wenn diese Verbreitung im konkreten Fall geeignet ist, andere zu Gewaltverbrechen zu bewegen. Es geht also nicht darum – um es ganz klar zu sagen –, die Chemiefachseiten bei Wikipedia unter Strafe zu stellen. Es geht vielmehr darum, dass die Strafwürdigkeit immer dann einsetzt, wenn jemand zu bestimmten Handlungen, beispielsweise zum Dschihad oder zur Verfolgung von Andersdenkenden oder Andersaussehenden, aufruft und wenn daneben Pläne für den Bau von Sprengsätzen veröffentlicht werden, in denen steht: So müsst ihr es machen; dann könnt ihr auch aktiv werden. – Diese Verknüpfung wollen wir unter Strafe stellen.

Nun habe ich immer gesagt – dies sage ich gerne auch hier –, dass wir ein Stück weit juristisches Neuland betreten. Unser Strafrecht war ursprünglich einmal davon ausgegangen, dass wir nur den Täter für die Tat bestrafen, die er begangen hat. Im Laufe der Zeit gab es zahlreiche Verlagerungen in Vorfeldaktivitäten. Wir stellen den Versuch unter Strafe.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon immer!)

– Ja, da ist auch weiter noch nichts geschehen. – Nun dehnen wir dies insoweit aus, als wir künftig jemanden bestrafen, der Kontakt zu einer Terrorgruppe aufnimmt oder sich im Umgang mit Waffen schulen lässt, um eine bestimmte Tat zu begehen. Wir bewegen uns dabei aber – das ist mir auch klar – im Vorfeld einer Rechtsgutverletzung.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weit, weit im Vorfeld! – Jörg van Essen

[FDP]: Wieland hat recht: Weit, weit im Vorfeld!)

Dass dies verfassungsrechtlich noch nicht ausgeurteilt ist, wissen Sie so gut wie ich. Aber unser Haus hat dies ebenso wie das Bundesinnenministerium geprüft. Wir sind der Auffassung, dass diese Art des Vorgehens verfassungsrechtlich gerechtfertigt und zulässig ist, gerade weil die Kopplung mit der subjektiven Seite gegeben ist.  
Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Montag?

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Bitte schön.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bitte sehr.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön, Frau Ministerin. - Da mir die monatelange Debatte innerhalb der Koalition über die Frage, ob dieser Tatbestand mit der subjektiven Tatseite überhaupt handhabbar ist, bekannt ist, höre ich Ihren Ausführungen genauestens zu. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass es natürlich notwendig sei, dass der Täter zum Beispiel den Vorsatz gefasst hat, einen Sprengstoffanschlag durchzuführen. Wenn aber der Täter einen solchen Vorsatz gefasst hat, dann sind wir mitten im § 30 StGB.

(Joachim Stünker [SPD]: Nein!)

- Natürlich. -

(Joachim Stünker [SPD]: Nein!)

Lediglich dann, wenn es ein völlig diffuser Generalvorsatz ist - ich weiß zwar noch nicht, wann und wie; ich will irgendwann irgendwo einen Bombenanschlag durchführen -, müssten Sie, Frau Ministerin, einen solchen Vorsatz nachweisen, um neben der Ausbildung, die auch bei der Bundeswehr erfolgen könnte, diese subjektive Seite hinzuzufügen.

(Joachim Stünker [SPD]: Herr Montag, Sie kennen das Gesetz nicht!)

Meine Frage lautet: Wie wollen Sie eigentlich einen so allgemeinen Vorsatz - ich sehe einmal davon ab, dass es jemand niederschreibt - bei der Verfolgung solcher Täter beweisen?

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:

Herr Montag, diese Diskussion haben wir schon an verschiedenen Stellen geführt. Ich muss gestehen, es gibt keine bessere Antwort darauf als das Beispiel, das der Kollege Gehb vorgetragen hat.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Wie immer!)

- Nicht wie immer, aber wie vor allen Dingen in diesem Fall.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Wie meistens!)

Herr Gehb hat nämlich darauf hingewiesen, dass es für die Strafverfolgungsbehörden keine Besonderheit ist, dass man eine subjektive Seite nachweisen muss, und dies am Beispiel des Diebstahls verdeutlicht. Wenn man jemanden im Laden stehen sieht, der ein Buch in der Hand hat, dann kann man entweder sagen, er schaue da nur hinein, oder man kann sagen, er wolle damit zur Kasse gehen, oder man kann sagen, er wolle sich dieses Buch zueignen, ohne zu bezahlen, also klauen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie wollen ihn jetzt gleich festnehmen, oder wie soll ich das verstehen? Dahin kommt man, wenn man Gehb folgt!)

- Ach, nein! - Es geht also um die Frage der subjektiven Seite, die die Strafverfolgungsbehörden sehr wohl herauszufinden geübt sind.

Mit Ihrem Vorsatz ist es auch so: Es gibt einen Unterschied zwischen § 30 und den Normen, die wir hier regeln.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ganz genau!)

Es gibt auch einen Unterschied zwischen der Frage, ob jemand irgendwann in seinem Leben einen Anschlag begehen könnte, und der Frage, ob jemand vorhat, einen Anschlag in der Stadt Berlin zu begehen, ohne konkret zu wissen, welche U-Bahn-Haltestelle er treffen will.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Hierzu haben wir in der Begründung des Gesetzentwurfs hinreichende Ausführungen gemacht. Die Zweifel, die Sie noch haben, können Sie in der Sachverständigenanhörung mit den Sachverständigen sachverständig diskutieren.  
(Beifall des Abg. Joachim Stünker [SPD] -

Joachim Stünker [SPD]: Das wird dann wieder lange dauern!)

Ich meine, dass es uns durch die Einbindung der subjektiven Seite gelungen ist - das war der Gegenstand der langwierigen Debatte innerhalb der Großen Koalition -, auf der verfassungsrechtlich sicheren Seite zu sein und eine Regelung zu finden, die hinreichend konkret und bestimmt ist, um für die Strafverfolgungsbehörden handhabbar zu sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Jörg van Essen für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jörg van Essen (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt zwei Gesichtspunkte, die wir in dieser Debatte betrachten müssen. Auf der einen Seite freuen sich, so glaube ich, alle Seiten dieses Hauses über die Entscheidung des neuen amerikanischen Präsidenten, das Lager in Guantánamo aufzugeben,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Ute Koczy  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil die Einrichtung eines Camps außerhalb der rechtsstaatlichen Garantien ein Beispiel dafür ist, wie ein Rechtsstaat auf die islamistische Bedrohung nicht reagieren sollte. In diesem Camp wurden auch Unschuldige, unter anderem Kinder, was ein früherer amerikanischer Außenminister meiner Ansicht nach zu Recht kritisiert hat, über viele Jahre hinweg festgehalten, ohne dass ein Richter darüber entschieden hat. Das hat Gott sei Dank endgültig ein Ende.

Die Lehre, die wir daraus zu ziehen haben, ist, dass Rechtsstaaten gerade bei der islamistischen Bedrohung gut daran tun, besonders streng auf Rechtsstaatlichkeit zu achten und nicht Gesetze zu machen, die, was viele von Ihnen zugeben, verfassungsrechtlich auf Kante genäht sind. Damit betreten wir nämlich einen Graubereich und laufen Gefahr, dass später vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wird, dass diese Gesetze mit unserer Verfassung nicht übereinstimmen.

Schauen wir uns doch an, was wir in den letzten Jahren diesbezüglich erlebt haben: Ein Beispiel ist der Europäische Haftbefehl; aber es gab noch viele weitere Entscheidungen im Bereich der Justiz, die der Prüfung durch Karlsruhe nicht standgehalten haben. Daraus müssen wir die Verpflichtung ableiten, diesen Weg nicht

fortzusetzen. Wir können doch nicht einfach weiter Neues austesten. Das gilt insbesondere, weil aufgrund vorläufiger Entscheidungen zu erwarten ist, dass in dem einen oder anderen Verfahren, das zurzeit in Karlsruhe anhängig ist, entschieden wird, dass die Gesetze nicht verfassungskonform sind und dementsprechend keinen Bestand haben werden. Ich denke, wir dienen unserem Rechtsstaat nicht, wenn wir hier Gesetzesvorschläge, die verfassungsrechtlich auf Kante genäht sind, vorlegen. (Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das genau ist der Ansatz meiner Fraktion.

Der andere Gesichtspunkt ist mir genauso wichtig.

Die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass in den letzten Tagen verstärkt Drohvideos erschienen, wodurch uns klar wird, dass wir einer Bedrohung ausgesetzt sind. Auch das sehen wir als Liberale. Aber wir haben eine andere Antwort als die Große Koalition. Ich bin sehr froh darüber und sehr stolz darauf, dass es unseren Strafverfolgungsbehörden, aber auch den Nachrichtendiensten

- sie werden immer gerne unterschlagen, obwohl es in vielen Fällen auch eine große Leistung unserer Nachrichtendienste war - bisher immer gelungen ist, Gruppen aufzudecken, zum Beispiel die Sauerland-Gruppe, bevor sie in unserem Land Schaden anrichten konnten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -

Joachim Stünker [SPD]: Das war ein ausländischer Dienst!)

- Natürlich waren die auch daran beteiligt. Das ist doch ganz klar. Ich habe von den Nachrichtendiensten gesprochen, die bei uns häufig nur lächerlich gemacht werden. Sie leisten ganz hervorragende Arbeit. Von daher ist die Stärkung der entsprechenden Kompetenzen unserer Nachrichtendienste, aber auch der Strafverfolgungsbehörden für uns ein Schwerpunktthema, wenn es um die Bekämpfung der Bedrohung durch den Islamismus geht. Der Stellenabbau in diesen Bereichen und viele andere Dinge machen uns große Sorgen. - Wir wollen den Weg, verfassungsrechtlich fragwürdige Gesetze im Deutschen Bundestag zu verabschieden, nicht gehen, vor allen Dingen, weil wir keine Notwendigkeit dafür sehen.

Frau Ministerin, Sie haben behauptet, wir hätten eine Strafbarkeitslücke. Ich habe mir all die Fälle, die wir in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren strafrechtlich zu beurteilen hatten, einmal angeschaut. Die sogenannten Kofferbomber aus Köln waren nur zu zweit; das ist richtig. Damit erfüllen sie die Anforderungen - eine Gruppe von mindestens drei Personen - nicht. Wenn ich mich recht entsinne, ist der Kofferbomber aber zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt worden, und zwar, weil unsere gesetzlichen Bestimmungen ausreichten, um sicherzustellen, dass jemand, der in einem Zug in Deutschland eine Bombe platzieren will, in diesem Land mit einer hohen Strafe rechnen muss und dazu auch verurteilt wird. Auch die anderen Gruppen, die genannt worden sind, unterliegen selbstverständlich den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Von daher ist

der Nachweis, dass wir eine Strafbarkeitslücke haben, die gefüllt werden muss - dies ist insbesondere verfassungsrechtlich fragwürdig -, aus meiner Sicht bisher nicht geführt worden.

Hier wird so eifrig behauptet, das sei alles in Ordnung, insbesondere weil wir auf das Merkmal abgestellt haben, dass eine Absicht vorliegen muss. Wir alle, die wir aus der Juristerei kommen - all diejenigen, die hier dazu reden werden, sind erfahrene Juristen -, wissen doch: Wenn etwas schwer nachzuweisen ist, dann ist es die Absicht, vor allen Dingen, wenn sie so nebulös sein darf wie in den jetzt vorgesehenen strafrechtlichen Bestimmungen. Ich bin lange in einer Staatsschutzabteilung gewesen. Ich bin fast mein ganzes staatsanwaltschaftliches Leben mit politisch motivierten Straftaten befasst gewesen. Ich möchte meinen Kollegen nicht zumuten, mit Strafvorschriften umgehen zu müssen, die nicht wirklich handhabbar sind, bei denen sie ein schlechtes Gefühl haben und die beinhalten, dass vorher eigentlich schon feststeht, dass ein ganz wichtiger Faktor, nämlich die Absicht, in aller Regel nicht wird nachzuweisen sein. Von daher sollten wir keine solche Symbolgesetzgebung machen. Das ist der Schwere der Bedrohung nicht angemessen. Vielmehr sollten wir uns Gedanken machen, wie wir den Bedrohungen des Islamismus in den Grenzen unserer Verfassung und auf dem Boden unserer Verfassung wirkungsvoll begegnen können.

(Beifall bei der FDP)

Das wollen wir als Liberale; das ist unser Ansatz. Wir werden uns in einer Anhörung damit auseinandersetzen. Sie wissen: Ich bin bei solchen Fragen immer offen für gute Argumente. Ich habe sie nur bisher leider nicht gehört.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Dass auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Juristen unsere Auffassung teilt, zeigt mir, Frau Ministerin, dass wir richtig liegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Jürgen Gehb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass die Gefährdung durch Terror und Terroristen nach wie vor hochaktuell ist, hat die Bundesjustizministerin eben plastisch dargestellt. Das ist nicht nur eine Herausforderung für die Nachrichtendienste und die Strafverfolgungsbehörden, sondern selbstverständlich auch für den Gesetzgeber. Der meinen wir mit dem Gesetz, das den etwas sperrigen Titel „Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten“ hat, gerecht zu werden.

Die Aussage, dass wir Neuland oder jedenfalls eine Grauzone betreten, will ich in der Stringenz nicht zulassen, Frau Ministerin, liebe Brigitte, weil Vorbereitungshandlungen schon jetzt im Strafgesetzbuch unter Strafe stehen. Ich erinnere nur an § 80 des Strafgesetzbuches:



Vorbereitung eines Angriffskrieges. Ich möchte einmal wissen, Herr van Essen, wie die Gerichte mit einer solchen Formulierung umgehen. Das ist doch auch ziemlich unbestimmt.

(Jörg van Essen [FDP]: Herr Kollege, Sie wissen doch, dass das etwas ganz anderes ist!)

Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Lesen Sie bitte § 83 Strafgesetzbuch. Tolle lege! Nimm und lies! Oder nehmen Sie § 149 des Strafgesetzbuches: Vorbereitung der Fälschung von Geld oder Wertzeichen. Dass wir also bereits Vorbereitungshandlungen vor dem klassischen Versuchsstadium, wo man also unmittelbar ansetzen muss, wo er praktisch das Messer an der Kehle hat, als strafbewehrtes Unrecht ansehen, ist alles andere als Neuland.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nun wird die Vorbereitung der Vorbereitung unter Strafe gestellt!)

Ich gebe gerne zu, dass es eine kritische, auf Kante genähte Regelung ist. Das ist übrigens seit geraumer Zeit so in den Fällen, in denen wir etwa mit verdeckten Ermittlungsmaßnahmen Verbrechern auf den Leib rücken müssen. Es ist doch ganz klar, dass etwas, das das Spannungsfeld zwischen den Grundrechten der Bürgers auf Freiheit und der sehr wohl auch verfassungsrechtlich verbürgten und geforderten Verpflichtung des Staates zum Schutze betrifft, eher beim Bundesverfassungsgericht landet, als wenn wir irgendeine Norm im Viehseuchengesetz ändern.

Aber, Herr van Essen, ich will Ihnen sagen: Sie alle holen immer mit einer geradezu an eine Litanei erinnernden Aufzählung von Gesetzen aus, die alle vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sind.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist so!)

Nicht ein einziges davon stammt aus der jetzigen Koalition. Ich habe einmal die Anfrage gestellt, was seit dem 19. Oktober 2005 vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde.

(Jan Mücke [FDP]: Entfernungspauschale!)

Ich sage Ihnen einmal etwas: Bisher ist die Änderung des Gesetzes zum Hufbeschlagnahme unter Schwarz-Rot aufgehoben worden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt noch! So schnell ist Karlsruhe nicht!)

Hören Sie auf, uns immer zu unterstellen, dass schon viele unserer Gesetze aufgehoben worden seien!

(Beifall bei der CDU/CSU - Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte? Das wart doch ihr! So schnell ist Karlsruhe gar nicht! Was war denn zum Beispiel mit dem Großen Lauschangriff? War die Union daran etwa nicht beteiligt? Haben Sie schon einmal aus verfassungsrechtlichen Gründen widersprochen?)

Im Übrigen kann man bei Gesetzen, die eine gewisse Grundrechtsrelevanz haben, doch nicht bereits aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen. Es wäre eine Katastrophe, wenn wir ängstlich und gebannt wie das Häschen vor der Schlange davon absehen würden, wichtige

Gesetze zu erlassen. Sie dürfen natürlich nicht evident verfassungswidrig sein. Ihnen darf die Verfassungswidrigkeit also nicht sozusagen auf der Stirn stehen, sodass man Angst haben muss, dass selbst der Hausmeister beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sie gar nicht an den Senat weiterleitet, sondern sie zerreißt. (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

So etwas haben wir natürlich auch nicht vor, meine Damen und Herren. Aber dass wir uns in einer kritischen Phase befinden, gebe ich gerne zu.

Mit den drei Gesetzesregelungen, um die es geht - die Regelungen von § 89 a, § 89 b und § 91 des Strafgesetzbuches -, setzen wir übrigens auch ein Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Terrorismus um, das wir in diesem Hohen Hause bereits am 7. Juni 2007 verabschiedet haben. Wir halten uns also auch an europäische Vorgaben.

Meine Damen und Herren, zu Ihren Ausführungen zur Absicht kann ich nur eines sagen: Auch Richter ziehen ihre Hosen nicht mit einer Kneifzange an.

(Heiterkeit des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Wenn jemand von Nachrichtendiensten tatsächlich dabei beobachtet worden ist, wie er sich in einem Terrorcamp hat ausbilden lassen - über einem solchen Camp steht schließlich nicht „Abenteuerspielplatz“ -, diese Person später aber vor Gericht aussagt: „Eigentlich habe ich mir meine Sprengstofffertigkeiten nur angeeignet, um dem THW zu helfen“, dann wird diese Einlassung wohl nicht besonders gut ankommen. Wenn sich jemand als Scharfschtze ausbilden lässt und dies damit begründet, dass er auf dem Rummelplatz in Steglitz Sieger im Wettbewerb „Schießen auf den laufenden Keiler“ werden möchte, dann wird ihm das auch niemand glauben. Ein Richter muss es also aus der Gesamtschau der jeweils obwaltenden Umstände beweisen.

(Jörg van Essen [FDP]: Ja, genau! Er muss es beweisen! So ist es richtig!)

Denken Sie einmal an das Beispiel Diebstahl: Die polizeilichen Ermittlungsbehörden finden beim Langzeitstudenten Ströbele zu Hause einen Palandt, der in der Universitätsbibliothek schon seit fünf Jahren fehlt. Dann wird Herr Ströbele sagen: Ich hatte doch nicht die Absicht, mir von einem anderen etwas Fremdes zueignen zu wollen? Es geht also um die Zueignungsabsicht. Hier gibt es also die Möglichkeit zur Einlassung: Ich wollte den Palandt zurückgeben. Zueignungsabsicht beinhaltet demnach Enteignung und Aneignung. Den straflosen Gebrauchsdiebstahl - furtum usus - kannten schon die alten Römer. In unserem Fall würde Herr Ströbele sagen: Das wollte ich doch nicht behalten. Das habe ich mir nur einmal ausgeliehen. Ich hätte das wieder zurückgebracht. - Man muss natürlich abwarten, ob eine solche Einlassung das Gericht überzeugt oder nicht.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GR-NEN]: Es kommt doch darauf an, ob er es zurückbringt oder nicht!)

Der Beweis erfordert natürlich nicht, den Grundsatz „in dubio pro reo“ für jede noch so alberne Einlassung oder gar Ausrede gelten zu lassen. Für die Gerichte besteht

die Schwierigkeit, einen Tatbestand auszulegen und einen Täter sauber zu überführen - nicht mehr und nicht weniger. Das, meine Damen und Herren, muss den Gerichten überlassen bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht eine reflexartige Angst um: Im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung wurde der böse Überwachungsstaat kritisiert. Jetzt liest man vom DAV: Feindstrafrecht - Guantánamo lässt grüßen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Eine richtig schöne Stellungnahme ist das!)

Es wird wieder das Ende des Rechtsstaates besungen. Meine Damen und Herren auch von der Opposition, natürlich kann ich die Anwälte verstehen;

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja! Allerdings!)

schließlich bin ich selbst Anwalt. Wer, wenn nicht Anwälte, muss darauf achten, dass wir in Sachen staatliche Obrigkeit nicht zu weit gehen?

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach was! Wann tun Sie das denn? -

Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Ja, genau!)

Das ist ganz klar. Eines darf man aber nicht tun, meine Damen und Herren: Man darf die Hysterie, die unter Rechtsunkundigen gelegentlich herrscht und die am Stammtisch nach dem dritten Glas Bier geradezu überschwappt, nicht noch nähren. Ich appelliere deshalb auch an die Oppositionspolitiker: Wir sollten im Streit um die besten Lösungen miteinander ringen. Wir dürfen aber nicht denjenigen das Wort reden, die die Verhältnisse in Deutschland mit den Verhältnissen in Guantánamo vergleichen und von Gesinnungsstrafrecht oder Feindstrafrecht reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Joachim Stünker [SPD])

Das sollte von allen Demokraten in diesem Hohen Hause unisono so beurteilt werden.

Nach der ersten Lesung werden wir unseren Gesetzentwurf an die Fachausschüsse - in diesem Fall sicherlich an den Rechtsausschuss - überweisen, wie wir es mit allen Gesetzentwürfen tun. Wir haben also noch genug Zeit, externen Sachverstand einzuholen und uns mit dieser Materie zu beschäftigen. Dann werden wir weitersehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Kollegin Ulla Jelpke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie wir eben gehört haben, will die Bundesregierung demnächst die Vorbereitung von Terroranschlägen und den Aufenthalt in sogenannten Terrorcamps unter Strafe stellen. Darüber diskutieren wir jetzt. Die Bundesregierung beschränkt sich dabei nicht darauf, konkrete Handlungen zu bestrafen,

(Joachim Stünker [SPD]: Doch!)

auch nicht darauf, konkrete Vorbereitungshandlungen zu bestrafen,

(Joachim Stünker [SPD]: Doch!)

sondern sie will bereits Gesinnungen bestrafen. Das hat die Justizministerin mit ihrem hier heute verwendeten Begriff „subjektive Seite“ sehr deutlich gemacht. Ich möchte gern wissen, was die „subjektive Seite“ bei einer geplanten Straftat sein soll.

(Joachim Stünker [SPD]: Beim „kleinen Strafrechtschein“ lernen Sie das! Zweites Semester!)

Zu dem genannten Zweck hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, dessen Formulierungen unpräzise sind. Diverse Gummiparagrafen werden geschaffen. Solche Gesetze sorgen meines Erachtens nicht für Sicherheit, sondern – das ist ganz eindeutig – für einen weiteren Abbau von Bürgerrechten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Grundidee des Strafrechts eines Rechtsstaates ist doch – lassen Sie mich noch einmal darauf eingehen –, den Täter für eine Tat zu bestrafen, die er tatsächlich bereits begangen hat. Das wissen natürlich auch Sie, Frau Justizministerin. Denn bei der Vorstellung Ihres Gesetzentwurfes haben Sie ausdrücklich gesagt:

Wir betreten mit der weiteren Vorverlagerung von Strafbarkeit juristisches Neuland ... Nun aber wird jemand schon dafür bestraft, dass er Kontakt zu einer Terrorgruppe aufnimmt oder sich im Umgang mit bestimmten Waffen oder Stoffen schulen lässt. Wir bewegen uns damit sehr weit im Vorfeld einer Tat.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich möchte Sie korrigieren: Juristisches Neuland betreten Sie meines Erachtens nicht, Frau Justizministerin. Sie sind vielmehr dabei, den Boden des Rechtsstaates, die Grundrechte, zu verlassen. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir von der Linken werden so ein Gesetz nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN)

... mit dem neuen Staatsschutzrecht wird ein neues uferloses Antiterrorssystem aufgebaut, sagt der bekannte Rechtsanwalt Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. Herr Gehb gibt ja offensichtlich nichts auf Rechtsanwälte oder auf die Stellungnahme der Anwaltsvereinigung. Darüber bin ich schon sehr erstaunt.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Was? Nicht zugehört!)

Ich möchte einige der Gedanken vortragen, mit denen Rolf Gössner das Vorhaben der Bundesregierung in der Öffentlichkeit infrage gestellt hat:

So plausibel eine Strafandrohung etwa im Fall einer Ausbildung in einem ausländischen „Terrorcamp“ auf den ersten Blick erscheinen mag, so problematisch ist sie bei genauerem Hinsehen. Wie will man beweisen, dass jemand in einem Trainingslager zum Terroristen umgeschult und tatsächlich ein solcher geworden ist?

(Zuruf von der SPD: Beweislage! Dafür sind die Gerichte da!)

Dass er unmittelbar und konkret Gewalttaten plant,

soll offenbar keine Voraussetzung sein - ein subjektiver Anschlagswille reicht; wie aber soll der bewiesen werden? Wir haben es also mit einem Gefährdungsdelikt ohne konkreten Tatbezug weit im Vorfeld des Verdachts zu tun - eine unverhältnismäßige und gefährliche Entgrenzung des herkömmlichen Tatstrafrechts.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Siegfried Kauder?

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Ja, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Frau Kollegin Jelpke, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass man jemandem, der sich in einem Terrorcamp ausbilden lässt, für die Strafbarkeit dieser Handlung auch nachweisen müsse, dass er unmittelbar eine terroristische Straftat begehen wolle. Können Sie mir sagen, wo diese Behauptung im Gesetzestext des § 89 a ihren Niederschlag findet?

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Wenn Sie richtig zugehört hätten, wüssten Sie, dass ich gerade Herrn Gössner zitiert habe. Aber ich bin gern bereit, auch auf Ihre Frage zu antworten.

(Ralf Göbel [CDU/CSU]: Wo steht das denn? - Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Wo steht das?)

Ich bin nämlich der Meinung, dass das, was Sie im Gesetzentwurf schreiben, nicht handhabbar ist. Wer definiert „Kontakt“? Das müsste genauer erläutert werden. Wer definiert „Terrorismus“? Bisher ist das nicht definiert. Die Justizministerin muss erklären, was genau ein „Terrorcamp“ sein soll.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Jetzt noch einmal zu der Frage!)

- Ich habe das Gesetz jetzt nicht dabei; aber ich bin gerne bereit, Ihnen das später zu beantworten.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen]

[CDU/CSU]: Das war keine Antwort auf

meine Frage! - Michael Grosse-Brömer

[CDU/CSU]: Da muss Ihr Mitarbeiter das nacharbeiten!)

Ich möchte das Zitat von Herrn Gössner noch beenden:

Wir haben es also mit einem Gefährdungsdelikt ohne konkreten Tatbezug weit im Vorfeld des Verdachts zu tun - eine unverhältnismäßige und gefährliche Entgrenzung des herkömmlichen Tatstrafrechts.

Und aufgrund welcher Erkenntnisse soll etwa die Art des Kontakts, des Camps und der Fortbildung beurteilt werden?

Dieser Fragestellung können wir uns nur anschließen, und wir werden das in den Anhörungen auch entsprechend zur Debatte stellen.

Noch einmal zu dem vorherigen Punkt. Man fragt sich natürlich allen Ernstes, wie Sie überhaupt erfahren wollen, ob jemand beispielsweise im Internet gesurft, nach Bombenbauanleitungen geschaut und dann andere motiviert hat, eine Straftat zu begehen. Oder wie wollen Sie von den Menschen, die einen Flugschein machen

- Flugzeuge sind ja bekanntlich auch Waffen -, diejenigen erfassen, die andere angeblich motivieren, Terrortaten zu begehen? Sie betreiben hier ganz eindeutig eine Vorfeldkriminalisierung, die wir nicht mitmachen werden. Herr Montag hat das Beispiel ja auch schon genannt: Was ist zum Beispiel mit einem Soldaten, der sich bei der Bundeswehr ausbilden lässt, dann aber plant, einen Terroranschlag zu begehen? Heißt das im Rückschluss, dass die Bundeswehr ein Terrorcamp ist, oder wie soll man das interpretieren?

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Da ist ja der Neškovic noch besser! - Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Sie müssen diese Fragen beantworten; denn Sie und nicht wir haben diesen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sind wir denn technisch tatsächlich schon so weit, dass Justiz und Polizei Gedanken lesen können, oder wie soll sonst der Beweis dafür erbracht werden, dass jemand in einem Trainingscamp, durch den Erwerb eines Chemiebuches oder durch intensive Recherchen im Internet tatsächlich ein Terrorist werden will?

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr abenteuerlich!)

So viele Möglichkeiten, den Willen zum Anschlag nachzuweisen, gibt es ja nicht. Wollen Sie sich auf dubiose Informationen von Geheimdiensten, wie Sie das bei den sonstigen Terrorgesetzen auch schon tun, oder auf mögliche Folterregime wie Pakistan, Türkei oder Syrien stützen? Das wäre mit menschenrechtlichen Standards absolut unvereinbar, und das wissen Sie auch. Oder wollen Sie aufgrund einer vermuteten politischen oder religiösen Überzeugung kurzerhand auf den vermeintlichen Terrorwillen schließen?

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wo steht das denn?)

Das wäre in der Tat ein Gesinnungsstrafrecht, durch das der Verfolgung politisch missliebiger Personen Tür und Tor geöffnet werden würde. Auch das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ist gar kein Jurist bei Ihren Mitarbeitern?)

Späh- und Lauschangriffe, geheime Onlinedurchsuchungen durch das BKA und Untersuchungshaft werden dadurch in noch größerem Umfang möglich gemacht, als das schon heute - ich erinnere hier daran; das ist ja schon genannt worden - durch den Terrorparagrafen 129 a StGB „Bildung terroristischer Vereinigungen“ und den § 129 b StGB „Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland“ der Fall ist. Der Umfang der Möglichkeiten soll jetzt noch einmal erweitert werden. Das war ja zunächst auch das Anliegen von Frau Zypries. Mit ihrer Gesetzesvorlage bereitet die Bundesregierung einer Schnüffel- und Gesinnungspraxis den Weg. Wir denken, dass hier rechtstaatliche Prinzipien mit Füßen getreten werden.

(Zuruf von der SPD: Recht auf Terrorcamp?)

Wenn eine Justizministerin einen Gesetzentwurf vorstellt und sagt, er sei verfassungsrechtlich auf Kante genäht,

dann wird deutlich, dass man ernsthaft fragen muss, ob hier wieder vorprogrammiert ist, dass das Verfassungsgericht diesen Gesetzentwurf einkassieren wird.

Man kann nur sagen: Frau Zypries, ich fand es sehr gut, dass Sie am Anfang versucht haben, gegen Herrn Schäuble anzutreten und zu sagen, dass Sie diese Verschärfung im Gesetz nicht wollen. Es ist aber wie immer:

Sie sind mal wieder eingeknickt. In Richtung der SPD muss man fragen: Wo bleibt eigentlich Ihre demokratische rechtsstaatliche Gesinnung, wenn Sie jedem dieser Gesetzentwürfe, mit denen Bürgerrechte massiv gefährdet und abgebaut werden, zustimmen?

(Beifall bei der LINKEN - Christoph Strässer

[SPD]: Ja, das ist schon bitter!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Ja. Ich komme auch zu meinen letzten beiden Sätzen.

(Joachim Stünker [SPD]: Das ist auch besser so!)

Die Linke bleibt dabei: Gewaltdelikte sind und bleiben zu verfolgen und zu bestrafen; das ist überhaupt gar keine Frage. Durch spezielle Terrorparagrafen nach dem Strickmuster dieser Regierung werden jedoch das Grundgesetz und der Rechtsstaat gefährdet.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie gefährden das Niveau hier!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Wieland für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Geständnisse soll man ja möglichst frühzeitig ablegen. Deswegen sage ich gleich vorweg: Ich verstehe manchmal die Welt nicht mehr - genauer gesagt, Ihre Welt, meine Damen und Herren von der Großen Koalition. Da fehlt mir wirklich die Einsicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu: Unser Strafgesetzbuch stammt aus dem Jahr 1871. Da gab es diese Form des internationalen Terrorismus noch nicht. Wir haben aber seit 1976 die terroristische Vereinigung und als Folge des 11. September seit 2002 auch die ausländische terroristische Vereinigung im Strafgesetzbuch verankert. Nun finden Sie Strafbarkeitslücken - Sie behaupten sie jedenfalls - und begründen Ihr Vorhaben damit, dass der Terror eine internationale Erscheinung geworden ist und Terrorcamps eine neue Erscheinung sind. Darauf muss ich Ihnen entgegen: Auch die Rote Armee Fraktion - wenn Sie das nicht schon wissen, können Sie sich den Film über den Baader-Meinhof-Komplex im Kino ansehen; er ist ja für einen Oscar vorgeschlagen - ließ sich bekanntermaßen in einem Terrorcamp ausbilden.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Soll das straflos bleiben?)

- Das war immer strafbar. Damit gab es nie ein Problem. Des Weiteren haben Sie angeführt, es sei neu, dass die Hierarchien weggefallen sind. Wir hatten aber terroristische

Vereinigungen inländischer Prägung - ich denke dabei an die „Bewegung 2. Juni“ in Berlin -, die per definitionem völlig unhierarchisch waren. Wir hatten mit den „Revolutionären Zellen“ sogar das, was man heutzutage ein Terrornetzwerk nennt, nämlich einen relativ losen Verbund selbstständig agierender Gruppierungen und Einzelpersonen.

Das alles ist im Kern nicht neu. Wenn Sie behaupten, dass Sie Lücken füllen wollen, die wir nicht sehen und die es gar nicht gibt, dann muss ich Ihnen unterstellen, dass Sie in Wirklichkeit etwas ganz anderes wollen. Sie wollen nämlich nicht die Vorbereitung unter Strafe stellen, Herr Kollege Gehb. Das gibt es im Strafgesetzbuch bereits in manchen Fällen. Sie wollen die Vorbereitung der Vorbereitung unter Strafe stellen. Bei Ihnen soll die Strafe nicht der Tat auf dem Fuß folgen, sondern bei Ihnen soll die Strafe der Tat zwei Schritte vorausgehen. Das ist das Neue, und das lehnen wir ab. Das geht in Richtung Gesinnungs- und Feindstrafrecht. Das ist scharf zu kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Frau Bundesjustizministerin hat das schöne Beispiel des Kunden im Buchladen angeführt, der in einem Buch liest. Er kann die Absicht haben, zu zahlen. Er kann die Zueignungsabsicht haben. Was tun wir in dieser Situation? Sollen wir ihn festnehmen und nachsehen, ob er genug Geld dabei hat, um dieses Buch zu kaufen? Ist das das Neue, das wir brauchen?

(Christoph Strässer [SPD]: Nein!)

Wir tun das, was wir immer getan haben. Wir prüfen, ob er das Buch unter die Jacke schiebt, und dann legen wir das als Indiz für die Zueignungsabsicht aus.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Gut! Das Ströbele-Beispiel!)

- Mein lieber Kollege Gehb, jetzt sagen Sie wieder: „Ströbele-Beispiel“. Der Kollege war aber nie ein Langzeitstudent wie Sie vielleicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat zügig studiert, war bei der Bundeswehr, wurde Kanonier und war dann noch drei Jahre Referendar. Er war weder Langzeitstudent, noch hat er je ein Buch unterschlagen.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Das habe ich auch nie gesagt! - Zuruf von der LINKEN: Langzeitstudent ist nichts Schlimmes!)

- Das Beispiel lassen wir weg. Wählen Sie andere Beispiele. Das ist nämlich falsch, selbst wenn es sich auf Ströbele bezieht.

Aber im Ernst: Anhand welcher Indizien - die Ministerin hat mir ja recht gegeben; auch sie kann niemandem in den Kopf hineingucken; das kann niemand - wollen Sie die Abgrenzung zu einem normalen, sozial adäquaten Verhalten vornehmen, wenn es Ihnen zufolge darauf ankommt, ob der Betreffende terroristische Absichten verfolgt hat oder nicht? Das wird aus Indizien hergeleitet. Dabei wird man sicherlich im Verdachtsfall sehr umfangreich überprüfen, mit wem der Verdächtige korrespondiert und was er im Internet aufruft - die Vorratsdatenspeicherung gibt es bereits -, und dann wird



man aus Mosaiksteinen seine Gesinnung zusammensetzen.  
Darauf wird es hinauslaufen. Damit geht man den  
Schritt weg vom Schuldstrafrecht und vom Bestimmtheitsgebot.  
Das ist das gefährliche Neuland, das mit diesem  
Gesetzentwurf betreten wird. Das wollen wir nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Begründung, Herr Kollege Stünker, hat uns das  
BMJ am 14. Januar netterweise eine Lesehilfe mit Fallbeispielen  
geliefert, die erklären sollen, inwiefern es Lücken  
gibt.

(Joachim Stünker [SPD]: Die kenne ich gar  
nicht!)

Sie alle treffen nicht zu, weil alle Fälle bereits strafbar  
sind.

Beim ersten Beispiel erhält - das ist wie in einer  
Klausur - ein gewisser A den Auftrag, ein Terrorcamp  
aufzusuchen und sich dort ausbilden zu lassen. Wo ist  
denn hier das Problem der Strafbarkeit gegeben? Es gibt  
neben A wenigstens einen, der ihm den Auftrag gibt, und  
einen, der ihn ausbildet. Das macht zusammen mindestens  
drei Personen. Warum sollten diese Personen nicht  
nach § 129 a des Strafgesetzbuches bestraft werden können?  
Was sind denn das für Beispiele?

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/  
CSU])

- Der Kollege Uhl, der jetzt so lacht, hat in einem Artikel  
von einer „Riesenlücke“ gesprochen. Kollege Uhl,  
ich sage Ihnen: Sie hätten diese Aufgabe in einer Klausur  
falsch gelöst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD] -

Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Vergleichen  
wir mal die Examensnote!)

Schauen Sie einmal in den EU-Rahmenbeschluss, in  
dem definiert wird, was eine terroristische Vereinigung  
ist. Da heißt es: Dieser Begriff bezeichnet  
einen auf längere Dauer angelegten organisierten  
Zusammenschluss ..., der nicht nur zufällig zur unmittelbaren  
Begehung einer strafbaren Handlung  
gebildet wird.

Dieser Tatbestand liegt hier doch vor.

Das nächste Beispiel ist noch absurder. Da geht es  
ganz im Ernst um ein Mitglied einer Wehrsportgruppe.  
Dieses Mitglied lässt sich bei dieser Wehrsportgruppe  
als Sprengmeister ausbilden. Franz Josef Strauß sagte  
einmal über die Wehrsportgruppe Hoffmann: Das sind  
Hanseln, das sind Kasper. - Er wurde dann durch das  
Oktoberfestattentat blutig eines Besseren belehrt. Aber  
wer ist denn sonst außer ihm ernsthaft der Ansicht, dass  
eine derartige Wehrsportgruppe keine terroristische Vereinigung  
wäre? Diese Erkenntnis sollte doch endlich im  
BMJ angekommen sein. Weshalb schreiben Sie uns also  
solche Beispiele auf?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der LINKEN)

Auch der Sauerland-Fall taucht in dieser Beispielsammlung  
auf. Natürlich haben sich die Mitglieder dieser  
Gruppe strafbar gemacht, sonst hätte man sie nicht  
festnehmen können.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es! - Christoph

Strässer [SPD]: Man kann auch jemanden festnehmen, der keine Straftat begangen hat!)

Man hat sie aber festgenommen. Vorbereitung eines Explosionsverbrechens steht seit Jahr und Tag in § 310 des Strafgesetzbuches.

Nun zu den Kofferbomben, Herr Kollege Kauder. Wenn man diese mit dem Koffer angetroffen hätte, dann hätten sie sich natürlich strafbar gemacht; das ist überhaupt kein Thema. Schon wenn sie eine Bombe gebastelt hätten, wäre das strafbar gewesen.

(Jörg van Essen [FDP]: Ja!)

Sie wollen jetzt noch einen Schritt nach vorne machen. Sie wollen, dass man schon beim ersten Herunterladen aus dem Internet zuschlagen kann. Sie schreiben selber in dem Artikel in der ZRP - da sind Sie ehrlich -: „Dadurch wird zugegebenermaßen eine weit vorverlagerte Strafbarkeit begründet, ...“ - Sie haben recht: Das ist eine weit vorverlagerte Strafbarkeit. Das kann nicht richtig sein. Gerade Sie, der den Untersuchungsausschuss unter anderem zum Fall Murat Kurnaz leitet, müssten wissen - auch dazu befindet sich hierin ein Beispiel -: Er ist nie in einem Terrorcamp angekommen. Er ist zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen. Er wurde gegen eine Prämie ausgeliefert und landete dann in Guantánamo.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, ich komme zu meiner letzten Ausführung. - Nach dem neuen Recht hätte man ihn in Bremen oder dort, wo er ins Flugzeug gestiegen ist, beim Abflug festnehmen können. Damals gingen die Sicherheitsbehörden ja über einen langen Zeitraum davon aus, er wolle sich terroristisch betätigen. Nun kann ein Zyniker sagen: Es ist immer noch besser, bei uns festgenommen zu werden, als nach Guantánamo gebracht zu werden. Aber die Logik, die all dem zugrunde liegt - wir haben nichts Konkretes, also machen wir das Unkonkrete strafbar -, ist falsch. Sie ist nicht rechtsstaatlich. Wir lehnen sie ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Joachim Stünker für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Stünker (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Vorbemerkungen: Der erste Punkt: Herr van Essen, der Hinweis darauf, welche Gesetze, die wir hier gemacht haben bzw. verbrochen haben sollen, vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden, verschlägt allmählich nicht mehr.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Das ist euer Privileg! Wirklich!)

Es gibt eine empirische Untersuchung - ich werde sie Ihnen zukommen lassen - über 20 Jahre, in der festgestellt wird, dass in diesem Zeitraum von 20 Jahren die Aufhebungsrate beim Bundesverfassungsgericht pro Jahr durchschnittlich fast immer gleich geblieben ist. Ich weiß nicht, woran das liegt. Das hat aber nichts damit zu tun, wer gerade an der Regierung ist, oder damit, dass einer

gute und der andere schlechte Gesetze macht. Das liegt einfach in der Natur der Sache. Hören Sie also mit solchen Behauptungen auf.

(Jörg van Essen [FDP]: Nein, damit höre ich nicht auf!)

Der zweite Punkt: Sozialdemokratische Juristen haben keinen Vorsitzenden, Herr van Essen. Wir sind eine freiheitliche Partei. Es gibt für sozialdemokratische Juristen eine Arbeitsgemeinschaft mit einem Vorsitzenden. Das ist ein kleiner Unterschied. Aber auch in der Sprache sollte man genau sein.

(Jörg van Essen [FDP]: Trotzdem hat er das gesagt, was ich vorgetragen habe! - Wolfgang

Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit wird sein Zitat nicht falsch! Das werden Sie wohl zugeben!)

Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir bei diesem ernstesten Thema, um das es hier geht, bei sprachlichen Begrifflichkeiten sehr vorsichtig sein. Einige Redner, die ich gehört habe, haben die Schmerzgrenze überschritten, Herr Wieland und Frau Jelpke; das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie müssen doch vor einem Gesetz, das nicht anwendbar und dessen Inhalt nicht beweisbar ist, überhaupt keine Angst haben;

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Sowieso nicht!)

denn die angeblichen Täter, denen man eine Straftat nicht nachweisen kann, werden in Deutschland noch immer freigesprochen. Sie können dann irgendwann sagen:

Euer Gesetz greift nicht. Was Ihr dort geregelt habt, trifft den Sachverhalt, um den es geht, eigentlich gar nicht. -

Aber Ihre Angst davor, dass hier jemand möglicherweise aus Gesinnungsgründen bestraft wird, können Sie nach dem, was wir Ihnen vorgelegt haben, zumindest keinem rechtskundigen Menschen in diesem Land erklären.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Frau Jelpke, es tut mir furchtbar leid, aber Sie haben mit Ihren Ausführungen wieder einmal klargemacht, dass Sie nicht regierungsfähig sind. Das wird wohl noch lange so bleiben.

Jetzt zum Ernst des Themas zurück. Worüber reden wir eigentlich?

Es handelt sich um einen ernstesten Sachverhalt; die Frau Ministerin hat zu Recht darauf hingewiesen. Wir reden darüber, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch für uns in Deutschland nach wie vor fortbesteht. Ich nenne als Beispiele die Bedrohung von Passagierflugzeugen in London, die Attentate von Madrid sowie die in Dortmund und Koblenz gefundenen Bomben in Zügen. Wir wissen also, dass die Gefahr nach wie vor konkret ist. Zudem gab es - darauf wurde schon hingewiesen - in den letzten Tagen entsprechende Videos.

Die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass Politik das, was in rechtlicher Hinsicht möglich bzw. was menschenmöglich ist, tut, um die Bevölkerung vor solchen Anschlägen mit ihren furchtbaren Auswirkungen zu schützen. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit als Parlamentarier.

Worüber reden wir eigentlich?

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Gute Frage!)

- Das will ich Ihnen erklären. - Wir wissen - einige aus den Ministerien wissen vielleicht en détail ein bisschen mehr; Kollege Uhl und ich sind Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums; vielleicht haben wir dadurch in einigen Punkten einen gewissen Wissensvorsprung -, dass es einen ganz bestimmten, kleinen Kreis an Personen gibt, die sich in Camps im Ausland, zum Beispiel in Afghanistan und Pakistan, im Umgang mit Waffen, Sprengstoff und Chemikalien ausbilden und sich auch psychisch schulen und indoktrinieren lassen, damit sie, wenn sie zurückkommen, möglicherweise bereit sind, Selbstmordattentate oder Ähnliches zu verüben. Wir wissen, dass diese Personen nach Deutschland zurückkommen werden. Wir kennen sie sogar. Aber wir haben keine Handhabe und können keine Ermittlungsmaßnahmen ergreifen, weil wir deren Verhalten strafrechtlich nicht erfassen können; genau das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Ulla

Jelpke [DIE LINKE]: Woher wissen Sie es?)

§§ 129, 129 a und 129 b des Strafgesetzbuches passen hier nicht; dafür muss man etwas vom Strafrecht verstehen.

(Daniela Raab [CDU/CSU]: Richtig!)

§ 30 StGB „Anstiftung zu einem Verbrechen“, den Kollege Montag erwähnt hat, passt ebenfalls nicht. Man braucht immer zwei Personen, um die Tatbestände zu erfüllen. Das heißt, genau die Normen, die wir von alters her kennen, passen nicht zu den infrage kommenden Sachverhalten.

Auch die Strafbarkeit des Versuchs passt hier letztendlich nicht; denn ein strafwürdiger Versuch bedeutet, dass der Täter alles getan haben muss, damit die Tat nach seinen Vorstellungen vollendet werden kann. Genau das fehlt aber im oben genannten Fall noch. Die klassische Lehre, die wir kennen, passt hier nicht. Bei Selbstmordattentaten ist zudem die Phase zwischen Vorbereitung, Versuch und Vollendung außerordentlich kurz. Auch daran sehen Sie, dass unsere bisherige Dogmatik nicht passt. Nur aus diesem Grunde und nur für den Täterkreis, um den es hier geht, schaffen wir unter Sicherheitsaspekten zwei neue Tatbestände, um im Vorfeld mit entsprechenden Ermittlungsmaßnahmen vorgehen zu können.

Was stellen wir zukünftig - das wurde bislang noch nicht richtig erklärt - eigentlich unter Strafe? Es handelt sich um ein Staatsschutzdelikt. Das heißt, der Täter muss mit dem Ziel handeln, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen; das gehört mit zum Tatbestand. Er muss dafür vorhaben, entweder einen Mord, einen Totschlag, eine Freiheitsberaubung, Menschenraub oder Ähnliches zu begehen.

Das sind die Tatbestandsmerkmale, die vorliegen müssen, von denen aber keiner von Ihnen gesprochen hat. Um diese Taten begehen zu können, muss er sich entsprechend ausbilden lassen,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kontakt aufnehmen zur Ausbildung!

Kontakt aufnehmen langt schon!)

und er muss dabei den Vorsatz haben - hören Sie doch

einmal zu, Herr Wieland, Sie können noch etwas lernen -, das, was er dort gelernt hat, nachher konkret umzusetzen. Das ist der Hintergrund, aber nicht das, was Sie hier erzählt haben, was einige Leute schreiben und was Sie einigen Journalisten in die Feder diktiert haben, die davon gesprochen haben, wir würden Gesinnungsstrafrecht machen.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist eine ganz ernste Auseinandersetzung!)

Ganz konkrete Straftatbestandsmerkmale, die ich hier eben genannt habe, müssen erfüllt sein. Das hat nichts mit Gesinnung zu tun, sondern das hat etwas mit der konkreten Gefährlichkeit der Täter zu tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Herr Kollege Gehb hat schon auf etwas hingewiesen, was auch ich betonen möchte, damit es in der Öffentlichkeit wirklich deutlich wird. Dass Vorbereitungshandlungen unter Strafe gestellt werden, ist im deutschen Strafrecht nun wirklich nichts Neues. Um das zu wissen, muss man den Besonderen Teil kennen, Frau Jelpke. Sie haben von der Vorbereitung des Angriffskrieges gesprochen. Es heißt dort nur: Wer einen Angriffskrieg vorbereitet, an dem Deutschland beteiligt sein soll, der wird bestraft. - Woher wissen Sie das? Können Sie in den Kopf hineinschauen? Wie macht man denn so etwas? Natürlich brauchen wir Tatsachen und Anknüpfungspunkte, natürlich brauchen wir eine Beweislage, nach der ein Gericht zu der Überzeugung kommt, dass Menschen - auch subjektiv - einen Krieg vorbereiten wollen.

(Jörg van Essen [FDP]: Hier ist das doch viel weiter vorgelagert!)

- Das ist doch gar nicht wahr. - Bei hochverräterischen Unternehmen muss man nur bereit sein, Hochverrat zu begehen. § 87 StGB betrifft die Agententätigkeit zu Sabotagezwecken. Da verhält es sich genauso. Man muss nur sagen, dass man nach Deutschland fährt, weil man als Agent bereit ist, irgendwann eine Straftat zu begehen. Es geht also um das Vorfeld. Das ist der Hintergrund. So weit ab von dem, was wir nach geltendem Recht kennen, bewegen wir uns hier also im Ergebnis nicht.

(Jörg van Essen [FDP]: Sie sagen doch selbst, das sei auf Kante genäht!)

- Das habe ich doch gar nicht gesagt. Unterstellen Sie mir keine Zitate, die ich nie gesagt habe. Ein solches Zitat von mir werden Sie nicht finden.

Daher sage ich Ihnen: Lassen Sie uns mit kühlem Verstand in diese Beratungen im Rechtsausschuss hineingehen, lassen Sie uns dort mit kühlem Verstand die Sachverständigen anhören. Wenn wir vielleicht Tatbestände nicht bestimmt genug gefasst haben, dann werden wir darüber beraten. Gemeinsam sollte uns - das hat auch Kollege Gehb gesagt - die Absicht tragen, mit dieser Gesetzgebung nicht die Gesinnung unter Strafe zu stellen, sondern die Menschen in diesem Land davor zu schützen, dass Personen schwerste Straftaten begehen. Ich garantiere Ihnen, Herr van Essen, Herr Wieland und Frau Jelpke: Wenn irgendwo bei uns die erste U-Bahn hochgeht, dann werden Sie die Ersten sein, die einen Untersuchungsausschuss beantragen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Aber doch nicht wegen fehlender Strafgesetze!  
- Jan Mücke [FDP]: Böartige Unterstellungen!)  
Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Siegfried Kauder für  
die CDU/CSU-Fraktion.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/  
CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Meine Damen und Herren! Selbstverständlich sind Freiheitsrechte  
in einem Staat wichtig, und sie sind auch  
grundgesetzlich geschützt. Aber hat der Staat nicht auch  
die Aufgabe, Straftaten zu verhindern, nicht nur den  
überführten Straftäter zu verurteilen? Es ist eine wesentliche  
Aufgabe, dazu beizutragen, dass Straftaten nicht  
zum Erfolg führen.

(Jörg van Essen [FDP]: Der Aspekt der  
Prävention!)

Herr Kollege van Essen, Sie haben natürlich recht:  
Bisher ist in Deutschland zum Glück nichts passiert.  
Aber was die Kofferbomber anbelangt, so war das nicht  
das Verdienst deutscher Ermittlungsbehörden. Man hat  
vergessen, dem Gasgemisch Sauerstoff beizumischen.  
Wäre es nicht viel besser gewesen, man hätte diese Kofferbomber  
schon in dem Stadium festnehmen können, in  
dem sie die ersten Vorbereitungshandlungen durchgeführt  
haben?

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Konnte man!)

Vorbereitungshandlungen unter Strafe zu stellen, ist  
überhaupt nichts Neues.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Sobald sie anfangen zu basteln, konnte  
man!)

Warum haben wir denn den § 30 des Strafgesetzbuches?  
Er betrifft die typische Bestrafung einer Vorbereitungshandlung,  
die dazu dient, ein Verbrechen vorzubereiten.  
Warum haben wir § 234 a Abs. 3 des Strafgesetzbuches,  
in dem es um die Strafbarkeit einer Vorbereitung zu einem  
Verschleppungsverbrechen geht? Genau deshalb,  
weil wir nicht wollen, dass Menschen verschleppt werden!  
Vielmehr sollen sie vom Staat rechtzeitig davor geschützt  
werden.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Kauder, gestatten Sie eine Zwischenfrage  
des Kollegen Wieland?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/  
CSU):

Gerne doch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Vielen Dank, Herr Kollege Kauder. - Ist Ihnen denn  
nicht aufgefallen, dass Sie sich im Rahmen Ihrer Ausführungen  
zu den Kofferbomben gerade widersprochen  
haben? Sie fragten: Wäre es nicht gut gewesen, sie vorher  
festzunehmen? Gerade diese Menschen haben sich  
offenbar vorher zu einem Sprengstoffverbrechen verabredet,  
das als Vorbereitungshandlung nach § 310 Strafgesetzbuch  
bereits unter Strafe steht.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

War das Problem bei den Kofferbomben nicht vielmehr, dass unsere Sicherheitsbehörden - sowohl die Nachrichtendienste als auch die Länderpolizeien als auch irgendjemand anders - sie nicht im Visier hatten? Man hatte keine Anknüpfungspunkte, sich diese beiden Personen anzusehen. Was wäre denn anders, wenn wir das neue Gesetz schon hätten?

(Jörg van Essen [FDP]: Eine sehr berechtigte Frage! - Zuruf von der LINKEN: Völlig richtig!)  
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Kollege Wieland, ich bin Ihnen für Ihre Frage außerordentlich dankbar. Das Zauberwörtchen heißt „verfahrensrechtliche Bezugsnorm“. Schauen Sie sich einmal § 100 a der Strafprozessordnung an; dort geht es um die Telekommunikationsüberwachung. Meinen Sie, ein Staatsanwalt kann aufgrund eines vagen Verdachtsmomentes hingehen und eine Telefonüberwachung anordnen? Meinen Sie, ein Richter würde diese Maßnahme zulassen? Nein, man braucht bestimmte Tatsachen, aufgrund deren man eine Ermittlungsmaßnahme einleiten kann.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Deswegen wollen wir, dass die Strafbarkeit vorverlagert wird, damit man durch die bestimmten Tatsachen des vorverlagerten Deliktes einen Anknüpfungspunkt hat, um Ermittlungsmaßnahmen durchführen zu können. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

So viel zur verfahrensrechtlichen Bezugsnorm. Damit habe ich Ihnen die Antwort gegeben.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, die wollten wir hören!)

Das Wesentliche ist, dass wir verfahrensrechtliche Bezugsnormen schaffen, die es bisher nicht gibt. § 30 des Strafgesetzbuches reicht nicht aus - das ist schon erwähnt worden -, weil man am Anfang eines Ermittlungsverfahrens die Existenz einer terroristischen Vereinigung nicht nachweisen kann, da man die Tatbestandselemente noch nicht aufgedeckt und enttarnt hat.

§ 30 des Strafgesetzbuches eignet sich auch wegen der Rechtsprechung nicht. Ich verweise auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs, Band 18, Seite 160 ff. Dort wurde der Straftatbestand nach § 30 des Strafgesetzbuchs deutlich eingeschränkt. Um im Vorfeld ermitteln zu können, muss man eine konkrete Tat nachweisen. Die Vorbereitung dieser Tat muss so weit fortgeschritten sein, dass der Täter nur noch zur Tat ansetzen muss. Genau das ist nach den in unserem Gesetzentwurf enthaltenen Vorschriften nicht der Fall.

Einiges ist in der Diskussion durcheinandergesungen. Frau Kollegin Jelpke, ich empfehle Ihnen, einmal in den Gesetzentwurf hineinzuschauen. Es ist ein Unterschied, ob man von § 89 a Strafgesetzbuch oder von § 89 b Strafgesetzbuch spricht. In § 89 a werden ganz konkret vier Vorbereitungshandlungen unter Strafe gestellt. Es handelt sich also nicht um ein Gesinnungsstrafrecht, sondern um gesetzlich genau umschriebene Vorbereitungshandlungen. Nach § 89 a des Strafgesetzbuches

muss aber den Vorbereitungshandlungen ein Vorsatz hinzukommen.  
Bei einer Ausbildung im Terrorcamp muss also kein konkreter Vorsatz für eine Straftat vorliegen.  
Ich bitte Sie, diese beiden Straftatbestände auseinanderzuhalten.  
Wir erreichen mit diesem Gesetz eine Verbesserung der Sicherheitslage in Deutschland. Wir eröffnen den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, Telekommunikationsüberwachung und Wohnraumüberwachung durchzuführen.  
Genau das ist es, was zum Erfolg führt: sich nicht darauf zu verlassen, dass wie in der Vergangenheit nichts passieren wird und dass das Glück einem weiterhin hold ist. Wir müssen dieses Instrumentarium zur Verfügung stellen, damit Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden gegen terroristische Angriffe rechtzeitig vorgehen können.

Ich möchte gern noch das Beispiel der Sauerland-Gruppe ansprechen: Es waren nicht die Ermittlungsbehörden, deren Arbeit zum Erfolg geführt hat, sondern die Informationen eines V-Manns der Amerikaner. Man darf sich nicht auf der sicheren Seite wähen und sagen: Es wird schon weiterhin so funktionieren. Wir müssen strafprozessual und strafrechtlich mit entsprechenden Strafvorschriften reagieren. Deswegen muss der, der Sicherheit in Deutschland will, diesem Gesetz zustimmen.  
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir Innenpolitiker der CDU/CSU-Fraktion haben uns gestern die Terrorvideos angeschaut. Meines Wissens haben die Kollegen aus der SPD-Fraktion in dieser Woche dasselbe getan. Ich kann Ihnen, Herr van Essen, und den anderen Kollegen aus der Opposition nur empfehlen, dies auch zu tun,

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Wir haben uns das auch angeschaut! Das können Sie sich sparen! Das kennen wir!)

weil Sie dann erleben, dass es sich bei Bekkay Harrach, einem jungen Marokkaner, der in Deutschland eingebürgert wurde, um einen fanatisierten Islamisten handelt.

Auf der einen Seite ist er sicherlich ein verwirrter Geist - den Eindruck gewinnt man, wenn man ihn erlebt -, auf der anderen Seite aber ein finster entschlossener Selbstmordattentäter, der bereit ist, das, was er dort ankündigt, auch zu tun.

(Jörg van Essen [FDP]: Aber kein Einzeltäter!)

- Ein Einzeltäter.

(Jörg van Essen [FDP]: Ach?)

Die Bedrohung, die von diesem Mann ausgeht, müssen wir sehr ernst nehmen, Herr van Essen.

(Jörg van Essen [FDP]: Das sehe ich genauso wie Sie! Das habe ich in meiner Rede auch so gesagt!)

Er ist mittlerweile zum Planungschef von al-Qaida aufgestiegen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann ist er wohl kein Einzeltäter!)

Was er tut, hat Parallelen zu dem, was in Spanien



2004 drei Tage vor der Parlamentswahl geschehen ist.

(Jörg van Essen [FDP]: Auch keine Einzeltäter!)

Er will uns Abgeordnete einschüchtern. Er bedroht uns in dem Video: Wir sollen vor der nächsten Bundestagswahl dafür sorgen, dass die deutschen Soldaten aus Afghanistan abziehen; dann haben wir eine Chance, den Terroranschlag abzuwenden.

Dies ist die Ausgangslage. Bei dieser Ausgangslage muss man darüber nachdenken: Was kann der Staat tun, um seine Bürger zu schützen? Gibt es eine vornehmere Aufgabe eines Staates als die, seine Bürger vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen?

Damit komme ich zu den Paragrafen und zu den Tatbeständen, die wir hier besprechen. Derzeit dürfen Personen, die in Terrorcamps ausgebildet wurden, in Deutschland straffrei herumlaufen. Es gibt bereits einen Fall; vom Berliner Kammergericht entschieden. Das ist nicht nur lebensbedrohlich, das ist absurd.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Rechtslücke müssen wir schließen.

Es tut weh, wenn ein Selbstmordattentäter, der eine Bombe im Auto hat und als Bedrohung gesehen werden muss, mit einem Ladendieb verglichen wird. Einem, der einigermaßen Gespür für Sicherheit und Ordnung hat, tut das weh.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Beispiel kam nicht von uns!)

Bei einem Ladendieb kann man zu jedem Zeitpunkt eingreifen, die Tat verhindern, alles Mögliche klären und aufdecken. Es ist aber zu spät, Herr Wieland, wenn der Selbstmordattentäter mit dem Auto losgefahren ist.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das mit dem Ladendieb war nicht mein Beispiel!)

Das heißt, wir müssen die Strafbarkeit sozusagen vorverlagern, wenn wir eine Chance haben wollen, den Anschlag zu verhindern.

Wir haben es bei dem neuen § 89 a StGB - das ist mehrfach betont worden - mit einem subjektiven und einem objektiven Tatbestand zu tun. Beide müssen erfüllt sein. Es muss Mord, Totschlag geplant sein, gewünscht sein, es muss die Absicht darauf ausgerichtet sein, und der Betreffende muss zu diesem Zweck zum Beispiel das Erlernen des Baus einer Autobombe beabsichtigen. Es geht um einen doppelten Vorsatz; das muss man immer wieder hervorheben.

Es kann nicht richtig sein, dass wir tatenlos zuschauen, wie Menschen, radikalisierte Islamisten, sich aus Deutschland auf den Weg ins Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan machen, um sich in Terrorcamps ausbilden zu lassen, und dass wir sagen: Das ist eben so; das nehmen wir hin; wir müssen halt schauen, dass wir sie erwischen, bevor sie zurückkommen. - Ist das Ihr Verständnis von einem Staat? Das frage ich mich.

Wir müssen die Vorverlagerung der Strafbarkeit definieren.

Wir definieren sie richtig, indem wir in einem neuen § 89 b StGB festlegen, dass bereits bei der Kontaktaufnahme - natürlich nicht irgendeiner Kontaktaufnahme, sondern der Kontaktaufnahme mit dem Ziel, die

Ausbildung zum Terroristen zu ermöglichen - Strafbarkeit gegeben ist.

Das Totschlagargument vom Gesinnungsstrafrecht ist also völlig abwegig. Es passt nicht hierher. Es müssen ganz konkrete Vorbereitungshandlungen gegeben sein. Herr van Essen, wenn wir sagen, bisher hätten wir Glück gehabt, auch bei den Kofferbombenattentätern, und dies mit einem Lob an die Sicherheitsbehörden und die Nachrichtendienste garnieren, uns jetzt aber zurücklehnen und sagen, daher machen wir so weiter, dann kann ich vor dieser Haltung nur warnen.

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit werden wir der Gefahr nicht gerecht.

(Jörg van Essen [FDP]: Symbolische Gesetzgebung ist das Schlechteste, was wir tun können!)

Wenn wir zu den beiden Vorschriften, die wir hier hinsichtlich dieser Vorverlagerung der Strafbarkeit vorschlagen, nicht bereit sind, sollten wir offen zugeben, dass der Staat bei solchen Bedrohungslagen durch Selbstmordattentäter dann eben kapitulieren muss.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn!)

Dann ist es eben Schicksal der betroffenen Opfer;

(Jörg van Essen [FDP]: Das tun wir doch gar nicht! Die Kofferbombenattentäter haben doch höchste Strafen erhalten!)

das ist dann für die Opfer dumm gelaufen.

(Jörg van Essen [FDP]: Die sind doch zu Höchststrafen verurteilt worden, und das zu Recht! Und das ist gut so!)

Wir von der Union sind nicht bereit, vor dieser Bedrohung zu kapitulieren. Wir wollen den Rechtsstaat gegenüber dieser Bedrohung wehrhaft machen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Jörg van Essen [FDP]: Die Kofferbombenattentäter sind doch zu hohen Strafen verurteilt worden, zu Recht, und das ist gut so!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 16/11735 und 16/7958 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Sind Sie damit einverstanden? -

(Jörg van Essen [FDP]: Ja!)

Ich sehe, das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 6 a und b:

a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren

- Drucksache 16/11736 -

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Innenausschuss

b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung von Absprachen im Strafverfahren

- Drucksache 16/4197 -

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Innenausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die Bundesregierung Frau Bundesministerin Brigitte Zypries das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz:  
Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den beiden genannten Gesetzentwürfen, über die wir heute in erster Lesung beraten, schaffen wir mehr Rechtsstaatlichkeit für einen Vorgang, der tägliche Praxis in deutschen Gerichten ist.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es! - Zuruf von der LINKEN: Traurig genug!)

Seit über 20 Jahren gibt es Absprachen im Strafprozess, und der Bundesgerichtshof hat diese Tatsache in mehreren Entscheidungen für richtig erklärt und ihr Konturen gegeben. Wir haben gesagt: Dass der Bundesgerichtshof Konturen eingezogen hat, mag das eine sein; wir aber wollen diese Konturen durch die Übernahme in den Gesetzestext verstärken. Wir wollen, dass der Rechtsstaat an dieser Stelle noch mehr Korsettstangen einzieht.

(Zustimmung des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Diese Absprachen im Strafprozess gibt es entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil, das insbesondere durch die Boulevardpresse genährt wird, keineswegs nur für Reiche und Mächtige in diesem Lande.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es, ja! - Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Prozesse gegen die Reichen und Mächtigen sind nur solche Prozesse, die von der Boulevardpresse aufgegriffen und breit getreten werden; aber man weiß, dass es solche Absprachen in jedem Landgericht in Deutschland jeden Tag gibt und dass sie insbesondere bei den Delikten der Drogenkriminalität, bei vielen Delikten der Alltagskriminalität, wenn es in einem Fall um viele Straftaten geht, oder bei Sexualstraftaten inzwischen gang und gäbe sind.

Gerade bei Sexualstraftaten ist diese Möglichkeit ganz besonders wichtig,

(Jörg van Essen [FDP]: Opferschutz!)

denn bei Sexualstraftaten - vielen Dank, Herr van Essen - kommt der Gesichtspunkt des Opferschutzes hinzu, ganz genau. Ein Täter, der geständig ist und sich mit seinem Geständnis auf eine Absprache in diesem Prozess einlässt, verhindert, dass die Opfer als Zeugen gehört werden müssen; er erspart damit den Opfern dieser Straftaten eine Wiederbegegnung mit dem Täter und eine vielleicht sehr schmerzhaftes Aufwühlung des Geschehens. Von daher ist bei der Möglichkeit einer Absprache im Strafprozess auch der Gesichtspunkt des Opferschutzes zumindest mir wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der

FDP)

Es geht aber, meine Damen und Herren - -

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Dann hätten Sie bei den Nebenklagen auch Rechtsmittel schaffen müssen!)

- Sie können gern Zwischenfragen stellen, Herr Neškovic, aber nicht dauernd dazwischenblöken.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Das ist mein Recht!)

Bei der Verständigung geht es nicht nur um Opferschutz; es geht natürlich auch - das will niemand bestreiten - um effektiven Ressourceneinsatz. Das wurde in der Vergangenheit auch häufiger kritisiert. Es wurde kritisiert, die Justiz mache das nur, um die Einstellung von weiteren Richterinnen und Richtern vermeiden zu können. Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. In jedem Einzelfall muss ordnungsgemäß geprüft werden: Macht es Sinn, Ressourcen in der Art und Weise zu verwenden, (Joachim Stünker [SPD]: Das ist es! Richtig!) dass man ein Verfahren mit vielen einzelnen Punkten vollständig aufklärt, oder ist es im Sinne eines effektiven Ressourceneinsatzes, auf den die Justiz natürlich genauso achten muss wie der gesamte öffentliche Dienst, nicht sinnvoller, darauf zu verzichten, wenn ein Geständnis vorliegt und das Gericht davon überzeugt ist, dass der Angeklagte schuldig ist?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss sogar ich Ihnen recht geben!)

Wir ziehen mit diesem Gesetzentwurf Korsettstangen ein; ich habe es eben schon erwähnt. Eine dieser Korsettstangen ist: Wir schaffen mehr Transparenz. Wir holen nämlich die Verständigung aus den Hinterzimmern heraus und bringen sie in die Hauptverhandlung. Künftig können Verständigungen im Strafprozess nur noch in der öffentlichen Hauptverhandlung beraten und beschlossen werden.

Des Weiteren bleibt es bei den Prinzipien der Strafprozessordnung. Das Gericht muss von der Wahrheit des Geständnisses des Angeklagten überzeugt sein. Es darf keinen Angeklagten verurteilen, wenn es Zweifel an dessen Schuld hat.

Die Schuld des Angeklagten bleibt auch weiterhin der Maßstab für das Urteil. Die Verständigung kann sich nie auf den Schuldspruch als solchen, sondern immer nur auf das Strafmaß beziehen. Deswegen werden auch in Zukunft die Regelungen zur Strafzumessung so gelten, wie sie im StGB stehen.

Ein weiterer Punkt, bei dem ich davon überzeugt bin, dass er die Rechtsstaatlichkeit dieses Verfahrens unterstreicht, ist die Regelung, dass es keinen Rechtsmittelverzicht geben darf. Auch bei einer Absprache im Strafverfahren muss klar sein, dass sowohl Staatsanwaltschaft als auch Verteidigung nach Abschluss des Verfahrens ein Rechtsmittel einlegen können. Der Verzicht auf ein Rechtsmittel darf nicht Gegenstand der Verständigung sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit entfällt das oft verwendete Argument, es werde

dann in der Form gekungelt, dass der Richter ein Geständnis unter Verzicht auf ein Rechtsmittel anstrebt, damit der Angeklagte im Wege einer Verständigung verurteilt werden kann. Genau das wollen wir nicht.

Deswegen ist ganz klar: Die Verständigung muss in öffentlicher Hauptverhandlung erfolgen, ein Verzicht auf Rechtsmittel ist nicht zulässig, und das Gericht muss von der Schuld des Angeklagten überzeugt sein.

Wir halten also mit diesem Gesetzentwurf an den rechtsstaatlichen Prinzipien des Strafprozesses fest. Wir schaffen mehr Rechtsklarheit, mehr Rechtssicherheit und mehr Rechtsgleichheit.

Trotzdem möchte ich noch einmal auf einen Punkt hinweisen: Auch wenn die Justiz ihre Ressourcen effizient einsetzen soll, sind wir Rechtspolitiker alle gemeinsam – sowohl im Bund als auch in den Ländern – verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Justiz mit Personal hinreichend ausgestattet ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Wohl wahr! – Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Zwar ist es so, dass das Gericht den Vorschlag einer Verständigung macht. Aber es kann ihn besser aus einer starken Position heraus machen. Klar muss sein: Wenn es bei der Verständigung Probleme gibt, ist es selbstverständlich, dass der Prozess bis ins letzte Detail durchgeführt und dann ein Urteil gefällt wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Darauf müssen wir Wert legen. Deswegen ist es so wichtig, dass die Justiz personell und sachlich gut ausgestattet ist,

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sie aber nicht!)

dass wir die notwendigen Ressourcen auch zur Aufklärung komplexer Steuer- und Wirtschaftsdelikte haben und dass völlig klar ist, dass es nicht aus der Not heraus zu einer Verständigung kommen muss. Jeder Angeklagte muss wissen, dass bei einem Scheitern der Verständigung der Prozess bis ins letzte Detail geführt und dann geurteilt wird.

Sie wissen, dass ich immer und überall dafür werbe, dass wir uns für die personelle Ausstattung der Justiz einsetzen. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir für den Generalbundesanwalt 21 zusätzliche Stellen erreicht, um den rechtsstaatlichen Anforderungen durch die Veränderung der Gesetze auch an dieser Stelle Rechnung tragen zu können. Aber wir müssen uns gemeinsam auch dafür einsetzen, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern die nötige Rückendeckung von uns bekommen, um gegen-über ihren Finanzministern klare Kante zeigen zu können.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die gehen bei jedem Konjunkturpaket leer aus!)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Jörg van Essen für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jörg van Essen (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir konnten in der letzten Zeit - der Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums ist ja schon mehrere Jahre alt; ich war sehr überrascht, dass es jetzt plötzlich sehr schnell gehen soll - mehrfach sehr kritische Stellungnahmen lesen. Dazu gehört beispielsweise ein Beitrag von einem Richter an einem Oberlandesgericht in der Deutschen Richterzeitung im Mai 2007. Auch der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hassemer, hat sich kürzlich dahin gehend geäußert. Ich muss gestehen, dass ich persönlich positiv zu Deals in Strafverfahren und zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung stehe. Frau Ministerin, ich glaube, Sie haben recht, dass es gut ist, dass Korsettstangen eingezogen werden. Denn es ist schon Praxis. Wenn es schon Praxis ist, die auch von den Obergerichten anerkannt worden ist, dann macht es Sinn, das Ganze aus dem Hinterzimmer herauszuholen und öffentlich in die Hauptverhandlung einzuführen. Das dient - das ist das Wichtigste, was wir hier beachten müssen - dem Vertrauen in den Rechtsstaat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das muss auch für uns der wesentliche Maßstab sein.

Die Frau Ministerin hat es schon angesprochen: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist deshalb in der Öffentlichkeit beeinträchtigt, weil eine bestimmte Berichterstattung den Eindruck erweckt, dass man einer gewissen Gehaltsklasse angehören muss, um in den Genuss eines solchen Vorteils zu gelangen. Frau Ministerin, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es solche Deals in vielfältiger Form schon in der Praxis gibt und dass viele, insbesondere Opfer, davon profitieren.

Ich will zusätzlich die Einstellung wegen Geringfügigkeit nach § 153 a der Strafprozessordnung anführen.

Gemäß diesem Paragraphen wird mit dem Beschuldigten gesprochen und mit ihm eine Übereinkunft über eine mögliche Geldbuße getroffen. Er muss somit nicht vor Gericht erscheinen. Solche Absprachen kommen vielen Bürgern in unserem Lande entgegen, weil sie dann nicht vor Gericht erscheinen müssen. Jeder, der sich mit Strafverfahren auskennt, weiß, wie sehr ein solches Verfahren den Einzelnen belastet. Eine solche Vorgehensweise kennen wir also schon. Wir kommen jetzt im Hinblick auf Absprachen ebenfalls zu einer gesetzlichen Regelung. Aber in einem Punkt bin ich nicht so optimistisch wie Sie, Frau Ministerin. Ich war als Angehöriger einer Generalstaatsanwaltschaft

selbst daran beteiligt, Druck auf

die unterstellten Behörden auszuüben, öfter Ermittlungsverfahren nach § 153 a der Strafprozessordnung wegen Geringfügigkeit einzustellen, um die Justiz zu entlasten, weil nicht genug Richter und Staatsanwälte zur Verfügung standen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die übergeordneten Behörden und die Justizminister der Versuchung widerstehen können, auf Absprachen zu drängen.

Wir sollten darauf achten - das ist der erste Punkt, den wir in unseren Beratungen behandeln sollten -, dass

in solchen Fällen die jetzt vorgesehene Regelung nicht dazu führt, dass Kammern, die eigentlich verhandeln wollen, unter dem Druck stehen, zu einem Deal zu kommen. Das gilt insbesondere dann, wenn möglicherweise mehrmonatige, vielleicht sogar mehrjährige Hauptverhandlungen anstehen, die den Justizhaushalt natürlich finanziell ganz erheblich belasten.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine große Gefahr!)

Wir müssen diese Gefahr sehen und sie in unseren Beratungen berücksichtigen.

Ein zweiter Punkt, der in unseren Beratungen beachtet werden muss, ist die Frage, welche Rolle der jeweilige Angeklagte hat. Er darf nicht unter Druck gesetzt werden, beispielsweise indem ihm eine besonders hohe Strafe für den Fall angedroht wird, dass er nicht mitmacht. Er darf auch nicht mit der Ankündigung gelockt werden, dass das Verfahren sehr viel günstiger ausgeht, wenn er mitmacht. Auch das beeinträchtigt ganz selbstverständlich das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir müssen aufpassen, dass so etwas nicht passiert.

Ein dritter Punkt, der mir wichtig ist, ist von der Ministerin schon angesprochen worden: Absprachen im Strafverfahren können dazu führen, dass beispielsweise Opfer nicht als Zeuge erscheinen müssen. Jeder, der die Praxis in Gerichten kennt, weiß, wie schwierig es oft für Opfer ist, plötzlich dem Täter wieder in die Augen sehen zu müssen. Wenn durch eine Absprache verhindert wird, dass ein Opfer zum zweiten Mal zum Opfer wird, ist das ein ganz wichtiger Erfolg. Das wird von uns, von der FDP-Bundestagsfraktion, nachdrücklich unterstützt. Einen Aspekt sollten wir uns noch einmal ansehen. Das ist die Frage der Nebenklage.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Richtig!)

Wir haben die Nebenklage – auch das ist eine Stärkung der Rolle des Opfers – in den letzten Jahren ganz bewusst gestärkt. Wir sollten uns anschauen, wie die Rechte und die Möglichkeiten der Nebenklage bei einem Deal ausgestaltet sind.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! – Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Genau!)

Ganz wichtig ist, dass auch der Nebenkläger daran beteiligt ist, dass er nicht ausgeschlossen ist, dass er seine Interessen einbringen kann. Das ist mir persönlich ganz außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Von daher ist das Signal meiner Fraktion: Wir werden uns gerne in die Diskussionen einbringen. Wir werden eine Anhörung dazu durchführen. Ich glaube, dass wir hier einen guten und richtigen Schritt tun. Das, was Praxis ist, nun mit einem gesetzlichen Korsett zu versehen, ist ein richtiger Ansatz, der von uns unterstützt wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Daniela Raab [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Jürgen Gehb für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist immer noch dieselbe Kollegenschaft. Heute ist ein rechtspolitischer Tag. Man kommt endlich einmal vor 22 Uhr zu Wort. Ob das immer so gut ist, weiß ich nicht, nachdem ich mir so manchen Redebeitrag angehört habe. Aber immerhin, das zeigt die Wertschätzung für die Rechtspolitik.

Nicht selten habe ich von diesem Pult aus in Anlehnung an Montesquieu gesagt: Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, keines zu machen. Heute möchte ich mit der gleichen Verve betonen: Hier ist es nötig, ein Gesetz zu machen. Wer die Begriffe nicht beherrscht – den Begriff „Verständigung im Strafprozess“ (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Sie haben sicherlich einen lateinischen auf Lager!)

möchte ich besonders betonen; bitte nicht die Begriffe „Vereinbarung“, „Absprache“ oder gar „Deal“ verwenden; ich komme gleich darauf zu sprechen, wie unsäglich das im Zusammenhang mit Herrn Neškovic war –, kann die Diskussion nicht beherrschen. Ich ärgere mich auch immer wieder, wenn vom Großen Lauschangriff gesprochen wird. Wer greift denn eigentlich beim Großen Lauschangriff an? Bei der elektronischen Wohnraumüberwachung geht es um die Abwehr terroristischer Angriffe, und wir reden vom Großen Lauschangriff.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Weil er einer ist! – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dem Volk aufs Maul schauen!)

Achten Sie deshalb bitte auch auf die Begrifflichkeit und sprechen Sie von Verständigung.

Es ist schon gesagt worden: Die Verständigung im Strafprozess ist keine neue Idee. Sie ist ständige Praxis. Nicht nur ich habe eben gefordert, dass wir ein Gesetz brauchen, sondern der Große Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofes hat mit Beschluss vom 3. März 2005 geradezu einen Appell an den Gesetzgeber gerichtet, indem er gesagt hat: Die Möglichkeiten der Rechtsfortbildung sind jetzt erschöpft. Einer so wichtigen Sache muss sich der Gesetzgeber selber annehmen. – Schon in den 90er-Jahren war dies auf dem Deutschen Juristentag ein Thema. Es war schon immer ein Streitiges Thema. Ich will gar nicht die Bedenken, die manche haben, als abwegig abbügeln. Wir haben hier vielmehr wieder das Phänomen des Streits zwischen der materiellen Gerechtigkeit und der formell richtigen Verfahrensausgestaltung. Gelegentlich wirkt das wie Antipoden; aber zusammen machen sie die Sache rund.

Meine Damen und Herren, wenn der Eindruck vermittelt wird – wie man gelegentlich lesen kann –, dass die Richter bei der Verständigung von dem Prinzip der Erforschung der Wahrheit absehen, ist das schlichtweg falsch. Auch der Bundesgerichtshof hat als eine wesentliche Forderung aufgestellt: Im Vordergrund steht die Ermittlung der Wahrheit; materielle Gerechtigkeit muss also erzielt werden. – Die Frage ist nur, ob etwa bei einem Verfahren mit 30 angeklagten Taten alle 30 bis zum letzten Tezett aufgeklärt werden müssen, wenn die ersten



28 bereits aufgeklärt sind und die Beweiserhebung für die letzten beiden Punkte möglicherweise drei Jahre dauert. Damit zieht man im Grunde genommen einen Prozess so in die Länge, dass auch schon wieder verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Denn Effektivität und Rechtsschutz sind auch eine Frage der Zeit. Herr Stünker, Sie erinnern sich: Wir haben gerade die Frage der Untätigkeitsbeschwerde wegen überlanger Verfahren behandelt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe Verständnis für die sachlichen Argumente, die vielleicht gegen eine solche Verständigung sprechen - jedenfalls dann, wenn sie falsch verstanden ist, und vor allen Dingen dann, wenn sie in den Dunstkreis von Hinterzimmern gestellt wird; das findet wenig Anerkennung. Wenn dann auch noch Sätze wie „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ vorgebracht werden, dann - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - werden wir auch in der Bevölkerung wenig Verständnis dafür erhalten, dass wir solche Vorurteile auch noch nähren. Ein Großmeister dieses Nährens - Sie ahnen es, Sie gucken mich schon ganz ängstlich an - sind Sie, Herr Neškovic.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Ängstlich bin ich bestimmt nicht!)

Sie haben sich vorgestern in einem Interview im Deutschlandradio zu der Bemerkung verstiegen, das Strafgesetzbuch sei kein Handelsgesetzbuch.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Das werde ich heute auch noch mehrfach wiederholen!)  
- Ja, Sie werden das noch mehrfach vorlesen, weil es Ihnen aufgeschrieben worden ist.

Sie haben gesagt, es sei kein Handelsgesetzbuch, wobei ich fragen muss, ob bei der Auslegung des Handelsgesetzbuches gehandelt oder nicht auch nach Recht und Gesetz entschieden wird.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! - Wolfgang Neškovic

[DIE LINKE]: Wenn Ihr Verständnis so einfältig ist, ist das Ihr Problem!)

So ist es ja nun nicht; auch im Zivilrecht geht alles nach Recht und Gesetz. Aber das war ja nicht einmal die schlimmste Bemerkung. Dann haben Sie nämlich noch gesagt: Ich habe als Richter nie gedealt. Allein eine solche Bemerkung! Wenn man morgens um sechs aufwacht, dann ist die Welt nicht mehr in Ordnung, wenn man hört, wie der Neškovic sagt, er habe nie gedealt. Das aus seinem Munde! Dealen und Neškovic, da kann man Zusammenhänge herstellen, für die Sie dann selbst verantwortlich sind.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU - Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Sie sind und bleiben ein Büttelredner!)

Er sagt also: Ich habe nie gedealt. Dann kommt die Bemerkung: Weil seine Kollegen dies gewusst hätten, hätten sie ihn nie eine Wirtschaftsstrafkammer führen lassen.

(Joachim Stünker [SPD]: Das war auch besser so!)

Ich kann dazu nur sagen: Herr Pontius Pilatus Neškovic, lieber Herr St. Florian, schütz unser Haus, steck andere an! Selbst sich in Wirtschaftsstrafsachen nicht die Finger

schmutzig machen lassen und dann davon reden, man habe nie gedealt!

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Neškovic

[DIE LINKE])

Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Neškovic: Je länger ich Sie hier erlebe, desto mehr komme ich zu der Überzeugung, dass Ihre ohnehin sehr umstrittene Berufung zum Bundesrichter eine der größten Personalfehlentscheidungen war, seit der Kaiser Caligula im 1. Jahrhundert nach Christus eines seiner Pferde zum Konsul ernannte.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn man das so macht, muss man sich auch nicht wundern, dass dieses Thema mit einem Hauch von Geheimnistuerei und Schlüpfrigkeit behaftet ist. Ich habe es eben in der Debatte auch schon gesagt: Als Rechtspolitiker haben wir bei allem rechtsdogmatischen Streit dafür Sorge zu tragen, dass wir eine ohnehin schon durch die Boulevardpresse hochgepeitschte emotionale Stimmung nicht noch mehr befeuern. Daher appelliere ich auch an diejenigen, die sich mit dem Phänomen der Verständigung im Strafprozess nicht anfreunden können, die Diskussion wenigstens so zu führen, wie sie etwa auf Richtertagen geführt wird. Sie, Herr Neškovic, haben dem nicht nur mit Ihrem Interview, sondern auch mit Ihrer heutigen Presseerklärung einen Bärendienst erwiesen. Ich fürchte, dass es bei Ihrer Vorlesung, die hier gleich stattfinden wird, auch nicht besser werden wird. Als eben Frau Jelpke gesprochen hat, habe ich noch gesagt: Da ist ja der Neškovic noch besser. Sie müssen also durch ein Zielfinish entscheiden, wer bei der Unsachlichkeit der Beiträge als Erster über die Linie geht.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Bei Ihnen ist es immer nur einer!)

- Bei mir ist es immer nur einer.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dieser Regelung über die Verständigung muss man, obwohl es heute nicht Gegenstand der Debatte ist, auch die Kronzeugenregelung sehen. Der Strafprozess läuft sicherlich nicht so wie der Zivilprozess ab. Bei Letzterem wird natürlich auch die Wahrheitserforschung in den Vordergrund gestellt; trotzdem liest man nicht selten: Nach eingehender Erörterung der Sach- und Rechtslage schlossen die Beteiligten auf eingehendes Drängen des Gerichts folgenden Vergleich: Zur Abgeltung der mit der Klage erhobenen Ansprüche verpflichtet sich der Beklagte zur Zahlung von soundso viel Euro.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht da nie drin!)

So geht es natürlich im Strafprozess nicht, weil dann der Eindruck erzeugt würde, als sagte der eine, er biete anderthalb Jahre, und der andere, er verlange dreieinhalb Jahre, und am Ende kämen nach einigem Gemauschel ein Jahr und acht Monate heraus. So geht es doch nicht, meine Damen und Herren!

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viel anders ist es nicht! - Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So geht es!)

Denjenigen, die als interessierte Bürger oben auf der Tribüne sitzen und sich nicht von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang mit Strafrecht beschäftigen, sage ich:

Das ist gar nicht Gegenstand einer Verständigung im Strafprozess. Der Schuldspruch muss natürlich feststehen, und die Wahrheit soll so weit wie möglich ermittelt werden. Wenn aber die Effizienz baden zu gehen droht, werden eine Strafuntergrenze und eine Strafobergrenze gewählt. Aber man darf bitte nicht nach außen den Eindruck vermitteln, es würden wie auf dem orientalischen Basar Punktstrafen vergeben. Das ist nicht der Fall. (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beinahe! Das muss man klar sagen! Ich kann Ihnen Beispiele bringen! Die Jahre werden ausgehandelt! - Gegenruf des Abg.

Joachim Stünker [SPD]: Aber nur, wenn der Herr Wieland beteiligt ist!)

- Beinahe? Nun gut. - Das wollte ich in diesem Hause einmal klipp und klar feststellen.

Auch die berühmte Sanktionsschere - die Frau Ministerin hat es eben gesagt - funktioniert nicht so, dass man sagt: So, mein Lieber, wenn du jetzt nicht gestehst, dann geht es ab, dann kommst du mit einem Sexualstraftäter in eine Zelle. Das ist doch kein Junktim. Deswegen haben wir gesagt: Gegenstand einer solchen Verständigung kann weder das Geständnis noch der Rechtsmittelverzicht sein. Man kann nicht sagen: Nur wenn du auf das Rechtsmittel verzichtest, bekommst du einen schönen Bonus. - Das ist nicht der Fall. Damit auch der Anschein einer solchen Absprache vermieden wird, haben wir den Rechtsmittelverzicht aus dem ursprünglichen Entwurf wieder herausgenommen.

Man muss einmal sagen, dass es Peter Danckert und Siegfried Kauder zu verdanken ist, dass wir in großer Runde - mit Bundestagsabgeordneten, die sich hauptberuflich mit dem Strafrecht auskennen, und unter Zuhilfenahme externen Sachverständigen - einen guten Gesetzentwurf gebastelt haben.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: „Gebastelt“ ist der richtige Ausdruck!)

Vielleicht kann man ihn noch weiter optimieren; wir werden sicherlich eine Anhörung dazu durchführen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, der Herr Kollege Montag würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Das hätte ein so schöner Tag werden können. Aber ich möchte das hören, ja.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bitte sehr.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Er wird noch schöner, Herr Kollege. - Ihre letzten Ausführungen bringen mich dazu, eine Frage zu stellen: Es ist unbezweifelbar - das werde ich auch nicht bezweifeln -, dass es positiv ist, dass mit diesem Gesetzentwurf die Elemente, die Sie erwähnt haben - Rechtsmittelverzicht und Sanktionsschere -, abgeschnitten bzw. abgemildert werden. So, wie Sie den bedauernswerten derzeitigen Zustand in deutschen Strafgerichten schildern, erwecken Sie den Eindruck, alles sei in Ordnung. Deswegen frage ich Sie: Ist Ihnen die Entscheidung des Bundesgerichtshofs bekannt, mit der ein Urteil in einer Strafsache mit der Begründung aufgehoben wurde,

dass der Verständigung eine Erklärung des Gerichts vorausgegangen ist, die in etwa so lautete: Wenn wir uns nicht verständigen, gibt es sieben Jahre, und bei Verständigung gibt es zwei Jahre? Weil das zufällig schriftlich festgehalten wurde, hat der BGH die Möglichkeit gehabt, zu sagen: Solche Fälle darf es nicht geben. Das ist eine Pression, wenn nicht gar eine Erpressung der einen Seite.

Ist Ihnen die Entscheidung des Bundesgerichtshofs bekannt, mit der er eine Verständigung in einem anderen Strafverfahren ebenfalls als rechtswidrig bezeichnet hat? Auch da ist es gelungen, festzuhalten, dass das Gericht vom Angeklagten einen Rechtsmittelverzicht eingefordert hat. Dazu hat der Bundesgerichtshof gesagt: So etwas ist unzulässig.

In der Praxis deutscher Strafgerichte gibt es heute leider tausendfach ein solches Vorgehen, das mit diesem Gesetz dankenswerterweise unterbunden werden soll.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU):

Zunächst muss ich zugeben, dass diese BGH-Entscheidung zu den drei Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört, die ich nicht kenne. Herr Kauder wird Ihnen sicherlich gleich die Fundstelle nennen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schicke ich Ihnen!)

Ihre Äußerungen sind ein beredter Beweis dafür, dass es nötig ist, das durch den Gesetzgeber zu regeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte diesen einen Fall damit nicht zum Regelfall hochstilisieren. Es geht schließlich um die Unabhängigkeit der Richter. Ich möchte mich ein bisschen schützend vor meine früheren Kollegen stellen. Man darf hier nicht den Eindruck erwecken, dass es bei diesem Chaos bliebe, wenn der Gesetzgeber jetzt keine Korsettstangen einziehen würde, wie Sie so schön gesagt haben. Man sollte sich davor hüten, aus Einzelfällen Regelfälle zu machen. Es gibt viele Entscheidungen der Revisionsgerichte, des BGH, des Bundesverwaltungsgerichts und anderer Gerichte. Wenn man mit diesen Urteilen immer einen fast stigmatisierenden Vorwurf an die unteren Instanzen verbinden würde, dann würden wir unseren Instanzenzug insgesamt infrage stellen und einen Zweifel in die Richterschaft hineinragen, der nicht angebracht ist.

Ihre Frage ist, wie gesagt, ein super Beleg dafür, dass es notwendig ist, dieses Gesetz zu machen. Dem kann ich nichts mehr hinzufügen. Deswegen höre ich auf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Wolfgang Neškovic für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg van Essen

[FDP]: Ich wusste gar nicht, dass er eine Krawatte besitzt!)

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Zypries! Herr

Dr. Gehb, Sie werden von mir nicht erwarten, dass ich auf Ihrem Niveau, also dem Niveau eines Büttenredners - eines schlechten noch dazu -, antworte.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Oh!)

Zu den beherrschbaren Herausforderungen im Leben eines Abgeordneten der Linken gehört das Folgende: Wenn wir morgens die Zeitungen aufschlagen, dann finden wir eher selten unsere Auffassung bestätigt. Das liegt daran,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass die Auffassung falsch ist!)

dass wir meist gegen den Strom schwimmen oder schwimmen müssen. Sie als geübte Populisten - Herr Dr. Gehb, Sie haben es eben bewiesen -

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Das sagt der Richtige!) schwimmen hingegen gern und komfortabel mit dem Strom. Gelegentlich ändert sich aber die Strömungsrichtung. Ich zitiere aus meiner Presseerklärung vom 21. Januar dieses Jahres zum sogenannten großen Deal im Strafverfahren: Der Deal muss nicht gesetzlich erlaubt, sondern gesetzlich verboten werden.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Oh!)

Er stellt einen unwürdigen Handel mit der Gerechtigkeit dar.

Dann kommt der von Ihnen so geliebte Satz: Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch. Weiter:

Der Deal bevorzugt die finanziell Bessergestellten und führt zu einem Zweiklassenstrafrecht.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! - Joachim Stünker [SPD]: Unsinn!)

Dieser Gesetzentwurf ist die Kapitulationsurkunde des seit Jahren finanziell und personell ausgezehrten Rechtsstaates.

(Joachim Stünker [SPD]: Oh! Oh!)

Statt eine unwürdige und ungerechte Praxis in Gesetzesform zu gießen, ist es vielmehr notwendig, die Gerichte personell so auszustatten, dass sie auch komplizierte und langwierige Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren ohne Deals führen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Am 22. Januar dieses Jahres konnten Sie dann in der Süddeutschen Zeitung Folgendes lesen:

Das neue Gesetz befördert immerhin den Deal aus der Heimlichkeit in die Öffentlichkeit; ... Aber auch der protokollierte Deal bleibt ein Deal. ... Das ist falsch, und das bleibt falsch, ...

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Paragraph wird der Akzeptanz des Rechts schaden. Weil das Dealen eine Kunst ist, für die es besonders gute und teure Anwälte gibt, werden die Angeklagten dabei besser wegkommen, die sich diese Anwälte leisten können.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Neškovic.

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:)

NEN]: Auch nicht von mir?)

Daher ist die Kassenjustiz auch eine Klassenjustiz.

In der Gesetzesbegründung steht, dass das Gesetz keine finanziellen Auswirkungen habe. Das stimmt nicht. Der Deal spart dem Staat Richter und Staatsanwälte. Der Preis ist der Abschied von den Prinzipien des Strafprozesses.

Das habe nicht ich geschrieben, das hat Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung geschrieben.

Am selben Tag schrieb Die Welt - also nicht die Süddeutsche Zeitung -:

Und dennoch bleibt der Deal eine Kapitulation des Staates vor der Überlastung seiner Gerichte. ... An die Stelle der Wahrheitsfindung ... tritt der Konsens ... darüber, was als Wahrheit gelten soll. Der Prozess wird zur bloßen Kulisse.

Selbst die FAZ schreibt am selben Tag:

Eine gängige wilde Übung wird so in eine Form gebracht.

... Es bleibt aber dabei, dass so unserem System grundsätzlich fremde Mausechelen abgesegnet werden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genauso ist es!)

Sie sehen also: Diese kleine Presseschau, die Beispiele von einer liberalen bis zu einer wertkonservativen Zeitung umfasst, bestätigt genau das, was in meiner Presseerklärung enthalten ist. Die Linke schwimmt diesmal mit dem gesellschaftlichen Strom. Der Deal im Strafverfahren trifft in der Gesellschaft auf eine breite und deutliche Ablehnung.

Weil Sie das hier immer so gerne durcheinanderbringen:

Niemand hat etwas gegen Verständigung mit dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft, wenn es um Bagatelldelikte geht. Der Deal Ihres Entwurfes zielt aber nicht auf die Kleinkriminalität mit geringer Schuld ab, die in der Regel leicht aufzuklären ist. Er betrifft die Fälle mit großer Schuld, die in der Regel schwer aufzuklären sind. Das ist eine völlig andere Sachlage.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Woran kann man das erkennen?)

- Das sehen Sie an Anklageschriften, die 800 Seiten lang sind.

Hier kann man nicht sagen: Was soll es, der Fall ist ja schließlich nicht so wichtig. Diese Fälle sind meistens wichtig. So ist zum Beispiel eine Steuerhinterziehung von mehreren Millionen Euro eine grobe Asozialität gegenüber der Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Fehlen des hinterzogenen Geldes trägt dazu bei, dass die Kassen des Staates leer bleiben und Schulen, Kindergärten und Universitäten, Polizei und Gerichte nicht über genügend personelle und sachliche Mittel verfügen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Deswegen werden sie verurteilt!)

Oft genug erfolgt die Hinterziehung mit einem hohen Maß an krimineller Energie. Es ist die geschickte Verschleierung der Vermögenslagen und die listige Vertuschung der Geldwege, die gerade Staatsanwaltschaften und Gerichten einen erheblichen Arbeitsaufwand bereiten, dem sie angesichts ihrer personellen Ausstattung

nicht gewachsen sind. Hinzu kommt, dass die Angeklagten in solchen Verfahren regelmäßig über erhebliche Mittel verfügen, mit denen sie teure und hervorragend ausgebildete Strafverteidiger – von denen reden hier gelegentlich welche – bezahlen können. Diese drohen den Gerichten dann mit der sogenannten Konfliktverteidigung. (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

Die Justiz steht wegen ihrer schlechten personellen Lage mit dem Rücken zur Wand und ist deswegen für einen Deal besonders empfänglich.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, Herr Kollege! Das erzähle ich der Staatsanwaltschaft! Mal sehen, was die dazu sagt!)

Dem hochgerüsteten Angeklagten steht eine schlecht ausgerüstete Justiz gegenüber. Es herrscht keine Waffengleichheit, weil die Politik nicht die für eine wehrhafte und starke Justiz notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Statt die Justiz wehrhaft zu machen und ihr die notwendigen Mittel zu verschaffen, will die politische Mehrheit in diesem Parlament nunmehr den großen Deal in diesem Land einführen.

Selbst Sie, Frau Zypries, haben noch im Sommer 2007 in Hannover und zuletzt auf dem Deutschen Juristentag im September 2008 gefordert: Die Justiz muss so ausgestattet sein, dass sie insbesondere komplexe Fälle auch ohne Mithilfe des Angeklagten aufklären kann. – Nun kapitulieren Sie. Denn jetzt wollen Sie den unwürdigen Handel von reichen Angeklagten mit einer ärmlich ausgestatteten Justiz sogar in Gesetzesform gießen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht nicht nur um Reiche, Herr Kollege! – Daniela Raab [CDU/CSU]: Ach du meine Güte!)

Indem Sie kapitulieren, verletzen Sie das wichtige und für den Rechtsstaat unerlässliche Prinzip, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Sie sagen, dass Sie den Deal zumindest aus den dunklen Hinterzimmern in den würdigen Gerichtssaal holen. In Wahrheit entwürdigen Sie aber den Gerichtssaal, weil Sie ihn zu einem Marktplatz für wohlhabende Angeklagte machen.

(Beifall bei der LINKEN – Daniela Raab

[CDU/CSU]: Wovon reden Sie denn da? –

Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Ich sage nur: Mackie Messer!)

Im Übrigen ist Ihre Darstellung nur die halbe Wahrheit. Die Vorgespräche, die den Deal tragen, finden nämlich weiterhin in Hinterzimmern statt. Warum verbieten Sie nicht wenigstens diese Vorgespräche bzw. warum verlagern Sie nicht sämtliche Vorgespräche in die Hauptverhandlung? (Jan Mücke [FDP]: Ja, ja! Am besten auch noch alle Telefongespräche!)

Dann könnte sich die Öffentlichkeit zumindest ein Bild von diesem unwürdigen Geschacher machen.

Sie sagen, Sie würden mit Ihrem Gesetz für eine bessere Überprüfbarkeit von Deals sorgen, weil Rechtsmittel weiterhin möglich bleiben. Das ist völlig lebensfremd. Warum sollten Staatsanwaltschaft und Angeklagte, die sich gerade geeinigt haben, das Ergebnis dieser Einigung

anfechten?

(Jörg van Essen [FDP]: Zum Beispiel, weil der Dienstvorgesetzte der Staatsanwaltschaft damit nicht zufrieden ist!)

Die Linke bleibt dabei: Der Deal muss nicht gesetzlich erlaubt, er muss gesetzlich verboten werden. Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg van Essen [FDP]: Unsinn wird auch durch Wiederholung nicht besser! - Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Jetzt bin ich mir gar nicht mehr sicher, ob das nach Ulla nur die zweitschlechteste Rede war oder nicht! - Gegenruf des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was? Ulla war besser!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat der Kollege Jerzy Montag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundesministerin Zypries, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass Sie mit Ihrem Gesetz die Grundlagen des Strafprozesses schützen und bewahren. Ich will mich in meinem Redebeitrag mit den Grundlagen und dem Zustand des Strafprozesses beschäftigen. Die Grundnormen des rechtsstaatlichen Strafprozesses sind Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit, Strafe nach dem Maß der Schuld, Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme, Öffentlichkeit des Verfahrens, die Unschuldsvermutung aufseiten des Angeklagten, sein Recht, zu schweigen, sein volles Antragsrecht in der Hauptverhandlung, Rechtsmittel und das Verböserungsverbot, die Reformatio in Peius. Das ist geronnenes Verfassungsrecht und aus der Verfassung in die Strafprozessordnung eingeflossen.

Wie ist es darum bestellt? Ich frage das deswegen, weil gewichtige Stimmen - nicht etwa populistische Stimmen, nicht Herr Prantl oder andere, sondern Stimmen, die wir in einer sachlichen Debatte zur Kenntnis nehmen sollten - auf genau diese Grundsätze und ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren rekurrieren. Statt vieler will ich an dieser Stelle nur die Überschrift eines Aufsatzes von Herrn Professor Thomas Fischer, einem Richter am Bundesgerichtshof, zitieren. Er schrieb in der NSTZ vom August 2007 einen Artikel mit dem Titel „Regelung der Urteilsabsprache - ein Appell zum Innehalten“. Übrigens hat auch Herr Hassemer in der Süddeutschen Zeitung von Geschäften mit der Wahrheit gesprochen.

Es ist richtig, dass es für den deutschen Strafprozess schon einmal bessere Zeiten als heute gab. Es gab aber auch schon schlechtere Zeiten; das dürfen wir nicht vergessen. In den letzten 30 Jahren, seit den 60er-Jahren - damals haben die Kollegen Stünker, Gehb, van Essen und ich im Jurastudium etwas über den Strafprozess gelernt

-,

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Mich darfst du auch erwähnen!)

fand allerdings eine Entwicklung statt, in deren Verlauf



an den Grundlagen des Strafprozesses gesägt wurde, und zwar immer in Richtung des Abbaus von Grundrechten und der Verkürzung von Rechtspositionen. Urteil und Strafe sollen auf Wahrheit und Gerechtigkeit fußen. In Wirklichkeit fußen sie auf dem Akteninhalt. Das Maß der Strafe sollte von dem Maß an Schuld bestimmt sein. Es wird aber von den Ressourcen der Justiz bestimmt. Die Unmittelbarkeit des Verfahrens ist längst in das Vorverfahren verlagert. Der Öffentlichkeitsgrundsatz ist zigfach durchlöchert. Die Rechte des Angeklagten, von denen ich gesprochen habe, halten noch. Aber es wird im politischen Diskurs darüber diskutiert, ob die Unschuldsvermutung überhaupt allgemein gelten soll, es wird darüber diskutiert, ob denn Schweigen nicht doch ein Teil von Schuldeingeständnis ist. Es wird seit Jahren darüber diskutiert, ob man die Antragsberechtigung im Strafprozess nicht einschränken soll. An den Rechtsmitteln wird auch herumgesägt. (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Nochmals der Bundesrichter Fischer. Ich zitiere aus seinem Beitrag in der NSTZ:

Daher sind vor allem die Fragen offen geblieben, die sich aus den gravierenden Macht-Verschiebungen ergeben, welche in den vergangenen Jahrzehnten den Strafprozess bereits verändert haben. Dessen Schwerpunkte haben sich, Stück für Stück, vom Hauptverfahren in das Ermittlungsverfahren, von den Gerichten zur Staatsanwaltschaft, von der Staatsanwaltschaft zur Polizei verschoben ... manche Bereiche der Strafverfolgung sind fast vollständig von der Polizei bestimmt. Die komplizierte Ausbalancierung von Schutz-Rechten und Macht-Positionen, welche den Kern sozialer und normativer Geltung des Strafprozessrechts bildet, ist ... aus den Fugen geraten.

Das sagt nicht irgendein Kämpfer, irgendein Populist, das sagt ein Richter am Bundesgerichtshof. Wir sollten diese Bedenken bei unseren Überlegungen aufnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Politik ist an dieser Entwicklung schuld. Sie hat diese Entwicklung gesetzlich begleitet und manchmal sogar verschärft. Wir machen immer kompliziertere und unklarere materielle Strafnormen. Die heutige Debatte über § 89 a StGB ist ein Beleg dafür. Die Richterschaft, die Staatsanwaltschaft wird im Stich gelassen: keine Stellen, keine Ausstattung, kein Geld. Der Bundesgerichtshof schreibt in einem seiner Urteile vom letzten Jahr: Die Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Große Wirtschaftsstrafverfahren sind nicht mehr zu bewältigen.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: So ist es!)

Deswegen sage ich Ihnen: Der Deal im Hinterzimmer, die Geschäfte mit der Wahrheit, die Sanktionsschere als gerichtliche Erpressung, das ist ein Teil der Antwort einer hilflosen Justiz auf diese zwanzig, dreißig Jahre Fehlentwicklungen. Das müssen wir bei unseren Überlegungen bedenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier setzt meine Kritik an den Kritikern an. Ich sage: Die Regelung des Deals begrenzt diese Missstände, bewahrt

Grundsätze vor weiterer Erosion.

(Joachim Stünker [SPD]: So ist es! - Wolfgang

Neškovic [DIE LINKE]: Wer überprüft das denn?)

Das sind nicht, wie Professor Hassemer es gesagt hat, „Schritte in eine andere Welt“, das ist in der realen Welt des Strafprozesses ein einzelner Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Jörg van Essen [FDP]: So ist es! - Dr. Jürgen

Gehb [CDU/CSU]: Mehr Anspruch haben wir auch nicht erhoben!)

Dieser Gesetzentwurf hat viele Vorläufer. Er ist besser als mancher der Vorläufer, über die wir gelesen haben.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Über einige wenige Punkte werden wir in der Beratung noch diskutieren müssen; ich will diese Punkte jetzt nicht im Einzelnen aufführen. Ich werde jedenfalls dazu beitragen, dass wir in den Ausschussberatungen zu einem vielleicht noch besseren Gesetzentwurf kommen, als er uns schon vorliegt.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Peter Danckert für die SPD-Fraktion.

Dr. Peter Danckert (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben, ich glaube, seit den späten 70er-Jahren, Anfang der 80er-Jahre das Phänomen, dass es in den Gerichten mehr und mehr um Verständigung, Vergleich, Deal geht. Darum geht es auch in unserem Gesetzentwurf. Lieber Kollege Gehb, es ist nicht so, dass nur der Begriff „Verständigung“ gebraucht wird. In der Begründung unseres Gesetzentwurfes steht:

Diese Verfahrensweise ist auch unter den Begriffen „Absprache“, „Vergleich“ oder „Deal“ bekannt.

Seit dieser Zeit behandeln wir dieses Thema. Man kann sich über dieses Phänomen in vielfältiger Weise Gedanken machen. Ich persönlich, als jemand, der diese Zeit und auch die Entwicklung dazu miterlebt hat, glaube, dass das auch etwas damit zu tun hat, dass Ende der 60er, in den 70ern und Anfang der 80er-Jahre eine Generation von Verteidigern in den Gerichten erschien, die Strafsachen nicht mehr nur nebenbei behandelte, sondern sich ausschließlich mit dieser Materie beschäftigte und sehr viel intensiver in dieser Materie war, weshalb sie in der Auseinandersetzung im Gerichtssaal natürlich ein ganz anderer Partner oder Gegner war - je nachdem, wie man das sieht. Sie kannte und nutzte die Rechte, die den Strafverteidigern durch die Strafprozessordnung geboten wurden.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was demokratisch ist!)

Daraus hat sich sukzessive etwas ergeben, was schließlich zu der Rechtsprechung über die Verständigung im Strafverfahren geführt hat.

Die Entscheidung des Großen Strafsenats vom

3. März 2005, die der Kollege Gehb schon angesprochen hat, ist natürlich etwas sehr Problematisches. Ich sage das ganz deutlich. Es wird dort festgehalten, dass die Strafgerichte am Ende der Rechtsfortbildung sind und nun der Gesetzgeber gefragt ist, sodass man sich natürlich auch fragen kann, was dieser Hinweis an der Stelle soll. Man hat das 20 Jahre lang praktiziert - mehr recht als schlecht oder mehr gut als nicht so gut -, und dann erhält der Gesetzgeber die Aufforderung, das zu regeln. Ich will an dieser Stelle noch eine andere Entscheidung des Großen Strafsenats ansprechen, und zwar die zur Rügeverkümmern - § 274 StPO. Ich finde, hier hat sich der Große Strafsenat über Recht und Gesetz, das auch über 130 Jahre lang praktiziert wurde, hinweggesetzt und den Verteidigern den Boden einer Revisionsrüge entzogen, indem er einfach sozusagen neues Recht erfunden hat, obwohl diese Materie über Jahrzehnte hinweg immer wieder diskutiert und vom Gesetzgeber nicht im Sinne dieser Entscheidung des Großen Strafsenats behandelt worden ist. Dieser Hinweis war meines Erachtens also überflüssig. Man kann das aber tun.

Ich sage an dieser Stelle ganz offen: Ich bin kein Freund dieser gesetzlichen Regelung, weil das - das zeigt ja auch die Geschichte; durch die Rechtsprechung des BGH wird das belegt - jahrzehntelang praktiziert worden ist. Ich weiß nicht, warum man an einem bestimmten Punkt plötzlich zu dem Ergebnis kam, dass man das nun gesetzlich regeln muss, obwohl es vorher offensichtlich auch ohne gesetzliche Regelung ging. Ich bin deshalb also sozusagen kein ausgesprochener Freund dieser Regelung, und ich weiß, dass es viele gibt, die ähnlich wie ich denken. Es ist aber nun einmal der Auftrag der Koalition, diese Dinge auf den Weg zu bringen. Nun müssen wir uns mit diesen Dingen so, wie sie vorliegen, beschäftigen.

Ich muss unserer Justizministerin und auch der Vertreterin des Ministeriums ausdrücklich ein Kompliment machen. Ich finde, der beschrittene Weg war wirklich beispielhaft dafür, wie ein Gesetzentwurf entwickelt werden bzw. entstehen kann: von dem ersten Diskussionsentwurf über den ersten und zweiten Referentenentwurf sowie den ersten Regierungsentwurf bis zur heutigen Fassung, die wir jetzt in der ersten Lesung behandeln. Wir haben mit vielen Sachverständigen diskutiert und sozusagen die Entstehung des Gesetzentwurfes begleitet. Jeder von uns hat seinen Beitrag dazu geleistet. Ich finde, das ist wirklich sehr bemerkenswert.

Das Zentrum dieser Regelung bildet ohne Zweifel § 257 c der Strafprozessordnung. Hier ist eine ganze Reihe von Dingen geregelt, die man im Einzelnen auch noch einmal beleuchten kann. Für mich persönlich war es wichtig - das ist dann auch Bestandteil des Gesetzentwurfes geworden -, die Folgen des Falles zu regeln, dass es zu einer Verständigung kommt, die Ober- und Untergrenze des Strafrahmens festgelegt sind, die Hauptverhandlung weitergeht - das ist an der Stelle ja der eigentlich kritische Punkt - und das Gericht zu dem Ergebnis kommt - was nach dem Gesetzentwurf ja zulässig ist -, von der Verständigung Abstand zu nehmen, ohne genau zu sagen, woran es eigentlich liegt, dass es von der Verständigung

Abstand nimmt.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Punkt, der verbessert werden muss!)

Fakt ist, dass das Gericht dies kann. Nun ist der Angeklagte, der in der Regel ja ein Geständnis abgelegt haben soll, in der Situation, dass er sich sozusagen nackt im Gerichtssaal befindet. Wie geht es dann weiter? An dieser Stelle haben wir etwas sehr Vernünftiges gemacht, indem wir in den Gesetzentwurf hineingeschrieben haben, dass ein Geständnis nicht mehr verwertet werden darf, wenn von der Verständigung abgewichen wird. Das ist ein echtes Verwertungsverbot. Ich glaube, das ist ein entscheidender Schritt, weil das für die Verfahrensbeteiligten eine neue Situation bedeutet und das Gericht vor der voreiligen Entscheidung bewahrt, von einer Verständigung wieder Abstand zu nehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt findet sich aus meiner Sicht leider nur in der Begründung wieder. Ein Verteidiger, der von einer Verständigung ausgeht, wird vielleicht im Rahmen der Beweisaufnahme nicht mehr so fragen, wie es der Fall wäre, wenn sich keine Verständigung abzeichnen würde. In diesem Fall enthält die Begründung den Hinweis - das wird auch bei der Auslegung des Gesetzes eine entscheidende Rolle spielen -, dass die Beweisaufnahme an den entsprechenden Stellen wiederholt werden sollte. Das stärkt auch die Rolle des Angeklagten und seines Verteidigers.

Ich glaube, wir stehen vor einer interessanten Anhörung. Ich weiß, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, die wir mit großem Ernst aufgreifen werden. Es wird eine sehr gute Debatte geben. Wenn man die Verständigung im Strafverfahren will, dann ist die von uns vorgesehene gesetzliche Regelung eine vernünftige Ausgangsbasis. Vielleicht ergibt sich noch die eine oder andere Regelung, Kollege Montag. Ob es sinnvoll ist, die Nebenbeteiligten miteinzubeziehen, bezweifle ich, weil das das Verfahren bestimmt nicht abkürzt, sondern sehr viel komplizierter macht.

Wir werden sehen, was die Anhörung ergibt. Ich bin sehr gespannt darauf. Ich glaube, dass wir am Ende des Tages zu einer guten gesetzlichen Regelung kommen werden. Das sage ich als ursprünglicher Gegner einer Verständigung. Aber ich kann mich mit einer Mehrheitsmeinung durchaus zufrieden geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Jörg van Essen [FDP]: Also eine Verständigung im Parlament?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Siegfried Kauder, CDU/CSU-Fraktion.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn es manche nicht glauben: Auch das Strafverfahren und die Hauptverhandlung sind ein kommunikativer Prozess.

(Joachim Stünker [SPD]: Genau das ist es!)

Es stimmt nicht, wenn Kollege Neškovic uns glauben machen will, er habe Verständigung nie praktiziert oder,

wie er es ausdrückt, er habe nie gedealt.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Er versteht ja auch nichts!)

Keine Verfahrenseinstellung nach § 153 a der Strafprozessordnung ist ohne Kommunikation möglich.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Ein Blick in § 265 a der Strafprozessordnung zeigt, Kollege Neškovic, dass manche Weisungen und Auflagen, die bei einer Bewährungsstrafe ausgesprochen werden, nur dann verhängt werden können, wenn der Angeklagte zustimmt.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Das wollen Sie doch nicht ernsthaft behaupten! Das ist doch Unsinn!)

Mit ihm muss man also vorher gesprochen haben.

Folgendes hat mich ein bisschen gestört: Die Verständigung im Strafverfahren, die es seit Anfang der 80er-Jahre gibt, wurde in die strafprozessuale Schmutzlecke gestellt. Im Strafverfahren gibt es kein Hinterzimmer; es gibt Beratungszimmer.

Sie wissen, dass sich die Absprache bzw. die Verständigung im Strafverfahren langsam entwickelt hat und dass diese Entwicklungen immer wieder von BGH-Entscheidungen begleitet wurden. Dabei wurden Regeln festgelegt, die auch Grundlage für den jetzt zu beratenden Gesetzentwurf geworden sind. Es gibt keine Schmutzlecke, sondern genaue Vorgaben, was ausgehandelt werden kann.

Herr Kollege Neškovic, es ist Ihrer Persönlichkeit eigen, dass Sie es besser wissen als manche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Denn auch das Bundesverfassungsgericht hat schon im Jahr 1987 die Verfahrensabsprache für verfassungskonform erklärt.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Das heißt doch gar nichts! - Widerspruch von der CDU/CSU und der SPD - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: So viel zum Thema Besserwissen!)

- Ich sage ja: Der Kollege Neškovic weiß es besser als mehrere Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Weil es also eine Entwicklung praeter legem, nicht contra legem gewesen ist, ist alles in Ordnung. Trotzdem ist es gut, dass wir die Verfahrensabsprachen in einem Gesetz angemessen regeln. Die Rechtsprechung ist angemessen eingearbeitet worden, sodass es eigentlich nichts zu kritisieren gibt. Aber wir müssen schon aufpassen - das ist zu Recht schon angesprochen worden -, dass nicht der Eindruck entsteht, die Verständigung im Strafverfahren finde deshalb statt, weil die Justiz wegen Personalmangels unter Druck geraten sei.

Jetzt kann man als Bundesgesetzgeber natürlich auf die Länder schießen und sagen: Das ist deren Aufgabe und deren Problem. Die Länder müssen das bewältigen. - Nein, auch der Bundesgesetzgeber kann mithelfen. Machen wir uns doch einmal Gedanken, ob es nicht einen Strafbefehl geben sollte, in dem eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zur Bewährung ausgesprochen werden kann. Das spart Ressourcen ein. Die Reform zur Besetzungsreduktion bei der Großen Strafkammer, die wir seit zehn Jahren immer wieder vor uns herschieben, könnten wir verabschieden. Auch das spart Ressourcen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Verständigung im Strafverfahren darf also nicht unter dem Druck knapper Ressourcen durchgeführt werden. Die Verständigung hat aber auch nach dem neuen Gesetzentwurf durchaus ihre Tücken. Ich habe an einer Sachverständigenanhörung im Justizministerium teilgenommen. Am Ende habe ich die Frage gestellt: Wo bleibt bei der Verfahrensabsprache das Opfer? Wenn man sich den Gesetzentwurf anschaut, kann man feststellen, dass im Begründungsteil die Beteiligung des Nebenklägers angesprochen worden ist, dass das sehr gut und differenziert angeschnitten worden ist, dennoch bin ich der Meinung, dass diese Ausführungen im Begründungsteil nicht ausreichen; denn entscheidend ist der Gesetzestext. Wir werden uns also Gedanken machen müssen, wie man die Beteiligung des Nebenklagevertreters bei der Absprache in das Gesetz einbinden kann. Das lässt sich sehr wohl bewerkstelligen. Was mich ein bisschen irritiert, ist, dass es dazu einen Entwurf aus den Bundesländern gibt, dessen Vorschläge man schon in den Gesetzentwurf hätte einbauen können. Es wurde der Eindruck vermittelt, als ob das Problem der Sanktionsschere mit diesem Gesetzentwurf ausgemerzt worden sei. Darauf hat Herr Hassemer in der Süddeutschen Zeitung am 24. Januar 2009 zu Recht hingewiesen. Es gibt immer wieder die Fälle, dass ein Gericht mit einer siebenjährigen Freiheitsstrafe droht, der Angeklagte damit unter Druck gerät und man sich am Ende auf zwei Jahre zur Bewährung einigt. Ein solcher Druck ist nach der Rechtsprechung nicht zugelassen. Aber – nun kommt ein wichtiger Punkt, Herr Kollege van Essen – wer kontrolliert denn, ob die Spielregeln der Verfahrensabsprache eingehalten werden?

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Diejenigen, die die Verfahrensabsprache treffen, haben wenig Anlass, zu sagen: Möge das doch noch einmal jemand kontrollieren. – Da nützt es auch nichts, dass nach der Rechtsprechung der Gegenstand der Verfahrensabsprache nicht der Rechtsmittelverzicht sein darf. Im praktischen Leben läuft das nun einmal anders.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Man handelt das, was zulässig ist, einvernehmlich aus. Untergrenze und Obergrenze der Strafe werden besprochen. Man schaut sich an, man kennt sich. Bei Strafverteidigern ist das ein überschaubarer Kreis. Jeder weiß: Wenn ein Rechtsmittelverzicht nicht folgt, ist das Vertrauen für die Zukunft weg.

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Darüber muss man sich Gedanken machen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen wir doch!)

Wie kann man so etwas regeln? Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, da hat vielleicht der Innenminister Wolfgang Schäuble mit seinen Überlegungen nicht ganz unrecht.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Der Kollege Neškovic auch nicht!)

Es muss doch eine Instanz geben, die kontrolliert, ob die Spielregeln eingehalten worden sind. Diese Kontrolle

kann auch einmal dazu führen, dass ein Fall zugunsten und nicht zulasten des Angeklagten ausgeht. Die Kontrollinstanz könnte sagen: Hier ist die Sanktionsschere angesetzt worden. Nun stimmen wir einem Rechtsmittelverzicht nicht zu. - Deswegen gibt es die Überlegung, ob man nicht in Nr. 152 der RiStBV, der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren, aufnimmt, dass der Staatsanwalt eine Rechtsmittelverzichtserklärung nach einer Verfahrensabsprache nur abgeben darf, wenn er das mit dem Behördenleiter oder einem Höhergestellten der Staatsanwaltschaft abgesprochen hat. Das wäre eine Möglichkeit, eine Kontrollinstanz einzuführen. Dafür brauchte man noch nicht einmal eine Gesetzesänderung, weil das nicht vom Bundestag beschlossen werden müsste.

Wir werden uns noch einem anderen Problem zuwenden müssen. Es gibt keine Zweiklassenjustiz, auch nicht nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Deswegen ist es gut, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs darauf hingewiesen wird, dass auch der nicht durch einen Strafverteidiger vertretene Angeklagte - das Verfahren wird üblicherweise beim Strafrichter des Amtsgerichts stattfinden - in eine Verfahrensabsprache eingebunden werden kann. Ich frage mich aber, wie das praktisch funktionieren soll. Das mag möglicherweise ein Placebo sein. Aber auch hier wäre eine Lösung denkbar. Man könnte dem beim Amtsgericht Angeklagten dann, wenn eine Verfahrensabsprache im Raum steht, einen Verteidiger beordnen. Dann hätte man in der Tat gleiches Recht für alle. Wie Sie sehen, ist der Gesetzentwurf im Prinzip gut gelungen. Er spiegelt das wider, was die Rechtsprechung entwickelt hat. Über den vorhandenen Korrekturbedarf können wir sachlich sprechen. Einige Punkte habe ich angesprochen. Ich freue mich auf die Debatte im Rechtsausschuss. Ich bin mir sicher, dass auch dieser Gesetzentwurf in angemessener Weise und zügig über die Hürden des Deutschen Bundestages gehoben werden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Wolfgang Neškovic.

Wolfgang Neškovic (DIE LINKE):

Herr Kollege Kauder, es wäre der Fairness angemessen gewesen, wenn Sie zumindest beim letzten Punkt, den Sie kritisiert haben, darauf hingewiesen hätten - da Sie auch meine Presseerklärung und meine Pressearbeit zur Kenntnis nehmen -, dass ich mich in der Frage der Überprüfbarkeit mit Herrn Schäuble einig weiß. Wenn Sie das bisher nicht wissen, dann gebe ich das hiermit zur Kenntnis. Die Überprüfbarkeit ist in der Tat ein Punkt, über den man reden muss; denn all die Hürden, die man hier aufbaut, machen keinen Sinn, wenn man angesichts des Umstandes, dass die eigentlich Beschweren mit dem Ergebnis zufrieden sind und die Öffentlichkeit es eventuell nicht ist, nicht überprüfen kann, ob die Hürden gewahrt sind.

Herr Kauder, typisch für Ihre Form der Auseinandersetzung ist, dass Sie mir etwas unterstellen, was ich gar nicht gesagt habe. Man nennt das „einen Pappkameraden aufbauen“. Diesen haut man anschließend um. Ich habe

nicht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für mich in Anspruch genommen. Natürlich ist sie mir bekannt. Sie beinhaltet auch bestimmte Voraussetzungen. Ich habe aber rechtspolitisch und nicht verfassungsrechtlich argumentiert.

Herr Kauder, da sicherlich der Eindruck entstanden ist, dass das, was ich vorgetragen habe, durch meine Sichtweise als Richter, der ich 27 Jahre lang war, geprägt ist, möchte ich Ihnen die Sichtweise eines Kollegen, der Vorsitzender Richter am Landgericht Bonn ist - es wurden bereits andere Richterkollegen angeführt -, näherbringen. Er hat zur Verständigung in der Deutschen Richter Zeitung Folgendes ausgeführt:

Verständigungen zum Verfahrensausgang führen bei den Beteiligten nahezu zwangsläufig zu einer Verminderung der Sorgfalt bei Sachverhaltsaufklärung und rechtlicher Prüfung. Streitige Hauptverhandlungen sind physisch und psychisch belastend. Die Erwartung, sich eine umfangreiche und kontroverse Verhandlung zu ersparen und lediglich ein abgekürztes Urteil abfassen zu müssen, ist folglich gerade in Zeiten knapper Personalausstattung verlockend. Zum Thema Begrifflichkeit, Dr. Gehb, führt er aus: Das „Einvernehmen“ (genauer: der „Leistungsaustausch“) wird sich daher regelmäßig auf Vergünstigungen beziehen, die auf anderem - gesetzmäßigem - Wege nicht zu erreichen wären. Abschreckende Beispiele hierfür gibt es bereits genügend.

Zum Abschluss heißt es:

Sind sie erst einmal gesetzlich vorgesehen, - gemeint sind die von Ihnen geplanten Absprachen - wird der ökonomische wie anwaltliche Druck auf die Gerichte zunehmen, sich ihrer zur „Verschlankung“ des Verfahrens tatsächlich auch zu bedienen. Das Strafverfahren ist aber seiner Natur und Funktion nach nicht darauf angelegt, dass der Angeklagte seinem Ablauf und Ergebnis die Zustimmung erteilt.

Herr Kauder, wie stehen Sie zu dieser Auffassung eines Richters des Landgerichts Bonn?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Kauder, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Lieber Kollege Neškovic, ich bitte um Verständnis, dass ich nicht ellenlang aus Aufsätzen vortrage. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie die Meinung des Innenministers, dass bei einer Verfahrensabsprache auch die Möglichkeit einer Kontrolle gegeben sein muss, teilen. Aber im Gegensatz zu Ihnen posaune ich nicht populistisch in Presseerklärungen über einen Deal. Vielmehr mache ich mir Gedanken, wie man ein bestehendes Problem vernünftig regeln kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Hinweis auf Nr. 152 RiStBV sind wir auf der richtigen Schiene. Einen ähnlichen Vorschlag hätte ich eigentlich von einem Abgeordnetenkollegen, der lange genug bei einem Gericht tätig gewesen ist, erwartet. Ich war es nicht, ich war und bin nur Strafverteidiger.



(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt denn „nur“?)

Lieber Kollege Neškovic, Sie zitieren aus einem Aufsatz, der eine Momentaufnahme darstellt, als ob es die Verfahrensabsprache nicht seit Anfang der 80er-Jahre gegeben hätte und als ob es die flankierenden Entscheidungen des Bundesgerichtshofs nie gegeben hätte. Ich habe schon gesagt, dass auch der Strafprozess ein kommunikativer Prozess ist. Sie werden auch für sich nicht in Anspruch nehmen wollen, dass Sie, auf der hohen Bühne eines oberen Gerichtes sitzend, nie mit Verteidigern und nie mit Staatsanwälten Kontakt aufgenommen hätten. Wie wollen Sie denn nach § 154 der Strafprozessordnung in einem laufenden Strafverfahren Teile durch Verfahrenseinstellungen ausscheiden? Wie wollen Sie § 153 a der Strafprozessordnung umsetzen, ohne mit den Verfahrensbeteiligten gesprochen zu haben? Herr Kollege Neškovic, es wäre vielleicht nicht schlecht gewesen, wenn Sie sich Gedanken gemacht hätten, wie man die Interessen der Opfer von Straftaten in eine Absprache einführen kann. Wir haben das miteinander diskutiert, und in dem Begründungsteil gibt es dafür Ansätze. Miteinander arbeiten heißt auch, vernünftige Ergebnisse zustande zu bringen,

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Dazu haben wir die Beratung!)

nicht rückblickend aus heutiger Sicht zu versuchen, die Verfahrensabsprache in die Schmutzlecke eines Gerichts zu stellen, wo sie nie gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Joachim Stünker für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Stünker (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal treibt mich die Verzweiflung um.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind doch bei Ihnen! - Gegenruf

von der SPD: Eben! Das ist es gerade!)

Das ist in der heutigen Debatte zu diesem Thema wieder der Fall. Ich will Ihnen etwas dazu sagen. Teilweise wurde die Debatte doch sehr nachdenklich geführt, aber nur teilweise. Der Kollege Danckert hat einen Ansatz gebracht, den auch der Kollege Kauder aufgenommen hat und den ich nur bekräftigen kann. Die Verständigung im Strafprozess hat diese Entwicklung genommen, weil in den 70er-Jahren und danach eine andere Generation von Richterinnen und Richtern und von Anwälten mit einer anderen Ausbildung Strafprozesse durchgeführt hat. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Ich hatte als Schöffengericht in den 80er-Jahren einen Schöffen, der ein alter Landwirt war. Er war seit 20 Jahren Schöffe, wie es auf dem Land üblich war. Er sagte einmal zu mir: Herr Stünker, zu Ihnen komme ich richtig gerne. Ich freue mich immer, wenn ich zu Ihnen zur Verhandlung kommen darf. - Ich sagte: Das ehrt mich, aber warum denn? - Da sagte er zu mir: Sie sprechen mit dem Angeklagten. Der deutsche Strafprozess, den ich in den 70er-Jahren,

als ich zum ersten Mal in der Strafkammer saß, erlebt habe, war ein ganz anderer. Da saß oben ein Gericht, das nicht mit den Verfahrensbeteiligten sprach. Es sprach nicht mit dem Angeklagten. Da wurde prozessiert. Da lief der Prozess, wie Roxin es einmal geschildert hat, wie in einem Schauspiel ab. Zum Schluss kam die Keule, und dabei kam eine Entscheidung heraus. (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Das war damals der Strafprozess. Dieser Strafprozess hat sich dadurch verändert, dass eine neue Generation die Strafprozessordnung anders gelernt hat als die, die aus anderen Zeiten kam, um das einmal vorsichtig auszudrücken. Die Vertreter dieser Generation haben gesagt: Die Strafprozessordnung gibt uns doch die Möglichkeit, mit dem Angeklagten, mit den Verfahrensbeteiligten zu sprechen und deutlich zu machen, wie wir die Anklage sehen, anstatt zu warten, bis nachher das Urteil gefällt wird. - Das war der Hintergrund. Daher habe ich in meinem Leben als Strafrichter und Vorsitzender einer großen Strafkammer, auch einer Wirtschaftsstrafkammer, und eines Schwurgerichts viele solcher Verständigungen im Strafprozess herbeigeführt. Das hat mit Klassenjustiz, mit Arm und Reich und all diesen ideologischen Verklärungen nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das ist purer Populismus der Linkspartei.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist nicht die Wirklichkeit in Deutschland.

(Wolfgang Neškovic [DIE LINKE]: Pure Heuchelei!

- Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: In seinen Augen sind Sie ein Dealer gewesen, Herr Stünker!)

- Ich frage mich manchmal, ob ich es mir immer noch antun muss, Ihnen, Herr Neškovic, zuzuhören, um das einmal ganz deutlich zu sagen. - Trotzdem habe ich vom ersten Tag an, als ich in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, also seit 1998, dem Bundesministerium der Justiz gesagt: Das, was sich dort bei der Verständigung und Absprache im Strafprozess entwickelt hat, bedarf der Regeln in der Strafprozessordnung.

Warum bin ich im Laufe der Jahre zu dieser Überzeugung gekommen? Weil das, was im Wege der Verständigung durch Gespräche zustande gekommen ist, teilweise - so etwas kann man immer und überall erleben - zu Missbrauch geführt hat. Damit meine ich die Gespräche im Hinterzimmer und Ähnliches, aber nicht das Gespräch im Gerichtssaal mit den Verfahrensbeteiligten.

Darum brauchen wir neue Regelungen, wie der Große Senat für Strafsachen des BGH angeregt hat. Diese Regelungen legen wir Ihnen mit diesem Gesetzentwurf vor.

Anders als hier gesagt worden ist, führen wir nicht den großen Deal in den deutschen Strafprozess ein. Wer so etwas erzählt, der hat von der Praxis keine Ahnung, der weiß überhaupt nicht - um das einmal ganz deutlich zu sagen -, was jeden Tag in den Gerichtssälen abläuft.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das Wichtige dabei ist: Jedes Verfahren mit einer Verständigung endet mit einem Urteil,

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Natürlich!)

mit einem Schuldspruch. Es wird also jemand bestraft. Diese Person ist von diesem Tag an vorbestraft. Das Einzige, worüber man überhaupt reden kann, ist die Frage der Strafsanktion. Frau Ministerin hat hier zu Recht die Frage gestellt, warum man das macht. Nehmen wir das Beispiel, das zuletzt durch die Presse ging: Ein nicht vorbestrafter, weit über 60-Jähriger hat Steuern in Höhe von 900 000 Euro hinterzogen. Man kann sich überlegen, ob es prozessökonomisch sinnvoll ist, ein Jahr lang einen Prozess zu führen, obwohl man, wenn man von Strafzumessung etwas versteht, genau weiß, dass am Ende eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren verhängt wird. Es muss entschieden werden, unter welchen Voraussetzungen diese Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Erfahrene Strafrechtler wissen, wie so etwas abläuft. Ich wiederhole meine Frage: Ist es prozessökonomisch sinnvoll, ein Jahr lang sämtliche Einzelheiten zu behandeln, oder kann man dafür sorgen, dass der Angeklagte ein Geständnis ablegt, dass sich der Betreffende also zur Tat bekennt, wobei die Sanktionen und alle anderen Folgen öffentlich bekannt werden? Das und nichts anderes ist der Hintergrund unseres Vorgehens. Diese Absprachen sind keine Schmutzdecke, wie man es teilweise darzustellen versucht hat. Wenn wir uns hier ernsthaft mit Missbrauch beschäftigen wollen - das sollten wir in der nächsten Legislaturperiode machen, sofern wir alle noch die Ehre haben, diesem Hohen Haus anzugehören -, dann muss man über eine ganz andere Vorschrift nachdenken, nämlich über § 153 a Strafprozessordnung. In den letzten Wochen und Monaten sind Vorgänge in einer Staatsanwaltschaft in einem nicht kleinen Bundesland - angebliche Probleme mit einer Staatsanwältin, Verwerfungen usw. - durch die Presse gegangen. Das hängt mit § 153 a Strafprozessordnung zusammen. Der Ausgang des Mannesmann-Prozesses ist in meinen Augen in der Tat ein Skandal gewesen: Einstellung des Verfahrens ohne Urteil und ohne Geständnis. Das ist der Hintergrund unseres Vorgehens. In Prozessen wie dem Mannesmann-Prozess werden Absprachen in einem Bereich getroffen, der ganz anders als die Hauptverhandlung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Danckert [SPD]: Das ist auch eine ganz andere Dimension!)

- Das ist eine ganz andere Dimension: Durch die Presse ging, dass dort Millionenbeträge verteilt worden sein sollen.

Ich bitte Sie wirklich - ich denke, wir werden das überwiegend im Rechtsausschuss machen -: Lassen Sie uns das sehr ernsthaft behandeln! Der Rechtsstaat ist ein hohes Gut. Wir sollten daher mit Sachverstand und nicht mit Ideologie an die Themen herangehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 16/11736 und 16/4197 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Bußgeldkatalog bei Umweltzonen ändern -

Zurück zur Verhältnismäßigkeit

- Drucksache 16/10313 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion der FDP sechs Minuten erhalten soll. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne damit die Aussprache. Das Wort hat Kollege Patrick Döring von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Patrick Döring (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Deutschland hat zur Bekämpfung des Feinstaubproblems vielerlei Maßnahmen diskutiert und auch ergriffen. Es ist dennoch heute von der EU-Kommission ermahnt worden, mehr zu tun, um Feinstaub zu bekämpfen. Das macht deutlich, dass mit der Einrichtung von Umweltzonen und dem Erlass von Fahrverboten ganz offensichtlich nicht die Ziele erreicht werden, die man sich vorgenommen hat. Die Einrichtung von Umweltzonen hat, gelinde gesagt, fast keine Wirkung auf den Feinstaubausstoß in Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Renate

Blank [CDU/CSU])

Das alles sage ich vorweg, damit hier nicht insinuiert wird, wir als FDP wollten den Feinstaub nicht bekämpfen oder wollten das Problem an die Seite schieben; ganz im Gegenteil: Wir sind dafür, den Feinstaub zu bekämpfen, aber an der Quelle, dort, wo er wirklich entsteht, und nicht pauschal über das Fahrverbot, über die Einrichtung von Umweltzonen. Das war der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch falsch, den folgenden Eindruck zu erwecken:

Wer aktuell in Hannover oder Köln oder Berlin in die Umweltzone einfährt, aber keine Plakette hat oder eine rote Plakette hat, begeht genauso einen Verkehrsverstoß wie jemand, der zum Beispiel verkehrt herum in eine Einbahnstraße fährt oder ein Einfahrverbot insgesamt missachtet. - Das ist nicht vergleichbar. Ersteres ist auch nicht verkehrsgefährdend.

(Rita Schwarzelühr-Sutter [SPD]: Aber gesundheitsgefährdend!)

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben wir

Ihnen mit unserem Antrag die Gelegenheit, in der weiteren

Beratung im Ausschuss sehr konstruktiv und sachlich

darüber nachzudenken, ob es bei der so stark zersplitterten

Landschaft von Umweltzonen in Deutschland

mit unterschiedlichsten Ausnahmeregelungen - in jeder Kommune gibt es andere Regelungen, etwa dazu, ob Oldtimer ein- und ausfahren dürfen,  
(Christian Carstensen [SPD]: Oldtimer! Darauf haben wir gewartet!)

ob Schaustellerfahrzeuge ein- und ausfahren dürfen, ob Reisebusse ein- und ausfahren dürfen; Letzteres ist ein Sonderproblem, das wir im Ausschuss seit längerem vor uns herschieben; Sie alle kennen die Problematik - vernünftig und verhältnismäßig ist, jedem, der sich keine Plakette besorgt hat, etwa aus Unwissenheit, weil er vielleicht ganz selten in eine der Städte fährt, in denen eine Umweltzone eingerichtet worden ist, sofort nicht nur eine Ordnungswidrigkeit anzulasten, sondern ihn vor allen Dingen auch mit einem Punkt im Flensburger Zentralregister zu bestrafen. Das ist nicht verhältnismäßig.  
(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Zahlen für das erste Halbjahr 2008 im Antrag aufgeführt. Ich finde es übrigens bemerkenswert - ich sage das hier ausdrücklich, weil der Herr Kasparick auf der Regierungsbank sitzt -, dass nach den mir vorliegenden Informationen das Bundesverkehrsministerium dem Kraftfahrtbundesamt untersagt hat, mir die Zahlen für 2008 komplett zu geben.

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Skandal!)  
Die Auskunft des Sachbearbeiters im Kraftfahrtbundesamt jedenfalls war, er dürfe mir die endgültigen Punktezahlen für unzulässiges Einfahren in Umweltzonen auf Weisung des Bundesverkehrsministeriums nicht geben. Das ist auch eine Aussage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich ziehe daraus die richtigen Schlüsse.  
(Beifall des Abg. Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP])

Vor diesem Hintergrund sind wir als FDP-Fraktion sehr dankbar dafür, dass parallel zum Verkehrsgerichtstag in Goslar viele Akteure in der Verkehrspolitik, etwa die Automobilclubs, gemeinsam - es ist selten genug der Fall, dass eine gemeinsame Position erarbeitet wird - eine Reform des Punktesystems und des Verkehrszentralregisters in Flensburg insgesamt gefordert haben. Vielleicht ist unser Antrag zu dieser speziellen Frage auch Anlass, im Ausschuss einmal darüber zu sprechen, ob inzwischen nicht für zu viele kaum wichtige, jedenfalls nicht verkehrsgefährdende Verstöße Punkte gegeben werden und wirklich schwere Ordnungswidrigkeiten, vielleicht auch Straftaten im Straßenverkehr zu wenig bestraft werden. Dieser Diskussion über das Bußgeld haben Sie sich in den letzten Monaten verwehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Symbolpolitik ist viel einfacher!)

Es ist an der Zeit, gemeinsam über Folgendes nachzudenken: Was soll nach unserer Meinung, die wir uns um Verkehrssicherheit sorgen, streng verfolgt werden? Wo muss schon nach wenigen Verstößen klar sein, dass die Fahrerlaubnis in Gefahr gerät?

Und wo schießt man mit Kanonen auf Spatzen, wenn man jemanden, der einmal unerlaubt in eine Umweltzone einfährt, weil er vergessen hat, die Plakette zu beantragen, oder gar nicht weiß, dass in der Stadt, in die er

fährt, eine Umweltzone eingerichtet ist, mit einem Punkt in Flensburg bestraft?

(Sören Bartol [SPD]: Das sind ja so viele Städte!)

- Auch Sie werden nicht alle Städte kennen, in denen eine Umweltzone eingerichtet ist. Keiner der hier anwesenden Kollegen wird all diese Städte benennen können. - Die gleiche Strafe bekommt man, wenn man verkehrsgefährdend in falscher Richtung in eine Einbahnstraße einfährt oder einen Rotlichtverstoß begeht. Das ist nicht vergleichbar; wir sollten nicht der Versuchung erliegen, das zu vergleichen. Es ist in hohem Maße verwunderlich, dass es überhaupt zu dieser Regelung gekommen ist.

Wir Parlamentarier sollten die Gelegenheit nutzen, im Ausschuss über Änderungen zu beraten. Wir machen Ihnen hierzu einen Vorschlag und hoffen auf Unterstützung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Carstensen [SPD]: Wenigstens hat er einmal den Oldtimer untergebracht!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Gero Storjohann, CDU/CSU-Fraktion.

Gero Storjohann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit März 2007 gilt in Deutschland die sogenannte Plakettenverordnung, die Verordnung zum Erlass und zur Änderung von Vorschriften über die Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge. Pkw, Lkw und Busse werden je nach Schadstoffgruppe mit einer Feinstaubplakette versehen.

Ich möchte gerne zugestehen, dass es in der Einführungsphase immer Leute gibt, die vergessen, so etwas zu beantragen. Nun ist aber eine gewisse Zeit ins Land gegangen; nun erwarte ich, dass jeder überprüft hat, was er für ein Auto hat, welcher Schadstoffklasse es angehört und ob er eine Plakette benötigt. Ich kann erwarten, dass sich alle Verkehrsteilnehmer mit ihren Fahrzeugen beschäftigt und diese gegebenenfalls mit einer entsprechenden Plakette versehen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einführungsphase ist inzwischen abgeschlossen. Jetzt geht es um die Frage: Wie gestaltet sich die Praxis? Die Kennzeichnung ist erforderlich, um bei zu hohen Feinstaubbelastungen Fahrverbote aussprechen und umsetzen zu können: Besonders gekennzeichnete Verbotszonen dürfen dann nur von Kraftfahrzeugen mit einer entsprechenden Zulassung befahren werden.

Wir sprechen hier über diese Verordnung; wir sprechen nicht über die Umweltzonen. Die Verordnung setzt voraus, möglichst passgenau und lokal begründet den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Darum kümmern sich die Kommunen, nicht der Bundestag oder der Landtag.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Die Kommunen vergeben doch nicht die Punkte! Das machen doch wir!)

Die Bürger wählen vor Ort ihre Vertreter. Insofern sind

die Bürger in diesen Prozess eingebunden; das halte ich für richtig und sinnvoll. Dies wird auch von den Antragstellern, der FDP, offenbar nicht geleugnet; denn der Antrag richtet sich gegen die Höhe der Sanktionierung und beschäftigt sich mit der Frage, ob die Höhe der Strafe etwas bewirkt. Darüber kann man sich trefflich streiten. Das Bußgeld von 40 Euro bewirkt dann ja auch den berühmten Punkt in Flensburg. Das schafft Arbeit in meiner Heimatregion Schleswig-Holstein.

(Christian Carstensen [SPD]: Ein entscheidendes Argument für diese Regelung!)

Ich mache darauf aufmerksam, dass der Bundesrat im letzten Jahr der Neufassung des Bußgeldkataloges zugestimmt hat. Es ist interessant, dass in Baden-Württemberg, wo traditionell die FDP an der Regierung beteiligt ist,

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Nur kein Neid!)

besonders viele Umweltzonen eingerichtet worden sind.

Ich weiß nicht, wie es um die kommunalen Mehrheiten steht, aber ich glaube, dass auch hier die FDP häufig beteiligt ist.

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Umweltzonen; auch hier sind Sie von der FDP an der Regierung beteiligt. In Hannover gibt es eine Umweltzone; auch in Niedersachsen sind Sie an der Regierung beteiligt.

(Patrick Döring [FDP]: Das beschließen aber die Kommunen, wie Sie richtigerweise gesagt haben!)

- Das ist richtig; aber auch in den Kommunen haben Sie sicherlich Einfluss.

(Patrick Döring [FDP]: Leider nein! Aber die CDU!)

Mir ist nicht bekannt, dass Sie einen Vorstoß im Bundesrat unternommen haben, um diese Regelung zu ändern.

Im Bundesrat hätten Sie sicherlich gute Möglichkeiten dazu. Aber nein, Sie versuchen es über den Bundestag; das sei Ihnen zugebilligt.

Sie schreiben, viele Auswärtige wüssten nicht, ob bei der Einfahrt in eine andere Stadt eine Plakette notwendig sei. Ich mache darauf aufmerksam, dass alle Umweltzonen mit riesengroßen Schildern gekennzeichnet sind.

Auch ein Lkw-Fahrer, der eine Brücke befahren möchte, muss Schilder zur Kenntnis nehmen; wenn die Last, die er transportiert, nicht zulässig ist, muss er damit rechnen, dass man es ihm zum Vorwurf macht, wenn er diese Schilder nicht beachtet. Das gilt bei Umweltzonen natürlich genauso.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die CDU/CSU gewandt: Ihr dürft klatschen, das ist euer Redner!)

Es geht ja nicht um eine Plakette für den einen Tag, sondern um die Plakette, die Sie sich generell für Ihr Auto besorgen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, nämlich die Überlegung: Habe ich noch das richtige Auto, oder sollte ich mir - technisch innovativ - ein neues anschaffen, wenn ich mich hauptsächlich in Umweltzonen bewege?

(Patrick Döring [FDP]: Es berät Sie der Abgeordnete Storjohann! - Horst Friedrich [Bayreuth]

[FDP]: Bei eurer Politik kann man sich ja kein neues Auto leisten! Ihr lasst einem ja nichts!)

Das ist ein Anreiz, ein überlegenswerter Punkt. Insofern kann jeder selbst bestimmen, ob er das Risiko eingeht, in eine Umweltzone ohne Plakette oder mit einem Fahrzeug, das dafür nicht geeignet ist, zu fahren.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Erst die Steuern erhöhen, dass es kracht, und sich dann wundern, dass keiner mehr neue Autos kauft! - Gegenruf des Abg. Christian Carstensen

[SPD]: Nur weil ihr eure Oldtimer nicht abwracken wollt!)

Meine Damen und Herren, wer, wie die FDP, jetzt behauptet, dass 20 Euro als Strafe ausreichend seien, dem muss ich sagen, dass es bei den Einfahrtverboten, wie Sie, Herr Döring, das hier vorgetragen haben, durchaus Unterschiede gibt. Sie begehen eine größere Verkehrsgefährdung, wenn Sie in eine Einbahnstraße falsch hineinfahren. Deswegen wird das geahndet.

(Patrick Döring [FDP]: Aber es gibt keinen Punkt!)

Dann bekommen Sie einen Punkt.

(Patrick Döring [FDP]: Wenn Sie verkehrt in die Einbahnstraße fahren, kriegen Sie keinen Punkt!)

- Gut, dann bekommen Sie keinen Punkt. - Es handelt sich aber um eine erhöhte Gefährdung, wenn Sie nicht mit einem vernünftigen Fahrzeug und entsprechendem Motor in eine Umweltzone hineinfahren. Sie gefährden die Umwelt, die Mitmenschen. Wenn das Verhalten der Menschen generell verändert werden soll, dann müssen Hinweise gegeben werden. Dieser Bußgeldkatalog ist das entsprechende Instrument. Wenn die Menschen sich nicht daran halten, wird das geahndet. Wir hoffen auf die Vernunft der Menschen.

Die jetzige Regelung im Bußgeldkatalog ist also zur Durchsetzung des geltenden Rechts geeignet und erforderlich. Wir halten ihn auch für angemessen. Wer etwas anderes will, muss einen Vorschlag machen, wie er das Verhalten der Menschen dann ändern will.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ich schlage vor, dass der Hausbesitzer mit offenem Kamin und einem Auto auch noch einen Punkt kriegt, wenn er den Kamin anzündet!)

Derzeit haben wir Umweltzonen, und wir möchten, dass sich die Menschen daran halten. Wenn wir als Politiker Regeln aufstellen, ist die Frage, wie wir es bewirken können, dass sich die Menschen daran halten. Freiwillig geschieht das nämlich nicht.

(Patrick Döring [FDP]: Wer mit einem Pkw in eine Fußgängerzone fährt, kriegt keinen Punkt! Das ist doch abenteuerlich!)

Es stellt sich die Frage, ob sie sich bei einer Strafe von 20 Euro eher daran halten oder nicht. Daher denke ich, das, was Sie hier vorschlagen, ist keine Lösung. Die Einführungsphase ist vorbei. Wir werden jetzt auch weniger Verstöße feststellen. Deswegen empfehle



auch ich meiner Fraktion, Ihren Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Dort werden wir uns sehr kritisch mit ihm beschäftigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Lutz Heilmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP befindet sich auf einem Kreuzzug gegen Umweltzonen als vermeintliche Hüterin des Heiligen Grals der Autolobby – freie Fahrt für freie Bürger. Kaum ein Monat vergeht, in dem die FDP nicht eine Ausnahmeregelung für irgendeine Gruppe fordert.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: So ein Quatsch auf hohem Niveau!)

Erst waren es die Oldtimer, dann die Reisebusse, und jetzt ist es das Bußgeld selbst. Wenn die FDP damit Erfolg hätte, sähe die Umweltzone bald aus wie ein Schweizer Käse. Aushöhlen, bis nichts mehr davon übrig ist, ist offenbar Ihr Ziel. Aber dann lamentieren, wenn wir von der EU die Rote Karte bekommen!

(Patrick Döring [FDP]: Es geht um Verhältnismäßigkeit bei der Bestrafung!)

Dabei geht es bei den Umweltzonen um nicht wenig. Es geht um den Schutz der Gesundheit der Menschen durch die Verbesserung der Luft. Nach Auffassung der Linken ist das Recht auf saubere Luft ein Menschenrecht, ein Grundrecht.

(Patrick Döring [FDP]: Das bestreitet doch gar keiner!)

Wir haben als Gesetzgeber die Pflicht zum Handeln.

(Patrick Döring [FDP]: Das bestreitet auch keiner!)

Das hat uns der Europäische Gerichtshof letztes Jahr noch einmal ganz deutlich aufgegeben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Alles unstrittig, Herr Heilmann! Sie haben es nicht gerafft!)

Mit seiner Entscheidung vom 25. Juli des vergangenen Jahres hat er das Recht der Menschen auf saubere Luft gestärkt. Das dürfte auch Ihnen bekannt sein.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Wir führen keine Umweltzonendebatte, falls Sie es noch nicht gemerkt haben!)

– Warum stellen Sie dann permanent Anträge, die darauf ausgerichtet sind, die Umweltzone ad absurdum zu führen?

(Patrick Döring [FDP]: Überhaupt nicht! Sie haben den Antrag entweder nicht gelesen oder nicht verstanden!)

Wir haben uns in Deutschland für die Einrichtung von Umweltzonen entschieden. Ich bin dafür, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Umweltzonen effektiv ausgestaltet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie reden viel von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

(Christian Carstensen [SPD]: Machen die doch gar nicht!)

Aber was machen Sie? Mit Ihrem Kreuzzug gegen die Umweltzonen vergeben Sie eine Chance, etwas für unsere

Kinder und Enkel zu tun, deren Gesundheit zu schützen und nicht zu gefährden.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Oh Gott!)

Umweltzonen haben noch einen zusätzlichen Effekt.

Sie setzen Impulse für Handwerk und Handel. Warum?

Etliche Fahrzeuge erfüllen die Anforderungen hinsichtlich der Umweltzonen nicht; das ist uns bekannt. Diese

Autos umweltzonentauglich zu machen oder zu ersetzen,

bringt einiges an Arbeit für unsere Kfz-Werkstätten oder

auch für den Handel, falls man sich entscheidet, ein

neues Auto zu kaufen.

Erlauben Sie mir, auf den FDP-Antrag mit dem Titel

„Bußgeldkatalog bei Umweltzonen ändern - Zurück zur

Verhältnismäßigkeit“ zurückzukommen. Ich möchte darauf

verzichten, hier über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

zu debattieren. Das würde meine Redezeit

sprengen.

(Patrick Döring [FDP]: Das hat Ihnen Ihr Referent

nicht aufgeschrieben!)

Aber ich frage Sie: Was ist denn an dem Bußgeld in

Höhe von 40 Euro unverhältnismäßig?

(Patrick Döring [FDP]: Der Punkt ist unverhältnismäßig!)

Zum Vergleich: Für einen Verstoß gegen das Sonntagsund

Feiertagsfahrverbot für Lkws werden 40 bis

200 Euro fällig. Bei Gefährdung der Umwelt durch den

Transport gefährlicher Güter auf gesperrten Straßen werden

100 Euro fällig.

(Patrick Döring [FDP]: Weil ein wirtschaftlicher

Vorteil damit verbunden ist! Das wissen

Sie doch!)

- Ich bitte Sie, Herr Kollege: Ist es kein Vorteil, dass wir

unsere Kinder und die Menschen in den Städten vor

Feinstaub schützen?

(Patrick Döring [FDP]: Keine Ahnung auf hohem

Niveau!)

Ich frage Sie deshalb noch einmal: Was ist an den

40 Euro unverhältnismäßig?

Sie behaupten, dass Auswärtige nicht über die Umweltzone

Bescheid wüssten. Ich muss da dem Kollegen

Storjohann von der CDU/CSU - ich tue das nur ungern -

ausnahmsweise zustimmen,

(Christian Carstensen [SPD]: Oh! Da hat der

aber was falsch gemacht!)

weil ich mit ihm inhaltlich übereinstimme: Unwissenheit

schützt nicht vor Strafe. Das sage ich Ihnen als ausgebildeter

Jurist. Die Hinweisschilder sind so groß und so

deutlich sichtbar, dass man sie gar nicht übersehen kann.

(Patrick Döring [FDP]: Wo soll denn jemand

am Samstagnachmittag eine Plakette bekommen?

Das ist doch lebensfremd!)

Größtenteils weisen Reiseveranstalter und Hotels darauf

hin, dass es Umweltzonen gibt. In Berlin sind die Hotels

sogar dabei behilflich, fehlende Plaketten zu besorgen.

Es ist richtig, dass es Probleme gibt. Das bestreitet

keiner. Probleme gibt es insbesondere bei der Nachrüstung

von Autos. Die Bundesregierung ist jetzt angesichts

der Tatsache gefordert, dass Filter fehlen oder SchrottfILTER

verkauft wurden. Ich erspare mir jetzt Bemerkungen

zum Filterskandal, den wir im Hause und in den Ausschüssen

hinreichend debattiert haben. Das mache ich

beim nächsten Mal, wenn die Bundesregierung meine Anfrage beantwortet hat. Mit Ruhm hat sich die Bundesregierung bei dem Thema weiß Gott nicht bekleckert.

Die Zahlen der ausgetauschten Filter machen dies deutlich. Hier werden Probleme vertuscht und nicht bewältigt.

Die Probleme müssen freilich gelöst werden. Falsch ist es, Umweltzonen abzuschaffen. Das wird mit der Linken nicht zu machen sein. Deshalb fordert die Linke: erstens den Austausch aller SchrottfILTER und Entzug der Betriebserlaubnisse, um dafür einen wirksamen Anreiz zu setzen; zweitens die Verlängerung der Förderdauer zur Nachrüstung bei Pkw über das Jahr 2009 hinaus sowie eine Differenzierung und Erhöhung der Fördersumme; drittens Förderprogramme zur Umrüstung von Lkws und Reisebussen;

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Darum geht es doch gar nicht!)

viertens Ausnahmeregelungen zur Abfederung von Härtefällen, solange es keine wirksamen Filtersysteme gibt.

Das sind die Forderungen der Linken.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, werden wir jegliche Debatten über Umweltzonen ablehnen.

Selbstverständlich lehnen wir auch den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei der LINKEN - Patrick Döring [FDP]: Dann hätten Sie Ihre Redezeit auch spenden können!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Rita Schwarzelühr-Sutter für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Damen und Herren! An dem Titel Ihres Antrags

„Bußgeldkatalog bei Umweltzonen ändern - Zurück zur Verhältnismäßigkeit“ gefällt mir ganz besonders, dass Sie zur Verhältnismäßigkeit zurückkehren

wollen. Ich möchte Sie im Gegenzug auffordern: Kommen

Sie auf den Boden der Tatsachen zurück! Ich empfinde

es nämlich als unverhältnismäßig, wie Sie uns hier

mit Anträgen zuschütten, in denen Sie versuchen, Umweltzonen zu umgehen und Ihre Klientel bei Laune zu

halten, indem Sie sie in ihrer Auffassung, dass Umweltzonen nichts bewirken, immer wieder bestärken.

(Beifall bei der SPD - Horst Friedrich [Bayreuth]

[FDP]: Im Gegensatz zu euch sind wir

langsam Volkspartei! Das wollen wir einmal

festhalten! Ihr wisst ja nicht einmal mehr, was

eine Klientel ist!)

Angesichts der Tatsache, dass die EU-Kommission eine Buße androht, muss man schon fragen: Was ist denn Ihre Alternative, um die Feinstaubbelastung zu reduzieren?

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Was ihr macht, hilft offensichtlich auch nicht!)

Unverhältnismäßig finde ich auch, dass die FDP Ausnahmeregelungen für alle möglichen Fahrzeuge fordert

oder das Bußgeld heruntersetzen will, obwohl die Umweltzonen

zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Feinstaub eingerichtet worden sind.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Sie nützen nur nichts!)

- Darauf komme ich noch. Hören Sie mir erst einmal zu!

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauch?

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):

Nein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Iris Gleicke [SPD]: Klare Antwort!)

- Klare Ansage.

Sie vergessen, welche Auswirkungen diese Feinstaubbelastung hat. Sie vergleichen das mit einer Einbahnstraße und wissen ganz genau, welche gesundheitlichen Belastungen Feinstaub mit sich bringt:

Atemwegserkrankungen,

(Patrick Döring [FDP]: Das ist nicht Teil des

Antrags! - Gegenruf des Abg. Christian

Carstensen [SPD]: Aber das Ergebnis!)

Zunahme der Sterblichkeit. Wie sieht das eigentlich Ihre Beauftragte für die Kinderkommission? Es sind doch gerade die Kinder in den Städten, die unter Feinstaub leiden, wenn Sie hier Ausnahmen zulassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wurde bisher eine Menge an Umweltzonen eingerichtet, angefangen in Berlin, Hannover und Köln zu Jahresbeginn 2008. Es folgten weitere. Manche wie Stuttgart haben sogar ein Lkw-Durchfahrverbot. In der Zwischenzeit gibt es Umweltzonen in 30 Städten. Nach dieser kurzen Zeit - der Zeitraum beträgt erst ein Jahr; es sind noch nicht einmal alle Umweltzonen eingerichtet - sagt sogar der Städtetag, dass Umweltzonen wirken. Das ist die erste Zwischenbilanz. Berlin sagt, man habe gute Erfahrungen mit der Einrichtung einer Umweltzone gemacht.

(Ingo Schmitt [Berlin] [CDU/CSU]: Wer sagt das?)

Dreckschleudern mit besonders hohen Emissionen müssen draußen bleiben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Deswegen sind die kommunalen Fahrzeuge nämlich mit modernsten Aggregaten ausgerüstet! Die dürfen alle hineinfahren!)

Nach jüngsten Untersuchungen steht schon heute fest, dass die Berliner Fahrzeugflotte sauberer geworden ist. Ich habe immer gedacht, die FDP interessiere sich für die Wirtschaft und für Wirtschaftsförderung. Sie müsste doch ein Interesse daran haben, dass vermehrt innovative, emissionsarme Fahrzeuge auf den Markt kommen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das verhindert ihr ja mit eurer Politik am laufenden

Band! Das ist ja das Problem! - Patrick Döring

[FDP]: Thema verfehlt! Sechs! Das ist nicht

die Frage! Der Antrag hat ein anderes Thema!

Sie weigern sich, das zu diskutieren! - Gegenruf des Abg. Christian Carstensen [SPD]: Ihr

habt ein Ergebnis mit eurem Antrag! Das ist klar!)

- Ihr Antrag zielt darauf ab, über eine Hintertür Umweltzonen auszuhebeln.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen ganz genau, welche Auswirkungen mit der Einführung von Umweltzonen verbunden sind. Man erwartet in der ersten Stufe eine 2-prozentige Verminderung der Emissionen und eine Reduzierung der Überschreitungstage um fünf Tage. In der zweiten Phase, wenn nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Plakette in die entsprechenden Zonen fahren dürfen, erwartet man eine Verminderung von 10 Prozent und eine Reduzierung der Überschreitungstage um 25 Tage.

(Zuruf des Abg. Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP])

- Hören Sie doch einfach einmal zu! Vielleicht haben dann auch Sie einen Erkenntnisgewinn.

(Patrick Döring [FDP]: Sie diskutieren ja nicht über das Thema, das wir beantragt haben!)

Wissen Sie eigentlich, dass wir seit den 90er-Jahren im Zusammenhang mit Smog eine Bußgeldkatalogverordnung haben? Für eine Missachtung von Fahrverboten wurde damals ein Bußgeld von 80 DM vorgesehen. So weit müsste Ihr Erinnerungsvermögen noch vorhanden sein.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt sind es 40 Euro.

Wir wissen ja, wie es im Alltag mit Selbstverpflichtungen ist: Wer hält sich daran? Ich finde es ganz sinnvoll, dass man im Verkehrszentralregister einen Punkt bekommt, wenn man gegen das Verbot der Einfahrt in die Umweltzone verstößt. Wenn man das nämlich nicht macht, dann hält sich auch keiner an dieses Verbot. Wer das Verbot einmal umgeht und eine Buße von nur 20 Euro zahlen muss, wird es auch ein zweites Mal machen. Dies ist dann sehr wohl eine Umgehung unseres Ziels, die Städte von Feinstaub zu entlasten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Deutschen haben in der Zwischenzeit durch die Medien mitbekommen, dass es in bestimmten Städten Umweltzonen gibt. Ich hätte gedacht, Sie schlagen statt einer Reduzierung der Buße die Benutzung des ÖPNV in den großen Städten vor, der dort gut funktioniert. Aber nichts dergleichen ist der Fall.

Auch die Touristen, die nach Deutschland fahren, haben in ihren Ländern Umweltzonen. Für sie gilt dieselbe EU-Luftreinhalterichtlinie wie für uns.

(Patrick Döring [FDP]: In keinem europäischen Land gibt bisher es Umweltzonen! Das wissen Sie doch!)

- Herr Döring, es gibt in den Städten anderer Länder Low Emission Zones. Schauen Sie einmal im Internet nach. Dort heißt es nämlich: „Why low emission zones?“

(Patrick Döring [FDP]: Aber kein Plakettensystem, wie wir es haben! Sie wissen es! Sie weigern sich, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu

nehmen! - Gegenruf des Abg. Christian Carstensen [SPD]: Aber es heißt dort nicht „Umweltzone“! Deswegen hat Patrick Döring das nicht verstanden!)

„Health! In short, pollution kills.“ Ich denke, in jedem Reiseführer steht, dass wir eine Plakettenpflicht haben, wie ebenso darin steht, dass es in Berlin einen Fernsehturm gibt. Das gehört dazu. Man kann die Plakette online bestellen; man kann sie bei den Fahrzeughändlern, in den Werkstätten - es gibt 30 000 -, in Zulassungsstellen und bei den Technischen Überwachungs-Vereinen kaufen. Kommen Sie zurück auf den Boden der Realität und zur Verhältnismäßigkeit! Ich erwarte - ich freue mich darauf -, dass Sie einmal einen Antrag zur Bekämpfung des Feinstaubes an der Quelle vorlegen und dazu gute Vorschläge auf den Markt bringen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat der Kollege Anton Hofreiter für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manche Debatten hier im Hause verblüffen einen schon: Es werden Themen ganz unterschiedlicher Wichtigkeit verhandelt, und bei manchen Themen kommen dann richtig die Emotionen hoch. Interessanterweise kommen bei der FDP die Emotionen dann hoch, wenn es darum geht, einen Bußgeldkatalog zu verändern. Dies empfinde ich als mehr als verblüffend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Patrick Döring [FDP]: Emotionen kommen hoch, wenn man unsere Argumente nicht zur Kenntnis nimmt!)

- Die Argumente der FDP werden zur Kenntnis genommen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Und abgelehnt!)

Aber das Tragische ist, dass die FDP grundlegende Zusammenhänge nicht versteht.

Eine Umweltzone wirkt dann, wenn Autos, die erhebliche Mengen an Feinstaub abgeben, die sogenannten Stinker, nicht in die Umweltzone einfahren dürfen. Jetzt wissen wir: Nicht alle Menschen sind so gesetzestreu wie die hier Versammelten.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb hat der Gesetzgeber für Übertretungen Strafen vorgesehen. Diese Strafen müssen eine Wirkung haben.

Wenn ich ohne Plakette in eine Umweltzone einfahren kann und dafür nur 20 Euro zahlen muss und somit keinen Punkt bekomme, dann lohnt es sich in vielen Fällen, das Verbot immer wieder zu übertreten, anstatt das Auto nachzurüsten, auf den ÖPNV umzusteigen oder sich vielleicht ein neues Auto zu kaufen. Damit ist der Zusammenhang zwischen dem, was die Kollegin und die Kollegen der anderen Fraktionen dargelegt haben, klar hergestellt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Gefährdungen und dem Bußgeldkatalog.

Wenn ich eine Regelung erlasse und das Bußgeld so festsetze, dass sich niemand bemüßigt fühlt, sich an diese

Regelung zu halten, dann kann ich diese Regelung auch sein lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten  
der LINKEN)

Diesen Zusammenhang haben Ihnen die Kollegin und die Kollegen der anderen Fraktionen mehr oder weniger redegewandt zu erklären versucht. Durch Ihre Zwischenrufe haben Sie aber bewiesen, dass Sie es nicht verstanden haben. Das ist das Problem, und das verblüfft mich, weil Sie im Ausschuss manchmal viel geschickter sind. Da dies jetzt der dritte Antrag ist, mit dem Umweltzonen ausgehebelt werden sollen, würde mich von der FDP Folgendes interessieren: Sie haben am Anfang davon gesprochen, dass auch Sie die Menschen vor Feinstaub schützen wollen, und dann haben Sie, Herr Döring, zu diesem Thema beredt geschwiegen. Wir freuen uns also darauf, von Ihnen im Verkehrsausschuss einmal etwas Konstruktives zum Schutz der Menschen vor Feinstaub zu hören.

Man muss zwar nicht immer glauben, was an Ergebnissen auf europäischer Ebene bekannt gegeben wird. Aber es gibt eine Untersuchung, die besagt, dass rein rechnerisch in Europa aufgrund von Feinstaubbelastung im Straßenraum pro Jahr über 300 000 vorzeitige Todesfälle zu verzeichnen seien. Das ist eine gigantische Zahl, die auf den ersten Blick kaum glaubwürdig wirkt.

(Patrick Döring [FDP]: Es kommt darauf an, woher der Feinstaub kommt! Verkehr ist nicht die Hauptquelle, darin sind wir uns doch einig!)  
In Deutschland sind es rechnerisch immer noch mehrere Zehntausend vorzeitige Todesfälle. Was man aus dieser Studie aber auf alle Fälle erkennen kann, ist, dass es sich um ein gravierendes Problem handelt. Natürlich ist die Umweltzone nicht die komplette Lösung für all diese Probleme. Aber sie ist ein Teil der Lösung. Um diesen Teil der Lösung wirkungsvoll werden zu lassen, brauchen wir einen sinnvollen Bußgeldkatalog.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der  
CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/10313 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist offensichtlich so der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b auf:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes  
- Drucksache 16/11340 -

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Haushaltsausschuss

b) Erste Beratung des von den Abgeordneten

Gudrun Kopp, Jens Ackermann, Dr. Karl  
Addicks, weiteren Abgeordneten und der Fraktion  
der FDP eingebrachten Entwurfs eines  
... Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes  
- Drucksache 16/11674 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die  
Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre  
keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Kollegin  
Lydia Westrich für die SPD-Fraktion.

Lydia Westrich (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen  
und Kollegen! Nach einer großen Studie nehmen  
93 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union  
Postdienstleistungen in Anspruch. Das ist das drittgrößte  
Infrastrukturbedürfnis der Menschen nach der Wasser- und  
Abwasserversorgung. Damit ist klar, dass diese  
Leistungen einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge  
darstellen. Es liegt im allgemeinen Interesse, sie flächendeckend  
und kostengünstig bereitzuhalten, und zwar zu  
normierten Preisen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch  
auf ein öffentliches Postnetz, das als Universaldienst zur  
Verfügung steht. Dieses Netz muss keineswegs staatlich  
sein; es muss lediglich die dem Allgemeinwohl dienenden  
Leistungen zuverlässig erbringen. Die Universaldienstleistungen  
sollen zwar kostenorientiert, aber trotzdem zu erschwinglichen Preisen  
angeboten werden und

von den Inseln bis zu den Bergdörfern die gleiche Qualität  
haben. Wir wollen in ländlichen Gebieten, wo ich  
herkomme, genauso gut und zu den gleichen Preisen  
versorgt werden wie die Menschen in den Großstädten.  
Eine Belastung dieser notwendigen Dienstleistungen  
durch die Erhebung von Mehrwertsteuer steht der gebotenen  
Daseinsvorsorge entgegen.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung  
ist geeignet, um die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen  
und Bürger weiterhin kostengünstig zu befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Regelung zur Steuerbefreiung, die bisher nur für die  
Deutsche Post AG galt, wird für alle Anbieter geöffnet,  
die die Universaldienstleistungen in gleicher Qualität  
flächendeckend und kostengünstig aus einer Hand anbieten  
können. Das ist der richtige Weg. Unser Gesetzentwurf  
ist daher besser als der Entwurf der FDP-Fraktion,  
Herr Wissing, weil dieser die Belastung aller Postdienstleistungen  
mit der Mehrwertsteuer und damit die Verteuerung  
der Leistungen vorsieht.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist doch schon  
am teuersten in Deutschland!)

Die Liberalisierung des Postmarktes ist in Deutschland  
schon weit fortgeschritten. Exklusivlizenzen und  
Verpflichtungen sind weggefallen. Vor zwei Jahren, als  
FDP und Bündnis 90/Die Grünen schon einmal diese  
Dienstleistungen mit der Mehrwertsteuer belegen wollten,  
haben wir uns noch in einem anderen Umfeld bewegt.  
Damals galt der Verpflichtungsauftrag für die



Deutsche Post AG und die dadurch berechnete Befreiung von der Mehrwertsteuer. Das ist nun alles weggefallen. Wir hatten Zeit, um zu überlegen und darüber zu diskutieren, wie wir den Service für die Bürger am besten gewährleisten können.

Die FDP-Fraktion fährt in ihrem Gesetzentwurf die pure, harte Wettbewerbslinie. Der von den Koalitionsfraktionen unterstützte Gesetzentwurf bietet Chancen.

Wir räumen allen Unternehmen die Möglichkeit ein, diese Universalleistungen flächendeckend aus einer Hand für die Menschen zu erbringen. Wir werden diese Chance nicht durch das Geschenk einer Mehrwertsteuerbelastung erschweren. Wir fordern den Nachweis, dass die entsprechenden Unternehmen die Bedürfnisse der Daseinsvorsorge im postalischen Bereich erfüllen können. Wenn, wie in der bereits erwähnten EU-Studie angeführt, so viele Menschen Postdienstleistungen in Anspruch nehmen, ist das ein durchaus lohnender Markt mit ganz großen Chancen.

Mir ist wichtig, dass die Menschen die Sicherheit haben, alles in erreichbarer Nähe aus einer Hand zu bekommen.

Die Erfüllung von Daseinsvorsorgepflichten bedeutet, dass man nicht mühsam herausfinden muss, wer welche Leistungen anbietet. Es muss einen Anbieter für alle Universaldienstleistungen geben, um die flächendeckende Sicherheit für alle Bürger zu tragbaren Preisen zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Volker Wissing

[FDP]: So kann man ein Monopol auch rechtfertigen!)

Nur die Erfüllung dieser Kriterien - überall, bezahlbar und zu einer bestimmten Qualität - ist Grund für die Mehrwertsteuerbefreiung. Eine Steuerbefreiung allein für Dienstleistungen bietet diese Sicherheit nicht, und eine gänzliche Steuerbelastung, wie sie im FDP-Entwurf gefordert wird, sowieso nicht. Nicht ohne Grund warnen die kommunalen Spitzenverbände unisono davor, die Post-Universaldienstleistungen allein den Wirtschaftsinteressen der Marktteilnehmer unterzuordnen; denn dies würde eine Unterversorgung der Bevölkerung bedeuten.

Den Spitzenverbänden ebenso wie vielen in der SPD-Fraktion gefällt auch nicht, dass die bisher gewohnten Post-Universaldienstleistungen nun auch im Gesetzentwurf der Bundesregierung auf die europäischen Minimalforderungen heruntergefahren wurden. Aber wir werden in der Anhörung mit den Sachverständigen und in den nachfolgenden Beratungen noch genügend Zeit haben, gute Lösungen zu finden.

Ich halte diesen Gesetzentwurf für eine gute Chance für Unternehmen, die ich jedem gönne, nicht nur der Post. Allerdings will ich mit einer Steuerbefreiung keine Geschäftsidee unterstützen, die ihren Erfolg nur darauf gründet, Menschen für Niedrigstlöhne für sich arbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Norbert Schindler [CDU/CSU])

Eines muss man dem FDP-Entwurf lassen:

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Er ist besser als Ihrer!)

Wenn Sie schon befürworten, dass durch Niedrigstlöhne die Daseinsvorsorge für unsere Bürger gewährleistet

werden soll,

(Heinz-Peter Haustein [FDP]: Nein! Nicht durch Niedrigstlöhne!)

dann schlagen Sie wenigstens die Mehrwertsteuer drauf, von der wir dann die ergänzenden Hartz-IV-Leistungen bezahlen können.

(Heinz-Peter Haustein [FDP]: Das ist mir neu!)

Als Sozialdemokratin habe ich es aber lieber umgekehrt: ordentliche Löhne und Mehrwertsteuerbefreiung für die postalischen Dienstleistungen, die die Menschen auch in den entlegenen und schwach besiedelten Gebieten dringend brauchen. Das wird von den Koalitionsfraktionen nach unseren Beratungen mit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs geleistet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Volker Wissing, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dass die SPD so argumentiert, wundert mich nicht. Aber ich will mich einmal der CDU/CSU zuwenden.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Mindestlöhne, ALG II - es gibt doch inzwischen kaum noch einen Bereich, in dem die Union nicht umgefallen ist.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ja!)

Wo heute Union draufsteht, ist nur noch ordnungspolitischer Wackelpudding drin.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Gesetzentwurf zur Umsatzsteuerbefreiung der Post AG ist ein weiterer ordnungspolitischer Sündenfall. Sie schreiben, Sie wollen eine „Umsatzsteuerbefreiung für alle Unternehmer, die Post-Universaldienstleistungen insgesamt, tatsächlich flächendeckend und zu einem erschwinglichen Preis anbieten“. Ehrlicher wäre es gewesen, von vornherein klar zu sagen: Wir wollen die Privilegierung der Deutschen Post AG, um sie dauerhaft vor privater Konkurrenz zu schützen. Es wäre ehrlich gewesen, wenn Sie das in ihren Gesetzentwurf geschrieben hätten.

(Beifall bei der FDP - Lydia Westrich [SPD]:

Das ist Unfug!)

Sie legen hier heute einen Gesetzentwurf vor, der eine gigantische staatliche Wettbewerbsverzerrung vorsieht. Die Postpolitik der Großen Koalition hat bisher immer nur ein Ziel gehabt: den Monopolisten hätscheln und seine private Konkurrenz zerschlagen.

(Heinz-Peter Haustein [FDP]: Genau so ist es!)

Das ist der Geist Ihres Gesetzentwurfes.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schon ein einmaliger Vorgang, wie sich CDU/CSU und SPD zum Büttel eines einzelnen Unternehmens in Deutschland machen. Ihre scheinheilige Begründung, liebe Kollegin Westrich, ist ungeheuerlich.

(Lydia Westrich [SPD]: Was? - Dr. Barbara

Höll [DIE LINKE]: Quatsch!)

Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie sagen: Wir wollen

diesen Monopolisten schützen; wir wollen nicht, dass private Konkurrenz entsteht. - Aber den Preis dafür zahlen die Bürgerinnen und Bürger mit völlig überhöhten Preisen.

(Beifall bei der FDP - Klaus Barthel [SPD]:  
Durch die Mehrwertsteuer wird es billiger,  
oder was?)

Zuerst haben Sie einen Mindestlohn eingeführt und damit die private Konkurrenz der Post plattgemacht. 57 Unternehmen mit 6 000 Arbeitsplätzen hat diese Koalition damit bereits vernichtet. Es grenzt an Zynismus, wenn die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der FDP antwortet, dass den ehemaligen Beschäftigten der privaten Postdienste nunmehr die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Kein Mitarbeiter der Post bekommt durch Ihren Mindestlohn einen Cent mehr, aber Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der privaten Postdienste verlieren ihre Arbeit. Die Existenz Tausender Arbeitsloser ist der Kollateralschaden Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Mindestlohnpolitik hat nicht zu höheren Löhnen, sondern zu höherer Arbeitslosigkeit geführt. Ihr Motto ist offenbar: Besser gar kein Lohn als ein Lohn unter dem staatlich festgesetzten Mindestlohn. - Diese Politik war damals falsch; sie ist auch heute falsch und hat gravierende Auswirkungen. Mit der für die Deutsche Post maßgeschneiderten Umsatzsteuerbefreiung setzen Sie dem noch eines drauf. Damit verhindern Sie dauerhaft die Entstehung neuer Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP - Klaus Barthel [SPD]:  
So ein Unsinn!)

Es ist mehr als fraglich, ob die Konjunkturpakete, die Sie derzeit in Serie auflegen, auch nur ansatzweise so viel Beschäftigung sichern können, wie Sie durch Ihre Politik in Deutschland vernichtet haben.

(Lydia Westrich [SPD]: Bei 3,50 Euro Stundenlohn!  
Mein lieber Mann!)

Der Bundesfinanzminister legt der deutschen Wirtschaft mit Zinsschranke, Funktionsverlagerung und Hinzurechnungsbesteuerung in schwierigen Zeiten eiskalt Fesseln an. Angeblich braucht er jeden Cent Steuereinnahmen. Nur bei der Post ist er großzügig und verzichtet gerne auf Millionen. Ich frage Sie: Was haben eigentlich die Bürgerinnen und Bürger von der Umsatzsteuerbefreiung der Deutschen Post? Die Bürgerinnen und Bürger zahlen mit einem überhöhten Porto dafür, dass die Post in Amerika investieren kann. Das ist die Realität. Das unterstützen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP)

Die Folge wird sein, dass die Portokosten in Deutschland auch künftig europaweit am höchsten sind. In anderen Ländern wird ein Brief für 19 Cent befördert. Die Post verlangt fast das Dreifache. Sie sorgen dafür, dass keine Konkurrenz entsteht. Sie sichern bei den Postdienstleistungen Monopolpreise, fordern hier aber scheinheilig, die Preise durch Steuersenkungen im Interesse der Menschen zu senken.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: Und Sie sorgen für Steuererhöhungen!)

In Wahrheit sorgen Sie für überhöhte Preise, indem Sie den Wettbewerb auf dem Postmarkt zerstören.

(Beifall bei der FDP)

Die Union macht diese Politik Schritt für Schritt mit. Sie nicken alles ab. Das ist ungeheuerlich. Mit Ordnungspolitik und sozialer Marktwirtschaft hat der Gesetzentwurf, den sie vorlegen, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun. Sie, die Christdemokraten, haben heute die Chance, ein Signal für Wettbewerb und für die soziale Marktwirtschaft zu senden,

(Lydia Westrich [SPD]: Und für Dumpinglöhne!)  
indem Sie sich für den Gesetzentwurf der FDP aussprechen. Sie könnten den Staatsprotektionismus Ihres Koalitionspartners, der sich für einen Monopolisten einsetzt, beenden. Ich bin sicher, dass sich die Menschen in Deutschland gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten freuen würden, wenn neben den Freien Demokraten noch eine andere Fraktion in diesem Hohen Hause wieder einmal das Wort ergreifen und sich für Wettbewerb, soziale Marktwirtschaft und Ordnungspolitik starkmachen würde.

(Klaus Barthel [SPD]: Was ist an dem, was Sie erzählen, denn sozial?)

Ich fordere Sie auf: Sagen Sie die Wahrheit! Sie wissen doch genau, dass diese Politik unserem Land schadet. Sie ist in der aktuellen konjunkturellen Krise unverantwortlich. Mit diesem ordnungspolitischen Unsinn, den Sie verbreiten, schwächen Sie die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Der Inhalt des Gesetzentwurfes, den Sie uns vorlegen, widerspricht allen ordnungspolitischen Prinzipien. Wenn Sie von der Union so weitermachen und Sündenfälle dieser Art immer wieder absegnen, dann müssen Sie Ihr Grundsatzprogramm überarbeiten. Sie sind nämlich gerade dabei, sich selbst zu verleugnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Norbert Schindler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Schindler (CDU/CSU):

Einen schönen Tag, meine Damen und Herren, vor allem den Besuchern auf der Tribüne! Lieber Volker Wissing, eigentlich müsste man fragen: Ist schon Wahlkampf?

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Was ist denn Wahlkampf? - Priska Hinz [Herborn]

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na klar! Haben Sie das etwa noch nicht bemerkt?)

Da der Kollege gerade richtig losgelegt hat, möchte ich noch einige Sätze zur Klarstellung sagen. Für die Union stelle ich fest: Die soziale Marktwirtschaft hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten 60 Jahren in Europa auf Erfolgskurs gebracht. Ihr von der FDP wart in dieser Zeit an vielen Regierungen beteiligt.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Ja! Aber jetzt seid ihr dabei, die soziale Marktwirtschaft abzuschaffen!)

Da ihr jetzt die brutale Marktwirtschaft nach amerikanischem Vorbild fordert,

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Wie bitte? Wer macht das denn? - Weiterer Zuruf von der FDP: Oh nein! Immer die gleiche Leier!)  
frage ich mich: Was wollt ihr von der FDP eigentlich?  
Wollt ihr die Steuer überall erheben,

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Nein!)

oder wollt ihr sie überall abschaffen?  
(Dr. Volker Wissing [FDP]: Nein! Was wir wollen, ist Wettbewerb!)

Wir legen heute einen Vorschlag vor, um die Post-Grundversorgung unseres Staates zu sichern. Nach diesem Vorschlag soll nicht mehr nur der Monopolanbieter Deutsche Post das Privileg der Steuerbefreiung haben. Lieber Volker Wissing, Sie haben diesen Vorschlag mit der Diskussion über das Konjunkturprogramm verknüpft und sich aufgeregt. Sie haben sogar verkündet, wir würden auf diesem Wege 6 000 oder 7 000 Arbeitsplätze wegrationalisieren.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Ja! Das habt ihr doch auch getan! Das sind schließlich die Zahlen der Bundesregierung, eurer Regierung!)

Lieber Freund, stellen wir nüchtern fest - das wird sogar vom FDP-Chef anerkannt -: In den letzten drei Jahren wurden 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ja, das stimmt! Die sind aber gerade dabei, wieder wegzubrechen!)

Mittlerweile ist die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter höher als je zuvor. Übrigens hat die FDP großen Teilen des Konjunkturprogramms zugestimmt. Ich finde, das ist durchaus honorig und sollte festgehalten werden.

Allerdings hatte die Rede, die wir gerade gehört haben, auch mit Wahlkampf zu tun; denn du, lieber Volker, hast in Anbetracht der gegenwärtigen Vertrauenskrise in der Finanzwirtschaft behauptet, die Regierung würde Arbeitsplätze gefährden. Ich möchte dich in einem persönlichen, freundschaftlichen Ton darauf hinweisen: Im Januar ist es mit Sicherheit noch etwas zu früh, um mit dem Bundestagswahlkampf zu beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -  
Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wahlkampf ist für uns ein völlig fremdes Wort! Wir wissen gar nicht, was das ist!)

- Im Moment hat man den Eindruck, als könntet ihr vor Kraft nicht laufen. Euer Parteivorsitzender hatte schon einmal die „18 Prozent“ auf den Schuhsohlen. Seine Schuhe waren aber schnell abgelaufen. Warten wir erst einmal das nächste halbe Jahr ab! Ich bin da sehr gelassen. Wir reden hier über die Änderungen des Umsatzsteuergesetzes auf Bundestagsdrucksache 16/11674. Um was geht es dabei? Es geht darum, dass die Exklusivlizenz, die die Deutsche Post AG zur Beförderung von Briefen unter 50 Gramm hatte, im Dezember 2007 ausgelaufen ist. Das Monopol der Deutschen Post AG ist damit weg.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Briefgewicht!)

In der Zwischenzeit sind viele Anbieter, allein oder in Gemeinschaft, in den Markt eingetreten, welche Postdienstleistungen aller Art erbringen. Neben der Beförderung von Briefen über 50 Gramm und Paketen gab es auf

Antrag auch Genehmigungen für die Beförderung von Briefen unter 50 Gramm. Täglich bekommen wir alle Briefe nicht nur von der Deutschen Post, sondern auch von der PIN AG, der Citypost und Pakete von Hermes. Die Öffnung des Postmarktes ist damit vollzogen, lieber Volker Wissing.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Mit 19 Prozent Wettbewerbsnachteil! Die zahlen Mehrwertsteuer, die Deutsche Post hingegen nicht! - Dr. Volker Wissing [FDP]: Wir wollen fairen Wettbewerb!)

Ich will der FDP etwas zum Mindestlohn sagen: Ich habe schon immer etwas dagegen gehabt, dass in Schlachthöfen in Oldenburg oder sonstwo Osteuropäer für 1,80 Euro oder 2,90 Euro die Stunde gearbeitet und damit die deutschen Arbeitskräfte vor Ort verdrängt haben. Wenn das Wettbewerb am Arbeitsmarkt sein soll, dann sage ich: Ein unteres Netz muss eingezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN - Dr. Volker Wissing [FDP]: Jetzt ist der Schlachthof geschlossen!) Die Städte und Gemeinden mussten für die arbeitslos gewordenen Deutschen aufkommen. Menschen sind ohne Not in die Arbeitslosigkeit getrieben worden. Deswegen brauchen wir für die Löhne ein unteres Netz. So verstehen wir die soziale Marktwirtschaft.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist die Sozialdemokratisierung der Union!)

Postdienstleistungen stehen im Wettbewerb um Preis, Qualität und Zustellgebiet. Die Zustellung von Briefen oder Paketen ist allerdings keine einfache Dienstleistung. Die förmliche Zustellung mittels Postzustellungsurkunde ist Grundlage eines jeden Vollstreckungsverfahrens. Auch Liebesbriefe, Postkartengrüße, Einladungen und Mitteilungen, Urkunden, Gerichtsbescheide, Rechnungen und Mahnungen müssen zuverlässig befördert werden - und sei es bis nach Sylt oder auf die Hallig Gröde. Wie komme ich auf die Hallig Gröde? Gröde ist dadurch bekannt geworden, dass die sieben Einwohner, die wählen dürfen, immer die CDU gewählt haben - bis eines Tages einer SPD gewählt hat. Da gab es ein großes Rätselraten auf dieser Hallig.

(Heiterkeit - Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Und jetzt werden sie von der Deutschen Post nicht mehr bedient!)

Dass man flächendeckend, von Aachen bis in den Oderbruch, Briefe versenden kann, ist eine der Kommunikationsgrundlagen unserer Gesellschaft. Dass alle Universaldienstleister diese Qualitäten erfüllen müssen, darum geht es heute.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Die Realität ist doch Wettbewerbsverzerrung!)

Der deutschlandweite Wettbewerb ist gegeben. Man kann doch nicht sagen, das wäre nicht so. Indem wir jetzt Universaldienstleister von der Umsatzsteuer befreien, ermöglichen wir es ihnen, mit dem Monopolanbieter der Vergangenheit gleichzuziehen.

Jetzt geht es noch um die Beförderung von Briefen bis 2 000 Gramm und darum, was als Postwurfsendung bedient werden können soll. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf

sollen Universaldienstleister von der Umsatzsteuer befreit werden. Allerdings wird derzeit nicht zwischen paketbezogenen und briefbezogenen Universaldienstleistungen unterschieden. Wer einen Brief und ein Paket bis 10 Kilogramm von der Zugspitze bis nach Sylt befördert, muss keine Umsatzsteuer abführen, doch wer lediglich Pakete befördert, wird von der Umsatzsteuer nicht befreit. Ein Beispiel: Wenn ich ein Paket bei der DHL-Packstation am Aldi-Markt einwerfe, wird dieses umsatzsteuerfrei befördert. Wenn ich es jedoch bei Hermes nebenan aufgabe, muss Umsatzsteuer gezahlt werden. Das ist ein Thema, über das wir innerhalb der Koalition jetzt, da wir mit dieser ersten Lesung in die Beratungen eintreten, noch einmal diskutieren müssen. Da muss der Gesetzentwurf der Regierung nachgebessert werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Der Antrag auf Umsatzsteuerbefreiung ist beim Bundeszentralamt für Steuern zu stellen; das sage ich nur, damit das jeder weiß. Dieses prüft dann, ob das Unternehmen Post-Universaldienstleistungen erbringt. Wir werden aufpassen, dass sich nicht Rosinenpicker in den Ballungszentren reich und fett verdienen. Die können dort übrigens mehr zahlen als den Mindestlohn; das gibt der Umsatz her. Die Grundlage muss nämlich sein: Wer für die Gesellschaft Universaldienstleistungen erbringt, den müssen wir als Gesetzgeber unterstützen.

(Klaus Barthel [SPD]: Das ist der Punkt!)

Das ist der Punkt, wo der Gesetzentwurf der FDP ein Risiko birgt. – Ich muss jetzt erst mal etwas trinken. Ich habe hier ein Glas Wasser; Wein wäre mir im Übrigen lieber.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Nicht übertreiben.

Norbert Schindler (CDU/CSU):

Nein, Wein ist gesund. – Hier steht die Formulierung „bis 10 Kilogramm“. Das heißt, dass man drei Flaschen Wein versenden und verschenken kann.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Die Promillegrenze soll dank der SPD herabgesetzt werden!)

Lieber Volker Wissing, du müsstest den Weinbauverbänden sofort zustimmen, dass Wein nicht nur Genuss, sondern für alle, die ihn in Maßen trinken, eine gesunde Medizin ist.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Da spricht der Winzer!)

Das politische Ziel, das mit dieser Vorlage verfolgt wird, ist absolut richtig. Über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung – im April, im Juni oder erst im kommenden Jahr – werden wir mit unserem Partner, der SPD, mit Sicherheit noch einmal reden müssen. Wir finden hier mit Sicherheit eine Einigung.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Im kommenden Jahr müsst ihr mit denen nicht mehr reden!)

Ich stelle hiermit fest: Auch für diese Grundversorgung muss der Mindestlohn Grundlage bleiben. Hier bin ich Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Liebe

Freunde, daran, dass der Wettbewerb trotzdem flächendeckend eröffnet wurde, zeigt sich, dass das ein guter Gesetzentwurf ist. Wir werden ihn mit Sicherheit auch schnell verabschieden.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Nein!)

Danke schön, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wann denn jetzt? Schnell oder im nächsten Jahr?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Barbara Höll für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Post soll überall in Deutschland, in den Städten und im ländlichen Raum, genügend Briefkästen und Postdienststellen unterhalten und natürlich ein umfangreiches Angebot bereitstellen. Dafür erhält sie einen finanziellen Ausgleich, nämlich die Mehrwertsteuerbefreiung. Das will die Linke beibehalten.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Ja, klar! Sie haben ja mit Staatsmonopolen genügend Erfahrung!)

Das, was Sie von der FDP vorschlagen, ist nichts anderes als das Infragestellen der Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit flächendeckenden Postdienstleistungen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Ihr habt ja ausreichende Erfahrungen in der ehemaligen DDR gesammelt! Deswegen habt ihr auch so gut dagestanden! Deshalb haben wir die Deutsche Reichsbahn als Schrott geerbt!)

Wir sagen klipp und klar: Die Post soll diese Steuervergünstigung erhalten. Wir sagen aber auch: Sie erhält diese Steuervergünstigung dafür, dass sie hier eine gute Postversorgung gewährleistet und nicht in Übersee einen Global Player spielt und sich dort eine blutige Nase holt.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das tut sie aber!)

Sie erhält sie auch nicht dafür, dass, wie vor einiger Zeit, darüber geklagt wird, dass die Briefe aufgrund von Personalkürzungen nicht mehr ordnungsgemäß zugestellt werden; das lehnen wir natürlich ab.

(Beifall bei der LINKEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dann halten wir es doch mit der Christel von der Post!)

Die Postdienstleistungen sind für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Älteren, ein wesentlicher Faktor der Lebensqualität; Frau Westrich sagte das bereits. Trotz allem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, bin ich auch mit Ihrem Gesetzentwurf nicht zufrieden. Worum geht es? - Sie wollen die Mehrwertsteuerbefreiung auf all die Unternehmen erweitern, die die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Post flächendeckend mit Postdienstleistungen versorgen und den Universaldienst erfüllen. Gut! Das könnte die Linke mittragen. Die Linke kann aber nicht mittragen, dass Sie bei dieser Mehrwertsteuerbefreiung einen anderen Maßstab anlegen. Ich sehe nicht ein, warum wir von dem hohen Niveau in der Bundesrepublik abgehen und es auf das europäische Niveau absenken sollten. Dazu sind wir



nicht verpflichtet. Sie wollen das aber. In Ihrem Gesetzentwurf steht:

Nicht mehr umsatzsteuerbefreit sind:

- Paketsendungen mit einem Gewicht von mehr als 10 Kilogramm bis zu 20 Kilogramm,
- adressierte Bücher, Kataloge, Zeitungen und Zeitschriften mit einem Gewicht von jeweils mehr als 2 Kilogramm,
- Expresszustellungen,
- Nachnahmesendungen sowie
- Leistungen, die individuell vereinbart werden ...

Das ist ein erster Schritt, das Universalangebot aufzuweichen.

Das werden wir nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN - Norbert Schindler

[CDU/CSU]: Wenn es Rechts und Links nicht richtig finden, dann machen wir es richtig!)

Sie mögen vielleicht sagen, dass das zu vernachlässigende Größen sind. Das ist aber nicht so. Wir fordern Sie vielmehr auf, im Interesse der Postkundinnen und -kunden hier die Universaldienstleistungen in vollem Umfang zu erhalten.

Schauen wir uns einmal an, was in den letzten 15 Jahren vor sich gegangen ist! Laut Städte- und Gemeindebund ist die Zahl der Postfilialen um 5 000 auf circa 12 000 gesunken. Die Zahl der Briefkästen hat um circa 30 000 auf jetzt 110 000 abgenommen. Man muss zum Teil schon ganz schön suchen, um einen Briefkasten zu finden. Zudem gibt es derzeit 180 bis 190 Kommunen in Deutschland, die sogenannte Bürgermeisterfilialen betreiben und damit die Aufgaben der Deutschen Post übernehmen. Bei der Deutschen Post gingen zwischen 1999 und 2006 15 000 Vollzeitarbeitsplätze und 5 000 Teilzeitarbeitsplätze mit Sozialversicherungspflicht verloren. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie mögen zwar darauf verweisen, dass 20 000 Arbeitsplätze neu entstanden sind, aber das sind Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor oder Minijobs.

Diese Politik tragen wir auf keinen Fall mit. Wir wollen diese Umgestaltung des Arbeitsmarktes nicht, auch nicht bei der Deutschen Post. Wer eine bürgernahe Dienstleistung will, darf nicht auf Teufel komm raus privatisieren und mit dem Eurozeichen im Auge agieren. Er muss vielmehr an die Irma auf Rügen, den Opa in der Lausitz und an die alleinerziehende, nicht mobile junge Frau im Allgäu denken, die auf diese Universaldienstleistungen der Post angewiesen sind. Deshalb werden wir in den Gesetzesberatungen unseren Schwerpunkt auf die Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung ohne Absenkung der Standards legen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Kerstin Andreae, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Höll, Sie haben gesagt, man dürfe nicht auf Teufel komm raus privatisieren, und eine Philippika für die Deutsche Post AG vorgebracht. Sie sind im Berliner Senat

vertreten. Der Berliner Senat verschickt seine Briefe über die PIN AG. Ich muss Ihnen deshalb leider eine gewisse Scheinheiligkeit zusprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren zurzeit zwei Gesetzentwürfe zu dem Thema „Post und Umsatzsteuer“. Heute geht es um die Umsatzsteuerbefreiung für alle Unternehmen, die flächendeckend Post-Universaldienstleistungen anbieten.

Der Gesetzentwurf soll federführend an den Finanzausschuss überwiesen werden. Parallel dazu gibt es einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, der im Wirtschaftsausschuss beraten wird. Insofern habe ich Ihre Rede nicht verstanden, Herr Wissing. Die FDP schlägt nämlich in ihrem Gesetzentwurf vor, die Mehrwertsteuerbefreiung aufzuheben. Das bedeutet de facto eine Preiserhöhung bei den Postdienstleistungen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: So ein Quatsch!)

- Natürlich. Wenn Sie die Befreiung von der Mehrwertsteuer aufheben, dann steigen die Preise entsprechend.

Das können Sie nicht leugnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie werden die Preise der Konkurrenz wegen senken müssen!

Das wissen Sie genauso gut wie ich, Frau Kollegin!

Das sind Monopolpreise!)

- Moment, ich komme noch zu den Monopolen.

Sie alle haben in ihren Reden im Zusammenhang mit der Aufgabe der Postversorgung als Daseinsvorsorge die hohe Gemeinwohlorientierung angeführt. Auch wir finden, dass diese Aufgabe sichergestellt werden muss. Dabei ist es völlig egal, ob ein Brief von München nach Berlin oder von St. Peter nach St. Peter-Ording gesandt wird. Diese Universaldienstleistung, die der Daseinsvorsorge dient, muss gewährleistet sein.

Aber Sie müssen auch sehen, dass die Post massiv in die Kritik geraten ist.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Völlig zu Recht!)

Die Post dünnt Leistungen aus. Es sind Beispiele diskutiert worden. Die Kommunen fangen selber an, Postagenturen zu betreiben. Im Weihnachtsgeschäft haben sie selber - -

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist ganz typisch für Monopolisten!)

- Jetzt seien Sie doch mal ruhig, und hören Sie zu! Das irritiert. - In der Zustellung werden Poststellen ausgedünnt. Wenn man die Daseinsvorsorge gewährleisten will, dann ist es aus grüner Sicht absolut notwendig, auch den Wettbewerb zu gewährleisten und den Zugang zu diesem Markt auch für private Anbieter zu ermöglichen.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

An dieser Stelle haben Sie völlig recht, Herr Wissing. Der Gesetzentwurf der Großen Koalition ist eine Scheinlösung. Wenn Sie vorsehen, dass nur diejenigen die Umsatzsteuerbefreiung genießen, die flächendeckend Universaldienstleistungen anbieten - und zwar in ganzer Breite -, dann betrifft das ausschließlich die Post. Kein anderer Anbieter wird in der Lage sein, alle Teilbereiche der Universaldienstleistungen derzeit flächendeckend anzubieten. Deswegen sollten Sie berücksichtigen, dass

es einen großen Anbieter gibt, der nach wie vor ein Defacto-Monopolist ist und

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Nein! Den gibt es nicht mehr!)

derzeit in die Kritik geraten ist. Liberalisierung hin oder her: Der Wettbewerb ist nicht in der Weise ausgestaltet, dass man von einem fairen und funktionierenden Wettbewerb sprechen kann.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Sie reden zu einem Kollegen, der täglich diese Anbieter nutzt!)

Die Post steht stark in der Kritik. Sie werden gewährleisten müssen, dass auch privaten Anbietern der Zugang zu diesem Markt ermöglicht wird.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Das machen wir doch! - Iris Gleicke [SPD]: Die Rosinenpickerei geht weiter!)

Deshalb finde ich Ihren Vorschlag sinnvoll, Herr Schindler, und empfehle, darüber nachzudenken, ob Sie in der Lage sind, die Universaldienstleistungsverordnung in Teilbereiche aufzuteilen. Diese Diskussion gibt es schon länger. Es geht um die Frage, was man mit einem Paketdienstleister oder einem Briefzusteller macht.

(Lydia Westrich [SPD]: Das ist doch keine Universaldienstleistung!)

Ich finde den Vorschlag, den Sie gemacht haben, sinnvoll. Überlegen Sie sich, ob Sie diese Universaldienstleistungsverordnung in Teilbereiche aufteilen.

(Iris Gleicke [SPD]: Dann ist es nicht mehr universal, oder?)

Für diese Teilbereiche lässt sich Wettbewerb schaffen, indem festgelegt wird, dass, wenn die flächendeckende Versorgung gewährleistet ist - es ist ein Unterschied, ob Sie über eine Briefzustellung oder eine Paketzustellung sprechen -, die Anbieter für diese Teilbereiche in gleichem Maße mit einer Steuer belegt werden.

(Iris Gleicke [SPD]: Dann ist es aber keine Universaldienstleistung! - Klaus Barthel

[SPD]: Dann soll sich jeder das herausuchen, was er möchte, oder?)

Das sollten Sie diskutieren, weil in der Situation, wie wir sie derzeit haben - auch wenn Sie es betonen -, kein fairer Wettbewerb auf dem Postmarkt gegeben ist. Dieser Diskussion müssen Sie sich stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Volker Wissing [FDP]: Den will die Große Koalition auch nicht!)

Wettbewerb an dieser Stelle heißt Verbraucherfreundlichkeit, Bezahlbarkeit und flächendeckende Versorgung.

Aber so, wie die Situation derzeit ist, und mit diesem Gesetz, das, wenn es nicht verändert wird, eine absolute Scheinlösung ist, kommen Sie nicht zurande.

Von daher hoffe ich, dass Sie sich in dieser Diskussion noch bewegen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Klaus Barthel für die SPDFraktion.

Klaus Barthel (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten uns darauf besinnen, um was es heute geht. Es

geht darum, dass es einen Anpassungsbedarf zwischen europäischem und deutschem Umsatzsteuerrecht gibt. Es geht um die Formulierung in unserem jetzigen Umsatzsteuergesetz, dass „die unmittelbar dem Postwesen dienenden Umsätze der Deutsche Post AG“ von der Steuer zu befreien sind. In der Tat kann man diese Formulierung nicht mehr halten. Da hat die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf völlig Recht. Die EUKommission kann sich mit ihrem Vertragsverletzungsverfahren, das letztlich diesen Gesetzentwurf ausgelöst hat, nur auf diesen Passus im Umsatzsteuerrecht beziehen. Nun behauptet die FDP - Herr Wissing ist geistig schon wieder abwesend -, (Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Er kann immer zuhören!) dass nur eine völlige Abschaffung dieser Mehrwertsteuerbefreiung markt- und EU-konform sein könnte. Aber das ist völliger Unsinn; denn das Vertragsverletzungsverfahren der Kommission richtet sich im Kern gegen die unterschiedliche Praxis in den unterschiedlichen Mitgliedsländern. Deswegen gibt es eine Klage zum Beispiel gegen Schweden, weil die das FDP-Modell haben, das heißt, bei denen gibt es keine Umsatzsteuerbefreiung. Dagegen wird genauso geklagt. Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie - das ist geltendes europäisches Recht - sieht zwingend vor, „von öffentlichen Posteinrichtungen erbrachte Dienstleistungen“ von der Umsatzbesteuerung auszunehmen. Es war eines der zentralen Ergebnisse der Anhörung im Wirtschaftsausschuss - vielleicht lesen Sie das im Protokoll nach - dass die Einführung der Mehrwertsteuer auf alle Postdienste dem europäischen Recht widersprechen würde. Mittlerweile liegt der Schlussantrag der Generalanwältin des EuGH vor. Sie sagt eindeutig: Erstens. Öffentliche Posteinrichtungen im Sinne der Mehrwertsteuerrichtlinie sind diejenigen Anbieter von Postdienstleistungen, die den Universaldienst gewährleisten. Zweitens. Die Universaldienstdefinition liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Wir müssen uns also nicht an dem europäischen Mindeststandard orientieren. Drittens. Der Universaldienst - das ist ganz wichtig für Frau Andreae - meint eine Gesamtheit von Diensten und Infrastruktureinrichtungen und nicht irgendwelche Teilleistungen. Wenn man sich für die Trennung von Briefen und Paketen ausspricht, warum werden dann nicht auch Nachnahmesendungen, Filialen usw. getrennt? Viertens. Die Befreiung kann sich nur auf allgemein zugängliche Tarife beziehen und nicht auf rabattierte Konditionen. Wir raten dazu, den Gesetzentwurf der FDP abzulehnen. Wir tun das schon deswegen, weil wir nicht wollen, dass Briefe, Pakete und andere Postdienstleistungen um 19 Prozent teurer werden. Das wäre nämlich die eindeutige Folge der FDP-Initiative. (Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist völlig absurd! Das sind Monopolpreise!) Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, was das für Ihr Image als Steuersenkungspartei bedeutet. (Dr. Volker Wissing [FDP]: Das geht ganz schön durcheinander!)

Damit werden letztendlich die kleinen Postkunden belastet, bei denen die Einführung der Mehrwertsteuer landen wird.

(Beifall bei der SPD - Dr. Volker Wissing  
[FDP]: Sie sind jetzt keine Steuersenkungspartei, das steht fest!)

Im Übrigen wollen wir beim Vierklang der Postliberalisierung bleiben. Diesen Zusammenhang möchte ich herstellen. Erstens geht es um die Erbringung eines flächendeckenden Universaldienstes und nicht um Rosinenpickerei nach dem Motto „Jeder sucht sich das heraus, was er will, und erklärt das dann zur Universaldienstleistung“. Zweitens wollen wir faire Wettbewerbsbedingungen für das oder die universaldienstleistenden Unternehmen. Das kann jedes Unternehmen machen. Wenn es das macht, dann bekommt es die Umsatzsteuerbefreiung, nicht aber die anderen, die Rosinenpicker. Drittens streben wir die Sicherung guter Arbeit durch Mindestarbeitsbedingungen - Stichwort Postmindestlohn - an. Da es viele Wettbewerber gibt: Wer von diesen offen erklärt - das ist in Zeitungen nachzulesen -, dass man rechtswidrig nicht den Mindestlohn zahlen will, der hat das Recht verloren, sich bei Themen wie der Mehrwertsteuer zu Wort zu melden. So kann Wettbewerb nicht laufen.

Schließlich und endlich ist fairer Wettbewerb in Europa entscheidend. Die EU-Kommission hätte genug zu tun, fairen Wettbewerb in der EU durchzusetzen. Es mutet etwas gespenstisch an, wenn Unternehmen, die zu Hause einen geschützten Bereich haben bzw. aus einem reservierten Bereich kommen, in der Bundesrepublik Deutschland auftreten und plötzlich bei der Mehrwertsteuer den fairen Wettbewerb in der EU einfordern. Das ist eine seltsame Logik.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um Arbeitsplätze oder nicht, um Mehrwertsteuer oder nicht, sondern darum, ob gute, qualitativ abgesicherte Arbeitsplätze durch Sozial- und Lohndumping verdrängt werden können oder ob der Universaldienst erbringende Unternehmer bzw. die Universaldienst erbringenden Unternehmen von denen, die sich nur die Rosinen herauspicken, verdrängt werden. Hier geht es um einen Verdrängungswettbewerb, nicht um zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung. Diesen entscheidenden Gedanken darf man bei der Schaffung eines fairen Wettbewerbs nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 16/11340 und 16/11674 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 9 sowie Zusatzpunkt 4 auf:

9 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim

Dagdelen, Cornelia Hirsch, Ulla Jelpke, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
Für eine erleichterte Anerkennung von im  
Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und  
Berufsabschlüssen

- Drucksachen 16/7109, 16/11732 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Marcus Weinberg

Gesine Multhaupt

Patrick Meinhardt

Sevim Dagdelen

Krista Sager

ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Sibylle

Laurischk, Uwe Barth, Cornelia Pieper, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Lebensleistung von Migrantinnen und Migranten

würdigen - Anerkennungsverfahren

von Bildungsabschlüssen verbessern

- Drucksache 16/11418 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die

Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre

keinen Widerspruch. Dann ist das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen

Marcus Weinberg für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Marcus Weinberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser

Land blickt auf eine lange, mittlerweile traditionelle

Zuwanderungspolitik

mit zahlreichen Beispielen erfolgreicher

beruflicher Integration - man sollte auch die positiven

Beispiele erwähnen -, aber sicherlich auch mit vielen

Beispielen weniger erfolgreicher beruflicher Integration

zurück. Mit der Zuwanderung müssen neue Herausforderungen

gemeistert werden. Wir sollten allerdings nicht

nur über Herausforderungen sprechen, sondern gerade in

der Integrationspolitik auch über Chancen und Möglichkeiten,

die erkannt und genutzt werden sollten. Angesichts

der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen

Deutschlands, des demografischen Wandels und

des weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe stehen

wir für einen positiven und pragmatischen Umgang mit

Integration, gerade wenn es um berufliche Perspektiven

geht. Dafür ist eine nachhaltige Integrationspolitik dringend

erforderlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies wurde in den letzten Jahren durch den Nationalen

Integrationsplan und viele Maßnahmen einer konzentrierten,

systematischen Integrationspolitik deutlich, die

auch - das ist das Thema der heutigen Debatte - Antworten

auf die Frage nach der beruflichen Integration

geben muss.

Im Zusammenhang mit Globalisierung und gesellschaftlicher

Pluralisierung ist allerdings nicht nur die

Wirtschaft immer stärker auf differenzierte sprachliche

und interkulturelle Kenntnisse von Beschäftigten angewiesen,

sondern auch andere Bereiche. Ich nenne als Beispiel den öffentlichen Dienst; denn gerade der öffentliche Dienst muss mit seinen Angeboten einer zunehmend differenzierten Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen Rechnung tragen. Wir brauchen mehr Migranten im öffentlichen Dienst.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Sevim Dagdelen [DIE LINKE]: Dann tun Sie mal was!)

- Schauen Sie nach Hamburg! Da gibt es klare Zielvorgaben unter einer CDU-geführten Regierung. - Es ist nicht zu bestreiten, dass wir bei der beruflichen Integration noch große Probleme haben. Die Arbeitslosenquote von Migrantinnen und Migranten ist im Zuge der aktuellen Konjunktursituation zwar zunächst gesunken, trotzdem sind durchschnittlich nur 68 Prozent der Migranten und nur 58 Prozent der Migrantinnen erwerbstätig. Das ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung mit 75 Prozent natürlich nicht ausreichend. Fehlende oder unzureichende Sprachkenntnisse, fehlende berufliche Abschlüsse und mangelnde Qualifikationen tragen in hohem Maße dazu bei. Das sind auch die Themen, über die wir im Zusammenhang mit der Schule und bei der Frage des Übergangs von der Schule in den Beruf diskutiert haben, das waren die Themen auf dem Bildungsgipfel, und es sind die Themen der Qualifizierungsoffensive. Man sieht also deutlich, dass diese Thematik aufgenommen wurde und die Bundesregierung dieser Thematik Rechnung getragen hat.

Trotzdem gibt es noch Probleme. Die im Ausland erworbenen Qualifikationen, Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten werden in der Bundesrepublik nicht oder häufig nur unter erschwerten Bedingungen anerkannt. Dies führt dazu, dass die Arbeitslosenquote von Migranten mit einem akademischen Abschluss mit 12,5 Prozent fast dreimal so hoch ist wie die von deutschen Hochschulabsolventen. Potenziale und Qualifikationen von Migranten gehen damit der Wissenschaft und dem Arbeitsmarkt verloren. Dieser Zustand ist auch für uns nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Arbeitsgruppe „Wissenschaft - weltoffen“ des Nationalen Integrationsplans hat sich unter anderem mit dem Potenzial beschäftigt und deutlich gemacht, welche Probleme es in diesem Bereich gibt. Ich will drei Probleme exemplarisch herausgreifen: Erstens. Angaben zum Qualifikationsniveau von Zuwanderern bei der Einreise nach Deutschland lassen sich nicht machen, da berufliche und schulische Qualifikationen bei der Ankunft nicht erhoben werden. Zweitens. Die Daten des Mikrozensus geben zwar Auskunft über die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, differenzieren aber nicht nach im Ausland oder im Inland erworbenen Abschlüssen. Drittens. Auch in der Datenaufnahme der Bundesagentur für Arbeit zu den formalen Qualifikationen sind nur deutsche bzw. in Deutschland anerkannte Berufsabschlüsse vorgesehen; selbst ausländische Hochschulabschlüsse gehen bei fehlender Anerkennung nicht in die formalen Qualifikationsprofile der Arbeitslosen ein.

Das hat zur Konsequenz, dass nach Schätzungen des Oldenburger Instituts für Bildung und Kommunikation mittlerweile über 500 000 zugewanderte Akademiker keine anerkannten Abschlüsse haben und sie im Verhältnis zu ihrem Abschluss teilweise minderqualifizierten Tätigkeiten nachgehen müssen. Das heißt im Ergebnis: Die Nichtanerkennung beruflicher Qualifikationen erschwert bzw. verhindert nicht nur individuell die Aufnahme einer dem Bildungsstand entsprechenden Erwerbstätigkeit, sondern bedeutet auch in volkswirtschaftlicher Perspektive, dass erhebliche Qualifikationsressourcen im Erwerbssystem brachliegen. Auch das ist ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Entscheidend ist, dass das Problem erkannt wurde, auch von der Großen Koalition. Nach wie vor ist es so, dass für die Anerkennung von ausländischen Zeugnissen die Länder zuständig sind. Die KMK hat für diese Aufgabe die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, ZAB, eingerichtet. Das ist die zuständige Stelle für die Bewertung und Einstufung ausländischer Bildungsnachweise. Im Frühjahr 2009 beginnt die ZAB mit der Ausstellung von Zeugnisbescheinigungen auch für Privatpersonen. Das ZAB im Sekretariat der KMK ist die zuständige Stelle, und ich will zwei, drei, vier wesentliche Aufgaben skizzieren, die deutlich machen, dass genau die offenen Punkte abgearbeitet werden. Zu den Aufgaben der ZAB zählt, dass sie auf Anfrage der zuständigen Stellen die ausländischen Bildungsnachweise individueller Antragsteller bewertet, dass sie allgemeine Äquivalenzgrundlagen und Einstufungsempfehlungen für ausländische Bildungsnachweise erstellt, dass sie die zuständigen Stellen bei der Vorbereitung bilateraler Abkommen mit den Regierungen ausländischer Staaten über die gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen unterstützt, dass sie dokumentiert, dass sie Institutionen, wie Hochschulen, und Gremien unterstützt, die in diesem Bereich Verantwortung haben, dass sie Stipendien vergebende Stellen und die Organisation für den Studentenaustausch unterstützt. Ich glaube, dass im Hinblick auf die Aufgabenstruktur deutlich wird, dass die Punkte abgearbeitet werden, die noch offen sind. Insoweit sind die Einrichtung und die Arbeit dieser zentralen Stelle von elementarer Bedeutung.

Ich möchte aufgrund der Zeit nur in Kürze noch auf weitere Dinge -

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ich hätte jetzt gerne geklatscht!)

- Dafür haben Sie immer Zeit, Herr Dr. Rossmann. Ich würde gern auf zwei, drei Dinge eingehen, die den deutschen bzw. nationalen Rahmen noch erweitern: Erstens. Die Schaffung von Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen auf EU-Ebene im Rahmen des Bologna-Prozesses muss endlich vorangetrieben werden, auch im Bereich der beruflichen Abschlüsse.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sehr richtig!)

Zweitens. Wir müssen mit der Einführung eines europäischen Qualifikationsrahmens, EQF, diese Vergleichbarkeit schaffen und einen Rahmen für die Anerkennung



von Qualifikation im Bereich der allgemeinen und der beruflichen Bildung erstellen. Das wird keine zehn Jahre mehr dauern, wie ich von der FDP-Fraktion gerade hörte,

(Zuruf von der FDP: Sie regieren schon zehn Jahre! Ist ja toll, dass Sie schon auf die Idee kommen!)

zumindest nicht dann, wenn wir das in Verantwortung betreiben werden.

Drittens. An dieser Stelle möchte ich noch auf den Antrag der Linken zu sprechen kommen sowie auf die Frage: Welche Verantwortung haben die Kammern in diesem Zusammenhang? Natürlich ist es so, dass die Anerkennung und die formale Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen bilateral nur mit Österreich, Frankreich und für das Handwerk nur mit der Schweiz geregelt sind. Trotzdem muss man sagen, dass die Kammern in vielen Fällen informelle Hilfsleistungen und Anerkennungsmöglichkeiten anbieten. An dieser Stelle wird nachgebessert; das fällt in den Bereich des EQR. Die Industrie- und Handelskammern erklären sich bereit, ihre Leistung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen vor allem im Bereich der gutachterlichen Stellungnahmen zu ausländischen Zeugnissen weiter zu verbessern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Endlich!)

- Jetzt war Zeit, zu klatschen.

Die Kammern haben eine hohe Verantwortung. Im Antrag der Linken wird aber deutlich, dass das kritisiert wird. Ich kann nur eines sagen: Wir müssen auf die Standards achten. Wir dürfen - bei allem Respekt und bei aller Bedeutung des Themas für unsere Gesellschaft, aber auch für die europäische Gesellschaft insgesamt - nicht außer Acht lassen, dass wir und natürlich auch die Kammern verpflichtet sind, Standards einzuhalten. Die zentrale Aufgabe ist, dies passgenau zu machen. Die Standards dürfen nicht abgesenkt werden. Es nützt den Migranten nichts, wenn Sie im Hinblick auf die Standards im Vergleich zu der Zeit davor schlechter dastehen. Gern kann ich noch auf weitere Maßnahmen eingehen wie das Modellprodukt des Bundes „AQUA - zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt“. Das Programm wurde seit Oktober 2007 von 4 auf 13 Berufsfelder erweitert. Es ist übrigens nicht zutreffend, dass das Akademikerprogramm des BMBF im Hinblick auf die Haushaltsansätze seit 2006 zurückgefahren worden sei. Es ist in das bereits seit Oktober 2006 angelaufene Programm „AQUA“ überführt worden.

(Sevim Dagdelen [DIE LINKE]: Von der institutionellen zur Projektförderung!)

Das heißt: Die bisherigen Zielgruppen, insbesondere im Migrantenbereich, werden weiterhin berücksichtigt, und die gemeinsame Qualifizierung zugewanderter und hiesiger arbeitsloser Akademiker steht im Mittelpunkt. Der Mittelansatz für das Jahr 2009 ist „AQUA“ zugeordnet worden. Erwähnt werden soll außerdem das Programm „Interkulturelle Bildung“ der Universität Oldenburg, das es seit 2006 gibt. Das sind Einzelmaßnahmen,

die deutlich machen, dass es hier sehr viel Bewegung gibt.

Was bleibt als Fazit festzuhalten? Es ist deutlich geworden, dass wir dies, gerade was die Anerkennung von Berufsabschlüssen anbelangt, als zentralen Bereich der Integration sehen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dass über 500 000 Menschen damit hierzulande Probleme haben, ist nicht hinnehmbar. Die meisten von uns führen wahrscheinlich in diesem Bereich aktive Gespräche. Ich war letztens in Hamburg und habe mit jungen Migranten gesprochen, die gerade Probleme haben, dass ihnen bei den Zeugnissen etwas fehlt oder dass ihnen bei der Zulassung etwas fehlt. Sehen Sie das als Herausforderung an! Die Bundesregierung hat bereits geantwortet und gute Programme erstellt. An dieser Stelle sei beispielhaft die ZAB genannt. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sibylle Laurischk, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Sibylle Laurischk (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine der frustrierendsten Erfahrungen von Migranten in Deutschland ist die Odyssee zur Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse. Odysseus' Irrfahrten dauerten zehn Jahre; die Erfahrungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern sind ähnlich.

Wer seine Bildungsabschlüsse komplett anerkannt bekommen möchte, hat sich mit einer Unzahl von zuständigen Stellen, Vorschriften, Formularen und föderalen Eigenheiten auseinanderzusetzen. Dabei gibt es kaum einen Rechtsanspruch auf eine Einstufung. Dieser ist auf wenige Gruppen wie etwa Spätaussiedler begrenzt. Damit sind ganze Bildungskarrieren entwertet. So haben wir hier jahrelang viele den Weg vom ausländischen Akademiker zum inländischen Taxifahrer beschreiten lassen. Das ist absurd.

Das Potenzial, das wir dabei verschenken, ist groß.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen, dass wir in Zukunft auf qualifizierte Arbeitskräfte auch aus dem Ausland angewiesen sind, in manchen Berufsfeldern schon heute. Trotzdem erschließen wir die individuellen Fähigkeiten der Zuwanderer nicht, sondern setzen Zeichen gegen Integration. Die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft zu integrieren, wird auch wesentlich von dem Willen getragen, etwas erreichen zu können, beruflich voranzukommen.

Die Versagung der Anerkennung eines vorhandenen ausländischen Bildungs- oder Berufsabschlusses wird als Zurückweisung, ja Demütigung empfunden.

Wir haben kein System, Menschen, deren Bildungsleistungen teilweise nicht anerkannt werden, adäquat aufzufangen. Nur weil ihre herkömmlichen Lern- und

Abschlussstrukturen nicht unseren Standards entsprechen, sind diese Menschen keine Ungelernten.

(Beifall der Abg. Ina Lenke [FDP])

Allgemein eine Berufserlaubnis zu erteilen, reicht nicht aus.

(Beifall bei der FDP)

Wir pflegen in Deutschland ein stark formalisiertes Bildungssystem mit einem hohen Bildungsstandard, an dem wir festhalten wollen. Leider werden Anerkennungsverfahren zu stark von formalisierten Kriterien der Ausbildung und leider zu wenig von inhaltlichen Vergleichen bestimmt. Deshalb müssen wir das zentrale Kriterium der Gleichwertigkeit der Abschlüsse erweitern, und zwar um das Kriterium der Adäquanz. Können fehlende Ausbildungsteile durch andere, hier nicht gelehrte Ausbildungsteile ausgeglichen werden? Welche Vorteile ausländischer Ausbildungen wiegen erkannte Nachteile der deutschen Ausbildung auf? Dafür brauchen wir aber einen vorurteilsfreien Blick auf unser Bildungssystem, der die eigenen Defizite klar erkennt und benennt.

(Beifall bei der FDP)

Dies fehlt unserer Bildungsverwaltung.

Ein Beispiel dafür ist der Vorschlag des Bundesbildungsministeriums zur Umsetzung der sogenannten

Lisabonner Anerkennungsrichtlinie für Hochschulabschlüsse.

Wer starr an alten Regeln festhält und damit die Einsicht in die Veränderungsnotwendigkeiten vermissen lässt, ist - vorsichtig gesagt - nicht in der Realität angekommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Mit der Einarbeitung der deutschen Bildungsabschlüsse in den Europäischen Qualifikationsrahmen haben wir die Chance, über die Einstufung von Bildungsleistungen einen Vergleichsmaßstab zu erstellen, der auch auf Abschlüsse aus Nicht-EU-Staaten ausgedehnt werden kann. Damit würde eine gleiche inhaltliche Bewertung von Abschlüssen möglich.

Bis zur Erarbeitung der Qualifikationsrahmen können wir Verbesserungen auf der Verfahrensebene vornehmen.

Wir brauchen dringend einheitliche Verfahrensabläufe

in den Ländern und vor allem einen zentralen, fachlich versierten Ansprechpartner für die Zuwanderer.

Wir brauchen einen Informationspool für alle Abschlüsse, wie ihn die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bisher nur für Hochschulabschlüsse aufbaut.

Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf eine Einstufung der Bildungsabschlüsse aller Migranten, verbunden mit einem Bildungsplan, der den Weg zur gewünschten Qualifikation aufzeigt. Das wäre ein Paradigmenwechsel und endlich ein Signal, dass Zuwanderer mit ihren Qualifikationen bei uns willkommen sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir würden damit tatsächlich einen neuen Weg beschreiten.

Wir sollten Mut dazu haben; denn die Zuwanderer,

die wir in einem Einwanderungsland integrieren wollen, brauchen diese klaren Signale. Es ist überfällig.

Das war auch Thema des letzten Nationalen Integrationsgipfels.

Dort haben wir gesehen, dass das Thema zwar

verstanden worden ist. Aber die Umsetzung lässt auf sich warten - zu lange schon. Wir möchten dies ändern.  
(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Gesine Multhaupt für die SPDFraktion.  
(Beifall bei der SPD)

Gesine Multhaupt (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!  
Cornelia Schmalz-Jacobsen, die frühere Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, hat einmal gesagt:

Integration ist ein Anspruch und eine Anstrengung,  
zu der es keine Alternative gibt -

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weder für die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft  
noch für die zugewanderte Minderheitsgesellschaft.

Dies anzuerkennen, ist für beide Seiten Grundvoraussetzung  
eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Die Anstrengung, von der sie damals sprach, hat für  
uns bis auf den heutigen Tag Gültigkeit. Wir müssen sie  
eben auf uns nehmen.

Valentina Mazur beispielsweise kommt aus Usbekistan.

Die heute 45-jährige Frau hat Kunstwissenschaft  
studiert und in Pädagogik den Dokortitel erworben. Sie  
ist also eine hochqualifizierte Frau. Man könnte denken,  
alle Möglichkeiten stünden ihr offen. Doch Valentina  
Mazur geht putzen. Das in Usbekistan - mit besten Noten  
übrigens - erworbene Diplom wird bei uns ebenso  
wenig anerkannt wie ihr Dokortitel. Deshalb ist sie ungeachtet  
ihrer Qualifikationen eine ungelernete Arbeitskraft.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das geht  
nicht!)

Gut ausgebildete Bautechniker werden zu Anstreichern,  
Lehrerinnen arbeiten als Putzfrauen, Mediziner und  
Fachärzte arbeiten als Haushaltshilfen oder in anderen  
Bereichen des Niedriglohnssektors, obwohl sie mit ihren  
Fähigkeiten und Fertigkeiten gut qualifiziert sind.  
Alle, die in unserer Gesellschaft Verantwortung tragen,  
eine Stimme und einen Auftrag haben, sind darum  
dringend gefragt, diese Fähigkeiten zu erkennen, anzuerkennen  
und wertzuschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen deutlich machen, dass wir darin eine große  
Chance sehen. Integration erfordert eben auch eine sachgerechte  
Anerkennung von guten Qualifikationen der bei  
uns in Deutschland lebenden Menschen.

Wir Sozialdemokraten bekräftigen seit langem, dass  
eine moderne Migrationspolitik auch das Ziel hat, Zuwanderungsprozesse  
in unserem eigenen Interesse zu

steuern und zu gestalten. Bei jeder Gelegenheit machen  
wir deutlich, dass wir eine koordinierte Zuwanderung,  
gerne auch von qualifizierten und hochqualifizierten  
Menschen, befürworten. Wir sehen darin eine Verwirklichung  
von Chancengleichheit, empfinden die Potenziale  
und Fähigkeiten der Zuwanderer als eine Bereicherung  
für unsere Kultur und unser Arbeitsleben. Die Migranten  
können einen Beitrag dazu leisten, dass Wohlstand und  
Beschäftigung dauerhaft gesichert werden.

Für uns Sozialdemokraten ist all dies viel wichtiger  
als ein Integrationsgipfel, der zwar in aller Munde ist,  
aber an den Realitäten nichts verändert. Solange jugendliche

Ausländer - wie beispielsweise im Wahlkampf 2008 in Hessen geschehen - pauschal als Kriminelle abgestempelt werden, ist ein Integrationsgipfel nicht mehr als Schönfärberei und Kosmetik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn eine Landesregierung - wie aktuell in meinem Heimatland Niedersachsen bei den Haushaltsberatungen geschehen - die Mittel für Integrationsberatung und den Flüchtlingsrat kürzt oder sogar streicht, setzt sie in der Flüchtlingspolitik offensichtlich ganz andere Akzente, als wir sie wünschen. Den Menschen im Land und auch den Zugewanderten wird sehr schnell der Widerspruch zwischen der Arbeit einer Integrationsbeauftragten und den realen Fakten einer Politik deutlich, die beispielsweise hart gegen Flüchtlinge vorgeht. Sie bemerken diesen Widerspruch; davon bin ich zutiefst überzeugt. Gute Anregungen für eine verantwortliche Politik finden wir - um nur zwei Beispiele zu nennen - in Rheinland-Pfalz, aber auch hier in Berlin: Konkrete Ziele und Wege werden festgelegt, um die Anerkennung von Leistungen voranzubringen. Durch zusätzliche Finanzmittel - das möchte ich nicht verschweigen - erhält die Integrationsarbeit vieler Landesregierungen und Kommunen einen hohen Stellenwert.

In den letzten Tagen hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eine aktuelle Studie zur Integration vorgelegt. Die Studie stellt gemischte Integrationserfolge fest.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was macht denn Ihre Bundesregierung?

Das wäre doch interessant zu erfahren!)

Sie macht deutlich - das wurde vorhin schon von meinem Kollegen gesagt -, dass die bei uns lebenden Migranten immer seltener am öffentlichen Leben teilnehmen, häufiger arbeitslos sind und wir das, was sie leisten, viel zu wenig anerkennen. Ein Integrationsgipfel und immer neue Appelle an den Leistungs- und Lernwillen der betroffenen Menschen reichen hier nicht aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, in diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Wir bedauern, dass wir mit unseren Bemühungen um die doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht nicht weitergekommen sind.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Rolf Meinhardt, Migrationsforscher an der Universität Oldenburg, hat - auch das wurde schon erwähnt - für eine Studie bei uns lebende Ausländer nach ihren Abschlüssen in der Heimat befragt. Rund 40 Prozent der im Ausland erworbenen Universitätsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten werden bei uns nicht anerkannt. 20 Prozent der Befragten trauen sich gar nicht erst, die Anerkennung anzustreben. Dies scheitert offensichtlich daran, dass sie nicht gut genug integriert sind, um überhaupt die vorhandenen Netzwerke zu nutzen und eine Anerkennung zu betreiben.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wissen doch gar nicht, wo sie hingehen sollen!)

Die Carl-von-Ossietzky-Universität - das Beispiel ist

schon erwähnt worden - hat konkret auf das Problem reagiert:  
Vor einigen Jahren wurde mit Mitteln des Europäischen  
Flüchtlingsrats der Studiengang Interkulturelle  
Bildung eingerichtet. Hier können diejenigen Migranten,  
die einen Abschluss haben, der bei uns bislang nicht anerkannt  
wird, unkompliziert einen Bachelor erwerben.

Auf europäischer Ebene - auch davon ist gesprochen  
worden - sind wir dabei, für mehr Durchlässigkeit zu  
sorgen und mehr Rahmenbedingungen zu schaffen, um  
die Vergleichbarkeit von Abschlüssen im europäischen  
Rahmen voranzubringen und so die Anerkennung zu erleichtern.  
Es gibt also Beispiele - wenn auch nur sehr wenige -,  
die deutlich machen, in welche Richtung es gehen muss.  
Lange Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, war die  
von mir erwähnte Studie der Universität Oldenburg das  
einzige Datenmaterial, das bei diesem Thema hilfreich  
war. Natürlich brauchen wir - da sind wir uns einig - für  
eine auf Kontinuität angelegte Integrationspolitik weitere  
statistische Informationen und weiteres Datenmaterial.  
Eine im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte  
Studie hat festgestellt, dass - obwohl die Wirtschaft  
Fachkräfte nachfragt - von den 86 Prozent der für die  
Studie befragten Migranten, die bereits mit einem  
Abschluss nach Deutschland gekommen sind, nur  
16 Prozent einen Arbeitsplatz bekommen haben. Das ist  
eine traurige Entwicklung.

Integrationspolitik im Bildungsbereich - da bin ich  
sehr nah bei dem, was die Kollegin von der FDP gesagt  
hat - ist darum für uns die wichtigste Zukunftsaufgabe.  
Allerdings wird unserem Bildungssystem regelmäßig  
bescheinigt, dass es zu wenig durchlässig ist, dass es zu  
wenig Aufstiegsmöglichkeiten bietet, dass es aussondert  
und ausgrenzt. Darum werden wir Sozialdemokraten  
nicht nachlassen, auf jeder Ebene für mehr integrierte  
Systeme im Bildungsbereich zu sorgen, die Durchlässigkeit  
garantieren und Menschen, die besondere Unterstützung  
und Hilfe brauchen, eine Chance bieten.

(Beifall bei der SPD)

Untersuchungen belegen beispielsweise, dass insbesondere  
qualifizierte Migranten ihre Kinder auf integrierte  
Gesamtschulen schicken, wo sie einen guten Abschluss  
bekommen. Die Universitäten, die Studiengänge  
für Migranten anbieten - Beispiele sind schon genannt  
worden -, geben deutliche Signale: Hier seid ihr willkommen,  
hier habt ihr ein Angebot, nutzt es!

Integration kann und wird nur gelingen, wenn alle  
Akteure im Bildungssystem gemeinsam handeln und erkennen,  
dass wir ein flächendeckendes Angebot an integrierten  
Systemen benötigen, mit dem wir die Grundvoraussetzungen  
für Bildung schaffen. Solange das nicht  
gelingt, wird Anerkennung immer nur Gerede bleiben.  
Der Nationale Integrationsplan, in dem sich Bund, Länder  
und Wirtschaft darauf verständigt haben, Anerkennungsverfahren  
zu verbessern, ist hierfür ein durchaus  
gelungenes Beispiel; das will ich nicht unerwähnt lassen.  
Aber für uns Sozialdemokraten ist und bleibt das Streiten  
für integrierte Systeme mit das wichtigste Projekt der  
nächsten Jahre.

Die FDP hat in ihrem Antrag einen Informationspool  
zur Vergleichbarkeit von internationalen Abschlüssen

gefordert. Mit der Datenbank ANABIN sind wir hier schon ein Stück vorangekommen. Gemeinsam mit den Kammern wird - Sie haben es zu Recht erwähnt - an besseren, durchlässigen Anerkennungsverfahren gearbeitet. Ich komme zum Schluss. Wir Sozialdemokraten wollen die volle gesellschaftliche Teilhabe aller in unserem Land lebenden Menschen. Natürlich werden wir mit Nachdruck daran arbeiten, die bei der Anerkennung von Leistungen bestehenden Barrieren aus dem Weg zu räumen und hier zu einer dauerhaften Lösung zu kommen. (Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Einige Analysen in den heute zur Abstimmung vorliegenden Anträgen sind sicherlich zutreffend und werden von mir durchaus geteilt. Aber Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir mit Blick auf das, was wir schon erreicht haben und was wir noch gemeinsam voranbringen müssen, die Anträge heute ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Uwe Barth [FDP]: Wir wollen unseren Antrag eigentlich erst einmal nur überweisen!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Nächste Rednerin ist die Kollegin Sevim Dagdelen,  
Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bezweifle, dass diese Bundesregierung und auch die sozialdemokratische Fraktion wirklich etwas verändern möchten. Denn das Problem ist seit Längerem bekannt, ebenso die Analyse; die Studien liegen vor. Aber die Bundesregierung setzt das, was sie weiß, nicht um. Sie tut so, als ob sie es nicht wüsste, und verliert sich in Absichtserklärungen im Nationalen Integrationsplan oder auf irgendwelchen Gipfeln, wo sie von Scheinwerfern angestrahlt wird, und das war es.

Das Problem der Menschen beheben Sie nicht, seit Jahrzehnten nicht. Sie berauben die Menschen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und der Möglichkeiten, die sie aufgrund ihrer Erwerbsbiografien und ihrer Qualifikationen haben. Es ist nicht so, dass das Problem nicht erkannt wurde. Es fehlt nur einfach der Wille, dieses Problem zu lösen. Es gibt keinen Integrationswillen seitens der Bundesregierung. Wir haben in den letzten Tagen über die Studie des Berliner Instituts mehrfach in den Medien hören und lesen können.

Am Montag überraschte uns die Integrationsbeauftragte Frau Maria Böhmer - ausnahmsweise ist sie heute bei dieser Debatte anwesend -

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

mit ihrer vermeintlichen Entschlossenheit, den Betroffenen der von ihr mitverantwortenden Desintegrationspolitik helfen zu wollen. Sie will sich nun dafür einsetzen, dass sich die Situation der halben Million Menschen in Deutschland, die über einen ausländischen akademischen Abschluss verfügen, der aber nicht anerkannt wird, ändert. „Dringendsten Handlungsbedarf“ sah sie auch im Focus vom 20. Oktober 2008. Da kündigte sie

auch an, dass sie den „Anerkennungsdschungel lichten“ wolle.

Wie ich gesagt habe: Das Problem ist bekannt. Die Versuche, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, führen in Deutschland viele Migrantinnen und Migranten mit im Ausland erworbenen Abschlüssen oft in Sackgassensituationen. Das hat Frau Kollegin Laurischk hier schon deutlich gemacht. Bildung allein ist eben nicht der Schlüssel zur Integration, was die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten immer herunterbeten.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Kommen Sie herunter! Haben Sie Feindbilder?)

In der Studie des Berliner Instituts wird das ganz deutlich gesagt. Darin heißt es:

Bildung bedeutet aber nicht automatisch eine gelungene Integration, denn nach wie vor baut die Gesellschaft Hürden für Migranten auf: Selbstständigen wird die Niederlassung erschwert, Abschlüsse werden nicht anerkannt ...

Wenn man das Problem seit Jahren kennt, dann frage ich mich, warum man es nicht behebt. Dieses Problem wurde schon im ersten Memorandum des ersten Ausländerbeauftragten aus dem Jahre 1979 angesprochen.

(René Röspel [SPD]: Sie werden es garantiert nicht beheben!)

Ich sage für meine Fraktion: Es geht nicht, dass man den Menschen die Möglichkeit nimmt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ich sage auch: Frau Böhmer, Sie haben genug geredet. Es ist Zeit für Taten. Viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland haben dank Ihrer Politik und der Politik der Bundesregierung viele Jahre verloren.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wir haben das BAföG verbessert! Wir haben das Meister-BAföG verbessert! Registrieren Sie das, Kollegin!) Versuchen Sie doch einmal, in der Integrationspolitik nicht hinter anderen Ländern der Europäischen Union hinterherzuhinken! Schaffen Sie eine gesetzliche Grundlage wie zum Beispiel in Dänemark! Eine Website, die nur die Aufgabe hat, das Chaos zu verwalten, brauchen wir nicht. Sorgen Sie stattdessen dafür, dass ein Konzept entwickelt wird! Sorgen Sie dafür, dass die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen bundesweit vereinheitlicht, vereinfacht und beschleunigt wird! Wir brauchen ein System mit Rechtsansprüchen zur Feststellung, Einordnung und auch Zertifizierung von Abschlüssen. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe der Bundesregierung und nicht die Aufgabe von einzelnen Personen. Die Bundesregierung muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen; sie trägt dafür die Verantwortung und nicht einzelne Personen.

Wenn Sie wollen, finden Sie auch einen Weg. Deshalb plädiere ich dafür, endlich Taten folgen zu lassen und nicht immer nur darüber zu sprechen, dass man Integration wolle. Der Wille allein genügt nicht. Die Bundesregierung ist dazu aufgerufen, endlich zu handeln.

(Beifall bei der LINKEN - René Röspel [SPD]: Mit solchen Reden integriert man aber auch nicht!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:



Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Priska Hinz, Bündnis 90/Die Grünen.

(Zuruf des Abg. Marcus Weinberg [CDU/CSU])

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Weinberg, ich weiß nicht, ob ich Sie mit dem, was ich heute sage, glücklich machen kann. – Sie haben das Problem erkannt und haben auch gesagt, dass das Problem erkannt wurde. Aber die Tatsache, dass wir heute die beiden vorliegenden Anträge beraten, zeigt, dass das Problem noch nicht gelöst ist. Nach wie vor sind die Anerkennungsverfahren zu kompliziert, zu langwierig und unüberschaubar. Das Problem ist, dass die Akteure wie Hochschulen, IHKen, Bundesagentur für Arbeit, Bund und Länder nicht miteinander kooperieren und ihre Anstrengungen, zu einem guten Anerkennungsverfahren zu kommen, nicht koordinieren.

Das Problem ist, dass viele Zugewanderte über Jahre hier leben und gar nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen, weil es keine effiziente Beratungsstruktur gibt. Auch die BA hat in ihren örtlichen Arbeitsagenturen keine ausreichend gut ausgebildeten Mitarbeiter, die die Zugewanderten beraten können. Es gibt noch nicht einmal eine entsprechende EDV, mit der die Kompetenzen der zugewanderten Menschen, deren Abschlüsse formal noch nicht anerkannt sind, überhaupt festgehalten werden können.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ich kenne hervorragende Menschen bei den Arbeitsämtern, die sich mit großem Engagement darum bemühen, sie zu beraten! Es ist nicht wahr, dass es keine Leute gibt, die das können!) Insofern geht ein riesiges Potenzial verloren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun so, als ob wir keinen Fachkräftemangel hätten. Wir tun so, als ob die individuelle Leistung der Zugewanderten nichts wert wäre. Das ist das falsche Signal für eine Zuwanderungsgesellschaft. Ich glaube, dass dringend etwas getan werden muss, vor allen Dingen auch seitens der Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rachel, es gab einen Bildungsgipfel. Was haben da Bund und Länder gemacht? Sie haben vereinbart, zu prüfen, ob es Ausweitungsmöglichkeiten für Anerkennungsverfahren gibt. Danke schön! Es ist nun wirklich der Gipfel, so etwas zu vereinbaren,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

anstatt Butter bei die Fische zu geben und zu sagen, was tatsächlich geändert werden soll. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes wurde vereinbart, dass Konzepte und Empfehlungen erarbeitet werden und dann Modellversuche in die Erprobung gehen. Wir brauchen aber keine Erprobung von Modellversuchen mehr. Wir brauchen einen Rechtsanspruch für die Zugewanderten, dass ihr Anerkennungsverfahren durchgeführt wird,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann

[SPD])

damit sie überhaupt eine Chance haben, dass ihre Kompetenzen erhoben und sie dann auch eingegliedert werden.

Wir brauchen modulare Anpassungsqualifizierungen für diejenigen, die zwar im Ausland einen Abschluss erworben haben, aber vielleicht noch eine Anpassungsqualifizierung brauchen. Es wäre gut, wenn wir das Ausbildungssystem insgesamt modernisieren würden, weil sich so etwas dann leichter durchführen ließe.

Wir brauchen dringend die Ausgestaltung des DQR, damit nicht nur die Kompetenzen der Höchstqualifizierten mit akademischer Ausbildung, sondern auch derjenigen, die mit anderen Berufsabschlüssen ins Land gekommen sind oder noch kommen, tatsächlich eingestuft werden können. Auch das macht Anerkennungsverfahren leichter. Zudem brauchen wir eine verbesserte Beratung der Individuen.

Der politische Wille, der hier erklärt wurde, ist wohlfeil. Solange er nicht umgesetzt und durchgesetzt wird, stehen solche Anträge, wie wir sie heute beraten, zu Recht auf der Tagesordnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen werden wir weiter darauf drängen, dass die Bundesregierung ihre Pflicht erfüllt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüssen“.

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11732, den Antrag

der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7109

abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung?

- Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion

Die Linke mit dem Rest der Stimmen des Hauses angenommen.

1)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/11418 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

- Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dr. Gerhard Schick, Alexander Bonde, Kerstin

Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bankenrettung neu ausrichten

- Drucksache 16/11756 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die

Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fünf Minuten erhalten

soll. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Ich gebe das Wort dem

Kollegen Dr. Gerhard Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zurzeit eine intensive Diskussion über die Fragen, ob eine Bad Bank errichtet werden soll oder nicht, ob eine große Bad Bank oder viele kleine Bad Banks errichtet werden sollen, ob Ausgleichsforderungen erhoben werden sollen, ob eine Versicherungslösung wie in Großbritannien sinnvoll ist oder ob sogar eine Änderung des Entschädigungsgesetzes notwendig ist. Es ist richtig, dass wir in dieser schwierigen Situation nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch hier über den richtigen Weg diskutieren. Nach dem Ende des vierten Quartals 2008 hat sich wieder eine Verschärfung ergeben. Wir müssen daher feststellen, dass die Ziele mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, dessen Entwurf Anfang Oktober letzten Jahres verabschiedet wurde, nicht erreicht wurden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Mitte Oktober, Herr Kollege!)

Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen - ich glaube, das ist die Aufgabe dieses Hauses -, dass man in zwei Richtungen nicht zu kurz springt. Eine Lex Hypo Real Estate wird nicht ausreichen, genauso wenig wie der Versuch, mit Blick auf einen Einzelfall kurzfristig nachzusteuern. Vielmehr ist es notwendig, an verschiedenen Stellen die Fehler des geltenden Finanzmarktstabilisierungsgesetzes zu korrigieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der eine Fehler hat sich bei der chaotischen Situation der SoFFin gezeigt. Zwei von drei Mitgliedern des Leitungsausschusses sind in kurzer Zeit zurückgetreten, ein drittes Mitglied dieses Leitungsausschusses hat offensichtlich - das haben wir gestern in der Befragung der Bundesregierung gehört - öffentlich für eine Veränderung des Gesetzes plädiert, während die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zu dem entsprechenden Punkt schon stattgefunden hatten. So äußerte sich zumindest der Finanzminister gestern in der Befragung der Bundesregierung. Das zeigt doch: Es ist nicht geklärt, wie die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Leitungsausschuss stattfinden soll. Deswegen wird es, wie es bisher geschehen ist, nicht ausreichen, die personelle Lücke zu schließen, sondern es ist notwendig, organisatorisch wirklich etwas zu verändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was denn?)

Sie haben, ohne das wirklich zu kommunizieren, einen Strategiewechsel vorgenommen, der auch im Parlament nicht diskutiert worden ist. Sie haben am Anfang gesagt, Sie wollten sich nur mit stillen Einlagen beteiligen, möglichst keine Aktien erwerben und möglichst keine Eigentümerrolle einnehmen. Bei der zweiten Rettungsaktion für die Commerzbank hat ein Strategiewechsel stattgefunden, der jetzt offensichtlich bei der Hypo Real Estate fortgeführt wird. Ich meine, es ist notwendig, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben

von Anfang an für eine konsequente Teilverstaatlichung plädiert, für Gegenwerte, wenn der Staat den Banken Kapital zur Verfügung stellt. Es ist deswegen richtig, dass Sie diese Richtung einschlagen, aber dafür muss jetzt die gesetzliche Grundlage angepasst werden. Die Details dazu liegen in unserem Antrag vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen. Schon in der Debatte im Oktober hat der Kollege Runde, der gerade sehr aufmerksam zuhört, wie ich merke, festgestellt, dass wir eigentlich einen europäischen Ansatz brauchen. Diese Ansicht haben wir ausdrücklich immer geteilt. Aber die Bundesregierung hat sich den europäischen Ansätzen, die bisher diskutiert worden sind, immer verweigert.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Welche gab es denn?)

Ich glaube, es wird, wenn man sich die Situation in der Europäischen Union anschaut, notwendig sein, stärker europäisch koordiniert vorzugehen. Die Europäische Kommission hat bereits vor den Auswirkungen auf den Finanzplatz gewarnt. Ich glaube, es ist notwendig, dass Sie hier eine Korrektur vornehmen. Dazu fordern wir Sie mit dem vorliegenden Antrag auf, und wir bitten Sie um Ihre Zustimmung.

Eines ist in dieser heiklen Situation, in der sich die Finanzmärkte befinden, ganz wichtig: Wenn Sie auf den Finanzmärkten Vertrauen schaffen wollen, dann muss Politik vertrauensschaffend agieren. Das bedeutet: stabile Grundlagen bei dem Fonds, stabile Grundlagen im Gesetz, das nicht nur für eine Einzelaktion gilt, sondern über den Tag hinaus auch künftigen Rettungsaktionen dient, und ein stabiler Ansatz für die Rettung des Finanzmarkts Europa. Das ist genau das, was wir Ihnen hier vorlegen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor einer Woche haben wir ausführlich in einer Aktuellen Stunde über die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und möglichen Änderungsbedarf diskutiert. Herr Kollege Schick, es ist legitim, dass Sie einen Antrag auf die Tagesordnung setzen, aber wir sollten uns davor hüten, jetzt in jeder Sitzungswoche aktuell über diese Punkte zu beraten; denn wir können im Grunde die notwendigen Analysen noch nicht vornehmen und die Schlüsse, die Sie in Ihrem Antrag schon ziehen, noch nicht ziehen. Daher geht Ihre Kritik fehl, dass das Gesetz die bisherigen Zielsetzungen nicht erreicht hat. Gehen wir doch einmal die einzelnen Punkte durch. Sie sagen, es hätte besser funktioniert, wenn es auf europäischer Ebene eine Abstimmung gegeben hätte. Schauen Sie sich doch einmal einige europäische Länder an, angefangen mit England. Wie oft schon haben sie

von Oktober bis heute ihren Grundansatz geändert? Das brauchten wir noch nicht, weil der Dreiklang von Garantien, Rekapitalisierung und Übernahme von Risikopapieren von der Gewichtung und von der Ausrichtung her nach wie vor richtig ist.

Es ist auch unfair. Sie sollten vielleicht ihr Mitglied im sogenannten Geheimausschuss fragen, ob das Leitungsgremium chaotisch gearbeitet hat und ob dort eine chaotische Situation herrschte. Viele haben erklärt, dass ihnen die damit verbundene Arbeitsbelastung zu hoch war, was vorher nicht zu erkennen war. Was mit Herrn Merl als Vorsitzendem bisher abgewickelt und auf den Weg gebracht worden ist, ist etwas mit einer hohen Expertise. Es ist Herrn Merl zu danken, weil er es auf den Weg gebracht hat. Das Leitungsgremium ist neu besetzt, und zwar wiederum mit Personen mit hoher Expertise, sodass diese Kritik fehlt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist auch nicht richtig, zu sagen: Die Rekapitalisierung als ein Teil der drei Maßnahmen ist als stille Einlage angelegt. Im Rahmen der Gesetzesbegründung haben wir überwiegend darüber diskutiert, dass es Vorzugsaktien sein sollten; das war der erste Weg. Wenn man jetzt bei einer Maßnahme den Weg der stillen Einlage wählt, dann hat das seinen Grund. Das ist auf der richtigen Grundlage entschieden worden.

Der erste Punkt, Garantiegewährung, ist vor Verabschiedung des Gesetzes Mitte Oktober beschlossen worden, also ehe alles dafür Erforderliche vorlag. Sie müssen neben dem Interesse für den Schirm und neben der Antragstellung in diesem Zusammenhang berücksichtigen, dass die erforderlichen Unterlagen vorliegen müssen, ehe eine Entscheidung fallen kann. Das war bei manchen Entscheidungen nicht der Fall. Das kann man nicht dem Gesetz zur Last legen, sondern der Handlungsweise verschiedener Institute, die ihrer Aufgabe nicht nachgekommen sind, nach dem Motto: Der Bund ist jetzt zuständig; da gibt es irgendwo Geld; alles vorzulegen, was wir für die Beantragung brauchen, das machen wir nicht. - So geht es nicht. Wir Parlamentarier müssen mit diesen Entscheidungen sehr sorgfältig umgehen. Sie sprechen von „intelligenten Verstaatlichungen“. Was ist das? Begründen Sie einmal, was Sie darunter verstehen. Ich bin nicht für intelligente Verstaatlichung. Nur wenn es, ordnungspolitisch gesehen, der letzte Ausweg ist, sollte man sich dem nicht verschließen. Aber die Verstaatlichung als Konzeption darzustellen - dies sieht unser Gesetzentwurf nicht vor -, verstehe ich nicht. Es besteht großer Aufklärungsbedarf. Gott sei Dank kristallisiert sich in den letzten Tagen heraus, was mit dem Begriff „Bad Bank“ gemeint ist und was es nur bedeuten kann. Der Finanzminister hat heute einen Vorschlag gemacht, der unseres Erachtens in die richtige Richtung geht: Mit uns gibt es keine Sozialisierung der toxischen Papiere,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

sondern es muss individuelle Lösungen geben, die nach wie vor nah an der Verantwortlichkeit liegen. Es darf nicht alles nur zulasten des Steuerzahlers gehen. Herr Kollege Schick, man kann über einzelne Punkte

des Antrags diskutieren. Manche Wertungen gehen aber fehl, weil Sie ein Ergebnis nennen, obwohl es noch keines gibt. Von daher ist es angebracht, diesen Antrag an die Ausschüsse überweisen, um danach vernünftig zu beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Florian Toncar, FDP-Fraktion.

Florian Toncar (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Sicht der FDP ist die Sozialisierung von Spekulationsverlusten zu vermeiden; denn sie zwingt zur Verschwendung von Steuermitteln oder von staatlichem Vermögen; sie verhindert die Rückführung der Steuerund Abgabenlast, gefährdet die Haushaltskonsolidierung, engt den Spielraum für Zukunftsinvestitionen ein und untergräbt letztendlich auch das Vertrauen der Bürger in unsere Wirtschaftsordnung.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Leo

Dautzenberg [CDU/CSU])

Wir wollen Verluste nicht sozialisieren.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist kein Persilschein für eine unbegrenzte Ausweitung der Staatstätigkeit im Finanzsektor. Im Fokus stehen deswegen nicht nur die Wirkung der Medizin, sondern auch die Notwendigkeit und die Verhältnismäßigkeit ihrer Verabreichung.

Die Grünen wollen den Steuerzahler offensichtlich mehr als notwendig an der Sanierung des Finanzsektors beteiligen; denn anders ist die Forderung nach einer generellen und stärkeren Kapitalbeteiligung des Staates nicht zu verstehen. Was Sie „intelligente Teilverstaatlichung“ nennen – Sie führen das übrigens wenig präzise aus –, ist in Wahrheit eine Fehlkalkulation; denn im Falle einer stillen Einlage, im Falle einer stillen Beteiligung erhalten wir mit Vorzugsrechten eine 9-prozentige Rendite auf die Einlage.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Wer denkt denn, dass die bei der Commerzbank jemals gezahlt wird?)

Das geht dem vor, was die Aktionäre bekommen. Wenn Sie generell lieber eine Beteiligung am Aktienkapital wollen, dann bedenken Sie: Die Steuerzahler tragen nicht nur das Verlustrisiko im operativen Geschäft, sondern auch das Risiko von Wertverlusten. Das ist den Steuerzahlern in der jetzigen Situation nicht zuzumuten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie wollen einerseits eine stärkere Inanspruchnahme des Rettungsschirms – das schreiben Sie in Ihrem Antrag –, planen aber andererseits die Schaffung zusätzlicher psychologischer Hürden bei freiwilliger Inanspruchnahme durch Finanzdienstleister. Die Ausweitung der aktiven politischen Einflussnahme auf Geschäftspolitik und Kreditvergabe, die Sie ausdrücklich befürworten, sowie die zahlreichen geforderten Dokumentations- und Nachweispflichten sind abschreckend. Wenn die Banken aber alles tun, um die Inanspruchnahme von Hilfen durch den SoFFin zu vermeiden, gefährdet das die Kreditvergabe eher, als dass es sie erleichtert.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Auch deswegen sollte man sehr vorsichtig damit sein, solche Hürden aufzubauen.

Eines ist mir bei Ihrem Antrag noch aufgefallen - das fand ich sehr bemerkenswert -: Sie haben auf der zweiten Seite in zwei dünnen Zeilen ganz nebenbei eine neue Aufgabe für die Europäische Zentralbank erfunden. Die Europäische Zentralbank soll zum Wertpapierhändler werden. Sie soll den Banken Wertpapiere abkaufen. Damit machen Sie die Europäische Zentralbank faktisch zu der Bad Bank, die Sie eine Seite weiter vehement und zu Recht ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Europäische Zentralbank Wertpapiere aufkauft, dann werden Risiken und Verluste möglicherweise sozialisiert. Bei den Wertpapieren, über die wir dort reden, ist das durchaus zu erwarten.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kann auch gute Wertpapiere aufkaufen!)

- Herr Schick, dann müssen Sie hineinschreiben, was Sie meinen. Wenn in dem Antrag steht, die EZB solle Wertpapiere aufkaufen,

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da steht nicht, dass sie schlechte, toxische aufkaufen soll!)

dann kann man das nur so verstehen, dass sie die Wertpapiere aufkaufen soll, für die es derzeit keinen Markt gibt; denn für marktgängige Wertpapiere gilt: Es besteht überhaupt kein Bedarf dafür, dass die Zentralbank sie aufkauft.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Ein Blick in den EG-Vertrag zeigt, dass das auch nicht Aufgabe der EZB ist. Deren Aufgaben sind darin abschließend aufgeführt. Der Aufkauf von Wertpapieren ist

nach geltendem Europarecht nicht möglich. Im Übrigen:

Wenn wir hier beschließen, wie Sie formulieren, nämlich:

„Der Deutsche Bundestag ... fordert die Europäische Zentralbank auf“, dann ist das eine politische Einflussnahme auf die Europäische Zentralbank, die nach

Art. 108 EG-Vertrag ausgeschlossen sein sollte und auf die sich die EZB auch überhaupt nicht einlassen darf.

Schon deshalb kann man diesem Antrag in der Form nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist als ein Gesetz für Notfälle konzipiert. Es ist ein Gesetz, das befristet gilt, das nach seinem Regelungsgehalt und wegen der scharfen Eingriffe, die es möglich macht, auch nur befristet gelten kann. Es muss flexibel gehandhabt werden.

Es gibt viele Fälle, in denen ein Geschäftsmodell vorliegt, bei dem eine stille Einlage im Interesse des Steuerzahlers und auch sonst geradezu geboten ist, sodass man nicht pauschal sagen kann, dies sei ein falsches Instrument. Bessere Kreditvergabe ist ein wichtiges Ziel in der jetzigen Situation. Aber das, was wir über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz

dazu beitragen können, ist

begrenzt. Wir brauchen stattdessen eine kluge Geldpolitik,

die bei der Europäischen Zentralbank und bei den Notenbanken vernünftig aufgehoben ist. Wir brauchen auch eine kluge Wirtschaftspolitik, die die Kreditvergabe begünstigt, die die Liquidität in den Unternehmen sichert, beispielsweise dadurch, dass man bei der Mehrwertsteuer endlich von der Soll- auf die Istbesteuerung umstellt. Das würde schlagartig Liquidität bringen und vielen Unternehmen einiges leichter machen.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen nicht zuletzt verlässliche Rahmenbedingungen beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Niemand hat etwas dagegen, dass wir dazulernen und Konsequenzen aus den Entwicklungen ziehen; aber wenn man das immer stärker zerredet und so prinzipiell kritisiert, wie das zum Teil geschieht, dann trägt man nicht unbedingt dazu bei, dass die Möglichkeiten in Anspruch genommen werden und das Gesetz wirken kann. Insofern sollten wir etwas vernünftiger diskutieren.

Der Antrag ist an vielen Stellen

(Florian Pronold [SPD]: Eine Selbstanklage!) unscharf, und im Übrigen geht er, gerade was die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bankenrettung betrifft, in die falsche Richtung, sodass wir - vermutlich auch nach den Ausschussberatungen - wenig Neigung haben werden, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP - Leo Dautzenberg

[CDU/CSU]: Aber überweisen sollten wir ihn!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Hans-Ulrich Krüger, SPD-Fraktion.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das gleich voranzustellen: Unsere bisherige Strategie, mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz die angeschlagenen Finanzmärkte zu stützen, hat nach wie vor uneingeschränkt Bestand und wird auch zukünftig das letztendlich richtige Mittel sein, die Krise zu bewältigen. Der Mix aus Garantien, Risikoübernahmen und Rekapitalisierungen im Umfang von insgesamt 480 Milliarden Euro - Kollege Dautzenberg sprach ihn an: Garantien in Höhe von 400 Milliarden Euro, Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen im Umfang von 80 Milliarden Euro - ist sehr vernünftig. Wir alle in diesem Hause dürfen stolz darauf sein: Wir haben schnell und effizient reagiert, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Aktuell höre ich immer wieder, dass diese Hilfsmaßnahmen - das ist Gegenstand unserer heutigen Debatte und der Debatte der letzten Woche - angeblich nicht ausreichen, um die heimische Finanzwirtschaft effektiv und nachhaltig zu stützen. Dazu sage ich ganz offen: Ich würde mir wünschen, dass diejenigen, die aktuell nach immer größerer und umfangreicherer Hilfe schreien, zunächst einmal die Mittel in Anspruch nehmen, die vom Gesetzgeber bereits im letzten Jahr zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten



der CDU/CSU)

Fakt ist nämlich: Von den Garantien im Umfang von 400 Milliarden Euro sind erst gut 100 bis 110 Milliarden abgerufen worden. Von den 80 Milliarden Euro für Rekapitalisierungen sind erst knapp 20 Milliarden Euro abgerufen worden. Es sind also - salopp formuliert - noch Mittel da, wenn sich Banken dem SoFFin zuwenden und dort schlicht und einfach ihre Geschäftspolitik auf den Prüfstand stellen lassen.

Ich sage ganz deutlich - es kann, um bestimmte Träume zu zerstören oder gar nicht erst aufkommen zu lassen, gar nicht oft genug gesagt werden -: Allen Forderungen nach Gründung einer sogenannten Bad Bank, bei der die faulen Kredite der Privatbanken auf den Rücken der Steuerzahler abgeladen werden, erteile ich hier eine klare und deutliche Absage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ziel ist vielmehr, dass künftig alle betroffenen Institute unter die vorhandenen Rettungsschirme schlüpfen.

Eines muss bei den Diskussionen, die wir heute und in den nächsten Wochen führen, klar sein: Wir alle - davon gehe ich aus - wollen stärker aus dieser Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind; unser Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und die Investitionsfähigkeit der Betriebe zu gewährleisten, steht im Mittelpunkt all unserer Überlegungen.

Im weiteren Arbeitsverlauf kann es natürlich auf Basis des bereits verabschiedeten Gesetzes Modifikationen geben. Wie Sie wissen, haben wir in dem Gesetz für die Garantien des staatlichen Rettungsfonds eine Frist von 36 Monaten festgelegt. Wenn es denn nötig ist und die Erfahrungen mit dem SoFFin dafür sprechen, diese Frist zu verlängern, dann ist dies selbstverständlich vorstellbar: Die staatlichen Garantien könnten den deutschen Banken - allerdings auf Basis dieses Gesetzes - nicht nur für drei Jahre, sondern für vier oder fünf Jahre zur Verfügung gestellt werden, damit diese über einen längeren Zeitraum günstig mit frischem Geld versorgt werden können.

Wie Sie ebenfalls wissen, enthält das grundlegende Gesetz bereits ein Instrument zum Aufkauf von Risikopapieren. Nun müssen die Banken dieses Instrument aber auch nutzen und dürfen nicht - wie bisher - damit argumentieren, dass Risikopapiere nach drei Jahren wieder an den Fonds zurückgegeben werden müssten; denn das ist schlichtweg falsch. Eine solche Befristung gibt es weder im Gesetz, noch wird sie von der EU-Kommission generell gefordert. Richtig ist vielmehr, dass im Wege einer in diesem Fall einfach zu erzielenden Einzelnotifizierung auch für den Ankauf von Risikopapieren Fristen von mehr als drei Jahren festgelegt werden können. Wenn nötig - da gilt das Gleiche wie soeben -, können wir uns gern über eine Ausdehnung der Frist für den erstmaligen Ankauf von Risikopapieren - mit allen Konsequenzen für die Eigentümerseite - unterhalten.

Wenn nötig, müssen wir auch die betroffenen Privatbanken darauf hinweisen, dass sie sich als Erste Gedanken darüber machen, was sie selbst, kraft ihrer Eigenverantwortung, mit toxischen Papieren machen. Muss eine

Bank sich nicht fragen, ob sie nicht die faulen Kredite, über die sie verfügt, im Rahmen einer eigenen Gesellschaft, einer eigenen Bank verwalten und dort einen Platz für die aktuell nicht verkäuflichen Wertpapiere schaffen sollte? Das hätte den Vorteil, dass unsere Finanzmittel nicht mit diesen faulen Krediten belastet würden.

Eines ist klar: Die Banken sind in erster Linie berufen, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie sich selbst effizient, mit den Maßnahmen, die das Gesetz ihnen anbietet, helfen können. Sich aus der Verantwortung zu stehlen und nach irgendeinem Hilfesteller zu rufen, ist nicht der richtige Weg. Das ist jedenfalls mit der weit überwiegenden Mehrheit dieses Hauses nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allem, was wir aus der Finanzkrise lernen oder noch lernen müssen, bleiben wir in der Strategie des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes. Wir werden in dieser schwierigen Situation unter den vorhandenen Alternativen diejenigen aussuchen, die mit den geringsten Nebenwirkungen verbunden sind.

Wir haben in diesen Wochen über die Konjunkturpakete I und II und über die Frage zu diskutieren, wie wir im Rahmen der Finanzmarktkrise – wiederum parteiübergreifend – die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher am besten schützen. Es geht darum, ob die aktuellen Regelungen hinsichtlich Schlecht- oder Falschberatung richtig sind, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher vielleicht einen längeren Zeitraum eingeräumt bekommen müssen, um ihre berechtigten Ansprüche gegen schlechte Berater durchsetzen zu können, ob das Gesamtprotokoll, mit dem sie ihre Lebensentscheidung für oder gegen eine gewisse Anlage begründen, ganz anderen Eckpunkten unterliegt.

Über das alles haben wir zu diskutieren, um zu bewirken, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land letzten Endes zu der Überzeugung gelangen, dass der Staat handlungsfähig ist, dass er die Krise annimmt und entsprechend ihren Erfordernissen handelt. Modifikationen am Rettungsschirm, entsprechend Art und Umfang der Krise, widersprechen daher nicht dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, sondern entsprechen ihm.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dr. Axel Troost, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre wahrlich nicht dem Stamme der Untergangspropheten an. Aber ich glaube, dass nach wie vor niemand in diesem Hause einen Überblick über das wahre Ausmaß der Gesamtkrise hat und dass wir uns deshalb – auch das ist meine Prophezeiung – im nächsten halben Jahr hier wiedersehen und über ganz andere Dimensionen von Rettung reden werden. Noch im Dezember hieß es ja, auch wir bräuchten kein zweites Konjunkturprogramm, aber im Januar lagen dann neue Zahlen

vor.

In einer Umfrage der BaFin in der letzten Woche haben wir zum ersten Mal gehört, dass es faule Papiere in einer Höhe von angeblich um die 300 Milliarden Euro gibt; manche sagen sogar, es könnten auch 800 Milliarden bis 1 Billion Euro sein. Diese Zahlen haben wir nicht durch eine normale Prüfung der BaFin erfahren, sondern durch eine Umfrage. Das zeigt, wie groß die Gesamtdimension des Problems ist und dass wir in der Tat anfangen müssen, hier über ganz andere Maßnahmen zu reden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Troost, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dautzenberg?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Kollege Troost, würden Sie, weil Sie von einer „Umfrage“ der BaFin sprachen, konzедieren, dass es einen Unterschied zwischen Abfrage und Umfrage gibt und dass es sich bei der BaFin um eine Abfrage zum aktuellen Stand bei den Risikopapieren handelte? Das ist ein himmelweiter Unterschied. Wir sollten nicht zulassen, dass Ihre Unterstellung einer „Umfrage“ den Anschein erweckt, die BaFin wäre hier im Grunde ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen; denn das wäre falsch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Ob man „Abfrage“ oder „Umfrage“ sagt, ist völlig egal.

(Joachim Poß [SPD]: Nein!)

Entscheidend ist, dass die Zahlen nicht das Ergebnis der Standardprüfungen der BaFin sind, sondern dadurch bekannt geworden sind, dass die Banken zum Zeitpunkt X individuell abgefragt worden sind, was zu den entsprechenden Meldungen geführt hat. Darin liegt aber genau das Problem; denn das wahre Ausmaß der Krise ist der BaFin nicht zu jedem Zeitpunkt bekannt, sondern muss immer erst durch Umfragen bei den Instituten ermittelt werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie sind also nicht bereit, den Unterschied zwischen Abfrage und Umfrage zur Kenntnis zu nehmen!)

- Von mir aus können wir sagen: Abfrage bei den 20 größten Banken. Ansonsten sehe ich aber keinen Unterschied zu alledem, was ich vorhin gesagt habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einmal rekapitulieren. Als es um den Rettungsschirm ging, hat die Linke gesagt, dass so etwas im Prinzip erforderlich ist. Sie hat aber aus drei Gründen dagegen gestimmt:

Erstens hat sie aufgrund des parlamentarischen Verfahrens dagegen gestimmt; dazu will ich an dieser Stelle aber nichts sagen.

Zweitens hat die Linke von Anfang an gefordert:

Wenn am Schluss dieser Rettungsaktionen ein Minus für die öffentliche Hand herauskommt, dann muss dieses Minus die Kreditwirtschaft übernehmen. Das ist aber nicht vorgesehen, sondern es ist völlig offen, was am Schluss mit diesem Minus passiert.

Drittens haben wir gefordert - das ist noch wichtiger -: Wer Geld in Form von Einlagen bekommen will, der muss auch Stimmrechte zulassen. Es kann nicht sein, dass Geld in Banken gesteckt wird, ohne dass der Geldgeber Stimmrechte bekommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist im Falle der Commerzbank aber passiert: 16 Milliarden Euro wurden der Commerzbank inzwischen als stille Einlagen gegeben.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Was ist mit dem SED-Vermögen, das ihr noch habt?)

- Können wir vielleicht bei der Sache bleiben?

Angesichts dieser stillen Einlagen von 16 Milliarden Euro habe ich an die Verzinsung in Höhe von 9 Prozent gedacht, wovon wir schon eben in dem Beitrag der FDP gehört haben. Doch weit gefehlt! Die 9 Prozent Zinsen gibt es nur, wenn Gewinn gemacht wird, sonst nicht. Dann hätte man aber auch Aktienanteile kaufen können und hätte nicht auf eine stille Einlage zurückgreifen müssen.

Was wir bei der Commerzbank vorfinden, ist das typische Beispiel halbherzigen Handelns. Wir halten eine Beteiligung von 25 Prozent. Der aktuelle Börsenwert liegt zwischen 4 und 5 Milliarden Euro. 18 Milliarden Euro wurden inzwischen in die Commerzbank investiert. Zu Deutsch: Mit dem Geld, das insgesamt geflossen ist, hätte man vier oder fünf Banken wie die Commerzbank übernehmen können, und zwar zu 100 Prozent. Das ist für meine Begriffe der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag der Grünen geht nach meiner Meinung in die richtige Richtung. Wir sind in der Tat der Ansicht - „intelligent“ ist immer gut -, dass eine Vergesellschaftung des Privatbankenbereiches auf der Tagesordnung steht. Vergesellschaftung heißt nicht nur, dass der Bund einsteigt, sondern heißt in der Tat auch, zu schauen, wie man in Zukunft mit diesem Bereich vor dem Hintergrund eines funktionierenden Sparkassensektors und eines funktionierenden Genossenschaftsbankensektors umgeht. Es kann nicht sein, dass jetzt mit öffentlichen Mitteln Privatbanken gestärkt werden und diese anschließend in die Marktsegmente der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken gehen.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Wir können das Problem nur lösen, wenn wir nach vorne gerichtet handeln. Auch das ist völlig klar: Nach einer öffentlichen Übernahme kommen gigantische Kosten auf die öffentliche Hand zu. Da braucht man sich nichts vorzumachen. Das ist keine Vermeidungsstrategie, sondern eine Offensivstrategie.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:  
Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Jochen-Konrad Fromme, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Wir stehen vor einer völlig neuen Herausforderung, für deren Bewältigung es weder Lehrbücher noch Musterfälle

gibt. Das bedeutet, dass wir in kurzer Frist ein Instrumentarium entwickeln mussten. Wir müssen nun abwarten und die weitere Entwicklung kritisch beobachten. Wenn neue Fakten und neue Erkenntnisse vorliegen, müssen wir entsprechend nachsteuern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine Europäisierung der Bankenrettung hätte zum Ersten bedeutet, dass es viel länger gedauert hätte, bis man in Gang gekommen wäre. Denn es ist nun einmal so, dass es einfach länger dauert, wenn man mit mehreren Nationen über eine Lösung verhandeln muss. Zum Zweiten hätte die große Gefahr bestanden, dass dabei kein Maßanzug herausgekommen wäre. Denn in den Ländern gibt es unterschiedliche Systeme. Beispielsweise gibt es unser Dreisäulensystem in anderen Ländern nicht. Deswegen wäre diese Lösung gar nicht angemessen gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass es neue Erkenntnisse gibt, liegt doch daran, dass sich die Fakten verändert haben. Wenn sich das Rating einer ganzen Gruppe von Forderungen, nämlich das der internationalen Forderungen, plötzlich anders darstellt, dann ist das eine andere Faktenlage, und dann muss man aus dieser veränderten Faktenlage Konsequenzen ziehen. Dann hat man nicht mehr die Situation, die man ein paar Tage zuvor hatte. Deswegen muss man auch hier handeln.

Wir haben ein klares Instrumentarium und eine klare Reihenfolge: Bürgschaften, Rekapitalisierung, Forderungsübernahme. Für uns kommt eines nicht infrage, Herr Kollege Troost: die Verstaatlichung. Das heißt nämlich, dass man davon ausgeht, dass der Staat grundsätzlich der bessere Banker ist. Das ist eben nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das sagt doch keiner!)

– Wenn die öffentliche Hand das Eigentum zu 100 Prozent übernimmt, wie Sie es wollen, dann führt dies am Ende zu einem staatlichen Bankensektor. Wir wollen das nicht, und deswegen kommt dieser Lösungsweg nicht infrage. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass die Erfolge schneller eintreten. Aber es gibt Erfolge: Die Einlagen über Nacht bei der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank sind erheblich weniger geworden. Das heißt, es wird wieder Geld ausgeliehen. Dieser Prozess kommt in Gang. Dies geschieht zwar nicht in der Geschwindigkeit, die wir uns vorgestellt haben; das bedeutet aber nicht, dass wir nicht auf dem richtigen Weg sind. Deswegen werden wir an dieser Stelle weiter so verfahren. Zum internationalen Bereich. Warum müssen alle anderen Länder ständig nachbessern? Hier ist ein kühler Kopf gefordert und kein hitziges Handeln. Wir sind mit unserem Instrumentarium deutlich sicherer aufgestellt als die anderen Länder, die jeden Tag etwas Neues machen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das! Richtig!)

Deswegen bleiben wir dabei: anschauen bzw. beobachten, und dann handeln bzw. nachsteuern, wenn es nötig ist.

Ich kann die Auffassung, dass das Instrumentarium gescheitert ist, überhaupt nicht teilen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir haben keine Panik bekommen. Wir haben ein immer noch funktionierendes System - zwar nicht sehr gut; aber es läuft noch. Es soll rund laufen; deswegen haben wir Maßnahmen ergriffen. Ich sage es noch einmal: Wir haben ein klar abgestuftes Instrumentarium. Warum sind wir gegen die Übernahme eines höheren Aktienanteils? Weil wir die operative Verantwortung des Bankers gerade nicht übernehmen wollen. Wir wollen vielmehr das jeweilige Institut unterstützen. Eine Beteiligung von 25 Prozent ist richtig.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geld hinüberschieben, aber keine Kontrolle! Das passt doch nicht!)

So kann keiner dieses Institut für wenig Geld schlucken, nachdem wir sozusagen die Mittel für den Reparaturaufwand hineingesteckt haben. Dies ist der richtige Weg.

Wir werden Ihnen auf Ihrem Weg auf keinen Fall folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Gerhard

Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das machen Sie doch schon teilweise!)

Sie sagen, die Gremien arbeiteten nicht richtig. Dazu kann ich nur sagen: Der SoFFin-Ausschuss ist ein Berichtsgremium. In diesem Gremium werden Berichte entgegengenommen.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sollte ein Kontrollgremium sein!)

Daraus werden Konsequenzen gezogen, wenn dies angebracht ist. Das werden wir in den zuständigen Ausschüssen tun.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

</ text >

< text 16203 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich zu unserer heutigen Plenarsitzung.

Ich rufe unsere Tagesordnungspunkte 21 a bis 21 c sowie die Zusatzpunkte 9 bis 12 auf:

21 a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

- Drucksache 16/11740 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss (f)

Innenausschuss

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes über die

Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan

für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz

2009)

- Drucksache 16/11700 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gesine

Lötzsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch,

weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE

LINKE

Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden

- Drucksache 16/11746 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Haushaltsausschuss

ZP 9 Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/

CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines

... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

(Artikel 106, 106 b, 107, 108)

- Drucksache 16/11741 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Innenausschuss

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

ZP 10 Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/

CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines

Gesetzes zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer

und Änderung anderer Gesetze

- Drucksache 16/11742 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jürgen

Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter

und der Fraktion der FDP

Schulden des Bundes durch das Konjunkturpaket

II vollständig im Bundeshaushalt etatisieren

- Kein Sondervermögen Investitionsund

Tilgungsfonds

- Drucksache 16/11743 -

Überweisungsvorschlag:

Haushaltsausschuss

ZP 12 Beratung des Antrags der Abgeordneten

Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch, Roland  
Redetext (A) (C)  
(B) (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert  
Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
DIE LINKE

Großbanken vergesellschaften

- Drucksache 16/11747 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Pakt für Beschäftigung und Stabilität, dem größten Konjunkturprogramm seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, stellt sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung in der schwersten wirtschaftlichen Rezession seit 1949.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zurufe: Lauter!)

- Ich oder die Mikrofone?

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir werden uns sofort darum bemühen, der Stimme der Bundesregierung jedenfalls akustisch noch mehr Nachhall zu verschaffen.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Gut. - In dieser Dimension hat es einen solchen konjunkturellen Impuls noch nicht gegeben. Dies ist angemessen und problemadäquat mit Blick auf die krisenhafte Zuspitzung, mit der wir es zu tun haben.

Wir sind alle lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass man bezogen auf die einzelnen Komponenten dieses Konjunkturpaketes, dieses Paktes, unterschiedlicher Meinung sein kann. Man kann darüber streiten; man kann das prüfen. Aber ich mache keinen Hehl daraus, dass sich die Geschwindigkeit, mit der sich der kritische Standpunkt von den Debatten, die wir im Oktober, November, Dezember gehabt haben, auf den heutigen kritischen Fokus verschoben hat, so verändert hat, dass man von einer gewissen Atemlosigkeit reden kann.

Wenn es im Oktober/November aus den Reihen der Medien, der wirtschaftswissenschaftlichen Expertise, der Politik, der Gewerkschaften und der Verbände darum ging, dass ein Konjunkturprogramm gar nicht groß genug dimensioniert sein könnte - teilweise war die Rede von 3 Prozent des Bruttosozialproduktes pro Jahr, also spielend eine Dimension von 75 Milliarden, teilweise von 100 Milliarden Euro pro Jahr -, stellen wir heute fest, dass der kritische Fokus darauf gerichtet wird, dass ein solcher Konjunkturimpuls unabweisbar mit einer Steigerung der Verschuldung verbunden ist.



Mich wundert dieser Erkenntnisfortschritt, den es innerhalb von wenigen Wochen gegeben hat, weil von vornherein klar gewesen ist, dass man einen solchen Konjunkturimpuls nur dann geben können, wenn die Staatsverschuldung dabei zunimmt. Wenn dem Publikum suggeriert wird, man könnte einen solchen kräftigen und entschiedenen Konjunkturimpuls ohne Staatsverschuldung geben, trägt das eher zur Verwirrung der Menschen bei als zur Aufklärung in einer Situation, in der wir mehr denn je eine gewisse Beständigkeit auch in der öffentlichen Diskussion brauchen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben es damit zu tun, dass drei Krisen - wie ich finde, bisher ohne jeden Erfahrungswert - zusammenfallen. Zum einen haben wir es mit einer weltweiten Rezession zu tun, die ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland unabweisbar am stärksten trifft - jedenfalls in der Liga der Länder, in der wir spielen -, weil kaum ein anderes Land 40 Prozent seines Bruttosozialproduktes in außenwirtschaftlichen Beziehungen generiert. Im Vergleich dazu sind es zum Beispiel in den USA höchstens 12 bis 15 Prozent des Bruttosozialproduktes, in Japan höchstens 20 Prozent. Das heißt, von einer solchen weltwirtschaftlichen Zäsur in der Entwicklung ist ein Land wie Deutschland als Exportweltmeister unabweisbar besonders betroffen. Die Entwicklungen sind inzwischen infektiös bezogen auf weiteste Teile der Welt. Ein Einbruch der Wachstumsrate in China von plus 10 auf plus 6 Prozent ist mindestens eine so große Zäsur, ein so großer Eingriff wie die Entwicklung, die wir in vielen europäischen Ländern einschließlich der Bundesrepublik Deutschland haben. Dies prägt die jetzige Lage.

Wir haben es zweitens seit Monaten, wenn nicht seit anderthalb Jahren, spätestens seit Mitte 2007, mit einem weltweit eskalierenden Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten zu tun, der wirklich dramatisch zu nennen ist. Wir haben es nach wie vor damit zu tun, dass der Interbankenverkehr nicht richtig in Gang kommt und dass wir fast wöchentlich von weiteren Nachrichten gefangen genommen bzw. buchstäblich niedergedrückt werden, die eher darauf hinweisen, dass wir längst noch nicht Licht am Ende des Tunnels sehen, was diese Finanzmarktkrise betrifft. Das ist die zweite krisenhafte Zuspitzung. Selbstverständlich treibt diese Dramatik auf den Finanzmärkten gleichzeitig die realwirtschaftliche Entwicklung. Wir haben es drittens in vielen Ländern damit zu tun, dass eine Leitindustrie wie die Automobilindustrie nicht in einem Konjunktural steckt, sondern erkennbar ebenfalls in einer Strukturkrise.

Diese drei Krisen überlagern sich, beeinflussen sich wechselseitig und beschreiben eine Lage, für die es kein politisches Drehbuch an Handlungsanweisungen gibt. Niemand von uns, egal in welcher Partei zu Hause, hat jemals Anstrengungen unternehmen können, sich auf eine solche Situation prophylaktisch einzulassen. Dass es dabei zu einer eskalierenden Entwicklung allein zwischen der Einbringung des Haushaltes im September letzten Jahres bis zum heutigen Tag, an dem der Nachtragshaushalt eingebracht wird, gekommen ist, lässt sich an den wirtschaftlichen Indikatoren ablesen, die Ihnen

allen zur Verfügung stehen und die ich deshalb im Einzelnen gar nicht aufführe. Sie alle wissen, dass wir es im November/Dezember nicht nur mit Blick auf Stimmungsbarometer, sondern mit Blick auf wichtige wirtschaftliche Indikatoren, zum Beispiel bei den Auftragseingängen, mit einer dramatischen Verschlechterung zu tun haben. Wenn wir in einer solchen Situation kein Drehbuch und keine klaren Handlungsanweisungen haben, dann, glaube ich, bleibt nichts anderes übrig, als dass sich die Politik selber bestimmte Kompassweisungen gibt.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selber denken!)

- Selbst denkt, insbesondere dann, Frau Abgeordnete, wenn wir von der wirtschaftswissenschaftlichen Expertise in der Tat kaum Empfehlungen bekommen. Das läuft nach dem alten Muster des Internationalen Frührschoppens von Werner Höfer: sieben Journalisten aus acht Ländern mit neun Meinungen. Das ist im Augenblick die Lage, die ich mit Blick auf die wirtschaftswissenschaftliche Expertise in Deutschland habe.

Es gibt in meinen Augen fünf Grundorientierungen, die sich in dem widerspiegeln, was die Bundesregierung im Rahmen des Paktes für Beschäftigung und Stabilität in Gang gesetzt hat. Die erste Orientierung bedeutet, in einem solchen Konjunkturzyklus nicht einfach nur Geld zu verbrennen. Wenn wir schon die Staatsverschuldung erhöhen müssen, wenn wir einen solchen Konjunkturimpuls zwingend geben müssen, müssen wir das Geld möglichst so einsetzen, dass wir mittelfristig zur Modernisierung unseres Landes, insbesondere seiner Infrastruktur, beitragen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das heißt, etwas zu tun, was auch für nachfolgende Generationen eine Rendite abwirft. Das bedeutet in der Tat, dem riesigen Nachholbedarf bei der Modernisierung insbesondere der kommunalen Infrastruktur und darüber hinaus der überregionalen Infrastruktur zu entsprechen und dort einen kräftigen Impuls zu setzen, mit dem Effekt, dass das, was wir dort tun, weit über diese hoffentlich schnell zu überwindende Konjunkturphase hinausreicht. Deshalb gibt es eine klare Schwerpunktsetzung mit ungefähr 17 Milliarden Euro, allein was den Bund betrifft, ergänzt durch Maßnahmen der Länder, die darauf gerichtet sind, Investitionen in Deutschland zu fördern. Die zweite Grundorientierung ist unabweisbar: eine Kreditklemme zu vermeiden. Die Einschätzung ernst zu nehmender Experten lautet, dass wir nach wie vor in Deutschland makroökonomisch gesehen keine Kreditklemme haben und dass es sich mit Blick auf die Finanzierung des deutschen Mittelstandes geradezu als vorteilhaft herausgestellt hat, dass wir ein sehr spezifisches Kreditgewerbe in Deutschland haben - anders als viele andere Länder um uns herum -, nämlich mit privaten Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Sparkassen. In vielen Debatten in der Vergangenheit wurde dieses dreisäulige deutsche Kreditwesen von vielen belächelt und ordnungspolitisch attackiert, und zwar in Deutschland selber, aber insbesondere auch durch eine Reihe von Initiativen und

Vorstößen aus der Brüsseler Kommission. Plötzlich stellen wir fest, dass dieses Strukturelement des deutschen Bankenwesens von entscheidender Bedeutung insbesondere für die Finanzierung des deutschen Mittelstandes ist. Deshalb wird es darum gehen, den öffentlichen Charakter der Sparkassen zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bausparkassen, von vielen im 20., wenn nicht sogar im 19. Jahrhundert angesiedelt, teilweise diskreditiert, stellen sich plötzlich als eine sehr verlässliche Institution für all die Bürgerinnen und Bürger dar, die Eigentum erwerben wollen. Warum? Weil es diesen Bausparkassen gesetzlich verboten ist, sich ausgerechnet in den Produkten zu engagieren, möglicherweise zu spekulieren, die maßgeblicher Treibsatz der jetzigen Finanzmarktkrise sind.

Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass es nicht zu einer Kreditklemme kommt. Wir haben es mit dem Problem zu tun, dass sich die Kreditkonditionen verschlechtern. Ich wäre sehr vorsichtig, daraus einen eilfertigen Vorwurf an die Banken zu machen. Ich bitte da um äußerste Vorsicht; denn wir fordern die Banken derzeit geradezu auf, risikobewusster zu agieren. Dann wird man es ihnen nicht übel nehmen können, wenn sie in dieser Situation eine sehr viel risikobewusstere Politik betreiben und auf die Bonität ihrer Kunden stärker als in den vergangenen Jahren achten.

Die dritte Orientierung ist, dass wir der großen Leitindustrie, die ich angesprochen habe, nämlich der Automobilindustrie, behilflich sein müssen, weil einschließlich der Produzenten, den Zulieferern und dem Handel nach wie vor jeder siebte, achte Arbeitsplatz in Deutschland von dieser Branche abhängig ist. Ich hielte es für fatal, wenn wir durch Attentismus in diesem Bereich möglicherweise eine hoch wettbewerbsfähige, technologisch sich auf hohem Niveau befindende deutsche Automobilindustrie versacken ließen und nach Überwindung dieser Krise plötzlich feststellen müssten, dass eine Leitbranche in Deutschland beschädigt worden ist, während die amerikanische Regierung mit sehr viel staatlichem Geld - es handelt sich um monatlich 4 Milliarden US-Dollar - bereit ist, die amerikanische Automobilindustrie, die ich von der Produktqualität her für schlechter einschätze, zu unterstützen und dadurch eine konkurrierende Automobilindustrie überlebt.

Die vierte Orientierung ist, in der Tat einen Nachfrageimpuls zu geben. Darauf komme ich zurück.

Die fünfte Orientierung muss sein, den Märkten, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Ansage zu machen, dass wir uns in einer extraordinären Situation befinden, die extraordinäre Maßnahmen erfordert, dass wir aber, wenn diese Situation überwunden ist, zwingend auf den Pfad der Konsolidierung der öffentliBundesminister Peer Steinbrück

chen Haushalte zurückkehren müssen. Das heißt, wir müssen diese klare Ansage - auch gesetzlich fixiert - mit einer Schuldenbremse und einer klaren Tilgungsregelung auch für das Geld, das wir zusätzlich aufnehmen werden, verbinden.

Diese fünf Grundorientierungen des Paktes für Beschäftigung

und Stabilität sind richtig, sie wirken gut, und sie werden vernünftig angenommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich brauche über die erste Orientierung, den Investitionsfonds für Kommunen und die zusätzlichen Maßnahmen sowie über die direkten Investitionsmaßnahmen des Bundes, die, was die Verkehrsinfrastruktur betrifft, in der maßgeblichen Zuständigkeit des Verkehrsministers liegen, nur wenige Worte zu verlieren; denn Sie und ich, wir sind gemeinsam von dem Interesse, ja dem Ehrgeiz beeindruckt, auf den diese kommunalen Investitionen bei den Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten treffen. Das ist hochgradig willkommen.

(Lachen bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Was gibt es da zu lachen? 60 Prozent der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen vorgenommen. Wenn Sie etwas erreichen wollen, müssen Sie dort etwas tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Eine gewisse Ernsthaftigkeit bei der Debatte vor dem Hintergrund der Krise, mit der wir es zu tun haben, wäre wirklich angebracht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Jürgen Koppelin [FDP]: Ja, Herr Oberlehrer!)

Es wird sehr stark darauf ankommen, dass die Verabredungen, die wir getroffen haben, teilweise in einer Verwaltungsvereinbarung verankert, von den Ländern lupenrein eingehalten werden. Die Bundesregierung ist bereit gewesen, sich in dem schwierigen Abwägungsprozess, auf der einen Seite möglichst wenig Bürokratie aufzubauen, auf der anderen Seite aber so viele Sicherungen einzuziehen, dass das Geld auch richtig verwendet wird, eindeutig auf die Seite derjenigen zu schlagen, die eine möglichst unkomplizierte Regelung fordern.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet, dass die Länder im Rahmen dieses Investitionsfonds unmittelbar Zugriff auf die Mittel haben,

wobei wir die klare Erwartung haben, dass dieses Geld - zu 70 Prozent - so schnell wie möglich an die kommunalen Projekte weitergeleitet wird, damit es schnell genau den wirtschaftsfördernden Effekt entfaltet, den wir uns in den Jahren 2009 und 2010 versprechen. Deshalb gibt es keine langen Genehmigungsverfahren, und es gibt keine Verwendungsbescheide. Es gibt vielmehr einen ex post stattfindenden Abrechnungsmodus, bei dem ich allerdings erwarte, dass drei Bedingungen zwingend von den Ländern eingehalten werden:

Erstens müssen wie verabredet 70 Prozent von den 13,3 Milliarden Euro tatsächlich für kommunale Projekte aufgewendet werden. Zweitens müssen die Länder dafür Sorge tragen, dass auch die finanzschwachen Kommunen in die Lage versetzt werden, von diesen Mitteln Gebrauch zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten CDU/CSU)

Im Zweifelsfall müssen die Länder selber den Kofinanzierungsanteil übernehmen. Die andere Möglichkeit, die wir einräumen, läuft darauf hinaus, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereit ist, den Ländern den Kofinanzierungsanteil

für eine längere Zeit mit einer Stundung,  
was Zins und Tilgung betrifft, bereitzustellen. Die  
dritte wichtige Bedingung ist, dass es zusätzliche Projekte  
sind; denn wir wollen nicht einfach nur eine Substitution.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Sie alle haben die ersten Reaktionen aus dem kommunalpolitischen  
Raum genauso erfahren wie ich. Danach

bin ich mir ziemlich sicher, dass das in ausgesprochen  
positiver Weise zur Wirkung gebracht werden kann.

Über die Kreditklemme - zweite Orientierung - will  
ich jetzt keine längeren Ausführungen machen.

Ich will auf die vierte Grundorientierung zu sprechen  
kommen: den notwendigen Nachfrageimpuls. Hier ist in  
der Koalition ein Kompromiss erzielt worden, der sich  
auf die Erleichterung bei der Sozialversicherungsabgabenlast  
und auf eine gewisse steuerliche Komponente erstreckt.

Ich weiß, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen  
in diesem Hause gibt. Worauf will ich hinaus?

Wenn ich zusammenzähle, was diese Regierung mit dem  
ersten Konjunkturpaket, mit dem zweiten Konjunkturpaket  
und darüber hinaus in Gang gesetzt hat - das sind  
sehr viele einzelne Puzzleteile -, komme ich zu dem Ergebnis,  
dass das durchaus zu einer bemerkenswerten  
Entlastung der Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

Ich erinnere erstens an die nochmalige Absenkung  
des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, von  
3,3 Prozent auf 2,8 Prozent. Allein die Absenkung des  
Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung innerhalb  
dieser Legislaturperiode, von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent,  
bedeutet ein Entlastungsvolumen von 30 Milliarden  
Euro.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine Mutter würde wahrscheinlich immer noch von  
55 Milliarden DM reden. Dann hört sich die Summe  
gleich ganz anders an, und es gibt eine größere Aufmerksamkeit  
dafür. Aber stellen Sie sich auch das einmal  
vor: 30 Milliarden Euro! Darüber redet kaum ein  
Mensch - außer die Bundesregierung tut es selber.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Genau! - Dr. Guido  
Westerwelle [FDP]: Ja, das ist schon Schicksal!)

Ich möchte an einen zweiten Punkt erinnern: die Absenkung  
des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung  
und zusätzlich die steuerliche Absetzbarkeit  
der Krankenversicherungsbeiträge ab 1. Januar dieses  
Jahres; eine zusätzliche Entlastung von 9 Milliarden  
Euro. Ich erinnere an das, was wir im Bereich der Familienleistungen  
gemacht haben, im Blick auf die Freibeträge,  
im Blick auf das Kindergeld, noch einmal unterstützt  
durch einen Kinderbonus. Ich erinnere daran, dass  
zum 1. Juli dieses Jahres erfreulicherweise die Renten  
deutlich steigen werden, weit über das Niveau hinaus,  
das wir in den letzten Jahren anbieten konnten.

Die Effekte all dieser Maßnahmen - unterschiedlich  
je nach Haushaltstyp und Steuerklasse - addieren sich  
mit einer Reihe von anderen entlastenden Effekten  
durchaus auf eine Summe, von der zu erwarten ist, dass  
darüber jedenfalls die inländische Nachfrage einen gewissen  
Impuls bekommt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Von einer nicht weniger großen Bedeutung ist etwas, wofür sich zwar nicht die Politik Meriten erworben hat, aber was auch nicht unterschätzt werden sollte. Ich meine die Entwicklung, die uns noch bis weit in das Jahr 2008 hinein ausgesprochen bekümmert hat, als nämlich alle Menschen in Deutschland Benzin wahrscheinlich für nicht unter 1,45 Euro getankt haben. Inzwischen gibt es bei den Energiepreisen insgesamt, aber insbesondere bei Heizöl sowie Benzin und Diesel, eine Entwicklung, die, wenn die Preise 2009 weiter in der momentanen Bandbreite schwanken, wofür einiges spricht, ebenfalls einen entlastenden Effekt für die Konsumentinnen und Konsumenten bringt, mindestens in der Größenordnung von 20 Milliarden, wenn nicht 25 Milliarden Euro. Mit Blick auf die gesunkene Inflation sind die Reallohneffekte sehr viel besser einzuschätzen als noch im Jahr 2008, wo mit einer Inflationsrate von teilweise über 2 Prozent der Absaugeffekt bei der Kaufkraft natürlich ausgesprochen negativ gewesen ist.

Ich wäre Ihnen dankbar, meine Damen und Herren, wenn diese immerhin doch unterstützenden Maßnahmen nicht völlig aus der öffentlichen Diskussion verschwänden, sondern von uns transportiert würden, (Beifall bei der CDU/CSU)

damit die Menschen den Eindruck haben: Es gibt auch gegenläufige Entwicklungen in dieser schwierigen wirtschaftlichen Phase.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will auf einen weiteren Punkt innerhalb dieser Grundorientierungen zu sprechen kommen. Ja, wir werden es mit einem Nachtragshaushalt zu tun haben, der die Nettokreditaufnahme des Bundes fast verdoppelt, auf über 36 Milliarden Euro.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das haben wir Ihnen vor drei Monaten gesagt!)

- Ja. Sie haben in Ihrer Zeit so viel gesagt, Herr Lafontaine,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Hätten Sie einmal zugehört!)

das ist sehr schwer zu strukturieren. Sie haben sich dabei so häufig widersprochen, dass Sie keine große Wegweisung gegeben haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie sind in dem Zusammenhang überhaupt ein ziemlich großer Schlaumeier.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Steffen

Kampeter [CDU/CSU]: Da fällt mir noch ein

anderes Wort ein! - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Von Schlaumeier zu Schlaumeier also!)

Wir gehen beim Bundeshaushalt also in eine fast doppelt so hohe Nettoneuverschuldung hinein. Aber wir haben aus, wie ich finde, sehr guten Gründen entschieden, das Geld, das die Bundesregierung zusätzlich in die Hand nimmt, in einen Investitions- und Tilgungsfonds zu überführen, der völlig offen, transparent und zugänglich ist. Deshalb nehmen Sie mir den Hinweis nicht übel: Die Behauptung, dieser Fonds sei eine Art Versteckspiel oder ein Schattenhaushalt, ist Bestandteil einer sehr ritualisierten politischen Auseinandersetzung. Es ist völlig klar, dass das in diesem Sonderfonds geparkte Geld in

Höhe von 21 Milliarden Euro, das zusätzlich über Schulden finanziert werden muss, offenzulegen ist. Das ist vollkommen transparent. Ich kann nicht erkennen, durch was der Vorwurf berechtigt sein soll, wir würden irgendetwas geheim halten oder - von hinten durch die Brust ins Auge - vor jemandem zu verstecken versuchen. Man sollte allerdings mit Aussagen in Bezug auf die Höhe der Neuverschuldung in diesem Jahr insgesamt vorsichtig sein, weil wir es aufgrund des Jährlichkeitsprinzips des Bundeshaushalts mit einer Zahl zu tun haben. Der Abfluss der Mittel im Investitions- und Tilgungsfonds hingegen verteilt sich gegebenenfalls auf drei Jahre. Ich kann Ihnen deshalb erst ex post, nach Beobachtung des konkreten Mittelabflusses, sagen, wie hoch die Neuverschuldung im Jahre 2009 ausfällt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist der Trick!)

Von großer Bedeutung ist für uns allerdings gewesen, dass diese Mittel - es sind 16,9 Milliarden Euro plus 4 Milliarden Euro Zinsen bei einer Orientierung auf eine zehnjährige Tilgung, also ungefähr 21 Milliarden Euro - einer spezifischen Tilgungsregelung unterworfen werden. Ich gebe zu, dass man eine heftige Debatte darüber betreiben kann, ob das analog dem Erblastentilgungsfonds erfolgt. Der entscheidende Punkt, auf den ich hinaus will, ist, dass eine der verschiedenen Komponenten des Erblastentilgungsfonds ein erheblicher Tilgungsbeitrag der Bundesbank gewesen ist, konkret in der Dimension von 34 Milliarden Euro. Damit haben wir einen empirischen Beleg dafür, dass eine Tilgungsregelung, wie wir sie jetzt bezogen auf diesen Fonds in der Größenordnung von 21 Milliarden Euro haben, erfolgreich sein kann. Nichts anderes ist die Aussage der Bundesregierung in Gestalt der Kanzlerin, des Außenministers und meiner Person gewesen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Umschulden ist keine Tilgung!)

Wenn wir über die Bundesbank 34 Milliarden Euro im Rahmen des Erblastentilgungsfonds erfolgreich haben tilgen können, dann ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich groß, dass wir 21 Milliarden Euro im Rahmen dieses Fonds ebenfalls über diese Tilgungsregelung wieder aus der Welt schaffen können. Ich vermute sogar, dass das schneller als in zehn Jahren möglich ist. Die Durchschnittszahlen bei den Bundesbankgewinnen in den vergangenen 10, 13 Jahren sprechen dafür. Damals war die Bundesregierung noch sehr viel ehrgeiziger; da ging es um Gewinne ab 3,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2010 werden wir die Tilgung bei einem Gewinn von 3 Milliarden Euro ansetzen, danach bei 2,5 Milliarden Euro, schließlich bei 2 Milliarden Euro. Das heißt, die Eskalation bei der Nutzung überschüssiger Bundesbankgewinne zur Tilgung dieses Fonds wird eher zunehmen. Im Übrigen haben wir festgelegt, dass, wenn das Wirtschaftswachstum oberhalb des Potenzialwachstums liegt - durchschnittlich 1,5 Prozent, 1,6 Prozent -, die damit verbundenen erheblichen Mehreinnahmen ebenfalls zum Abtragen der Schulden dienen sollen.

Ich will, meine Damen und Herren, zum Schluss darauf

zu sprechen kommen, dass die momentane Konjunktursituation nach wie vor maßgeblich durch das geprägt ist, was auf den Finanzmärkten stattfindet. Wenn Sie den Eindruck haben, dass im Nachlauf des Finanzgipfels in Washington im November letzten Jahres die Hände in den Schoß gelegt worden sind, kann ich das nicht bestätigen. Vielmehr sind auf der Basis dessen, was die Bundeskanzlerin mit den anderen Regierungschefs der G-20-Länder verabredet hat, Arbeitsstrukturen geschaffen worden. Eine der Arbeitsgruppen steht unter dem Vorsitz der Bundesrepublik Deutschland. Wir bereiten uns, auch in den jetzt anstehenden internationalen Sitzungen, sehr gezielt auf den nächsten Finanzgipfel in London am 2. April dieses Jahres vor, um dort nicht nur konkrete Handlungsvorschläge einbringen, sondern auch einen Bericht darüber geben zu können, was bereits umgesetzt worden ist.

Es wäre sehr wichtig, zu signalisieren, dass diese Bundesregierung mit Blick auf eine größere, bessere Regelung, auf Verkehrsregeln für die Finanzmärkte mit zu den Ländern gehört, die für sich nicht nur in Anspruch nehmen können, in diesem Sinne maßgebliche Impulse gesetzt zu haben, sondern auch, sehr ehrgeizig vorzugehen. Unsere Erwartung ist, dass insbesondere der angloamerikanische Bereich die Wegstrecke weiter mitgeht.

Ich habe keine Indizien dafür, dass die neue Administration unter Präsident Obama quasi das relativiert, was noch von der alten Administration, auch auf dem Finanzgipfel in Washington, angelegt worden ist. Relativ sicher macht mich da nicht etwa irgendeine moralische Läuterung, sondern das nackte ökonomische Interesse des Landes, das den höchsten Kapitalimportbedarf auf der ganzen Welt hat, und das vor dem Hintergrund enormer Defizite, die finanziert werden müssen. Das heißt, dieses Land muss ein massives Interesse an der Wiederherstellung der Integrität seiner Finanzmärkte haben, weil sonst der riesige Kapitalbedarf in Billionenhöhe nicht gedeckt werden kann.

Was mich umtreibt und was im Rahmen einer solchen Debatte offengelegt werden muss, ist unter anderem, dass wir es in Europa zunehmend mit einer sich auseinander entwickelnden Wettbewerbsfähigkeit einzelner Eurostaaten bzw. EU-Staaten zu tun haben. Dies spiegelt sich in den Möglichkeiten dieser Staaten wider, ihren Kreditbedarf über Staatsanleihen befriedigen zu können. Das Ausmaß, in dem sich die Konditionen dieser Staatsanleihen im Moment in Europa auseinanderentwickeln, ist sehr beunruhigend. Man sollte zwar nicht so weit gehen und sagen, der Euro sei deswegen gefährdet. Aber angesichts des riesigen Kreditbedarfs auf den Kapitalmärkten kommen wir nicht nur mit Blick auf die Platzierung von Staatsanleihen möglicherweise in sehr schwieriges Fahrwasser hinein. Was mich aber noch mehr beunruhigt, ist, dass wir möglicherweise einen Verdrängungseffekt zulasten der Unternehmen der Güterwirtschaft und der Dienstleistungswirtschaft haben, die auf diesen Kapitalmärkten ebenfalls Kredite aufnehmen müssen. Denn je mehr wir Kredite staatlich verbürgen und je mehr wir selber Kredite vergeben oder platzieren - wir haben mit AAA das beste Rating -, umso



mehr kommen diejenigen Unternehmen in Verlegenheit, die zwar ein gutes Rating haben, das aber nicht ganz so gut ist wie das der Bundesrepublik Deutschland, weil keine vergleichbare Garantieposition dahinter steht. Dieser komplexe Zusammenhang kann mit Blick auf unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht ernst genug genommen werden.

Wir gehen deshalb, was die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 2009 angeht, sehr schweren Zeiten entgegen.

Um so wichtiger erscheint es mir, dass wir in einer solchen Situation nicht versuchen, irgendwelche parteipolitischen Spielchen zu machen, sondern gemeinsam

das tun, was die Bevölkerung von uns erwartet und was unsere Pflicht ist: Verantwortung zu übernehmen und die Situation – auch was die Qualität unserer Debatte betrifft – so ernst zu nehmen, wie die Lage es erfordert.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich dem Kollegen Brüderle das Wort erteile, möchte ich aus gegebenem Anlass darauf hinweisen, dass mit den jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkten die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität und des Nachtragshaushalts erst beginnt und keineswegs abgeschlossen ist.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Hört! Hört!)

In der öffentlichen Berichterstattung ist auch aufgrund mancher Pressemitteilung gelegentlich ein anderer Eindruck entstanden.

(Beifall des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Ich will der guten Ordnung halber darauf aufmerksam machen, dass nicht der Eindruck entstehen sollte, als könne die Öffentlichkeitsarbeit die parlamentarische Beratung ersetzen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat der Kollege Brüderle das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat für das Boomjahr 2006 die Störung

des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt.

Sie tut es jetzt in der Rezession wieder – das zweite Mal

in vier Jahren. Das lässt nur den Schluss zu: Diese schwarz-rote Regierung ist selbst eine sehr ernsthafte und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Große Koalition endet, wie sie begonnen hat. Sie ist in das Boomjahr 2006 mit einem Ausgabenprogramm gestartet, das die Bürger mit der größten Steuererhöhung der Republik bezahlen mussten. Nun geht sie mit mehreren Paketen zur Konjunkturstützung zu Ende. Man kann das konsequent nennen. Die schwarz-rote Koalition hat vier Jahre lang die Ausgaben immer weiter erhöht, den Bundeshaushalt aufgebläht und Strukturen kaum verbessert. Sie haben Ihre Zeit nicht genutzt.

(Beifall bei der FDP)

Das erinnert an den chronisch Kranken, der jahrelang mit immer neuen Aufputzmitteln über Wasser gehalten wird, statt ihn nach der richtigen Diagnose mit einer guten Medizin ordentlich zu kurieren.

Bei Antirezessionsmaßnahmen gilt die Devise: schnell, spürbar und zielgerichtet. Konjunkturprogramme können überhaupt nur wirken, wenn zeitnah auf die Krise reagiert wird, wenn die Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sie also nicht andere geplante Anschaffungen und Investitionen verdrängen, und sie einen kräftigen, psychologisch entscheidenden Impuls geben. Die Maßnahmen von Schwarz-Rot sind zögerlich, kleinteilig und diffus.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Lobby- und Ressortinteressen stehen im Vordergrund. (Joachim Poß [SPD]: Das haben Sie gerade nötig!)

Das Programm, das Schwarz-Rot heute vorgelegt hat, wird nur verzögert wirken. Das ergibt dann keinen Impuls für die Konjunktur, sondern Verdrängungseffekte und Preissteigerungen.

Wenn es stimmt, dass 50 Prozent der Wirtschaftspolitik Psychologie sind, dann muss man sagen, dass Ihr Paket komplett durchgefallen ist.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Das sehen Sie an der Umweltprämie!)

Zwei Drittel der Bürger glauben nämlich nicht daran, dass die Wirtschaftskrise mit diesem neuen Ausgabenprogramm bewältigt werden kann. Drei Viertel der Deutschen erwarten keinen positiven Effekt für sich selbst.

(Joachim Poß [SPD]: Weil Sie so diskutieren!)

80 Prozent der Menschen glauben, dass sie 2009 nicht mehr netto im Geldbeutel haben werden. Demnach ist das Programm schon verpufft.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Weil Sie alles miesreden!)

Die Große Koalition wollte die Wahl in Hessen ganz offensichtlich auch zu einer Abstimmung über das Konjunkturpaket machen. Anders waren die Schauveranstaltungen der ersten Januarwochen nicht zu erklären. Konjunkturgipfel, Regierungserklärungen - Sie haben Ihre ganze Inszenierungsklavierspielerei eingesetzt. Das hat politisch nicht gewirkt. Die Abstimmung über die schwarzrote Wirtschaftspolitik haben Sie verloren. Sie sollten jetzt aufwachen.

(Beifall bei der FDP)

Die deutsche Wirtschaft hat im letzten Jahr Waren mit einem Wert von 1 200 Milliarden Euro exportiert. Auch wenn der Export jetzt in Teilen einbricht: Konjunkturprogramme in Höhe von 30, 40 oder 50 Milliarden Euro führen nicht dazu, das auszugleichen.

(Ute Berg [SPD]: Was ist die Alternative?)

Das begreifen die Menschen draußen im Land.

Dennoch ist unstrittig, dass der Staat in der derzeitigen Krise nicht passiv bleiben kann. Unsere Auffassung von dem, was die Regierung tun sollte, ist aber eine andere.

(Joachim Poß [SPD]: Ja klar! Steuersenkungen!)

Seit acht Jahren dümpelt die Binnennachfrage in Deutschland vor sich hin. Wer die private Nachfrage

dauerhaft anregen will, darf sich nicht auf Einmalzahlungen an bestimmte Verbrauchergruppen beschränken.

Dazu brauchen wir dauerhafte, deutliche Steuersenkungen für alle.

(Beifall bei der FDP)

Im Aufschwung kann sich der Staat dann bei seinen Ausgaben zurückhalten und die Staatsquote sowie die Verschuldung zurückfahren.

Auch wenn manche Ihrer Ansätze, zum Beispiel bei der Bildungsinfrastruktur, nicht verkehrt sind: Dem Konjunkturprogramm, so wie es von den Koalitionsfraktionen vorgelegt worden ist, kann man eigentlich nur ein „So nicht!“ entgegenhalten. Mit diesem Konjunkturpaket werden viele Fehler der 70er-Jahre wiederholt. Nach der Ölkrise wurden 13 Konjunkturprogramme aufgelegt. Das Ergebnis waren mehr Schulden, weniger Wachstum, höhere Arbeitslosigkeit.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie haben es noch nicht kapiert, Herr Brüderle!)

- Herr Kauder, die FDP hat im Gegensatz zu anderen aus diesen Fehlern gelernt. Sie wiederholen diese Fehler in noch größerer Dimension. Das ist der Unterschied, Herr Kauder.

(Beifall bei der FDP)

Die Erfahrungen zeigen ganz klar: Der Staat übernimmt sich, wenn er den Konjunkturzyklus entscheidend glätten will. Das Ergebnis ist meist ein Strohfeuer und hohe Staatsverschuldung. Noch schlimmer: Der Staat wird vom Schiedsrichter zum Mitspieler. Sie verstoßen bei vielem gegen die marktwirtschaftliche Ordnung. Es ist ordnungspolitisch verfehlt, wenn man es einzelnen Unternehmen, die Fehlentscheidungen getroffen haben, ermöglichen will, diese Fehler durch Staatsgeld zu kompensieren. Je größer die Unternehmen sind, umso leichter sind Sie bereit, Geld lockerzumachen: „too big to fail“. Der Mittelstand, die Handwerker schauen in die Röhre; aber Großkonzernen wird die Türe aufgemacht. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:

Stimmt ja überhaupt nicht!)

Der Staat müsste der Wirtschaft helfen, aus den Problemen herauszukommen, mit ihnen fertig zu werden. Er müsste den Strukturwandel fördern, die Investitionsbedingungen dauerhaft verbessern, die Belastung durch Steuern und Abgaben verringern und Leistungsträger ermuntern. Aber das Häuflein der Marktwirtschaftler in der Union wird immer kleiner. Mindestlohn, Erbschaftsteuer, Schuldenbremse - es genügt nicht, wenn die wenigen Wirtschaftler in der Union gelegentlich Miau machen; sie müssen einmal die Krallen zeigen und sich zu der sozialen Marktwirtschaft bekennen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD:

Oh!)

Die letzten marktwirtschaftlichen Widerstandsnester in der Union sind die Haushälter, die noch kämpfen, aber wohl auf verlorenem Posten.

Den Grünen rufe ich noch zu: Sie sollten Ihre Carte blanche für den Bundesrat noch einmal überdenken. Angesichts des Paketes hier im Bundestag von einer Voodoo-Ökonomie zu sprechen,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit eure Steuersenkungspolitik zum Zuge kommt! - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Versackt!)

aber ansonsten die zur Schau gestellte Generationengerechtigkeit gleich zu vergessen, ist sehr zwiespältig, so wie vieles bei den Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Volker Kauder ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Wir haben eine schwere Finanzkrise. Aus dieser schweren Finanzkrise entwickelt sich eine Wirtschaftskrise, wie sie Europa und die Welt in den letzten 60 Jahren nicht gesehen haben. In dieser Krise die richtige Antwort zu geben, das ist unsere Aufgabe, nicht aber, hier an diesem Rednerpult ein Kasperletheater aufzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Jürgen Koppelin

[FDP]: Primitiv! - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Also darf der Finanzminister nicht sprechen! - Beifall des Abg. Oskar Lafontaine

[DIE LINKE], an den Abg. Dr. Guido

Westerwelle [FDP] gewandt)

Ich bin davon überzeugt, dass bei aller Diskussion darüber, ob die eine oder andere Maßnahme richtig ist, die Menschen danach urteilen werden, ob sie die Ernsthaftigkeit spüren, mit der an diese Aufgabe herangegangen wird.

In diesen Tagen treffen sich in Davos, wohin auch einige unserer Kollegen fahren werden, Wirtschaftsführer und Vertreter von Staaten aus der ganzen Welt. Analysiert man die Diskussionen der ersten Stunden und Tage in Davos, so spürt man, dass auch diejenigen, die sich als Fachleute bezeichnen, nicht wissen, in welchem Stadium der Krise wir uns jetzt befinden, in welchem Stadium sich dieser Prozess befindet, und dass es gar nicht so einfach ist, richtige Konzepte zu entwickeln.

Aber im Unterschied zu denen in Davos, die vor allem darüber reden, was gemacht werden muss, haben wir die Aufgabe, Entscheidungen zu treffen. Wir haben insbesondere die Aufgabe, den Menschen klar zu sagen, was die ganzen Maßnahmen sollen, die wir jetzt organisieren. Es geht doch nicht darum, dass wir Bankern Geld geben. Es geht auch nicht darum, dass wir der einen oder anderen Wirtschaftsbranche Unterstützung geben. Die entscheidende Botschaft heißt vielmehr: Wir leisten den uns, den dem Staat möglichen Beitrag, um den Menschen eine Perspektive zu geben, durch diese schwere Krise zu kommen. Dies ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine Perspektive zu geben, durch diese Krise zu kommen, hat zwei Elemente.

Erstens kommen die Menschen dann gut durch die Krise, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten können. Deswegen ist zentrale Maßnahme dieses zweiten Pakets,

das wir heute mit der ersten Lesung auf den Weg bringen, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande durch den Erhalt von Arbeitsplätzen eine Perspektive aufzuzeigen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten, so die Investitionen im kommunalen Bereich. Ein Instrument wird heute auch in den Wirtschaftsteilen der großen Zeitungen besonders gelobt. Da wird gesagt: Gott sei Dank hat die Regierung, hat diese Koalition das Instrument der Kurzarbeit als Stabilisierungsinstrument erkannt. Dass wir das Instrument der Kurzarbeit als Stabilisierung in schwieriger Zeit nutzen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat etwas damit zu tun, dass diese Große Koalition in den letzten drei Jahren ihre Aufgaben gemacht hat und das Sozialversicherungssystem der Bundesagentur zum ersten Mal seit Jahrzehnten keine Schulden hat, sondern dort eine veritable Rücklage von 17 Milliarden Euro liegt, die jetzt eingesetzt werden kann. Das ist nicht nur ein Erfolg der Großen Koalition, der Regierung. Das ist das Ergebnis einer großen Gemeinschaftsleistung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmer, aber eben auch der richtigen Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der zweite Punkt, an dem die Menschen festmachen, dass sie mit Perspektive durch diese schwierige Zeit kommen, ist, ob das, was sie zu ihrer Alterssicherung oder zur Finanzierung der Ausbildung ihrer Kinder gespart haben, erhalten bleibt. Deswegen ist die Stabilisierung der Banken nicht nur ein Thema für die Banken selbst, sondern die Stabilisierung der Banken bedeutet auch einen Schutz der Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Deswegen machen wir diese Maßnahmenpakete.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich kann nur darauf hinweisen, dass die Marktwirtschaft auch in dieser schwierigen Zeit ihre Berechtigung und ihre Bedeutung hat. Ich muss aber auch sagen: Es wäre unverantwortlich, wenn wir eine Bank in den Konkurs gehen lassen würden, weil wir damit nicht nur den Wert der Aktien der Banker, derjenigen, denen die Bank gehört, vernichten würden, sondern in unübersehbarer Folge auch Spareinlagen sowie Zukunfts- und Lebenschancen der Menschen in unserem Land. Die Finanzkrise ist in unserem Land mit voller Wucht angekommen, als in den USA Lehman Brothers in Konkurs gegangen ist. Eine solche Entscheidung kann ich mir in Deutschland, in unserem Land nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Brüderle, ich gebe Ihnen ja völlig recht: In einer Marktwirtschaft ist es nicht die erste Aufgabe des Staates, darüber zu entscheiden, welche Firma aufgrund ihrer ganz konkreten Risikostruktur weitergeführt werden kann und welche nicht, wenngleich ich auch sage, dass dies bis weit hinein in unsere Wahlkreise in der Vergangenheit, wenn es um Bürgschaften usw. ging, immer wieder auch mit Unterstützung von Politikern gemacht worden ist. Trotzdem warne ich davor, zu glauben, dass in einem Ministerium - bei allem Respekt, Herr Bundesfinanzminister - eine Heerschar von Beamten entscheiden kann, wer Zuwendung, wer Kredit, wer was bekommt. Auch wenn wir diese Ansicht miteinander teilen,

komme ich doch zu einem ganz anderen Ergebnis, nämlich zu dem Ergebnis, dass es jemanden geben muss, der diese Aufgabe übernimmt: Das ist unsere Bankenstruktur. Deswegen, Herr Finanzminister, begrüße ich es außerordentlich, dass Sie angekündigt haben, noch einmal zu überlegen und mit uns in den Bundestagsfraktionen noch einmal darüber zu sprechen, was getan werden muss, damit der Interbankenverkehr wieder in Gang kommt, damit unsere Banken stabilisiert werden. Wer wie ich und die Unionsfraktion will, dass die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft auch in schwieriger Zeit gelten, der muss das Interbankensystem und die Banken stützen, damit sie die Aufgabe erfüllen können, die der Staat nicht übernehmen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen muss bei den Banken zweierlei überlegt werden.

Erstens. Wir wissen, dass bei den Banken noch immer Risikopapiere liegen, die das Geschäft offenkundig erschweren. Zur Lösung dieses Problems gibt es verschiedene Vorschläge. Ich sage gleich einmal, was ich mir nicht vorstellen kann: Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bund zur bundesweiten Sondermülldeponie für toxische Papiere aller Banken wird. Das kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ein Lichtblick!)

- Ich bin mit der FDP bei einem wichtigen Punkt einig. Auch gut!

Wenn ich sage, was ich mir nicht vorstellen kann, dann folgt die Frage: Was kann man sich vorstellen? (Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Ich kann mir das, worüber im Bundesfinanzministerium und in der Bundesregierung diskutiert wird, durchaus als richtigen Weg vorstellen, nämlich zu sagen: Jedes Bankinstitut trägt Verantwortung für seine nicht so werthaltigen Papiere. Deswegen überlegen wir, ob wir es bilanztechnisch ermöglichen sollen, diese Papiere in andere Formen, in Zweckgesellschaften auszulagern, aber in der Verantwortung der einzelnen Bank zu lassen. Dabei ist zu überlegen, wie dies über einen längeren Zeitraum abgesichert werden kann.

Die Österreicher haben das Modell einer gestreckten Abschreibung - mit vielen Vorteilen. In der Fachwelt wird darüber diskutiert, ob man eine Risikoversicherung machen muss. Man kann über alles reden. Dieses Modell - die Verwaltung der Papiere in eigener Verantwortung der Banken - führt im Übrigen auch dazu, dass die Eigentümer, die Aktionäre dieser Banken, an diesem Risiko mitbeteiligt werden und nicht nur der Steuerzahler. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Bundesfinanzminister, ich würde Sie bitten, einen zweiten Punkt im Zusammenhang mit diesen Diskussionen jetzt auf den Weg bringen. Dies betrifft die Bankenaufsicht. Man kann ja viel behaupten, aber dass die Krise durch die Große Koalition bewirkt worden sei,

wie ich das bei Zwischenrufen aus den Reihen der Grünen gehört habe, glaubt wirklich niemand mehr.

(Zuruf von der SPD: Das glaubt Brüderle!) (A) (C)

(B) (D)

Volker Kauder

Es glaubt jedoch auch niemand, dass die Bankenaufsicht, so wie sie jetzt aufgestellt ist, für die neuen Herausforderungen richtig strukturiert ist.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sehr wahr!)

Wir haben in der Unionsfraktion Vorschläge entwickelt und möchten, dass wir jetzt darüber diskutieren. Ich kann mir vorstellen, dass wir die Bankenaufsicht, die noch getrennt ist, bei der Bundesbank, also in einer Behörde, konzentrieren; dort sollten wir alles zusammenführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann mir auch vorstellen, dass wir parallel zu diesem Modell, das ja offenbar breite Zustimmung in diesem Hause findet,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, Herr Kauder! - Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)

eine europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt einsetzen. Die einen üben die nationale Aufsicht aus, und bei der EZB in Frankfurt werden Produkte geprüft und zertifiziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen also: Wir sind in dieser Krise stark genug, um Orientierung zu geben.

Jetzt will ich an die Opposition gerichtet sagen: Wir haben auch in den eigenen Reihen Diskussionen. Wir kommen dann aber zu Entscheidungen, die wir durchführen. Jetzt will ich angesichts der vielen Meinungen, die es gibt, gar nicht sagen, dass das eine oder andere nicht auch überlegt werden kann. Aber um eines bitte ich im Interesse unseres Landes: Es sollte keine Diskussion geführt werden, die weit ab von der Wirklichkeit und der Erfahrungswelt der Menschen in unserem Land ist. Darum bitte ich.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der uns in der Koalition wichtig war. Wir haben in den vergangenen drei Jahren dieser Großen Koalition gezeigt, dass Haushaltssanierung und Haushaltskonsolidierung für uns ernste und wichtige Themen sind.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Von wegen!)

Von einem strukturellen Defizit von 60 Milliarden Euro und einer Nettokreditaufnahme von 30 Milliarden Euro im Jahr 2005 wollten wir zu einem strukturellen Defizit von null und einer Nettokreditaufnahme von null im Jahr 2011 kommen; ohne die Wirtschaftskrise hätten wir das erreicht.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Was? - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was habt ihr vorher gemacht?)

Das zeigt doch, dass unser Weg der Konsolidierung und der Zurückführung der Schulden richtig war.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Auch diese Zahl stimmt nicht!)

Das, was uns in den letzten drei Jahren wichtig war,

gilt auch in Zukunft. Es ist völlig ausgeschlossen, ein Maßnahmenprogramm, das der Konjunktur Antrieb geben soll und mit Geld ausgestattet sein muss, nicht auf dem Kreditweg zu finanzieren, wenn man noch immer neue Schulden machen muss. Das ist doch völlig logisch. Aber wir haben die Schulden schon sehr stark zurückgeführt. Deswegen sagen wir: Es ist für uns in der Großen Koalition unabdingbar, dass wir dieses Programm mit einer Schuldenbremse versehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ohne Schuldenbremse und ohne Tilgungsplan wird dieses Konzept nicht auf den Weg gebracht.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2040 oder 2050?)

Herr Kuhn, ich habe sehr wohl gelesen, was Sie gestern oder heute zu diesem Thema gesagt haben. Es ist völlig richtig: Die beste Lösung wäre, wenn wir eine gesamtstaatliche Schuldenbremse einführen könnten.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aha!)

- Das ist doch unbestritten; das haben wir doch immer gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass Bund und Länder diese Schuldenbremse gemeinsam beschließen. Genau daran arbeiten doch Peter Struck und Günther Oettinger gerade.

Am 5. Februar findet die wohl entscheidende Sitzung der Föderalismuskommission II statt, in der über dieses Thema gesprochen wird. Ich sage nicht nur in Interviews, sondern auch an diesem Rednerpult: Ich habe den Wunsch und die Bitte, dass die Länder einen Vorschlag machen, wie es gelingen kann, zu einer gemeinsamen Schuldenbremse zwischen Bund und Ländern zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zur gleichen Zeit sage ich aber auch: Ohne eine Schuldenbremse kommt das Paket nicht. Deswegen weiß jeder, wie im Augenblick die Bedingungen dafür sind.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt muss nur noch der Bundesrat dabei sein! Ich meine, er muss hier präsent sein!)

- Herr Kollege Westerwelle, ich nehme an, dass die Landesvertretungen ihren Regierungen schon berichten werden und die Ministerpräsidenten wissen, welche Forderungen wir haben. Im Übrigen sitzen wir am 5. Februar mit den Vertretern der Länder zusammen in der Kommission. Dann wird darüber noch einmal gesprochen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir befinden uns in einer Zeit großer Herausforderungen. Ich finde, dass wir mit diesem Maßnahmenpaket den Herausforderungen gerecht werden und dass wir sehr wohl die Botschaft formulieren können: Wir müssen nicht nur zuschauen, wir sind der Situation nicht nur ausgeliefert. Wir können vielmehr etwas leisten. Wir als Deutsche sind in Europa stärker als jedes andere Land. Deswegen kommt es auf unsere Signalwirkung und unsere Motivation ganz entscheidend an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Oskar Lafontaine,  
Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir stehen tatsächlich vor einer großen Herausforderung;  
das ist in diesem Hohen Hause bei allen Fraktionen  
sicherlich zustimmungsfähig. Die Frage ist, ob die  
Bundesregierung die richtigen Antworten auf diese  
große Herausforderung gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine große Herausforderung ist die Lösung der sogenannten  
Bankenkrise. Hierzu hat sich der Bundesfinanzminister  
eingelassen; es war sehr interessant, ihm  
zuzuhören. Er hat beispielsweise gesagt, es gebe kein  
Drehbuch. Wenn man das hier so vorträgt, dann macht  
man es sich etwas zu einfach. Es geht bei der Bankenkrise  
zunächst um die Frage, die wir hier auch diskutiert  
haben: Gab es Staatsversagen? Das war die Meinung der  
einen Seite dieses Hauses. Dann geht es um die Frage:  
Gab es ein großes Versagen der Vorstände der Banken  
oder der Banken überhaupt? Das war der Schwerpunkt  
der anderen Seite dieses Hauses. Die Konsequenz aus  
den Diskussionen der letzten Monate ist, dass es auf der  
einen Seite in großem Umfang Staatsversagen und auf  
der anderen Seite in großem Umfang Versagen von Bankern  
durch Veruntreuung und Verschleuderung von Milliarden  
gab. Diese Konsequenzen müssen wir hier sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann müssen wir fragen: Was können wir jetzt tun,  
um eine solche Krise zukünftig zu vermeiden? Auf der  
einen Seite muss der Staat anders handeln als in der Vergangenheit.  
Auf der anderen Seite müssen die Banker  
angehalten oder genötigt werden, anders zu handeln, als  
sie bisher gehandelt haben. So einfach sind im Grunde  
genommen die Konsequenzen, die aus den bisherigen  
Ereignissen zu ziehen sind.

Nun hat der Bundesfinanzminister hier gesagt, es  
gebe kein Drehbuch. Ich sage noch einmal: So einfach  
sollte man es sich nicht machen. Es gab hierzu den Zwischenruf:  
Wer kein Drehbuch hat, sollte jetzt zurücktreten,  
weil er keine Antworten auf die Herausforderungen  
hat.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Norbert

Röttgen [CDU/CSU]: Haben Sie Erfahrungen  
auf diesem Gebiet?)

Ich will beispielsweise ein Drehbuch nennen, das wir  
Ihnen empfehlen, das Drehbuch der Schweden. Das  
liegt der Bundesregierung vor. Die Schweden standen  
vor einer ähnlichen Herausforderung und haben diese  
Herausforderung erfolgreich bewältigt.

(Anton Schaaf [SPD]: Aber national begrenzt!)

Nun ist diese Herausforderung nicht völlig mit der jetzigen  
Situation vergleichbar, aber in vielen Dingen ist sie  
es natürlich schon.

Ich möchte Ihnen erklären, warum wir, die Fraktion  
Die Linke, für das schwedische Modell plädieren. Wir  
plädieren nicht deshalb für das schwedische Modell,  
weil wir der Auffassung sind, der Staat sei der bessere

Banker - es gibt einige solcher Klischees, die ständig wiedergekaut werden -, sondern weil wir der Auffassung sind, dass diese Regierung die verdammte Pflicht hat, die Verwendung von Steuergeldermilliarden zu kontrollieren. Das ist der Kern dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das tun Sie aber überhaupt nicht. Ich wiederhole: Diese Bundesregierung veruntreut in großem Umfang Steuergeld - in Milliardenhöhe -, indem sie Schecks verteilt, ohne sicherzustellen, dass das Geld auch ordentlich verwandt wird. Das ist der Kern des Problems.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter)

[CDU/CSU]: Diese Rede ist eine einzige intellektuelle Veruntreuung!)

Das bedeutet ganz konkret: Wenn man einer großen Geschäftsbank, der Commerzbank, 18 Milliarden Euro hinüberschiebt, dann muss man auch folgende Fragen beantworten können: Erstens. Können sie solche Gelder wieder außerhalb der Bilanz verwenden? Zweitens. Können sie solche Gelder vielleicht in Steueroasen verschieben? Drittens. Können sie solche Gelder verwenden, um wieder Schrottpapiere zu kaufen? Keines dieser Probleme haben Sie gelöst!

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unglaublich, welch katastrophales Versagen und welche Ahnungslosigkeit man immer wieder feststellen muss, wenn man Ihnen zuhört.

Wir haben versucht, Ihnen auf die Sprünge zu helfen.

(Lachen des Bundesministers Peer Steinbrück)

Wir haben gesagt: Wenn Sie unseren Vorstellungen nicht folgen wollen, sollten Sie zumindest die Vorschläge des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ernst nehmen. Er hat einen Katalog zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt, der weit besser ist als das, was Sie bisher vorgetragen haben. Es ist unglaublich, dass Sie das kommentarlos abgelehnt haben.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang)

Meckelburg [CDU/CSU]: Was haben Sie denn bitte schön mit Helmut Schmidt zu tun?)

Nun komme ich zu meinem zweiten Punkt, zum Konjunkturprogramm.

Das Konjunkturprogramm ist natürlich in vielen Punkten richtig angelegt.

Es ist aber viel

zu klein bemessen, und es ist sozial unausgewogen. Der Bundesfinanzminister hat darauf hingewiesen, dass die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland 40 Prozent beträgt und dass die außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands weitaus größer ist als die Japans, der Vereinigten Staaten von Amerika oder Chinas. Das alles ist richtig. Gleichzeitig fällt die Antwort, die Deutschland auf die konjunkturelle Krise gibt, ungleich zögerlicher aus als die Antwort der Staaten, die ich gerade nannte. Das muss doch zumindest einmal thematisiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir lassen uns wieder einmal von den anderen ziehen und glauben, wir könnten endlos so weitermachen.

Sie müssen auch einmal ein Argument anführen - irgendein Argument!

(Thomas Oppermann [SPD]: Das tun wir doch! Permanent!)

Sie haben wieder einmal betont, das Konjunkturprogramm sei angemessen dimensioniert. Ich habe Sie vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt - es ist natürlich ein bisschen boshaft, das hier zu sagen - erwähnt hat, dass man, um einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um etwa 2 Prozent zu kompensieren, mindestens 3 bis 4 Prozent des Sozialprodukts aufbringen muss. Sie müssen einmal ein Argument anführen, warum Sie das nicht tun. Allein die Anwendung der Grundrechenarten müsste Sie eigentlich dazu bringen. Es ist an der Zeit, dass Sie Ihre Politik umstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als der Bundesfinanzminister die Verschuldungssituation dargestellt hat, war von unserer Seite ein Zuruf zu hören. Ich frage Sie: Ist es von der Opposition denn wirklich vermessen, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie hier noch vor dreieinhalb Monaten absoluten Unsinn vorgetragen haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben an dieser Stelle ausgeführt, Sie würden die Konsolidierungsziele einhalten, und die Staatsquote würde sinken. Angesichts dessen, dass Sie noch vor drei Monaten solch einen Unsinn von sich gegeben haben, wundert man sich, mit welcher Frechheit und Dreistigkeit Sie hier auftreten.

(Beifall bei der LINKEN - Anton Schaaf

[SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Herr Bundesfinanzminister, weil Sie gerade lächeln - das ist immer so schön -, nun zu Ihnen. Kürzlich hatten Sie die Ehre, vom Träger des Wirtschaftsnobelpreises 2008 in der New York Times erwähnt zu werden.

Er hat einen wunderbaren Artikel über die ökonomischen Konsequenzen der Politik des Herrn Steinbrück geschrieben und Ihre Fehler erläutert; anscheinend lesen Sie solche Artikel aber nicht, oder sie gehen einfach an Ihnen vorbei.

Zum Schluss seiner Ausführungen hat der Autor geschrieben, dass Sie holzköpfig und dumm seien. „Boneheadedness“ hat er Ihnen vorgeworfen. Wenn ein Nobelpreisträger der Nationalökonomie einen solchen Vorwurf äußert, dann sollte man zumindest einmal kritisch in sich blicken und sich fragen, ob man nicht gravierende Fehler gemacht hat.

(Beifall bei der LINKEN - Thomas

Oppermann [SPD]: Oh nein! Da hat sich der Herr nämlich ganz gewaltig im Ton vergriffen, Herr Lafontaine!)

„Boneheadedness“ - dieses Wort wird Ihnen in den nächsten Jahren an der Backe kleben. Das ist ein wunderbarer Begriff, um Ihre Arbeit zu beschreiben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sollten einmal in den Spiegel gucken, Herr Kollege!)

Ich wiederhole: Mit den Begriffen „Dummheit“ und „Holzköpfigkeit“ wurden Ihre Bemühungen, auf die konjunkturellen Herausforderungen der Welt zu reagieren, charakterisiert.

(Thomas Oppermann [SPD]: Oh! Ist das jetzt also Ihr Argument? Sehr einfallsreich! Sie sind ja ein ganz großer Argumentierer!)

Es ist nun einmal so: Die größte Exportnation der Welt kann in einer weltwirtschaftlichen Krise dieses Ausmaßes im Vergleich zu allen anderen Industriestaaten nicht eines der kleinsten Konjunkturprogramme vorlegen. (Beifall bei der LINKEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! Das tun wir nicht! Völliger Unsinn!) Das ist das Versagen, das man Ihnen vorwerfen muss. Mein letzter Punkt. Sie wollen einen Fonds zur Stützung der Industrie auflegen. Das ist nach unserer Auffassung richtig. Denn wir wissen nicht, ob in nächster Zeit weitere Rettungsaktionen erforderlich sein werden bzw. welches Ausmaß sie haben werden. Es wird in diesem Zusammenhang, übrigens auch von den Kolleginnen und Kollegen der liberalen Fraktion, immer wieder darauf hingewiesen, dass man Großbetriebe unterstützt, während man kleine Betriebe nicht unterstützt; das ist ein Zwiespalt, in dem sich jeder, der Verantwortung trägt, befindet. Das ist natürlich eine völlig unbefriedigende Situation. Aber das ist auch eine moralische Frage: Wenn Großbetriebe Pleite machen, entsteht ein Strudel, in den viele Kleinbetriebe hineingezogen werden. Deshalb kann der Staat nicht tatenlos zusehen, wenn Großbetriebe Konkurs anmelden. Ich muss das in dieser Klarheit einmal ansprechen.

Die Bundesregierung diskutiert jetzt darüber, wie man sich im Fall Schaeffler verhalten soll. Natürlich ist diese Diskussion notwendig; aber man muss zu einem Ergebnis kommen. Es geht hier nicht darum, das Vermögen von Frau Schaeffler zu retten oder sie risikofrei zu stellen, es geht um 200 000 Arbeitsplätze. Der Staat kann nicht tatenlos zusehen, wenn Fehlentscheidungen zur Gefährdung dieser 200 000 Arbeitsplätze führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es richtig, wenn der Staat sowohl bei Opel als auch bei Schaeffler als auch bei anderen Betrieben versucht, lenkend einzugreifen. Das vertrete ich hier für unsere Fraktion.

Auf der anderen Seite sollten wir aus den Fehlentscheidungen der Vergangenheit endlich Lehren ziehen.

Schon in den 60er-Jahren ist darüber diskutiert worden, ob es richtig ist, im Rahmen der regionalen Strukturförderung Millionen zu geben – damals ging es noch um Millionen –, die letztlich den privaten Anteilseignern zukommen. Dies sei, so hat der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller wörtlich gesagt, verteilungspolitisch problematisch. Seit den 60er-Jahren wird darüber diskutiert; doch geändert hat sich überhaupt nichts.

Als die Mauer fiel und es darum ging, die Frage zu beantworten, was aus dem Staatsvermögen der DDR werden soll, haben wir die Privatisierung als Antwort gegeben. Dabei hätten wir die Chance gehabt, eine andere Wirtschaftsstruktur anzugehen. Jetzt haben wir wieder diese Chance, weil der Staat in großem Umfang herausgefordert sein wird, Betriebe zu unterstützen. Die Linke gibt allerdings nicht die Antwort der Verstaatlichung, wie sie ein Ministerpräsident der CDU gegeben hat und wie die Bundeskanzlerin der Presse zufolge vernehmbar war. Die Linke sagt vielmehr:

Belegschaftsbeteiligungen sind die richtige Antwort, wenn der Staat in großem Umfang eingreifen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mitarbeitergesellschaft ist für uns die Gesellschaft der Zukunft. Wir müssen uns wieder der Frage stellen, wie wir die Demokratie in unserem Lande verwirklichen können.

Ein Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat nach dem Kriege gesagt: Demokratie in der Politik und Absolutismus in der Wirtschaft, das wird auf Dauer nicht gut gehen. Wir haben jetzt die Chance, durch Belegschaftsbeteiligungen und Mitarbeitergesellschaften den Absolutismus in der Wirtschaft abzubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat befinden wir uns in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Wenn Sie die Zahlen des letzten Quartals 2008 hochrechnen, sehen Sie, dass die Schätzung, dass wir in diesem Jahr einen Rückgang von 2,25 Prozent haben werden, noch optimistisch ist, und das trotz des größten Konjunkturprogramms.

Aber ich muss mich schon wundern, Herr Lafontaine, dass in dieser ernstesten Situation immer noch Leute auftreten, die das anscheinend für eine Gelegenheit zum Abzocken halten. Vor ein paar Jahren mussten wir in der Presse von Florida-Rolf lesen, der Sozialhilfe hinterzogen hat. Ich will heute einmal von jemand anderem reden: von Kitzbühel-Maria.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schaeffler marschiert im Pelzmantel - echter Pelz! - bei Herrn Glos vorbei, hält die Hand auf und sagt: 1,5 Milliarden Euro, finanziert mir bitte eine großwahnsinnige Übernahme, die ich als eine der reichsten Frauen dieser Republik gegen die Wand gefahren habe. - Was hier praktiziert wird,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es wird doch gar nichts praktiziert!)

ist die Folge davon, dass ein schlechtes Beispiel gegeben wurde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten, heißt es nicht umsonst. Das schlechte Beispiel haben Sie selber geliefert: Das erste Paket, das CDU/CSU und SPD gegen die Bankenkrise geschnürt haben - und die FDP hat dem zugestimmt -, war ein solches schlechtes Beispiel. Heute sagt die FDP - ich habe genau zugehört, Herr Brüderle -: Ohne Kontrolle wurden 100 Milliarden Euro herausgereicht, plus 400 Milliarden Euro an Bürgschaften.

(Otto Fricke [FDP]: Das hat der Kollege überhaupt nicht gesagt! - Jürgen Koppelin [FDP]:

Was sagt denn Ihr Kollege im Ausschuss?)

Jetzt stellt sich der Bundesfinanzminister hier hin und sagt: Das, was wir damit erreichen wollten, nämlich die Verhinderung einer Kreditklemme, wurde nicht erreicht.

Die Kreditkonditionen für die Wirtschaft haben sich dramatisch verschlechtert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Bundesbank sagt genau das Gegenteil, Herr Trittin!)

Sie ziehen aus dieser Situation die Konsequenz, dass Sie einen Deutschlandfonds mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro auflegen. Dieser Deutschlandfonds ist Ihr eigenes Eingeständnis, dass Sie bei diesem Bankenrettungspaket falsch gehandelt und ein schlechtes Beispiel geliefert haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagten: Wenigstens das Interbankengeschäft muss angekurbelt werden. – Wenn Ihnen das gelungen wäre, hätten Sie dann wirklich mittlerweile 92 Milliarden Euro in die Hypo Real Estate hineinpumpen müssen? – Nein! Wäre es dann nötig gewesen, für die Übernahme von 25 Prozent der Commerzbank, die heute an der Börse noch 3 Milliarden Euro wert ist, bzw. für die Teilverstaatlichung insgesamt 18,5 Milliarden Euro auszugeben? – Nein, das alles wäre nicht nötig gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre erstens richtig gewesen, dass die Bankmanager den Schutzschirm nicht freiwillig nutzen können, (C)

(B) (D)

Jürgen Trittin

sondern dass sie verpflichtet werden, dies zu tun. Es wäre zweitens richtig gewesen, dies durch eine Teilverstaatlichung zu erreichen, und es wäre drittens richtig gewesen, als Anteilseigner dieser Banken das zu erreichen, um was es bei diesem Paket, so Herr Kauder, angeblich ging, nämlich die Wiederherstellung eines funktionierenden Finanzmarktes in diesem Lande. Das haben Sie nicht getan. Herr Minister, Sie haben in der Tat Geld verbrannt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Hinsichtlich des zweiten Versuchs haben Sie uns dann erzählt, dass das jetzt ein transparentes Verfahren ist und dass Sie erneut einen Schattenhaushalt aufbauen. Frau Merkel, Sie haben hier sogar gesagt, dass der Erblastentilgungsfonds ein Musterbeispiel dafür sei, wie man getilgt habe. Die Wahrheit ist: Von den 156 Milliarden Euro sind durch den damaligen Verkauf der UMTS-Lizenzen 34 Milliarden Euro getilgt worden. Der Rest ist aus dem Schattenhaushalt herausgenommen worden. Frau Merkel, Sie haben sich hier auf die schwäbische Hausfrau berufen. Was macht man mit einer schwäbischen Hausfrau, die nicht rechnen kann? Führt man eine Extrakehrwoche ein?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Herr Steinbrück, ich glaube, dass Sie Grund hatten, sich hinsichtlich der Skepsis gegenüber den Wirtschaftswissenschaftlern heute hier so bedeckt zu halten; denn es kommt ja in der Tat nicht alle Tage vor, dass ein amtierender Finanzminister von einem frischgekrünten Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften so vernichtend kritisiert wird, wie das hier geschehen ist. Ich glaube aber dennoch, dass Paul Krugman recht hat: Die

in diesem Paket enthaltenen Maßnahmen wirken zu langsam, zu zaghaft und nicht zielgenau. Sie verfehlen damit genau das Ziel der Stärkung der Binnennachfrage bei Wegbruch der Exportnachfrage.

Dafür muss man investieren. Sie sagen selber, dass das Geld, das an die Kommunen gezahlt wird, frühestens in der zweiten Hälfte dieses Jahres als Investitionsleistung auch in der Wirtschaft ankommen wird. Wahrscheinlich wird das erst 2010 der Fall sein. Wenn Sie bis dahin etwas erreichen wollen, dann hätten Sie aber die Konsumnachfrage stärken müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Das ist ganz einfach. Diese einfache Wahrheit hätte aber zur Konsequenz gehabt, dass Sie gezielt Geringverdiener entlasten müssen und nicht mit der Schrotflinte in der Gegend herumballern dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was machen Sie? - Sie senken die Steuern für jene Hälfte der Bevölkerung, die Einkommensteuer zahlt. Die andere Hälfte hat nichts davon. Das sind aber die Ärmeren und die, durch die der Konsum steigen würde. Das kostet Sie 7 Milliarden Euro. Was könnte man mit 7 Milliarden Euro tun? - Mit 7 Milliarden Euro könnten Sie die Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener endlich deutlich unter 40 Prozent senken. Für die Menschen, die noch weniger verdienen, könnten Sie sie sogar streichen. Das wäre eine sinnvolle Investition. Dann hätten diese Menschen in der Tat mehr Netto vom Brutto.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nehmen 10 Milliarden Euro aus diesem Paket in die Hand, um Ihren Gesundheitsfonds zu finanzieren.

Was hätte man mit 10 Milliarden Euro alles machen können? Überlegen Sie einmal: 37 Prozent der Kinder in Berlin unter 15 leben heute von Arbeitslosengeld II. Mit 10 Milliarden Euro, die Sie in Ihren verrückten Gesundheitsfonds stecken, hätten Sie die Arbeitslosengeld-II-Regelsätze von 351 Euro auf 420 Euro erhöhen können. Sie hätten damit ein Stück mehr Würde in diese Haushalte gebracht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten einen verfassungswidrigen Zustand beendet, und Sie hätten, ökonomisch vernünftig, die Nachfrage gestärkt. Aber Sie tun es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Steinbrück, Sie haben hier auf verschiedene Krisen verwiesen, die sich überlagern. Vielleicht ist es unter den Bedingungen der Globalisierung vernünftig, gelegentlich über die eigenen Grenzen hinwegzuschauen. Was machen Leute wie Obama?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Viele Schulden macht Obama!)

Was empfehlen Krugman oder - für die CDUler vielleicht kompatibler - der Kollege Töpfer? Sie empfehlen, in Bereiche zu investieren, die uns nach einer Krise zukunftsfähiger, wettbewerbsfähiger machen. Wenn Sie, Herr Steinbrück, zum Beispiel eine Strukturkrise in der Automobilindustrie diagnostizieren, dann müssen Sie

sich der Frage stellen: Was sind die Bereiche, die in 20 Jahren blühen und weiter wachsen werden? Wofür wollen wir in der Zukunft arbeiten? In was wollen wir in der Zukunft investieren?

Diesen Fragen haben Sie sich beim Schnüren Ihres Pakets erkennbar nicht gestellt. Dabei sind sie gar nicht so schwer zu beantworten. Wir müssen heute in all das investieren, was unsere Wirtschaft nachhaltig unabhängiger macht. Wir müssen vor allen Dingen in das investieren, was dazu beiträgt, dass auf eine kohlenstoffärmere Produktion umgestellt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die eigentliche Herausforderung. Da verknüpfen sich Klimakrise und Finanzkrise. Das heißt, Sie müssen in Modernisierung, vor allen Dingen in ökologische Modernisierung investieren. Dafür hätten Sie Geld in die Hand nehmen müssen. Das kann man auch schuldenfinanziert verantworten, weil es für kommende Generationen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeutet. Aber was tun Sie? Sie investieren blind in all das, was die verschiedenen Lobbygruppen innerhalb der Regierungsfractionen durchgesetzt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich das einmal vorstellen: Ein richtig großer Anteil der Investitionen fließt in den Neubau von Straßen, und das in einer Gesellschaft, die kleiner wird. Das heißt, Sie versuchen, die Wirtschaftskrise im neuen Jahrhundert mit den Rezepten der Nachkriegszeit, der 50er- und 60er-Jahre, zu bewältigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können natürlich sagen: Es ist wunderbar, wenn wir als künftiges Transitland ordentliche Straßen haben, über die die anderen unser Land durchqueren können. Aber mit Wertschöpfung hier vor Ort hat das alles überhaupt nichts zu tun.

Sie, Herr Steinbrück, diagnostizieren in dieser Situation eine Strukturkrise der Automobilindustrie. Aber was folgt daraus? Sorgen Sie dafür, dass unsere Automobilindustrie auf den Märkten von morgen wettbewerbsfähiger wird? Nein! Sie organisieren über die Abwrackprämie einen Ausverkauf der alten Flotte. Ich kann Ihnen angesichts der Erfahrungen, die man in anderen Ländern gemacht hat, heute schon sagen, was passiert, wenn dieser Boom zu Ende ist - Sie werden einen gewaltigen Kater haben -: Heute werden in den Autohäusern noch Extraschichten gefahren; am Ende des Jahres wird diese Entwicklung umschlagen in Kurzarbeit und Entlassungen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die von Ihnen auf den Weg gebrachte Reform der Kfz-Steuer bringt dem durchschnittlichen Golffahrer 60 Euro. Aber Sie scheuen sich, die daraus resultierenden Mindereinnahmen wieder hereinzuholen; Sie trauen sich nämlich nicht, die Spritfresser, die SUVs und andere große Fahrzeuge angemessen, also stärker zu belasten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ausdruck der Zögerlichkeit der Großen Koalition. Das Ergebnis sind übrigens 1,8 Milliarden Euro Mindereinnahmen. 1,8 Milliarden Euro werden künftige Generationen wegen dieses Konjunkturpakets zusätzlich



zu zahlen haben, weil Ihnen der Mut zum Umsteuern fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Steuern heißt mit Steuern zu steuern. Sie machen eine Kfz-Steuerreform -

(Widerspruch des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

- Schütteln Sie nicht so den Kopf, Herr Koppelin.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Der darf das aber!)

Diese Kfz-Steuerreform ist, was die Lenkungswirkung angeht, Ihrem Vorschlag sehr nahe, die Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer aufzuschlagen. Das ist eine interessante Idee, gerade von der FDP. Ich stelle mir schon jetzt vor, wie Herr Koppelin sich an die Tankstellen stellt und seine Steuersenkungen preist, während er gleichzeitig zu vertreten hat, dass Benzin und Diesel zwischen 10 und 15 Cent - manche Experten sagen ja sogar: 30 Cent - teurer geworden sind. Im Vergleich zu Ihren Vorschlägen, lieber Herr Koppelin, hatte die Einführung unserer Ökosteuern sehr bescheidene Auswirkungen. Viel Spaß bei dieser Übung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Trittin, möchten Sie den Dialog mit dem Kollegen Koppelin noch vertiefen?

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gerne.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das ist der Fall. Bitte schön, Herr Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Kollege Trittin, ich will Ihnen gerne erklären, warum ich mit dem Kopf geschüttelt habe. Ich habe Ihre Rede bisher mit großem Interesse verfolgt. Einzelne Punkte waren sehr interessant. Ich habe dann mit dem Kopf geschüttelt, weil ich mich angesichts der Rede, die Sie gehalten haben, gefragt habe, wie man, ohne das Paket der Regierung zu kennen, Zustimmung im Bundesrat signalisieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Koppelin, ich hatte schon den Verdacht, dass Sie diese Frage stellen würden. Weil ich laut Uhr des Präsidenten nur noch 1 Minute und 36 Sekunden Redezeit hatte, hatte ich das auch gehofft. Das erlaubt nämlich noch eine zusätzliche Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Koppelin

[FDP]: Sehr gut! - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Wir helfen gern!)

Ich will Ihre Frage sehr präzise beantworten: Das neue Paket löst Investitionen in Höhe von ungefähr 14 Milliarden Euro aus. Dem stehen Steuerausfälle, so die Regierungsvorlage, in Höhe von 7 Milliarden Euro gegenüber. Das muss man also schon einmal gegenrechnen.

(Otto Fricke [FDP]: Das müssen Sie addieren, Herr Trittin!)

Allein die Länder kostet das 3 Milliarden Euro und die Kommunen zusätzlich 1 Milliarde Euro. Das ist so.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Warum halten Sie dann eine solche Rede?)

Jetzt stehen die Länder und insbesondere die Stadtstaaten Hamburg und Bremen vor einer ganz einfachen Frage: Wollen sie zulassen, dass ihre Kassen noch weiter geplündert werden, oder retten sie ihre Kassen, indem sie dazu beitragen, dass dieses Paket verabschiedet wird? Das ist die ganz einfache Frage.

Das, was Sie von der FDP vertreten, kann schlechterdings im Interesse von Bremen und Hamburg sein. Sie fordern nämlich noch weitere Steuersenkungen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Genau!)

Diese brächten noch weitere Einnahmeausfälle für Bremen und Hamburg mit sich.

(Zurufe von der FDP)

- Sie sollten sich einmal anschauen, was Sie in Pressemitteilungen zum Besten geben. Wenn man all das zusammenrechnet, was Sie an Steuersenkungen fordern, dann kommt man auf einen Betrag von ungefähr 50 Milliarden Euro.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Man kann sich wortreich blamieren, Herr Trittin!)

Ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender hat dafür einen grandiosen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht, nämlich Entwicklungshilfe in Höhe von 400 Millionen Euro für China zu streichen. Das macht noch nicht einmal 1 Prozent des Betrages aus. Außerdem gibt es diese in dieser Form gar nicht. Ihre Leistungen, lieber Herr Westerwelle, bei den Grundrechenarten sind also auch schwach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das, was ich gerade gesagt habe, ist also der Grund dafür, warum Bremen und Hamburg sagen: Nein, wir lassen uns unsere Kassen nicht von der FDP plündern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Och!)

Erlauben Sie mir noch eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang, lieber Herr Koppelin:

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ja, gerne!)

Insbesondere freue ich mich über die Haltung des Landes Berlin. Dort hat man vorletzte Woche nämlich das Geld schon einmal prophylaktisch verteilt, was das Land Berlin aus diesem Fonds bekommen soll. Nachdem die Landesregierung nun festgestellt hat, dass das Vorhaben auf jeden Fall den Bundesrat passieren wird, hat sie sich überlegt, dass sie auch dagegen sein könnte. Ablehnen, weil Annahme gesichert - so sehen die Helden von heute aus, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Widerspruch bei der LINKEN)

Wenn man die Krise bekämpfen will, dann muss man in die richtigen Bereiche investieren: Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Sie hätten 3 Milliarden Euro in einen Energiesparfonds investieren können. Sie hätten, statt neue Straßen zu bauen, zum Beispiel 1,7 Milliarden Euro für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen können. Sie hätten sehr viel stärker auf die Netze von morgen setzen sollen. Netze von morgen sind weder Landebahnen noch Autobahnen, sondern das sind Wärmenetze

und intelligente Stromnetze. Frau Kanzlerin, Sie waren neulich bei einer Veranstaltung des Bundesverbandes Erneuerbare Energie. Dort hat man Ihnen vorgerechnet, dass im Jahre 2020 47 Prozent unserer Stromproduktion auf erneuerbaren Energien basieren werden. Lassen Sie es 45, 43 oder 52 Prozent sein. Eines ist aber völlig klar: Diese Menge an erneuerbarer Energie werden Sie nur bewältigen können, wenn Sie massiv in intelligente Stromnetze und in den Aufbau ganz anderer Kraftwerkstrukturen investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten all dies tun müssen; denn hierbei handelt es sich um die Infrastruktur von morgen.

Was machen Sie? Sie hören: Bildung – da muss man jetzt etwas machen! Was tun Sie? Sie investieren in neue Schulgebäude und neue Turnhallen.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Sehr gut! –

Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Alles richtig. Nur, meine Damen und Herren, Investitionen in Bildung dürfen sich nicht auf Investitionen in Beton beschränken. In Bildung investieren heißt auch, in Köpfe zu investieren, verlangt also Investitionen in die Ausbildung von Erziehern, Lehrern sowie Professoren.

Genau an dieser Stelle versagen Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Volker Kauder [CDU/CSU]: Dafür sind die Länder zuständig!)

Das ist der Grund, warum wir dieses Konjunkturpaket für falsch halten. Wir glauben, dass Sie mit diesem Paket nur eines getan haben: Statt den Herausforderungen einer nachhaltigen Bewältigung der Krise gerecht zu werden, haben Sie nur erneut nachgebessert. Wir sind ziemlich sicher, dass Sie im Herbst dieses Jahres noch einmal nachbessern werden müssen – denn der Optimismus Ihres noch amtierenden Wirtschaftsministers wird sich in diesem Punkt nicht bestätigen –, weil Sie nicht nachhaltig handeln. Es ist die falsche Antwort auf diese Krise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Poß ist der nächste Redner für die SPDFraktion. Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir durften eine zirzensische gedankliche Meisterleistung von Herrn Trittin bewundern. Er hat die Frage der FDP bravourös abgewendet,

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sich dann aber, wie ich fand, argumentativ verheddert. Bedauert habe ich, Herr Trittin, dass Sie in Sachen Besserwisserei in Konkurrenz zu Oskar Lafontaine getreten sind.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Herr Poß!)

Wenn Sie die derzeitige weltwirtschaftliche Situation betrachten und behaupten, dass die USA unter Begleitung des klugen Ökonomen Paul Krugman alles richtig gemacht hätten, während wir herumstümperten, dann hat das mit der Realität nichts zu tun. Schauen Sie sich doch an, was in den USA tatsächlich abläuft! Dort wird schon der dritte Versuch gemacht, die Finanzmarktsituation in

den Griff zu bekommen. Wir sind beim ersten Versuch und müssen darüber diskutieren, wie wir das angestrebte und von uns allen geteilte Ziel erreichen, den Interbankenverkehr zu verbessern.

Es reicht nicht aus, Paul Krugman zu zitieren, der im Übrigen fahrlässigerweise Vergleiche angestellt hat, die man nicht anstellen kann. Wer die Situation in den USA kennt - ich bilde mir ein, etwas davon zu verstehen -, weiß, dass man ein Land, das ökologisch und industriepolitisch in weiten Bereichen auf dem Stand eines Entwicklungslands ist, Gott sei Dank nicht mit unserem Land vergleichen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genauso abwegig wie ein Vergleich mit England, was die Industriestruktur oder die Bedeutung des Dienstleistungssektors angeht. Solche Schlaumeiereien helfen uns in Deutschland zurzeit nicht weiter. Hier und heute auch im Bundestag geht es darum, das annähernd Richtige zu tun,

(Zuruf von der FDP: Annähernd!)

um mitzuhelfen, aus der derzeitigen Krise herauszufinden.

Das gilt für Bund, Länder und Kommunen, weil es eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung, der wir gerecht werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gestatten Sie mir noch eine Nachbemerkung. Ich finde die Haltung der Grünen dort, wo sie mitregieren, konstruktiv, wenn es dabei bleibt, Herr Trittin. Aber Sie könnten durchaus das, was wir mit den beiden Paketen - denn es geht um zwei Pakete; eines ist bereits beschlossen worden, und wir diskutieren heute über das zweite - gemacht haben, positiver würdigen. Beide Pakete mit einem Volumen von insgesamt 80 Milliarden Euro enthalten starke Impulse zur Energieeinsparung, Wärmedämmung und für den gesamten Bildungsbereich. Das müssten Sie eigentlich begrüßen; es geht in die richtige Richtung.

Selbst bei einem hochstreitigen Thema wie der Kfz-Steuer ist eine Lösung gefunden worden, die eine ökologische Orientierung aufweist und um die man sich - wenn man sich genauer zurückerinnert - schon seit Jahrzehnten bemüht. Das ist erreicht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei aller Kritik, die von der Opposition kommen muss und kann - das ist unbestritten -, wird das, was wir vorgelegt haben, nicht richtig gewürdigt.

Denn unser Paket ist ein richtiger Mix, der im Kern auf eine Investitionsstrategie Wert legt, von der insbesondere die Kommunen profitieren. Kommunen sind nichts Abstraktes; damit profitieren die Kinder in den Kindergärten, die Schüler in den Schulen und die Handwerker in den Städten von dem Plan, der zu einem wesentlichen Teil von Frank-Walter Steinmeier entwickelt wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Vorhaben ist richtig, und es müssen alle mithelfen, dass es gelingt.

Darüber hinaus tauchen Fragen auf - zum Beispiel nach dem 100-Milliarden-Euro-Fonds -, die sehr schwer zu beantworten sind. Wir - ich unterstelle, dass das für uns alle gilt - wollen die Arbeitsplätze sichern. Aber bei der Frage, ob man dann noch Milliarden hinterherwirft, kommt man ins Grübeln. Wer will genau auseinanderhalten, ob die aufgetretenen Probleme der Finanzmarktkrise zuzuordnen sind oder ob das auch einer falschen Unternehmensstrategie bzw. falschen unternehmerischen Entscheidungen geschuldet ist. Ich habe heute im Morgenmagazin einen durchaus klugen Professor dazu gehört. Er hat gesagt, das müsse man auseinanderhalten. Dazu kann ich nur sagen: Good luck bei dem Versuch, das in der Praxis auseinanderzuhalten! Das sind doch die Schwierigkeiten, mit denen wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Bemerkung zum Staats- und Bundeshaushalt. Unser Ziel bleibt es, nach Bewältigung der Schwierigkeiten, mit denen wir es auf absehbare Zeit zu tun haben, möglichst schnell zu einem ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushalt zu kommen. Nach wie vor streben wir außerdem an, in der Föderalismuskommission für Bund und Länder eine realitätstaugliche Verfassungsgrenze bei der öffentlichen Verschuldung zu erarbeiten; das ist unbestritten. Ich betone: eine realitätstaugliche Verfassungsgrenze. Das gebe ich im Hinblick auf die Beratungen in der nächsten Woche zu bedenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Konjunkturpakete und unsere Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte können nur dadurch finanziert werden, dass wir in diesem und im nächsten Jahr viel mehr Schulden aufnehmen, als wir ursprünglich vorgesehen hatten. Das ist eine Hypothek für die Zukunft. Das müssen wir den Menschen offen sagen. Das verschweigen wir auch nicht. Selbst wenn es fast banal klingt: Vor der zukünftigen Entwicklung ist die Gegenwart zu gestalten und sind die Krisen der Gegenwart zu bewältigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das verlangen die Menschen jetzt von uns. Dem müssen wir gerecht werden. Wenn wir ausgerechnet von Herrn Westerwelle als Schuldenmacher kritisiert werden, dann ist das im Kern nicht ehrlich, wenn man gleichzeitig mit Steuersenkungsvorschlägen und politischen Lockvogelangeboten operiert, die nie Realität werden können, wenn man Stabilität auf Dauer erhalten will; das wissen A) (C) (B) (D)

Joachim Poß

wir doch alle. Das ist doch Volksverdummung, was hier teilweise stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe daher die Diskussion bei unserem Koalitionspartner CDU/CSU, die darüber geführt wurde, nur sehr unvollständig; denn auch ein Land wie Bayern hat nicht mehr die finanziellen Mittel und die haushalterischen Verhältnisse, wie das vielleicht vor ein, zwei Jahren der Fall war. Weitere Steuersenkungen zu finanzieren - unser Paket sieht sogar auch welche vor -, ist in der Tat für Länder und Kommunen gar nicht mehr so

einfach. Ich bitte, auf den Boden der Realität zu kommen. Es ist nicht klug, den Menschen in einem Wahljahr Dinge in Aussicht zu stellen, die so - das weiß man - in absehbarer Zeit nicht, jedenfalls nicht in vier Jahren, zu realisieren sind. Wir alle sind, glaube ich, gut beraten, nicht Dinge zu versprechen, die wir erkennbar - ob wir es wollen oder nicht - so nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen haben wir auch Entlastungen vorgesehen. Der Kinderbonus und die Erhöhung des Kindergeldes stellen Entlastungen für die Familien dar. Ich könnte diese Reihe beliebig fortsetzen. Ein verheirateter Alleinverdiener mit durchschnittlichem Einkommen und zwei Kindern wird in diesem Jahr um 670 bzw. 680 Euro - je nach Fall - entlastet. Er hat also mehr im Portemonnaie. Angesichts dessen können Sie nicht sagen: Das ist überhaupt nichts. - Natürlich ist das ein Teil des Mixes, den wir angestrebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch der Abg. Ina Lenke [FDP])

Der Versuch der Opposition, in den Diskussionen hier von dem abzulenken, was unser Konjunkturpaket eigentlich ausmacht, ist daher zu durchsichtig. Ansonsten müssten Herr Westerwelle oder Herr Trittin und die Linkspopulisten zugeben, dass das, was seitens der Regierung vorliegt, insgesamt gelungen ist und uns einen großen Schritt weiterbringen wird. Insbesondere in den finanzschwachen Kommunen, in denen aus Geldmangel in den letzten Jahren zu wenig passiert ist, werden in den nächsten Jahren große Schritte nach vorne gemacht werden. Das wird spürbar werden, und das ist auch gut so. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jürgen Koppelin, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, zwei Vorbemerkungen zu bisherigen Redebeiträgen zu machen. Herr Kollege Poß hat es leider nicht angesprochen, und ich will es ihm nicht vorwerfen. Herr Kollege Lafontaine, ich bin gern bereit, mich über die eine oder andere Sache mit Ihnen auseinanderzusetzen. Helmut Schmidt war Kanzler einer sozial-liberalen Koalition. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, was Sie einmal über Helmut Schmidt gesagt haben. Ich finde, Sie sollten Helmut Schmidt nicht zitieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Eine andere Bemerkung zu Ihnen, Herr Trittin. Sie haben kritisiert und der FDP den Vorwurf gemacht, was den Bankenschild angehe, finde nicht genug oder überhaupt keine Kontrolle statt. Wir als FDP haben es geschafft, zusammen mit der Koalition ein Kontrollgremium einzurichten. Wenn Sie der Auffassung sind, dieses Kontrollgremium arbeite nicht vernünftig, dann schlage ich vor, dass Sie den Vertreter der Grünen aus diesem Gremium abziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun zu dem, was uns heute beschäftigt. Herr Kollege Poß, wenn Sie wegen der Forderungen der FDP nach Steuersenkungen von Volksverdummung sprechen, (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Was hat denn die FDP mit dem Volk zu tun?)

dann frage ich mich, wieso Sie sich anmaßen, der FDP Volksverdummung vorzuwerfen, da Sie doch vor der letzten Bundestagswahl eine Mehrwertsteuererhöhung massiv abgelehnt haben, um anschließend diese Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Das war Volksverdummung, nichts anderes. Bei Ihnen würden heute 50 Abgeordnete weniger sitzen, wenn Sie das Volk nicht so verdummt hätten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Bürger fühlen sich tatsächlich verdummt. Was ist denn gewesen? Man hat von den Bürgern Steuererhöhungen noch und noch mit der Begründung gefordert, wir müssten einen ausgeglichenen Haushalt erreichen - das ist vernünftig -, und jetzt haben wir die Pleite; der ausgeglichene Haushalt kommt nicht, aber die Bürger wurden noch und noch abkassiert.

Herr Bundesfinanzminister, ich finde, zu Ihrer Rede heute hätte auch ein bisschen Demut gegenüber den Bürgern und das Eingeständnis gehört, dass Sie das Ziel nicht erreicht und die Bürger abkassiert haben. Zumindest das hätte in Ihrer Rede vorkommen müssen. Was haben wir als FDP gesagt? Wir haben gesagt: Die Konjunktur läuft gut, die Steuereinnahmen sind da, denkt bitte daran, dass nach guten Jahren auch schlechte Jahre kommen; legt deshalb etwas für die schlechten Jahre zurück. Das ist immer wieder unsere Forderung gewesen.

Auch Sachverständige haben das gesagt. Herr Bundesfinanzminister, Sie haben sich über die FDP lustig gemacht, und Sie haben sich über die Sachverständigen lustig gemacht. Sie alleine waren derjenige, der überhaupt wusste, wie die Weltwirtschaft läuft, vielleicht noch unterstützt vom Kollegen Poß.

(Heiterkeit bei der FDP und der LINKEN - Edelgard Bulmahn [SPD]: Sie waren doch diejenigen, die die Regulierung der Finanzmärkte abgelehnt haben!)

Aber der Rest der Welt wusste überhaupt nicht Bescheid. Jetzt sitzen Sie hier und haben das Fiasko.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, Sie lassen sich nicht gern Ihre Zitate vorhalten. Es wird Ihnen trotzdem nicht erspart bleiben. Ich will etwas zu dem Konjunkturprogramm sagen. Sie haben noch vor kurzem, am 4. November, hier gestanden und gesagt:

Es macht keinen Sinn, mit nationalen Ausgabenprogrammen ein Strohfeuer zu entfachen, wenn am Ende langwirksame Belastungen durch eine neue Schuldenaufnahme entstehen.

Haben Sie das nicht gesagt? Gehen Sie doch einmal auf Ihre eigenen Zitate ein und sagen Sie, dass es Ihnen leid tut, dass Sie sich geirrt haben und die Entwicklung so

dramatisch war.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Er hört sowieso nicht zu! Unhöflicher geht es nicht!)

Ist nicht erst Ende Dezember der Bundeshaushalt 2009 vom Bundespräsidenten und von Kabinettsmitgliedern, von der Kanzlerin und von Ihnen unterschrieben worden und wirksam geworden? Das war Ende Dezember. Schon jetzt müssen Sie einen Nachtragshaushalt vorlegen. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben Ihnen das gesagt. Wir haben Ihnen gesagt, dass der Haushalt 2009, wie Sie ihn hier beschließen, nicht einmal das Papier wert ist, auf dem er gedruckt ist. Was haben Sie sich über uns lustig gemacht!

Man darf uns die Frage stellen, wo man hätte sparen können. Deswegen habe ich unser Buch mit den Sparanträgen wieder mitgebracht. Es sind über 400 Anträge mit einem Einsparvolumen von 10,5 Milliarden Euro. Warum haben Sie beim Nachtragshaushalt nicht ein einziges Mal auf die Ausgabenseite geschaut und sich für Kürzungen und Streichungen ausgesprochen? Um es mit Karl Schiller zu sagen - ich fand es so schön, als er in Amt und Würden war -: Da muss eben so manches Zierpflänzchen herausgerissen werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bundesfinanzminister, Sie müssen auch erklären, warum Sie plötzlich Sondervermögen, Sondertöpfe schaffen. War es nicht so, dass man in der rot-grünen Koalition 1999 - ich fand, zu Recht - gesagt hat, dass man keine Schattenhaushalte mehr will und alles in den Bundeshaushalt hinein muss? Es waren doch Ihre Finanzminister, die gefordert haben, dass Sondervermögen abgeschafft werden. Jetzt schaffen Sie wieder welche. Sie müssen doch zumindest begründen, warum es damals richtig war, diese abzuschaffen, und es heute falsch ist - oder umgekehrt, wie immer Sie das haben wollen. Das müssen Sie doch einmal erklären. Aber nein, Schweigen im Walde! Da kommt von Ihnen nichts.

(Beifall bei der FDP)

Nach dem Konjunkturpaket I kommt Konjunkturpaket II. Ich will nicht zitieren, was Sie zu Konjunkturpaketen sonst noch gesagt haben, aber wie im Haushaltsausschuss frage ich Sie, Herr Bundesfinanzminister:

Schließen Sie aus, dass noch ein Konjunkturpaket III kommt? Schließen Sie das wirklich aus?

Die Christlich Demokratische Union muss sich etwas fragen lassen. Herr Kollege Struck hat vor wenigen Tagen verkündet, dieses Konjunkturpaket sei eine ganz tolle Leistung; es trage zu 80 Prozent - „über 80 Prozent“, hat er, glaube ich, sogar gesagt - die Handschrift der Sozialdemokraten.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Herr Koppelin, können Sie das wiederholen? - Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Seit wann glauben Sie ihm das?)

Wo seid ihr von der Union eigentlich?

(Beifall bei der FDP)

Wo sind eure Wirtschaftspolitiker eigentlich? Wo seid ihr Christdemokraten eigentlich? Wo habt ihr bei diesem Paket darauf geachtet, dass der Export gestützt wird? Wo



habt ihr auf die Sachverständigen gehört? Gerade die Union wird deutlich machen müssen, ob es wirklich ihr Konjunkturpaket ist, ob es ihr Nachtragshaushalt ist. Da warten wir auf die Beratungen.

Erlauben Sie mir, zum Schluss doch noch ein Zitat zu bringen, und zwar ein Zitat des Bundesfinanzministers vom 28. November 2008, also noch aktuell:

... weil ich am Ende dieser Legislaturperiode nicht dort enden will, wo wir angefangen haben: bei einer strukturellen Verschuldung des Bundes von 55 Milliarden Euro. Dann hätte diese Große Koalition keinen guten Job gemacht.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das war aber eine schwache Vorstellung, Kollege Koppelin! - Edelgard Bulmahn [SPD]: Das waren alles Plattitüden, Herr Koppelin!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Steffen Kampeter ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Kern geht es bei dem, worüber wir hier gerade diskutieren, darum, dass die Bürger in diesem Land wieder Vertrauen in die Zukunft gewinnen. Dazu kann jeder seinen Beitrag leisten: die Unternehmen, die Sozialpartner, alle, die in gesellschaftlichen Organisationen tätig sind, und auch die Politik. Wir reden heute über ei(C)

(B) (D)

Steffen Kampeter

nen Teilbeitrag zur Wiedergewinnung des Vertrauens in die nächsten Jahre. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wären wir hier im Haus allein verantwortlich.

Die Wiedererlangung des Vertrauens ist für das Jahr 2009 eine große Gemeinschaftsaufgabe für alle in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Angesichts der Beschränktheit dessen, was Politik tatsächlich leisten kann - wir müssen den Bürgern sagen, dass wir in dieser Krise nur einen beschränkten Beitrag leisten können -, geht es mir und den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss darum, deutlich zu machen, dass beim Retten und Stimulieren auch Maß und Mitte wichtig sind. Vertrauen gewinnt man in der Politik nicht, wenn man nur kurzfristig erfolgreich ist; die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande achten darauf, dass die politischen Handlungen auch langfristig Vertrauen erzeugen. Das heißt, wir müssen zeigen, dass unser Krisenmanagement hilft, dieses Vertrauen kurzfristig wiederzuerlangen, ohne dass es die zukünftigen politischen Generationen langfristig, nämlich in den nächsten Legislaturperioden, vor erhebliche Probleme stellt. Deswegen ist es wichtig, abzuwägen: Was ist an Krisenbewältigung nötig, und wie viel Schuldenaufnahme ist dafür möglich?

In diesem Spagat bewegt sich die Bundesregierung bei dem, was sie vorgeschlagen hat. Wenn wir am Ende der Beratung das Konjunkturpaket mit einer wirkungsvollen Schuldenbremse kombiniert haben werden, werden

wir auch Maß und Mitte des politischen Beitrags zur Wiedererlangung des Vertrauens erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist in dieser Debatte deutlich geworden, dass keine der Fraktionen in diesem Haus gegen ein staatliches Eingreifen ist, dass in der einen oder anderen Fraktion aber unterschiedliche Auffassungen dazu bestehen. Ich will mich mit zwei oder drei Argumenten auseinandersetzen und sie einmal gegen unser Programm halten.

Erstens. Mehr oder weniger öffentlich hat der Kollege Lafontaine gesagt, dass wir zu wenig Schulden machen. Der Kollege Trittin hat Vorschläge gemacht, die im Ergebnis auch auf eine höhere Verschuldung hinauslaufen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Im letzten Jahr sind weltweit ungefähr 1 000 Milliarden Dollar Staatsschulden aufgenommen worden. In diesem Jahr werden es 3 000 Milliarden Dollar sein, eine Verdreifachung. Deswegen sollten wir auch unter dem Gesichtspunkt von Maß und Mitte nicht allzu eilfertig den Eindruck zu erwecken versuchen, als wären mehr Schulden eine Möglichkeit, weniger Probleme zu haben. Umgekehrt ist es richtig: Zu viele Schulden werden uns zukünftig mehr Probleme machen. Deswegen sind Maß und Mitte bei der Verschuldung wichtig.

Ich finde es nicht richtig, wenn hier ein amerikanischer Nobelpreisträger als Kronzeuge gegen die Bundesregierung angeführt wird. Ich möchte den Maßstab, den die Amerikaner an ihre Verschuldung anlegen, nicht zum Maßstab für die deutsche Politik machen. Das entspricht nicht unserem Verständnis von Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte auch nicht, dass der Staat alles an Schulden aufsaugt und die private Aktivität verdrängt, dass wir zusätzlich zu den vielen Schulden, die wir machen müssen, auch noch private Bürgschaften und Garantien absichern müssen. In Amerika, wo wahrscheinlich fast 10 Prozent der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Verschuldung erzielt werden, werden die wirtschaftlichen Probleme durch Schulden hervorgerufen und nicht durch Schulden gelöst. Wir setzen dagegen einen Kurs von Maß und Mitte. Das ist gut und richtig, um Vertrauen in unserem Land zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein zweites Argument, das hier vorgetragen worden ist, lautet: Warum gibt es nicht noch mehr Steuer- und Beitragssenkungen? Das ist ein Argument, das in CDU und CSU auf ein hohes Maß an Sympathie stößt. Es ist nicht zuletzt ein Verdienst der CSU, dass wir unter den Konjunkturmaßnahmen auch einen Einkommensteuereffekt haben.

In dem Zusammenhang bitte ich insbesondere die Kollegen von der FDP, auch an ihre eigene Vertrauenswürdigkeit zu denken. Der Kollege Fricke erweckt den Eindruck, als gäbe es keine Schulden mehr, sobald die FDP an der Regierung beteiligt wäre. Der Kollege Brüderle ist zusammen mit dem Kollegen Solms an der Front, die sagt: Wenn die FDP regiert, werden alle Steuern gesenkt.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Was habt ihr denn

auf dem Parteitag beschlossen? Steuersenkungen, oder?)

Und Ihre Fachpolitiker sagen: Wenn die FDP regiert, erhöhen wir die Ausgaben und helfen euch, dass es euch besser geht.

Weniger Steuern, weniger Schulden und mehr Ausgaben - die gemeinsame Position innerhalb der FDP ist eine leere Menge. In der Krise können wir uns keine Finanzpolitik der leeren Menge leisten. Das wäre unverantwortlich gegenüber unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP als Leerverkauf!)

Herr Kollege Trittin, auch Sie

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe doch gerade applaudiert!)

haben nicht nur für mehr Schulden plädiert, sondern auch infrage gestellt, dass das Bankenrettungspaket, wie wir es hier konstruiert haben, gut und richtig ist.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es funktioniert nicht!)

Zuerst einmal will ich sagen: Es geht bei dem Bankenrettungspaket nicht um die Rettung der Banken, sondern um die Rettung der Handlungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sparkonten und Girokonten. Von daher ist der von uns geprägte Begriff Bankenrettungspaket eigentlich eine Irreführung. Es ist ein Bürgerrettungspaket. Das muss an dieser Stelle vielleicht einmal klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Zweite, Herr Kollege Trittin. Sie sagen, das Paket sei unzureichend. Ich will festhalten: Wir haben in Deutschland kein größeres Bankensterben zu verzeichnen.

(Joachim Poß [SPD]: Im Gegensatz zu den USA!)

Das war das Ziel des Paketes unmittelbar vor der drohenden Schließung einer großen Bank, die eine negative Auswirkung für die Bürgerinnen und Bürger zur Folge gehabt hätte. Das Paket ist erfolgreich und wirksam.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben das, was mit Lehman geschehen ist, in Deutschland verhindert.

Das Paket ist im Übrigen auch parlamentarisch kontrolliert.

Wir haben auf Wunsch der FDP und der Koalition ein Gremium eingerichtet, das den Leuten auf die Finger schaut. Sie haben vorhin dazwischengerufen, das geschehe ex post. Ich bin allerdings der Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Parlamentes ist, der Regierung im Vorhinein das Regierungshandeln abzunehmen. Wir kontrollieren die Regierung und bringen sie durch diese Kontrolle hoffentlich zu Höchstleistungen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich bin nicht der Auffassung, dass es die Aufgabe eines einzelnen Parlamentariers ist, die Entscheidung einer Bank zu treffen. Das halte ich für ein völlig falsches Verständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Beifall

von der FDP für Kampeter!)

Es mutet auch etwas lächerlich an, Herr Kollege Trittin, wenn Sie als ehemaliger Bundesumweltminister die mangelnde ökologische Komponente unseres Programms kritisieren. Es sollte Ihnen auch bei oberflächlicher Lektüre aufgefallen sein, dass die Investitionsmaßnahmen und vieles andere in diesem Investitionsprogramm (Joachim Poß [SPD]: In beiden Paketen!)

vor allen Dingen von dem Gedanken einer effizienteren Energieversorgung, der Gebäudeenergieeinsparung und einer effizienteren Fahrzeugtechnologie gespeist sind. Das ist ein ganz wesentlicher Impuls. Falls Ihnen das noch nicht aufgefallen ist, sage ich es Ihnen hiermit. Aber bitte behaupten Sie zukünftig nicht, dieses Programm habe keine umweltpolitische Komponente. Es ist neben anderem auch eines der ökologischsten Impulsprogramme, das wir jemals in diesem Bereich hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will abschließend festhalten: Ich gehöre zu denjenigen, die sich mit Konjunkturprogrammen noch nicht angefreundet haben. Aber wir alle und insbesondere die Haushälter wissen: Da wir dieses Konjunkturprogramm mit einer Schuldenbremse verknüpfen, ist es richtig, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, dass wir das auf den Weg bringen, was die Politik zur Wiedererlangung des Vertrauens in die Zukunft und in die Handlungsfähigkeit unseres Landes tun kann. Dies gilt nicht nur bis zum Wahltermin im September. Wir übernehmen auch die Verantwortung dafür, dass die nächsten Generationen handlungsfähig sind, indem wir eine Schuldenbremse einführen.

Wir tun, was wir können; wir überfordern uns nicht. Wir legen zukünftigen Schuldenmachern Regeln auf. So wird aus dem, was hier vorgetragen worden ist, ein Schuh. Wenn man insgesamt noch ein bisschen feilt, dann zielt dieses Programm in die richtige Richtung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute schon zwei Sozialdemokraten gehört: Steinbrück und Poß.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Es waren auch ein paar von der Union dabei! Herr Kampeter hat auch gesprochen!)

Der eine bezeichnete Oskar Lafontaine als Schlaumeier und der andere als Besserwisser. Ich muss Sie beide daran erinnern, mit welcher Mehrheit Sie diesen Schlaumeier und Besserwisser zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKEN] - Joachim Poß [SPD]: Das ist lange her!)

- Hören Sie doch zu! - Das war in einer Zeit, als Sie noch Wahlen gewonnen haben. Das kennen Sie gar nicht mehr, wenn ich daran erinnern darf.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der FDP - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die Pointe ist leider gut!)

Herr Trittin, Sie kommen um eine Tatsache nicht herum: Wenn Hamburg und Bremen zustimmen, dann stimmen Sie einem extrem unsozialen Programm zu. An dieser Wahrheit kommen Sie nicht vorbei. Sie haben ein ganz einfaches Motiv: Sie wollten der FDP und der Großen Koalition zeigen, dass Sie zur Verfügung stehen und dass die Große Koalition gar nicht auf die FDP zurückgreifen muss. Deshalb ärgert sich die FDP.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eher nicht!) (A) (C) (B) (D)

Dr. Gregor Gysi

In einem Punkt haben Sie aber recht: Wenn der Kompromiss mit der FDP gesucht worden wäre, dann wäre das Programm noch schlimmer geworden. Diese Feststellung - das ist aber die Ausnahme - stimmt.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Der kleinste gemeinsame Nenner zwischen euch!)

Dann haben Sie, Herr Kauder, gesagt, die Große Koalition trage für die ganze Krise keine Verantwortung.

Da unterliegen Sie einem schweren Irrtum. Sowohl die Regierung aus SPD und Grünen als auch die Regierung aus Union und SPD - und nicht eine Regierung allein - tragen selbstverständlich Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftskrise, mit der wir es jetzt zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte daran erinnern, dass die Linke von Anfang an die neoliberale Politik kritisiert hat, die Sie alle betrieben haben, was Deregulierung, Privatisierung oder Sozialabbau angeht. Sie dürfen nicht vergessen, dass erst unter Schröder und Fischer die Hedgefonds zugelassen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN - Joachim Poß [SPD]:

Aber unter Aufsicht in Deutschland!)

- Herr Poß, das ist eine wunderbare Aufsicht. - Sie haben zeitgleich geregelt, dass die Investoren für alles, was sie kaufen und verkaufen, keinen einzigen Euro Steuern zahlen müssen, was sie noch unter Kohl hätten tun müssen. Damit haben Sie sie geradezu eingeladen, ihre Spekulationen und Geschäfte in Deutschland zu machen.

(Beifall bei der LINKEN - Joachim Poß

[SPD]: Quatsch! Auch falsch!)

Sie haben bis heute auch keine Konsequenzen daraus gezogen.

(Joachim Poß [SPD]: Warum auch?)

Die Banken haben Zweckgesellschaften im Ausland gegründet, um diese Gesellschaften mit ihren faulen Krediten nicht der Finanzaufsicht zu unterstellen. Gibt es von Ihnen einen Gesetzentwurf, mit dem das geändert wird? Es gibt anscheinend keinen Anlass für Sie, auf irgendeine Weise zu handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Zulassen von Leerverkäufen haben Sie aus den Börsen Spielkasinos gemacht. Auch in dieser Beziehung ziehen Sie völlig unzureichende Schlussfolgerungen. Die Banken sind dankbar. Die Bürgerinnen und Bürger wissen jetzt, dass zum Beispiel die Deutsche Bank an die Union, die FDP und die SPD 500 000 Euro gespendet

hat. Auf ihre Art revanchieren sich also die Banken. Ich sage Ihnen: Wenn wir die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen wollen, müssen wir Großspenden dieser Art verbieten. Ansonsten werden Sie in allem, was Sie machen, ungläubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Geben Sie die SED-Milliarden zurück!)

Jetzt zeigen sich die wirtschaftlichen und die sozialen Folgen der Krise. Wir haben einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem Monat um 387 000 Menschen. Es gab 400 000 Anträge auf Kurzarbeit im Dezember. Im Januar gab es 400 000 Anträge zusätzlich. Kleine Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen stehen in der Gefahr, in Insolvenz zu gehen, weil sie keine Kredite mehr bekommen und weil ihre Auftragseingänge rückläufig sind. Das alles hat Folgen.

Was kommt jetzt? Was Sie Konjunkturprogramm nennen, nenne ich höchstens Krisenpaket. Es umfasst im Übrigen nicht 50 Milliarden Euro, sondern pro Jahr nur 25 Milliarden Euro. Addieren Sie nicht immer die Ausgaben über mehrere Jahre, um ein falsches Bild zu zeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist deshalb so unzureichend, weil die Investitionen in den Bildungsbereich, die zum Teil richtig sind, überhaupt nicht ausreichen und Sie keine Kaufkraftstärkung vornehmen. Nur weil Sie Angst haben, endlich einmal von oben nach unten umzuverteilen, verzichten Sie auf jede Kaufkraftstärkung, die unsere Binnenwirtschaft dringend benötigte.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen wir Ihren Vorschlag zur Einkommensteuer. Den Grundfreibetrag zu erhöhen, ist richtig. Die kalte Progression und den bei den durchschnittlich Verdienenden bestehenden Steuerbauch müssen wir - das hat mit dem Konjunkturprogramm nichts zu tun - vollständig überwinden.

(Joachim Poß [SPD]: Ja, richtig! 25 Milliarden Euro plus!)

- Das alles machen Sie gar nicht. Wissen Sie, was Sie machen? Ich kann Ihnen genau sagen, was Sie machen:

(Joachim Poß [SPD]: Sie können gut reden und wissen nichts!)

Die Hälfte der Haushalte hat nichts davon, weil sie gar keine Einkommensteuer zahlt. Von der anderen Hälfte erlassen Sie den Geringverdienenden steuerlich insgesamt 150 Millionen Euro. Die Bestverdienenden, die Reichen bekommen jedoch Steuern in Höhe von 1 500 Millionen Euro, also 1,5 Milliarden Euro, erstattet. Es geht weiter mit der Umverteilung von unten nach oben; Sie korrigieren daran nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zur Vermögensverteilung in Deutschland. Auf der einen Seite besitzt das reichste 1 Prozent der Menschen in Deutschland - das sind 820 000 Personen - 23 Prozent des Gesamtvermögens von 6,6 Billionen Euro. Das sind 1,5 Billionen Euro. Wenn Sie das ausrechnen, hat von diesen 820 000 jede Person ein Vermögen von 1,83 Millionen Euro. Auf der anderen Seite haben 27 Prozent der Bürgerinnen und

Bürger - das sind 22,1 Millionen Menschen - nichts oder sind verschuldet. Daran haben Sie, als Sie mit den Grünen regierten, und jetzt, da Sie mit der Union regieren, nichts geändert. Das ist der Vorwurf, den wir erheben.

(Beifall bei der LINKEN - Joachim Poß

[SPD]: Ein dummes Zeug!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, auch Sie achten bitte ein bisschen auf die Zeit.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Dann nenne ich Ihnen als Letztes ein Beispiel, das mich wirklich ärgert. Sie haben ja ein leicht gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Dass Sie das sagen!

- Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie

kommen aus einer verfassungswidrigen Ordnung in dieses Parlament!)

Sie wissen, zwei Gesetze hat der Bundespräsident nicht unterschrieben, weil sie offenkundig grundgesetzwidrig waren. Dann hat Ihnen der Bundesfinanzhof gesagt, dass die Kürzung der Pendlerpauschale grundgesetzwidrig ist. Sie wollten es nicht glauben; Herr Steinbrück hat vor dem Bundesverfassungsgericht bis zur letzten Minute gekämpft, bis es dann gesagt hat, die Kürzung sei grundgesetzwidrig. Jetzt hat das Bundessozialgericht gesagt,

dass es nicht hinnehmbar ist, dass die Regelsätze für Kinder von Hartz-IV-Bezieherinnen geringer sind als die ihrer Eltern, weil dies völlig willkürlich und nicht nachvollziehbar ist. Es hält das für grundgesetzwidrig.

Ich habe eine Bitte: Warten Sie nicht wieder ein paar Jahre, bis das Bundesverfassungsgericht entscheidet, sondern korrigieren Sie dies gleich!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Jürgen

Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie es mich hier als Vater sagen: Ihre naive Vorstellung, dass Kinder weniger benötigen als Erwachsene, zeigt, dass Sie überhaupt keine Ahnung haben. Ich kenne hier einige Kollegen, die schon seit zehn Jahren im selben Anzug herumsitzen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Herr Gysi, nennen Sie Namen!)

Bei Kindern geht das nicht; die wachsen ständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Da müssen sie neue Kleidung, neue Schuhe kaufen. Das ist die Wahrheit. Geben Sie ihnen deshalb endlich mehr Geld!

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält das Wort der Kollege Anton Schaaf für die SPD-Fraktion, dem ich zu seinem heutigen Geburtstag herzlich gratuliere.

(Beifall - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Der Anzug ist zehn Jahre alt!)

Anton Schaaf (SPD):

Nicht ganz, Herr Westerwelle.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zu den Begriffen, mit denen Herr

Lafontaine hier bezeichnet worden ist, einen hinzufügen

- dies bezieht sich darauf, dass er als Beispiel dafür, wie man die Finanzkrise lösen kann, Schweden genannt

hat -: Er ist schlicht ahnungslos. Die frühere schwedische Finanzkrise ist mit dem, was wir jetzt erleben, in keiner Weise vergleichbar. Sie war regional begrenzt und wirkte sich nicht weltweit aus. Sie hatte keine massive Wirtschaftskrise bzw. keine massiven Wirtschaftseinbrüche zur Folge. Deswegen sind die damaligen Rezepte und Mittel auch nicht beispielgebend. Wir stehen vielmehr vor völlig neuen Herausforderungen. Herr Lafontaine, Sie haben wirklich keinen Beitrag dazu geleistet, wie man diese Krise überwinden kann. Das muss man in aller Deutlichkeit festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Von daher sollte man den Begriff „ahnungslos“ berechtigterweise hinzufügen.

Nun zur FDP. Herr Brüderle hat gesagt, mit dem Konjunkturpaket II bediene man ein Sammelsurium von Lobbyinteressen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das ist der einzig richtige Satz gewesen!) Ich kann mich sehr gut daran erinnern, wie es in den letzten Wochen und Monaten, vor allen Dingen aber in den letzten Jahren bei Ihnen gelaufen ist, welche Lobbyinteressen da bedient worden sind. Sie waren es, die ganz massiv gegen die Regulierung der Finanzmärkte eingetreten sind.

(Widerspruch bei der FDP)

Sie waren es, die gefordert haben, mehr privat vor Staat. Ich stelle mir gerade vor, in dieser Krise, in der wir uns jetzt befinden, hätten wir keinen funktionsfähigen, starken Sozialstaat. Da werde ich selbstverständlich Lobbyist - da gebe ich Ihnen völlig recht -, denn von dieser uns gerade ereilenden Krise sind ja nicht die Banker und nicht die Manager am härtesten betroffen, sondern in erster Linie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. An dieser Stelle haben wir auch mit dem Konjunkturpaket Lobbyarbeit geleistet - das ist wohl wahr; das gebe ich unumwunden zu -, indem wir zum Beispiel im Bereich der Kurzarbeit deutliche Verbesserungen vorgenommen haben. Ja, in der Tat, das haben wir getan. Jetzt können auch kleine und mittelständische Unternehmen das Instrument der Kurzarbeit vernünftig nutzen, um zu verhindern, dass ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen werden. In diesem Sinne verstehe ich mich ohne Weiteres als Lobbyist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

(B) (D)

Anton Schaaf

Diese Menschen sind die Leidtragenden dessen, was andere, für die Sie hier auch schon Wort gehalten haben, in den Sand gesetzt haben. Das muss man in aller Deutlichkeit so formulieren.

Ich füge hinzu, dass es uns gelungen ist, mit dem Koalitionspartner auch an einer weiteren Stelle schützend einzugreifen. Dies gehört nicht unmittelbar zum Konjunkturpaket, aber es hilft den Menschen sehr; die Geringschätzung der Linken dafür habe ich sowohl im Ausschuss als auch an anderen Stellen wahrgenommen. Dies sind die Mindestlöhne, die wir in sechs weiteren Branchen eingeführt haben. Damit schützen wir Menschen.



Die Geringschätzung bestand darin, dass man einfach sagte, das sei alles viel zu wenig und reiche nicht aus. Ja, das stimmt; darin gebe ich Ihnen sogar recht. Aber wenn man 1,7 Millionen Menschen zusätzlich unter einen Schutz von Mindestlöhnen stellt, dann kann man dies nicht so gering schätzen, sondern sollte es als tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen anerkennen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne verstehe ich sowohl mich als Lobbyist als auch Teile dieses Konjunkturpakets als Lobbyismus. Sie waren es, die denjenigen das Wort geredet haben, die jetzt die Finanzwelt vor die Wand gefahren haben.

Noch einmal zu der Mär von den Hedgefonds in Deutschland, die ich gern aufgreife. Bei uns sind diese Hedgefonds unter Kontrolle,  
(Zurufe von der LINKEN: Wo?)

und es sind auch nur ein paar wenige, weil hier restriktiv kontrolliert wird.

Wir haben nicht zugelassen - auch im Widerspruch zu Ihnen -, dieses Land weiter zu deindustrialisieren. Wir haben die Industrie in diesem Land gestützt, und das kommt uns jetzt zugute, denn das, was die angelsächsischen Staaten gemacht haben, fällt ihnen jetzt auf die Füße. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, angemessen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann nicht absehen, ob es ausreichen und ob alles wirken wird. Ich bin kein Prophet, ich äußere mich dazu nicht. Aber in einem Punkt bin ich mir sicher: Das, was als Schutzschirm für Arbeitsplätze umschrieben worden ist, das, was Frank-Walter Steinmeier aufgelegt hat, ist der richtige Weg in dieser Krise, um diejenigen zu schützen, die am wenigsten für sie verantwortlich sind: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Das Beste war der Anzug! - Zuruf von der CDU/CSU: Der ist antizyklisch gekauft worden!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Hermann Otto Solms, FDP-Fraktion.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Nur, damit keine Geschichtsklitterung bleibt, Herr Kollege Schaaf: Die FDP hat dem Schutzschirm für die Banken zugestimmt. Sie hat seit 2000 eine konzentrierte Bankenaufsicht statt einer Aufteilung in zwei Behörden gefordert. Sie hat gefordert, dass sich der Staat rechtzeitig aus der IKB zurückzieht; dann hätte er 1 Milliarde Gewinn gemacht, während so 10 Milliarden Verlust entstanden sind. Sie können uns nicht vorwerfen, wir wären nur für die Deregulierung gewesen. Wir waren für saubere Regulierung und konsequente Überwachung, und daran hat es eben gefehlt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Debatten beginnen immer gleich: Der Finanzminister Steinbrück legt eine tadellose Analyse vor. Überhaupt kein Zweifel, er ist ein guter Ökonom. Aber wenn es an die Therapie geht, dann wird es dunkel; denn typische Eigenschaft dieser Großen Koalition, wenn es darum geht, Probleme zu lösen, ist es, lange, monatelange, manchmal jahrelange Diskussionen zu führen, und im Ergebnis versagen Sie: schlechte Lösungen. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein typisches Beispiel ist die Erbschaftsteuerreform. Über zweieinhalb Jahre streiten Sie miteinander, weil die Erbschaftsteuer verfassungswidrig war. Dann beschließen Sie ein Gesetz, das offenkundig wieder verfassungswidrig ist. Das ist die Leistung der Großen Koalition. (Beifall bei der FDP)

Das gilt auch für das jetzige Konjunkturpaket: Sie legen ein Wunschpaket vor, sodass jeder etwas bekommt. Viele bekommen wenig, aber niemand bekommt wirklich etwas. Sie müssen sich doch Folgendes fragen: Was will ich mit einem Konjunkturpaket? Ich will das Verhalten der Konsumenten und Investoren ändern, damit die Marktkräfte freigesetzt werden, damit ein Multiplikatorprozess in Gang gesetzt wird, damit sie wieder investieren und konsumieren. Die paar Staatsausgaben zum Neuanstrich von Schulen reichen nicht aus; damit können Sie die Wirtschaft nicht retten. Genau deshalb müssen Sie den Konsumenten und Investoren mehr Geld von dem lassen, was sie ja selbst verdient haben. Deswegen fordern wir Steuersenkungen, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und Schulden?) weil die Marktkräfte dadurch am besten freigesetzt werden. (Beifall bei der FDP)

Da Sie uns das nicht abnehmen, nenne ich Ihnen gute Zeugen. In den Vereinigten Staaten wurden zwei ganz neue empirische Studien veröffentlicht. Ich will auf eine verweisen, auf die Untersuchung von Christina und David Romer. Wissen Sie, wer das ist? Wer ist Christina Romer? Sie ist die neue Chairwoman des Council of Economic Advisors, die von Präsident Obama gerade eingesetzt worden ist. Sie ist keine Spätanhängerin von Ronald Reagan, der die Steuern aufgrund genau dieser Philosophie gesenkt hat. Sie sagt als Vertreterin einer Regierung der Demokraten in den Vereinigten Staaten: Steuersenkungen haben den größten Multiplikatoreffekt, sie lösen am ehesten die Marktkräfte aus, und - das ist das Entscheidende - sie führen am ehesten dazu, dass die dafür gemachten Schulden wieder getilgt werden können, weil die Steuereinnahmen durch Ingangsetzung des Wachstums steigen. (Beifall bei der FDP)

Genau das machen Sie aber nicht. Sie machen eine Steuerentlastung von 6 Milliarden Euro. Davon kommen beim Einzelnen vielleicht 10 Euro im Monat an. Glauben Sie, dass sich jemand wegen 10 Euro Mehreinnahmen im Monat ein neues Auto kauft oder sein Haus renoviert? Das ist doch lächerlich. Das spielt für langfristige Entscheidungen keine Rolle. Das berührt ihn nicht. Die Steuerentlastung muss so sein, dass der Konsument, der Arbeitnehmer sagt: Jetzt bleibt mir nicht nur

in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren so viel übrig, dass ich es mir leisten kann, ein neues Auto zu kaufen.

Bei all Ihren Entscheidungen greifen Sie zu den falschen Instrumenten. Ich will ein paar Beispiele bringen: Was erreichen Sie mit der Abwrackprämie? Im Wesentlichen, dass preiswerte Automobile aus dem Ausland erworben werden. Was hätten Sie richtigerweise tun sollen, um der deutschen Automobilindustrie zu helfen? Sie hätten die Abschreibungen für Dienst- und Geschäftswagen ändern müssen. Dann wären Mittelklassewagen gekauft worden, die in Deutschland hergestellt werden.

(Anton Schaaf [SPD]: Das ist Lobbyismus! -

Gegenruf des Abg. Jürgen Koppelin [FDP]:

Arbeitsplätze sind das!)

- Es geht um die Automobilindustrie. Wir haben das nicht vorgeschlagen. Ich sage nur: Wenn Sie der Automobilindustrie helfen wollen, dann müssen Sie das auch richtig machen.

(Beifall bei der FDP)

Denken Sie beispielsweise auch an die gefährlichen Instrumente der Unternehmensteuerreform: Zinsschranke, Hinzurechnung von Mieten, Zinsen und Pachten bei der Gewerbesteuer, Einschränkung der Verlustverrechnung. Im Abschwung führt das prozyklisch zu einer Existenzgefährdung der mittelständischen Firmen, die wenig Eigenkapital haben. Das müssten Sie jetzt korrigieren, damit das im Abschwung keine fatale Wirkung entfalten kann.

(Beifall bei der FDP)

Nichts dergleichen tun Sie. Wir werden Ihnen Gelegenheit dazu geben. Wir werden im Finanzausschuss Änderungsanträge einbringen. Dann will ich einmal sehen, wie Sie darauf reagieren. Ich weiß, dass die Wirtschaftspolitiker der CDU das ähnlich sehen. Dass von diesen falschen Regelungen im Unternehmensteuerrecht eine große Gefährdung ausgeht, ist doch klar. Wenn ein Unternehmen keine Gewinne mehr macht und auf Kosten Steuern zahlen muss - Zinsen sind Kosten, auch Mieten sind Kosten -, muss es diese aus dem Eigenkapital bezahlen. Es ist klar, dass dieses Unternehmen schnell in die Insolvenz kommt, wenn es wenig Eigenkapital hat.

Beispiel Kfz-Steuer - Herr Trittin ist darauf schon eingegangen -: Es lag doch auf der Hand, die administrativ aufwendige Kfz-Steuer jetzt abzuschaffen und die Kosten auf die Mineralölsteuer umzulegen. Dadurch könnte die ganze Administration beseitigt werden, die mit der Einziehung der Kfz-Steuer beschäftigt ist: rund 5 000 Beschäftigte. Das wäre doch eine ideale Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Damit würden Sie mindestens die gleiche, wenn nicht sogar eine stärkere Lenkungswirkung erzielen, weil die Autos nach Verbrauch besteuert würden.

Schließlich das Beispiel Erbschaftsteuer - darauf habe ich schon hingewiesen -: Wenn ich heutzutage meinem Neffen oder meiner Nichte das Studium bezahlen möchte, sagen wir einmal: fünf Jahre lang 1 000 Euro im Monat - das sind 60 000 Euro -, dann muss ich

12 000 Euro Schenkungsteuer an den Staat abführen.  
Was ist denn das für eine Erbschaftsteuer? Welcher Sinn steckt denn dahinter, dass man erst den Staat finanzieren muss, wenn man sich im Familienkreis gegenseitig unterstützen will? Auch diese Regelung müsste beseitigt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich will damit sagen: All das führt dazu, dass diese Regierung diejenige ist, die die höchsten Steuern erhebt und gleichzeitig die höchsten Schulden macht. Die FDP tritt mit einem Gegenkonzept an: Wir wollen die Steuern senken und die Schulden reduzieren. Das ist das Gegenprogramm zu dem Programm dieser Regierung, und das ist erfolgreich.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist Scharlatanerie!)

Dass der Bundesfinanzminister schon verzweifelt und nicht mehr weiß, wie er seinen Haushalt sanieren soll, sehen Sie daran, dass er jetzt schon dazu übergeht, Lotto zu spielen. Das wird dem Haushalt aber nicht helfen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Georg Nüßlein, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich gebe zu, dass ich manchmal, wenn ein FDP-Kollege A) (C) (B) (D)

Dr. Georg Nüßlein

spricht, auf meinen Händen sitze und aufpasse, dass ich nicht klatsche. Heute ist das ein klein wenig anders. Denn, sehr geehrter Herr Brüderle, wenn man seine Rede damit beginnt, Erhard zu zitieren und zu sagen, 50 Prozent der Wirtschaft seien Psychologie, und dann das, was wir im Rahmen eines ernsthaften und verantwortungsvollen Krisenmanagements machen, in Bausch und Bogen verdammt, muss ich ganz ehrlich sagen: Das ist ein ganz schlechter Beitrag zur Psychologie der Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Jürgen Koppelin [FDP]: Ach Gott!)

Ich hätte von der FDP an der Stelle etwas mehr Verantwortungsbewusstsein erwartet. Dann würde es mir auch leichter fallen, Herr Solms, einiges von dem, was Sie angesprochen haben, gutzuheißen. Insbesondere das Thema Steuersenkungen ist ein zentrales Anliegen der CSU,

(Zurufe von der FDP: Aha!)

nicht deshalb, weil wir die aktuelle Finanzkrise damit lösen wollen, sondern weil wir die vielen kleinen Finanzkrisen lösen müssen, die sich bei denen abspielen, die durchschnittliche Einkommen haben und denen aufgrund der kalten Progression immer weniger bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Otto Fricke [FDP]: Wenigstens das hat er verstanden!)

Nun haben Sie in diesem Zusammenhang die Mineralölsteuer angesprochen und gesagt, dass es viel einfacher gewesen wäre, statt eine Neuordnung der Kfz-Besteuerung durchzuführen, die Mineralölsteuer anzuheben. Ich weiß nicht, ob Sie sich ausgerechnet haben, welcher Betrag

das Ergebnis wäre. Ich weiß auch nicht, ob Sie die Situation in unseren Grenzlagen berücksichtigen, in denen mittlerweile ohnehin schon ein Tanktourismus stattfindet, den wir dadurch ins Unerträgliche verstärkt hätten. Deswegen ist das, was die FDP an dieser Stelle zum Bürokratieabbau vorschlägt, kein Ansatz.

Ich glaube, dass wir jenseits der Thematik der Steuersenkungen - hier hätten wir als CSU uns mehr vorgestellt - im Rahmen der parlamentarischen Beratungen, die jetzt anstehen, noch einmal darüber reden müssen, ob wir hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft die Besteuerung von Agrardiesel ändern sollten, um so wichtige und richtige Akzente zu setzen. Die FDP kritisiert die Eingriffe in die Märkte. Aber was soll man denn angesichts der globalen Verknüpfung der Märkte, die uns hier schmerzlich vorgeführt wird, tun? Was soll man tun, wenn wir erleben, dass in anderen Staaten die Automobilzulieferer und die Automobilindustrie geschützt und unterstützt werden? Sollen wir dann - so stellt die FDP es sich vor - auf Marktberreinigung setzen und sagen, dass es schon laufen wird? Das Ergebnis wäre, dass bei uns die Zulieferer und die Automobilindustrie wegbrechen, während sie in anderen Ländern geschützt werden.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Haben Sie doch gerade bei Herrn Solms gehört!)

Das kann doch nicht ernsthaft Ihr Anliegen sein.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Haben Sie eben gar nicht zugehört?)

Uns geht es mit diesem Programm darum, die Strukturen, das Know-how und die Arbeitsplätze zu sichern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Japan!)

Deshalb ist all das, was wir im Bereich der Kurzarbeit und der Qualifizierung machen, gut und wichtig. Es geht uns bei diesem Thema insbesondere darum, den Mittelstand abzusichern. Das ist ganz entscheidend. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es nicht nur die Großen sind, die geschützt werden, sondern dass wir das Augenmerk auch auf den Mittelstand richten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier wurde verschiedentlich über den Haushalt diskutiert.

Mir ist klar, dass, wenn man Bürgschaften für Banken gibt und jetzt den Bürgschaftsrahmen für Unternehmen auf 100 Milliarden Euro ausdehnt, plötzlich Zahlen und Eventualverbindlichkeiten im Raum stehen, bei denen den Bürgerinnen und Bürgern schwindlig wird. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass das alles ohne Haushaltswirkung bleiben wird. Aber die steigende Neuverschuldung können wir uns in dieser Situation leisten, weil wir in der Großen Koalition vorher konsequent auf Konsolidierung gesetzt haben und - das ist mir als Vertreter der jüngeren Generation wichtig - weil wir mit allem, was wir tun, in Innovation, Bildung und Infrastruktur investieren. Das ist etwas, was die junge Generation nicht nur etwas kostet und sie belastet, sondern was sie letztendlich auch weiterbringt.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Nun sind viele Dinge in diesem Zusammenhang nicht einfach zu regeln. Ich weise unter anderem darauf hin, dass in der Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen

sichergestellt werden muss, dass das, was wir an Investitionshilfen geben, zusätzlich wirken muss, und dass wir verhindern müssen, dass Länder und Kommunen ihre Haushalte mit dem Geld des Bundes sanieren. Das halte ich für ganz entscheidend. Wir haben entsprechende Regelungen getroffen. Aber über den Regelungsteil hinaus muss man an die Vertreterinnen und Vertreter von Ländern und Kommunen appellieren, das Richtige zu tun und zusätzlich zu investieren, anstatt das Geld zur Haushaltssanierung zu nutzen.

Es ist nicht unerheblich, dass wir im Rahmen des Innovationsprogramms sichergestellt haben, dass FuE, Forschung und Entwicklung, nicht nur im Osten Deutschlands gefördert werden, sondern dass das auch im Westen passiert. Das halte ich für ganz entscheidend. Wir brauchen nach annähernd 20 Jahren Aufbau Ost mittlerweile auch einen Aufbau West.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb war es richtig, dass wir bei dem Thema Breitband nicht auf die Gemeinschaftsaufgabe gesetzt haben, sondern diesem Thema im Rahmen dieses Programms ein besonderes Augenmerk widmen werden.

Herr Trittin hat das Thema Investitionen und Ökologie sehr ausführlich angesprochen. 2009 und 2010 fließen insgesamt 500 Millionen Euro in die Erforschung von Hybridantrieben, Brennstoffzellen und Speichertechnologien.

Wir werden bei dem Thema energetische Sanierung ganz massiv ansetzen. Herr Trittin, ich darf Ihnen empfehlen: Vergleichen Sie einmal die Politik der Großen Koalition im Umweltbereich mit dem, was Sie selber gemacht haben, beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der energetischen Sanierung.

Ich glaube, da werden Sie relativ kleinlaut werden

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wird er nie!)

und sich in Zukunft mit Kritik zurückhalten,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überhaupt nicht!)

jedenfalls dann, wenn Sie es ernst meinen und das Ganze verantwortungsbewusst angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte es für ganz entscheidend, dass wir seriös mit dem Thema umgehen und dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind. Es gibt im Finanzbereich eine Krise des Vertrauens. Wir müssen alles tun, damit daraus nicht eine Vertrauenskrise in die Politik wird. Da ist die Große Koalition auf einem sehr guten Weg.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Otto Bernhardt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Otto, jetzt räum

mal auf! – Jürgen Koppelin [FDP]: Der Erbschaftsteuerexperte der CDU!)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was die Große Koalition bisher zur Stärkung der Konjunktur verabschiedet hat, und die vier Gesetzentwürfe, die wir heute in erster Lesung zusammen

beraten, sind, bezogen auf unser Bruttoinlandsprodukt, der größte Beitrag einer Volkswirtschaft innerhalb der EU zur Stärkung der Konjunktur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So weit zu Lafontaine!)

Wir leisten den stärksten Beitrag in Europa, obwohl wir eine der gesündesten und stärksten Volkswirtschaften sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist die Ursache dafür!)

Gerade in den letzten drei Jahren der Großen Koalition unter Führung der Union sind wir in vielen Bereichen ein deutliches Stück vorangekommen.

Nun ist es natürlich für die Bevölkerung gar nicht einfach, diese vielen Programme noch zu durchschauen (Jürgen Koppelin [FDP]: Für einige Abgeordnete auch nicht!)

und sich ein Bild zu machen, wer was will. Ich will versuchen, an fünf Punkten eine Linie aufzuzeigen, die für uns als Union Maßstab für das Handeln ist, wohl wissend, dass besondere Situationen besondere Maßnahmen erfordern. Ich schließe nicht aus, dass auch wir irgendwann weitere Dinge beschließen müssen.

Der erste Punkt, das Motto für den Bereich der Finanzwirtschaft, ist ganz klar: Es darf zurzeit kein Finanzinstitut in Deutschland in die Insolvenz gehen. Hätten sich die Amerikaner, als es um Lehman Brothers ging, entsprechend verhalten, wäre der Welt und uns manches erspart geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Als Christdemokrat hoffe ich, dass das bisherige Instrumentarium ausreicht, um auch die Bank, die jetzt in der Diskussion ist und deren Situation besonders kritisch ist, vor der Insolvenz zu bewahren. Ich hoffe, es reicht aus, dass der Bund die 33 1/3 Prozent dieser Bank, die er heute ohne Hauptversammlungsbeschluss übernehmen kann, übernimmt.

Genauso deutlich sage ich mit Blick auf die Realwirtschaft – das ist Punkt zwei –: Wir sind nicht bereit, uns direkt an Firmen zu beteiligen; hier bin ich auf der Seite der FDP. Würden wir anfangen, uns irgendwo zu beteiligen, würden wir ein Fass öffnen und wichtige Grundsätze infrage stellen. Diesen Fehler könnten wir nach dem Ende der Krise nur sehr schwer rückgängig machen.

Natürlich wollen wir der Realwirtschaft helfen. Zu diesem Zweck haben wir für alle Firmen, die einen Umsatz von bis zu 500 Millionen Euro machen, das 15-Milliarden-Euro-Programm verabschiedet. Hinzu kommt jetzt das 100-Milliarden-Euro-Programm, mit dem wir uns an große Unternehmen wenden. Wir legen allerdings Wert darauf, festzustellen, dass diese Programme keine Beteiligungen, sondern Bürgschaften und Kredite darstellen. Ich gehe noch weiter: Ich lege Wert darauf, festzustellen, dass beide Programme von Hausbanken angeboten und von der KfW verwaltet werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Um es klar zu sagen: Auch an dieser Stelle sollte sich der Staat nicht übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der dritte Punkt. Alle Experten sind sich darüber im Klaren, dass man in einer Zeit wie dieser die Nachfrage stärken muss. Die Meinungen, wie man das am besten macht, gehen aber schon innerhalb der Großen Koalition auseinander. A) (C)

(B) (D)

Otto Bernhardt

(Joachim Poß [SPD]: Sogar innerhalb der Union! - Gegenruf des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: In der SPD gibt es wohl nicht mehr so viele verschiedene Meinungen, was?)

- Ja, auch in den Reihen der Union, insbesondere aber in den Reihen der Koalition. - Ich sage sehr deutlich: Für mich persönlich wäre es ein toller Schritt, würden wir in unserem Programm mehr Steuersenkungen vorsehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir befinden uns allerdings in einer Großen Koalition. Ich sage es einmal so: Wenn es uns nicht gegeben hätte, hätte es überhaupt keine Steuererleichterungen gegeben.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir haben es geschafft, zumindest einige Steuererleichterungen durchzusetzen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Na, na, Herr Bernhardt! Mit welchem Geld denn?)

- Herr Kollege, es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Ihnen und uns: Wir sind der Meinung, der Bürger weiß am besten, was er mit seinem Geld macht. Deswegen lautet unsere These: Die Bürger brauchen mehr Netto in der Tasche. Sozialdemokraten sind aber fast immer davon überzeugt, dass der Staat das besser weiß.

(Joachim Poß [SPD]: Nein! Das ist falsch! Eine böse Unterstellung, Herr Kollege! So böse sind Sie doch sonst nicht! - Anton Schaaf [SPD]: Na, na! Was soll das denn?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Bernhardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Aber selbstverständlich, gerne.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Bernhardt, jetzt bin ich ein wenig verwirrt. Sie haben gerade ausgeführt, dass mehr Steuersenkungen notwendig seien. Zuvor allerdings hat der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion gesagt, es sei falsch, wenn die FDP weitere Steuersenkungen fordere.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das habe ich so nicht gesagt, Herr Kollege!)

Herr Röttgen, der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat darauf hingewiesen, dass die CDU

die Forderung nach weiteren Steuersenkungen bzw. nach einer großen Steuerreform in ihr Wahlprogramm aufnehmen wird. Jetzt möchte ich gerne von Ihnen wissen

- diese Frage zielt sowohl auf ihr Wahlprogramm als auch auf Ihre Pläne für die nächste Legislaturperiode -: Will die CDU eine große Steuerreform, oder will sie sie nicht?



(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Ja!)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Ich sage Ihnen jetzt, was wir wirklich wollen, und komme damit zu Punkt vier; denn so spare ich ein wenig Redezeit.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sehr clever!)

Natürlich sind die kleinen Steuererleichterungen, die in diesem Programm enthalten sind, kein Ersatz für eine große Steuerreform.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Wir werden in unser Wahlprogramm - wir nennen es natürlich Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode

-

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Ja, natürlich!

Wir auch!)

die Forderung nach einer großen Steuerreform aufnehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Aha! Dann ist unsere Forderung

also doch nicht falsch, oder wie ist das jetzt zu verstehen?)

Ich sage aber sehr deutlich, Herr Kollege: Steuerreform heißt nicht nur Steuersenkung. Hier geht es um Strukturveränderungen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!

Ihr von der FDP solltet immer hübsch ehrlich bleiben!)

Die Stichworte sind: einfacher, gerechter und auch ein Stück niedriger. Die klare Antwort auf Ihre Frage lautet also: Wir werden mit der Forderung, in der nächsten Legislaturperiode eine große Einkommensteuerreform durchzuführen, in den Wahlkampf ziehen. Ich glaube, wir haben auch eine Chance, den dafür notwendigen finanziellen Freiraum zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Prinzip Hoffnung!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, und zwar von der Kollegin Hendricks?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Mit dem größten Vergnügen.

Dr. Barbara Hendricks (SPD):

Herr Kollege Bernhardt, können wir uns darauf verständigen, den Slogan „Einfach, niedrig und gerecht“, wie ihn die FDP formuliert, auf „Einfach und gerecht“ abzuwandeln?

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Ich sage es einmal so, Frau Kollegin: Es kommt auf die Schwerpunkte an. Klar ist: Bisher wird unter einer großen Einkommensteuerreform in der Tat fast immer ausschließlich eine Steuersenkung verstanden. Jetzt kommen andere Attribute hinzu. Ich habe bewusst als Erstes genannt: eine Strukturreform, als Zweites: einfacher, als Drittes: gerechter, und dann als Viertes: niedriger. Das wird das Konzept sein, mit dem wir in den nächsten Wahlkampf eintreten werden.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das ist eine sehr gute Reihenfolge! Denn die Quadratur des Kreises können Sie nicht lösen!)

Das war mein vierter Punkt. Die Aussage ist klar: Wir bleiben dabei, dass eine große Einkommensteuerreform notwendig ist. Schauen Sie sich einmal an, was bei einem

Bruttolohnzuwachs von 5 Prozent zurzeit netto rauskommt! Viele werden überrascht sein, wie sie in die Progression kommen. Den Druck, einen Teil dieser stillen Progression zurückzugeben - das ist ja der Ansatz der CSU -, werden wir in der nächsten Legislaturperiode wieder haben. Wir werden entsprechend reagieren. Ich komme damit zu meinem fünften Punkt, der für meine Fraktion von erheblicher Bedeutung ist. Zurückblickend auf die ersten drei Jahre Große Koalition darf man sagen - da wird mir jeder recht geben -, dass wir bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen ein deutliches Stück vorangekommen sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wenn ich die Ausgangsposition, 2005, mit 2008 vergleiche, kann ich nur sagen: Wir haben in den letzten Jahren die Freiräume geschaffen, die wir heute leider dringend brauchen, um Programme zu machen, um gegen die weltweite Rezession anzugehen. Wir bleiben dabei: Die Sanierung der öffentlichen Finanzen ist weiterhin von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir für einen Teil der Einmalinvestitionen einen besonderen Tilgungsfonds einrichten. Nach dem, worüber wir heute in erster Lesung beraten, ist vorgesehen, dass das, was die Bundesbank über 3,5 Milliarden Euro hinaus an Überschüssen erwirtschaftet, in diesen Tilgungsfonds fließt, voraussichtlich schon im nächsten Jahr. Wir meinen es ernst mit der forgesetzten Sanierung der öffentlichen Finanzen.

Es hat an diesem Punkt kritische Stimmen in unserer Fraktion gegeben. Die Vertreter der jüngeren Generation haben gesagt: Wir stimmen dem nur zu, wenn ihr gleichzeitig sicherstellt, dass eine Schuldenbremse ins Grundgesetz kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine Schuldenbremse ist allerdings nur für Bund und Länder gemeinsam sinnvoll. Ob uns dies gelingt, wissen wir nicht; aber wir hoffen es.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben auf die aktuelle Wirtschaftskrise zum richtigen Zeitpunkt, mit den richtigen Maßnahmen und im notwendigen Umfang reagiert. Der Bürger kann sich darauf verlassen: Wir werden auch in Zukunft alle notwendigen Entscheidungen treffen, um diese Krise, die wir nicht verhindern konnten, abzuschwächen und eine positive Zukunft aufzuzeigen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache

</ text >

< text 16204 >

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Führungsverantwortung der Bundeskanzlerin  
in Zeiten der Wirtschaftskrise

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sehe da ein Vakuum bei der Bundesregierung!  
Es ist ja fast niemand von denen

da! - Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Nicht einmal  
das Bundeskanzleramt ist vertreten!)

Ich eröffne die Aussprache. Zur Begründung der Aktuellen  
Stunde hat die Kollegin Renate Künast vom  
Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache,  
dass weder das Bundeskanzleramt noch die Bundesregierung  
in Gestalt leibhaftiger Minister anwesend  
sind, werde ich nicht als Ignoranz gegenüber der Opposition  
oder dem Parlament, sondern schlicht und einfach  
als Zeichen dafür, dass die Nerven in der Großen Koalition  
blank liegen und sie so viele Krisen zu managen haben,  
dass sie hier nicht anwesend sein können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Die arbeiten alle,  
Frau Kollegin Künast! - Weiterer Zuruf von  
der CDU/CSU: Einer ist doch da!)

- Na ja, ein Sprichwort lautet: Einer ist keiner. Von dieser  
einen Ausnahme abgesehen ist kein Minister anwesend.

(Hubertus Heil [SPD]: Aber es sind nette  
Staatssekretäre da!)

Hier und heute geht es nicht um Michael Glos; mit  
diesem Thema mussten sich in den letzten Tagen viele  
von uns befassen. Was uns heute beschäftigen muss, ist  
die Bundeskanzlerin: eine Bundeskanzlerin ohne wirtschaftspolitische  
Linie, aber mit Nebenzkanzler. Das hat  
es noch nicht oft gegeben. Früher gab es so etwas nur bei  
den Päpsten;

(Martin Dörmann [SPD]: Genau! Damals  
waren es sogar zwei!)

auch mit diesem Thema hat sich die Kanzlerin ja sehr intensiv  
beschäftigt.

Auch wenn die Bundeskanzlerin es nicht für nötig  
hält, heute hier zu sein, möchte ich ihr sagen: Die CDU/  
CSU stellt seit fast dreieinhalb Jahren die größte Fraktion  
in diesem Hause. Die Kanzlerin hat damals den  
Auftrag bekommen, die Richtlinien der Politik zu bestimmen  
und zu führen. Im Augenblick tut sie das aber  
nicht. Stattdessen sieht die Situation so aus, dass die  
drittgrößte Industrienation der Welt ihre Wirtschaftspolitik  
nach den Regularien der Stammesfürsten in Bayern  
ausrichtet: Mann, katholisch, Oberfranke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Nichts gegen Oberfranken, Frau Kollegin! Es  
wäre wirklich böse von Ihnen, wenn Sie gegen  
Oberfranken wettern!)

Was sollen eigentlich diejenigen, die von Deutschland  
fordern, im Rahmen der EU eine Führungsrolle zu übernehmen  
und eigene Ideen einzubringen, davon halten?

Ich kann Ihnen nur sagen: Das letzte Wochenende war  
der wirtschaftspolitische Offenbarungseid der Bundeskanzlerin  
und der CDU/CSU. Sie haben keine Linie und

kein Ziel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon beachtlich, wie jemand, der das Wort „christlich“ im Namen führt, seinen Bundeswirtschaftsminister so behandeln kann - von Seehofer gemobbt, von Merkel ignoriert -, dass der am Ende nichts anderes tun kann, als zu sagen: Ich bin ein Minister, holt mich hier raus! - Christen müssten vor Scham ein rotes Gesicht bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles in einer Situation, in der die Menschen Sorgen haben. Da draußen gibt es real existierende Menschen, die auf Kurzarbeit sind, und Zeitarbeiter, die längst entlassen worden sind und sich fragen, wie sie einen Job finden sollen. In solch einer Zeit erlauben Sie sich derart persönlich-egoistische Spielchen. Sie sollten sich schämen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirtschaft, egal ob groß oder klein, fragt sich: Wie unterstützt uns die Politik eigentlich in dieser Situation? Wie kommen wir aus der Krise heraus? - Die Kanzlerin hat an diesem Pult verkündet: Wir wollen gut durch die Krise kommen und nach der Krise besser dastehen. - Ich sage Ihnen: Mit so einer Kanzlerin kommen wir nicht gut durch die Krise und stehen nach der Krise erst recht nicht besser da.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss Michel Glos, den hier, glaube ich, die meisten mögen - außer in den Reihen der Koalition vielleicht -, eines lassen: Sein Rückzug hat den Vorhang aufgezogen, hat Licht auf die wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der CDU/CSU geworfen.

Aber das ist nur eine Station auf der wirtschaftspolitischen Irrfahrt, die Sie zum Besten gegeben haben.

Ludwig Erhard dreht sich wahrscheinlich stündlich im Grabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um diese wirtschaftspolitische Irrfahrt einmal darzustellen, muss man gar nicht so weit zurückgehen, es reicht, sich die jüngere Geschichte anzuschauen: Kein Mensch weiß, was die Kanzlerin eigentlich will. Vor der letzten Bundestagswahl stand sie für marktradikal. Ich erinnere mich daran, wie sie hier stand und die Konzepte des Wirtschaftsflügels vertrat - damals hatte die CDU/CSU noch einen Wirtschaftsflügel, mit dem Vormann Friedrich Merz; damals hatten Sie noch etwas zu sagen, meine Herren -: Nichts konnte rabiät genug sein, kein Einschnitt konnte tief genug sein. Zur Sozialpolitik hat sie eiskalt erklärt: Das Geld fürs Soziale müsse zunächst einmal verdient werden.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Was ja stimmt!)

Kein Hauch von Mitgefühl oder Sorge! Die Hauptsache war, dass keiner durch Steuern belastet werden sollte.

Die Medien haben geschrieben: Toll, Maggie Thatcher auf Deutsch! - Das war die Erwartung.

Als Nächstes - das war ja nicht alles - hat sie versucht, den Sozialdemokraten das Wasser abzugraben, indem sie die überzeugendere Sozialdemokratin gegeben

hat.

Jetzt will sie doch wieder Steuererleichterungen für Reiche. Was soll eigentlich Paul Kirchhof denken, den Sie damals rausgeworfen haben?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir erleben eine Zeit der größten Wirtschaftskrise, der größten Verschuldung und der größten politischen Krise seit langem, und zwar in Gestalt der wirtschaftspolitischen Orientierungslosigkeit, des Richtungsstreites innerhalb der Union. Eine Kanzlerin, die eine Kanzlerin sein will, muss diesen Richtungsstreit entscheiden. Genau das fordern wir von ihr ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen hat sie ihre Richtlinienkompetenz faktisch bis zur Unkenntlichkeit wegmoderiert. Im Augenblick hat Politik bei Ihnen nur einen Maßstab, und der heißt Seehofer bzw. „Wie kommt die CSU bei der Bundestagswahl im Herbst über die 5-Prozent-Hürde?“. Das ist aber nicht das Interesse des Landes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Umweltgesetzbuch hat sie schlicht und einfach weggehört, obwohl der Mittelstand auf die Entbürokratisierung wartet. Die Kanzlerin hat wirtschaftspolitisch nichts getan. Auch beim Konjunkturpaket ist keine Handschrift der Kanzlerin zu erkennen. Das ist nur ein Sammelsurium der Forderungen der Lobbyisten.

Ich sage eines als letzten Gedanken: Frau Merkel, Sie waren einmal in Bayern und haben gesagt: Wo die Bayern sind, da wollen wir auch hin. – Ich sage Ihnen: Wir wollen kein Mobbing, wir wollen kein Personalgerangel, wir wollen keine Stammesfürsten, sondern wir wollen, dass einer dieses Land in die Zukunft führt und dass die Automobilindustrie, die chemische Industrie, der Maschinenbau, dem es schlecht geht, und die Umwelttechnologie auf Zukunft getrimmt werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Künast.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Sie das nicht können, Frau Merkel, dann sind Sie fehl am Platz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Laurenz Meyer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Künast, schon der Titel der Aktuellen Stunde bringt ein Werturteil zum Ausdruck. Darüber, was Sie in Ihrer Rede vorgetragen haben, kann ich mich nur wundern. Es ist wirklich nicht die Zeit für Karnevalsreden, Frau Künast,

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen ist doch immer Karneval, Herr Meyer! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt der Richtige!)

sondern es geht darum, sich mit den wirklich harten Fakten und dem zu beschäftigen, was zu tun ist.

Wenn ich mir die Vorschläge der Opposition in der letzten Zeit anschau, dann kann ich nur sagen: Führung zu zeigen heißt nicht, sich von der Opposition und – das möchte ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich dazu sagen – von Medien sowie Experten treiben zu lassen; denn dieselben, die vor kurzer Zeit noch gesagt haben, dass das alles zu lange dauert, haben anschließend gesagt, dass das zu schnell geht und zu teuer ist. Das ist die Wirklichkeit, mit der wir leben müssen.

Es geht darum, dass wir eine eigene Linie verfolgen, den Ernst der Lage begreifen – das habe ich aus Ihrer Rede nicht heraushören können –, dann sorgfältig analysieren und anschließend umfassend und konsequent handeln. Komischerweise sind die Länder – auch in Europa –, die erst große Sprüche gemacht haben, lange nicht so weit wie wir, und vor allen Dingen stehen sie nicht so da wie wir.

Schauen Sie sich gerade heute einmal die Berliner Zeitung an: „Standort Deutschland wird zum Krisengewinner“. Deutschland ist die Nummer eins für Investitionen ausländischer – zum Beispiel amerikanischer – Investoren. Selbst Osteuropa, das so viel gepriesen wurde, steht im Ansehen auf einmal hinter Deutschland, weil unsere deutschen Eigenschaften wie beispielsweise Zuverlässigkeit plötzlich eine größere Rolle spielen als manches, worüber in Bezug auf den Lohn vorher diskutiert worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, was zum Beispiel Herr Sarkozy im November 2008 gesagt hat. Ich finde so etwas prickelnd; das kann man hier vielleicht einmal zitieren, Herr Präsident. Er hat gesagt: „Frankreich arbeitet daran, Deutschland denkt darüber (A) (C) (B) (D)

Laurenz Meyer (Hamm)

nach.“ – Das war so ein typischer Sarkozy-Spruch. Sarkozy ist manchmal unglaublich schnell in seinen Äußerungen, und er ist auch in seinem Handeln etwas anders gestrickt als wir.

Anschließend, im Januar 2009, hat er gesagt – auch das darf ich zitieren –: Wenn Angela es gestattet, möchte ich Ihnen heute gern etwas sagen: „Angela arbeitet, ich denke darüber nach.“

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wahnsinn! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwer beeindruckt!)

Meine Damen und Herren, das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Sie aber plustern sich hier auf. Konkrete Gegenvorschläge von Ihnen habe ich auch nicht gesehen.

Wenn wir es grundsätzlich betrachten, so ist in Bezug auf das Programm, das wir jetzt verabschieden, eines bemerkenswert: Alles das, was wir an Maßnahmen machen, stand schon vorher auf der Agenda. Wir beschleunigen es jetzt. Sei es das Thema Bildung oder das Thema Familie, seien es die internationalen Finanzmarktregeln oder auch das Thema Klimaschutz – alles das ist lange vorher auf die Agenda gesetzt worden.

Wenn Ihnen einzelne Punkte nicht gefallen, dann sollten Sie nicht so aggressiv reagieren. Ich sage Ihnen in

Bezug auf das Umweltgesetzbuch - dieser Punkt hängt nämlich in gewisser Weise auch mit Ihnen eng zusammen - : In der Hand eines gutwilligen Umweltministers ist das Umweltgesetzbuch, das Herr Gabriel vorgelegt hat, prima und in Ordnung; deswegen sind auch einige von uns dafür.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegen Sie kann man gar nicht sein; denn Sie haben ja gar nichts gesagt!)

Aber sobald eine grüne Umweltsenatorin es in die Hand bekommen würde, wäre es ein Missgriff; denn mit einem solchen Umweltgesetzbuch hätte beispielsweise das Kohlekraftwerk in Hamburg nachträglich verhindert werden können, und das wollen wir einfach nicht.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Wir wollen nicht zulassen, dass daraus in der Hand böswilliger und ideologisch aufgeplusterter Menschen plötzlich ein Mittel wird, um die Entwicklung von Wirtschaftskraft zu verhindern.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn!)

Der Höhepunkt dieser Krise ist noch lange nicht erreicht.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist leider wahr!)

Wir werden deshalb hart weiterarbeiten müssen, um Vertrauen zu schaffen und optimistisch in die Zukunft schauen zu können. Das, meine ich, müssen wir gemeinsam tun. Da haben auch Sie eine verdammt Pflicht und Schuldigkeit. Wir müssen jetzt so Dinge wie Kurzarbeit akzeptieren, Maßnahmen, die wir, insbesondere was die Finanzierung angeht, wahrscheinlich vor sechs Monaten allesamt nicht für möglich und konsensfähig gehalten hätten. Aber es ist richtig und notwendig, um das Vertrauen der Menschen in unserem Land in die Bewältigung der Krise zu stärken. Dass das bisher funktioniert hat, sehen Sie spätestens dann, wenn Sie sich die Finanzierungsraten für Staatsanleihen ansehen. Da steht Deutschland in einer Art und Weise da wie kein anderes Land in Europa. Es muss einem bald angst werden um den Euro, wenn man sieht, wie unterschiedlich die Länder in Europa dastehen. Länder wie Italien, Spanien, Portugal, erst recht Griechenland und - mein Gott noch eins - auch Frankreich sind in einer völlig anderen Situation. Dass wir so gut dastehen, wird allemal etwas mit Regierungshandeln zu tun haben.

(Beifall bei der CDU/CSU - Fritz Kuhn

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen!)

Deswegen finde ich es richtig, wenn wir weiterhin in Ruhe nachdenken und präzise handeln. Komischerweise sind wir das einzige Land in Europa, das sowohl für das Bankensystem als auch für die Realwirtschaft noch in dieser Woche ein komplettes Programm verabschieden wird.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso haben die Leute dann Sorgen?)

Das ist vernünftig überlegt, breit angelegt und wird schnell verabschiedet, weil die Krise es so verlangt. Dass das in Deutschland so gut funktioniert, darauf sollten wir

alle gemeinsam ein bisschen stolz sein und es uns nicht gegenseitig kaputtreden. Von Ihnen lassen wir es uns ganz bestimmt nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Patrick Döring für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Patrick Döring (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem der Titel zu dieser Aktuellen Stunde mehrfach gewechselt hat, habe ich mich die ganze Zeit gefragt, was eigentlich aktuell ist an dem jetzigen Titel der Aktuellen Stunde.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie recht!)

Die Wirtschaftskrise ist hochaktuell, allerdings nicht ganz neu. Wir beschäftigen uns in jeder Sitzungswoche intensiv damit. Dass die Kanzlerin nicht führt, ist leider auch nicht aktuell, Frau Kollegin Künast;

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt am Präsidenten! Der wollte den Titel so haben!)

denn das erleben wir auch schon seit einigen Wochen. Deshalb frage ich mich verzweifelt, was eigentlich an dieser Aktuellen Stunde so aktuell ist.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich will versuchen, einigen der Zitate, die Herr Meyer leider ausgelassen hat, Aktualität zu verschaffen.

Ich finde es schon bemerkenswert - ich habe eben bei der Rede des geschätzten Kollegen Meyer genau darauf geachtet -, wie sehr die Koalitionsfraktionen sich gegenseitig unterstützen. Es war schon sehr bemerkenswert, wie Sie auf der sozialdemokratischen Seite es geschafft haben, während der Rede letztendlich Ihres Redners keine Beifallsbekundungen abzugeben.

Ich muss schon sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: In Wahrheit spielen sich hier doch Szenen einer Ehe ab. Da wirft der Vorsitzende der Sozialdemokraten, der den Koalitionsvertrag mit unterschrieben hat, der Union „undemokratisches Verhalten“ in der Art eines „Zentralkomitees“ vor. Die Union erwidert daraufhin - ich habe der Rednerliste entnommen, dass der Kollege Bernhardt die Gelegenheit bekommt, dies hier ausführlich darzustellen -:

Herr von Guttenberg ist fähig, ein Ministeramt zu übernehmen. Allerdings ist er bisher als Außenpolitiker aufgetreten ... Uns fehlen die jungen Politiker mit wirtschaftspolitischer Ausstrahlung, wie sie ein Friedrich Merz hat.

Wie recht er hat.

(Beifall bei der FDP)

Unterstützung für einen neuen Bundesminister, wie sie hier gerade der Kollege Meyer bekundet hat, sieht anders aus. Man fragt sich also verzweifelt: Existiert die Koalition noch? Hat sie noch eine einzige gemeinsame Richtung?

(Dirk Niebel [FDP]: Ja, Machterhalt!)

Oder erleben wir hier, wie sich drei Parteien langsam



voneinander entfernen, ohne zu wissen, in welche Richtung sie laufen sollen?

Ich wundere mich allerdings auch, dass der Kollege Meyer den Eindruck erweckt, der Zustand der deutschen Wirtschaft sei darin begründet, dass die Regierung so formidabel gehandelt hat. Erfreulicherweise ist der Großteil dessen, was wir in der Wirtschaft erleben, noch privates Handeln.

(Beifall bei der FDP)

Erfreulicherweise sind unsere Mittelständlerinnen und Mittelständler, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land viel flexibler, viel kreativer und viel erfindungsreicher, als viele - mit Ausnahme der FDP -, die hier sitzen, glauben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb finden sie Lösungen entsprechend der wirtschaftlichen Situation. Deshalb stellen sie ihre Unternehmen gemeinsam neu auf. Erfreulicherweise ist man dadurch nicht auf die Diskussionen innerhalb einer nur schwer handlungsfähigen Bundesregierung angewiesen. Gott sei Dank sind die meisten der Unternehmerinnen und Unternehmer auch nicht darauf angewiesen, jetzt noch für wenige Wochen einen neuen Bundeswirtschaftsminister zu haben.

Der Bundeswirtschaftsminister jedenfalls wird als einer der dienstkürzesten Minister in diesem Haus in die Geschichte eingehen. 14 Jahre hat Ludwig Erhard durchgehalten. Damit ist er der dienstälteste Bundeswirtschaftsminister. Herr zu Guttenberg wird es auf etwas mehr als 14 Wochen bringen. Er wird sicher nicht als Bundeswirtschaftsminister, sondern als Bundeswahlkampfminister in die Geschichte eingehen. Das ist schließlich auch sein Job; das wird offen zugegeben.

(Beifall bei der FDP)

Was mich aber doch in dieser Debatte wundert, ist, wie wenig die Union am Ende noch zu dem steht, was sie mal vertreten hat. Wenn außerhalb Ihrer Reihen darauf hingewiesen wird, dass Michael Glos der letzte Mohikaner der Ordnungspolitik in diesem Kabinett war,

(Dirk Niebel [FDP]: Der Ärmste!)

dann müsste doch eigentlich ein Aufschrei durch Ihre Reihen gehen. Sie müssten sich als Ordnungspolitiker und als auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft handelnde Politiker positionieren. Sie dürften nicht den Eindruck erwecken, dass es Ihnen eigentlich ganz recht ist, dass dieser Teil Ihres Programms jetzt von niemandem mehr vertreten wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir können nur an Sie appellieren, Ihr ordnungspolitisches Gewissen wiederzufinden, Widerstand gegen die Staatswirtschaftler auf der anderen Seite in diesem Haus zu leisten

(Dirk Niebel [FDP]: Und in den eigenen Reihen!)

und sich mit uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass wir in Deutschland die soziale Marktwirtschaft erhalten und in diesem Zusammenhang an die Kräfte der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer denken und diese stärken. Sie dürfen nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir mit einzelnen,

kleinen Konjunkturprogrammen unsere stabile und große Wirtschaft nachhaltig beeinflussen. Gott sei Dank werden mehr als 90 Prozent der Gesamtinvestitionen in Deutschland von privaten Unternehmen und Haushalten getätigt und eben nicht von der öffentlichen Hand. Deshalb wäre es viel wichtiger, sich darauf zu konzentrieren, diese 90 Prozent zu stärken, statt hier weiter darüber zu streiten, ob ein paar hundert Millionen Euro in das eine oder andere Programmchen gesteckt werden. Das ist der völlig falsche Weg. Es stimmt: falsche Richtung, keine Führung. Das ist aber leider nicht neu. Deshalb warten wir auf den September. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:  
Das Wort hat jetzt die Kollegin Ute Berg von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die enttäuschende Botschaft für die Opposition gleich zu Beginn: Die Regierung ist voll und ganz handlungsfähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –  
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Teil der Regierung?)

– Man muss nicht immer hier sitzen, um handlungsfähig zu sein. Man kann Handlungen tatsächlich auch woanders vorbereiten und tätigen. –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie beweist das mit den zwei Konjunkturpaketen, die sie beschlossen hat und die allseits gelobt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wem denn? – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von ihr selbst!)

Sie hat das nicht zuletzt mit der raschen Beschlussfassung über diese Pakete bewiesen. Wir haben das mit unseren zügigen und konstruktiven parlamentarischen Beratungen unterstützt.

Auch inhaltlich wurden die Weichen richtig gestellt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Spritschleudern, Abwrackprämie und Milliarden für Banken!)

– Doch, ich glaube das. Obwohl es mir schwerfällt, gegen Ihre Zwischenrufe anzuschreien, versuche ich es. –  
Sie hat das mit einem ausgewogenen Verhältnis von Ausgaben zur Stützung der Konjunktur einerseits und der Höhe der Neuverschuldung, die wir begrenzen wollen, andererseits geschafft.

Die Regierung hat mit Peer Steinbrück einen sozialdemokratischen Finanzminister, der seiner Verantwortung in der Krise voll und ganz gerecht wurde.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU])

Er hat ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Finanzmarkt zu stabilisieren.

Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir einen Vizekanzler, der mit seinem Konzept für das Konjunkturpaket die Grundlage dafür geliefert hat, dass wir diese Krise effektiv bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

Wir sind also durchaus zufrieden mit der aktuellen Entwicklung. Wir haben klare Vorstellungen davon, was in diesen Zeiten zu tun ist, und die Bundesregierung hat die Kraft, das auch umzusetzen.

Worum geht es? Es geht nicht um kabarettistische Auftritte à la Döring oder Künast.

(Dirk Niebel [FDP]: Das war eine brillante Rede!)

Wir wollen Unternehmen stärken und Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen.

In den letzten Jahren war die Große Koalition darin sehr erfolgreich. Rot-Grün hat entsprechend vorgearbeitet. Die Arbeitslosigkeit ist drastisch zurückgegangen. Zurzeit müssen wir allerdings befürchten - das ist ein ernstzunehmendes Thema -, dass die Einbrüche in den Auftragsbüchern auch zu Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen. Olaf Scholz hat daher mit den Kurzarbeiterregelungen und den notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen einen Puffer geschaffen, mit dem Produktionsausfälle abgefedert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Kredit- und Bürgschaftsprogramme aufgelegt, die Banken und Unternehmen unter die Arme greifen. Das sichert Arbeitsplätze und die Existenz von vielen kleinen und großen Unternehmen.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Nur den großen Unternehmen! Nicht den kleinen!)

Wir sorgen für den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur und für die Modernisierung und den weitergehenden Ausbau der Energienetze.

Alle Maßnahmen, die ich eben genannt habe, und noch viele mehr stammen aus dem Steinmeier-Papier. Das wird Ihnen nicht entgangen sein.

(Zuruf von der FDP: Das komplette Papier ist uns entgangen!)

Das heißt, dieses Papier ist nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt worden. Das beweist die konstruktive Zusammenarbeit im Kabinett und die Kompetenz und Durchsetzungsstärke unserer Ministerinnen und Minister. Morgen wird der neue Wirtschaftsminister vereidigt.

Wir jedenfalls wünschen Freiherrn zu Guttenberg alles Gute in seinem neuen Amt und sichern ihm zu, dass er auf eine faire Zusammenarbeit mit der SPD bauen kann,

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP: Das braucht er dringend!)

auch wenn die Umstände, wie er in sein Amt gekommen ist, nur als abenteuerlich zu bezeichnen sind.

Der Umgang von Teilen der CSU mit der Kanzlerin

auch in dieser Frage hat uns sehr abgeschreckt. Die Regierungsfähigkeit des Kabinetts war aber zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir weisen - das darf ich abschließend festhalten - mit Abscheu und Empörung zurück, was in dieser Aktuellen Stunde vorgebracht wurde, nämlich dass die Führungsverantwortung der Kanzlerin nicht gewährleistet sei.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die

Empörung sieht man Ihnen gar nicht an!)

Wir als Koalitionspartner haben keinen Zweifel daran.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -  
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Das sieht Münte aber ganz anders!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Axel Troost von  
der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich  
ist das Verfahren, wie Bundeswirtschaftsminister Glos  
am Wochenende seinen Dienst quittiert hat und wie sein  
Nachfolger bestimmt wurde, eine Blamage. Natürlich  
darf man als Parlamentarier fragen, ob die Bundeskanzlerin  
ihre Regierung wirklich noch im Griff hat. Aber als  
Opposition sollten wir nicht die gleichen Fehler machen  
wie die Bundesregierung, nämlich die Öffentlichkeit mit  
Personaldebatten zu irritieren. Meine Fraktion hat wenig  
von der Wirtschaftspolitik von Herrn Glos gehalten. Ich  
sehe wenig Hoffnung, dass das bei Herrn zu Guttenberg  
anders werden wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Lassen Sie uns daher nicht über Personalien, sondern  
lieber über Politikinhalt reden. Entscheidend ist doch  
die Frage, wohin die Bundeskanzlerin mit ihrer Regierung  
steuern will. Wir beobachten in den letzten Monaten,  
dass wichtige Glaubenssätze der neoliberalen Politik  
der letzten 20 Jahre

(Dirk Niebel [FDP]: Das sind die 20 Jahre, in  
denen der Sozialismus gescheitert ist!)

in einer außerordentlich schwierigen Krise außerordentlich  
schnell über Bord geworfen werden. Konjunkturprogramme  
sind auf einmal in und nicht mehr des Teufels.

Der Einstieg des Staates als Retter privater Banken  
wird zum geeigneten Mittel. Für all das sind nach all den  
Jahren des Sozialabbaus auf einmal Milliardenbeträge  
verfügbar.

In einer solchen Situation ist es angemessen, noch  
einmal nach den ursprünglichen Interessenlagen zu fragen.  
Es ist zwar richtig, dass der Neoliberalismus als  
quasi religionsartige Ideologie, dass ausschließlich die  
Steuerungsfähigkeit der Märkte funktioniert, ein fanatisches  
Ausmaß angenommen hat. Aber das darf nicht  
darüber hinwegtäuschen, dass der Neoliberalismus die  
gesellschaftspolitische Fassade für eine dahinterliegende  
interessengeleitete Politik war und ist. In der aktuellen  
Krisensituation ist es für die Kapitalseite attraktiver, einen  
starken Staat zu fordern; denn sie hat im Augenblick  
Angst um ihre Kapitalanlagen. Damals wie heute sind es  
die Kapitalbesitzer, die Reichen und die Superreichen,  
die profitieren, früher vom Rückzug des Staates, von der  
Privatisierung, von Spekulationsmöglichkeiten, heute  
von Bankenrettungsplänen und Konjunkturprogrammen.  
Wir können hier lange die Führungsfähigkeit der Bundeskanzlerin  
infrage stellen sowie auf das Regierungschaos  
und das Personalchaos schimpfen. Eines kann  
man der Bundeskanzlerin aber nicht vorwerfen: dass sie

die Leute aus den Augen verliert, für deren Interessen sie sich einsetzt, genauso wie das die vorangegangenen Bundesregierungen getan haben.

In diesem Zusammenhang ist die Föderalismuskommission mit der sogenannten Schuldenbremse ein trauriges Beispiel aus der letzten und dieser Woche. Genauso wie beim Stabilitätspakt der EU wird hier mit der Schuldenbremse ein formaler Sachzwang geschaffen. Heute werden die Banken mit Milliardenbeträgen saniert. In wenigen Jahren kann dann eine Bundesregierung behaupten, für Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Zuschüsse zur Rentenversicherung sei kein Geld mehr da, weil keine Verschuldung mehr möglich sei. Dazu sagen wir in der Tat: Es ist notwendig, die Banken nicht pleitegehen zu lassen, hier Sanierungsschritte zu machen. Aber es stellt sich die Frage: Wer zahlt all dies? Das dürfen nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sein, sondern das müssen diejenigen sein, die sich über Jahre und Jahrzehnte eine goldene Nase verdient haben. Deswegen sagen wir: Wir müssen Geld über eine Zwangsabgabe, eine Zwangsanleihe, die Vermögen- und Erbschaftsteuer und vieles andere mehr beschaffen; denn nur so können wir gewährleisten, dass nun diejenigen, die bisher profitiert haben, in die Finanzierungsverantwortung einbezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das liegt aber eben nicht im Interesse der herrschenden Eliten dieses Landes. Um die Interessen dieser Eliten abzusichern, fehlt es der Bundesregierung leider nicht an Führung. Von dieser Führung, meine Damen und Herren, möchte ich nicht mehr haben.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Michael Fuchs von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sind Sie eigentlich nicht Minister geworden, mit Ihrer Kompetenz?)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Künast, was ist eigentlich stringente, konsistente, nachhaltige Politik?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie Minister geworden wären!)

Ich will Ihnen ein Beispiel vom heutigen Tag nennen.

Heute haben Sie im Bundestagausschuss für Wirtschaft 22068 Deutscher Bundestag –

und Technologie gegen das Konjunkturpaket II gestimmt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

haben parallel dazu aber beschlossen, dass Sie in Hamburg und Bremen zustimmen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein!)

Das ist die Doppelkopfpolitik der Grünen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Hört! Hört! –

Patrick Döring [FDP]: Das ist die Wirtschaftspolitik der Grünen!)

Das haben Sie nur gemacht, weil Sie die FDP ärgern wollten, aber das ist doch keine klare Politik. Was wollen Sie denn eigentlich? Das liegt wahrscheinlich daran, dass Sie überall mit Doppelspitzen arbeiten. Die linke weiß nicht, was die rechte tut, wahrscheinlich ist das Ihre Politik.

Gerade in dieser Finanzmarktkrise hat die Bundeskanzlerin Richtlinienkompetenz bewiesen. Es hat es noch nie in diesem Hohen Hause gegeben, (Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst rein, dann raus!)

dass ein Paket mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro innerhalb von einer Woche von A bis Z durchgezogen wurde. Ich bin einem Teil der Opposition, in dem Fall der FDP, dankbar, dass sie mitgemacht hat. Sie von der Linken haben sich verweigert; das kennen wir von Ihnen. Sie, Frau Künast, müssten selber wissen, was Bastapolitik bedeutet; denn wir haben erst einmal die Schäden Ihrer Bastapolitik beseitigen müssen. Auch Sie haben darunter gelitten; das haben Sie selbst einmal zugegeben. Wir mussten danach aufräumen; denn als Sie aufgehört haben, in der Regierung zu sitzen, haben Sie uns „freundlicherweise“ 5 Millionen Arbeitslose hinterlassen. Die Krise hat uns überhaupt nur deshalb nicht so stark wie andere Länder getroffen, weil wir eine vernünftige Politik unter Angela Merkel und in dieser Großen Koalition gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben dafür gesorgt, dass wir gestärkt in das Verfahren zur Bewältigung der Krise gegangen sind. Gott sei Dank sind wir dazu besser in der Lage als alle anderen Länder. Ich gehe davon aus, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen ihre Hausaufgaben in dieser Phase gemacht haben, sodass wir diese Krise besser überstehen.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch den Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erwähnen, der einen guten Anteil daran gehabt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit Karl-Theodor zu Guttenberg hat der Herr Bundespräsident gestern den Nachfolger von Michael Glos benannt.

Auch an dieser Entscheidung hat die Bundeskanzlerin - sie hat das nie so lauthals gemacht wie andere vor ihr -

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie der Papst! - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heimlich!)

maßgeblich Anteil gehabt. Natürlich hat sie verfassungsrechtlich die Personalentscheidung zu treffen. Das weiß sie ganz genau. Sie hat dabei natürlich auch die Koalitionspartner zu berücksichtigen.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Hauptsache Franke!)

Das ist ihr mit dem Vorschlag von Herrn zu Guttenberg sicherlich leichter gefallen, als das bei Gerhard Schröder mit Ihnen, Herr Trittin, und mit Herrn Fischer der Fall war; denn Schröder musste Ihnen, Herr Trittin, erst einmal beibringen, wer Koch und wer Kellner ist. Sie können

sich sicherlich noch daran erinnern.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seehofer ist der Koch!)

Nun versuchen beispielsweise Sie, Herr Kuhn, dem neuen Wirtschaftsminister Kompetenz abzusprechen, so nach dem Motto: Der hat keine Ahnung von Wirtschaftspolitik. - Dabei hat er das familiäre Rüstzeug, er ist Unternehmer, und er ist ein mit summa cum laude promovierter Politik- und Rechtswissenschaftler.

Das ist natürlich - da muss ich Ihnen recht geben - nicht mit den großartigen Qualifikationen des größten Politikers und Staatsmannes, des „Grögaz“, des größten Grünen aller Zeiten, zu vergleichen. Ich habe einmal in seiner Vita nachgelesen, welchen Werdegang er genommen hat.

(Dirk Niebel [FDP]: Straßenkämpfer!)

Er war immerhin bis zum zehnten Schuljahr auf dem Gymnasium. Das musste er ohne Abschluss verlassen. Er brach eine Lehre als Fotograf ab, danach arbeitete er als Spielwarenverkäufer, wenn wir Straßenkämpfer einmal nicht als Beruf werten.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Steinerwerfer!)

1976 legte er eine einzige Prüfung erfolgreich ab, nämlich die Prüfung zur Erlangung des Personenbeförderungsscheins; er wurde nämlich anschließend Taxifahrer.

Er war dann Aushilfe in einem Buchladen und hatte schauspielerische Kurzauftritte. Das hat ihn natürlich für seine spätere Vita hier im Deutschen Bundestag qualifiziert. Das alles sind also Topqualifikationen für einen Außenminister. Es ist klar, dass Schröder damals seine geballte Richtlinienkompetenz mobilisieren musste, um den überhaupt zum Außenminister zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Dann einem Einserjuristen vorzuwerfen, er sei für einen solchen Job nicht geeignet, das ist schon kühn, Frau Künast.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe kein Wort gegen zu

Guttenberg gesagt, Herr Fuchs!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich Ihnen klarmachen konnte, dass solche Debatten, wie wir sie heute hier führen, angesichts der Tatsache, dass sich unser Land noch nie in einer so schweren Krise befunden hat, nicht ins Parlament passen. Wir sollten uns mit Ernst an unsere Aufgaben begeben. Mich ärgert es, dass Sie uns die Zeit, die wir brauchen, um dieses Land aus der Krise zu führen, mit solchen Debatten stehlen. Wir arbeiten daran und machen keinen Klamauk.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Christine Scheel vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Laurenz Meyer

[Hamm] [CDU/CSU]: Frau Scheel, ich würde jetzt einfach alles zurücknehmen! Ich würde an Ihrer Stelle die Aktuelle Stunde zurückziehen!)

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Irgendwie

hat man das Gefühl, es gibt in der Union ziemlich viel Verwirrung. Mittlerweile erscheinen schon die Redebeiträge der eigenen Kollegen peinlich. Aber gut!

Man schaue sich einmal an, wie die derzeitige Situation in der Bevölkerung diskutiert wird. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Wer regiert dieses Land eigentlich? Manche haben den Eindruck, dass dies Horst Seehofer ist. Das zeigt, dass es mit der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin nicht weit her ist. Das zeigt auch, dass wir es hier anscheinend mit einem „Basta-Seehofer“ und nicht mit einer Kanzlerin zu tun haben, die vorgibt, was für dieses Land notwendig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Patrick Döring [FDP]: Das glauben ja nicht einmal die letzten Anhänger der CDU!)

Angesichts dieser sehr schwierigen Finanzkrise und angesichts der wirtschaftlichen Situation sehen wir, dass die Bürger und Bürgerinnen erwarten, dass regiert wird. Gleichzeitig wird hier, in der realen Politik, abgetaucht. Das stärkt nicht das notwendige Vertrauen in die Politik. Man sieht, dass vielmehr ein ziemliches Chaos in dem, was Sie wollen oder nicht wollen, ausgebrochen ist. Ich gebe Ihnen ein ganz einfaches, klares Beispiel: Heute hat es innerhalb der Großen Koalition um die Frage, was wir für den Klimaschutz tun - Stichwort „Kfz-Steuer“ -, ein ziemliches Schmierentheater gegeben. Es sollte so sein, dass große Dieselfahrzeuge in Zukunft stärker mit Steuern belastet werden. Die Union hätte es mitgetragen; die SPD hat es gebremst. Die Kanzlerin stellt sich auf die Eisscholle und sagt: Klimaschutz und Arbeitsplätze. Sobald es allerdings um Taten geht, sind Sie nicht in der Lage, dies umzusetzen, und die Kanzlerin taucht ab und schweigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Hubertus Heil [SPD]: Das haben Sie durcheinandergebracht, Frau Kollegin!)

Es reicht auch nicht, in der Welt herumzufliegen und von anderen die Regulierung der Finanzmärkte einzufordern, wie es die Bundeskanzlerin unlängst getan hat.

Man muss zu Hause das tun, was man von anderen verlangt.

Wenn man weiß, dass deutsche Banken mit 114 Milliarden Euro in der Steueroase Cayman Islands und mit 52 Milliarden Euro auf Jersey engagiert sind, dann muss man sich schon fragen: Wo ist die Ansage von Angela Merkel, dass das nicht geht? Das kratzt nämlich auch an Deutschlands Glaubwürdigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich die Untätigkeit und das Gewährenlassen in Bezug auf das Wirtschaftsministerium anschaut, dann erkennt man, dass die heutige Diskussion durchaus einen Sinn hat. Angela Merkel hat in diesem Zusammenhang den Vogel abgeschossen. Sie ist seit drei Jahren der Meinung, dass Michi Glos als Wirtschaftsminister nicht das bringt, wovon sie glaubt, dass es für dieses Land gut ist.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:

Quatsch!)

Dennoch hat sie das Ganze drei Jahre lang laufen lassen. Bundesminister und Bundesministerin sind per Gesetz an die Richtlinien der Kanzlerin gebunden und nicht an



die Richtlinien des bayerischen Ministerpräsidenten.  
Auch das muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten schon erwartet, dass spätestens im Herbst, nach dem Wahldebakel der CSU, die Chance zu einer Kabinettsumbildung genutzt worden wäre und dass man dieses Amt so besetzt hätte, wie man es hat besetzen wollen. Faktisch hat die Bundeskanzlerin aber nichts getan. Sie ist aus Feigheit vor Horst Seehofer – das muss man klar sagen – hier zurückgewichen. Es ging um den Regionalproporz in Bayern und nicht um eine klare Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Das beschädigt Ihre Umfragewerte, und davon profitiert die FDP im Moment.

Wir würden uns von der Kanzlerin in dieser Krise einmal etwas mehr Mut wünschen; ich verweise auf das, was jetzt vonseiten der FDP vorgeschlagen wird. Die Kanzlerin sagt: Das ist egal; die Wählerwanderungen finden innerhalb des konservativen Wählerspektrums statt; ein paar von der Union gehen halt zur FDP; die kommen schon irgendwann zurück. Besser wäre es, den Mut zu haben, zu sagen, dass die FDP in dieser Krise kein Konzept hat, dass die Umsetzung der Vorschläge, Steuern in diesen Größenordnungen zu senken, die Staatsverschuldung weiter nach oben treibt und dass das alles in dieser Krise keinen Beitrag dazu leistet, das Richtige zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD – Patrick

Döring [FDP]: Warum macht Obama denn Steuersenkungen? – Rainer Brüderle [FDP]:  
Ihr seid doch Mitläufer!)

– Das müssen Sie sich anhören.

Gigantische Staatsverschuldung, falsch angelegtes Bankenrettungspaket, schlechtes Konjunkturpaket – dazu kam es, weil für jeden im Kabinett ein bisschen was dabei 22070 Deutscher Bundestag

sein sollte. Das ist aber kein Ausdruck von Führungskompetenz; vielmehr sehen wir hier ein ganz klares Führungsdefizit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte auch, dass man in der Krise ein klareres Bild über die Finanzlage abgibt.

(Dirk Niebel [FDP]: Und über die Grünen!)

Der Nachtragshaushalt ist unehrlich. Er ist unseriös. Er ist auch intransparent. Es gibt massenweise Schattenhaushalte. Wir haben jetzt mitbekommen, dass die Bundeskanzlerin nicht einmal weiß, wie die Haushaltspolitik funktioniert, wie das mit den Schattenhaushalten in der Vergangenheit war, wie die abbezahlt worden sind und wie die Tilgungssituation ist.

(Dirk Niebel [FDP]: Und wer hat das herausgefunden?)

Die Bürger und Bürgerinnen würden sich schon erhoffen, dass ihr Steuergeld vernünftig verwaltet wird, dass es für Dinge ausgegeben wird, die für die Zukunft Sinn machen, die für die Zukunft, für unsere Kinder, notwendig sind,

(Patrick Döring [FDP]: Warum stimmen Sie dann im Bundesrat zu?)

und dass es nicht verpufft, nur um es irgendwelchen Regionalleuten recht zu machen und Lobbyinteressen zu

bedienen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Dirk Niebel [FDP]: Warum stimmen Sie im  
Bundesrat zu?)

Wir wünschen uns hier Geradlinigkeit, Klarheit nach  
vorn

(Patrick Döring [FDP]: Ja, Klarheit, insbesondere  
in Bremen und Hamburg!)

und Transparenz in der Haushalts- und Finanzpolitik.

Angela Merkel muss einmal sagen, wo es langgeht; anscheinend  
bekommen die es im Kabinett sonst nicht hin.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Patrick Döring [FDP]: Wer sagt denn euren  
Leuten, wo es langgeht?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Florian Pronold von der  
SPD-Fraktion.

(Dirk Niebel [FDP]: Ist der auch Franke?)

Florian Pronold (SPD):

Niederbayer! Das ist ein großer Unterschied!

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr bayerisch hört sich das an!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen

und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe

die Kritik der Grünen an der Führungskompetenz

der Bundeskanzlerin in keiner Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dirk Niebel [FDP]: Ein Pharisäer!)

Ich will das auch ausführen.

Ich habe mich zuerst gefragt: Was ist der Anlass für  
diese Aktuelle Stunde, die Frage der fehlenden Richtlinienkompetenz  
oder die Frage der Führungsfähigkeit  
der Bundeskanzlerin?

Zur Frage der Richtlinienkompetenz. Dafür ist tatsächlich  
ein äußerer Anlass gegeben. Aber der hätte eine

Nachhilfestunde für den Herrn Glos notwendig gemacht,

keine Aktuelle Stunde für den Deutschen Bundestag;

denn: Die Bundeskanzlerin ist diejenige, die darüber entscheidet,  
wer Bundesminister ist, und nicht Horst

Seehofer.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Das stimmt nicht! Das wissen Sie besser,  
dass das Seehofer entscheidet!)

Wenn sich der Herr Glos in der Frage seines Rücktritts  
sozusagen an die falsche Person wendet, ist tatsächlich  
Aufklärungsbedarf gegeben, aber mit Sicherheit nicht  
für die Parlamentarier und Parlamentarierinnen hier in  
Form einer Aktuellen Stunde, sondern für den ehemaligen  
Bundeswirtschaftsminister.

Zur zweiten Frage, die die Aktuelle Stunde begründen  
könnte, nämlich ob in der Führungskompetenz der Bundeskanzlerin  
Defizite auszumachen sind,

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Von Ihnen bestimmt nicht!)

so wie es die Grünen hier unterstellen. Es gibt natürlich  
Anlässe - sie haben ihren Ursprung in der Staatskanzlei  
in Bayern -, die zumindest Fragezeichen zulassen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Ich schaue mir einmal an, was beim Umweltgesetzbuch

geschehen ist. Wenn die Frau Bundeskanzlerin als grüner Klimaengel durch die Welt schwebt und tolle Sachen verkündet, aber dann, wenn es im Deutschen Bundestag darauf ankommt, gegenüber ihrer eigenen Fraktion und insbesondere gegenüber der CSU in München leider nicht die Stärke hat, das Umweltgesetzbuch durchzusetzen, dann kann man hier zu Recht ein Fragezeichen anbringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dieselbe Frage könnte man natürlich auch beim aktuellen Beispiel der Koalitionsvereinbarung zum Thema „Mindestlohn und Leiharbeit“ stellen.

(Dirk Niebel [FDP]: Also haben die Grünen recht?)

- Ich komme gleich zur Antwort. - Auch hier ist die Frage, ob sich die Kanzlerin gegen Horst Seehofer durchsetzen und das umsetzen wird, was sie in der Großen Koalition vereinbart hat.

Ich habe gesehen, Kollege Michelbach spricht nach mir. Das freut mich; denn auch der Kollege Michelbach ist in den letzten Wochen dadurch aufgefallen, dass er die Kanzlerin für mangelnde Durchsetzungsfähigkeit öffentlich kritisiert hat.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo haben Sie denn das gelesen?)

Ich freue mich darauf, zu hören, wie er sie gleich verteidigt.

(Dirk Niebel [FDP]: Aber Sie haben sie doch auch verteidigt!)

Aber auch beim Konjunkturpaket ist es wirklich eine spannende Sache mit dem Fragezeichen; denn gerade die CSU und Horst Seehofer haben dabei vieles aufgehalten; das hätte anders schneller und besser gehen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber was diese von den Grünen beantragte Aktuelle Stunde falsch macht, ist Folgendes: Sie haben ein völlig falsches Verständnis von Führung, und das verwundert mich. Ich dachte, bei Ihnen gäbe es noch eine Reminiszenz an die antiautoritäre Zeit. Ich finde, dass die Bundeskanzlerin wirklich ein modernes Führungsverständnis hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Summerhill!)

Sie sieht, dass mit Frank-Walter Steinmeier ein Vizekanzler da ist, der alle Eckpunkte des Konjunkturprogramms aufgeschrieben hat.

(Patrick Döring [FDP]: Ach, der war das? Jetzt wissen wir endlich, wer es verbochen hat! -

Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: So entstehen Legenden!)

Sie sieht, dass ein Wolfgang Tiefensee da ist, der mit einem Infrastrukturprogramm die Konjunktur wieder ankurbelt.

Sie sieht, dass ein Olaf Scholz es bei der Frage des Kurzarbeitergeldes richtig macht. Sie sieht, dass Peer Steinbrück der Richtige ist, um die Finanzkrise zu meistern.

(Beifall bei der SPD - Patrick Döring [FDP]:

Und das ist das Zentralkomitee, das Müntefering gemeint hat! - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und dann noch Ulla Schmidt, Herr Pronold!)

Dafür muss man sie doch loben. Es ist ein Zeichen von moderner Führungskompetenz, dass sie sich hier voll auf Peer Steinbrück verlässt und nicht auf Michael Glos, der das auch entsprechend beklagt hat. Ich halte dies also für einen Ausdruck moderner Führungskultur.

(Patrick Döring [FDP]: Wer ist dann das Zentralkomitee?)

Der Kollege Heil hat einmal gesagt, die Große Koalition sei durch folgende Arbeitsteilung gekennzeichnet: Die Sozialdemokraten arbeiteten im Maschinenraum, und andere versuchten, sich auf dem Sonnendeck zu sonnen. Jetzt wird deutlich, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur im Maschinenraum, sondern auch auf der Kommandobrücke das Sagen haben.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es gut, wenn sich eine Bundeskanzlerin auf dem Sonnendeck auch bei Regen darauf verlassen kann, dass die Führungsmannschaft gute Arbeit leistet. Dies ist ein Ausdruck von Führungsstärke, wofür sie nur Lob verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Hans Michelbach von der CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Tatsache: Die Bundeskanzlerin hat den Auftrag der Wähler zur Übernahme der Richtlinienkompetenz aktiv und erfolgreich genutzt. Die Große Koalition tritt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verantwortungsvoll entgegen. Alle Versuche, hier zwischen einer sozialdemokratischen Handschrift und einer bürgerlichen Handschrift zu unterscheiden, führen uns nicht weiter.

(Dirk Niebel [FDP]: Stimmt auch nicht! -

Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche bürgerliche Handschrift?)

Tatsache ist auch, dass wir Erfolge bei der Bekämpfung der Krise zu verzeichnen haben. Das europäisch und international gut abgestimmte Krisenmanagement hat der deutschen Politik weltweit Respekt verschafft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Vorurteil von der Ohnmacht der Politik in Zeiten der Globalisierung hat erst einmal ausgedient.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Machen wir unsere politische Arbeit doch nicht schlechter, als sie ist! Es ist Ausdruck einer Fehleinschätzung, wie wir hier in einer solchen aktuellen Stunde mit den Erfolgen der gemeinsam von uns betriebenen Politik umgehen. Was sollen denn die Bürgerinnen und Bürger draußen denken, wenn wir uns hier in kleinkariierter Weise auseinanderdividieren?

Es geht in dieser Zeit um eine Richtlinienkompetenz für eine praxisnahe, pragmatische Politik, die natürlich auf den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft stattfinden muss. Von daher wäre es völlig falsch, wenn man Krisengewinnler spielen wollte. Marktgläubigkeit

und Staatsverachtung sind jetzt ebenso gescheitert wie vorher Staatsgläubigkeit und Marktverachtung. Natürlich sehe ich die Gefahr, dass enttäushtes Marktvertrauen in übertriebenes Staatsvertrauen umschlägt, und unterschätze sie nicht.

(Patrick Döring [FDP]: Sehr gut!) (A) (C)  
(B) (D)

Dr. h. c. Hans Michelbach

Wir müssen sehen, die Marktwirtschaft ist immer noch das beste Wirtschaftssystem.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin spiegelt die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wider. Deswegen wende ich mich dagegen, dass in einer Großen Koalition einige glauben, eine Rutschbahn in den Staatskapitalismus sei der richtige Weg. Da müssen wir Grenzen setzen. Wenn darüber innerhalb einer Koalition diskutiert wird, dann ist diese Diskussion zum Aufzeigen der Grenzen notwendig.

(Florian Pronold [SPD]: Genau, stoppt den Rüttgers!)

Wir müssen diese Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wahren und jede Rutschbahn in den Staatskapitalismus verhindern, weil er den durch diese Krise hervorgerufenen Herausforderungen nicht angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns wieder stärker zur Geltung kommen lassen: Anstand und Aufrichtigkeit, Rücksicht und Verantwortungsbereitschaft sowie die Orientierung an dauerhaften Werten sind besser als die Gier nach dem schnellen Geld. Mit diesen Werten hat unser Land ein Wirtschaftswunder geschaffen, und mit diesen Werten wird Deutschland auch aus dieser Krise herauskommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mir steht es an, dem bisherigen Bundeswirtschaftsminister Michael Glos herzlichen Dank zu sagen. Dieser Mann hat als ordnungspolitisches Gewissen für seine Überzeugung gekämpft und sich um unser Land verdient gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es wichtig, dass jetzt mit Karl-Theodor zu Guttenberg die Wirtschaftskompetenz der Union fortgeführt wird.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum ist er dann gegangen? Das versteht doch kein Mensch!)

Er wird ihr zu weiterer Durchschlagskraft verhelfen. Seine Wirtschaftspolitik wird immer an dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet sein.

Ich glaube, dass wir bald feststellen können, dass er seine Arbeit erfolgreich machen wird. Karl-Theodor zu Guttenberg kann nämlich – darüber freuen wir uns –

(Zuruf von der FDP: Von und zu!)

eigene Tätigkeit in einem mittelständischen Unternehmen

vorweisen. Dieser Mann redet nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern hat Praxiserfahrung und kann so praxisnah und erfolgreich agieren. Auch ihm kommt zukünftig die Aufgabe zu, das ordnungspolitische Gewissen dieser Großen Koalition zu sein. Er ist kein Proporzminister, wie hier behauptet wurde, sondern ein fähiger, junger, tatkräftiger Kollege, den ich seit vielen Jahren sehr schätze.

Denjenigen, die sich gegen die Übertragung des Amtes an diesen Franken verstiegen haben, kann ich, der ich ja selber ein Franke bin - das kann ich nicht verleugnen -, abschließend nur sagen:

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]:

Reichstreu seid ihr!)

Man muss Gott danken, dass es gibt tüchtige Franken.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Martin Dörmann von der SPD-Fraktion.

Martin Dörmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal auf den Wortbeitrag von Frau Scheel zurückkommen. Frau Scheel, ich habe durchaus Verständnis, dass die Opposition angesichts der aktuellen Lage den von der Union verschuldeten Strafstoß hier ins Plenum gebracht hat, zumal es sich wohl vorher um ein Foul aus den eigenen Reihen gehandelt hat. Zu diesem Schluss komme ich jedenfalls, wenn ich die Aussagen nachvollziehe, die ich im Moment von Herrn Glos lese. Ich möchte aber auch auf das Problem Richtlinienkompetenz zu sprechen kommen. Ich glaube, wir sollten dem Publikum nichts vormachen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten Jahren oder Jahrzehnten irgendein Kanzler von seiner Richtlinienkompetenz in Streitfragen Gebrauch gemacht hat. Darüber, wie diese zu verstehen ist, streiten sich ja die Staatsrechtler. Selbst Helmut Schmidt war am Ende seiner achtjährigen Kanzlerschaft stolz, dass er es immer geschafft hat, Kompromisse hinzubekommen, und nie von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch musste. In Zeiten von Großen Koalitionen, wo beide Parteien fast gleich stark sind, wäre es auch nicht richtig, sich darauf zu berufen. Ich hätte es als spannend empfunden, zu sehen, wie Sie reagiert hätten, wenn Herr Schröder unabhängig von irgendwelchen Koalitionsverträgen von seiner Richtlinienkompetenz gegenüber Herrn Trittin oder irgendjemand anderem Gebrauch gemacht hätte.

(Patrick Döring [FDP]: Da tun Sie Gerd Schröder aber unrecht!)

Ich glaube also, Richtlinienkompetenz ist in diesem Zusammenhang nicht das richtige Stichwort. Vielmehr sollten wir alle miteinander einen Moment lang selbstkritisch überlegen, was wir nach draußen kommunizieren. Selbstverständlich darf man nicht immer sagen, dass alles gut gelaufen ist. Ich denke, die Umstände geben uns als Sozialdemokraten Anlass zur Sorge, weil ein bestimmtes Bild in der Öffentlichkeit entstanden ist. Dem können wir nur durch gutes Handeln entgegenwirken.

Das wollen wir.

Ich danke aber auch Herrn Glos dafür, dass er in den vergangenen Jahren mit uns eine gute Kommunikation gepflegt hat. Wir hätten uns einen noch besseren Wirtschaftsminister wünschen können, beispielsweise hätte

Peer Steinbrück dieses Amt in Personalunion mit dem des Finanzministers wunderbar ausüben können.

(Patrick Döring [FDP]: Warum ist dann der nicht Kanzlerkandidat, wo er das so gut kann?)

Dieser Vorschlag war ja auch schon auf dem Tisch. Aber der Koalitionsvertrag sieht etwas anderes vor. Das Zepter des Handelns lag sozusagen aufseiten der CSU.

Ich will ausdrücklich betonen, dass wir die Zusammenarbeit mit dem neuen Wirtschaftsminister Herrn zu

Guttenberg sehr konstruktiv angehen werden. Ich freue mich schon auf die Diskussionen.

Ich möchte nun auf die Inhalte zu sprechen kommen und deutlich machen, dass die SPD inhaltlich an vielen Stellen innerhalb dieser Großen Koalition etwas Gutes erreicht hat. In der Politik geht es nämlich nicht in erster Linie um Richtlinien, sondern vielmehr um Leitlinien.

An vielen Stellen wird deutlich, dass Sozialdemokraten diese Leitlinien mitprägen. Das ist ja auch gut so. Insofern stimme ich dem Kollegen Pronold ausdrücklich zu, dass es auch ein Zeichen von Führungsstärke sein kann, nämlich der Kanzlerin an dieser Stelle, wenn sie den Rat von guten sozialdemokratischen Ministern wie beispielsweise Peer Steinbrück sucht, gute Vorschläge der Sozialdemokraten aufnimmt und diese auch entsprechend umsetzt.

Dabei hat sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Ganz aktuell sehen wir das beim Konjunkturpaket II.

Es trägt sozialdemokratische Handschrift. Es ist im Wesentlichen von fünf Leitlinien geprägt.

Unsere erste Leitlinie lautet, auf Investitionen, insbesondere in den Kommunen, zu setzen, damit Infrastruktur aufgebaut wird, und zwar schwerpunktmäßig im Bildungsbereich.

Wir sagen nämlich: Wenn wir schon

Schulden machen müssen – das müssen wir in diesen Zeiten –, dann bitte für solche Dinge, die sich für die nachfolgenden Generationen positiv auswirken und die sie nach vorne bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD versteht sich als Kommunalpartei. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gewerbesteuer erhalten geblieben ist. Wir stehen dafür, dass das Geld bei den Kommunen vor Ort ankommt. Das Gleiche gilt für die Unternehmen, die durch Bürgerschaftsprogramme und durch Kreditprogramme der KfW unterstützt werden.

Der zweite Bereich. In diesen schweren Zeiten müssen wir für Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger sorgen. Die Sozialdemokraten sagen aber auch: Das muss sozial gerecht, also mit einem klaren Schwerpunkt auf den unteren Einkommen, erfolgen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb 2 500 Euro für ein Auto und 100 Euro für ein Kind!)

Für diese Einkommensgruppe muss es zu Steuersenkungen und zu einer Absenkung des Krankenkassenbeitrages kommen.

Der dritte Bereich. Wir brauchen gezielte Hilfen für Branchen, die besonders betroffen sind - dazu zählt die Automobilindustrie - und von denen sehr viele Arbeitsplätze in Deutschland abhängig sind. Deshalb haben wir die Umweltprämie bzw. Abwrackprämie - wie immer Sie sie nennen wollen - durchgesetzt. Die Grünen sagen an dieser Stelle, dass mit dieser Prämie, was das Thema Umweltschutz angeht, nicht das Ei des Kolumbus gefunden wurde.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Missbrauch ohne Ende an der Stelle!)

Darauf sage ich nur: Sie haben den Sinn des Konjunkturprogramms nicht verstanden.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die Lenkungswirkung nicht verstanden!)

Wir müssen in einer Krisensituation Prioritäten setzen.

Die Priorität ist, Arbeitsplätze zu erhalten.

Der vierte Bereich. Wir begrenzen die Verschuldung.

Es kann nicht sein - das sage ich in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der Linken -, dass wir die zukünftigen Generationen so belasten, dass es am Ende zu negativen Effekten führt.

Der fünfte Bereich ist uns Sozialdemokraten besonders wichtig. Wir wollen den Arbeitsmarkt erhalten.

Dank der verbesserten Kurzarbeiterregelungen haben wir dafür gesorgt, dass es in diesem Jahr 250 000 Arbeitslose weniger geben wird - so die Experten -, als ohne diese Regelungen zu erwarten wäre.

Sie sehen: Dies ist ein ausgewogenes Paket, was in den Anhörungen insgesamt durchaus bestätigt wurde, obwohl es den einen oder anderen gibt, der andere Wünsche hat.

Herr Döring, was ich aber überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass Sie das Argument „Das sind ja nur Milliönchen“ anführen. Ich kann denjenigen Kollegen nur recht geben, die hier schon angemerkt haben, dass gerade die FDP, die sich rühmt, Wirtschaftspartei zu sein, kein Konzept vorlegt. Einerseits kritisieren Sie die Verschuldung, andererseits fordern Sie mehr Entlastungen.

Wir wissen genau, welche Klientel Sie in erster Linie entlasten wollen. Das passt alles nicht zusammen; das alles ist kein Konzept.

(Beifall bei der SPD - Patrick Döring [FDP]: Sie haben uns missverstanden!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Dörmann, kommen Sie bitte zum Schluss. (C)

(B) (D)

Martin Dörmann (SPD):

Ich komme zum Schluss.

Es geht hier nicht um Richtlinienkompetenz, sondern um die Kompetenz bei den Leitlinien der Politik. Die Sozialdemokraten und auch die Große Koalition sind da gut aufgestellt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Otto Bernhardt von der CDU/CSU-Fraktion.



(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst drei Bemerkungen zu Ihrer Rede, Frau Kollegin Künast, machen.

Die erste Bemerkung. Die Opposition beantragt normalerweise eine Aktuelle Stunde, damit die Regierung ins schlechte Licht gerückt wird, damit also Minuspunkte aufgezeigt werden. Die von Ihnen beantragte Aktuelle Stunde hat aber dafür gesorgt, dass die Regierung Pluspunkte sammeln konnte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Denn die Große Koalition hatte Gelegenheit, die Leistungen dieser Regierung aufzuzeigen. Die können sich sehen lassen. Das hat sicherlich jeder Zuschauer mitbekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Widerspruch der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN] - Dr. Dagmar

Enkelmann [DIE LINKE]: Welche Leistungen?)

Die zweite Bemerkung. Stellen Sie sich einmal vor, die Finanzkrise hätte uns während Ihrer Regierungszeit erreicht. Wie stand es um Deutschland am Ende dieser Zeit? Wir waren Schlusslicht in Europa.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Agenda 2010, das waren wir, nicht Sie!)

Es wäre zu einer Katastrophe gekommen. Heute trifft uns die Krise zu einem Zeitpunkt, wo wir gut aufgestellt sind.

Die dritte Bemerkung. Ich weiß nicht, wie unter Rot-Grün damals Minister gemacht worden sind. Ich hatte den Eindruck, Joschka Fischer hat es für seine Partei alleine gemacht. Mit der Richtlinienkompetenz ist es in einer Koalition so eine Sache. Eine starke Führungspersönlichkeit - das ist nun einmal unsere Bundeskanzlerin - zeichnet sich dadurch aus, dass sie in der Lage ist, Kompromisse zu finden, mit denen beide Koalitionspartner leben können.

Das ist die schwierige Aufgabe einer Bundeskanzlerin in einer Koalition. Dies ist unserer Bundeskanzlerin hervorragend gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Patrick Döring [FDP]: Tosender Beifall bei der SPD!)

Die Koalitionsfraktionen nutzen natürlich die Chance, aufzuzeigen, wie gut die eigenen Minister sind. Herr Kollege Dörmann, Sie haben einen vergessen: Herrn Tiefensee. Zu ihm wird wahrscheinlich der Generalsekretär noch etwas sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ulla Schmidt! - Zurufe von der SPD)

Ich will aber auf Folgendes hinweisen: Die Große Koalition hat in den letzten drei Jahren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland grundlegend verbessert:

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das stimmt! Da hat er recht!)

Wir haben 2 Millionen Arbeitslose weniger. Mit über

40 Millionen Beschäftigten haben wir die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Das, was wir zum Thema „Sanierung der Staatsfinanzen“ vorzuzeigen haben, kann sich sehen lassen.

(Beifall des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

Wenn Sie unsere wirtschaftliche Situation mit der der anderen europäischen Nationen vergleichen, dann können Sie mir nur zustimmen, wenn ich sage: Unsere derzeitige Situation ist deutlich besser als die aller anderen Länder in Europa. Dennoch hat diese Regierung unter Leitung der von Ihnen kritisierten Bundeskanzlerin mehr Maßnahmen beschlossen, um mit dieser Krise fertig zu werden, als die anderen Regierungen in Europa. Sarkozy hat einen Vorteil: Er ist in der Lage, kleine Leistungen groß zu verkaufen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, wenn Sie die von uns beschlossenen Maßnahmen – insbesondere die, die wir am Freitag beschließen werden – in Relation zu unserem Bruttosozialprodukt sehen und dies mit der Situation in den anderen Ländern vergleichen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis: Wir haben zwar eine hervorragende Situation im Vergleich zu den anderen Ländern, haben aber mehr Maßnahmen ergriffen als die anderen. Das zeigt doch: Unter Führung dieser Bundeskanzlerin sind wir auf einem hervorragenden Weg.

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Vieles spricht dafür, dass wir zu den Volkswirtschaften gehören, die aus dieser Krise gestärkt hervorgehen können. Bei dem wichtigen Thema der Staatsverschuldung sieht es zurzeit so aus, dass wir trotz der enorm hohen neuen Schulden, die wir machen müssen – es wäre zu teuer, wenn wir jetzt keine neuen Schulden machen würden; um es klar zu sagen: was wäre los, wenn wir nichts machen würden! –, wahrscheinlich das einzige Land in Europa sind, das die Chance hat, in diesem Jahr sogar das 3-Prozent-Kriterium einzuhalten.

Diese Aktuelle Stunde hat deutlich gemacht: Die Große Koalition hat gute Arbeit geleistet. Die Bundeskanzlerin hat diese Große Koalition gut geführt. Es ist ihr immer gelungen, tragfähige Kompromisse zu finden. Das wird, je näher die Bundestagswahl heranrückt, natürlich immer schwieriger. Aber wie ich unsere Bundeskanzlerin kenne, wird sie das auch im nächsten halben Jahr hinbekommen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Mehr Zeit gebt ihr nicht?)

Deutschland kann davon ausgehen, dass wir diese schwere Wirtschaftskrise unter einer guten und starken Führung gut überstehen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Patrick Döring [FDP]: Deshalb wollen Sie die Große Koalition fortsetzen?)

– Gegenruf des Abg. Laurenz Meyer

[Hamm] [CDU/CSU]: Sei nicht so defätistisch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde hat das Wort der Kollege Hubertus Heil von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hubertus Heil (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Liebe Frau Künast, ich finde, wir sollten ein paar Dinge auseinanderhalten und dürfen nicht alles durcheinanderwerfen. Deshalb ist meine Frage: Was werfen Sie der Kanzlerin vor? Was werfen Sie Frau Merkel vor, um genau zu sein? Sie wollen der Bundeskanzlerin doch nicht etwa vorwerfen, dass sie starke Ministerinnen und Minister hat?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wo denn? - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: UGB, da hat sich Gabriel nicht durchgesetzt!)

Das ist etwas Vernünftiges; das ist deutlich geworden. Wir haben eine andere Diskussion zu führen - man muss sie allerdings ernsthaft führen -, nämlich die Diskussion über die unterschiedlichen Parteien. Das hat uns aber im Sommer zu beschäftigen.

Was meine ich mit all dem? Man muss feststellen - aus Gründen der Fairness sollte auch die Opposition in der Lage sein, das zu attestieren -, dass die Bundesregierung in dieser schwierigen Gesamtsituation handlungsfähig ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch das Minimum!)

- Sie können zwar Maßnahmen kritisieren; aber die Handlungsfähigkeit dieser Regierung können Sie nicht ernsthaft bestreiten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, doch!)

Ich halte es für richtig, wenn Sie zumindest das anerkennen würden. Denn vor dem Hintergrund dessen, dass wir die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen haben, muss das gesamte Parlament, also Opposition und Regierungsfraktionen, mithelfen, dass aus einer Wirtschaftskrise keine Demokratiekrise wird. Das sollte man einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insofern werde ich darum, dass Sie zumindest anerkennen, dass diese Bundesregierung in einer Situation, die nicht in Deutschland, sondern auf den internationalen Finanzmärkten, aus den USA kommend, verursacht wurde, schnell und richtig reagiert hat, dass sie zugepackt hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Hypo Real Estate sitzt in Deutschland!)

Stellen Sie sich einmal vor, was geschehen wäre, wenn wir im Herbst den Zusammenbruch einer deutschen Bank zugelassen hätten, wie wir es in den USA mit Lehman Brothers erlebt haben. Ich sage Ihnen etwas zum Thema Hypo Real Estate: Wenn man sich vor Augen führt, was in diesem Laden gelaufen ist, können sich einem die Nackenhaare aufstellen; das ist richtig. Wenn wir aber nicht Verantwortung übernommen hätten und weiterhin Verantwortung übernehmen würden, wenn wir den Zusammenbruch dieser Bank zugelassen hätten, dann wären die Folgen - das sagen uns alle Experten - mindestens so schwerwiegend wie bei Lehman Brothers

gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht darum, Bankern zu helfen. Es geht darum, dass wir in unserer Volkswirtschaft die richtige Politik machen; denn das liegt im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Sparerinnen und Sparer und des Mittelstandes, der mit Krediten versorgt werden muss.

Insofern bitte ich Sie, Frau Künast, die Themen auseinanderzuhalten. Wir haben in dieser Situation richtig

und mit Augenmaß, aber auch konsequent reagiert. Das spiegelt sich auch im Konjunkturpaket wider. Das andere ist der Anlass für diese Aktuelle Stunde, der Rücktritt, sagen wir: der Vorgang Michael Glos am vergangenen Wochenende. Das war Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Ich fand den Ablauf in vielerlei Hinsicht schwierig, um nicht zu sagen: würdelos. Das ist aber ein Problem der CSU; darüber sollten wir in diesem Haus nicht diskutieren.

(Beifall bei der SPD - Renate Künast [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit dir

los? Du bist ja ein typischer Sozialdemokrat!

Was ist denn mit euch los?)

Über einen anderen Punkt muss man ernsthaft reden.

Wir müssen differenzieren: Das eine ist die Kritik an der Kanzlerin, die in ihrer Regierung starke Ministerinnen Hubertus Heil und Minister hat. Ich finde diese Kritik unangebracht. Es ist gut, wenn man starke Ministerinnen und Minister hat.

Das andere ist die Frage, ob Leute, die nicht im Kabinett sind, von außen mitregieren. Unter Kurt Georg Kiesinger gab es schon einmal eine Große Koalition in Deutschland.

Er hat die Koalition gut moderiert und hatte auch starke Ministerinnen und Minister. Ein Problem hatte er aber nicht: Der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß war Bundesminister und hat in der damaligen, kleineren Wirtschaftskrise zusammen mit dem sozialdemokratischen Minister Schiller das Ganze gut hinbekommen.

Er hat das gut moderiert.

An der einen oder anderen Stelle ist es problematisch

- das lässt sich nicht leugnen -, wenn Horst Seehofer aus Bayern meint - er steht übrigens gar nicht in dem entsprechenden Artikel des Grundgesetzes; ich habe nachgeschaut

-, des Profils der CSU wegen die Arbeit der Bundesregierung blockieren zu müssen. Das betrifft das Umweltgesetzbuch. Dazu gab es eine Vereinbarung; an die hat man sich aber nicht gehalten.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Hat

Herr Müntefering nichts zu sagen? Gehört er

dem Kabinett an? Das ist ja abenteuerlich, was der erzählt!)

Frau Merkel hat in diesem Zusammenhang als CDU-Vorsitzende

- ich spreche jetzt nicht über sie als Kanzlerin

- nicht ihrer eigenen Überzeugung entsprechend gehandelt.

Das ist etwas, was wir zu Recht kritisieren. Das weiß die deutsche Öffentlichkeit.

Aus meiner Sicht muss man das auseinanderhalten:

Das eine ist das Verhalten der Kanzlerin in einem Kabinett mit starken Ministerinnen und Minister; das andere ist die Frage, ob sich Parteien darauf verlassen können, dass die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen eingehalten

werden. Wir werden darauf achten, dass die Vereinbarungen dieser Großen Koalition eingehalten werden.

Das sage ich an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen unseres Koalitionspartners, an CDU und CSU, gerichtet. Das betrifft - ich sage das an dieser Stelle sehr deutlich - auch die Vereinbarung zur Lohnuntergrenze für Zeit- und Leiharbeit.

(Beifall bei der SPD - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das UGB hast Du schon gestrichen, oder was?)

- Ich habe das UGB gerade genannt. Das ist ein ärgerlicher Vorgang.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie geht es weiter?)

Dazu kann ich nur sagen, dass die CDU-Umweltministerin von Baden-Württemberg, Frau Gönner, vollkommen recht hat: Wir waren handlungsfähig und einigungsfähig; nur das Reingrätschen von Herrn Seehofer - wie ich finde, ohne Sinn und Verstand - hat dazu geführt, dass dieses wichtige Projekt, das eine Herzensangelegenheit der Bundeskanzlerin, der früheren Bundesumweltministerin Angela Merkel, war, gestoppt wurde. Das ist ein ärgerlicher Vorgang.

Nichtsdestotrotz ist diese Bundesregierung handlungsfähig. Sie muss es auch weiterhin sein; denn wir haben noch eine Fülle von Arbeit zu erledigen. Beispielsweise das Thema Hypo Real Estate wird uns bei der Bewältigung der Finanzkrise weiterhin beschäftigen. Es geht um pragmatisches Handeln. Es geht darum, den Zusammenbruch zu verhindern und dafür zu sorgen, dass wir eine öffentliche Kontrolle dieses Unternehmens erreichen. Deswegen müssen wir handlungsfähig bleiben. Es geht nicht nur um die Bewältigung der Symptome dieser Krise, sondern auch darum, zu fragen, welche Konsequenzen wir ziehen, welche Regeln wir jetzt auf den Finanzmärkten durchsetzen wollen.

Meine Bitte an dieser Stelle ist, einen Ideenwettbewerb auszurichten. Wir müssen dafür sorgen, dass aus dieser Krise Konsequenzen gezogen werden und dass man nicht zur Tagesordnung übergeht nach dem Motto: Jetzt muss der Staat helfen, dann soll er sich wieder zurückziehen. Diese Finanzmarktkrise lehrt, dass funktionierende Märkte Regeln brauchen. Wer dies nicht begriffen hat, hat den Schuss nicht gehört. Ich befürchte, einige in diesem Haus haben den Schuss nicht gehört; denn sie verharmlosen schon jetzt, was passiert ist. Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Heil, bitte.

Hubertus Heil (SPD):

Diese Große Koalition muss ihre Arbeit weiterhin leisten.

(Patrick Döring [FDP]: Steinbrück muss das im Griff haben! Nicht wir!)

Wir werden nach dem 27. September dieses Jahres in einer anderen Konstellation mit Frank-Walter Steinmeier als Bundeskanzler unser Land sicher nach vorne führen. Das ist unser Ziel.

(Zurufe von der CDU/CSU: Träumt schön weiter!)

Aber wir sind bereit, in dieser Koalition unter der Moderation

von Angela Merkel weiterzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages

auf morgen, Donnerstag, den 12. Februar 2009,

9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.45 Uhr) Anlage 20

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)

(Drucksache 16/11844, Frage 30):

Welche Vorstände von Banken, die sich unter dem Bankenschirm

befinden, haben Boni für 2008 erhalten?

Für Unternehmen des Finanzsektors, die Stabilisierungsmaßnahmen

des SoFFin in Anspruch nehmen, sind

Auflagen im Hinblick auf Vergütungssysteme und die

Vergütung von Organmitgliedern für den Fall von Rekapitalisierungen

und Risikoübernahmen vorgesehen.

Bisher wurden keine Verträge über Risikoübernahmen

abgeschlossen.

Eine Rekapitalisierung fand bisher nur bei der Commerzbank

AG statt. In diesem Fall wurde eine entsprechende

Begrenzung der Vergütung von Organmitgliedern

und im Übrigen nach näherer Maßgabe des Vertrages

zwischen dem SoFFin und der Commerzbank AG eine

Überprüfung der Vergütungssysteme der Commerzbank-

Gruppe vereinbart.

Anlage 21

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage

des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/11844, Frage

31):

Welche Unternehmen - insbesondere Finanzinstitute gemäß

§ 2 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes, FMStFG -, die

staatliche Subventionen oder geldwerte Vorteile im Sinne der

§§ 6 bis 8 FMStFG beantragten oder zugesagt bekamen, zahlen

nach Kenntnis der Bundesregierung ihren Vorstands- und

Aufsichtsratsmitgliedern, Mitarbeitern bzw. Agenten gleichwohl

noch jährliche Vergütungen über 400 000 Euro - im

Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Finanzmarktstabilisierungsfonds-

Verordnung, inklusive Gehälter, Boni, Versorgungszusagen,

Abfindungen etc. - oder schütten an ihre Gesellschafter

Dividenden bzw. andere ungeschuldete Gewinnanteile aus

bzw. planen dies in 2009, und auf welche Höhe wird die Bundesregierung

diese Ausschüttungen und Bezüge nun deckeln

bzw. überschüssige Beträge einziehen oder wegsteuern,

nachdem kürzlich der Bundesminister des Auswärtigen einen

Dividendenstopp forderte (Der Tagesspiegel vom 26. Januar

2009) und der Bundesminister der Finanzen eine Vergütungsgrenze

bei 500 000 Euro (Handelsblatt vom 15. Oktober

2008) sowie beispielgebend nun US-Präsident Barack Obama

für US-Bankmanager eine Grenze bei knapp 400 000 Euro

bzw. 500 000 US-Dollar ankündigten (Financial Times

Deutschland, 4. Februar 2009)?

Für Unternehmen des Finanzsektors, die Stabilisierungsmaßnahmen

des Fonds in Anspruch nehmen, sehen

§ 5 Abs. 2 FMStFV und § 5 Abs. 4 FMStFV Auflagen im Hinblick auf Vergütungssysteme und die Vergütung von Organmitgliedern und Auflagen zur Dividendenpolitik nur für den Fall von Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen vor. Insbesondere soll die Vergütung der Organmitglieder auf ein angemessenes Maß begrenzt werden. Der Fonds soll unter anderem darauf hinwirken, dass Organmitglieder keine unangemessene Gesamtvergütung erhalten, wobei eine monetäre Vergütung über 500 000 Euro grundsätzlich als unangemessen gilt. Außerdem sollen für die Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen keine in das freie Ermessen des Unternehmens gestellten Vergütungsbestandteile einschließlich Bonifikationen, die zu einer unangemessenen Gesamtvergütung führen, gezahlt werden. Grundsätzlich sollen während der Dauer der Stabilisierungsmaßnahme keine Dividenden gezahlt werden.

Eine Rekapitalisierung fand bisher nur bei der Commerzbank AG statt. In diesem Fall wurde eine den Anforderungen des § 5 Abs. 2 Nr. 4 FMStFV entsprechende Begrenzung der Vergütung von Organmitgliedern und im Übrigen nach näherer Maßgabe des Vertrages zwischen der Finanzmarkt-Stabilisierungsanstalt und der Commerzbank AG eine Überprüfung der Vergütungssysteme der Commerzbank-Gruppe vereinbart. Ebenso darf die Commerzbank AG für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 keine Dividenden ausschütten, keine Aktien zurückkaufen und keine sonstigen nicht geschuldeten Leistungen an Aktionäre erbringen. Über die konkreten Vertragsinhalte wurde das zuständige, geheim tagende Gremium des Deutschen Bundestages für den Finanzmarktstabilisierungsfonds ausführlich unterrichtet.

Bisher wurden keine Verträge über Risikoübernahmen abgeschlossen. Für die Gewährung von Garantierahmen sieht die FMStFV keine der genannten Auflagen vor.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis über die Vergütung der Organmitglieder von Kreditinstituten, mit denen ausschließlich Garantierahmenverträge abgeschlossen wurden, und über deren Dividendenpolitik. Diese Informationen können im Regelfall den Geschäftsberichten der jeweiligen Gesellschaft entnommen werden. Über nicht abgeschlossene Verwaltungsvorgänge und Geschäftsplanungen von Antragstellern erteilt die Bundesregierung aus Vertraulichkeitsgründen keine Auskunft.

</ text >

< text 16205 >

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit ist die Aussprache beendet.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/10700 an die Ausschüsse vorgeschlagen, die in der Tagesordnung aufgeführt sind. - Damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts

- Drucksachen 16/11130, 16/11195 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses  
(7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/11886, 16/11929 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg

Ingrid Arndt-Brauer

Carl-Ludwig Thiele

Es ist vorgesehen, hierüber eine Dreiviertelstunde zu debattieren. - Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Als Erster hat das Wort der Kollege Bernd Scheelen für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Bernd Scheelen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sind Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken eigentlich langweilige Institute?

(Ute Kumpf [SPD]: Nein!)

Sind Bausparverträge langweilige Verträge?

(Ute Kumpf [SPD]: Das habe ich früher gedacht!)

Sind Pfandbriefe eigentlich langweilige Wertpapiere?

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nein! Werthaltige!)

Es mag sein, dass manch einer in dieser Republik das glaubt oder in der Vergangenheit geglaubt hat und diese Fragen alle mit Ja beantwortet hätte;

(Ute Kumpf [SPD]: Viele wollen jetzt Spießer werden!)

möglicherweise, weil wir Menschen dazu neigen, all das, was wir lange kennen, was sich bewährt hat und uns vertraut ist, als nicht besonders aufregend zu empfinden, sondern als langweilig, jedenfalls nicht als in irgendeiner Weise sexy. Die Menschen wissen aber auch, dass ein vielleicht nicht besonders aufregendes Image für Zuverlässigkeit, für Vertrauen und für Sicherheit steht.

Hätten wir in der derzeitigen Krise die Stabilitätsanker Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken nicht, hätten wir diese Institutionen nicht jahrelang gegen Angriffe von allen möglichen Seiten verteidigt, hätten wir sie nicht gestärkt, dann sähe es, so glaube ich, auf dem Finanzsektor in Deutschland schlimmer aus, als es jetzt der Fall ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Es zeigt sich, dass es richtig war, das Dreisäulenmodell zu verteidigen und zu erhalten.

Die Älteren unter Ihnen, zu denen auch ich mich zähle, werden sich vielleicht noch daran erinnern, dass die Pfandbriefbanken in den 70er-Jahren im Fernsehen - Sie erinnern sich: mit der Schwurhand - für Pfandbriefe und Kommunalobligationen mit dem Spruch „sicher ist sicher“ geworben haben. Die Bausparkassen haben in jüngster Zeit mit ihrem vermeintlichen Spießerimage geworben. Sie erinnern sich an den Spot - Ingo Naujoks gab den Hippie -, in dem der Vater gegenüber seiner Tochter diejenigen, die in eigenen Immobilien wohnen, als Spießer bezeichnet. Die Tochter hat dann gesagt: Du Papa, wenn ich groß bin, möchte ich auch mal Spießer werden!

(Zuruf von der CDU/CSU: Auch Schwäbisch



Hall hat diese Werbung! - Leo Dautzenberg  
[CDU/CSU]: Wüstenrot nicht zu vergessen! -  
Ute Kumpf [SPD]: Alle in Baden-Württemberg!)  
- Ich sage ja: Die Bausparkassen und die Pfandbriefbanken  
haben so geworben.

Als meine drei Kinder 18 Jahre alt wurden, bekamen  
sie die Gelegenheit, über sieben Jahre einen festen, kleinen  
Betrag monatlich anzulegen. Zwei von den dreien  
haben sich für einen Bausparvertrag entschieden.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN]: Wie spießig!)

Ein Kind hat sich damals für den sogenannten Neuen  
Markt entschieden. Nach den sieben Jahren waren alle  
drei reicher: zwei an Geld, einer an Erfahrung.  
Anleger müssen Entscheidungen treffen. Sie müssen  
sich fragen: Was will ich? Will ich Sicherheit oder eine  
hohe Rendite? Da stellt man fest, dass es sich dabei wie  
bei kommunizierenden Röhren verhält: Wenn ich ein höheres  
Risiko habe, dann habe ich auch die Chance, mehr  
Rendite zu erwirtschaften. Aber es kann eben auch sein,  
dass die Rendite am Ende, weil das Risiko zu groß ist,  
negativ ist.

Viele Anleger haben sich in der Vergangenheit für Sicherheit  
und Qualität entschieden. Sie haben sich für den  
deutschen Pfandbrief entschieden. Hauptsächlich handelt  
es sich dabei um institutionelle Anleger wie Banken,  
Fonds und Versicherungen. Das wissen die meisten  
nicht. Allen, denen ich gesagt habe, dass ich zum Thema  
Pfandbrief rede, meinten: spannendes Thema. - Auch sie  
hielten das für langweilig. Aber wenn ich dann erkläre,  
dass sich das Umlaufvolumen deutscher Pfandbriefe auf  
900 Milliarden Euro beläuft und wir sie zur Staatsfinanzierung  
aller Ebenen brauchen, dann schlucken sie, weil  
sie das nicht wussten. Wenn man dann noch nachschiebt,  
dass sich das Gesamtvolumen solcher gedeckter Schuldverschreibungen  
auf der Welt auf rund 2,1 Billionen  
Euro beläuft, dann stellt man fest, dass der deutsche  
Pfandbrief eine starke Stellung hat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Der ist der sicherste  
von allen!)

- Er ist der sicherste von allen. - Deswegen hat er so  
eine starke Stellung. Er deckt 42 Prozent des Weltmarktes  
ab. Das unterstreicht auf der einen Seite seine Bedeutung  
und seine Qualität. Auf der anderen Seite unterstreicht  
es aber auch die Notwendigkeit - deswegen  
sitzen wir heute zusammen -, das Pfandbriefrecht weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der  
FDP)

Diejenigen, die zu diesem Gesetzentwurf die Berichterstatter  
für ihre Fraktionen sind, sind zum großen Teil  
auch im Februar 2005 dabei gewesen, als wir das Gesetz  
zur Neuordnung des Pfandbriefrechts aus Anlass des  
Wegfalls der Gewährträgerhaftung verabschiedet haben.  
Wir haben damals einstimmig ein gutes Gesetz gemacht.  
Aber Märkte und Notwendigkeiten entwickeln sich weiter.  
(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Man muss auch als Gesetzgeber darauf achten, dass man  
bei solchen Gesetzesvorhaben auf der Höhe der Zeit  
bleibt. Wir müssen also den Pfandbrief weiterentwickeln.  
Die ersten Überlegungen zur Weiterentwicklung des

Pfandbriefes sind schon etwas älter als die akute Krise. Ein Teilnehmer der Anhörung hat das so formuliert: Die ersten Überlegungen fanden zu Schönwetterzeiten statt. - Jetzt haben wir Hagel und Sturm. Es war klar, dass sich der Regierungsentwurf dieser Situation anpassen musste und wir darauf reagieren mussten. Deshalb hat sich das Gesetz, das jetzt verabschiedet wird, gegenüber dem Kabinettsentwurf deutlich verändert.

Der Schwerpunkt des Kabinettsentwurfs lag auf der Ausdehnung des Geschäftsfeldes für Pfandbriefe, zum Beispiel durch die Einführung des Flugzeugpfandbriefes, die wir 2005 bewusst noch nicht in die Wege geleitet haben. Sie ist aber jetzt vorgesehen. Wir bilden ihn dem seit über 75 Jahren bewährten Schiffspfandbrief nach. Er stellt eine Bezugsgröße dar, von der wir wissen, dass sie sehr verlässlich ist.

Nun haben wir den Fokus auf weitere Qualitätsverbesserungen des Pfandbriefes gelenkt. Qualitätsverbesserung heißt im Wesentlichen Verbesserung von Transparenz für den Anleger. Insofern war die Anhörung sehr wichtig. Wir haben Anregungen des Zentralen Kreditausschusses und auch der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgegriffen, zum Beispiel indem wir erstens den Zeithorizont für die Darstellung des kurzzeitigen Liquiditätsbedarfs im Falle einer möglichen Insolvenz von 90 auf 180 Tage verdoppelt haben. Das heißt, ein im Falle einer solchen Insolvenz einzusetzender Sachwalter - einen solchen Fall hat es noch nie gegeben, und es wird ihn sehr wahrscheinlich auch nicht geben - hat ein halbes Jahr Zeit, seine Tätigkeit vorzubereiten. Zweitens haben wir Veränderungen bei den sogenannten Laufzeitenbändern vorgenommen. Sie werden enger gefasst. Bei der Darstellung der Laufzeitenstruktur und der Zinsbindungsfristen für die Deckungswerte, die veröffentlicht werden, gibt es in Zukunft nicht mehr vier Stufen wie bisher. Das schien einigen Anlegern zu wenig zu sein. Wir haben das nachvollziehen können. Es wird demnächst sieben Stufen geben. Das wird zu deutlich mehr Transparenz, insbesondere bei den kurz- und mittelfristigen Fälligkeiten, führen. Das ist im Interesse der Anleger, schafft mehr Durchsichtigkeit und damit auch mehr Vertrauen. Wir brauchen Vertrauen auf den Finanzmärkten. Der Markt der Pfandbriefe ist ein besonders wichtiger Bereich des Finanzmarktes.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens erleichtern wir mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Konsortialfinanzierung. Das heißt, wir ermöglichen es auch kleineren Banken, sich durch Zusammenschlüsse auf dem Pfandbriefmarkt zu betätigen. Das wiederum stärkt die Sicherheit; denn eine Konsortialfinanzierung ist ein Beitrag zur Risikostreuung. Das bringt auch dem Anleger Vorteile, weil die Risiken breiter gestreut werden.

Der Pfandbrief - das wissen alle, die hier sind und sich mit dem Thema beschäftigen - hat in den letzten vier Monaten nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers gelitten - wie wir wissen, zu Unrecht, weil er mit den inkriminierten Papieren, den Subprime-Papieren

oder vergifteten Papieren - oder welchen Namen man sich mittlerweile noch hat einfallen lassen -, überhaupt nichts zu tun hat. Pfandbriefe sind absolut sichere Produkte, weil hinter ihnen reale Werte stecken, die sehr, sehr konservativ geschätzt sind. Der Pfandbrief ist sozusagen in Sippenhaft genommen worden, obwohl er ja kein Subprime-Papier, sondern ein Premiumpapier ist. Für Pfandbriefe brauchen wir keine Bad Bank; Pfandbriefe sind sozusagen eine Best Bank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Otto Fricke [FDP]: Bei Bad Government weiß man das nicht!)

- Ich finde, das kann man beklatschen.

In ihrer über 200-jährigen Geschichte hat es keinen einzigen Ausfall bei Pfandbriefen gegeben. Es wird auch in dieser Finanzkrise zu keinem Ausfall kommen, weil reale Werte dahinterstecken.

Allerdings müssen wir feststellen, dass die Sensibilität der Anleger gestiegen ist. Dem haben wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Rechnung getragen. Es handelt sich dabei um ein Artikelgesetz, durch das wir eben nicht nur das Pfandbriefrecht weiterentwickeln, sondern auch Änderungen im Kreditwesengesetz vereinbaren. Zum Beispiel war ursprünglich vorgesehen, es den Finanzholding-Gesellschaften zu ermöglichen, auf eigenen Wunsch unter die Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der BaFin, zu kommen. In der Anhörung wurde deutlich, dass es Sinn hat, der BaFin die Möglichkeit zu geben, selber den Antrag zu stellen, einen Finanzdienstleister unter Aufsicht zu stellen. Das war ein Punkt, den der Kollege Carl-Ludwig Thiele besonders unterstrichen hat.

(Otto Fricke [FDP]: Ein guter Mann, der Herr Thiele!)

- Ja, ich bestreite das ja gar nicht. Zum Lob komme ich gleich noch; das mache ich am Schluss. Dann werdet ihr alle pauschal gelobt; das ist keine Frage.

Wir sind diesem Wunsch gefolgt. Es ist jetzt Bestandteil des vorgelegten Gesetzentwurfes.

Bezüglich der Erlaubnispflicht im Bereich der Anlagen gab es den Wunsch des Kollegen Dr. Schick, sich in diesem Zusammenhang mit dem grauen Kapitalmarkt zu beschäftigen. Dieses Anliegen hat er schon länger vorgetragen. Dem sind wir gefolgt. Wir werden - so ist es, glaube ich, gestern vereinbart worden - eine Anhörung dazu durchführen. Das BMF wird für einen Bericht sorgen. Weil der Kollege Dr. Axel Troost - er ist gerade nicht anwesend - sich sehr konstruktiv an den Beratungen beteiligt hat, möchte ich auch ihn hier namentlich erwähnen, genauso wie den Kollegen Leo Dautzenberg.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das hat die Kollegin Höll dann übernommen!)

- Ja, aber an den Beratungen, die wir als Berichterstatter durchgeführt haben, war im Wesentlichen Kollege Troost beteiligt.

Ich nenne alle fünf namentlich, weil wir heute einen seltenen Fall erleben werden: Wir werden diesen Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts einstimmig in diesem Hohen Haus beschließen.

Das kommt nicht allzu oft vor.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist allerdings eine Tradition. Auch 2005 haben wir das Gesetz einstimmig beschlossen. Es ist ja so: Wenn man zweimal dasselbe macht, ist es Tradition; wenn wir es das nächste Mal machen, ist es schon Brauchtum. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dieses Gesetz einstimmig beschließen, weil das ein Signal nach draußen ist,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ja!)

dass der Deutsche Bundestag die Qualität des Pfandbriefes unterstreicht und dass er sagt: Habt Vertrauen in dieses Instrument. Es ist ein Instrument, das das absolute Vertrauen der Anleger verdient.

Herzlichen Dank an alle Beteiligten in den Fraktionen!

Mein Dank gilt auch dem Ministerium, das unsere Beratungen sehr konstruktiv begleitet hat. Ich glaube, das heutige einstimmige Votum zeigt einmal mehr, dass die Demokratie auch in Zeiten der Krise handlungsfähig ist. Heute machen wir, wenn auch im Kleinen, ein Stück weit die gleiche Erfahrung, die wir im Zusammenhang mit dem Rettungsschirm für die Banken gemacht haben:

In diesem Fall hat die Demokratie ebenfalls gezeigt, dass sie auch in schwierigen Zeiten in der Lage ist, zusammenzustehen.

Das stärkt nicht nur das Vertrauen in den deutschen Pfandbrief, sondern auch das Vertrauen in die deutsche Politik. – Wie ich sehe, habe ich es tatsächlich in exakt 14 Minuten geschafft.

Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Carl-Ludwig Thiele spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Scheelen, ich kann Ihrem Lob für den deutschen Pfandbrief zustimmen. Die FDP beurteilt das genauso. Es ist gut, dass wir heute eine Fortentwicklung des im Jahre 2005 in Kraft getretenen Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts beschließen. Damals ging es darum, öffentliche und private Pfandbriefe zusammenzuführen. Mit dem heutigen Gesetz erweitern wir den Pfandbrief um eine wesentliche Komponente.

Bislang gab es Schiffspfandbriefe zur Schiffsfinanzierung.

Dieses bewährte Institut übernehmen wir jetzt auch für den Bereich der Flugzeuge, weil dort ähnliche Regeln gelten. Dieses Vorhaben haben wir schon im Jahre 2005 erörtert. Ich bin froh darüber, dass das Ergebnis unserer Beratungen jetzt spruchreif ist und wir endlich beginnen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Herr Kollege Scheelen, auch Ihren Ausführungen zum Dreisäulensystem stimme ich ausdrücklich zu.

Trotz aller Probleme, die es auf dem Finanzmarkt derzeit gibt, muss man festhalten, dass es nicht in allen Bereichen solche Probleme gibt. Man sollte einmal deutlich machen, dass es gerade bei den Pfandbriefen keine derartigen

Probleme gibt.

Sie haben erwähnt, dass wir mit diesem Gesetzgebungsvorhaben, was die Situation im Finanzsektor angeht, angefangen haben, als schönes Wetter herrschte. Inzwischen stehen die Zeichen aber auf Sturm. Insofern muss man sich fragen: Was ist verbessert worden? Wo sind Fehlentwicklungen festzustellen? Wo ist in der Vergangenheit etwas falsch gelaufen? Bei den Pfandbriefen sind wir Weltmarktführer, und das wollen wir bleiben. Insofern begrüßt die FDP die Änderungen, die mit diesem Gesetzentwurf verbunden sind.

Sie haben auch angesprochen, dass es sich bei diesem Gesetz um ein Artikelgesetz handelt. In diesem Artikelgesetz ist das KWG, das Gesetz für die Kreditwirtschaft, enthalten. Im KWG sind die Sicherungsmaßnahmen für Finanzinstitute geregelt. Nun wurde im Hinblick auf die Aufsicht von Finanzholding-Gesellschaften eine neue Regelung getroffen. Der konkrete Anlass für diese Regelung besteht darin, dass wir, was die Aufsicht betrifft, vor kurzem ein komplettes Versagen erleben mussten, nämlich bei der Hypo Real Estate.

(Beifall bei der FDP)

Die Hypo Real Estate hat eine irische Bank übernommen. Die Mitglieder des Finanzausschusses haben zu ihrer Überraschung erst im Herbst letzten Jahres erfahren, dass die Hypo Real Estate, eine Finanzholding, die immerhin ein DAX-Wert war, nicht der Bankenaufsicht unterliegt. Das kann nicht richtig sein, und das konnte nicht richtig sein. Hier ist die Frage zu stellen: Wann war das den Verantwortlichen bekannt?

(Otto Fricke [FDP]: Staatsversagen!)

In einem aktuellen Bericht des Spiegel heißt es, dass die Finanzaufsicht das Bundesfinanzministerium schon Anfang 2007 auf diese Regelungslücke bezüglich der Aufsicht hingewiesen hat. Diesem Vorgang muss weiterhin nachgegangen werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg.)

Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Gesetzentwurf sieht für die Zukunft die Prüfungsmöglichkeit vor. Diese Regelung wurde im Finanzausschuss auf Initiative der FDP im Vergleich zum Regierungsentwurf verschärft. Dort hieß es nur, dass „auf Antrag“ des jeweiligen Instituts geprüft werden darf. Was ist bei der Hypo Real Estate eigentlich geschehen? Ein deutsches Finanzinstitut, ein DAX-Wert, hat eine ausländische Beteiligung erworben. Die Bankenaufsicht hatte überhaupt keine rechtliche Möglichkeit, dieses Institut zu überprüfen. Die Probleme dieses Instituts gingen auf die Mutter und von der Mutter auch auf die Töchter über. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass der deutsche Steuerzahler bis heute mit 102 Milliarden Euro dafür haftet, dass unsauber operiert und der Aufsichtspflicht nicht nachgekommen wurde. Wenn ich mir das vor Augen halte, muss ich feststellen: Das sind Vorkommnisse, mit denen sich das Parlament, auch über diesen konkreten Gesetzentwurf hinaus, noch sehr intensiv beschäftigen muss.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle ist zu sagen: Das KWG ist nicht irgendein

Gesetz. Wir haben keinen Bereich unserer Wirtschaft so stark reglementiert und mit Aufsichtsvorschriften versehen wie den Finanzsektor. Wir haben in § 11 KWG sichergestellt, dass ein Finanzinstitut über Liquidität verfügen muss. Das wird bei jedem deutschen Finanzinstitut von der Aufsicht, der BaFin, überprüft, und auch von der Deutschen Bundesbank.

Insofern ist es erstaunlich, dass der Chef der Aufsicht, Herr Sanio, erklärt hat, das System sei zwar geprüft worden, aber die Liquidität habe man nicht prüfen können.

Wenn man sich klarmacht, welche Probleme in Finanzinstituten entstehen können, weiß man diese Stellen im KWG zu schätzen. Auch das KWG als Rechtsrahmen

für die Finanzaufsicht ist nämlich im Grundsatz einvernehmlich beschlossen worden. Keiner von uns wusste

allerdings, dass, wenn die Konstruktion einer Finanzholding, die selbst keine Bankgeschäfte betreibt, gewählt wird, die Holding von der Aufsicht nicht überprüft wird.

(Otto Fricke [FDP]: Vielleicht war das Absicht?)

- Das ist nicht ausgeschlossen. Denn bei der HRE handelt es sich um eine Neugründung; diese Bank ist noch nicht allzu alt. Ich vermute, dass bei der Neugründung bestimmte Kriterien gewählt wurden, um eine solche Konstruktion zu ermöglichen.

Als die HRE die Bank im Ausland erworben hat, hat die Aufsicht von vornherein gesehen, dass Probleme kommen können. Sie hat an das BMF geschrieben; doch das BMF ist untätig geblieben. Dass das BMF an dieser Stelle untätig geblieben ist, ist aus meiner Sicht unentschuldigbar.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In wie vielen Bereichen, bei wie vielen Gesetzen wendet sich die Regierung in den Ausschüssen an uns und weist auf Regelungslücken hin! Wenn es vernünftig war, haben wir als FDP immer zugestimmt, andere auch. Doch dieser Punkt ist nicht auf den Tisch gelegt worden. Da kann ich nur sagen: Eine Regierung haftet auch dafür, wenn sie etwas unterlässt. Auch für Unterlassen bei Kenntnis muss sie die Verantwortung übernehmen. Das Unterlassen bestand darin, dass sie die Aufsicht nicht durchgesetzt hat. Denn dass die Probleme der einen ausländischen Tochter über die Mutter auch bei den anderen Töchtern und damit im Gesamtinstitut landen, ist inzwischen offensichtlich.

Das ist nicht mehr nur ein Problem der Hypo Real Estate.

Das ist zwischenzeitlich ein Problem des deutschen Steuerzahlers geworden. Von den 480 Milliarden Euro, die das Paket umfasst, ist ein Großteil, nämlich 102 Milliarden Euro, für die der Steuerzahler haftet, nur zur Sicherung dieses einen Institutes aufgewandt worden. Eine der Ursachen dafür liegt in Irland.

Insofern sage ich: Die Gesetzesänderung begrüßen wir; aber den Finanzminister entlassen wir noch lange nicht aus seiner Verantwortung für das Fehlverhalten durch Unterlassen an dieser Stelle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächster spricht der Kollege Leo Dautzenberg für

die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geschichte des deutschen Pfandbriefs ist - darauf ist schon hingewiesen worden - eine Erfolgsgeschichte. Der Pfandbrief hat mehrere Finanzkrisen überstanden. Er ist zum Vorbild für zahlreiche Schuldverschreibungen im Ausland geworden und hat sich damit zum größten Segment des globalen Marktes gedeckter Schuldverschreibungen entwickelt. Es gibt dabei Qualitätsunterschiede. Wenn man sich die Covered Bonds im Ausland anschaut, muss man feststellen, dass es sich zwar auch um gedeckte Schuldverschreibungen handelt; aber vom Deckungsstock her steckt nicht die Qualität dahinter, die wir beim deutschen Pfandbrief kennen. Der deutsche Pfandbrief ist nach wie vor ein Unikat. Wir sollten dafür werben, dass sich diese Standards international durchsetzen.

Bisher hatten wir diese Qualitätsmerkmale vor allem in zwei Segmenten, nämlich mit Hypotheken oder mit Grundschulden als Deckungsmasse, wobei die Pfandbriefe, anders als es bei den Subprimes in den Vereinigten Staaten der Fall war, nur nach bestimmten Beleihungswerten vergeben werden konnten. Darüber hinaus gab es schon einen Schiffspfandbrief. Deutsche Bankinstitute haben bereits eine hohe Expertise in der Finanzierung der Pfandbriefe, die auf Hypotheken, Grundschulden oder Schiffen basieren. Jetzt wird es auch einen Flugzeugpfandbrief geben. Damit wird eine Lücke geschlossen. Über den Pfandbrief und die Verbriefung sollen sich diese Institute am Markt refinanzieren können. Von daher ist das an hohe Standards gebunden. Kollege Scheelen hat schon darauf hingewiesen, dass es 2005 eine grundsätzliche Novelle gab, die wir einvernehmlich auf den Weg gebracht haben. Jetzt ging es darum, noch Verfeinerungen vorzunehmen. Dies wurde bereits vor Beginn der Finanzkrise angedacht und wird jetzt hier im Deutschen Bundestag zum Abschluss gebracht, sodass die Fortentwicklung der Pfandbriefrechts Platz greift. Es ist gut, dass wir diesen Gesetzentwurf im Konsens, also über alle Fraktionsgrenzen hinweg, verabschieden werden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass dies für den Finanzmarkt ein wichtiges Zeichen ist. Es zeigt, dass wir uns als Gesetzgeber bemühen, hier einvernehmliche Regelungen zu finden.

Ein zentrales Element ist die Einführung des Flugzeugpfandbriefs. Daneben wird die Konsortialfinanzierung erleichtert. Zudem werden Qualitätsstandards hinsichtlich der Deckungsfähigkeit von Forderungen gegenüber Drittstaaten aufgestellt, was ein zusätzliches Qualitätsmerkmal darstellt. Das sind die Punkte, die im Gesetzentwurf schon vorhanden waren.

Was wir nach der guten Anhörung auf dem Weg der parlamentarischen Beratung eingefügt haben, ist die Anlageverwaltung, Herr Kollege Schick, und zwar mit der Maßgabe, dass wir dies auch in Bezug auf den grauen Kapitalmarkt weiter im Fokus behalten und dazu gemeinsam eine Anhörung durchführen wollen.

Kollege Thiele und Kollege Scheelen haben darauf hingewiesen, dass wir auch hinsichtlich der Finanzholding-Gesellschaften eine Ergänzung im Vergleich zum Regierungsentwurf vorgenommen haben. Ursprünglich hieß es, dass sich diese Finanzholdings auf Antrag der Aufsicht unterstellen können. Es war schwer nachvollziehbar, warum dies auf Antrag geschehen sollte. Wer beantragt denn so etwas? Das Gegenteil wäre gewesen, wir hätten es zur Pflicht gemacht. Das ging auch nicht, weil dann zu viele Finanzdienstleister in die Aufsicht einbezogen worden wären, für die sie im Grunde nicht gedacht ist.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Es sind auch nicht alle relevant!)

Deshalb war es unser gemeinsames Ziel, dass die Aufsicht das Recht erhält, von sich aus Finanzholdings unter Aufsicht zu stellen und von daher eine hoheitliche Funktion ausüben zu können. – Darüber hinaus haben wir noch Änderungen im Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vorgenommen.

Daran sehen Sie, welche Verbesserungen im parlamentarischen Bereich erreicht wurden. Es sind weitere Stichworte zu nennen: Der Zeithorizont für die Abdeckung des Liquiditätsbedarfs ist von 90 auf 180 Tage ausgedehnt worden. Zur Transparenz der Laufzeitstruktur ist schon einiges gesagt worden. Daneben gibt es weiterhin geografische Beschränkungen für die Staatsfinanzierung. Man kann nicht alle Staaten in die Staatsfinanzierung einbeziehen, wenn die Finanzierung in Form von Anleihen und Kredite an diese Staaten pfandbrieffähig werden soll. Diese Beschränkung ist nochmals eine Verstärkung des Qualitätsmerkmals. Es ist auch klargestellt worden, dass beispielsweise Hybridkapitalforderungen und Forderungen mit Nachrangvereinbarungen nicht zur Deckung geeignet sind und damit auch nicht in die Pfandbriefregelung einbezogen werden. Der gemeinsame Dank geht an alle Berichterstatter und Berichterstatterinnen und auch an das Finanzministerium, die uns hier gut zugearbeitet haben. Erlauben Sie mir, abschließend noch einen Punkt zu nennen, den wir auch beachten sollten, wenn wir heute eine weitere Novellierung des Pfandbriefrechts verabschieden, was wir einvernehmlich tun werden und womit wir ein gutes Zeichen setzen: Es gibt Bestrebungen, die Garantiezeiten im Finanzmarktstabilisierungsgesetz zu ändern. Bisher gilt eine Garantiezeit von drei Jahren. Forderungen, diese Garantiezeit von drei auf fünf, sechs oder mehr Jahre auszudehnen, sollten wir nicht vorschnell nachkommen, weil wir dem Pfandbrief damit einen Bärendienst erwiesen und Verwerfungen am Finanzmarkt für gut eingeführte Produkte herbeiführten. Wir dürfen diese kontraproduktiven Ansätze nicht übernehmen.

Ich danke für die Beratungen. Wir können hier gemeinsam etwas zum Wohle des Finanzmarktes Deutschland auf den Weg bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Barbara Höll.



(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!  
Finanzprodukte aller Art überschwemmen seit einigen Jahren den Markt. Traumhafte Gewinne werden versprochen; in Banken, Sparkassen und Kreditinstituten werden und wurden den Kunden suspekten Produkten angedreht, die selbst die meisten Beraterinnen und Berater kaum verstehen. Unkalkulierbare Risiken, wohin das Auge reicht – genau das ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Finanzkrise.

Den größten Teil dieser hoch gelobten Finanzinnovationen stellen die Kreditverbriefungen dar, also die Umwandlung von Krediten in handelbare Wertpapiere. Zugegeben, auch der Pfandbrief ist eine Kreditverbriefung, aber – wie bereits betont – eine bereits lange erprobte und bewährte Form. So zeigt sich auch in der aktuellen Finanzkrise, dass die mit Pfandbriefen verbundenen Risiken nicht nur gering, sondern auch für alle Beteiligten gut überschaubar sind; denn im Unterschied zu den neuen Kreditverbriefungen bieten Pfandbriefe hohe Sicherheiten für die Anlegerinnen und Anleger.

Klar ist: Pfandbriefe dürfen nur von extra zugelassenen und beaufsichtigten Banken ausgegeben werden. Hinzu kommt, dass Pfandbriefe erstens zusätzlich abgesichert sind, entweder durch einen realen Vermögensgegenstand – wie Immobilien bei Hypothekendarlehen und Schiffen bei Schiffspfandbriefen – oder aber durch die öffentliche Hand bei öffentlichen Pfandbriefen. Zweitens ist festgelegt, dass die Wertermittlung von Schiffen und Immobilien strengen Vorschriften unterliegt. Zudem dürfen sie nur bis zu 60 Prozent beliehen werden. Drittens ist im Fall der Insolvenz der Pfandbriefbank gesichert, dass die Ansprüche der Pfandbriefinhaber bevorzugt behandelt werden.

Veränderungen des Pfandbriefrechts müssen diesen hohen Sicherheitsstandard bewahren, auch und gerade wegen der massiven Verunsicherung der Anlegerinnen und Anleger durch die Finanzkrise. Diesem Anspruch wird der vorliegende Gesetzentwurf gerecht. Deshalb werden wir ihm zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

So wird die Sicherheit der Pfandbriefe erhöht, indem die Banken jetzt für die in den nächsten 180 Tagen fällig werdenden Pfandbriefe ausreichend Geldmittel vorhalten müssen. Außerdem können Pfandbriefe jetzt gemeinsam durch mehrere Banken herausgegeben werden. Damit bekommen auch kleinere Banken die Möglichkeit, am Pfandbriefgeschäft teilzunehmen. Darüber hinaus werden dadurch Kreditrisiken verringert. Dies alles ist durchaus im Interesse der Anlegerinnen und Anleger. Wir unterstützen ausdrücklich die Verbesserung der Finanzaufsicht über Finanzholding-Gesellschaften à la Hypo Real Estate; darauf ist Herr Thiele ausführlich eingegangen. Nunmehr können auf Verlangen der BundesDr. Barbara Höll anstatt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Risiken der einzelnen Institute auf der Ebene der Holding zusammengefasst und dadurch verringert werden.

Ich kann Ihnen jedoch ein großes Aber nicht ersparen; denn sowohl die rot-grüne Regierung als auch die Große

Koalition haben in den vergangenen Jahren massiv dazu beigetragen, dass der deutsche Pfandbrief erhebliche Konkurrenz bekommen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Seine Bedeutung schwand nach und nach unter anderem deshalb, weil die neuen spekulativen Formen der Kreditverbriefung durch Sie massiv gefördert wurden, zum Beispiel durch steuerliche Begünstigungen: Anpassungen im Gewerbesteuerrecht, aber auch durch die letzte Unternehmensteuerreform, nach der Verbriefungszweckgesellschaften unter bestimmten Bedingungen nicht der Zinsschrankenregelung unterstellt sind. In der Folge wurde den Anlegern und Anlegerinnen vorgegaukelt, dass im Prinzip alle Arten der Verbriefungen sicher sind, aber die neuen Kreditverbriefungen gegenüber den Pfandbriefen angeblich einen großen Vorteil haben: Sie würden riesige Renditen zwischen 10 und 20 Prozent bringen. – Dadurch haben Sie den Pfandbrief entwertet.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer in Pfandbriefen anlegt, kriegt 5 Prozent! Andere kriegen gar nichts!)

Derzeit ist die Aufregung allerorts sehr hoch. Die angeschlagene Bundesregierung schwadroniert viel, handelt aber leider kaum. Wir meinen, wir brauchen unbedingt eine wirkliche Reform der Finanzmärkte bzw. des Finanzsektors hin zu mehr Sicherheit und Stabilität, weniger Spekulation und zum Abbau von überzogenen Renditeansprüchen. Hierbei vermissen wir Maßnahmen. Zu Recht wurde festgestellt, dass wir die Novellierung des Pfandbriefrechts schon vor der Finanzkrise in Angriff genommen haben. Aber Antworten auf die Finanzkrise haben Sie nicht. Der Gesetzentwurf, den wir heute verabschieden, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er stellt aber noch keine Trendwende dar. Dafür müssen Sie noch viel tun.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie die Vorschläge zur Abkehr von der Liberalisierung der Finanzmärkte aufgreifen; denn das ist die Ursache für die Krise, in der wir uns derzeit befinden. Wir als Linke lassen Ihnen nicht durchgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für eine verfehlte Politik zahlen müssen, für die Sie die Verantwortung tragen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Gerhard Schick hat jetzt das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Die Übereinstimmung bei einem wichtigen Finanzmarktgesetz mag angesichts der Rhetorik, die wir sonst bei Finanzmarktthemen in den letzten Wochen häufig betrieben haben, überraschen. Ich glaube, das hat einen einfachen Grund. Es geht heute um einen Gesetzentwurf, mit dem wir die Stabilität eines Finanzprodukts sicherstellen und auf eine hohe Qualität dieses Produkts setzen statt auf eine schnelle Finanzmarktentwicklung, die kurzfristig Vorteile verschafft, mit der man aber langfristig auf die Nase fällt. Diese Form der Finanzmarktpolitik

fordern wir als Grüne auch an anderer Stelle ein. Mit dem Gesetzentwurf haben wir gemeinsam die richtige Richtung eingeschlagen. Deswegen unterstützt Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Der Markt hat eine große Bedeutung; die Zahlen wurden bereits genannt. Das Volumen, das am deutschen Pfandbriefmarkt in Umlauf ist, beträgt 900 Milliarden Euro. In der derzeitigen Finanzmarktkrise ist aufgrund der Konkurrenz mit staatlich garantierten Anleihen allerdings eine gewisse Reduzierung der Neuemissionen zu verzeichnen.

Auch die wichtigen Schritte, die wir jetzt vornehmen, sind schon genannt worden: zum einen die Einführung des Flugzeugpfandbriefs, zum anderen die Möglichkeit der Konsortialfinanzierung. Des Weiteren ist die Ausweitung des Liquiditätspuffers für den Sachverwalter von 90 Tagen auf 180 Tage vorgesehen. Das alles sind Verbesserungen, die wir unterstützen und die wir mit Ihnen gemeinsam vornehmen wollen, damit der Pfandbrief auch in Zukunft ein stabiles Produkt bleibt.

Richtig ist auch, bei der Finanzholding auf die Schwächen der bisherigen Regulierung zu reagieren und der BaFin die Möglichkeit zu geben, die Prüfung auch auf der Ebene der Holding vorzunehmen. Für die Unternehmen kommt es zu Vereinfachungen, weil verschiedene Rechtsmaterien jetzt besser ineinandergreifen.

Ich will in dieser Debatte noch zwei Punkte ansprechen. Erstens steuern wir mit dem Pfandbriefgesetz, das wir schon vor der Krise angegangen sind, jetzt in der Krise nach. Ich glaube, wir müssen auch bei anderen Produkten am Finanzmarkt prüfen, ob ein Nachsteuern nötig ist. Ich denke, damit werden wir nicht bis zur nächsten Legislaturperiode warten können. Zum Beispiel sollten wir uns noch einmal mit den offenen Immobilienfonds befassen. Wir haben bereits eine Novelle durchgeführt, die aber nicht ausreicht. Ich glaube, wir sollten die Stabilität auch in anderen Produktwelten ernst nehmen.

Zweitens war es uns ein besonderes Anliegen - darauf ist bereits hingewiesen worden -, uns mit dem grauen Kapitalmarkt, also dem Bereich, in dem Menschen direkte Anlagen in Unternehmensbeteiligungen und häufig in geschlossene Fonds vornehmen, zu befassen. Mit dem Erlaubnistatbestand bei der Anlageverwaltung nach dem vorliegenden Gesetzentwurf wird nur ein kleiner Bereich korrigiert, bei dem es durch die Rechtsprechung für die BaFin unmöglich geworden ist, tätig zu werden. Wenn man aber eine Gleichbehandlung über verschiedene Produktwelten hinweg haben will, dann kann es nicht sein, dass wir dieses Ansinnen nur für die Finanzprodukte verfolgen, die auf dem grauen Kapitalmarkt angeboten werden. Vielmehr müssen wir das auf den ganzen Bereich ausweiten.

Ich will Zahlen nennen. Schätzungen besagen, dass jährlich 20 Milliarden bis 30 Milliarden Euro in schlechten Anlagemodellen versickern. Unsere Aufgabe ist es,

für einen seriösen Finanzmarkt zu sorgen, nicht nur im Bereich des Pfandbriefs, sondern auch in allen anderen Bereichen. Nur so können wir eine stabile Finanzmarktentwicklung über die verschiedenen Produktwelten hinweg hinbekommen. Wir müssen eine Struktur auf dem Finanzmarkt herstellen, die Seriosität garantiert und es den Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglicht, die verschiedenen Finanzprodukte einzuschätzen. Ich bin dankbar, dass unser Ansinnen, das Ganze noch einmal in Gründlichkeit anzugehen, aufgegriffen wurde. Ich hoffe, dass es gute Vorschläge geben wird und dass wir dieses große Problem zügig angehen werden. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Albert Rupprecht hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Finanzprodukte der Zukunft brauchen Transparenz, Solidität und Vertrauen. Der deutsche Pfandbrief hat diese Eigenschaften. Deswegen ist er ein Finanzprodukt mit Zukunft.

Mit der Weiterentwicklung des Pfandbriefrechts stellen wir heute die richtigen Weichen. Dabei war von Anfang an klar, dass der Maßstab für die Novelle Qualität sein muss. Qualität heißt hier Transparenz, Sicherheit, Solidität und dennoch eine angemessene Weiterentwicklung. Ich glaube, diese hohe Qualität ist gelungen. Qualität ist uns beim Flugzeugpfandbrief gelungen. Qualität ist uns bei der Erleichterung der Konsortialfinanzierung gelungen. Wir erreichen damit, dass kleinen Kreditinstituten entgegengekommen wird, die wesentlich zur Finanzierung unserer Wirtschaft beitragen. Wir steigern zwar die Effizienz, lockern aber die Vorgaben beim Beleihungswert nicht und schützen auf diese Art und Weise die Anleger.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese und weitere Maßnahmen sichern Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Pfandbriefes, und das sichert zwingend notwendiges Vertrauen. Ohne Zweifel gab es – insbesondere in der zweiten Hälfte 2008 – Nachfrageeinbußen. Das hat aber nicht das Produkt Pfandbrief zu verantworten. Der Pfandbrief war vielmehr Opfer der Krise auf dem Gesamtmarkt. Auf zweierlei haben wir in den nächsten Wochen besonders zu achten. Erstens. Mit jeder staatlichen Maßnahme zur Stützung von Banken greifen wir in den Markt ein. Das führt auch zu Wettbewerbsverzerrungen. SoFFin-garantierte Anleihen verdrängen andere Produkte vom Markt, auch den Pfandbrief. Deswegen müssen wir höllisch aufpassen, dass der SoFFin nur dort eingreift, wo es zur Stabilisierung des Finanzmarktes unerlässlich ist. Anderenfalls schaden wir gesunden Produkten, gesunden Instituten und gesunden Märkten. Das sage ich in aller Ernsthaftigkeit allen, die von „mehr

Staat" - wie die Linken - oder von „intelligenter Verstaatlichung“ - wie die Grünen - reden. Ich sage aber auch selbstkritisch der eigenen Regierung und dem SoFFin: Mich konnte bis heute noch niemand davon überzeugen, dass die Unterstützung von Autobanken notwendig ist, um den Finanzmarkt zu stabilisieren. (Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Eine SoFFin-Unterstützung von Autobanken führt aber zu Wettbewerbsverzerrungen und Ausfällen bei Tausenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Deswegen bin ich nach den Diskussionen in den letzten Wochen und den Informationen, die uns vorliegen, der Meinung, dass der SoFFin die Anträge der Autobanken ablehnen sollte.

Zweitens. Man kann am 12. Februar 2009 nicht über Pfandbriefe reden, ohne auch über die Hypo Real Estate zu reden, immerhin der zweitgrößte deutsche Pfandbriefemittent.

Es handelt sich um ein tolles Produkt in einer vormals miserabel geführten Bank. Ohne Zweifel haben wir es hier mit einer durch und durch systemrelevanten Bank zu tun. Die achtgrößte deutsche Bank würde, wenn sie stürzte, nicht nur Genossenschaften und Sparkassen mit sich reißen, sondern auch Kommunen, Versorgungswerke und sogar europäische Staaten in Schwierigkeiten bringen. Deswegen besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass die Hypo Real Estate gestützt werden muss.

Eine Enteignung kann nur die Ultima Ratio sein.

Von daher verwundert es mich schon ein Stück, dass im Finanzministerium ein Enteignungsgesetz formuliert wird, aber bis gestern noch kein Gespräch mit dem betroffenen Großinvestor Flowers stattgefunden hat.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Unglaublich!)

Ich bin der Meinung, das ist die falsche Reihenfolge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nochmals: Wir wissen, dass wir die Hypo Real Estate nicht fallen lassen können, aber wir als Unionsfraktion erwarten, dass das zuständige Finanzministerium alle Varianten sachlich prüft und vor allem auch ernsthaft verhandelt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erwarten auch wir!)

Das ist eine sachliche und grundgesetzliche Notwendigkeit. Vom Übernahmeangebot über die Kapitalerhöhung und den Kapitalschnitt bis hin zum von Michael Glos vorgeschlagenen Modell einer eingeschränkten Insolvenz - alles muss geprüft werden.

Ich kann in diesem Zusammenhang die immer stärker werdende Sehnsucht nach Verstaatlichung von Banken überhaupt nicht teilen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Hinter dieser Sehnsucht steckt der Gedanke, dass dann, wenn der Staat schon mit Steuergeldern stabilisiert, der Steuerzahler doch möglichst viel Eigentum an den Banken bekommen soll. Ich glaube, dass dies aus drei Gründen

ein Irrweg ist.

Erstens. Je mehr Anteile der Staat an Banken hält, desto größer wird das Risiko für den Steuerzahler. Aufgabe des SoFFin ist es, zu stabilisieren, aber mit möglichst wenig Risiko. Aktionär zu werden, ist aber ein hohes Risiko. Das Risiko sollte jedoch bei den Alteigentümern bleiben.

Zweitens. Trotz aller Fehler von Bankenchefs in den vergangenen Jahren: Politiker sind nicht die besseren Banker. Ich zumindest kenne keinen Politiker, der die Fachexpertise eines Bankkaufmanns, der über Jahrzehnte hinweg sein Handwerk gelernt hat, ersetzen kann.

Drittens. Je größer der Staatseinfluss ist, desto größer ist die Gefahr, dass politische Interessen Fachentscheidungen ersetzen und der Wettbewerb um die beste Qualität ausgehebelt wird. Die bittere Folge wäre ein Verlust von Wohlstand, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen. Der Fehler der vergangenen Jahre war nicht eine zu geringe Staatsbeteiligung; der Fehler war, dass der Staat seine originäre Aufgabe unzureichend wahrgenommen hat. Diese ist: Ordnung schaffen, Regeln setzen, die Einhaltung der Regeln kontrollieren und Verstöße sanktionieren. Das ist die staatliche Aufgabe, und darauf sollten wir uns konzentrieren.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU] sowie des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Wir brauchen nicht Karl Marx, sondern vielmehr Ludwig Erhard. Das ist die richtige Antwort auf die Finanzkrise.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Graf Lambsdorff war auch nicht schlecht!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 16/11886 und 16/11929, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/11130 und 16/11195 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, aufzustehen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf auch in dritter Beratung einstimmig angenommen.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden  
zur Beratung des Antrags: Kontrollrechte aus  
Bundesbeteiligungen strategisch nutzen (Tagesordnungspunkt  
15)

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): In Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen wir als Staat aus Sorge um die

Funktionsfähigkeit des Finanzsektors mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz gewaltig in das Marktgeschehen eingegriffen haben, mag die Verlockung groß sein, den Staat in weiteren Bereichen zum Akteur, gar zur Schlüsselfigur zu machen. Die Grünen bewegen sich in diesem Fahrwasser, wenn sie ein einheitliches Beteiligungsmanagement für den Bund entwickeln wollen. Sie bemängeln darüber hinaus in ihrem Antrag, dass der Bund bei seinen Beteiligungen Kontrolldefizite habe und unter anderem die Aufsichtsratsmitglieder und die Vertreter in den Hauptversammlungen ungenügend schule. Im Rahmen des Haushaltsrechts soll eine effektivere Kontrolle des Bundestages erreicht werden, welches nicht durch Geheimhaltungspflichten, zum Beispiel aus dem Aktiengesetz, unterlaufen werden soll. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt den Antrag aus verschiedenen Gründen ab. So ist nicht nur die von den Grünen geforderte Entwicklung von sozialen und ökologischen Kriterien für eine Unternehmenspolitik des Bundes vollkommen sachfremd. Unternehmen sollten nach betriebswirtschaftlichen Kennziffern, nicht nach tagespolitischen Opportunitäten oder Kategorien von Gutmenschentum und Political Correctness geführt werden. Dies ist für mich jedoch nicht der einzige Grund. Die ständigen Kollisionen von parlamentarischen Auskunftswünschen und betrieblichen Geheimhaltungspflichten machen deutlich, dass es klug ist, wenn der Staat sich weitgehend aus dem operativen Geschäft im Markt heraushält. Diese beiden rechtlichen Regelkreise sind von ihrer Regulierungsabsicht her zu unterschiedlich, als dass sie sich sinnvoll versöhnen ließen: Parlamentarische Kontrolle von Regierungshandeln ist auf Transparenz und Offenheit angelegt, um so eventuelles Fehlverhalten, Ineffizienzen mit öffentlicher Kritik begleiten und abstellen zu können. Im Wirtschaftsrecht steht das Unternehmen im Vordergrund, Betriebsgeheimnisse und Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern sind zu schützen, es müssen strategische Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung des Unternehmens vertraulich ausgetauscht und vereinbart werden können. Werden hier Fehler gemacht, werden sie vom Markt bestraft. Von Ausnahmen abgesehen – etwa bei herausragenden nationalen Interessen oder bei Marktversagen – ist der Staat in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Regelsetzer, Normengeber, Regulierer, Überwacher, kurz: Er gibt den Rahmen vor und wacht über die Einhaltung der Regeln, er ist aber eben nicht Akteur im Markt. Beim Fußball gehört der Schiedsrichter zu keiner der beiden Mannschaften im sportlichen Wettbewerb, sondern er wacht über die Einhaltung der Regeln und greift bei Verstößen ein, damit die bessere oder glücklichere Mannschaft sich im fairen Wettstreit durchsetzt. Natürlich sitzt er weder bei der einen noch bei der anderen Mannschaft bei der Teambesprechung dabei, er würde seine Unparteilichkeit damit nachhaltig verspielen. Deshalb sollten wir uns von allen staatlichen Firmenbeteiligungen trennen, sofern diese nicht aus wichtigen nationalen Interessen erforderlich sind, sobald es das Marktumfeld zulässt. Neben diesen mehr grundsätzlichen Feststellungen muss

der Antrag der Grünen auch als überflüssig bezeichnet werden, da die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausführlich über die Wahrnehmung der Aufsichts- und Kontrollfunktion des Staates als Anteilseigner berichtet hat. Die darin enthaltenen Informationen zeigen mir, dass hier keine weitere Regulierung notwendig ist. Dass Aufsichtsräte auch einmal Fehler begehen oder gewisse Entwicklungen nicht absehen können, ist nur natürlich. Weltweit haben nur wenige Wissenschaftler, Politiker, Manager und Aufsichtsräte die Finanz- und Wirtschaftskrise vorhergesehen. Die Schulung möchte ich sehen, welche Aufsichtsräte dazu in die Lage versetzt hätte, die aufziehende Gefahr in diesen Dimensionen zu erkennen. Ich habe hier Zutrauen in unser Spitzenpersonal: Der größte Teil der Mitglieder von Aufsichtsräten wird seine Aufgabe mit der notwendigen Sachkenntnis und großem Engagement erfüllen. Dazu gehört auch, dass sich die Aufsichtsräte bei Antritt ihres Postens in die Materie einarbeiten und auch während ihrer Zugehörigkeit selbstständig für eine entsprechende Weiterbildung sorgen. Sie erfüllen ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen.

Die Grünen übersehen auch, dass wir eine klare Gesetzeslage haben: Vorstände deutscher Unternehmen haften für eine ordnungsgemäße Unternehmensführung. Falls Sorgfaltspflichtverletzungen vorliegen, können die Kapitalgeber Schadensersatzansprüche geltend machen; die Staatsanwaltschaft hat gegebenenfalls Straftatbestände wie den der Untreue zu prüfen. Aufsichtsratsmitglieder haften für die Sorgfalt eines ordnungsgemäßen Überwachers, ihnen drohen vergleichbare Sanktionen im Falle von Pflichtverletzungen. Ich bin davon überzeugt, dass die Krise im Finanzsektor der letzten Monate dazu führt, dass diejenigen Aufsichtsräte, welche sich bisher der Verantwortung nicht genug bewusst waren, sich nun wesentlich intensiver mit ihrer Aufgabe auseinandersetzen. Auch treten die Aufsichtsräte durch die Vorgänge in der derzeitigen Krise mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und unterliegen somit verstärkt einer Kontrolle durch die Gesellschaft insgesamt.

Ich habe mir im Vorfeld der Debatte einmal die Besetzung der Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte von Deutscher Telekom, Deutscher Bahn, Deutscher Post und KfW angesehen. Nach der Theorie der Grünen sollten wir zumindest den Vertretern des Bundes in diesen Gremien Nachhilfe zur Erfüllung der Aufgaben im Aufsichtsrat geben. Demnach sollten wir also die gesamte Führungsspitze des Bundesfinanzministeriums auf die Schulbank schicken. Meine lieben Kollegen von den Grünen, das wird doch nicht Ihr Ernst sein. Zudem hat die Bundesregierung in ihrer Antwort darauf hingewiesen, dass bei besonderem Bedarf bereits Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden.

In ihrer Kleinen Anfrage aus dem Dezember führen die Grünen die Überwachungsskandale bei der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Bahn AG als Belege für das Versagen des Staates bei der Kontrolle seiner Beteiligungen an. Wie hätte hier der Staat Regeln entwickeln sollen, die diese Vorgänge verhindert hätten?



Vor wenigen Monaten hätte wohl kaum jemand vermutet, dass solche Vorgänge möglich sind. Oder wie hätten bundespolitische Vorgaben die berühmte Montagsbuchung der KfW an Lehman verhindern sollen? Wie hätten die Aufsichtsräte der Deutschen Bahn die Achsen der ICEs mit ihrem Röntgenblick selbstständig untersuchen sollen? Es gibt Vorgänge in Unternehmen, die durch noch so viele Regeln nicht zu verhindern oder zu beeinflussen sind.

Bitte bedenken Sie: Der Staat ist kein guter Unternehmer, wofür wir in jüngster Vergangenheit eine Reihe trauriger Belege vorgefunden haben. Umso weniger sollte er versuchen, privatwirtschaftlich wirtschaftende Unternehmen etwa Leitlinien für ein Geschäftsmodell vorzugeben. In der Sondersituation durch die Finanzkrise sind in Teilen besondere Schritte eingeleitet worden. Diese staatliche Einflussnahme sollte jedoch nicht zur Regel werden, sondern eine Ausnahme bleiben und strikt auf die zur Zweckerreichung erforderliche Zeit beschränkt werden.

Wie andere börsennotierte Unternehmen auch unterliegen Unternehmen mit Bundesbeteiligung dem Anwendungsbereich des Deutschen Corporate Governance Kodex. Darüber hinaus haben die auf Veranlassung des Bundes gewählten oder entsandten Mitglieder in Überwachungsorganen sowie die beteiligungsführenden Stellen des Bundes mit den Hinweisen für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen eigene Grundsätze guter Unternehmensführung. Die Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten des Bundes aus den vorgenannten Sachverhalten sind ausreichend, um die Kontrollrechte in Unternehmen mit Bundesbeteiligungen auszuüben. Daher sei abschließend noch einmal festgestellt: Meine Fraktion lehnt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab.

Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD): Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass der heutige Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf einer Antwort der Bundesregierung beruht, die anlässlich einer Kleinen Anfrage bereits ausführlich behandelt worden ist. Schon der Ausgangspunkt dieser Anfrage und der heute gestellte Antrag gehen nach Auffassung der SPD-Fraktion von unzutreffenden Annahmen und falschen Tatsachen aus.

Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen: Erstens. Die Aussage, es gebe massive Probleme im Management von Unternehmen mit bedeutenden staatlichen Beteiligungen, ist weit hergeholt und trifft nicht zu. Unternehmerisches Handeln ist nicht per se erfolgreich, sondern auch mit dem Risiko von Verlusten verbunden. Wer etwas anderes behauptet und dabei die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom oder die Deutsche Bahn AG - aktuell den Überwachungsskandal - als pauschale Gründe für das Versagen des Staates aufführt, handelt unverantwortlich und fahrlässig, denn gerade in den aktuellen Fällen erfolgt eine Aufarbeitung und Überprüfung auch durch die Aufsichtsräte des Unternehmens.

Zweitens. Der Staat übt wie jeder private Anteilseigner seine Funktionen aus. Er hat bei der Kontrolle seiner Beteiligungen nicht versagt, sondern er verhält sich nach Aktien- und Beteiligungsrecht sehr verantwortungsbewusst

und korrekt. Auch hier hat der hehre Grundsatz Gültigkeit: „Wo Menschen tätig sind, passieren auch Fehler“ – fehlerfrei ist jedenfalls niemand. Die Unternehmen mit Bundesbeteiligungen werden wie Unternehmen mit privater Anteilsstruktur geführt, und das ist auch gut so. Dies ist der richtige Ansatz der seit Jahrzehnten bewährten privatwirtschaftlich orientierten Beteiligungsführung. Der Bund kann hier auch nur den Einfluss geltend machen, der ihm aufgrund seiner Beteiligung zusteht. Nicht mehr und auch nicht weniger. Der Bund verfolgt mit seinen Beteiligungen keine übergeordnete Konzernstrategie, denn der Staat ist nicht Unternehmer im Wettbewerb auf verschiedenen Märkten. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung soll er sich nach Auffassung meiner Fraktion grundsätzlich nicht an industriellen oder sonstigen erwerbswirtschaftlichen Unternehmen beteiligen, es sei denn, dieses dient, wie § 65 BHO sagt, zur Erfüllung einer wichtigen Aufgabe des Bundes. Die aktuellen Ereignisse, die in der internationalen Finanzkrise begründet sind, bedürfen einer gründlichen Prüfung. Das wird durch die Bundesregierung auch gewährleistet. Darüber hinaus gilt für den Umgang mit den aus Bundesbeteiligungen entstehenden Kontrollrechten seit langem eine Grundlage, die auch über das Internet einsehbar ist. Hier gibt es viele „Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen“.

Auch der populistische Hinweis, die vom Bund gewählten oder entsandten Mitglieder von Überwachungsorganen seien nicht ausreichend qualifiziert und müssten darüber hinaus regelmäßig geschult werden, geht völlig ins Leere. Wie bei jedem privaten Anteilseigner ist es im Interesse des Bundes, nur entsprechend qualifizierte Personen in Aufsichtsräte zu berufen oder in Hauptversammlungen zu entsenden. Aus diesem Grund wurden die bereits seit 1959 bestehenden und auch im Internet einsehbaren „Berufungsrichtlinien für die Besetzung von Gremien“ fortentwickelt. Dort sind auch die Kriterien – insbesondere fachliche Qualifikation; keine Interessenskonflikte – und Entscheidungswege dargelegt.

Bei Bundesbeteiligungen sehen diese Regeln auch vor, dass bei der Besetzung von Aufsichtsräten keine Personen berücksichtigt werden sollen, die bereits drei Aufsichtsratsmandate haben – und sind damit enger gefasst als im Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Qualifikation der Aufsichtsräte etc. beruht auf Ausbildung, erfolgreichem beruflichen Werdegang und einer entsprechenden Persönlichkeit, nicht auf Schulungen. Man kann „Aufsichtsrat“ meines Erachtens nicht erlernen, man muss aber bereit sein, sich das „Handwerkszeug“ anzueignen. Gleichwohl werden Schulungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen angeboten.

Der Bund ist kein Konzern: Angesichts der Bandbreite der Unternehmen, die von Forschungseinrichtungen wie dem Deutschen Primatenzentrum über die Finanzagentur bis hin zu Minderheitsbeteiligungen in der Telekommunikation reichen, sind einheitliche uniforme Strategien weder sinnvoll noch möglich. Die Unternehmensplanung und -organisation, wie etwa Investitions- und Standortpolitik, Datenschutz, technische Kontrolle bei Maschinen und Geräten, ist zudem

grundsätzlich Aufgabe des Vorstands bzw. der Geschäftsleitung. Diese Maßnahmen werden – soweit rechtlich vorgesehen – mit den Überwachungsorganen und/oder der Anteilseignerversammlung abgestimmt. Besonderheiten aus der Umsetzung der Konjunkturpakete sind für jedes Unternehmen einzeln durch die zuständigen Unternehmensorgane zu beurteilen.

Eine Änderung des Haushaltsrechts mit Blick auf die Kontrollfunktion des Parlaments ist nicht erforderlich. Das operative Geschäft organisationsprivatisierter oder teilprivatisierter Gesellschaften mit Bundesbeteiligung fällt nach geltender Verfassungslage in die alleinige Zuständigkeit der Unternehmen selbst. Diese Trennung ist mit Blick auf klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten wichtig und hat sich bewährt. Soweit Informationen, die den Zuständigkeitsbereich der Regierung und zugleich die Rechte der Unternehmen betreffen, erbeten werden, können diese mit Einverständnis der Betroffenen in Verfahren, die die Vertraulichkeit sichern, auch dem Parlament oder den zuständigen Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden. Geheimhaltungspflichten stehen einer parlamentarischen Kontrolle nicht entgegen, sondern sind ihr notwendiger und fester Bestandteil. Meine Ausführungen haben deutlich gemacht, dass der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zielgerichtet ist und daher abgelehnt werden muss.

Ulrike Flach (FDP): Der vorliegende Antrag greift ein Problem auf, das auch die FDP-Fraktion erkennt und ernst nimmt. Wie geht der Bund mit seinen Möglichkeiten um, die ihm aus den strategischen Beteiligungen an Unternehmen erwachsen? In der Analyse können wir durchaus zustimmen. Der Bund hat bisher offenbar keine Strategie, was er durch seine Beteiligungen erreichen will, wie er sie nutzt und entsprechend dem politischen Willen steuert. Bei Bahn, Post oder Telekom ist das klar zu erkennen. Und ich füge hinzu: Bei der IKB gab es ebenfalls keine Strategie. Beim Einstieg in die Bankenlandschaft fehlt mir auch nach wie vor eine klare Perspektive, welche Rolle sich der Bund hier vorstellt.

Allerdings gibt es deutliche Akzentverschiebungen zwischen Ihrem und unserem Lösungsansatz. Ihr Antrag sagt zwar, es solle keine Rückkehr zu Wirtschaftsdirigismus und Eingriffen ins operative Management geben. Aber einige Spiegelstriche dahinter fordern Sie die Anwendung ökologischer und sozialer Kriterien in den bundesbeteiligten Unternehmen. Sie meinen, mit ein wenig Schulung könnten Sie aus Bundesbeamten Manager machen. Das wird scheitern.

Unser Weg geht in eine andere Richtung: Wenn der Staat bzw. seine Repräsentanten in den Aufsichtsräten nicht strategisch ausgerichtet agieren, wenn sie nicht für ihre Rolle ausgebildet sind und ihre Kontrollrechte nicht kennen, dann ist nicht ein bisschen Schulung die Lösung, sondern der Rückzug des Staates aus solchen Unternehmen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Das haben die Landesbanken gezeigt, das hat auch die KfW gezeigt, und ich fürchte, das wird sich auch bei der Commerzbank zeigen. Deshalb kann man zwar einzelne Punkte Ihres Antrags durchaus begrüßen, aber die Lösung

liegt nicht in einer Begrenzung der Zahl der Aufsichtsratsmandate, sondern in einer Begrenzung des Staatsanteils.

Ich sage das gerade, weil der Trend momentan in eine andere Richtung geht. Es wird die große Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein, eine Ausstiegsstrategie für die staatlichen Unternehmensbeteiligungen zu entwickeln. Wir sollten uns beispielsweise nicht in den 25 Prozent plus eine Aktie Anteil an der Commerzbank eine ökologische Nische bauen, sondern der Bund sollte dort baldmöglichst mit einer gewinnorientierten Strategie wieder aussteigen, sobald die Bank eigenständig ihr Geschäftsmodell weiterfahren kann.

Größere Staatsanteile an Unternehmen verzerren den Markt. Wir können das jetzt schon erkennen in einer Flucht der Anleger hinter einen vermeintlichen staatlichen Garantieschirm. Diesen Ausnahmezustand als Dauerzustand zu akzeptieren hieße, diejenigen Unternehmen, die nicht staatliche Beteiligungen oder Garantien bekommen, mittelfristig ebenfalls zu Bittstellern zu machen. Das wäre der Einstieg in den Staatskapitalismus, den zumindest der überwiegende Teil des Hauses sicherlich nicht will.

Ich glaube, viele haben noch gar nicht erkannt, welche massiven Probleme wir uns mit den Staatsanteilen an Unternehmen ins Haus holen. Diesen Ausstieg zu organisieren wird eine der historischen Aufgaben der deutschen Liberalen sein, denn alle anderen Parteien sind zu staatsgläubig, um dies entschieden durchzusetzen. Ihr Antrag bringt zwar einige kleine Verbesserungen; der Herausforderung eines völlig neuen Verhältnisses von Staat und Wirtschaft wird er aber nicht gerecht. Deshalb werden wir uns zu Ihrem Antrag enthalten.

Roland Claus (DIE LINKE): Selbstverständlich ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von aktueller Bedeutung. Und weil er das ist, will ich mir auch die Frage verkneifen, warum diese strategische Kontrollrechtenutzung nicht in den sieben Jahren bündnisgrüner Regierungsbeteiligung verwirklicht worden ist. Es ist ja gut und wichtig, dass der einen oder anderen einstigen Verfechterin, dem einen oder anderen einstigen Verfechter neoliberaler Wirtschaftsstrategien nun doch endlich ein Licht aufgeht. Und da soll man dann ja auch nicht kleinlich sein, sondern an einem Strang ziehen. Allerdings ist der Begriff „strategisch“ im Antragstitel zu vollmundig gewählt. Strategie heißt Summe und Vielfalt aller Wege zu einem vorbestimmten Ziel. Was die Grünen-Fraktion hier anbietet, ist ein respektabler Reparaturbetrieb des bestehenden Gefüges. Ein Weg zu neuen Zielen der Bundesbeteiligung an übergroßen Unternehmen jedoch ist das nicht.

Es liegt auf der Hand, dass sich dieser Tage eine Debatte wie die heutige auf die Deutsche Bahn AG fokussiert. Es gibt dort einen in seinem Gesamtausmaß immer noch nicht bekannten Mitarbeiterausspionierungsskandal, und sowohl Vorstandsvorsitzender Hartmut Mehdorn als auch der zuständige Minister Wolfgang Tiefensee versagen vollständig bei der Aufklärung, bei einem Konzern, bei dem der Staat, also die öffentliche Hand Alleingesellschafter ist. Der Skandal macht deutlich, wie

viel da absolut im Argen liegt.

Wenn man nun etwa versucht, sich mittels des Beteiligungsberichts 2008 der Bundesregierung ein wenig ins

Bild zu setzen über die Situation des Konzerns Deutsche Bahn AG, wächst die Undurchsichtigkeit von Seite zu Seite. Nehmen wir nur die Deutsche Bahn AG als Bestandteil des Konzerns Deutsche Bahn AG, zu dem außerdem Unternehmen wie DB Mobility Logistics AG, Schenker AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Regio AG, DB Fernverkehr AG und DB Station & Service AG gehören. Beim Teilunternehmen Deutsche Bahn AG stellt die öffentliche Hand mit 2,15 Milliarden Euro 100 Prozent des Grundkapitals, aber im 25-köpfigen Aufsichtsrat ist sie mit ganzen 5 Personen – also einem Fünftel – vertreten: einem Mitglied des Bundestages und vier Staatssekretären; einem aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, einem aus dem Bundesministerium der Finanzen und zweien aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Was müssen die wissen, was können die beeinflussen, was dürfen die tun als so kleine Minderheit? Im Aufsichtsrat des Konzernbestandteils DB Mobility Logistics AG ist die öffentliche Hand gar nicht vertreten, bei DB Netz mit 3 von 22 Mitgliedern usw.

Mit Recht wird im Antrag die Forderung nach einer Beteiligungsstrategie aufgestellt. Bleiben wir beim Konzern Deutsche Bahn AG. Die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns weist im Beteiligungsbericht keine Angaben dahin gehend aus, wie sich die Umsatzerlöse auf die Inlands- und Auslandsgeschäfte verteilen. Es wird ein Jahresüberschuss 2007 in Höhe von 1,716 Milliarden Euro vermeldet, aber man weiß nicht, wie er sich zusammensetzt. Und das lässt die Bundesregierung zu. Sie lässt zu, dass es keine Klarheit darüber gibt, was dieses ganze Getöse der Konzernspitze vom „Globalen Logistiker“ wirklich gebracht hat und wie groß der Anteil der öffentlichen Gelder, die aus den Ländern an die DB Regio AG für den Regionalverkehr gezahlt werden, am Jahresüberschuss ist. Die Frage ist also ganz einfach: Hat die Bundesregierung die Strategie, dass die DB AG vor allem der Daseinsfürsorge in Deutschland zu dienen hat, oder ist ihre Strategie noch immer der Börsengang, dem – wie man von Tag zu Tag deutlicher erkennen kann – alle Dienstleistung im Sinne der Daseinsfürsorge geopfert werden wird?

Eine höchst undurchsichtige Beteiligungsstrategie verfolgt die Bundesregierung auch in Bezug auf Ostdeutschland.

Der Beteiligungsbericht 2008 weist insgesamt für Deutschland und das Ausland 454 Beteiligungen des Bundes mit einem Nennkapital von mindestens 50 000 Euro und mindestens 25 Prozent aus. Von diesen 454 Beteiligungen sind ganze 18 – ich wiederhole: 18, also ganze 3,9 Prozent – in Ostdeutschland ohne Berlin angesiedelt. Die bedeutendsten unter diesen 18 sind mit dem Konzern DB AG verbunden. Übrig bleiben dann solche Posten wie etwa eine Beteiligung mit 51 129 Euro an der Abwicklung – ja, Abwicklung! – des DFA Fertigungs- und Anlagenbaus GmbH Chemnitz.

Solche Zahlen sagen über den Stand der deutschen Einheit mehr aus als alle Reden des Ost-Beauftragten der

Bundesregierung zum Osten zusammen. Man stelle sich nur für einen winzigen Moment vor, er hätte sich dafür eingesetzt, dass die High-Tech Gründerfonds GmbH & Co. KG mit 88,24-prozentiger Bundesbeteiligung, die 239,95 Millionen Euro ausmacht, statt in Bonn in Dresden oder Jena angesiedelt wird. So aber begnügen wir uns freudig damit, dass der Bund über die TLG mit 188 000 Euro - gleich 94 Prozent - am Hotel de Saxe an der Frauenkirche GmbH & Co. KG in Dresden beteiligt ist - und hoffen, dass es wenigstens da keine Skandale gibt.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Immer wieder geraten Unternehmen in staatlichen Besitz, mit staatlicher Mehrheit bei den Anteilen oder mit maßgeblicher staatlicher Beteiligung in die Schlagzeilen. Der Überwachungsskandal bei der Telekom und die Spitzelaffäre bei der Deutschen Bahn, die immer weitere Kreise zieht, sind aktuelle und besonders negative Beispiele. Die Telekom hat auch durch Rationalisierungsmaßnahmen bei den Servicecentern heftigen Protest auf sich gezogen, die Deutsche Bahn ist mit den Problemen beim ICE-Einsatz in der Kritik. Die Deutsche Post AG musste nach den Verlusten auf dem US-Paketmarkt ihre Gewinnerwartungen drastisch reduzieren. Managementprobleme bei der KfW und den Landesbanken haben sowohl die Medien als auch Bund und Länder stark beschäftigt. An schlechten Beispielen mangelt es wahrhaftig nicht. Und für die meisten Skandale brauchte es noch nicht einmal die Finanzkrise. Da drängt sich doch die Frage auf, ob der Staat bei der Kontrolle seiner Beteiligungen versagt. Nun haben wir die Finanz- und Wirtschaftskrise, Skandale und Versagen können wir noch weniger gebrauchen als sonst. Doch beim Bankenrettungspaket ist genau das zu befürchten, da der Bund auf verbindliche Vorgaben für die Geschäftspolitik der Banken verzichtet und eine aktive Rolle als Anteilseigner ausschließt.

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zum Beteiligungsmanagement des Bundes zeigt: Der Bund verfolgt beim Umgang mit seinen Beteiligungen keine Strategie. Die Schulung von Aufsichtsratsmitgliedern und Vertretern auf Hauptversammlungen findet nicht statt. Zwar sprechen die „Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen“ des Finanzministeriums davon, dass der Einfluss des Bundes bei Beteiligungen an Unternehmen entsprechend sichergestellt werden muss. Es gibt Aufgabenbeschreibungen für die Vertreterinnen und Vertreter des Bundes in den Unternehmen. Die Praxis lässt aber deutliche Zweifel am verantwortlichen Umgang mit diesen Kontrollrechten zu. Vertreter des Bundes in Aufsichtsräten oder Anteilseignerversammlungen von Unternehmen werden nicht besonders auf ihre Aufgabe vorbereitet. Sie sollen sich die notwendigen Kenntnisse selbst aneignen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Die Unternehmensplanung und -organisation sei grundsätzlich Aufgabe des Vorstandes bzw. der Geschäftsleitung.

Auch wir wollen nicht, dass der Staat dirigistisch in die Unternehmensführung eingreift. Es geht lediglich um Kontrollrechte, wie sie jeder private Investor auch ausübt. Doch die massiven Probleme im Management von Unternehmen

mit bedeutenden staatlichen Beteiligungen oder Mehrheitsbeteiligungen haben die Bundesregierung nicht zu einer Änderung dieser Haltung bewegt. Sie hat aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt und wird diese auch bei den weiteren Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise wiederholen. Darum fordern wir die Bundesregierung noch einmal nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung bei den Bundesbeteiligungen nachzukommen und ihre Kontrollrechte auszuüben. Sonst sind die nächsten Skandale durch Missmanagement vorprogrammiert.

</ text >

< text 16206 >

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass interfraktionell vereinbart worden ist, den Tagesordnungspunkt 26 b - hier handelt es sich um die zweite und dritte Beratung des Entwurfs des Nachtragshaushaltsgesetzes 2009 - wegen der noch ausstehenden Stellungnahme des Bundesrates als eigenen Punkt ohne Aussprache aufzurufen, und zwar unmittelbar im Anschluss an die jetzt als Erstes vorgesehene Beratung des Konjunkturpaketes II. Ich denke, dazu wird es Einvernehmen geben. - Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26 a und 26 c bis 26 j sowie den Zusatzpunkt 6 auf:

26 a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

- Drucksache 16/11740 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

- Drucksachen 16/11801, 16/11825 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Jürgen Koppelin

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bode

c) - Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten

Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106 b, 107, 108)

- Drucksache 16/11741 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/11900, 16/11931 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Patricia Lips

Ingrid Arndt-Brauer

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/11901 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch  
Alexander Bonde

d) - Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen  
der CDU/CSU und der SPD eingebrachten  
Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der  
Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer  
Gesetze

- Drucksache 16/11742 -  
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses  
(7. Ausschuss)

- Drucksachen 16/11900, 16/11931 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Patricia Lips  
Ingrid Arndt-Brauer

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)  
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

- Drucksache 16/11902 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch  
Alexander Bonde

e) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu  
dem Antrag der Abgeordneten Winfried

Hermann, Fritz Kuhn, Peter Hettlich, weiterer Präsident Dr. Norbert  
Lammert

Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN

Klimaschutz im Verkehr - Kfz-Steuer  
schnellstmöglich auf CO2-Bezug umstellen

- Drucksachen 16/8538, 16/11900, 16/11931 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Patricia Lips  
Ingrid Arndt-Brauer

f) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu

dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine  
Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE  
LINKE

Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden  
- Drucksachen 16/11746, 16/11895, 16/11932 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Olav Gutting  
Gabriele Frechen

g) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu

dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll,  
Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion DIE LINKE

Großbanken vergesellschaften

- Drucksachen 16/11747, 16/11896, 16/11933 -  
Berichterstattung:

Abgeordnete Olav Gutting  
Gabriele Frechen



h) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)  
zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen  
Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion der FDP

Schulden des Bundes durch das Konjunkturpaket  
II vollständig im Bundeshaushalt etatisieren

- Kein Sondervermögen Investitionsund  
Tilgungsfonds

- Drucksachen 16/11743, 16/11922 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Jürgen Koppelin

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

i) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie  
(9. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer,  
Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion DIE LINKE

Konjunkturprogramm gegen die drohende  
Wirtschaftskrise

- zu dem Antrag der Abgeordneten Christine  
Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Nachhaltig investieren in Klima, Bildung,  
soziale Gerechtigkeit

- Drucksachen 16/10619, 16/11023, 16/11646 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Dr. Michael Fuchs

j) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts  
des Ausschusses für Arbeit und Soziales

(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten

Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Britta

Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung  
und Armut

- Drucksachen 16/11755, 16/11899 -

Berichterstattung:

Abgeordneter Werner Dreibus

ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Werner

Dreibus, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch,

weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE

LINKE

Dividenden streichen - Gewinne in Arbeitsplätze  
investieren

- Drucksache 16/11877 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

Zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU

und der SPD zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität

in Deutschland liegen vier Änderungsanträge der

Fraktion Die Linke vor. Über einen Änderungsantrag

werden wir später namentlich abstimmen.

Außerdem liegt zu dem genannten Gesetzentwurf je ein Entschließungsantrag der Fraktionen der FDP, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen vor.

Über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zur Änderung des Grundgesetzes werden wir später - zur dritten Beratung, versteht sich - ebenfalls in namentlicher Abstimmung befinden. Ich mache darauf aufmerksam, dass zur Annahme dieses Gesetzentwurfes die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages erforderlich ist.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache zwei Stunden vorgesehen. - Auch das ist offensichtlich einvernehmlich. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Dann haben mir meine Mitarbeiter den ersten Satz aufgeschrieben: Meine Damen und Herren! Ich habe leider kein ausformuliertes Manuskript; aber ich werde mich trotzdem bemühen, entgegen den Erwartungen des Kollegen Michael Glos Subjekt, Prädikat und Objekt in freier Rede aneinanderzufügen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Scheint eine gute Stimmung in der Koalition zu sein!)

Man kann nicht beides haben: Man kann nicht auf der einen Seite einen starken Konjunkturimpuls haben und auf der anderen Seite eine Absenkung der Neuverschuldung. Das ist eine Debatte gewesen, die uns in den letzten Wochen und Monaten, wie ich finde, sehr stark beschäftigt hat. Ich kann mich erinnern, wie die Bundesregierung bis weit in den Dezember hinein von Verbänden, von Gewerkschaften und darüber hinaus auch von Sachverständigen und Wirtschaftswissenschaftlern aufgefordert worden ist, einen sehr starken Konjunkturimpuls zu setzen. In dem Augenblick, wo die Bundesregierung nach dem Konjunkturpaket I ein in der deutschen Geschichte ungewöhnlich groß dimensioniertes Konjunkturpaket II der Öffentlichkeit vorgestellt hat, ist aber nur noch von der Rekordverschuldung die Rede. Beides geht nicht zusammen, will sagen: Ein solcher Konjunkturimpuls ist nach Lage der Dinge nicht ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung zu haben.

Es gehen auch nicht drei Sachen zusammen, nämlich erstens die Neuverschuldung bzw. generell die Schulden herunterzuführen, zweitens die öffentlichen Investitionen zu verstärken und drittens ein Steuersenkungsprogramm der deutschen Öffentlichkeit in den Dimensionen vorzustellen, wie wir es in den letzten Wochen und Monaten gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Es macht auch keinen Sinn, in den Debatten - dies konnte ich auch in den Ausschusssitzungen insbesondere in Beiträgen von Oppositionspolitikern verfolgen - das Rezessionsproblem gegen das Schuldenproblem zu schieben. In dem Augenblick, in dem wir gemeinsam die Überzeugung gewonnen haben, dass die Politik in

Deutschland in dieser konkreten Situation keinen Attentismus zeigen darf, sondern handeln muss, kann man sich über die Notwendigkeit, die Maßnahmen über Kredite zu finanzieren, nicht beklagen. Dann geht es allein um die Frage, wie wir mit diesen Schulden zukünftig umgehen wollen. Deshalb freue ich mich darüber, dass es in der gestrigen Sitzung der Föderalismuskommission II gelungen ist, eine Schuldenbremse zu verankern, die nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Märkten, was wichtig ist, und unseren internationalen Partnern signalisiert - insbesondere mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes -, dass wir es mit dem Vorsatz ernst meinen, in den Zeiten, die nicht von einer tiefen Rezession gekennzeichnet sind, die Schuldenaufnahme zurückzuführen, um das Ziel zu erreichen, das wir uns eigentlich für 2011 vorgenommen haben. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den beiden Vorsitzenden, Herrn Oettinger und Herrn Struck, dass es gestern gelungen ist, dieses wichtige Thema einer Lösung zuzuführen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Bürger erwarten, dass der Staat handelt. Deshalb ist es richtig, in dieser historisch relativ einmaligen, tiefen Rezession eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben. Dies tut die Bundesregierung. Alles zusammen - Konjunkturpaket I, Konjunkturpaket II und das, was etwas technokratisch als automatische Stabilisatoren bezeichnet wird - führt zu einem Beitrag in einer Größenordnung von mehr als 4 Prozent des Bruttosozialproduktes in den Jahren 2009 und 2010. Damit leistet die Bundesregierung den Löwenanteil dessen, was beim Europäischen Rat im Dezember als gemeinsame Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur verabredet worden ist. Sie wissen, dass dort eine Dimension von 200 Milliarden Euro festgelegt worden ist. Die Bundesregierung wird weit über ihren Anteil am europäischen Bruttosozialprodukt hinaus dazu beitragen. Gelegentlich habe ich den Eindruck, dass die Vertreter der Länder, die bis weit in den November und sogar in den Dezember hinein die Regierung der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert haben, zu handeln, noch ihre lieben Schwierigkeiten haben werden, ihre eigenen Beiträge entsprechend der Absichten, die dort verkündet worden sind, zu belegen.

Wir haben es mit einer Kategorie zu tun, die im Augenblick keine Hochkonjunktur hat - sie wirkt prägend auf die Finanzmärkte und unterliegt dem Eindruck dieser wirtschaftlich schlechten Phase -: Vertrauen. Denjenigen, die bereits jetzt, vor Verabschiedung dieses Konjunkturpakets, darüber spekulieren, was noch alles erreicht werden müsste, was noch alles obendrauf gelegt werden müsste, rufe ich zu, dass sie zum Abschwung der Kategorie Vertrauen beitragen, weil sie Unsicherheit verbreiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb bitte ich darum, zu vermitteln, wie wichtig es ist, diese Konjunkturmaßnahmen wirken zu lassen. Wir sollten erst dann zu einer kritischen Bestandsaufnahme kommen, wenn es die ersten Anzeichen dafür gibt, wie diese Konjunkturmaßnahmen tatsächlich wirken.

Das Konjunkturpaket II ist richtig ausgerichtet. Ich widerspreche all denjenigen, die den Eindruck haben, das sei eine Art Bauchladen. Fünf maßgebliche Kompassweisungen prägen dieses Paket: Das ist zum Ersten die Notwendigkeit, Investitionen zu fördern. Vor dem Hintergrund einer richtigen Logik müssen wir etwas tun, was zur Modernisierung des Landes beiträgt und über diesen Konjunkturzyklus hinaus positive Wirkung entfaltet. Zweitens wird die Nachfrage durch eine Reihe von Maßnahmen gefördert, bis hin zu einer steuerlichen Komponente. Darüber hinaus wird die Leitindustrie in Deutschland, die Automobilindustrie, die zusammen mit der Zulieferindustrie nach wie vor jeden siebten bis achten Arbeitsplatz prägt, gefördert. Viertens wird es eine Arbeitsmarktpolitik geben, die darauf gerichtet ist, dass die Menschen nicht entlassen, sondern weiterqualifiziert werden. Die Schuldenbremse habe ich schon erwähnt, das ist die fünfte richtige Kompassweisung. Die Abwrackprämie hat sich nach einem fulminanten Start als eine richtige Maßnahme herausgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich an viele kritische Einlassungen erinnern.

All die Kritiker sind widerlegt worden.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Alle?)

Das Echo darauf, dass kommunale Investitionen mit mehr als 13 Milliarden Euro gefördert werden, ist - insbesondere aus dem kommunalen Raum - so positiv, dass wir das nicht kaputtreden sollten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU])

Es wird darauf ankommen, dass wir die Kriterien dieses Investitionsprogramms wirklich durchsetzen: Erstens sollen 70 Prozent dieser Maßnahmen unmittelbar zu kommunalen Investitionen führen. Zweitens geht es um das Kriterium der Zusätzlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin dankbar dafür, dass im Haushaltsausschuss auf diesen Akzent Wert gelegt worden ist. Es gibt entsprechende Formulierungen und Vorschläge, wie das gewährleistet werden soll. Darauf will ich aus Zeitgründen nicht im Einzelnen eingehen. Es wird drittens darum gehen, dass insbesondere finanzschwache Kommunen partizipieren können; sie haben den größten Nachholbedarf.

Es wird viertens darum gehen, dass der überwiegende Anteil wie verabredet in Bildungseinrichtungen investiert wird. Das sind die vier maßgeblichen Orientierungen, die für dieses Investitionsprogramm gelten.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei denjenigen Ländern bedanken, die bereits die ersten Entscheidungen darüber getroffen haben, dass dieses Geld in den Kommunen zur Wirkung kommt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wo sind die Länder?)

Das sind übrigens eine ganze Reihe von Ländern, die schon entsprechende Kabinettsentscheidungen herbeigeführt haben. Insbesondere möchte ich mich bei denjenigen Ländern bedanken, die bereits jetzt zum Ausdruck gebracht haben, dass sie im Zweifelsfall für ihre finanzschwachen Kommunen den Eigenanteil übernehmen oder Gewährleistung dafür übernehmen, dass er aufgebracht

werden kann.

(Beifall bei der SPD - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie Nordrhein-Westfalen!)

Ich will im zweiten Teil meiner Ausführungen einige allgemeine Bemerkungen zu den uns sehr stark beschäftigenden Problemen machen. Wir merken zunehmend, dass auf den internationalen Bühnen protektionistische Tendenzen nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Stichworte sind Ihnen allen bekannt, insbesondere mit Blick auf das Konjunkturpaket in den USA, wo von einer Buy-American-Klausel die Rede gewesen ist. Wir haben es in Großbritannien mit einer Bewegung zu tun - „Put British workers first!“ -, die sich auch damit beschäftigt. Ich glaube, dass insbesondere die Bundesrepublik Deutschland ein massives Interesse daran hat, sich bei den anstehenden internationalen Treffen dafür einzusetzen, dass die Welt nicht denselben Fehler macht, den sie 1930 mit einem Überholungswettbewerb an protektionistischen Maßnahmen gemacht hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das über 40 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Außenwirtschaftsbeziehungen generiert, ist wie kein anderes

Land darauf angewiesen, dass diesen protektionistischen Tendenzen oder Reflexen Einhalt geboten wird. Die damalige Wirtschaftskrise von 1929/1930, an die gelegentlich in historischen Betrachtungen erinnert wird, war gar nicht so sehr vom Crash an der New Yorker Börse im Oktober 1929 geprägt, sondern sehr viel mehr davon, dass es 1930 unter dem damaligen amerikanischen Präsidenten Hoover zu einem Gesetz kam, durch das die Importzölle von sage und schreibe 20 000 Produkten in schwindelerregende Höhen gesetzt wurden. Dies hatte den Effekt, dass alle anderen Länder im Rahmen eines Überbietungswettbewerbs mit der Einführung von entsprechenden Zöllen nachgezogen haben. Als Ergebnis war der Welthandel 1933 im Vergleich zu 1928 um zwei Drittel eingefroren bzw. zurückgeführt. Das war der eigentliche Treibsatz, der Verstärker in der Folge des Börsencrashes vom Oktober 1929. Wir werden alles tun müssen, damit sich so etwas in der jetzigen Phase, in der wir uns bewegen, nicht einmal ansatzweise wiederholt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe bereits heute und morgen beim G-7-Finanzministertreffen in Rom, bei dem übrigens auch der nächste Finanzgipfel am 2. April dieses Jahres und die zwischenzeitlich anstehenden vorbereitenden Sitzungen für den Finanzgipfel geplant werden, die Möglichkeit, dieses Thema zu erörtern. Ich werde sehr genau zuhören, insbesondere bei dem, was mein neuer amerikanischer Kollege vielleicht über die Beratungen zum amerikanischen Konjunkturprogramm, die inzwischen im Repräsentantenhaus und im Senat vollzogen wurden, berichten kann.

Nächste Bemerkung. Die Situation der Banken nicht nur in Deutschland, sondern auch darüber hinaus bereitet nach wie vor erhebliche Sorgen. Wir werden Ihnen in den nächsten Tagen und Wochen eine Novelle des

Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorstellen, die bestimmte Lerneffekte berücksichtigen wird, die wir durch dieses Gesetz und die über dieses Gesetz eingerichteten Maßnahmen und Institutionen erworben haben. Es geht insbesondere um das Thema, wie Banken nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa mit den faulen Wertpapieren umgehen, die belastend auf ihren Bilanzen liegen. Umgangssprachlich formuliert: Es geht darum, wie wir dazu beitragen können, dass diese Banken nicht in einen weiteren prozyklischen Strudel geraten, (C) (B) (D)

Bundesminister Peer Steinbrück

weil sie immer größere Abschreibungen mit einem immer größeren Verzehr ihres Eigenkapitals und damit einer immer größeren Bedrohung vornehmen müssen.

Kurzfristig werden wir aber nicht das Problem der Bilanzbereinigung in dem Sinne lösen können, wie es in den letzten Wochen von vielen debattiert wurde. Sie kennen meine nicht nur große Skepsis, sondern definitive Ablehnung, wenn in Deutschland darüber spekuliert wird, dass ein zentralisiertes systemübergreifendes Institut à la Bad Bank eingerichtet werden soll, das diese faulen Assets aufnehmen soll.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Das bedeutet nicht, dass wir nicht auf anderem Wege eine Lösung finden müssen. Aber diese Lösung wird nicht so aussehen, wie es in den letzten Wochen von vielen angedacht und angeheizt wurde, von einigen auch aus einem unmittelbaren Interesse. Dieses unmittelbare Interesse ist davon geprägt, dass die Kapitalisierung einer solchen Bank mit öffentlichen Geldern vollzogen werden müsste. Ich werde es Ihnen und mir nicht zumuten, Ihnen von diesem Pult aus etwas abzuverlangen, ein solches Institut mit öffentlichem Geld zu kapitalisieren, das spielend eine Dimension von 150 bis 200 Milliarden Euro erreichen könnte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte Ihnen signalisieren - Sie werden mir nachsehen, dass ich an dieser Stelle nicht sehr konkret werde -: Das ist eine der größten Herausforderungen, mit denen wir es im Augenblick zu tun haben. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass die Kapitalinjektionen mit öffentlichen Geldern und Garantien im Rahmen der bisherigen Leistungen des SoFFin auf der Basis des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes nicht verloren gehen, weil der Bund möglicherweise nicht die Kontrolle darüber hat, wie mit diesen Garantien und Kapitalinjektionen umgegangen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich für meinen Teil kann nicht verantworten, dass solche Maßnahmen fortgesetzt werden - dabei handelt es sich nämlich um ein großes schwarzes Loch riesigen Ausmaßes -, ohne dass tatsächlich das Ziel der Restrukturierung und Stabilisierung der davon begünstigten Banken als Licht am Ende des Tunnels erkennbar ist.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.

Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

Ich will einen letzten Gesichtspunkt aufgreifen - ich

erinnere mich, dass Herr Kauder ihn bereits in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes angesprochen hat -: die Bankenaufsicht in Deutschland. Zu diesem Thema will ich ein paar Worte verlieren. Ich bitte darum, keine Vorschläge zu machen oder öffentlich zu debattieren, die im ersten Augenblick vielleicht einen intellektuell bestechenden Eindruck hinterlassen mögen, die aber nicht funktionieren würden. Viele Vorschläge, die gemacht werden - die mich auch erreichen -, würden darauf hinauslaufen, die Bankenaufsicht in Deutschland über BaFin und Bundesbank zusammenzuführen. Das favorisieren offenbar viele.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja! Wir zum Beispiel!)

Das ist eine ausgesprochen schwierige Operation. Warum? Weil die BaFin eine Eingriffsverwaltung ist. Sie erlässt Hoheitsakte, die anschließend übrigens auch Gegenstand von Verwaltungsgerichtsverfahren sein können. Die Verschmelzung der BaFin, einer klassischen Eingriffsverwaltung, die der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums untersteht, mit einer Einrichtung, die von Verfassungs wegen ein Höchstmaß an Unabhängigkeit hat, die definitiv keine Eingriffsverwaltung sein und definitiv nicht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums unterworfen werden möchte, wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das einigen von Ihnen ungläubwürdig erscheint, weil ich es sage und weil ich Ihrer Meinung nach vielleicht als zu parteiisch gelte, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie vor Ihren nächsten öffentlichen Einlassungen ein Gespräch mit dem Bundesbankvorstand führen würden, damit er Ihnen unmittelbar seinen Eindruck schildert, wie eine solche Verschmelzung zu bewerten ist. Das ändert nichts daran, dass die Bemühungen um eine stärkere und effizientere Bankenaufsicht in Deutschland fortgesetzt werden. Sie können sicher sein, dass ich, auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines Gutachtens, das ich in diesen Tagen bekomme, zuerst der Bundesregierung und dann Ihnen, dem Deutschen Bundestag, entsprechende Vorschläge dazu machen werde.

Von entscheidender Bedeutung ist die Wegstrecke bis zum von mir schon erwähnten Weltfinanzgipfel am 2. April dieses Jahres in London, an dem die Bundeskanzlerin und ich teilnehmen werden. Die Tatsache, dass im Augenblick nur wenig von den Aktionen, die seinerzeit, im November letzten Jahres, in Washington verabredet worden sind, die Rede ist, ist nicht dahin gehend zu interpretieren, dass nicht gearbeitet wird.

Ich will Ihnen nur ganz kurz im Telegrammstil mitteilen, dass vier Arbeitsgruppen eingesetzt wurden, eine unter dem Vorsitz der Bundesrepublik Deutschland, die sich sehr aktiv mit den Themen, die in London zu erörtern sind, beschäftigen, unter anderem mit der Umsetzung der Maßnahmen, die bereits verabredet worden sind. Die Bundesregierung wird sehr gezielt weitere Impulse setzen, um in den für eine bessere Regulierung der Finanzmärkte entscheidenden Fragen voranzukommen. Als Obersatz gilt nach wie vor die Vereinbarung

von Washington, die da lautet: Kein Finanzmarktteilnehmer, kein Finanzmarkt und kein Finanzmarktprodukt der Welt soll zukünftig keiner Regulierung unterworfen sein. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Bürger erwarten, dass wir angesichts dieser Krise verantwortungsbewusst gegensteuern. Dies erwarten sie nicht nur von der Bundes(C)  
(B) (D)

Bundesminister Peer Steinbrück  
regierung, sondern auch vom Deutschen Bundestag, und ich füge hinzu: auch vom Bundesrat.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist meine Bitte an Sie, dieser Verantwortung in der gegenwärtigen Situation, angesichts der tiefen Krise, die wir derzeit erleben, gerecht zu werden und dem Konjunkturpaket II in der zweiten und dritten Lesung sowie im zweiten Durchgang im Bundesrat zuzustimmen.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der britische Premier Churchill hat einmal gesagt: Es ist sinnlos, zu sagen: Wir tun unser Bestes. Es muss dir gelingen, das zu tun, was erforderlich ist. Dieses Konjunkturpaket, meine Damen und Herren, ist erforderlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich vorab an Sie, Herr Minister zu Guttenberg, wenden. Sie sind jetzt, darf man sagen, wenige Stunden im Amt. Da dies die erste Debatte sein wird, in der Sie als Bundeswirtschaftsminister das Wort ergreifen, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ich Ihnen auch im Namen der liberalen Opposition viel Erfolg wünsche. Wir sind sicher, dass Sie das Zeug dazu haben, ein guter Minister zu werden,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

und im Interesse unseres Landes wünschen wir Ihnen das ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- Schade, dass das Raunen bei den Sozialdemokraten im Fernsehen nicht übertragen wird. Dieses Raunen ist mir völlig unverständlich. Ist es klimatisch schon so weit, dass etwas, was für Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein sollte,

(Ute Berg [SPD]: Der große Staatsmann

Westerwelle! - Weiterer Zuruf von der SPD:

Meine Güte!)

nämlich dass man einem neuen Minister Glück wünscht, hier Gegenstand parteipolitischen Rumorens wird? Man muss sich schon wundern!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU -

Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Wir haben schon



gestern gratuliert!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Wort muss gesagt werden - auch wenn Sie es wiederum kommentieren mögen -: Ich meine, dass wir mit Michael Glos einen Bundeswirtschaftsminister hatten, dem wir trotz mancher Meinungsunterschiede zu Dank verpflichtet sind. Die Lässigkeit, mit der jetzt abschätzig über den Kollegen Glos gesprochen wird, die versteckten Bemerkungen, aber auch die offenen Einführungen in Reden hier - ich finde, so sollte man das nicht machen! (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine zweite Bemerkung. Herr Finanzminister, Sie haben das Thema Bankenaufsicht angesprochen. Ich hatte ursprünglich nicht vor, dazu etwas zu sagen; aber da Sie dieses Thema angesprochen haben, will ich darauf kurz eingehen. Sie haben sich gegen das gestellt, was Herr Kollege Kauder in der letzten Debatte zum Konjunkturpaket erklärt hat. Mich verwundert das; denn wir hatten die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung so verstanden, dass genau das, nämlich eine Neuordnung der Bankenaufsicht, stattfinden muss. Wir unterstützen die Union, wenn sie die Renovierung der Bankenaufsicht jetzt angehen will. Aber da gehören keine faulen Ausreden in dieses Haus, da gehört Handlung in dieses Haus. Wenn man sieht, dass die Bankenaufsicht in den letzten Jahren nicht ausreichend gewirkt hat, weil sie zerfleddert war, muss man dies ändern. (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte jetzt auf das, was Herr Finanzminister Steinbrück zum Konjunkturpaket wohltuend sachlich vorgetragen hat, eingehen. Aus Sicht der liberalen Opposition ist dieses Konjunkturpaket enttäuschend. Es wird wenig wirken; aber die Schulden werden unfassbar lange bleiben. Das eigentliche Problem ist doch das Strukturproblem. Wenn man in einer solchen Situation - die Lage ist besonders ernst - in unserem Lande etwas zum Besseren wenden möchte, darf man keinen Bauchladen, kein Sammelsurium von Maßnahmen beschließen und da und dort mit der Gießkanne Steuergelder verteilen, dann muss man einen großen Wurf wagen. (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn es stimmt, dass 50 Prozent der Wirtschaft Psychologie sind, dann wird man eine Wende in diesem Lande zugunsten von Anstrengungen, Leistung und Investitionen mit diesem Sammelsurium von Maßnahmen nicht erreichen. In einer großen Krise ist ein großer Wurf gefragt. (Beifall bei der FDP - Thomas Oppermann [SPD]:  
Wie sieht denn Ihr großer Wurf aus?)

Das ist der große Unterschied zwischen den Konzepten, die in diesem Hause vertreten werden, zwischen dem Konzept der Regierung und dem Konzept der liberalen Opposition. Herr Bundeswirtschaftsminister, ich hoffe, dass das, was Sie bis vor fünf Tagen, als Sie noch Generalsekretär der CSU waren, zum Thema Steuersenkungen gesagt haben, auch jetzt, da Sie Bundeswirtschaftsminister sind, Ihr Denken prägen wird. Es wäre gut für unser Land. (Beifall bei der FDP)

Wir führen am heutigen Tage im Deutschen Bundestag eine Debatte über eine zweifelsohne außergewöhnliche Lage in Deutschland und über ein vom Umfang her, von der Schuldenaufnahme her, bisher noch nie gesehenes Konjunkturpaket.

Niemand bestreitet, dass Sie Ihr Bestes versuchen, aber es gelingt Ihnen leider nicht. Das ist der Unterschied auch zu dem, was beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika am gestrigen Tage von Präsident Obama mitgeteilt worden ist. Von dem Konjunkturpaket des amerikanischen Präsidenten, so haben wir gestern mitgeteilt bekommen, gehen fast 300 Milliarden Dollar in Steuersenkungen, während Sie die Steuersenkungen so schmalbrüstig anlegen, dass davon wirklich kein konjunktureller Impuls, weder für die Nachfrage noch für Investitionen, ausgehen kann.  
(Beifall bei der FDP)

Das ist das, was wir anders machen wollen und auch anders machen würden. Wir sind der Überzeugung: Wenn in einer solchen Lage ein großes Konjunkturpaket beschlossen werden soll, wenn in einer solchen Lage der Staat schon Schulden macht, dann sollte er damit wenigstens die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

(Thomas Oppermann [SPD]: Mit Schulden?)

Das beste Konjunkturprogramm ist es, die Leistungsbereitschaft anzuregen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Mit Schulden?)

Wenn die Menschen Lust auf Leistung haben, weil der Staat ihnen mehr übrig lässt von dem,

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Immer mit Schulden!)

was sie sich erarbeitet haben, dann springt die Konjunktur an – und nicht mit irgendwelchen Renovierungsprogrammen.

(Beifall bei der FDP – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steuern senken mit Schulden!)

Nun hören wir meine, Damen und Herren, dass Sie das ja täten. Da muss man klar sagen: Wir haben einen unterschiedlichen Denkansatz. Sie sind der Überzeugung: Es ist klüger, von Branche zu Branche, von Unternehmen zu Unternehmen Steuerschecks auszustellen. –

Wir sagen: Es ist vernünftiger, nicht einzelne Unternehmen, die in Schwierigkeiten sind, mit Steuerschecks zu unterstützen. Ausnahmen wird es immer geben. Vernünftiger, als Branchen zu subventionieren, vernünftiger, als Unternehmen nach Unternehmen an den Steuertropf zu hängen, wäre es, die ganze Volkswirtschaft zu entlasten, alle, die arbeiten, zu entlasten. Mehr Mut bei den Steuersenkungen – das braucht diese Republik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Dann haben wir gehört – und das finden wir bemerkenswert –, dass das, was die FDP vorschlägt, schon deshalb verhindert werden müsse. Sie haben ja keinen einzigen Antrag – das ist Ihr gutes Recht – der FDP-Fraktion, weder in den Ausschüssen noch hier im Hohen Hause, in den letzten Wochen akzeptiert. Das muss man nur zur Kenntnis nehmen; das ist Ihr Recht. Übrigens hat Präsident Obama großen Wert darauf gelegt, dass er mit allen politischen Kräften ins Gespräch kommt. Er hat versucht, auch überparteilich ein Paket zu schnüren. Wir

halten fest: Diesen Versuch haben Sie zu keiner Stunde ernsthaft gestartet.

(Beifall bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, das ist Ihr Recht. Sie haben die Mehrheit, und wir werden ja sehen, wohin das führt.

Aber dann wollen wir einmal über die Steuersenkungen reden, die wirklich nötig wären. Würde man nur die Erhöhung der Freibeträge, die Sie jetzt häppchenweise bis zum Jahr 2010 für die Familien pro Kopf auf mehr als 8 000 Euro erhöhen wollen, vorziehen, dann müsste der Staat 800 Millionen Euro mehr ausgeben. Diese Entlastung der Familien würde 800 Millionen Euro kosten.

Zum Vergleich das, was in diesem Paket steht: In dem Paket geben Sie 100 Millionen Euro aus für die Erhöhung der Mittel für Entwicklungshilfe, und Sie geben 650 Millionen Euro aus für die Renovierung der Ministerien. Da sagen wir Ihnen: Das ist die falsche Prioritätensetzung. Die Entlastung der Familien wäre jetzt in dieser Stunde richtig, um die Lage in Deutschland zu wenden.

(Beifall bei der FDP)

Was hat das denn mit einer Politik für Reiche zu tun? Das ist doch reine Polemik, was da vorgetragen wird. Die Freibeträge für Familien zu erhöhen, ist keine Politik für Reiche, sondern es sollte eigentlich der kleinste gemeinsame Nenner jenseits der Parteigrenzen in diesem Hause sein.

(Beifall bei der FDP)

Man wundert sich darüber, dass Sie das nicht tun.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Es geht um solide Vorschläge! Um Geld geht es!)

- Die Angaben der Bundesregierung dazu lauten: 0,8 Milliarden, also 800 Millionen Euro.

Das zweite Thema betrifft die Zinsschranke. Da könnten Sie ja noch argumentieren und sagen: Wer die Zinsschranke wieder abschaffen will, die mit der Unternehmensteuerreform beschlossen wurde, der will etwas für Unternehmen tun. Ja - das sagen wir ausdrücklich -, das ist richtig,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

weil wir nämlich in einer Zeit leben, in der vor allen Dingen der Mittelstand darunter leidet, dass er keine Kredite mehr bekommt. Gerade weil der Mittelstand hinsichtlich seiner Eigenkapitaldecke nicht so gut ausgestattet ist, ist es jetzt notwendig, wieder zu ändern, was (C)

(B) (D)

Dr. Guido Westerwelle eingeführt wurde. Es ist ein Fehler, dass man den Mittelstand auch noch für Zinsen Steuern zahlen lässt. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich Ihr Programm richtig verstanden habe, dann wollen Sie das übrigens auch.

Etwas, was die SPD und die CDU/CSU auf ihren Parteitag beschlossen und in Interviews verkündet haben, ist zum Beispiel die Senkung des Eingangsteuersatzes. Das ist doch nun wirklich etwas, was wir hier gemeinsam beschließen könnten.

(Joachim Poß [SPD]: Haben wir doch!)

Sie beschließen die Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent. Gleichzeitig sagen Sie, dass Sie den Eingangssteuersatz auf 12 Prozent senken müssten.

(Joachim Poß [SPD]: Perspektivisch, ja!)

Damit wollen Sie in den Wahlkampf gehen; das hat der Finanzminister in einem Interview mit der Bild am Sonntag angekündigt. Ich halte fest: Die SPD will den Eingangssteuersatz auf 12 Prozent senken, die CDU/CSU

will den Eingangssteuersatz auf 12 Prozent senken, wir wollen das auch. Warum beschließen wir das dann nicht jetzt, da die Lage so problematisch ist?

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres

[SPD]: Weil das Geld kostet! - Joachim Poß

[SPD]: Weil es die Schulden erhöht!)

Was hat es mit irgendeiner Begünstigung von Reichen zu tun, wenn man den Eingangssteuersatz senkt? Wir bieten Ihnen an, dass wir das noch in dieser Stunde beschließen können. Tun wir etwas für die Empfänger kleinerer und mittlerer Einkommen! Das ist das Konjunkturprogramm, das Deutschland braucht.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen sehen wir, wie die Gelder in den Länderhaushalten schon ausgegeben werden. Das sage ich übrigens überparteilich, damit wir uns hier nicht missverstehen.

Wir alle kennen unsere jeweiligen Pappenheimer, die ohne jeden Zweifel aus allen Parteien kommen. Dieses Thema kennen wir alle. Hierüber brauchen wir uns hier im Deutschen Bundestag nicht zu beklagen. Es ist ja auch bemerkenswert, dass diejenigen, die so viel Geld bekommen, heute so umfangreich auf der Bundesratsbank vertreten sind. Das ist aber ein anderes Thema an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP - Volker Kauder [CDU/CSU]: Heute ist Bundesrat, Herr Kollege!)

- Ja, ich nehme das ausdrücklich zurück. Heute ist Bundesrat. Deswegen ist es nett, dass wenigstens Sie, Herr SELLERING, fehlen. Ich nehme das zurück.

In die Länderhaushalte werden schon Mittel für die Renovierung der Finanzämter eingestellt. Das heißt, über das Konjunkturpaket werden auch die Finanzämter renoviert. Aber für Steuersenkungen ist kein Geld da. Ist Ihnen eigentlich klar, welche Ironie es in dieser Stunde ist, dass die Bürger erleben müssen, dass bei uns zu wenig passiert, während die Finanzämter renoviert werden?

Was für ein Konjunkturprogramm in dieser Republik!

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]:

Was für ein gnadenloser Populismus!)

Es ist richtig und auch vernünftig, dass Sie beispielsweise in die Bildung investieren. Das unterstützen wir nachdrücklich, damit wir uns hier nicht missverstehen. Das haben wir auch in den Ausschüssen unterstützt. Es ist gut, dass das geschieht. Die Kritik der Grünen und aus den anderen Reihen dieses Hauses ist übrigens ebenso berechtigt. Es ist eben nicht richtig, dass man alleine die Gebäude saniert, während man nichts für Investitionen in die Köpfe bereitstellt und es keine Qualitätsverbesserung des Unterrichts gibt. Das wissen wir, und ich denke, darin sind wir uns auch einig. Das wird sich im Vollzug ändern müssen.

In die Straßen investieren Sie auch; das ist richtig.

Auch hier lohnt sich ein Blick ins Detail, um zu sehen, wie es bei den Straßen tatsächlich aussieht: Tiefbau nein, Hochbau ja. Mit anderen Worten: Die Straßen mit den Löchern dürfen nicht mit diesen Mitteln saniert werden, aber Lärmschutzwände dürfen darum herumgebaut werden. Da fragt man sich wirklich: Wie überzeugend ist die Konsistenz eines solchen Programms?

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres

[SPD]: Unsinn! - Thomas Oppermann [SPD]:

Es gibt Mittel für den Straßenbau!)

Zur Abwrackprämie. Herr Finanzminister, Sie sagen, die Abwrackprämie werde der große Renner. Wir wären Ihnen sehr verbunden, Herr Finanzminister, wenn Sie jetzt irgendwann einmal veröffentlichen würden - diese Zahlen haben Sie doch längst -, wie viele von diesen angeblich super gekauften Autos eigentlich wirklich in Deutschland produziert werden. Das ist doch das eigentliche Thema.

(Widerspruch bei der SPD - Joachim Poß

[SPD]: Das ist ja ganz peinlich!)

Ich will es Ihnen ganz offen sagen: Ich halte es für völlig falsch, dass Sie mit der Abwrackprämie dazu beitragen, den Absatz kleiner asiatischer Autos zu erhöhen, während Sie mit der Kfz-Steuererhöhung gleichzeitig die in Deutschland produzierende Automobilindustrie noch einmal abwürgen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Sind Sie

jetzt für Protektionismus? - Dr. h. c. Gerd

Andres [SPD]: Blanker Populismus!)

Das halten wir für falsch, und das sagen wir an dieser Stelle auch.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der

CDU/CSU und der SPD - Volker Kauder

[CDU/CSU]: Protektionistisch!)

- Ich bitte die Kameramänner, nicht nur mich, sondern bei dieser Unruhe auch die Herrschaften im Saal zu zeigen, weil das eine so bedeutende Stunde der Republik ist. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich darüber dann auch eine Meinung bilden können.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Schon wieder Klamauk, Herr Westerwelle!)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ist es unser Recht, dass wir unsere Punkte vortragen, auch wenn Sie noch die Mehrheit haben.

(Beifall bei der FDP)

Sprechen wir noch einmal über die Krankenkassen, auch wenn Ihnen das nicht gefallen mag, aber es ist trotzdem notwendig. Sie verkaufen eine Senkung der Krankenkassenbeiträge als Konjunkturprogramm. Das ist in unseren Augen eine wirkliche Veräppelung der Bürgerinnen und Bürger.

Was passiert hier? Erst haben Sie eine Gesundheitsreform beschlossen, die dazu geführt hat, dass zum 1. Januar dieses Jahres die höchsten Krankenkassenbeiträge gezahlt werden, die jemals bezahlt werden mussten. Ein paar Wochen später senken Sie nun mit Steuergeldern die Krankenkassenbeiträge. Das hat nichts mit einem Konjunkturprogramm zutun. Es wäre besser gewesen, die ganze Gesundheitsreform wieder einzustampfen.

Das wäre ein Konjunkturprogramm. Zu solchen  
Strukturreformen fehlt Ihnen aber der Mut.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich  
noch eine Bemerkung zu den privaten Investitionen  
machen. Sie haben einen ausschließlich staatlichen Blick  
auf diese Dinge. Das halten wir für falsch. Sie sprechen  
davon, welche Ausgaben der Staat tätigen müsse. Was  
Sie aber schaffen sollten, ist eine Lösung der bürokratischen  
Bremsen beispielsweise für Investitionen. Heute  
Morgen beschließen Sie das Konjunkturprogramm,  
heute Mittag beschließen Sie die Verschärfung des  
Außenwirtschaftsgesetzes.

Wir sollten Investitionen nach  
Deutschland einladen, aber nicht nach Hause schicken.

(Beifall bei der FDP)

Allein bei den Flughäfen warten etwa 20 Milliarden  
Euro privater Mittel darauf, investiert zu werden.  
Bringen Sie endlich Ihre Ideologie in die Geschichte hinein,  
damit das beschlossen werden kann! In der Energiewirtschaft  
warten 20 bis 40 Milliarden Euro privater  
Gelder darauf, beschlossen zu werden. Steigen Sie aus  
aus einer ideologischen Energiepolitik! Werden Sie wieder  
vernünftig! Das wäre ein Konjunkturprogramm für  
unser Land.

(Beifall bei der FDP)

Alles in allem muss man leider sagen: Die Schulden  
werden bleiben, aber für die Konjunktur und für die Bürgerinnen  
und Bürger wird dabei sehr wenig herauspringen.  
Sie haben in Ihrer ersten Rede zu diesem Thema  
gesagt, Frau Bundeskanzlerin, Sie würden das mit der  
Schuldentilgung dann so überzeugend machen wie  
beim Erblastentilgungsfonds. Das hat sich nun wirklich  
als eine Posse herausgestellt; Herr Vizekanzler, das betrifft  
Sie übrigens auch. Sie haben gesagt, Sie würden  
das genauso machen, wie Sie die Schulden beim Erblastentilgungsfonds  
zurückgezahlt haben. Heute stellen wir  
fest, dass weniger als die Hälfte zurückgezahlt und mehr  
als die Hälfte umgeschuldet wurde. Umschuldung ist  
aber keine seriöse Finanzpolitik.

Wenn man etwas für die Konjunktur tut, was heute in  
der Tat getan werden muss, dann entlastet die Bürgerinnen  
und Bürger, sorgt dafür, dass die kleinen und mittleren  
Einkommen entlastet werden! Das wäre wirklich  
eine Wende für unser Land zum Guten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, auch wenn es Ihnen  
nicht gefallen hat, meine Damen und Herren von  
den Regierungsparteien.

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]:

Die Hälfte war blanker Populismus!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Bundesminister für Wirtschaft  
und Technologie, Freiherr zu Guttenberg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundesminister  
für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Herr Kollege Westerwelle, ich danke Ihnen zunächst  
sehr für die Glückwünsche. Die Rede hätte uns  
gefallen, wenn sie denn schlüssig gewesen wäre.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie muss Ihnen auch nicht gefallen!)  
Sie war es leider nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das Amt des Bundeswirtschaftsministers in einer Wirtschaftskrise übernommen, wie sie das vereinte Deutschland noch nie erlebt hat, und zwar angesichts der Geschwindigkeit, in der sie uns ereilt hat, angesichts der Gleichzeitigkeit, aber auch angesichts der Breite, wie sie global eingetreten ist, und auch angesichts der Folgen für unsere Konjunktur.

Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise, in einer sehr harten Wirtschaftskrise, aber nicht in einer Systemkrise, wie dies in diesen Tagen gern behauptet wird.

(Zuruf von der LINKEN)

- Gerade von Ihnen. - Unser gewachsenes und unser Zukunftssystem - nicht für Sie, aber für uns - ist und bleibt die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Mit der sozialen Marktwirtschaft

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wo ist das Soziale geblieben?)

- und nicht mit Zwischenrufen dieser Qualität -

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD -

Lachen bei der LINKEN) ist unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg aus Schutt

und Asche zu einer der weltweit führenden Wirtschaftsnationen aufgestiegen. Es ist bedrückend zu sehen, wie viele - auch von jenen, die sich ihr verhaftet fühlen - heute mit leichter Hand inflationär das Wort „soziale Marktwirtschaft“ im Munde führen, es aber leider kaum noch erklären können und - was so wichtig ist in dieser Zeit - sie auch nicht mehr verteidigen können.

Diese ordnungspolitischen Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft dürfen in der Situation, in der wir uns gerade befinden, nicht panisch abgerissen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Sie dürfen eingeengt werden. Sie müssen möglicherweise in Teilen eingeengt, vielleicht auch in Teilen erweitert werden. Es ist sicherlich auch richtig, dass wir in dieser äußerst schwierigen Lage nicht allein und isoliert auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Zuruf von der LINKEN: Hört! Hört!)

Aber der Grundsatz bleibt richtig, dass der Staat lediglich den Ordnungsrahmen setzt, den Wettbewerb garantiert und nur dann eingreift, wenn Marktversagen vorliegt. Deswegen sind angesichts der Krise richtige Maßnahmen getroffen worden: die Finanzmarktstabilisierung im Oktober letzten Jahres, das Konjunkturpaket

I im November letzten Jahres und das zweite Konjunkturpaket, das wir heute hier debattieren.

Bei allem Kritikkeln, das wir heute auch schon gehört haben: Noch nie wurde so schnell, so konsequent und so entschlossen auf eine Krise reagiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ludwig Erhard ist dieser Tage viel bemüht worden.

Auch er hätte in einer solchen Situation wahrscheinlich zu knapsen gehabt. Das steht außer Frage. Aber die Leitlinie bleibt richtig, was das Verhältnis zwischen Staat und Markt anbelangt. Auch er hätte sich wahrscheinlich keinen Nachtwächterstaat gewünscht.

Mein ausdrücklicher Dank gilt in dieser Phase - da die beschlossenen Maßnahmen meines Erachtens Wirkung zeigen werden - meinem Amtsvorgänger Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube, er hat sich ebenso entschlossen, beherzt und mit viel Tatkraft auch für dieses Paket, aber vor allem für dieses Land eingesetzt. Auch mir ist unbegreiflich, mit welchem Stil, mit welcher Kollegialität manche mit einem umgehen, der sich wirklich um dieses Land verdient gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur CDU/CSU gewandt: Das irritiert uns jetzt!)

- Frau Künast, Sie sollten das nicht einfach nur in diesem Sinne aufgreifen.

In einer Krise werden gezwungenermaßen Grenzen überschritten. In meinem Grundverständnis waren Konjunkturprogramme bislang auch Grenzen. Die Staatsverschuldung steigt. Auch wird eine Insolvenz als reinigender Mechanismus bei Banken bereits außer Kraft gesetzt. Staatsbeteiligungen bei Banken haben eingesetzt. Selbst Enteignung wird gelegentlich mit allzu rasselnd lauter Stimme ernsthaft diskutiert.

Allerdings ist all das trotz allem keine Kurzschlusshandlung oder der bereits eingetrübte wirtschaftspolitische Kompass, sondern wir tun es für die Menschen in unserem Lande, die erwarten dürfen, dass ein Gemeinwesen seine grundlegenden Aufgaben erfüllt, gerade dann, wenn die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht greifen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer müsste sich dann den Fragen stellen, wenn plötzlich kein Geld mehr aus dem Geldautomaten käme? Wer müsste sich dann den Fragen stellen, wenn die Gaslieferungen ausblieben? Wer müsste sich den Fragen stellen, wenn plötzlich die Mülleimer aufgrund kommunaler Zahlungsunfähigkeit nicht mehr geleert würden? Ja, es wurden Grenzen überschritten. Aber wir müssen sie überschreiten, weil sich einige am Marktsystem auch versündigt haben. - Es ist interessant, zu sehen, welches Lächeln von der Linken an dieser Stelle kommt. Versündigt haben sich staatliche Institutionen in anderen Ländern, die den Geldhahn viel zu weit aufgedreht haben, um eben einmal ein Wachstumsstrohfeuer zu entfachen, aber ebenso einige zutiefst unverantwortliche Manager in Finanzinstituten, die nur um des schicken, gierigen Profits willen das Vertrauen der Menschen missbraucht und erschüttert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Hierbei sind die Verantwortungsübernahme und das Handeln in meinen Augen noch nicht wirklich in Kongruenz gebracht.



Grenzen müssen aber auch wieder zurückgezogen werden. Wir haben sie überschritten, müssen sie aber in Teilen wieder zurückführen, weil zu viel Staatsnachfrage private Initiative und private Investitionen behindert, weil jeder Eingriff in den Wettbewerb Folgeeingriffe erzwingt; einige sehen wir derzeit.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Leider wahr!)

Deswegen muss der Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bleiben. Wer dies in einer Extremlage, in einer Notsituation, in der wir uns befinden, selbstgefällig, grundsätzlich und dauerhaft infrage stellt, der riskiert in meinen Augen die Fundamente und die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was ist weiterhin zu tun? Wir haben konsequent Märkte und Leistungsanreize zu stärken. Wir haben ebenso konsequent den Arbeitsmarkt nicht durch weitere Regulierungen zu strangulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben den Wettbewerb auf den Energiemärkten weiter zu fördern.

Verehrter Kollege Westerwelle, das von Ihnen angesprochene Thema ist nicht vom Tisch. Jetzt spricht nicht der Generalsekretär der CSU, sondern ein überzeugter Bundeswirtschaftsminister. Möglichkeiten für Steuersenkungen, auch für eine Steuerstrukturreform, gehören in meinen Augen in die Planung für die nächste Legislaturperiode, und zwar über das hinausgehend, was im Konjunkturpaket II dargestellt wurde; das ist richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der FDP – Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Na bitte, es geht doch!)

Wir werden uns mühen und bemühen müssen. Wir werden uns in diesen Tagen auch bemühen müssen, dass wir über die Ausnahme einer „Ultissima Ratio“ hinaus nicht zu leichtfertig mit dem Begriff Enteignung umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Wort zum 100-Milliarden-Euro-Programm, das in der Verantwortung meines Hauses liegt, zum Wirtschaftsfonds Deutschland. Hier muss der Fokus klar sein. Ein eindeutiger Schwerpunkt liegt bei diesem Programm auf langfristig erhaltenswerten Firmen, die unverschuldet durch die Krise gefährdet sind. Ja, es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen – das ist für uns ein entscheidender Maßstab –, aber es geht nicht um den Erhalt um jeden Preis, vor allem nicht um den Preis der Gefährdung von Arbeitsplätzen an anderen Orten und in anderen Firmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Holzmann!)

Das wäre der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht auch darum, wenn wir ein solches Programm auflegen, mit dem Geld der Steuerzahler verantwortlich umzugehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen.

Über den nationalen Rahmen hinaus gilt es die jeweiligen Programme und Aktionen auf europäischer und internationaler Ebene abzustimmen. Gestatten Sie mir folgende

Anmerkung: Der Begriff Freihandel ist weder

eine Phrase noch ein Schimpfwort, sondern eine Notwendigkeit. Dafür dürfen wir eintreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt für den fairen Wettbewerb mit Blick auf das, was bereits zum Protektionismus gesagt wurde. Unsere Maßnahmen kosten fraglos sehr viel Geld. Deswegen dürfen wir die nachfolgenden Generationen nicht aus den Augen verlieren. Deswegen ist es richtig, dass eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen insgesamt stärker aus dieser Krise hervorgehen, als wir hineingeraten sind.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Diese Chance haben wir, und diese Chance sollten wir nutzen. Wir sollten dieses Paket auch nutzen, um den Menschen in unserem Lande wieder Mut zu machen.

Das bedeutet aber, dass wir Mut weitergeben und nicht jedes Detail über Wochen und Monate hinweg diskutieren. Dieses Land braucht diesen Mut und ein Stück Zuversicht. Dieses Land braucht die vermittelte Nachricht, dass wir uns nicht über Wochen und Monate hinweg um die Einzelheiten streiten, sondern dass wir gemeinsam bereit sind, den Menschen die Zuversicht, die dieses Land in Ausnahmesituationen immer wieder ausgezeichnet hat, zu geben. Die Menschen in diesem Land haben in Ausnahmesituationen immer wieder Außergewöhnliches geleistet. Das sollten wir durch eigenes Handeln unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen sollten wir zuversichtlich an diese Aufgabe herangehen, das Haupt nicht neigen, sondern hoch erhobenen Hauptes mit gesundem Selbstbewusstsein ohne Hochmut, aber erfahren in der Bewältigung von Krisen, mit dem entsprechenden Eigenmut, mit Zuversicht und mit klaren Linien, die die Bundesregierung aufgezeigt hat, in dieses Jahr blicken. Ich glaube, das können wir. Wir müssen nicht in Sack und Asche gehen, sondern wir haben ein Konzept, das über das Jahr hinaus trägt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Oskar Lafontaine ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident der Deutschen Bundesbank hat auf einer internationalen Konferenz festgestellt: Die Weltwirtschaft befindet sich im freien Fall. Ich benutze heute lieber das Bild des Flächenbrandes. Von diesem Flächenbrand sind die Weltfinanzmärkte ebenso wie die gesamte Weltwirtschaft betroffen. Wenn ein Flächenbrand festgestellt wird, dann muss man löschen. Die Löschfahrzeuge stehen bereit. Wir werfen aber der Bundesregierung vor, dass sie diese Löschfahrzeuge nicht einsetzt. Dies will ich jetzt im Einzelnen erläutern. Der Bundesfinanzminister hat davon gesprochen, es gäbe kein Drehbuch. Es gibt aber sehr wohl Erfahrungen und Maßnahmen, die andernorts gewirkt haben und auf

die wir jetzt zurückgreifen könnten. Die Bundeskanzlerin beklagt sich, sie stehe vor einer Nebelwand. Ich glaube nicht, dass diese Analyse ausreichend ist, um mit der gegenwärtigen Krise fertig zu werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) (C)

(B) (D)

Oskar Lafontaine

Nun will ich konkret erläutern, welche Löschfahrzeuge sie nicht einsetzt und damit in großem Umfang dazu beiträgt, dass weitere Milliarden sinnlos verschleudert werden. Sie versuchen jetzt seit Monaten, den Interbankenhandel, den Fluss des Geldes zwischen den Banken, in Gang zu setzen. Obwohl Sie das seit Monaten versuchen, gelingt Ihnen das nicht. Viele mittelständische Betriebe und sogar viele Großbetriebe, die hervorragende Finanzstrukturen haben, beklagen sich darüber, dass die Kreditbeschaffung immer schwieriger wird. Wenn Sie es nicht endlich schaffen, dass der Interbankenhandel wieder in Gang kommt und die Kredite fließen, dann wird die Wirtschaft immer weiter einbrechen. Deshalb dürfen Sie nicht weiter zögern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich rufe noch einmal das schwedische Modell - das ist eine Erfahrung aus der Vergangenheit - in Erinnerung. Dieses Modell hat Erfolg gehabt. Sie können dabei die Frage offen lassen, was Sie machen, wenn das System wieder funktioniert. Aber jetzt ist das schwedische Modell die beste Lösung, um der Krise überhaupt Herr zu werden.

Erstens. Sie erreichen mit diesem Modell, dass der Geldfluss wieder in Gang kommt. Zurzeit belauern sich die privaten Geschäftsbanken und geben keine Kredite mehr, weder untereinander noch an Dritte, weil sie unsicher sind und die Risiken nicht kennen. Nur das schwedische Modell beseitigt diesen Zustand. Deshalb plädiere ich nachdrücklich für die Einführung dieses Modells. Das heißt, Übernahme des Kreditsektors in öffentliche Verantwortung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zweitens. Nur das schwedische Modell stellt sicher, dass keine Geschäfte außerhalb der Bücher getätigt werden. Zurzeit werden immer noch in großem Umfang Geschäfte außerhalb der Bücher getätigt.

Drittens. Nur das schwedische Modell stellt sicher, dass keine Geschäfte mit Steueroasen getätigt werden. Es wäre dringend notwendig, dass ein großer Industriestaat - die Bundesrepublik Deutschland ist das - darauf hinwirkt, dass seine Kreditinstitute keine Geschäfte mehr mit Steueroasen machen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Viertens. Nur die öffentliche Verantwortung stellt sicher, dass kein Handeln mehr mit Schrottpapieren betrieben wird. Zurzeit werden in großem Umfang Verbriefungen bei den Banken in Anspruch genommen, es werden in großem Umfang Kreditversicherungen getätigt usw. Wenn wir jetzt nicht endlich eingreifen, dann handeln

wir völlig verantwortungslos und fahrlässig und sind verantwortlich für die Verschleuderung weiterer Steuermilliarden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Fünftens. Die Übernahme in öffentliche Verantwortung ist die billigste Lösung. Man kann das allein bei der HRE sehen. Nur der Staat ist zurzeit in der Lage, zu billigen Konditionen zu refinanzieren. Wenn man die privaten Anteilseigner diese Refinanzierung sicherstellen lässt, dann wird es nur teuer, und die Mittel, die wir bereitstellen müssen, werden nur größer. Erkennen Sie doch, dass dieser einfache Zusammenhang von niemandem geleugnet werden kann!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sechstens. Nur die Übernahme in öffentliche Verantwortung löst die Probleme, die mit der Bad Bank angesprochen worden sind. Es wäre ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn wir eine öffentliche Bad Bank einrichteten und dann den Privaten weiterhin die Geschäfte und die zu erwartenden Gewinne überließen. Es kann so nicht weitergehen, dass auf der einen Seite alle Verluste und seien es Hunderte von Milliarden sozialisiert werden, während auf der anderen Seite eine Privatisierung der Gewinne stattfindet.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Siebtens. Nur so stellen wir sicher, dass die Zinssenkungen der Zentralbank auch weitergegeben werden können. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Dazu hört man von Ihnen nichts. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat immer darauf hingewiesen, dass die Geldpolitik ziehen, aber nicht stoßen kann. Ziehen heißt: Durch Erhöhung der Zinssätze kann man eine sehr starke Konjunktur bremsen. Stoßen heißt: Man kann eine schwache Konjunktur durch Senken der Zinssätze anregen. Das Stoßen ist in dem Moment nicht möglich, in dem die Banken die Zinssenkung der Zentralbank nicht weitergeben. Ein öffentlicher Sektor wäre aber dazu in der Lage. Er würde daher die notwendigen konjunkturellen Impulse möglich machen. Das ist der Grund, warum wir dafür plädieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun werden Sie sagen, das sei das typische Oppositionsgerede, zu sagen, die Bundesregierung tut nichts. Es ist in höchstem Maße fahrlässig, was Sie zu verantworten haben. Ich zitiere hier die Welt:

Der Wettlauf um die besten Konzepte vom globalen Finanzgipfel Anfang April in London gewinnt an Tempo. Dabei ist zwischen Vorschlägen zu unterscheiden, die substantiell sind. Und jenen, die nur zum Ziel haben, den Eindruck zu erwecken, als tue man etwas.

Leider ist aus Berlin bislang vor allem Letzteres zu vernehmen. Sowohl der Weltwirtschaftsrat, den Bundeskanzlerin Angela Merkel in Davos erneut vorschlug, als auch der Vorstoß, einen globalen Risikoatlas zu schaffen, klingen zwar gut. Aber sie sind kaum dafür geeignet, die Welt schon bald entscheidend krisenfester zu machen.

Das ist der entscheidende Vorwurf. Während Sie jetzt löschen müssten, machen Sie Konferenzen der Feuerwehrmänner, verlangen irgendeinen Atlas und unterlassen die wichtigsten Schritte, um das Finanzsystem wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es soll doch einmal jemand hier hintreten und sagen, was Sie auf nationaler Ebene zur Reregulierung unternommen haben. Ich sage noch einmal: Nach wie vor gibt es Geschäfte außerhalb der Bilanzen, nach wie vor gibt es Geschäfte mit Steueroasen, nach wie vor gibt es die Zulassung des Handels mit Schrottpapieren. Es ist doch fahrlässig und verantwortungslos, dass der Staat da überhaupt nichts tut und weiterhin das Verschleudern von Milliarden ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben Ihnen einen Katalog vorgelegt, der sich an die Vorschläge des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt anlehnt, der sich international auf diesem Gebiet als Experte ausgezeichnet hat. Sie hätten ihn nur beschließen müssen. Sie sind noch nicht einmal in der Lage, dazu ein einziges Argument vorzutragen. Kein einziges Argument habe ich dazu gehört. Null. Nun haben wir Ihnen heute einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der wiedergibt, was international renommierte Makroökonomien vorgeschlagen haben, was jetzt zu tun ist. An der Spitze ist der renommierteste Wachstumsforscher der Welt, Bob Solow. Bob Solow hat mit zehn Makroökonomien aus Europa ein Manifest vorgelegt, wie jetzt konjunkturell gegenzusteuern sei. Wir haben dieses Manifest zur Beschlussfassung vorgelegt. Wir wissen, dass Sie alles, was die Linke vorschlägt, aus ideologischen Vorbehalten heraus ablehnen werden. Aber übernehmen Sie doch wenigstens, was die Finanzmarktregulierung und die Konjunktursteuerung angeht, die Konzepte international renommierter Makroökonomien.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Bob Solow und weitere Makroökonomien fordern, zur Konjunktursteuerung mindestens 2 Prozent des Bruttosozialprodukts pro Jahr aufzuwenden, um die rasante Talfahrt der Wirtschaft aufzuhalten. Schmidt hat Ihnen vorgeschlagen, 3 bis 4 Prozent dafür aufzuwenden. Sie meinen nach wie vor, Sie könnten es bei etwas mehr als 1 Prozent bewenden lassen. Allein die Kenntnis der Grundrechenarten müsste Sie angesichts des freien Falls der Wirtschaft zu der Einsicht bringen, dass Sie mit etwas mehr als 1 Prozent nicht auskommen werden, wenn Sie selbst einen Rückgang der Wirtschaft um 2,25 Prozent prognostizieren. Sie handeln völlig fahrlässig und sind verantwortlich dafür, dass immer mehr Menschen in Deutschland arbeitslos werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Makroökonomien mahnen weitere Zinssenkungen an; diese Zinssenkungen werden demnächst wohl fällig. Sie sagen ferner - das ist ganz entscheidend -: Sämtliche Klagen über nationale Maßnahmen, die durchgeführt

werden, um dem Nachbarn Schaden zuzufügen oder um ihm gegenüber Vorteile zu erreichen, sind dann obsolet, wenn es endlich gelingt, die europäische Finanzpolitik zu koordinieren. Man kann das nur unterstreichen. Ein einheitlicher Währungsraum hat ohne eine stark koordinierte Fiskalpolitik keinen Sinn. Dieser Ratschlag der Makroökonomien ist dringend zu beherzigen. Sie müssen europäisch koordinieren. Europäisch koordinieren heißt in diesem Fall: Jedes Land muss mindestens 2 Prozent des Bruttosozialproduktes aufwenden, um konjunkturell gegenzusteuern. Wenn das geschieht, ist jede Diskussion darüber, dass mehr italienische, deutsche oder französische Autos gekauft werden, hinfällig. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

In diesem Manifest schlagen die Makroökonomien auch eine verbesserte institutionalisierte Rolle der Finanzminister auf europäischer Ebene vor; sie regen die Einrichtung eines Sekretariats an. Wie immer Sie das nennen wollen - ich habe das hier schon öfter angeführt; Jacques Delors hat immer von einer Wirtschaftsregierung gesprochen; der französische Präsident Sarkozy hat ähnliche Vorschläge gemacht -, dahinter steht nur das eine: Wenn man eine gemeinsame Währung hat, braucht man eine koordinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik; sonst gibt es Verwerfungen und Schäden für alle Volkswirtschaften. (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Makroökonomien schlagen selbstverständlich auch vor, zu konsolidieren. Das ist kein Streitpunkt. Die Frage ist nur, wie konsolidiert wird. Hier wird vorgeschlagen, keine starren Regeln zu beschließen, die sowieso nicht mehr beherzigt und bei jeder konjunkturellen Talfahrt gebrochen werden, sondern längerfristig laufende Ausgaben durch laufende Einnahmen zu decken. Dieser Vorschlag ist viel sinnvoller als das Befolgen starrer Regeln, etwa der Maastricht-Kriterien, mit denen wir in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Der wichtigste Punkt auch dieser Makroökonomien ist, endlich den Finanzmarkt zu regulieren. Sie schlagen hierfür einfache und klare Regeln vor. Die von uns immer wieder vorgetragenen Regeln - keine Geschäfte mit Steueroasen, keinen Schrotthandel und keine Geschäfte außerhalb der Bilanz - sind so klar und so eindeutig, dass jeder ihrer Richtigkeit sofort und unverzüglich zustimmen kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Im Übrigen sagen diese Professoren selbstverständlich - um Herrn Kollegen Westerwelle anzusprechen -, dass Steuersenkungen derzeit das am wenigsten geeignete Mittel sind.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) Das alles ist doch wissenschaftlich untersucht. Sie werden

in der angelsächsischen Nationalökonomie kaum jemanden finden, der sagt: Steuersenkungen sind das beste Mittel, um konjunkturell gegenzusteuern.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Außer Obama!)

- Soweit ich weiß, ist er kein renommierter amerikanischer Nationalökonom. Aber ich kann mich irren.  
Wenn Sie das einmal nachlesen, stellen Sie fest: Dort wird gesagt, dass bei öffentlichen Investitionen pro Dollar zwei bis drei Dollar Folgeinvestitionen hervorgerufen werden, während bei Steuersenkungen allenfalls 70 Cent von einem Dollar ausgegeben werden. Das sind Grundrechenarten, gegen die Sie hier immer wieder verstoßen,  
Herr Kollege Westerwelle.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Es ist nun einmal so: Die Hälfte der Haushalte zahlt keine Lohn- und Einkommensteuern. Wollen Sie die Hälfte der Haushalte ausklammern, wenn Sie konjunkturrell gegensteuern? Wollen Sie beim konjunkturellen Gegensteuern tatsächlich diejenigen ausklammern, die jeden Euro ausgeben würden? Wollen Sie nur diejenigen bedienen, die ihre Euros teilweise auf die Sparkonten bringen? Was hier vertreten wird, ist doch irrsinnig.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das hat doch nur, wenn man so will, klientelpolitische Gründe; ansonsten ist das völliger Nonsens, der hier vorgetragen wird.

Das gilt im Übrigen auch für Freibeträge. Eine Anhebung der Freibeträge, die Sie hier so vehement verteidigt haben, wird nur denen zugute kommen, die Steuern zahlen. Aber die vielen, die keine Steuern zahlen, müssen anders unterstützt werden; und diese haben Unterstützung auch am nötigsten. Deshalb ist der Weg, den Sie vorschlagen, falsch.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Insofern ist es auch kein Zufall, dass unsere Vorschläge - das hat, wie ich glaube, die Frankfurter Rundschau heute veröffentlicht - von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt werden. Sie kämen nämlich der Mehrheit der Bevölkerung eher zugute als das, was bisher beschlossen wurde. Unsere Vorschläge sind: Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, Verbesserungen bei den Renten und eine Lohnentwicklung, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzt, das auszugeben, was sie notwendigerweise für ihre Familien ausgeben müssen. Deshalb sagen wir noch einmal: Das Konjunkturpaket muss auch sozial ausgewogen sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sozial ausgewogen müssen insbesondere Hartz-IV-Sätze, Renten und Löhne sein.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu etwas, das mich wirklich mit Sorge erfüllt. Ich habe ja nichts dagegen, wenn eine Partei einen Höhenflug erlebt. Das sei ihr gegönnt. Unter Sportlern muss man auch anderen Erfolg gönnen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ist schon wieder zu Ende! - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Warten wir einmal ab!)

- Sie wissen doch, dass es ein Auf und Ab gibt. - Ich möchte allerdings noch zwei Dinge dazu sagen.

Dass die FDP - das habe ich gestern gelesen - in der

jetzigen Situation die gesetzliche Krankenversicherung vollständig privatisieren will, schlägt doch dem Fass nun wirklich den Boden aus. Das ist unglaublich! (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Jürgen Koppelin [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir werden alles tun, um eine schwarz-gelbe Mehrheit zu verhindern. Wir werden das auch erreichen. Dafür stehen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das Gleiche trifft natürlich auch auf Ihre Ankündigung zu, die Rentnerinnen und Rentner zur Kasse zu bitten, um die Milliarden, die da verschleudert worden sind, in Zukunft bezahlen zu können. Was ist das denn für ein asozialer Ansatz? Leider haben auch ein Abgeordneter der CDU und ein Abgeordneter der SPD vor einigen Wochen solche Äußerungen getätigt. Das ist doch völlig unglaublich! Es müssen endlich einmal diejenigen zur Kasse gebeten werden, die das Ganze verbrochen haben, und nicht die Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Schulden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Lafontaine, Sie müssen sich jetzt ein bisschen beeilen.

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Ich beobachte die Uhr, Herr Präsident. - Schauen Sie sich einmal die Vermögensbesteuerung anderer großer Industriestaaten an. Die Zinsbelastung Deutschlands liegt etwa bei 60 Milliarden Euro. Würden wir beispielsweise die englische Vermögensbesteuerung einführen, erhielten wir alleine 100 Milliarden Euro aus der Vermögensbesteuerung. Daran sehen Sie, warum Sie nicht erfolgreich arbeiten können. Wenn Sie die Ungleichgewichte bei Vermögen und bei Einkommen nicht beseitigen, wenn Sie es nicht schaffen, diejenigen, die die Profiteure der Entwicklungen der letzten Jahre waren, zur Finanzierung der Staatsfinanzen heranzuziehen, dann verschärfen Sie die Krise weiter. Das muss um jeden Preis vermieden werden.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) Präsident Dr. Norbert Lammert: Nächster Redner ist der Kollege Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr von und zu Guttenberg, auch wir wünschen Ihnen für Ihr Amt alles Gute und viel Erfolg, allerdings nicht wegen der besonders ruhmreichen Bedingungen, unter denen Sie ins Amt geraten sind, sondern weil wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden und es eigentlich normal und vernünftig ist, dass ein Wirtschaftsminister in einer solchen Zeit auch erfolgreich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört aber, dass die politische Führung, insbesondere in Person der Kanzlerin, nicht nur zuschaut, was passiert, abwartet und zaudert, sondern die politische



Führung tatsächlich übernimmt und konsistent Politik gestaltet. Das war bei Ihrer Amtswerdung, Herr Wirtschaftsminister, nicht der Fall, wie wir alle an dem Chaos letztes Wochenende sehen konnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will gleich auf das Bild eingehen, Herr Guttenberg, das Sie gezeichnet haben. Sie sagten, die Regierung habe die Krise vom Finanzmarktschirm bis zum heute vorliegenden Konjunkturpaket II beispielhaft im Griff gehabt. Bei genauer Betrachtung der Wirklichkeit kann ich diese Einschätzung nicht teilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fangen wir am Anfang an. Wir sehen heute - darüber hat Herr Steinbrück nichts gesagt -, dass der Finanzmarktschirm von Anfang an falsch konstruiert war.

Deswegen haben wir ihn übrigens abgelehnt. Sie haben damals, im Oktober 2008, Angst vor einer effektiven Teilverstaatlichung gehabt. Sie haben nämlich aus ideologischen Gründen diesen Weg gefürchtet. Die Schwierigkeiten und Fehler, die daraus resultierten, sehen Sie jetzt ganz deutlich: Der Finanzmarktschirm funktioniert nämlich nicht. Er hat den Anspruch, die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen und zu erreichen, dass sich die Banken gegenseitig Liquidität zur Verfügung stellen, bisher nicht erfüllt. In der Hypo Real Estate, einer Bank, die gerade noch 270 Millionen Euro wert ist, stecken inzwischen 102 Milliarden Euro. Da muss man doch wirklich fragen: Hat es funktioniert, ja oder nein? Ich sage Ihnen: Es hat nicht funktioniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es notwendig, dass Sie den Finanzmarktschirm jetzt endlich korrigieren, nämlich durch ein Gesetz, das das Ganze präziser fasst.

An die Union gerichtet sage ich: Nun ist Schluss mit Ideologie! Sie haben zwei Möglichkeiten: Entweder kauft der Staat den Herrn Flowers aus der HRE heraus - dann muss er allein für ihn 500 oder 600 Millionen Euro veranschlagen; für die anderen Anteilseigner vielleicht noch einmal die gleiche Summe; es wird also sehr teuer -, oder Sie trauen sich endlich, das effektiv zu machen, damit die Bank wieder wirksam Kredite ausgeben kann und mehr Glaubwürdigkeit gewinnt; in diesem Fall dürfen Sie eine Enteignung aber nicht scheuen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Röttgen, es ist nicht die Stunde der ideologischen Konstruktionen in der Frage, was alles nicht sein darf,

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Da haben Sie recht!)

sondern jetzt muss effektiv gehandelt werden. Was wir bei den Banken gegenwärtig machen, ist vergleichbar mit einer Aktenvernichtungsmaschine: Oben wird das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hineingesteckt, unten kommt es zerhäckselt wieder heraus - ohne jeden vernünftigen Effekt. Dafür ist diese Regierung verantwortlich. Sie können jetzt nicht nach dem Motto verfahren: So what? Es ist halt alles schwierig. Damit haben wir nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre beiden Konjunkturprogramme wirken nicht so,

wie Sie es erwartet haben. Zum einen haben Sie zu wenig tatsächlich direkt und schnell wirkende Konjunkturmaßnahmen eingebaut. Ich will das einmal an einem Beispiel aufzeigen: 6 Milliarden Euro Steuersenkung rückwirkend zum 1. Januar 2009; Senkung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung zum 1. Juli. Sie glauben doch nicht, dass jemand jetzt ins Einkaufen gerät und den Binnenmarkt stärkt, wenn er erfährt: Es gibt eine Steuersenkung und ein halbes Jahr später soll noch eine Beitragssatzsenkung kommen und nach einem halben Jahr eine weitere Steuersenkung. Da sind Sie unterkritisch. Damit werden Sie die Konjunktur nicht beleben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen sind die Investitionen zu gering. 13 Milliarden Euro Investitionen in den Gemeinden bei einem Paket von 50 Milliarden Euro sind zu wenig. Das Ganze wird auch nicht gesteuert, zum Beispiel im Sinne von Bildung und Ökologie.

Wir lehnen das Konjunkturpaket II ab. 50 Milliarden Euro auf Schulden - alle müssen doch wissen: das sind Schulden der Zukunft -, ohne eine klare Richtung für Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit, das kann nicht den Effekt haben, dass man gestärkt aus der Krise herauskommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr von und zu Guttenberg, Sie haben hier gesagt: Wir werden stärker aus der Krise herauskommen, wenn wir es richtig machen. - Dieser Gedanke ist attraktiv. Aber dann muss man in der Krise jetzt so investieren, dass man danach auch wirklich gestärkt aus ihr herauskommen kann. Wenn Sie auf die Weltwirtschaft schauen, dann ist klar: Der neue Boom, der nach der Krise kommen wird, ist mit dem Begriff „grün“ richtig beschrieben; denn „grün“ heißt Investitionen in ökologische Modernisierung; „grün“ heißt Investitionen in Bildung, und zwar in Beton und in Köpfe; „grün“ heißt mehr Investitionen in soziale Gerechtigkeit. Wenn Sie diese drei (C)

(B) (D)

Fritz Kuhn

Punkte nicht zielgenau umsetzen, dann gehen wir nicht gestärkt, sondern geschwächt aus dieser Krise heraus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die anderen, zum Beispiel in den USA, haben das inzwischen begriffen.

Mich wundert, dass Sie, Herr von und zu Guttenberg und Herr Westerwelle, jetzt schon wieder das Lied der Steuersenkungen singen. Ich sage Ihnen einmal ganz klar, Herr Westerwelle: Ich glaube nicht, dass durch Steuersenkungen, wie sie die Regierung jetzt will - Sie wollen das ja noch erweitern -, ein schneller Konjunkturreffekt erreichen werden kann, und zwar aus folgendem Grund: In Deutschland zahlt die Hälfte der Haushalte gar keine Einkommensteuer mehr. Deswegen müssen wir, wenn wir konjunkturell etwas erreichen wollen, die Transferleistungen für die, die sehr wenig haben, erhöhen, also zum Beispiel das Arbeitslosengeld II. Wer Konjunkturpolitik mit Gerechtigkeitspolitik verbinden will, der muss an dieser Stelle ansetzen, der muss etwas für die kleinen Leute tun und nicht für die, die sowieso mehr haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin erstaunt über die FDP und ihre Konzeption. Die Union scheint in dieser Frage ja von Westerwelle getrieben zu sein. Sie sagen, Sie haben etwas gegen Verschuldung, und wollen mit gigantischen Steuersenkungskonzepten in den Wahlkampf ziehen. Aber Sie werden sie nicht finanzieren können. Solche Steuersenkungen hätten keinen anderen Effekt, als dass neue Schulden aufgehäuft würden und damit für die Zukunft Kürzungen der Sozialleistungen vorprogrammiert wären. Anders können Sie das nicht finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden im nächsten Jahr eine Auseinandersetzung genau über die Frage haben, ob es richtig war, jetzt billig Steuersenkungen zu versprechen, dadurch die Verschuldung anzuheben und Kürzungen der Sozialleistungen zulasten der kleinen Leute vorzubereiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manches, was Sie, Herr Westerwelle, hier bringen, ist Taschenspielererei. Sie reden von einer sofort machbaren weiteren Senkung des Eingangssteuersatzes auf 12 Prozent. Aber wer sich das etwas genauer anschaut, merkt, dass Sie das gar nicht beschließen. Die FDP hat am 31. Mai 2008 auf ihrem Parteitag ein Steuerkonzept mit Gesamtkosten in Höhe von 70 Milliarden Euro beschlossen.

(Dirk Niebel [FDP]: Ihr könnt ja nicht mal lesen!)

Darin hat sie einen Eingangssteuersatz von insgesamt 19 Prozent vorgesehen. Das stellt man fest, wenn man die Vorhaben der Herrschaften einmal genauer studiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will es Ihnen erläutern, Herr Westerwelle: Sie haben 10 Prozent Eingangssteuersatz beim Bund; zusammen mit dem von Ihnen vorgesehenen Länderzuschlag von bis zu 5 Prozent und dem Kommunalzuschlag von bis zu 4 Prozent beim Eingangssteuersatz kommen Sie nach Adam Riese auf 19 Prozent. Ich finde es schon ein starkes Stück, Herr Westerwelle, dass Sie hier die Backen aufblasen und von 12 Prozent Eingangssteuersatz reden, nachdem Sie im Mai selber bis zu 19 Prozent beschlossen haben. Da hört die Redlichkeit bei Ihnen auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD - Dirk

Niebel [FDP]: Ich schicke Ihnen mal den Beschluss zu!)

- Es tut natürlich weh, wenn man seine eigenen Parteitagsbeschlüsse vor Augen geführt bekommt. Wenn das jetzt ein alter Beschluss wäre, zum Beispiel von 1964, dann könnte ich Ihr Geschrei verstehen, Herr Niebel. Aber wenn Sie schreien, ist klar, dass ich ins Schwarze getroffen habe. Das ist eine alte Erfahrung. Wir werden das auch weiterhin so praktizieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Konjunkturprogramm II, das auf dem Tisch liegt, ist ökologisch gesehen ein Blindflieger. Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das wisst ihr auch. Deswegen verstehe ich nicht, dass ihr euch jetzt so schwer tut, wenigstens im Rahmen der Kfz-Steuer-Reform eine etwas

stärkere ökologische Ausgestaltung vorzunehmen. Die Ansicht, dass die Abwrackprämie ein so gigantischer Erfolg wäre, wie Herr Steinbrück vorhin dargestellt hat, kann ich übrigens nicht teilen. Tatsächlich geschieht nichts anderes, als dass Autokäufe, die für die nächsten drei, vier Jahre geplant waren, auf dieses Jahr vorgezogen werden.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Stimmt nicht!)

Ich frage Sie, Herr Steinbrück: Was wollen Sie eigentlich machen, wenn die Krise im nächsten Jahr anhält?

Was ist dann mit der Leitindustrie der Autobauer? Wir sagen klar: Nur wer jetzt den Strukturwandel fördert und andere und bessere Fahrzeuge unterstützt, trägt dazu bei, dass wir aus der Krise besser herauskommen, als wir in sie hineingegangen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Abschluss noch etwas an den neuen Wirtschaftsminister gerichtet sagen. Sie lesen hier in Ihrer ersten Rede - vielleicht verständlich - der Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft die Messe. Aber Sie müssen sich eine Frage stellen: Wie können wir die Marktwirtschaft in unserem Land so durch neue Rahmenbedingungen erneuern, dass sie wieder sozial wird?

Man kann sich doch nicht mehr einfach auf die soziale Marktwirtschaft berufen, sondern muss feststellen, dass die soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft diffundiert.

Ich hätte von Ihnen erwartet - wir werden das von Ihnen vor allem in den nächsten Monaten erwarten -, dass Sie klar und deutlich beschreiben, welche Rahmenbedingungen, welche ordnungspolitischen Neusetzungen

Sie für die Marktwirtschaft vorschlagen, damit sie wieder sozial und vor allem ökologisch werden kann. Fritz Kuhn

Ich sage Ihnen voraus: Es wird in Deutschland, in Europa und auf der Welt keine erfolgreiche Marktwirtschaft mehr geben, die nicht das Thema Ökologie und soziale Gerechtigkeit als Fundament hat und daraus ableitet, welche Rahmenbedingungen zu setzen sind. Allein das Predigen der alten sozialen Marktwirtschaft wird die Probleme der Zukunft nach unserer Überzeugung nicht lösen können.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Ministerpräsident SELLERING.

(Beifall bei der SPD)

Erwin SELLERING, Ministerpräsident (Mecklenburg-Vorpommern):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! In einer Krise wie dieser kommt es darauf an, rasch, überlegt und entschlossen zu handeln - und vor allem gemeinsam. Diese Gemeinsamkeit zwischen Bund und Ländern ist in den letzten Wochen und Monaten sehr gut gelungen. Wir haben gemeinsam das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und das erste Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Wir werden jetzt auch das zweite Konjunkturpaket gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Krise hat sich gezeigt, dass der Föderalismus

auch bei großem Zeitdruck handlungsfähig ist. Obwohl heute der Bundesrat tagt, bin ich hier, um zu zeigen, dass uns weiter an dieser guten Zusammenarbeit liegt, (Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr gut!) damit wir gemeinsam diese Krise meistern können. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die richtige Antwort ist: kein Aktionismus, sondern Maßnahmen, die das Wachstum fördern und Werte schaffen. Deshalb ist es richtig, der Wirtschaft mit Sonderprogrammen und Kredithilfen unter die Arme zu greifen. Es ist richtig, die Bürger zu entlasten und dabei vor allem den Familien zu helfen. Es ist richtig, öffentliche Investitionen vor Ort zu ermöglichen; denn das stärkt die Konjunktur und schafft gleichzeitig Werte, die bleiben. Deshalb sage ich ganz klar: Dieses Konjunkturpaket II ist insgesamt eine gute Sache.

Gut ist erstens, dass dieses Konjunkturpaket jetzt für ganz Deutschland gilt. Da gab es ja mal andere Töne. Ich freue mich, dass das, was wir jetzt beschlossen haben, Ost und West gleichermaßen zugutekommt und nicht gesagt wird: Jetzt ist der Westen an der Reihe. - Gerade in einer Krise dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren. (Beifall bei der SPD)

Diese Krise betrifft ganz Deutschland, und deshalb muss sie in Deutschland gleichermaßen bekämpft werden. Gut ist zweitens, dass dies ein Rettungspaket für den Erhalt von Arbeitsplätzen geworden ist. Denn wir müssen immer wieder deutlich machen, dass es uns nicht darum geht, Banken oder Unternehmen als Selbstzweck zu helfen, sondern immer mit Blick auf die Arbeitsplätze. Wir müssen aufpassen - dies dürfen wir nicht unterschätzen -, dass diese Vertrauenskrise bzw. dieser Vertrauensverlust, der die Finanzmärkte und die Wirtschaft erschüttert hat, nicht das gesamte Wirtschaftssystem betrifft oder am Ende vielleicht sogar das Vertrauen fehlt, dass unsere demokratischen Institutionen in der Lage sind, mit dieser Krise fertig zu werden. Wir dürfen nicht verkennen: Für viele Menschen draußen ist es sehr schwer nachvollziehbar, welche riesigen unvorstellbaren Milliardenbeträge nicht nur hier, sondern überall auf der Welt von Staaten mit manchmal erschreckender Leichtigkeit bewegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort fragen sich: Was bedeutet das für uns, für den Einzelnen? Was bedeutet das für den Fortgang der Sozialpolitik und der Umweltpolitik? Wir müssen sehr aufpassen, dass es nicht zu einer Vertrauenskrise kommt. Unternehmen zu stützen, um Arbeitsplätze zu sichern, kann ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich nicht allein. Wir können keine eigenen Konjunkturprogramme auflegen; das würde uns überfordern. Deshalb ist unser Bestreben - dies ist wichtig für uns -, dass wir von der Krise betroffene Unternehmen unter den Schuttschirm des Bundes bringen können. Dazu sind wir auf gute Gespräche und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bund angewiesen. Diese Zusammenarbeit haben wir bisher erfahren. Ich hoffe, dass dies so weitergeht. (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, viele der Unternehmen, die die Krise meistern können, werden häufig für längere

Zeiträume nicht genug Beschäftigung haben. Dann geht es darum, dass wir diesen Unternehmen helfen müssen, ihre Fachkräfte zu halten. Ich will ganz deutlich sagen: Das Programm, das Olaf Scholz aufgelegt hat, und die Strategie, die er verfolgt, sind genau richtig. Die Geltungsdauer der Kurzarbeit verlängern, um Arbeitslosigkeit zu verhindern, qualifizieren, statt zu entlassen - genau das brauchen wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon jetzt einen Fachkräftemangel im Land. Auch in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern ist völlig klar, dass wir die Fachkräfte für die Zeit, wenn es wieder weitergeht, halten müssen, und zwar nicht nur in den Betrieben. Wir müssen vor allem auch verhindern, dass sie das Land verlassen. Dafür bietet dieses Programm sehr gute Voraussetzungen. Das sind die richtigen Weichenstellungen in dieser Krise.

Ich kann Ihnen berichten, dass Mecklenburg-Vorpommern dieses Paket in der letzten Woche in einer Sitzung des Bündnisses für Arbeit vorgestellt hat. Das war nicht nur eine Informationsveranstaltung, sondern es kam auch zu einer Rückkopplung: Ist das, was wir tun, (C)

(B) (D)

Ministerpräsident Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern) richtig? Müssen wir das noch ergänzen? - Dieses Paket ist dort auf sehr viel Zustimmung gestoßen. Im Bündnis für Arbeit sind die Sozialpartner und verschiedene Unternehmer vertreten, die selbstverständlich unterschiedlichen Parteien angehören. Ich habe Ihnen eine Botschaft mitgebracht - das war das Ergebnis -: Da es jetzt darauf ankommt, der Wirtschaft Vertrauen zu signalisieren, müssen wir gemeinschaftlich sagen - so der allgemeine Tenor im Bündnis für Arbeit -, dass dies ein gutes Paket ist, dass dies eine Maßnahme ist, mit der wir diese Krise meistern können; denn sonst werden wir es nicht schaffen, Vertrauen herzustellen. Ich finde es bemerkenswert, dass das über die Parteigrenzen hinweg gelungen ist. Das würde ich mir auch für dieses Haus etwas häufiger wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Aus Sicht der Länder ist besonders wichtig - das ist mein dritter Punkt -, dass dieses Konjunkturpaket ein Investitionspaket geworden ist, das Investitionen vor Ort ermöglicht. Wir können Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser davon profitieren lassen. Es ist gut, dass es bleibende Investitionen gibt. Das ist sinnvoll, weil wir damit Werte schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mecklenburg-Vorpommern bekommt aus dem Investitionsprogramm für Länder und Kommunen vom Bund 237 Millionen Euro. Wir haben am letzten Dienstag im Kabinett eine schnelle Umsetzung dieses Programms beschlossen. Wir sind eines der wenigen Länder, die keinen Nachtragshaushalt brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es uns möglich, das demnächst im Finanzausschuss zu beschließen, sodass wir das dann sehr schnell umsetzen können.

Ich will hervorheben, dass es für uns besonders wichtig ist, dass 65 Prozent der Mittel der Bildungsinfrastruktur

zugute kommen sollen. Wir haben viele Vorgespräche mit dem Bund geführt, in denen wir darauf hingewirkt haben. Wir sind froh, dass das dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist möglich, bessere Kitas, bessere Schulen und bessere Hochschulen zu schaffen. Das eröffnet unseren Kindern mehr Chancengleichheit von Anfang an. Das Wichtigste für die Zukunft dieses Landes ist es, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass niemand zurückgelassen wird, dass jeder mitgenommen wird, dass jede Begabung gefördert wird. Unsere Kinder sind die Ingenieure, Forscher und Unternehmer von morgen. Wir müssen ihnen das nötige Rüstzeug geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der zweite Korb, die weiteren 35 Prozent, ermöglichen Investitionen in Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur - zum Beispiel eine bessere Breitbandversorgung - und andere Infrastrukturprojekte. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das beispielsweise Investitionen in die Hafeninfrastruktur. Ganz wichtig ist - das ist hier eben schon angeklungen -, dass die Kommunen vor Ort in die Lage versetzt werden, das, was ihnen vom Bund zur Verfügung gestellt wird, anzunehmen, also den nötigen Eigenanteil aufzubringen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele Kommunen und Gemeinden, in denen eine Haushaltsnotlage herrscht. Wir haben uns entschlossen, die Regelung in dieser Krise nicht generell zu lockern. Unsere Lösung ist folgende: Aus einem Fonds, den das Land einrichtet, werden gezielt Zuschüsse geleistet, damit der Eigenanteil aufgebracht werden kann. Ich glaube, das ist wichtig und der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bezüglich des Konjunkturpakets II, aus dem wir den Kommunen pauschal Gelder zur Verfügung stellen, haben wir mit den Kommunen in Gesprächen vereinbart, dass sie im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ebenso verfahren. Sie sollen für den Landkreis genau definieren, welche Gemeinde einen bestimmten Anteil, sagen wir einmal: 15 Prozent, leisten kann und welche sich nur 5 Prozent leisten kann. Das muss im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bestimmt werden.

In diesem Investitionspaket steckt für uns alle eine große Chance, diese Krise zu meistern und die Bundesländer langfristig zu stärken. Diese Chance wollen wir nutzen. Allerdings ist auch klar, dass das alles nur durch eine der größten Nettoneuverschuldungen überhaupt finanziert werden konnte. Deshalb ist es absolut richtig, dass wir eine Schuldenbremse eingeführt und den Schuldenabbau fest vereinbart haben. Dafür haben wir in der gestrigen Sitzung der Föderalismuskommission die Weichen gestellt. Es ist sehr zu begrüßen, dass das geklappt hat. Ich muss allerdings auch deutlich sagen: Wenn wir eine derart rigide Schuldenpolitik vereinbaren und im Grundgesetz festschreiben, dann müssen sich auch diejenigen, die immer über Steuersenkungen reden, klar darüber sein, dass Steuersenkungen auf Jahre ausgeschlossen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch zwei kritische Bemerkungen zum Schuldenabbau machen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir bei der Frage der Geber- und Nehmerländer nicht nur auf den Schuldenstand sehen, sondern auch die strukturelle Wirtschafts- und Finanzkraft etwas mehr berücksichtigen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Konsolidierungshilfen so gestaltet werden, dass sie einen Anreiz zur Konsolidierung für alle Länder bieten. Das ist nicht ganz so gelungen, wenn das für neun Jahre, also für lange Zeit festgeschrieben wird. Insgesamt ist es eine gute Lösung, die wir unbedingt brauchen. Das vorliegende Paket ist überzeugend. Ich möchte Sie bitten: Lassen Sie uns in Bund und Ländern gemeinsam daran arbeiten, dass es ein Erfolg wird und das Land weiter voranbringt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

(B) (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache darauf aufmerksam, dass in der Zwischenzeit auch die Stellungnahme des Bundesrates zum Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan vorliegt. Sie dürfte inzwischen im Plenum verteilt sein. Ich bitte Sie, das in der Zwischenzeit zur Kenntnis zu nehmen.

Das Wort erhält nun die Bundesministerin Frau

Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle bedeuten heute, dass wir alles tun müssen, um allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe zu ermöglichen. Weil Wohlstand für alle heute Teilnahmekancen für alle bedeutet, ist unser Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland mit unserer Überzeugung verbunden, dass es Investitionen in Bildung und Forschung sind, die Chancen für die Zukunft eröffnen. Sie tragen - Herr Kuhn hat eben die Frage gestellt: Was bedeutet Stärkung von sozialer Marktwirtschaft heute? - zu Weiterentwicklung und Erneuerung bei. Wohlstand für alle bedeutet heute Bildung für alle.

Dieser Gesetzentwurf - Herr SELLERING hat sich vor allem auf das Investitionsprogramm konzentriert, auch ich will das tun - macht deutlich, dass wir gerade jetzt dazu beitragen wollen, dass Deutschland nach der Überwindung dieser wirtschaftlich schwierigen Lage moderner, innovativer und zukunftsfähiger sein wird. Deshalb ist das Herzstück des Investitionsprogramms eine beispiellose Investition in Bildung und Forschung. Dafür stellen Bund und Länder in den Jahren 2009 und 2010 über 11 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist das größte Investitionsprogramm für Bildung, das es je in Deutschland gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Durch die Finanzmittel stützen wir das heimische



Handwerk und den Handel, sichern Arbeitsplätze und erhöhen die Steuereinnahmen. Unser Grundsatz lautet:  
Wenn schon neue Schulden aufgenommen werden, dann sollen die Gelder vorrangig für solche Aufgaben ausgegeben werden, die der kommenden Generation unmittelbar zugute kommen. Damit sind die Sanierung und die Modernisierung von Gebäuden sowie die neue technische Ausstattung von Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbunden. Sie sind jetzt möglich. Dies ist nicht nur eine Investition in Beton, sondern auch eine Investition in die Modernisierung der Infrastruktur für Bildung und Forschung. Das ist das Herzstück.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

René Röspel [SPD])

Jetzt sind die Modernisierung von Chemielaboren und Physikräumen in den Schulen, die dringend notwendige Investition in IT-Ausstattung in unseren Bildungseinrichtungen, die Erneuerung von Fachräumen in beruflichen Schulzentren, die Verbesserung von Räumlichkeiten in den Volkshochschulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen kommunaler und gemeinnütziger Trägerschaft möglich. Ausdrücklich nenne ich auch die Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen freier Träger in Deutschland, die von diesem Programm profitieren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und - wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, auch im Ausschuss -: Der erhebliche Sanierungsbedarf in den Forschungsmuseen kann ebenso angegangen werden wie dringend notwendige Campussanierungen der Helmholtz-Zentren bis hin zum Konzept „Green Campus“. Den Fraunhofer-Instituten wird es möglich sein, Erweiterungsbauten durchzuführen und neue Kooperationen mit der Wirtschaft einzugehen, etwa im Bereich der Bauphysik oder der therapeutischen Medizintechnik. Das sichert technologische Vorsprünge. Das sichert Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, von den Bundesinvestitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro stehen bis zu 500 Millionen Euro für die energetische Sanierung zur Verfügung. Damit leisten wir einen positiven, maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Schließlich - auch das möchte ich betonen - hat die deutsche Automobilindustrie jetzt die einmalige Chance, den Einstieg in die Elektromobilität zu schaffen; das ist ein wichtiger Baustein des Investitionsprogramms, über den der Haushaltsausschuss noch weitere Informationen bekommen wird. Wir wollen die anwendungsorientierte Forschung im Bereich der Mobilität fördern, um die Marktfähigkeit alternativer Antriebstechnologien zu beschleunigen. Das ist ein klassisches Beispiel für das, worüber wir in den letzten Wochen mehrfach gesprochen haben. Neben allen Debatten über Steuersenkungen ist auch die Debatte über die Frage wichtig: Welche Schritte sind jetzt die richtigen, um zentralen Branchen, die in Schwierigkeiten geraten sind, Zukunftschancen zu eröffnen? Das ist Innovationsförderung - auch die Mitglieder des Haushaltsausschusses des

Deutschen Bundestages sind an diesem Thema interessiert, weshalb sie sich hier näher informieren lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dafür Sorge zu tragen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität wird.

Deshalb ist es wichtig, diese Möglichkeiten zu schaffen.

Ich nenne auch den Ansatz der Forschungsförderung im Bereich des Mittelstandes. Hierzu gab es konkurrierende Ideen. Es gab den Vorschlag meines Hauses - ich

persönlich halte ihn für sehr wichtig -, jetzt in steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung einzusteigen.

(Beifall der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Wir haben allerdings vereinbart, zunächst einen anderen Weg zu gehen. Die Ergebnisse müssen genau überprüft werden. Generell gilt aber: In einer wirtschaftlich schwierigen Lage müssen in den Bereichen Anreize geschaffen werden, in denen wir Innovationen fördern, in denen Chancen für die Zukunft eröffnet werden und in denen Raum für die Umsetzung neuer Ideen bei Forschung und Entwicklung geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, das Investitionsprogramm für Bildung und Forschung - ich wiederhole:

es hat ein Volumen von mehr als 11 Milliarden Euro - löst gemeinsam mit dem Hochschulpaket, der Exzellenzinitiative, dem Pakt für Forschung und Innovation, dem Ganztagschulprogramm, der Qualifizierungsinitiative und der Hightech-Strategie - dies sind die Elemente unseres Zukunftsprogramms in dieser Legislaturperiode - eine große Dynamik am Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland aus. Diese Dynamik am Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland ist die Voraussetzung dafür, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation Brücken in die Zukunft gebaut werden können. Mit dem Investitionspakt von Bund und Ländern muss und wird ein Qualitätspakt einhergehen, wie wir ihn beim Bildungsgipfel in Dresden vereinbart haben. Denn es ist richtig: Die Bildungsinfrastruktur ist das eine, die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ist das andere. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für neue Ideen, für bessere Bildung, für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und für die Internationalisierung unseres Wissenschafts- und Forschungssystems. Deshalb danke ich den Regierungsfractionen ausdrücklich dafür, dass aus der Idee „100 000 Euro für jede Schule“ ein so überzeugendes und vielfältiges Investitionsprogramm für Bildung und Forschung geworden ist. Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland mit diesem Investitionsprogramm stärker und attraktiver wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Alexander Bonde ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einlassungen der Bundesministerin für Bildung und Forschung brauchen eine Kommentierung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nur Lob!

Keine Kritik!)

Natürlich wissen wir alle, dass es Sinn macht, Schulen energetisch zu sanieren. Wer aber den großen Bildungsaufbruch verkünden will, muss auch erklären, wie vom energiesanierten Klassenzimmer Energie in den Unterricht kommen soll. Angesichts der Realität in unseren Schulen - Unterricht, der nicht stattfindet - macht es kaum einen Unterschied, ob das Klassenzimmer saniert ist oder nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben heute wie gestern in der Föderalismuskommission - es hieß ja schon zum zweiten Mal, das sei nun die letzte Sitzung der Föderalismuskommission - die Chance verspielt, etwas für die Qualität des Unterrichts zu tun. Wieder beschränken Sie sich auf den Handwerker, der an der Schule baut, stecken aber nichts in die Köpfe, die in der Schule das bewirken müssen, was Sie hier angekündigt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch beim Thema Bildungssoli passiert wenig.

Ich will die knappe Zeit, die mir zur Verfügung steht, nutzen, um ein Thema anzusprechen, das der Bundesfinanzminister ausgespart hat: Wir verabschieden heute auch den Nachtragshaushalt für 2009. Erst wenige Wochen ist der Haushalt in Kraft, und schon muss nachgebessert werden. Angesichts des Lobes des Finanzministers für die Abwrackprämie stellt sich mir die Frage: Was macht eigentlich der Finanzminister mit den 2 500 Euro, die er sich, so abgewrackt wie dieser Haushalt ist, verdient hätte?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Oh, oh!)

- Wenn Sie hier buhen, Kollege Kampeter, dann lassen Sie uns die Posten einmal durchgehen:

Die Steuerschätzung, auf der der Nachtragshaushalt beruht, ist eine interne aus dem Haus des Ministers. Den Steuerschätzerkreis zu fragen, hat er sich nicht getraut. Es wird von Einnahmen ausgegangen, die mindestens 3 Milliarden Euro höher liegen als das, was wir erwarten dürfen. Daran sieht man, warum er lieber auf Leute zugreift, die er direkt beeinflussen kann.

Für die Finanzierung des Arbeitslosengeldes II stellen Sie nicht mehr ein, als man gebraucht hat, um 2008, was ja ein gutes Jahr war, einigermaßen über die Runden zu kommen. Den dramatischen Einbruch der Konjunktur bilden Sie nicht ab. Auch hier blenden Sie Mehrkosten, die voraussichtlich mehr als 2 Milliarden Euro betragen werden, einfach aus.

Dass Sie Kosten und neue Schulden vor der Bevölkerung verstecken, hat in diesem Haushalt System. Große Teile laufen in Schattenhaushalten. 16,7 Milliarden Euro von dem, was Sie uns hier als Konjunkturpaket verkünden, gehen direkt in ein Sondervermögen, schlagen sich also im Bundeshaushalt nicht nieder. Die Zahlen, die Sie gegenüber den Medien und in der Öffentlichkeit angeben - eine Neuverschuldung von 36 Milliarden Euro -, all das ist eine Fortsetzung von Tarnen, Tricksen und Täuschen. Nicht einmal in der Krise sind Sie bereit, Transparenz zu zeigen und die Zahlen auf den Tisch zu

legen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alexander Bonde  
Auch bei dem zweiten Sondervermögen, bei dem für  
die Bankenrettung, verstecken Sie die relevante Neuverschuldung  
vor den Augen der Öffentlichkeit. Auch da  
Tarnen, Tricksen, Täuschen, keine Ehrlichkeit in der  
Krise, keine Transparenz im Haushalt.  
Wenn man all das addiert, was Sie entweder bewusst  
nicht in den Haushalt einstellen oder in Form von Sondervermögen  
vor den Augen der Öffentlichkeit verstecken,  
kommt man für dieses Jahr auf eine Neuverschuldung  
von 70 Milliarden Euro. Jetzt weilt Seine Verschuldetheit  
der Finanzminister nicht mehr auf der Regierungsbank.  
Schade; denn mit seinem Haushalt bricht er jeden  
Verschuldungsrekord, den es in der deutschen Nachkriegsgeschichte  
gegeben hat. Das Schlimme daran: Es  
ist ja nicht so, dass das alles nur auf die Finanzkrise und  
die Wirtschaftskrise zurückzuführen wäre. Mit schuld  
sind nämlich lang angelegte Verschuldungsstrukturen,  
die diese Koalition zu verantworten hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute stellt sich wieder einmal heraus: Sie stecken  
das Geld, das Ihnen durch die Verschuldung zur Verfügung  
steht, nicht in eine kohärente Idee. Man kann nicht  
erkennen, dass diese Regierung eine Vorstellung hat, wie  
sie mit dieser Krise umgehen will. Es ist nicht erkennbar,  
dass sie in der Krise an Strukturen herangeht und so investiert,  
dass dieses Land nach der Krise fit ist. Eine  
Leitidee ist in diesem Sammelsurium von Maßnahmen,  
die Sie hier vorgestellt haben, wirklich nicht erkennbar.  
Sie trauen sich nicht, die Frage der Ökologisierung unserer  
Wirtschaft anzugehen. Sie glauben, dass das Hinterherwerfen  
von Geld in der Krise eine Delle auffüllen  
kann und man drübermarschiert. Aber ich sage Ihnen:  
Wenn sich unsere Wirtschaft nicht ökologisiert, wenn  
wir die Chance des Strukturwandels nicht ergreifen,  
dann geht es nach der Krise eben nicht einfach so weiter  
wie vorher. Das Schlimme an dieser Koalition ist: Sie  
merkt gar nicht, dass sich Zeiten ändern und dass sich  
Politik ändern muss. Mit Ihrem Konjunkturprogramm  
von gestern bereiten Sie nichts für morgen vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Dem letzten  
Satz kann man zustimmen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Carsten Schneider für  
die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Kollege Bonde, dass wir nicht bereit seien, uns  
auf veränderte Zeiten einzustellen, ist ein Vorwurf, den  
Sie weder der Bundesregierung noch der Großen Koalition  
machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die FDP hält uns vor, der Finanzminister hätte im  
September, Oktober, November Konjunkturprogramme  
ausgeschlossen. Richtig, das stimmt auch. Nur haben  
sich die Zeiten dramatisch geändert. Schauen Sie allein  
heute in die Nachrichten, die vom Wirtschaftseinbruch

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Leider wahr!)  
und den EZB-Prognosen berichten. Die Krise ist weltweit  
spürbar. Die Einbrüche sind canyonartig tief.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist leider  
richtig!)

Solch einen Einbruch von Nachfrage und Wachstumskräften  
habe ich mir persönlich nicht vorstellen können.  
Von daher ist die Alternative, nichts zu tun, meines Erachtens  
keine Alternative, die dieses Land weiterbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein kurzer Blick nicht nur auf den Nachtragshaushalt  
2009, sondern auch auf den Etat 2008, dessen Jahresabschluss  
wir am Mittwoch hatten. So gute Zahlen werden  
wir so bald nicht wieder sehen. 2008 hatten wir ein gesamtstaatliches  
Defizit von Null, Überschüsse in Kommunen  
und bei den Sozialversicherungen, bei den Ländern  
war es ausgeglichen, und im Bund gab es ein  
kleines Minus. Das müssen wir im Vergleich zu anderen  
Ländern, die damals schon ein viel deutlicheres Defizit  
hatten, sehen.

Ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen, die zeigen,  
welche Belastungen für die nächste Legislatur durch  
diese Krise entstehen werden. Herr Westerwelle, Sie haben  
ja heute sehr ordentlich chambriert mit dem Kollegen  
Guttenberg; ich weiß nicht, ob das vorgezogene  
Koalitionsverhandlungen waren. Aber die Vorstellung,  
man könne eine Steuerreform mit einer Nettoentlastung  
auf Pump machen, ist vorbei.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich lade Sie  
ein, Herr Schneider! Sie sind ein netter Mann,  
Herr Schneider!)

Das können Sie vergessen. Diese Möglichkeit besteht  
nicht.

(Beifall bei der SPD)

Von daher sollten wir uns auch sehr genau ansehen,  
was in anderen Ländern gemacht wird. Die USA legen  
ein Konjunkturprogramm in einem Umfang von  
789 Milliarden Dollar auf. Frankreich kündigt 26 Milliarden  
Euro an, China 1,5 Billionen Euro, Japan  
380 Milliarden Euro. Die Defizite im Ausland: USA 8,5,  
Großbritannien 8,8, Spanien 6,2, Irland 11 Prozent.  
Wir gehen mit einem Volumen von 50 Milliarden  
Euro an den Start. Das heißt in etwa, zusammen mit dem  
ersten Programm: 1,75 Prozent Wachstumskraftstärkung  
auf zwei Seiten, kurzfristig Nachfrageerhöhung,  
Kinderbonus in Höhe von 100 Euro, Senkung der Krankenkassenbeiträge  
(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Was? Die haben Sie doch gerade erst  
erhöht!)

und zum Teil auch eine Entlastung im Steuertarif bei den  
unteren Einkommensgruppen. Das wird kurzfristig wirken.  
Dazu kommt die Abwrackprämie. Herr Westerwelle, ich war doch einigermaßen  
irritiert, dass

Sie - ich weiß nicht, ob das nur mein Eindruck war - dafür  
plädiert haben: Deutsche, kauft deutsche Autos! -  
Das ist schon eine Art von Protektionismus.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein! Das  
habe ich auch nicht gesagt! Wirklich nicht! -  
Joachim Poß [SPD]: Aber suggeriert!)

- Das ist Protektionismus, Herr Westerwelle. Das ist die

Buy-American-Klausel auf Deutsch.

(Beifall bei der SPD)

Würden wir als exportorientierte Nation, als Exportweltmeister, vorangehen und eine rein deutsche Wirtschaftspolitik machen im dem Sinne, dass nur noch deutsche Produkte gekauft werden sollen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wir müssen doch nicht das Ausland subventionieren!)

wären wir doch die größten Verlierer einer solchen Tendenz.

Ich bin froh, dass der Bundesfinanzminister hier wirtschaftspolitischen Sachverstand hat walten lassen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja wie mit den Wirtschaftsmeldungen und Prognosen. In den Umfragen lagen Sie gestern noch bei 18 Prozent, heute liegen Sie bei 12 Prozent. Das geht ja hin und her. Man sollte das alles nicht so ernst nehmen. Es wäre besser, wenn Sie an dieser Stelle eine klare Linie verfolgen würden.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wo stehen Sie eigentlich in den Umfragen? Können Sie das noch einmal sagen?)

- Herr Westerwelle, Sie fragen, wo wir stehen. Wir stehen auf dem Boden der Tatsachen. Wir sind vor Ihnen und werden das natürlich auch bleiben.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie sind knapp vor der FDP! Das ist wahr! Ich gratuliere Ihnen!)

Über dieses Programm haben einige Kollegen gesagt - zum Beispiel Herr Kuhn -, dass das noch gar nicht wirkt. Das wird heute erst beschlossen. Es kann ja noch gar nicht wirken. Durch die sozialdemokratische Handschrift, die dieses Programm trägt, wird es eine entsprechende Wirkung haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserer Handschrift machen wir insbesondere klar, dass wir erstens daran glauben, die Wirtschaftskraft des Bürgers, mit der er zum Wachstum beiträgt, stärken zu müssen, indem ihm mehr Netto in der Tasche belassen wird. Zweitens müssen wir, weil wir an dieses Land glauben, vor allen Dingen die Infrastruktur dieses Landes stärken. Dies ist auch für ein zukünftiges Wachstum in diesem Land eine Grundvoraussetzung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden allein vom Bund 10 Milliarden Euro für die kommunale Infrastruktur bereitgestellt. In der zweiten Jahreshälfte die öffentlichen Investitionen vorzuziehen und voranzubringen, ist im Übrigen auch das, was uns nicht nur der Präsident der Bundesbank, sondern auch alle anderen halbwegs glaubwürdigen Sachverständigen empfohlen haben. Das geht natürlich nur noch im kommunalen Bereich, weil hier der höchste Bedarf besteht.

Wir als Bund haben im Rahmen des Konjunkturprogramms I fast 3 Milliarden Euro für öffentliche Bauten und die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt und damit schon die wichtigsten Schritte getan. Dazu kommen jetzt zusätzliche Maßnahmen im Umfang von 4 Milliarden Euro Bundesinvestitionen. Mehr können wir als Bund leider nicht unmittelbar investieren, weil wir nicht mehr haben. Deswegen ist das ein klares Bekenntnis der Solidarität des Deutschen Bundestages mit

den kommunalen Vertretern vor Ort. Das wird sich auch auszahlen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bonde, natürlich können wir nicht die Lehrer an den Schulen bezahlen, aber eine Sanierung bzw. ein Neubau von Schulen und Kindergärten - wir investieren dort 65 Prozent dieser 10 Milliarden Euro - ist ein klares Zeichen dafür, dass wir dies als Priorität ansehen und als das Zukunftsthema Nummer eins auf die Agenda setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte natürlich, dass diese Maßnahmen in dem Bereich, in dem die Länderverantwortung originär ist, nämlich im Bildungsbereich, inhaltlich und personell mit einer entsprechenden Ausstattung nachvollzogen werden.

Herr zu Guttenberg hat heute sehr stark auf ordnungspolitische Grundsätze hingewiesen und seine Leitlinien markiert. Das war in den letzten Wochen vom Wirtschaftsministerium nicht immer so zu hören. Im Hinblick auf die Bürgschaften und Kredite im Umfang von 100 Milliarden Euro habe ich insbesondere wahrgenommen, dass jedem, der anfragt, geholfen wird, indem er Bürgschaften und Kredite erhält.

Wir müssen sehr genau abwägen. Die Bürgschaften bedeuten, dass der Bund für mögliche Ausfälle einstehen muss. 100 Milliarden Euro sind kein Pappentier. Von daher haben wir uns als Haushaltsausschuss des Parlaments vorbehalten, vor jeder Gewährung eines Kredits oder einer Bürgschaft mit einem Volumen von über 300 Millionen Euro gehört zu werden, sodass wir darüber informiert werden; denn erstens darf es nicht passieren, dass es hier zu einer deutlichen Marktverzerrung kommt, und zweitens ist in einem solchen Fall und in dieser ausgesprochen einmaligen Situation, in der viele Grundsätze natürlich schön und gut sind, aber an das tägliche Handeln angepasst werden müssen, eine größtmögliche Transparenz nötig.

Ich will nicht zurück in den Sozialismus, aus dem ich einmal gekommen bin, indem wir jedes Unternehmen übernehmen und verstaatlichen, weil wir denken, dass wir das besser machen können. Herr Lafontaine, das können wir nicht. Ich glaube, das ist eindeutig gezeigt und bewiesen worden. Carsten Schneider (Erfurt)

Wenn wir dort ins Obligo gehen und vor allen Dingen für Arbeitsplätze eintreten - um die geht es uns ja vor allen Dingen; es geht uns nicht, um das Beispiel Schaeffler aufzugreifen, um die Milliarden der Frau Schaeffler, sondern um die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer vor Ort und um die Wirtschaftskraft, die dort entsteht -, dann muss das sehr wohl abgewogen werden. Das darf nicht zu einem Wettlauf führen, sodass Markteingriffe vorgenommen werden, die letztendlich dazu führen, dass wir als Steuerzahler Risiken übernehmen, die nicht tragbar sind. Das ist auch nicht unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch kurz einige Sätze zu dem Investitionsprogramm verlieren. Insbesondere im kommunalen Bereich gibt es die Sorge, dass die Investitionen des Bundes in den Kommunen auch wirklich zusätzliche Investitionen sind und nicht die Ausgaben der Kommunen durch Bundesausgaben ersetzt werden. Wir müssen sehr

genau auf den Referenzzeitraum schauen. Ich erwarte eine Lösung in Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium und der kommunalen Seite, damit diese nicht überfordert wird. Es muss aber auch klar gemacht werden, dass wir eine volkswirtschaftliche Wirkung erzielen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir mit den Änderungen, die wir im parlamentarischen Verfahren noch vorgenommen haben - dieses Programm ist zwar wohlbedacht, aber doch sehr schnell entschieden worden; außerdem sind einige Sperren eingeführt worden, um diese Programme genauer zu untersetzen -, nicht nur auf dem richtigen Weg sind, sondern dass wir auch bei aller Unwägbarkeit, die es aktuell natürlich aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der besonderen Verhältnisse gibt, mit unseren Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage, zur Stärkung insbesondere der unteren Einkommen und zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen letztlich eine Stärkung des Staates als Garant für wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit erreichen.

Mich verwundert es, dass die Opposition dem nicht folgen wird. Ich hoffe, dass wir eine Zustimmung der Länder, die maßgeblich von dem Programm profitieren, im Bundesrat erreichen. Alles andere würde mich nicht nur schwer enttäuschen, sondern auch in meiner politischen Erfahrung eines Besseren belehren.

Ich glaube, dass die gestern vereinbarte Schuldenbremse für die öffentlichen Finanzen ein Grundpfeiler für das staatliche Handeln in schlechten Zeiten ist. Das geht nur, wenn man in guten Zeiten anspart. Das ist in der Vergangenheit aber immer vergessen worden. Herr Kollege Bonde, deshalb haben wir einen Tilgungsfonds eingerichtet, sodass diese Maßnahmen des Konjunkturprogramms nicht einfach zulasten der Bundesschuld gehen, sondern dass diese klar abrechenbar sind und dass die politische Verantwortlichkeit klar ist. Außerdem ist eine Regelung vorgesehen, wonach dieses Geld in guten Zeiten zurückgezahlt wird, genauso wie es beim Erblastentilgungsfond in Höhe von fast 80 Milliarden Euro der Fall gewesen ist, Herr Kollege Fricke.

Wir reden heute über 16 Milliarden Euro. Ich bin mir sicher, dass wir - wenn nicht in der nächsten Legislaturperiode, dann aber in einem überschaubaren Zeitraum - diese Schulden tilgen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Peter Götz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Götz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland befindet sich wie viele andere Länder in einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir sind in einer Dimension betroffen, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat. Unser Land steckt tief in der Rezession. Um den Einbruch der Wirtschaft abzufedern, wurden richtige Maßnahmen getroffen, die zum Teil bereits wirken.



Herr Kuhn, wenn in dieser Krise Deutschland aus der Sicht ausländischer Investoren zum attraktivsten Standort gemacht wird und im Standortranking ganz vorn steht, so kann die bisherige Politik dieser Bundesregierung so falsch nicht gewesen sein.

Wir werden die weltweite Rezession mit unseren nationalen Entscheidungen nicht verhindern. Der Staat kann und muss aber die Rezession dämpfen, damit die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft greifen. Über einzelne Rezepte kann man kräftig streiten.

Es ist auf jeden Fall richtig und konsequent, mit einem Bündel von Maßnahmen gegenzusteuern. Dazu gehören in einer solch schwierigen Situation auch zusätzliche Bauinvestitionen der öffentlichen Hand. Die Frage, die wir uns stellen müssen und mussten, lautet: Wie schaffen wir es, schnell sinnvolle Investitionen auf den Weg zu bringen?

In den Schubladen der Rathäuser liegen viele fertige Pläne. Sie warten darauf, umgesetzt zu werden. Deshalb setzen wir genau an dieser Stelle an.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Allein im kommunalen Bereich gibt es einen Investitionsstau in einer Größenordnung von 700 Milliarden Euro für die nächsten zwölf Jahre, der abgearbeitet werden muss. Mit 10 Milliarden Euro des Bundes zuzüglich 3,3 Milliarden Euro der Länder – also insgesamt 13,3 Milliarden Euro – wird für das Jahr 2009 und das Jahr 2010 ein Schwerpunkt für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und der Länder gebildet, der sich in einer solchen Dimension wirklich sehen lassen kann. Mindestens 70 Prozent des Gesamtvolumens sind zur Finanzierung kommunaler Investitionen einzusetzen. Bis zu 30 Prozent können die Länder für ihre eigenen Vorhaben verwenden. Dieses Investitionsprogramm hat das Ziel, vor allem Innovationen, Bildung und Infrastruktur zu fördern, da Peter Götz mit mir gestärkt aus der Krise, in der wir uns befinden, herauskommen. Um es klar und deutlich zu sagen: Es ist kein Rettungspaket für Länderfinanzen oder für klamme kommunale Haushalte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist auch nicht das Ziel, dass konjunkturell bedingte neue Haushaltslöcher durch Bundesmittel gestopft werden sollen.

Es ist den Ländern übrigens auch gestattet, ihren Kommunen mehr als 70 Prozent der Mittel zuzuweisen.

So wollen Nordrhein-Westfalen 84 Prozent,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja, Jürgen Rüttgers ist kommunalfreundlich!)

Sachsen 80 Prozent und das Saarland 75 Prozent der Mittel an die Kommunen weiterleiten. Die Kommunen sind am besten in der Lage, bedarfsgerecht zu entscheiden, welche Schulen oder Kindertagesstätten zusätzlich zu den ohnehin geplanten Investitionen schnell in Angriff genommen werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wichtig ist uns dabei, dass auch finanzschwache Kommunen mitmachen können. Denn gerade dort ist der Investitionsstau besonders groß. Oft ist die Arbeitsmarktsituation in finanzschwachen Kommunen besonders schwierig. Entscheidend ist, dass Bund, Länder und

Kommunen gemeinsam der Wirtschaft einen kräftigen Impuls geben.

Daneben bietet das Investitionspaket auch die Chance, den Menschen mit kommunalen Investitionen Hoffnung zu geben. Die Menschen in den Städten und Gemeinden werden merken, dass in ihrem Umfeld trotz der großen Krise eine neue Aufbruchstimmung und bessere Lebensbedingungen entstehen. Wenn Einrichtungen der Kinderbetreuung in Ordnung gebracht, Schulen und Krankenhäuser energetisch saniert werden und in kommunale Infrastruktur wie Kliniken investiert wird, dann sichert dies Arbeitsplätze im heimischen Handwerk, ist gut für Umwelt und Klima, verbessert die Wirtschaftlichkeit kommunaler Einrichtungen, schafft bleibende Werte und stärkt nachhaltig den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Auch der dringend notwendige Ausbau der Informations- und Breitbandtechnologie macht unser Land zukunftsfähig. Gerade auf dem Gebiet des schnellen Internets besteht vor allem im ländlichen Raum dringender Handlungsbedarf. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit ihrer Informationsstrategie auf dem Gebiet des schnellen Internets voraussichtlich nächste Woche ein Ergebnis vorlegen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

Noch nie hat der Bund so viel Geld in so kurzer Zeit den Kommunen als Investitionshilfe angeboten. Viele Länder haben bereits mit den Kommunen vereinbart, nach welchen Schlüsseln die Mittel verteilt werden. Es liegt nun in der Hand der Länder, dieses einmalige große kommunale Investitionspaket bedarfsgerecht, schnell und vor allem unbürokratisch umzusetzen.

Um die gewünschte Wirkung für die Konjunktur und damit für die Bürger, die Wirtschaft und die Kommunen zu erzielen, gilt: Wer schnell hilft, hilft doppelt. Wir wollen, dass die Schulen und Kindergärten zügig renoviert und energetisch auf Vordermann gebracht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb haben wir die Vergabebedingungen gelockert.

Auf zwei Jahre befristet hat der Bund die Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen auf 1 Million Euro und für freihändige Vergaben auf 100 000 Euro angehoben.

Wir empfehlen dringend, diese Lockerungen auf die kommunale Ebene auszudehnen, damit auf den Bauämtern lange Staus bei der Vergabe vermieden werden.

Heute verabschieden wir ein Mammutpaket. Wenn wir uns nicht in kleinstaatlicher Kirchturmpolitik verhaspeln, dann kann es zu einer einmaligen Erfolgsgeschichte für unser Land, die Städte, Gemeinden und Kreise, vor allem aber auch für die Bürgerinnen und Bürger werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen dazu den Schulterchluss aller politischen Ebenen. Dann werden wir stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Das ist anstrengend, aber es lohnt sich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächster spricht der Kollege Steffen Kampeter für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will an diesem Punkt der Debatte den Wortbeitrag des Bundesfinanzministers zur Bankenaufsicht aufgreifen. Wir in der Union sind der Auffassung: Wir brauchen eine Veränderung in der Bankenaufsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In den vergangenen zehn Jahren ist nicht alles in der Bankenaufsicht optimal gelaufen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist die Untertreibung des Jahres!)

Vieles, über das wir heute reden, hätte bei einer vernünftigeren und vor allen Dingen bei einer geschlossen, einheitlich agierenden Bankenaufsicht sicherlich nicht so passieren können. Deswegen sind wir von der Union gemeinsam mit weiten Teilen dieses Hauses für eine organisatorische Zusammenfassung der Bankenaufsicht unter dem Dach der Deutschen Bundesbank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Bundesfinanzminister hat betont, er denke immer noch darüber nach, wie er das machen werde. Ich finde, es ist langsam Zeit. Wir müssen die Sache so hinbekommen, dass wir die Banken beaufsichtigen und effektiv kontrollieren. Den Parteienstreit über die Effektivierung der Bankenaufsicht sollten wir schnell und rasch zu einem Ende führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich will aber auch versöhnlich gegenüber dem Bundesfinanzminister sein. Ich kann garantieren, dass wir ihn sehr viel anständiger behandeln werden, wenn er aus dem Amt scheidet, als er heute über Michael Glos gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das war nicht nur kleinkariert, sondern auch unangemessen. Das sollte für den Umgang von Kabinettsmitgliedern nicht stilbildend sein, weder von aktuellen noch von zukünftigen.

Eine weitere Anmerkung. Wir verkünden heute ein Stück weit die Erfolge bzw. die gewünschten Erfolge unseres Konjunkturprogramms. Aber die zusätzlichen Schulden, die wir in einer Größenordnung von etwa 50 Milliarden Euro heute festschreiben, haben auch ihren Preis. Deswegen will ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Schuldenbremse, auf die sich Bund und Länder gestern geeinigt haben, ganz besonders wichtig und ein integraler Bestandteil dieses schuldenfinanzierten Konjunkturprogramms ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man darf nicht nur über die Wohltaten reden, die man verkündet, sondern man muss auch deutlich machen, dass wir eine Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen haben und dass diese Verantwortung

nun einen grundgesetzlichen Charakter bekommt. Das ist wichtig und eine notwendige Ergänzung zu dem expansiven Impuls. Ich möchte all diejenigen, die in der Föderalismusreformkommission mitgearbeitet haben - stellvertretend nenne ich namentlich unsere Sprecherin, die Kollegin Tillmann -, herzlich danken. Man braucht für das Bohren dicker Bretter viel Zeit. Hier handelt es sich um einen klugen Erfolg. Dem zolle ich sehr viel Respekt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bundeswirtschaftsminister hat in seiner klaren und ordnungspolitisch strukturierten Rede unter anderem zur Steuerpolitik Stellung genommen. Wir von der Union wissen um die Sorgen und Nöte derjenigen, die in diesem Land Einkommensteuer zahlen, die morgens aufstehen, den ganzen Tag arbeiten und abends vielleicht nicht früh ins Bett kommen. Sie werden insbesondere im mittleren Einkommensbereich belastet. Es ist unser Anliegen - im Verbund mit strikter Haushaltskonsolidierung und der Umsetzung der Schuldenbremse -, in der nächsten Legislaturperiode alle Entlastungsmöglichkeiten und vor allen Dingen die Vereinfachungsoptionen im deutschen Steuerrecht zu mobilisieren, die die Leistungsträger im mittleren Bereich unserer Gesellschaft nach vorne bringen und sie motivieren, wieder etwas zu leisten. Das ist das Anliegen der Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will deutlich machen: Wir hätten in der Steuerpolitik mehr machen können, wenn die SPD nicht so auf der Bremse gestanden hätte.

(Widerspruch bei der SPD - Jürgen Koppelin

[FDP]: Hört! Hört!)

Es wundert mich schon, dass der Bundesfinanzminister, nachdem er Steuersenkungen abgelehnt hat, in dieser Woche als stellvertretender Parteivorsitzender der SPD ebensolche gefordert hat. Wir wären bereit gewesen, beispielsweise in Sachen Pendlerpauschale mehr zu machen. Das ist auf den erbitterten Widerstand des Bundesfinanzministers gestoßen. Ich finde, man sollte hier so handeln, wie man auch in der Öffentlichkeit redet. Das macht Glaubwürdigkeit in der Politik aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Zusammenhang mit dem Sachverhalt, dass wir hier eine schwierige Zeit haben, will ich auf einige Punkte eingehen, die wir im Haushaltsausschuss am Konjunkturprogramm präzisiert haben. Ein Punkt betrifft das enorme zusätzliche Bürgschaftsvolumen. Wir haben analog zu dem Bereich, den wir bei der SoFFin haben, jetzt auch einen Lenkungsausschuss für Bürgschaften von der Bundesregierung eingefordert.

Wir wollen damit zweierlei erreichen: erstens eine rasche Umsetzung der notwendigen Bürgschaftsentscheidungen in der Exekutive. Wir dürfen keine Zeit verschwenden.

Da, wo Not am Mann oder an der Frau in der Firma ist, soll geholfen werden. Zweitens: eine klare parlamentarische Kontrolle in diesem Bereich. Es muss deutlich werden: In der sozialen Marktwirtschaft kann der Staat dort helfen, wo es notwendig ist. Aber er ist kein Reparaturbetrieb für unternehmerisches Versagen. Deswegen gibt es Begrenzungen dessen, was der Staat

mit Bürgschaften in dieser sozialen Marktwirtschaft leisten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kampeter, Herr Koppelin möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Nein. - Ich komme zu einem weiteren Punkt. Wir haben das Zusätzlichkeitskriterium in dem Investitionsprogramm für die Kommunen definiert. Dieses Zusätzlichkeitskriterium soll deutlich machen: Es handelt sich bei dem Angebot an die Kommunen nicht um ein Umschuldungsprogramm zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sondern wir alle stehen zu unserer staatspolitischen Verantwortung. Der Bund hält seine Investitionen und legt zusätzlich noch etwas drauf. Wir erwarten von den anderen Gebietskörperschaftsebenen genau das Gleiche: das Niveau der Investitionen nicht nur beibehalten, sondern im Rahmen des zusätzlichen Impulsprogramms steigern. Zusätzliche Investitionen sind konjunkturpolitisch sinnvoll, notwendig und geboten. Deswegen war es richtig, diese Veränderung und Präzisierung in diesem Programm vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Insgesamt machte ich keinen Hehl daraus, dass wir Haushälter uns gewünscht hätten, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode nicht einen Haushalt mit einer solchen Nettokreditaufnahme vorgelegt hätten. Es bleibt in der Abwägung aller politischen und haushaltspolitischen Aspekte allerdings richtig, dass wir im Verbund mit unseren europäischen Partnern und im transatlantischen Verbund dieses politische Signal setzen. Es bleibt aber auch richtig, dass wir den nachfolgenden Generationen sagen: Mit der Einführung der Schuldenbremse werden wir das, was wir jetzt an zusätzlichen Schulden machen, wieder ausgleichen. Wir bleiben verantwortungsbewusst, nicht nur heute, sondern perspektivisch auch für die nachfolgenden Generationen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Patricia Lips hat jetzt für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Patricia Lips (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Mittelpunkt der heutigen Debatte stehen Maßnahmen, die zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland beitragen sollen. Auch ich möchte noch einmal betonen, wie wichtig jede einzelne Maßnahme ist. Diese Maßnahmen sind für die Kommunen, die Familien, die Betriebe und für die Menschen in diesem Land insgesamt in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Aber gestatten Sie mir, dass ich gegen Ende der heutigen Debatte ein Thema in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücke, das heute bisher eher am Rande Erwähnung fand, aber - lassen Sie mich das sagen - in den vergangenen Wochen die Öffentlichkeit doch sehr stark beherrschte. Es geht um die Neuregelung der Kfz-

Steuer. Sie war bereits deutlich vor der Krise Bestandteil des Koalitionsvertrages. Sie muss aber im Zusammenhang mit dem heute zu beschließenden Konjunkturpaket diskutiert werden. Wir wollen den Menschen auch in diesem Bereich Planungssicherheit geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wird deutlich - und dies ist das Besondere -, dass im Gegensatz zu nahezu allen anderen Punkten des Konjunkturprogramms diese Neuregelung auf eine über die

Krise hinausgehende Zukunft angelegt ist. Ich will grob das Wichtigste noch einmal aufzeigen: Alle zahlen ab dem 1. Juli dieses Jahres einen Sockelbetrag, der sich nach dem Hubraum bemisst und dessen Höhe je nach Antriebsart gestaltet ist. Darauf setzt die CO<sub>2</sub>-Komponente auf. Der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid - das eigentliche Kernstück - wird für die weitere Berechnung zugrunde gelegt, ohne dass es Grenzen nach oben gibt. Gleich mehrere Ziele werden mit diesem Gesetz verfolgt.

Erstens. Es soll der Umwelt stärker gerecht werden als bisher. Zweitens. Es soll bereits beim Kauf eine Lenkungswirkung hin zu sparsameren Pkw erzielen. Drittens.

Es sollen damit auch bei der Industrie entsprechende Impulse zur Entwicklung sparsamerer Motoren gesetzt werden. Viertens. Es soll natürlich auch das bisherige Steueraufkommen - wir haben es eben gehört - in Zeiten wie diesen zumindest annähernd stabil bleiben.

Lassen Sie mich aber noch einen Punkt nennen, den wir bei unserer Bewertung keinesfalls vergessen dürfen. Gestatten Sie mir, dass ich etwas sage, was bei aller Diskussion um Sockelbeträge und Schadstoffhöhen in meinen Augen bei diesem Thema immer wieder zu kurz kam: In Deutschland stehen zurzeit wie andersorts viele Tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel, gerade in dieser Branche. Dabei spreche ich bei weitem nicht allein von den namhaften Zentren und Marken, sondern vor allem von den vielen kleinen und mittleren Zulieferern in diesem Bereich. Das gilt für den Kleinwagen ebenso wie für die Premiumklasse. Uns geht es um den Erhalt dieser Arbeitsplätze in allen Regionen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir stehen nicht für Protektionismus, den manch ein europäischer Nachbar zurzeit betreibt. Wir haben dies heute Morgen bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht. Wir sollten aber gerade deshalb aufpassen, dass wir im Übereifer von Forderungen nach Regelungen und Zielen am Ende nicht selbst eigene Arbeitsplätze gefährden, schon gar nicht jetzt und heute. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht staatstragend morgens vor den Kameras den Protektionismus geißeln, um ebendiesen dann hier populistisch einzufordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man kann sich sicherlich bei allen Maßnahmen, die heute Morgen besprochen wurden, immer ein Mehr wünschen. Man kann sich auch einen anderen Weg der Umsetzung wünschen. Ich bin jedoch der Überzeugung, dass wir vor dem Hintergrund des Gesagten, wenn man alle Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket zusammennimmt, heute einen guten, einen wichtigen und einen richtigen Schritt gehen. Lassen Sie uns dieses Paket kraftvoll beschließen, um der Krise wirkungsvoll entgegenzutreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland.

Nach § 31 unserer Geschäftsordnung liegen drei Erklärungen der Kollegin Silvia Schmidt und der Kollegen

Klaus-Peter Willsch und Dr. Axel Berg vor.1)

Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 16/11801 und

16/11825, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/11740 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir

zuerst abstimmen. Wir beginnen mit dem Änderungsantrag

auf Drucksache 16/11926, zu dem die Fraktion Die

Linke namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die

Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen.

Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? - Das scheint

der Fall zu sein. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine

Stimme nicht abgegeben hat, das aber tun möchte? - Das

kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer,

mit der Auszählung zu beginnen.

Da wir drei weitere Abstimmungen über Änderungsanträge

der Fraktion Die Linke durchführen möchten,

wäre es gut, wenn sich die Pulke nach Fraktionen sortieren

könnten, sodass ich sehen kann, wer wie abstimmen

möchte.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag auf Drucksache

16/11924. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag?

- Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit

ist der Änderungsantrag bei Zustimmung durch die

einbringende Fraktion und gegen die Stimmen des Restes

des Hauses abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 16/11925: Wer

stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? -

Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Ergebnis wie

vorher abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 16/11927: Wer

stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist auch

dieser Änderungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion

Die Linke und gegen die Stimmen des Restes des

Hauses abgelehnt.

Jetzt unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen

des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung.

(Unterbrechung von 11.25 bis 11.30 Uhr)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und

Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion

Die Linke - Drucksache 16/11926 - zu dem von den

Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung

und Stabilität in Deutschland bekannt: Abgegeben

wurden 558 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 94, mit

Nein haben gestimmt 463. Es gab 1 Enthaltung. Damit  
1) Anlagen 2 bis 4 ist der Änderungsantrag abgelehnt. Jetzt bitte ich  
diejenigen, die dem Gesetzentwurf in  
der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen.  
- Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? -  
Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter  
Beratung bei Zustimmung durch die Koalitionsfraktionen  
und Ablehnung durch die Oppositionsfraktionen angenommen.  
Dritte Beratung  
und Schlussabstimmung. Ich bitte jetzt diejenigen, die  
dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben,  
und die anderen, sich zu setzen. - Die Gegenstimmen! -  
Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in der dritten Beratung  
bei Zustimmung durch die Koalition und Ablehnung  
durch die Opposition angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über die  
Entschließungsanträge.  
Wer stimmt für den Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11954? - Gegenstimmen?  
- Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag  
gegen die Stimmen der einbringenden Fraktion  
mit den Stimmen des Hauses im Übrigen abgelehnt.  
Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion  
Die Linke auf Drucksache 16/11952? - Gegenstimmen?  
- Enthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag  
gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke  
und mit den Stimmen des Hauses im Übrigen abgelehnt.  
Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11951? - Gegenstimmen?  
- Enthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag  
ist gegen die Stimmen von Bündnis 90/  
Die Grünen, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und  
mit den Stimmen des Hauses im Übrigen ebenfalls abgelehnt.  
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den von den  
Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten  
Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes. Der Finanzausschuss  
empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung  
auf den Drucksachen 16/11900 und  
16/11931, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/  
CSU und der SPD auf Drucksache 16/11741 anzunehmen.  
Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen  
wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen?  
- Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist bei  
Zustimmung des gesamten Hauses angenommen.  
Wir kommen jetzt zur  
dritten Beratung  
und Schlussabstimmung. Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf  
auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU  
und der SPD namentlich ab. Ich weise darauf hin, dass  
zur Annahme des Gesetzentwurfes die Mehrheit von  
zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages  
erforderlich ist, also mindestens 408 Stimmen.  
Jetzt bitte ich die Schriftführerinnen und Schriftführer,  
ihre Plätze einzunehmen. - Sind alle Urnen besetzt? - Das  
scheint der Fall zu sein. Dann eröffne ich die Abstimmung.  
Mein Eindruck ist, dass alle Mitglieder des Hauses,  
die das wollten, ihre Stimme abgegeben haben. Gibt es  
noch jemanden, der das nicht getan hat? - Das scheint  
nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung  
und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer,  
mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen



später mitgeteilt.

Wir kommen jetzt zu weiteren Abstimmungen, zunächst über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksachen 16/11900 und 16/11931, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/11742 in der Ausschussfassung anzunehmen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung bei Zustimmung durch die Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Wer zustimmen will, möge sich bitte erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in dritter Beratung mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie vorher angenommen. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen mit dem Titel „Klimaschutz im Verkehr - Kfz-Steuer schnellstmöglich auf CO2-Bezug umstellen“.

Der Ausschuss empfiehlt hier unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf Drucksachen 16/11900 und 16/11931, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung?

- Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung durch Koalition

und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion

Die Linke mit dem Titel „Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 16/11895 und 16/11932, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11746 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung?

- Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung durch die Koalition und die Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen und Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der

Fraktion Die Linke mit dem Titel „Großbanken vergesellschaften“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 16/11896 und

16/11933, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11747 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung?

- Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung durch die Koalition, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der

Fraktion der FDP mit dem Titel „Schulden des Bundes durch das Konjunkturpaket II vollständig im Bundeshaushalt

etatisieren - Kein Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds". Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11922, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11743 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung durch die Koalition, bei Gegenstimmen der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna

Lührmann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten

Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft

- Drucksache 16/5955 -

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna

Lührmann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten

Entwurfs eines Begleitgesetzes zum Gesetz zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft (Zukunftshaushaltsgesetz-Begleitgesetz)

- Drucksache 16/5954 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

- Drucksache 16/10384 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Roland Claus

Alexander Bonde

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Petra Merkel für die SPD-Fraktion das Wort.

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe

Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung die Gesetzentwürfe von Bündnis 90/

Die Grünen aus dem Jahr 2007. Wir haben diese Gesetzentwürfe im Haushaltsausschuss bereits im September 2008 abgelehnt.

Bei dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft

- ein wunderbarer Titel! - geht es unter anderem um das, worum wir uns in den letzten beiden Jahren in der Föderalismuskommission II bemüht haben: einen Weg zu finden, wie die Schulden des Bundes und auch der Länder begrenzt werden können.

Seit dem Ende der Föderalismuskommission I diskutieren wir über Regelungen für die Finanzströme zwischen Bund und Ländern. Es geht somit um etwas mehr als um eine Schuldenregel. 2007 hat sich, wie in der

Föderalismuskommission I vorgesehen, eine Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, kurz: Föderalismuskommission II, gegründet. Auftrag dieser Kommission war es, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten. Gestern hat die letzte Sitzung dieser Kommission stattgefunden.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es hieß schon zum zweiten Mal: die letzte Sitzung!)

- Eine allerletzte, Herr Bonde, in der es um rein Redaktionelles gehen soll, wird am 5. März stattfinden. Im Anschluss werden die Ausführungsgesetze erarbeitet, und die parlamentarischen Beratungen werden folgen, damit wir die notwendigen Gesetzesänderungen bis zum Sommer beschließen können. Dazu brauchen wir, wie Sie wissen, eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Schon deshalb müssen die Ergebnisse der Föderalismuskommission II, insbesondere die Schuldenregel, die eingeführt werden soll, konsensfähig sein. Die Gesetzentwürfe der Grünen sind mit „Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft“ gut überschrieben. Doch leider stammen diese Gesetzentwürfe von Juli 2007, sind unter komplett anderen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verfasst worden, als wir sie derzeit haben.

„Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft“ - genau das muss auch eine Schuldenregel sicherstellen, und deswegen nenne ich einige Punkte, die ich als wesentliche Kriterien für eine neue Schuldenregel sehe: Sie muss besser sein als die, die wir im Augenblick im Grundgesetz haben. - In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern erfahren wir, dass das Anhäufen von Schulden und damit verbunden das verstärkte Anwachsen des Schuldenberges viele Menschen sehr verunsichert. Das ist auch verständlich, und deswegen müssen wir klarstellen, dass wir nur bedingt Schulden machen wollen.

Die Schuldenregel muss allerdings auch einen handlungsfähigen Staat und ein starkes Parlament gewährleisten.

Sie muss den Konjunkturzyklus beachten, und sie muss generationengerecht sein.

Wir haben uns in der gestrigen Kommissionssitzung auf eine neue Schuldenregel verständigt, und darüber werden wir noch ausführlich beraten.

In den letzten Monaten - das wissen Sie alle - haben sich die Bedingungen dramatisch verändert. In diesen schwierigen Zeiten fiel nun auch das Ende der Föderalismuskommission II und damit auch die Entscheidung über eine neue Schuldenregel. Das erschien einigen angesichts der derzeitigen Belastungen und der Summen, die wir in die Hand nehmen, um die Wirtschaftskrise zu überstehen, widersprüchlich. Während die einen fanden, eine neue Schuldenregel brauche man gerade jetzt, fanden die anderen, die Zeit, in der wir jegliche Schuldengrenzen überschreiten, sei nicht der richtige Zeitpunkt, um so etwas einzuführen.

Wenn wir eine neue, bessere Regelung zur Verschuldungsbegrenzung finden wollen, dann müssen wir sie in

der Praxis testen, wo sie sich bewähren muss, und zwar auch im extremsten Fall, den wir vorher wahrscheinlich so gar nicht konstruiert hätten. Man testet doch auch keine Geländewagen auf dem Parkplatz oder in der Garage. (Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die meisten fahren nur auf der Straße!)

Zurück zu Ihren Gesetzentwürfen. Warum haben Sie eigentlich Ihre alten Gesetzentwürfe herausgeholt und auf die Tagesordnung setzen lassen, habe ich mich gefragt. Sie wissen, dass eine Schuldenregel nur eine Chance haben wird, wenn wir über Fraktionsgrenzen hinweg arbeiten, über Koalitions Grenzen hinweg übrigens auch. Es wird nur gemeinsam mit Bund und den Ländern gelingen. Dazu wurde die Föderalismuskommission eingesetzt. Deshalb kann ich die Gesetzentwürfe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt nicht nachvollziehen. Sollten sie als Vehikel dazu dienen, eine Diskussion über die Föderalismusreform zu führen, sind sie nicht tauglich, weil wir die konkreten Texte brauchen, um darüber zu diskutieren. Die werden zurzeit erarbeitet und erst im März vorliegen. Dann wird die parlamentarische Arbeit losgehen bzw. weitergehen.

Wenn Sie aber die Gesetzentwürfe herausgeholt haben, um uns eine nicht zukunftsfähige Haushaltspolitik vorzuwerfen, dann ist Ihr Vorhaben auch misslungen. Wir haben vorhin das zweite Konjunkturpaket verabschiedet, und eines ist doch klar: Wir machen keine Schulden, um uns unverantwortlich gegenüber dem Steuerzahler zu verhalten. Schulden sind kein Selbstzweck. Wir machen im Moment Schulden, weil wir angesichts der Weltwirtschaftskrise alles uns Mögliche unternehmen wollen, um die Auswirkungen auf unser Land abzumildern, um Menschen in Beschäftigung zu halten, um aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Über das Konjunkturpaket II haben wir aber bereits in aller Ausführlichkeit diskutiert; das müssen wir an dieser Stelle nicht mehr tun.

Noch einmal ganz deutlich: Hätten wir nicht in der Vergangenheit mit Finanzminister Steinbrück einen Weg der Konsolidierung verfolgt, dann wären wir jetzt nicht handlungsfähig und hätten jetzt nicht die Möglichkeit und nicht die Mittel, um so agieren zu können, wie wir es tun.

Ihre Gesetzentwürfe sind im September 2008 - das sagte ich bereits - im Haushaltsausschuss abgelehnt worden. Ablehnung empfehle ich heute auch. Da sie die Handschrift von Anja Hajduk tragen, ein Gruß nach Hamburg. In der Zwischenzeit hat sie längst eine andere Funktion.

Ich habe mir für heute noch eine gute Tat vorgenommen und schenke Ihnen deshalb jetzt Zeit und beende meine Rede.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Beratung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Kollegin

Merkel, herzlichen Dank für das kleine Geschenk.

- Ich will anfangen mit einem Satz aus dem Buch der Bücher. Auch bei Schulden geht es ja um das große Ganze, wo wir hin wollen. Im zweiten Korintherbrief finden wir einen schönen Satz, der die Schulden und die Frage, warum wir keine Schulden machen sollten, genau betrifft:

Denn die Kinder sollen nicht für die Eltern Schätze sammeln, sondern die Eltern für die Kinder.

Ein eigentlich ganz einfacher Satz, aber er beinhaltet nichts anderes als unseren Generationenvertrag, den wir alle als Politiker in den letzten Jahrzehnten verletzt haben. (Beifall bei der FDP)

Deswegen sage ich ganz bewusst: Der Gesetzentwurf der Grünen ist eine gute Tat, er zeigt in die richtige Richtung, er ist aber noch nicht das, was wir als FDP wollen. Ich will ausdrücklich positiv hervorheben, dass Sie mit den Ansätzen, die Verfassung zu verändern, die entsprechenden Haushaltsordnungen zu verändern usw., in die richtige Richtung gehen. Das gilt insbesondere für das Top-Down-Verfahren. Dabei wird festgelegt, wo sich der Deckel der Ausgaben befindet, und unterhalb dieses Deckels muss sich geeinigt werden, wie viel Geld ausgegeben wird.

Bisher war es demgegenüber so, dass 20 Minister - oder wie viele es auch immer gerade sind - im Kabinett sitzen, von denen jeder sagt, dass er gerne ein bisschen mehr hätte. Das kann nicht mehr der richtige Weg sein; denn die Große Koalition hat deutlich gezeigt: Wenn die Schwarzen sagen, dass sie 1 Milliarde Euro mehr brauchen, dann sagen die Roten nicht Nein, sondern dann wollen sie auch 1 Milliarde Euro mehr. So ist es auch umgekehrt gewesen. So war das auch beim Nachtragshaushalt, und so ist das auch bei dem sogenannten Konjunkturpaket.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss den Grünen aber doch deutlich sagen, dass auch sie, wie immer, Ausnahmen machen. Sie lassen viele Ausnahmen zu, sodass doch etwas anderes zulässig ist. Geben wir alle - auch wir als hier noch anwesende Haushälter - doch unumwunden zu, dass es Zeiten gibt, in denen Ausnahmen notwendig sind! Sie müssen aber eben die Ausnahme sein.

Wenn Sie sich die Vergangenheit anschauen, dann sehen Sie, dass es schon immer Schuldenbremsen gab. In jedem Land auf der ganzen Welt gibt es Schuldenbremsen: auf jeder kommunalen Ebene und auf jeder Landesebene. Komischerweise gelingt es keinem dieser Länder, die Schulden wirklich zu bremsen. Das liegt an einem Grundkriterium, das man, wie ich finde, der Bevölkerung draußen auch sagen muss. Es geht um die Frage, wem man Sympathie entgegenbringt und mehr glaubt. Der eine sagt: Entschuldigung, wir haben Schulden. Das können wir uns nicht leisten, weil das zulasten zukünftiger Generationen geht. Es kann nicht sein, dass wir unseren Kindern Schulden bzw. noch mehr Schulden hinterlassen, während wir noch einen anderen Haushalt vorgefunden haben. - Der andere steht hier und sagt: Na ja, ich verstehe, das wir das müssen. Wir können es uns in einem so reichen Land wie Deutschland nicht leisten,

dieses nicht zu erhöhen, jenes nicht zu tun und dafür kein Geld auszugeben.

Die Sympathie liegt immer bei demjenigen, der Geld ausgibt. Liebe Bürger, ich sage das einmal ganz deutlich: Es ist Ihr Geld. Es sind Ihre Steuern, es sind keine Geschenke, die der Staat Ihnen macht. Das sind Geschenke, die Sie nachher selber bezahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Weil das so ist, fragt sich die Politik immer wieder, wie sie das vielleicht doch noch tun kann und ob sie vielleicht doch noch eine Ausnahme machen kann; denn sie bekommt ja immer noch Geld. Der Normalbürger, der über seine Verhältnisse lebt, bekommt kein Geld mehr. Der Staat geht dagegen an den Kapitalmarkt, auf dem ihm die Leute, andere Staaten usw. sagen, dass sie der Bundesrepublik Deutschland weiterhin zusätzliches Geld geben.

Wenn man akzeptiert, dass die Politik immer wieder - egal welche Partei, welche Fraktion und in welchem Jahrzehnt - mehr Geld ausgegeben hat, als sie hatte, dann muss man auch erkennen, dass Regelungen, bei denen auch nur eine sehr kleine Lücke gelassen wird, zur Folge haben, dass wir weiter Schulden machen werden. Hier setzt dann auch die FDP mit ihrer Kritik an dem Vorschlag der Grünen an, von dem ich weiß, dass etwas anderes gewollt ist.

Anders als große Teile meiner Fraktion bin ich persönlich übrigens der Meinung, dass das auch bei der jetzt geplanten Schuldenbremse so sein wird. Wir werden das in den Ausführungsgesetzen sehen: Es wird wieder so sein. An irgendeiner Stelle steht: wenn nicht besondere Voraussetzungen vorliegen. Wer definiert dann, ob diese „besonderen Voraussetzungen“ vorliegen? Das tut die Politik wieder selbst.

(Ute Kumpf [SPD]: Natürlich! Dafür sind wir gewählt!)

- Ja, schön. Sie sagen: „Natürlich“. - Was wird die Politik dann tun? Genauso hat die Große Koalition das 1969 schon einmal getan - spiegelbildlich. Damals war die Lösung, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festzustellen.

(Ute Kumpf [SPD]: Da haben wir eine Bildungsoffensive gehabt!)

Wer hat festgestellt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört war? Das war die Politik. Sie hat diese Dinge immer festgestellt: Entweder war die Arbeitslosigkeit zu hoch, oder das Wachstum war zu niedrig.

Es konnte aber auch sein, dass es ein hohes Wachstum und eine niedrige Arbeitslosigkeit gab. Dann stieg eben die Arbeitslosigkeit zu schnell an.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Die FDP war daran nie beteiligt?)

- Doch, sie war beteiligt, aber verdammt noch mal: Versucht doch einmal, zu akzeptieren, dass wir uns auch selber misstrauen müssen. Politiker, die sich selber nicht misstrauen, erzählen der Bevölkerung, dass sie alles lösen können. Man muss sich selber misstrauen und sich als Politiker deswegen auch Grenzen setzen. - Das heißt für mich an dieser Stelle ganz klar, dass es primär ein Schuldenverbot geben muss.

(Beifall bei der FDP - Petra Merkel [Berlin]  
[SPD]: Sie gehören aber auf die Couch, Herr  
Fricke!)

- Kollegin Merkel, das ist meine Position. Ich sehe das so. Wenn Sie eine andere haben, dann akzeptiere ich sie. Ich sage nur: Meine Erfahrung als Vorsitzender des Haushaltsausschusses ist, dass uns am Ende - auch vor dem Bundesverfassungsgericht - immer gesagt wird, dass wir, wenn wir als Politiker die Ausnahmen für das Schuldenmachen definieren, auch Schulden aufnehmen dürfen. Das Ergebnis sehen wir, wenn wir die überschuldeten Kommunalhaushalte und Länderhaushalte sowie den überschuldeten Bundeshaushalt betrachten. An dieser Stelle will ich noch eines sagen: Bei der jetzt geplanten Schuldenbremse gibt es auch ein schönes Kontrollkonto für den Fall, dass man doch einmal zu viele Schulden macht. Man erkennt bei dem, was die Föderalismuskommission getan hat, schon, dass man sich misstraut. Diese Schulden können bis auf 37,5 Milliarden Euro anwachsen. Da haben wir sie schon wieder. Dann kann man ohne weiteres 37 Milliarden Euro Schulden machen, und dann wird es abgebaut. Was hören wir denn jetzt von den Ministerpräsidenten? Was hören wir aus Schleswig-Holstein? Was hören wir vom Berliner Regierenden Bürgermeister? Dieser sagt: Gut, dann beschließen wir das heute, aber spätere Generationen werden sich an dieser Stelle doch nicht daran halten.

Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie jetzt schon bei Geburt einer neuen Schuldenbremse sehen, dass sich viele Politiker gar nicht daran halten wollen, weil sie über das Geldausgeben zum Ausdruck bringen wollen, was die richtige Politik ist, dann laufen wir wieder in genau denselben Fehler.

(Beifall bei der FDP) Otto Fricke

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe zwar acht Minuten Redezeit, aber morgen ist Valentinstag. Dann werde ich meiner Frau eine Blume schenken. Es muss gar nicht so viel sein, auch wenn die Floristen gleich anrufen werden. Entscheidend aber ist: Da ich nur meiner Frau diese Blume schenken kann, aber nicht den hier anwesenden Damen, schenke ich den anwesenden Damen die restlichen anderthalb Minuten meiner Redezeit. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Ute Kumpf [SPD]: Es folgt keine Dame nach! Es ist verschenkte Redezeit!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ein großzügiges Geschenk. - Nun hat Herr Kollege Jochen-Konrad Fromme von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass wir die Debatte jetzt führen. Anlässe kann es gar nicht genug geben, um vor dem gesamten Haus auch einmal die Finanzthemen auszubreiten. Die Tatsache, dass der Antrag überholt ist, spielt gar keine Rolle. Er war ein Meilenstein einer Debatte.

Wo stehen wir? Vom gesamten Haushalt von 290 Milliarden Euro entfallen 43 Milliarden Euro auf die Zinsen.

In Ihrem Antrag ist noch von 39 Milliarden Euro die Rede. Daran kann man erkennen, wie schnell sich das entwickeln kann. Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Deswegen müssen wir etwas unternehmen, und deswegen müssen wir etwas verändern.

Herr Kollege Fricke, eines teile ich nicht. Ich bin der Meinung, dass Schuldenbremsen wirken. Wenn Sie die Entwicklung genau beobachten, dann stellen Sie fest, dass die Kommunen besser dran sind als Bund und Länder. Das hat nichts damit zu tun, dass es in den Kommunen die besseren Politiker gibt, sondern das hat etwas damit zu tun, dass sie tilgen müssen. Auf das Tilgen-Müssen werde ich im Laufe meiner Rede noch zurückkommen; denn das ist der Casus knacksus.

Schulden an sich sind weder gut noch böse. Das ist wie das Feuer: Es kann wärmen, es kann verzehren. Deshalb sind staatliche Schulden möglicherweise grundsätzlich sinnvoll, nämlich dann, wenn man damit in die energetische Sanierung eines alten Haus investiert und dadurch mehr Heizkosten spart, als man für Zinsen und Abschreibung aufwenden muss. Deswegen kommt es auf den richtigen Umgang mit Schulden an, aber nicht auf die Tatsache an sich.

Was ist in Deutschland falsch gelaufen? Wie sind wir in diesen Zustand hineingekommen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzte Große Koalition hat im Jahr 1969 das Haushaltsrecht verändert. Seinerzeit hatten wir praktisch ein absolutes Schuldenverbot. Nur bei sogenannten werbenden Maßnahmen, wenn den Ausgaben innerhalb eines Etats Einnahmen gegenüberstanden, konnte man Schulden machen. Man musste sie aber im gleichen Fachtat im gleichen Titel tilgen. Deshalb hat es bis dahin praktisch keinen Schuldenaufbau in Deutschland gegeben, obwohl dies in den Aufbaujahren sicherlich sinnvoller gewesen wäre.

1969 haben wir die Verschuldungsmöglichkeiten durch zwei Begriffe ergänzt. Zum einen haben wir gesagt, dass Investitionen mit Schulden finanziert werden können. Zum anderen haben wir außerhalb der Investitionen die Kreditaufnahme zur Bekämpfung von Konjunkturschwächen zugelassen.

Beides hat im Ergebnis dazu geführt - deshalb ist es so falsch gelaufen -, dass wir konsumtive Ausgaben mit Krediten finanziert haben. Das war der Grundfehler. Warum ist das so passiert? Wenn wir ein Auto kaufen, dann steht das als Investition in unseren Gruppierungsvorschriften und darf mit Kredit finanziert werden. Aus Haushaltssicht ist das Thema Auto mit dem Autokauf abgeschlossen. In Wahrheit ist es natürlich anders; denn erst dann, wenn das Auto benutzt wird, setzt der Werteverzehr ein. Dieser spiegelt sich im Haushalt jedoch nicht wider. Deshalb haben wir konsumtive Ausgaben im Haushalt in großem Umfang mit Schulden finanziert. Wir haben das Ganze noch potenziert. Wenn wir der Meinung waren, es herrschte eine Konjunkturkrise - daran waren alle Parteien dieses Hauses beteiligt; wir waren auch nicht viel besser als die anderen -, dann haben wir sogar einfach Einnahmen durch Schulden ersetzt und damit strukturelle Defizite mit Krediten finanziert, ohne - das ist der Schlüssel, und deswegen unterscheiden wir



uns von den Kommunen - diese Schulden zu tilgen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir mit der Schuldenbremse, auf die wir uns jetzt geeinigt haben, einen Paradigmenwechsel vollzogen haben, indem wir gesagt haben: Wenn in Zukunft Schulden aufgenommen werden - ich gehe gleich darauf ein, in welchen Situationen das möglich ist -, dann müssen sie gleichzeitig mit einer Tilgungsverpflichtung versehen werden. Dieser Paradigmenwechsel wird zu einer entsprechenden Änderung führen.

Es wird vier Fälle geben, in denen Schulden möglich sind. Das ist erstens bei einer Soll-Ist-Abweichung der Fall. Das heißt, wenn sich der Haushalt schlechter entwickelt, als wir es in den Haushaltsberatungen vorausgesehen haben, dann werden die Abweichungen von der zulässigen Kreditaufnahme auf einem Konto festgehalten, und wenn ein bestimmter Saldo überschritten wird, müssen diese Schulden getilgt werden. Das ist völlig in Ordnung, weil man in den Abläufen flexibel sein muss. Als zweiter Fall ist vorgesehen - das ist uns als Union sehr schwer gefallen, aber in einer Koalition muss man eben Kompromisse schließen -, dass nach wie vor eine strukturelle Verschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zugelassen werden soll. Das heißt, bisher können wir, wenn wir uns an die rechtlichen Vorgaben halten, Schulden in Höhe der Investitionen von 24 Milliarden Euro machen. In Zukunft werden es nur noch 8,5 Milliarden Euro sein. Das ist eine Verbesserung. Aber ich sage deutlich:

Wenn wir es frei hätten entscheiden können, dann hätten wir die Neuverschuldung auf null gesetzt. Denn für uns ist völlig klar, was für jeden Haushalt gilt: Auch der Staat kann nur das ausgeben, was er einnimmt. Deswegen müssen Ausgaben und Einnahmen im Einklang stehen. Aber es ist ein Kompromiss, der zu einer Verbesserung führt.

Der dritte Fall: In einem konjunkturellen Zyklus gibt es Abweichungen. Wir erleben es gerade, dass Wirtschaft nicht geradlinig verläuft; es geht auf und ab. Wenn man es richtig macht, dann ist es völlig in Ordnung, dass man im Abschwung mehr ausgeben kann. Das muss dann aber im Aufschwung wieder zurückgeführt werden. Die Krux der letzten Regelung bestand darin, dass dieser Mechanismus gefehlt hat. Das werden wir jetzt durch ein Konjunkturkonto regeln, damit Transparenz geschaffen wird und wir uns selber unter Druck setzen, dass die Mehrausgaben in der Abschwungphase in der Aufschwungsphase wieder zurückgeführt werden bzw. dass wir in einer Aufschwungsphase Rücklagen für solche Fälle bilden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der vierte Fall: In Notsituationen wie etwa bei Naturkatastrophen - die also auf Ursachen zurückgehen, die der Mensch nicht beeinflussen kann - oder in Krisen, die zwar von Menschen verursacht sind, aber nicht auf politische Entscheidungen zurückgehen wie möglicherweise die derzeitige Finanzkrise,

(Roland Claus [DIE LINKE]: Na ja!)

muss eine Kreditaufnahme sofort mit einem Tilgungsplan versehen werden, damit der Zwang besteht, die

Schulden zurückzuführen. Hinter dem Tilgungsplan steht folgende Überlegung: Was ich heute mehr ausgabe, das habe ich an Konsumkraft vorweggenommen. Ich kann durch Kredite meine Konsumkraft nicht verändern. Ich kann nur den Zeitpunkt bestimmen, wann ich das Geld ausgabe. Wenn ich die Ausgabe vorziehe, dann muss ich das Geld zurückführen. Das heißt, ich bin in den Folgejahren gezwungen, den Kredit zurückzuzahlen. Darum ging es auch Ihnen, lieber Kollege Fricke. Politiker sind in der Regel schwach und suchen nach Auswegen.

(Otto Fricke [FDP]: Ja! So weit sind wir uns einig!)

Deswegen brauchen wir Mechanismen, die das darstellen. Genau das haben wir umgesetzt. Deswegen ist das ein großer Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich werbe dafür, dass alle das mit unterstützen, auch wenn es nicht hundertprozentig das Konzept ist, das sich der Einzelne vorgestellt hat. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es auch für mich einen Wermutstropfen enthält. Aber solange es besser ist als die bestehenden Regelungen, ist jeder eingeladen, zuzustimmen. Wir brauchen auch die Zustimmung im Bundesrat. Das heißt, wir brauchen eine breite politische Mehrheit. Manche fragen, warum das Konzept nicht umfassender oder besser ist. Das ist immer möglich. Aber wir haben Bundesländer, die derzeit noch nicht in der Lage sind, das von heute auf morgen umzusetzen. Deswegen brauchen wir einen Hilfsplan. Für diesen Hilfsplan, bei dem Bund und Länder jeweils die Hälfte aufbringen, brauchen wir eine gewisse Zeit, um die Bundesländer in die Lage zu versetzen, dem folgen zu können. Deswegen kann ich damit sehr gut leben.

Wir werden jetzt versuchen müssen, in den Normen unterhalb der grundgesetzlichen Ebene die Regelungen so zu präzisieren, dass ein Ausweichen unmöglich wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Otto Fricke [FDP]: Das ist entscheidend!)

Man kann nicht alles in der Verfassung regeln. Wichtig war mir aber, dass das Verschuldungsverbot, die Ausnahmefälle und die Tilgungspflicht ins Grundgesetz aufgenommen werden. Ich sage es noch einmal: Weil die Kommunen immer eine Tilgungspflicht hatten, sind sie nun besser dran. Das liegt nicht daran, dass sie über die besseren Politiker verfügen. Vielmehr ist ihnen qua Aufsicht aufgegeben, zu tilgen. Wir brauchen einen ähnlichen Mechanismus.

Ich bin dankbar, dass die Grünen mit ihren Anträgen, wenn auch frühzeitig, in einem Stadium, in dem das Konzept noch gar nicht feststand, immer wieder Anstöße gegeben haben. Wir sind aber Ihrem Grundkonzept jedenfalls, was den Nettoinvestitionsbegriff betrifft, nicht gefolgt, und zwar aus gutem Grund. Der Nettoinvestitionsbegriff hätte viel zu viele Interpretationsspielräume zugelassen. Deswegen glaube ich, dass unser Weg besser ist.

Ich hätte mir gewünscht - das will ich im Hinblick auf eine Debatte sagen, die auf uns zukommt -, dass wir unser Haushalts- und Rechnungswesen viel stärker verändert

hätten, es zum Beispiel mit Abschreibungen versehen hätten, um den Werteverzehr deutlich zu machen. Wenn die Vorgänge transparent wären und wenn wir das im Rahmen der Modernisierung des Haushaltsrechts hätten implementieren können – das System bestimmt das Denken der Menschen –, dann wären wir an dieser Stelle viel besser geworden als jetzt, wo wir den halben Weg der erweiterten Kameralistik gehen. Wir konnten dem Vorschlag, sich an den Nettoinvestitionen zu orientieren, nicht folgen, weil er zu viele Dinge offengelassen hätte. Da das, was vorliegt, besser ist als das, was wir haben, kann jeder guten Gewissens mitmachen. Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu, wenn wir ihn einbringen! Setzen Sie sich in den Bundesländern dafür ein, dass der Bundesrat ebenfalls zustimmt! Dann haben wir etwas für unsere Kinder und Kindeskinde getan. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Roland Claus für die Fraktion Die Linke. Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die vorsehen, die Staatsverschuldung zu begrenzen. Das klingt ganz gut. Die Gesetzentwürfe stammen aus guter, alter Zeit und sind etwa eineinhalb Jahre alt. Nun geschieht etwas Sonderbares: Regierung und Koalition lehnen erstens diese Gesetzentwürfe ab, führen zweitens eine Schuldenbremse ein und nehmen drittens die höchsten Kredite in der Geschichte der Bundesrepublik auf, und das alles an einem einzigen Tag.

Hinzu kommt: Es werden 10 Milliarden Euro Investitionen für alle deutschen Städte und Gemeinden beschlossen; das finden wir gut. Aber wir entscheiden am gleichen Tag über eine zusätzliche Garantie für die angeschlagene Hypo Real Estate, nachdem bereits Stützungsmaßnahmen mit einem Volumen von 92 Milliarden Euro erfolgten und der Bund Garantien in Höhe von 87 Milliarden Euro hält.

Deshalb sagen wir Ihnen: Der Weg, am gleichen Tag die Aufnahme der höchsten Schulden in der Geschichte der Bundesrepublik zu beschließen und dann am Nachmittag zu sagen: „Wir haben uns eine Schuldenbremse ausgedacht“, ist nichts anderes als eine Irreführung der Öffentlichkeit. Niemand weiß, was uns die Bankenkrise kostet. Niemand kann sagen, wie hoch die Schulden sind, die wir zu begrenzen haben. Die Regierung beantwortet die Frage nicht, wer die Zeche zahlen soll. Aber wir beschließen dann munter über Schuldenbremsen. Ich traf gestern einen erfolgreichen und dennoch mit mir befreundeten Unternehmer. Er hat mir geschildert, er sei zu sieben Banken gegangen und habe siebenmal die Auskunft bekommen, dass er keinen Kredit bekommen werde. Ich sage Ihnen das, weil die meisten Deutschen inzwischen eine Schuldenbremse haben. Bei der Verkäuferin handelt es sich um den herabgesetzten Dispo. Bei Hartz-IV-Familien legt das die Arge fest. Diesen Familien sagt die Bundesregierung mit dem Ansatz der Schuldenbremse: Der Besuch einer Musikschule ist für eure

Kinder nicht drin, vielleicht wieder für eure Enkel; aber ihr werdet schuldenfrei sein. - Das ist doch ein absurder Vorgang.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Pharisäer!)

Wir müssen das soziale Gefüge in diesem Land wieder in Ordnung bringen, bevor wir über Schuldenbremsen reden. Wenn wir das soziale Gefüge nicht in Ordnung bringen, dann wird die von Ihnen vorgeschlagene Schuldenbremse die Schwächsten der Gesellschaft treffen.

Das ist die Wahrheit, die auf den Tisch gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich klingt es nicht schlecht, Herr Kollege Fromme, wenn Sie sagen: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Aber ich muss Sie daran erinnern, dass wir ein Land mit wachsender Kinderarmut sind. Auf den Trümmern Ihrer gescheiterten Finanz- und Sozialpolitik können Kinder noch viel weniger spielen.

(Beifall bei der LINKEN - Jochen-Konrad

Fromme [CDU/CSU]: Das sagen ausgerechnet Sie, wo Sie mit Ihren Vorgängern den größten Berg angehäuft haben!)

Wir haben den ganzen Tag über die Krise geredet.

Hier ist gesagt worden, die Politik sei daran nicht schuld.

Wir müssen Sie daran erinnern, dass diese Finanzmarktspekulationen im Zusammenhang mit den Fonds vom

Deutschen Bundestag unter einer rot-grünen Regierung 2004 erst zugelassen wurden. Die Linke ist in dieser Situation frei von Häme und Genugtuung, weil wir natürlich wissen, dass die Folgen einer solchen Krise in aller Regel nicht deren Verursacher tragen, sondern die kleinen Leute. Das halten wir für einen Skandal.

Wir sagen auch: Das Instrument einer Schuldenbremse klingt gut, aber es taugt nichts. Mein Kollege Axel Troost hat das bereits in der ersten Lesung vorgetragen und statt einer Schuldenbremse etwas anderes vorgeschlagen, nämlich eine Steuersenkungsbremse.

Das heißt im Klartext: Wir müssen über die Einnahmen des Staates reden und entscheiden. Kollege Troost hat im September 2007 dazu gesagt:

Die angebotsorientierten Steuersenkungen haben hauptsächlich Unternehmen und Spitzenverdiener entlastet und deswegen gerade nicht zu Wachstum geführt.

Ich habe mir die Zwischenrufe - wie gesagt, das war eine andere Zeit - angeschaut. Ihm wurde vorgehalten, wir wollten doch nur Schulden machen, und es kam der Spruch: „Und warum haben wir so viel Wachstum?“ -

Ich möchte die Koalition gerne fragen, ob sie diese Zwischenrufe aufrechterhält oder zurücknehmen will.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Ja,

selbstverständlich! Wenn wir diese Phase nicht gehabt hätten, ständen wir noch schlechter da!)

Es war und ist richtig: Wir müssen die Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen auf eine tragfähige Grundlage stellen. Die ganze Kritik an den Finanzmärkten und Spekulationen, die jetzt so in Mode gekommen ist, macht doch nur einen Sinn, wenn der Staat tatsächlich handlungsfähig ist.

Nun lese ich dieser Tage über Finanzminister Peer Steinbrück, dass er sich eine höhere Besteuerung von besonders

hohen Einkommen vorstellen könnte und dass er Börsenumsätze besteuern will. All diese Vorschläge hat er noch vor einigen Tagen in diesem Hause für unmöglich erklärt. Deshalb haben wir gleich in den zuständigen Ausschüssen nachgefragt, wie denn der Bundesfinanzminister diese Vorschläge, die er öffentlich gemacht hat, umsetzen will. Da wird uns gesagt, er habe diese Vorschläge als stellvertretender SPD-Vorsitzender gemacht. Das klang so wie: Das war nicht so ernst gemeint. Die Bundesregierung handelt als Getriebene ihrer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie haben heute eine Schuldenbremse abgelehnt, eine andere eingeführt und die höchsten Schulden in der Geschichte zu verantworten. Sie haben weder für das eine noch das andere ein Konzept. Da fällt einem doch nur Shakespeare ein: Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. - Nur: Zustimmung können wir dem nicht.  
(Beifall bei der LINKEN) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Das Wort hat nun Alexander Bonde, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Beitrag eben hat deutlich gemacht, weshalb wir darüber diskutieren müssen, welche Auswirkungen Schulden haben. Herr Claus, Ihr Fraktionsvorsitzender führt sich hier zwar immer wie ein Weltökonom auf, aber das dürfen Sie nicht glauben. Woher Sie die Formel haben, Schulden ist gleich sozial, weiß ich nicht. Das wahre Leben zeigt etwas anderes: Natürlich ist eine massive Staatsverschuldung immer eine Umverteilung von unten nach oben. Dass gerade Sie nicht in der Lage sind, das zu kapieren, spricht Bände.  
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)  
Ich will sagen, warum wir heute über diese Frage diskutieren müssen. Ein aktueller Anlass ist die Rekordverschuldung, aber es gibt noch einen anderen Grund.  
Schauen wir einmal in die Geschichte, und betrachten die Entwicklung der Staatsverschuldung! 1960 hatte die Bundesrepublik Deutschland umgerechnet 28 Milliarden Euro Schulden, und zwar Bund, Länder und Gemeinden. Heute beträgt die Verschuldung für alle Gebietskörperschaften 1 500 Milliarden Euro. Gemessen am BIP bedeutet das einen Anstieg von 20 auf über 65 Prozent. Ich finde, das ist der Moment, um innezuhalten und zu überlegen: Was hat das eigentlich mit Nachhaltigkeit zu tun?  
(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Wir Grünen haben den Slogan: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. - Hier ist die Handlungsfähigkeit von Politik gefragt, zu sagen: Kann ich einen solch ethischen Grundsatz tatsächlich in konkretes Handeln umsetzen?  
(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Wenn man diese Entwicklung stoppen will, dann braucht man verbindliche Verschuldungsregeln auf allen Ebenen; gleichzeitig muss die Handlungsfähigkeit auf allen politischen Ebenen sichergestellt sein. Heute diskutieren wir unseren Vorschlag, nachdem gestern die Föderalismuskommission getagt hat. Bei dieser Kommission gibt es ein Kuriosum. Sie hat letzte Woche

zum letzten Mal getagt, sie hat am Donnerstag dieser Woche zum letzten Mal getagt, und sie wird am 5. März erneut zum letzten Mal tagen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Zum allerletzten Mal!)

Wir sind gespannt, wie viele letzte Male sie noch tagen wird. Jedes Mal wurde abends der große Durchbruch verkündet, obwohl nichts fixiert war. Deshalb finde ich es interessant, dass die Kollegin Merkel hier gesagt hat, man könne darüber noch nicht diskutieren, weil es nichts gebe, während ihr Fraktionsvorsitzender gestern Abend verkündet hat: Großer Durchbruch, alles in trockenen Tüchern. – Wir werden noch viel Spaß mit vielen letzten Sitzungen und vielen weiteren Durchbrüchen haben, die wir gemeinsam bewundern dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Ein bisschen erinnert einen das an den Gesundheitsfonds und viele andere großkoalitionäre Veranstaltungen.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Aber zurück zum Thema. Was bedeutet der Durchbruch, den Sie gestern Abend erneut verkündet haben, konkret? Die Länder sollen bis zum Jahr 2020 bei den Schulden auf null, der Bund soll die Schuldenaufnahme ab 2016 auf 0,35 Prozent des BIP begrenzen. Das ist sehr ambitioniert, wenn man sich die Zeitschiene anschaut. Wir können ja einmal durchgehen, wer von der Ministerpräsidentenriege und vom Kabinett in den Jahren 2016 und 2020 noch im Amt ist. Wir wünschen gute Gesundheit, und die werden einige brauchen, um die Zeit noch selber zu erleben. Schauen Sie sich zusätzlich an, was im Jahre 2019 passieren wird. Dann stehen neue Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich an, die Finanzierung des Ostens über den Soli läuft aus, und die Zinshilfe für Altschulden der Länder läuft aus. Das heißt, dann wird die Föderalismuskommission IV, V, VI oder VII beieinander sitzen. Mit Verlaub, es glaubt doch niemand, dass die heute beschlossene ambitionierte Regelung dann noch etwas wert ist;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Otto Fricke [FDP] – Jochen-

Konrad Fromme [CDU/CSU]: Nicht so pessimistisch!)

denn es gibt keine strukturierte Übergangsregelung dafür, wie die Länder und der Bund von heute nach morgen kommen sollen. Wir alle sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass diese Regelung nur Zeit kauft und eine abschließende Regelung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag projiziert wird. Im Jahr 2019 wird etwas ganz anderes herauskommen.

Wir legen Ihnen heute unser Zukunftshaushaltsgesetz und das entsprechende Begleitgesetz vor, um eine Schuldenregelung vorzuschlagen, die konjunkturell atmet, die tatsächlich gleich und die die Frage – darauf hat der Kollege Fromme schon hingewiesen –, wie viel Verschuldung man noch zulässt, an die Nettoinvestitionen koppelt. Es geht also darum, die künftige Schuldenaufnahme nur zu erlauben, wenn Investitionen getätigt werden, die auch bei einer Grenzwertbetrachtung und unter der Berücksichtigung von Abschreibungen einen tatsächlichen Mehrwert bringen und tatsächlich zur Innovation

und zum Nutzen zukünftiger Generationen beitragen. Insofern finde ich es schade, dass gerade Sie, Kollege Fromme, der Sie die Frage der Abschreibungen in unserer Haushaltspolitik neu betrachtet sehen wollen, nicht bereit sind, diesen Weg weiter zu gehen. Das wäre besser als die Lösung, die die Koalition vorschlägt. Sie lässt eine Verschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP zu, egal ob für konsumtive oder investive Zwecke. Sie setzt keinerlei qualitative Anreize. Wir finden, dass eine wirkliche Schuldenbremse die Frage der Qualität des Staatshaushalts mit im Auge behalten muss. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entscheidend ist, dass die Regelung das konjunkturelle

Atmen und das Investieren in die Bildung und andere Bereiche erlaubt. Der Staat muss auf allen Ebenen weiterhin handlungsfähig bleiben. Das Konzept der Schuldenbremse muss auf einer soliden Legitimation basieren, was eine große Herausforderung an die Politik darstellt, weil sie sich selbst beschränken muss; denn die Gefahr, als Großkoalitionär wieder mit großen Programmen das Volk zu beglücken, ist groß, ebenso die Gefahr, mit Geschenken durch die Rathäuser zu ziehen, wie wir es jetzt wieder erleben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zu Ihrem Modell eine weitere Differenz. Bei dem Konzept einer Schuldenbremse braucht man eine sinnvolle Lösung für die Altschulden von den besonders verschuldeten Ländern und Gemeinden. Die Kommunen spielen bei dem, was die Föderalismuskommission macht, keine Rolle. Das ist ein entscheidender Schwachpunkt; denn wir alle wissen, dass die Länder reihenweise versuchen werden, die Wirkung ihrer Verschuldungsgrenzen bei den Kommunen abzuladen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in dieser Beziehung genügt Ihr Modell nicht dem Anspruch, Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen zu gewährleisten. Deshalb stellen wir heute unser Modell zur Abstimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben viel in der Föderalismuskommission erlebt. Da gab es einen bayerischen Ministerpräsidenten, dem eigentlich nur die Handtasche fehlte, um als Maggie Thatcher durchzugehen, den Sie vom Baum herunterkaufen mussten, der verlangt hat, dass irgendwo in der Konzeption die Null auftaucht, und sei es zu einem Zeitpunkt, den keiner für realistisch hält.

Ich habe den Eindruck, Sie haben sich mit Ihrem Modell der Schuldenbremse an der entscheidenden Frage vorbeigedrückt. Jedes Auto mit solch einer Bremse kommt nicht auf den Markt, und zwar zu Recht. Es täte Ihnen wirklich gut, sich noch einmal grundsätzlich mit der Frage zu befassen: Welche Modelle wirken wirklich? Das, was die Föderalismuskommission bisher beschlossen hat - da können Sie noch so viele letzte Sitzungen abhalten -, wird der Aufgabenstellung und der Dimension des Ganzen nicht gerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Erst lesen, dann reden!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Kollegen Norbert Barthle, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte ist ein schönes Beispiel dafür, dass mancher Gesetzentwurf von der Realität eingeholt wird. Der vorliegende Gesetzentwurf stammt vom 4. Juli 2007. Die erste Lesung war am 20. September 2007, also zu einer Zeit, da die Welt noch ganz anders aussah. Zu diesem Thema hat die Kollegin Merkel schon das Notwendige gesagt.

Die Lage des Bundeshaushalts hat sich im Verhältnis zu den damaligen unhaltbaren Zuständen – Rot-Grün regierte noch – deutlich verbessert: Wir haben die Nettoneuverschuldung zurückgeführt. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts war wirklich greifbar nahe.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Jetzt, im Frühjahr 2009, hat sich die Situation grundlegend verändert. Wir erleben hautnah, dass die Rede vom „globalen Dorf“ uns alle trifft. Wenn in New York eine Bank pleitegeht, dann gibt es in Deutschland Entlassungen, und in China bricht die Produktion ein.

Auch deshalb hat die Bundesregierung, gestützt von den meisten in diesem Hause versammelten Kolleginnen und Kollegen, sehr viel Geld in die Hand genommen – die Grundlage dafür haben wir mit unserem heute früh gefassten Beschluss gelegt –, damit unsere Bürgerinnen und Bürger aus dieser Krise wieder herauskommen. Wir von der Union sind davon überzeugt: Dieses Konjunktur- und Investitionsprogramm ist im Grunde die einzig verantwortbare Alternative. Es gibt keine Möglichkeiten, sich zurückzulehnen und zuzuschauen. Man muss selbst tätig werden. Das hat nicht nur der Sachverständigenrat bestätigt, sondern auch die Anhörung, die wir im Haushaltsausschuss am Montag dieser Woche durchgeführt haben.

Deshalb rate ich all den schlaun Kritikern, die schon jetzt von der Unwirksamkeit dieser Maßnahmen überzeugt sind: Habt doch etwas Geduld! Lasst die Maßnahmen erst einmal wirken! Erinnerung euch daran, dass wir für diese globale Krise – wie seinerzeit für die deutsche Wiedervereinigung – keine Blaupause haben, dass wir sozusagen auf Sicht fahren! Lasst deshalb das Beckmesser! Lasst die Polemik weg! Tragt zur Lösung der Probleme bei! Werdet eurer staatsbürgerlichen Verantwortung gerecht! Dann ist uns allen geholfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich habe schon erwähnt: Die Krise zwingt uns, viel Geld in die Hand zu nehmen, neue Schulden zu machen. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wir haben es ein Stück weit der soliden Arbeit dieser Großen Koalition in den vergangenen drei Jahren zu verdanken, dass wir jetzt überhaupt in der Lage sind, so zu handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wo stünden wir, wenn wir diesen Prozess nicht durchlaufen hätten? Man muss auch feststellen: Im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone stehen wir jetzt viel



besser da. Damit haben wir die Chance, besser aus dieser Krise herauszukommen.

Den Abgeordnetenkollegen von den Grünen rate ich an dieser Stelle zu etwas mehr Demut. Kollege Bonde, als Sie an der Regierung beteiligt waren, war die Haushaltsdisziplin nämlich weit von den Ansprüchen entfernt, die aus dem von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurf resultieren und die Sie heute aufstellen. Auch daran muss man erinnern.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eure Ausgabensteigerungen haben wir nie hingelegt!)

Jetzt befinden wir uns in einer Krise. Wegen oder vielleicht sogar trotz dieser Krise hat sich die Große Koalition vorgenommen, eine Schuldenbremse einzuführen. Über eines sind wir uns einig - da hat Kollege Fricke recht -: Der bisherige Art. 115 Grundgesetz wirkt nicht. Zu oft wurde die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt. Dieser Ausweg war allzu leicht gangbar. Nur deshalb konnte es geschehen, dass wir jetzt einen Schuldenberg von 1,5 Billionen Euro aufgetürmt haben.

Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, unserem haushaltspolitischen Sprecher, Steffen Kampeter, und unserem Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, ein großes Lob auszusprechen. In den Beratungen zu diesem Konjunkturpaket wurde ein klarer geistiger Zusammenhang zwischen dem Konjunkturpaket und dem Aufnehmen einer Schuldenbremse ins Grundgesetz hergestellt. Das war richtig; das war sinnvoll; das war gut. Das hat dabei geholfen, dass wir die Schuldenbremse jetzt bekommen. Ich bin auch der Auffassung, dass das Zeitfenster für diese Schuldenbremse immer noch offen ist und die Voraussetzungen gut sind; denn wir hatten im vergangenen Jahr gesamtstaatlich gesehen einen ausgeglichenen Haushalt und haben auch eine gute politische Gesamtkonstellation: die Große Koalition im Bund und die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. All das sind Argumente, die dafür sprechen, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Ich will an dieser Stelle meinem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger und unserem Kollegen Peter Struck

(Ute Kumpf [SPD]: Wunderbarer Mann! Genau!)

für die bisher in dieser Kommission geleistete Arbeit danken. Nebenbei bemerkt: Günther Oettinger hat auch die Kommissionsmitglieder von der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen gelobt und ihnen dafür gedankt, dass sie nicht als Bremser, sondern als treibende Kräfte gewirkt haben. Ich schließe mich dem an.

Die Botschaft ist klar und eindeutig: Wir machen zwar neue Schulden, aber gleichzeitig führen wir strenge Regeln ein, gemäß denen in der Zukunft feste Rückzahlungsverpflichtungen vorgesehen sind. Damit wird das ungebremste Schuldenwachstum der vergangenen Jahre beendet. Das stellt, wie der Kollege Fromme richtig gesagt hat, einen Paradigmenwechsel in der politischen Landschaft dieser Republik dar. Auf diesen Paradigmenwechsel können wir, wie ich glaube, ein Stück weit stolz

sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch eine weitere kleine Anmerkung als Baden-Württemberger machen: Aus Sicht der Geberländer wäre es, kurzfristig betrachtet, kein Schaden gewesen, wenn die Kommission zu keinem Ergebnis gekommen wäre;

(Ute Kumpf [SPD]: Nicht so überheblich sein, Herr Kollege! Das sage ich als Stuttgarterin!)  
denn diese hätten weiterhin keine Schulden gemacht, hätten keine Solidaritätsverpflichtungen übernommen, und die anderen Länder hätten weiter Schulden machen können.

(Ute Kumpf [SPD]: Auch uns kann es mal schlechter gehen, Herr Kollege!)  
Längerfristig betrachtet fiele uns das natürlich auf die Füße. Das wissen alle. Das wissen Gott sei Dank auch die Geberländer. Deshalb waren die Geberländer bereit, sich im Rahmen dieser Föderalismuskommission dazu zu verpflichten, sich solidarisch mit den Empfängerländern, die überschuldet sind, zu zeigen, für diese einzustehen und ihnen entsprechend zu helfen. Das halte ich für ein gutes Signal in dieser schwierigen Zeit. Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich mit der Anmerkung schließen, dass damit für uns Haushälter die Arbeit noch lange nicht zu Ende ist. Wir haben innerhalb des Haushaltsrechts noch viel zu regeln. Es wird um die Frage doppische Haushaltsführung oder Kameralistik gehen, die Definition des Investitionsbegriffes wird uns beschäftigen und Weiteres mehr. Wir sind da aber guter Dinge.

Jetzt bleibt nur noch eines zu sagen: Wir empfehlen die Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/10384, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5955 abzulehnen. Ich bitte diejenigen,

die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? -

Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Abstimmung über den von der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Zukunftshaushaltsgesetz-Begleitgesetzes. Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Haushaltsausschuss

auf Drucksache 16/10384, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5954

abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf

zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Auch hier entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung:

- Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung
- der Beschlussempfehlung und des Berichts:
- Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft
- Die europäische Alternative zu Wirtschaftsprotektionismus und Ausländerdiskriminierung
- Rahmenbedingungen für eine nachhaltige internationale Investitionspolitik schaffen - Multilaterale Regeln für Staatsfonds entwickeln (Tagesordnungspunkt 30 a und b)

Erich G. Fritz (CDU/CSU): Wir beschließen heute den vorliegenden Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung ist keine Abkehr Deutschlands von der offenen Haltung gegenüber ausländischen Investitionen verbunden. Wir wollen, dass weiterhin in Deutschland unter besten Bedingungen investiert wird. Wir begrüßen jeden Investor, der sein Geld in Deutschland durch Beteiligung oder andere Formen der Investition in Unternehmen stecken und Arbeitsplätze schaffen will.

Kritiker der Novelle wollten zwar den Eindruck erwecken, dass die geplante Prüfungsmöglichkeit für Investitionen gerade auch in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise die Attraktivität des Standortes Deutschland gefährden und ein negatives Signal für die Investitionsfreiheit weltweit darstellen würde. Investitionsfreiheit und Prüfung ausländischer Investitionen in dem jetzt vereinbarten Maß sind aber kein Widerspruch. Ich bin sicher, dass die befürchteten psychologischen Probleme, die nach der Ankündigung des Gesetzes entstanden sind, durch die Kenntnis der jetzt vorgesehenen Regelungen, wie sie nun im Gesetz stehen, weitgehend ausgeräumt worden sind. Die öffentliche Diskussion über die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes übersteigt in ihrer Dimension den Kern der tatsächlichen Änderungen und zu erwartenden Wirkungen um ein Vielfaches. Bei der jüngsten Diskussion in der vom Wirtschaftsausschuss am 26. Januar 2009 durchgeführten Anhörung haben denn auch alle Sachverständigen - mit Ausnahme des DGB, der nichts anderes als eine generelle Investitionskontrolle wollte - eingeräumt, dass es sich bei der Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes um ein Gesetz mit geringer Eingriffstiefe handelt. Dies verdeutlichen folgende Fakten: Um die betroffenen Unternehmen so wenig wie möglich zu belasten, gibt es keine Genehmigungs- oder Meldepflicht für Unternehmen, sondern die Prüfung eines Erwerbs von Amts wegen. Das heißt, das BMWi beobachtet laufend aktuelle Investitionsvorhaben und greift einen Erwerb aus eigener Initiative zur förmlichen Prüfung auf. Das

BMW i verfügt insofern über ein bescheidenes Prüfungsrecht. Es ist auf Informationen der Betriebsräte, des Managements, der Presse und die Zusammenarbeit mit dem Kartellamt angewiesen. Nach Ablauf der Fristen kann ein Erwerb nicht mehr zur Prüfung aufgegriffen werden. Investoren, die sichergehen wollen, dass ihre Beteiligung Bestand hat, können Rechtssicherheit erlangen, indem sie sich im Vorfeld die Unbedenklichkeit ihres Vorhabens bescheinigen lassen. Diese Unbedenklichkeitserklärung ist rechtsverbindlich.

Vor Beschränkungen oder Untersagungen hat das BMWi die Zustimmung der Bundesregierung einzuholen. Entscheidungen unterliegen einer gerichtlichen Kontrolle, das heißt, der Investor kann die Anordnung oder Untersagung vor dem zuständigen Verwaltungsgericht anfechten. Würde das Gesetz für andere, etwa protektionistische, Zwecke missbraucht, stünden die Wettbewerbshüter und EU-Gerichte bereit, um einzuschreiten.

Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ist die Übereinstimmung mit den zu beachtenden EU-Regeln, die offene Märkte garantieren sollen, unzweifelhaft hergestellt worden. Deutschland steht mit einem solchen Gesetz auch nicht alleine da. Die USA und Frankreich zum Beispiel verfügen über ein Prüfungsrecht bei ausländischen Direktinvestitionen. Deren Kontrollmöglichkeiten gehen weit über den deutschen Gesetzentwurf hinaus. Trotz der weitergehenden Prüfvorbehalte bieten beide Länder nach wie vor attraktive Rahmenbedingungen für ausländische Investoren.

Darüber hinaus konnten wir gegenüber dem ersten Entwurf einiges ändern und anwendungsfreundlich gestalten. Die ursprünglich vorgesehene Beteiligung anderer Ministerien wie zum Beispiel des Arbeitsministeriums spielt keine Rolle mehr. Die Entscheidungen können zügig an einer Stelle getroffen werden. Außerdem hat die Große Koalition den Gesetzentwurf im Nachgang der Anhörung durch zwei wesentliche Änderungen noch weiter abgemildert und benutzerfreundlicher gemacht: § 53 Abs. 3 wird dahin gehend geändert, dass das BMWi die Unbedenklichkeitsbescheinigung auf Antrag „erteilt“ und nicht, wie bislang formuliert war, „erteilen kann“. Hinzu kommt, dass die Unbedenklichkeitsbescheinigung als erteilt gilt, wenn nicht das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie innerhalb „eines Monats“ nach Eingang des Antrags ein Prüfverfahren nach § 53 Abs. 1 Satz 1 eröffnet. Unternehmen erlangen auf diese Weise sehr zügig Rechts- und Transaktionssicherheit. Gerne hätte die CDU/CSU noch klargestellt, dass mit der Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung das Prüfrecht erlischt und eine Untersagung oder Anordnung ausgeschlossen ist. Leider wollte unser Koalitionspartner SPD diese Klarstellung nicht mittragen. Ein Blick in das Verwaltungsverfahrensgesetz klärt aber einen großen Teil der von manchen Experten vorgetragenen Vorbehalte. Ich denke, wir haben eine Regelung gefunden, die weder der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland schadet noch unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, weil die Beschränkungsmöglichkeiten für ausländische Investoren klar kalkulierbar und nicht überzogen sind. Wenn eine Reihe von Kommentatoren

von einem Vorratsgesetz sprechen, dann trifft das in etwa die Haltung der CDU/CSU-Fraktion.

Die Investitionsfreiheit und die Prüfung von ausländischen Investitionen stellen in dem jetzt vereinbarten Umfang keinen Widerspruch dar. Deutschland wird auch nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung ein offenes Land für ausländische Investitionen bleiben. Für Deutschland bleibt die Investitionsfreiheit nach wie vor ein Stützpfeiler für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Ausländische Investitionen tragen dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland weiterzuentwickeln, neue Produkt- und Geschäftsideen zu verwirklichen und Arbeitsplätze in Deutschland langfristig zu sichern. Dazu will und braucht Deutschland ausländisches Kapital. Insofern ist das Bekenntnis zu offenen Märkten für unser Wirtschaftsverständnis fundamental.

Um nochmals Missverständnisse zu vermeiden: Abwehrmaßnahmen müssen die absolute Ausnahme bleiben, und das werden sie auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sein. Jeder Investor, der marktwirtschaftliche Ziele verfolgt, ist in Deutschland weiterhin sehr willkommen.

Rolf Hempelmann (SPD): Das Handelsblatt titelte am Mittwoch: „US-Unternehmen finden Deutschland spitze“. Anlass ist das aktuelle Businessbarometer der amerikanischen Handelskammer „AmCham“. Die Ergebnisse sind eindeutig: Trotz Krise bleibt Deutschland aus Sicht der US-Unternehmer attraktiver Investitionsstandort in Europa. Im europäischen Vergleich stehen wir sogar besser da denn je - an Platz eins - und überholen Osteuropa. Amerikanische Investoren schätzen die gute Infrastruktur und den hohen Ausbildungsstand der Arbeitnehmer in Deutschland. Das sind unsere Trümpfe.

Tatsache ist: Deutschland ist ein wichtiger Investitionsstandort. Ausländische Direktinvestitionen sind ein Grundpfeiler unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Und ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Das soll und wird auch so bleiben.

Wir beraten heute die 13. Novelle zum Außenwirtschaftsgesetz und zur Außenwirtschaftsverordnung. Damit schaffen wir ein Prüfrecht für solche Investitionen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik möglicherweise problematisch sein könnten. Ich denke da an für die öffentliche Ordnung kritische Infrastrukturen, zum Beispiel Netzinfrastrukturen im Bereich der Telekommunikation, Elektrizität oder Transport. Angenommen, ein Investor aus einem Nicht-EU- oder EFTA-Staat plant den Erwerb von Anteilen an einer solchen Infrastruktur in einer Höhe, die ihm umfassende Kontrollrechte ermöglicht. Lässt sich hier außerdem ein strategisches Vorgehen vermuten, sodass möglicherweise ein Grundinteresse unserer Gesellschaft wie die Energieversorgungssicherheit berührt wird, so bleibt die Bundesregierung mit dem vorliegenden Prüfrecht künftig handlungsfähig.

Bereits im AWG angelegt ist ein solcher Schutz im Bereich von Kriegswaffen und bestimmten Rüstungsgütern. Die Bundesrepublik ist damit bisher immer sehr verantwortungsvoll umgegangen. Auch im Ausland finden solche Regelungen bereits vielfach Anwendung.

Man denke nur an die USA, an Frankreich oder Großbritannien. Die Opposition fordert, sich bei Übernahme- und Beteiligungsbegehren

allein auf die Fusionskontrolle zu stützen. Ich aber glaube, es ist sinnvoll, dass wir bestehende Regelungen zum Schutze wettbewerblicher Marktstrukturen um ein Instrumentarium zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ergänzen. Die vorliegende Regelung orientiert sich eng an den Vorgaben des europäischen Rechts. Besonderer Wert wurde auf die Vereinbarkeit des novellierten AWG mit der Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit auf EU-Ebene gelegt. Der Terminus „öffentliche Ordnung oder Sicherheit“ ist dem Gemeinschaftsrecht entlehnt und über die Rechtsprechung des EuGH ausreichend definiert. Darüber hinaus wurde der Gesetzentwurf in Abstimmung mit der Europäischen Kommission vorbereitet. Auch in der Anwendung wird sich die Bundesregierung an die engen Vorgaben des Gemeinschaftsrechts und der EuGH-Rechtsprechung halten müssen. Für Alarmismus in Richtung eines neu entstehenden Protektionismus besteht somit kein Anlass, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Im Zuge der parlamentarischen Befassung mit dem Regierungsentwurf haben sich die Koalitionsfraktionen zudem für möglichst leicht handhabbare Regelungen für die betroffenen Unternehmen eingesetzt. Dabei wurden auch Empfehlungen der Sachverständigen aus der Anhörung vom 26. Januar aufgegriffen. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sieht vor, dass nicht nur der Erwerber sondern auch der Veräußerer einer Unternehmensbeteiligung künftig eine Unbedenklichkeitsbescheinigung beantragen kann. Darauf besteht nun auch ein Rechtsanspruch. Darüber hinaus soll der Gesetzentwurf dahin gehend geändert werden, dass die Unternehmen möglichst schnell Klarheit darüber gewinnen, ob das Bundeswirtschaftsministerium die Notwendigkeit einer eingehenden Prüfung des Investitionsvorhabens sieht oder nicht.

Der überwiegende Teil aller Übernahmebegehren kann sehr schnell als unbedenklich eingestuft werden. Diese Einschätzung des federführenden Hauses haben wir zum Anlass genommen, eine Einmonatsfrist einzuführen, innerhalb derer das Bundeswirtschaftsministerium entscheiden muss, ob ein Investitionsvorhaben unbedenklich oder prüfenswert ist. Für die wenigen prüfenswerten Fälle gilt dann die bereits vorgesehene zweimonatige Prüffrist nach Einreichung aller notwendigen Unterlagen.

Der Normenkontrollrat bestätigte uns in diesen Tagen, dass dieses freiwillige Antragsverfahren mit geringem Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist und in kurzer Zeit Rechtssicherheit in Bezug auf ein Erwerbsvorhaben ermöglicht. Ich denke, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen angemessenen Weg gefunden haben, bei einem grundsätzlichen und unhinterfragten Festhalten am Prinzip der Investitionsfreiheit mit potenziell kritischen Beteiligungsvorhaben umgehen zu können.

Die Finanzkrise führt uns derzeit eindrücklich vor Augen, dass nicht jede Entwicklung dem Markt überlassen werden kann. Der Boom an den globalen Rohstoffmärkten hat einigen Schwellenländern enorme Leistungsbilanzüberschüsse beschert. Diese Entwicklung

geht einher mit einer deutlichen Zunahme an Gründungen von sogenannten Staatsfonds. Ich will hier nicht die teilweise übertrieben negative Berichterstattung über Staatsfonds aufgreifen. Schließlich handelt es sich um kein neues Phänomen. Seit Jahrzehnten verwalten die erdölexportierenden Länder Devisenüberschüsse aus dem Ölgeschäft über Staatsfonds. Mit ihren meist langfristigen Beteiligungen haben deutsche Unternehmen bislang gute Erfahrungen gemacht. Aber es zeigt sich auch, dass manche dieser Neugründungen deutlich finanzkräftiger sind und sehr renditeorientierte Anlagestrategien haben. Sie zeigen ein Interesse an hohen Beteiligungen, die sich spürbar auf die Eigentumsverhältnisse hier ansässiger börsennotierter Unternehmen auswirken könnten. Hinzu kommt, dass die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Sektor bei manch potenziellem Investor zunehmend schwieriger zu bestimmen ist.

Ich denke also, dass wir solche Wirtschaftsbereiche, die Fragen der öffentlichen Sicherheit berühren - wie die Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen -, nicht jeglichem Investitionsvorhaben mit Bauchschmerzen preisgeben sollten, sondern uns auf rechtlich abgesicherter Basis die Möglichkeit zugestehen sollten, problematische Investitionen zu prüfen und gegebenenfalls zu untersagen. Eine sehr zurückhaltende Auslegung dieser Regelung setze ich mit Blick auf die bisherige Praxis voraus. Deshalb bitte ich Sie heute um Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzesvorhaben.

Gudrun Kopp (FDP): Kurz gesagt: Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes ist ein weiteres Zeugnis für das wirtschaftspolitische Scheitern der schwarz-roten Koalition.

Mit den Änderungen, die die Koalition hier verabschieden will, wird das Bundeswirtschaftsministerium künftig jede größere Beteiligung - ab 25 Prozent - eines ausländischen Investors an einem gebietsansässigen Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen einer Überprüfung unterziehen können. Sieht das Bundeswirtschaftsministerium das schwammige Kriterium einer Gefährdung der „öffentlichen Ordnung oder Sicherheit“ Deutschlands erfüllt, kann es die Rückabwicklung oder Untersagung von Beteiligungsinvestitionen verordnen.

Ausländische Investoren haben in Deutschland einen Investitionsbestand von derzeit circa 390 Milliarden Euro. Damit werden etwa 2 Millionen Arbeitsplätze in unserem Land gesichert. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig auch ausländische Investitionen für Deutschland sind. Berechtigte Schutzinteressen Deutschlands bei möglichen Firmenübernahmen bzw. -beteiligungen sind durch das bestehende Kartell- und Wettbewerbsrecht ausreichend abgesichert. Für weitere Investitionshemmnisse, und seien sie auch nur psychologischer Art, besteht keinerlei Begründung.

Besonders vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise ist es daher nahezu fahrlässig, ausländische Investoren mit dem Damoklesschwert einer staatlichen Investitionskontrolle vom deutschen Markt fernzuhalten. Dies ist ein völlig falsches Signal, insbesondere weil Deutschland als Exportnation besonders abhängig ist von

offenen Märkten. Dies hat sogar die Bundesregierung erkannt. Ich zitiere aus dem Kurzbericht der Bundesregierung zum Sachstand der Buy-American-Klausel: „Einseitige handelsbeschränkende bzw. protektionistische Handelsmaßnahmen sind der falsche Weg zur Überwindung der Finanzkrise.“ Mein Appell: Bringen Sie Reden und Taten in Einklang, und lassen Sie das Außenwirtschaftsgesetz, wie es ist!

Dieser Änderungsentwurf ist real gewordenes Abbild der Klischees über so manche Gesetze in der Öffentlichkeit: eine bürokratische Hürde ohne Nutzen, dafür aber mit einem vorhersehbaren Vertrauensverlust gegenüber potenziellen Investoren. Es stellt sich mir die Frage, was genau Sinn und Zweck dieser Gesetzesänderung ist. Es gibt kein Beispiel einer ausländischen Investition in Deutschland, bei der ein solches Gesetz im Sinne der Rückabwicklung einer Beteiligung oder Akquisition anzuwenden gewesen wäre. Deutschland ist nicht in Gefahr, von ausländischen Investoren in Sicherheit und öffentlicher Ordnung bedroht zu werden. Deutschland läuft aber Gefahr, mit diesem Gesetz die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Investitionen zu riskieren. Wir Liberalen stellen uns ganz klar gegen diesen Ansatz

von Wirtschaftsprotektionismus und Ausländerdiskriminierung. Stattdessen sollten die Grundsätze des Gründungsvertrags der Europäischen Gemeinschaft und zugleich das Fundament der sozialen Marktwirtschaft wieder zum Leitbild werden: Es sind „alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.“ So Art. 56 EGV. Man muss hinzufügen: und Zahlungsverkehrs. Diese Gesetzesänderung bringt keinen Nutzen, aber sie kostet viel, nämlich das Vertrauen der Investoren. Ulla Lötzer (DIE LINKE): Noch lange vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise warnten die Manager deutscher Großkonzerne vor dem Ausverkauf der heimischen Industrie an ausländische Staatsfonds. Je nach Branche wurde vor einer russischen oder einer chinesischen Gefahr gewarnt. Die Bundesregierung wollte dem durch eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes willfährig Rechnung tragen. Im Verlauf der Debatte und im Verlauf der Finanzkrise hat die Bundesregierung dann die Begrenzung auf Staatsfonds aufgegeben. Es wurde deutlich, dass besonders asiatische und arabische Staatsfonds massiv Finanzinstitute stützten und seit Jahren das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanzieren. Die Linke begrüßt deshalb, dass die Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen auf die weitaus schädlicheren privaten Investoren wie Private Equity und Hedgefonds ausgeweitet wurde. Deren kurzfristige und überzogene Renditeziele haben nicht nur in der Bundesrepublik viele stabile Firmen in den Ruin getrieben und massenhaft Arbeitsplätze vernichtet.

Im weiteren Verlauf liefen dann aber die gleichen Manager Sturm gegen das von ihnen geforderte Gesetz. Anscheinend ist ihnen klar geworden, dass ihr schon immer falsches Dogma des freien Kapitalverkehrs nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte massiv an Ausstrahlungskraft verloren hat. Der BDI warnt in seiner Stellungnahme explizit vor einem neuen „Staatskapitalismus“



sowie einer allgemeinen Kapitalismus- und Globalisierungskritik. Der DIHT ergänzt: Zum jetzigen Zeitpunkt wären staatliche Kontrollen ausländischer Investitionen das falsche Signal. Der zur Bundestagsanhörung eingeladene Private-Equity-Fonds Permira sorgt sich, dass die im Gesetzentwurf vorgesehenen Kontrollen zwar praktisch nicht zur Anwendung kommen werden, aber die „theoretische Möglichkeit“ schon abschreckend wirken würde. Der Mittelstandspolitiker der CDU/CSU, Michael Fuchs, meldet deshalb schon einmal Vollzug im Interesse der deutschen Wirtschaft: „Die abstrusen Pläne zur Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes haben wir auf ein harmloses Niveau eingedampft.“ „Abstrus“ bezieht sich hier wohl entweder auf die Forderungen der Großkonzerne oder das CSU-geführte Ministerium. Abstrus sind aber durchaus die konkreten Regelungen des Gesetzentwurfs. Von einer wirksamen Kontrolle kann man jetzt nicht mehr sprechen. Dazu hätte erstens die Meldepflicht und auch die Beweislast bei den Investoren liegen müssen. Zweitens hätte das enge Prüfkriterium der öffentlichen Sicherheit um wirtschaftliche Ziele und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards ergänzt werden müssen. Drittens hätte die Prüfschwelle von 25 Prozent Stimmrechtsanteilen gesenkt werden müssen und viertens die Möglichkeit der Prüfung nicht innerhalb der zu kurzen Frist von drei Monaten zu erfolgen. Das alles lässt den Gesetzentwurf zu einem zahnlosen Tiger verkommen.

Will man stattdessen das öffentliche Interesse schützen, sollte man wichtige Infrastrukturen und Bereiche der Daseinsvorsorge überhaupt nicht für private Investoren öffnen. Sie gehören in öffentliche Hand. Gemeinsam mit dem DGB fordert die Linke, dass schädliche Interessen von Investoren am besten ausgeschlossen werden, wenn die Beschäftigten gegenüber der Kapitaleseite im Unternehmen mindestens gleichberechtigt sind. Deshalb fordern wir seit langem nicht „mehr Staat“, sondern eine Ausweitung der Mitbestimmung bei Übernahmen, Kapitalerhöhungen und Börsengängen.

Wir wollen darüber hinaus steuerliche Maßnahmen, um Realinvestitionen gegenüber spekulativen Finanztransaktionen zu begünstigen. Wir denken dabei an Veräußerungsgewinne oder die Kredithebelung.

Statt ergebnisloser Weltfinanzgipfel auf G-20-Ebene, wo nur das Bekenntnis zu freien Märkten medienwirksam verbreitet wird, fordert die Linke ein internationales Investitionsabkommen.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem in Geheimverhandlungen ausgearbeiteten multilateralen Investitionsabkommen der OECD, MAI, den WTO-Verhandlungen zum Thema Handel und Investitionen oder den multi- und bilateralen Freihandelsabkommen haben gezeigt, dass allein unter dem Dach der UN ein alternatives multilaterales Investitionsregime entwickelt werden kann, das transnationale Konzerne wirksam auf soziale und ökologische Ziele verpflichtet.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu Beginn meiner Rede möchte ich noch einmal an den Anfang der Debatte erinnern. Da ging es darum, Deutschland vor ausländischen Staatsfonds

zu schützen. Mittlerweile ist auch der Bundesregierung klar geworden, dass Staatsfonds eine wichtige Rolle haben. Das wird insbesondere in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise deutlich. Wir haben das von Anfang an gesagt. Außerdem haben wir gesagt, dass auch private Fonds ein Problem darstellen könnten. Dass Sie an dieser Stelle nachgebessert haben, finden wir richtig.

Das Gesetz ist allerdings für die Lösung dieser Probleme völlig ungeeignet. Selbst die Vertreter der Koalition versicherten in der Anhörung im Wirtschaftsausschuss, dass das Gesetz eh nicht angewendet wird. Was wir derzeit mit der Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes erleben, ist also ein höchst seltsamer Vorgang: Es soll ein Gesetz verabschiedet werden, das möglichst wenig angewendet werden soll, gleichzeitig aber durch die drohende Verunsicherung bei ausländischen Investoren nur Schaden verursacht. Die Bundesregierung hält aber leider an dem Gesetz fest, das Investoren, die nicht aus der EU kommen, unter Generalverdacht stellt. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung einen Genehmigungsvorbehalt für Beteiligungen an deutschen Unternehmen durch EU-fremde Investoren einführen. Die Bundesregierung behält sich vor, jeglichen Erwerb von Beteiligungen über 25 Prozent an deutschen Unternehmen zu prüfen. Das halten wir nicht für sinnvoll. Zum einen schreckt es ausländische Investoren ab, und zum anderen prophezeie ich Ihnen, dass dies zu einem unnötigen bürokratischen Chaos führen wird. Statt sich mit jeglichen Investitionen zu beschäftigen, sollte sich die Bundesregierung lieber um ihr Tagesgeschäft kümmern und an der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise arbeiten.

Die von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Änderung, dass Investoren jetzt mit Monatsfrist eine Unbedenklichkeitsbescheinigung beantragen können, macht die Sache nicht besser. Will das Wirtschaftsministerium jetzt eine eigene Unbedenklichkeitsabteilung aufbauen und diese Kräfte dann dem Kampf gegen die Wirtschaftskrise entziehen?

Ein weiteres Problem des Gesetzes ist, dass die Frage, was Sicherheitsinteressen sind, nicht geklärt ist. Die Bundesregierung behält sich - wie auch andere europäische Regierungen - vor, Investitionen zu stoppen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik problematisch sind. Dagegen ist ja prinzipiell nichts einzuwenden. Was aber überhaupt nicht geht, ist, dass im Gesetz die Bereiche nicht genau definiert werden, in denen sich die Bundesregierung vorbehält, aus Sicherheitsgründen einzugreifen.

Und genau das ist ein Unding. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung alle Branchen als potenziell relevant für die nationale Sicherheit erklärt. So geht das nicht, und ich sage Ihnen: Wenn Sie der Sicherheit wegen in die Wirtschaft eingreifen wollen, dann definieren Sie bitte auch Bereiche, die sicherheitsrelevant sind. Und hören Sie endlich auf, alle Investoren außerhalb der EU und des EFTA-Raums pauschal zu diskriminieren!

Sie haben ja recht, wenn Sie sagen, dass wir Probleme mit Investoren haben, die sich nicht an Regeln halten, bestehende Regeln anders interpretieren oder Schlupflöcher in bestehenden Gesetzen nutzen. Allerdings kennen wir

dieses Problem genauso bei inländischen Investoren, die die Wettbewerbsregeln zu ihren Gunsten zurechtbiegen wollen. Und die Probleme mit ausländischen Investoren lassen sich nicht durch ein bürokratisches Genehmigungsverfahren lösen, sondern nur durch gemeinsame internationale Regeln und Initiativen. Deswegen geht Ihr Gesetzentwurf nämlich meilenweit am Ziel vorbei. Er muss unbedingt in den Reißwolf und durch zahlreiche wesentlich notwendigere Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene ersetzt werden.

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf in aller Deutlichkeit ab und fordern die Bundesregierung auf, sich auf internationaler und europäischer Ebene in den dafür relevanten Gremien - wie der OECD, dem IWF und auf europäischer Ebene - für eine multilaterale Lösung zur Investitionskontrolle einzusetzen. Auf europäischer Ebene gibt es bereits einen Arbeitsprozess, in dem sich die Staaten um eine gemeinsame Lösung zur Investitionskontrolle bemühen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Vereinbarung eines verbindlichen Rahmens für die Tätigkeit von Staatsfonds. Dabei geht es um mehr Transparenz in den Fondsstrukturen und den Ausschluss politischer Motive bei der Investitionstätigkeit. Dieser multilaterale Rahmen darf zudem nicht nach der Herkunft und der Art der Investoren differenzieren, sondern muss für alle Investoren und Investitionen gleichermaßen gelten. Er muss Rechte und Pflichten der Investoren definieren und auch dafür sorgen, dass die Menschenrechte sowie ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden. Bis derartige Abkommen auf internationaler oder europäischer Ebene verabschiedet wurden und rechtswirksam sind, müssen aber die zahlreichen Möglichkeiten zur Investitionskontrolle auf nationaler Ebene genutzt und geschärft werden. Damit können Sie viel mehr ausrichten als mit diesem Gesetz. Zu nennen sind die Fusionskontrolle, das Energiewirtschaftsgesetz, das Telekommunikationsrecht, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das Risikobegrenzungs-gesetz, gesellschaftsrechtliche Instrumente und zahlreiche Regelungen im Rüstungsbereich. Sie müssen nur noch dafür sorgen, dass die Behörden, die diese Gesetze anwenden, vollständig handlungsfähig sind; denn das ist nicht bei allen Behörden der Fall. Sorgen Sie dafür, dass der Personalhaushalt des Bundeskartellamts weiter aufgestockt wird, dass diese Behörde endlich mit den wachsenden Aufgaben Schritt halten kann! Dann haben Sie einen wesentlich größeren Beitrag zur Investitionskontrolle geleistet als mit ihrem misslungenen „Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung“. Das Gesetz nützt nichts, es sorgt für ein großes Ausmaß an Bürokratie, schreckt Investoren ab, und die eigentlichen Probleme müssten und könnten an anderen Stellen gelöst werden. Wir lehnen deswegen das Gesetz ab.

</ text >

< text 16207 >

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

- Drucksachen 16/12074, 12093 -

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich gemäß unseren Richtlinien zunächst die dringlichen Fragen auf Drucksache 16/12093 auf.

Ich rufe die dringliche Frage 1 auf:

Welche konkreten Maßnahmen werden von Opel/General Motors Europe, GM Europe, in den Bereichen Arbeitsplätze, Standorte, Finanzbedarf, Unternehmensstruktur, Produktportfolio sowie Patentrechte im am Wochenende vorgelegten Zukunftsplan des Unternehmens vorgeschlagen, um die Zukunft der Adam Opel GmbH zu sichern?

Zur Beantwortung steht die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Dagmar Wöhrl zur Verfügung. Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Kollegin

Dückert, wir hatten schon heute Morgen im Wirtschaftsausschuss Gelegenheit, uns sehr intensiv mit diesem

Thema auseinanderzusetzen. Ich will nichtsdestoweniger auch für die Kolleginnen und Kollegen, die heute

Morgen nicht im Wirtschaftsausschuss gewesen sind,

Ihre Frage beantworten: Bei der Vorstellung des Konzepts

diese Woche wurden auch die in Ihrer Frage erwähnten

Punkte angesprochen. GM Europe schließt

Werkschließungen in Europa nicht aus, will diese aber

durch Einsparverhandlungen mit der Arbeitgeberseite

möglichst verhindern. Dies wird zurzeit mit dem Betriebsrat

diskutiert. GM Europe spricht von einer Reduzierung

der Strukturkosten in Höhe von 1,2 Milliarden

Euro und einer nötigen Unterstützung durch Bund und

Länder in Höhe von 3,3 Milliarden Euro. Opel soll nach

den Überlegungen von GM Europe integraler Bestandteil

des GM-Konzerns bleiben, aber eine größere Eigenständigkeit

erhalten. Damit stellt sich die Frage eines

eventuell nötigen Abschottungskonzepts, das wir heute

Morgen hier diskutiert haben, welches ein Abfließen von

Geldern in die USA wirksam verhindern soll. Seitens

GM wird eine Unterstützung in Höhe von 3 Milliarden

Euro in Form von Sacheinlagen in Aussicht gestellt. Bei

dem Konzept bleibt allerdings unklar, inwieweit der

amerikanische Mutterkonzern diese Unterstützung verbindlich

zugesagt hat - konkrete Aussagen sind nötig.

Auch bleibt fraglich, ob dies nur über buchungstechnische

Maßnahmen stattfinden soll oder mehr damit verbunden

ist. Ferner bleibt die Frage offen, wie verlässlich

solche Zusagen sind, solange die Zukunft von GM in

den USA noch ungeklärt ist. Nach Aussage von Opel/

GM Europe will das Unternehmen bis 2011 wieder profitabel werden. Dies

soll durch eine innovative Modellpolitik

sowie durch Restrukturierungsmaßnahmen erreicht

werden. Die weitere Nutzung der Patente durch

Opel/GM Europe soll möglich sein. Die Gefahr, dass

GM nach dem amerikanischen Insolvenzrecht Chapter 11

anmeldet - das hatten wir heute Morgen diskutiert -, ist

weiterhin nicht ausgeschlossen. So benötigt GM offensichtlich

noch weitere Hilfen in Milliardenhöhe, um den

Bankrott zu vermeiden. GM ist von der amerikanischen

Regierung aufgefordert worden, bis Ende März einen

umfassenden Sanierungsplan auf den Tisch zu legen.

Weiterhin hat sich das US-Finanzministerium das Eigentum

an den geistigen Schutzrechten als Sicherheit abtreten lassen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Dückert, bitte.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Schönen Dank, Frau Staatssekretärin. Sie haben heute Morgen im Ausschuss in Ihrem schriftlichen Bericht darauf hingewiesen, dass Ihr Haus den Zukunftsplan, der vorgelegt worden ist und der über 150 Seiten umfasst, erstens kennt und zweitens sehr detailliert prüft. Ich will nachfragen, weil mich eines heute Morgen irritiert hat: Ist es richtig, dass dieser Plan, den Sie jetzt im Detail prüfen, nicht mit dem GM-Mutterkonzern abgestimmt ist, sondern nur ein Zukunftsplan ist, der zunächst einmal ohne Abstimmung vorliegt?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

GM kennt den Zukunftsplan. Er ist auch grundsätzlich - ich sage das so explizit - gebilligt worden, aber GM hat nicht gesagt, wie weit das Unternehmen bereit ist, unter anderem GM Europe in die Eigenständigkeit zu entlassen. Der Umfang ist also nicht klar und deutlich benannt worden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Eine weitere Nachfrage, bitte.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn das in dem Zukunftskonzept offengelassen wird, ist es dann gleichwohl richtig - dies ist uns beispielsweise vom Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, und von Klaus Franz, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Adam Opel AG, in einem

Brief mitgeteilt worden -, dass dieses Konzept, dieser Unternehmensplan, eine grundsätzliche Wachstumsannahme beinhaltet, die die Gewerkschaften selber als konservativ einschätzen? Ist es richtig, dass eine solche Wachstumsannahme diesem Konzept zugrunde liegt?

Wenn ja, wie beurteilen Sie das angesichts der bekannten Tatsache, dass es im gesamten Automobilbereich Überkapazitäten in Höhe von 30 Prozent gibt? Ist in diesem Konzept die Entwicklung von Zukunftsmodellen, von kleinen Modellen, von neuen Antriebstechniken enthalten oder nicht? Was ist mit der anscheinend vorhandenen Wachstumsprognose?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Es wird in diesem Papier von einer Wachstumsprognose ausgegangen. Wie ich vorhin erwähnt habe, geht man davon aus, dass man bis 2011 wieder profitabel ist. Man spricht natürlich auch von beschleunigten Produkterneuerungen, von neuen Antriebstechniken und von Restrukturierungsmaßnahmen. Wie gesagt, sind das alles Annahmen.

Dieses Papier ist heute Morgen im Bürgerschaftsausschuss vorgestellt worden. Dieser Ausschuss wird sich mit den Gegebenheiten dieses Papiers - uns liegt ein umfangreiches Dokument vor - sehr detailliert und ganz explizit auseinandersetzen. Er wird auch Fragen behandeln, die Sie hier zu Recht gestellt haben, etwa: Wie soll die Produktentwicklung zukünftig aussehen? Auch wird er den vielen offenen Fragen in anderen Bereichen nachgehen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Eine weitere Nachfrage dazu vom Kollegen Ströbele.  
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe noch eine Nachfrage zu dem letzten Thema.  
Ist davon auszugehen, dass dieser Plan, der Ihnen vorgelegt worden ist, mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften abgestimmt worden ist? Wenn das so ist, wie erklärt sich dann, dass in öffentlichen Äußerungen seitens der Arbeitnehmervertreter immer wieder gesagt wird, es dürfe dabei keine betriebsbedingten Kündigungen geben und es dürften keine Arbeitsplätze verloren gehen, obwohl den heutigen Nachrichten zu entnehmen war, dass der Chef von GM Europe erklärt hat, dass 3 000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Nach unserer Kenntnis werden Gespräche mit den Betriebsräten geführt bzw. sind schon geführt worden. Nach den Aussagen, die uns gegenüber von der Firmenleitung - nicht vom US-Mutterkonzern, sondern von GM Europe - gemacht worden sind, ist es auf jeden Fall notwendig, dass die Restrukturierungsmaßnahmen einen Arbeitsplatzabbau beinhalten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Eine letzte Nachfrage dazu stellt die Kollegin Dagdelen.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Frau Wöhrl, ich komme selbst aus Bochum und arbeite mit dem Betriebsrat der Opel-Werke in Bochum intensiv zusammen. Gedenkt die Bundesregierung, die den vorliegenden Plan von GM Europe prüft und anschließend bewertet, in der Zwischenzeit selbst einen Plan, ein Konzept zu erstellen, mit dem sie in die Verhandlungen mit General Motors Europe gehen kann? In der Vergangenheit wurde gesagt, die Bundesregierung habe Arbeitsgruppen eingerichtet. Was ist das bisherige Ergebnis dieser Arbeitsgruppen? Erwägt die Bundesregierung, ein eigenes Konzept, einen eigenen Plan zu erstellen?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Bundesregierung wird kein eigenes Konzept erstellen; denn der Staat ist nicht der Unternehmer. Hier ist das Unternehmen gefordert, uns ein Zukunftskonzept vorzulegen, welches aufzeigt, dass Opel zukunftsfest ist und dass auch die Arbeitsplätze erhalten werden können. Der Plan, der momentan vorliegt, entbehrt dieser Grundlage. Es sind noch zu viele Fragen offen, als dass gesagt werden könnte, hier wäre eine betriebswirtschaftliche und förderfähige Basis gegeben.

Wir werden die offenen Fragen zusammenstellen, auch mithilfe des Bürgerschaftsausschusses, und werden noch einmal an das Unternehmen herantreten mit dem Ziel, dass die Fragen beantwortet werden. Um nur einige zu erwähnen: Es ist vollständig offen, wie die Unternehmensstrategie zukünftig, auch im Verbund, aussehen soll. Es ist vollkommen offen, welche Mehrheitsbeteiligung die Mutter an der Tochter zukünftig haben möchte. Wir werden also kein eigenes Konzept auf den Tisch legen - das betrifft nicht nur Opel; das betrifft auch andere

Unternehmen -; das ist nämlich nicht unsere Aufgabe als Staat.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Danke schön. - Ich rufe die dringliche Frage 2 der Kollegin Dückert auf:

Werden mögliche Hilfsmaßnahmen seitens der Bundesregierung für die Adam Opel GmbH und GM Europe mit anderen europäischen Staaten koordiniert und auf Europarechtskonformität überprüft?

Frau Staatssekretärin, Sie haben weiterhin das Wort zur Beantwortung.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Danke, Herr Präsident. - Ich beantworte die dringliche Frage 2 wie folgt: Die Bundesregierung wird, sobald sich konkrete Maßnahmen zugunsten des Unternehmens abzeichnen, mit der Europäischen Kommission offiziell Kontakt aufnehmen, um sicherzustellen, dass eventuelle Beihilfen auch europarechtskonform sind. Die Bundesregierung ist natürlich weiterhin im Gespräch mit den Mitgliedstaaten, in denen es Produktionsstätten von General Motors Europe gibt. Der Minister hat sich persönlich mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder kurzgeschlossen - das vielleicht nur noch als Ergänzung -, und er wird jetzt bei seinem Besuch in Brüssel dieses Thema noch einmal mit betroffenen Mitgliedstaaten erörtern.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Dückert, bitte.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ist es richtig, dass in den vorliegenden Zukunftsplänen an das Modell einer europäischen Aktiengesellschaft gedacht ist?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich möchte jetzt nicht Details dazu nennen, was in dem Papier vorgesehen ist. Fakt ist, dass wir EU-rechtlich bestimmte Vorgaben zu beachten haben, gerade wenn es um Bürgschaften gehen sollte. Wir haben natürlich zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Sie wissen, dass die bis 2010 befristete Regelung für Bürgschaften am 27. Februar dieses Jahres genehmigt worden ist. Auch dafür müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein.

Das Unternehmen darf vor dem 1. Juli 2008 nicht in Schwierigkeiten gewesen sein. Die Schwierigkeiten müssen durch die Finanzmarktkrise verursacht worden sein und dürfen nicht struktureller Natur sein. Die Bank muss bereit sein, beim Kredit 10 Prozent der Haftung zu übernehmen. Falls das nicht gegeben sein sollte, kommen die EU-Regelungen für Rettungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zur Anwendung; dann brauchen wir eine Einzelgenehmigung von Brüssel.

Hinsichtlich eines Zusammenschlusses, wie Sie ihn angesprochen haben, müssen noch Gespräche mit den einzelnen Ländern stattfinden, in denen es Standorte von General Motors Europe gibt. Diese Gespräche sind noch nicht sehr weit gediehen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Eine weitere Nachfrage?

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe noch eine weitere Nachfrage. - Sie haben vorhin zu Recht auf das gravierende Problem hingewiesen, dass Opel im Moment überhaupt keine Patente besitzt, weil die in den USA liegen. Wenn man über eine Trennung von General Motors nachdenkt, wird man einsehen: Das ist für die zukünftige Ausrichtung von Opel natürlich problematisch. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass die US-amerikanische Regierung diese Patente offenbar als eine Art Garantie beansprucht. Schließe ich richtig, wenn ich sage, dass die Möglichkeit einer Rückübertragung der Patente nach Europa, zu Opel hin damit ausgeschlossen ist bzw. dass Sie als Wirtschaftsministerium diese Lösung ablehnen, weil das natürlich etwas kostet?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sie sprechen diese Problematik zu Recht an. Für uns wäre es sehr wichtig, dass die Patente hier auch weiterhin genutzt werden können. Vor zwei Jahren sind sie an die Muttergesellschaft übertragen worden. Wir müssten natürlich auch ausschließen, dass die 3,3 Milliarden Euro, die als notwendig erachtet werden, dafür verwendet werden, diese Patente zu bezahlen. Dann fände nämlich ein Abfluss des Geldes nach Amerika statt, was wir eben nicht wollen. Wir wollen, dass das Geld hier bei uns eingesetzt wird.

Parl. Staatssekretärin Dagmar Wöhrl

Zusätzlich ist noch die Frage zu klären - das haben Sie zu Recht angesprochen -, wie man mit dem Problem der Absicherung umgeht. Die amerikanische Administration hat sich ja die Patente als Sicherheit abtreten lassen. Sie sehen, es gibt viele offene Fragen, die vom Unternehmen noch nicht zur Zufriedenheit beantwortet worden sind.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Dagdelen zu einer weiteren Nachfrage.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Frau Wöhrl, wird sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission, wenn diese das Beihilferecht eng auslegen will - Herr Verheugen hat ja bereits verlautbaren lassen, dass man das müsste -, dafür einsetzen, dass auch im Falle einer Hilfe für Opel in Form einer Staatshilfe oder einer Staatsbürgschaft durch die Bundesregierung das Beihilferecht wie beim Rettungsschirm für die Banken generös ausgelegt wird?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich glaube, es ist jetzt erst einmal wichtig, dass eine Bank gefunden wird. Es geht ja nicht nur darum, eine Bürgschaft zu übernehmen. Vielmehr brauchen Sie auch eine Bank, die das verbürgt. Es ist uns nicht bekannt, dass zurzeit irgendeine Bank bereit ist, einen Kredit zu gewähren.

Auch mangelt es noch am Engagement des Unternehmens, sich um einen Investor zu kümmern. Das reicht bisher nicht aus. Es ist nicht Aufgabe des Staates, auf Investor- oder Bankensuche zu gehen. Auch in diesen Fragen muss das Unternehmen erst selbst tätig werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Danke schön, Frau Staatssekretärin. - Es gibt keine



weiteren Nachfragen. Anlage 10

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Alfred Hartenbach auf die Fragen der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) (Drucksache 16/12074, Fragen 26 und 27):

Wie ist der Stand der Erarbeitung gesetzlicher Regelungen zur Eindämmung überhöhter Managervergütungen, und nach welchen Kriterien will die Bundesregierung diese Regelungen gestalten?

Welchen Zeitplan hat die Bundesregierung zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs in den parlamentarischen Entscheidungsprozess?

Zu Frage 26:

Wie Sie der Tagespresse entnehmen können, wurde von der Koalition eine Arbeitsgruppe „Managervergütung“ eingesetzt, die einen Gesetzentwurf erarbeitet. Angesichts dessen wird die Bundesregierung keinen eigenen Gesetzentwurf einbringen. Allerdings war die Bundesregierung durch Frau Ministerin Zypries in die Verhandlungen der Arbeitsgruppe eingebunden, hat Formulierungshilfen bereitgestellt und der Arbeitsgruppe fachlich und rechtsförmlich zur Seite gestanden.

Zu Frage 27:

Da gegenwärtig kein eigener Gesetzentwurf der Bundesregierung beabsichtigt ist, erübrigt sich die Beantwortung der Frage. Allerdings besteht Zuversicht, dass der Fraktionsentwurf der Arbeitsgruppe noch in dieser Legislaturperiode realisiert werden kann. Anlage 15

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Dr. Volker Wissing (FDP) (Drucksache 16/12074, Frage 33):

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlasst, die im Bankenrettungspaket vorgesehenen jährlichen Gehaltsobergrenzen bei 500 000 Euro festzulegen, und wie viele Personen beziehen in Deutschland ein jährliches Einkommen ober- bzw. unterhalb von 500 000 Euro?

Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Finanzmarktstabilisierungsfondsverordnung soll den Banken, die Rekapitalisierungsmaßnahmen oder Risikoübernahmen in Anspruch

nehmen, aufgegeben werden, die Vergütung der Organmitglieder und Geschäftsleiter auf ein angemessenes

Maß zu begrenzen, das heißt, die monetäre Vergütung soll grundsätzlich nicht mehr als 500 000 Euro betragen.

Nach Ansicht der Bundesregierung erscheint eine feste und unabhängig vom jeweiligen Antragsteller geltende Begrenzung der monetären Vergütung angezeigt.

Für die nachfolgende Beantwortung der Frage „wie viele Personen beziehen in Deutschland ein jährliches Einkommen ober- bzw. unterhalb von 500 000 Euro?“

werden die vorläufigen Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zur Einkommensteuerstatistik des Jahres 2004

herangezogen. Demnach betrug in 28 031 189 Steuerfällen

das Bruttoeinkommen weniger als 500 000 Euro, davon

in 17 212 499 Fällen bei Besteuerung nach der Splittingtabelle.

In 6 329 Steuerfällen war das Einkommen

500 000 Euro oder höher, davon in 5 152 Fällen bei Besteuerung nach der Splittingtabelle.

Anlage 16

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Dr. Volker Wissing (FDP) (Drucksache 16/12074, Frage 34):

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass ein Vorstand bzw. Angestellter der Commerzbank nach Inanspruchnahme der Rekapitalisierungsmaßnahmen und unter Einbeziehung sämtlicher steuerpflichtiger geldwerter Vorteile, Boni, Altersvorsorge etc. mehr als 500 000 Euro jährlich bezieht und, wenn nein, warum nicht?

Wie bei der Beantwortung der Frage 33 ausgeführt, bezieht sich die grundsätzlich zu fordernde Begrenzung der monetären Vergütung auf die Vergütung der Organmitglieder und Geschäftsleiter (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 Buchst. a FMStFV).

Im Hinblick auf die Vergütungssysteme soll den Banken, die Rekapitalisierungsmaßnahmen oder Risikoübernahmen in Anspruch nehmen, aufgegeben werden, die Anreizwirkung und die Angemessenheit der Vergütungssysteme zu überprüfen und darauf hinzuwirken, dass diese nicht zur Eingehung unangemessener Risiken verleiten sowie an langfristigen und nachhaltigen Zielen ausgerichtet und transparent sind. In diesem Sinne unangemessene Vergütungssysteme oder auch Vergütungsbestandteile sind im Rahmen des zivilrechtlich Möglichen zu beenden. Diese Anforderung gilt für die Vergütung aller Mitarbeiter, nicht nur für die der Organmitglieder. Im Hinblick auf abhängig Beschäftigte sind aber die Vertragsfreiheit und die Tarifautonomie zu berücksichtigen. Es ist nicht beabsichtigt, in Vertragsfreiheit und Tarifautonomie einzugreifen.

Aus diesem Grund kann die Bundesregierung nicht ausschließen, dass die Vergütung von Mitarbeitern von begünstigten Unternehmen des Finanzsektors in Einzelfällen mehr als 500 000 Euro betragen kann.

Anlage 17

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl auf die Frage des Abgeordneten Uwe Barth (FDP) (Drucksache 16/12074, Frage 35):

Inwiefern rechnet die Bundesregierung damit, dass die durch die zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II künftig anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen die strukturellen Probleme der öffentlichen Haushalte, die in den vergangenen Jahren gerade im Bildungswesen zu einer Investitionslücke von mehreren Milliarden Euro geführt haben, weiter verschärfen und künftig notwendige Verbesserungen – sowohl künftig nötige Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch Investitionen in Ausstattungen, Personal usw. – erschweren oder gar verhindern?

Die von Bund und Ländern mit dem „Konjunkturpaket II“ auf den Weg gebrachten Maßnahmen zielen darauf ab, den wirtschaftlichen Abschwung abzumildern sowie die deutsche Volkswirtschaft durch gezielte Investitionen nachhaltig zu stärken. Zwar ist mit dem Konjunkturpaket II eine temporär höhere Schuldenaufnahme verbunden. Zu berücksichtigen ist aber, dass durch die Stützung der deutschen Wirtschaft die mittel- und langfristigen Perspektiven der öffentlichen Haushalte deutlich verbessert werden.

Im Übrigen stellt allein der Bund im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit dem Investitions- und Tilgungsfonds Finanzhilfen für zusätzliche, in den Jahren 2009 und 2010 zu beginnende Investitionen der Kommunen und Länder in Höhe von 10 Milliarden Euro bereit. Hinzu kommt der Eigenbeitrag von Ländern und Kommunen in Höhe von mindestens 3,3 Milliarden Euro. Etwa zwei Drittel dieser Finanzhilfen sollen auf den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur entfallen. Dies ermöglicht zusätzliche Investitionen bei Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, bei der Schulinfrastruktur, bei Hochschulen, kommunalen und gemeinnützigen Einrichtungen der Weiterbildung sowie in der Forschung. Im Ergebnis trägt das Konjunkturpaket II damit dazu bei, den Investitionsstau in der Bildungsinfrastruktur abzubauen. Damit können im öffentlichen Gesamthaushalt zukünftige Spielräume für andere notwendige Bildungsausgaben erschlossen werden.

</ text >

< text 16209 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute keine Mitteilungen zu machen, sodass wir ohne jeden Verzug in unsere Tagesordnung eintreten können.

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz - FMStErgG)

- Drucksache 16/12100 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

Diese Aussprache soll nach einer interfraktionellen Vereinbarung 90 Minuten dauern. - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist festzustellen, dass die schlechten Nachrichten von den weltweiten Finanzmärkten nicht abreißen. Sie verfolgen genauso wie ich die Entwicklung in den USA insbesondere mit Blick auf den größten Kreditversicherer der Welt.

(Zurufe von der SPD: Lauter! Lauter! - Fritz

Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr

Saft für den Minister, bitte!)

- Muss ich mich wieder hinsetzen?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eigentlich ja! -

Eduard Oswald [CDU/CSU]: Die Mehrheit sagt Nein!)

- Eigentlich ja, Herr Westerwelle. - Können Sie mich jetzt alle verstehen?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Akustisch ja, aber nur akustisch!)

- Nicht nur das, Herr Westerwelle. Ich bin, glaube ich, nach wie vor der Fähigkeit mächtig, Subjekt, Prädikat und Objekt aneinanderzureihen. Sie werden mich schon verstehen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das machen Sie mit Herrn Glos aus!)

Das größere Problem ist, dass Sie mich nicht verstehen wollen oder können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist das Problem!)

Ich begann mit einer Bemerkung, meine Damen und Herren, die keineswegs einen erfreulichen oder spielerischen Charakter hat: Die sehr schlechten Nachrichten von den Finanzmärkten weltweit reißen leider nicht ab. Sie verfolgen genauso wie ich insbesondere die Nachrichten aus den USA. Allein der größte Kreditversicherer der Welt hat im letzten Quartal ein Minus von 62 Milliarden US-Dollar gemacht. Auch die Situation des Bankenwesens in Großbritannien ist nach wie vor sehr angespannt. Wir haben es auch mit deutschen Banken zu tun, die in ihren Abschlüssen Verluste von bis zu 6,3 Milliarden Euro - siehe Dresdner Bank - zu verzeichnen haben. Wir haben es bei den Kreditinstituten mit einer Aktienkursentwicklung zu tun, die die Börsenkapitalisierung dieser Kreditinstitute auf bemerkenswerte, unglaublich niedrige Werte zusammenschrumpfen lässt.

Das zeigt zweierlei:

Erstens. Die Schockwellen, die von den weltweiten Entwicklungen auf den Finanzmärkten ausgehen, haben nichts von ihrer Intensität und Gefährlichkeit verloren. Wer angesichts des nach wie vor drohenden Organversagens bei den Finanzmärkten und der dahinterstehenden Finanzmarktkrise so tut, als hätte dies in den nächsten Jahren nicht sehr weitreichende, ich behaupte sogar epochale Auswirkungen auf die Entwicklung, der macht sich und vielen anderen etwas vor.

Zweitens. Wir haben es nach wie vor mit einem ungelösten Problem zu tun; daran ändert auch die Aufforderung, man möge es schnell lösen, nichts. Das sind die sogenannten Schrottpapiere in den Bilanzen. Für das Problem hat bisher weltweit kein einziges Land eine Lösung, weil zunächst das Kernproblem gelöst werden muss. Auch wenn wir der Aufforderung, das Problem so schnell wie möglich - vielleicht im Sinne einer Vorlage - über Bad Banks zu lösen, nachkommen würden, würde das an diesem konstitutiv schwierigen Problem gar nichts ändern. Es sei denn, der Deutsche Bundestag ist mit Ihrer Unterstützung bereit, die Kapitalisierung solcher Bad Banks mit öffentlichem Geld, mit Steuerzahlergeld, zu unterlegen.

In dieser äußerst prekären Situation ist es uns gelungen, den deutschen Finanzmarkt zumindest so weit zu stabilisieren, dass nach dem Fall von Lehman Brothers kein systemrelevantes Institut andere Institute aufgrund eines Dominosteineffekts mit heruntergerissen hat.

Es ist freimütig, zu gestehen, dass damit verbundene Hoffnungen auf eine Revitalisierung des Interbankenmarktes nicht eingetreten sind. Wir haben es nach wie vor mit einem erheblichen Vertrauensverlust im Verhältnis der Banken untereinander und zunehmend mit Blick auf die Kreditgewährung gegenüber der Realwirtschaft zu tun. Aber es ist wichtig gewesen, dass die Regierung insbesondere mit der Unterstützung und unter Beteiligung des Deutschen Bundestages seinerzeit im Oktober letzten Jahres in der Lage gewesen ist, Handlungsfähigkeit zu belegen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist etwas verabschiedet worden, für das wir außerhalb, aber auch innerhalb Deutschlands durchaus Anerkennung im Sinne eines guten Krisenmanagements gefunden haben.

Allerdings hat sich in den letzten Monaten an der einen oder anderen Stelle die Notwendigkeit gezeigt, dieses Finanzmarktstabilisierungsgesetz zu ergänzen, damit die ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen schneller und sicherer greifen können. Ich will aus Zeitgründen nicht auf die Einzelheiten eingehen, bei denen es insbesondere um gesellschaftsrechtliche Veränderungen geht, sondern sehr schnell in medias res springen mit Blick auf den Kern dieses Artikelgesetzes, der ja Gegenstand - das ist nachvollziehbar - sehr grundsätzlicher Debatten in Deutschland ist. Es handelt sich um das sogenannte Rettungsübernahmegesetz, das in einer bestimmten Abfolge als letzte Option, als Ultima Ratio - von mir aus als Ultissima Ratio -, die Enteignung bestimmter Kreditinstitute im Sinne einer Legalenteignung - von uns sehr stark fokussiert im Wege der Rechtsverordnungen - vorsieht. Meine Bitte ist, diese Möglichkeit nicht so grundsätzlich und nicht so prinzipienorientiert zu debattieren, dass pragmatische und problemadäquate Lösungen verbaut werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir beschreiten damit keinen deutschen Sonderweg, sondern wir müssen Erfahrungen heranziehen - das tun wir auch -, die längst in anderen Ländern gemacht worden sind. Mich erstaunt gelegentlich in den sehr grundsätzlich gehaltenen ordnungspolitischen Debatten, dass ausgerechnet die angloamerikanischen Länder, die uns bisher in diesen ordnungspolitischen Debatten gelegentlich wie eine Monstranz vorgehalten worden sind mit Blick auf Staatsferne, Deregulierung - der Beschreibung, dass Politik sich im Wesentlichen aus allem herauszuhalten hat -, sehr schnell als erste den Weg von Verstaatlichung und Enteignung gegangen sind.

Ich kann mich nicht erinnern, dass es in Deutschland irgendeine Aufmerksamkeit geweckt hat, als die Briten sehr schnell Northern Rock oder ein Institut wie Bradford & Bingley verstaatlicht haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass es in Deutschland, auch nicht der gesamten Bandbreite dieses Parlamentes, eines besonderen Hinweises bedurft hat, als die Amerikaner - sie nennen es Conservatorship - bei Fannie Mae, bei Freddie Mac und bei AIG einen ähnlichen Weg gegangen sind. Deshalb sehe ich nicht ein, warum in Deutschland die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen, plötzlich als etwas Exceptionelles

debattiert wird, das in anderen Ländern offenbar als notwendig und problemadäquat beschrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir beschreiten keinen Sonderweg. Niemand aufseiten der Regierung, niemand aufseiten der Koalitionsfraktionen verbindet mit dieser letzten Möglichkeit die Vorstellung, das Modell der sozialen Marktwirtschaft zu erschüttern oder auszuhöhlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Umgekehrt gilt: Wenn der Bund keine einzige Stimme, keine einzige Einflussmöglichkeit, keine einzige Aktie in einem Kreditinstitut hat, aber inzwischen 87 Milliarden Euro öffentliche Gelder als Garantien gibt, ist in meinen Augen irgendwann der Zeitpunkt gekommen, wo der Bund, die öffentliche Hand im Interesse des Steuerzahlers, im Interesse des Haushaltes eine Kontrollmehrheit zwingend erwerben muss,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

es sei denn, jemand plädiert dafür, den bisherigen Weg ad infinitum fortzusetzen, der da lautet: In regelmäßigen Abständen werden diese Garantiesummen von im Augenblick 87 Milliarden Euro auf 97 Milliarden Euro auf 107 Milliarden Euro auf 117 Milliarden Euro und weiter permanent erhöht, ohne dass erkennbar ist, dass dieses Institut auf Dauer vor der Insolvenz bewahrt werden kann. Dieses Institut gerät in die Gefahr einer Insolvenz. Dies hat einen besonderen Stellenwert, nicht weil sich das jemand im Bundesfinanzministerium oder aufseiten der Bundesregierung ausdenkt, sondern die kundigen Thebaner und Thebanerinnen von der Bundesbank, von der BaFin und im gesamten deutschen Kreditwesen, die Sie fragen können, sind davon überzeugt, dass dieses Institut eine sogenannte Systemrelevanz hat. Warum? Weil es mit anderen Kreditinstituten derartig vernetzt ist, dass ein Zusammenbruch oder, um es weniger dramatisch zu beschreiben, eine Insolvenz automatisch Folgen für das gesamte deutsche Kreditwesen hätte, und zwar über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus und in einem Ausmaß fast wie bei Lehman Brothers, wie einige sagen.

Die Bilanzsumme dieses Unternehmens ist fast identisch mit dem Betrag, der die Probleme bei Lehman Brothers verursacht hat. Im Übrigen spielt dieses Institut auf dem Pfandbriefmarkt eine eminent wichtige Rolle. Mit Blick auf die Sicherheit gerade dieses Produkts in der breiten Wahrnehmung der Bevölkerung hätte es einen besonderen Stellenwert, wenn dieses Institut als einer der wichtigsten Marktteilnehmer bzw. Marktpartner auf dem Pfandbriefmarkt in große Verlegenheit geraten würde.

Meine Damen und Herren, die Begründung, warum wir einen solch weitreichenden Schritt nicht ausschließen, wird im Wesentlichen von folgenden Gründen getragen: Dieses Institut muss restrukturiert werden. Ich will mich im Augenblick nicht, erst recht nicht öffentlich, auf Details einlassen, wie es beispielsweise um die Kernkapitalquote dieses Instituts bestellt ist. Wenn es aber bei

dieser Kernkapitalquote bleibt oder wenn diese Kernkapitalquote in Anbetracht nicht beeinflussbarer Marktentwicklungen weiter aufgeessen wird, dann kommen wir eines Tages, eher früher als später, in die Verlegenheit, dass die Existenzfähigkeit dieses Instituts hochgradig gefährdet ist.

Wir müssen mithilfe einer Kontrollmehrheit dafür Sorge tragen, dass die Restrukturierungsmaßnahmen bei hoher Transaktionssicherheit gelingen. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand eine solche Einflussmöglichkeit braucht. Jetzt werden einige sagen: Dafür reichen 75 Prozent plus eine Aktie.

Im Hinblick auf die nächsten beiden Maßnahmen, die zwingend notwendig sind, reichen diese 75 Prozent plus eine Aktie aber nicht: Wir müssen dieses Institut an den Finanzierungskonditionen des Bundes teilhaben lassen; dafür reichen 75,1 Prozent nicht. Auch mit Blick auf die Eigenkapitalbedingungen, die ein in der Größenordnung von 90, 95 oder 100 Prozent im öffentlichen Eigentum stehendes Institut in Anspruch nehmen kann, reichen 75,1 Prozent nicht.

Das heißt, mit Blick auf die Refinanzierungskonditionen, die Teilhabe an der Bonität des Bundes, und die Eigenkapitalunterlegung reichen 75,1 Prozent definitiv

nicht. Wenn Sie mir das nicht glauben, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich bei denjenigen, die sich sehr professionell und sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigen, mit den notwendigen Informationen versorgen würden.

(Beifall bei der SPD)

Sie alle wissen, dass in diesem Gesetzentwurf, in diesem Teil des Artikelgesetzes, eine bestimmte Stufenabfolge vorgesehen ist; sie wird eingehalten. Sie alle wissen auch, dass wir das Ganze einer zeitlichen Befristung unterwerfen, um jeden Verdacht, dass hier eine Art Durchgriffsregelung getroffen wird, zu beseitigen. Ich bitte aber um Verständnis für meine Position, die da lautet: Ein Bundesfinanzminister kann nicht von Ihnen die Verantwortung übertragen bekommen, die Probleme eines Finanzinstituts zu lösen, wenn Sie ihm nicht den Handwerkskasten zur Verfügung stellen, den er dafür braucht.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesem Weg werden wir alle vorgeschalteten Stufen beachten. Das heißt, wenn dieser Gesetzentwurf in der zweiten Lesung von Ihnen und Anfang April dieses Jahres im zweiten Durchgang im Bundesrat verabschiedet worden ist, dann wird versucht, auf der Hauptversammlung des Unternehmens eine Kapitalerhöhung und einen Kapitalschnitt durchzusetzen. Wenn es auf dieser Hauptversammlung aber keine Mehrheit dafür gibt oder wenn ein entsprechender mehrheitlich gefasster Beschluss der Hauptversammlung nicht rechtzeitig ins Handelsregister eingetragen werden kann, sodass die nach wie vor labile Situation dieses Instituts noch lange fort dauert, möglicherweise bis in den Frühsommer dieses Jahres, dann ist nicht ausgeschlossen, dass von der Enteignungsoption Gebrauch gemacht wird.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass diese Debatte verständlicherweise zu sehr grundsätzlichen Betrachtungen

führt. Lassen Sie mich deshalb abschließend zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen machen. Wenn der Wert eines Unternehmens auf nahezu null sinkt - die Börsenkaptalisierung dieses Unternehmens ist inzwischen auf ein bemerkenswert niedriges Niveau von 250 bis 280 Millionen Euro gesunken -, dann müssen zuerst die Kapitalgeber zur Verantwortung gezogen werden, nicht die öffentliche Hand.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Es ist nicht nur mit der Marktwirtschaft vereinbar, sondern es ist sogar geboten, die Kapitalgeber als Erste an dieser Operation zu beteiligen. Das ist Marktwirtschaft.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das gilt auch für Schaeffler!)

- Das gilt für andere genauso.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Anders ausgedrückt - um meinen ordnungspolitischen Standpunkt in dieser Sache klarzumachen -: Es kann nicht und darf nicht Aufgabe des Staates sein, Eigentümer zu retten, deren Unternehmen de facto in die Insolvenz gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie wissen, repräsentiert ein Aktionär einen größeren Anteil an der HRE, während sich der weit überwiegende Anteil im Streubesitz befindet. Es gibt Avancen bei diesem Aktionär, sich zu beteiligen, wenn öffentliches Geld bereitgestellt wird, um die Schritte zu ermöglichen, die wir für notwendig halten, allerdings mit Preisvorstellungen, die um das Zwei- bis Dreifache höher sein können als der augenblickliche Börsenwert der HRE. Können Sie sich vorstellen, dass ich mit so einem Vorschlag an dieses Pult trete?

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Nein! Das macht der Westerwelle! - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Ich werde es nicht machen.

Im Übrigen: Bei einem so hohen Einsatz öffentlicher Mittel und öffentlicher Garantien - bei denen wir aufpassen müssen, dass sie nicht fällig werden - hat der Staat die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass nicht die Steuerzahler enteignet werden. Das ist mein letzter ordnungspolitischer Hinweis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort für die FDP-Fraktion erhält der Kollege Dr. Hermann Otto Solms.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war bezeichnend, wie der Bundesfinanzminister seine Rede begonnen hat. Er hat uns aufgefordert, „nicht so prinzipienorientiert zu debattieren“. Das heißt ja wohl, wir sollen prinzipienlos debattieren.



(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch einmal etwas zu seinem letzten Satz!)

Das kann einen nicht erstaunen, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass diese Regierung es mit den Grundprinzipien der Verfassung bei Bedarf nicht immer so ernst nimmt.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:

Das ist alles im Rahmen der Verfassung! Was Sie da erzählen, ist abenteuerlich!)

Ich erinnere nur daran, dass Sie bei der Erbschaftsteuerreform Art. 6 Grundgesetz verletzt haben, indem Sie die Familie aufgespalten und Geschwister und Geschwisterkinder aus dem Begriff der Familie ausgeklammert haben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Oder ganz aktuell: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Jobcenter will Minister Scholz nicht das Recht ändern, sondern die Verfassung. Das wäre eine Ohrfeige für das Bundesverfassungsgericht.

(Beifall bei der FDP)

Und jetzt Enteignung. Die Große Koalition legt ein Enteignungsgesetz vor. Die Regierung versucht, das als normal oder notwendig hinzustellen. Herr Minister Steinbrück, bei allem Verständnis für die Schwierigkeit, eine Lösung für das Problem der Hypo Real Estate zu finden, muss man sagen: So geht das nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zurufe von der SPD: Doch! - Joachim Poß [SPD]:

Und zwar auf dem Boden des Grundgesetzes!)

Enteignung ist ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft, nicht aber der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD:

Oh! - Joachim Poß [SPD]: Lassen Sie doch den Scheiß weg! Sie haben doch einen Knall!)

Eigentum ist ein Grundrecht, der Schutz des Eigentums ist ein Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung. Das darf nicht aufgegeben werden. Gerade in schwierigen Zeiten muss sich der Bürger auf die Verfassungstreue der Regierung verlassen können, darf sie nicht zur Disposition stehen.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Merken Sie eigentlich nicht, welchen Schaden Sie anrichten, wenn Sie Gesetze vorlegen, in denen man lesen muss: Enteignungsbehörde ist das Bundesfinanzministerium? Herr Steinbrück ist dann wohl der Enteignungsbeauftragte der Bundesregierung.

Wenn Sie gestern im Ticker das Suchwort „Enteignung“ eingegeben haben, konnten Sie zwei Meldungen finden: „Enteignungsgesetz in Deutschland“ und „Chávez ordnet Enteignung amerikanischer Reisfabrik an“.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Joachim Poß [SPD]: Das ist unglaublich!)

In diesem Umfeld sind Sie jetzt gelandet. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar

Lafontaine [DIE LINKE] - Joachim Poß

[SPD]: Das ist ja unglaublich! Wollen Sie uns mit Chávez vergleichen? Das ist eine Entgleisung!) Eine Enteignung nach Art. 14 Grundgesetz greift ein althergebrachtes Rechtsinstitut auf: Der Staat sollte in Zeiten der Industrialisierung schnell Zugriff auf Grundstücke bekommen, um zum Wohl der Allgemeinheit Straßen und Eisenbahnen bauen zu können. Was Sie jetzt vorhaben, ist jedoch keine Enteignung nach Art. 14 Grundgesetz, es ist eher eine Vergesellschaftung nach Art. 15 Grundgesetz. Zu dieser Vorschrift lassen sich in Kommentaren zum Grundgesetz bezeichnende Bemerkungen finden, beispielsweise: „Verfassungsfossil in Zeiten der Globalisierung“.

Bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates äußerte Carlo Schmid - Sie werden sich an ihn erinnern -, (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen Kommentar zitieren Sie eigentlich?) dass „Enteignungen nicht schlechthin aus Gründen der Staatsräson oder administrativer Opportunität“ erfolgen dürfen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen Kommentar zitieren Sie?)

- Lesen Sie das nach; Carlo Schmid.

Aber genau das ist jetzt die Motivation. Ihnen sind die Aktionäre schlichtweg lästig. Die Aktionäre, auch die Mitarbeiteraktionäre, die Geld investiert haben, sollen ihre Investitionen einfach loswerden. Nach allen Auskünften sind sie jedoch bereit, weitreichende Sanierungsmaßnahmen mitzutragen.

Sie behaupten, dass selbst die neuen Möglichkeiten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes nicht ausreichen. Können Sie diese Behauptung eigentlich belegen? In der Begründung zum Gesetzentwurf hört sich das nämlich ganz anders an. Danach soll die Enteignungsbehörde sich ernsthaft, aber vergeblich um einen alternativen Erwerb bemüht haben. Die Verpflichtung zur Bemühung besteht aber nur, wenn hinreichend Aussicht auf Erfolg gegeben ist.

(Ortwin Runde [SPD]: Eben!)

Ob aber Aussicht auf Erfolg besteht, ob man sich überhaupt bemühen muss und ob die Bemühungen ernsthaft und vergeblich waren, das entscheidet allein die Enteignungsbehörde, das Bundesfinanzministerium, nach freiem Ermessen; so steht es im Gesetzentwurf.

Man kann es auch anders ausdrücken: Sie wollen sich eigentlich gar nicht anstrengen. Sie suchen die vermeintlich billigste und bequemste Lösung und stellen dabei die Grundlagen unserer Wirtschaftsverfassung zur Disposition.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Unerhört!)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zum ersten Bankenrettungsschirm davon gesprochen, dass neues Vertrauen gewonnen werden muss.

(Joachim Poß [SPD]: Ein übler Bursche! Sie verspielen Ihre Reputation mit dieser Rede!)

Ich zitiere: „Vertrauen zwischen den Banken, Vertrauen in der Wirtschaft, Vertrauen bei den Bürgern“. Und das wollen Sie mit Enteignungen erreichen? Damit wollen

Sie Vertrauen schaffen? Wer soll denn noch in Deutschland investieren, wenn er Gefahr läuft, dass je nach politischer Opportunität in verfassungsrechtlich gesicherte Eigentumsrechte eingegriffen wird?

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen privates Kapital, wir brauchen private Investoren hier in Deutschland, wir brauchen in- und ausländische Investoren, die bereit sind, gerade in der Krise hier zu investieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In welchem Jahrhundert leben Sie eigentlich? Sollen wir das Geld denen hinterherwerfen?

Was soll das?)

Jetzt werden Sie behaupten, es handele sich ja nur um einen Einzelfall. Das macht es ja noch schlimmer. Das Vertrauen in den Rechtsstaat leidet gerade unter Einzelfallgesetzen.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele

[FDP]: Genau so ist es!)

Wirtschaftsminister Guttenberg, der gegenwärtig in Verhandlungen mit Opel ist und hier nicht dabei sein kann - das kann ich verstehen, und ich entschuldige das gerne -,

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Da sind wir aber froh!)

hat aber doch gesagt, dass dies als Ultima Ratio hingenommen werden kann. Deswegen hat er in der ersten Kabinettsitzung, an der er teilgenommen hat, diesem verfassungswidrigen Gesetzentwurf zugestimmt,

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist nicht verfassungswidrig!)

und das ist nicht zu entschuldigen.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist strikt nach der Verfassung! Es ist übel, was Sie hier machen!

- Weiterer Zuruf von der SPD: Brunnenvergifter!)

Dabei sind im Wirtschaftsministerium doch Alternativmodelle entwickelt worden.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das entspricht der Verfassung!)

Das Wirtschaftsministerium hält Enteignungen - ich zitiere - „für das problematischste aller zur Verfügung stehenden Instrumente“.

Ich weiß, jetzt rufen Sie wahrscheinlich wieder: Ultima Ratio! Wenn es eine Ultima Ratio sein soll, muss es ja erst einmal eine Ratio gegeben haben, die ich nicht erkennen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Dr. h. c.

Gerd Andres [SPD]: Wir rufen nur: Brandstifter!)

Wissen Sie, was auf den Kanonenkugeln Friedrichs des Großen geprägt war? Ultima Ratio Regis, das ist das letzte Mittel des Königs: Gewaltanwendung. Kugeln schaffen Zerstörung und Gewalt. Sie schaffen mit dem Gesetz keine physische Zerstörung, aber Sie schaffen eine rechtliche Zerstörung.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:

Eine unglaubliche Rede! Sie müssen von Ihrem Amt als Vizepräsident zurücktreten!)

Sie zerstören ein Grundrecht; darauf muss man hinweisen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Eingriff in unsere Rechtsordnung. Die Regierung ist offenkundig mit ihrem Latein am Ende. Enteignungen

in der Wirtschaft sind keine Ultima Ratio; Enteignungen bedeuten einen Offenbarungseid.

(Joachim Poß [SPD]: Entweder sind Sie Brandstifter oder dumm! - Weiterer Zuruf von der SPD: Die Deregulierer sind am Ende!)  
Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]:  
Treten Sie zurück als Vizepräsident!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann das ganz - -

(Joachim Poß [SPD]: Unglaublich! Es ist unglaublich, was Sie hier gesagt haben!)

- Herr Kollege Poß, man kann das fraglos auch völlig anders beurteilen.

(Joachim Poß [SPD]: Sie haben sich vom Boden des Grundgesetzes entfernt!)

Ich habe keinen Zweifel mit Blick auf die mir vorliegende Rednerliste, dass im Laufe dieser Debatte völlig andere Auffassungen vorgetragen werden.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Aber so geht es nicht! - Gegenruf des Abg. Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Kann man ihr draußen einen Kamillentee servieren?)

Aber zulässig ist diese Auffassung allemal.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Zwischenrufe auch!)

- Auch das. Das müssen wir dann wechselseitig aushalten.

(Beifall bei der FDP - Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Das muss er

aushalten! - Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ich brauche mir von Herrn Solms keinen Verfassungsbruch vorwerfen zu lassen!)

Das Wort hat nun der Kollege Otto Bernhardt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Solms, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Aber dieser Beitrag war Ihrer Person unwürdig. Das sage ich mit aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Das werden wir bei den Wahlen sehen! Die halbe Union hätte gern geklatscht!)

Sie haben hier den Versuch gemacht, das Verhalten derjenigen, die sich heute in einer schwierigen Situation als letzte Möglichkeit für das Instrument der Enteignung einsetzen, als nicht verfassungskonform zu bezeichnen. Dies ist falsch, Herr Vizepräsident.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Das ist richtig!)

Schauen Sie einmal ins Grundgesetz. Dort steht deutlich, dass auch dieses Instrument, allerdings geknüpft an enge Voraussetzungen - Entschädigung, besonderes Gesetz -, möglich ist. Aber der Eindruck, den Ihr Beitrag erzeugt hat, ist falsch. Das stelle ich mit aller Deutlichkeit fest.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie

bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:  
Dann macht das mal!)

Was noch schlimmer ist, Herr Kollege: Sie haben  
keine Lösung aufgezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Ehrenvorsitzender hat erklärt, man solle die Bank in  
die Insolvenz gehen lassen. Das haben Sie hier nicht gesagt;  
das wäre vielleicht ehrlicher gewesen. Ich sage nur:  
Dann hätten wir eine Katastrophe, nicht nur auf dem  
deutschen Finanzmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben für diese eine zur Diskussion stehende  
Bank - man weiß es nicht, aber ich hoffe, es gibt keine  
vergleichbaren - aus politischer Verantwortung Prioritäten  
gesetzt. Die erste Priorität heißt: Diese Bank muss  
gerettet werden, weil sie systemrelevant ist. Wenn sie in  
die Insolvenz geht, dann erleben wir etwas Ähnliches  
wie bei Lehman Brothers, und das darf uns jetzt wirklich  
nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Dann nützt uns unser Gesetz nichts mehr, das der Deutsche  
Bundestag im Oktober vergangenen Jahres mit den  
Stimmen der Großen Koalition und der FDP - das war  
verantwortungsbewusst - verabschiedet hat, mit dem wir  
bisher erfolgreich gearbeitet haben und das sich im  
Grundsatz bewährt hat. Wir haben sichergestellt, dass  
kein weiteres Finanzinstitut in die Insolvenz gehen  
musste, und wir wollen dies auch weiterhin so halten.  
Die erste Priorität ist also: Kein Institut darf in die Insolvenz  
gehen.

Bei der zweiten Priorität kann man schon unterschiedlicher  
Meinung sein. Da geht es um die Frage:

Wollen wir den Steuerzahler schonen und auf jeden Fall  
auf Enteignung verzichten? Mit viel Geld in der Hand  
kann man das. Nur, meine Damen und Herren, wenn wir  
uns diese Bank anschauen, stellen wir fest: Sie hätte keinen  
Wert von 250 Millionen Euro an der Börse, wenn  
wir nicht 87 Milliarden Euro und die Banken  
15 Milliarden Euro Bürgschaften gegeben hätten. Das  
heißt, im Grunde ist sie nichts mehr wert. Wenn wir  
nichts getan hätten, hätten die Aktionäre per heute null,  
um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben uns klar für die Priorität zwei entschieden:  
Schonung des Steuerzahlers; denn über die öffentlichen  
Finanzen brauche ich hier nichts zu sagen.

Die dritte Priorität lautet, das Ganze möglichst ohne  
Enteignung durchzuführen. Es ist schon interessant, dass  
in dieser Diskussion hier Verstaatlichung und Enteignung  
häufig nicht scharf voneinander getrennt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Verstaatlichung ist nicht das Problem, Enteignung ist das  
Problem.

Das sind die Prioritäten, die wir uns gesetzt haben.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich bin nun wirklich einer von denen, die das Ziel möglichst über den Verhandlungsweg erreichen wollen. Aber, meine Damen und Herren, uns jetzt das letzte Instrument, das das Grundgesetz vorsieht, nicht zu gestatten, birgt Gefahren in sich, die in diesem Hause eigentlich niemand verantworten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Um das deutlich zu sagen: Es gibt in einer Kernfrage eine unterschiedliche Auffassung zwischen dem Minister und mir. Wir beide können für unsere Auffassung Fachleute zitieren. Es geht um die Frage, ob 75 Prozent und eine Aktie reichen - Otto Bernhardt sagt Ja -

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

oder ob wir wirklich 90 Prozent brauchen, um dann die letzten 10 Prozent einzuziehen.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wenn wir wirklich 90 Prozent brauchen - die letzten 10 Prozent können wir aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dann ja einziehen -, dann wird kein Aktionär mitwirken. Ein Aktionär wird sich doch nicht selbst beerdigen. Das heißt, wenn Ihre Auffassung richtig ist - ich sage nicht, dass sie falsch ist, aber ich habe eine andere; wir müssen die Diskussion wirklich führen, weil sie wichtig ist - und wir wirklich 100 Prozent brauchen, dann ist eine Verständigung mit Aktionären natürlich nicht möglich; denn das rechnen sie nach. Dann müssen wir die Enteignung wählen.

Ich hoffe, die 75 Prozent und eine Aktie reichen aus. Diesen Weg können wir wahrscheinlich ohne Enteignung begehen, weil - ich zitiere nicht aus geheimen Dokumenten, sondern aus dem, was in der Zeitung steht - einer der entscheidenden Aktionäre sagt: Ich bin bereit, den notwendigen Kapitalschnitt mitzumachen, ich bin bereit, die notwendige Erhöhung mitzumachen, und ich bin bereit, auf mein Bezugsrecht zu verzichten.

Dann hätten wir die 33 Prozent, die wir haben dürfen, und mit ihm zusammen über 50 Prozent, sodass wir die notwendigen Entscheidungen im Hinblick auf 75 Prozent und eine Aktie treffen könnten. Ich weiß es nicht.

Ich sage nur: An diesem Punkt müssen wir ein sehr sachliches Gespräch führen; denn natürlich fällt es meiner Fraktion enorm schwer - das wissen Sie von der FDP natürlich, weshalb Sie einen aus meiner Sicht polemischen Beitrag geleistet haben -, dieses Instrument der Enteignung, das im Grundgesetz vorgesehen ist - ist sage es noch einmal -, jetzt in ein Gesetz aufzunehmen. Wir waren vor 14 Tagen mit einigen Kollegen in den Vereinigten Staaten. Dort haben uns auch die Republikaner gesagt: Wir haben zwei Versicherungen enteignet und sechs Banken übernommen. Wir werden noch mehr übernehmen. Wir haben doch niemandem etwas weggenommen, weil sie nichts mehr wert waren. - Diese Mentalität haben wir aber nicht. Wir müssen ein bisschen Rücksicht auf die Mentalität in Deutschland nehmen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

- Herr Trittin, wir haben hier eine andere Mentalität. Das ist nun einmal so. Jeder, der politische Entscheidungen trifft, muss dabei auch die Auffassung der Bevölkerung im Blick haben.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ihre Rede hat ja gar kein Niveau! - Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kauder hat schlecht geschlafen!)  
Ich sage jetzt zu dem vorliegenden Gesetzentwurf, mit dem eine Ergänzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorgenommen werden soll: Nach Meinung meiner Fraktion gibt es bei vier Punkten einen Änderungsbedarf. Normalerweise spreche ich in der ersten Lesung von Diskussionsbedarf, heute sage ich aber „Änderungsbedarf“. Erster Punkt. Hierüber muss man sich wirklich auch in der Sache unterhalten: Es ist vorgesehen, die Dauer der Garantien von bisher drei Jahren auf grundsätzlich fünf Jahre zu verlängern. Es gibt Kreditinstitute, die sagen, das sei notwendig. Die EU gibt uns die Möglichkeit, auf fünf Jahre zu verlängern. Ein Drittel der EULänder hat davon Gebrauch gemacht. Wir befürchten, dass dies für den Pfandbriefmarkt eine ganz gefährliche Entwicklung ist. Ich sage das mit aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)  
Der Markt der Unternehmensanleihen, der ganz langsam wieder in Gang kommt, könnte damit zerstört werden. Vielleicht finden wir einen Kompromiss, der lautet: ein Drittel der Garantien bis zu fünf Jahren. Hier formulieren wir vielleicht weitere Einzelheiten. Zweiter Punkt. Aufgrund meines Selbstverständnisses als Parlamentarier ist es für mich klar, dass ein Passus aufgenommen werden muss, wonach zumindest der Finanzausschuss und der Haushaltsausschuss informiert werden, bevor diese wichtige Verordnung, die vorgesehen ist, erlassen wird. Ich glaube, das ist für den Parlamentarismus ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD - Joachim Poß [SPD]: Geschenkt! - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nur informiert? - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Parlamentsinformationsrechte!)  
Dritter Punkt. Wir sind uns einig, dass erst eine Hauptversammlung durchgeführt werden muss, die scheitert. Wir sind uns auch einig, dass erst Verhandlungen durchgeführt werden müssen, die scheitern. Wir glauben, dies sollte man im Gesetz - wir machen Vorschläge - deutlicher formulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)  
Vierter Punkt. Dass der Staat nicht der bessere Banker ist, wissen wir.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das wissen nicht alle!)

Dass auch andere Banken versagt haben, wissen wir auch. Wir wollen aber die Bank, die wir dann anschließend haben, natürlich nicht auf Dauer behalten. Es ist eine Reprivatisierung vorgesehen. Wir glauben, auch diesen Teil sollte man ein Stückchen deutlicher formulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Prägnanter!)

Ich setze noch einen fünften Punkt dazu: Wenn man sich die Begründungen anschaut, dann kann man den

Eindruck gewinnen, dass sie von einigen geschrieben wurden - sie wurden nicht von Ihnen selber geschrieben, Herr Minister; der Minister tut so etwas nicht -, die eigentlich nur das Ziel haben, zu enteignen. Ich sage: Das Ziel haben wir nicht, sondern das ist für uns wirklich eine Notmaßnahme.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle abschließend für meine Fraktion fest, dass sich das Gesetz, das wir im Oktober verabschiedet haben, bewährt hat. Wir brauchen ein Stück Veränderung, damit wir den Notwendigkeiten von heute gerecht werden. Wir haben aber noch einige kritische Fragen. Vor uns liegen eine Anhörung und Ausschussberatungen. Ich hoffe, dass wir dann in 14 Tagen gemeinsam dieses für Deutschland notwendige Gesetz verabschieden können. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Oskar Lafontaine ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass uns diese Debatte bisher durchaus Vergnügen bereitet, beobachten wir doch mit großem Interesse, wie die einzelnen Fraktionen dieses Thema behandeln.

Ich bin zum ersten Mal in der Situation, dass ich zunächst den Bundesfinanzminister in dem unterstützen muss, was er abweichend von der Begründung des Gesetzentwurfs vorgetragen hat. Es geht hier nicht um die Enteignung irgendwelcher Aktionäre. Das ist absolut absurd und lächerlich. Es geht darum, die Enteignung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler endlich zu stoppen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Frage ist, warum das erst jetzt passiert.

Es ist abenteuerlich, was hier vorgetragen wird. Es gibt eine Bank mit ungedeckten Verpflichtungen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Der Staat muss mit 83 Milliarden Euro einspringen. Die Banken müssen mit weiteren Milliarden einspringen, um ihre Interessen zu wahren. Hier aber wird bei einem Börsenwert von 260 Millionen Euro von der Enteignung der Aktionärinnen und Aktionäre gesprochen. Man hat doch überhaupt nichts begriffen. Es geht hier um nichts anderes als um den Stopp der ständigen Enteignung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der zweite Punkt, in dem ich den Bundesminister der Finanzen unterstützen muss, ist, dass er endlich unser Argument aufgegriffen hat, dass es darum geht, günstige Refinanzierungskonditionen durchzusetzen. Das entspricht den Tatsachen, und das wird auch überall erklärt. Rechnen Sie einmal aus, was 0,1 Prozent, 0,5 Prozent oder 1 Prozent von 100 Milliarden Euro sind! 1 Prozent von 100 Milliarden Euro lässt sich leicht ausrechnen.



Was ist in den letzten Monaten an zusätzlichen Aufwendungen verplempert worden, die letztendlich zulasten der Staatskasse gehen?

Es bestätigt sich, dass Lösungsansätze, wie sie in Amerika, Großbritannien oder Schweden gewählt worden sind, ökonomisch oder auch einfach nur haushaltspolitisch vernünftig sind. Unsere Aufgabe ist es, die Kosten, die dem Staat entstehen, zu minimieren. Das heißt, wir müssen die Refinanzierungskosten der Hypo Real Estate minimieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der dritte Punkt ist, dass man die Kontrollmehrheit braucht, um das Umleiten von Steuergeldern oder Bankengeldern in Steueroasen, Zweckgesellschaften oder für den Kauf von Schrottpapieren usw. zu verhindern. Das ist doch die Krux der bisherigen Praxis dieser Regierung - damit komme ich zu meinen kritischen Bemerkungen -, dass immer noch nichts geregelt ist. In Deutschland werden aufgrund Ihrer Verantwortung aufseiten der Regierungsbank Milliarden verschleudert, weil Sie nicht sicherstellen, dass nicht mehr außerhalb der Bilanz Geschäfte getätigt werden können und dass Geschäfte nicht mehr über Steueroasen getätigt werden können, und weil Sie weiter zulassen, dass Schrottpapiere gehandelt werden. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Besonders lustig wurde es, als Herr Kollege Solms an Herrn Chávez erinnert hat. Das ist für uns ein wirklicher Genuss: Angela Merkel, die deutsche Chávez. Das ist wunderbar.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Wir hätten es uns nicht träumen lassen, dass hier mit solchen massiven Argumenten gegen sie vorgegangen wird.

Aber, verehrte Damen und Herren von der FDP, Sie haben kein Verständnis von Sozialismus.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Bravo!)

- Es ist gut, wenn Sie das einsehen.

Sozialismus ist nicht die Sozialisierung von Verlusten. Haben Sie das immer noch nicht begriffen? Die Sozialisierung von Verlusten ist brutalster Kapitalismus. Das haben Sie einfach nicht begriffen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

- Ihr dürft ruhig klatschen. Das habt ihr ja früher schon alle gewusst.

Die Sozialisierung von Verlusten, die zurzeit in gewaltigem Umfang weltweit stattfindet, ist kein Sozialismus, sondern brutalster Kapitalismus, der sich in millionenfacher Enteignung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern äußert, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Da wird Leiharbeitern gekündigt. Da werden befristete Verträge nicht mehr verlängert. Da werden Arbeitsplätze abgebaut. Da wird Kurzarbeit eingeführt. Das bedeutet Einkommensverluste für den betroffenen Arbeitnehmer

etwa bei Opel in Höhe von 400 Euro pro Monat. Das ist die eigentliche staatliche Enteignung aufgrund der Verbrechen, die Banker und Finanzverantwortliche in der ganzen Welt begangen haben. Über diese Enteignung reden wir hier.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die entscheidende Frage ist: Welchen Begriff von Eigentum haben Sie eigentlich? Das ist Ihr Problem. Lachen Sie ruhig weiter. Ich kann nur auf Graf Lambsdorff verweisen, der dazu einen Aufsatz geschrieben hat. Man muss tatsächlich darüber reden, ob seine Überlegungen zur Insolvenz ganz falsch sind. Bei der IKB war ich dieser Meinung. Die IKB war keine systemrelevante Bank. Sie hatte ein Bilanzvolumen, das mit dem der Hypo Real Estate nicht vergleichbar ist. Man hat hier rund 10 Milliarden Euro in den Sand gesetzt, ohne dass das begründet war. Die Bilanzsumme der Hypo Real Estate ist deutlich höher. Man würde aber gerne erfahren, worum es eigentlich im Detail geht. Dazu hört man überhaupt nichts. Man hat überhaupt keine Informationen darüber, welche Risiken vorhanden sind, wie sich das Ganze strukturiert und wer die Verluste tragen müsste. Es wird immer nur Geld nachgeschossen. Sie stehen in der Verpflichtung, die Öffentlichkeit mehr zu informieren. Das ist einer der Gründe, warum wir hier einen Untersuchungsausschuss für dringend geboten halten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun zum Gesetz selber. Dort ist von den Zusammenhängen, die ich hier erläutere, überhaupt nicht die Rede. Dort wird nur von Finanzsystemen, Finanzmärkten, der Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes und Begleitmaßnahmen gesprochen. Deswegen bin ich dankbar, dass wenigstens ein Minister gesagt hat: Hier geht es auch um die Menschen. Er hat zwar auf die Steuerzahler abgestellt. Aber ich habe nachgelegt: Es geht um die Arbeitnehmer und sozial Bedürftige sowie die Rentnerinnen und Rentner. Diese haben in den letzten Jahren 8,5 Prozent Kaufkraft verloren. Drei Redner aus drei verschiedenen Fraktionen haben gesagt - ich mache die Fraktionen dafür nicht verantwortlich; das wäre intellektuell nicht redlich; bei einem Redner bin ich mir sicher, dass er für die ganze Fraktion gesprochen hat -: Die Renterinnen und Rentner müssen letztendlich durch Leistungskürzungen für die Milliardenverluste aufkommen, die diese Ganoven zu verantworten haben. Das ist niemandem vermittelbar. Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Art der Bezahlung nicht stattfindet. Wir dürfen nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Renterinnen und Rentner für die Kapitalverbrechen haften lassen, die hier begangen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist nicht mehr nachvollziehbar, dass jetzt die Verantwortlichen auch noch Forderungen aufstellen. Einer will 3,5 Millionen Euro als Bezahlung für seine großartigen Leistungen haben.

Hier stehe die Bank in der Verpflichtung. Er will weiterhin Zusagen für 500 000 Euro Pension pro Jahr haben. Wo ist denn in dieser Gesellschaft noch die Haftung des Einzelnen für die gewaltigen Verluste gegeben, die er zu verantworten hat? Wir leben in einer Gesellschaft, die die Maßstäbe verloren hat, wenn es darum geht, Verantwortlichkeiten zuzuschreiben. Das erkennen immer mehr Bürgerinnen und Bürger und ist der Grund, warum bei uns eine große Unzufriedenheit herrscht. (Beifall bei der LINKEN sowie der Abg.

Dr. h. c. Gerd Andres [SPD] und Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, Sie haben vorgetragen, dass die Angelsachsen vorbildlich seien, wenn es um Verstaatlichung gehe. Das ist aufgrund der Zusammenhänge, die ich vorgetragen habe, kein überzeugendes Argument. Das ist überhaupt kein Wunder.

Wenn es darum geht, der Gesamtgesellschaft Verluste aufzubürden, dann sind natürlich die Länder, die sich dem Kapitalismus besonders verbunden fühlen, diejenigen, die am schnellsten handeln, weil sie es verstanden haben; das ist der Zusammenhang. Deshalb ist das sozusagen kein Beweis für Ideologiefreiheit oder Pragmatismus. Die Angelsachsen wissen einfach, was sie machen. Sie privatisieren die Gewinne und sozialisieren die Verluste. Es wäre an der Zeit, dass das auch hier so gesehen wird und dass sich auch die FDP langsam solchen Gedanken nähert und sich die Frage stellt, wem in dieser Gesellschaft aus welchen Gründen was gehört. Was ist eigentlich Eigentum? Hat die Verfassungsverpflichtung, nicht zu enteignen, Bedeutung für die große Mehrheit des Volkes und nicht für die Minderheit derjenigen, die Sachgegenstände oder Unternehmenskapital besitzen? Das sind doch die großen Fragen, die jetzt in unserer Gesellschaft aufgeworfen werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Leider ist das Gesetz von dem Geist getragen, wie er teilweise von der FDP formuliert worden ist.

(Widerspruch des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Das äußert sich zum Beispiel darin, dass man es ängstlich auf eine Gesellschaft zuschneidet und gleichzeitig die Dauer der entscheidenden Artikel auf den Juni befristet.

Das ist durch gar nichts zu rechtfertigen, wenn man längerfristig denkt. Es kann doch sein, dass morgen ein Fall ähnlicher Größenordnung auf uns zukommt.

Was wollen wir denn dann machen? Lernen wir denn nicht aus den Vorgängen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten oder in Schweden?

Wissen wir nicht, dass viele Wissenschaftler sämtlicher ideologischer Prägungen recht haben, wenn sie sagen, dass zurzeit die Übernahme der großen Institute durch den Staat die einfachste, die wirkungsvollste und die billigste Lösung ist? - Das ist einfach bewiesen, und deshalb ist dieser Gesetzentwurf in diesem Ansatz völlig überholt und im Grunde genommen reiner Mist, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte nur noch zu einem Zusammenhang etwas sagen, auch wenn sich jetzt alle darüber aufregen werden. Der Sozialphilosoph Oswald Spengler, den ich hier schon einmal zitiert habe, schrieb in seinem berühmten Standardwerk:

Die privaten Mächte der Wirtschaft wollen freie Bahn für ihre Eroberung großer Vermögen. Keine Gesetzgebung soll ihnen im Wege stehen. Sie wollen die Gesetze machen, in ihrem Interesse, und sie bedienen sich dazu ihres selbstgeschaffenen Werkzeugs, der Demokratie, der bezahlten Partei.

Wir haben hier die Frage aufgeworfen, warum der Untersuchungsausschuss IKB nicht kommt. Das Handelsblatt schrieb: Die FDP kann nicht zustimmen, weil ihre Spender gesagt haben: Wenn ihr zustimmt, dann werden wir sehr ungnädig mit euch sein und euch die Spenden streichen.

Wir haben hier einmal aufgelistet - zehn Jahre saldiert -, was in den letzten Jahren von der Finanzwirtschaft gespendet worden ist: 1,4 Millionen Euro für die SPD, 600 000 Euro für die Grünen, 5,2 Millionen Euro für die CDU, rund 1 Million Euro für die CSU und 2,07 Millionen Euro für die FDP.

(Zurufe von der FDP)

In jedem Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Paragraph wirksam: der Ausschluss wegen Befangenheit. Dieser Ausschluss wegen Befangenheit soll sicherstellen, dass nicht anderweitige Verpflichtungen und Interessen die Entscheidungen dieses Parlamentes beeinflussen. Das hat einen tiefen Sinn, und deshalb sollten wir aus dieser Bankenkrise lernen, dass man sich nicht nur in Amerika, sondern auch hier von einer Politik lösen muss, die mittelbar durch Finanzzuweisungen aus Industrie und Bankenwelt bestimmt wird. Das ist auch der Zusammenhang, den wir hier zu besprechen haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Mit anderen Worten: Einige Begründungen, die Sie, Herr Bundesfinanzminister, hier gebracht haben, sind durchaus akzeptabel, aber sie finden sich im Gesetzestext nicht wieder. Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab, weil er den Beweis dafür liefert, dass die Bundesregierung die Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit nicht verstanden hat und dass sie nicht bereit ist, jetzt endlich die Kehrtwende in der Politik zu machen, die längst überfällig ist und von dem Gedanken getragen sein müsste, dass es nicht nur um die Enteignung von Flowers geht. Vielmehr geht es auch darum, die Enteignung von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und sozial Bedürftigen zu verhindern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Lafontaine, es wird nicht besser, wenn man sich auf Spengler beruft und pauschal alle Parteien außer Ihrer

hier im Hause der Korruption und der Bezahlung durch andere bezichtigt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Bericht des Bundestagspräsidenten!)

Das ist eine Form der Partei- und Parlamentskritik, von der ich glaube, dass sie schlechten Populismus bedient und nicht der politischen Auseinandersetzung an dieser Stelle dient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne Zweifel, meine Damen und Herren, ist die Hypo Real Estate systemrelevant, und sie muss gerettet werden. Es geht nicht darum, Banken etwas Gutes zu tun, sondern darum, das System wieder zum Funktionieren zu bringen.

Das ist aber nun schon das dritte Mal, lieber Herr Steinbrück, dass Sie das versuchen. Das, was Sie heute praktizieren, ist nichts anderes als die dritte Nachbesserung an dieser Baustelle. Ich finde, hier muss einmal klargemacht werden, auf welchen Irrtümern diese Vorgehensweise beruht.

Sie haben anfänglich gesagt, die Finanzkrise sei ein rein amerikanisches Problem. Was ist passiert? - Es ist rübergeschwappt nach Europa und Deutschland.

Sie haben zweitens behauptet, die deutschen Banken seien gut aufgestellt. Wir bräuchten uns keine Sorge zu machen. Worüber diskutieren wir hier zum dritten Mal? - Wir diskutieren darüber, dass wir reihenweise Banken haben, die kurz vor der Insolvenz stehen oder in anderer Form von Krisen stecken.

Sie haben schließlich gesagt, wir bräuchten keinen europäischen Rettungsplan. Was haben wir heute? - Wir haben - Gott sei Dank, sage ich an dieser Stelle - einen europäischen Rettungsplan.

Ich erinnere mich noch gut an die Äußerung, dass wir kein Konjunkturpaket bräuchten. Wir haben inzwischen das zweite.

Deswegen glaube ich, dass auch in der Frage Enteignung und Verstaatlichung das Grundproblem nicht darin besteht, was heute gemacht wird, sondern darin, dass Sie es viel zu spät machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten bereits im Dezember anders handeln müssen: Anstatt auf das Prinzip der Freiwilligkeit zu setzen, hätten Sie alle Banken unter den Schutzschirm stellen müssen. Sie hätten eine klare Entscheidung zugunsten des vernünftigsten und effizientesten Instruments treffen müssen. Das effizienteste Instrument ist nicht, das Geschäftsvolumen zu verbürgen, sondern das effizienteste Instrument ist es, in das Kapital der Bank selber zu investieren, das heißt teilzuverstaatlichen und gegebenenfalls auch ganz zu verstaatlichen. Das heißt, den Steuerzahler vor Enteignung zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist stattdessen passiert? Sie haben mittlerweile 18 Milliarden Euro für die Commerzbank bereitgestellt, der Börsenwert liegt bei 3 Milliarden Euro. Sie haben 83 Milliarden Euro Steuergelder, wie Sie hier gesagt haben, für die Hypo Real Estate bereitgestellt, der Börsenwert

liegt, glaube ich, bei etwa 250 Millionen Euro. Das ist das Problem.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das sind Garantien!)

- Wir können uns einmal darüber unterhalten, was von diesen Garantien am Ende kassenwirksam wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein frommer Wunsch, dass das Verlustrisiko bei 5 Prozent bleibt, so wie das im Bankenrettungspaket vorgesehen ist. Auch ich wünsche mir, dass das so bleibt. Aber wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass Sie es selber auch nicht glauben, dass es bei diesen 5 Prozent Verlustrisiko bleiben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, es gibt einen Brand, und es gibt eine Feuerwehr, deren Feuerwehrmänner alle wasserscheu sind.

Das ist der Zustand der Großen Koalition in der Finanzkrise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Der wasserscheueste ist übrigens der neugebackene Wirtschaftsminister. Er hat seine Rolle in diesem Kabinett wie folgt beschrieben: Er möchte eine vernehmbare ordnungspolitische Stimme am Kabinettstisch sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe mir sagen lassen, liebe Kollegen von der Union, dass Mutti Zwischenrufe bei Tisch nicht mag.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dann hat er am Montag in der Bild-Zeitung zur Enteignung nachgelegt: „Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen.“ Das war am Montag. Was hat er am Mittwoch gemacht? Am Mittwoch hat er dem Gesetz zur Enteignung im Kabinett zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wie ich höre, tragen Sie Trauer wegen Ihrer schlechten Umfragewerte.

Sie sollten einmal darüber nachdenken, woher diese kommen. Sie kommen genau daher. Wenn Sie in den eigenen Reihen Leute haben, die die dümmsten Phrasen der FDP in der Bild-Zeitung nachplappern und dann im Kabinett das Gegenteil praktizieren, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn viele Leute sagen: Dann wählen wir lieber das Original.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das macht die Dummheit dieser Phrasen aber nicht besser. Lieber Herr zu Guttenberg, liebe FDPler, glauben Sie denn im Ernst, dass es im Sinne Ludwig Erhards wäre, einen Spekulanten wie Herrn Flowers mit dem Zwei- bis Dreifachen des Marktwertes der Hypo Real Estate zu entschädigen?

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Nein! Natürlich nicht!)

- Nein, das wäre natürlich nicht im Sinne Ludwig Erhards. Was macht die FDP? Sie lädt in die Anhörung des Finanzausschusses genau diesen Herrn Flowers mit dem Ziel ein, dass er dort seine Forderungen noch einmal vortragen kann. So habe ich mir das mit dem Erbe Ludwig Erhards immer vorgestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der SPD)

Sie, Herr Westerwelle, haben neulich vor dem Wirtschaftsrat der Union eine bemerkenswerte Rede gehalten. Unter tosendem Applaus der dort versammelten CDU-Mitglieder haben Sie erklärt: Ich akzeptiere nicht, dass es eine „Enteignungsbehörde“ gibt - eine interessante Beschreibung für das Finanzministerium, Herr Steinbrück, aber gut -. „Bürgerliche Mehrheiten betreiben keine Enteignungspolitik.“ - Das ist einfach Unsinn und die Unwahrheit.

(Ortwin Runde [SPD]: Eben!)

Selbstverständlich wird in Deutschland seit Jahrzehnten enteignet:

(Ortwin Runde [SPD]: Richtig!)

für den Bau von Straßen, Flughäfen, Eisenbahnlinien sowie für Bergwerke wie in Gorleben.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist etwas ganz anderes!)

Deswegen steht im Grundgesetz:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Rechtslage. Ich darf an dieser Stelle noch hinzufügen: Das Grundgesetz ist eine sehr bürgerliche Verfassung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Eine gute Verfassung!)

Wenn darüber gestritten wird, wer es besser kann, dann sagen wir ganz deutlich - deswegen ist es auch richtig, am Ende zu reprivatisieren -: Nein, der Staat ist nicht der bessere Banker, aber in der jetzigen Situation ist der Staat der Einzige, der in der Lage ist, aktuell die Mittel bereitzustellen, um die Pleite einer Bank wie der HRE mit den negativen Folgen für unser Finanzsystem zu verhindern. Das ist die Rolle, das ist die Funktion des Staates.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das, was heute gemacht wird, kommt zu spät, aber es ist kein Anschlag auf unsere Wirtschaftsordnung. Diesen Anschlag auf das Eigentum der Aktionäre, die Enteignung der Aktionäre, besorgt nicht der Staat; die haben die Spekulationen im Kasinokapitalismus besorgt. Die Aktionäre sind enteignet. Sie jetzt unverdient dafür zu entschädigen, bedeutet eine Enteignung der Steuerzahler. Nein, es geht hier um etwas völlig anderes. Ich will das an einem FDP-kompatiblen Beispiel erläutern.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sie müssen das aber in einer sehr komprimierten Form versuchen.

(Heiterkeit)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wenn morgens die Müllabfuhr kommt, dann regen auch Sie sich nicht darüber auf, dass Sie von Ihrem ehemaligen Hab und Gut enteignet werden. Genau darum geht es: den Müll wegzuräumen, zu schauen, was davon zu verwerten ist, und den Müll einem ordentlichen Recycling zuzuführen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD - Dr. h. c. Hans Michelbach  
[CDU/CSU]: Das ist unglaublich! Wenn das  
ein ausländischer Investor hört! Der macht nur  
noch einen Bogen um unser Land!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Hans-Ulrich Krüger ist der nächste Redner für die  
SPD-Fraktion.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und  
Kollegen! Bei der gesamten Diskussion in der letzten  
Woche über den Einsatz staatlicher Garantien und die  
zielorientierte Verwendung von Steuermitteln im Rahmen  
der Finanzkrise hat sich letztendlich immer - egal  
ob wir uns das bewusst gemacht haben oder nicht - eine  
Grundfrage gestellt: Was darf der Staat mit den Mitteln  
des Steuerzahlers machen, und welche Rechte hat er  
dann? - Bei jeder Insolvenz, bei jedem Konkurs irgendeines  
Unternehmens in Deutschland haftet der betreffende  
Unternehmer mit dem gesamten Betriebsvermögen  
für seinen Misserfolg, und er haftet in aller Regel  
bis zum letzten privaten Hosenkнопf, weil er nämlich  
private Bürgschaften abgegeben hat, weil er Grundpfandrechte  
abgegeben hat, sich also mit seinem gesamten  
Hab und Gut für den Erfolg seines Unternehmens  
verbürgt hat. Das ist sein unternehmerisches Risiko.  
Das ist Teil unserer Ordnungsvorstellungen.  
Pumpt nun der Staat gezielt Milliarden von Euro in  
ein Unternehmen - in diesem Falle des Finanzmarktes -  
mit dem Ziel, das Unternehmen um jeden Preis wegen  
Systemrelevanz am Leben zu erhalten, dann wird diese  
ganz normale Insolvenzordnung außer Kraft gesetzt. Das  
unternehmerische Risiko gibt es nicht mehr; dieses trägt  
der Staat. Ist der Staat der Retter in der Not, dann gebührt  
ihm selbstverständlich ein Äquivalent für seine  
Leistung.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist es absolut legitim - ich  
empfehle hier verbale Abrüstung -, das Mittel der Enteignung  
als die berühmte Ultima Ratio nach vorgeschalteten  
Bemühungen zu diskutieren. Es geht hier  
nicht darum, dass sich der Staat ein kostbares Vermögen  
unter den Nagel reißt, sondern darum, die enormen  
Schulden eines faktisch insolventen Unternehmens zeitweise  
im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieses  
Landes zu übernehmen. In einer solchen Situation und  
unter solchen Bedingungen ist das daher - das sage ich  
ganz deutlich - im äußersten Notfall die Pflicht des Staates, um weitere  
Enteignungen der Bürgerinnen und Bürger  
durch die dann kommende Belastung zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang hilft ein Blick in unser gutes  
altes, vom Kollegen Trittin eben erwähntes, Grundgesetz.

Art. 14 Abs. 3 Satz 1 lautet:

Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit  
zulässig.

Damit man die Gelegenheit hat, sich den Schaum  
vom Mund abzutupfen - den habe ich bei einigen Redebeiträgen  
hier gesehen -, möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Die bayerische Landesregierung hat am

1. Juli 2008 das Bayerische Rohrleitungsentzugsgesetz



verabschiedet, um den Petrochemiestandort Bayern zu stärken. Im Jahr 1998 hat das Land Baden-Württemberg das Landesmessegesetz beschlossen, um Enteignungen zum Zwecke des Baus und des Betriebs der Landesmesse zu ermöglichen. Ich kritisiere das weiß Gott nicht, weil es für mich als jemanden, der aus der kommunalen Familie kommt, ein normaler Vorgang ist, dass etwas legislativ angeordnet wird, dass es exekutiv durch eine Behörde ausgeführt wird, die automatisch Enteignungsbehörde genannt wird, und dass judikativ überprüft werden kann, ob die Enteignung zulässig und die Entschädigung rechtmäßig war.

Es ist also so, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Menschen im Rahmen regionaler Standortpolitik auf ihr Hab und Gut gegen Entschädigung verzichten müssen. Welchen Wert hat angesichts dessen die Sicherung der Finanzmarktstabilität zum Wohle der Allgemeinheit, zum Schutze von uns allen in diesem Staate? Ich bitte, hier nicht mit zweierlei Maß zu messen und keine ideologischen Scheuklappen zu tragen. Was wir wollen, hat nichts mit Staatssozialismus zu tun; das ist keine Systemveränderung. Vielmehr geht es darum, wie Gelder des Steuerzahlers zur Bewältigung der momentanen Notlage am besten geschützt werden. Dem wird dieser Gesetzentwurf gerecht. Er wirkt wie ein Kompass.

Die Frage, ob ein Enteignungsgesetz für den Standort Deutschland ein Vorteil oder ein Nachteil ist, wurde bereits gestellt. Ich glaube, ein Blick über die Grenzen lehrt uns anderes: England - Mutterland des Kapitalismus - : Northern Rock, Bradford & Bingley; die Beneluxstaaten: Fortis-Gruppe; Irland: Anglo Irish Bank - alles Enteignungen/Verstaatlichungen. Man muss fragen: Wo kommen wir hin, wenn wir auf etwas Derartiges verzichten? Es geht uns natürlich nicht darum, irgendwelche Aktionäre eines Vermögenswertes, den sie haben, zu berauben. Schauen Sie doch einmal in die Bilanzen der Unternehmen: Diese Beraubung hat durch Vorstände, durch gierige und abzockende Banker bereits stattgefunden. Es geht jetzt darum, die denkbaren Alternativen zu überprüfen, um Schaden von unserer Volkswirtschaft abzuwenden. Es geht natürlich auch darum, dies in einem geordneten Verfahren zu tun. Aber da muss eines klar sein: Geschenke sind hier nicht zu verteilen. Niemand kauft mir eine Aktie ab, die ich zu einem Preis verkaufen will, der doppelt oder dreimal so hoch ist wie der Börsenkurs. Ähnliches gilt für den Staat, der en bloc überlegt, wie er als Kontrapunkt bei etwaigen Zusagen, Garantien oder bei der Vergabe von Eigenkapitalmitteln wirken kann, wie er sich also in einer Situation verhält, in der er helfen kann oder helfen muss. Die Stabilität des Finanzsystems erfordert, dass diese Möglichkeit im Interesse des Steuerzahlers ins Kalkül gezogen wird.

(Beifall des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Damit keiner glaubt, es gehe jetzt darum, dass der Staat auf Dauer Banken betreiben wolle, weise ich darauf hin: In unserem Gesetzentwurf sind Reprivatisierungsmöglichkeiten vorgesehen. Eine weitere Möglichkeit ist darin vorgesehen - der Kollege Bernhardt sprach es eben an - : Die Verlängerung der Garantien von 36 auf 60 Monate, um die Institute auf längere Zeit mit frischem

Geld zu versorgen. Herr Kollege Bernhardt, da sind wir beide derselben Ansicht: Gerade im Interesse eines funktionierenden Pfandbriefmarktes besteht die Notwendigkeit, zu schauen, ob Kollateralschäden erzeugt werden. Wir müssen natürlich auch nach Brüssel schauen. Die Situation auf europäischer Ebene ist ohnehin so, dass Garantien zwar fünf Jahre gelten, dass diese fünf Jahre aber auf einen ganz bestimmten Prozentsatz der Garantien beschränkt sind.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, das Finanzmarktstabilisierungsgremium über diese fundamentale Verordnung zu informieren.

Selbstverständlich haben wir überhaupt keine Bedenken – das haben Sie vielleicht durch den Applaus der SPD an diesem Punkte vernommen –, wenn ebendiese Verordnung nicht nur in diesem Beratungsgremium, sondern auch im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages informativ vorgestellt wird. Aber das ist Feinputz.

Ein weiterer Punkt scheint mir noch sehr erwähnenswert zu sein. Das Thema Bad Bank hat heute Gott sei Dank keine Rolle gespielt. Ich begrüße ausdrücklich, dass in dem Gesetzesentwurf keinerlei Regelungen zu einer Bad Bank enthalten sind. Faule Kredite auf dem Rücken der Steuerzahler abzuladen, das geht nicht, das ist mit uns nicht zu machen, weder an dieser Stelle noch an einer anderen Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe abschließend eine einzige Bitte: Sehr geehrter Herr Kollege Solms, schauen Sie bitte im Grundgesetz nach, nehmen Sie Ihre Scheuklappen ab, lesen Sie die Rede, die Sie eben gehalten haben, in einer ruhigen Stunde vielleicht einmal nach und schlagen im Brockhaus unter dem Stichwort „Scham“ nach.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute eine sehr bemerkenswerte Debatte: die Unionsparteien im Schulterschluss mit Oskar Lafontaine. Vielleicht wird beim nächsten Bundesparteitag der CDU eine Freundschaftsdelegation der Castro-Brüder aus Kuba empfangen werden; ich weiß nicht, wie die Entwicklung da weitergeht.

(Gustav Herzog [SPD]: Hier ist doch keine Fastnacht!)

Ich stelle jedenfalls fest: Vier Fraktionen in diesem Haus wollen Enteignung. Wir wollen als einzige Fraktion keine Enteignung. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Die Enteignung ist ein Offenbarungseid der Wirtschaftspolitik der Regierung. Sie ist kein Mittel der Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft. Sie schreckt Investoren ab. Sie kostet Arbeitsplätze. Sie schädigt den Steuerzahler, weil Steuern nicht erarbeitet werden können, weil Investitionen nicht hier, sondern woanders getätigt

werden. Mit solchen Gesetzen gefährden Sie massiv Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Es ist richtig, dass Vertrauen in den Finanzmarkt wiederhergestellt werden muss. Aber weshalb wollen Sie

das mit einem Enteignungsgesetz machen? Sie wollen eine Verstaatlichung der Hypo Real Estate durch Enteignung.

Das ist ein verkapptes Einzelfallgesetz;

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

insofern hat Otto Solms völlig recht. Da stellt sich die Frage: Ist es verfassungskonform, ein Einzelfallgesetz zu machen?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Ich habe im Jurastudium noch gelernt: Gesetze macht man für alle, für die Allgemeinheit und nicht auf Einzelfälle zugeschnitten.

(Beifall bei der FDP)

Wir können und wollen uns einen Zusammenbruch der Finanzwirtschaft, des Finanzwesens nicht erlauben.

Deshalb haben wir dem Rettungsschirm zugestimmt.

Das war ein Vertrauensvorschuss für die Regierung.

Aber: Die Regierung hat sich bei Hypo Real Estate mit rund 100 Millionen Euro Finanzhilfen und Garantien engagiert.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Milliarden!)

Jetzt, danach, kommt sie auf den Gedanken, sie müsse durch Enteignung das Geld, das sie da hineingesteckt hat, für die Bürger absichern. Das ist kein Krisenmanagement, keine durchdachte Strategie; das ist wirklich ein stümperhaftes Vorgehen.

(Beifall bei der FDP)

Erst wird der Einzelfall, eine Bank, unterstützt. Dann versucht der Finanzminister eine systematische Lösung. Nun sind wir beim Einzelfallgesetz. Herr zu Guttenberg hat zu Recht davor gewarnt, panisch ordnungspolitische Leitplanken einzureißen. Er hat inzwischen Lenkungsräte berufen. Mit der Enteignungsmöglichkeit schaffen Sie eine schiefe Ebene. Das ist das Einfallstor. Sie werden das Fass, das Sie mit der Enteignung jetzt öffnen, nicht mehr dicht bekommen.

Ich will einmal zitieren, was der DGB-Vorsitzende Sommer im Spiegel-Interview erklärt hat:

Deutschland sagt, wir lassen kein systemrelevantes Institut baden gehen. Die logische Konsequenz ist übrigens, dass man im letzten Schritt zur Enteignung greifen muss, sonst hat der Staat kein Druckmittel. Das muss für alle Branchen gelten, wenn man ihnen denn hilft.

So der DGB-Vorsitzende!

Sie sehen, welchen Geist Sie mit dem Enteignungsgesetz aus der Flasche gelassen haben.

(Beifall bei der FDP)

Sie bringen die Wirtschaftsordnung aus den Fugen. Sie bekommen die schiefe Ebene nicht mehr korrigiert. Sie sind auf einer falschen Straße, in falscher Marschrichtung, nämlich in ein System hinein, das uns schwächer und nicht stärker macht. Sie verraten mit dem Gesetz die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD:

Nein, wir retten sie!)

Meine Damen und Herren, das Gesetz ist eine Zumutung

für die Wirtschaft. Allein aufgrund der Tatsache, dass wir über Enteignung diskutieren und Schwarz-Rot diese auf den Weg bringt, wird Vertrauen in Deutschland verspielt. Das Finanzministerium war früher dafür zuständig, die Menschen durch die Steuererhebung teilweise zu enteignen. Heute wollen Sie gleich voll und ganz enteignen. Das ist der Unterschied zwischen der früheren und Ihrer heutigen Politik.

Meine Damen und Herren, wir müssen dafür sorgen, dass der Staatspegel nicht immer weiter steigt. Es muss einen klaren Ausstiegsweg aus diesem staatlichen Engagement geben. Dieser ist jedoch in keiner Ihrer Regelungen vorgesehen. Sie wollen das alles nur befristet machen. Das ist Politik der kurzen Beine, die kennen wir aber schon, das sind nämlich die Fehlaussagen, die Sie damit einbringen. Vielmehr müssten Sie bei jeder dieser Regelungen ein Ausstiegsszenario mitbeschließen, etwa beim Engagement bei Unternehmen, etwa bei Staatshilfen. Sie tun das aber nicht.

Deshalb verändert Ihre Politik das Land grundsätzlich. Es wird eine grundsätzliche Auseinandersetzung – auch zur Bundestagswahl – darüber geben müssen, wohin wir wollen. Wollen wir die soziale Marktwirtschaft wieder mit Leben erfüllen, die seit Jahren in Deutschland systematisch beschädigt wurde, erst von Rot-Grün, jetzt von Schwarz-Rot – das ist die Fehlentwicklung, die Deutschland geschwächt hat –, oder haben wir die Kraft, das zu korrigieren und uns zu erinnern, was die Prinzipien waren, die Deutschlands Stärke ausgemacht haben, die Arbeitsplätze geschaffen haben und die Steuereinnahmen generiert haben?

Es wäre töricht, wenn wir die Prinzipien verraten würden. Es gibt viele Schwachstellen. Postdienstleistungen beispielsweise sind immer noch von der Mehrwertsteuer befreit. Im Energiesektor haben wir keinen voll funktionierenden Wettbewerb. Jetzt fangen wir an, den Menschen mit dem Instrument der Enteignung vorzugaukeln, wir würden mehr Sicherheit schaffen und die Situation verbessern. Das Gegenteil wird der Fall sein. Sie werden einen Kurs einleiten, der zu einer „DDR light“ führen kann. Ich sage: Eine DDR hat gelangt. (Lachen bei der LINKEN)

Wir müssen nicht jeden Fehler der deutschen Geschichte wiederholen. Nie wieder Sozialismus in Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Alexander Bonde  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ganz tiefe Mottenkiste!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der nächste Redner ist Bartholomäus Kalb für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Brüderle, ich würde niemals eine solche Nähe zu dem früheren Unrechtssystem der DDR herstellen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bundestag und Bundesregierung kommen meines Erachtens in dieser krisenhaften Situation ihrer Aufgabe nach, nehmen

sie sehr ernst und handeln mit einem Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein.

Wir konnten und wir können

die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise schon allein deswegen nicht verhindern, weil es sich um eine weltweite Krise handelt. Außerdem ist deren Ausgang nicht primär bei uns zu suchen. Die Ausgangspunkte und die größten Brandherde liegen woanders.

Trotzdem konnten und können wir uns der Entwicklung nicht entziehen, da die internationalen Verflechtungen viel zu groß sind. Im Übrigen ist es unbestritten, dass auch bei uns durch verantwortliche und handelnde Personen Fehler gemacht worden sind.

Wir - Parlament und Regierung - haben meines Erachtens alles getan, was nach den jeweiligen Erkenntnissen notwendig und geboten war, um die Krisen einzudämmen.

Natürlich kann man heute die Frage stellen, ob man nicht manches besser und schon früher hätte erkennen können. Ich glaube, nicht.

Bereits im Frühherbst haben einige Akteure - ich meine, es war Herr Ackermann - geglaubt, das Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Leider hat sich herausgestellt, dass dies das Licht des entgegengerichteten Zuges war.

Wir haben mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, mit der Haushaltsverabschiedung, mit der Beschlussfassung über das Konjunkturpaket I im November und mit der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes und des Konjunkturpaketes II getan, was jeweils angemessen, richtig und geboten war.

An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedensten Bereiche, die uns bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit sachkundig und fachkundig zuarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Trotz all unserer Bemühungen werden wir die Krise nicht verhindern. Wir konnten sie nicht verhindern. Wir können sie und ihre Folgen nur mindern und abfedern.

Wir müssen den Bürgern draußen auch ehrlich sagen:

Der Staat wird nicht alle Probleme lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir bringen heute als Fraktionsinitiative deswegen in erster Lesung das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz ein, weil Gefahr in Verzug ist und von daher schnellstes Handeln geboten ist.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist der Punkt!)

Dabei sind sich die Koalitionsfraktionen darüber im Klaren - Kollege Bernhardt und Kollege Dr. Krüger haben darauf hingewiesen -, dass noch einige entscheidende Punkte im Beratungsverfahren verändert werden sowie Klarstellungen und Präzisierungen erfolgen müssen.

Ich persönlich hätte mir gewünscht, wenn wir auch die Themenbereiche § 8 c Körperschaftsteuergesetz und § 10 a Gewerbesteuergesetz aufgegriffen hätten. Es geht hier um den Verlustvortrag von Institutionen wie den Landesbanken, die von anderer Seite gestützt bzw. gerettet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insbesondere wird es aber um die Frage gehen, welche Erfordernisse im Zweifel erfüllt sein müssen, um als letzte Möglichkeit Schritte zur Enteignung vornehmen zu können. Es ist jedenfalls nicht nach dem Geschmack der Union, Maßnahmen in Betracht zu ziehen, an die zu denken man in normalen Zeiten nicht einmal wagen würde.

Zugleich muss per Gesetz sichergestellt werden, dass nicht einzelne Alteigentümer bzw. Aktionäre eine Rettungsübernahme eines großen und ohne jeden Zweifel systemrelevanten Institutes verhindern können. Das Schicksal einer Bank, eines Institutes ist zugleich das Schicksal vieler, wenn nicht gar aller, und damit entscheidend für die Stabilität des gesamten Finanzmarktes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität ist aber zwingende Voraussetzung, damit sich die Krise in der sogenannten Realwirtschaft nicht weiter verschärft. Hierbei sind auch die Konsequenzen zu berücksichtigen, die sich ansonsten für Arbeitsplätze, Existenzen, Wohlstand und soziale Sicherung ergeben würden. Ich zitiere, was Nouriel Roubini im jüngsten Stern-Interview gesagt hat:

Man muss das Bankensystem retten, ob es uns gefällt oder nicht.

(Zuruf des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Der neue US-Präsident bringt es so auf den Punkt: Wenn der Kreditfluss austrocknet, bricht die Wirtschaft zusammen. Das ist die Lage. Das heißt in unserem Fall: So sehr es auch Vorbehalte geben mag, wir dürfen in einer solchen Ausnahmesituation jetzt nicht unter Berufung auf ordnungspolitische Prinzipienreiterei Maßnahmen unterlassen, die notwendig sind, um Schaden abzuwenden. Auch das erwarten die Bürger zu Recht von uns. Wenn sich der Staat schon bei einem Institut in erheblichem Umfang engagiert und noch weiter engagieren muss, dann muss auch sichergestellt sein, dass er in diesem Institut etwas zu sagen hat. Im Übrigen hat bei dem in Rede stehenden Institut der Markt die extrem starke Vermögensvernichtung vorgenommen: Während die Marktkapitalisierung im Januar 2006 des in Rede stehenden Institutes über 6 Milliarden Euro betragen hat, betrug sie gestern noch 160 Millionen Euro. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir die Dinge einordnen. Das heißt, das staatliche Engagement, das notwendig ist und zukünftig noch notwendig werden wird, wird ein Vielfaches des momentanen Börsenwertes bzw. der momentanen Marktkapitalisierung betragen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich habe vorhin gesagt: Wir dürfen jetzt keine ordnungspolitische Prinzipienreiterei betreiben. Aber ebenso rate ich uns, jetzt nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Als einen solchen Versuch betrachte ich die Forderung, jetzt die Börsenumsatzsteuer wieder einzuführen. Wir sollten jetzt nichts tun, was geeignet ist, den Finanzplatz Deutschland zu schwächen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Übrigen werden bei den privaten Anlegern seit dem 1. Januar Spekulationsgewinne ohnehin von der 25-prozentigen Abgeltungsteuer erfasst. Vielleicht hätten wir

heute etwas weniger Probleme, wenn in der Vergangenheit nicht so viele Finanzmarktaktivitäten ins Ausland verlagert worden wären.

(Ortwin Runde [SPD]: Ja!)

Wir sollten einer solchen Entwicklung keinen weiteren Vorschub leisten.

Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, die Stabilität des Finanzmarktes zu sichern und seine Funktionsfähigkeit wiederherzustellen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Um das zu erreichen, müssen wir den Banken helfen, auch wenn es uns nicht gefällt und auch wenn die Bürger im Lande ungläubig staunend fragen, warum wir das tun. Dazu zitiere ich Barack Obama aus seiner ersten Rede als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: Ich weiß, wie unpopulär es jetzt ist, Banken zu helfen, besonders wenn man unter deren Fehlentscheidungen leidet ... Aber ich weiß auch, dass man auf Krisen nicht mit Wut reagieren oder der Stimmung des Augenblicks erliegen darf. Unser Job ist es, das Problem zu lösen. Unsere Aufgabe ist es, das mit Verantwortung zu tun ... Es geht nicht darum, Banken zu helfen. Es geht darum, den Menschen zu helfen.

Dem können wir uns inhaltlich nur voll anschließen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben mit Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz den Versuch, am Bankenrettungspaket der Großen Koalition zu flicken. Sie müssen die Höhe der möglichen Staatsbeteiligung an einzelnen Instituten verändern, und Sie müssen die Instrumente nachjustieren, weil das bisherige Paket in vielen Punkten nicht die Wirkung zeigt, die Sie erwartet haben, und weil es - zumindest im Fall der Hypo Real Estate - erkennbar nicht geeignet war, die Krise, die auf uns zuläuft, zu beenden.

Sie finden heute allerdings nicht die Kraft, eine wirkliche Zwischenbilanz der Bankenrettung zu ziehen.

Sie sparen bei dem, was Sie hier nachjustieren, zentrale Fragestellungen aus. Dazu gehören: die Frage der Parlamentsbeteiligung, die sich, wie wir befürchtet haben, als nicht effektiv erwiesen hat, die Frage des industriepolitischen Missbrauchs des Bankenrettungspakets mit Blick auf die Autobanken,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

die Frage der Bonuszahlungen bei gestützten Banken - die Kanzlerin fordert hier viel, aber Ihr Gesetz liefert dazu nichts - ,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Frage der Ausschüttungen bei gestützten Banken und die Frage der Adressaten dieses Gesetzes. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Debatte über die

Aareal-Bank. Auf diese Fragen geben Sie heute keine Antwort.

Der nächste Fehler, den Sie in der Debatte über die Bankenrettung machen, ist, dass Sie nur an einzelnen Punkten korrigieren - und dies erst dann, wenn die Realität längst gezeigt hat, dass Ihr Abwehrkampf verloren gegangen ist.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist wahr!)

Reden wir aber über das, was Sie heute korrigieren wollen. Bei der Hypo Real Estate hat sich gezeigt, dass das einfache Hinterherschießen von Geld in eine Bank, die de facto pleite ist, am Ende nicht funktioniert, wenn Sie nicht die Kraft haben, einen Restrukturierungsprozess tatsächlich durchzusetzen.

Da müssen Sie sich, liebe Kollegen von der FDP, einmal entscheiden, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie Marktwirtschaft, was Sie immer postulieren? Oder wollen Sie eine Selbstbedienung für gescheiterte Finanzinvestoren, was das Resultat von dem wäre, was Sie hier reklamieren?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie, Herr Brüderle und Herr Solms, vorgetragen haben, zeigt ein seltsames Verständnis von Unternehmertum und von Investorenrisiko. Ich führe viele Gespräche mit mittelständischen Unternehmern. Niemand versteht, weshalb Sie die Schutzheiligen von Erpressern in Nadelstreifenanzügen sind und dass Sie sich für Menschen einsetzen, die nicht bereit sind, ihr Investorenrisiko in aller Konsequenz zu tragen, die vielmehr mit aufgehaltener Hand vor uns stehen und Traumpreise für ihre Aktien verlangen. Diese Menschen wissen, dass der Staat zur Rettung beitragen muss. Der einzige Wert, den die Hypo Real Estate für sie hat, ist das Erpressungspotenzial gegenüber der deutschen Volkswirtschaft. Ich finde, dieses Schutzheiligentum steht niemandem an, der sich als Marktwirtschaftler definiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es anders sagen: Die Hypo Real Estate will niemand in Staatsbesitz bringen, weil er sie für ein besonderes Schnäppchen hält. Im Gegenteil: Bei dieser Staatsinvestition wird niemals eine schwarze Null herauskommen. Das ist eine teure Rettungsaktion, und das wird sie auch bleiben. Es geht um nichts anderes als darum, eine Bombe zu entschärfen, die mitten in unserer Volkswirtschaft liegt, weil wir alle wissen, welche Folgen es hätte, wenn sie hochgehen würde. Mit Verlaub: Herr Flowers sitzt auf dem Zünder, hält die Hand auf und sagt: Vor der Entschärfung hätte ich gerne noch einmal ein paar hundert Millionen vom Steuerzahler. Das ist Erpressung und hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Das kann von diesem Parlament auf keinen Fall toleriert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie mögen markige Auftritte mit Wahlkampfcharakter für verantwortlich halten. Ich bin der Auffassung, dass man eine klare ordnungspolitische Vorstellung formulieren muss. Und ein klares ordnungspolitisches Bekenntnis zur Marktwirtschaft erfordert die Absage an einen solchen Erpressungsversuch auf Kosten der Steuerzahler.



(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie es mich platt sagen: Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden, was Sie wollen. Nach den heutigen Reden habe ich den Eindruck, dass FDP die Abkürzung für Flowers' Deutsche Pudel ist. Ich finde, das steht Ihnen nicht gut an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Warum wollt ihr dann mit uns regieren?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Ortwin Runde, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ortwin Runde (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können ein Resümee dieser Debatte ziehen. Ich muss sagen: Ich finde die Reaktion der beiden FDP-Redner erstaunlich. Es ist erstaunlich, dass Sie jetzt, wo wir am Ende einer Epoche des Kapitalismus stehen - das tun wir; wir stehen vor einer Zeitenwende -, angesichts des Zusammenbruchs der Finanzmärkte und der Probleme, die wir aufgrund dieser Konjunkturkrise haben, solche Reden halten. Dazu muss ich sagen: So lassen wir Sie nicht davonkommen.

(Beifall bei der SPD - Carl-Ludwig Thiele

[FDP]: Die Verantwortung haben Sie!)

Das ist Kasperletheater, nichts anderes. Mit Ihrer Lautstärke und Ihrer Aggressivität wollen Sie doch nur ablenken.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sprechen Sie doch einmal mit Herrn Poß!)

Wer hat sich denn immer für Marktradikalismus, den Rückzug des Staates und Privatisierung ausgesprochen?

Wer war gegen Regelungen bezogen auf Managergehälter?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Für klare Regeln!)

Wer war gegen Regeln für Kapitalmärkte? Das waren doch immer Sie. Und jetzt stehen Sie vor einem Scherbenhaufen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Für klare Regeln!)

Was Ihnen einfällt, sind nur Elogen zum Grundgesetz.

Lesen Sie doch einmal das Grundgesetz. Herr

Heuss, FDP, später hochgeachteter Bundespräsident, war einer seiner Väter. Lesen Sie einmal nach, was er zu den Fragen Gemeinwirtschaft und Enteignung gesagt hat.

Lesen Sie das, und Sie werden feststellen, wie weit Sie sich von Ihren eigenen Wurzeln entfernt haben. Das ist wirklich erschreckend.

(Beifall bei der SPD)

Man muss davor warnen, zu glauben, man hätte diese Krise nur von Anfang an richtig analysieren und das richtige Konzept benutzen müssen. Überall auf der Welt müssen die Maßnahmen aufgrund der Erfahrungen und der Tiefe der Krise angepasst werden. Das ist in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und selbstverständlich auch in Deutschland der Fall.

Ich muss sagen: Wenn die FDP über Enteignung und Verstaatlichung spricht, erkennt man Widersprüchlichkeiten besonderer Art. Überall dort, wo es schon Enteignungsbehörden gibt - für jemanden, der in einem Stadtstaat Verantwortung trägt und mit den vielen Problemen dort zu tun hat, gehört Enteignung zur Alltäglichkeit -,

beklagen sich die FDP-Vertreter und die Vertreter der Wirtschaft über die Schwierigkeiten bei Enteignungsverfahren. Sie sagen, das sei in anderen Ländern ganz anders und viel rigorosere geregelt.

Wo stünden wir denn heute, wenn die Amerikaner das bei Freddie Mac, Fannie Mae und AIG nicht machen würden? Was meinen Sie, wie interessiert unsere Kommunen daran sind, was bei AIG passiert, und wie froh sie wären, wenn der Staat dort die volle Verantwortung übernehme? Das ist für die Stabilisierung der Finanzsysteme weltweit von entscheidender Bedeutung. Deswegen muss ich dem Kollegen Trittin sagen: Wir werden, wenn wir klug sind, in der Tat auch in der Zukunft noch manche Korrekturen vornehmen bzw. vornehmen müssen. Herr Bernhardt, ich habe mit großem Interesse Ihren Ausführungen zugehört. Ich muss sagen: In einer Koalition über Bedingungen zu reden, halte ich für ein bisschen schwierig. Das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist das Meinungsbild der CDU/CSU-Fraktion!)

Wir werden uns das Ganze anschauen. Die Frage, ob man 75,1 Prozent oder 100 Prozent anstrebt, ist eine instrumentelle Frage. Man muss sich dabei fragen: Wie sind die Refinanzierungskosten?

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Eine entscheidende Frage!)

Wie erreichen wir auf dem ökonomischsten Weg ein vernünftiges Ergebnis? Die Frage, ob Garantien über drei oder fünf Jahren laufen sollen, ist ebenfalls eine instrumentelle Frage. Ich habe den Eindruck, dass die Europäische Kommission schon gesagt hat, dass lediglich ein Drittel der Garantien über fünf Jahre laufen soll. Insofern, glaube ich, können sich solche Punkte in einer rationalen Diskussion recht schnell klären lassen.

Bezogen auf die Fristen muss ich sagen: Wir müssen gemeinsam überlegen, ob eine Befristung dieses Gesetzes bis zum 30. Juni dieses Jahres wirklich sinnvoll und dem Problem angemessen ist. Wir erleben jetzt in den Vereinigten Staaten, dass die 19 systemrelevanten Banken einem Stresstest unterzogen werden. Am Ende dieses Stresstestes wird nicht stehen, dass die eine oder andere Bank aus dem Markt herausgeht - schließlich sind sie systemisch relevant -, sondern am Ende wird es wahrscheinlich eine Rekapitalisierung und damit eine Teilverstaatlichung, also einen stärkeren Einsatz vonseiten des Staates, geben.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob es nicht viel klüger wäre, in Deutschland abzuwarten, um auf Grundlage der amerikanischen Erfahrungen tätig zu werden. Ich sage Ihnen: Die Stabilisierung der Finanzmärkte ist nicht nur eine deutsche, sondern eine weltweite Angelegenheit.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir werden unser Vorgehen immer mit dem der anderen Länder abstimmen müssen. Anders werden wir diese Krise nicht bewältigen können.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wir reden darüber viel zu wenig!)

Politik ist meines Erachtens in dieser Zeitenwende dazu aufgerufen, die eigene Rolle, auch im Verhältnis

zur Wirtschaft und zu den Märkten, neu zu definieren. Wir haben die Rolle des letzten Ankers. Diese Rolle sollten wir verantwortlich wahrnehmen. Es wird immer gefragt: Wird der Steuerzahler herangezogen? Diese Frage stellt sich nach allen Erkenntnissen schon gar nicht mehr. Vielmehr stellt sich die Frage: In welchem Umfang wird er herangezogen? Wenn der Steuerzahler einspringen muss, dann müssen wir dafür sorgen, dass das höchst effizient geschieht, dass wir das mit Kontrollrechten der Politik verbinden und dass wir das selbst gestalten. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Leo Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.

Nina Hauer [SPD])

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was das

Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz

angeht, haben meine Vorredner

auf die Punkte, die uns wichtig sind, schon Bezug genommen.

Herr Kollege Runde, ich weiß nicht, was Sie daran stört, dass es für uns Bedingungen gibt. Meine Fraktion hat beschlossen, dass es vier Punkte gibt, die für uns im Rahmen der Beratungen und somit auch für die gemeinsame Einbringung des Gesetzentwurfes von besonderer Bedeutung sind. Natürlich ist es die Aufgabe der Redner unserer Fraktion, darauf hinzuweisen, dass diese Punkte für uns entscheidend sind und dass wir sie noch in den Gesetzentwurf einfließen lassen wollen. Sollte das in einer Koalition nicht möglich sein, würden wir, wie ich glaube, unsere parlamentarische Funktion, das zu verbessern, was aus Sicht einer Fraktion noch verbesserungswürdig ist, nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, hier ist mit viel Wortakrobatik Aufrüstung betrieben worden. Ich finde, wir sollten sachbezogen diskutieren und auf die Aspekte Bezug nehmen, die im Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz vorgesehen sind.

Ich möchte betonen, dass die Große Koalition mit den Maßnahmen, die sie im Oktober letzten Jahres beschlossen hat, den richtigen Weg beschritten hat. Mit den Maßnahmen, die wir im letzten Oktober mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf den Weg gebracht haben, brauchen wir uns auf europäischer und internationaler Ebene nicht zu verstecken. Vielmehr war das der Maßstab auch für andere.

Großbritannien und die USA haben im letzten Jahr einen anderen Weg eingeschlagen. Die USA haben damals zunächst 700 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, um Risikopapiere aufzukaufen, später aber ihre Strategie geändert. In England wurde die Strategie zur Finanzmarktstabilisierung schon mehrfach geändert. Insofern kann man feststellen: Mit den Maßnahmen, die wir im Oktober letzten Jahres beschlossen haben, sind wir auf

dem richtigen Weg.

Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir in Anbetracht unserer bisherigen Erfahrungen und der Entwicklungen am Finanzmarkt ein Feintuning durchführen und Ergänzungen vornehmen. Die Ziele, die wir mit diesem Gesetz und dem vorherigen verfolgen, sind die gleichen: Wir wollen die Stabilisierung des Finanzmarkts und eine Strukturveränderung im Bankensystem erreichen.

Von daher ist es eine entscheidende Frage, ob wir die Laufzeit der Garantien, die bisher bis zu drei Jahre beträgt, grundsätzlich auf bis zu fünf Jahre erweitern. In diesem Zusammenhang wird häufig argumentiert: Die EU hat dem schon zugestimmt. Also machen wir das. - Wir müssen dabei aber auch berücksichtigen, welche Folgen dieser Schritt, wenn wir ihn grundsätzlich und unkonditioniert vollziehen würden, für andere Finanzmarktprodukte, die sich am Markt bewährt haben, hätte.

Wir sind für eine Konditionierung und gegen eine grundsätzliche Verlängerung. Wir würden dem Pfandbriefmarkt und anderen Sektoren des Anleihemarktes einen Tort antun, würden wir diese Regelung grundsätzlich treffen und sie nicht konditionieren würden.

Unsere Zielsetzung bei der Stabilisierung des Finanzmarktes muss sein, dafür zu sorgen, dass zukünftig auch Anleihen, die nicht staatsgarantiert sind, wieder eine Chance am Finanzmarkt haben. Sonst gäbe es in Deutschland nur noch Anleihen, die staatsgarantiert sind. Das kann nicht unsere Zielsetzung sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, dass wir, was die Laufzeit der Garantien anbelangt, Änderungsbedarf anmelden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, auf den schon hingewiesen worden ist, ist das Thema Enteignung. Verehrter Herr Kollege Brüderle, das ist kein Gesetz, das sich auf ein einzelnes Unternehmen bezieht. Die Formulierung im Gesetz ist abstrakt. Sie kann auf andere Unternehmen übertragen werden. Wir hoffen zwar, dass wir es nicht auf andere Unternehmen anwenden müssen. Es ist aber falsch, in diesem Zusammenhang von einem Einzelgesetz zu sprechen, das nur für ein einziges Unternehmen gilt. Ich will darauf hinweisen: Wer, wenn nicht der Staat, soll denn die Ordnungsfunktion wahrnehmen? Damit komme ich zu einer weiteren Anforderung an das Gesetz, die unserer Meinung nach sehr wichtig ist. Eine Enteignung darf nur das letzte Mittel sein. Zuvor müssen alle anderen Instrumente ohne Erfolg angewandt worden sein. Im Gesetzentwurf finden sich in diesem Zusammenhang Formulierungen wie „Sie haben keine Aussicht auf Erfolg“ oder „Sie sind nicht mehr möglich“. Das ist zu schwammig; das muss eindeutiger formuliert werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Dautzenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Westerwelle?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Gerne.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege, ich hätte eine Frage zu einer Bemerkung,

die Sie gerade gemacht haben, die, wie ich glaube, auch verfassungsrechtlich wichtig ist. Sie sagen, dieses Gesetz sei kein Einzelfallgesetz, sondern ein abstraktes Gesetz, das auch auf andere Unternehmen übertragen werden könnte. Habe ich das, was Sie gesagt haben, damit richtig zusammengefasst?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Sie haben meine Ausführungen richtig zusammengefasst. Sie können das aber nicht so interpretieren, dass wir vorhätten, dieses Gesetz auch auf andere Unternehmen anzuwenden. Schließlich müssen bestimmte Tatbestände gegeben sein, ehe dieses Gesetz angewandt werden kann. Ich sage das, um einer Fehlinterpretation vorzubeugen.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Die Frage ist - -

(Ortwin Runde [SPD]: Die Frage hat er doch schon gestellt! - Weitere Zurufe)

- Sie müssen schon ertragen, dass ich nachfrage.

Meine Frage lautet: Gibt es irgendwelche anderen Unternehmen oder Unternehmungen oder Firmen, bei denen Sie heute davon ausgehen, dass dieses Gesetz, das ja bis zum Sommer befristet ist, angewendet werden könnte? Gibt es irgendein weiteres Unternehmen, auf das Sie dieses Gesetz anwenden wollen?

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das kann er doch nicht sagen!)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Kollege, wenn wir die Zukunft kennen würden, könnten wir das eindeutig beantworten. Man kann das aber nicht beantworten. Deshalb ist die Formulierung im Gesetz abstrakt, und deshalb ist es falsch - Sie interpretieren es ja so -, davon zu sprechen, dass wir dieses Gesetz im Grunde nur auf ein Unternehmen anwenden. Wir schaffen vielmehr einen Handlungsrahmen für die Zukunft. Die Befristung ist bewusst gewählt worden. Auch daran, dass die Verordnung nur bis zum 30. September wirksam sein soll, sehen Sie, dass es um vorübergehende Maßnahmen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb darf ich Sie bitten, uns nicht weiter mit dem Gespenst der Enteignung zu kommen. Sie selber bieten keine Alternativen. Unterstellen Sie uns nicht, dieses Gesetz sei verfassungswidrig und werde der Sachlage nicht gerecht! Ich betone noch einmal: Es gibt ja noch innerhalb der Koalition eine Diskussion über diesen Gesetzentwurf. Die Maßnahmen, die vor einer Enteignung ergriffen worden sein müssen, müssen näher definiert werden. Nur wenn diese Maßnahmen erfolglos geblieben sind, kommt eine Enteignung überhaupt infrage. Es reicht nicht, dass das irgendwie geprüft worden ist, wie es im Gesetzentwurf steht. Gehen Sie davon aus, Herr Kollege Westerwelle, dass wir das richtig sehen. Ihre Interpretation können wir allerdings nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nächster Punkt. Wir brauchen - das sehe ich als Ihre Führungsaufgabe an, Herr Finanzminister; im Gesetz ist das noch nicht geregelt - einen Vorschlag zur Ausgliederung der Risikopapiere. Das ist das Nächste, was geregelt

werden muss. Wir werden eine dauerhafte Stabilisierung des Finanzmarktes nicht erreichen, wenn die Unternehmen diese Risiken nach wie vor in der eigenen Bilanz führen müssen und sie nicht bereinigen können. Wir warten auf einen Vorschlag von Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sehen es auch als Ihre Führungsaufgabe an, dass Sie gemeinsam mit den Ministerpräsidenten die Reform der Struktur der Landesbanken auf den Weg bringen. Was sich bisher als Einzellösungen in den Ländern abzeichnet - dass sich die Strukturen verfestigen -, kann nicht im Sinne des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes sein. Die Strukturen der Banken müssen sich verändern. Ich sehe die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, Herr Minister, und teile Ihre Auffassung, dass man uns als Bund diese Aufgabe nicht ans Bein binden sollte. Aber wir brauchen entsprechende Bemühungen; denn wenn weiter Einzellösungen Platz greifen, fehlt die Grundlage, um zu einer Neustrukturierung der Landesbanken zu kommen.

Ein weiterer Punkt, der meine Fraktion umtreibt. Das Gesetz heißt Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes. Es geht aber auch um Fortentwicklung und Umstrukturierung. Wir müssen aufpassen, dass, wenn sich Gesellschaften unter den Schirm des Bundes begeben, dies nicht zu Verzerrungen im Wettbewerb mit den kreditwirtschaftlichen Unternehmen, die erfolgreich am Markt gearbeitet haben, führt. Ihnen dürfen wir es nicht dadurch erschweren, dass jene Unternehmen diese Hilfen jetzt nutzen, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. In diesem Zusammenhang sind die Autobanken für uns durchaus ein Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU - Carl-Ludwig

Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Wir verlangen, dass dies klargestellt wird.

Auch bei der Prüfung reicht es nicht aus, wenn es heißt: Manche Autobanken sind Kreditinstitute im Sinne des Kreditwesengesetzes und können somit unter den Schirm kommen. - Das kann nicht die Entscheidungsgrundlage sein. Vielmehr muss Grundlage der Entscheidung sein, dass die Hilfe der Finanzmarktstabilisierung dient, nicht aber der Konzern- und Industriefinanzierung oder der Absatzförderung. Das ist ein ganz anderes Feld. (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Hier müssen wir beachten, dass diejenigen Institute, die wir auch hier in allen Erklärungen immer groß herausgestellt haben, nämlich die Sparkassen und Volksbanken, sich in der Fläche einem Wettbewerb stellen müssen, in dem durch den Bund gesicherte Unternehmen momentan Konditionen vorgeben, mit denen Unternehmen, die bisher immer geholfen haben und da waren, aus Wettbewerbsgründen nicht mithalten können. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Genauso müssen wir den Bereich hinterfragen, den Otto Bernhardt hier auch schon angesprochen hat: Welche Mehrheit ist gesellschaftsrechtlich und mit Blick auf den Finanzmarkt erforderlich, um die Gestaltung bestimmen

zu können? Das muss eindeutiger belegt werden.  
Es ist natürlich klar, Herr Minister: Wenn man  
90 oder 95 Prozent hat, ist es das Einfachste.  
(Ortwin Runde [SPD]: Warum nicht das Einfachste  
nehmen?)

- Nein, nicht das Einfachste, sondern das Vernünftigste  
muss gemacht werden. Es kann durchaus vernünftig  
sein, dass man mit unerschwelligen Mehrheiten zum  
Ziel kommt.

Von daher, meine Damen und Herren, gibt es Beratungsbedarf.  
Wir haben bisher mit unseren Maßnahmen  
den richtigen Weg beschritten. Lassen Sie uns gemeinsam  
an diesen einzelnen Punkten arbeiten, damit die  
Zielsetzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und  
dieses Gesetzes erreicht wird: den Finanzmarkt für unsere  
Bürger zu stabilisieren und ihn auch fortzuentwickeln,  
um zu anderen Strukturen zu gelangen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs  
auf Drucksache 16/12100 an die in der Tagesordnung  
aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. - Dazu  
gibt es Einvernehmen. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16210 >

Ich rufe die dringliche Frage 2 der Kollegin

Dr. Dagmar Enkelmann auf:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung insbesondere  
aufgrund der Ergebnisse des aktuellen Besuchs des  
Bundesministers für Wirtschaft und Technologie in den USA  
zur Fortführung des Automobilunternehmens Opel im Rahmen  
einer europäischen Lösung und unter Beteiligung des  
Bundes, der Bundesländer, in denen Opel-Standorte sind, sowie  
der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?  
Bitte schön.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister  
für Wirtschaft und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Dr. Enkelmann,  
ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Die Bundesregierung  
prüft zurzeit in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen,  
mit seiner amerikanischen Mutter und unter  
Einbeziehung der amerikanischen Regierung die Möglichkeit  
zur Fortführung des Automobilunternehmens  
Opel. Dafür müssen aber gewisse Voraussetzungen gegeben  
sein, nämlich ein wirtschaftlich und rechtlich tragfähiges  
Zukunftskonzept. Das liegt noch nicht vor.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine Nachfrage, Frau Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Das war ein bisschen dürftig, Frau Staatssekretärin.  
Eines der Probleme betrifft die Patente. Sie selbst haben,  
nachdem Herr zu Guttenberg zurück war, gesagt, es  
scheine so, dass die Patente beim US-Finanzministerium  
verpfändet seien. Gibt es, sollte es gelingen, eine Lösung  
im Sinne eines eigenständigen Unternehmens Opel herbeizuführen,

tatsächlich die Chance eines Zugriffs auf diese Patente? Diese wären für das Unternehmen lebenswichtig. Das ist meine erste Nachfrage. Meine zweite werde ich dann anschließen.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Wenn Sie in Ihrer dringlichen Frage nach den Patenten gefragt hätten, hätte ich sie gleich beantwortet. Ich beantworte sie jetzt wie folgt: Die Patente sind verpfändet - heute früh waren im Wirtschaftsausschuss Vertreter von Opel bei uns -, Fakt ist aber auch, dass die Patente nicht sicherungsübereignet sind. Für eine zukünftige Selbstständigkeit des Unternehmens Opel werden die Patente eine wichtige Rolle spielen. Das heißt, dass dann, wenn die Contracts zwischen GM, dem Treasury und der Opel AG gemacht worden sind, Gespräche geführt werden müssen, wie mit den Patenten zukünftig zu verfahren ist. Sie haben vollkommen recht: Das ist für die Überlebensfähigkeit, für das zukünftige Weiterexistieren von Opel von grundsätzlicher Bedeutung.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Noch eine Nachfrage?

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Ja, ich habe noch eine Nachfrage. - Es wäre wahrscheinlich ein sehr großer Druck der Bundesregierung notwendig, um tatsächlich an die Patente zu kommen. Jetzt zu meiner zweiten Nachfrage: Heftige Kritik an der Reise von Herrn zu Guttenberg übt unter anderem der Automobilexperte Ferdinand Dudenhöffer, der unter anderem von Politikmarketing spricht und der behauptet, CDU und CSU würden den Autobauer Opel gar nicht retten wollen. Er spricht von Hinhaltenaktik und äußert den Vorwurf, man lasse Opel totlaufen usw. Er fordert in diesem Zusammenhang eine deutliche Aussage der Bundesregierung hinsichtlich einer Staatsbeteiligung an Opel. Teilen Sie diese Auffassung? Wird in der Bundesregierung überhaupt geprüft, ob dieses Unternehmen mithilfe einer staatlichen Beteiligung - auch wenn sie nur vorübergehend ist - gerettet werden kann?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Bundesregierung denkt nicht an eine Staatsbeteiligung. Der Minister ist in Amerika gewesen. Wir sehen diesen Besuch als einen Fortschritt an. Immer noch sind sehr viele Fragen offen; inzwischen sind aber einige Fragen geklärt worden. Im Rahmen dieses Besuches ist festgestellt worden - dafür waren wir sehr dankbar -, dass sich GM eine Minderheitsbeteiligung vorstellen könnte; bis jetzt ist das immer ganz offen gewesen. Eine solche Beteiligung ist eine Voraussetzung dafür, dass Opel in eine rechtliche Selbstständigkeit entlassen werden kann. Es wurde auch ganz deutlich, dass ein großes Interesse am Weiterbestand von Adam Opel Europe besteht. Auch das wurde bisher in diesem Zusammenhang noch nicht so klar und deutlich gesagt.

Eine enge Zusammenarbeit wurde vereinbart. Zukünftig wird von der Regierung ein Koordinator eingesetzt werden, der im stetigen Kontakt mit den einzelnen Akteuren ist.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:



Jetzt stellt die Kollegin Sevim Da\_delen eine Frage.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Frau Wöhrl, Sie haben in Ihrer Antwort gesagt, dass Fragen geklärt worden sind. Es gibt unterschiedliche Medienberichte über den Besuch des Bundeswirtschaftsministers. Die Financial Times Deutschland schreibt, der Einstieg des Bundes sei ausgeschlossen und die Ergebnisse des mit Spannung erwarteten Treffens dürften in Deutschland vor allen Dingen für Enttäuschung sorgen. Ich würde mich freuen, wenn die Bundesregierung in der Lage wäre, uns, die Mitglieder des Deutschen Bundestages, über diese Ergebnisse zu unterrichten – offensichtlich ist dies gegenüber der Financial Times Deutschland bereits geschehen –: Welches sind also die konkreten Ergebnisse der Gespräche, die die Bundesregierung in den USA vor kurzem geführt hat, abgesehen von der Vereinbarung, dass in der nächsten Zeit ein Koordinator eingesetzt werden soll?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Für uns als Bundesregierung ist es vor allem notwendig gewesen, verschiedene Punkte gegenüber den Akteuren in Amerika klarzustellen. Es ist eindeutig, dass in Amerika momentan die wichtigen Ereignisse stattfinden müssen. Es müssen Contracts zwischen dem Mutterkonzern und der amerikanischen Regierung geschlossen werden. Der amerikanischen Regierung muss ein Konzept vorgelegt werden; ein solches Konzept liegt noch nicht vor. Danach müssen Verträge mit der Adam Opel AG geschlossen werden. Erst wenn das geschehen ist, können wir hier über dieses Konzept entscheiden. Für uns war es sehr wichtig, in diesem Gespräch darzulegen, dass wir nicht in Vorleistung gehen werden, bevor dieses Konzept auf dem Tisch liegt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Man hat manchmal das Gefühl gehabt, dass auf amerikanischer Seite von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Wir sind Treuhänder von Steuergeldern. Wir tragen Verantwortung dafür, dass Steuergelder in ein zukunftsfähiges, wettbewerbsfähiges Konzept fließen. Diesbezüglich sind noch nicht alle Fragen beantwortet. Der Minister hat bei seinen Gesprächen auf die offenen Fragen direkt und explizit hingewiesen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage stellt der Kollege Volker Schneider.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, Sie haben davon gesprochen, dass eine Reihe von Fragen offenbleibt. Sie haben mit Recht davon gesprochen, dass eine Reihe dieser Fragen existenziell ist. Eine dieser Fragen ist, ob Opel wie bisher im GM-Verbund nur europaweit Autos verkaufen darf oder ob es das, wie es die Arbeitnehmervertreter fordern, zukünftig auch weltweit tun darf. Hat das bei den Gesprächen in den USA eine Rolle gespielt und, wenn ja, mit welcher Tendenz?

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Es hat heute Morgen bei uns im Ausschuss eine Rolle gespielt; dieses Thema wurde auch von den Arbeitnehmervertretern angesprochen. Außerdem wurde angesprochen,

dass ein Mehrheitsaktionär gesucht wird.

Wenn eine rechtliche Selbstständigkeit, also die Loslösung vom Mutterkonzern, gegeben ist, dann wird angestrebt, die eigenen Produkte weltweit zu vertreiben. Man sieht darin auch eine Notwendigkeit. Ich glaube, diesen Argumenten kann man sich anschließen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Bodo Ramelow.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, ich würde gern drei Tatbestände erwähnen, bevor ich meine Frage stelle. Sie haben in Interviews von der Option gesprochen - so berichten zumindest die Medien -, deutsches Insolvenzrecht anzuwenden. Ferner habe ich gelesen, dass unter Verweis auf Sie gesagt wurde, die finanziellen Mittel von Opel würden derzeit wohl bis April reichen. Mich hat in dem Zusammenhang die Frage umgetrieben, ob das nur Barmittel oder auch Kreditlinien oder noch andere Positionen sind; denn Herr zu Guttenberg weist ja darauf hin, dass GM allein für Entwicklungsarbeit Opel 1 Milliarde Euro schuldet. Ein weiterer Tatbestand: Im November sind auf die deutschen Werke Bürgschaften in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gezogen worden, die GM im Rahmen des Cash-Managements in die USA abgezogen hat.

Berücksichtige ich diese drei Komponenten, dann bleibt für mich die Frage: Wie wirkt sich aus Ihrer Sicht nach deutschem Insolvenzrecht der Tatbestand des Abzugs dieser Gelder aus, wenn vorher in den USA Gläubigerschutz nach Chapter Eleven beantragt würde?

Dagmar Wöhrle, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich glaube, Sie haben mich falsch interpretiert. Ich habe auf eine Frage bezüglich des Insolvenzrechts nur geantwortet, dass wir ein sehr modernes Insolvenzrecht haben und dass in Deutschland viele Unternehmen aus einer Insolvenz gestärkt hervorgegangen sind. Ich habe nicht gesagt, dass es Planungen gibt, das Insolvenzrecht auf Opel anzuwenden, sondern nur auf die allgemeine Frage, wie ich das deutsche Insolvenzrecht bewerte, geantwortet, dass ich es nicht als Makel, sondern als Teil unserer sozialen Marktwirtschaft sehe.

Fakt ist auch, dass das Insolvenzrecht zurzeit keine Rolle spielt, sondern dass wir alle gemeinsam eine Lösung dafür suchen, Opel rechtlich selbstständig zu machen und aus dem Verbund der Mutter GM herauszulösen.

Wenn ein Konzept vorliegt, sind wir auch gern zur Unterstützung bereit.

Ob Gläubigerschutz nach Chapter Eleven beantragt wird, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden.

Bis jetzt wurde uns gesagt, dass die finanziellen Möglichkeiten sehr knapp sind und dass es schon im März um die Überlebensfrage gehen kann. In den USA wurde deutlich, dass bei der Mutter Einsparungen stattgefunden haben, sodass jetzt ein Überleben bis April möglich ist. Wir müssen abwarten, wie die US-amerikanische Regierung entscheidet. Sie wird erst dann entscheiden, wenn GM ein Konzept vorgelegt hat. Ein solches Konzept liegt bis jetzt noch nicht auf dem Tisch.

Fakt ist aber auch, dass Opel kein eigenes Konto hat; zurzeit läuft alles über ein Cash-Management. Wir müssen dafür sorgen - das war heute früh schon Thema -, dass sich das Unternehmen mit seinen Verträgen schon jetzt so aufstellt, dass es sofort handeln kann, wenn in den USA das Konzept vorliegen wird, und keine Verzögerungen eintreten. Das Unternehmen sucht zurzeit Investoren.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine weitere Frage stellt die Kollegin Heike Hänsel.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön, Herr Präsident. - Frau Staatssekretärin, mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie mit Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen möchten und Konzepte einfordern, bevor Geld fließt. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Bundesregierung in den letzten Monaten bezüglich der meines Erachtens doch sehr vorschnellen Bereitstellung von Cash? Wenn wir uns das bei den Banken anschauen - ich nenne zum Beispiel die IKB, die Commerzbank und die Hypo Real Estate -, dann kommen wir zu dem Schluss, dass weder das Ziel erreicht wurde, nämlich die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen, noch verantwortungsvoll mit Steuergeldern in Milliardenhöhe umgegangen wurde.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich glaube schon, dass wir sehr verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen sind, vor allem, wenn man berücksichtigt, was geschehen wäre, wenn wir das nicht gemacht hätten. Vielleicht gehen Sie einmal in sich und überlegen sich, was passiert wäre, wenn die Menschen am Tag darauf hätten feststellen müssen, dass kein Geld mehr von Geldautomaten ausgezahlt worden wäre. Fakt ist auch, dass wir bei der Hypo Real Estate mit Bürgschaften arbeiten und nicht Geld zur Verfügung stellen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Die dringlichen Fragen sind jetzt beantwortet. Sie sind allerdings weiter gefragt; denn die Fragen, die diesen Sachzusammenhang betreffen, werden vorgezogen.

Deswegen kommen wir jetzt zur Frage 22 der Kollegin Sevim Dagdelen:

Wann konkret gedenkt die Bundesregierung ihre Entscheidung über Art und Umfang von Hilfsleistungen für die Adam Opel GmbH zu treffen, nachdem sie diese Entscheidung ursprünglich bereits für März 2009 angekündigt hatte, nun aber nicht vor April 2009 treffen will, und inwieweit scheidet eine rasche Lösung daran, um seitens der Bundesregierung „nach Argumenten zu suchen, um Opel nicht zu helfen“, obwohl es sich bei der Adam Opel GmbH sehr wohl um ein „systemrelevantes Unternehmen“ handelt, das wegen der Anzahl an Arbeitsplätzen im Unternehmen und im Zuliefererbereich „entscheidend für den Wohlstand der gesamten Gesellschaft“ ist (<http://de.reuters>)?

Bitte schön.

Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Diese Frage geht in die gleiche Richtung wie die Frage von Frau Dr. Enkelmann. Auch zu dieser Frage

kann ich nur sagen, dass die Bundesregierung eine Entscheidung treffen wird, sobald ein tragfähiges, belastbares Zukunftskonzept vorliegt.

Für die Entscheidung über den Einsatz staatlicher Hilfen sind, wie gesagt, unter anderem die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit, andere Finanzierungsmöglichkeiten und die langfristige Tragfähigkeit des vom Unternehmen vorzulegenden Plans zu prüfen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Nachfrage, Frau Dagdelen?

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Ja. - Zunächst muss ich Ihre Eingangsfeststellung korrigieren: Die Frage von Frau Dr. Enkelmann bezog sich auf die Möglichkeiten, die die Bundesregierung zur Fortführung des Automobilunternehmens Opel sieht. Meine Frage stellt darauf ab, dass in den letzten Monaten von Arbeitsgruppen der Bundesregierung zum Thema Opel die Rede war und es immer wieder Verlautbarungen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung gab, dass man im März zu einer Entscheidung kommen wolle. Dann hieß es, Ende März wolle man entscheiden. Jetzt sind wir schon bei April.

Nimmt die Bundesregierung zur Kenntnis, dass zum Beispiel allein in Europa 400 000 Arbeitsplätze betroffen sind und Hunderttausende Menschen jeden Tag Zukunftsängste haben bzw. verunsichert sind, vor allen Dingen wegen der unterschiedlichen Berichterstattung und der unterschiedlichen Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, insbesondere ihrer Minister? Wie steht sie zu der Einsicht, dass man, ehe man öffentliche Gelder für etwas ausgibt, erst einmal selber ein Konzept erstellen sollte und sagen sollte, unter welchen Bedingungen man überhaupt bereit ist, öffentliches Geld zur Rettung von Opel zu geben?

Dagmar Wöhrle, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Regierung - ich kann, wie ich glaube, im Namen aller sprechen - macht sich sehr viele Gedanken und auch Sorgen um die Opelaner und ihre Familien und wird alles in ihren Kräften stehende tun, um einen rechtlich selbstständigen Weiterbestand zu ermöglichen. Fakt ist aber auch: Wir sind nicht das Unternehmen. Das Unternehmen muss erst einmal ein tragfähiges Konzept auf den Tisch legen. Solange das nicht vorliegt und unsere Fragen, die ja in diesem Konzept aufgegriffen werden sollen, nicht beantwortet sind, können wir nicht handeln. Es ist zum Beispiel immer noch nicht dargelegt, auf welche Weise dem Abschottungsprinzip Geltung verschafft werden könnte, damit die Gelder hier in Deutschland bleiben. Ich glaube, es liegt im Interesse von niemandem von uns, wenn wir fast 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, dieses Geld aber nicht in Deutschland bleibt und nicht die hiesigen Arbeitsplätze, sondern Arbeitsplätze in Amerika oder irgendwo anders gesichert werden. Deswegen müssen wir vorsichtig und überlegt an die Sache herangehen, damit wir das Ziel, das wir haben, auch erreichen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Weitere Nachfrage?

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Ja, Herr Präsident, ganz kurz. - Selbstverständlich, Frau Wöhrle, haben wir alle das gleiche Interesse daran, dass öffentliche Gelder, also Steuergelder, nicht in die USA abfließen, sondern den Betroffenen zugutekommen und entsprechenden Bedarf abdecken. Es lässt aber schon zu wünschen übrig, wenn man auf eine entsprechende Entscheidung monatelang warten muss.

Meine zweite Frage zielt auf eine Meldung in der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung ab, nach der es laut Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Vertreterinnen und Vertreter ist, dass Autos von Opel über die Grenzen Europas hinaus exportiert werden dürfen. Ist dies auch Bestandteil der Gespräche gewesen, die die Bundesregierung in den USA geführt hat, oder, falls nicht, gedenkt die Bundesregierung diese vor allen Dingen vonseiten der Belegschaft erfolgte Anregung aufzunehmen und in die weiteren Gespräche einfließen zu lassen?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Frage war schon einmal gestellt; aber vielleicht wiederholen Sie Ihre Antwort.

Dagmar Wöhrle, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Das Wichtigste, was man aus den Gesprächen in Amerika mitnehmen kann, ist, dass die Mutter bereit ist, ein Minderheitsaktionär zu werden. Das ist die erste Voraussetzung für eine mögliche Selbstständigkeit des Unternehmens. Wichtig ist allerdings auch, einen Mehrheitsaktionär, einen Investor zu finden. Dann kann Opel rechtlich selbstständig seine Produkte über die Grenzen Europas hinaus verkaufen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Enkelmann, Sie hatten noch eine Frage. Bitte.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, Sie hatten unter anderem gesagt, dass das Unternehmen gefordert ist, Investoren zu suchen. Nun gestaltet sich die Suche möglicherweise schwierig, wenn ein Teil der Rahmenbedingungen bis heute nicht geklärt ist, zum Beispiel die Frage der Patente, über die wir vorhin schon gesprochen haben. Wäre es nicht möglich, dass zur Gewinnung von Investoren auch eine staatliche Bürgschaft als Sicherheit dienen könnte? Wird das in der Bundesregierung ernsthaft geprüft?

Dagmar Wöhrle, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Uns wurde heute Morgen im Wirtschaftsausschuss vonseiten des Unternehmens mitgeteilt, dass es Interessenten gibt und dass innerhalb der nächsten vier Wochen mit diesen Interessenten Kontakt aufgenommen wird, um das Interesse zu prüfen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber das war jetzt keine Antwort auf meine Frage!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung der Fragen; das ist ja im Übrigen auch Ihre Pflicht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Der Kollege Ramelow hatte sich noch gemeldet!)

- Das habe ich nicht gesehen; jetzt sind wir schon weitergegangen. Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums

der Finanzen. Zur Beantwortung steht die  
Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl zur  
Verfügung.

</ text >

< text 16211 >

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die  
Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009  
in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 2. April  
2009 in London

Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion  
Die Linke sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung  
90 Minuten vorgesehen. – Darüber besteht offenkundig  
Einvernehmen und ist damit so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält  
nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Auswirkungen  
der Finanzmarktkrise haben die Weltwirtschaft

– wir spüren das jeden Tag – mittlerweile voll erfasst.

Überall gehen Investitionen und Produktion

zurück. Die Arbeitslosigkeit steigt. Der Internationale

Währungsfonds und die Weltbank erwarten für dieses

Jahr bestenfalls weltweit eine Stagnation, wahrscheinlich  
sogar einen Rückgang der Weltwirtschaftsleistung.

Von dieser Entwicklung sind alle Wirtschaftsräume der

Welt betroffen. Kein Land kann sich davon abkoppeln.

Dies stärkt eben auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit  
gemeinsamer Antworten.

Das Motto heißt also Kooperation statt Abschottung.

Das ist der einzige Weg, wieder zu Wachstum und zu

Beschäftigung zu kommen. Wir alle erleben in unseren

internationalen Kontakten, dass diese Erkenntnis Schritt

für Schritt Eingang in konkretes Handeln findet. Dies

war so bei den Gipfeltreffen der vergangenen Wochen

und Monate, und ich hoffe, dies wird auch bei dem anstehenden

EU-Gipfel heute und morgen und bei dem

G-20-Gipfel am 1. und 2. April in London so sein.

Die Bundesregierung setzt sich mit aller Kraft dafür

ein, diese Chance zum gemeinsamen Handeln zu nutzen.

Wir müssen dabei zwei Fragen in den Mittelpunkt stellen.

Erste Frage: Wie können wir unsere nationalen

Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise

noch besser abstimmen und bündeln, damit

die in den einzelnen Staaten getroffenen Maßnahmen

sich nicht gegenseitig behindern, sondern befördern; an

welchen Stellen benötigen wir dazu gemeinsame europäische

Regeln; gibt es gemeinsame europäische Projekte,

die wir jetzt vorziehen oder zusätzlich durchführen können,

die uns in Europa hinsichtlich unserer Innovationskraft

wirklich voranbringen? Genau darüber werden wir

heute und morgen sprechen. Das Motto des Rates muss

und sollte lauten: Wir meistern die Krise gemeinsam,

und wir legen in dieser Krise den Grund, um aus ihr als Europäische Union dauerhaft gestärkt hervorzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die zweite Frage, die wir behandeln, ist: Was müssen wir tun, um zu verhindern, dass eine solche Krise sich in Zukunft wiederholt? Dieses Thema kann nur im globalen Zusammenhang betrachtet werden. Deshalb wird es im Vordergrund des zweiten Weltfinanzgipfels Anfang April in London stehen.

Es gibt beim Europäischen Rat weitere Themen, von denen ich heute nur eines kurz anreißen möchte, nämlich die Aussagen zur Vorbereitung der Klimakonferenz in Kopenhagen. Wir haben neben den Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen in diesem Jahr einen entscheidenden

internationalen Schritt zu meistern: die Erarbeitung eines Post-Kioto-Abkommens, also eines Folgeabkommens für das Kioto-Protokoll. Die entsprechende Konferenz wird Ende des Jahres in Kopenhagen stattfinden. Aber Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

schon heute ist absehbar, dass wir sowohl den Gipfel in London als auch das G-8- und G-5-Treffen - also das Treffen der G 13, Stichwort: Heiligendamm-Prozess - im Sommer nutzen müssen, um die Weichen zu stellen, damit die Umweltminister Ende des Jahres auch wirklich zu belastbaren Ergebnissen kommen. An diesem Punkt wird sich genauso wie an der Frage einer Finanzmarktarchitektur zeigen, ob die Welt bereit ist, auf die globalen Fragen auch globale Antworten zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich füge hinzu, dass Europa sich seiner Aufgabe bewusst ist, hier eine Führungsrolle einzunehmen. Ich will allerdings auch sagen, dass wir unser Licht nicht dauernd unter den Scheffel stellen sollten. Die Europäische Union ist die einzige Staatengruppe, die klare Zusagen gemacht hat, was die Reduktionsziele anbelangt. Wir sind natürlich bereit, den Entwicklungsländern in Fragen des Klimaschutzes zu helfen. Aber schon jetzt alle Angaben zu machen, bevor zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt ein Ziel für die mittlere Sicht - sagen wir für 2020 - erarbeitet haben, das halte ich verhandlungstaktisch für falsch. Wir können als Europäer das Problem nicht alleine lösen, aber wir wollen Vorreiter sein; das sage ich hier zu.

Meine Damen und Herren, das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften im gemeinsamen Binnenmarkt ist die entscheidende Grundlage für Wohlstand und Wachstum unseres Kontinents. Jeder Mitgliedstaat handelt heute mit all seinen EU-Partnern mehr als mit allen anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union. Die natürliche Folge ist, dass wir aufs Engste verflochten sind und dass sich jede Maßnahme in einem Land natürlich sofort auf die Situation in allen anderen Mitgliedstaaten auswirkt.

Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir uns seit Beginn der Krise laufend und intensiv im Kreis der Mitgliedstaaten - bei den Finanzministern, bei den Außenministern, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs - abstimmen. Der französische Präsident und ich hatten deshalb Anfang März zu einem Sondertreffen eingeladen. Es ist richtig, dass wir im Mai noch einmal zu

einem Sondertreffen der Europäischen Union zusammenkommen, um uns über die Beschäftigungschancen in der Krise auszutauschen.

Wir haben beim Rat im Dezember, also beim zurückliegenden Rat, innerhalb der Mitgliedstaaten mit der Kommission abgestimmt, dass wir unsere nationalen Konjunkturpakete koordinieren. Die Europäische Union hat für 2009 und 2010 einen Konjunkturimpuls von über 400 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, einschließlich der automatischen Stabilisatoren. Das sind 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Deutschland hat daran mit 80 Milliarden Euro einen wesentlichen Anteil. Unser Beitrag ist ausweislich der Zahlen der Kommission mit 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2009 und 2010 beziffert.

Das heißt, wir sind in der Spitzengruppe. Wir leisten Überdurchschnittliches. Ich finde das richtig, weil wir als Exportnation natürlich ein Interesse daran haben, dass die Weltwirtschaft wieder auf die Beine kommt. Wir können dies selbstbewusst sagen und deutlich machen; das halte ich für ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Maßnahmen fügen sich in das ein, was die Europäische Kommission vorgegeben hat. Sie sind Anreize für zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und in Klimaschutz. Wir helfen Unternehmen, die aufgrund der Finanzmarktkrise keine Kredite bekommen, mit unserem Bürgschaftsprogramm.

Wir stärken die private Nachfrage durch eine Senkung von Steuern und Abgaben, und wir sichern Beschäftigung, zum Beispiel durch die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld. Das ist im Übrigen ein Modell, das jetzt in vielen europäischen Staaten Nachahmung findet, weil es eine wirkliche Brückenfunktion im Zusammenhang mit der Krise erfüllt. Wir erleben das jeden Tag in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir folgen damit auch komplett der sogenannten Lissabon-Strategie, also der Wachstumsstrategie der Europäischen Union, die traditionell Gegenstand der Beratungen des Frühjahrsrates ist.

Elemente unserer Strategie sind Maßnahmen zur Förderung der Innovationsfähigkeit und zum Bürokratieabbau, der in Europa glücklicherweise vorankommt, sowie weitere Schritte auf dem Weg zur kohlenstoffarmen Wirtschaft. Über zusätzliche Anreize durch gemeinsame europäische Projekte werden wir auf diesem Rat diskutieren. Deutschland hat allerdings deutlich gemacht, dass wir - wir werden nur zustimmen, wenn dies Eingang in die Beschlüsse findet - zusätzliche Maßnahmen nur akzeptieren können, wenn sie 2009 oder 2010 wirklich substanziell begonnen werden; denn es macht keinen Sinn, Geld für die Jahre 2013, 2014 oder 2015 auszugeben, weil die Krise dann - davon gehen wir aus - längst überwunden sein wird. Das muss sicher sein. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht darum, dass wir jetzt nicht schon wieder die nächsten Konjunkturmaßnahmen fordern.



(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Ich halte davon überhaupt nichts. Die jetzigen Maßnahmen müssen wirken;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

sie müssen ihre Wirkung entfalten können. Ein Überbietungswettbewerb von Versprechungen wird mit Sicherheit

keine Ruhe in die Entwicklung bringen. Deshalb

halte ich es für außerordentlich gefährlich, wenn jetzt

transatlantische Gegensätze aufgebaut werden. Ich bin

dem amerikanischen Präsidenten sehr dankbar dafür,

dass er seinerseits gesagt hat, dass es sich hierbei um

eine künstliche Diskussion handelt. Wir brauchen psychologisch

gute Signale von London und keinen Wettbewerb

um nichtrealisierbare Konjunkturpakete. Wir haben

unseren Beitrag jetzt erst einmal geleistet, und der

muss wirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Deutschland ist in einer guten Lage, weil wir in den

letzten Jahren unsere Staatsfinanzen konsolidiert haben.

Dadurch haben wir haushaltspolitische Spielräume gewonnen,

um in dieser Krise zu agieren. Es ist ganz wichtig,

dass wir auf dem Rat, der heute und morgen stattfindet,

das Signal setzen, dass wir nach der Krise zur

nachhaltigen öffentlichen Finanzpolitik zurückkehren.

Das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der Bundesregierung

unbedingt erforderlich, um sicherzustellen, dass

Vertrauen in die Märkte hineinkommt und das Vertrauen

der Bürger wächst; es wäre falsch, wenn die Angst vor

zukünftigen Steuererhöhungen schon heute das Konsumverhalten

bestimmen würde.

Deshalb ist es ein elementarer Fortschritt, dass es in

der Föderalismuskommission II gelungen ist, im Grundgesetz

eine Schuldenbremse zu verankern, über die wir

nächste Woche debattieren werden. Ich möchte mich

ganz herzlich bei Herrn Struck und bei Herrn Oettinger

dafür bedanken, dass sie diese Föderalismuskommission

zum Erfolg geführt haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir hätten vielleicht kein Ergebnis bekommen, wenn die

Zeiten ganz normal gewesen wären. Dass wir in dieser

Krise die Kraft aufgebracht haben, diese Maßnahmen zu

vereinbaren, ist etwas, was international sehr wohl registriert

wird; es findet allerdings auf internationaler Ebene

leider noch nicht so viele Nachahmer, wie ich mir das

wünschen würde. Deutschland kann und sollte hierfür

wirklich werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden uns auf dem Europäischen Rat über die

verschiedenen Maßnahmen austauschen. Wir werden

noch einmal deutlich machen, dass die Abschottung von

Märkten oder die Diskriminierung im europäischen Binnenmarkt

kontraproduktive Verhaltensweisen sind - das

sind die falschen Antworten auf die Krise - und dass es

in dieser Krise nicht um Subventionswettläufe gehen

kann, weil auch das das Vertrauen zerstört. Das heißt,

wir müssen die grundlegenden Ordnungsprinzipien

einhalten, die glücklicherweise durch die Europäische

Union vorgegeben sind. Die Europäische Kommission

ist die Hüterin der Verträge. Die Regeln des europäischen

Binnenmarktes haben sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, und sie haben auch in der Krise Gültigkeit.

Allerdings sage ich auch: Die Kommission tut gut daran, wenn auch sie auf diese krisenhafte Situation reagiert. Das gilt für Bearbeitungszeiträume, und das gilt zum Teil für Lockerungen im Beihilferecht. Ich sage ausdrücklich, dass dies befristet sein sollte.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Telekom!)

Das gilt für Ausschreibungsmöglichkeiten, die beschleunigt werden müssen. Dabei müssen die Flexibilitätsinstrumente, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorsieht, genutzt werden.

Ein ganz wesentlicher Punkt, den Deutschland im Ecofin-Rat schon eingebracht hat und auf dem Europäischen Rat noch einmal einbringen wird, ist, dass wir sicherstellen müssen, dass die prozyklischen Wirkungen des Basel-II-Abkommens - verständlicher gesagt: die Tatsache, dass sich die Kreditbedingungen in der Krise immer weiter verschärfen, wenn eine Branche in einer schwierigen Situation ist - befristet ausgesetzt werden, damit wir nicht im Frühjahr oder Sommer in eine Kreditklemme geraten, die sozusagen durch Basel II selbst erzeugt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden sehr dafür kämpfen, das durchzusetzen. Das kann mehr wert sein als manch weiteres Konjunkturprogramm. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass unsere amerikanischen Partner Basel II nie vollständig umgesetzt haben und dass es dadurch einen extremen Wettbewerbsunterschied gibt. Das können wir uns in der jetzigen Situation nicht leisten.

Wir werden ein klares Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt abgeben. Wir werden von deutscher Seite die Kommission ermuntern, die öffentlichen Haushalte in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr sorgfältig zu überprüfen und Wert darauf zu legen, dass nach der Krise ein Ausweg zu soliden Finanzen gefunden wird. Das Beispiel des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zeigt ebenso wie die Regeln des Binnenmarktes, dass Europa uns einen gemeinsamen Handlungs- und Orientierungsrahmen bietet, den wir natürlich nutzen wollen und der uns zu einem kohärenten und gemeinschaftlichen Verhalten und Handeln bringt.

Wir müssen konstatieren, dass einige Mitgliedstaaten - nicht nur Unternehmen, nicht nur Banken, sondern auch Mitgliedstaaten - in eine Notsituation geraten sind. Diese Mitgliedstaaten können - das haben wir immer wieder deutlich gemacht - auf unsere Solidarität zählen. Wir haben uns bereits im Dezember des vergangenen Jahres darauf verständigt, dass wir versuchen, die Strukturfonds insbesondere für die mittel- und osteuropäischen Länder schneller zur Umsetzung zu bringen.

Auch hier ist die Kommission gefordert, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Es liegt nicht immer nur an den Mitgliedstaaten, sondern zum Teil auch an der Möglichkeit, diese Strukturfonds überhaupt anzuwenden. Den Mitgliedstaaten, die finanziell in Not geraten sind, werden wir helfen. Wir haben dies bereits an den Beispielen

Ungarn und Lettland gezeigt; wenn es andere Mitgliedstaaten trifft, wird das auch dort der Fall sein. Wir haben seitens der Bundesregierung verabredet, dass wir gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Entwicklungsbank darüber sprechen, wo und wie wir bei der Restrukturierung der Bankenlandschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern eventuell Hilfe leisten können. Denn die mittel- und osteuropäischen Länder sind für uns ein wichtiger Exportmarkt. Wenn dort die Kreditvergabe und die Finanzkreisläufe völlig zum Erliegen kommen, ist das nicht nur ein Schaden für diese Länder, sondern dann zeigt sich, dass es auch in unserem Interesse ist, dass wir dort tätig werden. Deshalb wollen wir durchaus helfen. Aber wir müssen – auch in Richtung der Länder, die sich im Augenblick mit politischen Entscheidungen leider sehr schwer tun – sagen: Die wesentliche Verantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten bzw. Ländern, denen wir helfen. Ich denke, dass wir zum Beispiel in Bezug auf die Ukraine alles unternehmen sollten, damit die notwendigen Handlungen dort erfolgen und das Land nicht immer weiter in Schwierigkeiten gerät. Meine Damen und Herren, neben dem aktuellen Krisenmanagement werden wir heute und morgen auch beraten, welche Lehren wir aus der Entstehung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen. Denn es muss uns gelingen, derartige Krisen in der Zukunft zu vermeiden. Es ist ganz offensichtlich, dass der bisherige Finanzmarkttrahnen nicht mit der Globalisierung der Finanzmärkte Schritt gehalten hat. Es gibt dafür eine Vielzahl von Ursachen: Regelungsdefizite und völlig falsch gesetzte Anreize. Das alles hat zu einer verhängnisvollen Kettenreaktion geführt, die die gesamte Weltwirtschaft in diese Krise gestürzt hat. Zur Wahrheit gehört die Tatsache – es macht keinen Sinn, darum herumzureden –, dass manche Fehlanreize und Regelungsdefizite zum Teil politisch unterstützt und nicht bekämpft wurden. Die Politik kann sich an dieser Stelle nicht herausreden und sagen, dass sie von nichts gewusst hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deutschland gehörte zu denen, die in diesem Zusammenhang vieles angemaht haben.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

– Auch wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, (Volker Kauder [CDU/CSU]: Ist auch nicht so wichtig!)

kann ich Ihnen nur sagen, dass es so war. Aber Sie wissen es offenbar besser.

Meine Damen und Herren, was die Dimension der Krise, die wir derzeit erleben, angeht, stelle ich fest: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Aufbau einer neuen, noch nicht existierenden internationalen Finanzmarktverfassung. Dies steht auch im Vordergrund des G-20-Treffens Anfang April dieses Jahres. Der erste Weltfinanzgipfel im November vergangenen Jahres in Washington war ein Meilenstein. Dort wurde zum ersten Mal ein Aktionsplan zur Neugestaltung der Finanzmärkte verabredet. Dieser Aktionsplan

ist sehr konkret und umfasst knapp 50 Punkte. Wir haben uns damals darauf geeinigt, den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen den globalen Bedingungen anzupassen und für eine lückenlose Regulierung bzw. Aufsicht der Finanzmärkte zu sorgen.

Der Londoner Gipfel wird natürlich ein Stück weit als Beweis dafür dienen, ob wir wirklich in der Lage sind, das, was wir uns vorgenommen haben, umzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich die europäischen G-20-Teilnehmer eingeladen, um sich auf eine gemeinsame europäische Position zu einigen. Wir werden das auf dem Europäischen Rat noch einmal bekräftigen. Die Finanzminister haben erhebliche Vorarbeiten geleistet. Ich glaube, man kann sagen, dass die Fortschritte sichtbar sind, dass wir aber noch nicht am Ende dessen sind, was wir in London erreichen wollen.

Wir haben uns darauf verständigt, dass Orte, Akteure und Produkte der Transparenz und Überwachung bedürfen. Gerade im Hinblick auf Steueroasen sage ich, dass es richtig und unabdingbar ist, Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Allein diese Androhung hat bereits dazu geführt, dass sich viele Staaten, insbesondere im europäischen Raum, zu Wort gemeldet und dazu beigetragen haben, dass die OECD-Standards anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr gut, Herr Steinbrück! - Gegenruf des Abg. Volker

Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut? Das ist ein Rüpel!

- Gegenruf des Abg. Dr. Peter Struck

[SPD]: Das musst du gerade sagen!)

Ich hoffe, dass uns in London ein wesentlicher Schritt gelingt. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

Deutschland wird auf jeden Fall Wert darauf legen - darüber habe ich neulich auch mit dem französischen Präsidenten gesprochen -, dass auf dem Londoner Gipfel die Frage „Welche Lehren ziehen wir aus dieser Krise?“ in den Mittelpunkt gerückt wird und man sich nicht nur mit aktuellen Fragen der Krisenbekämpfung beschäftigt. Das halte ich für sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Ursachen dieser Krise vergegenwärtigen, stellen wir fest: In Wahrheit ist sie das Ergebnis langfristiger Entwicklungen, die immer wieder zugelassen haben, dass Länder über ihre Verhältnisse gelebt haben. Deshalb halte ich die deutsche Schlussfolgerung, eine Schuldenbremse zu verankern, auch wenn dieser Weg mühevoll wird und viele schon heute besorgt sind, welche Folgen sie in den nächsten Jahren für unsere Haushalte haben wird, für sehr wichtig.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Wir können nicht so weitermachen wie bisher und sozusagen von Krise zu Krise eilen. Wenn wir uns die Vergangenheit vor Augen führen, stellen wir fest: Ende der 90er-Jahre haben wir eine schwere Asien-Krise erlebt. Anfang des 21. Jahrhunderts gab es die sogenannte New-Economy-Krise. Jetzt befinden wir uns in einer noch schlimmeren weltweiten Krise. Wir müssen alles tun - das beschäftigt mich sehr, weil wir darüber kontroverse

Auseinandersetzungen führen und manchmal vielleicht auch als diejenigen dastehen, die nicht bereit sind, so viel auszugeben wie andere -, damit wir nicht geradezu gesetzmäßig in die nächste Krise laufen. Wir haben inzwischen drei große Krisen erlebt. Wenn die Menschheit daraus nicht die richtigen Lehren zieht, dann hat sie nichts verstanden. Die Folgen wären wirklich schwerwiegend. (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Da unsere Aufgabe nicht nur darin besteht, Finanzprodukte und Finanzmärkte zu regulieren, habe ich vorgeschlagen, dass wir gemeinsam eine Charta des nachhaltigen Wirtschaftens entwickeln. Das hat bei den europäischen G-20-Teilnehmern große Zustimmung gefunden. Ich hoffe, dass wir uns dies in London vornehmen können.

Nachhaltiges Wirtschaften heißt, Prinzipien festzulegen, die verhindern, dass wir dauerhaft über unsere Verhältnisse leben und dass wir Ressourcen in Anspruch nehmen, die wir nicht regenerieren können. Nur wenn sich die Welt gemeinsam auf einen solchen Anspruch verständigt, wird es möglich sein, in der Zukunft Krisen zu verhindern.

Globalisierung bedeutet, dass wir uns das nicht alleine vornehmen. Jedes Land muss natürlich seinen Beitrag leisten. Globalisierung bedeutet aber eben auch, dass wir miteinander, international, verabreden müssen, dass keiner von diesen Standards abweicht. Es reicht nicht, zu sagen, dass kein Land eine Steueroase sein darf. Darüber hinaus müssen sich alle zum nachhaltigen Wirtschaften verpflichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin also der Meinung, dass wir alle Möglichkeiten haben, statt Angst und Ohnmacht Zuversicht und aktives Handeln zu gestalten. Es muss der Wille dazu da sein. Ich sage für die Bundesregierung, dass dieser Wille da ist. Ich sage auch, dass wir mit unserer Erfahrung im 60. Jahr der Bundesrepublik Deutschland und mit über 60 Jahren Erfahrung mit der sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag dazu leisten können. Das heißt, dass der Staat bereit ist, als Hüter der Ordnung aufzutreten, und das heißt, dass sich Staaten in der globalen Welt gemeinsam darauf verständigen, Institutionen zu akzeptieren, die überwachen und kontrollieren, ob die Staaten die gemeinsam verabschiedeten Prinzipien einhalten.

Die wesentliche Frage ist: Gibt es eine solche Bereitschaft? Die europäischen Mitgliedstaaten kennen sich damit aus. Sie haben Aufgaben an die Europäische Kommission und an das Europäische Parlament abgegeben. Es ist uns nicht immer leichtgefallen, aber es hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir heute in der Europäischen Union gemeinschaftlich agieren können. Dieser Prozess muss sich vollziehen, auch auf der internationalen Ebene. Wir werden mit unseren nationalen Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft und mit der Erfahrung aus der europäischen Zusammenarbeit unseren Beitrag dazu leisten. Ich glaube, dass wir dazu die Unterstützung dieses Hohen Hauses haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.  
(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Die Regierungserklärung der Frau Bundeskanzlerin ist in weiten Teilen so allgemein gehalten, dass man ihr nur zustimmen kann. Es ist kein Wunder, dass sie nicht wirklich konkret wurde. Würde sie konkret, dann würde offensichtlich, dass es in ihrer Regierungskoalition mehr Streit als Einigkeit gibt.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, Sie glauben, dass Sie für Ihre Politik die Unterstützung dieses Hohen Hauses haben. Der Glaube soll bekanntlich Berge versetzen. Es ist aber mittlerweile offensichtlich geworden, dass Sie sich nicht mehr einig sind.

Diese Regierungserklärung findet vor dem Hintergrund eines Tiefpunkts in der Beziehung der Koalition, die die Bundesregierung trägt, statt. Am heutigen Tage ist zu lesen, dass der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei gesagt hat, Merkels internationale Auftritte seien nicht glaubwürdig, wenn sie zulasse, dass im Inland Gesetze gegen die Steuerflucht blockiert würden. Er sagt außerdem, Merkel sei nur noch Geschäftsführerin der Bundesregierung. Meine Damen und Herren, wer in Europa einigen will, sollte wenigstens in der eigenen Bundesregierung zur Einigkeit fähig sein.

(Beifall bei der FDP)

Nicht glaubwürdig, Schutzpatron der Steuerhinterzieher, nicht mehr Kanzlerin, sondern Geschäftsführerin: Wie soll Deutschland nach außen Führung zeigen, wenn es nach innen nicht geführt wird?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon zu Beginn dieser Krise in zahlreichen Debatten auch in diesem Hohen Hause festgestellt, dass wir uns im Grundsätzlichen – gerade auch was die Europapolitik angeht – einig sind. Die Europäische Union hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Glücksfall erwiesen. Wenn es sie nicht schon längst gegeben hätte, dann hätte man sie spätestens jetzt erfinden müssen. Kein europäisches Land wäre in der Lage gewesen, der Krise im Alleingang etwas entgegenzusetzen. Ohne den Euro beispielsweise hätte die Finanzkrise schnell zur Währungskrise werden können mit fatalen Folgen für unsere Exportwirtschaft.

Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre Orientierung an der Geldwertstabilität haben ihren Wert bewiesen. Es hat sich auch gezeigt, wie wichtig der gemeinsame Markt für Wohlstand und Stabilität in Europa ist.

(Beifall bei der FDP)

Klar ist aber auch, und das wissen wir alle auch am heutigen Tage: Der Test ist noch nicht bestanden. Die Europäische Union muss auch und gerade in der Krise geschlossen und entschlossen handeln. Sie muss an ihren Grundsätzen festhalten. Auch darin sind wir uns einig: Es darf keinen Rückfall in überwunden geglaubtes Denken, in Protektionismus, in Abschottungspolitik und natürlich auch nicht in Subventionswettläufe geben.

Deswegen ist Ihre Bemerkung, Frau Bundeskanzlerin, angemessen und auch richtig, wenn Sie sagen, es dürfe keinen Wettlauf hinsichtlich der neuen schuldenfinanzierten Milliardenpakete in Europa geben. Darum geht es aber nicht. Es geht nicht darum, dass wir in Deutschland noch ein Konjunkturpaket auflegen, das wir wiederum durch höhere Steuern oder höhere Schulden finanzieren, sondern es geht darum, dass in Deutschland endlich strukturelle Veränderungen der Rahmenbedingungen vorgenommen werden müssen. Wir brauchen kein Konjunkturpaket, das wieder durch Schulden finanziert wird. Was wir jetzt brauchen, ist ein Strukturpaket, mit dem die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass in Deutschland investiert wird, dass der Mittelstand eine Chance hat, Arbeitsplätze zu schaffen, und dass die Menschen durch niedrigere Steuern und Abgaben wieder Lust auf Leistung haben können. Das ist die Aufgabe, die jetzt angegangen werden muss. (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen von der europäischen Bankenaufsicht. Sie sagen zu Recht, dass es dafür in Europa Regeln geben muss. Welchen Sinn macht es aber - an die Bundesregierung gefragt -, dass Sie auf europäischer Ebene eine Bankenaufsicht fordern, zu deren effektiver Gestaltung Sie im Inland aber nicht fähig sind, weil Sie sich uneinig sind? In jeder Debatte hören wir von den Kolleginnen und Kollegen der Union - übrigens mit unserer Zustimmung -: Die Bankenaufsicht muss neu organisiert werden. Die Zersplitterung war ungesund. Das ist eine der Ursachen dafür, warum vieles passieren konnte.

Es geschieht jedoch nichts. Sie gehen an die Zersplitterung der deutschen Bankenaufsicht nicht heran. Wer die deutsche Bankenaufsicht nicht effektiv gestalten kann, dem wird man dies auch nicht auf europäischer Ebene zutrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der FDP)

Was wir jetzt brauchen, sind strukturelle Veränderungen. Dazu zählen aus unserer Sicht neben dem großen Thema eines gerechteren Steuersystems vor allen Dingen auch der Abbau der Bürokratie und die Beseitigung von Investitionshemmnissen. Das wäre ein Strukturpaket, das beschlossen werden müsste und das den Staat keinen einzigen Euro kostet.

Dieses Strukturpaket könnte beispielsweise darauf abzielen, die ideologische Energiepolitik zu beenden, auf einen vernünftigen Energiemix zu setzen und dafür zu sorgen, dass auch in Deutschland moderne, saubere und effiziente Kraftwerke gebaut werden können, die alte und schmutzige Kraftwerke ablösen. Wenn Sie das täten, wenn Sie endlich in der Energiepolitik die ideologischen Bremsen Ihrer Politik lösen würden, dann könnten etwa 40 Milliarden Euro private Mittel in den Wirtschaftskreislauf fließen.

Sie sagen, die SPD verhindere dies. Das ist aber zu wenig. Sie führen unser Land. Jedenfalls ist dies das, was in dem Wort „regieren“ der Wortwurzel nach enthalten ist. Sie können sich nicht immer hinter der Aussage verstecken, dass Sie sich nicht durchsetzen können. Es

ist in diesen Zeiten der Krise Ihre Aufgabe, unser Land strukturell so zu verändern, dass wir eine echte Chance haben, aus der Krise herauszukommen.

90 Prozent der Investitionen in Deutschland werden von Privaten getätigt. Sie können noch 1 000 Konjunkturpakete des Staates beschließen, wenn Sie die Investitionsbedingungen für die Privaten nicht verbessern,

(Joachim Poß [SPD]: Tun wir doch!)

indem Sie die Bürokratie und die Ideologie in diesem Land endlich abschaffen.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß [SPD]: Sie haben von nichts Ahnung und davon reichlich!)

Wir wissen, dass 20 Milliarden Euro darauf warten, in Infrastruktur im Bereich der Energie investiert zu werden.

Wir wissen beispielsweise auch, dass in die Flughafeninfrastruktur ebenfalls 20 Milliarden Euro investiert

werden könnten. Die Meinung, Konjunkturpakete müssten

für den Staat teuer sein, ist falsch. Jetzt müssten Strukturpakete geschnürt werden. Die Chance der Krise

kann man nutzen, indem man jetzt die strukturellen Veränderungen

durchsetzt, die in Deutschland ohnehin dringend

angegangen werden müssen; das ist überfällig.

(Beifall bei der FDP)

Da wir mittlerweile nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa über die Steuerpolitik reden, ist es für

unsere Bürgerinnen und Bürger schon von einem gewissen Interesse, festzustellen, dass Sie die Harmonisierung

des europäischen Steuerrechts in Deutschland

ausschließlich so verstehen, dass wir in Richtung der Steuersätze der Länder harmonisieren, in denen sie höher

als in Deutschland sind. Das ist keine Harmonisierung.

In der letzten Woche wurde auch durch unseren Finanzminister beschlossen, dass die europäischen Länder

ermäßigte Mehrwertsteuersätze einführen können. 22 europäische Staaten machen davon Gebrauch. Anschließend

haben Sie in Deutschland erklärt: Wir in Deutschland tun das aber nicht, weil wir das nicht wollen. -

Damit vorenthalten Sie dem deutschen Mittelstand faire Chancen. Den anderen geben Sie die Möglichkeit, Steuern

zu senken, unseren Bürgern und unserem Mittelstand

verweigern Sie das. Das ist unfair, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Nicht alle anderen sind die Geisterfahrer in Europa,

sondern wir sind es. Wir Deutschen sind in der Steuerpolitik die Geisterfahrer in Europa;

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie sind es!)

denn 22 europäische Staaten in der Europäischen Union, also die überwiegende Mehrheit, gehen diesen Weg, den

Sie den deutschen Bürgerinnen und Bürgern verweigern. Das halten wir für falsch.

Wer das Thema mit dem einfachen Wort „Steuerroase“

angeht, der macht es sich natürlich zu einfach. Natürlich müssen wir die Steuerkriminalität und die illegale

Steuerflucht bekämpfen. Natürlich ist es richtig, dass wir auch in Europa und in der Welt die Regeln der

OECD anwenden wollen.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Aha!)

- Herr Steinbrück, weil Sie gerade „Aha“ gerufen haben:



Die Frage ist, ob man das mit der Peitsche tut bzw. indem man der Schweiz mit der Kavallerie gegen Indianer droht. Sie können ja nicht einmal mit der Schweiz Frieden halten.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen abschaffen, Herr Westerwelle!)

Herr Steinbrück, Herr Finanzminister, ich muss Ihnen wirklich sagen: Diese Art und Weise des Umgangs mit unseren Nachbarländern ist eine schlicht undiplomatische Unverschämtheit. Das wird auch hier zu einem Thema gemacht werden müssen. Das ist eine schlichte Unverschämtheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Da hat er leider recht! - Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: So ein Quatsch! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es ist sehr interessant, dass Sie das gutfinden.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen-Guido!)

- Jetzt wurde gerade ein schöner Zwischenruf zur Steueroase gemacht. Ich will Ihnen das einmal wie folgt erklären, Herr Kollege:

(Lachen bei der SPD)

Für den normalen Bürger ist in der Regel weniger die Oase, sondern vielmehr die Wüste drum herum das Problem.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Dieselbe Energie, die Sie dafür aufwenden, Steueroasen auszutrocknen, sollten Sie dafür aufwenden, dass die deutsche Steuerwüste durch niedrigere Steuern endlich wieder fruchtbarer wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das ist das Mittel, das man anwenden sollte.

(Beifall bei der FDP - Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung als Steuerförderung!)

Hinterher höre ich bestimmt wieder von Ihnen: „Schade, dass wir bei euch nicht klatschen durften!“

(Heiterkeit bei der FDP)

Der entscheidende Punkt ist aber, Frau Bundeskanzlerin: Statt dass Sie als Regierungschefin Deutschlands ein Wort der Diplomatie an unsere Nachbarn richten, sagen Sie - ganz im Bild von Herrn Steinbrück bleibend -, man müsse Ross und Reiter nennen, mit der Peitsche drohen und die Kavallerie gegen die Indianer ins Feld schicken.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich glaube, diese Art und Weise ist schlichtweg unverantwortlich. Sie haben Ihren Kompass in der Regierung verloren. Sie sind zu einem wirklich kraftvollen und machtvollen Führen in Europa nicht mehr fähig. Diese Debatte zeigt, dass Sie auch inhaltlich nicht mehr einig sind. Mittlerweile ist die Koalitionszerrüttung so weit fortgeschritten, dass deutsche Interessen auch auf internationaler Ebene beschädigt werden.

(Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung ist kein Teil deutscher Interessen!)

Das ist schlecht für unser Land.

Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das war der Wüsten-Guido!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die SPD-Fraktion erhält nun der Kollege Joachim Poß das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Westerwelle, ich freue mich, dass Sie für die Öffentlichkeit vernehmbar Ihre tiefe Sympathie für die Staaten geäußert haben, die mit ihren Regelungen mit dafür sorgen, dass den ehrlichen deutschen Steuerzahlern Milliarden entzogen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der FDP)

Denn die Rechnung für diese systematische Steuerhinterziehung zahlen die ehrlichen Steuerzahler in Deutschland.

Dass Sie, der sich dem Vernehmen nach in der Finanzszene der Schweiz gut auskennt, Herr Westerwelle, das so unverhohlen sagen, trägt sehr zur Klarheit in der deutschen Öffentlichkeit bei. Wir haben in den nächsten Tagen und Wochen einiges zu diskutieren. Dann wollen wir mal sehen, was die Umfragen ausweisen und wie viele Menschen wirklich wollen, dass ein solches sozialschädliches Verhalten vom selbsternannten Oppositionsführer im Deutschen Bundestag unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Schicken Sie doch die Kavallerie!)

Sie haben Ihre Sympathie erklärt. Offen geblieben ist dabei Ihre inhaltliche Position

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuersenkungen!)

zu den vom Bundesfinanzminister und anderen aufgeworfenen Fragen bezüglich der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das hat er doch eben gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

- Nein. Er hat Sympathie für die Schweiz ausgedrückt, offenkundig auch für das übersteigerte Bankgeheimnis der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist doch Unsinn! Sie haben nicht zugehört!)

Wie ich gehört habe, lassen Sie sich auch gerne von den Profiteuren dieser Steuerhinterziehung einladen, Vorträge zu halten, Herr Westerwelle. Sie kennen sich also wirklich aus.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber leider nicht so oft wie Herr Schröder, Herr Kollege!)

Darüber wird, wie gesagt, noch zu reden sein.

Sie sollten lieber über die Sache reden - nämlich über die sozialschädlichen Steuerhinterzieher -, statt sich mit der Stilkritik an einem Regierungsmitglied aufzuhalten, dem man im Ergebnis attestieren muss, dass der Druck, der in den letzten Wochen und Monaten vornehmlich unter dem Einfluss der Finanzkrise aufgebaut wurde, zum Erfolg geführt hat. In die sogenannten Steueroasen ist schließlich Bewegung gekommen. Die Frage ist aber, ob das ausreicht, um weltweit und in Europa zu einem fairen Steuerregime zu kommen. Diese Frage muss hier beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Nach allem, was man bisher erkennen kann, reichen die von der Schweiz und anderen angekündigten Schritte unseres Erachtens nicht aus. Darüber wird in der Sache zu reden sein. Das wird ein Thema auf dem nächsten Treffen - ich nehme an, das ist der sehr wichtige G-20-Gipfel - sein. Ich freue mich, dass sich die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen so uneingeschränkt zugunsten einer Einschränkung dieser Steuerfluchtmöglichkeiten und gegen die Steueroasen geäußert hat, weil sie, wie wir alle, weiß, dass wir nur dann zu einer fairen Finanzmarktregulierung für die Zukunft kommen können, wenn die internationalen Fluchtpunkte des Geldes ausgetrocknet werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber dabei muss man glaubwürdig bleiben. Dann muss die nationale Politik auch dem entsprechen, was auf der europäischen und der internationalen Ebene von uns gefordert ist. Deswegen herrscht bei uns ein solches Unverständnis, dass aus der Fraktion des Koalitionspartners eine Blockade in einer so zentralen Frage errichtet wird. Das erhöht nicht unsere internationale Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE] und Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher fordere ich den Koalitionspartner in aller Sachlichkeit und Friedlichkeit

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Freundschaft!)

- „Freundschaft“ ist ein so oft missbrauchtes Wort, Frau Merkel, wie Sie wissen - sowie in aller Freundlichkeit auf, diese Blockade aufzugeben; denn in der Tat stärkt das weder unsere Glaubwürdigkeit im Innern noch unsere internationale Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Steueroasen.

International herrscht inzwischen eine große Übereinstimmung, was die Überschriften der notwendigen Schritte in der Finanzmarktregulierung und im Kampf gegen Steueroasen angeht. Glaubwürdig sind wir nur, wenn wir das auch national unterfüttern. Ich füge mit Blick auf manche Abstimmungen im Europäischen Parlament hinzu: Auch die deutschen Europaabgeordneten sind im Rahmen der europäischen Rechtsetzung gefragt, sich der Einflussnahme und den Interessen der Finanzindustrie zu entziehen. Da reichen gefällige Formulierungen hier im Deutschen Bundestag für eine Partei nicht aus, wenn man sich dann bei der konkreten Entscheidung, wenn es darauf ankommt, anders verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich für uns Sozialdemokraten ausdrücklich:

Wir werden uns sehr intensiv mit dem Kleingedruckten befassen. Die Überschriften reichen uns nicht.

Natürlich freue ich mich, dass bei den Vorschlägen, die jetzt in der Diskussion sind, die Vorarbeiten der Sozialdemokraten - namentlich das Papier von Frank-

Walter Steinmeier und Peer Steinbrück - eine wichtige Rolle spielen. Ich finde, dass die „Finanzmarktgrundsätze“, über die auch in der letzten Runde des Koalitionsausschusses diskutiert wurde, die richtige und wichtige Grundlage für weitere Lösungen bei uns in Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit darstellen. Die Regulierung bisher unregulierter Marktbereiche,

Regeln für alle Produkte und alle Akteure, der Aufbau einer effektiven grenzüberschreitenden Aufsicht über Banken und andere Finanzakteure, eine bessere Kontrolle der Ratingagenturen, aber auch eine stärkere Bedeutung des Internationalen Währungsfonds und des Forums für Finanzstabilität – um nur einige Punkte zu nennen –, das alles wird heute nicht nur vom sozialdemokratischen Teil des Kabinetts und der Regierungskoalition vertreten, sondern ist unter uns Konsens.

Ich habe aber die Wahrnehmung aus der praktischen Arbeit in der Koalition und im Parlament, dass es noch einiger Überzeugungsarbeit beim Koalitionspartner an dieser oder jener Stelle bedarf, um wirklich durchzukommen. Dass beim Partner manche Erkenntnis nur unter dem Druck der Krise entstanden ist und nicht ganz so freiwillig, finde ich nicht so erfreulich. Aber für die SPD-Bundestagsfraktion möchte ich der Bundeskanzlerin und den anderen beteiligten Regierungsmitgliedern volle Rückendeckung für die anstehenden Treffen in Brüssel und London geben.

Bei allen Turbulenzen und Umstürzen müssen wir in den nächsten Monaten Folgendes bedenken: Das ignorante Verhalten bei AIG, das ganz Amerika in Aufregung versetzt hat, zeigt, wie vorsichtig man auf die Dinge schauen muss. Der Einfluss der Finanzindustrie an der Wall Street, in der Londoner City oder in Brüssel ist nach wie vor nicht zu unterschätzen. Im Moment geht es um das Überleben mit massiver staatlicher Unterstützung. Sobald sich aber die Stürme etwas beruhigen, werden die guten Kontakte der Branche zu den jeweiligen Administrationen wieder genutzt werden, um die anstehende Regulierung möglichst zu entschärfen und die neue Weltfinanzarchitektur im Sinne der Branche zu gestalten. Da müssen wir gemeinsam Obacht geben, weil diese Bemühungen zu registrieren sind. Auf dem Weltschattenfinanzmarkt haben eben zu viele über lange Jahre zu gut gelebt und sich doof und dämlich verdient, um es umgangssprachlich zu sagen. Diese geben nicht so schnell auf, wie das Verhalten nicht nur bei AIG, sondern auch anderswo zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihnen müssen wir klarmachen: Wir akzeptieren ein solches Verhalten gesellschaftlich nicht mehr. So ähnlich hat es auch Obama ausgedrückt: Dies kann nicht mehr in Dollar oder Cent ausgedrückt werden, Herr Westerwelle. Auch Sie sollten sich darüber einmal Gedanken machen. Die Frage ist, mit welchem Geist und mit welcher Mentalität wir die soziale Marktwirtschaft in Deutschland und weltweit leben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel hat sich 20 Millionen Euro Pensionsgelder auszahlen lassen. Nach den Strapazen seiner Steuerhinterziehung über die Steueroase Liechtenstein will er jetzt den wohlverdienten Ruhestand auf

seinem Schloss am Gardasee genießen. „Einen ganz normalen Vorgang“ nennt er das.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, auch die der Menschen, die von Kurzarbeit leben müssen oder auf Hartz IV angewiesen sind. Viele Existenzen von kleinen und mittleren Selbstständigen sind in Gefahr oder bereits zerstört. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt den Menschen das hässliche Gesicht der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung: von maßlos übersteigertem Renditestreben und mangelnder gesellschaftlicher Solidarität geprägt, ohne demokratische Kontrolle und ohne wirkliche demokratische Mitentscheidung der Menschen über die wirtschaftlichen Abläufe.

(Beifall bei der LINKEN)

Das empört, und zwar zu Recht. Ich weiß: Auch manche Kollegin und mancher Kollege aus den Koalitionsparteien teilen diese Empörung. Aber was folgt politisch aus dieser Empörung für ihre Parteien und Fraktionen? Was folgt daraus für die von ihnen getragene Bundesregierung? Wie reagiert die Bundesregierung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise? Sie macht vor allem eines: Sie reist. Im November vergangenen Jahres ging es mit kaum erkennbarem Gewinn zum Weltfinanzgipfel in Washington. Am vorigen Wochenende gab es ein Ministertreffen in London, bei dem der Europäische Rat am Donnerstag vorbereitet werden sollte. Der Europäische Rat soll nun vor allem dazu dienen, die gemeinsamen Positionen von EU und Mitgliedstaaten für den Finanzgipfel der G-20-Staaten in London vorzubereiten. Aber was wird dabei herauskommen? „G20-Finanzminister beschließen nichts“, titelte die Financial Times Deutschland am Montag. Ich zitiere: Konkrete Verpflichtungen für die Regierung oder genaue Größenordnungen für ... weitere Konjunkturpakete wurden nicht beschlossen.

In der Sache kam es zu kaum mehr als Andeutungen. Die Hedgefonds sollen nur registriert und Informationen weitergegeben werden, den sogenannten Schrottpapieren soll allein mit Leitlinien für die einzelnen Länder begegnet werden. – Das wird kaum helfen.

Wir von der Linken bleiben dabei: Wir wollen erstens Hedgefonds verbieten,

(Beifall bei der LINKEN)

zweitens Zweckgesellschaften verbieten, drittens Steueroasen wirksam austrocknen oder verbieten und viertens Verbriefungen verbieten. Nur wenn diese vier Grundübel an der Wurzel gepackt werden, haben wir überhaupt die Chance, den Sumpf aus Gier und Spekulation trockenzulegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Heute und morgen tagt nun der Europäische Rat, der unter anderem für den neuen G-20-Gipfel die Positionen bestimmen soll. Die bisherige Tagesordnung lässt leider nicht ahnen, welche gemeinsamen Ergebnisse zu erwarten sind. Welche Vorschläge der hochrangigen Larosière-Gruppe werden denn von den teilnehmenden Regierungen geteilt? Steht denn die Kommission, die die Arbeitsgruppe im Oktober des vergangenen Jahres eingesetzt hat, überhaupt hinter dem Ganzen oder doch wenigstens hinter einem Teil der Vorschläge? Wie bewertet die Bundesregierung

den Bericht? Erst wenn wir von ihr schwarz auf weiß haben, welche konkreten Vorschläge sie für richtig hält, kann eine wirkliche parlamentarische Debatte stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Unabhängig davon fällt auf, wie einseitig die „hochrangige Arbeitsgruppe“ besetzt ist. Es sind auffällig viele dabei, die den Finanzsektor mit seinen überhöhten Renditeansprüchen und seinen Spekulationen geradezu beispielhaft repräsentieren: Jacques de Larosière ist Mitvorsitzender der Finanzlobbyorganisation Eurofi und war bis vor kurzem Berater der französischen Bank BNP Paribas. Rainer Masera war Direktor einer europäischen Tochter der Pleitebank Lehman Brothers. Onno Ruding ist Berater der Citigroup. Otmar Issing, früher bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Nationalbank, ist Berater von Goldman Sachs. Für die vier anderen Beteiligten – natürlich auch Männer – gilt im Wesentlichen die gleiche Ausrichtung. Eine Gewerkschafterin oder ein Gewerkschafter oder eine unabhängige Persönlichkeit aus dem Bereich der Wissenschaft findet sich in der Arbeitsgruppe nicht. Dies ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einrichtung dieser „hochrangigen“ Gruppe zeigt also deutlich: Weder die Bundesregierung noch die EUKommission sind bereit, die wahren Ursachen der Krise zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn, an ihre Beseitigung zu gehen. Sie machen weiterhin Politik im Interesse der Großbanken und Großkonzerne. Der Hunderte von Milliarden schwere Rettungsschirm ist für die Garantierung von Höchstprofiten und nicht für die Erhaltung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten bestimmt. Die Empfehlung von EU-Finanz- und Haushaltskommissar Almunia an die EU-Mitgliedstaaten spricht genau dafür: Die EU-Staaten dürfen nicht mit einer teuren und verfehlten Sozialpolitik auf die steigende Arbeitslosigkeit antworten. Dann würden die Staatsschulden noch mehr anschwellen. Dies ist eine Aufforderung zum Sozialabbau.

Um einen nicht des Linksseins verdächtigen Zeugen zu zitieren, trage ich vor, was der Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman in seinem neuen Buch schreibt:

Frau Merkel und ihre Beamten glauben anscheinend noch immer, hier herrschten die normalen Regeln der Wirtschaft, die Regeln, die dann gültig sind, wenn man mit Geldpolitik noch etwas ausrichten kann. Sie haben nicht begriffen, dass in Europa wie in Amerika mittlerweile ein Depressionsklima eingezogen ist, in dem die normalen Regeln nicht mehr gelten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich zitiere weiterhin Nobelpreisträger Krugman, einen lesenswerten Mann:

Sobald wir wieder normale Verhältnisse haben, werde ich denjenigen, die wie Herr Steinbrück fiskalische Disziplin predigen, gern die ihnen gebührende Ehre erweisen. Sich jetzt aber an die Orthodoxie zu klammern, ist hochgradig destruktiv für Deutschland, Europa und die Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Linke fordert kurzfristig einen Rettungsschirm für die Menschen und langfristig einen grundlegenden Wechsel in der Politik sowohl der Bundesregierung als auch der EU. Wir müssen weg von einer Politik für eine Minderheit der Reichen und hin zu einer Politik, in der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Bewältigung der globalen Herausforderungen im Mittelpunkt stehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile dem Kollegen Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die internationale Finanzkrise zeigt, dass die Rahmenbedingungen versagt haben, die die Politik gesetzt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Und was macht die Politik jetzt?)

Sie zwingt uns, jetzt im politischen Bereich zu handeln.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Guido

Westerwelle [FDP], an die CDU/CSU gewandt:

Da seid Ihr gelandet!)

Es gibt keine Regierung auf der Welt, die so schnell und umfassend wie die deutsche reagiert hat. Dies sollte man zunächst in aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten

der SPD - Dr. Dagmar Enkelmann [DIE

LINKE]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Deutschland ist zwar immer noch eine der stabilsten

Volkswirtschaften in der Welt - und das ist gut so -, dennoch

haben wir, was die Konjunkturpakete anbetrifft, absolut

und relativ - relativ heißt, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - mehr als alle anderen europäischen

Staaten gemacht. Was den Gipfel betrifft, so meine ich,

wir sollten zunächst einmal alle Maßnahmen wirken lassen

und nicht ständig neue Maßnahmen fordern. Sonst

besteht die Gefahr, dass bestimmte Maßnahmen erst zu

einem Zeitpunkt wirken, zu dem sie eine sich dann vielleicht abzeichnende Inflation verstärken könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt eine Reihe von Punkten, über die wir uns hier

im Hause einig sind. Ich sehe jetzt einmal von dem

Kampf von Reich gegen Arm ab - der Beitrag meines

Vorredners passte nicht in diese Debatte -, der löst die Probleme nicht, sondern erzeugt höchstens Emotionen.

Wenn ich also diesen Beitrag weglasse, dann sind wir

uns alle darin einig, dass wir mehr Transparenz brauchen.

Ich sage als Ordnungspolitiker: Wir brauchen leider

auch mehr Reglementierung, aber nur im Bereich der Finanzmärkte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha, genau!)

Es gibt jetzt eine allgemeine Stimmung auch in Deutschland, in vielen Bereichen mehr zu reglementieren. Wir haben mit der sozialen Marktwirtschaft gute Chancen, aus der Krise herauszukommen. Wenn wir aber jetzt

auch die Realwirtschaft, den internationalen Handel usw. stärker reglementieren, dann wird der Weg schwieriger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb sage ich: Wir haben keine Krise der Marktwirtschaft, wir haben keine Krise der Demokratie, sondern wir haben eine internationale Finanzkrise, und wir sind dabei, die Ursachen zu analysieren, um die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Ich will einige Punkte aus dieser Debatte aufgreifen, nicht zuletzt um sie richtigzustellen. Ich beginne mit der Bankenaufsicht. Zunächst einmal stelle ich fest, dass die Bankenaufsicht in Deutschland in der Krise insgesamt gut gehandelt hat. Das gilt für die Bundesbank, und das gilt für die BaFin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um all das zu überprüfen. Wir werden die Konsequenzen aus diesem Gutachten ziehen und einige Dinge noch in dieser Legislaturperiode verändern. Das ändert nichts an der Grundposition meiner Fraktion. Da unterscheidet sich unsere Auffassung von der der Sozialdemokraten.

In dieser Hinsicht stimmen wir mit den Freien Demokraten überein. Wir sind für eine Konzentration der gesamten Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Dann macht es doch!)

Nur, in einer Krise wie dieser sollte man keine grundlegenden Veränderungen vornehmen. Wir haben zurzeit andere Sorgen. Da das System im Grundsatz funktioniert, ist jetzt nicht der Zeitpunkt für eine grundlegende Veränderung. Dennoch haben wir ein klares Ziel.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Ich greife einen zweiten Punkt auf, der Emotionen hervorruft und zum Teil mit unfairen Vorwürfen verbunden ist. Es geht um die Steuerhinterziehung und die Steueroasen. Ich finde es infam, wenn immer wieder versucht wird, die Union als die Partei darzustellen, die Spaß an den Oasen hat und die diejenigen Leute, welche Steuern hinterziehen, schützen will. Nein, auch wir sind dafür, dass Steueroasen trockengelegt werden. Für uns ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt. Das, was Herr Zumwinkel gemacht hat, ist für uns nicht akzeptabel, unabhängig von der rechtlichen Position.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt ein Wort zum Finanzminister. Viele wissen, dass ich ihn schätze, aber es gibt einige Verhaltensweisen, die ich nicht schätzen kann. In einer Hinsicht irrt der Finanzminister. Es ergibt keinen Sinn, Staaten, mit denen wir seit Jahrzehnten hervorragende Kontakte haben - für Bayern und Baden-Württemberg ist die Schweiz seit Jahrzehnten ein ganz wichtiger Handelspartner -, öffentlich zu beschimpfen. Das bringt nichts, das ist nicht gut, und das sollten wir nicht machen.

(Joachim Poß [SPD]: Die Schweiz war doch gar nicht genannt!)

- Herr Kollege, man hat sie als Indianer bezeichnet. Sie mussten Ihren Minister verteidigen. Wenn wir einen Minister hätten, der solche Fehler machen würde, würde auch ich ihn verteidigen. Aber Gott sei Dank haben wir



keinen, der so etwas sagt. Die Art, wie der Minister mit der Schweiz umgeht, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Joachim Poß [SPD]: Die Schweiz war nicht genannt!)

Ich sage genauso deutlich: Der Ansatzpunkt in dem Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist falsch. 95 Prozent aller Deutschen, die mit Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und vergleichbaren Staaten seit Jahrzehnten wirtschaftliche Beziehungen haben, haben sie nicht, um Steuern zu hinterziehen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aha!)

Vor diesem Hintergrund ist es unangemessen - es ist Ausdruck einer falschen Grundeinstellung zu diesem Thema -, diejenigen, die mit diesen Ländern seit Jahrzehnten Kontakte haben, steuerlich bestrafen zu wollen.

Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil wir diesen Ansatz für falsch halten, kann man uns hier nicht als diejenigen hinstellen, die Steuerhinterziehung nicht bekämpfen wollen. Wir wollen sie bekämpfen. Wir haben klare Vorstellungen. Übrigens, wir haben in der Großen Koalition einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, zu dem in der nächsten Woche, so glaube ich, eine Anhörung stattfindet. Dann erfahren wir die Auffassung der Fachleute.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Punkt nennen, der für mich als Banker bei den jetzigen Maßnahmen sehr wichtig ist: Viel Unheil ist von der Verbriefung und Strukturierung ausgegangen.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Ich sage das, ohne dieses Thema zu vertiefen. Ich gehöre zu denjenigen - ich bitte die Kanzlerin, diese Auffassung auf dem G-20-Gipfel intensiv zu vertreten -, die sagen: Wer in Zukunft Kredite verkauft, muss mit einem bestimmten Anteil in der Haftung bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nur dann werden wir sicherstellen, dass die Verbriefung einer vernünftigen Begrenzung unterliegt.

Ich stelle abschließend fest: Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben immer sehr schnell alle notwendigen Entscheidungen getroffen, um gegen die Finanzkrise gewappnet zu sein. Wir werden morgen das SoFFin-Gesetz weiterentwickeln, in dem wir notwendige Anpassungen vornehmen. Wir werden morgen etwas dafür tun - morgen steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs auf der Tagesordnung -, dass sich Managergehälter in Zukunft nicht mehr an kurzfristigen Parametern orientieren. Dies zeigt: Die Große Koalition war handlungsfähig, und sie wird auch bis zur Bundestagswahl handlungsfähig bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Renate Künast, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich

wollte ich diesen Redebeitrag mit ein paar Worten zu Frau Merkel beginnen. Frau Merkel, Sie rutschen bei mir jetzt ausnahmsweise in die zweite Reihe. Ich finde nämlich, dass Guido Westerwelle heute wirklich den Vogel abgeschossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Guido

Westerwelle [FDP]: Was heißt hier „heute“?)

- Na ja, ich wäre nicht so fröhlich. - Herr Westerwelle, heute haben Sie wieder einmal für soziale Kälte gesorgt: Bei Ihren Ausführungen zum Thema Steueroasen bzw. den Oasen allgemein haben Sie gesagt, es gehe um die Wüste drum herum. Ich sage Ihnen einmal ganz klar: In den Oasen saufen die großen Kamele, und Sie haben sich heute wieder einmal als Schutzheiliger der großen Kamele, die den anderen das Wasser wegsaufen, betätigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN - Jörg van Essen [FDP]: Diese ständig schlechtgelaunte Frau!)

- Herr van Essen, seien Sie nicht so verklemmt, auch nicht in Ihren Bemerkungen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei Abgeordneten der FDP)

- So habe ich es gar nicht gemeint, auch wenn ihr jetzt lacht.

Herr Westerwelle, Sie äußern jetzt Mitleid mit der Energielandschaft in Deutschland. Sie klagen über die vielen bürokratischen und Investitionshemmnisse. Die Sorge vor Korruption spielt bei Ihnen gar keine Rolle. Wie erklären Sie sich bei all der Sorge über zu viel Bürokratie, die Sie hier zum Besten gegeben haben, dass Eon im letzten Jahr 10 Milliarden Euro Reingewinn erzielt hat? Das ist doppelt so viel wie im Vorjahr. Wer in der Lage ist, seinen Reingewinn von einem Jahr zum anderen auf 10 Milliarden Euro zu verdoppeln, der ist nicht bürokratisch gehemmt. Man sollte ihn vielmehr fragen, was er für die Allgemeinheit zu tun bereit ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Investieren!)

Nun zum G-20-Gipfel und den Vorbereitungen darauf.

Ich muss sagen: Frau Merkel hat heute wieder wunderbare Geschichten darüber erzählt, was sie alles tun würde, was alles in Vorbereitung sei. Aber am Ende ist es doch wieder eine schöne Inszenierung, der eigentlich nichts folgt.

Wo ist eigentlich der Text nach all den wunderschönen Überschriften? Es ist immer das Gleiche: Uns wird erzählt, man müsse jetzt erst einmal in die Bankenkrise investieren, sozusagen systemisch relevante Banken absichern, aber dann müsse man wieder zur sozialen Marktwirtschaft zurück. Alle Welt redet vom Green New Deal, nur Frau Merkel und die CDU/CSU - von Ihnen da mal ganz zu schweigen - haben mal wieder nicht gemerkt, wo die Probleme der Welt liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele Ankündigungen, etwa die, man wolle die IWF-Mittel verdoppeln. Wo eigentlich ist die Entscheidung

dazu? Eine Ankündigung lautet, die Europäische Union wolle mit einer Stimme sprechen. Ich sehe aber nur, dass Deutschland in der Europäischen Union ständig und immer wieder der Bremser ist, zuletzt beim Konjunkturpaket der EU: Es wird gebremst bis zur letzten Sekunde, und am Ende, nach Sonderregeln für die Telekom und noch einem Extra für die deutschen Milchbauern, weil Sie ihre alten Versprechungen nicht gehalten haben, wird Ja gesagt. So, meine Damen und Herren, sieht keine treibende gute Rolle Deutschlands in der Europäischen Union aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles Überschriften, kein Text! Ein bisschen Registrierung von Hedgefonds. Schauen wir uns einmal die Schrottpapiere an! Dazu gibt es nur sehr allgemeine Leitlinien, mit denen nicht viel umgesetzt wird. Man kann eines sagen, auch wenn Sie versuchen, sich hier so groß darzustellen: Deutschland blockiert in der Europäischen Union auch und gerade Regeln für die Finanzmärkte. Das ist die Wahrheit.

(Joachim Poß [SPD]: Es blockiert doch keiner!)

Wo ist die europäische Ratingagentur, die wirklich reguliert und beaufsichtigt - das wäre Verbraucherschutz! -, über die Sie immer reden, für die Sie bisher aber weder international noch national irgendetwas angeboten haben? Wo ist die EU-Finanztransaktionssteuer, die Spekulationen abbaut und Märkte wirklich stabilisiert? Herr Steinbrück möchte sie gern ins Wahlprogramm schreiben. Warum handeln wir gerade an der Stelle eigentlich nicht jetzt, statt bis zum nächsten Jahr zu warten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle reden über die Schließung von Steueroasen - außer Guido Westerwelle. Es gibt überall Bewegung, aber die Regierung ist unfähig, auch nur ein Gesetz gegen Steuerhinterziehung in Deutschland zu beschließen. Wieder diese Uneinigkeit Guttenberg und Steinbrück! Auch an der Stelle muss man sagen, dass die CDU/CSU im Ergebnis blockiert, um Steuerhinterzieher zu schützen. Das ist die ganze Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sind eigentlich - um noch einen Punkt zu nennen - Ihre Aktivitäten gegenüber deutschen Banken, die Dependancen auf den Cayman Islands, in Singapur, in Luxemburg haben? Allen voran ist hier die Commerzbank zu nennen, der wir gerade die Steuergelder hinterherwerfen. Wenn Sie so handlungsfähig sind, wie Sie sich darstellen, dann sagen Sie hier und jetzt, was Sie an dieser Stelle eigentlich Positives erreicht haben!

Renate Künast

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Vorredner hat gesagt, man werde wunderbare Regeln hinsichtlich der Gehälter von Managern schaffen. Sie bieten uns hier an, dass die Haltefrist für Aktienpakete von zwei auf vier Jahre erhöht werden soll. Das sind Peanuts! Heute sind die meisten Unternehmen aufgrund freiwilliger Vereinbarungen schon bei einer Frist von drei Jahren. Sie bieten also faktisch eine Erhöhung von drei auf vier Jahre an. Zehn Jahre, das wäre der Einstieg in langfristiges Denken. Dazu haben Sie nicht den Mut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wenig mutig Sie an der Stelle sind, sieht man auch an all den Rettungspaketen, die wir hier verabschieden müssen. Das erste Rettungspaket ist gescheitert.

(Joachim Poß [SPD]: Von der Sache hat sie keine Ahnung!)

Morgen findet die Abstimmung über das zweite Rettungspaket statt. Das ist eine Lex Hypo Real Estate. Im Ausschuss war auf Einladung der FDP auch Herr Flowers von Hypo Real Estate. Da konnte man sehen, was deren Vorstellungen von marktwirtschaftlicher Ordnung sind. Die denken immer noch: Der Profit gehört uns, ansonsten werden Steuergelder eingesetzt und die Steuerzahler faktisch enteignet. - Das ist Ihre Art von Finanzpolitik.

Ich sage Ihnen: Die Zeit der Spielereien muss zu Ende sein, auch für den smarten Herrn Guttenberg, der am Times Square herumturnt und von dem wir alle nun wissen, dass er gut Englisch kann. Wir brauchen jetzt wirklich eine Verstaatlichung der HRE und nicht irgendein Herumerzählen oder noch eine Umdrehung nach dem Motto, man könnte vielleicht irgendwann einmal das Insolvenzrecht verändern. Jetzt, meine Damen und Herren, brauchen wir Aktionen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eine Sekunde lang hat mich nachdenklich gemacht,

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Eine Sekunde lang?)

was Frau Merkel zu dem Beitrag gesagt hat, den sie zusammen mit Herrn Balkenende für die FAZ verfasst hat.

Auch sonst hört man von Frau Merkel ja immer wieder den Satz, man müsste jetzt Regeln für eine neue Art des Wirtschaftens aufstellen. Im gemeinsam mit Herrn Balkenende verfassten Text heißt es - heute wurde es ähnlich formuliert -, dass die internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit der Globalisierung der Wirtschaft nicht Schritt gehalten hat. Das hat sie ja heute auch wieder gesagt.

Meine Damen und Herren, ich finde es schon putzig, wie geschichtsvergessen Frau Merkel ist. Es ist ja nicht wahr, dass die internationale Wirtschaftspolitik nicht Schritt gehalten habe, sondern die Wahrheit ist, dass gerade die Unionsparteien und ihre Fraktion hier im Bundestag sich jahrelang dagegen gewehrt haben, dass der Freiheit der Wirtschaft ein Rahmen mit ökologischen und sozialen Aspekten für den globalen Handel entgegengesetzt wird, damit nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gewirtschaftet wird.

Wenn ich mir jetzt anschau, was Frau Merkel anbietet, dann finde ich nur den Verweis auf eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften bzw. die Forderung - das hat sie an anderer Stelle gesagt - nach Einsetzung eines Weltwirtschaftsrates. Einige aus meiner Fraktion haben sich nun die Mühe gemacht, über Kleine Anfragen herauszubekommen, was eigentlich dahintersteckt. Wissen

Sie, was wir festgestellt haben? Keiner weiß, worum es dabei gehen soll. Die verschiedenen Ressorts antworten entweder, sie wüssten es nicht, oder, sie verträten diese Position nicht. Wenn ich mich nun entgegenkommenderweise darum bemühe, herauszubekommen, was

hinter diesem Angebot steckt, dann komme ich zu dem Schluss, dass Ihr Weltwirtschaftsrat bzw. Ihre Charta für nachhaltiges Wirtschaften, Frau Merkel, eher vom Alten ist. Sie beweisen an der Stelle, dass Sie nichts ändern wollen, sondern nur jetzt über die Konjunkturpakete Geld investieren, um später wieder zu den alten Regeln der Marktwirtschaft zurückkehren zu können. Das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt solche Wolkenkuckucksheime zu errichten, wäre es doch hilfreicher, international für die Einführung einer Rechnungslegung über ökologische und soziale Indikatoren zu sorgen; das wäre ja ganz simpel zu machen.

Dann hätte man Kriterien, anhand derer man Politik ausrichten könnte.

Die Absichten von Frau Merkel werden in Gänze sichtbar, wenn man die von ihr verfassten Texte zu Ende liest. In dem gemeinsam mit Herrn Balkenende verfassten Text wird zum Beispiel am Ende deutlich, was sie wirklich will, nämlich kein nachhaltiges Wirtschaften, sondern - dieser Satz steht auch hier wieder als Erstes im Zusammenhang mit der internationalen Wirtschaft - Freiheit der Wirtschaft. Ich sage Ihnen: Wir haben genug von Freiheit der Wirtschaft. Das wurde nämlich immer als Freiheit von Verantwortung für das Gemeinwesen ausgelegt. Wir brauchen jetzt ein Bekenntnis dazu, dass jeder, der wirtschaftet, auch Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das steht schon immer im Grundgesetz, Frau Künast!)

Frau Merkel hat auch gesagt, wir bräuchten jetzt dringend eine weitere Liberalisierung des Handels, sprich Fortschritte bei den Doha-Verhandlungen und einen entsprechenden Abschluss bei der nächsten Welthandelsrunde.

Meine Damen und Herren, genau das brauchen wir jetzt definitiv nicht. In der Vergangenheit wurde der Handel schon zu stark liberalisiert. Die WTO erlaubt der Wirtschaft, Raubbau auf Kosten der Menschen und der Umwelt zu betreiben. Wenn Frau Merkel nun fordert, in diesem Jahr zu einem entsprechenden Abschluss bei der WTO zu kommen, entlarvt sie ihre Absicht, dass es ihr doch eher um mehr Liberalisierung für einige wenige geht als um den Schutz des Klimas und der Finanzmärkte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Frau Merkel in der Stimmung und mit den Aussagen, die sie hier an den Tag gelegt hat, heute zum Europäischen Gipfel oder am 2. April nach London fährt, dann steht zu befürchten, dass Europa jetzt die Gelegenheit verpatzt, eine Führungsrolle zu übernehmen.

Genau diese wollen wir aber. Wir wollen, dass eine neue Art zu wirtschaften die Oberhand gewinnt, die nicht mehr auf Kosten anderer geht. Europa hätte dabei die Aufgabe, Frau Merkel, dabei voranzugehen, sich nicht vor Kopenhagen zu drücken, sondern dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, entsprechende Vorschläge zu entwickeln und zu sagen, was Europa selber will.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sofort. - Die anderen sind nicht unsere Verhandlungsgegner bzw. unsere Gegenspieler, mit denen wir zocken müssen, sondern die Europäische Union hat die Aufgabe, zu zeigen, wie national und international auf den Feldern der Finanzen und des Klimas etwas erreicht werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gunther Krichbaum ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Joachim Poß [SPD]: Die SPD-Fraktion ist eigentlich an der Reihe!)

- Entschuldigung, das stimmt. Frau Kollegin Schwall-Düren, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch noch ein paar Differenzen zwischen unserem Koalitionspartner und uns. Deswegen ist es schon richtig, dass ich - und nicht Herr Krichbaum - für die SPD spreche.

Der Frühjahrsgipfel ist traditionell der Gipfel, auf dem die Finanz- und Wirtschaftspolitik auf der Tagesordnung steht, insbesondere die Lissabon-Strategie.

Noch nie hatten wir einen Frühjahrsgipfel, auf dem wir mit einer derartigen Krise konfrontiert waren wie in diesem Jahr.

Was brauchen wir in dieser Krise? Wir brauchen zunächst einmal entschlossenes Handeln der Politik. Denn eines ist inzwischen klar geworden: Die Rolle des starken und handlungsfähigen Staates ist wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Nicht der Nachtwächterstaat und auch nicht der Staat des Laisser-faire werden gebraucht, sondern der Staat, der als Regulator, Stimulator und Garant für öffentliche Güter da einschreitet, wo die Marktkräfte versagt haben. Das hören wir interessanterweise auch von den Marktradikalen und Apologeten der Deregulierung.

Ich bin ganz froh, dass wir es in der Koalition geschafft haben, das auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte Konjunkturpaket umzusetzen, um Investitionen in Bildung, Innovation und Nachhaltigkeit zu tätigen und, Herr Westerwelle, um die Kaufkraft der Geringverdiener, der Rentner und der Familien zu stärken, statt Steuern für diejenigen zu senken, die hohe und höchste Einkommen beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren in den Arbeitsmarkt, um damit in Übereinstimmung mit der Lissabon-Strategie nachhaltig etwas für die Zukunft zu tun, damit Fachkräfte die Innovationen und die neuen Ideen umsetzen können, die wir brauchen.

Diese Krise ist nicht national entstanden. Deswegen kann sie auch nicht national bewältigt werden. Für internationales Krisenmanagement und Krisenverhinderung ist zunächst einmal eine Übereinstimmung in der Europäischen Union nötig. Wir brauchen gemeinsame Maßnahmen und eine Abstimmung auf europäischer Ebene. Angesichts dieser wirtschaftlich schwierigen Zeiten erwarten die Bürger mehr denn je, dass die Europäische Union hier tätig wird und dass Anstrengungen unternommen

werden, damit es nicht zu Massenarbeitslosigkeit und nicht zu einer sozialen und politischen Krise kommt. Nur dann können wir das Vertrauen stärken. Deswegen brauchen wir neben Sozial- und Globalisierungsfonds insbesondere Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze. Wir brauchen eine besser abgestimmte und besser koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU. Dann haben wir Chancen für die Zukunft.  
(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen zweitens europäische Solidarität; sie ist nötiger denn je. Wir reden oft davon, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist. Dazu gehört vorrangig Solidarität. Was heißt das in dieser Krise? Solidarität heißt in der Tat: kein Protektionismus, keine nationalen Egoismen. Ich möchte ganz deutlich sagen: Wenn wir erwarten, dass sich die Bürger und Bürgerinnen am 7. Juni an der Europawahl beteiligen, dann können wir nicht sagen: Wir müssen erst einmal das eigene Hemd retten; die anderen sind uns egal. - Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die europäischen Werte, sondern auch ökonomisch und volkswirtschaftlich unvernünftig. Denn wenn wir nicht gemeinsam dazu beitragen, dass unsere Volkswirtschaften diese Krise überstehen, dann sind wir jeweils mitbetroffen.  
(Beifall bei der SPD)

Wir haben das am Beispiel der Abwrackprämie durchdiskutiert. Wir können das auch durchdeklinieren angesichts der Frage, was mit Opel geschieht. Auch hier muss es eine europäische Lösung geben. Solidarität heißt außerdem, dass wir in der EU keine sich widersprechenden Maßnahmen beschließen können. Es darf, wie die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat, nicht zu einem Unterbietungs- oder Überbietungswettbewerb in Bezug auf Subventionen, aber auch in Bezug auf Lohn-, Sozial- und Steuerstandards kommen. Solidarität heißt auch: Unterstützung der Nicht-Euro-Mitgliedstaaten in der EU. Wir haben Lettland und Ungarn bereits geholfen und müssen vielleicht noch anderen helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)  
Lassen Sie mich an dieser Stelle auf Folgendes hinweisen: Am 15. März dieses Jahres hat sich zum 20. Mal der Tag gejäht, an dem die Opposition anlässlich des ungarischen Nationalfeiertages den Siegeszug in Ungarn begonnen hat. Wenige Wochen zuvor fand die erste Sitzung des runden Tisches in Polen statt. Dem Mut unserer europäischen Freunde haben wir unsere Freiheit und Einheit zu verdanken. Ich glaube, es ist nicht mehr als recht und billig, dass sich in dieser Krise ein Teil unserer Dankbarkeit in europäischer Solidarität zeigt.  
(Beifall bei der SPD)

Da auf diesem Frühjahrsgipfel weitere Themen auf der Tagesordnung stehen, will ich unter dem Stichwort der Solidarität die europäische Nachbarschaftspolitik und insbesondere die Östliche Partnerschaft ansprechen. Denn es ist dringend notwendig, dass wir die Transformationsprozesse bei unseren Nachbarn in Richtung Demokratie, wirtschaftlichen Erfolg und Rechtsstaatlichkeit erst recht in der Krise unterstützen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN)

Ich glaube zutiefst, dass Investitionen in die Energieinfrastruktur, die im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms angedacht sind - auch wenn noch

keine Einigkeit im Detail besteht -, im Zusammenhang mit dem Klimaschutz unerlässliche Maßnahmen sind und dass wir im europäischen Verbund die Effizienzsteigerung, den Einsatz erneuerbarer Energien und den Netzausbau solidarisch voranbringen müssen.

Nicht zuletzt bedeutet Solidarität aber auch, dass wir im Rahmen der G 20 die Entwicklungsländer nicht vergessen dürfen, die in dieser Krise am meisten leiden.

Wir müssen drittens gemeinsam dafür sorgen, dass in Zukunft eine derartige Krise von vornherein verhindert wird. Das heißt, der G-20-Gipfel muss die weltweite Regulierung politisch voranbringen. Das wird uns nur dann gelingen, wenn wir Europäer gemeinsam auftreten.

Wenn die Forderung von Frau Merkel und Herrn Sarkozy, die sie auf dem Ministerrat in Frankreich erhoben haben, nämlich dass konkrete Ergebnisse erfolgen sollen, wirklich Realität werden soll, dann müssen sich die Europäer auf diesem Frühjahrsgipfel einigen, damit sie überzeugend wirken und die USA sowie andere Staaten auf dem Weg zu einer entsprechenden Finanzmarktregulierung mitnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesbezüglich hege ich aber doch den einen oder anderen Zweifel. Es reicht nämlich nicht, davon zu sprechen, dass wir bei den Ratingagenturen einen Verhaltenskodex brauchen. Wir brauchen eine europäische gesetzliche Regelung. Es reicht ebenfalls nicht - das ist mehrfach angesprochen worden -, dass wir uns bei den Steueroasen nach dem Motto „blaming and shaming“ verhalten, sondern auch hier brauchen wir Regelungen. In diesem Zusammenhang appelliere ich, auch was die Managergehälter anbelangt, an unseren Koalitionspartner. Vergleichbares könnte man zu dem Thema „Selbstbehalt bei Verbriefungen“ sagen, wo die Sozialdemokraten 20 Prozent fordern, die Konservativen und die Liberalen aber allenfalls 5 Prozent zugestehen wollen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wann soll die EU einig sein, die Herausforderungen anpacken und die Probleme lösen, wenn nicht jetzt? Die EU ist weiterhin wirtschaftlich stark. Jetzt braucht es den politischen Willen. Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben mit ihren Finanzmarktgrundsätzen gute Voraussetzungen geschaffen. Frau Merkel, liebe Bundeskanzlerin - ich weiß nicht, wo Sie gerade sind -,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das wissen wir oft auch nicht!)

nutzen Sie dieses Potenzial! Motivieren Sie Ihre europäischen Kollegen und Kolleginnen, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden und weitreichende Vorschläge zu entwickeln, die auch die USA und andere Staaten überzeugen, damit wir gemeinsam zukünftigen Krisen vorbeugen können. Ich wünsche der Kanzlerin und der Bundesregierung bei diesem Vorhaben viel Erfolg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten



der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Kollege Gunther Krichbaum das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzmarktkrise hat die Welt verändert, und sie wird sie weiter verändern. Doch wir haben jetzt die Möglichkeit, diese Veränderung mitzugestalten. Der bevorstehende Europäische Rat bietet hierfür eine große Chance. Diese kann aber nur dann genutzt werden, wenn Europa mit einer Stimme spricht; denn nur dann wird es gelingen, unsere Überlegungen und Vorstellungen auf dem bevorstehenden G-20-Gipfel Anfang April weltweit zum Standard zu machen.

Ich denke, es war ein ermutigendes Signal, dass von Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Initiative ausging. Das ist unter anderem auch ein wichtiger Impuls für das deutsch-französische Verhältnis. Solche Impulse haben gerade in der letzten Zeit gefehlt. Deswegen ist die Bedeutung dieser Initiative für die Wiederbelebung des deutsch-französischen Verhältnisses nicht zu unterschätzen. Wenn wir es jetzt noch schaffen, unsere britischen Freunde und Partner mit ins Boot zu nehmen, dann wird es uns gelingen – davon bin ich überzeugt –, die Leitplanken einzuziehen, die wir auf den Finanzmärkten brauchen. Eines ist wichtig: Wir müssen jetzt Standards setzen. Wir müssen jetzt ein Immunsystem schaffen, damit sich eine derartige Krise nicht wiederholen kann.

Weil mein Kollege Bernhardt auf die Aufsichtssysteme, die hierfür notwendig sind, hinlänglich eingegangen ist, möchte ich einige andere Aspekte ansprechen. Wenn es darum geht, Krisen vorzubeugen, brauchen wir zweierlei: zum einen eine Stärkung des IWF, des Internationalen Währungsfonds, und zum anderen eine Stärkung der Europäischen Zentralbank. Hier sind die Potenziale bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Angesichts der Tatsache, dass Produkte die Grenzen überschreiten, muss auch die Aufsicht Grenzen überschreiten. Beim Konjunkturpaket hätten wir uns sicherlich einiges mehr vorstellen können. Richtig ist, dass die Verantwortung bei den Mitgliedstaaten liegt. Bei einem Konjunkturpaket in einer Größenordnung von 5 Milliarden Euro, wie es die Europäische Union schnürt, können die Wirkungen nur begrenzt sein. Da die Bundesrepublik Deutschland davon immerhin circa 1 Milliarde Euro tragen wird, sollten wir darauf hinwirken, dass diese konjunkturellen Maßnahmen schnell wirksam werden, vor allem aber auch dem Mittelstand zugutekommen. Denn gerade der Mittelstand ist bei alledem besonders gebeutelt und bedarf unserer Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Wort zu Ihnen, Herr Westerwelle: Wer jetzt hier mit Mehrwertsteuersenkungen und ermäßigten Mehrwertsteuersätzen operieren möchte, streut den Bürgern Sand in die Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und

der SPD - Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das mal der CSU! - Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Was sagt denn Seehofer dazu?)  
Ganz nebenbei: So viel Sand, wie Sie den Bürgern in die Augen streuen, gibt keine Wüste dieser Welt her.  
(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Meinen Sie die CSU? - Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Kennen Sie Bayern? - Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das liegt in der Nähe von der Schweiz!)

Auch Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass niedrige und ermäßigte Mehrwertsteuersätze nur sehr begrenzt an die Verbraucher weitergegeben werden.  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Krichbaum, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Westerwelle?

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Die Frage des Herrn Kollegen Westerwelle wird wahrscheinlich durch meine Ausführungen beantwortet.

(Beifall des Abg. Hartwig Fischer [Göttingen]

[CDU/CSU] - Dr. Guido Westerwelle [FDP]:

Heißt das jetzt Ja oder Nein? Kann ich jetzt fragen oder nicht?)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Nehmen Sie als Beispiel Großbritannien. Dort wurde genau das gemacht. Das hatte aber die Folge, dass die Verbraucher davon nicht profitiert haben, weil Preissenkungen nicht an die Verbraucher weitergegeben wurden  
(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das einmal der CSU!)

und die Profite woanders geblieben sind. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung dies nicht machen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte noch auf weitere Aspekte zu sprechen kommen, die beim Europäischen Rat nicht unter den Tisch fallen sollten. Das sind die Lissabon-Strategie und die Östliche Partnerschaft. Bei der Lissabon-Strategie befinden wir uns im sogenannten zweiten Dreijahreszyklus zwischen 2008 und 2010. Ich denke, es hat schon heute Sinn, über die Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010 nachzudenken. Deswegen muss an dem Kernanliegen, für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, festgehalten werden. Die Strategie sollte aber insoweit neu ausgerichtet werden, als dass in Zukunft stärker auf stabiles, nachhaltiges Wachstum Wert gelegt wird. Genau diese qualitative Komponente beim Wachstum muss in Zukunft stärker betont werden.

Die Östliche Partnerschaft wurde bereits von Kollegin Schwall-Düren angesprochen. Ich denke, es hat Sinn, dass wir diese Östliche Partnerschaft auch von deutscher Seite forcieren und unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle allerdings auch darauf hinweisen, dass es noch offene, klärungsbedürftige Punkte gibt. Zum einen betrifft dies die Finanzierung. Zum anderen ist es wichtig, dass wir kein Konkurrenzverhältnis zur Schwarzmeersynergie aufbauen und die Prozesse und Mechanismen, die wir bereits haben, aufeinander abstimmen. Wir

alle wollen, so denke ich, keine Duplizierung der Strukturen; dies wäre teuer und ineffektiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die europäische Integration.

Wir können diese aktuelle Krise nur bewältigen, weil wir diesen Stand der europäischen Integration haben. Deswegen muss die europäische Integration weitergehen.

Das betrifft auch die Staaten, mit denen wir Beitrittsverhandlungen führen. Aber man muss auch nüchtern konstatieren, dass es bei einzelnen Beitrittsländern nur sehr schleppend vorangeht. Wir unterstützen Kroatien. Mazedonien aber hat noch sehr viele Aufgaben vor sich.

Im Hinblick auf die Türkei muss ein klärendes Wort erlaubt sein - ich sage dies ohne Schaum vor dem Mund -: Die jüngsten Bestrebungen der türkischen Regierung hinsichtlich der Begrenzung der Pressefreiheit sind nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Denn die Repressalien, mit denen vor allem die Dogan-Gruppe konfrontiert wird, zielen darauf ab, dass ein Unternehmen vom Markt verschwinden soll. Man muss auf Folgendes hinweisen: Ohne Pressefreiheit keine Meinungsfreiheit, ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie;

aber ohne Demokratie ist ein Beitritt in die Europäische Union völlig undenkbar. Wir müssen die Vertreter der türkischen Regierung an ihre Verantwortung erinnern. Die Reformen müssen zunächst einmal den Bürgerinnen und Bürgern im eigenen Land dienen. Sie dürfen nicht nur durchgeführt werden, um der Europäischen Union zu gefallen. Hier muss nachgebessert werden. Die Türkei muss gewissermaßen auf den Pfad der Tugend zurückkehren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte.

Ohne sie gäbe es weder den Euro noch den Schengen-Raum. Auch 20 Jahre nach dem Mauerfall muss man darauf hinweisen, dass die eigentlichen Errungenschaften der europäischen Integration für die Bürger erst mit der Kreierung des Schengen-Raums greifbar wurden. Der Eiserne Vorhang war zwar gefallen, die eisernen Gardinen, wenn man so will, aber noch nicht. Wir müssen den Schengen-Raum sukzessive erweitern; denn hiervon profitieren die Bürgerinnen und Bürger am meisten. Dabei spielen auch Visaerleichterungen eine Rolle.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Wir müssen den jungen Menschen, insbesondere in Osteuropa, die Möglichkeit geben, das - in Führungszeichen - alte Westeuropa kennenzulernen. Nur wer diese Möglichkeit hat, kann auch die Werte der Europäischen Union teilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Diese Aspekte dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Last, not least: Der Londoner Gipfel bietet die Chance, eine neue Finanzmarktarchitektur zu kreieren. Die anderen Themen, die von Bedeutung sind, dürfen dabei aber nicht in Vergessenheit geraten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Guido Westerwelle das Wort.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege, da Sie meine Zwischenfrage nicht zugelassen haben, möchte ich Ihnen meine Fragen im Rahmen einer Kurzintervention stellen. Sie haben die FDP und meine Person dafür kritisiert, dass wir uns für reduzierte Mehrwertsteuersätze ausgesprochen haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, leider! Das war eine viel zu gute Vorlage!)

Sie haben gesagt, mit dieser Forderung würden wir den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Wüstensand!)

Tut das auch der Bundeswirtschaftsminister, der dasselbe sagt wie ich?

(Kurt Bodewig [SPD]: Der hätte Ihre Rede nicht gehalten! Da bin ich mir sicher!)

Tut das auch die CSU, ein immerhin nicht unmaßgeblicher Teil Ihrer Fraktionsgemeinschaft, die dasselbe sagt wie ich? Tut das auch der bayerische Ministerpräsident, der dasselbe sagt wie ich?

Außerdem hätte ich gerne von Ihnen gewusst:

(Ute Kumpf [SPD]: Meine Güte! Heute möchten Sie aber besonders viel wissen!)

Wie erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass - mit einer einzigen Ausnahme, nämlich mit der Ausnahme Dänemarks - alle Nachbarländer Deutschlands einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gastronomie haben? Von europäischer Ebene wurde das als Möglichkeit ausdrücklich bestätigt. In Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, in Frankreich und in Luxemburg beträgt der Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gastronomie 3 Prozent, in Belgien 6 Prozent, und auch in Tschechien und Polen ist er geringer als in Deutschland. Mit anderen Worten: Mit einer Ausnahme, nämlich mit der Ausnahme Dänemarks, ist Deutschland in der gesamten Europäischen Union das einzige Land, das bei Hotels und Gastronomie den vollen Mehrwertsteuersatz erhebt.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: In den anderen Ländern sind die Preise aber teilweise deutlich höher als bei uns! Das interessiert Sie wohl nicht! Gehen Sie doch mal in Frankreich essen! Dann merken Sie, dass da alles viel teurer ist als hier!)

Finden nicht auch Sie, dass das eine enorme Wettbewerbsverzerrung zulasten unseres Mittelstandes ist?

Zum Schluss möchte ich auf das Thema Medikamente zu sprechen kommen. Medikamente sind etwas, was die Menschen wirklich brauchen. Der normale Bürger kann, wenn er krank ist, nicht auf Medikamente verzichten. Ist Ihnen bekannt, dass neben Deutschland nur vier Länder in ganz Europa, nämlich Bulgarien, Dänemark, Österreich und Schweden, den vollen Mehrwertsteuersatz auf Medikamente erheben?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Warum

haben Sie denn unserem Antrag nicht zugestimmt?)  
Vor diesem Hintergrund würde ich gerne von Ihnen wissen:  
Ist es nicht so, dass Deutschland das Land ist, das  
seine Position überprüfen muss, wenn 22 von 27 Mitgliedstaaten  
der Europäischen Union einen anderen Weg  
gehen und das tun, was die FDP vorschlägt?

(Beifall bei der FDP - Dr. Diether Dehm [DIE  
LINKE]: Wir haben das doch beantragt! -

Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genau!

Wir waren das! Das stimmt! - Alexander

Ulrich [DIE LINKE]: Warum hat die FDP dagegengestimmt?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur Erwidern Herr Kollege Krichbaum.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Werter Kollege Westerwelle, ich wehre mich gegen  
den grenzenlosen Populismus, den Sie in diesem Hohen  
Hause betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Bei den Bürgerinnen und Bürgern im Land erwecken Sie  
den Eindruck, als würde eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze  
automatisch die Konjunktur beleben.

Das ist ein Irrglaube. Andere Länder - siehe Großbritannien

- haben bereits unter Beweis gestellt, dass reduzierte

Mehrwertsteuersätze nicht in Form von niedrigeren

Preisen an die Verbraucher weitergegeben werden.

Das, was Sie hier machen, ist populistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Populistisch ist auch, dass Sie einzelne Steuersätze  
herauspicken, so zum Beispiel den reduzierten Mehrwertsteuersatz  
in manchen Bereichen in Dänemark. Es

gehört dann aber zur Ehrlichkeit dazu, auch zu erwähnen,

dass der normale Mehrwertsteuersatz in Dänemark

weit über dem bundesdeutschen liegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen funktioniert Ihre Rosinenpickerei nicht,

Herr Westerwelle. Deutschland liegt, was die Steuerbelastung

der Bürger angeht, im Mittelfeld der Europäischen

Union. Man muss immer wieder darauf hinweisen,

dass dem Staat die notwendigen Ressourcen zur Verfügung

gestellt werden müssen, wenn man Schulen, Bildungsinfrastruktur

und Straßenbau finanzieren möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und  
der SPD)

Ein weiterer Punkt betrifft die Gastronomie. Ich

komme aus Baden-Württemberg - das kann man unschwer

an meinem Zungenschlag heraushören -, einem

Bundesland, in dem es auf Fläche und Dichte bezogen

die meisten Zwei- und Drei-Sterne-Restaurants gibt.

Kein Mensch fährt ins nur wenige Kilometer entfernte

Elsass, nur weil dort vielleicht die eine oder andere

Speise 1 Euro weniger kostet.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Dort ist

es teuer; das weiß ich! - Ute Kumpf [SPD]: Es

ist dort teurer und schlechter!)

Ich kann nur empfehlen, die Gastronomie im Elsass, die

exzellent ist, einmal kennenzulernen. Sie werden dort

aber eher mehr Geld lassen als in den hervorragenden

baden-württembergischen Restaurants. Das kann ich mit

Sicherheit auch in Bezug auf viele andere Restaurants im restlichen Deutschland behaupten.

Ihr Populismus, mit dem Sie hier versuchen, den Menschen etwas vorzugaukeln, gehört gebrandmarkt. Es ist also dienlich, diese offenen Punkte einmal zu benennen, was Ihnen ganz offensichtlich nicht gefallen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD -

Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das gefällt mir sehr! Das gefällt mir so sehr, dass wir Ihre Antwort gleich versenden werden! Das gefällt mir außerordentlich!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Alexander Ulrich von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke hat beantragt, dass der verringerte Mehrwertsteuersatz auch für Medikamente gelten soll. Herr Westerwelle, die FDP hat damals nicht zugestimmt - so viel zur Ehrlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Die massive Umverteilung von Arm zu Reich, der massive Sozialabbau, der mit der Lissabon-Strategie verbunden ist, die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge waren wichtige Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise.

Deutschland wurde durch seine wachstums- und europafeindliche Lohnrückerei Exportweltmeister.

Wenn man sich die heutige Regierungserklärung anhört, denkt man sich: Die Bundeskanzlerin sollte nicht die Letzte sein, die einsieht, dass Europa und Deutschland nicht Opfer, sondern Mitverursacher der jetzigen Krise sind. Die Schröder- und die Merkel-Regierungen haben diesen gescheiterten Finanzmarktkapitalismus massiv gefördert und mit verursacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat daher eine besondere internationale Verantwortung zur Belebung der Konjunktur. Die Bundesregierung tritt aber weiter auf die Bremse. Ich zitiere die Worte vom Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman aus dem Stern der letzten Woche:

Deutschland war bislang nur ein riesiger Stolperstein, ein gewaltiges Hindernis.

Weiter wird er in dem Artikel zitiert:

Finanzminister Peer Steinbrück schein mit koordinierten Konjunkturprogrammen „ein echtes Problem“ zu haben.

Außerdem sagte Krugman, manchmal glaube er - ich zitiere

-,

in Deutschland begreift man das ungeheure Ausmaß der Krise immer noch nicht ganz.

Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Krise in ihrer Dimension zu erkennen. Sie ist nicht in der Lage, die richtigen Antworten zu finden. Die Bundesregierung versagt auf Kosten von Wohlstand und Arbeitsplätzen in unserem Land. Wie wollen Sie die internationalen Ungleichgewichte mit dieser Politik verringern?

Die Linke fordert, wie Jean-Claude Juncker, eine Euro-Anleihe, um die öffentliche Kreditbeschaffung in Europa

zu verbilligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Staatsbankrott wird auf jeden Fall teurer. Doch die Bundesregierung zeigt wieder ihr antieuropäisches Gesicht und beharrt auf nationalen Anleihemärkten. An dieser Politik ist aber eines ganz besonders schlimm: Viele Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Opel-Beschäftigten erwarten zu Recht schnelle Hilfe der Bundesregierung. Was wird gemacht? Der Wirtschaftsminister reist zu PR-Zwecken in eigener Sache in die USA, erreicht gar nichts und will das auch noch als Erfolg verkaufen. Die Bundesregierung kennt scheinbar zwei Klassen von Menschen: Arbeitnehmer und Bankmanager. Deshalb braucht die Bundesregierung den außerparlamentarischen Druck. Die Linke unterstützt die Forderungen und den Protest am 28. März in Berlin und Frankfurt unter dem Motto: Wir zahlen nicht für eure Krise.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, reisen Sie nicht als Lobbyist der Finanzwirtschaft auf den Gipfel und zu G 20! Es reicht nicht aus, nur für mehr Transparenz zu sorgen. Das Kasino muss endgültig geschlossen werden. Es muss verboten werden, mit Währungen, Rohstoffen und Lebensmitteln zu zocken. Die Finanzmärkte müssen unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Wir brauchen eine Transaktionssteuer. Hedgefonds müssen verboten und Steueroasen geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es sehr interessant - wir erleben ja zurzeit in Deutschland den Vorwahlkampf -: Trittin, Frau Künast, Müntefering, Steinbrück, Steinmeier, alle schwadronieren von der Ampel. Heute Morgen haben wir festgestellt, dass man Steueroasen zusammen mit dem Oasen-Guido schließen will.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird von Rot-Grün jetzt schon die nächste Wahlkampfplüge vorbereitet.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Ihr wollt ja nicht! Ihr seid doch Verantwortungsverweigerer!)

Wie wollen Sie ernsthaft Mindestlöhne einführen, wie wollen Sie Steueroasen schließen, wie wollen Sie den Finanzmarktkapitalismus regulieren, wenn Sie eine Koalition mit der FDP wollen?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Sie wollen doch nicht regieren!)

Das ist ungläubwürdig, und das nimmt Ihnen niemand mehr ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr Problem ist nicht Guido, sondern Ihre Inhaltsleere. Sie wollen nur regieren, unabhängig davon, welche Inhalte dabei herauskommen.

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben schon Schaum vor dem Mund!)

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen eine Bundesregierung, die ihrer Verantwortung für die Menschen gerecht wird und nicht weiter kläglich versagt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Axel Schäfer [Bochum])

[SPD]: Sie sind die obersten Verantwortungsverweigerer!

- Dr. Guido Westerwelle

[FDP]: Lieber Oasen-Guido als Wüsten-Peer!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält die Kollegin Nina Hauer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nina Hauer (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Westerwelle, wenn man der Meinung ist, dass die Leute lieber im Ausland essen gehen, weil dort die Mehrwertsteuer etwas geringer ist, dann ist es nur folgerichtig, Steueroasen zu verteidigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht nicht allein darum, dass wir eine bessere Kooperation der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung erreichen. Vielmehr geht es darum, dass wir verhindern, dass es Staaten gibt, die auf Dauer einen Teil ihrer Wertschöpfung dadurch erzielen, dass sie Steuerflüchtlingen Zuflucht bieten. Es geht auch nicht allein darum, in der Finanzmarktkrise mit Konjunkturprogrammen an einzelnen Punkten zu helfen.

Darüber sollten wir es aber nicht versäumen, unser System mit neuen Regeln neu aufzustellen.

Wer diese Krise bewältigen und für die Zukunft vorsorgen will, der muss jetzt dafür sorgen, dass wir Regeln bekommen, an die sich auf dem Finanzmarkt alle halten.

Ich finde, bei dem Vortreffen ist schon einiges erreicht worden. Dass die Ratingagenturen beaufsichtigt und registriert werden, das ist ein großer Fortschritt.

Frau Künast, es geht nicht darum, ob sie europäisch oder amerikanisch sind, sondern es geht darum, wer kontrolliert, was sie eigentlich machen. Wer nimmt ihr Geschäftsmodell unter die Lupe? Wer bewertet, wie sie ihre Bewertungen aufstellen? Wenn wir schon vor ein paar Jahren Regelungen geschaffen hätten, die außerbilanzielle Zweckgesellschaften verhindern, dann wäre uns viel geholfen.

Immerhin - ich weiß nicht, wie der Finanzminister dies erreicht hat, vielleicht mit Diplomatie, offensichtlich aber auch mit Durchsetzungskraft - haben wir erreicht, dass die USA mit uns darüber reden wollen, wie wir die Hedgefonds beaufsichtigen und regulieren. Ich finde, das ist ein großer Fortschritt. Das wäre vor zwei Jahren noch nicht ohne Weiteres möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber - das hat mich etwas an der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin enttäuscht - nicht nur darum, zu sagen, dass wir neue Regeln wollen. Wir wollen auch ein Leitbild für den Finanzmarkt entwerfen. Dabei geht es darum, dass diejenigen, die ein hohes Risiko eingehen - das muss man auch weiterhin am Finanzmarkt dürfen -, dafür auch die Verantwortung tragen. Risiko und Verantwortung müssen sich also die Waage halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das war bisher aber nicht der Fall. Wenn jemand Papiere kauft, die zu Paketen geschnürt worden sind, die Kredite enthalten, die nicht zurückgezahlt werden können oder bei denen das Risiko groß ist, dass sie aufgrund der Zinsbedingungen nicht zurückgezahlt werden können, dann muss derjenige einen Teil des Risikos tragen,



wenn er diese Papiere weiterverkauft.

Deshalb finde ich den Vorschlag unseres stellvertretenden Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier richtig, dass ein Teil des Risikos bei denjenigen bleiben soll, die die Pakete schnüren. Bei einem Selbstbehalt von 20 Prozent bei Verbriefungen beispielsweise, die wir am Finanzmarkt ja brauchen - wir wollen sie nicht abschaffen -, wird sich der eine oder andere schon überlegen, was darin enthalten ist, bevor er verkauft und bevor am Ende niemand mehr nachvollziehen kann, wohin eigentlich verkauft worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genauso finde ich, dass es beim Risiko und bei der Verantwortung darum geht, wie viel Eigenkapital ein Unternehmen bereithält. Wir wollen mit unseren Eigenkapitalstandards nicht prozyklisch dann reagieren, wenn wir sehen, dass in Europa die Bereitschaft sinkt, Kredite für die Wirtschaft zu vergeben. Für die Zukunft wollen wir, dass diejenigen, in deren Bilanzen große Risiken stehen, diese auch mit dem entsprechenden Eigenkapital unterfüttern müssen. Hier müssen dann eben alle mitmachen. Ausgerechnet die USA setzen Basel II nicht um. Ausgerechnet jetzt, da wir es am dringendsten gebrauchen könnten, haben sie gesagt: Wir machen das an dieser Stelle nicht mit.

Wir wollen mit diesen Anforderungen an Eigenkapital erreichen, dass Stresstests durchgeführt werden können und überprüft werden kann, ob die nötige Liquidität vorhanden ist, um ein Risiko im Geschäft auszugleichen. Dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, dass diejenigen, die Geschäfte tätigen, nicht nur dann immer hoch belohnt werden, wenn das Risiko und die Verantwortung möglichst weit auseinanderklaffen. Ich finde schon, dass jemand, der ein Risiko eingeht, belohnt werden sollte, aber das muss an Regeln gebunden sein, und es muss klar sein: Wenn ich nachhaltig wirtschaftete - das ist auch am Finanzmarkt notwendig -, dann ist meine Vergütung am Ende höher, als wenn ich ein Risiko eingehe, für das hinterher die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen aufkommen müssen. - Diese Regeln wollen wir am Finanzmarkt verankern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, dass wir hier schon große Schritte weitergekommen sind. Dass wir überhaupt international darüber reden, dass wir alle Produkte, Akteure und Finanzmärkte beaufsichtigen müssen, und dass dort Vorschläge gemacht werden, ist schon ein erheblicher Fortschritt. Bis vor Kurzem gab es noch viele Staaten - übrigens auch viele Politiker und Politikerinnen hier in Deutschland -, die gesagt haben: Der Finanzmarkt braucht gar keine Regeln. Er hat ganz eindeutig das Interesse, die Rendite zu maximieren. Wenn das nach diesem Prinzip geht, dann läuft das schon.

Das ist falsch und auch nicht die Aufgabe des Finanzmarktes. Seine Aufgabe ist es, Kapital für Ideen von Unternehmen hier und anderswo in der Welt zur Verfügung zu stellen und es zu ermöglichen, dass wir Verbraucherinnen und Verbraucher unser Geld für das Alter, zur Vorsorge und für alles andere dort anlegen können. Dabei müssen wir natürlich auch nachvollziehen können,

was mit dem Geld passiert.

Das sind die Leitlinien, an denen wir uns orientieren sollten. Ich bin froh, dass wir als SPD schon sehr früh Vorschläge zu diesen Leitlinien eingebracht haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wie wird das denn jetzt bei der Mehrwertsteuer?)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass aufgrund der globalen Dimension dieser Finanzmarktkrise auch globale Lösungsansätze erforderlich sind. Ich finde es gut, dass wir an uns den Anspruch stellen, dass der Globalisierung aus diesem Anlass ein politischer Ordnungsrahmen gegeben werden muss.

Die Europäische Union kann mit dem Gipfel, der jetzt bevorsteht, eine Pilotfunktion wahrnehmen, weil es darum geht, dass wir internationale Standards setzen, die auf der Grundlage demokratischer Vorbilder und auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft zustande kommen. Wir sind uns über das Ob einig, aber wir müssen über den richtigen Weg streiten.

Als beispielsweise schnell der Vorschlag gemacht wurde, jetzt eine zentralisierte europäische Aufsichtsbehörde für den Finanzmarkt zu errichten, wurde ich doch sehr skeptisch. Kann es wirklich zielführend sein, eine europäische Behörde einzurichten, wenn es um eine Finanzkrise globalen Ausmaßes geht? Eine Insellösung der Europäischen Union wird dieser Herausforderung nicht gerecht und die strukturellen Schwächen auf dem Finanzsektor weltweit ganz sicher nicht beseitigen. Ich halte ein solches Modell auch nicht unbedingt für praktikabel; denn Aufsicht findet immer lokal statt. Wenn man Regulierungsstandards setzt, über die wir uns gerne international verständigen können, dann muss die Beachtung dieser Regulierungsstandards vor Ort kontrolliert und durchgesetzt werden.

Es ist auch nicht unbedingt verantwortungsbewusst, wenn man europäische Behörden einrichten will, aber im Krisenfall die Folgen von den Mitgliedstaaten getragen werden müssen. Ich glaube, dass eine Lehre dieser Finanzkrise darin bestehen muss, Handeln und Haften zusammenzuführen. Insofern mahne ich, dies nicht durch neue Institutionen oder Organisationsfehler auseinanderfallen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte es auch für riskant, eine Krise, die möglicherweise durch kollektives Versagen vieler Beteiligten entstehen konnte, dadurch lösen zu wollen, dass man jetzt die Entscheidungen, die bisher viele getroffen haben, in einer Behörde zentralisiert. Wenn dann eine Fehlentscheidung getroffen wird, ist die Wirkung umso schlimmer. Die spanische Finanzaufsicht beispielsweise hat den spanischen Banken untersagt, diese vergifteten

Finanzprodukte aufzulegen. Wir müssen uns die Frage stellen, weshalb die kritische spanische Aufsicht, die sich letzten Endes als richtig erwiesen hat, nicht europaweit die nötige Aufmerksamkeit gefunden hat. Mein Vorschlag ist, die Aufsicht international zu koordinieren. Wir dürfen sie aber nicht zentralisieren, sondern müssen die nationalen Aufsichtsbehörden besser miteinander vernetzen.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung zu diesem Punkt. Wenn man sich in Brüsseler Fluren darüber streitet, wo der Sitz einer solchen europäischen Finanzaufsichtsbehörde sein könnte, dann ist das ein verdammt kleines Karo vor dem Hintergrund der globalen Krise. Ich rate uns dazu, von solchen Kuhhandeln Abstand zu nehmen und durch eine Vernetzung der bestehenden nationalen Einrichtungen eine globale Lösung in Angriff zu nehmen.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, der aus meiner Sicht in der gesamten Debatte über die Wirtschafts- und Finanzkrise zu kurz kommt, nämlich die persönliche Verantwortung der Akteure, die die Ursachen für diese Krise geschaffen und unternehmerische Fehlentscheidungen getroffen haben. Es kann doch nicht angehen, dass wir eine Art Softkriminalität in Vorstandsetagen hinnehmen, die dadurch zustande kommt, dass man mit dem System von Bonuszahlungen Handeln im Eigeninteresse fördert und unternehmerische Entscheidungen letztlich nicht im Interesse des Unternehmens, der Kunden und schon gar nicht der Beschäftigten getroffen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir solche Fehlentscheidungen dadurch korrigieren, dass wir Steuergelder der kleinen Leute einsetzen, dann liegt es nahe, dass das Vertrauen in das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft untergraben wird. Deswegen rate ich dazu, dass wir dort, wo die Gelegenheit besteht, die Akteure in Haftung nehmen. Vorstände von Aktiengesellschaften sind schadenersatzpflichtig. Sie haften mit ihrem vollen Privatvermögen für ihr Tun.

(Joachim Poß [SPD]: Nach geltendem Recht!)

Es ist nicht hinnehmbar, dass unternehmerische Fehlentscheidungen mit Abfindungen, Bonuszahlungen und Auszahlungen der Rente in Millionenhöhe belohnt werden und dies zum Teil noch gerichtlich eingeklagt wird. Stattdessen sollten wir den Spieß umdrehen und die Handelnden in Haftung nehmen.

Wenn man das angehen will, braucht es einen Kläger. Wenn der Bund in die Verlegenheit kommen sollte, sich an Aktiengesellschaften wie der Hypo Real Estate zu beteiligen, dann ist die Gelegenheit, ernsthaft zu prüfen, inwieweit die Handelnden in Form von Schadenersatzleistungen herangezogen werden können, und damit dafür zu sorgen, dass Handeln und Haften wieder zusammengeführt werden. Ich bitte darum, dass die Bundesregierung in diesem Sinne tätig wird, bevor wir entsprechende Anträge vorlegen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darin liegt für uns durchaus die Chance, insoweit auch in der Europäischen Union stilbildend und vertrauensbildend

zu wirken und zu versuchen, das, was an Vertrauen zerstört worden ist, so weit wie möglich wiederherzustellen. Erlauben Sie mir noch eine kritische Anmerkung zu den bevorstehenden Verhandlungen in der Europäischen Union. Ich glaube, wir haben alles getan, was in unseren Möglichkeiten steht. Wir sind bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gegangen. Deswegen muss jetzt wieder ein Konsolidierungskurs eingeschlagen werden. Ich rate dazu, diese Krise nicht dazu zu missbrauchen, neue Sünden zu begehen, von einem Sonderfonds für osteuropäische Staaten über Euroanleihen, die Ausweitung des Globalisierungsfonds bis hin zum Aufschnüren der Finanziellen Vorausschau und allem, was das Sündenregister sonst noch umfasst. Im Zweifel sollte das Beichtstuhlverfahren, für das die europäischen Gipfeltreffen berühmt sind, wieder zur Anwendung kommen, aber es sollte keine Absolution erteilt werden, wenn man nicht von diesen Sünden lassen will. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Kurt Bodewig für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kurt Bodewig (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Debatte soll man auch auf die Redebeiträge der anderen eingehen. Eine kurze Anmerkung zur Rede des Kollegen Silberhorn: Das Haftungsrecht besteht; wir müssen es nur anwenden. Das ist keine gesetzgeberische Frage, sondern eine Frage der Kultur in den Unternehmen. Auf diese können wir gemeinsam einwirken.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe gerne noch auf die populistische Kurzintervention ein. Ich möchte den Bundeswirtschaftsminister ausdrücklich in Schutz nehmen. Eine solche Rede, Herr Westerwelle, wie Sie sie gehalten haben, würde er niemals halten; das ist eine wichtige Grundvoraussetzung. Ihre sehr eigenartige, unverhohlene Sympathie für Steueroasen - diese sind nichts anderes als der Zufluchtsort für Steuerhinterzieher - teilt niemand in der Bundesregierung und der Koalition; das sollten wir ausdrücklich feststellen. Ich glaube, Sie haben sich Ihren neuen Spitznamen zu Recht erarbeitet.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Kann ich den noch einmal hören, bitte? Für die Öffentlichkeit!)

- Ihre Egopfleger dürfen Sie selbst betreiben.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Ich fahre fort und gehe auf die Bemerkungen des Bundesfinanzministers ein. Ich glaube mich richtig zu erinnern, dass er die Schweiz mit keinem Wort erwähnt hat. Er hat von den Instrumentarien der OECD gesprochen. Die heftige Reaktion in der Schweiz dokumentiert - das ist sehr interessant -, dass man sich dort offenbar angesprochen fühlt. Auch das sollten wir wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte eigentlich noch auf einen anderen Punkt eingehen, der heute und morgen eine besondere Rolle spielt, nämlich das Zusammenwirken der europäischen

Staaten bei der Energieversorgungssicherheit; die Bundeskanzlerin hat das bereits angesprochen. Das wird ein Thema sein, in der Zeit bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen.

Wir sollten uns die Barroso-Vorschläge sehr genau anschauen; denn das, was er im Moment macht, ist nichts anderes als eine Reise der Wahlgeschenke, die seiner Wiederwahl als Kommissionspräsident dient. Er macht Programmvorschlage, die das Thema Konjunkturprogramm in keiner Weise berühren. Seine vorgeschlagenen Programme sind nicht geplant und stehen zurzeit nicht an. Sie werden daher auch keine konjunkturelle Wirkung haben. Das alles passt nicht an diese Stelle. Sicherlich handelt es sich um wichtige Projekte; aber sie gehören in das ganz normale Haushaltsverfahren der EU. Es dürfen aber nicht infolge der Krise Geschenke verteilt werden, da sonst nur Mitnahmeeffekte erzielt würden. Da diese Projekte trotzdem wichtig sind, müssen wir neben der konjunkturellen Wirkung darüber nachdenken - dabei geht es nicht um neues Geld -, was wir nach der Überwindung der Krise in der Konsolidierungsphase tun werden. Dann können diese Projekte wieder eine Rolle spielen. Aber sie dürfen nicht verzerrend wirken. Nabucco ist genauso wichtig wie Nord Stream. Interkonnektoren sind in den Ostseeanrainerstaaten genauso wichtig wie in Südosteuropa. All das führt dazu, dass wir die künstliche Trennung etwa im Energieversorgungsbereich zwischen Ost und West in Europa aufheben können. Darüber sollten wir schon heute nachdenken; das ist mir sehr wichtig. Die Barroso-Vorschläge dürfen nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Das Problem ist, dass dann bereits geplante Investitionen zurückgestellt würden, weil man sich Mitnahmeeffekte erhofft.

Wir sollten das fortsetzen, wofür Deutschland steht und was wir seit zehn Jahren sehr intensiv betreiben. Energieeffizienz stellt eine Haupteinsparquelle dar. Wir wollen die erneuerbaren Energien und Energieformen, die nicht belastend wirken. Deswegen ist Offshore ein ganz wichtiges Thema. Hierbei handelt es sich übrigens um eine der Technologien, die im Obama-Programm mit 3,2 Milliarden US-Dollar Forschungsmitteln begleitet wird. Wir haben hier Planungen und eine entsprechende Technologie. Wir sollten daher auch zur Anwendung kommen. Ich glaube, wir Europäer haben große Chancen, die Meinungsführerschaft auszuüben. Voraussetzung ist aber, dass wir Geschlossenheit zeigen. In diesem Sinne dienen die Barroso-Vorschläge eher der Ablenkung als der Konzentration und Fokussierung auf dieses Thema.

Ich möchte noch andere Bereiche ansprechen. Wir brauchen in der Konsolidierungsphase Investitionen, die sich rechnen und gleichzeitig den neuesten Stand der Technologie abbilden. Ein Beispiel ist die betriebsoptimierte Anlagentechnologie in der deutschen Braunkohleindustrie. Diese Technologie könnte in China den Wirkungsgrad bei der Steinkohleverwertung verfunffachen, vielleicht sogar versiebenfachen. Das wäre eine Investition für den Klimaschutz. Gleichzeitig hätte diese große Technologie eine Anreizfunktion und würde sich auf die

deutsche Wirtschaft, an der mir sehr gelegen ist, positiv auswirken. Wir haben also etwas vorzuweisen; auch CCS und andere Verfahren sind in diesem Bereich außerordentlich zukunftssträchtig.

Ich würde mich freuen, wenn der Europäische Rat die Gelegenheit nutzen würde, strategisch über die Initiierung von zukunftsfähigen Investitionen zu sprechen, anstatt länderausgewogen alle Teile Europas mit kleinen 100-Millionen-Euro-Projekten zu unterstützen. Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Diese Form der Unterstützung müssen wir auf den Prüfstand stellen. Gleichzeitig muss ein Appell des ganzen Hauses erfolgen, Europa so zu entwickeln, dass wir selber die Zukunft gestalten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Thomas Bareiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Schluss dieser Debatte zeigt sich, dass keiner von uns wirklich sagen kann, ob wir am Anfang oder am Ende dieser Krise stehen und welche Herausforderungen wir noch bewältigen müssen. Doch eines möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen klarstellen: Ich glaube, dass wir diesen Herausforderungen in einer Position der Stärke gegenüberstehen. Deutschlands Volkswirtschaft ist so stark wie seit langem nicht mehr. Wir haben eine starke handlungsfähige Regierung, (Zuruf von der LINKEN: Wo denn?) auch aufgrund dessen, dass wir drei Jahre lang Haushaltskonsolidierung betrieben haben.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben ein starkes dreigliedriges Bankensystem. Trotz aller Probleme sorgt es dafür, dass auch in der Fläche Kredite vergeben werden. Außerdem haben wir nach drei Boomjahren eine starke deutsche Wirtschaft. Wir befinden uns also in einer Position der Stärke. Das ist gerade in der jetzigen Zeit für uns enorm wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Heute, am Tag des Zusammentreffens des Europäischen Rates, und wenige Tage vor dem G-20-Treffen in London müssen wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Viele meiner Vorredner gingen auf diese Schlussfolgerungen ein. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, der mir besonders wichtig ist: Ein Hauptauslöser der Krise war eine maßlose und oftmals auf Schulden basierte Ausgaben- und Liquiditätspolitik aller Finanzmarktteilnehmer: der Zentralbanken, der Regierungen, der Wirtschaft und auch der Privathaushalte.

Diese maßlose Politik hat dazu geführt, dass eine Blase, größtenteils in den USA, entstanden ist. Als diese Blase geplatzt ist, hat dies die Volkswirtschaften der Welt in die Krise gestürzt. Ich nehme deshalb diejenigen, die jetzt besorgt vor weiteren größeren Ausgaben warnen,

ernst. Ich habe heute gelesen, dass die Fed 1 Billion USDollar in den Markt pumpen will. Das erfüllt mich persönlich mit Sorge. Vor einem solchen Handeln auch in Europa müssen wir warnen. Deshalb bin ich dankbar, dass die Bundeskanzlerin und der Finanzminister Forderungen nach weiteren Konjunkturprogrammen aus den USA, England und Japan eine klare Absage erteilt haben. Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist ein Garant für das Vertrauen, das wir so dringend brauchen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es besorgniserregend, dass entgegen allen Beteuerungen seit dem G-20-Gipfel in Washington im November letzten Jahres 17 der dort vertretenen Staaten insgesamt 47 neue Handelsbeschränkungen verfügt haben. Wichtiger denn je ist deshalb ein Fortführen und Aktivieren der Doha-Runde und der WTO-Gespräche. Protektionistischen Tendenzen muss vor allem in dieser Krise Einhalt geboten werden. Davon profitiert Deutschland. (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN]: Sie wollen doch nur exportieren! Wir dürfen keinen Raubbau beim Klima zulassen!)

- Frau Künast, davon profitieren vor allen Dingen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer, die aus einem fairen und freien Welthandel großen Nutzen ziehen. Aber nicht nur die Doha-Runde und die WTO-Gespräche sind eine wichtige Komponente. Auch die Märkte, insbesondere der europäische Binnenmarkt und der US-Markt, sind ein Motor der Weltwirtschaft. Diese beiden Märkte machen 60 Prozent der weltweiten Einkommen aus und vereinen über 70 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen auf sich. Allein diese beiden Märkte nehmen 40 Prozent aller Exporte der Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Daraus entsteht eine enorme Wirtschaftskraft, aber auch eine enorme Verantwortung für diese beiden Wirtschaftszweige.

Aus diesem Grund ist der von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte Transatlantische Wirtschaftsrat wichtiger denn je. Er sorgt dafür, dass Handelshemmnisse abgebaut werden und der Welthandel wieder funktioniert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer die Warenströme kennt, weiß, dass dies sowohl für unsere Automobil- und Chemieindustrie als auch für die Energie- und Umwelttechnologien wichtig ist. In diesen Bereichen können wir ebenso wie im Sicherheits- und im Umweltbereich Standards in der Welt setzen und damit zu einem Vorreiter für andere Länder werden. Eine erfolgreiche Fortsetzung der Gespräche im Transatlantischen Wirtschaftsrat hat deshalb nicht nur für Europa, sondern auch für das Weiße Haus und die Obama-Administration oberste Priorität. Dies stimmt mich zuversichtlich. Dieses Instrument stellt zugleich eine ganz wichtige Antwort auf die derzeitige Krise dar.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Chance, zu einem entscheidenden Durchbruch zu kommen. Dass wir global handeln und diese Chance nutzen müssen, liegt auf der Hand. Die Weltwirtschaft kann aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Für die EU und die USA ist dies von besonderer Bedeutung. Lassen Sie

mich zum Schluss dieser Debatte betonen, dass auch wir in Europa für mehr Handelsfreiheit sorgen müssen. Diese Gunst der Stunde sollten wir jetzt nutzen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/12296? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12297? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12298 soll zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

</ text >

< text 16212 >

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich.

Ohne weitere Vorankündigungen rufe ich die Tagesordnungspunkte 31 a, 31 b und 31 d sowie die Zusatzpunkte 7 und 8 auf:

31 a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD

eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG)

– Drucksache 16/12100 –

– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG)

– Drucksache 16/12224 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksachen 16/12316, 16/12343 –



Berichterstattung:

Abgeordnete Leo Dautzenberg

Ortwin Runde

Frank Schäffler

Dr. Axel Troost

Dr. Gerhard Schick

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Oskar

Lafontaine, Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll

und der Fraktion DIE LINKE

Manager der Finanzbranche an den Kosten

der Finanzmarktkrise beteiligen

- Drucksache 16/10827 -

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulla

Lötzer, Dr. Barbara Höll, Kornelia Möller, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Industriepolitische Kehrtwende - Zukunftsfonds

für Industrieinnovation und Beschäftigungssicherung

- Drucksache 16/12294 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten

Christian Ahrendt, Sabine Leutheusser-

Schnarrenberger, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Notleidenden Unternehmen Sanierungschancen

durch effizientere Gestaltung der gesetzlichen

Regelungen im Insolvenzplanverfahren

geben

- Drucksache 16/12285 -

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Haushaltsausschuss

ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Werner

Dreibus, Dr. Barbara Höll, Dr. Dagmar

Enkelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

DIE LINKE

Sicherheit und Zukunft - Initiative für ein sozial

gerechtes Antikrisenprogramm

- Drucksache 16/12292 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Zu dem Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung

des Finanzmarktes liegen ein Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke und ein Entschließungsantrag der

FDP-Fraktion vor. Weiterhin weise ich darauf hin, dass

wir später zu diesem Gesetzentwurf zwei namentliche

Abstimmungen durchführen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die

Aussprache 75 Minuten vorgesehen. - Ich höre keinen

Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Denjenigen,

die diese Debatte im Augenblick noch in den Büros verfolgen,

kann ich also mitteilen, dass etwa um 10.20 Uhr mit der namentlichen Abstimmung zu rechnen ist. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst das Wort dem Kollegen Hans-Ulrich Krüger für die SPD-Fraktion. (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen am Ende einer ereignisreichen Woche, in der wir als Gesetzgeber unsere Pflicht erfüllen, mit dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz ordnungspolitisch in einwandfreier Weise den Steuerzahler vor vermeidbaren Kosten zu bewahren. In allen Diskussionen und Verhandlungen der letzten Wochen ging es immer um die grundlegende Frage: Was hat der Staat zur Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise zu tun? Welche Mittel des Steuerzahlers darf, welche muss er in verfassungsrechtlich einwandfreier Weise einsetzen? Nach unserer Ordnungsvorstellung, die wir alle akzeptieren, trägt ein jeder Unternehmer im Falle des Misserfolgs seines Betriebes das Risiko dafür, dass sein Betriebsvermögen und nach persönlichen Verpfändungen und Bürgschaftserklärungen in aller Regel auch der berühmte letzte private Hosenknopf weg sind. Dieses Unternehmerrisiko ist ihm bewusst; es ist Teil unserer Ordnungspolitik. Wird nun diese Insolvenzordnung aufgrund der aktuellen Situation partiell außer Kraft gesetzt, entsteht eine Lücke, die der Staat auf ordnungspolitische Weise schließen muss, und zwar mit einem Gesetz, wie es uns heute zur endgültigen Beratung und Abstimmung vorliegt.

Wir alle wissen und sind uns darüber einig: Bei einer systemisch relevanten Bank darf es keine Insolvenz geben. Das haben wir am Beispiel Lehman Brothers leidvoll erfahren müssen. Das können wir angesichts der damit verbundenen Dominoeffekte nicht riskieren. Ist das aber so, dann dürfen wir auf der anderen Seite nicht einseitig Risiken auf den Steuerzahler abwälzen, während wir die Chance auf Gewinn weiterhin - ebenso einseitig - bei dem Eigentümer lassen. Anders gesagt: Wenn der Staat das Unternehmensrisiko übernimmt und als Retter in der Not auftritt, dann gebührt ihm eine Gegenleistung getreu dem römischen Motto: Do ut des.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist als Ultima Ratio die Enteignung nach vorangegangener Hauptversammlung und nach all den Schritten, die wir, wie ich finde, sehr präzise in den Gesetzentwurf eingebaut haben, das angemessene und richtige Instrument. In diesem Zusammenhang von Instrumenten der sozialistischen oder kommunistischen Planwirtschaft zu sprechen, ist für mich persönlich - ich möchte keine alten Wunden aufreißen - eine Missachtung der Opfer der eben beschriebenen Misswirtschaft.

(Beifall bei der SPD - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Oh, oh!)

Das lässt mich, ehrlich gesagt, am rechtlichen Verständnis derjenigen, die das behaupten, im Hinblick auf unser Grundgesetz zweifeln. Nach Art. 14 sind Enteignungen möglich, aber nur zum Wohle der Allgemeinheit. Das ist gut so. Wenn ein Grundstückseigentümer, ein Kleinbauer

oder ein Hauseigentümer sein Grundstück oder Haus für einen legalen Zweck - weil ein Messestandort gesichert, eine Rohrleitung verlegt, eine Straße gebaut werden soll - opfern muss, dann ist das alles legal und verfassungsrechtlich einwandfrei. Es stellt sich aber auch die Frage, wieso nicht auch im Zusammenhang mit der Finanzwirtschaft ein solcher Schritt nach all den beschriebenen vorangegangenen Maßnahmen zum Wohle der Allgemeinheit, zur Stabilisierung unserer Volkswirtschaft und zur Aufrechterhaltung der Funktion unserer Finanzwirtschaft möglich sein soll.

Dass dies möglich und richtig ist, hat die Anhörung am letzten Montag, wie ich finde, eindrucksvoll bestätigt. Wer gleichwohl immer noch einen ordnungspolitischen Bruch befürchtet, dem möchte ich vor Augen führen: Die jetzige Krise ist keine Krise der Marktwirtschaft, sondern primär erst einmal Auswuchs unverantwortlichen Fehlverhaltens bedeutender Marktteilnehmer.

Von daher ist es richtig und konsequent, wenn wir sagen: Ja, wir schützen das Finanzsystem im Ganzen; aber einzelne Eigentümer, einzelne Finanzunternehmen sind eben nicht schützenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Täten wir dies, wäre das ein Bruch mit den ordnungspolitischen Grundsätzen.

(Beifall bei der SPD)

Um auch das Ende eines möglichen derartigen Prozesses zu betrachten: Unser Ziel ist es selbstverständlich nicht, dass der Staat den Banker spielt. Die möglichst rasche, die möglichst einvernehmliche und unverzügliche Reprivatisierung, wie es im Gesetzentwurf heißt, ist das Ziel unserer Gesetzesbemühungen. Auch das zeigt: Dieser Staat, wir alle handeln verantwortungsvoll.

Ich sprach eben schon an, dass eine Enteignung unter bestimmten Bedingungen verfassungsrechtlich einwandfrei sein kann. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir im Hinblick auf die anstehenden Entscheidungen einen zusätzlichen Punkt zu berücksichtigen haben.

Wir haben zurzeit auf der einen Seite ein marodes Finanzinstitut, dessen Miteigentümer für den Verkauf seiner Anteile auf Kosten der Steuerzahler eine möglichst hohe Rendite erzielen wollen. Das ist legitim. Ebenso legitim ist es auf der anderen Seite aber auch, klarzumachen, dass der Marktpreis dieses Unternehmens nur deswegen höher als null liegt, weil der Staat für das Unternehmen bereits Garantien in Höhe von 87 Milliarden Euro bereitgestellt hat.

Wir müssen uns fragen: Was hat der Staat zu tun? Es ist meiner Meinung nach keine 75-plus-1-Lösung möglich; dies wäre mit Risiken und Kosten verbunden. Nur die vollständige Übernahme ist möglich. Nur so ergeben sich bei der Refinanzierung des Institutes - das haben uns die Fachleute am Montag eindrucksvoll vor Augen geführt - Zinersparnisse von 1 bis 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zugunsten des Steuerzahlers. Nur so können wir im Sinne des Steuerzahlers das Eigenkapital, welches zur Verfügung gestellt werden muss, um circa 4 bis 6 Milliarden Euro niedriger halten als bei einer 75-plus-1-Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, dass wir das in Erwägung ziehen. Das zeigt:  
Wir gehen im Rahmen des heute zu beschließenden Gesetzentwurfes  
sorgsam mit den uns anvertrauten Geldern  
der Allgemeinheit um.

Wie präzise und fallgenau wir letzten Endes aufgrund  
der Anhörung arbeiten konnten, zeigt ein weiteres Beispiel:  
die Laufzeit der Garantien. Selbstverständlich  
bleibt es bei den drei Jahren. Die Regelung wird aber individuell  
angepasst. Die SoFFin erhält die Befugnis, die  
Laufzeit der Garantien im Einzelfall von drei auf fünf  
Jahre zu erhöhen, und zwar für maximal ein Drittel der  
einem Unternehmen gewährten Garantien. Das ist gut  
so. Das ist europarechtlich einwandfrei und zeigt, dass  
wir bemüht sind, punktuell und zielgenau zu handeln,  
ohne die Gefahr von Kollateralschäden - in diesem Fall  
im Pfandbriefbereich - auch nur ansatzweise eintreten  
zu lassen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das wollen  
wir mal hoffen!)

Ferner haben wir - auch das ist ein Gebot parlamentarischer  
Fairness - die Informationsrechte des Haushaltsausschusses  
und des Finanzausschusses in diesem  
Zusammenhang gestärkt. Es ist gut, wenn wir zur  
Sachlichkeit zurückkehren und weniger aufgereggt diskutieren;  
das ist auch eine persönliche Bitte. Wir müssen  
uns überlegen, wie wir die Gelder des Steuerzahlers am  
besten und am effektivsten einsetzen können, sodass die  
Belastung für den Steuerzahler, für uns alle, am geringsten  
ist. Wir müssen fragen, was im Rahmen unseres  
Rechtssystems in verfassungsrechtlich einwandfreier Art  
und Weise möglich ist. Wenn wir so vorgehen, kommen  
wir zu dem, was Ihnen heute als Entwurf zur Abstimmung  
vorliegt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Rainer Brüderle für  
die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überschrift  
der ersten Regierungserklärung von Schwarz-Rot  
war: Mehr Freiheit wagen. Dreieinhalb Jahre später ist  
davon nichts mehr zu sehen. Heute ist ein Tag der Unfreiheit.  
(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Heute wird eine Grundachse verschoben. Heute wird ein  
Tabu gebrochen. Der Schutz des privaten Eigentums  
wird torpediert.

(Beifall bei der FDP - Mechthild Rawert [SPD]:  
Geht es nicht ein bisschen kleiner?)

Das Rettungsübernahmegesetz ist ein Schlag gegen  
unsere Wirtschaftsordnung. Sie sollten es lieber Enteignungsgesetz  
nennen. Das trifft nämlich zu.

(Beifall bei der FDP)

Ich zitiere:

Individuelle Freiheit setzt zudem voraus, dass dem  
Einzelnen ein privater Bereich, insbesondere sein  
Eigentum, gesichert ist, in den andere nicht eingreifen  
können, auch nicht durch auf demokratischem

Wege zustande gebrachte Mehrheitsbeschlüsse.

Das ist eine Aussage der Bundeskanzlerin aus der Zeit, als sie Erhard und Hayek noch in ihrem Kopf hatte und sich von ihnen leiten ließ.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat doch nichts mit dem Sachverhalt zu tun, Herr Kollege!)

Hayeks Buch Der Weg in die Knechtschaft ist den Sozialisten aller Parteien gewidmet. Ich hoffe nicht, dass wir diesen Weg gehen. Ich will, dass wir freie Bürger bleiben. Wir dürfen keine sozialen Untertanen werden, vor denen schon Ludwig Erhard eindringlich gewarnt hat. Der Staat kann in der Finanzkrise nicht tatenlos zusehen. Er muss handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zurufe von der SPD: Ah!)

Dabei müssen aber die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft gewahrt bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Enteignung ist kein Instrument der sozialen Marktwirtschaft. Enteignung ist ein Tabubruch. Die Bundesregierung versucht, das schönzureden. Sie greift damit das Fundament der marktwirtschaftlichen Ordnung an.

(Beifall bei der FDP)

Privateigentum gehört zu den konstitutiven Prinzipien einer Wettbewerbsordnung. All das können Sie bei Walter Eucken und den anderen Vordenkern unserer sozialen Marktwirtschaft nachlesen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist nach wie vor richtig, ja!)

Die Bundesregierung untergräbt das Fundament unserer Wirtschaftsordnung seit Jahren: Mit Mindestlöhnen wird die Tarifautonomie ausgehebelt; das Außenwirtschaftsgesetz wird für protektionistische Maßnahmen missbraucht; der Gesundheitsfonds trägt Züge der Enteignung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Mechthild Rawert [SPD]: Also jetzt reicht es aber!)

Die Enteignung der HRE scheint für die Bundesregierung nur ein weiterer Schritt zu sein.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Mit dem Enteignungsgesetz gehen Sie zu weit. Man hat den Eindruck, dass Sie sich überhaupt nicht die Mühe machen wollen, die anderen Möglichkeiten zur Rettung auszuschöpfen.

(Beifall bei der FDP)

Den Vorschlag der eingeschränkten Insolvenz von Michael Glos, den der neue Wirtschaftsminister aufgegriffen hat, findet man nicht im Gesetzentwurf. Der Wirtschaftsminister hat sich im Kabinett nicht gegen den Finanzminister und die Justizministerin durchsetzen können.

Ihr Konzept hat sofort Nachahmer gefunden. Der DGB-Vorsitzende, Herr Sommer, hat im Spiegel-Interview gesagt: Das muss auch für weitere Branchen gelten, in denen der Staat finanziell hilft.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Genauso ist es!)

Auch dort soll das Instrument der Enteignung eingeführt werden. Sie haben einen Geist aus der Flasche gelassen,

den Sie nur schwer wieder einfangen können.

(Beifall bei der FDP)

Die Professoren Beatrice Weder di Mauro und Martin Hellwig - beide sind Mitglied in Beratergremien der Bundesregierung - haben ebenfalls einen Vorschlag unterbreitet, der auf Enteignung verzichtet. Wir stellen unsere Vorschläge heute zur Abstimmung. Mein Freund Otto Solms wird sie noch im Detail darlegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es gibt keine Vorschläge der FDP!)

Es gibt mehrere Wege. Liebe Kollegen von der Union, Sie haben sich von der SPD in den Schwitzkasten nehmen lassen und können sich jetzt nicht mehr befreien.

(Beifall bei der FDP)

Die marginalen Änderungen, die jetzt am Gesetz vorgenommen werden, ändern nichts daran. Jetzt beschließen Sie, dass enteignet wird, falls die Aktionäre ihre Anteile nicht freiwillig abgeben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nein! Stimmt nicht!)

In der vergangenen Woche hat der Kollege Meister von der CDU/CSU noch erklärt: Steinbrück stellt sich außerhalb der sozialen Marktwirtschaft. Otto Bernhardt windet sich

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das macht er schon seit 30 Jahren!)

und lässt im Grunde erkennen, dass das, was gemacht wird, überflüssig ist. Der neue Wirtschaftsminister hat davor gewarnt, ordnungspolitische Leitplanken panisch einzureißen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Im Kabinett hat er in den ersten acht Tagen seiner Arbeit als Minister die Hand für ein Enteignungsgesetz gehoben. Das nenne ich nicht ordnungspolitische Konsequenz.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat das erste Finanzmarktstabilisierungsgesetz mitgetragen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtigerweise!

- Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Das war unsere patriotische Pflicht. Genauso ist es heute unsere Pflicht, gegen dieses Enteignungsgesetz zu stimmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben der Regierung damals einen Vertrauensvorschuss gewährt. Mittlerweile ist das Vertrauen restlos aufgebraucht. Die Regierung hat reklamiert, sie stehe unter Zeitdruck. Seit September letzten Jahres kennt man die Misere bei der HRE. Jetzt, nach einem guten halben Jahr und nachdem man 100 Milliarden Euro praktisch dort hineingegeben hat, ist der Zeitdruck plötzlich groß, und man sagt, man müsse etwas tun, um das Geld des Steuerzahlers zu retten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, darf ich Sie mit Blick auf das Stichwort Zeitdruck auf Ihre Redezeit hinweisen?

Rainer Brüderle (FDP):

Jawohl, Herr Präsident. Ich komme zum letzten Satz.

(Zuruf von der SPD: Enteignet!)

Sie haben kein Konzept - Enteignung ist kein Konzept

-,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)  
mit dem Sie die Probleme lösen können. Sie haben keinen Plan. Sie irren und irrlichtern durch die Landschaft. Das ist bedenklich für Deutschland.

(Beifall bei der FDP - Steffen Kampeter  
[CDU/CSU]: Das war eine oberflächliche Büttenrede!)  
Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die CDU/CSU-Fraktion erhält nun der Kollege Leo Dautzenberg das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Brüderle, ich schätze Sie sonst aufgrund der Sachlichkeit Ihrer Ausführungen; die heutigen waren aber sehr hoch gegriffen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht zu viel des Guten!)

Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Sie in den Gesetzentwurf und die weiteren Änderungen, die wir vollzogen haben, geschaut hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dann könnten Sie die These, hier handele es sich ausschließlich um ein Enteignungsgesetz, selber widerlegen.

Enteignung ist in dem, was jetzt vorliegt, die Ultima Ratio.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aha!)

Vieles ist vorgelagert. Es ist nicht nur vorgelagert - Sie hatten dazu Ausführungen gemacht -, dass zuerst der Fall eintreten muss, dass man einer Kapitalerhöhung nicht zustimmt. Wenn eine Bank oder ein Unternehmen nicht in eigener Verantwortung zur Rettung beiträgt, dann kann der Staat bzw. der Bund, der Fonds über eine Kapitalherabsetzung verbunden mit einer Kapitalerhöhung für den Bund eingreifen, um die Gestaltungsmehrheit für die Transfersicherheit der Maßnahmen zu erreichen. Das ist anders, als Sie es hier dargestellt haben; sie haben es so dargestellt, als würde dieses Gesetz ausschließlich auf Enteignung hinauslaufen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es war, werter Kollege Dr. Krüger, der Beitrag der Union, gerade diese Richtigstellung, diese Konkretisierung im Gesetzentwurf zu erreichen, damit Sie mit diesen Thesen, die Sie hier genannt haben, nicht auf fruchtbaren Boden stoßen, sondern sich der Realität - so ist es auch im Gesetz dargestellt - stellen müssen. Das ist eine der Maßnahmen, die wir als Unionsfraktion in der Beratung zum Kabinettsentwurf einbringen konnten.

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie sich dieser Verantwortung gestellt haben. In der Tat haben Regierung und Parlament im Oktober letzten Jahres relativ kurzfristig die richtigen Maßnahmen ergriffen, um auf die Finanzmarktkrise, die mittlerweile auch Deutschland erreicht hatte, zu reagieren. Dabei spielten drei Punkte eine zentrale Rolle: Garantien, Rekapitalisierung und Übernahme von Risikopapieren.

Herr Kollege Brüderle, Sie haben kritisiert, man hätte schon im Herbst letzten Jahres mit der Rekapitalisierung

beginnen müssen. Hier stelle ich in Ihrer Argumentation einen Widerspruch fest. Sie sind gegen eine Verstaatlichung. Die Rekapitalisierung wäre allerdings der erste Schritt zur Verstaatlichung gewesen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein! Eben nicht!)

Differenzieren Sie bitte zwischen Verstaatlichung und Enteignung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Aha! Interessant!)

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, dass auch unser Koalitionspartner nicht immer zwischen diesen beiden Begriffen unterscheidet.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Oh ja! - Dr.

Guido Westerwelle [FDP]: Wohl wahr!)

Deshalb haben wir, die Unionsfraktion, Wert darauf gelegt, dass beide Begriffe klar getrennt werden

(Beifall bei der CDU/CSU)

und dass man sich auch bei der Wahl der Instrumente an dieser Differenzierung orientiert. Das wurde auf unsere Initiative hin in diesem Gesetzentwurf kodifiziert.

Ich komme auf einen weiteren wichtigen Aspekt im Hinblick auf die Garantien zu sprechen. Im Kabinettsentwurf stand, dass die Befristung der Garantien grundsätzlich auf einen Zeitraum von fünf Jahren erweitert werden soll und dass die Befristung eines Drittels der Garantien in den letzten zwei Jahren auf den Zeitraum von fünf Jahren erhöht werden kann. Diese Regelung war uns zu weitgehend. In dieser Maßnahme sahen wir eine Gefährdung des Pfandbriefmarktes und des Anleihemarktes insgesamt. Dass diese Gefahr besteht, wurde auch im Rahmen der Anhörung deutlich.

Jetzt ist an die Gewährung von Garantien, die eine Laufzeit von fünf Jahren haben, eine Konditionierung geknüpft. Eine Konditionierung kann auch bedeuten, dass vielleicht, wenn wir im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen Risikopapiere übernehmen, bei der Refinanzierung noch längere Laufzeiten als, wie bisher, fünf Jahre erforderlich sein werden.

Würden wir die Laufzeit der Garantien grundsätzlich erweitern, würden wir den Anleihemarkt insgesamt und insbesondere den Pfandbriefmarkt gefährden. Wir würden den Markt weder stabilisieren noch, was seine Dynamik angeht, vitalisieren. Diese Maßnahme hätte vielmehr zur Folge, dass man am Markt zukünftig nur noch für solche Anleihen, die staatlich garantiert sind, vernünftige Konditionen bekommt. Das kann nicht unsere langfristige Zielsetzung sein. Wir müssen alles dafür tun, dass der Kapitalmarkt bzw. der Anleihemarkt durch die Maßnahmen, die wir ergreifen, seine ursprüngliche Dynamik zurückgewinnt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, im Rahmen unserer Beratungen haben wir einen dritten Punkt im Kabinettsbeschluss verbessert - dabei geht es um das Selbstverständnis des Parlaments -: Wir haben durchgesetzt, dass zumindest der Haushaltsausschuss und der Finanzausschuss, bevor die Verordnung zur Durchführung von Enteignungsmaßnahmen erlassen wird, informiert werden. Es gehört zu unserem parlamentarischen Selbstverständnis,



dass dies nicht allein dem Handeln der Regierung überlassen bleiben darf und wir, das Parlament, erst aus der veröffentlichten Meinung, also aus der Presse, erfahren, wann die Regierung welche Maßnahmen ergriffen hat.

Ein vierter zentraler Punkt, der uns bei der Verbesserung des Kabinettsbeschlusses wichtig war, betrifft die Reprivatisierung. Die Zielsetzung der Reprivatisierung ist im Gesetz formuliert. Wir haben allerdings dafür gesorgt, dass dieses Ziel besonders betont wird. Nun ist im Gesetzentwurf zu lesen, dass mit der Reprivatisierung schnellstmöglich zu beginnen ist, sobald die erforderlichen Maßnahmen beendet worden sind. Wir sind der Auffassung, dass der Staat, somit auch der Bund, nicht der bessere Unternehmer ist und diese Aufgabe von den im Finanzbereich tätigen Unternehmern besser erfüllt werden kann. Daher haben wir uns für eine Konkretisierung dieser Formulierung stark gemacht.

Die vier Punkte des Kabinettsbeschlusses, die ich erwähnt habe und die unserer Meinung nach von zentraler Bedeutung sind, wurden in der Form, wie ich es gerade beschrieben habe, geändert.

Meine Damen und Herren, das Ziel des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes ist die Stabilisierung und Weiterentwicklung des Finanzmarktes. Ich gebe zu: Um die Frage der Weiterentwicklung geht es derzeit noch nicht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Deshalb werden auch in Zukunft im Rahmen dieses Gesetzes weitere Maßnahmen erforderlich sein, zum Beispiel die Neustrukturierung der Landesbanken und, damit verbunden, die Verlustnutzung der Landesbanken über § 8c des Körperschaftsteuergesetzes.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wenn diese Maßnahmen nicht erfolgen, werden wir uns mit den Ländern nicht auf eine Umstrukturierung der Landesbanken einigen können. Ich sehe es als Führungsaufgabe des Finanzministers an, dieses Problem gemeinsam mit den Ministerpräsidenten zu lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn sich die Bankenstruktur nicht verändert, werden wir mit diesem Gesetz leider nur eine Stabilisierung erreichen, aber nicht die Umstrukturierung und die Dynamik des Marktes, die wir brauchen.

Weiterhin wäre ein Vorschlag des Finanzministers zur Übernahme der Risikopapiere erforderlich. Wenn die Risiken, die im Abschreibungsbedarf der Banken immer wieder neu entstehen, nicht eingedämmt werden, werden diese Risiken den Banken auch durch die Umgestaltung von Gesellschaften in Zweckgesellschaften nicht genommen. Ebenso werden auch Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht erfolgreich sein, weil es immer wieder von neuem zur Kapitalvernichtung kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diesen Weg müssen wir gehen. Wir erwarten daher in nächster Zeit einen Vorschlag des Finanzministers dazu, wie dieses Problem zu lösen ist.

Das Ziel dieses Gesetzes ist die Stabilisierung und die Fortentwicklung des Marktes. Mit dem, was wir heute entscheiden, leisten wir dazu einen wesentlichen Beitrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gregor Gysi ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entschuldigungsrede von Herrn Dautzenberg haben wir gerade mit Interesse zur Kenntnis genommen. Sie war wenig offensiv; das wird seine Gründe gehabt haben. Trotzdem stecken wir in einer der schwersten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 80 Jahren. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle - dazu hat die FDP natürlich kein Wort gesagt - hat uns erklärt, dass die Wirtschaftskraft wahrscheinlich um 4,8 Prozent sinken wird. Ferner wurde prognostiziert, dass wir bis Ende 2010 mit 4,5 Millionen Arbeitslosen rechnen müssen. Dagegen müssen wir etwas tun und nicht ein so ideologisches Geschwätz bieten, wie wir es uns gerade haben anhören müssen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Bundesregierung hat zunächst sehr schnell reagiert und innerhalb einer Woche einen Rettungsschirm von 480 Milliarden Euro für die maroden Banken aufgelegt. Übrigens hat die FDP zugestimmt - das dürfen Sie nicht vergessen - ,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das haben wir gerade gesagt!)

obwohl das Ding überhaupt nicht funktioniert. Dann sind Sie drei Wege gegangen, die ich alle für indiskutabel halte. Sie haben - ich sage das noch einmal ganz kurz - der IKB 8,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Sie haben die IKB verkauft und nicht geregelt, dass auch nur ein einziger Euro aus den zukünftigen Gewinnen dieses Unternehmens zurückgezahlt werden muss. Ich halte das für einen schweren Fall von Untreue.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie haben der Commerzbank ihren sechsfachen Wert an Geldern zur Verfügung gestellt. Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehört nur ein Viertel. Das ist indiskutabel. Die Gewinne gehen zu drei Vierteln an die Privaten, die Schulden aber übernehmen allein die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Genau das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Welche Gewinne denn? Es gibt ein Ausschüttungsverbot!)

- Warten Sie ab. Die werden schon kommen. Dann werden wir uns darüber unterhalten. Wir können in der nächsten Legislaturperiode gern einen Untersuchungsausschuss einleiten, um einmal all diese Fragen abzuklären.

(Zuruf von der CDU/CSU: Für einen Juristen sollte sich hier der Blick ins Gesetzbuch lohnen!)

Dann müssen Sie aber dafür stimmen. Mal sehen, ob das klappt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was machen Sie jetzt bei der Hypo Real Estate? Sie haben ihr schon 87 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. 10 Milliarden Euro kommen noch hinzu. Nun kommt dieses Gesetz. In einem Punkt hat die FDP recht: Nennen Sie es ehrlicherweise doch einfach Enteignungsgesetz. Warum drücken Sie sich denn aus ideologischen Gründen davor? Wenn es so etwas ist, dann sollte man es auch so benennen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] und Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP] - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Jetzt muss ich fast klatschen!)

Das Problem ist aber, dass Frau Merkel, Herr Steinmeier und Herr Steinbrück ganz schnell sind, wenn es darum geht, Geld für die Banken auszugeben. Da haben sie überhaupt keine Schwierigkeiten. Wenn es aber um die Frage geht, wie gesichert werden kann, dass die Gelder an den Steuerzahler zurückfließen, vernachlässigen sie alle Dinge, die man eigentlich tun muss. Deshalb nenne ich auch dies Untreue.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Ihr Enteignungsgesetz. Das beinhaltet drei Fehler. Der erste Fehler besteht darin, dass es Ende Juni ausläuft. Das ist völliger Quatsch. Das ist ein viel zu kurzer Zeitraum. So kann das überhaupt nicht funktionieren. Der zweite Fehler besteht darin, dass es auf die HRE zugeschnitten ist. Was machen Sie denn, wenn die Commerzbank kurz vor der Pleite steht? Machen wir dann ein neues Gesetz? Sie hätten das generell regeln können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist kein Einzelfallgesetz!)

Der dritte Fehler ist die Reprivatisierung. Sie haben geregelt, dass die HRE zu reprivatisieren ist, sobald sie nachhaltig stabilisiert ist. Das ist eine ganz schwammige Formulierung. Wir haben beantragt, folgende Formulierung aufzunehmen: „... wenn durch die Reprivatisierung gesichert ist, dass sämtliche Steuermittel einschließlich Zinsen wieder zurückfließen.“ Genau an dieser Stelle aber verweigern Sie sich. Deshalb sage ich Ihnen, dass das Ganze auf einen neuen Fall von Untreue hinausläuft.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Brüderle, auch wir lehnen den Gesetzentwurf ab, aber aus Gründen, die in völligem Gegensatz zu denen stehen, die Sie hier benannt haben.

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Darauf legen wir auch Wert!)

Was Sie unter Freiheit und Eigentum verstehen, das müssen Sie mir einmal erklären. Wenn ein Bäcker pleite ist, verliert er seine ganze Bäckerei. Darum kümmern Sie sich keine Sekunde lang. Bei Herrn Flowers aber kämpfen Sie um sein Eigentum, obwohl er uns die „pleiteste Bank der Geschichte“ hinterlässt. Das ist nicht mehr nachzuvollziehen. Was haben Sie denn für einen Freiheitsbegriff?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen empfehle ich Ihnen, Art. 14 und 15 des Grundgesetzes zu lesen.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Den interessieren

nur Oasen, sonst nichts!)

- Ich weiß. Die Oasen wollen Sie ebenfalls schützen. Die Oasen gehören zu den Einrichtungen der Erde, die jedes Steuerrecht konterkarieren. Das ist das Problem. Deshalb müssen wir die Oasen endlich austrocknen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU)

Sie sagen, das Ganze sei ein sozialistischer Sündenfall und lasse irgendwie die DDR wiederauferstehen.

Wenn das Ihre Einstellung ist, meine wenigen Damen und vielen Herren bei der FDP, dann ist die CDU nach Ihrer Auffassung inzwischen sozialistisch geprägt. Jetzt müssen Sie den Wählerinnen und Wählern erklären, weshalb Sie mit so einer sozialistischen Union koalieren wollen. Das ist nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Schwere Frage, Herr Gysi!)

- Eben.

Sie haben ein Staatsverständnis, das nicht hinzunehmen ist. Sie sitzen hier im höchsten Staatsorgan der Bundesrepublik Deutschland, im Bundestag, und Sie können den Staat gar nicht leiden. Der Staat soll zwar alle Schulden tragen, aber er soll niemals etwas einnehmen. Das ist eine derart idiotische Einstellung zum Staat, wie ich sie wirklich selten erlebt habe.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um aus der Krise herauszukommen, gibt es theoretisch vier Wege - darüber müssten wir uns einigen; vielleicht sollten wir uns darüber einmal vertieft unterhalten -:

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wir sind nicht Staatsvertreter, sondern Volksvertreter!)

- Herr Westerwelle, hören Sie einmal zu! Jetzt können Sie etwas lernen.

Erstens: die Entwertung des Geldes, so wie das Ende der 20er-Jahre gemacht worden ist, also eine große Inflation etc. Wenn das Geld entwertet wird, werden natürlich auch die Schulden entwertet. Das hat aber katastrophale Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube, dass Sie das alle nicht wollen, und wir wollen das auch nicht. Im Übrigen gibt es im Augenblick eher Anzeichen für eine Deflation.

Zweitens: die Sozialisierung der Verluste; das schwebt wahrscheinlich der FDP vor. Das heißt, man sorgt dafür, dass die Schulden auf zwei Wegen zurückgezahlt werden: indem man Sozialleistungen abbaut und indem man Steuern dramatisch erhöht. Dazu reicht Ihre Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent aber nicht aus. Dazu müssen Sie ganz andere Wege gehen. Union und SPD werden dazu vor der Wahl Nein sagen. Ich traue Ihnen aber nicht. Ich glaube, dass nach der Wahl genau dieser Weg beschritten werden wird. Wir lehnen diesen Weg aber vollständig ab. Das will ich an dieser Stelle ganz klar erklären.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens - dieser Weg wäre spannend; er wäre für die FDP aber überhaupt nichts - : eine Entschuldung, und zwar auf eine ganz andere Art und Weise, nämlich durch

eine partielle Enteignung der Großgläubiger. Ich will es Ihnen erklären: Man legte fest, dass Forderungen der Banken bis zu 1 Million Euro befriedigt werden. Forderungen, die darüber hinausgehen, würden nur noch zu einem Teil befriedigt, beispielsweise zu 10 Prozent oder zu 20 Prozent, je nachdem, wie man es verkraften kann. Das wäre ein sehr revolutionärer Weg, den wir aber nicht vorschlagen. Ich will Ihnen auch erklären, warum wir ihn nicht vorschlagen.

(Heiterkeit bei der FDP)

- Ich muss Ihnen die Enttäuschung gleich servieren. - Wissen Sie, warum wir diesen Weg nicht vorschlagen? Wir schlagen diesen Weg nicht vor, weil wir die Struktur der Großgläubiger nicht kennen. Wenn es sich beispielsweise um Pensionsfonds handelt, können wir die entsprechenden Gläubiger nicht enteignen, weil dies bedeuten würde, den Leuten die Renten zu nehmen. Das kommt gar nicht infrage.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Großgläubiger Banken sind, wenn sich also Banken untereinander etwas schulden, dann ist das ein Nullsummenspiel; dann bringt das gar nichts. Leider werden uns aber die Auskünfte über die Großgläubiger verweigert. Ich würde das gern wissen; dann könnte man über diese Frage mehr nachdenken.

Ergo bleibt nur der vierte Weg. Der vierte Weg bestünde darin, dass man erst einmal die Großbanken verstaatlicht, nachdem man die Finanzwirtschaft reguliert hat. Man verstaatlicht die Großbanken deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland im Unterschied zur HRE so schnell nicht in Insolvenz geht. Da sie nicht in Insolvenz geht, bekommt der Staat viel billiger und schneller Kredite als die privaten Banken. Wenn er billiger und schneller Kredite bekommt, kann er auch billiger und schneller Kredite an die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger geben. Das ist der Vorteil des Staatseigentums bei Banken. Ich komme noch dazu, weshalb ich bei der Industrie wiederum gänzlich dagegen bin.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das machen Sie besser mit der Regierungskoalition, nicht mit uns!)

- Richtig, Herr Westerwelle. Wir haben auch gar nicht vor, das mit Ihnen zu machen. Wir haben aber vor, Sie dabei in jeder Hinsicht zu erdulden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie könnten wir das Ganze finanzieren? Wenn wir es gerecht machen wollen, dann brauchen wir in Deutschland wie nach 1945 wieder einen Lastenausgleich. Wir müssten sagen: Die Vermögenden müssen 5 Prozent des Wertes ihres Besitzes, der 1 Million Euro übersteigt, abführen. Das wäre ein Lastenausgleich.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann müsste die Linkspartei aber viel zahlen!)

Ich sage Ihnen: Es gibt nicht wenige Vermögende - Herr Kauder, Sie kennen sie nicht -, die das sogar ganz gerne bezahlen würden. Die, die das nicht gerne machen würden, müssten das dann eben akzeptieren, ohne es gerne zu machen. Das ist uns dann auch egal. Trotzdem wäre das eine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Lastenausgleich würde zwar nur einmalig geleistet, aber das wäre zumindest eine Geste. Es wäre ein positives politisches Symbol, wenn Sie zu dem Bäckermeister und der Verkäuferin bei Lidl nicht sagen würden, dass Sie das schon irgendwie von ihnen bekommen, sondern wenn Sie den Vermögenden sagen würden: Leistet hier einen Lastenausgleich; ihr habt daran schließlich Millionen und Abermillionen verdient. Das ist doch das Problem.

Dauerhaft brauchten wir eine Vermögensteuer, eine Börsenumsatzsteuer, eine Steuer auf Kaufpreiserlöse und einen neuen Spitzensteuersatz. Wir wollen aber nicht nur Steuererhöhungen. Wir sind keine Steuererhöhungspartei. Wir wollen auch Steuern senken, zum Beispiel für die Geringverdienenden, für die durchschnittlich Verdienenden, die heute den Steuerbauch bezahlen, und auch für das Handwerk. Wir haben hier sehr verschiedene Vorstellungen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, nennen Sie bitte nur noch die Stichworte, die Sie dann in einer späteren Rede im Einzelnen ausformulieren können.

(Heiterkeit - Joachim Poß [SPD]: Er nennt immer dieselben Stichworte!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich bin Ihnen sehr dankbar. Es ist immer dasselbe: Wenn man hier nicht nur redet, sondern auch etwas sagt, dann vergeht die Zeit zu schnell.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN - Dr. h. c.

Gerd Andres [SPD]: Da hat er recht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das ist wahr.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Deshalb sage ich Ihnen zum Schluss: Wir sind für etwas, was Sie gar nicht kennen, nämlich für Steuergerechtigkeit.

(Zuruf von der SPD: Stichworte!)

- Die Stichworte lasse ich jetzt weg.

Ich möchte aber noch etwas zur SPD sagen: Sie stellen jetzt tolle Forderungen. Sie wollen eine Börsenumsatzsteuer, eine Begrenzung der Managergehälter, eine Austrocknung der Steueroasen, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und vieles andere. Immer wenn das hier zur Abstimmung stand, haben Sie dagegen gestimmt. Außerdem erklären Sie, dass Sie mit der FDP koalieren wollen. Das heißt, Sie sagen schon jetzt, dass nichts davon Realität werden wird.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Florian Toncar [FDP])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Fritz Kuhn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Noch ein Sozialist!)

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 17. Oktober 2008, also seit der Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, retten Sie die Banken in Deutschland, und das mit, so möchte ich sagen, mäßigem Erfolg. Das erkennt man, wenn man genau

hinschaut.

Wir haben das Finanzmarktstabilisierungsgesetz damals abgelehnt - Herr Brüderle, es gibt übrigens keine patriotische Pflicht, falschen Gesetzen zuzustimmen -, und zwar aus zwei Gründen: weil eine parlamentarische Kontrolle nach der Systematik des Gesetzentwurfs nicht vorgesehen ist und weil Sie eine effektive und intelligente Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung in diesem Gesetzentwurf explizit nicht regeln wollten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Aus heutiger Sicht, fünf Monate später - der Commerzbank wurde ungeheuer viel Geld zur Verfügung gestellt, und die HRE braucht immer mehr Geld -, wäre es damals richtig gewesen, durch eine effektive Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung der wichtigsten Banken stärker zuzulangen. Man hätte dem Steuerzahler manches ersparen können, wenn man das damals getan hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben Sie vor fünf Monaten einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von der Bankenszene - von Herrn Ackermann und anderen - mitgestaltet worden war. Sie haben es zugelassen, dass Ihnen die Banken sagten, wie sie am liebsten gerettet werden wollten. Wer von Ihnen Erfahrung mit der Rettungsschwimmerei hat, der weiß, dass es dort einen Grundsatz gibt: Wenn jemand zu retten ist, der in Panik um sich schlägt, dann dürfen Sie ihn nicht fragen, wie Sie ihn retten sollen, sondern Sie müssen zupacken, und zwar gegebenenfalls auch etwas stärker, wenn er sich arg wehrt. Das haben Sie nicht berücksichtigt. Bei der Finanzmarktstabilisierung geht es um genau den gleichen Prozess.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen: Anders als die FDP muss man die in dem Gesetzentwurf geregelte Enteignung völlig unideologisch sehen. Nur dann, wenn die HRE, um die es jetzt eigentlich geht, zu 100 Prozent dem Staat gehört, werden die Refinanzierungskosten durch die gute Bonität des Staates um immerhin 1 bis 1,5 Milliarden Euro pro Jahr - so schätzen die Fachleute - gesenkt werden können. Durch die von Ihnen vorgeschlagene Lösung - wenn sie überhaupt zur Rettung der HRE beiträgt - würden die Steuerzahler also zusätzlich mit diesen Kosten belastet. Deswegen ist es richtig, die Enteignung als Drohkulisse aufzubauen - es ist kein direktes Enteignungsgesetz -, um die 100-prozentige Übernahme zu vernünftigen Konditionen, das heißt zu Marktpreisen, zu erreichen.

Ich habe den Eindruck, Herr Westerwelle und Herr Brüderle, dass Sie auf einem ideologischen Antienteignungskurs sind.

(Zuruf von der FDP: Was?)

Dabei geht es nicht um ein Enteignungsgesetz. Es geht Ihnen gar nicht um die HRE. Sie gehen aus einem einzigen Grund so vor. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten eine taktische Aufstellung gewählt. Sie machen genau das, was der CDU aus ideologischen Gründen am meisten wehtut, egal, ob es der Sache hilft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Herr zu Guttenberg hat uns Ihre Insolvenztheorie dargestellt. Dabei wissen wir doch: Wenn man bei einer systemrelevanten Bank ein Insolvenzverfahren eröffnet, dann ist der Erdrutsch nicht mehr aufzuhalten. Insofern ist das alles ideologischer Quatsch, der nicht weiterhilft. Einen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Sie schützen zwar das Interesse von Anteilseignern, die spekuliert haben, aber Sie kümmern sich überhaupt nicht um das Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit der Menschen im Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der

SPD und der LINKEN - Abg. Dr. h. c. Jürgen

Koppelin [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Sie reden später selber zu diesem Thema.

Ich möchte von Ihnen wissen, warum Herr Flowers

3 Euro für eine Aktie bekommen soll, die am Markt gerade noch maximal 80 Cent wert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg.

Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Stellt sich die FDP unter freier Marktwirtschaft vor, dass man Anteilseigner „hochfüttert“? Was haben Sie eigentlich für ein ideologisches Konzept?

Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die Sie immer

im Wort führen, helfen Sie mit dieser ideologischen

Kampagne jedenfalls nicht. Im Gegenteil, Sie schaden

ihnen, weil sie bei Ihrem Konzept die Zeche zahlen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der

SPD und der LINKEN)

Wir halten den Gesetzentwurf für eine Verbesserung

gegenüber dem Gesetzentwurf von Oktober. Es gibt aber

viele Punkte, die wir kritisieren. Die Transparenz, die für

die Entscheidung des Parlaments notwendig ist, ist weiterhin

ausgehebelt. Wenn wir nicht unseren Abgeordneten,

der dem Geheimgremium angehört, in die Zange

nehmen, dann müssen wir als Parlamentarier aus der

Zeitung erfahren, an welches Institut Sie bereits wie viel

Geld verteilt haben oder welche Bürgschaft Sie gegeben

haben. Für dieses Parlamentsverständnis, das bei Ihrem

Vorhaben zum Ausdruck kommt, werden Sie von

meiner Fraktion keine Zustimmung bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Leo

Dautzenberg [CDU/CSU]: Wollen Sie eine

Mitentscheidung?)

- Es ist schon wichtig, wie ein Parlament mit wichtigen

Fragen umgeht. Dass wir Steuergelder ausgeben, ohne

die Konzepte wenigstens in den Fachausschüssen diskutieren

zu können, ist ein Abgesang an jeden vernünftigen,

aufgeklärten Parlamentarismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Volker

Kauder [CDU/CSU]: Was?)

In der Summe führt das dazu, dass wir uns bei der Abstimmung

über den Gesetzentwurf enthalten werden. Bei

der von der FDP beantragten namentlichen Abstimmung



werden wir aber mit Ja stimmen, weil wir die Enteignungsdrohung für richtig halten; die HRE sollte wenigstens jetzt auf eine vernünftige Grundlage gestellt werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Bundesregierung spricht nun die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich zu Beginn Art. 14 Grundgesetz zitieren:

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.

Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

Dazu stehen wir.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Brüderle, Sie hätten den zweiten Absatz in Ihrer Rede nicht verschwiegen, sondern Sie hätten deutlich gemacht, dass es auch um die Abwertung der Werte geht. Zum Allgemeinwohl gehört auch die Frage, wie wir mit den Steuergeldern umgehen und wie wir den Finanzmarkt stabilisieren können. Das haben Sie vergessen, und das halte ich nicht für legitim und richtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Worum geht es heute? Es geht um nicht weniger als um die weitere und gleichzeitig absolut notwendige Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes und der HRE.

Die Notwendigkeit, zu handeln, ist in ihrer zeitlichen Dynamik enorm. Wir hatten am Montag eine außerordentlich sachlich geprägte Expertenanhörung, was ich sehr begrüßt habe. Diese war anders geprägt als teilweise die Reden, die wir bislang gehört haben. In der Anhörung hat mich - ich glaube, genauso wie viele andere - besonders beeindruckt, dass sehr vielen Sachverständigen der Ernst der Lage und der zeitliche Druck der Situation sehr bewusst war. Die Anhörung hat auch deutlich gemacht: Der Weg zur Stabilisierung, den die Bundesregierung im vorliegenden Gesetzentwurf dem Parlament vorschlägt, wurde von so gut wie keinem der Anwesenden - einen der Betroffenen ausgenommen - negativ dargestellt. Alle haben bestätigt, dass der Weg einer Stufenlösung genau richtig ist.

Ich komme auf den Antrag der FDP zu sprechen. In der Anhörung wurde deutlich, dass die Änderung der Insolvenzordnung mittelfristig angegangen werden muss.

Aber alle haben gesagt, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, in diesem Gesetzgebungsverfahren entsprechende Änderungen vorzunehmen. Es wäre gut, hier den Rat der Experten ernst zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Für die Rechtssicherheit und die Geschwindigkeit, die wir beim Handeln brauchen, ist es notwendig, rasch zu einer 100-prozentigen staatlichen Kontrollmehrheit bei der HRE zu kommen; denn wir müssen den Zusammenbruch

einer systemrelevanten Bank mit anschließenden massiven Dominoeffekten verhindern.

Lassen Sie mich in vier Punkten zusammenfassen:

Erstens. Die Bundesregierung hat sich international verpflichtet, kein systemrelevantes Institut Konkurs gehen zu lassen. Es dürfte hier im Parlament auch Konsens sein, dass die HRE mit ihrer Bilanzsumme von circa 400 Milliarden Euro - vergleichbar derjenigen von Lehman Brothers - und mit ihrer zentralen Rolle im Pfandbriefmarkt systemrelevant ist. Ein Zusammenbruch der HRE ist daher für die Bundesregierung im Hinblick auf die Situation in Deutschland, aber auch wegen unserer internationalen Verantwortung nicht akzeptabel.

Zweitens. Wir wollen, dass die HRE nach einer nachhaltigen Stabilisierung erfolgreich auf dem Markt bleibt.

Das können wir aber nur mit der Übernahme einer 100-prozentigen Kontrollmehrheit erreichen. 75 Prozent plus eine Aktie reichen hierzu definitiv nicht aus, (Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

weil - das wissen Sie; das ist im Übrigen auch in der Anhörung bestätigt worden - bereits eine Aktie ausreicht, um die für die HRE überlebenswichtigen Restrukturierungsmaßnahmen zu torpedieren, weil nur 100-prozentiges Bundeseigentum eine vertretbare Refinanzierung auf dem Markt erlauben würde - das wurde schon mehrfach angesprochen - und weil aus Marktsicht nur 100 Prozent Eigentum des Bundes die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der HRE um circa 3 Milliarden Euro reduzieren würde.

Drittens. Vor der Enteignung als Ultima Ratio werden wir - so wie es im Gesetzentwurf vorgesehen ist - alle denkbaren alternativen Schritte zu einer Enteignung gehen. Konkret heißt das, wir werden versuchen, die Zustimmung der gegenwärtigen Aktionäre zu einer Übernahme durch den Bund zu erreichen, insbesondere im Rahmen einer Hauptversammlung. Auch dies ist im Gesetz festgelegt. Genauso klar ist aber auch, dass wir für den Fall, dass der Weg der Freiwilligkeit nicht zum Erfolg führt, von der befristeten Möglichkeit einer Enteignung der HRE Gebrauch machen, weil die Politik dann nur noch auf diesem Weg das öffentliche Gut Finanzmarktstabilität sichern kann - damit schlage ich den Bogen zum im Grundgesetz verankerten Schutz des Allgemeinwohls -, weil die Politik dann nur noch auf diesem Weg ihrer Verantwortung für das Allgemeinwohlinteresse gerecht werden kann, indem sie eine Enteignung der Steuerzahler, die mit knapp 90 Milliarden Euro an Garantien bei der HRE engagiert sind, verhindert. Niemand in der Bundesregierung glaubt, dass der Staat der bessere Banker ist und dass es Aufgabe des Staates ist, dort länger engagiert zu bleiben als unbedingt nötig. Auch dies ist im Gesetz deutlich verankert. Aber wir sind sehr wohl der Überzeugung, dass es die Aufgabe der Bundesregierung ist, das Gemeinwohlinteresse dort zu verteidigen, wo es bedroht ist. Das wäre der Fall, wenn der Bund trotz seines massiven finanziellen Engagements bei der HRE keine 100-prozentige Kontrollmehrheit erlangen würde. Das wäre genauso der Fall, wenn wir eine Preisforderung des privaten Hauptaktionärs akzeptieren würden, die weit jenseits der aktuellen

Marktpreisbewertung liegt und die zu weiteren massiven Belastungen der Steuerzahler führen würde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viertens. Ich will die Änderungen nicht unerwähnt lassen, die wir im parlamentarischen Verfahren in den Gesetzentwurf aufgenommen haben und die an mehreren Stellen zu Klarstellungen führen. Ich will nur folgende Punkte stichwortartig erwähnen - Herr Dautzenberg hat das auch schon angesprochen -: die Begrenzung der Garantieverlängerung, die verbindliche Normierung der Verfahrensschritte vor einer Enteignung, die Beteiligung des Parlaments sowie die Verbindlichkeit der Reprivatisierung. Deshalb gilt: Wenn nicht sehr viel Geld mit unsicherem Ausgang in die systemrelevante HRE gesteckt werden soll, ist die Kontrollmehrheit von 100 Prozent unabdingbar. Insofern stellt sich die Frage nach der Enteignung als Ultima Ratio. Die Bundesregierung kann keine Verantwortung für den Erhalt eines systemrelevanten Instituts übernehmen, wenn ihr das Parlament dafür nicht das Handwerkszeug zur Verfügung stellt. Deshalb werben wir heute um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will Ihnen deutlich sagen: Es ist mit den Grundsätzen einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar, wenn letztendlich die Steuerzahler eine Bank retten und damit die Risiken tragen, die Politik als Treuhänder der Steuerzahler aber nicht den Einfluss hat, der notwendig ist, um entscheiden zu können, was mit dem Geld der Menschen passiert.

Ich bin mir sicher: Niemand in den Regierungsfractionen und auch niemand in der Bundesregierung hat sich je gewünscht, ein solches Gesetz auf den Weg bringen zu müssen, und zwar deshalb, weil es Ausdruck der instabilen Lage auf den Märkten in diesem Bereich ist. Aber nun sind wir eben gefordert, auf diese Situation zu reagieren. Das tun wir mit diesem Gesetz in der nötigen Verantwortung, aber auch in der nötigen Konsequenz. Deshalb werbe ich heute um Ihre Zustimmung für dieses Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Hermann Otto Solms ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich will gleich zu Beginn klarmachen: Die FDP ist grundsätzlich gegen das Instrument der Enteignung.

(Zurufe von der SPD)

Privateigentum ist ein Grundrecht. Wir spielen nicht mit Grundrechten, sondern wir verteidigen Grundrechte.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Kollege Gysi das „ideologisches Geschwätz“ nennt, dann zeigt das, welche geistige Herkunft er hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

In der DDR sind im Jahre 1972 11 400 Unternehmen enteignet worden,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

und zwar praktisch ohne Entschädigung. Seitdem ist es mit der Wirtschaft in der DDR bergab gegangen.

(Beifall bei der FDP)

Anschließend hatten selbstständige Betriebe nur noch höchstens zehn Mitarbeiter. Das ist doch die Alternative.

(Thomas Oppermann [SPD]: Es ist genau umgekehrt, Herr Solms!)

Wenn Herr Kuhn von den Grünen dazu aufruft, hier nicht ideologisch zu argumentieren, dann enttäuscht mich das schon sehr. Ich war immer der Auffassung, dass die Grünen die Grundrechte verteidigen, so wie auch wir das tun.

(Beifall bei der FDP)

Nun brauchen Sie nicht neidisch auf die FDP zu schauen, weil wir in der Öffentlichkeit klar positioniert sind. Bei Ihnen weiß kein Mensch mehr, wofür Sie stehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen keine Enteignung.

Wichtig ist auch: Wir brauchen das Instrument der Enteignung überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir dürfen es überhaupt nicht einsetzen, wenn es Alternativen gibt. Genau das schreibt unsere Rechtsordnung vor.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn die Alternative?)

Jetzt muss ich dem Finanzminister zugutehalten, dass er in den letzten 14 Tagen mehrere Änderungsanträge vorbereitet hat, deren Annahme dazu führt, dass der alternative Weg einer Kapitalerhöhung durch den Staat gangbar ist und dass die Minderheitsaktionäre das nicht blockieren können. Wenn dieser Weg gangbar ist, dann dürfen Sie gar nicht enteignen. Weil das so ist, brauchen wir Art. 3 dieses Gesetzentwurfs, in dem es um die Enteignung geht, gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Damit Sie sich dazu bekennen können, haben wir einen Antrag auf namentliche Abstimmung in zweiter Lesung gestellt. Wir fordern Sie auf, mit uns zusammen gegen Art. 3 dieses Gesetzentwurfs zu stimmen. Es muss klar sein, dass der Staat zwar verstaatlichen kann - verstaatlichen ist etwas anderes als enteignen -,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der Punkt!)

aber durch ein Instrument, welches in unserer Rechtsordnung, nämlich im Privatrecht, angelegt ist: durch Kapitalerhöhung unter Ausschluss der Bezugsrechte der Altaktionäre. So kann man vorgehen, und so muss man vorgehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben dem Finanzminister eine Reihe von Alternativen vorgeschlagen. Dazu gehört die Kapitalerhöhung.

Dazu gehört das Insolvenzplanverfahren. Dazu gehört das Restrukturierungsgesetz, das der Bundeswirtschaftsminister erarbeitet hat. Dazu gehört auch der Weg über die Gefahrenabwehr nach dem Kreditwesengesetz.

Das alles sind Wege, die gangbar sind und die nicht nur das Problem lösen, sondern auch die Restrukturierung,

die Erneuerung, die Zukunft gestalten würden.

Es wird uns vorgehalten, dafür sei jetzt nicht die Zeit, das müsse gründlich vorbereitet werden. Das glaube ich wohl. Nur: Wer ist denn daran schuld, dass wir diesen Zeitdruck haben?

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist doch der Bundesfinanzminister.

(Beifall bei der FDP)

Auf eine Frage meines Kollegen Carl-Ludwig Thiele musste er antworten, dass die BaFin den Bundesfinanzminister bereits im Frühjahr 2007 darauf hingewiesen hat, dass bei Finanzholdings eine Überwachungs-lücke besteht. Es hat dann schließlich bis Ende 2008 gebraucht, bis diese Lücke geschlossen worden ist.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Da hat er recht!)

Wäre das sofort gemacht worden, hätte es die Beteiligung der Hypo Real Estate an der DEPFA überhaupt nicht gegeben. Das hätte die Bankenaufsicht vorher verhindern können.

(Beifall bei der FDP)

Dann wären wir gar nicht in diese Situation gekommen, und die 90 Milliarden, die der Staat jetzt zur Verfügung gestellt hat, wären nicht nötig gewesen. Das zeigt das dramatische Versagen des Finanzministers und der Bankenaufsicht in den letzten zwei Jahren.

(Beifall bei der FDP - Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Die Sprecher der Bankenaufsicht von Bundesbank und BaFin haben in der Anhörung so getan, als gäbe es keine Alternative zur Enteignung. Das kommt mir etwas komisch vor. Die Mitverantwortlichen für den Schlamassel raten uns nun, gegen die Verfassung zu handeln. Ich finde, das ist ein Skandal.

(Beifall bei der FDP)

Ich will zusammenfassen: Es gibt eine glaubwürdige, gangbare Alternative, die in diesem Gesetzentwurf angelegt ist. Diese Alternative muss man in dieser Situation wählen, um Schlimmeres zu verhindern. Wir brauchen keine Enteignung, und wir sollten Art. 3 dieses Gesetzentwurfs streichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Albert Rupprecht für CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir ändern heute ein Gesetz, um zu verhindern, dass aus der Finanzkrise eine Finanzkatastrophe wird. Ein Zusammenbruch der Hypo Real Estate wäre eine Bedrohung für das Zahlungssystem, für das Bankensystem in Deutschland, aber auch darüber hinaus für die gesamte Welt. Die Deutschen haben unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt, was der Zusammenbruch des Zahlungswesens bedeutet: Tauschwirtschaft und Zigarettenwährung statt Wohlstand und soziale Sicherheit.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich nachdrücklich verpflichtet, keine systemrelevante Bank kippen

zu lassen. Man stelle sich den Schaden vor, der entstünde, wenn ausgerechnet Deutschland hier versagen würde. Die Glaubwürdigkeit des Exportweltmeisters Deutschland wäre auf Jahre hinaus weltweit dahin. Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig: Das sind genügend Gründe dafür, dass die Hypo Real Estate auf keinen Fall kippen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ändert aber nichts daran, dass um den richtigen Weg gerungen werden muss. Der Finanzminister ist seit Wochen davon überzeugt, dass bei der HRE nur eine Enteignung die Lösung bringt. Deswegen wurde zunächst – bevor Verhandlungen mit Flowers stattgefunden haben – ein Enteignungsgesetz vorbereitet. Ich glaube, das war die falsche Reihenfolge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist das Verdienst der CSU und CDU, dass die Reihenfolge nun eindeutig geändert worden ist. Eine Enteignung ist im Gesetz klar die Ultima Ratio.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Das war sie immer!)

Das, was jetzt im Gesetz steht, ist eine verantwortungsbewusste Abwägung zwischen dem Schutz des Privateigentums auf der einen Seite und dem Interesse des Allgemeinwohls in einer historisch einzigartigen Krisensituation auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir beschließen ein klares Stufenkonzept, bei dem zwingend weitere Verhandlungsschritte eingebaut sind. Wir ermöglichen dadurch eine Verhandlungslösung mit den Aktionären, statt sie in der Notsituation zu enteignen. Eine Voraussetzung für die Lösung ist aber auch die ernsthafte Bereitschaft der Aktionäre, Verhandlungen zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu sind ein Stück Einsicht und ein Stück moralische Verantwortung notwendig. Wirtschaft ist keine moralfreie Zone.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nicht alles, was rechtlich zulässig ist, ist auch anständig. Zum Anstand gehört auch, dass Aktionäre in dieser Krisenzeit über ihre rechtliche Verpflichtung hinaus Verantwortung übernehmen und eine angemessene Lösung mittragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte hier sagen: Herr Flowers, darum bitten wir insbesondere Sie ganz ausdrücklich.

Summa summarum erreicht das vorliegende Gesetz drei Kernziele. Es verhindert die Katastrophe auf dem Finanzmarkt und stabilisiert den Finanzmarkt, es wahrt die Interessen der Steuerzahler, und es besteht die realistische Chance, eine Enteignung zu verhindern. Priorität muss aus unserer Sicht nach wie vor ganz klar eine Verhandlungslösung haben.

Nun zu einigen Kritikpunkten der FDP. Herr Solms, Sie haben in der ersten Lesung ebenso wie in der heutigen Lesung den Weg der Enteignung heftig kritisiert, in der ersten Lesung aber keine eigenen Lösungen vorgeschlagen.

Ich glaube, dass sich das heute vorliegende Gesetz substantiell von den ersten Entwürfen des Finanzministers unterscheidet. Es wäre fair, dies anzuerkennen.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Habe ich doch gesagt!)

Sie haben vor einigen Tagen in einem Brief an den Finanzminister Lösungen vorgeschlagen. Ihre Vorschläge sind meiner Meinung nach gut. Es sind nämlich allesamt Vorschläge, die bereits vor Wochen von der Unionsfraktion in die Diskussion eingebracht wurden. Der erste Vorschlag ist eine Kapitalerhöhung. Wir haben das im Gesetz umgesetzt. Künftig muss zwingend eine Hauptversammlung stattfinden, auf der eine Kapitalerhöhung beschlossen werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihr zweiter Vorschlag ist die Erweiterung des Insolvenzrechts. In einer geordneten Insolvenz soll die Bank umstrukturiert werden. Herr Solms, wir stimmen dem Anliegen ausdrücklich zu. Es war Minister zu Guttenberg, der dazu einen konkreten Entwurf vorgelegt hat. Es war der frühere Wirtschaftsminister Glos, der bereits vor Monaten diesen Vorschlag eingebracht hat. In der Anhörung haben die Fachleute die Richtung des Wirtschaftsministers klar und eindeutig unterstützt. Leider - da bin ich bei Ihnen - hat der federführende Finanzminister Steinbrück den Vorschlag nicht aufgegriffen und ihn über Wochen hin verschleppt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU] - Dr.

Hans-Ulrich Krüger [SPD]: Und die Ergebnisse der Anhörung? - Gabriele Frechen

[SPD]: Diese Fachleute waren nur eine Minderheit!)

Wir werden deswegen die Änderung der Insolvenzordnung für die Hypo Real Estate bis Ende März nicht hinbekommen. Es sind auch nach Meinung der Experten, die in der Anhörung waren, noch viele Fragen zu klären. Wir können das Problem auch nicht dadurch lösen, dass wir, wie Sie es vorschlagen, gesetzlich regeln, dass die HRE den Jahresabschluss erst Ende Juni vorlegen muss. Die HRE ist ein international tätiges Unternehmen, das nach internationalen Regeln verpflichtet ist, den Jahresabschluss Ende März vorzulegen. Das können wir auch durch ein Bundesgesetz nicht ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Wir sind dennoch mehr denn je davon überzeugt, dass das Instrument einer geordneten Insolvenz für Finanzinstitute zügig ausgearbeitet werden muss.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen, die über die aktuelle Frage zur Hypo Real Estate hinausgehen. Erstens. Wir haben mit dem SoFFin erste Erfahrungen im Bereich der Wettbewerbsverzerrungen gemacht. Die Gelder an Autobanken stabilisieren den Finanzmarkt nach meiner festen Überzeugung nicht, sondern schaden den regionalen Raiffeisenbanken und Sparkassen. Im Ergebnis werden die kleinen Banken, die in den vergangenen Jahren vernünftig gearbeitet haben, am meisten geschädigt. Das darf nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollten deswegen unnötige Wettbewerbsverzerrungen

durch das Gesetz klarer untersagen. Leider hat die SPD unsere Änderungsvorschläge nicht mitgetragen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Hört! Hört!)

Zum Zweiten. Wir haben im Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz eine Regelung, die Landeslösungen

gegenüber SoFFin-Lösungen eklatant benachteiligt und zudem private Lösungen beinahe unmöglich macht.

Wenn sich der SoFFin zur Stabilisierung mit Eigenkapital

an einer Bank beteiligt, gehen die Verluste in der

Bank nicht unter. Wenn sich aber ein Bundesland oder

gar ein privater Investor beteiligt, gehen die Verluste unter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir das nicht ändern, erschweren wir Lösungen

für die Landesbanken und schließen privates Kapital zur

Stabilisierung der Banken systematisch aus.

(Beifall des Abg. Dr. Heinz Riesenhuber

[CDU/CSU])

Dann bleiben im Ergebnis nur SoFFin-Lösungen, die zuletzt

der Steuerzahler zu zahlen hat. Ich bin der Meinung:

Das ist Unsinn. Leider Gottes hat auch in diesem

Fall die SPD Änderungsvorschläge vonseiten der Union

nicht mitgetragen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist ja interessant!)

Nichtsdestotrotz fordern wir diese Änderungen auch

weiterhin ein.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/

CSU] - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]:

Aha!)

Der Bankenrettungsschirm hat uns in den vergangenen

fünf Monaten ermöglicht, Banken in der Krise zu

stabilisieren und die Katastrophe zu verhindern. Aber

die Krise ist nicht zu Ende. Die heutige Gesetzesänderung

ist ein zwingend notwendiger Schritt. Weitere

Schritte müssen in den nächsten Monaten folgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Dr. Gerhard Schick erhält nun das Wort

für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! In einem

hat Herr Solms recht: Die Situation, in der wir heute

sind, ist die Folge einer Serie von Fehlentscheidungen,

Fehleinschätzungen und Unterlassungen der Bundesregierung,

und die muss man schon deutlich benennen.

Es ist das Ergebnis einer Sonderprüfung bei der Hypo

Real Estate liegen geblieben. Es ist der Hinweis der

BaFin, man brauche zusätzliche Prüfungsmöglichkeiten,

liegen geblieben; er wurde viel zu spät umgesetzt. Dann

hat die Bundesregierung bei dem Gesetz, das im Oktober

verabschiedet wurde, einen zentralen Fehler gemacht:

Sie hat davon abgesehen, die Banken zu zwingen, Kapital

in Anspruch zu nehmen. In einer Serie von Bürgschafts-

und Garantiegewährungen wurde immer mehr

Risiko auf den Staat überwältzt, ohne dass man sich irgendwelche

Kontrollrechte gesichert hat. Sie sind immer

weiter in die falsche Richtung gelaufen. Erst ging es um

35 Milliarden Euro, dann um 50 Milliarden Euro. Es

folgten weitere 10 Milliarden Euro und 12 Milliarden

Euro. Heute sind die Bürgerinnen und Bürger bei der



Hypo Real Estate mit 87 Milliarden Euro im Risiko. Das ist eine Serie von Fehlentscheidungen. Deswegen sind wir heute in einer Zwangslage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

In dieser Zwangslage gibt es eine Scheinlösung und zwei realistische Lösungen. Die Scheinlösung ist die, jetzt über ein anderes Insolvenzrecht und das diesbezügliche amerikanische Vorbild zu spekulieren. Der Zeitpunkt dafür ist aber längst versäumt. Diesen Weg hätte man vor Wochen einschlagen müssen.

Deswegen bleiben heute nur zwei realistische Varianten.

Die eine Variante ist, Herrn Flowers nachzugeben, der die Zwangssituation, in die die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger gebracht hat, zu seinem eigenen Vorteil ausnutzen will. Die andere Variante ist, über die Enteignung eine Möglichkeit zu schaffen, aus der Sackgasse herauszukommen. Da stellt sich bei der namentlichen Abstimmung nachher genau die Frage: Verstehen wir uns als die parlamentarische Vertretung der Heuschrecken - so wie die FDP - oder der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes? Darauf kommt es nachher an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ortwin Runde [SPD] und Dr. Hans-Ulrich Krüger [SPD])

Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, der für uns zentral ist; da frage ich mich schon, welches Rollenverständnis die Abgeordneten der Großen Koalition

haben. In den USA haben die Kongressabgeordneten an verschiedenen Stellen durchgesetzt, dass transparent gemacht wird, wie es läuft. Da haben die Abgeordneten den Mumm, einzufordern, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen müssen, wie die Konditionen sind. Auch bei der UBS in der Schweiz können sie es genau nachlesen. Warum sollen deutsche Bürgerinnen und Bürger in dieser Situation nicht wissen, was auf sie übertragen wird, wo sie ins Risiko gehen und welche Konditionen gelten? Warum sollen deutsche Bürgerinnen und Bürger das nicht wissen? Diese Fragen müssen Sie einmal beantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo Dautenberg [CDU/CSU]: Das ist doch bekannt!)

Das gilt auch für die Frage, wer eigentlich im Endeffekt von den Rettungspaketen begünstigt wird. Sie sprechen hier immer von Systemrelevanz. Ja, aber wissen wir denn, wer am Ende wirklich das Geld bekommt?

Die Abgeordneten des amerikanischen Kongresses haben erzwungen, dass im Falle des großen Versicherers AIG genau dargelegt werden muss, wer profitiert. Damit wird zugleich mit einem Mythos aufgeräumt; manche Banken scheinen ja zu meinen, sie würden gar nicht von der staatlichen Hilfe profitieren. Natürlich profitieren sie davon. Auch die Deutsche Bank profitiert von den Hilfen, weil sie indirekt begünstigt wird, wenn andere Unternehmen gerettet werden. Warum sollen deutsche Bürgerinnen und Bürger nicht erfahren, wer begünstigt wird? Warum haben die Abgeordneten der Großen Koalition nicht denselben Mumm wie die Abgeordneten des amerikanischen Kongresses? Wir haben das im Finanzausschuss vorgeschlagen, Sie aber haben sich für

Intransparenz entschieden, die Mauscheleien ermöglicht.  
Das hat Deutschland nicht verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich möchte ich noch einen Ausblick auf die Landesbanken geben. Dieses Thema wurde ja schon angesprochen. Ich wünsche der CDU und der CSU viel Vergnügen. Ihre Ministerpräsidenten blockieren seit einigen Monaten eine konstruktive Lösung in der Meinung, sie könnten es selber stemmen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Ich halte das für unverantwortlich. Wenn wir in den nächsten Monaten wieder darüber reden, wird man sehen, dass hier genauso wie bei der Hypo Real Estate zugelassen wurde, dass vieles viel zu lange in die falsche Richtung gelaufen ist, wodurch die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger noch größer geworden sein werden. Das ist die Wirtschaftspolitik der CDU und der CSU. Das werden wir auch in Zukunft immer wieder deutlich sagen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Ortwin Runde für die SPD-Fraktion.

Ortwin Runde (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Herr Schick, auf die USA zu schauen, lohnt in der Tat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: In jeder Beziehung!)

Wir haben ja in der letzten Nacht die Information erhalten, dass im amerikanischen Kongress ein Gesetz verabschiedet wurde, demzufolge die Bonizahlungen an diejenigen, die über ein Familieneinkommen von mindestens 250 000 Dollar verfügen und bei Banken tätig sind, die über 5 Milliarden Dollar Staatshilfe erhalten haben, in Zukunft mit einem Steuersatz in Höhe von 90 Prozent besteuert werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Was lehrt uns das? Einmal lehrt es uns, dass in Amerika in der Vergangenheit bei der Ausgestaltung von Rettungsaktionen Fehler gemacht worden sind. Man hat dort zugelassen, dass den Anteilseignern von Banken, denen durch Steuergelder geholfen wird, Dividenden gezahlt werden, dass dort hohe Abfindungen gezahlt werden und dass Boni ausgeschüttet werden, zum Beispiel bei der AIG Boni in einer Größenordnung von 170 Millionen Dollar.

(Zuruf des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Sie, Herr Dr. Schick, hätten ruhig sagen können, dass das in Deutschland vernünftiger geregelt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nämlich festgelegt, dass die Managergehälter bei Instituten, die Hilfen in Anspruch nehmen, begrenzt werden, dass keine Dividenden gezahlt werden usw.

Was lehrt uns das weiterhin? Jetzt richte ich mich insbesondere an die FDP. In dieser Wüste, die die Finanzkrise angerichtet hat und unter der wir alle zu leiden haben, gibt es immer noch Oasen, die aus Steuergeldern gespeist werden. Wer dann Kamele an diese Oasen treibt, muss wissen, dass dies von den Steuerzahlern bezahlt

werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Da entpuppen Sie von der FDP sich in der Tat als die Schutzpatrone dieser Kamele,

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Genau!)

sowohl Herr Westerwelle in Bezug auf die Steueroasen in Europa als auch Sie, Herr Solms, in Bezug auf eine mögliche Enteignung der HRE und die Interessen von Herrn Flowers. Das ist Ihre Rolle.

(Joachim Poß [SPD]: Herr Westerwelle ist der oberste Kameltreiber! - Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage) - Wenn Sie wollen, von mir aus gerne. Darf er, Herr Präsident? Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nachdem ich jetzt förmlich die Anfrage zur Kenntnis genommen habe und Sie schon im Vorgriff die Frage, die ich eigentlich stellen müsste, ob Sie die Zwischenfrage zulassen wollen, positiv beschieden haben, darf der Kollege Koppelin eine Zwischenfrage stellen.

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Kollege Runde, in der Zeit, als die Sozialdemokraten in Hamburg und in Schleswig-Holstein regierten, hatten sie, wenn Sie so wollen, die Verantwortung für die HSH Nordbank. Darf ich Sie einmal fragen, wie die HSH Nordbank dazu gekommen ist, Anlegern zu empfehlen, ihr Geld in Steueroasen anzulegen? Wo waren da die Sozialdemokraten?

Ortwin Runde (SPD):

Herr Koppelin, schöne Frage. Ich war selbst Aufsichtsratsvorsitzender (Rainer Brüderle [FDP]: Aha! Jetzt haben wir ihn!)

der Hamburgischen Landesbank. Zu der Zeit gab es noch keinen Herrn Flowers, im Übrigen gab es auch noch die Gewährträgerhaftung. In diesen Jahren, 1993 bis 1997, hat es ein solches Verhalten nicht gegeben,

(Beifall bei der SPD - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das stimmt ja gar nicht!)

weil es eine politische Verantwortung von mir als Aufsichtsratsvorsitzenden

gab, der ich gleichzeitig Vorsitzender des Kreditausschusses war. Ich fand die Hereinnahme von Herrn Flowers, eines Private-Equity-Investors, in die HSH Nordbank falsch.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Aha!)

Das ist etwas, was wir bei anderen Landesbanken nicht haben. Jeder weiß, dass Private-Equity-Investoren das Interesse haben, nach zwei, drei Jahren auszusteigen. Sie müssen sich einmal bei der HSH Nordbank ansehen, wie die Renditeerwartungen im Zusammenhang mit der Hereinnahme von Herrn Flowers gestiegen sind

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber nur die Erwartungen!)

aufgrund der Zielsetzung, die HSH Nordbank an die Börse zu bringen und zu privatisieren.

Besonders bemerkenswert fand ich, dass der Aufsichtsrat sich selbst Boni für den Fall, dass Dividenden gezahlt werden, eingeräumt hat. Das hat es zu meiner Zeit nicht gegeben, überhaupt nicht in der Zeit, als wir in Hamburg regiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu den Ausführungen zum Grundgesetz, die Sie, Herr Solms, hier gemacht haben: Man kann nicht Art. 14 Abs. 1, die Eigentumsrechte, betonen und Art. 14 Abs. 2 und Abs. 3 vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Dass Eigentum verpflichtet, muss in Ihre Köpfe. Das Grundgesetz liegt im Übrigen bei Ihnen in der Schublade. Nehmen Sie es heraus und lesen Sie es!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. h. c.

Jürgen Koppelin [FDP]: Ich habe es hier!)

Eigentum verpflichtet; das sollten Sie ernster nehmen. Was Sie hier vorführen, auch indem Sie Herrn Flowers baten, bei der Anhörung anwesend zu sein, ist schon ein tolles Stück. Dass der Herr Flowers sich am Ende eher als Kronzeuge für die Notwendigkeit einer Enteignungsdrohung erwiesen hat, war von Ihnen nicht beabsichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte Ihnen zu denken geben, dass alle anwesenden Verfassungsrechtler gesagt haben, dass dies ganz selbstverständlich ein Fall ist, in dem Enteignung im Interesse des Gemeinwohls möglich ist. Ich darf da auf Herrn Hopt, den bekanntesten Juristen in diesem Bereich, verweisen. Er hat gesagt, dass „der Staat eine Schutzaufgabe bei system- und existenzbedrohenden Folgen von Marktereignissen“ hat. Dass dies eine existenzbedrohende Folge von Marktereignissen ist, ist wohl unstrittig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Möchten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Solms zulassen?

Ortwin Runde (SPD):

Ja, wenn er mag.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Würden Sie mir bitte bestätigen - ich gehe davon aus, dass Sie das wissen -, dass in der Verfassung die Möglichkeit der Enteignung sehr wohl vorgesehen ist, aber nur unter ganz eng gefassten Bedingungen? Darunter ist die, dass es keine andere mögliche Alternative zum Instrument der Enteignung gibt, um das gleiche Ziel zu erreichen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Ultima Ratio!)

Ortwin Runde (SPD):

Herr Solms, als jemand, der in der Praxis viel mit Enteignung zu tun hatte - im Zusammenhang mit Flughäfen, Straßenbau usw. -, weiß ich, dass man natürlich immer erst einmal versucht, im Interesse des Gemeinwohls im Verhandlungswege das entsprechende Grundstück oder den Vermögensgegenstand zu erwerben. Das ist ganz selbstverständlich. Herr Solms, in dem Moment, wo die Betroffenen renitent werden und einen Reibach machen wollen, kann man auf die Möglichkeit der Enteignung hinweisen. Die Frage ist letztendlich, was im Interesse des Steuerzahlers zu verantworten ist.

Die Gesetze gelten ja allgemein. Deswegen will ich einmal den konkreten Fall Flowers nehmen. Sein Eigentumsanteil an der HRE - er hat die Aktien für 22,50 Euro pro Stück erworben; gegenwärtig ist die Aktie nur noch 0,80 Euro wert - stellt in Wirklichkeit einen negativen Vermögenswert dar. Dieser Anteil wäre ohne die Hilfe

des Staates und ohne den Schutzschirm gar nichts wert; Herr Flowers hätte null. Das gilt auch für alle anderen Anteilseigner an der HRE.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Steuerzahler wird natürlich darauf achten, wie weit wir uns von dieser Nulllinie im Rahmen unserer Aktivitäten entfernen. Mit der Möglichkeit der Enteignung zu drohen, ist deswegen das richtige Instrument.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf einen weiteren entscheidenden Punkt eingehen. Wir werden gerade vor dem Hintergrund des amerikanischen Beispiels sehr genau darauf achten müssen, dass wir öffentliche Steuermittel möglichst effizient und nur in geringem Umfang einsetzen. Das gilt auch für die Refinanzierungskosten. Aus diesem Grunde ist jede Übernahme von nur 75 Prozent plus eine Aktie nicht ausreichend. Welches Risiko sich ergeben kann, ist vom früheren Leiter des SoFFin beschrieben worden. Er hat gesagt, dass sich Jahr für Jahr über einen Zeitraum von 30 und mehr Jahren Mehrkosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro ergeben könnten und dass eine Rekapitalisierung 4 bis 6 Milliarden Euro kosten könnte. Den Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU muss ich deswegen sagen: Es wäre also lebensgefährlich und nicht verantwortbar, dieses Risiko einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung zur Terminsetzung. Weil der Innenminister es so wollte, endet die Möglichkeit, ein Enteignungsverfahren durchzuführen, am 30. Juni 2009. Wer gibt aber Ihnen und uns die Garantie, dass die Finanzmarktkrise und die Krise der Finanzinstitute sich nach dieser Fristsetzung richten und wir in Zeiten des Wahlkampfes nicht auf die Handlungsfähigkeit des Staates angewiesen sind? Ich finde die beabsichtigte Fristsetzung hochgefährlich. Das Mindeste wäre gewesen, die Frist so festzusetzen, dass ein neu gewähltes Parlament darüber erneut entscheiden kann. Wir hätten also die Verpflichtung gehabt, die Frist bis dahin auszuweiten. Ich hoffe, dass es deswegen keine Probleme gibt. Der jetzt festgelegte Termin ist aus meiner Sicht nicht zu verantworten. Ein letzter Punkt. Herr Rupprecht hat mit Blick auf diejenigen, die diese Finanzkrise verursacht haben, gesagt: Wirtschaft ist keine moralfreie Zone. Ich habe den Eindruck, dass in gar nicht einmal so kleinen Bereichen die Wirtschaft durchaus eine moralfreie Zone war. Wenn ich mir das Verhalten einer Vielzahl von Anteilseignern, aber auch von Akteuren aus dem Bankwesen ansehe, dann scheint mir das nach wie vor eine Gefahr zu sein. Insofern sind pädagogische Hilfen der Politik für die Wirtschaft erforderlich. Der amerikanische Kongress hat pädagogische Hilfe geleistet, indem er sagte: Boni, die ihr euch in irgendeiner Form aneignet, werden mit 90 Prozent besteuert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden vor der Verantwortung stehen, sicherzustellen, dass die Mittel der Steuerzahler, die eingesetzt worden sind, am Ende von der Finanzbranche zurückgezahlt werden. Ich darf an unseren gemeinsamen Beschluss

und Prüfungsauftrag an das Finanzministerium bzw. die Regierung erinnern, zu kontrollieren, wie durch eine entsprechende Sonderabgabe die Mittel, die am Ende aufgewendet worden sind, zurückfließen können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Runde.

Ortwin Runde (SPD):

Dafür eine Lösung zu finden, steht uns sicherlich noch bevor.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich nun den letzten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich die Kolleginnen und Kollegen, die in der Zwischenzeit zur namentlichen Abstimmung eingetroffen sind, bitten, Platz zu nehmen. Es wird erstens noch ein paar Minuten dauern, und wir werden zweitens vor der namentlichen Abstimmung eine Reihe einfacher Abstimmungen durchführen. Deswegen noch einmal meine Bitte, Platz zu nehmen und dem letzten Redner die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

Nun hat der Kollege Kampeter das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen spüren in diesen Wochen die Herausforderungen, vor die uns die wirtschaftliche Entwicklung stellt. Dass wir heute eine Fortentwicklung des Finanzmarktrettungssystems vornehmen, macht deutlich, dass diese Herausforderungen von der Politik entschieden angenommen werden. Unser Handeln führt entschlossen in die Zukunft. Dieses Handeln ist ein Zeichen der Stabilität. Wir, der Deutsche Bundestag, tun im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger das, was jetzt nötig ist, um unseren Staat nach vorne zu bringen und unser Wirtschafts- und Finanzsystem zu stabilisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will nicht verhehlen, dass es auch in unserer Koalition an der einen oder anderen Stelle Unbehagen und Unsicherheit gibt. Wir verkünden hier nicht letzte Wahrheiten.

Ich wünschte mir, es wäre das letzte Mal, dass wir Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung treffen müssten. Es ist erkennbar, dass wir auf neue Situationen mit veränderten Maßnahmen reagieren müssen. Unsicherheit bzw. Verunsicherung ist allerdings kein Handlungskonzept.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sich hier vorne hinzustellen und zu sagen, dass man eigentlich unsicher sei, ob man es so machen sollte, oder zu äußern, so könne man es nicht machen, ohne zu sagen, was man machen wolle, ist keine verantwortungsvolle Politik. Dies schafft keine Stabilität in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

So behauptet beispielsweise die Opposition, wir würden Staatsgelder in die Hand nehmen und Banken stabilisieren, damit diese dann Dividenden zahlten. Kollege

Runde hat zu Recht festgehalten: Wir machen genau das Gegenteil.

Herr Gysi, Sie sagen nicht die Wahrheit,  
(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das kennen wir schon!)

wenn Sie hier behaupten, dass wir dazu beitragen, dass beispielsweise die von Ihnen angeführte Commerzbank unsere Staatsgelder in Form einer Dividendenzahlung weiterreicht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir handeln verantwortlich im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich muss angesichts dessen, was die FDP vorgetragen hat, die Frage stellen, ob die FDP die Herausforderung begriffen hat, vor der wir stehen, oder ob es nicht verantwortungslos ist, wenn die FDP als Leichtmatrosenpartei  
(Zurufe von der FDP: Oh!)

Vorschläge macht, deren mögliche Folgen - in der Konsequenz würden diese Vorschläge beispielsweise reihenweise zu Bankensterben führen - sie als Oppositionspartei gar nicht zu tragen hätte. So kann eine verantwortungsvolle Opposition in diesem Hause nicht handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Ich will deutlich machen: Die Finanzkrise eignet sich nicht für vordergründige parteipolitische Spiele.  
(Widerspruch bei der FDP)

Als jemand, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, weise ich auf Folgendes hin: Eine christlich-demokratisch geführte Landesregierung muss jetzt bei der WestLB aufräumen. Die Verantwortlichkeiten dafür lagen in der Regierung von Herrn Clement und Herrn Steinbrück. Wir müssen aber, anstatt parteipolitische Spielchen zu betreiben, die anstehende Aufgabe lösen. Deswegen novellieren wir heute das Finanzmarktstabilisierungsgesetz.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

Eines will ich klar und deutlich sagen: Der Begriff Bankenrettung, der hier oft gefallen ist, führt ein Stück weit in die Irre.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Es geht doch nicht um die Rettung einzelner Banken, sondern darum, die Bürger zu retten. Es geht darum, die Bürger vor den Folgen einer Finanzkrise mit zusammenbrechenden Banken zu bewahren. Es geht darum, die Bürger davor zu schützen, dass sie nicht mehr an ihre Sparguthaben kommen, und darum, die Handwerker davor zu schützen, dass ihre Rechnungen nicht mehr auf normalem Wege beglichen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Kern des Bankenrettungspakets. Es geht um den Schutz vor Chaos.

Um ein Sujet aufzunehmen, das der Kollege Brüderle vorgetragen hat: Im Kern geht es bei der Bankenrettung um die Sicherstellung der Handlungsfreiheit. Bankenrettung ist Freiheitssicherung für die Wirtschaftssubjekte,

für die Kunden, die Senioren und die Sozialhilfeempfänger. Der Kern dieses Bankenrettungsplans ist die Aufrechterhaltung unseres Finanz- und Bankensystems.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ohne funktionsfähige Finanz- und Bankenmärkte gibt es kein nachhaltiges Wachstum. Ein enormer Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Kollege Brüderle, dadurch droht doch der Weg in die Knechtschaft, nicht dadurch, dass wir das Bankensystem funktions- und leistungsfähig halten.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Als Haushälter halte ich wenig von der Politik der großen Zahlen. Wir lesen in diesen Tagen viel darüber, auch aus anderen Ländern. Der Behauptung „viel hilft viel“ stimme ich nicht zu. Dieser Naivität dürfen wir beim Schuldenmachen, insbesondere angesichts der Herausforderungen, die sich daraus für die nachfolgenden Generationen ergeben, nicht auf den Leim gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch den billigen Jakob, den uns hier manche anpreisen – man müsse nur bei einigen etwas wegnehmen, dann wären alle Probleme gelöst –, kann ich Ihnen nicht empfehlen. Verantwortung und Sicherheit, die wir jetzt brauchen, gibt es nicht zum Nulltarif. Der Staat muss in dieser Krise entschieden und entschlossen handeln, und er muss unter dem Gesichtspunkt von Maß und Mitte auch Finanzmittel in die Hand nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Verschiedentlich ist in diesem Zusammenhang auch von Enteignung gesprochen worden. Die FDP erweckt den Eindruck, das sei das vordergründige Ziel unserer Aktivitäten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Natürlich!)

Herr Kollege Solms, welches Eigentum wollen Sie eigentlich retten oder enteignen? Die Eigentümer der Bank sind durch die Kursentwicklung enteignet worden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden durch die Maßnahmen, die wir hier heute beschließen, vor Enteignung geschützt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist doch der Kern: der Schutz vor Enteignung. Diejenigen, die in einer Größenordnung von 400 Milliarden Euro Forderungen gegen diese Bank haben, wären doch auch enteignet, wenn das, was Sie vorschlagen, die ungeordnete Insolvenz,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Nein! Das wollen wir doch gar nicht!)

kommen würde und somit Ihre Kapitalerhöhungsstrategie scheitern würde. Unter dem Deckmantel des Arguments „Wir sind gegen Enteignung“ werden von der FDP vielfältige andere Möglichkeiten zur Enteignung in weitaus größerem Maße, als ihre Rettungsaktion für Herrn Flowers es vermuten lässt, geradezu plausibel dargelegt. Diese Form der Ungleichbehandlung von Eigentum, diese Nichtabwägung von unterschiedlichen Eigentumsrechten



in Bezug auf ein einzelnes Institut werden wir nicht mitmachen. Wir machen das, was dem Gemeinwohl dient. Wir wägen ab und wählen das Mittel, das das Eigentum in unserer Gesellschaft maßvoll schützt. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen ist richtig, was Karl-Theodor zu Guttenberg vorgeschlagen hat. Er hat deutlich gemacht, dass wir für den Finanzmarktbereich ein umfassendes Insolvenzrecht brauchen. Deswegen ist richtig, was Wolfgang Schäuble gesagt hat: Wir müssen eine solche Enteignung befristen. Wir wollen nämlich nicht, dass dies ein Einfallstor für umfassende Enteignungsstrategien ist. Wir wollen auf eine spezielle Situation reagieren und müssen deswegen jetzt ein differenziertes Instrumentarium anwenden. Das ist unser Ansatz. Er ist verhältnismäßig. Er ist geboten. Er ist die notwendige Antwort dieser Regierung auf die Herausforderungen der Finanzmarktkrise. In diesem Sinne werbe ich für die Zustimmung des Hauses zu diesem Gesetz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Es wäre gut, wenn es für die einzelnen Abstimmungen, deren Bedeutung quer durch alle Fraktionen noch einmal verdeutlicht worden ist, ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit im Plenum gäbe.

Mir liegen zu den eingebrachten Entwürfen eines Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes und den von den Fraktionen dazu eingebrachten Änderungsanträgen bzw. Resolutionen eine Reihe von schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung bzw. zu den Gesetzentwürfen vor, die wir nach unserem üblichen Verfahren dem Protokoll beifügen.<sup>1)</sup>

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 16/12316 und 16/12343, die Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung auf den Drucksachen 16/12100 und 16/12224 zusammenzuführen und in der Ausschussfassung anzunehmen. Die Fraktion der FDP hat beantragt, über Art. 3 einerseits und über Art. 1, 2, 4 bis 6 sowie über Einleitung und Überschrift andererseits getrennt abzustimmen. Wir verfahren jetzt nach diesem Vorschlag.

Wir kommen zunächst zu Art. 3 in der Ausschussfassung.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/12317? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wir kommen nun zur Abstimmung über Art. 3 in der Ausschussfassung. Die Fraktion der FDP wünscht dazu eine namentliche Abstimmung. Ich will darauf aufmerksam machen, dass wir nach dieser namentlichen Abstimmung weitere Abstimmungen sowie eine weitere namentliche Abstimmung durchführen müssen, sodass Sie nach dieser Abstimmung bitte nicht den Plenarsaal verlassen. Ich darf die Schriftführerinnen und Schriftführer

bitten, die vorgesehenen Plätze einzunehmen und mir ein Zeichen zu geben, wenn wir mit der Abstimmung beginnen können. - Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Kollege oder eine Kollegin anwesend, der oder die bei dieser ersten namentlichen Abstimmung die Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? - Weitere Interessenten sehe ich nicht. Dann schließe ich die erste namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Auszählung teile ich mit, sobald es vorliegt. (Unruhe)

- Ich bitte Sie, freundlicherweise wieder für einen Augenblick Platz zu nehmen, damit wir, bevor die nächste namentliche Abstimmung stattfindet, einige Abstimmungen durchführen können.

Wir stimmen zunächst über Art. 1, 2, 4 bis 6 sowie Einleitung und Überschrift in der Ausschussfassung ab. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die gerade aufgerufenen Artikel sowie Einleitung und Überschrift sind mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung des Bündnisses 90/Die Grünen angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung insgesamt angenommen. Zwar lagen bei den gerade durchgeführten offenen Abstimmungen übersichtliche Mehrheiten vor. Dennoch können wir nicht gänzlich ausschließen, dass es bei der ersten namentlichen Abstimmung keine Mehrheit gegeben hat. Eine Mehrheit ist allerdings Voraussetzung für die Schlussabstimmung. Daher müssen wir vor der zweiten namentlichen Abstimmung die Auszählung der Stimmen der ersten Abstimmung abwarten. Das wird sicherlich nicht allzu lange dauern. Bis dahin bitte ich um Geduld.

Ich unterbreche so lange die Sitzung.

</ text >

< text 16213 >

Ich rufe die Frage 19 des Kollegen Carl-Ludwig Thiele auf:

An welchem Tag ist das Bundesministerium der Finanzen auf eine Regelungslücke im Kreditwesengesetz hinsichtlich der Aufsicht über Finanzholdinggesellschaften hingewiesen worden, bzw. seit wann ist dem Bundesministerium der Finanzen diese Regelungslücke bekannt?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Thiele, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts geltende deutsche Rechtslage entsprach den Vorgaben aus der Bankenrichtlinie und der Kapitaladäquanzrichtlinie. Auch auf EU-Ebene ist eine umfassende Überwachung von Finanzholdinggesellschaften nicht vorgeschrieben. Vielmehr wird lediglich die Aufsicht über solche Finanzholdinggruppen insgesamt verlangt, denen Kreditinstitute angehören. Insofern war die bisherige gesetzliche Regelung eine Eins-zueins-

Umsetzung der EU-Vorgaben, auf die sich die Koalitionsfraktionen im Koalitionsvertrag geeinigt haben.

Deshalb teile ich die in der Formulierung Ihrer Frage zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass es sich um eine Regelungslücke handele, nicht.

Lassen Sie mich deutlich machen, wovon wir reden, damit der Inhalt für die Zuhörerinnen und Zuhörer klar wird. Finanzholdinggesellschaften mit ihren nachgeordneten Instituten wurden bislang zu einer Finanzholdinggruppe zusammengefasst, und diese Gruppe wurde auf konsolidierter Basis beaufsichtigt. Verantwortlich für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen war das übergeordnete Unternehmen. Bislang war das übergeordnete Unternehmen regelmäßig das Institut mit der größten Bilanzsumme innerhalb der Gruppe. Eine Finanzholdinggesellschaft wurde bei der Beaufsichtigung einer Finanzholdinggruppe lediglich einbezogen.

Künftig ist die Finanzholdinggesellschaft verantwortlicher Adressat bei der Beaufsichtigung einer Finanzholdinggruppe.

Die bislang eingeschränkte Aufsicht, nach der die BaFin im Wesentlichen nur die für die Aufsicht auf konsolidierter Basis erforderlichen Angaben verlangen konnte und Auskunftsrechte hinsichtlich der Richtigkeit der gemachten Angaben hatte, wird durch strengere Regelungen ersetzt. Danach kann die BaFin künftig die Finanzholdinggesellschaft als übergeordnetes Unternehmen innerhalb der Gruppe bestimmen, und von der Finanzholdinggesellschaft kann verlangt werden, die aufsichtlichen Anforderungen auf Gruppenebene einzuhalten. Die volle Verantwortung für das gesamte Risikomanagement und die Geschäftsorganisation der Gruppe trägt damit künftig der Vorstand der Finanzholdinggesellschaft. Ich will noch einmal betonen – das ist auch heute Morgen im Ausschuss besprochen worden –: Es geht um die Frage der Steuerung und nicht darum, inwieweit es einen Zugriff auf die Aufsicht gibt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin, die Hypo Real Estate kannte bis vor einiger Zeit nicht jeder – auch wenn sie als drittgrößtes Finanzinstitut mit einer Bilanzsumme von 400 Milliarden Euro ein im DAX notiertes Unternehmen war. Ich bin im Herbst letzten Jahres im Finanzausschuss fast vom Stuhl gefallen, als uns dort erklärt wurde, dass die Hypo Real Estate nicht der Bankenaufsicht unterliegt, weil sie eine Finanzholding ist.

Wir haben mehrfach nachgefragt. Auf die letzte Frage, die ich Ihnen gestellt habe, haben Sie in der letzten Woche geantwortet, dass es im April 2007 Gespräche im Finanzministerium gegeben habe. Dabei sei es um den Auftrag gegangen, eine Gesetzesformulierung zu finden, um eine solche Finanzholding überprüfen zu können. Ein entsprechender Vorschlag sei im Mai 2007 bei Ihnen eingegangen. Ich frage: Warum ist diese Lücke nicht geschlossen worden? Warum ist dieses Institut nicht der Aufsicht unterstellt worden?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, ich habe Ihnen auf die Frage, die Sie jetzt stellen, bereits schriftlich eine Antwort übermittelt. Ich will es Ihnen gern noch einmal deutlich machen: Diese Vorschläge sind gemeinsam mit den Vertretern des Bundesministeriums der Justiz und der Deutschen Bundesbank beraten worden. Dabei hat sich Prüfungsbedarf bezüglich des zu beschreitenden Weges herausgestellt. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen - auch diese Information haben Sie schon erhalten -, dass vor allem die Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben geklärt werden musste.

Sie wissen, dass dies eine durchaus komplizierte Materie ist. Es geht dabei um Fragen, die nicht innerhalb von zwei oder drei Wochen beantwortet werden können. Nach diesem Prüfprozess und der Abstimmung im Kreise der beteiligten Ressorts hat die BaFin modifizierte Vorschläge vorgelegt. Diese Vorschläge, die sie zusammen mit der Deutschen Bundesbank erarbeitet hat, sahen vor, dass Finanzholdinggesellschaften auf Antrag des jeweiligen Unternehmens einbezogen werden können; das wissen Sie bereits aus unserer Debatte über die Novelle zum Pfandbriefgesetz. Die BaFin hat nicht klar darauf hingewiesen, dass diese Regelung unbedingt geändert werden muss. Vor diesem Hintergrund haben sich die Koalitionsfraktionen für die Regelung entschieden, dass eine Prüfung auch von Amts wegen angeordnet werden kann. Wir haben sie dabei unterstützt. Nach der Prüfung der europarechtlichen Vorgaben - darauf habe ich gerade schon hingewiesen - haben wir nach einem Weg gesucht, diese Regelung in ein Gesetz aufzunehmen. Dabei ging es nicht um die bloße Umsetzung einer EU-Richtlinie; vielmehr war das die Novelle zum Pfandbriefgesetz, die Mitte des Jahres 2008 auf den Weg gebracht wurde. Sie dürfen nicht vergessen: Zwischen einem Kabinettsbeschluss und der Verabschiedung eines Gesetzentwurfes finden ja auch die parlamentarischen Beratungen statt.

Vizepräsidentin Petra Pau:  
Ihre zweite Nachfrage, bitte.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Das vergesse ich nicht, Frau Staatssekretärin. Die erste Lesung des Gesetzentwurfes, in den diese Regelung eingefügt wurde, fand im Dezember 2008 statt. Da wir ja alle wissen, dass die Sache mit Lehman Brothers und den damit zusammenhängenden Problemen Mitte September 2008 war, sehen wir ein: Zu diesem Zeitpunkt, im Dezember, war das Kind aber schon längst in den Brunnen gefallen.

Weil Sie berichtet haben, dass der Auftrag erteilt wurde, nachdem Gespräche geführt worden waren, möchte ich zu meiner Frage zurückkommen: Seit wann wusste das BMF, dass Finanzinstitute keiner eigenen Prüfung unterliegen?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Thiele, ich betone noch einmal: Es handelt sich nicht um eine Regelungslücke, sondern es geht um die Frage, inwieweit die aufgrund der Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien bestehenden Regelungen verstärkt werden sollen. Es ist so, wie ich Ihnen geantwortet

habe: Im April fanden die entsprechenden Gespräche statt. Gegen Ende des vorangegangenen Jahres - auch dies haben wir heute gehört - wurden die ersten Gespräche mit der BaFin geführt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Entschuldigung!

Wann war das mit der BaFin?)

- Den genauen Monat kann ich Ihnen nicht sagen. Ende des Jahres 2006 - das haben wir heute auch im Ausschuss gehört - fanden die ersten gemeinsamen Gespräche statt. Im Frühjahr 2007 ist, wie ich beschrieben habe, der erste schriftliche Vorschlag eingegangen. Dann folgte die Klärung der europarechtlichen Fragen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Barth hat eine Nachfrage.

Uwe Barth (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Staatssekretärin, hat die Bundesbank oder Ihr Haus im Zusammenhang mit dem Erwerb der DEPFA durch die Hypo Real Estate erkannt, dass die Probleme, die es bei der DEPFA gegeben hat, möglicherweise auch bei der Hypo Real Estate zu Problemen führen könnten? Haben Sie oder die Bundesbank dies erkannt, und, wenn ja, wann?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Barth, bei der Beantwortung dieser Frage bin ich ein bisschen vorsichtig; denn die Schwierigkeiten betrafen ja unterschiedliche Bereiche. Als Beispiel nenne ich die Liquiditätsprobleme. Es war klar, dass die Refinanzierung nach der Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September 2008 ausgesprochen schwierig würde. Dieses Problem hat sich aber erst später zu einer aktuellen Krise entwickelt. Sie können zudem nicht davon ausgehen, dass es nur bei der HRE so war. Wie Sie wissen, wurde die Refinanzierung für sehr viele Finanzinstitute, auch für internationale Finanzinstitute, ab diesem Zeitpunkt zu einem Problem.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort zu einer weiteren Nachfrage hat der Kollege Roland Claus.

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, welche Abteilungsleiterin oder welcher Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen war Ende 2007/Anfang 2008 mit den BaFin-Vorschlägen, um die es gerade geht, federführend befasst? Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, ich kann und werde Ihnen hier nicht sagen, auf welcher Ebene die Gespräche jeweils geführt worden sind. Ich habe keinen Überblick, auf welcher Arbeitsebene die Gespräche, die ich gerade angeführt habe, geführt worden sind, und halte es - das will ich ausdrücklich sagen - auch nicht für richtig, spekulativ Namen zu nennen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Mücke, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

(Jan Mücke [FDP]: Wir wollten eigentlich noch die Frage 20 behandeln!)

- Sie hatten das gerade angemeldet.

(Jan Mücke [FDP]: Nach Frage 20! - Carl-

Ludwig Thiele [FDP]: Es gibt noch eine Nachfrage!)

- Es gibt jetzt ein wenig Verwirrung. Das hat etwas damit zu tun, dass uns Unterschiedliches angezeigt worden ist.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Wobei ich Wert darauf lege, dass die Verwirrung in diesem Fall nichts mit der Bundesregierung zu tun hat!

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Nur in diesem Fall nicht! Seltene Ausnahme!)

- Nein, in mehreren Fällen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Verwirrung gibt es in diesem Fall zwischen der FDP-Fraktion und dem Präsidium.

Frau Staatssekretärin, sind Sie bereit, noch eine Nachfrage des Kollegen Toncar zu beantworten?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Wenn es der FDP hilft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Florian Toncar (FDP):

Vielen Dank. - Frau Staatssekretärin, ich kann verstehen, dass Sie auf diese Feststellung Wert legen, und finde es gleichermaßen bemerkenswert, dass Sie das hier feststellen.

Ich habe an Sie die Frage: Entspricht es den Tatsachen

- Sie haben sich ja stark am Begriff der Regelungslücke

festgehalten -, dass das BMF schon im Jahr 2007

wusste, dass die HRE Holding nach der geltenden

Rechtslage nicht der deutschen Bankenaufsicht unterliegt?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Toncar, ich habe es gerade beschrieben:

Wir haben wie alle anderen europäischen Staaten die entsprechende EU-Richtlinie eins zu eins umgesetzt. Die Steuerung ist dann, wie in allen anderen Staaten, die sich an die EU-Richtlinie gehalten haben, so gewesen, wie ich es dem Herrn Kollegen Thiele gerade beschrieben habe.

Jetzt ist die Entscheidung gefallen - ich betone es noch einmal: Es geht nicht darum, eine Regelungslücke zu schließen; das bestreite ich ausdrücklich -, über die Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Vorgaben hinauszugehen.

Den Zeitplan, den ich gerade genannt habe, kann ich noch einmal bestätigen; selbstverständlich gilt das, was ich vor zwei Minuten gesagt habe.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Damit kommen wir zur Frage 20 des Kollegen Carl-Ludwig Thiele:

Hätte die Aufsicht, bei einer frühzeitigen Schließung dieser Regelungslücke im Sommer 2007, die Hypo Real Estate Holding AG, HRE, und die DEPFA Bank plc prüfen müssen?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, es ist wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass selbst wenn die Änderungen, die wir jetzt mit der Pfandbriefnovelle auf den Weg bringen, schon in Kraft gewesen wären, die Aufsicht gegenüber der HRE und ihrer irischen Tochter keine anderen Prüfungsmöglichkeiten als die nach den bestehenden Vorschriften gehabt

hätte. Auch die neuen Regelungen können die primäre Zuständigkeit der irischen Aufsicht für die DEPFA Bank, die irische Tochter der HRE, nicht beseitigen. Das ist Ihnen heute im Ausschuss noch einmal bestätigt worden. Allerdings wird die Aufsicht der BaFin – das will ich gern noch einmal erläutern; denn es geht um eine Steuerungsfrage und nicht, wie manchmal unterstellt wird, um eine reine Aufsichtsfrage – über eine Finanzholdinggesellschaft insoweit gestärkt, als künftig die Vorstandsmitglieder aufgrund ihrer nunmehr festgeschriebenen Verantwortung für das Risikomanagement und die Geschäftsorganisation der gesamten Gruppe zur Verantwortung gezogen werden können. Mit den neuen Regelungen steigt also der Druck auf die verantwortlichen Personen, sich intensiver mit allen Instituten der Gruppe und deren Geschäftsfeldern zu beschäftigen. Damit steigt auch die Qualität der Informationen, die der Aufsicht zur Verfügung gestellt werden. Aber um es hier noch einmal deutlich zu sagen: Es ist nicht so, dass nun plötzlich national geregelt werden könnte, dass wir die Aufsicht über die irische Tochter übernehmen. Das ist Ihnen heute Morgen im Ausschuss noch einmal sehr deutlich bestätigt worden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Es geht hier um die Prüfungsaufsicht und nach meinem persönlichen Eindruck auch um ein gewisses Versagen an dieser Stelle; denn die Regelungslücke – dieser Punkt hat mich interessiert – ist uns im Ausschuss erst im Herbst letzten Jahres bekannt geworden. Deshalb noch einmal meine Frage, die ich Ihnen gestellt habe:

Hätte die Aufsicht, bei einer frühzeitigen Schließung dieser Regelungslücke im Sommer 2007, die Hypo Real Estate ... und die DEPFA ... prüfen müssen? Zwischenzeitlich ist – das kommt erschwerend hinzu – der Erwerb der DEPFA mit einem Bilanzvolumen von 130 Milliarden Euro erfolgt. Durch diesen Erwerb ist die Hypo Real Estate um fast 50 Prozent größer geworden. Keine deutsche Aufsicht hat geprüft, ob das in Ordnung ist. Das halte ich nach wie vor für undenkbar. Die Frage ist: Hätte das nicht geprüft werden müssen?

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Thiele, ich erlaube mir in diesem Fall auf den schriftlichen Bericht zu verweisen, den die Bundesregierung bereits im November 2008 an den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages geschickt hat, in dem die Umstände sehr detailliert dargestellt sind. Ich zitiere aus diesem Bericht: Im Rahmen der Einzelinstitutsaufsicht und damit für die Überwachung von Solvenz und Liquiditätsausstattung sind die nationalen Aufsichtsbehörden verantwortlich und prüfungsberechtigt. Die irischen Töchter der Gruppe unterliegen dagegen der Aufsicht durch die irische Behörde. Für diese sind auf Einzelinstitutsebene die irischen Vorschriften maßgeblich. Durch die Pfandbriefnovelle – auch das hat zum Beispiel der Präsident der BaFin heute Morgen im Ausschuss sehr deutlich gemacht – ist diese Tatsache nicht

verändert worden. Sie erwecken sehr häufig den Eindruck, als habe es erst jetzt - und damit sehr spät - eine Veränderung bei den Prüfungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten gegeben. Dem ist nicht so. Ich habe Ihnen erläutert, dass es hier um Steuerung geht, und Ihnen die Verantwortlichkeiten beschrieben. Vergessen Sie nicht, dass wir heute Morgen von Herrn Sanio gehört haben, dass es eine entsprechende Kooperation gegeben hat und dass wir trotzdem in diese schwierige Lage gekommen sind.

Auch wenn ich es wiederholen muss: Von einer Regelungslücke zu sprechen, die jetzt dazu führe, dass wir anders prüfen können, ist fachlich nicht richtig.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu einer zweiten Nachfrage.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Frau Staatssekretärin, ich glaube, kein Bereich unserer Wirtschaft ist so stark beaufsichtigt und reglementiert wie der Finanzsektor, und zwar aus gutem Grund, wie wir inzwischen wissen. Es gibt zwei zentrale Vorschriften: § 10 und § 11 des Kreditwesengesetzes, zum einen über das Eigenkapital der Bank und zum anderen über die Liquidität.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass ein Großteil der Probleme der Hypo Real Estate derzeit daher rührt, dass vermutlich von der DEPFA viele langfristige Forderungen eingegangen wurden, die kurzfristig finanziert wurden? Hätte nicht bei einer Prüfung nach § 11 KWG auffallen müssen, dass hier eine sogenannte Fristeninkongruenz besteht? So kann man zwar hervorragend Geld machen, solange man kurzfristig billiges Geld bekommt; aber wenn das nicht mehr möglich ist, dann treten Riesenprobleme auf. Genau das sind die Probleme, die uns im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Hypo Real Estate beschäftigen. Dieser Vorgang hätte bei einer normalen deutschen Aufsicht überhaupt nicht entstehen können.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Thiele, es ist heute Morgen im Ausschuss deutlich geworden: Ja, die inkongruenten Refinanzierungsstrukturen waren bei sehr vielen Instituten

ein Problem, und zwar nicht nur in diesem Bereich.

Aber ich will noch einmal betonen - auch das ist heute Morgen klar geworden -: Die Liquiditätsausstattung, also die Frage, die Sie angesprochen haben, wurde und wird im Rahmen einer konsolidierten Aufsicht in Irland nicht der Prüfung unterzogen. Weil Sie immer den Eindruck erwecken, das sei ein nationales Versäumnis, will ich noch einmal deutlich machen, dass Ihnen heute Morgen Herr Sanio ausdrücklich gesagt hat - das kann ich nur bestätigen -, dass die Frage der Prüfungszugriffe, zum Beispiel auf die Liquiditätsausstattung, außerhalb der konsolidierten Aufsicht nicht national gelöst werden kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Kollege Mücke.

Jan Mücke (FDP):

Frau Präsidentin! Wir hatten vorhin in der FDP-Fraktion keinesfalls einen Zustand der Verwirrung erreicht,



sondern wir wollten der Bundesregierung die Gelegenheit geben, auch die Frage 20 zu beantworten.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Hat sie das?)

Wir sind mit den Antworten nicht ganz zufrieden und halten es deshalb für erforderlich, gemäß § 106 unserer Geschäftsordnung in Verbindung mit Anlage 5 I.1 b

(Iris Gleicke [SPD]: Wir kennen das! Wir wissen, was Sie wollen!)

eine Aktuelle Stunde zum Thema Hypo Real Estate aus der Fragestunde heraus zu verlangen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Fraktion der FDP hat zu den Antworten der Bundesregierung auf die Fragen 19 und 20 eine Aktuelle Stunde verlangt. Das entspricht Nr. 1 b der Richtlinien für die Aktuelle Stunde. Die Aussprache findet im Anschluss an die Fragestunde statt.

Ich darf mich trotzdem bei der Frau Staatssekretärin für die Beantwortung der Fragen zu diesem Geschäftsbereich bedanken.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Zur Beantwortung der Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte zur Verfügung.

Die Frage 21 der Kollegin Hirsch wird schriftlich beantwortet, ebenso die Frage 22 der Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

Ich rufe die Frage 23 der Kollegin Dr. Dagmar Enkelmann auf:

Wie bewertet die Bundesregierung anhaltende Diskussionen um eine mögliche Insolvenz der Adam Opel GmbH angesichts der Tatsache, dass in einem solchen Fall Zulieferunternehmen sofort Vorkasse verlangen können und damit die wirtschaftliche Situation des Autobauers deutlich verschlechtert würde?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin Enkelmann, die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen über eine mögliche Insolvenz von Opel. Die Auswirkungen einer öffentlichen Diskussion dieses Themas müssen aber ernst genommen werden.

Im Übrigen hat die Bundesregierung keinen Einfluss auf Vertragsgestaltungen zwischen der Automobilindustrie und Zulieferbetrieben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, meinen Sie nicht auch, dass durch das ziemlich unverantwortliche Gerede von einer möglichen Insolvenz potenzielle Investoren verschreckt werden könnten?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Enkelmann, ich habe ausdrücklich erklärt, dass wir uns an Spekulationen und Bewertungen von Spekulationen nicht beteiligen. Je länger wir jetzt spekulativ über diese Frage diskutieren, desto größer ist die Gefahr, dass wir das von Ihnen angesprochene Problem möglicherweise

vergrößern.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur zweiten Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Es geht aber immerhin um Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung. Wir reden hier nicht über irgendwelche Spekulationen in der Presse, sondern über Äußerungen seitens der Bundesregierung. Meinen Sie nicht, dass das fahrlässig ist und dass hier ein Machtwort der Kanzlerin angesagt ist, wonach die Bundesregierung alles tun wird, um eine Insolvenz von Opel zu verhindern? Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Nein, ein solches oder ein anderes Wort - egal in welche Richtung - ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher schädlich denn nützlich.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ein Machtwort der Kanzlerin ist schädlich?)

- Auch ein Machtwort der Kanzlerin zur falschen Zeit kann schädlich sein.

(Jörg-Otto Spiller [SPD]: Nur zur richtigen Zeit!)

Deswegen werden Machtworte nur dann gesprochen, wenn es nötig ist, und nicht früher oder später. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, zu Guttenberg, hat nicht zuletzt auf seiner jüngsten USA-Reise deutlich gemacht, dass für die Bundesregierung eine direkte Beteiligung des Bundes an einer neuen, unabhängigen europäischen Gesellschaft nicht infrage kommt. Über eventuelle sonstige staatliche Hilfen, zum Beispiel Bürgschaften, wird erst nach Vorlage des volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und juristisch belastbaren Konzeptes von General Motors bzw. Opel zu entscheiden sein.

Ich habe damit Ihre Frage 24 gleich mit beantwortet.

Wir können ja sicherlich im Zusammenhang darüber diskutieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Einen kleinen Moment, wir müssen das Ganze erst einmal sortieren, weil mir nicht angekündigt worden war, dass Sie Frage 24 gleich mit beantworten.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Richtig!

Es kann zu Frage 23 noch weitere Nachfragen geben!)

Es gibt zu Frage 23 noch eine Nachfrage aus dem Plenum.

Die zwei Nachfragen, die der Kollegin Enkelmann zustehen, sind gestellt. Frau Dückert stellt jetzt erst einmal eine Nachfrage zur Frage 23. Danach klären wir die Nachfragen zur Antwort auf die Frage 24. - Bitte.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, ist die von Ihnen zitierte Aussage des Wirtschaftsministers, dass eine staatliche Beteiligung an Opel in welcher Form auch immer vonseiten der Bundesregierung nicht geplant und nicht verfolgt wird - ich füge hinzu: zu diesem Zeitpunkt, zu dem man das Konzept, das vorgelegt werden soll, noch nicht beurteilen kann -, innerhalb der Bundesregierung abgestimmt?

Ist das die Haltung der Bundesregierung insgesamt?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin Dückert, Sie haben von einer staatlichen

Beteiligung „in welcher Form auch immer“ gesprochen. Das ist der kleine oder auch große Unterschied zu meiner Aussage. Meine Aussage – sie ist mit der Bundesregierung abgestimmt – war: Guttenberg hat auf dieser Reise eine direkte Beteiligung des Bundes an einer neuen, unabhängigen europäischen Gesellschaft abgelehnt. Darum geht es. Wenn Sie das durch die Worte „in welcher Form auch immer“ ergänzen, dann weiten Sie die Fragestellung in Nebenbereiche aus, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist diese Aussage mit der Regierung abgestimmt?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Recht zu nur einer Nachfrage; tut mir leid.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat sie nicht beantwortet!)

Dann kommen wir jetzt zur Frage 24 der Kollegin Dagmar Enkelmann:

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, dass die Adam Opel GmbH für die Anfangszeit staatliche Hilfen benötigt (vergleiche Neue Osnabrücker Zeitung vom 18. März 2009), im Lichte der Feststellung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, laut der die Bundesregierung bei der Adam Opel GmbH „nicht an eine Staatsbeteiligung“ denke (vergleiche Plenarprotokoll 16/210, Seite 22666)?

Herr Staatssekretär hat die Frage schon beantwortet.

Wollen Sie gleich die Nachfragen stellen, Frau Enkelmann?

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, vielleicht wäre es interessant, die Antwort noch einmal im Kontext mit meiner Frage zu hören; denn der Kollege Schauerte hat offenkundig versucht, die Frage zu umgehen.

(Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär: Nein!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Vielleicht können wir uns darauf einigen, Herr Staatssekretär, dass Sie die Antwort auf die Frage 24, die Sie schon gegeben haben, für alle wiederholen. Offensichtlich haben auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen die Vermischung der Antwort auf die zweite Nachfrage mit der Beantwortung der Frage 24 nicht ganz nachvollziehen können. Wenn Sie sie noch einmal kurz zusammenfassen, dann haben wir sicherlich alle wieder den roten Faden.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich habe die Frage vorhin schon beantwortet, weil ich davon ausgegangen bin, dass die beiden Fragen zusammen beantwortet werden. Ich wiederhole sie aber gerne.

Die Antwort der Bundesregierung lautet wie folgt:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, zu Guttenberg, hat nicht zuletzt auf seiner jüngsten USA-Reise deutlich gemacht, dass für die Bundesregierung eine direkte Beteiligung des Bundes an einer neuen, unabhängigen europäischen Gesellschaft nicht infrage

kommt. Über eventuelle sonstige staatliche Hilfen, zum Beispiel Bürgschaften, wird erst nach Vorlage des volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und juristisch belastbaren Konzeptes von General Motors bzw. Opel zu entscheiden sein.

Erlauben Sie mir den Zusatz, dass wir das in allen Fragen in diesem Zusammenhang, die von allen anderen Unternehmen in Zukunft an uns gestellt werden, genauso halten wollen: Zuerst muss ein Konzept vorliegen; erst dann wird die Bundesregierung antworten. Es geht nicht darum, dass die Bundesregierung das Konzept erstellt. Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Das verlangt auch niemand von Ihnen, zumal wir der Auffassung sind, dass die Bundesregierung das ohnehin nicht kann.

In der vergangenen Sitzungswoche hat Staatssekretärin Dagmar Wöhrle in der Fragestunde auf entsprechende Fragen unsererseits darauf hingewiesen, dass die finanziellen Möglichkeiten sehr beschränkt sind und dass sich schon im März für Opel die Überlebensfrage stellen kann. Minister zu Guttenberg mahnte zur Geduld. Eine Agenturmeldung von heute lautet:

Von neueren Entwicklungen in den USA, die die Entscheidung über Staatshilfen für Opel in Deutschland beschleunigen könnten, sei ihm nichts bekannt.

Dagegen gibt es neue Aussagen aus den USA, dass führende Gläubiger massive Zweifel an den Sanierungsplänen von GM haben. Müsste das nicht die Bundesregierung dazu bringen, schnellstmöglich über eigene Vorstellungen - beispielsweise über Staatsbürgschaften - ernsthaft nachzudenken?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Nachdenken ist in solchen Fragen immer geboten.

Wir sind in enger Abstimmung und im intensiven Gespräch mit Opel, GM Europe und GM Worldwide.

Guttenberg hat nicht umsonst eine wichtige Reise in die USA unternommen; er wollte auch mit der amerikanischen Regierung wichtige Fragen in diesem Zusammenhang klären.

Das ist ein ausgesprochen schwieriger Komplex. Ihre Kollegen, die heute Morgen an der Sitzung des Wirtschaftsausschusses teilgenommen haben, können sicherlich

bestätigen, wie umfangreich und problematisch diese Fragen sind. Es bleibt bei der Reihenfolge - das ist mit den Beteiligten abgestimmt -: Zuerst müssen die Beteiligten - also das Unternehmen oder der Unternehmensteil -, die staatliche Hilfe haben wollen, ein belastbares Konzept vorlegen; das kann nicht die Regierung sein. Erst wenn ein solches Konzept vorliegt, können wir konkret entscheiden, ob und in welcher Weise der Staat bei der Durchführung des Konzepts hilft. Alles andere ist Spekulation. Jede andere Vorgehensweise wäre nicht verantwortbar.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Enkelmann, Sie haben das Wort zu einer zweiten Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Zur Reisetätigkeit der Bundesregierung: Es ist uns bekannt geworden, dass die Bundeskanzlerin am 31. März zu Opel nach Rüsselsheim reisen will. Das ist der letzte Tag, an dem ein Sanierungskonzept für GM vorgelegt werden kann. Können wir die Hoffnung haben, dass die Kanzlerin sozusagen nicht mit leerem Gepäck nach Rüsselsheim reist und dann möglicherweise konkrete Vorstellungen hat, wie die Bundesregierung zum Erhalt von Opel in Rüsselsheim beitragen kann?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin, ob der 31. März der letzte Tag ist, an dem ein Konzept vorgelegt werden kann, ist diskussionswürdig. Das ist ein Datum, das genannt worden ist.

Ob es das letzte ist, kann ich noch nicht endgültig beantworten. Die Bundeskanzlerin hat diesen Termin bereits vor langer Zeit verabredet, losgelöst von der Zuspitzung der Krisensituation. Wir begrüßen sehr, dass sie diesen Termin aufrechterhält und mit der Belegschaft über ihre Sorgen und Fragen spricht. Ob und welche Erklärungen sie abgeben kann, können wir sicherlich erst beurteilen, wenn wir wissen, was bis dahin vorliegt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat die Kollegin Dückert das Wort.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, leider muss ich das knappe Gut der Fragen, die uns als Parlamentarier zur Verfügung stehen, dazu nutzen, eine von mir schon einmal gestellte Frage zu wiederholen. Das ist schade, aber darauf gab es keine Antwort. Um Ihnen mit der Formulierung nicht wieder die Möglichkeit zu geben, zu entweichen, möchte ich folgende Fragen stellen: Ist das von Ihnen vorgetragene Zitat des Ministers zu Guttenberg, der sinngemäß gesagt hat, er schließe eine direkte Beteiligung des Staates an Opel definitiv aus, in der Bundesregierung abgestimmt? Ist es die abgestimmte Haltung der Bundesregierung, eine direkte Beteiligung des Staates an Opel auszuschließen?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin Dückert, meine Antwort, die ich hier vorgelesen habe, ist in der Bundesregierung abgestimmt. Wenn Sie sich daran erinnern, wie ich sie vorgetragen haben, dann wissen Sie, was das heißt.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Antwort!)

Ich möchte Ihnen gar nicht entweichen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie schon!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat die Kollegin Dagdelen das Wort.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Lieber Herr Staatssekretär Schauerte, Sie haben auf die Frage 24 meiner Kollegin Dagmar Enkelmann geantwortet, dass eine direkte Beteiligung des Staates an Opel ausgeschlossen werde und dass man auf ein Konzept warte. Meine Frage

ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass ich selbst Bochumer Abgeordnete bin. Wenn es darum geht, die Arbeitsplätze bei Opel zu retten, dürfte die Regierung doch keine Option ausschließen, auch nicht einen Staatseinstieg. Wäre es nicht unvernünftig und auch verantwortungslos, wenn die Bundesregierung, bevor ein Konzept vorliegt und alle Eventualitäten bekannt sind, von vornherein eine Option ausschließt?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sie stellen ähnliche Fragen. Ich kann Ihnen - ähnlich wie eine tibetanische Gebetsmühle - nur die gleiche Antwort geben. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie hat nicht zuletzt in den USA deutlich gemacht, dass für die Bundesregierung eine direkte Beteiligung des Bundes an einer neuen, unabhängigen europäischen Gesellschaft nicht infrage kommt. Genau das bleibt die Aussage.

Die Frage der Kollegin Dückert hatte einen weiterführenden Ansatz, wenn ich das feststellen darf. Dazu sage ich: Die Antwort spricht für sich.

(Sevim Dagdelen [DIE LINKE]: Das war nicht meine Frage!)

Es gibt zu diesem Punkt noch keine endgültige abgestimmte Meinung der Bundesregierung. So eindeutig muss man diese Antwort interpretieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat der Kollege Dreibus das Wort.

Werner Dreibus (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Staatssekretär, wie erklären Sie sich denn vor dem Hintergrund Ihrer Aussage, dass wichtige Mitglieder der Bundesregierung - ich beginne mit dem Vizekanzler und Bundesaußenminister und führe das fort bis hin zum Bundesminister für Arbeit und Soziales - öffentlich, unter anderem in Rüsselsheim und gestern in Wolfsburg, zu der Notwendigkeit einer staatlichen Beteiligung offensichtlich völlig andere Aussagen machen als Sie als Vertreter der Bundesregierung hier vor dem deutschen Parlament?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort, Herr Staatssekretär.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung in solchen Zusammenhängen bleiben, soweit sie nicht abgestimmt sind und keine Kabinettsreife erlangt haben, Äußerungen der jeweiligen Minister. Ich vertrete hier die Äußerung meines Ministers, der eine klare Position hat. Dass einzelne Mitglieder einer Bundesregierung, insbesondere die einer Großen Koalition, in einer so ausgesprochen schwierigen Frage bis zum endgültigen Entscheidungstag und bis zur endgültigen Kabinettsreife unterschiedliche Positionen haben können, vielleicht sogar im Hinblick auf den Erkenntnisgewinn haben sollten, sollte nicht kritisiert werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die letzte Nachfrage zu Frage 24 stellt der Kollege Ramelow.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Herr vortragender Staatssekretär, ich habe Sie so verstanden, dass Ihr Minister vortragen lässt, dass keine Beteiligung des Bundes angedacht ist und dass das die im Bundeskabinett vereinbarte Linie sei. Ich frage Sie als Staatssekretär: Wie bewertet Ihr Minister die Beteiligung des Landes Niedersachsen an VW, und wie bewertet Ihr Minister in diesem Zusammenhang das VW-Gesetz und die Auseinandersetzung über das europäische Gemeinschaftsrecht? Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr fragender Abgeordneter, Sie haben das leicht verfälscht. Ich habe nicht erklärt, dass es im Kabinett abgestimmt sei; ich habe sogar das Gegenteil gesagt - damit nicht etwas Falsches hängenbleibt.

Im Übrigen gibt es historisch gewachsene Situationen wie zum Beispiel in Wolfsburg, die man so beurteilen kann, und aktuelle Situationen, die man anders beurteilen kann. Sie wissen, dass es auch in der Bundesregierung durchaus abgestimmte Unterschiede in der Beurteilung einer andauernden Beteiligung an VW gegeben hat. Diese Art von Unterschieden halte ich für im absolut zulässigen Bereich.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nach unserer Geschäftsordnung fragen die Abgeordneten, und die Mitglieder der Bundesregierung beantworten nach Ermessen und Wissen die Fragen.

Ich rufe jetzt die Frage 25 des Kollegen Bodo Ramelow auf:

Sieht die Bundesregierung Hinderungsgründe vor dem Hintergrund, dass sich die Aussage, die Bundesregierung denke bei der Adam Opel GmbH „nicht an eine Staatsbeteiligung“ (vergleiche Plenarprotokoll 16/210, Seite 22666), auf die Bundesregierung als handelndes Organ bezieht, die die vier Bundesländer bzw. die Landesregierungen von Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen daran hindern würden, gemeinschaftlich ein Kaufangebot für die Adam Opel GmbH bei der General Motors Corporation rechtswirksam zu hinterlegen?

Der Staatssekretär hat das Wort.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, zu Guttenberg, hat nicht zuletzt auf seiner jüngsten USA-Reise deutlich gemacht, dass für die Bundesregierung eine direkte Beteiligung des Bundes an einer neuen, unabhängigen europäischen Gesellschaft nicht infrage kommt. Mit dieser Aussage beabsichtigt die Bundesregierung jedoch in keiner Weise, die in der Fragestellung genannten Bundesländer oder andere Parteien hinsichtlich der Art ihrer Unterstützung für Opel zu binden. - Das ist die Antwort auf die Frage 25.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Verstehe ich Sie richtig, dass es damit auch nach Meinung der Bundesregierung keine Hinderungsgründe gibt - nach denen habe ich gefragt - und es somit möglich wäre, dass die vier Länder handeln könnten, um analog dem VW-Modell eine 20-prozentige Beteiligung zu erwerben, um damit eine Trennung von GM im Wege des

Kaufes zu ermöglichen?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich habe dazu vorgetragen: Mit dieser Aussage beabsichtigt die Bundesregierung jedoch in keiner Weise, die in der Fragestellung genannten Bundesländer oder andere Parteien hinsichtlich der Art ihrer Unterstützung für Opel zu binden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu einer zweiten Nachfrage.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, es ist schwierig, einen vortragenden Staatssekretär zu befragen, wenn er auf die Frage: „Sieht die Bundesregierung Hinderungsgründe ...?“ antwortet:

Also, die vier Länder können handeln.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Versuchen Sie es einfach noch einmal mit der Formulierung einer Frage.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Ich gestehe nur meine Hilflosigkeit, da die Frage nicht beantwortet wurde. Ich hatte nach den Hinderungsgründen gefragt.

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, dass die vier Länder gemeinsam einen Strukturfonds analog dem französischen Beispiel bilden, um das Unternehmen Opel gemeinschaftlich erwerben zu können, das Ganze letztendlich aber auf eine Minderheitsbeteiligung nach dem VW-Modell zu reduzieren?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Rechtliche Hinderungsgründe für eine solche Entscheidung der Länder sind aufgrund ihrer Unabhängigkeit und Souveränität nicht zu erkennen. Ein gesetzliches Verbot der Bundesregierung einer solchen Maßnahme ist auch deswegen nicht zu erwarten. Ob und wie wir das bewerten, können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten. Kein Hinderungsgrund.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Nachfrage hat die Kollegin Dagdelen das Wort.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Weil das Stichwort „Kabinetts“ gefallen ist, möchte ich Sie gerne fragen, Herr Staatssekretär: Stand das Thema Opel heute auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung? Falls ja, in welcher Weise wurde das Thema Opel erörtert?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin, da muss ich passen. Auf diese Frage bin ich nicht vorbereitet. Ich habe mir die komplette Tagesordnung des Kabinetts in der Vorbereitung auf die Fragestunde nicht angesehen. Ich liefere Ihnen die Antwort gerne nach.

(Sevim Dagdelen [DIE LINKE]: Danke schön! Das ist ein Wort!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen jetzt zur Frage 26 des Kollegen

Ramelow:

In welchem Umfang kann die Bundesregierung Mittel aus der Förderung von Forschung und Innovation kurz- und mittelfristig



zur Verfügung stellen, um die Adam Opel GmbH zu einem Produzenten und Anwender alternativer Antriebstechnologien und moderner, ökologisch orientierter Fahrzeugkonzepte zu profilieren, und wie bewertet die Bundesregierung die Angabe, dass die Liquidität der Adam Opel GmbH „dank der Umweltprämie bis zum Sommer sichergestellt ist“ (vergleiche Thüringer Allgemeine vom 18. März 2009), entgegen der Auskunft der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass die Liquidität ein „Überleben bis April“ ermögliche (vergleiche Plenarprotokoll 16/210 vom 18. März 2009)?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die technologieoffene Innovationsförderung des BMWi ist mittelstandsorientiert. Auch nach der Ausweitung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand, ZIM, durch das Konjunkturpaket II liegt die Betriebsgröße – jetzt mit einer Grenze von 1 000 Beschäftigten – von Opel über dieser Schwelle. Dagegen besteht jedoch für Opel ebenso wie für alle deutschen Automobilhersteller die Möglichkeit, sich kurzfristig an anwendungsorientierter Forschung im Bereich der Mobilität zu beteiligen, die aus dem Konjunkturpaket II, Ziffer 9, finanziert wird. Mittelfristig kommt gegebenenfalls eine technologiespezifische Förderung alternativer Antriebe im Rahmen des 3. Verkehrsforschungsprogramms infrage.

Die von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gemachten Aussagen basieren auf Informationen – das bezieht sich auf den zweiten Teil der Frage –, die General Motors Europe gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages gemacht hat. Die Richtigkeit des von der Thüringer Allgemeinen am 18. März 2009 aufgezeigten Zusammenhangs zwischen Umweltprämie und der Liquidität der Adam Opel GmbH kann von der Bundesregierung nicht beurteilt werden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wie ich sehe, hat Herr Ramelow keine Nachfrage.

Dann kommen wir zur Frage 27 des Kollegen

Dreibus:

Unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung die Bildung eines Käuferkonsortiums für die Adam Opel GmbH aus den vier betroffenen Bundesländern Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie unter Einbeziehung der Händlerorganisation, von Zulieferunternehmen und einer Mitarbeiterbeteiligung für umsetzbar, und würde die Bundesregierung ein solches Fondsmodell aktiv in der Weise unterstützen, dass für die gesamte Fondssumme eine Bundesbürgschaft bzw. ein Bundeskredit gewährt wird und damit ein rechtsverbindliches Kaufangebot bei der General Motors Corporation hinterlegt werden kann?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Kollege Dreibus, da Ihre Fraktionskollegen in ihren Fragen immer den gleichen Komplex angesprochen haben, wiederhole ich nicht das, was ich in meinen Antworten bereits mehrfach gesagt habe; was ich also zu Herrn zu Gutenberg gesagt habe, muss ich jetzt nicht noch einmal vorlesen.

Meine weitere Antwort auf Ihre Frage lautet: Die

Bundesregierung begrüßt jedoch die eventuelle Bereitschaft der Bundesländer, Händler, Zulieferer und Mitarbeiter, sich aktiv an einer Lösungssuche zu beteiligen. Ob das in der Fragestellung angesprochene Modell ein gangbarer Weg ist, kann von der Bundesregierung erst nach Vorlage eines volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und juristisch belastbaren Konzepts von General Motors bzw. Opel beurteilt werden. Wir nähern uns wieder der Antwort auf die erste Frage von Frau Enkelmann.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Dreibus, Sie haben eine Nachfrage.

Werner Dreibus (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Darf ich Sie zunächst darauf hinweisen, dass sich meine Frage nicht um direkte Finanzbeteiligungen des Bundes dreht, sondern dass es um die Absicherung möglicher Landesbeteiligungen geht? Darf ich Sie insofern auf den Unterschied zu dem vorhergehenden Fragenkomplex aufmerksam machen? Ich bitte Sie, meine Frage präzise zu beantworten, ob die Bundesregierung im Sinne meiner Frage bereit ist, entsprechende Aktivitäten der vier benannten Landesregierungen durch Bürgschaften und anderes finanziell abzusichern. Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Kollege, Sie wollen sicherlich darauf abstellen, ob die Bundesregierung ein solches Fondsmodell aktiv in der Weise unterstützen würde. Das ist der Punkt. Das Fondsmodell ist eine der Möglichkeiten für ein realitätsnahes Konzept. Darauf habe ich geantwortet: Ob das in der Fragestellung angesprochene Modell, nämlich Ihre Fondslösung, ein gangbarer Weg ist, kann von der Bundesregierung erst nach Vorlage eines geschlossenen Konzepts beurteilt werden. - Wir können nicht ein Modell in die Welt stellen, ohne zu wissen, mit welchen konkreten betriebswirtschaftlichen Maßnahmen es unterfüttert werden soll.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Es geht um die grundsätzliche Bereitschaft!)

Bei all diesen Anträgen - wir werden das in Deutschland jetzt tausendfach erleben; Mittelständler, große und kleine, werden Bürgschaften, Kredite und Hilfen der öffentlichen Hand zur Vermeidung der negativen Auswirkungen der Krise haben wollen - muss die Regel sein, dass das Unternehmen - das gilt für kleine und erst recht für große Unternehmen - ein wirklich belastbares Konzept vorstellt, zu dem wir dann sagen können, ob es finanziert werden kann. Umgekehrt läuft der Weg nicht.

Ich darf noch einmal sagen: Wir erwarten ein solches Konzept beim Antrag eines jeden kleinen mittelständischen Unternehmens, und zwar geprüft und ausgereift.

Vorher schaut sich der Staat das überhaupt nicht an. Hier geht es um ein wirklich großes Unternehmen, dem alle Beratungskapazitäten der Welt zur Verfügung stehen.

Auch dieses Unternehmen soll dann bitte schön ein Modell entwickeln, das aus unternehmerischer Sicht betriebswirtschaftlich passt. Dann sind wir natürlich bereit, das sehr konstruktiv zu prüfen. Es geht aber nicht umgekehrt, dass wir das Konzept mit aufstellen. Auf bruchstückhafte Konzepte antworten wir nicht mit einer

bewilligungsnahen Aussage. Das würde jedes Förderinstrumentarium in Unordnung bringen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie haben eine weitere Nachfrage? - Bitte schön.

Werner Dreibus (DIE LINKE):

Ich darf mir zunächst eine Bemerkung erlauben. Ich habe zunehmend Verständnis dafür, dass Beschäftigte in Unternehmen zunehmend den Eindruck haben: Wenn es um die Rettung von Banken geht, ist die Bundesregierung sehr schnell bei der Hand; wenn es aber um die Rettung von Arbeitsplätzen in Industrieunternehmen geht, ist sie nicht in der Lage, kurzfristig zu handeln oder zumindest eigene Konzepte zu entwickeln.

Ich will aber noch einmal auf Beantwortung meiner Frage bestehen; Sie haben sie nach meiner Auffassung nämlich immer noch nicht beantwortet. Ich habe danach gefragt, ob die Bundesregierung prinzipiell bereit ist, Länder, die sich über ein wie auch immer geartetes Modell - das ist nicht der Kern der Frage - an Opel beteiligen, über eine Bundesbürgschaft bzw. Bundeskredite finanziell abzusichern.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich muss zunächst auf Ihre Bemerkung eingehen. Die Bundesregierung kümmert sich sehr intensiv um industrielle Arbeitsplätze. Zu dem ersten Programm mit einem Volumen von 15 Milliarden Euro, das seit Januar läuft, liegen über 400 Anträge zur Rettung industrieller Arbeitsplätze vor. Eine große Zahl dieser Anträge ist bereits konkret bewilligt. Diese Mittelständler sind mit einem fertigen, sauber durchdachten Konzept an uns herangetreten. Sie haben uns nicht Fragen gestellt, sondern Antworten gegeben, sodass wir sagen konnten: Das scheint vernünftig zu sein. Das scheint plausibel zu sein. Das ist zukunftsfest. Dafür setzen wir das Geld der Steuerzahler ein.

Zur Frage selbst noch einmal: Wir beantworten keine theoretischen, prinzipiellen Fragen von Antragstellern, sondern wir entscheiden konkrete Projektanträge; sonst geraten wir in hypothetische Betrachtungen vielerlei Art und kommen nicht wirklich weiter.

Ich habe hier geantwortet: Die Bundesregierung begrüßt die eventuelle Bereitschaft der Bundesländer, Händler, Zulieferer und Mitarbeiter, sich aktiv an einer Lösungssuche zu beteiligen. - Das ist zunächst einmal eine positive Aussage, der jeder Vernünftige etwas entnehmen kann. Ob das in der Fragestellung angesprochene Modell - Sie haben das Fondsmodell konkret genannt - ein gangbarer Weg ist, das beurteilen wir, wenn es uns konkret vorgestellt worden ist. Zunächst einmal begrüßen wir alle diese Anstrengungen, aber eine Entscheidung treffen wir erst, wenn wir etwas konkret Belastbares vorliegen haben. Alles andere - ich sage es noch einmal: Wir reden über das Geld der Steuerzahler - (Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ja, eben!)

wäre nicht wirklich verantwortbar.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich habe noch eine Reihe von Nachfragen zu dieser Frage. Zunächst die von Herrn Ramelow.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Bei einer Maximalbetrachtung sind in Europa bis zu 400 000 Menschen davon betroffen, ob Opel als industrieller europäischer Partner weiterproduzieren kann oder nicht. Insoweit müssten auch wir an diesen 400 000 Steuerzahlern Interesse haben.

Ich hatte die Antworten der Bundesregierung bisher immer so verstanden, dass zuallererst die europäischen Opelwerke von GM getrennt werden müssten, damit das Geld, das man zur Sanierung bzw. Stabilisierung gibt, nicht nach Amerika abfließt. Wir haben deshalb nachgefragt, ob ein Einstieg der Länder zusammen mit den Händlern, die das öffentlich angeboten haben, und den Mitarbeitern, die sich öffentlich auch dazu bereit erklärt haben, ein gangbarer Weg ist und dazu eine Ausfallbürgschaft für die Händler- und Mitarbeiterbeteiligung gegeben werden kann. Darauf antworten der Bundeswirtschaftsminister bzw. Sie in seinem Auftrag jedes Mal, das werde man entscheiden, wenn etwas vorliegt. Ich frage Sie allen Ernstes: Was ist eigentlich, wenn die von Ihnen erwünschte Vorlage der GM-Manager genau darauf abzielt, dass es nicht zu einer solchen Trennung kommt? Letztendlich hieße das, dass dann die Bundesregierung zuschaut und keine Hilfen für die Entstehung eines europäischen Opelverbundes geben würde.

Deswegen frage ich Sie noch einmal: Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Instrumentarium der Bundesbürgschaften Händler- und Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaften beizustehen, Ausfallbürgschaften zu geben, damit gemeinsam mit den betroffenen Ländern ein Kaufangebot unterbreitet werden kann, mit dem das Ziel einer Trennung verwirklicht werden kann?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ich denke, dass es sowohl in Amerika wie in Europa und Deutschland viele Gutwillige in Verantwortung gibt, die an der Lösung dieses Problems arbeiten. Partielle Betrachtungen in der Form: „Was macht ihr, wenn wir dieses oder jenes machen?“ bieten keine Grundlage für ein Vorgehen der Bundesregierung. Eine solche kann nur ein in sich schlüssiges Konzept sein. Alles andere kann unter den Beteiligten ausgehandelt und zu entsprechender Reife getrieben werden. Wenn dann insgesamt eine Konzeption erkennbar ist, ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir entscheiden müssen. Die Entscheidung wird in jedem Falle schwer. Sie hat erhebliche Konsequenzen für die Betroffenen wie für die Steuerzahler und alle anderen, die damit zu tun haben. Wir können jetzt aber nicht kuchenstückweise einzelne Beteiligungsmodelle mit Zusagen der Bundesregierung versehen, wenn nicht klar ist, ob es anschließend gelingt, daraus einen Gesamtkuchen zu machen. Das macht keinen Sinn. Das ist nicht die Vorgehensweise der Bundesregierung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Frage kommt von Frau Dagdelen. – Sie zieht zurück. Dann kommt jetzt die nächste Frage von Frau Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, Sie haben hier gesagt, Sie erwarteten konkrete Konzepte. Prinzipiell und ohne vorher

konkrete Konzepte einzufordern, war die Bundesregierung allerdings bereit, innerhalb kürzester Zeit einen Rettungsschirm für Banken und Versicherungen in Höhe von immerhin 480 Milliarden Euro bereitzustellen. Warum ist die Bundesregierung so zurückhaltend, zugunsten von Unternehmen, die in der Krise ins Straucheln geraten sind - in diesem Fall geht es wirklich nicht nur um Opel -, Zusagen zu machen oder Staatsbürgschaften für Fondsmodelle zu übernehmen, während sie bei ihren Zusagen für Banken sehr großzügig war?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Ja, das ist schwer zu erklären und, wenn man nicht lange genug darüber nachdenkt, nicht so ohne Weiteres ersichtlich.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Die betroffenen Arbeitnehmer werden sich über die Antwort freuen!)

Frau Kollegin, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, dass wir bei den Banken damals ein systemisches Risiko in einer Größenordnung hatten, das, wenn wir damals nicht zeitgerecht und schnell darauf reagiert hätten, dazu geführt hätte, dass nicht nur die Banken kaputtgegangen wären, sondern auch das Unternehmen Opel, das Sie gerade retten wollen,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wollen Sie Opel nicht retten?)

schon lange kaputt wäre. Der Unterschied ist also: Das eine ist ein systemisches Risiko und zerschlägt alles, wenn man nicht rechtzeitig darauf reagiert; bei dem anderen handelt es sich um Auswirkungen von Unternehmensentwicklungen, und zwar um unterschiedliche Auswirkungen je nach Größe der Unternehmen, die nicht systemisch sind.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Hunderttausende Beschäftigte!)

Parl. Staatssekretär Hartmut Schauerte  
Anträge auf Hilfen hierfür müssen nach einer bestimmten Ordnung abgearbeitet werden. Die Zeit für die Abarbeitung ist da. Opel diskutiert darüber mittlerweile seit ungefähr fünf Monaten. Ich bin überrascht, dass nicht schon mehr Konkretes auf dem Tisch liegt. Ich sage noch einmal: Ein großes Unternehmen darf sich nicht darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, weil es groß ist, sondern es muss ebenso Konzepte vorlegen wie jeder kleine Antragsteller mit zehn Mitarbeitern, die ebenfalls arbeitslos werden können, wenn dieser Antragsteller keine Unterstützung bekommt.

Ich bleibe bei meiner Aussage: Unser ordnungspolitischer Ansatz ist, dass wir von einem großen Unternehmen eher mehr an Begründung und Konzeption verlangen als von einem kleinen Unternehmen. Wenn das alle Beteiligten berücksichtigen, sehe ich Chancen, dass hier ein Konzept vorgelegt wird, das - das halten wir für möglich - durchaus positiv beschieden werden kann. Aber solange das nicht geschehen ist, verweigern wir jede weitergehende Aussage. Nur so kommt der nötige Druck zustande, um Klarheit für eine solch wichtige Entscheidung zu erlangen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Bartsch stellt die nächste Frage.

Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, ich verstehe Ihre Schwierigkeit, sich auf hypothetische Überlegungen einzulassen und auf hypothetische Szenarien hypothetische Antworten zu geben. Aber ganz grundsätzlich kann ich doch wohl davon ausgehen, dass die Bundesregierung, wenn sie sich, aus welchen Gründen auch immer, generell entschieden hätte, Opel in keiner Weise – ob durch Bürgschaften, mit Krediten oder auf andere Weise – zu helfen, wohl auch nicht die Vorlage von Konzepten verlangen würde.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Auch das ist eine sehr interessante und hilfreiche Fragestellung.

Ich bedanke mich dafür. Vielleicht kann man

die Diskussion dadurch abkürzen. Sie haben völlig recht:

Wenn die Bundesregierung die klare Position hätte, Hilfe

käme unter keinen Umständen infrage, dann wäre es

mehr als grob unbillig, diese Erkenntnis nicht mitzuteilen

und von allen Beteiligten Anstrengungen zu verlangen,

die von vornherein zum Scheitern verurteilt wären.

Das ist in keiner Weise gewollt. Das wäre unredlich im

Umgang miteinander.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Danke!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Frau Dagdelen eine Nachfrage zu dieser

Frage.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär

Schauerte, Sie haben gerade von systemisch und nichtsystemisch

gesprochen, gerade angesichts dessen, dass

die Bundesregierung sehr wohl in der Lage war, in kürzester

Zeit ein Rettungspaket für die Banken zu schnüren.

Deshalb will ich noch einmal nachfragen: Ist die

Bundesregierung sich bewusst, dass die Debatte, ob

Opel systemisch oder nichtsystemisch und die Rettung

deshalb erforderlich oder nicht erforderlich ist, für Zehntausende

von Beschäftigten bei Opel, in der Zuliefererindustrie

und über die Zuliefererindustrie in den Regionen

eigentlich völlig uninteressant ist und dass sie eher

dazu beiträgt, dass die Zukunftsangst und Verunsicherung

der Menschen verstärkt werden?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister

für Wirtschaft und Technologie:

Wir können, egal von welcher Seite wir an dieses

Thema herangehen, von unserer Linie aus guten Gründen

nicht abweichen. Unsere Sachverständigen sagen

uns heute, es könnten 500 000 oder 1 Million Menschen

in einem Zeitraum X in Deutschland durch die Krise zusätzlich

arbeitslos werden. In einigen Betrieben droht

das sehr konkret; in diesen Fällen kann man das mit

Namen und Gesichtern versehen. Bei vielen Tausend Industriebetrieben

und Unternehmen in Deutschland ist

hingegen noch keine konkrete Beschreibung möglich.

Ich muss unabhängig von der Größe der Betriebe, unabhängig

vom Grad der Bedrohung ein Verfahren wählen,

durch das auch die, die in Arbeitslosigkeit fallen, denen

nicht geholfen wird, am Ende verstehen, warum es so

gekommen ist. Eine Möglichkeit wäre: Bei allen, die in

den nächsten neun Monaten arbeitslos werden sollten, bei allen Unternehmen, die in den nächsten Monaten zahlungsunfähig werden, wird generell unterstellt, dass das krisenbedingt ist, und deshalb werden alle gerettet.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:

Darum geht es doch gar nicht!)

- Doch. Versetzen Sie sich einmal in die Lage von Mitarbeitern in mittelständischen Unternehmen oder mittelständischen

Unternehmern, die zurzeit Tag und Nacht mit der Frage beschäftigt sind, ob ihr Unternehmen kaputtgeht oder nicht. Da erwarte ich von allen Beteiligten

- anders geht es nicht, sonst bricht die Finanzierung unseres Staates zusammen -, dass sie sich an bestimmte Regeln halten und jeder seine Hausaufgaben macht. Der Staat stellt den Schutzschirm zur Verfügung. Das tun wir auch für diese Zwecke. Wir schließen niemanden aus, der bestimmte Bedingungen, die einzuhalten sind, erfüllt. Das haben wir gerade noch einmal geklärt. Deswegen können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiter gehende Erklärung abgeben.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wo ist

Ihr Schutzschirm für die kleinen und mittelständischen Unternehmen? Dann gibt es auch Sicherheit!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen jetzt zur Frage 28 der Kollegin Dagdelen:

Schließt die Bundesregierung grundsätzlich eine staatliche Beteiligung an der Adam Opel GmbH aus, und wenn ja, welches Modell favorisiert die Bundesregierung auf Grundlage der aktuellen Gespräche stattdessen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Antwort auf den ersten Teil der Frage ist die gleiche, wie ich sie vorhin schon gegeben habe. Zum zweiten Teil der Frage - auch darauf gibt es eine ähnliche Antwort wie vorhin -: Über eventuelle sonstige staatliche Hilfen, zum Beispiel Bürgschaften, wird erst nach Vorlage des volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und juristisch belastbaren Konzepts von General Motors zu entscheiden sein. Es tut mir leid: Wenn die Fragen inhaltlich so nah beieinander liegen, müssen auch die Antworten inhaltlich nah beieinander liegen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nein!

Die Bundesregierung hat keine Antwort!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Dagdelen zu einer Nachfrage.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Bedauerlicherweise war die Antwort auf meine Frage genauso nichtssagend wie die Antworten zuvor. Deshalb ist es berechtigt, eine solche Frage noch einmal zu stellen. Herr Staatssekretär, heute haben wir bei der Befragung der Bundesregierung von Vertretern der Bundesregierung gehört, dass die Staatssekretäre die Kabinettsitzungen montags vorbereiten. Auf meine vorangegangene Frage, ob auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung das Thema Opel stand, haben Sie aber geantwortet, dass Sie diese Frage im Moment nicht beantworten können und mir die Antwort nachreichen wollen. Deshalb möchte ich Sie gerne fragen: Sind Sie bereit, sich

ernsthaft zu bemühen, dass das Thema Opel auf die Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung kommt, damit eventuell die Bundesregierung mit einer Stimme und nicht mit mehreren Stimmen zu diesem Thema spricht?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Die Festsetzung der Kabinettsstagesordnung liegt nicht in der Entscheidungsgewalt eines einzelnen Ministers. Wir haben uns in der Vergangenheit mehrfach mit diesem Thema beschäftigt. Es gab Äußerungen von Kabinettsmitgliedern jeder Art dazu.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist ja das Schlimme!)

Herr zu Guttenberg hat intensive diplomatische und wirtschaftspolitische Gespräche in Amerika geführt. Die Bundesregierung wird dieses Thema sicherlich wieder auf die Tagesordnung setzen, sobald ein konkreter Entscheidungs- und Handlungsbedarf vorliegt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Dagdelen, eine zweite Nachfrage.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE):

Herr Schauerte, ich werde in der nächsten Fragestunde nachfragen, ob dies geschehen ist.

Sie hatten vorhin zwischen systemisch und nichtsystemisch unterschieden. Heute gibt es im Tickerdienst eine Meldung, nach der der CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sagt, dass man Opel nur unter klaren Vorgaben helfen wolle, jetzt aber das Management am Zuge sei. Teilt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass das Management sprichwörtlich den Karren an die Wand gefahren hat und dass die Manager eigentlich nicht diejenigen sein dürfen, denen man vertrauen kann, die Auffassung, dass sie selbst ein Konzept erstellen und sagen sollte, unter welchen Bedingungen es Hilfe geben kann?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Da ein Großteil dessen, was wir gerade erleben, durch die internationale Finanzmarktkrise und sicherlich auch durch die Fehler der Automobilindustrie – sie ist allerdings zugleich Opfer dieser Krise; man weiß nicht, welcher Umstand zu der heutigen Situation mehr beigetragen hat – entstanden ist, akzeptiere ich Ihre erste Bemerkung nicht. Außerdem neige ich zur Differenzierung und würde nicht gleich alle Manager für diese Krise verantwortlich erklären.

In Zukunft wird es ohne Management, das seine Hausaufgaben macht, nicht gehen. Möglicherweise kann man den einen oder anderen auswechseln. Aber Unternehmen brauchen ein funktionsfähiges Management, das Anträge stellt, Märkte erobert und Arbeitsplätze sichert. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deswegen bleibe ich bei der Aussage, die auch Peter Ramsauer getroffen hat: Das Management von Opel muss zunächst ein Konzept vorlegen. Das Management muss auch einen Teil der mit den Vereinigten Staaten bestehenden Probleme und die Frage des Standorts der Mutter lösen. Dann wird es einige Fragen geben, die möglicherweise politisch gelöst werden können und müssen, wenn zum Beispiel die beiden Finanzminister miteinander reden müssen; denn



der amerikanische Staat ist durch Sicherungsabreden und Ähnliches involviert. Es ist natürlich klar, dass die Bundesregierung ihre Hilfe da anbietet, wo es um klare politische Aufgaben und Fragestellungen geht. Es bleibt aber dabei: Die Unternehmen müssen ganz überwiegend - das würden Sie, Frau Kollegin, heute nicht anders machen wollen - von Managern geführt werden. Ich rufe Zusatzpunkt 2 auf:  
Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der FDP  
zu den Antworten der Bundesregierung auf die  
Fragen Nr. 19 und 20 auf Drucksache 16/12355  
(HRE)

Das entspricht Nr. 1 b der Richtlinien für die Aktuelle Stunde.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Kollegen Thiele für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP - Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Mal hören, was er zu sagen hat!)

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist richtig und überfällig, dass wir uns heute in diesem Hause mit der Hypo Real Estate beschäftigen.

(Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Erneut!)

Die Hypo Real Estate ist inzwischen zum größten Risiko für die Steuerzahler geworden. Bislang hat der Staat für die Hypo Real Estate Hilfen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

(Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Wie viel?)

Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Wochen und Monaten weitere zig Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden müssen.

In der am Donnerstag erscheinenden Ausgabe des Stern wird aus einem internen Gutachten zitiert, in dem davon die Rede ist, dass die notwendigen Staatshilfen einen Umfang von bis zu 235 Milliarden Euro haben könnten, und das bei einem Bundeshaushalt, der nur fast 300 Milliarden Euro umfasst. Angesichts dessen müssen wir uns fragen: Worum geht es, muss geholfen werden, und hätte man etwas tun können, um diese Hilfen zu vermeiden? Darüber sollten wir hier und heute reden.

(Beifall bei der FDP)

Im Herbst letzten Jahres fand im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages eine denkwürdige Sitzung statt. Uns wurde erklärt, dass die Hypo Real Estate, damals immerhin der drittgrößte Finanzkonzern unseres Landes und im DAX notiert, überhaupt keiner Bankenaufsicht unterliegt. Ich bin fast vom Stuhl gefallen, und so ging es auch den Kolleginnen und Kollegen. Nun sind die Stühle dort sicher - sie haben Armlehnen -; es ist nichts passiert. Es geht mir darum, hier für die deutsche Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, dass ein Institut dieser Größenordnung überhaupt nicht der Finanzaufsicht unterlag.

(Dirk Niebel [FDP]: Unglaublich!)

Das halte ich für einen unglaublichen Vorgang.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion ist dem mit schriftlichen Fragen nachgegangen. Es wurde vernebelt, es wurde ausgewichen.

In der letzten Woche hat die Bundesregierung erstmalig eingeräumt, dass im April 2007 Vorschläge erbeten wurden, wie hier eine Lücke geschlossen werden soll. Im Mai lagen die Vorschläge vor. Das war, wie gesagt, 2007.

(Dirk Niebel [FDP]: Wer war denn da Finanzminister?)

Schauen wir uns das Weitere an: Noch im Juni 2008 ist ein Herr Flowers mit etwa 1 Milliarde Euro als Investor in die Bank eingestiegen. Die Milliarde hat er heute nicht mehr; das ist aber eine andere Frage.

Damals war die Welt noch eine ganz andere. Wenn frühzeitig darauf hingewiesen worden wäre, dass eine Regelungslücke besteht und geschlossen werden muss, und die Regierung Vorschläge unterbreitet hätte, hätte die Aufsicht ganz anders agieren können, wären die Probleme viel früher deutlich geworden. So ist die entsprechende Gesetzesänderung im Deutschen Bundestag erst im Dezember 2008 in erster Lesung behandelt und erst im Februar dieses Jahres beschlossen worden.

An dieser Stelle muss man einmal fragen: Sind der Finanzminister und sein Ministerium die Retter, die das Problem lösen, oder tragen sie nicht vielmehr eine Mitverantwortung dafür, dass hier Probleme für den Steuerzahler entstanden sind, deren Dimension unvorstellbar ist?

(Beifall bei der FDP)

Sie alle wissen, wie wir gerade in der Debatte über den Haushalt darüber streiten, auch nur 1 Million Euro für etwas zur Verfügung zu stellen. Bei der HRE geht es um mehrstellige Milliardenbeträge, um Beträge, die jegliche Vorstellung sprengen. Hier muss die Frage nach der Verantwortung gestellt werden.

Gestern stand im Handelsblatt ein Artikel mit der Überschrift „HRE geht wieder auf Brautschau“. Dabei handelt es sich bei der HRE um ein Finanzinstitut, welches einen Börsenwert von nur noch 200 Millionen Euro hat, und auch das nur deshalb, weil inzwischen fast 100 Milliarden Euro an staatlichen und privaten Sicherheiten für das Institut zur Verfügung gestellt werden. Wie hier überhaupt ein Kurs, wie hier überhaupt ein Kompass existieren kann, ist uns unbegreiflich. Die FDP ist der Auffassung: Der Finanzmarkt darf keinen Schaden nehmen. Das war der Grund, warum wir dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz auch aus der Opposition heraus zugestimmt haben.

(Jan Mücke [FDP]: Sehr richtig!)

Aber es ist unsere Pflicht, Fragen zu stellen, wie es zu dem Schlamassel - der ja längst nicht beendet ist - überhaupt kommen konnte. Dieser Aufgabe werden wir uns stellen, und wir werden nicht nachlassen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute Morgen im Finanzausschuss erstmalig erfahren, dass die Probleme schon 2006 bekannt waren.

Schon 2006 wusste man, wie das war. Und man muss sich anschauen, wie die Hypo Real Estate überhaupt entstanden ist: Im Jahr 2003 hat die HypoVereinsbank einen Teil abgespalten und eine neue Bank gegründet, erstaunlicherweise in Form einer Finanzholding.

Man hat also von vornherein gesehen, dass eine Regelungslücke besteht, und gezielt in diese Regelungslücke

hinein das neue Finanzinstitut gegründet. Hier hätten frühzeitig die Alarmglocken läuten müssen, dass man das genau beobachten muss, dass man das im Griff behalten muss. Diese Verantwortung trifft die Aufsicht, trifft die BaFin, trifft die Bundesbank, trifft aber auch den Bundesfinanzminister.

Im Interesse der Steuerzahler werden wir uns weiter um Aufklärung bemühen. Eine solche Sache hätte nie entstehen müssen, wenn vernünftig vorgegangen worden wäre.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Otto Bernhardt hat jetzt das Wort für die CDU/CSU.

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen der internationalen Finanzkrise sind weltweit viele Finanzinstitute, insbesondere Kreditinstitute, in eine große Schieflage gekommen, leider auch eine Reihe von Instituten in Deutschland. Kein Institut hat allerdings so große Probleme wie die Hypo Real Estate mit sich gebracht. Die Bank war vor der Krise eigentlich nur der Fachwelt bekannt. Inzwischen steht sie praktisch für die internationale Finanzkrise am Standort Deutschland.

Allein aus unserem 400-Milliarden-Euro-Programm, dem Bankenschirm, der für alle Banken gedacht war, sind bisher 87 Milliarden Euro, also über 20 Prozent, als Sicherheit in diese Bank geflossen. Hinzu kamen 15 Milliarden Euro von der Finanzwirtschaft, also 102 Milliarden Euro. Alles spricht dafür, dass diese 102 Milliarden Euro nicht das Ende sind. Es sieht zurzeit leider sogar so aus, dass wir in erheblichem Umfang auf den 80-Milliarden-Euro-Fonds, in dem nun richtiges Geld liegt, zurückgreifen müssen. Ich beziehe mich auf Presseberichte, nach denen man etwa 10 Milliarden Euro für diese Bank braucht, das wären 12 Prozent unserer gesamten Mittel.

Dass dies dazu geführt hat, dass wir praktisch in jeder Finanzausschusssitzung über dieses Institut gesprochen haben, kann nicht überraschen. Wir tragen hier als Parlamentarier eine große Verantwortung. Es hat kaum eine Rede zur internationalen Finanzkrise von diesem Platz aus gegeben, in der dieses Institut nicht als negatives Beispiel genannt wurde. Auch wir von der Union haben im Ausschuss so manche Frage gestellt. Ich kann aus meiner Sicht nicht sagen, dass diese Fragen nicht beantwortet worden sind. Aber ich weiß, dass eine Reihe von Kollegen mit den Antworten - ich sage es einmal vorsichtig - nicht ganz zufrieden waren.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Hört! Hört! - Gudrun Kopp [FDP]: Aha!)

Ich muss natürlich anerkennen, dass die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nun einmal ein Minderheitenrecht ist: Für die Einsetzung sind 25 Prozent der Abgeordneten erforderlich. Dass wir einen Untersuchungsausschuss nicht wollen, weil wir glauben, wir würden dann nur weitere Fragen stellen, anstatt die vorhandenen Instrumente zu nutzen, aber die Oppositionsfraktionen

bei einem solchen Brocken einen Untersuchungsausschuss fordern, kann aus meiner Sicht nicht kritisiert werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss an dieser Stelle aber drei kritische Anmerkungen machen, über die wir uns im Klaren sein müssen:

Die erste Anmerkung bezieht sich auf den Zeitfaktor. Der Ausschuss wird sich wohl nach den Osterferien konstituieren. Die Arbeit müsste eigentlich in den ersten Julitagen zu Ende sein. Natürlich kann man auch im Sommer weiter tagen. Wir stehen also unter einem entsetzlichen Zeitdruck.

Die zweite Anmerkung bezieht sich auf das Arbeitspensum. Angesichts des Arbeitsprogramms der Finanzpolitiker - hier sitzen viele aus allen Fraktionen - fällt es schwer, drei zu finden, die bereit sind, sich in die Arbeit zu stürzen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist ja Arbeitsverweigerung! Das ist kein Argument!)

Die dritte Anmerkung bezieht sich auf die Mitarbeiter. Das Finanzministerium hat zwar 2 000 Mitarbeiter. Aber es sind natürlich immer dieselben, die mit diesen Fragen konfrontiert werden; das ist völlig klar. Von den 2 000 Mitarbeitern werden sich etwa ein Dutzend mit diesen Fragen beschäftigen. Das sind genau die Leute, die jetzt in der internationalen Finanzkrise mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten und kein freies Wochenende kennen.

Ich fasse die drei kritischen Punkte zusammen und sage: Das Wichtigste ist natürlich, dass keine ungeklärten Fragen im Raum bleiben; denn dies würde zu Misstrauen führen. Das können wir uns bei einem so gewichtigen Problem nicht leisten. Der Vorteil des Untersuchungsausschusses ist natürlich, dass der Finanzminister mit der notwendigen Zeit auf alle kritischen Fragen in aller Deutlichkeit ausführlich eingehen kann, dass die Bankenaufsicht jeden einzelnen Punkt, der hier kritisiert wird, in Ruhe - hoffentlich - widerlegen kann, dass auch die Deutsche Bundesbank die kritischen Fragen, die noch im Raume stehen, ausführlich beantworten kann. Die Zeit hat man ansonsten nicht.

Vor diesem Hintergrund sage ich: Wir würden die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht beantragen und einem entsprechenden Antrag auch nicht zustimmen. Wir haben Verständnis für die drei Oppositionsfraktionen. Wir würden in einem solchen Ausschuss natürlich konstruktiv mitarbeiten, weil auch wir wissen, welche Bedeutung dieses Problem für den deutschen Finanzmarkt, insbesondere aber für den deutschen Steuerzahler hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Aktuelle Stunde ist nicht etwa deshalb notwendig geworden, weil die Opposition die Regierung ärgern will, sondern weil die Bundesregierung in der Krise nicht annähernd angemessen handelt und zudem die Öffentlichkeit und das Parlament schlecht informiert.

Garantien von über 100 Milliarden Euro - 87 Milliarden Euro davon kommen vom Staat - für die Hypo Real Estate sind schon erwähnt worden. Am Freitag vergangener Woche wurde ein Extragesetz zur potenziellen Enteignung dieser Bank verabschiedet. Nur zur Klarstellung für die Öffentlichkeit: Es handelt sich hier um die Enteignung von Schulden.

Bekannt geworden sind Ermittlungen der Münchener Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Alle Unterlagen dieser Bank aus den Jahren 2006 bis 2008 werden untersucht. Der Stern berichtet heute über ein Gutachten zum Ausfallrisiko bei der HRE. Hier tun sich neue Abgründe auf. Mein Vorredner hat sie vorsichtig beschrieben. Ich will auch nicht weitergehen. Wir haben des Öfteren moniert, dass mit der jetzigen Gesetzeslage völlig im Unklaren gelassen wird, ob die Steuergelder bei einer geplanten Reprivatisierung der HRE jemals zurückfließen werden.

Bei der Aufklärung gibt es einen Kernpunkt, der hier deutlich ausgesprochen werden muss: Bis zum 28. September 2008 gab es eine Haftungsfrist für die Mutterbank der HRE. Das war die bayerische HypoVereinsbank. Einen Tag danach zeichnete Bundesfinanzminister Steinbrück die erste HRE-Bürgschaft ab. Wir wollen wissen, ob das Zufall ist.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Nur einige Wochen zuvor erreichte ein Prüfbericht der Bankenaufsicht zur HRE und zur irischen Tochter der HRE, der DEPFA Bank, den Bundesfinanzminister nicht, weil er bei einem Abteilungsleiter im BMF aufgehalten wurde.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wie hieß denn der Abteilungsleiter?)

Wenn die Zeitungsberichte vom Herbst 2008 stimmen, dann sind der besagte Abteilungsleiter und der heutige Staatssekretär Asmussen ein und dieselbe Person.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Oh!)

Wir wollen wissen, ob das Zufall ist. Deshalb lautet die Kernfrage: Hat das BMF Anteil - ob mutwillig oder fahrlässig - an einer Haftungsverjährung?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Eine ganz aktuelle Parallele nebenbei: Heute tagt die Hauptversammlung der Deutschen Industriebank, IKB, die 2008 an die Heuschrecke Lone Star faktisch verschenkt wurde. Zum Dank beantragt Lone Star heute die Einstellung der Sonderprüfung bei der IKB. Das ist, gelinde gesagt, ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir erinnern Sie an dieser Stelle: Die Linke hatte auch zur IKB die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Die Öffentlichkeit wurde über die IKB-Vorgänge - um es vorsichtig zu sagen - ganz offenbar unzureichend informiert, obwohl die halbe Bundesregierung im Aufsichtsrat der Mutterbank Kreditanstalt

für Wiederaufbau sitzt. Diese Verschleierung bei der IKB darf sich bei der HRE nicht wiederholen. Deshalb sagen wir: Untersuchungsausschuss jetzt!

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zu den Einwänden. Herr Kollege Bernhardt, wir können und wir werden den Untersuchungsauftrag so konkret und präzise formulieren, dass der Untersuchungsausschuss auch in zugegeben kurzer verbleibender Zeit zu einem Ergebnis kommt. Wir sagen Ihnen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ablehnung des Untersuchungsausschusses – das haben wir gerade erlebt – fiel ausgesprochen pflichtgemäß und oppositionsfreundlich aus. Bei so viel Unmut, der aus der Union über das BMF und sein Informationsgebaren in letzter Zeit öffentlich geäußert wurde, wäre eine stärkere als die vom Kollegen Bernhardt vorgetragene Aufregung auch unglaublich gewesen. Das muss der Kollege geahnt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Fazit: Diese Bundesregierung wird ihrer Verantwortung aktuell nicht gerecht. Sie erklärt nach wie vor nicht, wer die Zeche bei der Bankenrettung bezahlen soll. Stattdessen führen Sie innerhalb der Großen Koalition einen permanenten Bundestagswahlkampf gegeneinander. Wir sagen Ihnen: Darauf haben Sie Ihren Amtseid nicht geleistet. Wirklich gebraucht wird in dieser Zeit ein Schutzschirm für die Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Florian Pronold von der SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

Florian Pronold (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle haben in dieser Finanzkrise in den letzten Monaten eine ganze Menge über alle möglichen Unzulänglichkeiten des Finanzsystems dazulernen müssen.

Ich teile die Auffassung, dass die Öffentlichkeit ein Recht auf Aufklärung hat, wie viele Steuergelder in die Hypo Real Estate geflossen sind und welche Bürgschaften sie erhalten hat. Wenn ein Untersuchungsausschuss nötig wäre, um eine ausreichende Transparenz zu schaffen, dann wären die Steuergelder dafür sinnvoll verwendet. Aber wenn Sie Mitglied des Finanzausschusses wären, sehr geehrter Herr Kollege Claus, dann hätten Sie heute Vormittag wie auch in den letzten Sitzungen des Finanzausschusses erlebt, dass die Bundesregierung beispielsweise auf die Kleine Anfrage der FDP detailliert und in aller Ausführlichkeit zu allen angesprochenen Fragen Auskunft gegeben hat.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der FDP – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Sie haben sie noch nicht mal gelesen!)

Das, was Sie mit der Frage der Haftungsfristen bei der Fusion wieder zum Untersuchungsgegenstand machen, ist bereits von der Bundesregierung im Finanzausschuss

ausführlich und ausgiebig widerlegt worden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Ich weiß nicht, warum das hier wieder vorgebracht wird. Man muss sich nur bei denjenigen erkundigen, die an der Sitzung teilgenommen haben. Auch Sie haben schließlich einen Vertreter im Finanzausschuss. Das muss man hier nicht noch einmal vorbringen; denn das führt zu einem falschen Bild in der Öffentlichkeit und trägt zur Verunsicherung bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der nächste Punkt ist die Bezugnahme auf eine Wochenzeitschrift, die über ein neues Gutachten berichtet

hat. Man sollte das Gutachten vielleicht in Gänze zitieren.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gutachten ist in der Version, in der es Abgeordnete sehen dürfen, zu 90 Prozent geschwärzt!)

- Das, was in dem Stern-Artikel steht, bezieht sich auf die Ausfallrisiken, falls der Staat nicht eingreifen sollte. Das geht aber aus dem Gutachten nicht hervor. Auch das muss man sehen. Denn andernfalls würde die Problemlage deutlich überzeichnet. Ich glaube, damit wäre niemandem gedient.

Herr Kollege Thiele, ich „bewundere“ die Selbstgefälligkeit, mit der die FDP, die als geistiger Brandstifter dieser Finanzmarktkrise gilt,

(Zurufe von der FDP: Was? - Dirk Niebel

[FDP]: Rot-Grün hat doch das Gesetz gemacht!)

jetzt als Feuerwehrmann auftritt.

(Beifall bei der SPD - Birgit Homburger

[FDP]: Jetzt reicht es! Jetzt ist aber Ruhe da

vorne! - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Immer wenn wir im Finanzausschuss über die Verschärfung der Bankenaufsicht geredet haben, hat die FDP von Bürokratie gesprochen und sich gegen eine vernünftige Regulierung gewandt.

(Beifall bei der SPD - Dr. h. c. Jürgen

Koppelin [FDP]: Sie sind für den Ausdruck zu rügen!)

Wenn Sie nachher mit dem Zeigefinger auf andere zeigen, zeigen mindestens vier Finger zurück. Wahrscheinlich sind es aber fünf, sechs oder sieben.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Sie waren in der Regierung! Sie haben den Mist angestiftet!

- Weiterer Zuruf von der FDP)

- Ja, so ist es.

(Zurufe von der FDP: Unverschämt!)

Interessant ist auch, wann diese Aktuelle Stunde stattfindet.

Wenn wir über die Finanzmarktkrise reden, dann geht es um mehrere Ursachen. Eine der Ursachen betrifft zum Beispiel die Frage, was Steueroasen mit der Destabilisierung des internationalen Finanzmarktes zu tun haben.

Zeitgleich findet eine Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages zu dieser höchst spannenden Frage statt. Offensichtlich ist das Interesse an der Beantwortung der Frage auch bei der FDP nicht besonders stark ausgeprägt; denn sie widmet sich lieber zum wiederholten Male hier dieser Frage.

Ich komme zum letzten Punkt. Sie haben es angesprochen  
Herr Thiele: Ihre Sorge gilt dem Herrn Flowers,  
(Widerspruch bei der FDP – Dr. h. c. Jürgen  
Koppelin [FDP]: Kann jemand, der Ahnung  
hat, dazu reden?)

den Sie zur Anhörung des Deutschen Bundestages zu  
diesem Thema eingeladen haben. Sie machen sich Sorgen,  
wie jemandem, der ein riesiges Investment getätigt  
hat, mit Steuergeldern geholfen werden kann. Das ist  
doch das einzige Ziel, um das es geht. Wir alle wissen,  
dass die Hypo Real Estate eine systemrelevante Bank ist,  
das, was mit Lehman Brothers passiert ist, in einem noch  
viel größeren Ausmaß.

Was Sie machen, ist wirklich zynisch:

(Birgit Homburger [FDP]: Bloß weil Sie mal  
Lehrling zum Bankkaufmann waren, heißt das  
noch lange nicht, dass Sie Ahnung haben!)

Auf der einen Seite verteufeln Sie immer den Staat. Auf  
der anderen Seite wollen Sie dann aber den Steuerzahler  
in Haftung nehmen, um einem Großinvestor das Risiko  
mit Steuergeldern zu vergolden. Wenn Sie dieselben Sorgen  
und dasselbe soziale Engagement nicht nur bei amerikanischen  
Großinvestoren, sondern auch beim Mindestlohn  
an den Tag gelegt hätten, dann wären Sie viel  
glaubhafter.

(Beifall bei der SPD – Dr. h. c. Jürgen

Koppelin [FDP]: So ein Quatsch! – Zuruf von  
der LINKEN: So schießt man auf den künftigen  
Koalitionspartner!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Alexander Bonde das Wort für die Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Frau Präsidentin,  
ich bitte, den Ausdruck zu rügen!)

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Lage bei der Hypo Real Estate ist dramatisch. Der  
Bund ist inzwischen mit 87 Milliarden Euro Steuergeldern  
engagiert, um die Risiken dieser Bank abzudecken.

Die Risiken werden täglich größer. In Horrormeldungen  
wird immer von Größenordnungen im Milliardenbereich  
ausgegangen, die die meisten Landeshaushalte in dieser  
Republik übersteigen. Ich finde, dass man hier im Parlament,  
getragen von der Mehrheit, viel zu lange keine kritischen  
Fragen gestellt und sich blind – genauso wie es  
der Kollege Pronold gerade getan hat – hinter das Handeln  
der Bundesregierung gestellt hat. Das Parlament  
muss endlich Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen  
und Bürgern und für ihr Geld übernehmen, das man bei  
verschiedenen Staatsrettungsaktionen riskiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keine Rede der Bundesregierung, in der nicht  
betont wird, dass man in dieser Krise nur auf Sicht fliegen  
kann. Aber wer auf Sicht fliegt, darf nicht auch noch  
die Augen schließen. Spätestens dann befindet man sich  
im Blindflug. Das kann das Parlament nicht zulassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und bei der FDP)

Wir wollen wissen, wie es zu dieser Situation bei der  
Hypo Real Estate kommen konnte. Wir wollen endlich



wissen, wann die Bundesregierung was wusste. Wir wollen wissen, warum die Berichte, die wir heute kennen, nicht zu Aktionen der Bundesregierung zur Behebung der Probleme geführt haben. Wir wollen wissen, warum die Lage der Hypo Real Estate im Zuge der Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes völlig unterschätzt wurde.

Die bisherigen Maßnahmen bedeuten nicht, dass die Lage bei der Hypo Real Estate geklärt ist. Vielmehr sind die Bürgerinnen und Bürger mit 87 Milliarden Euro quasi mitten drin. Das Erpressungspotenzial der Aktionäre gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ist eher noch gestiegen. Es gibt hier einen erheblichen Aufklärungsbedarf, den wir in den Gremien nicht decken können - nicht, weil wir uns als Opposition nicht bemüht hätten, sondern deshalb, weil die Bundesregierung uns gegen eine Wand laufen lässt und nicht bereit ist, umfassend Auskunft zu geben.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Deshalb bleibt uns als Opposition nichts anderes übrig, als zur schärfsten Waffe zu greifen und in dieser Woche die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN - Florian

Pronold [SPD]: Wahlkampf, nichts anderes!)

- Wenn der Kollege Pronold „Wahlkampf“ ruft, dann sage ich Ihnen: Sie von der Koalition argumentieren ausschließlich mit zeitlichen Aspekten und sagen, die Zeit reiche nicht mehr, weil man nur noch ein paar Sitzungswochen habe. Wir, das Parlament, haben aber eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, was im Zweifel bedeutet, dass man auch einmal auf zwei Sommerfeste verzichten muss, um den Aufgaben des Parlaments nachzukommen, Herr Pronold und Herr Bernhardt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

bei der FDP und der LINKEN - Dirk Niebel

[FDP]: Es bringt sowieso nichts, als SPD-Abgeordneter in Bayern in die Festzelte zu gehen!)

Wir, das Parlament, müssen die Augen aufmachen.

Sie, die Sie die Mehrheit haben, haben sich den Schneid beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz abkaufen lassen und uns ein Gremium beschert, in dem einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen zusammen mit mir als „Geheim“ eingestufte Ad-hoc-Meldungen aus den Zeitungen vorgelesen werden, die Öffentlichkeit aber dort, wo es interessant wird, ausgeschlossen wird und so nicht vollständige Transparenz hergestellt werden kann, die bei der Finanzierung von Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen notwendig wäre. All das macht es für uns unumgänglich, Sie von den Regierungsfractionen aufzufordern, endlich gemeinsam mit uns Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Transparenz hergestellt und geklärt wird, warum die Situation bei der Hypo Real Estate heute so ist, wie sie ist.

Ich will an der Stelle offen sagen, dass wir auch die Verantwortung haben, jetzt endlich Blockadestrategien hinsichtlich der Rettung der Hypo Real Estate zu beenden. Das betrifft die Kolleginnen und Kollegen von der FDP, die diese Frage, nämlich ob man das notwendige

Rettungsinstrument der Verstaatlichung im Falle der Blockade von Aktionären einsetzt, ideologisch überhöhen. Sie verweigern sich da einer notwendigen Lösung, (Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Stimmt doch gar nicht! - Weiterer Zuruf von der FDP: Nur gegenüber der Enteignung!)

obwohl Sie wissen, dass der Preis von den Bürgerinnen und Bürgern gezahlt worden ist.

Genauso unverantwortlich ist die Handlungsweise von Bundesländern, die erneut den Föderalismus pervertieren und mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses versuchen, auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler billige Deals zu ihren Gunsten zu machen. Das geschieht in einer Situation, in der wir alle wissen, dass die Hypo Real Estate eine Bombe auf dem Finanzmarkt ist, die wir alle gemeinsam dringend entschärfen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dann spielen Sie aber nicht am Zünder herum!)

Ich fordere Sie auf, umzuschalten und die Fragen zu klären und die Probleme zu lösen. Wir werden den Untersuchungsausschuss hoffentlich am Freitag einsetzen.

Ich fordere Sie auf, nicht zu versuchen, durch Ausnutzung der Geschäftsordnung eine neue Blockade zu errichten. Dafür sind die Probleme viel zu gravierend. Das Parlament muss jetzt herausfinden, wer die Profiteure von Rettungen sind, es muss Ross und Reiter nennen und eine ehrliche und transparente Bilanz ziehen. Nur auf dieser Basis können wir wirklich Maßnahmen beschließen, die uns aus der Krise bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:  
Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Volker  
Wissing für die FDP-Fraktion.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Zuerst kommt Kollege Fromme!)

- Entschuldigen Sie. Ich habe den Namen extra aufgeschrieben, weil die Reihenfolge der Redner getauscht worden ist.

Herr Fromme, Sie sind der nächste Redner.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie können auf Ihre Redezeit auch verzichten!)

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU):

Herr Kollege Niebel, auf die Redezeit zu verzichten, würde bedeuten, den Unsinn noch zu vergrößern. Das machen wir lieber nicht.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich halte einen Untersuchungsausschuss in dieser Situation nicht für ein probates Mittel. Die Diskussion hier macht doch schon deutlich, dass es am Ende gar nicht um Fakten geht, sondern im Wesentlichen um Polemik. Deswegen würde uns ein Untersuchungsausschuss nicht weiterhelfen. Wir haben aber nichts dagegen. Wir haben nichts zu verbergen. Deswegen werden wir uns gegen einen Untersuchungsausschuss nicht sperren. Ich sage aber noch einmal: Schon diese Debatte macht deutlich, was dabei herauskommen wird.

Ex-post-Betrachtungen helfen doch nicht bei der Problemlösung.

Ich frage mich, wo diejenigen, die jetzt alle so schlau sind und sagen, die Alarmglocken hätten längst klingeln müssen, zu der Stunde gewesen sind, als sie hätten klingeln sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich erinnere an die Rede des Bundespräsidenten, die er gerade gehalten hat. Er hat schon vor Jahren den zarten Versuch gemacht hat, die neuen Instrumente des Finanzmarkts kritisch zu hinterfragen. Ich erinnere mich sehr deutlich an die Debatte in diesem Hause, als diejenigen, die kritisch gefragt haben, weil sie das nicht verstanden haben, als Ewiggestrige und als dumm hingestellt worden sind. Damals wäre Kritik angebracht gewesen. Nur derjenige, der damals Einspruch erhoben hat, darf sich heute mit Fug und Recht hinstellen und sagen, dass etwas falsch gelaufen ist. Wir alle haben Fehler gemacht, und deswegen müssen wir uns alle - Herr Kollege Bonde, da stimme ich Ihnen zu - darum bemühen, dass der Schaden möglichst klein gehalten wird, und uns als Feuerwehr und nicht als Brandstifter betätigen. Herr Kollege Pronold, ich will Ihnen eines sagen: Eine andere Informationspolitik hätte dazu beitragen können, die Dinge nicht so weit eskalieren zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich muss schon sagen - das habe ich schon mehrfach öffentlich gesagt -: Ich fühle mich in dem entsprechenden Gremium nicht so unterrichtet, wie es möglich gewesen wäre.

(Zurufe von der FDP: Aha!)

- Das habe ich mehrfach öffentlich gesagt. Deswegen kann ich das hier wiederholen. Herr Kollege Thiele, ich würde Ihnen empfehlen, sich mit Ihrem Kollegen Toncar, der auch in diesem Gremium sitzt, öfter einmal zu unterhalten. Ich glaube, dann würden Ihnen viele Fragen beantwortet, die Sie hier in den Raum gestellt haben. Ich will hier etwas deutlich sagen, damit keine Verwirrung eintritt: Es wird immer so getan, als ob zwei oder dreistellige Milliardenbeträge in die Bank geflossen wären. Lassen Sie uns sauber zwischen Bürgschaften und Kapitalhilfen unterscheiden. Eine Bürgschaft ist etwas völlig anderes als eine Kapitalhilfe. Deswegen sollte man den Menschen nicht mit falsch interpretierten Zahlen Angst machen.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Dass wir ein Problem haben, bestreitet niemand: Deshalb müssen wir uns um die Problemlösung bemühen. Deswegen greifen wir zu Mitteln, zu denen wir vor einem Jahr überhaupt nicht gegriffen hätten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich mache es noch einmal deutlich: Es geht hier nicht um die ideologische Verstaatlichung unter dem Gesichtspunkt einer anderen Steuerung, sondern um eine Rettungsübernahme, um Aktiva, das heißt um die Einlagen kleiner Leute, um Pensionsfonds, um die Einlagen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu retten. Die Altersversorgung von Freiberuflern und Selbstständigen

zu schützen, das ist das Ziel.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Die Bank an sich könnte uns völlig egal sein und würde ihren marktwirtschaftlichen Weg gehen. Wir müssen auch im Sprachgebrauch klarmachen, dass es nicht um das geht, als was es in der Diskussion lange hingestellt wurde: als eine Enteignung. Vielmehr müssen wir uns bemühen, uns eines zukunftsgerichteten Mittels zu bedienen. Natürlich müssen wir diese Rettungsübernahme durchführen. Warum? Ganz einfach deshalb, weil das Finanzierungsmodell der Hypo Real Estate nicht mehr funktioniert. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Diese Bank hat langfristige Investitionen finanziert, und weil sie nicht genügend Eigenkapital hatte, hat sie sich das notwendige Geld kurzfristig am Kapitalmarkt beschafft. Dieses Geschäftsmodell hat so lange funktioniert, wie wir einen „normalen“ Zinsmarkt hatten, auf dem die langfristigen Zinsen höher waren als kurzfristige. Seit einiger Zeit haben wir es aber mit einem völlig atypischen Zinsmarkt zu tun: Die kurzfristigen Zinsen sind höher als die langfristigen. Wenn wir nichts täten, würde in dieser Bank jeden Tag Geld verbrannt. Wir müssen sie unter staatliche Hoheit bringen, damit sie ein Rating bekommt und sich so refinanzieren kann, dass die Rechnung wieder aufgeht. Wenn das geschehen ist, kann man sie in Ruhe abwickeln, ohne Folgeschaden – ich sage noch einmal – für die kleinen Einleger, für die Altersversorgungseinrichtungen, für die deutsche Wirtschaft.

Wir haben gesehen, welchen Irrtum die Amerikaner begangen haben, als sie Lehman haben pleitegehen lassen. Wir wollen kein zweites Lehman. Deswegen müssen wir uns darum kümmern.

Lassen Sie uns mit kühlem Kopf die Fakten aufarbeiten und die richtigen Maßnahmen treffen! Aber lassen Sie uns nicht in einer seltsamen Allianz von ganz rechts bis ganz links hier falsche Parolen in den Raum setzen! Dadurch entsteht ein falscher Eindruck.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wer ist denn hier ganz rechts?)

– Ganz rechts sind Sie. Ganz links sind die auf der linken Seite dieses Hauses. Ich kann nur sagen: Das ist eine tolle Allianz. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Gemeinsamkeit! Trotzdem werden wir inhaltlich mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD –

Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Oh Gott! Wir sitzen in der Mitte!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat das Wort der Kollege Dr. Volker Wissing. Bitte.

Dr. Volker Wissing (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über Risiken in Milliardenhöhe, die wir für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland übernehmen mussten. Wir reden auch darüber, welche Risiken auf die Menschen in Deutschland, die hart arbeiten und hohe Steuern zahlen, zukommen.

Herr Pronold von der SPD hat hier gewissermaßen einen Tanz aufgeführt und absurde Dinge behauptet, als

gäbe es irgendeinen in diesem Raum, der jemals irgendetwas gegen die Beaufsichtigung von Banken gesagt hätte.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Sie wissen, dass das nicht wahr ist. Dennoch stellt sich die Union hierhin und erklärt, man dürfe als Parlamentarier keine Fragen mehr stellen;

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer sagt das?)

man solle nicht nachfragen und Bescheid wissen, weil man mit den anderen Oppositionsfraktionen nicht zusammenarbeiten dürfe.

(Dirk Niebel [FDP]: Unglaublich!)

So darf man als Parlamentarier Verantwortung in dieser schwierigen Situation nicht wahrnehmen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN - Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer hat das in diese Richtung für die Union erklärt?)

In Wahrheit ist es doch so, dass viele hier im Raum viele Fragen haben und dass die Bundesregierung nicht bereit ist, diese Fragen zu beantworten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Zusammen mit meinen Fraktionskollegen und auch mit den Kollegen der anderen Oppositionsfraktionen empfinde ich das als Zumutung. Ich will die Verantwortung nur tragen, wenn ich weiß, was hinter den Kulissen gespielt wird. Es geht nicht um Millionen, sondern um Milliarden.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg.

Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Deswegen haben wir uns heute mit den anderen Oppositionsfraktionen darauf verständigt, dass mit den Nebelkerzen der Bundesregierung Schluss sein muss, dass mit den unwahren Antworten auf unsere Fragen Schluss sein muss,

(Beifall des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

dass die Wahrheit jetzt auf den Tisch muss; denn wir wissen nicht, welche zusätzlichen Rettungs- und Hilfsmaßnahmen für diese marode Bank in Deutschland erforderlich sind. Heute hört man etwas von 235 Milliarden

Euro. Wie viel wollen wir denn noch auf den Schultern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abladen, ohne dass hier wenigstens einmal die Tatsachen auf den Tisch gelegt werden?

(Beifall bei der FDP)

Mein Kollege Carl-Ludwig Thiele hat schon zu Recht angeprangert: Über einen langen Zeitraum hinweg waren die Probleme bekannt. Die Finanzaufsicht hat gesagt: Hier stimmt etwas nicht; wir müssen eine Finanzholding, gerade so ein größeres Finanzkonglomerat in Deutschland beaufsichtigen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Aber die Bundesregierung war untätig.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Leider wahr!)

Ja, es ist natürlich ein Versagen des Managements, das zu dieser HRE-Krise geführt hat - das streitet niemand ab -, aber es ist doch auch Staatsversagen, wenn

die Informationen beim Ministerium eingehen - wir wissen, dass Informationen vorhanden waren - und dort nicht gehandelt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es im Übrigen bemerkenswert: Wir haben immer wieder neue Dinge erfahren, die vorher verschwiegen wurden. Erst hieß es, die Liquiditätsprobleme seien beim Ministerium erst am 6. März bekannt geworden. Jetzt heißt es plötzlich, schon im Frühjahr 2008 habe man darüber Bescheid gewusst. Es ist doch nicht nachvollziehbar, weshalb so einfache Fragen wie die, wann der Bundesfinanzminister von dem Ablauf der Frist nach dem Umwandlungsgesetz am 29. September wusste, hier im Plenum nicht beantwortet werden. Das gilt auch für die Kleine Anfrage der FDP. Das sind ganz einfache Fragen.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen kommt von der Bundesregierung immer nur die Antwort, diese Frist sei irrelevant. Das mag sein. Das wollen wir überprüfen. Wir wollen niemandem etwas unterstellen, aber wir müssen die Tatsachen kennen, damit wir unserer Kontrollfunktion in diesem Hause gerecht werden können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es um Milliarden geht, kann uns dieses Recht niemand bestreiten.

Es ist unmöglich - das sage ich ausdrücklich auch den Rednerinnen und Rednern der Großen Koalition -, in dieser Situation auf einen Untersuchungsausschuss zu verzichten. Wir können das vor den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, vor den Menschen, die das jetzt und auch in den kommenden Jahren schultern müssen, nicht verantworten.

Deswegen haben wir uns heute Nachmittag auf sehr konkrete Fragen verständigt. Wir wissen, dass es eine sensible Materie ist, die wir da angehen. Wir wissen aber auch um unsere Verantwortung für das Geld der Menschen, die hart arbeiten, die Steuern zahlen, die jetzt für Fehler, die im privaten Bereich, im Management von Banken, gemacht worden sind, haften sollen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wenn man es von denen zurückholt, nicht!)

Wir müssen die Risiken kennen. Sie sollten uns dabei unterstützen, weil Sie genau die gleiche Verantwortung haben. Sie haben die gleiche Verantwortung gegenüber den Menschen, die die Risiken tragen müssen. Sie haben die gleiche Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Diese erwarten von uns, dass wir, wenn wir für den Bankensektor schon die größten Hilfs- oder Rettungspakete beschließen, die jemals auf den Weg gebracht worden sind, nicht sagen, wir hätten über den Sommer zu wenig Zeit oder die Bundesregierung werde es schon richten. Gerade in der Krise muss ein Parlament streng überwachen, streng kontrollieren. Es geht wirklich um die Glaubwürdigkeit dieses Hauses. Die wollen wir mit aller Kraft bewahren. Wir wollen kontrollieren, und wir werden das in diesem Untersuchungsausschuss tun - seriös, mit aller Ernsthaftigkeit.

Es geht um konkrete Fragen. Wir haben sie formuliert. Wir werden sie ins Parlament einbringen. Wir bitten Sie, das Ganze nicht zu verzögern. Ich glaube, die Menschen erwarten auch von der Großen Koalition, dass sie nicht verzögert. Es besteht Aufklärungsbedarf. Die parlamentarische Anfrage der FDP ist nicht zu unserer Zufriedenheit beantwortet worden. Damit kommt die nächste Stufe. Das ist notwendig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Die wirft wieder Nebelkerzen!)

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Das passt hier leider gar nicht!)

Ich will einmal die zeitlichen Abläufe schildern. Nachdem die Bundesregierung eine Anzahl von Fragen ausführlich beantwortet hatte - ich komme darauf gleich noch einmal zurück -

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das nennen Sie ausführlich?)

hat sie in der letzten Woche im Finanzausschuss deutlich gemacht, dass sie, zusätzlich zu der Beantwortung der Kleinen Anfrage und im Übrigen zusätzlich zur Beantwortung der Fragen der Linken, auch am heutigen Mittwoch

im Ausschuss Rede und Antwort stehen wird. Gestern

habe ich im Ticker gelesen, dass die FDP

beschlossen hat, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie hätten die Anfrage beantworten können!)

Ich finde es merkwürdig, dass Sie schon vorher wussten, was heute herauskommt.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Sie haben

doch über Monate verzögert! - Dirk Niebel

[FDP]: Weil Sie Fragen nicht beantwortet haben!)

Das kann entweder etwas mit Hellseherei oder mit der

Tatsache zu tun haben, dass der Wahlkampf so nahe ist -

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Monatelang

haben Sie die Chance gehabt!)

mit der Konsequenz, dass keine einzige der Oppositionsfraktionen

mehr aus der Gruppendynamik herauskommt,

dabei mitzumachen. - Dass Sie hier jetzt so aufgeregt reagieren,

zeigt mir, dass ich wahrscheinlich den richtigen

Punkt erwischt habe.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU -

Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Sie waren an

der Spitze der Regierung!)

Lassen Sie mich eine zweite inhaltliche Anmerkung

machen: Ich fand es ganz besonders interessant, dass in

beiden Reden vonseiten der FDP, insbesondere in der

von Herrn Thiele, davon gesprochen wurde, dass es um

die Verwendung von Steuergeldern geht. Das ist richtig.

Aber schauen wir uns dann einmal an, was wir in den

letzten Tagen erlebt haben: Die FDP fordert in den Bundesländern,

in denen sie mitregiert, die Landesregierungen regelrecht dazu auf, das Inkrafttreten des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes, bei dem es ja um die Rettung von Steuergeldern geht, zu verzögern. Ich finde es fast schon scheinheilig, sich hier hinzustellen und zu behaupten, man wolle Steuergelder schützen, aber in der Realität etwas völlig anderes zu machen. (Beifall bei der SPD - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wie sind Sie denn auf den Posten gekommen? Sie bringen ja alles durcheinander! Unglaublich!)

Ich gehe gerne auf einen weiteren Punkt ein: Im Laufe des heutigen Tages gab es ja einen ganz bestimmten Ablauf bei den Debatten. Es gab erst die Ausschusssitzung. Wie ernst Sie sie genommen haben, zeigt sich - wie ich gerade schon beschrieben habe - daran, dass Sie gestern schon eine Entscheidung getroffen haben. (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wir waren da!) Dann gab es gerade die Fragestunde. Wenn Herr Thiele nun behauptet, in dieser sei nicht auf die Fragen der FDP geantwortet worden, oder gar behauptet, es habe eine Regelungslücke gegeben, dann kann ich das nur darauf zurückführen, dass er heute Morgen nicht in der Ausschusssitzung war. Da ist nämlich noch einmal ganz deutlich gesagt worden: Die Aufsicht über die Finanzholding hat mit der Frage, ob die deutsche Finanzaufsicht in Irland prüfen kann oder nicht, gar nichts zu tun. Wir haben uns nämlich an die europäische Richtlinie gehalten, die wir eins zu eins umgesetzt haben. Dass Sie solches trotz der Darstellung von Herrn Sanio und den Ausführungen heute im Ausschuss hier wiederum behauptet haben, finde ich nicht in Ordnung. Das erweckt nämlich bei uns den Eindruck, dass es Ihnen nicht darum geht, Antworten auf Fragen zu bekommen, sondern Sie nur solche Antworten akzeptieren, die Sie gerne hören wollen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aber die Bundesbank hat doch in Irland geprüft!) Sie sind also unzufrieden damit, dass wir Ihnen die Fakten auf den Tisch gelegt haben. Ich halte das alles für problematisch. Aber damit müssen Sie dann umgehen. (Zuruf von der FDP: Das kann jeder nachlesen!) Ehrlich gesagt: Wir müssen wahrhaftig keine Angst vor einem Untersuchungsausschuss haben. Vielmehr werden wir da noch einmal gemeinsam über die entsprechenden Fakten reden.

Lassen Sie mich auch noch etwas zu der Frage der Reihenfolge von Information und Aufklärung sagen. Die Bundesregierung hat dem Finanzausschuss zum Beispiel am 7. November einen ausführlichen Bericht zu der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angeordneten Prüfung bei den irischen Töchtern übermittelt. Am 10. November haben wir Ihnen einen ausführlichen Bericht zu Ihrer Frage bezüglich der Aufsicht über eine Finanzholdinggesellschaft gemäß den Vorschriften des Kreditwesengesetzes übermittelt. Schon in dem damaligen Bericht stand, dass wir die entsprechende EURichtlinie eins zu eins umgesetzt haben. Ich habe manchmal den Eindruck, Herr Thiele - Sie hören ja jetzt



nicht zu;

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Doch!)

das war heute Morgen im Ausschuss auch schon so; da haben Sie behauptet, es stehe im steuerlichen Bereich des Gesetzes etwas nicht drin; das stimmte aber nicht; wir haben Ihnen das vorgelesen -, dass Sie nach der Hälfte offensichtlich aufhören zu lesen. Das Thema ist aber zu ernst, um darauf weiter einzugehen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Zu sachlich ist der Beitrag im Moment auch nicht!)

Am 22. Januar haben wir dem Haushaltsausschuss eine ausführliche Aufstellung zum Thema „Rahmenbedingungen und Eckpunkte des zweiten Rettungspaketes für die Hypo Real Estate“ übermittelt. Ich will nur dieses Beispiel nennen - anderes habe ich ja vorhin schon beschrieben -: Es stellt sich natürlich die Frage - das hat ja einen ernsthaften Hintergrund -, ob die Haftungsregelungen und die berühmt-berüchtigte Stichtagsfestlegung relevant sind oder nicht. Es kann aber doch, Herr Wissing, nicht bloß um irgendwelche Tage gehen, sondern die Festlegung von Tagen muss auch immer mit einer inhaltlichen Relevanz verbunden sein. Wir haben Ihnen sehr deutlich aufgeschrieben, dass es nicht so der Fall ist, wie Sie es immer gerne unterstellen. Herr Claus, ich empfehle, dass Sie sich von den Mitgliedern des Finanzausschusses einmal den Bericht geben lassen.

Insofern habe ich den Eindruck, es geht Ihnen nicht um Aufklärung, sondern um Stimmungsmache. Das ist legitim; aber wir sollten uns angesichts der Ernsthaftigkeit dieses Themas doch eher daran orientieren, für die Zukunft gemeinsam Lösungswege zu finden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will einen letzten Punkt ansprechen, weil auch dieser immer wieder genannt wird, nämlich die Informationen des sogenannten 10-a-Gremiums SoFFin. Dieses Parlament hat mit Mehrheit - auch mit Stimmen der FDP - beschlossen, dass dieses Gremium geheim tagen wird. Das hat seinen Grund; denn es geht um die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Ich gehe weiterhin davon aus, dass die Mitglieder des Gremiums, die die entsprechenden Informationen erhalten, diese geheim behandeln. Aber ich will sehr deutlich machen, dass mehrmals festgestellt worden ist, dass die Information des Parlaments - wie in anderen Bereichen auch - über die Information dieses geheimen Gremiums erfolgt. Da Sie die Geheimhaltung hier mit Mehrheit beschlossen haben, sollten Sie auch akzeptieren, dass die Bundesregierung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht öffentlich,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist doch eh alles öffentlich!)  
beispielsweise in Fragestunden, darlegt.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie eigentlich für ein Parlamentsverständnis?)  
- Herr Bonde, ich sagte es bereits: Dass das Gremium geheim tagt, ist von diesem Parlament beschlossen worden.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, es war Ihre Fraktion - mit der CDU und der FDP!)

Sie tun so, als hätte die Bundesregierung dieses Gesetz gemacht. Aber es ist hier mit der nötigen Mehrheit verabschiedet worden.

Ich will eine letzte vorsichtige Bemerkung in Richtung Herrn Bernhardt machen. Es gibt regelmäßig eine Koordinierungsrunde, an der die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung beteiligt sind. Ich kann mich nicht erinnern, dass es je - zumindest in der Zeit, als ich dort vertreten war -, nachdem die Bundesregierung eine Kleine Anfrage beantwortet oder einen Bericht an den Finanzausschuss geschickt hatte, die Aufforderung oder Bitte gab, die eine oder andere Antwort auf die Fragen zu ergänzen. Das hätten wir jederzeit gemacht. Aber ich hätte mir gewünscht, diese Aufforderung wäre in der Koordinierungsrunde gekommen und nicht hier im Plenum in einer Rede vorgetragen worden. Ich finde, die Frage des Umgangs gehört zur Fairness dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Hans Michelbach hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Jetzt erwarten wir Widerspruch von Herrn Michelbach!

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es das gute Recht des Parlaments, einen Untersuchungsausschuss zu fordern, insbesondere wenn

- wie nach meiner Ansicht geschehen - aus dem Ministerium unklare Antworten kommen. Ich werbe in meiner Fraktion für eine Aufarbeitung dieser Sachlage. Das Parlament und insbesondere die Steuerzahler haben gerade in dieser Zeit Anspruch auf Information, Transparenz und vor allem - das darf man nicht vergessen - Lösungen, die noch anhängig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Darauf müssen und sollten wir uns zunächst konzentrieren.

Die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Wochen immer weiter verschlechtert. Wir erleben die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Unsere Bürger erwarten glaubwürdige Reaktionen auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Es geht schließlich um ihr Steuergeld. Gerade in der Krise hat die Politik eine besondere Verantwortung. Notwendig sind neues Vertrauen, Glaubwürdigkeit und die richtigen Konzepte. Darauf müssen wir im Sinne der Menschen draußen reagieren.

Es geht um die Sicherung des gesamten Finanzmarktes.

Die Hypo Real Estate ist dabei nur eine Säule, die zur Systemerhaltung stabilisiert werden muss. Natürlich ist es im Interesse der Steuerzahler, dass aufgearbeitet und aufgeklärt wird und dass vor allem für eine weitere Gefahrenabwehr gesorgt wird.

Jetzt braucht es eine Vertrauensbasis für den gesamten Finanzmarkt. In dieser Hinsicht hat der Bundesfinanzminister eine klare Bringschuld.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich sage deutlich: Es ist für mich nicht klar, wie wir die Realwirtschaft mit funktionierenden Bankgeschäften

und mit dem Zufluss von neuem Geld kurzfristig unterstützen können. Dieser Kreislauf funktioniert im Moment noch nicht. Deswegen ist es wichtig, die Zeit darauf zu verwenden, weiterzudenken und auf der Basis der Aufarbeitung neues Vertrauen zu schaffen. Es ist nicht die Zeit für Versteckspiele oder für Blockaden. Wir alle gemeinsam müssen daran interessiert sein, in die Offensive zu gehen, um die Menschen mitzunehmen und um das Ziel der Sanierung unseres Finanzmarktes zu erreichen. Zweifellos gibt es Defizite und Versäumnisse. Das muss man zugeben. Es kann niemand behaupten, dass es sie nicht gibt. Dass die Bundesbank in Irland geprüft hat und trotzdem keine Konsequenzen bei der HRE gezogen wurden, ist eine Tatsache.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Die Vergangenheitsbewältigung und Rückschau in Sachen HRE sind sicher spannend, weil sich herausstellen wird, dass es Versäumnisse gegeben hat. Aber ich möchte deutlich machen, dass die Dimension der Herausforderung sehr viel größer ist. Trotz Konjunkturpaketen und Ankündigung neuer Regulierungen sind die Bedingungen für die Realwirtschaft nicht besser geworden. Die fundamentale Strukturkrise ist nicht durch immer neue Konjunkturpakete oder durch geldpolitische Notoperationen zu lösen. Es ist notwendig, dass die Banken in der Lage sind, der Wirtschaft neue Geschäfte anzubieten. Nur damit kann weiterer Schaden verhindert werden.

Der Bankensektor benötigt konkret eine Sanierung der Bankenbilanzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen uns auf die Ausgliederung toxischer Wertpapiere konzentrieren, die längst überfällig ist. Ohne eine Bad-Bank-Lösung kommen wir aus dieser Krise nicht heraus.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nicht Bad Bank! Eine Lösung!)

Die Deutsche Bundesbank hat schon Modelle dargestellt. Ich vermisse, dass hier gehandelt wird. Das ist ein ernstes Problem.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Genauso wie Aufklärungsbedarf besteht jetzt Handlungsbedarf. Ich appelliere, dass wir die Kredit- und Geldmarktbremse im Interesse der Menschen, der Wirtschaft und der Arbeitsplätze möglichst schnell lösen. Nur so können wir weiter vorankommen. Ich fordere den Bundesfinanzminister auf, Handlungskonzepte darzustellen und sicherzustellen, dass dem Untersuchungsausschuss Informationen zukommen, damit Vertrauen für die Zukunft geschaffen werden kann.

Wir von der CDU/CSU-Fraktion sind bereit, Mitverantwortung für die Aufklärung zu übernehmen. Wir sind bereit, Schaden für die Steuerzahler abzuwenden. Wir sind bereit, zur Überwindung der Krise mit Fleiß und Verantwortungsbewusstsein beizutragen. Das biete ich an. Wir werden sehr sachgerecht und konsequent diesen Untersuchungsausschuss begleiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht die Kollegin Nina Hauer für die SPDFraktion.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Nina Hauer (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Lieber Herr Michelbach, gehören Sie der Partei, die den  
Bundewirtschaftsminister stellt, eigentlich nicht mehr  
an? Warum stellen Sie hier Fragen, die seit Monaten unter  
uns Finanzpolitikern und Parlamentariern und auch in  
der Öffentlichkeit besprochen werden?

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wir wollen  
eine Lösung haben!)

Im Ausschuss waren heute Morgen alle Experten der  
Bundesregierung und auch der Präsident der Bundesanstalt  
für Finanzdienstleistungsaufsicht anwesend. Herr  
Thiele, die Fragen, die Sie hier gestellt haben, habe ich  
heute Morgen im Ausschuss von Ihnen nicht gehört. Da  
haben Sie nur gesessen und zugehört.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ich habe auch  
gefragt!)

- Sie haben zwar auch Fragen gestellt. Aber entweder  
haben Sie bei den Antworten nicht zugehört

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aber sicher! -  
Zuruf von der CDU/CSU: Da muss man ihn in  
Schutz nehmen!)

oder Sie gehen lieber dahin, wo Sie für Ihre Fragen mehr  
öffentliche Aufmerksamkeit bekommen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Deswegen machen  
wir eine Aktuelle Stunde!)

Heute Nachmittag stand Ihnen die Frau Staatssekretärin  
hier Rede und Antwort. Ich muss sagen: Ich kann es

schon fast auswendig, was sie Ihnen immer wieder sagt,  
(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aber ich kann Ihnen

auch meine Fragen geben, damit Sie die  
dann auch auswendig lernen!)

zum Beispiel, dass die irische Aufsicht für die DEPFA  
zuständig ist, dass die Regelungen, die wir getroffen haben,  
was die Verantwortung der Holdings angeht, nicht  
nur im Rahmen der europäischen Regelungen, sondern  
auch darüber hinaus gefasst worden sind. Die Antworten  
auf all die Fragen, wann wer was gemerkt hat, stellen  
eine Chronologie dar, die wir seit Monaten hören. Es  
wäre heute Morgen und heute Nachmittag Gelegenheit  
gewesen, Fragen zu stellen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Entschuldigung,  
ich habe doch die Fragen im Ausschuss an die  
Regierung gestellt! Die ganze Zeit!)

Sie aber beantragen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses,  
weil Sie in der Öffentlichkeit Klamauk  
machen wollen.

Der Bundespräsident hat übrigens gestern in seiner  
Rede deutlich gemacht, wofür diese Krise nicht geeignet  
ist, nämlich dafür, die Leute zu verunsichern. Er hat davor  
gewarnt, die Chancen, die es gibt, auf dem Finanzmarkt  
Regeln aufzustellen, zu verpassen, indem man  
jetzt in parteipolitisches Gezänk ausbricht. Ich finde,  
diese Warnung ist berechtigt; denn hier geht es um ganz  
andere Dinge.

Dazu habe ich von der FDP in den letzten Monaten

nichts gehört.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Weil Sie nicht zugehört haben!)

Herr Thiele, Sie sprechen hier von Regelungslücken. Ich halte das fast für lachhaft: Jede Regelung im Hinblick auf den Finanzmarkt, über die wir in den letzten Jahren gesprochen haben, war Ihnen zu viel.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Bei jeder Regelung, die aufgestellt wurde und mit der überprüft werden sollte, wer was macht, gab es eine Stimme von der FDP, die gesagt hat: Das wollen wir nicht; das macht die Märkte kaputt. Die brauchen keine Regelungen. Am besten ist es, wenn sich der Markt selber regelt.

Wir haben jetzt aber gesehen, dass der Markt das nicht tut. Offensichtlich wollen Sie nicht nur in Parteipolitik verfallen; Sie wollen auch von Ihren eigenen Versäumnissen ablenken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die FDP war in den letzten zehn Jahren nicht für den Finanzmarkt zuständig! Das muss man vielleicht auch einmal sagen!)

Mir ist kein Vorschlag der FDP zur Regelung des Finanzmarkts bekannt. Ich habe von Ihnen noch keinen einzigen Beitrag dazu gehört, wie wir in Deutschland, aber auch darüber hinaus in dieser Situation Regelungen finden, aufstellen und vor allen Dingen auch politisch durchsetzen,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wir haben dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz zugestimmt, Frau Kollegin!)

die solche Katastrophen in Zukunft verhindert können. Das Einzige, was ich von Ihnen gehört habe, war, dass Sie sich zum Interessenbündel eines US-amerikanischen Milliardärs gemacht haben, den Sie in unsere Anhörung eingeladen haben, bei der es unter anderem um die Hypo Real Estate, vor allen Dingen aber um unseren Gesetzentwurf ging, den wir letzte Woche beschlossen haben.

Dabei ging es nicht darum, die Millionen und Milliarden Einzelner zu retten, sondern darum, dafür zu sorgen, dass Millionen von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht dadurch enteignet werden, dass wir versäumen, eine Bank zu retten, die, wenn sie in die Tiefe rauscht, andere mit sich reißt. Der einzige Beitrag, den Sie dazu geleistet haben, war, die Interessen von Herrn Flowers zu vertreten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist eine Scheuklappenargumentation, wie ich sie von Ihnen nicht besser erwartet habe!)

Ich muss sagen: Das ist reichlich dünn. Je länger diese Debatte öffentlich geführt wird, je mehr die Menschen Fragen stellen und Erwartungen äußern, desto mehr werden Sie baden gehen, da Sie keine Antworten haben und verschiedene Interessen vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben heute eine Anhörung zum Thema Steuerhinterziehung durchgeführt. Letzte Woche hat Ihr Parteivorsitzender in einem bemerkenswerten Auftritt die Steueroasen in anderen europäischen Ländern verteidigt

(Dr. Volker Wissing [FDP]: So ein Quatsch! -  
Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das hat er doch  
gar nicht gemacht!)

und so getan, als ob das überhaupt nichts mit der Finanzmarktkrise  
zu tun habe. Das ist vielleicht nicht die Ursache;  
aber natürlich hat die Finanzmarktkrise etwas damit  
zu tun, dass es Staaten gibt, die ihre Wertschöpfung darauf  
aufbauen, dass sie Steuerflüchtlingen Zuflucht gewähren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN - Carl-Ludwig Thiele [FDP]:

Das hat er so überhaupt nicht gesagt! Sie verdrehen  
die ganze Zeit die Argumentation!)

- Das hat er sehr wohl so gesagt.

Damit hätte sich die FDP auseinandersetzen können;  
dies gilt auch für alle anderen Vorschläge. Wir haben  
letzte Woche über die G 20 diskutiert. Wir haben über  
eine Vielzahl von Maßnahmen - auch im Ausschuss -  
gesprochen. Dazu habe ich von der FDP nichts gehört.  
Aber jetzt, da Sie hoffen, durch parteipolitisches Gezänk  
und dadurch, dass man so tut, als ob die Regierung nicht  
verantwortlich gehandelt hat, Aufmerksamkeit zu erreichen,  
kommen Sie auf den Plan und wollen diese für  
sich in Anspruch nehmen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Seit Herbst sind

wir am Ball! - Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Warum regt ihr euch  
denn so auf?)

Ich muss sagen: Das wird schiefgehen. Ich glaube,  
dass die Bürgerinnen und Bürger klug genug sind, zu sehen,  
welche Intentionen sich dahinter verstecken und  
dass es natürlich nicht darum geht, wirklich kritisch  
nachzufragen und in dieser Krise verantwortlich zu handeln,  
sondern nur darum, den Eindruck zu erwecken, die  
Regierung habe nicht gehandelt. Das hat sie. Die Frau  
Staatssekretärin hat es in vielen Antworten auf Anfragen  
und in vielen Redebeiträgen hier und im Ausschuss dargestellt.  
Wer zugehört hat, hat verstanden, um was es bei  
diesem Punkt geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht Leo Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe  
Kolleginnen und Kollegen! Aus parlamentarischer Sicht  
und aus parlamentarischem Selbstverständnis ist es klar,  
dass Fraktionen, die Aufklärungsbedarf haben, diese  
Aufklärung auch bekommen sollen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So ist es!)

Dem werden wir nicht im Wege stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie  
bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb verstehe ich nicht genau - Frau Hauer, ich spreche  
Sie und die anderen Redner der SPD an -, wieso  
Aufregung herrscht. Wir können das Vertrauen der Bürger  
in politisches Handeln doch nur dadurch zurückgewinnen,  
dass wir dem Misstrauen offensiv gegenüberreten  
und darlegen, wie die Dinge abgelaufen sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Einlassungen des Präsidenten in der heutigen Anhörung des Finanzausschusses enthielten ein für uns in der Tat neues Faktum. Frau Staatssekretärin, das war für das Ministerium vielleicht nicht neu, für uns Parlamentarier aber schon.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Er sagte, dass auf Fachebene bereits 2006 über die Finanzholdings befunden wurde, und zwar sowohl seitens der Bundesbank als auch seitens der BaFin, also der Prüfbehörde.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Frau Hauer wusste das!)

Dabei ging es nicht nur um die HRE. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, ging es um 34 oder 35 Finanzholdings mit einer solchen Struktur, die nicht über das KWG erfasst werden und einer Aufsicht unterstehen. Dieses Problem war 2006 schon bekannt.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da war die Ansage: Das soll gelöst werden!)

Unabhängig von dem Fall HRE hätte man aktiv werden müssen. Das ist dem Ministerium damals mitgeteilt worden. Soweit ich weiß, hat das Ministerium die Rechts- und Fachaufsicht über die Prüfer inne. Im Grunde wurde aber erst 2008 eine Initiative zur Änderung des Gesetzes unternommen,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So war das!)

und zwar nur, weil wir gerade über die Reform des Pfandbriefrechts beraten haben. In diesem Zusammenhang konnte die Aufsicht hinsichtlich der Struktur der Finanzholdings verändert werden.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Verschärft durch die FDP!)

Die Form wurde dahin gehend geändert, dass die Holding nicht nur auf eigenen Antrag unter eine verschärfte Aufsicht gestellt werden kann, sondern auch, wenn seitens der Aufsicht ein Grund dafür gesehen wird.

(Beifall bei der FDP)

Das ist im Grunde die Entwicklung gewesen. Man darf ruhig einmal nachfragen, was aus den Erkenntnissen von 2006 im Regierungshandeln geworden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Kollege ist sach- und fachkundig!)

Es ist legitim, das erfahren zu wollen.

Zweiter Punkt: Finanzmarktgremium 10 a. Die Union ist nach wie vor der Überzeugung, dass es richtig ist, dass das ein Kontroll- und Informationsgremium und kein Beschlussgremium ist, Herr Bonde. Handeln im Sinne des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist ausschließlich Handeln der Exekutive, weil diese die Kenntnis und damit auch die Verantwortung hat.

(Otto Fricke [FDP]: Es sei denn, wir ändern das!)

Wir können die Entscheidung nachvollziehen. Wir haben das Informations- und Kontrollrecht, aber nicht das Entscheidungsrecht. Ich lege für meine Fraktion nach wie vor Wert darauf, dass das so bleibt.

Die Informationen müssen aber auch gegeben werden.

Die Regierung und das Finanzministerium müssen das als Bringschuld verstehen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht erst, wenn es in der Zeitung steht!)

Es kann nicht sein, dass wir immer hinterherhecheln müssen. Frau Staatssekretärin, ich war, wenn ich das so sagen darf, etwas pikiert über Ihre Bemerkung zum Thema Vertraulichkeit bzw. Geheim. Sie haben den Eindruck erweckt, dass das, was in der Presse gestanden hat, aus dem Gremium kam. Wenn Sie das so gemeint haben, ist das wirklich das Allerletzte. Wir konnten nämlich erst am Montag das in der Zeitung lesen, was wir angeblich behandelt haben, was im Gremium aber nie behandelt worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ihr Pressesprecher, der jetzt Oberbürgermeister in Kiel werden soll, hat das Handelsblatt montags immer mit Informationen darüber beglückt, was wir am Montag im Gremium machen sollten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Auch das gehört der Vollständigkeit halber dazu. Diese Beschuldigung weise ich also zurück. Es ist immer die einfachste Masche, die undichte Stelle den Parlamentariern zuzuordnen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bringen Sie die Informationen rüber, die wir in diesem Gremium brauchen!

Wir sollten alle Aufgeregtheiten ablegen, der Sache dienen und das aufarbeiten, was war.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind auch in der Regierung, Herr Dautzenberg!)

Wir sollten aber auch das tun, was noch erforderlich ist.

Wir haben den Finanzmarkt stabilisiert. Mit Ausnahme der Linken und der Grünen haben wir das gemeinsam gemacht, mit der FDP. Die weiteren notwendigen Schritte haben wir vor gut einer Woche unternommen.

Lieber Kollege Thiele, da habe ich nicht verstanden, warum die FDP immer nur einseitig über Enteignung diskutiert.

Als Ultima Ratio ist die Enteignung aus der Sicht der sozialen Marktwirtschaft möglich, damit wir die Gestaltungsmehrheit bekommen. Man sollte sie aber nicht allein in den Fokus stellen. Frau Staatssekretärin, wir brauchen dringend eine Regelung für die Verlustverrechnung - die Unionsfraktion fordert das seit Januar, jetzt kommt die Reaktion des Bundesrates -, gerade hinsichtlich der Landesbanken. Wir wollen sie auf die gewerbliche Wirtschaft erweitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir fordern schon seit Wochen, dass ein Vorschlag zur Ausgliederung der sogenannten Risikopapiere vorgelegt wird. Wenn das nämlich nicht passiert, wird es dauerhaft eine Baustelle. Dann machen wir Finanzmarktstabilisierung, aber nicht -weiterentwicklung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:



Der Kollege Jörg-Otto Spiller hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dautzenberg, ich finde es gut, wie sich die Wählerinnen und Wähler in Kiel entschieden haben. Ich bedauere allerdings, dass das Bundesfinanzministerium einen sehr tüchtigen Mitarbeiter verliert.

Die Entscheidung der Kieler muss man aber respektieren.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Der alles durchgestochen hat! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Er hat rechtzeitig den Absprung geschafft! - Leo Dautzenberg [CDU/

CSU]: Es ging nur um die Informationen!)

Die weltweite Finanz- und Bankenkrise ist geprägt durch eine Erkenntnis: Es hat sich bestätigt, dass das Übermaß an Vertrauen in die Selbstregulierung des Marktes nicht gerechtfertigt ist. Wir haben bei vielen großen Instituten - ganz besonders ausgeprägt in London und in den USA, wo der Glaube an die Heilkräfte des ungehemmten Marktes besonders verankert war - gesehen, dass dies ein Irrglaube ist.

Im Deutschen Bundestag gibt es eine Fraktion, die in den letzten Jahren bei fast allen wirtschaftspolitischen Debatten gesagt hat: Am wichtigsten ist es, ein Übermaß an Regulierung, an Regeln, an Vorschriften und an staatlichen Aufsichten zu reduzieren.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ein Übermaß, ja!)

Deregulierung, lieber Kollege Thiele, war die Hauptforderung der FDP bei fast allen wirtschaftspolitischen Themen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aber nicht in entscheidenden Punkten!)

Jetzt schaffen Sie es, mit einer wirklich originellen Ablenkungsaktion die internationale Finanzmarktkrise als ein Behördenversagen darzustellen.

(Ute Kumpf [SPD]: Genau! Das ist das Spannende!)

Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo fängt denn eigentlich die Verantwortung der Unternehmen an? Doch wohl im Unternehmen selbst.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Ich sage Ihnen einmal, wie das bei der Hypo Real Estate war - Sie können aber auch andere Banken nehmen, zum Beispiel UBS oder britische oder amerikanische Banken -: Es war ein Versagen des Risikomanagements, ein Versagen der Erfassung von Risiken.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Ich bleibe beim Fall Hypo Real Estate.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist ja auch das Thema!)

Sie hatte in ihrem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2007 einen Prüfungsvermerk der KPMG. Dort wurde festgestellt, dass alles in Ordnung sei.

(Otto Fricke [FDP]: War der falsch?)

Noch im Juni 2008 stand im Quartalsbericht der Hypo Real Estate, man habe einen Stresstest gemacht und dabei herausgefunden, dass selbst bei einem Worst-Case-Szenario sichergestellt sei, dass in jedem Falle die Liquidität

der Bank und der Holding gewährleistet sei.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Kann man mal sehen!)

Das ist natürlich auch von der KPMG abgehakt worden: alles okay.

Jetzt sage ich Ihnen: Wir können uns, wenn Sie das wollen, natürlich damit befassen. Das ist Ihr Recht; da muss man gar nicht zustimmen. Wenn 25 Prozent der Mitglieder dieses Hauses einen Untersuchungsausschuss verlangen, wird einer eingesetzt. Man muss sich aber überlegen, wie viel Kraft man darauf verwenden will, das aufzuarbeiten. Das kann man natürlich alles machen. Mich jedoch interessiert etwas anderes viel mehr. Die Bundesregierung hat heute beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Bankenaufsicht durch Bundesbank und BaFin einzubringen. Mich interessiert viel mehr, wie wir damit umgehen. Es kann sein, dass wir zu dem Ergebnis kommen, dass man das eine oder andere zusätzlich machen kann, damit die Aufsicht besser funktioniert. Nach vorne gerichtet zu schauen, finde ich viel interessanter, als einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das eine schließt doch das andere nicht aus!)

Natürlich würden auch wir uns in einem Untersuchungsausschuss einbringen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ja, beides!)

Aber ich sage Ihnen: Die Schritte, die nach vorne gerichtet sind, halte ich für wesentlich wichtiger.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist auch wichtig! Beides!)

Auch im Hinblick auf das anstehende G-20-Treffen gilt: Wir werden nicht alles allein auf nationaler Ebene regeln können.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Wenn Sie sich auf Ablenkungsmanöver beschränken wollen, machen Sie das ruhig. Versuchen Sie, Ihren Wählern einzureden, der wichtigste Beitrag, den Sie zur Aufarbeitung dieses niederschmetternden Marktversagens leisten können, bestehe darin, den Vorwurf des Behördenversagens zu erheben. Ich glaube, die Wählerinnen und Wähler in Deutschland werden Ihnen das nicht lohnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Hans-Ulrich Krüger hat jetzt für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Recht der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hat Leo Dautzenberg schon das Notwendige gesagt!)

und einzusetzen, haben sich bereits viele Redner geäußert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja! Dazu ist schon alles gesagt worden!)

Dazu ist alles Notwendige gesagt. Aber die Argumentationshilfen, die bemüht wurden, haben bei mir, ehrlich gesagt, manchmal einen etwas gespenstischen Eindruck

hinterlassen. Teilweise hatten sie sogar den Charakter einer Farce.

Der Kollege Claus von der Fraktion Die Linke führte aus, es ginge nach wie vor um das ominöse Datum 29. September 2003 bzw. das Ende der fünfjährigen Verjährungsfrist am 28. September 2008; darauf legte er in seiner Rede sein Hauptaugenmerk. Ich muss Ihnen sagen: Wenn es Ihnen darum geht, diese Frage aufzuklären, dann geht ein Untersuchungsausschuss auf jeden Fall fehl.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Genau! Das ist abgehakt!)

Denn Sie begehren nicht Auskunft über Tatsachen, sondern Auskunft über eine Rechtsfrage, die – die Juristen sagen bewusst, ein Blick ins Gesetz erleichtere die Rechtsfindung – schnell, klar und einfach beantwortet werden kann.

Bei der Fünfjahresfrist geht es nicht um irgendwelche Ansprüche der HRE, die zum Beispiel hätten verjährt sein können. Nein, es geht um Ansprüche, die Altaktionäre oder Altgläubiger – bezogen auf den 29. September 2003 – gegen die Mutter HVB hatten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Genau! Das hat mit der HRE nichts zu tun!)

Wenn es bei der HVB zu Pflichtverletzungen gekommen wäre – das weiß niemand –, dann wäre, hätte ein Prozess stattgefunden, der Kläger ein Altaktionär oder Altgläubiger der HVB gewesen, und zwar bezogen auf den 29. September 2003, und die Beklagte wäre die HVB gewesen. Es ist egal, ob und wann seitens des Bundesfinanzministeriums Garantien ausgesprochen worden sind.

Diese Frage ist rein juristisch völlig gegenstandslos; *sedes materiae* sind § 25 und § 133 des Umwandlungsgesetzes, wenn ich das richtig im Kopf habe. Wenn dies also der Hauptgrund für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist, dann sage ich nur: Sorgfalt lässt grüßen.

Sie haben außerdem gefragt, wann wo welche Berichte von der BaFin angefordert worden seien und wann welcher Kenntnisstand vorgelegen habe. Darüber können wir natürlich diskutieren; das ist völlig richtig. Aber eines dürfen wir nicht vergessen: Im Frühjahr 2008 hat jemand, der auch in der Anhörung zu Gast war, für das Finanzinstitut, das wir heute beäugen, nach Prüfung des Münchener Instituts und nach Prüfung des irischen Instituts sowie nach einem sehr intensiven Due-Diligence-Verfahren 1,1 Milliarden Euro, sprich 22,50 Euro pro Aktie, gezahlt. Ohne Prüfung, ohne Sachkenntnis, ohne tiefes Schürfen in der Bilanz? Wohl kaum. Diese beiden Punkte stehen also auf mehr als tönernen Füßen. Vor diesem Hintergrund sehe ich der Entscheidung über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit absoluter Gelassenheit entgegen.

Ein weiterer Punkt, der heute angesprochen worden ist, betrifft den Finanzmarkt. Ich bin froh, dass die Exekutive die Verantwortung für Einzelfallentscheidungen im Zusammenhang mit Garantien, Risikoübernahmen und Rekapitalisierungen trägt; meiner Meinung nach ist gar keine andere Form der Verantwortungszuweisung möglich. Ich bin allerdings traurig darüber, dass in der

aktuellen Debatte, die wir heute führen, zu kurz kommt, dass es uns in dieser Situation darum geht - gehen muss! -, die Belastung für den Steuerzahler möglichst gering zu halten, sprich: bei der Enteignung der Hypo Real Estate zu einer Lösung zu kommen, die 1 bis 1,5 Milliarden Euro jährlich an Zinsen spart und bei der 4 bis 6 Milliarden Euro weniger an Eigenkapital zugeschossen werden müssen als bei jedweder anderen Lösung.

Man muss doch sagen: Lieber Eigentümer, ohne die Maßnahmen des Staates wäre der Wert deines Unternehmens null; von daher ist die im Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz getroffene Regelung, nach Börsenkurs zu enteignen, das Höchstmögliche, was geleistet werden kann.

Das sind die entscheidenden Punkte, über die wir uns unterhalten müssen, wenn wir unserer gesellschaftlichen und unserer politischen Verantwortung nachkommen wollen.

Wenn Sie einen Untersuchungsausschuss einsetzen wollen, gut, dann tun Sie das! Aber ich hoffe, dass der eine oder andere Kollege in diesem Hause einen Kommentar zum Umwandlungsrecht zur Hand nimmt; er wird dann sehen, dass der Bezugspunkt, mit dem ein skandalöses Verhalten insinuiert wird, schon aus rechtlichen Gründen schlicht rückhaltlos ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Genießen Sie mir bitte den Abend und die gewonnenen Einsichten!

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 26. März 2009, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen. Anlage 14

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Hartmut Schauerte auf die

Frage der Abgeordneten Cornelia Hirsch (DIE LINKE)

(Drucksache 16/12355, Frage 21):

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Befürchtung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, DIHK, es drohe im laufenden Jahr angesichts der Wirtschaftskrise der Verlust von bis zu jedem zehnten Ausbildungsplatz, und welche Gegenmaßnahmen wird sie gegebenenfalls in die Wege leiten?

Das Angebot an Ausbildungsplätzen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung; so hat von 2003 bis 2007 das Ausbildungsangebot durch die gute Wirtschaftsentwicklung um rund 68 300 Ausbildungsplätze zugenommen.

Daher ist infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem Rückgang in noch nicht absehbarer Höhe zu rechnen.

Die Bundesregierung hat die Umfrageergebnisse des DIHK zur Kenntnis genommen und begrüßt, dass die Mehrzahl der Unternehmen ihr Ausbildungsangebot auch in der Krise aufrechterhalten will, um den langfristigen Fachkräftebedarfs in Zeiten des demografischen Wandels zu sichern.

Ein Angebotsrückgang in der Größenordnung der Umfrageergebnisse des DIHK würde nicht zu einer dramatischen Verschlechterung der Ausbildungschancen

junger Menschen führen, da die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus demografischen Gründen in ähnlicher Größenordnung zurückgehen wird. 2008 hatte es nach der Vermittlungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September mehr unbesetzte Ausbildungsplätze gegeben als unversorgte Bewerber.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Partner des Ausbildungspaktes ihre Anstrengungen zur Sicherung des Ausbildungsangebotes weiter verstärken, um so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu sichern. Auch tragen die beschlossenen umfangreichen Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung auch zur Sicherung des Ausbildungsangebotes bei. Die Bundesregierung analysiert ständig die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt.

Zurzeit sieht die Bundesregierung aber keinen Bedarf für überstürzte Entscheidungen. Anlage 22

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Karin Roth auf die Frage des Abgeordneten Patrick Döring (FDP) (Drucksache 16/12355, Frage 39):

Wie hoch ist die Summe der bisher aus dem Konjunkturpaket I getätigten investiven Ausgaben einschließlich der Programme der KfW Bankengruppe nach den einzelnen Maßnahmen seit Verabschiedung des Paketes bis heute jeweils monatlich gewesen, und in welchem Umfang werden Mittel des Bundes, wie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach einem Bericht von Spiegel Online erklärte (18. März 2009), im April 2009 an die Bundesländer - bitte unter Angabe der Anzahl der dadurch finanzierten Maßnahmen - fließen?

Die Wirkung des Konjunkturpaketes bemisst sich nicht an der Summe bereits verausgabter Mittel, sondern an dem ausgelösten Auftragsvolumen. Die weiteren Maßnahmen haben einen Vorlauf in Planung, Ausschreibung und Vergabe. Das heißt, für eine Vielzahl der zu realisierenden Bauvorhaben müssen erst die Voraussetzungen für einen Mittelabfluss in den Folgemonaten geschaffen werden. Hinzu kam die ungünstige Witterung am Anfang des Jahres mit Frost und starken Schneefällen. Die betroffenen Verwaltungen sind sehr frühzeitig über die Maßnahmen informiert worden. Bundesminister Tiefensee hat bereits Anfang Dezember 2008 die Länderverkehrsminister in einer Konferenz über die Maßnahmen informiert und dafür geworben, dass die Länder durch eigene Maßnahmen mithelfen, Planung, Ausschreibung und Vergaben, die, wie Sie wissen, in den Aufgabenbereich der Länder fallen, zu beschleunigen. Im Bereich Verkehr sind in den Monaten Januar und Februar 2009 Ausgaben in Höhe von 5,7 Millionen Euro getätigt worden. Zahlen für März und April liegen noch nicht vor. Es ist aus den Projekten heraus verständlich, dass der Mittelabfluss im Laufe des Jahres stark zunimmt. Im Bereich Bau wurden für die KfW-Förderprogramme im Januar und Februar 2009 Kreditzusagen in Höhe von 600 Millionen Euro sowie Zusagen für Zuschüsse in Höhe von 6 Millionen Euro getätigt. Das Programm „Wohnraum Modernisieren - Altersgerecht Umbauen“ startet am 1. April 2009. Bei den Programmaufstockungen „Investitionspakt“, „Stadtumbau Ost“ und

„Stadtumbau West“ hat Minister Tiefensee bereits im Dezember die Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern unterzeichnet. Zwar liegen noch nicht alle Länderprogramme vor, es ist aber bereits jetzt ersichtlich, dass die Kassenmittel für das Jahr 2009 – über diese drei Programme sind dies 217 Millionen Euro – zu 100 Prozent gebunden sind.

</ text >

< text 16217 >

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 a bis 4 c auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kornelia Möller, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

500 000 Arbeitsplätze – Existenzsichernd und öffentlich gefördert

– Drucksache 16/12682 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales

(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten

Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, Dr. Dagmar

Enkelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

DIE LINKE

Sicherheit und Zukunft – Initiative für ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm

– Drucksachen 16/12292, 16/12485 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Paul Lehrieder

c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales

(11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten

Werner Dreibus, Kornelia Möller, Dr. Barbara

Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion

DIE LINKE

Gute Arbeit – Gutes Leben

Initiative für eine gerechte Arbeitswelt

– Drucksachen 16/6698, 16/12469 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Brigitte Pothmer

Auch hier soll nach einer interfraktionellen Vereinbarung

die Aussprache 75 Minuten dauern. – Ich höre dazu

keinen Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst

dem Kollegen Werner Dreibus für die Fraktion

Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Werner Dreibus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe

Kolleginnen! Liebe Kollegen! 6 Prozent minus drohen

der Wirtschaft, Hunderttausende Arbeitsplätze stehen

auf dem Spiel. Die Menschen brauchen jetzt Schutz vor

den Auswirkungen der Krise. Deshalb fordern wir einen

Schutzschirm für Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir legen Ihnen dazu in drei Anträgen detaillierte konkrete Vorschläge vor.

Nach wie vor hilft die Große Koalition vor allem maroden

Banken. Auch der Wirtschaftsgipfel vom gestrigen

Tag ändert daran leider nichts. Allein einer einzigen Bank, der HRE, schieben Sie mehr Geld zu, als Sie für die Rettung von Arbeitsplätzen auszugeben bereit sind, Ihre Konjunkturprogramme inbegriffen. Sie reden davon, dass die Banken zu bedeutend für die Wirtschaft sind, als dass wir sie pleitegehen lassen können. Das mag so sein. Aber dann müssen Sie, dann müssen wir auch von den Arbeitsplätzen von Millionen Menschen sprechen, die noch bedeutender sind und deren Verlust wir ebenso wenig hinnehmen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sind systemrelevant. Dazu hört man von Ihnen viel zu wenig. Sie bedienen vor allen Dingen die Interessen derjenigen, die uns die Krise eingebracht haben. Diejenigen, die unter ihr leiden, speisen Sie mit warmen Worten ab. Beschäftigungsgarantien für die bei Opel Beschäftigten? Fehlanzeige. Hilfen für den Mittelstand, dem die Banken den Kredithahn zudrehen? Fehlanzeige. Investitionen für neue Arbeitsplätze? Fehlanzeige. Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose? Fehlanzeige.

Und so weiter.

Keinen einzigen Euro wollen Sie ausgeben, um die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I zu verlängern. Nach Ihrem Willen landen die meisten Menschen, die heute arbeitslos werden, spätestens nach einem Jahr bei Hartz IV.

Auch den Millionen, die schon heute Hartz IV beziehen, bieten Sie keine Perspektive. Sie sind nicht einmal bereit, das Arbeitslosengeld II zu erhöhen, sodass die Menschen würdevoll davon leben können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich nenne nur die Zahl: 2,5 Millionen arme Kinder in Deutschlands Haushalten. Das ist und bleibt eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Koalition redet nur von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ignoriert, dass sich dahinter eine tiefgehende humanitäre Krise verbirgt. Angesichts dessen, wie SPD und Union auf die aktuellen Prognosen reagieren, stelle ich mir ernsthaft die Frage, ob die Koalition noch politisch zurechnungsfähig ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was?)

Sie sind bisher für 2009 von einem Minus von 2,25 Prozent ausgegangen und haben als Gegenmaßnahme Konjunkturlösungen in Höhe von 20 Milliarden Euro beschlossen.

Jetzt wird von 6 Prozent minus und von bis zu 1 Million mehr Arbeitslosen ausgegangen. Was macht die Kanzlerin? Sie erklärt, die bisherigen Konjunkturprogramme müssten ausreichen. Genauso gut könnte man behaupten, dass ein Damm, der darauf ausgelegt ist, vor einer Flutwelle von 5 Metern Höhe zu schützen, auch vor einer Flutwelle von 15 Metern Höhe schützt. Doch ein Tsunami ist etwas anderes als das jährliche Frühjahrshochwasser.

Das alles ist realitätsfern, dreist und unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu dieser Realitätsferne gehört auch, dass Sie wohlbegründete Warnungen regelmäßig in den Wind schreiben, selbst wenn sie von Ihnen nahestehenden Leuten kommen.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank hat bereits im letzten Herbst einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von bis zu 4 Prozent für möglich gehalten. Sie und Ihre verantwortlichen Minister haben das damals im Bundestag als Panikmache abgetan. Jetzt wissen wir: Wir müssen mit einem Rückgang von 6 Prozent rechnen. Ebenfalls im Herbst 2008 hat der Chef der Bundesagentur für Arbeit davor gewarnt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu kürzen. Ich habe in der damaligen Bundestagsdebatte gesagt: Nur Geisterfahrer oder Zyniker senken in der Krise die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. - „Unsinn“, hieß es damals aus Ihren Reihen, „das Geld reicht allemal, wir haben genug Rücklagen.“ In diesem Herbst wird die Bundesagentur mit leeren Händen dastehen.

Die neue Steuerschätzung wird möglicherweise einen Fehlbetrag von 20 Milliarden Euro ausweisen. Bis 2013 werden nach den jetzt vorliegenden Berechnungen in den öffentlichen Kassen krisenbedingt bis zu 200 Milliarden Euro fehlen. Dennoch weigern Sie sich weiterhin beharrlich, die Reichen und Superreichen wenigstens in der Krise stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen: Die Steuern für Spitzenverdiener werden nicht erhöht, große Vermögen werden auch weiterhin nicht besteuert.

Wie wollen Sie denn die Kosten der Krise schultern? - Wir haben eine schlimme Befürchtung: Sie holen sich das Geld bei den Beschäftigten, bei den Arbeitslosen und bei den Rentnern,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: So ist es!)

selbstverständlich erst nach der Bundestagswahl.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Genau das!)

Dann heißt es wieder, alle müssten jetzt den Gürtel enger schnallen. Aber Sie meinen immer nur diejenigen, die sowieso schon nicht viel haben. Das ist Politik gegen die Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da kann die SPD noch so schöne Sachen in ihr Programm schreiben. Mit Ihrem Wunschpartner FDP - das werden wir gleich noch hören -, werden Sie davon nichts umsetzen können, und Sie wissen das. Trotzdem täuschen Sie die Wählerinnen und Wähler. Die nächste Umverteilung von unten nach oben hat Herr Steinbrück mit seinem Weg zu den Bad Banks schon eingeleitet. Der Finanzminister redet von einem „Risiko für Steuerzahler, das bleibt“. Auf gut Deutsch heißt dies: Wenn sich die faulen Wertpapiere auf Dauer als unverkäuflich erweisen, dann zahlen halt die Steuerzahler die Zeche. Den Banken kann man das ja nicht zumuten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Krisenpolitik zu ändern. Verteilen Sie die Kosten der Krise gerecht! Ein erster Schritt ist eine Millionärsabgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Abgabe von 5 Prozent auf hohe Vermögen für die Zeit der Krise bringt den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro jährlich.

Zweitens fordern wir Sie auf, mit diesem Geld einen Schutzschirm für Menschen zu spannen: Verlängern Sie



jetzt die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und erhöhen  
Sie das Arbeitslosengeld II!

(Beifall bei der LINKEN)

Legen Sie einen Zukunftsfonds auf, der Unternehmen  
bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente  
Verfahren und Produkte unterstützt und so  
bestehende Arbeitsplätze sichert und neue Arbeitsplätze  
schafft! Bauen Sie die sozialen Dienstleistungen in der  
Kinderbetreuung, der Altenpflege, der Bildung und anderswo  
aus und schaffen Sie dazu eine Million neuer Arbeitsplätze!  
Wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei der LINKEN)

Richten Sie 500 000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze  
für diejenigen ein, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine  
Chance mehr haben! Details finden Sie in unserem Antrag.  
Sichern Sie Beschäftigung, indem Sie anstelle von  
Leiharbeit, befristeten Verträgen und Minijobs gute Arbeit,  
also das unbefristete und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnis,  
fördern! Dies hilft dem Einzelnen,  
aber auch der Nachfrage und damit tatsächlich der  
Konjunktur.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Krise hat auch etwas mit der Selbstherrlichkeit  
von Managern zu tun, die meinten und immer noch meinen,  
der Börsenkurs sei das Wichtigste. Das Wichtigste  
im Unternehmen sind und bleiben aber die Menschen,  
die in den Betrieben arbeiten und die Werte schaffen.  
Deshalb ist ein wichtiger Teil unseres Antikrisenprogramms  
der Ausbau, die Stärkung der Mitbestimmung  
und eine Beteiligung der Beschäftigten an den Unternehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur so werden die Menschen in die Lage versetzt, ihre  
Interessen am Schutz von Arbeitsplätzen, an Löhnen und  
guten Arbeitsbedingungen durchzusetzen.  
Die Grundlage unseres Sozialstaats bilden die Arbeitslosen-,  
die Gesundheits- und die Rentenversicherung.  
Deren Funktionsfähigkeit wurde durch Ihre Kürzungspolitik  
in den letzten zehn Jahren erheblich belastet  
und eingeschränkt.

(Rolf Stöckel [SPD]: Das Gegenteil ist der  
Fall!)

Die Krise führt jetzt zu weiteren Belastungen. Deshalb  
- auch dies gehört zu unserem Thema - brauchen wir sofort  
so etwas wie eine Staatsgarantie für die Sozialkassen.  
In der Krise und danach müssen Kürzungen bei den  
Leistungen für Arbeitslose, Kranke und Rentner verbindlich  
ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das ist Teil eines notwendigen Schutzschirms. Retten  
Sie nicht die Spekulanten, schützen Sie die Menschen!  
Das ist das Antikrisenprogramm der Linken, und  
es sollte ein Antikrisenprogramm des Deutschen Bundestages  
insgesamt werden.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nachdem der Kollege Dr. Ralf Brauksiepe einen wesentlichen  
Teil seiner Bemerkungen den Vertretern eines  
Teils der Opposition jetzt gerade schon privat erläutert  
hat, verbleiben ihm 14 Minuten für eine Rede an das gesamte

Haus. - Lieber Kollege Brauksiepe, Sie haben das Wort für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich untertänigst für die Maßregelung.

(Rolf Stöckel [SPD]: Die Zeiten sind doch wohl vorbei!)

Ich will deutlich sagen: Herr Kollege Dreibus, es tut mir schon ein bisschen leid für Sie, dass Sie das alles heute hier vortragen mussten. Wenn die zweitkleinste Fraktion des Hauses

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Noch!)

hier in der Kernzeit zu so wichtigen Themen Anträge stellt, dann hätte man ja vermuten können, dass jemand aus ihrer vordersten Führungsreihe etwas dazu sagt.

Dass diese das nicht tun wollten, liegt aber wahrscheinlich daran, dass die Anträge, die Sie hier heute stellen, wirklich jenseits der Peinlichkeitsgrenze sind.

Man muss sich nur einmal die Titel anschauen. Sie schreiben zum Beispiel: „500 000 Arbeitsplätze - Existenzsichernd und öffentlich gefördert“. Das ist wunderbar.

Wo haben Sie damit angefangen? Was ist mit dem Arbeitsmarkt hier in Berlin? Was haben Sie davon in Mecklenburg-Vorpommern getan, als Sie dort etwas zu sagen hatten? Wo waren die Resultate dieser Arbeit?

Daneben schreiben Sie als Teil eines Titels: „Gute Arbeit - Gutes Leben“. Nicht Sie persönlich, aber die Regierung, die Ihre Partei stellte, hat am 17. Juni 1953 die Arbeitsnorm erhöht.

(Lachen bei der LINKEN)

1989 haben Sie sich mit einer Ostrente von 330 Ostmark von der Weltbühne verabschiedet.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: So ist es!)

20 Jahre später meinen Sie, einen Antrag, in dessen Titel „Gute Arbeit - Gutes Leben“ steht, als Beschlussvorlage vorlegen zu können. Wer soll Ihnen das eigentlich glauben? Das können Sie doch wohl selbst nicht ernsthaft glauben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Sie tun so, als sei es eine Sache des politischen Willens, zu beschließen, dass alle ein gutes Leben führen wollen. Nein, Herr Kollege, das ist eben der Unterschied. Ihre Auffassung teilen Sie mit manchen Finanzmarktjongleuren, die weltweit agiert haben und auch

glaubten, dass das Geld einfach so auf der Straße liegt. Das Geld liegt nicht auf der Straße. Renditen von 25 Prozent kann man nicht dauerhaft ehrlich erwirtschaften.

Man kann das Geld auch nicht drucken, in der Hoffnung, dass man etwas dafür kaufen kann. „Gute Arbeit - Gutes Leben“ ist bei uns möglich, aber es muss hart erarbeitet werden und nicht durch Phrasendrescherei, wie Sie das hier tun. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Situation, in der wir uns befinden, ist wirtschaftlich schwierig; jeder weiß das. Es wird ein Jahr der schlechten Nachrichten sein. Wir wissen, dass auch heute Prognosen für die Zukunft gestellt werden, die natürlich große Herausforderungen für uns bedeuten. Für

uns als CDU/CSU-Fraktion heißt das, gerade in diesen schwierigen Zeiten den Kurs zu halten, den die Regierung unter Angela Merkel in den letzten Jahren mit großem Erfolg eingeschlagen hat.

Wir haben eben eine Wirtschaftskrise und keine Systemkrise. Es ist jetzt insbesondere nicht die Zeit, in der gescheiterte Ideologien von anno dazumal wieder aufkommen. Es ist eine Wirtschaftskrise, die wir durch eine gute Politik nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder überwinden werden. Das werden Sie in den nächsten Jahren erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man sich vor Augen führt, dass wir jetzt seit über einem halben Jahr mit dieser Krise zu tun haben, dann merkt man, dass wir es mit einer Situation auf dem Arbeitsmarkt zu tun haben, die vergleichsweise robust ist. Es hat sich gelohnt, dass auf dem Arbeitsmarkt Anstrengungen unternommen und wichtige Reformen durchgeführt worden sind. Nach drei Jahren haben wir fast 2 Millionen Arbeitslose weniger. Wir haben über 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, und wir sind hinsichtlich der Arbeitslosigkeit jetzt noch immer fast auf dem Niveau des Vorjahres.

An dieser Stelle will ich auch noch einmal deutlich sagen: Wenn man Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schafft, dann sind darunter immer schlechter und besser bezahlte Arbeitsplätze; das ist wohl wahr. Ich will aber auch in diesen Tagen noch einmal sagen: Obwohl es jetzt insgesamt wieder eine schwierigere Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt, geht der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland weiterhin voran. Wir haben heute weniger Langzeitarbeitslose als früher.

Was uns von denjenigen unterscheidet, die eine Systemkrise herbeireden wollen, ist folgende Erkenntnis:

Wenn jemand beispielsweise nach einer Arbeitslosigkeit von drei Jahren für 9,60 Euro pro Stunde wieder eine Beschäftigung findet, dann ist das nach der amtlichen Statistik ein Niedriglohnjob, weil das weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns ist; denn zum Glück sind die Durchschnittslöhne in diesem Land hoch. Wenn jemand eine große Familie hat, dann muss er vielleicht noch aufstockende Leistungen erhalten. Dass das Wort dafür „Arbeitslosengeld II“ heißt, ist sicherlich keine ruhmreiche Erfindung.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2 Millionen für unter 5 Euro die Stunde!)

So mag ein Aufstocker oder ein Niedriglohnbezieher mehr in der Statistik sein, vor allem aber ist das ein Langzeitarbeitsloser weniger. Der Trend der erfolgreichen Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit setzt sich fort. Darum geht es uns im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dirk Niebel

[FDP]: Das scheint nicht für die SPD zu gelten!)

Auch wenn Sie in der Sache keine Erfolge vorzuweisen haben, haben Sie an der Propagandafront durchaus Erfolge erzielt, das will ich Ihnen zugestehen. Obwohl wir für den Kreis der ehemaligen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger heute deutlich mehr Geld ausgeben,

als das in der Zeit der getrennten Rechtskreise der Fall war, haben Sie es geschafft, den Eindruck zu erwecken, als wäre an dieser Stelle das große Elend ausgebrochen. Ich will im Zusammenhang mit den Leistungen gerade im Hinblick auf die Kinder sagen: Diese Regierung hat dafür gesorgt, dass diejenigen, die am wenigsten haben, eine Leistungsausweitung bekommen. Wir wissen, dass das zur Führung eines menschenwürdigen Lebens notwendig ist.

Wir reden in diesen Tagen über vieles - über die Abwrackprämie, über das Kindergeld, über was auch immer -, was eigentlich anrechnungsfrei sein sollte. Die Einführung des Arbeitslosengelds II hat dazu geführt, dass heute die betroffenen Kinder aller Altersstufen deutlich besser dastehen als in der Zeit der getrennten Systeme. Der Abstand zwischen dem, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Kinderregelsätze erwirtschaften, als Kindergeld für ihre Kinder bekommen, und dem, was diejenigen, die nicht arbeiten, von dem bekommen, was andere erwirtschaften, ist in allen Gruppen größer geworden. In diesem Jahr wird es das Schulstarterpaket für alle Kinder geben, deren Familie vom Arbeitslosengeld-II-Bezug lebt, ferner sind die Regelsätze angehoben worden. Auch die Renten steigen in diesem Jahr. Diejenigen, die Kindergeld bekommen, erhalten 120 Euro mehr. Diejenigen, die für die 6- bis 13-jährigen Kinder einen erhöhten Regelsatz bekommen, bekommen 340 Euro mehr in diesem Jahr.

Wir stehen dazu, weil wir wissen, dass wir diejenigen, die am unteren Rand der Einkommensskala sind, nicht vergessen dürfen. Für uns ist im Gegensatz zu Ihnen aber auch klar: Jeder Euro, den einer bekommt, muss von einem anderen erwirtschaftet werden, und jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Das haben Sie über Jahrzehnte vergessen oder bis heute nicht begriffen. Jeder Euro, der einem Hilfebedürftigen gegeben wird, muss von jemandem erwirtschaftet werden, der dafür morgens aufsteht, zur Arbeit geht und somit diesen Sozialstaat finanziert. Das sollten Sie sich merken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe von der LINKEN)

Deshalb verstecken wir uns nicht mit dem, was wir für die bedürftigen Menschen geleistet haben. Mit der gleichen Deutlichkeit sagen wir: Es müssen sich auch diejenigen in der Politik aufgehoben fühlen, die jeden Tag zur Arbeit gehen. Auch diejenigen, die hart arbeiten und sich an die Regeln in diesem Land halten, müssen sich in der Politik wiederfinden. Diese Menschen spielen in Ihren Anträgen niemals eine Rolle, sie stehen aber im Mittelpunkt der Politik, die wir in der Großen Koalition machen und für die wir als CDU/CSU stehen. Genau dafür stehen wir.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie sollten im Mittelpunkt stehen, tun es aber nicht! Deshalb brauchen wir eine neue Regierung!)

- Ja, eine neue Regierung tut nach einigen Jahren gut. Herr Niebel, damit Sie da erfolgreich mitmachen können, müssen Sie sich ein bisschen anstrengen. Dann müssen Sie auf das zurückkommen, was wir früher einmal

gemeinsam gemacht haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Das schaffen wir schon!)

Die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme haben wir nie gemeinsam betrieben. Solange Sie diese fordern, können Sie auch nicht wieder regieren, so einfach ist die Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Wir werden denjenigen Menschen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten, nicht mit einer populistischen Reichensteuer und Ähnlichem antworten. Das ist leider auch das Problem unseres Koalitionspartners. Sie als Sozialdemokraten werden einen Wettlauf mit der Linkspartei um Linkspopulismus nie gewinnen. Mit einem Steuerkonzept, durch das Sie der Mittelschicht - den Leistungsträgern in unserem Land - überhaupt nichts zu bieten haben, werden Sie bei den Wählerinnen und Wählern nichts gewinnen. Wir stehen dafür, dass die Leistungsträger, dass die Bezieher der kleinen und mittleren Einkommen in diesem Land entlastet werden, damit sie wissen: Es lohnt sich, zu arbeiten.

(Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Von ihnen wird Solidarität verlangt, aber sie haben auch etwas von der Leistung, die sie selbst erbringen. Das ist auch ein wichtiger Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir die Debatte über Mindestlöhne in diesen Zeiten sehen, dann wird klar, dass wir mit unserer Politik als CDU/CSU genau auf dem richtigen Weg sind. Sie können als Linkspartei mehr Geld für alle versprechen. „Mehr Geld für alle“ - das ist Ihr Programm:

(Widerspruch bei der LINKEN)

mehr Geld für diejenigen, die arbeiten, und mehr Geld für die, die nicht arbeiten. Wo es herkommt, bleibt Ihr Geheimnis. Es muss aber erarbeitet werden.

Man muss sich wundern, wenn von Sozialdemokraten heute zu hören ist, dass sie sich ärgern, weil die Linkspartei einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro fordert.

(Dirk Niebel (FDP): Sie sind doch selbst ein Sozialdemokrat, Herr Brauksiepe! - Gegenruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE]: Jetzt hören Sie aber auf mit den Sozialdemokraten! Das geht zu weit!)

Das hält die SPD für eine Sauerei. Sie fordert nur 7,50 Euro und wird jetzt überboten. So was kommt von so was. Wenn man einmal anfängt zu fordern, der Staat sollte die Löhne festsetzen, dann kommt man in einen Überbietungswettbewerb, aus dem man nicht mehr herausfindet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diesen Kampf können Sie nicht gewinnen. Sie hätten besser gar nicht damit angefangen. Wir hätten besser von vornherein gemeinsam auf die Tarifvertragsparteien und die Tarifautonomie gesetzt. Das ist der Weg, den wir eingeschlagen haben.

Was die Konjunkturpakete angeht, die wir in der Großen Koalition beschlossen haben, sind wir nach meiner festen Überzeugung auf dem richtigen Weg. Es geht darum, in dieser schwierigen Krise das Signal zu senden, dass es sich lohnt, wenn die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Betrieben diese schwierige Krise gemeinsam

durchstehen, wenn sie beieinanderbleiben, wenn die Arbeitgeber die Beschäftigten weiterqualifizieren, statt sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, und wenn Kurzarbeit da, wo sie notwendig ist, auch durchgeführt wird, aber die Menschen nicht auf die Straße gesetzt werden. Das können wir arbeitsmarktpolitisch tun, um die Menschen auch in dieser schwierigen Zeit zu entlasten. Wir setzen darauf, dass Weiterbildung betrieben wird und der vorhandene gesetzliche Rahmen ausgeschöpft wird. Wir haben in den guten Jahren der Regierung Merkel Reserven angehäuft. Das gilt für die Rentenkassen und die Arbeitslosenversicherung. Wir haben auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosenversicherung keine Sparkasse ist. Deswegen nutzen wir jetzt die Reserven, um in dieser schwierigen konjunkturellen Phase gegenzusteuern. Aber auch hier gilt: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, um weitere kostenträchtige Programme draufzusetzen. Wir sollten nicht das, was wir selbst gemacht haben, schlechtreden, sondern es erst einmal wirken lassen. Es ist ein gutes Angebot, um die Menschen in Arbeit und Beschäftigung zu halten. Darum geht es in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir setzen auf einen Kurs, der wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Was die soziale Gerechtigkeit angeht, müssten Sie noch ein bisschen üben, Herr Kollege Niebel. Wenn Sie aber kräftig üben, dann können wir das gemeinsam hinkriegen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Es gibt Dinge, die lernt der Kollege Niebel nie!)

Dies ist nicht die Zeit, um die Rezepte von anno Tobak wieder vorzulegen. Es geht vielmehr darum, mit einer Politik der sozialen Marktwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit Kurs zu halten.

(Dirk Niebel [FDP]: So werden Sie nie Staatssekretär bei Herrn Röttgen!)

Diese Politik werden wir auch in diesen schwierigen Zeiten weiterverfolgen. Gute Arbeit und gutes Leben müssen erwirtschaftet werden. Sie sind am besten unter den Rahmenbedingungen möglich, für die nicht Sie und alle anderen stehen, sondern die die CDU/CSU bietet. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dirk Niebel für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann und muss den Linken normalerweise einiges vorwerfen, aber einen Vorwurf darf man ihnen heute nicht machen, nämlich dass sie die vorliegenden Anträge allein wegen der bevorstehenden 14 Wahlen eingebracht haben. Diesen Unsinn beantragen die Linken in diesem Hause schon seit mindestens drei Jahren regelmäßig, bloß nicht so komprimiert wie heute.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU])

Heute beschäftigen wir uns mit Anträgen der Linken, die nicht neu sind, sich aber in der Populismusquote graduell von den bisherigen Anträgen unterscheiden. Allein im Bereich des Arbeitsmarktes wird eine bemerkenswerte Liste von Forderungen erhoben: die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 500 Beschäftigten, gleichzeitig die Zwangsbeteiligung der Beschäftigten an Unternehmen, ein mit 100 Milliarden Euro ausgestatteter Zukunftsfonds, 1 Million zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse in sozialen Diensten, 500 000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze, die Verlängerung des Arbeitslosengelds I, die Erhöhung des Arbeitslosengelds II, die Einführung des Mindestlohns, die Arbeitszeitverkürzung, die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, die Ausdehnung der Altersteilzeit und die Millionärsabgabe. Was noch fehlt, ist der von Oskar Lafontaine geforderte Spitzensteuersatz von 80 Prozent. Das, was Sie hier fordern, könnte einen fast vermuten lassen, dass Sie absolut keine Ahnung haben, was vor 20 Jahren in diesem Land mit der Staatswirtschaft passiert ist. Das, was Sie hier fordern, führt mich zu der Schlussfolgerung, dass Sie versuchen, uns glauben zu machen, dass die DDR mit all dem, was dort in wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht schiefgegangen ist, eine reine Simulation des Westens gewesen ist. Das ist der Grund, warum Sie und mancher bei der SPD versuchen, dieses elendige Unrechtsregime auf deutschem Boden nachträglich zu legitimieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie versuchen, den Menschen klarzumachen, dass alles geht. Ein „Wünsch dir was“-Schlaraffenland! Dabei sind Sie auch noch unsozial. Sie fordern nur einen Mindestlohn in Höhe von 8,71 Euro.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Nein!

10 Euro doch!)

Das geht gar nicht; denn wenn der Mindestlohn bei 10,50 Euro läge, dann hätte eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie in Deutschland 1 829 Euro netto zur Verfügung. Auch ohne eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II hat die gleiche Familie aber heute schon Transferleistungen in Höhe von 2 017 Euro zur Verfügung.

Warum fordern Sie dann nicht so viel Mindestlohn, dass diejenigen, die arbeiten, wenigstens das bekommen, was diejenigen, die nicht arbeiten, schon heute bekommen? Ich finde, das ist in höchstem Maße unsozial.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Finanzieren sollen das die Reichen. Die Reichen sind nach Ihrem Verständnis die Facharbeiter, die arbeiten gehen und vielleicht mit Überstunden versuchen, sich und ihrer Familie nebenher noch irgendetwas zu ermöglichen. Diese Bundesregierung greift nämlich - wir haben Herrn Brauksiepe gehört, aber inhaltlich nicht wirklich verstanden - der Mitte der Gesellschaft in die Tasche. Diese Bundesregierung und Sie, die Kommunisten auf der linken Seite dieses Hauses, vergessen diejenigen, die den Laden in Deutschland überhaupt am Laufen halten. Fordern Sie doch einmal ein Wachstumsprogramm für Deutschland, ohne einen Steuer-Cent in die Hand zu nehmen! Ein solches Wachstumsprogramm könnten Sie dadurch gestalten, dass Sie Investitionshemmnisse beseitigen

und dafür sorgen, dass Privatleute freiwillig Geld für Dinge geben, die uns alle keinen Cent kosten.

(Lachen bei der LINKEN)

Zwei Beispiele. Diese Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, sie wolle ein bundesweites Flughafenkonzept erstellen. Allein im Bereich des Ausbaus von Flughäfen, und zwar nicht nur der großen, sondern auch der kleinen, gibt es einen Investitionsstau mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro, nur weil diese Bundesregierung das nicht umsetzt, was sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, und sich nicht traut, sich zu einigen. Das Gleiche gilt für den konventionellen Kraftwerksbau. Dort gibt es einen Investitionsstau mit einem Volumen von ungefähr 40 Milliarden Euro, nur weil diese Bundesregierung nicht die politische Kraft und nicht den politischen Mut hat, dafür zu sorgen, dass Investitionshemmnisse durch ein einheitliches Energiekonzept - das müsste vereinbart werden - abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP)

Nehmen Sie als weiteres Beispiel die Infrastrukturmaßnahmen im Gesundheitssystem. Hier könnte enorm viel privates Geld fließen, wenn man nicht mit dem Gesundheitsfonds Kassensozialismus betriebe, der zu dem führt, was Sie, die Linken, auf Umwegen wieder einführen wollen, nämlich die „DDR-isierung“ der Bundesrepublik.

(Lachen bei der LINKEN)

Eines ist völlig klar: Im Jahre 20 nach dem Mauerfall werden Sie nicht mehr die Chance bekommen, auf Bundesebene politischen Einfluss auszuüben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Lachen bei der LINKEN)

Wenn in über 80 Jahren in mehr als 70 Ländern der Welt das Ergebnis des Feldversuches Sozialismus immer das gleiche war, nämlich der Ruf der Menschen nach Freiheit und der Bankrott des Staates, dann liegt das nicht daran, dass die Idee ein wenig falsch umgesetzt wurde, sondern daran, dass Ihre Ideen falsch sind. Deswegen werden Sie auch in diesem Haus keine Mehrheiten bekommen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Grotthaus für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wolfgang Grotthaus (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Linken haben wieder drei Anträge vorgelegt - hier kann ich dem Kollegen Niebel nur beipflichten -, die letztendlich die Essenz dessen darstellen, was die Linken in den letzten drei Jahren uns immer wieder vorgelegt haben. Es handelt sich um Anträge, die man unter der Überschrift „Für eine gerechtere Arbeitswelt“ zusammenfassen kann. Tatsächlich wird aber nach dem Motto gehandelt: Schreiben wir noch einmal auf, was uns in all den Jahren eingefallen ist. - Dabei lassen sich auch Vorschläge finden, die falsch sind, Vorschläge, die die Tarifautonomie aushebeln, sowie Vorschläge oder Behauptungen, die schlicht Unsinn sind. Ich sage das so deutlich; denn anders kann ich Ihre Vorschläge nicht verstehen.



Herr Dreibus, Sie haben gesagt, wir sollten die Menschen vor den Vorschlägen der Bundesregierung schützen. Ich sage Ihnen: Wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land vor Ihren Anträgen schützen, weil sie weltfremd sind und die Tarifautonomie im Wesentlichen aushebeln.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Linke stellt in einem ihrer Anträge fest, dass es in den letzten Jahren zu einer gravierenden Erosion bei den normalen Arbeitsverhältnissen gekommen sei und diese durch atypische Beschäftigungsverhältnisse zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ersetzt worden seien.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Millionenfach!)

- Ja, da haben Sie recht. Dazu komme ich noch. - Sie zieht daraus den Schluss, dass es dadurch zu einer Destabilisierung des Sozialversicherungssystems gekommen sei. 1998, vor ungefähr zehn Jahren, waren die gesamten Sozialversicherungssysteme dicht vor dem Bankrott. Ich sage Ihnen mit aller Deutlichkeit: Erst die rot-grüne Regierung hat durch die Wiederbelebung des Arbeitsmarkts und durch die schnellere Vermittlung von arbeitslosen Menschen auf dem Arbeitsmarkt dafür gesorgt, dass sich auch die Sozialversicherungssysteme stabilisieren konnten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Durch die Ökosteuer!)

Heute redet außer der Linken keiner mehr vom Bankrott des Rentenversicherungssystems, heute sind die Rentner froh, dass ihre Beiträge nicht in Rentenfonds - bei Lehman Brothers oder bei einer anderen Bank -, sondern in einem sicheren System investiert worden sind. Mit fast 28 Millionen Menschen im Herbst 2008 ist der höchste Stand an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht worden. Dies hat sich zurzeit aufgrund der Wirtschaftskrise verkehrt. Ich will Ihnen die Zahlen trotzdem in Erinnerung rufen, weil man sie Ihnen nicht oft genug sagen kann, weil Sie nur schwarzmalen und weil Sie Ihre Politik letztendlich darauf begründen, Menschen in diesem Staat zu verunsichern. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich über 40 Millionen und damit auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Es waren in der Mehrzahl nicht atypische Verhältnisse. Auch ich habe die Presse in den letzten Tagen verfolgt, in der zu lesen war, dass der Anteil der atypischen Verhältnisse seit 1997 beträchtlich gestiegen ist, und zwar von 17 auf 25 Prozent. Das ist richtig, und das ist bedauerlich, aber es sind nicht 4,6 Millionen atypische Arbeitsverhältnisse, wie Sie es aufzählen, sondern es waren tatsächlich 3,0 Millionen in 2007 und 3,1 Millionen in 2006.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: 3 Millionen zu viel!)

- Das sind immer noch 3 Millionen zu viel. Da stimme ich mit Ihnen überein. Aber es sind 1,6 Millionen weniger, als Sie formulieren. - Damit wird deutlich, dass Sie mit getürkten Zahlen argumentieren

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Richtig!)

und dass Ihre Politik eine Politik der Verunsicherung,

wie ich es gerade schon dargestellt habe, ist. Sie wollen mit dieser Verunsicherung Wählerstimmen gewinnen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen in diesem Land Ihnen nicht auf den Leim gehen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ralf Brauksiepe  
[CDU/CSU]: Richtig! Warum hört so ein guter Mann eigentlich auf?)

Auch die von Ihnen geforderte Genehmigung von Lohnsenkungen ist für mich nicht nachvollziehbar. Sie hebeln mit solchen Forderungen die Tarifautonomie aus; denn ob es Lohnsenkungen oder Lohnerhöhungen gibt, darüber entscheiden die Tarifvertragsparteien, nur sie. Ich warne davor, dass der Staat in Tarifverhandlungen eingreift. Es kann nicht angehen, dass wir das autonome Recht der Tarifvertragsparteien immer wieder in den Vordergrund stellen und sagen, daran wollten wir nicht rütteln, aber hier wollen Sie - -

(Dirk Niebel [FDP]: Warum fordert Herr Scholz dann den Mindestlohn bei der Zeitarbeit?)

- Bei der Zeitarbeit geht es um Mindestlöhne und nicht um die Tarifautonomie im Allgemeinen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist etwas ganz anderes!

Da mischt sich der Staat nicht ein! -

Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Mindestlohn ist aber ein Eingriff in die Tarifautonomie!)

Die von Ihnen geforderten Verbesserungen im Kündigungsschutz sind für mich als ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden nicht nachvollziehbar. Möglicherweise

liegt das daran, dass Sie sich von einigen Gewerkschaftern für die nächste Wahlperiode trennen. Sie hätten auf deren gute Ratschläge und auf deren Information nicht verzichten sollen; denn die Gewerkschafter aus den Betrieben hätten Ihnen erzählen können, dass bei Sozialplänen das Alter und die Betriebszugehörigkeit eine entscheidende Rolle spielen. Die hätten Ihnen erzählen können, dass in vielen Tarifverträgen der Schutz von über 55-Jährigen gewährleistet ist. Da frage ich mich: Was wollen Sie damit erreichen? Sie versuchen, die Menschen zu verunsichern, und das wird in Ihrem Antrag - das habe ich gerade schon gesagt - durch die Verfälschung von Zahlen ganz deutlich.

Sie müssen aus unserer Sicht einen anderen Ansatz, einen ganzheitlichen Ansatz suchen. Bedingt durch den demografischen Wandel werden wir in Zukunft die notwendige Wertschöpfung zunehmend mit älteren Beschäftigten erbringen müssen. Ihr Wissen und ihr Können sind unverzichtbar. Dem müssen wir in Zukunft Rechnung tragen. Wir brauchen alters- und altersgerechte Arbeitsplätze. Wir wissen, dass lebenslanges Lernen gefordert ist. Auch das ist in der Diskussion zum vorherigen Tagesordnungspunkt schon dargestellt worden. Wir sind der Auffassung, dass die Betriebe eine demografiefeste Personalpolitik betreiben müssen, dass die Gesundheitspolitik, insbesondere die Prävention, in den Betrieben verstärkt werden muss und Formen von intelligenter Arbeitsorganisation erforderlich sind. Das alles muss so gestaltet werden, dass Jung und Alt gemeinsam ihre Interessen in diesen Forderungen wiederfinden. Eines will ich hier nicht außen vor lassen: Wir müssen uns in den Betrieben auch um die Frauen kümmern.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die Gleichberechtigung der Frauen bei der  
Bezahlung und bei der Besetzung von Funktionen umsetzen,  
insbesondere in den Aufsichtsräten und den Vorständen.

Angesichts der Reaktionen der Kolleginnen  
kann ich nur sagen: Frau Kollegin Pothmer,  
(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Ja, hier bin ich!)

Ihnen scheint es nicht angenehm zu sein, wenn ein  
Mann, der Erfahrung im Betrieb gesammelt hat, über  
dieses Thema spricht.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Doch, Herr Grotthaus! Ich habe gerade  
gesagt, Sie sind eine von uns!)

Ich habe erlebt, wie Frauen im Betrieb niedergemacht  
werden, weil sie in dem Alter waren, Kinder zu bekommen,  
und wie mit gewerkschaftlicher und betriebsrätlicher  
Unterstützung dafür gesorgt wurde, dass Frauen  
genauso behandelt werden, wie die Männer behandelt  
worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns darüber nicht unterschiedlich diskutieren,  
sondern lassen Sie uns - Sie als Frauen und wir als Männer  
- den Schulterchluss finden, um die gemeinsamen  
Interessen durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der  
Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Fazit dessen, was ich gesagt habe, ist: Nicht die Diskussion  
- auch Sie haben das gesagt - über die Rente mit  
67 ist vorrangig. Vorrangig stellt sich vielmehr die  
Frage: Wie kann ich eine zusätzliche Humanisierung  
von Arbeitsplätzen in der Form erreichen, dass die Menschen  
nach dem Eintritt in die gesetzliche Altersrente ihren  
Lebensabend gesund verbringen können? Darum  
geht es, nicht um die Diskussion, ob man ein oder zwei  
Jahre länger oder kürzer arbeitet.

Ein letzter Punkt. Beim Thema Mindestlohn liegen  
wir auf einer Linie. Ich sage Ihnen: Der Branchenmindestlohn  
ist ein Einstieg. Wir wollen einen flächendeckenden  
Mindestlohn. Dies ist mit unserem Koalitionspartner  
nicht möglich. Ich habe dem Kollegen  
Brauksiepe mit großem Interesse zugehört. Ich freue  
mich auf die Wahlkampfauseinandersetzung.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ich mich  
auch!)

Wir haben dazu in unserem Wahlprogramm einiges formuliert,  
Herr Kollege Brauksiepe.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das glaubt  
euch doch keiner!)

Das sollten Sie sich schon einmal zu Herzen nehmen,  
um Argumente zu sammeln. Wir warten gespannt auf Ihr  
Wahlprogramm, um zu sehen, wie Sie zu denen stehen,  
die nicht von ihrer Arbeit leben können. Es wird sehr interessant  
sein, ob Sie weiterhin eine staatliche Unterstützung  
auf Kosten der Steuerzahler vorschlagen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Grotthaus, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.  
Wolfgang Grotthaus (SPD):

Ich komme zum Schluss. - Wir werden auch nicht dem Verlangen der Linken folgen, die mal einen Mindestlohn von 8,44 Euro, mal einen von 8,71 Euro und mal einen von 10 Euro nach dem Motto „Wünsch dir was“ fordern. Wir haben hier unsere klaren Vorstellungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

7,50 macht ihr eigentlich noch in 20 Jahren!)

Ich sage Ihnen: So, wie Sie es hier machen, kann man Politik nicht gestalten. Deswegen werden wir Ihre Anträge ablehnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Brigitte Pothmer das Wort.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Institute haben gerade einen Konjunktureenbruch von 6 Prozent und für das kommende Jahr eine Arbeitslosigkeit von bis zu 5 Millionen Menschen prognostiziert.

Trotzdem stellt sich der Bundesarbeitsminister noch vor wenigen Monaten hier hin und stellt Vollbeschäftigung in Aussicht und wiederholt das genau an dem Tag, an dem diese Prognosen auf den Tisch gelegt werden. Das hat mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun. Das ist Wolkenkuckucksheim.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Ein Bundesarbeitsminister, der sich in einer solchen Situation als Traumtänzer herausstellt, ist für unser Land wirklich hochgefährlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind keine Traumtänzer. Wir sagen ganz klar: Eine Krise in dieser Dimension kann allein mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten nicht ernsthaft abgefedert werden.

Da muss tatsächlich ein anderes Rad gedreht werden. Wir brauchen ein ganz groß angelegtes ökologisches und soziales Investitionsprogramm, mit dem neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Alle Institute zeigen uns: Es ist möglich, in den nächsten Jahren 1 Million Arbeitsplätze zu schaffen, wenn wir vernünftig in Bildung und Forschung sowie Ressourceneffizienz investieren,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn wir die erneuerbaren Energien vorantreiben und wenn wir umweltfreundliche Technologien fördern. All das ist möglich. Aber Voraussetzung dafür ist, dass die Weichen richtig gestellt werden, und diese Regierung stellt die Weichen eben nicht richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dirk Niebel [FDP]: Das stimmt!)

Sie tun so - Herr Brauksiepe hat uns das heute hier in aller Breite vorgetragen -, als handelte es sich um eine schlichte konjunkturelle Delle, die man irgendwie untertunneln müsste. Herr Brauksiepe, dementsprechend sehen Ihre Konjunkturprogramme aus. Diese Ansicht ist aber falsch. Wir haben es mit einer strukturellen, mit einer systemischen Krise zu tun. Es geht um etwas sehr Grundlegendes: Es geht um die Frage, wie wir arbeiten und wie wir wirtschaften. Es geht um die Frage, wie wir Ungleichheiten austarieren und wie wir Gerechtigkeiten

herstellen. Weniger als 5 Euro die Stunde für 2 Millionen Menschen in diesem Land - verdammt noch mal, was hat das mit Gerechtigkeit, was hat das mit Austarieren zu tun?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Konjunkturprogramme - sie umfassen 80 Milliarden Euro! - sind kurzatmig und sind mit keinem ernsthaften Gestaltungsanspruch verbunden. In erster Linie sind sie eines: teuer. Durch sie wird die Neuverschuldung in atemberaubende Höhe getrieben.

Die Rechnung zahlen die nachfolgenden Generationen. Nicht umsonst steht im Grundgesetz, dass die Aufnahme von Schulden an die öffentlichen Investitionen gebunden werden muss, mit denen ein Mehrwert für die Zeit geschaffen wird, in der die Schulden abgetragen werden müssen. Können Sie mir einmal erklären, welcher Mehrwert für die nachfolgenden Generationen zum Beispiel durch die Abwrackprämie geschaffen wird? Mit dieser Abwrackprämie lösen Sie nicht ein einziges Problem. Sie verschieben dieses Problem maximal für ein Jahr; aber dann kommt es in einer größeren Dimension wieder auf uns alle zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch klar wie Kloßbrühe:

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Da lacht ja die Koralle!)

Die Leute, die sich jetzt ein Auto gekauft haben, werden als Kunden in den Autohäusern bis auf Weiteres ausfallen. Klar ist auch, dass diejenigen, die ihr Erspartes für ein neues Auto ausgeben, keine Waschmaschine, keine Möbel und weniger neue Kleidung kaufen.

(Beifall des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

Mit anderen Worten: Mit der Subventionierung der Automobilindustrie bringen Sie andere Branchen in Schwierigkeiten und treiben da die Arbeitslosigkeit in die Höhe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP] - Rolf Stöckel [SPD]: Das sehen die Betriebsräte aber anders!)

Wenn schon Schulden in dieser Dimension gemacht werden, um die Abwärtsspirale zu stoppen - das stellen wir grundsätzlich gar nicht infrage -, dann müssten wir jetzt aus der Not eine Tugend machen und die Weichen für die Zukunft stellen. Kredite zur Erhaltung des Status quo sind wirklich herausgeworfenes Geld. Das ist unverantwortlich mit Blick auf die nachfolgenden Generationen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Not eine Tugend machen müssen wir auch in der Arbeitsmarktpolitik. Wir haben das Konzept des Kurzarbeitergeldes immer unterstützt. Das ist in dieser Situation richtig. Wir werden das auch weiter unterstützen; das sage ich hier ganz klar. Das Kurzarbeitergeld hat aber eine begrenzte Wirkung. Es leistet keinen Beitrag, die strukturellen Defizite, die wir seit Jahren auf dem Arbeitsmarkt haben, zu beheben. Einen solchen Beitrag zu leisten, bedeutet in allererster Linie, Qualifizierungsdefizite zu beheben. Sonst wird der Fachkräftemangel,

über den heute Morgen schon so viel geredet worden ist, die Wachstumsbremse bei einer hoffentlich wieder ansteigenden Konjunktur. Das bedeutet vor allem, dass wir allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung geben müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben immer noch fast 300 000 Altbewerber. Die Industrie- und Handelskammern gehen von einem Rückgang der Anzahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr von bis zu 10 Prozent aus. Diese Zahl ist heute Morgen überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden. Das heißt doch nichts anderes, als dass diese strukturelle Krise wiederum dazu führen wird, dass weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Ich sage hier ganz deutlich: Das duale System ist gut; das duale System leistet eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Das Problem ist aber, dass es das nicht für alle tut, und das im Übrigen schon seit Jahren nicht. Unser Ausbildungssystem ist von konjunkturellen Schwankungen abhängig. Es ist aber falsch, eine solche Frage wie die Ausbildung, die wichtig für das Individuum, aber auch wichtig für die gesamte Gesellschaft ist, von strukturellen Schwankungen abhängig zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Jugendlichen, die in der jetzigen Krise nicht ausgebildet werden, werden wir brauchen, wenn die Krise vorbei ist. Diese Fachkräfte werden wir dann aber nicht haben. Wir wollen erstens dafür sorgen, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung bekommen. Deswegen haben wir das Konzept „DualPlus“ entwickelt. Wir wollen das duale System nicht ersetzen, sondern wir wollen das duale System unabhängig von Schwankungen machen. Wir brauchen etwas neben dem dualen System, und deshalb bitte ich Sie, unserem Vorschlag zuzustimmen. Wir brauchen hier wirklich eine ganz grundlegende Änderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens müssen wir in dieser Situation die Chance ergreifen, die heute Morgen schon beklagte exorbitant niedrige Akademikerquote in Deutschland anzuheben. Es ist doch klar, dass wir allen Abiturienten, die ein Studium beginnen wollen, einen Studienplatz zur Verfügung stellen. Aber wir müssen auch denjenigen, die jetzt in der Krise bereit sind, ihren Arbeitsplatz zeitlich befristet zu verlassen, um ein Studium zu beginnen, die Chance dazu geben, sodass die Betriebe diesen Arbeitsplatz einem Arbeitslosen zur Verfügung stellen können.

Das ist doch die Chance, jetzt die Akademikerquote in Deutschland anzuheben. Die Schweden haben das in der Krise mit großem Erfolg getan.

Drittens müssen wir die Geringqualifizierten endlich für mehr Weiterbildung gewinnen.

Viertens - da haben die Linken nicht ganz unrecht - brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der wirklich funktioniert.

Ich sage es jetzt noch einmal an die Adresse der Regierungskoalition: Ihre Murksprogramme wie „Kommunal-Kombi“ und „JobPerspektive“ funktionieren einfach nicht.

(Rolf Stöckel [SPD]: Das sehen die Leute vor Ort

aber anders! Die wollen mehr Geld dafür!)

- Nein. Sie haben 100 000 pro Programm avisiert. Die Zahlen sind wirklich jämmerlich.

(Rolf Stöckel [SPD]: Aber es funktioniert doch!)

Deshalb kann ich Ihnen nur raten: Geben Sie Ihre Bockbeinigkeit auf, und stimmen Sie unserem Vorschlag zu, mit dem wir 400 000 Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt sind, eine Perspektive geben könnten.

Lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen:

Wir werden trotz Kurzarbeitergeld auf eine Massenarbeitslosigkeit zusteuern, und auch dafür brauchen wir

Konzepte. Wir brauchen ein Angebot für diejenigen, die in die Arbeitslosigkeit kommen werden. Auch dafür haben wir Ihnen ein Modell vorgeschlagen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Pothmer, achten Sie bitte auf die Zeit.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich kann Ihnen dieses Modell jetzt nicht mehr in Gänze vorstellen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! - Paul

Lehrieder [CDU/CSU]: Sehr traurig, Frau Pothmer!)

- Das ist wirklich traurig.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: In der nächsten Legislaturperiode!)

Es geht bei unserem Vorschlag um eine Transfergesellschaft einer ganz neuen Qualität. Ich verspreche Ihnen, dass wir dazu noch einmal eine Debatte führen werden.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Keine Drohungen, Frau Pothmer!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Paul Lehrieder für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zugegeben, Herr Dreibus: Die Titel Ihrer Anträge, sehr geehrte Kollegen von der Linkspartei, klingen irgendwie immer gut: „500 000 Arbeitsplätze“, „Initiative für ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm“

- zwar nicht mehr ganz frisch, aber immerhin frisch aufgewärmt -,

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Immer aktuell!)

„Gute Arbeit - Gutes Leben“. - Kurz: Der Inhalt hält nicht, was die Titel versprechen.

Nähmen Sie es in Ihrer Partei mit dem guten Leben ernst, dann würden Sie nicht, wie in Sachsen kürzlich passiert, den Antrag einer Hartz-IV-Empfängerin in den Reihen Ihrer Partei auf kostenfreie Beteiligung an einem Stadtparteitag in Dresden ablehnen. So geht es nicht: Hier Anträge stellen, aber in den eigenen Reihen ganz anders handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es nützt nichts, Wasser zu predigen und selber Wein zu

trinken bzw. mit den eigenen Mitgliedern anders umzugehen, als Sie es mit der gesamten deutschen Bevölkerung vorhaben. Fangen Sie in Ihrer Partei an! Fangen Sie da an, wo Sie Verantwortung tragen, dann kann man Ihnen vielleicht das eine oder andere in Zukunft glauben. Ich kann gut nachvollziehen, sehr geehrte Kollegen von der Linken, dass Sie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ein eigenes Antikrisenprogramm vorlegen wollen; Sie versprechen sich davon ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Wie es aussieht, leuchtet Ihr Rot im Schatten der Krise längst nicht so kräftig, wie Sie sich das zu Beginn der Krise vielleicht vorgestellt haben.

(Zuruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken]  
[DIE LINKE])

- Schwarz leuchtet auch nicht so stark, aber man erkennt es zumindest immer und an jeder Stelle.

(Dirk Niebel [FDP]: Nicht, wenn es dunkel ist!)

Schlagzeilen wie „Linkspartei kann von Krise nicht profitieren“ und „Linke auf dem Tiefststand in der Wählergunst“

- das bezieht sich auf die Forsa-Umfrage vom 1. April - sprechen für sich. Die Leute sind nicht so dumm, Ihnen in diesen Zeiten hinterherzulaufen. Ihre Partei dümpelt bei etwa 10 Prozent, dem tiefsten Stand seit März 2007.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Das ist immer noch mehr, als die CSU bundesweit hat!)

Ihre beiden Vortänzer Gregor Gysi und Oskar Lafontaine bekommen laut jüngstem ZDF-Politbarometer bei der Wertung deutscher Spitzenpolitiker Kopfnoten im Minusbereich.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Kommen Sie jetzt eigentlich ins Europaparlament?)

Ihre neuen bzw. aus der Mottenkiste geholten Entwürfe sind reine Mogelpackungen und werden das Blatt auch nicht wenden. Wer hat schon Lust auf Überlebenstraining im sozialistischen Ideenpark und ein sozial ungerechtes Antikrisenprogramm? 75 Prozent der Deutschen finden es laut ZDF-Politbarometer nicht gut, wenn Sie, liebe Kollegen von der Linken, mehr Einfluss auf die Politik im Bund bekommen würden. Das sehe ich - und mit mir die große Mehrheit in diesem Hause - genauso. Wenn wahr wird, was Sie wollen, sind Berufstätige und Arbeitslose von guter Arbeit in einer gerechten Welt so weit entfernt, wie Sie, liebe Kollegen von der Linken, es jetzt schon von der Regierungsfähigkeit sind. Sie zeigen uns mit Ihren Vorlagen, wie man eine Krise verschärft, anstatt sie zu bekämpfen, und zum Beispiel wirkungsvoll verhindert, dass sich ausländische Unternehmen in Deutschland ansiedeln möchten.

In Ihrem Antrag „Sicherheit und Zukunft“ geben Sie vor, Belegschaften stärken zu wollen, tatsächlich aber wollen Sie das freie Unternehmertum an die kurze Leine legen. Sie wollen zwingend die Zustimmung des Aufsichtsrats aus Anteilseignern und Beschäftigten zu wesentlichen Entscheidungen der Unternehmensführung wie Unternehmensübernahmen, Aktienkauf oder Schließungen. Bei Staatshilfen wollen Sie den Belegschaften Eigentumsrechte an ihren Unternehmen zugestehen.



Genauso ist es bei Ihrem sogenannten Zukunftsfonds. Unternehmen werden erst dann mit Krediten unterstützt, wenn sie Bedingungen zur Beschäftigungssicherung akzeptieren. (Werner Dreibus [DIE LINKE]: Das wäre doch ganz sinnvoll, oder?)

Beteiligungen sollen in Form von Belegschaftsbeteiligungen mit Einfluss auf die Geschäftspolitik erfolgen. Damit wäre es für Unternehmer nur schwer möglich, sich in Krisenzeiten zu behaupten. Die größeren Unternehmen im Inland werden sich unter solchen Bedingungen genau überlegen, ob sie es riskieren sollen, in Krisenzeiten ihre unternehmerische Entscheidungsfreiheit zu verlieren. Sie werden darüber nachdenken, ob es sich überhaupt noch lohnt, bei uns zu investieren, oder ob sie vielleicht doch gleich ins benachbarte Ausland wechseln sollten - ganz zu schweigen vom Engagement ausländischer Investoren bei uns.

Das alles erinnert sehr an die Überführung privater Unternehmen in Volkseigentum, wie es in der DDR praktiziert wurde. 20 Jahre nach der Maueröffnung sollten wir derartige Vorstellungen oder Wirtschaftsprinzipien ein Stück weit überwunden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Rolf Stöckel [SPD])

- Ich gebe Ihnen Zeit, ausreichend zu applaudieren, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Dirk Niebel [FDP]: Es klatscht kein Sozialdemokrat!)

- Das kommt schon noch von den Kollegen.

(Dirk Niebel [FDP]: Kein Sozialdemokrat hat geklatscht! Die nähern sich alle den Kommunisten an!)

Das Schlimmste ist - Kollege Ernst, gerade Ihnen müsste das wehtun -: Das schwächt die Tarifparteien. In deren Kraft und damit auch in die Kraft der Gewerkschaften scheint die Linkspartei offensichtlich wenig Vertrauen zu haben. Die Tarifautonomie würde auch beschädigt, wenn Sie Ihre Vorstellungen zum staatlich festgesetzten Mindestlohn durchsetzen sollten.

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Deswegen fordern die Gewerkschaften den auch!)

Überhaupt, der Mindestlohn: Wie oft - einige Vorredner, darunter Kollege Niebel, haben das bereits erwähnt

- haben wir hier im Deutschen Bundestag schon darüber debattiert? Dennoch betone ich noch einmal:

Eine gesetzliche Lohnuntergrenze in der von Ihnen geforderten Höhe hat das Potenzial, weite Teile unseres Arbeitsmarktes von unten stillzulegen und die Tarifautonomie auszuhebeln. Der Staat kann und darf aber nicht Ersatz für die Tarifvertragsparteien sein.

Wohin die Reise geht, wenn die Festsetzung des Mindestlohns in Ihre Hände fallen sollte, kann man an den parlamentarischen Initiativen der Linken gut ablesen.

Noch 2006 wollten Sie in Ihrem Antrag „Mindestlohnregelung einführen“ einen gesetzlichen Mindestlohn von

7,50 Euro pro Stunde. Im Antrag „Gute Arbeit - Gutes

Leben“ von 2007 waren es dann schon 8,44 Euro. In Ihrem

Antikrisenprogramm sprechen Sie, liebe Kollegen

von der Linkspartei, von einem Mindestlohn von

8,71 Euro,

(Werner Dreibus [DIE LINKE]: Wie in

Frankreich!)

„wie in Frankreich“ - danke, Herr Dreibus; Sie kennen meinen Text -, wo übrigens auch deshalb viele Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor vernichtet wurden. Das ist ein Zickzackkurs, den sogar der Kollege Grotthaus ein Stück weit nicht mitzugehen bereit ist, und das will was heißen.

Ihr Antikrisenprogramm ist überhaupt eine teure Angelegenheit. Da sollen ein Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro geschaffen und soziale Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Altenpflege deutlich ausgeweitet werden. Es sollen 1 Million zusätzliche tariflich entlohnte unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sowie 500 000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze bei einem Bruttogehalt von 1 400 Euro und einer Bestandsgarantie von drei bis fünf Jahren geschaffen werden. (Beifall bei der CDU/CSU - Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das sind bescheidene Forderungen im Vergleich zu dem, was Sie den Banken hinterherwerfen!)

Außerdem wollen Sie den Bezug von Arbeitslosengeld I verlängern sowie das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro und den Kinderregelsatz auf 276 Euro anheben. Womit wollen Sie das bitte schön bezahlen? Mit einer Millionärsabgabe von 5 Prozent auf Vermögen, die 1 Million Euro übersteigen? Damit wären die aufgelisteten Vorhaben nicht einmal annähernd zu finanzieren. Tatsächlich haben sich die Kollegen von der Linken über eine echte Gegenfinanzierung ihrer Vorschläge überhaupt keine Gedanken gemacht und ihre Vorschläge noch nicht einmal ansatzweise durchgerechnet.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Erzählen Sie mal, wie Sie den Rettungsschirm der Banken finanzieren!)

Es ist keine Rede davon, dass gerade jetzt Haushaltsdisziplin notwendig ist. Warum auch! Wir haben es hier mit reinen Schaufensteranträgen zu tun.

Wenn Sie nur einen Teil des von Ihnen hier wieder vorgetragenen Staatsradikalismus und dessen verwirklicht hätten, was in den letzten Jahren noch zusätzlich vorgelegt worden ist, dann wäre Deutschland heute längst bankrott. So aber hat die Große Koalition in den letzten Jahren die Weichen so gestellt, dass wir die gegenwärtige Krise einigermaßen gut überwinden können.

Natürlich ist nicht alles perfekt oder sofort so angelaufen, wie wir es uns wünschen würden. Die beschlossenen Maßnahmen müssen aber erst einmal Wirkung entfalten, bevor man neue Maßnahmen beschließt. Gute Antikrisenpolitik ist Hilfe zur Selbsthilfe und nur im äußersten Notfall staatliche Intervention.

Liebe Kollegen von der Linken, Sie sehen das andersherum. Bei Ihnen richtet der Staat alles. Er nimmt den Reichen und gibt den Armen. Wir leben aber nicht mit Robin Hood im Sherwood Forest, sondern im Deutschland des Jahres 2009. Dort wollen Sie anscheinend aber gar nicht regieren. Ihr Präsidentschaftskandidat Sodann glaubt fest daran, dass das Experiment, das wir mit der DDR erlebt haben, irgendwann noch einmal von vorne losgeht. Man muss sich das einmal vorstellen. Wir haben Ihre Anträge gelesen und sagen Ihnen

schon jetzt: Das wird nach hinten losgehen. Ein einziges Experiment war da schon zu viel. Trial-and-Error-Sozialismus kann keine Lösung sein - und wird zum Glück keine Lösung sein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Rolf Stöckel [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Heinz-Peter Haustein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Heinz-Peter Haustein (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die drei Figuren Urmel aus dem Eis, Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer, gehören alle in die Augsburger Puppenkiste. Diese drei Anträge der Linken gehören geschreddert in eine marxistisch-leninistische Mottenkiste.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Lachen bei der LINKEN)

Sie nehmen die Finanz- und Wirtschaftskrise zum Anlass, um mit populistischem Gefasel Stimmung zu machen. Ein Satz sei zitiert. Sie schreiben:

Die Regierung verschiebt Milliarden Euro an Steuergeldern an marode Banken ... Für den großen Teil der Menschen tut sie nichts.

Das haut dem Fass den Boden aus. Das Ganze war ein geordnetes parlamentarisches Verfahren. Trotzdem behaupten Sie, hier werde von der Regierung Geld verschoben.

Das ist wirklich blanker Populismus,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Rolf Stöckel [SPD])

was mich wiederum auch nicht wundert; denn im Parteiprogramm der Linken sind nach wie vor wesentliche Elemente des Kommunistischen Manifestes enthalten, das zu Stacheldraht, zur Mauer, zu Unrechtsprozessen und letztendlich zum Staatsbankrott geführt hat, liebe Freunde. So etwas nehmen Sie als Vorbild.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie wissen ganz genau, dass das Bankenrettungspaket notwendig war und nichts mit Arm und Reich zu tun hat. Wir als FDP, als Patrioten für Deutschland haben dem zugestimmt, damit die Spareinlagen sicher sind und sicher bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das Bankenrettungspaket hilft allen, auch Ihnen.

Sie erheben im Weiteren die Forderung nach einem Sammelsurium von Maßnahmen, die bereits mehrfach aufgezählt wurden: paritätische Mitbestimmung, Verschärfung des Kündigungsschutzes usw. Das geht für mich in Richtung volkseigener Betriebe. Diese hatten wir schon einmal. 1972 hat die Vorgängerpartei SED in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 11 400 Betriebe praktisch entschädigungslos enteignet. Danach ging es mit der Wirtschaft komplett bergab. Aber genau das fordern Sie letztendlich in Ihren Anträgen.

(Dirk Niebel [FDP]: Und jetzt bereitet eine CDU-geführte Regierung eine Enteignung vor!)

Das funktioniert nicht. Das weiß man, wenn man diesen

Feldversuch erlebt hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte einen Satz aus Ihrem Antrag aufgreifen.

Sie schreiben:

Kleinen und mittelständischen Unternehmen wird jede Unterstützung vorenthalten.

Das stimmt nicht ganz, aber teilweise schon;

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

denn die Konzerne werden vom Wirtschaftsminister unterstützt, wenn sie Probleme haben, aber beim kleinen

Bäckermeister um die Ecke kommt der Gerichtsvollzieher.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Leider wahr!)

Das, was von dieser Großen Koalition als Krisenmanagement oder Ausrichtung insgesamt geleistet wird, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Ich gehe auf einige Punkte ein, die wir umsetzen werden,

wenn wir in 147 Tagen gewählt und hier regieren

werden: Wir brauchen ein einfaches, gerechtes und niedriges Steuersystem mit Steuersätzen von 10, 25 und

35 Prozent,

(Beifall bei der FDP - Volker Schneider [Saarbrücken])

[DIE LINKE]: Mehr Ausgaben und

weniger Einnahmen! Super!)

mit Freibeträgen, die bei Familien auch für die Kinder

gelten, und die Abschaffung der Steuerklasse V zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Des Weiteren brauchen wir eine richtige Unternehmensteuerreform; die Unternehmensteuerreform im

vorigen Jahr wurde nur halbherzig durchgeführt. Wir

brauchen eine Rücknahme der Zinsschranke. Die Zinsschranke

ist Gift in dieser Wirtschaftskrise; sie muss

wieder abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP)

Pachten, Zinsen, Leasing- und Lizenzgebühren als

Grundlage der Gewerbesteuer heranzuziehen, ist abenteuerlich, falsch und kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP)

Wir dürfen auch nicht die Beschäftigten der Gastronomie

und der Hotellerie vergessen, die sich an Feiertagen

hinstellen und die Gäste bedienen, die zu Weihnachten

Gänsebraten machen und dann noch dafür bestraft

werden, indem sie 19 Prozent Mehrwertsteuer abführen

müssen. Wir brauchen einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz

für Gastronomie und Hotellerie.

(Beifall bei der FDP)

Der Widerspruch ist ja haarsträubend: Auf Hundefutter

wird 7 Prozent Mehrwertsteuer erhoben, aber in Gaststätten

muss 19 Prozent Mehrwertsteuer bezahlt werden.

Das kann nicht sein. Gehen Sie diese Problematik an,

sonst machen wir es.

(Beifall bei der FDP - Volker Schneider [Saarbrücken])

[DIE LINKE]: Und wie finanziert

die FDP dieses populistische Sammelsurium?)

Die Gewerbesteuer muss abgeschafft und durch ein

System der Kommunalfinanzierung ersetzt werden, das

den Kommunen Sicherheit bringt und sie von Einnahmeschwankungen unabhängig macht.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt: Die Tarifautonomie muss geschützt werden. Sie ist ein staatliches Gut. Lohndiktate gehören aufgelöst. Mit Mindestlöhnen erreichen Sie nichts; sie sind verkehrt.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Mittelschicht und den Mittelstand stärken; denn sie ziehen den Karren in diesem Land. Dann wird es mit diesem Land auch wieder aufwärts gehen. Wir haben die Chance. Ihre Anträge sind absolut untauglich.

In diesem Sinne ein freiheitliches Glückauf aus dem Erzgebirge.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Anette Kramme für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Pothmer

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist die grüne

Jacke ein Koalitionsangebot?)

Anette Kramme (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dreibus, haben Sie heute Abend schon was vor?

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

Das ist kein unmoralisches Angebot, sondern eher ein Vorschlag zur Weiterbildung.

Der Ullstein-Verlag bietet heute Abend auf einer Lesung einem Politiker eine Plattform, der Ihre Anträge an visionärer Kraft noch überbietet. Er ist CDU-Abgeordneter im Bundestag und Hoffnungsträger seiner Partei. Sein Name ist Dr. Udo Brömme. Von ihm stammt der wundervolle Slogan, der fast schon eine religiöse Wahrheit beinhaltet: Zukunft ist gut für alle. Falls Sie Dr. Udo Brömme nicht kennen: Vor einigen Jahren, als die Harald-Schmidt-Show noch Deutschlands wichtigste Fernsehsatire war, trieb er dort regelmäßig sein Unwesen und verblüffte im Straßenwahlkampf manch echten CDU-Politiker.

(Dirk Niebel [FDP]: Und wäre fast gewählt worden!)

Er hatte wie Sie viele Ideen. Doch kurz nach der Bundestagswahl verschwand er sang- und klanglos von der Bildfläche, wie ..., aber lassen wir das.

(Dirk Niebel [FDP]: Wir haben ja jetzt Frau Kramme! Das reicht doch!)

Natürlich fällt es nicht leicht, den Antrag der Linken abzulehnen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Was?)

Mehr Sonnenschein für alle - kann man dagegen sein?

Wir Sozialdemokraten sind nicht für schlechte Arbeitsbedingungen. Niemand ist für schlechte Arbeitsbedingungen.

Das ist so absurd, dass ich es noch nicht einmal Herrn Kolb zutrauen würde.

Auch wir Sozialdemokraten wollen eine Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, aus der Ansprüche auf Renten, für Phasen der Arbeitslosigkeit usw. erwachsen. Wir haben dafür etwas getan. Allein zwischen 2006 und 2007 sind zusätzlich 550 000 sozialversicherungspflichtige

Jobs entstanden.

(Thomas Oppermann [SPD]: Richtig!)

Auch wir wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, der Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützt und den Staat nicht zwingt, Menschen durch ergänzende Sozialleistungen zu entwürdigen, weil deren Arbeitseinkünfte nicht zum Leben ausreichen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das

ist aber neu! - Volker Schneider [Saarbrücken]

[DIE LINKE]: Wann feiert ihr eigentlich

40 Jahre „7,50 Euro Mindestlohn“?)

Deshalb haben wir während der gesamten Legislaturperiode für diese Thematik gekämpft. Wir haben jetzt ein Arbeitnehmer-Entsendegesetz und ein Mindestarbeitsbedingungs-gesetz, das mindestens 1,2 Millionen Menschen zusätzlich schützen wird. Das Schöne ist: Das Gesetz ist heute verkündet worden und tritt morgen in Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wir wollen die Arbeitsbedingungen für die Zeitarbeit verbessern. Auch wir vertreten den Grundsatz von Equal Pay. In der Koalition haben wir ausgehandelt, dass eine verbindliche Lohnuntergrenze kommen soll.

(Zuruf von der LINKEN: Wann?)

Unser Arbeitsminister hat immerhin sechs Vorschläge unterbreitet.

(Zurufe von der LINKEN: Oh! - Dirk Niebel

[FDP]: Warum denn so viele? Er ist ja richtig

durchsetzungsstark! - Dr. Heinrich L. Kolb

[FDP]: Einer würde reichen!)

Ich finde es sehr schade, dass sich die Union an diesbezügliche Absprachen nicht hält. Ich erinnere mich an manch unschöne Debatte über die Leiharbeit, in der einfach und platt gesagt worden ist, die Tarifbindung in der Leiharbeitsbranche sei doch sehr groß. Dabei wissen wir alle, dass die Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsbranche teilweise katastrophal sind: Es gibt Arbeitnehmer in Forchheim mit einem Stundenlohn von 3 Euro.

Haustarifverträge, nach denen um 4,50 Euro pro Stunde gezahlt werden, wurden zwar gekündigt, aber sie wirken nach, weil auf sie Bezug genommen werden darf. Deswegen brauchen wir eine Lohnuntergrenze.

Auch wir wollen einen besseren Schutz für Praktikanten.

Es kann nicht sein, dass Menschen in sinnlose Warteschleifen geschickt und finanziell ausgebeutet werden.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Dann sagen Sie einmal, was zum Beispiel der

Bundesarbeitsminister seinen Praktikanten zahlt!

Super!)

Auch wir halten eine Streichung der sachgrundlosen Befristung für sinnvoll. Wir haben das sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben. Auch davon hat die Union leider Abstand genommen. Es ist durchaus überlegenswert, einen befristeten Beschäftigten zu übernehmen, sobald eine entsprechende unbefristete Stelle vorhanden ist. Wir haben Regelungen, die etwas Ähnliches schaffen - allerdings etwas weniger -, in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen.

Einige Punkte der Anträge der Linken sind schön. Sie denken ähnlich wie wir. In diesen Anträgen ist aber auch jede Menge Phrasendrescherei und Talkshowsozialismus enthalten. Das Ganze hat nicht einmal die notwendige Qualität, um in die gute Sagen- und Märchenwelt, die es in Deutschland gibt, aufgenommen zu werden. Selbst dafür ist das Ganze zu platt, zu dumm und an manchen Stellen zu dreist gemacht.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist ein Rhythmuspiel, oder?)

Ich will ein einziges Beispiel nennen.

(Dirk Niebel [FDP]: Aber bitte nur eines!)

Ist es wirklich sinnvoll, jegliche betriebsbedingte Kündigung auch in Kleinbetrieben auszuschließen? Das würde bedeuten, dass sich ein Betrieb dieser Arbeitnehmer erst im Falle einer Betriebsschließung entledigen kann. Ich sage: Das ist Unsinn. Arbeitnehmerschutz ist gut und wichtig. Arbeitsplätze zu haben, ist aber auch essenziell. (Beifall bei der SPD)

Dieser Tage verstehe ich vor allen Dingen eines nicht: Sie setzen sich stark mit Arbeitsbedingungen auseinander - das ist wichtig; das sehen wir nicht anders -, aber einen entscheidenden Punkt berücksichtigen Sie überhaupt nicht. Wir müssen in dieser Phase um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Deutschland kämpfen.

(Dirk Niebel [FDP]: Die SPD sowieso! -

Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:

Ich sehe Sie schon richtig ringen!)

Dabei geht es um ergänzende Maßnahmen. Wir wissen aus den Erfahrungen, die wir in den fünf neuen Bundesländern gesammelt haben, dass wahrscheinlich jeder industrielle Arbeitsplatz, der in Deutschland einmal abgebaut worden ist, nicht wieder entstehen wird. Deshalb

finde ich das, was unser Arbeitsminister gemacht hat, mutig, weil es sehr viel Geld kosten wird, aber auch vom Ansatz her klug: die Ausdehnung des Bezugs von Kurzarbeitergeld.

Kurzarbeit war immer ein sehr teures Instrumentarium.

Wir haben die Kurzarbeit für Arbeitgeber viel billiger gemacht. Aber es ist nicht nur ein Instrumentarium, das es Arbeitgebern ermöglicht, diese Krise zu überbrücken.

Es ist vor allen Dingen ein Instrumentarium für Arbeitnehmer im Sinne momentaner Sicherheit, aber auch im Sinne des dauerhaften Erhalts von Arbeitsplätzen in der Industrie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will auch etwas zur Abwrackprämie sagen. Ich komme aus einer Region, die von der Automobilindustrie geprägt ist. Allein in der Region Hof - das hat mir der Landrat gesagt - gibt es 200 Betriebe der Automobilindustrie.

Im Gebiet Kronach und Coburg befinden sich große Automobilzulieferer, allein drei Betriebe von Valeo und ein riesiger Betrieb von Brose. Die Industrie in Bamberg besteht fast nur aus Automobilzulieferung: Brose, Michelin, Bosch, Schaeffler und FTE. Wie gesagt: Die Abwrackprämie hat eine Menge Entlastung in meiner Region geschaffen.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und nächstes Jahr?

Was ist nächstes Jahr?)

Deshalb, denke ich, haben wir hier mehr als sinnvoll

agiert. Dass ein gewisses Kaufvolumen abgeschöpft ist, ist klar.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist reiner Wahlkampf!)

Aber dieses Kaufvolumen der Zukunft vorzuziehen, hat seine Gründe. Wenn die Krise vorbei ist, gibt es auch für andere Marktpotenziale wieder Chancen. Deshalb ist dies jetzt die einzige Chance für den Bereich der Automobilzulieferer.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Ich glaube, nach der Rede muss noch jemand von der SPD sprechen!)

„Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern, aber Nichtarbeiten ist die Hölle.“ Was Thomas Mann vor 100 Jahren sagte, gilt noch heute.

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. So steht es im SPD-Regierungsprogramm, das wir letzten Samstag in Berlin vorgestellt haben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Kramme, achten Sie bitte auf die Zeit!

Anette Kramme (SPD):

Ich bin innerhalb einer Minute fertig. - Zu einem menschenwürdigen Leben gehört gute Arbeit. Daran glauben wir. Dafür werden wir uns einsetzen, und zwar zusammen mit den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Menschen vor Ort

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Und der FDP!)

und vor allen Dingen mit pragmatischer Politik, die Menschen tatsächlich hilft.

In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Rolf Stöckel für die SPD-Fraktion.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Er stellt das jetzt alles richtig!)

Rolf Stöckel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Debatte lautet: Sicherung von Arbeitsplätzen. Ich finde, dass das gerade in diesen Wochen und Monaten ein ernstes Thema ist. Herr Niebel, Sie hätten angesichts der Krise ruhig ein bisschen mehr Demut zeigen können, zumal Marktradikale im Wesentlichen das Zustandekommen der Krise befördert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des

Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Ich habe von Ihnen hier zwar eine antikommunistische Rede gehört, aber kein Wort dazu - auch Sie wollen Banken retten und den Mittelstand stärken -, wie Sie Ihre Konzepte und Programme, die vor allen Dingen Staatsverarmung zur Folge hätten, finanzieren wollen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Stöckel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Niebel?

Rolf Stöckel (SPD):

Ich gehe jetzt auf die Vorredner ein, weil es sonst langweilig wäre. Dadurch habe ich schon wenig Zeit, meine Argumente vorzutragen.



(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Die Zeit wird aber für eine Zwischenfrage angehalten!)  
Ich komme auch noch auf die anderen Redner zu sprechen.  
Sie alle könnten dann Zwischenfragen stellen; das geht nicht.

Herr Brauksiepe, Ihre Rede war im Wesentlichen eine Begründung unserer gemeinsamen Arbeitsmarktpolitik. Aber zu den Passagen, in denen Sie uns angegriffen haben, muss ich sagen: Da fehlt Ihnen ein Konzept. Ich hoffe, dass sich CDU und CSU auf ein Wahlprogramm und auch auf ein Programm zur Bewältigung der Krise einigen können. Vom Fehlen eines Konzeptes können Sie mit solchen Reden nicht ablenken.

Frau Pothmer, an dem, was Sie zur Abwrackprämie bzw. Umweltprämie gesagt haben, mag im Rahmen längerfristiger Überlegungen etwas dran sein, aber ich bitte Sie, diese Rede auch bei Opel in Bochum und in Rüsselsheim oder bei VW zu halten,

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir auch! Genau!)

in den Geschäften und in den Werkstätten, wo im Moment Arbeitsplätze - darum geht es heute - gesichert werden, und zwar durch ein Konzept, das wir Sozialdemokraten vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD - Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht dauerhaft! Das ist das Problem!)

Herr Haustein, eines muss ich - auch wenn es Sie wundern wird - zur Ehrenrettung des Kommunistischen Manifestes sagen. Darin beschreibt Marx die Globalisierung und die Gestaltung der Globalisierung aus seiner Sicht. Wenn die Linkspartei die Globalisierung akzeptieren und Vorschläge zur Gestaltung der Globalisierung machen würde, wären wir in dieser Debatte schon wesentlich weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Schlimme ist, dass hier der Schein erweckt wird, die Linke würde im Sinne von Marx argumentieren. In Wirklichkeit ist es so, dass Karl Marx in Highgate in London in seinem Grab rotiert angesichts dieser kleinkarierten, national ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Linken.

(Beifall bei der SPD)

Es ist bereits zu Recht festgestellt worden, dass die Anträge, über die wir heute diskutieren, nach demselben Strickmuster formuliert sind wie eigentlich alle Anträge der Linken: „Die Lage ist katastrophal; die Regierung tut nichts.“ Alle alten und neuen Anträge, die auf Gewerkschaftskongressen und von Verbänden jemals beschlossen worden sind, werden einfach untereinander geschrieben. Nachhaltige Wirkungen auf die soziale und ökonomische Entwicklung und auf die öffentlichen Haushalte oder Finanzierungsvorschläge - Fehlanzeige! Das ist doch nicht das Problem der Linken. - Diese Form von populistischer Parteitaktik nenne ich verantwortungslos und zynisch gegenüber den Millionen Menschen, die heute aus nachvollziehbaren Gründen Ängste um ihre Zukunft und ihre Arbeitsplätze sowie um die Zukunft ihrer Familien haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie verbreiten den Irrglauben, die Regierung schenke den Banken und Großkonzernen in der Krise mir nichts, dir nichts Hunderte von Milliarden Euro, da könne man doch gleich überall voll hinlangen. Die Details und die Realisierbarkeit interessieren Sie dabei nicht. Obwohl sich unsere Wirtschaft in der bisher schwersten weltweiten Krise seit 80 Jahren befindet, malen Sie die Situation noch schwärzer und behaupten, der Staat könne mal eben - sozusagen von heute auf morgen - 1,5 Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst bzw. im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung schaffen. Nein, meine Damen und Herren, mit einer seriösen Analyse der Krise und mit seriöser antizyklischer Politik hat das nichts zu tun. Ich finde, Frank-Walter Steinmeier hatte recht, als er am Wochenende begründet hat, warum die SPD nicht mit den Linken zusammenarbeiten kann.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Ja, ja! Das glaubt ihm nur keiner!)

Er sagte: Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Verantwortung, Stabilität und Erfahrung. Das alles lassen Sie vermissen.

(Anton Schaaf [SPD]: Das ist so!)

Ich sage Ihnen: Diejenigen, die von manch unangenehmer Botschaft und Reform unter sozialdemokratischer Regierungsmitverantwortung enttäuscht waren, auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, haben Sie und Ihr demagogisches Spiel zunehmend durchschaut. Das Tohuwabohu bei Ihnen ist auch der Hauptgrund dafür, dass sich Ihr Landesverband in NRW gerade wieder in die alten Splittergruppen, aus denen er entstanden ist, zerlegt

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das stimmt!)

und warum Ihr Wahlkampfmanager das Handtuch geworfen hat.

Meine Damen und Herren, zwischen Ihrem Täuschen und dem Ausbeuten der Krise und der Ängste der Menschen und unserem Ernstnehmen von Ängsten und dem Annehmen der Herausforderungen liegen Welten. All das bringt uns im Gegensatz zu allen anderslautenden Behauptungen nicht etwa näher zusammen, sondern immer weiter auseinander. Ich sage Ihnen auch, warum. So schön die Anträge, die Sie uns kurz vor dem 1. Mai dieses Jahres vorlegen, auch klingen

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist schon viel länger her!)

und so richtig wir manche Zielsetzung, die darin zu lesen ist, finden - allerdings nicht die von Ihnen vorgeschlagenen Instrumente; diese halten wir für weltfremd -, so können sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie überhaupt kein zusammenhängendes und zumindest in Ihrer eigenen Partei mehrheitsfähiges Programm zustande bringen.

(Anton Schaaf [SPD]: So ist das! - Dr. h. c.

Jürgen Koppelin [FDP]: Sehr richtig! - Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE

LINKE]: Hätten wir kein Programm, säßen wir nicht hier! Das wissen Sie genau!)

Das hat auch einen Grund. Dann könnte die interessierte Öffentlichkeit Ihre Politikalternative und Ihre Regierungsfähigkeit

nämlich kritisch überprüfen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: So ein Blödsinn! - Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch!)

Das erfordert mehr als eine Sonthofen-Strategie und Fundamentalopposition.

Meine Damen und Herren, es geht nicht darum, die Krise und ihre möglichen Auswirkungen auf die Beschäftigung und die sozialen Lebenslagen schönzureden.

Es ist aber kontraproduktiv - das ist mein Kommentar zu den aktuellen Meldungen des heutigen Tages -, wenn von verschiedenen Seiten, auch aus verhandlungstaktischen Gründen, soziale Ängste geschürt werden, indem apokalyptische Abgründe und das Entstehen sozialer Unruhen an die Wand gemalt werden oder gar damit gedroht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das ist der Situation und den Potenzialen unseres Landes nicht angemessen. Das werden alle demokratischen Kräfte, Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam zu verhindern wissen.

Wir Sozialdemokraten haben die Prioritäten in unserer Politik seit 1998 richtig gesetzt. Dies hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr merklich gesunken ist. Im Gegensatz zu dem, was Sie behaupten, haben wir die staatlichen Ebenen und die sozialen Systemhandlungsfähiger gemacht und die Wachstumskräfte vor allen Dingen im Bereich der Zukunftstechnologien gestärkt. Wir haben darüber hinaus dafür gesorgt, dass Mitbestimmung und Tarifautonomie gesichert und weiterentwickelt werden. Darauf können sich die Gewerkschaften auch in Zukunft verlassen. Hätten wir das nicht getan, wäre es heute viel schwieriger, mit der Krise umzugehen und Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben ein Programm vorgelegt. Darüber wird jetzt öffentlich debattiert. Jetzt müssen Sie alle nachlegen. Ich sage Ihnen: Gute Arbeit gibt es nicht ohne Mindestlöhne, ohne Regulierung der Zeitarbeit und ohne dass wir dafür sorgen, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleiche Löhne bekommen.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für gleichwertige Arbeit!)

Zu diesem Zweck haben wir verschiedene Instrumente vorgeschlagen, die vor allen Dingen für unsere Kinder und Jugendlichen die Zukunft des Landes garantieren sollen. Wir wollen durch ordentliche Qualifizierung dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft im weltweiten Wettbewerb bestehen. Nur so können wir Arbeitsplätze sichern und die Wachstumsstärke Deutschlands erhalten.

Ich sage noch einmal: Wir sind auf dem richtigen Weg. Hier wird Populismus betrieben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kritischen und mündigen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wissen genau, wen sie wählen müssen, wenn sie in diesem Hause in der nächsten Wahlperiode eine sozial, ökologisch und ökonomisch fortschrittliche Regierung vorfinden wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dirk Niebel hat das Wort zu einer Kurzintervention.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mensch, Herr Niebel, zeigen Sie doch einmal ein bisschen Barmherzigkeit!)

Dirk Niebel (FDP):

Wir wollen die Leidensfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie schon ein wenig austesten, liebe Frau Pothmer.

Frau Präsidentin! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Kollege Stöckel mit Blick auf die FDP behauptet hat, die Marktradikalen – damit meint er offenkundig uns – seien schuld an der Krise. Der guten Ordnung halber ist es hilfreich, daran zu erinnern, dass der Finanzmarkt der am meisten regulierte Bereich des deutschen Wirtschaftssystems überhaupt ist. Es gibt sogar eine Staatsaufsicht. Übrigens war es Bundeskanzler Gerhard Schröders rot-grüne Bundesregierung, die diese Aufsicht, wie es heute der Fall ist, zweigeteilt hat. Da ist zum einen die BaFin mit ungefähr 6 000 Mitarbeitern und zum anderen die Deutsche Bundesbank. Diese Einrichtungen paralysieren einander.

(Beifall des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

Sie waren mit Ihren Prüfgruppen nicht in der Lage, Milliardenlöcher zu finden, die private Bankprüfgruppen innerhalb weniger Tage gefunden haben.

Ich möchte auch daran erinnern, dass in Zeiten der schwarz-gelben Bundesregierung Hedgefonds in Deutschland verboten waren. Ich anerkenne: Wahrscheinlich hätten auch wir die Hedgefonds zugelassen – weil sich die Finanzmärkte weltweit verändert haben –, aber nicht, wie unter Gerhard Schröder geschehen, ohne jedwede Transparenzrichtlinie.

(Beifall bei der FDP)

Ich erlaube mir zu guter Letzt, darauf hinzuweisen, dass die Freien Demokraten in diesem Haus die einzige Oppositionspartei sind, die den Finanzmarktrettungsschirm mitgetragen hat – auch wenn wir im Detail einiges anders gemacht hätten –, weil wir die Notwendigkeit dessen für die Sparerinnen und Sparer und für das Wirtschaftssystem insgesamt erkannt haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Stöckel.

Rolf Stöckel (SPD):

Werter Kollege Niebel, ich kenne die Grenzen unserer Politik, ich kenne auch die Grenzen dessen, was von unseren Vorschlägen, Regeln für die Finanzmärkte einzuführen, national, europäisch und erst recht international durchsetzbar ist.

Ich habe vorher nicht behauptet, dass Sie die Ursache der Finanzkrise seien. Ich habe gesagt, dass marktradikale Ideologie und Marktradikale die Ursachen dieser

Krise wesentlich befördert haben. Das ist ein kleiner sachlicher, aber sehr treffender Unterschied.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie können mit Ihrer Kurzintervention nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie in der Öffentlichkeit bisher weder zu den Ursachen dieser Krise etwas gesagt haben

noch sich in Selbstkritik dieser Ihrer markradikalen Ideologie geübt haben. Andere haben das auch noch nicht getan; selbst die Verantwortlichen haben es bisher nicht getan. Wir hätten von Ihnen gerne etwas zu einem Konzept gegen diese Krise gehört. Damit meine ich mehr als Ihren Vorschlag, die Steuern zu senken. So wären die Konjunkturprogramme, die Rettung der Banken und die Unterstützung und Förderung des Mittelstandes nicht finanzierbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Was für ein wirres Zeug!)

Vizepräsidentin Petra Pau:  
Ich schließe die Aussprache.  
</ text >

< text 16218 >

Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Barth, Cornelia Pieper, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
Klarheit beim Konjunkturpaket II - Bildungspolitische Handlungsspielräume für Länder und Kommunen einräumen

- Drucksache 16/12668 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)

Rechtsausschuss

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Krista Sager für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Koalition hat zu Anfang ihrer Zwangsehe recht vollmundige Erklärungen darüber abgegeben, was sie im Bildungsbereich gemeinsam bewegen will: Die Schulabbrecherzahlen sollten halbiert werden, die Studierendenquote sollte auf 40 Prozent gesteigert werden, die Weiterbildung sollte die vierte Säule im Bildungssystem werden. Aber auch bei der Großen Koalition gilt: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Die erste großkoalitionäre Großtat war, dass Sie sich bei der Föderalismusreform I in den zentralen Feldern des Bildungsbereichs selber erst einmal zur Lame Duck, auf Deutsch: lahmen Ente, gemacht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansichts der Herausforderungen, vor denen wir im Bildungsbereich stehen, wäre es gerade darum gegangen, die Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Bund und Ländern zu entbürokratisieren, zu vereinfachen und auf moderne Füße zu stellen. Das von Ihnen beschlossene weitgehende Kooperationsverbot, das Verbot gegenüber dem Bund, Schulgebäude mitzufinanzieren, war der totale Irrweg, aber die Große Koalition ist diesen Irrweg zügig gemeinsam gegangen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP] und des  
Abg. Bodo Ramelow [DIE LINKE])

Dass das ein Fehler war, das wissen Sie inzwischen selber,  
aber der Fehler holt uns immer wieder ein. Ende dieses  
Jahres läuft das rot-grüne Ganztagschulprogramm  
aus. Es wird aber keine Neuauflage geben können, obwohl  
wir den zügigen Ausbau von Ganztagschulen  
dringend brauchen und die Länder damit offenkundig  
überfordert sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verkaufen das Konjunkturprogramm I ständig als  
das große Bildungsprogramm. Tatsache ist, dass in die  
Qualität von Bildung, in Personal- und Sachmittel, nicht  
investiert werden kann. Die Aussage, wir sollten lieber  
in Köpfe statt in Beton investieren, ist ein schöner  
Spruch für Ihre Sonntagsreden. Die Praxis sieht leider  
anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Inzwischen gibt es einen lebhaften Briefwechsel zwischen  
Bundesministerien, Landesbehörden und Kommunen  
über die Frage, wie groß der Ökoanteil an einer  
Schulmodernisierung sein muss, damit sie noch verfassungskonform  
ist. Nachdem Sie Art. 104 b vermurkst  
haben, darf eine Schulmodernisierung nämlich keine  
Schulmaßnahme sein, sondern nur noch eine Umweltmaßnahme,  
weil der Bund hier noch die Gesetzgebungskompetenz  
hat.

Statt diesen Unsinn aus der Föderalismusreform I in  
der Föderalismusreform II endlich zu korrigieren, setzen  
Sie ihn weiter fort. Schulinvestitionen sollen nach der  
Föderalismusreform II nur noch dann möglich sein,  
wenn wir eine Wirtschaftskrise oder eine Naturkatastrophe haben. Das  
heißt, falls sich im nächsten Jahr die  
Wirtschaftslage erholen sollte, können wir nur noch auf  
eine schwere Sturmflut hoffen, damit wir vielleicht doch  
noch zu einem Ganztagschulprogramm kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Versuchen Sie mal, das den Bürgerinnen und Bürgern  
vor Ort zu erklären. Die halten die Verantwortlichen in  
Berlin für völlig bekloppt.

Ein Blick in den FDP-Antrag zeigt, Frau Pieper, dass  
auch Sie inzwischen bezweifeln, dass der radikale Wettbewerbsföderalismus  
der richtige Weg ist, um gesamtstaatliche  
Aufgaben im Bildungsbereich zu erfüllen. Ich  
kann Ihnen aber den Hinweis nicht ersparen, dass Sie  
diesen Irrweg der Großen Koalition bei der Föderalismusreform  
mit wehenden Fahnen mitgegangen sind. Sie  
persönlich haben zwar den Braten gerochen und geahnt,  
dass kein Segen darauf liegt, aber Ihr Kollege Meinhardt  
mit seinen ideologischen Scheuklappen hat es sich nicht  
nehmen lassen, hineinzutappen.

Man könnte jetzt vermuten, dass Sie Ihren Einfluss in  
den Landesregierungen nutzen wollen, um diesen Fehler  
zu korrigieren. Was aber schlagen Sie von der FDP vor?  
Sie bitten die Bundesregierung, mit der geltenden Verfassung  
etwas laxer umzugehen. Unter Verfassungspatriotismus  
stelle ich mir ehrlich gesagt etwas anderes vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Ihr habt es

gerade nötig!)

Man fragt sich, ob erst alle wegsterben müssen, die an dieser vermurksten Reform beteiligt waren, bevor wir für den Bildungsbereich zu einer vernünftigen Verfassungslage kommen.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Was haben Sie denn heute Morgen eingenommen?)

Das wäre ziemlich traurig.

Aber auch dort, wo Sie Instrumente haben und noch handeln können, sind die Ergebnisse unzureichend und unzulänglich. Viele junge Eltern werden sehr lange Gesichter machen, wenn sie merken, dass der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung im Jahr 2013 keineswegs für einen Ganztagsplatz gilt. Notwendig ist aber nicht nur ein quantitativer Ausbau, sondern vor allen Dingen eine Qualitätsoffensive für die frühe Förderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der beruflichen Ausbildung haben Sie von der Konjunktur und der demografischen Entwicklung profitiert.

Aber Sie haben die notwendigen Strukturreformen versäumt. Für über 300 000 junge Menschen gibt es keine werthaltigen Ausbildungsbausteine, durch die sie in eine normale Ausbildung kommen können; sie befinden sich immer noch in Warteschleifen und im Übergangssystem.

In der Krise wird es uns böse einholen, dass Sie das duale System nicht durch konjunkturunabhängige Bausteine ergänzt haben. Das werden die jungen Leute in diesem Jahr zu spüren bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Weiterbildung hinken wir international weit hinterher, vor allen Dingen bei der Beteiligung von Niedrigqualifizierten. Ein bisschen Herumbasteln beim Meister-BAföG ist einfach zu wenig. Wir brauchen ein echtes Erwachsenenbildungsförderungsgesetz mit einer Regelung zum Erwachsenen-BAföG. Diese Reform darf nicht länger verschleppt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was den Hochschulpakt angeht, kann man froh sein, dass er nicht am Einstimmigkeitsprinzip gescheitert ist. Er ist aber mit 6 500 Euro pro Studienplatz unterfinanziert, weil ein echter Studienplatz teurer ist. Das heißt, der Anreiz, sich die Studierenden vom Hals zu halten, ist immer noch größer als der Anreiz, tatsächlich Studienplätze zu schaffen. Wir stehen bei der Studienanfängerquote jetzt da, wo wir schon 2003 waren. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinsken?

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, sehr gerne.

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Frau Kollegin Sager, Sie haben eben die verschiedenen Bildungssysteme angesprochen und festgestellt, dass es um Jugend und Bildung in der Bundesrepublik Deutschland verdammt schlecht steht. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Jugendarbeitslosenquote im Nachbarland Frankreich 21,5 Prozent und im PISA-Land Finnland 19,8 Prozent beträgt, in der Bundesrepublik

Deutschland aber nur - in Anführungszeichen  
- 8,1 Prozent? Ist das nicht eine tolle Leistung der  
deutschen Wirtschaft und der Politik, die die Rahmenbedingungen  
hierfür setzt? Sind Sie bereit, mir in diesen  
Punkten beizupflichten?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich glaube, dass Sie sich die Lage etwas schönreden.  
Wir haben immer noch 8 Prozent junge Leute, die die  
Schule ohne einen Abschluss verlassen. Diese haben so  
gut wie keine Chance, einmal auf eigenen Beinen zu stehen  
und unabhängig von sozialen Transferleistungen zu  
werden. Wir haben uns die tatsächliche Lage in unserem  
Bildungssystem ein bisschen dadurch schön gerechnet,  
dass wir eine gute Konjunktur hatten und uns die demografische  
Entwicklung geholfen hat. Wenn wir aber in  
der aktuellen Wirtschaftskrise nicht dem schon drohenden  
Fachkräftemangel entgegenwirken, dann wird uns  
das - auch in den sozialen Sicherungssystemen - böse  
einholen. Ich erinnere nur an den großen Anteil der jungen  
Migranten bei den unter Sechsjährigen. Wenn diese  
in unserem Bildungssystem so wenig erfolgreich sein  
werden, wie es die jungen Migranten in der Vergangenheit waren, dann  
gnade uns Gott, was die Steuereinnahmen,  
die Erwerbstätigkeit, den Fachkräftemangel und  
die Situation in unseren sozialen Sicherungssystemen  
angeht. Es ist aber auch eine schreiende Ungerechtigkeit.  
Ich finde Folgendes empörend: Die Bundesregierung  
hat sich das Ziel gesetzt, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
für Bildung auszugeben. Man versucht aber, die  
Aufgaben, vor denen wir stehen, kleinzurechnen, indem  
man zum Beispiel sagt: Können wir bei den jungen Leuten  
ohne Schulabschluss nicht die vielen herausrechnen,  
die wir auf Sonder- und Förderschulen abgeschoben haben,  
und bei den Bildungsausgaben nicht die Pensionen  
der Lehrer hinzurechnen? Dann passt alles besser zusammen.  
- So einfach darf man es sich nicht machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Ich habe den Eindruck, dass die Beantwortung der  
Frage, woher das Geld für Bildung, rund 25 Milliarden  
Euro jährlich mehr, kommen soll, schlichtweg um ein  
ganzes Jahr vertagt worden ist. Der Bildungsgipfel hatte  
doch nur die Funktion, das Gesicht von Frau Merkel mit  
dem Thema Bildung in Verbindung zu bringen. Ich habe  
den Eindruck: Sie warten darauf, dass das Bruttoinlandsprodukt  
aufgrund der Krise so weit sinkt, dass Sie mit  
den jetzigen Ausgaben auf 7 Prozent kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Ernst Hinsken [CDU/CSU]: So schlecht denken  
nur Sie!)

Danke für Ihre Frage, Herr Hinsken.

Wir haben den belastbaren Vorschlag gemacht, den  
Solidaritätszuschlag schrittweise in einen Bildungssoli  
umzuwandeln; denn tatsächlich geht nur noch ein Teil  
der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag in den Osten.  
Das ist ein erster belastbarer Finanzierungsvorschlag.  
Einen solchen vermisse ich bei Ihnen. So wie es  
in den letzten vier Jahren gelaufen ist, bekommen wir  
keinen Bildungsaufbruch in Deutschland hin. Diese



Große Koalition muss beendet werden, damit Kräfte für einen Bildungsaufbruch frei werden, der seinen Namen tatsächlich verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Bodo Ramelow [DIE LINKE])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme auf die namentlichen Abstimmungen zurück und gebe die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten Ergebnisse bekannt.

Zuerst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD mit dem Titel „Die Chancen zur nuklearen Abrüstung nutzen – Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag zum Erfolg führen“: abgegebene Stimmen 507. Mit Ja haben gestimmt 427, mit Nein haben gestimmt 80, Enthaltungen keine. Der Antrag ist damit angenommen.

Wir kommen zum aktuellen Tagesordnungspunkt zurück und setzen die Debatte fort.

Ich erteile dem Kollegen Marcus Weinberg für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marcus Weinberg (CDU/CSU):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Sager, ich habe Ihnen aufmerksam gelauscht, weil wir beide aus Hamburg kommen und wir mittlerweile in der Schulpolitik neue Wege gehen und zeigen, wie man eine Schulreform umsetzen kann. Wenn wir heute um 18 Uhr den Sieg des FC Sankt Pauli über den SC Freiburg sehen, dann haben wir eine weitere Gemeinsamkeit. Das war es dann aber auch schon.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Herr Kollege, von was träumen Sie nachts?)

– Die Freiburger hier im Saale mögen uns das verzeihen. In dieser Hinsicht aber ist eine Solidarität der Hamburger gegeben. – Wenn ich mir Ihre Rede und die Reden der letzten dreieinhalb Jahre anschau, dann stelle ich fest, dass Sie immer wieder zwei Folien auflegen. Die erste Folie ist die Strukturfrage, und die zweite Folie ist, dass Sie sehr konkret einzelne Punkte herausgreifen, aber die Prozesse, die dazu geführt haben, nicht mitbetrachten. Lassen Sie mich zu der Strukturfrage kommen. Für Sie – das war auch die Kritik an der Föderalismusreform – kommt es rein auf die Struktur an, die dafür verantwortlich ist, wie Maßnahmen wirken. Das sehen wir anders. Die Strukturen müssen unserer Meinung nach klar sein. Wir haben für klare Strukturen gesorgt. Innerhalb dieser Strukturen hat jeder seine Verantwortung zu übernehmen, und innerhalb dieser Strukturen muss gearbeitet werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Burgbacher?

Marcus Weinberg (CDU/CSU):

Das kann sich nur um Fußball handeln. Gerne.

Ernst Burgbacher (FDP):

Herr Kollege Weinberg, darf ich davon ausgehen, dass der Wahrheitsgehalt des Rests Ihrer Rede größer ist als der Ihrer Eingangsaussage zum Fußball?

(Lachen bei der LINKEN)

Marcus Weinberg (CDU/CSU):

Wir sprechen uns in der nächsten Sitzungswoche wieder und schauen dann, auf welchen Plätzen der Tabelle Sankt Pauli und Freiburg stehen. Da wir nicht aufsteigen, wünsche ich den Freiburgern den Aufstieg in die erste Liga im nächsten Jahr. Jetzt haben wir auch die FDP mit im Boot. Das ist der richtige Weg.

Wir haben mit der Föderalismusreform I die Strukturen klargestellt. Als Strukturalist würde ich sagen, dass ich mich damit nicht abfinden muss. Es kommt vielmehr auf Verzahnung und Vernetzung an. Wettbewerbsföderalismus im positiven Sinne bedeutet Wettbewerb um die besten Konzepte. Das bedeutet, dass Entwicklungspotenziale freigesetzt werden und wir eine Nivellierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gerade nicht akzeptieren. Das ist häufig die Konsequenz einer falschen Struktur. Wir haben das geradegebogen, und das war auch richtig so.

Wenn wir das als Voraussetzung für die Optimierung der Prozesse im Bildungsbereich sehen, dann ist es so, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Durchlässigkeit und die Übergänge im Fokus stehen werden, und zwar horizontal und vertikal. Die Beispiele liegen auf der Hand. Für die Schulpolitik tragen die Länder die Verantwortung, für die Hochschule sind es der Bund und die Länder, für den Arbeitsmarkt ist es die Bundesagentur für Arbeit, und die berufliche Weiterbildung fällt in die Zuständigkeit des Bundes und der Arbeitgeber. Diese Verzahnung der einzelnen Bereiche ist in einer Partnerschaft für Bildung möglich. Im Oktober letzten Jahres wurde bewiesen, dass die Beteiligung der Verantwortlichen am Bildungsgipfel eine zentrale Rolle spielt, wenn man gemeinsam Veränderungen erzielen will.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn herausgekommen beim Bildungsgipfel?)

- Ich komme gleich zum Bildungsgipfel und auch zu den Veränderungen im Bildungsbereich zurück. Es gab da eine sehr kritische Darstellung. Man muss aber auch einmal darstellen, was sich in den letzten dreieinhalb Jahren

positiv verändert hat. Noch nie hat die Bildung einen so hohen Stellenwert in der politischen Diskussion gehabt wie in den letzten dreieinhalb Jahren. Dass eine Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland einen Bildungsgipfel initiiert, ist einmalig.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das hat Kohl auch schon gemacht! - Dr. Dagmar

Enkelmann [DIE LINKE]: Was ist herausgekommen?

- Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Flop!)

Es war richtig, dass dieser im Fokus der Öffentlichkeit stand. Die Ergebnisse des Bildungsgipfels sprechen für sich.

Es geht nicht um Strukturen oder darum, etwas zu vereinheitlichen und Detailvorgaben hinsichtlich der

Umsetzung zu machen, sondern es geht darum, Ziele zu vereinbaren. Diese Ziele sind die Verzahnung und die Übergänge zwischen Kindertagesbetreuung und Schule, zwischen Weiterbildung, Ausbildung, Hochschulreife und Berufsqualifikation für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem. Für einen echten föderalen Wettbewerb um die beste Bildung brauchen wir ein Qualitätsmanagement. Das heißt, wir brauchen Instrumente, um nachzuweisen, wie Bildung wo am besten funktioniert. Wir haben etwas in der Großen Koalition gemacht, das richtig war und das sich in den nächsten Jahrzehnten bestätigen wird: Wir haben die Bildungsberichterstattung als wesentliches Instrument eingeführt und verfeinert. Mit der nationalen Bildungsberichterstattung, die in den nächsten Jahren noch intensiver wird, haben wir die Möglichkeit, im Vergleich mit den internationalen Studien die Bildungsimplicationen deutlich herauszuarbeiten. Das Bildungspanel wird das nachweisen. Ich sehe als richtig an, zunächst eine Analyse des Istzustandes zu erstellen, dann zu analysieren, welche Defizite wir haben, diese zu bewerten, Ziele zu definieren - in Klammern: Bildungsgipfel - und dann Maßnahmen einzuleiten. Diese Herangehensweise ist, glaube ich, sinnvoller, als immer nur die Strukturdebatte zu führen und in der Folge im Nebel zu stochern, um herauszufinden, wo die vermeintliche Ursache der Defizite ist. Lassen Sie uns doch über die Inhalte sprechen, nicht nur über die Strukturen. Das wäre im Bildungsbereich das Wesentliche.

Jetzt komme ich zu Ihrer Kritik am Bildungssystem und den Veränderungen in den letzten Jahren. Ihre Kritik ist nicht richtig. Das sehen Sie, wenn Sie sich die einzelnen Teilbereiche anschauen. Dann sehen Sie auch, wie sich die Bildung verändert hat. Die internationalen Studien haben deutlich gezeigt - aufgrund der knappen Zeit kann ich nur einige Beispiele nennen -, dass die Deutschen dank der Reform beim Lesen und in der Mathematik mittlerweile im OECD-Durchschnitt liegen. Bei den Naturwissenschaften lagen sie 2006 erstmals über dem OECD-Durchschnitt.

„Bildung auf einen Blick“ bestätigt, dass wir mit den Bildungsreformen in Deutschland, die lange dauern - ich weiß ja nicht, was Sie unter Rot-Grün damals gemacht haben, aber Bildungsreformen in Deutschland dauern relativ lange -, auf einem guten Weg sind, und die Ziele werden noch verfeinert werden.

Ich will einmal vier Veränderungen aus den letzten Jahren herausarbeiten, die als positiv zu bezeichnen sind. Erstens die Zunahme frühkindlicher Bildung. Wir haben es geschafft, da, wo Bildung anfängt, den Anteil derer, die ein Jahr vor Schuleintritt betreut werden, in Ostdeutschland auf 90 Prozent und in Westdeutschland auf 80 Prozent zu erhöhen. Das ist eine Steigerung von zehn Prozentpunkten. Wenn man die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten ernst nimmt, kann man nur sagen: Das war richtig.

Zweitens. Wir konnten das durchschnittliche Kompetenzniveau im Schulalter, also die Leistungen der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, deutlich steigern. Dabei muss man sich natürlich fragen - das ist ja die Hamburger Debatte, die wir in Bezug auf das Grundschulsystem

und den Sprung auf das weiterführende System führen -, wie es eigentlich zu den Defiziten in den Klassen 5 und 6 gekommen ist. In Hamburg gehen wir derzeit einen besonderen Weg, der hoffentlich - ich gehe davon aus - erfolgreich sein wird.

Drittens. Abschlüsse im Sekundarbereich II. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in Deutschland mit Abschlüssen im Sekundarbereich II - das betrifft insbesondere auch die duale Ausbildung - ist deutlich gestiegen und liegt heute über dem OECD-Durchschnitt.

Viertens. Der Anteil der Studienberechtigten steigt.

Allerdings - das muss man erkennen, und man muss Ziele definieren - ist die vom Wissenschaftsrat gesetzte Zielmarke von 50 Prozent noch nicht erreicht.

Wichtig und richtig ist es natürlich, dann auch die Herausforderungen zu betrachten. Dabei spielt der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt eine bedeutende Rolle. Es ist tatsächlich so, dass wir im Jahr 2006 im Vergleich zum Jahr 1995 im Bildungsbereich zwar 15 Milliarden Euro mehr ausgegeben haben, dass aber der Anteil der Bildungsausgaben von 6,9 auf 6,3 Prozent gefallen ist. Wir als CDU/CSU sehen darin eine deutliche Aufgabe und wollen die Zehnprozentmarke erreichen. Das ist richtig, und wir geben damit auch ein deutliches Zeichen für die Öffentlichkeit, dass wir mehr für und in Bildung investieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss und ohne zureichende Basiskompetenzen ist nach wie vor zu hoch. Wir haben gestern ausführlich über die Qualifizierung und auch über die Frage, welche Aufgaben der Bund wahrnehmen kann, debattiert. Hier gilt es, in den nächsten Jahren das, was die Große Koalition jetzt auf den Weg gebracht hat, dezidiert umzusetzen und weiter nach vorne zu bringen.

Die Studiennachfrage ist noch zu gering. Der Anteil liegt jetzt bei 37 Prozent. Auch hier sollten wir die Zielmarke von 40 Prozent ansteuern, aber mit dem, was in den letzten Jahren getan wurde - der Hochschulpakt sei hier genannt -, sind wir auf dem richtigen Weg.

Die Weiterbildungsbeteiligung stagniert. Aber auch hier darf man darauf verweisen, dass der Bund mit den 265 Millionen Euro, die in diesem Bereich ausgegeben werden, ein klares Ziel definiert hat.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
Weit hinter den 90er-Jahren!)

Ich komme zu den Herausforderungen für die Zukunft.

Hier geht es zunächst um die Versorgung mit Angeboten im frühkindlichen Bereich und damit genau um die Verzahnung der Aufgaben von Bund und Ländern, die auf dem Bildungsgipfel ja auch diskutiert wurde. Der Bund investiert zum Beispiel 4 Milliarden Euro mehr im Bereich des Aufbaus der Angebote für Kleinkinder.

Hinzu kommen die Ausgaben der Länder, die die Verantwortung im Bereich der Kindertagesstätten haben.

Weitere Punkte sind die Steigerung der Studierendenzahlen und eine Verstärkung von Angebot und Nutzung bei der Weiterbildung. Die Bereitstellung von 265 Millionen Euro als ersten Impuls habe ich bereits erwähnt.

Ebenso wichtig ist eine gezielte Unterstützung für

Menschen mit Migrationshintergrund. Mittlerweile haben fast 50 Prozent der jungen Menschen in Großstädten einen Migrationshintergrund. Sprachförderung allein reicht hier nicht aus.

Jetzt komme ich zum Bildungsgipfel im Oktober 2008.

Dieser Bildungsgipfel hat mit einer nationalen Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ richtigerweise eine übergreifende Klammer gesetzt. Grundsätzlich will ich noch einmal sagen: Das war ein richtiger Schritt, mit dem wir deutlich gemacht haben, dass sowohl beim Bund als auch bei den Ländern und Kommunen die Bildung im Fokus steht. Natürlich können Sie uns vorwerfen, dass wir in der Fußnote keine konkreten Ergebnisse oder Zahlen definiert haben. Es ging und geht uns hauptsächlich erst einmal darum, für den Bereich Bildung zu sensibilisieren, und es geht darum, die vertikal und horizontal stattfindenden Prozesse derjenigen, die an Bildung beteiligt sind, besser aufeinander abzustimmen. Weiter geht es darum, Zielmarken, Benchmarks zu setzen, um deutlich zu machen, wohin wir in den nächsten Jahren kommen wollen.

Deswegen war dieser Bildungsgipfel im Oktober absolut richtig. Wenn man sich die definierten und messbaren Ziele anschaut, muss man erkennen – deshalb ist Ihre Kritik meines Erachtens nicht berechtigt –, dass wir in weiten Teilen in Einzelbereichen in den letzten dreieinhalb Jahren schon vieles verändert haben.

Stichwortartig seien nur folgende Verbesserungen seit 2005 benannt: Die Begabtenförderung wurde erheblich ausgeweitet. 2007 wurde das BAföG um 10 Prozent erhöht, und der Kreis der Empfänger wurde um 100 000 Studierende erweitert. 2009 haben wir die Rahmenbedingungen für das Meister-BAföG mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz deutlich verbessert und zusätzliche Berufsgruppen in die Förderung einbezogen.

Das können Sie despektierlich als Herumhandwerken oder Herumpfuschen bezeichnen, aber für die jungen Menschen hat sich das positiv ausgewirkt. Das ist ein Erfolg, und darauf sollte man auch einmal zurückschauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden natürlich weiter mit den Ländern diskutieren und gemeinsame Bildungsstandards setzen. Noch einmal: Das ist ein Prozess, der sich im Laufe der nächsten Jahre konkretisieren wird.

Wir streben die Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss an und – ich habe es bereits gesagt – die Halbierung der Zahl der Ausbildungsabbrecher, (Cornelia Pieper [FDP]: Ich glaube, dafür sind Sie laut Föderalismusreform gar nicht zuständig!) außerdem die Erleichterung des Hochschulzugangs. – Aber man kommuniziert doch miteinander. Wir haben klare Strukturen geschaffen. Nur deshalb, weil die Strukturen klar sind, wissen wir auch, wer welche Verantwortung hat. Deswegen ist es richtig, dass wir mit den Ländern genau dies abstimmen.

Insoweit haben wir mit dem Bildungsgipfel, der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ und mit der Hightech-Strategie Grundlagen geschaffen. Zu den Finanzen muss es einmal deutlich gesagt werden: Wir geben 6 Milliarden Euro mehr aus. Wann hat es das vorher

gegeben? Das können Sie doch nicht abtun und sagen, dreieinhalb Jahre sei im Bildungs- und Forschungsbereich nichts passiert. Das ist nicht die Wahrheit. Wir geben mehr aus als vorher. Diese 6 Milliarden Euro sind genau zum jetzigen Zeitpunkt richtig investiert. Damit wird deutlich, dass sich diese Gesellschaft zukunftsorientiert den anstehenden Aufgaben zuwendet. Gerade bei einer Finanz- und Wirtschaftskrise ist man gut beraten - insofern waren wir in der Großen Koalition gut beraten -, hier punktuell zu steuern; die 6 Milliarden Euro haben wir richtig angelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir brauchen mehr als Punkt, wir brauchen Fläche!)

Von daher können wir nach dreieinhalb Jahren sagen: Die Arbeit war gut. Die Arbeit wird weitergehen. Wir werden weiterhin viele kleine Schritte gehen, und das ist richtig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Cornelia Pieper für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Cornelia Pieper (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es in diesem Hohen Hause um Bildungspolitik geht - wir alle wissen, dass Bildungsinvestitionen die Zukunftsinvestitionen für unser Land sind, dass es darauf ankommt, das Gold in den Köpfen zu heben, weil dies unser wichtigster Rohstoff ist -, wenn wir darüber in kleiner Runde diskutieren - so ist es üblich, ohne die Bildungsministerin -, wenn es um den Bildungsgipfel geht - Marcus Weinberg hat ihn angesprochen -, stelle ich immer wieder fest: Bei der Bundesregierung wird viel geredet und wenig gehandelt.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das nachweisen. Wir sind uns in vielen Punkten einig, was die Zielstellung anbelangt. Auch die FDP möchte, dass wir mehr in Bildung investieren, dass wir die Bildungsausgaben erhöhen. Wir haben uns zu einem Anteil von 10 Prozent am Bruttoinlandsprodukt für Bildung und Forschung bekannt. Auf dem Bildungsgipfel Ende vergangenen Jahres ist das ganz klar formuliert worden. Das ist ein großes Ziel der Bundesregierung. Was hat man gemacht? Man hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die drei Wochen nach der Bundestagswahl erklären soll, wie wir dieses Ziel erreichen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Unglaublich! - Uwe Barth [FDP]: Ärmlich!)

Das ist wirklich ein Flop. Das hat nichts mit seriöser Bildungspolitik zu tun. Das ist reine Wahlkampfaktik.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker

Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

In Deutschland haben wir folgendes Problem: Es geht immer mehr um Wahlkampfaktik, um Ideologie, aber nicht um eine vernunftbezogene, kindbezogene Bildungspolitik.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Die FDP ist ja ganz ideologiefrei!)

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik muss das Kind bzw. der junge Mensch mit seiner Persönlichkeitsentwicklung stehen. Das muss unser aller Anliegen sein. Ich hoffe, dass Herr Ramelow das auch so zum Ausdruck bringt. Er befindet sich in Thüringen ja im Wahlkampf.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ja und?)

Warum ist vom Bildungsgipfel nichts auf den Weg gebracht worden? Frau Sager hat es richtig formuliert. Ergebnis der Föderalismusreform I war: keine Einmischung des Bundes in der Schulpolitik. Das war das Projekt von Frau Schavan in der Bildungspolitik. Investitionen in schulische Bildung sind Sache der Länder. Im Konjunkturpaket sind nun immerhin 6,5 Milliarden Euro als Investitionsprogramm für die Bildung deklariert.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Insgesamt 10 Milliarden!)

Nach Darstellung der Bundesregierung soll sinnvoll an das bis Ende 2009 laufende Ganztagschulprogramm angeknüpft werden. Die Ministerin hat in der Presse unter anderem erwähnt, dass sie auch die inhaltlich-pädagogische Arbeit in den Kindergärten zum Beispiel durch verstärkte Einrichtung von Forscherecken unterstützen will. Sie hat erklärt, dass sie sich durchaus vorstellen kann, Physik- und Chemieräume aus dem Geld des Konjunkturpakets zu finanzieren.

Das ist nicht möglich. Nach diesem Konjunkturpaket und der Föderalismusreform I kann man lediglich in Beton und nicht in die Köpfe investieren. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die Weichen dahin stellen, dass wir in die Köpfe investieren können. Darauf kommt es an. Gute Bildung kostet viel. Schlechte Bildung kostet noch viel mehr.

Zwar sehen wir, wie Marcus Weinberg hier zu Recht vorgetragen hat, auch bei den PISA-Ergebnissen einige positive Tendenzen. Ich freue mich ebenfalls, dass die neuen Bundesländer vorne liegen - Sachsen an der Spitze; bei Mathematik und Naturwissenschaften steht Thüringen auf Platz drei - und den anderen Bundesländern etwas vormachen. Es kann uns sehr wohl mit Freude erfüllen, dass dort etwas gut läuft. Trotzdem darf es uns nicht zufriedenstellen, wenn gleichzeitig immer noch 25 Prozent der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig sind und wenn nach wie vor jährlich 80 000 bis 90 000 Kinder überhaupt keinen Schulabschluss schaffen. Das darf uns nicht schlafen lassen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle kommt es aus meiner Sicht nicht nur auf Geld an. Alle BildungsökonomInnen sagen ganz klar, dass auch andere wichtige Faktoren eine Rolle spielen, die gar kein Geld kosten. Bundespräsident a. D. Herzog hat einmal erklärt: Gebt den Schulen mehr Freiheit. In der Tat brauchen wir mehr Freiheit und Wettbewerb für Schulen. Sie brauchen mehr Eigenständigkeit und müssen

ein eigenes Budget haben sowie über ihr pädagogisches Konzept und die Einstellung eigenen Personals entscheiden können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Voraussetzung dafür, dass diejenigen, die Pädagogik studiert haben, vor Ort entscheiden können und die Weichen zur individuelleren Förderung von Kindern richtig stellen können.

(Beifall bei der FDP)

Bezüglich der frühkindlichen Bildung will ich auf einen Punkt zurückkommen, den Frau Sager bereits erwähnt hat. Mich ärgert es auch, dass die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erst ab dem Jahr 2013 verwirklichen will.

Lassen Sie mich hier noch einmal das Vorbild der neuen Bundesländer ansprechen. Den neuen Bundesländern war es nach der Einheit wichtig, das Netz an Krippen und Kindergärten zu erhalten. In meinem Bundesland gibt es seit der deutschen Einheit weiterhin einen Rechtsanspruch für jedes Kind von null bis 14 Jahren. Es ist auch gut, dass das so umgesetzt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dies war nicht zuletzt Vorbild für die anderen Bundesländer.

Das Ganze ist also auch eine Frage der Setzung der politischen Prioritäten. Eine Prioritätensetzung für Bildungsinvestitionen

kann ich in diesem Hause immer

noch nicht erkennen, schon gar nicht bei der Bundesregierung.

In unseren Köpfen ist offenbar noch nicht richtig verhaftet, dass vom Gesamtbudget des Bundes lediglich 1,2 Prozent für Bildung ausgegeben werden, während fast die Hälfte für Soziales aufgewendet wird.

Für mich ist die entscheidende Antwort auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, dass wir für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene – Stichwort: lebenslanges Lernen – bessere Bildungschancen schaffen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört ebenfalls, dass wir umdenken und Anreize schaffen, damit auch privat in Bildung investiert wird – Stichwort: Bildungssparen. Warum wird ein Bausparvertrag staatlich gefördert, aber ein Bildungssparvertrag nicht? Eine entsprechende Förderung wäre in meinen Augen eine richtige Weichenstellung für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich noch einmal auf das Konjunkturprogramm zurückkommen. Ich glaube, dass Sie sich mit der Föderalismusreform I selbst die Schlinge um den Hals gelegt haben. Ein von uns beauftragtes wissenschaftliches Gutachten bestätigt uns in unserer Auffassung, dass nach den derzeitigen Vorgaben der Föderalismusreform I der Bund über die energetische Sanierung hinaus eben nicht in Schulen investieren darf. Das halten wir für falsch. Deswegen muss uns dieses Thema weiterhin beschäftigen. Vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde übrigens erklärt, dass wir insgesamt 73 Milliarden Euro für Investitionen in Schulen brauchen. So hoch ist der eigentliche Bedarf.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Also in



Beton!)

Jetzt werden 6,5 Milliarden Euro investiert - allein in Beton, Herr Rossmann; Sie sagen es.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wie gut, dass wir einen Teil davon jetzt schaffen! - Zuruf von der CDU/CSU: Das haben Sie eben kritisiert!)

Abgesehen davon sprechen wir noch gar nicht darüber, wie viel wir außerdem in die inhaltliche Verbesserung von Schularbeit und Bildungsqualität stecken müssen. Dort gibt es sehr viel zu tun.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das haben wir doch organisiert, Frau Pieper!)

Ich kann Ihnen nur raten: Handeln Sie. Beschränken Sie sich nicht darauf, hier im Parlament Worthülsen zu gebrauchen.

Ich finde es schade, dass die Ministerin nicht anwesend ist. Sie hat im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket viele Äußerungen von sich gegeben. Frau Schavan sagte zum Beispiel, dass sie aus dem Konjunkturpaket 100 000 Euro für jede Schule und 500 000 Euro für jede Hochschule zur Verfügung stellen will.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Frau Kollegin, haben Sie Interesse daran, Ihre Redezeit durch eine Zwischenfrage der Kollegin Sager zu verlängern?

Cornelia Pieper (FDP):

Herr Präsident, ich habe ein Interesse daran. Deswegen freue ich mich auf die Frage von Frau Sager.

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kollegin Pieper, Sie haben sehr überzeugend dargelegt, warum Sie meine Auffassung teilen, dass die Föderalismusreform verheerende Auswirkungen auf die Möglichkeit des Bundes hatte, Geld in Schulen zu geben. Wird sich die FDP in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt ist, für eine Veränderung dieser Verfassungslage einsetzen?

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Sehr gute Frage! - René Röspel [SPD]: Das trifft die Falsche! Herr Meinhardt müsste antworten!)

Cornelia Pieper (FDP):

Ich habe am Anfang meiner Rede ganz klar gesagt - mein Kollege Barth hat Ihre Frage im Grunde bereits beantwortet -, dass wir die Weichen so stellen müssen, dass die Mittel, die aus dem Konjunkturprogramm für Bildungsinvestitionen zur Verfügung gestellt werden, nicht nur in die energetische Sanierung der Gebäude fließen, sondern auch in eine bessere Ausstattung der Schulen. Dabei geht es aus meiner Sicht auch um Lehrmaterialien und Labore. Ich gehe davon aus, dass die Länder, in denen wir mitregieren, das fest im Blick haben.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Ich glaube, sie kriegen einen starren Blick! - Krista Sager

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war keine Antwort auf die Frage!)

Ich will zum Schluss erwähnen, dass der eigentliche Skandal ist, dass sich in einem reichen Land wie Deutschland, in dem hohe Steuern bezahlt werden, viele Schulen und Hochschulen in einem wirklich beklagenswerten Zustand befinden. Wir hätten es nicht so weit

kommen lassen dürfen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Steuern senken! Dann wird der Skandal kleiner!)

Die Bundesregierung hätte ein anderes Tempo vorlegen müssen. Sie reden zwar viel, handeln aber nicht. Wir erwarten klare Beschlüsse von der Bundesregierung und mehr Investitionen in Bildung. Auch beim Konjunkturpaket sollte die Weichenstellung klar formuliert sein, damit die Länder in die Köpfe und nicht nur in Beton investieren können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Ernst Dieter Rossmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die Debatte begann, merkte man sofort, dass wir uns im Wahlkampf befinden. Frau Sager, Ihnen möchte ich gerne sagen: Sie tragen eine so sympathisch rote Jacke, aber Sie haben geschimpft wie ein Rotkehlchen. Ich glaube, man sollte ein bisschen differenzierter an die Dinge herangehen.

Wenn Sie diese Anträge für eine Generaldebatte über Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode nutzen wollen, dann sollten Sie als Erstes fragen: Hat das, was Rot-Grün begonnen hat, in dieser Legislaturperiode eine Fortsetzung erfahren, oder ist es abgebrochen worden? Wir Sozialdemokraten sagen: Es hat eine Fortsetzung erfahren, vielleicht in anderer Form, und es wurde – das sage ich ausdrücklich – nach wie vor mehr Priorität auf die Bildung gelegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In dieser Debatte können Sie viel über den Konsens hören, der in der Großen Koalition herrscht, aber auch über die Differenzen; denn an mancher Stelle können wir uns mehr vorstellen. Es ist doch gut, dass man weiterdenken kann.

Deswegen sage ich zu Ihrer ersten Einlassung, bezüglich der Föderalismusreform, dass wir Bildungspolitiker der SPD-Fraktion nie einen Hehl daraus gemacht haben, dass wir bei Art. 91 b des Grundgesetzes durchsetzen konnten, dass sich der Bund auch in Sachen Hochschule engagieren kann. Das hat er in dieser Legislaturperiode beim Hochschulpakt I sehr deutlich getan.

Wir machen auch keinen Hehl daraus, dass wir uns in Bezug auf die Verantwortlichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen wünschen, dass merkwürdige Restriktionen aufgehoben werden. Sonst kann der Bund nur dann, wenn die Deutsche Bank zusammenbricht oder ein Tsunami kommt, in Schulen investieren. Diese Kritik sollte aufgenommen und eine konstruktive Lösung gefunden werden.

Dass es Zeichen und Wunder gibt, konnten wir feststellen, als der Bundestagspräsident gefragt hat, was eigentlich alles in eine Verfassung gehört. A la bonne

heure, das ist eine sehr kluge Bemerkung. Vielleicht sollten wir das fortsetzen: Wenn wir etwas in eine Verfassung hineinschreiben, sollte es etwas Kluges sein.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD formuliere ich bezogen auf die heutige Debatte den ausdrücklichen Wunsch, dass FDP, CDU/CSU, Grüne, SPD und Linkspartei sich gemeinsam eine kluge Lösung überlegen, wie der Bildung im Zuge der zweiten Verfassungsreform mehr Priorität eingeräumt werden kann.

(Beifall des Abg. Bodo Ramelow [DIE LINKE])

Der Wunsch ist da. Wir geben die Hoffnung bis zur letzten Sekunde nicht auf und werben mit guten Argumenten dafür.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir würden das umso lieber tun, wenn es Anerkennung von den Grünen und von der FDP dafür geben würde, dass sich die Priorität Bildung mit dem Bildungsgipfel, der durchaus eine Bedeutung gehabt hat, sehr wohl im Konjunkturprogramm niedergeschlagen hat.

Die 10 Milliarden Euro, die Bund und Länder jetzt mobilisieren, sind wahrlich mehr als nichts. Soetwas hat es noch nicht gegeben. Es handelt sich auch um eine Investition in Qualität. Denn die Unterscheidung zwischen Beton und Kopf ergibt sich nicht, wenn man gebildet darüber nachdenkt. Natürlich braucht man auch gute Schulräume und Hochschulräume, damit gute Köpfe darin gut studieren und gut lernen können. Deshalb ist es, wie ich finde, eine sehr oberflächliche Betrachtung, wenn man sozusagen Beton gegen Gehirn stellt; denn beides muss entwickelt werden.

Wenn wir dieses Konjunkturprogramm noch heilen, sodass es nicht allein an energetische Sanierung gebunden ist, und es die Möglichkeit bietet, dass Schulen und Hochschulen besser werden, dann ist das ein großer Erfolg der Großen Koalition. Wir hätten ihn lieber ohne Krise gehabt; dass wir ihn nun in einer Krise haben, ist in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:  
Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pieper?

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):  
Gerne.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Muss das wirklich sein?)

- Es darf sein. Passen Sie auf!

Cornelia Pieper (FDP):

Vielleicht ist es für die Bundesregierung hilfreich, Herr Kretschmer, wenn ich eine Frage stelle.

Herr Kollege Rossmann, die Länder haben Quoten für die energetische Sanierung, für die Bildungsinvestitionen festgelegt. Die Quoten für die energetische Sanierung sind unterschiedlich und belaufen sich auf zwischen 30 und 50 Prozent. Es besteht ein Riesenbedarf

- so haben auch Sie es formuliert - an Bildungsinvestitionen, im symbolischen Sinne bei den Köpfen. Ist Ihnen bewusst, dass diese Investitionen nach jetziger Verfassungs- und Gesetzeslage gar nicht möglich sind? Wie

schätzen Sie das ein? Werden Sie dafür stimmen, dass diese Bildungsinvestitionen durch eine Grundgesetzänderung auf den Weg kommen, aber durch eine Änderung, die nicht mit einer Naturkatastrophe zusammenhängt?

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Frau Kollegin, Sie haben sich so viel Mühe gegeben, die Frage zu entwickeln. Sie hätten mir zuhören sollen. Dann wüssten Sie, was ich schon die ganze Zeit versuche, zu erklären.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Ja, genau!

Richtig!)

Es wird durch das, was jetzt schon durch die Oettinger/Struck-Kommission entwickelt worden ist, möglich, das Konjunkturprogramm so zu heilen, dass es nicht mehr nur an die energetische Sanierung gebunden ist. Aber die Heilungsklausel kann nicht der ganze Himmel sein. Selbstverständlich haben wir Sozialdemokraten bis hin zu Peter Struck in der ersten Lesung zur Föderalismusreform II dafür geworben, dass auch andere es noch weiter öffnen, damit wir ein nicht voraussetzungsgebundenes, sondern zielgebundenes Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen in Bezug auf Bildungsinvestitionen erreichen. Wir wollen ausdrücklich auch bei Ihnen noch einmal dafür werben.

Frau Sager hat Ihnen eine kluge Frage gestellt: Werben Sie in Ihren Landesregierungen dafür, dass der Bundesrat und der Bundestag an der Stelle Gehirn wachsen lassen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Die Kollegin möchte noch einmal nachfragen. Gestatten Sie das?

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Ich bin höflich. Ich glaube, dass Sie eine Nachfrage nötig haben.

Cornelia Pieper (FDP):

Ich glaube, dass Sie eine Präzisierung Ihrer Antwort nötig haben. Denn Sie haben gerade gesagt, dass Sie tolerieren, dass Bildungsinvestitionen durch die Grundgesetzänderung in Zukunft nur im Falle von Naturkatastrophen oder einer gesamtwirtschaftlichen Notlage richtig sind.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein! – René Röspel [SPD]: Genau das Gegenteil!)

Halten Sie das für zukunftsweisend?

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Ich sage es gern noch ein drittes Mal, weil dadurch Gehirn wächst. Natürlich ist das nicht zukunftsweisend. Aber wenn ich Ihnen jetzt schon sage, wie ich als Person oder andere aus der Fraktion abstimmen werden, dann haben wir in der Fraktion Diskussionen, in denen es weniger um die Sache, sondern um Loyalität und Mehrheitsbeschlüsse geht. Deshalb sage ich ausdrücklich, dass ich das jetzt offen lasse. Dafür werben darf man aber hier im Konsens der Bildungspolitiker. Präziser geht es jetzt nicht; aber es wird präziser, wenn auch Sie auf Bundsratsseite den Druck erhöhen.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Drei Landesregierungen,

die Nein sagen!)

Dazu hat die FDP leider viel zu viele Chancen in Deutschland. Nutzen Sie diese Chance!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Cornelia Pieper [FDP]: Der Druck ist von CDU/CSU am größten!)

Ich möchte jetzt auf Handlungsfelder zu sprechen kommen; denn Kollege Weinberg hat mit Recht daran erinnert, dass die Strukturen das eine sind und das, was man praktisch getan hat, das andere. Die sozialdemokratische Sicht, den Konsens und die Differenz in der Großen Koalition und das, was wir praktisch tun konnten und können, möchte ich an drei Handlungsfeldern durchbuchstabieren.

Das erste große Handlungsfeld ist, beim Grundstock von Bildung, von der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten bis zu den Schulen, die Chancengleichheit zu erhöhen. Es ist nicht geringzuschätzen, dass in einer Legislaturperiode durchgesetzt wurde, dass Kindertagesstätten nicht nur als qualitative Bildungseinrichtungen wahrgenommen werden, sondern ihr Auftrag als Bildungseinrichtung ab dem ersten Lebensjahr mit Rechtsansprüchen ab 2013 definiert wird. Das ist eine große Leistung, die in großer Übereinstimmung erbracht werden konnte.

Daran konnten wir anknüpfen. Es gibt nicht nur das Ganztagschulprogramm als ein infrastrukturelles Programm. Auch die Schule als Ganztageseinrichtung und als gute Bildungseinrichtung kann mithilfe eines Teils der 10 Milliarden Euro qualitativ ausgebaut werden. All das ist gut.

Aber wir haben in der Großen Koalition auch an anderer Stelle für mehr Chancengleichheit sorgen können. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass wir in einer früheren Debatte das Schulstarterpaket noch nicht so gut ausgestaltet hatten, wie das jetzt der Fall ist. Es wäre verhängnisvoll gewesen, die alte Regelung beizubehalten, weil davon ein falsches Signal ausgegangen wäre, nämlich: Chancengleichheit hört nach der zehnten Klasse auf. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass am Prinzip der Chancengleichheit während des ganzen Schullebens festgehalten wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Nun muss ich noch die Differenz beschreiben. Aus sozialdemokratischer Sicht gehört in den Bund-Länder-Konsens und in den politischen Konsens auch hinein, dass wir Chancengleichheit genauso beim Schüler-BAföG in der Oberstufe durchbuchstabieren, damit auch noch die letzten Bildungsreserven genutzt werden können, die es in Familien gibt, die materiell nicht so gut ausgestattet sind, sei es aufgrund eines Migrationshintergrundes, sei es aufgrund eines sozialen Hintergrunds.

Die Frage in diesen Familien „Soll der junge Mensch Geld verdienen oder das Abitur machen?“ soll auf der Basis des Schüler-BAföGs zugunsten des Abiturs beantwortet werden. So möchten wir Konsens und Differenz in Bezug auf Chancengleichheit in der Schule durchbuchstabieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Auftrag in dieser Legislaturperiode war, die Hochschulen nicht nur von ihren Kapazitäten her

weiterzuentwickeln, sondern dafür zu sorgen, dass sie eine gute Lehre für alle bereitstellen und möglichst gute Abschlüsse für alle ermöglichen. Dieses Ziel haben wir erreicht. Frau Sager, die Grundsteine auf dem Weg zu diesem Ziel sind auch in rot-grüner Regierungszeit gelegt worden. Ich nenne hier den Hochschulpakt I und die Exzellenzinitiative. Das ist durchaus eine konsensual gute Leistung. Dass Differenzen beim Thema Priorität der Lehre bleiben, will ich gerne bekennen. Aber dass wir zusammen das Studenten-BAfÖG qualitativ gestärkt haben, kann man doch nicht einfach in der Debatte unterschlagen. Der Ausgangspunkt war ein anderer. Wir konnten den Konsens über die BAfÖG-Reform erst nach langen Diskussionen mit dem Koalitionspartner im sozialdemokratischen Sinne verwirklichen.

Ich will gerne sagen, dass im Falle der Fortführung der „Dreiheiligkeit“ von Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung für uns Sozialdemokraten alle drei Teile wichtig sind. Aber der Hochschulpakt ist besonders wichtig; denn für 275 000 zusätzliche Studienanfänger müssen wir etwas tun. Dies wurde auf dem Dresdener Bildungsgipfel festgelegt. Dies ist als Erstes uneingeschränkt umzusetzen und zu verwirklichen. Es geht aber nicht nur um mehr Kapazitäten, was für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Studierenden interessant ist. Auch die qualitative Verbesserung durch eine gute Lehre ist anzustreben. Die Anhebung ist daher mehr als nichts.

Jeder Studienanfängerplatz muss wirklich genutzt werden können.

Dass es mit einer Regelung hierzu etwas sehr lange gedauert hat, wollen wir hier nicht leugnen. Aber die Serviceeinrichtung kommt jetzt in Gang. Das hat auch die Zustimmung von 92 Prozent der HRK zur Einführung des Serviceverfahrens gezeigt. Wir sagen umgekehrt: Die breite Zustimmung von 92 Prozent und die Bereitschaft, sich auf diese gemeinsame Verfahren einzulassen, wiegt so schwer, dass der Haushaltsausschuss das Geld nun freigeben sollte. Aber das ist noch nicht genug, um auf ein Hochschulgesetz als Ultima Ratio zu verzichten. Schließlich möchten wir, dass sich am Ende wirklich alle Hochschulen an diesem Verfahren beteiligen. Es wird für die Zukunft im Hochschulbereich vor allen Dingen wichtig sein, die Hochschulen in der Qualität zu erhalten, dass sie nicht nur ein Ort von guter Forschung und Lehre, sondern auch von kritischem und gesellschaftspolitischem Engagement und Bewusstsein sind. Diese Qualität der Hochschulen möchten jedenfalls wir in dieser Debatte betonen.

Das dritte Anliegen dieser Legislaturperiode war es, im beruflichen Bildungsbereich möglichst vielen einen guten Ausbildungsplatz und eine lebenslange Chance auf Ausbildung zu ermöglichen. Gestern haben wir darüber sehr intensiv diskutiert, und es hat wichtige Entscheidungen gegeben, die nicht selbstverständlich waren, zum Beispiel über den Rechtsanspruch auf Förderung beim Nachholen des Hauptschulabschlusses. Immerhin haben wir dies über das „Bildungsministerium Scholz“ in die Debatte gebracht und durchgesetzt.

Wir als Sozialdemokraten sagen: Dieser Konsens ist

gut. Die Differenz ist, dass wir diese Möglichkeit auf den beruflichen Abschluss ausdehnen wollen. Eigentlich ist es selbstverständlich, dass man in einer Gesellschaft die Möglichkeit haben sollte, seine Bildung, die man für sein Berufsleben und seine gesellschaftliche Teilhabe benötigt, ein Leben lang weiterentwickeln zu können. Neben der zweiten Chance gehört auch dazu, dass es Rechtsansprüche auf Unterstützung geben muss: den Rechtsanspruch auf die zweite Chance, aber auch den Rechtsanspruch auf eine auskömmliche finanzielle Förderung. Ich kann nicht verstehen, dass eine solch umfassende qualitative Verbesserung des Meister-BAfÖG kleingeredet wird, nur weil sie manche Elemente noch nicht beinhaltet. Nein, die Reform des Meister-BAfÖG war eine großartige Leistung, die wir im Konsens erbracht haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Allerdings gibt es noch immer gewisse Differenzen. So wollen wir, dass aus dem Meister-BAfÖG parallel auch ein Master-BAfÖG wird. Im Rahmen des Meister-BAfÖG muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch über 30-Jährige noch eine Studienförderung bekommen, wenn sie nicht über die nötigen materiellen Voraussetzungen verfügen. Dafür werben und kämpfen wir. Dieses Vorhaben werden wir in der nächsten Legislaturperiode in Angriff nehmen.

Hinzu kommt, dass wir die Diskussion über die Einführung eines Mindestlohns für die Pädagogen, die im Bereich der beruflichen Bildung tätig sind, nicht nur nebenbei und am Rande führen dürfen. Dieses Thema wird bald von großer Bedeutung sein. Die gute Arbeit des in diesem Bereich tätigen Personals muss durch eine qualitativ und quantitativ hinreichende Unterstützung auch in Zukunft sichergestellt werden. Das ist unserer Meinung nach ein wichtiger Punkt.

Eine Schlussbemerkung. In den Zeitungen ist zu lesen, dass die Krise insbesondere in Amerika, dem Land der besonders großartigen Universitäten, voll durchschlägt. Die Universitäten Harvard, Princeton und Yale müssen auf einmal 30 Prozent ihres Vermögens, das sie in der Vergangenheit genutzt haben, um ihren Studierenden gute Studienbedingungen zu ermöglichen, abschreiben. Die Folgen sind: Personal wird entlassen, Studienwege werden gekürzt, und die Studiengebühren werden drastisch erhöht.

Wenn wir sagen, dass Bildung für uns Priorität hat und ein Menschenrecht ist, dann muss es für uns eine gemeinsame Verpflichtung sein, Bildung immer als öffentliches Gut zu behandeln. Den Konsens, dass Bildung ein öffentliches Gut ist, müssen wir parteiübergreifend immer wieder festigen. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung: Der Kindertagesstättenbesuch muss kostenlos sein, der Schulbesuch muss kostenlos sein, und der Universitätsbesuch muss kostenlos sein.

(Beifall bei der SPD)

Dafür stehen wir. Daran wird wohl niemand zweifeln. Dass Bildung ein öffentliches Gut ist, bedeutet außerdem, dass im Hinblick auf das Ziel, die Ausgaben für Bildung auf mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, eine öffentliche Finanzierung gewährleistet

werden muss, keine private. In Amerika beträgt diese Quote sogar über 7 Prozent, allerdings mit den Folgen, dass sich die dortige Mittelschicht kein Studium mehr leisten kann und dass in Princeton, Harvard und Yale, den Kometen am Hochschulhimmel, auf einmal alles zusammenbricht. Das ist deshalb der Fall, weil eine kapitalgestützte Bildungsinfrastruktur Krisen ausgesetzt ist. Das wollen und müssen wir in Deutschland vermeiden. Unser Grundsatz lautet: Die Sozialdemokratie setzt sich für eine öffentliche Finanzierung der Bildungsinfrastruktur ein. Ein Vorschlag, der in diese Richtung geht, der Bildungssoli, liegt bereits auf dem Tisch. Der Bildungssoli, den wir vorschlagen, ist etwas anders als bei den Grünen ausgestaltet. Aber der Grundsatz, Frau Sager - wie ich sehe, tragen Sie heute eine rote Jacke -, ist sehr richtig. Bildung ist nämlich immer auch eine Frage der Solidarität, der sozialstaatlichen und der steuerlichen Solidarität. In diesem Sinne: Zwischen uns besteht in einigen Punkten Konsens, in anderen gibt es Differenzen. Lassen Sie uns in der neuen Legislaturperiode fröhlich für neues Glück streiten.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bodo Ramelow für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Lieber Kollege Rossmann, ich beginne meine Rede nicht, indem ich eine Bemerkung über rote oder schwarze Jacken mache. Das, was Sie vorgetragen haben, findet zum Großteil meine Zustimmung - wenn es nur in die Tat umgesetzt würde.

Kollegin Pieper, in der inhaltlichen Analyse sind wir über weite Strecken einer Meinung. Das Problem mit Blick auf die Föderalismuskommission II ist allerdings, dass die Vertreter Ihrer Partei in der Kommission zugestimmt haben.

(Cornelia Pieper [FDP]: Was ist daran denn falsch?)

Als bei den Beratungen der Föderalismuskommission II das Thema Bildungsfinanzierung anstand, habe ich eine lange Debatte erlebt, in der es darum ging, wie man das Konjunkturpaket II gestalten muss, damit es in den Bildungseinrichtungen auch tatsächlich ankommt. Die SPD

machte den Vorschlag - das muss man ehrlicherweise sagen -, eine andere Formulierung zu finden. Mehrheitlich kam man, übrigens entgegen der Auffassung von CDU und CSU, zu dem Ergebnis, so vorzugehen. Letztlich hat allerdings Herr de Maizière als Kanzleramtsminister in der Föderalismuskommission II erklärt, eine Heizung sei ein Fenster und ein Fenster sei eine Heizung, und so seien die Mittel des Konjunkturpaketes II im Hinblick auf die energetische Erneuerung und Ertüchtigung anzuwenden.

Sie haben zu Recht auf das Gutachten hingewiesen, aus dem hervorgeht, dass das eigentlich verfassungswidrig ist. Deswegen teile ich die Auffassung von Herrn Rossmann: Wir sollten uns alle zusammen die Zeit nehmen,



über diesen Teil des Unsinnns noch einmal zu reden.  
Wenn das ins Grundgesetz kommt, wenn wir wie in der  
FÖKo I den Weg des Kooperationsverbots weitergehen,  
bekommen wir bildungspolitische Kleinstaaterei, die  
einzig und allein ideologischen Grundmustern folgt  
(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

und des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann  
[SPD])

und bei der Themen wie längeres gemeinsames Lernen  
gar nicht mehr auf die Tagesordnung kommen.  
Kollege Weinberg, über Strukturen zu debattieren,  
nicht aber über Inhalte, ist genauso Quatsch wie über Inhalte  
zu debattieren, nicht aber über Strukturen. Wir werden  
auch über Bildungsstrukturen reden müssen. Wir  
müssen über die Phase der Kinderzeit reden, über das  
letzte Jahr vor dem Übergang in die Schule. Wir müssen  
über die Schulzeit reden, wir müssen aber auch über  
Hochschulzeit, Berufsschulzeit und Berufsausbildungszeit  
reden. Alles zusammengenommen muss Bildungsinitiative  
sein und muss finanziert sein.

Ich teile ausdrücklich den Hinweis, dass es nicht um  
Privatkapital gehen darf, sondern einzig und allein um  
das, was die Kinder im Kopf haben. Was die Eltern im  
Portemonnaie haben, darf nicht über die Chancen der  
Entwicklung von Kindern entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Pieper, von Ihren bildungspolitischen Ansätzen  
teile ich - das sage ich ausdrücklich - eine Menge. Aber  
Ihr Kollege Wissing hat in der Verdi-Anhörung zur  
Schuldenbremse klar erklärt, dass Kindergarteneinrichtungen  
elternfinanziert sein müssen und dass es eine Zugangsprüfung  
hinsichtlich des Einkommens der Eltern  
geben muss. Da sage ich: Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Bildung muss kostenlos sein und nicht umsonst. Bildung  
muss eine Chance beinhalten für alle.  
Bildung kostet natürlich Geld. Aber die Bundesrepublik  
Deutschland - eines der reichsten Länder der Erde -  
muss es doch schaffen, dass sich Bund und Länder auf  
eine bestimmte Grundfinanzierung verständigen. Deswegen  
ist der Beschluss, 7 Prozent des BIP für Bildung  
auszugeben, eine gute Ausgangslage. Es darf jetzt aber  
keine Hütchenspielertricks auf Kosten der Bildung geben.  
Die SPD spricht von 7 Prozent des BIP nach  
OECD-Berechnung, während die CDU/CSU 7 Prozent  
nach Bildungsplan Deutschland meint und alle Ausgaben  
für die Berufsausbildung hineinrechnet. Wenn wir  
nach der Rechnung der SPD gehen, brauchten wir, um  
7 Prozent des BIP zu erreichen, 43 Milliarden Euro zusätzlich.  
Wenn wir die Rechnung der CDU/CSU anwenden,  
wären es nur 12 Milliarden Euro. Der Unterschied  
ist für jeden erkennbar.

Wenn man das Delta berücksichtigt - in Kindereinrichtungen,  
Schulen und Hochschulen gibt es schon jetzt  
einen Sanierungsstau von rund 100 Milliarden Euro -,  
sieht man, dass die Notwendigkeit besteht, zügiger Geld  
auszugeben und nicht mehr zu unterscheiden zwischen  
investiven und konsumtiven Ausgaben.

Insoweit gab es in der Föderalismuskommission ein

paar gute Hinweise. Die Grünen haben nicht nur vorgeschlagen, einen Bildungssoli einzuführen, sondern auch, die Bildungsausgaben komplett als Investition zu betrachten. Um die 7 Prozent gemeinsam zu stemmen, kam von uns in der Föderalismuskommission der Antrag, durch einen Staatsvertrag eine Gemeinschaftsaufgabe „Bildung“ zu verankern, die alle Bildungsformen umfasst. Ich darf darauf hinweisen, dass wir auch vorgeschlagen haben, 2 Prozent des BIP als Aufschlag für alle Haushalte festzulegen. Das wäre eine Bildungsindexierung. Welchen Weg wir am Schluss gehen, ist mir egal. Entscheidend ist, dass die Bildung bei der nächsten Sparmaßnahme nicht wieder weggespart wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonst kann es passieren, dass es dann heißt: Wir haben jetzt Schulen, Hochschulen gebaut; aber bei den Lehrern sparen wir ein. Wir müssen tatsächlich über eine Gemeinschaftsfinanzierung reden. Die Finanzierung der Bildung ist, wenn Bundeshaushalt und Landeshaushalte separiert werden, nicht zu machen.

Man wirft uns immer vor, dass wir die Systemfrage stellen. Bei der Bildung würde ich sie schon gerne stellen. 16 verschiedene Schulsysteme, das muss man durchaus hinterfragen. Da lasse ich mich von der CDU/CSU gerne ideologisch beschimpfen, wenn ich diese Systemfrage stelle. Auch Frau Pieper hat ja einmal sehr mutig diese Frage aufgeworfen. Von ihrer Partei ist sie dafür geprügelt worden. Die Konstruktion von 16 konkurrierenden Schulsystemen, die nicht kooperativ arbeiten, halte ich für dringend diskussionsbedürftig. Ich glaube, dass man da einen neuen Weg gehen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre gut, wenn wir gemeinsam darüber reden würden, wie wir den Unsinn der Föderalismuskommission II verhindern können. Es wäre des Weiteren gut, wenn es uns gelänge, sicherzustellen, dass Bund und Länder gemeinsam 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgeben. Längeres gemeinsames Lernen ist eine Form, mit der wir nicht nur den Übergang von der Kindereinrichtung, dem letzten Jahr vor der Einschulung, in die Schule organisieren. Längeres gemeinsames Lernen gewährleistet auch, dass bis zur Klasse 10 alle Schüler den Weg gemeinsam gehen und die Entwicklung erst danach unterschiedlich verläuft.

Um ein besseres Bildungssystem auf den Weg zu bringen, könnte man darüber gern miteinander streiten und debattieren. Wir dürfen aber nicht abwarten, ob die Konjunkturdelle das BIP nach unten drückt und wir die 7 Prozent dadurch erreichen, dass die Konjunktur sozusagen unsere Ergebnisse frisst. Die Kinder würden es uns übel nehmen. Die Verliererin bei dieser Entwicklung wäre unsere Gesellschaft insgesamt. Dieses Land hat keinen anderen Rohstoff als unsere Kinder. Lasst uns sie am besten ausbilden! Deshalb müssen wir gemeinsam über die Inhalte reden.

Ich bin gespannt, ob diejenigen Bundesländer, an deren Regierungen die FDP beteiligt ist, tatsächlich gegen die Ergebnisse der Föderalismuskommission II klagen werden. Auch bin ich gespannt, ob mein Kollege Barth

aus Thüringen gemeinsam mit mir dafür streiten wird, dass dieser Unsinn nicht ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Eine letzte Bemerkung: Die besten Abschlusszahlen bei den Abiturjahrgängen werden in Thüringen zu einem bitteren Preis erkaufte: der höchsten Quote von Kindern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, und der höchsten Quote von Kindern in sonderschulischer Betreuung. Dies halte ich für einen zu hohen Preis. Dass der Erfolg der einen mit der Niederlage der anderen erkaufte wird, ist der falsche Weg. Lassen Sie uns an dieser Stelle nicht herumtricksen, sondern gemeinsam dafür sorgen, dass Bildung für alle da ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Barth von der FDP-Fraktion.

Uwe Barth (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Ramelow, da Sie mich nun schon konkret angesprochen haben, heiÙe ich Sie zunächste im Kreis der Bildungspolitiker herzlich willkommen. Auf diesem Gebiet haben wir uns im Bundestag noch nicht getroffen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Als Ministerpräsident ist er für alles verantwortlich!

- Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Ich habe über die Föderalismuskommission geredet!)

Ich habe schon die ganze Zeit auf eine Erklärung gewartet, warum Sie ausgerechnet zu Beginn des Wahlkampfes in dieser Debatte das Wort ergreifen und versuchen,

sich hier als Bildungspolitiker zu profilieren.

Herr Kollege Ramelow, wenn Sie schon ansprechen, wie wir uns möglicherweise im thüringischen Landtag streiten werden, dann möchte ich erwidern, dass ich da auf eine klare Rollenverteilung setze. Das ist jetzt aber eine andere Frage.

Erklären Sie mir doch bitte einmal, wie viele Bundesratsinitiativen es zu diesem Thema von den Bundesländern, in denen Ihre Partei mitregiert hat, in der Vergangenheit gegeben hat, bzw. warum man in dieser Frage nichts von Ihnen gehört hat.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Ramelow, bitte.

Bodo Ramelow (DIE LINKE):

Herr Kollege Barth, ich bin erstaunt, wie wenig Sie über die Landesregierung von Berlin wissen. Das Thema Gemeinschaftsschule ist in Berlin Teil des Koalitionsvertrages und wird gerade umgesetzt. Wir sorgen in Berlin für einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik. Daher weiß ich nicht, wozu Berlin dann noch im Bundesrat intervenieren sollte. Weitere Landesregierungen stellen wir derzeit nicht. Aber sobald wir in Thüringen die Landesregierung stellen werden, werde ich Sie davon in Kenntnis setzen, falls Sie denn in den Landtag hineinkommen sollten.

Herr Kollege Barth, über eines bin ich doch irritiert: dass Sie mir noch nicht einmal zugehört haben. Ich habe hier mit Bezug auf die Föderalismuskommission argumentiert. Ich maÙe mir nicht an, der führende Bildungspolitiker

meiner Partei zu sein. Aber die Konsequenzen aus den Föderalismuskommissionen I und II haben die Kinder in Deutschland zu tragen. Dabei hat Ihre Partei mitgemacht. Deswegen ist es einfach unehrlich, Frau Pieper, bei der Föderalismuskommission II die Hand zu heben, den ganzen Unsinn im Grundgesetz zementieren zu wollen und gleichzeitig zu argumentieren, dass dies falsch sei.

Ich lade Sie ein, dass wir das gemeinsam ändern, bevor dieser Quatsch gemacht wird. Herr Kollege Rossmann hat uns dazu aufgefordert, am Beispiel Bildung darüber zu reden. Das Thema Schuldenbremse können wir außen vor lassen, da wir hier unterschiedlicher Auffassung sind. Aber beim Thema Bildung gehen wir wissentlich und vorsätzlich in eine Abseitsfalle. Wenn Sie dies nicht wollen, dann lassen Sie uns gemeinsam darum kämpfen, dass dies nicht passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Carsten Müller von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Ich glaube, die meisten Zuhörer freuen sich, dass wir vom Thüringer Landtagswahlkampf wieder zurück zur Bildungspolitik kommen.

Herr Ramelow, gestatten Sie mir folgende Anmerkung:

Wir Bildungspolitiker freuen uns natürlich über jede Unterstützung und jeden Mitstreiter. Ich möchte Ihnen aber Folgendes mit auf den Weg geben: In Ihrem Internetauftritt könnte das Thema Bildung durchaus noch etwas stärker gewichtet werden. Ich habe ihn mir eben einmal angeschaut. Im Gegensatz zu Ihrer Rede stellt sich das, was Sie dort zum Thema Bildung zu sagen haben, deutlich dünner dar und lässt sich, ehrlich gesagt, in drei Sätzen zusammenfassen. Sie haben das vorhin ein bisschen relativiert und gesagt, dass Sie unter Föderalismusgesichtspunkten geredet haben. Sei es drum. Ich fordere Sie auf, sich künftig noch stärker für Bildungsthemen einzusetzen und zu interessieren.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Sehr gut! Das kann nie schaden!)

- Das kann keinesfalls schaden und bei Ihnen schon gar nicht.

(Bodo Ramelow [DIE LINKE]: Wo Sie recht haben, haben Sie recht!)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren jetzt über ein Thema, über das weitgehende Einigkeit im Hause herrscht. Deswegen bin ich - gestatten Sie mir das anzumerken, Frau Kollegin Sager und geschätzte Kollegin Pieper - doch ein wenig darüber enttäuscht, wie kleinkariert hier zum Teil gestichelt worden ist.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das waren die großen Linien, die Krista Sager aufgezeigt hat!)

Im Ergebnis können wir eines festhalten: Wir haben im Bund und auch in den Ländern in den vergangenen Jahren einen großen Schritt nach vorne getan. Ehe Sie, Frau Sager, Fragen stellen, um damit angebliche

Schwachpunkte der Regierungspolitik herauszuarbeiten, sollten Sie sich erst einmal auf Ihr Leistungsvolumen in der rot-grünen Koalition besinnen. Das fiel denkbar überschaubar aus. An Ihren Taten wollen wir Sie, Frau Sager, messen.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben ein schönes Ganztagschulprogramm gemacht! Wo bleibt das denn jetzt?)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist enorm wichtig, gerade in Zeiten der Krise. Unsere jungen Menschen stehen vor der Herausforderung einer sich im Moment gerade etwas verschärfenden Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden diese Herausforderung nur dann meistern können, wenn wir mit großer Entschlossenheit den Weg in die Bildungsgesellschaft beschreiten. Große Themen warten da auf ihre Lösung.

Ich nenne einmal die Themen Umwelttechnologie und Energietechnologie. Hierfür müssen wir Nachwuchs ausbilden und hier im Lande halten. Diese Zukunftsfragen sind von elementarer Bedeutung. Wir befinden uns heute schon in einem scharfen und stetig schärfer werdenden Wettbewerb um die besten Ideen und die besten Produkte. In diesem können wir nur mit den besten Köpfen bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei aller vermeintlichen Unterschiedlichkeit auch in Detailfragen ist festzuhalten - das hat der Kollege Rossmann sehr zutreffend herausgearbeitet -: Die Große Koalition hat hier innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre wirklich Vorbildliches geschaffen,

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

und zwar in einem Bereich, der durchaus leicht - das haben wir eben bei anderen Reden erlebt - ideologisch aufladbar ist. Genau das hat aber die Große Koalition nicht gemacht.

Wir haben wichtige Themenfelder lokalisiert und zielführend bearbeitet. Das Thema „Lebenslanges Lernen“ ist jetzt in den Fokus gerückt. Wir haben uns - hier widerspreche ich den Ausführungen der Kollegin Pieper - mit der Frage des Bildungssparens schon auseinandergesetzt, als sich die FDP noch bei ganz anderen Themen verzettelt hatte.

(Cornelia Pieper [FDP]: Das ist ein Irrtum!)

Wir haben auch erkannt, dass Qualifikationen elementar sind für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe. In diesem Bereich sind wir ein großes Stück vorangekommen. Unser Bildungssystem hat zugegebenermaßen noch Entwicklungspotenzial. Deswegen - das wurde teilweise kritisiert, aus meiner Sicht jedoch unverständlicherweise - nutzen wir beispielsweise im Konzert mit vielen Bundesländern die Möglichkeiten, die das Konjunkturprogramm bietet, und investieren in Schulen, Hochschulen und Kindergärten.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wer hier, wie Sie, Frau Sager, auftritt und das alles kleinredet, bemäkelt und bekrittelt, der hat offensichtlich ein wenig die Anbindung an seinen Wahlkreis verloren. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich vor Ort umzuschauen

und sich mit den Menschen, die in den Einrichtungen arbeiten, mit den Kindern, mit den Schülerinnen und Schülern und den Studenten, die die Einrichtungen nutzen, darüber zu unterhalten,

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das tun wir sehr wohl!)

wie sie diese Initiative der Großen Koalition bewerten.

Sie werden erfahren, dass diese dort auf große Zustimmung trifft, und zwar auf deutlich größere Zustimmung

(Beifall bei der CDU/CSU - Lachen beim

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Priska Hinz

[Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im

Gegenteil!)

- Sie brauchen da gar nicht herumzugackern - als zu den abstrusen Vorschlägen, die im Moment von den Grünen

zum Thema BAFÖG zu vernehmen sind.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die wir gerade mit der CDU in Hamburg umsetzen!)

Ich finde es, ehrlich gesagt, schon ein bisschen abenteuerlich, wenn die Grünen einen elternunabhängigen

Zuschuss von 200 Euro für jeden Studenten fordern,

gleich, ob er aus einer wirtschaftlich schwächer gestellten

Familie, aus einer Familie mit nur einem Elternteil

oder aus einer Chefarztfamilie kommt. Das zeigt, wie

weit Sie sich von der sozialen Realität in dieser Republik

bereits entfernt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -

Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Aber den Kinderfreibetrag bekommen

auch die Chefärzte!)

Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass wir beim

Thema BAFÖG gegebenenfalls noch Handlungsbedarf

haben. Aber - um der Wahrheit die Ehre zu geben - unter

Annette Schavan ist es zum ersten Mal seit vielen

Jahren gelungen, die BAFÖG-Sätze anzuheben. Das war

dringend überfällig, und es ist eine große Leistung der

Großen Koalition.

(Marcus Weinberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich sage allerdings auch deutlich: Beim Schüler-

BAFÖG wäre vermutlich deutlich mehr möglich gewesen,

wenn nicht Bundesfinanzminister Steinbrück einen

erheblichen Bedarf an Überzeugungsarbeit hervorgerufen

hätte. Die Kollegin Schavan hat da, glaube ich, gute

Arbeit geleistet.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Peter

Struck war das!)

- Peter Struck hat sich dann Annette Schavan angeschlossen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Darüber haben wir uns gefreut, und dadurch haben wir

ein vernünftiges Ergebnis erzielt. Da haben wir auch

noch ein gewisses Potenzial, das aber wahrscheinlich in

einer veränderten Konstellation gehoben werden wird.

Meine Damen und Herren, ich erspare Ihnen Ausführungen

zu der Frage, ob man Steuern zweckgebunden erheben

kann. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das

nicht geht und dass mit einer solchen Behauptung den

Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut

wird.

Ich möchte die letzten Minuten meiner Redezeit auf

den Bildungsgipfel verwenden. Frau Sager hat das

Thema als Aufgalopp genommen. Aber im Gegensatz zu dem, was Sie hier dargelegt haben, hat der Bildungsgipfel große Erfolge gezeitigt. Der Kollege Rossmann hat einen der konkretesten greifbaren Punkte angeführt. Ich glaube, es ist allein dem Bildungsgipfel zu verdanken, dass wir uns mit der Frage der gesellschaftlichen Teilhabe so zielführend beschäftigt haben, dass wir am Ende eine gute Lösung in Bezug auf das Schulstarterpaket gefunden haben. Das ist tatsächlich eine gemeinsame Leistung. Wir haben deutliche Kürzungen verhindert. Ich finde es außerordentlich begrüßenswert, dass die Förderung bis zum 13. Schuljahr möglich ist. Ich finde es geradezu unverzichtbar, dass wir nicht nur die Allgemeinbildung einbeziehen, sondern auch die berufliche Bildung.

Kollege Schulz und Kollege Röspel, wenn Sie Zweifel an der Urheberschaft haben: Wir können uns über vieles unterhalten, aber die Berücksichtigung der beruflichen Bildung geht ziemlich eindeutig auf eine Idee der Union zurück.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie muten Ihrem Partner heute aber viel zu!)

Im Ergebnis haben wir durch das Zusammenwirken der Bildungspolitik im ganzen Hause, aber insbesondere in den beiden die Regierung tragenden Fraktionen ein sehr gutes Ergebnis erreicht, das sich wirklich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Bildung und Forschung gehören zusammen. Wir haben jetzt eine über einstündige Debatte zu diesem Thema geführt. Wie gesagt, Frau Sager, an den Taten sollt ihr sie messen. Ich will von einem Ereignis berichten, das die Situation ein bisschen beschreibt. Gestern ist der Forschungsexpress gestartet. Forschungs- und Bildungsministerin Schavan hat zusammen mit der Bundeskanzlerin diesen Zug am Berliner Hauptbahnhof der Öffentlichkeit vorgestellt und auf eine Reise durch 62 Städte unserer Republik geschickt. Der Zug wird vermutlich auch international unterwegs sein und für deutsche Bildung und deutsche Forschung werben. Es besteht ein großes Interesse. Die Schülerinnen und Schüler, die vor Ort waren, haben das Angebot begeistert aufgenommen. Es lohnt sich wirklich, diesen Zug zu besuchen. Das Einzige, was mir nicht so gut gefallen hat - das sage ich freimütig -, war, dass dieser Zug gestern im wahrsten Sinne des Wortes ohne die Opposition abgefahren ist, und zwar ohne alle drei Oppositionsfraktionen.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir waren nicht eingeladen! Dann müssen Sie uns mal zu so etwas einladen!)

Da haben Sie noch ein bisschen Nachholbedarf.

Ich darf Sie bitten, diesen Zug wenigstens in Ihren Wahlkreisen zu besuchen. Lassen Sie uns gemeinsam an guter Bildung arbeiten! Lassen Sie uns gemeinsam weniger Strukturdiskussionen und mehr inhaltliche Diskussionen führen! Dann sind wir auf einem guten Weg. Die Große Koalition hat mächtig vorgelegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Swen Schulz für die SPDFraktion.

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Sager,

Sie haben hier wirklich eine heiße Rede vorgelegt.

(Beifall des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN])

Aber an einigen Stellen sind Sie - das muss ich leider sagen

- über das Ziel hinausgeschossen,

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Nein!)

zum Beispiel mit der Kritik an dem Investitionsprogramm.

Sie haben gesagt, das sei nur eine Investition in

Beton und nicht in Köpfe. Aber, Frau Sager, auch das

rot-grüne Ganztagschulprogramm war eine Investition

in Baulichkeiten,

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das lag am 104 b!)

und es war wirklich sehr erfolgreich. Ich glaube, wir

können gemeinsam stolz darauf sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Investitionsprogramm, das wir jetzt aufgelegt haben,

leistet mit der Förderung der Bildung einen starken

Beitrag zur Bewältigung der Konjunkturkrise und ist

auch langfristig sinnvoll.

Frau Sager, Sie sollten diesen Erfolg nicht kleinreden.

Ich denke, dass auch die grüne Senatorin in Hamburg einiges

von dem, was dort mit den Mitteln des Investitionsprogramms

verwirklicht wird, voller Stolz präsentieren

wird. In diesem Sinne: Seien Sie nicht allzu

kleinkariert! Das kommt auch bei den Leuten nicht gut

an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass das Investitionsprogramm nur ein

Baustein ist. Wir müssen über die akute Krisenbewältigung

hinaus langfristig mehr für eine bessere Bildung

für alle tun. In diesen Tagen wird vor sozialen Unruhen

gewarnt. Wir befinden uns in der Tat in einer ernststen Situation.

Darum haben wir Konjunkturpakete aufgelegt.

Durch kurzfristige Maßnahmen darf der Spielraum für

langfristig wirkende Investitionen in Bildung aber auf

keinen Fall verengt werden. Im Gegenteil: Ohne Bildung

können wir auf lange Sicht gar nicht bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können immer weitere Milliarden für Konjunkturpakete

bereitstellen: Wenn die Leute nicht ausreichend

qualifiziert sind, werden sie keine Arbeit finden.

Viele bangen um ihren Arbeitsplatz. Es ist daher vollkommen

richtig, dass der Staat eingreift. Wir dürfen aber

nicht vergessen, dass Zehntausende die deutschen Schulen

ohne jeden Abschluss verlassen. Allein im Jahr 2007

waren es über 70 000 junge Frauen und Männer, deren

berufliche Zukunft düster aussah, noch bevor sie überhaupt

begonnen hatte.

Noch eine Zahl: 1,5 Millionen junge Erwachsene stehen

heute ohne Berufsausbildung da. Für einen Großteil

von ihnen ist es ziemlich egal, ob wir uns gerade in einer

Konjunkturkrise befinden oder nicht; sie haben so oder

so nur wenige Perspektiven.



(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sehr richtig!)

In unserem Bildungssystem werden zu viele Menschen mit schlechten Chancen entlassen. Das ist wirklich ein sozialer Sprengsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darum ist das alles richtig: von den Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur über die Steuererleichterungen bis hin zur Abwrackprämie.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, die nun gerade nicht!)

Uns muss aber daran gelegen sein, dass wir den Menschen eine gute Bildung geben, damit sie ihr Leben langfristig selber in die Hand nehmen und etwas schaffen können. Darum sage ich: So viel Geld, wie wir für die Abwrackprämie zur Verfügung stellen, sollten wir auch für ein neues Ganztagschulprogramm aufbringen, Frau Sager.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mindestens!)

5 Milliarden Euro für ein Ganztagschulprogramm II – das erste Ganztagschulprogramm läuft in diesem Jahr aus – wären mit Sicherheit gut angelegtes Geld. Der Aufbau von Ganztagschulen sollte uns ebenso viel wert sein wie das Abwracken von Autos.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist wohl wahr!)

Wir dürfen die Menschen nicht verloren geben. Für diejenigen, die heute keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung haben, müssen wir etwas tun, damit sie neue Perspektiven erhalten. Darum hat Bundesminister Scholz den Rechtsanspruch für das Nachholen eines Hauptschulabschlusses auf den Weg gebracht. Darüber hinaus ist der Vorschlag, den Minister Scholz gestern an dieser Stelle gemacht hat, nämlich allen über 20-Jährigen ohne Ausbildung eine außerbetriebliche Berufsausbildung zu garantieren, sehr gut. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Jugendlichen besser qualifiziert von den Schulen kommen, damit es gar nicht erst zu diesen Problemen kommt.

Doch leider können wir im Bundestag und in der Bundesregierung in Sachen Schule nur wenig helfen. Der Weg zu einer besseren Bildung für alle ist lang und beschwerlich; denn zum einen ist es objektiv schwer, den Herausforderungen gerecht zu werden und die Probleme zu lösen, und zum anderen wird es uns schwerer gemacht, als es ohnehin schon ist. Uns werden Steine in den Weg gelegt. Ich will auch sagen, von wem, nämlich von den Bundesländern – namentlich von den meisten Ministerpräsidenten. Ich habe manchmal den Eindruck, dass sie mehr damit beschäftigt sind, sich gegen eine angebliche Einmischung des Bundes in ihre Bildungszuständigkeit zu wehren, als dass sie tatsächlich für gute Schulen sorgen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer die Zuständigkeit für etwas übernimmt, der übernimmt

auch die Verantwortung, und diese muss ordentlich ausgefüllt werden.

Ich denke, hinsichtlich des Bund-Länder-Verhältnisses gibt es Hoffnung. Immer mehr verantwortliche Politikerinnen und Politiker erkennen, dass das, was die SPD-Bundestagsfraktion seit Jahr und Tag sagt, richtig ist: Es ist besser, die Lasten gemeinsam zu schultern, als getrennt zu laufen. Deshalb hat Bundeskanzlerin Merkel zu einem sogenannten Bildungsgipfel eingeladen. Ich will mir gar nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn Bundeskanzler Schröder das getan hätte.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Der und Lehrer!

- Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das darf der gar nicht!)

Ich glaube, dass sich die damalige baden-württembergische Kultusministerin Schavan an die Spitze der Bewegung gestellt und zetermordio geschrien hätte. Sie hätte den Untergang des Bildungsföderalismus heraufbeschworen und zum Boykott aufgerufen. Das ist aber geschenkt.

Wir freuen uns über jeden Erkenntnisgewinn.

Auf diesem Bildungsgipfel, der glücklicherweise stattgefunden hat, wurde jedenfalls eine Menge besprochen.

Wir hatten uns mehr konkrete Ergebnisse erhofft.

Der Mount Everest wurde nicht gerade erklommen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein Jammertal!)

Es wurde aber immerhin verabredet, die Quote der Schulabbrecher und der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss zu halbieren sowie die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes, das heißt auf ein international vergleichbares Niveau, anzuheben.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Das sind sehr anspruchsvolle Vorhaben. Um etwa das 10-Prozent-Ziel zu erreichen, müssen jährlich ungefähr 50 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellt werden. Das meiste davon müssen die Bundesländer aufbringen; denn sie sind für die Bildung zuständig, und zwar selbstgewollt. Es liegt auf der Hand, dass die meisten Bundesländer das nicht erreichen können, zumal die Ländervertreter in der Föderalismuskommission selber auf eine harte Schuldenbremse gedrungen haben.

Wir werden hier noch eingehend über Sinn und Unsinn der Vorschläge für eine weitere Förderalismusreform diskutieren. So viel schon jetzt: Es darf nicht sein, dass die Schuldenbremse die Bildungsfinanzierung ausbremst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Bodo

Ramelow [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich bin keinesfalls für ein Schuldenmachen aus Prinzip. Besser ist es, zu sparen.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es muss aber der Grundsatz gelten: Wir sparen für die Kinder, nicht an den Kindern. Das ist zu berücksichtigen. Darum sage ich:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Die Politik darf nicht in Ketten gelegt werden, sondern es müssen ausreichend Spielräume für Zukunftsinvestitionen

bleiben.

Zweitens wir müssen gerade dann, wenn weniger Schulden gemacht werden sollen, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbessern, damit sich auch arme Bundesländer ordentliche Schulen und gute Lehrer leisten können, damit die Kinder aus Flensburg die gleichen Chancen wie die Kinder aus Freiburg haben. Da reicht es nicht aus, wie zuletzt von der Föderalismuskommission vorgeschlagen, dass der Bund nur in Wirtschaftskrisen oder nach Naturkatastrophen helfen darf. Es darf nicht so sein, dass die Leute hoffen müssen, dass es zu Krisen und Katastrophen kommt, damit sie gute Schulen bekommen. Nein, wir müssen jedes Jahr für gute Bildung sorgen. Die Länder dürfen die Hilfen des Bundes nicht aus falschem Stolz oder Ehrgeiz ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/12687 und 16/12668 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall.

Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf Drucksache 16/12656. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion

Die Linke auf Drucksache 16/9808 mit dem Titel „Bildungsgipfel nutzen - Bessere Bildung für alle - Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/10586 mit dem Titel „Bildungsgipfel muss Ergebnissgipfel werden - Für ein gerechtes und besseres Bildungswesen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist ebenfalls mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/10328 mit dem Titel „Aufbau von privatem Bildungskapital fördern - Grundlage für Bildungsinvestitionen schaffen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion der FDP mit dem Rest der Stimmen des Hauses angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 4 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/10587 mit dem Titel „Die finanziellen Grundlagen für den Bildungsaufbruch schaffen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Rest der Stimmen des Hauses angenommen. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Bildungsstrategie für mehr Chancengerechtigkeit starten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12661, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/7465 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

</ text >

< text 836 >

Ich rufe Punkt 2 auf:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) (Drucksache 450/07)

b) Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011 (Drucksache 451/07)

Das Wort hat Frau Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Hendricks (Bundesministerium der Finanzen).

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute einen Bundeshaushalt sowie eine mittelfristige Finanzplanung vorstellen zu können, mit denen die finanzpolitische Erfolgsbilanz der großen Koalition um wichtige Aktivposten vermehrt wird. Rückblickend haben wir unsere europäischen Verpflichtungen schneller erfüllt als erwartet. Das EU-Defizitverfahren gegen Deutschland ist eingestellt.

Wir haben damit – gerade während unserer EU-Präsidentschaft – ein wichtiges Signal an unsere europäischen Partner gegeben: Deutschland nimmt seine Verantwortung für eine stabile Währungsunion ernst. Nach vorne blickend legen wir einen Finanzplan vor, mit dem wir spätestens im Jahr 2011 erstmals seit 40 Jahren realistisch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Dass wir dies schaffen konnten und können, haben wir der erfreulich guten und robusten Wirtschaftsentwicklung zu verdanken, an der die Bundesregierung, aber auch die Vorgängerregierung unter Gerhard Schröder nicht unbeteiligt war.

Was vor einigen Jahren noch undenkbar schien, ist heute Realität: Die deutsche Volkswirtschaft ist eine Konjunkturlokomotive der Europäischen Union.

Das zeigt nicht zuletzt, dass unsere finanz- und wirtschaftspolitische Strategie „erst stimulieren, dann

konsolidieren" aufgeht.

Was wir jetzt brauchen, sind nicht Steuersenkungen auf Pump, sondern solide Haushaltspolitik, verbunden mit mehr Zukunftsinvestitionen vor allem in Bildung, Forschung und in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur so werden wir auch und gerade angesichts des demografischen Wandels die Wachstumsbasis in unserem Land nachhaltig stärken und mehr Aufstiegs- und Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir wollen möglichst rasch keine neuen Schulden mehr machen und parallel dazu in die wichtigsten Zukunftsschwerpunkte mehr investieren. Die richtige, ausgewogene Balance macht den Erfolg. Sie verlören wir, würden wir die Steuern senken, bevor wir keine neuen Schulden mehr machen.

Deshalb wird die Bundesregierung ihre erfolgreiche wirtschafts- und finanzpolitische Strategie „sanieren, investieren, reformieren“ fortsetzen. Dieser Kurs wurde bei der Kabinettklausur in Meseberg durch zwei wichtige und klare Beschlüsse unterstrichen: Erstens behält die Haushaltskonsolidierung überragende Bedeutung.

Zweitens bilden der Bundeshaushalt 2008 und die Finanzplanung bis 2011 den unverrückbaren Mindestrahmen für alle kostenwirksamen Vorschläge.

In diesem Rahmen mag es zu Veränderungen kommen. Finanzielle Spielräume für neue Maßnahmen ergeben sich nur dann, sollte es gegenüber den bisherigen Schätzungen zusätzliche Steuermehreinnahmen geben. Von ihnen werden wir, wie bisher schon, einen überwiegenden Teil zur beschleunigten Rückführung der Nettokreditaufnahme verwenden, aber auch dem Gestaltungsanspruch der großen Koalition folgen.

Der Haushaltsentwurf 2008 und der Finanzplan bis 2011 sind Ausdruck unserer finanzpolitischen Strategie, den Haushalt zu sanieren und gleichzeitig Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. So leistet die Bundesregierung ihren Beitrag, bis zum Jahr 2010 das 3-%-Ziel für Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu erreichen. Hierzu stellen wir ab 2008 zusätzlich weitere 220 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

Zum 1. Januar dieses Jahres haben wir das Elterngeld eingeführt. Dies ist ein erster wesentlicher Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern. Aber wir wollen mehr: Unser Ziel ist es, dass bis zum Jahr 2013 Betreuungsmöglichkeiten für mehr als ein Drittel der unter Dreijährigen bestehen. Damit erhalten gerade Kinder aus sozial schwachen Familien die Chance auf eine frühkindliche Betreuung und damit auf bessere Bildung. Der Bund hat schon früh angeboten, sich mit 4 Milliarden Euro an den Gesamtkosten des notwendigen Ausbaus zu beteiligen. Auch wenn die Verhandlungen mit den Ländern etwas zäh waren, ist die gefundene Verständigung ein weiteres eindrucksvolles Beispiel für unsere gestaltende Finanzpolitik. Ich freue mich für die vielen

Kinder und Eltern, die davon profitieren werden. Im zentralen Zukunftsbereich Bildung werden wir die Bedingungen der Studierenden durch eine deutliche Anhebung bei den BAföG-Sätzen verbessern. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht hierfür gegenüber 2007 Mehrausgaben vor. Diese Erhöhung ist mir gerade vor dem Hintergrund der Einführung von Studiengebühren in vielen Ländern wichtig. Ich hoffe, dass dann wieder vermehrt Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien studieren. Wir brauchen sie alle. Die Akademikerquote in Deutschland ist, wie Sie alle wissen, noch immer zu niedrig. All dies ist seriös nur dann realisier- und finanzierbar, wenn wir festen finanziellen Boden unter den Füßen haben, d. h. wenn wir den eingeschlagenen Kurs unserer soliden Haushaltspolitik konsequent fortsetzen.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf sowie der Finanzplan folgen diesem Kurs. Ich möchte ein Beispiel für unsere Konsolidierungsanstrengungen nennen: Auf den ersten Blick erscheint der für 2008 gegenüber dem laufenden Jahr vorgesehene Ausgabenanstieg mit knapp 4,7 % recht hoch. Rechnet man jedoch die Sonder- und Einmaleffekte, wie die Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse oder die einmalige Überschneidung von altem Erziehungsgeld und neuem Elterngeld, heraus, beträgt der Ausgabenanstieg 2008 nur 1,9 %. Damit liegt er deutlich unterhalb des von der Bundesregierung für 2008 erwarteten Wirtschaftswachstums. Im Übrigen beträgt die durchschnittliche Ausgabensteigerung über den gesamten Finanzplanungszeitraum 2007 bis 2011 nur 1,7 %.

Ich habe es bereits erwähnt: Die Bundesregierung legt einen Finanzplan vor, mit dem wir auf der Ebene des Bundes spätestens im Jahr 2011 erstmals seit 40 Jahren realistisch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen werden. Ich freue mich über die Tatsache, dass dies gesamtstaatlich bereits früher als bisher angenommen der Fall sein wird und dass zehn von 16 Ländern voraussichtlich schon 2010 ausgeglichene Haushalte haben. Dabei ist festzuhalten, dass die Haushaltslage von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen deutlich günstiger ist als diejenige des Bundes. Die Länder konnten bereits 2006 ihre Finanzierungsdefizite im Vergleich zu 2005 um mehr als 57 % abbauen. Drei Länder - Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen - erzielten 2006 Haushaltsüberschüsse. Das wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Mit dem vorliegenden Finanzplan haben wir die historische Chance, nach 40 Jahren Politik auf Pump herauszukommen aus dem Hamsterrad einer immer weiter steigenden Verschuldung, die uns mit mehr als 900 Milliarden Euro immer mehr Zinsen kostet; allein beim Bund sind es jedes Jahr 40 Milliarden Euro. Das ist Geld, das wir, statt es zu den Banken zu tragen, den Familien geben sollten. Wir haben die Chance aufzuhören, unseren Kindern und Enkeln immer weitere Lasten aufzubürden, zusätzlich zu den

Lasten der länger lebenden Gesellschaft, die sie ohnehin schon zu tragen haben.

Wir sind an einer finanzpolitischen Wegmarke angelangt, die eine klare politische Entscheidung von uns verlangt. Zugespitzt lautet die Alternative für die Finanzpolitik: kurzfristiger Rausch oder nachhaltige Rendite. Wir können uns entscheiden: Geben wir zusätzliches Geld weiter mit vollen Händen aus, solange der Aufschwung trägt, und machen den Schuldenberg noch ein Stück höher, oder machen wir, auch im Vorgriff auf schlechtere konjunkturelle Zeiten - die hoffentlich später als früher auf uns zukommen -, jetzt Ernst mit dem Einstieg in den Schuldenabbau und vergrößern damit sukzessive und langfristig unseren finanzpolitischen Handlungsspielraum?

Sie werden mir zustimmen, dass ein strukturell ausgeglichener Haushalt auf dem Weg zu dauerhaft tragfähigen öffentlichen Finanzen nur ein erster - wenn auch wichtiger - Schritt sein kann.

Als zweiten Schritt brauchen wir eine tragfähige Schuldenregel, die wirksam verhindert, dass sich nach erfolgreicher Konsolidierung erneut Schuldenberge auftürmen. Sonst kommen wir trotz aller Bewegung nicht vom Fleck.

Es ist noch zu früh, für ein bestimmtes Modell einer Schuldenregel zu werben. Sie wissen, dass es mehrere Ideen gibt, an deren Umsetzung noch weiter gefeilt werden muss.

Aus meiner Sicht muss eine Neuregelung des Artikels 115 des Grundgesetzes, die wir in dieser Legislaturperiode umsetzen müssen, folgenden Kriterien genügen: Sie sollte mit den Bestimmungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes kongruent sein und eine ökonomisch plausible Begrenzung der strukturellen Neuverschuldung sicherstellen. Sie sollte ein Atmen der öffentlichen Haushalte mit der konjunkturellen Entwicklung ermöglichen und glaubwürdig in dem Sinn sein, dass ihre Einhaltung wirksam kontrolliert und sanktioniert werden kann.

Wie Sie wissen, wird in den öffentlichen Diskussionen das Thema „Schuldenregel“ mit der Frage der Haushaltsnotlageproblematik erörtert. In der Tat: Wenn es uns gelingt, die gesamtstaatliche Nettoneuverschuldung wirksam zu begrenzen, werden wir damit auch die Haushaltsnotlageproblematik entschärfen.

Wir haben in der gegenwärtigen politischen Konstellation und mit dem günstigen konjunkturellen Rückenwind die seltene Chance, entscheidende Schritte in Richtung dauerhaft tragfähiger öffentlicher Finanzen zu gehen. Wir dürfen diese kostbare Chance auf eine grundlegende Reform der Finanzverfassung nicht verpassen, sondern müssen sie entschieden und konsequent nutzen. Für unser Land und seine Menschen hängt viel davon ab.

Präsident Dr. Harald Ringstorff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

</ text >

< text 842 >

Wir kommen zu Punkt 19 a) und b):

a) Jahresgutachten 2007/08 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 804/07)

b) Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung - Kurs halten! (Drucksache 73/08)

Erste Wortmeldung: Professor Reinhart (Baden-Württemberg).

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sachverständigen überschreiben das erste Kapitel ihres Berichts: „Das Erreichte nicht verspielen“.

Ich weiß, manche haben ihre Meinung über die Funktion von Sachverständigengremien. Ich möchte darauf hinweisen, dass sie in diesem Fall möglicherweise Recht haben.

Tatsache ist, dass der wirtschaftliche Standort Deutschland heute wesentlich besser positioniert ist, als dies in der letzten Aufschwungphase von 1998 bis 2000 der Fall war. Das sieht man nicht nur am Außenhandel. Wir befinden uns im dritten Jahr eines Aufschwungs, der Anfang 2005 begonnen und zu einem beträchtlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts geführt hat.

„Eltern“ dieses Aufschwungs, so sagen die Wirtschaftsweisen, sind in erster Linie die Unternehmen, die sich organisatorisch und finanziell umgebaut haben, aber auch die Tarifvertragsparteien, die für moderate und flexible Tarifabschlüsse gesorgt haben.

Leben wir in der Bundesrepublik jetzt also ökonomisch in der besten der möglichen Welten? Hier dämpft der Sachverständigenrat und rechnet bereits für 2008 mit einem schwächeren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Gründe dafür sind die Finanzmarktkrise, die wirtschaftliche Abschwächung in der weltweit größten Volkswirtschaft, den USA, und die Abwertungstendenzen des US-Dollars, die zu einem einsamen Höhenflug des Euro geführt haben. Im „Morgenmagazin“ wurde heute spekuliert, ob und wann denn die Marke von 1,60 überschritten werde; Sie kennen die Diskussion in diesen Tagen.

Der Vorsitzende der Fünf Weisen, Bert R ü r u p , sieht die Politik immerhin als Paten der guten Entwicklung der letzten Jahre. Auf der Habenseite stehen vor allem die Arbeitsmarktreformen und das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz. Ich erwähne ferner den großen Reformschritt der Rente mit 67. Es besagt schon etwas, wenn selbst ein Vertreter der oft unzufriedenen Ökonomenzunft hier von einem „Riesenreformpaket“ spricht.

Die Reformen sind gelungen in wirtschaftlich schwächeren Zeiten. Nun müssen wir der Versuchung widerstehen, uns im Aufschwung zurückzulehnen.

Deshalb lautet das wichtigste Postulat: Wir dürfen die Reformdividende nicht verspielen.

So war die Verlängerung des Bezugs des Arbeitslosengeldes und damit die Teilabkehr von der

Agenda 2010 nach unserer Auffassung kontraproduktiv.

Die Arbeitslosenversicherung ist kein Sparvertrag,



sondern eine Risikoversicherung. Wir bekommen auch nicht den Motor repariert, wenn gerade kein Schaden für die Kfz-Vollkaskoversicherung angefallen ist. Die längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist nur vordergründig im Interesse der älteren Arbeitnehmer; denn Ziel muss immer soziale Gerechtigkeit sein, und das bedeutet vor allem, nicht arbeitslos zu sein.

Was steht nunmehr an?

Zunächst einmal darf es - das ist eine Mindestbedingung - kein Rollback geben. Wer bei der Agenda 2010 an die Reform der Reform gehen will, bewegt sich in die falsche Richtung.

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist beim Postmindestlohn eher missbraucht worden. Dieser Fehltritt darf nicht zum Einfallstor für weitere wettbewerbsfeindliche Branchenmindestlöhne werden.

Opfer wären nämlich die Schwächsten am Arbeitsmarkt; darin sind sich alle Sachverständigen einig. Stattdessen geht es um die Stärkung der Tarifautonomie, betriebliche Bündnisse für Arbeit und eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Dies bringt Menschen in Beschäftigung und macht die Unternehmen anpassungsfähig.

Zum Mindestlohn titelte gestern das „Handelsblatt“ auf Seite 1: „Sieben Top-Ökonomen klagen an“. Es hieß: Die Regierung muss Mindestlohnpläne stoppen; die Institute fordern Beschäftigungschancen statt Mindestlöhne.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss - auch das schreiben die Sachverständigen in ihrem Bericht - besser mit Beschäftigungsanreizen kombiniert werden. Sozial ist, was Arbeit schafft. Soziale Gerechtigkeit liegt in der Chance, Arbeit zu bekommen, statt ausgegrenzt zu bleiben.

Meine Damen, meine Herren, wenn es eine ureigene Aufgabe des Staates für Wirtschaft und Beschäftigung gibt, dann ist das die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts 2011 könnte nach unserem Empfinden noch ehrgeiziger sein. Eine ganze Reihe von Ländern ist hier schon vorangegangen. Unser Land und andere Länder haben sogar bereits mit der Rückzahlung von Schulden begonnen.

Wir brauchen ein atmendes System, das politische Handlungsspielräume für konjunkturell schlechtere Zeiten schafft. Hier wartet eine große Aufgabe für die Föderalismuskommission II - sie hat gestern getagt - nicht nur im Hinblick auf die Bund-Länder-Beziehungen, sondern auch auf Wirtschaft und Arbeitnehmer. Die Schuldenbremse kann zum Wachstumsmotor werden. Auch hier geht es um die Frage der Gerechtigkeit, nämlich der Generationengerechtigkeit. Auch zur Gesundheitspolitik nehmen die Wirtschaftsweisen Stellung. Der geplante Gesundheitsfonds solle in der beschlossenen Form lieber nicht in Kraft treten, sondern durch eine effizientere Regelung ersetzt werden, so das Gutachten.

Längst überfällig ist angesichts der demografischen Entwicklung die Umstellung der sozialen Pflegeversicherung

auf ein kapitalgedecktes System. Verschieben der Probleme und bis dahin nur zusätzliche Ausgaben - das ist keine verantwortungsvolle Politik. Ich warne auch davor, aus der im Ansatz richtigen Erbschaftsteuerentlastung zur Sicherung der Unternehmensnachfolge ein bürokratisches Monstrum zu machen, das unternehmerische Spielräume abwürgt. Der Bundesrat fordert gerade bei der Behaltensfrist und bei der Fallbeilregelung - darüber ist in der vergangenen Sitzung diskutiert worden - Änderungen. Sonst ist der Erbschaftsteuerentwurf kontraproduktiv. Ich erinnere an die mehrheitlich gefassten Beschlüsse im Bundesrat, die wir dem Bundestag und der Bundesregierung zugeleitet haben. Die aktuelle Finanzmarktkrise ruft nach Verbesserungen der Finanzmarktaufsicht. Hier sollten wir nicht auf der nationalen Ebene stehenbleiben. Die Entwicklung der Finanzmärkte ruft nach einer integrierten europäischen Bankenaufsicht und verstärkten Transparenzvorschriften.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiteres Thema ist für die Finanzmärkte wichtig: Hat man sich eigentlich einmal überlegt, was es bedeutet, mit einer Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes alle ausländischen Investoren unter Generalverdacht zu stellen? Die deutsche Wirtschaft ist ja gerade, wie die Übertragungsbilanz zeigt, einer der großen Gewinner der Kapitalverkehrsfreiheit. Die Beteiligung ausländischer Fonds an deutschen Unternehmen ist nichts Schlechtes, und bedeutende Unternehmen sind in der Vergangenheit sehr gut damit gefahren. Eine Verschärfung des Außenwirtschaftsrechts wäre ein Rückfall in längst vergangene Zeiten. Sollte es zu problematischen Entwicklungen kommen, ist das Wettbewerbsrecht gefordert.

Deutschland hat in den letzten Jahren ein wirtschaftliches Comeback erlebt. Darauf sollten wir stolz sein. Wir alle können davon profitieren. Wir sollten daher dem guten Rat der Wirtschaftsweisen folgen:

„Das Erreichte nicht verspielen!“

Präsident Ole von Beust: Danke schön!

Das Wort hat Frau Parlamentarische Staatssekretärin Wöhrle (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie).

Dagmar Wöhrle, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen.

Allerdings wird das Wachstum geringer ausfallen als im Vorjahr. Die Immobilienkrise in den USA ist schon angesprochen worden. Wir haben die Finanzmarkturbulenzen, einen hohen Ölpreis, den sehr starken Euro - auch das sind Risiken. Eine Rezession in den USA, die von vielen befürchtet wird, würde schon auf Grund vieler konjunktureller Übertragungsmechanismen auch in Deutschland Bremsspuren hinterlassen.

Aber was hat sich geändert?

Die deutsche Wirtschaft ist widerstandsfähiger

geworden. Die wirtschaftliche Situation Deutschlands lässt sich derzeit mit der Entwicklung in den USA nicht vergleichen. Deshalb: Auch wenn die Risiken deutlich gestiegen sind, gibt es keinen Grund zur Panik.

Die Antwort auf diese Risiken darf kein kurzfristiges Konjunkturfeuerwerk sein, wie von manchen gefordert. Ein solches würde nur viel Rauch, aber kein Wachstum produzieren. Wir brauchen weiterhin eine stetige Wachstums- und Reformstrategie, wie sie schon eingeleitet worden ist. Dabei kommt es vor allem auf Vertrauen an.

Wir brauchen Vertrauen in die Solidität unseres Finanz- und Bankensystems. Trotz der bekannten Einzelfälle kann es hieran keine Zweifel geben. Wir brauchen Vertrauen in die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft. Dieses wurde in der Vergangenheit insbesondere durch die Steueraffäre beschädigt. Wir brauchen Vertrauen in einen klaren Kurs der Wirtschaftspolitik.

Ich halte den Titel des Jahreswirtschaftsberichts für gut gewählt: Kurs halten! Das heißt: nicht zurückfallen, sich nicht zurücklehnen.

Insgesamt befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer ordentlichen Verfassung. Der Außenhandel verliert zwar etwas von seiner treibenden Kraft für unseren Aufschwung. Aber das Wachstum wird inzwischen mehr von der Binnenkonjunktur getragen.

Wir verzeichnen eine anhaltend wesentlich höhere Investitionstätigkeit und hoffen sehr darauf, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte ihren Beitrag leisten.

Dass wir in einer guten Konstitution sind, zeigt sich auch daran, dass der Arbeitsmarkt viel stärker mitzieht als in der Vergangenheit. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Zuwachs der Erwerbstätigen um 280 000 Personen im Jahresdurchschnitt.

Sie erinnern sich: Wir haben zum ersten Mal die Schwelle von 40 Millionen Erwerbstätigen überschritten. Die Zahl der Arbeitslosen wird um

330 000 Personen sinken. Das heißt, wir werden die Schwelle von 3,5 Millionen im Jahresmittel 2008 unterschreiten.

Der aktuelle positive Trend zeigt sich auch an folgender Zahl, die von der Bundesagentur veröffentlicht wurde: Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Februar saisonbereinigt um 75 000. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt der letzten drei Jahre im Februar jeweils um fast 70 000 anstieg.

Die Belegung am Arbeitsmarkt setzt sich fort, worüber wir froh sind. Die Arbeitslosigkeit geht weiterhin zurück, und wir werden auch künftig einen Beschäftigungsaufbau haben. Deshalb geht die Bundesregierung für das Gesamtjahr 2008 von einem Zuwachs des BIP von 1,7 % aus. Wir haben unsere Prognose sehr vorsichtig angesetzt und alle Risiken eingerechnet. Damit liegen wir im unteren Mittelfeld, die anderen Prognosen liegen zwischen 1,5 und 2,1 %.

Im Jahreswirtschaftsbericht zeigt die Bundesregierung

den Kurs ihrer Wirtschaftspolitik auf. Sie hat sich außerdem mit dem Sachverständigenrat auseinandergesetzt. Wir sind froh darüber, dass der Sachverständigenrat uns in unserem Reformkurs bestätigt und uns ermutigt, ihn fortzusetzen.

Zu unseren vordringlichsten Aufgaben zählt nach wie vor der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Beschäftigungschancen intensiv genutzt werden können. Dazu stehen uns flexible Instrumente zur Verfügung: Teilzeitarbeit und tarifliche Öffnungsklauseln, befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Minijobs und Zeitkonten.

Gerade die Zeitarbeit ist immens wichtig, damit der Aufschwung nachhaltig bleiben kann.

Ein wichtiges Reformziel der Bundesregierung ist es, die Lohnnebenkosten auf unter 40 % zu halten. Das ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Auch hier zeigt sich, dass wir noch mehr Menschen in Arbeit bringen müssen, damit mehr Beiträge in die Sozialversicherungen fließen. Die Beschäftigungspolitik steht im Mittelpunkt unserer Maßnahmen.

Wir haben zum 1. Januar den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % im Jahr 2006 auf

3,3 % gesenkt. Die Entlastung der Beitragszahler macht jährlich rund 23 Milliarden Euro aus, was den meisten noch nicht bewusst ist. Das sind für Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils 11,5 Milliarden

Euro. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und hilft, die Kaufkraft und damit die Binnenkonjunktur anzuregen.

Wo immer sich künftig Spielräume auf Grund verbesserter Arbeitsmarktdaten ergeben, müssen wir sie nutzen, um zu einer weiteren Senkung der Lohnzusatzkosten zu kommen.

Wichtig ist uns darüber hinaus, das Engagement von Unternehmen weiterhin zu stärken. Damit komme ich zu der bereits angesprochenen Erbschaftsteuerreform.

Wir müssen sie so gestalten, dass die Unternehmensnachfolge vernünftig geregelt wird und keine zusätzlichen Hürden aufgebaut werden.

Wir brauchen eine Reform, die entlastet, nicht belastet.

Deshalb unterstützt mein Haus im parlamentarischen Verfahren die Anträge, die eine Erleichterung der Unternehmensnachfolge zum Gegenstand haben.

Der bisherige Gesetzentwurf sieht noch Bedingungen vor, die den Unternehmensnachfolger für eine lange Zeit binden. Erstens möchten wir die Behaltensfrist von 15 Jahren auf 10 Jahre verkürzen. Bei

einem Verkauf innerhalb dieses Zeitraums sollte die Verschonung von der Erbschaftsteuer nicht vollständig, sondern nur anteilig entfallen. Zweitens setzen wir uns bei der Lohnsummenregelung für eine flexiblere Handhabung ein. Auch hier ist es wichtig, dass es zu einer Entlastung, nicht zu einer Belastung kommt.

Wir brauchen im Interesse langfristigen Wachstums gesunde und tragfähige Staatsfinanzen. Wir werden die Konsolidierung fortsetzen, wozu wir eine wirksame Schuldenschanke in der Finanzverfassung brauchen. Gestern haben wir die Vorschläge der Bundesregierung in die Föderalismuskommission II

eingebraucht.

Des Weiteren arbeiten wir sehr daran, dass die Energiekosten für die Verbraucher und natürlich für unsere energieintensive Industrie tragbar bleiben. Den Herausforderungen des weltweiten Klimawandels begegnen wir mit unserem Integrierten Energieund Klimaprogramm, das wir inzwischen auf den Weg gebracht haben.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass wir den eingeschlagenen Reformkurs fortsetzen und uns bemühen, das Vertrauen in unsere Politik zu sichern. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass der Titel des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts richtig ist: Kurs halten! Dementsprechend werden wir verfahren.  
- Vielen Dank.

Präsident Ole von Beust: Danke schön!

Minister Wucherpfennig (Thüringen) gibt eine Erklärung zu Protokoll\*) ab. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

</ text >

< text 847 >

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Punkte 1 a) und b) auf:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) (Drucksache 500/08)

Redetext

258 Bundesrat - 847. Sitzung - 19. September 2008

(A) (C)

(B) (D)

b) Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012 (Drucksache 501/08)

Staatsminister Mackenroth (Sachsen) hat Erklärungen zu Protokoll\*) abgegeben. - Es gibt keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Finanzausschusses. Wer folgt der Empfehlung?  
- Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat zu beiden Vorlagen Stellung genommen.

Ich rufe Punkt 39 auf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand (Drucksache 552/08)

Wortmeldungen liegen vor von Ministerpräsident Wulff, Kollegen Oettinger und Frau Bundesministerin Zypries. Zunächst Herr Wulff (Niedersachsen), bitte.  
Christian Wulff (Niedersachsen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße es außerordentlich, dass die Bundesregierung den Entwurf zur Novellierung des VW-Gesetzes dem Bundesrat in der vorliegenden Fassung zugeleitet hat. Besonderer Dank gilt der Frau Bundeskanzlerin und der Frau Bundesjustizministerin dafür, dass sie sich nicht von den vermeintlichen Argumenten der EU-Kommission haben leiten

lassen, sondern das Urteil des Europäischen Gerichtshofs 1:1 umsetzen.

Das ist für Volkswagen als größtem deutschen Unternehmen - Umsatz: 109 Milliarden Euro - eine Zäsur.

Das bedeutet, dass die Entsendemandate im VW-Gesetz gestrichen werden; zukünftig müssen alle Aufsichtsräte gewählt werden. Und es bedeutet, dass das Höchststimmrecht im VW-Gesetz entfällt und damit jeder so viele Stimmen hat, wie er Aktien hält. Das sind zwei wesentliche Veränderungen. Wir tragen sie mit, weil wir möchten, dass europäisches Recht auch in Deutschland gilt und europäische Entscheidungen akzeptiert werden.

In der Nachkriegszeit ist es zur Gründung der heutigen Volkswagen AG gekommen. Die Aktien der Volkswagen AG sollten breit gestreut sein. Es sollte eine Vielfalt von Aktionären geben, niemand sollte allein dominieren. Die Volkswagenaktie war die erste Volksaktie. Später kam es zu Privatisierungen: Bahn, Telekom usw. sind auf ein neues Gleis gestellt worden.

Gemessen an Erfolgsparametern hat sich diese Weichenstellung bewährt. VW ist mit 6,2 Millionen Fahrzeugen höchst erfolgreich. Arbeitnehmervertreter haben dem erfolgreichen Kurs nicht nur nicht im Weg gestanden, sie haben ihn mitgestaltet. Auch das Land als Aktionär hat nicht im Weg gestanden, sondern mitgestaltet. Investitionen in Russland, Indien, Amerika, die Erweiterung in China sind immer mit den Stimmen aller Beteiligten beschlossen worden.

Der wirtschaftliche Erfolg von Volkswagen in den unruhigen Zeiten, in denen wir angesichts von Finanzmarktkrise, Immobilienblase, Internetblase leben, sollte uns sehr wohl beschäftigen. Ein von Deutschland bestimmtes Unternehmen ist auf dem Weg, in den nächsten Jahren vielleicht der größte Automobilhersteller zu werden. Es liegt auch im politischen Interesse, dass konstruktive Mitbestimmung und Begleitung durch Aktionäre politisch flankiert werden. Wir wollen kein Scheitern wie bei DaimlerChrysler, was mit Milliardenverlusten für die Aktionäre rückabgewickelt werden musste, wir wollen eine gedeihliche Zusammenarbeit. Ich erwähne nur am Rande, dass Volkswagen in vier Tagen so viele Autos baut wie der neue Großaktionär im ganzen Jahr.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs wird 1:1 umgesetzt. Der Tenor des Urteils besagt, dass die Bundesrepublik Deutschland dadurch, dass sie § 4 Abs. 1 sowie § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 des VW-Gesetzes beibehalte, gegen Artikel 56 des EG-Vertrages verstoße. Es wird mithin ausdrücklich von der „Verbindung“, vom „Zusammenspiel“, von einem „rechtlichen Rahmen“ und der daraus resultierenden Situation gesprochen.

Die einzelne Bestimmung der Sperrminorität wird vom Europäischen Gerichtshof ausdrücklich nicht bemängelt. Deswegen stehen auch keine Strafzahlungen in Rede. Sie würden ohnehin erst fällig, wenn

der Europäische Gerichtshof erneut angerufen würde. Davon gehe ich nicht aus; denn Aktienrecht, Gesellschaftsrecht ist nationales Recht, keine europäische Rechtsmaterie. Gesellschaftsrecht ist nicht harmonisiert. In den Einzelfragen des Gesellschaftsrechts hat die EU-Kommission keine Zuständigkeit. Es ist nicht Sache der EU, im Detail festzulegen, wie viele Personen einem Vorstand angehören, wie Mitbestimmung ausgestaltet wird oder wie groß Sperrminoritäten sind. Dann hätten wir zwei Interessenlagen: das geschützte Interesse des Kapitalverkehrs, eine Sperrminorität zu erwerben, ebenso wie das schutzwürdige Interesse, im freien Kapitalverkehr Dominanz zu erlangen.

In § 179 des deutschen Aktiengesetzes heißt es, dass die Sperrminorität 25 % beträgt. Aber nach Absatz 2 können für Unternehmen Abweichungen hinsichtlich der Sperrminorität festgelegt werden. So hat Porsche eine Sperrminorität von 33, Volkswagen eine solche von 20 %. Man will vermeiden, dass einer den anderen überstimmen, dominieren kann.

Ich fasse zusammen:

Die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und jetzt auch der Bundesrat nehmen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Verpflichtungen ernst, die sich aus dem Urteil ergeben. Aber Deutschland nimmt auch die Verpflichtung aus der Patronatser-\*) Anlagen 1 bis 3 klärung ernst, die die Regierung A d e n a u e r mit Präsident Ole von Beust

Bundesrat - 847. Sitzung - 19. September 2008 259

(A) (C)

(B) (D)

dem ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten, Hinrich Wilhelm K o p f , abgeschlossen hat. In dem Vertrag zwischen Bund und Land heißt es, dass Bund und Land alle Maßnahmen zu treffen haben, die geeignet sind, das mit dem Vertrag angestrebte Ziel, die Bewahrung des VW-Gesetzes, so weit wie möglich zu erreichen. Dazu gehört auch die qualifizierte Sperrminorität von 20 %.

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat, keine Einwendungen gegen das Gesetzesvorhaben zu erheben und dadurch eindrucksvoll deutlich zu machen, dass wir hinter dem novellierten VW-Gesetz stehen. Ich bitte Sie um Unterstützung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

Das entscheidende Argument der Kommission war im Übrigen, dass die Kapitalverkehrsfreiheit gestört sei und dass Investoren abgeschreckt würden, VW-Aktien zu erwerben. Wer sich die Börse in den letzten Jahren ansieht, wird auf jeden Fall feststellen, dass sich gerade in diesen Stunden kein Investor abgeschreckt fühlen könnte, VW-Aktien zu erwerben.

Es gibt im Moment keine attraktivere Aktie auf der Welt als diejenige von VW. Dementsprechend führt die Kommission auch diesbezüglich ihre Argumentation ad absurdum. - Vielen Dank.

Präsident Ole von Beust: Das Wort hat Herr Kollege Oettinger.

Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr

Präsident, meine Damen und Herren! Das Recht der Aktionäre ist in Deutschland klar und überzeugend im Aktiengesetz geregelt.

Die Minderheit von 25 % gilt bei Telekom, Post, BMW, Daimler, SAP und vielen anderen. Es bedarf keiner besonderen Minderheitenregelung für einen einzigen Konzern. Entweder müssten wir sagen, dass 20 % schutzwürdig sind. Dann, bitte, einen Gesetzentwurf zum deutschen Aktiengesetz! Oder wir sagen:

Die 25 % haben sich bewährt. - Dann, bitte, auch für VW! Warum kommen wir nicht auf die Idee, 15 oder 10 oder 3 % zu wählen? Ich meine, das deutsche Aktiengesetz, das überzeugend praktiziert wird, das auch bei Privatisierungen der letzten Jahre - wie der Lufthansa, der Post, der Telekom und bald der Bahn AG - angewandt wurde bzw. wird, kann in Zukunft für VW gelten.

Ein zweiter Punkt! Mir macht Sorge, dass Deutschland in zunehmendem Maße in die kritische Betrachtung der Kommission und des Europäischen Gerichtshofs gerät. Wir versuchen, dies sensibel zu

vermeiden, wenn es um Rundfunk, Internet und Staatsverträge geht. Ich denke auch an die Themen „Toto und Lotto“, „öffentlich-rechtliche Banken“ - mit großen Vermögensrisiken - und andere. Warum riskieren wir ein weiteres Verfahren der Europäischen Kommission sehenden Auges und ohne Not?

Deutschland als größte Volkswirtschaft sollte in allen Fragen der Ordnungspolitik und der Marktwirtschaft Vorbild sein und sich nicht um Ausnahmen bemühen.

Ich verstehe die Position des Kollegen Wulff sehr gut. Wer 20 % Aktien hat, schafft mit § 4 Abs. 3 deren Veredelung. Er stärkt seinen Vermögenswert. Dies ist richtigerweise seine Position. Ich kann auch Kolleginnen in der Bundesregierung, die aus Niedersachsen kommen, politisch verstehen.

(Bundesministerin Brigitte Zypries: Ich bin Hessin! Aus Kassel!)

Aber klar muss sein: Wir haben eine andere Aufgabe. Wir sollten prüfen, ob ein Gesetz europarechtskonform ist oder tendenziell nicht.

Nun ersetzt der Kommissar noch nicht die Kommission und die Kommission noch nicht das Gericht.

Aber wir haben alle Anzeichen, dass der Kommissar für die Kommission spricht. Er hat uns im April unmissverständlich geschrieben, dass § 4 Abs. 3 nicht

europarechtskonform ist. Wir können davon ausgehen, dass die Kommission dies im Oktober beschließt.

Dann geht es vor Gericht, und dann kommt das Urteil. Vielleicht nach der Bundestagswahl! Müssen wir Europa unnötig brüskieren? Ich halte das für falsch. Ich glaube, dass VW einen guten Weg gehen kann, dieser Paragraf dafür aber nicht notwendig ist.

Präsident Ole von Beust: Danke schön!

Frau Bundesministerin Zypries hat das Wort.

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz: Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Oettinger, wenn Sie sagen, es bedürfe keiner gesonderten Regelung für VW, klingt



das so, als wollten wir eine solche für VW einführen. Das wollen wir aber gar nicht. Wir wollen lediglich an einem Gesetz festhalten, das es schon seit 50 Jahren in Deutschland gibt und an dem wir nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs nur leichte Modifikationen vornehmen müssen. Es geht also nicht darum, eine bestimmte Firma besserzustellen als bisher, sondern einfach darum, die Rechtslage in Deutschland beizubehalten, weil man gesehen hat, dass es gut funktioniert. Wie Herr Wulff soeben schon gesagt hat, ist VW unter diesem Gesetz zu einem der erfolgreichsten europäischen Autokonzerne geworden. Warum sollen wir bestehende gute Regelungen ändern?

Man kann nur vor dem historischen Hintergrund verstehen, warum das so ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die heute fast nicht mehr vorstellbare Situation, dass kaum jemand wusste, wem das VW-Werk eigentlich gehörte. Da waren die Sparer, die mehr als 300 000 Reichsmark angespart hatten, um Autos zu kaufen. Da war das Geld der Gewerkschaften, das im Faschismus enteignet und mit dem der Aufbau des Werkes begonnen worden war. Da waren die Arbeitnehmer, die für sich in Anspruch nahmen, das Werk vorangebracht zu haben. Einen Eigentümer aber gab es nicht.

Nach langen Diskussionen wurde 1960 in einem historischen Kompromiss beschrieben, wie VW in Zukunft dastehen soll. In Umsetzung dieses Kompromisses wurde die Machtbalance in einem Gesetz verankert. Danach bekamen sowohl das Land Niedersachsen als auch die Bundesrepublik Deutschland, als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestimmte Rechte. Außerdem wurde festgelegt, dass die Beschäftigten maßgeblichen Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen bekommen sollen. Das lag daran, dass das Werk mit dem Vermögen der Gewerkschaften aufgebaut worden war und dass die Beschäftigten in den 50er Jahren gerade mit ihrem enormen Arbeitseinsatz rund um den „Käfer“ den Aufschwung erst möglich gemacht hatten. Das ist der historische Hintergrund des VW-Gesetzes. Ihn sollte man mindestens so gut kennen wie das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom letzten Oktober. Der EuGH hat damals entschieden, mit einigen Vorschriften im VW-Gesetz verstoße Deutschland gegen die Kapitalverkehrsfreiheit. Diese letztinstanzliche Entscheidung werden wir selbstverständlich akzeptieren. Daran gibt es für mich als Bundesjustizministerin – die ich übrigens in Hessen gebürtige und lebende deutsche Staatsangehörige bin – gar keinen Zweifel. Wir werden das Urteil in nationales Recht umsetzen, und zwar zu 100 %. Angesichts der historischen Dimension des Gesetzes, die ich soeben dargestellt habe, kann es keinen Zweifel daran geben, dass wir es nur insoweit umsetzen werden, als es unbedingt erforderlich ist, als das Urteil es verlangt. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs kann für Deutschland kein Anlass sein, das VW-Gesetz komplett abzuschaffen. Das

sollte die Europäische Kommission akzeptieren. Wir wollen das Urteil zu 100 % umsetzen. Zuvor muss man klären, was das Urteil genau besagt. Bei der Beantwortung dieser Frage kommt man mit Ungenauigkeiten nicht weiter; deswegen muss man sich den Text anschauen. Der Tenor der Entscheidung lautet ganz klar - ich zitiere -:  
Die Bundesrepublik Deutschland hat dadurch, dass sie § 4 Abs. 1 sowie § 2 Abs. 1 in Verbindung mit

- darauf kommt es an: in Verbindung mit! - § 4 Abs. 3 des VW-Gesetzes beibehalten hat, gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 56 Abs. 1 EG-Vertrag verstoßen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Dazu muss man wissen, dass die Kommission beantragt hatte, drei Bestimmungen für europarechtswidrig zu erklären: das gesetzliche Entsenderecht für den Bund und das Land Niedersachsen, die Stimmrechtsbeschränkung auf 20 % und das besondere Mehrheitserfordernis für Hauptversammlungsbeschlüsse von 80 % plus einer Aktie, also die sogenannte Sperrminorität von 20 %.

Das gesetzliche Entsenderecht hat der EuGH für rechtswidrig erklärt, die beiden anderen Bestimmungen aber, wie ich gerade vorgelesen habe, nur „in Verbindung“ miteinander, also nicht jede Norm selbstständig für sich, sondern nur beide zusammen. Wenn man als studierter Jurist einen solchen Text auslegt, kann man meines Erachtens nur zu dem Ergebnis kommen, dass sich die Kommission mit ihrer Klage eben nicht vollständig durchgesetzt hat. Das Gericht hat der Klage nur mit einer Einschränkung stattgegeben.

Wenn zwei Paragraphen nur „in Verbindung“ miteinander europarechtswidrig sind, liegt es auf der Hand, dass man nicht beide aufheben muss. Dann reicht es aus, nur einen davon aufzuheben, und der andere kann weiter bestehen, ohne gegen europarechtliche Vorschriften zu verstoßen.

Genau das tun wir in dem vorliegenden Gesetzentwurf: Wir schaffen das gesetzliche Entsenderecht für den Bund und das Land Niedersachsen ab; denn dies wird eindeutig verlangt. Wir schaffen die Stimmrechtsbeschränkung auf 20 % ab. Die Sperrminorität bei Hauptversammlungen, die im Übrigen gar nicht so weit vom allgemeinen Aktienrecht abweicht, kann dagegen isoliert weiter bestehen.

Diese Rechtsansicht hat die Kommission bis heute nicht widerlegt. Eine begründete Stellungnahme aus Brüssel, warum nicht wir das Urteil richtig interpretieren, sondern die Kommission, die sich durch Pressesprecher äußert, gibt es nicht. Eine entsprechend begründete Stellungnahme soll Deutschland erst Mitte Oktober vorgelegt werden. Anschließend hätten wir zwei Monate Zeit, um darauf zu reagieren und gegenüber der Kommission wiederum unsere Rechtsansicht darzulegen.

Wie Sie sehen, stecken wir noch mitten in einem Verfahren mit Brüssel. Daher gibt es keinen Grund,

weshalb die Bundesregierung von ihrem einstimmig gefassten Beschluss abrücken sollte. Wer dies verlangt, handelt entweder in vorauseilendem Gehorsam gegenüber Brüssel - dafür sehe ich, ehrlich gesagt, keinen Anlass -, oder er versucht, unter Berufung auf Brüssel ein Gesetz zu Fall zu bringen, das ihm wirtschaftspolitisch nicht passt. Ein solches Spiel über die Bande halte ich allerdings nicht für fair. Wer wirtschaftspolitische Entscheidungen sucht, muss auch wirtschaftspolitisch argumentieren, finde ich. Er sollte sich nicht hinter einem Gerichtsurteil verstecken, jedenfalls nicht hinter einem solchen, das mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu 100 % in deutsches Recht umgesetzt wird.

Man kann nicht behaupten, dass es in den letzten 50 Jahren eine innerdeutsche Debatte über die Aufhebung des VW-Gesetzes gegeben habe. Mit anderen Worten: Es geht nur um die Umsetzung der Entscheidung. Innerhalb Deutschlands gibt es keine Vorstellungen, ein Gesetz, das sich bewährt hat, das die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr gut sichert und das dazu beigetragen hat, dass VW zu einem großen Konzern in der Welt geworden ist, ohne Not zu ändern. Dafür sehe ich keine wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte. Präsident Ole von Beust: Vielen Dank, Frau Zypries!

Bundesministerin Brigitte Zypries

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Die beteiligten Ausschüsse empfehlen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Ich stelle daher fest, dass der Bundesrat entsprechend beschließt.

</ text >

< text 848 >

Ich rufe Punkt 26 auf:

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung (Drucksache 638/08)

Hierzu liegt eine Wortmeldung von Minister Professor Dr. Reinhart (Baden-Württemberg) vor.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute steht die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer längeren und sehr kontrovers geführten Diskussion.

Um Investoren nicht abzuschrecken, verzichtet er wohlweislich auf ein verbindliches Meldeverfahren. Das Bundeswirtschaftsministerium erhält künftig die Aufgabe, aktuelle Investitionsvorhaben zu beobachten. Innerhalb von drei Monaten kann dann ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet werden, wenn es um den Erwerb von mindestens 25 % eines deutschen Unternehmens durch Erwerber außerhalb des Raums der EU und des europäischen Wirtschaftsraums geht.

Eine Untersagung soll möglich sein, wenn dies unerlässlich ist, um die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Auch wenn beteuert wird, diese Regelungen eigentlich nicht anwenden zu wollen, ist dies nicht gerade das, was man klare Investitionsbedingungen nennen kann. Obwohl dem Vorhaben Giftzähne gezogen wurden, sollte man kritisch prüfen, ob man alle ausländischen Investoren sozusagen unter Generalverdacht stellt. Die deutsche Wirtschaft - dies zeigt die Übertragungsbilanz - ist ja gerade einer der großen Gewinner der Kapitalverkehrsfreiheit.

Parl. Staatssekretär Peter Altmaier

Ganz aktuell wird die Widersprüchlichkeit des Vorhabens anhand der geplanten Bahnprivatisierung deutlich. Zwar wird der für den 27. Oktober geplante Börsengang im Hinblick auf die aktuelle Finanzmarktkrise verschoben. Aber wir haben der Presse entnommen, dass man sich z. B. um sogenannte Ankerinvestoren bemüht, also um Staatsfonds aus Singapur, aus dem arabischen Raum oder aus China.

Die Beteiligung ausländischer Fonds an deutschen Unternehmen ist nichts Schlechtes. Bedeutende Unternehmen sind in der Vergangenheit, wie wir wissen, sehr gut damit gefahren. Sollte es zu problematischen Entwicklungen kommen, ist in diesem Bereich das Wettbewerbsrecht gefordert.

Die kritische Haltung gegenüber außenwirtschaftlichen Reglementierungen wird durch die aktuelle Finanzmarktkrise bestätigt. Es sind gerade nicht Investitionen in der Realwirtschaft, die gegenwärtig die Probleme aufwerfen.

Allgemein verbreitet ist sicherlich die Erkenntnis, dass es im Banken- und Finanzsektor jetzt vor allem um Vertrauen geht. „Vertrauen verloren, alles verloren“ ist ein alter Grundsatz der Kaufleute, der hier in besonderem Maße gilt. Hinzu kommt ein Gefühl der Ungerechtigkeit beim Bürger, wenn er sieht, wie wirtschaftliche Fehlleistung mit staatlichen Mitteln ausgeglichen werden muss.

Notwendig ist deshalb zweierlei: Wiederherstellung des Vertrauens in den Bankensektor und eine Ordnung der Verhältnisse, die von den Bürgern akzeptiert wird. Beides gehört zusammen, beides bedingt sich.

Zur Wiederherstellung des Vertrauens sind Appelle nicht ausreichend. Nötig ist eine klare Analyse, die mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft einbeziehen muss. Dann sind Konsequenzen zu ziehen.

Vor allen Dingen müssen Vorkehrungen für die Zukunft getroffen werden.

Es ist hier weder der Ort noch die Zeit, um das Thema im Detail zu behandeln. Aber viele Punkte stechen bereits heute ins Auge.

Das in den vergangenen Jahren vor allem für die Gewinne der großen Banken überproportional wichtige Kreditersatzgeschäft - im Wesentlichen Investmentbanking - verliert auf Grund der gestiegenen Refinanzierungskosten für die Banken an Attraktivität.

Die Bedeutung der Kreditderivate geht zurück, während die des klassischen Kredits, vor allem des Firmenkredits, wachsen wird. Diese Entwicklung bestätigt das klassische deutsche Bankenverständnis. Ich möchte an dieser Stelle etwas betonen, was auch auf europäischer und globaler Ebene deutlich gesagt werden sollte: Das klassische Drei-Säulen-Modell mit Sparkassen, Volksbanken und Geschäftsbanken in Deutschland hat sich bewährt. Das Festhalten daran wird in diesen Tagen durch alle Analysen bestätigt. Ein solches Modell ist insgesamt stabiler. Deutschland sollte sich weiterhin dazu bekennen, auch gegenüber der Europäischen Union.

Finanzierungsrisiken werden wieder stärker berücksichtigt. Das führt auf den internationalen Finanzmärkten tendenziell zu einer Reduzierung des Spielraums der Banken bei der Kreditvergabe. Dies gilt insbesondere für Großkredite, z. B. zur Finanzierung von Unternehmensübernahmen, nachdem von der Finanzmarktkrise auch Hedgefonds als Finanziers massiv betroffen sind und zur Finanzierung derzeit weitgehend ausfallen. Regionale Banken dagegen, wie Sparkassen und Volksbanken, verfügen über ein großes Einlagengeschäft und sind damit eher in der Lage, ihre Kreditgeschäfte fortzuführen. Die Fremdkapitalfinanzierung wird insgesamt zurückgehen.

Die Kapitalstruktur der Banken wird sich tendenziell ändern. Auch wenn die akute Krise das Eigenkapital vieler Banken auf Grund von Abschreibungen massiv reduziert, wird der Eigenkapitalanteil der Banken langfristig – auch aus diesen Erfahrungen heraus – wachsen müssen. Damit sind von den Banken Renditeerwartungen von 25 % – wie in der Vergangenheit – sicherlich nicht mehr zu erwirtschaften.

Für die Banken gilt, ähnlich wie für den deutschen Mittelstand, dass die Eigenkapitalquote steigen muss, um die nötige Stabilität des Unternehmens in Krisen wie der aktuellen sicherzustellen.

Die Kanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung am 7. Oktober vor dem Bundestag über das aktuelle Krisenmanagement berichtet, vor allen Dingen aber eine Zukunftsperspektive über den Tag hinaus aufgezeigt. Wir alle wissen nicht, ob wir am Anfang oder in der Mitte der Krise stehen; mit Sicherheit sind wir noch nicht an ihrem Ende. Hinsichtlich der Perspektive für die EU haben wir gestern im zuständigen Ausschuss des Bundesrates mit dem Bundesaußenminister gesprochen. Gerade wegen der Unsicherheit geht es darum, uns an unseren Interessen zu orientieren. Nötig ist ein Vorgehen von Fall zu Fall, wobei die Balance des nationalen mit dem gemeinsamen internationalen Vorgehen zu wahren ist.

Was heißt das? Dort, wo europäische Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten bestehen – das betrifft die Harmonisierung der nationalen Bankenaufsicht und deren europaweite Koordinierung –, ist die EU gefordert. Wenn es darum geht, die Ratingagenturen in den Fokus zu nehmen, ist eine Beteiligung nicht nur der G 8, sondern der G 20 erforderlich.

Das alles sind Aufgaben, die über die nationale Ebene hinausgehen und gemeinsam begleitet und gelöst werden müssen. Hier wird die Europäische Union stärker gefordert sein.

Es ist naheliegend, sich auch in dieser schwierigen Phase auf den Ausgangspunkt der europäischen Integration zu besinnen, nämlich dann gemeinsam vorzugehen, wenn die Kräfte der Mitgliedstaaten an ihre Grenzen stoßen.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg)

Präsident Ole von Beust: Danke schön!

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Eine Erklärung zu Protokoll\*) gibt Herr Staatssekretär Dr. Pfaffenbach (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) ab.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegen die Ausschussempfehlungen vor.

Wir stimmen über die Ziffern 1 bis 3 gemeinsam ab.

Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf, wie soeben beschlossen, Stellung genommen.

</ text >

< text 849 >

Präsident Ole von Beust: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 849. Sitzung des Bundesrates und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Die Tagesordnung liegt Ihnen in vorläufiger Form mit einem einzigen Punkt vor, dem Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann ist sie so festgestellt.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Herr Dr. Beckstein, heute zum letzten Mal an einer Sitzung des Bundesrates teilnimmt.

Herr Kollege Dr. Beckstein ist fast auf den Tag genau seit 20 Jahren ununterbrochen Mitglied dieses Hauses. Vor seiner Zeit als Ministerpräsident hat er als damals dienstältester Innenminister in Deutschland lange die Innenpolitik seines Landes geprägt. Er hat sich im Bundesrat durch seine Arbeit und auf Grund seines großen Engagements hohe Wertschätzung erworben.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen, Herr Kollege Beckstein, im Namen des gesamten Hauses für Ihre Arbeit sehr herzlich zu danken und Ihnen persönlich die besten Wünsche für die Zukunft zu überbringen. Alles Gute, Herr Dr. Beckstein! (Lebhafter Beifall)

Dr. Günther Beckstein (Bayern): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen für die in aller Regel gute Zusammenarbeit. In den Bereichen, in denen sie nicht so gut war, hat es die eine oder andere spannende Sitzung gegeben; ich erwähne besonders diejenige im Zusammenhang mit der Zuwanderung.

Ich wünsche dem Bundesrat und Ihnen auch alles Gute.

Präsident Ole von Beust: Vielen Dank!

(Beifall)

Wir kommen zu dem einzigen Tagesordnungspunkt:

Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes

(Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG)

(Drucksache 750/08)

Die erste Wortmeldung: Herr Steinbrück, Bundesminister der Finanzen.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Ich möchte am Anfang meiner

Ausführungen meinen großen Dank an Sie alle aussprechen

dafür, dass Sie an einem Verfahren mitgewirkt

haben, das in der Tat sehr ungewöhnlich ist,

das nicht nur Ihnen, dem Bundesrat, sondern auch

dem Deutschen Bundestag Zumutungen aufgebürdet

hat. Ich weiß, dass ein solches Verfahren nur gerechtfertigt

ist, wenn die Situation außergewöhnlich ist.

Ich meine, wir können gemeinsam begründen, dass

wir in einer außergewöhnlichen Situation sind. Ich

scheue mich nicht zu sagen: Es ging um Gefahrenabwehr,

um die Abwehr von Schaden für die Bundesrepublik

Deutschland.

Gleichzeitig habe ich den Eindruck, dass die Verfassungsorgane in dieser sehr schwierigen Zeit

durchaus bewiesen haben, dass sie handlungsfähig

sind, dass die Bereitschaft besteht, einer solchen Situation

gewachsen zu sein und Verantwortung zu

übernehmen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen, wohl

wissend, dass diese Woche sehr anstrengend gewesen

ist, sehr herzlich bedanken.

Ich will nicht mit Banalitäten aufwarten oder wiederholen,

was Ihnen genauso gewärtig ist wie mir;

ich würde Ihnen nur die Zeit stehlen. Mit Blick auf

das Ausmaß der Probleme, der Krise ist, wie ich

meine, der historische Vergleich nicht falsch oder

vermessen, dass es in den letzten 70 bis 80 Jahren

eine Finanzkrise dieser Tiefenschärfe, dieser Dimension

nicht gegeben hat. Je nachdem, wie sie sich wei-

terentwickeln, weiter hineinfressen könnte - nicht

nur immer tiefer in den Finanzsektor selbst, sondern

mit Übersprüngeffekten auch auf die Realwirtschaft -,

ist es notwendig zu handeln. Dabei gibt es nach wie

vor einige Besonderheiten, die die Bundesregierung

auch in den Augenblicken vertreten hat, als es darum

ging, sich möglichst international auf ein kohärentes,

abgestimmtes Vorgehen einzulassen, wohl wissend,

dass eine solche Krise nur in europäischer, internationaler

Abstimmung zu bewältigen ist. Sie alle haben

mitverfolgen können, wie das in den letzten Wochen

geschehen ist.

Mir ist es sehr wichtig, daran zu erinnern, dass die

betroffenen Länder - Nationalstaaten - sehr unterschiedliche

Ausgangspositionen haben und unterschiedlich

tangiert sind. Jenseits jeder Verharmlosung

halte ich daran fest, dass die Bundesrepublik

Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern relativ

- die Betonung liegt auf: relativ - robust aufgestellt ist. Das bedeutet nicht, dass wir es nicht mit schweren Verwerfungen und einer schweren Erschütterung zu tun haben.

Ich will an vier oder fünf Faktoren erinnern, die maßgeblich dafür gewesen sind, dass sich die Bundesregierung auf die eine oder andere Überlegung auf europäischer Ebene nicht schnell eingelassen hat, z. B. sich an einer überwölbenden europäischen Fondslösung zu beteiligen, gegebenenfalls mit 3 % unseres Bruttosozialprodukts - eine Dimension von 75 bis 80 Milliarden Euro -, oder das zu kopieren, was in den USA auf den Weg gebracht worden ist.

Die Unterschiede im Telegrammstil:

Wir in Deutschland haben es, anders als andere Staaten - Spanien, Großbritannien, USA -, nicht mit einer Immobilienblase oder Immobilienpreisblase zu tun. Im Gegenteil! Viele von Ihnen, die sich mit dieser Materie beschäftigen, kommen wahrscheinlich zu dem Ergebnis, dass die Immobilienpreisentwicklung auf dem Tiefstwert in einer Zehn-Jahres-Betrachtung ist.

Zweiter Hinweis - er spielt eine erhebliche Rolle -:

Wir haben es in Deutschland mit einer Sparquote von 10 bis 11 % zu tun. Die Refinanzierungsmöglichkeiten über diejenigen, die Geld anlegen, auf Konten bringen, sehen ganz anders aus als in einem Land, das keine positive Sparquote hat, sondern eine negative - minus 0,5 % -, und darauf angewiesen ist, zwei Drittel der weltweiten Sparleistung zu absorbieren, um die eigenen Defizite zu refinanzieren oder zu finanzieren. Drittens. Es hat sich herausgestellt, dass das verbreitete System der Universalbanken in Deutschland sehr viel stabiler aufgestellt ist als Spartenbanken. Es reicht, wenn ich Ihnen den Hinweis gebe, dass es vor einem halben Jahr, als wir teilweise mit einer gewissen Ehrfurcht auf die Wallstreet in New York geschaut haben, dort fünf oder sechs große Investmentbanken gab. Heute gibt es dort keine einzige mehr, entweder weil sie in die Pleite gegangen oder übernommen worden sind. Die beiden, die diesen Tsunami überlebt haben, entwickeln sich zurück in eine Universalbank, in eine, wie die Amerikaner sagen, Bank Holding Company.

Vierter Hinweis! Wir haben es in Deutschland mit einem dreisäuligen Kreditwesen zu tun - viel gescholten von manchen: dem internationalen Wettbewerb angeblich nicht gewachsen, verbunden mit dem Nachteil eines Overbanking, verbunden mit dem Nachteil einer zu geringen Dimensionierung gemessen an der Bilanzsumme oder auch an der Börsenkapitalisierung. Plötzlich stellt sich das deutsche Dreisäulensystem auch und gerade mit Blick auf die Versorgung des Mittelstands mit Krediten als sehr wichtig und viel stabiler gegenüber anderen, insbesondere angloamerikanischen, Systemen heraus.

Fünfter Unterschied! Deshalb hatten wir in den letzten Wochen und Monaten, unbenommen der Schwierigkeiten, keine Kreditklemme, jedenfalls nicht in dem Ausmaß wie in anderen Ländern. Wir



haben es - schlimm genug - mit einer Verschlechterung von Kreditkonditionen zu tun und müssen vermeiden, dass es nicht nur mit Blick auf den Mittelstand, sondern auch auf die wichtigen arbeitsplatzhaltenden und hoffentlich auch -schaffenden Investitionen großer deutscher Unternehmen zu einer Kreditklemme kommt.

Vor diesem Hintergrund war es richtig, sich international auf Handlungsmodule, auf Prinzipien für Maßnahmen zu einigen, wie in den Bereichen G 7, G 20 sowie insbesondere bei den Treffen der Bundeskanzlerin mit den G-7-Ländern Europas und der Eurogruppe unter Hinzuziehung Großbritanniens geschehen. Es galt, auch in Deutschland ein maßgeschneidertes Handlungspaket zu verabschieden.

Das Handlungspaket besteht im Wesentlichen aus drei Komponenten. Ich will in der Kürze der Zeit drei weitere benennen:

Wir haben festgestellt, dass es in Deutschland vornehmlich um eine Liquiditätsklemme geht. Sie wissen, dass der Interbankenverkehr - um es verkürzt darzustellen - eingefroren, eingetrocknet ist. Diejenigen, die Liquidität haben, reichen diese an andere Kreditinstitute, die sie dringend brauchen, nicht mehr aus. Wir haben es mit der fast perversen Situation zu tun, dass diejenigen, die Liquidität haben, sie nicht mehr anderen Banken zu relativ günstigen Zinsen geben, sondern dem Notenbanksystem zu geringen 2 %. Die Notenbanken, das europäische Zentralbanksystem, sind im Augenblick in der Lage, Liquidität tagesweise zu Zinssätzen von mehr als 10 % wieder auszuleihen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen verbindet sich mit der Garantieposition von 400 Milliarden Euro - nicht etwa, weil wir dabei Geld fließen lassen, sondern weil wir damit Banken ermuntern wollen, gegenüber ihren Counterparts, ihren Marktpartnern wieder Liquidität auszuleihen in der Gewissheit, dass sie in Anspruch genommen wird, wenn der Partner ausfällt; diese Befürchtung ist verbreitet. Das heißt, das Liquiditätsproblem steht voran.

Zweitens. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es in Deutschland nicht nur um ein Liquiditäts-, sondern - bei einigen Banken - auch um ein Solvenzproblem gehen kann, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung ihrer Eigenkapitalausstattung, der einschlägigen Eigenkapitalkennziffern. Die zweite wichtige Säule ist Rekapitalisierung von Banken. Sie wissen, das geschieht über eine Kredit-, eine Verpflichtungsermächtigung gegenüber dem Sondervermögen in der Größenordnung von 80 Milliarden Euro.

Insgesamt sind es 100 Milliarden Euro; 20 Milliarden Euro sind eine Vorsorge mit Blick auf die von mir apostrophierten 400 Milliarden Euro Garantiesumme.

Dritte Möglichkeit - sie ist allerdings sehr nachrangig -: Wir schließen es nicht aus, dass das Sondervermögen in Gestalt des Finanzmarktstabilisierungsfonds in die Lage versetzt wird - in der Tat nachrangig -, Problemativa aufzukaufen; eingedeutscht: illiquide oder „bad“ Assets.

Das sind die drei wesentlichen Komponenten, von denen wir glauben, dass sie notwendig sind, um die wichtigste Währung für den Finanzmarktsektor wiederherzustellen, nämlich Vertrauen.

Darüber hinaus spielt eine Maßnahme kurzfristig eine erhebliche Rolle; ich freue mich darüber, dass wir im internationalen Verbund bis Ende dieser Woche damit sehr weit gekommen sind: Bilanzierungsregeln. Das ist eine sehr technokratische Materie. Es nimmt Stunden in Anspruch, den Menschen den Unterschied zwischen IFRS und US-GAAP oder - früher - Bilanzierung nach Handelsgesetzbuch zu erklären, und man kommt trotzdem nicht weiter. Es reicht vielleicht aus, wenn wir den Menschen erläutern, dass die derzeitige Anwendung dieser Bilanzierungsregelung wie eine Schlinge um den Hals der Finanzinstitute wirkt. Anders ausgedrückt: Sie reißt sie in dem derzeitigen Strudel immer weiter unter Wasser; denn da manche Märkte definitiv eingefroren sind, ist keine Preisbildung mehr möglich, und Bilanzierungen müssen zu null vorgenommen werden. Die Spiralbewegung nach unten wird immer stärker. Mit weiteren ins Technokratische hineingehenden Ausführungen möchte ich das gar nicht beschreiben.

Dies ist eine der wichtigsten Maßnahmen, mit denen es gelungen ist, im Zusammenwirken mit der Europäischen Kommission, mit den bei uns zuständigen Einrichtungen - Bundesbank und BaFin - und insbesondere einem internationalen Board - IASB - zu einer Interpretation bei Bewertungsmethoden zu kommen, und zwar mit Blick auf eine Flexibilisierung zwischen Bankbuch und Handelsbuch, was schon für die dritten Quartalsbilanzen angewendet werden kann; sie müssen übrigens in wenigen Tagen veröffentlicht werden. So wird nicht eine Entwicklung fortgesetzt, die uns in der Perspektive bis Ende dieses Jahres noch tiefer in Schwierigkeiten hätte bringen können.

In manchen Urteilen haben wir vielleicht falsch gelegen, auch auf der Zeitachse. Aber man kann sich ein Urteil nur in Kenntnis vorliegender Informationen bilden, meine Damen und Herren. Ich halte daran fest, dass sich das Ausmaß dieser Finanzmarktkrise jedenfalls bis weit in den August und in den September hinein der Beurteilung entzog, und zwar derjenigen, die sich schlauer darstellen, ebenso wie derjenigen, die schlauer sind. Letztere beglückwünsche ich. Für mich ist von entscheidender Bedeutung, auch nach dem, was uns die Fachwelt, der Bankensektor selber, sagt, dass die Wasserscheide vor der Insolvenz von Lehman Brothers und nach der Insolvenz von Lehman Brothers verläuft. Das war der entscheidende Unterschied. Warum? Weil zum ersten Mal von den Amerikanern vorsätzlich eine systemrelevante Bank, eine Investmentbank mit einer Bilanzsumme von - sage und schreibe - 800 Milliarden USDollar, wovon ungefähr die Hälfte auf Verpflichtungen bzw. Aktiva und Passiva in Europa zurückgeht, in die Insolvenz gebracht worden ist, mit erheblichen Auswirkungen auch in Europa.

Das war der eigentliche Druckpunkt, der uns in die Schwierigkeiten mit der Bank Hypo Real Estate gebracht hat. Sie hat vier oder fünf Töchter, eine davon in Irland; darauf verliere ich gleich zwei Sätze. Die Töchter sind durch die Insolvenz von Lehman Brothers in Verlegenheit gebracht worden. Für die Bundesregierung war klar, dass es spätestens nach dem zweiten Rettungsschirm für die Hypo Real Estate nicht mehr sinnvoll ist, von Fall zu Fall vorzugehen, sondern dass eine systemische, eine sektorübergreifende Antwort zu finden ist mit den Komponenten, die ich Ihnen dargestellt habe.

In einem kleinen Exkurs komme ich zurück zu der Tochter in Dublin, der Depfa. Das wirft ein Schlaglicht darauf, wie sich der Finanzsektor in den letzten Jahren entwickelt hat.

Dieses ursprünglich in Deutschland angesiedelte Institut ist im Wesentlichen aus zwei Gründen nach Dublin gegangen: erstens um Steuern zu sparen, zweitens um eine Aufsichtsarbitrage, wie es die Fachleute nennen, zu erzielen, in der vielleicht nicht abwegigen Annahme, dass die irische Bankenaufsicht - ich drücke mich höflich aus, um nicht zu diplomatischen Verwicklungen beizutragen - etwas anders ausgestattet ist und vorgeht als die deutsche Bankenaufsicht. Das Perverse ist, dass die Bank in Irland, nicht mehr bei uns, Steuern gezahlt hat, durch die Maßnahmen der irischen Regierung als irische Steuerzahlerin aber nicht abgesichert worden ist. Die Maßnahmen der Iren beziehen sich ausschließlich auf irische Banken, nicht auf Tochterunternehmen ausländischer Banken, kontinentaleuropäischer Banken mit einem Standort in Dublin, spezifischer: Dublin Docks - damit all diejenigen, die über Steuerbewegungen einigermaßen informiert sind, genau wissen, wovon ich rede.

Zwei Maßnahmen, die ich nicht unerwähnt lassen möchte, kommen hinzu.

Auch in Deutschland werden wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, ob wir die nationale Aufsicht verbessern können. Damit folge ich nicht den aus der Hüfte geschossenen Vorwürfen an die deutsche Bankenaufsicht generell; ich halte viele Hinweise nicht für fair. Aber es ist kritisch, auch selbstkritisch zu konstatieren, dass wir in Deutschland die Bankenaufsicht verbessern müssen. Ich rede zunächst nur von der nationalen Bankenaufsicht, rate allerdings dazu, auch nicht zu leichtfüßig mit Vorschlägen zu kommen, von denen man weiß, dass es sehr schwierig sein wird, sie umzusetzen.

Dies betrifft den Vorschlag, Bundesbank und BaFin einfach zu verheiraten, sie „zusammenzuwerfen“; denn die Bundesbank ist gar nicht bereit und in der Lage, eine Eingriffsverwaltung darzustellen, hoheitliche Akte zu erlassen. Das sage ich sehr gezielt, weil ich angesichts von Äußerungen aus dem Kreis der Länder, aus dem Kreis des Bundesrates gelegentlich den Eindruck habe, dass die Lösung darin gesehen wird, die Bundesbank und die BaFin quasi zu fusionieren, zu verschmelzen. Vielmehr gerät man

damit in sehr weitreichende Probleme, die auch dasjenige hohe Gut tangieren können, das wir nicht zuletzt durch eine Änderung des Gesetzestextes nochmals berücksichtigt haben, nämlich die Unabhängigkeit der Bundesbank, in deren Tradition und guten Erfahrungen wir seit Gründung der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank stehen. Zweitens haben wir uns um das in Deutschland sehr gut entwickelte Einlagensicherungssystem zu kümmern. Sie wissen, dass es aus einem gesetzlichen Rettungsring und einem darauf aufbauenden freiwilligen Rettungsring besteht, der durch eine politische Patronatserklärung, eine politische Garantieerklärung der Bundeskanzlerin und mir noch einmal verstärkt worden ist bzw. in seiner Glaubwürdigkeit gefestigt werden sollte. Ich glaube, dies ist gelungen. Was wir verabschieden, sind Hilfsmaßnahmen, für die es Gegenleistungen geben muss. Dies sind wir der Bevölkerung schuldig. Den Menschen ist - das spüren Sie in vielen Veranstaltungen genauso wie ich - mit Blick auf die ungeheueren Summen, von denen die Rede ist, auf die Dimension von Kapitalbewegungen, auf anonyme Prozesse und auf intransparent erscheinende Finanzmarktprodukte ohnehin sehr schwer zu vermitteln, was dort eigentlich passiert. Dabei habe ich gelegentlich den Eindruck, dass selbst diejenigen, die solche Finanzmarktprodukte „geboren“ haben, nicht mehr richtig durchblicken. In diesem Zusammenhang wiederhole ich das, was ich im Deutschen Bundestag gesagt habe: Dies ist eine Maßnahme nicht im Sinne einer Gratifikation für den Bankensektor. Sie dient schon gar nicht dazu, ein Bankmanagement vor dem Ruin zu bewahren. Vielmehr ist sie notwendig, um einen robusten, funktionsfähigen Kredit- und Finanzsektor in Deutschland zu erhalten, der nach meiner Überzeugung - damit knüpfe ich an die bemerkenswerte Rede von Herrn R ö t t g e n in der Bundestagsdebatte an - ein öffentliches Gut ist, das geschützt werden muss. Dieses öffentliche Gut ist von sehr praktischer Bedeutung für jeden Betrieb für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, der einen Betriebsmittelkredit haben möchte. Es ist relevant für jedes Großunternehmen, das Investitionen tätigen muss und will, die es nicht aus seinem Cashflow finanziert. Es ist relevant für jede Kommune, die einen Kassenkredit braucht. Es ist relevant für jede gesetzliche Krankenversicherung mit Blick auf die Einlagen, die getätigt werden, für jede Berufsgenossenschaft, für jeden Sparer, der Sicherheit und ein wettbewerbsfähiges Bankensystem zu günstigen Konditionen in Deutschland haben möchte. Es ist wichtig für jeden, der für das Alter spart und neben der umlagefinanzierten Altersversorgung über kapitalgedeckte Verfahren oder Anlagemöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt ein auskömmliches, würdiges Leben im Alter führen möchte. Dies ist den Menschen zu vermitteln. Es ist die eigentliche Raison d'être, die uns zusammenführt, um das Gesetzeswerk zu verabschieden. Ich freue mich, meine Damen und Herren - um in

die Schlusskurve zu kommen -, dass ein Kompromiss zwischen Bund und Ländern möglich gewesen ist. Ich will das nicht im Einzelnen wiederholen, zumal gestern bei der Bundeskanzlerin alle Ministerpräsidenten anwesend waren und ich Ihnen nur die Zeit stehlen würde. Ich weiß, dass dabei auch Kröten zu schlucken sind, für Sie insbesondere mit Blick auf das zweistufige Verfahren, also die Überantwortung der Zuständigkeit für die Landesbanken und ihre Zweckgesellschaften an die Länder, soweit sie Anteile an den Landesbanken haben. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ein „cap“ von 7,7 Milliarden Euro weder der nationalen Herausforderung, wie wir seitens der Bundesregierung es sehen, noch der Ursprungsposition des Bundes entspricht. Trotzdem halte ich es für richtig, dass wir uns gefunden haben. Ich bestätige noch einmal, dass wir die Rechtsverordnung zur Auflösung des Sondervermögens zustimmungspflichtig gestalten werden und damit auch im Bundesrat darüber zu debattieren haben. In den Lenkungsausschuss, der aus vier Vertretern des Bundes bestehen soll, soll auf Ihren Vorschlag hin auch ein Vertreter aus Ihren Reihen - wahrscheinlich kein amtierendes Kabinettsmitglied - entsandt werden.

Wir reden im Augenblick über Krisenprävention. Ich will nicht in extenso, aber abschließend auf ein Weiteres hinweisen, damit es nicht untergeht: Wir haben parallel dazu auf der internationalen Ebene mindestens genauso ehrgeizig darüber zu debattieren, wie wir zukünftige Krisen in dieser Größenordnung verhindern oder gegenüber dem, was wir im Augenblick erleben, zumindest eindämmen können. Wir werden Vertrauen insgesamt wahrscheinlich nicht allein dadurch wiederherstellen können, dass wir Sicherungen bei Eigenkapitalregeln, bei Ratingagenturen, bei Liquiditätspuffern, bei Risikomanagementsystemen und dergleichen einziehen; dazu bedarf es auch dessen, was heute in der Bundestagsdebatte als Moral des Finanzsektors beschrieben worden ist. Wenn die Menschen angesichts der Kombination gelegentlicher Erfahrungen von Steuerhinterziehung, Korruption, maßlosen Bankmanagergehältern und -abfindungen einerseits und der Abdeckung privater Verluste durch die Allgemeinheit andererseits den Eindruck haben, dass etwas stattfindet, was sich ihren moralischen Maßstäben und ihren Erwartungen an ein funktionierendes Gemeinwesen entzieht, dann haben wir alle - ungeachtet unserer jeweiligen parteipolitischen Zugehörigkeit - ein Legitimationsproblem.

Am meisten ärgert mich in vielen Debatten über den Finanzsektor die Leichtfüßigkeit, mit der die Frage nach der Legitimation unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells der Politik zugeordnet wird. Wenn wir den Konsens erzielten, die anderen Eliten, die anderen Teile dieser Gesellschaft an ihre Mitverantwortung zu erinnern - dies richtet sich übrigens auch an die Medien, um dies von diesem Pult aus deutlich zu sagen -, und dabei gemeinsam vorgehen

könnten, dann zeitigte das vielleicht einen weiteren Lerneffekt aus dieser Finanzmarktkrise, und zwar nicht nur im Sinne von Krisenprävention, nicht nur mit Blick auf eine neue Balance, auf mehr Augenmaß, auf das Gefühl für Proportionen, sondern vielleicht auch mit Blick auf eine gestärkte soziale Marktwirtschaft, die dieser Republik in ihrer Wohlstandsentwicklung in den letzten Jahrzehnten sehr gut getan hat. - Herzlichen Dank.

Präsident Ole von Beust: Vielen Dank, Herr Steinbrück!

Das Wort hat Herr Kollege Beck.

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat sind, wie der Bundesfinanzminister soeben deutlich gemacht hat, die Menschen in Deutschland und darüber hinaus verunsichert. Viele, von der Rentnerin bis zum Mittelständler, fragen sich, wie es mit diesem Finanzsystem weitergeht und was es für sie ganz persönlich bedeutet, für die wirtschaftlichen Vorstellungen, die sie haben, und die Notwendigkeiten, die sie sehen, für die Rücklagen, die sie gebildet haben, um gegen Risiken im Alter abgesichert zu sein. Es ist eine sehr ernste Herausforderung, wenn Menschen so tief verunsichert sind. Dem haben wir uns zuzuwenden, indem rational die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Ich bin davon überzeugt: In der gegenwärtigen Situation treffen wir heute rational eine richtige Entscheidung. Wir müssen den Menschen aber auch deutlich machen, wie die Zusammenhänge sind, und wenn sie noch so kompliziert sein mögen. Denn am Ende bedarf unser marktwirtschaftliches System, das sich zu Recht soziale Marktwirtschaft nennt, der Legitimation auch im Empfinden der Menschen. Es braucht die innere Zustimmung, damit es von jedem Einzelnen getragen wird. Insoweit ist heute sicherlich zu betonen, dass die soziale Marktwirtschaft ein herausragendes ökonomisches System ist, das es zu erhalten gilt.

Wir müssen den Strömungen entgegentreten, deren Vertreter uns in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu verdeutlichen versucht haben, fast jede Regelung sei schon eine falsche Weichenstellung. Es muss klar sein, dass marktwirtschaftliche Regelungen einer Orientierung bedürfen.

Die Menschen sind zu Recht empört. Wenn man in den USA unterwegs war, haben schon vor Jahren alle möglichen Auguren davon gesprochen, dass mit dem dortigen Hypothekenmarkt etwas nicht in Ordnung ist. Es wurde aber nicht wirklich wahrgenommen, schon gar nicht ist angemessen reagiert worden. Ausgehend von der Hypothekenkrise in den USA gab es eine Orientierung des Finanzsektors, wonach statt Verantwortung immer mehr - man muss es so sagen - Gier, Maß- und Verantwortungslosigkeit die treibenden Faktoren waren.

Wir befinden uns jetzt in einer weltweiten Finanzkrise, und es ist am Staat, seine Verantwortung wahrzunehmen. Ich betone dies, weil nach meiner

Überzeugung unser staatliches Gemeinwesen handlungsfähig gehalten werden muss. Das gilt es in Erinnerung zu behalten, auch für spätere grundsätzliche Orientierungen in unserer Gesellschaft.

Wir konnten in den letzten Tagen und Wochen erleben, dass die Bundesregierung verantwortlich und unter dem Strich richtig gehandelt hat. Das will ich ausdrücklich anerkennen; ich adressiere dies an Sie, Herr Finanzminister, an die Kanzlerin und an die gesamte Bundesregierung.

Wir haben in den letzten Tagen auch bewiesen, dass unser föderales System handlungsfähig ist, dass wir in der Lage sind, innerhalb von wenigen Tagen in einer äußerst ungewöhnlichen Weise Entscheidungen von großer Tragweite miteinander auf den Weg zu bringen. Auch das sollte in Erinnerung bleiben, wenn über die Funktionsfähigkeit des Föderalismus und vieles andere in Zukunft diskutiert wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht darum, die Signale auszusenden, die staatliches Handeln aussenden kann, um den Finanzmärkten wieder ein Maß an Sicherheit zu geben. Wir hoffen, dass durch die staatlichen Garantien das untereinander verspielte Vertrauen schrittweise wieder aufgebaut wird.

Zweitens geht es darum, ein funktionierendes finanzwirtschaftliches System als Grundlage für unser gesamtes Wirtschaftssystem zu erhalten. Denn am Ende geht es um Arbeitsplätze, um die Existenz von mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern, um die soziale Stabilität in unserer Gesellschaft. Was ist über das hinaus, was wir uns in dem Gesetzentwurf, den wir heute abschließend beraten, vorgenommen haben, zu tun? Es ist nach diesem Handeln die Verantwortung auch derjenigen einzufordern, die ihre gigantischen Gehälter immer damit begründet haben, sie nähmen eben auch eine gigantische Verantwortung wahr. Jetzt muss überprüft werden, ob sie wirklich wahrgenommen worden ist. Dazu müssen nationale, europäische und internationale Maßstäbe gefunden werden. Es kann nicht sein, dass einfach weiter nach dem Motto verfahren wird: Schwamm drüber! Die Steuerzahler stehen für die Fehler ein, und damit ist es gerichtet.

Die Frage, wie es im Einzelnen zu solchen Fehlorientierungen und Fehlentscheidungen gekommen ist, muss gründlich untersucht werden. Alle Staatsorgane sind dazu aufgerufen, jeweils in ihrer Verantwortung ohne Vorverurteilung und ohne Generalisierung von Schuldzuweisungen, aber in aller

Konsequenz den Dingen nachzugehen, die möglicherweise auch contra legem vor sich gegangen sind.

Der zweite Ansatz ist, dass wir national, europäisch und international handeln müssen. Herr Bundesfinanzminister, ich erkenne ausdrücklich an, dass Sie dieses Thema ausgehend von den Weltwirtschaftsgipfeln immer wieder auf die internationale Tagesordnung gebracht haben. Es zeigt sich, wie notwendig dies gewesen ist. Wir können nur hoffen, dass die veränderte Situation, die nach dieser finanzpolitischen

Katastrophe eingetreten ist, die Bereitschaft erhöht, über Regelungen auf dem internationalen Sektor miteinander zu reden. Einige will ich in aller Kürze ansprechen.

Es ist an der Zeit, die Rolle des Internationalen Währungsfonds zu stärken und auf diese Art und Weise Handlungsfähigkeit im Alltag herzustellen. Wir müssen uns der störenden, nicht akzeptablen Funktion von Steueroasen zuwenden. Ich empfinde es als besonders bedrückend, dass es solche nach wie vor auch in Europa gibt.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Europa“ muss über die Grundorientierung diskutiert werden, die die EU-Kommission in den vergangenen Jahren vertreten hat. Sie hat immer wieder aufs Neue – zugegebenermaßen teilweise auf Drängen deutscher Geschäftsbanken – unser dreigliedriges Bankensystem in Frage gestellt und Grundlagen unseres funktionierenden Sparkassenwesens verändert. Das hat auf jeden Fall nicht zu Ergebnissen geführt, die unter dem Strich als akzeptabel gelten können.

Insoweit müssen neben den Verantwortlichkeiten, die auf europäischer Ebene wahrgenommen werden müssen – hinsichtlich der Aufsichtsfunktionen, der finanzpolitischen Verantwortung, der Verantwortung für die Wirtschaft und für das einzelne Finanzunternehmen –, folgende Fragen auf dem Tisch bleiben:

Was nutzt der realen Wirtschaft in den Mitgliedstaaten? Was nutzt der mittelständischen Wirtschaft, wie sie in Deutschland und anderen europäischen Staaten – Gott sei Dank – die Regel ist? Was nutzt den Bürgerinnen und Bürgern?

In den vergangenen Jahren mussten wir immer wieder Sorge haben, dass Bürgerinnen und Bürger, die wirtschaftlich nicht stark dastehen, überhaupt ein Konto bei Banken bekommen. In manchen europäischen Staaten ist das eine reale Problematik, bei uns besteht sie nur ansatzweise. Dort muss korrigiert werden. Es muss klar werden – in dem Sinne des Wortes, das Sie aus der Bundestagsdebatte zitiert haben, Herr Bundesminister –, dass es sich hier auch um eine öffentliche Verantwortung handelt, die das Finanzwesen in Europa und damit in Deutschland zu tragen hat.

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass Risiken künftig nicht mehr außerhalb der Bilanzen und damit außerhalb der Bankenaufsicht platziert werden. Wir brauchen eine höhere Risikovorsorge. Wir brauchen mehr Transparenz.

Das heißt natürlich auch, dass wir effektive und effiziente Kontrollinstanzen schaffen oder deren Funktionsfähigkeit stärken müssen – auch im Sinne der europäischen Aufstellung, wie Sie sie am Vergleich mit einem anderen europäischen Staat deutlich gemacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein Gebot der Vernunft – denn sonst ist Akzeptanz bei den Menschen nicht erreichbar –, im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme des in Rede stehenden Fonds auch über Regelungen für Managergehälter



- Abfindungen, Boni - zu sprechen und klare Orientierung zu geben. Mit dem Angemessenheitsgrundsatz in § 87 des Aktiengesetzes haben wir durchaus Ansätze, die ausgestaltbar sind.

Lassen Sie mich einen Moment auf das blicken, was aus meiner Sicht seitens der Länder im Einzelnen weiter veranlasst werden sollte!

Im Sinne der richtigen Impulse und der richtigen Orientierung für die kommenden Jahre sollten wir die in unseren Landeshaushalten vor dem Auftreten der Finanzkrise vorgesehenen Ausgabenprogramme fortsetzen und unsere Investitionsprogramme nicht zurückfahren, auch nicht vor dem Hintergrund eines denkbaren Risikos, das wir heute mit eingehen. Dies muss nicht nur für die klassischen Investitionen, sondern insbesondere für die sogenannten Zukunftsinvestitionen - Bildung, Forschung - gelten.

Bei der Bewertung dessen, was heute zur Entscheidung vorliegt, komme ich zu dem Schluss, dass mit dem, was in Bezug auf §§ 4 und 13 in den Verhandlungen gestern miteinander erreicht werden konnte, auch hinsichtlich der Interessenwahrung und der Teilung der Verantwortung von Bund und Ländern eine akzeptable Grundlage gegeben ist. Es war richtig, dass wir keine rechtspolitische Debatte über die Verantwortung der Länder und die Frage, ob Verfassungsgrundlagen bestehen oder nicht, geführt haben; dies hätte uns in die Irre geleitet und in jedem Fall nicht zu den zügigen Entscheidungen geführt, die notwendig waren.

Mit der gefundenen Regelung sind wir Länder mit etwa 40 % an den Risiken beteiligt - freilich gedeckelt auf 7,7 Milliarden Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bundesfinanzminister, ich glaube, dass wir mit dieser Deckelung eine richtige Entscheidung getroffen haben; denn es wäre unreal gewesen, die Länder ohne eine solche Begrenzung nach oben in die Verantwortung einzubeziehen. Dies wäre nicht leistbar gewesen. Auf Grund der Irrealität einer solchen Absicherung wäre nicht Stabilität ausgestrahlt worden, die letztendlich aber die Wirkung dieses Schutzschirms ausmacht.

Unter dem Strich: Was wir heute hier entscheiden, ist ein verantwortbarer Weg. Er ist notwendig. Rheinland-Pfalz wird dem Gesetz zustimmen, wissend, dass viele Aufgaben noch vor uns stehen und dass wir die Ursachen, die uns zu einer solchen Notoperation gezwungen haben, nicht aus dem Auge verlieren dürfen. - Vielen Dank.

Präsident Ole von Beust: Das Wort hat Herr Kollege Koch.

Roland Koch (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in einem ungewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren, was die Geschwindigkeit und was das Gesetz selbst angeht. Bisweilen habe ich den Verdacht, dass manche - auch in der interessierten Öffentlichkeit - erst in den nächsten Wochen vollständig begreifen werden, was in diesem Gesetz alles steht und mit welchen Instrumenten es handeln kann. Das ist der ungewöhnlichen

Situation geschuldet.

Ohne uns selbst loben zu wollen: Ich halte es für nicht ganz unbedeutend, dass wir in dem angeblich so schwerfälligen föderalen System, in dem eine große Nation nicht aus einer Bundeshauptstadt, sondern aus einer Bundeshauptstadt und den 16 Landeshauptstädten regiert wird, in der Lage gewesen sind, in einer solchen Krise innerhalb von sieben Tagen so zu reagieren, wie wir es getan haben, während eine andere große Nation, die nur aus einer Stadt regiert wird, dazu immerhin zwei Runden brauchte. Das muss uns nicht übermütig machen, darf uns aber das Selbstbewusstsein geben zu erklären, dass wir mit den Institutionen, die wir haben, und den Menschen, die darin arbeiten, innerhalb angemessener Zeit komplizierte Probleme lösen können.

Ich will ausdrücklich erwähnen, dass wir aus der Sicht meines Bundeslandes, das mit der Situation des Finanzmarktes jedenfalls räumlich besonders eng verbunden ist, sehr anerkennen, was die Bundeskanzlerin, der Bundesfinanzminister, das Bundeskabinett im Ganzen, alle, die daran mitgewirkt haben, in diesen Tagen - es sind ja nicht nur die letzten sieben Tage - geleistet haben, um sicherzustellen, dass die Position der Bundesrepublik Deutschland als einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Welt angemessen berücksichtigt und eingebracht wird, und nach innen Handlungsfähigkeit in jedem Einzelfall, aber auch in Bezug auf das dahinter stehende System, das zu sichern ist, zu demonstrieren.

Herr Kollege Beck hat zu Recht die vielen Erwartungen angesprochen, die die Menschen im Augenblick uns gegenüber äußern. Zunächst einmal sind diese Erwartungen ein Zeichen des Vertrauens, wenn gelegentlich auch verzweifelten Vertrauens. So wie Zentralbanken der letzte Hafen sind, um Geld zu leihen, so ist die Politik am Ende der letzte Hafen, um strukturelle Krisen zu vermeiden. Mit diesem Vertrauen müssen wir sehr sorgfältig umgehen. Zu einem sorgfältigen Umgang gehört es, in aller Offenheit zu sagen, dass nicht alles, was den Menschen Sorge macht, sofort verschwinden wird, nachdem wir das Gesetz beschlossen haben.

Wir reden über ein sehr kompliziertes Geflecht nationaler und internationaler Beziehungen. Die Finanzkrise ist nicht entstanden, weil allein Finanzinstitutionen Probleme haben, sondern weil die Gesamtwirtschaft in eine kritische Lage gekommen ist, die die Finanzwirtschaft dann nicht mehr ausgehalten hat. Das bedeutet, dass wir die Finanzindustrie in ihren Grundstrukturen stabilisieren und ihr eine Systemgarantie verschaffen müssen. Genau das tun wir heute. Wir verschaffen den handelnden Operateuren der Finanzindustrie eine zeitlich beschränkte Systemgarantie, um Atem zu schöpfen und wieder zu stabilen Verhältnissen zurückzukommen.

Wir ändern mit dem Gesetz aber nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dazu geführt haben, dass eine wirtschaftlich schwache Lage zu solchen Krisen führt. Das heißt, dass wir in den

nächsten Tagen weiterhin ein Auf und Ab an den Börsen erleben werden – mal Euphorie, mal Panik. In diesem Zusammenhang geht es beispielsweise darum, ob der Einzelhandel im nächsten Jahr Gewinn oder Verlust macht, ob ein Unternehmen des Einzelhandels das Doppelte oder nur noch die Hälfte seines heutigen Wertes hat. Daher kann derjenige, der die Aktien dieses Unternehmens beliehen hat, immer noch ein Ausfallrisiko für die Bank darstellen – mit allen Folgen, die dahinter stehen. Diesen Zustand beseitigen wir heute nicht. In einer freien Wirtschaft kann man ihn Gott sei Dank nicht durch Gesetz beseitigen. Die Herausforderung besteht darin, die wirtschaftlichen Verhältnisse stabil weiterzuentwickeln und konjunkturelle Bedingungen zu schaffen, in denen die Unternehmen wachsen können, die Arbeitsplätze der Menschen sicher sind und alle eine Zukunftsperspektive entwickeln können. Dies bedingt unverzichtbarerweise ein stabiles Finanzsystem. Es ist wichtiger als jeder andere Teil der Wirtschaft. Aber es ist nur eine unter mehreren notwendigen Bedingungen und allein nicht ausreichend. Je offener man das sagt, desto vertrauensvoller werden diejenigen, die uns in den nächsten Wochen beobachten, mit dem umgehen, was wir noch tun werden. Auch ein zweiter Punkt ist richtig. Der Bundesfinanzminister ist in den letzten Wochen in Bezug auf sein Zeitbudget sicherlich herausgefordert worden. Es besteht aber nicht die geringste Erwartung, dass die Herausforderungen mit der Beschlussfassung über das Gesetz abnehmen werden. Das ist weder eine Drohung noch eine Ankündigung, sondern nur eine Prognose. Was in den nächsten Wochen ansteht, ist das Umgehen mit den Instrumentarien, die wir schaffen.

Es ist wichtig, dass sich auch der Bundesrat, der über die Finanzlasten zu einem wesentlichen Teil mitdiskutiert, darüber im Klaren ist, dass § 10 des Gesetzes die schärfste ökonomische Waffe ist, die es seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland jemals für den Staat gegeben hat. Er eröffnet mit Administrationsentscheidungen des Bundesfinanzministeriums, eines Lenkungsausschusses, einer unselbstständigen Anstalt in der Bundesbank und dem Wissen der Bundesbank die Möglichkeit, allen deutschen Finanzunternehmen, sofern sie eine Interbankensicherheit brauchen, in eine Eigenkapitalschwierigkeit kommen oder schlechte Risiken verkaufen wollen, Vorgaben hinsichtlich ihrer Geschäftspolitik – das ist ihre Existenz! –, ihrer Dividendenpolitik, ihrer Personalpolitik, ihrer Marktstrukturierung, ihres Eigenkapitalbestandes zu machen. Durch eine ministerielle Entscheidung, abgeleitet über die Anstalt, kann demjenigen, der sagt, er brauche, damit ihm seine Partnerbank wieder Geld leiht, für drei Tage eine Absicherung in Höhe von 300 Millionen Euro, aufgegeben werden: Dann brauchen wir von Dir binnen 24 Stunden ein Stück Papier, auf dem Du unterschreibst, dass Du Dein Eigenkapital veränderst,

Deine Geschäftspolitik änderst, Deine Dividende kürzt oder Deinen Vorstand veränderst. Ich will dies wenigstens gesagt haben, damit niemand überrascht ist, wenn er das nächsten Donnerstag oder Freitag oder in drei Wochen oder wann auch immer tun muss. Aus meiner Sicht ist es angesichts der Krise in der Struktur des Unternehmens richtig, dass sich der Staat solche scharfen Werkzeuge beschafft, weil er im Augenblick der Systemgarant wird und deshalb keine Irrfahrt betreiben kann. Wir haben so etwas noch nie beschlossen, schon gar nicht in einer Woche. Wir müssen deshalb wissen, dass die Auseinandersetzung mit dem, was wir aus dem Gesetz heraus entwickeln, erst heute beginnt und dass es politischer Begleitung bedarf, um zu verstehen, dass wir diese Prozesse nicht am nächsten Tag einer neuen Debatte unterziehen dürfen nach dem Motto: Wenn wir das gewusst hätten! - Nein, wir haben es gewusst. Deshalb gebe ich es zu Protokoll. Wir haben es auch gemeinsam gewusst. Es mag uns - bei unserem Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis - unterschiedlich schwerfallen.

Das Gesetz ist in seinem Wirkungsmechanismen bis zum 31. Dezember 2009 begrenzt, und das ist nicht nur auch gut so, sondern es ist zwingend. Denn sonst übernimmt der Staat im Laufe der nächsten Monate faktisch die Unternehmerschaft der Finanzindustrie der größten Exportnation der Welt.

Wir sollten das so deutlich sagen, weil wir erreichen müssen, dass die Institute von dem Angebot Gebrauch machen. Auch das sage ich als jemand, der in diesen Tagen auf Grund der räumlichen Nähe vielleicht öfter als andere mit dem einen oder anderen aus diesem Bereich zusammenkommt. Wenn jetzt in der deutschen Finanzindustrie eine Debatte entsteht nach dem Motto, es sei eine Stigmatisierung, wenn man die Instrumente dieses Gesetzes in Anspruch nehme, dann sage ich sehr klar: Wenn einer Pleite macht, nur weil er die Instrumente nicht rechtzeitig in Anspruch genommen hat, ist das auch Untreue. Es mag sich niemand, der nicht rechtzeitig zu den Instanzen, die wir geschaffen haben, gegangen ist, damit entschuldigen, er habe den Ruf seines Instituts nicht gefährden wollen, und anschließend um Hilfe schreien, weil die Katastrophe viel größer ist, als wenn er sich zum richtigen Zeitpunkt gemeldet hätte.

Das muss man so deutlich sagen. Wir bieten einen Rahmen an, mit allen Risiken, aber es ist kein Angebot zur Stigmatisierung, sondern ein Angebot zur Hilfe. Wenn sich in der Finanzindustrie ein anderer Eindruck breitmacht, weil wir nicht alle einbestellen - wie etwa die Amerikaner, die die Beteiligten einbestellt und schlicht angeordnet haben, wie ihre Zukunft aussieht -, sondern sagen: Ihr müsst zu uns kommen, damit wir mit Euch reden können, wenn Ihr glaubt, dass Ihr ein Problem habt, erfordern es die Selbstständigkeit und das Selbstbewusstsein des Finanzsystems, dies auch zu tun. Das wird ebenfalls eine Herausforderung der nächsten Wochen sein,

über die wir nicht per Gesetz beschließen können, vor der wir aber notwendigerweise stehen werden, wenn der Erste kommt. Es wird einen Kampf darum geben, wer der Erste ist. In den deutschen Zeitungen wird stehen - so sind Medien nun einmal -, er sei besonders schlecht dran, weil er der Erste ist. Der Erste ist aber möglicherweise der Klügste. Es könnte auch sein, dass er den geringsten Ärger mit allen Beteiligten hat, weil diese froh sind, wenn sie das erste Mal entscheiden können. Wenn sie erst einmal Erfahrung mit all den Zwangsmitteln haben, kann das sehr viel „lustiger“ werden.

Vor diesem Hintergrund glaube ich - dies ist die zweite Botschaft -: Die Realwirtschaft wird sich auch nach diesem Gesetz immer noch in Turbulenzen befinden. Die politische Arbeit ist mit diesem Gesetz nicht abgeschlossen. Vielmehr greift die politische Verantwortung nach Beschlussfassung über das Gesetz erst richtig ein, und zwar dort, wo wir es uns aufgegeben haben.

Ich will als Drittes sagen: Machen wir uns keine Illusionen, als hätten wir all das, was wir strukturell tun müssen, jetzt schon im Griff! Wir haben uns ausdrücklich dazu bekannt, in das Gesetz keine bestimmten Vorschriften, etwa für das Eigenkapital von Unternehmen, aufzunehmen. Wir werden in den nächsten Wochen aber sicherlich die Diskussion darüber fortführen, wie wir das Recht, etwa das Bankenrecht, so ändern können, dass Geschäfte nicht völlig risikolos für das Unternehmen sind, mit der Folge, dass es in Zukunft Eigenkapitalunterlegungen für bestimmte Arten von Geschäften geben wird. Wenn andere Länder die Eigenkapitalverpflichtung für ihre Banken deutlich erhöht haben und dies dauerhaft subventionieren, wird eine Bank, die nur 5 % Kernkapital hat, was in Deutschland denkbar ist, mit einer Bank, die per Gesetz 10 % Kernkapital haben muss, was in London Standard wird, unter dem Gesichtspunkt ihrer Unterlegungspflicht für neue Geschäfte weniger neue Geschäfte machen können als die Bank an einem anderen Standort.

Mit dieser Frage werden wir uns beschäftigen müssen. Auf sie gibt es keine perfekte Antwort in der ersten Minute, sondern sie ist relativ kompliziert. Aber sie steht auf der Tagesordnung, so dass wir auch an dieser Stelle den Startpunkt für eine Diskussion haben.

Ich teile ausdrücklich das, was Herr Kollege Beck zu den Off-Balance-Geschäften gesagt hat. Es ist nicht akzeptabel - es ist allerdings auch nicht akzeptabel, wie lange alle Beteiligten diesbezüglich geschlafen haben -, dass Geschäftsmodelle der letzten zehn Jahre es Banken ermöglicht haben, einen beträchtlichen Teil ihres Geschäfts außerhalb der sichtbaren Bilanz zu machen. Das muss man schlicht verbieten. Es gibt viele intelligente Argumente, warum dies das Geschäft erschwere. Ich kenne sie alle und bin dennoch der Auffassung: Das muss man schlicht verbieten.

Ich sage uns allen: Niemand - niemand hier im Raum, jedenfalls ich nicht - kann auch nur annähernd

ermessen, was die Fachleute alles unter dem Begriff der Derivate zusammenfassen. Man kann annehmen, dass abgesehen von der Haarausfallquote jedes Einzelnen nahezu auf alles bei irgendeinem Finanzinstitut der Erde gewettet werden kann. Wir müssen davon ausgehen, dass auch unsere Banken eher Billionen als Milliarden an Derivatbeständen verwalten, treuhänderisch übernommen haben oder anderes. Es gibt keine Transparenz dieser Finanzinstitution, es gibt keine Börse dafür, es gibt bis zum heutigen Tag keinen geordneten Wert. Wir werden uns, wenn wir nicht in zehn oder 15 Jahren vor der gleichen Frage stehen wollen, anschicken müssen, darüber zu reden, wie wir so etwas weltweit - national ist dies nicht möglich - in eine rationale Form bringen können. Warum gibt es für Derivate keine Börse? Warum ist das Handelssystem anders? Wie kann man das organisieren? Ohne das ist alles, was wir im Augenblick tun, von der Größenordnung her wahrscheinlich eine Stufe zu klein.

Ich will nicht zu lange reden, aber zwei Dinge liegen mir noch am Herzen.

Es gibt eine Pflicht, die bei uns im Arbeiten liegt. Wir können stolz und froh sein, dass wir Sparkassen haben. Wir können stolz und froh sein, dass diese dritte Säule Stabilität hat. Stabilität muss aber auch für die Zukunft geschaffen werden. Da gibt es durchaus erhebliche Fragen.

Es existiert eine Trennung der Banken in Retailer - die Einzelhandelsbank der einzelnen Kreissparkasse - und in Großhändler von Krediten; es ist notwendig, dies auf der Ebene der Landesbanken abzuwickeln. Die Landesbanken befinden sich auch deshalb in Schwierigkeiten, weil es diese Trennung innerhalb der Säule gibt und die Refinanzierung nicht kongruent mit ihren Aufgaben ist. Viele Kollegen in den Vorständen der Kreissparkassen in allen Bundesländern denken, dass das Retail-Geschäft immer sicher und das Wholesale-Geschäft zu riskant sei. Deshalb ist in die deutsche Sparkassenlandschaft eine Art Chinesische Mauer zwischen den beiden Institutionen gezogen worden.

Dass die Wholesaler in Problemen sind, kann im Augenblick jeder sehen. Dazu braucht man nicht vorzutragen. Ich will nur zu Protokoll geben: Ich warne alle, die glauben, dass der deutsche Retailmarkt bei einer Struktur, die sich hin zu weltweiten Universalbanken verändert - das ist die Entscheidung, die in Amerika getroffen worden ist -, ungestört in kleinster Segmentierung, ohne Wholesale-Strukturen, als Säule einen Existenzanspruch in ökonomischer Hinsicht hat. Ihn können wir auch durch Gesetz nicht beschließen. Er muss am Markt erarbeitet werden.

Deshalb erfordert das, was wir absichern, Mobilität und Kreativität. Ich bin gelegentlich etwas frustriert darüber, dass hier noch zu viel Selbstzufriedenheit herrscht nach dem Motto: Unser Geschäftsmodell ist doch schön! Im Augenblick, für diese Krise, ist es das taugliche Geschäftsmodell. Das Sparbuch ist die sicherste Chance, die Krise zu vermeiden. Je mehr

Sparbücher eine Sparkasse hat, desto besser. Das wird in zehn Jahren anders sein, auch deshalb, weil es dann nicht mehr so viele Sparbücher geben wird. Letzter Punkt! Wir, die Bundesländer, übernehmen finanzielle Mitverantwortung, die, Herr Bundesfinanzminister, aus Ihrer Sicht klein ist; Sie müssen aber im Augenblick mit täglich größeren Zahlen umgehen, und wir bleiben sozusagen in unseren Grenzen. Für uns ist die Zahl vergleichsweise groß. Für jeden Einzelnen von uns bedeutet das Haftungsrisiko, das wir gestern übernommen haben, jedenfalls sehr viel mehr als die freie Spitze für Personal- und Investitionsentscheidungen eines Landeshaushalts für jeweils ein Jahr. Das heißt, es ist nicht irrelevant. Ich könnte jedenfalls - jeder andere von uns auch - ein Jahr lang 10 000 Lehrer im Land davon bezahlen. Das zeigt, dass wir nicht über Kleinigkeiten reden. Es bleibt auch dabei - deshalb wollen wir uns austauschen; wir tun das in Form von Briefen, dann brauchen wir hier nicht so lange zu diskutieren -: Es gibt keinen gesamtgesellschaftlichen Anspruch auf alles und irgendeine Finanzierung, auch nicht auf die Festlegung von Quoten, alles im Verhältnis 65 : 35 aufzuteilen. Es besteht nämlich ein entscheidender Unterschied: Im Zweifel kann sich der Bund in einer nationalen Notlage refinanzieren, indem er ohne Zustimmung des Bundesrates Steuern erhebt. Die Länder können sich in der gleichen Notlage nicht refinanzieren, weil sie keine Gesetzgebungshoheit haben.

Das muss immer im Kopf bleiben, wenn man über das Tragen von Lasten mit einem unkalkulierbaren Risiko redet. Deshalb war es notwendig und richtig, dass wir dieses Risiko kalkulierbar gemacht haben. Damit ist es für uns nicht klein, aber es ist eben kalkulierbar geworden. Das ist der wesentliche Punkt der Verabredung, die wir gestern getroffen haben. Für uns alle - das betrifft Bund und Länder gemeinsam - sollte es keine Legitimation sein, die Debatte, die wir in der Föderalismuskommission II begonnen haben, zu beenden. Ich weiß, dass viele sagen: Jetzt seht Ihr, dass Verschuldungsverbote höchst gefährlich wären. Was würdet Ihr denn jetzt machen? - Ich glaube, darauf muss man eine Antwort geben. Bei allem, was wir unter der Führung von Günther Oettinger und Herrn Kollegen Struck in der Föderalismusreformkommission immer diskutiert haben, ist das, was jetzt eingetreten ist, der klassische Fall, in dem man auch nach den Verabredungen Schulden machen dürfte. Man darf in einer Notsituation Schulden machen, und zwar mit einem vernünftigen Abfinanzierungsplan für die Zukunft. Jeder, der die aktuelle Krise benutzt, um die Föderalismuskommission mit der Debatte über das Verschuldungsverbot niederzudrücken, missbraucht diese Debatte; denn darum geht es im Kern nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Notwendigkeit bestehen bleibt, im Jahr 2011 zu versuchen, Haushalte auszugleichen. Wenn die Abrechnung des

Fonds im Jahr 2011 erfolgte - Klammer auf: daran glaube ich nicht, Klammer zu -, könnte es sein, dass in jenem Jahr ein außergewöhnliches Problem entsteht, aber nicht strukturell für Jahre. Da ich glaube, dass es im Jahr 2011 nicht besteht, weil die Abrechnung des Fonds später erfolgen wird, werden wir 2011 keine Ausreden haben, die Ziele, von denen wir noch vor vier Wochen geredet haben, auch dann zu verfolgen. Und dann sollten wir es tun; denn die Dämme zu neuen Ausgaben werden in der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns befinden, schneller brechen, als viele von uns träumen. Damit schließt sich der Kreis. Wir werden uns nach wie vor in heftigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Wir schaffen heute einen stabilen Faktor, aber wir sollten nicht unterschätzen, dass der Druck, um das Schiff, das vibriert, auf einem geraden Kurs zu halten, heute eine andere Dimension erhält. Wir haben künftig zwar bessere Steuerungsmittel, aber wir sind noch nicht in einer friedlichen Situation angekommen. Deshalb ist es wichtig, dass wir gezeigt haben, dass wir in einer solchen Woche gemeinsam und entschlossen zu Ergebnissen kommen konnten. - Vielen Dank.

Präsident Ole von Beust: Das Wort hat Herr Kollege Müller.

Peter Müller (Saarland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Krise der Finanzmärkte hat eine Dimension und eine Dynamik, die vor Wochen und Monaten nicht vorhersehbar war. Das System der Investmentbanken ist grundsätzlich in Frage gestellt. Renommierete Institute sind vom Markt verschwunden. Der Interbankenverkehr ist teilweise zum Erliegen gekommen. Das alles bedroht die Funktionsfähigkeit der Geldmärkte. Alles, was wir tun, auch das, was wir im Bundesrat heute in einem unüblichen Verfahren tun, zielt darauf ab, die Funktionsfähigkeit der Geldmärkte zu sichern und zu schützen. Die Funktionsfähigkeit der Geldmärkte ist - ich möchte das Wort des Bundesfinanzministers aufgreifen - öffentliches Gut. Funktionsfähige Geldmärkte sind unverzichtbare Voraussetzung zur Erhaltung von Wohlstand und Beschäftigung in modernen Industrie- und Informationsgesellschaften. Deshalb gilt es, immer wieder zu unterstreichen, dass dasjenige, was wir tun, nicht darauf ausgerichtet ist, einzelnen Teilen des Finanzsektors oder einzelnen im Finanzsektor handelnden Personen den Gefallen zu tun, die von ihnen verursachten Schäden zu sozialisieren. Nein, es geht darum, ein öffentliches Gut im Interesse der Menschen in diesem Land zu schützen. Es geht bei dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht um die Banken und schon gar nicht um die Banker, es geht um die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Es gilt, dies zu wiederholen, weil von interessierter Seite erkennbar nicht der Versuchung widerstanden wird, anderes - zum Teil bewusst wahrheitswidrig - zu behaupten. Der Schutz der Funktionsfähigkeit der Geldmärkte in der jetzigen Situation setzt ein zweistufiges Verfahren



voraus. Wir brauchen im Moment Krisenmanagement. Das Gesetz, über das wir heute befinden, ist eine Maßnahme des Krisenmanagements. Sicherlich brauchen wir darüber hinaus in einer zweiten Stufe eine langfristige Strategie, die sicherstellt, dass sich das, was wir jetzt auf den Finanzmärkten erleben, in gleicher Weise nicht wiederholt. Deshalb wird vieles von dem, was wir heute tun, nur dann verständlich und akzeptabel gemacht werden können, wenn die Frage der Ordnung der Finanzmärkte nach der Bewältigung der aktuellen Krise höchste politische Priorität genießt.

Heute reden wir mit Priorität über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz als Instrument der Krisenbewältigung.

Die Ziele des Gesetzes sind klar definiert:

Der Interbankenverkehr soll sichergestellt und wieder angereizt werden, systemnotwendige Finanzinstitute sollen in ihrem Bestand gesichert werden, unter Umständen soll die Möglichkeit bestehen, „bad“ Assets staatlich aufzukaufen. An diesen Zielen sind die Instrumente zu messen, nach denen das Gesetz aufgebaut ist.

Ich meine, wir können feststellen: Dieses Gesetz reiht sich in eine international abgestimmte Strategie ein. Es ist ein Element einer Strategie, die sowohl internationalen Abmachungen als auch demjenigen, was auf europäischer Ebene vereinbart worden ist, entspricht.

Das Gesetz wird in einem unüblichen, schnellen, aber gründlichen Verfahren beschlossen. Wenn Bundestag und Bundesrat heute entscheiden, dann haben die Verfassungsorgane, die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland bewiesen, dass in einer derartigen Situation schnelles staatliches Handeln demokratischer Institutionen möglich ist. Dies kann ein Beitrag dazu sein, verlorengegangenes Vertrauen in die staatlichen Institutionen wiederzugewinnen. Viele haben dazu beigetragen, dass dies möglich war. Die Hauptlast haben sicherlich die Bundesregierung, in Sonderheit das Bundesfinanzministerium, der Bundesfinanzminister, die Bundeskanzlerin, das Bundeskanzleramt, getragen. Deshalb erlaube ich mir, für die Arbeit, die dort sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht in den letzten Tagen geleistet worden ist, ein Wort des Dankes und der Anerkennung zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich ist es richtig, dass das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, soweit es Hilfsmaßnahmen anbietet, nach dem Prinzip verfährt: keine Leistung ohne Gegenleistung. Auch das dokumentiert, dass es eben nicht darum geht, Bankern oder Banken einen Gefallen zu tun, sondern darum, ein öffentliches Gut zu schützen – allerdings in einer Art und Weise, die weitestgehend sicherstellt, dass der Schutz des Finanzsektors nicht auf Kosten des Steuerzahlers stattfindet, dass insbesondere nicht Managementversagen auszugleichen ist. Zu den einzelnen Elementen des Gesetzes will ich nichts sagen; das ist an anderer Stelle ausreichend dargestellt worden. Ich will aus meiner Sicht nur erklären:

Ich halte es für richtig, dass der Staat, wenn er im Bereich der Rekapitalisierung mit in die Verantwortung für die Zukunft eines Finanzinstituts geht, auch Sorge dafür trägt, dass die Ziele, die mit dieser Maßnahme verbunden sind, durchgesetzt werden. Das heißt, dass Einfluss auf die Fragen genommen werden muss: Wie ist das Geschäftsmodell orientiert? Wie erreichen wir das Ziel weiterer günstiger kreditwirtschaftlicher Versorgung des Mittelstands? Dann muss auch gesagt werden: Es ist gänzlich nicht vorstellbar, dass Dividenden an die Eigentümer ausgezahlt werden, bevor nicht das öffentliche Risiko, das übernommen worden ist, abgedeckt ist und mögliche staatliche Beteiligungen vollumfänglich zurückgezahlt sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt halte ich die Regelungen des Gesetzes für richtig. Dadurch wird dem Ziel, einerseits die öffentlichen Finanzmärkte funktionsfähig zu halten, andererseits die Steuermittel so effizient und schonend wie möglich einzusetzen, Rechnung getragen.

Die Länder haben sich an dem Paket, das wir heute beschließen werden, beteiligt. Dies ist ihnen nicht leichtgefallen. Sicherlich könnte man in Anknüpfung an die Artikel 104a ff. Grundgesetz rechtstheoretische, rechtswissenschaftliche Debatten über Zuständigkeiten im Bereich der Geldwirtschaft führen. Sicherlich könnte man unter rechtstheoretischen Gesichtspunkten die Frage aufwerfen: Gibt es Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Geldpolitik über diejenigen Bereiche hinaus, in denen die Länder selbst mit Finanzinstituten gesellschaftsrechtlich verbunden sind? Ich glaube nicht, dass das die richtige Diskussion in der jetzigen Situation ist. Der Schutz des öffentlichen Gutes, die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Geldmärkte ist ein gemeinsames Interesse von Bund und Ländern. Deshalb ist es richtig, dass Bund und Länder diese Verantwortung auch gemeinsam tragen. Genau das ist der Geist des Gesetzes, über das wir heute entscheiden.

Wir haben gestern noch einmal heftig gerungen: Wie sieht die Beteiligung der Länder am Risiko aus? Wir sind zu einem Ergebnis gekommen, das beiden Seiten ein Stück Kompromissfähigkeit abverlangt hat. Insbesondere die Deckelung des Haftungsrisikos der Länder auf einen Betrag von 7,7 Milliarden Euro ist nicht zuletzt deshalb berechtigt, weil die Möglichkeit der Refinanzierung eventueller Ausfälle für den Bund nach den geltenden verfassungsrechtlichen Regelungen deutlich größer ist, als dies bei den Ländern der Fall ist.

Mit ins Risiko zu gehen heißt natürlich, dass wir in unseren Ländern die Frage zu beantworten haben, ob wir überhaupt in der Lage sind, dieses Risiko, wenn es sich realisiert, zu stemmen. Ob und in welchem Umfang bei der Abwicklung des Fonds tatsächlich gemeinsame Risiken zu bewältigen sind, kann heute niemand sagen. Es gibt das schwedische Modell, das Anfang der 90er Jahre in vergleichbarer Weise durchgeführt worden ist. Dort hat der Staat am Ende sogar einen kleinen Gewinn gemacht. Ob dies

übertragbar ist, ob sich dies bei uns wiederholt, weiß niemand. Es kann niemand ausschließen, es kann aber auch niemand ernsthaft erwarten, dass eine einfache Wiederholung stattfindet.

Umso mehr sehen sich finanzschwache Länder

- ich komme aus einem solchen - der Frage ausgesetzt:

Ist es verantwortlich, dass sie in ihrer Haushaltssituation jetzt zusätzliche, wenn auch nicht bezifferbare Risiken übernehmen? Warum dies mit

Blick auf die Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, verantwortlich ist, habe ich dargelegt; das brauche ich nicht zu wiederholen. Aber ich will einen Gedanken des Kollegen Koch aufgreifen:

Mein Land befindet sich ebenso wie das Land Bremen in einer vom Bundesverfassungsgericht anerkannten Haushaltsnotlage. Wenn wir in dieser Situation unter dem Gesichtspunkt einer gesamtstaatlichen Verantwortungsgemeinschaft bereit sind, zusätzliche Verantwortung, zusätzliche finanzielle Risiken zu übernehmen, dann können wir dies nur tun, wenn wir es mit der Forderung verbinden, dass damit die Debatte über die gesamtstaatliche Konsolidierung der Finanzen nicht beendet ist.

Es sind einige unterwegs, die uns sagen: Vor dem Hintergrund dieses Gesetzes hat es keinen Sinn, die Beratungen der Föderalismuskommission fortzusetzen. Ich sage umgekehrt: Wenn die akute Krise, die wir jetzt zu bewältigen haben, die Grundlage dafür ist, die Diskussion der Föderalismuskommission zu beenden, dann hätten wir sie erst gar nicht beginnen dürfen. Natürlich müssen die Ergebnisse, die wir dort erzielen wollen, auch in einer solch krisenhaften Situation tragen und Antwort darauf geben.

Deshalb wird mein Land gemeinsam mit dem Land Bremen im Anschluss eine Protokollnotiz mit der Abstimmung verbinden, in der wir zum Ausdruck bringen, dass wir erwarten, dass die Diskussion über die Föderalismusreform II, über ein Konzept gesamtstaatlicher Konsolidierung ergebnisorientiert weitergeführt wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist aus der Sicht unserer beiden Länder die Zustimmung zu dem Gesetz möglich.

Neben der Frage, wie wir aktuell mit der Krise umgehen, erlaube ich mir wenige Anmerkungen dazu, wie wir langfristig dafür sorgen können, dass sich derartig krisenhafte Entwicklungen nicht wiederholen. Das setzt ein Stück weit die Frage nach den Ursachen voraus. In diesem Zusammenhang ist oft über „Gier an den Finanzmärkten“ gesprochen worden. Das ist ein richtiges Thema. Es ist viel über die Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft gesprochen worden. Das ist ein richtiges Thema. Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass am Beginn die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten stand und diese nur möglich war, weil dort über mehrere Jahre, über einen langen Zeitraum eine Politik des billigen Geldes herrschte: niedrige und niedrigste Zinsen haben die Menschen in die Lage versetzt, Wohlstand auf Pump zu erreichen. Eine Lehre aus der Finanzmarktkrise muss sein,

dass ein Konzept, das darauf setzt, Wohlstand auf Pump zu erwerben, am Ende scheitert. Uns ist oft die Politik der US-Notenbank als Vorbild vorgehalten worden. Heute zeigt sich, dass das Nicht-Folgen dieser Politik wohlbegründet war.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie wir langfristig mit den internationalen Finanzmärkten umgehen, wird immer wieder die These vertreten, in dieser Krise zeige sich, die soziale Marktwirtschaft sei gescheitert. Das Gegenteil ist richtig. Diese Krise ist ein Beleg für die Richtigkeit der Idee der sozialen Marktwirtschaft. Die internationalen Finanzmärkte waren unregelt. Genau dies hat wesentlich zu den Problemen beigetragen, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft ist gerade: Der Markt braucht Ordnung. Wir wollen die Effizienz des Marktes deshalb zu zuträglichen und verantwortbaren Ergebnissen bringen. Die Marktkräfte dürfen sich nicht unkontrolliert und damit mit dem Risiko erheblich ungerechter Ergebnisse entfalten, sondern wir binden sie in einen Ordnungsrahmen ein.

Dieser Ordnungsrahmen fehlt mit Blick auf die Finanzmärkte auf internationaler Ebene. Deshalb ist es sicherlich notwendig, einen solchen zu schaffen. Transparenz muss nach der Krisenbewältigung zentral sein. Es muss ein Ende damit haben, dass Produkte vertrieben werden, die diejenigen, die sie vertreiben, selbst nicht verstehen. Wir müssen darüber sprechen, wie wir die Auslagerung von Risiken in Zweckgesellschaften künftig vermeiden können. Das wird national nicht zu regeln sein. Das Prinzip der Leerverkäufe muss beendet werden. Das ist nichts anderes als Betrug auf intellektuell höchstem Niveau.

Wir brauchen eine sehr grundsätzliche Debatte über die Frage „Markt und Verantwortung“. Ein Markt, der sich selbst genügt, der nicht wertgebunden ist, wird zu Ergebnissen führen, die auf Dauer nicht erträglich sind.

Eine Konsequenz dieser Krise ist es sicherlich, die Kategorien der Verantwortung bei wirtschaftlichem Handeln auf nationaler und internationaler Ebene nicht nur zu besprechen, sondern auch in verbindliche Regeln zu gießen. Die Effizienz des Marktes zu verbinden mit der Notwendigkeit gerechter Strukturen, das ist die Aufgabe weit über den heutigen Tag hinaus.

Am heutigen Tag gilt es, mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz einen wichtigen Schritt zu tun, um das notwendige Vertrauen in die Geldmärkte zu stabilisieren und es dort, wo es verlorengegangen ist, wiederherzustellen. Mein Bundesland wird dem Gesetz zustimmen, um dazu einen Beitrag zu leisten.  
Präsident Ole von Beust: Herr Kollege Oettinger hat das Wort.

Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der heutigen Sitzung schließen wir ein konzentriertes parlamentarisches Verfahren innerhalb von wenigen

Tagen ab. Wir beweisen damit Bereitschaft zum Kompromiss und unsere Handlungsfähigkeit. Wer die Ausgangslage kennt, weiß, dass erhebliche unterschiedliche Interessen auszugleichen waren: Interessen zwischen Bund und Ländern einerseits, der Länder untereinander andererseits, der Länder mit Landesbank und der Länder ohne Landesbank, der Länder mit Vorleistungen, die für ihre Landesbank notwendig geworden waren, und der Länder mit Landesbank, für die keine Vorleistungen notwendig waren.

Ich danke allen Beteiligten für die Bereitschaft zum Kompromiss. Wir waren uns einig, dass die heutige Entscheidung zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes und der deutschen Volkswirtschaft notwendig war. Wir beweisen, dass ein Land im Föderalismus mit der gebotenen Gründlichkeit und Schnelligkeit handlungsfähig sein kann.

Die Länder sind sich ihrer Mitverantwortung bewusst und stellen grundlegende verfassungsrechtliche Fragen zurück. Wer aber in die Mitverantwortung und in die Haftung geht, will auch mitgestalten, mitwirken und mitbestimmen.

Ich danke der Bundesregierung dafür, dass sie zu einer Veränderung ihres Gesetzentwurfs bereit war und die wesentlichen Regeln durch eine Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates in den nächsten Tagen und Wochen zu bestimmen sind.

Ich danke der Bundesregierung dafür, dass es möglich war, dass nicht nur Verluste, sondern auch mögliche Gewinne in der Schlussbilanz dem Bund und den Ländern - beiden - zuzuordnen sind.

Wir haben es erreicht, dass die doppelte Haftung eingeschränkt und gedeckelt worden ist. Die Länder bleiben mit 35 % in der Mitverantwortung. Da aber die Risiken für die Landeshaushalte noch sensibler zu sehen sind, war es richtig, dass die Deckelung mit 7,7 Milliarden Euro - das heißt für mein Land im schlechtesten Falle 1,06 Milliarden Euro - kalkulierbar gemacht worden ist und dass sich die Landesbankhaftung darauf konzentriert, wie hoch die Trägerschaftsanteile der Länder sind, während die Trägerschaftsanteile der Sparkassenverbände und Dritter zum allgemeinen Fonds gehören.

Kurzum: Mein Respekt gilt allen Beteiligten. Mein Dank gebührt den Mitarbeitern, Beamten und Politikern im Kanzleramt und im Bundesfinanzministerium.

Deutschland hat sich auch im Vergleich zu Nachbarländern in dieser Krise parlamentarisch, demokratisch und politisch hervorragend bewährt. Wir werden im zweiten Teil ohne Eile, aber mit Gründlichkeit über die Frage beraten müssen, wie wir in Zukunft eine vergleichbare Krise vermeiden. Was sind die Folgerungen für die Bankenwirtschaft ab sofort? Dazu wurde einiges gesagt.

Die Arbeitsweise der BaFin und der Bundesbankaufsicht wird zu prüfen und zu bewerten sein.

Zum Zweiten fällt mir auf, dass Ratingagenturen bisher allmächtig gewesen sind, aber nicht kontrolliert wurden. Sie verfügen vielleicht nicht einmal

über die notwendige Unabhängigkeit, weil sie von einigen, die sie bewerten, bezahlt werden. Das heißt: Wir brauchen stringenteren Regelwerke für das Bewertungsverfahren, wenn Ratingagenturen für die Bonität von Bankunternehmen in Zukunft noch maßgeblich sind.

Ich meine, dass eine europäische Angleichung der Bankenaufsicht sinnvoll ist und einheitliche Prüfungsstandards für alle Staaten der Eurozone naheliegend sind.

Wir brauchen bei Finanzprodukten eine grundlegende Genehmigung, einen TÜV und mehr Transparenz. Vor allem darf es nicht dabei bleiben, dass die Risiken außerbilanziell sind, dass Banken Risiken eingehen, die der Wirtschaftsprüfer und die Bankenaufsicht nicht erkennen können. Die Integration aller Geschäfte und Risiken in die Bilanz und deren Kontrolle müssen eine logische Folge der Krise sein.

Der Bundesfinanzminister hat eine Gehaltsdeckelung für die Vorstände der Banken vorgeschlagen.

Ich meine, wenn Banken das Kapital, das der Staat bereitstellt, benötigen, wenn Banken sagen, dass ihr Eigenkapital durch Staatsleistungen aufgestockt werden sollte, ist Mitsprache über Dividende, Geschäftspolitik und Vorstandsvergütung nicht nur erlaubt, sondern im Interesse der Gerechtigkeit und des Steuerzahlers geboten.

Eines fällt mir auf: Wir hatten in den letzten Jahren bei den Banken wie in keiner anderen Branche eine starke Zunahme von Boni, von Tantiemen und Gewinnbeteiligungen. Oftmals waren die Gehälter von

Investmentbankern und Vorständen nur zu einem kleinen Teil festgehalt, im Wesentlichen aber durch gewinnorientierte Zuschläge geprägt. Man sollte prüfen, ob nicht neben der Tantieme für gute Jahre die Verlustbeteiligung und die Aufzehrung des Grundgehalts oder eine langfristige Verrechnung von Tantieme und Verlustbeteiligung angezeigt sind.

Wir haben doch in den letzten Jahren den Anreiz entwickelt, dass mancher am kurzfristigen Erfolg seiner Bank gemessen worden ist, aber daraus eine langfristige Krise entstehen kann. Ob dann die 500 000 Euro der richtige Wert sind, sei dahingestellt. Aber die Mitwirkung und Mitentscheidung halte ich für angezeigt. Dieses Selbstbewusstsein scheint jetzt - auch gegenüber dem Bürger - notwendig und berechtigt zu sein.

Wenn man jetzt über Bilanzierungsvorschriften, über Rechnungslegung und Standards spricht: Schütten wir bitte das Kind nicht mit dem Bade aus! Wir hatten mit den IFRS-Standards sicherlich zu strenge und vielleicht zu wenig handhabbare Vorschriften, indem die Bewertung zum Marktpreis oftmals für den Geschäftsverlauf nicht kalkulierbar war. Aber die neuen Regeln dürfen nicht zu einer völligen Neubewertung führen. Wir sollten uns daran messen lassen, dass Bilanzierungsvorschriften die Grundlage sind, dass die Bilanz Autorität, Aussagekraft, Glaubwürdigkeit behält.

Mein vorletzter Punkt ist schon erwähnt worden:  
Ich will dafür werben, dass wir gemeinsam ab der nächsten Woche die Arbeit auf der Zielgerade zur Föderalismusreform II ernst nehmen, wenn es um unsere Haushalts- und Schuldenpolitik geht.  
Ich trete generell Herrn Kollegen Koch bei: Für unsere mittelfristige Finanzplanung und Haushaltspolitik kann die Finanzmarktkrise und die Inanspruchnahme aus Haftung - wenn sie kommt - ein Grund zu außerordentlichen Schulden und zu einer Veränderung der Zeitachse sein. Aber in dieser besonderen Situation, in diesem Sturm darf nicht alles aufgehen. Mancher glaubt schon heute, er könne seine Haushaltspolitik an den Nagel hängen, weil Schulden erlaubt seien, im Grunde unabhängig von der Schuldenhöhe, die durch die Finanzmarktkrise maximal notwendig wird. Ich meine, dass eine strenge Schuldengrenze, eine klare Regelung, wie allen Ländern und dem Bund mittelfristig Haushalte ohne Schulden möglich sind und wie wir mit Tilgungsplänen Ausnahmejahre regeln, notwendiger und sinnvoller denn je geworden ist. Ich baue darauf, dass das Interesse aller 16 Länder und des Bundes, die Arbeit nächste Woche aufzunehmen, nachdem sie vor einigen Tagen kurz unterbrochen worden ist, anhält. Die Verschiebung unserer Klausur hat an der Bedeutung unseres Themas und an meinem Interesse an einem gemeinsamen Erfolg nichts geändert. Im Gegenteil! Mit der Haftung für die Landesbanken übernehmen wir eine unmittelbare und besondere Verantwortung. Kein anderer Eigentümer einer Bank in Deutschland, kein Genossenschaftsmitglied, keine Kommune, kein Aktionär übernimmt eine besondere Verantwortung. Dies tun nur die Länder für ihre Landesbanken, soweit sie prozentual Träger sind. Warum spreche ich das an?  
Wir haben mit der heutigen Gesetzgebung auch den Tag 1 einer neuen besonderen Verantwortung. Wenn in den Landesbanken über eine Neuordnung nachgedacht wird, fällt mir eines auf: Öffentlich sind die Sparkassenverbände sichtbar. Bankenvorstände sind öffentlich sichtbar. Aber allein die Länder sind für die Landesbankgesetzgebung und die Sparkassengesetzgebung verantwortlich. Sie übernehmen mit diesem Gesetz in besonderer Weise Verantwortung und Haftung für den Geschäftserfolg, das Geschäftsmodell, die Anträge auf Garantie, halten sich bisher aber vornehm zurück. Ich entdecke unter den Ländern zu vielen Fragen des Bundesrechts und der Staatsverträge eine intensive und gute Debattenkultur. Bei diesem Thema sind wir relativ sprachlos, was nicht die Antwort auf die Krise und die besondere Verantwortung bleiben darf.  
Die Fragen, ob nicht die Geschäftspolitik von Landesbanken neu harmonisiert und abgestimmt werden kann, ob nicht die Landesbanken gemeinsam besprechen, ob sie Anträge auf Garantie stellen oder nicht, ob wir eine Kapitalbeteiligung anstreben oder nicht, sollten in den nächsten Wochen nicht in Form einer gegenseitigen argwöhnischen Beobachtung und

Sprachlosigkeit, sondern kollegial behandelt werden. Ich fände es schlecht, wenn eine Landesbank als Erste Antrag auf Garantie für ein Geschäftspaket stellte. Unsere wird es mit Blick auf NRW eher nicht sein, trotz entsprechender Aussagen im Landtag von Düsseldorf. Ich fände es schlecht, wenn eine Landesbank, die Kapitalbeteiligung beantragen sollte, Gefahr liefe, von anderen Ländern und Landesbanken schlechtgeredet zu werden. Ich fordere uns ausdrücklich auf: Wir im Länderkreis müssen beweisen, dass nicht nur Gesetzgebung, sondern auch Bankenpolitik nach der Gesetzgebung im Föderalismus harmonisch, kollegial und erfolgreich verlaufen kann. Nicht gegenseitige Beobachtung, nicht Gerüchte, nicht Misstrauen, nicht Rufschädigung, sondern gemeinsame Sparkassenpolitik, gemeinsame Landesbankpolitik, gemeinsame Entwicklung dessen, was mit dem Paket heute möglich und vielleicht notwendig wird, muss ab dem heutigen Tag Folge der neuen besonderen Verantwortung der Länder und ihrer Haftung sein; denn die Sparkassen und die Kommunen tragen die neue besondere Verantwortung und Haftung zu Recht nicht. Wer haftet und wer verantwortet, der bestimmt auch. Dies sollte in den nächsten Wochen unsere gemeinsame ehrgeizige Zielsetzung sein. Seitens Baden-Württembergs biete ich es ausdrücklich an.

Präsident Ole von Beust: Herr Kollege Tillich.

Stanislaw Tillich (Sachsen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Allein der Begriff „Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ mit seiner Länge und Wuchtigkeit zeigt die Bedeutung dessen, was heute zur Beratung ansteht.

Meine lieben Kollegen, ich darf an den August 2002 erinnern, als uns eine Naturkatastrophe nationalen Ausmaßes heimsuchte und Bund und Länder gemeinsam bereit, willens und in der Lage waren, den betroffenen Menschen zu helfen. Allein Sachsen verzeichnete einen Schaden von mehr als 8 Milliarden Euro. 5 Milliarden Euro wurden dem Freistaat Sachsen als gesamtdeutsche Leistung zur Bewältigung der Schäden zur Verfügung gestellt. Deswegen ist es für uns jetzt, da wir uns in einer internationalen Finanzmarktkrise befinden, selbstverständlich, dass wir einen solidarischen Beitrag zur gemeinsamen Lösung leisten. Es geht weder um die Banken noch um die Banker. Es geht nicht um die Länder oder um den Bund. Es geht um die Menschen und die Unternehmer im Land. Wir sind froh über das Ergebnis, das wir gestern gemeinsam errungen haben. Für Sachsen war es wichtig, dass alle ihren Beitrag zur Lösung der Finanzmarktkrise in Form dieses Fonds leisten. Das bedeutet auch, dass alle ihren Anteil an den Auswirkungen durch die Landesbanken und an deren Stabilisierung tragen.

Noch wichtiger für alle Ländervertreter ist es, dass der Beitrag der Länder nach oben gedeckelt ist. Dafür danke ich dem Bund ausdrücklich, Herr Bundesfinanzminister, Herr Chef des Bundeskanzleramtes.

Durch diesen wichtigsten Punkt unserer gestrigen



Vereinbarung ist für die Länder eine Fahrt ins Blaue vermieden worden. Meine Vorredner haben auf die grundsätzlich unterschiedlichen Bedingungen in Bezug auf die Einnahmemöglichkeiten der Länder und des Bundes hingewiesen.

Wir sind gestern - anders, als es in der Einladung des Kanzleramtes hieß - nicht zu einer Erörterung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes zusammengekommen, sondern haben echte Verhandlungen geführt. Wir konnten uns im Ergebnis auf eine Lösung verständigen, die jedem wehtut, wie der Bundesfinanzminister gesagt hat. Aber es ist eine gemeinsame Lösung, die zur Bewältigung der Krise beitragen kann.

Meine Damen und Herren, mit dem gestrigen Ergebnis ist es uns gelungen, Vertrauen in die Politik wiederherzustellen und gleichzeitig ein Signal an die Finanzmärkte zu geben, damit wieder Stabilität einkehrt. An die Finanzmärkte ist aber auch das Signal ergangen, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Ich rufe nochmals die Situation in Erinnerung, die Sachsen im Jahr 2002 erlebte: Mit den Hilfen ist es uns gelungen, den Menschen Mut zu geben, neu anzufangen. Das soll auch das Ergebnis des gestrigen Tages sein: Unternehmen ebenso wie die Kreditwirtschaft sollen wieder miteinander Geschäfte machen.

Es war auch ein Wiederaufbau möglich, der auf der Basis dessen, was wir heute an Regelwerk haben, nicht möglich gewesen wäre. Was will ich damit sagen? In der damaligen Situation waren sich alle einig: Wir brauchen Regeln, die der Ausnahmesituation angemessen sind, um die Zukunft zu gestalten.

Herr Bundesfinanzminister, vielleicht etwas abweichend von meinen Vorrednern möchte ich Sie ermahnen: Nutzen Sie die Schocksituation der Finanzmärkte und der internationalen Politik, um zügigst miteinander Regeln für die internationalen Finanzmärkte aufzustellen! Denn eine Erfahrung aus dem Jahre 2002 ist: Scheint wieder die Sonne, ist das, was passiert ist, vergessen. Die Bereitschaft, sich auf neue Regeln einzulassen, schwindet mit jedem Tag. Für mich steht fest: Bei der internationalen Finanzmarktkrise handelt es sich nicht um ein Versagen der sozialen Marktwirtschaft, sondern um die Krise eines Teils dieser Marktwirtschaft. Deswegen verbinde ich damit die Bitte, in Bezug auf die Regeln keine nationalen Alleingänge zu unternehmen; solche haben Dublin erst möglich gemacht. Davor kann ich uns nur warnen. Es bleibt dabei, dass es uns gelingen muss, internationale Regeln aufzustellen und Wettbewerbsgleichheit für das deutsche Bankensystem und für die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft zu sichern. - Vielen Dank.

Präsident Ole von Beust: Das Wort hat Senator Dr. Sarrazin (Berlin).

Dr. Thilo Sarrazin (Berlin): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf ist das Resultat einer absoluten Ausnahmesituation. Wie bereits gesagt worden ist, ist er richtig, notwendig. Er zeigt, dass unsere Institutionen auch in einer derartigen

Krise handlungsfähig sind. Gleichwohl verabschieden wir ein solches Paket nicht ohne Bangen.

Noch vor 14 Tagen wäre jeder, der diesen Gesetzentwurf prophezeit hätte, als Phantast verschrien worden, und zwar von allen von uns.

Der Umstand, dass das Paket notwendig wurde, hält uns alle zu mehr geistiger Bescheidenheit an. Jeder, der meint, er habe etwas gewusst oder er habe es immer schon besser gewusst oder er habe immer schon gewusst, dass man es hätte anders machen müssen, weiß, wenn er vor sich selbst ganz ehrlich ist: Er hat weder die Lage vor einer Woche noch dieses Paket vorausgesehen.

( V o r s i t z : Vizepräsident Peter Müller)

Die Elemente waren allen bekannt.

Wir alle wussten, dass das Leistungsbilanzdefizit der USA in einem Umfang von 5 bis 6 % pro Jahr nicht zu halten ist. Es existiert nun schon seit 20 Jahren, und seit 18 Jahren sagen Experten, es sei nicht haltbar. Es geht nur immer weiter, wie das Waldsterben. Vieles ist unhaltbar und geht trotzdem immer weiter.

Wir alle haben von der Blase am amerikanischen Häusermarkt gewusst. Wir wussten, dass sie, wie alle Blasen, irgendwann platzt. Wir hatten vor zehn Jahren ebenfalls eine Immobilienblase. Seitdem sind die Preise um 30 bis 40 % gefallen. Nur geschah dies allmählich, nichts ist geplatzt.

Wir alle haben gewusst, dass viele Institute es mit der Weitergabe von Risiken durch Verbriefung übertreiben.

Wir haben gewusst, dass manche Papiere in ihrer Struktur immer undurchsichtiger werden. Es wurde auch darüber geredet. Aber wir alle, auch ich, haben doch am Ende gedacht: Wenn Standard & Poor's am Ende Triple A oder Double A plus sagt, wird es schon seine Ordnung haben, dann kann man das Papier auch kaufen.

Der „Dr. Doom“ genannte Wissenschaftler Nouriel R o u b i n i hat das alles schon vor zehn Jahren vorhergesagt.

Vor zwei Jahren hat er anlässlich einer Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds einen Vortrag gehalten, in dem er den jetzigen Verlauf der Krise exakt vorhersagte. Er ist damals belächelt worden, auch von den Experten des IWF, die heute berechnen, dass die Krise 1,4 Billionen Dollar kostet.

Damals war dies nicht klar. Er wurde nicht ernst genommen. Seit einigen Tagen haben es auf einmal alle gewusst. Wir geißeln Gier und Leichtsinn und wissen immer, wenn wir gefragt werden, wer schuld ist.

Jedes Wort in diesen Tagen über gierige Bankmanager, über falsche Anreizsysteme, unzulässiges Risikoverhalten, falsche Bewertungssysteme und unzureichende Eigenkapitalausstattung ist richtig und greift dennoch zu kurz. Denn wenn es so ist, weshalb haben wir uns nicht rechtzeitig in den internationalen Gremien gegen IFRS gewehrt? Niemand hat uns gezwungen, unser gutes altes HGB praktisch aufzugeben. Weshalb haben wir beim Thema „Eigenkapital“

nichts getan? Weshalb haben wir die Ratings nicht stärker hinterfragt? Weshalb haben wir Risiken außerhalb der Bilanzen nicht beachtet? Sie waren ja bekannt, auch der Bankenaufsicht. Sie wurden nur nicht einbezogen, weil die Bestimmungen halt so waren, wie sie waren.

Die ehrliche Antwort: Wir haben es eben doch nicht so genau gewusst. Wir haben uns auf die Experten verlassen. Was tut eigentlich unsere Bankenaufsicht genau, wenn sie sich mit solchen strategischen Fragen offenbar gar nicht befasst?

Die finanziellen und realwirtschaftlichen Folgen dieser Krise sind im Augenblick noch nicht absehbar, die moralischen dagegen schon:

Moralisch verloren hat das angelsächsische Wirtschaftsmodell, das auf maximale Freiheit von Märkten setzt.

Moralisch verloren hat die internationale Klasse der Bankmanager, die den Eindruck erweckte - man hat das auch in der Öffentlichkeit geglaubt -, ihre Intelligenz und ihre Einsichtsfähigkeit stiegen mit der Höhe ihrer Verdienste an. Es gibt auch ein gewisses Argumentationsgefälle. Bei jemandem, der 100 Millionen verdient, wird ein dummes Argument plötzlich interessant. Da muss man selber aufpassen, dass man nicht von der Einkommensklasse auf die Intelligenzklasse schließt.

(Heiterkeit)

Ich glaube, wir alle sind etwas in diese Falle hineingelaufen. Natürlich ist man beeindruckt, wenn man jemanden trifft, der 100 Millionen verdient; das geht mir auch so.

(Erneut Heiterkeit)

Moralisch verloren hat die Legitimation unserer Wirtschaftsordnung in breiten Schichten unserer Bevölkerung, vor allem beim kleinen Mann. Das ist das Gefährlichste. Wenn es jetzt gutgeht, wird das vergessen. Aber wenn es nicht gutgeht, wird es uns lange begleiten.

Dieses Gesetz verleiht dem Bundesfinanzminister ganz ungewöhnliche Handlungsvollmachten. Es ist ein finanzwirtschaftliches Gesetz von ungewöhnlicher Tiefe und Breite, ein Ermächtigungsgesetz. Es stellt einen umfangreichen Werkzeugkasten zur Verfügung, der von der Verwaltung praktisch nach Belieben eingesetzt werden kann. Je nachdem, wie man ihn einsetzt, wird daraus ein konservatives Modell eines vornehm geregelten Bailing-out oder ein Modell, das diejenigen, die ihr Kapital in derartige Dinge eingesetzt haben, relativ hart zur Rechenschaft zieht. Es ist ein gleitender Übergang in der Anwendung des Modells.

Aus meiner Sicht ist es unbedingt richtig, dass der Einsatz des Paketes nicht zu einem impliziten Bailing out führen darf. Zunächst muss der Aktionär bluten, dann wird man weitersehen. Dieses „Aktionärbluten“ muss bis zum Verlust des Eigenkapitals gehen.

Entscheidend ist, dass man, wenn man sich beteiligt, die Werte so ansetzt, wie sie vor der Beteiligung tatsächlich waren. Das bedeutet: Eine Bank, die wenig

Kapital hat, ist dann meist auch nicht mehr sehr viel wert, wenn man sie richtig bewertet. Wenn sich der Staat jetzt dort beteiligt, hat er auch gleich 40, 50, 60 oder 70 % Anteil. Wenn dann die Bank saniert wird, gibt es, wenn man verkauft, ein deutliches Upside, wie man neudeutsch sagt, also möglicherweise auch einen Veräußerungsgewinn. Wenn nach der Abwicklung des Fonds – das wird sicherlich bis zum Jahr 2013/2014 dauern – der Verkauf der staatlichen Beteiligungen am Ende zu einem positiven Saldo führt, wäre das nicht nur ein Sieg für den Steuerzahler, sondern gleichzeitig eine gewisse nachträgliche Ehrenrettung für unsere staatliche Ordnung. Ich möchte kurz auf unsere Berliner Erfahrungen verweisen. Sie passen sehr gut; denn alles das, was wir hier erleben, haben wir im Kleinen – es war nicht ganz so klein – erlebt. Wir hatten eine Bank. Sie war staatlich. Wir wissen, dies passiert bei staatlichen Banken, aber auch bei privaten. Sie machte sehr gute Gewinne über Immobiliengeschäfte, die niemand so recht durchschaute. Das war auch nicht so wichtig, es waren ja sehr gute Gewinne da. Eines Tages im Jahr 2001 kam ein kleines Wölkchen an den Horizont. Es gab eine Bewertungslücke, wie es so hieß. Das Wölkchen wurde größer. Ein Verkauf in die Cayman Islands scheiterte. Der Jahresabschluss war gefährdet. Herr S a n i o sagte: Die Bank muss zugemacht werden – oder es wird Geld über den Tisch gereicht. – Es gab 3,5 Milliarden DM. Dann ging es für ein halbes Jahr wieder gut. Es kam der nächste Jahresabschluss. Wieder wurde bewertet. Wieder kam Herr Sanio, und der Senat gab eine Bürgschaft von 21,6 Milliarden Euro. Mittlerweile ist die Bank verkauft. Wie es scheint, kommen wir mit einem blauen Auge aus der ganzen Sache heraus. Damals half uns niemand. Das ist kein Vorwurf, es ist eine Tatsache. Vor allen Dingen hielten uns damals alle für verrückt. Alle wussten es besser. Die Mehrheit der Meinungen in den Medien war: Eine derartige Dämlichkeit kann eh nur in Berlin passieren, das ist ein republikweiter Ausnahmefall. Und jetzt machen sie es auch noch falsch, indem sie die Bank übernehmen und sie selbst sanieren wollen. Das geht doch wohl gar nicht. Sie haben doch gezeigt, der Staat kann keine Banken führen. Das ist das Allerdümmste. Es kam andersherum. Ich sage das nicht, weil wir unbedingt Recht behalten wollen, sondern weil auch dieses zeigt, dass man mit Urteilen vorsichtig sein muss. Ich wusste damals nicht, ob es gutgeht. Wenn wir uns jetzt an dem Paket beteiligen, so erstens natürlich, weil es nicht geht, dass sich ein einzelnes Land nicht beteiligt. Zweitens aber, weil wir wissen, wie es in einer solchen Lage ist, dass man dann nach vorne gehen muss, dass es zu diesem Weg in der Tat keine Alternative gibt. – Vielen Dank. Vizepräsident Peter Müller: Vielen Dank! Das Wort hat Minister Möllring (Niedersachsen).

Hartmut Möllring (Niedersachsen): Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Gesetz ist in den letzten Tagen ausgesprochen intensiv diskutiert worden. Besonders zu begrüßen ist, dass der materielle Inhalt, das Maßnahmenbündel, unverändert geblieben ist und damit das Dreisäulenmodell ohne Differenzierung unter den Schutz dieses Gesetzes gestellt wird.

Wir hätten uns schon sehr viel früher ohne lange Diskussion einigen können, wenn in dem Gesetz von Anfang an die Mitwirkung der Länder und des Deutschen Bundestages vorgesehen worden wäre. Letzteres hat uns hier nicht zu interessieren. Die anfängliche Weigerung, den Bundesrat bzw. die Länder in die Mitwirkung einzubeziehen, hat zu einigem Diskussionsbedarf geführt.

Inzwischen haben wir die Bestimmung, dass im Lenkungsausschuss nicht nur die Bundesregierung vertreten ist, sondern auch ein stimmberechtigtes Mitglied, das von den Ländern benannt wird. Dort werden also fünf Personen zu bestimmen haben. Darunter gibt es den Leitungsausschuss, der drei Personen umfasst. Ich halte es für sehr wichtig - diesen Punkt möchte ich hier einbringen -, dass diese drei Personen das Dreisäulenmodell repräsentieren: die Privatbanken, die Genossenschaftsbanken und die öffentlich-rechtlichen Banken. Wenn wir Vertrauen schaffen wollen, muss das auch durch äußere Zeichen erfolgen. Deshalb wäre es gut, wenn sich die drei Säulen in dem Leitungsausschuss wiederfinden. Im Gesetz steht zwar etwas von Beamten, die abgeordnet werden können. Ich gehe aber davon aus, dass die drei Mitglieder des Leitungsausschusses Bankgeschäfte machen und deshalb auch die Bankberechtigung haben, wie sie von der BaFin bei jeder Sparkasse vorgesehen ist. Es geht um viele Milliarden Euro.

Die Maßnahmen sind angesprochen worden. Im Bundestag ist von Verstaatlichung bzw. Teilverstaatlichung gesprochen worden. Ich meine, hier wird das Gesetz völlig falsch verstanden. Es ist im Kleinen wie im Großen: Wenn ein Mittelständler, dem es schlechtgeht, einen zusätzlichen Kredit oder eine Bürgschaft haben möchte, bekommt er das nicht einfach, sondern die Geschäftsführung wird geprüft. Notfalls muss er die Geschäftsführung ergänzen oder austauschen. Es dürfen keine Gewinnentnahmen getätigt werden. Parallel dürfen keine Dividenden gezahlt werden; denn eine Bank, die unter den Schutz des Staates schlüpfen muss, kann keine Pseudogewinne oder Gewinne ausschütten. Wenn die Eigentümer es selber nicht schaffen, die Bank wieder aufzustellen, können sie selbstverständlich nicht noch Dividenden mitnehmen; das ist hier schon gesagt worden. Das Gleiche gilt für die Geschäftsführergehälter. Ob die vom Bundesfinanzminister eingebrachte Zahl richtig ist oder nicht, muss man im Einzelfall sehen. Das wird auch von der Größe der Bank abhängen. Der Vorstand einer kleinen Sparkasse würde sich freuen, wenn er plötzlich ein solches Gehalt bekäme.

In Bezug auf andere Institute muss man noch einmal darüber diskutieren. Deshalb ist es richtig, dass im Leitungsausschuss alle drei Säulen vertreten sind. Bei der Schlussdiskussion im Deutschen Bundestag ist immer wieder gesagt worden, dem kleinen Mann werde in die Tasche gefasst, es würden Steuern verbrannt, den Banken werde etwas zugeschanzt. Das ist falsch. Wir retten hier zwar Banken, aber keine Bankmanager. Wir retten auch keine Einzelbanken, sondern das System. Denn wir wollen, dass die Wirtschaft läuft. Wenn das Finanzsystem nicht funktioniert und die Wirtschaft nicht läuft, werden wir auch nicht die Steuern bekommen, um die Sozialleistungen zu bezahlen, die gezahlt werden müssen - von Hartz IV bis zu den Renten; Letztere werden zum Teil auch durch Steuern finanziert. Deshalb ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass hier nicht 500 Milliarden Euro bewegt, sondern 400 Milliarden Euro Bürgschaften gegeben werden, die im Übrigen mit 2 % verzinst werden. Das ist im öffentlich-rechtlichen Bereich neu. Diese Größenordnung ist immens. Aber ich habe im Bundestag gehört, dass die Bundesregierung auf Grund des Haushaltsgesetzes einen Bürgschaftsrahmen von 300 Milliarden hat. Das ist mehr als der Bundeshaushalt. Dem ist nicht widersprochen worden. Ich nehme an, dass diese Zahl richtig ist. Dort macht sich kein Mensch Sorgen darüber, dass der Bundeshaushalt überzogen würde, wenn plötzlich alle Bürgschaften gezogen würden. Bei uns in Niedersachsen liegen die Bürgschaftsausfälle bei 1 bis 2 %. Ich schätze, dass es in der Bankenlandschaft sehr viel weniger ist; denn es geht nicht darum, die Substanz von Banken zu verbürgen, sondern darum, Vertrauen zu verbürgen, damit diese Kredite sowie Liquidität bekommen und der Geldfluss wieder gegeben ist. Zu den Beteiligungen hat Herr Kollege Sarrazin schon etwas gesagt. Gerade bei den Beteiligungen wird man nicht nur mit einer „schwarzen Null“ herauskommen können, sondern sogar einen Gewinn machen können. Bei der Kapitalaufstockung bei der Bank in Berlin war die Aktie 5 DM wert. Nachdem die Bank an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband verkauft worden war, ist die einzelne Aktie für 12 Euro oder mehr verkauft worden; ich habe die Zahl nicht genau im Kopf. Das heißt, es ist ein Vielfaches von dem gezahlt worden, was man damals eingezahlt hat. Der Fonds muss keinen Verlust machen, sondern kann mindestens mit einer „schwarzen Null“ abschließen. Wichtig ist, dass Vertrauen in das internationale und das deutsche Bankensystem zurückgewonnen wird. Das ist mit diesem Gesetz geschehen. Deshalb ist nicht gesagt, dass wir einen Verlust machen. Wir haben inzwischen Mitwirkungsrechte, dafür ist unsere Haftung begrenzt worden. Das kann passieren, wenn man solche Kompromisse macht. Hätten wir uns schon früher geeinigt, wäre es für die Länder vielleicht etwas schlechter gewesen. Ich bin sehr

dankbar für diese Begrenzung; denn damit ist für uns alles überschaubar. - Vielen Dank.

Vizepräsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort hat Senator Dr. Freytag (Hamburg).

Dr. Michael Freytag (Hamburg): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die aktuelle Lage vermittelt zwei Kernbotschaften:

Erstens. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Organe sind in einer schweren Krise voll funktions- und handlungsfähig.

Zweitens. Das heute zur Abstimmung stehende Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes ist in besonderer Weise geeignet, die Krise zu bewältigen.

Natürlich ist es für Bundestag und Bundesrat vom Verfahren her eine Zumutung, ein solches Volumen in wenigen Tagen zu verabschieden. Zu dieser Zumutung gibt es aber keine Alternative. Geboten ist intelligentes Handeln und schnelles Handeln. Genau dies geschieht.

Die Bundesregierung - das möchte ich aus Hamburger Sicht hervorheben - hat sich im Krisenmanagement bewährt, sowohl international als auch im eigenen Land. Schwerwiegende Fehler andernorts - ich nenne nur das Stichwort „Lehman Brothers“ - sind in Deutschland nicht gemacht worden. Im Gegenteil!

Die Bundesregierung hat zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle das Richtige getan. Hierzu zählt auch das vorliegende Maßnahmenpaket.

Es enthält die geeigneten Instrumente, das am Finanzmarkt, aber auch schon in der Realwirtschaft verlorengegangene Vertrauen wiederherzustellen:

Garantien bis zu 400 Milliarden Euro und Beteiligungskapital bis zu 80 Milliarden Euro. Mit den Garantien kann der Austrocknung des Kreditmarktes

wirkungsvoll begegnet werden. Die Banken können sich wieder gegenseitig Liquidität gewähren.

Meine Damen und Herren, wie Kollege Möllring soeben erwähnt hat, sind staatliche Garantien auch bisher schon wirkungsvolle Instrumente und vom Risiko her beherrschbar, wenn sie gut gemanagt werden

- auch wenn die Ausgangslage natürlich nicht eins zu eins vergleichbar ist. Die Freie und Hansestadt Hamburg z. B. hat ein Bürgschafts- und Garantievolumen von ca. 10 Milliarden Euro. Die Ausfallquote beträgt weniger als 0,1 %.

Die im Maßnahmenpaket vorgesehenen maximal 80 Milliarden Euro für Rekapitalisierungen dienen insbesondere der temporären Anteilsübernahme des Staates an Privatunternehmen. Es geht hierbei nicht um Verstaatlichung, sondern um eine Beteiligung des Staates auf Zeit. Dies kann bei richtigem Management sehr gut funktionieren.

Hamburg hielt und hält etwa 300 Unternehmensbeteiligungen, und das mit großem Erfolg für Unternehmen, Staat und Steuerzahler. Dabei handelt es sich überwiegend um Beteiligungen an klassischen öffentlichen Unternehmen, ausnahmsweise aus gutem Grund auch um Beteiligungen an privaten Firmen, z. B. am Nivea-Hersteller Beiersdorf, an Europas

größter Kupferhütte Norddeutsche Affinerie oder, ganz aktuell, an Hapag-Lloyd.

Wir haben hierfür klare Maßstäbe. Es handelt sich um staatliche Engagements auf Zeit an erfolgreichen Unternehmen zur Abwehr von Gefahren für Standort oder Unternehmen. Und für Staat und Steuerzahler müssen Erträge herauskommen. Das heißt: Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft, Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen sowie Erzielung von Dividenden bzw. Mehrerlösen beim Wiederverkauf der staatlichen Unternehmensanteile.

Genau so kann und muss das vorliegende Maßnahmenpaket funktionieren. Der Gesetzentwurf bietet dafür alle Voraussetzungen sowohl vom Inhalt her als auch vom Verfahren.

Meine Damen und Herren, die Beratungen der Finanzministerkonferenz und der Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Woche haben für die Länder eindeutig Früchte getragen: Die Mitwirkung der Länder bei der Ausgestaltung des Finanzmarktstabilisierungsfonds ist jetzt sichergestellt. Die Mithaftung der Länder ist jetzt fair und transparent geregelt. Insbesondere ist es ein gravierender Unterschied, ob die Länder, wie im Ursprungsentwurf, mit 35 % von 480 Milliarden Euro haften oder, wie jetzt vorgesehen, mit 35 % von 22 Milliarden Euro. Das sind 7,7 Milliarden Euro. Nunmehr gibt es auch für die Länderhaushalte eine klare Kalkulationsgrundlage, die dem Maßstab von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit voll gerecht wird.

Die Krise muss bewältigt werden. Hierfür gibt es keinen üblichen Fahrplan und schon gar kein Patentrezept. Umso bemerkenswerter ist das entschlossene wie schnelle Handeln von Bund und Ländern, von Exekutive und Legislative.

Die Qualität unserer Demokratie beweist sich eben nicht bei Sonnenschein, sondern in schwerer See. Um es abschließend in besonderer Weise auf den Punkt zu bringen: Wir tun dies alles nicht für die Banken, sondern für die Menschen in unserem Land.

Vizepräsident Peter Müller: Danke schön!

Letzte Wortmeldung: Minister Professor Dr. Pinkwart (Nordrhein-Westfalen).

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne Zweifel: Die Krise des Finanzmarkts erfordert schnelles, entschiedenes und wirksames Handeln des Staates. Nordrhein-Westfalen steht in dieser Situation zu seiner Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Wir begrüßen es, dass sich der Bund mit den Ländern auf eine Lösung geeinigt hat, die zu einer fairen Lastenteilung führt, und die parlamentarische Kontrolle und in Sonderheit die Mitwirkungsrechte der Länder gegenüber dem Ausgangsentwurf des Bundes gestärkt hat.

Wir begrüßen zudem, dass die Unabhängigkeit der Bundesbank gewahrt bleibt, dass der Bund die Landesbanken als Teil des nationalen Bankensystems



anerkennt und nunmehr auch bereit ist, für deren Stabilität über die Landesanteile hinaus Mitverantwortung zu übernehmen sowie – damit knüpfe ich an das an, was Herr Oettinger vorhin gesagt hat – eine gewisse Koordinierungsfunktion, die er aus unserer Sicht auch schon früher hätte wahrnehmen können, und dass jetzt, unter dem Druck der Krise, endlich eine europäisch und international besser abgestimmte Finanzaufsicht möglich wird.

All dies zeigt, dass die Länder in gesamtstaatlicher Verantwortung und nicht als Vertreter partikulärer Interessen handeln. Sie tun dies, weil es nicht darum geht, Hasardeuren neues Spielgeld zu verschaffen. Es geht darum, die drohenden Auswirkungen der Krise auf unsere Realwirtschaft zu mindern, die Investitionsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, kleine und mittlere Unternehmen zu schützen und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen zu sichern. Vor allem geht es darum, das Vertrauen der verunsicherten Bürgerinnen und Bürger in die soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen. Deshalb und nur deshalb muss der Staat jetzt schnell handeln. Er muss entschieden handeln, und er muss wirksam handeln.

Vertrauen zurückgewinnen werden wir nicht allein mit einer kurzfristigen Rettungsaktion. Denn einen 500-Milliarden-Schirm aufzuspannen ist das eine, das Vertrauen derjenigen zurückzugewinnen, die ihn letztlich bezahlen – der Steuerzahler, der Bürgerinnen und Bürger –, ist das andere. Das wird nur gelingen, wenn für die Menschen wieder glaubwürdig zu erkennen ist: Dieser Staat ist in der Lage, mit klaren Regeln den Rahmen für die soziale Marktwirtschaft stabiler aufzustellen. Er ist in der Lage, diese Regeln durchzusetzen. Und er ist in der Lage zu verhindern, dass die Arbeitsleistung der Menschen und die Leistung der Unternehmen in einer zynischen Casino-Wirtschaft verzockt werden.

Mit anderen Worten: Diese Krise ist ein Aufruf zur marktwirtschaftlichen Ordnung – für den Staat, soweit er ordnungspolitisch versagt hat, und für die Finanzwirtschaft, deren Manager vor den ethischen Ansprüchen ihres Berufs kapituliert haben.

Herr Steinbrück hat am Mittwoch im Bundestag davon gesprochen, dass es auf den Weltfinanzmärkten brenne und wir jetzt löschen müssten. Die Brandstifter seien zu bestrafen, und die Brandbeschleuniger müssten verboten werden. Er hat auch besseren Brandschutz gefordert, allerdings ohne auf dessen schwere Mängel in der Vergangenheit einzugehen, die für die Krise mitverantwortlich sind. Der Brandschutz hat offenbar mit großem Aufwand Formvorschriften überprüft und fleißig Berichte geschrieben, wie etwa im Fall der Depfa, wie wir jetzt lesen können, aber dabei den Sinn, die Gesamtstabilität des Systems, aus dem Blick verloren.

Deshalb brauchen wir jetzt einen besseren Ordnungsrahmen für die Kapitalmärkte. Wir brauchen eine starke Bankenaufsicht. Wir brauchen neue Bilanzierungsregeln, die sicherstellen, dass Risikogeschäfte

nicht mehr in den Büchern versteckt werden können. Wir brauchen mehr Transparenz und Wettbewerb bei den Ratingagenturen, damit an deren unabhängigem Urteil kein Zweifel besteht.

Lieber Herr Sarrazin, Sie sagten, manches sei für uns auch überraschend gewesen. Darüber hat der Deutsche Bundestag, wie ich mich selbst erinnere, im Finanzausschuss bereits vor fünf Jahren eine Anhörung durchgeführt, leider ohne dass entsprechende Konsequenzen gezogen worden wären.

Vor allem müssen wir uns auf das Grundprinzip der Marktwirtschaft zurückbesinnen, wonach zur Gewinnchance immer auch die Pflicht zur Haftung für Verluste gehört. Denn Freiheit und Verantwortung gehören in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen.

Was wir hingegen nicht brauchen, auch wenn manche Populisten und Lobbyisten das schon wieder lautstark einfordern, sind staatsdirigistische Instrumente, neue Subventionsblasen oder ebenso wohlfeile wie wirkungslose Konjunkturprogramme.

Staatwirtschaft, meine Damen und Herren, ist eben nicht der bessere Markt. Der Staat ist auch nicht der bessere Banker.

Sicherlich ist zu kritisieren - und dies ausdrücklich -, dass Banken in der Krise nicht so verantwortungsvoll und weitblickend agierten, wie es notwendig gewesen wäre und von der Bevölkerung auch erwartet worden ist. Aber wie weitblickend war die Politik?

Noch einen Tag nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers - Herr Steinbrück sagte, das sei für ihn die Wasserscheide gewesen - erklärte der Bundesfinanzminister im Deutschen Bundestag, er halte die möglichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf uns, also auf Deutschland, für begrenzt. In der gleichen Debatte, während der Haushaltsplanberatungen - sie liegt gerade einmal vier Wochen zurück -, äußerte er weiterhin - ich darf ihn zitieren, Herr Präsident -: „Es gibt keinen Anlass - das sage ich sehr bewusst -, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das braucht man heute nicht weiter zu kommentieren. Besonders bemerkenswert finde ich aber doch, dass der Bundesfinanzminister am Mittwoch dieser Woche davon gesprochen hat, nun sei „die Illusion“ eingestürzt, „dass eine Marktwirtschaft ohne Regeln funktionieren kann“. Vielleicht gibt er uns bei Gelegenheit die Quelle für diese Feststellung an. Ich jedenfalls kenne keinen verantwortlich handelnden Politiker in Deutschland, der dieser Illusion jemals anhing. Insofern ist diese Aussage schlicht und ergreifend eine Null-Aussage.

Die eigentliche Frage ist die nach der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft. Ich habe gesagt, der Staat muss die Regeln machen und durchsetzen.

Aber - Herr Sarrazin hat uns ein eindrucksvolles Beispiel aus Berlin ausführlich dargestellt - dieser Staat wollte, um ein Bild aus dem Sport zu bemühen, alles sein: Regelsetzer, Mitspieler, Schiedsrichter, Zuschauer, Rechteverwerter und Eigentümer des Stadions.

Jetzt muss sich dieser Staat mühen, nicht auch noch zum Spielball zu werden.

Im Klartext: Die Krise belegt eindrucksvoll die Aussage, dass nur der schlanke Staat ein starker Staat sein kann. Ob IKB, KfW oder Landesbanken, vielfach hat das öffentlich-rechtliche Kreditwesen Schlagseite. Das heißt umgekehrt: Allen, die die aktuelle Krise dazu benutzen wollen, das Modell der sozialen Marktwirtschaft auszuhebeln, müssen wir gerade jetzt entschieden entgentreten.

Diese Krise, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Krise der sozialen Marktwirtschaft. Sie wurde verursacht, weil die Politik die soziale Marktwirtschaft nicht früh genug und nicht entschieden

genug gegen hemmungsloses Glücksrittertum verteidigt

hat und weil Banker um des schnellen Profits

willen die Grundlagen ihrer eigenen Arbeit, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft aufs Spiel setzten.

Aufgabe der Politik ist es jetzt, die Kräfte nachhaltig zu stärken, auf die es in der sozialen Marktwirtschaft

ankommt. Das sind die Menschen, die mit ihrer

Arbeit die Werte der Realwirtschaft schaffen. Das

sind die Unternehmen, die mit ihren Investitionen

Arbeitsplätze schaffen und unsere internationale

Wettbewerbsfähigkeit sichern. Ihnen hilft weder panischer

Aktionismus noch anmaßender Interventionismus.

Ihnen würde aber, um nur ein Beispiel zu

nennen, das in die nächsten Wochen hineinragt, eine

vernünftig gestaltete Erbschaftsteuer sehr helfen.

Gerade für die mittelständischen Betriebe und ihre

Beschäftigten wäre dies von großem Wert.

Der wirtschaftliche Erfolg dieser Gesellschaft

- auch das lehrt diese Krise - hängt langfristig davon

ab, ob unsere Realwirtschaft in der Lage ist, sich im

globalen Wettbewerb zu behaupten. Er hängt ab von

unserer Innovationskraft, damit von der Exzellenz

unserer Forschung und von der Wettbewerbsfähigkeit

unseres Bildungssystems. Das Paket, dem der

Bundesrat heute seine Zustimmung gibt, ist nur sinnvoll,

wenn Bund und Länder beim Bildungsgipfel in

der kommenden Woche die gleiche Handlungsfähigkeit

beweisen wie in dieser Woche.

Politik kann sich in der Öffentlichkeit nicht nur

durch schnelle Aktion neues Vertrauen erwerben. Sie

muss auch zeigen, dass sie die Weichen langfristig

richtig stellen kann. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Peter Müller: Schönen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Je eine Erklärung zu Protokoll\*) haben abgegeben:

Ministerpräsident Althaus (Thüringen) und

Bürgermeister Böhrnsen (Bremen).

Wir kommen dann zur Abstimmung.

Es handelt sich um ein zustimmungsbedürftiges

Gesetz. Ich frage daher: Wer stimmt dem Gesetz zu?

Ich stelle fest, dass der Bundesrat dem Gesetz einstimmig zugestimmt hat.

Ich bedanke mich und wünsche ein schönes, persönlich möglichst finanzstarkes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

</ text >

< text 852 >

852. Sitzung

Berlin, den 5. Dezember 2008

Beginn: 9.31 Uhr

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 852. Sitzung des Bundesrates und begrüße Sie herzlich. Die Tagesordnung liegt Ihnen in vorläufiger Form mit drei Punkten vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann ist sie so festgestellt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1:

Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

(Drucksache 923/08)

Das Wort hat Ministerpräsident Koch (Hessen).

Roland Koch (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren und entscheiden heute über einen Teil der Reaktion der nationalen Politik auf eine schwere Wirtschaftskrise. Wir leben in einer Zeit, in der sehr viele Bürger, aber auch sehr viele Akteure innerhalb der Wirtschaft in außerordentlichem Maße verunsichert sind.

Vieles spricht dafür, dass diese Verunsicherung - unabhängig davon, was wir heute beschließen oder theoretisch beschließen könnten - nicht von einem auf den anderen Tag geringer wird. Das Vertrauen, das sich die Politik in den letzten Monaten in der Frage des Managements dieser Krise nach meiner Einschätzung erarbeitet hat, zu erhalten - dafür ist eine nüchterne Analyse Voraussetzung -, kann nur gelingen, wenn wir offen über die Folgen bestimmter Maßnahmen sprechen.

Was wir heute beschließen, kann Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf die Produktion und auf die Investitionsgüterindustrie haben, die die Unternehmen davor bewahren, wegen einer sich überschlagenden Krise Arbeitskräfte zu entlassen, gar von den Märkten zu verschwinden, obwohl sie eigentlich wettbewerbsfähig sind. Es wird aber nicht dazu führen, dass ab morgen alle über die Indices dieser Welt wieder jubeln. Es wird uns nicht davor bewahren, dass wir in den nächsten Wochen über Unternehmen eher Nachrichten erhalten, die schwierig sind.

Noch einmal: Es gibt Menschen, die sich wünschen, dass wir einen Plan dafür haben, wie alles wieder gut wird. Das ist die gefährlichste Herausforderung für die Politik in diesen Tagen; denn es unterstellt, dass wir in Anspruch nehmen zu wissen, wie genau die Krise in den nächsten Wochen verläuft.

Wenn es jemand wüsste, würde er sofort aus der Politik ausscheiden und viel Geld verdienen. Da niemand das weiß, kann auch niemand voraussagen, welches die richtigen Schritte sind, die zur jeweiligen Zeit ergriffen werden müssen.

In dieser Logik ist das, was wir heute beschließen, ein richtiger Schritt. Er nimmt nach dem ersten sehr wichtigen Schritt, über den wir hier beraten haben, dem Gesetz zur Abschirmung der Finanzindustrie, weitere Impulse auf. Ich will nur drei Punkte nennen.

Erster Punkt. Wir wissen, dass die stabilsten Arbeitsmärkte kleinteilig sind. Wir haben vor einigen Jahren über die Frage diskutiert, wie wir das Handwerk in Deutschland stabilisieren können. Handwerksbetriebe sind über alle Krisenzeiten hinweg der stabilste Arbeitgeber. Um es ihnen zu ermöglichen, in einem Wettbewerb, der sich häufig zwischen dem grauen und dem offiziellen Markt vollzieht, bessere Chancen zu bekommen, haben wir vor einigen Jahren erstmals die Absetzbarkeit von Dienstleistungs- und Handwerkerrechnungen in einem bestimmten Umfeld in das Steuerrecht aufgenommen. Viele waren unsicher, ob das einen Effekt hat, abgesehen von Mitnahmeeffekten. Denn es bleiben die Mehrwertsteuer und vieles andere bestehen. Aus allen Überlegungen und Berechnungen wissen wir heute, dass es wirkt. Deshalb ist es richtig, ein Instrument, dessen Wirksamkeit wir in der Praxis nachweisen können, in Zeiten der Krise zu verstärken.

Zweiter Punkt. Unsere derzeitige wirtschaftliche Situation ist ein bisschen anders als die in Ländern ringsherum. Das liegt auch an der Stärke der deutschen Wirtschaft und unseres Arbeitsmarktes in der letzten Zeit. Nach den aktuellen Zahlen ist die Entwicklung im Bereich des Konsums zwar noch brauchbar – das Weihnachtsgeschäft ist nicht unspannend, solange wir Politiker es nicht stören –, aber im Bereich der Ausrüstungsindustrie, der Investitionsgüterindustrie, des Maschinenbaus und vieler darum herum gruppierter Industrien gibt es dramatische Auftragseinbrüche, sogar, was schlimmer ist, „negative Auftragsgänge“ in Form von Stornierungen. Für diese Unternehmen wird die Perspektive immer problematischer.

Es gibt aber viele gesunde Unternehmen in Deutschland, die auch in Zukunft Ausrüstungsinvestitionen brauchen. Eine endlose Zahl von Unternehmen hat bis zum dritten und zur Hälfte des vierten Quartals des nächsten Jahres volle Auftragsbücher. Sie haben Angst, was danach passiert, aber sie sind nicht am Ende ihrer Liquidität, schon gar nicht am Ende ihrer Perspektive oder am Ende ihrer technologischen Ideen. Wenn sie heute darüber nachdenken, was sie für das Jahr 2010 kaufen, was sie im Jahr 2011 brauchen, werden sie extrem vorsichtig. Das ginge auch uns so. Ihnen wollen wir einen Liquiditätsvorteil geben, wenn sie einen Kauf nicht auf die Zeit nach dem 31. Dezember 2010 verschieben. Das Instrument dafür ist die degressive Abschreibung. Sie ist im Wesentlichen ein Liquiditäts- und ein Zinsvorteil für die Unternehmen; das ist nur auf den ersten Blick dramatisch. Es ist das geeignete Instrument für den Staat zu helfen.

Dritter Punkt. Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes

zu verlängern. Der Bundestag hat das beschlossen. Im deutschen Arbeitsrecht, das nicht sehr flexibel ist, ist die Frage, wie lange ein Unternehmen mit Personalveränderungen zuwarten kann, entscheidend. Für uns und die Wahrnehmung der Krise in den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, wie groß die Sorge der Menschen um ihre Arbeitsplätze ist. Die Verlängerung der Bezugsfrist des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate ist deshalb eine richtige Entscheidung. Aus diesen Gründen wird die Hessische Landesregierung dem Gesetz zustimmen.

Bei allen Diskussionen, die wir über konjunkturelle Maßnahmen führen, verhehle ich allerdings nicht: Dies fällt weder einem Land noch dem Bund leicht. Erforderlich sind wesentliche Veränderungen in der Finanzierung und unserer Erwartungen für die nächsten Jahre.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Befreiung von der Kfz-Steuer, die das Gesetz ebenfalls umfasst, hat im Vorfeld eine intensive Diskussion zwischen Ländern und Bundesregierung stattgefunden. Am Ende stand die Erklärung, dass die Lasten aus einer solchen Entscheidung der Bundesregierung vom Bund zu tragen sind, obwohl es sich um eine Ländersteuer handelt. Trotzdem fällt es uns schwer. Jeder, der über Steuerreformen diskutiert, muss wissen: Die Folgen jeder steuerverändernden Maßnahme tragen in Deutschland überwiegend die Länder und die Gemeinden. Das geht nicht anders; denn mit Ausnahme des Solidaritätsbeitrags sind wir bei den Gemeinschaftssteuern immer führend beteiligt. Das ist ein Teil der Stärke der Länder, etwas, was der Bund täglich bedauert. Es ist aber in der Logik von Konjunkturprogrammen nicht einfach für uns. Es stellt uns vor Herausforderungen; denn wir haben kein Steuerhebungsrecht. Es ist klar, dass darüber eine angespannte Diskussion geführt wird. Ich kenne die Diskussion der letzten zwei Tage. Deshalb will ich sagen: Wenn wir bei den Regeln des normalen Steuerrechts bleiben, wenn wir Einkommensteuervorteile einräumen, werden sich Bund und Länder nicht anders verhalten können, als wenn sie gemeinschaftliche Steuern erhöhten. Daher ist eine solche Regelung in dem heutigen Zusammenhang richtig.

Ich mache diese Einschränkung, weil ich am Anfang darauf hingewiesen habe, dass dies ein Teil von Programmen ist. Dazu gehen wir heute einen wichtigen, aber nicht den letzten Schritt. Wir werden im Januar und im April/Mai sicherlich wieder prüfen müssen, ob der Staat richtig reagiert. Das ist das einzig Vernünftige - keine Schwäche des Staates, keine Dummheit von Politikern. Heute darf niemand behaupten zu wissen, was in fünf Monaten erforderlich ist. Wir werden Monat für Monat prüfen, mit welchen Schritten angemessen agiert werden kann.

Dann müssen auch der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung wissen, dass die Entwicklung, die im Augenblick eingeleitet wird, auf Grund der geringeren Reagibilität von Landeshaushalten nicht

bei jedem Programm 1:1 fortgeschrieben werden kann. Da geht es nicht darum, sich zu drücken, sondern um Prioritätensetzung. Ich erkenne durchaus an, Herr Bundesfinanzminister, dass Sie im Rahmen des Investitionsprogramms Straßenbau schon Maßnahmen treffen, die nicht gemeinschaftlich, sondern auf Grund einer anderen Regelung finanziert werden. Ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen: Wenn der Bundesrat dem Gesetz heute zustimmt - was ich hoffe -, sollten diejenigen, die die Debatte der vergangenen Tage verfolgt haben, daraus nicht schließen, dass das eine prinzipielle Erklärung jenseits aller übrigen Dinge sei. Wir werden für die nächsten Monate ein ernsthaftes - gelegentlich ernsthafteres - Gespräch darüber führen müssen, wie wir einen Ausgleich erreichen. Sonst kommen die Landeshaushalte in unkalkulierbare Schwierigkeiten. Nichtsdestoweniger habe ich die Hoffnung, dass das Gesetz heute direkt - ohne Vermittlungsausschuss - eine Mehrheit erhält.

Gestatten Sie mir ein Schlusswort! Auch nach der gestrigen Debatte im Bundestag meine ich: Die Menschen sind sehr unsicher. Wir werden große Schwierigkeiten haben, ihnen zu vermitteln, dass wir die Krise nur schrittweise lösen; denn sie hätten gerne eine Gesamtlösung. Aber sie werden an uns verzweifeln, wenn wir aus den Schritten Pirouetten machen. Ob wir das tun, darüber entscheiden wir heute im Bundesrat. - Vielen Dank.

Roland Koch (Hessen)

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Vielen Dank!

Das Wort hat nun Ministerpräsident Müller (Saarland).

Peter Müller (Saarland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Blick auf das vorgelegte Maßnahmenpaket stellen sich aus der Sicht meines Bundeslandes vier Fragen.

Erstens: Ist das Paket angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung notwendig?

Zweitens: Ist es geeignet, nachhaltige konjunkturelle Impulse zu setzen?

Drittens: Ist es ausreichend, um auf die wirtschaftliche Entwicklung zu reagieren?

Viertens: Beruht es auf einer fairen Verteilung der mit den Maßnahmen verbundenen Lasten zwischen Bund und Ländern?

Als Ergebnis glaube ich feststellen zu können, dass das Maßnahmenpaket den Geboten einer antizyklischen Politik Rechnung trägt. Ich gehe davon aus, dass es erhebliche konjunkturelle Impulse setzt und deshalb in die richtige Richtung geht. Es bedarf der Flankierung insbesondere durch eine Veränderung der europäischen Regelungen von Beihilfen. Ob und inwieweit weitere Maßnahmen notwendig sind, kann gegenwärtig nicht abschließend beurteilt werden. Zumindest mit Blick auf das Maßnahmenpaket ist festzustellen, dass die allgemein bestehende Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern dadurch nicht verändert wird und es deshalb insgesamt zustimmungsfähig ist.

Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft erreicht.

Wir befinden uns in einer rezessiven Phase. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist im zweiten und dritten Quartal zurückgegangen. Bereits ein Nullwachstum im Jahre 2009 wäre ein Erfolg, der kaum noch erwartet wird. Die Krise ist keine spezifisch deutsche oder europäische, sondern eine globale Entwicklung. Die Welt ist flach geworden. Dies begründet die Notwendigkeit staatlichen Handelns, das mit Blick auf konjunkturelle Anreize natürlich einem Spannungsverhältnis Rechnung tragen muss: Es muss auf der einen Seite den Anforderungen antizyklischer Politik entsprechen und auf der anderen Seite gewährleisten, dass die Probleme von heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen gelöst werden. Das heißt, dass das Ziel solider Haushalte und der Vermeidung zusätzlicher Verschuldung nicht aus den Augen verloren werden darf. Insgesamt scheint mir das Maßnahmenpaket dieses Spannungsverhältnis vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Die im Paket enthaltenen Elemente sind sicherlich geeignet, konjunkturelle Impulse zu setzen; Herr Kollege Koch hat einige Beispiele genannt. Um Wiederholungen zu vermeiden, beschränke ich mich auf wenige Beispiele:

Die zusätzlichen Mittel im Bereich der energetischen Gebäudesanierung verbinden ökonomisch Vernünftiges mit ökologisch Sinnvollem, was sicherlich eine besonders positive Kombination ist. Auch ich bin fest davon überzeugt, dass die degressive AfA zeitnah Investitionsimpulse für die Wirtschaft setzen wird. Natürlich müssen im Fokus eines solchen Pakets insbesondere der Mittelstand und das Handwerk stehen; sie sind unsere stabilsten Beschäftigungsträger. Deshalb ist es richtig, dass mit der Sonderabschreibung und der im Volumen verdoppelten Absatzbarkeit von Handwerkerleistungen spezielle Signale in diese Richtung gesetzt werden. Außerdem weise ich auf die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes hin. Sicherlich wird diese Krise ein Ende finden, und wir werden dann in eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs kommen. Die Bedarfe auf der Welt haben sich nicht erschöpft. Auch wenn heute im Bereich der Automobilindustrie ein erheblicher Einbruch zu erwarten ist, so ist der Bedarf an Pkws nicht geringer geworden. Selbst wenn wir im nächsten Jahr weltweit 10 bis 11 Millionen Autos weniger verkaufen, werden wir in den darauffolgenden Jahren entsprechend höhere Bedarfe haben. Auf diese Situation muss man vorbereitet sein. Deshalb ist es notwendig, dass unsere Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihr Facharbeiterpotenzial zu erhalten und an sich zu binden.

Zur Erreichung dieses Ziels ist eine Maßnahme wie die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes sicherlich besonders geeignet.

Die Kfz-Steuerbefreiung ist ein weiteres Element. Ob und inwieweit dadurch tatsächlich Kaufanreize ausgelöst werden, wird abzuwarten sein. Man hätte



sich auch andere Ausgestaltungen - beispielsweise eine Festbetragsregelung - vorstellen können, die in ihrer Anreizfunktion der jetzt gefundenen Lösung möglicherweise vorzuziehen sind; jedenfalls ist dies meine Überzeugung.

Alles in allem ist aber festzustellen, dass dieses Paket mit einem Volumen von ungefähr 25 Milliarden Euro auf die sich abzeichnende wirtschaftliche Entwicklung richtig reagiert und daher Unterstützung verdient.

Wird das Paket ausreichend sein? Diese Frage kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand abschließend beantworten. Eines jedenfalls sollte unstreitig sein: die Flankierung dieses Pakets durch die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Länder, wenn es darum geht, Liquidität für Unternehmen zu sichern. Die Handlungsmöglichkeiten sind durch das europäische Beihilfenrecht stark eingeschränkt. Dass wir auf der Basis der De-minimis-Regeln nur in der Lage sind, Bürgschaften im Wert von 200 000 Euro zu besichern, ist in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise unzureichend. In diesem Zusammenhang weise ich auf den Beschlussantrag von Sachsen hin, der eine wichtige und notwendige Ergänzung des Maßnahmenpakets der Bundesregierung ist und zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, insbesondere die mittelständische Liquidität zu unterstützen und ihr zu helfen, die Krise durchzustehen.

Ob und inwieweit es weiterer konjunktureller Maßnahmen bedarf, ist heute nicht zu entscheiden. Ich bin auch skeptisch, ob wir diese Frage schon Anfang Januar abschließend beurteilen können. Bis dahin wird das Paket, das heute beschlossen werden soll, seine Wirkung sicherlich noch nicht voll entfaltet haben. Es wird auch abzuwarten sein, was in anderen europäischen und außereuropäischen Staaten geschieht und welche Rückwirkungen dies auf staatliches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland hat.

Grundlage der Diskussion sollte die Vereinbarung sein, dass alle möglichen weiteren Maßnahmen zwei Kriterien Rechnung tragen: Erstens müssen sie nachhaltig sein, und zweitens müssen sie trotzdem zeitnah wirken. Wäre dies die Maxime der Debatte, dann wäre es vergleichsweise einfach möglich, Prioritäten zu definieren. Nachhaltig wirkend und trotzdem zeitnah sich auswirkend sind Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur. Dies gilt für den Verkehrsbereich, den Bildungsbereich und für den Bestand an öffentlichen Gebäuden. Diese Bereiche sollten bei der Diskussion darüber Vorrang haben, ob und, wenn ja, welche zusätzlichen Maßnahmen notwendig sind.

Es mag Maßnahmen geben, die zeitnah wirken, aber mit Sicherheit nicht nachhaltig sind. Wir führen zurzeit eine intensive Diskussion über sogenannte Konsumgutscheine. Das wären Einmaleffekte; Nachhaltigkeit wäre mit derartigen Maßnahmen sicherlich nicht verbunden. Je nachdem, wie sie ausgestaltet würden, hätten sie möglicherweise ausschließlich

Mitnahmeeffekte zur Folge. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, ob dies wirklich ein tauglicher Weg ist.

Stattdessen scheint mir eine Diskussion über solche Maßnahmen vorzugswürdig zu sein, die die Leistungsträger dieser Gesellschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, entlasten: mehr Netto vom Brutto, eine systematische Steuerreform und möglicherweise auch ein Thema, das uns spätestens ab Dienstag nächster Woche wieder beschäftigen wird. Am Dienstag wird das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung zur Pendlerpauschale verkünden. Ich halte es für ein richtiges Signal an die Leistungsträger in der Bundesrepublik Deutschland, die Pendlerpauschale in ihrer ursprünglichen Form wieder einzuführen.

Es verbleibt die Frage nach der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern. Das Maßnahmenpaket verändert die Regeln der Verteilung der Einnahmen und Ausgaben des Staates nicht. Gleichwohl ist richtig, was Herr Kollege Koch gesagt hat: Soweit konjunkturelle Impulse durch steuerliche Maßnahmen gesetzt werden, betrifft dies die Länder stärker als den Bund. Dies ist bei einer Gesamtabwägung derartiger Pakete sicherlich in Rechnung zu stellen. Eine Veränderung der vereinbarten Lastenteilung zwischen Bund und Ländern haben wir demgegenüber beim Familienleistungsgesetz festzustellen, das wir unter Punkt 2 der Tagesordnung behandeln werden. Dort hat der Bund zumindest nach Überzeugung der Länder die vereinbarte Lastenteilung im Rahmen des Artikels 106 Grundgesetz einseitig zu Lasten der Länder verändert. Deshalb ist dort sicherlich Diskussionsbedarf gegeben; das letzte Wort kann noch nicht gesprochen sein.

Bei dem Maßnahmenpaket sehe ich dies anders. Auch mit Blick auf künftige Vorhaben sage ich: Grundsätzlich ist in die Bewertung einzustellen, dass steuerliche Maßnahmen die Länder stärker als den Bund belasten. Gleichwohl halte ich mit Blick auf das heute zur Beschlussfassung anstehende Maßnahmenpaket unter Einbeziehung der Frage, welche Impulse damit an die Öffentlichkeit gegeben werden und welches Maß an Berechenbarkeit und Vertrauen in politisches Handeln damit erreicht werden kann, eine Zustimmung für vertretbar und richtig. Das Saarland wird dem Gesetz zustimmen.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Das Wort hat Ministerpräsident Wulff (Niedersachsen).

Christian Wulff (Niedersachsen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil am Donnerstag und Freitag die Finanzminister der Länder getagt haben und der Bundesrat in den nächsten Wochen vielfältige Arbeiten zur Bewältigung dessen zu erledigen hat, was hier zu Recht mit Krise umschrieben wurde.

Man könnte den Eindruck haben - der Herr Bundesfinanzminister ist heute Morgen dankenswerterweise zugegen -, dass hier irgendwo Schatztruhen vorhanden seien, in denen eine Vielzahl von 500-Euro-Scheinen

enthalten sei, die zur Verteilung an alle zu allen möglichen Zeitpunkten anstünden, wir überböten uns mit Vorschlägen, Geld auszugeben, das wir nicht haben, und zwar zu Lasten kommender Generationen, die wir nicht fragen, und begründeten durch Geschenke künftige Steuererhöhungen mit Zins und Zinseszins in der Annahme, die Menschen würden dies nicht erkennen.

Ich halte die Bürgerinnen und Bürger für klüger, als manche hier meinen. Sie werden uns nicht glauben, wenn wir den Anschein erwecken, dass wir uns von Konjunkturzyklen abkoppeln oder von der Weltwirtschaft lösen könnten. Wenn es in Russland oder Brasilien heute zu erheblichen Einbrüchen beim Absatz kommt, werden wir dies durch nationale Maßnahmen nicht ändern können. Deswegen empfehle ich uns eine gewisse Zurückhaltung angesichts von Äußerungen, die wir in den letzten Tagen und Wochen in den Medien vernehmen konnten. Einige erwecken den Eindruck, sie könnten Probleme bewältigen, deren Lösung nicht in der Hand des Bundes und der Länder liegt.

Mir liegt daran zu betonen, dass die Bundesrepublik Deutschland auch Anlass zu Optimismus hat, Peter Müller (Saarland)

dass er ihr jedenfalls nicht gänzlich verlorengelht. Gründe dafür sind sinkende Rohstoffpreise, der starke Euro, der Binnenmarkt, die in Deutschland produzierten Güter, die die Welt braucht, ein hoher Beschäftigungsstand, viele neue Ausbildungsverträge und die Tatsache, dass im Moment die Leitzinsen fallen wie nie zuvor. Auch die Preise fallen, zum Leidwesen der Landwirte bei Milch; beim Benzin ist der Preis jetzt glücklicherweise auf dem tiefsten Stand seit vier Jahren angekommen.

Wir sollten Fehler vermeiden, die bei der Weltwirtschaftskrise 1929 reihenweise gemacht wurden: Hysterie, Aktionismus, Protektionismus, also Abschottung, Subventionswettbewerb und Veröffentlichung unausgegorener, abstruser, zum Teil absurder Ideen. Was gestern richtig war, die Staatsquote zu senken und die Haushalte zu konsolidieren, ist heute jedenfalls nicht falsch, sondern nach wie vor in die Betrachtung einzubeziehen.

Ich begrüße das Konjunkturpaket der Bundesregierung, dem wir zustimmen, außerordentlich, weil es nach der Devise, es sei besser, ein Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu klagen, gezielte Maßnahmen für den Baubereich, für den Umweltbereich, den Klimaschutz, den Automobilsektor und die Industrie enthält. Es ist richtig, dass Handwerkerrechnungen besser absetzbar sein sollen - dadurch wird die Schwarzarbeit bekämpft - und dass wir Anstöße geben, alte Dreckschleudern aus dem Verkehr zu ziehen und stärker auf neue, emissionsfreundliche Fahrzeuge zu setzen. Auch ist es richtig, durch Abschreibungsverbesserungen die Industrie zu mobilisieren, jetzt Investitionen zu tätigen, die sie ansonsten aufgeschoben hätte.

Der Hinweis auf die Beteiligung der Länder und

Kommunen ist gegeben worden; insoweit will ich nichts wiederholen.

Für mich bleibt die Frage offen, was am 5. Januar innerhalb der Bundesregierung bzw. zwischen den Spitzen der Koalition vereinbart werden sollte. Herr Bundesfinanzminister, es ist notwendig, dass wir - im Sinne eines vertrauensvollen partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Bundesrat und Bundestag - über das rasch zustande gekommene Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Gespräch bleiben; denn ich meine, dass wir insoweit noch nicht alles im Griff haben. So muss die Laufzeit von drei auf fünf Jahre verlängert werden. Die Frage der Pfandbriefe ist dort zu regeln. Liquidität aus Pfandbriefen - das ist ein deutsches Asset. Sie sind gesichert. Es hat wenig Sinn, dass der SoFFin nur Dinge absichert, die ungesichert sind, aber Dinge, die gesichert sind, bisher nicht absichert. Das Gesetz enthält ein „Einfallstor“. Wir würden es gerne sehen, wenn die Bundesregierung bereit wäre, darüber nachzudenken.

Wir Länder machen uns nicht nur um unsere Landesbanken Sorgen. Die Banken spüren gegenwärtig vielfachen Druck; denken Sie an die Genehmigung der Hilfen für die Commerzbank durch Brüssel. Wir befürchten, dass rasch wirkende Maßnahmen der Bundesregierung für Privatbanken in Deutschland mit dem Ziel, dem Mittelstand Kredite zu verschaffen, durch überzogene Anforderungen aus Brüssel - 10 % Verzinsung auf das eingesetzte Eigenkapital - torpediert werden.

Es hat wenig Sinn, in guten Zeiten Schirme zu verteilen, um sie in schlechten Zeiten einzusammeln oder unnötig zu verknappen und damit zu verteuern. Jetzt, in der Krise, müssen die Bankinstitute zum Mittelstand und zu ihrem Kreditengagement stehen und dürfen die Kreditlinien nicht zurückfahren. Sie sollten vielmehr neue Kredite ausreichen und mehr Eigenkapital dafür zurücklegen und dürfen die Unternehmen nach Basel II nicht schlechter bewerten. Ich frage, ob wir nicht gut beraten sind, Basel II - wir haben die Richtlinie ohnehin am strengsten umgesetzt - für einige Jahre zu flexibilisieren; denn das würde nichts kosten.

Wir müssen über Maßnahmen, über Konjunkturpakete reden, die nichts kosten. Kluge Regelungen des Emissionshandels kosten nichts. Kluge Regelungen zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Fahrzeugen kosten nichts. Im Gegenteil, sie bringen mehr für den Umweltschutz und mehr für unsere Volkswirtschaft.

Peter Müller hat auf die De-minimis-Regelung hingewiesen, ein wichtiger Punkt für alle 16 Länder. Es ist absoluter Unsinn, sich mit 200-Milliarden-Paketen gegenseitig zu übersteigern, aber dann, wenn wir mit Bürgschaften guten, technologisch führenden, für die Weltautomobilproduktion wichtigen Unternehmen, die nur deshalb ein Problem haben, weil 40 % weniger Zulieferteile produziert werden, über ein, zwei Jahre hinweghelfen wollen, die EU-Kommission sagt: 200 000 Euro - mehr dürft ihr nicht! Ihr müsst umfangreiche

Berechnungen anstellen, damit ihr unter dieser Schwelle bleibt.

Europa, Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinschaftlich Verantwortung wahrnehmen und vor allem solche Maßnahmen treffen, die nichts kosten, statt ständig über Maßnahmen nachzudenken, die etwas kosten, die aber am Ende niemand wird bezahlen wollen und nur der kommenden Generation aufgelastet werden.

Ein Letztes! Amerikaner, Franzosen, Spanier und Engländer sind in größerer Hektik als wir. Sie haben auch allen Anlass dazu; denn dort sind die Immobilienmärkte und der Konsum zusammengebrochen.

Wer heute das Weihnachtsgeschäft in Berlin, Hannover oder Frankfurt mit dem in Dallas, Detroit oder New York vergleicht, wird rasch feststellen: Dazwischen liegen Welten. In einer Phase, in der der private Konsum bei uns funktioniert und in der unser Immobilienmarkt stabil ist, dürfen wir es nicht zulassen, dass aus anderen Ländern Hektik nach Deutschland getragen wird. Wir sollten unsere Munition trocken halten und unser Geld beieinanderhalten.

Wenn die Amerikaner wettbewerbswidrig - gegen die WTO-Bestimmungen - ihre am Boden liegende Automobilindustrie mit 30 Milliarden US-Dollar sponsern, dann müssen wir am 5. Januar, 5. Februar oder 5. März überlegen, wie wir in Deutschland darauf reagieren, d. h., ob wir auf WTO-Verfahren setzen, die in fünf oder sieben Jahren entschieden werden, oder ob wir nach der Devise: „Das können wir uns nicht bieten lassen“ auf eigene Maßnahmen setzen.

Ich warne davor, schon jetzt Geld auszugeben, das wir gar nicht haben und das wir für Kredite gegebenenfalls noch brauchen könnten. Insoweit möchte ich mich zum Sprachrohr der Finanzminister machen. In der Sache entscheiden wir anders: Wir rufen den Vermittlungsausschuss wohl nicht an und stimmen dem Konjunkturpaket zu. Aber den Ansatz der Finanzminister, dass wir Solidität und Konsolidierung im Auge behalten müssen, mache ich mir zu eigen. Ich glaube, das wird auch Sie, Herr Bundesfinanzminister, freuen, weil Sie wohl keine gänzlich abweichende Position einnehmen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Das Wort hat Ministerpräsident Oettinger (Baden-Württemberg).

Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem heute vorliegenden Konjunkturprogramm gehen wir - nach dem Finanzmarktpaket - einen zweiten Schritt, um der wirtschaftlichen Lage, der eingetretenen Rezession, zu begegnen, wohl wissend, dass der Staat in der sozialen Marktwirtschaft nicht alles richten kann. In der Balance zwischen soliden Haushalten einerseits und Impulsen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft andererseits geht die Bundesregierung, so meine ich, den richtigen, den mittleren Weg.

Wir unterstützen die Bundesregierung ausdrücklich, dass sie - wie die Länder - das Ziel ausgeglichener Haushalte nicht aus den Augen verliert, sondern für die nächsten Jahre weiter anstrebt und deswegen

nicht das Füllhorn über das Land ausschüttet.  
Wir halten das Programm für zielgenau und treffsicher.  
Die Kosten-Nutzen-Relation stimmt.  
Wenn Privathaushalte Handwerkerrechnungen in höherem Umfang von der privaten Lohn- und Einkommensteuer und Unternehmen Anlagen, Maschinen und Nutzfahrzeuge degressiv, d. h. im ersten Jahr verstärkt, von der Ertragsteuer absetzen können, dann sind das Anreize, die sich mit Sicherheit ab dem 1. Januar in den Auftragsbüchern von Handwerk, Mittelstand und Industrie positiv niederschlagen werden. Damit begegnen wir der Rezession.  
Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes ist ebenfalls sinnvoll. So erhalten wir die Beziehung von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer, auf die es in zwei, drei Jahren, bei sich belebender Wirtschaft, wieder ankommen wird.  
Wie stark der Erlass der Kraftfahrzeugsteuer beim Kauf von Neufahrzeugen wirkt, ist offen. Aber die Politik handelt genau so, wie es die von der Rezession erheblich betroffene Fahrzeugindustrie erbeten hat. Das heißt, wir setzen Überlegungen der Autobauer um. Es bleibt abzuwarten, ob der Autofahrer darauf eingehen wird. Für wichtig halte ich es, dass nicht nur heute der Erlass der Kraftfahrzeugsteuer beschlossen wird, sondern alsbald auch über die künftige Autobesteuerung entschieden wird. Ich will ausdrücklich zur Eile mahnen. Es besteht kein Grund, mit der Umstellung zu warten, bis klar ist, wer die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer bekommt. Für die Föderalismusreformkommission und für meinen Kollegen S t r u c k sage ich: Wir sind dazu bereit, die Umstellung abzukoppeln und in einem schnellen Verfahren dafür zu sorgen, dass der Bund die Erträge aus der Autobesteuerung bekommt, wenn hinsichtlich der Kompensation zu Gunsten der Länder alsbald ein fairer Kompromiss gefunden wird. Ich fände es gut, wenn über eine CO<sub>2</sub>-emissionsbezogene Besteuerung ab 1. Januar 2010 schon im ersten Halbjahr des nächsten Jahres, d. h. noch vom alten Deutschen Bundestag und vom Bundesrat, beraten und beschlossen werden könnte, damit der Autofahrer weiß, dass er ein oder zwei Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer befreit ist und welche Besteuerungskriterien in den Folgejahren für ihn gelten werden.  
Wir begrüßen die Verstärkung der Mittel für den Schienenwegebau, den Straßenbau und den Wasserstraßenbau in Deutschland, meinen aber, dass hier noch etwas mehr getan werden könnte. Aus der Sicht Baden-Württembergs sage ich: Wir könnten im nächsten Jahr deutlich mehr Aufträge ausschreiben und mehr verbauen als das, was uns heute schon, mit allem Respekt, an zusätzlichen Mitteln gegeben wird.  
Ich meine, dass das Programm auf Länder- und auf kommunaler Ebene ergänzt werden kann. Wir stehen nicht nur für die Bundesgesetzgebung in der Verantwortung, wir haben auch eigene Trägerschaften und eigene Verantwortung. Ich glaube, dass Kommunen und Länder durch das Vorziehen anstehender

notwendiger, sinnvoller Investitionen, die erst künftige Haushalte belasten, im nächsten Jahr ein Zeichen setzen und etwas für die Konjunktur in wichtigen Branchen tun könnten.

Hinsichtlich der Kostenverteilung ist meines Erachtens klar: Für den Bundesfernstraßenbau bezahlt der Bund. Wenn es um Steuererleichterungen und steuerliche Anreize geht, sind bei den Gemeinschaftssteuern die Länder und die Kommunen so an

Bord wie Tag für Tag bei den Steuereinnahmen. Wir stimmen hinsichtlich der Anreize durch die Verbesserung der Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und der Abschreibungsbedingungen der getroffenen Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu; dies ist bei Gemeinschaftssteuern die logische Folge.

Die Anrufung des Vermittlungsausschusses halten wir nicht für geboten. Meine Bitte ist, dies nicht anzukündigen, sondern es zu tun. Wenn man es ankündigt, sollte man vorher die Regierungschefs fragen, aber nicht so tun, als sei man allein für Länder entscheidend verantwortlich.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Vielen Dank!  
Das Wort hat Senator Dr. Sarrazin (Berlin).

Christian Wulff (Niedersachsen)

Dr. Thilo Sarrazin (Berlin): Vielen Dank, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Finanzminister müssen immer leiden, Herr Ministerpräsident Oettinger, aber sie werden dafür bezahlt und leiden gerne.  
(Heiterkeit)

Insoweit haben wir vorgestern und gestern Abend unsere Verantwortung wahrgenommen. Wir waren einer Meinung. Ich verkenne nicht: Der eine oder andere Finanzminister hatte etwas Angst vor seinem Ministerpräsidenten; vielleicht war diese Angst ja berechtigt. Umso schöner war es, dass am Ende alle einer Meinung waren.

Nun zur Sache selber! Deutschland ist in keiner einfachen Lage. Das ist völlig klar. Wir gehen augenblicklich in eine massive Rezession. Wir wissen nicht, ob daraus eine andauernde - möglicherweise weltweite - Depression wird.

Vor diesem Hintergrund wächst der Druck auf die Politik, etwas zu tun. Wir alle spüren ihn und meinen, wir müssten etwas tun. Trotzdem muss man in einer derartigen Lage auf seinen kritischen Verstand hören und sich fragen, ob das, was man tut, zeitlich und sachlich richtig, mengenmäßig adäquat und hinsichtlich der Lastenteilung angemessen ist.

Für das vorliegende Paket gilt Folgendes: Für eine kurze Anpassungsrezession, der im Sommer die Erholung folgt - das unterstellen im Augenblick alle offiziellen Prognosen -, ist das Paket nutzlos, ja völlig überflüssig. Es kostet nur Geld. Für eine länger dauernde Depression ist es gänzlich inadäquat und kostet auch nur Geld, welches wir besser für öffentliche Investitionen ausgeben könnten.

Wir erleben im Augenblick keine graduelle Entwicklung. Entweder ist die Rezession kurzfristig und wird sich - wie alle Rezessionen - automatisch wieder

regeln. Dann ist das Paket, wie ich sagte, überflüssig. Niemand kam in den Jahren 2001 bis 2003 auf die Idee, Derartiges zu tun. Übrigens, wir haben damals 36 Milliarden Euro in unterschiedliche Absenkungen von Steuern „versenkt“. Das war strukturell richtig, half uns aber in den Jahren 2001 bis 2004 konjunkturell gar nicht.

Für den Fall aber, dass wir tatsächlich in etwas Ähnliches wie eine Weltwirtschaftskrise hineingehen - man nimmt dieses Wort nur ungern in den Mund -, ist es gänzlich inadäquat. Es ist eher dazu geeignet, den Ruf der Politik zu schädigen. Hervorgeholt werden die alten verstaubten Instrumente aus dem Werkzeugkasten des Bundes. Als ehemaliger Bundesbeamter kann ich gar nicht mehr zählen, wie oft wir im Bundesfinanzministerium die degressive AfA eingeführt, abgeschafft, gesenkt oder erhöht haben. Damit geht es immer los.

Man muss sich die einzelnen Maßnahmen anschauen. Ich beginne mit dem Thema Handwerkerrechnungen. Ich persönlich habe mich gefreut, als ich eines Tages zu meiner Überraschung feststellte, dass ich Putzfrau, Gärtner - was man so hat - teilweise absetzen kann. Natürlich freue ich persönlich mich, dass ich demnächst noch ein bisschen mehr absetzen darf. Das ist zwar kompliziert mit all den Rechnungen: Materialpreise herausrechnen, andere Posten hineinrechnen, Mehrwertsteuer aufschlagen, hin und her; es macht eigentlich mehr Arbeit, als es bringt, aber sei's drum.

Nur, es gibt keine ernst zu nehmende Expertise, die zeigt, dass die maximale Absatzmöglichkeit von 600 Euro irgendetwas am realen Verhalten der Menschen geändert hat. Vielleicht hat man die Schwarzarbeit ein bisschen bekämpft. Aber unter Konjunkturaspekten ist es relativ egal, ob man schwarzarbeitet oder nicht, Hauptsache, man arbeitet und verdient Geld dabei. Der Aspekt „Schwarzarbeit“ ist zwar moralisch und fiskalisch richtig; mit dem Thema Konjunktur hat er nichts zu tun. Hier wurde etwas eingeführt, was viele sowieso einführen wollten und jetzt durchgesetzt haben. Wie gesagt, der Konjunkturreffekt ist null. Das weiß jeder von Ihnen. Auch der Bundesfinanzminister weiß das, obwohl er es gleich bestreiten wird.

(Heiterkeit - Bundesminister Peer Steinbrück: War was?)

- Wir werden es ja hören.

Nächster Punkt: degressive AfA! Es gibt Theorien ohne Ende, weshalb Unternehmen investieren. Ich persönlich glaube, dass Unternehmer eine gewisse Rationalität haben. Sie legen sich keine Anschaffungsgüter zu, nur weil sie diese abschreiben können; denn auch nach der Abschreibung bleiben immer noch Kosten übrig. Sie überlegen, ob es sinnvoll ist, Investitionen vorzuziehen, wenn sie an Kapazitätsgrenzen arbeiten. Nachdem sich die Industrie in den letzten Jahren mit Ausrüstungsgütern förmlich vollgesogen hat, ist es fraglich, ob etwas passiert. Eine Spedition, die fünf neue Lastwagen auf dem Hof



stehen hat und nur noch zwei davon auslasten kann, wird sich jetzt nicht noch einen sechsten Lkw anschaffen, nur weil es die degressive AfA gibt. Das ist lebensfremd.

Hinzu kommt, dass die Maßnahme so gestrickt ist, dass damit Kosten begrenzt werden. Wir haben in unserem Hause nachvollzogen, wie die Beamten gerechnet haben. So, wie die Maßnahme jetzt angelegt ist, werden Wirtschaftsgüter mit einer Abschreibungsdauer bis zu vier Jahren nicht begünstigt. Für Wirtschaftsgüter mit einer Lebensdauer von zehn Jahren und mehr wirkt sie kaum; sie werden praktisch nicht begünstigt. Der Rest der Wirtschaftsgüter wird minimal begünstigt.

Dass ich bei einem fünfjährigen Wirtschaftsgut im ersten Jahr statt bisher 20 % nun 25 % abschreiben kann, dringt aber gar nicht bis zur Vorstandsebene vor, sondern bleibt beim Controller hängen. Daher glaube ich nicht, dass diese Maßnahme irgendeinen Effekt hat, außer dass Geld verteilt wird, und zwar an eine Industrie, die trotz Rezession letztlich Nettokapital im Durchschnitt und in der Summe bildet und keine Kredite aufnimmt.

Die Mittelstandskomponente ist immer ehrenwert. Auch ich will nichts gegen den Mittelstand sagen. Sie wird aber ebenso wenig etwas bringen wie das andere.

Nun komme ich zum dritten Element, der Kraftfahrzeugsteuer. Dort haben wir es mit Realsatire zu tun.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich will gar nicht die Rationalität ansprechen. Ich persönlich weiß nicht, welche Kraftfahrzeugsteuer auf meinem Dienstwagen lastet. Ich bin mir sicher: Der Fuhrpark, der ihn beschafft, weiß es auch nicht. Ich weiß es noch nicht einmal bei meinem Privatwagen, der sieben Jahre alt ist. Ich weiß nur eines: Weil er noch wunderbar fährt und weitere sieben Jahre halten wird, werde ich mich nicht - auch wegen der Kfz-Steuerbefreiung - zum Kauf eines neuen entschließen. Damit komme ich zum nächsten Punkt. Wir haben keine Krise der Automobilindustrie, sondern eine Krise der Absatzprognosen in der Automobilindustrie. Man muss sich Folgendes vor Augen führen: Deutschland ist ein Land mit fallender Bevölkerungszahl. Derzeit haben wir 80 Millionen Einwohner und 40 Millionen Pkw. Durchschnittlich ist ein Pkw acht Jahre alt, d. h., er fährt 16 Jahre. Das bedeutet, dass wir jährlich 2 1/2 Millionen neue Pkws brauchen, um den Bestand zu halten.

Im November 2008 wurden 233 000 Pkw verkauft - mehr, als wir langfristig brauchen. In diesem Jahr werden in Deutschland 3 Millionen Pkw verkauft. Der VDA hat ein Problem mit seinen Prognosen. Der tatsächliche Autoabsatz in Deutschland liegt jedenfalls über dem langfristigen Bedarf von Bürgern und Wirtschaft.

Es gibt eine Anpassung. Sie wird zurzeit vielleicht ein bisschen beschleunigt. Im Übrigen erkennt man an den Zahlen, dass der Verkauf trendbereinigt seit

zehn Jahren fällt, völlig konjunkturunabhängig. Das wird hier mit eingefügt. Die Automobilindustrie hat sich flink auf den Schoß der Kanzlerin gesetzt und gesagt: Hier wird etwas getan - und alle sind eingeknickt. Wer will denn schon dagegen sein? Wir haben auch ein Motorenwerk der Daimler AG.

Auch diese Maßnahme hilft also nicht. Gut, hier müssen wir nicht bezahlen. Das ist ein Trost. Unsinn, den andere bezahlen, ist immer okay.

Das Paket, bei dem man mit aller Phantasie aus konjunktureller Sicht keine Anreize erkennen kann, kurzfristig sein Handeln zu ändern, kostet das Land insgesamt 17 Milliarden Euro. Dieses Geld wäre, mit Verlaub, im Straßenbau und im Schienenausbau besser angelegt. Es wird nichts bringen. Es kostet Berlin über die Jahre 600 Millionen Euro, und es wird uns nichts bringen.

Eine Maßnahme, die, rundum betrachtet, in der Summe nichts bringt, darf man auch dann nicht ergreifen, wenn man unter öffentlichem Druck steht, irgendetwas zu tun. Es mag nicht viel Geld sein. Möglicherweise sieht es nicht sehr eindrucksvoll aus, wenn man in Brüssel antreten oder sich beim Weltwirtschaftsgipfel rechtfertigen muss. Es kostet trotzdem Geld. Es kostet 17,5 Milliarden Euro für Maßnahmen, bei denen alle, die sich ein bisschen in der Wirtschaft auskennen, tiefe Zweifel haben, ob sie irgendetwas bewegen. Nun könnte man sagen, das ist okay. Aber dass sich Länder und Gemeinden mit 61 % an einem Paket beteiligen sollen, an dem sie tiefe innere Zweifel haben, ist nicht einzusehen. Auf Berlin entfallen 600 Millionen Euro. Gut, wir sind ein Kleinstaat, eine kleine Stadt. Gleichwohl ist das für ein Land, das sich fast noch in einer Haushaltsnotlage befindet, eine verdammt große Menge Geld. Darum werden wir auch nicht zustimmen. - Danke schön.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Das Wort hat Professor Pinkwart (Nordrhein-Westfalen).

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Maßnahmenpaket zeugt eher von Halbherzigkeit denn von Entschlossenheit. Das zeigt schon die „Begeisterung“, mit der es in diesem Hause und in der Öffentlichkeit aufgenommen wird. Herr Sarrazin hat uns das soeben sehr anschaulich vor Augen geführt. Das sprach Bände.

Mit dem, was vorliegt, beweist die sogenannte große Koalition erneut, dass ihr offensichtlich nur kleine Lösungen gelingen wollen. Dies ist mit Blick auf die gegenwärtige Herausforderung aber zu wenig. Was wir jetzt bräuchten, wäre mutiges und entschlossenes Handeln, das die Binnenkonjunktur belebt und die Wachstumskräfte nachhaltig stärkt. Notwendig wäre eine steuerliche Entlastung der Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, damit sich ihre Leistung in unserem Land endlich wieder lohnt. Der durchschnittliche Metallarbeiter behält heute von 1 Euro Lohnerhöhung nach Steuern

und Abgaben 43 Cent übrig. Das ist zu wenig für einen starken Konjunkturimpuls, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Rücknahme des Soli-Steuerzuschlags durch den Bund und die Anhebung des Grundfreibetrages wären daher richtige Schritte, die sofort positive Wirkung auf Millionen von Haushalten entfalten würden.

Notwendig wären steuerliche Anreize für Unternehmen, damit sie mehr in ihre Innovationskraft investieren können, damit es schneller bergauf geht und sie wieder ganz vorne mit dabei sein können. Während in Deutschland im Rahmen der Unternehmensteuerreform - das haben wir diskutiert und in einem Entschließungsantrag zum Ausdruck gebracht - die steuerlichen Bedingungen gerade für innovative Unternehmen verschlechtert wurden, haben die benachbarten europäischen Länder die Bedingungen für forschungsintensive Unternehmen in den letzten Jahren verbessert, beispielsweise durch Steuergutschriften bei den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, was auch die Bundesforschungsministerin für dringend angezeigt erachtet.

Dr. Thilo Sarrazin (Berlin)

Notwendig wären mehr Investitionen in Schulen und Hochschulen sowie in öffentliche Infrastruktur, damit Deutschland als Bildungs- und Innovationsstandort wettbewerbsfähig bleibt. Dafür muss aber die Lastenteilung zwischen Bund und Ländern auf eine faire Grundlage gestellt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Notwendig wäre das Lösen von Wachstumsbremsen, besonders im Energiesektor, indem dem Bau moderner Kohlekraftwerke und der weiteren Nutzung sauberer Kernkraftwerke keine Steine mehr in den Weg gelegt werden.

Notwendig wären verlässliche steuerliche Bedingungen beim Autokauf, um Autokäufer nicht weiter im Unklaren zu lassen, wie die Bundesregierung es nun schon seit drei Jahren tut. Auch damit würde eine wichtige Konsumbremse gelöst. Bevor sich Bund und Länder lange über die Frage austauschen, wie die Finanzverwaltung bei der Kfz-Besteuerung in Zukunft organisiert werden kann, könnten sie ein sehr einfaches Konzept wählen: Man würde die Kfz-Steuer abschaffen und auf die Mineralölsteuer umlegen. Die Länder bekämen einen entsprechenden Ausgleich, etwa über die Mehrwertsteuer. Damit könnten wir die gesamte Kfz-Steuerverwaltung einsparen und die Beamtinnen und Beamten auf viel produktiveren Feldern der öffentlichen Verwaltung einsetzen, etwa in Kindergärten und Schulen - auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland. Gleichzeitig könnten wir Anreize zum Kauf von umweltfreundlichen Autos setzen, die weniger Benzin verbrauchen und damit auch weniger CO<sub>2</sub> emittieren. Es gibt also schon Lösungen, die den Standort nach vorne bringen und der Konjunktur helfen würden. Notwendig wären klare Signale an die Psychologie der Verbraucher und der Märkte. Dies erfordert allerdings eine Absage an fragwürdige Strohfeuer-effekte

durch Konsumgutscheine und stattdessen eine faire und leistungsgerechte Entlastung derjenigen in Deutschland, die jeden Tag erneut die Ärmel aufkrepeln und mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass der Wohlstand in unserem Land gesichert werden kann. Wer jetzt zaudert und zögert, zahlt am Ende kräftig drauf. Das sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern ersparen.

Wir werden uns diesem kleinen, vom Sachverständigenrat als „Sammelsurium“ bezeichneten Paket nicht verweigern, auch wenn es in Wirkung und Lastenteilung, was die Finanzierung durch Bund und Länder betrifft, weit hinter dem zurückbleibt, was notwendig wäre. Dafür trägt aber die Bundesregierung die Verantwortung. – Vielen Dank.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Das Wort hat Senator Dr. Loske (Bremen).

Dr. Reinhard Loske (Bremen): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte den Antrag der Länder Bremen und Hamburg begründen, die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis nicht nur zügig zu praktizieren, sondern auch mit einem konkreten Datum zu versehen, nämlich dem 30. Juni 2009.

Als Teil des Konjunkturpakets wird denjenigen eine Kfz-Steuerbefreiung gewährt, die sich in der Zeit vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 ein neues Auto kaufen. Wer ein Auto der Euronorm 4 – abgastechisch also nichts besonders Modernes – erwirbt, wird für ein Jahr befreit; wer die Euronormen 5 und 6 bedient, wird für zwei Jahre befreit. Diese Maßnahme – darüber wurde bereits gesprochen – soll zum Vorziehen von geplanten Autokäufen führen. Daran, ob das ökonomisch gelingt – dazu ist schon einiges gesagt worden –, sind zumindest Zweifel erlaubt. Ich habe bislang fast niemanden getroffen, der daran glaubt. Häufig fällt der Begriff Mitnahmeeffekte. Kaum jemand hält diese Maßnahme für zielführend, von den führenden Wirtschaftswissenschaftlern bis hin zu den Umweltverbänden.

Abgesehen davon ist diese Maßnahme auch sozial durchaus fragwürdig; denn derjenige, der sich ein großes Auto kauft, wird stärker entlastet als der Käufer eines kleinen Wagens. Sie hat vor allen Dingen keinerlei ökologische Lenkungswirkung.

Man könnte sagen, diese Maßnahme sei eher industriepolitisch oder konjunkturpolitisch motiviert und solle nur kurzfristig einen Kaufanreiz schaffen, um die Absatzkrise zu mildern. Aber ich meine, viel wichtiger ist, dass wir uns fragen: Was sind die Ursachen für die drohende Strukturkrise der Automobilindustrie, und wie kann sie überwunden werden?

Darüber besteht im Grundsatz großes Einvernehmen, wie man in den Zeitungen liest. Die Automobile müssen sparsamer, effizienter und schadstoffärmer werden. Es geht auch um neue Antriebstechniken, leichtere Materialien und neue Kraftstoffe. Nur derjenige, der solche Autos baut, darf sich auf den Märkten der Zukunft eine faire Chance versprechen. Wer die Klimakrise und die drohende Energiekrise in seiner

Produktpolitik ignoriert, wird vom Markt hart bestraft. Das gilt schon heute und wird in Zukunft noch viel stärker gelten. Das ist eine sehr wichtige Botschaft auch für die Automobilstandorte in Deutschland, von München über Stuttgart, Wolfsburg, Rüsselsheim bis zu uns nach Bremen. Ich meine, dass auch wir Länder uns mit diesem Thema dringend befassen müssen.

Es ist ein Trugschluss zu glauben, man tue der Automobilindustrie etwas Gutes, wenn man sie vor strengen Klimaschutzauflagen und Energiestandards schützt. Das hat schon beim Katalysator vor 15, 20 Jahren nicht geklappt, und das hat beim Dieselrußfilter vor einigen Jahren nicht geklappt. Schon damals hat dieser Irrglaube dazu geführt, dass man der Automobilindustrie eher zusätzliche Probleme beschert, als Innovationsdruck auf sie auszuüben. Diese Technologien, die meistens bei uns in Deutschland entwickelt wurden, wurden zunächst in anderen Ländern eingeführt, und wir mussten dann hohen Aufwand betreiben und viel Geld ausgeben, um nachzuziehen. Ähnliches haben wir übrigens bei Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen) der Hybridtechnologie erlebt, die in der Technischen Hochschule Aachen entwickelt, aber von einem japanischen Konzern zuerst auf die Straße gebracht wurde. Man darf sicherlich feststellen, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Zukunft zu einem der zentralen Wettbewerbsfaktoren in der Automobilindustrie wird. Diese Tatsache gilt heute als Common Sense; man kann es von der „taz“ bis zum „Handelsblatt“ nachlesen. Klar ist, dass die Automobilindustrie diese große Innovationsaufgabe vor allem aus eigener Kraft schaffen muss. Aber die Politik kann Rahmenbedingungen setzen, um den Innovationsdruck in Richtung Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit zu erhöhen.

In Brüssel wird wahrscheinlich ein Grenzwert für Automobile von 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ab 2015 beschlossen. Ich verhehle nicht, dass ich diese Abschwächung der ursprünglichen Vorschläge der EU-Kommission für falsch halte. Die Automobilindustrie - das muss man sich noch einmal vor Augen führen - wird dadurch zu weniger verpflichtet, als sie im Rahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung vor einigen Jahren zugesagt hatte. Dennoch kann man sagen: Ein Anfang ist immerhin gemacht, die Richtung ist vorgegeben.

Was uns in besonderer Weise betrifft, ist die Kfz-Steuer. Herr Pinkwart hat davon gesprochen, dass man sie am besten abschaffen sollte. Man kann vom System her darüber reden. Ich persönlich halte das mittlerweile für falsch, weil sich die Kfz-Steuer in der Vergangenheit als sehr, sehr wichtiges und geeignetes Instrument bewährt hat, um gewollte Technologien, beispielsweise zur Erreichung von Schadstoffarmut, schneller in den Markt zu drücken. Es ist eine wichtige Aufgabe, die Kfz-Steuer jetzt dazu zu nutzen, energieeffiziente und klimaverträglichere Automobile auf die Straße zu bringen.

Auch bei diesem Punkt - das haben wir heute wieder gehört, beispielsweise im Beitrag von Herrn Oettinger - besteht zumindest verbales Einverständnis. Alle reden davon, dass es sinnvoll ist, die Kfz-Steuer jetzt zügig auf CO2-Basis umzustellen. Es liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch, von der Deutschen Umwelthilfe bis zum Verband der Automobilindustrie. Unser Antrag, der Antrag von Bremen und Hamburg, enthält den Vorschlag, die Kfz-Steuer zum 1. Juli 2009 auf CO2-Basis umzustellen. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrages. - Danke schön.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Vielen Dank!

Das Wort hat nun Staatsminister Zeil (Bayern).

Martin Zeil (Bayern): Sehr geehrter Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon ein paarmal gehört, dass wir uns in einer besonderen Situation befinden. Wir haben eine dramatische Lage. Die Weltwirtschaft befindet sich auf steiler Talfahrt, und manche Auguren prophezeien bereits die schlimmste Wirtschaftskrise seit der großen Depression zu Beginn der 30er Jahre.

Schon heute ist offensichtlich: Deutschland kann sich dem Abwärtstrend nicht entziehen. Unsere Wirtschaft steckt bereits mitten in einer Rezession, und auf dem Arbeitsmarkt werden die positiven Meldungen leider bald der Vergangenheit angehören. Ich halte nichts davon, Katastrophenstimmung zu verbreiten; aber die Hoffnung, wir würden mit einer kleinen Wachstumsdelle davonkommen, die im Sommer noch viele gehegt haben, wird sich ganz offensichtlich nicht erfüllen.

Die Wirtschaftsleistung wird im vierten Quartal weiter schrumpfen. Das steht heute schon fest. Wir müssen nicht bis Januar warten, meine Damen und Herren, um uns das vom Statistischen Bundesamt schwarz auf weiß bescheinigen zu lassen. Vor uns liegt ein außerordentlich schwieriges Jahr 2009. Wir können uns in dieser kritischen Lage konjunktur- und wachstumspolitisch keine Halbherzigkeiten leisten. Wir dürfen jetzt keine langatmigen Grundsatzdebatten mehr führen. Wir brauchen rasch klare Entscheidungen, und wir müssen mit der nötigen Entschlossenheit gegensteuern. Das Geschäftsklima wird von Tag zu Tag schlechter. Unser Ziel muss es sein, den Vertrauensverfall schleunigst zu stoppen, die allgemeine Vertrauenskrise und die negative Stimmung zu überwinden.

Dem großen Rettungspaket zur Stabilisierung des Finanzsektors muss aus der Sicht des Freistaats Bayern jetzt ein überzeugend dimensioniertes Stabilisierungsprogramm für die Realwirtschaft folgen. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung, mit dessen steuerrechtlichen Teilen wir uns heute auseinandersetzen, genügt nach Auffassung des Freistaats Bayern diesen Anforderungen nicht. Es enthält zwar eine Reihe von Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, insgesamt greift das Paket aber zu kurz. Es wird die notwendige Durchschlagskraft nicht entfalten. Es wird uns damit nicht gelingen, den Mittelstand

und die Arbeitsplätze im gewünschten und erforderlichen Umfang abzuschirmen. Ich sage unmissverständlich: Die Maßnahmen müssen deutlich wuchtiger ausfallen, wenn der Abschwung gestoppt werden soll.

Auch der Sachverständigenrat fordert ja, mit Blick auf das Ausmaß der Krise mindestens 1 % des Bruttoinlandsprodukts, also 25 Milliarden Euro, im Jahr für ein konjunkturgerechtes Programm einzusetzen. Wir teilen diese Ansicht. Ich füge hinzu: Gelingt es uns damit, eine Abwärtsspirale zu verhindern, ist das am Ende auch finanzpolitisch die bessere, weil billigere Lösung. Schon ausufernde Kurzarbeit länger zu finanzieren, wie dies das Konjunkturpaket der Bundesregierung vorsieht, kommt am Ende teurer als ein gezielter steuerlicher Wachstumsimpuls jetzt. Aus der Sicht der Bayerischen Staatsregierung sind im Wesentlichen in drei Punkten Ergänzungen erforderlich: Wir müssen die Investitionsfähigkeit und Investitionsneigung der Unternehmen stabilisieren und stärken. Wir müssen Geld, das jetzt in die Verbesserung der Infrastruktur gesteckt wird, dazu nutzen, Arbeitsplätze zu sichern und Wachstumsengpässe zu beseitigen. Wir müssen vor allem die Steuer- und Abgabenlast der Bürger endlich kräftig mindern.

Konkret:

Erstens. Wir brauchen einen größeren Mittelstandsschirm, mit dem wir unter anderem den drohenden Liquiditätsschwierigkeiten in vielen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere aber bei den Kfz-Zulieferunternehmen, wirksam begegnen können. Bayern hat die Mittel bei seiner Förderbank bereits aufgestockt. Auch bei der KfW muss das Angebot an zinsverbilligten Darlehen und Bürgschaften über das hinaus, was bislang vorgesehen ist, ausgeweitet werden. Der Mittelstand - so sagen wir alle in unseren Sonntagsreden - bildet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Jetzt ist genau der Zeitpunkt, zu dem wir ihn eben nicht im Regen stehen lassen dürfen. Ich sage in diesem Zusammenhang sehr klar: Wir erwarten auch ein konstruktives Verhalten der Banken. Es darf nicht zu einer Kreditklemme für den Mittelstand kommen. Das muss die Gegenleistung sein für das einmalige Rettungspaket von Bund und Ländern, mit dem wir die Finanzmärkte vor einer Kernschmelze bewahrt haben. Hinzukommen muss, dass auch dieser Schirm schnell und unbürokratisch wirkt; denn Schirme, die nicht schnell wirken, lassen ihre Wirkung verpuffen.

Zweitens müssen wir die Fehler gerade der Unternehmensteuerreform korrigieren. Das gilt für die Regelungen zur Zinsschranke ebenso wie für die Verlustverrechnungsmöglichkeiten beim Mantelkauf. Drittens. Wir sollten steuerlich etwas für die energetische Modernisierung des Altbestandes an Wohnungen und für den energiesparenden Wohnungsneubau tun.

Viertens. Der Landwirtschaft wäre schon mit einer Rücknahme des Selbstbehalts bei der Agrardieselvergütung spürbar geholfen.

Fünftens. Wir fordern darüber hinaus mehr öffentliche Investitionen. Zumindest sollten die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in den Jahren 2009 und 2010 nicht nur um 1 Milliarde Euro, sondern um 2 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Aber, meine Damen und Herren, aus konjunkturellen sowie aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen brauchen wir vor allen Dingen eine allgemeine Steuerentlastung nach dem Prinzip „Mehr Netto vom Brutto“. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich ein für eine Anhebung des Grundfreibetrags, für eine Tarifentlastung und für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale in voller Höhe.

Wir müssen endlich die kleinen und mittleren Einkommen zumindest vor der „kalten Progression“ bewahren. Das trägt weiter und wirkt nachhaltiger, als mit Konsumgutscheinen lediglich ein Strohfeuer zu entzünden, und es trägt auch dazu bei, Vertrauen wiederzugewinnen.

Meine Damen und Herren, Konjunkturpolitik kann und sollte nicht nur bedeuten, mehr Geld auszugeben.

Wir müssen auch dem vielfach vorherrschenden Attentismus und Investitionsstau begegnen, indem wir unklare durch klare Rahmenbedingungen ersetzen.

Von der Kfz-Steuer war schon die Rede. Es kann nicht sein, dass man künftig mit einem Steuerberater ins Autohaus gehen muss, dessen Inanspruchnahme man im Übrigen nicht mehr steuerlich absetzen kann. Wir müssen gemeinsam Maßnahmen entwickeln, um den Absatzproblemen zu begegnen. Hierbei sind viele offene Fragen hinsichtlich der Kfz-Steuer, aber auch hinsichtlich der EU-Klimaschutzpolitik schnellstens zu klären. Eine klare und verlässliche Gestaltung der Rahmenbedingungen ist Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gesamtwirtschaftliche Verantwortung erfordert nach

Meinung der Bayerischen Staatsregierung mehr, als das vorliegende Gesetz vorsieht, und zwar jetzt, nicht irgendwann. Ich habe heute mehrmals das Wort „abwarten“ gehört. Das verbietet sich in der ernstesten Situation, in der wir sind. Es verbietet sich, bis Januar oder irgendwann zu warten, um die Entscheidungen zu treffen, die jetzt richtig und notwendig wären.

Deshalb sollten Bund und Länder das geplante Programm gemeinsam überarbeiten und anreichern. Der Freistaat Bayern beantragt, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ich bitte Sie um Unterstützung, und ich wage die Prognose, dass wir uns sehr bald hier wieder treffen, um genau über diese Dinge zu beraten. Dann könnte es allerdings schon ein bisschen spät sein. – Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Das Wort hat Bundesminister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass der Bundesrat auf seine vollen Beratungsfristen verzichtet hat. Daher ist es möglich, über das Maßnahmenpaket sehr zügig zu beraten.



Darüber hinaus darf ich mich insbesondere bei Herrn Oettinger, bei Herrn Wulff und bei Herrn Koch für ihre Beiträge bedanken, die zu erkennen geben, dass es auch im Bundesrat Kräfte gibt, die sich dem derzeitigen Überbietungswettbewerb und den sich überschlagenden Meldungen entgegenstemmen. Die Geschwindigkeit, in der in dieser hoch aufgeheizten Debatte vor dem Hintergrund einer unabweisbar sehr schwierigen Situation von allen bisher eingenommenen Prinzipien Abstand genommen wird - der Solidität, der Haushaltskonsolidierung, der Generationengerechtigkeit

-, ist jedenfalls atemberaubend;

ich füge für mich selber hinzu: erschreckend.

Wir haben es mit einem sich überschlagenden Prozess auf einem dafür sehr gut präformierten medialen Resonanzboden, von dort aus befeuert, zu tun. Deshalb bin ich nicht der Auffassung, Herr Loske, dass wir uns danach richten sollten, was von „taz“ bis „Handelsblatt“ täglich alles berichtet wird. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, dass wir uns politisch davon frei machen sollten.

Wir werden gleichzeitig von einer akademischen oder wissenschaftlichen „Expertise“ um uns herum begleitet, die sich an diesem Überbietungswettbewerb beteiligt und damit ein Klima der Verunsicherung schafft, von dem ich glaube, dass es mindestens ein so großes Problem ist wie die tatsächlichen, realen ökonomischen Entwicklungen.

Ich habe ein sehr konkretes Beispiel dafür: Wir haben festgestellt, dass das erste Weihnachtswochenende, an dem der Einzelhandel darauf angewiesen ist, dass Umsätze getätigt werden, „ausgezeichnet“ gelaufen ist, besser als im Vorjahr, wobei über die in meinen Augen alles andere als verantwortbare Debatte über Konsumgutscheine den Menschen möglicherweise der Eindruck vermittelt wird, dass sich da vor Weihnachten etwas tue. Das kann dazu führen, dass das zweite Weihnachtswochenende faktisch alleine von dieser völlig virtuellen Debatte negativ betroffen wird. Ich halte das, was dort stattfindet, für unververtretbar, und ich will deshalb von diesem Podium aus der deutschen Öffentlichkeit sagen: Kein Bürger, keine Bürgerin wird damit rechnen können, dass ihre Kaufentscheidungen durch Konsumgutscheine mit Blick auf das Weihnachtsfest unterstützt werden, damit das ein für alle Mal klar ist! Noch einmal: Der Prozess, an dem wir beteiligt sind, auch vor dem Hintergrund einiger Vertreter unserer jeweiligen politischen Heimatvereine, ist ein Problem, das uns maßgeblich beschäftigt; aber ich muss hinzufügen - insbesondere deshalb, weil ich Herrn Pinkwart und Herrn Zeil zugehört habe -, dass auch die Debatte im Bundesrat nicht ganz frei davon ist.

Ich höre zu viele Leerwörter. Ich höre „mutig“, ich höre „wuchtig“, ich höre „überzeugend“, ich höre „entschlossen“, ich höre „kein Zögern, kein Zaudern“. Ich würde von den Debattenrednern, die sie verwendet haben, gern wissen, was damit von der

Dimension und von der Struktur her genau gemeint ist. Also: Wenn Sie von „großen steuerlichen Entlastungen“ sprechen, reden Sie dann über eine Dimension von ungefähr 1 % des Bruttosozialproduktes, also 25 Milliarden Euro, reden Sie dann davon, dass an den damit verbundenen Steuermindereinnahmen die Länder und die Kommunen in Höhe von 57,5 %, also 15 Milliarden Euro, beteiligt sind? Wenn das so ist, dann sagen Sie das hier. Sie sollten aber nicht einfach in den Raum stellen: Da darf nicht gezögert werden, wir brauchen einen mutigen Schritt! – Die gesamte Lyrik, die einem dabei entgegenschallt, wird nicht abgeschichtet auf das, was es dann an konkreten Konsequenzen zu tragen gilt, und zwar für Sie alle.

Noch einmal: Ist für Sie eine „mutige steuerliche Entlastung“ unterhalb von 20 Milliarden Euro oder oberhalb von 20 Milliarden Euro denkbar, oder sind es nur 7 Milliarden Euro? Da stellt sich die Frage der Fühlbarkeit. Wenn Sie über Dimensionen von steuerlichen Entlastungen reden, möchte ich sehr gerne genau von Ihnen wissen, von welcher Dimension der Mindereinnahmen von Kommunen, Ländern und Bund und der entsprechenden Erhöhung der Verschuldung Sie reden, und zwar mit Blick auf die Defizitkriterien, die von uns im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von Maastricht zu melden sind.

Ich habe Sie so verstanden, dass zusätzlich bei der Unternehmensteuerreform Korrekturen vorgenommen werden sollen. Bezogen auf die refinanzierenden, entlastenden Elemente, die übrigens Gegenstand einer Einigung in der großen Koalition gewesen sind, also Mantelkauf, Zinsschranke, Funktionsverlagerung, reden Sie über weitere – ich schätze einmal – 4 bis 6 Milliarden Euro. Dann habe ich Sie so verstanden, Herr Zeil, dass allerdings bei den öffentlichen Investitionen, gerade in den Verkehr, noch einmal 1 oder 2 Milliarden Euro draufgelegt werden sollen. Ich möchte sehr gerne, dass Sie sich mit Sätzen wie „Man muss entschlossen handeln“ nicht einfach der Verantwortung entziehen, sondern der deutschen Öffentlichkeit und uns den Beratungsgegenstand liefern und erläutern, wovon wir eigentlich reden.

Ich möchte, dass dann auch eine intellektuell etwas tiefer gehende Debatte in Bezug auf eine Einkommensteuerentlastung geführt wird. Ich möchte, dass wir uns darüber austauschen können, dass wir es mit 47 Millionen privaten Haushalten zu tun haben, von denen die Hälfte nicht einkommensteuerpflichtig ist. 24 Millionen sind also von den Einkommensteuererleichterungen, für die Sie plädieren, gar nicht betroffen. Ich rede nur von der Einkommensteuer, nicht von den indirekten Steuern.

Mit Blick auf die verbleibenden privaten Haushalte wissen wir, dass das derzeitige Steueraufkommen nur zu 6 % von 50 % der einkommensteuerpflichtigen Haushalte erbracht wird. 50 % der verbleibenden einkommensteuerpflichtigen Haushalte machen

6 % des Steueraufkommens aus. Das heißt, sie sind von einer solchen Politik im Sinne einer Elastizität, im Sinne von Kaufkraftschöpfung am wenigsten betroffen. Gleichzeitig weiß ich, dass diejenigen, die Kaufkraft haben und die - auch nach Ihrem Verteilungsmuster einer Steuerreform - am ehesten Spielräume bekommen, in den oberen Einkommenssegmenten liegen. Bei ihnen ist die Sparquote am höchsten. Das ist keine Propagandaäußerung meines Hauses, sondern das Statische Bundesamt weist aus, dass beim größten Kaufkraftsteigerungspotenzial, bei denen, die 4 000 oder 5 000 Euro netto haben, die Sparquote bei mehr als 20 % liegt. Ich nehme an, dass ein Teil dieses Konsums in Güter und Dienstleistungen von ausländischen Anbietern oder in den Tourismus geht. Dann ist die Debatte etwas differenzierter, und dann kann man, wie Herr Pinkwart, hier nicht einfach sagen: Wir brauchen einen mutigen Schritt in der Steuerpolitik! - Das ist mir deutlich zu wenig.

Wir haben es, was von der deutschen Öffentlichkeit und gelegentlich auch von uns vergessen wird, nicht allein mit einem Paket zu tun, sondern mit Entscheidungen der Bundesregierung - mit Ihrer Unterstützung des steuerlichen Teils - vom 7. Oktober und vom 5. November in der Gesamtdimension von 31 Milliarden Euro. Es hat keinen Sinn, Herr Sarrazin, sich auf den steuerlichen Teil zu beschränken und zu vergessen, was der Bund außerhalb steuerlicher Maßnahmen hinzufügt; das haben Sie ausgelassen. Ich bin bei vielen Maßnahmen, die Sie sehr kritisch beleuchtet haben, dezidiert anderer Auffassung. Um ein Beispiel herauszupicken: Wenn kaum jemand von der Wiedereinführung der zeitlich begrenzten degressiven AfA Gebrauch macht, wo ist dann das Problem für Ihren und für meinen Haushalt? Es stellt sich nicht. Das steht in einem gewissen Widerspruch zu dem, was Sie angemahnt haben, auch was die Belastung der Landeshaushalte angeht. Wenn einiges eintritt, wie Sie es sagen, wo liegt dann das Problem, Herr Förster? Ich bitte, etwas konziser zu argumentieren.

Wir haben es mit den Entscheidungen, die heute anstehen, und mit den zusätzlichen Maßnahmen des Bundes zu tun, die bei den Verhältnissen, die sie aufmachen, bei der Lastenverteilung, sehr selten vorkommen. Sie konzentrieren sich auf den steuerlichen Teil, nicht auf das, was der Bund mit Blick auf Infrastruktur, auf KfW-Programme, auf Umwelt- und Klimaschutz - insbesondere Gebäudesanierung - zusätzlich leistet. Alle diese Punkte kommen in Ihrer Darstellung nicht vor. Die Multiplikatorwirkungen werden von unabhängigen Geistern auf 50 Milliarden Euro geschätzt. Das ist nicht wenig.

Zusätzlich lassen wir die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken. Wir verhalten uns nicht prozyklisch mit Blick auf Mehrausgaben oder Mindereinnahmen. Das ist schwierig auszurechnen. Es entspricht dem reformierten Stabilitätspakt von Maastricht. Ich glaube, dass das, was wir im Bankenbereich - über Rekapitalisierungen und Bürgschaften - tun, ebenfalls

einen erheblichen Stellenwert für die Realwirtschaft hat.

Ich stimme einem Redner - ich glaube, es war einer der Ministerpräsidenten - ausdrücklich darin zu, dass wir ein erhebliches Problem mit Brüssel haben, was die Notifizierung angeht, gerade mit Blick auf einen Pionier wie die Commerzbank. Ich kann Ihnen versichern, dass ich am Montag und Dienstag in Brüssel, unterstützt von vielen anderen europäischen Ländern - etwa Schweden, Polen, die Niederlande -, und die Bundeskanzlerin in direktem Kontakt mit dem EUPräsidenten gesteigerten Wert darauf legen, dass der Schirm, den wir aufgespannt haben, und das, was in diesem Rahmen notifiziert wird, vor der Sitzung des Europäischen Rates am 11./12. Dezember einer Klärung zugeführt wird. Wir sehen wie Sie die Vorgehensweise der Europäischen Kommission in diesem Zusammenhang ausgesprochen kritisch.

Ich möchte insbesondere Herrn Wulff für seine Hinweise danken, die uns vielleicht veranlassen, die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Wir haben es mit einer weltweiten Rezession zu tun. Viele sagen, eine ihrer wesentlichen Ursachen ist eine weitgehend kreditfinanzierte Wachstumspolitik. Mir geht gelegentlich die Frage durch den Kopf, ob wir nicht dabei sind, denselben Fehler zu wiederholen.

Deutschland ist in der Liga, in der wir spielen, das Land, das 40 % seines Bruttosozialprodukts im Import und Export verdient. Unabweisbar ist Deutschland von einer solchen weltweiten Entwicklung stärker betroffen als viele andere Länder, auch die USA. Nur 12 bis 13 % des Bruttosozialprodukts der USA werden in den Außenwirtschaftsbeziehungen generiert.

Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik Deutschland wird sich in einer solchen rezessiven Entwicklung buchstäblich nicht freikaufen können.

Das sollten wir den Menschen ehrlich sagen. Wir sollten ihnen sagen: Wir werden mit noch so vielen öffentlichen Programmen und noch so viel öffentlichem Geld, mit noch so vielen Steuererleichterungen die Rezession möglicherweise in ihrer Schärfe abschwächen, vielleicht einige Abschirmungen vornehmen können. Aber zu sagen, wir könnten durch staatliche Aktivitäten in nationalstaatlicher Reichweite, selbst koordiniert mit anderen, durch Steuergeld, das wir in die Hand nehmen oder auf das wir verzichten, die wirtschaftliche Entwicklung, die sich im Jahr 2009 anbahnt, verhindern, wäre nicht fair.

Das würde, wie ich meine, zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust der Politik führen; denn wir versprechen den Menschen etwas, was wir nicht halten könnten.

Ich bin dagegen, hektisch, befeuert durch die gesamte Umgebung, der Vorstellung zu folgen, viel helfe viel, damit könnten wir Legitimation oder Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die Dimension der Konjunkturprogramme, die inzwischen gefordert werden, bevor wir das anstehende rechtskräftig zur Wirkung gebracht haben - das ist noch nicht der Fall -, beläuft sich auf 20, 25, 30, 40 Milliarden Euro.

Wir werden vielleicht, so hoffe ich, im vierten Quartal 2010 aus der rezessiven Entwicklung herauskommen. Anschließend auf einer Staatsverschuldung zu sitzen, die umso höher ist, die bereits heute wie eine Schlinge um unseren Hals liegt, nicht nur mit Blick auf das Stichwort „Generationengerechtigkeit“, wie ich es zum Ausdruck zu bringen versucht habe, sondern auch auf die notwendigen investiven Spielräume, die wir zurückgewinnen müssen, die auf Grund einer Verkarstung der Haushalte, nicht zuletzt durch die Zinslasten immer weiter eingeengt werden – dass dies nicht die richtige Richtung sein kann, müsste in einer solchen Debatte Konsens finden. Weil mir das gerade einfällt, Herr Zeil und Herr Pinkwart: Haben wir nicht gerade einen Bildungsgipfel gehabt, auf dem wir es für richtig erachtet haben, dass 7 % des Bruttosozialprodukts für Bildung aufgewandt werden sollen? Waren nicht viele von Ihnen beteiligt? Haben wir uns nicht über den Lissabon-Prozess gerade im Sinne Ihres Ressorts, Herr Pinkwart, darauf geeinigt, dass wir 3 % des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung anstreben müssten?

Das sind 10 % des Bruttosozialprodukts. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir, gemessen an diesen Zielsetzungen – irgendwann ist die Hand daraufgelegt worden –, ein Finanzierungsdefizit von im Augenblick 28 Milliarden, wachsend auf 32 Milliarden Euro haben! In welchem Verhältnis steht das zu dem Versprechen, wir könnten die Steuern stark senken? Können Sie mir sagen, wie das finanziert werden soll? Steht im ersten Quartal des nächsten Jahres nicht die Beratung darüber an, dass die Krankenversicherungsbeiträge vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteils steuerlich absetzungsfähig gemacht werden müssen? Ihnen ist bewusst: Wir sprechen über 9 Milliarden Euro jährlich zu Lasten Ihrer und meiner Steuereinnahmen.

Wir debattieren offenbar immer in getrennten Kästen: Wir sehen die Notwendigkeit, Bildung als zentralen Faktor für Innovationsfähigkeit, für Produktivität, für Beschäftigung, für soziale Integration, für die Vermeidung von Sozialtransfers zu fördern, springen aber spielend in einen anderen Kasten, wo sehr puristisch über etwas gesprochen wird, was mit den anderen Politiken nicht mehr in Verbindung steht. Das ist keine Auszeichnung für die Qualität unserer politischen Debatte.

Vorletzte Bemerkung! Ich unterstütze alle Hinweise, die darauf hinauslaufen, dass wir in Deutschland uns unterscheiden, auch von anderen europäischen Ländern, von den USA allemal. Herr Wulff hat richtig gesagt: Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben keine Immobilienblase. Wir haben inzwischen eine Sparquote von mehr als 12 %. Die Amerikaner haben eine Sparquote von minus 0,5, minus 1 %. Man muss wissen, was dieser Unterschied bedeutet.

Wir haben ein anderes Bankensystem. Es ist sehr

häufig Gegenstand kritischer Ansagen gewesen - ich füge hinzu: auch ordnungspolitischer Attacken aus Brüssel. Plötzlich stellt sich heraus, dass unser dreisäuliges Kreditwesen - private Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Sparkassen - eine Art Puffer, ein Stabilitätsanker sein kann. Vor vier oder fünf Monaten haben die Republik vor dem Hintergrund eines Erdölpreises von 150 Dollar je Barrel in der Spitze Erregungszustände erfasst. Heute liegt der Preis bei 44 Dollar, so glaube ich. Wie verhält sich die Debatte dazu? Wie korreliert dieser Erregungszustand auf der einen Seite mit der Tatsache auf der anderen Seite, dass auf die Entlastung aus dieser Preisentwicklung, die ausweislich von Untersuchungen ein Volumen von 10 bis 15 Milliarden Euro für deutsche Verbraucher haben dürfte, kaum hingewiesen wird? Vor vier Monaten, als sich der Euro im Aufwertungstrend befand - 1,25 -, sind mir die Türen eingerannt worden: Wir haben es mit einem zu starken Euro zu tun! - Wie Sie sich erinnern können, stieg der Wert auf die Dimension von ungefähr 1,40. Jetzt, im Abwertungstrend des Euro, treten mir dieselben Leute die Türen ein und sagen bei 1,25: Der Euro ist zu schwach! Sich der Volatilität, der Widersprüchlichkeit solcher Debatten gelegentlich zu entziehen ist in meinen Augen eine wichtige Aufgabe der Politik, um in diesen unsicheren Zeiten etwas mehr Verlässlichkeit, Stetigkeit und Kontinuität zu signalisieren. Das ist, wie ich meine, für viele, die uns beobachten, die Ansagen von uns erwarten, von ebenso großem Wert wie das, was im Rahmen dieser und anderer Maßnahmen zur Unterstützung der konjunkturellen Entwicklung getan wird. Dieser Verantwortung sollten wir uns bewusst sein.

Mir ist klar, dass man über einzelne Elemente streiten kann, z. B. - damit will ich schließen - über das Thema Kfz-Steuer. Ich bedauere es, dass von den 15 Maßnahmen des Pakets der Fokus fast ausschließlich darauf gelegt worden ist; die übrigen 14 spielen in der öffentlichen Debatte keine Rolle. Wenn man 14 weitestgehend vernünftige Maßnahmen - teilweise im Widerspruch zu dem, was Herr Sarrazin gesagt hat - nicht in der Öffentlichkeit kommuniziert, muss man sich auch nicht wundern, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass die Politik den Herausforderungen nicht gerecht wird.

Was die Kfz-Steuer betrifft: Herr Pinkwart, es ist hin und her gewendet worden, ob sie abgeschafft und auf die Mineralölsteuer umgelegt werden soll. Ich schicke Ihnen gerne den entsprechenden Vermerk, den ich mir habe machen lassen. Man muss einiges wissen; denn das sagt sich leicht - auch von mir -, eine nähere Prüfung führt dann aber doch wieder zu den Mühen der Ebene. Das würde bedeuten, dass der Literpreis um 15 bis 16 Cent steigen müsste. Ist in diesem Saal jemand dazu bereit, sich auf dem öffentlichen Marktplatz auf eine Apfelsinenkiste zu stellen und die Erhöhung des Benzinpreises um 15 Cent zu vertreten? - Ich kann Ihre Körpersprache

im Augenblick nicht richtig decodieren. Ich habe aber den Eindruck, Sie haben dieselben Zweifel wie ich.

(Heiterkeit)

Das andere: Sie kommen in eklatante Schwierigkeiten bei der Besteuerung von Dieselkraftstoff und Benzin. Wenn Sie das nächste Mal - es gibt viele Punkte, die naheliegend sind, die einen geradezu anspringen - dafür plädieren, die Kfz-Steuer abzuschaffen und zu überwälzen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie beachteten - ich liefere Ihnen gerne die Argumente -, welche konkreten Probleme sich damit verbinden.

(Zuruf Prof. Dr. Andreas Pinkwart [Nordrhein-Westfalen])

- Wir können uns austauschen! Aber es hat keinen Sinn, in die Öffentlichkeit hinein zu sagen, es komme zu einer Entlastung der Verwaltung, das sei viel besser, ökologisch ohnehin, denn wer viel fahre, müsse mehr bezahlen, wenn alle anderen Punkte nicht mitgekoppelt werden.

Ich sage Ihnen freimütig: Eigentlich gibt es kein Interesse des Bundes, die Kfz-Steuer zu übernehmen.

Sie müssen mich davon überzeugen, dass das für den Bund vorteilhaft ist.

(Dr. Helmut Linssen [Nordrhein-Westfalen]: Jetzt wieder!)

Man könnte es unter folgenden Gesichtspunkten tun, die aber zu klären wären:

Der Bund hätte es dann in der Tat leichter, das Konzept einer CO<sub>2</sub>- und schadstoffabhängigen Kfz-Steuer umzusetzen. Ob schon zum 1. Juli, weiß ich nicht, Herr Zeil, aber jedenfalls in einem kürzeren Zeitraum. Sie wissen, es gibt eine Reihe von Datenproblemen und Abwägungen mit Blick auf die Alt-Kfz: Sollen sie bestraft werden? Sollen sie freigestellt werden? Aufkommensneutralität?

Ich würde gerne wissen: Wie hoch ist die Kompensation, die wir den Ländern zahlen sollen? Wir hatten in der Föderalismuskommission II, jedenfalls im Zurufverfahren, zumindest zwischen den beiden Vorsitzenden schon Konsens; Herr Oettinger könnte das bestätigen. Die Länder sollen einen Pauschbetrag bekommen, gemessen an dem heutigen Aufkommen von, glaube ich, 8,7 Milliarden Euro. Dafür erhalten sie über die Umsatzsteuer eine Art Vorwegabzug. Nachdem dies mit einer Reihe von Ministerpräsidenten und, wie ich weiß, in der B-Koordinierung festgelegt worden ist, beschließt eine Riege von Finanzministern in der FMK: Das muss dynamisiert werden!

(Dr. Helmut Linssen [Nordrhein-Westfalen]: Von Anfang an!)

- Entschuldigen Sie bitte! Warum soll das dynamisiert werden? Damit das klar ist: Warum soll der Bund möglicherweise sogar Umsatzsteuerpunkte abgeben? Ich denke nicht daran!

(Heiterkeit)

Ich denke im Traum nicht daran! Damit das klar ist:

Ich werde nie wieder Umsatzsteuerpunkte zu Lasten

des Bundes abgeben; denn Sie profitieren von der dynamischen Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens. Das heißt, jede Verschiebung in diesem Zusammenhang entspricht definitiv nicht der Interessenlage des Bundes. Darüber muss man sich doch fair miteinander austauschen. Es hat keinen Sinn, hier ein Versteckspiel zu betreiben. Ein dritter Faktor kommt hinzu. Er läuft darauf hinaus, wie hoch die Verwaltungskosten sind, die wir Ihnen auch noch ersetzen sollen. Bevor diese Punkte nicht einigermaßen fair ausgetragen sind, hat es keinen Sinn, deklamatorisch zu sagen, zu der Übernahme der Kfz-Steuer durch den Bund müssten alle die Hand heben, und der Bund müsste vor Begeisterung eine Kerze ins Fenster stellen. Das werde ich nicht tun, wenn es keinen einigermaßen fairen Interessenausgleich gibt. Auf dieser Ebene können wir gerne weiterreden. Ich bitte Sie, das Maßnahmenpaket im Bundesrat mit der notwendigen Unterstützung auszustatten. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Jens Böhrnsen: Vielen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Je eine Erklärung zu Protokoll\*) geben ab: Herr Minister Dr. Linssen (Nordrhein-Westfalen), Herr Staatsminister Dr. Beermann (Sachsen) und Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel (Rheinland-Pfalz).

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen sechs Länderanträge vor. Zu dem Antrag in der Drucksache 923/4/08 hat Mecklenburg-Vorpommern mitgeteilt, dass es seine Mitantragstellung zurückzieht. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses wird aus mehreren Gründen begehrt. Ich frage daher zunächst: Wer ist allgemein für die Anrufung? Bitte Handzeichen! - Das ist eine Minderheit. Damit entfallen die Anträge in den Drucksachen 923/2, 4, 5 und 6/08.

Der Vermittlungsausschuss ist damit n i c h t angerufen. Wir haben nun über die Zustimmung zum Gesetz abzustimmen. Wer stimmt dem Gesetz zu? Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die Mehrheit. Ich stelle fest, dass der Bundesrat beschlossen hat, dem Gesetz zuzustimmen.

Wir kommen nun noch zu den Entschließungsanträgen: Wer ist für den Antrag in Drucksache 923/1/08? - Das ist eine Minderheit.

Nun bitte ich um das Handzeichen für den Antrag in Drucksache 923/3/08. - Das ist die Mehrheit. Der Bundesrat hat so beschlossen.

</ text >

< text 854 >

Wir kommen zu Punkt 22:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) (Drucksache 50/09)

Zu Wort gemeldet hat sich Ministerpräsident Günther Oettinger (Baden-Württemberg). Bitte schön, Herr Kollege.



Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für das laufende Jahr geht die Bundesregierung von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,25 % aus. Der IWF erwartet eher einen größeren Rückgang, eine stärkere Rezession. Manche Wirtschaftsweisen gehen gar von 3 oder 4 % Rückgang der Wirtschaftsleistung aus.

Außergewöhnliche wirtschaftliche Lagen verlangen außergewöhnliche Anstrengungen. Die Bundesregierung und die Politik handeln in Form von drei Paketen: Eines liegt uns heute zur Verabschiedung vor, eines haben wir verabschiedet - das Finanzmarktstabilisierungsgesetz -, eines soll nächste Woche im Bundesrat abschließend beraten werden. Unsere Meinung ist: Wer schnell hilft, hilft doppelt.

Deswegen tragen wir diese weitgehend zielgenauen, notwendigen, hinreichenden, die öffentliche Hand aber mehr als belastenden Maßnahmen mit.

Wir meinen, dass das erste Konjunkturprogramm, das sich im Nachtragshaushalt wiederfindet, die richtige Antwort auf die erste Analyse der wirtschaftlichen Lage war und unverändert ist. Wir glauben, dass hier zielgenaue Maßnahmen enthalten sind. Ich spreche aus dem Paket von heute nur einen Punkt kritisch an:

Wir stimmen der Übertragung der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (alt) von den Ländern auf den Bund zu.

Wir stimmen auch der Neujustierung, indem nicht mehr allein Hubraum, sondern Hubraum und CO<sub>2</sub>-Emission die Steuer der Zukunft ausmachen, zu.

Wir glauben, dass mit dem Erlass der Kraftfahrzeugsteuer für ein Jahr oder zwei Jahre, mit dem Umbau auf Hubraum und CO<sub>2</sub>-Emission sowie parallel mit der Verschrottungsprämie die notwendigen Maßnahmen für Anreize im Bereich des Fahrzeugbaus getroffen worden sind und mit diesem Paket ebenso wie mit dem Paket nächste Woche beschlossen werden sollen.

Wir kritisieren, dass der Bund bei der pauschalen Abgeltung der Einnahmen, die bisher den Ländern zustanden, in zwei Einzelpunkten den Ländern und dem Thema „Gerechtigkeit“ nicht genügend nachgekommen ist.

Der Bund vernachlässigt für das Referenzjahr 2008, dass hier seit Dezember Kraftfahrzeugsteuer erlassen worden ist und deswegen das Aufkommen im Referenzjahr um 50 bis 60 Millionen niedriger ausfällt als in normalen Jahren.

Auch die bisherige Beteiligung der Länder am Aufkommen der Lkw-Maut in Höhe von 150 Millionen Euro soll entfallen. Wir mahnen ausdrücklich eine höhere pauschale Abgeltung des Bundes - mehr als 200 Millionen Euro - zu Gunsten der Länder im Zuge der Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer an.

Zum Zweiten betrachten wir derzeit das Finanzmarktstabilisierungsgesetz genauer. Es ist meines

Erachtens der Schlüssel für die Bankenwirtschaft, und die Banken sind der Schlüssel für die Realwirtschaft.

Wir stellen fest, dass die Banken in Deutschland trotz dieses Gesetzes, trotz Soffin und trotz erster weitreichender Maßnahmen nicht genügend handlungsfähig sind. Ich glaube, dass das Thema einer Abwicklungsbank, einer anderen zeitlichen Aussteuerung von Risiken in einer Novellierung des Gesetzes angegangen werden muss. Nur dann wird die volle Handlungsfähigkeit der Banken zur Finanzierung der Realwirtschaft in dem Jahr der Rezession 2009 und im Jahr 2010 möglich sein.

Wenn das zweite Konjunkturprogramm den Bundesrat nächste Woche erreichen soll, ist es notwendig, dass der Vermittlungsausschuss nicht angerufen wird. Wir appellieren an die kleineren Regierungspartner von Hamburg und Bremen, von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, jetzt nicht zu verzögern, nicht Veränderungen in Details zu suchen, sondern zu sehen, dass das Paket richtig ist, wie es geschnürt worden ist, dass es der Wirtschaft nur dann schnell helfen kann, wenn es schnell kommt. Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses oder gar eine Ablehnung des zweiten Pakets wäre falsch.

Wer sich, wie wir derzeit, mit dem Nachtragshaushalt, mit dem ersten Konjunkturpaket, mit dem zweiten Konjunkturpaket nächste Woche, mit Soffin und den dort zu erwartenden finanziellen Lasten in einem Maße wie noch nie durch Schulden engagiert, wer davon ausgehen muss, dass in diesem Jahr eine Rekordverschuldung Bund und Länder in der Bilanz prägen wird und dies im nächsten Jahr nochmals zu höheren gesamtstaatlichen Schulden führen wird, wer 80 Milliarden in diesem Jahr und vielleicht 90 Milliarden im nächsten Jahr an neuen Schulden macht und damit in nur zwei Jahren die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand von 1 500 Milliarden auf bis zu 1 700 Milliarden erhöht - wir tragen dies ausdrücklich mit -, könnte zu dem Ergebnis kommen: Zu diesem Zeitpunkt sind Schuldenregeln völlig falsch.

Ich meine, das Gegenteil ist richtig. Wer in Jahren einer außergewöhnlichen Wirtschaftslage und dramatischen Rezession Schulden begründen kann, hat auch die Pflicht zu begründen, wie er sie wieder abbaut und wie er in Zukunft mit Einnahmen und Ausgaben umgehen will. Ich danke den Kollegen ausdrücklich dafür, dass sie in großer Mehrzahl gestern bereit gewesen sind, einer weitreichenden Schuldenregel und Eckpunkten dafür zuzustimmen, deren Verankerung im Grundgesetz zuzustimmen, sich selbst in der Weise zu binden, dass dies die Verfassungslage und die Lage des Haushaltsrechts der Länder werden soll. Damit leiten wir in Stufen ab 2011, endend 2020, eine neue Zeit des Umgangs mit Schulden ein.

Die Schuldenregel in ihrer Konsequenz, die Schuldenhilfen, die den solidarischen föderalen Staat als handlungsfähig ausweisen, sind meines Erachtens ein wichtiger Schritt, der die heutigen Schulden und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession mit

anderen haushaltspolitischen Entscheidungen in einer guten Konjunktur verträglich in Einklang bringt. Ich danke der Bundesregierung, dass der Bund mit seinen Mitteln in dem Fonds mitwirkt.

Ich danke allen Ländern, dass sie Geberländer sind.

Ich meine, wenn die Entscheidungen von gestern im Juli dieses Jahres Gesetzeskraft erlangen, haben der Föderalismus in Deutschland und die Generationengerechtigkeit weitreichende Schritte getan.

Präsident Peter Müller: Vielen Dank!

Das Wort hat Herr Parlamentarischer Staatssekretär Diller (Bundesministerium der Finanzen). Bitte schön, Herr Diller.

Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg) Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister

der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst Ihnen, Herr Ministerpräsident, und meinem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck für die Arbeit, die Sie in der Föderalismuskommission II geleistet haben, sehr herzlich danken und zu dem erfolgreichen Abschluss herzlich gratulieren.

Wir stimmen darin überein, dass wir in der Pflicht sind, die Schuldenaufnahme durch die zusätzlichen Ausgaben in diesem Nachtragshaushalt, aber auch wegen der Finanzierung der Soffin durch Kreditaufnahmen in konjunkturellen Aufschwungsphasen, sobald sie sich einstellen, konsequent wieder zurückzufahren. Deswegen brauchen wir die gestern

vereinbarte Schuldenbremse. Herzlichen Dank dafür!

Was Ihre Bemerkungen bezüglich der Arbeit von Soffin angeht: Ich komme gerade aus dem Gremium des Bundestages, das sich mit diesen Fragen beschäftigt; die Beratungen dauern noch an. Wir haben in diesem Gremium schon berichtet, dass wir in eine Gesetzesnovellierung eintreten müssen. Das beginnt mit Kleinigkeiten wie einheitlicher Gerichtsstand und Ausweitung der drei Jahre auf fünf Jahre. Eine große Frage ist, wie wir mit HRE umgehen und welche Folgerungen wir daraus ziehen. Darüber gibt es Gespräche einerseits innerhalb der Bundesregierung und andererseits - gestern und heute - mit einem der Großinvestoren der Hypo Real Estate. Sobald sie abgeschlossen sind, werden wir mit entsprechenden gesetzgeberischen Initiativen auf den Deutschen Bundestag und auf Sie zukommen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Beginn den Nachtragshaushalt angesprochen und dabei verständlicherweise etwas aufgegriffen, was gar nicht

im Nachtragshaushalt steht, nämlich den Umgang mit der Lkw-Maut. Diese Zahlung ist ursprünglich zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen der Länder bei der Kraftfahrzeugsteuer eingeführt worden und damit denklogisch ebenfalls von der Verlagerung dieser Steuer betroffen. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes gibt es dazu allerdings keinerlei Veränderungen irgendwelcher Ausgabetitel, und zwar aus einem einfachen technischen Grund: Die Zahlung ist auf der bisherigen fachlichen Rechtsgrundlage

bereits im Januar dieses Jahres geleistet worden, und dieser Zahlung kann man nicht rückwirkend haushaltsrechtliche Ermächtigungen entziehen.

Unabhängig von diesem technischen Gesichtspunkt wird auch hier zu klären sein, wie wir im Rahmen eines fachgesetzlichen Gesamtpaketes zur Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund diese Fachfrage letztendlich im Zusammenwirken von Bund und Ländern lösen. Wir sind dazu geschäftsbereit.

Präsident Peter Müller: Herzlichen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegt Ihnen die Empfehlung des Finanzausschusses vor. Wer der Empfehlung zu folgen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat zu dem Entwurf des Nachtragshaushalts Stellung genommen.

Entsprechend unserer Übereinkunft wird dieser Beschluss abweichend von § 32 Satz 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates bereits jetzt wirksam.

</ text >

< text 855 >

855. Sitzung

Berlin, den 20. Februar 2009

Beginn: 9.32 Uhr

Präsident Peter Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sondersitzung des Bundesrates.

Bevor ich mich der Tagesordnung zuwende, habe ich gemäß § 23 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung Veränderungen in der Mitgliedschaft bekanntzugeben: Aus der Regierung des Landes Niedersachsen und damit aus dem Bundesrat ist am 18. Februar 2009 Herr Minister Walter H i r c h e ausgeschieden, dem ich bereits in der vergangenen Sitzung für seine Arbeit gedankt habe.

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit Wirkung vom selben Tage Herrn Minister Dr. Philipp R ö s l e r zum Mitglied des Bundesrates bestellt. Ich wünsche ihm mit uns allen hier im Hause eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die Tagesordnung liegt Ihnen mit drei Punkten vor, die gemeinsam behandelt werden.

Tagesordnungspunkte 1 bis 3:

1. a) Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108) (Drucksache 118/09)

b) Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze (Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz - KraftStÄndG) (Drucksache 119/09) in Verbindung mit

2. Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Drucksache 120/09) und

3. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) (Drucksache 121/09)

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Beck.

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute erneut mit einer Herausforderung, die die gesamte internationale Finanzwelt, zunehmend auch die Wirtschaft - bis in den Mittelstand, bis zu jedem Arbeitsplatz - erreicht hat.

Es geht darum, in einer besonderen Situation gewohnte Denkmechanismen, Entscheidungsabläufe in Frage zu stellen und zum Handeln bereit zu sein. Nach den Entscheidungen, die bereits getroffen worden sind, ist es notwendig und unverzichtbar, das Konjunkturpaket II so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

Es war unverzichtbar - wiewohl schwer einzuordnen und für mich immer noch schwer zu begreifen -, den Finanzschirm in der Größenordnung von 480 Milliarden Euro aufzuspannen. Das Konjunkturpaket I ist auf den Weg gebracht worden, und jetzt wird versucht, Impulse zum einen in die private Nachfrage, zum anderen in die Binnenkonjunktur durch den Ausbau von Infrastruktur mit dem Schwerpunkt im Bereich Bildung und dem durchgängigen Schwerpunkt im Bereich Energieeffizienz zu setzen.

Es ist wichtig, dass in dieser Herausforderung die längerfristigen Linien nicht aus dem Auge verloren werden. Die investiven Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie morgen und übermorgen Ertrag - in Führungszeichen - bringen. Das ist im Bildungssektor zweifellos der Fall. Ohne Frage besteht dort in den Kommunen Investitionsbedarf.

Dass wir uns - zweitens - von fossilen Energieträgern lösen müssen, ist zu Recht in aller Munde. Wir haben jetzt die Chance, einen zusätzlichen Impuls zu geben, die Abhängigkeit von Öl und Gas zu vermindern, so dass morgen, wenn die Investitionen getätigt sind, durch weniger Energieverbrauch Ausgaben eingespart werden können, wodurch sich diese Investitionen ein Stück weit selbst finanzieren.

Dass man über manchen Ansatz in dem Paket trefflich streiten kann - je nach Sichtweise kann man zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen -, will ich nicht unerwähnt lassen. Aber ich bin davon überzeugt: Über Einzeleinwände müssen wir hinwegsehen und das Ganze sowie die Wirkung insgesamt bewerten. Ich komme zu dem Schluss: Eine Entscheidung ist unabdingbar; denn wir in Deutschland können uns nicht anders verhalten als die übrigen Nationen - die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Gemeinschaft und darüber hinaus.

Es wäre schwer vorstellbar, wenn sich die Exportnation, die Wirtschaftsnation Bundesrepublik Deutschland an internationalen Anstrengungen nicht beteiligte.

Es ist leider so, dass die Wirtschaft fast überall auf der Welt geschwächt ist. Das ist für die exportorientierte Bundesrepublik Deutschland - mein Land Rheinland-Pfalz ist besonders exportorientiert - natürlich

eine Herausforderung. Wenn überhaupt, dann können wir nur gemeinsam auf die internationale Entwicklung einwirken. Möglich ist es jedoch, Impulse in die Binnenwirtschaft zu setzen und dies mit der Verbesserung der Infrastruktur, somit dauerhaften Wirkungen zu verbinden. Ich meine, unter dem Strich tun wir das Notwendige und handeln zukunftsgerichtet. Ich könnte es insoweit schwer verstehen, wenn auf Grund unterschiedlicher parteipolitischer Betrachtung - die legitim ist - am Ende keine Mehrheit in diesem Hause zustande käme, einen solchen Impuls auszusenden. Er wird im Übrigen sehnlichst erwartet: von den Unternehmen, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von den Kommunen.

Wir Länder haben im Vertrauen auf die Gesamtverantwortung der Entscheidungsträger in der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Vorarbeit geleistet. Soweit wir eingebunden sind und mitfinanzieren, können wir die Pakete rasch umsetzen.

Herr Bundesfinanzminister, Herr Bundeswirtschaftsminister, ich erlaube mir, an die Bundesregierung, aber auch an den Bundestag - ich habe manche Rede gehört oder nachgelesen - zu appellieren: Bitte gehen Sie davon aus, dass die Länder insgesamt sich ihres Anteils an der Gesamtverantwortung bewusst sind! Wir kommen nicht auf die Idee, Aufgaben, die wir regulär zu erfüllen haben, bei dieser Gelegenheit mitzufinanzieren und so einen Teil der Wirkungen des Konjunkturprogramms II verpuffen zu lassen. Ich betone für Rheinland-Pfalz: Das, was durch die 13,3 Milliarden Euro zusätzlich möglich ist, werden wir on top einsetzen. Da hat niemand klebrige Finger; denn wir würden uns damit ins eigene Fleisch schneiden. Das ist unsere Grundüberzeugung und entspricht der finanz- und wirtschaftspolitischen Gesamtverantwortung von Bund und Ländern in dieser föderalen Republik.

Für Rheinland-Pfalz kann ich sagen, dass wir zu den rund 469 Millionen Euro aus dem Bundesteil des Programms eigene Mittel dazugeben. Wir werden im Zusammenhang mit dem Programm rund 156 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Wenn notwendig, werden wir auch den Kommunen helfen, es umzusetzen, und zwar besonders denjenigen, die finanziell schwach ausgestattet sind und kaum oder nur in einem sehr überschaubaren Umfang Eigenanteile aufbringen können. Das werden wir mit Landesmitteln ausgleichen und dafür sorgen, dass die Gesamtmittel in einen Fonds fließen, aus dem sich die Kommunen bis einschließlich 2011 tilgungsfrei, bis 2015 zinsfrei bedienen können, damit die Investitionen so bald wie möglich und unabhängig von Haushaltsentscheidungen wirken können.

Zumindest für Rheinland-Pfalz gilt: Die Bauwirtschaft sagt uns, sie sei noch für vier bis sechs Wochen ordentlich mit Aufträgen eingedeckt, aber dann werde es eng. Das heißt, wir müssen die Impulse miteinander so setzen, dass zu dem betreffenden Zeitpunkt erste Aufträge vergeben werden können, damit die Wirtschaft nicht einbricht.

Ich halte es für klug und richtig, uns entlang unserer mittelfristigen Finanzplanungen mit der Wirtschaft dem Grunde nach auf eine Investitionstätigkeit über die Wirkung des Programms hinaus zu verständigen; denn wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, 2009 und 2010 werde ein großes Feuer abgebrannt, aber es kommen keine Folgeaufträge. Das wäre keine Basis, um zu investieren. Wir wollen über die Bauwirtschaft und andere Sektoren hinaus Impulse in die gesamte Binnenwirtschaft geben. Also muss über die längerfristigen Investitionsprogramme - beispielsweise im Tiefbau - miteinander gesprochen und Verlässlichkeit hergestellt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir ein solches Programm auf den Weg bringen, müssen wir uns dessen bewusst sein, dass das Geld zurückgezahlt werden muss; denn wir finanzieren es über Kredite. Das heißt, dass wir mit den Eckpunkten der zukünftigen politischen Entscheidungen verantwortlich umgehen müssen. In den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern werden wir in den nächsten Monaten über eine - salopp genannt - Schuldenbremse sprechen; das halte ich für richtig. Sie wird für die Länder die Vorgabe enthalten, ab 2020 mit null Verschuldung auszukommen. Für den Bund wird es schon ab einem früheren Zeitpunkt sehr enge Grenzen geben. Diese Daten müssen heute erwähnt werden.

Aber wenn man in Sondersituationen wie der heutigen beachtliche Ausgabenpakete schnürt, die refinanziert werden müssen, verbietet es sich aus meiner Sicht, einen Antrag zu beschließen, wie er von Niedersachsen eingebracht worden ist, der zugleich erhebliche Steuersenkungen fordert. Das ist die Quadratur des Kreises, meine Damen und Herren! Das kann nicht funktionieren. Ich halte es, gelinde gesagt, für politische Scharlatanerie, wenn man das versucht. Es mag manchmal notwendig sein, politische Brücken zu bauen, aber sie dürfen nicht in diametralem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen. Ich will zu Protokoll geben, dass das, was da verlangt wird, in dieser Republik nicht funktionieren kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine Betrachtung zu dem Programm: Es geht darum, verantwortlich zu handeln. Wenn wir es heute auf den Weg bringen, können wir durchaus sagen, dass die staatliche Ebene verantwortlich handelt. Ich weiß von vielen Unternehmen, gerade von kleinen und mittleren Unternehmen, dass sie ebenfalls in hohem Maße verantwortlich zu handeln bereit sind. Wenn 70 % der deutschen Unternehmen sagen, dass sie trotz wirtschaftlicher Enge ihre Stammbeschaften halten wollen, ist das ein Zeichen, das vertrauensbildend wirkt und das wir ausdrücklich begrüßen sollten.

Bei aller Notwendigkeit, auch großen und größten Unternehmen zu helfen, muss man einfordern, dass Hilfen aus der Kasse des Steuerzahlers eigene Anstrengungen hinzugefügt werden. Das gilt auch für

große Privatunternehmen, die andere aufkaufen. Ich bin der Letzte, der sagt, da dürfe man nie und nimmer helfen, weil Ordnungspolitik das eine und das Schicksal von Zehntausenden Arbeitnehmern und x Unternehmen, die daranhängen, das andere sei. Wie bei jedem kleinen Handwerksmeister, so darf man auch bei solchen Familienunternehmen einfordern, dass sie zunächst einmal mit ihrem eigenen Vermögen einstehen, bevor die Steuerzahler ihren Beitrag leisten.

Dass im übertragenen Sinne der Staat das Recht hat, dort, wo er mit massivstem Mitteleinsatz Garantien übernimmt, zumindest mitzureden, informiert zu sein über das, was weiterhin mit einer Bank geschieht, erscheint mir nicht verwerflich, sondern - im Gegenteil - unabdingbar im Interesse der Steuerzahler insgesamt und der Entscheidungen, die dort in Zukunft anstehen.

Ich meine, in dem Maß, in dem wir Vertrauen einfordern, ist es notwendig, sobald wir aus dem Größten heraus sind - ich bin davon überzeugt, dass wir das in Deutschland schaffen werden -, sehr gründlich darüber zu debattieren, wie es zu einer solchen Entwicklung, zu einer solchen grundlegenden Fehlorientierung in der Finanzwirtschaft kommen konnte.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einmal deutlich sagen: Ich glaube, es ist unabdingbar, dass wir in dieser Situation zügig handeln, so wie es bisher geschehen ist, uns auf der anderen Seite auch bewusst sind, dass die Übernahme von Verantwortung seitens des Staates keine Veränderung der Grundpositionen und des Einstehens dieser Republik für die soziale Marktwirtschaft bedeutet. Soziale Marktwirtschaft muss jedoch so definiert werden, dass diejenigen, die wirtschafts- und finanzpolitische Macht haben, durch Vorgaben und durch eigenes Handeln in Zukunft stärker gefordert sind, für das Gesamtwohl und die Gesamtwirtschaft Verantwortung wahrzunehmen, und nicht wieder Egoismen und Gier zum Maßstab ihres Handelns machen dürfen, wie dies der Fall gewesen ist.

Ich hoffe, dass wir heute eine Mehrheit für die Verabschiedung des Konjunkturpaketes haben. Ich kann für Rheinland-Pfalz sagen, dass wir dem Paket und der notwendigen Begleitgesetzgebung zustimmen.

Zu der Kfz-Steuer ist sicherlich eine besondere Betrachtung notwendig. Dazu wird mein Kollege Professor Deubel nachher ein Wort sagen. Insgesamt haben wir jetzt einer Notwendigkeit Rechnung zu tragen, und das werden wir tun. - Schönen Dank.  
Präsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort hat nun der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Günther Oettinger. Bitte schön.  
Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die außergewöhnliche Wirtschaftslage verlangt außergewöhnliche Maßnahmen. Mit dem Maßnahmenpaket handelt der Staat, soweit es in seiner Macht steht, nicht mehr und nicht weniger. Wer schnell hilft, hilft doppelt. Deswegen wäre eine Verzögerung heute falsch. Baden-



Württemberg stimmt dem Gesetz zu, damit schon in den nächsten Wochen Impulse daraus für Arbeitswelt und Wirtschaft, für Handwerk, Handel, Mittelstand und Industrie ausgehen.

Wir erwarten eine Rezession, die eher noch stärker sein wird als absehbar. Wir werden erleben, dass im Frühjahr die saisonale Arbeitslosigkeit höher sein wird als ein Jahr zuvor. Wir können diese Rezession nicht verhindern, wir können sie abmildern, vielleicht verkürzen.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Finanzmarktstabilisierungsgesetz aus dem alten Jahr, mit dem

ersten Konjunkturpaket und mit dem heutigen großen zweiten Konjunkturpaket das Richtige getan.

Wir unterstützen nachdrücklich dieses Gesamtkonzept.

Über Einzelpunkte kann man kritisch nachdenken.

Ich war von der Prämie für Fahrzeuge nicht sehr überzeugt, vom Kinderbonus ebenso wenig, aber ein Paket nimmt man ganz an oder gar nicht. In der Güterabwägung ist es richtig; wir unterstützen es.

Wenn wir für die Länder sagen, dass wir es ergänzen, dann meinen wir das ernst. Baden-Württemberg

wird in diesem Jahr, wie vorgesehen, mit eigenen Mitteln und darüber hinaus investieren. Auch unsere Kommunen werden alles tun, was in ihrer Macht steht. Dennoch haben wir zum Thema Zusätzlichkeit einige Fragen und Sorgen, die ich nennen will.

Die Referenzjahre 2006, 2007 und 2008 waren herausragend gute Jahre für die Steuereinnahmen und damit auch für die investiven Möglichkeiten auf Länderebene und auf kommunaler Ebene. Vermutlich haben Länder und Kommunen in den letzten 15 Jahren nie vergleichbar investiert in Neubau, Sanierung, Ersatzbau, Ergänzungsbau, Tiefbau und Hochbau insgesamt. Wenn die Steuereinnahmen wegbrechen, was zu erwarten ist, wenn namentlich die Gewerbeertragsteuer nach unten geht, wird „Zusätzlichkeit“ auf der Grundlage der Jahre 2006 bis 2008 für die Länder, besonders aber für die Kommunen schwierig sein.

Nun kann man einwenden, wenn sich der Bund verschuldet, sollen dies auch andere Ebenen tun. Das mag für die Länder zutreffen, aber eine beliebige kommunale Neuverschuldung wäre ordnungspolitisch falsch. Deswegen regen wir an – nicht im Sinne einer Ablehnung des Pakets und nicht im Sinne von Verzögerung –, dass man in den nächsten Wochen noch einmal über § 3 des Gesetzes und über die Vereinbarung spricht und prüft, ob nicht andere Referenzjahre sinnvoller sind.

Die Kommunen haben in den Jahren 2003, 2004 und 2005, also in schlechteren Jahren, auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten investiert. Möglicherweise sind diese Jahre den Jahren 2009 bis 2011 ähnlicher als die Jahre 2006 bis 2008. Der Bund hält zu Recht daran fest, dass Bundesmittel nicht Landesmittel und kommunale Mittel ersetzen und Länder und Kommunen nicht Ausgaben sparen und sich zu Lasten des Bundes sanieren. Aber man sollte normale Jahre wählen, man sollte Vergleichsjahre wählen, die auch

passen. Deswegen bitten wir darum, dass dies im Nachgang zu heute in den nächsten Wochen politisch und dann auch parlamentarisch-rechtlich beraten und geprüft wird.

Auch wenn innerhalb von zwei Monaten ein zweites Paket aufgelegt worden ist, glaube ich, dass wir nicht im Zwei-Monats-Takt fortsetzen können, was einmal und zweimal möglich war. Der Staat handelt, soweit es in seiner Macht steht. Aber ich glaube, mit dem heutigen Paket sind unsere Haushaltsmöglichkeiten ausgereizt, weswegen jetzt die Pakete wirken müssen. Ich warne ausdrücklich davor, nach diesem Paket ein weiteres anzukündigen. Der Staat hat mit diesen Mitteln getan, was er kann.

Wir gehen davon aus, dass Deutschland in diesem Jahr eine Rekordverschuldung eingehen muss - 80 Milliarden Euro, eher mehr - und dass Deutschland im nächsten Jahr den Rekord dieses Jahres nochmals steigert. Eher 100 als 90 Milliarden Euro werden im nächsten Jahr neu in den Schuldenbüchern stehen. Wenn man innerhalb von zwei Jahren die Gesamtverschuldung des Staates um 10 % steigert und in zwei Jahren eher 1,7 Billionen statt, wie heute, 1,5 Billionen Euro Schulden hat, kommt es noch stärker auf eine Schuldenbremse und auf einen Tilgungsplan an.

Nach der Verschuldung benötigen wir einen Kassensturz. Dann sollten wir ordnen, in welchen Schritten getilgt werden kann, wobei unter „Tilgung“ nicht die Integration in den Bundeshaushalt und die leise Integration in die Altschulden verstanden werden dürfen. Jeder Euro, der jetzt außerordentlich in die Hand genommen wird, muss auch außerordentlich getilgt werden. Dafür erwarten wir einen Tilgungsplan des Bundes. Auch die Länder sind hier gemeinsam mit den Kommunen in der Pflicht.

Wenn parallel Einzellösungen beraten werden - ich nehme Hypo Real Estate oder Opel -, dann will ich eine Sorge nennen, die mich beschäftigt, nämlich dass es hier zunehmend zu Wettbewerbsproblemen kommt. Das Paket für die Banken vom Herbst hat alle Banken im Blick, wobei jeder prüfen kann, ob er mitmacht oder nicht. Einzelfallmaßnahmen wie bei HRE oder möglicherweise bei Opel halten wir für bedenklich, weil sie zu Schieflagen im Wettbewerb führen. Wenn ich in diesen Tagen von Bosch, ZF und anderen höre: „Vorsicht bei Schaeffler!“, zeigt das auf, was ich meine. Wer einem Unternehmen massiv hilft in einem Markt, der durch Überproduktion geprägt ist, verschlechtert die Perspektive anderer Marktteilnehmer. Deswegen will ich anmahnen, dass ordnungspolitisch nicht der Einzelfall, sondern der Markt und die Firma darin und die anderen Firmen parallel im Mittelpunkt von weiteren Prüfungen und Entscheidungen stehen müssen.

Wir werden dem Antrag Niedersachsens zustimmen.

Wir haben damit kein Problem, ich will aber Folgendes bemerken:

Erstens. Die Punkte 3 bis 5 sind unproblematisch. Sie entsprechen unserer Grundüberzeugung.

Zweitens. Punkt 6 ist für uns von besonderem Gewicht:  
Die Konsolidierung der Haushalte darf nicht  
aufgegeben werden. Dies gilt für mich für die jetzt  
vereinbarten Maßnahmen und noch mehr für weitere  
Maßnahmen, zu denen auch Steuersenkungen zu  
zählen sind.

Aber wer ernsthaft glaubt, dass man noch die Freibeträge  
ab 1. Januar dieses Jahres auf 8 000 Euro anheben  
kann, nimmt vermutlich die Wirklichkeit der  
nächsten Wochen nicht genügend in den Blick. Ich  
glaube, dass Punkt 2 besonders zurückhaltend begrüßt  
und unterstützt werden kann. Da ich ernst genommen  
werden will, sage ich: Ich gehe nicht davon  
aus, dass die Bundesregierung und der Deutsche  
Bundestag hier nochmals korrigieren und die Erhöhung  
der Steuerfreibeträge rückwirkend ab 1. Januar  
2009 beschließen. Möglicherweise war dieser Punkt  
ein Abschiedsgeschenk für Herrn Hirche, mehr nicht.  
Außerdem will ich ansprechen, dass mit uns Steuersenkung  
auf Pump nicht zu machen ist, weil die  
Steuersenkung auf Pump die Steuererhöhung nach  
sich zieht. Kurzum, wir erwarten bei allen Reformen,  
dass eine Gesamtbetrachtung der mittelfristigen Finanzplanung  
erfolgt. Steuersenkungen sind dann  
möglich, wenn der Tilgungsplan beschlossen ist und  
wenn zuvor die Haushaltssanierung mit Schritten  
nach der Rezession erfolgreich in Angriff genommen  
worden ist.

Baden-Württemberg stimmt dem Paket zu. Wir gehen  
trotzdem von einem schwierigen Haushalts-,  
Wirtschafts- und Arbeitsmarktjahr 2009 aus.  
Präsident Peter Müller: Vielen Dank!

Das Wort hat nunmehr Frau Ministerin Diezel  
(Thüringen). Bitte schön.

Birgit Diezel (Thüringen): Sehr geehrter Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als  
Vertreterin eines neuen Landes begrüße ich die Entscheidung  
der Bundesregierung, nach dem Konjunkturprogramm  
des vergangenen Jahres ein weiteres  
Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft und der  
privaten Nachfrage aufzulegen.

Die Menschen in den neuen Ländern sehen die  
sich abzeichnende wirtschaftliche Entwicklung mit  
Sorge. Thüringen ist als traditioneller Standort der  
Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe von  
der wirtschaftlichen Störung besonders betroffen.  
Für uns in Thüringen geht es um viel. Wir konnten  
in den vergangenen drei Jahren Schritt für Schritt  
vom Konjunkturanstieg profitieren. Unser positives  
Wirtschaftswachstum wurde getragen von einer  
überproportionalen Entwicklung des verarbeitenden  
Gewerbes von über 10 %. Es wurde eine Exportquote  
von über 34 % erreicht. Die Unternehmen bauten Beschäftigung  
auf. Thüringen konnte im Sommer 2008  
erstmalig eine Arbeitslosenquote von unter 10 % verbuchen.  
Der Durchbruch schien geschafft.

So gut wir am Aufschwung teilhaben konnten, so  
schwer bedrohen uns die Folgen der Wirtschaftskrise.  
Deshalb ist für uns jede Anstrengung zur Stabilisierung  
der Wirtschaft in unserem Land alternativlos.

Bund, Länder und Kommunen tragen einen beträchtlichen Teil der Investitionen. Die mit dem Konjunkturprogramm in Thüringen zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel werden die Investitionsquote in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils rund 13 % verstärken. Das sind Impulse, die wir in den neuen Ländern brauchen.

Die Thüringer Landesregierung unterstützt daher grundsätzlich die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen. Wir erwarten dadurch in unserem Land eine Abfederung der drohenden Krise. Wir haben die Weichen gestellt, damit die Investitionsmittel zügig weitergeleitet werden und breite Wirkung vor allen Dingen im Mittelstand und im Handwerk entfalten können. 80 % der Mittel sind in die Verfügung der Kommunen gegeben worden. In den vergangenen Tagen haben konstruktive Gespräche zwischen dem Bund und den Ländern stattgefunden, um auch in den Details zu einem akzeptablen Verfahren zu kommen. Dafür möchte ich mich bedanken.

Bei allem Optimismus müssen wir realistisch bleiben. Es wird uns nicht gelingen, mit dem Konjunkturprogramm an das Konjunkturoch der Jahre 2006, 2007 und teilweise noch 2008 anzuknüpfen. Ich bin allerdings überzeugt davon, dass das Konjunkturprogramm angesichts der drohenden Krise seine Effekte nicht verfehlen wird. Insofern möchte ich einen Punkt des Zukunftsinvestitionsgesetzes aufgreifen, der aus unserer Sicht noch nicht befriedigend gelöst ist.

Ich teile die Haltung der Bundesregierung, dass die Mittel des Konjunkturprogramms zusätzlich verausgabt werden müssen. Ohne Fixierung der Zusätzlichkeit wäre das Konjunkturprogramm wirkungslos. Ich gebe aber zu bedenken, dass mit dem neuen § 3a die Zusätzlichkeit doppelt erfüllt werden muss: maßnahmenbezogen und über dem Durchschnitt der Investitionsausgaben der Jahre 2006 bis 2008. Die Diskussion darüber ist geführt, die Positionen sind ausgetauscht. Für die neuen Länder stellt sich hier schon wegen der Rückführung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ein besonderes Problem.

Wir alle wollen den Erfolg der zu beschließenden Maßnahmen. Wir haben das gemeinsame Interesse, dass die Bundesmittel und die Kofinanzierungsmittel der Länder und der Kommunen zweckgerecht verwendet werden.

Die Zielrichtungen der Verwendungsvorgaben im Gesetz - Wachstumsorientierung und Nachhaltigkeit - sind genau richtig. Unser Land und unsere Bürger werden von den Maßnahmen profitieren. Ich bin davon überzeugt, dass gerade von den vielen kleinteiligen Maßnahmen in den Städten und Gemeinden ein deutlicher Impuls für die mittelständischen Betriebe ausgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung unterstützt das Konjunkturprogramm II und hofft, dass von der heutigen Entscheidung ein Signal der Zuversicht ausgeht. -

Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Danke schön, Frau Ministerin!

Ich erteile das Wort Herrn Minister Professor

Dr. Pinkwart (Nordrhein-Westfalen).

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen deutlich machen:

Die Zustimmung zu dem Konjunkturpaket II fällt alles andere als leicht - zum einen, weil es noch nicht die Impulse zur Förderung des privaten Konsums und der privaten Investitionen setzt, die angesichts des massiven Abschwungs notwendig wären; zum anderen, weil es Milliarden zur Abfederung von Reformvorhaben bereithält, statt die Reformfehler grundlegend zu beseitigen, etwa mit einem milliarden schweren Steuerscheck für einen Gesundheitsfonds, mit dem, zumal in Nordrhein-Westfalen, nichts besser wird, weder für die Patienten noch für Ärzte oder Krankenhäuser, dafür alles teurer; etwa mit einem milliarden schweren Rettungsfonds, der aufgelegt wird, während die finanzielle Basis der Unternehmen von der Bundesregierung durch steuerliche Regelungen, wie die Zinsschranke und die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, massiv geschwächt wird.

Herr zu Guttenberg hat hierzu vor wenigen Tagen gesagt - ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren -: „In der Krise gehen diese Regelungen an die Substanz der Unternehmen.“ - Das, Herr zu Guttenberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist richtig. Aber dann stellt sich die Frage: Warum ändert die Bundesregierung das nicht? Das Konjunkturpaket erinnert mit diesen im Gesamtbild widersprüchlichen Regelungen eher an einen Autofahrer, der gleichzeitig kräftig auf das Gas- und auf das Bremspedal tritt. Das, meine ich, ist in einer Krise nicht hinnehmbar.

Wenn wir das Paket heute dennoch nicht aufhalten, dann aus zwei Gründen:

Erstens wollen wir, dass die Infrastrukturmaßnahmen für bessere Schulen und Hochschulen so schnell wie möglich endlich umgesetzt werden können. Sie hätten ohnehin wirksamer und glaubwürdiger bereits auf dem Bildungsgipfel beschlossen und im Zuge des Konjunkturpakets I auf den Weg gebracht werden können, was ich für Nordrhein-Westfalen von dieser Stelle aus im vergangenen Jahr wiederholt zum Ausdruck gebracht habe.

Zum Zweiten ist eine Mehrheit in diesem Verfassungsorgan bereit, die Bundesregierung zu konkreten Nachbesserungen bei der steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen zu ermutigen und bessere steuerliche Bedingungen für den Mittelstand sowie wachstumsstarke Hightechunternehmen einzufordern.

Ich appelliere deshalb an die Bundesregierung: Greifen Sie dieses Angebot auf, und entlasten Sie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wirksam und schnell, indem Sie die Erhöhung des Grundfreibetrags

und die Linderung der Progression in einem Rutsch rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres herbeiführen! Geben Sie den Betrieben jetzt die Luft zum Atmen, die sie brauchen, um Arbeitsplätze sichern und neue schaffen zu können!

Verhindern Sie, dass die Zinsschranke für immer mehr Betriebe zum steuerlichen Fallbeil wird! Der Staat alleine kann die Krise nicht abwenden. Dies kann nur gemeinsam mit den Menschen in unserem Land gelingen, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern. Deswegen darf sich die Politik jetzt auch nicht für allzuständig erklären. Wichtig ist vielmehr, dass sie richtige Rahmenbedingungen setzt und die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft nachhaltig stärkt. Darauf vertrauen wir. Wir wollen, dass über das bisher Vereinbarte hinaus mehr Bewegungsspielraum für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen in unserem Land möglich wird. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort verbleibt in Nordrhein-Westfalen und wird von Frau Ministerin Thoben übernommen. Bitte schön, Frau Thoben.

Christa Thoben (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Einlassung des stellvertretenden Ministerpräsidenten haben Sie sicherlich gemerkt, dass uns das Abwägen der Vor- und Nachteile nicht ganz leicht gefallen ist.

(Horst Seehofer [Bayern]: Das kann man sagen!) Ich finde, das ist einer solch schwierigen Lage durchaus angemessen. Deshalb beklage ich mich über die komplizierten Verabredungen überhaupt nicht. Ich möchte auf einige Punkte eingehen.

Auch wir in Nordrhein-Westfalen haben uns die Entscheidung nicht einfach gemacht. Das Paket, das verabredet worden ist, kostet uns eine ganze Menge; wir sind mit über 7 Milliarden Euro dabei. Vor diesem Hintergrund fällt es uns schwer, das, was in der Entschließung steht - es kostet zusätzlich Geld -, noch draufzusatteln. Denn dann wird ein anderer Punkt der Entschließung - Konsolidierung als Voraussetzung dafür, dass man nicht weiter dummes Zeug machen darf - noch schwieriger erreichbar. Ich möchte vortragen, was uns beim tatsächlichen Abwickeln Kopfschmerzen bereitet.

Die Zusätzlichkeit ist aus unserer Sicht noch nicht so geregelt, dass die Kommunen damit umgehen können. Es gibt Ausnahmesituationen. Ich nenne ein Beispiel: Wenn sich eine Kommune im Verlaufe der vergangenen drei Jahre nach 30 Jahren ein neues Rathaus geleistet hat, wie wird das angerechnet? Insoweit brauchen wir noch Klarheit.

Wir glauben auch nicht, dass das Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes schon so geregelt ist, dass es für die tägliche Praxis taugt. Ich wäre dankbar, wenn man bei der Durchführung mehr Klarheit erreichen könnte.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben in Abstimmung

mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Kommunalpolitik einen, wie wir meinen, einmaligen Kraftakt bei der Umsetzung des Konjunkturprogramms geschafft: 84 % der Mittel werden durchgeführt. Auf der anderen Seite kommt mir ein Aspekt in der Gesamtdebatte immer noch zu kurz. Wir nehmen durchaus zur Kenntnis, dass die Wirtschaft in schwierigen Situationen Hilfe braucht. So haben wir unseren Bürgschaftsrahmen aufgestockt und die Verfahren beschleunigt, auch wenn wir deshalb nicht weniger ernsthaft prüfen möchten. Aber wir haben in Deutschland eine Kultur, wonach derjenige, der Insolvenz anmeldet, schlecht ist und versagt hat. Meine Damen und Herren, wir in Nordrhein-Westfalen haben Automobilzulieferer, die in der Hand von sieben bis neun Finanzinvestoren sind. Wenn sie Probleme bekommen, steht weder eine inländische Bank bereit, noch bringt der Investor noch Geld mit. Wo ist dann ein Weg in die Zukunft? Soll das klassische Instrument, an das wir alle gewöhnt sind - Sanierungsbürgschaft oder wie immer man das nennt -, zur Anwendung kommen? Oder wäre es sinnvoller, dem zu folgen, was mir der eine oder andere Insolvenzverwalter gesagt hat: Wenn Sie möchten, dass die Zulieferer eine Zukunft und eine ordentliche, strategisch begründete Kapitalstruktur haben, dann schließen Sie den Weg in die Insolvenz nicht aus! - Wenn wir dieses Instrument immer verteufeln und meinen, wir wüssten etwas Besseres, begeben wir uns der Chancen zur Sanierung der betroffenen Unternehmen. Diese wenigen Hinweise wollte ich ergänzen. Präsident Peter Müller: Schönen Dank! Das Wort geht an Professor Dr. Deubel (Rheinland-Pfalz).

Prof. Dr. Ingolf Deubel (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ministerpräsident Beck hat die Position von Rheinland-Pfalz bereits deutlich gemacht. Ich will mich deshalb auf finanzielle Aspekte beschränken.

Man kann meines Erachtens sagen, dass der Bund in den Verhandlungen über das Konjunkturpaket II, auch was die Teilung der finanziellen Lasten zwischen den Ländern und dem Bund angeht, anders als beim Konjunkturpaket I vorbildlich und fair gehandelt hat. Die Lastenteilung beim Konjunkturpaket II ist aus der Sicht der Länder und der Gemeinden völlig in Ordnung. Hier gibt es nichts zu bekritteln. Wir haben aber heute auch einen Punkt auf der Tagesordnung, über den wir schon seit mehreren Jahren reden, nämlich die Kfz-Steuer und die damit zusammenhängende Grundgesetzänderung. Die Länder wollen, dass der Bund die Kfz-Steuer übernimmt, weil es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, dass Kfz-Steuer, Maut und Mineralölsteuer in einer Hand sind. Das ist völlig unbestritten.

Dass die Übertragung auf den Bund bisher nicht geklappt hat, hat allein finanzielle Gründe. Aus der Sicht der Länder war immer klar: Wir wollen kein Geschäft machen, sondern nach der Übertragung 1:1 so dastehen wie vor der Übertragung. Eigentlich ist

das eine ganz einfache Geschäftsgrundlage. Was die Bundesregierung dem Bundestag als Gesetzentwurf vorgelegt hat und was beschlossen worden ist, entspricht nicht den Grundlagen. Auch was öffentlich kommuniziert wurde, nämlich dass die Länder nach der Reform so dastehen sollen wie im Jahr 2008, ist nicht erfüllt. Ich will das an vier Eckpunkten verdeutlichen.

Erster Punkt: die Verwaltungskosten. Sie sind sicherlich höher als 170 Millionen. Nach langen Verhandlungen haben wir uns aber mit dieser Größenordnung einverstanden erklärt, weil es nur um einen Übergangszeitraum geht. Keine volle Kompensation, aber akzeptabel; also Haken dran!

Zweitens: Wie sieht es längerfristig aus? Klar ist, dass sich das Aufkommen der Kfz-Steuer in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht erhöht. Daher stellt sich die Frage einer Dynamisierung weder aktuell noch in den nächsten fünf Jahren. Wenn man aber einen Festbetrag für alle Ewigkeit festklopft, stellt sie sich natürlich; denn wir haben jedes Jahr Inflation und eine gewisse Entwicklung. Spätestens nach fünf Jahren ist erkennbar, wie sich das Kfz-Steueraufkommen normalerweise entwickelt hätte. Über diesen Punkt sollte man zumindest noch einmal reden.

Entscheidend sind zwei weitere Punkte:

Der Koalitionsausschuss, ein Gremium, das die Bundespolitik koordiniert, hat sich auf eine Kompensation in Höhe des Aufkommens des letzten Jahres festgelegt. Das Aufkommen des letzten Jahres war der Betrag, der messbar war, plus das, was durch die Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket I bereits weggefallen ist, nämlich durch die Kfz-Steuerbefreiung ab November. Nach den Zahlen des Bundes liegt die Größenordnung bei 55 Millionen, die zunächst über die Umsatzsteuer erfasst werden, aber nicht in die Basis für die zukünftige Kompensation eingerechnet werden. Das ist nicht akzeptabel; denn es entspricht nicht dem, was Geschäftsgrundlage ist.

Gravierender und teilweise gar nicht verständlich, wie ich bei vielen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten festgestellt habe, ist der Wegfall der Zahlungen aus der Maut an die Länder.

Zur Erinnerung: Die Maut ist eingeführt worden, weil das deutsche Lkw-Gewerbe gegenüber dem ausländischen Lkw-Gewerbe, das über deutsche Straßen fährt, Wettbewerbsnachteile hatte. Um Wettbewerbsgleichheit zu schaffen, ist die Maut eingeführt worden, die für inländische und ausländische Lkws gilt. Im Gegenzug ist die Kfz-Steuer zum 1. September 2007 auf die von der EU vorgeschriebenen Mindestsätze abgesenkt worden. Der Bund hat also Mauteinnahmen erhalten, und die Länder haben Mindereinnahmen bei den Nutzfahrzeugen zu verzeichnen, weil die Kfz-Steuer ab 1. September 2007 abgesenkt wurde. Das ist dann mit einem anfänglichen Jahresbetrag von 150 Millionen Euro einvernehmlich gelöst worden, die den Steuerausfall der



Länder für ein ganzes Jahr darstellen. Für 2007 ist den Ländern ein Drittel, also 50 Millionen Euro, im Jahr 2008 sind 150 Millionen aus der Mautabgabe gezahlt worden. Geregelt ist dies nicht im Kraftfahrzeugsteuergesetz, sondern in § 11 Absatz 2 Autobahnmautgesetz.

Dort ist fein säuberlich dargestellt, dass dies eine Kompensation für die Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer ist. Das war die Rechtslage.

Damit hängt auch die in § 11 Absatz 3 vorgesehene Beteiligung des Bundesrates zusammen.

Nirgendwo ist darüber gesprochen worden, nirgendwo gibt es eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, auch im Koalitionsausschuss ist dies nicht ernsthaft besprochen worden; da bin ich mir sicher. Ich habe viele Bundestagsabgeordnete gefragt, auch Mitglieder des Koalitionsausschusses.

Alle haben mir gesagt: Wir wussten nichts davon, dass das auch eine Rolle spielt.

Ohne dies zu kommunizieren, wurde also ins Gesetz geschrieben, das mit dem Anteil der Länder am Aufkommen der Maut sei obsolet und nicht mehr notwendig, weil die Kfz-Steuer ja zum Bund gehe. Mitnichten! Die 150 Millionen Euro sind nichts anderes als der Anteil der Länder an der Kfz-Steuer, die gesenkt worden ist. Selbstverständlich muss die Kompensation den Ländern auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Es ist relativ einfach, das im Vermittlungsausschuss umzusetzen. Man braucht nämlich nur zu beschließen, dass § 11 bleibt, wie er ist und nicht verändert

wird. Dann ist das Thema erledigt.

Aus der Sicht der Länder ist das der wichtigste finanzielle Punkt. Er hat dazu geführt, dass zumindest der Finanzausschuss gestern empfohlen hat, zu dem heutigen Tagesordnungspunkt 1 b) den Vermittlungsausschuss anzurufen. Die Grundgesetzänderung, die überhaupt nicht in Frage steht, ist erst dann zu beschließen, wenn eine angemessene Kompensation geregelt ist. Ich denke, das ist im Interesse aller Länder. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Ich bedanke mich und erteile Herrn Staatsminister Dr. Beermann (Sachsen) das Wort. Bitte schön.

Dr. Johannes Beermann (Sachsen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzkrise erreicht zunehmend die Realwirtschaft. In Dresden sind gestern wieder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Qimonda auf die Straße gegangen. Sie leiden zusätzlich darunter, dass es in diesem Bereich einen weltweiten hochsubventionierten Wettbewerb gibt, dem wir an diesem Standort, dem einzigen in Europa, standhalten müssen. Wir wissen, dass in einer modernen Industriegesellschaft Chips die Nervenzellen sind. Auch hier arbeiten Bund und Freistaat Sachsen Hand in Hand und greifen in die Speichen. Herr Bundeswirtschaftsminister, ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie sich gleich zu Anfang Ihrer Amtszeit Zeit genommen und uns Ihr Ohr geliehen haben und dass wir gemeinsam handeln. Meine Damen und Herren, die Politik kann nicht

untätig bleiben. Ich bin froh, wenn wir uns heute auf das Konjunkturpaket II verständigen. Bund und Länder reagieren in einem einmaligen finanziellen und gesetzgeberischen Kraftakt auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Die Schnelligkeit, mit der wir dieses Konjunkturpaket auf den Weg gebracht haben, zeugt darüber hinaus von der Handlungsfähigkeit unseres Landes im föderalen Zusammenspiel.

Ein zentraler Baustein des Konjunkturpakets II ist das Zukunftsinvestitionsgesetz. Bund und Länder einschließlich ihrer Kommunen stellen zusammen mehr als 13 Milliarden Euro für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bildungsbereich, zur Verfügung. Diese Investitionen sollen zusätzlich zu den ohnehin vorgesehenen hohen Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen erbracht werden. Darüber besteht zwischen allen Beteiligten weitgehend Einigkeit.

Wir haben als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz im vergangenen Jahr und über den Jahreswechsel hinaus die Gespräche zwischen Bund und Ländern an vorderster Stelle führen dürfen. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus den Staats- und Senatskanzleien und aus den Ressorts, Herr Professor Deubel, aber auch bei der Bundesregierung herzlich bedanken. Ohne das konstruktive Zusammenwirken wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen.

Die Länder haben sich von Anfang an für eine möglichst große Verwendungsbreite der Mittel eingesetzt. Dies war notwendig, um einerseits dem unterschiedlichen Investitionsbedarf in den einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen, andererseits einen schnellen Mittelabfluss zu garantieren, damit das Geld beim Handwerker vor Ort ankommt. Der Bund hatte sich anfangs vorgestellt, alles möglichst zentral von Berlin aus zu steuern. Das sieht die Verfassung nicht vor.

Im Ergebnis konnten wir sowohl hinsichtlich des Verfahrens als auch hinsichtlich der Verwendungsbereiche grundsätzlich Einigkeit erzielen. Mit den Schwerpunktbereichen Bildung und kommunale Infrastruktur setzen wir auf die Nachhaltigkeit der Investitionen. Mit einer Anlehnung an das Investitionsförderungsgesetz zum Aufbau Ost greifen wir auf ein bewährtes Verfahren zurück. Noch einmal herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben! Etwas schwieriger erscheint mir die Konsensfindung beim Thema Zusätzlichkeit der Maßnahmen.

Der Bund möchte, dass die Mittel zusätzlich verausgabt werden. Das wollen auch wir. Der Bund möchte, dass das Konjunkturprogramm schnell anläuft. Auch das wollen die Länder. Wir verfolgen damit zwei Ziele, die aber nicht vollständig kongruent sind. Um schnell zu sein, müsste eigentlich auf Projekte zurückgegriffen werden, die ohnehin geplant und in der Pipeline sind. Diese sind allerdings häufig nicht zusätzlich.

Dieser Spannungsbogen - das Dilemma Schnelligkeit

versus Zusätzlichkeit - ist nur schwer aufzulösen.  
Der Bund hatte insbesondere in der Verwaltungsvereinbarung zum Zukunftsinvestitionsgesetz, die er mit uns Ländern verhandelt hat, zunächst sehr rigide und nur schwer handhabbare Vorgaben gemacht. Die Länder wollten sich auf ein weniger bürokratisches und für sie weniger risikobehaftetes Verfahren einlassen. In vielen Gesprächsrunden haben sich die Positionen angenähert. Ein Kompromiss erschien daher erreichbar. § 5 Absatz 2 des Entwurfs der Verwaltungsvereinbarung wurde um eine gemeinsame Protokollerklärung ergänzt. Wir dachten, nun hätten wir es geschafft. Dieses Verhandlungsergebnis war Basis für das weitere Gesetzgebungsverfahren, in dem der Gesetzentwurf nochmals verändert wurde.

Mit dem zwischenzeitlich - erst nach Abschluss der Gespräche zwischen Bund und Ländern - durch den Bundestag neu in das Zukunftsinvestitionsgesetz aufgenommenen § 3a ist die gemeinsame Basis leider nicht mehr gegeben. Die Länder sind der Auffassung, dass die in § 3a Absatz 2 geforderte Zusätzlichkeit von Investitionen ohne die Berücksichtigung von Sonderlasten und länderspezifischen Gegebenheiten in dieser Form nicht praktikabel, wahrscheinlich überhaupt nicht umsetzbar ist. Konkret geht es uns um Folgendes:

Zunächst ist fraglich, ob der in § 5 Absatz 2 der Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Vergleich der Investitionsvolumina der Zeiträume 2006 bis 2008 und 2009 bis 2011 sachgerecht ist. Die Jahre 2006 bis 2008 waren von außerordentlich hohen Steuereinnahmen und entsprechend hohen Investitionen geprägt. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung ist schon heute absehbar, dass dieses hohe Investitionsniveau in den Jahren 2009 bis 2011, für die das Investitionspaket zur Verfügung steht, nicht annähernd gehalten werden kann. Von uns Ländern wird durch das Gesetz verlangt, dass wir wie in konjunkturell guten Zeiten investieren, im Rahmen des Konjunkturpakets noch zusätzliche Investitionen draufsetzen, und dies trotz zu erwartender erheblicher Steuerausfälle.

Zudem ist hinsichtlich der Kommunen eine Prüfung der Zusätzlichkeit in Bezug auf die Summe der Investitionsausgaben durch die Länder weder sachgerecht noch leistbar. Wir haben nur sehr bedingt Einfluss auf die Investitionstätigkeit unserer Kommunen. Genauso wenig wie der Bund die Länder zum Schuldenmachen verpflichten kann, können und dürfen wir unsere Kommunen anweisen, Schulden aufzunehmen, um den Anteil der Investitionsausgaben in ihren Haushalten zu steigern.

Es kommen weitere Aspekte hinzu, die entweder alle oder einzelne Länder und Kommunen betreffen. Ich nenne nur Investitionsschwankungen auf Grund mittel- und langfristiger Investitionsstrategien, die verzerrende Wirkung von einmaligen oder zeitlich befristeten Großinvestitionen, Auflagen, die einzelne Länder haben, um ihre Haushalte zu konsolidieren.

Dies bedingt zwangsläufig auch eine generelle Rückführung der Investitionstätigkeit. Bei allem Ernst der Lage dürfen wir nicht den Fehler machen, langfristig richtige und notwendige Strategien über den Haufen zu werfen. Wir haben uns auch dazu verpflichtet, Nachhaltigkeit in das Investitionspaket aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Schulden wieder abgebaut werden. Besonders risikoreich ist die verankerte Rückzahlungsverpflichtung. Wir Länder machen einen haftungsmäßigen Blindflug; denn wir wissen nicht, wo wir am Ende landen. Das Damoklesschwert der Rückzahlungsverpflichtung schwebt aber nicht nur über uns, sondern auch über einzelnen Kommunen. Unter diesen Umständen ist nicht auszuschließen, dass sich die Gemeinden, die den überwiegenden Teil der Investitionsmaßnahmen durchführen, beim Mittelabruf zurückhalten. Damit würde das zentrale Ziel des Zukunftsinvestitionsgesetzes verfehlt. Ich gehe deshalb davon aus, dass an dieser Stelle noch Nachverhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern notwendig sind. § 3a des Zukunftsinvestitionsgesetzes muss entsprechend interpretiert oder korrigiert werden.

Ich wiederhole, was hier schon mehrfach betont wurde: Wir Länder bekennen uns zu den Zielen des Zukunftsinvestitionsgesetzes und damit auch zur Zusätzlichkeit der Investitionen. Die Vorschriften dürfen aber nicht so restriktiv und risikoreich sein, dass am Ende kein Bürgermeister in der Lage ist, die Mittel ohne rechtsanwaltlichen Rat in Anspruch zu nehmen. Ich möchte das am Beispiel des Freistaates Sachsen deutlich machen:

Uns drohen in diesem Jahr Steuerausfälle in einer Größenordnung von 400 Millionen Euro. Wir können die Ausfälle wie alle anderen Länder nur im Investitionshaushalt auffangen oder ausgleichen. 400 Millionen Euro sind zufällig der Anteil aus dem Konjunkturpaket II, den wir ohne Wenn und Aber an die Kommunen weiterreichen. § 3a, in seinen Voraussetzungen kumulativ angewandt, würde bedeuten, dass Kommunen und Freistaat jeden Cent als neue Schulden aufnehmen müssten. Dann hätten wir ein anderes Verfahren wählen können: Der Freistaat hätte 400 Millionen Euro aufgenommen und sie an die Kommunen gegeben, und wir müssten uns nicht über die Verfassungsproblematik unterhalten oder uns böse Kommentare zum kommunalen Straßenbau in den Zeitungen einfangen.

§ 3a ist nur dann sinnvoll, wenn er im Kontext des gesamten Gesetzgebungsverfahrens seit 2008 gesehen wird und sowohl die Einzelmaßnahmen in den Haushalten, die bereits beschlossen sind, als zusätzliche Maßnahmen nennt als auch die Investitionsanteile an den Haushalten der Länder und Kommunen für die Jahre berücksichtigt, in denen es noch keinen Haushalt gibt.

Lassen Sie mich abschließend auf ein Argument eingehen, das ich heute schon einmal gehört habe: Wenn der Bund in die Verschuldung geht, ist es nur

recht und billig, dass auch die Länder in die Verschuldung gehen. Die Dimension habe ich Ihnen am Freistaat Sachsen deutlich gemacht. Ich hatte neulich das Glück, darüber mit meiner 14-jährigen Tochter sprechen zu dürfen. Sie sagte: Wenn ihr Schulden macht, und das hilft uns in der Schule, dann ist das in Ordnung. Aber wenn darüber hinaus Schulden gemacht werden, wer bezahlt das denn? - Ich habe geantwortet: immer ein und derselbe Steuerzahler.

Meine Damen und Herren, der Bund nimmt das Geld genauso wie wir von dem Steuerzahler, der in den Ländern wohnt. Deswegen kann ich das Argument, dass sich die Länder und die Kommunen ruhig auch höher verschulden können, wenn der Bund dies tut, nicht akzeptieren. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Herzlichen Dank!

Das Wort hat nunmehr Minister Dr. Rösler (Niedersachsen). Bitte schön.

Dr. Philipp Rösler (Niedersachsen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach einem wochenlangen Wunsch-dir-was-Konzert in der schwarzroten Koalition während der Vorweihnachtszeit und nach einer quälenden Diskussion in der Bundesregierung haben nunmehr wir im Bundesrat über das Konjunkturpaket II zu entscheiden. Die darin enthaltenen Maßnahmen erinnern weniger an ein Wachstumsstärkungspaket als an einen Erste-Hilfe-Koffer: Mit viel weißer Salbe und Pflaster wird versucht, die Wunden verfehlter Reformpolitik notdürftig zu behandeln; mein Kollege Pinkwart hat das angedeutet. Offensichtlich ging es eher darum, Frieden in der Bundesregierung zu haben, als etwas für die Menschen in den Ländern selber zu tun. Die Belastungen bleiben erhalten. Sie kennen die Diskussion über die kalte Progression. Ebenso sind in Ihrer Regierungszeit die Mehrwertsteuererhöhung und aktuell der Gesundheitsfonds hinzugekommen. Wer die Menschen an dieser Stelle belastet, darf sich am Ende nicht darüber wundern, dass von Seiten des privaten Konsums keine Impulse ausgehen. Das galt schon in guten Zeiten, weil der Aufschwung bei den Menschen nicht ankommen konnte, und das rächt sich in schwieriger werdenden Zeiten. Offensichtlich hat die Bundesregierung dies erkannt. Sie hat aber Maßnahmen ergriffen, die durchaus fraglich sind. Bestes Beispiel ist die Abwrackprämie - auch wenn über sie heute nicht zu beraten ist, ist sie Teil des Konjunkturpakets -; denn wenn man den 2 500 Euro für ein altes Auto 100 Euro für jedes Kind gegenüberstellt, dann ist das kein Verhältnis. Entweder haben Familien jetzt ein neun Jahre altes Auto oder 25 Kinder. Ich halte das weder für gute Wirtschafts- noch für gute Familienpolitik. Auch im Zusammenhang mit der Senkung der Krankenversicherungsbeiträge handelt man nicht so richtig wie ein ehrbarer Kaufmann. Wenn ein Einzelhändler den Preis für eine Jacke in Winterszeiten um 30 Euro erhöht, ihn dann gleich wieder um 20 Euro senkt und die 10 Euro als Schnäppchen verkaufen will, bekommt er Ärger mit der Gewerbeaufsicht.

Die Bundesregierung sieht das offensichtlich anders:  
Erst führt eine ideologische Gesundheitspolitik,  
der Gesundheitsfonds, dazu, dass der Krankenversicherungsbeitrag  
von im Durchschnitt 14,9 auf 15,5 %  
steigt, und jetzt soll dieser Beitrag in Teilen, in Schritten  
und beschränkt mit Steuergeldern wieder gesenkt  
werden. Seriös ist das nicht. Es ist auch nicht  
sehr solide.

Es werden nicht nur die Menschen und die Unternehmen  
nicht von Lohnzusatzkosten befreit, man  
bleibt auch bei den Belastungen des Mittelstands  
- das ist Teil des Entschließungsantrages, dem Rheinland-  
Pfalz offensichtlich nicht zustimmen möchte -;  
denn die enthaltenen Maßnahmen - der Bundeswirtschaftsminister  
wurde darauf schon angesprochen -,  
z. B. die Hinzurechnung von Zinsen zu Gewinnen bei  
der Gewerbesteuerberechnung, sind natürlich eine  
Substanzbesteuerung. Gerade in schwieriger werdenden  
Zeiten wie diesen gehen solche Maßnahmen  
1:1 zu Lasten von Arbeitsplätzen.

Nicht nur Steuersenkungen und Entlastungen für  
Unternehmen fehlen, sondern auch Steuersenkungen  
für die normalen Menschen. Für das Jahr 2009  
sind 3 Milliarden, für das Jahr 2010 6 Milliarden Euro  
vorgesehen. Dabei darf man nicht vergessen, dass  
der Bund 2004 bis 2008 pro Jahr 18 Milliarden Euro  
Mehreinnahmen durch Lohn- und Einkommensteuer  
und 28 Milliarden Euro durch zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen  
hatte. Angesichts solcher Milliardenbeträge  
verdienen die Steuersenkungen des Konjunkturpakets  
II ihren Namen nicht.

Wir bleiben deswegen dabei, dass es keinen Sinn  
hat, die Menschen in Form von Steuern und Abgaben  
zu belasten, ihnen so das Geld aus der Tasche zu ziehen,  
um es für mehr oder weniger sinnvolle oder  
auch unsinnige Maßnahmen wieder auszugeben. Die  
Menschen wissen sehr wohl selber, wofür sie ihr  
Geld ausgeben wollen und wofür nicht. Deswegen  
sollten sie ihr Geld behalten.

Wenn der Staat schon Geld in die Hand nimmt,  
dann für zwei Dinge: für Investitionen in Infrastruktur  
und in Bildung. Diese beiden Maßnahmen im  
Konjunkturpaket unterstütze ich ausdrücklich für  
mein Land. Ansonsten wäre es besser gewesen, man  
hätte die Menschen entlastet, um so ihre Leistungsfähigkeit  
zu stärken und zum Überwinden der Krise zu  
nutzen. Das ist leider nicht ganz der Fall.

Ich fasse zusammen:

Das Konjunkturpaket hat Licht und Schatten in einem  
winterlichen Verhältnis, also mehr Schatten als  
Licht. Licht sind die richtigen Investitionen in die Infrastruktur,  
Schatten die ordnungspolitisch verfehlten  
Maßnahmen. Das Land Niedersachsen trägt die richtigen  
Maßnahmen mit. Den ordnungspolitischen  
Sünden setzen wir unseren Entschließungsantrag  
entgegen, von dem ich hoffe, dass ihm Bayern, Baden-  
Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie  
das Saarland und Thüringen zustimmen können.  
Das sind Länder, die von einer schwarzgelben Koalition  
oder mit schwarzer Mehrheit regiert werden.

Wer möchte, dass der Entschließungsantrag eines Tages Gesetz wird, kann das als Hinweis auf die anstehende Bundestagswahl verstehen.

Ich würde mich freuen, wenn sich mein junger - aber älterer - Kollege Bundeswirtschaftsminister an dieser Stelle schon einmal zu dem Maßnahmenpaket äußerte. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Peter Müller: Herzlichen Dank!

Bevor der Bitte Rechnung getragen wird, hat der Bundesminister der Finanzen das Wort. Bitte schön, Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kammerorchesterton in diesem Raum verbietet es mir, in dem mir sonst eigenen Temperament auf die Rede von Herrn Dr. Rösler einzugehen.

(Heiterkeit)

Da wurde ja nun jedes Bild strapaziert; aber das darf man in einer solchen Premiere.

Unter dem Strich belasse ich es deshalb dabei, Herr Rösler: Vielleicht sind Sie bereit, einfach einmal die Gesamtheit der Maßnahmen der Bundesregierung im Steuerrecht und im Abgabenrecht zusammenzuzählen.

Dann kommen Sie zu dem Ergebnis, und zwar nicht durch meine Abteilung „Agitation und Propaganda“, sondern durch eigene Berechnungen, dass

diese Bundesregierung, diese große Koalition die Bürger in den ersten drei Jahren dieser Legislaturperiode per saldo deutlich entlastet hat. Das heißt, Ihr rhetorischer Trick, sich auf einzelne Komponenten zu konzentrieren, gibt das ganze Bild nicht wirklichkeitsgetreu wieder, insbesondere mit Blick nicht nur auf die Belastungen der Unternehmen, sondern auch auf diejenigen der Bürgerinnen und Bürger, die deutlich abgenommen haben. Das gilt übrigens auch bezogen auf den von Ihnen genannten Punkt der Sozialversicherungsabgabenlast. Aber noch einmal: Wenn Sie Zuarbeit aus meinem Ministerium haben möchten, stelle ich Ihnen die Dienstleistung gern zur Verfügung.

Wir leben in ungewöhnlich problematischen Zeiten, weil wir mit einer Situation konfrontiert werden, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1989, nach der Wiedervereinigung, nicht gegeben hat. Wir haben es mit der Überlagerung von drei Krisen zu tun: mit einer tiefgreifenden Finanzmarktkrise, die die gesamte Architektur der Finanzbeziehungen weltweit buchstäblich erschüttert, darauf aufsetzend und teilweise in kausaler Beziehung mit einer weltweiten Rezession, von der ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland gezwungenermaßen am meisten betroffen ist, da 40 % ihrer Wirtschaftsleistung in Außenwirtschaftsbeziehungen generiert werden, und obendrauf mit einer Krise der Automobilindustrie, und zwar keiner konjunkturellen, sondern einer strukturellen Krise. Für eine solche Situation gibt es keine Blaupausen, kein Drehbuch, keine Handlungsanweisungen. Vielmehr sind die Bundesregierung und mit ihr die Länder ebenso wie die Kommunen aufgefordert, das in

ihren Kräften Stehende zu tun, um Schaden abzuwehren, zumindest aber einzudämmen. Niemand - weder Mitglieder des Bundesrates noch der Bundesregierung oder des Bundestages - wird den Menschen vollmundig versprechen können, dass die Rezession zu vermeiden ist. Das, was wir unternehmen können, ist, sie in ihrer Tiefenschärfe abzumildern, sie möglichst zeitlich zu begrenzen und unser Tun so anzulegen, dass es nicht nur darauf hinausläuft, in einem Konjunkturzyklus, in einer Rezession Geld zu verteilen, sondern auch darauf, dieses Land, unser Land, im Sinne einer Modernisierung seiner Infrastruktur gestärkt aus dieser Rezession herauskommen zu lassen, auch mit Blick auf die Bereiche, die im Mittelpunkt der Investitionsmaßnahmen stehen und sehr stark auf all das konzentriert sind, was mit Bildung in der gesamten Bandbreite zu tun hat. Wir haben damit begonnen, indem wir das Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf den Weg gebracht haben, das die Bundesregierung vor zwei Tagen unter dem Druck der fortlaufenden Ereignisse novelliert hat; Sie wissen, dass es ein entsprechendes Änderungsgesetz gibt. Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten steht das sogenannte Rettungsübernahmegesetz, auf das ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehe. Diese Maßnahmen der Bundesregierung zeigen Ihnen die Dramatik.

Wir haben nach wie vor nicht nur für den deutschen Finanzmarkt Verantwortung. Wegen seiner Vernetzung tragen wir vielmehr auch international Verantwortung. Wir haben den Zusicherungen zu entsprechen, die die Bundeskanzlerin und andere Mitglieder des Kabinetts auf internationaler Ebene mehrfach gegeben haben, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass in Deutschland nicht ein so großer Dominostein in unserem Bankensystem umkippt, dass er andere mitreißt, und zwar nicht nur bei uns.

Wir haben ein Konjunkturpaket I beschlossen. Ich habe den Eindruck, dass sein Gewicht nicht immer mit der politischen und medialen Kommunikation korrespondierte.

Wir haben ein Konjunkturpaket II geschnürt, das hauptsächlich Gegenstand unserer heutigen Beratungen ist. Einigen ist das zu wenig. Die Bundesregierung ist bis weit in den Dezember hinein, bis kurz vor Weihnachten, öffentlich, medial, von Verbänden, von Wirtschaftswissenschaftlern, aus unterschiedlichen politischen Richtungen aufgefordert worden: „Think big!“ Es konnte gar nicht groß genug sein, 3 % des Bruttosozialprodukts, 75 Milliarden Euro. An manchen Stellen wurde schon gefordert, das Konjunkturpaket müsse mindestens 100 Milliarden Euro umfassen. Das war die eine Position. Die Vertreter der anderen Position bemerkten, dass Konjunkturprogramme in diesen Zeiten - oh, welche Überraschung! - nur kreditfinanziert sein können. Das ist ein erstaunlicher Erkenntnisgewinn, der sich offenbar über die Weihnachtspause verbreitet hat; denn anschließend war nicht mehr von einem großen Konjunkturimpuls die Rede, sondern von der damit



verbundenen öffentlichen Verschuldung. Ausgerechnet diejenigen, Herr Rösler, die im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Bundesregierung am stärksten angegriffen haben mit der Begründung, wir gerieten in eine Rekordverschuldung, legen heute Anträge vor, die im Kern darauf hinauslaufen, dass die Rekordverschuldung noch höher wird. Ich hätte es gern gesehen, dass Sie diese Logik erklärt hätten, als Sie hier standen. Aber Sie haben es nicht getan. Das, was Sie gerne möchten, läuft ja darauf hinaus, dass die Belastung für Bund, Länder und Kommunen deutlich über das hinausgeht, was bereits jetzt Gegenstand der, wie ich finde, durchaus berechtigten Frage ist, wie es weitergeht und ob wir in der Lage sind, nach Überwindung dieser Rezession auf den Konsolidierungspfad zurückzukommen. Geht all denjenigen, die Ihrer Position nahestehen und deren Abstimmungsverhalten ich agitatorisch vielleicht noch ein bisschen beeinflussen kann, je durch den Kopf, dass das, was Sie vorschlagen, soweit es die Einkommensteuer betrifft, keineswegs nur einen Einnahmeverlust für den Bund bedeutet? Der überwiegende Teil der Steuererleichterungen, die Sie vorschlagen, damit an Einnahmeschwäche und an zunehmenden Kreditspielräumen, die die Gebietskörperschaften wahrnehmen müssen, geht zu Lasten der Länder und der Kommunen, zu 42,5 % und 15 %. Das heißt: 57,5 % dessen, was Sie hier vorschlagen, betrifft nicht mich, sondern Sie, obwohl wir doch gleichzeitig zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir die Kommunen – auch vor dem Hintergrund einer Erwartung, was die Gewerbesteuerereinnahmen der Kommunen betrifft – in ihrer Investitionskraft stärken müssen. Warum gehen Sie nicht auf den Punkt ein, dass Ihre Vorschläge darauf hinauslaufen, den Kommunen ihren 15%igen Anteil an der Einkommensteuer zu beschneiden?

Deshalb ist mein Fazit: Lassen Sie uns steuerpolitische Debatten nicht länger in den Mittelpunkt stellen! Sie werden vielmehr Gegenstand eines demokratischen Wettbewerbs sein, der für die acht Wochen vor dem 27. September – ich hoffe, nicht länger – ansteht. Dann treten wir mit dem auf, was wir jeweils für konzise halten. Ich mache kein Hehl daraus: Vieles von dem, was ich heute aufnehme, halte ich nicht für konzise.

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder können nicht einen Bildungsgipfel veranstalten und darauf hinweisen, dass wir für Forschung und Entwicklung sowie für Bildung eigentlich 10 % unseres Bruttosozialprodukts ausgeben müssten, mit der sehr nüchternen Feststellung, dass schon im Jahr 2008 dieses Ansinnen mit mindestens 28 Milliarden Euro gesamtstaatlich unterfinanziert ist, aber gleichzeitig glauben, man könne den Menschen eine Steuererleichterung in einer Dimension versprechen, die ungefähr genauso hoch ist.

Ich habe im ersten Semester Volkswirtschaft gelernt, dass drei Dinge nicht widerspruchsfrei übereinanderzubringen sind: erstens eine stärkere Förderung

staatlicher Investitionen, und zwar in den Schlüsselbereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, zweitens gleichzeitig eine Konsolidierung, eine Verringerung der Nettokreditaufnahme, gegebenenfalls sogar eine verbesserte Schuldenquote, und drittens obendrauf eine Beeinträchtigung der staatlichen Einnahmefähigkeit. Alle, die mit dieser Logik antreten, müssen versuchen, mich aus diesem Irrgarten herauszuführen und mir darzustellen, wie dies widerspruchsfrei übereinanderzubringen ist.

Das Konjunkturpaket II folgt im Wesentlichen fünf grundlegenden Orientierungen, die ich - anders als das, was man gelegentlich in den naheliegenden, manchmal sehr ritualisierten Auseinandersetzungen hört - für ziemlich gut überlegt halte.

Der erste Ansatz besteht darin, dafür Sorge zu tragen, dass wir, wenn wir schon weitere Kredite aufnehmen müssen, Geld so in die Hand nehmen, dass es über die anderthalb Jahre - ich hoffe, länger wird diese Rezession nicht dauern - nicht einfach verbrannt ist. Das war einer der Gründe, weshalb ich massiv gegen Konsumgutscheine oder ähnliche Maßnahmen argumentiert habe. Das bedeutet, dass der Löwenanteil dessen, was wir tun, darauf gerichtet ist, dem Land über diesen Konjunkturzyklus hinaus zu nutzen. Das betrifft alles, was mit Investitionen zu tun hat.

Dabei unternimmt der Bund eine Anstrengung, die, gemessen an dem, was wir bisher in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erlebt haben, ziemlich groß ist. Ich weiß, dass Dankbarkeit in der Politik keine Kategorie ist; aber ein leicht anerkennendes Wort hätte ich mir schon versprochen. Es kann vielleicht in einem Extrabeitrag nachgeliefert werden.

(Heiterkeit)

Das, was wir tun, ist, jedenfalls in dieser Dimensionierung, einmalig. Ich komme auf Sie zurück, Herr Deubel. Wie animierend und motivierend ist es, wenn einige sagen: Da fehlen aber noch 55 Millionen Euro!

(Zurufe)

- Ja, auf dieses Thema komme ich gleich zu sprechen.

Für diese Bank ist das eine sehr große Motivation.

Die erste Orientierung besteht also darin, Investitionen zu fördern, vornehmlich im kommunalen Bereich.

Ich gehe gern auf Angebote ein, was das Kriterium der Zusätzlichkeit betrifft, wenn wir - daran ist mir sehr gelegen - nicht dem Verdacht Vorschub leisten, dass in Wirklichkeit nicht Zusätzlichkeit, sondern Substitution gemeint ist. Wenn Sie dem Verdacht entgegenwirken können, z. B. mit Blick auf das Thema

„Referenzwerte“, darauf, wie das bemessen wird

- da bin ich ganz bei Herrn Oettinger -, dann kommen wir zueinander. Aber in dem Augenblick, in dem der Eindruck entsteht, dass es in Wirklichkeit nur um eine Kompensation oder um eine, wie ich es genannt habe, Substitution, also um einen Ersatz, geht, der eigentliche konjunkturpolitische Impuls also nicht stattfindet, gehen wir auseinander. Ansonsten,

glaube ich, wird sich der Bund gerne bereit zeigen, die Gespräche fortzusetzen, die wir mit Blick auf das Thema der Zusätzlichkeit schon gehabt haben. Was den Bundesrechnungshof betrifft - um dieses Thema ebenfalls noch unter dem ersten Orientierungspunkt mit abzuhandeln -, so ist dies ein Ansinnen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewesen. Mir erscheint es nicht per se unsittlich, wenn der Bund so viel Geld gibt. Da wird man sich einigen müssen.

Die zweite Orientierung besteht darin, eine Nachfragekomponente einzubauen. Sie ist in ihrer Gesamtheit durchaus kräftiger, als wir es von Ihnen, Herr Rösler, gehört haben. Sie umfasst nicht nur eine Steuerkomponente, worauf ich jetzt nicht im Einzelnen eingehe, die Gegenstand des Koalitionsausschusses gewesen ist, sondern auch eine Absenkung von Sozialversicherungsabgaben. In der Kombination von Kinderfreibeträgen, höherem Kindergeld, steuerlicher Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen - eine Entlastung von 9,4 Milliarden Euro, die wir übrigens gerade vor zwei Tagen im Kabinett beschlossen haben -, Kinderbonus und Senkung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und Krankenversicherungsbeiträgen kommt man auf eine Entlastung, die jedenfalls deutlich umfassender ist, als ich es in dem letzten Wortbeitrag gehört habe. Dritter Punkt. Wir müssen aufpassen, dass die Unternehmen nicht in eine Kreditklemme geraten. Ich warne davor, mit diesem Wort so zu spielen, als ob wir sie schon hätten. Alle einschlägigen Fachleute, die man dazu befragen kann, insbesondere der Bundesbankpräsident, weisen darauf hin: Wir haben keine Kreditklemme, aber wir müssen alles tun, damit wir keine bekommen. - Was wir haben - was schlimm genug ist -, ist eine Verschlechterung der Kreditkonditionen. Deshalb enthält der dritte Punkt etwas über das hinaus, was bisher schon in dem Konjunkturpaket I beschlossen worden ist, die 15 Milliarden Euro, die für den Mittelstand als Garantieposition bereitgestellt werden, ergänzt durch das, was im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers bzw. bei der KfW abrufbar ist. Dies könnte - jenseits jeder großen, tiefgreifenden ordnungspolitischen Auseinandersetzung - in den nächsten Tagen und Wochen auch mit Blick auf die Situation großer Unternehmen eminente Bedeutung haben.

Die vierte Komponente besteht darin, etwas für eine Leitindustrie in Deutschland zu tun, von der wir wissen, dass von ihr nach wie vor direkt und indirekt wahrscheinlich 800 000 Menschen abhängig sind. Das ist die Automobilindustrie. Entgegen aller Skepsis, die viele geteilt haben - Herr Oettinger auch; er wies darauf hin -, entwickelt sich die Abwrackprämie plötzlich zu einem Renner. Das gilt auch für andere Maßnahmen in diesem Zusammenhang.

Die fünfte Orientierung besteht darin, nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern - was schon wichtig genug ist -, sondern auch den Märkten, aber auch im Sinne der Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und

Wachstumspakts zu dokumentieren, dass wir es mit der Konsolidierung ernst meinen. Deshalb bin ich Herrn Oettinger, Herrn Struck und allen, die in der Föderalismuskommission mitgewirkt haben, außerordentlich dankbar, dass wir zu einer Novellierung des Grundgesetzes in Artikel 115, zu einer Schuldenbremse, kommen, die dem Verdacht, wir wollten mit der Schuldenentwicklung so weitermachen wie bisher, keinen Raum mehr gibt. Auf die Einzelheiten gehe ich nicht ein.

Das sind die fünf entscheidenden Orientierungen, die sich mit dem Konjunkturpaket II verbinden. Ich finde, dass sie ernst genommen werden können. Mit Blick auf die Wirkungskraft, die wir diesem Konjunkturpaket geben sollten, stehen wir in gesamtstaatlicher Verantwortung. Sie ist nicht zu zerreden oder nickelig darzustellen, wo man Pepita von Karo nicht mehr unterscheiden kann. Damit nützen wir diesem Ansatz nicht; denn wir wissen, dass auch eine ganze Portion Psychologie dabei ist.

Ich will auf das eingehen, was Herr Deubel gesagt hat. Wenn wir alles so lassen, wie es ist, Herr Deubel, spart der Bund jährlich 400 bis 500 Millionen Euro. Es war nicht der Bund, der sich darum gerissen hat, die Ertragshoheit der Kfz-Steuer zu bekommen. Das sage ich Ihnen sehr bestimmt. Dies ist vornehmlich ein Anliegen der Länder gewesen.

Noch einmal: Wenn wir alles so lassen, wie es ist, spart der Bund 400 bis 500 Millionen Euro. Das heißt, das, was wir bei der Kfz-Steuer beschlossen haben, ist auch von Folgendem geprägt: Wir haben einen Festbetrag verabredet, obwohl unsicher ist, ob das Kfz-Steueraufkommen der nächsten Jahre nicht mindestens stagniert - einige sagen, es könnte auch abnehmen -, obwohl der Bund über die Einführung eines neuen Konzepts, nämlich einer CO<sub>2</sub>- und schadstoffabhängigen Steuer, alle damit verbundenen Einnahmeverluste für sich in Kauf nimmt, nicht die Länder, die für die Verwaltungskosten zusätzlich 170 Millionen Euro bekommen.

Dann kommen Sie zu mir und sagen: Aber wir wollen gerne noch 55 Millionen zusätzlich haben. - Ich sage Ihnen - Kammerorchester hin oder her - ganz freimütig: Das halte ich für verhältnislos. Deshalb bekommen Sie von mir keine positive Antwort darauf.

Die Maut ist ein sehr viel schwierigeres Thema. Das, was wir beim Autobahnmautgesetz jetzt machen, ist in meinen Augen Ergebnis der Neuorganisation der föderalen Beziehungen. Ziel ist es ja gerade gewesen, die Ertragshoheit beim Bund zu konzentrieren. Um Himmels willen, dann werde ich kaum Tür und Tor dafür öffnen können, dass den Ländern aus diesem Aufkommen nach wie vor ungefähr 150 Millionen Euro zugeordnet werden. Denn Ihre Zustimmung zur Abschaffung der Zustimmungspflicht mit Blick auf das Autobahnmautgesetz werde ich nicht bekommen, weil Sie immer noch am Tropf der Einnahmen hängen. Das ist aber nicht die Absicht, die wir in der Föderalismuskommission II verfolgt haben. Wir wollten Ertragshoheiten auf eine

Gebietskörperschaft, in diesem Falle auf den Bund, konzentrieren.

Dieses Thema ist, wie ich zugebe, erkennbar etwas komplexer, aber mit Blick auf das erstgenannte Thema, die 55 Millionen Euro, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Da der Bund bei dem Konjunkturpaket II ungefähr 85 % der Mehrausgaben und der Einnahmeverluste trägt, wäre ich sehr dankbar, wenn die Länder nicht hinterher versuchten, wegen 55 Millionen Euro den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ich halte das für politisch nicht leicht kommunizierbar. Wir würden uns dem stellen, wenn es mehrheitlich dazu kommt; das ist völlig klar. So sind die Spielregeln. Aber aus der Sicht des Bundes begleitet diesen Ansatz eine gewisse Verwunderung.

Meine Damen und Herren, soweit ich Ihre Beiträge habe interpretieren können und dürfen, bin ich sehr dankbar, dass sich eine Mehrheit im Bundesrat für das Konjunkturpaket II abzeichnet. Ich halte das, auch mit Blick auf die Außenwirkungen, für notwendig. Es besteht die Notwendigkeit, die Maßnahmen so schnell wie möglich „zum Fliegen“ zu bringen und damit das zu erreichen, was uns gemeinsam, ob A-Land oder B-Land und unabhängig von der politischen Zugehörigkeit, bewegen muss, nämlich in dieser ausgesprochen problematischen Zeit das zu tun, was der Staat mit seinen Mitteln tun kann, um die derzeitigen Auswirkungen der Rezession abzufedern und dieses Land in eine bessere Zukunft zu führen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Peter Müller: Schönen Dank, Herr Bundesminister! Herr Minister Professor Dr. Pinkwart (Nordrhein-Westfalen) hat nochmals um das Wort gebeten. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Finanzministers veranlassen mich zu drei Bemerkungen.

Erstens. Von Ihnen, Herr Steinbrück, ist ein Zusammenhang hergestellt worden, der keinem empirischen Befund entspricht, nämlich der Zusammenhang, dass eine steuerliche Entlastung der Privaten und der Unternehmen nicht auch zu einer Belebung der Wirtschaft beiträgt und sich damit selbst finanziert. Das möchte ich auch Herrn Beck zurufen und daran erinnern, dass es das Land Rheinland-Pfalz war - im Übrigen mit Unterstützung der FDP in Rheinland-Pfalz -, das eine deutliche Steuersenkung zu Beginn dieses Jahrzehnts mit möglich gemacht hat, die ab 2005 Wirksamkeit erlangte.

Wenn Sie sich die Entwicklung in Deutschland seit 2005, seit dieser Steuersenkung, anschauen, dann werden Sie feststellen, dass der Gesamtstaat - und damit auch Länder und Kommunen - im Jahr 2008 insgesamt 100 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hatte als im Jahr 2005. Von diesen 100 Milliarden Euro gehen 37 Milliarden Euro auf Steuererhöhungen, die von der großen Koalition beschlossen wurden, und 13 Milliarden Euro auf die kalte Steuerprogression zurück; die übrigen 50 Milliarden Euro

gehen darauf zurück, dass sich das Wachstum insgesamt belebt hat. Genau das war Ziel der damaligen Steuersenkung.

Dies bestätigt ja nur, dass es wichtig ist, vor allen Dingen dort mehr Luft zum Atmen zu geben, wo die Hauptinvestitionen getätigt werden. 90 % aller Investitionen werden von Privaten getätigt. Sie sind Träger des Konsums und damit des Wachstums. Deswegen sind diese Vorschläge sachgerecht.

Das Zweite, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Thema, das der Bundesrat im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Unternehmensteuerreform bereits vor zwei Jahren angesprochen hat.

Er hat die Bundesregierung mehrheitlich gebeten, die nicht hinreichenden Elemente nachzubessern. Er hat damals schon auf die Probleme der Zinsschranke aufmerksam gemacht, die in der Krise für Unternehmen besonders schlagend werden; das wissen Sie. Wenn die Betriebsergebnisse krisenbedingt geschmälert werden und die Zinsaufwendungen steigen, weil zur Refinanzierung immer höhere Kreditzinsen gezahlt werden müssen, laufen immer mehr Betriebe Gefahr, auf die Zinsen zusätzlich Steuern zahlen zu müssen und damit in der Substanz getroffen zu sein. Wenn der Bundesrat auf diese Zusammenhänge aufmerksam macht, liegt das im Interesse nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Zum dritten Punkt, Kfz-Steuer, zu dem wir uns beim letzten Mal schon ausgetauscht haben: Wenn Sie eine umweltfreundliche Kfz-Steuer, eine umweltfreundliche Belastung des Autoverkehrs planen, gibt es auch andere Lösungen als diejenige, die gewählt worden ist. Sie führen dazu, dass der Gesamtstaat nicht weniger Einnahmen hätte, die Ausgaben von 170 Millionen Euro jährlich für Verwaltungsbürokratie aber gar nicht erst aufbringen müsste. Es gibt kluge Alternativen, die das Steueraufkommen des Staates sichern und gleichzeitig Ausgabenminderung bedeuten.

Unser Entschließungsantrag enthält keine steuerlichen Mehrforderungen; die Maßnahmen sollen vielmehr zeitlich früher greifen. Damit bin ich bei Herrn Oettinger, der eingangs gesagt hat: Wer schnell gibt, gibt doppelt. - Ich meine, das ist genau das Signal, das wir für die Binnenkonjunktur brauchen. Ich bin fest davon überzeugt, dass solches Handeln die notwendigen Effekte für Länder und Kommunen sowie den Bund insgesamt hätte. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Schönen Dank!

Weitere Wortmeldung: Herr Minister Wiegard (Schleswig-Holstein).

Rainer Wiegard (Schleswig-Holstein): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Steinbrück, ich möchte auf Ihren Vorhalt eingehen, der die Kfz-Steuer betraf.

Sie erweckten den Eindruck: Wenn wir aus dieser Kammer in das Licht der Öffentlichkeit träten, werde deutlich, dass hier eine Runde von Kleinkrämerseelen

das große Paket zur Stabilisierung von Wachstum und Arbeitsmarkt dadurch konterkarierte, dass sie ein bisschen Kleingeld bei der Kfz-Steuer herausholen wollte.

Sie haben den Sachverhalt schlicht und ergreifend falsch dargestellt. Sie haben gesagt, die Länder wollten die Ertragshoheit über die Kfz-Steuer dem Bund übertragen. Das ist mitnichten richtig. Richtig ist, dass der Bund - konkret Sie - seit Jahren an dieser den Ländern zustehenden Steuer in der Sache Veränderungen herbeiführt. Jetzt wollen Sie eine systemische Veränderung herbeiführen, nämlich die Umstellung auf eine reine CO2-Steuer. Wir sind der Meinung - im Übrigen übereinstimmend -, dass es in der Sache besser ist, wenn der Bund die Verfügungsgewalt über alle Verkehrssteuern in Deutschland hat: Maut, Mineralölsteuer und Kfz-Steuer. Damit können Sie ohne Beeinflussung durch die Länder das regeln, was Sie gerne möchten.

Ich sage Ihnen ernsthaft: Diesen Unsinn - so empfinde ich das - würden wir nicht mitmachen. Sie erwarten aber von uns, dass wir diesen Unsinn administrativ umsetzen. Deshalb haben wir gesagt: Der Bund darf diese systemische Umstellung gerne machen, aber dann übernehmen Sie bitte nicht nur die Ertragshoheit, sondern auch die Verwaltungshoheit! Auch darauf haben wir uns verständigt. Wir erwarten dafür den vollständigen Ausgleich dessen, was den Ländern zugestanden hätte, den Ertrag aus dieser Steuer im Jahre 2008, wenn man alle Komponenten berechnet.

Dies allein ist der Sachverhalt. Es ist notwendig, dass wir noch einmal deutlich machen, dass Herr Kollege Deubel im Namen aller Länder ihn völlig korrekt dargestellt hat.

Ich kann Sie nur bitten, diese systemische Veränderung mit der einmaligen Aktion „Konjunkturpaket“ nicht in Verbindung zu bringen.

(Bundesminister Peer Steinbrück: Wer hat denn angefangen!)

Präsident Peter Müller: Schönen Dank!

Das Wort geht zurück an die Bundesregierung: an den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Freiherr zu Guttenberg. Bitte schön.

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Vielen

Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Worte des „jüngeren jungen Kollegen“, dem ich zum neuen Amt sehr gratuliere, hätten mich fast zu Steinbrück'schem Temperament verleitet. Der Kammermusiker hat allerdings etwas Ansteckendes.

Demzufolge wird auch mein Tonfall vergleichsweise ruhig bleiben.

Das Bild von Licht und Schatten, Herr Kollege Rösler, muss man ein Stück geraderücken. Der Schatten ergibt sich im Wesentlichen aus der Krise selbst, aus ihrer Wucht, aus ihrem Umfang, daraus, dass sie unerwartet kam. Das Licht wird sich daraus ergeben müssen, inwieweit wir sie als Bewährungsprobe verstehen und ausgestalten können, als Bewährungsprobe

für die Unternehmen, für die Arbeitnehmer und selbstverständlich für die Politik in diesem Lande, insbesondere für den Föderalismus. Das haben die letzten zwei Wortbeiträge gezeigt. Ich bleibe, wie in den letzten Tagen, trotzdem sehr zuversichtlich: Wir werden in diesem Jahr, so hoffe ich, aus dieser Bewährungsprobe stärker hervorgehen, als wir hineingegangen sind. Wir erleben eine weltweite Krise, deren Ausmaß ohne Beispiel ist. Dies ist eine harte Zeit. Wir haben Maßgaben, die uns viel abverlangen. Der Internationale Währungsfonds hat seine Prognose für das weltwirtschaftliche Wachstum im Jahr 2009 auf 0,5 % reduziert. Er rechnet jetzt sogar mit einem Rückgang des Welthandels um 2,8 %. Das trifft uns, eine offene Volkswirtschaft mit hohem Exportanteil und einer starken industriellen Basis, in besonderer Weise.

Der massive Rückgang der Auslandsaufträge zwingt Unternehmer und Arbeitnehmer zu einer enormen Anpassungsleistung: Kapazitäten müssen neu justiert werden. Arbeitsabläufe müssen neu organisiert werden. Zukunftschancen müssen neu ausgelotet werden. Was konzeptionelle Kraft und Möglichkeiten anbelangt, so müssen wir den Ruf an die Unternehmen lauter erschallen lassen; er ist in diesen Tagen noch etwas leise. Das erfordert von uns allen, besonders von den Genannten, ein Höchstmaß an Kreativität, an Flexibilität, in gewisser Weise an Risikobereitschaft. Das ist in meinen Augen unvermeidbar.

Ich will allerdings keinen Illusionen Vorschub leisten: Die Politik allein wird die Wucht des weltwirtschaftlichen Abschwungs nicht vollständig ausgleichen können. Wir können nicht für jeden Einzelnen ein wohlgeordnetes Lösungskonzept, ein Anpassungskonzept vorlegen oder gar finanzieren. Damit würden wir uns überheben. Der Staat kann lediglich die Folgen der Krise für die Volkswirtschaft insgesamt abmildern und Anpassungen abfedern.

Hier liegt aber auch eine Bewährungsprobe für unsere Wirtschaftspolitik. Auf Grund der aktuellen Krise sollte sie eines nicht aus dem Blick verlieren - Herr Pinkwart, ich greife Ihre Worte auf -: Es gibt noch ordnungspolitische Maßstäbe, die als Leitplanken gelten dürfen, und zwar in vielerlei Hinsicht. Wir dürfen uns in diesen Tagen nicht in einen Interventionswettbewerb hineinbegeben. Der Blick darf auch einmal auf unsere europäischen Nachbarn gerichtet werden! Eine Subventionsspirale wäre von Schaden, wenn wir Stabilität und Prosperität aufrechterhalten wollen. Die grundlegenden Prinzipien von Marktwirtschaft und Wettbewerb dürfen und müssen auch in der Krise Bestand haben. Dieser Leitlinie entspricht in meinen Augen der Pakt für Beschäftigung und Stabilität. Auch wenn man innerhalb der Bundesregierung um das eine oder andere Thema gerungen hat: Die Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, führen nicht in die Staatswirtschaft. Man braucht sich nicht dem Gedanken hinzugeben, der Staat sei der bessere Unternehmer oder gar der bessere Banker. Das wäre ein vollkommen falscher Ansatz.



Unsere Maßnahmen zielen vielmehr darauf ab, die Marktkräfte zu stärken, wieder in Gang zu bringen und – im besten Sinne des Wortes – subsidiär zu wirken, Herr Rösler; auch das ist eine Antwort auf einen Ihrer Punkte.

Das geschieht zum einen durch die Aufstockung des Kredit- und Bürgschaftsrahmens. Hier sei das 100-Milliarden-Euro-Programm genannt. Es geschieht zum anderen durch das Vorziehen sinnvoller und notwendiger öffentlicher Investitionen, die die Binnennachfrage stützen und zugleich nachhaltig Werte schaffen. Dafür setzen wir zusätzlich gut 17 Milliarden Euro ein. Das geschieht in besonderer Weise durch Steuer- und Abgabensenkungen in einem Umfang von rund 18 Milliarden Euro. Sie werden nicht nur kurzfristig zur Belebung von Konsum und Investitionen beitragen, sondern vor allem langfristig die Leistungsbereitschaft stärken, ein Aspekt, den wir in diesen Tagen gerne aus den Augen verlieren.

Ich darf durchaus meine Sympathie für jene bekunden – sie haben heute hier geredet –, die sich weiterhin für noch stärkere Entlastungen einsetzen. Das verschweige ich nicht.

Meine Sympathie gilt auch dem Prüfauftrag, den die Bundesregierung mit Blick auf Umsatzsteuer und Zinsschranke erhalten hat. Das wird in den entsprechenden Gesprächen zu begleiten sein. – Kollege Steinbrück hat den Raum schon verlassen, aber ich nehme an, dass er das aufgreift.

Meine Damen und Herren, in der kommenden Legislaturperiode werden wir uns erneut des Komplexes „kalte Progression, Abflachung des Mittelstandsbauches“ anzunehmen und weiterhin konzeptionell daran zu arbeiten haben, natürlich innerhalb des Rahmens, den die Ergebnisse der Föderalismuskommission II vorgeben. Dieser ist in meinen Augen durchaus darstellbar.

Als letzten Punkt komme ich zu der erwähnten Bewährungsprobe für den Föderalismus. Ich meine, unsere föderalen Strukturen sind, bei aller Diskussion, die wir heute hier führen, dabei, die Bewährungsprobe zu bestehen. Wir erweisen uns als handlungsfähig.

Ich begrüße ausdrücklich das Zusammenwirken im Bereich des Zukunftsinvestitionsprogramms.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie eindringlich darum zu bitten, die Voraussetzungen in den Ländern zu schaffen, damit das Geld rasch in den Kommunen ankommt und zügig in Aufträge mündet. Nur dann werden die erhofften Beschäftigungseffekte bald erzielt. Es gibt ermutigende Beispiele, die gegriffen haben und in Zukunft greifen. Ein positives Signal war es in diesem Zusammenhang, den Konsens über Erleichterungen im Vergabewesen herzustellen, der im Konjunkturrat zwischen Bund und Ländern erzielt wurde.

Meine Damen und Herren, das Zusammenwirken von Bund und Ländern im bewährten dreistufigen Bürgschaftssystem, das jetzt ausgebaut und gestärkt wird, ist ein weiterer Beleg dafür, dass der Föderalismus funktioniert.

Zuletzt will ich, ebenso wie Kollege Steinbrück, meinen Dank für den von vielen nicht mehr erwarteten Erfolg der Föderalismuskommission aussprechen. Ich meine, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Schuldenbremse, die vereinbart wurde, richtet den Blick auf die kommenden Generationen. Damit ist ein notwendiges Regulativ geschaffen worden. Insgesamt wird es darauf ankommen, mit diesem Paket - für dessen Unterstützung wir mit Nachdruck werben - das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen und Zuversicht zu vermitteln. Das kann durch die Zustimmung zum Maßnahmenpaket der Bundesregierung erreicht werden. Ich meine, das ist der erste große Schritt zu einer dreifachen Bewährungsprobe. Das Jahr wird uns hierfür noch viele Möglichkeiten geben. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Danke schön, Herr Bundesminister! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Je eine Erklärung zu Protokoll\*) abgegeben haben Frau Senatorin von der Aue (Berlin) und Minister Rauber (Saarland).

Wir kommen zur Abstimmung. Entsprechend unserer Übereinkunft beginnen wir mit Punkt 1 b), dem Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer. Hierzu liegen die Ausschussempfehlungen und ein Landesantrag vor.

Wir haben zunächst über die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu befinden. Da mehrere Anrufungsgründe zur Abstimmung stehen, frage ich, wer dem Grunde nach für die Anrufung des Vermittlungsausschusses ist. Ich bitte um das Handzeichen.

- Das ist die Mehrheit.

Wer ist für Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen? - Das ist die Mehrheit.

Ich bitte um das Handzeichen für den Antrag des Freistaates Bayern. - Das ist die Mehrheit.

Damit stelle ich fest, dass der Bundesrat zu dem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Punkt 1 a), Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes. Hierzu liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor.

Unter Ziffer 1 empfiehlt der Finanzausschuss, die Beratung zu vertagen. Wer hierfür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch dies ist die Mehrheit. Damit ist die Beratung vertagt.

Wir kommen zu Punkt 2, dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Zur Abstimmung liegen die Ausschussempfehlungen und ein Landesantrag vor.

Die Ausschüsse empfehlen unter Ziffer 1 der Ausschussdrucksache, dem Gesetz zuzustimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

- Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat dem Gesetz zugestimmt.

Nun zu der Entschließung unter Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen! Wer ist dafür? - Auch dies ist die Mehrheit.

Damit kommen wir zum Antrag des Landes Niedersachsen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Mehrheit. Ich stelle fest, dass der Bundesrat zu dem Gesetz auch eine EntschlieÙung gefasst hat. Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Nachtragshaushalt 2009. Zu dem Gesetz liegt weder ein Antrag noch eine Ausschussempfehlung auf Einberufung des Vermittlungsausschusses vor. Daher stelle ich fest, dass der Bundesrat zu dem Gesetz den Vermittlungsausschuss n i c h t anruft. Damit haben wir die Tagesordnung der heutigen Sondersitzung abgewickelt. Die nächste Sitzung des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 6. März 2009, 9.30 Uhr. Ich wünsche ein schönes Wochenende und schlieÙe die Sitzung. (Schluss: 11.17 Uhr)

</ text >

< text 856 >

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 21:  
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG) (Drucksache 160/09)

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Günther Oettinger. Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf hat unter anderem zum Ziel, dass die Rettung einer Bank in Deutschland durch Enteignung möglich wird, dass eine Rechtsgrundlage für die Enteignung der Hypo Real Estate geschaffen wird. Mit dem Entwurf handelt die Bundesregierung schnell; entscheidend ist, ob sie danach aus dem Gesetz die richtigen Folgen in der richtigen Reihenfolge ziehen wird.

„Ultima Ratio, Ultissima Ratio“ waren die Zusagen der letzten Tage aus der Bundesregierung, wenn es um die Anwendung der Enteignungsmöglichkeiten in Sachen HRE gehen soll. Ich sage offen: Baden-Württemberg hat unverändert Zweifel, ob das Instrument Enteignung notwendig und richtig ist. Deswegen erwarten wir eine Beweisführung zum Zeitpunkt einer möglichen Enteignung, dass alles andere ohne Erfolg versucht worden ist und dass der materielle und öffentliche Schaden einer Enteignung für den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und andere Finanzdienstleister geringer als eine mögliche Insolvenz ist.

Mit dem Änderungsgesetz greift die Bundesregierung einen Punkt ihres Finanzmarktstabilisierungskonzeptes auf. Für dringlicher und wichtiger halte ich eine andere Aufgabe, die keine Einzelfalllösung wäre, sondern die Bankenwirtschaft insgesamt betrifft. Meine Sorge geht dahin, dass die Banken in diesem entscheidenden Wirtschaftsjahr zur Begleitung der Realwirtschaft nicht genügend handlungsfähig sind und es in diesem Jahr aus eigener Kraft

auch nicht mehr werden.

Bei vielen Banken gibt es Bemühungen, das Eigenkapital zu stärken; Stichwort: 8 % oder mehr. Dies geschieht durch Maßnahmen der öffentlichen Hand bei den Landesbanken und durch privatwirtschaftliche Maßnahmen bei den Geschäftsbanken privaten Rechts. Zeitgleich stellen wir fest, dass Zuführungen von Eigenkapital oder operative Erträge in diesem Jahr durch Entwicklungen, die nicht mehr beherrschbar sind - durch alte Entscheidungen, durch Finanzanlagen und Produkte mit einem Wertberichtigungsbedarf sowie durch Downgrading -, konterkariert werden. Das Eigenkapital stärkende Maßnahmen können gar nicht so schnell und so stark getroffen werden, wie sich bilanziell die Eigenkapitalbindung oder aber -vernichtung vollzieht. Das heißt, obwohl die Banken eigentlich mehr Eigenkapital frei haben sollten, um daraus Darlehen für die Wirtschaft zu ermöglichen, Betriebsmittel auszureichen und der Wirtschaft das Überleben zu ermöglichen - Stichwort Hausbankenprinzip -, wird immer mehr Eigenkapital durch bilanzielle Maßnahmen zum falschen Zeitpunkt aufgezehrt.

Nirgendwo auf der Welt, schon gar nicht in Amerika, wird Basel II so konsequent wie bei uns angewandt. Die Solvabilitätsverordnung gehört ebenfalls überprüft. Im Grunde genommen brauchen wir für Risiken aus Finanzprodukten keine Sozialisierung, sondern Zeitgewinn. Der Begriff Bad Bank ist missverständlich; es geht eher um das Angebot einer Abschirmungsbank, in die Banken ihre Finanzprodukte einbringen und von der sie sie verwalten lassen können. Am Schluss werden sie einen Verlust zu tragen haben oder möglicherweise auch eine Wertaufholung erfahren. Zeitgewinn - nicht Sozialisierung - scheint mir ein entscheidendes Instrument zur Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit unserer öffentlichen und privaten Banken zu sein. Deswegen bitte ich die Bundesregierung ausdrücklich darum, nicht nur ihr Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das richtig, aber nicht ausreichend ist, nachzubessern und mit einem Einzelfall der Enteignung zu versehen. Ich mahne vielmehr dringend an, zum Zwecke der Erzielung eines Zeitgewinns für die Aussteuerung von Risiken aus Finanzprodukten in den nächsten Wochen auch die Solvabilitätsverordnung und Basel II zu korrigieren, damit von den Banken das erwartet werden kann, was sie leisten müssen, nämlich Begleitung der Wirtschaft, des Mittelstandes und der Industrie sowie der Arbeitnehmer in einer schwierigen Zeit, und eine Realisierung von Risiken dann erfolgen kann, wenn es wieder möglich sein wird.

Präsident Peter Müller: Vielen herzlichen Dank!  
Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister  
Fahrenschon (Bayern). Bitte schön.

Georg Fahrenschon (Bayern): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie lautet die richtige Antwort der Politik auf die aktuell herrschende weltweite Finanzmarktkrise? Über diese Frage wird seit

Wochen und Monaten diskutiert.

Ein erster Ansatz war das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das Bundesregierung und Bundestag auf der einen Seite, Länder und Bundesrat auf der anderen Seite in Rekordgeschwindigkeit in einer sehr schwierigen Situation verabschiedet haben. Ich sage bewusst: Dies war ein erster Ansatz; denn das Vertrauen in die Finanzmärkte ist noch nicht wiederhergestellt. Die Finanzmärkte sind noch nicht ausreichend stabilisiert. Auch der Interbankenhandel ist noch nicht wieder in Schwung gekommen. Vielmehr greift die Krise trotz immer stärkerer Nachfrage von Banken beim Stabilisierungsfonds auf die Realwirtschaft über. Es ist ganz deutlich, dass sich die Erwartungen des Bundesfinanzministers an das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht erfüllt haben, weshalb es zu begrüßen ist, dass es nun novelliert wird.

Stützungsmaßnahmen der Banken dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden. Gerade jetzt, da die Finanzkrise in der Realwirtschaft ankommt, muss ein deutliches Signal an die deutsche Wirtschaft gehen: Wir unterstützen die Banken, damit sie euch helfen können. – So muss die Devise lauten.

Der Gesetzentwurf aus dem Bundesfinanzministerium enthält dazu leider keine Antwort. Es ist deshalb an der Zeit, Vorschläge zu erarbeiten, wie Banken, die von staatlichen Maßnahmen profitieren, dazu gebracht werden, die so gewonnene Liquidität auch tatsächlich zur Kreditvergabe an die deutsche Wirtschaft und insbesondere an den Motor unseres wirtschaftlichen Aufschwungs, den Mittelstand, zu verwenden. Der Freistaat Bayern hat deshalb einen Vorschlag über den Finanzausschuss eingebracht, der genau dies fordert.

( V o r s i t z : Amtierender Präsident Peter Harry Carstensen)

Kernpunkt des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes insbesondere in der öffentlichen Wahrnehmung ist die Schaffung der Möglichkeit der Enteignung von Unternehmen des Finanzsektors zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Der Schutz des Eigentums hat im Grundgesetz sehr hohen Stellenwert. Eingriffe in das Eigentum dürfen nur in äußersten Ausnahmefällen und nach Ausschöpfung aller erdenklichen Alternativen erfolgen und auch nur dann, wenn dies für ein überragendes Schutzgut zwingend erforderlich ist.

Der Freistaat Bayern sieht insoweit noch einigen Nachbesserungsbedarf im Hinblick auf den Gesetzentwurf. Im Gesetz muss klar definiert werden, was das Schutzgut „Sicherung der Finanzmarktstabilität“, das Grund für die Enteignung ist, überhaupt sein soll. Wann ist der Finanzmarkt stabil bzw. instabil? Wann ist Handeln notwendig, und, vor allem, wer entscheidet das? Auf diese Fragen gibt der Gesetzentwurf keine ausreichenden Antworten.

Auch der allseits strapazierte Begriff der „Enteignung als Ultima Ratio“ muss im Gesetzentwurf noch viel deutlicher zum Ausdruck gebracht werden;

denn Lippenbekenntnisse reichen hier nicht aus.  
Eine Enteignung kann nur dann zur Debatte stehen,  
wenn vorher wirklich alle anderen erdenklichen Alternativen  
vollumfänglich ausgeschöpft wurden.

Deshalb muss unserer Auffassung nach der Passus im  
Gesetzentwurf gestrichen werden, der besagt, dass  
eine Enteignung bereits zulässig sei, wenn angesichts  
der Dringlichkeit der alternative Erwerb keine  
ausreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Auch  
muss die Enteignung „zwingend“, nicht nur „erforderlich“  
sein.

Diese Beispiele zeigen nur einen Auszug der  
Schwächen, die der Gesetzentwurf momentan noch  
hat. Auch andere offene rechtliche Fragen bzw. Unklarheiten  
müssen beseitigt werden. Daher haben  
wir einen Plenarantrag gestellt, um dessen Unterstützung  
ich werbe. Gerade verfassungsrechtliche  
und europarechtliche Fragen müssen nochmals sorgfältig  
überprüft werden.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch  
damit auseinandersetzen, wie weit staatliches Handeln  
gehen darf. Wir gehen damit an die Schmerzgrenze  
dessen, was der Staat tun sollte; denn der  
Staat ist weder der bessere Banker noch der bessere  
Unternehmer.

Die Hypo Real Estate ist ein absoluter Ausnahmefall  
in der deutschen Finanzgeschichte. Bisläng  
wurde diese Bank mit mehr als 120 Milliarden Euro  
deutscher Steuergelder unterstützt. In einem solchen  
Extremfall ist es nicht von vornherein abwegig,  
Handlungsoptionen zu schaffen. Das Gesetz enteignet  
selbst nicht, sondern es schafft nur die Möglichkeit  
dazu. Einer Lösung auf dem Verhandlungsweg  
ist aber immer der Vorzug zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das  
Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz sollte  
auch dazu genutzt werden, bestehende Regelungen  
insbesondere beim Soffin zu überprüfen und zu verbessern.

In diesem Zusammenhang weise ich auf  
zwei wesentliche Punkte hin:

Erstens muss für Banken, die Stabilisierungsmaßnahmen  
aus dem Soffin in Anspruch nehmen, zur Bedingung  
gemacht werden, dass die so gewonnene  
Liquidität auch zur Förderung der Kreditvergabe an  
unseren Motor „Mittelstand“ verwendet wird. Die  
bisherige Formulierung in § 5 Absatz 2 Nummer 2  
der Verordnung zum FMStFG „Den Unternehmen  
soll aufgegeben werden“ ist an dieser Stelle zu  
schwach. Hier bitte ich die Bundesregierung, sich ein  
Beispiel an unserem südlichen Nachbarn Österreich  
zu nehmen. Dessen Formulierung lautet, dass sich  
„die Bank verpflichtet, sich nach Kräften zu bemühen“.  
Es geht mir nicht um absolute Verpflichtungen,  
sondern darum, es den Banken im Rahmen ihrer neu  
geschaffenen Grundlagen und Freiräume abzuverlangen,  
ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht nachzukommen.  
Zweitens will ich die Gelegenheit nutzen, für den  
Antrag auf Ergänzung von § 14 Absatz 3 des  
Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes  
zu werben. Ziel

des Antrags ist es, allen Gebietskörperschaften, die an der Rettung des Bankensystems mitwirken, vergleichbare Rahmenbedingungen zuzugestehen. Ich habe hier vor allem die Verlustabzugsbeschränkung bei Körperschaften im Blick, die bei Anteilserwerben oder vergleichbaren Stabilisierungsmaßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsfonds bereits außer Kraft gesetzt wurde, aber nur für die Maßnahmen, die der Soffin entschieden hat. Warum soll das nicht auch für Rettungsmaßnahmen durch ein Land, eine Gemeinde oder auch einen ausländischen Staat gelten? Eine Erweiterung der Ausnahme von der Verlustabzugsbeschränkung bei Körperschaften auf alle staatlichen Rettungsmaßnahmen beseitigt damit eine bestehende Wettbewerbsverzerrung und schafft sie nicht neu, wie einige behaupten. Heute sind die Banken, die Hilfen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Anspruch nehmen, gegenüber anderen Banken, denen auch geholfen werden muss und denen geholfen wurde, privilegiert. Das müssen wir in diesem Gesetzgebungsverfahren korrigieren. Darüber hinaus kann man natürlich überlegen, durch eine allgemeine Sanierungsklausel, wie sie im hessischen Antrag vorgesehen ist, gegen die krisenverschärfende Wirkung der Verlustabzugsbeschränkung nach § 8c Körperschaftsteuergesetz vorzugehen. Eines sollte jedem bewusst sein: Der bayerische Antrag betrifft nicht nur ein bayerisches Anliegen oder, um es ganz klar zu sagen, ein Anliegen der Länder mit Landesbanken. Durch die Regelung der Lastenverteilung im Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz sitzen hier alle Länder im gleichen Boot. Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz kann nur ein Baustein zur Lösung der weltweiten Finanzkrise sein. Es muss jetzt unser gemeinsames Ziel sein, alles zu verhindern, was krisenverschärfend wirkt. Hierzu müssen sämtliche Regelungen in allen Bereichen auf den Prüfstand - sei es im Rahmen von Basel II, sei es im Rahmen der geltenden Bilanzierungsregeln IFRS oder der Zinsschranke. Was der Ministerpräsident von Baden-Württemberg gerade deutlich gemacht hat, kann ich nur unterstützen. Vor zwei Jahren haben wir Basel II als neues Regulierungssystem aufgesetzt, das für alle Banken weltweit gilt. Heute müssen wir feststellen: Nur die Banken in der Europäischen Union und die Banken in Japan halten sich an Basel II. Diejenigen, die Basel II in die Debatte gebracht und neue Regeln gefordert haben, wenden diese Vorschriften nun nicht an. Keine einzige Bank in den Vereinigten Staaten unterwirft sich dem Regime von Basel II. Basel II wirkt prozyklisch. Darüber haben wir seinerzeit öffentliche Debatten geführt. Wir wissen, dass Basel II jetzt krisenverschärfend wirkt. Auch darüber gilt es zu diskutieren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Amtierender Präsident Peter Harry Carstensen: Herr Fahrenschon, ich bedanke mich. Das Wort hat Herr Staatsminister Hahn (Hessen).

Jörg-Uwe Hahn (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Name „Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz“ macht schon deutlich, dass wir uns hier und heute über einen komplizierten Sachverhalt zu unterhalten haben. Gemeinhin belegen Journalisten, die das Geschehen freundlich begleiten, das Gesetz mit dem Namen „Bankenrettungspaket“; andere nennen es schlicht „Enteignungsgesetz“.

Lassen Sie mich für die Hessische Landesregierung klarstellen, dass das im Oktober 2008 im Bundesrat beschlossene Finanzmarktstabilisierungsgesetz in unseren Augen weiterhin die richtige Antwort auf die Finanzkrise ist. Es soll und wird - in manchen Punkten hat es das auch schon getan - zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes beitragen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen aber, dass die geschaffenen Rahmenbedingungen in einigen Punkten ergänzt werden müssen. Ziel muss es sein, dass der Fonds die vorhandenen Stabilisierungsinstrumente flexibler handhaben kann. Diesen Teil des Gesetzes begrüßt die Hessische Landesregierung ausdrücklich.

In der Folge der Beiträge von Ministerpräsident Oettinger und von Kollegen Fahrenschon darf ich allerdings darauf hinweisen, dass Artikel 3 des Gesetzentwurfs, in dem die Enteignung von Anteilseignern einer Bank ermöglicht wird, auch für die Hessische Landesregierung ein Problemkind ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies letztlich ein Irrweg ist. Das sage ich auch im Namen meiner liberalen Kollegen, der stellvertretenden Ministerpräsidenten der anderen bekannten Länder. Schließlich stehen mit den übrigen Regelungen des Gesetzes nach unserer Auffassung ausreichend Instrumente zur Verfügung, um den Interessen des Bundes im in Rede stehenden Einzelfall zeitnah erfolgreich Nachdruck zu verleihen. Eine Verstaatlichung soll nach dem Gesetzentwurf zwar das äußerste Mittel, die Ultima Ratio, sein. Sie soll nur möglich sein, wenn andere rechtlich und wirtschaftlich zumutbare Lösungen nicht zur Verfügung stehen. Artikel 1 und Artikel 2 des Gesetzentwurfs sehen aber gerade weitgehende Möglichkeiten vor, auf anderen Wegen als über eine Enteignung die Kontrolle bei einer Bank zu erlangen: So ist für eine Kapitalerhöhung bei schwer angeschlagenen Banken künftig nur noch die einfache Mehrheit auf der Hauptversammlung nötig, nicht mehr, wie derzeit, eine Mehrheit von drei Vierteln des Grundkapitals.

Bei einem Übernahmeangebot darf der Bund zudem die Frist zur Annahme der Offerte auf bis zu zwei Wochen verkürzen. Gesellschaftsrechtler wissen, was das bedeutet.

Ergänzt um die Mittel des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung stehen damit äußerst weitreichende Instrumente zur Verfügung.

Bislang ist im Gesetzentwurf nicht schlüssig dargelegt, warum darüber hinaus eine Ermächtigung zur Enteignung notwendig sein soll. Eine Enteignung



würde die ordnungspolitischen Grundsätze unserer Wirtschaftsordnung über Bord werfen. Sie würde zu einem massiven Vertrauensverlust in den Standort Deutschland führen und hätte damit nicht abschätzbare Schäden für die Investitionen in unserem Lande zur Folge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Artikel 14 Absatz 3 des Grundgesetzes sieht Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit zwar grundsätzlich vor. Voraussetzung ist aber, dass der Staat das Eigentum zwingend benötigt, um bestimmte Gemeinwohlaufgaben zu erfüllen. Es ist sehr zweifelhaft, ob eine Enteignung auch, wie es im Gesetzentwurf so schön heißt, „zur Sicherung der Finanzmarktstabilität“ zulässig ist.

In Ergänzung der Ausführungen des Kollegen Fahrenschon möchte ich darauf hinweisen, dass auch bei uns massive Zweifel an der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit Europarecht bestehen. Soweit ein im Ausland ansässiger Investor Anteile an einem deutschen Unternehmen des Finanzmarktsektors erwirbt, nutzt er die Freiheit des Kapitalverkehrs. Die Verstaatlichung dieser Anteile könnte aber ein Eingriff in die Kapitalverkehrsfreiheit sein. Dabei enthält der Gesetzentwurf keinerlei Ausführungen zur europarechtlichen Dimension der Enteignung.

Für die Hessische Landesregierung darf ich feststellen, dass wir dem Antrag des Freistaates Bayern aus genau den von Kollegen Fahrenschon vorgetragenen Gründen unsere Unterstützung geben.

Darüber hinaus werbe ich um Unterstützung des Antrages meines Bundeslandes zu dem ebenfalls schon angesprochenen Themenbereich.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns in unserem Lande wieder ein wenig mehr auf den rechtlichen Rahmen besinnen, den unsere Väter und Großväter über ein Jahrhundert lang entwickelt haben. Manchmal habe ich das Gefühl, dass das HGB sinnvoller ist als Maßnahmen, die uns aus anderen Kulturkreisen herübergereicht worden sind.

Kurzum: Die vorgesehene Enteignung darf so nicht Gesetz werden. Der Gesetzentwurf muss im Laufe der weiteren Beratungen entsprechend geändert werden. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Amtierender Präsident Peter Harry Carstensen:

Danke schön, Herr Staatsminister Hahn!

Das Wort hat Frau Parlamentarische Staatssekretärin Kressl aus dem Bundesministerium der Finanzen.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Sehr geehrte

Damen und Herren! Das Bundeskabinett hat am 18. Februar 2009 den Entwurf zur Ergänzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beschlossen. Er erweitert die Handlungsoptionen des Soffin und des Bundes und schafft zusätzliche erleichterte Möglichkeiten, Anteile von Unternehmen zu übernehmen, die durch erhebliche öffentliche Mittel stabilisiert werden müssen. Es kann allerdings sein, dass in Einzelfällen Bund oder Soffin Eigentümer einer Bank

werden müssen, um eine ansonsten drohende Gefährdung der Finanzmarktstabilität rechtssicher und zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen für die Allgemeinheit, d. h. für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, zu vermeiden.

Nach Meinung aller Experten ist die Stabilisierung der Konjunktur nur möglich, wenn die Finanzmärkte funktionieren. Jeder weitere Schock für die Finanzmärkte könnte daher unsere weiteren Bemühungen um die Stabilisierung der Konjunkturentwicklung zunichtemachen. Das bedeutet, dass der Zusammenbruch eines systemrelevanten Instituts vermieden werden muss.

Dazu haben sich die Regierungen auf europäischer und internationaler Ebene verpflichtet.

Die HRE ist unbestritten systemrelevant. Ich will nur eine Zahl nennen: Die Bilanzsumme von ca. 400 Milliarden Euro ist vergleichbar mit der von Lehman Brothers. Im Pfandbriefmarkt spielt die HRE eine entscheidende Rolle. Ein Zusammenbruch dieses Instituts wäre für die Bundesregierung im Hinblick auf die Situation in Deutschland, aber auch wegen ihrer internationalen Verantwortung nicht akzeptabel.

Der Bund bzw. der Soffin haben die HRE seit Oktober mit Garantien in Höhe von 87 Milliarden Euro unterstützt. Hinzu kommt das Engagement der Finanzwirtschaft in einem Umfang von weiteren 15 Milliarden Euro, um die Zahlungsunfähigkeit der HRE abzuwenden. Es hat sich aber gezeigt, dass das bisherige Verfahren wiederholter Ad-hoc-Maßnahmen nicht nachhaltig ist. Auch nach Einschätzung von BaFin und Bundesbank müssen wir damit rechnen, dass immer wieder hohe Summen in die HRE gepumpt werden müssen.

Nur mit einer 100-%-Übernahme durch den Bund können die wesentlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Stabilisierung geschaffen werden. Dies ist ein entscheidender Punkt. Das Überleben der HRE setzt massive Restrukturierungen und die Konzentration auf das Kerngeschäft voraus. Für die Restrukturierungsmaßnahmen werden wir regelmäßig

Hauptversammlungsbeschlüsse benötigen. Dabei reicht eine Aktie aus, um Restrukturierungsmaßnahmen zu stören oder zu verzögern. Störfeuer von Minderheitsaktionären lassen sich nur vermeiden, wenn 100 % der HRE erworben werden.

Gleichzeitig würde eine 100-%-Übernahme deutliche Verbesserungen bei der Refinanzierung bringen.

Im Moment ist die Refinanzierung nur mit Soffin-Garantie möglich. 100%iges Bundeseigentum würde eine bedeutend besser strukturierte Refinanzierung am Markt erlauben und damit die Refinanzierungskosten deutlich senken.

Im Übrigen stehen wir mit dieser Erkenntnis nicht allein da. Die britische Regierung ist bei Northern Rock und Bradford & Bingley einen vergleichbaren Weg gegangen. Belgien, Luxemburg und die Niederlande haben die operativen Gesellschaften der Fortis-Gruppe mittlerweile vollständig übernommen. In Irland wird die Anglo Irish Bank verstaatlicht. Lassen Sie mich auf die Ausführungen der Vorredner

eingehen! Es entspricht nicht nur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern auch unserer Verfassung, dass der Erwerb des Eigentums an der HRE mit hoheitlichen Maßnahmen nur das letzte Mittel sein kann. Um es deutlich zu sagen: Niemand in der Bundesregierung strebt danach, die Aktionäre der HRE zu enteignen. Wir untersuchen alle möglichen alternativen Wege. Wir werden konkret versuchen, die Zustimmung der gegenwärtigen Aktionäre zu einer Übernahme durch den Bund zu erreichen, insbesondere im Rahmen einer Hauptversammlung der HRE.

Für den Fall, dass der Weg der Freiwilligkeit nicht zum Erfolg führt, sieht das Gesetz die Möglichkeit der Enteignung vor. Was meine Vorredner nicht gesagt haben: Dieses Enteignungsverfahren kann nur bis zum 30. Juni 2009 eingeleitet werden. Das sollte bei dieser ideologischen Grundsatzdebatte nicht vergessen werden.

Eine Enteignung ist nur zulässig, wenn sie zwingend erforderlich ist, weil es keine andere Lösung gibt, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Der Staat darf nur so lange Eigentümer der Bank bleiben, bis die betreffende Bank stabilisiert ist. Wir schlagen zusätzlich vor, das Finanzmarktstabilisierungsgesetz dahin gehend anzupassen, dass die maximale Laufzeit der Soffin-Garantien von 36 auf 60 Monate verlängert wird. Der EU-rechtliche Rahmen erlaubt dies für einen Teil der Garantien. Diese Flexibilität wollen wir nutzen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Bundesrat gegen den Gesetzentwurf keine grundsätzlichen Bedenken hat. Diskussionen gibt es aber über eine Reihe von Einzelaspekten. Lassen Sie mich auf wenige eingehen!

Es wird über die Frage diskutiert, ob die steuerrechtlichen Erleichterungen, die zu Gunsten des Stabilisierungsfonds auf der Bundesebene bestehen, auf die Länder ausgedehnt werden sollen. Hierzu ist sehr deutlich zu sagen, dass die Länder, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, keine dem Fonds vergleichbaren Einrichtungen haben, auf die sich die steuerrechtlichen Ausnahmeregelungen entsprechend übertragen lassen.

Selbstverständlich werden die Vorschläge im weiteren Gesetzgebungsverfahren geprüft.

Wir stehen den verschiedenen Anregungen – weil es eine gemeinsame Aufgabe sein muss – durchaus aufgeschlossen gegenüber. Im Bundestag wird es dazu am Montag in einer Woche eine Anhörung geben.

Ich gehe davon aus, dass wir diese wichtigen Verbesserungen gemeinsam auf den Weg bringen können. – Vielen Dank. Ich rufe die Punkte 35 a) und b) gemeinsam auf:

a) Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 874/08)

b) Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung Konjunkturgerechte Wachstumspolitik (Drucksache 56/09)

Es liegen Wortmeldungen vor. Als Erster hat Herr

Bürgermeister Wolf (Berlin) das Wort.

Harald Wolf (Berlin): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die deutsche Wirtschaft befindet sich wie die Weltwirtschaft nach wie vor auf einer beispiellosen Talfahrt.

Das letzte Quartal 2008 brachte einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 2,1 %. Dramatische Auftragseinbrüche von mehr als 20 % waren zu verzeichnen.

Auch in den ersten Monaten dieses Jahres kam es nicht zu einer Besserung. Wir haben in einzelnen wichtigen Branchen Auftragseinbrüche, die sogar an 40 % heranreichen. Es ist absehbar, dass die Talfahrt im ersten Quartal dieses Jahres die gleichen Dimensionen erreicht wie im letzten Quartal 2008.

Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtig noch gültige offizielle Prognose der Bundesregierung für das Jahr 2009 eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um 2,25 % offensichtlich nicht haltbar;

sie hat sehr wenig mit der Realität zu tun. Wir haben allein aus dem Jahr 2008 einen statistischen Unterhang von mehr als 2 %. Eine Prognose für 2009 von 2,25 % würde unterstellen, dass wir in diesem Jahr quasi auf einer geraden Linie fahren, d. h. keinen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt hätten. Ich glaube, das ist völlig unrealistisch. Nicht ohne Grund hat die KfW vor kurzem ihre Prognose für das Jahr 2009 von minus 0,7 auf minus 4 % korrigiert. Eine Reihe von Ökonomen und Instituten sieht das ähnlich.

Ich sage das nicht, um zu dramatisieren oder um an der Prognose der Bundesregierung herumzumäkeln.

Wir alle sind im Moment in der Tat in einer Situation, die wir noch nicht erlebt haben. Ich sage es, um deutlich zu machen, wie gravierend die Situation ist.

Vor diesem Hintergrund muss ich feststellen, dass die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen sowohl in Bezug auf die Finanzmarktstabilisierung als auch in Bezug auf die Konjunkturpolitik in der Regel zu spät gekommen sind und von ihrem Inhalt her weitgehend hinter dem zurückgeblieben sind, was notwendig gewesen wäre.

Erinnern wir uns an die Diskussion im letzten Quartal des Jahres 2008: Es gab ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung, das damals noch nicht einmal „Konjunkturpaket“ genannt werden durfte.

Dies war in gewisser Weise richtig, weil es den Namen „Konjunkturpaket“ nicht verdiente. „Konjunkturprogramm“ war damals noch ein Unwort, das als politisch nicht korrekt galt. Dementsprechend sahen die Maßnahmen aus. Was der Sachverständigenrat in seinem Gutachten dazu formuliert hat, ist aussagekräftig genug und zugleich niederschmetternd. Er hielt das Konjunkturpaket I für ein „Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das zwar den Eindruck vermitteln mag ‚Wir tun etwas‘, ansonsten aber nur bedingt auf eine Erhöhung des Potenzialwachstums bei gleichzeitigem konjunkturellen Impuls zielt“.

Beim Konjunkturprogramm II hat man nur sehr begrenzt aus den Fehlern des Konjunkturprogramms I gelernt. Positiv ist, dass hier ein relevantes

Programm öffentlicher Investitionen vorgesehen ist, das allerdings von der Dimensionierung her hinter dem, was die meisten Ökonomen für notwendig halten, deutlich zurückbleibt. Gleichzeitig ist wieder der Fehler gemacht worden zu glauben, man könne über Steuer- und Abgabensenkungen relevante konjunkturpolitische Impulse setzen. So heißt es im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, dass damit private Nachfrage und Anreize für Investitionen geschaffen würden.

Dies macht deutlich, dass ganz offensichtlich noch nicht verstanden worden ist, dass die gegenwärtige Krise keine Krise auf der Angebotsseite ist. Die Unternehmen sind nicht in einer schwierigen Situation, weil ihre Kostensituation problematisch wäre, weil ihre Steuerlast zu hoch wäre oder sie nicht produktiv wären. Wir alle wissen doch, dass die Unternehmen insofern in einer im Prinzip hervorragenden Wettbewerbssituation sind, was auch der Grund für die Exporterfolge der letzten Jahre ist. Vielmehr besteht das Problem darin, dass kostengünstig herstellbare Produkte gegenwärtig auf keine ausreichende Nachfrage stoßen, weil die weltwirtschaftliche Nachfrage zusammengebrochen ist und die binnenwirtschaftliche Nachfrage in der Bundesrepublik seit Jahren lahmt. An diesem Punkt hätte ein Konjunkturprogramm ansetzen müssen.

Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass einerseits große Begeisterung herrscht oder man sich zumindest darüber freut, dass der Konsumgutschein für Autos – um nichts anderes handelt es sich bei der Abwrackprämie – so erfolgreich ist. Das Problem besteht nur darin, dass man diese Maßnahme, die offensichtlich funktioniert, nur für eine Branche, nicht als nachfragewirksame Maßnahme für die gesamte Wirtschaft über alle Branchen hinweg aufgelegt hat. Das große Problem, vor dem wir stehen, ist doch, dass das gegenwärtige Konjunkturprogramm überhaupt erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 relevante Wirkungen zeigen kann, weil wir alle – gerade wir in den Ländern – wissen, dass zusätzliche Investitionsprogramme Vorlauf brauchen. Investitionen können erst zu Beginn der zweiten Jahreshälfte getätigt werden; erst dann werden sie auch konjunkturpolitische Wirkung entfalten können. Das heißt, dass wir im ersten Halbjahr 2009 weitgehend ungebremst weiter nach unten fahren.

Eine zweite Anmerkung zum Jahreswirtschaftsbericht, die sich in der Beschlussempfehlung der Ausschüsse für eine Stellungnahme des Bundesrates findet! Der Jahreswirtschaftsbericht hält an wirtschaftspolitischen Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit fest, wenn es dort heißt:

Bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderung profitiert die deutsche Wirtschaft von einer erheblich besseren Ausgangslage als am Ende des vorangegangenen Konjunkturzyklus ... Die Reformstrategie der Bundesregierung hat Früchte getragen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland hat sich im internationalen

Vergleich erhöht. ...

Die deutschen Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren erfolgreich umstrukturiert und sind im internationalen Wettbewerb hervorragend positioniert.

Die Sachverhaltsbeschreibung ist zutreffend, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen angeht. Aber anzunehmen, dass in der gegenwärtigen Krise unsere Ausgangsposition insgesamt verbessert würde, ist ein großer Irrtum, weil hier wieder ignoriert wird, dass mit unserer einseitigen Exportorientierung der letzten Jahre - die Exportquote stieg in den Jahren 2000 bis 2008 von 33 auf 47 % - erhebliche negative Folgewirkungen verbunden sind.

Als junger Mensch habe ich in einer Zeit, als Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

noch von Makroökonomien gemacht wurde, gelernt, dass das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ein wesentliches wirtschaftspolitisches Ziel ist. Dies ist nach meiner Kenntnis noch geltende Gesetzeslage; das Wachstums- und Stabilitätsgesetz ist nicht außer Kraft gesetzt worden. Aber von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht kann doch seit Jahren angesichts des exorbitanten Exportüberschusses der Bundesrepublik Deutschland keine Rede sein. Unser Exportüberschuss korrespondiert auf der anderen Seite - dies gilt ebenso für den Exportweltmeister China - mit einem exorbitanten Leistungsbilanzdefizit der USA. Dies ist eines der zentralen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die in der gegenwärtigen Krise zu hohen Kosten korrigiert werden. Im Übrigen hat dieses Ungleichgewicht mit in diese Krise geführt.

Die hohe Exportquote ist mit gravierenden Kostensenkungen, mit Personalabbauprogrammen und mit einer Reallohnentwicklung erkaufte worden, die deutlich hinter dem Produktivitätswachstum und ebenso deutlich hinter den meisten anderen Ländern im Euro-Raum zurückgeblieben ist, was in einem System flexibler Wechselkurse durch eine Aufwertung der deutschen Währung korrigiert worden wäre. Dies wird in der Euro-Zone natürlich nicht passieren.

Wir haben ein erhebliches weltwirtschaftliches Ungleichgewicht, an dessen Entstehen wir beteiligt

sind. Übrigens haben wir über unsere Export- und Leistungsbilanzüberschüsse den Aufschwung auf Pump, Subprimes usw. in den USA mitfinanziert. Insofern ist es nicht zutreffend, dass es sich, wie der Bundesfinanzminister im letzten Jahr gesagt hat, hier um eine Krise handele, die ihre Ursache in den USA habe. Nein, wir sind mit unserer Wirtschaftspolitik und unserer einseitigen Exportorientierung der letzten Jahre an dieser Ursache zentral beteiligt. Diese Lektion muss verstanden werden.

Dies alles führt gegenwärtig dazu, dass wir von dem Zusammenbruch der weltweiten Nachfrage exorbitant getroffen werden. Unsere Schwäche, die sich in den letzten Jahren schon gezeigt hatte, ist die lahme Binnennachfrage. Der Aufschwung in den letzten Jahren vor der Krise war im Wesentlichen von

der Exportnachfrage getragen, aber ein Überspringen auf die Binnennachfrage konnte nicht verzeichnet werden. Für diese Fehlorientierung zahlen wir gegenwärtig. Deshalb wäre es dringend notwendig, wichtige Impulse zur Stärkung der Binnennachfrage zu setzen. Weil das Konjunkturprogramm II daran vorbeigeht, hat Berlin ihm nicht zugestimmt. Ein zweiter Komplex, der die Dramatik dieser Krise ausmacht: Wir haben es nicht nur mit einer Rezession, einer Konjunkturkrise zu tun, sondern auch damit, dass das Finanzsystem nicht funktioniert. Mittlerweile sagen alle, dass wir es im Hinblick auf das Finanzsystem mit einer systemischen Krise zu tun haben.

Wir haben es geschafft, mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz den Zusammenbruch von Banken zu verhindern. Mit diesem Gesetz ist es uns allerdings nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass das Kreditsystem wieder funktioniert. Wir alle wissen doch, dass Interbankenhandel nach wie vor so gut wie gar nicht stattfindet und dass sich die Banken auf Grund der gravierenden Wertberichtigungen, die sie vornehmen müssen, in einer sehr schwierigen Situation befinden. Warten wir einmal ab, was bis zum 31. März dieses Jahres noch alles zutage kommt! Wenn sich nichts ändert, werden die Banken gezwungen sein, ihre Geschäftsaktivitäten herunterzufahren, weil die Wertberichtigungen zu Lasten des Eigenkapitals erfolgen. Bisher haben wir eine Stabilisierung vorgenommen, indem wir nur von einer Brandstelle zur nächsten, an der das Feuer aufgeflackert ist, geeilt sind. Schauen wir uns doch einmal die HRE an! Wir haben soeben über das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz abgestimmt, das die Möglichkeit der Enteignung eröffnet. Erster Schritt: Es wird versucht, ein Rettungspaket für die HRE zu schnüren, indem man die bei der HRE engagierten Banken beteiligt. In den Verhandlungen über das Rettungspaket - das kann ich sagen, weil ich daran beteiligt war - war allen klar, dass es nicht ausreichen wird. Zweiter Schritt: HRE unter den großen Schirm! Seitdem wird laufend nachgeschossen. Der nächste Schritt: Man muss sehen, ob die gesetzliche Möglichkeit, die jetzt geschaffen werden soll, genutzt wird. Commerzbank: Um die Übernahme der Dresdner Bank mitzufinanzieren, geben wir 18 Milliarden Euro in ein Institut, dessen Börsenwert gegenwärtig unter 3 Milliarden Euro liegt, bekommen dafür 25 % der Anteile und erklären gleichzeitig stolz: Auf die Geschäftspolitik dieser Bank nehmen wir aber keinen Einfluss. - Meine Damen und Herren, auf diese Art und Weise wird man die Krise des Kreditsystems nicht lösen können.

Ich stelle fest, dass nach wie vor aus vorgeblich ordnungspolitischen oder ideologischen Gründen nicht ernsthaft an das herangegangen wird, was, wie viele sagen - hinter verschlossenen Türen auch die Kollegen -, die einzige Möglichkeit ist: zum einen den schwedischen Weg zu gehen, d. h. für einen bestimmten Zeitraum die Banken, die sich in dieser

systemischen Krise befinden, in staatliche Obhut zu nehmen, damit wir nicht nur die Schulden und die Verluste sozialisieren, wie wir es gegenwärtig tun, sondern auch von den positiven Assets profitieren können, zum anderen über die staatliche Garantie das Vertrauen in den Banken wiederherzustellen, so dass der Interbankenhandel wieder funktionieren kann. Dieser Schritt ist aus meiner Sicht dringend notwendig.

Auf den Einwand, das sei ordnungspolitisch nicht korrekt, erwidere ich: Ordnungspolitisch korrekt wäre es, einen Großteil der Banken weltweit in die Insolvenz gehen zu lassen. Das können wir nicht zulassen, wie wir alle wissen. Deshalb sind ordnungspolitische Einwände völlig fehl am Platze.

In dieser Krise reicht es nicht aus zu versuchen, mit Eimern voller Wasser einen immer wieder aufflackernden Brandherd zu löschen. Vielmehr brauchen wir auf eine systemische Krise auch eine systematische Antwort. Dies ist dringend notwendig, sowohl auf der Ebene der Konjunkturpolitik als auch auf der Ebene der Finanzmarktstabilisierung. Sonst wird uns diese Krise über viele Jahre begleiten - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Gegenwärtig kann über Kurzarbeit viel zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Wenn sich nichts ändert, wird den Unternehmen in der zweiten Hälfte des Jahres die Luft ausgehen, auch mit Kurzarbeit. Dann werden wir über Entlassungen in der Bundesrepublik Deutschland reden.

Deshalb sind wesentlich einschneidendere und vor allen Dingen systematische Maßnahmen notwendig, die ich bislang nicht erkennen kann. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank, Herr Bürgermeister!

Das Wort hat Minister Pfister (Baden-Württemberg).

Ernst Pfister (Baden-Württemberg): Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der gegenwärtigen Situation sind Wirtschaftsprognosen etwa so schwierig wie Wettervorhersagen auf dem Mars. Umso wichtiger ist es, dass jetzt neues Vertrauen geschaffen wird. Mit Sicherheit kann man allerdings voraussagen, dass durch die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und des Finanzmarktes allein kein Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

Insofern bin ich mit meinem Vorredner eigentlich einig - allerdings aus ganz anderen Gründen, wie Sie sehen werden. Ich glaube, Vertrauen gewinnt man nicht mit dem größten Schuldenpaket in der Geschichte der Republik. Vertrauen gewinnt man auch nicht mit Strohfeuern. Vertrauen gewinnt man erst recht nicht durch die Androhung von Enteignungen. Vertrauen gewinnt man nur durch ein stabiles Fundament mit langfristigen Perspektiven.

Dazu gehört ohne Wenn und Aber ein klares und bedingungsloses Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir etwas aus der Wirtschaftsgeschichte



gelernt haben, dann dies: Der Staat als Unternehmer ist ein Problem, keine Lösung. In diesem Zusammenhang mahne ich den Bundeswirtschaftsminister zur Vorsicht im Umgang mit dem neuen „Wirtschaftsfonds Deutschland“. Er hat sich damit einen Zauberstab geschaffen, mit dem man leicht die ordnungspolitische Unschuld verlieren kann. Vertrauen gewinnt man durch Schaffung von Transparenz auf den Finanzmärkten. Wir brauchen offene Kapitalmärkte, um unseren Wohlstand zu halten. Wir brauchen eine bessere, aber keine allumfassende Regulierung.

Vertrauen schafft man, indem man seinen Partnern vertraut. Die heute behandelte Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes schafft bei ausländischen Investoren durch unklare Investitionsbedingungen und bürokratische Hürden eher Misstrauen. Sie geht eindeutig zu weit, auch wenn der Schutz der nationalen Sicherheit als politisches Ziel anzuerkennen ist. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass etwa die Hälfte der 800 Milliarden Euro deutscher Direktinvestitionen in Länder außerhalb der Europäischen Union fließt. Das Vertrauen, das uns diese Länder entgegenbringen, müssen wir erwidern.

Vertrauen gewinnt man durch eine nachhaltige Entlastung von Unternehmen sowie von Bürgerinnen und Bürgern, damit diese ihre Investitionen und ihren Konsum langfristig planen können. Vor diesem Hintergrund ist die Bundesregierung bei den steuerlichen Entlastungen mit dem Konjunkturprogramm II zu kurz gesprungen; denn nach einer aktuellen Berechnung des Bundes der Steuerzahler zahlt die Mittelschicht in Deutschland in diesem und im nächsten Jahr immerhin rund 13 % mehr Einkommensteuer als vor 20 Jahren. Deshalb sind deutliche steuerliche Entlastungen notwendig, insbesondere bei den Beziehern mittlerer Einkommen und bei den mittelständischen Unternehmen, bei den Personengesellschaften und bei den familiengestützten Betrieben. Wir brauchen beherzte Schritte beim Bürokratieabbau. Die Unternehmen in Deutschland - hiervon sind die kleinen und mittleren Unternehmen wiederum besonders betroffen - werden in diesem Jahr mit rund 47 Milliarden Euro in Sachen Bürokratie belastet. Während der Bürokratieabbau in zaghaften Schritten angegangen wird, kommen täglich neue Belastungen hinzu.

Kurzum: Vertrauen schaffen wir, indem wir seriös in unseren Haushalten wirtschaften, indem wir Mittelstand und Mittelschicht von Abgaben, Steuern und Bürokratie entlasten und indem wir den Menschen nicht vorgaukeln, es gebe eine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft. Also weg mit staatlichen Folterwerkzeugen und dafür her mit guter Ordnungspolitik, die allen Marktteilnehmern wieder Vertrauen in die Zukunft vermittelt! - Vielen Dank.  
Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank,  
Herr Minister!

Das Wort hat Herr Parlamentarischer Staatssekretär Hintze (Bundesministerium für Wirtschaft und

Technologie).

Peter Hintze, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat auf die krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage schnell und entschlossen mit wirksamen Maßnahmen reagiert.

In dem Beitrag des Vertreters des Landes Berlin klang das ganz anders. Herr Bürgermeister Wolf, ich möchte Ihnen doch sagen: Die Unternehmen in Deutschland haben gerade durch die Reformen in den letzten Jahren eine Stabilität erreicht, die sie stark auch in der Krise macht. Wenn wir Ihren Vorschlägen folgen und von diesen Reformen wieder abweichen würden, dann kämen wir in die mückigen Sümpfe der Rezessionsverstärkung. Nach Ihren Ausführungen und vor dem gesamten politischen Hintergrund ist mir das geflügelte Wort vom „Wolf im Schafspelz“ auf ganz neue Weise deutlich geworden. Meine Damen und Herren, in verschiedenen Medien wird die Frage gestellt, ob sich ein Einfluss auf den Gang der Dinge dadurch ergibt, dass wir in einem Wahljahr sind. Ich möchte hier sagen: Die Bundesregierung und die sie tragende große Koalition sind sich ihrer außerordentlichen Verantwortung bewusst und werden sie zu einhundert Prozent wahrnehmen. Wir wissen, was wir dem Land schuldig sind - Wahlkampf hin, Wahlkampf her.

Nun möchte ich gerne zu den inhaltlichen Punkten einiges klarstellen.

Was ist das wirtschaftliche Gebot der Stunde?

Erstens. Wir stabilisieren unser Bankensystem, um den Leistungsaustausch in der Wirtschaft sicherzustellen. Der ARD-Deutschlandtrend hat gestern Abend gemeldet, dass nur eine Minderheit in der Bevölkerung die Stabilisierung des Bankensystems für richtig halte. Ich möchte vor diesem wichtigen Organ des Bundes sagen: Die Stabilisierung unseres Bankensystems ist überlebensnotwendig. Die Wirtschaft kann nur atmen, wenn die notwendige Liquidität vorhanden ist; sonst droht eine gefährliche Lähmung unserer Wirtschaft. Deswegen dient die Stabilisierung unseres Bankensystems jedem einzelnen Bürger und dem ganzen Land.

Zweitens. Zur weiteren Absicherung des Leistungsaustausches in der Wirtschaft haben wir ein umfassendes Kredit- und Bürgschaftsprogramm für kleine, mittlere und große Unternehmen in Höhe von insgesamt 115 Milliarden Euro aufgelegt. Damit sollen die Unternehmen die Chance bekommen, die Durststrecke durchzustehen und bei einem zukünftigen Aufschwung wieder wettbewerbsfähig und stark zu sein.

Wir wollen die Wertschöpfungskette stärken. Es ist Ziel der Bundesregierung, die wertschöpfende Industrie in Deutschland stark zu halten - mit Blick auf Forschung und Entwicklung sowie auf die industrielle Produktion. Andere Länder haben anders entschieden und sich frühzeitig von ihrer Industrie verabschiedet. Sie bereuen das heute.

Drittens. Vor besonderen Herausforderungen steht unsere Automobilindustrie, eine Schlüsselindustrie in Deutschland. Sie hat hohe Bedeutung, arbeitet mit großem Know-how, ist eine wichtige wirtschaftliche Kraft mit vielen Arbeitsplätzen und einer tief gestaffelten Zulieferindustrie. Wir wollen, dass diese wichtige Industrie sicher durch das konjunkturelle Tal kommt. Natürlich gehören dazu Antworten auf die Frage nach Kapazitäten und Produkten. Da hat jedes Unternehmen seine Aufgaben zu machen.

Was Opel angeht, sind wir von dem Interesse geleitet, die Zukunft dieses Unternehmens und der Arbeitsplätze zu sichern. Ich danke den Ministerpräsidenten, die sich entsprechend geäußert und engagiert haben. Mit einem konsequenten Konzept haben Opel und die hochmodernen Produktionsstandorte Bochum, Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern eine echte Chance. Nunmehr gilt es die Voraussetzungen für deren Realisierung zu schaffen.

Viertens. Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft gelten zu allen Zeiten. Zu bedenken ist dabei das Verhältnis von Grundsätzen und Situationen. Ausnahmesituationen verlangen außerordentliche Maßnahmen und Anstrengungen. Ziel sind funktionierende Märkte im Normalmodus. Wir wollen den Unternehmen die Chance geben, ihr Know-how, ihr Innovationspotenzial, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Arbeitsplätze zu erhalten, damit sie, wenn wir den Normalmodus wieder erreicht haben, international gut aufgestellt sind und feststellen können: Wir haben die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der vergangenen Jahrzehnte gut bewältigt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.  
</ text >

< text 857 >

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:  
Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes  
(Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz  
- FMStErgG) (Drucksache 244/09,  
zu Drucksache 244/09)

Das Wort hat Minister Stächele (Baden-Württemberg).  
Bitte schön.

Willi Stächele (Baden-Württemberg): Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die  
aktuelle Wirtschaftskrise ist wohl die schwerste seit  
80 Jahren. Die Schockwellen der Banken- und Finanzkrise  
haben die Realwirtschaft mit voller Wucht  
erfasst.

Die Nachrichtenlage bleibt düster. Im Maschinenbau  
gab es im Februar einen Orderrückgang um  
49 %. Es gibt erstmals keine Frühjahrsbelebung. Bei  
den Handwerkern sagt mittlerweile jeder achte, er  
müsse Stellen abbauen.

Wir merken auch: Die Konjunkturprogramme drohen  
zu verpuffen, wenn wir nicht rasch die Kreditwirtschaft  
wieder stabilisieren. Das Vertrauen, das  
unter den Banken zerstört wurde, ist noch nicht wiederhergestellt.  
Die Politik hat mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz  
im Oktober 2008 entschlossen gehandelt.

Mit Soffin wurde ein wichtiges Instrument zur Vertrauensbildung geschaffen. Heute wissen wir, dass es nicht ausreicht. Der Fonds braucht eine flexiblere Handhabung der Stabilisierungsmaßnahmen.

Bei Unternehmen des Finanzsektors, die auch mit Hilfe des Soffin aus schwieriger Lage nicht befreit werden können, werden dringend zusätzliche Möglichkeiten benötigt.

Es lässt fast erschauern: Man will nicht „Enteignung“ sagen, wir sprechen lieber von „zeitweiser Verstaatlichung“.

Also ist das Ergänzungsgesetz notwendig. Damit wird erneut gehandelt:

Laufzeiten werden, europäisch angepasst, verlängert.

Stabilisierungsmaßnahmen werden auch nach dem 31. Dezember 2009 getroffen, allerdings nur bei Unternehmen, denen schon vor dem 31. Dezember Kapital gewährt wurde.

Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen sollen vereinfacht werden.

Die Länder halten diese Ergänzungen des Gesetzes vom Oktober für richtig und wichtig, aber nicht für ausreichend. Wir wollen die Stabilisierungsmaßnahmen der Länder mit denen des Soffin gleichstellen.

Dazu gehört die Wahrung der Verlustvorträge.

Schließlich wäre der Bund, das Finanzministerium, gut beraten, wenn man sich rasch für eine Lösung für risikobehaftete Papiere entscheiden könnte.

Sie wissen, wir waren zunächst für die Anrufung des Vermittlungsausschusses. Zwischenzeitlich hat der Bund Einsicht gezeigt. Der Bundesfinanzminister hat zwar von „Erpressung der Länder“ gesprochen.

Verehrte Kollegin, das sollte es eigentlich nicht sein, sondern das ist der verfassungsgemäße Weg, ihn zur Einsicht zu bringen. Die Kavallerie der Länder musste nicht ausrücken; man hat vorher gesehen, dass das, was wir vorschlagen, vernünftig ist. Wir ersparen uns diesen aufwendigen Weg im Interesse der Sache. Damit kann ein Vermittlungsverfahren vermieden werden. Wenn wir von der Bundesregierung die Zusage erhalten, dass bald – vielleicht schon im Mai – die Ergänzungen in unserem Sinne vorgenommen werden, können wir zufrieden sein. – Ich danke Ihnen.

Präsident Peter Müller: Schönen Dank!

Das Wort hat Staatsminister Professor Dr. Deubel (Rheinland-Pfalz).

Prof. Dr. Ingolf Deubel (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident,

meine Damen und Herren! Im Herbst haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat das Finanzmarktstabilisierungsgesetz

innerhalb einer Woche beraten und verabschiedet. Das war notwendig und richtig.

Von vornherein war aber klar, dass dieses Gesetz nach einigen Monaten daraufhin überprüft werden muss, ob es so zielgerichtet und passgenau ist, dass sämtliche denkbaren Konstellationen erfasst sind.

Heute können wir feststellen: Es ist noch ein Stück schlimmer gekommen, als man damals gedacht hat.

Wir haben die Situation, dass zumindest eine Bank - vielleicht auch mehrere - offensichtlich nur dann gerettet werden kann, wenn der Staat die Kontrolle übernimmt. Ob man nun von „Verstaatlichung“ oder von „Enteignung“ spricht, läuft auf das Gleiche hinaus. Das ist notwendig zum Schutz von Steuergeldern. Wenn der Staat in dem Umfang Steuergelder hineinpumpen muss, wie das schon der Fall ist und in den nächsten Wochen möglicherweise noch notwendig sein wird, hat der Steuerzahler Anspruch darauf, dass sein Einsatz anschließend nicht etwa in privaten Gewinn umgemünzt wird, sondern an den Staat zurückfließt.

Nur wenn das komplett geschehen ist, mag für Private etwas übrigbleiben. Aber es darf nicht sein, dass sich Private mit einem kleinen Anteil anhängen, obwohl das Unternehmen eigentlich insolvent ist - was bei Banken anders geregelt ist -, es sich dann auf Kosten der Steuerzahler vom Staat wieder hochziehen lässt und sein eigentlich schon verlorenes Vermögen auf eine Höhe bringt, die es sich wünscht. Da dies nur zu Lasten der Steuerzahler möglich wäre, ist dieser Ansatz richtig.

Etliche Länder haben zunächst im Finanzausschuss, dann aber auch in einem Antrag zur heutigen Sitzung des Bundesrates für die Maßnahmen, die in den Ländern ergriffen werden, Gleichbehandlung reklamiert. Ich bin froh darüber, dass in dieser Woche noch intensive Gespräche stattgefunden haben und dabei ein Stück weit Klarheit geschaffen worden ist, was „Gleichbehandlung“ genau bedeutet.

Bei Soffin ist das relativ klar:

In der Phase 1 gibt es Alteigentümer.

In der Phase 2 übernimmt der Staat die Kontrolle.

In der Phase 3 gibt es zwei Varianten: erstens Reprivatisierung an die Alteigentümer, zweitens Privatisierung an Dritte.

Der Verlustvortrag bleibt in der Phase 2, wenn der Staat übernommen hat, erhalten.

Der Verlustvortrag bleibt nach diesem Gesetz erhalten, wenn die erste Variante der Phase 3 stattfindet, nämlich Rückübertragung an die Alteigentümer.

Genauso kann es bei den Landesbanken laufen;

das ist auch akzeptabel. Die Landesbanken haben in der Ausgangssituation eine bestimmte Eigentümerstruktur.

Es entstehen Verluste. Die Länder steigen

ein. Intellektuell muss man das auseinanderhalten:

das Land als Alteigentümer einerseits und als Träger von Stabilisierungsmaßnahmen andererseits, sei es die Bürgschaft für eine Zweckgesellschaft, sei es die Übernahme der Mehrheit der Landesbank; wir haben in den einzelnen Ländern unterschiedliche Modelle.

In der Phase 2, wenn es analog läuft, bleiben die Verlustvorträge erhalten, egal, wie im Land die jeweiligen stabilisierenden Strukturen genau geschaffen werden.

Es kommt die Analogie in der Phase 3; da muss es analog sein. Wenn die Alteigentümer wieder die endgültigen Eigentümer werden, bleibt analog - das muss erst noch umgesetzt werden, aber über die Protokollerklärung ist dem Grunde nach Einigkeit erzielt

worden - der Verlustvortrag erhalten.

Nicht erhalten bleibt er bei der Variante „Verkauf an Dritte“, genauso wie bei Soffin. Wenn nicht an Alteigentümer, sondern an Dritte verkauft wird, geht der Verlustvortrag verloren, gegebenenfalls anteilig, je nachdem, ob insgesamt, zu 25 oder 50 % verkauft wird; es gibt unterschiedliche Regeln, was den Erhalt des Verlustvortrags angeht.

Dies ist die zwingende Konsequenz einer Analogie für die Landesbanken oder allgemein, wenn nicht „Landesbanken“ im Gesetz steht, sondern nur von „öffentlichen Gebietskörperschaften“ die Rede ist, die analoge Instrumente einsetzen. Dann gilt: Gleiche Alteigentümer werden auch wieder Neueigentümer, der Verlustvortrag bleibt erhalten, sonst nicht. Damit kann man leben. Das dürfte sich auch finanziell in Grenzen halten. Grundsätzlich ist es aber - daraus mache ich keinen Hehl - nicht unbedingt akzeptabel, dass über den Länderfinanzausgleich bei Erhalt der Verlustvorträge letztlich Länder für Verluste in Haftung genommen werden, die bei Landesbanken anderer Länder entstanden sind.

Ich denke, im Moment ist es wichtiger, dass das Gesetz nicht in den Vermittlungsausschuss geht; denn nicht nur für den deutschen Kapitalmarkt, die deutschen Banken, sondern auch international wäre die Gefahr, wenn die angedachten Maßnahmen weiter verzögert würden, viel zu groß. Daher ist es vernünftig, in der Protokollerklärung festzuhalten, dass dies beim Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung angehängt wird.

Ich sage aber auch deutlich: Es kann nicht sein, dass schon bei diesem Gesetz, möglicherweise auch beim Bürgerentlastungsgesetz alles das, was in den letzten Jahren im Bereich Unternehmensteuerreform einzelnen Ländern, Mitgliedern von Bundestagsfraktionen oder Wirtschaftsverbänden nicht gefallen hat, nun nicht nur auf den Prüfstand kommt, sondern zurückgedreht werden soll, seien es die Zinsschranke, Mantelkaufregelungen oder Leistungen, die von inländischen Unternehmen in ausländische Niederlassungen gehen. Das ist erst Anfang 2008 in Kraft gesetzt worden. Es wird mittel- und längerfristig für den Standort gut sein; denn das Eigenkapital wird gestärkt. Das ist notwendig; denn bisher haben wir unser Steuersystem leider zu sehr zu Gunsten des Fremdkapitals gestaltet. Wir sollten diesen Fortschritt der Unternehmensteuerreform nicht vom Grundsatz her in Frage stellen.

Es darf also auf keinen Fall sein, dass in den nächsten Wochen unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise und der Konjunkturkrise Maßnahmen ergriffen werden, die die öffentlichen Haushalte dauerhaft belasten. Das ist nicht akzeptabel. Man wird darüber reden müssen, ob befristet in diesem Jahr, vielleicht noch bis zum Ende der Krise bestimmte Regeln etwas erleichtert werden, um Sanierungen zu ermöglichen. Völlig inakzeptabel aber ist es - ich bin jetzt wieder fast bei der Föderalismusreformkommission und der Neuverschuldung -, wenn das strukturelle Defizit

dauerhaft wieder nach oben gefahren wird. Es ist meine herzliche Bitte, bei den Beratungen über das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung nicht zu viel in den Rucksack hineinzupacken, sondern sich idealerweise darauf zu beschränken, was in Sachen Landesbanken in dieser Woche beraten worden ist. - Vielen Dank.

Präsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort hat Minister Professor Dr. Pinkwart (Nordrhein-Westfalen).

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz bessert zunächst den im Herbst des vergangenen Jahres beschlossenen Bankenrettungsschirm nach.

So wird die Vergabe von Garantien für Bankverbindlichkeiten und die Kapitalstärkung von Banken durch den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung vereinfacht. Darüber hinaus wird das Aktienrecht und Kapitalmarktrecht so verändert, dass Rettungsmaßnahmen für Kreditinstitute schneller durchgeführt werden können. So weit sind die getroffenen Regelungen sicherlich sinnvoll.

Positiv ist auch, dass es in den Verhandlungen am letzten Dienstag gelungen ist, die Länder im Bereich des operativen Stabilisierungsinstrumentariums dem Bund in etwa gleichzustellen.

Völlig anders verhält es sich beim Artikel 3, dem Rettungsübernahmegesetz. Die Schwere der Krise und die Konsequenzen eines Zusammenbruchs einer systemrelevanten Bank wie der Hypo Real Estate sind unbestritten. Dies gilt nicht, was die Notwendigkeit einer Enteignungsmaßnahme angeht. Die Enteignung ist in unserem Grundgesetz aus guten Gründen als Ultima Ratio angelegt worden. Sie ist unzulässig, wenn es andere, weniger einschneidende Möglichkeiten gibt, das angestrebte Ziel zu erreichen. Im vorliegenden Fall sind die Voraussetzungen für eine Enteignung nicht gegeben, da es definitiv andere rechtliche Möglichkeiten gibt, um das Ziel zu erreichen, die Gläubiger der Bank zu schützen, ohne die Aktionäre und das Management aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Der Bundeswirtschaftsminister hatte unter der Bezeichnung Restrukturierungsverwaltungsgesetz den Entwurf eines Gesetzes anfertigen lassen, mit dem die HRE gerettet werden könnte und gleichzeitig eine Enteignung vermieden werden kann. Auch dieser Gesetzentwurf sieht drastische Maßnahmen zur Rettung der HRE vor. Im Gegensatz zu den Enteignungsplänen bleibt das Unternehmen aber grundsätzlich selber für die Entwicklung eines Restrukturierungskonzepts verantwortlich. Der Soffin macht Auflagen bezüglich des Zeitplans und genehmigt abschließend den Umstrukturierungsplan.

Mit dem alternativen Gesetz aus dem Hause des Bundeswirtschaftsministers erhielt die Finanzmarktstabilisierungsanstalt ausreichende Kontrolle über die Bank. Gleichzeitig könnte darauf hingewirkt werden, dass eine Restrukturierung mit dem Ziel der

Unabhängigkeit der Bank von staatlichen Stützungsmaßnahmen stattfindet. Auch die Wahrung staatlicher Vermögensinteressen würde durch eine solche Vorgehensweise in vollem Umfange erreicht.

( V o r s i t z : Amtierender Präsident Kurt Beck)

Der Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium wurde aus der Mitte des Deutschen Bundestages in den Finanzausschuss eingebracht, wo er aber von der großen Koalition abgelehnt worden ist. Auch weitere Vorschläge, wie die HRE gerettet werden kann, ohne dass auf das Instrument der Enteignung zurückgegriffen werden muss, haben bisher so gut wie keine Beachtung durch die Bundesregierung gefunden.

Ein aus dringenden Gründen für unser Finanzsystem notwendiges Unternehmen zu retten und zu stabilisieren ist das eine. Der Weg dahin ist das andere.

Eine Enteignung, wie sie von der Bundesregierung und der Mehrheit des Deutschen Bundestages jetzt vorgesehen ist, ist erstens unnötig und passt zweitens nicht in das System der sozialen Marktwirtschaft.

Eine Enteignung schadet dem Ruf des Investitionsstandortes Deutschland bei internationalen Investoren und spielt all jenen Kräften in die Hände, die auch andere Probleme in Wirtschaft und Finanzmarkt gerne mittels Enteignung lösen möchten.

Daher muss die Frage erlaubt sein, wie man diesen Geist, einmal losgelassen, wieder in die Flasche bekommen will.

Die Bundesregierung bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, ob alternative Möglichkeiten ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind.

Der Bundesfinanzminister gibt keine Antwort auf die Frage, ob durch schnelleres und entschlosseneres Handeln das Ausmaß der dramatischen Entwicklung bei der HRE hätte verhindert werden können. Denn obwohl es schon ab Januar 2008 Hinweise der Finanzaufsicht an das Bundesfinanzministerium bezüglich der Liquiditätssituation der Hypo Real Estate gab, hat sich der Bundesfinanzminister erst Ende September, also neun Monate später, zum ersten Mal mit der HRE befasst.

Aus Antworten des Bundesfinanzministeriums auf parlamentarische Anfragen des Deutschen Bundestages wissen wir: Die Bankenaufsicht hat im Januar 2008 einen Finanz- und Risikobericht bei der HRE angefordert. Hieraus hätten sich nach Angaben des Bundesfinanzministeriums Hinweise auf eine „liquiditätsseitige Anfälligkeit“ ergeben. Diese Erkenntnisse seien dem Bundesfinanzministerium zu Beginn des Jahres 2008 übermittelt worden.

Erstaunlich ist, dass der Bundesfinanzminister erst am 22. September 2008 hiervon unterrichtet wurde. Durch diese neunmonatige Kommunikationslücke ist wertvolle Zeit vertan worden.

Dies rächt sich jetzt bitter. In der Folge hat der Minister offenbar übereilt die geordnete Abwicklung verkündet, mit der Konsequenz, dass die HRE zum ersten Mal wirklich fast zusammengebrochen wäre.

Er sprach davon, die Assets der HRE auf eine Zweckgesellschaft



zu übertragen und anschließend verwerten zu wollen. Eine entsprechende Initiative blieb jedoch aus. Jetzt, unter, wie ich meine, selbstverschuldetem Zeitdruck, fehlt die Umsicht für passende vertrauensbildende Maßnahmen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Besteuerung der Unternehmen. So wird nunmehr auch dem Bundesfinanzminister offensichtlich immer klarer, dass die vom Bundesrat - lieber Herr Deubel, nicht nur von einigen Ländern, sondern von der Mehrheit des Bundesrates sowohl im Jahre 2007 durch Entschließungsantrag als auch bei Verabschiedung des Konjunkturpakets - wiederholt kritisierten Regelungen der Unternehmensteuerreform in dieser schwierigen Situation krisenverschärfend wirken. Zinsschranke und Mantelkaufregelung strangulieren die betroffenen Firmen und bringen mittelständische Firmen, vor allen Dingen forschende und innovative Unternehmen, zusätzlich in Bedrängnis.

In diesen Fällen ist eine Steuersenkung, die sich als notwendig erweisen könnte, Herr Deubel, in Wahrheit keine Steuersenkung, sondern die Rücknahme einer nicht sinnvollen Steuererhöhung. Sie ist letztendlich effizienter als eine Steuererhöhung, durch die die Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Ende so weit eingeschränkt werden, dass sie auf staatliche Rettungshilfen angewiesen sind. Eine solche Entwicklung geht zu Lasten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen und schwächt die steuerliche Basis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesen Zeiten erkennen wir immer deutlicher, wie wichtig vorausschauendes vertrauensbildendes Handeln für die Funktionsfähigkeit der Märkte ist. Wir sollten daher bei allen Maßnahmen, die wir ergreifen, darauf achten, dass das Vertrauen in die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft nicht erschüttert wird; denn sie haben sich über Jahrzehnte bewährt und sind die Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung in unserem Land.

Die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes ist für die Stellung des einzelnen Bürgers zum Staat und für unsere Gesellschaftsordnung insgesamt von zentraler Bedeutung. Der staatliche Entzug von Eigentumsrechten durch Enteignung muss daher ein absoluter Ausnahmefall bleiben und mit hohen Anforderungen belegt sein. Diesen Anforderungen wird das Rettungsübernahmegesetz nicht gerecht. - Vielen Dank.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Schönen Dank!  
Das Wort hat nun Minister Dr. Linssen (Nordrhein-Westfalen).

Dr. Helmut Linssen (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Anlässlich der Beratungen zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Bundesrat am 17. Oktober 2008 hat der Bundesfinanzminister zutreffend darauf hingewiesen, dass es in den letzten 70 bis 80 Jahren eine Finanzkrise dieses Ausmaßes nicht gegeben habe und deshalb Handlungsbedarf bestehe.

Mit der Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist - darin sind wir uns wohl alle einig - ein Meilenstein zur Stabilisierung der Finanzmärkte geschaffen worden. Wichtig war dabei insbesondere, das Vertrauen unter den Marktteilnehmern wiederherzustellen, was allerdings bis heute nur zum Teil gelungen ist. Für den Staat ist es in einer Krisensituation, wie wir sie zurzeit haben, ein absolutes Muss, den Unternehmen des Finanzsektors als tragende Säule unserer Volkswirtschaft die erforderliche finanzielle Unterstützung zu gewähren. Nur so kann vermieden werden, dass die Bankenkrise vollends auf die Realwirtschaft übergreift. Dies ist, so glaube ich, mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz gelungen.

Damit die Stabilisierungsmaßnahmen noch schneller und effektiver greifen können, sollen nunmehr mit dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz die bisherigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und gesellschaftsrechtlichen Begleitmaßnahmen ergänzt werden. Zudem sieht das Gesetz zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes die Option einer Verstaatlichung zum Schutz der Steuerzahler als Ultima Ratio vor.

Das Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz - meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben immer Bandwurmbegriffe - enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche die Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen vereinfachen und beschleunigen sollen. Kapitalerhöhungsbeschlüsse können künftig mit einfacher Mehrheit gefasst werden. Verweigern Aktionäre ihre Zustimmung zu einer für den Fortbestand der Gesellschaft erforderlichen Kapitalmaßnahme, sind sie der Gesellschaft zum Schadensersatz verpflichtet.

Hervorheben möchte ich auch die Verlängerung der maximalen Laufzeit für Garantien von 36 Monaten auf 60 Monate. Die Beschränkung der Laufzeitverlängerung auf ein Drittel der Garantien resultiert aus den beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission. Für einige Institute mag das sicherlich unbefriedigend sein. Im Interesse der Wettbewerbsgleichheit und der Belange der pfandbriefemittierenden Institute halte ich dies jedoch für einen akzeptablen Kompromiss.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir anschau, wie viele Institute bislang den Soffin in Anspruch genommen haben, muss ich mit Bedauern feststellen, dass hier die Landesbanken in der Minderheit sind. Dies hat aus meiner Sicht seinen Grund in der bislang mangelnden Unterstützungsbereitschaft des Bundes.

Wir alle wissen, dass eine Konsolidierung im Landesbankensektor dringend geboten ist. Diese ist jedoch nur möglich, wenn zuvor die Landesbanken von ihren Altlasten und nicht strategischen Bereichen befreit werden. Diesen Weg halten auch die Verbandsvorsteher der Sparkassenorganisation für zielführend. Auch der Soffin macht dies zur Voraussetzung für eine Rekapitalisierung und Garantiefazilität für

die Kernbank. Hier erwartet der Soffin einen Kapitalbeitrag der Eigentümer. Stabilisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Konsolidierungsbank lehnt der Soffin in Gänze ab.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, um den Bund um aktive Mithilfe zu bitten. Der Bundesfinanzminister hat wiederholt seine Unterstützung bei der Konsolidierung des Landesbankensektors betont.

Ich frage aber: Wo bleibt die Hilfe? Wurde das Anstalt-in-der-Anstalt-Modell, auch AidA-Konzept genannt, bereits ad acta gelegt? Können die Landesbanken und ihre Eigentümer hier überhaupt noch mit der Unterstützung des Bundes rechnen?

Hier geht es - das ist wichtig, meine Damen und Herren - nicht darum, dass die Länder Risiken zu Lasten des Bundes verschieben möchten. Denn schließlich haben die Länder nach § 13 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes

die finanziellen Lasten, die aus Maßnahmen des Fonds für ihre Landesbanken resultieren, selbst zu tragen. Zudem wären nach dem sogenannten AidA-Modell mögliche Ausfallrisiken durch eine Garantie der Alteigentümer abzudecken.

Mir geht es vielmehr um die generelle Unterstützungsbereitschaft des Bundes, damit die vorhandenen Stabilisierungsmöglichkeiten im Interesse der Landesbanken und ihrer Eigentümer voll genutzt werden können.

Darum meine ausdrückliche Bitte an den Bundesfinanzminister - Frau Kressl, Sie werden sie ihm

sicherlich weitergeben -: Helfen Sie aktiv bei der Konsolidierung im Landesbankensektor mit, und schaffen Sie mit dem AidA-Modell die Voraussetzungen dafür, dass die Landesbanken die Stabilisierungsmaßnahmen des Soffin in dem erforderlichen Umfang ausschöpfen können!

Der Bundesrat wird den Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages zur Ergänzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes heute billigen und von

der Anrufung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz absehen. Dieses Abstimmungsverhalten ist der Länderkammer möglich, weil sich das Bundesfinanzministerium mit den Ländern darauf verständigt

hat, deren berechnete Interessen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Landesbanken

ernst zu nehmen und aufzugreifen. Dafür möchte ich Ihnen, Frau Kressl, und Herrn Kollegen Deubel sehr herzlich danken. Die notwendigen gesetzlichen

Regelungen sollen danach mit zeitlich befristeten Ausnahmen kurzfristig im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Bürgerentlastungsgesetz veranlasst werden.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Stabilisierungsmaßnahmen der Länder sind vom Anwendungsbereich des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes

bisher grundsätzlich nicht erfasst. Die Länder haben daher den Vorschlag gemacht - das war, wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf, kein Handeln mit Dynamitstangen, wie der Bundesfinanzminister

meinte -, auch in diesen Fällen Ausnahmeregelungen von der Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften zu schaffen. Dieser Vorschlag bezieht sich auf den Erwerb von Stabilisierungselementen oder deren Rückübertragung durch eine andere inländische Gebietskörperschaft oder eine von dieser errichteten, mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds vergleichbaren Einrichtung.

Die Ausnahmeregelungen sollen sicherstellen, dass die zur Stabilisierung der Finanzmärkte vom Finanzmarktstabilisierungsfonds bereits gestellten Stützungsmaßnahmen nicht durch die bestehenden Regelungen zur Einschränkung des Verlustabzugs bei Körperschaften konterkariert werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung sollen die Ausnahmeregelungen auf alle Stützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktstabilisierung erweitert werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, die auch an den Finanzmarktstabilisierungsfonds gestellt werden. Es werden also nur Maßnahmen erfasst, die innerhalb einer bestimmten Zeit erfolgen.

Notwendige Umstrukturierungen für die Inanspruchnahme von Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes können nach geltender Rechtslage zur Reduzierung von Verlustvorträgen führen. Dies würde dem Ziel der Stabilisierungsmaßnahmen zuwiderlaufen. Daher haben die Länder vorgeschlagen, die in diesem Punkt kontraproduktiven Regelungen vorübergehend auszusetzen.

Reichen die getroffenen Maßnahmen aus? Uns allen ist klar: Dies ist die schlimmste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Wir stehen in der politischen Mitverantwortung, alle notwendigen Maßnahmen möglich zu machen und zu ergreifen, um die Auswirkungen dieser Krise auf Wirtschaft und Arbeitsplätze - auf die Menschen in unserem Land - abzumildern. Auch die Steuerpolitik ist hier nachhaltig gefordert. Andere Regelungen des Unternehmensteuerrechts können ebenfalls krisenverschärfende Wirkung haben. Damit meine ich insbesondere die Regelungen zum Mantelkauf - es geht um den Kauf von Verlustvorträgen - und zur Zinsschranke. Sie bedürfen in der aktuellen Situation dringend einer zeitnahen Modifikation. Dies bringt die Mehrheit der Länder in ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Bürgerentlastungsgesetz, der heute ebenfalls auf unserer Tagesordnung steht, deutlich zum Ausdruck.

Die Freigrenze bei der Zinsschranke sollte zeitlich begrenzt - ich nehme den Begriff auf, den Herr Deubel für weitere Maßnahmen geprägt hat - von 1 auf 3 Millionen Euro erhöht werden. Diese Maßnahme würde sicherstellen, dass die Zinsschranke mittelständische Unternehmen auch in der derzeitigen Krisensituation nicht tangiert. In der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht sich der Finanzbedarf der Unternehmen. Die höheren Zinsbelastungen in der Krise könnten so vor allem von mittelständischen Unternehmen ohne zusätzliche steuerliche Belastung

geschultert werden. Manchmal meine ich, solche Maßnahmen müssten, weil sie Entlastung bringen, aus Konjunkturpaketen bezahlt werden. In die Regelung zum „Mantelkauf“ sollte eine Sanierungsklausel – ebenfalls zeitlich befristet – eingefügt werden. Durch eine solche Klausel könnten krisenbedingte Sanierungsfälle dergestalt begünstigt werden, dass ihr Verlustvortrag mit künftigen Gewinnen verrechnet werden kann. Eine Sanierungsklausel, wie sie heute in der Stellungnahme zum Bürgerentlastungsgesetz von der Mehrheit der Länder vorgeschlagen wird, würde so krisenbedrohte Unternehmen umfassend und nachhaltig unterstützen. Sie wird den Erfordernissen der in der Praxis in vielfältiger Form vorkommenden Unternehmenssanierung – es ist eine Sanierungsklausel – gerecht. Ich setze darauf, dass die Bundesregierung diese Problemlage erkennt und die von der Mehrheit der Länder entwickelten Lösungsansätze im weiteren Gesetzgebungsverfahren zum Bürgerentlastungsgesetz aufgreift. Meine Damen und Herren, das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz wird dazu beitragen, den Finanzmarkt weiter zu stabilisieren und das Vertrauen zwischen den Marktteilnehmern zu stärken. Insbesondere durch die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen ist nunmehr ein Maßnahmenpaket entstanden, das aus meiner Sicht für alle Seiten eine akzeptable Lösung darstellt und eine gute Grundlage zur Gesundung des Finanzwesens schafft. Wir werden sicherlich noch öfter über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz reden und weitere Ergänzungen vornehmen müssen. An die Bundesregierung richte ich noch einmal die Bitte, sich für eine Konsolidierung im Landesbankensektor im Rahmen des AidA-Konzeptes einzusetzen. – Vielen Dank.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen!

Es folgt Herr Staatsminister Hahn (Hessen). Jörg-Uwe Hahn (Hessen): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits anlässlich der ersten Beratung über dieses Gesetz habe ich von dieser Stelle aus für die Hessische Landesregierung klargestellt, dass das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Herbst 2008 ein richtiger Schritt gewesen ist. Die Erfahrungen haben uns aber gezeigt, dass es in einigen Punkten der Ergänzung bedarf. Aus diesem Grunde hat sich die Hessische Landesregierung immer für ein Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz ausgesprochen. Artikel 3 des Gesetzes ist nach meiner persönlichen Auffassung jedoch nicht sinnvoll. Mit der Möglichkeit der Enteignung von Unternehmen im Finanzsektor geht er zu weit.

Kollege Pinkwart hat bereits darauf hingewiesen – ich möchte es wiederholen –: Der Schutz des Eigentums hat in unserer Verfassung sehr hohen Stellenwert. Er ist ein unverzichtbares Gut und Kern unserer Wirtschaftsordnung, der sozialen Marktwirtschaft,

auf deren Pfeilern der Wohlstand in unserem Lande aufgebaut wurde. Eingriffe in das Eigentum dürfen deshalb nur in äußersten Ausnahmefällen und nach Ausschöpfung aller erdenklichen Alternativen erfolgen. Das Wort „Ultima Ratio“ ist in der vergangenen Sitzung des Bundesrates mehrfach geäußert worden. Das vorliegende Gesetz setzt die erforderliche Hürde aber viel zu niedrig an. Das ist ein Ergebnis der Ausschussberatungen im ersten Durchgang. Daher lehnen wir - das sage ich sicherlich auch im Namen meiner liberalen Kollegen aus den anderen Bundesländern - das Gesetz in der gegenwärtigen Form ab. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ist der vorgebrachten Kritik an Artikel 3 leider nicht wirklich Rechnung getragen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Enteignungen sind Fremdkörper in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Es ist zu befürchten, dass hier ein Fass geöffnet wird, das nicht mehr so leicht zu schließen ist. Für den Investitionsstandort Deutschland wäre erheblicher Schaden zu befürchten, da es sich um ein sehr negatives Signal an ausländische Investoren handeln würde. Das Vertrauen in unsere soziale Marktwirtschaft würde erschüttert. Die psychologische Komponente darf an dieser Stelle nicht unterschätzt werden. Enteignung ist sicherlich nicht das Kernstück aus dem Lehrbuch der sozialen Marktwirtschaft, aber das Kernstück im Lehrbuch der kommunistischen Planwirtschaft.

Natürlich ist eine Insolvenz der Hypo Real Estate wegen der damit verbundenen Gefahren für den Zusammenbruch weiterer Banken und der zu befürchtenden tiefgreifenden Auswirkungen auf das Kreditgewerbe keine Option. Aber die erforderliche Stabilisierung wäre auch ohne Enteignung und damit ohne Artikel 3 des Gesetzes möglich: Aus Mitteln des Soffin sollte so viel Kapital zugeschossen werden, dass die Kontrolle über rund 90 % der Aktien möglich ist. Man kann 90 % der Aktien auf der Grundlage der Normen in den Artikeln 1 und 2 übernehmen. Damit ließen sich die Finanzierungsbedingungen deutlich verbessern. Es ließe sich aber auch konkret auf die Geschäftspolitik des Unternehmens Einfluss nehmen.

Darüber hinaus eröffnen andere Regelungen in den Artikeln 1 und 2 die Möglichkeit, die notwendige beherrschende Stellung zu erreichen. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Die in einer Hauptversammlung für Kapitalmaßnahmen erforderlichen Quoren sind deutlich abgesenkt worden. Andererseits wird die Pflicht der Aktionäre normiert, Kapitalmaßnahmen, die für das Fortbestehen der Bank notwendig sind, zuzustimmen. Bei einer Verweigerung der Zustimmung unter diesen Bedingungen haften Aktionäre mit ihrem vollen privaten Vermögen. Die Kapitalerhöhung kann sofort in das Handelsregister eingetragen und so kurzfristig wirksam werden. Es gibt also keinesfalls nur die Wahl zwischen Enteignung und dem Zusammenbruch einer systemrelevanten Bank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns sollte nachdenklich stimmen, was der Präsident des Bundeskartellamtes, Herr H e i t z e r , am gestrigen Tage im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gesagt hat. Er habe, so zitiert ihn die „FAZ“ am heutigen Tage, bei diesem Gesetz ein „mulmiges Gefühl. Ich kann nur hoffen, dass dies die eine Ausnahme bleibt, die die ordnungspolitische Regel der sozialen Marktwirtschaft bestätigt.“ Ich möchte zum Abschluss auf die Äußerung von Frau Staatssekretärin Kressl in der vergangenen Sitzung Bezug nehmen, wonach in der Bundesregierung niemand danach strebe, die Aktionäre der HRE zu enteignen, man werde alle möglichen alternativen Wege untersuchen. Diese Aussage möchte ich zum Anlass nehmen, die Bundesregierung aufzufordern, von der durch Artikel 3 des Gesetzes ermöglichten Enteignung keinen Gebrauch zu machen, sondern trotz der Verabschiedung, die am heutigen Tage sicherlich erfolgen wird, andere Lösungen zu suchen. Es wäre sonst kein guter Tag für die soziale Marktwirtschaft. - Vielen Dank.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Wir danken.

Ich gebe das Wort Herrn Minister Dr. Rösler (Niedersachsen).

Dr. Philipp Rösler (Niedersachsen): Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die einen ist es ein Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, für die anderen ist es eher ein Enteignungsgesetz; Kollege Hahn hat soeben darauf hingewiesen. Zunächst einmal geht es darum, das Finanzmarktstabilisierungsgesetz aus dem Oktober 2008 zu ergänzen, zu verbessern. Das geschieht - aus meiner Sicht zu Recht - in den Artikeln 1 und 2; darauf ist mehrfach eingegangen worden: Es gibt neue Möglichkeiten, auf Hauptversammlungen Kapitalerhöhungen zu beschließen. Insofern wird es der Bundesregierung erleichtert, ihren Anteil an der Hypo Real Estate zu erhöhen, ohne dass sie dafür Artikel 3 braucht, der die Enteignung ins Auge fasst. Als Niedersachse darf ich Wilhelm B u s c h zitieren, der gesagt haben soll: Kein altes Übel ist so groß, dass es nicht von einem neuen übertroffen werden könnte. - Das alte Übel ist, dass bei der Hypo Real Estate in der Vergangenheit Fehler passiert sind, die heute zu einem Vertrauensverlust führen und damit das Geschäftsmodell nicht mehr ermöglichen. Wenn aber das Ziel darin besteht, Vertrauen zurückzugewinnen, dann ist es der falsche Weg, dies über eine Enteignung zu versuchen. Damit wird man mit Sicherheit kein Vertrauen zurückgewinnen können.

Die Ankündigung der Bundesregierung, zunächst einmal andere Maßnahmen, die das Gesetz zulässt, auszuprobieren, ist wenig hilfreich. Jeder weiß: Falls man sich über die erstgenannten Möglichkeiten nicht einig wird, steht am Ende doch die Enteignung. Die Verhandlungsposition der Partner ist also denkbar schlecht. Das führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Vertrauen in unser gesamtes Finanzmarktsystem - ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: in unsere soziale Marktwirtschaft. Die Kunst besteht darin, die

Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht nur in guten Zeiten hochzuhalten, sondern sie in schlechten Zeiten nicht einfach über Bord zu werfen.

Es bleibt dabei: Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Man beginge einen Fehler, wenn man Artikel 3 in dem Gesetz belassen würde. Ich kann die Bundesregierung nur auffordern - falls der Bundesrat das Gesetz passieren lässt -, von Artikel 3 des Gesetzes abzusehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Danke schön!

Das Wort hat Frau Parlamentarische Staatssekretärin Kressl (Bundesministerium der Finanzen).

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es ausdrücklich, dass Bund und Länder einen gemeinsamen Weg gehen, um das Gesetz zur weiteren Stabilisierung im Finanzmarktbereich rasch zu verabschieden. Ich bin davon überzeugt: In einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation setzt gemeinsames Handeln ein wichtiges Signal. Ob man deshalb mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses als Zeitfaktor so hätte spielen müssen, will ich ausdrücklich der Bewertung durch andere überlassen.

Das Gesetz verbessert die Handlungsmöglichkeiten des Soffin deutlich und erleichtert die nachhaltige Stabilisierung von Unternehmen des Finanzsektors. Es senkt die Mehrheitserfordernisse für Kapitalmaßnahmen auf der Hauptversammlung ab. Für die Übernahme gelten verkürzte Fristen. Auch für die Bestimmung des angemessenen Preises im Falle eines Übernahmeangebotes gelten Sonderregelungen.

Ich will ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen: Das Gesetz erweitert nicht nur die Möglichkeiten des Soffin; auch den Ländern werden Kapitalmaßnahmen zu Gunsten von Landesbanken, die als Aktiengesellschaft verfasst sind, erleichtert. Die Absenkung der Mehrheitserfordernisse für Beschlüsse über Kapitalmaßnahmen auf Hauptversammlungen gilt auch, wenn die Kapitalerhöhung nicht zu Gunsten des Fonds, sondern z. B. zu Gunsten von Ländern erfolgt.

Für die notwendige Stabilisierung des Finanzmarktes ist das rasche Inkrafttreten des Gesetzes unerlässlich, insbesondere - darüber ist hier gesprochen worden - im Interesse einer nachhaltigen Lösung im Fall der schwer angeschlagenen Hypo Real Estate. Gerade um die alternativen Möglichkeiten zu nutzen, ist ein frühes Inkrafttreten des Gesetzes notwendig. Ich erlaube mir zwei Bemerkungen zu Redebeiträgen, die wir gerade gehört haben.

Zum Beispiel zur Restrukturierungsverwaltung in den alternativen Gesetzentwürfen empfehle ich dringend, sich das Protokoll der öffentlichen Anhörung des Bundestages vorzunehmen. Es gab so gut wie keinen Experten, der der Überzeugung war, dass diese gesetzliche Regelung schon so weit entwickelt war, dass sie in dieses Gesetzgebungsverfahren hätte aufgenommen werden können. Zu diesem Punkt empfehle ich das Nachlesen von Sachverständigenmeinungen.



Zum Zweiten! Es ist der Eindruck vermittelt worden, als würde mit Artikel 3 des Gesetzes gezielt gegen das System der sozialen Marktwirtschaft verstoßen. Was mir neben dem Hinweis auf die Eigentumsrechte, die zu Recht grundgesetzlich geschützt sind, gefehlt hat, war der direkt folgende Satz, dass Eigentum zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dient. Es ist ausdrücklich auch zu sagen, welche Maßnahmen wir unternehmen, um die Rechte der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu schützen. Ich hätte mir gewünscht, dieser Aspekt wäre nicht vergessen worden.

Um noch einmal die Prioritäten deutlich zu machen:

Für mich hat der Hinweis gefehlt, dass die Einleitung eines Enteignungsverfahrens bis zum 30. Juni dieses Jahres befristet ist.

Ich finde, das relativiert die Wortbeiträge etwas.

Um den gemeinsamen Weg, den ich anfangs begrüßt habe, auch wirklich gehen zu können, ist die

Bundesregierung bereit, dem Anliegen einiger Länder, dem Fonds vergleichbare steuerliche Privilegierungen von Stabilisierungsmaßnahmen zu erhalten, entgegenzukommen. Wir werden die Vorschläge für eine Erweiterung der Ausnahmeregelungen von den Verlustverrechnungsbeschränkungen des § 8c des Körperschaftsteuergesetzes und des § 10a des Gewerbesteuerergesetzes in § 14 Absatz 3 Finanzmarktstabilisierungsgesetz sowie für eine Ausnahmeregelung

für vorbereitende Umstrukturierungen aufgreifen

und eine gesetzliche Regelung mit zeitlich

befristeten Ausnahmen kurzfristig in dem Gesetzgebungsverfahren zum Bürgerentlastungsgesetz veranlassen.

Ich sage „veranlassen“; denn das Verfahren liegt natürlich in den Händen des Parlaments.

Die ausdrückliche Unterstützung dieser Anliegen

wird die Bundesregierung heute zusätzlich in einer formalen Protokollerklärung deutlich machen. Ich

bin mir daher sicher und freue mich darüber, dass der Weg gemeinsam gegangen wird. – Vielen Dank.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank,

Frau Parlamentarische Staatssekretärin!

Herr Minister Dr. von Boetticher (Schleswig-Holstein),

Herr Senator Gedaschko (Hamburg) und Frau

Parlamentarische Staatssekretärin Kressl haben je

eine Erklärung zu Protokoll\*) abgegeben. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ausschussempfehlungen.

Wer ist für die Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Ziffer 1? – Das ist eine Minderheit.

Damit stelle ich fest, dass der Bundesrat die Einberufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 8:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aufsichts- und Kontrollrechte in Aktiengesellschaften

– Antrag des Landes Nordrhein-

Westfalen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR –

(Drucksache 211/09)

Frau Ministerin Müller-Piepenkötter (Nordrhein-

Westfalen) hat sich zu Wort gemeldet. Frau Kollegin,

ich darf Ihnen nicht nur das Wort erteilen, sondern

Ihnen auch herzlich zum heutigen Geburtstag gratulieren.  
(Beifall)

Wie könnte man seinen Geburtstag schöner als bei uns verbringen! Dafür haben wir die Sonne bestellt.  
Roswitha Müller-Piepenkötter (Nordrhein-Westfalen):  
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Man kennt sich, man schätzt sich, man unterstützt sich.“ Auf diese Formel führte ein Wirtschaftsmagazin die in Aktiengesellschaften gelebte Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat zurück. Sie umschreibt das Old Boys' Network der Organmitglieder, die sich wechselseitig immer wieder aus demselben Pool rekrutieren. Sie umschreibt zugleich die vielfach beklagte Übung, dass Vorstände unmittelbar nach ihrem Ausscheiden in den Aufsichtsrat desselben Unternehmens wechseln. Der vom Gesetzgeber dem Aufsichtsrat zugedachten Funktion entspricht dies nicht. Der Aufsichtsrat ist kein Ort der Beziehungspflege und dient nicht der Versorgung von Alt-Vorständen. Seine zentrale Aufgabe ist es, die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen und sicherzustellen, dass die Interessen der Eigentümer und des Unternehmens gewahrt bleiben. Diesen Interessen ist der Aufsichtsrat als Treuhänder verpflichtet. Er hat sich hierbei vom Gebot der effizienten Überwachung leiten zu lassen. Meine Damen und Herren, dieser Aufgabe ist manch ein Aufsichtsrat in der Vergangenheit - und nicht erst im Vorfeld der Finanzkrise - nicht zufriedenstellend nachgekommen. Die Arbeit manch eines Unternehmens und der daraus resultierende Zustand der deutschen Wirtschaft können uns nicht zufriedenstellen. Wenn man mit der Situation nicht zufrieden ist, muss man etwas ändern. Vor der Behandlung des Patienten liegt aber die sorgfältige Diagnose. Bei dieser komme ich zu dem Ergebnis, dass Überwachungsdefizite weniger auf einem nicht ausreichenden Überwachungsinstrumentarium beruhen. Die umfassende Verpflichtung des Vorstands zur Berichterstattung über die beabsichtigte Geschäftspolitik ermöglicht es dem Aufsichtsrat bereits gegenwärtig, die Geschäftsführung in wirksamer Weise zu überwachen. Sieht der Aufsichtsrat Anlass zur Beanstandung einer Maßnahme der Geschäftsführung, kann er sich für bestimmte Arten von Geschäften seine Zustimmung vorbehalten. Bei Vorliegen wichtiger Gründe kann er den Vorstand abberufen. Die Regeln dürfen aber nicht nur im Gesetzblatt stehen, sie müssen von den Betroffenen auch gelebt werden. Hieran mangelt es. Die Effizienz der gesetzlichen Überwachungs- und Kontrollinstrumente des Aufsichtsrats steht und fällt mit seiner Kompetenz und mit seiner Bereitschaft, sich unvoreingenommen mit allen für und gegen die Geschäftsstrategie des Vorstands sprechenden Argumenten auseinanderzusetzen und erforderlichenfalls aktiv gegenzusteuern. Die Besetzung des Aufsichtsrats mit qualifizierten sachkundigen Mitgliedern, die über ausreichend Zeit für die ihnen übertragenen Aufgaben verfügen, stellt eine wesentliche Voraussetzung

für eine effektive Aufsichtsratsarbeit dar.  
Dies wurde bereits 2001 im Bericht der Regierungskommission Corporate Governance ausgeführt, hat aber offenbar keinen ausreichenden Niederschlag in der Praxis gefunden.

Anliegen des vorgelegten Gesetzentwurfs ist es, diesen Anforderungen mehr Geltung zu verschaffen und an zentralen Stellen durch eine Neujustierung organbedingte Schwächen der Aufsicht abzustellen. Wesentlicher Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die Einführung einer Karenzzeit von zwei Jahren für den Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat bei börsennotierten Unternehmen. Hierdurch wird die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats gestärkt und den häufig beklagten personellen Verflechtungen von Kontrollierten und Kontrolleuren entgegengewirkt. Es kann kaum bestritten werden, dass ein ehemaliges Vorstandsmitglied nicht unbefangen an der Überprüfung getroffener Entscheidungen mitwirken kann, wenn es damit zugleich seine eigene frühere Tätigkeit bewerten muss. Auch um eine effektive Realisierung von Haftungsansprüchen gegen Mitglieder des Vorstands zu ermöglichen, ist aus meiner Sicht eine Cooling-off-Phase unabdingbar. Das ist eine Regelung mit Augenmaß. Denn durch die Konzentration auf börsennotierte Unternehmen bleibt die geordnete Generationenfolge in Familienunternehmen weiterhin möglich.

Das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats muss seine Aufgaben aber auch mit einem angemessenen Zeitaufwand wahrnehmen. Deshalb sieht der Gesetzentwurf darüber hinaus vor, die Zahl gleichzeitig wahrnehmbarer Aufsichtsratsmandate von zehn auf fünf zu halbieren.

Schließlich zwingen die Exzesse der Vergangenheit dazu, die Vergütung angestellter Manager transparenter zu machen. Mit dem dritten Schwerpunkt des Gesetzentwurfs soll es daher künftig ausgeschlossen werden, dass die Zuständigkeit für die Festsetzung der Vorstandsvergütung vom Gesamtaufsichtsrat auf einen Personalausschuss delegiert werden kann. Hierdurch wird eine der Kontrolle abträgliche Aufspaltung der Verantwortlichkeit in einer für die Gesellschaft zentralen Frage verhindert. Meine Damen und Herren, die in dem Gesetzentwurf gefundene Lösung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, das geschundene Vertrauen der Menschen in unsere Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, wiederherzustellen.

Ich bitte Sie daher, der Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zuzustimmen.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank, Frau Kollegin, noch einmal verbunden mit den besten Wünschen!

Eine Erklärung zu Protokoll\*) hat Herr Parlamentarischer Staatssekretär Hartenbach (Bundesministerium der Justiz) abgegeben. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich weise die Vorlage dem Rechtsausschuss - federführend - und dem Wirtschaftsausschuss - mitberatend

- zu.

</ text >